Vorwärts

UNIVERSITY OF VIRGINIA LIBRARY
X000012379

UNIVERSITY
OF VIRGINIA
CHARLOTTESVILLE
LIBRARY

Vorwärts

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands

Herausgegeben
von
Wilhelm Liebknecht
und
Wilhelm Hasenclever

Unveränderter Neudruck
Mit einer Einleitung
von
KARL-HEINZ GENSCH

1. Oktober 1876 – 29. Juni 1877

ZENTRALANTIQUARIAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
LEIPZIG 1977

L 1876 – Juni 31, 977

Fotomechanischer Neudruck der Originalausgabe 1876–1878
nach dem Exemplar des
INSTITUTS FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED

Druck: Nationales Druckhaus, VOB National, 1055 Berlin
Printed in the German Democratic Republic
Ag 509/29/1977 2636 EVP für 3 Bände 950,– M

EINLEITUNG

Mit dem fotomechanischen Nachdruck des „Vorwärts", der vom 1. Oktober 1876 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes das Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands war, wird die Reihe der Neuveröffentlichungen deutscher Arbeiterzeitungen des 19. Jahrhunderts fortgesetzt. Von der Vorbereitung und Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf marxistischer Grundlage im Jahre 1869 bis zur Herausbildung der marxistischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse mit ihrem Sieg über das Sozialistengesetz liegen damit die zentralen Presseorgane vor. Sie bilden eine der wichtigsten Quellen für die Geschichtsforschung.[1] Entwicklungstendenz und Einzelereignisse der kämpferischen Auseinandersetzungen des Proletariats um die politisch selbständige, einheitliche proletarische Massenpartei widerspiegeln sich in diesen Presseorganen: dem „Demokratischen Wochenblatt" (1868/1869)[2], dem „Volksstaat" (1869–1875)[3], dem „Vorwärts" (1876–1879) und dem „Sozialdemokrat" (1879–1890)[4]. An allen diesen Organen wirkte Wilhelm Liebknecht als Redakteur. Auf diesem Vorposten in der Partei erwarb er sich hohe Verdienste um die Vereinigung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung, um die Herausbildung und Festigung der proletarischen Partei. Diese Presseorgane widerspiegeln den entschiedenen Kampf der Partei gegen den junkerlich-bourgeoisen Militärstaat, das wachsende Verständnis der Mitglieder für den Marxismus als der wissenschaftlichen Theorie des proletarischen Befreiungskampfes, die internationalistische Solidarität mit der Arbeiterbewegung der anderen Länder. So hat der „Vorwärts" seinen festen Platz in der Publizistik der revolutionären Arbeiterbewegung und ist Teil der Kontinuitätslinie zur marxistisch-leninistischen Arbeiterpresse unserer Zeit.

Jedes der genannten Presseorgane verkörperte eine bestimmte Entwicklungsstufe der deutschen Arbeiterbewegung.[5] Der „Vorwärts" erhielt sein Gepräge als Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, zu der sich 1875 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zusammengeschlossen hatten.[6] Die ganze Widersprüchlichkeit dieser Vereinigung widerspiegelte sich im „Vorwärts". Seinen Platz in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung errang er sich, weil er den Zusammenschluß beider Organisationen festigte und den Verschmelzungsprozeß der Mitgliedschaften vorantrieb; weil er den Lassalleanismus, in dessen Geist etwa die Hälfte der Mitglieder erzogen worden war, zurückdrängte und sich große Verdienste bei der Verbreitung der marxistischen Weltanschauung erwarb, vor allem durch den Abdruck von Engels' Werk „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft".

Der „Vorwärts" trug mit dazu bei, daß die Partei 1878 den harten Schlägen des Sozialistengesetzes widerstehen konnte und ihre revolutionär-proletarische Grundlage weiter festigte.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war im Mai 1875 auf dem Gothaer Kongreß erfolgt. Damit wurde eine Grundlage geschaffen für das gemeinsame Handeln der klassenbewußten Arbeiter, für den verstärkten Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat, für die Einbeziehung neuer Arbeitergruppen in die sozialistische Bewegung. Das in Gotha beschlossene Programm bekannte sich zum proletarischen Internationalismus. Es stellte der Partei die Befreiung der Arbeiter von der kapitalistischen Ausbeutung als Ziel, was das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß und durch die Verwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum in der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht wird. Insgesamt aber war das Gothaer Programm von den opportunistischen Ideen des Lassalleanismus und von vulgärdemokratischen Auffassungen durchdrungen. Damit entstand die Gefahr, daß sich die vereinigte Partei nicht auf den bewährten marxistischen Positionen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei weiterentwickelte, sondern auf die opportunistisch-reformistische Plattform des ADAV abglitt. In dieser Situation erlangte das zentrale Presseorgan eine Schlüsselstellung für den weiteren Weg der Partei.

Auf dem Vereinigungskongreß konnte noch kein Beschluß über ein einheitliches Zentralorgan durchgesetzt werden.[7] Zunächst bestanden „Der Volksstaat" als ehemaliges Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter der Redaktion von Wilhelm Liebknecht in Leipzig und der „Neue Social-Demokrat" als Organ des ehemaligen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter der Redaktion des eingefleischten Lassalleaners Wilhelm Hasselmann in Berlin weiter. Ein einheitliches Presseorgan zu schaffen stand damit als wichtige Aufgabe vor dem nächsten Parteikongreß, der vom 19. bis 23. August 1876 in Gotha stattfand.

Über die inhaltliche Gestaltung des Zentralorgans und über seine äußere Aufmachung gab es in den Vorverhandlungen unterschiedliche Vorstellungen. Das betraf auch die Frage, ob Berlin oder Leipzig Sitz des Zentralorgans würde.[8] Alle diese Überlegungen wurden hervorgerufen, weil einige Lassalleaner danach trachteten, den dominierenden Einfluß in dem einheitlichen Zentralorgan zu erlangen. Durch die Verlegung des Zentralorgans nach Berlin sollte der Lassalleanismus, der bereits das Programm wesentlich bestimmte, nunmehr zur vorherrschenden Ideologie in der vereinten Partei werden. Dieses Ziel verfocht besonders Hasselmann mit äußerster Energie, obwohl der Abonnentenrückgang des „Neuen Social-Demokrat" bewies, daß die Mehrheit der Partei sich zu dem von Liebknecht im „Volksstaat" vertretenen wissenschaftlichen Standpunkt des Proleatriats bekannte. Hasselmann, der zunächst gemeinsam mit Liebknecht als Redakteur vorgesehen war, verfocht hartnäckig, auf seine Autorität bauend, den Redaktionssitz Berlin als Voraussetzung für seine Mitarbeit.[9] Damit versuchte er, den Parteitag zu erpressen. Die namentliche Abstimmung ergab jedoch 49 gegen 38 Stimmen für Leipzig als Sitz der Redaktion.[10] Nach dieser Niederlage versuchte Hasselmann am nächsten Verhandlungstag den Beschluß über ein einheitliches Zentralorgan wieder rückgängig zu machen. Andere Lassalleaner schlugen vor, Liebknecht von der Redaktion des Zentralorgans zu entfernen. Der Einfluß und das Ansehen der marxistischen Kräfte war in der vereinigten Partei aber bereits so groß, daß diese Anträge keine Mehrheit fanden. So wählte der Kongreß schließlich Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclever, den ehemaligen Präsidenten des ADAV, als gleichberechtigte Redakteure. Mit dieser Entscheidung wurde ein weiterer wichtiger Schritt zur Überwindung der noch deutlichen Gruppierung nach der früheren Organisationszugehörigkeit getan, indem nun Liebknecht und Hasenclever beauftragt waren, den Prozeß des Zusammenwachsens im einheitlichen Zentralorgan weiterzutreiben.

Für Wilhelm Liebknecht wurde die Arbeit an dem dritten von ihm redigierten Arbeiterblatt eine seiner schwierigsten Aufgaben. Im „Demokratischen Wochenblatt" hatte er für die Vorbereitung und Gründung der selbständigen Arbeiterpartei gewirkt. Im „Volksstaat" leitete er als verantwortlicher Redakteur das Zentralorgan einer Partei auf marxistischer Grundlage. In der nunmehrigen Redaktionsführung des „Vorwärts" galt es das Kompromißprogramm zu überwinden und den Marxismus in der Entwicklung zur Massenpartei durchzusetzen. Das war angesichts des Charakters des Parteiprogramms, der Zusammensetzung der Mitgliedschaft und angesichts eines Lassalleaners als gleichberechtigtem Redakteur eine sehr komplizierte Aufgabe. Diese Faktoren erklären auch die oftmals im „Vorwärts" anzutreffende ideologische Verworrenheit und die noch starken Einflüsse der kleinbürgerlichen Ideologie im Blatt.

Die marxistischen Vertreter setzten sich bereits auf dem Parteikongreß dafür ein, daß die Lehre der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus zur inhaltlichen Richtschnur für die Redigierung des Blattes wurde. August Bebel brachte auf dem Kongreß als erster Redner zur Debatte über das Zentralorgan zum Ausdruck, daß dem Zentralorgan jene dem „Volksstaat" zuerkannte vorwiegend wissenschaftliche Repräsentanz zu erhalten sei. Er betonte, im Interesse der Partei liege es, daß das Zentralorgan der wissenschaftliche Bahnbrecher bleibe.[11]

Die Erfüllung dieser Aufgabe bestimmte das Wirken Wilhelm Liebknechts in der Redaktion des „Vorwärts". Das gab wiederholt Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen. Dabei fand er die volle Unterstützung der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus. Gerade dieser Seite der Tätigkeit des Zentralorgans schenkten Marx und Engels ihre besondere Aufmerksamkeit. Bekanntlich hatten sie das Kompromißprogramm von Gotha in seinen wissenschaftlich unhaltbaren Feststellungen heftig kritisiert. Nunmehr unterstützten sie Liebknecht, um die politisch-ideologische Einheit der Partei nachzuvollziehen. Das fand seinen Ausdruck in eigenen Beiträgen, in der Bereitstellung von Materialien und in zahlreichen Hinweisen auf die Bedeutung aktueller Ereignisse, vor allem aber mit dem „Anti-Dühring". Auf diese Weise förderte der „Vorwärts" die Herausbildung einer revolutionären Strategie und Taktik in der politischen Arbeit der Partei, stärkte er die Kampfentschlossenheit der Mitglieder.

Im „Volksstaat" Nr. 102, vom 1. September 1876, wurde offiziell das Erscheinen des „Vorwärts" angekündigt. W. Hasenclever und W. Liebknecht wurden als Redakteure genannt. Neben dem Aufruf zum Abonnement wurde darauf hingewiesen, daß der ganze Mitarbeiterkreis der beiden bisherigen Organe beibehalten wurde. Druck und Expedition lag in den bewährten Händen der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei.

Vom 1. Oktober 1876 an erschien in Leipzig der „Vorwärts" mit dem Untertitel „Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands" dreimal wöchentlich, Sonntag, Mittwoch und Freitag, in der Regel mit vier Seiten. Neben Leitartikeln standen grundsätzliche politische Artikel und theoretische Beiträge an erster Stelle vor der Übermittlung aktueller Berichte. Unter der Rubrik „Sozialpolitische Übersicht" – anfänglich Politische Übersicht – wurden Meldungen und Berichte zu innen- und außenpolitischen Fragen, insbesondere zur internationalen Lage der Arbeiterklasse gebracht. Unter „Korrespondenzen" sind überwiegend Berichte über die Arbeit der Partei, ihre massenpolitische Wirksamkeit und Berichte aus der Arbeiterbewegung anderer Länder zusammengefaßt. Bereits ab Nr. 3, 1876 wurde auch ein „Feuilleton" aufgenommen, in dem neben Beiträgen zur Kultur vorzugsweise Besprechungen zu politisch-theoretischer Literatur erschienen.

Unregelmäßig kehren Rubriken „Innere Parteiangelegenheiten" und häufiger „Briefkasten" mit Kurzmitteilungen an Einsender wieder. Zeitweilig wurden unter „Öffentliche Quittung" finanzielle Zugänge für bestimmte Fonds beim Parteivorstand bestätigt. Es handelte sich unter anderem um Wahlfonds, Unterstützungsfonds, Agitationsfonds.[12] Recht regelmäßig wurde Literatur angekündigt und empfohlen und auf das Erscheinen von in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften der Arbeiterbewegung aufmerksam gemacht.

Im Zentralorgan vereinigte sich die Begründung und Erläuterung der Politik der Partei, die Darlegung ihrer Ziele mit den Berichten über die politische Praxis. Gerade dieser enge Kontakt zwischen Zentralorgan und Mitgliedschaft schuf eine hohe Organisiertheit und Aktionsfähigkeit der Partei.

Wie sehr das Zentralorgan von den Mitgliedern und Anhängern der Partei erwartet wurde, wird an der Zunahme der Abonnenten ersichtlich. Während die Nummer 2, vom 4. Oktober 1876, 10 500 Abonnenten meldete, waren es am 13. Oktober gemäß Nr. 6 des „Vorwärts" bereits 11 500. Mit der Nr. 36, vom 22. Dezember 1876, also nach gut zehn Wochen, erreichte der „Vorwärts" eine Auflage von 12 000 Exemplaren. Die Redaktion rief die Genossen dazu auf, daß aus Anlaß des Wahlkampfes jeder einen neuen Abonnenten gewinnen sollte.

Der erste politische Höhepunkt, in dem sich das Blatt als Organisator, Propagandist und Agitator bewähren mußte, waren die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1877. Erschwert wurde der Wahlkampf dadurch, daß die Sozialistische Arbeiterpartei am 30. März 1876 für das Gebiet Preußens verboten worden war. Diese erste gezielte Aktion der reaktionären Staatsmacht gegen die Vereinigung der Arbeiterbewegung konnte aber den wachsenden Einfluß der revolutionären Sozialdemokratie nicht aufhalten.

Der erste Aufruf zur Wahlagitation erschien in Nr. 8 des „Vorwärts" vom 18. Oktober 1876. Er forderte auf, die arbeitende Bevölkerung zu sammeln „unter einer gemeinsamen Fahne" für den Kampf „gegen Klassenvorrechte und Unterdrückung, gegen Ausbeutung und Demoralisation, mit einem Worte unter der roten Fahne, die als Symbol der Menschenrechte dem Proletariat aller Länder vorangeht".[13] Damit wurde die Reichstagswahl im Sinne der von den Eisenachern vertretenen marxistischen Parlamentspolitik als Mittel der Agitation, zur Gewinnung und Mobilisierung der Werktätigen genutzt. Der außerparlamentarische Kampf und besonders die Entlarvung des militaristischen preußisch-deutschen Reiches bildeten den Schwerpunkt im politischen Kampf der Partei während der Wahlagitation. Dabei war sich die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands auch ihrer Verantwortung gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung bewußt.

Am 26. Dezember 1876 wandte sich die Partei in einem allgemeinen Wahlaufruf „An die Reichstagswähler" und entwickelte insbesondere ihre unmittelbaren sozialen und demokratischen Forderungen. Gleichzeitig betonte der Aufruf, daß durch den Reichstag die politischen und sozialen Verhältnisse im Deutschen Reich nicht wesentlich zu verändern wären, weil der preußisch-deutsche Militarismus jedem echten Fortschritt entgegenstünde.[14] Der Aufruf sprach sich damit gegen die lassalleanische Verherrlichung des Parlaments aus.

In den Wochen bis zum 10. Januar 1877 stand die Wahlbewegung im Mittelpunkt der Berichterstattung des „Vorwärts". Vielfältig widerspiegelt sich in ihm die Aktivität der Parteimitglieder bei der Entlarvung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und des militaristischen Systems im Deutschen Reich. Ausdruck findet aber auch die intensive Organisationsarbeit der Partei, ohne die der Wahlerfolg undenkbar war. In der Vielzahl von Versammlungsberichten wurden Beispiele und Anregungen für den Wahlkampf gegeben. Sie vermitteln ein eindrucksvolles Bild von der zunehmenden Ausstrahlung der Partei, aber auch von der zunehmenden Härte, mit der der Polizeiapparat versuchte, die Versammlungen zu verhindern, zu verbieten oder zu schließen.[15]

Zu Recht konnte die Redaktion den Anteil des „Vorwärts" an der Vorbereitung und den Ergebnissen der Wahlen hervorheben. Einer der besten Mitkämpfer sei das gedruckte Wort in der Presse, hieß es in einer Würdigung, und hierin hätte der „Vorwärts" seine Pflicht getan. Mit seinen 12 000 Abonnenten und etwa 60 000 Lesern wurde über das Zentralorgan „der einheitliche Gedanke zur einheitlichen Tat".[16]

Das Wahlergebnis mit 493 447 Stimmen und 12 Abgeordneten für die Sozialistische Arbeiterpartei widerspiegelte den gewachsenen Masseneinfluß der Partei. Zum Wahlresultat wurden in einer ersten Einschätzung der Redaktion besonders die Erfolge in solchen Großstädten wie Berlin, Nürnberg, Magdeburg, Dresden, aber auch auf dem flachen Lande hervorgehoben und der Einsatz der Wahlkandidaten und Agitatoren gewürdigt.[17] Optimistisch und mit berechtigter Zuversicht konnte der „Vorwärts" am 4. Februar feststellen: „Uns wie unseren Gegnern hat die letzte Wahl gezeigt, daß die Macht der für uns sprechenden Tatsachen weit größer ist als die Macht der gegen uns ins Feld geführten Lügen."[18]

Voller Freude schätzte Friedrich Engels ein, „daß in allen großen Städten und Industriezentren des Reichs die Arbeiterbewegung mit Riesenschritten vorwärts gekommen war".[19] Er betonte: „Die moralische Wirkung, sowohl auf die sozialistische Partei, die mit Freude ihre Fortschritte feststellt, als auch auf die Arbeiter, die noch indifferent sind, und auf unsere Feinde ist gewaltig."[20]

Tatsächlich nahmen, je mehr die Partei nun erstarkte und sich ausbreitete, die Verfolgungen an Heftigkeit zu. Entlassungen, Anfeindungen und Verleumdungen, gekoppelt mit gerichtlichen Untersuchungen und Haftürteilen waren das Repertoire der Gegner. Dem stellte

der „Vorwärts“ in einer Betrachtung anläßlich des Jahrestages des Erscheinens der Probenummer das gemeinsame Wollen, die gemeinsame Tat und die Einigkeit der Arbeiterbewegung als Voraussetzung ihrer Erfolge entgegen. Da das äußere Band der Einigkeit, die Organisation, durch Verbote beeinträchtigt wurde, müßte das geistige Band um so fester sein. Zu diesem geistigen Zusammenhalt sah sich der „Vorwärts“ als Zentralorgan in erster Linie berufen. In dieser Betrachtung formulierte die Redaktion des „Vorwärts“ ihre Aufgaben im Unterschied zur sozialdemokratischen Lokalpresse und zur Gewerkschaftspresse, die sich breit entfalteten. Das Zentralorgan sah seine Hauptverantwortung in der Propagierung der welthistorischen Aufgabe der Arbeiterklasse. Es behielt sich vor allem vor, die internationalen Fragen, die „Weltagitation“ zu behandeln sowie die „sozialistische Wissenschaft zu lehren und zu verbreiten“.[21]

Angesichts des unterschiedlichen theoretischen Reifegrades der stark anwachsenden Mitgliedschaft war es unerläßlich, die Partei für den verschärften politischen Kampf systematisch mit dem wissenschaftlichen Kommunismus auszurüsten. Welch große Bedeutung gerade dieser Frage in der Tätigkeit des „Vorwärts“ zukam, geht aus einer anderen offiziellen Stellungnahme hervor. Unter der Frage „Wie soll der ‚Vorwärts‘ schreiben“ wurde besonders der wissenschaftlich-erzieherische Charakter des „Vorwärts“ hervorgehoben und erneut begründet. Der „Vorwärts“ als Zentralorgan müßte sich „vollständig auf der wissenschaftlichen Höhe der sozialistischen Anschauungen“ befinden.[22]

Welch große Bedeutung Parteiführung und Redaktion der Verbreitung des wissenschaftlichen Kommunismus und der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen zuerkannten, kam in dem Entschluß zum Ausdruck, zum „Vorwärts“ eine wissenschaftliche Beilage einzurichten[23], dem diente auch Bebels im „Vorwärts“ unterbreiteter Vorschlag, eine Parteibibliothek zu gründen.[24]

Allerdings hielt die theoretische Entwicklung der Partei mit den Erfordernissen des Klassenkampfes zunächst nicht Schritt, was sich auch im „Vorwärts“ widerspiegelte. So manche Artikel wiesen noch verschwommene, kleinbürgerliche Ansichten auf. Einige der Publizisten im „Vorwärts“ standen auf reformistisch-staatssozialistischen Positionen. Marx und Engels übten daher oft berechtigt Kritik an dem Blatt. Sie wiesen auf die Gefahren hin, die der Partei aus dem Treiben der „Zukunftssozialisten“ erwuchsen, kleinbürgerlicher Kräfte, die an die Stelle wissenschaftlicher Analyse der objektiven Entwicklungsgesetze ein „Phantasiegespiel über den künftigen Gesellschaftsbau“ setzten.[25]

Vornehmlich Eugen Dühring, 1863 bis 1877 Privatdozent an der Berliner Universität, Vulgärökonom und Vertreter eines kleinbürgerlichen Sozialismus, nahm für sich in Anspruch, ein neues System der Philosophie, der Ökonomie und des Sozialismus geschaffen zu haben. Seine Arbeiten enthielten scharfe Angriffe auf Marx und den Marxismus. Er hatte auch in den Parteikreisen Anhänger gefunden, die willens waren, „die Dühringsche Doktrin unbesehen mit in den Kauf zu nehmen. Auch fanden sich Leute, die sich schon anschickten, diese Doktrin in popularistischer Form unter den Arbeitern zu verbreiten“, vermerkte Engels zu dieser Entwicklung.[26] Bereits 1875 drängte Liebknecht darauf, daß Engels eingriffe.[27] Im Mai 1876 unterstrich er die Dringlichkeit einer Auseinandersetzung mit Dühring und seinen Anhängern erneut.

Engels arbeitete zu jener Zeit an der „Dialektik der Natur“, entschloß sich aber dann, diese Arbeit zu unterbrechen, um die Auseinandersetzung mit Dühring aufzunehmen.[28] Seine umfassende Kritik erschien zuerst im „Vorwärts“. Den ersten Abschnitt druckte der „Vorwärts“ unter dem Titel „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Philosophie“ vom 3. Januar bis 13. Mai 1877.[29] Der zweite Abschnitt, unter Mitwirkung von Marx entstanden, wurde unter dem Titel „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Ökonomie“ vom 27. Juli bis 30. Dezember 1877 veröffentlicht.[30] Schließlich erschien der dritte Abschnitt „Herrn Eugen Dührings Umwälzung des Sozialismus“ im „Vorwärts“ vom 5. Mai bis 7. Juli 1878.[31]

In dieser Arbeit von Friedrich Engels wurden erstmalig alle drei Bestandteile des Marxismus zusammengefaßt und systematisch in ihrem dialektischen Zusammenhang dargelegt. Der dialektische Materialismus bildete die theoretische Grundlage für die Darstellung aller drei Bestandteile des Marxismus: der Philosophie, der politischen Ökonomie und der Lehre vom Sozialismus und gewährleistete gleichzeitig die Darstellung des Marxismus als einheitliches, umfassendes weltanschauliches System. Im „Anti-Dühring“ hatte Engels jeden der Bestandteile seiner spezifischen Bedeutung nach behandelt und zugleich auch seine Stellung im Gesamtsystem des Marxismus herausgearbeitet. Er hatte die Abhängigkeit der einzelnen Teile voneinander aber auch ihre gegenseitige Ergänzung und Durchdringung deutlich gemacht. Hierbei ging er von den neusten Erkenntnissen der Wissenschaft, von den Erfahrungen der Geschichte, der gesellschaftlichen Entwicklung und von den Resultaten des Klassenkampfes aus. Damit wurde seine Arbeit nicht nur eine „Verteidigung“ des Marxismus gegen Dühring, sondern eine wesentliche Weiterentwicklung. So entstand aus dieser Arbeit eines der bedeutendsten Werke des Marxismus.

Mit ihrem Abdruck im „Zentralorgan“, bevor die Herausgabe als selbständige Schrift erfolgte, erteilte sie nicht nur Dühring eine vernichtende Abfuhr. Sie widerlegte zugleich jede kleinbürgerlich-sozialistische Theorie, also auch den Lassalleanismus. Als erste systematische Gesamtdarstellung des Marxismus förderte sie in der Sozialistischen Arbeiterpartei die Klarheit über die historische Rolle der Arbeiterklasse und den revolutionären Charakter der Partei.[32] Die Veröffentlichung von Engels' Arbeit im Zentralorgan der Partei trug entscheidend zur weiteren politisch-ideologischen Festigung der Partei bei. Es war das persönliche Verdienst Liebknechts als Redakteur, daß er den Abdruck durchsetzte trotz massiver Anfeindungen aus den Reihen der Partei.

Die Korrespondenz von Marx und Engels um diese Zeit, sowie Liebknechts Schriftverkehr enthalten aufschlußreiche Belege über die engen Wechselbeziehungen, die zwischen der Redaktion und Marx und Engels bestanden.[33] Eine besonders enge Verbindung zu Engels ergab sich einmal aus dem Austausch der Korrekturbogen, die oft mit terminlichen und redaktionellen Hinweisen oder Anfragen verbunden waren und zum anderen gaben Marx und Engels immer wieder grundsätzliche Hinweise zum politischen Geschehen und zur inhaltlichen Gestaltung des „Vorwärts“.

Zeitweilig waren Marx und Engels unzufrieden mit dem langsamen Tempo des Abdrucks und mit der Zerstückelung ihrer theoretischen Ausführungen. Nicht unberechtigt war Engels' Vermutung, daß die Dühring-Anhänger Druck auf die Redaktion ausübten.[34] Liebknecht bemühte sich aber sehr, die Unstimmigkeiten aus der Welt zu schaffen. In einem ausführlichen Brief an Engels vom 14. April 1877 gab er einen interessanten Einblick in die Lage der Redaktion. Einige Briefe von Dühringianern seien gebührend beantwortet worden, ansonsten würden die Artikel gut aufgenommen. Er meinte, die beanstandete Stückelung würde sich nicht nachteilig auswirken, denn „unsere Abonnenten heben sich fast ausnahmslos die Blätter auf, so daß ihnen nichts verlorengeht“.[35]

Auf dem Parteikongreß in Gotha 1877 versuchten die Anhänger Dührings, Engels' Artikelreihe aus dem „Vorwärts“ zu verbannen.[36] Dieses Ziel verfolgte der von J. Most gestellte Antrag: „Der Kongreß erklärt: ‚Artikel wie beispielsweise die in den letzten Monaten von Engels gegen Dühring veröffentlichten Kritiken, die für die weitaus größte Mehrheit der Leser des ‚Vorwärts‘ völlig ohne Interesse oder gar höchst anstoßerregend sind, haben künftighin aus dem Zentralorgan fernzubleiben.‘ “ [37] Das war ein offener Angriff auf die Verbreitung marxistischer Auffassungen, auf den Marxismus überhaupt. Andere Delegierte betrachteten Engels' Zurückweisung der für den Kampf der Arbeiterklasse verderblichen Auffassungen Dührings als Streit von Professoren. Sie hatten noch nicht erkannt, daß der Marxismus die einzige wissenschaftliche Theorie war, die der Arbeiterklasse den Weg zu ihrer Befreiung wies. Solche Auffassungen wurden auf dem Kongreß in heftiger Auseinandersetzung zurückgewiesen. Im Gegensatz zum Vorjahre standen sich nicht mehr „Lassalleaner“ und „Eisenacher“ gegenüber, sondern die Trennung verlief quer durch die Delegierten, wobei die entschiedene Haltung der revolutionär-proletarischen Kräfte die Mehrheit erlangte und sich gegenüber den Vertretern kleinbürgerlicher Auffassungen durchsetzte.

Am nachdrücklichsten verteidigte Liebknecht den weiteren Abdruck der Artikelserie im „Vorwärts“. Er betonte: „Engels habe sich um die Arbeiterbewegung sehr verdient gemacht; er sei einer der Väter des wissenschaftlichen Sozialismus und nächst Marx der bedeutendste der lebenden Sozialisten. Das kommunistische Manifest, das heute noch die Richtschnur der Sozialisten sei, habe Engels mit verfaßt. Derselbe habe sich in den Artikeln gegen Dühring die Aufgabe gestellt, die in dickleibigen Bänden gemachten Angriffe Dührings auf der ganzen Linie zurückzuweisen und sein ganzes System — philosophisch, naturwissenschaftlich und ökonomisch — zu widerlegen — dies konnte nicht in Kürze geschehen. Engels habe seine Aufgabe glänzend erfüllt“. Seit dem Erscheinen des Marxschen „Kapital“ halte er diese „Dühring-Artikel“ für die bedeutendste wissenschaftliche Arbeit, die aus dem Schoß der Partei hervorgegangen. Engels habe die Angriffe auf die wissenschaftlichen Grundlagen der Partei zurückgewiesen und dafür gebühre ihm Dank.[38]

Nach kurzer Debatte wurde ein Vermittlungsantrag angenommen. Engels' systematische Darstellung der drei Bestandteile des Marxismus erschien weiter im „Vorwärts“.

Der Einfluß Dührings war nur noch von kurzer Dauer. Ihm wurde die Lehrberechtigung entzogen, da er an Zuständen an der Universität Kritik übte. Der „Vorwärts“ und viele Mitglieder der Partei traten gegen die Entlassung Dührings auf und verurteilten den Willkürakt. Das geschah nicht immer mit konsequenter Abgrenzung und ging auch in der Redaktion nicht ohne Diskussion aus.[39]

Zwei Erklärungen, eine vom Zentralwahlkomitee und eine von Anhängern des ehemaligen „Dühring-Comites“, zeigten deutlich die eingetretene Ernüchterung.[40] Wir lesen im „Vorwärts“ vom 21. November 1877: „Wenn heute einzelne sozialistische Organe ihrer Enttäuschung über Herrn Dühring in etwas harten Worten Ausdruck geben, so bedauern wir dies, und sind wir in dieser Beziehung der Meinung, daß es mehr am Platze gewesen wäre, früher weniger überschwenglich zu loben und heute weniger zu tadeln. Dühring ist geblieben was er war; getäuscht haben sich nur seine Anhänger“[41].

Es ist das überragende Verdienst des „Vorwärts“, eine so hoch theoretische Arbeit, wie sie Engels' „Anti-Dühring“ verkörperte, in einer Arbeiterzeitung einem breiten Leserkreis zugänglich gemacht zu haben. Damit erhielt die Mitgliedschaft eine systematische Darstellung des Marxismus, dessen schrittweise Aneignung die Einheit und Geschlossenheit der Partei förderte. Der Propagierung kleinbürgerlicher vulgärsozialistischer Vorstellungen setzte Engels mit dem „Anti-Dühring“ eine übersichtliche und verständliche wissenschaftliche Darstellung des marxistischen Weges der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft entgegen. Er erschloß mit diesem grundlegenden Beitrag weitere Erkenntnisse des wissenschaftlichen Kommunismus für den Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Die Darlegung der Gesetzmäßigkeit in Ökonomie und Politik, die Herausarbeitung der Rolle des Staates und der historischen Mission der Arbeiterklasse waren in der Folgezeit eine entscheidende Hilfe für die zunehmende politische Aktivität der Partei, für ihre grundsätzliche Orientierung.

Durch Engels' Auseinandersetzung mit unwissenschaftlichen Auffassungen ermutigt, traten weitere marxistische Funktionäre den staatssozialistischen und kleinbürgerlich-sozialistischen Auffassungen entgegen. Sie propagierten dabei verstärkt die Ideen des „Kapitals“, Marx' ökonomisches Hauptwerk. Besondere Verdienste erwarb sich hierbei der Arbeiterphilosoph Joseph Dietzgen.[42] Auch Bebel beteiligte sich an der Zurückweisung staatssozialistischer Ideen.[43] Eine ausgedehnte Diskussion entbrannte ab März 1878 im „Vorwärts“ über die Marxsche Werttheorie.[44] Das Zentralorgan befähigte auch die Mitglieder, Angriffen auf den Marxismus entgegenzutreten. Das bezeugt u. a. der Bericht über eine sozialistische Versammlung in Großenhain am 2. Juni 1877, in dem es heißt: „Geyer wies an der Hand von Marx' ‚Kapital‘ die Verdrehungen, welche Dr. Calberla in seiner Broschüre ‚Sozialwissenschaftliches‘ begangen, sowie die Richtigkeit der von Marx aufgestellten Theorien und das Nichtige der gegnerischen Einwürfe nach“.[45]

Gab es in den Artikeln des „Vorwärts“ auch noch manche theoretisch unreife Darstellungen, so sicherte Liebknecht als Redakteur doch, daß die spezifisch lassalleanische Sektendoktrin nicht mehr propagiert wurde, sondern sich mehr und mehr marxistische Auffassungen durchsetzten.

Das galt auch für den internationalistischen Standpunkt des „Vorwärts“. Unter Liebknechts Redaktion fanden die nationalistischen Züge des Lassalleanismus keine Aufnahme im Zentralorgan der Partei. Vielmehr war die Redaktion bestrebt, ihrer führenden Position in der internationalen Arbeiterbewegung, die der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands als erster proletarischer Partei im Rahmen eines Landes erwachsen war, gerecht zu werden.

Im Zentralorgan nahmen Probleme der internationalen Arbeiterbewegung einen beachtlichen Platz ein. Häufig angeregt und beraten von Marx und Engels, bemühte sich die Redaktion, ein richtiges Urteil über die Probleme des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse unter den Mitgliedern herauszubilden. Das widerspiegelte sich in der vielfältigen Berichterstattung über die Arbeiterbewegung der einzelnen Länder. Die Breite und Häufigkeit dieser Berichte geben Aufschluß darüber, wie eng und lebendig die Beziehungen des Zentralorgans zur Arbeiterbewegung anderer Länder waren. Der „Vorwärts“ veröffentlichte mehr als fünfzig Artikel oder Berichte, die sich mit der Arbeiterbewegung in sechzehn Ländern beschäftigten. Was die Häufigkeit betrifft, so standen die USA, England und Frankreich vor der Schweiz, Österreich, Ungarn und Belgien; es folgten Italien, die Niederlande, Dänemark und Rußland.[46]

Einen Schwerpunkt der internationalen Probleme im „Vorwärts“ bildete die Auseinandersetzung mit dem Anarchismus. Dabei konnte sich der „Vorwärts“ auf die Erfolge der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands im politischen Kampf, einschließlich des Wahlerfolgs von 1877 stützen, wenn er der anarchistischen Ablehnung jeglicher politischer Aktion entgegentrat. Der praktische Kampf der Partei trug mit dazu bei, den Einfluß der Bakunisten in der internationalen Arbeiterbewegung zurückzudrängen. Marx und Engels verfolgten diese Entwicklung sehr aufmerksam und unterstützten den „Vorwärts“ in diesem Ringen.

Im März 1877 machte Marx auf eine wichtige Erklärung der Föderation von Oberitalien aufmerksam, die sich offiziell von der bakunistischen italienischen Gruppe lossagte. Er empfahl Engels, diese Materialien sobald als möglich für den „Vorwärts“ zu verwenden.[47] Engels wertete die Bedeutung dieses Kongresses der Federatione dell'Alta Italia in seinem Artikel „Aus Italien“ aus, der am 16. März 1877 im „Vorwärts“ erschien. Als das Entscheidende wertete Engels die Beschlüsse „politischer Kampf, Organisation als politische Partei und Trennung von den Anarchisten“, womit sich die Föderation „auf den gemeinsamen Boden der großen europäischen Arbeiterbewegung gestellt“ hatte.[48] Zu diesem Artikel bemerkte Engels in einem Brief an J. Ph. Becker: „In Nr. 32 des ‚Vorwärts‘ habe ich eine Korrespondenz ‚Aus Italien‘, woraus Du gesehn haben wirst, daß das Reich der Herren Bakunisten am schönsten Zerfallen ist ... Unsere Politik, die Leute schonungslos zu enthüllen und sie dann laufen zu lassen. hat sich glänzend bewährt“.[49]

Der Zurückweisung des Anarchismus diente auch die Berichterstattung des „Vorwärts“ über den Sozialistischen Weltkongreß in Gent im September 1877, an dem Liebknecht als Delegierter der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands teilnahm. Eingehend berichtete der „Vorwärts“ in mehreren Nummern über Verlauf und Ergebnisse.[50] Liebknecht griff dort aktiv in die Debatte um

die Notwendigkeit des politischen Kampfes der Arbeiterklasse ein. Sein Standpunkt lag der dort angenommenen Resolution mit zugrunde, die dem Proletariat alle erreichbaren politischen Mittel im Kampf um seine soziale Befreiung empfahl. Der „Vorwärts" informierte weiter über die Resolution zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel und ihre Übernahme durch einen vom Volk beherrschten Staat sowie über die Erklärung der anwesenden sozialistischen Vertreter aus 9 Ländern, sich in ihren ökonomischen und politischen Bestrebungen solidarisch zu unterstützen. Auf dem Kongreß hatte der Anarchismus eine eindeutige Niederlage erlitten

Große Aufmerksamkeit fand im „Vorwärts" die Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands brachte den Kommunarden, die als erste die politische Macht der Arbeiterklasse errichtet hatten, große Hochachtung entgegen. Der „Vorwärts" reihte sich ein in die internationale Bewegung zur Amnestie für die Kommunarden, zur Freilassung der unter unmenschlichen Bedingungen nach Neukaledonien Verbannten.[51] Davon waren auch Gedenkartikel zum Jahrestag der Pariser Kommune getragen.[52]

Ausführlich berichtete der „Vorwärts" bereits in seinen ersten Nummern über den französischen Arbeiterkongreß vom Oktober 1876 in Paris.[53] Dieser Kongreß wurde im „Vorwärts" als Wiederbeginn der französischen Arbeiterbewegung nach der Niederschlagung der Pariser Kommune begrüßt.[54] Zum Kampf um die Sicherung der Republik in Frankreich, zur Abwendung des Vorstoßes monarchistischer Gruppierungen nahm der „Vorwärts" in einer Reihe von Artikeln Stellung. Das Ringen um den Erhalt der Republik — der gleichen Republik, die die Pariser Kommune blutig niedergeschlagen hatte —, zwang die „Vorwärts"-Redaktion und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, ihre eigene Auffassung vom Staat und von der bürgerlichen Republik genauer zu durchdenken. Dabei offenbarten die Stellungnahmen des „Vorwärts" noch starke vulgärdemokratische und lassalleanische Auffassungen in der Staatsfrage und insbesondere das Unverständnis dafür, daß die bürgerliche Republik der günstigste Kampfboden für die Arbeiterklasse um die Eroberung ihrer politischen Macht ist. Der erste Artikel zur politischen Krise in Frankreich betitelt „Zum jüngsten Staatsstreich des Herrn Mac Mahon" erschien am 10. Juni 1877, worin die verräterische Rolle der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat, ihr Paktieren mit jeder Reaktion, angeprangert wird.[55] Der nächste Artikel vom 1. Juli 1877, „Nieder mit der Republik", war von Wilhelm Hasenclever verfaßt. Er brachte zum Ausdruck, daß eine französische bürgerliche Republik mit ihrer Scheinfreiheit demoralisierender wirke als eine Monarchie. Darum sei sie den Arbeitern völlig gleichgültig.[56] Marx und Engels wandten sich gegen diesen Standpunkt. Der „Vorwärts" „scheint uns die Geschichte in Frankreich doch etwas leicht zu nehmen", schrieb Engels Anfang Juli 1877 an Liebknecht. Sicher ginge der Streit die Arbeiter zunächst nichts an. Doch sei es für die Arbeiterbewegung wichtig, daß der „in Frankreich sinnlos gewordene Streit um die Staatsform aufhört und die Republik als das erscheint, was sie ist: die klassische Form der Bourgeoisherrschaft und zugleich die ihrer hereinbrechenden Auflösung". Nachdrücklich betonte er: „Übrigens würdet Ihr den Sieg der Reaktion in Frankreich auch in Deutschland verdammt spüren".[57] Diese Ausführungen erschienen am 11. Juli 1877 mit einigen Kommentaren der Redaktion versehen in weiten Passagen wörtlich im „Vorwärts" als Einsendung aus Paris.[58] Möglicherweise handelte es sich um eine Korrespondenz von Carl Hirsch, der gleichfalls ein Brief von Engels mit dem obigen Inhalt zugrunde lag.[59] Carl Hirsch, der zu jener Zeit in Paris lebte, hatte die innenpolitische Entwicklung, insbesondere die neue Formierung der Arbeiterklasse in Frankreich, aufmerksam verfolgt. Er protestierte bei Liebknecht entschieden gegen die Haltung des „Vorwärts". „Der Ruf ‚Nieder mit der Republik' heißt einfach: ‚Es lebe das Kaiserreich!' — Das ist in Deutschland wie in Frankreich eine Infamie", schrieb er.[60]

Diese Problematik wurde in einer Artikelfolge von Anfang Juni bis August 1877 weiter behandelt, auch von anderen Parteiorganen aufgegriffen und wurde so Gegenstand lebhafter Diskussionen und Polemiken, auch mit bürgerlichen Presseorganen.[61] Dabei vertrat der „Vorwärts" den Standpunkt, daß es eine sozialistische Republik für die Arbeiterklasse zu erkämpfen gälte, und grenzte sich von den „Bourgeoisrepublikanern" ab. Der „Vorwärts" entlarvte den Klassencharakter der bürgerlichen Republik, erkannte aber nicht, daß der Weg zur sozialistischen Revolution über die Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse gehen mußte.

Das tiefere Eindringen in das Klassenwesen des bürgerlichen Staates bestärkte die Partei in ihrem entschiedenen Kampf gegen den junkerlich-bourgeoisen Militärstaat im Deutschen Reich. Dabei wandte sich der „Vorwärts" mit aller Schärfe und Entschlossenheit gegen den preußisch-deutschen Militarismus. Neben den grundsätzlichen Forderungen der Partei nach Milizheer und allgemeiner Volksbewaffnung als Alternative zur fortschreitenden Militarisierung charakterisierte die Partei den Militarismus des junkerlich-bourgeoisen Staates als Mittel der Aggression nach außen und der Unterdrückung im Inneren. An einer Vielzahl von Einzelerscheinungen wurde der reaktionäre Charakter des Militarismus entlarvt und nachgewiesen, daß er nur den Interessen der Ausbeuterklassen dient. Schonungslos enthüllte der „Vorwärts" Mißhandlungen von Soldaten, die entwürdigende Behandlung der Soldaten durch ihre Vorgesetzten und prangerte besonders den grausamen Drill an, der häufig Soldaten zu Selbstverstümmelungen und Selbstmorden trieb. Im Zentralorgan wurde die Volksfeindlichkeit des Militarismus an unzähligen Beispielen so überzeugend nachgewiesen, daß das Blatt viele Zuschriften aus der Bevölkerung erhielt mit weiteren Beispielen. Die Leser setzten in den „Vorwärts" das Vertrauen, mit seiner Hilfe diesen Mißständen entgegenzuwirken. Nachdrücklich bekämpfte der „Vorwärts" auch die „Sedanfeiern", besonders unter der Schuljugend, als volksfeindliche militaristische Propaganda.

Von der Verantwortung der Arbeiterpartei für die Erhaltung des Friedens war die Haltung des „Vorwärts" zum russisch-türkischen Krieg und zur Stellung der Bismarck-Regierung getragen. Das Zentralorgan bekräftigte darin die vom Internationalismus geprägte selbständige Außenpolitik der proletarischen Partei, die der Außenpolitik des Deutschen Reiches diametral entgegenstand.

In zahlreichen Artikeln[62] und Berichten wies der „Vorwärts" die Lügenhaftigkeit und Irreführung der Erklärungen der beteiligten Regierungen nach. Er zeigte, welche Politik den wahren Interessen der Völker entsprach. Hierbei gaben Marx und Engels wichtige Hinweise, die von Liebknecht verarbeitet wurden. Im Mittelpunkt stand die Entlarvung der sogenannten Neutralitätspolitik der deutschen Regierung und der europäischen Diplomatie, des Panslawismus der russischen Regierung und der Verschleierung der wirklichen Ziele des Befreiungskampfes der Balkanvölker. In diesem Zusammenhang wurde auch die Unterdrückung der polnischen Bevölkerung angeprangert. Der Kampf gegen die Ausweitung dieses Krieges fand in Entschließungen von Volksversammlungen und in den Berichten darüber im „Vorwärts" ein nachhaltiges Echo.[63] In diesem Ringen um eine Politik des Friedens mit der Stoßrichtung gegen den preußisch-deutschen Militärstaat zeigte sich, wie es die Partei immer besser verstand, ihren Masseneinfluß auszuweiten. Zugleich nahm die deutsche Sozialdemokratie auch mit der Stärkung solcher Aktionen ihre internationalistische Verpflichtung wahr.

Eine Vielzahl von Materialien widerspiegelten im „Vorwärts" die zunehmende Breite und Vielfalt der politischen Aktivität der Partei in den verschiedenen Bereichen. Das betraf auch die Gewerkschaftspolitik der Partei, in der die marxistische Grundposition über den Lassalleanismus siegte.[64] Die Auseinandersetzung mit falschen und unreifen Auffassungen über die Rolle der Gewerkschaften, die vornehmlich von marxistischen Kräften geführt wurde, hatte in den Reihen der Partei zunehmend zur Bestimmung des Platzes der Gewerkschaften im Klassenkampf beigetragen. Auf Unklarheiten, die aus der Praxis auftraten, reagierte der „Vorwärts" mit direkten Hinweisen oder indirekt, in dem er aus den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen die Notwendigkeit der Gewerkschaften bewußt machte, so z. B. in einem Artikel im Oktober 1877 unter Berufung auf Karl Marx' „Kapital".[65]

Die regelmäßige Berichterstattung im „Vorwärts" unterstützte das Bestreben der Gewerkschaften nach ihrer weiteren Festigung. Die Erfordernisse des Klassenkampfes geboten immer dringender eine Zentralisierung der Gewerkschaftsbewegung. A. Geib regte im „Vorwärts" die Diskussion der verflossenen Jahre erneut an mit dem Vorschlag, auf dem Wege zur Zentralisation ein gewerkschaftliches Zentralorgan zu schaffen, das die Aufgabe der „Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Bestrebungen in einem geistigen Mittelpunkt" hatte, damit sich „die Angehörigen der verschiedenen Arbeitergruppen ... einen Einblick in die gesamte Bewegung verschaffen" konnten.[66] Das lebhafte Echo hierauf spiegelte sich in den folgenden Monaten im „Vorwärts" wider.[67]

Die stimulierende Rolle der Partei für den Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung fand auch in dem Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes Ausdruck, den die Partei im April 1877 dem Reichstag vorlegte. Unter Verarbeitung von Marx' „Kapital" gab sie den ökonomischen Kämpfen der Gewerkschaften um Tagesforderungen damit ein umfassendes Aktionsprogramm und erhob den Kampf zwischen Kapital und Arbeit zu einer Auseinandersetzung mit der ganzen Kapitalistenklasse und ihrem Repräsentanten, dem Staat.[68]

Der „Vorwärts" machte durch seine Gesamtposition gegenüber den Gewerkschaften deutlich, daß die Partei es als Pflicht ihrer Mitglieder betrachtete, in den Gewerkschaften zu wirken und deren Mitglieder in die sozialistische Bewegung um die künftige Eroberung der politischen Macht einzureihen. Diesen Standpunkt der Sozialistischen Arbeiterpartei in der Bewertung der Gewerkschaften als Klassenorganisation brachte zum Beispiel der „Vorwärts" in einem Artikel vom Juni 1878 zum Ausdruck. Dort wurde die relativ selbständige Gewerkschaftsbewegung unter Führung der Partei als ein entscheidendes Mittel bezeichnet, um die Masse der Arbeiter zu organisieren und sie mit revolutionärem Klassenbewußtsein zu erfüllen.[69]

Der „Vorwärts" hatte als Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands an den massenpolitischen Erfolgen der Partei großen Anteil. Er strebte danach, den Klassenkampf „nach seinen drei Seiten hin — nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) — im Einklang und Zusammenhang und planmäßig" zu führen.[70] Dabei leistete der Abdruck des „Anti-Dühring" eine unschätzbare Hilfe, wie bereits dargelegt.

Den Kampf der Sozialdemokratie gegen den junkerlich-bourgeoisen Militärstaat, den wachsenden Einfluß der Partei auf die Arbeiterklasse und andere Werktätige versuchten die herrschenden Klassen nunmehr durch offene Unterdrückungsmaßnahmen zu brechen. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die als einzige gesellschaftliche Kraft die Interessen der Arbeiterklasse vertrat, stand Bismarck bei der Verwirklichung seiner volksfeindlichen „Schutzzollpolitik" zugunsten des Junkertums und der Großindustrie im Wege. Die Übereinkunft dieser reaktionären Klassengruppen in der Schutzzollfrage war begleitet vom gemeinsamen Vorgehen der herrschenden Klassen gegen die sozialistische Arbeiterbewegung. Die beiden Attentate auf den Kaiser vom Mai und Juni 1878 boten die willkommene Gelegenheit, den Reichstag aufzulösen, um die liberale Bourgeoisie für Ausnahmegesetze und die neue Zollpolitik gefügig zu machen. Damit begann eine Hetzkampagne gegen die Sozialdemokratie in bisher nicht gekanntem Ausmaße.

Den Zusammenhang von Sozialistengesetz, Schutzzollpolitik und verstärkter Militarisierung erläuterte der „Vorwärts" eindringlich. So schrieb das Blatt am 14. Juni 1878: „Wir möchten denn doch aufmerksam machen, daß der politische Fanatismus in Deutschland mit der Epoche des wirtschaftlichen Notstandes zusammenfällt. Die Zeit ist eine trübe, und Fürst Bismarck hat selber zugestanden, daß das Reich eine andere Handelspolitik einschlagen müsse".[71] Noch deutlicher wurden diese Ziele im „Vorwärts" vom 23. Juni 1878 charakterisiert. „Die Regierung will einen Reichstag zur Niederwerfung der Sozialdemokratie, zur Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterbewegung, zur Bewilligung neuer hoher Steuern, zur bedingungslosen Erneuerung des in zwei Jahren ablaufenden eisernen Militäretats, zur Verschärfung des Vereins- und Versammlungsgesetzes und des Preßgesetzes, überhaupt zur Stärkung der Reaktion."[72]

In der gleichen Nummer druckte der „Vorwärts" einen Brief von Marx an die englische Zeitung „The Daily News" ab, in dem dieser die politische Reaktion in Deutschland entlarvte und die Absicht der Regierungen, internationale Maßregeln gegen die Ausbreitung des Sozialismus zu ergreifen, enthüllte. Wie Marx in seinem Brie: zum Ausdruck brachte, ging es Bismarck darum, einen Reichstag zusammenzubringen, der bereit war, die Regierung mit allen finanziellen Mitteln auszustatten, um die zwischen Großbourgeoisie und Junkern ausgehandelte Politik durchzusetzen.[73]

Im „Vorwärts" widerspiegelten sich die schweren Bedingungen für die Partei im Wahlkampf: Verhaftungen, Versammlungsverbote, Entlassungen von Sozialisten.[74] Dennoch mißlang den herrschenden Klassen ihr Ziel, die sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Reichstag zu verbannen, vielmehr erhielt die Partei trotz der politischen und sozialen Unterdrückungsmaßnahmen 437 158 Stimmen und 9 Abgeordnete. Zu Recht wertete der „Vorwärts" diesen Wahlausgang als großen Sieg der Sozialdemokratie. Zur Unterstützung der Mitglieder im Wahlkampf war in der 1. Juliwoche 1878 eine Wahlagitationsnummer des „Vorwärts" erschienen.

In dieser zugespitzten Situation gingen dem „Vorwärts" zahlreiche Beweise internationaler Solidarität zu. So veröffentlichte er eine Solidaritätsadresse französischer Sozialisten[75] und druckte einen Artikel aus der „Arbeiter-Wochen-Chronik" ab, der den aufopferungsvollen Kampf der deutschen Sozialisten würdigte.

Recht zutreffend und vorausschauend wurde darin festgestellt: „Die gegen die Sozialdemokratie gerichtete Vorlage liegt bereits fertig. Wird die Annahme desselben aber auch vermögen, der Sozialdemokratie den Garaus zu machen, wie dies bezweckt wird? Wir bezweifeln dies nicht nur, sondern wir sind es gewiß, daß dieser Zweck nicht erreicht werden wird, weil man, wie uns die Geschichte zeigt, Ideen durch Machtmittel wohl auf kurze Zeit unterdrücken, aber nicht vernichten kann, und daß dieselben, wenn sie eine Zeitlang gewaltsam eingedämmt werden nur mit umso größerer Macht hervorbrechen".[76]

Vor der Partei stand nunmehr die Aufgabe, den Mitgliedern eine Orientierung zu geben für die neuen Kampfmethoden, die es im Falle eines Ausnahmegesetzes anzuwenden galt. Einen Parteikongreß konnte die Partei nicht mehr legal einberufen.

Am 3. Mai hatte der „Vorwärts" zum Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands für den 15. bis 18. Juni nach Gotha eingeladen. Am 9. Juni mußte er mitteilen, daß der Kongreß verboten wurde. Die dann einsetzenden Verfolgungen schlossen eine legale Parteiberatung aus. Damit erlangte der „Vorwärts" eine zentrale Stellung bei der Orientierung der Parteimitglieder.

Am 20. September 1878 erschien eine Wiedergabe der Reichstagsrede August Bebels vom 16. September 1878, in der dieser die Verbindungen legaler und illegaler Kampfmittel eindringlich erläutert hatte.[77]

Das Zentralorgan veröffentlichte angesichts des drohenden Verbots der Partei Hinweise, wie unter illegalen Bedingungen die Verbindungen unter den Mitgliedern aufrechterhalten werden könnten. So wurde vorgeschlagen Verbindung zu bewährten Genossen zu knüpfen und in diesen Kreis ständig weitere Mitglieder einzubeziehen. Die so entstehenden Zirkel müßten untereinander in Fühlung bleiben und Verbindung mit den Zentren aufnehmen, um auf diese Weise eine illegale Organisation aufzubauen.[78]

Andere Vorschläge verwiesen darauf, die sozialistische Propaganda in bürgerlich-demokratische Einrichtungen

hineinzutragen und auf diese Weise eine neue Opposition aufzubauen.[79]
Entschieden wandte sich der „Vorwärts“ gegen Gerüchte, daß er selbst seine Tätigkeit einstellen würde. Er stellte in Aussicht, zukünftig der „Wissenschaft“, also der theoretischen Grundlage des Marxismus, mehr Raum zu geben und durch verstärkte Behandlung sozialer Fragen demokratische Forderungen zu propagieren.[80] Auch erschien er nach Erlaß des Ausnahmegesetzes mit neuem Titelkopf und verändertem Satzspiegel, in der Hoffnung, so einem Verbot zu entgehen.[81] Das Blatt orientierte weiter auf die Sicherstellung der sozialistischen Broschürenliteratur und ihre organisierte Verbreitung.
Diesen ersten Überlegungen zur Umstellung der Partei auf die neuen Kampfbedingungen standen opportunistische Stellungnahmen gegenüber, durch Zurückschrauben der Forderungen und Nachgiebigkeit einem Ausnahmegesetz zu begegnen. Diese Haltung nahm auch der Parteivorstand in Hamburg ein, der noch vor Annahme des Sozialistengesetzes die Selbstauflösung der Partei im „Vorwärts“ erklärte.[82] Durch Inhalt und Form seiner beiden Stellungnahmen hierzu desorientierte er die Mitglieder und erschwerte die Neuorganisation der Partei, die von Bebel, Bracke, Liebknecht und ihren gleichgesinnten Kampfgefährten sofort in Angriff genommen wurde.
Am 21. Oktober 1878 trat das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in Kraft. Am 27. Oktober erschien die letzte Nummer des „Vorwärts“, dann fiel das Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands nach zweijährigem Bestehen dem Polizeiverbot zum Opfer.
Die historische Wertung dieses Zentralorgans in der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung traf die Geschichte selbst:
Das Blatt hatte den organisatorischen Verschmelzungsprozeß der Partei und ihre politisch-ideologische Festigung auf revolutionär-proletarischer Grundlage in der kurzen Zeit seines Wirkens so weit vorangetrieben, daß die Partei den harten Schlägen des Ausnahmegesetzes widerstand. Der „Vorwärts“ hatte auf das Klassenbewußtsein der Parteimitglieder und anderer forgeschrittener Arbeiter fördernd eingewirkt, ihnen die welthistorische Rolle des Proletariats erläutert, so daß diese sich fest um die Partei scharten und trotz Ausweisung und Gefängnis den Kampf gegen den junkerlich-bourgeoisen Militärstaat unbeirrt und mit dem Einsatz ihrer ganzen Person fortsetzten.
Nach einer kurzen Periode der Verwirrung stellte sich die Partei in ihrer Strategie und Taktik auf die neuen Kampfbedingungen um. Nach zwölf Jahren revolutionären Ringens ging sie als Sieger über das Sozialistengesetz hervor. Auf ihrem ersten Parteitag nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, im Oktober 1890 in Halle, entschlossen sich die Delegierten, die revolutionäre Traditionslinie des „Vorwärts“ aufzugreifen und ihr neues Zentralorgan unter diesem Namen erscheinen zu lassen. Somit verkörperte der „Vorwärts“ einen wichtigen Meilenstein bei der Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung und zur Entwicklung ihrer marxistischen Massenpartei, deren revolutionäre Traditionen in der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands fest verankert sind.

Karl-Heinz Gensch

ANMERKUNGEN

1 Vgl. ausführlich zum Stand der Erschließung der Arbeiterpresse H. Bartel, W. Schröder, G. Seeber, H. Wolter, „Der Sozialdemokrat" 1879–1890, Berlin 1975.

2 Zum „Demokratischen Wochenblatt" vgl. Heinrich Gemkow/Ursula Herrmann, Einleitung zum fotomechanischen Nachdruck des „Demokratischen Wochenblatts", Leipzig 1969.

3 Eine Würdigung des „Volksstaat" unternimmt Erich Kundel in Der Beitrag von Karl Marx und Friedrich Engels zur Entwicklung des Zentralorgans der Eisenacher Partei „Der Volksstaat". In: „Der Volksstaat", Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften. Unveränderter Nachdruck, Leipzig 1971.

4 „Der Sozialdemokrat" 1879–1890. Originalgetreue Reproduktion in drei Bänden mit einer Nachbemerkung ‚Der Sozialdemokrat' – Entwicklung und historische Stellung von H. Bartel, W. Schröder, G. Seeber, H. Wolter, Berlin 1970. Vgl. auch Anm. 1.

5 Vgl. zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung für diese Zeit: Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Berlin 1974. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, Berlin 1966. H. J. Bochinski, Die deutsche Arbeiterbewegung 1875–1878, Phil. Diss., Leipzig 1958.

6 Vgl. Rolf Dlubeck, Erich Kundel, Die Kritik des Gothaer Programms – ein grundlegendes Dokument des wissenschaftlichen Kommunismus. In: „Revolutionäres Parteiprogramm – revolutionäre Arbeitereinheit". Studien zum Kampf um die Vereinigung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung. Berlin 1975, S. 238–301.

7 Vgl. Protokoll des Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokratie Deutschlands, abgehalten zu Gotha, vom 22. bis 27. Mai 1875, Leipzig 1875, S. 7 und S. 65–73.

8 Wilhelm Liebknecht, Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten, Assen 1973, im folgenden zitiert: Briefwechsel, S. 690. Im Schriftverkehr Liebknechts mit Auer, Bebel, Geib und Tölcke zur „Centralblattfrage" zeigen sich zunächst noch recht unterschiedliche Auffassungen, die aber bald überwunden wurden. Insgesamt gibt der umfangreiche Briefwechsel Liebknechts einen detaillierten Einblick in die Schwierigkeiten der Redaktionsarbeit und in die Entwicklung der sozialistischen Presse, wobei die große Anteilnahme und Hilfe von Marx und Engels augenscheinlich wird; s. auch Anm. 33.

9 Zu den Verhandlungen vgl. Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876, S. 71 ff.

10 Vgl. Ebenda, S. 76; s. a. „Der Volksstaat" Nr. 101 v. 30. August 1876.

11 Vgl. „Der Volksstaat" Nr. 101 v. 30. August 1876; s. a. Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 13. bis 23. August 1876. Berlin 1876, S. 71.

12 Diese Rubrik kann aufschlußreich sein für das Verbreitungsgebiet und für die Verbundenheit der Leser mit dem Zentralorgan.

13 „Mitten im Wahlkampf ...", „Vorwärts" Nr. 10 vom 22. Oktober 1876.

14 „Vorwärts" Nr. 35 v. 20. Dezember 1876. Vgl. auch zur revolutionären Parlamentstaktik Gustav Seeber, Wahlkämpfe, Parlamentsarbeit und revolutionäre Politik. In: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1970, S. 219 ff.

15 Vgl. „Vorwärts" Nr. 29, 30, 31, 32 v. 6., 8., 10. und 13. Dezember 1876; Nr. 35 v. 20. Dezember 1876.

16 „Vorwärts" Nr. 38 v. 29. Dezember 1876.

17 „Vorwärts" Nr. 6 v. 14. Januar 1877.

18 „Vorwärts" Nr. 15 v. 4. Februar 1877.

19 Fr. Engels, Die europäischen Arbeiter im Jahre 1877. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Berlin 1971, im folgenden zitiert: MEW, Bd. 19, S. 119.

20 Fr. Engels, Brief an Bignami über die deutschen Wahlen von 1877. In: MEW, Bd. 19, S. 89.

21 „Vorwärts" Nr. 113 v. 26. September 1877.

22 „Vorwärts" Nr. 45 v. 18. April 1877.

23 Liebknecht an Engels, 14. 4. 1877. In: W. Liebknecht, Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels. The Hague 1963. Im folgenden zitiert: Briefwechsel mit M/E, S. 214. Eine definitive Konferenz zur Frage der wissenschaftlichen Beilage fand in Berlin am 10. 5. 1877 statt. Vgl. W. Liebknecht an Fr. Engels, 9. 5. 1877, Briefwechsel mit M/E, S. 217.

24 „Vorwärts" Nr. 21 v. 20. Februar 1878.

25 Marx an Friedrich Adolph Sorge, 19. Oktober 1877. In: MEW, Bd. 34, S. 303. Zit. nach Rolf Dlubek, Hannes Skambraks, „Das Kapital" von Karl Marx in der deutschen Arbeiterbewegung (1867–1878), Berlin 1967, S. 97 f.

26 Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring"). In: MEW, Bd. 20, S. 5.

27 Vgl. MEW, Bd. 34, S. 541, Anm. 21.

28 Vgl. Fr. Engels an K. Marx, 24. Mai 1876. MEW, Bd. 34, S. 13 und dieselben, 28. Mai 1876. Ebenda, S. 17/18; ferner Karl Marx an W. Liebknecht, London, 7. Oktober 1876. Briefwechsel mit M/E, S. 204. Engels an J. Ph. Becker, London, 20. 11. 1876, MEW, Bd. 34, S. 228.

29 „Vorwärts" Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 10, 11 v. 3., 5., 7., 10., 12., 14., 17., 24., 26. Januar 1877; Nr. 17, 24, 25 v. 9., 25., 28. Februar, Nr. 36, 37 v. 25. u. 28. März, Nr. 44, 45, 49, 50 v. 15., 18., 27., 29. April, Nr. 55, 56 v. 11. bzw. 13. Mai 1877

30 „Vorwärts" Nr. 87 Wiss. Beil. Nr. 1/2 v. 27. Juli 1877, Nr. 93 Wiss. Beil. Nr. 3 v. 10. August, Nr. 96 Wiss. Beil. Nr. 4 v. 17. August, Nr. 105 Wiss. Beil. Nr. 5 v. 7. September, Nr. 108 Wiss. Beil. Nr. 6 v. 14. September, Nr. 127 Beil. v. 28. Oktober, Nr. 130 Beil. v. 4. November, Nr. 139 Beil. v. 28. November, Nr. 152 Beil. v. 30. Dezember 1877.

31 „Vorwärts" Nr. 52 Beil. v. 5. Mai 1878, Nr. 61 Beil. v. 26. Mai, Nr. 64 Beil. v. 2. Juni, Nr. 75 Beil. v. 28. Juni, Nr. 79 Beil. v. 7. Juli 1878. Vgl. auch MEW, Bd. 34, S. 541, Anm. 21; S. 599, Anm. 441.

32 Vgl. Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland, Berlin 1969, Bd. 1/2, S. 59 ff.

33 Zum Briefwechsel vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Berlin 1973, Bd. 34, enthält Briefwechsel zwischen Marx und Engels von 1875–1880 sowie an dritte Personen. W. Liebknecht, Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels, The Hague 1963. W. Liebknecht, Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten, Assen 1973.

34 Karl Marx an W. Bracke, 11. April 1877, MEW, Bd. 34, S. 263. Fr. Engels an W. Bracke, 24. April 1877, ebenda, S. 273.

35 W. Liebknecht an Fr. Engels, 14. 4. 1877, Briefwechsel mit M/E, S. 213 ff.

36 W. Liebknecht an Fr. Engels, ebenda, S. 218 f.

37 Protokoll des Socialisten-Congresses zu Gotha v. 27. bis 29. Mai 1877, Hamburg 1877, S. 70; Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. III März 1871 bis April 1898. Berlin 1974, S. 106 f.

38 Protokoll des Socialisten-Congresses zu Gotha vom 27. bis 29. Mai 1877, Hamburg 1877, S. 70 ff.

39 Vgl. „Vorwärts" Nr. 78 v. 6. Juli 1877.

40 „Vorwärts" Nr. 137 u. 138 v. 21. bzw. 23. November 1877.

41 „Vorwärts" Nr. 137 v. 21. November 1877, S. 3.

42 In zahlreichen Arbeiten zur Philosophie und politischen Ökonomie befaßte sich Joseph Dietzgen sowohl mit Grundfragen der Marxschen politischen Ökonomie oder setzte sich mit bürgerlichen Kritikern auseinander. Vgl. „Vorwärts" Nr. 9 u. 14 v. 21. Januar u. 2. Februar. 1877.
J. Dietzgen: „Le socialisme contemporain en Allemagne", in „Vorwärts" Nr. 13 v. 23. Februar, Nr. 29 v. 9. März, Nr. 38 v. 30. März 1877. „Sozialdemokratische Philosophie", Nr. 58 v. 18. Mai 1877. „Das Unbegreifliche", Wiss. Beil. Nr. 1 u. 2 v. 27. Juli; „Herr Adolf Samter", Wiss. Beil. Nr. 3 u. 4 v. 10. bzw. 17. August, Nr. 5 v. 7. September; „Grenzen der Erkenntnis", Beil. v. 28. November 1877.
Vgl. auch Joseph Dietzgen, Schriften in drei Bänden, Berlin 1965, insbesondere Bd. III, S. 441 ff.: Nachwort von Otto Finger.

43 „Vorwärts" Nr. 6 v. 16. Januar 1878, „Die Übernahme der Feuerversicherung durch das Reich".

44 „Vorwärts" Nr. 128 v. 31. Oktober, Nr. 135 u. 140 v. 16. bzw. 30. November 1877; „Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie" in „Vorwärts" Nr. 33, 34, 35, v. 20., 22., 24. März, Nr. 43, 44, 45 v. 12., 14., 17. April, Nr. 56 v. 15. Mai, Nr. 68, 70 v. 12. u. 16. Juni, Nr. 88 v. 28. Juli 1878. „Abfertigung", Nr. 39 v. 3. April 1878. „Die Interpretation der Marx'schen Werththeorie durch die Herren Prof. Dr. Schäffle und C. A. Schramm" in Nr. 40, 41, 42 v. 5., 7., 10. April 1878. „Zur sozialistischen Werththeorie" Nr. 48, 49, 50 v. 26., 28. April und 1. Mai 1878. „Angebot und Nachfrage" Nr. 66, 67, 68, 69, 70 v. 7., 9., 12., 14. u. 16. Juni 1878.

45 „Vorwärts" Nr. 69 v. 15. Juni 1877, S. 4, Sp. 2. Vgl. auch „Vorwärts" Nr. 64 v. 3. Juni 1877 und von J. Dietzgen: „Ein gewisser Dr. Calberla, Dr. phil." Nr. 66 v. 8. Juni 1877. Vgl. ferner zur Rolle des „Kapital" in der deutschen Arbeiterbewegung bis 1878: Rolf Dlubek, Hannes Skambraks, „Das Kapital" von Karl Marx in der deutschen Arbeiterbewegung (1867–1878), Berlin 1967, S. 86–106.

46 Vgl. J. Seidel, Zu einigen Aspekten der proletarisch-internationalen Position der deutschen Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin, 12 (1970) 5, S. 723–733.

47 Marx an Engels 3. März 1877, MEW, Bd. 34, S. 34.

48 „Vorwärts" Nr. 32 v. 16. März 1877, MEW Bd. 19, S. 91 ff.

49 Fr. Engels an J. Ph. Becker, 29. März 1877, MEW, Bd. 34, 258.

50 „Vorwärts" Nr. 109, 110, 111, 112, 114, 115 v. 16., 19., 21., 23., 28., 30. September 1877. Vgl. auch MEW, Bd. 19, S. 124.

51 „Vorwärts" Nr. 11 v. 27. Januar 1878.

52 „Vorwärts" Nr. 33, 62 v. 18. März bzw 30. Mai 1877; Nr. 30 v. 30. März 1878.

53 „Vorwärts" Nr. 7, 8, 9, 10 v. 15., 18., 20., 22. Oktober 1877. Zur Gesamtproblematik vgl. Jutta Seidel, Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Herausbildung und Gründung der französischen Arbeiterpartei (Parti ouvrier) 1876/77 bis 1880. In: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1970, S. 599–648.

54 Vgl. „Vorwärts" Nr. 8 v. 18. Oktober 1876 „Hoch die Brüder in Frankreich".

55 „Vorwärts" Nr. 67 v. 10. Juni 1877.

56 „Vorwärts" Nr. 76 v. 1. Juli 1877.

57 Fr. Engels an W. Liebknecht, 2. Juli 1877, MEW, Bd. 34, S. 281.

58 „Vorwärts" Nr. 80 v. 11. Juli 1877 unter „Sozialpolitische Übersicht".

59 Vgl. MEW, Bd. 34, S. 591, Anm. 385; vgl. auch „Vorwärts" Nr. 80 v. 11. Juli 1877, S. 2.

60 C. Hirsch an W. Liebknecht, 26. Juli 1877, Briefwechsel, S. 752.

61 Vgl. u. a. „Vorwärts" Nr. 67 v. 10. Juni 1877: „Zum jüngsten Staatsstreich des Herrn Mac Mahon"; Nr. 76 v. 1. Juli: „Nieder mit der Republik"; Nr. 80 u. 81 v. 11. u. 13. Juli: „Die Rothen wider die Blauen"; Nr. 85 v. 22. Juli 1877: „Die Sozialdemokratie und die Bourgeoisdemokratie"; Nr. 86 v. 25. Juli: „Die Stellung und das Programm der radikalen sozialrepublikanischen Partei in Frankreich"; Nr. 90 v. 3. August 1877: „Zur Komödie in Frankreich".

62 Vgl. u. a. „Vorwärts" Nr. 59, 60 u. 61 v. 20., 25. u. 27. Mai 1877; Nr. 8 v. 19. Januar 1878; Nr. 23 u. 24 v. 24., 27. Februar 1878.

63 Vgl. Engels Folgerungen zu den Auswirkungen einer Revolution in Rußland. MEW, Bd. 19, S. 136.

64 Zur Gewerkschaftsbewegung siehe Werner Ettelt, Hans-Dieter Krause, Der Kampf um eine marxistische Gewerkschaftspolitik, 1868–1878. Berlin 1975 und W. Schröder, Die Gewerkschaftsbewegung in der Konzeption der revolutionären Sozialdemokratie 1869–1891. In: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1970, S. 103 ff.

65 „Vorwärts" Nr. 118, v. 7. Oktober 1877, S. 1, Sp. 2. Vgl. auch W. Ettelt, H.-D. Krause, a. a. O.

66 „Vorwärts" Nr. 93 v. 10. August 1877.

67 Vgl. „Vorwärts" Nr. 97 v. 19. August, Nr. 105, 108, 111, 114 v. 7., 14., 21. u. 28. September; Nr. 120, 123 v. 12. u. 19. Oktober; Nr. 129, 130 v. 2. u. 4. November und Nr. 147 v. 16. Dezember 1877 sowie Nr. 4, 6 v. 12. u. 16. Januar; Nr. 18, 22 v. 13. u. 22. Februar 1878.

68 Der Entwurf war auf Abänderung der bestehenden Gewerbeordnung und einschlägiger Bestimmungen gerichtet und hatte einen größeren Schutz für die Arbeiter zum unmittelbaren Ziel. Wortlaut ist veröffentlicht in: „Vorwärts" Nr. 43 v. 13. April 1877; vgl. auch „Vorwärts" Nr. 41, 44, 45, 46, 47, 48, 49 v. 8., 15., 18., 20., 22., 25. u. 27. April 1877.

69 W. Ettelt, H.-D. Krause, a. a. O., S. 579 f.; vgl. auch „Vorwärts" Nr. 65 v. 5. Juni 1878.

70 Fr. Engels, MEW, Bd. 7, S. 541.

71 „Vorwärts" Nr. 69 v. 14. Juni 1878.

72 „Vorwärts" Nr. 76 v. 23. Juni 1878.

73 Vgl. „Vorwärts" Nr. 72 v. 21. Juni 1878; s. a. Nr. 73 v. 23. Juni 1878.

74 Vgl. „Vorwärts" Nr. 92 v. 7. August 1878.

75 „Vorwärts" Nr. 71 v. 19. Juni 1878; siehe dazu weiter J. Seidel, a. a. O., S. 619 ff. Vgl. auch „Vorwärts" Nr. 75 v. 28. Juni und Nr. 77 v. 3. Juli 1878.

76 „Vorwärts" Nr. 97 v. 18. August 1878.

77 „Vorwärts" Nr. 111 v. 20. September 1878.

78 „Vorwärts" Nr. 114 v. 27. September 1878, S. 4: Zuschrift aus Leipzig.

79 „Vorwärts" Nr. 114 v. 27. September 1878, S. 4: „Gedanken über unsere nächste Propaganda".

80 „Vorwärts" Nr. 115 v. 29. September 1878.

81 „Vorwärts" Nr. 116 v. 2. Oktober 1878; vgl. auch Erklärung zum Weitererscheinen in „Vorwärts" Nr. 115 v. 29. September 1878.

82 Vgl. „Vorwärts" Nr. 122 v. 16. und Nr. 125 v. 21. Oktober 1878.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanermann, 196 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Leipzig. Probenummer. 1876.

Mit dem 1. Oktober a. c. werden laut Congreßbeschluß unsere bisherigen zwei offiziellen Parteiorgane „Volksstaat" und „Neuer Sozialdemokrat" zu erscheinen aufhören und wird an deren Stelle als einziges offizielles Parteiorgan treten der

„Vorwärts"

Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands.

Redakteure: **W. Hasenclever** und **W. Liebknecht.**

Ort des Verlags: **Leipzig.**

Die Leser des „Volksstaat" und des „Neuen Sozialdemokrat" werden im voraus darauf aufmerksam gemacht, bei Erneuerung ihrer Abonnements statt der genannten zwei Blätter den „Vorwärts" bestellen zu wollen, welcher im Umfange des „Neuen Sozialdemokrat" (etwas größer als der „Volksstaat") erscheinen und den ganzen Mitarbeiterkreis der beiden jetzigen offiziellen Parteiorgane behalten wird.

Der Preis des „Vorwärts" ist per Quartal auf **M. 1,60** festgestellt, und abonnirt man denselben bei allen Postanstalten, sowie den bisherigen Bezugsquellen.

Es empfiehlt sich besonders, auf den „Vorwärts" möglichst schon von Mitte September a. c. an Bestellungen einzureichen, damit die bisherigen Abonnenten beider Parteiblätter ohne Unterbrechung bedient werden können.

Der „Vorwärts" erscheint ebenso wie „Volksstaat" und „Neuer Sozialdemokrat" 3mal wöchentlich. Die Bezugsbedingungen und Versandttage sind dieselben, wie bei den bisherigen Parteiorganen.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritanien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;
Couvertsendungen wöchentl. 3mal 10 Mrk. pr. Quart.
" " 1mal 4,80 Mrk. " "

☛ Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Vorwärts!

Vorwärts — so hallt das Commandowort des Kriegsobristen, welches die Soldaten in die männermordende Schlacht treibt. Ohne Begeisterung, durch lautes Hurrahrufen den eigenen Unmuth betäubend, stürzen die angetriebenen Schaaren aufeinander und zerfleischen sich wie die Thiere der Wildniß.

Und immer dazwischen hört man das treibende Wort zur großen Menschenschlächterei, den starren Ruf: Vorwärts!

Leichen thürmen sich auf Leichen — der Schmerzensruf der Verwundeten vermischt sich mit dem Gewimmer und dem Stöhnen der Sterbenden und dem Angstschrei der Fliehenden — Vorwärts, immer Vorwärts, tönt es dazwischen. Die eisengepanzerten Reiter stürmen herbei und metzeln erbarmungslos die Fliehenden nieder.

Weiter toset der Kampf. Und der drängende Ruf Vorwärts erstirbt nur mit dem allgemeinen Getöse, mit der Niederlage eines der streitenden Heere.

Das ist nicht unser Vorwärts. Auch wir stehen mitten im Kampfe, doch gilt unser Kampf nicht den Sonderinteressen einzelner Personen oder einzelner Klassen, sondern der Erlösung der Menschheit aus tausendjähriger leiblicher und geistiger Sklaverei.

Und unser Kampf soll keine blutigen Opfer fordern, er ist der Kampf für eine heilige Idee und wird geführt mit den Waffen des Geistes, der Ueberzeugung und des Rechtes.

Vorwärts, klingt auch unser Ruf — o daß er gehört werde von den Tausenden und aber Tausenden braver Arbeiter, die in schwerer unbelohnter Mühe sich abquälen, daß Geist und Körper ermatten, daß sie durch den eisernen Arm der Noth zerschlagen, nach und nach unfähig werden zu höherer That.

Vorwärts — noch ist es nicht zu spät, noch könnt Ihr, Männer der Arbeit, die Kette des Elends, die sich um Euch schlingt, zersprengen, noch ist es Zeit, wenn Ihr Alle Euch aufrafft zu dem großen Befreiungskampfe.

Anfeuern in diesem herrlichen Kampfe soll Euch der „Vorwärts", anfeuern mit ernstem Worte, indem er Euch die Blößen des Feindes erkennen läßt, und mit hallendem Ruf, der Euch zu immer größerem Opfer anspornen soll, den Kampfpreis zu gewinnen.

Vorwärts — so tönt der Ruf von dem Munde des Führers der Karawane, welche langsam durch den gluthvollen Sand der Wüste dahinschleicht.

Menschen und Thiere verschmachten fast, der Mund lechzt nach Wasser und die brennenden Augen schweifen in die Ferne, um am Horizonte die Wipfel der Palmen zu erblicken, welche die duftige lebenspendende Oase mitten im todten verderbenbringenden Sandmeer anzeigen.

Doch immer noch sieht das Auge nur den flimmernden gelblichen Sand der endlosen Wüste. Die Ermattung wird größer, hinsinken schon einige Thiere, und dort fällt auch der erste Mensch als Opfer übergroßer Anstrengung und quälenden Durstes. Vorwärts, Vorwärts — tönet immer und immer wieder der ängstliche, doch gewaltige Ruf des unermüdlichen Führers und endlich lautaufjauchzend, die frischere Luft tiefeinathmend, sehen die Ermatteten das grüne Eiland auftauchen, das ihnen Erquickung und Ruhe bringen wird.

Vorwärts — jubeln sie jetzt Alle und in kurzer Zeit erblickt man bei allen denen Frische, Glück und Wohlbefinden, die fast einem grausigen Tode verfallen wären.

Ihr Arbeiter aber, die Ihr jetzt wandert durch die qualvolle Wüste des Lebens, umhüllt von dem glühenden Staub der Entbehrungen, eingeengt in die verderbenbringende Gluth der Noth, die Ihr suchet nach Linderung, die Ihr Euch sehnet nach bescheidenem Glück, die Ihr die Oase erreichen wollt und erreichen müßt, auf welcher Eure Qual dem Ende naht, Euch rufen wir ein kräftiges Vorwärts zu.

Die Ihr in der Wüste des Lebens vergeblich nach den erquickenden Früchten der Freiheit sucht, die Ihr lechzt nach der Quelle der Bildung und des Wissens — Vorwärts, vorwärts! Auf zur Oase, auf welcher die Bäume prangen und die Quelle rieselt.

Und vor allem prangt dort die Königin der fruchtbringenden Bäume, die Palme — das Symbol des Friedens und der Menschheit.

Vorwärts drum, Ihr Wanderer, beschleunigt Eure Schritte, überwindet die Ermattung, überwindet alle Hindernisse, Euch winkt der höchste Lohn: Das Land der Freiheit, Gleichheit und Bruderliebe.

Deshalb mit aller Kraft, mit aller Anstrengung, mit aller Begeisterung: Vorwärts!

Unsere besten Agitatoren.

In Bourgeoiszeitungen war dieser Tage zu lesen, der Reichstagscandidat der Chemnitzer Bourgeoisie, Herr Franz Duncker, Mann des Fortschritts in Nacht- und Kinderarbeit und Schriftsetzer-Aushungerung, habe Aussicht, bei der nächsten Reichstagswahl über den Candidaten der Sozialdemokratie, Johann Most, zu siegen, weil — durch die Krise die Zahl der Arbeiter und folglich der Sozialdemokraten in Chemnitz beträchtlich gelichtet worden sei. Das „folglich" stand nicht in der Notiz, entspricht aber dem Sinn derselben. Es war ausdrücklich die Zusammengehörigkeit der Begriffe „Arbeiter" und „Sozialdemokrat" zugegeben, ausdrücklich anerkannt, daß jeder Arbeiter von Natur, d. h. durch die Natur der Verhältnisse, in denen er lebt, Sozialdemokrat ist.

So wahr und vernünftig dies, so falsch und unvernünftig ist die Anschauung, die Krisis habe die Aussichten des Bourgeoiscandidaten gebessert. Der Schreiber der Notiz hat offenbar keine Ahnung von dem Wesen der Parteien und von der Krisis. Die Parteien sind der Ausdruck von Interessen; und die gegenseitige Stellung der Parteien richtet sich genau nach der gegenseitigen Stellung der Interessen, welche in ihnen zum Ausdruck gelangen. Gedankenlose Skribler skandalisiren sich seit einiger Zeit über die „Interessenvertretung", die jetzt von vielen Seiten betont wird. Unsinn! Interessenvertretung haben wir immer gehabt, nur daß die Interessen vielfach nicht zu vollem Bewußtsein gekommen sind, sich hinter tönenden Phrasen und Stichwörtern versteckten. Daß man nun anfängt, die alten fadenscheinigen Phrasen und Stichwörter abzuwerfen und sich einfach auf den Boden der Interessen zu stellen, das ist entschieden ein Fortschritt — ein Fortschritt, dessen Bedeutsamkeit dadurch nicht geschmälert wird, daß unsere auf Bauern-, Bürger- und Arbeiterfängerei ausgehenden Gegner die Interessen, welche sie wirklich vertreten, nicht zur Schau stellen, und die Interessen, welche sie zur Schau stellen, nicht wirklich vertreten. Das Sonderinteresse drapirt sich als allgemeines Interesse, das Interesse des Jägers als das Interesse des Wilds — mit Speck fängt man Mäuse. Genug, wir Sozialdemokraten nehmen es ernst mit der Interessenvertretung, und den Heuchlern und Betrügern, die ihre eigenen volks- und staatsfeindlichen Interessen in Volks- und Staatsinteressen umlügen wollen, reißen wir unerbittlich die Maske ab.

Und gerade die jetzige Krisis — die wirthschaftliche nicht allein, sondern auch die politische — bietet uns die beste Gelegenheit, die Lüge zu entlarven und den Nachweis zu liefern, daß das Interesse der Gesellschaft, das Gesammtinteresse, eine gründliche, organische Umgestaltung der heutigen Gesellschafts- und Staatseinrichtungen erheischt, daß die sozialdemokratische Partei, welche die Ursachen der jetzigen Krisis, wie überhaupt jeder Krisis zu entfernen bemüht ist, die wirklichen Interessen des Staats und der Gesellschaft vertritt, während alle übrigen Parteien, die — so heftig sie sich unter einander bekämpfen — im Großen und Ganzen allesammt für Erhaltung der heutigen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen sind und dieselben ausschließlich in ihrem Sonderinteresse „ausbauen" wollen, thatsächlich staats- und gesellschaftsfeindliche Interessen vertreten und allesammt eine reaktionäre, gemeinschädliche Masse bilden.

Ins vierte Jahr schon schleppt sich die wirthschaftliche Krisis. Und noch ist kein Ende abzusehn. Unsagbar ist das Elend. Mit seltenen Ausnahmen hat jedes Gesellschaftsglied mehr oder weniger zu leiden. Tausende von Reichen haben Bankrout gemacht, Hunderttausende von Kleineigenthümern sind an den Bettelstab gebracht, Millionen von Arbeitern zu Hungerlöhnen oder absoluter Erwerbslosigkeit verurtheilt worden. Und warum? Nach einem „ewigen", „göttlichen" Gesetz? Mit Nichten! Nein, weil die herrschende Produktionsweise eine durch und durch anarchische ist, weil sie das Gesammtinteresse dem Sonderinteresse einer winzigen Minorität opfert, weil sie keinen Ueberblick, und demgemäß keine Regelung der Waarenerzeugung und der Waarenvertheilung ermöglicht.

Würde die Produktion geregelt, wie die Sozialdemokratie es fordert, d. h. träte an Stelle des kapitalistischen Monopols der Arbeitsmittel und der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeit — die genossenschaftliche Arbeit für die ganze Gesellschaft, so wäre die Quelle der Krisen verstopft, das Elend hörte auf, der treue Begleiter der Armuth zu sein, und das ehrliche Eigenthum wäre gesichert vor den Krallen des organisirten, unter dem Schirm des Gesetzes frech im hellen Tageslicht betriebenen Diebstahls.

Wer von der Handels- und Geschäftskrise Vortheil zieht, der wirke gegen uns für die Erhaltung der heutigen Zustände!

Wer von der Handels- und Geschäftskrise Nachtheil erleidet, wer im Elend lebt, sein ehrliches Eigenthum bedroht sieht — der wirke mit uns für die Herbeiführung besserer Zustände!

Nicht minder schwer als die wirthschaftliche lastet auf uns die politische Krisis. Die Folgen der „Blut- und Eisenpolitik" machen sich geltend, aus einer Kriegspanik werden wir in die andere gestürzt, das „Deutsche Reich" steht isolirt da unter den Kulturstaaten, und die neuesten Vorgänge lassen nicht zweifeln, daß es durch „die Logik der Thatsachen" in die Bundesgenossenschaft des russischen Barbarenstaats getrieben worden ist. Seit anderthalb Jahren — seit dem berüchtigten „Krieg in Sicht"-Lärm — haben wir keinen Moment der Ruhe gehabt; die orientalische Frage, welche Rußland vor einem Jahr auf die Tagesordnung gesetzt hat, verwirrt sich mehr und mehr — trotz, oder vielmehr dank der Diplomatie, und jeden Moment kann der Weltkrieg ausbrechen. Diese stetige Unsicherheit hat die Wirkungen der wirthschaftlichen Krisis wesentlich verschärft; und wenn wir bedenken, daß im Fall des Kriegs das Weltmeer den deutschen Schiffen verschlossen wäre, so können wir die Schätzung eines Berliner Blatts, welches die dem deutschen Gewerbe- und Handelsstand, und damit in letzter Instanz den deutschen Arbeitern, durch die politische Krisis bereiteten Verluste auf 100 Millionen Thaler veranschlagt, keineswegs übertrieben finden.

Und ist diese politische Krisis etwa eine Nothwendigkeit? Ebenso wenig, wie die ökonomische Krise. Wir nannten sie schon eine Folge der Blut- und Eisenpolitik. „Blut und Eisen" ist bekanntlich die Signatur, welche Fürst Bismarck selbst seiner Politik, dem durch ihn vertretenen System, aufgedrückt hat. „Blut und Eisen" heißt „Erfolg" durch Gewalt, Militarismus, Krieg, Eroberung — nach Innen heißt's in der famosen Eulenburgschen Modifikation: „Die Flinte schießt, der Säbel haut!" „Freiheit", „Wohlstand", „Bildung", „Friede" sind für die Blut- und Eisenpolitik „utopistische Träumereien". Wir erklären umgekehrt: sie sind die wirklichen Zwecke des Staats, und das Blut- und Eisensystem seinerseits ist im Grunde genommen eine „utopistische Träumerei". Im Widerspruch mit dem heutigen Culturzustand und den Bedürfnissen der Menschen, kann sie höchstens vorübergehende „Erfolge" erringen, muß von der Hand in den Mund leben, stets Hazard spielen, stets das Aeußerste einsetzen. Und der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht. Der Krug Bonaparte's, des Lehrmeisters unseres „leitenden Staatsmanns", hat keine zwanzig Jahre gehalten und ist bei Sedan zerbrochen. Der Krug des Schülers geht erst 14 Jahre zum Brunnen und hat schon verschiedentliche recht sichtbare Sprünge. Wer hat da die Stirn, von „ewigen Gesetzen" zu reden? Die Blut- und Eisenpolitik ist nicht nothwendig, sie ist nicht nützlich — außer für ihre Urheber und eine winzige Minorität von Gesellschaftsgliedern, deren Interesse dem der ungeheueren Mehrzahl der Bevölkerung schnurstracks zuwiderläuft. Das Interesse der ungeheueren Mehrzahl der Bevölkerung erheischt gebieterisch: Bruch mit diesem System, Ersetzung der Blut- und Eisenpolitik durch eine Politik wahrer Humanität.

Sage man nicht etwa, die Sozialdemokraten erstreben Unmögliches. Sobald die Mehrzahl der Menschen ihre Interessen begriffen haben und sich klar geworden sind über die herrschenden Zustände in Staat und Gesellschaft, sind die herrschenden Zustände nicht mehr möglich. Unsere Aufgabe ist daher, die Masse zum Bewußtsein ihrer Interessen und zur Klarheit über unsere politischen und sozialen Einrichtungen zu bringen. Diese Aufgabe wird uns außerordentlich erleichtert durch die obwaltende Doppelkrisis!

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen", lautet das Bibelwort. Gut. — „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen", rufen wir all Denen zu, die sich noch nicht zu geistiger Unabhängigkeit emporgeschwungen haben, „an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen"! Euer kärglicher Lohn ist euch beschnitten worden — oder der „Brotherr" hat euch gar auf's Pflaster geworfen; das ist die Geschäftskrise — wie schmecken die Früchte unserer Gesellschaftszustände? Ihr lest in der Zeitung, daß die „genialen" Herren Staatsmänner „dort hinten in der Türkei" eine Suppe eingebrockt haben, die von den Völkern Europas vielleicht auf dem

„Feld der Ehre" ausgegessen werden muß. Ihr selbst seid noch dienstpflichtig — das famose Landsturmgesetz hat euch ja bis nach zurückgelegtem 42. Lebensjahr dem Moloch verschrieben —; oder ihr habt einen Sohn, zwei drei Söhne, die dienstpflichtig sind; jede Secunde kann der Telegraph die Nachricht herblitzen: „Der König (oder Kaiser) ruft", die Kriegsdoggen sind losgelassen, Millionen Menschen, — darunter auch ihr, euere Söhne — werden auf das Schlachtfeld geschickt, Zehntausende werden todt, Hunderttausende zu Krüppeln geschossen, Millionen von Familien an den Bettelstab gebracht — Alles, weil ein herzloser Despot vom verruchten Landhunger verzehrt ist — das ist die politische Krise; wie schmecken die Früchte unserer Staatszustände? — — Nicht wahr, wir sind abscheuliche „Demagogen"? Man muß uns mit strengeren Strafgesetzen zu Leibe gehen? Unsere „Agitatoren" hinter Schloß und Riegel stecken? Nur zu, ihr Herren Tessendorf, Eulenburg, Stieber, Bismarck! „Die Flinte schießt" — aber den Sozialismus trifft sie nicht; „der Säbel haut", — aber den Sozialismus trifft er nicht. Ihr „schießt" und „haut" in euer eigenes System. Je mehr ihr „schießt" und „haut", desto rascher „schießt" und „haut" ihr es todt. Und unsere Agitatoren — packt sie nur alle am Kragen, nicht bloß die gegenwärtigen, auch die zukünftigen, so weit ihr sie ausschnüffeln könnt; uns thut ihr keinen Schaden, wir schauen euch lächelnd zu, denn unsere besten Agitatoren sind sicher vor euch. Ihr könnt und wollt sie nicht einsperren. Unsere besten Agitatoren, das sind die faulen politischen und gesellschaftlichen Zustände und deren Vertreter — unsere besten Agitatoren, das seid ihr selbst mit euerem System!

Die Arbeiter und die Zollfrage.

Mit besonderem Bezug auf Ungarn.

Von Leo Frankel.

Während meiner hiesigen Untersuchungshaft — wegen Betheiligung an der Pariser Commune — kam ich mit meinem Staatsanwalt unter anderem auch auf die Zollfrage zu sprechen. — Schutzzoll- oder Freihandels-Fragen, die sonst nur in volkswirthschaftlichen Büchern oder Revuen erörtert wurden, tauchten plötzlich in Folge des bevorstehenden Ablaufs des 1867 zwischen Oesterreich und Ungarn gemachten zehnjährigen Vertrags in den Tagesblättern auf und wurden ganz von selbst zu Tagesfragen. Das mag auch den Staatsanwalt veranlaßt haben, meine diesbezügliche Meinung zu hören; oder wollte er wissen, ob ich wirthschaftliche Kenntnisse besitze?

Sei die Ursache gewesen welche sie wolle, ich trat — so befremdend dies auch klingen mag — für den Schutzzoll ein.

Man muß die ökondmischen Fragen immer auf ein gegebenes Land, auf gegebene Verhältnisse prüfen, man muß die sogenannte historische Methode anwenden, wie sie von Marx und Engels schon in den vierziger Jahren (in den deutsch-französischen Jahrbüchern) gelehrt wurde, denn es giebt im ökonomischen Leben keine unveränderlichen Gesetze, Gesetze die zu allen Zeiten und in allen Ländern gleich sind, sondern nur historische Gesetze, d. h. Gesetze, die mit dem Ableben einer gegebenen Entwicklungsperiode absterben, so daß jede historische Periode ihre eigenen Gesetze hat.

Die industriellen Verhältnisse Ungarns sind heute eben noch derartig beschaffen, daß sie ebensosehr eines Schutzzolls bedürfen, als die Englands des Freihandels, wie sich dies schon aus der Zahl derjenigen ergiebt, die in den Ländern der ungarischen Krone eine industrielle Beschäftigung haben.

Mit Industrie beschäftigen sich in den einzelnen Ländern der ungarischen Krone und zwar in:

Ungarn	534,500	Personen,
Siebenbürgen	63,740	„
Fiume	3,200	„
Croatien und Slavonien	29,960	„
der gew. Militärgrenze	15,500	„
Im Ganzen	646,900	Personen.

Bei einer Gesammtbevölkerung von 15,400,000 Seelen nur 4.20 Proz. Hiervon sind 291,000 selbstständige Unternehmer, ein Zeichen, daß die Industrie zum größten Theil noch handwerkmäßig betrieben wird, und nur 355,900 d. i. 2.30 Proz. Arbeiter und Gehilfen, während z. B. Belgien, das nur 5 Millionen Einwohner zählt, in den Fabriken allein 448,940 Arbeiter beschäftigt hat.

Wenn heute Engländer und Franzosen mit ihren Freihandelstheorien in aller Herren Länder hausiren gehen, darf man nicht vergessen, daß Englands Industrie durch hohe Zölle und Einfuhrverbote geschützt wurde, so lange es eben nothwendig war. Huskisson, der englische Handelsminister, hatte noch 1824 große Schwierigkeiten, als er das Verbot aufheben wollte, welches die englische Seidenindustrie gegen die französische schützte, und mußte an dessen Stelle einen Zoll von 30 Proz. auflegen, der erst 1846 herabgemindert wurde.

Frankreichs Industrie wurde besonders durch Colbert (Minister Ludwig des XIV.) gefördert, der sie mit Monopolen, Privilegien und Subventionen reichlich ausstattete und nebenbei auch hohe Zölle und ein Einfuhrverbot diktirte. Nach einer im Mai l. J. in der Société d'economie politique stattgehabten Diskussion über die Zollfrage zu schließen, zählt der allgemeine Tarif Frankreichs heute sogar noch viele Artikel — Garnier behauptete 52 — deren Einfuhr verboten ist.

Welchen Erfolg könnte man nun von einer Armee ungeübter mit Feuersteingewehren bewaffneten Soldaten, die sich mit einem kriegsgeübten, mit den neuesten Feuerwaffen ausgerüsteten Heere im Kampfe befände, erwarten?

Auf dem Felde der Industrie hätte Ungarn mit seinen schlechten und schwachen Arbeitsmitteln nicht nur denselben Erfolg gegenüber England und Frankreich, nicht nur gegen Belgien, die Schweiz und Deutschland, sondern zum großen Theil selbst gegen das in der Industrie wenig vorgeschrittene Oesterreich, so daß Ungarn, wenn es das Bestreben fühlt, den größern Theil seines eignen Bedarfs an Fabrikaten zu decken und den eignen Markt auch nur mehr oder minder zu beherrschen, die Interessen seiner Industrie auch gegen Oesterreich wahren muß; es müßte auch ein eignes Zollgebiet haben.

Ungarns Industrie gleicht einem Kinde, dem noch das Stehen und Gehen gelehrt werden soll; es muß ihr noch sehr unter die Arme gegriffen werden, soll sie je auf eignen Füßen stehen können.

Mein Staatsanwalt schien sich meinen Ansichten mehr oder minder zuzuneigen. Er sprach nur seine Verwunderung darüber aus, daß ich mich als ein „Internationaler" für den Schutzzoll ausspreche, da er immer glaubte, die Internationalen seien Freihändler.

Dies gab mir Gelegenheit, ihm zu sagen, daß dieselben weder Schutzzöllner noch Freihändler sind, daß sie sich diesen Fragen gegenüber ganz passiv verhalten, da dies keine Arbeiter-, sondern eine Kapitalistenfrage sei, daß sie weder an den amerikanischen Protektionsapostel Carey, noch an die englischen und französischen Freihandelsapostel wie Cobden und Bastiat glauben, denn unter dem einen oder dem andern System ist der Abhängigkeitsgrad der Arbeiter derselbe, unter beiden Systemen steht ihr Lohn selten höher und auch dies nur entsprechend als Preis der zu ihrer Erhaltung nothwendigen Lebensmittel.

Wenn diese Frage aber auch wesentlich nur das Interesse der Kapitalisten und Grundbesitzer berührt, und die Art der Lösung von dem Verständniß der Sachlage abhängen wird, so ist sie doch nicht ganz unwesentlich für diejenigen, die nichts als ihre Arbeitskraft zu Markt zu tragen haben. Allerdings nicht im Sinne jener Oekonomisten, welche behaupten, daß sich mit der Vergrößerung des Nationalreichthums die Lage der arbeitenden Klasse verbessern, und daß das Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer daher ein gleiches sei. Nein, täuschen wir weder uns noch andre. Die menschlichen Interessen mögen gleiche sein, das Interesse der Klassen aber nie und nimmermehr!

Für die Zukunft, für den Fortschritt der Menschheit hat dieser Antagonismus nichts Erschreckendes, sondern nur Erfreuliches an sich. Die ganze bisherige Geschichte der menschlichen Gesellschaft zeigt sich uns als ein Cyklus anhaltender Kämpfe zwischen Klassen, Ständen und Parteien, die entgegengesetzten Interessen folgten. Es würde mich zu weit von meinem Gegenstand abführen, wollte ich hier erst den Nachweis liefern, wie die Unterdrückten bei allen diesen langwierigen Kämpfen schließlich doch als Sieger das Feld behaupteten. Bemerken will ich nur, daß alle diese Kämpfe, die sich im Grunde um materielle Interessen drehten, auch von entsprechenden geistigen Fortschritten begleitet waren. Der Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Adel, der sich in Frankreich bereits in den Communeerhebungen des 11. und 12. Jahrhunderts kundgiebt, in dem Bauernkrieg, Jacquerie genannt, an Bedeutung gewinnt und seinen eigentlichen Abschluß in der Eröffnung der französischen Reichsstände (5. Mai 1789) findet, zeigt dies am Besten in seinen Encyklopedisten, den Philosophen des 18. Jahrhunderts.

Wäre es wahr, daß das Interesse der Arbeiter und Kapitalisten ein gleiches ist — und nehmen wir an, es sei so — dann müßten die Folgerungen auch im umgekehrten Falle wahr sein und wir dürften sagen: Alles, was im Interesse der Arbeiter liegt, ist auch im Interesse der Kapitalisten, und da nun Jeder glaubt, die allgemeinen Interessen am besten vertreten zu können, müßten die Arbeiter wenigstens auch überall in den Parlamenten vertreten sein. Was sehen wir aber anstatt dessen? Die besitzende Klasse allein ist in den meisten Ländern vertreten, sie allein macht die Gesetze, sie allein schreibt die Steuern aus, sie allein schließt Verträge, während die Arbeiter systematisch von der Herrschaft ausgeschlossen werden.

Darf man sich dann wundern, wenn diese Gesetze als Klassengesetze, als gegen die Arbeiter, gegen die besitzlose Klasse gerichtet verschrieen, und die Oekonomisten, die stets gegen die Arbeiter Front machen und mit ihren Harmonielehren die Arbeiter nur glauben machen wollen, daß das Interesse der Kapitalisten zugleich das ihrige sei, als Sykophanten und Söldlinge der besitzenden Klasse betrachtet werden?

Hatten vielleicht die Feudalherrn, die den Bauer gesetzlich zwangen, für sie zu arbeiten, der ihrer Gerichtsbarkeit unterstellt war (in Oesterreich-Ungarn sind die letzten Pfeiler des Feudalwesens erst 1848 niedergerissen worden), das Interesse der Bauern im Auge? Hatten die englischen Grundbesitzer, welche (bis 1846) die Korngesetze als für ihre Renten unumgänglich nothwendig betrachteten, das Interesse der Besitzlosen im Auge? Hatten die Sklavenhalter Südamerikas im Interesse der Sklaven die Waffen zur Aufrechthaltung dieses barbarischen Systems ergriffen? Oder hatten die früheren Meistergilden, die durch übertriebene Gebühren selbst den fähigsten Gesellen die Meisterschaft fast unmöglich machten, ja in vielen Fällen nur den Söhnen der Meister oder den zweiten Männern verwitweter Meisterinnen Zutritt ließen, das Interesse der Gesellen im Auge?

Auch die Arbeiter sind nicht so blöde, um zu glauben, daß ihr Ausschluß von der Gesetzgebung, das Verbot von Arbeitercoalitionen, Nichteinführung von Fabrikgesetzen, von besoldeten und unabsetzbaren Fabrikinspektoren, oder das Lohnsystem in ihrem Interesse liege.

Das Interesse der Arbeiter und Kapitalisten ist ebenso verschieden als das der Käufer und Verkäufer einer Waare, wo jeder nur seinen eigenen Vortheil sucht und schließlich immer derjenige im Nachtheil sein muß, der des andern am meisten benöthigt. Daß dies unter den bestehenden Verhältnissen der Arbeiter ist, braucht wohl kaum erst beleuchtet zu werden. (Forts. folgt.)

Politische Uebersicht.

— Was für eine Art Rechtsstaat Preußen ist, illustrirt folgender Vorfall: Der Ackerpächter Holz in Jeserig bei Brandenburg hatte auf dem Charlottenburger Pferdemarkt am 8. Aug. d. J. ein Pferd gekauft und ritt auf demselben seiner Heimath zu. Als er am Mittwoch, den 9. August, mit dem Pferde Potsdam passirte, ward er von einem Polizisten angehalten, unter der Angabe, er habe das Pferd gestohlen, verhaftet und in den Polizeigewahrsam abgeführt — das geschah am 9. August. Die preußische Habeas-Corpus-Akte schreibt vor, daß ein jeder Staatsbürger innerhalb der nächsten 24 Stunden dem ordentlicher Richter vorgeführt und von demselben vernommen werde. Erst mit Anfang der nächsten Woche, Montag, den 14. August, wurde nun Holz ins Gefängniß des Kreisgerichts übergeführt und von dem Untersuchungsrichter vernommen, und erst am 16. August, also nach vollen 8 Tagen ohne weitere Erklärung entlassen. Dabei wurde ihm ein Autorisationsschein eingehändigt, daß er sich sein Pferd von dem Gastwirth, dem es der Polizist zur Pflege überliefert, wieder abholen könne. Bei demselben mußte er für das mit Beschlag belegte Pferd 12 Mark Futterkosten bezahlen, während man ihm für seine persönliche Verpflegung kein Geld abgenommen hatte. Man kann sich die Stimmung dieses Mannes denken, der mitten in der Ernte seiner Wirthschaft und Familie ohne die geringste Schuld seinerseits entrissen war. Sein reifer Hafer war mittlerweile zum großen Theile ausgefallen, sein Heu verdorben. Seine Frau und Kinder waren ohne alle Nachricht von ihm, denn es war keinerlei Anfrage über seine Identität an seinen Wohnort gelangt. Der Amtsvorsteher desselben hatte bereits polizeiliche Recherchen bei der Polizei-Direktion von Charlottenburg angestellt. Auf seine sofortige Beschwerde erhielt der schwer Geschädigte die nachstehende denkwürdige Antwort von dem Staatsanwalt in Potsdam. Dieselbe lautet wörtlich:

(Der Staatsanwalt
zu Potsdam.) Potsdam, den 14. Septbr. 1876.

Auf Ihre Beschwerde vom 31. August c. werden Sie hierdurch benachrichtigt, daß nicht zu ermitteln gewesen ist, welcher Beamte es verschuldet hat, daß die polizeiliche Anzeige von Ihrer am 9. August c. erfolgten Verhaftung erst am 12. desselben Monats bei der Staatsanwaltschaft eingegangen ist. v. Stael-Holstein.

An den Ackerpächter Herrn Holz
zu
8522. Jeserig.

Es ist, als ob die preußischen Behörden ihren Untergebenen den strengen Befehl gegeben hätten, alles anzuwenden, um die herrschenden Zustände so verhaßt als möglich zu machen.

— Byzantinismus — Bauchkriecherei vor den sogenannten „Großen" — soll sich nach dem berühmten ersten Reuleaux'schen Weltausstellungsbriefe in der deutschen Abtheilung der Ausstellung zu Philadelphia nur allzu breit gemacht haben. Unsere Nationalliberalen thaten ob dieses beleidigenden Vorwurfes sehr entrüstet und gebehrdeten sich, als ob sie immer nur in tapferster Weise ihren Mannesstolz vor Königs- und Kaiserthronen, selbstverständlich auch jedem Kürassierstiefel gegenüber, bewährt hätten. Leider giebt es aber bitterböse Reichsfeinde, welche zu behaupten sich unterfangen, daß jene erbärmliche Kriecherei eine von den kleinen Erbschwächen sei, welche dem nach dem Herzen seiner Fürsten und Pfaffen erzogenen deutschen Michel klettenhaft anhangen und auch bei jeder Weltausstellung immer von neuem in blamabelster Weise zu Tage treten. Auf der Weltausstellung zu Paris im J. 1855 z. B. — daran erinnert das Hauptorgan der Ultramontanen mit vollem Recht, — wimmelte die preußische Abtheilung von Büsten, Statuen, Statuetten, Bildnissen, Kupferstichen, Steindrucken, zur Verherrlichung Napoleons III. Sein Bild war in allen nur denkbaren Stoffen, selbst in Seife, Zucker und Aehnlichem, zu sehen, auf Lederarbeiten, Dosen, Albumdeckeln, auf Seide und Tuch, überall prangte das verehrte Antlitz des Franzosenkaisers. Eine Berliner Geheimräthin hatte dasselbe sogar mit der Nadel gar fein auf Seide gestickt und forderte in einer längeren Erklärung auf, dieses außerordentliche Kunstwerk zu bewundern. — Man sieht, daß das deutsche Philisterthum sammt der deutschen „Noblesse" bezüglich der Gegenstände ihrer hündischen Verehrungswuth ganz nicht wählerisch ist. Mit Vergnügen speichellecken sie bei jedem gekrönten Haupte, selbst wenn dasselbe, gleich Napoleon, ebenso rechtmäßig zur Krone gekommen ist, wie der Räuber zum Geldbeutel des ermordeten Wanderers.

— Die in Berlin erscheinende „Baugewerk-Zeitung", ein in seiner Art ziemlich einflußreiches Blatt, beschäftigt sich in einer ihrer letzten Nummern auch mit dem jüngsten Sozialistencongreß und daran anschließend mit der Opferwilligkeit der Arbeiter, welche sich immer in Bezug auf die sozialistische Bewegung kundthue. Das Blatt meint nun, daß allerdings in dieser Opferwilligkeit etwas von Idealismus und von Fanatismus liege; die Hauptdosis aber sei der Egoismus. Der Arbeiter opfere nicht in dem Glauben, er spende für eine Sache, sondern er spende für seine Sache. Dann fährt das Unternehmerblatt wörtlich fort: „Es ist ihm von den Agitatoren der Glaube beigebracht: Alles was du hier giebst, wird dir hundertfach wiedergegeben werden, und zwar noch dir persönlich, nicht blos nur allein denen, die nach dir kommen werden." — Daß der Arbeiter glaubt, er spende für seine Sache, ist sehr erklärlich, da es seine Sache ist, wenn das Recht der Arbeit einst triumphirt über die Ausbeutung, da es seine Sache ist, wenn die Klassenherrschaft ihr Ende erreicht hat und die Klasse der Arbeiter erlöst sein wird aus der Unterdrückung. Aber wenn die „Baugewerk-Zeitung" sagt, daß die sozialistischen Agitatoren jemals von einem hundertfältigen oder überhaupt nur von einem besonderen Ersatze redeten, der dem Einzelnen, der da sein Agitationsscherflein beiträgt, zu Theil würde, so lügt sie in frecher Weise — denn wer so etwas sagt, der ist kein Sozialist. Dies thun überhaupt nur die Freunde der „Baugewerks-Zeitung", die Herren Max Hirsch und Consorten — an diese mag er sich mit derlei kindischen Klagen wenden.

— Die Noth der Arbeiter hat jetzt in den verschiedensten Gegenden Deutschlands einen Höhepunkt erreicht, der die Betroffenen zur Verzweiflung bringt. So hat sich kürzlich in Buxtehude ein Arbeiter, welcher zu drei Tagen Haft verurtheilt war, in dem Gefängniß erhängt und zwar aus dem ausgesprochenen Grunde, weil die erkannte Strafe zu gering gewesen, da der Unglückliche gehofft hatte, daß die Verurtheilung seine Einsperrung in ein Arbeitshaus auf längere Zeit zur Folge haben würde. — In Berlin hat vor einigen Tagen ein früherer Buchhalter die Straßenlaternen durch Steinwürfe zertrümmert, lediglich in der Absicht, Obdach und Beschäftigung zu bekommen. Daß in Berlin neben dem Hungertyphus auch der Hungerwahnsinn vorgekommen, ist bekannt. So regieren jetzt vielfach im schönen deutschen genialen Reiche unter der großen Mehrheit des Volkes die drei grinsenden Herrscher: Verbrechen, Selbstmord und Hungerwahnsinn. Und da feiert man noch Sedanfeste und fabelt von der Herrlichkeit des deutschen Reiches!

— Es giebt kostbare Käutze auf der Welt. Ein solcher Kautz ist der bekannte frühere Turnerhäuptling Wilhelm Angerstein, der früher einmal eine politische Correspondenz mit einem gewissen Steinitz gemeinsam herausgab und jetzt eine „volkswirthschaftliche" in Berlin erscheinen läßt. Die Zeit, welche zwischen der Herausgabe dieser Correspondenzen lag, benutzte Angerstein, um in Wien demokratische Zeitungsartikel zu fabriziren. In seiner „volkswirthschaftlichen Correspondenz" zieht Angerstein nun auch gegen die Sozialdemokraten zu Felde und zwar mit solchem Glücke, daß selbst hochconservative Zeitungen und offizielle Kreisblätter ihm nachdrucken. Besonders, wenn unser Held jetzt den Mund so voll nimmt und gegen den sozialen Umsturz donnert, dann tritt uns sein Bild entgegen, wie er zu Anfang der 60er Jahre in Mühlheim an der Ruhr auf einem größeren Turnfeste mit rother Hahnenfeder auf dem Hute und einem riesigen Schlepsäbel an der Seite umher bramarbasirte und die rothe Republik „mit Herz und Hand" erobern wollte; dabei rollte er die Augen gräulich hin und her, die rothe Nase funkelte heller, das Lockenhaupt schüttelte er mächtig und der Säbel rasselte auf dem Steinpflaster bis — ein friedlicher Gensdarm des Weges kam, dann verschwand der Demagoge und der frisch-fromm-frei-fröhliche Turner war erstanden. Man sieht, die Sozialdemokratie braucht vor diesem Helden nicht bange zu sein.

— Ueber das Zellengefängniß in Nürnberg macht folgender Passus aus einem Briefe unseres seine 4½monatliche Gefängnißstrafe in Nürnberg abbüßenden Parteigenossen Oehme interessante Mittheilungen: „Was meine Person anbelangt, so befinde ich mich, den Umständen angemessen, wohl, wenigstens habe ich mir bis jetzt meine Gesundheit zu bewahren gewußt. Mein Gesuch um Dispensation von der Zwangsarbeit und Gestattung literarischer Beschäftigung ist zwar abgelehnt worden, und war ich in den ersten 14 Tagen bei der Buchbinderei v- seit der Zeit mit der Handschuhdressur beschäftigt; doch hat die letztere Arbeit das Gute mit sich gebracht, daß ich in eine etwas geräumigere Zelle versetzt worden bin und außerdem auch nicht den ganzen Tag zu sitzen brauche. Außerdem habe ich täglich drei Freistunden zu beliebiger geistiger Beschäftigung und eine

Stunde Spaziergang, bin auch mit Büchern genügend versehen, und von Zeitungen ist mir „Volksstaat“ und „Zeitgeist“ gestattet (der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ wurde abgelehnt) und seitens der Anstalt erhalte ich auch den „Correspondent v. u. f. Deutschland“ von Zeit zu Zeit zum Lesen. Meine jetzige Zelle ist 12 Fuß lang und gegen 9 Fuß breit, mit einem vergitterten, in der Höhe von 7 Fuß angebrachten Fenster, dessen oberer Theil zum Aufklappen eingerichtet ist; von Aussicht ist also keine Rede, abgesehen davon, daß das Heraussehen aus dem Fenster, sowie auch jede laute Aeußerung in der Zelle, als Singen, Pfeifen ꝛc., streng verboten ist. Das Meublement besteht aus einem Tisch, Stuhl, meinem Arbeitstisch, einem Bücherregal und der Lagerstätte, welche aus einem eisernen an der Wand befestigten Untergestell, einer Strohmatratze nebst dito Kopfpolster, zwei Leintüchern und einer wollenen Decke zusammengesetzt ist und außer der Zeit von Abends 8 bis früh 4½ Uhr, welche Zeit zum Schlafen bestimmt ist, nicht benutzt werden darf, sondern vorschriftsmäßig aufgeräumt und an der Wand aufgeklappt werden muß. Außerdem gehören zum Inventar der Zelle noch ein Exemplar der Hausordnung, ein Wandkalender, eine Schiefertafel und Schreibzeug, sowie das nöthige Wasch- und Putzgeräth, auch ein Eßbesteck und eine zinnerne Kostschüssel. Außerdem ist jede Zelle mit Gasbeleuchtung und Warmwasserheizung ausgestattet. Die Kost ist jetzt, nachdem ich die sogenannte Krankenkost erhalten habe, zur Ernährung genügend; bei der gewöhnlichen Gefangenenkost wäre ich allerdings wohl ziemlich verhungert, da dieselbe zum größten Theil für mich ungenießbar war. Ich erhalte jetzt früh und Abends etwas Milch, Mittags ein Stückchen Rindfleisch mit Suppe und etwas Gemüse, außer Mittwochs und Sonntags, wo es die gewöhnliche Gefangenenkost, jedoch mit Fleisch, giebt, und ein tüchtiges Stück schwarzes Brod. Die Kleidung besteht im Sommer aus Jacke, Hose und Weste von grauem Drillich, im Winter giebt es außerdem noch Unterkleider und Hose und Jacke von grauem Wollenstoff; ferner grobe graue Strümpfe und Lederschuhe und eine blaue Tuchkappe mit über das Gesicht reichender Schirmklappe, welche, wenn man die Zelle verläßt, stets heruntergemacht werden muß und nur die Augen freiläßt. Was die Behandlung anbelangt, so kann ich darüber nicht klagen, denn ich bin bis jetzt von allen Beamten, namentlich aber von dem Herrn Director und dem Herrn Verwalter, sehr anständig behandelt worden, und würden den Gefangenen von Seiten dieser Herren möglicherweise noch manche Erleichterungen zu Theil werden, wenn nicht die drakonisch strenge Hausordnung dies verböte. Für mich ist, außer der Entbehrung des Biertrinkens und Rauchens, welche Genüsse ich allerdings sehr vermisse, das Peinlichste die so streng durchgeführte Isolirung, welche sich selbst bis auf die Stunde des Luftschnappens erstreckt, wo man wiederum auf einem engen Raume zwischen zwei 7 Fuß hohen Mauern, durch Eisengitter verbunden, hin- und herrennt, sodaß ich mir häufig vorkomme, wie eines der Raubthiere im zoologischen Garten.

Zum Schlusse will ich noch bemerken, daß ich als Dissident vom Gottesdienst dispensirt bin, wohl auch in Folge dessen und weil man an meiner Bekehrungsfähigkeit zweifelt, noch keinen Besuch von den Herren Geistlichen erhalten habe, sowie auch sonst an mir noch keine Besserungsversuche gemacht worden sind, wie es z. B. Most in Plötzensee ergangen ist.“

Gerade der Umstand, daß selbst sehr humane und achtungswerthe Gefängnißbeamte durch das im Zellengefängniß herrschende System verhindert, Barbareien, wie die Maskirung, den Spaziergang im Käfig ꝛc., nicht vermeiden können, beweist zur Genüge die Verwerflichkeit solcher Art der gesetzlichen Bestrafung.

— Auch ein Verrückter. Herr v. Puttkammer ist gewiß noch in Erinnerung und schon wieder müssen wir einen „Querulanten“ vorführen. Man mag es uns nicht verargen, wenn wir diesmal unsere Geschichte mit dem Ende statt mit dem Anfang beginnen; es handelt sich für uns dabei darum, den Leser mit dem Wesen eines „Querulanten“ bekannt zu machen. Wir lassen zwei ärztliche Gutachten folgen, das eine vom Obergerichtsphysicus Geh. Medicinalrath Dr. Lindenberg in Bückeburg, das andere vom Professor Dr. Meyer in Göttingen. Namen lassen wir einstweilen noch weg und behalten uns auch die wörtliche Ergänzung beider Gutachten vor.

Das Gutachten des Herrn Lindenberg leitet sich folgendermaßen ein:

„Das Rechtsbewußtsein ist eine der tiefsten Empfindungen des Menschen; der Mensch empfindet deshalb eine wirkliche oder vermeintliche Kränkung seines Rechtes tief. Besonders häufig äußert sich dies verletzte Gefühl in auffallender Weise bei Menschen mit beschränktem Verstande oder auch bei solchen, welche eine höhere geistige Begabung besitzen oder sie zu besitzen vermeinen. Bei ersteren, weil sie die Gründe, um welche ihnen das von ihnen beanspruchte Recht versagt wird, nicht zu durchschauen vermögen, bei letzteren, weil sie sich in krankhaft gesteigertem Selbstgefühl von vornherein Rechte anmaßen, welche die Gesellschaft und das Gesetz als solche nicht anerkennen können und die ihnen deshalb von den competenten Behörden abgesprochen werden müssen. (Wie etwa den Sozialdemokraten und Ultramontanen das Vereins- und Versammlungsrecht! Anm. d. Setzers.) Wird ihnen consequent und durch wiederholte Erkenntnisse versagt, was sie für das ihnen zukommende Recht halten, so werden sie mehr und mehr in ihrem Innern erschüttert. In ihrem immer stürmischer werdenden Drange, ihr vermeintliches Recht zu erstreiten, bestürmen sie die behördlichen Instanzen bis zur allerhöchsten (!) mit immer neuen Eingaben und Beschwerden, in ihren Schriftstücken häufen sie Beleidigungen auf Beleidigungen gegen die ihre Ansprüche zurückweisenden Behörden, um so mehr, wenn sie von heftiger, leicht aufbrausender Gemüthsart sind. — Diese nach Casper gegebene Exposition der vom Querulanten-Wahn beherrschten Individuen ist bei den bereits zweimal wegen Beleidigung Bestraften, auf's Neue in Untersuchung Befindlichen fast in aller Weise zutreffend u. s. w.“

Professor Dr. Meyer sagt in seinem Gutachten über unseren Verrückten:

„Ob einer seiner Vorfahren an Geistesstörung gelitten, habe ich nicht zu ermitteln vermocht, — es ist ja bekannt, daß in einer ganz anderen Generation sich derartige Fälle wiederholen. Es steht nicht zu bezweifeln, daß Angeklagter schon seit langer Zeit unter dem Drucke krankhafter Einflüsse stand und es nur eines kleinen Anlasses bedurfte, um eine Explosion herbeizuführen. Es ist das eine eigenthümliche Erscheinung bei Kranken dieser Art, daß eine Kleinigkeit, ein absichtslos hingeworfenes Wort, von jedem anderen vernünftigen Menschen nicht beachtet, ihnen von Wichtigkeit, ja wenn nicht gar als Beleidigung und absichtliche Kränkung erscheint. Man begreift nicht, wie Angeklagter sich über diese Bagatellen so aufregen konnte. Wenn aber bei diesen Kranken eine besondere Seite ihres Lebens berührt wird, so ist die oben erwähnte Explosion da. Mit der ganzen ihnen zustehenden Energie werfen sie sich dann auf Verfolgung der Ideen (?); sie werden dann in eine Gefühlsrichtung geworfen, der sie unbedingt, sozusagen willenlos folgen müssen. All ihr Denken concentrirt sich mit gänzlicher Ausschließung alles Andern nur auf diesen Punkt, dabei machen sie den Eindruck ganz vernünftiger Menschen, ihr Bemühen, uns von der Wahrheit ihrer Behauptungen zu überzeugen, erscheint uns — wüßten wir um die Krankheit nicht — überzeugend. — Ihnen selbst wird die Idee so zur Ueberzeugung, daß kein Bemühen, ihnen eine andere Auffassung beizubringen, von Erfolg ist (Daher wohl die Verstocktheit der reichsfeindlichen Presse! Anm. d. Setzers;) sie weisen Alles entrüstet von sich, wenn es nicht mit ihrem Gedankengange übereinstimmt. So ist es beim Angeklagten. Dieser fühlt sich durch ein Verfahren der Zollbehörde, welches ihm unpraktisch erscheint, so in seinem Innersten ergriffen, daß die oben berührte Explosion eintritt. Und er begnügt sich nicht damit, im engeren Interesse diese Sache durchzufechten, nein, er stellt sich auf den Standpunkt eines Reformators, es scheint ihm jetzt eine Mission zu sein, diese Zustände zu ändern. Jetzt ist er in das Stadium der Krankheit getreten, daß er durch Entgegentreten von Hindernissen nur gereizt und zum bittersten Kampfe aufgestachelt wird. Jetzt ist es eine Art Genuß für ihn, zu kämpfen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln.“

Welch empörende Auffassung spiegelt sich in diesen beiden Gutachten wieder! Der Mensch, welcher mit zähester Energie sein Recht verfolgt, wird zum Verrückten, gleichgiltig welcher Bildungsklasse er angehört. Alles ideale, alles auf die Umgestaltung der Gesellschaft abzielende Streben, das die Genehmigung der Obrigkeit nicht findet, erhält darin den Stempel der Verrücktheit, und die deutsche Marseillaise:

Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Hinauf getrosten Muthes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst —
Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenüber steht —
Zum letzten Mittel, wenn kein and'res mehr
Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben —

sie wird zum Gesange des Querulanten! — Keine Willkürhandlung der Behörden bedürfte mehr der Sühne und ihre Allweisheit und Unfehlbarkeit wäre proclamirt. Nicht entschieden genug kann gegen die Auffassung Stellung genommen werden, welche in den beiden Gutachten zum Ausdruck gelangt und die leider mehr und mehr in unserem „Rechtsstaate“ Wurzeln zu schlagen scheint. Es sind uns allerdings noch keine Fälle bekannt geworden, daß Fürst Bismarck Anträge auf Blödsinnigkeitserklärung gestellt, aber wir stecken auch noch in den Reichskinderschuhen; was nicht ist — kann ja noch werden. Die gewöhnlichen Strafanträge haben zur Vertilgung der Reichsfeinde nicht das geringste Resultat gehabt, die Sozialdemokratie ist wenigstens tüchtig gewachsen. Liegt es da nicht nahe, radicalere Mittel zu suchen, um unbequemen Schreiern ein für allemal den Mund zu stopfen? — Wer ist bei solchem Verfahren gegen Blödsinnigkeitserklärung geschützt?

— Ein französisches Blatt, die „France“, hat den Wortlaut eines angeblich am 11. Juni zwischen Rußland und Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses zum Behuf der Theilung der Türkei veröffentlicht. Ein Petersburger Telegramm erklärt das Aktenstück für eine Fälschung, aber, selbst wenn diese Ableugnung eine amtliche wäre, wer bürgt uns für die Wahrhaftigkeit der russischen Regierung, die zu allen Zeiten, und namentlich wieder in neuester Zeit an Verlogenheit und Doppelzüngigkeit das Menschenmögliche geleistet hat? Der deutsche „Reichsanzeiger“ hat bis jetzt geschwiegen. Unddieses Schweigen erlangt allerdings eine sehr ominöse Bedeutung, wenn man sich erinnert, daß Fürst Bismarck, seiner eigenen Aeußerung nach, amtlich nie die Unwahrheit sagt. Der „Reichsanzeiger“ ist aber das einzige amtliche Organ des deutschen Herrn Reichskanzlers. Der Wortlaut des angeblichen Vertragsinstruments enthält beiläufig nichts, was mit Nothwendigkeit oder auch nur mit Wahrscheinlichkeit auf eine Fälschung schließen ließe. Im Gegentheil, es würde der Politik des Fürsten Bismarck und der abhängigen Lage von Rußland, in die er uns gebracht hat, nur zu vollständig entsprechen.

Correspondenzen.

—rm. **Berlin**, 20. Sept. Unsere Gesinnungsgenossen werden ihre Freude haben über den stetigen Fortgang, den unsere Bewegung hier am Orte in Folge der wirksamen Agitation durch Verbote, Prozesse und Bestrafungen nimmt. Zur Zeit des Bestehens der organisirten Partei hatten wir wöchentlich 3—4 regelmäßige Versammlungen; jetzt, da jeder Gesinnungsgenosse auf eigene Faust arbeitet und agitirt, hat die Zahl der Volksversammlungen, in denen unsere Prinzipien erörtert werden, bedeutend zugenommen. So haben wir im Laufe dieses Monats in den verflossenen 19 Tagen 16 derartige Versammlungen abhalten sehen, also mit Ausnahme der drei Freitage, welcher Wochentag aus lokalen Ursachen für derartige Zusammenkünfte ungeeignet erscheint, täglich eine Versammlung. Sieht man sich die Besucher derselben genauer an, so bemerkt man deutlich, daß einerseits der Stand der Kleingewerbtreibenden, andrerseits die alte bürgerliche Demokratie immer zahlreicher vertreten wird; aus dem gespendeten Beifall und dem Auftreten dieser Herren kann man schließen, daß ihre Ansichten uns nicht mehr so schroff gegenüberstehen als früher, daß wir also immer mehr Freunde gewinnen. — Die Wahlbewegung kommt hier bei allen Parteien immer mehr in Fluß, und dabei sehen die Fortschrittler mit Erstaunen, daß ihnen unter den Kleinmeistern eine lebhafte Opposition erwächst. Die Noth der Zeit, die unerbittliche Lehrmeisterin, öffnet diesem Stande allmählich die Augen; die Leute sehen ein, daß ihnen der Liberalismus mit seinen Freiheitsphrasen gar nichts geholfen hat und fangen daher an, auf eigene Hand Politik zu treiben, Versammlungen zu halten und über ihre Lage zu debattiren. Da kommen denn alle zünftlerischen Anschauungen, schutzzöllnerischen Ideen und dergleichen reaktionäre Unklarheiten in Masse zu Tage; hin und wieder tauchen aber auch sozialistische Anschauungen auf, ja es ist vorgekommen, daß ein Kleinmeister sich offen als Sozialist bekannt, zum Zusammengehen mit den Arbeitern aufgefordert und lebhaften Beifall für seine Auseinandersetzungen geerntet hat. Könnten wir in einzelnen Bezirken Kleinmeister aufstellen, die Wahlen fielen sicher auf unsere Candidaten. Aber auch so haben wir guten Muth! Sorgen doch unsere Feinde für Bundesgenossen bei unserer Wahlagitation! Obenan das Polizeipräsidium, welches uns durch das Verbot der alten deutschen Farben zwar keine Freunde, aber doch Stimmen bei den Wahlen angeworben hat. Man sieht mit Recht in diesem Verbot ein Zeichen hereinbrechender Reaktion; der ziemlich indifferente Bürger, dessen ganze politische Thätigkeit im Aushängen der ihm von „anno toback“ her liebgewordenen Fahne bestand, soll hierauf Verzicht leisten, oder — bei den schlechten Zeiten — eine andere, erlaubte Fahne kaufen! Madai kennt den Berliner schlecht! In allen Kneipen wird diese Polizeimaßregel besprochen und hört man vielfach Aeußerungen wie: „Das ist ja der reine Hinkelbey — nun muß man, um die oben zu ärgern, den Sozialisten die Stimme geben.“ Wenn sich der Berliner ärgert, dann will „er die oben“ wieder ärgern — das geht am leichtesten bei den Wahlen, und wir werden also dem Polizeipräsidium für freundliche Unterstützung unserer Candidaten Dank zu sagen haben. — Unsere Parteigenossen werden sich hoffentlich diesmal aus taktischen Rücksichten bei der Agitation zu den Landtagswahlen betheiligen; es wäre zu bedauern, wenn sie jetzt, bei dem Mangel einer Organisation, die schöne Gelegenheit vorübergehen ließen, welche sich in den kleinen, in jedem Urwahlbezirk stattfindenden Vorwahlversammlungen zur Klarlegung unserer Tendenzen bietet. Da kann man auf Kosten der Gegner das Terrain kennen lernen, die Stärke des Feindes, der Indifferenten und Anhänger constatiren, neue Freunde gewinnen, kurz die beste Agitation für die Reichstagswahlen entfalten. Bei derart energischem Vorgehen können wir uns Hoffnung auf Erfolg machen, sonst schwerlich.

—b. **Hamburg**, 18. September. Wenngleich Hamburg hoch im Norden des deutschen Vaterlandes liegt, finden hier doch alljährlich mehrere Congresse und ähnliche Versammlungen statt was darauf schließen läßt, daß das alte Handwerksburschenlied „Hamburg ist ein schönes Städtchen“ heute noch Recht hat. Ganz besonders groß ist gestern und heute die Fremdenliste, da gegenwärtig wiederum zwei Congresse in Hamburg's Mauern tagen. Der eine ist von Naturforschern und Aerzten, der andere von den Buchdrucker-Prinzipalen, wie die Herren sich selbst nennen, besucht. Ohne den erstgenannten Männern der Wissenschaft zu nahe treten zu wollen, scheint es doch, als ob mehr das Vergnügen als die ernste Berathung ihr Reisezweck sein werde. „Corsofahrt“, „Elbfahrt“ — beide mit Illumination verbunden, sollen das Tagewerk verschönern und krönen. Was der Naturforschertag Wichtiges leisten wird, läßt sich demnach kaum voraus bestimmen, allein eine wichtige Leistung hat er schon aufzuweisen, nämlich den interessanten Ausspruch des Bürgermeisters Dr. Petersen, demzufolge die Versammlung „im Namen der Republik“ begrüßt wurde. O ihr Deutschen dort drinnen im Zollverein —! wir Hamburger sind doch andre Menschen als ihr, wir sind trotz Bismarck und Eulenburg „Republikaner“! Der Chef unsrer Stadt sagt es selbst — jetzt zweifle Einer! Aber wir müssen wohl trotz alledem unsern Republikanismus herabstimmen oder „herabsetzen“, um uns gleich durch ein entsprechendes Schlagwort an die Verhandlungen des Buchdrucker-Prinzipal-Congresses zu erinnern. Ja, dieser Congreß hat die Losung für Deutschlands Buchdrucker ausgegeben: allgemeine Herabsetzung der Lokalzuschläge, entsprechend dem Vorgehen der Berliner Prinzipale, welche mittheilten, daß sie über die Gehilfen gesiegt hätten. Aus den Verhandlungen der „Prinzipale“ ergiebt sich, daß die Buchdruckergehilfen im nächsten Jahre möglichst gezwiebelt werden sollen. Jedenfalls wird es auch dazu kommen, wenn die Gehilfen nicht rechtzeitig alle Mittel der Organisation und Agitation für sich in Bewegung setzen. Uebrigens sind hier weitere Fingerzeige zwecklos, es sei denn der eine, daß die Buchdruckergehilfen sich mehr als bisher der allgemeinen Arbeiterbewegung anschließen müssen, um in ihr den natürlichsten Rückhalt zu finden. — Für heute noch ein Wort über den Stand der Arbeiterbewegung hierorts. Gewerkschaftliche Organisationen giebt es hier 22. In der politischen Organisation (sozialistische Arbeiterpartei) werden hier, abgesehen von den Vororten, woselbst allein über 500 in der Parteiorganisation stehende Genossen wohnhaft sind, 1800 Genossen aus fast allen Kreisen der Bevölkerung gezählt. Das hier erscheinende „Volksblatt“ hat jetzt über 13,000 Abonnenten; damit nicht genug, muß und wird diese Zahl binnen drei Monaten um mehrere Tausend wachsen, — die Wahlbewegung bürgt dafür. Zwar ist heute noch Stille über den Gewässern, aber am Grunde rumort es, so daß wir in den beiden städtischen Wahlkreisen auf je 3 oder gar 4 Candidaten rechnen können. Zünftler, Börsenmänner, Fortschrittler und Sozialdemokraten — alle werden auf dem Platze sein, um sich zu messen. Für alle hängt in Bezug auf die Wahl der Himmel voll Baßgeigen. Sputen wir uns! Bei etwas Anstrengung und festem Zusammenstehen werden dieselben am 10. Januar für unsre Gegner zu Nußschalen!

n. **Aus Schleswig-Holstein**, den 23. September. Wohl keine Gegend in Norddeutschland bildet den Tummelplatz so vieler und so aufgeregter politischer Parteien, als die Elbherzogthümer jetzt zur Zeit vor den Wahlen. Die Schuld daran trägt selbstverständlich lediglich die sozialistische Agitation. Da man nämlich in der äußersten Furcht sich befindet, daß sämmtliche holsteinischen und ein schleswigscher Reichstagswahlkreis von den Sozialdemokraten annektirt werden, so sucht man nach den verschiedensten Mitteln, diese Gefahr abzuwenden und jede politische Partei giebt sich für den Ritter St. Georg aus, der allein im Stande sei, den Lindwurm zu erschlagen. — Die Landespartei, welche den früheren conservativen Schulrath Bürens aus Hannover als Candidaten aufstellt, dem sie über den partikularistisch-royalistischen Schwarzrock ein schwarz-roth-goldenes Freiheitsmäntelchen zu hängen sich alle mögliche aber ganz vergebliche Liebesmühe giebt, sie erklärt die Annexion und die sogenannte Preußenseuche für die alleinige Ursache des in Schleswig-Holstein so üppig wuchernden Sozialismus. Wäre der Augustenburger regierender Herzog geworden, so würden Freiheit und Glück hier zu Lande blühen, und nicht ein einziger Sozialdemokrat wäre jemals auf der meerumschlungenen Halbinsel zu finden gewesen. — Auch die deutsch-conservative Partei, welche sich mit den Agrariern und Pietisten innig verbunden hat und mit einem Auge nach den zünftlerischen Handwerkern in den Städten, mit dem andern Auge nach dem „demokratischen“ Schulrath Bärlei schielt, auch sie kennt das unfehlbare Mittel, um die Sozialdemokratie niederzuwerfen. Sie giebt ganz allein den liberalen Parteien Schuld an dem Aufblühen der Sozialdemokratie überhaupt und besonders in hiesiger Gegend. Bekämpft man diese, hebt man die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit auf, bringt man die ländlichen Arbeiter wieder in das Leibeigenschafts-, die städtischen Arbeiter in das alte Zunftverhältniß zurück, dann ist der Drache, Sozialismus, vernichtet. Die Liste der Mitglieder der conservativen Partei wird von der in Bredsted erscheinenden, von Pfaffen redigirten „Neuen Zeitung“ veröffentlicht; in derselben wechseln die Gräflein mit den Pfäfflein und die Bürgermeisterlein mit den Schulmeisterlein ab; einige abhängige Kaufleute und Handwerker bringen noch etwas mehr Abwechslung hinein — die Arbeiter spielen bei der Comödie nicht mit. — Ein besonders großes Geschrei machten die Nationalliberalen. Aus demselben klingt immer nur der eine Ruf hervor: „Bismarck hilf!“ Die schleswig-holsteinischen Nationalliberalen gehören nämlich zur aller devotesten Sorte, welche den Bismarckischen Reiterstiefel mit ganz besonderer Hundedemuth küssen würde, wenn man es ihr erlaubte. Diese Gesellschaft erblickt in der Polizeimacht und in der Staatsanwaltschaft das einzige Mittel, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. — Das größte Geschrei aber machen die Fortschrittler und besonders ihr „großer“ Führer, der Professor Hänel zu Kiel. Im Namen der Freiheit ziehen sie gegen die Sozialdemokraten zu Felde und

bettel'n bei den servilen Nationalliberalen um Unterstützung und freu.en sich, wenn die Polizeigewalt recht häufig dem Sozialismus gegenüber höchst merkwürdige Begriffe von Recht und Unrecht an den Tag legt; im Namen des Rechts der Arbeit treten diese „Aucharbeiter" dem Sozialismus entgegen und zerren dabei den todten Schulze aus dem Grabe hervor und empfehlen den Arbeitern jetzt, angesichts der herrschenden Krisis, das Sparen. Die Fortschrittspartei ist der eigentliche Hanswurst unter den Parteien; mit seiner Schellenkappe ergötzt er die Zuschauer und denkt wunder, was er für eine ehrbare Person sei. Von allen nationalliberalen Candidaten unsrer Provinz ist der Fortschrittspartei deshalb auch aus hanswurstlichen Gründen der culturbeflissene Professor Hinschius, welcher in Flensburg aufgestellt ist, der Liebste und Nächststehende. — Währenddessen geht die sozialistische Agitation trotz der Anfeindungen der anderen Parteien und trotz der polizeilichen Verfolgungen ihren festen und erfolgreichen Gang. Die Städte Altona, Wandsbeck und Ottensen sind besonders zu nennen; dann aber wird die Agitation noch sehr lebhaft betrieben im sechsten Wahlkreise, den jetzt Professor Beseler vertritt; ferner sind der siebente, der neunte und der fünfte Wahlkreis außer dem achten (Altona) so ziemlich sicher. Der Eifer unsrer Parteigenossen steigt, je näher die Wahlen heranrücken, und die Opferwilligkeit derselben glänzt selbst nach dem Ausspruche unserer Gegner hell hinein in das politische Leben. So blicken wir mit Freude auf die Wuth und auf die Furcht der andern Parteien und muthvoll rufen wir: „Vorwärts!"

T. Iserlohn, 19. Septbr. (Situationsbericht.) Mit dem Stande der Parteisache in Rheinland und Westphalen kann die Partei vollständig zufrieden sein. Von allen Wahlkreisen dieser beiden preußischen Provinzen ist fast ausschließlich das „Wupperthal", der Wahlkreis Barmen-Elberfeld, in Betreff der Partei- und Wahl-Agitation in der „glücklichen" Lage, selbst mit den vereinigten Gegnern der Sozialdemokratie den Kampf in jeder Beziehung siegreich aufnehmen zu können. In dem durchweg industriellen „Wupperthale" ist das Fabrik-Proletariat massenhaft auf einem verhältnißmäßig beschränkten Raume zusammengedrängt; man kann die beiden langgestreckten „Schwester-Städte" von einem Ende zum andern in einer Stunde durchwandern. Die Bevölkerung des Wupperthales ist fast ausschließlich protestantisch, zum Theil bekanntlich pietistisch, so daß das ultramontane Element nur bei höchst zweifelhaften Stichwahlen in Betracht kommen kann. Diese Verhältnisse erleichtern dort eine wirksame Agitation sehr, welche denn auch mit Recht von jeher eifrig und mit dem besten Erfolge betrieben worden ist. Ungleich ungünstiger sind die Verhältnisse in den übrigen Wahlkreisen beider Provinzen. Die hauptsächlichsten Industriebezirke, mit Ausnahme der auf der linken Rheinseite belegenen, sind, wie in Schlesien, fast durchgängig gebirgig, wodurch die Agitation überhaupt und namentlich die Theilnahme der Arbeiter an größeren Versammlungen in den Hauptorten der verschiedenen Kreise erheblich erschwert wird. Manche dieser Kreise haben eine Länge von 15—20 und eine Breite von 5—10 Stunden. Die Bevölkerung derselben wohnt in zahlreichen kleinen Orten und auf einzelnen Gehöften. In vielen Industriezweigen ist noch die Hausarbeit vorherrschend, so daß ein gegenseitiger Meinungs-Austausch und somit die Privat-Agitation der Arbeiter im Vergleich zu denen der großen Fabrikcentren nur in geringem Maße möglich ist. In diesen Kreisen muß vorzugsweise durch ganisirte reae Verbreitung der Parteiorgane und Schriften gewirkt werden.

In den Kreisen mit in religiöser Beziehung gemischter Bevölkerung steht das ultramontane Element der Partei-Agitation, namentlich der Erzielung eines günstigen Wahlresultats hemmend entgegen. Selbstverständlich ist dies in erhöhtem Maße in den Wahlkreisen mit vorwiegend oder ausschließlich katholischer Bevölkerung der Fall, besonders auf der ganzen linken Rheinseite, bis zur belgischen und holländischen Grenze, im westphälischen Münsterlande und im „Sauerlande", Regierungsbezirk Arnsberg, mit Ausnahme des vorwiegend protestantischen und industriereichen Kreises Siegen, der bisher unbegreiflicherweise in Betreff der Agitation gänzlich unberücksichtigt geblieben ist.

Die Partei betrachtet ihrem Programm gemäß die Religion als Privatsache des Einzelnen. Es wird jedoch fortan besonders darauf Bedacht genommen werden müssen, den klerikalen Einfluß auf die große Masse des arbeitenden Volkes durch rücksichtslose Aufklärung derselben zu brechen.

Obschon die Partei, wie erst kürzlich durch die preußisch-ministerielle „Provinzial-Correspondenz", des Bündnisses mit den „Schwarzen" bezichtigt wird, nimmt die ultra-„ultramontane" in Hagen erscheinende „Bergisch-Märkische Zeitung" durchaus keinen Anstand, an eine Correspondenz des „Volksstaat" aus Dortmund, aus welcher sie folgende Stelle wiedergiebt:

> „In Westphalen ist es leider seit Jahren nicht möglich gewesen, eine planmäßige Agitation zu betreiben. Der größte Theil der Landbevölkerung befindet sich in den Händen der ultramontanen Partei, deren Organisation und Presse erfolgreich agitiren und ein einmal besetztes Terrain so leicht nicht wieder aufgeben. Unter solchen Umständen ist die Stellung eines Agitators in hiesiger Gegend keine beneidenswerthe; aber dennoch können bei praktischer und ausdauernder Agitation mit der Zeit Erfolge errungen werden;"

folgende Bemerkung zu knüpfen:

> „Ein neuer Beweis, daß einzig die katholische Kirche zur erfolgreichen Bekämpfung des Sozialismus befähigt ist. Möchte man nur nicht zu spät zur Einsicht davon kommen!"

Einer solchen unverschämten Anmaßung gegenüber ist es denn doch wohl die höchste Zeit, dem „schwarzen Gevögel" recht derb auf das dunkele Gefieder zu klopfen, um ihm die Lust zu vertreiben, mit seiner Verdummung der Menschen gar noch öffentlich zu prahlen. Es wäre eine unauslöschliche Schmach für die Sozialdemokratie, wenn sie auch nur einen Augenblick zögerte, gegen jede ihr angedichtete Gemeinsamkeit mit irgend einem Bestandtheile der ihr gegenüberstehenden gesammten reaktionären Masse energisch zu protestiren. Bekanntlich ist der „Culturkampf" nichts als ein Wettstreit zwischen der politischen und kirchlichen Reaktion um die Alleinherrschaft über die Menschheit. Jedenfalls wird er bald durch einen „Frieden" beseitigt werden, dessen hauptsächlichste „Bedingung" die gemeinschaftliche Bekämpfung des Sozialismus sein wird. Dazu gehört denn auch, daß die Geistlichkeit ihre Gläubigen belehre, daß „die Obrigkeit von Gott sei", und daß die Obrigkeit als Gegenleistung die Diener der Kirche in ihren Privilegien schütze, zu welchem Zwecke der Geistlichkeit, trotz des bekannten „Kanzel-Paragraphen", volle „Redefreiheit" auf ihren Kanzeln zustehe, die niemals durch polizeiliche Auflösung ihrer „Versammlungen" beschränkt, wie auch nicht das geheimnißvolle Geflüster in ihren Beichtstühlen von dem Ohr eines denunciationslustigen Polizisten belauscht werden darf.

Es ist wahrlich an der Zeit, gegen die Dunkelmänner entschieden Front zu machen und mit der vom Sozialismus geschwungenen Fackel der Wahrheit in allen Dingen die dunkelsten Winkel der kirchlichen Reaktion hell zu erleuchten. Wir aber hier im Westen Deutschlands werden trotz der Ungunst der geschilderten Verhältnisse, wie überhaupt, so insbesondere auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen, voll und ganz unsere Pflicht und Schuldigkeit thun, indem wir der neuen Parteiparole: „Vorwärts!" stets eingedenk sind. Die Partei wird mit den Resultaten unserer Anstrengung zufrieden sein.

S. Leipzig, Unser liberales Philisterthum hat gelegentlich der Anwesenheit des deutschen Kaisers in unseren Mauern die langersehnte Gelegenheit gehabt, seine Hingebung für Kaiser und Reich pflichtschuldigst zu bethätigen; und in der That, die guten Leutchen haben sich nicht lumpen lassen: die Ehrenpforten und Siegessäulen verkündeten zwar nicht Geschmack, aber doch Freigebigkeit, die Illumination war glänzend und die Hochs und Hurrahs tönen noch jetzt in unsern Ohren. Alles Dinge, die ein Philisterherz vor Freuden erbeben machen. Nun aber die glanzvollen Kaisertage vorüber sind, tritt an Stelle der patriotischen Feststimmung allgemach die jetzt gang und gäbe Werkeltagsverstimmung, und der Stimmen, welche da fragen, was die Kaisertage dem Stadtsäckel wohl gekostet haben mögen, sind nicht wenige. Wenn wir nun mittheilen, daß ein Correspondent der „Wiener Freien Presse" die verausgabten Gelder auf 100,000 Thaler veranschlagt hat, so thun wir das nicht, um die Frager zu befriedigen, sondern in der gewiß löblichen Absicht, um die ehrenwerthen Herrn Philister schon jetzt auf die erhöhten Summen des künftigen Steuerzettels aufmerksam zu machen. Wer dumm ist, muß geprügelt werden! — Was die kommenden Reichstagswahlen und die Aussichten auf Erfolg bei denselben betrifft, so kann nur die sozialistische Partei mit Zuversicht an die Wahlurne treten; alle anderen Parteien, das fühlen diese selber, haben sich auf einen „Rückgang" gefaßt zu machen. Freilich werden wir auf harte Kämpfe gefaßt sein müssen, denn so leicht räumt ein Gegner, der gewohnt ist, zu herrschen, das Feld nicht. Aber das ist es ja grade, was die Sozialdemokratie vor den andern Parteien, die im Vollbesitz der Macht nur bestrebt sind, das Bestehende zu erhalten, voraus hat: als Partei der Zukunft ist ihr der Kampf Bedürfniß, ohne Kampf gäbe es keine Sozialdemokratie. Und so ruht denn hier bei uns in Sachsen die Agitation keinen Augenblick, nur daß sie gegenwärtig mehr der Ausbreitung der sozialistischen Grundsätze gilt, während sie kurz vor den Wahlen den Wahlerfolg zum Zwecke nehmen wird. „Vorwärts" heißt unser neues Parteiorgan. Vorwärts — sei auch unser Motto. Vorwärts denn: Durch Kampf zum Sieg.

b. Aus der Schweiz, 17. September. Geschäftsstockung, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend bei uns wie aller Orten, dazu dieselbe Gleichgültigkeit unten, und die gleiche Kopflosigkeit oben! In der Presse langathmige Artikel, wie der Noth der großen Eisenbahn-Krach-Institute abgeholfen werden könne; von der in erschreckender Progression zunehmenden Noth des armen Mannes kein Sterbenswörtchen, ja man ist naiv genug, in dieser schweren Zeit die für unser Völkchen immerhin schon gewaltige Militärlast, wir meinen die Unterhaltung des Heeres, hauptsächlich auf die Schultern derjenigen abzuladen, welche, Dank unserem wohlthätigen, segensreichen Wirthschafts-Systeme, körperlich in dem Maße entartet sind, daß sie keinen Militärdienst mehr zu leisten vermögen. Einmal hatte das Volk sich diese Naivetät bereits verbeten und mit großer Majorität die erste Vorlage unserer Bundesbehörden bachab geschickt, jetzt ist das Gesetz wieder aufgewärmt worden, den Aermeren hat man darin einige Franken Steuer erlassen, und um die Reichen nicht darob über Ungerechtigkeit schreien zu lassen, das Vermögen über 800,000 Fr. von der Steuer befreit. Das ist eins unserer Zeitgesetze! In wahrhaft vernichtender Weise übt daran die „Tagwacht" ihre Kritik: „Der arme, gedrückte, im Elend vegetirende Taglöhner muß seinen minimsten Verdienst versteuern — der reiche, im raffinirtesten Luxus schwelgende, hochmüthige Millionär hat seinen sündhaften Ueberfluß steuerfrei! Schweizervolk, begreifst du diesen Hohn? Deine Gesetzmacher haben freilich dafür keinen Sinn, denn sie „verdienen" bei einer 31tägigen Nationalrathssitzung — per Tag 20 Franken — so viel, (620 Fr.) wie sie dir, wenn es dein 300fältiger Taglohn ist, als Steuerbetrag zweiter Klasse anrechnen." — Was ließe sich nicht Alles in der Schweiz auf friedlichem Wege erreichen, wenn es gelänge, die große, die arbeitende Masse zur Erkenntniß ihrer Lage zu bringen! Aber wie weit ist man noch davon entfernt! Das Volk beginnt allerdings bereits ein wenig wirthschaftlich zu denken — das Referendum zwingt es dazu — wenn dieses Denken sich auch nur in dem entschiedensten Widerstande gegen jede Mehrbelastung äußert. Seine alten Vormünder hielten es bei der Bundesrevision im eignen Interesse für heilsam, ihm das Initiativrecht vorzuenthalten, d. h. das Recht, selbst Gesetze in Vorschlag zu bringen und direkt Hand an die Verbesserung seiner Lage zu legen. Nach den Erfahrungen, die man beim Referendum gemacht, läßt es sich gar nicht bezweifeln, daß das Iniativrecht auf die politische und wirthschaftliche Bildung des Volkes vom allergrößten Einfluß sein wird. Eine der Hauptaufgaben der arbeitenden Bevölkerung der Schweiz wird es denn auch sein müssen, dieses Recht zu erringen. Jetzt, wie gesagt, sieht es in dieser Beziehung noch herzlich trüb aus und es sollte uns gar nicht wundern, wenn dasselbe Volk, das heute in so furchtbarer Weise die Segnungen unseres wirthschaftlichen Systems empfinden muß, im Interesse seiner Erhaltung, oder wie der Kunstausdruck lautet „unserer Industrie", das Gesetz über den Normalarbeitstag verwirft, das ein wenig die Arbeiter gegen die gewissenlose Ausbeuterei schützen soll. Ein ander Mal mehr.

Zur Beachtung für die Parteigenossen.

Die Beschwerde-Commission in Bremen hat sich constituirt und besteht aus folgenden Personen:

W. Frick, Vorsitzender.
J. Meyer, Schriftführer.
G. Henke.
H. Kramer.
J. Holz.
J. Rohwer.
C. Klein.

Alle Sendungen für die Commission sind an den Schriftführer J. Meyer, Kostningstraße 42, zu richten.

Hamburg, 18. September 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.:
J. Auer. C. Derossi.
Pferdemarkt 37.

Abonnements-Einladung.

Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.

Erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich ℳ 1. 20.
In Heften (3 Wochen-Nummern enthaltend) à 30 Pf.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter.

— — Durch Wahrheit und Dichtung anregen, belehren, begeistern; den Vorkämpfern der Menschheit im Herzen des Volkes ein Denkmal setzen; die falschen Größen, die Götzen des Tages vom Postamente herabwerfen; die Schäden in Staat und Gesellschaft aufdecken; der Lüge, wo sie sich zeigt, die Maske abreißen; das Edle, Schöne und Gute verfechten; ächte Bildung verbreiten, namentlich auf dem Gebiete der Natur- und Gesellschaftswissenschaften; die Vorurtheile wegräumen, welche dem **Neuen** im Wege stehen und das große Reformwerk hemmen, — mit einem Wort

den Uebergang aus der alten in die neue Welt erleichtern, befördern, —

diese Aufgabe hat sich das Blatt gestellt, und Jeder, der demselben Ziele zustrebt, ist als **Mitarbeiter,** als **Mitkämpfer** willkommen!

Leipzig, Färberstraße 12, II.
Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.

In unserem Verlage ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der arme Conrad

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1877.

Derselbe ist circa **100 Seiten** stark und enthält außer dem mit Vigneten verzierten protestantischen, katholischen und griechischen Kalendarium, Geschichtskalender, Wetterregeln, Biographisches Kalendarium, Auf- und Untergang von Sonne und Mond, Tageslänge, Planetenerscheinungen 2c. Ferner: Eine **Einleitung. In Acht und Bann.** Novelle von Robert Schweichel. **Einiges aus dem Haushalt der Natur.** Von Joh. Most. **Eine Epistel über Kindererziehung.** Von E. Roßbach. **Eine Nacht in Paris.** Von J. Ph. Becker. **Glückliche Ehen.** Von W. Hasenclever. **Ferd. Lassalle.** Biographie. **Ein Bastard der Revolution.** Von Wilh. Blos. **Amerikanische Geschäftsleute.** Von Otto Walster. **Zum Gedächtniß.** Gedicht von Silvanus. **Anekdoten** und **Sinnsprüche. Räthsel. Sprichwörter. Interessante statistische Mittheilungen. Markt-Verzeichnisse,** nach Provinzen eingetheilt. **Ebbe- und Fluth-Tabelle.**

Illustrationen: Ein Titelbild. Die Portraits Lassalle's und Feuerbach's. Eine humoristische Illustration: „Der Coupon-abschneider".

Alle Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und in Holz geschnitten.

Bei dieser gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pf.,** gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen **60 Pf.,** gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.,** einzusenden, wofür wir es **franko per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders kann nur gegen baar oder Postnachnahme geschehen.

Bei Bezug von **1 Dtzd. aufwärts** berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück, gebunden 40 Pf. pro Stück **netto gegen baar.**

Leipzig, im August 1876.

Genossenschafts-Buchdruckerei,
Färberstr. 12/II.

Zur Beachtung!

Wir machen darauf aufmerksam, daß nur solche **Annoncen** Aufnahme finden können, welchen der Insertionsbetrag beiliegt, oder deren Absender ein Depositum bei uns haben.

Alle anderen bleiben unberücksichtigt und zwar ohne jede weitere Verantwortlichkeit unsererseits.

Leipzig, im September 1876.

Die Expedition des „Vorwärts".

Unterzeichneter bestellt hiermit bei Wohllöbl. Postamt:

.....Exempl. **„Vorwärts".**

Erscheint wöchentlich drei Mal.

für das 4. Quartal 1876, Abonnementspreis 1 Mk. 60 Pf.

und fügt den Abonnementsbetrag bei.

Ort: Name: Wohnung:

.....

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 1. Sonntag, 1. Oktober. 1876.

Mit dem 1. Oktober a. c. haben laut Congreßbeschluß unsere bisherigen zwei offiziellen Parteiorgane „Volksstaat" und „Neuer Sozialdemokrat" zu erscheinen aufgehört und ist an deren Stelle als einziges offizielles Parteiorgan getreten der

„Vorwärts"

Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands.

Redakteure: W. Hasenclever und W. Liebknecht.

Ort des Verlags: Leipzig.

Der Preis des „Vorwärts" ist per Quartal auf **M. 1,60** festgestellt, und abonnirt man denselben bei allen Postanstalten, sowie den bisherigen Bezugsquellen.

Der „Vorwärts" erscheint ebenso wie „Volksstaat" und „Neuer Sozialdemokrat" 3mal wöchentlich. Die Bezugsbedingungen und Versandttage sind dieselben, wie bei den bisherigen Parteiorganen.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritanien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen wöchentl. 3mal 10 Mrk. pr. Quart.
„ „ 1mal 4,80 Mrk. „ „

☞ Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstr. 12, und bei unseren Colporteuren. Für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Feldstr. 14, Hof 1 Tr.; für **Connewitz** 2c. bei Teubert, Bornaischestr. 19; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei Fleischer, Schloßg. 13 daselbst; für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, und Zschau; für **Neureudnitz** bei Zschau; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 17; für **Stötteritz** bei E. Grube, An der Papiermühle; für **Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Die Arbeiter und die Zollfrage.

Mit besonderem Bezug auf Ungarn.

Von Leo Frankel.

Während meiner hiesigen Untersuchungshaft — wegen Betheiligung an der Pariser Commune — kam ich mit meinem Staatsanwalt unter anderem auch auf die Zollfrage zu sprechen. — Schutzzoll- oder Freihandels-Fragen, die sonst nur in volkswirthschaftlichen Büchern oder Revuen erörtert wurden, tauchten plötzlich in Folge des bevorstehenden Ablaufs des 1867 zwischen Oesterreich und Ungarn gemachten zehnjährigen Vertrags in den Tagesblättern auf und wurden ganz von selbst zu Tagesfragen. Das mag auch den Staatsanwalt veranlaßt haben, meine diesbezügliche Meinung zu hören; oder wollte er wissen, ob ich wirthschaftliche Kenntnisse besitze?

Sei die Ursache gewesen welche sie wolle, ich trat — so befremdend dies auch klingen mag — für den Schutzzoll ein.

Man muß die ökonomischen Fragen immer auf ein gegebenes Land, auf gegebene Verhältnisse prüfen, man muß die sogenannte historische Methode anwenden, wie sie von Marx und Engels schon in den vierziger Jahren (in den deutsch-französischen Jahrbüchern) gelehrt wurde, denn es giebt im ökonomischen Leben keine unveränderlichen Gesetze, Gesetze die zu allen Zeiten und in allen Ländern gleich sind, sondern nur historische Gesetze, d. h. Gesetze, die mit dem Ableben einer gegebenen Entwicklungsperiode absterben, so daß jede historische Periode ihre eigenen Gesetze hat.

Die industriellen Verhältnisse Ungarns sind heute eben noch derartig beschaffen, daß sie ebensosehr eines Schutzzolls bedürfen, als die Englands des Freihandels, wie sich dies schon aus der Zahl derjenigen ergiebt, die in den Ländern der ungarischen Krone eine industrielle Beschäftigung haben.

Mit Industrie beschäftigen sich in den einzelnen Ländern der ungarischen Krone und zwar in:

Ungarn	534,500	Personen,
Siebenbürgen	63,740	„
Fiume	3,200	„
Croatien und Slavonien	29,960	„
der gew. Militärgrenze	15,500	„
Im Ganzen	646,900	Personen.

Bei einer Gesammtbevölkerung von 15,400,000 Seelen nur 4.20 Proz. Hiervon sind 291,000 selbstständige Unternehmer, ein Zeichen, daß die Industrie zum größten Theil noch handwerkmäßig betrieben wird, und nur 355,900 d. i. 2.30 Proz. Arbeiter und Gehilfen, während z. B. Belgien, das nur 5 Millionen Einwohner zählt, in den Fabriken allein 448,940 Arbeiter beschäftigt hat.

Wenn heute Engländer und Franzosen mit ihren Freihandelstheorien in aller Herren Länder hausiren gehen, darf man nicht vergessen, daß Englands Industrie durch hohe Zölle und Einfuhrverbote geschützt wurde, so lange es eben nothwendig war. Huskisson, der englische Handelsminister, hatte noch 1824 große Schwierigkeiten, als er das Verbot aufheben wollte, welches die englische Seidenindustrie gegen die französische schützte, und mußte an dessen Stelle einen Zoll von 30 Proz. auflegen, der erst 1846 herabgemindert wurde.

Frankreichs Industrie wurde besonders durch Colbert (Minister Ludwig des XIV.) gefördert, der sie mit Monopolen, Privilegien und Subventionen reichlich ausstattete und nebenbei auch hohe Zölle und ein Einfuhrverbot diktirte. Nach einer im Mai l. J. in der Société d'economie politique stattgehabten Diskussion über die Zollfrage zu schließen, zählt der allgemeine Tarif Frankreichs heute sogar noch viele Artikel — Garnier behauptete 52 — deren Einfuhr verboten ist.

Welchen Erfolg könnte man nun von einer Armee ungeübter mit Feuersteingewehren bewaffneten Soldaten, die sich mit einem kriegsgeübten, mit den neuesten Feuerwaffen ausgerüsteten Heere im Kampfe befände, erwarten?

Auf dem Felde der Industrie hätte Ungarn mit seinen schlechten und schwachen Arbeitsmitteln nicht nur denselben Erfolg gegenüber England und Frankreich, nicht nur gegen Belgien, die Schweiz und Deutschland, sondern zum großen Theil selbst gegen das in der Industrie wenig vorgeschrittene Oesterreich, so daß Ungarn, wenn es das Bestreben fühlt, den größern Theil seines eignen Bedarfs an Fabrikaten zu decken und den eignen Markt auch nur mehr oder minder zu beherrschen, die Interessen seiner Industrie auch gegen Oesterreich wahren muß; es müßte auch ein eignes Zollgebiet haben.

Ungarns Industrie gleicht einem Kinde, dem noch das Stehen und Gehen gelehrt werden soll; es muß ihr noch sehr unter die Arme gegriffen werden, soll sie je auf eignen Füßen stehen können.

Mein Staatsanwalt schien sich meinen Ansichten mehr oder minder zuzuneigen. Er sprach nur seine Verwunderung darüber aus, daß ich mich als ein „Internationaler" für den Schutzzoll ausspreche, da er immer glaubte, die Internationalen seien Freihändler.

Dies gab mir Gelegenheit, ihm zu sagen, daß dieselben weder Schutzzöllner noch Freihändler sind, daß sie sich diesen Fragen gegenüber ganz passiv verhalten, da dies keine Arbeiter-, sondern eine Kapitalistenfrage sei, daß sie weder an den amerikanischen Protektionsapostel Carey, noch an die englischen und französischen Freihandelsapostel wie Cobden und Bastiat glauben, denn unter dem einen oder dem andern System ist der Abhängigkeitsgrad der Arbeiter derselbe, unter beiden Systemen erhebt sich ihr Lohn selten höher und auch dies vorübergehend, als der Preis der zu ihrer Erhaltung nothwendigen Lebensmittel.

Wenn diese Frage aber auch wesentlich nur das Interesse der Kapitalisten und Grundbesitzer berührt, und die Art der Lösung von dem Verständniß der Sachlage abhängen wird, so ist sie doch nicht ganz unwesentlich für diejenigen, die nichts als ihre Arbeitskraft zu Markt zu tragen haben. Allerdings nicht im Sinne jener Oekonomisten, welche behaupten, daß sich mit der Vergrößerung des Nationalreichthums die Lage der arbeitenden Klasse verbessern, und daß das Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer daher ein gleiches sei. Nein, täuschen wir weder uns noch andre. Die menschlichen Interessen mögen gleiche sein, das Interesse der Klassen aber nie und nimmermehr!

Für die Zukunft, für den Fortschritt der Menschheit hat dieser Antagonismus nichts Erschreckendes, sondern nur Erfreuliches an sich. Die ganze bisherige Geschichte der menschlichen Gesellschaft zeigt sich uns als ein Cyklus anhaltender Kämpfe zwischen Klassen, Ständen und Parteien, die entgegengesetzten Interessen folgten. Es würde mich zu weit von meinem Gegenstand abführen, wollte ich hier erst den Nachweis liefern, wie die Unterdrückten bei allen diesen langwierigen Kämpfen schließlich doch als Sieger das Feld behaupteten. Bemerken will ich nur, daß alle diese Kämpfe, die sich im Grunde um materielle Interessen drehten, auch von entsprechenden geistigen Fortschritten begleitet waren. Der Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Adel, der sich in Frankreich bereits in den Communeerhebungen des 11. und 12. Jahrhunderts kundgiebt, in dem Bauernkrieg, Jacquerie genannt, an Bedeutung gewinnt und seinen eigentlichen Abschluß in der Eröffnung der französischen Reichsstände (5. Mai 1789) findet, zeigt dies am Besten in seinen Encyklopedisten, den Philosophen des 18. Jahrhunderts.

Wäre es wahr, daß das Interesse der Arbeiter und Kapitalisten ein gleiches ist — und nehmen wir an, es sei so — dann müßten die Folgerungen auch im umgekehrten Falle wahr sein und wir dürften sagen: Alles, was im Interesse der Arbeiter liegt, ist auch im Interesse der Kapitalisten, und da nun Jeder glaubt, die allgemeinen Interessen am besten vertreten zu können, müßten die Arbeiter wenigstens auch überall in den Parlamenten vertreten sein. Was setzen wir aber anstatt dessen? Die besitzende Klasse allein ist in den meisten Ländern vertreten, sie allein macht die Gesetze, sie allein schreibt die Steuern aus, sie allein schließt Verträge, während die Arbeiter systematisch von der Herrschaft ausgeschlossen werden.

Darf man sich dann wundern, wenn diese Gesetze als Klassengesetze, als gegen die Arbeiter, gegen die besitzlose Klasse gerichtet verschrieen, und die Oekonomisten, die stets gegen die Arbeiter Front machen und mit ihren Harmonielehren die Arbeiter nur glauben machen wollen, daß das Interesse der Kapitalisten zugleich das ihrige sei, als Sykophanten und Söldlinge der besitzenden Klasse betrachtet werden?

Hatten vielleicht die Feudalherrn, die den Bauer gesetzlich zwangen, für sie zu arbeiten, der ihrer Gerichtsbarkeit unterstellt war (in Oesterreich-Ungarn sind die letzten Pfeiler des Feudalwesens erst 1848 niedergerissen worden), das Interesse der Bauern im Auge? Hatten die englischen Grundbesitzer, welche (bis 1846) die Korngesetze als für ihre Renten unumgänglich nothwendig betrachteten, das Interesse der Besitzlosen im Auge? Hatten die Sklavenhalter Südamerikas im Interesse der Sklaven die Waffen zur Aufrechthaltung dieses barbarischen Systems ergriffen? Oder hatten die früheren Meistergilden, die durch übertriebene Gebühren selbst den fähigsten Gesellen die Meisterschaft fast unmöglich machten, ja in vielen Fällen nur den Söhnen der Meister oder den zweiten Männern verwittweter Meisterinnen Zutritt ließen, das Interesse der Gesellen im Auge?

Auch die Arbeiter sind nicht so blöde, um zu glauben, daß ihr Ausschluß von der Gesetzgebung, das Verbot von Arbeitercoalitionen, Nichteinführung von Fabrikgesetzen, von besoldeten und unabsetzbaren Fabrikinspektoren, oder das Lohnsystem in ihrem Interesse liege.

Das Interesse der Arbeiter und Kapitalisten ist ebenso verschieden als das der Käufer und Verkäufer einer Waare, wo jeder nur seinen eigenen Vortheil sucht und schließlich immer derjenige im Nachtheil sein muß, der des andern am meisten benöthigt. Daß dies unter den bestehenden Verhältnissen der Arbeiter ist, braucht wohl kaum erst beleuchtet zu werden. (Forts. folgt.)

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

„Die Sozialdemokraten hetzen das Volk auf, machen es mit den herrschenden Zuständen unzufrieden." Das ist der gewöhnliche Vorwurf, der von Seiten der Spießbürger unserer Partei gemacht wird. Wir sagen „Vorwurf", weil es als Vorwurf gemeint ist. In Wirklichkeit ist's freilich kein Vorwurf, denn das sogenannte „Aufhetzen", das Erregen von „Unzufriedenheit" ist an sich ja durchaus nichts schlimmes. Wer gegen schlechte Zustände „aufhetzt", thut nur seine Schuldigkeit, und wer unter den Menschen „Unzufriedenheit" mit schlechten Zuständen verbreitet, handelt im Interesse des menschlichen Fortschritts. Die Zufriedenheit ist die schädlichste aller menschlichen Eigenschaften. Von gedankenlosen Dichtern gepriesen, ist sie der Schrecken des Reformators und des Kulturgeschichtschreibers. Die Zufriedenheit, das Sichwohlfühlen in den menschenunwürdigsten Verhältnissen und Lebenslagen ist der Feind jedes Fortschritts, das Hinderniß jeder Verbesserung; während umgekehrt die vielverlästerte, dem Philisterthum so verhaßte Unzufriedenheit das Triebrad der Kulturentwickelung bildet. „Hunger und Liebe" erhalten zwar, wie Schiller sagt, das Weltgetriebe, aber sie treiben die Welt nicht vorwärts; die Peitsche, welche die Menschheit vorantreibt, das ist die Unzufriedenheit; die Unzufriedenheit ist es, was den Menschen vom Thier unterscheidet, was den Menschen über das Thier erhebt — die Unzufriedenheit ist die ewige Unruhe in der Weltenuhr — die Unzufriedenheit ist die wahre Kulturträgerin, die Führerin, der Sporn in dem großen menschlichen Kulturkampf.

Wenn man uns Sozialdemokraten also den Vorwurf macht, wir erregten Unzufriedenheit, hetzten das Volk auf, so macht man uns in Wirklichkeit ein Compliment, welches wir sehr gern annehmen, und welches wir in immer höherem Grade verdienen wollen. Ja wir wollen Unzufriedenheit verbreiten, ja wir wollen „aufhetzen"!

Sie lächeln vergnügt, Herr Tessendorf und Compagnie, Sie denken gewiß: „Die guten Leutchen wollen mir die Arbeit erleichtern, sie schwimmen mit offenen Augen in mein Netz." Lächeln Sie nicht zu früh, Herr Tessendorf und Compagnie; Sie laboriren an falschen Vorstellungen, von denen Sie sich emanzipiren sollten. Wir ertheilen Ihnen diesen Rath nicht in unserem Interesse, sondern in dem Ihrigen. Je länger Sie auf dem Holzweg herumstolpern, desto besser für uns; bessere Feinde als die, welche uns bisher bekämpft haben, können wir uns nicht wünschen, und wir geben Ihnen die ehrliche Versicherung: wenn wir wären, was Sie von uns glauben, wenn wir thäten, was Sie uns zutrauen, und einmal pro bono Sancti Stieberii frisch fröhlich frei putschten — und wenn uns bei dieser Gelegenheit durch irgend einen Zufall gelänge, unsere Hauptfeinde, von Bismarck an bis herunter zu Tessendorf, zu fangen, wir würden das Beispiel Washington's befolgen, der einen durch ganz besondere „Genialität" ausgezeichneten englischen Heerführer in seine Gewalt bekommen hatte: wir würden die genannten guten Feinde schleunigst wieder in Freiheit setzen, mit der Bitte, als einziger Bedingung, daß sie so fortwirthschaften mögen, wie sie bisher gewirthschaftet haben. Sie sehen, Herr Tessendorf und Compagnie, wir meinen es gut mit Ihnen; wir Sozialdemokraten sind eben so human, daß wir Ihnen eine kleine Belehrung angedeihen lassen müssen, auch auf die Gefahr hin, dadurch uns Nachtheile zu verursachen.

Nun aufgepaßt!

Wir wollen Unzufriedenheit erregen und „aufhetzen"! Gut. Aber was heißt das? Zur Unzufriedenheit und zum „Aufhetzen"

gehört, das sieht doch jedes Kind ein, ein Gegenstand, eine Einrichtung, eine Person, gegen welche die Unzufriedenheit sich richtet, und gegen welche aufgehetzt wird. Ist kein Gegenstand, keine Einrichtung, keine Person vorhanden, die Stoff zur Unzufriedenheit, Anhaltspunkte für's Aufhetzen bieten, so ist kein Sterblicher und kein Unsterblicher im Stande, dauernde Unzufriedenheit zu erregen, mit nachhaltigem Erfolg aufzuhetzen. Die Versuche, es zu thun, würden sich sehr bald als auf trügerischer Grundlage beruhend herausstellen und die betreffenden Unzufriedenheit-Erzeuger und Aufhetzer als Charlatane entlarvt werden. Weder Staat noch Gesellschaft haben von solchen Versuchen, von solchen Charlatanen etwas zu fürchten. Sie zerschellen hoffnungslos an der Logik der Thatsachen, an dem ehernen Wall der Wirklichkeit, ohne daß es einer Bande von gewerbs- und berufsmäßigen Staats- und Gesellschaftsrettern bedürfte.

Anders, wenn Gegenstände, Einrichtungen, Personen vorhanden sind, welche Stoff zur Unzufriedenheit, Anhaltspunkte für's Aufhetzen bieten. Wer gegen sie aufhetzt, Unzufriedenheit zu erregen strebt, der findet allerdings einen fruchtbaren Boden. Das leiseste Wort, die verhüllteste Anspielung läßt eine üppige Saat der Unzufriedenheit aufschießen. Und die erwerbs- und berufsmäßigen Staats- und Gesellschaftsretter, welche die Saat abschneiden, niederstampfen, die Sämänner verhaften, einsperren — verrichten bei angestrengtester Arbeit die Arbeit von Narrenhäuslern, die in ein Sieb Wasser schöpfen oder Löcher in die Luft bohren. Neben der abgeschnittenen, niedergestampften Saat springt neue Saat in unerschöpflicher Fülle hervor, und an die Stelle jedes verhafteten, eingesperrten Sämanns treten zwei, treten zehn neue Sämänner.

Fangen Sie an zu begreifen, Herr Tessendorf und Compagnie? Unzufriedenheit läßt sich nicht künstlich erzeugen; sie kann nur das „Produkt" realer Verhältnisse sein. Und ist sie dies, so kann sie, was wiederum jedes Kind einsehen muß, blos dadurch beseitigt werden, daß die Verhältnisse, durch welche sie erzeugt worden, beseitigt werden. Das ist doch klar? Sie haben doch den alten Schulsatz nicht vergessen, Herr Tessendorf und Compagnie, daß die Wirkung nur mit der Ursache aufhören kann?

Den Arzt, welcher die Krankheit eines Menschen constatirt, für den Urheber dieser Krankheit erklären und demgemäß bestrafen — das wäre doch sehr ungerecht, das wäre doch geradezu verrückt — nicht wahr, Herr Tessendorf und Compagnie?

Und um kein Haar breit weniger ungerecht und verrückt ist es, diejenigen Männer anzuklagen und zu bestrafen, welche die Krankheit des heutigen Staats- und Gesellschaftsorganismus constatiren. Begriffen, Herr Tessendorf und Compagnie?

Diese Männer, das sind die Sozialdemokraten.

Wir erzeugen nicht die Krankheit — wir verkündigen sie, wir weisen nach, wo das Uebel sitzt, und wie es zu heilen.

Wir verbreiten nicht Unzufriedenheit, wir verbreiten blos Licht über die herrschenden Zustände und Persönlichkeiten, welche den Stoff zur Unzufriedenheit bieten.

Die Unzufriedenheit ist der Hebel unserer Macht, die unentbehrliche Vorbedingung unseres Erfolgs. Das haben Sie kapirt (erfaßt), Herr Tessendorf und Compagnie. Aber nicht kapirt haben Sie, daß die Unzufriedenheit nicht unser Werk ist, sondern das der herrschenden Zustände und Persönlichkeiten. Je gemeinschädlicher, je augenfällig verderbter und unvernünftiger die herrschenden Zustände und Personen, desto größer die Unzufriedenheit, desto sicherer, desto näher unser Erfolg.

Begreifen Sie jetzt, Herr Tessendorff und Compagnie, warum wir vorhin sagten, wir ertheilten Ihnen diese kleine Belehrung auf die Gefahr hin, uns selbst zu benachtheiligen?

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen", heißt's in der Bibel; und wir fügen hinzu: „An ihren Früchten werden sie zu Grunde gehen!"

Und Sie, Herr Tessendorff und Compagnie, gehören doch wahrlich zu den schönsten Früchtchen, zu den uns nützlichsten Früchtchen der herrschenden Staats- und Gesellschaftszustände. Was sollte aus uns werden, wenn wir Sie verlören? Im Vertrauen wollen wir aber gestehen: wir hegen keine derartige Furcht, wir sind überzeugt, daß Sie gegen unsere Belehrung mit dem dreifachen Erz des Unfehlbarkeitsbewußtseins gewappnet sind und auf der bisherigen, uns so segensreichen Bahn weitermarschiren werden.

Nochmals: was wären wir ohne Sie?

Was wären wir ohne Herrn Stieber und die Reptilienbrut?

Was wären wir ohne Herrn Bismarck und seine Blut- und Eisenpolitik? Was wären wir ohne Graf Eulenburg und sein „Die Flinte schießt, der Säbel haut"?

Was wären wir ohne das kolossale Fiasko der europäischen „Staatsmänner" und „Diplomaten" in der „orientalischen Frage"?

Was wären wir ohne die Handels- und Industriekrise, die seit vier Jahren das Füllhorn des Elends und der Noth über die „civilisirte" Welt ausschüttet, und Jeden, der da fähig ist zu fühlen und zu denken, in das Lager der Sozialdemokratie drängt?

„Unsere besten Agitatoren" — so schlossen wir unseren letzten Artikel — „das sind die faulen staatlichen und gesellschaftlichen Zustände und deren Vertreter."

Diese Agitatoren lassen wir siegesgewiß für uns wirken. Wir haben das Volk blos über ihr Wesen und Wirken aufzuklären.

Es leben die Tessendorffe, Stieber, Bismarcke, Eulenburge! Es lebe die Blut- und Eisenpolitik! Es lebe die Krisis! „Es leben unsere Freunde, die Feinde!"

Die Urkraft des Weltalls.

I.

So lautet der Titel eines Buches, in welchem Professor Spiller in Berlin eine Erklärung der Hauptthatsachen des Naturwissens versucht. Dasselbe ist gleichsam die Fortsetzung eines früheren Werkes von demselben Verfasser, „Kosmogonie" betitelt, und verschiedener kleinerer Schriften, in welchen er seit vielen Jahren die Einheit der Naturkräfte verficht. Es ist ein äußerst kühnes Unternehmen zu nennen, wenn der Mensch das Weltganze gleichsam im Geiste nachzuschaffen versucht, wie Spiller dies hier unternimmt; allein das Wagestück muß versucht werden, weil der Mensch das erhabene Bedürfniß hat, Alles zu begreifen. Wenn wir es versuchen, unseren Lesern den Gedankengang dieses Naturforschers gemeinverständlich vorzuführen, so müssen wir um so mehr auf ihre Geduld und Aufmerksamkeit rechnen, da es unerläßlich ist, zugleich den heutigen Standpunkt aller Naturwissenschaften dabei kurz und klar auseinanderzulegen, deren Bekanntschaft der Vers. voraussetzt. Und da die Sozialdemokratie nach nichts so sehr als nach Gerechtigkeit strebt, so ist gerade sie es Männern wie Spiller und dem noch öfter hier zu erwähnenden Friedr. Mohr in Bonn, deren Hauptleistungen von wissenschaftlichen Kreisen lange genug todtzuschweigen gesucht wurde, schuldig, diese Leistungen an das helle Tageslicht zu ziehen.

Wir müssen uns vor allen Dingen völlig klar darüber werden, was eigentlich das Naturerkennen ist. Jeder unter uns lernt Tausende von Dingen rund um sich her kennen und oberflächlich von einander unterscheiden, leider aber hat es der Menschheit eine lange, lange Zeit gekostet, ehe sie anfing, überhaupt etwas zu erkennen. Denn Erkennen heißt das Entstehen von etwas näher kennen. Daß die Hühner und noch viele andere Thiere aus Eiern entstehen, das war seit uralten Zeiten bekannt; aber wie sie und alle Thiere aus Eiern entstehen, das ist eine sehr neue Erkenntniß, welche nicht eher gewonnen werden konnte, als bis das Vergrößerungsglas erfunden war und eine Menge geduldiger Forscher Schritt für Schritt der Entwickelung der Eier jeder Art von Thieren nachgespürt hatte. Vorher glaubte man blos, daß „alles Lebende aus Eiern" komme; jetzt weiß man es, weil noch nie eine Ausnahme von diesem Satze hat nachgewiesen werden können. Es bleibt nun zwar noch immer möglich, daß eine solche Ausnahme nachgewiesen wird; und von den niedrigsten und kleinsten Lebewesen nachzuweisen, daß sie nicht aus Eiern, sondern aus ganz formloser, unorganischer Masse entstehen können (Urzeugung), wird noch immer eifrig versucht. Da aber diese Versuche bei genauer Forschung und Vorsicht noch immer fehlgeschlagen sind, so ist die Wahrscheinlichkeit, daß es eine Urzeugung jetzt noch auf der Erde gebe, äußerst gering. Es bleibt nun freilich trotzdem denkbar, daß es vor Alters auf Erden Zustände gegeben habe, in welchen sich ohne Eier die allerersten Lebewesen haben entwickeln können; allein so lange nicht heutzutage unzweifelhafte Urzeugung nachgewiesen wird, haben diejenigen Forscher genau ebenso viel Recht, welche die Keime der ersten Lebewesen von anderen Himmelskörpern gekommen sein lassen, als es die Verfechter einer ersten Urzeugung auf Erden haben.

Hier sehen wir an einem Beispiele, wie das echte Naturerkennen verfährt. Es stellt zuerst sinnlich erkennbare Thatsachen in großer Menge fest, ordnet dieselben nach ihrer Aehnlichkeit und Unähnlichkeit in viele verschiedene Klassen, Abtheilungen und Unterabtheilungen; und wenn dieselbe einzelne Thatsache immer unabänderlich wiederkehrt, nennt man dieselbe ein Gesetz, womit eben weiter nichts gesagt sein soll, als daß eine Ausnahme bisher noch nicht entdeckt ist, daß also mit großer Wahrscheinlichkeit dieselbe Thatsache immer wiederkehren wird. Alle ähnlichen Gesetze werden wieder unter allgemeine Gesetze zusammengefaßt, wie z. B. daß alle Lebewesen sterben, oder das noch allgemeinere Gesetz, daß alles Entstandene (Endliche) wieder vergeht. Je mehr Thatsachen sich unter einem allgemeinen Gesetze zusammenfassen lassen, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit, daß ferneres Forschen jemals dieses Gesetz umstoßen könne. Wir finden z. B. in Tausenden von Millionen Fällen, daß alle Grashalme, Bäume, Pflanzen, überhaupt alle Thiere, alle Menschen, alle Einzelwesen, welche beobachtet werden, absterben; daß nie derselbe Grashalm, dasselbe Thier, derselbe Mensch nach dem Tode wieder auflebt; daß überhaupt alle Einzelwesen sich nur auf Kosten und aus den Bestandtheilen anderer zum Leben entwickeln können; daß es also das Wesentliche des Einzelnen ist, in der Zeit endlich zu sein. Das eben genannte allgemeine Gesetz ist zwar nicht schlechterdings gewiß; aber seine Wahrscheinlichkeit verhält sich zu der des Gegentheils wie viele Millionen mal Millionen zu Eins. Wir haben kaum irgend etwas Gewisseres, und wenn wir nicht aufhören sollen zu denken, müssen wir diesem allgemeinsten Gesetze größere Gewißheit zugestehen, als den meisten Thatsachen und Gesetzen.

Ein anderes solches allgemeinstes Gesetz ist dieses, daß alle Dinge aus Stoffen bestehen, in und an welchen Veränderungen vorgehen, wobei derselbe Stoff immer wieder dieselben Erscheinungen zeigt. Das, was immer dieselben Erscheinungen bewirkt, nennen wir Kraft, oder mit einem noch allgemeineren Ausdrucke Bewegung, und wir haben solcher Bewegungen bisher acht unterscheiden gelernt. Während nun alle Einzeldinge ohne Ausnahme vergänglich sind, hat es bisher noch nicht gelingen wollen, irgend einen Stoff, oder irgend eine der acht Kräfte zu vernichten, sondern nur zu verwandeln, wobei aber nichts verloren geht. Die Stoffe und Kräfte (Bewegungen) müssen also ewig genannt werden, womit allerdings nur gesagt sein soll, daß sie für das menschliche Erkenntnißvermögen so gelten müssen. Solcher Stoffe, aus welchen Einzeldinge bestehen, kennen wir bis jetzt sechzig und neun; es mögen deren aber mehr sein, da mehrfach neue hinzuentdeckt worden sind, oder auch weniger, da zwei oder mehr jetzt verschiedene Stoffe vielleicht blos unter Umständen verschieden, im Wesen aber derselbe sein mögen. Es mag auch mehr als acht Kräfte (Bewegungsarten) geben, oder auch weniger, wenn nachgewiesen wird, daß eine aus der andern hervorgehen kann. Das ändert aber nichts an der Ewigkeit jedes wirklichen Urstoffes und der wirklichen Urkräfte. Das Naturerkennen ist also ehrlich und bescheiden: es macht einen Unterschied zwischen dem, was es so gewiß weiß, als der Mensch von seinem Dasein weiß, und dem, was es blos vermuthet. Es sticht darin sehr von der Religion ab, welche gar nichts weiß, aber verlangt, daß man ihr jede Erdichtung buchstäblich glauben soll, bei Strafe ewiger Verdammniß.

Die Dinge erscheinen im Raume nebeneinander, und in der Zeit nacheinander. Raum und Zeit sind aber keine Einzeldinge, und sind auch keine Stoffe und Kräfte. Mit den letzteren beiden haben sie die Unendlichkeit gemein, mit den ersteren, daß wir sie ohne einander nicht vorstellen können. Wenn wir uns alle einzelnen Dinge, welche im Raume sind, hinwegdenken, so behalten wir ein unendlich großes, schrankenloses Nichts übrig; und wenn wir uns ebenso alle Dinge, welche in der Zeit nacheinander erscheinen, gänzlich hinwegdenken, so behalten wir ein unendlich langes schrankenloses Nichts übrig. Unser endlicher Geist ist so beschaffen, daß wir nichts Unendliches uns vorstellen können; aber wir sind gleichwohl gezwungen, Stoff und Kraft als im Raume und in der Zeit unendlich, d. h. schrankenlos zu denken, wenn wir nicht zu denken aufhören wollen. Es fällt dem gemeinen Menschenverstande sehr schwer, sich Raum und Zeit als ein Nichts (d. h. nirgend als in unserem Geiste vorhanden) zu denken, weil wir beschränkte Räume und beschränkte Zeiten für wirklich vorhanden anzusehen gewohnt sind. Man kann sich aber bei scharfem Denken gar wohl davon überzeugen, daß jeder Raum nur dadurch vorstellbar wird, daß er durch Schranken eingeschlossen ist, und jeder Zeitabschnitt nur dadurch, daß wir ihn an der Uhr, am Sonnenstande, kurz an endlichen Grenzen messen.

Da wir also alles Endliche nur mit den Sinnen, durch Erfahrung, erkennen, alles Unendliche aber nur mit dem Denkvermögen, so könnte es scheinen, als gäbe es überhaupt nichts Unendliches, als sei das Unendliche blos ein Truggebilde unseres Denkens; denn wir können sein Vorhandensein nie und nimmer beweisen, d. h. sinnlich vorführen. Das wäre aber ein Irrthum. Denn wir können unsern eigenen Geist nicht sehen, hören, schmecken, riechen oder fühlen, und doch wissen wir, daß er da ist. Und ebenso wenig können wir die Kräfte sehen; denn wir sehen, hören, fühlen ꝛc. blos ihre Wirkungen. Und doch wissen wir, daß sie vorhanden sind. Wir können auch Raum und Zeit nicht als solche wahrnehmen, d. h. ohne die sie erfüllenden Dinge, und doch sind sie als unendliche vorhanden, weil sie in unserem Geiste vorhanden sind. Es geht uns ebenso mit allen abgezogenen (abstrakten) Begriffen, wie z. B. Größe, Werth, Liebe, Vielheit ꝛc. — wir können nur einzelne große, werthvolle Dinge, einzelne liebreiche Handlungen oder Gefühle, ein Viel von einzelnen Sachen, aber nicht die Größe, den Werth ꝛc. selber wahrnehmen. Sie sind nur in unserm Geiste vorhanden, aber trotzdem wirklich

Das All ist ebenso unendlich in Raum und Zeit zu denken, obwohl wir es nicht vorstellen können. Wenn wir nun es erkennen, d. h. seine Entwickelung begreifen wollen, so ist zu bedenken, daß unser endlicher Geist immer nur einen außerordentlich kleinen Theil davon sinnlich wahrnehmen kann, also betreffs des nicht Wahrzunehmenden sich mit Vermuthungen behelfen muß, welche mehr oder minder wahrscheinlich sein mögen. Sind diese Vermuthungen aber den Denkgesetzen gemäß, und zeigt uns die sinnliche Erfahrung innerhalb des bekannten Theiles des Alls keine unumstößlichen Gesetze, denen jene Vermuthungen widersprechen, so sind wir durch unser Denken genöthigt, wahre Folgerungen zu erwarten.

Politische Uebersicht.

— Recht bedauernswerth ohnmächtige Leute sind doch mitunter die Fürsten. Das sehen wir wieder aus nachstehendem Telegramm:

„Weißenburg, 27. Sept. Eine vom Kaiser nicht einer Deputation, sondern einer einzelnen Person aus der ihm vorgestellten Ritterschaft in Stuttgart gegenüber gesprächsweise gemachte Aeußerung über die politische Lage hatte nach authentischer Mittheilung folgenden Inhalt: „Er sei erfreut, sich der Hoffnung hingeben zu können, daß nun der Friede gesichert erscheine. Die Lösung der Aufgabe sei freilich keine leichte gewesen; man möge nur bedenken, wie schwer es dem Kaiser Alexander gemacht worden sei, diesen neuen Beweis seiner Friedensliebe zu geben. Jetzt scheine aber eine Grundlage für die Politik der großen Mächte gefunden, welche hoffentlich zu einem gedeihlichen Ziele führen werde."

In unserer plebejischen Ignoranz hatten wir uns eingebildet, das erbfreundliche „Väterchen" hätte blos einen Finger zu erheben brauchen, und von den 15,000 russischen Offizieren und Soldaten, die sich in Serbien türkische Prügel geholt haben, wäre keiner aus Rußland herausgekommen. Wir hatten uns ferner eingebildet, das deutsche Reich wäre so stark, daß es nur eines Zaunpfahlwinks mit ein paar Regimentern deutscher Soldaten bedurft hätte, um die Miniatur- und Marionettenfürsten Milan und Nikita am Krakehlen zu verhindern — falls nicht von anderer Seite her Gegenwinke erfolgt. Wir sehen, wir haben uns getäuscht; und die zwei vermeintlichen Miniatur- und Marionettenfürsten sind in Wirklichkeit großmächtige Monarchen, mit denen die zwei, bisher für unvergleichlich stark gehaltenen Kaiser von Rußland und Deutschland nur mit Mühe und nur mit Hilfe des übrigen Europa fertig geworden.

— Die zunehmende Sittenverwilderung ist eine das deutsche Reich besonders auszeichnende Thatsache. Unsere lieben Feinde haben sich alle erdenkliche Mühe gegeben, der sozialistischen Agitation die Schuld für diese beschämende Erscheinung in die Schuhe zu schieben, aber vergebens! Die Unsittlichkeit, die frivole Uebervortheilungs- und Betrugssucht, die theilweise kannibalische Roheit, welche gerade bei den „höheren", „gebildeten", „besseren" Ständen in hunderten von unvertuschbaren Fällen explodirte und die sittlichen Mängel des verachteten Proletariats trotz der kindischen Roheitsstatistik des kindischen Harkort total in Schatten stellte, zeigte, wo die gesellschaftliche Fäulniß die tiefsten Wunden gefressen hat. Wie unschuldig die Sozialdemokratie und wie sehr schuldig das herrschende System ist, beweist auch die Zunahme der Anklagen gegen Polizisten wegen Mißhandlungen, verübt im Dienste, also an Wehrlosen. Zu diesem Kapitel erzählt die „Vossische Zeitung":

„Außer der kürzlich vor der VII. Kriminal-Deputation verhandelten Anklage in Sachen des Hausdieners Gorski, worüber, wie wir unter „Gerichtsverhandlungen" mitgetheilt haben, sich der Staatsanwalt Simon von Zastrow die Akten hat zustellen lassen, um zu ermitteln, ob der Wächter Meißner den Genannten wirklich in der von diesem behaupteten Weise verletzt hat, erschien, wie die „Staatsbürger Zeitung" berichtet, am Montag schon wieder ein Schutzmann in Uniform auf der Anklagebank, um sich wegen mehrfacher Ausschreitungen zu verantworten. Die Sache wurde behufs weiterer Aufklärung vertagt. Gestern stand abermals ein Schutzmanns-Wachtmeister, wegen ähnlicher Vergehen im Dienste angeklagt, vor Gericht, worüber wir auf den heutigen Bericht unter „Gerichtsverhandlungen" verweisen."

Und wie bei der Polizei, so steht es beim Militär. Je direkter einzelne Bevölkerungskreise von den herrschenden Gewalten abhängen, desto deutlicher treten an ihnen die Spuren der sittlichen Zersetzung zu Tage. Es ist das sprechendste Zeichen der Zeit — diese Sittenverrohung im Jahrhundert des Dampfes, im Jahrhundert des eminentesten wissenschaftlichen Aufschwungs — ein Menetekel, welches untergangverkündend in die Militair- und Bourgeoiswirthschaft hereindroht.

— Deutsche Spießbürger sind gefährliche Menschen. Sind sie enragirt liberal — und das ist meistens ihr Fall — so werden sie uns, den Sozialdemokraten, fürchterlich, oder — im Vertrauen gesagt — lächerlich. Also geschah es auch mit einer Philistergesellschaft in Stuttgart, welche nach einer Mittheilung unsres Stuttgarter Parteiorgans, während der Anwesenheit des deutschen Kaisers in Würtemberg allen Ernstes die Nachricht zum Beginne voriger Woche colportirte, die Stuttgarter Sozialdemokraten wollten den deutschen Kaiser ermorden! — So niederträchtig ist der deutsche Spießbürger nicht, daß er dergleichen erfindet, ohne es selbst zu glauben; es bleibt also nur die Annahme übrig, daß die liberalen Jammerseelen in der würtembergischen Hauptstadt wirklich so unendlich dumm sind, uns kaisermörderische Absichten zuzutrauen.

— Unsere dänischen Parteigenossen greifen tapfer in das öffentliche Leben ein. Sie halten gewaltige Volksversammlungen ab, in denen sie ihre Stimme gegen die hervorstechendsten Punkte der dänischen Mißwirthschaft zu entschiedensten Protesten erheben. Am 18. September empfing der Kriegsminister, General Haffner, eine Arbeiter-Deputation, welche ihm die Resolution überreichte, die von der am vorletzten Sonntag von den Sozialdemokraten veranstalteten Volksversammlung angenommen worden war. Die Resolution, welche hauptsächlich in Veranlassung der Verurtheilung eines Husaren-Rekruten zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe wegen thätlichen Angriffes auf seine Vorgesetzten gefaßt wurde, lautet: „Die versammelten Arbeiter mißbilligen auf das ernsthafteste jede Einführung unmotivirter Strenge und jede Anwendung barbarischer Bestrafungsweisen

gegen die Soldaten, und sie erachten das letzte Auftreten des Kriegsministeriums gegen die sozialistische Presse für so unwürdig und so unübereinstimmend mit der unparteiischen Haltung, welche eine Regierungsautorität einnehmen muß, daß sie beschließen, die genannten Blätter in ihrem Kampfe gegen die Verfolgungen des Ministeriums aus allen Kräften unterstützen zu wollen." Daß der Kriegsminister eine solche Resolution, deren Inhalt ihm nicht unbekannt sein konnte, entgegengenommen, wird mehr oder weniger von der gesammten Presse getadelt, vor allem ist es aber „Dagbl.", welches ihn deshalb auf das heftigste angreift und damit die Stellung seines eigenen Parteigenossen nicht wenig erschüttert. „Die Adresse", sagt es, „hat eine für das Kriegsministerium so beleidigende Form, daß General Haffner seiner Stellung und seiner eigenen Würde wegen sich geweigert haben müßte, dieselbe in einer solchen Gestalt anzunehmen. Eine besondere Frage ist es, ob General Haffner der Armee gegenüber richtig gehandelt hat, indem er sich auf eine Verhandlung über die Handhabung der Disziplin und Ordnung einließ, welche auf eine für ihn so kränkende Weise eingeleitet wurde, und ob er es verantworten kann, den Ton unbeachtet gelassen zu haben, in welchem die Motivirung der Resolution gehalten war. Wir fürchten, daß auch in dieser Beziehung der General einen vollständigen Mißgriff begangen hat." „Dagbl." hält es schließlich f c „im höchsten Grade" wünschenswerth, wenn der Minister selbst eine Erklärung über seine Haltung geben würde. — Ob das der dänische Kriegsminister thun will, ist seine Sache; jedenfalls hat er durch die Annahme der Resolution und das gleichzeitig gegebene Versprechen thunlichster Abhilfe bewiesen, und wahrscheinlich beweisen müssen, daß die Sozialdemokratie in Danemark ihren Feinden bereits Achtung abgerungen hat. Daß sich die Bourgeoisblätter darüber ärgern, freut uns.

— Rußland, das Musterland für das neue deutsche Reich ist uns in der Energie und R—ücksichtslosigkeit bei politischen Verurtheilungen immer noch überlegen. Man lese folgenden Bericht, der dem „Zeitgeist" von einem Russen zugeht:

„In Petersburg fand vor kurzem eine Verhandlung gegen zwei Arbeiter statt, die angeklagt waren, Schriften verbrecherischen Inhalts verbreitet zu haben. Es ist dies der erste Fall, wo Angeklagte und auch alle Zeugen ausschließlich aus dem arbeitenden Volke sind, wo kein einziger „Intelligenter", so zu sagen, mitspielt, wo das Volk in seinen besten Vertretern vor der herrschenden Macht sich zu verantworten hat. Der Gerichtssaal (im Senat) mit seinem großen rothen Tische und den Richtern in voller Uniform, mit Orden behängt, auf der einen — und den Angeklagten auf einfachen Sesseln, denen zu beiden Seiten zwei Reihen Gensdarmen mit blank gezogenen Säbeln — als Emblem der Gerechtigkeit — postirt sind, auf der anderen Seite, machen einen sehr peinlichen Eindruck. Die Haltung der Angeklagten (A. Ossipoff, 23 Jahr alt, von intelligentem Aussehen und Iwanoff Abramenkoff, 22 Jahr alt, beide aus dem Bauernstande, nun Fabrikarbeiter) war eine im höchsten Grade würdige, was ihnen, wie der von ihnen vertretenen Sache, große Ehre macht. Der Staatsanwalt formulirte seine Anklage in folgenden Sätzen: 1) Es ist festgestellt, daß Ossipoff Bücher verbreitete, die in großer Zahl vorgefunden wurden. 2) Der Inhalt dieser Bücher ist geeignet, die Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen die herrschende Macht (Staatsgewalt) aufzureizen. Zum Beweise deutete er auf einige Stellen aus den als Anklagematerial vorliegenden Schriften, citirte aber dieselben nicht, ergo nach § 25 u. s. w. Bewiesen wurde eigentlich nur, daß Ossipoff ein einziges Exemplar der vorgefundenen Schriften „verbreitet hat", wie sich der Staatsanwalt ausdrückte und auch juridisch zu beweisen suchte. — Der Vertheidiger suchte zu beweisen, daß die Thatsache, der Angeklagte habe von dem Inhalte der Schriften Kenntniß gehabt, nicht festgestellt sei, daß aus der ganzen Verhandlung nur eins bewiesen ist, nämlich, daß ein unbekannter Mann dem Angeklagten Ossipoff eine Anzahl Bücher überreicht habe. Schließlich wollte er noch den Beweis liefern, daß diese Broschüre gar nicht so gefährlich ist, wie sie der Staatsanwalt hinstellt. Da griff aber der Staatsanwalt staatsrettersich ein, indem er dem Redner verbot, den Inhalt der Bücher zu berühren (!). Nun bat sich der Redner die Erlaubniß aus, von einem einzigen Büchlein — einer Liedersammlung — Gebrauch zu machen. Dies wurde ihm erlaubt. Aber kaum begann er ein Gedicht — „Die Gedanken eines Webers" — daraus zu verlesen (es wurde nämlich bewiesen, daß Ossipoff dasselbe irgendwo laut vorgetragen hat), um die Unstrafbarkeit des Inhalts zu beweisen, als auch hier der Staat (resp. seine Vertreter) Gefahr witterte. Nicht einmal den Inhalt wiederzugeben konnte dem Staatsanwalt gefahrlos erscheinen. Bald darauf wurde die Verhandlung geschlossen. Die Richter entfernten sich und brachten das Urtheil: A. Ossipoff wurde wegen Verbreitung eines einzigen Exemplars einer staatsgefährlichen Schrift zu neun Jahren schwerer Arbeit in den Bergwerken verurtheilt!!! Der zweite Angeklagte, da ihm die Verbreitung nicht einmal eines einzigen Exemplars nachgewiesen wurde, bekam 2 Wochen Arrest. So bestraft Ihr Erbfreund diejenigen seiner Unterthanen, die sich erdreisten, einmal nach ihrer Ueberzeugung zu handeln."

Die Verurtheilung zu neun Jahren schwerer Arbeit in sibirischen Bergwerken, mit Ketten belastet, ist im Erfolg dem Todesurtheil gleich, nur ganz unverhältnißmäßig grausamer. Für Richter, die ein so lächerlich unbedeutendes politisches Vergehen mit so schamlosen Urtheilen ahnden — für solche Unmenschen wäre der Tod eine zu milde Strafe nnd der Laternenpfahl eine Ehre. Wenn das russische Proletariat sich einmal erhebt und seine Peiniger todtschlägt wie tolle Hunde, so wird wahrlich Niemand behaupten können, die Rache ginge zu weit!

— Nemesis. Aus Rußland erfahren wir, daß Generaladjutant Potapof, der berüchtigte Chef der russischen Geheimpolizei und Liebling des „milden" Czars, berüchtigt namentlich durch seine in Polen verübten Greuel, an Gehirnerweichung erkrankt und hoffnungslosem Wahnsinn verfallen ist. Er ist nicht der erste. Gaveau, der verruchte Ankläger der Communarden, verfiel bekanntlich demselben Schicksal. Desgleichen, wenn wir weiter zurückgreifen, in Deutschland der Demagogenjäger Tzschoppe, der Mörder Weidig's, Georgi. Und einem der genanntesten, jetzt in Thätigkeit befindlichen Nacheiferer dieser Ehrenmänner wird von Aerzten das gleiche Schicksal in Aussicht gestellt. Der unterdrückte Menschengeist rächt sich an seinen Henkern, indem er seine Fackel in ihnen auslöscht.

— Folgendes Schriftstück geht uns aus der Schweiz zu, und wir geben demselben gern in unserem Blatte Raum. Auf die eigenthümliche Handhabung der Gesetze gegenüber politischen Flüchtlingen durch die preußische Polizei wird durch diese Zuschrift ein sonderbares Licht geworfen.

Geehrte Redaktion!

Ich erfuhr in diesen Tagen zufällig, daß in deutschen Blättern mitgetheilt wurde, daß das Berliner Polizeipräsidium gegen einen David Purewitz und Appolon Finkelstein einen Steckbrief erlassen hat, weil diese sich hochverrätherischer Handlungen schuldig gemacht haben sollen und sodann flüchtig wurden. Aus der ganzen Notiz ersehe ich, daß mit dem David Purewitz Niemand anders als Schreiber Dieses gemeint sein kann. Ist es mir zwar noch ganz unbegreiflich, wieso ich mich hochverrätherischer Handlungen schuldig gemacht habe — und mein Steckbriefcollege A. Finkelstein ist in derselben Lage —, und wie die Berliner Polizei dazu kommt, gegen mich einen Steckbrief zu erlassen, da doch mein Wohnsitz in Deutschland nur Königsberg war, so hielt ich es doch für nothwendig, beim Königsberger Staatsanwalt von hier aus gegen Einiges in dem Steckbriefe Protest einzulegen. Erstens hieß ich in Königsberg nicht Purewitz, sondern Gurewitz; zweitens ist mein wirklicher Name weder Purewitz noch Gurewitz, sondern ein ganz anderer, den ich aber der Königsberger Staatsanwaltschaft unter den gegebenen Verhältnissen mitzutheilen für überflüssig halte. Warum ich mich aber in Königsberg unter dem Namen Gurewitz polizeilich anmeldete? Ganz einfach! Mein Name war in Rußland politisch compromittirt, und ich traute der preußischen Polizei nicht soviel Diskretion zu, daß sie mich nicht auf Verlangen der russischen dritten Abtheilung sofort ausliefert, wenn sie Kenntniß von meinem Aufenthaltsort hat. Mein Verlangen ging nun dahin, daß die Königsberger Staatsanwaltschaft den Steckbrief auf den Namen Gurewitz zurückzieht, was doch recht und billig ist, da viele Personen, die wirklich den Namen Gurewitz führen, durch den Steckbrief zur Zielscheibe aller möglichen Chikanen gemacht werden können. Ob ich wohl einem preußischen Staatsanwalt zu viel Gerechtigkeitssinn zugemuthet habe, als ich mein Verlangen an ihn stellte, ist noch abzuwarten; die geehrte Redaktion des „Vorwärts" aber, sowie alle Blätter, die die obenerwähnte Notiz brachten, bitte ich, diese meine Erklärung zur Kenntniß ihrer Leser zu bringen.

Schweiz, im September.

Mit Achtung
Der sogenannte David Gurewitz.

— Der Redakteur des Augsburger „Volkswille" wurde wegen Beleidigung des Fabrikdirektor Boley und dessen Portier Hirth zu 13 Tagen Haft verurtheilt.

— Fortschritte des Sozialismus in Italien. Vom 1. Oktober an erscheinen in Italien zwei neue sozialistische Blätter: „Il Nuovo Risveglio" (Der neue Wecker) in Livorno, Organ der toskanischen Föderation, und „Il Povero" (Der Arme) in Palermo.

Correspondenzen.

Halle a. S., 26. September. (Allgemeiner Bericht.) Wie in vielen andern Städten, so herrscht auch hier an Versammluugslokalen Mangel. Sämmtliche Besitzer von öffentlichen Lokalen weigern sich, uns dieselben zur Verfügung zu stellen. Wir sind in Folge dessen auf die Restauration unseres Genossen Rödiger allein angewiesen, der uns nur ein großes Zimmer, etwa zweihundert Mann fassend, überlassen kann. Folgende Versammlungen fanden bis dato in diesem Lokal statt: Den 28. Juni eine allgemeine Sozialistenversammlung mit der Tagesordnung: „Vorbereitungen zur bevorstehenden Reichstagswahl", Referent Herr Rödiger. In dieser Versammlung wurde Herr Hugo Rödiger von hier einstimmig als Reichstagscandidat für den hiesigen Wahlkreis proklamirt. Den 8. Juli hatten wir eine öffentliche Arbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Die sozialistische Bewegung und die politische und soziale Corruption", Referent Herr Ramm aus Leipzig. Den 15. Juli wurde wieder eine allgemeine Arbeiterversammlung mit der Tagesordnung: 1) „Reaktion und Liberalismus", Referent Herr Ufert aus Weimar; 2) „Mit welchen Waffen kämpft die Presse gegen die Sozialdemokratie", Referent Herr Schön aus Bitterfeld, abgehalten. Diese Versammlung rief eine lebhafte Debatte hervor, veranlaßt durch einen Reporter der „Saalezeitung" Den 22. Juli referirte Zwiebler aus Magdeburg mit gutem Erfolg über die Tagesordnuug: „Die Heiligthümer der heutigen Gesellschaft". An diesem Abend wurde ein Centralwahlcomité, bestehend aus 15. Mann gewählt. Auf die Wahlen bezügliche Anfragen und Zuschriften sind an Hugo Rödiger, gr. Wallstr. 24, zu richten. Am 5. August fand eine weitere Versammlung statt, in welcher Herr Biel von hier referirte. Von dieser Versammlung wurde Genosse Rödiger einstimmig zum Sozialisten-Congreß als Delegirter gewählt. Am 18. August sprach wieder Herr Zwiebler unter Beifall in einer Volksversammlung über „die Geschäftskrise und die Weltausstellung in Philadelphia". Außer den obigen Versammlungen fanden in Rödiger's Lokal öffentliche Gewerkschaftsversammlungen der Maurer, Zimmerer, Schuhmacher, Metallarbeiter, Schneider und Tischler statt. Sämmtliche Versammlungen waren stark besucht, denn der Geist unter der Arbeiterbevölkerung ist hier ein guter. Wir würden bedeutende Erfolge zu verzeichnen haben, wenn uns größere Säle zu Volksversammlungen zur Verfügung ständen. Aber gegen die Allmacht unserer Gegner ist schwer anzukämpfen, und unser Genosse Rödiger weiß, was es heißt, die Polizei gegen sich zu haben — er ist bereits mit fünf Anklagen beglückt. Arbeiter und Freunde unsrer Sache! Man will uns mundtodt machen. Zeigen wir deshalb durch ein zahlreiches Abonnement auf unsre Parteiorgane, den „Vorwärts", den „Wähler", und durch Verbreitung sozialistischer Schriften, daß wir die Kinderschuhe längst ausgezogen haben, und daß wir selbstständig denkende Männer geworden sind. Auch bei der nächsten Reichstagswahl wollen wir beweisen, daß es kein Mittel giebt, uns todt zu machen. Denn unsre Devise heißt: „Vorwärts".

Julius Beyer.

NB. Mache es sich ein jeder Arbeiter in Halle zur Aufgabe, das Lokal unsres Genossen Rödiger fleißig zu besuchen.

Halle a. S. Der Schneidermeister W. Tost hier, der, wie den hiesigen Genossen bekannt ist, sich immer als eifrigster Sozialist geberdete, ist am Dienstag Abend von einem Parteigenossen belauscht worden, wie er zwei Polizeibeamten im Vertrauen die Mittheilung machte, daß das Wahlcomité „geheime" Sitzungen bei Rödiger abhalte. Tost bezeichnete auch Parteigenossen, die verbotene Schriften besitzen sollen und versprach, weitere Mittheilungen zu machen. Ob mit diesem Verrath der Umstand zusammenhängt, daß am selben Dienstag zwei Polizeibeamte dem Wahlcomité plötzlich einen Besuch abstatteten und sich über den Zweck der Zusammenkunft unterrichten ließen, sei dahin gestellt. Es sei hiermit aber zugleich bekannt gemacht, daß Tost bereits vor 14 Tagen wegen Schwindeleien vom Wohlcomité ausgeschlossen wurde. Alle Genossen werden vor diesem Menschen gewarnt.

wt. **Aus Bayern**, 18. September. Bekanntlich wird Bayern das „Probirlandl" genannt. Diesen Namen erhielt es schon zu Zeiten des seligen Bundestages wegen der vielen Experimente auf politischem, gesetzgeberischem und sozialem Gebiete und der Halbheit der dabei ergriffenen Maßnahmen. Nach den Ereignissen von 1866 und 1870, als Bayern schon von allen Denjenigen, die die neue preußische Herrlichkeit nicht erwarten konnten, als „gute Prise" betrachtet wurde, waren es besonders jene „Streber", die nach Berlin sehnsuchtsvolle Blicke um „Anerkennung" und „Dankbarkeit" warfen, die es „probirten" mit besonders chikanösen polizeilichen Maßnahmen gegen die „Reichsfeinde" hervorzutreten, um den „Herrn" in Berlin Gelegenheit zu dem Ausrufe zu geben: „Wir sind den Süddeutschen noch zu liberal!" Als Objekt waren natürlich zunächst die Sozialdemokraten ausersehen, und war der bekannte geniale Stromer, Bürgermeister von Nürnberg, einer der ersten, der schon im Jahre 1873 herausfand, daß die Sozialdemokraten eine gesetzwidrige Vereinsthätigkeit entwickeln, die gesellschaftlichen, religiösen und sittlichen Grundlagen des Staates zu untergraben drohen, deshalb auch aufgelöst, verfolgt und chikanirt werden müssen. Selbstverständlich folgten alsbald die kleinen, wenn auch nicht minder genialen Kulturkämpfer in Erlangen, Hof, Landshut, München ꝛc. ꝛc. nach, und so hoffte man durch eine allgemeine polizeiliche Razzia die Sozialisten todt zu machen oder wenigstens dahin zu bringen, daß sie aus Respekt vor der hohen Polizei in ein Mausloch sich verkröchen. Aber siehe da, diese polizeilichen Maßnahmen hatten die einzige Wirkung, daß die Sozialdemokratie in Bayern immer mehr erstarkte und — die Polizei ausgelacht wurde. Namentlich in Nürnberg hätte es wahrscheinlich ohne die Polizeiverfolgungen noch viel längere Zeit erfordert, bis die Sozialdemokratie die achtunggebietende Stellung erobert, die sie dort z. B. in der That einnimt, so daß es jetzt dieser Metropole der Intelligenz Bayerns — wie sie gern genannt wird — recht schwer ums Herz ist vor der nächsten Reichstagswahl. Man muß aber zugestehen, daß der große Ritter Stromer von Nürnberg mit seinem getreuen Knappen Winckler redlich das Seinige dazu beigetragen um unserm Candidaten für die nächste Reichstagswahl die Majorität zu sichern. Um einen solchen Erfolg herbeizuführen, marterten die Armen ihr Gehirn ab, bis sie auf dem Gebiete der Polizeichikane eine neue Erfindung zu Tage förderten, die darin besteht, daß nur Diejenigen Vorsitzende von Arbeiterversammlungen werden können, die es im Studium der Phrenologie so weit gebracht haben, daß sie an der Schädelbildung jedes Versammlungsbesuchers nicht nur dessen Charakter beurtheilen, sondern auch ganz genau errathen können, ob derselbe die Grenzscheide des 21. Lebensjahres erreicht hat oder nicht. Aber nicht allein ein guter Phrenologe, sondern ein vorzüglicher Akrobat muß der Vorsitzende sein, um sogleich die Minderjährigen, die er glücklicherweise herausgewittert hat, auf dem Rücken zum Saale hinaus „huckeln" zu können. Das Gelungenste an der Sache ist, daß die „niedrige Justiz" zur Zeit (wie der Urtheilsspruch des Nürnberger Stadtgerichts gegen Genossen Löwenstein beweist) diese geniale Erfindung Stromer-Winklers patentirt hat; auf wie lange, ist noch der Entscheidung der „höheren Justiz" vorbehalten.

So vereinigt sich glücklicher Weise Alles, um bei der nächsten Reichstagswahl thatsächliche Belege für den „Rückgang der Sozialdemokratie" liefern zu können.

Wesentlich zu weiterem Wachsthum der Sozialdemokratie wird auch die immer mehr zu Tage tretende Zersetzung der anderen Parteien beitragen.

Wie der von Preußen in Scene gesetzte Kulturkampf nur zur Stärkung der ultramontanen Partei beigetragen hat, beweist am besten die große Zahl von Vertretern, die diese Partei bei den letzten Reichs- und Landtagswahlen in Bayern durchgebracht hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei normalen Verhältnissen dies nie möglich gewesen wäre, weil es eine Thatsache ist, daß in früherer Zeit, wo die ultramontanen Wähler gewiß nicht weniger „religiös" waren als jetzt, in der Provinz Niederbayern, dem Sitz des Stockultramontanismus, bei Wahlen die Parole ausgegeben wurde: „Keine Beamten und keine Pfaffen!" — Daß es auch jetzt nicht ausschließlich klerikale Interessen sind, die z. B. den Ultramontanen die Majorität im bayerischen Landtage verschafft haben, beweist die thatsächliche Zersetzung die bei dieser Fraktion eingetreten ist, indem sich solche bekanntlich in die sogenannten: „Semmelschmarrnpartei" und die der „Hetzkapläne" scheidet. Erstere repräsentirt die sogenannten Vornehmen und die höhere Geistlichkeit, die unter allen Umständen regierungsfähig bleiben oder es werden wollen, während die Letzteren wenigstens im gewissen Sinne den Volksrechten Rechnung tragen wollen oder vielmehr müssen. Und so wird über kurz oder lang ein Theil der bethörten Wähler sich von dieser Partei loslösen, — ein Zersetzungsprozeß, der der Sozialdemokratie jedenfalls zu Gute kommen wird.

Auch bei der sogenannten liberalen Partei tritt deren Zersetzung tagtäglich mehr hervor. Wenn auch bekanntlich die Führer der Fortschritts- und nationalliberalen Partei mit ihrer gegenseitigen Befehdung und mehr oder minder hervortretenden Opposition gegen die eine oder die andere Regierungsmaßregel im Reichstag nur eitel Wind und Schwindel treiben, wofür die Thatsache den Beleg liefert, daß nicht nur sämmtliche liberale Abgeordnete in der bayerischen Kammer das direkte Wahlrecht zu Tode stimmten, sondern daß sie auch nach Beendigung der Session sammt und sonders noch schamlos genug waren, ihr Verfahren und Verhalten in der abgelaufenen Session, das heißt das Niedertreten der Volksrechte vor ihren Wählern in einem sogenannten Manifest zu beschönigen; — so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß auch hier über kurz oder lang eine ziemliche Anzahl Wähler, die noch nicht ganz korrumpirt sind, sich mit Ekel von diesem Treiben ihrer Führer abwenden wird, und heute schon trägt die eigne Presse dieser Partei unwillkürlich zur Aufklärung ihrer Wähler sehr erheblich bei. Es ist noch nicht gar zu lange her, daß das Organ der Fortschrittspartei in Bayern, der „Fränkische Kurier" und das Organ der Nationalliberalen, die „Nürnberger Presse", wegen der Strafgesetznovelle sich in den Haaren lagen, und erst vor einigen Monaten hat ersteres Blatt offen erklärt, Marquardsen dürfe, wegen seines Verhaltens in der Reichs-Justizkommission, nicht mehr gewählt werden. Da es aber vorauszusehen ist, daß diese beiden Blätter, wie überhaupt alle Organe der Fortschritts- und nationalliberalen Partei bei der nächsten Reichstagswahl wieder unter Hinwegsetzung über alle früher vorgeschobenen prinzipiellen Differenzen, brüderlich zusammengehen werden, so dürften doch hierorts manchem sogenannten liberalen Wähler die Augen aufgehen. Denn dieser Wahlaufruf ist unterschrieben einerseits von den Mitgliedern der deutschen Fortschrittspartei, den Reichstagsabgeordneten Erhard und Herz, andererseits von dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Marquardsen, und diese alle zusammen nennen sich die „bayerische Fortschrittspartei." —

Auch das diesmalige entschiedenere Auftreten der neu reorganisirten „Reichspostlerpartei" dürfte sich nur zu Gunsten der Sozialdemokratie gestalten, weil hierdurch ein Hauptvorwand zur Gewinnung von noch unabhängigen Wählern — die Nothwendigkeit des sogenannten Kulturkampfes — in Wegfall kommt.

Auch der allenfallsige Einwand, daß all' diese Wähler, die sich von den genannten Parteien abwenden, nicht der Sozial-

demokratie, sondern der bürgerlichen Demokratie, der sogenannten Volkspartei zu Gute kommen werden, dürfte sich als hinfällig erweisen, weil überhaupt in der einzigen Stadt in Bayern, in welcher von einer Volkspartei noch gesprochen werden kann, in Fürth, diese Partei auch schon lange in Auflösung begriffen ist. Dies haben die Gemeindewahlen in den Jahren 1872 u. 1875 bewiesen, wo jedesmal eine Häutung dieser Partei stattfand, so daß jetzt der eine Theil — die sogenannte vornehme Welt — bald der Fortschrittspartei offen in den Armen liegen wird, während der andere radikal bürgerliche Theil naturgemäß über kurz oder lang in der Sozialdemokratie aufgehen wird. Denn unter den gegebenen Verhältnissen wird es bald heißen: „Hie Welf! hie Waibling!" da es künftig nur zwei Parteien geben wird, die der Unterdrücker und die der Unterdrückten. Darum Glück auf der Sozialdemokratie zur nächsten Reichstagswahl! —

Aus Großbritannien. Glasgow, den 19. September 1876. Die englische Tagesgeschichte ist um einen alten populären Namen ärmer geworden: Disraeli ist nicht mehr — Disraeli heißt jetzt: Earl of Beaconsfield. Eine Hand wäscht bekanntlich die andere, und so war es gewiß nur billig, daß die Königin Victoria, welche den neuen Titel einer Kaiserin von Indien besonders der Geriebenheit ihres Premierministers verdankt, sich bewogen fand, Herrn Disraeli gelegentlich des Schlusses der letzten Parlamentssession ein Baronetkrönlein zum Geschenk zu machen und ihn von der zuweilen sehr heißen Zone des Hauses der Gemeinen in die gemäßigtere Atmosphäre des Oberhauses zu versetzen — in Anerkennung seiner ersprießlichen Dienste. Wir haben es also von nun an nicht mehr mit Herrn Disraeli zu thun, sondern mit dem Lord Beaconsfield, dem Peer auf Lebenszeit.

Und nun zur brennendsten Frage des Tages: zur orientalischen. Die Metzeleien der Baschi-Bozuks in Bulgarien haben die Stimmung hier in einer Weise zu Gunsten der Slaven umschlagen lassen, die einfach gegen jede politische Erwägung blind und taub ist. So lange der Krieg im Osten von den Türken in einer nach den landläufigen Bourgeoisbegriffen „anständigen" und „menschlichen" Weise geführt wurde, hielt das durch die slavische Insurrektion im Orient bedrohte Krämerinteresse der Sympathie mit den aufständischen Christenseelen die Waage. Nun aber hat der kriegsberichtverschlingende Philister in seinem Leibgericht plötzlich ein Haar gefunden: Der Krieg fängt an, „unmenschlich" und die Gewalt „brutal" zu werden! Dem Pfahlbürger gruselt's, er reitet geschwind — und das ganze Land ist in ein Parlament verwandelt, das gegen die Grausamkeit der Türken deklamirt. Die Bewegung hat in der That einen riesigen Umfang angenommen und sie wäre großartig schön zu nennen, wenn sie in einem Prinzipe — z. B. dem des Selbstbestimmungsrechts der Völker — wurzelnd, sich gegen die Verletzung desselben auflehnte. So aber ist der Lärm großentheils durch spekulirende Pfaffen und liberal-philantropische Zeitungsschreiber hervorgerufen und richtet sich nicht gegen Krieg, Gewalt und Eroberung überhaupt, sondern blos gegen den Mißbrauch (the abuse) dieser Dinge, nicht gegen die Sache selbst, sondern gegen die außergewöhnliche Form, in welcher sie in diesem Falle in die Erscheinung tritt. Die Bewegung wird von den Liberalen trefflich als eine Handhabe zum Sturze des Ministeriums Beaconsfield benutzt, obgleich sie jeden Parteizweck dabei leugnen und nur im Interesse der Civilisation im Allgemeinen, und der Ehre Großbritanniens im Besonderen zu sprechen vorgeben. Gladstone steht natürlich im Centrum der Opposition und versäumt im Vorgefühl seines neuerlichen Regimentes nicht, den Arbeitern hie und da Complimente zu machen über ihre Unterstützung oder vielmehr Hervorrufung der Bewegung. Die Wahrheit ist, daß die fortschrittlichen Arbeiterführer in rührender Uebereinstimmung mit den Liberalen kein sehr klares Verständniß für die orientalische Frage hatten und im Bewußtsein dieser Unklarheit sich lieber von den Conservativen führen ließen entgegen der schon seit dem Beginne des Streites antitürkischer Strömung in den von des Gedankens Blässe noch nicht angekränkelten Volksklassen. (Noch am Tage der Kriegserklärung des Fürsten Milan an die Türken brachte der Beehive einen Leitartikel voll ruhiger Zuversicht in die gelungene Friedensarbeit der Diplomaten.) In dem durchbohrenden Gefühle der eigenen Unentschiedenheit waren die Liberalen zufrieden, eine Regierung zu haben, welche wußte, was sie wollte, und durch ihr festes Auftreten den übrigen Mächten Respekt einflößte. Der Ankauf der 16,000 Suez-Kanalscheine, die Zustimmung zur Andrassy-Note, das Zunichtemachen der Berliner (Theiler-) Conferenz durch Mitunterzeichnung des von derselben beschlossenen Memorandums an die Pforte; das Absenden einer mehr als achtunggebietenden Flotte nach der Besika-Bay wurde als Zeichen einer consequenten britischen Politik gebilligt. Heute, nachdem die vom Blute der erwürgten bulgarischen Erhebung berauschte türkische Soldateska derart über die Schnur der „menschlichen" Kriegführung gehauen, daß selbst den fischblütigen englischen Krämer ein Anstandsgruseln überläuft, heute ist die conservative Regierung der Sündenbock für alles Geschehene, und es ist kein Dummkopf so flach, daß er sich nicht erlauben dürfte, die Regierung herunterzureißen oder ihr wohlwollende Rathschläge zu ertheilen. Die Strömung ist so groß, daß Lord Beaconsfield all' seinen Witz nöthig haben wird, um ohne bemerkenswerthe Schwenkung seiner Politik das Regierungsschiff sicher hindurch zu bringen. Die Liberalen zweifeln an seiner Fähigkeit, diese Scylla zu passiren und bereiten sich vor, die Erbschaft anzutreten. Und sie rechnen in der That nicht schlecht, wenn auch vielleicht ohne den Wirth, welcher in Gestalt einer Waffenruhe der gegenwärtigen Regierung den Standpunkt wesentlich erleichtern könnte.

Am Montag den 11. September machten zwei Arbeiterdeputationen dem Minister des Auswärtigen, Lord Derby, ihre Aufwartung, um ihn bezüglich der gegenwärtigen Lage der Dinge im Osten eine Adresse zu überreichen.

Die erste dieser Deputationen bestand größtentheils aus Führern der Gewerkschaften (auch ein Pfaffe war darunter) mit G. Potter, dem Redakteur des Beehive, an der Spitze. Die Adresse dieser Deputation ist ein schauderhaft wässriges Phrasengeklapper, vorn und hinten voll Complimenten an die Regierung. Man sei weder im Parteiinteresse gekommen, noch wolle man die vergangene Politik der Regierung kritisiren; auch wolle man nicht unternehmen, der Regierung Vorschläge zu machen (oder sie zu unterrichten; die Regierung verstehe das besser und habe gewiß die Ehre der Nation im Auge u. s. w. Alles, was man wolle, sei keine Grausamkeit! Man wolle die Regierung weder stützen noch ihr Opposition androhen gegen irgend etwas, das ihr zu thun gefalle; nur wolle man keine Mitschuld am Verbrechen. Man maße sich nicht an, irgend einen Weg als den passendsten für die Regierung vorzuschlagen; nur: sofortige Aktion von nachhaltiger Wirkung — —:

„Ich bin dein Vater Zefises
Und sag' dir nichts als — dieses."

Man wüßte in der That nicht, wozu die ganze Comödie in Scene gesetzt wurde, wäre es nicht, um Lord Derby Gelegenheit zu geben, über die Köpfe der Deputation hinweg und zum Fenster hinaus über die Situation sich zu äußern. Das that er denn auch mit ziemlichem Geschick, indem er besonders den Vorwurf von der Regierung abzuweisen suchte, als hätte sie die Grausamkeiten in Bulgarien unbeachtet gelassen oder gar durch ihre Haltung ermuthigt und unterstützt. Das Abweichen vom Berliner Memorandum sei am 19. Mai erfolgt und die ersten Schiffe der englischen Flotte am 26. Mai vor Besika Bay eingetroffen. Diese Dinge könnten also die Türken zu den Greuelthaten in Bulgarien, welche in der ersten Hälfte des Mai vorfielen, nicht ermuthigt haben. Allerdings gebe er zu, daß die Regierung von den Vorgängen in Bulgarien schlecht unterrichtet gewesen sei, allein sie konnte nicht in jeder türkischen Provinzialstadt ihre Gesandtschaftsdelegirten haben. Man solle über die Ereignisse des Augenblicks das Interesse Englands nicht aus dem Auge verlieren, welches die Aufrechthaltung der Territorial-Integrität des türkischen Reiches erheische. Die Verwaltung der christlichen Provinzen sei eine andere Sache, für welche die Regierung eintreten werde. Man solle von der Regierung nicht Unmögliches verlangen, weil man ihr sonst die Hände vollständig binde.

Die zweite Deputation von der „Arbeiter-Friedens-Assoziation" unter der Führung des Herrn Cremer, war in ihrer Adresse, obgleich etwas naiv, doch bedeutend bestimmter und entschiedener. Sie verlangte, daß die englische Regierung vor allem gegen die abscheulichen, in Bulgarien verübten Grausamkeiten entschieden Protest erheben und im Vereine mit den anderen Mächten dahin wirken solle, daß für Bosnien, Bulgarien, Serbien und Montenegro vollständige Unabhängigkeit von der Türkei gesichert werde. Die englische Flotte solle unverzüglich aus der Besika Bay abberufen werden. Desgleichen der englische Gesandte in Constantinopel, Sir H. Elliot, und zwar so lange, bis der Bevölkerung Bulgariens vollständige Entschädigung gewährt sei. Ueberhaupt sei die orientalische Frage einer endgiltigen Lösung zuzuführen.

Von den anwesenden Delegirten der „Friedens-Assoziation" ergriffen verschiedene das Wort, u. A. Herr Zukraft (Stuhlmacher), welcher bemerkte, daß die Grausamkeiten in Bulgarien blos die Consequenzen der Kriege unter den Nationen seien; es wäre zu verwundern, daß die Staatsmänner unserer Zeit noch kein anderes Mittel zur Austragung von Streitfragen gefunden hätten, als Blutvergießen, und er müsse sagen, daß, wenn sich das nicht bald ändere, die Arbeiter aller Länder sich vereinigen und der Wirthschaft ein Ende machen würden.

In Erwiderung auf die Adresse bedauerte Lord Derby, nicht alles das wiederholen zu können, was er eine Stunde zuvor einer andern Deputation gesagt. Er kenne das Gefolge aller Kriege wohl, allein England verdiene den Vorwurf der stehenden Heere am allerwenigsten und könne nicht abrüsten, so lange alle anderen Mächte das Gegentheil thäten. In Bezug auf die auswärtige Politik Englands könne er den Ansichten der Deputation nicht beistimmen. Die „endgiltige Lösung der orientalischen Frage" sei ein etwas sehr radikaler Vorschlag („rather a sweeping proposition") und die Herren, die sich das so leicht vorstellten, hätten eine sehr sanguinische Anschauung von der Sache.

Das ist auch meine Meinung. Besonders schwierig dürfte sich die Lösung der Frage gestalten, wenn England seine Flotte zurückzöge. Womit in Abwesenheit jener schwerwiegenden, eisernen Argumente England seinen Einfluß geltend machen solle, hat die Deputation zu sagen vergessen. Und es ist doch gewiß nicht nebensächlich.

Die Wahrheit ist, daß der Friede, den wir meinen, nicht der faule, äußerliche, gleißnerische Friede, trotz unserer Liebe für ihn nur durch harte, langwierige, blutige Kämpfe wird errungen werden können.

„Wohl hat der Krieg auch eine heil'ge Sendung;
Es wiegt kein Volk in ewig gleichen Gleisen
Sich sanft empor zum Gipfel der Vollendung.
Schon aus dem Mund der Alten hört' ich preisen
Den Krieg als einen Vater aller Dinge:
Und was kein Balsam heilt, das heilt das Eisen!"

A. Sch.

Briefkasten

der Redaktion. A. Sch. in Glasgow: Brief für W. sofort an denselben abgegeben, W. war eben hier eingetroffen. — C. M. in Langensalza: Das Gedicht ist zu unserm Bedauern nicht aufnahmefähig; überdies nimmt der „Vorwärts" nur in ganz besonderen Fällen Gedichte auf. — Canis familiaris, vulgo **Harlequin**: S. Heyse's Fremdwörterbuch S. 410; die 40 M. — olet, oder unsertwegen olent. —

Parteigenosse Fr. Kobrow in Rostock, haben Sie meinen Brief erhalten? Bitte um sofortige Antwort. Mit Gruß
Otto Wollschläger, Hagebökermann 134, Güstrow.

Den Leiter der Sozialdemokraten zu Danzig ersuche ich mir seine Adresse zu senden. K. P. Reinders, Stockgasse 15, Breslau.

Für Congreß-Protokolle sind einige Sendungen eingegangen, welche nicht genügen, und werden die Betreffenden ersucht, das Fehlende nach den letzten Mittheilungen über den Preis des Protokolls zu regeln. — St.-Kiel (4,80), H.-Neustadt i. H. (70), L.-Berlin (23). — F.-Ummer vergaß seine Adresse anzugeben.

Quittung. Rsngr Ruhla Ab. 1,95. Bgtmnn hier Ab. 1,80. Lbsch Jägerndorf Ab. 3,60, Schr. 13,80. Slbrg Wien Ab. 3,60 u. 16,40. Cld Morgenroth hier Ann. 2,50. Grßlr Bottighofen Ab. 1,55. Urbn Hannover Schr. 38,90. W. Crl St. Johann Ab. 22,00 u. 61,70. Slbrhrn Eßlingen Ab. 11,77, Schr. 6,25. Schwrz Wigstadt Ab. 1,68. Hstn hier Ab. 1,80. Krmsr hier Ab. 1,80. Müll hier Ab. 7,50. Hrmsdrf Gohlis Ab. 5,40 u 36,15, Schr. 0,42. Rmk hier Ab. 1,80. J. Brmnn Frankfurt Schr. 5,15. Pirsn Paris Ab. 12,00 u. 20,00. Fr. Engl Reudnitz Ab. 60,35. Mttmr Traunstein Ab. 3,20 u. 2,50, Schr. 3,30. Grd Stötteritz Ab. 4,80. Schpp Cöln Ann. 0,40. Bßlr Stuttgart Schr. 26,63. Schsr Bernburg Schr. 3,25. Schmidt Dresden Ann. 2,20. Arbeiterbildungsverein Reutlischein Ab. 2,53. Wd Neapel Ab. 3,16. Sprngr Königszelt Schr. 3,60. W Nw Altona Ab. 30,90. Smn Coburg Ab. 9,10, Schr. 4,40. Altnbrnd Osnabrück 21,80. Adlr Falkenstein Schr. 11,80. Mrtn Schmölln Ab. 3,50, Schr. 3,60. Bnch Saalfeld Schr. 4,45. Opn Hildesheim Schr. 4,25. Mnkwitz hier Ab. 2,40 u. 1,80. Krbs hier Ann 5,50. Tglbckrs Utrecht Ab. 5,00.

Wahlfonds.

Vom Club „Morgenroth" hier, Ueberschuß vom Kränzchen 15,30.

Unterstützungsfonds.

Von R. W. hier Ueberschuß vom Cigarrenverkauf 0,60.

Anzeigen 2c.

Altona. Dienstag, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, in Heinsohn's Salon:

Oeffentliche Versammlung der Bau-, Land- und Erdarbeiter.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn O. Reimer.

H. Cordes. [50

Cöln. Montag, den 9. Oktober, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Paffen, Perlengraben 78:

Oeffentliche Arbeiterversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Ries. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. (F62) Der Einberufer. [60

Dresden. Liedertafel Lassallea.

Sonntag, den 8. Oktober, im Saale der Conversation, am See Nr. 35:

Zweites Stiftungsfest

bestehend in **Concert** und **Gesangsvorträgen.**

Es ladet zu diesem Feste alle Freunde und Gönner des Gesangs freundlichst ein. — Karte vorher 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. — Anfang 5 Uhr. — Nach dem Concert Ball.

(F80) Der Vorstand. [250

Leipzig. **An unsere geehrten Abonnenten.**

Um die prompte Zustellung des Blattes möglich zu machen, ersuchen wir zur Ergänzung und Richtigstellung des Abonnentenverzeichnisses unsere Leser uns — soweit dies nicht schon geschehen — ihre Adressen freundlichst zukommen zu lassen.

☛ Dieselbe Bitte richten wir auch an die Abonnenten der „Neuen Welt".

Die Expedition des „Vorwärts".

Leipzig. Eine freundliche Schlafstelle zu vermiethen.

C. Seifert, Bayr. Str. 7c. [50

Leipzig. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**

Montag, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstr.): Versammlung. Tagesordnung: Diskussion und Beschlußfassung über vom Ausschuß vorgelegte Fragen im Betreff des Vereinsorgans. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet D. V. [50

Das Congreß-Protokoll

wird stärker, wie zuerst berechnet war, und muß daher der Preis etwas geändert werden. Dasselbe kommt also im Einzelpreise 30 Pf., bei Bezug von 10 Exempl. und mehr à 25 Pf. — Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, macht auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Exempl. 20 Pf., auf 9—16 Exempl. 30 Pf. Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.

Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei in Hamburg, Pferdemarkt 37 III. (4b)

Abonnements - Einladung

auf die in Leipzig im Verlage von R. E. Höhme erscheinenden

„Freien Glocken".

Herausg. von **Dr. Aug. Specht.**

Die „Freien Glocken" vertreten die Weltanschauung des freien Menschenthums, bekämpfen mit Entschiedenheit die mit der Vernunft und Wissenschaft in Widerspruch stehenden Dogmen und reißen der Lüge, wo sie sich zeigt, rücksichtslos die Maske ab. Das Blatt erscheint wöchentlich 1 Mal und kann durch alle Postanstalten und Buchhandlungen für nur 75 Pf. vierteljährlich bezogen werden. (3c) [325

Der Volkswille

Organ des arbeitenden Volks

erscheint wöchentlich drei Mal in Augsburg, bespricht in zahlreichen Leitartikeln die wichtigsten Fragen der Tagespolitik und der Commune, und bietet in einer prinzipiell durchgearbeiteten Rundschau eine klare Uebersicht des politischen und sozialen Lebens, während die Originalberichte über Magistrats- und Gemeindebevollmächtigten-Sitzungen allein ein getreues Bild der städtischen Verwaltung geben.

In dem Feuilleton werden wir durch angenehme, spannende Novellen 2c. auch dem schönen Geschlechte unserer Leser Rechnung tragen.

Der Abonnementspreis beträgt pro Vierteljahr 1 M. 50 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 90 Pf. Der große Leserkreis innerhalb der arbeitenden Bevölkerung ist neben dem billigen Insertionspreise (die dreigespaltene Petitzeile 10 Pf., bei größeren Aufträgen und Wiederholungen hoher Rabatt!) zur Aufnahme besonders günstig.

Verlag und Expedition des „Volkswille".
Augsburg, Oberer Graben G. 322.

Wichtige Preisermäßigung.

Für nur **2 M.** wird geliefert (Ladenpreis **4 M.**):

Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung.

Ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungswesens
von **Heinrich Wuttke.**

(3c) (F196) [250

Dritte fortgeführte Auflage. Leipzig 1875.

Leipzig. **Buchhandlung von Alfred Lorentz.**

Vor kurzem erschien und ist einzeln zu 1 Mark, in Partien zu 75 Pf. zu beziehen:

Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland

und zu ganz gleichem Preise:

Otto-Walster, Dr. A., Kranke Herzen. 2. Aufl. 2 Novellen: Der Traum im Walde. Die letzten Walzer eines Wahnsinnigen.

Braunschweig. (3b) **W. Bracke jr.** [175

Rasch, die Preußen in Elsaß und Lothringen

wird gegen Franco-Einsendung von 3 Mark (per Postanweisung) franco versandt von der (2a) [125

Volksbuchhandlung (J. Franz) Zürich.

In unserem Verlage ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der arme Conrad

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1877.

Derselbe ist circa **100 Seiten** stark und enthält außer dem mit Vignetten verzierten protestantischen, katholischen und griechischen Kalendarium, Geschichtskalender, Wetterregeln, Biographisches Kalendarium, Auf- und Untergang von Sonne und Mond, Tageslänge, Planetenerscheinungen 2c. ferner: Eine **Einleitung. In Acht und Bann.** Novelle von Robert Schweichel. **Einiges aus dem Haushalt der Natur.** Von Joh. Most. **Eine Epistel über Kindererziehung.** Von E. Roßbach. **Eine Nacht in Paris.** Von J. Ph. Becker. **Glückliche Ehen.** Von W. Hasenclever. **Ferd. Lassalle.** Biographie. **Ein Bastard der Revolution.** Von Wilh. Blos. **Amerikanische Geschäftsleute.** Von Otto Walster. **Zum Gedächtniß.** Gedicht von Silvanus. **Anekdoten** und **Sinnsprüche. Räthsel. Sprichwörter. Interessante statistische Mittheilungen. Markt-Verzeichnisse,** nach Provinzen eingetheilt. **Ebbe- und Fluth-Tabelle.**

Illustrationen: Ein Titelbild. Die Portraits Lassalle's und Feuerbach's. Eine humoristische Illustration: **„Der Couponabschneider".**

Alle Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und in Holz geschnitten.

Bei dieser gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pf.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pf., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.,** einzusenden, wofür wir es **franko per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders kann nur gegen baar oder Postnachnahme geschehen.

Bei Bezug von **1 Dtzd. aufwärts** berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück, gebunden 40 Pf. pro Stück **netto gegen baar.**

Leipzig, im August 1876.

Genossenschafts-Buchdruckerei,
Färberstr. 12 II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 650 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 2. Mittwoch, 4. Oktober. 1876.

Bei Schluß der Redaktion, Montag Mittag, betrug die Zahl der angemeldeten Abonnenten 10,500.

Red. und Exped. des „Vorwärts“.

Mit dem 1. Oktober a. c. haben laut Congreßbeschluß unsere bisherigen zwei offiziellen Parteiorgane „Volksstaat“ und „Neuer Sozialdemokrat“ zu erscheinen aufgehört und ist an deren Stelle als einziges offizielles Parteiorgan getreten der

„Vorwärts“

Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands.

Redakteure: **W. Hasenclever** und **W. Liebknecht.**

Ort des Verlags: **Leipzig.**

Der Preis des „Vorwärts“ ist per Quartal auf **M. 1,60** festgestellt, und abonnirt man denselben bei allen Postanstalten, sowie den bisherigen Bezugsquellen.

Der „Vorwärts“ erscheint ebenso wie „Volksstaat“ und „Neuer Sozialdemokrat“ 3mal wöchentlich. Die Bezugsbedingungen und Versandttage sind dieselben, wie bei den bisherigen Parteiorganen.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts“ im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Insendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;
Couvertsendungen wöchentl. 3mal 10 Mrk. pr. Quart.
„ „ 1mal 4,80 Mrk. „ „

☛ Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

Für **Leipzig** und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstr. 12, und bei unseren Colporteuren. Für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Feldstr. 14, Hof 1 Tr.; für **Connewitz** 2c. bei Teubert, Bornaischestr. 19; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei Fleischer, Schloßg. 13 daselbst; für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, und Zschau; für **Neureudnitz** bei Zschau; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 17; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

---

†

Der Tod räumt gewaltig auf unter den Besten unserer Genossen. Am Donnerstag, Vormittag 11 Uhr, starb in Fürth nach nur 12tägigem Leiden Parteigenosse

Dr. **Franz Beckenbahl**, Privatlehrer,

den auswärtigen Genossen von den Congressen her bekannt — zuletzt vor einigen Wochen in Gotha noch als Delegirter anwesend. Beckenbahl war von anspruchslosem Charakter, ruhig und still, dabei ein vorzüglicher Familienvater und äußerst thätig in seinem Beruf. Hauptsächlich war es auch geistige und körperliche Ueberanstrengung, die ihn so schnell dem Tod in die Arme warf. Der sozialdemokratischen Richtung gehörte er schon seit den vierziger Jahren an, wo er mit Lassalle, Karl Marx und Anderen in den Rheinlanden thätig war und sich dabei schwere Verfolgungen seitens der preußischen Gewalthaber zuzog. Ehre seinem Andenken!

Die gegenwärtige Krisis

fordert täglich ihre Opfer. Man nehme nur die erste beste Zeitung zur Hand, zähle die in derselben angezeigten Concurse, so erhält man ein Bild der Folgen einer Zeit, in welcher der „Milliardensegen“ in Deutschland sich ergoß auf eine grenzenlos egoistische Gesellschaft, die im tollen Taumel den Tanz um das goldene Kalb ausführte und die unsichtbare Hand nicht erblickte, welche mit Flammenschrift an die Wand das mene tekel — das Wort: Milliardenfluch! schrieb.

In der Nummer 371 der „Kölnischen Zeitung“ allein befinden sich zehn Anzeigen über hereingebrochene Concurse, von welchen die Mehrzahl bedeutende Geschäfte betroffen hat. Gewöhnlich werden nur Diejenigen bedauert, welche direkt in den Concurs verwickelt sind — die Falliten selbst, dann deren Gläubiger; doch selten nur denkt man an Diejenigen, welche in Wirklichkeit die ganze Zeche bezahlen müssen.

Die Falliten haben gemeiniglich schon ihr Schäfchen in's Trockene gebracht, und nur selten noch mag es vorkommen, daß der alte Kaufmannsstolz vorhanden ist, welcher bei Heller und Pfennig den Gläubigern gerecht wird und selbst die „Schmach“, welche in dem Concurse liegen mag, mit einem Pistolenschuß sühnt. Und nur selten kommt es vor, daß der Fallite so „dumm“ ist, der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zum Einschreiten zu geben. — Die meisten Gläubiger aber sind ebenfalls „Geschäftsleute“, welche im großen Concurrenzspiel durch Fallissements ebensowohl gewinnen, als verlieren.

Doch wer allein verliert? Die Arbeiterklasse. Sie, die in den günstigen Geschäftszeiten nur das Lebens Nothdurft zu decken vermag, wird durch die Krisen und ihre Ausläufer, die Concurse, sofort in das tiefste Elend gestürzt, für sie giebt es keinen Ausweg aus solchen verhängnißvollen Wirren.

Sehen wir uns nur die Sachlage etwas näher an. Die freie Concurrenz mit ihrer planlosen Produktionsweise beherrscht die heutige Gesellschaft. Mag nun der eine oder der andere Unternehmer oder Kapitalist durch eigenes Ungeschick, durch allerlei falsche Berechnungen, durch Zufall und Mißgeschick Schaden leiden oder zu Grunde gehen, so wird doch ein anderer aus der Unternehmer- oder Kapitalistenklasse indirekt durch solche Unfälle profitiren, so daß der gesammten Klasse keinerlei Schaden erwächst, so lange sich der sogenannte Nationalreichthum, d. h. die Summe der in einem Lande vorhandenen Werthe, vermehrt. Und dies geschieht in den gegenwärtigen Culturstaaten trotz der so oft auftauchenden Krisen fortwährend. Brüsten sich doch unsere liberalen Oekonomen immer mit dieser Thatsache, suchen sie doch vorzugsweise dadurch die Kapitalherrschaft und die heutigen wirthschaftlichen Zustände zu rechtfertigen.

Eine Anzahl von Unternehmern, die weniger glücklichen und raffinirten, werden aus dem großen Concurrenzspiel hinausgedrängt und nur die glücklichen und raffinirten Spieler bleiben. So wird die Kapitalistenklasse immer kleiner, aber auch jeder Einzelne derselben immer reicher; ja die Klasse selbst wird, trotzdem sie sich immer mehr auf eine geringere Anzahl Personen beschränkt, fortwährend an Reichthum zunehmen, da das concentrirte Kapital die Arbeitskraft am leichtesten auszubeuten versteht und die Vermehrungsfähigkeit im höchsten Maße in sich trägt.

Je mehr aber, und hierzu tragen Concurse und Fallissements wesentlich bei, das Kapital sich concentrirt, desto mehr leidet die Arbeitskraft.

Deshalb verhilft auch jede Krisis, indem sie die weniger glücklichen oder fähigen Ausbeuter vernichtet, dem Kapitalismus zu neuen Triumphen, während sie die Arbeitskraft in immer festere Banden schlägt.

Die Arbeiter also müssen bei allen Krisen vorzugsweise ihre Haut zu Markt tragen, die Arbeiter erhalten durch dieselben immer mehr Concurrenten, während die Kapitalisten sich dieselben vom Halse schaffen. Vielleicht führt dies zum Guten und zwar in baldiger Zeit. Denn die Gesellschaft eilt immer mehr der Kluft entgegen, welche sich brückenlos ausbreitet zwischen den wenigen Kapitalisten und den Tausenden von unbefriedigten Arbeitern. Diese Kluft muß dann geschlossen werden, indem hineingeworfen wird das goldene Kalb, alle Klassenherrschaft, aller Eigendünkel und alle Vorurtheile, welche jetzt triumphiren und die Menschheit beherrschen.

Der Sozialismus aber strebt darnach, dieses große Werk in ruhiger Weise zu vollbringen, während die anderen Gesellschaftsklassen durch ihr widersinniges Entgegenstemmen die natürliche Entwicklung der Menschheit hemmen wollen.

Und wahrscheinlich werden die Verblendeten solche Tollheit büßen.

Beherzigenswerthe Zahlen.

(Der „Freien Deutschen Schulzeitung“ entnommen.)

Wie erstaunlich berechtigt die Forderung der allgemeinen preußischen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 ist, daß erst dann die Gründung höherer Lehranstalten ins Auge gefaßt werden soll, wenn für die Volksschulen ausreichend gesorgt ist, ergeben die statistischen Nachweise, welche sich in den „Neuen Jahrbüchern für Philologie und Pädagogik“ einerseits und in dem Januarheft des Centralblattes für die gesammte Unterrichtsverwaltung andererseits befinden. In jenen Jahrbüchern hat der Gymnasialdirektor Dr. Heß zu Rendsburg unter dem Titel: „Statistisches aus Preußen“ eine Abhandlung über die Zahlenverhältnisse der höheren Lehranstalten in Preußen veröffentlicht, deren Resultate so auffallend und merkwürdig sind, daß sie die weiteste Beachtung verdienen.

Zunächst ermittelt Dr. Heß, wie viel Schüler höherer Lehranstalten in dem gesammten preußischen Staate auf je 100,000 Einwohner kommen. Nicht mehr denn 432, d. h. von 500 schulpflichtigen Kindern besuchen, wenn wir die Brüche fortlassen, etwa zwei eine höhere Lehranstalt. Unter den verschiedenen preußischen Provinzen liefert die Rheinprovinz das kleinste Kontingent für die höheren Schulen, was sehr begreiflich ist, wenn man bedenkt, daß in derselben der Katholizismus überwiegt.

In Bezug auf die Vertheilung der Schüler auf die Gymnasien und die Realschulen lehrt die Heß'sche Aufstellung, daß die Schülerzahl auf jenen ab-, auf diesen zugenommen und zwar so sehr, daß von 100 Gymnasiasten (unter Beiseitelassung der Brüche) nur 9 noch die Prima besuchen, während von 100 Realschülern 5 diese Stufe erreichen. Noch im Jahre 1868 besuchten von 100 Realschülern nur 3 die Prima, von 100 Gymnasiasten 10.

Dem entsprechend hat auch die Zahl derjenigen Gymnasiasten, die ihr Ziel erreichten, d. h. das Abiturientenexamen machten, abgenommen — von 100 sind es 3 — während die Zahl der Realschul-Abiturienten seit 1868 von 0,80 auf 1,05 Prozent gestiegen, d. h. von 100 Realschülern erreichen noch keine 2 ihr Ziel, das Abiturientenexamen. Man wird eben nicht behaupten wollen, daß die, welche bis Tertia oder Sekunda gekommen sind, ihr Ziel, d. h. eine abgeschlossene Bildung, erreicht hätten. Die „höhere“ Bildung liegt nicht in den Unterklassen, sondern in den oberen Abschlußklassen, weshalb alle diejenigen Direktoren, denen es nicht auf Renommage mit der Frequenz ihrer Anstalt ankommt, sich mit Hand und Fuß gegen diejenigen Elemente wehren, die nur bis zum 14. oder 15. Jahre die Schule besuchen, denen thäte eine gute Volksschule bessere Dienste; nicht einmal für die Mittelschule sind solche Kinder zu gebrauchen, da auch sie auf einen Besuch bis zum 16. Jahre rechnen muß.

Zur rechten Würdigung obiger Zahlen gehört nun die Betrachtung der Summen, welche diese höheren Lehranstalten kosten. Tausende und Abertausende von Thalern werden ausgegeben, damit von 100 Realschülern noch nicht 2 die Schule durchmachen und die übrigen sich eine Bildung verschaffen, die ihrer Unvollständigkeit wegen ihnen nichts nützt, wenn sie über die Mittelklassen nicht hinausgekommen sind, und deren Nutzen, wenn auch die Sekunda noch besucht ist, sie billiger hätten haben können, wenn auf die Volksschulen Klassen gesetzt würden für diejenigen, die länger als bis zum 14. Jahre die Schule besuchen können. Wir sagen nicht, die Realschulen und Gymnasien seien überflüssig, durchaus nicht. Man errichte sie überall da, wo sie nothwendig sind. Nothwendig sind sie aber erst da, wo für die Volksschulen in dem Maße gesorgt ist, daß die nöthigen [illegible], wo ferner für diejenigen, welche länger als bis zum 14. Jahre die Schule besuchen können, sich an die Volksschule eine Mittelschule anschließt. In einer großen Anzahl kleiner und mittelgroßer Städte würde das Bedürfniß nach Realschulen dann von selbst fortfallen, die paar Leute, die sie für ihre Kinder bedürfen, können dieselben in eine größere Stadt schicken. Dann kostet ihnen ihr Bedürfniß doch nur ihr eigenes Geld, während heutzutage dieses Bedürfniß diejenigen Steuerzahler zum guten Theil bestreiten müssen, welche die höhere Schule gar nicht oder nicht ausgiebig benutzen können. Daß nun aber für die Volksschulen durchaus ungenügend gesorgt ist, erhellt aus dem oben angeführten Centralblatt, in welchem zu lesen, daß im Rheinland 976 und in Westfalen 204 Volksschullehrerstellen nicht ordnungsmäßig besetzt sind. Ein Theil derselben wird zwar von Präparanden, d. h. von Knaben, die der Schule entwachsen sind, verwaltet, ein anderer Theil durch benachbarte Lehrer mitversehen, wodurch also auch die eigene Klasse derselben geschädigt wird; allein diese Aushilfe ist nichts werth. Rechnen wir im Durchschnitt 60 Kinder auf eine Lehrkraft, so genießen in Rheinland-Westfalen 70,800 Kinder keinen ordnungsmäßigen Unterricht.

Nach weiteren uns zugänglich gemachten authentischen Ziffern sind in ganz Preußen 4508 Schullehrerstellen nicht ordnungsmäßig besetzt. Wenn wir 60 Kinder auf eine Lehrkraft rechnen — was indeß zu niedrig veranschlagt ist — so erhalten wir zweimal hundert siebzig tausend, vierhundert und achtzig Kinder, die ohne ordnungsmäßigen Unterricht aufwachsen. Und das nennt sich „Intelligenzstaat“!

Und trotzdem drängen so viele kleine Gemeinden nach „höheren“ Schulen und haben Mittel für sie, die sie den Volksschulen verweigern.

Die Arbeiter und die Zollfrage.

Mit besonderem Bezug auf Ungarn.

(Fortsetzung.)

Betrachten wir nun, was es mit dem sogenannten Nationalreichthum, seinem Wachsen und der gleichzeitigen materiellen Hebung der Arbeiter für eine Bewandtniß hat. Wenn ich hiezu England, das Eldorado der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, wähle, das Land, dessen Produktion und Consumtion in steter Steigerung begriffen ist, wird man mich gewiß keiner Parteilichkeit zeihen. Und was sehen wir dort? Ein Land, dessen „Nationalreichthum“ sich immer mehr und mehr in den Händen Einzelner conzentrirt und dessen wachsender Nationalreichthum von einem Wachsen des Pauperismus, einem Wachsen der Auswanderung der Arbeiter begleitet ist.

Hören wir einmal, was selbst Cairnes, der jüngst verstorbene Professor der politischen Oekonomie an der Londoner Universität von diesem Lande sagt. Er nennt es ein Land, in dem ein Mann bei einer einzigen Mahlzeit mehr Werth consumirt, als die Familie eines andern in einem Monat für Nahrung und Kleidung brauchen würde; in dem der ganze Boden bei einer Bevölkerung von 30 Millionen weniger als 100,000 Personen gehört; in dem einer unter 20 Personen von Almosen lebt; in dem der große Theil der Agriculturbevölkerung mit ruhiger Ergebenheit daran denkt, seine alten Jahre in einem Arbeitshause zuzubringen, während die industriellen Arbeiter sich ungefähr alle zehn Jahre einmal in der Mitte einer schrecklichen Handelskata-

strophe befinden, welche Hunderttausende zu Grunde richtet. (Vortrag gehalten im University College, November 1870).

Auch die Gutsbesitzer Irlands, deren es ungefähr 9000 giebt, und von denen einige Hundert allein drei Viertel des ganzen Bodens inne haben, der nach der Eroberung Irlands durch die Engländer unter ihnen vertheilt wurde, sehen jährlich ihre Renten steigen, und doch ist der Bauer dort elender als irgendwo. „Diese Landlords, sagt Emile de Laveleye, bewohnen Paläste, umgeben von aller erdenklichen Pracht eines großen Reichthums, die Ackerleute bewohnen Hütten aus Koth und sind im äußersten Elend versunken. Der Eine hat nichts gethan, um die Erde produktiv zu machen, und doch bezieht er das Reinerträgniß, der Andere hat alles gemacht, und er stirbt Hungers. Es ist entsetzlich! Der Arbeiter sieht, wie durch die Rente das Brod, das er geerntet, den Bedürfnissen seiner Familie entrissen und an die Hunde seines Herrn verschwendet wird; er kann zählen, wie viele Familien sich bis zur Dürftigkeit einschränken mußten, um den Pferde- und Hundestall zu erhalten; er kann ermessen, wie viel Schweiß und Thränen all dieser Luxus gekostet hat, der sich vor seinen Augen entfaltet." „Wie soll ihn — fügt dieser Schriftsteller hinzu — dieser Contrast nicht mit Zorn und Rachedurst erfüllen — ihn, der sein Opfer ist — wenn unparteiische Beobachter, die nichts dadurch zu leiden haben, empört, entrüstet werden?" („La question agraire en Irlande".)

Der „Nationalreichthum" kann eben steigen und der allgemeine Wohlstand fallen, weil allein die Vertheilung des Reichthums diesen bestimmt. Der Reichthum Rothschilds z. B. und eines beliebigen Anderen zusammengenommen kann steigen, ohne daß des letzteren zugenommen hat, ja ohne daß es ausgeschlossen ist, daß derselbe bis zum Hungern verarmt ist; es hat aber alsdann das Vermögen Rothschilds sich um mehr als den Betrag dessen, was der Verarmte verloren hat, vermehrt.

So sagte man auch lange genug, daß Irlands „Nationalreichthum" steige, weil man wußte, daß diese Insel, die vor einem Jahrhundert kaum 2 Millionen Seelen zählte, anno 1834 schon ine Bevölkerung von fast acht Millionen hatte, und doch ist die eigentliche Nation in demselben Maße elender geworden, als die Landlords mächtiger und reicher. Die Grundbesitzer, welche sahen, daß ihre Güter, Dank dem darauf verwendeten Fleiße, eine stets reichere Ernte brachten, die ihrerseits wieder ein Wachsen der Bevölkerung hervorrief, schraubten die Pachtsumme allmählich so sehr in die Höhe, daß die kleinen Pächter schließlich zu kämpfen hatten, um ihr karges Auskommen zu finden. Trat dann hie und da eine Mißernte ein, so sahen diese sich in die traurigste Lage versetzt, denn die Rente mußte bezahlt werden, wollten sie nicht Gefahr laufen, sammt den Ihrigen an die Luft gesetzt zu werden. Nach den verschiedenen parlamentarischen Enquetes zu urtheilen, schien dies auch nicht zu den Seltenheiten gehört zu haben, denn es kam häufig genug vor, daß ein Pächter der eine Rente von 20—30 Pfd. St. (2—300 fl.) nicht bezahlen konnte, sein Häuschen, das ihm drei bis viermal mehr gekostet hatte, ohne alle Entschädigung verlassen mußte, da alle Verbesserungen und Bauten als vom Grundeigenthümer gemacht betrachtet wurden. Derselbe hatte daher nur den Pächter zu entfernen, um sie an sich zu reißen. Erst das Gesetz von 1870 (Irish Landbill) machte diesem Raubsystem ein Ende.

In den Jahren 1849—1853 wurden noch an 230,000 Personen verjagt und an 17,000 Häuser niedergerissen! Und für den Irländer — die Industrie und den Handel wußten sich ja die Engländer durch alle möglichen Gesetzesklauseln zu sichern — das Vertreiben vom Boden gleichbedeutend mit Tod durch Hunger — war nun nicht gar mit etwas Schlimm[illegible]

Wie es unter solchen Verhältnissen den gewöhnlichen Agriculturarbeitern erging, wie traurig deren Lage gewesen sein muß, läßt sich schwer verkennen. Die Hungersnoth von 1847 zeigt uns ein schreckliches Bild davon. Wie wenn eine fürchterliche Cholera durch's Land gerast und alles mit ihrem giftigen Hauche angeweht hätte, wurde die arme Bevölkerung dahingerafft. Wer Mittel finden konnte, suchte nach Amerika zu kommen, die Anderen erlagen, so daß Hungersnoth und Auswanderung die irländische Bevölkerung von 8 Millionen auf 5½ Millionen reduzirten!

Und doch können wir diesen Grundbesitzern, wenn wir den Ansichten der meisten Oekonomisten beistimmen, keine Vorwürfe machen. Sie haben das Recht, ihr Eigenthum zu verwerthen, wie es ihnen beliebt, sie können sich auf das „Naturgesetz" von Nachfrage und Angebot berufen und so jährlich ihre Renten erhöhen, sie können auch, wenn ihnen dies einträglicher dünkt, aus Ackerland Weide machen, wie es oft genug im vereinigten Königreiche geschehen ist, wo man oft ungeheuere Strecken Landes sehen kann, die früher von Bauern bewohnt wurden, welche das Feld bestellten und welche jetzt von Schafen verdrängt sind. In England nennt man diesen Expropriationsprozeß der Ackerbauer „Clearing of Estates" (Lichten der Güter), was aber in den meisten Fällen ein Vernichten der frühern Bewohner ist.

Als einst de Sismondi ein solches „Clearing of an estate" in der Grafschaft Sutherland, wobei 15,000 Einwohner aller Mittel entbehrend verjagt wurden, bekannt machte, ging ein Schrei der Entrüstung durch die europäische Presse, und doch hatte der Besitzer, oder vielmehr die Besitzerin, es war die Herzogin von Sutherland, nichts gethan, was nicht jeder Kapitalist thut, d. i. nichts als was ihr gut dünkte, um aus dem Kapital soviel Profit als möglich herauszuschlagen. Die Anwendung von Maschinerie in der Industrie und Agricultur, die Anwendung des Dampfes als Treibkraft derselben, sowie jede einzelne Verbesserung, und endlich die Erzeugung der Maschinen durch Maschinen selbst, wie Bohr-, Hobel-, Schneidemaschinen, sind ebenso wie das „Clearing"-Mittel dazu angethan, die früher beschäftigten Arbeiter „brodlos" zu machen. Wenn ein Grundbesitzer findet, daß er durch Produktion von Schafwolle und Hammelfleisch höhere Profite erzielen kann als durch Kornbau, so hat nun einmal Niemand ein Recht, ihm die praktische Ausführung dieser Erkenntniß zu wehren. Laissez-faire, laissez-passer sagen unsere Freihändler und tout sera au mieux dans le meilleur des mondes.*) Sie werden uns erzählen, wie der Arbeiter doch nur dabei gewinne, wie z. B. seit der Erfindung der Buchdruckerkunst heute so und soviel Tausende von Arbeitern mehr Beschäftigung finden, als die Zahl der frühern Schreiber betrug; oder daß durch die Erfindungen der Spinnmaschinen von Hargreaves, Arkwright, Crompton (die letztere Maschine unter dem Namen „Mule" bekannt, setzt zu gleicher Zeit 400—1200 Spindel in Bewegung), durch die mechanischen Webstühle ꝛc. heute dennoch vielmehr Arbeiter als ehedem in der Textilindustrie beschäftigt sind. Nur vergessen sie in ihrer Sucht, alles gut zu heißen, was den Kapitalisten von Nutzen ist, zu erwähnen, daß wenn heute die Zahl dieser Beschäftigten 100- oder 1000 mal größer ist als sie früher war, die durch die Erfindung brodlos gewordenen Arbeiter trotzdem nicht um einen Bissen satter geworden sind. Es ist wahrscheinlich, daß auch heute durch das oben erwähnte „Clearing" mehr als 15,000 Personen von dem Hüten, Wollscheeren und Schlachten, von dem Gerben, Färben und der Verarbeitung der Häute, sowie von dem Spinnen und Weben der Wolle jener Schafe leben, was aber keinesfalls verneint, daß die 15,000 Vertriebenen damals dem Elend preisgegeben waren. Professor Spencer Beesly hat wahrlich nicht Unrecht, die Oeconomisten mit dem Namen Plutonomisten zu bezeichnen.

Es kommt auch vor, daß die Schafe, welche früher die Menschen vertrieben, ihrerseits wieder durch Wild vertrieben werden. So schreibt der Londoner „Economist" vom 2. Juni 1866: „Ein schottisches Blatt berichtete in den letzten Wochen unter andren Neuigkeiten: Eine der besten Schafpachten in Sutherlandshire, wofür jüngst beim Verfall des laufenden Pachtcontrakts eine Jahresrente von 1200 Pfd. St. geboten ward, wird in einen deer forest (Rothwild-Park) verwandelt!" Die feudalen Instinkte bethätigen sich wie zur Zeit, wo der normännische Eroberer 36 Dorfschaften zerstörte, um den New forest zu schaffen . . . . Zwei Millionen acres, welche die fruchtbarsten Ländereien Schottlands umfassen, sind ganz und gar wüst gelegt . . . . Den Verlust des Landes an Produktionsquellen in Folge dieser gewaltsamen Verödung mag man daraus schätzen, daß der Boden des forest von Ben Aulder 15,000 Schafe nähren konnte, und daß er nur 1/30 des gesammten Jagdreviers von Schottland beträgt . . . . All dies Jagdland ist durchaus unproduktiv . . . es hätte ebensowohl in die Fluthen der Nordsee versenkt werden können. Solchen improvisirten Einöden oder Wüsten sollte die starke Hand der Gesetzgebung den Garaus machen" (cit. im „Kapital").

(Fortsetzung folgt.)

*) Alles schlägt zum Besten aus in der besten der Welten. R. d. V.

Politische Uebersicht.

— Traurige Folgen einer traurigen Gesetzgebung. In das Henriettenstift zu Berlin, in welchem obdachlose Mädchen und stellensuchende Dienstboten für kurze Zeit Aufnahme finden, trat vor einiger Zeit ein Berliner Bürger und wählte sich ein Mädchen zum Dienste aus. Zu Hause angekommen, fragte er nach Legitimationspapieren; das Mädchen erklärte, keine zu besitzen, in Folge dessen der Hausherr sie sofort wieder entlassen wollte. Das Mädchen gestand in seiner Noth nunmehr der Frau, daß sie wegen Aussetzen eines Kindes, wodurch der Tod desselben erfolgt sei, zu mehrjähriger Zuchthausstrafe vom Schwurgericht zu Gnesen verurtheilt worden sei. Sie habe als 16jähriges Mädchen bei einem Kreisgerichtsrath gedient und sei von einem Unteroffizier verführt worden; das Kind habe sie zuerst in Pflege gegeben, doch da sie den Anforderungen der Pflegefamilie nicht habe entsprechen können, so sei ihr das Kind zurückgegeben worden; in der Verzweiflung habe sie nun dasselbe auf dem Rückwege in einem Walde ausgesetzt. Die Frau theilte diese Erzählung ihrem Manne mit und das Berliner Ehepaar war vernünftig genug, dem Mädchen die Jugendsünde nicht anzurechnen. Der Mann schrieb an die betreffende Strafanstalt und erhielt ein ausgezeichnetes Führungsattest für die Entlassene: die Frau aber erklärte schon nach wenigen Wochen, daß sie noch niemals ein so vorzügliches Dienstmädchen gehabt habe. Da plötzlich erscheint ein Polizeiwachtmeister, welcher erklärt, daß das Dienstmädchen innerhalb 24 Stunden Berlin verlassen müsse, weil aus den Strafanstalten entlassene Dienstboten überhaupt erst nach dreijährigem unbescholtenem Lebenswandel in Berlin, Charlottenburg und Potsdam sich aufhalten dürften, wenn sie nicht ortsangehörig seien. Die Eheleute, welche das Mädchen lieb gewonnen hatten, bemühten sich, die Ausweisungsordre rückgängig zu machen, die Frau ging zum Polizeipräsidenten, der achselzuckend sich auf das Gesetz berief. Fünf Tage behielt die brave Berliner Familie das Mädchen noch bei sich, dann begleiteten die Leute dasselbe persönlich in einer Droschke zum Bahnhofe, lösten ein Billet, schenkten dem Mädchen noch 5 Thaler und fort dampfte die Unglückliche nach der Heimath, nach dem Schauplatze ihres ersten Fehltrittes, zwar mit den besten Zeugnissen und Empfehlungen, doch mit den geringsten Aussichten, eine Stellung zu erhalten, da ja Jedermann dort ihre Vergangenheit kannte. Wie lange mag es dauern, daß das Arbeitshaus oder das Zuchthaus die Arme wieder aufnimmt. Dann aber fällt eine solche Unglückliche lediglich den traurigsten Gesetzen zum Opfer, welche der Unverstand und der Hochmuth vereint dem Volke diktirt haben.

— In welchem Parteilager der „Rückgang" zu suchen ist, lehren folgende Zahlen. Der schlesische Wahlkreis Groß-Strehlitz-Kosel hat in der gegenwärtigen Legislaturperiode dreimal gewählt, 1874, 1875 und 1876. Jedesmal stand dem Candidaten der Reichsfreunde, dem Herzog von Ujest, ein Ultramontaner gegenüber; die Wahlbetheiligung war stets eine rege und blieb sich ziffermäßig fast gleich: es stimmten von 23,000 Wahlberechtigten je 16,800, 16,300, 16,100. Und nun vergleiche man die Resultate. Auf den Herzog von Ujest fielen 1875 8505, 1875: 7237, 1876: 6449 Stimmen, also ein Abgang von etwa 2000 reichstreuen Wählern in nicht drei Jahren. Die Candidaten der Ultramontanen erhielten dagegen 1874: 8296, 1875: 8296, 1876: 9449 Stimmen; die Reichsfeinde haben sich demnach im gleichen Zeitraum um fast 1200 vermehrt. Dabei war alle drei Male Wahlkommissär jener Landrath von Himmel, dessen Thätigkeit den Reichstag zur Kassirung der ersten Wahl und zu einem Tadelsvotum wegen der vorgekommenen Beeinflussung wohlbegründete Veranlassung gab. Der Minister des Innern Eulenburg ließ sich durch Letzteres nicht anfechten, aber auch der Himmel und seine uniformirten und nichtuniformirten Heerschaaren vermochten es nicht mehr abzuwenden, daß die klerikale Minorität zur Majorität und die Hoffnung gewisser sehr hohen Herren, den Gründer Herzog von Ujest wieder unter den Gesetzgebern des deutschen Reiches zu sehen, zu Schanden wurde.

— Zur Illustration des herrlichen Kriegsheeres. Auf dem kürzlich bei Elberfeld stattgehabten Manöver wurde das Kind eines zuschauenden Bürgers, welches derselbe auf den Armen trug, durch eine Kugel getödtet. Die Untersuchung ergab, daß ein Unteroffizier seinen Lieutenant erschießen wollte und schon dreimal gefehlt hatte, als der Unglücksschuß fiel. Der betreffende Lieutenant soll den Unteroffizier hart behandelt haben, woraus ein grimmiger Haß bei Letzterem entstand. Weniger gegen die „göttliche Gerechtigkeit auf Erden" wäre es nun allerdings gewesen, wenn die Kugel den Lieutenant und nicht das unschuldige Kind getroffen hätte: die friedlichen Bürger aber mögen sich merken, daß es nicht gut ist, den glänzenden Exerzitien deutscher Soldaten zuzuschauen. Uebrigens ist dieser Fall kein vereinzelter; auf jedem Manöver fast wird auf Offiziere geschossen, so daß man schon hieraus die Behandlung ermessen kann, die manchem Soldaten zu Theil wird. Der Unteroffizier aber war couragirt genug und erschoß sich selbst, als man ihn verhaften wollte — er entging dadurch sicherlich manchen Qualen.

— Den Todten soll man nichts Böses nachsagen — so heißt ein altes Sprüchwort; jedoch wenn man denselben in Bezug auf ihre Handlungsweise lediglich schmeichelt und dadurch Unwahrheiten auftischt, so ist dies noch verwerflicher, als wenn man unliebsame Thatsachen über einen Todten in schmähsüchtiger Weise an das Tageslicht fördert. Die Freunde des bekannten Poeten Glasbrenner, des „Erfinders des Berliner Witzes", welcher vor einigen Tagen gestorben ist, mögen sich bei dem „freisinnigen" Prediger Dr. Lisko bedanken, da derselbe in seiner Grabpredigt dem Verstorbenen nachrühmt, daß er einen köstlichen, nie verletzenden Humor in seinen Schriften ausgeübt habe. Glasbrenner war Redakteur der „Montagszeitung"; er schrieb dieselbe fast allein — in derselben aber finden sich die schmutzigsten, widerlichsten Angriffe nicht nur auf die Sozialdemokratie, sondern auch auf die Personen, welche als Sozialdemokraten vorzugsweise bekannt geworden sind. Daß die Letzteren sich nicht verletzt gefühlt haben, lag natürlich nicht in der Absicht des Verfassers. Im Uebrigen gehörte Glasbrenner zu der Unzahl von Menschen, welche 1848 Freiheit und Pflastersteine liebten, sich aber später unter der preußischen Pickelhaube einfangen ließen. Deshalb genug davon.

— Der als „der Gründer allerschlimmster" entlarvte nationalliberale „Ehrenmann" Hammacher behauptet bekanntlich, daß ihn nur sein lebhaftes Interesse für das Volkswohl bewogen hat, sich an all' den hundert lebensunfähigen Aktiengesellschaften zu betheiligen, deren Bankerott die Aktionäre um ihr Vermögen gebracht und Herrn Hammacher zu einem Vermögen verholfen hat. Daß Herr Hammacher sich regelmäßig verrechnete, und auf die Seite des „Volkes" immer die Verluste, auf die Seite des redlichen Hammacher aber immer der Profit gefallen, das ist Pech — für Hammacher natürlich, denn wer wird denn heutzutage gern Millionär!? Leider giebt es immer noch böse Menschen, welche an soviel Edelmuth nicht glauben, und zu diesen Böswilligen gehört unter anderen auch der Gründerkönig Strousberg, der auf S. 112 seiner Memoiren also über den nationalliberalen Tugendheld herfällt: „Hammacher kenne ich seit Jahren als Spekulanten und Gründer par excellence, und da dieser Herr es auch nicht verschmäht hat, mich und die General-Entreprise zu verdammen, und, wenn auch nur vorübergehend, in das allgemeine Lärmen mit einzustimmen, so halte ich mich für berechtigt, ihn daran zu erinnern, daß er in Gemeinschaft mit dem verstorbenen Paderstein mich animiren wollte, einen Bau in General-Entreprise zu übernehmen, für dessen Concessionirung er seinen Einfluß geltend machen wollte, und wobei ihm und Paderstein ein nicht unbedeutender Gewinn zufallen sollte." — Nicht wahr, es sind sehr saubere Kerle, diese parlamentarischen Koryphäen der Nationalliberalen?

— Zur Britschiederei. Aus Posen wird der „Frankfurter Zeitung" unter'm 25. September geschrieben:

„Der polnische „Kurjer poznanski" hat bekanntlich jüngst die Mittheilung gebracht, die Oberpostdirektion in Bromberg habe ein lithographirtes Facsimile der von Lebochowski geschriebenen Adresse des Briefes an den Pfarrer Brenk anfertigen lassen und dasselbe an die Postbeamten versandt mit der Weisung, die eingehenden mit dem Charakter der Lebochowskischen Handschrift adressirten Briefe sofort an die Staatsanwaltschaft einzusenden, sowie auch die Oberpostdirektion davon zu benachrichtigen. Wir bezeichneten die Nachricht als unglaublich und erwarteten eine schleunige Berichtigung des Generalpostmeisters, dem bekanntlich die Tinte schnell und leicht fließt, wo es sich um Abweisung falscher Nachrichten aus seinem Ressort handelt. Hier die Sache ist anders gekommen statt eines Dementis eine Haussuchung in der Redaktion des „Kurjer", da nach Ansicht der Postbehörde das betreffende Aktenstück — es existirt also — nur durch Bruch des Amtsgeheimnisses zur Kenntniß des polnischen Blattes gekommen sein könne. Die Haussuchung blieb erfolglos, der Redakteur wies zum Ofen hin, der das Manuscript sofort „besorgt und aufgehoben" habe. Wie ein Berliner Blatt auf Grund seiner Kenntniß vom preußischen Verfahren vorausahnt, dürfte nunmehr der zweite Grad, der Zeugnißzwang, gegen den Redakteur in Anwendung gebracht werden."

Dies die Correspondenz. Um das Unerhörte des Verfahrens zu begreifen, muß man erwägen, daß die Handschriften vieler Personen einander sehr ähnlich sind, und nur von geübten Handschriftenkennern, und selbst von diesen nicht immer, unterschieden werden können. Wenn alle Briefe mit dem Facsimile ähnlichen Adressen in ganz Deutschland erbrochen worden sind, dürfte die Zahl der so erbrochenen Briefe sich in die Hunderte belaufen. Und, da die Behörden notorisch ihren Zweck nicht erreicht haben, so rühren die sämmtlichen erbrochenen Briefe von unbetheiligten Personen her. Ein flagranterer, unverantwortlicherer Eingriff in die Rechte des Privatlebens, eine flagrantere, unverantwortlichere Verletzung des Briefgeheimnisses ist einfach nicht denkbar. Herr Stephan wird im Reichstag darüber Rede zu stehen haben. —

— Keine Feinde zu haben, ist die schlechteste Eigenschaft eines Menschen. „Viel Feind viel Ehr", das ist Mannesspruch, zumal in kampfvoller Zeit, wie der unsrigen. Anastasius Grün hat kurz vor seinem Tod diesem Gedanken Ausdruck gegeben in folgendem Gedicht, das wir unsern Lesern nicht vorenthalten dürfen:

„Man schreibt auf manchen Stein:
„Er hatte keinen Feind!"
Als Lobspruch ist's gemeint,
Doch schließt's viel Schlimmes ein.
Es klänge g'rad so gut:
Ihm fehlte Herz und Blut,
Er ließ wie Kies sich treten,
Er ließ wie Thon sich kneten,
Sein Aug' war blind dem Lichte,
Sein Mund war stumm dem Wichte!

O, raubt mir nicht am Grabe
Noch meine beste Habe:
Die Feinde, deren Zorn
Mein Schmuck, mein Stolz, mein Sporn!
Von jenem Worte rein
Laßt meinen Stein! —"

— Der neueste, von Petersburg aus kommandirte, Theaterstreich des Hanswursten und Bramarbas Tschernajeff, den geschlagenen Jammermann Milan von Serbien durch eine geschlagene, von Russen kommandirte Armee zum König ausrufen zu lassen, hat die französischen Demokraten, die sich bis dahin über die Vorgänge in der Türkei allerhand Täuschungen hingegeben, urplötzlich ernüchtert und ihnen gezeigt, daß die jetzt gegen die Türken geführten Kämpfe mit Demokratie und Freiheitsbestrebungen nichts zu thun haben. Die „Menschenrechte" vom 28. September sprechen dies in einem Artikel aus, welcher betitelt ist: „Die Frösche, die einen König wollen."

Man hätte auch sagen können: „Der Frosch — Milan —, der ein König sein will." Doch nein, der Frosch der Fabel wollte ja etwas anderes sein; und das braucht Milan nicht erst zu werden. — Zur Entnüchterung der „Menschenrechte" hat unzweifelhaft auch der Umstand beigetragen, daß „ein russischer Demokrat", der auf dem republikanischen Bankett von Saint-Mandé (zur Feier des Geburtstags der ersten Republik — die am 21. September 1791 proklamirt wurde —) gesprochen, sich hintennach als „aktiver russischer Staatsrath" (Herr Valerian von Wanaieff) entpuppt hat. Diese Vereinigung der Funktionen eines Demokraten und eines Staatsraths mußte den „Menschenrechten" doch etwas zu — russisch vorkommen, wie jetzt die ganze „Volkserhebung" in der Türkei.

— Fortsetzung der Sozialistenhatz in Chemnitz. Dem Genossen Wiemer wurde am 28. September eröffnet, daß gegen ihn wegen Beleidigung des Richterstandes vom Justizministerium Strafantrag gestellt ist. Er soll dieses Verbrechen in seiner am 15. August gehaltenen Rede über Saeveke's Verurtheilung begangen haben. In dem Prozeß Corso-Himmelfahrt gegen Saeveke ist die Nichtigkeitsbeschwerde verworfen, aber die Strafe um 1 Jahr herabgesetzt worden. „Corso" ist mit 1½ Jahr, „Himmelfahrt" mit 1 Jahr berechnet und das Gesammterkenntniß — mit ½ Jahr Ermäßigung — lautet auf 2 Jahre. — Der Instanzenweg ist damit beendet und das Urtheil rechtskräftig. Trotzdem werden sich die Chemnitzer Genossen dabei nicht beruhigen, sondern sich zunächst an den sächsischen Landtag und an den Reichstag wenden, da die Herabsetzung in keinem Verhältniß zu der Höhe des ersten Strafmaßes steht.

— Wegen Beleidigung des Landgerichtspräsidenten Quaadt zu Elberfeld wurde der Redakteur der „Bergischen Volksstimme", Grunewald, zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. — Parteigenosse Lange, gleichfalls Redakteur der „Bergischen Volksstimme", wurde vor einiger Zeit verhaftet und gegen ihn die Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Derselbe ist nun wegen dieses „Vergehens" und wegen Schmähung von Staatseinrichtungen (§ 131 des Strafgesetzbuchs) zu sieben Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Man sieht, daß die rheinischen Behörden, welche sich eine Zeitlang um politische Angelegenheiten nicht zu bekümmern schienen, energisch gegen die Sozialdemokratie einschreiten — ein Beweis, daß es auch dort, an der Wiege der deutschen sozialistischen Bewegung mit unserer Sache rüstig vorwärts geht.

— Genosse Siebert wurde am 26. September von dem Freiburger Schwurgericht wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt unter Anrechnung von 3 Wochen Untersuchungshaft; Siebert hatte sich aber 4 Wochen in Untersuchungshaft befunden. Vor demselben Schwurgericht werden nicht weniger als drei Fälle wegen Beleidigung des Kaisers resp. Landesherrn und nur sechs Fälle wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit zur Verhandlung kommen.

— Wegen angeblicher Beleidigung der deutschen Armee ist der Redakteur der in Insterburg erscheinenden „Friedens- und Freiheitspost", Herr Reitenbach, zu 300 Mark Geld- event. 6 Wochen Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

Die Urkraft des Weltalls.

II.

Das All erkennen wollen heißt also die Entstehung oder Entwicklung des All begreifen. Von einem Anfange des All kann natürlich nicht die Rede sein, da es ewig zu denken ist; man will aber unter den Kräften diejenige finden, welche allein genügt, um das Vorhandensein aller übrigen Kräfte und Bewegungen zu erklären. Unser Geist ruht nicht, bis er die Einheit in der Vielheit der Erscheinungen beweisen kann. Die Religionen, diese Irrwege des Erklärens, wären nie entstanden, wenn unser Geist nicht dieses Bedürfniß hätte. Nun aber ist hier ein offenbarer Selbstwiderspruch vorhanden. Wir können nicht anders, wir müssen die Vielheit aus der Einheit entstanden denken; wir können aber andrerseits, weil unser Geist nicht selbstschöpferisch ist, nie erklären, wie aus dem Ur-Einen das vorhandene Viele hat entstehen können und müssen. Die Philosophen allerdings haben das oft versucht, aber sie haben dabei leere Worte gemacht, welche gar nichts erklären; es ist ihnen das Gegentheil von dem, was sie wollten, gelungen, nämlich zu beweisen, daß der größte menschliche Scharfsinn das Eine, das Unendliche, zwar voraussetzen muß, aber nicht die Mannichfaltigkeit des vorhandenen Endlichen daraus mit Denknothwendigkeit ableiten kann.

Die Naturforschung aber hat bewiesen, daß es uns wohl gelingen kann, auf dem umgekehrten Wege das Welträthsel nach und nach immer besser aufzulösen, indem wir nämlich die vielerlei Erscheinungen auf eine immer geringere Zahl zurückführen, bis wir zuletzt eine Urkraft erkennen. Gelingt ihr dieses, so bleibt zwar immer und ewig ein Räthsel, wie und warum diese Urkraft sich in das bunte All hat aufschließen können und müssen; allein unser forschender Geist hat wenigstens sein Bedürfniß befriedigt, die Einheit des Alls nachzuweisen. Er bleibt dann vor einer Menge Irrthümern bewahrt, welche die Menschheit solange elend gemacht haben.

Nun ist es in der That seit etwa vierzig Jahren gelungen, diesen Weg mit sichtbarem Erfolg zu betreten. Am frühesten hat ihn nachweislich Frdr. Mohr betreten, dessen großes Verdienst aber am längsten unbeachtet blieb; bald darauf, und unabhängig von ihm machte der Arzt A. H. Mayer von Heilbronn dieselbe Entdeckung, welche sich, wenn auch erst nach vielen Jahren, Anerkennung errang. Der dritte, welcher ebenfalls unabhängig denselben Weg verfolgte, war Phil. Spiller. Diese Männer erkannten — was heute unter allen Naturforschern feststeht, daß jede Art Kraft oder Bewegung sich in jede andre verwandeln lasse, ohne daß dabei etwas von ihr verloren geht, sei es auch nur auf Umwegen. Man nennt dies das Gesetz der Unzerstörbarkeit der Kraft, der Verwandelbarkeit der Kraft.

Das Licht der Sonne ist eine Kraft, welche sich in ungeheuer schnellen Schwingungen eines höchst zarten Stoffes äußert (450 bis 750 Billionen Schwingungen in einer Sekunde.) Geht es durch einen Körper, in welchem die Schwingungen sich verlangsamen, so tritt es als fühl- und meßbare Wärme auf. Diese Wärme geht über in Massenbewegung, indem sie Wasser des Meeres in Dampf verwandelt und zum Steigen, Wolkenbilden und Bewässern der Erde bringt. Sie wird chemische Bewegung, indem sie und der Regen und das Licht die Stoffe des Erdbodens der Luft und des Wassers zum Aufbau von Pflanzen verwendet und verwandelt die Pflanzen in Steinkohle, indem sie durch Veränderungen an der Erdoberfläche diese Pflanzen tief in Sand und Schlamm begräbt. Die Kohle wird benutzt, um den Dampfwagen zu heizen, wobei sie genau soviel Wärme wieder hergiebt, als sie ehemals von der Sonne empfangen hatte. Ein Theil der mit dem Dampf ausströmenden Wärme erzeugt am Dampfrohre Elektrizität, welche man benutzen könnte, um Eisen magnetisch zu machen; ein andrer großer Theil entweicht nutzlos und führt Dampf mit sich in die Höhe; der Rest erzeugt Massenbewegung, indem er den Dampfzug zieht, und Molekularbewegung, indem er das Eisen der Maschine und Schienen in seinem Gefüge allmählich verändert, bis es brüchig wird. So können wir aus der einen Kraft des Lichtes alle andern hervorgehen sehen.

Oder wir heben mit der Muskelkraft unsers Armes einen schweren Hammer, was wir eine Massenbewegung nennen, wobei wir Wärme unsers Körpers verbraucht haben; wir lassen den Hammer in passender Weise auf ein magnetisirtes weiches Stück Eisen fallen, wobei wir die Cohäsions- (Zusammenhangs-) Kraft des Eisens so verändern, daß es jetzt dauernd magnetisch bleibt. Den Magnet benutzen wir, um in einer magnet-elektrischen Maschine Massenbewegung zu erzeugen, oder um Licht und Wärme und chemische Bewegung hervorzubringen, je nachdem wir verfahren. Und schließlich ist von unserer Armkraft nichts verloren gegangen, sie ist nur als Armkraft verschwunden und hat Arbeit geleistet, welche in irgend einer Form noch vorhanden ist. Und solcher Beispiele können wir viele geben, um zu beweisen, daß jede Kraft geradenwegs oder auf Umwegen in jede andre ohne Verlust (für die Natur — denn wir verlieren viele Kraft unbenutzt) sich verwandeln läßt. Und dieses Gesetz ist durch vielfältige Versuche des Engländers Joule und des Deutschen Helmholtz und Andrer und durch genaue Berechnungen völlig erwiesen, zwar nicht für jede einzelne der möglichen Verwandlungen, sondern zunächst nur für die von Massenbewegung in Wärme und umgekehrt, und für die von Wärme in Licht und umgekehrt; aber das genügt, weil es im höchsten Grade vernünftig ist, und weil es gar keine gegentheiligen Beweisgründe giebt.

Am schärfsten unter allen Forschern hat bis jetzt Mohr die Begriffe Kraft und Bewegung bestimmt und ihr wechselseitiges Verhältniß nachgewiesen, und sein Büchlein „Allgemeine Theorie der Bewegung und Kraft", worin dies geschieht, ist jedem tiefer denkenden Arbeiter dringend zu empfehlen und fast durchaus gemeinverständlich. Nach ihm sind Bewegungen und Kräfte wohl zu unterscheiden. Kraft ist, was eine Bewegung verursachen kann, Bewegung ist in Arbeit verwandelte Kraft. Das Gewicht, welches ich mit meinem Arme hebe, um es an einem Faden aufzuhängen, ist in Massenbewegung, die Ursache davon ist die Kraft meines Armes. Hängt es, so zieht es an dem Faden mit der Kraft der Schwere, mit derselben Kraft, welche meinem Arme durch die Arbeit verloren gegangen ist; es ist aber nicht in Bewegung — es ist Spannkraft geworden. So lange der Faden es hält, weil die Cohäsionskraft seiner Fasern größer ist, als die Spannkraft des Gewichtes, hemmen sich die beiden einander entgegenwirkenden Kräfte bis zur Unthätigkeit; sobald aber der Faden reißt, weil die Cohäsionskraft derselben der fortdauernden Spannkraft des Gewichtes nicht mehr gleich ist, fällt das letztere — die Spannkraft geht in Massenbewegung über, und diese trifft den Boden mit genau derselben Kraft, welche zur vorherigen Hebung verbraucht worden war, und erzeugt beim Aufschlagen genau so viel Wärme, als meinem Arme verloren gegangen war. Jetzt ist die Bewegung des Gewichtes in Ruhe und Druck — eine neue Spannkraft — übergegangen. Der Faden aber hat an Spannkraft verloren, weil er Arbeit verrichtet hat, die als Wärme entwichen ist, als welche sie wieder Massenbewegung verrichtet.

Mohr unterscheidet folgende Kräfte und folgende Bewegungen:

1. Wärme und Licht, 2. Magnetismus, 3. Cohäsion, 4. Schwere,	Spannkräfte.
1. Massenbewegung, 2. Molekularbewegung, 3. Chemische Bewegung, 4. Elektrische Bewegung,	Bewegungen oder ausgelöste Kräfte.

Indem er nun die Verwandelbarkeit dieser Spannkräfte in Bewegung irgend einer Art, und jeder dieser Bewegungen in irgend eine Spannkraft nachweist, hat er im Wesentlichen bereits die Einheit des Alls nachgewiesen, wenigstens was die Kräfte betrifft; und es ist in kurzem Raume ganz unsagbar, wie bedeutend durch diese Erkenntniß alle Naturwissenschaften gefördert worden sind.

Spiller aber geht weiter, obwohl wir bei ihm hier und da die strenge begriffliche Schärfe vermissen. Er will eine Urkraft unter allen aufsuchen, aus welcher alle andern entstehen müssen und von Ewigkeit her immer wieder entstehen; und er will das Verhältniß der verschiedenen Urstoffe zu dieser Urkraft ergründen, um die Einheit des Alls noch weiter begreiflich zu machen. Er ist dazu genöthigt, weil eine der Kräfte, die Schwere oder Gravitation, ein großes Räthsel ist, an dessen Lösung schon die scharfsinnigsten Köpfe sich vergebens abgemartert hatten. Die Schwere nämlich ist — wenn wir den Magnetismus ausnehmen — die einzige Kraft, welche in die Ferne wirkt, ohne daß ein verbindendes stoffliches Mittelglied vorhanden wäre. Solche Wirkung in die Ferne widerspricht so ganz und gar allem gesunden Denken, daß wir ein Bedürfniß haben, sie hinwegzuerklären. Daß z. B. die Sonne die Erde, und diese den Mond durch ihre Schwere anzieht und um sich zu rollen zwingt, ohne daß etwas Ziehendes vorhanden wäre, dieser Gedanke schließt einen Unsinn ein. Die Thatsache zwar steht durchaus fest, daß diese Körper in streng berechenbarer Art von einander abhängen; aber es muß ein Irrthum in unserm Begriffe des Anziehens liegen. Dieser muß durch einen sachgemäßeren ersetzt werden.

Correspondenzen.

Geyer, 26. September. (Gebildeter Pöbel.) Auf gestern Abend war in dem hiesigen Schießhaus eine Volksversammlung anberaumt, in welcher der Abgeordnete des 19. Wahlkreises, W. Liebknecht (der seit 8 Tagen den hiesigen Wahlbezirk bereist und in dieser Zeit schon sechs vortrefflich verlaufene Versammlungen abgehalten hatte), über seine Thätigkeit im Reichstag Bericht erstatten sollte. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht, sogar aus Annaberg und Buchholz waren Parteigenossen erschienen. — Nachdem C. Demmler zum Vorsitzenden ernannt worden, begann der Referent seinen Vortrag mit dem Bemerken, daß er gern früher seinen Rechenschaftsbericht erstattet hätte, daß ihm dies aber bei der Ausdehnung des Wahlbezirkes nicht möglich gewesen sei. Seit er aus Hubertusburg entlassen worden, also binnen 2 Jahren, habe er im 19. Bezirk zweiundzwanzig Versammlungen abgehalten, was gewiß beweise, daß er bemüht sei, mit seinen Wählern Fühlung zu halten und die Stimmung und Wünsche derselben zu befragen. Ein Abgeordneter sei dazu verpflichtet — diese Pflicht werde jetzt aber fast nur von den sozialdemokratischen Abgeordneten begriffen und erfüllt. Bei den anderen Parteien sei es Regel, daß der Abgeordnete, sobald er sein Mandat erlangt, sich nicht mehr um die Wähler kümmere; die Leiter, auf der man emporgestiegen, werde zurückgestoßen, und erst, wenn eine Neuwahl komme, erinnere man sich der Regel nach wieder an die Wähler. Redner sprach hierauf über seine Stellung zum Reiche und Reichstag, unterwarf das Budget des Reichs einer scharfen, durchaus sachlichen Kritik, kennzeichnete den Militarismus und ging dann auf seine eigene Thätigkeit über. Dem herrschenden System sei er im Reichstag entgegengetreten, und hierin glaube er nicht blos im Interesse seiner Wähler, sondern sämmtlicher Wähler des 19. Wahlbezirks, wie überhaupt der großen Majorität des deutschen Volkes gehandelt zu haben. Er erinnerte an die erste Rede, die er im Wahlbezirk (zu Schneeberg) nach seiner diesmaligen Erwählung gehalten und in der er erklärt: „Ich will in dem Reichstag und in dem Wahlbezirk so auftreten, daß die Mehrheit unserer Gegner im Wahlbezirk für uns gewonnen wird." Diesem Versprechen gemäß habe er gehandelt; der erbittertste Gegner könne ihm nicht nachsagen, daß er irgend etwas Unehrenhaftes oder Gemeinschädliches gethan; im Gegentheil, Jeder müsse ihm zugeben, daß er nach Kräften für das Gemeinwohl gewirkt. — Als Redner, der, wie man aus vorstehendem Abriß sieht, in der versöhnlichsten und ruhigsten Weise geredet hatte, nun weiter in die Tagesordnung eintrat, wurde in einer Ecke des Saales, wo die „Gebildeten" Posto gefaßt und gleich nach Beginn der Versammlung ihre Geschicklichkeit im Husten, Nießen und Fußscharren bekundet hatten, der Lärm so groß, daß Redner zur Ruhe ermahnen mußte. Da dies nichts fruchtete, setzte er das Pöbelhafte eines solchen Benehmens auseinander. Außer in Geyer, sei im ganzen Wahlbezirk noch nichts Aehnliches vorgekommen; und sonderbarer Weise, es seien nicht „ungebildete" Arbeiter, sondern sogenannte „Gebildete", die den Skandal machten; es sei das jene Klasse von Menschen, die den Titel „gebildete Flegel" verdienten und von dem großen Schriftsteller und Naturforscher Alexander v. Humboldt als „gebildeter Pöbel" bezeichnet worden seien. Die betreffenden „Herren" schändeten Geyer durch ihr pöbelhaftes Treiben, sie sollten sich an den „ungebildeten" Arbeitern und an den geschmähten Sozialdemokraten ein Muster nehmen, die sich bei jeder Gelegenheit anständig aufführten, das Recht des Gegners anerkennten und sich nie zu Rohheiten und Exzessen hinreißen ließen. Inzwischen war der Tumult immer stärker geworden; der Vorsitzende vertagte auf zehn Minuten die Versammlung, es war aber unmöglich, die Ruhe wieder herzustellen und der Referent mußte nach einem vergeblichen Versuch, sich Gehör zu verschaffen, auf die Fortsetzung seines Referats verzichten. Er forderte dann auf, die Namen der Hauptruhestörer zu nennen, man habe ihm gesagt, es seien Fabrikanten und Stadträthe bei dem Skandal betheiligt. Es wurde nun unter donnerndem, hundertstimmigem Pfui! der Name des Fabrikanten und Stadtverordneten (nicht Stadtrath) Grunert und der eines anderen Herren genannt, welch letzteren wir aber, weil er sich hernach relativ ruhig verhielt, vorläufig verschweigen wollen. Die Versammlung war mittlerweile geschlossen worden und der Tumult hatte etwas nachgelassen. Da stürzte plötzlich der obengenannte Fabrikant Grunert mit geballten Fäusten nach der Rednertribüne, und führte sich dort, unterstützt von einigen seiner „gebildeten" Collegen, derart auf, daß es unzweifelhaft zu Handgreiflichkeiten gekommen wäre, wenn die Sozialdemokraten, welche die ungeheure Mehrzahl der Versammlung bildeten, nicht eine an Langmuth grenzende Großmuth und Anständigkeit beobachtet hätten. Die Polizei verhielt sich während des ganzen Tumultes neutral. Lange noch, nachdem die Menge sich aus dem Schießhaus verzogen hatte, skandalirten die „gebildeten" Tumultuanten in verschiedenen Wirthschaften umher. — So viel steht fest: zehn der besuchtesten Versammlungen, in denen unsere besten Redner sich hatten aussprechen können, wären uns nicht so nützlich gewesen, wie die gestrige gestörte Versammlung. Das wahrhaft gebildete Benehmen der „rohen" Arbeiter, die in einer Majorität von mindestens zwanzig zu eins waren, auf der einen, und die Pöbelhaftigkeit der „gebildeten" Ruhestörer — die nur der fast übermenschlichen Langmuth der Arbeiter verdankten, daß sie ohne fühlbare Lektion davon kamen — andererseits, das war ein gar lehrreicher Contrast; von dieser moralischen Niederlage werden die Gegner sich nicht erholen.

Nachschrift. Es ist festgestellt, daß der Skandal ein von verschiedenen Seiten verabredeter war, und haben sogar ein gewisser Haferland und der Bleicher Sacher (Sacher ist ebenfalls auch Stadtverordneter und hat man in öffentlichen Sitzungen Gelegenheit, die ungeheure Ignoranz an ihm zu bewundern) im Voraus gesagt: „Heute müsse gestört werden!" Der Letztere hatte zu diesem Zwecke seine beiden Söhne mitgebracht, während von Seiten Grunert's einige schnapsvertilgende Individuen mit Bier und dergleichen gewonnen wurden. Daß diese Leute Reichsfreunde waren, brauchen wir nicht besonders zu betonen, wollen aber bemerken, daß es die Parteigenossen des Herrn Dr. Minkwitz sind, welche wir ihm von Herzen gönnen. Die Bewohner von Geyer rühmen sich immer ihrer Gemüthlichkeit, und ist diese allerdings auch beim größten Theil zu finden, bei jenen aber hört die Gemüthlichkeit freilich auf, und arbeiten dieselben mit Riesenkraft, Geyer in Verruf zu bringen.

(Anstatt den Mantel der Vergessenheit über das schmachvolle Benehmen der Geyer'schen „Liberalen" zu breiten, nimmt die liberale Presse, wie ihr das freilich von vornherein zuzutrauen war, wenigstens indirekt Partei für den „gebildeten Pöbel" und lügt über die skandalosen Vorgänge in unverschämter Weise. So lesen wir im „Leipziger Tageblatt" vom 29. d.:

„Leipzig, 28. September. Wir haben in neuerer Zeit mehrfach Mittheilungen veröffentlichen können, aus denen hervorging, daß die sozialdemokratischen Agitatoren in dem höheren Erzgebirge, namentlich aber im Annaberger Bezirk, auf bedeutende Schwierigkeiten bei ihren Wühlereien stießen. Die dortige Arbeiterbevölkerung scheint nach Allem, was sie bisher gethan, über den wirklichen Werth der sozialistischen Lehren sich im Klaren zu befinden und hat nicht geduldet, wenn von den Agitatoren in den von ihnen berufenen Versammlungen versucht wurde, in der bekannten Weise über die Arbeitgeber und Prinzipale mit Schimpfworten und Verleumdungen herzufallen. Aus diesem Grunde ist es gekommen, daß in den letzten Wochen häufig Volksversammlungen in der gedachten Gegend wegen unruhiger Unterbrechungen polizeilich aufgelöst werden mußten. Gegenwärtig hat nun Herr Liebknecht in seinem eigenen Wahlkreis eine gleiche unangenehme Erfahrung machen müssen. Wir finden in dem „Annaberger Wochenblatt" folgenden kurzen, aber charakteristischen Bericht über den Verlauf einer Wählerversammlung in Geyer:

Annaberg, 26. September. Gestern Abend 8 Uhr fand im Schießhaussaale zu Geyer eine stark besuchte Volksversammlung statt. Als Referent fungirte der Sozialdemokrat Liebknecht, als Vorsitzender der bekannte Demmler. Nach kurzem Vortrage entstand ein größerer Skandal, da der Herr Referent die Anwesenden mit dem ehrenwerthen Titel „Flegel" bezeichnet hatte. Alsbald erhoben sich die Fäuste gegen das Bureau, das Podium wurde umgeworfen und Referent und Vorsitzender verschwanden. Da bereits Steine durch's Fenster geworfen und mit Stuhlbeinen Versuche angestellt wurden, nahm die Versammlung abermals ein schmähliches Ende.

Eine uns über die Versammlung direkt zugehende Mittheilung besagt, daß der Skandal furchtbar gewesen sei. Das Publikum ist mit Stuhlbeinen auf Liebknecht und Demmler losgestürmt, so daß der Gensdarm sie hat schützen müssen. Als Beide in das Haus eines So-

gallen retirirten, hat die Menge auch dort eindringen wollen, doch wurde dies durch die Polizeiorgane verhindert."

Mit diesem Gemengsel von Lügen und Albernheiten vergleiche man obigen, durchaus auf Wahrheit beruhenden, höchstens gegen die „liberalen" Tumultuanten etwas zu schonenden Bericht. Ob die Herren „Liberalen" mit Steinen geworfen und „mit Stuhlbeinen (kulturkämpferische) Versuche gemacht", wissen wir nicht, es klingt aber bei dem Bildungsgrade der Betreffenden nicht unwahrscheinlich. Falsch ist, daß das Podium umgeworfen worden sei; und weder Dennler noch Liebknecht hatten Ursache zu „verschwinden". Falsch ist natürlich auch, daß sie des Schutzes an Polizei bedürft hätten. „Eher umgekehrt. Drei- bis vierhundert Sozialdemokraten sind doch wohl Manns genug, zehn bis fünfzehn liberale Krakehler" zur Raison zu bringen. Ein Glück vielleicht für Letztere, daß sie so schwach waren. Sonst hätten sie doch vielleicht, trotz der Humanität der Arbeiter, zur Schande auch noch den Schaden haben können. Indeß so ist's besser. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen." R. d. V.)

Ss. **Wien**, 21. Septbr. Es ist wohl nichts undankbarer, als Correspondent aus Oesterreich für ein sozialdemokratisches Blatt zu sein. Ein politisches Leben giebt es hier für die Arbeiterklasse nicht, selbst das spärliche, was die Gesetze gnädigst gewähren, wird durch die unerhörte Auslegung derselben zu nichte gemacht. Der österreichische sozialistische Arbeiter verbringt sein Leben im Kampfe mit der Polizei, der Staatsanwaltschaft und dem Hunger, und wahrlich, mit allen Kräften arbeitet dieses herrliche Trifolium, das die Sonne der „Freiheit wie in Oesterreich" schnell aufschießen ließ, daran, die Arbeiterpartei zu vernichten. Die Nothlage ist am wirksamsten unter den Dreien, und dieselbe hat klaffende Lücken in unsere Reihen gerissen. Die Zahl der Gesinnungsgenossen (die zwar für uns sind, aber es nicht bekennen) ist eher gestiegen als gesunken, aber gar mancher, der früher auch aktiv sich betheiligte ist jetzt in den Reihen der Zusehenden zu finden, aus Furcht, gemaßregelt zu werden oder durch bereits erfolgte Maßregelungen dazu gezwungen. Und keine Aussicht, daß die Krise bald endet. Bei dem elenden Stande der Statistik in Oesterreich, die sich fast nur mit Ein- und Ausfuhr und ähnlichen kapitalistischen Dingen beschäftigt, zu einer Lohnstatistik aber wohl zu wenig Zeit und vielleicht auch zu viel Vorsicht besitzt, kann man freilich nur aus allgemeinen Anzeichen schließen, aber deren giebt es genug. Eines der charakteristischesten kommt aus dem Lager des Gegners. Das „Neue Wiener Tagblatt" schreibt in seiner Unschuld bei Besprechung der Höhe der Petroleumpreise arglos folgenden Passus nieder: „Dieser Umstand (die Erhöhung der Preise) muß tief beklagt werden, da es sich bei einer Erhöhung der Lichtpreise gleichzeitig um eine Verringerung der Arbeitszeit handelt (welch' beklagenswerthes Ereigniß!). Der arme Mann, welcher oft nur bei fortgesetzter Arbeitsdauer bis in die späte Nacht sich seinen Lebensunterhalt erringen kann, wird bei hohen Lichtpreisen in seinem Erwerbe empfindlich geschädigt." Wenn nur das Petroleum recht in die Höhe ginge. Wie lange muß die nächtliche Arbeitszeit dauern und wie gering der Verdienst sein, wenn hohe Lichtpreise ihn empfindlich schädigen können. Daß es aber nicht die Arbeiter, sondern die „Arbeitgeber" sind, welche unter hohen Lichtpreisen leiden, ist klar, um so mehr, da unter den bis tief in die Nacht Arbeitenden weniger Gehilfen, überwiegend aber Lehrjungen sind. Bei manchem Möbelbildhauer kommen 13—14 Lehrjungen auf einen Gehilfen, und diese müssen bis 10 Uhr, zweimal in der Woche sogar bis 12 Uhr Nachts arbeiten, was unsere Behörden natürlich ruhig geschehen lassen. Sie haben Wichtigeres zu thun, als sich an Denen zu vergreifen, von denen sie bezahlt werden; sie wässen Ruhe verschaffen — den Besitzenden und die lästigen Sozialdemokraten vernichten. Wenn es nicht gelungen ist und nicht gelingen wird, die Behörden sind nicht daran Schuld. Daß das Detektiv-Unwesen immer mehr überhand nimmt, daß z. B., wenn ein Arbeiterverein einen Ausflug unternimmt, in den Wirthshäusern, in denen er einkehrt, Detektives als Kellner schon die Gäste erwarten, gehört zu den unschuldigen Neckereien. Was sich liebt, das neckt sich. Dagegen gehörte schon sehr viel — Unverfrorenheit dazu, den Genossen Werner auszuweisen, wenn man keine anderen als lächerliche Motive beibringen kann. Er war schon im Januar ausgewiesen worden wegen Theilnahme an einer „geheimen" Versammlung, welche so geheim war, daß man aus Furcht, sich zu blamiren, es nicht einmal wagte, die Untersuchung gegen die betreffenden Theilnehmer einzuleiten, obgleich Herr Polizeikommissär Frankel sie alle notirt hatte. Damals hatte man ihm das Ausweisungsdekret nicht zustellen können, weil Werner sich nach Neustadt begeben hatte, wo die Wiener Polizei nichts zu sagen hat. Das Ansuchen an die W.-Neustädter Behörden um Ausweisung Werner's wurde als grundlos abgelehnt! Nach dieser Blamage blieb der löblichen K. K. nichts übrig, als Werner abzufangen, sobald er wieder in ihren Bereich käme, da die Wiener Polizei um Gründe nicht verlegen ist. Als man ihn hatte, war man denn auch mit neuen Motiven der Ausweisung schnell bei der Hand: er wurde ausgewiesen wegen Theilnahme am österreichischen Arbeitertage, der behördlich gestattet war und dem ein Polizeicommissar beiwohnte, und weil er der Absicht (!) verdächtig war, eine geheime (?) Versammlung zu besuchen.

Die Partei trifft sein Verlust sehr empfindlich, derselbe ist aber natürlich nur ein Sporn, die Lücke wieder doppelt und dreifach zu ersetzen. Es ist nicht nöthig, dem scheidenden Genossen eine Apologie nachzusenden, das Ausweisungsdekret der Wiener Polizei ist ein Ehrendiplom, das genugsam spricht. Was er uns gewesen, bewies der massenhafte Besuch des solennen Abschiedsfestes, welches die Polizei umsonst zu stören trachtete.

Zum Unglück für die Polizei giebt es noch Sozialdemokraten, die man nicht ausweisen kann, weil sie Oesterreicher sind. Die treibt man mit moralischem Zwang in's Ausland, wie Andreas Scheu, manchmal aber bietet ein gütiges Geschick Gelegenheit, noch anders zu verfahren, wie gegenüber Reinthal, der für heimathslos erklärt wurde; d. h. aus Oesterreich darf er nicht ausgewiesen werden, wohl aber aus jeder österreichischen Gemeinde, da er in keiner zuständig ist. Nur die Verfolgungsmanie der Behörden erklärt derlei und ähnliche Entscheidungen, die man bei einem normal denkenden Menschen für unmöglich halten würde. Ist es nicht Wahnsinn, einen Artikel für staatsgefährlich zu erklären, weil in demselben erklärt wird, die Arbeiterpartei wolle sich nur gesetzlicher Mittel bedienen, Wahnsinn, eine Volksversammlung als staatsgefährlich zu verbieten, deren Tagesordnung ist: „Die Poliklinik und der Wiener Gemeinderath?"*) Daß die Verfolgungswuth der österreichischen Behörden noch die der Versailler Ordnungsbanditen überschreitet, dafür der Beweis, daß man die Untersuchung gegen Leo Frankel, die man ohne Ansuchen der französischen Regierung angestrengt hatte, fallen lassen mußte, weil letztere nicht die nöthigen Akten einsendete. Also Blamage über Blamage! Der Anblick der rothen Farbe macht nicht nur den Stier in der Arena, sondern auch unsere Behörden toll und blind.

*) Die Poliklinik ist ein Verein Wiener Aerzte, die in ihrer Anstalt umsonst ordiniren. Dagegen haben die Herren Collegen Protest erhoben, weil das Institut ihren „Erwerb" beeinträchtige, und im Gemeinderathe, der Vertretung der Besitzenden, wurde der Antrag eingebracht, der Poliklinik die bisher bewilligte Subvention von 500 Gulden, die kaum den Miethzins deckte, zu entziehen. Und ein Protest dagegen staatsgefährlich!

Chicago. (Todesfeier Ferdinand Lassalle's.) Die lange und umsichtig vorbereitete Lassalle-Feier in der Turnhalle „Vorwärts" am Sonnabend Abend, den 2. September, war ein großer, glänzender Erfolg. Die schöne, mit rothseidenen Fahnen etc. geschmückte Halle war gedrängt voll, und es war ein erfreulicher Anblick, zu sehen, wie zahlreich sich die Frauenwelt eingefunden hatte. Das Publikum saß gemüthlich an Tischen und konnte während des mehrere Stunden in Anspruch nehmenden Programmes auch Gaumen und Magen befriedigen. Dennoch herrschte während der Reden, der Declamationen und der Tableaux vollkommene Ruhe, was um so mehr zu bewundern war, als sich gewiß ein halbes Hundert, wenn nicht mehr, kleine Kinder in der Menge befand. Der musikalische Theil des Programmes wurde recht brav durch die „Great Exposition Band" ausgeführt und zeichnete sich dadurch aus, daß ein, extra für die Gelegenheit componirter, sehr gut geschriebener Trauermarsch zum Andenken Lassalle's von einem Chicagoer Musiker, Namens Hoffmann, zur Aufführung gebracht wurde.

Herrn Ende's ungefähr 3/4 Stunden dauernde Festrede wurde vielfach durch Beifall unterbrochen und zum Schluß mit lange anhaltendem Applaus belohnt. Der Redner charakterisirte die Bedeutsamkeit von Lassalle's Wirken, doch sprach er energisch gegen den, auch mit solchen Männern getriebenen, Personenkultus und den Autoritätsglauben überhaupt. Er wies darauf hin, daß die sozialistische Bewegung heute nicht mehr von der Bedeutsamkeit einzelner Personen abhänge, und daß deren zu großer Einfluß, gehe er von lebenden oder todten aus, nur zu Zersplitterungen und Parteispaltungen führen müsse. Der langjährige Streit der Lassalleaner und Marxianer in Deutschland habe dies zum Schaden der guten Sache selber bewiesen. Aehnlich sei es hier, wo sich die Bestrebungen der Arbeiter und wahren Fortschrittsfreunde durch die zu einflußreiche Stellung einzelner Parteiführer gegenseitig abschwächten. Wenn solches überwunden würde und die Arbeiter und alle ihre Strebensgenossen sich vereinigten, so wäre kaum daran zu zweifeln, daß binnen 10 Jahren die Herrschaft der corrupten politischen Parteien durch eine neue sozialistisch-politische Partei siegreich bekämpft würde. Redner kritisirte speziell den einseitig Marx'schen Standpunkt, welcher annimmt, daß die politische Frage durch die ökonomische geleitet würde, während zum mindesten beide Fragen gleichbedeutend auf einander wirken, besonders in einem Lande, wo wie hier das politische Bewußtsein schon zu großer Reife gediehen. Scharfe Streiflichter auf die gegenwärtigen politischen und sozialen Verhältnisse werfend und die Bedeutung der historischen Entwicklung der Republik kurz behandelnd, gipfelte Redner seine Darlegungen in einer Antwort auf das Hasselmann'sche Wort: Jesus Christus ist todt, es lebe Lassalle! welche lautete: Lassalle ist todt, es lebe die Sozialdemokratie!

Den Schluß des ersten Theiles bildete ein herrlich arrangirtes und ausgeführtes lebendes Bild, darstellend: Die trauernden Arbeiter am Grabe Lassalle's. Die scenische Decoration war eine getreue Copie des im illustrirten Blatt „Neuen Welt" befindlichen Bildes der Lassalle'schen Ruhestätte. Der Hersteller derselben war der vortreffliche Chicagoer Künstler, Herr Kindt, welcher auch in Milwaukee in gutem Andenken steht.

Im zweiten Theil thaten sich besonders hervor die Herren Gloy und L. Thorsmark. Der erstere, der bekannte vorzügliche Turnlehrer des Turnvereins „Vorwärts" deklamirte sehr schön das Gedicht „Vision", welches auch im „Socialist" abgedruckt war, und Herr Thorsmark sprach mit großem Beifall über das Elend der Arbeiter und die Bedeutung des Philadelphiaer Arbeitercongresses. Zum Schluß wurde als „ultima ratio" der Arbeiter ein prachtvolles lebendes Bild, Arbeiter auf einer Barrikade, dargestellt, das mit der zugleich gesungenen Marseillaise und mit brillanter bengalischer Beleuchtung großen Effekt machte. Die künstlerisch schöne Gruppirung dieses Bildes wie auch des erstgenannten war das Werk von Herrn Gloy, der ein vielseitig gebildeter Repräsentant der frischen und frohen Turnerei, und zugleich auch ein energischer, radikaler Vertreter der geistigen Turnerei ist.

Den Schluß des Festes bildete ein sich spät in die Nacht erstreckendes Tanzkränzchen.

(Nach dem in Milwaukee erscheinenden „Sozialist".)

Neusdorf, 27. September. Das Central-Wahlcomité für Lennep-Mettmann hat sich constituirt und besteht aus folgenden Personen: Ernst Wilke, 1. Vorsitzender, Churfürstenstraße, Gustav Grünrock, Schriftführer, Churfürstenstraße; Carl Mähler, Kassirer, Ziegelofen; Jakob Gutekunst, 2. Vorsitzender; Peter Raucamp, Beisitzender.

Sonntag, den 8. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn Friedrich Harm, Bachstraße 65, Elberfeld,

Central-Wahlcomité-Sitzung,

wozu sämmtliche Lokal-Wahlcomités obigen Kreises hierdurch eingeladen werden.

Das sozialdemokratische Arbeiter-Wahlcomité.

Zur Beachtung für sämmtliche Gewerkschaften und ähnliche Arbeiter-Genossenschaften Deutschlands.

Genossen allerorts! Es ist unbestreitbar, daß bis jetzt die Errichtung von allgemeinen Verkehrslokalen (verbunden mit Herberge und Arbeitsnachweisebüreau) innerhalb unserer Corporationen zu wenig in Betracht gezogen worden ist, oder wenigstens, wenn dieses genügend geschehen, man doch im allgemeinen zu wenig von der Theorie in die Praxis übergegangen ist. An dieser Stelle von der Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Errichtung solcher Lokalitäten zu sprechen, dürfte wohl ziemlich überflüssig sein; wir verweisen z. B. nur auf das feste Band, welches sich die katholischen Gesellen-Vereine durch die Errichtung derartiger Herbergen geschaffen haben (z. B. im Rheinland u. s. w.).

In Erkenntniß dieser Dinge sind nun auch die hiesigen Gewerkschaftsvorstände in zwei Versammlungen (am 30. August und 20. September) zusammengetreten und haben die Errichtung eines allgemeinen Verkehrslokales beschlossen. Da von der Gründung auf genossenschaftlichem Wege unter den heutigen Verhältnissen abgesehen werden mußte, so wurde beschlossen, das Verkehrslokal in dem uns von dem Restaurateur Herrn Zippel zu diesem Zwecke angebotenen Gasthof „Zur Stadt Görlitz" einzurichten. Die Eröffnung wird am 10. Oktober stattfinden. Wir fordern nun sämmtliche nach Berlin reisende Genossen auf, von diesem Tage an in unserem Verkehrslokal „Zur Stadt Görlitz", Waldemar-Straße 20, Logis zu nehmen. Die Speisen und Getränke werden zu einem von den Gewerkschaftsvorständen für angemessen befundenen Tarife verabreicht. Der Preis für das Nachtlager ist auf 30 Pfennige festgesetzt. (Es sind jedoch noch Betten zu 50 und 75 Pfg., sowie zu 1 Mark vorhanden.) Sämmtliche Gewerkschaftsorgane liegen aus, ebenso die Adressen der Gewerkschaftsvorstände. Anständiges Betragen wird von uns als selbstverständlich erwartet.

Schließlich richten wir nun noch an die Mitglieder sämmtlicher Gewerkschaften u. s. w. die Aufforderung, allenthalben sich zusammen zu thun und mit der Errichtung ähnlicher Lokale vorzugehen, weil dadurch wesentlich zur Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung beigetragen wird.

Berlin, den 25. September 1876.

Die Commission für Errichtung eines allgemeinen Verkehrslokals.

Bong. Döring. Heiland. Könen. Lemke.
Pfeiffer. Sommer.

NB. Alle Gewerkschafts- und Arbeiterorgane werden um schleunigen Abdruck gebeten.

Die Parteigenossen des 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreises werden hierdurch ersucht, zu der am

15. Oktober in Leisnig

stattfindenden Conferenz mit der Tagesordnung: 1) die Organisation der Agitation; 2) die Lokal-Wahlagitations-Comités, zählreich zu erscheinen.

Je besser organisirt, desto leichter der Kampf; deshalb sorge man durch zahlreiches Erscheinen, daß diese Conferenz ihre hohe organisatorische Aufgabe zu erfüllen vermag.

Das Agitations-Comité:
Petzold.

Das Lokal der Conferenz wird später bekannt gegeben.

Briefkasten.

der Redaktion: F. Gl. Breslau: Den „Beehive" brauchen Sie nur auf der Post zu bestellen. Freundl. Gruß.

der Expedition: F. Glß. Treuen: Für Oktober müssen bei den sächsischen Postämtern Monatsabonnements angenommen werden. Wir haben Ihre Reklamation dem hiesigen Postamte übermittelt.

Den Mitgliedern des Verbandes der Tapezierer und Fachgenossen, sowie allen Collegen zur Nachricht, daß das Arbeits-Nachweis-Bureau für Tapezierer-Gehilfen sich Große Rosenstr. 37, bei Herrn Hübner befindet.

Hamburg, den 26. Septbr.

Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins.

Quittung. B. K. Annoc Smederewo Ab. 3,30. Hckr hier 0,80. Wlf hier Ab. 1,60. Th. Stzl Teplitz Ab. 1,65. Red. „Vorwärts" London Ab. 16,50. Arbeiterverein Volkmarsd. Ann. 0,50. F. Wf Christophsgrund Ab. 8,25. Arbeiterverein Dornbirn Ab. 10,00. St. P. d. Weißkirchen Ab. 6,99. Arbeiterverein Hüttenberg Ab. 5,06. J. Mrf London Ab. 40,80. Hlbrnd Orawitza Ab. 4,22. Tischlerfortbild.-Verein Wien Ab. 6,75. L. Grmr Halle Ab. 50,00. J. Sctjn Wien Ab. 13,48. Wßmr Anina Ab. 11,12. F. Entz San Francisco Ab. 76,82. Grngg Gr.-Glogau Schr. 2,20. Exped. d. „Wahrheit" Breslau Schr. 9,60. Sttsm Forchheim Schr. 10,00. Deutscher Verein Yverdon Ab 4,03. C. Mr. Bern Ab. 4,03. G. Brnnmr Göppingen Ab. u. Schr. 11,34. Rnsl Schw.-Hall Schr. 3,80. Kfmnn Söhne Bludenz Ab. 10,00. Kbzsch Dresden Ab. 31,50. Hrlng hier Ab. 1,80. Mlr hier Ab. 1,50. Zchrt Pasewalk Ab. 1,50. Bmnn Schneeberg Schr. 1,60. Elbrl Merzdorf Schr. 12,65. Stlwsk Görbersdorf Schr. 2,25. Zhl Chaux de Fond Ab. 3,00. Lhmnn Pforzheim Schr. 12,50. Hlb Leihgestern Schr. 3,75. Ebhrdt Komorowo Schr. 0,90. Hrm Elberfeld Ab. 6,40. Hrbg Würzburg Ab. 29,40. Brbm Gotha Ab. 10,00. Schmdt hier Ab. 1,60. Wlck hier Ab. 4,80. Ztschlr hier Ab. 1,80. E. Grd Stötteritz Schr. 3,80. Ptzl hier Ab. 3,60. Mtzld hier Ab. 1,80. Millarbeitergew. hier Ann. 3,00. Schr. Rumburg Ab. 3,30. Jf. Bba Wien Ab. 3,37. W. Kls Magdeburg Ab. 38,90. Kstrs Baden-Baden Schr. 3,80. S. Brth Mainz Ab. 14,00 u. 47,85. Arns Wiesbaden Schr. 4,60. J. Hpt Wien Ab. 4,95. Jngng hier Ab. 3,60. H. Krn hier Ab. 1,80. Gewerksch. d. Holzarbeiter hier Ann. 1,70. Schwrzbd hier Ab. 4,80. F. Rmz Wien Ab. 10,00. A. Dtlr Jaffy Ab. 4,00.

Wahlfonds.

B. der Starke'schen Schneiderwerkstatt hier 10,00.

Arbeiter-Liedertafel.

Cöln. Sonntag, den 8. Oktober, im „Alten Kuhberg" an der Schnurgasse:

(F 60) **Erstes Stiftungsfest,** [300

bestehend in **Concert, theatralischen Aufführungen und großen Festball**, wozu wir alle Gesinnungsgenossen und Freunde unseres Vereins hiermit ergebenst einladen. Karten à 75 Pf. — Damen frei — sind bei den Mitgliedern, sowie beim Vereinswirth, Herrn Basten Buttermarkt 32, zu haben. — Anfang Abends 1/2 8 Uhr. **Der Vorstand.**

Leipzig. Donnerstag, den 5. Oktober, Abends 1/2 9 Uhr, bei Pfeifer, Windmühlenstr. 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Gewerkschaften. Fragekastendebatte. Der Agent. [60

Arbeiterbildungsverein.

Leipzig. Mittwoch, d. 4. Oktober: **Diskussion. — Sonnabend: Vortrag von C.** [30

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Leipzig. Sonnabend, d. 7. Okt., Abends 1/2 9 Uhr, bei Pfeiffer:

Mitgliederversammlung.

T.-O.: 1) Vortrag von Taute. 2) Aufnahme von Mitgliedern.
Der Vorsitzende. [50

An unsere geehrten Abonnenten.

Leipzig. Um die prompte Zustellung des Blattes möglich zu machen, ersuchen wir zur Ergänzung und Richtigstellung des Abonnentenverzeichnisses unsere Leser uns — soweit dies nicht schon geschehen — ihre Adressen freundlichst zukommen zu lassen.

☛ Dieselbe Bitte richten wir auch an die Abonnenten der **„Neuen Welt".**

Die Expedition des „Vorwärts".

Das Congreß-Protokoll

wird stärker, wie zuerst berechnet war, und muß daher der Preis etwas geändert werden. Dasselbe kommt also im Einzelpreise 30 Pf., bei Bezug von 10 Exempl. und mehr à 25 Pf. — Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, macht auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Exempl. 20 Pf., auf 9—16 Exempl. 30 Pf. Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.

Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei in Hamburg, Pferdemarkt 37 III. (46)

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.
Preis per Exemplar 0,75 Mark.
Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Dienstag, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bardiz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 3. Freitag, 6. Oktober. 1876.

Praktische Vorschläge.

Es gilt bei den Gegnern des Sozialismus ganz allgemein für eine ausgemachte Sache, daß derselbe den bestehenden, himmelschreiend mangelhaften Zuständen nicht mit praktischen Vorschlägen zur Besserung gegenüberzutreten vermöge. Faßt man nun die durch die famosen Schilderungen der sozialistenfresserischen Tagesliteratur in Bann gehaltene große Masse unserer Gegner in's Auge, so ist eine solche Anschauung auch sehr erklärlich und verräth zwar Beschränktheit, aber keineswegs Böswilligkeit

Unsere Feinde, und vor den übrigen die liberalen Parlamentshelden und ihre Preßorgane, sind schlau genug, beständig auf das Endziel unserer Bestrebungen, die von den ausgetretenen Wegen der politischen und sozialen Gegenwart fernab liegende allgemeine Gleichheit der Geistesbildung, der politischen Rechte und der wirthschaftlichen Lebensbedingungen, hinzuweisen; gerade als ob wir morgen oder übermorgen jeden Kopf, der über die Menge emporragt, abäbeln, jeden Geldbeutel, der sich durch Wohlbeleibtheit auszeichnet, zum Opfer unserer unüberwindlichen Theilungsgelüste machen, jeden kenntniß- und geistreichen Menschen zum Holzhacker oder Straßenfeger degradiren wollten.

Was Wunder, daß sich der an die ungeheuren Verschiedenheiten der bestehenden Verhältnisse gewöhnte Durchschnittsmensch von einer derartig geschilderten Zukunftspartei kopfschüttelnd oder überlegen lächelnd abwendet; was Wunder, daß er sich den Schlauköpfen zuwendet, die ihn mit dem Liede vom langsamen Fortschritte, von dem Fortschritte, der so langsam ist, daß man ihn gar nicht merkt, immer wieder in den behaglichen politischen Schlummer singen!

Die liberalen Führer aber reiben sich vergnügt die Hände, wenn sie sehen, daß die Massen vor der Größe des Gedankens von der allgemeinen Gleichheit scheu werden und seine Karrikaturen für baare Münze nehmen. Die Führer selbst sind zwar nur in den seltensten Fällen unwissend genug, um zu glauben, wir wollten mit ein paar Federstrichen die Ungleichheit aus der Welt hinausdekretiren oder mit etlichen Salven von den Barrikaden das Unrecht aus allen Winkeln des „Rechtsstaates" hinausfegen. Sie glauben auch nicht, daß mit dem Ideal der Gleichheit für Alle und in jeder politischen und sozialen Beziehung unser Latein zu Ende wäre; aber sie sind der Ueberzeugung, daß die praktischen Vorschläge, die wir auf dem Herzen haben könnten, das Tageslicht, oder vielmehr das Dämmerdunkel der gegebenen monarchisch-militaristischen Zustände, nicht vertragen.

Wenden die Sozialdemokraten, so kalkuliren sie nämlich, ihren Gedanken vollkommener politischer Gleichheit auf die Monarchie an, in der wir als Unterthanen von Gottes Gnaden zu leben das — mitunter — etwas zweifelhafte Vergnügen haben, so müssen sie zunächst die Abschaffung des Königthums verlangen und rennen dabei dem auf Hochverräther besonders erpichten Staatsanwalt in die offenen Arme. Wollen die Sozialisten, so lautet die schlaue Spekulation gegenüber unseren ökonomischen Grundsätzen, ihre Forderung eines Ausgleichs der Erwerbs- und Besitzverhältnisse greifbar formuliren, so bringt die in irgend einer Form sich als nothwendig herausstellende Expropriirung der Besitzenden Alle, die nicht geborene und hoffnungslose Habenichtse sind, gewaltig in Harnisch.

Also fordern wir nur immer wieder praktische Vorschläge vom Sozialismus: das, was er vorbringen könnte, mag sich zehnmal in Frankreich, in der Schweiz oder in Amerika als durchführbar bewiesen haben oder beweisen lassen können, im kaiser-, König- und fürstengesegneten Deutschland sorgt das Gesetz dafür, daß die sozialistischen Forderungen aus dem Nebelheim der schönen Gedanken und frommen Wünsche nicht in störender Deutlichkeit in die liberale Wirklichkeit hineindringen.

Unsere guten Feinde hätten mit ihrer Ueberschlauheit ganz recht — wenn wir — wie sie — im letzten Jahrhundert nichts gelernt, aber viel vergessen hätten. Hätten wir vergessen, was unsere großen revolutionären Vorfahren zu ihrem und der Welt Schaden erst durch blutige Revolution und deren Folgen lernen sollten, daß geschichtliche Thatsachen, wie die Monarchie, nicht so mir nichts dir nichts zu erschießen oder zu enthaupten sind; hätten wir vergessen, daß ein in politischer Unmündigkeit und ökonomischem Elend aufgewachsenes Volk nicht im Kugelhagel bei einem Bastillen- oder Zeughaussturm reif wird, sich selbst zu regieren, und fähig, aus den Ruinen einer zertretenen Monarchie und auf der dem Boden gleichgemachten kapitalistischen Produktionsweise ein neues besseres Leben hervorzuzaubern — fürwahr, wir müßten so lange mit unseren „praktischen" Vorschlägen ängstlich hinter dem Berge halten, als wir den Fuß nicht auf der Barrikade und die Flinte nicht an der Wange hätten.

Aber wir haben gelernt, daß die totale Unklarheit des Volks über die Staats- und Gesellschaftsverhältnisse, über alles, was jenseits des Horizonts der Arbeitswerkstätte und Familienstube liegt, das schlimmste Hinderniß für eine Bessergestaltung der Volkslage ist; wir haben gelernt, daß der einzige gefährliche Feind des Volkes, neben dem die grimmigsten Blut- und Eisenmänner zu unschuldigen Lämmern zusammenschrumpfen, seine Unfähigkeit ist, ohne Leithämmel und über ihm stehende Dirigenten die Staatsmaschine in Gang und den Gesellschaftsorganismus in Funktion zu erhalten.

Wir streben darum nach zwei sehr gesetzmäßigen Zielen und können unseren so wohlmeinenden Feinden mit zwei sehr praktischen Vorschlägen aufwarten; und das sind Ziele und Vorschläge, welche die verteufelte Eigenschaft haben, Jeden, der nicht zu dem kohlrabenschwärzesten, aller Vernunft hohnsprechenden Pfaffenthume oder den mit diesem verbrüderten Reaktionären gehört, zu zwingen, daß er ihre Berechtigung anerkennt und wenigstens vorgiebt, gleichfalls für sie zu wirken.

Diese Ziele sind: Verbreitung politischer Bildung über das ganze Volk und Heranziehung des ganzen Volkes zum politischen Leben. Und die Vorschläge sind: gründliche Verbesserung der Volksschule im Geiste der modernen Wissenschaft und in eingehendster Berücksichtigung der gesetzlichen Einrichtungen und allgemein zugängliche und verständliche Aufklärung über die Staatsverwaltung in allen ihren Einzelheiten.

Das sind löbliche Ziele und praktische Vorschläge, Ihr Liberalen aller Sorten — von den „gemäßigten" Fortschrittlern bis zu den unmäßigen Bismarckanbetern — nicht wahr?!

Und nun rüttelt das Volk auf — euer Volk der liberalen Jasager und Kopfnicker — aus seiner politischen Bärenhäuterei und schreit ihm in die Ohren, daß wenigstens „etwas" faul steht im Staate der — Kasernen-„Intelligenz" und daß dieses Etwas gerade die Volkserziehung ist! Helft uns, das Volk zu dem millionenstimmigen Rufe nach Bildung, mehr und immer mehr Bildung, aber politischer, „praktischer" Bildung, anzustacheln; helft uns die Regierungen zwingen — und wenn Ihr helft, so geht es heut schon Hinderleicht, später machen wir's auch ohne Eure Hilfe — helft uns die Regierungen zwingen, daß sie die Phrase von der Intelligenz im Intelligenzstaate zur Wahrheit mache und dem Schulmeister Brot und dem Volke — endlich Wissen gebe! —

Wenn von 40 Millionen Deutschen 30 Millionen sich in diesem Rufe vereinigen, wahrlich! dann ist der Spieß endlich einmal umgekehrt, dann macht die „ungeheure Wurstigkeit" hoch oben und das Spießbürgerphlegma in der Mitte dem Eifer Platz, dem Volkswillen treugehorsamst zu dienen — — das Volk lernt — rettet sich — regiert — — ohne langes Blutvergießen und trotz Kapital- und Militärwirthschaft! G.

Die Arbeiter und die Zollfrage.

Mit besonderem Bezug auf Ungarn.

(Fortsetzung.)

Die Oeconomisten von Ad. Smith bis auf unsere Tage haben fast durchgehends auch der unproduktiven Consumtion das Wort geredet. Sie suchten zu erklären, wie selbst der L... und die Verschwendung der Reichen schließlich doch nur der arbeitenden Bevölkerung von Nutzen sei, wenn es auch nicht immer in der Absicht derjenigen gelegen habe, die solcherweise ihr Vermögen anwendeten, weil eben die „ewigen Naturgesetze", „unsichtbare Hand" „Vorsehung" und wer weiß was noch alles die Interessen der Einzelnen so leite, daß dieselben mit dem allgemeinen Interesse in Harmonie treten. Daß es solchermaßen gleich sein muß, ob das Land Rothwild anstatt Schafe, Schafe anstatt Menschen nährt und die Wolle dieser Schafe, anstatt die einheimische Bevölkerung zu bekleiden, in's Ausland geschickt wird, um dort gegen Seiden- und Modewaaren, Spitzen und Nippsachen aller Art ausgetauscht zu werden. Das sind Anschauungen, die Cliffe Leslie treffend illustrirt, indem er sagt: „To take the children's food and give it unto dogs is, by this reasoning, to give it back to the children" ist selbstverständlich. („Fortnightly Review" Juli 1870.) Den Kindern die Nahrung nehmen und sie unter die Hunde werfen, würde, nach dieser Anschauungsweise, sie den Kindern zurückgeben heißen.

Selbst Stuart Mill, der gefeiertste der neuern Oeconomisten, sagt in seinen Principles of Political economy: „Es wäre ein großer Irrthum, die große Menge der jährlichen Erzeugnisse zu bedauern, welche in einem wohlhabenden Lande für unproduktive Consumtion verausgabt wird .... Daß ein so großer Ueberschuß zu solchen Zwecken vorhanden ist und verwendet werden kann, darf im Gegentheil zu Glückwünschen Veranlassung geben. Was zu bedauern ist, ist die große Ungleichheit, mit welcher dieser Ueberfluß vertheilt ist." Qu'il est charmant ce monsieur!

Was also zu bedauern, ist nur, daß der Eine meilenweite Strecken Jagdrevier, Lustschlösser, Reitpferde, Logen und alle möglichen Kostbarkeiten besitzt, während der Andere hie und da vielleicht das „Paradies" irgend eines Theaters besuchen könne.

Welches Land soll aber überhaupt zu den reichen gezählt werden? Ist's England? Ist's Frankreich? oder welches Land? Ich weiß nur, daß die Statistik in den beiden genannten Ländern die Zahl der Armen nicht nach Tausenden, Zehntausenden oder Hunderttausenden zählt, nicht mit vier, fünf oder sechs, sondern mit sieben Zahlen verzeichnet, und daß man in England nicht selten „Neuigkeiten" unter dem Titel „death from starvation" (Hungertod) lesen kann. Selbst Belgien, dieses von den Oekonomisten so sehr gepriesene Land, hat ungefähr 900,000 Personen, d. i. nahezu ein Fünftel seiner Bevölkerung, in die Armenliste eingetragen.

Wenn der „Economist" hier gegen die Grundbesitzer Front macht, ist es nur politische Taktik, in welcher er der liberalen Partei folgt, und nicht ökonomische Rücksichten, welche ihn dazu veranlassen, denn in vielen Fällen ist ein „deer forest" für den Eigenthümer auch eine „Produktionsquelle", aus welcher er Reichthum schöpft, da für Jagdliebhaber die Pachtsumme nur von der Weite seiner eignen Börse beschränkt wird und übrigens auch die Nachfrage nach solchen Wildwaldungen in England und Frankreich groß genug ist, um den Besitzern derselben hohe Profite zu sichern. Die Taktik der liberalen Partei besteht im Gegensatz zu der der conversativen, welche die industriellen Arbeiter in Schutz nimmt, darin, daß sie über die Agriculturbevölkerung ihre Fittige breitet. Es erklärt sich dies daraus, daß letztere Partei größtentheils aus Grundbesitzern und erste aus Fabrikanten und Financiers besteht. So hatte Gladstone 1870 ein Gesetz, das der „Irish Landbill" durchgesetzt, wodurch die Landlords so manchen Schlag, und die kleinen Pächter so manche Erleichterung erhielten, und die Regierung Disraelis unter andern Gesetzen, die den Fabrikanten unangenehm sind, 1874 ein Fabrikgesetz eingebracht, wodurch in den Textilfabriken die wöchentliche Arbeitszeit auf 56 Stunden festgesetzt wurde, ein Gesetz, dessen Bedeutung man erst dann erkennt, wenn man weiß, daß in ihnen 1870 schon 957,386 Personen, also fast eine Million beschäftigt waren, daß also die Textilindustrie einen der Hauptpfeiler der englischen Industrie bildet, und noch im steten Wachsen begriffen ist.

Die Baumwollfabriken allein, welche (1850) 331,000 Personen beschäftigten, die 580 Millionen Pfund Baumwolle verarbeiteten, verwandten 1871 bereits 450,000 Personen und 1137 Millionen Pfd. Baumwolle. Der Verbrauch der Baumwolle stieg also um 96 Proz., während die Arbeiterzahl nur um 37 Proz. stieg. Es ist dies ein Zeichen, daß, wenn auch einzelne Verbesserungen an der Maschinerie vorgenommen wurden, dieser Unterschied von fast 50 Proz. der größern Anstrengung der Arbeiter zuzuschreiben ist, was nicht nur daraus ersichtlich, daß auf einen Arbeiter in der Spinnerei heute eine größere Zahl von Spindeln kommt, als damals — von 1833—1873 ist die Zahl von 112 und 152 auf 439 und 562 Spindeln (die kleinere Zahl für feine, die größere für gröbere Gespinnste) gestiegen — in der Weberei, der Arbeiter 4 Webstühle, während er 1848 und 1849 nur deren zwei zu besorgen hatte, sondern daß auch die Geschwindigkeit der Umlaufsbewegung bedeutend, und zwar bei Webstühlen um 80—90 Proz. gestiegen ist. Der Werth der exportirten Baumwollwaaren, der 1849—1853 nur 114½ Millionen Pfd. St. betrug, belief sich 1866—1870 auf 218 Millionen Pfd. St. Es mußte daher billig erscheinen, daß man auf die Arbeiter in gewisser Beziehung Rücksicht nehme, und doch machte dieser factory bill Niemand größere Opposition als der liberale Professor der politischen Oeconomie, Herr Fawcett, der das „Prinzip" der Nichtintervention des Staates zwischen Arbeitsgeber und Arbeitsnehmer vertheidigte. Ich erinnere mich bei dieser Gelegenheit — ich hatte dieser Verhandlung beigewohnt — wie ihm ein andres Mitglied unter Lachen des Hauses zurief, daß wenn er nur einen Monat in einer Baumwollfabrik arbeiten möchte, er gewiß als ein eifriger Vertheidiger der Arbeitszeitverkürzung zurückkehren würde.

Wenn es sich um Arbeiterinteressen handelt, wollen die Herren Oeconomisten nichts von der starken Hand der Gesetzgebung, von Staatsintervention wissen; da begnügen sie sich mit einem Dutzend Schlagwörter, wie: Freiheit der Verträge, Freiheit des Handels, Concurrenz, Risiko, Entbehrungslohn ꝛc., die sie für Prinzipien und Naturgesetze ausgeben und kunterbunt, unbekümmert um Zeit, Land, Leute und Verhältnisse, auf Alles anwenden. Es ist dies eine sehr bequeme Art, die volkswirthschaftliche Frage zu lösen, ohne die Thätigkeit des Gehirns zu sehr in Anspruch zu nehmen, da durch sie geistanstrengende Analysen überflüssig werden. Und diese Oeconomisten bilden die große Mehrzahl unserer Volkswirthe, und diese Schlagwörtermänner sind es, die zumeist das große Wort in den Tagesblättern führen. Wehe dem, der es wagt, an einem dieser Dutzend Glaubensartikel zu rütteln. Sie sprechen allsogleich im Bewußtsein der Unfehlbarkeit ihrer Lehren ihr „anathema sit" aus, oder sie verschwören sich, was noch schlimmer ist, Andersdenkende todtzuschweigen — la conspiration du silence —, wie sie dies beispielsweise mit dem bedeutendsten Kritiker und tiefsten Denker auf dem politisch-ökonomischen Gebiete, dem Verfasser des „Kapital" Dr. Karl Marx lange genug versucht hatten. Dabei wissen sich aber diese Oeconomisten, die uns, wie Cliffe Leslie, der selbst Professor der Nationalöconomie ist, recht treffend sagt, anstatt einer Wissenschaft des Reichthums eine Wissenschaft für den Reichthum geben („Instead of a science of wealth, they give us a science for wealth"*) dennoch, wenn es sich um die Interessen der besitzenden Klasse handelt, mit ihrem Gewissen abzufinden — il y a des accommodements avec le ciel.

Bald soll die Regierung den Kapitalisten Konzessionen zu Eisenbahn- und Kanalbauten mit Garantie von 5 Proz. Kapitalverzinsung geben, was gegen das Prinzip des Risikos verstößt; bald soll sie Kapitalisten bei Neubauten eine 25jährige Steuer für dieselben erlassen, was ihrem Prinzip der Geschäftsprämie widerspricht, bald Fabrikanten bei Handelskrisen Vorschüsse ertheilen, bald Creditbanken für Industrielle und kleine Grundbesitzer ins Leben rufen, aus Staatsmitteln dem Fonds derselben beisteuern und sie mit Privilegien ausstatten, was gegen ihr Prinzip der Nichtintervention ist. Hier soll die Einwanderung der Arbeiter von der Regierung unterstützt werden, angeblich wegen Mangel an Arbeitern, im Grunde aber, weil man die Arbeitslöhne herabdrücken will; dort soll sie wieder die Auswanderung verbieten, weil es sonst an Arbeitskräften fehlen würde, während man nur ein Steigen der Löhne fürchtet, was doch einem „Eingreifen in den Gang des heiligen Naturgesetzes von Nachfrage und Angebot" ziemlich ähnlich sieht. Bald wollen sie, daß die „starke Hand" der Regierung dem „natürlichen" Gange dieses Gesetzes keinen Einhalt thue; bald wollen sie, daß diese „starke Hand" diesem Naturgesetze Polizeidienste leisten solle, damit es freien Spielraum habe, frei in der Weise natürlich, daß es sich wie jedes volkswirthschaftliche Gesetz nach ihren erfundenen Theorien bewegen solle, Theorien, im Interesse der besitzenden Klassen erdacht, Theorien, welche einfach alles leugnen oder als „künstlich" darstellen, was mit denselben im Widerspruch steht.

Was hatten die „Cotton lords", wie man die großen Baumwollfabrikanten in England nennt, für ein Zetergeschrei erhoben, als man Anstalten traf, den während der durch den amerikanischen Krieg hervorgerufenen Baumwollkrise 1861, 1862 und 1863 den mehr als 400,000 brodlosen Arbeitern die Auswanderung zu ermöglichen. Man zog es vor, dieselben durch öffentliche

*) „Landsystems and Industrial economy."

Subscriptionen und Gemeindeunterstützung auf Kosten Anderer kümmerlich zu nähren, um sie bei Wiederbeginn der Arbeit für einen Minimallohn wieder bei der Hand zu haben.

(Schluß folgt.)

Die Urkraft des Weltalls.

III.

Es war bekanntlich Newton, der große Engländer, welcher um 1680 erkannte, daß es dieselbe Ursache sei, welche einen Apfel vom Baume zur Erde fallen läßt, und welche die Erde um die Sonne, und die Monde um ihre Erbe zu laufen zwingt, welche das Pendel in Bewegung hält und in der Nähe großer Bergmassen ungleichmäßig schwingen läßt u. s. w. Er nannte diese Ursache Gravitation oder Schwerkraft. Auch wies er bereits nach, daß diese Kraft zu- oder abnehme im geraden Verhältniß der Masse und im umgekehrten des Quadrats der Entfernung. Mit anderen Worten: jede zwei bewegliche Körper ziehen einander an, der massenhaftere aber den geringeren um so viel mehr, als er mehrmal so viel Masse hat, so daß z. B. zwei auf ruhigem Wasser schwimmende Körper zuletzt zusammenstoßen, wobei aber der kleinere einen um so viel mal weiteren Weg gemacht hat, als er kleiner ist, der größere einen um eben so viel mal kürzeren; auch ziehen sich die beiden auf doppelte Entfernung viermal, und auf dreifache neunmal weniger an, auf vierfache aber sechzehnmal weniger als auf einfache u. s. f. Es ist offenbar dasselbe Gesetz, welches wir Cohäsion nennen, wenn die einzelnen Theile eines Körpers, z. B. eines Steines, fest zusammenhängen, und Adhäsion, wenn Tropfen Wassers am Rande eines Glases, oder zwei ganz glatte und ebene Platten an einander festhangen, und Haarröhrchen-Anziehung, wenn in engen Röhren eine Flüssigkeit emporsteigt, so daß z. B. ein Strick, der mit seinem untern Ende im Wasser hängt, bis zum obern Ende naß wird. Da aber in allen genannten Fällen zwischen den Körpern nichts Anziehendes nachweisbar ist, so läge hier ein Wunder vor, welches die Naturforschung durchaus erklären, aus andern Naturgesetzen entstehend aufweisen muß.

Es lag nun nahe anzunehmen, daß anstatt eines Ziehenden zwischen den Körpern ein von außen her sie Zusammendrückendes die Ursache oder Spannkraft sei, welche die Bewegung zustandebringe. Es bedurfte alsdann nur der Annahme eines allverbreiteten elastischen Stoffes, um diesen Druck von außen her zu erklären. Einen solchen hatte schon längst die Sternkunde annehmen zu müssen geglaubt, um die Verzögerung der Kometen in ihrem Laufe, welche bei einigen festzustehen schien, erklärlich zu machen, sowie auch die Fortpflanzung des Lichtes von den Sonnen nach den Erden und von jeder Lichtquelle aus nach allen Seiten hin; denn ohne ein solches Zwischenmittel wäre die Leuchtkraft des Lichtes in ihrer Fortpflanzung ebenfalls ein Wunder. Auch die Optik oder Licht- und Sehkunde, eine mathematisch ebenso vollkommene Wissenschaft, hatte ohne einen Lichtäther, welcher die durchsichtigen Körper, selbst die dichtesten durchdringe, eine Anzahl Thatsachen nicht erklären können, wie z. B. die doppelte Lichtbrechung und die Ablenkung der Lichtstrahlen in gewissen Körpern. Endlich war es sogar gelungen, die ungeheure Anzahl der Wellenbewegungen, welche Licht und Wärme binnen einer Sekunde machen, zu berechnen und durch dreierlei von einander ganz verschiedene Versuchsarten (Experimente) festzustellen; da aber Licht und Wärme nicht selbst Stoffe sein können — wogegen eine Menge Beweisgründe sprechen, so muß es überall einen ungeheuer zarten und elastischen Stoff geben, welcher die Schwingungen so äußerst rasch macht, ohne welche Licht und Wärme nicht fortgepflanzt werden können.

Alle diese naheliegenden Folgerungen wurden aber nicht verbunden; dieser feine elastische Stoff, welchen man Weltäther nannte, und von dem Thomson durch Rechnung ermittelte, daß ein Stück so groß wie unsere Erde bloß 250 Pfund wiegen könne, wurde in allen Lehrbüchern der erwähnten Wissenschaften als vorhanden angenommen, ohne daß man daraus weitere Ergebnisse abzuleiten suchte. Dies zuerst gethan zu haben, ist das Verdienst Spiller's, welcher zugleich in diesem Weltäther die Urquelle aller Kräfte suchte und eine große Menge Thatsachen, welche bis dahin unbegreiflich waren, dadurch begreiflich zu machen wußte. Ob ihm dies in allen Fällen gelungen ist, das kann vorläufig dahingestellt bleiben; schon der bloße Versuch ist verdienstlich, und die Sicherheit, mit welcher er dabei zu Werke geht, ist in ihrer Art eindrucksvoll. Wir haben es eben mit einem Manne zu thun, der lebenslang Naturforscher gewesen ist und davon in seinen Lehrbüchern der Physik Beweise abgelegt hat, und der, obwohl voll jugendlicher Begeisterung trotz seines hohen Alters, durch seine Freiheits- und Wahrheitsliebe auf jeder Seite uns Vertrauen einflößt.

Demnach wäre der Weltäther ein ungeheuer zarter Stoff, welcher eine ungeheuer gesteigerte Elastizität hat, den unendlichen Weltraum ewig erfüllt und auf alle in ihm schwebenden Körper einen allseitig gleichen Druck ausübt. Und dieser Druck wäre die Ursache aller übrigen Kräfte und Bewegungen. Um aber drücken zu können, muß mit ihm zugleich etwas da sein, das gedrückt werden kann, und dieses muß einerseits in der Zeit unendlich (ewig), andrerseits im Raume endlich oder beschränkt und fähig sein, Körper zu bilden. Das Alles ist logisch ganz unanfechtbar. Nun gibt es aber Dinge, auf welche dieses Erforderniß paßt, die Stoff-Atome.

Die Atome (untheilbare Urbestandtheile aller Stoffe und Körper) sind ebenfalls etwas bloß Gedachtes, für die Erfahrung Unbeweisbares. Sie sind ebenso wie der Weltäther bloß vorausgesetzt worden, weil anders die wichtigsten Naturerscheinungen nicht erklärt werden konnten, ohne Wunder und Unsinn. Die Scheidekunst (Chemie) hat nicht eher ihr großartiges Gebäude aufrichten können, als bis sie solche untheilbare Urbestandtheile als Grundlage annahm, von denen jeder in seiner Art unveränderlich ist und seine eigenthümliche Gestalt und Größe und sein Gewicht hat. Nur unter dieser Voraussetzung lassen sich alle chemischen und viele physikalischen Erscheinungen erklären. Es wäre also lächerlich, bevor man eine noch bessere Annahme gefunden hat, das Recht des Denkens streitig zu machen, welches das All aus solchen Stoff-Atomen nachbaut. Es muß jede Art Atome ihre eigenthümliche Gestalt haben, sonst würden nicht die daraus gebildeten Körper immer in derselben Gestalt krystallisiren, gleichviel wie groß der Krystall ist; sie muß auch mit einer eigenthümlichen Größe ihr eigenthümliches Gewicht verbinden, sonst würde sie nicht mit jeder andern Art, mit welcher sie überhaupt sich zu einem verschiedenen Dritten verschmilzt, nur in streng unveränderlichen Gewichtsverhältnissen sich verbinden.

Wenn nun diese Atome vom Weltäther einen Druck erleiden sollen, so müssen sie nothwendigerweise für ihn undurchdringlich sein, ihm einen unüberwindlichen Widerstand entgegensetzen. Auch dies ist denkrichtig. Wir haben aber hier trotz allem richtigen Weiterschließen einen Selbstwiderspruch erhalten. Der unendlich ausgedehnte Weltäther mit seiner Allgegenwart wird von jedem der zahllosen Atome ausgeschlossen, füllt ihren Raum nicht aus; und obwohl diese Atome so ungeheuer klein sein müssen, daß unsere Vergrößerungsgläser mindestens eine Billion mal stärker werden müßten, um sie zu erkennen, so sind es deren doch so unbegreiflich viele, durch den ganzen unendlichen Weltraum zerstreute, daß es nahezu unendlich viele kleinste Räume geben muß, von denen der Weltäther ausgeschlossen ist. Dieser Widerspruch aber gehört zu denen, welche wir uns als möglich gefallen lassen müssen, wenn wir überhaupt weiter erklären wollen; können wir damit, wie Spiller uns verspricht, alle, oder nur die hauptsächlichsten Naturerscheinungen erklären, so ist er denknothwendig, und wir müssen — insoweit wenigstens — dem Philosophen Hegel Recht geben, welcher behauptete, der Widerspruch gehöre zum Wesen der Dinge.

Wir werden bald noch mit mehreren andern Widersprüchen dieser Lehre zu rechnen haben; vorläufig aber müssen wir darauf hinweisen, daß manche allgemeine Naturerscheinungen sich nach derselben überraschend einfach erklären. Alle Himmelskörper ohne Ausnahme, soweit wir von ihnen wissen, haben nahezu Kugelgestalt (sind Sphäroiden); das erklärt sich ganz ungezwungen. „Spiller daraus, daß von allen Seiten auf sie ein gleich starker Weltätherdruck ausgeübt wird; denn von jeder Stelle ihrer Oberfläche aus erstreckt sich der Aether gleichweit, nämlich unendlich weit. Durch eine Anziehungskraft diese Erscheinung zu erklären, das hat weit größere Schwierigkeiten. Alle flüssigen und luftigen Körper der Erde haben dasselbe Streben nach der Kugelgestalt, wenn sie frei schwimmen. Nach der Anziehungslehre bleibt dies fast unerklärlich, nach der Spillerschen Aetherdruck-Lehre sehr natürlich. Nach jener entstünde die Schwere aus der todten Masse, und es entstünde eine Kraft, und zwar die riesigste, welche wir kennen, eben die Schwerkraft, aus Nichts; denn die Masse, an sich gedacht, ist kraftlos zu denken — nach Spiller aber ist die Schwere ewig gegeben zu denken, eine Eigenschaft sowohl des Weltäthers, als der Atome. Ein entscheidender Grund für Spiller aber ist der folgende. Unter kugeligen Körpern aus derselben Masse verhält sich bekanntlich das Gewicht wie die Kuben des Halbmessers; d. h. drei gleichartige Kugeln von 1, 2 und 3 Zoll Halbmesser wiegen: die zweite achtmal (2^3) und die dritte siebenundzwanzigmal (3^3) soviel als die erste (1^3). Wenn nun die Gravitation, welche nachweislich von der Masse zweier (oder mehrerer) Körper abhängt, von der Masse (von dem Schwerpunkt der ganzen Masse) verursacht würde, so müßte sie nach dem Kubus der Entfernung abnehmen, anstatt — wie nachweislich — nach dem Quadrat der Entfernung (1, 4, 9, 16 .= 1^2, 2^2, 3^2, 4^2 2c.). Da sie aber durch den Weltätherdruck von außen verursacht wird (nach Spiller), welcher nur auf die Oberfläche wirkt, so wird vollkommen erklärt, warum die Gravitation der Massen nach dem Quadrate der Entfernungen zu- oder abnimmt. Wenn dieser entscheidende Grund Spiller's nicht umgestoßen werden kann — und wir haben noch keine gedruckte Einwendung gesehen und von tüchtigen Mathematikern auf Befragen keine hören können, so hat diese Aetherdrucklehre die Feuerprobe bestanden.

Obiger Widerspruch aber, daß der allgegenwärtige Aether in die Atome nicht eindringen kann, löst sich nach Spiller dadurch auf, daß dieser annimmt, der von den Atomen ausgeschlossene Aether verdichte sich zu einer Aetherhülle, welche jedes Atom umgebe. Unter dieser Annahme — welche außerdem viele andere Erscheinungen erklärt — bliebe der Aether unendlich an Masse, wenn auch an Ausdehnung durch die dazwischen befindlichen Atome beschränkt. Er würde wirklich allgegenwärtig und in gleicher Dichtigkeit überall verbreitet sein, wenn es nicht ewig zugleich Atome gäbe, welche durch ihn verstreut sind, so daß ein ewiger Kampf zwischen ihm und den Atomen um den Raum stattfände. In dieser Auffassung ist allerdings ein Hauptwiderspruch aufgelöst — freilich nicht ohne anderen, noch zu erwähnenden, Raum zu geben.

Politische Uebersicht.

— Die Immoralität und die Mißwirthschaft der heutigen Gesellschaftsordnung treten auch für den Gedankenlosesten klar und greifbar zu Tage in der ganz allgemein geübten Verfälschung der Lebensmittel. Eine alte Nummer der „Deutschen Reichszeitung", die uns zufällig in die Hände kommt, schreibt darüber anläßlich der letzten Zusammenkunft des „deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege": „Es ist zu beklagen, daß der Verein sich nicht mit der so wichtigen Frage der Verfälschung der Lebensmittel beschäftigt hat. In einer Zeit, wo der Kartoffelzucker mit seinen verderblich auf Magen und Gehirn wirkenden Eigenschaften zum allgemeinen Handelsartikel geworden ist, der die riesigsten Dimensionen annimmt, wo die Wurzeln gefährlicher Giftpflanzen zur Herstellung des Biers gebraucht werden; wo man sich nicht entblödet, Kunstmehl im Preise von 7—8 Mark pro 100 Kilo den Händlern und Bäckern anzubieten (worauf nicht selten wegen des riesigen Vortheils eingegangen wird), Kunstmehl, welches nach einer Prüfung des Dr. Erdmann nichts weiter ist als ungeglühter schwefelsaurer Kalk, oder nach dem Resultat der letzten Untersuchungen Gyps enthält; wo, um uns kurz zu fassen, alle Lebensmittel verfälscht werden, Kaffee, Zucker, Thee, Essig, Pfeffer, Wein, Bier 2c., da glaubten wir die Abschaffung solchen Unwesens als höchste Pflicht eines Vereins für öffentliche Gesundheitspflege bezeichnen zu müssen. Hierin ist nun mit Ausnahme der Milchcontrole leider nichts geschehen, obschon der Genuß verfälschter Lebensmittel die Gesundheit mehr in Frage stellt als andere von den Herren erörterte Fragen. Wir wollen hoffen, daß dieses Uebel, welches einen immer mehr gefährlichen und allgemeinen Charakter annimmt, bald von competenter Seite richtig gewürdigt und energische Maßregeln zur Ausrottung desselben ergriffen werden."

Diese Hoffnung ist allerdings auf Sand gebaut. Die Nahrungsmittelverfälschung ist im Wesen der herrschenden Bourgeoiswirthschaft begründet, und das herrschende Staatssystem stützt diese Bourgeoiswirthschaft, richtiger -Mißwirthschaft und bekämpft die einzige Partei, welche ihr entgegentritt, nämlich die Sozialdemokratie. Also weder von dem heutigen Staat, noch von der heutigen Gesellschaft ist Besserung zu erwarten. Man wird sich höchstens zu geringfügigen, den Kern des Uebels nicht berührenden Maßregeln verstehn. Der Umstand, daß der obengenannte Verein der Frage aus dem Weg gegangen ist, zeigt, wie weit der corrupte Einfluß der Bourgeoispraxis und Bourgeoismoral reicht. Und die Gerichte, wenn einmal ein besonders flagranter Fall vor sie kommt? Ja nun, dieser Tage wurde zu Cleve einer der Inhaber der Firma Bander u. Comp. aus St. Tönis wegen Jahre lang fortgesetzter Mehlfälschung der schädlichsten Art (mit Alaun, Gyps, Kalk, Schwerspath) zu sechsmonatlichem Gefängniß und 1000 Mark Geldbuße verurtheilt. Durch seine Betrügereien hat er Hunderttausende von Thalern gewonnen, und die Gesundheit von Tausenden von Men-

Auch ein Verrückter.

Konrad Ließ, ein noch junger Mann, war 1869 Geschäftsführer in dem Eisenbahn-Procureur-Geschäft von H. F. Hermes in Hamburg und hatte als solcher die ganze Zollabfertigung der mit der Lübecker Eisenbahn daselbst zur Verladung kommenden Güter zu besorgen.

In der Gerichtsverhandlung gegen Ließ vom 11. Juli 1873 vor dem Lüneburger Obergerichte wegen Beamtenbeleidigung sagt sein Chef über ihn: „Er besorgte diese Geschäfte zu meiner größten Zufriedenheit, überhaupt war er ein tüchtiger, zuverlässiger Arbeiter. Ich habe, abgesehen von einem Fall, wo er zu spät nach dem Bahnhof kam und worüber ich ihm Vorwürfe machte — keine Klage über ihn zu führen gehabt."

Einer seiner Gegner, der Zollinspektor Albrecht in Hamburg, erklärt: „Im Allgemeinen konnte ich über sein Benehmen nicht klagen. Er hatte freilich etwas Rechthaberisches in seinem Wesen, was namentlich dann hervorzutreten pflegte, wenn ihm in seiner Ansicht widersprochen wurde."

Almer, Obergüterverwalter auf dem Lübecker Bahnhof, sagt aus: „Ich bin mit Ließ in geschäftlicher Beziehung sehr häufig zusammen gekommen. Soweit ich mit ihm in Berührung kam, konnte ich über sein Benehmen durchaus nicht klagen. Er war tüchtig und zuverlässig in seinen Geschäften, habe auch von anderer Seite keine Beschwerde über ihn gehört."

Möller, Ewerführer zu Hamburg, äußerte sich über Ließ: „Ich kam in meinen Geschäften sehr häufig auf dies Comptoir. Ich habe Ließ immer als einen prompten und zuverlässigen Arbeiter kennen gelernt."

Der Hauptzollamts-Assistent Butter hat mit Ließ wenig zu thun gehabt, aber wahrgenommen, daß er, leicht erregt, dann sehr laut und unangenehm war. „Ich habe nie etwas mit ihm gehabt, erklärte Zeuge auf weiteres Befragen, habe auch nicht gehört, daß er mit meinen Collegen in Differenzen gekommen."

Hauptzollamts-Assistent Kahl: „Ich habe mit Ließ längere Zeit, zwei bis drei Monate, geschäftlich verkehrt, über sein Betragen mir gegenüber hatte ich nicht zu klagen, habe auch nicht gehört, daß einer meiner Collegen etwas mit ihm gehabt hätte."

Leuschner, Hauptzollamts-Assistent, erklärt: „Ich bin einige Tage in geschäftliche Berührung mit Ließ gekommen. Sein Benehmen mir gegenüber ließ nichts zu wünschen übrig, ich habe auch nicht gehört, daß er gegen andere Beamte unartig gewesen, er schien mir indeß heftigen Temperaments zu sein und rechthaberisch; wenn seinen Wünschen nicht entsprochen wurde, dann wurde er laut und aufgeregt."

Erythropel, Hauptzollamts-Assistent, sagt aus: „Ich bin in meiner Stellung fast täglich kurze Zeit in geschäftliche Berührung mit Ließ gekommen. Er war immer höflich, und habe ich über sein Benehmen nie zu klagen gehabt."

Also unser Verrückter ist ein tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter gewesen und hat die Geschäfte zur größten Zufriedenheit seines Prinzipals besorgt. Im Umgang mit den Beamten äußern diejenigen, die mit ihm längere Zeit und häufig zu thun gehabt, daß sein Betragen nichts zu wünschen übrig ließ und daß er immer höflich gewesen, und mehrere rühmen ihn als prompten und zuverlässigen Arbeiter. Selbst sein Gegner Albrecht kann über ihn im Allgemeinen nicht klagen — doch will er ihn rechthaberisch gefunden haben, Butter, der wenig mit ihm zu thun gehabt, erklärt, daß er leicht erregbar und dann sehr laut und unangenehm war, hat aber merkwürdigerweise selbst nie etwas mit ihm gehabt, auch nicht gehört, daß er mit seinen Collegen in Differenzen gekommen.

Wesentlich auf diese Zeugenaussagen gestützt, hat Professor Dr. Meyer den p. Ließ als verrückt erklärt!

Ließ behauptet, durch die Zeugen Albrecht, Butter und den vorhin noch nicht erwähnten Zeugen Steuerrath Kollas willkürlich um seine Stellung gebracht zu sein.

Gesetzlich waren im Geschäftsverkehre Gesammtdeklarationen vorgeschrieben, ein Muster sogar im Amtsblatt amtlich ausgehängt und zur Nachahmung empfohlen. Der Obercontroleur Albrecht wünschte von Ließ Einzeldeklarationen mit dem Bemerken, Klappern gehore zum Handwerk, und wenn die Herren oben einen großen Haufen Papiere sähen, dann bekämen sie von der Thätigkeit der Beamten eine ganz andere Vorstellung u. s. w. Wegen dieser Deklarationen kam es zum Conflikte, Ließ hielt sich an die gesetzliche Vorschrift, und die Folge davon war, daß ihm auf Betreiben von Albrecht, Butter und Kollas die Prokura abgenommen wurde.

In einem Schreiben vom 24. Juni 1869 führt Albrecht bei Hermes gegen Ließ Klage. In dem Schreiben wird Hermes an die „bereitwilligst" ertheilte Zusage erinnert, Einzeldeklarationen auszustellen und von dieser Regel nur ausnahmsweise und bei sehr starkem Geschäftsandrange abzuweichen. Ließ erlaube sich, „Ihrer Weisung und unseren wiederholentlich ausgesprochenen Wünschen zuwider, die verschiedensten Frachtbriefe nunmehr in eine Deklaration zusammen zu tragen, wie dies die anliegende Deklaration Nr. 2391 näher nachweist." Der Brief schließt:

„Die wiederholt vorgekommenen Beschwerden über den Ließ dokumentiren genügend, daß es dem Mehrgenannten an der nothwendigen Ruhe und Höflichkeit mangelt, welche unumgänglich in dem Verkehr mit Behörden und Beamten geboten sind und daß derselbe sich bei jeder Gelegenheit von seiner angeborenen und nicht zu mäßigenden Heftigkeit hinreißen läßt.

„Unter diesen Verhältnissen sind wir bei der nächsten begründeten Beschwerde über den Ließ zu unserem Bedauern genöthigt, die Entziehung der dem Mehrgenannten in Zollangelegenheiten ertheilten Prokura höheren Ortes zu beantragen. Zollvereinsl. Haupt-Zollamt, Abfertigungsstelle auf dem Lübecker Bahnhof. Albrecht, Obercontroleur."

Man vergleiche die mangelnde Ruhe und Höflichkeit mit den Zeugenaussagen, merke es sich überhaupt, daß im Verkehr mit Beamten, wenn man auch vollständig in seinem Rechte ist, unumgänglich Ruhe und Höflichkeit geboten ist. Aus diesem Brief ergiebt sich nun ganz klar, daß es sich lediglich um die Erfüllung der Wünsche der Beamten, also um Gefälligkeiten auf Kosten des Gesetzes handelt. Ist es nicht haarsträubend, wenn ein sonst durchaus tüchtiger Arbeiter deshalb aus seiner Stellung vertrieben werden soll, weil er es für gut findet, das Gesetz und nicht die Wünsche der Beamten zur Richtschnur seines Handelns zu nehmen!

Am 26. Juni 1869 schreiben Albrecht, Butter, Kahl an das Zollvereinsländische Hauptzollamt:

„Dem Zollvereinsländischen Hauptzollamte zeigen wir gehorsamst an, daß der Commis Konrad Ließ, welcher zur Zeit Prokura des Eisenbahn-Prokureurs F. H. Hermes besitzt, wiederholentlich zu begründeten Beschwerden, über welche mündlicher Vortrag näher gehalten worden, Veranlassung gegeben hat. Da alle unsere Bemühungen, den pp. Ließ zu einem ruhigen Benehmen und gutem Einvernehmen zu veranlassen, an der angeborenen und nicht zu mäßigenden Heftigkeit des Mehrgenannten gescheitert sind, so sehen wir uns nach erfolgter mündlicher und schriftlicher Androhung genöthigt, das Zollvereinsländische Haupt-

schen geschädigt. Hätte der Mann auf offener Landstraße, ohne Jemand ein Haar zu krümmen, ein paar Thaler gestohlen — er wäre auf 6 Jahre ins Zuchthaus gekommen. So bezahlt er lächelnd die paar Mark Strafe, amüsirt sich ein paar Monate in irgend einem „fidelen Gefängniß“ und — treibt dann das alte Geschäft etwas vorsichtiger. Die „Achtung“ der Gesellschaft hat er nicht eingebüßt, denn er hat ja nur gethan, was allgemeine Geschäftspraxis ist.—

Nachdem Obiges bereits gesetzt war, erhielten wir Kenntniß von nachstehender „Warnung“, welche die Düsseldorfer Regierungsbehörde veröffentlicht:

„In neuester Zeit mehren sich die Klagen über häufig und in großartigem Umfange vorkommende Mehlverfälschungen. Es ist Mehl confiszirt worden, das bis zu 10 Proz. Gips, Kalk, Schwerspath u. dergl. enthielt, welcher Mischstoff sogar zu einem besonderen Handelsartikel unter den Bezeichnungen „Kunstmehl“ oder auch „Lenzin“ gemacht worden ist. Zuverlässigen Mittheilungen zufolge soll namentlich von Holland aus die Einführung sogenannten Kunstmehls erfolgen. Indem wir bemerken, daß wir unseren Polizeibehörden scharfe Ueberwachung des Mehlhandels und Herbeiführung gerichtlicher Bestrafungen besonders empfohlen haben, warnen wir die Verkäufer vor solchem betrügerischen Handel und empfehlen dem consumirenden Publikum Vorsicht beim Einkaufen nicht nur des Mehles, sondern auch der Backwaaren.“

Unsere vorhin gemachten Bemerkungen werden durch diese „Warnung“ in keiner Weise alterirt. Der Handel mit „Kunstmehl“ florirt trotz der „scharfen Ueberwachung“ seitens der Polizeibehörden, und was ein Fälscher, falls er erwischt wird, zu gewärtigen hat, das zeigt uns das Beispiel des Ehrenmanns von der Firma „Bauder u. Comp.“ in St. Tönis.

Ergänzend sei hier noch angeführt, daß das „Kunstmehl“ nicht blos in Holland und St. Tönis fabrizirt wird, sondern in verschiedenen Theilen Deutschlands; und daß z. E. der massenhafte Export von Schwerspath aus der Arnstadter Gegend (Thüringen) fast ausschließlich auf Rechnung von „Kunstmehlfabrikanten“ im Großen, Kleinen und Kleinsten geht. Vielleicht findet sich ein Staatsanwalt, der es seinem Beruf entsprechend hält, die Sache zu untersuchen. Es geschieht ja mitunter ein Wunder — für die Köhlergläubigen.

— Mordgeschichte. Das „Leipziger Tageblatt“ hat sich von „seinem“ Prager Correspondenten folgenden Bären aufbinden lassen (s. d. Nr. vom 2. Oktober): „Die hiesige Polizei ist am 29. v. M. eines Agenten der Internationale habhaft geworden, als derselbe mit einer kleinen Schaar von Gleichgesinnten — meist Arbeitern — in einer Privatwohnung auf der Kleinseite conferirte. Der Delegirte, ebenso vier Mitverwickelte wurden verhaftet. Mehrere Schriftstücke des Bundes aus London und Amerika wurden mit Beschlag belegt und den Behörden überliefert.“ — Bei der wievielsten Flasche Gose (oder, in Ermanglung derselben, Pilsener Biers) mag wohl „unser Prager Correspondent“ gewesen sein, als er obigen Blödsinn schrieb, Herr Hüttner? „Agent der Internationalen“. „Delegirte“, „Mitverwickelte“, „Schriftstücke des Bundes aus London und Amerika“ — und dieser ganze Apparat des Schreckens, weil die österreichische Polizei sich wieder einmal das landesübliche Vergnügen gemacht hat, durch Verhaftung einiger Sozialdemokraten ihre — „Genialität“ zu beweisen. Der Sachverhalt, wie er uns von wohlunterrichteter Seite mitgetheilt wird, ist: einige tschechische Sozialisten hatten eine Zusammenkunft, um über den Stand und die Vergrößerung des tschechischen Parteiorgans „Bouocnost“ zu berathen. Und diese Zusammenkunft wurde von der Polizei gestört, und die Anwesenden verhaftet. Es ist dies einer der stupidesten und ungerechtfertigsten Streiche, der selbst von der östreichischen Polizei — und das will doch viel sagen — je verübt worden sind.

— Sozialistenverfolgung in Frankreich. Das sozialistische Blatt „La Tribune“ hatte sich am 28. September vor den Geschworenen wegen eines in seiner Nummer vom 7. d. M. erschienenen, mit dem Pseudonym „Panurge“ unterzeichneten Artikels zu verantworten, in welchem die Anklage das Vergehen der Schmähung gegen die katholische Kirche erblickt. Dieser Artikel legt dem verstorbenen Félicien David folgende Aeußerung in den Mund: „Wenn nur Alle vor dem Gesetz gleich wären, würden die Priester weniger Opfer für ihre Betrügereien finden. Der Art. 405 des Strafgesetzbuches faßt ein Vergehen ins Auge, welches von ihnen täglich begangen wird. Wenn sie sich rühmen, Denjenigen, die sich ihrer Leitung unterwerfen, das Paradies zu sichern, wenn sie für Geld Ablaß ertheilen, wenn sie den leichtgläubigen Leuten unter allerlei Vorspiegelungen Geld entlocken, sollten sie da nicht zum Maximum der Strafe verurtheilt werden?“ Der Art. 405 des Code pénal bedroht nämlich Diejenigen, welche unter dem Vorwand eines falschen Namens oder einer falschen Eigenschaft, unter Vorspiegelung einer eingebildeten Macht, mit Hilfe deren sie eine chimärische Wirkung herbeiführen könnten, Geld oder sonstigen vermögensrechtlichen Vortheil entlocken, als Betrüger mit Gefängniß von einem Jahre bis fünf Jahren. Der inkriminirte Aufsatz entwickelt dann des Weiteren, daß alle diese Erfordernisse der Strafbestimmung auf den katholischen Priester zutreffen, welcher sich anheischig macht, durch bezahlte Messen und Gebete Seelen aus dem Fegefeuer zu erlösen und Kranke zu heilen, oder Personen, die ihr Vermögen oder einen Theil desselben der Kirche vermachen, die Aufnahme in das Paradies zu sichern. Es wäre Zeit, dieser Straflosigkeit eines offenbaren Betruges ein Ende zu machen und die Priester, welche mit dem Himmelreich einen so schnöden Handel treiben, nach Gebühr, d. i. als Industrieritter zu behandeln. Auf der Anklagebank erschienen, nachdem die Redaktion sich geweigert hat, den Verfasser zu bezeichnen, der Gerant Geudron und der Drucker Debons. Der Generaladvokat d'Herbelot führt aus, daß dieser Artikel eine schwere Ehrenkränkung für die gesammte katholische Geistlichkeit und mithin eine Verleumdung der Religion selbst darstelle, daher auch nicht das Zuchtpolizeigericht, sondern der Schwurgerichtshof für den Fall competent sei. Er erinnerte an die ganze religionsfeindliche und revolutionäre Haltung der „Tribune“, welche täglich das Recht der freien Diskussion überschreite und die äußerste Unduldsamkeit der Kirche gegenüber an den Tag lege. „Sind Sie“, ruft er den Angeklagten pathetisch zu, „denn auch dessen sicher, daß es keinen Gott giebt, und wenn Sie dessen sicher sind, haben Sie auch das Recht, diese Entdeckung öffentlich zu verbreiten? (Zu den Geschworenen gewendet:) Meine Herren! Nicht Jedermann ist ein Philosoph; wir haben es hier oft mit kleinen, wenig gebildeten Leuten zu thun, mit Trunkenbolden, Schwindlern und Dieben. Man erzähle diesen Leuten, so viel man wolle, daß es keine Hölle giebt; ich für meinen Theil werde nicht müde werden, ihnen in die Ohren zu schreien, daß Jeder, der stiehlt oder betrügt, in die Hölle kommt.“ — Der Vertheidiger, Herr Gatineau, bemühte sich vergebens, diesen Ausführungen gegenüber der Glaubens- und Gedankenfreiheit zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Geschworenen sprachen nur den Drucker frei und erkannten Geudron ohne Zulassung mildernder Umstände für schuldig, worauf er zu drei Monaten Gefängniß und in eine Geldstrafe von 4000 Fr. verurtheilt wurde. — In Sachsen werden die sogenannten Religionsschmähungen doch noch theurer bestraft.

— Schöne Preßzustände. In einem österreichischen Blatte, dem „Avenire“ („Zukunft“) von Spalato (Dalmatien) finden wir folgende Notiz: „Am 25. September wurde unser Blatt, wie schon vierzigmal in diesem Jahre, mit Beschlag belegt. Wir meldeten dies telegraphisch der „Neuen Freien Presse“ und fügten der Mittheilung die Nachricht hinzu, daß bei der Abfahrt des Barons Rodich zu den Manövern bei Mun die an Bord des Dampfers „Andreas Hofer“ befindliche Militärmusik die „panslavistische Marseillaise“ (Naprej) spielte. Dies Telegramm wurde nicht angenommen; es scheint, daß sich die Behörden in Dalmatien ihrer eigenen Handlungen schämen, weil sie dieselben nicht mittheilen lassen wollen.“

„Vierzigmal in diesem Jahre“, d. h. vierzigmal in neun Monaten, das ist allerdings eine ganz ansehnliche Leistung, doch durchaus nicht überraschend: unseren deutschen Parteiorganen in Oesterreich, der „Gleichheit“, dem „Arbeiterfreund“ und der „Arbeiter-Wochenchronik“, ergeht es genau ebenso, nur daß die „wohlgesinnte“, „respektable“ und „liberale“ Presse so „liberal“ ist, keine Notiz davon zu nehmen. Dieser Reaktionsfuror (wahnsinnige Reaktionswuth) der österreichischen Regierung hat es glücklich zuwege gebracht, daß ein großer Theil der österreichischen „Unterthanen“ nichts sehnlicher wünscht, als daß Oesterreich möglichst bald von der Landkarte Europas verschwinden möge. Hätte die österreichische Regierung, statt sich in ihrer bodenlosen Beschränktheit auf das stupide Danaiden-Geschäft der Gedankenunterdrückung zu verlegen, sich ihren wirklichen Aufgaben gewidmet und für Freiheit, Bildung und Wohlstand des Volks gesorgt, dann brauchte sie jetzt nicht vor dem russischen Wauwau zu zittern — im Gegentheil, sie würde die südslavische Welt moralisch beherrschen —, und wir erlebten nicht das wunderbare Schauspiel, daß Hunderttausende von Deutschösterreichern, obgleich sie die Bismarck-Stieber-Wagener-Wirthschaft sehr wohl kennen, dennoch die Annexion an das preußisch-deutsche Reich herbeisehnen. „Wir sind Europa um eine Idee, um eine Armee und um ein Jahrzehnt voraus“, sagte ein Journalist der französischen Revolution. Von Oesterreich kann man das Umgekehrte und in verschärfter Form sagen: es ist um alle Ideen, um eine Armee und um ein Jahrhundert hinter Europa zurück. Von den österreichischen Staatsmännern kann man, wie von keinen anderen, lernen, wie man Reiche zu Grunde richtet.

— In Serbien wird fortgemetzelt. Vor einigen Tagen wurden die unglücklichen serbischen Milizen von den russischen Offizieren, deren Autorität durch 10—15,000 russische Soldaten unterstützt wird, während der Waffenruhe auf die Türken gehetzt, und nach zwölfstündiger Massenmörderei mit ungeheuren Verlusten zurückgeworfen. Die russischen Offiziere — den Hanswurst Tschernajeff an der Spitze — und die russischen Soldaten sind unter schamlosester Verletzung des Völkerrechts von der russischen Regierung nach Serbien geschickt worden, und die Versendung dieser Sorte Kanonenfutter nimmt immer größere Proportionen an. Wir sagen „von der russischen Regierung“. Denn wer da behauptet, dies Alles geschehe gegen den Willen der russischen Regierung, speziell des „friedliebenden“ Väterchens in Petersburg (augenblicklich ist's auf Reisen), hat entweder keine Ahnung von den russischen Verhältnissen, oder er will das Publikum belügen. Sogar der dummste unserer europäischen Diplomaten weiß genau, welch schuftiges Spiel Rußland treibt, und daß es einzig Rußland ist, welches den Frieden bedroht. Und doch geschieht nichts, um diesem Schandtreiben ein Ziel zu setzen. Wer Augen hat zu sehen, der sieht jetzt zweierlei: erstens, daß Rußland die übrigen „Großmächte“ des europäischen Festlands, namentlich preußisch-Deutschland vollständig in der Tasche hat; zweitens, daß die ganze europäische Diplomatie keinen Schuß Pulver werth ist, und daß die Völker, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, jeden Moment nach der Laune irgend eines kränklichen Despoten — Czar Alexander laborirt seit Jahren an Gehirnerweichung und muß periodisch unter Aufsicht stehn — auf die Schlachtbank getrieben zu werden, im Interesse ihrer Selbsterhaltung die herrschenden Staats- und Regierungssysteme von Grund aus umgestalten müssen. — Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit der wahrhaft infamen Haltung eines großen Theils der deutschen Presse. Fast sämmtliche, direkt oder indirekt von dem Berliner Preßbureau beeinflußte Zeitungen schreiben seit Ausbruch der Feindseligkeiten mit steigendem Eifer im russischen Interesse, und thun ihr Aeußerstes, um es möglich zu machen, daß Rußland, im Fall es zum Weltkrieg kommt, über die deutsche Armee verfügen kann. Ein Deutscher, der so handelt, handelt nicht aus Ueberzeugung. Nun — die Zahlungen aus dem Welfenfonds, der dem Hannover'schen Exkönig zurückgegeben werden soll (von England aus erging eine sehr nachdrückliche Forderung), sind eingestellt worden, und ein Reptilchen will doch auch leben. Da muß man sich nach einer andern Erwerbsquelle umsehn. Der Reptilienthaler ist todt, es lebe „der Rubel auf Reisen“!

— Rußland, das aus Menschlichkeit den Schutzengel der mißhandelten Christen in der Türkei spielt, Rußland, das jetzt Europa commandirt und der Erbfreund und das Vorbild Deutschlands ist, Rußland, welches von dem Oberreptil Treitschke als der Vertreter des Kulturfortschritts proklamirt ward — — dieses Rußland, wie es ist und seine Kulturmission erfüllt, lernt man am besten kennen, wenn man das vor einigen Tagen veröffentlichte Werk des amerikanischen Legationssecretärs Eugen Schuyler: Turkestan — Notizen auf einer Reise durch das russische Turkestan, Khokand, Bokhara und Kuldscha — liest. Zur Probe Folgendes:

„Sobald Khiwa eingenommen war, unterwarfen sich die Yomud Turkomanen dem General Kaufmann, der ihnen versprach, daß er sie unbelästigt lassen wolle, so lange sie mit ihren Nachbarn in Frieden leben würden. Alle russischen Offiziere, die mit den Yomuds verkehrten, bestätigten, daß dieselben ein freundliches, ehrliches und aufrichtiges Völkchen seien. Trotz alledem beschloß aber General Kaufmann doch, an ihnen ein Exempel zu statuiren, um die Furcht vor den Russen in jener Gegend ordentlich einzuprägen. Die Yomuds wurden benachrichtigt, daß der General-Gouverneur Kaufmann ihnen eine Kriegsentschädigung von 300,000 Rubel auferlege, wovon ein Drittel binnen 10 Tagen, und der Rest binnen 5 Tagen bezahlt werden müßte. Die Vorsteher des Stammes versprachen, diesem harten Befehle nachzukommen, und einige von ihnen kehrten zu ihrem Volke zurück, um die verlangte Summe aufzutreiben. Allein das paßte nicht recht in den Plan des Generals Kaufmann. Ohne das Resultat der Bemühungen der Aeltesten wegen Beschaffung des Geldes abzuwarten, schickte er an den General Golovatschew folgenden Befehl: Wenn Sie sehen sollten, daß die Yomuds sich zur Auswanderung anschicken, so gebiete ich Ihnen, sofort gegen ihre Niederlassungen zu marschiren und dieselben, alle Häuser und was sie besitzen, zu zerstören, die Heerden aber zu confisziren. Selbst wenn die Yomuds sich unterthänig zeigen sollten, so müssen Sie, falls eine Auswanderung versucht wird, meinen Befehl wörtlich ausführen und den ganzen Stamm der Yomuds vollständig ausrotten.“ So lautete der Befehl des General Kaufmann, also nicht eines türkischen Baschi-Bozuk-Häuptlings, oder eines Paschas.

„Und General Golovatschew führte den Befehl wörtlich aus. Der Augenzeuge, ein Mann, der durchaus nicht feindlich den Russen gesinnt ist, und ein russischer Offizier Namens Gromow schildern den Vorgang selbst in folgenden Worten: „Als wir ungefähr 25 Meilen von Khiwa entfernt waren, ließ General Golovatschew sämmtliche Offiziere einen Kreis bilden und redete sie in meiner Gegenwart folgendermaßen an: „Ich habe von dem commandirenden General einen Befehl erhalten, und ich hoffe, daß Sie denselben im Gedächtnisse behalten, sowie ihren Truppen mittheilen werden. Derselbe lautet: „In diesem Kriege wird weder Geschlecht noch Alter geschont. Tödtet Alle.“ Nachdem die Truppenabtheilung vom Kaukasus das Hauptcorps der Armee erreicht hatte, wurde der obige Befehl nochmals und mit größerer Ausführlichkeit kundgethan. „Ich hoffe,“ so sagte General Golovatschew, „Sie werden meinen Befehl im „cirkassischen Stile“ und ohne vieles Fragen ausführen. Weder Alter noch Geschlecht darf geschont werden, sie müssen alle getödtet werden.“ Ein alter kaukasischer Oberst erwiderte hierauf mit schrecklichem Ernste, „gewiß, wir wollen genau alles besorgen, wie es uns gesagt wird.“

„Und in der That, die Phrase „cirkassischer Stil“ wurde bald zu wahr. Am 7. d. M. trafen die russischen Truppen die Yomud-Turkomanen, welche sämmtlich getödtet wurden. Die Kosaken waren die wüthendsten und hieben alles nieder, Männer, Weiber, Greise und kleine Kinder. „Ich selbst sah mehrere solcher Fälle“, sagte Schuyler. Besonders entsetzt war ich von dem Anblick einer Frau, die mit ihren drei Kindern ermordet worden war und auf der Landstraße lag. Die Soldaten verbrannten alle Häuser, alles Getreide, kurz alles Eigenthum, nicht ein Mann, Weib und Kind wurde geschont. Schreckliche Grausamkeiten wurden verübt. Als die Cavallerie nicht mehr weiter konnte, kam die Infanterie her-

---

zollamt gehorsamst zu bitten, geneigteste Anordnung zu treffen, daß die dem pp. Ließ in Zollangelegenheiten ertheilte Prokura so bald als möglich zurückgenommen wird. Zollabfertigungsstelle auf dem Lübecker Bahnhof. Albrecht, Obercontrolcur. Butter, Haupt-A.-Assistent. Kahl, Haupt-A. Assistent.“

(Fortsetzung folgt.)

— Unser Freund Tessendorf, dem wir so große Erfolge auf dem Gebiete der Agitation zu verdanken haben und den wir leider nicht nach Verdienst belohnen können, ist von anderer Seite belohnt worden. Er hat das Ritterkreuz des Hausordens von Hohenzollern erhalten. Wir freuen uns von Herzen.

— Daß ein König recht überflüssig sein kann, zeigt der kleine Georgios von Griechenland. Das offiziöse dänische Blatt „Berlingske Tidende“ meldet nämlich, daß derselbe eingetretener Umstände halber (wohl aus Furcht vor den Türken?) seine Rückreise nach Athen auf unbestimmte Zeit verschoben habe. Seit mehr als vier Monaten sieht nun der Thron des griechischen Königreichs leer, ohne daß die Staatsgeschäfte irgend einen schlechteren Gang gehen, als wenn Georgios anwesend wäre.

— Der bekannte Gründer Dr. Braun (Wiesbaden), den kein Wahlkreis mehr zum Abgeordneten haben will, hat als Vorsitzender auf dem Volkswirthschaftlichen Congresse zu Bremen fungirt und ist auch wieder in den Ausschuß jener Gesellschaft gewählt. Danach mag man den Werth des Congresses und der Vereinigung überhaupt bemessen.

— Der Gründerheros Dr. Hammacher, über den wir schon in der vorigen Nummer berichteten, ist zum Vorstandsmitglied des Vereins zur Verbreitung von Volksbildung („Volksbildung“? Die Bildung welches Volks? „Auch ich gehöre zum Volk“, sagte weiland Fürst Bismarck) in Berlin gewählt worden. Jedenfalls ist dies für die Mitglieder besagten Vereins eine gute Aquisition, da Hammacher gewillt ist, bei besseren Geschäftszeiten einen Lehrcursus über das Gründen nur für Mitglieder jenes Vereins zu eröffnen.

— Der alte Ziegler ist todt. Er war zwar kein Sozialdemokrat, aber ein ehrlicher Demokrat von altem Schrot und Korn, der niemals zum Bismärcker hinabzusinken Anlage gezeigt. Unsern liberalen und auchdemokratischen Parlamentariern rufen wir folgende Worte Ziegler's in's Gedächtniß, die nach der „Frankfurter Zeitung“ die letzten waren, welche er auf der Rednerbühne des Reichstages gesprochen: „Geben Sie immer nach, dann ermüdet diese Versammlung und das Volk ermüdet hinter uns. Das ist die letzte Folge und diese Tribüne wird dann nichts weiter sein, als ein Katheder für Sprechübungen.“ Der Reichstag, als der allerunterthänigste Diener des außergroßmächtigsten Reichskanzlers hat immer nachgegeben und die Tribüne desselben ist von vornherein wirklich nur der Tummelplatz von Sprechübungen gewesen, die den Zweck haben, dem Volke Sand in die Augen zu streuen.

— Ein lateinischer Kirchenschriftsteller aus dem vierten Jahrhundert vor Gericht — das ist die spaßhafteste Heldenthat eines culturkampferischen deutschen Staatsanwalts. In einem Artikel des Mainzer Journals überschrieben „Nichts Neues unter der Sonne?“ ist nämlich von Seiten des Staatsprokurators am Großherzoglichen Bezirksgericht in Mainz Majestätsbeleidigung entdeckt worden, und dieser Artikel enthält nichts weiter als die freie Uebersetzung einer Stelle aus den Schriften des um 330 n. Chr., also vor mehr als 1500 Jahren gestorbenen Kirchenschriftstellers Lucius Cölius Firmianus Lactantius. Nach dem Beispiele kann es auch dem zwar recht vorsichtigen, aber immerhin doch revolutionären Christenheiland noch passiren, daß er einmal, wegen Aufreizung etwa, von einem deutschen Gesetzeswächter vor die Schranken eines deutschen Gerichtes citirt wird.

— Im laufenden Jahrhundert sind folgende wichtige technische Erfindungen und Neuerungen gemacht worden: Die galvanische oder Volta'sche Säule, erfunden 1800 von Volta. Der Jacquard-Webstuhl, 1800 durch Joseph Maria Jacquard. Die Locomotive, 1804 von Evans in Philadelphia. Die Maschine für endloses Papier, 1805 vom Engländer Bramah. Die hydraulische Presse, 1806 von dem gleichen Bramah. Das Dampfboot, 1807 durch Robert Fulton. Sengmaschine für Gewebe, 1811 von Molard. Erste Gasbeleuchtung 1811 in London. Sicherheitslampe für Bergwerke, 1815 von Humphry Davy. Die Bleiröhrengießmaschine, 1820 in England. Decimalwaage, 1823 von Quintenz in Straßburg. Die erste englische Eisenbahn für Personentransport, 1825 von Darlington nach Stockton. Selbstspinnstuhl (Selfactor), 1825 von Robert in Manchester. Die vervollkommnete Lokomotive, 1829 von Stephenson. Der elektromotorische Drucktelegraph, 1837 von Francis Smith. Der Dampfhammer, 1842 von Nasmyth. Die Lettergießmaschine, 1844 in England. Erster unterseeischer Telegraph, 1850 zwischen Dover und Calais. Die erste brauchbare Nähmaschine, 1851 von Singer in New-York. Die kalorische Maschine, 1851 von Kapitän Erikson. Stahlbereitung aus flüssigem Roheisen, 1856 veröffentlicht von Bessemer. Das erste transatlantische Telegraphentau, 1862 zwischen England und Nordamerika.

angelaufen und setzte das Morden fort." So geschehen auf ausdrücklichen Befehl des General Golovatschew, der die Ordre hierzu vom General Kaufmann erhalten hatte. Beide Offiziere bekamen hierfür von dem Kaiser Alexander die höchsten Orden und Belobungen.]

„Allein dieses Blutbad steht nicht vereinzelt da. Folgendes trug sich, so erzählt Schuyler, bei der Expedition gegen die Stadt Andidschan zu. In dieser Stadt hatte eine Emeute stattgefunden, welche General Kaufmann wieder empfindlich zu bestrafen beschlossen hatte. General Trotsky wurde also mit 14,000 Mann hingeschickt. Diesem Heere wurde nicht der geringste Widerstand geleistet. Die Russen zogen ohne Schwertstreich in die Stadt ein. Nach einigen Stunden gab jedoch General Trotsky Befehl, die ganze Stadt anzuzünden, und dies geschah auch. Sie brannte vollständig nieder. Als Abschiedsgruß bombardirte Trotsky noch die rauchenden Ruinen. Für diese Heldenthat erhielt er vom weißen Zar den Georgsorden 3. Klasse und einen Ehrendegen. Die Bevölkerung der Stadt war natürlich in Folge der Zerstörung ihrer Häuser und Lebensmittel mitten im Winter dem Hungertode preisgegeben u. s. w."

Wie gefällt unsern Reichstreuen ihr Erbfreund und das „milde" Väterchen an der Newa? Hat das neue Reich nicht alle Ursache, auf solche Brüder stolz zu sein???

— Der dritte verantwortliche Redakteur des Parteiorgans in Barmen, der „Bergischen Volksstimme", G. Benzinger, ist den 30. September verhaftet worden. Ein Artikel: „Die Beste der Welten" soll die Veranlassung dazu gegeben haben. Dieses Vorgehen der Behörden im Wupperthale gegen unsere Partei sichert dem Abgeordneten Hasselmann bei den Neuwahlen zum Reichstage einen überaus glänzenden Sieg. Unsere Partei im ganzen „Deutschen Reiche" hat im Uebrigen der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten sehr Viel zu verdanken.

— Wie wir vernehmen, wird unser Mitarbeiter Leo Frankel, ehemaliger Handelsminister der Pariser Commune, in die Redaktion der „Ungarischen Arbeiter-Wochen-Chronik" eintreten. Wir gratuliren dem Blatte zu dieser ausgezeichneten Kraft.

Correspondenzen.

Berlin, 30. September. Am 27. d. M. fand in der Norddeutschen Brauerei in der Chausseestraße, wie die „Berliner Freie Presse" meldet, eine von circa 2500 Personen besuchte Wähler-Versammlung des sechsten Wahlkreises statt. Auf der Tagesordnung stand als erster Gegenstand: „Reichsfeinde und Reichsfreunde", Vortrag des Reichstagsabgeordneten Herrn Hasenclever aus Hamburg; als zweiter Gegenstand: „Aufstellung eines Reichstags-Candidaten für den 6. Wahlkreis". In das Bureau wurden gewählt die Herren Greifenberg und Max Stöhr als Vorsitzende und die Herren Bernstein und Dolinski als Schriftführer. Hierauf ergriff Herr Hasenclever, von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt, zu seinem Vortrage das Wort: Reichsfeinde und Reichsfreunde, das sind die beiden Worte, welche wiederum bei der jetzigen Wahlbewegung in die Wagschale geworfen werden. In der That hat man es hier aber nur mit einer Phrase zu thun! Was hat es nicht seiner Zeit für Aufregung in der Hauptstadt hervorgerufen, als die Herren Fortschrittler ihre Selbsthilfler-Phrasen in die Welt schleuderten, damals galt es als ein Verbrechen, Staatshilfler zu sein, man war Reichsfeind; heute ist man Reichsfeind, weil man gegen Bourgeois-Staatshilfe auftritt. — Für einen Reichsfeind gilt man heute auch, wenn man Bismarck nicht für einen genialen Staatsmann hält. — Ja, selbst ein Theil der Conservativen hat den Titel „Reichsfeind" erhalten, da er das Verhalten der Regierung in Bezug auf die Maigesetze für zu weit gegangen hält! — Man wirft so gern liberalerseits die Ultramontanen und Sozialdemokraten zusammen und stellt sie so als Bundesgenossen hin; aber wohin läuft denn der Sozialismus hinaus? Er will, daß es dem arbeitenden Volke schon hier auf Erden wohl ergehe, daß alle Menschen schon hier ein menschenwürdiges Dasein führen sollen! Was aber sagen die Ultramontanen? Sie vertrösten uns auf ein Jenseits — „dort drüben sollt ihr Alle glücklich sein!" — Nein, nicht die Ultramontanen und Sozialdemokraten kann man in einen Topf zusammenwerfen — ihre gegenseitigen Interessen sind himmelweit von einander verschieden —, sondern eher kann man dies mit den Liberalen und Ultramontanen thun. Beide sind sie Personenanbeter! Denn ob man den „heiligen Rock" von Trier oder das Futter von Bismarck's Hut anbetet, das bleibt sich wohl vollständig gleich! — Redner geht nun auf die Vorwürfe, welche der Sozialdemokratie während des französischen Krieges gemacht worden, ein, und widerlegt dieselben in trefflicher Weise. Sodann behandelt Redner die Angriffe Bismarck's im Reichstage gegen die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter. Man bejubelte diese Auslassungen; als wir Sozialisten vor circa vier Jahren sagten, die französischen Arbeiter seien gute und tüchtige Arbeiter, da hieß es, wir seien Vaterlandsverräther, Reichsfeinde; als man aber die Vorwürfe gegen die deutschen Arbeiter habe zurückweisen wollen, habe man die Sozialisten durch Annahme des Schlußantrags mundtodt gemacht. Wenn man nun aber heutzutage die deutschen Arbeiter seitens der Bourgeoisie in Folge der Niederlage in Philadelphia als schlecht hinstellt, so dürfe dies dieselben nicht Wunder nehmen, das ist eben Bourgeoisinteresse; denn vor noch gar nicht langer Zeit haben dasselbe, was Bismarck von den deutschen Arbeitern sagte, die englischen Kapitalisten von ihren Arbeitern gesagt. — Redner geht hierauf des Näheren auf die Philadelphia-Ausstellung ein, weist nach, daß Industrie und Kunst auf den Hund gekommen, daß daran nur der Militarismus schuld und daß selbst die Schule in dieser Richtung verderbenbringend auf die Jugend wirke. — Weiter geht der Vortragende auf die heutige Krisis über: Sehr treffend habe der Statistiker Engel nachgewiesen, daß nur die ungeheure Ueberproduktion schuld an der bestehenden Krisis sei. Er habe auch nachgewiesen, daß jeder Arbeiter bei einer täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden jährlich für 1200 Thlr. Werth erzeugt, jedoch durchschnittlich nur 300 Thlr. erhalten habe; es hat also der Kapitalist drei Viertel des Verdienstes der Arbeit für sich in Anspruch genommen und nur ein Viertel dem Arbeiter selbst gegönnt. Daraus ersieht man wohl zur Genüge, daß es die Pflicht des arbeitenden Volkes ist, sich zu organisiren und bei den bevorstehenden Wahlen Männer aus dem Volke zu wählen. Redner schließt seinen Vortrag mit den Worten: „Reichsfeinde sind die, welche die bestehende Ordnung aufrecht erhalten wollen; Reichsfeinde sind die, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufrecht erhalten wollen; mit einem Wort, Reichsfeinde sind die, welche nicht wollen, daß es allen Menschen auf Erden wohl ergehen soll. Reichsfreunde aber sind die, welche diesen reaktionären Bestrebungen kühn entgegentreten, welche wollen, daß es allen Menschen wohl ergehen soll! Bei uns ist die wahre Reichsfreundschaft zu finden. (Lebhafter Beifall.) — An der Debatte betheiligen sich die Herren M. Stöhr, Winnen, Bernstein, Gutheit, Aurin und Most, und wird folgende Resolution des Herrn C. Müller mit allen gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige in der Norddeutschen Brauerei tagende Wähler-Versammlung des sechsten Berliner Wahlkreises erklärt: daß nur in der Verwirklichung des Prinzips der Sozialdemokratie das Wohl des Volkes zu suchen ist und stellt hiermit als Verfechter dieses Prinzips Herrn W. Hasenclever als Reichstagskandidaten für den sechsten Berliner Wahlkreis auf." — Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung gegen Mitternacht geschlossen. —

Leipzig. Dummdreist. Das hiesige „Tageblatt" schreibt (Nr. vom 27. September): „Am 23. September hielt Liebknecht in Stollberg eine Volksversammlung ab, in welcher er natürlich in einer gewaltigen Rede das deutsche Reich in Stücke hieb, Bismarck zerschmetterte, den Culturkampf als einen Kampf der brutalen Gewalt verdammte und die Feierer des Sedantages als Carnevalshelden herunterputzte. Der deutsch-französische Krieg sei von deutscher Seite freventlich infolge einer gefälschten Depesche angefangen worden — eine Behauptung, für welche er sogar eine angebliche Aeußerung des Schriftführers des Reichsvereins, Dr. Hans Blum, anführte (sic!). Dr. Blum wird sicher nicht verfehlen, diese dummdreiste Erfindung des ehrenwerthen Herrn Liebknecht einer gründlichen Beleuchtung zu unterziehen!"

Ist ihm nicht eingefallen und wird ihm nicht einfallen. Denn Hans Blum weiß sehr wohl, daß, was Liebknecht gesagt hat, wahr ist; nämlich, daß Hans Blum in einem Artikel, den er 1872 für die von ihm redigirten „Grenzboten" schrieb, den Fürsten Bismarck für den Urheber der gefälschten Emser Depesche, durch welche der französische Kaiser zum Krieg gezwungen worden sei, erklärt, und den Fürsten Bismarck damit eines, in der Geschichte wohl beispiellos dastehenden Verbrechens beschuldigt hat. Sollte Hans Blum sich mucksen, so würde ihm besagter Artikel als Strick um den Hals geworfen werden. Voilà tout. Der unglückliche „Schriftführer des Reichsvereins" dürfte nachgerade gelernt haben, daß die Warnung für Kinder: nicht mit Schießgewehr zu spielen, sich auch auf Schreibfedern erstreckt, die gefährlichsten aller Schießgewehre. — Und nun ein Wörtchen mit Ihnen, Herr Hüttner! Sie nennen Liebknecht's Angabe betreffend Hans Blum eine „dummdreiste Erfindung". Fragen Sie jeden Juristen — Herrn Hans Blum mit eingeschlossen — und er wird Ihnen sagen, daß Ihre Ausdrücke injuriös sind, und daß Sie ohne Gnade verurtheilt werden müssen, wenn Liebknecht Sie verklagt. Das thut Liebknecht aber nicht. Er ist der Ansicht, daß Sie und Ihresgleichen ihn nicht beleidigen können; außer allenfalls durch Loh, das ihm hoffentlich für immer erspart bleibt. Er würde Sie sogar nicht verklagen, wenn Sie beleidigungsfähig wären, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil er sonst in die Fußstapfen eines bekannten Staatsmannes träte. Doch, wie gesagt, Liebknecht hält Sie nicht für fähig, zu beleidigen und folglich nicht für werth, verklagt zu werden. Er übt Lynchjustiz und applizirt Ihnen hiermit einen moralischen Fußtritt. Das sein „Cadeau". Gefällt's, Herr Hüttner?

—g. **Leipzig,** 29. September. In der gestern Abend stattgehabten Sozialisten-Versammlung wurde nach längerer Debatte ein Central-Wahlcomité für den 12. (Leipziger) Kreis, aus 15 Personen bestehend, gewählt. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Gewerkschaften und Unterstützungskassen" rief wiederum eine lebhafte Debatte hervor. An derselben betheiligten sich die Genossen Ludwig, Lienig, Dohne, Hadlich u. A.. Das Ergebniß der Debatte ist wohl das lebhafte Bedürfniß, die sozialistische Partei möge auch in dieser Frage eine bestimmtere Stellung einnehmen, als bisher. Die zahlreich besuchte Versammlung beschloß wiederum, eine Fortsetzung der Debatte für nächsten Donnerstag, und laden wir hiermit die Genossen zu zahlreichem Besuch ein. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, daß Parteigenosse Hasenclever in nächster Zeit in einer Volksversammlung ein Referat übernehmen möge.

Fraureuth. (Zur Wahlagitation.) Der Candidat unserer Partei für die nächste Reichstagswahl im Fürstenthum Reuß ä. L., Herr Blos aus Hamburg, hielt am Nachmittag des 24. September im Gasthof des goldenen Löwen hier eine Wählerversammlung ab; nach längerer Rede des Heren Blos erklärte sich die Versammlung einstimmig für dessen Candidatur. — Am Abend desselben Tages sprach Herr Blos vor einer Wählerversammlung in Mohlsdorf, und auch hier wurde derselbe einstimmig als Candidat proklamirt.

Harburg, 28. September. Am 22. September hatte hier eine gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Herr Wode aus Verden referirte. Der Vortragende behandelte das Thema: „Die Endziele der Sozialdemokratie" unter dem Beifall der Versammlung. Schließlich wurde Herr Wode einstimmig von der Versammlung als Candidat des 17. hannover'schen Wahlkreises für die nächste Reichstagswahl aufgestellt. Mit dieser Versammlung ist die Agitation im hiesigen Wahlkreis eröffnet. Pflicht eines jeden Parteigenossen muß es sein, von jetzt ab mit allen möglichen Mitteln die Agitation zu fördern. Der Kampf wird voraussichtlich ein heißer sein; thun wir Alle unsere Schuldigkeit, so werden wir auch Erfolge erringen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Emil Tell, Schriftführer.

Genf, 28. September. Wir haben die angenehme Aufgabe, Ihren Lesern die Mittheilung zu machen, daß sich hier in Genf ein „Unabhängiger sozialistischer Club" gebildet hat, welcher sich die Aufgabe stellt, die Differenzpunkte zwischen den verschiedenen sozialistischen Fraktionen zu studiren und mit allen möglichen Mitteln auf eine Annäherung sämmtlicher sozialistischer Richtungen hinzuarbeiten. Da sich in diesem Club Angehörige der verschiedensten sozialistischen Richtungen befinden, so wird dessen Wirksamkeit hoffentlich eine erfolgreiche sein. In nächster Zeit beabsichtigt man, sich mit dem belgischen Vorschlag an den diesjährigen Congreß der Internationalen, betreffend die Abhaltung eines Sozialisten-Congresses im Jahre 1877, sowie auch mit dem Arrangement von Vorträgen über die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern, ihre Taktik u. s. w., zu beschäftigen.

Das Sekretariat des „Unabhängigen sozialistischen Clubs".

An die Wähler des 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises.

Parteigenossen! In drei Monaten finden die Wahlen in den deutschen Reichstag statt; alle Parteien rüsten sich zu reger Thätigkeit, auch wir haben die Pflicht, in den Kampf einzutreten und alle Kräfte daran zu setzen, Männern den Wahlsieg zu sichern, denen nicht Förderung von Sonderinteressen, sondern die des Wohles des ganzen Volkes, der ganzen Menschheit Ziel und Zweck ihres Strebens ist, welche nicht für die politische und wirthschaftliche Macht der Kapitalbesitzer, sondern für die Gleichberechtigung Aller in die parlamentarischen Schranken treten werden.

Um die Agitation für Arbeiter-, für Volkscandidaten zu regeln und zu fördern, hat sich in Kiel ein Central-Wahlcomité gebildet, das hierdurch alle Gesinnungsgenossen des 7. Wahlkreises zu reger Unterstützung auffordert.

Gesinnungsgenossen! In erster Linie bedürfen wir für unsere Agitation — Geldmittel. Wir richten an Euch die Bitte, allüberall Sammlungen durch Umtrieb von Unterschrifts-Bogen oder Büchern zu veranstalten und die eingegangenen Beträge an den Gastwirth Herrn Neumann, Bierträgergasse 2, einzusenden. Zweitens erwarten wir von allen Orten die Einsendung von Adressen von Parteigenossen, mit denen wir in den Angelegenheiten der Wahlagitation in Verbindung treten können, an den Unterzeichneten.

Im Auftrage des Central-Wahlcomité's zu Kiel:
Chr. Stark, Ringstr. 76b.

Zur Beachtung für die Parteigenossen.

Laut Beschluß des Congresses in Gotha hat sich in Bremen die Beschwerde-Commission constituirt: dieselbe besteht aus folgenden Personen:

F. W. Frick, Vorsitzender,
Johann Meier, Schriftführer,
F. C. Kramer,
J. H. F. Henke,
C. Klein,
J. F. Rohwer,
F. Holz.

Alle Sendungen für die Commission sind an den Schriftführer Johann Meier, Kastningstraße Nr. 42, zu richten.

Bremen, 30. September 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Johann Meier, Schriftführer.

NB. Alle Parteiblätter werden ersucht, Vorstehendes zu veröffentlichen.

Briefkasten.

der Expedition. Heerhold in Ottensen: Ihr Telegramm mit Annonce kam Dienstag Morgens hier an, somit zur Aufnahme in der Mittwochsnummer zu spät. — R. Haupt in Reims: der „Vorwärts" pr. Kreuzb. wöchentl. 3mal nach dort gesandt, kostet 4 M., wöchentl. 1mal 2,50. — J. C. Sthl in Geithain: Sie beziehen die „Neue Welt" wohl durch die Post? Wollen daher auch dort die fehlende Nummer reklamiren.

„Wähler". Sollten an einem Orte noch reingehaltene Exemplare der Nr. 6 des „Wähler" übrig geblieben sein, so ersuche ich die betr. Filial-Expedienten, dieselben umgehend hierherzusenden. Derossi, Hamburg.

Aufforderung. Es ist im Herbst des Jahres 1873 eine Verfügung der Königl. Regierung, Abth. des Innern, zu Erfurt, wonach der Genehmigung der Statuten der Holzarbeiter-Gewerkschaft ein juristisches Bedenken nicht entgegen stand, erlassen worden. Dieser Beschluß ist abhanden gekommen und kann sich nur im Besitz des Ausschusses obiger Gewerkschaft in Hamburg, oder der Mitglieder zu Breslau, Mühlhausen i. Th., Sömmerda befinden. Mitglieder, welche obiges Schriftstück im Besitz haben, wollen dasselbe unverzüglich an Hrn. E. Fritz, Neugasse 5, behufs einer Anklage, einsenden.

Erfurt, den 1. Oktober 1876.

Mit sozialdem. Gruß F. H. Klute.

Quittung. Schmnn hier Ab. 1,80. Deutscher Verein Nyon Ab. 2,41. Knr Weilburg Schr. 0,50. Thl Wüste-Walthersdorf Schr. 1,50. Stnbrg Jena Schr. 0,60. Hrrndrf Cöln Ann. 3,00. Tg Berka Schr. 0,70. Hhn hier Ab. 1,50. Knrd Lausigk Ab. 0,80. Wßlr hier Ab. 0,60. Rgkr Wien Ab. 5,00. Trp Neudnitz Ab. 3,90. H. Grnw Altenburg Schr. 5,50. Dtrch Erfurt Ab. 33,00. Hrhld Ottensen Ann. 18,00. Albrg Eßlingen Ab. 47,50. Bttchr Gera Schr. 43,00. Hrtmnn Mainz Ab. 13,85. Schrdr Coblenz Ab. 12,00. Kschmdr Nordhausen Ab. 5,00. Sthl Freiburg Ab. 5,00. Wzk Steyr Ab. 3,11. Schmdt Römerstadt Ab. 13,48. F. Ettl Brüsau Schr. 8,72. Echlr hier Ab. 1,80. Schmdt hier Ab. 0,60. R. Wllck hier Schr. 3,00. Ullrch hier Ab. 0,45, Schr. 3,00. Kckrt hier Ab. 3,00. Brnng Delitzsch Ab. 2,80. Ppr Neumünster Schr. 5,50. Grbnstn Lindenau Ab. 16,10, Schr. 9,00. Hichrt hier Ab. 1,80. Hrtwg hier Ab. 0,60. Kndrvtr hier Ab. 3,00. C. Mllr Graz Ab. 4,66; Sendung reicht vorläufig bis Ende Dezbr. Welwtzk Fünfkirchen Ab. 1,91. Ptrn Admont Ab. 4,47. Klmch Dresden Ann. 1,25. Rrg Mauche Ab. 3,00. Brbm Gotha Ab. 15,00. Rhwr Bremen Ann. 5,70, Schr. 12,50. H. Krß München Ab. 131,25. Nrbl Heidelberg Schr. 7,00. J. Sltz Bremen Ab. 2,70 Schphf Altenburg Ab. 3,20. Nß Großenhain Ann. 0,50. Mhrhnn Barmen Ab. 87,95, Schr. 62,05; ist in der Quittung v. Nr. 111 d. „Volksst." übersehen worden.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittag; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittag; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittag hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden. Die Expedition des „Vorwärts".

Großenhain. Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.
Sonnabend, den 7. Oktober, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Heutschel, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag und Diskussion über das Fachorgan. (F131) Der Vertrauensm. [50

Hannover. Soz.-dem. Wahlverein.
Sonnabend, den 7. Oktober, Abend 8 Uhr im Vereinslokal:
Geschlossene Mitgliederversammlung.
Der Vorsitzende. [50

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Zu unserm am Sonntag, den 8. Oktober, im Saale des Herrn Jakobi, in der Rosenthalgasse, stattfindenden
Kränzchen
laden wir hiermit Collegen und Freunde zu zahlreicher Betheiligung ein. Anfang 6 Uhr. Das Comité. [210

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Sonnabend, den 1. Oktbr., Abends 8 Uhr: Versammlung. Täubchenweg, Restauration von Inl. Menzel. T.-O.: 1) Gewerkschaftliches. 2) Aufnahme neuer Mitglieder. [40

Neumünster. Sonnabend, den 7. Oktober, Abends 8 Uhr, in der „Volkshalle":
Großes Concert und Gesangsvorträge.
Der Reinertrag ist zur Reichstagswahl bestimmt. (F 230)
Entree 20 Pf. Das Comité. [50

Das Congreß-Protokoll
wird stärker, wie zuerst berechnet war, und muß daher der Preis etwas geändert werden. Dasselbe kommt also im Einzelpreise 30 Pf., bei Bezug von 10 Exempl. und mehr à 25 Pf. — Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, macht auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Exempl. 20 Pf., auf 9—16 Exempl. 30 Pf. Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.

Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei in Hamburg, Pferdemarkt 37 III. (45)

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 183 Elizabeth Str.
Philadelphia: P. Hay, 600 North 3rd Street.
J. Voll, 1130 Charlotte Str.
Chicago: A. Senftenberg, 296 Division Street.
San Francisco: F. Eich, 418 O'Farrell Street.
London: Rudisch, 5 Altmain Street, Middlesex Hospital.

Nr. 4. Sonntag, 8. Oktober. 1876.

Eine juristische Ungeheuerlichkeit.

Vor zwei Jahren wurde im Reichstage eine Commission gewählt, welche drei größere Gesetzesvorlagen: Die Gerichtsorganisation, die Civilprozeßordnung und die Strafprozeßordnung durchberathen sollte. Die Commission hat nun diese Aufgabe erfüllt und zwar, wie sie selbst und die Freunde derselben meinen, in überaus eingehender und auch freisinniger Weise.

Besonders stolz ist die Commission auf ihren Beschluß, daß die Preßvergehen vor die Schwurgerichte zu verweisen seien.

Dabei hat die Commission aber selbst eine höchst bemerkenswerthe Ausnahme gemacht, indem sie alle Vergehen, welche nur auf Antrag verfolgt werden können, den juristischen Fachcollegien zur Verhandlung überwies. Die in der deutschen Presse so üppig wuchernden Bismarckbeleidigungen werden also auch in Zukunft den Kreis- oder Stadtgerichten überantwortet werden.

Daß wir für die sozialdemokratische Presse kein Heil darin erblicken, wenn eine Anzahl Bourgeois anstatt eines Richtercollegiums das Verdikt über ein angebliches Vergehen fällen, brauchen wir wohl nicht besonders zu behaupten: wir wollen uns mit dieser Frage auch heute nicht beschäftigen.

Vielmehr drängt sich uns die Frage auf, weshalb denn wohl die Reichstagscommission nur die Preßvergehen und nicht mit diesen zugleich die Redevergehen den Schwurgerichten überwiesen hat. Soll der Bürger über das geschriebene Wort seines Mitbürgers selbst urtheilen, warum denn nicht über das gesprochene Wort? Die Antwort ist leicht. Die Presse nämlich ist ein gemeinsames Institut aller Parteien, deshalb wird sie von den andern Parteien auch beschützt. Die Tribüne aber, auf welcher sich auch die anderen Parteien tummeln, die Tribüne des Reichstags und der Landtage, sie ist schon durch die Verfassung geschützt. Das dort gesprochene Wort ist frei. Die Volkstribüne aber, das Wort in der Volksversammlung ist vorzugsweise für die Sozialdemokraten vorhanden, sie fast allein geben in öffentlicher Rede ihre Ansichten kund, die Abgeordneten der Sozialdemokratie allein treten vor die Wählerschaft und erstatten öffentlich Bericht, sie erstatten Bericht in kühner, ~~offener Weise dann aber werden sie oft genug vom Staats~~anwalt erreicht. So wird das freie Wort auf der Volkstribüne verfehmt und daß es erst recht verfehmt bleibe, da die anderen Parteien keinen Gebrauch davon machen, deshalb hat die Justizcommission des Reichstags die Redevergehen nicht vor die Schwurgerichte verwiesen, da sie der Ansicht war, daß die Geschworenen milder urtheilten, als die Richtercollegien.

So haben wir es also in der Commission der deutschen Volksvertreter einfach mit einem Parteibeschluß zu thun, mit einem Verdict der Bourgeoisie gegen das Proletariat, mit einem Beschlusse der Vertreter des Kapitals gegen die Verfechter des Rechtes der Arbeit. Ein solcher Parteibeschluß ist selbstverständlich höchst ungerecht und perfide — durch diese Ungerechtigkeit aber passirt den „gewiegten" Juristen der Justizcommission eine derartige juristische Ungeheuerlichkeit, daß dieselben bei näherer Ueberlegung wohl gezwungen sein werden, im Reichstage bei Berathung jener Gesetze zu beantragen, entweder die Redevergehen vor die Schwurgerichte zu bringen, oder die Preßvergehen auch dem Richtercollegium zu überlassen.

Wir wollen nur einen Fall annehmen: Ein Preßerzeugniß wird wegen Majestätsbeleidigung verfolgt, das Geschwornengericht sieht aber kein solches Vergehen in dem betreffenden Artikel und spricht den Verfasser frei.

Der Verfasser, der zugleich Redner ist, spricht dieselben Worte in einer Volksversammlung, er wird angeklagt, das juristische Dreimännercollegium hat andere Ansichten über die Majestät des Herrschers und verurtheilt den Angeklagten; Appellationsgericht und Tribunal, in welchem ebenfalls nur gelehrte Richter sitzen, schließen sich dem Urtheile erster Instanz an und der Redner, welcher in gutem Glauben gehandelt hat, indem er dem Richterspruch der Geschwornen doch ein bestimmtes Gewicht beilegte, wird in's Gefängniß gesteckt.

Das sogenannte Volksgericht ist dann durch das gelehrte Richtercollegium übertrumpft.

An dem einen Beispiele erblickt man die ganze juristische Ungeheuerlichkeit, welche in jenem Commissionsbeschlusse liegt. Wo aber Parteihaß die Gesetzgeber leitet, wo nur die herrschenden Klassen der Bevölkerung die Gesetze diktiren, da kann von Gerechtigkeit und Vernunft nicht die Rede sein.

Die Aufklärung des Volkes auch in den Rechtsfragen ist von höchster Wichtigkeit, weil dasselbe dann nach und nach in seiner Gesammtheit die gegenwärtigen „Rechtsstaaten" in ihrer ganzen Blöße erkennt und sich auf die Seite der Partei stellen wird, welche ein anderes Recht, ein allgemeines Volksrecht fordert.

Die Arbeiter und die Zollfrage.

Mit besonderem Bezug auf Ungarn.

(Schluß.)

Diese armen Cotton lords hatten aber auch allen Anspruch auf solche zarte Rücksicht, denn sie hatten, wie aus einem 1866 von H. Ashwort, ehemaligem Präsidenten der Handelskammer, in Manchester gehaltenen Vortrag hervorgeht, während der drei Jahre der „Cotton famine" 37 — 40 Millionen Pfd. Sterl. an Profit und Kapitalinteressen verloren.

Ich kann es hier nicht unterlassen, auf das Verhältniß des Kapitalistenprofits und des Arbeitslohnes aufmerksam zu machen, welches mit schneidiger Schärfe hervortritt, wenn man die Summe des Kapitalprofits von 37—40 Millionen und der des Arbeitslohnes für die beschäftigten Arbeiter und Beamten von 28—30 Millionen einerseits, und die geringe Zahl der Kapitalisten — der „Cotton lords" — (es bestanden in England und Wales damals 2715 Baumwollfabriken, wovon indeß nicht alle feierten) mit der von 400,000 der unbeschäftigten Arbeiter andererseits vergleicht. — Der „Entbehrungslohn" der Herren ist also jedenfalls so groß, daß sie seinetwegen schon etliche „Entbehrungen" ertragen können.

Aus diesen Zahlen allein ist auch ersichtlich, wie mit der Hebung der Industrie im Allgemeinem dem Wachsen der Produktionskraft eines Landes, auch sein sogenannter Nationalreichthum wächst, aber auch zugleich, daß der Arbeiter dennoch nicht mehr als zur Bestreitung seiner nothwendigen Lebensbedürfnisse — die in den verschiedenen Ländern je nach Klima und Gebräuche verschieden sind — verdient, so daß er bei Arbeitslosigkeit auswandern, Almosen nehmen, oder Hungers sterben muß.

Dieselben Verhältnisse zeigen sich aber nicht nur in England, sie sind auch in Frankreich, Belgien, Deutschland und der Schweiz vorhanden, sie finden sich auch in Amerika. Amerika, das vor einigen Dezennien allen einwandernden Arbeitern in der That noch eine neue Welt war, und zwar nicht nur, weil sie dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit sicherte, sondern auch, weil die physische Arbeit als keine Schande betrachtet wurde und der Holzhauer oder Schneider von gestern, heute die höchste Stelle im Staate einnehmen konnte, zeigt gegenwärtig, wo die Industrie einen solch schnellen und ungeheuren Aufschwung erreicht, wie er selbst die kühnsten Erwartungen übertrifft in den massenhaften Arbeitseinstellungen, die sehr oft zu Gunsten der Arbeiter endigen, denselben Antagonismus der Klassen, die ganze Kluft, welche Arbeiter und Kapitalisten in unserem alten Europa von einander trennt.

Braucht es mehr, um klar zu machen, daß die Arbeiter sich in der Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel, passiv zu verhalten berechtigt sind?

Es handelt sich eben nicht um ein ihre wirthschaftliche Lage intensiv berührendes Interesse, sondern vorwiegend um solche der herrschenden Besitzenden, und von den Arbeitern verlangen, daß sie durch ihre Theilnahme jenen wirthschaftliche Vortheile schaffen helfen, welche ihre politische Macht stärken würden, hieße sie auffordern, die eigenen Fesseln stärker zu schmieden. Die Aufgabe ~~der Arbeiter ist es allein, die Waffen zu schaffen, mit denen~~ sie für ihre Freiheit kämpfen werden, und unwillkürlich hilft ihnen die große Industrie in deren Erfüllung.

Die große Industrie — und eine andere ist seit Einführung der Maschinen und der Anwendung der Naturwissenschaft in den Gewerben nicht mehr denkbar — kennt nicht mehr das frühere, gleichsam patriarchalische Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche zusammen arbeiteten, aßen und oft im selben Zimmer schliefen; sie erfordert eine Anhäufung von Arbeitern in demselben Raum (Fabrik), die von Unter- und Oberwerkführern und Direktoren überwacht werden und nur in den seltensten Fällen mit den Fabrikanten, die bloße Kapitalisten sind, welche fast nie selbst gearbeitet haben, in Berührung kommen. Der ungeheure Abstand zwischen Arbeiter und Kapitalist tritt in der Groß-Industrie von vornherein und ungeschminkt zu Tage. Der Arbeiter erkennt hier sogleich, daß seine Interessen denen seines Arbeitgebers entgegengesetzt sind, und die Erkenntniß der individuellen Lage, zu welcher er durch die tägliche Berührung mit seinen Mitarbeitern und dem täglichen Gedankenaustausch mit denselben um so eher gelangt, je größer die Zahl der Arbeiter ist, mit denen er in der Fabrik zusammenwirkt, findet ihren Ausdruck in den verschiedenen Arbeitercoalitionen, in welchen sie ihre gemeinsamen Interessen vertheidigen, sei es nun, daß sie eine Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung, sei es, daß sie den Einfluß auf die Gesetzgebung zu erreichen suchen.

Dazu kommt noch, daß mit der Entwickelung der Industrie, die, je weiter sie sich entwickelt, ein desto größeres Einzel-Kapital nothwendig macht, die Mittelstufe zwischen Arbeiter und Kapitalisten, der Kleinmeister allmählig verdrängt wird, der dann nicht nur die Zahl der Arbeiterarmee vergrößern hilft, sondern auch nicht selten — wie einst die verarmte Noblesse der Bourgeoisie — ihr Führer wird.

Auch die Arbeiterklasse wird einst ihre 4. Augustnacht feiern. Wie in jener denkwürdigen Nacht die feudale Herrschaft mit all ihren Privilegien den wuchtigen, befreienden Schlägen erlag, so werden dereinst auch alle Vorrechte der Bourgeoisie der Vernichtung anheimfallen, und wie in jener Nacht es als die „Menschheit erniedrigend" (durch de Kervegel) erklärt wurde, daß man von Leuten fordere, daß sie „gleich Zugthieren am Pfluge" gebunden seien, wird man einst auch erkennen, daß es der Menschheit unwürdig sei, daß man Leute aller Rechte bar, gleich einer Waare, gleich dem Bestandtheil einer Maschine betrachte.

Es wird einst die Zeit kommen, in welcher man erkennen wird, daß die Erde und alle Arbeitsinstrumente ohne den Arbeiter nichts hervorbringen können, und daß die Arbeit allein (geistige und physische) die Hauptquelle alles Reichthums ist.

Bis diese Zeit kommen wird, und sie wird um so eher kommen, je entwickelter die Industrie, je aufgeklärter die Massen, je größer die Kluft zwischen Arbeiter und Kapitalisten sein wird, muß die Bourgeoisie — so seltsam dies auch klingen mag — sich selbst die Bretter zu ihrem Sarge sägen. Ihre Aufgabe und ihr Verdienst war es und ist es, in ihrer Größe zuvor nie geahnte Produktionsverhältnisse geschaffen zu haben und zu schaffen, besonders diesen verdankt sie ihre Herrschaft, aber diese werden ihr auch den Untergang bringen.

Die Urkraft des Weltalls.

IV.

Aus unserer bisherigen Untersuchung haben wir soviel erkannt, daß Spiller, trotz mancher Unzulänglichkeiten der Darstellungsweise, ein Mann von scharfer, klarer Denkkraft und in seinem Gebiete durchaus bewandert ist. Wenn also nach langem Niederschweigen die gelehrte Sippschaft endlich von ihm Kenntniß nehmen muß, so ist dies ein günstiges Zeichen für die Stärke seiner Anschauungen, und in diesem Sinne spricht sich ein langer Artikel der „Natur" von diesem Jahre aus. Wenn aber der Herausgeber der „Gäa", Herr Herm. J. Klein, unlängst absprechend über „die Urkraft des Weltalls" sich äußerte, und zwar auf den einen Hauptgrund hin, daß Spiller sich im Kreise drehe, so hat er sich die Sache zu leicht gemacht und seinen Gegner voreilig unterschätzt.

Das „im Kreise Drehen" findet Klein darin, daß Spiller das Gewicht der Atome von Ewigkeit gegeben annehme, um daraus und aus dem Aetherdrucke die Gravitation zu erklären. Er hätte vielmehr — denkt Herr Klein — das Wesen des Gewichtes aus dem Aetherdrucke erklären müssen. Wenn dieser die eine Urkraft sei, so müßten aus derselben alle anderen Kräfte, also auch die Schwere, erklärlich sein. Hier liegt ein Mißverständniß und ein Fehlschuß vor. Ein Mißverständniß; denn Spiller betrachtet Gravitation und Gewicht als verschiedene Begriffe. Gravitation ist eine allgemeine, an allen Körpern vorkommende Erscheinung, vermöge deren sie nach einem Mittelpunkte oder Schwerpunkte hinstreben; Gewicht ist eine Eigenschaft aller Stoffe, ob sie nun Körper bilden oder nicht, welche aber durch die Wärme auf so große Ausdehnung vertheilt werden kann, daß sie kaum noch nachweisbar ist. Es ist nach Spiller ganz wohl denkbar, daß es ein All von so verdünnten und leichten Stoffen geben könne, daß eine Gravitation, also auch eine Bewegung unter ihnen nicht stattfände; diese entsteht erst durch ihre Zusammendrückung auf ihren kleinstmöglichen Raum seiten des Weltäthers, wenn auch von ewig her und immer von neuem. Aber auch ein Fehlschluß ist bei Herrn Klein vorhanden. Er scheint zu glauben, eine Einheit der Natur sei blos nachgewiesen, wenn alle Stoffe und alle Kräfte auf ein einziges Erstes zurückgeführt werden. Diese Möglichkeit ist überhaupt nicht vorhanden, oder blos für Philosophen und Träumer. Die Einheit des All ist schon nachgewiesen, sobald mit Hilfe einer einzigen Urkraft und einer Zahl von Urstoffen (gleichviel ~~wie groß~~) ~~eine Welt, wie sie eben erscheint~~, im Geiste nachgeschaffen und in allen ihren hauptsächlichen Entwickelungen des Entstehens und Vergehens der Einzelwesen ohne Denkwiderspruch begriffen werden kann. Mehr will Spiller gar nicht zu leisten suchen; er erklärt wiederholt, es sei unmöglich, einen Monismus (eine Welt, aus einer einzigen Stoff-Kraft sich entwickelnd) im Gedanken aufzubauen; die Zweiheit — Kraft und Stoff — sei nothwendige Voraussetzung alles Naturerkennens, und obendrein eine Mehrheit verschiedener Stoffe ganz unentbehrlich für unser Denken. In alledem kann die schärfste Beurtheilung ihm nur Recht geben. Es ist gewiß, daß er unter allen bisherigen Naturerklärern die wenigsten Voraussetzungen macht und am meisten Erklärungen fertig bringt.

Ein fernerer Widerspruch in seiner Lehre kann darin gefunden werden, daß er den Weltenäther, den er einen Stoff sein läßt, aber einen nicht körperbildenden, weil in seiner Art unveränderlichen, zugleich eine Kraft, und zwar die Urkraft sein läßt. Allein das ist denkrichtig, denn alle Naturforschung hat uns belehrt, daß wir Stoff nicht ohne Kraft, und Kraft nicht ohne Stoff denken können.

Eine andere, sehr bestechende Einwendung ist die, daß aller Druck flüssiger und luftiger Stoffe, soviel wir wissen, nach allen Seiten gleichförmig ist. Spiller aber läßt die Atome dadurch Stoffe und Körper bilden, daß auf der einander zugekehrten Seite zweier Atome der Aetherdruck auf eine geringe endliche Größe beschränkt sei, während er auf der Außenseite eines jeden unendlich groß bleibe, also die Atome zusammentreibe. Wir bedauern, ohne die von ihm mitgetheilte Figur seine Darstellung nicht deutlicher machen zu können. Indessen ist begreiflich, daß eine elastische Gasmasse von nach allen Seiten grenzenloser Ausdehnung sich anders verhalten muß, als eine flüssige oder gasige Masse auf unserer Erde. Die letztere ist an die Erde durch Gravitation gefesselt und als eine eingeschlossene Masse zu betrachten. Die unteren Schichten stehen unter dem Drucke der oberen und drücken zurück. Unter dem doppelten Drucke von oben und von unten müssen alle Schichten, welche vom Schwerpunkte gleichweit entfernt sind, gleichsehr seitwärts auszuweichen suchen, also den Druck unter ihren Molekeln ausgleichen. Eben dieses stabilen Gleichgewichts halber werden fremde Körper, welche in ihnen eingetaucht schwimmen, nicht zusammenstreben. Umgekehrt ist begreiflich, daß eine nach allen Seiten unendlich ausgedehnte, höchst elastische Gasmasse wie der Weltäther, eben weil sie keine Schranken außerhalb haben kann, aber innerhalb an den in sie eingetauchten Atomen Schranken findet, ohne diese Atome in ewiger Ruhe verharren würde, und einen Druck nur auf diese ausübt, weil die Gegenwart der Atome den Weltäther ewig daran verhindert, seine Allgegenwart in diesem Sinne geltend zu machen. Da es im Weltäther keinen Nieder- und Aufdruck, folglich auch keinen seitlichen Gleichgewichtsdruck geben kann, weil er nicht körperfähig ist, also keinen Schwerpunkt haben kann, sondern nur einen Druck auf die Atome, welche seinem Eindringen Widerstand leisten, so hat Spiller logisch gedacht, bewährte Naturgesetze denkrichtig zu Schlußfolgerungen angewandt, welche man freilich wohl nie wird experimentell beweisen können, aber ebenso wenig widerlegen kann. Zwei benachbarte Atome stehen also unter einem Weltätherdrucke, welcher von allen Seiten her unendlich ist, ausgenommen in der Linie, welche beide verbindet; denn hier fängt jedes von beiden den unendlichen Druck auf, und zwischen beiden bleibt nur ein endlicher Druck, so daß sie zusammengetrieben werden müssen.

Der einzige Selbstwiderspruch also, den man Spiller nach-

weisen kann, ist derselbe Widerspruch, unter welchem jedes Naturerkennen leidet, nämlich daß Stoffe und Kräfte gleich ewig sein müssen, während aller Stoff im Raume endlich, die Urkraft (oder Urkräfte) aber in Raum und Zeit unendlich gedacht werden müssen, um die unleugbare Ordnung und Gesetzlichkeit des Alls zu erklären. Da man über diesen denknothwendigen und erweislichen Widerspruch einmal nicht hinauskommen kann, und ebenso wenig der Versuch der Erklärung des Alls aufzugeben ist, so bleibt die Spiller'sche Vermuthung noch immer die bislang beste, zumal sie wirklich manches bisher Unbegreifliche leichter begreiflich macht. Alle anderen, über Mohr hinausgegangenen Erklärungsversuche (und Mohr begnügt sich mit einer rein gedanklichen Einheit der Stoffe und Kräfte) sind viel unbrauchbarer.

Um den Grundgedanken Spiller's dem Verständniß noch näher zu bringen und dann rascher mit seiner Ableitung der mehreren Kräfte aus der Urkraft fortschreiten zu können, fassen wir also das Bisherige kurz zusammen: Es streiten sich von Ewigkeit ein allverbreiteter Stoff von ungeheurer Elastizität, der Weltäther, und die ungemein kleinen Urstoffe, oder Atome, welche Körper bilden können, um den Raum; da jener ihn allgegenwärtig füllen sollte, aber an den unvergänglichen Atomen Widerstand findet, so bildet er an ihnen ringsum mit seinen verdrängten Theilen eine dichte Aetherhülle, und zugleich bewirkt er alle und jede Bewegung, indem er auf die widerstrebenden Atome drückt und sie in immer größerer Anhäufung zusammenführt. So oft er nun auch sie an einander bringt, und so sehr er ein jedes auf den kleinsten Raum zusammenpreßt, dessen es fähig ist, so bleiben doch die verdichteten Aetherhüllen um jedes Atom und werden ebenfalls zusammengedrückt, die einen mehr, die anderen weniger, je nach der Zusammendrückbarkeit der Atome. Im Bestreben, sich auf ihren natürlichen Raum wieder auszudehnen, bewegen sich die Aetherhüllen innerhalb des engen, ihnen gelassenen Raumes in ungemein raschen Schwingungen — und diese Schwingungen sind die Wärme.

Wärme ist also weiter nichts als Schwingungen verdichteter Aetherhüllen um jedes Atom (durch Mittheilung aber auch der Atome selber) und wird bei genügender Schnelligkeit der Schwingungen zu Lichte, welches also sichtbarer Weltäther ist. Die ihrer Gestalt wegen am meisten zusammendrückbaren Atome haben also das größte spezifische Gewicht, d. h. das größte Gewicht im Verhältniß zum ausgefüllten Raume, aber die geringste spezifische (d. h. ihnen eigenthümliche) Wärme, so lange sie nicht beträchtlich ausgedehnt werden. Vermöge ihres größeren spezifischen Gewichts (oder ihrer geringen Ausdehnung) bieten sie dem Weltätherdruck weniger Oberfläche dar als die leichteren, welche also um sie her zusammengeballt werden. Dies ist die Entstehung der Weltkörper, welche langsam verlaufend zu denken ist.

Mit der Verdichtung der Atome zu immer wachsenden Weltkörpern wächst die Zusammenpressung der Aetherhüllen um sie herum, also auch die Zahl ihrer Schwingungen bei vermindertem Raume für die Schwingungen. Mit anderen Worten, die Bewegung setzt sich in Wärme um, welche freie (fühlbare und den Atomen mittheilbare) Wärme wird, weil sie Arbeit verrichtet hat. Die freie Wärme macht aus festen Atomen flüssige, aus flüssigen gasige und sie dadurch fähig, mit anderen Atomen chemische Verbindungen einzugehen, zu welchen gehört, daß mindestens eines der sich verbindenden Atome flüssig ist. Da nun die Wärme alle Stoffatome ausdehnt, so wirkt also der Weltätherdruck, der die Wärme erzeugt hat, sich selbst entgegen, bis ein Gleichgewicht zwischen seinem Drucke und der Ausdehnung durch die Wärme hergestellt ist — ein Gleichgewicht, welches immer auf's neue dadurch gestört wird, daß neue Atome dem Weltkörper angedrückt werden und dessen Hitze steigern, welches sich aber immer wiederherstellen wird. Die Weißglüh-Hitze der Sonnen ist hiernach das Ergebniß riesiger Stoffanhäufung durch den Aetherdruck, wobei massenhafte Bewegung (Arbeit) in freie Wärme umgesetzt wird.

Das alles wird sich bis auf Nebendinge rechtfertigen lassen. Eine ganz abweichende Meinung aber müssen wir betreffs des Punktes aussprechen, daß Spiller den Weltäther aus Kügelchen von äußerster Kleinheit bestehen läßt. Dies ist für ihn ein unlösbarer Widerspruch, der obendrein nicht nothwendig erscheint. Als ein nicht „körperfähiger" Stoff darf er nicht in irgend einer Gestalt gedacht werden: als Kügelchen würde er zwischen diesen leere Räume lassen, welche es in der Natur nirgends nachweislich giebt; und wenn in diese leeren Räume Atome hineingeriethen und dieselben gerade ausfüllten, könnte er sie nicht drücken. Warum nicht den Weltäther gestaltlos sein lassen, so daß er gar keine Lücken zwischen sich läßt?

Mit dieser einen Einschränkung bietet die Spiller'sche Lehre, soweit wir sie geschildert haben, ein denkrichtiges Ganze, welches keinem bekannten Naturgesetze widerspricht.

Politische Uebersicht.

— „Die freie Liebe", wie sie in der heutigen Gesellschaft praktizirt wird, fand vor einigen Tagen in Berlin eine drastische Beleuchtung. Ein Mormonenapostel, Schwabe oder Schweizer seiner Abstammung nach, hielt dort vergangene Woche einen Vortrag über das Mormonenthum. Er sprach über Alles, nur nicht über das Thema, welches die Zuhörer am meisten interessirte, die Vielweiberei. Lassen wir nun die „Vossische Zeitung" erzählen: „Sowie er mit seinem Amen geendigt hatte, erhob sich deshalb ein Sturm von Interpellationen über diesen Punkt. Der bekannte Philadelphia-Berichterstatter einer großen Berliner Zeitung formulirte die Angriffspunkte gegen die Vielweiberei, welche alle Culturvölker verwürfen, in schärfster Weise. Die Türkei zeige uns, wohin die Vielweiberei führe. Sie zerstöre den Grundpfeiler jedes Staatswesens, die Familie. Bruder Braendli aber (so hieß der Mormonen-Apostel) erwies sich diesen Attaken gegenüber als gewappnet. Er habe über die Vielweiberei absichtlich geschwiegen, weil die Gesetze dieses Staates, in dem er jetzt rede, sie verbieten. Und dann schleuderte er keck der Civilisation den Vorwurf in's Antlitz, daß sie habe, was man in Utah nicht kenne, die Prostitution und die Maitressen-Wirthschaft. ‚Wir kennen keine weinenden, treulos Verlassenen, wir kennen keine Kinder, die den Namen des Vaters nicht führen dürfen. Wir kennen keine öffentlichen Häuser, außer in der Salzseestadt — wohin die Civilisation schon gedrungen ist!'" So weit der Bericht der „Vossischen Zeitung". Daß einer der anwesenden Vertreter der „Civilisation" dem Mormonenbruder geantwortet hätte, davon wird nichts gesagt. Sie werden geschwiegen haben. Was hätten sie auch einwenden können? Die „freie Liebe" in ihrer ekelhaftesten Gestalt besteht ja in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft — nur die widerlichste Heuchelei sieht es nicht, und nur die schamloseste Frechheit leugnet es ab. Gegenüber dieser zügel- und regellosen Vielweiberei und Vielmännerei muß die geregelte Vielweiberei des Mormonismus, wir wollen nicht sagen als Fortschritt, aber immerhin als das kleinere von zwei Uebeln erscheinen. Freilich, ob organisirt oder nicht organisirt: Prostitution ist's in dem einen wie in dem andern Falle. Dadurch, daß der Mormonismus die Prostitution legalisirt und organisirt hat, hat er sie nicht aufgehoben, sondern nur einige der schlimmsten Wirkungen beseitigt, aber auf Kosten der Freiheit des Weibes, das schmählich herabgewürdigt wird. Die Prostitution kann nur verschwinden, das Weib nur zu seiner Emanzipation gelangen, das Verhältniß zwischen Mann und Frau nur zu einem wahrhaft sittlichen sich gestalten in einer Gesellschaft, welche die Gleichheit zur Grundlage und die höchste Entfaltung und Ausübung aller menschlichen Fähigkeiten in jedem Individuum zum Zweck hat; kurz in der Gesellschaft, welche der Sozialismus erstrebt.

— Der Sozialismus tödtet den Erfindungsgeist und damit — die Möglichkeit des Fortschritts, — das ist einer der gewöhnlichsten Vorwürfe, die man uns macht. Gleich den übrigen uns gemachten Vorwürfen („Theilen", „Zerstören der Familie", „Aufheben des Eigenthums" ꝛc.) stellt auch dieser die Wahrheit auf den Kopf und legt dem Sozialismus Das zur Last, was die Praxis und das Verbrechen der heutigen Gesellschaft ist, und was der Sozialismus abschaffen will. Gerade die heutige Gesellschaft ist es, welche den Erfindungsgeist tödtet, und zwar auf die radikalste und einfachste Weise von der Welt: indem sie die Erfinder Hungers sterben läßt. Die Geschichte der Erfinder und Entdecker ist eine Geschichte von Märtyrern. Von Columbus, um nicht weiter zurückzugreifen, bis zu Wilhelm Bauer, eine fortlaufende Reihe von Ausgebeuteten, Mißhandelten, Verkannten, Betrogenen, dem Elend Ueberlieferten. Ein neuer Beleg findet sich jetzt in den Zeitungen. Da lesen wir: „Das nicht seltene Loos der Erfinder theilt, wie aus Petersburg berichtet wird, auch P. P. Knjakininskij, der Erfinder der automatischen Setzmaschine, welche auf der Petersburger Industrieausstellung 1870 von sich reden machte. Knjagininskij war nach Moskau gegangen, um daselbst seine Erfindung zu verwerthen. Vergebens that er die verschiedensten Schritte, um seine Idee verwirklichen zu können. Ueberall mit leeren Versprechungen abgespeist, erkrankte er zuletzt. Lange Zeit lag er im dortigen Hospitale darnieder. Endlich nahmen sich seiner mitleidige Menschen an und verschafften ihm die Mittel, nach Petersburg zurückzukehren, wo er endlich seine Erfindung verwerthen zu können hoffte. Doch auch dort verfolgte ihn sein Mißgeschick. Er richtete nichts aus und ist gegenwärtig ein häufiger Gast des Nachtasyls für Obdachlose." — Eine vernünftig organisirte Gesellschaft, wie der Sozialismus sie anstrebt, würde Knjakininskij im vollsten Maße die Mittel zur Ausbildung und Nutzbarmachung seines Talents gewähren. Die „beste der Welten" der Bourgeoisie läßt ihn obdachlos herumirren, und schließlich auf einem Misthaufen sterben. Und was von den Erfindern und Entdeckern, das gilt überhaupt von den Männern der neuen Ideen, von den Männern der Wissenschaft. Wir erinnern an Feuerbach. Nicht zufrieden damit, die ungeheure Mehrzahl der Menschen an der Entwickelung und Ausbildung ihrer Talente zu hindern, vernichtet die Bourgeois-Gesellschaft auch noch das unabhängige Talent in den seltenen Fällen, wo es zufällig zur Entfaltung gelangt. Wer also ist es, der den Erfindungsgeist, das wissenschaftliche Fortstreben tödtet? Der Sozialismus oder die Bourgeois-Gesellschaft?

— Die Bildung der „Gebildeten". Aus vielen Gegenden Deutschland treffen Nachrichten ein von den überaus kläglichen Resultaten, welche die diesjährigen Herbstprüfungen zum einjährig-freiwilligen Militärdienst geliefert haben. Die Bourgeoissöhnchen müssen ganz verteufelt faul gewesen sein, oder ihre Schädel sind von den patriotischen Allotrias, die gegenwärtig in Deutschland herrschen, derartig inficirt, daß sie für Aufnahme normaler wissenschaftlicher Kenntnisse ungeeignet geworden sind. So meldet man aus Köln, daß von 65 jungen Leuten bei bei dem Examen 44 durchgefallen sind. Und ganz ähnliche Resultate haben die Prüfungen im Königreich Sachsen und in Schleswig-Holstein geliefert. Wenn so etwas aber in Rheinland, Sachsen und Holstein geschieht, wo die Schulbildung verhältnißmäßig gut ist, wie mag es erst in den anderen Provinzen aussehen, von wo wir die Nachrichten über das Freiwilligen-Examen nicht gelesen haben. Der Niederlage zu Philadelphia, welche unsere Fabrikanten erlitten, reiht sich diese neue Niederlage unserer Fabrikantensöhnchen würdig an.

— „Die Briefe sind in den Händen der Post so sicher wie die Bibel auf dem Altar", mit diesen pathetischen Worten schloß weiland Herr Stephan seine verunglückte Rede zur Widerlegung der im Reichstag gegen die Postverwaltung erhobenen Anklage. Eine hübsche Illustrirung dieser kühnen Tirade bildet die zuerst von der „Frankfurter Zeitung" und dann auch von der Berliner „Volkszeitung" (Nr. vom 1. Oktober) mitgetheilte Thatsache, daß eine ultramontane Broschüre (der „Pascha" von Bolanden), die per Post versandt wurde, seitens einer leider nicht namhaft gemachten, rheinpreußischen Postanstalt (in „P.") nicht an den Adressaten, sondern an die Polizei abgegeben wurde mit dem Vermerk „zur Durchsicht". Die Confiskation der Schrift ist seitdem erfolgt. — Wir legen's zum Uebrigen!

— Einen sehr einfältigen Nachruf widmet die „Magdeburgische Zeitung" dem verstorbenen Ziegler. Wenn die in demselben enthaltenen Tiraden auf Wahrheit beruhten, so wäre der Freund Lassalle's ein recht einseitiger und einfältiger Mensch gewesen. Wir wollen nur eine Phrase der „Magdeburgerin" herausgreifen: „Der Gedanke der Freiheit war ihm undenkbar und unfaßbar ohne den Gedanken der Zucht." — Freiheit und Zucht sind nun direkte Antipoden — wer Freiheit liebt, kann nicht die Zucht wollen und umgekehrt. Hätte die „Magdeburgerin" anstatt Zucht: Ordnung gesagt, so würde sie eher Recht haben, obwohl eine solche Ordnung, wie sie sie versteht, für die Menschheit eine Zuchtruthe ist. Doch Ziegler verstand, wenigstens in den letzten Jahren unter Freiheit und Ordnung nicht das, was der gegenwärtige Liberalismus darunter versteht. Uns fallen zwei Bemerkungen des alten Herrn ein, welche er einem sozialdemokratischen Abgeordneten machte, und welche den Beweis liefern, daß die Verfechter der heutigen Gesellschaft wenig Gnade vor seinen Augen fanden. 1874 sagte Ziegler in einer kleinen Gesellschaft: „Ich bin jetzt zu alt und müde, sonst würde ich aus der Fortschrittspartei austreten, welche fortwährend den Krebsgang geht; doch die leidige Gewohnheit ist stärker, als ich alter Mann". Dann sagte er im Jahre 1875 im Reichstage, indem er aus dem Sitzungssaal in den Vorsaal trat: „Mit Ekel erfüllt werde ich, wenn ich auf die große Anzahl unserer „Collegen" blicke; aus jeder Rede, aus jeder Abstimmung blickt die Stellenjägerei hervor — man muß sich fast schämen, Reichstagsmit-

Auch ein Verrückter.

(Fortsetzung.)

Das Hauptzollamt antwortete: 1. Juli 1869: Br. m. s. lr. zurück. Hermes hat auf mündlichen Vorhalt uns die Erklärung abgegeben, den pp. Ließ von seiner bisherigen Beschäftigung entnehmen und dessen Stelle vom 28. v. Mts. ab durch einen anderweiten geeigneten Commis, dem Procura ertheilt werden würde, versehen lassen zu wollen. Die Abfertigungsstelle hat anzuzeigen, ob pp. Hermes seinem Versprechen nachgekommen ist. Die event. dem Nachfolger des pp. Ließ ertheilte Vollmachtserklärung ist vorzulegen. Zollvereinsländisches Haupt-Zollamt. Collas. Lucas. Großschupf.

Es zeigt darauf Albrecht am 3. Juli 1869 an: Br. m. dem vereinsländischen Haupt-Zollamt, hier mit der Anzeige gehorsamst wieder vorzulegen, daß am 28. v. Mts. der Commis Hermann Schmid laut anliegender Vollmacht angetreten ist. Zollabfertigungsstelle auf dem Lübecker Bahnhof. Albrecht, Ober-Controleur.

Es fragt sich jetzt, ist Konrad Ließ durch die Zollbeamten Albrecht, Butter, Kahl und bez. Collas um seine Stellung gebracht worden oder nicht? Wir glauben, jeder unbefangene Leser wird diese Frage bejahen. Hermes wird die Unbotmäßigkeit seines Procuristen vorgehalten, seine Zurückziehung verlangt und zugestanden, Ließ auch wirklich zurückgezogen.

Man kann es begreifen, daß Ließ diese „Kleinigkeit", wie Professor Dr. Meyer meint, nicht als eine Kleinigkeit, sondern als eine empörende Rechtsverletzung betrachtete. Er glaubt darauf den § 345 des Strafgesetzbuches anwenden zu können, der da sagt: „Zuchthausstrafe trifft den Beamten, welcher vorsätzlich eine Strafe vollstrecken läßt, von der er weiß, daß sie überhaupt nicht oder nicht der Art oder dem Maße nach vollstreckt werden darf".

Ließ äußerte sich selbst darüber:

„Das damals geltende Zoll-Strafgesetz besagte ausdrücklich, daß nur das Gericht im Falle des wiederholten Rückfalles der Schmuggelei oder bei erwerbsmäßiger und betrügerischer Schmuggelei auf Untersagung des diesbezüglichen Geschäftsbetriebes erkennen könne, eine Strafe die das jetzige Zoll-Strafgesetz nicht mehr kennt, da es sich mit der Humanität der Jetztzeit nicht verträgt, Jemandem in seinem Broderwerb hinderlich zu sein. Das zollvereinsländische Haupt-Zollamt in Hamburg beging demnach einen schweren Mißbrauch der Amtsgewalt, als es mir meinen diesbezüglichen ehrlichen Broderwerb nahm, da es sich richterliche Befugnisse anmaßte und diese angemaßte Befugniß mißbrauchte, indem es über mich willkürlich eine Strafe verhängte, die über mich gar nicht zu verhängen war, da ich weder geschmuggelt habe, noch habe schmuggeln wollen, sondern nur aus dem unlauteren Grunde, weil ich daran hinderlich war, daß die Beamten ihren vorgesetzten Behörden falsche Vorspiegelungen machten."

Ließ wandte sich hierauf beschwerdeführend an die Generalsteuer-Direktion zu Berlin und diese forderte das Hauptzollamt Hamburg zur Berichterstattung auf. In der Antwort des Hauptzollamtes wurden die Beschwerden gegen Ließ wiederholt, jedoch behauptet, daß seine Zurückberufung bez. Entlassung aus seiner Stellung lediglich aus der freien Entschließung seines Prinzipals erfolgt sei, und zur Bestätigung dieser Behauptung wurde eine protokollarische Erklärung von Hermes vom 22. Juli 1869 überreicht, wonach sein Geschäftsführer nicht pünktlich und nicht sorgfältig genug in seinen Arbeiten gewesen, wofür ihm ein Abzug von 800 Mark an seinem Salair gemacht worden wäre. Erst durch den ablehnenden Bescheid der Generalsteuer-Direktion, die sich auf diese Erklärung berief, erhielt Ließ davon Kenntniß. Er stellte seinen Chef zur Rede, und dieser behauptete, die Erklärung, ohne ihren Inhalt zu kennen, aus Gefälligkeit unterzeichnet zu haben. Ließ bezeichnete die Erklärung als lügenhaft und seinem Chef nur abgenöthigt, um die gegen die Beamten erhobenen Beschuldigungen zu entkräften. Thatsächlich hatte nie ein Gehaltsabzug stattgefunden. Schlagend wird die Erklärung durch die Zeugenaussage Hermes über Ließ's Untüchtigkeit widerlegt. Die Bücher des Hermes enthielten auch nichts über einen Gehaltsabzug.

Wir lassen das Schreiben der Generalsteuer-Direktion folgen: „Auf die gegen pp. Albrecht erhobene Beschwerde eröffne ich Ihnen, daß nach dem auch durch die Aussage Ihres Prinzipals Herrn H. F. Hermes bestätigten Ergebnisse der angestellten Ermittelungen von dem Letzteren Ihre Entfernung von den Funktionen als Vertreter des Zoll-Abrechners bei der Hamburg-Lübecker Eisenbahn daselbst nicht in Folge angeblicher Drohungen des Ober-Controleurs Albrecht, sondern deshalb beschlossen worden ist, weil Sie die Ihnen übertragenen Geschäfte nicht mit der wünschenswerthen Pünktlichkeit und Sorgfalt versehen haben. Herr Hermes hat überdies erklärt, seinerseits keinen Anlaß zu Klagen gegen den Ober-Controleur Albrecht zu haben. Die erhobenen Beschwerden sind sonach unbegründet, und es liegt keine Veranlassung vor, Ihnen zur Wiedererlangung der entzogenen Geschäfte am Lübecker Bahnhof oder zur Geltendmachung Ihrer vermeintlichen Entschädigungsansprüche die gewünschte Hilfe zu leisten. Dagegen muß Ihnen bemerklich gemacht werden, daß Sie durch fernere wahrheitswidrige Beschuldigung des Ober-Controleurs Albrecht sich strafrechtlichen Folgen aussetzen werden. Für den General-Direktor der Steuern: Geim.

Ließ wandte sich jetzt an die Staatsanwaltschaft in Hamburg, und als diese den Competenzeinwand erhob, noch einmal an die Generalsteuer-Direktion in Berlin, der gegenüber er seine früheren Beschuldigungen aufrecht erhielt und hinzufügte, daß die Erklärung seines Chefs durchaus auf Unwahrheit beruhe und fügte hinzu:

„Daß ich dem Ansinnen des Herrn Ober-Controleurs Albrecht s. Z. nicht nachgekommen bin, einzelne Declarationen einzuliefern, geschah zufolge strikter Ordre des Herrn Hermes, welcher mir erklärte:

> Ich will nicht, daß Sie diesen Leuten gefällig sind. Ich weiß, daß Sie chikanirt werden, und soll dies ein Druck auf mich sein, denn ich gebe diesen Leuten wohl nicht genug aus. Nun will der Ober-Controleur Albrecht einen Sack Kaffee von mir haben, den will ich ihm nicht noch hingeben, und darüber ist er wohl ärgerlich."

Fünf Wochen vergehen ohne Nachricht, Ließ wendet sich monirend an die General-Steuer-Direktion und erhält von dieser unter'm 2. Dezember 1869 den Bescheid, daß die „Erörterungen" noch nicht abgeschlossen seien und daß daher noch nicht feststehe, „ob die fragliche Angelegenheit zur gerichtlichen Verfolgung abgegeben werden würde". „Die Verwaltung allein hat zu entscheiden, ob und wie weit es angemessen erscheint, Sie bei den stattfindenden Erörterungen zuzuziehen".

Seine Beschwerden über das empörende geheime Verfahren wurden später zur Motivirung seiner Geisteskrankheit benutzt.

Am 31. Dezember erhält Ließ folgenden Bescheid: „Auf die Eingabe vom 22. Oktober d. J. benachrichtige ich Sie, daß die

glied zu sein". Und auf die Frage: „Sie meinen doch wohl nur die Herren Nationalliberalen?" erwiederte Ziegler: „Nein, die Stellenjägerei reicht viel weiter noch nach links". — Wir sind natürlich auch nicht mit Ziegler's „preußenthümlichen" Ansichten einverstanden, mit seiner Begeisterung für den Krieg 1866 — doch ist er im Allgemeinen ein überaus gerader, ehrlicher Charakter gewesen, den der Nationalservilismus am wenigsten Ursache hat, zu loben, da er die Kriecherei und Speichelleckerei bis in den Tod haßte.

— „Mörder! Räuber!" — so lauten schon längst die Schmeichelnamen, mit denen man die Sozialdemokraten von gegnerischer Seite belegt. Und wenn irgendwo einmal die Seuche ausbricht und sei es auch nur die „Preußenseuche" oder die „Rinderseuche", so heißt es sofort: „Die bösen Sozialdemokraten machen durch ihr Demagogenthum es jedem Bürger zur Pflicht, sich hinter den preußischen Gensdarmen zu verkriechen und das Bismarck'sche Hutfutter zu küssen" — oder: „Die Sozialdemokraten haben die Brunnen vergiftet, aus welchen das Vieh getränkt wird". Und wer dies etwa nicht glaubt, dem diene Folgendes zur Notiznahme: Am 3. Oktober verhandelte das Schwurgericht zu Eisenach gegen zwei Personen wegen Raubmordes. Der vertheidigende Rechtsanwalt Namens Hering schob den Raubmord der Sozialdemokratie in die Schuhe, indem er mit weinerlich-süßlicher Stimme sagte: „Tiefes Mitleid ergreift mich, wenn ich diese Angeklagten erblicke; sie sind lediglich ein Opfer der Verführung seitens derjenigen Menschen, welche alle bestehende Ordnung über den Haufen stürzen wollen; ja, sie sind den Verführungen der Sozialdemokratie erlegen". Bei diesen rührenden Worten sollen viele der Anwesenden und auch die beiden Raubmörder laut geschluchzt haben — besonders der eine der Bejammernswerthen, der schuldlos wie ein Lamm, schon 12 Vorbestrafungen erlitten hat. Die böse Sozialdemokratie hat also auch diesen „Unschuldigen" auf dem Gewissen. Das Urtheil wurde bis zum 11. Oktober ausgesetzt. — Uebrigens möge sich Herr Hering Eines merken, daß es der Sozialdemokratie nur zur Ehre gereichen kann, wenn „gewerbsmäßige" Advokaten, die so recht den Typus der heutigen herrschenden Gesellschaft zeigen, die Sozialdemokratie verläumden. Die Bauern Westfalens und Holsteins sagen häufig, wenn sie einen Courierzug erblicken: „Donnerkiel! Dei fährt so schnell, as dei Avkoot in de Höll".

— Der diesjährige Verbandstag der deutschen Gewerkvereine wird in den Tagen vom 15.—17. Oktober in Breslau versammelt sein. Unter mancherlei anderen Dingen, die der Verbandstag zu verrichten gedenkt, will er auch Stellung nehmen zu den brennenden Fragen der Gewerbegesetzgebung. Welcher Art dieses Stellungnehmen sein wird, ist bei der Fortschrittlertendenz der Gewerkvereinler unschwer vorauszusehen — matte Resolutionen und unterthänigste Petitionen, etwas anderes wird nicht herauskommen.

— Die würtembergische „Volkspartei" hielt am 1. Oktober eine „von dreihundert Männern aus allen Theilen des Landes besuchte" Landesversammlung ab, in der man sich hinsichtlich der bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen verständigte. „Es wurde im Hinblick darauf, daß alle ideellen Forderungen der Demokratie im allgemeinen Programm der Volkspartei niedergelegt sind, beschlossen, nur diejenigen Wünsche und Forderungen in das Programm hereinzuziehen, welche als unerläßlich und zunächst erreichbar auch in solchen Kreisen betrachtet werden, welche es gut mit Land und Reich meinen, wenn sie auch nicht unmittelbar der Volkspartei angehören. Von den Candidaten für den Reichstag soll verlangt werden, daß sie eintreten für die Abschaffung der Diätenlosigkeit und der dreijährigen Präsenz, für verantwortliche Reichsministerien, gegen jede Verschlechterung des Strafgesetzes, gegen die Beschränkungen der Preßfreiheit und des Vereinsrechtes, für Ueberweisung der politischen Vergehen an die Schwurgerichte, für Erhaltung unserer Gemeindegerichtsbarkeit, gegen den Anwaltszwang, gegen das Reichseisenbahnprojekt ꝛc. ꝛc. Ein Flugblatt, welches diese Forderungen begründet und präzisirt, wird die Wahlagitation einleiten." — Die Beschlüsse betreffs der Landtagswahlen haben kein Interesse für uns

— Das schweizerische Fabrikgesetz ist eine Schwergeburt, und ein gesundes Kind wird nicht zu Tage kommen. Der ursprüngliche Entwurf, an sich schon mangelhaft genug, hat durch die verschiedenen Commissionen Spießruthen zu laufen, und was die eine nicht verdirbt, verdirbt die andere. Jetzt ist er aus den Händen der Commission des Ständeraths hervorgegangen, und man muß derselben nachsagen, sie hat ihr Möglichstes gethan für die Interessen der — Fabrikanten. Verbessert hat sie nichts, verschlechtert viel, sehr viel. Ein uns vorliegender Bericht theilt über die Arbeit der Commission Folgendes mit: Die Worte „geschlossene Räume" sind beibehalten worden (s. die Corr. „Aus der Schweiz" in nächster Nummer) Der elfstündige Normalarbeitstag ist allerdings gerettet, dagegen das Gesetz bei der Kinderarbeit erheblich verschlechtert. Nach den nationalräthlichen Beschlüssen sollten Kinder, welche das vierzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, zur Fabrikarbeit nicht verwendet werden. Die ständeräthliche Commission erachtete dies als zu weit gehend und setzte das Fabrikalter auf dreizehn Jahre fest! — Bei der Haftpflicht wurde Art. 5 des Entwurfs bedeutend umgestaltet und zunächst nur ein Provisorium geschaffen, das im Wesentlichen die Bestimmungen des Art. 5 enthält. Der Fabrikant haftet für den entstandenen Schaden, wenn ein Mandatar, Repräsentant, Leiter oder Aufseher der Fabrik durch ein Verschulden in Ausübung der Dienstpflicht, Tod oder Verletzung eines Arbeiters herbeiführt. Er haftet auch, wenn ohne ein solch spezielles Verschulden durch den Betrieb der Fabrik Körperverletzung oder Tod eines Arbeiters oder Angestellten herbeigeführt wird, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten oder Getödteten erfolgt ist. Fällt dem Getödteten oder Verletzten eine Mitschuld zur Last, so wird dadurch die Haftpflicht des Fabrikanten angemessen reducirt. Die Verjährung tritt in zwei Jahren ein. Der Richter urtheilt über den Umfang des zu ersetzenden Schadens unter Würdigung aller Verhältnisse nach bestehendem kantonalem Rechte. Der nationalräthliche Entwurf war hier allgemeiner gehalten, er bestimmte die Haftpflicht, wenn durch den Betrieb einer Fabrik Körperverletzung oder Tod eines Arbeiters herbeigeführt wird; von diesem allgemeinen Standpunkte aus nahm der Nationalrath auch dann eine Haftpflicht der Fabrikanten an, wenn „erwiesenermaßen eine Industrie bestimmte krankhafte Zustände zur Folge hat, die nicht auf andere Ursachen zurückgeführt werden können" (Nekrose der Kiefer bei der Fabrikation der Phosphorzündhölzchen, Saturninlähmung in Bleiweißfabriken). Neu in der ständeräthlichen Fassung ist noch die Verweisung auf das kantonale Recht mit Rücksicht auf das Provisorium. Die Zahl der Feiertage wurde von sechs auf acht erhöht. In weiterer Berathung strich die Commission in Art. 14 die Bestimmung, daß Wöchnerinnen schon vor Ablauf der sechswöchentlichen Frist beschäftigt werden können, wenn sie über ihre Befähigung zur Arbeit ein ärztliches Attest beizubringen vermögen. Das Fabrikinspektorat wurde beibehalten, seine Organisation jedoch mit größerer „Freiheit", d. h. geringerer Machtvollkommenheit, ausgestattet und die Fixirung des Gehaltes gestrichen — kurz die Bedeutung und Wirksamkeit der Fabrikinspektoren möglichst geschmälert. Ob der Ständerath, und, wenn nicht dieser, der Nationalrath die Verschlechterungsanträge der Commission ablehnen und ein vernünftiges Fabrikgesetz herstellen werden? Wir müßten Thoren sein, wollten wir es hoffen.

— Bestrafte „Ordnungshelden". Bekanntlich fand in der schweizerischen Bundesstadt Bern im März eine Feier zur Erinnerung an die Pariser Commune statt, bei der es während des Festzuges zu Thätlichkeiten kam, indem rohe Leute aus derjenigen Klasse, welche die gesellschaftliche Ordnung zu vertreten vorgibt, über die Festfeiernden herfielen und die rothe Fahne zerrissen. Nachdem sich der größere Theil der schweizerischen Presse zuerst in wüthenden Angriffen gegen die Sozialisten und Communisten ergangen hatte, statt die wahren Ruhestörer Mores zu lehren, brach sich nachher ein gerechteres Urtheil Bahn. Man erinnerte sich, daß in der schweizerischen Republik ein Jeder Versammlungen halten und beliebige Fahnen ausstecken darf. Am nachdrücklichsten aber betonten die Angegriffenen selbst den Rechtsstandpunkt, sie verlangten für ihr geschädigtes „Eigenthum" Schadenersatz und Bestrafung der „Ordnungsfeinde". Der Spruch, der nun erfolgt ist, verurtheilt drei Bürger zu je 30 Franken Buße, den Prozeßkosten und zum Schadenersatz für die zerrissene rothe Fahne. — Drei Spießbürger, welche das Geld zur Anschaffung einer neuen rothen Fahne hergeben müssen — das ist jedenfalls ein interessantes Ereigniß!

— Militärwirthschaft in der Schweiz. Auch in der Bourgeoisrepublik in unserer Nachbarschaft blüht der Militarismus. Die Behandlung der Soldaten ist durchaus keine humane, wie nachfolgende Thatsache beweist. Ein Militärpflichtiger begab sich in Genf vor kurzer Zeit auf das Militärdepartement, um sich nach seinen Pflichten zu erkundigen. Bescheid gab man ihm nicht, dahingegen wurde er sofort gebunden in den Arrest geführt, weil er eine Musterung, von der er keine Ahnung gehabt, im fernen Heimatcanton versäumt hatte. — Nette Zustände das in der „freien" Schweiz.

— Krieg oder Friede. Noch herrscht die alte Ungewißheit. In Serbien neue Massenschlächtereien: die Russen brauchen um jeden Preis einen „Erfolg", und da werden die unglücklichen Eingebornen von den Agenten des Czars in tollster Weise vor die türkischen Bajonnette getrieben. Daß sie, trotz der russischen Zuzüge den Türken nicht gewachsen, regelmäßig Niederlagen und schwere Verluste erleiden, das kümmert die gewissenlosen Werkzeuge der Petersburger Diplomatie nicht: sie haben ja nur im Interesse ihrer Brod- und Auftraggeber zu handeln, was liegt ihnen an den Serben, die so gimpelhaft waren, auf den russischen Leim zu gehn? Die Brod- und Auftraggeber brauchen einen „Erfolg", um aus der diplomatischen Sackgasse zu kommen: ergo darf das „Kanonenfutter" nicht geschont werden, und mit den serbischen Milizen wird von den Agenten des milden Czars ebenso kaltblütig experimentirt, wie von Anatomen mit untergeordneten Thieren. An höheren Thieren, z. B. Pferden, ist die Vivisektion (das Zerschneiden des lebenden Körpers) verboten. Ein Verbot gegen die Vivisektion an Menschen besteht aber noch nicht. — Die Türkei hat die Friedensvorschläge der Russen (oder genauer: die russische Interpretation der englischen Friedensvorschläge) abgewiesen und bereitet sich zum Aeußersten vor. Wird Rußland nun „muthig zurückweichen", oder —? Die fortgesetzten Niederlagen in Serbien machen einen anständigen Rückzug fast unmöglich. Aber der unanständigste diplomatische Rückzug kann besser sein als der Krieg. Außer Preußisch-Deutschland hat Rußland keinen Bundesgenossen, und dieser einzige Bundesgenosse wird durch Frankreich im Schach gehalten. Rußland würde sonach allein mit der Türkei und deren zweifellosen Bundesgenossen, England und Oestreich, zu kämpfen haben. Daß es in einem solchen Kampf zum mindesten keine sichere Aussicht auf Sieg hätte, liegt auf der Hand. Und dazu kommt, daß Polen einen weit gefährlicheren Dorn im Fleische Rußlands bildet, als Serbien, sammt Montenegro, „dem bischen Herzegowina" und sonstigen Anhängseln, im Fleische der Türkei. Wenn der Friede erhalten bleibt, so verdanken wir ihn der Furcht Rußlands, nicht der Diplomatie, die im Gegentheil die Kriegsgefahr erst recht heraufbeschworen hat, ein Vorwurf, der vor allem die deutscher Diplomatie trifft. — In wenig Wochen — am 30. d. M. — tritt der Reichstag zusammen? Werden sich so viele Männer im „Areopag des deutschen Volks" finden, daß eine Interpellation an die Reichsregierung gerichtet und Fürst Bismarck für seine Politik zur Rechenschaft gezogen werden kann? —

— Der „Vorwärts" hat gleich in den ersten Tagen seiner Existenz von der Tücke des Schicksals zu leiden gehabt. Die Post wurde durch „des Himmels wunderbare Fügung" an verschiedenen Orten an der rechtzeitigen Ausgabe in höchst merkwürdiger Weise verhindert. So geschah es auch, wie die „Berliner Freie Presse" berichtet, in Berlin, wo den Postabonnenten die Sonntagsnummer, welche am Sonntag Morgen gegen 8 Uhr in Berlin eingetroffen war, erst am Dienstag gegen Abend eingehändigt wurde. Daß Se. Vortrefflichkeit, der Herr Generalpostmeister ebenso wie unser Tessendorf an diesem Mißgeschick gänzlich unschuldig sind, ist natürlich ganz außer Frage.

— In der vorigen Nummer theilten wir mit, daß in Prag mehrere Sozialisten, welche zusammengekommen waren, um über den Stand und die Vergrößerung des tschechischen Parteiorgans „Boudocnost" sich zu besprechen, von der Polizei verhaftet worden seien. Dieselben sind Tags darauf wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Freude des „Leipziger Tageblattes", welche sich so laut über die Entdeckung einer Verschwörung der Internationalen kundgab, ist also zu Wasser geworden.

— Die Nummer der „Bergischen Volksstimme" vom 3. Oktober wurde polizeilich mit Beschlag belegt. Mit den in der Druckerei noch vorhandenen Exemplaren wurde auch die Druckform fortgenommen. — Auch die Nr. 1 der Flugschrift: „Die rothe Fahne" wurde confiscirt.

Correspondenzen.

n. Aus Schleswig-Holstein, 5. Oktober. Der „Löwe" des Tages — wollte sagen der Fortschrittspartei, Landtags- und Reichstagsabgeordneter, Doktor und Professor Hänel zu Kiel, der in der letzten Zeit so laut und so oft sein Freiheitsgebrüll durch unsere Gauen ertönen ließ, hat sich und die Fortschrittspartei, deren erklärter „Brüller" er ist, in einer ganz verzwickten Schlinge gefangen. Wie oft hat Dr. Hänel das „allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht" in Staat und Gemeinde als eine langjährige Forderung der Fortschrittspartei hingestellt, wie oft haben wir hören müssen, daß nur deshalb ein Theil der Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhause gegen den Antrag der Klerikalen auf Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts in den Gemeinden gestimmt habe, damit den falschen Volksverführern, den Klerikalen, nicht ein unverdienter Lorbeer um das Haupt gewunden werde; und dabei mußten wir gleichfalls vernehmen, daß Hänel, der große Hänel, sich nicht einmal dadurch habe beirren lassen, nein, daß er trotzalledem und alledem prinzipientreu und fest geblieben und trotz Klerikalismus für die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts in den Gemeinden gestimmt habe. Das war das richtige Futter, um die freisinnigen Hühner des Wahlkreises Kiel — man verzeihe uns den Scherz — für den großen Hänel einzufangen. Die Bürger Holsteins, auch wenn sie keine Sozialdemokraten sind, wollen in ihrer großen Mehrzahl das allgemeine gleiche Stimmrecht auch in der Gemeinde, deshalb steht auch die hiesige Fortschrittspartei auf diesem Boden, und Hänel war ihr Mann. Da nun aber der große Hänel geringe Aussicht hat, den wahrhaft freisinnigen Kieler Wahlkreis im Reichstage fernerhin zu vertreten, so hat derselbe sich anderweitig umgesehen und wird außer in Kiel noch bei Ihnen in Leipzig und als Gegencandidat Hasselmanns in Barmen-Elberfeld sich aufstellen lassen. Leipzig und Barmen-Elberfeld aber sind, wenn man die Sozialdemokraten abrechnet, überwiegend nationalliberal, und deshalb mußte diesen Kreisen gegenüber der große Hänel eine etwas mattere Farbe zeigen. Er ließ sich also vor einigen Tagen flugs von einem Nationalliberalen anfragen, wie er zu dem allgemeinen gleichen Wahlrecht für die Gemeinden stehe und antwortete sehr gemäßigt und sehr zweideutig ohne jegliches Freiheitsgebrüll folgendermaßen:

„Ich erkläre, daß ich wie die Fortschrittspartei als solche laut von ihr eingebrachten Resolutionen gegen das all-

---

von Ihnen eingereichten Vorstellungen der Staatsanwaltschaft zu Hamburg zur weiteren Veranlassung werden übergeben werden."

Nach dem Voraufgegangenen müßte man annehmen, daß es sich hierbei um die Bestrafung von Albrecht und Collas handle — aber die Generalsteuer-Direktion hatte es vorgezogen, Strafantrag — gegen Ließ wegen Beamtenbeleidigung zu stellen.

Inzwischen hatte die Hamburger Zollbehörde einen neuen Versuch gemacht, von Hermes eine neue Erklärung speziell wegen des Sackes Kaffee zu erhalten. Hermes hatte die Unterschrift verweigert.

(Fortsetzung folgt.)

— Dem Professor Reuleaux ist von verschiedenen Wahlkreisen seitens der Liberalen ein Mandat zum Reichstage angeboten worden; unter Vorschützung überhäufter Amtsarbeiten hat Reuleaux höflichst für alle Anträge gedankt. Wir glauben, daß Reuleaux den Liberalen nicht recht traut, und der Mann hat recht — sie wollen ihn in ihr Cliquenwesen hineinlocken und auf diese Weise den bösen Kritiker liberaler und fabrikantlicher „Ungezogenheiten" mundtodt machen.

— Wegen eines Vergehens gegen die Sittlichkeit, verübt an Mädchen, welche die sogenannte Christenlehre besuchen, ist am 29. September schon wieder ein katholischer Geistlicher, der Pfarrer zu Dettingen am Bodensee, verhaftet worden. Das sind die Folgen der naturwidrigen und darum verbrecherischen Ehelosigkeit, zu welcher der katholische Klerus verdammt ist. Als Mitschuldige wenigstens sollte in solchen Fällen die Kirche verantwortlich gemacht werden, die den Zwang zur Ehelosigkeit ausübt, und der Staat, der solche sittenverderbende Beeinträchtigung eines Theiles seiner Angehörigen duldet.

— In Japan ahmt man dem preußisch-deutschen Systeme nach, doch erreicht man dasselbe noch nicht ganz. Gegen 20 „Preßverbrecher" sitzen, der „Köln. Ztg." zufolge, in den dortigen Gefängnissen. In Deutschland werden es wohl über 100 sein. Man sieht, daß Japan noch Vieles vom herrlichen deutschen Reiche lernen kann.

— Zur „Legitimität" der gekrönten Häupter. Aus einem interessanten Prozeßaktenstück vom Jahre 1831 erhellt, 1) daß Madame de Montijo von ihrem Gatten nur zwei Kinder gehabt, nämlich eine im Alter von 9 Monaten schon 1823 gestorbene Tochter und einen Sohn, gestorben im Alter von fünfzehn Jahren, 1827; 2) daß Herr von Montijo am 30. Oktober 1823 gestorben ist. Die Person aber (die spätere Kaiserin) die in Paris in den hohen Kreisen, wo Napoleon III. sie auszeichnete, den Namen Fräulein von Montijo trug, soll am 5. Mai 1826, also drei Jahre nach dem Tode ihres Vaters geboren sein. — Und wie viele „legitime" Häupter haben sich vor dieser „Person" gebeugt. Uns kann's recht sein.

— Vom schutzlosen Schutzmann. In Berlin wurde in einer Nacht der vorigen Woche ein 16jähriges hübsches Mädchen wegen begangenen Diebstahls nach dem Polizeigewahrsam gebracht, woselbst der Polizeischutzmann Handke Dienst hatte. Derselbe brachte das Mädchen in ein anderes Zimmer, in welchem sich ein Sopha befand. Als er aus demselben zur Wache wieder zurückkehren wollte, fiel sein eigenthümliches Wesen dem Kriminalcommissarius auf, der Verdacht schöpfte; das Mädchen wurde ärztlich untersucht und darauf der „schutzlose Schutzmann" verhaftet. Derselbe wird nun wegen § 174 des Strafgesetzbuchs sich zu verantworten haben; auf die verbrecherische That desselben steht Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren.

— In Berlin hat noch niemals ein so massenhafter Wohnungswechsel stattgefunden, wie jetzt am 1. Oktober. Tausende von Familien haben ihre theuren Wohnungen verlassen und sind in ganz neugebaute Straßen gezogen, wo sie jetzt für billige Miethe die harte Arbeit des sogenannten Trockenwohnens verrichten müssen, um dann später — nachdem sie ihre Gesundheit geschädigt haben — „gesteigert" zu werden oder das wohnlich gemachte Haus anderen Miethern, welche höheren Miethzins entrichten können, zu überlassen. Und diese „Trockenwohner" rekrutiren sich selbstverständlich aus dem Arbeiter-, Handwerker- oder dem niederen Beamtenstande, welche den besser Situirten mit Aufopferung ihrer Gesundheit derlei Dienste verrichten müssen. So sehen wir in allen Verhältnissen die ausbeutende Macht des Kapitals.

— Im Lichtensteiner Lokalblättchen leistet ein Nationalwüthiger folgenden Culturvers:

> Neu leuchtet die Sonne des Friedens so klar,
> Es pranget von Neuem der deutsche Aar,
> Der Handel, die Kunst und das Wissen gedeihn; —
> O selig, o selig, ein Deutscher zu sein! —

Ja, o selig, o selig, ein — doch wir wollen das passende Wort für den Culturfänger nicht gebrauchen. Daß er aber vor lauter „Seligkeit" beim „Singen" obigen Verses nicht mehr hat sehen können — dies wollen wir ihm schwarz auf weiß geben: „Der Handel in Deutschland gedeiht!" — siehe die gegenwärtige Krisis. „Die Kunst gedeiht!" — siehe Philadelphia. „Das Wissen gedeiht!" — siehe den Rückgang der preußischen Universitäten und die glänzenden Resultate der Einjährig-Freiwilligen-Examen. Der „selige" Verfasser obigen Verses ist ein Schullehrer wir gratuliren seinen Zöglingen im voraus zu dem „Wissen", das ihnen geboten wird.

gemeine Wahrecht in der Gemeinde, also gegen das Gemeindewahlrecht ohne den Census der Gemeindesteuer bin. Meine Abstimmung über den Antrag Röckerath hatte eine meiner Anschauung entsprechende Bestimmung und also Begrenzung des Bürgerrechtes zur Voraussetzung. Sie sprach sich nicht für das allgemeine Wahlrecht, sondern für das gleiche Wahlrecht der Bürger aus. Hierfür mußte ich mich aber auf Grund der praktischen Erfahrungen aussprechen, welche ohne Ausnahme in Schleswig-Holstein auf Grund des Systems des gleichen Wahlrechtes — verbunden mit dem auf Steuer-Census beruhenden Bürgerrecht — gemacht worden sind."

Ob die Nationalliberalen in Elberfeld-Barmen mit dieser geschraubten Erklärung einverstanden sein werden, das wissen wir nicht, bezweifeln es sogar, das aber wissen wir, daß alle freisinnigen redlichen Männer des Wahlkreises Kiel nunmehr sich von einem solchen zweideutigen Doktrinär trennen werden, und daß dadurch der Sieg der Sozialdemokratie im 7. Schleswig-Holsteinschen Wahlkreis vollständig gesichert ist. Der „Löwe" Hänel aber, der den Kieler Freisinnigen jetzt nicht weit genug, und den Elberfelder Liberalen noch zu weit geht, mag lange warten, bis ihn ein freundschaftliches Mäuschen aus seinem Netze erlöst, in welches er in so plumper Weise gefallen.

Ss. Wien, 24. Sept. Daß die Gründungen von Schultze-Delitzsch und Genossen den anderen liberalen Gründungen in nichts nachstehen, ist eine alte Geschichte. Sie schießen wie die Pilze aus dem Boden, floriren und gehen schließlich nach einem kurzen Eintagsleben zu Grunde oder fristen im besten Falle ein kümmerliches Dasein. Auch in Oesterreich folgen die Genossenschaften den Banken und Aktiengesellschaften. Auf dem österreichischen Genossenschaftstage, der am 24. und 25. September in Smichow bei Prag tagte, wurde der Versammlung die unangenehme Mittheilung gemacht, daß der Genossenschaftsverband auf dem Punkte stehe, sich aufzulösen, da ein wachsendes Defizit sich ergebe und keine Baarmittel, nicht einmal auf wenige Tage mehr, zur Erhaltung des Verbandes da seien. Eine Subscription blieb erfolglos, und nach langwierigen Debatten fand man den einzigen Ausweg darin, den Jahresbeitrag für 1877 schon im Oktober 1876 einzuziehen. Dieses Mittel kann den Todeskampf zwar verlängern aber nicht abwenden. Der pfiffige Herr Schultze aus Delitzsch entschuldigte sich vorsichtigerweise und blieb zu Hause. Er hatte Recht. Die Wirklichkeit stimmt gar zu schlecht mit seinen phrasenhaften Verheißungen von einer neuen Zukunft, die mit den Wirthschafts- und Erwerbsgenossenschaften anbrechen sollte. „Sie, die wahren Innungen unserer Zeit," schrieb er im Jahre 1865 in der „Gartenlaube", „sind berufen, das große Prinzip der freien Arbeit in seiner ganzen Tragweite, die Volleinbürgerung der Arbeiter in Staat und Gesellschaft durchzuführen .... Es ist der dritte Anlauf, den das deutsche Volk vermittelst der Genossenschaften nimmt, den Ausbau seiner nationalen Zukunft zu bewirken." Schade, daß dem Herrn Schultze, der doch jedenfalls mitanlief, der Athem ausging, so daß er keuchend sitzen bleiben und zusehen muß, wie die von ihm geschaffenen „Thatsachen, an denen sich das Nationalgefühl aufrichten kann", wie er im Februar 1865 vor dem preußischen Abgeordnetenhause sagte, als eitel Schwindel sich herausstellen.

Ein hübsches Pendant zu dieser wirthschaftlichen Ohnmacht des bestehenden Systems, liefert die Illustration seiner Corruption in dem Prozesse gegen den liberalen Abgeordneten Brandstetter, der Wechsel im Betrage von 300,000 fl. fälschte und das Vermögen seiner Kinder für sich verwendete. Daß das Prinzip der Staatshilfe dann, wenn man „etwas davon hat", durchaus nicht perhorrescirt wird, dafür der Beweis, daß mit Vertrag vom 4. September 1874 dem Brandstetter ein Staatsvorschuß von 60,000 fl. ertheilt wird, wobei als Pfandobjekt ein Bergwerk des Brandstetter diente, dessen Werth nach einer im Juni dieses Jahres vorgenommenen Schätzung ausschließlich des Zubehörs, gleich Null erachtet werden muß. Daß man ihm solche Dienste nicht pour ses beaux yeux erwies, ist begreiflich, unbegreiflich aber wäre es, wenn solch' ein Abgeordneter der Regierung gegenüber unabhängig bliebe. Uebrigens konnte man in diesem Prozesse, ebenso wie in dem Prozesse gegen Ofenheim die erbauliche Wahrnehmung machen, daß die Leute, mit denen der Angeklagte zu thun gehabt, nicht viel besser waren, als er selbst. Brandstetter's Rechtsanwalt, Dr. Hoffer, sollte ihm Geld verschaffen, dieser that es, aber zu so hohen Zinsen und rechnete sich dabei so hohe Expensnoten, daß alles in seine weiten Taschen floß und sein Client nichts bekam.

Das sind die Leute, die regieren, in deren Händen Wohl und Wehe der arbeitenden Klasse liegt. Daß der sozialistische Staat den „Unternehmungsgeist" jener Leute lähmen würde, ist sicher, aber dieser Unternehmungsgeist führt blos zum Schwindel und der Ueberproduktion, deren Folgen nicht sie, sondern die Arbeiter zu tragen haben. In wie trauriger Lage diese sich jetzt befinden, ohne daß ihnen ein Staatsvorschuß von 60,000 fl. gewährt wird, obgleich sie ihn wahrscheinlich nothwendiger brauchen, als der Gutsbesitzer Brandstetter, beweisen einige unlängst veröffentlichte statistische Daten. Der Stand des Arbeitspersonales im Schuhmacher-Gewerbe betrug im Jahre 1872: 10,110 Individuen, im Jahre 1875 aber nur mehr 8519. Die Tischler beschäftigten 1873 15,451 Arbeiter, im Jahre 1875 10,265. Von den Seidenzeugarbeitern waren im Jahre 1873 2647, im Jahre 1875 blos 2038 beschäftigt. Bei den andern Gewerben wiederholt sich diese Erscheinung.

Elend, Corruption und Unfähigkeit, das sind die Signaturen dieser besten aller Gesellschaften, wozu noch die ewige Kriegsfurcht zu gesellen wäre. Die moderne Gesellschaft erzeugt überall dieselben Folgen; mag man Berichte aus London, Paris oder Berlin lesen, stets drängt sich einem der tröstliche Gedanke auf: tout comme chez nous. (Alles wie bei uns.)

Erfurt, 29. September. Die „Thüringer Zeitung" schreibt: „Ein Rencontre auf dem Anger. Gestern Abend, etwas nach 7 Uhr, passirte ein Herr in Begleitung einer jungen Dame die nichtasphaltirte Seite des Angers. In Folge unserer „trefflichen" Gasbeleuchtung herrschte dort natürlich ein magisches Halbdunkel. Plötzlich drängen sich vier anscheinend dem Arbeiterstande (?) angehörige Männer zwischen die beiden Passanten, und ehe der Herr es verhindern konnte, fuhr einer der Strolche der Dame mit seiner hellglühenden Cigarre in das aufgelöste Haar, worin das Feuer seine Wirkung natürlich nicht verfehlte. Als nun die vier Strolche über den wohlgelungenen feinen (?) Witz ein homerisches Gelächter anstimmten, erlaubte sich der Herr, der wunderbarer Weise seine Fassung behielt, dieselben auf die Niederträchtigkeit einer solchen bübischen Roheit aufmerksam zu machen. Während die junge Dame in ein krampfhaftes Weinen ausbrach, sagte er den grinsenden, beide umringenden Patronen, daß sie den Führern ihrer Arbeitervereinigungen (!) wenig Ehre machten, die ja doch stets so großen Nachdruck darauf legten, daß die Arbeiter durch die Bank wohlgesittete und anständige Leute seien. Kaum hatte der Herr unvorsichtigerweise das Wort „anständig" ausgesprochen, als die vier „wohlgesitteten Herren" in ein wahres Hohngebrüll ausbrachen. Was? anständig wollten wir sein, das ist uns nie eingefallen (!), hob der Wortführer in seinem edlen Dialekte an, anständige Leute sind alle Bummler, und Sie sind auch einer, und nun war er in seinem Fahrwasser, eine Fluth der ausgesuchtesten Ehrentitel ergoß sich über die Beiden, denen es knapp gelang, sich thätlichen Angriffen zu entziehen. Weshalb aber erzählen wir solch' einen unerquicklichen Vorfall weiter? Nun, weil es uns bedünken möchte, als ob die Saat, die gewissenlose Tagediebe (!) sich auszustreuen bemüht haben, anfängt, recht viel versprechende Früchte zu tragen, und daß es an der Zeit wäre, den Roheiten solcher Leute ein Ziel zu setzen, die das Prädikat „anständig" für eine grobe Beleidigung halten. — Ein Polizist war leider während des ganzen Vorfalls nicht zu erblicken; das Publikum ist also auf Selbsthülfe angewiesen. Einer der sich durch das Prädikat „anständig nicht beleidigt fühlt."

Soweit die „Thüringer Zeitung". Es ist köstlich, wie ein elender Zeitungsschreiber sich Mühe giebt, der Arbeiterbewegung Unanständigkeiten anzudichten. Herrn Walbern, Redakteur der „Thüringer Zeitung", kann es noch nicht aus dem Gedächtniß gekommen sein, was Klute ihm jüngst in einem öffentlichen Briefe, der hier Tausende von Lesern gefunden, bezüglich seiner und seiner Helfershelfer Kampfesweise nachgewiesen hat. Aber vergebliche fruchtlose Kur! Diese Leutchen sind nicht mehr zu bessern. Während die „Thüringer Zeitung" fast täglich bemüht ist, nachzuweisen, die Arbeiter wären „roh", hat diese Zeitung für die furchtbaren Sünden der herrschenden Gesellschaft kein Wort. Jene bankrotten Gründer und Schwindler, jene „Durchbrenner", jene wegen Nothzucht ꝛc. mit Zuchthaus bestraften Pfaffen, jene Bourgeois, die oft die Blüthe der Töchter des Proletariats knicken, indem sie denselben nur zu oft die traurige Alternative zwischen Hunger oder Schande lassen — alle diese Verbrechen werden von ihr nicht erwähnt. Warum nicht? Nun weil es den „liberalen" Spießbürgern nicht gefällt, eigene Untugenden in ihren Organen gedruckt zu finden. Doch noch kurz zu obigem Vorfall zurück. Die vier „Strolche" sollen, wie mir aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wurde, liberale Zeitungsreporter sein. Dieselben haben, um nicht erkannt zu werden, sich Arbeiterkleidung angezogen und sollen aus Neid u. s. w. — Untugenden findet man bei denen ja in Menge — obiges verübt haben. Auch passen alle sonstigen Anzeichen zu meiner obigen Behauptung. Im Dunkeln treiben sich die Liberalen gewöhnlich herum. Lachen, brüllen, bübische Streiche, Unanständigkeiten ꝛc. sind ihre eingefleischten Eigenschaften. Diese gewissenlosen Tagediebe, welche keinen Anstand nehmen, für Geld Alles zu schreiben, sind auch zu solcher That fähig. (Schluß f.)

Der deutsche Arbeiter-Sänger-Bund.

In verschiedenen Arbeiter-Gesang-Vereinen ist der Wunsch rege geworden, dieselben zu einem Deutschen Sängerbund zu vereinigen, weshalb Unterzeichneter die Aufforderung zur Meldung vor wenigen Tagen erlies. Es haben sich verschiedene Vereine gemeldet, aber selbst diese haben mich befragt, welchen Zweck der deutsche Arbeiter-Sänger-Bund verfolgen würde. Diese Frage verwundert mich nicht, die sehr zahlreichen Arbeiter-Gesang-Vereine in Deutschland, der Schweiz und Nordamerika, die sich besonders in Deutschland zum Theil nach dem Gründer des allgemeinen deutschen Arbeitervereins: Lassalle nennen, haben bisher gesungen ohne Plan; der und jener Verein mag sich irgend ein freisinniges Lied verschafft haben, sonst hat man gesungen, was die musikalische Literatur brachte und hat sich um keinen andern Gesangverein bekümmert. Da der deutsche Männergesang eine der schönsten Unterhaltungen für das Volk ist und veredelnd auf Geist und Herz wirkt, so ist der Arbeiterstand dazu berufen, denselben zum Gemeingut des Volkes zu machen; dies kann aber nur geschehen, wenn sich die jetzt bestehenden und noch zu gründenden Arbeiter-Gesang-Vereine zu einem Bund vereinigen und Plan in den Gesang bringen. Der deutsche Arbeiter-Sänger-Bund würde sich als erste Aufgabe stellen, überall die Gründung von Männer-Gesang-Vereinen anzuregen und dabei rathend zur Seite zu stehen. Außerdem würde er in zweiter Reihe dahin wirken, daß die bei Volksfesten aufzuführenden Gesänge würdig sind, vom Volk gesungen und angehört zu werden, so daß also vom Bund für würdig gehaltene Gesänge in allen Gesang-Vereinen eingeübt werden, und dadurch jeder Sänger fähig ist, auch an einem andern Ort mitzuwirken. Der Bund würde ferner selbst Volksfeste anregen, eventuell veranstalten. Dies ist mein Vorschlag für das Programm des Sänger-Bundes; daß es verbesserungsfähig ist, glaube ich und bitte dazu die Hand zu bieten; aber unterschätzen sollen die Arbeiter-Gesang-Vereine die Vereinigung nicht. Haben schon die von Arbeitern bisher abgehaltenen Volksfeste eine würdige Haltung gehabt, so wird die Harmonie des Gesanges zu der Würde die Schönheit fügen, und es wird den Gesang-Vereinen die schöne Aufgabe, bei dem Ringen der Menschheit nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durch die Harmonie des Gesanges dieses Ringen zu verschönern. Also jeder Arbeiter-Gesang-Verein, und wenn es ein einzelnes Quartett ist, möge nicht versäumen, sich anzumelden; die Opfer, die der Einzelne zu bringen hat, sind kaum nennenswerth, die Vorlagen von Programm, Organisation, Tagesordnung sende ich mit der Einladung zum Congreß.

Gotha. Emil Sauerteig.

NB. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten.

der Redaktion. Fr. T. Callnberg: Eine Zusendung benutzt, die andere nicht zu verwerthen. — N. in L.: Die englischen Citate im Frankel'schen Artikel sind sämmtlich übersetzt; sehen Sie nur genau nach. Unübersetzt geblieben sind blos die Ausdrücke: Fortnightly Review, Vierteljahrschrift; Principles of Political Economy, Grundsätze der politischen Oeconomie; deer forest, Hirschwald; Irish Landbill, Irisches Landgesetz; Cotton Lords, Baumwollenlords; Landsystems and Industrial Economy, Landsysteme und industrielle Oeconomie; ferner folgende französische Sätze: Qu'il est charmant ce Monsieur, was für ein nettes Herrchen; il-y-a des accomodements avec le ciel, man kann sich mit dem Himmel abfinden. — Im heutigen Artikel: Cotton famine, Baumwollenoth (Ausbleiben der amerikanischen Baumwolle während des Bürgerkriegs).

der Expedition. Knollmann Hannover: Der Wahlverein schuldet noch für Annoncen im „Volksstaat" 14,10 M. Wir verweisen auf unsere Bekanntmachung an der Spitze der Anzeigen. — H. Hrtmnn Limburg und Stffns Harburg: Das Blatt wird Dienstags, Donnerstags und Sonnabends zur Post gegeben und von derselben auch an diesen Tagen versandt. — Klm. Hannover: Wir haben die Annonce nach Ihrem Telegramm so gut als uns möglich gemacht. — R. Pnk. Neuhaus: Ihrem Bestellbriefe lag eine Annonce nicht bei.

Quittung: Von Fnk. hier Schr. 3,40. Schneiderverein hier Ann. 3,80. Hrstmnn. Cochem Ab. 1,20 Hss. Mühlhausen Schr. 5,30. Mhnrt. Ensisheim Schr. 0,70. Ldwnk Casfell Schr. 0,70. Pl. Plagwitz Ab. 0,60. Mrgnr. hier Ab. 1,20. Grstfld hier Ab. 1,80. Brttr. Gera Schr. 0,23. Brtrm. hier Ab. 16,25. Mlr. Mannheim Ab. 25,00. Schltr. Dresden Ab. 12,00. W. Nw. Altona Ab. 28,65. Schr. Bauschleiden Schr. 7,05. Rsbch. Ulm Schr. 11,00. Rtmnn. Hohenstein Schr. 6,00. Administration der Arb.-W.-Chr. Pest Ab. 24,79. Schlgl. Graz Ab. 4,96. Arbeiterver. W.-Neustadt Ab. 1,73. Krzr. hier Ann. 1,80. Phl. Mahr-Schönberg Ab. 2,97. Rchtr. Haindorf Ab. 6,60. Zchschwrdt hier Schr. 26,90 Ullrch hier Schr. 1,50. Wrnr. hier Ab. 0,60. Wahlver. Hannover Ann. 1,20. Flly. Halberstadt Ab. 4,10. Hrtmnn. Limburg Schr. 0,50. Frbr. Cosel Ab. 6,00. Schrth. Bayreuth Ab. 11,00. Rhl. Kirschbaum Schr. 25,50. Schlr. Coburg Porto 0,30. Ihre persönl. Bekanntschaft zu machen, wird uns recht angenehm sein, doch Hälfe sollen dabei nicht gebrochen werden. Sltz. Geestendorf Ab. 3,40. Zchars. Herrmannstadt Ab. 5,00. Kl bflsch. Dortmund Ab. 30,00. Trntzsch. Gera Schr. 10,00. Mnk. Düsseldorf 8,00. Rttmnr. München Ab. 60,00. Knstmnn. Erlangen Ab. 18,60. Vpl. Bernburg Ab. 9,00. Expedition der „Tagwacht" Zürich Ab. 160,00. Bsch. Altenburg Ab. 27,95. H. und B. hier Ab. 11,00. Ullrch. Görlitz Schr. 6,50. Grsm. hier Ab. 1,80. Hinr. Karlsruhe Schr. 12,40 Arb.-Ver. Haardt b. Bregenz Ab. 5,87. Bmbs. Graz Ab. 3,91. Schmidt Saalfeld Schr. 0,40. Bgt. Roßwein Schr. 2,40. Gwnd. Stuttgart Schr. 0,93. Schwtr. Frankfurt Ab. 9,20. Schltr. Eutin Schr. 9,70. Prtsch. Freden Schr. 3,00. Kchurthr. Hof Ab. 8,40. Pngrt. Augsburg Ab. 5,00. Maurerbund hier Ann. 0,70. Zimmererbund hier Ann. 0,70. Lßn. Cöln Schr. 7,25. Schltt. Straßburg Schr. 3,00. Mgl. St. Johann Schr. 4,13. Arnld. Königsberg Schr. 17,80. Pnngr. Bremen Ab. 85,20; Schr. 3,00. Lst. hier Ab. 18,10. Wlt. Cöln Schr. 5,00. Br. Gießen Ab. 10,00.

Agitationsfonds.

Von F. Flly Halberstadt 0,90 M.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Cöln. Fachverein der Tischler. Montag, den 9. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Streitzeuggasse 10a:

Außerordentliche Versammlung.

Tagesordnung: Das Verhalten des Fachvereins zu dem deutschen Tischler-Bund. — Alle Mitglieder, sowie Freunde des Vereins sind hierzu eingeladen. (F 63) Der Vorstand. [70

Hannover. Mittwoch, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr:

Große

Oeffentliche Arbeiterversammlung.

Tagesordnung: Unsere Organisation zu Schutz und Hilfe. Referent: Herr Ferd. Weidmann aus Hamburg, Vorsitzender des „Bundes der Tischler und verwandten Berufsgenossen". Sämmtliche Arbeiter von Hannover und Linden, namentlich die Tischler, werden dringend eingeladen. — Versammlungslokal bestimmen die Plakate. (F 161) [90

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Heute Abends 4 Uhr: **Abendunterhaltung** im Vereinslokale, bei Herrn Boge. Gäste willkommen. Mittelstr. 11.

(F 161) Das Vergnügungscomité. [120

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Montag, den 9. Oktober, Abends 8 Uhr, im Thüring. Hof (Burgstr.): **Versammlung.** Tagesord.: Neuwahl der Commission zum Arbeitsnachweis. — Alle Collegen werden hierzu freundlichst eingeladen. D. V. [50

Leipzig. Zimmerer-Verein. Dienstag, den 10. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Pfeifer, Windmühlenstr. 7: [70

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Neuwahl des Vorstandes und Abrechnung der Gewerkschaftskasse. 2) Die Gewerbeordnung. Ref.: Beyer. (F 208)

Leipzig. Vorstände sämmtlicher Gewerkschaften. Mittwoch Abends 8 Uhr bei Pfeifer, Windmühlenstr. 7: Besprechung über ein abzuhaltendes Gewerkschaftsfest. Alle müssen erscheinen. [40

Leipzig. Vorläufige Anzeige. Das diesjährige Wintervergnügen der

Schneider und Gärtner Leipzigs

findet **Montag, den 6. Novbr.**, in den oberen Räumen der **Centralhalle** statt. (F 212) Das Comité. [180

Leipzig. Maurer- und Steinhauerbund. Dienstag, den 10. Oktober, bei Pfeifer, Windmühlenstraße 7:

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Neuwahl des Vorstandes, Abrechnung der Gewerkschaftskasse; 2) die Gewerbeordnung. Referent: Beyer. [70

Leipzig. Reichstagswahlcomité. Sonntag, den 8. Oct., Abends 7 Uhr: Konstituirende Sitzung im Arbeiterbildungsverein.

Allseitiges Erscheinen wird erwartet. Der Einberufer. [40

Leipzig. Donnerstag, den 12. October, Abends 8 Uhr, in der Tonhalle:

Große

Volksversammlung.

T.-O.: Wer ist Reichsfreund und wer Reichsfeind? Referent: Reichstagsabgeordneter W. Hasenclever. [90

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 14. October, Abends 8 Uhr, Windmühlenstraße 7:

Generalversammlung.

T.-O.: 1) Abrechnung der Kranken- und Gewerkschaftskasse. 2) Neuwahl des Vorstandes. 3) Bericht der Delegirten. 4) Anträge.

Die Mitglieder werden auf § 26 des Status aufmerksam gemacht. Die Bücher werden von jetzt an abgestempelt. Der Vorsitzende.

Mittwoch, den 11. October: Ausschußsitzung im Arbeiter-Bildungs-Verein. [110

Leipzig. Agitations-Comité. Mittwoch, 11. October, Abends 8 Uhr, im Arbeiterbildungsverein. T.-O.: 1) Antrag zur Ergänzung des Geschäftsreglements. 2) Wahl eines Delegirten zur Conferenz. 3) Vertheilung von Broschüren. — Die Mitglieder werden ganz ernstlich an ihre Pflicht erinnert, in der Sitzung zu erscheinen. D. V. [60

Heute Abend wurde uns ein kräftiger **Sozialist** geboren. Dies zeigt an Ed. Berger nebst Frau.

Pegau, 4. October 1876. [90

Congreß-Protokolle. Da erst am Mittwoch der letzte Bogen Correktur bei der Commission einging, so wird es wahrscheinlich Ende nächster Woche werden, ehe die Protokolle zur Versendung an die einzelnen Besteller kommen. Dies zur allgemeinen Kenntniß und als Antwort auf die schon eingegangenen Reklamationen.

Klemich's

Blätter für geistigen Fortschritt

(Offizielles Organ des Dissidenten-Bundes)

vertreten in allgemein verständlicher Form die neue naturwissenschaftliche Weltanschauung und sonach einen sittlich-atheistischen und sozialen Standpunkt, tragen in rücksichtsloser Rede einen glühenden Haß allen Institutionen entgegen, welche aus der Volksverdummung ein einträgliches Gewerbe machen, stellen dem Christenthum das freie Menschenthum gegenüber, bekämpfen die Staatslüge, den Volksaberglauben und das öffentliche privilegirte Scheinwesen, entblößen schonungslos die Schlupfwinkel der Heuchelei, analysiren den unsittlichen Glauben in jeder Gestalt und alles, was sich gegen Vernunft, Erfahrung und Logik aufbäumt.

Als Widersacher aller Staatsgötter registriren diese **Blätter** chronologisch alle Ketzerprozesse, Impfvergiftungen, Eidesverweigerungen, kurz alle Vorkommnisse der modernen Inquisition.

Diese Zeitschrift kostet vierteljährlich 1 Mark bei jeder Postanstalt, in jeder Buchhandlung und in der Redaktion und Expedition:

Eugenie Klemich, Dresden, Schloßstr. 23.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 5. Mittwoch, 11. Oktober. 1876.

Prämienschwindel.

Nicht allein um die Ausbeutung zu beschönigen, sondern hauptsächlich, um die Ausbeutung in Ruhe fortbetreiben zu können, werden diejenigen Menschen noch besonders prämiirt, welche sich am geduldigsten und gründlichsten ausbeuten lassen.

Wird nicht auch der Mastochse gekrönt und geschmückt, von dem man das meiste Fett und das beste Fleisch bekommt?

So recht ins Auge springt der Schwindel, wenn man die Prämien betrachtet, welche den schlechten Colportage-Romanen, diesem Schund der deutschen Literatur, beigegeben werden: von Oeldruckbildern abwärts bis zu den geringsten Portemonnaies, angepriesen in allen Tonarten, nur um die Unwissenden in schmählichster Weise auszubeuten.

Ueber diese Art der Ausbeutung ist nun auch der Stab gebrochen. Selbst liberalen Zeitungen, welche doch sonst allerlei Ausbeutungsschwindel fortwährend unterstützen, erscheint derartiges Treiben allzu plump; auch sie wenden sich gegen die Colportageromane und den damit verbundenen Prämienschwindel. Je schlechter der Roman nämlich, desto hochtönender die Anpreisung der Prämien.

Dieselben Zeitungen aber billigen nicht nur, nein, sie loben sogar einen andern Prämienschwindel, welcher an Ausbeutungskraft noch viel größer und an Verführungskunst viel eindringlicher ist, weil er auf den ersten Anblick in ein humanes Mäntelchen eingehüllt, der Menschheit erscheint — wir meinen die **Prämiirung der Dienstboten**, die Prämiirung des Menschenfleisches, die Prämiirung der gefügigsten unter den modernen Sklaven. Reißen wir diesem Schwindel einmal das humane Mäntelchen ab.

In jüngster Zeit hat, vom Hannoverschen Gastwirthverein in Scene gesetzt, eine Prämiirung von Kellnern und Dienstmädchen, welche in Wirthschaften „dienten", stattgefunden, und zwar wurde bei diesem Akte, der offiziell nur als Belohnung treuer Dienste hingestellt war, die Ansicht allgemein ausgesprochen, daß man durch häufige Wiederholung ein gefügiges Bedienungsmaterial erhalten würde. Die Prämiirten sind ja auch durchweg diejenigen, welche am folgsamsten gewesen sind, und wenn man die Begierde nach Prämien erst bei dem Gesindepersonal erweckt, dann hält man dasselbe leichter in Zucht, man kann es besser ausbeuten.

Giebt es doch selbst Beamte genug, welche freudig ihre morschen Knochen noch in's Bureau schleppen, weil sie nicht nachlassen wollen, bis einst der gottbegnadete Augenblick sich naht, wo ihnen ein R. A. IV. in's Knopfloch fliegt.

Und wie die Beamten, so sollen auch die Dienstboten denken und handeln.

Es liegt uns ein Bericht aus Wien vor, der die Vertheilung der Dienstbotenprämien, welche die dortige Regierung in Scene setzt, beschreibt. Wir sehen in demselben, daß unter den 25 Prämiirten verschiedene Personen sich befinden, welche über 50 Jahre bei einer Familie „gedient" haben; die geringste Dienstzeit aber ist 34 Jahre. Daß die Arbeitskraft eines Menschen bedeutend mehr ausgebeutet werden kann, wenn derselbe lange Zeit dieselbe Arbeit verrichtet, dies ist eine ökonomische Wahrheit, welche die Theilung der Arbeit stündlich uns vor die Augen führt. Wie es aber in der Großfabrikation der Fall ist, so steht es auch bei den Dienstboten. Jede Laune, jede Eigenthümlichkeit der „Herrschaft" ist den Dienstboten bekannt, wenn sie schon längere Zeit im Dienste sich befinden; jeder Winkel des Hauses, jeder Gang zur Stadt — Alles wissen dieselben genau, so daß sie viel präziser und schneller den Dienst verrichten können und hierdurch andere Arbeitskräfte ersparen.

Auf solche Weise lassen sich diese Aermsten in noch erhöhterem Maße ausbeuten und die Prämie von etlichen Thalern, die sie erhalten, ist ihnen längst an ihrer Arbeitsleistung abgezogen worden.

So liegt es ja auch mit dem sogenannten Geschäftsantheil für die Arbeiter, der in einzelnen Fabriken eingeführt ist — es ist nichts weiter als der gewöhnlichste Prämienschwindel. Nur diejenigen erhalten den Antheil, welche mindestens eine bestimmte Zeit in der Fabrik gearbeitet haben und welche beim Jahresschluß sich noch in derselben befinden. Durch solche Bestimmung wird zugleich dem offenbaren Betrug Thür und Thor geöffnet. Leicht ist es nämlich, unter irgend welchen nichtigen Vorwänden eine größere Anzahl von Arbeitern kurz vor Jahresschluß zu entlassen, die neueingetretenen Arbeiter aber erhalten die Antheilsprämien nicht, so daß dieselben an den Unternehmer zurückfallen. Wo nun aber dieser offenbare Betrug nicht ausgeübt wird, da können die prämienbedürftigen Arbeiter sicher sein, daß das Kapital die Ausbeutung ihrer Kräfte viel intensiver besorgt und besorgen kann, wenn sie Jahr ein Jahr aus in demselben Etablissement dieselbe Arbeit verrichten, als wenn öfterer Wechsel eintritt. Der Prämienantheil ist also schon längst aus ihrer Arbeitskraft herausgeschlagen worden. Würde nun aber gar die Prämienvertheilung allgemein, so gliche sie einer allgemeinen Lohnerhöhung, und es träte die vollständige Herrschaft des ehernen ökonomischen Lohngesetzes in ihr Recht ein, die Preise der Bedürfnisse würden in demselben Maße steigen, die Ehen sich vermehren und die Arbeitskraft im Werthe wieder fallen.

Doch dafür sorgt die Bourgeoisie schon, daß solche Allgemeinheit nicht eintritt, sie könnte, wie wir schon sagten, dann einfach die Akkordlöhne erhöhen. Das Abhängigkeitsverhältniß soll verstärkt werden, Neid und Mißgunst sollen immer mehr in die Arbeiterreihen getragen werden — das ist der wahre Kern der Dienstbotenprämien und der Prämie des Geschäftsantheils.

Ebenso versprechen die conservativen Grundbesitzer ihren Arbeitern vielfach derartige Prämien, indem sie den Ankauf von einem kleinen Außentheile des Gutes, welcher ihnen gewöhnlich mehr Arbeit macht, als Ertrag liefert, den Arbeitern empfehlen und ihnen, nachdem sie mehrere Jahre ein solches Eigenthum sich erworben haben, den Zins erlassen wollen

Auch diese Zinsprämie ist einfach Schwindel und Bauernfängerei. Die Landarbeiter sollen nur deshalb an die Scholle gefesselt werden, damit sie mit Weib und Kind der Ausbeutung des Großgrundbesitzes unter keinen Umständen entfliehen können. Man will eben nur gefügigeres Material zur Arbeitsleistung heranbilden.

So sehen wir überall den Prämienschwindel, der demoralisirend auf die Arbeiterbevölkerung einwirkt — das Jagen nach materieller Auszeichnung, nach einer gewissen Ehre, welche ihm den Mitarbeitern gegenüber verliehen wird, verdirbt den Menschen; der Egoismus, welcher die heutigen Gesellschaftszustände so schon auf dem Gewissen hat, wird immer mehr großgezogen und auf die Arbeiter verpflanzt, um dadurch die heutigen Zustände zu verlängern.

Und wahrlich grade bei den Arbeitern thäte es Noth, daß der letzte Funken von Egoismus baldigst verschwände, und daß der Trieb der Gemeinsamkeit, des gemeinsamen Schaffens und des gemeinsamen Genießens immer mehr unter dem Volke ausgebreitet würde.

Alle Arbeiter aber, die diesen Wunsch theilen, müssen sich mit Ekel und Verachtung abwenden von dem **Prämienschwindel.**

Die Urkraft des Weltalls.

V.

In der Natur ist Alles ein Wunder, vom Größten bis zum Kleinsten, von den riesigen Weltkörpern, welche durch den Weltenraum rollen, ohne einer Unterlage zu bedürfen, bis zum zarten Pflanzenkeime, welcher beim Wachsthume den harten Boden durchbricht, ja Steine hebt, oder Felsen sprengt. Aber das Wunder dauert nur so lange, bis wir das Entstehen Schritt für Schritt genau erkannt haben; obwohl alles Erkannte noch immer bewundernswerth bleibt Bewundernswerth ist uns Menschen Alles, was wir nicht nachmachen können; Wunder ist uns, was wir nicht in seinem Zusammenhange begreifen. Daß Wärme spurlos verschwinden kann, wenn sie eine Arbeit verrichtet, in Bewegung übergeht, wie z. B. wenn große Sommerhitze durch einen Regen in Kühle übergeht, weil die Wärme zum Verdampfen des Regenwassers verbraucht wird, ist uns längst kein Wunder mehr. Ebenso wenig ist es ein Wunder, daß, wenn es zu schneien anfängt, die Luft wärmer wird, weil die im Wasser gebundene Wärme, welche nöthig war, um es flüssig zu erhalten, frei und fühlbar wird, sobald das Wasser fest wird (krystallisirt). Bewundernswerth freilich bleibt beides immer. Erstaunen befällt uns, wenn die Sternkunde uns vorrechnet, daß der Sonnenball, wenn er auch nur um den zehntausendsten Theil seiner jetzigen Größe verdichtet wird, genügenden Ersatz an Wärme auf 2100 Jahre erhält für alle in den Weltenraum ausgestrahlte Wärme, obwohl diese letztere in jeder Sekunde viele Billionen Wärme-Einheiten beträgt (eine Wärmeeinheit ist soviel Wärme als genügt, um ein Liter Wasser von 0 Grad auf 1 Grad Celsius zu erwärmen). Ein Wunder aber ist es nicht mehr. Wohl aber ist die sogenannte Anziehungskraft ein Wunder, wenn wir sie nicht auf Spillersche Art durch den Druck des Weltäthers erklären. Wohl ist alle Bewegung ein Wunder, so lange wir nicht mit Spiller ein All-Bewegendes erkennen. Und zwar muß dieses Allbewegende mechanisch wirken, d. h. ein Stoff sein und auf alle andern Stoffe einwirken können, sie bewegen auf mathematisch erweisliche Art, etwa wie Spiller's Weltäther. Etwas Unstoffliches, rein Geistiges, kann es nicht sein, weil alle Begriffe von einem rein geistigen Weltschöpfer nicht nur nichts erklären, sondern bekanntlich durch ihre unlöslichen Widersprüche, besonders den Widerspruch gegen die höchsten menschlichen Gedanken, die sittlichen, zu Grunde gehen. Spiller zeigt dies ausführlich im letzten Haupttheile der „Urkraft des Weltalls"; bei allen Naturforschern ist dies übrigens längst anerkannt.

Um so auffälliger ist es daher, daß zwei sonst so gleichdenkende und bedeutende Naturforscher wie **Mohr** und **Spiller** sich in einer Hauptsache schnurstracks widersprechen, nämlich bezugs des Entstehens der Erde. Spiller erklärt dasselbe nach der von ihm sehr verbesserten **Kant-Laplace**'schen Lehre, nach welcher alle Erden abgelöste Theile der Sonne, also wie diese ursprünglich feurig-flüssig gewesen seien. Mohr, als einer der größten Chemiker anerkannt und unstreitig der größte Gesteins-Chemiker, leugnet, auf zahlreiche Beweisgründe gestützt, daß unsere Erde je feurig-flüssig gewesen sein könne. In seinem höchst lesenswerthen Buche „Geschichte der Erde", welches von den Gelehrten todtgeschwiegen werden soll, ebenso wie es seiner Entdeckung der Verwandelbarkeit der Kraft gegangen ist, welche noch immer hartnäckig Anderen zugeschrieben wird, häuft er geradezu die Beweise, daß alle Gesteinsarten (mit Ausnahme der wenigen vulkanischen) feurig-flüssig nicht gewesen sein können; und neuerdings findet er immer mehr Anhänger, und wird seine Behauptung durch immer neue Funde lediglich bestätigt. Wer alle diese Beweisgründe reiflich überlegt, wozu uns vorläufig der Raum fehlt, kann nicht anders als überzeugt sein, daß er recht hat, und daß in Hinsicht der Bildung der Erdkruste die Wissenschaft der Chemie auf der einen Seite, und die beiden Wissenschaften der Astronomie und Geologie auf der andern in einem scheinbar unversöhnlichen Kampfe liegen; ja, daß, wenn Mohr Recht behält, die ganze Lehre der Geologie von Grund aus neu untersucht und umgebaut werden müßte.

Daß die Erde im Innern noch jetzt feurig-flüssig sei, wurde bekanntlich aus dem Zunehmen der Erdwärme, je tiefer man in dieselbe eindringt, ferner aus den heißen Quellen, aus den Feuerbergen, Erdbeben und den großen Hebungen und Senkungen ganzer Länder bewiesen. Alle diese Beweisgründe sind jetzt stark erschüttert. Die neuen Untersuchungen an tiefen Bohrlöchern und in tiefen Gruben zeigen, daß die Erdwärme nach innen nicht gleichmäßig zunimmt, sondern bei mehr als 3000 Fuß Tiefe sogar stellenweis abnimmt. Von den Feuerbergen und heißen Quellen bleibt kaum mehr zweifelhaft, daß sie ihren Ursprung wenige Tausende von Metern unter der Oberfläche haben können, und Mohr erklärt ihr Entstehen auf genügende Weise aus dem Drucke überlagernder Felsmassen, der chemischen und mechanischen Wirkung von Sickerwasser, aus entzündlichen Massen und der Dampfkraft des Wassers, kurz aus Ursachen, welche in geringer Tiefe liegen können. Die Erdbeben erklären sich ihm aus dem Einsturze mächtiger Höhlen, welche das Wasser tief im Innern ausgewaschen hat, und die Hebungen und Senkungen langsamer Art durch die ungeheure Kraft der Krystallisation zahlloser Gesteinstheilchen. Der zunehmende Zug der Forschung giebt ihm mehr und mehr Recht. Wenn es dann darauf ankommt, die Kugelgestalt der Erde zu erklären, welche allerdings am einfachsten denkbar wurde, falls man sie ursprünglich glühendflüssig dachte, so erklärt sich dieselbe für Mohr einfach genug aus der Umdrehung der Erde; jeder größere Weltkörper, welcher mit Wasser und Luft umhüllt ist und sich um sich dreht, muß sich allmählig zur Kugelgestalt abrunden. Die Hauptbeweise Mohr's aber liegen in der unumstößlichen Thatsache, daß alle unsere krystallisirten Gesteine Wasser enthalten, also nicht feurigflüssig gewesen sein können, und einer Menge ähnlicher Thatsachen.

Unter der Voraussetzung nun, daß Mohr Recht in seinen Hauptsachen hat, läßt sich dann keine Versöhnung derselben mit den astronomischen Thatsachen denken? — Denn es ist doch äußerst unwahrscheinlich, daß, während viele Millionen Himmelskörper durch die Spektral-Analyse als glühend nachgewiesen sind, einige wenige Erden und Monde allein es in ihrer Kindheit nicht gewesen sein sollten. Und es ist ebenso unwahrscheinlich, daß die Erden und Monde nicht aus der Sonne entstanden sein sollten, während sie doch alle wie diese sich von Westen nach Osten um sie und sich drehen; denn wenn man sie mit Mohr aus einer selbstständigen Anhäufung von „Weltstaub" (im Raume schwimmenden Stofftheilchen wie die Sternschnuppen und Meteore) entstanden denkt, so liegt kein Grund vor, weshalb sie alle dieselbe Art Umdrehung haben sollten. Und es ist weiter höchst unwahrscheinlich, daß bei einer Entstehung der Erden aus Weltstaub die riesige Massenbewegung nach einem Schwerpunkte hin nicht eine so bedeutende Wärme ergeben haben sollte, um ihr Inneres glühend zu erhalten, zumal nachdem sich durch Abkühlung am kalten Weltraume eine Kruste gebildet hatte, und die Abkühlung dadurch mehr und mehr vermindert wurde. Was hindert uns dann anzunehmen, daß diese Kruste bei unserer Erde schon eine so bedeutende Dicke erreicht habe, daß keine Verbindung des glühenden Inneren mit der Oberfläche mehr besteht, oder nur ausnahmsweise? Daß also alle Arten Gesteine, welche wir an der Oberfläche und bis zu wenigen Tausend Fuß Tiefe finden, längst durch Luft, Wasser, Eis und Schnee, Sonnenwärme und Massendruck schon vielmal sich umgewandelt haben, so daß Mohr Recht haben mag, wenn er behauptet, es gäbe kein Eisen, ja kein Metall, welches nicht schon vorher durch Pflanzen gewandelt sei, Bestandtheil von Organismen gebildet habe? — Unter dieser unserer Annahme sind wenigstens Astronomie und Chemie versöhnt, und die Geologie mag sehen, wie sie damit zurecht kommt; denn daß sie in ihrem Baue mehr Widersprüche birgt als jede andre Wissenschaft, sollte endlich klar geworden sein.

Die **Elektrizität**, welche jede chemische Bewegung begleitet oder aber hervorruft, besteht nach Spiller aus Schwingungen der kleinsten Stofftheilchen (Molekel, oder kleinste Gemische der Atome) um ihre Schwerpunkte, während die Wärme in Schwingungen derselben mit ihren Schwerpunkten besteht. Deswegen geschehe die Verbreitung der Wärme in einem bestimmten Körper langsam, die der Elektrizität schnell; jene habe eine große, diese eine viel kleinere Bewegung. Magnetismus ist rechtwinklig abgelenkte und in der neuen Richtung festgehaltene Molekular-Schwingung. Die Fernwirkung der Elektrizität und des Magnetismus wird dadurch erklärt, daß der Weltäther sie fortpflanzt wie das Licht, weil er durch die Wechselwirkung der schwingenden Aetherhüllen mit den eingeschlossenen Atomen selbst zu gleichartigen Schwingungen angeregt wird. Das organische Leben, und vollends das geistige, gelten Spiller ganz besonders für elektrische Wechselwirkung des Weltäthers und der Stoffatome.

Wir müssen aber hier abbrechen, um später, wenn es gewünscht wird, in einer Reihe Artikel die übrigen Spiller'schen Erklärungen einer Untersuchung zu unterwerfen, und einstweilen auf die Bücher „Urkraft des Weltalls" und „Kosmogenie" selbst verweisen. Es galt hier blos auf eine höchst bedeutende Leistung aufmerksam zu machen und ihre Grundlage als berechtigt nachzuweisen. Dies erschien umsomehr geboten, als die Spiller'sche Darstellungsweise nicht streng Schritt vor Schritt vorschreitet, und bei der ungemein großen Menge des zu Erklärenden hie und da Erklärungsversuche mit unterlaufen, welche bei weiterem Nachdenken sich als haltlos erweisen. Man lasse sich dadurch nicht irre machen, sondern suche in die gesammte Weltanschauung des Verfassers einzudringen.

Politische Uebersicht.

— Der Landesverrathsprozeß wider den Grafen Arnim, welcher mit der Verurtheilung des Nichterschienenen Angeklagten endigte, spielte sich am 5. d. M. vor dem Staatsgerichtshofe in Berlin hinter verschlossenen Thüren ab. Im Interesse des Fürsten Bismarck wäre es zwar gewesen, daß der Prozeß öffentlich, so öffentlich als möglich verhandelt worden

wäre, damit aufgeklärt worden wäre, weshalb der deutsche Reichskanzler einen Landesverräther, für den er seit 1871 den Grafen Arnim angeblich gehalten hat, noch jahrelang in Amt und Würden gelassen hat. Aber man hat sich keine Mühe gegeben, den Schatten, den diese Angelegenheit auf den Fürsten Bismarck geworfen, durch das Licht der Oeffentlichkeit der Verhandlung des letzten Arnimprozesses zu verscheuchen. Graf Arnim ist nun verurtheilt und Fürst Bismarck nicht freigesprochen — es ist das recht sonderbar!

Der Prozeß selbst bietet des — — Sonderbaren überhaupt die Hülle und Fülle. Betrachten wir uns denselben ein wenig. Die Landesverrathsklage stützt sich, abgesehen von der Autorschaft der Pro-Nihilo-Broschüre, auf folgende zwei Behauptungen: Graf Arnim sei schuld, 1) daß Belfort früher von den deutschen Truppen hätte geräumt werden müssen, als ursprünglich beabsichtigt war; 2) daß überhaupt der Abschluß der Räumungsconvention verzögert wurde. — Ad 1. wird behauptet, Graf Arnim habe beim Beginn der Verhandlung mit Herrn Thiers diesem nicht mitgetheilt, daß die deutsche Regierung darauf bestehen würde, Belfort bis zu dem Augenblick besetzt zu halten, wo die Reichsregierung die letzten Zahlungen empfangen haben würde. Dieser Punkt der Anklage wird durch einen von Herrn Thiers an den Grafen Arnim gerichteten, vom 30. September d. J. datirten Brief vollständig widerlegt. In diesem Briefe heißt es nämlich:

„Mein Herr! Ich beantworte die Fragen, die Sie bezüglich der im Jahre 1873 wegen der Evacuation des französischen Gebietes gepflogenen Verhandlungen an mich gerichtet haben. Was mich betrifft, so erinnere ich mich mit Bestimmtheit, daß von Beginn unserer Unterredungen an die Schwierigkeiten der Verhandlungen von beiden Seiten vollständig in Angriff genommen wurden; daß Sie namentlich in Betreff Belforts, bei dem es sich darum handelte, es unter die in erster Reihe zu räumenden Gebiete zu rangiren, mir erklärten, nicht die Vollmachten zu haben, welche nöthig wären, um mir in dieser Richtung Genüge zu thun; daß ferner, da die Verhandlungen nach Berlin verlegt worden, eben da dieser Punkt diskutirt und definitiv geregelt wurde.

Empfangen Sie, mein Herr, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Paris, 30. September 1876. (gez.) A. Thiers."

Ad 2. Die angebliche Verschleppung der Räumungsconvention durch den Grafen Arnim betreffend, meint die Anklage, Graf Arnim hätte wissen müssen, wie wichtig ein schleuniger Abschluß der Convention im Interesse des deutschen Reiches war, nachdem er vom Fürsten Bismarck ein Telegramm erhalten hatte, des Inhalts: unsere Bedingungen seien à prendre ou à laisser und welches nach Angabe der Anklage mit den Worten schloß: „Wenn nicht, nicht." — Hiergegen ist zu bemerken — das von der Anklage verfolgte System wird dadurch recht deutlich illustrirt — daß das erwähnte Telegramm nicht mit den Worten: „wenn nicht, nicht" schließt, sondern mit den Worten: „Wir können es abwarten." — Da die ganze Deduktion auf die oben gekennzeichnete Weglassung aufgebaut ist, so ist die Deduktion natürlich hinfällig.

Die Vertheidiger des Grafen Arnim, welche von dem Kammergerichts-Vicepräsidenten von Mühler nicht zum Worte zugelassen wurden, weil in solchen Fällen die Strafprozeßordnung nur dem anwesenden Angeklagten Vertheidiger gestattet, verließen den Gerichtssaal unter Zurücklassung eines Protestes gegen das Gerichtsverfahren; doch wurde der Protest ebenso wenig wie der von den Vertheidigern eingereichte Brief des Herrn Thiers, aus dem oben ein Stück mitgetheilt worden, vom Gerichtshofe angenommen. In Folge des Ausschlusses der Oeffentlichkeit der Verhandlung ist es der Vertheidigung nicht möglich gewesen, den im Namen des Grafen Arnim von ihr dem Gerichtshofe unterbreiteten Antrag zu begründen. Wie verlautet hat dieser Antrag folgende Punkte enthalten: Zuvörderst wird darin bemerkt, daß Graf Arnim, abgesehen von seinem Gesundheitszustande, im Termine nicht erschienen wäre, indem er die Competenz des Staats-Gerichtshofes bestreitet. Selbst wenn aber dessen Competenz außer allem Zweifel stände, würde er auf jede Vertheidigung verzichten müssen, weil ihm zu dieser die Mittel nicht zur Verfügung gestellt worden. Zum Termin seien nicht vorgeladen oder durch Requisition vernommen Herr Thiers, die Herren Herzog von Broglie, Herzog Decazes, Leon Renault, Fürst Bismarck, Feldmarschall v. Manteuffel. Als Sachverständiger wird der Hausminister Freiherr v. Schleinitz darüber vorgeschlagen, daß dem Grafen Arnim in seinem Verhalten in Paris nicht der geringste Vorwurf gemacht werden könne; der Sachverständige Geh. Legationsrath Wilke wird wegen seines Abhängigkeitsverhältnisses verworfen. Protest wird eingelegt gegen den Ausschluß der Oeffentlichkeit der Verhandlung. Es wird ferner auf die Unwahrheiten der Matthiae'schen Aussagen Bezug genommen und auf die Thatsache hingewiesen, daß die in der Broschüre enthaltenen Aktenstücke durch den früheren Prozeß längst bekannt sind. Der Staatsgerichtshof wird daher angegangen, auch in contumaciam zu erkennen, daß durch die Broschüre Pro Nihilo das Verbrechen des Landesverraths nicht begangen worden ist, wer auch der Verfasser sein möge. Die Vertheidigung bestreitet in sehr ausführlicher Weise, daß der Verfasser der Broschüre Pro Nihilo sich der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht habe, die von der Anklage inkriminirten Stellen enthalten keineswegs eine solche. Was die dem Autor zur Last gelegten Beleidigungen des Fürsten Bismarck in 14 Punkten betrifft, so würde Graf Arnim zu seiner Entschuldigung leicht den Beweis führen können, durch Angriffe von der anderen Seite dazu provozirt worden zu sein. Die Bismarck-Beleidigungen gehören aber vor die ordentlichen Gerichte des Landes. Die Erklärung schließt mit der Behauptung, daß ein Contumazial-Urtheil des Staatsgerichtshofs nicht vermögen würde, die Nation zu überzeugen, 1) daß Graf Arnim ein Landesverräther sei, 2) daß er den Kaiser beleidigt habe.

Aus dem Vorstehenden erhellt, daß die Anklage auf verzweifelt schwachen Füßen gestanden haben muß. Trotzdem erfolgte die Verurtheilung und, wie man hört, zu 5jähriger Zuchthausstrafe — es müssen also auch mildernde Umstände, die nur Festungshaft erlaubt hätten, ausgeschlossen sein. Eine derartige schimpfliche Bestrafung eines hohen Staatsbeamten ist in Preußen unerhört, und es geht aus diesem vorläufig letzten Actus des Arnimdramas, dem aber leicht noch ein für Arnim's mächtigen Feind sehr bedenkliches Nachspiel folgen kann, das Eine mit Gewißheit hervor, daß an der bewußten hohen Stelle va banque gespielt wird und die Losung acceptirt ist: Biegen oder brechen! — Vielleicht aber — bricht es!

— Gegen den Uebergang aller großen Verkehrsanstalten in Staatsbetrieb sträuben sich unsre Manchesterm änner, welche der zügellosen Concurrenz das Wort reden, zwar mit bedeutender Energie, aber doch auf die Dauer vergebens. Auch auf dem diesjährigen volkswirthschaftlichen Congresse platzten die Ansichten für und wider den Staatsbetrieb der Eisenbahnen derb auf einander, und das Resultat der Debatten war für die Vertheidiger der freien Concurrenz, deren Hauptwortführer Professor Böhmert war, kein günstiges. Böhmert ist ein grundsätzlicher Anhänger der Privatbahnen; er erblickt in dem Uebergang der Bahnen an den Staat eine Verkümmerung der auf der freien Selbstthätigkeit des Einzelnen beruhenden wirthschaftlichen Entwicklung, ja den Anfang einer Aufhebung aller Privatindustrie. Die Mißstände des deutschen Eisenbahnwesens verkennt er nicht. Er „hofft" jedoch, durch energisches Einschreiten der Reichsgesetzgebung dieselben allgemach beseitigen zu können. Im übrigen bringt er dasselbe vor, was die Gegner des Reichseisenbahnprojektes im preußischen Abgeordnetenhause gegen dasselbe ins Feld geführt haben. Der Kathedersozialist Professor Wagner trat Böhmert mit Glück entgegen. Er sprach sich unverhohlen dahin aus, „daß diejenigen Objekte, welche man unter dem Namen Wege begreife, nicht den Privaten, sondern der Gemeinschaft gehören und im Interesse der Gemeinschaft vom Fiskus verwaltet werden müssen. Die freie Concurrenz sei im Eisenbahnwesen mehr oder weniger unwirksam." Weiter führte er aus, daß das Privatkapital sich an den Staatsbahnen erst recht betheiligen werde; in einer Staatsschuld für die Eisenbahnen würde das Kapital viel besser und sicherer angelegt sein als in Prioritäts- und anderen Aktien. Dr. Wagner giebt zu, daß er nicht ganz frei sei von der Furcht, es könne die Omnipotenz des Staates durch den Besitz der Bahnen verstärkt werden. Er fragt aber: Treten diese Mängel nicht auch bei den Privatbahnen hervor? Können nicht auch die großen Privatbahnen allmächtig werden? Uebrigens auch abgesehen von der speziellen Lage im deutschen Reiche gewinnt das Staatsbahnsystem von Tag zu Tag mehr prinzipielle Anhänger. Einer der europäischen Großstaaten, Italien, ist heute im Besitze seines ganzen Eisenbahnnetzes. Das französische Eisenbahnsystem hat zwar die Form der Privatbahnen, ist aber in Folge einer eigenthümlichen Organisation nichts anderes als ein indirektes Staatsbahnsystem, da nirgends die Concurrenz der Bahnen weniger zugelassen ist als in Frankreich, da die Bezüge der Aktionäre durch Staatsverträge nahezu fixirt sind und das ganze von der Regierung strenge beaufsichtigte Bahnnetz in einem absehbaren Zeitraum direkt in den Besitz des Staates gelangt. Auch in England ist man weit entfernt, mit dem Privatbahnsystem zufrieden zu sein.

Ueberall drängen die Verhältnisse, der kapitalistischen Gesellschaft zum Trotz, zu Gestaltungen, welche unverkennbar die Vorläufer sozialistischer Organisation sind. Der omnipotente Militärstaat in Deutschland wird nicht lange fackeln, wo es gilt, durch Annexirung der Eisenbahnen sich eine uncontrolirbare Einnahmequelle zu schaffen; und er ist dabei genöthigt, den Beweis zu liefern, daß der Betrieb solcher Rieseninstitute durch den Staat und zum Besten desselben nicht nur möglich, sondern auch dem Privatbetrieb entschieden überlegen sei, so daß der Gedanke der Organisation der gesammten Produktion durch die nur dem Volksinteresse dienenden Funktionäre der Gesammtheit immer mehr den Anschein des Unerhörten, Unausführbaren auch bei den in politischer und sozialer Beziehung Unkundigen verlieren muß.

— Gott behüte mich vor meinen Freunden, mag Fürst Bismarck wohl manchmal denken, wenn er überhaupt Zeit hat, an derartige Dinge zu denken. Daß sein Anbeter Hans Blum in Leipzig ihn als Urheber der gefälschten Emser Depesche hingestellt, und damit eines der scheußlichsten Verbrechen, welche die Geschichte kennt, angeklagt hat*) — das wissen unsere Leser bereits. Diese Anklage hat jetzt ein würdiges Seitenstück erhalten. Durch die nationalliberale Presse geht folgendes, zuerst von der — gut bismarck'schen — „Neuen Stettiner Zeitung" veröffentlichte Pasquill:

„Fürst Bismarck empfängt öfter Gäste aus seiner Nachbarschaft. Unlängst suchte ihn ein solcher Gast zu bestimmen, seinen Einfluß gegen die Türkei geltend zu machen und den Grausamkeiten in der Bulgarei, eventuell durch eine kriegerische Unterstützung der Serben, Einhalt zu gebieten. Der Fürst erwiderte lächelnd: „Wenn Sie mir beweisen können, daß die pommerschen Landgüter durch einen Krieg mit der Türkei in ihrem Werthe um ein oder mehrere Prozente sich bessern würden, wäre ich nicht abgeneigt, in Ihrem Sinne vorzugehen." Der Rathgeber schwieg."

Dies die „Anekdote". Also es wird gesagt, Fürst Bismarck habe erklärt, wenn der Werth der pommerschen Landgüter, zu denen Varzin gehört, durch einen Krieg mit der Türkei erhöht würde, so wäre er, Fürst Bismarck, einem Krieg mit der Türkei nicht abgeneigt. Mit anderen Worten: er sei bereit, Krieg zu führen, wenn ein finanzieller Vortheil dabei herauskomme. Wir glauben nicht, daß eine schwerere Anklage gegen einen Staatsmann erhoben werden kann, eine Anklage, welche die Ehre noch heftiger affizirt als selbst die Blum'sche Beschuldigung es thut. — Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der conservative Herr von Diest-Daber in seiner neusten Broschüre, und nach ihm die „Deutsche Reichsglocke" (Fortsetzung der „Deutschen Eisenbahnzeitung"), das Organ des Grafen Arnim und des rechten Flügels der preußischen Junker, die weiland von der „Kreuzzeitung" begonnenen Attacken auf Fürst Bismarck mit einer Kühnheit fortsetzen, die sehr hohe Protektion vermuthen läßt. Herr von Diest und die Redakteure der „Reichsglocke" fordern förmlich zum Prozesse heraus und die betreffenden Schriftstücke bieten unzweifelhaft, falls der Beweis der Wahrheit nicht erbracht werden kann, reichlichen Anhalt zu einer Verlaumdungsklage. Gegen die famosen „Kreuzzeitungs"-Artikel klagte Fürst Bismarck zum Erstaunen der Welt bekanntlich nicht, und zur Erklärung dieser

*) Herr Hans Blum ist durch einen Wink mit dem Zaunpfahl, den Liebknecht ihm in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (in einer diesem Hauptorgan der sächsischen Nationalliberalen übersandten Berichtigung) zu Theil werden ließ, aus seiner Schweig-Festung herausgetrieben worden, und hat eine lange Expektoration im „Leipziger Tageblatt" veröffentlicht. Armer Hans! O si tacuisses! Hättest Du geschwiegen still und den Mund gehalten fein! — Also Hans behauptet, den bösen „Grenzboten"-Artikel nicht geschrieben zu haben; nun, jedenfalls hat er, als verantwortlicher (und „besoldeter") Redakteur des „Grenzboten", die volle Verantwortlichkeit für den Artikel, der beiläufig seiner Zeit als Reklame für die staatsmännische und publizistische Befähigung des „nur gedachten" (Hans'scher Gerichtsstil) Hans vom „Leipziger Tageblatt" abgedruckt ward. Abgesehen von diesem sehr geistreichen und originellen Advokatenkniff schimpft Hans Blum („Stuß" 2c.) mit einer seinem Talent und Bildungsgrad Ehre machenden Virtuosität, fordert Herrn v. Bismarck auf, Liebknecht zu verklagen, was Liebknecht sehr lieb wäre, da er dann Herrn Hans Blum als Zeugen auf das Armesünderstühlchen setzen könnte, und droht schließlich selbst mit — Verklagen, der ultima ratio (dem letzten Grund) aller Personen, die keine anderen Gründe haben, und von der Unantastbarkeit ihrer Ehre nicht hinlänglich überzeugt sind. Wie der Herr, so der Bediente. Hoffentlich hält Hans Blum Wort. Wird hübsch werden, das Tänzchen mit Hänschen!

Auch ein Verrückter.

(Fortsetzung.)

„Allem Rechtsgefühl spricht es Hohn, daß ich zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen wurde wegen angeblicher Beleidigung von Beamten, über die ich Anklage erhoben hatte bei einer competenten Behörde, weil dieselben ein mit Zuchthausstrafe bedrohtes, eingestandenes Verbrechen gegen mich begangen hatten und daß in dieser Angelegenheit die stark compromittirten Beamten im Gericht mir als Zeugen gegenüber gestellt wurden, um über ihr eigenes Verbrechen und über mich maßgebend sein sollende Aussagen zu machen. In dem dieserhalb vom Strafgericht zu Hamburg anberaumten Termin am 26. Februar 1870 gestand der Ober-Controleur Albrecht es ebenfalls ein, meine Entfernung verlangt und erreicht zu haben, weil ich Gesammtdeclarationen eingeliefert hätte; er läugnete es nicht, mir die Aeußerung: „Klappern gehört mit zum Handwerk, denn die Herren oben am grünen Tisch verstehen nichts und urtheilen nur nach dem Schein u. s. w." gemacht zu haben; denn, sagte er, was man in einem Privatgespräch spricht, notirt man sich ja nicht und behält es demnach nicht so genau, er wisse es nicht mehr, fügte aber hinzu: da auf den übrigen Zollabfertigungsstellen in Hamburg nur Einzeldeclarationen eingeliefert werden, so muß die Oberbehörde unwillkürlich denken, wenn auf der Zollabfertigungsstelle am Lübecker Bahnhof nur Gesammtdeclarationen eingehen, also so viel weniger an Zahl, daß da für die vielen Beamten nicht genügend zu thun ist! Hiermit erklärt der Ober-Controleur Albrecht als Chef einer Zollabfertigungsstelle in Hamburg ausdrücklich dem Gericht, daß er der Ansicht sei, seine vorgesetzten Behörden verständen auch gar nichts und daher Klappern mit zu seinem Handwerk gehöre! In seinem amtlichen Bericht vom 18. Juli 1869 hatte der Ober-Controleur Albrecht von mir behauptet, daß ich unpünktlich in meinem Geschäfte gewesen sei, ungebildet und streitsüchtig wäre, ein unangemessenes Benehmen den Beamten gegenüber gezeigt hätte u. s. w., und konnte im Gericht der pp. Albrecht auch nicht einen einzigen Nachweis für diese seine Behauptungen beibringen, dieselben erwiesen sich vielmehr als erbärmliche Verläumdungen, als die reine Buschkleppere i."

Der Ober-Inspektor Collas, welcher ebenfalls als Zeuge gegen mich in dem Gerichtstermin am 26. Februar 1870 auftrat, gestand gleichfalls ein, daß meine Entfernung verlangt und erfolgt sei, weil ich Gesammtdeclarationen eingeliefert hatte, und erklärte derselbe ausdrücklich, daß ich dazu berechtigt gewesen und daß die Zollbehörde dieselben annehmen müsse. Beweise konnte Collas ebenfalls nicht beibringen, daß ich mich ungebührlich benommen hätte.

Mein früherer Prinzipal, H. F. Hermes, war gleichfalls als Zeuge gegen mich geladen und spielte im Gerichtstermin eine klägliche Rolle. Derselbe antwortete auf alle an ihn gerichteten Kreuz- und Querfragen: das weiß ich nicht mehr! Er wußte nicht, daß er unter'm 24. Juni 1869 ein Schreiben von Albrecht bekommen hatte; er wußte nicht, ob die von ihm unterschriebenen Angaben in dem Protokoll vom 22. Juli 1869, daß ich nicht pünktlich und nicht sorgfältig in meinen Arbeiten gewesen, wahr seien oder nicht, ob er mir die Aeußerung von dem Sacke Kaffee*) gemacht hätte und wußte auch nicht, ob selbst die Möglichkeit einer solchen Aeußerung ausgeschlossen sei; er wußte sogar nicht, warum er mich entlassen hätte!!! Die einzige bestimmte Antwort, die Hermes gab, war auf die Frage, ob er mich denn nicht hätte gebrauchen können, folgende: Ließ ist ein sehr tüchtiger Mensch."

In dem Urtheile des Strafgerichts vom 26. Februar 1870 heißt es, daß Ließ in seinen an den General-Steuerdirektor von Pommer-Esche gerichteten Briefen vom 28. August und 17. September 1869 dem Obercontroleur Albrecht grundloser Weise vorgeworfen habe, durch die in der Führung seines Amtes ausgeübten Chikanen den Verkehr ins Stocken gebracht und ihn aus purer Laune en canaille behandelt zu haben, und in seinem Briefe vom 22. Oktober 1869 denselben sogar der Bestechlichkeit verdächtigt hätte, sowie ferner, daß er den Oberinspektor Collas in seinem Briefe vom 17. September 1869 der wissentlichen Aufnahme eines falschen Protokolls unwahrer Weise beschuldigt habe und somit die gedachten Beamten unbegründeter Weise einer schweren Verletzung ihrer Amtspflichten beziehungsweise verdächtigt und beschuldigt und sich dadurch einer Amtsbeleidigung schuldig gemacht hätte.

In dem Erkenntniß des Obergerichts als Berufungsinstanz vom 6. April 1870 heißt es: Erwägt man, daß der Angeklagte für die Wahrheit dieser Beschuldigungen nichts beizubringen vermocht hat, so kann die von dem Strafgericht erkannte Strafe für eine zu harte nicht erachtet werden — und doch waren alle Beschuldigungen erwiesen worden!

„Die von mir gebrauchten und von dem Hamburgischen Strafgericht als Beleidigung aufgefaßten Ausdrücke sind von mir in der ganz bestimmten Form von Anklagen gebraucht", fährt Herr Ließ fort, „die ich bei einer competenten Behörde erhoben habe, lediglich zu dem Zweck, daß die Schuldigen bestraft werden, und ist somit von selbst die Absicht der Beleidigung und Schmähung ausgeschlossen. Eine erhobene Anklage, die nicht auf Wahrheit beruht, muß auf Grund desjenigen Paragraphen des Strafgesetzbuches, der von falscher Anklage handelt, verfolgt werden; aber niemals darf eine auf Wahrheit beruhende Anklage, die an competenter Stelle erhoben ist, als eine Beleidigung des Missethäters aufgefaßt werden, denn sonst wären mit Ausnahme der Beleidigungs-Paragraphen alle übrigen Paragraphen des Strafgesetzbuches nicht allein überflüssig, sondern sogar unsinnig und theilte jeder Verbrecher ein Vorrecht der Krone, nämlich die Unantastbarkeit."

(Fortsetzung folgt.)

*) Hermes hatte zu Ließ gesagt, Albrecht habe von ihm einen Sack Kaffee geschenkt haben wollen.

— Bismarcks Abenteuer nennt sich, wie das „Berliner Tageblatt" mittheilt, ein elegantes Oktavbändchen, in welchem ein Verwandter des deutschen Reichskanzlers, ein Vetter seines Vaters, Namens Achaz von Bismarck, auf 234 Seiten die merkwürdigsten Begebenheiten aus seinem sehr bewegten Leben zum Besten giebt. Der Verfasser, der sich auf dem Titel des Anno 1856 in seinem Selbstverlage erschienenen Buches als „weiland Offizier der königl. preußischen Garde du Corps, der Republik Venezuela (Columbien), im kaiserlich-königlich französischen Dienst, später beim Lützowschen Freicorps, zur Zeit königlich preußischer Lieutenant a. D." einführt, war ein leichtlebiger Junker, der sein ihm bei der Mündigkeit übergebenes väterliches Erbe, die schuldenfreien Güter Kirchfeld, Birkholz und Seehienhof binnen wenigen Jahren in sogenannten noblen Passionen verpraßt hatte und nun von sich selbst sagt, daß er, „anstatt majorenn zu werden, wenigstens bis zum vierzigsten Jahre unter der Vormundschaft hätte stehen müssen, wo die Schwaben klug werden". Aus dem Inhalt dieses Büchleins führt das „Tageblatt" folgende nicht uninteressante Daten an: Durch den Stammvater der Familie, durch Claus von Bismarck, soll derselben eine päpstliche Erbschaft zugefallen sein, indem der nachherige Papst

auffallenden Thatsache ließ er veröffentlichen, daß die Artikel juristisch unangreifbar seien. Wohlan: die Broschüre des Herrn Diest und die Artikel der „Deutschen Reichsglocke" sind juristisch angreifbar; sie sind in noch weit höherem Maß, als die „Kreuzzeitungs"-Artikel geeignet, den Charakter des Fürsten Bismarck in ein ungünstiges Licht zu stellen. Wenn Fürst Bismarck auch jetzt nicht klagt, wird kein Tessendorf die schlimmsten Schlußfolgerungen verhindern können.

Die „Sozial-politische Correspondenz", herausgegeben von Herrn Dr. Rudolf Meyer, dem Amanuensis (Handlanger) des Herrn Wagener (dessen Rolle in der Angelegenheit nicht recht klar ist) schreibt in dieser Sache:

„Sensationsprozeß. Das Ereigniß der Woche, welches alle Politiker und die ganze „Gesellschaft" von Berlin mehr beschäftigt, als die orientalische Frage, ist die Enthüllung der „Deutschen Reichsglocke" über die Vorgänge bei Gründung der Preußischen Central-Boden-Credit-Aktien-Gesellschaft. Das Blatt behauptet, die neueste Schrift des Herrn von Diest-Daber beschuldige den Fürsten Bismarck „einer Consortial-Betheiligung in gewinnsüchtiger Absicht" (§ 331 resp. 332 des Strafgesetzes). Natürlich muß eine Anklage wegen Verleumdung erfolgen, da eine einfache Beleidigungsanklage mit Ausschluß des Wahrheitsbeweises das Faktum zugeben hieße. Zur Führung des Wahrheitsbeweises würde die Vernehmung folgender Zeugen nöthig sein: Frémy, Fould, Alphonse de Rothschild in Paris, Carl Meyer von Rothschild in Frankfurt, Präsident von Philipsborn, Bossart, Hermann—Direktoren, die Minister a. D. v. Bernuth, Graf Roon, Graf Itzenplitz, von Selchow, Oberpräsident Graf Arnim-Boytzenburg, v. Bethmann-Hollweg-Runowo, Graf Rocholtz, v. Kardorff, v. Bleichröder, v. Hansemann, Dr. Braun, Dr. Miquél, v. Nathusius-Hundisburg, A. v. Oppenheim, v. Eckardstein, Scheele, Geh. Rath Wilkens, v. Wedell-Malchow, Kennemann-Klenka, v. Simpson-Georgenburg, R. Hardt, Geh. Rath Dannemann, v. Nathusius-Ludom, Dr. Perrot, Schwabach, Dr. R. Meyer, v. Blankenburg, v. Diest (wenn er nicht mitangeklagt werden sollte), die nächste Umgebung des verstorbenen von Wedemeyer, Dr. Lasker, Oberbürgermeister a. D. Weber, Geheimrath Wagener. Der in Aussicht stehende Prozeß wird also den Arnim'schen an Interesse weit übertreffen."

Er ist aber noch nicht angestrengt.

— Roheit der Besitzenden und ihrer Presse. Das „Leipziger Tageblatt" berichtet aus Leipzig: „Ein hiesiger Gasthofspachter sah sich vor einigen Tagen veranlaßt, gegen ein Dienstmädchen strafend vorzugehen. Dabei übermannte ihn aber der Zorn doch allzusehr und er überschritt offenbar das Züchtigungsrecht, denn er hatte, wie sich nachmals bei ärztlicher Untersuchung herausstellte, der Dienstperson einen körperlichen Schaden zugefügt, in Folge dessen dieselbe im Krankenhause untergebracht werden mußte." — Daß der sogenannte Dienstherr überhaupt ein Züchtigungsrecht hat und ausübt, daran findet die Sittenroheit der Scribenten des „Tageblattes" nichts Anstößiges — Malträtiren darf ihrer Anschauung nach der „Herr" die „Dienstperson" soviel er will, nur schlau und vorsichtig genug soll er sein, um ihr keinen offenbaren körperlichen Schaden zu verursachen.

— In der vorigen Nummer sprachen wir von den überaus ungünstigen Resultaten, welche das diesjährige Einjährig-Freiwilligen-Examen in Schleswig-Holstein, Rheinprovinz und Königreich Sachsen geliefert hat. Die hochintelligente Provinz Sachsen, auf welche der Liberalismus ja so sehr pocht, will nicht zurückbleiben. Bei der vor einigen Tagen in Merseburg abgehaltenen Prüfung meldeten sich 34 Aspiranten, davon traten 2 zurück, 27 fielen durch und 5 erhielten den Berechtigungsschein zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst. Eines weiteren Commentars braucht's wohl hierzu nicht.

— Wieder eine Schulze'sche Gründung, die Dresdner Gewerbebank, steht am Rande des Bankerotts. Leiter derselben war der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Stadtrath Fröhner, der trotz künstlicher Bilanzaufstellungen bei der letzthin stattgehabten Generalversammlung die hoffnungslose Lage des Unternehmens nicht mehr verheimlichen konnte. Fröhner wurde entlassen, sein Nachfolger wird den vollständigen Zusammenbruch schwerlich verhindern können. Sie gehen eben über kurz oder lang alle in die Brüche, die Unternehmungen des — Zaun-„Königs im sozialen Reiche", der von der Bourgeoisie bestimmt war, die soziale Frage auf kapitalistisch, statt auf sozialistisch, wie es einzig möglich ist, zu lösen.

— Der Rückgang der Religion macht sich auch in Sachsen bemerkbar und hat auf der in letzter Zeit zu Dresden stattgehabten sächsischen Landessynode nicht vertuscht werden können. Man klagt über rapide Abnahme des Kirchenbesuchs. Nur auf den entlegenen Bauerndörfern ist derselbe noch ein guter. In gewerbtreibenden und Fabrikdistrikten überläßt man den Himmel, um mit Heine zu reden, „den Engeln und den Spatzen".

„In den Städten," so jammerten die Frommen u. A., „sinkt der Kirchenbesuch gewaltig. In Chemnitz beträgt er 5 Proz., in Leipzig 3, in Glauchau und Meerane 2½, Crimmitschau 2, Groitzsch 1½ Proz. der Parochianen, ja in der Umgebung von Chemnitz sinkt er auf ¼ Proz. Die Frauen besuchen die Kirchen fleißiger als die Männer; am mangelhaftesten die Dienstboten und die heranwachsende männliche Jugend. Die sog. gebildeten Stände („Honoratioren") halten sich, was die Männer anbelangt, überall der Kirche fern (selbst hier keine Rettung mehr!), ebenso klagt man über den schlechten Kirchenbesuch durch Lehrer, namentlich jüngere, ferner Hand- und Fabrikarbeiter, besonders die Kohlenarbeiter im Zwickauer und Plauenschen Bezirke (die Bösen!). Prinzipiell fern von der Kirche halten sich die Sozialdemokraten, welche Arbeiter, die noch in die Kirche gehen, verspotten und hindern."

Die Behauptung, die Sozialdemokraten verspotteten die Kirchenbesucher, ist gelogen — wir bemitleiden Alle, die in ihrer Unwissenheit und geistigen Hilflosigkeit noch die düsteren Pfade des Kirchenglaubens wandeln, und Menschen, die man bemitleidet, verspottet man nicht. Im Uebrigen ist natürlich eine unserer vornehmsten Aufgaben, durch Belehrung den Kirchenglauben auszurotten, und wir haben in dem Fache gewiß nicht unbedeutende Erfolge aufzuweisen.

— Die Noth in Berlin wächst in ganz erschrecklicher Weise. Vor einigen Abenden versuchte ein hungernder Mensch einer Frau das Brot von dem Arme auf offener Straße zu rauben. Auf den Hülferuf der Frau kamen einige Personen herbei, währenddeß der unglückliche „Straßenräuber" das Weite suchte. Die Frau sagte zu den Herbeigeeilten, daß der Entflohene gerufen habe: „Geben Sie mir das Brot willig, oder ich nehme es mit Gewalt — mich hungert." Sie hätte dem Armen das Brot gern gegeben, doch würde auch sie von hungernden Kindern erwartet; sie besitze aber kein Geld, ein Neues zu kaufen. — Das sind Zustände, welche darauf hinweisen, daß die heutige Gesellschaft rasch ihrem Untergange entgegengeht.

— 100 Arbeiter haben trotz der heutigen schlechten Zeit in Spandau die Arbeit niedergelegt, weil sie bei dem geringen Lohne, den sie erhielten, thatsächlich Hunger leiden mußten. Es sind Erdarbeiter, welche bei der Herstellung von Festungswerken beschäftigt sind. So sorgt der preußische Fiskus für die Landeskinder!

— Unfall-Statistik. Im Monat September a. c. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungsbank in Leipzig 11 Todesfälle, 1 lebensgefährliche Verletzung, 8 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen, und 448 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt, zusammen 468 Unfälle angemeldet. Von den 11 Todesfällen ereigneten sich 2 in Steinkohlenwerken und je 1 in einer Tabakfabrik, einer Gußstahlfabrik, einer Drahtzieherei, einer Eisensteingrube, einer Dampfziegelei, beim Hochofenbetrieb, beim Brunnenbau, beim Hochbau, bei Schiffsentlöschung. Die 1 lebensgefährliche Verletzung entfällt auf eine Dampfziegelei, während von den 8 Invaliden 3 auf Maschinenfabriken und Eisengießereien, 2 auf Steinkohlenwerke und je 1 auf ein Walzwerk, eine Schneidemühle und eine Papierfabrik kommen.

— Ueber die Lage der Arbeiter in Spanien spricht sich, wie das übrigens nicht anders zu erwarten war, das spanische Arbeiterblatt „Martello" äußerst ungünstig aus. Das betreffende Organ sagt: „Seit längerer Zeit befindet sich unser Proletariat im kläglichsten Elend, besonders in den größeren Städten; die Proletarier sind es aber nicht allein, die klagen, sondern auch die Kaufleute und Industriellen sind unzufrieden. In der That, wenn der Arbeiter, die Haupttriebfeder unserer Gesellschaft, nicht consumirt, wie sollten seine Ausbeuter dann zufrieden sein. Indeß sie haben wenigstens Brod, während der Arbeiter nur das Elend hat. Dazu kommt ein schlechter Ausfall der Ernte, und rechnet man den schlechten Zustand unserer Finanzen und unserer Industrie hinzu, so hat man ein Bild von den heutigen Zuständen. Aber während die ganze Welt klagt, wirft Madrid, die Haupt- und Residenzstadt, unzählige Werthe weg in Bällen, königlichen Abendunterhaltungen, aristokratischen Festessen u. dgl. m., und Niemand erhebt nur eine Hand, oder erhebt auch nur die Stimme voll Unwillen über diese kläglichen Verirrungen."

O der Stimmen sind genug vorhanden, welche die heutigen Mißzustände anklagen; aber nicht nur die Ankläger, auch der Richter ist da — es ist der Sozialismus, nur daß die blöde Menge dessen Richterspruch noch nicht versteht. Und das allein ist das Uebel, gegen welches mit aller Macht angekämpft werden muß.

— In der orientalischen Frage stehn die — Diplomaten am Berg. Die Weigerung der Türkei, Rußland zu Liebe den Harikari (den Selbstmord durch Bauchaufschlitzung) an sich zu vollziehen, hat die, überhaupt sehr lose, diplomatische Allianz der Mächte vollständig gesprengt und Rußland in die Nothwendigkeit versetzt, entweder die ausgestreckten Langfinger zurückzuziehen oder als entlarvter Friedensstörer den Raubkrieg zu beginnen. Ein Versuch des Petersburger Kabinets, Oestreich zur Theilnahme an dem Raubzug zu beschwatzen, ist trotz der sprichwörtlichen Vernageltheit der österreichischen „Staatsmänner" gescheitert und hat nur die Position der Türkei befestigt; ein Vorschlag Rußlands, die Pforte durch eine gemeinschaftliche Flottendemonstration vor Constantinopel einzuschüchtern, hat ein energisches Veto der englischen Regierung hervorgerufen, ohne die eine solche Demonstration einfach unmöglich ist; und ein weiterer Vorschlag Rußlands, der Türkei einen halbjährigen Waffenstillstand aufzuzwingen, damit Rußland während dieser Zeit die serbische Armee massenhaft verstärken kann und der Unannehmlichkeit eines Winterfeldzugs überhoben wird, ist durch die kategorische Weigerung der Pforte beseitigt worden. Jedenfalls hat die für so schlau geltende russische Diplomatie in den letzten Tagen nicht sehr glücklich operirt, und auf dem so sorgfältig und mit so viel Unkosten von ihr bearbeiteten Gebiet der „öffentlichen Meinung", namentlich in England, wesentlich an Terrain verloren. Doch, wie dem auch sei, wenn „Väterchen" winkt, bricht der Krieg los, und über Millionen von Menschen wird der Tod mit all seinen Schrecken, wird unsägliches Elend verhängt. Seit Monaten, ja seit Jahren droht der Czar mehr oder weniger offen mit dem Krieg, und die civilisirten Staaten Europas haben die Hand, welche die Lunte ans Pulverfaß hält, nicht wegzureißen vermocht — oder es nicht gewollt. Was für Zustände!

— Auf Requisition der mecklenburgischen Regierung wurde in Hamburg bei dem Vorsitzenden des Zimmererbundes, Aug. Kapell, Haussuchung gehalten. Dieselbe galt der Correspondenz aus und nach Mecklenburg. Die Polizeibehörde erzielte aber keinerlei Resultat.

— Der von der Jurasser Föderation veranlaßte internationale Arbeitercongreß, auf dem die Einigungsfrage zur Verhandlung kommen soll, wird am 26. Oktober zusammentreten. Den uns übersandten Aufruf bringen wir in nächster Nummer.

Innere Parteiangelegenheiten.

Als Agenten des Vorstands sind vorgeschlagen und ernannt: Großschirma: W. E. Greller, G. Arnold; Bothnang: Roggenbauch; Meerane: Fl. Voigt, R. Jäcklin; Schedewitz: A. Näpold; Zwickau: J. Seifert, C. Groschub; Dresden: R. Trüger, R. Tempert; Ludwigshafen: W. Seel, P. Tremmel; Fürth: R. Opitz; Langen: G. A. Sigel, A. Clem-Ment; Halsbrücke: A. F. Mühlberg, J. G. Otto; Heidelberg: R. Kaßpohl, A. Nerbel; Gartenfeld: J. Müller, Fr. Weber; Schw. Hall: J. Feuchtner; Töthen: A. Kniestedt.

Hamburg, den 7. Oktober 1876.

Mit sozialistischem Gruß

Der Vorstand.

J. A.:

C. Derossi, J. Auer, Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

s. **Altona**, 3. Oktober. Der hiesige nationalliberale Verein giebt sich alle mögliche Mühe, sein Ansehen vollständig zu untergraben. Er ladet den erzreaktionären Kreisgerichtsrath Römer ein, der am 30. September einen Vortrag über die politischen Parteien hielt. Römer verlangte Aenderung der Gewerbeordnung im reaktionärsten Sinne, so daß weiland Schuster und Zunftbruder Panse noch als Liberaler gegen diesen Kreisgerichtsrath erscheint. Dann verlangt der nationalliberale Herr kriminelle Bestrafung des Contraktbruches und vor allen Dingen Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie. Durch Bildung und Schulunterricht sei den Sozialdemokraten nicht beizukommen, weil es feststehe, daß gerade die unterrichtetsten Arbeiter Sozialisten würden; nur die Autorität des Staates und die Strenge der Gesetze könnten helfen — in diesem Sinne sprach der liberale Redner, der sich um einen Abgeordnetensitz im preußischen Landtage bewarb. Daß er durch derlei Ansichten dem Liberalismus direkt ins Gesicht schlug, das merkten seine Zuhörer nicht, sonst hätten sie ihn ausgepfeifen müssen. Wir sind dem Herrn Römer übrigens sehr dankbar für seine gute Meinung vom Sozialismus; denn wenn die unterrichtetsten Arbeiter sich den Ideen desselben zuwenden, dann müssen solche Ideen wahr und gut sein; wahre und gute Ideen aber durch Zunftzopf, Polizei und Strafparagraphen vernichten zu wollen, das ist eine Dummheit, wie sie nur ein erzreaktionärer Schädel ausbrecken kann. Uns kann es hier übrigens gleichgiltig sein, wen man als Abgeordneten zum preußischen Landtage wählt, zum Reichstage wählen wir den Abgeordneten. — Der benachbarte Kreis Stormarn, der mit Altona gemeinsam zum Reichstage wählt, und in welchem die Landbevölkerung gut sozialistisch gesinnt ist, wird gegenwärtig von einem Fortschrittsmanne, dem Dr. Lutteroth, im Landtage vertreten, doch befürchten die Fortschrittler, daß derselbe bei den nächsten Wahlen dem conservativen Landrath von Levetzau, einem übrigens recht humanen Beamten, zufallen wird. Bei den Landtagswahlen betheiligen sich die ländlichen Arbeiter eben nicht, bei den Reichstagswahlen stimmen sie in ihrer Mehrzahl für unsern Parteigenossen Hasenclever. — Im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise, wo man von Seiten der „Reichsfreunde" den Grafen Holstein-Waterneversdorf dem Parteigenossen Reimer als alleinigen Candidaten gegenüberstellen wollte, ist unter den „Reichsfreunden" eine höchst erfreuliche Spaltung eingetreten; nicht genug, daß die Fortschrittler den Kieler Professor und Sozialistenfresser Seelig aufstellen, auch die Nationalliberalen wollen, seitdem Graf Holstein zu den Deutsch-Conservativen übergegangen ist, von diesem nichts mehr wissen und stellen einen unbekannten nationalliberalen Gutsbesitzer mit Namen Hölck auf. Uebrigens, so weit wie wir den Kreis kennen, wird der seitherige Abgeordnete Reimer mit großer

---

Paul VII., der ein Schusterlehrling aus Stendal war und den Claus von Bismarck studiren und Geistlicher werden ließ, ihm aus Dankbarkeit bei seinem Tode sein Vermögen zuwendete. Vor ungefähr fünfzig Jahren existirte noch zu Briest (einem Familiensitz) ein großes altes Oelgemälde, welches die Erleuchtung der Engelsburg darstellte, die Paul VII. zu Ehren seines ehemaligen Gönners bei dessen Anwesenheit in Rom veranstaltet hatte. — Nicht minder überraschend ist die vom Verfasser mitgetheilte Thatsache, daß unter ihm in der im Jahre 1805 in Leipzig errichteten napoleonischen deutsch-französischen Legion der jetzige Papst Pius IX. als Souslieutenant gedient habe. Achatz von Bismarck spricht hier von der näheren Bekanntschaft, die er mit dem ihm unmittelbar unterstellt gewesenen Souslieutenant gemacht habe, einem Italiener, Namens Graf von Feretti. Dieser soll — so fügt der Autor hinzu — Se. Heiligkeit, der jetzt regierende Papst Pius IX. gewesen sein, welcher später zu den Pipillen (?) der Garde versetzt, dann seinen Abschied genommen und späterhin sich dem geistlichen Stand gewidmet hat. Wie Herr Achatz versichert, sollen sie sich damals in Leipzig zusammen sehr wohl befunden haben. — Uns der naheliegenden Betrachtungen über wunderbare Fügungen des Schicksals enthaltend, fährt das „Tagebl." fort, wollen wir aus dem uns vorliegenden Buche nur noch die Notizen herausheben, welche sich auf den Ursprung der Familie von Bismarck beziehen. Hiernach soll dieselbe aus Ungarn stammen, von wo sie später nach Böhmen und Sachsen und darauf nach der Altmark übersiedelte. Die ersten authentischen Nachrichten über die von Bismarck'sche Familie aus der letztgenannten Gegend schreiben sich aus dem 13. Jahrhundert her, wo dieselbe als Stammgut das heutige Amt Burgstall bei Stendal und das unfern gelegene Briest und die Burg Bismarck besaß. Die Bismarck'sche Familie theilte sich in zwei Linien, von denen die eine als die von Bismarck'sche, die andere als die von Borstel'sche bekannt ist, welche beide dasselbe Wappen führen. Als Stammvater wird der obenerwähnte Claus v. Bismarck angenommen, der im Jahre 1292 Erzbischöflich Magdeburgischer Amtshauptmann war. Das Stammgut Burgstall, an dem man heute noch die Reste ehemaliger starker Befestigungen erkennt, wurde später gegen die Güter Schönhausen und das aufgehobene Nonnenkloster Crevese umgetauscht. — Schließlich wollen wir noch erwähnen, daß Achatz von Bismarck auch zu dem Lieutenant von Lützow, dem nachmaligen Kühnen und gefeierten Freischarrenführer, in sehr intimen Beziehungen gestanden und mit demselben — — — — gemeinsamen Pferdehandel betrieben hat.

— Die Berliner „Volkszeitung" bittet den Manen des großen Sozialisten, den sie so oft in der nichtsnutzigsten und widerwärtigsten Weise begeifert hat, den Manen Ferdinand Lassalles das begangene Unrecht auf eine recht eigenthümliche Weise ab. Lassalle war nämlich für die „Gelehrten" der „Volkszeitung" ein Unwissender, ein Demagoge, ein Lump sonder Gleichen — da dieses Blatt aber nun den mit Lassalle befreundeten Fortschrittsmann Ziegler verherrlichen will, druckt dasselbe dieserhalb einen längeren Brief Lassalle's über Ziegler ab und macht dazu folgende Bemerkung: „Wer Ziegler persönlich gekannt und mit ihm verkehrt hat, wird Ferdinand Lassalle's Charakteristik durchweg zustimmen." — Wir antworten der „Volkszeitung": „Wer Lassalle gekannt hat, wird den Verläumdungen und Schmähungen, welche die „Volkszeitung" gegen ihn fortwährend im Interesse des Kapitalismus geschleudert hat, nicht zustimmen." — Die „Volkszeitung" ist deshalb nicht werth, Lassalle zu citiren.

— Welcher Art die „Bildung" ist, welche die liberale Bourgeoisie unter das Volk zu bringen sucht, wird uns so recht klar, wenn wir uns die Personen betrachten, aus welchen der Vorstand der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" zusammengesetzt ist. Da haben wir zunächst Herrn Schulze-Delitzsch, Oberconfusionsrath im sozialen Reich, und König der Ignoranten und Weintrinker; Franz Duncker, Eigenthümer der gesinnungslosesten aller deutschen Zeitungen, Ausbeuter der Kinderarbeit, selbst bei Nacht, Urheber des berühmten Worts: „Wir müssen diese Leute (die Schriftsetzer) aushungern"; Justizrath Makower, Intimus des Strousberg, ein „ehrenhafter Gründer"; Dr. Hammacher, „Gründer der schlimmsten Sorte", unseren Lesern wohl bekannt; und endlich ein Herr J. Lippert, „ein mit allen Wassern (also auch mit Goldwasser?) Gewaschener", wie die „Berliner Freie Presse" von ihm sagt. Eine nette Gesellschaft, nicht wahr? Und die „Volksbildung", die von ihr verzapft wird, ist darnach.

— Die Büste Lassalle's wird in Oesterreich auf den öffentlichen Verkaufsplätzen und auch in den öffentlichen Lokalen von der Polizei confiscirt. Solches wahrhaft kindische Beginnen legt das beste Zeugniß ab von der Zerrüttung des österreichischen Staates und von der Schwäche der herrschenden Gesellschaft. Wenn schon das Bildniß eines Revolutionärs solche Furcht hervorrufen kann, wie ängstlich muß man dann erst den Geist zu hemmen suchen, der in den Lassalle'schen Schriften weht, daß er nicht unter die Massen dringe. Wir wollen hoffen, daß gerade ein so auffälliges Vorgehen der Polizeibehörden die österreichischen Arbeitermassen aufmerksam machen wird auf die Bedeutung Lassalle's und der von ihm vertretenen sozialistischen Lehren. Die Ungeschicklichkeit der Polizei bewirkt nämlich gemeiniglich das Gegentheil von dem, was sie bezweckt.

— Unverschämter Schwindel. Schweizer Blätter schreiben: „In einem Comptoir zu Mühlhausen stahlen zwei Angestellte 70,000 Mark und schickten das Geld nach Berlin behufs Gründung einer sozialistischen Zeitung. Theorie und Praxis Hand in Hand." —

Majorität wiedergewählt. Besonders in Neustadt, wo die Liberalen so kühn-verleumderisch der Sozialdemokratie den Fehdehandschuh hingeworfen haben, wird Reimer eine bedeutend größere Anzahl von Stimmen erhalten, als vor drei Jahren. Die Altonaer Parteigenossen werden den neunten Wahlkreis mit allen moralischen und materiellen Mitteln unterstützen.

Erfurt, 29. Sept. Ein Recontre auf dem Anger. (Schluß.) Dr. Weber — Landtagsabgeordneter für Erfurt — hat gestern Abend im „Rheinischen Hof" hier vor ca. 300 Personen, darunter eine erhebliche Zahl Sozialisten, über seine „Thätigkeit" im Landtage gesprochen. Doch nein! Ueber manches hat er gesprochen, aber welche Stellung er zu den verschiedenen Vorlagen genommen, hat er verschwiegen. Wie er uns erzählte vom dreißigjährigen Kriege, von den Freiheitskriegen, von Stein's Reorganisation im Staatswesen, da habe ich ihm in seinem eigenen Interesse beglückwünscht, daß Dr. S. aus G. nicht zugegen war, denn die Donnerrufe „zur Sache" wären dann nicht ausgeblieben.

Es war keine Berichterstattung, mehr eine Lobrede auf das deutsche Reich, den „Kulturkampf" u. s. w. Vis-à-vis dem Versammlungssaal sang man sehr laut: „Wer nur den lieben Gott läßt walten". Es muß dieser Gesang seine Wirkung auf Dr. Weber nicht verfehlt haben, denn mehr und mehr wiegte er sich im Gefühle molliger Behaglichkeit. Dr. W. ist weder ein Sprecher, der fließend und in einer zusammenhängenden Weise sich seiner Aufgabe entledigt, noch ein Redner der Routine besitzt; ebenso scheint es mit seinen Kenntnissen auf wirthschaftlichem Gebiete schwach bestellt zu sein. Circa 500 Millionen Mark für Eisenbahnbauten ꝛc. seien nicht benutzt, theils wegen Mangel (?) an Arbeitskräften (!). Wer nun einen Schulknaben fragt: „Wie kommt es, daß dein Vater so oft mit sorgenvoller Stirn verstimmt in curem Kreise schweigend dasitzt?" so antwortet der Knabe: „Wegen Arbeitslosigkeit". Fragt man einen schlichten einfachen Bauern: „Wie kommt es, daß die Landstraßen so gefüllt sind von wandernden Arbeitern?" so sagt er: „Diese Leute können keine Arbeit bekommen und reisen deshalb von einer Stadt zur andern und suchen Arbeit." Dr. Weber möge sich's merken. Referent schloß seinen „Vortrag" indem er sagte: Wenn so weiter gearbeitet wird, gehen wir einer „glänzenden Zukunft" entgegen." Ob damit die glänzenden Helme und Bajonnette ꝛc. gemeint sind, will ich ununtersucht lassen. Eine Debatte wurde — wie das bei den Liberalen üblich — nicht gestattet. Ein hiesiger Zimmermeister fragte Dr. Weber, wie er über das Dreiklassenwahlsystem dächte. Dr. Weber hatte aus den Ausführungen aber nicht entnehmen können, ob es ein „Getreuer" war, ergo fragte er, wie denn der Herr Vorredner darüber dächte (!). Im Uebrigen ging der Referent um diese Frage herum, wie die Katze um den heißen Brei. Darauf stellte Klute die Frage, wie Herr Dr. Weber sich zu dem Antrag Windthorst's (Meppen) bezüglich Einführung des direkten, gleichen Stimmrechtes verhalten habe. Antwort: Zischen und Gemurre bei den Liberalen, Rufe: „Klute ist ja nicht Erfurter Bürger" (!). Der Vorsitzende, Herr Justizrath Banse, erklärt: „Herr Klute ist wahlberechtigt" u. s. w. Der Referent: „Ich habe gegen den Antrag Windthorst's gestimmt." Wie Klute nun weiter sprechen wollte, wurde ihm plausibel gemacht, daß das nicht thunlich sei. Darauf großer Jubel in Israel. Die Wiederwahl des Dr Weber wurde empfohlen. Abgestimmt wurde nicht. Trotzdem ward die Wiederwahl als „beschlossen" betrachtet. Ich gratulire den Liberalen hiermit zur „Wiederwahl" ihres geistreichen Dr. Weber.

F. K.

Calbe a. S., 2. Oktober. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am 30. September in einer Wählerversammlung ein Central-Wahlcomité gewählt worden ist, bestehend aus 7 Personen, von denen Unterzeichneter als Vorsitzender, Gottfried Judenhagen als Schriftführer, Gottfried Barthel als Kassirer, H. Meißner, Ch. Grüneberg, Ch. Hoppe, Ch. Behrendt als Beisitzer gewählt sind. Sämmtliche Briefe sind an den Unterzeichneten zu adressiren, und Gelder zur Agitation müssen an den Kassirer Gottfr. Barthel, Neustadt 914, gesendet werden.

L. Schönian, Neustadt 407.

Oldenburg, 25. September. Gestern ist die Gewerbeausstellung, welche hier vom 10. bis zum 24. d. M. stattfand, geschlossen worden. Im Allgemeinen wurde von allen Seiten ein bedeutender Fortschritt lobend anerkannt, und Wenige haben die Ausstellungshallen verlassen, die nicht mit großer Zufriedenheit über das Gesehene sprachen und äußerten: „Das hätte ich mir doch nicht gedacht, daß das Großherzogthum so viel Hervorragendes leiste" ꝛc. Was war es denn hauptsächlich, was die Ausstellung zierte? Es war die Arbeit unserer Handwerker, was wir bestimmt aussprechen, ja durch Zeugen beweisen können. Leider müssen wir aber dazu bemerken, daß die Preise nicht gerecht vertheilt wurden. Die Fabrikanten, die Kapitalisten dominirten hier, und die silbernen Medaillen wurden ihnen im Verhältniß weit mehr zuerkannt, als den Handwerkern, die schließlich mit einer „ehrenden Anerkennung" zufrieden zu stellen versucht wurde. Der „hohe" Protektor der Ausstellung, unser Erbgroßherzog, hat derselben wenigstens die „Ehre" erwiesen, eines Tages auf einige Stunden anwesend zu sein, und der dienstfreigen Commission gnädigst seine Zufriedenheit auszusprechen. Drob herrschte allgemeiner Jubel, und die ganze Stadt flaggte. Unser Großherzog, der nota bene den Sommer über selten in seinem Lande verweilt, schickte gestern am Schlusse der Ausstellung dem Vorsitzenden der Ausstellungs-Commission eine Depesche aus Eutin, worin er bedauerte, daß er die Ausstellung nicht habe besuchen können; doch habe er von dem guten Erfolge Vieles gehört und wünsche lebhaft, daß der Gewerbfleiß in seinem Lande ferner blühen möge! Ob dieser Nachricht, die auf höchsten Wunsch zur allgemeinen Kenntniß zu bringen war, waren die guten Oldenburger hoch erfreut. Und die Oldenburger wollen ihre Zuneigung zum Fürstenhause mit der That beweisen. Dieser Tage circulirte hier in der Stadt nämlich eine Liste, um Beiträge für ein Geschenk für Ihre Königl. Hoheiten, die im nächsten Sommer Ihre silberne Hochzeit zu feiern gedenken, zu sammeln; es war dem Zeichner freie Wahl gelassen, sich mit einem Beitrag von 6 oder 9 Mark und darüber zu verpflichten. Der hiesige „Frauenverein" hatte sich mit der Aufgabe des Sammelns befaßt! Wer möchte nicht gern in der Liste stehen! Es waren denn auch Beträge von 20, 30, 50 Mark gezeichnet. Wie man hört, sollen sechs prächtige Lehnsessel für Ihre Königl. Hoheiten dafür angeschafft werden. — Als man im letzten Winter zu einem ähnlichen Zweck für den abgegangenen Ministerpräsidenten von Berg unter Anerkennung seiner Verdienste um die Wohlfahrt des Landes sammelte, kam von dem uneigennützigen Staatsmann Contreordre, und alle Vorbereitungen und Sammlungen mußten eingestellt resp. rückgängig gemacht werden. Ob Ihre Königl. Hoheiten dasselbe thun? Jedenfalls könnten mit den Mitteln manche Thränen gestillt, manche Sorge verbannt, manches Herz froh beglückt werden! Die Civilliste unseres Souverains beträgt bei jetziger Conjunktur über 200,000 Thaler = 600,000 Reichsmark! Oldenburg ist ein wunderbares, aber glückliches Ländchen, und selbst in Schnuckenheim können die Menschen schwerlich devoter sein, als hier.

H. vor dem Berge.

Aus der Schweiz, 1. Oktober. Bei dem sogenannten Fabrikgesetze, das den Normalarbeitstag festsetzt, hat sich der Nationalrath, was ihm nicht oft zu passiren pflegt, ängstlich an den Wortlaut der Bundesverfassung gehalten, der nur von Fabrikarbeit spricht und danach das Gesetz nur auf die Fabrikarbeit, d. h. auf solche in „geschlossenen Räumen" ausgedehnt. Wir suchen in der Revisions-Campagne vergeblich nach einem Anhaltspunkt für diese Auffassung und meinen, daß Steinhauer, Straßen-, Berg- und andere Arbeiter für die Annahme der Verfassung nicht deshalb gestimmt, weil die Verfassung den Fabrikarbeitern Erleichterung verhieß, sondern weil sie eine Verbesserung aller Arbeiter von der neuen Verfassung erhofften. Konnten in diesem Punkte aber noch irgend welche Zweifel bestehen, dann hatte wohl die radikale Partei im Nationalrathe die Pflicht, den weitgehendsten, hier den humansten Standpunkt einzunehmen, und das Gesetz auf alle Arbeitszweige auszudehnen und dem Souverän, d. h. dem Volk, die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Definition die richtige sei. — Die schweizerischen Arbeiter mußten in der vom Nationalrathe beliebten Definition eine solche Verschlechterung des Gesetzes erblicken, daß ihnen seine Annahme in der Volksabstimmung zur Unmöglichkeit wurde, und als nun das Gesetz vom Nationalrathe an den Ständerath wanderte, hielten es die Arbeiter für geboten, noch einmal Stellung zu nehmen. Sie wandten sich — und zwar der streng nationale Grütliverein und der aus der Initiative der Zürcher Internationalen hervorgegangene schweizerische Arbeiterbund — mit übereinstimmenden Adressen an die Commission des Ständeraths, in deren Händen sich der Gesetzentwurf befand. Sie betonten, daß die Forderungen der Arbeiter nur in ganz geringem Maße bei der Gesetzberathung Berücksichtigung gefunden, daß man aber trotzdem in der Volksabstimmung das Gesetz annehmen wolle, wenn es in der ständeräthlichen Berathung keine Verschlechterung erfahren und seine Ausdehnung auf alle Arbeiter auch auf die in Steinbrüchen ꝛc. finden würde. Die Adressen erinnerten u. a. an die unmenschliche Behandlung, welcher die Arbeiter am Gotthardtunnel preisgegeben seien. Man war überzeugt, daß die durchaus würdig und entschieden gehaltenen Adressen Beachtung und die darin geäußerten gewiß billigen Wünsche der Arbeiter Erhörung finden würden, allein man hatte sich getäuscht. Die Commission des Ständeraths hatte nicht allein die Wünsche der Arbeiter unberücksichtigt gelassen sondern das Gesetz auch in hohem Maße verschlechtert. (Das Weitere über die Beschlüsse der Ständeraths-Commission ist bereits in Nr. 4 unter der Politischen Uebersicht mitgetheilt. Red. d. V.). Sie hat die Arbeit in „geschlossenen Räumen" beibehalten. Schwerlich wird der Ständerath an diesen reaktionären Beschlüssen in verbesserndem Sinne ändern, und fraglich bleibt es, ob die neue Berathung im Nationalrathe die Wiederherstellung der ursprünglichen Vorlage bringen und ob der Ständerath ihr schließlich beistimmen wird. Große Hoffnungen darf man sich aber nicht machen, sie könnten leicht zu Illusionen werden. Jedenfalls behält das Gesetz aber seine beschränkte Ausdehnung auf die Fabrikarbeit.

Vor dem Bekanntwerden des ständeräthlichen Beschlusses sagte der Winterthurer „Landbote", wenn wir nicht irren aus der Feder des Professor Vögelin: „Wir leben heute in tiefem Frieden, aber die Schweiz hat schon erregte Zeiten gesehen, die sich wiederholen könnten, wofern die Klassen, welche heute regieren, intransigent bleiben und schließlich durch die Macht der Entwicklung bei Seite geschoben werden wollen, wie frühere Geschlechter geschoben wurden. Wir ziehen eine ruhige, friedliche Entwicklung vor. Eine solche ist zu haben und zu keineswegs zu hohem Preise, denn was das Fabrikgesetz bietet, ist wahrlich bescheiden, die Zukunft wird sagen wenig genug. Möge die ständeräthliche Commission, unbeirrt vor den Lamentationen ‚unserer Industrie' jedes Abmarkten zurückweisen". Wir wissen, wie die ständeräthliche Commission entscheiden und wollen abwarten, was weiter geschieht; anknüpfend an die Worte des „Landboten" können wir aber jetzt schon sagen, daß die Zurückweisung der versöhnliche Hand, welche die Arbeiter bieten, nur dahin führt, der compromißmüden revolutionären Strömung in der schweizerischen Arbeiterpartei zur Herrschaft zu verhelfen, welche als warnendes Menetekel — berechtigt genug — in Bern und Genf erscheint.

Haßloch, 2. Oktober. Sonntag den 24. September fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagscandidat für den hiesigen Wahlkreis unter lebhaftem Beifall über „die politischen und wirthschaftlichen Zustände Deutschlands und die nächste Reichstagswahl" sprach. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich bei der Wahl eine bedeutende Anzahl Stimmen auf Dreesbach vereinigen werden, wenn ein jeder Arbeiter seine Pflicht, für dessen Wahl zu agitiren, erfüllt.

Zeulenroda. Am 3. Oktober hielten wir hier eine von ungefähr 600 Mann besuchte Wählerversammlung ab, in welcher unser Reichstagscandidat Herr Blos aus Hamburg über das sozialistische Prinzip und die Entstehung der sozialistischen Partei, sowie über die liberale Partei, was sie ist und was sie sein sollte, sprach. Gegner waren anwesend, wagten aber nicht, dem Redner entgegenzutreten. Demzufolge können wir annehmen, daß diese Wählerversammlung auf die Wahlen nachwirken wird.

Dieptmar.

Lechhausen. (Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft beiderlei Geschlechts [Sitz Weimar]). In der Organfrage werden wir in den nächsten Tagen durch Cirkulare allen Vertrauensleute unseren Beschluß franco zur Kenntniß bringen und bitten alle Adressen an J. N. Laich, Lechhausen, zu senden.

Für die Commission:
J. A.: J. N. Laich, Vertrauensmann.

Gießen, 30. September. (Allgemeiner deutscher Schneiderverein.) Gewerksgenossen! In Nr. 100 des „Neuen Sozialdemokrat" und Nr. 101 des „Volksstaat" vom 30. August, theilten wir die Constituirung des neuen Ausschusses mit. Bis heute sind keinerlei Einwendungen gegen diese Wahl geltend gemacht worden; es tritt der Ausschuß deshalb mit dem heutigen Tage seine Funktion an.

Mit brüderlichem Gruß J. A.: B. Klerx.

Leipzig, 2. Oktober. Gewerksgenossen! Wir theilen Euch hierdurch mit, daß mit dem heutigen Tage die Control-Commission in Funktion tritt. Da keine Reklamationen eingegangen sind, so bleibt die Commission, wie bereits bekannt gemacht, bestehen, und ersuchen wir alle Briefe an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Mit brüderlichem Gruß
Die Control-Commission.
J. A.: L. Witt, Neumarkt 29.

Die Sitzungen der Beschwerde-Commission finden, falls etwas zur Berathung vorliegt, jeden Donnerstag Abend im Lokale des Herrn Eduard Hirsch, Seemannsstraße Nr. 1, statt. Die auswärtigen Parteigenossen werden ersucht, alle etwaigen Beschwerden an den Schriftführer der Commission, Herrn J. Meier, Kastningstraße Nr. 42, zu senden.

Bremen. J. A.: W. Frick, Vorsitzender.

Die Parteigenossen des 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreises werden hierdurch ersucht zu der am 15. Oktober in Leisnig stattfindenden Conferenz Delegirte zu entsenden.

Tages-Ordnung:
1) Die Organisation der Agitation.
2) Die Lokal-Wahlagitations-Comité's.

Zahlreiche Betheiligung wird erwartet, auch ist es nothwendig, daß die in obigen Wahlkreisen aufgestellten Candidaten an der Conferenz theilnehmen.

Je besser organisirt, desto leichter den Kampf; deshalb sorge man durch zahlreiches Erscheinen, daß diese Conferenz ihre hohe organisatorische Aufgabe zu erfüllen vermag.

Das Agitations-Comité.

Das Lokal der Conferenz wird später bekannt gegeben.

Briefkasten

der Redaktion. Hg. Leipzig: Der Can. fam. heißt Scheller und ist Rentier in Coburg. Um die Stylübungen des Mannes zu verstehen, braucht man nicht einen besonders hohen Bildungsgrad, sondern etwa ebenso viel Verbohrtheit, als er selbst besitzt; das ist freilich nicht wenig. — F. R. in Großenhain: Wir können Ihr Eingesandt selbst im Correspondenztheil nicht mehr aufnehmen.

der Expedition. J. Laute in Sommerfeld: Reklamiren Sie die betreffende Nummer bei der Post. Ihre Karte haben wir dem hiesigen Postamt zur Recherche übergeben. — Fritz Hippel in Görlitz: Geben Sie uns Ihre nähere Adresse an, damit wir Ihnen die 2 Expl. zusenden können. — F. Bml. i. Kalau: Reklamiren Sie bei dortiger Post; von hier geht das Blatt regelmäßig ab. — Chr. Gilles, Hochfeld-Duisburg: Wir können nichts dafür, daß Sie durch dortige Post Ihr Blatt nicht erhalten, wahrscheinlich hat diese die Bestellung hier nicht aufgegeben. Ihr Brief ging ans hiesige Postamt zur Recherche.

Genosse Engelhardt, Schneider von hier, vermuthlich zur Zeit in Carlsruhe, wird wichtiger Angelegenheiten halber um seine Adresse gebeten. Wilhelm Gerhold, in Haßloch in der Pfalz.

Quittung. Fachverein der Tischler Cöln Ann. 0,70. Morf London Ab. 81,60. Nwm Aussig Ab. 2,30. Wahlverein Hannover Ann. 1,80. Mhnr hier Ann. 0,60. Schrt Hermannstadt Ab. 4,92. Mhrt Hanau Ab. 23,00. Für Schw.-Gmünd Ab. 20,00. Wdch Kittlitz Ab 11,46. Fchs Magdorf Ab. 1,64. Schrdr Plagwitz Ab. 3,00. Schlz hier Plakate 1,50. Hppng Wurzen Schr. 1,20. Schlckhrdt Schr. 0,40. Ntschmnn Connewitz Ab. 2,40. Stckrt hier Ab. 1,60. Schdt Hanau Schr. 17,36. Grß hier Ab. 1,80. Wß Goldlauter Ab. 13,90. Bsmnn Cöln Ab. 100,00. Hnz Dresden Schr. 6,00. Srwn Lüneburg Ab. 8,50. Zrgbl Crimmitschau Ab. 61,80. Arb.-Bild.-Verein Linz Ab. 2,95. Dlzß Graz Ab. 2,47.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Hamburg. Donnerstag, den 12. October Abends halb 9 Uhr im Locale des Herrn Hübner, große Rosenstr. 37,
Geschlossene Versammlung
der Mitglieder des Allgem. Deutschen Töpfervereins.
Tagesordnung: Abrechnung über den Lübecker Strike. — Verschiedenes.
Der Bevollmächtigte. [80

Leipzig. Donnerstag, den 12. October, Abends 8 Uhr, in der Tonhalle:
Große
Volksversammlung.
T.-O.: Wer ist Reichsfreund und wer Reichsfeind? Referent: Reichstagsabgeordneter W. Hasenclever. [90

Cigarren.

Ich empfehle meinen geehrten Parteigenossen und Freunden mein **Cigarrenlager eigener Fabrik** zur gefälligen Berücksichtigung. Ich werde mich stets bemühen, eine gutabgelagerte Waare zu liefern.

☞ Auch liefere ich sehr preiswürdige Cigarren für Wiederverkäufer und Restaurateure.

Peter Krebs.
Leipzig, Ulrichsgasse Nr. 60. [270

Ein junger, solider und intelligenter Expedient (Parteigenosse) sucht Stellung. Gef. Offerten sub S. G. an den „Vorwärts". (F212)[60

Geschäftseröffnung.

Seit 1. Oktober befindet sich mein **Friseur-, Barbier und Haarschneidesalon**
Frankfurterstraße 40b (Ecke der Weststraße).
Leipzig, den 8. Oktober 1876.
Herm. Bienzeißler. [210

Bekanntmachung

für sämmtliche Tabak-, Cigarren und Hausarbeiter Hamburgs und Umgegend.

Allen Geschäftsgenossen zur Notiz, daß am Donnerstag, den 12. Oktober, Abends präcise 9 Uhr, im Etablissement des Herrn George Stadtly (Großer Saal), Valentinskamp 41, eine
Außerordentliche Massenversammlung
stattfindet. In derselben wird bekannt gemacht, was die Herren Fabrikanten uns auf unsere Forderung geantwortet haben. Im Uebrigen ersuche ich den Inseratentheil im „Hamb.-Altonaer Volksblatt" in den nächsten Tagen genau zu beachten.
Hamburg, den 5. Oktober 1876.
Für die Commission: H. Tappendorf. [160

Für Männer-Chöre.

Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:
Nr. 6: Frühlingsgedanken.
Gedicht von F. Glogauer. Componirt von G. Scholz.
Preis: Part. mit 4 St. 80 Pf., 4 St. 60 Pf.

Die zweite Auflage von **Most, Bastille am Plötzensee**, ist soeben erschienen. Preis im Buchhandel 1 M., für Arbeitervereine bei direktem Bezuge gegen baar oder Postvorschuß einzeln 60 Pf, bei Partien 50 Pf.

Für den Verlag ist übernommen die vom Verfasser autorisirte deutsche Uebersetzung von
Lissagaray, Histoire de la Commune, erste authentische Geschichte der Commune.
Braunschweig, 6. Oktober 1876. (3a) W. Bracke jr. [270

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: S. Haß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 6. Freitag, 13. Oktober. 1876.

Den Parteigenossen und Lesern machen wir die freudige Mittheilung, daß das Abonnement des „Vorwärts" sich wieder um 1000 gesteigert hat, so daß die Auflage jetzt nahezu 11,500 beträgt.

Leipzig, 10. Oktober 1876.
Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Die Schande Europas.

Unter diesem Titel hat die politische Wetterfahne, Emile von Girardin in Paris, soeben eine Broschüre veröffentlicht, in welcher die Girardin'sche Ansicht über die orientalische Frage ausgesprochen und die Girardin'sche Lösung empfohlen wird. „Die Schande Europas" ist, daß die Türken in Europa sind; die „Schande" kann nur dadurch getilgt werden, daß man die Türken aus Europa jagt — und Rußland freie Hand läßt. Daß die Türken der angegriffene Theil sind, daß alle Vorwürfe, die man ihnen macht, mit demselben, ja theilweise mit größerm Recht gegen diejenigen Mächte gerichtet werden können, welche die Vorwürfe machen; daß der Besitztitel aller Völker genau denselben Werth hat wie der türkische; daß den Türken die Culturfähigkeit absprechen ein Unsinn ist, und daß ihr Culturstand, wenn auch unter dem der entwickeltsten Culturvölker stehend, doch dem der Russen und der von diesen protegirten Stämme des türkischen Reichs vollkommen gleich ist — das genirt einen Girardin nicht, und genirt auch den gedankenlosen Haufen nicht, der blind auf die Türken schimpft, weil sie Türken sind.

„Die Schande Europas", das sind nicht die Türken.

„Die Schande Europas" ist, daß es kein Europa mehr giebt, wie ein ausländischer Diplomat sich neulich ausgedrückt haben soll. „Il n'y a plus d'Europe — es giebt kein Europa mehr. Früher gab es in Europa Staaten und ein Staatensystem. Jetzt giebt es nur einen Staat, nur eine Macht — Rußland."

Ob wahr oder erfunden, das Wort ist richtig: es giebt kein Europa mehr, es giebt nur noch ein Rußland — eine halbbarbarische Macht, die sich gerade so viel Civilisation angeeignet hat, um ihre barbarischen Ziele mit dem Raffinement der Civilisation verfolgen zu können. Der brutalste Raubstaat, den die Geschichte kennt, der einzige, welcher der langen, ununterbrochenen Reihe von an der Menschheit begangenen Verbrechen keinen der Menschheit erzeigten Dienst mildernd an die Seite stellen kann, dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf es wagen, sich als Vertreter der Menschheit und der Menschlichkeit aufzuspielen, und, die Hände noch rauchend von dem Blute des gemordeten Polen, Krokodilsthränen zu vergießen über die „Türkengreuel", die zum größten Theil erlogen sind, für russisches Geld erlogen, und, soweit sie nicht erlogen, durch die infame russische Politik hervorgerufen sind; und dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf ungestraft Europa, die Welt, aus einer Panik in die andere stürzen, darf den Handel und die Industrie der zum Aufblühen unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit berauben, darf Verwickelungen schaffen, aus denen jeden Augenblick ein europäischer, ein Weltkrieg emporschießen kann.

Das ist „die Schande Europas"!

Oder hat etwa Rußland so gewaltige Machtmittel zu seiner Verfügung, daß das ganze übrige Europa ihm gegenüber machtlos ist und demüthig die Knute des Czars küssen muß?

Mit nichten. Die deutsche Armee ist der russischen zum mindesten gewachsen. Das Nämliche gilt von der französischen Armee. Von den Türken pflegte Urquhart, der beste Kenner der Türken und Russen, gelegentlich des Krimkriegs zu sagen: „Man lasse die Russen und Türken ihren Streit unter sich ausfechten: wenn die Diplomatie den Türken nicht in die Arme fällt, werden sie mit den Russen fertig." Thatsache ist, daß die Russen bis jetzt fast keine militärischen, fast blos diplomatische Erfolge der Türkei gegenüber errungen, und daß sie diese diplomatischen Erfolge weniger der eigenen als der fremden Diplomatie zu verdanken haben. Was ferner Oesterreich betrifft, so hat es genügende Hilfsquellen, um Rußland in einem Vertheidigungskrieg siegreich die Spitze bieten zu können; und daß England an Macht Rußland nicht nachsteht, weiß, mit Ausnahme des „Professors" Treitschke, ein jedes Kind.

Gäbe es ein Europa, d. h. hätten die europäischen Culturstaaten eine gemeinsame Politik, könnte nur einer der großen Culturstaaten sein Votum, ohne Gefahr seitens der Nachbarn, nachdrücklich zu Gunsten des Friedens in die Wagschale legen und Rußland ein energisches Halt! zurufen, so wären die Kriegswolken längst zerstreut — ja, sie hätten sich gar nicht angesammelt.

Das Halt! ist nicht zugerufen worden, und es konnte nicht zugerufen werden.

Warum nicht?

Feldmarschall Moltke triumphirte vor vier Jahren im Reichstag: „Ohne Erlaubniß des deutschen Reichs kann kein Kanonenschuß in Europa abgefeuert werden." Diese Uebersetzung einer französischen Kraftphrase in preußisches Deutsch hat sich leider als bloße Kraftphrase erwiesen. Um die Erlaubniß, in Serbien und Montenegro loszuschlagen, ist das deutsche Reich nicht gefragt worden, und hätte es sich zu einem Veto! verstiegen, so wäre homerisches Gelächter an der Newa die Antwort gewesen. Und warum? Wenn Graf Moltke es heute nicht weiß, kann er sich's von Fürst Bismarck sagen lassen.

Vielleicht ist ihm ein Licht aufgegangen, als vor mehreren Wochen ein halbamtliches russisches Blatt der deutschen Reichsregierung die freche Drohung an den Kopf warf: „Man vergesse nicht, daß das deutsche Kaiserreich 1871 nur mit unserer moralischen Hilfe errichtet werden konnte; das deutsche Reich braucht uns, wir aber brauchen das deutsche Reich nicht. Zeigt Deutschland sich undankbar, wohlan, so haben wir einen anderen Bundesgenossen."

Wer der „andere Bundesgenosse" ist?

Vergangenes Jahr — der „Krieg in Sicht"-Schrecken ist in frischem Gedächtniß — hatte man in Berlin die Absicht, diesen „anderen Bundesgenossen", ehe er sich von den erlittenen Niederlagen erholt, wieder ganz zu Kräften gelangt, durch einen vom Zaun gebrochenen Krieg zu zermalmen; aber Rußland trat in's Mittel, es wollte den „anderen Bundesgenossen" auf Lager behalten: der Krieg mußte abkommandirt werden.

Der „andere Bundesgenosse" ist Frankreich.

Und wie ist es gekommen, daß Frankreich, welches in den fünfziger Jahren (1853—1856; der Krimkrieg dauerte von 1854—1856) Hand in Hand mit England den russischen Eroberungsgelüsten einen kräftigen Riegel vorschob, anderthalb Milliarden und 150,000 Soldaten opferte, um Europa von dem großen Ruhestörer, genannt Rußland, zu befreien, jetzt „der andere Bundesgenosse" dieses nämlichen Rußland ist, bereit, auf einen bloßen Wink von St. Petersburg das Werk Rußlands zu thun?

Antwort: durch den Krieg von 1870—71; genauer ausgedrückt: durch die Annexion von Elsaß-Lothringen.

Der Krieg, an dessen Schwelle wir uns befinden, ist der vierte, seit Fürst Bismarck mit seiner „Blut- und Eisenpolitik" regiert. Diese vier Kriege stehn im innigsten Zusammenhang, einer ist aus dem anderen hervorgewachsen, sie bilden eigentlich nur einen Krieg. Der Krieg von 1866, welcher Deutschland zerriß und drei Viertel Deutschlands unter die preußische Pickelhaube brachte, war die Folge des Dänenkriegs von 1864; die Saat des deutsch-französischen Kriegs von 1870 und 71 wurde 1866 in dem preußisch-östreichischen Krieg ausgestreut; und die gegenwärtige Weltlage ist die nothwendige Consequenz des Kriegs von 1870/71.

Nach der Schlacht von Sedan protestirte die deutsche Sozialdemokratie gegen die Fortsetzung des Kriegs und gegen die von oben her organisirte „Volksbewegung" zum Zweck der Annexion von Elsaß-Lothringen. Der Generalrath der Internationalen Arbeiterassoziation erließ damals ein Manifest, in welchem es u. A. heißt:

„Wie im Jahre 1865 Versprechungen ausgetauscht wurden zwischen Louis Bonaparte und Bismarck, so im Jahre 1870 zwischen Bismarck und Gortschakoff. Wie Louis Bonaparte sich schmeichelte, der Krieg von 1866 werde ihn durch wechselseitige Schwächung Oesterreichs und Preußens zum Schiedsrichter Deutschlands machen, so schmeichelte sich Alexander, der Krieg von 1870 werde ihn durch gemeinsame Erschöpfung Deutschlands und Frankreichs zum Schiedsrichter des westlichen Continents machen. Wie das zweite Empire den deutschen Nordbund unverträglich mit seiner eigenen Existenz glaubte, so muß sich das autokratische Rußland durch ein deutsches Reich unter preußischer Leitung gefährdet halten. Dies ist das Gesetz des alten politischen Systems. Innerhalb desselben ist der Gewinn eines Staats der Verlust des andern. Der überwiegende Einfluß des Czaren auf Europa wurzelt in seinem traditionellen Halt an Deutschland. Kann er in einem Augenblick, wo in Rußland selbst vulkanische soziale Kräfte die Grundlage der Autokratie unterwühlen, einen solchen Verlust seines auswärtigen „Prestige" ertragen? Bereits wiederholen moskowitische Blätter genau die Sprache der bonapartistischen Blätter nach dem Krieg von 1866. Glauben die teutonischen Patrioten ernsthaft, die Unabhängigkeit und den Frieden Deutschlands dadurch zu „garantiren", daß sie Frankreich in Rußlands Arme werfen? Wenn das Glück der deutschen Waffen, die Arroganz des Erfolgs und dynastische Intriguen zu einer Territorialberaubung Frankreichs verleiten, stehen Deutschland nur noch zwei Wege offen. Es muß auf alle Gefahren hin sich zum erklärten Werkzeug russischer Vergrößerung machen oder nach kurzer Frist zu einem neuen Vertheidigungskrieg bereit sein, nicht einem jener neumodischen „lokalisirten" Kriege, sondern einem Racenkrieg, einem Krieg gegen die verbündeten Slaven und Romanen. Das ist die Friedensperspektive, welche die hirnkranken Patrioten der Mittelklasse Deutschland garantiren"!"

In demselben Sinne sprachen sich die sozialistischen Abgeordneten im deutschen Reichstag aus, und schon am 3. Dezember 1871 machte Liebknecht darauf aufmerksam, daß der russische Kaiser „den brudermörderischen Krieg Deutschlands und Frankreichs zur Entzündung der orientalischen Frage benutzte."

Die Sache war: Kaum hatte Rußland bemerkt, daß das Bismarck'sche Deutschland zur Annexion, oder deutsch: zur Eroberung von Elsaß-Lothringen entschlossen war, so notifizirte es den europäischen Mächten, daß eine Revision des Pariser Vertrags, dieser bitteren Frucht des Krimkriegs an der Zeit sein dürfte.

Sobald die Annexion nach furchtbarem Blutvergießen bis auf Weiteres vollendete Thatsache geworden, notifizirte das Petersburger Kabinet den Mächten (auch dem neugebackenen deutschen Kaiserreich), daß sich Rußland durch den Pariser Vertrag nicht mehr gebunden halte.

Was die sozialdemokratischen Abgeordneten unter dem Gebrüll und Gelächter der „staatsmännischen" Reichstagsmajorität vorausgesagt, hatte sich erfüllt: Rußland war der Schiedsrichter Europa's; das preußisch-deutsche Reich, eingekeilt zwischen die russisch-französische Allianz, der Schleppträger und Vasall Rußlands.

Und die russischen Staatsmänner sind nicht die Leute, die ein Opfer so leichten Kaufs wieder loslassen. Schwer hat in den letzten 5 Jahren die Faust Rußlands auf Deutschland gelegen — man denke nur an die skandalöse Behandlung deutscher Reisender an der russischen Grenze —, und Schritt für Schritt ist Rußland seinem Ziel: Constantinopel näher gerückt. Die „Volkserhebung" in der Herzegowina und Bosnien war Rußlands Werk; die Kriegserklärung der Zwergfürsten von Montenegro und Serbien; die Hinausschleppung des Kriegs theils durch dem Völkerrecht Hohn sprechende Unterstützung der Serben, theils durch diplomatische Lahmlegung der Türken; die Auffindung neuer Streitpunkte, wenn ein alter beseitigt — das Alles ist das Werk Rußlands.

Hätte Rußland allein gestanden, es hätte dies schmachvolle Spiel nicht spielen können. Aber es verfügt über die deutsche Allianz, und das ist es, was diese unheilvolle Situation herbeigeführt hat. Ob Fürst Bismarck gut- oder widerwillig die politischen Pfade Rußlands wandelt, ist in Betreff der Wirkungen vollkommen gleichgültig. Genug: „der Bien muß." Parirt er nicht Ordre, so droht das Schreckgespenst der russisch-französischen Allianz. Nicht Schreckgespenst, sondern blutigeiserne Realität.

Das sogenannte „Dreikaiserbündniß" verhüllte blos auf kurze Zeit die häßliche Wahrheit. Im flagrantesten Widerspruch mit der Logik der Thatsachen blieb das „Dreikaiserbündniß" ein frommer Wunsch, um uns nicht eines härteren Ausdrucks zu bedienen. Kommt es zum Krieg, so werden die drei „verbündeten" Kaiser nicht auf der nämlichen Seite kämpfen.

Das preußisch-deutsche Reich aber wird für Rußland kämpfen. Es hat keine andere Wahl. Oder will es sich aus den tödtlichen Krallen des „Erbfreundes" befreien? Kein Zweifel, Fürst Bismarck hat schon oft daran gedacht, obschon die russische Diplomatie, durch Bonaparte's Schicksal gewitzigt, sich die bindendsten schriftlichen Garantien verschafft haben wird. Indeß „Stückchen Papier" lassen sich zerreißen, und die Politik kennt keine Ehrlosigkeiten. Doch tausendmal bindender als die bindendsten schriftlichen Garantien, sind die materiellen Garantien, die Rußland in den Händen hat. Die reorganisirte französische Armee, welche die 1870 von den Deutschen geschlagene Armee Bonaparte's an Kriegstüchtigkeit ebenso übertrifft wie an Zahl, kann jeden Moment gegen uns gehetzt werden. Sämmtliche Staatsmänner Frankreichs: der gewesene Präsident Thiers, der gegenwärtige Präsident Mac Mahon, der zukünftige Präsident Gambetta sind glühende Anhänger der russischen Allianz zur Befriedigung der Revanchegelüste. Gegen die russische Allianz sind in Frankreich überhaupt blos die extremsten Radikalen und die Sozialisten: beide jetzt ohnmächtig.

Und wo hätte Preußisch-Deutschland einen Bundesgenossen gegen die russisch-französische Allianz? Es bleiben blos zwei Großmächte: England, das in einem Landkrieg relativ wenig Unterstützung zu leisten vermag, und Oesterreich, das allerdings die erforderlichen Machtmittel besitzt, aber durch die Gründer des „preußisch-deutschen Reichs" aus Deutschland hinausgeworfen worden ist. Kann Fürst Bismarck Hilfe von der Macht erwarten, der er 1866 so schwere Wunden und Demüthigungen beigebracht und den „Stoß in's Herz" beizubringen versucht hat? —

Man sagt: Lügen haben kurze Beine.

Mit größerem Recht kann man sagen: Erfolge der Gewaltspolitik haben kurze Beine.

Die „glänzenden" Erfolge von 1866 und 1870—71 sind schon der Nemesis verfallen. Und unsere festdnseligen Philister, welche den heiligen Sedan feiern, werden bald mit Entsetzen gewahr werden, daß die deutschen Armeen in Frankreich trotz alles Patriotismus nicht für Deutschland ihr Blut verspritzt haben, sondern für Rußland.

Und nun zum Schluß:

„Die Schande Europas" ist zuerst von den Sozialisten erkannt worden. Die Sozialisten haben einen richtigeren staatsmännischen Blick gezeigt, als die „genialen" und nicht „genialen" Staatsmänner von Fach. Der Gang der Ereignisse hat den Sozialisten in allen Punkten Recht gegeben. Er wird uns auch fernerhin Recht geben, denn wir rechnen nicht, gleich unseren Gegnern, mit eingebildeten Faktoren, nicht mit Wünschen, Neigungen, Abneigungen einzelner Personen, — wir rechnen mit wirklichen, meßbaren Faktoren, mit den thatsächlichen Verhältnissen und Interessen.

Das Uebel erkannt zu haben, genügt aber nicht. Die Erkenntniß muß zur Ausrottung des Uebels verwerthet werden.

An den Sozialisten Europas und zunächst Deutschlands ist es: auf die Beseitigung von Zustäuden hinzuwirken, welche „die Schande Europas" sind.

Politische Uebersicht.

— Der „große" Lasker weicht muthig zurück. Wer erinnert sich nicht mehr der Zeit, als der Abgeordnete Lasker von den Gründern und Schwindlern verflucht und von den wenigen ehrlichen Leuten der Bourgeoisie und den vielen Heuchlern derselben in den Himmel gehoben wurde? Lasker hatte ja seine „Brandreden" gegen das Gründerthum und besonders gegen einzelne conservative Gründer gehalten. Wir sagten schon damals, daß der kleine Herr gleich seinem „großen" Stammvater den „Sündenbock" geschlachtet, dem dann die Gesammtsünden auch aller liberalen Gründer aufgehalst wurden. Lasker erkrankte darauf und entschuldigte sich mit dieser Krankheit, daß er nicht gegen die Gründer und Gründergenossen im eigenen Lager vorgehe. Andere übernahmen nunmehr dieses Amt. Daß nun bei hundert gerechtfertigten Anklagen einige nicht gerechtfertigte mit unterliefen, das giebt jetzt dem großen Lasker Gelegenheit zu der Erklärung, daß auf die Gründerperiode die Verleumdungs

periode gefolgt sei und er dabei nicht mitwirken wolle. Dabei entschlüpft dem edlen Herrn folgender Satz: „Vor den schlechten Gründungen habe ich gewarnt, als die Gründer angesehene Leute waren.“ — Jetzt also, wo die Gründer — und am allerwenigsten durch Lasker's Schuld, sondern durch die Angriffe der sozialdemokratischen und eines Theils der conservativen Presse — entlarvt sind, wo sie ihren Einfluß, sofern sie arm geworden sind, verloren haben, jetzt will Lasker nicht mehr vor schlechten Gründungen warnen; jetzt hält er es am Ende für erlaubt, damit die Gestürzten sich wieder emporschwindeln können, daß faule Gründungen wieder entstehen und das Volk auf's neue namenlos betrogen wird. — Solche laskerhafte Moral erkennen wir nicht an; wir bekämpfen die faulen Gründungen, auch wenn die Gründer selbst nicht mehr einflußreiche Leute sind. — Der wahre Grund aber der Lasker'schen Retirade ist wohl darin zu finden, daß er bei seiner Gesellschaft in Mißkredit gekommen war; diesen Mißcredit nun aufzuheben, gab er oben angeführte Erklärung.

— „Reichsfreundlich“. Verschiedene liberal-conservative Grundbesitzer in Schlesien haben diejenigen ihrer Arbeiter entlassen, welche bei einer kürzlich stattgehabten Nachwahl zum Reichstage für den klerikalen Candidaten stimmten. So berichtet die „Schlesische Volkszeitung“. Hier haben wir es mit einer Beschränkung der Wahlfreiheit zu thun, die unlauterer gar nicht gedacht werden kann. Zunächst ist das Wahlgeheimniß nicht gewahrt worden! Es müssen also „reichsfreundliche“ Personen die Stimmzettel geöffnet und gesehen haben, für wen der betreffende Arbeiter gestimmt hat; woher wissen denn sonst die Gutbesitzer, wie ihre Arbeiter gewählt haben? Dann zeigt es aber auch eine Brutalität und einen Despotismus sonder gleichen, wenn ein Grundbesitzer oder Kapitalist mit seinen paar Groschen täglichen Lohnes, die er dem Arbeiter überläßt, mit der Arbeitskraft noch die politische Ueberzeugung gekauft zu haben vermeint. Und da spricht man von humanen Bestrebungen, wo die nackte Sklaverei wieder eingeführt werden soll! Und da spricht man von Gleichberechtigung, wo der Eine über dem Andern die Hungerpeitsche schwingt und ihn dadurch zum willenlosen Werkzeuge macht! Pfui! über solche Humanität und über solche Gleichberechtigung!

— Der Mangel an Unteroffizieren zeigt sich in Deutschland besonders bei der Kavallerie. Wer den Soldatendienst kennt, wer die Strapazen und die Behandlung erfahren, dem ist die Ursache nicht fremd. Man versucht nun die jungen Leute zu vierjährigem Dienste als Freiwillige heranzulocken, indem man denselben in anderer Beziehung Erleichterungen verspricht und ihnen Löhnungszuschuß in Aussicht stellt. Die Erleichterungen bestehen darin, daß junge Leute, welche die beregte Verpflichtung eingehen, in der Landwehr nur drei Jahre dienen, die gesammte Dienstzeit mithin statt zwölf nur zehn Jahre beträgt. Dieselben bleiben für die Zeit, in welcher sie sich im Beurlaubtenstande befinden, gleichviel ob im Reserve- oder Landwehrverhältnisse, von allen Uebungen befreit, sie erhalten im vierten Jahre ihrer aktiven Dienstzeit die Kapitulantenlöhnung. — Wir wollen im Interesse des Culturstandes des deutschen Volkes hoffen, daß sich nicht viele Jünglinge zum vierjährigen Dienste melden, da der dreijährige den Menschen durch die ewigen Exerzitien und Reglements schon über alle Gebühr und gegen das Interesse der Culturentwickelung abstumpft.

— Was die Staatsaufsicht über Bourgeois-Unternehmungen nützt, so lange der Staat mit den Kapitalisten gemeinsame Sache macht, ersieht man aus einer Mittheilung, welche durch die Berliner Blätter geht, wonach der als Staatskommissarius für die „Deutsche Lebens-, Pensions- und Renten-Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit“ in Potsdam aufgestellte Polizeipräsident Engelken in Potsdam genannte Gesellschaft gegen sehr begründete Vorwürfe in Schutz genommen und sich so zum Mitschuldigen der gerügten Fehler gemacht hat. Im Anfange dieses Jahres hatte die „Berliner Börsenzeitung“ in einer Reihe von sachkundig begründeten Artikeln die Bedenken entwickelt, welche der Zustand der jüngeren in Deutschland gegründeten gegenseitigen Lebensversicherungs-Gesellschaften für eine fachmännisch wissenschaftliche Kritik darbietet. In diesen Artikeln hatte das genannte Blatt unter Anderem namentlich zweien von diesen jüngeren gegenseitigen Lebensversicherungs-Gesellschaften besondere thatsächliche Vorwürfe gemacht. Es war dort nachgewiesen worden, daß die Potsdamer Lebensversicherungs-Gesellschaft und die Norddeutsche Lebensversicherungsbank in Berlin, während dieselben in ihren zur Vertheilung unter dem Publikum bestimmten Prospekten bestimmt versprochen, daß sie die Prämien-Reserven auf die von ihnen geschlossenen Versicherungen nach einer bestimmten Grundlage berechnen würden, im Widerspruch mit diesen dem Publikum gegebenen Versprechungen thatsächlich die Prämien-Reserven weit niedriger zurückgestellt haben, als sie sein müßten, wenn sie nach den Zusagen der Prospekte berechnet wären. Es war dort weiter nachgewiesen, daß die Potsdamer Lebensversicherungs-Gesellschaft für die Anlegung der Gesellschaftsgelder in Kautions-Darlehnen an versicherte Beamte angelegt hat, während die Statuten der Gesellschaft eine derartige Geldanlage nicht gestatten. Diese Kritik, soweit dieselbe gegen die Potsdamer Lebensversicherungs-Gesellschaft gerichtet war, hat in der letzten Generalversammlung dieser Gesellschaft der Polizeipräsident von Engelcken in Potsdam, welcher als Staatskommissarius des preußischen Staates die Aufsicht über diese Gesellschaft führt, zum Gegenstande einer öffentlichen Kundgebung gemacht, welche auch durch die Zeitungen und durch andere Mittel in der größten Ausdehnung veröffentlicht worden ist. Der preußische Staatskommissarius Herr von Engelcken erklärte in jener Generalversammlung der Potsdamer Lebensversicherungs-Gesellschaft, er habe eine genaue Prüfung des Geschäftes der Gesellschaft vorgenommen, könne der Gesellschaft nur ein günstiges Zeugniß ausstellen, und müsse die in der Kritik der „Börsenzeitung“ enthaltenen Angriffe auf die Potsdamer Gesellschaft als unbegründet und geradezu frivol bezeichnen. Gegen diese Kundgebungen des preußischen Staatskommissarius hat nun die „Berliner Börsenzeitung“ bis in die neueste Zeit in einer größeren Zahl von Artikeln nochmals nachgewiesen, daß die Potsdamer Gesellschaft thatsächlich wirklich in ihren Prospekten, selbst in den 1876 gedruckten, noch dem Publikum verspricht, die Prämien-Reserven in bestimmter Höhe zurückzustellen und daß sie thatsächlich die Prämien-Reserven weit niedriger berechnet, als sie dies dem Publikum verspricht; es ist dort weiter nochmals nachgewiesen, daß die Geldanlage der Potsdamer Gesellschaft in Kautionsdarlehnen durch die Statuten der Gesellschaft nicht erlaubt ist, daß also die der Gesellschaft gemachten Vorwürfe in beiden Punkten vollständig begründet sind, wie dies auch ausdrücklich von den Versicherungs-Zeitungen, welche sich mit dem Falle beschäftigt haben, anerkannt und zugegeben worden ist.

Die Schuld der Gesellschaft und des Staatskommissars erscheint somit als zweifellos, wenn auch klar ist, daß die „Börsenzeitung“ nur darum ihre Angriffe gegen die auf Gegenseitigkeit gegründeten Gesellschaften unternimmt, um für die noch viel schlimmeren, aber für die großen Kapitalisten vortheilbringenderen Aktienunternehmungen zu wirken. Der Klassenstaat der Bourgeoisie kann sich weder selbst und im allgemeinen, noch in seinen einzelnen Organen zu einer unparteiischen, über dem Klasseninteresse stehenden Beaufsichtigung des Wirthschaftsgebiets erheben. Er thut nur hie und da so und täuscht damit nur die Kurzsichtigen.

— Es darf hier nicht über Politik gesprochen werden — mit diesen Worten löste ein Polizeicommissarius eine in Bilk bei Düsseldorf tagende öffentliche, von den Klerikalen einberufene Urwählerversammlung auf, als ein Kaplan die Kirchenpolitik des preußischen Staates einer Kritik unterzog. Solche weisheitsvolle Begründung einer gesetzwidrigen Handlungsweise kann man wohl einem Nachtwächter zutrauen, aber nimmer einem geschulten preußischen Polizeicommissar. Wie kommt's aber, daß die Polizeibeamten so viele Schnitzer in der letzten Zeit machen? Weil sie fortwährend in Angst sind, von Vorgesetzten wegen Säumniß eine Rüge zu erhalten, wenn sie nicht bei jeder Kleinigkeit einschreiten. Das sind die Folgen vom „schutzlosen Schutzmann“ des Herrn von Bismarck und von dem ewigen Skandal, den die Vorgesetzten über Dienstvernachlässigung machen. Den Vorgesetzten mögen übrigens solche Uebergriffe nicht unangenehm sein — uns aber auch nicht, da sich dadurch das heutige Polizeisystem beim Volke immer mehr compromittirt.

— Kinderarbeit. Vor vier Wochen brachte das „Chemnitzer Tageblatt“ aus Schneeberg (Königr. Sachsen) eine Zuschrift, die sich über eine Ministerialverordnung aussprach, nach welcher die punktirten Richtungslinien in den Schreibebüchern als dem Auge der Schüler nachtheilig und darum als zur Verwendung nicht geeignet bezeichnet werden. „Man ist“, so heißt es in jener Zuschrift, „mit diesem Vorgehen um so mehr einverstanden, als gerade in den Schulen des Erzgebirges ein erheblicher Prozentsatz der Schüler, namentlich aber der Schülerinnen, an Kurzsichtigkeit, Augenentzündung und anderen Augenkrankheiten leidet. Es darf wohl kaum in Frage gezogen werden, daß diese Erscheinungen als eine unmittelbare Folge der Spitzenindustrie anzusehen sind. Berücksichtigt man die Thatsache, daß die Kinder beiderlei Geschlechts in allen den Gegenden, wo diese Industrie heimisch ist, schon vom fünften (!) Lebensjahre an vor dem Klöppelsacke sitzen und bis spät in die Nacht bei vielfach ungenügender Beleuchtung auf die feinverzweigten Muster des Spitzengrundes unverwandt blicken müssen, so nimmt es höchstens Wunder, daß man verhältnißmäßig so viele gesunde Augen findet.“

Ein voller Monat ist verflossen, seit das „Chemnitzer Tageblatt“ die Zuschrift veröffentlichte, und, mit Ausnahme einiger sozialistischer Blätter, hat kein einziges Blatt Notiz davon genommen. Und wir dächten doch, die mitgetheilten Thatsachen verdienten die öffentliche Aufmerksamkeit in weit höherem Grad, als neun Zehntel des gewöhnlichen Zeitungsinhalts. Was sind das für Zustände, die sich in diesen Thatsachen enthüllen! Schon die fünfjährigen Kinder, Kinder die noch nicht für die Schule reif sind, auf das „Schlachtfeld der Industrie“ getrieben und dem Moloch: Kapital vorgeworfen! Es ist entsetzlich. Wird die Regierung einschreiten? Frage eines „sonderbaren Schwärmers“. Die Regierung kennt diese Greuel seit Jahrzehnten und hat bis dato nichts zu deren Abhülfe gethan. Mit der von verschiedenen Seiten geforderten Ausdehnung des Fabrikgesetzes auf die Hausindustrie wäre beiläufig nicht viel genützt, denn wenn die deutschen Fabrikinspektoren nicht einmal im Stande sind, die ungesetzliche Kinderarbeit in den vergleichungsweise leicht zu überwachenden Fabriken und Werkstätten zu verhindern, wie viel weniger werden sie in der vergleichsweise so schwer zu überwachenden Hausindustrie es vermögen? Hier können nur Radikalmittel helfen, zu denen der heutige Klassenstaat weder den Willen noch die Kraft hat. — Erwähnt sei noch, daß das „Chemnitzer Tageblatt“, dem wir obige Mittheilung verdanken, zu den fanatischsten und unskrupulösesten Gegnern der Sozialisten gehört. Auf der einen Seite heuchlerisches Bejammern der gesellschaftlichen Uebelstände, auf der anderen wüthende Anfeindung und denunziatorische Verlästerung Derjenigen, welche diese Uebelstände zu beseitigen suchen. Das ist die „Sittlichkeit“ und die Consequenz des „Liberalismus“.

— Es ist eine Schmach für die Civilisation, daß ein unschuldig Verurtheilter keinerlei Entschädigung für erlittene Strafe erhält, eine größere Schmach noch, als die, welche darin liegt, daß die unschuldigen Untersuchungsgefangenen ohne irgend welche Entschädigung bleiben. In Brieg wurde vor circa anderthalb Jahren ein Maurer Namens Storuppa wegen Diebstahls zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt; derselbe ist jetzt plötzlich entlassen worden, weil der wirkliche Dieb ermittelt, und dadurch seine Unschuld erwiesen worden ist. Vier Kinder hat der unschuldig Verurtheilte; wer ersetzt demselben den erlittenen Schaden wenigstens in so weit, als er durch Geldmittel zu ersetzen geht? Diese Frage möge der Reichstag bei Berathung der Strafprozeßordnung ernstlich in Erwägung ziehn — es ist besser für ihn als wenn er Lasker'sche oder Richter'sche Reden anhört.

— Selbst die sozialistenfresserische „Berliner Volkszeitung“ stimmt unserer Meinung über die für die Sozialdemokratie überaus günstige Agitation der Barmen-Elberfelder Polizei vollständig bei. Sie läßt sich nämlich aus dem Wupperthal Folgendes schreiben: „Von der Thätigkeit anderer Parteien hört man wenig oder nichts, mit Ausnahme freilich der sozialdemokratischen, die schon seit sechs Monaten ungemein rührig ist, die aber zugleich seitens der Polizeibehörde lebhaft unterstützt wird. Wenigstens ist man hier allgemein der Ansicht, daß die unaufhörlichen Maßregelungen sozialistischer Journalisten die Chancen für die Wiederwahl Hasselmann's nur von Tag zu Tag steigern müssen.“ — Früher sagte die „Volksztg.“, daß die deutschen Sozialisten von den preußischen Behörden zur Dienstleistung für die Reaktion mit Geldmitteln unterstützt und belohnt würden, jetzt ist sie doch zu der Erkenntniß gekommen, daß die ganze Unterstützung der Behörden darin besteht, daß dieselben durch ihre überaus ungeschickten Verfolgungen dem Volke die Augen öffnen, nicht allein über das wahre Wesen der Sozialdemokratie, sondern auch über die anderen Parteien, welche von den Behörden geschont, oft genug gehätschelt werden.

— Die Berliner Volksküchen stehen auf dem Aussterbe-Etat. Die neunte ist schon selig entschlafen, und die anderen machen keine „Geschäfte“ mehr und zwar wegen der schlechten Zeit. Diese einfache Thatsache genügt, um den Beweis zu führen, daß wir immer Recht hatten, daß die Volksküchen nur

---

Auch ein Verrückter.

(Fortsetzung.)

„In Folge dieser Erkenntnisse Hamburgischer Gerichte bezahlte ich die über mich verhängte Strafe von 100 Thalern, wandte mich aber sofort unterm 8. April 1870 abermals an die königliche General-Steuerdirektion in Berlin mit einer Eingabe, da die ungesetzliche Handlungsweise von Collas und Albrecht aktenmäßig konstatirt und das Eingeständniß derselben gemacht und von denselben sogar beschworen sei, daß ich auf die Unparteilichkeit der königlichen General-Steuerdirektion rechnete und mir somit Genugthuung würde für das mir zugefügte schwere Unrecht. Zugleich widerlegte ich alle die Unwahrheiten, die in den amtlichen Berichten von Albrecht und Collas enthalten waren, wovon ich im Hamburgischen Gericht Einsicht bekommen hatte. Auf diese Eingabe an die königliche General-Steuerdirektion erhielt ich von dem Finanzminister Camphausen unterm 12. Mai 1870 den eigenthümlichen Bescheid: da ich wegen Amtsbeleidigung gerichtlich verurtheilt sei, so läge kein Grund vor, gegen die betreffenden Beamten einzuschreiten! Hiergegen wurde ich sofort vorstellig, daß ich mich dieser Schlußfolgerung nicht anschließen könne, denn wenn ich auch wegen einer angeblichen Beleidigung verurtheilt wäre, so könnte hieraus unmöglich der Schluß gezogen werden, daß dadurch ein Verbrechen von Beamten, welches viel früher als meine Beleidigung begangen ist, straflos wurde. Hierauf erhielt ich von Camphausen die lakonische Antwort, es müsse bei dem mir gewordenen Bescheide sein Bewenden behalten. In Folge dessen begab ich mich persönlich nach Berlin, jedoch verweigerte mir der Finanzminister Camphausen eine Audienz, weshalb ich mich an den General-Steuerdirektor und Geheimen Ober-Finanzrath Hasselbach wandte, der mir erklärte, daß der von Camphausen angeführte Grund „Unsinn“ sei, denn Mißbrauch der Amtsgewalt und Amtsbeleidigung seien zwei ganz verschiedene Sachen: die Beamten dürften nicht wie geschehen handeln und müsse mir Gerechtigkeit zu Theil werden; einen Anspruch auf Schadenersatz hätte ich; ich möchte aber nochmals eine Eingabe machen und solle die Sache untersucht werden. — Demzufolge machte ich noch an demselben Tage, den 13. Juni 1870, eine abermalige Eingabe an den Finanzminister Camphausen, worauf ich unterm 27. Juni 1870 von demselben die Antwort bekam, daß kein Anlaß vorläge, gegen die von mir beschuldigten Beamten einzuschreiten, wogegen ich in einer Eingabe vom 30. Juni 1870 abermals vorstellig wurde, worauf ich unterm 7. Juli 1870 die Antwort bekam, daß es bei dem mir wiederholt ertheilten Bescheide sein Bewenden behalten müsse; außerdem heißt es in dieser Antwort, sofern in dieser Angelegenheit von mir fernerweit Vorstellungen eingehen sollten, welche nur bereits früher Vorgetragenes enthalten, werden dieselben ohne Erwiderung gelassen werden.

Da ich glaubte, daß es sich nicht mit der Würde eines preußischen Ministers verträgt, seine Bescheide auf Unsinn zu basiren, und daß derselbe nicht berechtigt sei, die Gesetze zu suspendiren zu Gunsten von Beamten, sowie auf begründete Beschwerden abschlägige, mit den Gesetzen nicht zu vereinbarende Bescheide zu ertheilen, wandte ich mich hierauf direkt an Seine Majestät mit einer Beschwerde über das mir widerfahrene Unrecht und das gegen mich beobachtete Verfahren, worauf ich von dem Finanzminister Camphausen als Beklagtem einen abermaligen abschlägigen Bescheid bekam ohne Angabe irgend eines Grundes.

Wiederholte Immediatgesuche blieben fruchtlos und führten nur zu einer neuen Anklage wegen Amtsbeleidigung.

In der Anklage heißt es: „Auf einen Antrag der Zollabfertigungsstelle auf dem Lübecker Bahnhofe vom 26. Juni 1869 veranlaßte sodann das zollvereinsländische Hauptzollamt zu Hamburg den Spediteur Hermes, dem Commis Ließ vom 28. Juni 1869 ab die Geschäfte auf dem Lübecker Bahnhofe zu entziehen und ihm andere Geschäfte zu übertragen. Hermes setzte dabei den Gehalt des Ließ von 2000 auf 1200 Mark herab.“

Als beleidigend wurden folgende Stellen in seinen Eingaben bezeichnet:

A. Aus der Eingabe vom 8. Oktober 1872:

1. „Mir ist auf die frevelhafteste Weise von preußischen Beamten eine lebenslänglich gesicherte Existenz zertrümmert. . . . Die Motive zu diesem Mißbrauch der Amtsgewalt von Seiten der betreffenden Beamten sind nach eigenem Eingeständniß Schwindel und Betrug den eigenen vorgesetzten Behörden gegenüber . . .“

2. „Der Ober-Controleur Albrecht legte nur aus Rache, wie er selbst mir naiver Weise eingestand, das Geschäft brach, wobei er aus eigener Machtvollkommenheit die entgegenstehenden Gesetze aufhob, um so meine Entfernung zu erzwingen.“

3. „Die Ansicht des Ober-Controleurs Albrecht, daß ein preußischer Beamter ungestraft die Gesetze aufheben kann, selbst zum Zwecke des Schwindels und des Betrugs gegen die eigenen vorgesetzten Behörden, scheint sich durch das gegen mich bislang stattgefundene Verfahren leider zu bewahrheiten und wäre demnach dem Ober-Controleur Albrecht trotz seiner sonstigen vielen Unkenntnisse die Kenntniß der thatsächlich bestehenden Verhältnisse nicht abzusprechen.“

4. „Der pp. Hermes . . . wandte sich Beschwerde führend an den Ober-Inspektor Collas, von diesem Abhülfe verlangend. Der Ober-Inspektor Collas ließ sich in ungesetzlicher Weise auf diese Beschwerden nicht ein aus Opportunitäts-Rücksichten . . .“

5. „Es kann unmöglich dadurch ein Präjudiz geschaffen werden, daß der pp. Hermes nach Verlauf von mehreren Wochen so charakterlos gewesen ist, die Hand dazu zu bieten, daß ein Protokoll fabrizirt wurde, welches von Anfang bis zu Ende Unwahrheit ist; von Wahrheit ist auch nicht die Spur darin enthalten.“

(Dieser Passus bezieht sich auf ein Protokoll, welches der Ober-Zoll-Inspektor Collas am 22. Juli 1869 über Erklärungen des Spediteurs Hermes aufgenommen hat.)

6. „Ich erlaube mir, Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät auf diesen Uebelstand besonders aufmerksam zu machen, daß bei Beschwerden über Beamte dem Betreffenden die diesbezüglichen Berichte vorenthalten bleiben, wodurch die Beschwerden rein illusorisch werden; den Beamten ist die Möglichkeit gegeben, der Wahrheit zum Hohn zu berichten, der Betreffende wird es ja nicht gewahr; selbst wenn diese Unwahrheiten widerlegt werden, so bleiben diese Art amtlicher Berichte nach wie vor maßgebend bei den oberen Behörden, wie dies in meiner gegenwärtigen Angelegenheit der Fall ist.“

(Hiemit wird dem Ober-Zoll-Inspektor Collas und dem Ober-Revisions-Controleur Albrecht vorgeworfen, in der betreffenden Angelegenheit wissentlich wahrheitswidrige Berichte erstattet zu haben.)

7. „Nachdem der Herr Hermes sich hatte verleiten lassen, die unwahren Aussagen über mich zu Gunsten der Beamten zu unterschreiben . . .“

(Bezieht sich auf das bereits erwähnte, vom Ober-Zoll-Inspektor Collas am 22. Juli 1863 aufgenommene Protokoll.)

eine Spekulation seien, eine Spekulation auf die Dummheit der Massen. Der Noth aber helfen sie nicht im geringsten ab. Wenn dem so wäre, dann müßten sie gerade jetzt, wo die Noth in Berlin so groß ist, floriren. In den guten Zeiten entnerven sie manchen Arbeiter, der recht „billig und schlecht" in den Volksküchen ißt und den übrigen Lohn durch allerlei unnütze Ausgaben seinem Körper entzieht, oder den Körper gar durch übermäßigen Genuß geistiger Getränke entkräftet; in den schlechten Zeiten aber helfen sie Niemandem auf, weil sie dann bei der schlechten Kost, die sie verabreichen, noch zu theuer sind. Uebrigens sollen die Volksküchen der Familie Morgenstern, diesem Urbilde des liberalen Philisterthums, auf die Strümpfe geholfen haben.

— Unserem Parteigenossen Tölcke ist von ultramontanen Blättern allen Ernstes der lächerliche Vorwurf gemacht worden, er wäre auch ein — Gründer. Tölcke hat natürlich geantwortet, wie, ersehen unsere Leser aus dem nachfolgenden Passus eines Schreibens, das Tölcke an unser Parteiorgan, die „Duisburger Freie Zeitung", gerichtet hat: „Geld regiert die Welt!" Dieses alte Sprichwort hat sich niemals in höherem Grade als richtig bewährt, wie im letzten Jahrzehnt. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens findet der aufmerksame Beobachter seine praktische Anwendung; auf keinem andern Gebiete aber ist das Prinzip der Geldhascherei durch „Schwindel", durch Geschäfts-Lügen, mehr vorherrschend, als gerade auf dem religiösen. Wie konnte es da den Bochumer Spießgesellen des „schwarzen Consortiums" gar auf eine Tendenzlüge ankommen? Daß sie meinen Namen mit der Gründung der „Zeche Ritterburg" in Verbindung bringen, um die Sozialdemokratie zu verdächtigen, das entspricht genau ihrem Grundsatze, nach welchem „der Zweck die Mittel heiligt". Ich will mir in diesem Falle ein Mal das Vergnügen machen, wenigstens die Bochumer Windbeutel näher kennen zu lernen. Zu diesem Zwecke habe ich den fraglichen Artikel der Staatsanwaltschaft zu Bochum eingesandt und behauptet, daß, wenn Aktien der „Zeche Ritterburg" existiren, auf welchen mein Name unterzeichnet ist, eine Urkundenfälschung vorliegt, daß aber, wenn solche Aktien nicht existiren, die Einsender des Artikels an die betreffenden Blätter, sowie die Redakteure der Letzteren sich einer öffentlichen verleumderischen Beleidigung schuldig gemacht haben." — Wie der Staatsanwalt auf die Tölcke'schen Anträge antwortet, ist gleichgiltig; jedenfalls ist es den schwarzen Herren wieder einmal gelungen, sich gründlich zu blamiren.

— Nicht nach Frankreich auswandern! Man schreibt uns aus Paris: Frankreich, das Land der Republik und der Mac-Mahons, scheint von den deutschen Arbeitern als das Land, „wo Milch und Honig fließt", betrachtet zu werden. Wir glauben, daß viel Elend abgewandt werden könnte, wenn auch die in Arbeiterkreisen zirkulirenden Blätter, wie dies bereits von einigen Bourgeois-Zeitungen geschehen ist, Licht über die wahre Lage der erwerblichen Verhältnisse in Frankreich, in Paris zu verbreiten sich bemühen möchten. Hier ist wie überall die geschäftliche Lage ungesund und flau, und so mancher Arbeiter, der mit vollen Taschen und großen Hoffnungen hier eingetroffen ist, um mit Theil zu nehmen an den Segnungen der Republik, ist mit leerem Beutel und verzweifelndem Herzen zurückgekehrt in Ihr Land „der Gottesfurcht und frommen Sitte", nachdem er wochen-, monatelang um Beschäftigung sich bemüht hat. Die deutsche und die österreichische Gesandtschaft werden förmlich umlagert von Landeskindern, welche enttäuscht Paris verlassen möchten und hierzu Reisegeld erbitten wollen. Sie werden auf die Warnungen verwiesen, die man in den Zeitungen veröffentlicht hat und welche durch die Schilderung der Arbeitsverhältnisse sie hätten abhalten müssen, die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit der in Frankreich zu vertauschen. Jüngst glückte es einem der Bittsteller, des Gesandten Herz zu rühren, und er erhielt nun als Reisegeld in ganzer Summe 5 Francs (etwa 4 Mark). Als er bescheiden auf die Unmöglichkeit hinwies, mit diesem Kapitale die Kosten der Fahrt zu bestreiten, erhielt er die Antwort: „Reise zu Fuß! Deine Väter, Groß- und andere Ahnen fuhren auch nicht auf Eisenbahnen." — Möge es sich jeder deutsche Arbeiter, namentlich wenn ihm die französische Sprache fremd ist, reiflich überlegen, ehe er jetzt in Frankreich und namentlich hier in Paris sein Heil sucht.

— Die belgischen Sozialisten haben die Frage der Kinderarbeit ernstlich in die Hand genommen. Da es vor allen Dingen nothwendig ist, eine statistische Unterlage zu erlangen, und da der Staat sich aus guten Gründen dagegen sträubt, eine solche zu beschaffen, so müssen die Arbeiter sich selbst helfen. Wie der „Ami du peuple" (Volksfreund) von Lüttich mittheilt, werden an alle Gewerkschaften und sonstige Arbeitergesellschaften und -Vereine Fragebogen zur Beantwortung gesandt, welche Folgendes enthalten: 1) In welchem Alter beginnen die Kinder, Mädchen oder Knaben, in euren Gewerken (in dieser oder jener Profession) zu arbeiten? 2) Ist die Zahl groß? 3) Wieviel Stunden arbeiten sie täglich? 4) Arbeiten sie in der Nacht? 5) Kommen häufig Verwundungen oder andere Unfälle vor? 6) Was ist der Gehalt der Kinder, und was ist der Lohn der erwachsenen Arbeiter? 7) Wie ist im Allgemeinen der Bildungsgrad der arbeitenden Kinder? 8) Besuchen sie eine Schule? 9) Welche Wirkungen übt die Beschäftigung auf ihre Gesundheit aus? 10) Haben die Kinder schlechte Behandlung zu erdulden? Eine vollständige Statistik wird allerdings auf diese Weise nicht erlangt werden — es bedarf dazu unbedingt der Staatsmaschinerie —, aber immerhin wird sie wahrer sein, der Wirklichkeit mehr entsprechen, als eine vom Staat, z. B. dem preußisch-deutschen Reich, veranstaltete Arbeits- und Arbeiter-Enquête, bei der blos Arbeitgeber oder von diesen beeinflußte Arbeiter vernommen werden, und die darum nothwendig ein falsches und gefälschtes Bild geben muß.

— Ueber den Stand der orientalischen Frage, die wir an anderer Stelle des Näheren besprochen, liegt keine neuere Nachricht von Belang vor. Die diplomatische Aktion Rußlands ist in Folge des energischen non possumus (wir können nicht!) der Pforte vollständig ins Stocken gerathen, und diese Pause wird von einigen frechen Reptilien dazu benutzt, den Fürsten Bismarck als erfolgreich wirkenden Friedensengel hinzustellen. Da schreibt z. B. eins (in der „Magdeburger Zeitung"): „Wenn dereinstes die diplomatischen Geheimnisse unserer Tage dem Auge der Profanen offenbart werden dürfen, wird die Welt mit Staunen und Dankbarkeit erkennen, was der Einsiedler von Varzin für die Erhaltung des Weltfriedens gethan hat und wie gerechtfertigt das unbedingte Vertrauen ist, mit welchem ihn die deutsche Nation unterstützt."

Schamloser kann man nicht lügen und die Wahrheit umstülpen. Man vergleiche nur diese Tirade mit den in unserem heutigen Leitartikel mitgetheilten Thatsachen. Bleibt uns der Friede erhalten, so geschieht es trotz der Bismarck'schen Politik; und so verdanken wir die Abwehrung des Unheils einzig und allein der Furcht Rußlands vor dem nicht preußisch-russischen Europa.

— Fünfzigtausend Grubenarbeiter sind nach dem Chicagoer „Vorbote" während der letzten Wochen in den verschiedenen Kohlendistrikten Pennsylvaniens (Nordamerika) entlassen und den noch Beschäftigten ist der Lohn um 10 Prozent gekürzt worden. Dagegen ist es erfreulich zu hören, daß der Sozialismus auch in Nordamerika immer mehr an Boden gewinnt. Und so hätte denn auch die herrschende Krisis ihr Gutes zur Folge.

— Der Aufruf zum bevorstehenden internationalen Arbeitercongreß lautet:

Internationaler Arbeiterbund.

Der Bundesausschuß an die verbündeten Arbeiter.

Genossen! Infolge verschiedener Mittheilungen, welche wir aus den Kreisen der internationalen Arbeitervereinigungen erhalten haben, zeigen wir Euch an, daß der allgemeine Congreß unseres Bundes in Bern Donnerstag den 26. Oktober 1876 eröffnet wird. Tagesordnung: 1) Antrag Spaniens: a. Hinzufügung eines Artikels zu den General-Statuten, welcher eine Beitragszahlung (cotisation) bestimmt, die an den Bundesausschuß zu entrichten ist; b. betreffend die Gemeinsamkeit (Solidarität) der revolutionären Bewegung. 2) Vertrag, betreffend die Solidarität zwischen den verschiedenen sozialistischen Organisationen. 3) Anregung eines Sozialisten-Congresses für 1877. Belgischer Antrag. 4) Die gegenseitigen Beziehungen der einzelnen Personen und der Gruppen in der neuzuorganisirenden Gesellschaft. — Sonntag, den 29. Oktober, findet eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Darlegung des sozialistischen Programms.

Wir sind so glücklich, Genossen, Euch mittheilen zu können, daß der Gedanke einer Beilegung der Zerwürfnisse, durch welche die verschiedenen Abtheilungen der revolutionären Sozialisten bisher getrennt worden, seit einiger Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht hat, und daß deutsche Sozialisten dem Congresse beiwohnen werden. Wir ersuchen Euch, uns im Voraus die Zahl der Abgeordneten mitzutheilen, welche Ihr zum Congresse senden werdet, damit die Berner Sektion alle Maßregeln treffen kann, um den Abgeordneten während ihres Aufenthaltes bei uns alle Erleichterungen zu sichern. Um den Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten vorzubeugen, welche sich mehr als einmal bei Veröffentlichung der Congreßberichte herausgestellt haben, schlägt das Jurassische Bundescomité vor, daß der Bericht des bevorstehenden Congresses sofort nach den Sitzungen veröffentlicht werde, und daß die Glieder des Bundes zu verpflichten sind, ihren Delegirten die Zahl der Exemplare anzugeben, welche sie nehmen sollen und sie mit der nöthigen Summe zur Zahlung der Druckkosten für dieselben zu versehen.

In der Hoffnung, liebe Genossen, daß Ihr mit uns Alles aufbieten werdet, um dem bevorstehenden Congreß eine Bedeutung zu verleihen, welche der allgemeinen Lage Europas entspricht, senden wir Euch unsern brüderlichen Gruß.

Chaux-de-Fonds, 15. September 1876.

Im Auftrage und im Namen des Bundesvorstandes:

Pindy, correspond. Schriftführer,
Rue de la demoiselle 3 Chaux-de-Fonds.

Mit Bezug auf den wichtigsten Punkt der Tagesordnung des Berner Congresses hat die Züricher Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation in ihrer letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Die Sektion Zürich will alle weitergehenden prinzipiellen Fragen offen halten, sie will aber heute ganz bestimmt erklären, daß sie die Wiedervereinigung der Internationalen Arbeiterassoziation auf Grundlage der 1866er Statuten des 1. Genfer Congresses lebhaft wünscht. Ist eine solche Vereinigung nicht möglich, so wünscht die Sektion Zürich ein möglichst friedliches Nebeneinandergehen und eine gegenseitige Unterstützung der verschiedenen Sozialistengruppen.

Das Mandat des Delegirten Greulich ist im Uebrigen frei, die Urabstimmung wird über alle wichtigeren Congreßbeschlüsse entscheiden.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß die Jurassier eine Vereinigung auf Grundlage ihrer 1873er Statuten wollen, wir halten das nicht wohl für zulässig, die 1873er Statuten sind von den „Antiautoritären" allein gemacht — die Genfer Statuten von 1866 aber wurden gemeinsam gemacht und unter ihrer Geltung war die Assoziation einig. Die Spaltung brach ja erst nach der Statutenrevision der Londoner Conferenz (1871) offen aus. — Deshalb können uns die ersten Genfer Statuten allein als ehrenvolle Grundlage einer Wiedervereinigung gelten.

Zürich, 4. Oktober 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Namens und im Auftrage der Sektion Zürich
der Internationalen Arbeiterassoziation:
Der Vorstand.
Hermann Greulich. G. Seipp. Jos. Nowotny.
J. Scheu. H. Rüdiger.

Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Glasgow, am 4. Oktober. Der Demonstrations-Eifer der Briten in Bezug auf die orientalische Frage hat bis jetzt keine merkliche Erschlaffung gezeigt. Wenn irgend etwas geeignet war, den allerorts gen Himmel züngelnden Unwillen gegen die Regierung zu noch heftigerer Lohe anzufachen, so war es die die Bewegung so geringschätzende Haltung des Premiers, Lord Beaconsfield, welche in seiner Rede in Aylesburg (wohin er zum Jahresdiner der Bucks Agrikultur-Association geladen war) so unverhüllt zu Tage trat. Während Gladstone durch sein Liebäugeln mit der Bewegung der Held des Tages geworden ist und die Majorität der Bevölkerung auf seiner Seite hat, bemüht sich Lord Beaconsfield nicht im Geringsten, die erregte Stimmung zu besänftigen, sondern gießt Oel in's Feuer, indem er die öffentliche Meinung in der sarkastischsten und wegwerfendsten Weise von oben herab behandelt. Er macht den Stimmungsfabrikanten nicht nur keine Concessionen, sondern erklärt es rundheraus als eine Absurdität sonder gleichen, England zuzumuthen, daß es in selbstmörderischer Weise seine 20jährige Politik ändere und die Früchte derselben Andern in den Schooß werfen solle. „Die Gefahr eines solchen Augenblickes — sagt er — ist, daß politische Ränkeschmiede sich die erhobenen Gefühle der Massen zu Nutze machen und sie zur Förderung ihrer verkehrten Zwecke benützen können. . . . . Derjenige, welcher in solcher Zeit sich der herrschenden Stimmung zur Erreichung seiner persönlichen Absichten zu bemächtigen trachtet und Wege vorschlägt, von denen er wissen mag, daß sie den Interessen seines Landes entgegen und der allgemeinen Wohlfahrt ungünstig sind, ist ein Mann, dessen Benehmen kein Ausdruck zu stark verdammen kann. Ein solches Vorgehen in diesem Augenblicke sollte von dem englischen Volke entschieden mißbilligt werden, denn in der allgemeinen Verwirrung und dem Ruin, welches es zur Folge haben kann, dürfte es gerechtfertigter Weise als schlechter bezeichnet werden, denn irgend eine der Grausamkeiten in Bulgarien, welche gegenwärtig so sehr die Aufmerksamkeit erregen." —

Ein sehr einflußreicher Mann — sagt Lord Beaconsfield weiter — Herr Gladstone, habe eine Broschüre geschrieben (der Tag der Reue werde bald kommen), in welcher er die Türken als eine brutale Race bezeichnete, welche für unser Klima nicht geeignet sei und aus Europa vertrieben werden müsse. Zwei oder drei Tage später, nach reiflicher Erwägung — philantropische Politiker schauen nämlich nie, bevor sie springen — habe er eingesehen, daß er einen Irrthum begangen und erklärt, er meine nicht die türkische Nation, sondern — die Minister, Diese letzteren aber seien, wie er (Lord Beaconsfield) glaube, sehr wahrscheinlich gar keine Türken. — Irrthümlich und irreführend wie die aufgestellten Ideen seien, erscheine es allerdings möglich, daß man durch eine Vertreibung der Türken aus Europa zu einer raschen Lösung der Frage gelangen könne. Allein die Verweisung einer Million Mohren und Juden aus Spanien vor ziemlich langer Zeit habe die spanische Nation so sehr erschüttert, daß sie sich bis jetzt noch nicht erholt habe und Europa heute noch an den Folgen jenes Versuches leide. — Wenn Herr Gladstone vorgeschlagen hätte, das Haus der Gemeinen, mit dem Sprecher an der Spitze, solle sich in Prozession nach dem Greenwischer Kirchtag begeben und dort vom Gipfel des Hügels hinunterkollern, er hätte keine lächerlichere Abgeschmacktheit verlangt. —

Der gereizte und sarkastisch abtrumpfende Ton dieser Rede hat, wie gesagt, die liberalen Gemüther noch mehr erhitzt. Man hatte Abdanken, Nachgeben, oder doch wenigstens schmeichelhafte Phrasenconcessionen erwartet.

Am 27. September hatte Lord Derby abermals Gelegenheit, sich über die Haltung der Regierung zu äußern, als ihm durch eine Deputation, bestehend aus einflußreichen Bürgern, Parlamentsmitgliedern und Pfaffen (die hier nirgends fehlen dürfen,

---

8. „Die ganzen bis dahin vorliegenden amtlichen Berichte erwiesen sich als ein elendes Machwerk."

(Beleidigung des Ober-Zoll-Inspektoes Collas und des Ober-Revisions-Controleurs Albrecht, wie Nr. 6.)

9. „Der vorliegende Fall ist ähnlich mit dem, wenn ein Beamter z. B. einem Gastwirth aus Rache die Conzession zum Gewerbebetrieb nähme, weil derselbe ihm keine Gefälligkeiten erzeigen will . . .

Der vorliegende Fall dürfte noch schlimmer sein, indem die verlangte Gefälligkeit zum Zwecke des Schwindels und des Betruges benutzt werden sollte."

10. „Eure Kaiserliche und Königliche Majestät werden nicht dulden, daß wir Hannoveraner als Aschenbrödel behandelt werden, denn wenn Beamte es ungestraft wagen dürfen, Jemand die Existenz zu zertrümmern, obgleich derselbe nicht die geringste Ungesetzlichkeit begangen hat, sondern lediglich zum Zwecke des Schwindelns und des Betruges, dann wären wir jetzt schlimm daran . . ."

11. „ . . . mir ist auf die frevelhafteste Weise eine lebenslänglich gesicherte Stellung zertrümmert . . ."

12. „Ich protestire ferner entschieden gegen die Annahme, daß dadurch ein Präjudiz geschaffen ist, weil der pp. Hermes seiner Zeit so charakterlos gewesen ist, aus Rücksichten auf sein Geschäft den Beamten zu Liebe ein unwahres Protokoll zu unterschreiben; dieser Schurkenstreich ist obendrein erst einige Wochen nach erfolgter That geschehen und kann ihm unmöglich rückwirkende Kraft beigemessen werden, der pp. Hermes hat sich lediglich der rohen Gewalt gefügt, als er mich meiner Stellung enthob."

(Fortsetzung folgt.)

— Ein fideles Gefängniß. Sozialistische Zeitungsredakteure und Agitatoren, welche so oft in Untersuchungshaft zu leiden haben, möchten wir einladen, so schreibt unser Glauchauer Parteiorgan, nach dem Schönburg'schen zu kommen. In hiesiger Stadt erzählt man sich nämlich, daß Untersuchungsgefangene Abends zur Kneiperei beurlaubt werden. Doch wollen wir nicht gesagt haben, daß Sozialisten diese Vergünstigung auch erhalten, daß wissen wir nicht; aber wenn das bei Advokaten geschieht, die angeklagt sind, um Tausende betrogen zu haben, so wird man doch wohl Ehrenmännern noch mehr Freiheit gewähren. Ob arme Leute, die, durch Hunger gezwungen, ein Brod stehlen, auch Begünstigung erhalten, haben wir gleichfalls noch nicht erfahren.

— Zur Humanität der „Arbeitgeber". Aus Gmünd berichtet die „Süddeutsche Volkszeitung", daß der Bauunternehmer A. sich im vergangenen Frühjahr einen Steinbruch erworben habe; er meinte schon beim Ankauf, die Steine sollten von selbst auf die Erde kommen und auf den Bauplatz marschiren; aber das ging eben nicht, denn Steine tragen keine Pickelhauben und gehen demnach auch nicht auf Commando. In Folge dessen mußte er Arbeiter nehmen, diese wollten aber nicht umsonst arbeiten, sondern für ihre Arbeit auch etwas verdienen. Endlich wurde das Brechen nach längerem Handeln und so viel wie möglichem Abzwacken in Accord gegeben und zwar sehr fleißigen und tüchtigen Arbeitern. Die Arbeit war nun so weit vorangeschritten, daß Maurer und Steinhauer fortarbeiten konnten. Doch auf einmal war ihm der Accord zu theuer und es wurde den Arbeitern mit schönen Redensarten der Accord abgeschwatzt, diese gingen richtig auf den Leim und nahmen Taglohn an. Es wurde ihnen täglich ein Thaler versprochen, so lange man arbeiten könne. Den ganzen Sommer plagten sich nun diese Menschen wie ein Stück Vieh, und als es Herbst wurde, suchte sich Herr A. billigere Hände und schickte die alten Arbeiter fort, nachdem sie ihm die Kastanien aus dem Feuer, oder besser die Steine aus dem Bruch geholt hatten. —

— Reptilienblödsinn. Durch die Presse läuft folgende geistreiche Notiz: „Mitten unter dem Kanonendonner von Wörth am 6. August 1870 wurde einem „Bauer" in Zeiskamm an der Grenze ein Söhnlein geboren, dessen Taufpathe der siegreiche Kronprinz wurde. Als vor ein paar Tagen der Kaiser Wilhelm in Weißenburg einzog, da stand der Junge in Husarenuniform am Wege, um seinen hohen Pathen zu begrüßen und neben ihm seine Eltern und viel Volk rings umher. Der Kronprinz stellte seinen kleinen Pathen dem Kaiser vor und dieser hob ihn zu sich herauf und drückte ihm einen Kuß auf die frische Wange. Der kaiserliche Kuß lief wie ein telegraphische Depesche durch ganz Elsaß." — Ein „laufender" Kuß ist allerdings etwas ganz neues und daß derselbe wie eine telegraphische Depesche „läuft" ist noch interessanter. Daß übrigens die Hohenzollern mehr als andere Herrscherfamilien es verstehen, sich trotz der in Deutschland herrschenden Mißwirthschaft populär zu machen, ist eine alte Geschichte. Sie sollten nur dabei auch Sorge tragen, daß ihre Bemühungen nicht durch derlei offiziöse Schreibereien zu Schanden würden. Der „laufende" Kuß macht bei vielen Lesern der Reptiliennotiz den kaiserlichen Kuß einfach lächerlich.

wenn ein Ding die rechte Weihe haben soll), den Lord Mayor an der Spitze, die auf dem stürmischen City Meeting vom 18. September gefaßten Resolutionen überbracht wurden. Lord Derby behandelte die Sache nicht in so wegwerfender Weise, wie sein Chef, sondern ging ernstlich auf die Argumente der Opposition ein, indem er an die Vernunft der Nation appellirte. In Uebereinstimmung mit Lord Beaconsfield und Sir Stafford Worthcote sagte übrigens auch er durch den Tulpenstengel, daß die Nation von der orientalischen Frage absolut nichts verstünde. Die Redner auf den Indignations-Meetings hätten es leicht, mit Worten die Frage radikal zu lösen, allein etwas Anderes sei es, wenn man den Worten die That folgen lassen müsse, da könne man der übertreibungssüchtigen Gefühlspolitik keine Concessionen machen. — Dem in einer der Resolutionen ausgesprochenen Verlangen nach Einberufung einer außerordentlichen Herbstparlamentssession werde die Regierung kaum Folge geben können, da keine dringenden Vorlagen zu erledigen seien. Die orientalische Frage aber könne man durch eine Gesetzvorlage nicht lösen.

In Bezug auf die Grausamkeiten in Bulgarien habe die Regierung bereits eine Depesche an den britischen Gesandten in Konstantinopel gerichtet, welche von der Pforte die exemplarische Bestrafung der verantwortlichen Personen und Genugthuung für die Beraubten und Mißhandelten verlangt. Er verneine es entschieden, daß die englische Regierung sich auf die Seite der Türkei und gegen die Christen gestellt habe. Wohl fühle sich die Regierung gezwungen, für die Territolial-Integrität des türkischen Reiches einzutreten, allein das sei eine ganz verschiedene Sache. Die Zustände in der Türkei in letzterer Zeit seien nicht zu verwundern. Ein wahnsinniger (oder blödsinniger) Souverän, bankerotte Staatskassen, ein ausgedehnter zum großen Theil von außen unterstützter Bürgerkrieg, Minister und Beamtete alle Augenblicke in der willkürlichsten Weise abgesetzt und versetzt in einen Zustand so vollständiger administrativer Anarchie seien Vorkommnisse wie die jüngsten, leicht zu erklären. Seine Hände in Unschuld waschen und die orientalische Frage ihrem Schicksale überlassen, wie unter Anderem Herr Lowe in Croyden befürwortete, könne England unmöglich. Bezüglich des zweiten Vorschlages (Gladstone) müsse er anfragen, warum man denn, wenn die Vertreibung der Türken eine gesunde Politik ist, eine geographische Linie ziehe und die 10 Millionen Christen die in Asien unter türkischer Herrschaft leben müssen, ignorire. Und wer würde England in solcher Politik unterstützen? Selbst Rußland habe niemals so weitgehende Vorschläge gemacht, und es gäbe wenigstens eine Macht, die eher Krieg führen, als sich dem fügen würde (Oesterreich). —

Dieser Punkt der Rede ist durch die Reserve, welche sich Lord Derby Rußland und Deutschland gegenüber auferlegt, der schwächste. Deutschland und Rußland würden gewiß nichts gegen die Vertreibung der Türken einzuwenden haben nnd Oesterreich käme in diesem Falle als „Macht" nicht in Betracht.

Lord Derby kam dann auf die Racenverschiedenheit in der Türkei zu sprechen. Es sei in England populär, anzunehmen, daß alle christlichen Racen in der Türkei ein homogenes Ganze bilden, und sich sicher unter einander vertragen würden. Allein nichts sei unrichtiger, als das. Da seien Katholiken, Griechen, Slavonier und Mohamedaner, zwischen denen tiefe Eifersucht bestehe. Ein Bürgerkrieg unter diesen Racen und Religionen würde noch ganz andere Massacres aufzuweisen haben, als die jetzt so viel besprochenen. Aus diesem Grunde betrachte er den Plan einer völligen Autonomie dieser Racen, der Schöpfung einer neuen Gruppe tributärer Staaten als außerhalb der Betrachtung praktischer Politiker liegend. Die einzige praktische Lösung der Frage scheine ihm in der Gewährung einer administrativen Autonomie nach Art der Verfassungen von Creta und Libanon an die in Frage stehenden Provinzen zu liegen. Was die kriegführenden Theile, Serbien und Montenegro anbelange, so könne man, da von keiner Seite ein entscheidender Sieg gewonnen sei, nichts Anderes für sie verlangen, als den Status quo.

(Schluß folgt.)

Aus Adelaide, der Hauptstadt von Südaustralien, schreiben uns Gesinnungsgenossen: Am 28. August v. J. kamen wir wohlbehalten in Melbourne an. Aber schon die ersten Nachrichten daselbst waren sehr betrübend. In Melbourne ist der Arbeitsmarkt stets überschwemmt, da alle Schiffe, die von Amerika oder Europa kommen, zuerst dort anlegen. Jeder bleibt gerne dort, die schöne Stadt gefällt ihm, und wenn endlich die Einsicht da ist, daß es besser wäre, wegzugehen, fehlen die Mittel dazu.

So ging es auch uns. Wir waren daselbst zwei Monate ohne Geschäft; endlich erhielten wir durch Vermittlung eines einflußreichen Deutschen Beschäftigung, aber zugleich wurde uns gesagt, daß diese nur eine kurze Zeit währen würde, wie es auch in der That der Fall war; nach 3 Monaten war die Arbeit fertig, nun konnten wir wieder gehen. Da wir sehr gut wußten, daß wir nun ebenso schwer aufs neue Arbeit finden würden, wenn wir in Melbourne blieben, so reisten wir alsbald am 22. Januar hierher nach Adelaide. Hier kamen wir glücklicherweise zu einem geeigneten Zeitpunkte an, wir bekamen hier Arbeit auf der Eisenbahn, aber ebenfalls nur auf gute Recommandation.

Die Verhältnisse in Australien sind im ganzen nicht so glänzend, als man vielleicht glaubt, überall ist eher Ueberfluß, als Mangel an Arbeitern. Dadurch, daß so viele Emigranten noch immer auf Landes Unkosten hierher kommen, d. h. herbefördert werden, wird der Arbeitsmarkt überfüllt, und der Lohn, der ohnedem nicht zu hoch ist, noch mehr herabgesetzt. In Neu-Seeland steht es in Folge der Masseneinwanderung noch schlimmer. Dieselbe hat erzielt, was sie erzielen mußte und sollte. Die Löhne sind jetzt so niedrig, daß die Leute an manchen Orten für bloße Kost und Wohnung arbeiten. Ebenso liest man auch, daß die reichen Squatter (Ansiedler auf dem Lande) daselbst ihre ohnedies großen Heerden um so und so viele Hunderttausende von Schaafen vermehrt haben. Ganz so weit ist es hier in Süd-Australien noch nicht, aber niedrig sind die Löhne auch schon genug, und sie fallen noch von Woche zu Woche, weil nahezu jede Woche eines oder gar mehrere Schiffe mit Emigranten hier ankommen. Mithin dürften neuseeländer Zustände auch hier nicht mehr lange ausbleiben. Die besitzende Klasse sieht diese große Einwanderung freilich gern, und die hiesigen Zeitungen stellen die Verhältnisse im rosigsten Lichte dar. Nur die deutsche „Australische Zeitung" sagt zuweilen die Wahrheit. Wenn Sie die beigehenden Zeitungen lesen werden, werden Sie finden, wie faul hier Manches ist, z. B. der neue Tarif, wonach alle die nothwendigsten Lebensbedürfnisse unmäßig hoch besteuert sind, wie überhaupt alle Artikel, die der arme Mann braucht. Erbschafts- und Einkommensteuer, die also zuerst die Reichen beträfe, wurde wohl schon in etlichen Parlamentssessionen vorgeschlagen; die betreffenden Vorschläge sind aber, wie ich gelesen habe, stets zurückgewiesen worden. Diese Session sollen sie wieder auf's Tapet gebracht werden, jedenfalls aber wieder ohne Erfolg.

Wie sie auch in der Nr. 30 der „Australischen Zeitung" finden werden, wurde im Parlamente sogar der Antrag: Es solle Niemand ins Parlament gewählt werden, der nicht lesen und schreiben kann — abgelehnt, ja, sogar das Ministerium stimmte dagegen. — Ein Mäßigkeitsvereinler (Teatotaller) ist jetzt im Ministerium, darob große Freude unter seinen Gesinnungsgenossen. Das Parlament wird darum gegenwärtig bestürmt mit Gesuchen in dieser Richtung, da wird Verminderung der Wirthshäuser, höhere Steuer auf alle geistigen Getränke, gänzliche Schließung der Wirthshäuser an Sonntagen (jetzt konnten sie 4 Stunden jeden Sonntag offen halten) und noch manches Andere gefordert. An der Spitze dieser sonderbaren Mäßigkeitsschwärmer stehen eine Menge Pfaffen, die ohne Zweifel auf eine bessere Kircheneinnahme rechnen, wenn Sonntags die Wirthshäuser ganz geschlossen werden. Diese Forderungen haben die Wahrscheinlichkeit der Annahme für sich, und die Pfaffen dürften auch ihre Rechnung dabei finden, denn so fromme Leute wie hier haben wir noch nirgends angetroffen. Wir hatten einen ganz anderen Begriff von englischen Arbeitern, so lange wir nicht selbst unter ihnen lebten. Ob es auch in England so ist, wissen wir nicht, aber will man hier Jemanden zum Feinde haben, so braucht man nur über Religion und Pfaffen geringschätzig zu sprechen. Wir hätten nicht geglaubt, daß Arbeiter noch so versessen auf Religion sein könnten. Die hier erscheinenden Zeitungen sind stets halb voll von Berichten über gottesdienstliche Ceremonien und fromme Versammlungen; eine freisinnige Zeitung erscheint weder in Melbourne noch hier, ob in Sidney eine herausgegeben wird, weiß ich nicht, nur so viel ist gewiß, daß in Sidney, Melbourne und hier in Adelaide eine Masse Pfaffenzeitungen herausgegeben werden, die gierig genug gelesen werden. Im hiesigen deutschen Club liegen die „Hamburger Reform", „Kölnische Zeitung", „Weser-Zeitung", „Illustrirte Leipziger Zeitung" und „Ueber Land und Meer" auf. Den „Volksstaat" fanden wir nicht. Wir hätten längst schon auf denselben abonnirt, aber wir wußten nicht, wie lange wir es hier aushielten, und so unterblieb es. Sobald wir nur für eine gewisse Zeit sichere Arbeit haben, werden wir sofort wieder den „Volksstaat" (Nunmehr dessen und des „Neuen Sozialdemokrat" Nachfolger, den „Vorwärts". R. d. V.) halten, so lange das aber nicht der Fall ist, müssen wir uns leider diese uns so liebe Lektüre versagen.

Für heute schließen wir in der Hoffnung, — Ihnen nächstes Mal mehr Erfreulicheres mittheilen zu können."

Hannover, 5. Oktober. Daß die hiesigen Arbeiter nicht nur in politischer, sondern auch in gewerkschaftlicher Beziehung am Platze sind, hat eine am 2. Oktober abgehaltene, von den hiesigen vereinigten Gewerkschaften (Klempner, Metallarbeiter, Buchbinder, Schuhmacher, Tapezierer und Holzarbeiter) einberufene Versammlung gezeigt. Als Referent war Herr Henke aus Bremen erschienen. Die Tagesordnung lautete: „Die Gewerkschaftsbewegung gegenüber der politischen Partei". Der Referent besprach zunächst die soziale Frage, unterwarf die „Heiligkeit" des Eigenthums einer scharfen Kritik und legte das Wesen der politischen Arbeiterbewegung klar. Auf die Gewerkschaften übergehend erklärte Redner, daß es eine Hauptaufgabe derselben sei, ihre Mitglieder zur Erkenntniß der Klassenlage zu bringen und den Geist der Gemeinsamkeit zu pflegen, denn vereinigt könnten die Arbeiter eher dem harten Drucke des ehernen ökonomischen Lohngesetzes widerstehen. Sodann spricht sich Redner noch über die Kranken- und Wanderunterstützungskasse aus, wodurch dem Arbeiter doch in manchen Fällen geholfen würde, auch seien in den Gewerkschaften die statistischen Erhebungen nicht zu vergessen. Der Redner schloß seinen Vortrag, indem er den Gewerkschaften ans Herz legte, für ein Central-Gewerkschaftsorgan einzutreten, da ein solches Blatt ein Bildungsmittel für die Arbeiter sei, unter dem allgemeinen Beifall der Versammelten. — Zum Vortrag sprachen die Herren Riemann I, Weber, Gatzemeier und Rudolph, und machte letzterer noch auf den „Vorwärts" aufmerksam.

H. Hartmann, Schriftführer.

Leipzig. Der „liberale" Urbrei. Am 30. September hielt der Vorstand des „deutschen Fortschrittsvereins für den 13. Wahlbezirk" (Leipziger Landkreis) eine Conferenz behufs Aufstellung eines Candidaten für die bevorstehende Reichstagswahl. Auf Einladung war der Vorsitzende des nationalliberalen Vereins im 13. Wahlbezirk, Herr Jerrmann, erschienen. Der Auch-Demokrat Dr. Götz von Lindenau „betonte, daß gegenüber dem Vorgehen der Sozialdemokraten und der sogenannten (?) Kreuzzeitungspartei ein einmüthiges Zusammengehen der liberalen Parteien geboten sei, welcher Ansicht Herr Jerrmann zustimmte". Von fortschrittlicher Seite wurden hierauf vier Candidaten: Herr Bürjens (soll wohl der vernationalliberalte Excommunist Bürgers sein?), Buchhändler Findel, Rittergutsbesitzer Meinschenk und Bankdirektor Peuckert in Vorschlag gebracht. Eine Commission soll sich über die Person und das Weitere einigen. Herrn Götz, dem die Liberalen bei den letzten Gemeindewahlen in seiner Residenz Lindenau eine so empfindliche Niederlage beigebracht haben, mag es etwas hart angekommen sein, mit den grausamen Siegern Hand in Hand zu gehen, indeß, was blieb übrig? Noth kennt kein Gebot, und nationalliberal und fortschrittlich schlägt sich, nationalliberal und fortschrittlich verträgt sich. Wir werden dafür sorgen, daß die Trauben des 13. Wahlbezirks dem Herrn Dr. Götz sauer (oder, in seiner eigenen Sprache zu reden: „blut-essig-sauer") werden, womit nicht gesagt sein soll, daß wir ihn für einen Fuchs halten. —

Zur Beachtung für Ham, Horn und Umgegend.

In der hiesigen Mitgliedschaft ist eine Zeitungscommission gewählt worden, und hat sich dieselbe folgendermaßen constituirt: Als Mitglieder derselben wurden gewählt der Colporteur H. Westpfahl, Wandsbecker Chaussee Nr. 247, Multerspassage 23, der Tischler H. Zander, Fischerstraße, hinten Nr. 1, der Tischler C. Reith, Borstelmannsweg, Scheels Wohnungen, der Maurer H. Meier, Hornerweg 100, und Unterzeichneter.

Parteigenossen! Wir haben die Nothwendigkeit erkannt, daß unser Centralorgan „Vorwärts" in den Händen eines jeden Arbeiters zu finden sein muß; um Jedem das Abonniren zu erleichtern, haben wir es so eingerichtet, daß auch wöchentlich und monatlich abonnirt werden kann; wir werden Mühe und Opfer nicht scheuen, aber wir legen es auch hiermit jedem Einzelnen ans Herz, für die Verbreitung unseres „Vorwärts" zu sorgen, Abonnenten zu sammeln und die Adressen derselben einem der Obengenannten mitzutheilen. Thut alle Eure Pflicht und wir werden bald die Freude haben, mindestens 150 Exemplare vertreiben zu können.

Horn.

Für die Commission:
F. Koch, Hornerweg Nr. 113.

Briefkasten

der Redaktion. R. G. Am Besten thun Sie — und dies ist auch der einzige Weg für einen ehrlichen Mann — wenn Sie sich mit dem Mädchen ohne Einmischung der Gerichte verständigen.

der Expedition. E. Rike Kl.-Grädiz: Der Kalender „Der arme Conrad" für 1877 enthält die Messen und Märkte ie für das Land und die Provinz, wofür er bestellt wird. — Bracke in Braunschweig: Die Kalender nach Stuttgart sind am 6. d. Mts. abgegangen. — Wppnstn in Breslau: „Der „Vorwärts" wird so geliefert, daß er am Tag seines Erscheinens von allen Postanstalten ausgegeben werden kann und auch ausgegeben werden muß. — Schmnn in Frankfurt: Ihre Annonce ist nicht aufnehmbar, wenden Sie sich an den Vorstand. — W. Zimmerling in Berlin und J. Schäfer in Münsterberg: Ihre Reklamationen haben wir dem hiesig. Postamt zur Recherche übergeben. Die ersten 4 Nummern können Sie nicht mehr erhalten, da dieselben vollständig vergriffen sind.

Zur Beachtung. Da fortgesetzt Einladungen zur Abhaltung von Volksversammlungen an mich ergehen, bin ich genöthigt zu erklären, daß ich innerhalb der nächsten 4 Wochen, außer den bereits zugesagten, keine mehr abhalten kann. Ich habe, von der Parteileitung darum ersucht, die Abfassung einer Broschüre für die Reichstagswahl übernommen, die meine ganze freie Zeit in Anspruch nimmt.

Hiermit verbinde ich meine Bitte an alle mit der praktischen Agitation betraute Parteigenossen. Der erwähnten Broschüre soll wiederum ein Anhang, enthaltend Rathschläge und Winke für die Agitation beigegeben werden, nnd wäre es mir sehr erwünscht, wenn ich auf etwaige Lücken, welche die frühere Broschüre enthielt, aufmerksam gemacht würde. Bezügliche Mittheilungen wollte man mir innerhalb 8 Tagen zukommen lassen.

Leipzig, den 6. Oktober 1876.

A. Bebel, Hauptmannstraße 76.

Für Tondern. Briefe in Parteiangelegenheiten sind zu richten an A. Drews. Adresse: C. Schröder, Westerstraße 185186.

Meine Adresse ist jetzt Göttingen, Jüdenstr. 13.

Ernst Strecker.

An meine Parteifreunde. Vom 1. Oktbr. d. J. ab habe ich meinen Wohnsitz in Hamburg genommen und wohne daselbst: St. Pauli 2. Erichstr. Nr. 7, 3. Etg.

Otto Kapell.

Quittung. Stcklbrg Paris Ab. 4,00. Mrtn hier Ab. 3,00. Brkur hier Ab. 1,20. Knzl hier 0,80. Gthl Schweidnitz Schr. 0,43. Pfznr hier Ab. 0,60. Brmmr Riesa Ab. 2,40, Schr. 8,51. Schwrz Neuschönefeld Ab. 1,80. Gesangv. Einsiedel Schr. 1,40. Arbeiterver. Gohlis Schr. 4,65. Brk Ravensburg Ab. 16,50. Rnstl Hall Schr. 6,40. Smtr Königsberg Schr. 0,80. Thn Wilster Schr. 3,20. Bnstr London Ab. 5,00. Fllrmnn Bremerhafen Ab. 2,30, Schr. 15,65. Klz Ludwigsburg Schr. 3,20. Lsnzl Wien Ab. 13,54. Khn hier Ab. 0,60. Krstn hier Schr. 3,00. R. N. Greiz Schr. 1,50, 0,30 Porto hatten Sie vergessen beizulegen. Ullrch hier Ab. 400,00. Alt Kl.-Grädiz Ab. 3,90. W. C. St. Johann Ab. 2,50. Grd Stötteritz Ab. 22,05. Thur hier Ab. 6,25. Brbm Gotha Schr. 7,50. Brr Uetersen Schr. 5,00. Hch Frankfurt Schr. 25,60, Ab. 30,00. Hrsch Stuttgart Ab. 7,20. Lgn hier Schr. 2,40. Pilt Wüstegiersdorf Schr. 5,85. Mdlr Greiz Schr. 25,00. Mhlhrn Crimmitschau Schr. 70,00. Mlr Glauchau Ab. 51,00, Schr. 3,00. Hllbrnd Freudenthal Ab. 3,17. Fortbild.-Verein der Anstreicher Wien Ab. 1,19. Töpferverein Hamburg Ann. 3,00. C. Pfch Hannver Ab. 192,00. Schnbnbch Brunndöbra Ab. 1,20, Schr. 6,00. Trp Reudnitz Ab. 7,00. Schmnn Frankfurt Schr. 3,90.

Anzeigen 2c.

Altona. Sonnabend, den 14. Oktober, Abends 8½ Uhr, in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn J. Auer aus Hamburg.

O. Reimer. [70

Bielefeld. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag, den 15. Oktbr., c. Nachmittags 5 Uhr im Vereinslokale bei Gastwirth Kahl: **Außerordentliche General-Versammlung.** Tagesordnung: Berathung über die Wahl des Reichstags-Abgeordneten.

Der Vorstand. [50

Hamburg-Altona-Ottensen. Sonnabend, den 14. Oktbr., Abends 8½ Uhr im Salon, zum Roland, erste Jakobstr. 19. Halbjährige **Generalversammlung des Korbmacherbundes.** Tagesordnung: Abrechnung, Wahl eines 1. und 2. Vorsitzenden und Bundesangelegenheiten. Sämmtliche Mitglieder müssen am Platze sein.

H. Schwartz. [60

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, Abends 8 Uhr, **Versammlung** bei Menzel, Kurzestraße. Tagesordnung: 1) Neuwahl des Bevollmächtigten. 2) Vortrag von Hrn. Lienig über Theilung der Arbeit. Zahlreiches Erscheinen nothwendig. [50

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Sonnabend, den 14. Oktober, Abends ½9 Uhr:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: Statutenänderung. Der wichtigen Tagesordnung halber ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

D. C. [60

Leipzig. Sonntag, den 15. d. Mts., Abends 7 Uhr: Besprechung der Commission zur Begründung eines Verkehrslokals.

Von nicht vertretenen Gewerkschaften kann keine Notiz genommen werden, und bitten wir, daß alle am Platze sind.

D. C. [50

Ottensen. Sonnabend, 14. Oktober, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters Salon:

Oeffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Max Stöhr aus Berlin.

Die Parteigenossen ersuche ich für diese Versammlung zu agitiren.

(F247) F. Heerhold. 70]

Stötteritz. Sozialistische Arbeiterpartei. Sonnabend, den 14. Oktober, Abends ½9 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Löwen":

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Neuwahl der Agenten. 2) Die Gemeinderaths-Wahlen. 3) Unsere Organisation zur nächsten Reichstagswahl.

Die Einberufer. [80

Conferenz in Leisnig.

Die Delegirten versammeln sich in der dortigen Bahnhofs-Restauration. Beginn der Verhandlungen: Nachmittags 3 Uhr.

J. A.: C. Petzold.

Volks-Kalender für 1877.

12½ Bogen. gr.-4. Schön illustrirt.

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf., 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00 gegen Baar oder Postvorschuß.

Der Kalender dient dem Fortschritt in jeder Beziehung, bietet Anregendes, Belehrendes und Unterhaltendes in reicher Fülle, enthält viele schöne Bilder und giebt allerhand nützliche Mittheilungen für's praktische Leben.

Bestellungen erbittet (6a) **W. Bracke jr.** [360

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Lautermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendig, 6 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 7. Sonntag, 15. Oktober. 1876.

Ein ehrner Mahnruf.

Mit ehernem Munde verkündet die Kanone die Zerstörung, sie verkündet den höchsten Jammer und das höchste Elend. Trümmer- und Leichenhaufen thürmt die Vernichtende hoch auf. Schrecken eilt ihr voraus, Schrecken eilt ihr nach. Der bleiche Hunger und der grasse Tod heften sich an ihren Schlund; Wuthgeschrei, Jammergestöhn und die Thränen der Wittwen und Waisen sind ihre steten Begleiter.

Mit ehernem Munde verkünden die Kirchenglocken die Stunde, wann die „Gläubigen" zum Gebet eilen und die „Priester des Herrn" die Liebe und den Frieden der Menschheit predigen sollen zur Erbauung der Hörer.

Sind es aber Friedensworte, die von der Kanzel schallen? Nein, ein Gebet ist's, welches den Gott anfleht, Sieg zu verleihen den Waffen, die menschenmordend gegen den sogenannten Feind geführt werden. Gegen den sogenannten Feind? Ja wohl! Der Priester und seine Zuhörer haben niemals irgendwelche Unbill von jenem „Feinde" erlitten, und nur der innere Feind hat die Armen und Enterbten der Gemeinde gedrückt. Gegen ihn sollte der Prediger donnern, gegen Ausbeutung und Hochmuth, gegen Habsucht und Unterdrückung — dann würde er in die Fußstapfen des „Erlösers" treten. Aber durch das Gebet für den Krieg, für den Massenmord entweihet er seine Stellung als Apostel des Friedens und der Liebe.

Und drüben bei der „feindlichen" Nation geht es ebenso zu; auch dort betet der Priester zu demselben Gotte, Sieg zu verleihen gegen den „Feind".

Die arme Gottheit — wohin soll sie sich wenden, wem den Sieg verleihen, da beide Nationen unschuldig sind und den Krieg nicht angezettelt haben? Soll sie Partei ergreifen für diesen oder jenen „Feind", soll sie diese Kanonen segnen oder jene, soll sie vom Himmel herabsteigen und, wie die alten heidnischen Götter in den Kämpfen um Troja, in die Reihen der Streitenden eintreten? — Das wäre ein unbilliges Verlangen! Existirt der Christengott, der Gott der Liebe, so muß er sich bedanken, an dem Blutvergießen irgendwelchen Antheil zu nehmen; existirt er nicht — nun so sind die Gebete doch mindestens überflüssig.

Aber das ist eine müßige Frage. Er existirt allerdings nach den Religionen, welche die herrschende Klasse aufrecht erhält und sie dem Volke von Jugend auf einimpfen läßt. Von diesem Standpunkte aus wollen wir auch nur unsere weiteren Betrachtungen anstellen.

Merkwürdig also erscheint das Eine, daß religiös gesinnte Leute von einem Gotte der Liebe erwarten können, daß er ihnen zum Blutvergießen behilflich sein wird — und diese Erwartung wird gar auf beiden kriegführenden Seiten gehegt.

Die feuerspeienden Schlünde der Kanonen sollen durch das friedliche Glockengeläute geweiht werden; der Krieg, der männermordende, wird mit einer allgemeinen kirchlichen Feier hüben und drüben eröffnet.

„Mit Gott" — so lautet ja der Wahlspruch der Kämpfenden, oder auch: „Gott mit uns!" Der Wahlspruch der Kaufleute, die sich in den Kampf der freien Concurrenz stürzen, lautet übrigens ebenso. Man fand auf dem Titelblatte der Hauptbücher eines Strousberg und eines Ofenheim ebenso die Devise: „Mit Gott!" prangen, als auf den Leibgurten der Soldaten.

Gott soll helfen bei der Vernichtung von Menschenleben und Völkerglück, bei Raub und Mord, wie die italienischen frommgläubigen Banditen meinen, er soll ihnen auch helfen in ihrem Gewerbe, oder wenn die Gründer und Schwindler operiren, um ihre Nebenmenschen zu betrügen.

O du armer Gott, was man dir alles zumuthet und was man in deinem Namen alles vollbringt!

Und wenn nun der Krieg beendet ist, so sendet der Sieger dem Gotte — „Welch' wunderbare Wendung durch Gottes Fügung" — seine Dankgebete zu, und der Besiegte beklagt sich bei demselben Gotte, daß er gegen ihn nicht liebenswürdig gewesen sei. Die Kirchengemeinden in dem Lande des Siegers aber schicken Petitionen an den Herrscher, damit ihnen zum Guß einer Friedensglocke einige eroberte bronzene Kanonen geschenkt werden. Bei Ausbruch eines neuen Krieges mögen solche Glockenklänge wohl noch eher das Herz eines Gottes erweichen, der da über den Sieg zu entscheiden hat.

Nicht Worte können wir finden, um derartige Vorkommnisse richtig zu zeichnen, und könnten wir sie finden, wir dürften sie nicht gebrauchen.

Aus dem ehernen Munde einer solchen Kanonen-Glocke tönt all' das Unglück hinauf zum „Himmel", welches der Krieg gebracht, all' der Jammer der durch den Krieg in das grauenhafteste Elend gesunkenen Menschen, dieser „Ebenbilder Gottes". Sollte dabei nicht einmal selbst ein Gott seine Langmuth verlieren und alle die Kriegsanstifter zum Teufel jagen?

Aber nein. — Gottes Langmuth ist aus einem sehr erklärlichen Grunde unerschöpflich, weil er weder den ehernen Mund der Kanonen, noch den der Glocken vernehmen kann; denn wenn er wirklich existirte, wenn er dann das Erdentreiben sähe, so würde er im hohen Zorne Schwefel regnen lassen auf die Häupter der Schuldigen.

Deshalb donnert nur zu, Ihr Kanonen, deshalb tönet nur weiter, Ihr Glocken, Ihr und Eure Herren werdet nicht zerstört von dem Strafgericht des Himmels; Ihr seid gegenwärtig die Beherrscher der Erde und könnt dreist aller Gewalten spotten. — Aller Gewalten? Doch nein, es giebt eine Gewalt, die Euch vernichtet, Ihr Kanonen und Kirchenglocken, die Euch Eure großen Mäuler stopfen wird: das ist die Gewalt der wahren Freiheitsidee, des Kampfes um die ewigen Rechte der Menschheit, des Kampfes um Gleichheit und Menschenliebe.

Ist der Sieg für diese erhabene Idee erfochten — und er wird erfochten werden —, dann donnern zum letzten Male von allen Wällen die blind geladenen Kanonen ihren Abschiedsgruß in die Welt hinein, dann läuten zum letzten Male die ehernen Glocken das Volk zusammen, damit ihm verkündet werde, daß die alten Götzen gestürzt und der wirkliche Gott der Liebe, des Menschenthums auferstanden sei in ewiger Kraft, Schönheit und Unvergänglichkeit.

Kanonendonner und Glockengeläute verstummen vor dem Siegesgesange der aufathmenden Menschheit:

Freiheit, Gleichheit, Menschenliebe.

Der französische Arbeitercongreß.

I.

Paris, 6. Oktober.

Es sind nun etwa drei Monate her, daß die Idee eines Congresses der französischen Arbeiter auftauchte, und daß sich ein Comité von elf Arbeitern constituirte, um für die Verwirklichung dieser Idee thätig zu sein. Dieses Initiativcomité erklärte von vornherein, der Congreß dürfe sich nicht mit sozialpolitischen, sondern mit rein wirthschaftlich-praktischen Arbeiter-Angelegenheiten, d. h. mit spezifischen Interessen der Lohnarbeiter, beschäftigen; der Congreß sollte demgemäß ausschließlich von Lohnarbeitern beschickt werden können. Auf die Tagesordnung wurden folgende Punkte gesetzt: 1) Die Frauenarbeit; 2) die Syndikatskammern (Gewerkvereine); 3) die gewerblichen Schiedsgerichte; 4) das Lehrlingswesen und der gewerbliche Unterricht; 5) die Wahl von Arbeitern in die Kammern; 6) die Produktiv-, Consum- und Creditvereine; 7) die Alters-, Invaliden- und Versicherungskassen; 8) die landwirthschaftliche Genossenschaft und „die Nothwendigkeit der Beziehungen zwischen den landwirthschaftlichen und industriellen Arbeitern". Auch wollte das Einberufungscomité keine Discussion über einen bestimmten Punkt zulassen. Die Besorgniß, der Congreß könnte zu sozialistischen Resultaten gelangen und die Organisation, die die Einberufer projektirten, könnte dadurch gefährdet werden, mag wohl das wesentlichste Motiv der beabsichtigten Einschränkung gewesen sein. Aus dem gleichen Grunde scheint auch das Initiativcomité beansprucht zu haben, die Verhandlungen des Congresses allein zu leiten. Sowohl dieser Anspruch als die Geschäftsordnung wurden von der „Tribüne" mit Eifer vertheidigt, hingegen in den „Droits de l'Homme", dem „Rappel" und andern von den Arbeitern gelesenen Blättern bekämpft. Die letzteren schlugen vor, die einzelnen Punkte der Tagesordnung in besonderen Commissionen oder Sektionen zu erörtern, die die Resultate ihrer Debatten alsdann dem Plenum unterbreiten sollten.

Sonntag, den 1. Okt. fand nun im Congreßlokale, dem vor acht Jahren von einer Genossenschaft von Bauhandwerkern gebauten Saale der Rue d'Arras (im lateinischen Viertel) eine Vorversammlung statt, welche von über 200 Delegirten besucht war und die Erörterung der Geschäftsordnungsfragen zum Zweck hatte. Hier wurde die Meinung derer, die eine Spezialberathung in Sektionen und Spezialreferate durch Commissionen für einen Zeitgewinn und für eine Förderung der Aufgaben des Congresses hielten, mit Erfolg zur Geltung gebracht, und ein dahin gehender Antrag angenommen. Auch in der Frage der Wahl des Bureaus mußte das Initiativ-Comité seine Prätension aufgeben, denn es wurde für richtig befunden, daß der Congreß in jeder seiner Zusammenkünfte sein Bureau frei erwähle. Der Congreß war den Einberufern über den Kopf gewachsen.

Am 2. Oktober war der Congreß von Guillon, dem Sekretär des Einberufungscomités, eröffnet worden. Dreihundert Delegirte waren erschienen, von denen 29 aus 37 verschiedenen Städten Frankreichs gekommen sind. Jede Gesellschaft, Genossenschaft, Association oder sonst irgendwie organisirte Arbeitergruppe hat das Recht, sich durch drei Delegirte vertreten zu lassen, und die meisten Pariser Syndikate, Consum-, und Productivvereine haben von diesem Rechte Gebrauch gemacht, so daß die Pariser Delegirten etwas über achtzig Gruppen repräsentiren. Etwa zwölf der Delegirten gehören dem weiblichen Geschlecht an. Die Zahl der Arbeiter, die auf dem Congresse vertreten sind, wird auf über eine Million veranschlagt.

Die Versammlung constituirt zunächst ihr Bureau. Graveur Chabert, der Vorsitzende des Initiativcomités, wird zum Präsidenten gewählt; die vier Beisitzer sind Delegirte aus Roubaix, Nizza, Lyon und Grenoble. Zu Schriftführern werden Guillon, Dupire und Fräulein André ernannt. Herr Chabert eröffnet die Arbeiten des Congresses mit einer kurzen Ansprache. Er bittet die Theilnehmer, sich der Kürze in ihren Reden zu befleißigen; von ihrem Takt und ihrer Intelligenz hange es ab, ob man zu praktischen Resultaten gelangen werde; und nur solche Resultate könnten die Befähigung der Arbeiter und die Berechtigung ihrer Forderungen darthun. Der Beschluß der Vorversammlung, zuerst die einzelnen Punkte in Sektionen zu berathen, wurde vom Congreß acceptirt; die Sektionen werden jeden Abend von 6—8 Uhr, das Plenum von 1/2 9 bis 11 Uhr tagen.

Die Arbeit der Sektionen bewirkt, daß die zweite Plenarsitzung später als zur angesetzten Zeit, erst nach 9 Uhr am 3. Oktober eröffnet wird. Der Vorsitz wird einem Delegirten von außerhalb, Prost aus Dijon übertragen. Als Beisitzer fungiren zwei Pariser und zwei Provinzialdelegirte; die Schriftführer sind dieselben wie gestern. Gegenstand der Tagesordnung ist die Frauenarbeit. Der erste Redner, Dauthier, Delegirter der Pariser Sattlergehilfen, findet es sehr treffend, daß der Congreß diese Frage an die Spitze seines Programms gesetzt hat. Das Interesse der Frauen der Arbeiter ist das der Arbeiter selbst und das der Menschheit. Die industrielle Arbeit der Frau entspricht nicht der weiblichen Bestimmung und kommt daher, daß die Löhne der Männer unzulänglich sind. Auf jeden Fall sollte die Arbeit der Frauen den gleichen Lohn erhalten wie die der Männer und sollte nicht zwölf oder dreizehn Stunden täglich währen. (Mit einer so geringen Beschränkung ist die Sozialdemokratie nicht einverstanden, sie will die Arbeit der Frauen außer dem Hause auf ein Minimum beschränken. Anm. d. R. d. V.) Dieser Zustand zerstört das Familienleben und ruinirt die Nation. Noch heute ist wahr, was vor dreißig Jahren Bincard und Louis Blanc über die jämmerlichen Löhne und die elende Lage der Arbeiterinnen schrieben. Eine Hauptursache des Elends der Arbeiterinnen ist die Concurrenz der Klöster, die sich zum großen Theil in den letzten Jahren ganz in Fabriken verwandelt haben. Nicht religiöse Sammlung, sondern Sammlung von Kapital ist ihre Hauptaufgabe geworden. Die Frau, die außer dem Hause arbeitet, muß während dessen ihre Kinder dem Kloster anvertrauen, und dieses benützt die Arbeit ihrer Kinder, um ihr Concurrenz zu machen. Das große „Magazin du Louvre" sagt in einem Prospektus vom Februar 1870: „Kein einziger Artikel unserer Weißwaaren und Wäsche ist mit der Maschine hergestellt, Alles ist Handnäherei: Hundertundfünfzig Klöster arbeiten ausschließlich für unser Haus." Die Nonnen können billiger arbeiten; sie haben weder für eine Familie zu sorgen, noch zahlen sie Miethe und Steuern. Die angebliche Hilfe, die sie den Kindern leisten, verwandelt sich in eine Abarbeitung der Kinder und eine Beraubung der Eltern mittels der Concurrenz der Kinder, die durch die erschöpfende, abspannende Nadelarbeit frühzeitig augen- und brustkrank und für das eheliche Leben untauglich werden. Ein anderes Weißwaarengeschäft in der Rue du Sentier schickt ähnlich an die Geistlichen in der Provinz kistenweise Arbeit. Redner geht sodann auf die Arbeit in den Gefängnissen über und constatirt auch hier eine die Frauenarbeit entwerthende Concurrenz. Das Tagesprodukt der Arbeit einer weiblichen Gefangenen wird in einem Bericht an den Minister des Innern pro 1876 auf 67 Centimes täglich veranschlagt.

Endlich hebt der Redner auch die Concurrenz derjenigen Klasse von Prostituirten hervor, die, um der Polizeiaufsicht zu entgehen sich als Unternehmerinnen etabliren und von den Magazinen Arbeit zu einem Spottpreise annehmen.

Nach Dauthier liest Fräulein Raoul, Mitglied der Syndikatskammer der Nätherinnen, einen Bericht mit zahlreichen statistischen Angaben über den Verdienst der verschiedenen Kategorien von Arbeiterinnen vor, schildert das System, durch welches die Confectionsgeschäfte während der stillen Geschäftszeit die Löhne herabdrücken, und findet gleichfalls die Ursache der Noth der Arbeiterinnen in der Concurrenz der Klöster. Als Mittel zur Abhilfe schlägt sie Produktiv-Genossenschaften vor, in denen die Arbeiter ihre Einkäufe machen sollten, und weist auf die Volksbanken hin (Das geehrte Fräulein scheint ganz auf dem Schulze'schen System sich zu befinden. Anm. d. Red. d. V.), die in anderen Ländern so segensreich wirkten und das geringe Kapital liefern könnten, das zur Begründung eines derartigen Unternehmens nöthig sei. Gleichzeitig rügt sie indeß auch, daß die Männer leichte Beschäftigungen ausübten, die eigentlich den Frauen zukommen sollten, und letzteren dadurch Concurrenz machten, z. B. als Verkäufer in Läden, als Coiffeur ꝛc. Als Mittel zur Abhilfe schlägt sie gleichfalls eine Produktivassociation vor. — Tambouze aus Lyon fordert die Gründung eines Vereins von Männern zur Besserung der Lage der Arbeiterinnen und zu deren Organisirung in Vereinen. Er hat von seinen Auftraggebern das Mandat erhalten, einer gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit für Frauen in Fabriken auf acht Stunden täglich, einer sanitätspolizeilichen Beaufsichtigung der Werkstätten und einer Beseitigung der Ausbeutung der Kinderarbeit in den Waisenhäusern das Wort zu reden. — Mehrere Redner und Rednerinnen sprechen noch in ähnlichem Sinne. — Der letzte Redner ist der Schriftsetzer Leclerc. Er weist auf die Demoralisation und Degeneration hin, die im Gefolge der Frauenarbeit einherzieht. Im nördlichen Frankreich haben notorisch die Arbeiterinnen nicht nur die Angriffe auf der Straße, sondern auch die der Prinzipale und Werkführer abzuwehren, die sich dabei der Drohung bedienen, sie zu entlassen. Auf der einen Seite hat die Arbeiterin die Noth neben sich, auf der anderen die Schande. Der Lohn reicht nicht zum Leben aus, die Industrie stößt die Arbeiterin in das Laster. Die Mutter kann ihr Kind nicht ernähren; es fehlen ihr nicht nur die Mittel, sondern auch in Folge ihrer Lebensweise die Kräfte und die Fähigkeit dazu. Darin liegt der Grund der Bevölkerungsabnahme in Frankreich. Um zu arbeiten, darf die Arbeiterin nicht Mutter sein, sie muß ihre Kinder in fremde Pflege geben, die oft nur der organisirte Kindesmord ist. Der Maire von Rouen sagte in einer am 14. März 1875 gehaltenen Rede: „Die Zahl der Neugeborenen, die im ersten Jahre sterben, beträgt 60 pCt." Eine Hebamme im Departement der Orne constatirte in einer Gemeinde sogar die Ziffer von 90 pCt.! Eine Frau, die Redner kennt, hatte im Laufe von 10 Jahren 25 Säuglinge in Pflege, nur drei blieben am Leben. In der Normandie, wohin die meisten Kinder aus Paris in Pflege kommen, tödtet man die Kinder direkt, indem man ihnen Speck gibt. In der Mayenne füttert man sie mit Brei, den sie nicht verdauen können, so daß sie verhungern. In den Städten des Nordens bringen die Mütter, die zur Fabrik müssen, den Säugling mit einigen Tropfen Laudanum zu einem Schlafe, aus dem sie oft nicht mehr aufwachen. Redner will, daß zunächst die Arbeiter so viel verdienen als nöthig ist, um die Familie zu unterhalten, und daß ihre Frauen gleichen Lohn wie die Männer er-

halten. Die Arbeitszeit der Frauen soll auf sechs Stunden beschränkt werden, doch scheint es nicht, als ob damit eine Beschränkung durch ein Gesetz gemeint sei. Redner wünscht die Einführung von Nähmaschinen mit elektrischer oder sonstiger Triebkraft, die die Anstrengung der Arbeiterinnen vermindert; ferner spricht er zu Gunsten der Hausarbeit.

Politische Uebersicht.

— Schon oft haben wir erklärt, daß auch ein siegreicher Krieg für eine Nation in wirthschaftlicher Beziehung unheilvoll sei; daß er dies in sittlicher Hinsicht ist, ist ja selbstverständlich. Der „Milliardensegen" hat sich in einen „Milliardenfluch" umgewandelt; aber auch an kleineren Anzeichen ersieht man, daß obige Ansicht wahr ist. So ersehen wir dies auch aus der Statistik der Lebensversicherungen im preußischen Staate. Zu Ende des Jahres 1867 waren erst 188,009 Personen assekurirt. Die Versicherungen nahmen aber constant und in steigender Progression zu. Das Jahr 1868 vermehrte die Summe um 28,933, das nächstfolgende Jahr weiter um 29,475. Das Kriegsjahr 1870 schleuderte die Zunahme auf 1899 herab, und würde sogar eine bedeutende positive Verringerung aufweisen, wenn nicht die ersten 6 Monate noch friedlich abgelaufen wären. 1871 brachte frühzeitig den definitiven Frieden, ergab aber gleichwohl nur eine Zunahme der Versicherungen von 10,723 Personen. In Gedanken schwelgte man im Milliardenregen und Segen; gleichwohl betrug die Zunahme der Assekuranzen 1872 erst wieder 21,159 und selbst 1873 nicht mehr als 26,608, stand also, trotz der vermehrten Volkszahl und der geträumten Reichthümer, noch immer hinter dem Wachsen von 1868 und 69 merklich zurück. Ja das Jahr 1874 hat sogar einen neuen Rückschlag gebracht. Die Jahreszunahme entzifferte sich nur noch auf 22,566. — Allerdings ist der Geldbetrag der Zunahme, wenn man blos die Ziffer ins Auge faßt, mehr gestiegen: 1868 um 20,801,260, dagegen 1873 um 26,326,936 und 1874 noch um 24,773,056 Thlr. Berücksichtigt man jedoch die seitdem in Deutschland eingetretene Entwerthung des Geldes, so drängt sich auch hier die Wahrnehmung auf, daß diese Zunahme nur eine scheinbare, und daß der Realität nach auch hier eine Abnahme eingetreten ist. — Man könnte sich fast berufen fühlen, zu diesen statistischen Mittheilungen den Scherz zu machen, daß die häufigen Kriege gerade bei den leistungs- und zahlungsfähigen kräftigen Männern das Leben entwerthen, so daß sie es kaum mehr der Mühe werth halten, dasselbe zu versichern, da ja diese Versicherung sich nicht auf den Todtschlag im Felde ausdehnt. Aus obigen statistischen Angaben aber mag der mittlere Bürgerstand, der vielfach noch so begeistert: „Hurrah Bismarck!" schreit, ersehen, daß gerade er es ist, der neben den Arbeitern bei den Kriegsfolgen die Haut zu Markte tragen muß. Wann wird solche Erkenntniß erst eindringen?

— Zur „Heiligkeit" der Ehe. Vor einiger Zeit brachte die „Schlesische Zeitung" (in Breslau erscheinend), eine Annonce, welche dem kauflustigen Publikum mittheilte, daß in Breslau ein Ehevermittelungsbureau besteht, in welchem jeder Zeit einige „Dutzend hohe und hochgestellte Persönlichkeiten", „durchlauchtige Prinzessinnen" und „erlauchte Grafen" auf Lager und zu passenden Preisen zu verkaufen, resp. zu verheirathen sind. Die Inhaberin dieses „wohlthätigen Instituts" ist eine Frau Stadtgerichtsräthin Hoyer, und, wie die „Schlesische Volkszeitung" meldet, ist die Frau Räthin auf die mindestens originelle Idee gekommen, „Ihre kaiserlichen Majestäten" um Uebernahme des Protektorates des von ihr im großartigen Maßstabe anzulegenden, „auch die hohen und allerhöchsten Familien" in seinen Bereich ziehenden „General-Ehevermittelungsbureau" anzugehen. Zu diesem Behufe hat sich die würdige Frau ein Gesuch an die Majestäten drucken lassen, welches im Monat Oktober den „kaiserlichen Majestäten", den kaiserlich kronprinzlichen Herrschaften, sowie sämmtlichen Ministern des deutschen Reiches übersandt werden soll.

Voran prangt ein mordspatriotisches, dem kaiserlichen Paar gewidmetes Gedicht, dann folgt, gewissermaßen als Denkschrift, der „Wortlaut" der letzten Annonce aus der „Schlesischen Zeitung" „natur- und wahrheitsgetreu" und hierauf das Gesuch um Uebernahme des Protektorats. Zur Charakteristik des Ganzen wird folgende Stelle aus dem Machwerk der Frau Stadträthin genügen:

„Wie viel mehr getreue Unterthanen hätten Ihre Kaiserlichen und Königlichen Majestäten, wäre auf diesem Gebiet (der Ehevermittelung) eine rationellere Verwaltung eingetreten. Schon nach 4 bis 5 Jahren des Bestehens eines durch mich erworbenen Damen-Comités (!) müßte sich durch Volkszählung ergeben, wie segensreich dessen Wirken wird."

Unterzeichnet ist das literarische Unikum „Augusta Hoyer, verw. Stadtgerichtsräthin und General-Ehevermittlerin in spe."

Dieses „Aktenstück" nun hat die Frau Räthin als „Zeichen ihrer Verehrung" zunächst an verschiedene hiesige „hohe Herrschaften" versandt, von denen eine jedoch Unrecht verstanden und die Sache kurzer Hand der Staatsanwaltschaft übergeben hat. —

„Unrecht verstanden" — denn hätte er es recht verstanden, so würde er sich einer so kindischen Tugendeselei nicht schuldig gemacht haben. Die Frau Stadtgerichtsräthin hat den Geist der Zeit und der Bourgeoisgesellschaft richtig erkannt, und, statt einer Strafe, eine Prämie verdient.

Die Ehe als Institut zur Lieferung von „getreuen Unterthanen"! Prächtiger Gedanke. Doch halt — Eins hat die Frau Stadtgerichtsräthin vergessen: daß dieses heilige Institut nicht blos „getreue Unterthanen", sondern auch stramme Soldaten zu liefern hat. Diesem Mangel sollte die industriöse Dame noch abhelfen. Und sie könnte ja — wenn wir uns einen weiteren Rath erlauben dürfen — die Notiz beifügen, daß jedem Kind männlichen Geschlechts, welches den von ihr vermittelten Ehen entspringt, laut zutreffender Vereinbarung mit den Eltern „in spe", einen oder zwei Monate nach der Geburt die Nummer des Regiments und Landwehr-Bataillons, in dem es einst „für Gott, König und Vaterland" zu „dienen" hat, auf einen gewissen unnennbaren Körpertheil eingebrannt werden soll. Diese dem „Geist des Militärstaats" so vollständig entsprechende, den „Militärstaat" eigentlich erst auf seine wahre Höhe erhebende Maßregel würde den Schweiger „Moltke" vor Freude in die Luft springen machen, und der Frau Stadtgerichtsräthin Hoyer die Protektion aller Vertreter des „Militärstaats" sichern.

— Das Duell Arnim contra Bismarck (oder Bismarck contra Arnim, man kann beides mit gleichem Recht sagen) ist, wie wir bereits angedeutet, noch keineswegs zu Ende. Während der noch übermächtige Reichskanzler seinen Nebenbuhler in absentia zu Zuchthaus verurtheilen läßt, läßt der Verurtheilte aus der Entfernung moralische Keulenschläge auf den Schädel des Herrn Reichskanzlers herniedersausen. Die Artikel der „Deutschen Reichsglocke" sind — falls sie nicht widerlegt werden, und eine Verurtheilung ist keine Widerlegung — unter Brüdern 5 Jahre Zuchthaus werth, und den zweiten Band des Pro nihilo bekommt der Reichskanzler noch als Zugabe. Für das Publikum hat dieser Streit der zwei größten „Staatsmänner" Deutschlands, von denen jeder den anderen für das diametrale Gegentheil alles Guten und Anständigen erklärt, etwas sehr Belehrendes; es ist ein Schauspiel für Götter und Reichsfeinde.

— Aus Moltke's Schule. Berliner Blätter berichten: „Am Sonnabend Morgen hatten die Passanten der Werftstraße in Moabit und die Bewohner des Feitschen Hauses das unangenehme, weil rohe Schauspiel, daß einige Ulanen unter Anleitung ihres vorgesetzten Unteroffiziers einen andern Ulanen am Brunnen des genannten Grundstücks in sehr unzarter Weise abscheuerten. Das genannte Haus ist zur Hälfte von Ulanen und zur Hälfte von Familien bewohnt. Wenn nun des Morgens vor 8 Uhr — und am Sonnabend war es recht kalt — ein Soldat, nur mit Hose und Hemde bekleidet, unter dem Brunnen mit Bürsten und Scheuerwischen abgeputzt wird, und ihm zum Schluß der Reinigung ein Eimer voll Wasser über den Kopf gegossen wird, so muß das wohl oder übel bei den Zuschauern Entrüstung hervorrufen. Es wäre besser, wenn derartige Scenen unterblieben. Sie sind wenigstens nicht geeignet, das Soldatenleben in ein angenehmes Licht zu stellen."

Ist auch gar nicht nöthig.

— Die Noth wächst in erschrecklichem Maße. Nach offiziellen Angaben sind in Dresden während des Monats September im Schlachthofe 120 Rinder weniger geschlachtet worden, als im gleichen Monate des vorigen Jahres. Angenommen, daß jeder Mastochse im Durchschnitt zur Zeit 450 Mark kostet und 300 Kilo Fleischgewicht repräsentirt, so ergiebt dies einen Ausfall von 72,000 Pfd. zu 18,000 Thlr. monatlich oder 2400 Pfd. zu 600 Thlr. täglich, trotz der nicht unerheblichen Bevölkerungszunahme Dresdens. Wie in Dresden, so geht es fast in allen größeren Städten — der Consum des Fleisches hat auch in Berlin in ganz demselben Verhältnisse nachgelassen. Wir constatiren diese Thatsachen, um dem elenden Geschrei von dem Wohlleben der Arbeiter ein Ende machen zu helfen, da es doch unzweifelhaft feststeht, daß der Ausfall bei dem Fleischconsum lediglich die Arbeiterklasse trifft.

— Wie die Arbeiterwohnungen vielfach und auch in Dresden, der Hauptstadt des „gesegneten" Sachsen, beschaffen sind, davon giebt folgende Mittheilung der „Dresdener Nachrichten" das beste Zeugniß. Das Blatt erzählt nämlich, daß in der Camenzerstraße Nr. 14 in der Wohnung eines Arbeiters die Leiche eines Kindes gänzlich von Ratten zerfressen worden sei. Das liberale Blatt klagt allerdings angesichts solcher schauerlichen Thatsache, daß die Arbeiter ihre Wohnungen mit solchen Thieren theilen müßten; aber diese Klagen sind entweder nicht aufrichtig gemeint, oder sie zeigen, daß jenes Blatt keinen Begriff von den Ursachen solcher Thatsachen hat. Wer solche Vorkommnisse bedauert und es dann aufrichtig meint, der muß die heutige „liberale", kapitalistische Produktion bekämpfen; wenn er hilft, dies Grundübel zu heben, dann vertreibt er auch die Ratten aus den Hütten der Arbeiter, der Armen und Enterbten.

— Aus Nürnberg wird uns mitgetheilt, daß man dort 16 der ältesten Arbeiter von Seiten der Bahnhofsverwaltung plötzlich entlassen hat, eben weil sie anfangen zu alt zu werden. Wie man die abgenutzten Lokomotiven und Waggons ausrangirt, so auch die Arbeiter. Einer der brodlos gewordenen Arbeiter war so verzweifelt, daß er sich vor einen heranbrausenden Zug auf die Schienen geworfen hätte, wenn seine Mitarbeiter ihn nicht noch rechtzeitig daran verhindert hätten.

— Die „freie" Schweiz — das Ideal der Bourgeoisdemokraten — steckt besonders in Bezug auf die Militärverhältnisse in Stiefeln, die sich, was reaktionäres Wesen anlangt, getrost mit den Bismarck'schen Reiterstiefeln messen können. Das Militärsteuergesetz ist nämlich sehr strenge, aber es mußte bei dem großen Widerwillen, den das Volk gegen dasselbe empfindet, bis jetzt so milde gehandhabt werden, daß es vollständig die beabsichtigte Wirkung verfehlte. Jetzt aber will man das Versäumte nachholen und kündigt in Bern durch große Plakate an, daß gegen Säumige das Verbot des Wirthshausbesuchens oder Abverdienung durch Straßenarbeit verhängt werde. Die erste Strafe bezieht sich jedenfalls auf den wohllebigen Bourgeois, den man damit treffen will — derselbe aber ladet dann einfach seine Freunde ein und besäuft sich zu Hause. Die zweite Strafe soll den Arbeiter treffen; denjenigen, der die Steuer nicht bezahlen kann, zwingt man, seine Arbeit für einige Tage aufzugeben und Staatsarbeit zu verrichten. Wenn die Schweizerrepublik vernünftig und human wäre, so commandirte sie die fetten Bourgeois zur Straßenarbeit und verböte den renitenten Arbeitern, welche so schon die Wirthshäuser nicht besuchen können, den Besuch derselben. Wäre sie aber recht gescheit und recht vernünftig, so schaffte sie sehr bald solche kindischen und mittelalterlichen Strafen und Pressionsmittel ab und suchte durch wahrhaft freisinnige Gesetze ihrem Namen Ehre zu machen.

— Die russischen Civilisatoren an der Arbeit. Dieser Tage hat sich der Polizeipräfekt von Belgrad genöthigt gesehen, in öffentlichem Circulär Frauen und Mädchen zu warnen, sich nach Einbruch der Dämmerung auf die Gasse zu wagen. Anlaß zu dieser Vorsicht hat das scham- und zuchtlose Benehmen der russischen „Freiwilligen" gegen Damen gegeben. Die Angriffe auf bürgerliche Frauen und Mädchen hatte man sich wohl noch gefallen lassen, aber es kam auch ein Attentat auf die Frau eines Ministers vor, und da konnte denn die Polizei kein Auge mehr zudrücken.

— Laut Berichten aus Constantinopel hat sich die Pforte zu einem sechsmonatlichen Waffenstillstand bereit erklärt, unter der Bedingung, daß die europäischen Mächte, insbesondere Rußland, sich verpflichten, den Massenzuzug von Soldaten und Offizieren nach Serbien zu verhindern. Daß diese Bedingung eine durchaus vernünftige ist, wird Niemand im Ernste bestreiten. Trotzdem stellt die Reptilienpresse sich sittlich entrüstet über die Frechheit der Türkei, die den „christlichen" Mächten mit solchen, obendrein unausführbaren Zumuthungen zu kommen wage. Dieses Geschrei beweist blos, daß die Brodgeber der Reptilien einen Waffenstillstand nur zu dem Zweck wünschen, um die vor der Vernichtung stehenden Serbisch-Montenegrinischen „Armeen" wieder auf die Beine zu bringen und durch „Frei-

Auch ein Verrückter.

(Fortsetzung.)

B. Aus der Eingabe vom 20. Oktober 1872:

1. „In Verfolg meiner gehorsamen Eingabe de Baden, den 8. c. an Ew. Kaiserliche und Königliche Majestät erlaube ich mir, hiermit nochmals ganz gehorsamst darauf aufmerksam zu machen, daß die sämmtlichen amtlichen Berichte, soweit sie mir bekannt sind, von Anfang bis zu Ende Unwahrheiten enthalten . . ."

2. „Die sämmtlichen amtlichen Berichte erwiesen sich seiner Zeit im Gerichte als ein jämmerliches Machwerk."

3. „Es ist tief zu beklagen, daß von Preußischen Beamten in amtlichen Berichten nicht unbedingte Wahrheit zu verlangen ist, obgleich sie dazu verpflichtet sind; aber noch tiefer zu beklagen ist es, das ein Preußisches Ministerium ein solch jämmerliches Machwerk, nachdem es sich längst als ein solches erwiesen hat, als maaßgebende, amtliche Ermittelung consequent hinstellt . . ."

4. „Ich erlaube mir, nochmals zu wiederholen, es ist nicht wahr, daß Herr Hermes mich gutwillig meines Postens enthoben hat, derselbe hat sich vielmehr lediglich nur der rohen ungesetzlichen Gewalt gefügt."

Wir bitten die Sache recht unbefangen zu prüfen. Einzelne Aeußerungen sind allerdings scharf, aber hat der Mann, der sie ausstößt, nicht eine empörende Rechtskränkung erlitten, steht er nicht am Ende seines Mühens, Bestrafung der Schuldigen zu finden? Darf man seine Erregung ihm als ein Verbrechen anrechnen? Und gegen wen richtet er seine bittern Worte? Sind es nicht dieselben Männer, denen er sein Unglück zuschreibt?

Und das Resultat dieses Prozesses? Der Mann, der nach Gerechtigkeit schreit, wird als geisteskrank erklärt, und damit für immer ein rechthaberischer Mensch zu Ruhe gebracht.

Wir wollen Ließ selbst erzählen lassen:

Der Obergerichts-Physikus, Geh. Medicinalrath Dr. Lindenberg in Lüneburg, bekam hierauf den Auftrag, über meinen Geisteszustand ein Gutachten abzugeben, und wurden demselben die Akten zugestellt, deren Kenntnißnahme mir versagt war. In einer ganz kurzen Unterredung, die ich hierauf mit dem pp. Lindenberg hatte, habe ich demselben meine Ansicht von der Sache klar dargelegt, und erklärte mir derselbe, daß mich Niemand in Wirklichkeit für unzurechnungsfähig hielte, im Gegentheil, und müßte er gestehen, daß er die Logik, die ich in meinen Schriften entwickelt hätte, anerkennen müsse, und hierbei machte er eine Geste, die seine Freude über meine Schreibweise ausdrücken sollte. Der pp. Lindenberg bemerkte mir ferner, er könne mir schon sageu, wenn ich mich mit dem Ausspruch der Unzurechnungsfähigkeit nur einverstanden erklären wollte, — es könne ja gelinde genug ausgedrückt werden, — daß alsdann die Sache beigelegt würde! Ich habe sofort abgelehnt, zu dieser Farce die Hand zu bieten. —

Hierauf gab der pp. Lindenberg am 10. März 1873 ein beeidigtes Gutachten ab, wonach bei mir das Vorhandensein eines durch Wahnvorstellungen beherrschten Geisteszustandes anzunehmen ist, welches die freie Selbstbestimmung aufhebt." Es erfolgte deshalb die Niederschlagung des Prozesses wegen Unzurechnungsfähigkeit.

Wir lassen jetzt das Gutachten des Lindenberg, dessen Eingang wir bereits mitgetheilt, daran anschließend im Wortlaut folgen:

„Die nach Casper gegebene Exposition der von Querulanten-Wahn beherrschten Individuen ist bei dem wegen Beleidigung bereits zweimal bestraften, auf's Neue in Untersuchung befindlichen Kaufmann Conrad Ließ fast in aller Weise zutreffend. Der Kaufmann Ließ hat, so viel durch desfallsige Erkundigung zu ermitteln, sich als Kind von sehr guter geistiger Begabung gezeigt, durch diese und Fleiß sich ausgezeichnet und gute Kenntnisse erworben, sein Benehmen den Lehrern gegenüber soll (!) jedoch nicht immer das angemessenste gewesen sein. Ueber sein Verhalten in den Lehr- und Servicejahren war nur zu erfahren, daß er die Lehrherren wechselte und dem Publikum gegenüber öfter nicht das freundlichste Benehmen zeigte. In Hamburg war er in letzterer Zeit bei dem Spediteur Hermes und besorgte für denselben die Geschäfte bei dem Zollamte auf dem Lübecker Bahnhofe; hier gerieth er mit den Steuerbeamten über die bei den Declarationen einzuhaltende Geschäftsform in Streit, indem er nicht die von den Beamten geforderte Ordnung in der Abgabe der Declarationen, sondern die davon abweichende, ihm genehme, einhalten wollte. Bei diesen Streitigkeiten trat er wiederholt in unangemessener, lauter, unbescheidener Weise auf. Nach seiner in Folge der von Steuerbeamten über ihn geführten Klagen erfolgten Enthebung von der Besorgung der Geschäfte auf dem Lübecker Bahnhof richtete Ließ eine Reihe von Zuschriften an den Königlich Preußischen General-Direktor der Steuern in Berlin voll Beleidigung und voll Verläumdungen der Beamten, welchen er seine Enthebung von der Besorgung der Zollgeschäfte für seinen Prinzipal zuschrieb. Von dem Gericht in Hamburg wurde er auf Grund der geführten Verhandlungen zu einer Geldstrafe von 100 Rthlr. oder im Nichtzahlungsfall zu einer Gefängnißstrafe von 2 Monaten und in die Kosten des Strafverfahrens verurtheilt. Nach den anliegenden Verhandlungen des hiesigen Obergerichts wurde Ließ in erster und zweiter Instanz ebenfalls in eine Geldstrafe von 100 Rthlr. verurtheilt, eventuell vierwöchentliche Haft, wegen in einer Beschwerdeschrift an den Kaiserlichen Oberpostdirektor zu Hannover gegen den Postdirektor v. Linsingen hierselbst ausgesprochener Beleidigung. Ließ war auch in diesem Falle, weil der Dienst nicht seiner Ansicht entsprechend geleistet wurde, in heftiger, lärmender Weise gegen den Postbeamten aufgetreten und hatte in seiner Eingabe gegen den Postdirektor v. Linsingen höchst injuriöse Ausdrücke gebraucht.

(Fortsetzung folgt.)

— Ein Beitrag zur herrschenden Noth. In Dresden hatten sich vor einigen Tagen in einem Lokale der Altstadt einige Herren zum Frühstück niedergesetzt und labten sich an Austern, Wurst, Käse und Wein. Gegenüber arbeitete am Fenster ein den Herren befreundeter Advokat, den die Schmausenden wiederholt baten, herüber zu kommen, der aber dieser Bitte nicht entsprach. Nun bombardirten die Gebildeten trunkenen Muthes das Fenster ihres Freundes mit Austern, Käse, Wurstüberbleibseln und als sie sogar nach den Flaschen griffen, und dieselben hinüberschleuderten, schritt die Polizei ein und notirte die Herren, so daß dieselben sich wegen Straßenscandals zu verantworten haben werden. — In einer Zeit, wo die Arbeiter in Elend und Noth sich befinden, treiben die „reichstreuen" Wüstlinge solch' freventliches Spiel. —

— Ohne Mitgefühl! Unser Chemnitzer Parteiorgan berichtet, daß den 10. d. Mts. in dortiger Stadt ein Maurer von einem Neubau gefallen sei. Man sagt, daß noch Rettung möglich gewesen sei, doch habe ein vorübergehender Arzt die Hilfe rundweg abgeschlagen. Der durch die Polizei requirte Arzt fand nur noch eine Leiche. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau mit 3 kleinen Kindern; der Arzt

willige" zu stärken, und um den „Zersetzungsprozeß" der Türkei kräftig zu beschleunigen. Am Ende des Waffenstillstands wären dann wohl die Trauben reif, die jetzt noch ein wenig sauer sind. Indeß scheint es nach den neuesten Telegrammen doch, als sollte der Waffenstillstand abgeschlossen werden; Verbindlichkeiten eingehn ist sehr leicht; zu halten braucht man sie ja nicht. Der sechsmonatliche Waffenstillstand wäre die Vertagung des europäischen Kriegs auf 6 Monate, nichts weiter — die offene Bankrotterklärung der europäischen Diplomatie, die den Schwierigkeiten, welche sie nicht zu lösen vermag, einfach aus dem Wege geht. Der sechsmonatliche Waffenstillstand wäre nicht die Hoffnung auf Friede, er wäre eine sechsmonatliche Vorbereitung auf den Krieg. Die Nachtheile, die Abscheulichkeiten, die Leiden, die Schrecknisse der gegenwärtigen Krise ins Unbestimmte verlängert — o, „die Schande Europa's"!

— Unsere Gegner. Es ist ungemein langweilig, immer und immer wieder die Lügen und Verdrehungen unserer Gegner zu widerlegen, doch muß dies leider hin und wieder geschehen. Als unser Mitredakteur Hasenclever noch in Hamburg war, brachten verschiedene in Norddeutschland erscheinende Zeitungen einen recht dummen Angriff gegen einen Artikel des „Hamburg-Altonaer Volksblatt": „Eine schöne Bescheerung". Die Quintessenz dieser mit vielen Schimpfworten gewürzten Angriffe war, daß Hasenclever in jenem Artikel bemerkt habe, das Contraktbruchgesetz sei vom Reichstage angenommen. Im „Hamburg-Altonaer Volksblatt" erklärte nun der Verfasser jenes Artikels, daß der Ausdruck: „die Reichsgesetzgebung habe einen Schößling getrieben" durchaus nicht eine Acceptirung dieses Schößlings seitens des Reichstags involvire, und daß ferner Hasenclever, der zur Zeit. als der Artikel Aufnahme fand, auf dem Gothaer Congreß war, weder den betreffenden Artikel geschrieben, noch die Aufnahme desselben veranlaßt habe. Die „Hamburger Reform" allein war von den gegnerischen Blättern anständig genug, diese Berichtigung zu bringen. Die Presse aber in Norddeutschland hielt plötzlich mit der Colportage jener dem Hirsch-Dunckerschen „Gewerkverein" entnommenen Lügen und Schimpfereien gegen Hasenclever inne. Kaum ist Hasenclever nach Leipzig übergesiedelt, als auch schon verschiedene Blättchen des gelobten Sachsenlandes jene Schimpfereien reproduziren, ohne der schon vor einem Monat gebrachten Berichtigungen, auch nicht einmal der, daß Hasenclever gar nichts mit dem Artikel zu thun habe, Erwähnung zu thun. Man sieht, wie bodenlos leichtsinnig und wie bodenlos frech die conservativ-liberale Presse ist, indem sie versucht, durch direkte Lügen Personen zu verdächtigen. Ein sauberes Handwerk, welches wir übrigens den Reptilien und Reptilchen gerne gönnen.

— Wie der „Mirabeau", das Organ der wallonischen Sektionen der Internationalen in Belgien meldet, wird der Congreß dieser Sektionen in Antwerpen abgehalten. Die vorgeschlagene Tagesordnung ist folgende: 1) Bericht und Rechnungsablage des Regional (Bezirks-)Raths; 2) Generalcongreß, Wahl eines Delegirten; 3) Agitation bezüglich Abschaffung der Kinderarbeit in den Fabriken, Minen u. s. w.; 4) Administrative Fragen und andere Mittheilungen.

— Die italienischen Sozialisten werden am 22. Oktbr. einen Congreß in Florenz abhalten. Auf der Tagesordnung steht u. A. die Gründung eines Centralorgans (Antrag der Sektion von Imola); die Gewerkschaftsfrage (Anträge der Sektionen von Neapel und Spoleto); die Frage der Wahlbetheiligung (Antrag von Bari). Ferner soll auf Antrag der Sektion von Massignano darüber beschlossen werden, welche Haltung die Sozialdemokratie Italiens gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien einzunehmen hat.

Unser italienisches Bruderorgan „Il Martello" (der Hammer), redigirt von Fabriano, ermahnt die italienischen Sozialisten in einem begeisterten Aufruf, den Congreß ja recht zahlreich zu beschicken. Wie wir aus dem Aufruf ersehen, sind die italienischen Sozialisten in folgende Sektionen und Föderationen getheilt: 1) Die Sektionen der Föderation von Toskana; 2) die Sektionen der Föderation der Romagna und der Emilia; 3) die Sektionen der Föderationen der Mark und Umbriens; 4) die Sektionen der römischen Föderation; 5) die Sektionen der neapolitanischen Föderation; 6) die Sektionen der Föderation von Bari; 7) die Sektionen von Pavia, Padua, Genua, Aquila, Pescara, Barisciano, Caorso und Verona.

Innere Parteiangelegenheiten.

Die Sitzungen der Beschwerde-Commission finden, falls etwas zur Berathung vorliegt, jeden Donnerstag Abend im Lokale des Herrn Eduard Hirsch, Seemannsstraße Nr. 1, statt. Die auswärtigen Parteigenossen werden ersucht, alle etwaigen Beschwerden an den Schriftführer der Commission, Herrn J. Meier, Kastningstraße Nr. 42, zu senden.

Bremen. J. A.: W. Frick, Vorsitzender.

Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Glasgow, 4. Oktober. (Schluß.) Sofort nach der Audienz hielt die Deputation in Canon Street Hotel eine Sitzung, in welcher die Herren die Antwort Lord Derby's als ungenügend erklärten und beschlossen, die begonnene Agitation nach Kräften fortzusetzen.

Um dieselbe Zeit, als dies in London vorging, war der Finanzminister Sir Stafford Northcote bei Herrn R. Winn in Nostell Priory auf Besuch. Die „Conservative Asjoziation in Wakefield" ergriff diese Gelegenheit zur Veranstaltung einer großartigen, conservativen Demonstration. Der Herrschaftspark zu Priory wurde für den Zweck zur Verfügung gestellt und bald waren (nach den Zeitungsberichten) an 30,000 Personen versammelt, welche mit Bannern und Musikbanden aus den Orten der Umgegend gezogen gekommen waren, um Herrn Northcote reden zu hören. Dieser benützte die Gelegenheit nicht ungeschickt und wendete sich besonders gegen den liberalen Herrn Lowe, der jetzt plötzlich alles so gut weiß und die Backen so voll nimmt, während er gelegentlich der Vorlage des Blaubuches nicht daran dachte, der Regierung ein Zurechtweisungsvotum zu beantragen. Herr Lowe weiß jetzt auf einmal, daß die Türken schon vor 50 Jahren Bestien waren, und England die Macht und Pflicht habe, sie zu zähmen oder zu vernichten. Als Herr Lowe unter Gladstone im Ministerium war, scheint er davon nichts geahnt zu haben, gerade so wie der Franzose (des Molière), der vierzig Jahre seines Lebens „Prosa" gesprochen, ohne es zu wissen.

Am Schlusse der Rede wurde natürlich der Regierung ein enthusiastisches Vertrauensvotum gegeben. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Versammlung zum weitaus größeren Theile aus Landarbeitern bestand, denen man einen Feiertag gegeben hatte.

Wenn die Herren Liberalen morgen an's Ruder kämen, so könnten sie natürlich im Wesentlichen keine andere Politik verfolgen, als die durch die englischen Interessen vorgeschriebene. Die Humanitätsbrocken, die sie jetzt dem Volke vorwerfen, sind eben nur Köder, um die aufgeregten Massen auf ihre Seite zu bekommen. Haben ihnen diese nur wieder einmal zur Macht verholfen, dann folgen ohne Zweifel die wohlverdienten Fußtritte. Es ist erbarmungswürdig, wie sich ein großer Theil der Arbeiter von den liberalen Schreihälsen gängeln und mißbrauchen läßt. So haben die Veranstalter der großen Arbeiterdemonstration in Exeter Hall sofort nach der Rede des Lord Beaconsfield in Aylesbury an Herrn Fawcett, der sich zur Zeit nicht in London befand, telegraphirt, was sie thun sollten. Herr F. gab ihnen natürlich sofort telegraphisch den Rath, eine zweite solche Versammlung einzuberufen, welche den Rücktritt des Ministeriums zu verlangen hätte, und Herrn Gladstone zu ersuchen, daß er den Vorsitz dieser Versammlung übernehme. — Wenn bei solcher Handgreiflichkeit die Arbeiter noch nicht sehen, daß man sie an der Nase hat, dann ist ihnen einfach nicht zu helfen.

Der „Beehive" vom 16. September brachte übrigens einen ausnahmsweise guten Artikel von E. S. Beesly, den die Arbeiter (mit Ausnahme vielleicht der Animosität des Verfassers gegen die Person des Premiers) wohl beherzigen mögen. Obgleich selbst Liberaler, warnt er die Arbeiter, dem Ministerium Gladstone wieder zur Macht zu verhelfen. Es wäre ein schlechter Tausch. Lord Beaconsfield sei ein besserer Minister des Auswärtigen als Lord Granville; Herr Croß verdiene entschieden den Vorzug vor Herrn Lowe und Lord Aberdare. Selbst in dem letzten Fiasco der Erziehungsfrage (Education bill) sei die Schuld nicht so sehr an Lord Sandon (dem Unterrichtsminister) als an seinem liberalen Opponenten, Herrn Forster, gelegen, welcher sich nun nach Bulgarien auf die Socken gemacht habe, um dort einen Firniß für seinen arg beschädigten, politischen Charakter zu suchen. Die Arbeiter mögen warten, bis bessere liberale Männer zum Vorschein kommen (da mögen sie lange warten!) und sich mittlerweile begnügen, wenn sie ein paar vernünftige Toryminister haben. — —

Mittlerweile haben die Serben die Feindseligkeiten wieder aufgenommen und damit bewiesen, daß in Rußland der Krieg beschlossene Sache ist. Wenn durch die Errichtung eines Slavenreichs oder einer russischen Provinz auf dem Balkan nicht allein die Türkei in die Brüche gehen, sondern auch Oesterreich zerstückelt werden sollte, so könnte die Civilisation gewiß nicht darunter leiden — wären die lachenden Erben nicht Rußland und Preußen. Es ist klar, daß Preußen einen solchen Prozeß wünschen muß, bevor Frankreich gekräftigt genug ist, um bei dem Handel mitzusprechen.

Ueber den 9. Jahrescongreß der englischen Gewerkschaften ein nächstes Mal. A. Sch.

Aus Ungarn. Sonntag den 24. September tagte im Beleznaygarten in Budapest eine große Arbeiterversammlung, die folgende Punkte als das „vorläufige Programm der Arbeiterschaft Ungarns" erklärte:

1. Das allgemeine und direkte Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern für die Arbeiterklasse.
2. Die Abschaffung aller Ausnahmsgesetze, resp. Verordnungen, namentlich das Vereinsrecht betreffend.
3. Anstatt aller bestehenden Steuern, hauptsächlich der das Volk belastenden indirekten Steuern, eine progressive Einkommensteuer an Stelle deren.
4. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Die Erklärung der Religion zur Privatsache.
5. Unbeschränktes Coalitionsrecht. Normalarbeitstag von 10 Stunden.
6. Schutzgesetz für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Controle der Arbeiterwohnungen, Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte und Regelung der Gefängnißarbeit.
7. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

Berlin, 10. Oktober. (Gebildeter Pöbel.) Vorigen Sonnabend fand in der Arends'schen Brauerei zu Moabit eine Bezirksversammlung statt, in welcher, nachdem der bekannte fortschrittliche Kohl aufgetischt worden, eine Resolution zu Gunsten der Wiederwahl der zwei die betreffenden Bezirke vertretenden Landtagsabgeordneten eingebracht ward. Einer der ziemlich zahlreich anwesenden Sozialisten — es mochten im Ganzen etwa 200 Personen zugegen sein — meldete sich zur Resolution zum Wort. Was nun erfolgte, das lassen wir die „Berliner Freie Presse" erzählen: „Als er (Neumann) auf die Tribüne trat, erklärte der Vorsitzende, daß nach ihrer Geschäftsordnung nur eine Redezeit von fünf Minuten gestattet sei, und daß ferner andere Candidaten als die, welche die in der Resolution genannten Kreise vertreten, nicht in Vorschlag gebracht werden dürften. Als dies der Vorsitzende erklärte, brüllten auch schon einige Liberale: „Wir wollen nichts hören von Sozialisten, 'runter mit ihm!" Herr Neumann ergriff nun dennoch das Wort und erklärte: Es handle sich hier um die Wahl zum preußischen Landtage. Diese aber finde unter dem miserabelsten aller Wahlgesetze, nämlich dem Dreiklassenwahlsystem statt. Weiter konnte der Redner nicht sprechen, denn es erhob sich seitens der Herren Bourgeois ein so wüstes Toben und Brüllen, ein so namenlos rohes Geschrei: „Schmeißt den Lumpen hinaus, herunter von der Bühne" u. dgl. mehr, daß der Redner innehielt. Als er später weiter sprechen wollte, erscholl es wieder: „Wir wollen keinen Sozialisten hören." Dennoch ergriff der Redner wieder das Wort und erklärte: Bismarck, nicht er, habe gesagt: dieses Wahlgesetz sei das denkbar miserabelste. Darauf erscholl wieder wüstes Gebrüll: „Haut ihm! Der Kerl lügt, das hat Bismarck nicht gesagt" u. s. w. Der Vorsitzende hatte indessen ebenfalls nicht unterlassen, den Redner wegen des Wortes „miserables Wahlrecht" zur Ordnung zu rufen! Unter diesen Umständen verließ der Redner allerdings das Lokal und Andere — mehrere anwesende gebildete Männer — mit ihm. Draußen im Garten sprachen selbst die Nichtsozialisten ihr Verdammungsurtheil über diese Flegeleien aus. Wären die Sozialisten nicht unendlich viel gebildeter gewesen, wie jene Herren, so wären in jener Versammlung ganz andere Dinge passirt. Dann hätte die Bourgeoisie und ihre schlechte, verlogene Presse wieder über Rohheit der Sozialisten geschrieen. Das Beste bei der ganzen Versammlung aber war das, daß die vorgeschlagene Resolution abgelehnt wurde. Ein großer Theil der unparteiischen Anwesenden hatte sich an dem pöbelhaften Betragen der Fortschrittler ein Urtheil gebildet und in Folge dessen gegen die Resolution gestimmt." — Ein Commentar ist überflüssig.

Neustadt a. H., 3. Oktober. (Gebildeter Pöbel.) Die „Pfälzische Volkszeitung", ein dem Sozialismus feindliches Blatt, bringt folgenden Versammlungsbericht: „Der auf gestern Abend ausgeschriebene Vortrag des sozialistischen Reichstagscandidaten August Dreesbach: „Was wollen die Sozialdemokraten?" zog eine große Menschenmenge herbei, konnte aber nur zum Theil stattfinden und veranlaßte eine gefährliche Aufregung, eine wahre Revolution. Schon bei der Wahl des Vorsitzenden erhoben Einzelne Protest gegen die zweifelhafte Abstimmung, die nach dem Beginne des Vortrags durch einige Einwendungen nochmals einen Sturm hervorrief und auf Vorschlag eines anwesenden Adjunkten wiederholt werden mußte. Nun wurde die Agitationsnummer des „Volksstaat", das Programm, die Organisation und die Geschäftsordnung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vertheilt. Im weiteren Verlaufe war bald ersichtlich, daß die Absicht bestand, durch die Unterbrechungen des Vortrags die Versammlung zu sprengen. Einige der Anwesenden, als Protestpartei, namentlich die Herren Dr. Knecht, Gutsmeister Guth, Fabrikant Helfferich jr., Redakteur Heigel und einige Andere, unterbrachen die Rede mehrmals und verlangten die Diskussion eines jeden Satzes, alle Uebrigen aber waren für die Fortsetzung und Beendigung des Vortrags, um dann die Debatte beginnen zu lassen. Obgleich der Redner und auch einige andere einzelne Stimmen mehrmals darauf aufmerksam machten, daß die Störung, die Zurufe von Seite der gebildeten Klasse kommen, während die Arbeiter sich ruhig verhalten, der Vorsitzende sich alle Mühe gab, Ruhe herzustellen, und der Adjunkt mit Auflösung der Versammlung drohte, konnte der Vortrag nicht fortgesetzt werden. Viele Stimmen, keine Sozialdemokraten, verurtheilten scharf das Betragen der Genannten, welches unparlamentarisch sei und einen schwarzen Flecken in den Annalen unserer Stadt hinterlasse. Kurz — die Protestrufe wuchsen von jener Seite so, daß die Polizei die Versammlung auflösen und das Lokal leeren mußte. Thatsache ist aber, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern jene kleine Protestpartei durch ihr unbescheidenes Auftreten die Auflösung veranlaßte und dadurch die Sache des Sozialismus weder schädigte noch unterdrückte, sondern beförderte, indem mit wenigen Ausnahmen alle Anwesenden ihre Entrüstung gegen ein solches Gebahren aussprachen." — Commentar überflüssig.

---

aber, welcher die Hilfe nicht leisten wollte, wird möglicherweise auf dem Wege zu einer vornehmen Dame, welche ihn ihrer zarten Nerven wegen consultirte, gegangen sein und im schmachtenden Vorgefühle, derselben die zarten Fingerspitzen zu küssen, ganz den schwerverwundeten Armen übersehen und die Bitten der Umstehenden überhört haben. Was liegt auch an dem Leben eines Arbeiters?

— Ein köstlicher Bummler. Der Barmer Kaufmann und „Reichsfreund" X — wir verschweigen aus Noblesse seinen Namen — macht in einer der letzten Nummern des dortigen „Anzeiger" bekannt, daß er eine Belohnung Demjenigen zusichere, der ihm seinen Ueberzieher und Stock, welche er in irgend einem Wirthshause habe liegen lassen, wiederbringe. Barmen hat circa 700 Wirthschaften — ob unser „Reichsfreund" an dem betreffenden Tage in allen war, da er nicht ein einziges bestimmt anzugeben weiß?

— Der bekannte Verfasser der Lieder des Mirza-Schaffy, Friedrich Bodenstedt, der ein guter Dichter, aber ein devoter Politiker ist, der seine Schriften in der Geheimen Hofbuchdruckerei bei Decker in Berlin herausgiebt, der geadelt worden ist und eine Legion Orden besitzt, muß dennoch mit dem neuen deutschen Reiche nicht zufrieden sein. Er singt nämlich:

> Empor mein Volk, daß du in alter Reinheit
> Die Tiefe deines Geistes offenbarst
> Und dich im Glanze deiner neuen Einheit
> Nicht schlechter zeigst, als du zersplittert warst.

Diese Sehnsucht nach dem alten Bundestage von Seiten eines Reichsfreundes ist allzu bezeichnend für die Herren Bismarck, Moltke, Teffendorf und — Lasker, für diese Hauptpfeiler des neuen deutschen Reiches, als daß wir noch etwas hinzuzufügen hätten. Der oben citirte Vers befindet sich in einer kürzlich herausgegebenen Gedichtsammlung von Bodenstedt: Einkehr und Umschau.

— Eine erfreuliche Thatsache. 22,000 ungetaufte Kinder in Berlin.

— Große Sorge um einen Ministerhund. In der in Freienwalde erscheinenden „Ober-Barnimer Zeitung" „veranlaßt" der Vertreter des Landraths, Kreis-Deputirter von Eckardstein in einer amtlichen, landräthlichen Bekanntmachung die Polizeibehörden, Ortsvorsteher, Gensdarmen und Polizeibeamten unter Ankündigung einer Belohnung, auf den kürzlich dem Handelsminister Achenbach entlaufenen Hund zu vigiliren und ihn, falls derselbe aufgefangen wird, dem Herrn Staats- und Handelsminister wieder zuzuführen. Obengenannte Polizeibehörden können sich höchst geschmeichelt fühlen, daß ihnen das Amt des Hundefanges übertragen ist, welches man sonst gewöhnlich dem Schinder überläßt. Oder sollte Herr v. Eckardstein eine gewisse Verwandtschaft entdeckt haben? Wir wollen dies doch nicht glauben.

— Diejenigen Zeitungen, welche am meisten Anstand und Moralität predigen, wälzen sich am tiefsten gemeiniglich im Schmutze. So bringt das „Leipziger Tageblatt" Nr. 281 in der 2. Beilage folgende hundsgemeine Anzeige:

„„Reichen Herren oder Damen." Ein, hies. Kreisen fremd. unverht. hübscher Cavalier von antikem Charakter, dessen schwächste Seite sein unbedeut. Vermög. ist — sucht in f. Hause eine bescheid. leere Piece. Bei sein. Fähigkt. u. absolut. Zuverlässigkt. dürfte es ihm nicht schwer werd. f. als Revanche (?) nützl. zu mach. Bedingungslose Discr. gegeb. aber auch gefordert unter Z. D. O. 107 Exped. dieses Blattes."

Blätter, welche solche Anzeigen aufnehmen, demoralisiren die Familie, und wunderbar genug werden gerade sie in den sogenannten „gebildeten" Familien am liebsten gelesen. Schämen aber sollte sich eine Mutter, die ihren Töchtern derartigen Schmutz zu lesen giebt.

— Das bei Leipzig stattgehabte Kaisermanöver hat einen Frucht- und Feldschaden von 60,000 Mark verursacht. Für Soldaten und Bauern, für Steuerzahler und Neugierige wäre es jedenfalls besser, wenn man die Manöver zu Ende Oktober oder noch besser, wenn man sie gar nicht abhielte.

— Das Asyl für Obdachlose in Berlin ist ein ziemlich guter Gradmesser für die Noth, welche in den untersten Schichten der Bevölkerung herrscht. Im vorigen Jahre war dieselbe sehr groß und dennoch ist dieselbe noch derart gestiegen, daß in diesem Jahre nach den amtlichen Mittheilungen in jedem Monate circa 2000 Personen mehr als im vorigen Jahre in dem Asyl genächtigt haben. Die Leiden des Volkes in Berlin sind über jede Vorstellung groß!

— Eine Antwort, wie sie sein muß, auf die von Münchener Richtern ausgesprochene Verurtheilung des „Neuen Wintermärchens", die wir kürzlich unseren Lesern in Erinnerung brachten, ist die Meldung aus Zürich, daß eine neue Auflage von 10,000 Exemplaren erschienen ist, während die vorige nur 5000 Exemplare stark war. Der Verleger widmet diese Neu-Auflage „dankerfüllten Herzens" „den Herren Staats- und Gesellschaftsrettern insgesammt und einem Hohen Schwurgerichtshofe von Oberbaiern insonderheit".

---

h. **Schleswig-Holstein**, den 10. Oktober. Bei den bevorstehenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause sind unsere Fortschrittler äußerst rührig; sie haben, weil sie außer dem Professor Hänel keinen namhaften Redner in der Provinz besitzen, sich den bekannten Reichstagsabgeordneten Eugen Richter verschrieben, der als „besoldeter Agitator" in Deutschland umherreist. Richter lebt allerdings nicht von „den Pfennigen der Arbeiter", welche dieselben freiwillig zur Agitation für ihr Interesse opfern, wie es die sozialdemokratischen Redner thun; nein bei Leibe nicht. Richter lebt von „den Pfennigen der Arbeiter", welche denselben von dem Kapitalismus abgezwackt werden, welche sie unfreiwillig einbüßen müssen und die gegen ihr Interesse verwandt werden. Hier hat man den schneidenden Gegensatz zwischen einem sozialistischen Agitator und einem „Wühler" der arbeiterfeindlichen Parteien. Fortschrittsphrasen verkündet Herr Richter mit frecher Stirn, während ihm hinten der Krebs immer aus den Rockschößen schaut. Weß Geistes Kind Herr Eugen Richter ist, geht daraus hervor, daß er im Solde der fortschrittlichen „Berliner Volkszeitung" stand und noch steht und hinter dem Rücken der Redaktion dieser Zeitung einige Artikel für die nationalliberale, der „Volkszeitung" feindliche, „Nationalzeitung" über das Bankgesetz für Geld schrieb und als Anonymus von seinem eigenen Parteiblatt, der „Volkszeitung" auf's Heftigste angegriffen wurde. — Unsere Parteigenossen kümmern sich wenig um die preußischen Landtagswahlen, doch sollte es dem saubern Herrn einfallen, auch zur Agitation zu den Reichstagswahlen nach Holstein zu kommen, so werden wir ihn uns sehr genau ansehen. — Was unsere Nationalliberalen für Schlauberger sind, das haben sie gezeigt in einer geschlossenen Parteiversammlung zu Segeberg, welche am 3. Oktober stattfand. Sie beschlossen, den Gutsbesitzer Hölk aufzustellen und bei einer etwaigen Stichwahl für denjenigen Candidaten zu stimmen, welcher die meisten Aussichten böte, den sozialdemokratischen Candidaten zu besiegen." — Hat man jemals solchen Blödsinn gehört? Was soll dieser Beschluß heißen? Bei einer Stichwahl concuriren überhaupt nur zwei Candidaten — ist der sozialdemokratische darunter, so haben die Herren Nationalliberalen ja gar keine Wahl, sie müssen für den einen Gegner des Sozialdemokraten stimmen, gleichviel ob er große oder geringe Aussichten zum Siege gegen die Sozialdemokraten bietet. Kommt aber der Sozialdemokrat nicht in die engere Wahl — dann ist der Beschluß überhaupt überflüssig, so überflüssig, wie er unlogisch ist. Im Uebrigen brauchen die verehrten Herren sich die Köpfe gar nicht zu zerbrechen; die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß ihr Candidat für den 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis, Reimer, im ersten Wahlgange siegt. Solche nationalliberale Confusionsräthe, wie sie in Segeberg zusammen waren, sind am allerwenigsten geeignet, der Sozialdemokratie den Sieg zu erschweren.

Ottensen. Oeffentliche Abrechnung der im 6. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise von Juni bis September eingegangenen Gelder: Durch Schulz aus Seth Mark 10.35, durch Molkenbuhr von Alversloh 4.45, durch Schulz aus Seht Tellersamml. 3.75, durch Rönnekamp von Elmshorn 6.00, Stein's Fabrik 40.00, durch Herm. Molkenbuhr von Hörnerkirchen 3.20, Tellersammlung aus Bramstedt 1.55, durch Pflughaug aus Barmstedt 2.00, durch Rönnekamp Tellersammlung aus Wedel 1.80, durch Lütgens aus Uetersen 6.00, durch Olsen vom dänischen Doppel-Quartett 3.60, durch Bock aus Elmhorn 40.00, Wulf's Fabrik 25.00, Tunert's Fabrik 3.45, Pöhl's Fabrik 7.40; Löhndorf's Fabrik 6.40, Voß's Fabrik 30.00, Vogelgesang's Fabrik 15.00, durch Wensin vom Ottensener Gesang-Verein 14.00, Hansen's Fabrik 24.25, Loge's Fabrik 14.00, Köhler's Fabrik 140.00, Spies Fabrik durch Richter 6.70, Thiele's Fabrik durch C. Pagels 11.22, Sandkühler's Fabrik 9.70, Tohmsen's Fabrik 28.35, Wulf's Fabrik 20.00, d. Wegner aus Lockstedt 25.00, Habenicht's Fabrik 17.15.

R. Schultz. Ferd. Kühl, Bahrenfelderstr. 251.

Offenbach, im September. Mit dem 18. d. M. der „Freiheit" auf eine Zeit lang wiedergegeben, fühle ich mich veranlaßt, durch diese Zeilen den Genossen Offenbachs und Darmstadts für die mir während meiner Haft bewiesene Anhänglichkeit und Aufopferung meinen herzlichen Dank auszusprechen. Vor wie nach werde ich in den Reihen der für ihre Rechte kämpfenden Proletarier meine Schuldigkeit thun und nie verzagen, denn: „Es lebe der Sozialismus!" ist meine Losung.

Mit Gruß Carl Ulrich.

Mühlheim a. M., 10. Okt. (Zum Rückgang.) Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl siegten die Arbeiter, indem der sozialistische Candidat, Herr Büttner, mit großer Majorität gewählt wurde.

—g. **Leipzig**, 9. Oktober. In der constituirenden Sitzung des Wahlcomités für den 12. sächs. Reichstags-Wahlkreis wurde Hadlich zum Vorsitzenden, Pätzold zum Stellvertreter, Casper zum Schriftführer und Peter Krebs (Ullrichsgasse 60, Cigarrenhändler) zum Kassirer gewählt. Der Letztere übernimmt in seinem Geschäftslokal, Ullrichsgasse 60, alle Gelder zum Wahlfond, und ersuchen wir die Genossen um zahlreiche Beiträge. Es wurde ferner eine Redaktions-Commission zur Abfassung aller die Wahl betreffenden Schriftstücke, aus den Genossen J. Hecht, C. Lienig und Martin bestehend, gewählt. Da in der Versammlung wiederum einige Genossen ohne Entschuldigung fehlten, wurde beschlossen, diejenigen Mitglieder, welche sich nicht beim Vorsitzenden schriftlich oder mündlich entschuldigen, überhaupt auszuschließen. Versammlungen finden künftighin alle Montage im Arbeiterbildungsverein Abends Punkt halb 9 Uhr statt, mit der Ausnahme, daß die nächste Zusammenkunft noch einmal durch Annonce bekannt gemacht wird. Das Wahlcomité ersucht nunmehr alle Leipziger Sozialisten um thatkräftige Unterstützung, sowohl in Geldern als in der Verbreitung unseres Organs „Vorwärts". Schon haben sich die Gegner aller Schattirungen geeinigt, um uns gegenüber eine einzige reaktionäre Masse zu bilden. Darum auf zum Wahlkampf! Es gilt zu beweisen, daß die Sozialdemokratie auch in Leipzig Fortschritte gemacht hat.

Nachschrift. Kaum war Obiges geschrieben, so kam die Nachricht, daß der Fortschrittler Hänel die fortschrittliche Candidatur für Leipzig-abgelehnt hat. Sehr klug das — denn er wäre mit Glanz durchgefallen, aber für uns eine Mahnung mehr zu unermüdlicher Thätigkeit, denn wir werden es jetzt voraussichtlich blos mit einem Gegencandidaten zu thun haben. Also ans Werk!

Leipzig. In der zehnten Abendstunde des 1. Oktober wurde im Pantheon ein Arbeiter von einer Anzahl „gebildeter" Herren arg mißhandelt und zwar ohne allen triftigen Grund. Die anwesende Polizei aber intervenirte zu Gunsten der „Herren" und transportirte den im Gesicht und am Hals Verletzten nach der Wache, freilich nur, um ihn sofort wieder freizulassen. Nicht minder glücklich war der Arbeiter mit einer Beschwerde, die er gegen das Verhalten der Revierpolizei auf dem Polizeiamt anbrachte, denn man nannte ihn dort einen Lügner und wies ihm kurzer Hand die Thür. Daß solche Vorkommnisse nicht geeignet sind, das Ansehn der Polizei zu heben, braucht kaum gesagt zu werden.

Zwickau, 10. Oktober. Sonnabend, den 8. d. M., fand im großen Saale des „Deutschen Hauses" eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Bebel unter Zugrundelegung des Programms der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands einen Vortrag über die Bestrebungen der Sozialdemokratie unter allseitigem großem Beifall hielt. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Redners einverstanden und erkennt in der Verwirklichung des sozialistischen Programms das einzige Mittel zur Erreichung menschenwürdiger Zustände, weshalb sie sich verpflichtet, bei den nächsten Reichstagswahlen nur einem Sozialisten ihre Stimmen zu geben." Sechs Stimmen hatten sich von den circa 600 Anwesenden gegen die Resolution erhoben. Warum die sechs Herren dagegen stimmten und doch nicht ihre Ansicht kundgaben, trotzdem 15 Minuten Zeit dazu war, scheint mehr der „Umgebung halber" in und außer dem Saale geschehen zu sein, denn es befand sich auch ein uns bekannter zeitungscorrespondirender Lehrer darunter. Die Gesinnungsgenossen fühlen sich gestählt und erwarten mit Ruhe die kommende Wahlschlacht.

14. sächsischer Wahlkreis. Am 8. d. Mts. ist in Frohburg das Central-Wahlcomité des 14. Wahlkreises, aus 12 Mitgliedern bestehend, gewählt worden. Briefe, welche die Agitation betreffen, sind an Otto Häusler in Frohburg zu richten. Es ist wünschenswerth, daß man nun auch in den andern Orten des Kreises, soweit dies noch nicht geschehen ist, zur Bildung von Wahlcomités schreite, damit noch im Laufe dieses Monats die Wahlagitation aufgenommen werden kann.

Arnstadt. Am 25. September tagte hierorts eine zahlreich besuchte allgemeine Arbeiterversammlung, in welcher Parteigenosse Klute mit gutem Erfolg über die Tagesordnung: „Der Kampf der Parteien und die bevorstehenden Reichstagswahlen" referirte.

An die Bevölkerung des Westhavelländischen Wahlkreises.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß auch für uns die Zeit gekommen sei, thatkräftig in die Agitation für die Wahlen einzugreifen, hatten wir zum Sonntag den 24. v. M. eine Conferenz unserer Parteifreunde nach Brandenburg berufen und hatten auch die Genugthuung, unsere Bemühungen von bestem Erfolg gekrönt zu sehen, indem aus vielen Orten des Wahlkreises Freunde erschienen waren, um mit uns die zunächst einzuleitenden Schritte zu berathen.

Erfreulich war die Einmüthigkeit aller Anwesenden, man sah auf's Neue, daß alle Polizei und staatsanwaltlichen Verfolgungen der letzten drei Jahre nicht vermocht hatten, die sozialdemokratischen Ideen in der Bevölkerung unseres Wahlkreises zu untergraben, und die von den Gegnern so sehr geliebte Lüge vom Rückgang der Sozialdemokratie wurde treffend dadurch illustrirt, daß alle Anwesenden einstimmig versprachen, bei den kommenden Wahlen nur für einen sozialdemokratischen Arbeitercandidaten zu stimmen und zu wirken. Um dieses in Aussicht genommene Ziel zu erreichen, wurden die Unterzeichneten beauftragt, die nöthigen Vorarbeiten zu treffen und constituirten sich als Arbeiter-Wahlcomité für den Westhavelländischen Wahlkreis.

Nun Freunde und Parteigenossen, indem wir Euch versprechen, mit Wort und That für unsere Grundsätze einzutreten, erwarten wir jedoch von Euch ein Gleiches.

Es ist nun an Euch, allerorts in Freundes- und Familienkreisen, in Werkstätten, in jeder Hütte für die Sache des Proletariats Anhänger zu werben und überall da, wo es möglich, Gelder zu den Wahlkosten zusammenzubringen.

Wer nicht viel geben kann, giebt wenig, Jeder was in seinen Kräften steht. Wir wissen, daß wir in einer schweren Zeit leben, wo jeder Arbeiter seine Pfennige nothwendig hat; wir müssen aber auch eingedenk sein, daß wir einem großen, mächtigen Feinde gegenüberstehen, dessen Hauptmacht, und zwar die gefahrdrohendste, in seinem Geldsacke besteht, und darum ist es um so mehr unsere Pflicht, auch in dieser Hinsicht unsere Aufgabe zu erfüllen. Indem wir nun noch versprechen, daß wir in der kürzesten Frist den von uns auserwählten Candidaten bekannt geben werden, um Eure, die Entscheidung des souveränen Volkes einzuholen, schließen wir mit dem Rufe: Es lebe das „Proletariat"!

Das Arbeiter-Wahlcomité für den Westhavelländischen Wahlkreis.

Altenkirch, Brandenburg, Potsdamerstraße 38. O. Schuhmacher, Brandenburg, Altstadt, Heidestraße 11. Knöllner. Fringel. Eckardt. Chr. Schuhmacher. W. Speer. A. Seeger. Schönefeld. Redge. Fr. Wiese. C. Loppe. W. Gallas.

NB. Alle Gelder und Zuschriften sind an Herrn Altenkirch zu richten.

Aufruf an die Parteigenossen im 4. Schleswig-Holsteinschen Wahlkreise.

Parteigenossen! Es ist wünschenswerth, daß in unsrem Wahlkreise eine Besprechung stattfindet zur Eröffnung einer planmäßigen und erfolgreichen Agitation, desgleichen müssen Mittel und Wege aufgefunden werden, um die nöthigen Gelder zur Wahlbewegung zu beschaffen. Hierauf bezügliche Anfragen möge man bis zum 20. Oktober an Unterzeichnete brieflich gelangen lassen.

J. A. des provisorischen Wahlcomités:
J. Kopmann; G. Böttcher, Schuhmacher.

Zur Beachtung.

Soeben ist das Protokoll der Verhandlungen des Sozialisten-Congresses in Gotha erschienen. Indem wir auf die betreffende Annonce im Inseratentheil verweisen, glauben wir die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß bei dem hochwichtigen Interesse, welches die letzten Congreßverhandlungen für jeden Sozialisten haben, dasselbe reichlichen Absatz finden wird. Da durch Nachnahmesendung das Porto nur erhöht wird, so empfiehlt es sich, wenn die Besteller den Betrag sofort baar oder in Briefmarken einsenden. Ohne direkte Bestellung werden keine Protokolle versandt, wie dies in früheren Jahren theilweise der Fall war.

Briefkasten

der Red. Der Veranlasser der Notiz, betr. den „angeheiterten Feldwebel auf der Messe", wird gebeten, uns seinen Namen mitzutheilen, da wir sonst die Verantwortlichkeit für die Veröffentlichung nicht übernehmen können. — Geib: Für diese Nummer zu spät. Der Brief traf ein, als schon umbrochen war.

der Expedition. J. F. in London: 20 Mark sind im „Volksstaat" Nr. 81 vom 11. Juli quittirt. — Schwarz in Ottensen: Der Bund der Korbmacher schuldet für Annonce vom 15. Oktbr. 1875 in Nummer 119 des „Volksstaat" noch 80 Pf. — G. Peschel, Dresden: Wir senden Ihnen für dieses mal das Fehlende direkt, doch wollen Sie künftighin Ihnen fehlende Nummern bei der Postexpedition, bei welcher Sie das Blatt bestellten, reklamiren; von uns wird richtig geliefert.

Joseph Loh, Schriftsetzer, wird von seinem Bruder um seine Adresse gebeten.

Anton Loh,
29 Broadstr. gold. Squ. London W.

Quittung. Brtrm hier Ab. 0,45. Rdmchr Ahrweiler Schr. 0,50. Grnr Mannheim Schr. 31,20. Wisky Zmplburg Schr. 0,70. Bkrd. Berlin Ab. 1,60. Schwrz Ottnsn Ann 0,80. Grnhmnn Bielefeld Ann. 2,00. Dtrch Erfurt Ab. 8,60, Schr. 4,00. Exped. der „Tagwacht" Zürich Ab. 111,32. Eggtng Bremerhafen Ab. 1,60. Brndt Mittweida Ab. 16 50. Arndt Naumburg Schr. 7,50. Vpl Bernburg Schr. 3,00. F. Stndchl Mühlheim Ab. 6,00. A Wnk Niemes Ab. 1,86. Arb.-Bild.-Verein Wels Ab. 2,49 J. Jmn Hadamar Schr. 0,50. Bund d. Tischl. Hamb. Ann. 1,50. Fachverein der Tischler Cöln Ann. 0,70. F. Wß Neu-Ulm Schr. 6,10. Fchnrthr Hof Ab. 12,60. Rthr Zwiesel Schr. 10,80. Fchtnr Merseburg Schr. 3,40. Mnz Erfurt Schr. 4,00. Vgl. Berlin Schr. 2,75. Rmst Aachen Schr. 0,60. Mr Bern Ab. 2,50, Schr. 11,20. Wrnch Kalk Schr. 3,00. Fhlhr Penig Schr. 16,00. Dchr Halle Schr. 6,00. Brge Verden Schr. 1,80. Schmdt Winnenden Schr. 2,40. Blch Groß-Breitenbach Schr. 1,20. Grstmr München Ab. 37,50, Schr. 25,00. Bßlr Stuttgart Ann. 6,00, Ab. 44,48. Wbr Leukersdorf Schr. 3,25. Rtll Apolda Schr. Ab. 30,00. Wchtlr Bludenz Ab. 3,00.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Altona. Dienstag, den 17. Oktbr., Abend 8½ Uhr, in Heinsehns Salon.
Versammlung der Bau-, Land-, Erd- und Fabrikarbeiter.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn O. Kappel. H. Cordes. [40

Cöln. **Fachverein der Tischler.**
Montag, den 16. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Streitzeuggasse 10:
Außerordentliche Versammlung.
Tagesordnung: Das Verhalten des Fachvereins zu dem deutschen Tischler-Bunde. Alle Mitglieder und Freunde des Vereins sind hierzu eingeladen. (F 63) Der Vorstand [70

Kiel. **Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen.**
Montag, d. 16. Okt., Abds. 8 Uhr, im Englischen Garten:
Großes Verbrüderungsfest.
Herren-Karten: Mark 1,20, Damen frei. Wozu freundlichst einladet
(F 180) Das Comité. [150

Leipzig. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**
Montag, den 16. Oktober, Abends 8 Uhr, im Thüring. Hof (Burgstr.): **Geschlossene Mitgliederversammlung.** Tagesord.: Kassenbericht und Vereinsangelegenheiten. D. V. [40

Leipzig. Sonntag, den 15. Oktbr., Vormittags 10 Uhr, im Bellevue, Kreuzstr:
Große Cigarrenarbeiter-Versammlung.
T.-O.: Die Bremer General-Versammlung. 2) Bericht und Abrechnung über die statistische Erhebung. 3) Besprechung über die Gründung eines Verkehrslokals. Ref.: Hadlich. Der Einberufer. [60

Aufforderung.
Ich fordere alle Diejenigen, welche mir unehrenhafte Handlungen vorwerfen, auf, öffentlich hervorzutreten, und zwar in der nächsten Sozialistenversammlung, widrigenfalls ich das, was hinter meinem Rücken gegen mich gesagt wird, für böswillige Verleumdung erklären muß.
Leipzig, 12. Oktbr. 1876. **Peter Krebs.** (180

Todes-Anzeige.
Meinen Freunden und Parteigenossen allerwärts hierdurch die traurige Nachricht, daß meine gute Frau heute verschieden ist.
Großenhain, den 11. Oktbr. 1876. **Wilhelm Günther.** [40

Nr. 7 des „Wähler"
ist erschienen, und nach den Orten zur Versendung gelangt, welche über Nr. 6 abgerechnet haben.
Die Parteigenossen in Preußen werden dringend aufgefordert, für das Abonnement auf das Blättchen nach Kräften zu wirken, da der Reinertrag desselben für die Wahlagitation verwendet wird. Besonders aber mögen die Agitatoren stets dafür wirken, daß der Abonnentenstand ein immer stärkerer werde!

Soeben ist erschienen:
Protokoll des Sozialisten-Congresses
zu Gotha
vom 19. bis 23. August 1876.
Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. **Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.**
☛ Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Soeben ist bei uns erschienen:
Das Versammlungs- und Vereinsgesetz
für das
Königreich Sachsen.
Preis pr. Exemplar 10 Pf., pr. Dutzend 60 Pf.
nur gegen baar.
Bei den sich häufenden Verboten und Auflösungen von Versammlungen ist es nothwendig, daß unsere sächsischen Parteigenossen mit obigem Gesetz vollkommen vertraut sind, weshalb wir ihnen das Studium desselben zur nächsten Reichstagswahl angelegentlichst empfehlen.
Die Expedition des „Vorwärts".

Für Sachsen.
Bei uns sind zu haben:
Formulare zur Anmeldung von Versammlungen.
12 Stück 30 Pf. Kreuzband-Porto 10 Pf.
Diese Formulare, welche zu Volks-, Vereins-, Wähler-, Sozialisten-2c. Versammlungen zu benutzen sind, werden entsprechend ausgefüllt, unterschrieben und bei der betr. Behörde eingereicht.
Die Expedition des „Vorwärts".

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:
Zur Grund- und Bodenfrage
von Wilhelm Liebknecht.
2. vervollständigte Auflage.
Preis per Exemplar 0,75 Mark.
Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lenfermann, 398 Division Street.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 8. Mittwoch, 18. Oktober. 1876.

Parteigenossen! Der Wahlkampf hat begonnen. Um ihn erfolgreich durchführen zu können, brauchen wir Geld — mehr Geld als bisher! Thue Jeder von Euch seine Schuldigkeit. Ermahnt Eure Freunde, welche die Freunde der Sache des arbeitenden Volkes sind, daß sie diesmal helfend und fördernd in die Bewegung eingreifen. Gilt es doch, bei Gelegenheit der Reichstagswahlen die Gegner des arbeitenden Volkes aus allen Positionen zu verdrängen und zugleich Heerschau über unsere Partei zu halten.

Gedenket also des Kampfes und der schon gemaßregelten Kämpfer!

Alle Gelder sind zu senden an Aug. Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Hamburg, 12. Oktober 1876.

G. W. Hartmann. H. Brasch. A. Geib. C. Derossi. J. Auer.

Die verkehrte Welt.

Wer kennt nicht das Mährchen von der „verkehrten Welt", in dem das Wild die Jäger jagt, und die Spitzbuben und Räuber den Richtern und der Polizei den Prozeß machen und sie ins Gefängniß stecken? Das Mährchen? sagten wir. Ist es denn wirklich ein Mährchen?

Nicht ein Mährchenbuch, sondern eine realpolitische, nationalliberale Zeitung ganz neuen Datums erzählt:

„Döbeln, 4. Oktober. Ein Gründerprozeß, aber kein solcher, bei welchem der Staatsanwalt die Herren Gründer beim Kragen nahm, sondern ein Prozeß, bei welchem die Gründer selbst als Ankläger auftraten, kam am 29. September vor dem Bezirksgericht zu Oschatz in zweiter Instanz zur öffentlichen Verhandlung. Kläger waren die Gründer und Generalunternehmer der Roßwein-Hainicher Eisenbahn, die Herren Bankier Robert Thode und Co., Bankier Heinrich und Wilhelm Knoop, sämmtlich in Dresden; Verklagter war der frühere Redakteur des „Döbelner Anzeigers", Herr Emil Thallwitz. Hinlänglich bekannt ist die traurige Lage, in welcher sich die Roßwein-Hainicher Eisenbahn befand, bis sie der Staat endlich in diesem Sommer ankaufte. Dieselbe war mit ca. 4,680,000 M. gegründet, wurde aber vom Staat für nur 1,460,000 M. angekauft. Bei den Kammerverhandlungen sprach sich die Minorität der Finanzdeputation noch dahin aus, daß dieser Preis zu hoch sei, die Regierung solle nicht mehr als 900,000 M. geben, da nach Aussage des königl. Dekrets selbst die Deckung der Zinsen einer höheren Kaufsumme aus den Erträgnissen der Bahn zunächst nicht zu erwarten stehe. Und bei der Verhandlung der Sache in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 22. Juni d. J. wurde unter Andern versichert, daß die Bahn unter Umständen gebaut worden sei, welche eine Lebensfähigkeit von vornherein unmöglich gemacht. Als nun im Jahre 1874 die Bahn dem Betrieb übergeben wurde und die Aktien unter das Publikum gebracht werden sollten, druckte der Verklagte im „Döbelner Anzeiger" einen ihm von guter Hand übergebenen Artikel der „Deutschen Eisenbahn-Zeitung" ab, welcher, gestützt auf eine Mittheilung des Herrn Finanzministers, an die Finanzdeputation der Ersten Kammer, die Gründungsgeschichte der Roßwein-Hainicher Bahn in offener Weise besprach und vor Ankauf der Aktien warnte. In Folge dieser Warnung ist auch so Mancher vor Schaden bewahrt worden. Die Gründer der Bahn aber waren der Ansicht, daß der betreffende Artikel ihr Geschäft (!) schädige, und erhoben Privatanklage gegen den damaligen Redakteur des „Döbelner Anzeigers". Der Verklagte trat nun die Beweisführung an, wobei auch Se. Excellenz Herr Finanzminister v. Friesen und der Vorsitzende der Finanzdeputation der Ersten Kammer, Herr v. Erdmannsdorff, als Zeugen dienten; doch wurde diese Beweisführung nicht für ganz genügend erachtet, und das königl. Gerichtsamt Döbeln verurtheilte den Verklagten zu 300 M. Strafe und Erstattung der Kosten. Letzterer erhob gegen dieses Urtheil Einsprache; dasselbe thaten auch die Kläger, welche statt der Geld- Gefängnißstrafe verlangten. Diese Einsprüche gelangten am 29. September vor dem königl. Bezirksgericht Oschatz zur Entscheidung. Der Vertheidiger des Verklagten machte für denselben namentlich geltend, daß der Beweggrund zur Aufnahme des fraglichen Artikels ein durchaus ehrenwerther, nämlich allein das Interesse des Publikums gewesen sei. Der Gerichtshof sah zwar ebenfalls die Beweisführung des Verklagten nicht für vollständig gelungen an, setzte aber die Strafe auf 150 M. herab. Und dieses Opfer wird die Redaktion des Döbelner Anzeigers zu tragen haben in dem Bewußtsein, daß die Presse oft leiden muß, wenn sie dem Publikum einen guten Dienst erweist."

So lesen wir in einem nationalliberalen Blatt. Wir reiben uns die Augen. Wachen wir oder träumen wir? Nicht daß wir uns wunderten, den Bericht in einem nationalliberalen Blatt zu finden — von nationalliberalen Blättern wundert uns nichts, sie sind so gesinnungslos, oder vielleicht richtiger so gesinnungsreich, so reich an verschiedenen Gesinnungen, daß wir uns auch nicht wundern, wenn sie zur Abwechslung einmal eine anständige Gesinnung zur Schau tragen. Also das wundert uns nicht. Aber ist denn das Mährchen Wahrheit geworden? Eine Gesellschaft von „Gründern" — sonst nannte man diese Menschensorte, so weit sie früher vorhanden war, mit einem anderen, drastischeren Namen — erleichtert das Publikum um die Kleinigkeit von 3,220,000 Mark; ein Zeitungsredakteur hält es für seine Pflicht, dieses hübsche Geschäftchen zu tadeln und das Publikum zu warnen. Eine Anzahl Personen, die ohne die Warnung auf den Leim der „Gründer" gegangen wären, finden sich veranlaßt, ihre Taschen fest zuzuhalten, so daß die menschenfreundlichen „Gründer"-Finger nicht eindringen können. Die Besitzer der betreffenden Finger finden sich in ihrem „Geschäft geschädigt" — in dem „Geschäft", die Taschen des Publikums vom überflüssigen Geld zu befreien — und erheben Klage.

Und der unglückliche Redakteur wird von den Richtern verurtheilt.

Die „Gründer", die 3,220,000 Mark ergründert haben, sind nicht die Angeklagten, sondern die Ankläger.

Der Redakteur, welcher die Ergründerung von drei und einer viertel Million Mark für verwerflich erklärt, muß Strafe bezahlen.

Ist das nicht die „verkehrte Welt"?

Doch nein, in dem Mährchen von der verkehrten Welt sind es die Spitzbuben, welche den Richtern den Prozeß machen, und in der Wirklichkeit sitzen ja die Richter auf ihren Stühlen und machen den Prozeß; aber nicht den Spitzbuben, sondern den Anklägern der — „Gründer". Dem Leser überlassen wir es zu entscheiden, welche von beiden „verkehrten Welten" die verkehrtere ist: die verkehrte Welt des Mährchens, oder die verkehrte Welt der Wirklichkeit.

Der französische Arbeitercongreß.

II.

Paris, 8. Oktober.

Die Berathungen der Versammlung vom 4. Oktober, welche sich, nachdem sie die Fassung von Anträgen zu der Frage der Frauenarbeit an eine Commission gewiesen hatte, mit der Erörterung der Syndikatskammern beschäftigte, eröffnete der Tagsvorsitzende Nicaise mit der Erklärung, daß die Arbeiter dem Rathe des Ministers des Innern, Herrn v. Marcère, folgend, ihre Angelegenheiten selbst besorgen müssen und wollen. Bonne aus Roubaix, der nächste Redner, schildert die Verhältnisse der Arbeiter in seiner Heimat, welche zum größten Theil Weber und Spinner seien. Die kläglichen Löhne (15—16 Frcs. wöchentlich) und die hohen Lebensmittelpreise haben die Arbeiter in Verschuldung gebracht und gezwungen, für den Ankauf ihrer Bedürfnißartikel Credit in Anspruch zu nehmen, der den Preis derselben um 20 pCt. steigere. Krankheit und Elend sei die Folge dieser Verhältnisse. Daneben herrsche politische Unfreiheit, der Einfluß der Arbeitgeber zwinge Manchen, gegen seine Ueberzeugung zu stimmen. Die Syndikatskammern (Gewerkschafts-Vereine) sollen hier Abhilfe schaffen, aber auch nicht nur die nächsten Interessen des Arbeiterstandes, sondern alle dessen Angelegenheiten vertreten und sich für Gründung von Consum-, Vorschuß-, Bildungsvereinen, von Gewerbegerichten u. s. w.*) bemühen.

Donnay, Maschinenbauer aus Paris, bei den letzten Wahlen Gambetta's Gegencandidat in Belleville (Vorstadt von Paris), kritisirt den Gesetzentwurf von Lockroy, der, anstatt den Syndikatskammern eine legale Stellung zu sichern, wie er dies bezwecken soll, dieselben der Polizeiwillkür preis giebt. Volle Vereinsfreiheit sei das beste Mittel, den Syndikatskammern Anerkennung zu schaffen.

Duffault (Bordeaux) will den Syndikatskammern den Arbeitsnachweis auferlegen und die Concurrenz der Gefängnisse und der Soldaten beseitigt sehen.

Daniel (Paris) verlangt die Absendung einer Petition an die Kammern um Aufhebung der Coalitions- und Vereinsbeschränkungen.

Die Bedrückungen und Verfolgungen, deren Gegenstand die Syndikatskammern in St. Etienne sind, bilden den Inhalt der Ausführungen von Boissonnet. Seine Schilderungen werden von Charvet aus Lyon und Chatelain aus Paris und Bonnois aus Marseille unterstützt, welche gleiche Thatsachen aus ihren Heimatsorten berichten. Der letzte Redner, Fuzilier von Paris, verwirft die Zuchthaus- und Militärarbeit.

In Folge der vorgerückten Zeit müssen die noch beabsichtigten Commissionswahlrn verschoben werden.

Dieselben erfolgen am Beginn der Sitzung vom 5. Oktober, in welcher Prost aus Dijon den Vorsitz führt.

Der Referent über den heutigen Gegenstand der Tagesordnung — die Gewerberäthe (conseils de prudhommes) — Vernet, überträgt wegen Ermüdung die Verlesung seines Berichtes an Chartier: die Prudhommes sollen die Schwierigkeiten, welche sich zwischen Kapital und Arbeit erheben, so lange diese noch von einander getrennt sind, ebnen und den Arbeiterassociationen die Mittel zum selbständigen Arbeitsbetriebe schaffen; sie sollen die Differenzen zwischen den beiden Hauptfaktoren der Produktion ausgleichen. Die Arbeiter verlangen das Recht, giltige Verträge über die Arbeitstarife unter sich und mit den Arbeitgebern abzuschließen, das ihnen durch das Gesetz von 1871 vorenthalten ist. Nach der Beseitigung dieser Freiheitsschränkung werden die Prudhommes als die natürlichen Ausleger der Verträge und als Richter in Differenzen über dieselben zu fungiren haben. Sie werden die Ueberwachung der Statuten und der Reglements der Produktiv-Associationen zu übernehmen und auf diese Weise die Lösung der Arbeiterfrage einer friedlichen Erledigung entgegen zu führen haben. Die Rechte und Pflichten der gegenwärtigen Gewerberäthe sind zu beschränkt, und ihre Organisation, von Bonaparte herrührend, ist ungenügend. So z. B. hat der Gewerberath der Metallbranche in Paris 107 verschiedene Gewerke unter seiner Jurisdiktion und ist darum beim besten Willen unfähig, in allen Fällen mit Sachkenntniß zu urtheilen. Sie müssen in Fachfragen auf den Rath der Syndikatskammern verwiesen werden. Der Umstand, daß sie halb aus Prinzipalen und halb aus Arbeitern zusammengesetzt sind, und die Vorsitzenden, welche bei Stimmengleichheit den Ausschlag zu geben haben, von der Regierung aus der Zahl der Arbeitgeber gewählt werden, macht ihren Nutzen für die Arbeiter illusorisch, zumal ihre Mitglieder für ihre Zeitversäumniß nicht genügend entschädigt werden. In Paris, wo 52 Prudhommes alle Streitigkeiten in mehr als 900 verschiedenen Industrien zu schlichten haben, beträgt die Bezahlung des Mitgliedes etwa 120 Frcs. bei einem Verlust von 75 Arbeitstagen, ungeachtet der von ihm verauslagten Fahrkosten ꝛc.

Vernet schlägt folgende Grundzüge für einen von der Commission auszuarbeitenden Gesetzentwurf vor:

„1) für alle wirklich einander gleichartige Industrien soll in jeder Stadt Frankreichs ein Gewerberath existiren. 2) Die Gewerberäthe sollen die erste Instanz für alle Streitfälle zwischen Arbeitern und ihren Prinzipalen bis zum Betrage von 500 Fr. bilden. 3) Das Vergleichsverfahren soll vor gemischten Gerichten (Arbeitern und Meistern) stattfinden, die von den Syndikatskammern der betr. Industriebranche gebildet werden. 4) Auch für die Hilfsarbeiter, Commis, Buchhalter ꝛc., die in einer Profession beschäftigt sind, soll der Gewerberath der betr. Profession zuständig sein. 5) Für Streitbeträge über 500 Fr. wird das Gewerbegericht aus den Prudhommes des Departements genommen, je ein Arbeiter und ein Prinzipal aus jedem Gewerberath der gleichen Branche. 6) Jeder Gewerberath wählt sein Bureau, seine Beamten und den Gewerksarzt."

Die Abhängigkeit der Wahlberechtigung der Arbeiter zu den Prudhommes von dem Besitze eines Arbeitsbuches, einer Einrichtung, die jetzt fast ganz abgekommen ist, legt den Ausfall der Wahl ganz in die Hand der Arbeitgeber. Oudinet fordert deshalb, daß jeder politisch Wahlberechtigte auch an der Wahl der Prudhommes theilnehmen dürfe.

Castaing aus Bordeaux verlangt Oeffentlichkeit und Unentgeltlichkeit des Urtheilsverfahren der Prudhommes, deren Aussprüche mit exekutorischer Kraft belehnt werden und denen auch Behandlnng von Klagefällen von Eisenbahnarbeitern und Bahnbeamten gegen ihre Vorgesetzten zugewiesen werden sollen. Endlich müsse das zur Wahlberechtigung der Arbeiter jetzt geforderte dreijährige Domizil in ein sechsmonatliches umgewandelt werden.

Amat aus Lyon, Siorat aus Paris und Poulet aus Lyon wünschen Erweiterungen des Aufsichtsrechtes der Prudhommes auf alle Werkstätten, Unentgeltlichkeit des Verfahrens und Eintritt der Wahlberechtigung für sie mit dem 21. Jahre.

Die Versammlung vom 6. Oktober nahm einen etwas tumultuarischen Verlauf. Bei der Abstimmung über die Wahl der übrigen Bureaumitglieder, welche der des Vertreters der Pariser Produktivgenossenschaft der Schneider, Pincemain, zum Vorsitzenden folgte, waren einzelne Vorgeschlagene übergangen worden. Unter heftigem Tumulte protestirte einer derselben, Hardy, dagegen und wurde vom Vorsitzenden mit dem Ordnungsruf und von Anhängern des Präsidenten mit Hinauswerfen bedroht.

Unmittelbar diesem Tumulte folgte ein anderer, dadurch hervorgerufen, daß man zwei Journalisten, Barberet und Desmoulins, die als Vertreter eines Bäcker- und eines Lehrer-

*) Wie wir über diese Art der Rettung des Arbeiterstandes denken, wissen unsere Leser; wir behalten uns aber eine Kritik der Verhandlungen bis zur Beendigung der Berichte vor.

vereins anwesend sind, als Nichtarbeiter von der Redeberechtigung auszuschließen versucht. Rufe: „Wir brauchen keine Journalisten“ und „Sie sind Delegirte von Arbeitern so gut wie wir“ ertönen in wüstem Durcheinander.

Der Vorsitzende entscheidet eigenmächtig zu Ungunsten der beiden Genannten — ein Sturm erhebt sich gegen ihn, der ihn veranlaßt, sich außer Stande zu erklären, die Versammlung weiter zu leiten. Guillon, einer der Einberufer des Congresses und Mitglied des Tagesbureaus, eilt dem Vorsitzenden zu Hilfe und erklärt, daß Barberet und Desmoulins unberechtigt zum Sprechen seien, da sie sich nicht zum Worte gemeldet haben. Diese Behauptung wird als Unwahrheit erwiesen und gezeigt, daß Guillon es nur unterlassen habe, ihre Namen auf die Rednerliste zu setzen. Der Vorsitzende erledigt die Angelegenheit dadurch, daß er verspricht, über die Zulassung der beiden Journalisten zum Wort abstimmen zu lassen, wenn die Reihe an sie kommen werde. Die Ursache dieses Zwischenfalls ist rein persönlicher Natur, da z. B. schon am ersten Tage der Graveur Chabert, jetzt Mitarbeiter der „Tribüne“, präsidirte und später über die Frage der parlamentarischen Thätigkeit sprechen wird und Dupire, der besoldete Sekretär der Syndikatskammer der Schneider, also auch Nichthandarbeiter, auf der Rednerliste figurirt hat. Die „Tribüne“, deren Haltung übrigens äußerst unzuverlässig ist und in einzelnen Fällen, z. B. den Londoner Communeflüchtlingen gegenüber, sich äußerst reaktionär gezeigt hat, versucht es, sich durch die ihr ergebenen Delegirten, u. A. Guillon, dem Congreß als ausschließliches Organ aufzudrängen und die Vertreter anderer Blätter, die übrigens sozialistischer als sie sind, hier die des „Droit de l'homme“ und des „Rappel“ von der Betheiligung auszuschließen und dadurch den Mangel eines sozialistischen Programms zu verdecken.

Die Versammlung würdigte diese Gründe nach Verdienst und ertheilte darum mit großer Majorität Desmoulins das Wort.

Die Versammlung geht nun zur Tagesordnung — der gewerbliche Unterricht und das Lehrlingswesen — über. Delhomme, der als Referent der Commission zunächst spricht, begründet im Allgemeinen deren Forderungen eines unentgeltlichen, confessionslosen Volksunterricht und der Verbesserung der Abendschulen für Lehrlinge.

Desmoulins ist mit ihm darin einverstanden, nur habe er und der Verein, den er vertrete, die Nothwendigkeit anerkannt, daß Gewerbeschulen für beide Geschlechter errichtet werden, in denen die Kinder schon in der Behandlung der nothwendigsten Werkzeuge und Rohstoffe Unterweisung finden, da das Lehrlingswesen mehr und mehr verfallen sei und die Lehrlinge jetzt nur einseitig dressirt und mehr als jugendliche Arbeiter verwandt werden.

Chataignier (Mechaniker), der jenem in der Rednerliste folgt, erkennt in dem Verfall des Lehrlingswesens die Gefahr eines Verfalls der Tüchtigkeit der Gewerbe und will dasselbe der Beaufsichtigung durch die Syndikatskammern unterworfen sehen.

Er rügt ferner das Schein-Lehrverhältniß, das sowohl gewisse katholische Institute als auch von angeblichen Liberalen gegründete Anstalten zur Beschäftigung von Kindern benützen. Er wünscht, wiewohl er die Einmischung der Regierung mehr wie die Pest fürchtet, schließlich die Erlassung eines Zusatzes zu dem Gesetze über die Kinderarbeit, welcher die den Lehrherren erlaubte Zahl von Lehrlingen beschränken soll und endlich jährliche Preisvertheilungen an die tüchtigsten Lehrlinge.

In gleichem Sinne spricht auch Fouque, Kupferschmied, während die folgenden Redner wiederum, Lavy und Frau Manière, die Mängel des Lehrlingswesens, namentlich die moralischen Gefahren für die Lehrlinge, hervorhoben und dem System der Fachschulen den Vorzug gaben, das zugleich den Vortheil habe, einerseits das Unterrichtstalent der Frauen zu verwerthen, andererseits die Erwerbsfähigkeit der letzteren zu steigern, indem dadurch auch die Mädchen industrielle Ausbildung erhalten könnten. Frau Hardouin entwickelt in einem mit großem Beifall aufgenommenen, gedankenreichen Vortrag den Plan eines integralen Erziehungssystems für die Kinder bis zum zehnten Jahre, welches unter der Leitung der Frauen die nothwendige Vorstufe für die Heranbildung eines körperlich und geistig tüchtigen Arbeitergeschlechts sei. Hiermit ist die Tagesarbeit beendet. Die Wahl der Commission zur Ausarbeitung der Anträge über den heute behandelten Gegenstand wollte der Vorsitzende auf Grund einer dem Bureau vorliegenden Liste noch rasch abmachen lassen; Amat (Lyon) und andere auswärtige Delegirte bemerkten jedoch, die vorgeschlagene Liste entspreche höchstens einigen individuellen Wünschen und verlangten, daß die Wahl bis morgen verschoben werde, was die Versammlnng auch beschließt.

Vor der Plenarsitzung hat eine Conferenz der auswärtigen Delegirten stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, soweit es die Gesetze erlaubten, Verbindungen zwischen den Syndikaten und Vereinigungen der verschiedenen Orte herzustellen.

Hoch die Brüder in Frankreich!

Wir hatten ursprünglich die Absicht, erst nach Schluß des Berichts über den französischen Arbeitercongreß unsere Ansichten darzulegen; allein einige, auf falscher Auffassung beruhende Meinungsäußerungen veranlassen uns zu einer sofortigen kurzen Besprechung,

Nichts ist verkehrter, als schablonenhaftes Urtheilen. Handlungen und Vorkommnisse, die äußerlich, scheinbar, dieselben sind, können innerlich, ihrem Wesen nach, durchaus verschieden sein. Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe; lautet ein alter Satz. Und was von zwei Personen gilt, das gilt auch von zwei Völkern. Gelten für alle Menschen auch die nämlichen Entwicklungsgesetze, so werden diese in ihren Wirkungen doch durch die mannigfaltigsten Faktoren bestimmt: durch Klima, geographische Lage, Bodenbeschaffenheit, Nachbarschaft u. s. w. So erklärt es sich, daß sämmtliche Kulturvölker, obgleich dem nämlichen Ziel zudrängend, doch die verschiedensten Wege gewandelt sind und wandeln. Ueberall die gleichen Gesetze, überall verschiedene Wirkungen der gleichen Gesetze. Recht deutlich zeigt sich dies auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung. Stellen wir die Arbeiterbewegung Englands, Frankreichs und Deutschlands neben einander, so ergiebt sich die größte Verschiedenheit der Form, bei völliger Gleichheit des Ursprungs und Inhalts. Um die Gleichheit des Inhalts zu erkennen, bedarf es genauer Forschung; die Verschiedenheit der Form offenbart sich dem oberflächlichen Blick. Daher kommt es, daß, wer nicht unter der Oberfläche zu dringen vermag, sehr leicht zu dem irrigen Schluß gelangt, auch der Inhalt der Bewegungen sei verschieden, während all diese verschiedenen Arbeiterbewegungen in Wirklichkeit nur Eine Arbeiterbewegung sind, die sich in den verschiedenen Ländern verschieden ausdrückt. Was insbesondere die französische Arbeiterbewegung betrifft, so muß man sich davor hüten, sie nach dem deutschen Maßstab zu messen; man gelangt sonst zu einem Resultat, das mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmt. Wenn französische Arbeiter — 28 Jahre nach der Junischlacht, 5 Jahre nach der Commune-Tragödie — von Selbsthilfe, Privatassoziationen, Consumvereinen u. s. w. reden, so hat dies einen ganz anderen Sinn, als wenn deutsche Arbeiter heutzutage von derartigen Dingen reden. Hämlinge, wie die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinler, welche von Schulze-Delitzsch'schen Charlatans-Rezepten das Heil erwarten, sucht man in Frankreich vergebens. Kein französischer Arbeiter glaubt an die Harmonie der Interessen des Bourgeoiskapitals und der Lohnarbeit; jeder französische Arbeiter hat mehr oder weniger klar das Bewußtsein des Klassengegensatzes.

Es ist wahr, auf dem französischen Arbeitercongreß, der soeben zu Ende kam, sind viel unreife Ansichten zu Tag gefördert worden — Ansichten, die auf einem deutschen Sozialistencongreß einfach unmöglich wären, indeß das beweist nur, daß die französischen Arbeiter in ihrer Gesammtheit der theoretischen Schulung entbehren, welche die deutschen sozialistischen Arbeiter durchweg besitzen. Die deutsche Arbeiterbewegung zeichnet sich dadurch aus, daß sie durchaus einheitlich ist und sich wissenschaftlich methodisch entwickelt hat. Mit nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen ist sie von Sektirerei und utopistischer Systemmacherei freigeblieben, und kritisch wissenschaftlich vorgegangen. Allein diesen Vorzug verdanken wir dem Umstand, daß bei uns die Arbeiterbewegung, in Folge der zurückgebliebenen politischen und ökonomischen Entwicklung Deutschlands, erst zu einer Zeit in das Leben trat, wo sie bereits die Erfahrungen der englischen und französischen Arbeiterbewegung benutzen konnte. Die deutsche Arbeiterbewegung datirt vom Jahr 1848, die französische schließt sich unmittelbar an die große Revolution zu Ende des vorigen Jahrhunderts. Die Jugendlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung begründet ihre Vorzüge, zugleich aber auch ihre relative Schwäche. Sie ist methodischer, besser geschult als die französische, aber nicht so weit ausgebreitet, nicht so tief gewurzelt. Die in der Bewegung stehenden deutschen Arbeiter sind die Elite der deutschen Arbeiter, eine Elite, um welche sich mit der Zeit das ganze arbeitende Volk Deutschlands gruppiren wird, die aber jetzt noch eine Minorität bildet. Wir haben die Cadres, aber die Armee ist noch lange nicht vollzählig. Anders die Franzosen: sie haben die Armee vollzählig, aber die Cadres sind zersprengt. Jeder französische Arbeiter ist Sozialist; mit der Muttermilch saugt er den Sozialismus ein; die Luft, die er athmet, ist mit „sozialistischem Gift“ geschwängert. Hat der französische Arbeiter nicht das volle Klassenbewußtsein, so hat er den untrüglichen Klasseninstinkt, und im entscheidenden Moment wird er stets da sein, wo das Arbeiterinteresse ihn hinruft.

Die Schulung der deutschen Sozialisten geht den französischen Arbeitern ab; sie zersplittern sich in Proudhonianer, Cabetisten, Positivisten, Fourieristen, Blanquisten, Internationale u. s. w., doch alle sind Sozialisten und Revolutionäre. Die theoretische Schulung wird bei ihnen durch die praktische Schulung ersetzt. Ihre Großväter haben am 14. Juli 1789 die Bastille, am 10. August 1792 die Tuilerien gestürmt, am 2. Juni 1793 die Girondisten gestürzt; ihre Väter, ihre Brüder, und zum Theil sie selbst haben in den heißen Julitagen des Jahres 1830 die restaurirte Bourbonenmonarchie zertrümmert in den Aufständen von 1834 und 1839 zu Lyon und Paris für die Sache des Proletariats und der Republik gekämpft, im Februar 1848 den Julithron verbrannt, im Sommer 1848 fünf Tage lang, im Frühling 1871 dritthalb Monate lang der Gesammtmacht der herrschenden Klassen heldenmüthig die Spitze geboten und, obgleich geschlagen, die Bourgeoisie der Welt bis in ihre Grundfesten erzittern gemacht — — Mit solchen Erinnerungen, die tief eingebrannt sind durch das Feuer der Schlachten, — die lebendig Begrabenen von Neukaledonien vor Augen — ist es möglich, daß der französische Arbeiter nicht Sozialist, nicht Revolutionär ist?

Wohl fehlte es auf dem Pariser Congreß nicht an unerquicklichem, konfusem Gerede. Aber von welchem Congreß ließe sich nicht das Nämliche sagen? Manches wurde geschwatzt, was im Hirsch-Duncker'schen „Gewerkverein“ stehen könnte. Aber, wie schon bemerkt, kein französischer Arbeiter glaubt mehr an den Harmonieschwindel, und jeder Versuch, einen Theil der Arbeiter gegen den andern zu hetzen, ist in Frankreich hoffnungslos. Traurige Gesellen, die der Bourgeoisie freiwillige Polizeidienste thun und mit ihrer Schande noch prahlen, giebt es in Frankreich nicht. Die Arbeiterbataillone, welche das Bürgerthum 1848 in den Nationalwerkstätten organisirte, um die revolutionären Arbeiter zu Paaren zu treiben, — sie kämpften in der Junischlacht unter der rothen Fahne.

Der Umstand, daß auf dem Congreß einem Ausländer das Wort nicht gewährt wurde, hat tadelnde Kritik hervorgerufen. Mit Unrecht. Der Congreß mußte so handeln, wie er gehandelt hat, den Ausländern war der Zutritt verboten; und daraus kann man den französischen Arbeitern ebenso wenig einen Vorwurf machen, wie den deutschen Arbeitern, wenn sie aus ihren Versammlungen die Frauen und Unmündigen entfernen müssen. Das reaktionäre Gesetz ist es, das der Vorwurf trifft, nicht Diejenigen, welche sich ihm zu unterwerfen gezwungen sind. Die französischen Arbeiter wollten mit peinlicher Sorgfalt jeden Conflikt vermeiden — und sie haben klug gethan. Daß ihnen nationaler Chauvinismus fern liegt, das hat die Verbrüderung mit dem italienischen Arbeitercongreß gezeigt.

Der Congreß trennte sich unter dem einstimmigen Ruf: Es lebe die Republik! Der französische Arbeiter kennt nur Eine Republik, die république démocratique et sociale, oder schlechtweg die „sociale“, die république rouge — die république universello — die sozialdemokratische Republik, die rothe Republik, die Weltrepublik!

Die „Wage“*) spricht sich in einem am Schluß des Congresses geschriebenen Pariser Briefe wie folgt über den französischen Arbeitercongreß aus, den sie die „Constituante (constituirende Versammlung) der sozialistischen Arbeiterpartei“ Frankreichs nennt:

„Der Congreß war ursprünglich Sache einer kleinen Gruppe, die bereit war, Arbeitergesinnung und Arbeiterstreben in Entreprise (in Pacht und Ausbeutung) zu nehmen. Aber mit jedem Tag, den die Sache weiter ging, wuchs die Bewegung über den Ring hinaus und wurde wirkliches Proletarierwerk. Man war natürlich von vornherein nicht berechtigt, Enormes zu erwarten, nach dem Blutverluste, den der Pariser Sozialismus vor fünf Jahren erlitten, und man war daher nicht erstaunt, ihn, gerade umgekehrt als Consuelos Geliebten, schüchterner und anscheinend kleiner wiederzusehen. Aber die Delegirten der durch keinen Aderlaß geschwächten Provinzen, namentlich die von Lyon, glichen, was den Parisern an Energie fehlte, einigermaßen aus.

*) Diese von Guido Weiß redigirte, in Berlin erscheinende, treffliche Wochenschrift sei hiermit unseren Lesern auf's Wärmste empfohlen. R. d. V.

Auch ein Verrückter.

(Fortsetzung.)

In letzterem Falle hat Ließ die Strafe bezahlt und weiter keine Beschwerden erhoben, in ersterem aber sind von ihm trotz der Verurtheilung der Hamburger Gerichte eine ganze Reihe von Beschwerde-Schriften an den Generaldirektor v. Pommer-Esche und an Seine Majestät den Kaiser eingereicht. Der Ausgangspunkt seiner Beschwerden ist gegen den Revisions-Obercontroleur Albrecht wegen angeblichen Mißbrauchs der Amtsgewalt und gegen die Oberbehörde geübten Schwindels und Betruges und sodann gegen den Steuerrath Collas, daß dieser in ungesetzlicher Weise sich nicht auf die von Ließ gegen Albrecht erhobenen Beschwerden eingelassen und ein Protokoll fabrizirt habe, welches von Anfang bis zu Ende Unwahrheit ist, gerichtet. Wiederholt bezüchtigt er in den weiteren Eingaben das von Albrecht und Collas eingehaltene Verfahren als Betrug und Schwindel, bezeichnet die an die höchsten Behörden von den Beamten erstatteten Berichte als elendes Machwerk, auf welchem zu fußen unehrlich wäre. Der Minister v. Camphausen habe seinen abschlägigen Bescheid nicht auf Unsinn basiren dürfen, wie die Berichte nach Ließ' Behauptungen von dem Geh. Ober-Finanzrath Hasselbach bezeichnet sein sollen, es verträge sich nicht mit der Würde eines Preußischen Ministers, seine Bescheide auf Unsinn zu basiren. Durch ein fortgesetztes Verfahren gegen ihn wie bislang würden die Kaiserlichen Zusagen zu leerem Phrasengeklingel gestempelt.

Mehrfach verlangt er eine Mittheilung der von den Beamten an die Oberbehörde erstatteten Berichte, will die gegen die Beamten gebrauchten Ausdrücke nicht als Beleidigung angesehen wissen, sondern als Denunciationeu, behauptet, er habe erst richterlich verurtheilt werden müssen, ehe das von ihm Gesagte als Beleidigung angesehen werden könne.

Bei meiner persönlichen Unterredung mit ihm sprach er sich dahin aus, er sei überzeugt, die moralische Verpflichtung auch gegen seine Mitmenschen zu haben, diese dagegen zu schützen, wie er selbst aus dem Dienst entlassen zu werden, versicherte in Allem, mit ruhiger Ueberlegung gehandelt zu haben, auch jetzt noch überzeugt zu sein, daß der von ihm eingeschlagene Weg der einzige sei, um die Wahrheit zu ergründen. Er räumte ein, starke, zum Theil krasse Ausdrücke gebraucht zu haben, die vom moralischen Standpunkte wohl zu rechtfertigen, wenn auch möglicherweise nicht vom juristischen. Er kennt die ihm gewordenen abschlägigen Bescheide, die von dem Geh. Cabinetsrath v. Wilmowski ertheilte Warnung, daß, wenn er fortfahre, seine Immediateingaben in demselben maßlosen Ton abzufassen, so werde er sich selbst die unangenehmen Folgen zuzuschreiben haben, welche sich für ihn unausbleiblich daran knüpfen müssen. Im weiteren Verlauf der Unterredung äußerte er, daß nach dem Ausspruche von Göthe im Leben der Kämpfer nöthig sei, beruft sich auf Luther, der auch die Wahrheit erkämpft habe. Bei einer späteren gelegentlichen Begegnung fragte er mich, was ich zu der Lasker'schen Geschichte sage, das sei ganz dasselbe wie mit ihm.

Die vorstehenden, den Akten und der persönlichen Untersuchung entnommenen Thatsachen stimmen mit dem, was an von Querulantenwahn Beherrschten beobachtet, so sehr überein, daß bei Ließ das Vorhandensein eines durch Wahnvorstellungen beherrschten Geisteszustandes anzunehmen ist, welches die freie Selbstbestimmung aufhebt.

Vorstehendes Gutachten auf Grund des von mir geleisteten Diensteides abgegeben zu haben, versichere ich hiermit.

Dr. Lindenberg.

Wie schwach für einen Arzt ist die Motivirung dieses Gutachtens! In einer so hochwichtigen Frage, in der es sich um die Existenz eines Menschen, um seine bürgerliche Stellung, ja um seine Freiheit handelt, ist man wohl berechtigt, von dem Arzte unumstößliche, unzweifelhafte Fakta zu verlangen. Was gibt Herr Dr. Lindenberg? Er zeigt uns ein Kind von sehr guter geistiger Begabung, von großem Fleiß, das sich viele Kenntnisse erwirbt — aber — und da erscheint der rothe Faden der Geisteskrankheit — er „soll“ den Lehrern gegenüber jedoch nicht immer das angemessenste Betragen gezeigt haben. Aus seinen Lehr- und Dienstjahren war nur zu erfahren, daß er die Lehrherren wechselte, dem Publikum gegenüber öfter nicht das freundlichste Benehmen zeigte. Ist es nicht übereilt für einen Arzt, auf so unbestimmte Behauptungen hin, wenn auch nicht ausschließlich darauf basirt — ein Gutachten auszustellen, das einem strebsamen Menschen, dessen Fleiß und Pflichttreue man rühmt, aus der bürgerlichen Gesellschaft ausschließt! Wir sind in der Lage, diese Angaben nach allen Richtungen als unwahr zurück zu weisen; dem pp. Ließ stehen sowohl aus seiner Schule als auch aus seiner Lehr- und Dienstzeit die besten Zeugnisse zur Verfügung. Wäre es nicht für denjenigen, der sich anmaßt, über den Geisteszustand eines Menschen zu urtheilen, eine unabweisbare Pflicht gewesen, den Ursachen jener Streitigkeiten nachzuspüren, in denen der sonst artige und bescheiden höfliche Mann plötzlich in unangemessener, lauter und unbescheidener Weise auftrat? Und was ist unangemessen dem Beamten gegenüber — ist Ruhe und Bescheidenheit eine Pflicht? Woher weiß der Doctor, daß Ließ die Declarationen nur so abfassen wollte, wie sie ihn genehm waren? Hat er die gesetzlichen Bestimmungen nachgeschlagen und hat er sich überzeugt, daß die Aeußerungen, welche Ließ gebrauchte, Verläumdungen enthielten? Noch hat kein Richter festgestellt, ob Ließ sich einer Verläumdung schuldig gemacht, wohl aber haben die betreffenden Personen selbst anerkennen müssen, daß der Vorwurf, der ihnen in der Hauptsache gemacht wurde, ein nur zu begründeter war. Ist das ein Symptom der Geisteskrankheit, daß er Mittheilung der von den Beamten an die Oberbehörden erstatteten Berichte verlangt, um darauf antworten zu können? Wir meinen, manch bitteres Wort wäre nicht gesprochen worden, wenn man diesen durchaus berechtigten Wunsch des Antragstellers erfüllt hätte. Und endlich — hat Herr Dr. Lindenberg wohl einen Blick auf die Correspondenz zwischen Albrecht und Hermes und Albrecht und Consorten und Collas geworfen, die die Einwirkung dieser Leute auf die Verkümmerung und Vernichtung der Ließ'schen Stellung bei Hermes ganz sonnenklar ergibt? Er hat es nicht gethan, sonst könnte er nicht von einem durch Wahnvorstellungen beherrschten Geisteszustande sprechen! — Will Ließ denn etwas Anderes als ein Recht, das jedem Staatsbürger zusteht, und würde Herr Dr. Lindenberg unter ähnlichen Verhältnissen sich nicht ebenso energisch wie er seiner Haut wehren, würde er nicht alle erdenkbaren Mittel erschöpfen, um diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die ihm so schnöde mitgespielt? — — Was bleibt nun von dem Atteste noch übrig? Herr Dr. Lindenberg zeigt uns, daß Ließ sich auf Göthe und Luther berufen und damit angedeutet, daß er seine Sache nicht mehr als eine rein persönliche sondern als eine solche auffasse, die auch für die weitesten Kreise des Volkes Interesse besitze, und liegt darin auch etwas Krankhaftes? Wir begreifen seinen Standpunkt; er erkennt, daß das, was ihm passirt ist, zu jeder Stunde jedem Andern passiren kann. Dieser Gedanke läßt ihn nicht ermatten, er

Widerstrebend, aber seiner Logik ehrenwerth gehorchend, näherte der Congreß sich jeden Tag mehr Dem, was er werden sollte. Schon am zweiten Congreßtage war die Politik in ihr Recht eingesetzt. Am fünften Tage war sie Arbeiterpolitik, die den liberalen Doktrinarismus weit hinter sich seine manchesterne Weisheit deklamiren ließ und an der industriellen Freiheit herumrüttelt, ohne jedoch dieses Schloß öffnen zu können. Am siebenten Tage sehen wir bereits den Delegirten Finance das goldene Kalb des Genossenschaftscultus mitsammt dem Sparaltar niederreißen. Der Schritt über den Rubikon ist einmal geschehen. — —

„Mag der Congreß noch manche Schwächen und Halbheiten gezeigt haben, so bleibt er darum doch eine imposante Kundgebung des französischen Proletariats, die ihren Urhebern weit über den Kopf gewachsen ist, und freudig können ihn im Auslande die mit der Arbeitersache Sympathisirenden als Fleisch von ihrem Fleisch anerkennen."

Ja wohl — Fleisch von unserem Fleisch! Freudig, bewundernd reichen wir den Brüdern die Bruderhand!

Wer unterfängt sich, hochnäsig herabzusehn auf die französischen Arbeiter? Für jede Rede, die wir gehalten, haben sie einen Martyrer, einen ächten Blutzeugen aufzuweisen, der für die Sache des Proletariats, für die Sache der Menschheit freudig sein Leben geopfert hat. —

Und mit Siegesgewißheit erfüllt uns das Schauspiel dieses Congresses. Es war nicht bloß die constituirende Versammlung, es war die Wiederauferstehung des französischen Proletariats.

In eine tiefe Gruft senkten sie vor 5 Jahren den gemeuchelten, todt geglaubten Riesen, und über das Grab thürmten sie einen Berg von Leichen und Schmutz. Aber der todt geglaubte Riese hat die Gruft gesprengt, aus den Leichen und aus dem Schmutz richtet er sich empor, gewaltig, zu Füßen das Schwert, in der Rechten den Oelzweig des Friedens, in der Linken die pulvergeschwärzte, kugelzerfetzte Fahne mit den Inschriften:

Lyon 1839:
Vivre en travaillant ou mourir en combattant!
(Arbeitend leben oder kämpfend den Tod!)
Paris Juni 1848.
Paris März bis Mai 1871.

Und gegenüber sehen wir den Pranger sich erheben, an dem die Mörder der Commune, die Verläumder des Proletariats ihren Lohn finden: die Unsterblichkeit der Infamie. —

Ihr Staatsmänner mit dem traurigen Motto: die Flinte schießt, der Säbel haut!? Habt ihr die Lehre begriffen? Seid ihr fähig, sie zu begreifen?

Fünf Jahre nach der blutigen Maiwoche dieser Arbeitercongreß!

Es leben die französischen Arbeiter!

Politische Uebersicht.

— Ein braver Handwerker und ein braver Bourgeois. In Nr. 2 des „Vorwärts" befand sich eine Notiz in der „Politischen Uebersicht" — „Traurige Folgen einer traurigen Gesetzgebung", in welcher erwähnt war, daß ein Dienstmädchen deshalb polizeilich aus Berlin ausgewiesen worden sei, weil es nach seiner Entlassung aus dem Zuchthause noch nicht drei Jahre außerhalb der Stadt Berlin beschäftigt gewesen sei. Wir erhalten nun in Bezug auf jene Notiz einen Brief von der Redaktion des „Berliner Börsencourier", den wir hier mit Abkürzung des betreffenden Namen, da wir nicht wissen, ob die volle Veröffentlichung dem Herrn angenehm ist, folgen lassen:

„Berlin, den 12. Oktober 1876.

Löbl. Redaktion!

In der Nr. 466 unserer Zeitung brachten wir, unter Quellenangabe, die Ihrem gesch. Blatte entnommene Erzählung über das Dienstmädchen aus dem Henriettenstifte. Wenige Tage darauf erhalten wir von einem unserer Abonnenten eine Zuschrift, in welcher sich derselbe bereit erklärt, das quäst. Mädchen aus ihrer Noth zu retten und in seinen Dienst zu nehmen. Die Adresse des Herrn ist: Bank-Direktor R. in G. und haben Sie vielleicht die Güte, sich direkt mit demselben in Verbindung zu setzen, und dadurch dem armen Mädchen hilfreich zu werden.

Achtungsvoll ergeben
Redaktion des Berliner Börsen-Courier."

Zunächst freuen wir uns darüber, daß unsere Notiz eine derartige Wirkung ausgeübt hat und auch darüber, daß innerhalb der höheren Gesellschaftsklassen es doch noch einzelne Personen giebt, welche das Herz auf dem richtigen Fleck haben. Dann aber können wir zu unserer früheren Notiz noch nachtragen, daß die hochherzige Berliner Familie ihren Schützling nicht aus den Augen gelassen hat und in Erfahrung brachte, daß ein braver Schneidermeister in der Nähe von Gnesen das Dienstmädchen geheirathet hat. Unser Gewährsmann ist der Berliner Bürger selbst, welcher das Mädchen aus dem Henriettenstift holte und in Dienst stellte. So hat die traurige Geschichte noch einen guten Abschluß gefunden.

— Beitrag zur Unfall-Statistik. Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat August zur Anzeige: 10 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben; 4 Unfälle, in Folge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben; 24 Unfälle, welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden; 352 Unfälle mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit; Summa 390 Unfälle. Von den 10 Todesfällen treffen 2 auf Mahlmühlen, je einer auf eine Zuckerfabrik, Brauerei, Maschinenfabrik, Spinnerei, Kalkbrennerei, einen Steinbruch, einen Landwirthschaftsbetrieb und ein Güterbeförderungs- (Speditions-) Geschäft; von den 4 lebensgefährlichen Beschädigungen 2 auf Zuckerfabriken, je eine auf eine Schneidemühle und einen Landwirthschaftsbetrieb; von den 24 Invaliditätsfällen 4 auf Schneidemühlen, 4 auf Spinnereien, 3 auf Brauereien, 2 auf Zuckerfabriken, 2 auf Landwirthschaftsbetriebe, 2 auf Mahlmühlen, je einer auf eine Maschinenfabrik, Eisengießerei, Gummiwaarenfabrik, Gerberei, Ziegelei, ein Eisenbahnbau-Unternehmen und ein Güterbeförderungs- (Speditions-) Geschäft.

— Dr. Strousberg, der große Gründer und Schwindler, versucht in seinem jüngst erschienenen Buche: „Dr. Strousberg und sein Wirken" die Sozialdemokratie zu besudeln. Daß jede Schmähung aus dem Munde dieses saubern Menschen ein Loblied für uns wird, ist wohl selbstverständlich. Wir lassen deshalb gern hier die bezeichnete Stelle folgen:

„Was im Interesse des Arbeiters, also der Mehrzahl der Menschheit geschieht, wird jeden rechtfühlenden Menschen, wenn er über den Gegenstand überhaupt nachdenkt, von großer Wichtigkeit scheinen, nnd so geschah es denn auch, daß ich mich als ganz junger Mensch dafür enthusiasmirte. Ich sah bald ein, daß die Volksbeglücker sämmtlich Unheil stifteten, weil sie entweder krankhafte Philantropen waren, deren Bestrebungen häufiger schaden als nützen, Demokraten, welche die Stimmen der arbeitenden Bevölkerung für politische Zwecke gewinnen wollten; Enthusiasten oder Heuchler, die Utopien verfolgen oder Demagogen, die ein Gewerbe daraus machen, und daher Alles thun und versprechen, wenn es auch demoralisirend wirkt, was ihm das Vertrauen und die Beiträge des Arbeiters verschafft. Ich weiß nur, daß mit Ausnahme einiger Gesetze, für die Regulirung der Arbeitszeit, Beschäftigung von Kindern in Fabriken, Sanitäts-Sicherheits-Vorschriften, Alles was für die Arbeiter erstrebt wird, schon darum schädlich ist, weil es ihn glauben macht, daß eine wesentliche Hebung seines Standes anders als durch eigene Veredlung möglich ist, weil man Hoffnungen erregt, die nicht zu erfüllen sind und Passionen erweckt, die dem Gemeinwohl und darum dem Arbeiter selbst schädlich sind."

Die sozialdemokratischen Agitatoren müßten sich bei dem großen Gauner eigentlich bedanken, daß er sie schmäht; wie schrecklich wäre es gewesen, wenn er uns gelobt hätte. Daß Herr Strousberg sich so energisch, Schulter an Schulter, zu den übrigen Schmähern der Sozialdemokratie stellt, ist für uns höchst ehrenvoll. Dorthin aber gehört Strousberg, dort wo sich zusammenfinden: Die Ausbeuter, die Bismarckdiener, die „Culturkämpfer", kurzum alle diejenigen, welche die Freiheit und das Volksglück verrathen im eigenen Interesse. Strousberg hat seinen Platz gefunden, wir gönnen ihm denselben und wir gönnen auch ihn selber gern den Collegen im Schimpfen auf die Sozialdemokratie.

— Zum Kapitel der Todesstrafe. Den 9. Oktober wurden in München zwei Todesurtheile vollstreckt. Die Berichte, welche wir darüber in den Zeitungen lesen, widern uns förmlich an. Die Todesstrafe war in Baiern bekanntlich abgeschafft, und wurde bei Einführung des im Jahre 1869 im Norddeutschen Reichstage berathenen Strafgesetzbuches im Jahre 1871 in Baiern wieder hergestellt als eine ganz besondere Segnung des neuen deutschen Reiches. Der norddeutsche Reichstag hatte bei der zweiten Berathung die Todesstrafe mit circa 30 Stimmen Majorität ab; da ging Bismarck selbst in's Zeug und drohte den Liberalen mit seiner allerhöchsten Ungnade. Das half — die nöthige Anzahl Nationalliberaler kroch zu Kreuze und die Todesstrafe wurde beibehalten und in den deutschen Staaten, in denen sie nicht mehr existirte, neu eingeführt. Unter den devoten Bismarckanbetern leuchtete der Sohn des alten Freiheitshelden Robert Blum, das brave Hänschen, rühmlichst hervor, welches das Andenken an den Vater verläugnete und auf Bismarck's Wink — Hänschen war Tags zuvor auf einer Bismarcksoirée gewesen — bei der dritten Lesung für die Todesstrafe stimmte. Selbstverständlich wurde Hänschen nirgends wiedergewählt und der strebsame Jüngling fiel der Vergessenheit anheim, aus welcher er sich hin und wieder erlöst, um sich durch irgend eine schriftliche Leistung zu blamiren. — Daß wir aber in Deutschland noch das widerliche Schauspiel der Menschenenthauptung vor Augen sehen müssen, das haben wir denjenigen Männern zu verdanken, welche die Gründung eines Bismarckschen Deutschlands der freiheitlichen Entwicklung des deutschen Volkes vorzogen. — In einigen Wochen ist der Jahrestag, an welchem die österreichischen Kugeln in der Brigittenau die Todesstrafe an Robert Blum vollstreckten. — Hans, schämst Du Dich nicht?!

— Das Einjährig-Freiwilligen Examen in Frankreich ist viel günstiger ausgefallen, als in Deutschland. Während bei uns dreiviertel der Aspiranten bei dem Examen durchgefallen sind, haben in Frankreich von 8033 Aspiranten 7285 das Examen bestanden. — Auch ein kleines Sedan, welches uns die Franzosen bereitet haben. Man sagt zwar, daß das Examen in Frankreich leichter sei, als in Deutschland, wo man allzu große Anforderungen an die jungen Leute stelle. Doch haben wir auch Beweise, daß diese Ansprüche gerade nicht so hoch sind und daß die Aspiranten vielfach nicht einmal den geringsten Ansprüchen entsprechen. So hat bei dem Examen in dem „intelligenten" Leipzig eines der jungen Bourgeoissöhnchen das Geburtsjahr Schiller's in das 16. Jahrhundert verlegt; ein anderes Bürschchen antwortete auf die Frage: „Wie lautet der Comparativ von ‚der Letzte'," — „der Vorletzte". Man sieht, daß die Klagen, jenen Aspiranten würden allzuschwere Fragen vorgelegt, doch nicht immer gerecht sind. — In den Schulen treiben unsere Kinder zu viel chauvinistische und religiöse Allotria's, deshalb lernen sie nichts ordentliches; die Jünglinge aber, anstatt „Die Wacht am Rhein" und „Heil dir im Siegerkranz" zu brüllen, sollten die Classiker studiren — dann würden sie jedenfalls nicht so „bataillonsweise" bei dem Einjährig-Freiwilligen-Examen durchfallen. Der gute Rath der „Reichsfeinde" bei solchen Gelegenheiten wird natürlich nicht angenommen — was wir schreiben soll selbstverständlich kein Ansporn für unsere Nation sein, sondern nur ein einseitiges Lob des Franzosenthums, so denkt der „Reichsfreund". Nun, den vernagelten Köpfen ist eben nicht zu helfen, sie werden's erst einsehen, wenn sie bis an den Hals im Sumpf stecken.

— O „Himmel"! Du hast keine Blitze sondern nur — faule Witze! In Oberschlesien erwählt man durchweg jetzt Clericale dort, wo früher freiconservative adlige Gründer aus der Wahlurne hervorgingen. Deshalb ist der Landrath Himmel so erbost, daß er folgenden Ukas erläßt:

„Cosel, den . . Oktober 1876.

Das regierungs- und staatsfeindliche Verhalten der Gemeinden im hiesigen Kreise und resp. Euer p. p. Amtsbezirk veranlaßt mich, Sie ergebenst zu ersuchen, fortan, namentlich auch aus Veranlassung der Kirmessen die Abhaltung von Tanzmusiken nirgends zu gestatten.

Der königl. Landrath Himmel.
An den Amtsvorsteher Herrn N. N."

Das ist wenigstens deutlich und für diese Deutlichkeit kann man dem Landrath Himmel nur dankbar sein. Giebt es doch so viele Behörden, welche, ohne es direkt zu sagen, Wirthe und sonst abhängige Leute verfolgen, weil sie eine Versammlung der Sozialdemkratie in ihrer Wohnung dulden. — Im Uebrigen wird nunmehr die „Reichsfreundschaft" besonders unter dem „schönen Geschlecht" wachsen, weil dieselbe mit Tanzerlaubniß belohnt, die „Reichsfeindschaft" aber durch Tanzverweigerung bestraft wird.

— Der verantwortliche Redakteur der „Deutschen Reichsglocke", Herr Tolchau, wurde den 12. d. M. in Berlin verhaftet und zum Molkenmarkt geführt. Die Verhaftung erfolgte lediglich wegen Bismarckbeleidigung. Die Ueberschriften der inkriminirten Artikel lauten: „Arnim contra Bismarck", „Das Glück des Reichskanzlers" und „Fürst Bismarck als Gründer". Bis jetzt haben wir es noch nicht erlebt, daß irgend Jemand wegen einer Beleidigung, die auf Antrag — also gewissermaßen Privatbeleidigung — nur geahndet wird, in Untersuchungshaft geführt wurde. Solche Ueberraschungen behält man sich immer nur vor, wenn es sich um den Fürsten Bismarck handelt. Wir schlagen übrigens der Gesetzgebung vor, um dem unleidlichen Zustande der ewigen Bismarckbeleidigungen abzuhelfen, in das Strafgesetzbuch einen besonderen Bismarckparagraphen hineinzubringen, in welchem es heißen müßte: „Alle die Personen, welche den Reichskanzler Fürsten Bismarck beleidigen, werden mit Zuchthausstrafe nicht unter 5 Jahren bestraft. „Schiefansehen" gilt schon als Beleidigung; ebenso den Namen des gedachten Herrn aussprechen ohne dabei eine tiefe Verbeugung zu machen." — Die deutschen Reichsgesetze sind ja bekanntlich auf den Leib des Kanzlers, wie man sich so geistvoll ausgedrückt hat, fast sämmtlich zugeschnitten; weshalb soll man bei dem Strafgesetzbuch nicht gleichfalls so weit gehen. Wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck sofortige Verhaftung, weshalb nicht fünf Jahre Zuchthaus? Die National-Servilen werden um Beantwortung dieser Frage gebeten.

gibt seinen Schritten Nachhaltigkeit, seinem Handeln die nöthige Energie und, indem wir dies ehrend anerkennend, wünschen wir nur, daß jeder Bürger auch bei der geringsten Rechtsbeugung sich den verrückten Konrad Ließ zum Beispiel nehmen und in der Verfolgung seines Rechtes ebendieselbe zähe Ausdauer und Beharrlichkeit zeigen möge, wie wir sie bei Ließ wahrgenommen.

(Fortsetzung folgt.)

— Von was für Leuten die Welt regiert wird. Ueber den wahnsinnig gewordenen russischen Stieber Potapow (s. Probenummer des „Vorwärts") und dessen Verhältniß zum „Väterchen" schreibt ein Correspondent der „Deutschen Zeitung" in Wien:

„General Potapow wurde nach der Ernennung Schuwalow's zum Botschafter in London auf den Posten eines Polizeichefs berufen. Wer je in Petersburg gelebt und beobachtet hat, mit welcher Aengstlichkeit die Person des Zaren bewacht werden muß, der wird wissen, wie schwierig und mit welcher Verantwortlichkeit verbunden die Stellung des Herrn Potapow gewesen, und für Den, der russische Verhältnisse nicht kennt, will ich hinzufügen, daß der arme Potapow von dem Momente seiner Ernennung ab keine ruhige Stunde weder bei Tag noch bei Nacht hatte und eine Geist und Körper wahrhaft aufreibende Thätigkeit entfalten mußte. Trotz all dieser Anstrengungen war er noch immer glücklich, so lange der Zar in Petersburg blieb. In fieberhafte Aufregung dagegen gerieth er, wenn er von einer Reise des Souveräns hörte. Da mußten Agenten zu Hunderten engagirt, Correspondenzen mit den Bahnverwaltungen, ja mit einzelnen Stationschefs angeknüpft, ein Heer von Beamten aufgeboten werden u. s. w. u. s. w. In diese Situation wurde Potapow versetzt, als der Zar vor wenigen Wochen die Reise nach Warschau unternahm. Er kam tagelang nicht aus den Kleidern, und schon nahe am Ende seiner furchtbaren Aufgabe, erhielt er plötzlich einen geheimen Bericht, der ihm meldete, es würden, sobald der Zar Warschau verlasse, in der Nähe einer polnischen Station die Schienen aufgerissen werden. Potapow war außer sich, schickte Agenten an alle Stationen bis zur russischen Grenze, bot Gendarmerie auf, um so gut als möglich die Strecke zu bewachen und ließ keine nur immer denkbare Sicherheitsmaßregel außer Acht. Der Tag der Abreise war gekommen und die Aufregung des Polizeichefs hatte ihren Höhepunkt erreicht. Von Station zu Station wurde ihm leichter um's Herz, und als endlich die russische Grenze glücklich erreicht war, athmete er zum erstenmale auf. Nicht lange jedoch sollte seine Ruhe währen, denn nach wenigen Stunden schon, als man bereits viele Meilen auf russischem Gebiet zurückgelegt hatte, entgleiste bekanntlich der Hofzug. Der Zar, ohnehin krank, gerieth durch die Erschütterung in so nervöse Aufregung, daß er Potapow vor dem gesammten Hofpersonale seine Ungnade in ziemlich heftiger Weise zu erkennen gab. Damit hatte der Verstand des armen Polizeichefs, der so viele qualvolle Tage durchgemacht hatte, den letzten Stoß erlitten. Er wurde schwermüthig und, in Livadia angekommen, vollends wahnsinnig. Alle Versuche der Hofärzte waren fruchtlos und es blieb nichts übrig, als ihn in Begleitung dreier Generale in die Leidesdorf'sche Irrenheilanstalt nach Döbling zu bringen. Dort verbringt er jetzt traurige Tage; ob er die Anstalt je wieder wird verlassen können, ist sehr zu bezweifeln."

Dies die Skizze. Das Blatt, dem wir sie entnehmen, ist bismarckisch und folglich auch russisch gesinnt, erhaben über jeden Verdacht, in dieser Sache tendenziös zu übertreiben. Im Gegentheil: wenn es sich einer Abweichung von der Wahrheit schuldig gemacht hat, dann ist es zu Gunsten „Väterchens" und der russischen Hof- und Polizeiwirthschaft geschehen.

— Aus Gera schreibt man uns, daß der Candidat der dortigen Nationalliberalen zum Reichstage, Professor Birnbaum, im Reichsverein am 11. d. M. gesprochen hat. Das Entree zu dieser „Vorstellung" war auf 1 Reichsmark festgestellt, ähnlich hoch, wie es bei Menagerien der Fall ist. Das nächste Mal soll noch das lebensgroße Portrait des Herrn Professors vor dem Versammlungslokal aufgestellt werden und eine hübsche dicke „Reichsfreundin" den Ausrufer spielen: „Verehrte Herrschaften, je eine Elle der Birnbaum'schen Rede kostet einen Silbergroschen! Nur heran, immer heran, nur einen Silbergroschen!" Das wird nett werden!

— Wie man Gründer ehrt! Dr. Hammacher, der bekannte Obergründer, ist Landtagsmitglied für den Wahlkreis Essen-Duisburg, seine Spezial-Collegen sind die Herren Delius und Cultusminister Falk. In Mühlheim an der Ruhr fand nun vor einigen Tagen eine Wählerversammlung statt, in welcher Hammacher sich in längerer Rede von dem Gründer-Odium zu reinigen suchte — es muß ihm gelungen sein, denn die Wahlversammlung beschloß, seinen Namen, der bisher der alphabetischen Ordnung nach hinter den Namen der beiden anderen Vertreter stand, vorzusetzen. Glücklicher Hammacher! Armer Delius, armer Falk! Ihr beiden Letzten seid ohne Euer Verschulden „einen heruntergekommen" — befleißigt Euch in der „Gründerei", übertrefft noch darin Euren „ehrenwerthen" Collegen, so kommt Ihr wieder „einen herauf". — Der Vorstand der Versammlung erklärte übrigens noch: „daß hinfort irgend ein Zweifel an dem durchaus ehrenwerthen, die eigenen Vortheile vor den Gemeinsamkeitsinteressen hintanstellenden Charakter des verdienten Mannes nicht mehr aufkommen könne". Diese stark an Carlchen Mießnick erinnernde Erklärung ist übrigens sehr zweideutig — so daß doch wohl noch, trotz jenes Versammlungsbeschlusses, erlaubt sein wird, die Frage aufzuwerfen: „Was hat derjenige gestreift, der in einigen Jahren aus einem armen Buchhalter ein Millionär geworden ist?"

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 15. Septbr. gingen für nachbenannte Fonds folgende Gelder ein:

a) Agitationsfonds.

Uelzen d. O. Matthaei 14,00; Hamburg do. von Drechslern 10,50; Neundorf d. Röder 0,50; Mylau d. Landrock, ges. auf dem Volksfest 9,00; Husum d. E. Brückmann 5,00; Tönning do. 3,00; Garding do. 6,00; Erfurt d. R. W. 10,32; Altona d. O. Reimer 44,32, ferner 23,30 und 48,36; Halsbrücke d. Mühlberg 0,80.

b) Unterstützungsfonds.

Hanau d. Daßbach 8,45; Ottensen d. Diedrich v. d. Todtenfeier 56,32; Hamburg vom Stiftungsfest der Töpfer d. Strauß 28,20; do. v. Björnson's Cig.-Fab. 6,00; do. d. Deisinger vom Fest der Metallarbeiter 20,10; do. d. Geib 2,40; do auf Liste d. Döll 4,80; Bochum d. G. v. K. 10,00; Groß-Auheim d. C.

B. 6,00; Harburg von einer silbernen Hochzeit 2,80; Langenberg d. Kühnrich 0,50; Elmshorn vom Arbeiterfest 22,65; Hohenfelde-Burgfelde vom Ball d. Petersen 16,00; Rothenburgsort d. Burmester vom 23. Septbr. 10,00; Gotha d. H. Wabst 7,00; Ottensen v. Nöltings Fab. 10,00; do. von d. „Lassallea" d. Stehr 4,05; Glauchau v. V. Sängerlust d. W. Seifert 2,00; Eimsbüttel d. Körschner 10,00; Geestendorf d. Krentz 4,00; Apenrade d. G. 0,30; Mylau ges. auf d. Volksfest d. Laadrock 7,60; Stötteritz d. F. Hofmann 7,15, ferner 13,60; Darmstadt d. Gries 3,20; Hamburg d. Eckermann v. Korbmacherbund und der Altonaer Liedertafel Liberté 36,85.

c) Wahlfonds.

Bergedorf Liste 294 d. Wiese 2,00; Barmbeck d. Hundt 44,85; Magdeburg d. Klees 3,00; Altona v. Möllers Cig.-Fab. 3,00; do. v. Voß 1,50; do. v. Glüssendorfs Schneiderw. 6,00; do. v. Muhrs Werkst. 6,00; do. v. Bäthges Cig.-Fab. 11,20; Hamburg Liste 3953 d. Messer 4,00; do. Liste 3955 d. Opp 3,40; do. v. Köhler 2,40; do. Fahnenweihe der Former d. Hörig 18,13; do. v. Herm. Belschki 9,35; do. d. Heins von d. Lusttour der Bau-, Land-, Erd- und Fabrikarb. 18,00; do. von der Tischlerwerkst. Grabenstraße d. C. Schrader 10,00; do. vom Ball der Küper d. Kroll 32,60; do. Liste 5 d. Schultz von d. Tischlerwerkstelle Grote und Voigt 11,60; do d. E. Mechsner 8,70; do. v. Lütkens 2,40; do. Liste 6 d. Rühl 8,85; do. Liste 14. 1,50; do. d. H. Groß 200,00; do. v. Süllau 3,20; do. v. F. Schwartz Tischlerwerkstatt 2,65; 3,80; 3,40; 3,40; Berge 1,95; Uelzen Liste 554 und 555 d. S. 13,50; Eimsbüttel Tischler bei Schultz 11,00; Elsterberg v. Seiffert 1,50; Hohenfelde-Burgfelde Liste 52 d. Dabelstein 10,75; Büzfleth v. Schultz 4,00; Mylau d. Landrock 2,60; Eimsbüttel Liste 113 d. Weinert 3,20 (in der vorigen Quittung muß es unter Eimsbüttel Liste 117 [nicht Liste 115] d. Weinert heißen); Darmstadt d. Gries 2,20; Halsbrücke d. Mühlberg in Sand Liste 2290 u. 2293 2,72; Altona d. Doose von Hinz Cig.-Fab. 100,00; do. d. Wittorf v. Leck's Cig.-Fab. 19,50; do. d. Finke von Finke's Cig.-Fabrik 41,60.

Hamburg, den 14. Oktober 1876.

Mit sozialistischem Gruß
August Geib, Rödingsmarkt 12.

Correspondenzen.

Breslau, 7. Oktober. In der vorgestrigen Sitzung des Arbeiter-Wahlcomités wurde darüber debattirt, ob es gerathen, bei der bevorstehenden Ersatzwahl sich zu betheiligen, da durch Ziegler's Ableben der Breslauer Reichstagssitz freigeworden sei. Es wurde von mehreren Rednern darauf hingewiesen, daß es aus prinzipiellen Gründen nöthig sei, jede Gelegenheit zur Ausübung des Wahlrechts zu benützen, während von anderer Seite mit Erfolg geltend gemacht wurde, daß es praktischer sei, an der etwaigen Ergänzungswahl nicht theilzunehmen, um alle Kräfte für die Neuwahlen 1877 zu sparen. Selbst bei dem etwaigen ersten Erfolge würde die Anwesenheit unseres Vertreters im Reichstage kaum 14 Tage dauern, was doch einen solchen Kraft- und Kostenaufwand nicht rechtfertige. Schließlich wurde folgende Resolution mit 51 gegen ungefähr 20 Stimmen angenommen:

„Die anwesenden Vertrauensmänner der sozialistischen Partei erklären es für richtig, daß die Arbeiter, wenn noch in dieser Legislaturperiode eine Reichstags-Nachwahl stattfindet, von der Aufstellung eigener Candidaten absehen. Außerdem beschließen sie, daß diese Erklärung in einer demnächst einzuberufenden großen Volksversammlung den Wählern Breslaus zur Diskussion vorgelegt werde."

Waldenburg, 3. Oktober. Gestern fand hier im Rathhaussaal eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher unser Reichstagsabgeordneter Bebel seinen Wählern über seine und seiner Gesinnungsgenossen Thätigkeit im deutschen Reichstag Bericht erstattete. Der Raum gestattet uns leider nicht, den vortrefflichen Bericht ausführlich wiederzugeben, und wollen wir nur noch die folgende, mit allen gegen eine Stimme angenommene Resolution veröffentlichen:

„Die heutige, im Rathhaussaal zu Waldenburg tagende Volksversammlung erklärt sich mit der Stellung ihres Vertreters im Reichstag, Hrn. Bebel aus Leipzig, welche derselbe zu den verschiedensten Fragen und Gesetzesvorlagen eingenommen, vollkommen einverstanden, befürwortet besonders dessen Abstimmung bei der Diätenfrage und verspricht bei nächster Wahl mit aller Energie für die Wiederwahl desselben einzutreten. Sollten jedoch taktische Gründe gebieten, auf die Vertretung unseres Kreises durch Herrn Bebel zu verzichten, so erklärt die Versammlung, ebenfalls mit aller Kraft für einen gleichgesinnten Candidaten eintreten zu wollen."

Diese Versammlung hat abermals bewiesen, wie sehr die Idee des Sozialismus in Waldenburg im „Rückgange" ist. Und so wird es hoffentlich fortgehen, wenn die Arbeiter nach besten Kräften agitiren.

Frankfurt a. M. (An alle Sozialisten des Wahlkreises Frankfurt a. M.) In einer am 2. Oktober im Pfuhlischen Lokal stattgehabten Volksversammlung wurde beschlossen: Da gegen das freisprechende Urtheil des hiesigen Rüge-Gerichtes in Sachen des Frankfurter sozialdemokratischen Wahlvereins die Polizei-Anwaltschaft Berufung eingelegt hat und nicht abzusehen ist, wann ein endgültiges Urtheil gefällt wird, die Reichstagswahl-Agitation jedoch schleunigst eingeleitet werden muß, so gründen wir zu diesem Zwecke ein Wahlcomité, bestehend aus 11 Mann. Das Wahlcomité hat das Recht, sich durch Herbeiziehung von geeigneten Personen zu ergänzen. In der ersten Sitzung desselben, welche am 7. Oktober stattfand, constituirte sich das Comité unter dem Namen: „Das Reichstagswahlcomité der Sozialdemokratie", und wurden zur Leitung der Geschäfte ernannt: Prinz als Vorsitzender, Adam als Kassirer und Friedl als Schriftführer, an welch Letzteren auch alle einlaufenden Briefe in Betreff der Reichstagswahlagitation zu richten sind. — Sozialisten des Frankfurter Wahlkreises, stellt Euch alle zum Kampf auf, daß wir am Tage der Wahlschlacht einen großen Erfolg zu verzeichnen haben.

Mit sozialdemokratischem Gruß
August Friedl, Frankfurt a. M., Wolfgangsstr. 27.

Dresden, 6. Oktober. (Verein der Sattler und Berufsgenossen.) Werthe Collegen! Vor einiger Zeit wurde dem Vorstand unseres Vereins vom Ausschuß des Tapezierer-Verbandes der Vorschlag gemacht, gemeinschaftlich mit den Tapezierern ein Fachorgan zu gründen, welches für beide Gewerkschaften obligatorisch einzuführen sei. Es wurde diese Angelegenheit in einer Reihe von Vorstandssitzungen besprochen. Obwohl die Einführung eines solchen Organs einestheils von großem Nutzen und zwar zunächst in agitatorischer Hinsicht sein würde, da durch dasselbe unsere Prinzipien in jeder Werkstatt verbreitet werden sollen, anderntheils aber, und zwar in pekuniärer Hinsicht, durch das Organ dem Verein große Opfer auferlegt und eine Erhöhung des Monatsbeitrags um 10 Pf. pro Mitglied zur Folge haben wird, so stellt es der Vorstand den Mitgliedern anheim, darüber abzustimmen, ob das Organ eingeführt werden soll oder nicht. Dasselbe würde, im Falle der Bejahung, vom 1. Dezember a. c. ab anfangs monatlich nur einmal erscheinen. Das Ergebniß der Urabstimmung ersuchen wir bis zum 22. Oktober an den Unterzeichneten einzusenden, und zwar mit genauer Angabe der Stimmenzahl für und gegen. Ist die Abstimmung einstimmig, so ist auch hier die Zahl genau anzugeben. — Um den Raum des „Vorwärts", welcher nach Beschluß des letzten Sozialistencongresses nur die nothwendigsten Gewerkschaftsangelegenheiten, und diese auch nur in möglichster Kürze aufnehmen darf, nicht zu viel und zu oft in Anspruch zu nehmen, werden die Abrechnungen bis zur Beschaffung eines andern Organs nur noch vierteljährlich veröffentlicht werden.

Die Wohnung des Kassirers befindet sich jetzt Portiusstr. 9, 4. Etage.

Mit collegialischem Brudergruß
Der Vorstand.
J. A.: Otto Hammer, Vorsitzender,
Trompeterstraße 19, 3 Tr.

Berichtigungen.

Von unserm Parteigenossen August Kapell aus Hamburg wird uns mitgetheilt, daß die in Nr. 5 des „Vorwärts" gebrachte Notiz über die Haussuchung in seiner Wohnung nicht dem Sachverhalt entspricht, da die Haussuchung nicht auf Requisition der Mecklenburgischen Regierung, sondern in der Untersuchungssache wider Kapell selbst und auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft geschehen ist. Auch ist es unrichtig, A. Kapell als „Vorsitzenden" des „Zimmererbundes" zu bezeichnen, da genannter Bund seit zwei Jahren geschlossen ist. Ferner hat man nicht nach „Correspodenzen aus und von Mecklenburg" gesucht, sondern es handelte sich um die Annektirung eines Briefes aus Bruel i. Meckl., welcher aber längst zu den „anderen" geworfen worden ist, um Kien zu ersparen.

In der Mittwochsnummer des „Vorwärts" in der Correspondenz muß es heißen: Neustadt 414 und nicht 914.

Calbe. Mit Gruß L. Schönian.

Briefkasten

der Redaktion. A. St. Düsseldorf: Die betreffende Notiz hat schon vor einigen Nummern entsprechende Verwendung im „Vorwärts" gefunden. — Parteigenosse in Breslau: Wir haben die Adr. nicht; vielleicht hat sie Geiser, der augenblicklich abwesend. — O. H. in Dresden: Wir haben keine Corr. erhalten.

der Expedition. Leiding, Flensburg: Ihren Brief haben wir dem hiesigen Postamt zur Recherche übergeben und werden Ihnen von dem Resultate Notiz geben.

Ch. Koch, Stötteritz, wird um seine Adresse gebeten von August Zwiebler, Feldstraße 17, Buchau b. Magdeburg.

Quittung. Schbck Hammelspring Schr. 0,50. Arbeiterpartei hier Ann. 6,00. Gb Hamburg Schr 0,60. Bhmr Königsberg Schr. 1,40. Schrmr Lübeck Ab. 11,40. Grünbrgr Nürnberg Ab. 175,00. Hfr Achim Ab. 20,00. Hhn Wien Ab. 4,99. Br Aicha Ab. 2,32. Arbeiterbildungsverein Florisdorf Ab. 4,14. Krstn Thonberg Ab. 1,40. Lhmnn Regensburg Schr. 3,55. Rthn Berlin Ann. 1,40. Grd Stötteritz Schr. 1,60. Hnng Freiburg Schr. 9,30. Grb Bruel Schr. 3,90. Müll Burghölzli Ab. 4,10. Dttmr Dannenberg Schr. 3,00. Erlr Siebenlehn Schr. 3,00. Mttg Altona Ab. 22,50. Lchlr Osnabrück Schr. 0,60. Wß Mühlhausen Schr. 25,00. Hrbg Würzburg Schr. 25,00. Zchrs Dresden Schr. 7,90. Frh Pforzheim Schr. 2,93. Hß Sonneberg Schr. 6,00. Ercht Zeitz Ab. 0,80. Schneiderverein Augsburg Ann. 0,65. Endrs Augsburg Schr. 2,55. Tw Breslau Schr. 0,55. Mhsm Baltimore Ab. 5,00. Schnn Calbe Ab. 16,40. Rbnr Haßlau Ab. 1,73. Gstnr Siebendrung. Ab. 4,66. Strmpr Essen Schr. 12,50. Rw Altona Ab. 7,00.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sontags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Altona. Mittwoch, den 18. Oktbr., Abends 8½ Uhr, in Heinsohns Salon:
Volksversammlung.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Hartmann. O. Reimer. [40

Cöln. Die Versammlung der **Metallarbeiter-Genossenschaft**, findet jeden Samstag statt bei Herrn Hundgeburth, Gayenstr. 49. (F64) Cl. Beyer, Bev. [30

Leipzig. **Holzarbeiter-Gewerkschaft.** Sonnabend, den 21. Oktbr., Abends ½9 Uhr, bei Pfeiffer, Windmühlenstraße 7. Tagesordnung: 1) Verkehrslokal. 2) Allgemeines. D. Vorsitzende.
Mittwoch im Arbeiterbildungsverein ½9 Uhr: **Ausschußsitzung.** Alle Erscheinen. D. O. [60

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.** Mittwoch, den 18. Oktbr., Vortrag von H. Reißer. [20

Leipzig. Donnerstag, den 19. Oktober, Abends ½9 Uhr, bei Pfeiffer, Windmühlenstr. 7:
Oeffentliche Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: 1) Sozial-politische Rundschau. Referent: Ramm. 2) Fragekasten-Debatte. Der Agent. [50

Ottensen. Donnerstag, den 19. Oktober, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's Salon:
Oeffentliche Volksversammlung.
Tagesordnung: Die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen. Referent: Herr Max Stöhr aus Berlin. Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung zu agitiren. F. Heerhold. [60

Rehbach. Sonntag, den 22. Okt., im Saale des H. Frommelt, Nachmittags 3 Uhr:
Volksversammlung
Tagesordnung: Was erwartet der kleine Landwirth, was der Großgrundbesitzer und was der Feldarbeiter vom Reichstage.
Die Einberufer. [60

Sebenisch. Sonntag, den 22. Oktbr., im Saale des Herrn Fritsche, Nachmittags ¼4 Uhr:
Volksversammlung.
Tagesordnung: Was erwartet der kleine Landwirth, was der Großgrundbesitzer, was der Feldarbeiter vom Reichstage.
Alle Bewohner von Sebenisch, Gernitz und Kulkwitz werden hierzu freundlichst eingeladen. Der Einberufer. [70

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch zeige allen Parteigenossen an, daß ich am heutigen Tage: **Große Barlinge 19** ein Ladengeschäft, **Buch-, Papier-, Schreibutensilien-, Kurzwaaren-, Tabak- und Cigarrenhandlung** eröffnet habe. Empfehle zugleich sämmtliche sozialistische Schriften, ebenso werden Abonnements auf „Vorwärts", „Neue Welt" und alle sozialistischen Blätter angenommen.

Bei Bedarf halte mich bestens empfohlen
Hannover, 15. Oktober 1876.
Achtungsvoll
[360] Carl Pasch.

Von Parteigenossen mit dem Verkauf ihres **eigenen Fabrikates von Goldwaaren** betraut, offerire ich unter Garantie zu Fabrikpreisen **goldene Herren- und Damen-Uhrketten, Brochen, Ohrringe, Medaillons, Fingerringe.**

Ohrringe, Brochen und **Medaillons** in **Lava** (schwarz) mit Goldfassung für Erwachsene und Kinder.

Leipzig. **Fink**, Frankfurterstr. 31 IV. [210

Soeben ist erschien:

Culturkampf und Volksschule in Preußen.

Preis per Stück 20 Pfennig.
Expedition des „Vorwärts".

In unserem Verlage ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der arme Conrad

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1877.

Derselbe ist circa **100 Seiten** stark und enthält außer dem mit Vignetten verzierten protestantischen, katholischen und griechischen Kalendarium, Geschichtskalender, Wetterregeln, Biographisches Kalendarium, Auf- und Untergang von Sonne und Mond, Tageslänge, Planetenerscheinungen 2c. Ferner: Eine **Einleitung. In Acht und Bann.** Novelle von Robert Schweichel. **Einiges aus dem Haushalt der Natur.** Von Joh. Most. **Eine Epistel über Kindererziehung.** Von E. Roßbach. **Eine Nacht in Paris.** Von J. Ph. Becker. **Glückliche Ehen.** Von W. Hasenclever. **Ferd. Lassalle.** Biographie. **Ein Bastard der Revolution.** Von Wilh. Blos. **Amerikanische Geschäftsleute.** Von Otto Walster. **Zum Gedächtniß.** Gedicht von Silvanus. **Anekdoten** und **Sinnsprüche. Räthsel. Sprichwörter. Interessante statistische Mittheilungen. Markt-Verzeichnisse**, nach Provinzen eingetheilt. **Ebbe- und Fluth-Tabelle.**

Illustrationen: Ein Titelbild. Die Portraits Lassalle's und Feuerbach's. Eine humoristische Illustration: „Der Coupon-abschneider".

Alle Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und in Holz geschnitten.

Bei dieser gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet **nur 40 Pf.**, gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen **60 Pf.**, gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar **brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf.**, einzusenden, wofür wir es **franko per Kreuzband** zusenden.

Die Lieferung des Kalenders kann nur gegen baar oder Postnachnahme geschehen.

Bei Bezug von **1 Dtzd. aufwärts** berechnen wir **brochirt 25 Pf.** pro Stück, gebunden **40 Pf.** pro Stück **netto gegen baar.**

Leipzig, im August 1876.

Genossenschafts-Buchdruckerei,
Färberstr. 12/II.

Es erschien und ist sowohl direkt wie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Volkskalender für 1877.

13 Bogen. gr. 4. **Schön illustrirt.**

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf. 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00, gegen Baar oder Postvorschuß.

Inhalt:

Erklärung des Titelbildes. Neuer Kalender und Erklärung desselben. Chronol. Charakteristik des Jahres 1877 und Festrechnung. Die Jahreszeiten von 1878. Die Finsternisse von 1877. Buß- und Bettage. Jüdische Feste. Wetterprophezeihungen. Kalenderzeichen. Kalendarium mit Messen und Märkten, Schreibkalender, Planetenerscheinungen, Anekdoten. Unser Planetensystem, mit 3 Bildern. Das Nordlicht, mit 3 Bildern. Selbst verrathen, von Hillmann. Menschenähnliche Affen, mit 2 Bildern. Ein Braunschweiger, mit 2 Bildern. Die Erziehung der Kinder, von Joh. Most. Matteo Falcone, von Chamisso. Sinngedichte von Lessing. Freiligrath, mit Bild, 4 Gedichte von demselben. Elephantenjagd, mit 1 Bild. Fürstlicher Menschenschacher, von König. Die Sonne, mit 6 Bildern. Sozialismus und Kommunismus. Gedichte von Reuter. Ein Vertrag auf dem Dachstuhl. Der Dienstmann, von Otto-Walster. Der Kampf ums Dasein, mit 8 Bildern und einer Indianergeschichte. Moses und das Geisfell, von Falk. Der persische Bauer, von Nicolai. Ein Bauernräthsel, von W. Blos. Der menschliche Verstand und der thierische Instinkt, von Joh. Most. Zu den Reichstagswahlen. Kandidatenliste. Tabellen: Zeitvergleichungstafel, Portotabelle, Uhrentabelle, Banknotenverzeichniß, Korn- oder Fruchtrechnung, Depeschen- und Wechselstempeltarif, Trächtigkeitstabelle, statistische Tafel, die neuen Münzen, Maße und Gewichte. Am Schlusse befindet sich ein vollständiges Verzeichniß der Messen und Märkte für die betr. Ausgabe, (Nordwesten, Nordosten, Mitteldeutschland und Süden); in der Ausgabe für Nordwesten auch die Ebbe- und Fluthtabelle der Nordsee.

Illustrationen:

Erde und Mond. Die Planeten. Die Sonne und die Planeten. Drei Nordlichtbilder. Schimpanse und Orang-Utang. Gorillajagd. Gauß; Gauß' Geburtshaus zu Braunschweig. Freiligrath. Elephantenjagd. Zwei Sonnenflecke, zwei Sonnenfackeln, Sonnensturm, Sonnenfinsterniß mit Fackeln und Corona. Buschmann, Hottentottin, Indianer von Mozambique, Zabala-Mann, Amazonas-Indianer, Neuholländer; Apache-Indianer überfallen einen Wagenzug; Lager der Sioux-Indianer am Mississippi. Monatsbilder.

Der Kalender dient dem Fortschritt in jeder Beziehung.

Derselbe ist leicht verkäuflich in Kreisen, welche sonst den alten, mehr oder weniger reaktionären Kalendern überlassen werden müssen. Auch ist derselbe ein kräftiges Agitationsmittel für die Reichstagswahlen.

Bestellungen werden erbeten von
Braunschweig, 27. Juli. **W. Bracke jr**

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.
Preis per Exemplar 0,75 Mark.
Die Expedition des „Vorwärts".

Die Filial-Expeditoren

werden ersucht, die überzähligen Exemplare vom „Vorwärts" (Nr. 1 bis 4) uns per Kreuzband zukommen zu lassen.

Durch das unerwartete Steigen des Abonnements nach dem 1. Oktober wurde unser Vorrath an diesen Nummern gänzlich erschöpft.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hak, 600 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 9. Freitag, 20. Oktober. 1876.

Parteigenossen! Der Wahlkampf hat begonnen. Um ihn erfolgreich durchführen zu können, brauchen wir Geld — mehr Geld als bisher! Thue Jeder von Euch seine Schuldigkeit. Ermahnt Eure Freunde, welche die Freunde der Sache des arbeitenden Volkes sind, daß sie diesmal helfend und fördernd in die Bewegung eingreifen. Gilt es doch, bei Gelegenheit der Reichstagswahlen die Gegner des arbeitenden Volkes aus allen Positionen zu verdrängen und zugleich Heerschau über unsere Partei zu halten.

Gedenket also des Kampfes und der schon gemaßregelten Kämpfer!

Alle Gelder sind zu senden an Aug. Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Hamburg, 12. Oktober 1876.

G. W. Hartmann. H. Brasch. A. Geib. C. Derossi. J. Auer.

Man reiße die Wunde auf —

es ist besser, daß sie blutet, als daß der Eiter das Blut vergifte und das Leben in Gefahr kommt. So spricht jeder tüchtige, vernünftige Arzt, in dem Sinne muß auch jeder Politiker, jeder Volkswirth handeln, der es wohl mit dem Vaterlande und der Menschheit meint.

Auch der bekannte Professor Reuleaux huldigt diesem Grundsatze unbekümmert um die vielen Gegner, die er sich dadurch erwirbt, unbekümmert um die Quacksalber, die gar nicht wollen, daß der Leib des Volkes genese, weil sie nur so lange geduldet werden, weil sie nur so lange ein Schmarotzerleben führen können, so lange, als das Volk krank ist.

Als Reuleaux zuerst seine Briefe aus Philadelphia veröffentlichte —, den Verfall der deutschen Industrie nachwies und auf die Ursachen desselben hindeutete, als daraus unzweifelhaft hervorging, daß alle Anklagen, welche man in dieser Beziehung auf die Sozialdemokratie geworfen, völlig unberechtigt seien, da zeterte man in den liberalen und fabrikantlichen Kreisen und nannte den offenen, unbarmherzigen Kritiker einen „Reichsfeind". Man sprach von einer Disziplinaruntersuchung, von dem Mißbrauche, den er mit seiner amtlichen Stellung getrieben, indem er solche Kritik veröffentlichte, ja man ging sogar so weit — und zwar leistete ein fortschrittliches Blatt in Bremen diese Heldenthat —, daß man den Tadel der deutschen Industrie und das relative Lob, welches dadurch für Frankreich entsprang, mit dem französischen Ursprung des Namen — Reuleaux — in Verbindung brachte. Unsere Reichsfreunde blamirten sich eben auf die jammervollste Weise.

Dieser Fluth von Schmähungen ist nun eine etwas ruhigere Stimmung gefolgt. Die Interessenwirthschaft beginnt sich zu regen. Die Schutzzöllner rufen das Urtheil Reuleaux an, um die Industrie Deutschlands durch hohe Schutzzölle zu retten; die Freihändler aber deuten darauf hin, daß die Produktion allzulange im Zoll- und Zunftzwang geschmachtet habe, daß alle Schranken baldmöglichst niederzureißen seien, damit die deutsche Industrie kein zweites Philadelphia erleide.

Professor Reuleaux hat nun seine kritischen Briefe, die ja seiner Zeit in der deutschen sozialistischen Presse ausführlich behandelt worden sind, durch einen Vortrag vervollständigt, den er kürzlich in Berlin im Verein für Gewerbefleiß gehalten hat. Mit großer Sicherheit und Strenge urtheilt er über die Ausstellungen der einzelnen Staaten.

Interessant ist es zu erfahren, daß die englische Fabrikation der Thonwaaren (Porzellan 2c. 2c.) und die amerikanische der Möbeltischlerei 2c. 2c., die vorbereitende, schwerere Arbeit den Maschinen und die leichtere kunstvollere den Menschenhänden zuertheilt, während in Deutschland die Maschine das Kunstvolle macht und dem Arbeiter die kunstlose, aber angreifende Arbeit des Drehens zufällt.

Dann erfahren wir aus dem Vortrage, daß bei der Fabrikation musikalischer Instrumente in der Nordamerikanischen Union drei Viertel der Arbeiter Deutsche sind, und daß gerade diese Industrie auf der Weltausstellung die Bewunderung aller Kenner hervorgerufen hat. Aber, meinte Professor Reuleaux, man zahlt auch in Amerika einen bedeutend höheren Lohn, als man das hier gewohnt ist, und eine ganz verkehrte Vorstellung haben alle die von den amerikanischen Verhältnissen, welche da glauben, daß die Preise der Consumartikel dort viel theurer seien, als in Deutschland. Einige sind theurer, andere sind viel billiger, so daß der Arbeiter mit demselben Lohne genau so leben kann, als der in Deutschland, mit höherem Lohne aber entsprechend besser.

Also die deutschen Arbeiter sind es, welche am Besten arbeiten, welche sich überhaupt „in Amerika zu hoher Vollendung entwickeln" — weshalb geschieht dies in Amerika und nicht im eigenen Vaterlande, wo doch nach dem Dichter die Wurzeln der Kraft sind? Fürst Bismarck, also gefragt, würde keinen Augenblick in Verlegenheit wegen der Antwort sein; so leichthin, wie er im Reichstage die sozialdemokratischen Abgeordneten und Agitatoren für die Niederlage der deutschen Industrie und die geringere Produktionskraft der deutschen Arbeiter verantwortlich machte, ebenso leichthin würde er jetzt antworten: „Ja, seht Ihr, da hat man's. Hier in Deutschland bewirken die Sozialdemokraten, daß die Arbeiter schlecht werden; in Amerika ist die Sozialdemokratie noch von geringer Bedeutung, sie hat noch keinen größeren Einfluß auf die Arbeiter errungen, deshalb sind dort die deutschen Arbeiter vorzüglich. Gerade Professor Reuleaux beweist, daß ich, Fürst Bismarck, recht hatte, Euch Sozialdemokraten verantwortlich zu machen für die geringere Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter."

Bravo! Bravo! klatschen die „Reichsfreunde", das war ein Wort; da hat sich Bismarck wie immer schlagfertig bewiesen — im Reichstage aber würden sie dem „genialen" Ankläger der Sozialdemokratie in Deutschland den Rücken durch einen Schlußantrag decken, damit ihm von einem Sozialdemokraten nicht folgendermaßen geantwortet würde:

„Fürst Bismarck mag ein großer Diplomat sein, er mag Kriege „im Interesse" Preußens oder Deutschlands zu verhindern oder anzuzetteln verstehen — aber von Volkswirthschaft, von der Kulturentwicklung der Nationen versteht der „durchlauchtigste" Herr nicht übermäßig viel. Er hätte allerdings in Deutschland genügendes Feld zum Lernen gehabt; wahrlich nicht schwer war es einzusehen, daß ein an und für sich nicht reiches Land, wie Deutschland, in welchem die Produktion noch nicht in dem Maße entwickelt ist, als in den Nachbarländern, eine solche Fluth von baarem Gelde nicht vertragen konnte, wie sie in den Jahren 1872—73 auf dasselbe durch die plötzliche Einlösung der Anleihen von Seiten der deutschen Regierungen und durch die Fundirung des Reichsinvalidenfonds auf Privatrentenbankaktien sich ergoß. Leicht war es einzusehen, daß die seitherigen Besitzer von Staatspapieren nunmehr ihr baares Geld zinsbringend wieder unterbringen wollten; und dies gab die Hauptveranlassung zu den massenhaften und beispiellos leichtsinnigen und betrügerischen Gründungen zu Produktionszwecken. In diesem Gründungsfieber trat die Gier nach leichtem schnellen Erwerb an alle Betheiligten heran — was Wunder, daß die Unternehmer von ihren Arbeitern lange Arbeitszeit und ein großes Arbeitsquantum verlangten, damit sie einen größeren pekuniären Erfolg durch schnellen Waarenumsatz erzielten, ohne daß sie auf die Qualität der Arbeit irgend Gewicht legten. Der Rohstoff war schlecht; der Arbeiter, welcher gut, aber langsam arbeitete, wurde entlassen. „Billig und schlecht" lautete die Parole. Wer trägt nun die Schuld an dem Rückgang der deutschen Industrie?"

Doch immer ist die Frage noch nicht beantwortet, weshalb der deutsche Arbeiter in Amerika sich so glänzend entwickelt — nun, Reuleaux giebt den Grund selbst an — weil er höheren Lohn erhält, weil die amerikanischen Fabrikanten guten Rohstoff liefern und nicht auf überrasche, sondern auf gute Arbeit sehen.

Die Sozialdemokratie aber ist unter den deutschen Arbeitern in Amerika ebenso heimisch, als unter den deutschen Arbeitern in Deutschland, wenn nicht noch in einem erhöhteren Grade. Die englischen, irischen, französischen Arbeiter in Nordamerika halten sich allerdings der sozialistischen Bewegung noch fern, die deutschen Arbeiter aber — zur Ehre sei es ihnen nachgesagt — halten die Fahne des Proletariats in nerviger Hand und streben mit Eifer und Kraft nach dem großen Ziele der Weltbefreiung.

Fürst Bismarck möge sich, wenn er uns dies nicht glauben will, bei dem Freunde seines intimen Rathgebers Wagener, bei Dr. R. Meyer erkundigen, der in solchen Dingen Bescheid weiß und noch kürzlich in seiner sozialpolitischen Correspondenz darauf hingewiesen hat.

Damit wäre nun die Ausrede beseitigt, daß die deutschen Arbeiter deshalb in Amerika bessere Leistungen verrichteten, als die deutschen Arbeiter in Deutschland, weil sie noch nicht vom Sozialismus angesteckt seien. — Noch erwähnt Reuleaux, daß die Sammetfabrikation in Linden bei Hannover und die Textilindustrie in Barmen-Elberfeld, dort wo die meisten Arbeiter Sozialdemokraten sind, eine ruhmvolle Ausnahme gemacht hätten; sonst aber sei die deutsche Textilindustrie weit hinter Frankreich und vielfach gar hinter Rußland zurückgeblieben.

Weiter ist es interessant, aus der Rede des Prof. Reuleaux zu erfahren, daß Amerika in der Maschinenindustrie Großartiges geleistet habe, daß aber einige Zweige des Maschinenbaues, z. B. Geschützmaschinen gänzlich fehlten. Das ist sehr bezeichnend! Obgleich die Amerikaner verschiedene Riesenkanonen zur Vertheidigung von Häfen 2c. selbst fabrizirt haben und deshalb auch die entsprechenden Maschinen zur Geschützfabrikation produziren, so haben sie doch, um auf einer friedlichen Weltausstellung keinerlei Gedanken an Krieg, wenigstens in ihrer Abtheilung, aufkommen zu lassen, von der Schaustellung derartiger Maschinen Abstand genommen, während Deutschland nicht nur durch Geschützmaschinen, sondern auch durch die Krupp'schen Mordinstrumente selbst glanzvoll vertreten war.

Dahingegen war die deutsche Thonwaarenindustrie nach dem Ausspruch des Professor Reuleaux „schlecht und miserabel", nur die Königl. Porzellanmanufaktur in Berlin habe in etwas die Ehre der deutschen Industrie in diesem Zweige gerettet. Man sieht, daß auch jetzt schon bei dem reaktionär-verworrenen Staatsgetriebe die von den Liberalen so tiefgeschmähte und tiefgehaßte Staatsindustrie der Privatindustrie den Rang abläuft in Bezug auf gute Produkte. Wahrlich ein Beweis von der Blüthe der Gesammtindustrie in einem freien sozialistischen Staate.

Der schlechte Geschmack sei übrigens bei der deutschen Ausstellung vorherrschend gewesen, so daß die Beschauer die hohnvollsten Bemerkungen gemacht hätten. Besonders schmerzlich aber hat es Professor Reuleaux berührt, daß, als ein Aussteller Sachen für Indien, die Türkei und Deutschland ausgestellt habe, die Sachen für Indien und die Türkei ausgezeichnet gewesen seien, die für Deutschland bestimmten Sachen aber unter allem Begriff schlecht; und diese Auffassung vom Werthe des deutschen Volkes sei allgemein herrschend gewesen.

Dies ist wahrhaft beschämend! Das deutsche Volk verdient eine solche Auffassung nicht, wohl aber diejenigen, welche den deutschen Land 7 die unerhörte Schmach von Philadelphia bereitet haben.

Nun hätte man wohl annehmen müssen, daß wenigstens in einem Industriezweige „das Volk der Dichter und der Denker" exzelliren würde — nämlich im Buchgewerbe. Prof. Reuleaux aber sagt: „Unser Buchgewerbe, das sich bereits lange zuvor zusammengethan hatte, um würdig vertreten zu werden, und das in der That auch mit seinen besten Kräften in Amerika erschienen war, hat trotzdem Fiasko gemacht und ist auf jedem Punkte geschlagen worden. Papier, Typen, Bindung, kurz Alles war schlechter, als wir es bei anderen Nationen trafen."

Also auch noch die Niederlage in einem Gewerbzweige, auf den sich die Deutschen so viel zu Gute thaten. Für die Perlen deutschen Geistes vermag die deutsche Industrie nicht einmal eine entsprechend schöne Schale zu schaffen! Das ist bitter, das trifft den deutschen Kritiker selbst schwer, und freudigst berichtet er, daß das Buchgewerbe ihm die Versicherung gegeben habe, daß eine Besserung eintreten würde.

Soweit über die hochinteressante Rede.

Wir wollen nur noch bemerken, daß die Beweise sich thurmhoch fortwährend häufen, daß die Schuldigen an der deutschen Schmach nicht unter dem arbeitenden Volke, nicht unter den Sozialdemokraten sich befinden, sondern unter denen, welche laut schreiend die Schuld dem Volke und dem Sozialismus aufhalsen möchten.

Die Sonne der Wahrheit bringt es an den Tag!

Die beste der Welten.

In unserm Chemnitzer Parteiorgan finden wir folgende Mittheilung, von der wir bereits in Nummer 7. Notiz genommen haben, die es aber verdient, vollständig abgedruckt und einer kurzen Beleuchtung unterzogen zu werden:

„Chemnitz, 11. Oktober. Ein schweres Unglück passirte gestern auf einem Neubau an der Martinstraße. Ein Maurer stürzte in Folge eines Fehltrittes vier Stock hoch vom Gerüste herab und fand dadurch seinen Tod. Der Unglückliche, ein noch junger Mann, war verheirathet und Vater von drei unerzogenen Kindern. — Zwei Vorübergehende, welche das Unglück mit ansahen, glaubten, es sei noch Rettung möglich und liefen schleunigst nach einem Arzte. Der Zufall führte ihnen auch einen solchen gleich auf der Straße in den Weg, nämlich den Dr. Treibmann hier. Sie gingen denselben um Hilfe an, doch ward dieselbe verweigert und der Herr Doktor setzte seinen Weg fort. Ein Arzt kam also nicht an die Unglücksstelle, dagegen war viel Polizei vorhanden. Ein Polizeibeamter, darüber befragt, ob in diesem Falle ein Arzt verpflichtet gewesen sei, mit zur Unglücksstätte zu gehen, gab darauf ausweichende Antwort. — Wir meinen, wenn der Verunglückte noch zu retten gewesen, so hätte dies nur ein Arzt vermocht, und er wäre daher nöthiger gewesen, als die Polizei. — Aerzte sollten doch nicht so interessirt auf eine Bemühung sein, wenn es einem Menschen gilt, der zwar arm ist und nicht sichere Zahlung garantirt, der aber das einzige Gut, welches er besaß, Leben und Gesundheit, für die Gesellschaft auf's Spiel setzte und opferte. Diesem Opfer kommt kein anderes gleich."

Die erzählte Thatsache spricht für sich selbst. Die an die Thatsache geknüpften Reflexionen erheischen einige Bemerkungen. „Aerzte sollten nicht so interessirt sein" — meint unser Parteiorgan. Warum „sollten" sie nicht? Als Mensch hätte der Arzt Treibmann allerdings die Pflicht gehabt, hilfreich beizuspringen; als Geschäftsmann hatte er seinem Geschäft nachzugehen, und offenbar war es kein „Geschäft", dem Ver-

unglückten zu Hilfe zu eilen. Was hat die Menschenpflicht mit der bürgerlichen Gesellschaft zu thun? Nichts, absolut nichts. „Ehre" ist ein Wort, das in der russischen Sprache nicht vorkommt („Ehre" ist ein französischer Begriff, sagen die Russen); Menschlichkeit und Herz sind Worte, die in der Nationalökonomie nicht vorkommen. Jeder für sich, Keiner für den Andern — es sei denn, um Geld zu machen. Dienst nur für klingenden Gegendienst. Das ist bürgerliche Lebensweisheit — und wer nicht darnach handelt, macht sich einer „albernen Sentimentalität" schuldig.

„Wenn Sie Ihren Vater verhungernd auf der Straße träfen, müßten Sie nach Ihren Prinzipien ihn ruhig verhungern lassen!" warf einst ein Sozialdemokrat einem bekannten Vertreter des Manchesterthums ein.

„Eigentlich müßte ich es", lautete die durchaus correcte Antwort. Der Sohn, welcher den verhungernden Vater speist, begeht eine Sünde gegen den heiligen Geist der Bourgeois-Oekonomie.

Wer in dem Kampfe der freien Conkurrenz, in dem Krieg Aller gegen Alle zu Boden sinkt, gut, der wird unter die Füße getreten — von Rechts wegen. Und wer ermattet, wird bei Seite geworfen, er mag verschmachten — geschieht ihm recht! Es giebt freilich Gesetze, welche die Kinder zur Unterstützung der erwerbsunfähigen Eltern, die Gemeinden zur Unterstützung der Armen anhalten, das sind aber schnöde Beschränkungen der freien Conkurrenz, frevelhafte Eingriffe in die persönliche Freiheit, welche dem „reaktionären" Staat den Haß der Manchesterleute zugezogen haben, und um derentwillen sie ihn „abschaffen", in die berühmte Nachtwächter-Gesellschaft auflösen wollen. Der Spruch des römischen Dichters:

Homo sum, nihil humani a me alienum puto —

Ich bin ein Mensch, nichts Menschliches halte ich mir fremd

wird von der Bourgeois-Oekonomie einfach umgekehrt, und die Devise des konsequenten Bourgeois ist:

Ich bin nicht ein Mensch, sondern ein Geschäftsmann,
Alles Menschliche halte ich mir fremd.

Mit dem Menschlichen sind keine Geschäfte zu machen — namentlich nicht von Jemand, der so schwachköpfig ist, ein Mensch zu sein.

Das „dumme Volk" hat sich noch nicht auf die Höhe der Bourgeois-Anschauung emporgeschwungen — es glaubt noch an den Menschen und beurtheilt noch mit seinem Menschenverstand den Geschäftsmann nach menschlichen — Vorurtheilen. Zuweilen hat das tragische Folgen gehabt. Die Geschichte weiß von Kornwucherern und Bäckern zu erzählen, die vom Volke getödtet wurden, weil sie — gute Geschäftsleute waren. Das Volk versteht eben nichts von der bürgerlichen Oekonomie.

Kurz, die bürgerliche Oekonomie kennt keine Menschen, blos Geschäftsleute, die sämmtlich nur den einen Lebenszweck haben: möglichst schnell reich zu werden.

Warum sollen die Aerzte, Kornwucherer, Bäcker eine Ausnahmestellung einnehmen? warum mit einem besonderen Maßstabe gemessen werden? — Der Arzt, welcher dem Schwererkrankten, dem Verunglückten den Beistand verweigert, ist um kein Haar breit tadelnswerther, als der Tuchhändler, der dem in Lumpen Gehüllten nicht Tuch zu Kleidern schenkt, als der Bankier, der dem Straßenbettler nicht gleich ein paar hundert Thaler in die Hand drückt.

Und doch ist es barbarisch, unmenschlich! Gewiß — das leugnen wir am wenigsten. Aber der Vorwurf der Barbarei, der Unmenschlichkeit darf nicht an die falsche Adresse gerichtet werden. Die heutige Gesellschaft ist es, auf welcher die Verantwortlichkeit lastet, und — um Mißdeutungen vorzubeugen, sei das hier gesagt — wenn es einen Stand giebt, der diese Barbarei und Unmenschlichkeit zu mildern sich bemüht, so ist es — im Großen und Ganzen — gerade der Stand der Aerzte.

Wer die bürgerliche Gesellschaft will, muß diese Barbarei und Unmenschlichkeit mit in Kauf nehmen.

Wer diese Barbarei und Unmenschlichkeit nicht will, muß mit den Sozialisten auf Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft hinarbeiten.

Der vorliegende Fall ist noch von einem anderen Gesichtspunkt aus interessant. Er demonstrirt so recht augenfällig die „Harmonie der Interessen". Der Beruf des Arztes ist, Krankheiten zu verhüten und zu heilen. Dies steht aber in diametralem Widerspruch mit der Stellung, in welche die bürgerliche Gesellschaft den Arzt gebracht hat. Je besser er seinen Beruf erfüllt, desto schlechter steht es um sein „Geschäft". Je gründlicher er Krankheiten verhütet und heilt, desto spärlicher fließt seine Erwerbsquelle; und hat er das Ideal seines Berufs: die vollständige Verhütung von Krankheiten, erreicht, so muß er verhungern.

Während also der Beruf des Arztes die Ausrottung der Krankheiten zum Ziel hat, erheischt das Geschäft des Arztes die Conservirung und Vermehrung der Krankheiten. Und während im Interesse des Publikums möglichste Verhütung, liegt im Interesse des Arztes möglichste Verbreitung der Krankheiten.

Die schlauen Chinesen haben diesen grotesken Zwiespalt der Interessen durch eine sinnreiche Einrichtung zu beseitigen gesucht. Jede Familie, der ihre Mittel es erlauben, hat einen bestimmten Arzt; statt demselben aber, wie dies bei uns Sitte ist, entweder ein Fixum oder das Honorar für die von ihm geheilten oder nicht geheilten Krankheiten zu bezahlen, bezahlt der Chinese seinem Arzt nur die gesunden Tage und macht ihm für jeden Tag der Unpäßlichkeit oder Krankheit einen Abzug. So ist das Interesse des Publikums und der Aerzte einigermaßen in Harmonie gebracht; der Arzt hat ein Interesse, seinen Clienten gesund zu erhalten, wie dieser ein Interesse hat, gesund zu bleiben.

Allein nicht Jeder kann sich den Luxus eines eigenen Arztes gestatten; würde die chinesische Einrichtung bei uns eingeführt, so wäre nur das Interesse einer kleinen Minorität gewahrt. Soll das Interesse Aller — einschließlich der Aerzte — gewahrt werden, so muß der Arzt aufhören, auf Stücklohn für Den zu arbeiten, der ihn bezahlen kann; er muß Gesellschafts- (Staats-) Beamter werden. Als solcher dient er der Gesammtheit und wird für seine Arbeit entsprechend belohnt. Sein Interesse ist es, seine Pflicht zu thun; und seine Pflicht als Arzt ist zugleich seine Pflicht als Mensch. Das Interesse des Publikums fällt mit seinem eigenen Interesse zusammen. Die Harmonie der Interessen ist Wahrheit geworden — die soziale Frage, so weit die Aerzte im Spiel sind, gelöst.

Und nun erweitere man das Beispiel, dehne es aus auf die übrigen Erwerbs- und Arbeitszweige. Jede gesellschaftlich nothwendige Arbeit wird Gesellschaftssache; jeder Mensch, der eine gesellschaftlich nothwendige Arbeit verrichtet, wird Gesellschaftsbeamter; jeder Arbeitsfähige ist zu arbeiten verpflichtet; die Gesellschaft hat für die höchstmögliche Ausbildung und menschenwürdige Existenz eines jeden ihrer Angehörigen zu sorgen, und für alle Glieder der Gesellschaft gilt der Satz: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten — keine Rechte ohne Pflichten — —.

Das ist die sozialistische Lösung der sozialen Frage. Das ist die allgemeine Harmonie der Interessen.

Der französische Arbeitercongreß.

III.

Paris, 11. Oktober.

Am 7. Oktober beschäftigte sich der Congreß mit der Berathung über die Frage der direkten Vertretung des Proletariates im Parlament.

Sämmtliche Redner, welche die Angelegenheit behandeln, stimmen in der Anerkenntniß der Nothwendigkeit überein, daß die Arbeiter für eine zuverlässige Vertretung ihrer Interessen in den Gesetzgebenden Körperschaften sorgen und behaupten, daß die meisten bisher von ihnen mit Mandaten betrauten Vertreter ihrer Pflicht nicht genügt haben, ja daß sie, wenn sie die Grundsätze, welche sie, um ihre Wähler zu gewinnen, verkündeten, nach der Wahl in dem Parlamente verleugnet hätten. — Es werden von den verschiedenen Rednern verschiedene Vorschläge nur über die Mittel gemacht, durch welche eine sichere parlamentarische Vertretung des Proletariates geschafft werden könne.

Albert aus Lyon meint, daß die Candidatenliste des Proletariats durch eine besonders zu diesem Zweck von den Cooperativgesellschaften gewählte Jury aufgestellt werden müsse.

Sapin (Le Mans) wünscht, daß das Recht des Gesetzesbeschluß aus den Kammern in die Volksversammlungen verlegt werde. Die Kammern sollen die Gesetze nur ausarbeiten, die Wähler aber sie genehmigen oder verwerfen.

Prost aus Dijon, welcher, da er die Abgeordneten Lockroy und Targé angreift, unter deren Anhängern Lärm hervorruft, schlägt die Wiedereinführung des Listenscrutiniums (eine Wahlart, in welcher nicht Distriktscandidaturen aufgestellt werden, sondern die Parteien offizielle Listen anfertigen, und diejenigen auf den Listen befindlichen Candidaten als gewählt gelten, welche die meisten Stimmen erhalten haben. — Die Gewählten sind somit nicht von einzelnen Kreisen, sondern von ganzen Departements gewählt) vor. Er verlangt, daß jeder Mandatträger bei Uebernahme seines Mandates seinen Wählern seine Demission (Verzichterklärung) unterschrieben mit offen gelassenem Datum übergebe, damit dieselben dieses nur auszufüllen haben, um im Falle begründeter Unzufriedenheit mit seinem Verhalten, ihn beseitigen und durch einen anderen ersetzen zu können. Ein Consultativcomité der Wähler soll alle legislativen Voten des Abgeordneten bestimmen.

Dem Belgier Feltesse, der sich hierauf zum Wort gemeldet hat, wird dasselbe nicht ertheilt, da nach dem Versammlungsgesetze Ausländer sich an der Discussion nicht betheiligen dürfen. Der sich ob dieses Entscheides erhebende Lärm wird dadurch beschwichtigt, daß Feltesse selbst auf das Wort verzichtet.

Chabert räth Arbeiter zu wählen, deren Urtheil in praktischen Arbeiterfragen von hohem Werthe sei und empfiehlt für die Errichtung wirklicher Arbeiterorgane zu wirken. Er habe auf der Durchreise zur Wiener Weltausstellung gesehen, wie in Augsburg z. B. gewöhnliche Arbeiter, nachdem sie den Tag hindurch gearbeitet, des Abends für ihr sozialistisches Blatt schrieben und dies mit gutem Erfolge. Ein Gleiches müsse in Frankreich geschehen.

Cautier will, daß man nur ganz ausnahmsweise einen Vertreter zum zweiten Male wähle, damit keine parlamentarische Aristokratie geschaffen werde.

Herr Desolly und Olligier vertreten im Allgemeinen die Anschauungen der aufgeführten Redner.

Den Schluß der Sitzung bildet, nachdem ein Protest in der Angelegenheit von Feltesse zurückgewiesen worden ist, die Wahl der Commission zur Ausarbeitung der Resolutionen über die behandelte Frage.

Den Inhalt der Debatten der Versammlungen am 8. Oktober bilden „Produktiv-, Credit- und Consumvereine".

Der erste Redner, der Anstreicher Finance, beweist die Unfähigkeit des Genossenschaftswesens im heutigen Staate das Arbeiterelend zu beseitigen in einem längeren, gediegenen Vortrage, in welchem er den allgemeinen Mißerfolg der in Frankreich seit 1848 gegründeten Produktivvereine schildert. Auch in Deutschland, so führt er aus, haben die nach dem Rezept von Schulze-Delitzsch eingerichteten Erwerbsgenossenschaften, die Credit- und Consumvereine, wenigstens insoweit, als sie Interesse für den Arbeiter haben, sich hilfs- und lebensunfähig erwiesen und den geistigen Inhalt dieser Bewegung kennzeichne die Haltung Schulze's und der Liberalen gegenüber Frankreich. Während die Sozialisten die Sedanfeier bekämpfen und damit ihre Friedensliebe bekunden, hetzen jene fort und fort gegen Frankreich und zum Kriege. Auch der Erfolg der Genossenschaftsbewegung in England sei ein zweifelhafter. Die Pioniere von Rochdale haben heut nach 25 Jahren einen Geschäftsantheil von nur 470 Frcs. und der Reingewinn der Consumvereine betrage pro Mitglied jährlich 50 Frcs. — Die Anhänger des Genossenschaftswesens seien Utopisten. Selbst die Hilfe des Staates, des monarchischen, oder bürgerlich republikanischen — mache die Genossenschaftsbewegung nicht nothwendig und förderlich für das Arbeiterwohl, da bei nicht genügender geistiger und moralischer Selbständigkeit der Arbeiter sich für das selbstische Streben der Staatsleitung leicht mißbrauchen lassen werde. Der Redner räth den Arbeiteen, von cooperativen Genossenschaften abzusehen und die ganze Thätigkeit der Gründung der Syndikats- und Widerstandskassen und der Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit zuzuwenden. „Sie haben, — so schließt er — volle bürgerliche Freiheit und ein rein menschliches, weder einen Gott noch einen König kennendes Unterrichtssystem anzustreben!"

Der allseitige, lärmende Beifall, der ihm zu Theil wird, beweist, daß ein großer Theil der Delegirten seine Anschauungen theilt.

Es wird nun ein Telegramm des italienischen Arbeitercongresses in Rom verlesen, das von Filipperi unterzeichnet, die französischen Arbeiter beglückwünscht. Die Versammlung beschließt, daß der Gruß telegraphisch erwidert werde, was sofort geschieht.

Die nächsten Redner Lefebre und der Referent Nicaise treten für die Genossenschaften ein.

Nicaise verlangt die Errichtung einer Commission, welche die Gründung einer Arbeiterzeitung zu betreiben hat.

Nach ihnen sprachen noch Masquin, Pagèze und Marceau in gleichfalls den Assoziationen geneigtem Sinne.

Die übliche Commissionswahl ist die letzte Arbeit der Versammlung an diesem Tage.

In der Discussion am 9. Oktober über „Pensions- und Versorgungskassen", welche Herr Amat aus Lyon leitete, tritt Malinvad aus Limoges gegen die Inanspruchnahme der Unterstützung des gegenwärtigen Staates auf und befürwortet die Errichtung von Privat-Pensionskassen und Familiengesellschaften, die sich während der Arbeitslosigkeit gegenseitig unterstützen.

Poulet (Paris) wünscht Staatsunterstützung und zwar aus dem Ertrage einer auf die Dividenden der Aktiengesellschaften gelegten Steuer.

Milan und Rigol verfechten die Errichtung staatlich unabhängiger, aus Arbeitermitteln herzustellender Kassen, die aber möglichst nach Gewerken getrennt gehalten und den Syndikatskammern unterworfen werden sollen.

Harry (Schuhmacher aus Paris) ist gegen die Staatsunterstützung und für Errichtung von Kassen nicht nach Gewerken, sondern nach Gemeinden, die unter sich in föderativem Verhältniß stehen sollen und auch den Landarbeitern Hilfe zu gewähren haben.

Die nämliche Meinung vertreten Merle, Deville, Delaye, Hardy und Davignie.

Die auf der Tagesordnung der nächsten Versammlung, der vom 10. Oktober, stehende Frage: „Die Beziehungen der industriellen und der ländlichen Arbeiter" fand ihre Erledigung durch die Reden von Corsin (Portefeuille-Arbeiter) und Hamet, welche die Organisirung auch der ländlichen Arbeiter, deren Aufklärung und Bildung, die Befreiung derselben von priesterlicher Bevormundung als gebieterisch nothwendig für die Hebung ihres geistigen und sittlichen Zustandes verlangten. Eine endgiltige wirthschaftliche Besserung der Lage des Landproletariats kann nur die Gemeinsamkeit des Bodenbesitzes herbeiführen. Dies ist das Ziel, auf das man die Aufmerksamkeit der Landarbeiter zu lenken habe.

Es folgen die Referate der Commissionen über die ihnen unterbreiteten 8 Fragen. Den wesentlichen Inhalt dieser Referate und die aus ihm extrahirten Forderungen werden wir in der nächsten Nummer bringen.

Wir berichten nur noch, daß zur Ausführung der Beschlüsse des Congresses und zur Leitung der weiteren Propaganda ein Comité von 11 Personen gewählt worden ist, in dem sich unter Anderen auch Frl. André befindet.

Der nächste Congreß soll am 2. Oktober 1877 in Lyon abgehalten werden.

Hierauf spricht Chabert im Namen des Initiativcomités den Delegirten für ihre ruhige und würdige Haltung seinen Dank und den Arbeitern der ganzen Welt die brüderlichen Gesinnungen der Versammlung aus. Er schließt mit den Worten: „Ueberall, wo man arbeitet, und wo man leidet, fordern die Arbeiter einstimmig das Aufhören der Unterdrückung, die Herrschaft des Rechts und der Gerechtigkeit, den Fortschritt, die Freiheit und die allgemeine Republik — Unter dem Rufe: „Vive la République!" (Es lebe die Republik!) erheben sich die Delegirten und schließt der erste französische Arbeitercongreß.

Berichtigung. Gegen Schluß des Artikels „Hoch die Brüder in Frankreich!" in voriger Nummer finden sich zwei Druckfehler, die nur aus einem Theil der Auflage entfernt werden konnten. Es muß heißen: Vivre en travaillant ou mourir en combattant! —

Politische Uebersicht.

— Auffallenderweise hat Fürst Bismarck gegen den Redakteur der „Deutschen Reichsglocke" blos auf Beleidigung, nicht auf Verläumdung geklagt. Es ist dies ein sehr wesentlicher Unterschied, da eine Beleidigungsklage nur die Form, eine Verläumdungsklage dagegen den Inhalt trifft. Wer z. B. Jemand, der gestohlen hat, einen Spitzbuben nennt, macht sich einer Beleidigung, aber keiner Verleumdung schuldig; bei der Beleidigungsklage ist daher der Beweis der Wahrheit als belanglos ausgeschlossen.

Welcher Art die von der „Deutschen Reichsglocke" gegen den obersten Beamten des deutschen Reichs erhobenen Anklagen sind, sieht man aus nachstehendem Resumé der (gut Bismarck'schen) Wiener „Presse", welches in die (ebenfalls gut Bismarck'sche und tadellos reichstreue) „Deutsche Allgemeine Zeitung" übergegangen ist: „Ich mache," so wird der Presse unterm 10. d. aus Berlin geschrieben, „auf eine merkwürdige, gegen den Fürsten Bismarck gerichtete Bewegung aufmerksam, die nächstens viel von sich reden machen dürfte. Die Herren v. Diest-Daber, Dr. Rudolf Meyer und Consorten erzählen, bei der Gründung der Rothschild-Bleichröder'schen Central-Bodenkreditgesellschaft habe das Bankhaus S. Bleichröder den Reichskanzler mit einer Zeichnung von 1 Million betheiligt, nachdem der Kanzler auf Veranlassung des Hrn. Gerson v. Bleichröder das Zustandekommen der Gesellschaft bewirkt und sogar beschleunigt habe. Es wird weiter gesagt und ungestraft durch den Druck die Nachricht verbreitet, aus dem Nachlasse des Hrn. v. Wedemeier, der sich erschossen und der kurz vor seinem Tode den Kanzler schriftlich gebeten habe, seine Beziehungen zu Hrn. Bleichröder zu lösen, seien Schriftstücke verschwunden, die auf die Affaire Central-Bodenkredit und Anderes Bezug nähmen. Central-Bodenkredit war ein Papier, an dem rasch sehr viel Geld verdient wurde, und die v. Diest'schen Mittheilungen und Andeutungen bezwecken die Erregung des Verdachtes, der Fürst habe durch Bleichröder'sche Vermittelung im Dienste von Gründern gestanden und dabei große Summen verdient. Diese Diest-Meyer-Gehlsen'schen Geschichten werden allerwärts erzählt und man ist des Augenblickes gewärtig, wo der Staatsanwalt die Verleumdungsklage formuliren wird. Der politische Zweck der Bismarck'schen Widersacher ist kurz der, ihn zu stürzen. Um diesen ebenso fein als niederträchtig eingefädelten Intriguen die Spitze abzubrechen, wäre es allerdings sehr wünschenswerth, wenn der Strafantrag gegen ihre Urheber so bald wie möglich gestellt würde."

So weit bis jetzt bekannt, ist der Strafantrag nur auf Beleidigung gestellt, geht folglich nicht auf Widerlegung der Anklagen. Eine Verurtheilung wegen Beleidigung würde die Anklagen in voller Kraft bestehen lassen. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß wir es hier mit einer Revanche zu thun haben. Als Fürst Bismarck seinen Streit mit dem Grafen Arnim zuerst vor die Oeffentlichkeit zog, enthielten verschiedene dem Fürsten nah stehende Blätter Hindeutungen auf angebliche lichtscheue Geldmanöver Arnim's. Aber auch nicht die Spur eines Beweises konnte erbracht werden. Wir sehen, daß Graf Arnim nun den Spieß umgedreht hat. — Da gerade von Arnim die Rede ist, hier eine Notiz zur Kennzeichnung des famosen „Duells": Nach einer Mittheilung der „Volkszeitung" bestand ursprünglich die Absicht, den Grafen Arnim auch „wegen Veruntreuung" bestrafen zu lassen, und zwar weil er einen der Gesandtschaft in Paris gehörigen Lehnsessel, in dem seine Tochter gestorben war, als Andenken nach Berlin mitgenommen hatte, nachdem er zuvor den Taxwerth bezahlt! Der sehr ungünstige — und nicht dem Verurtheilten! — Eindruck, den dieser Prozeß in allen Kreisen, selbst den nationalliberalen, gemacht hat, kann durch solche Details nur noch verstärkt werden. — Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß nach Mittheilungen von

wohlunterrichteter Seite der Renegat Bucher, bisher vortragender Rath Bismarck's, zum Staatssecretär ernannt worden sein, und an die Stelle Bucher's kein Geringerer treten soll als — Wagener. „Wir können's nicht glauben!“ stöhnt die „Weserzeitung“. Wir sehr wohl.

— „Abschreckend“ hat die in München an zwei Menschen vollzogene Todesstrafe nicht gewirkt, da schon drei Tage nachher ein Mord an dem Hausknecht des Wirthes im Färbergraben verübt worden ist. Man kann vielmehr behaupten, daß die schauderregenden Schilderungen, welche die Blätter über die haarsträubenden, höchst peinlichen gewaltsamen Vorgänge bei der Hinrichtung des Ruf gebracht, die Gemüther der Zuschauer verwirrt und Mordgedanken wachgerufen haben. — Ueber ein Nachspiel der Hinrichtung bringt die „Frankfurter Zeitung“ eine höchst interessante Betrachtung, in welcher es folgendermaßen heißt: „Die beiden Hingerichteten wurden in bereitgehaltene Särge gelegt und sofort von der Richtstätte weg in die Anatomie gefahren, um dort zu Studien benützt zu werden. Mit der Hinrichtung Ruf's soll sogar so lange gezögert worden sein, bis der Wagen, welcher die Leiche Gläsgen's in die Anatomie gebracht hatte, wieder zurückgekommen war. Allein die Hauptfrage ist: woher leitet die Staatsbehörde das Recht, mit dem Körper eines Hingerichteten in solcher Weise zu verfahren? Kein Strafgesetzbuch enthält ein derartiges Verfügungsrecht über die Leichname Hingerichteter, was doch selbst dann sein müßte, wenn man dasselbe als eine rechtliche Folge des Todesurtheils betrachten wollte. Durch das Erleiden der gesetzlichen Strafe gelangt jeder Verbrecher wieder zu seinem Rechte. Mit dem Niederfallen des Beiles hört die weltliche Rechtsgewalt auf, die Strafe ist vollzogen, der Verbrecher hat dem Gesetz volle Genüge geleistet, und was Jemand noch gegen ihn unternehmen wollte, jede beschimpfende Behandlung des Leichnams ꝛc., wozu die eigenmächtige Ablieferung in die Anatomie gehört, erscheint als eine gesetzwidrige Schmach, verübt gegen Jemand, welchen der Scharfrichter wieder mit dem Gesetz versöhnt hat. Wohl können aus polizeilichen Rücksichten gewisse Vorkehrungen über das Verbringen der Leiche zur Grabstätte ꝛc. getroffen werden; allein eine Disposition, welche den Menschen gleichsam zu einer Sache macht, mit der man schalten und walten kann, ist rechtlich nicht zu begründen, selbst wenn man das Interesse der medizinischen Wissenschaft zu Hilfe nehmen wollte, da mit diesem Argument der Staat füglich über den Leichnam eines jeden Staatsbürgers, dessen Todeskrankheit vielleicht einen „interessanten“ Fall bildet, herfallen könnte.“ — Das Eine ist nur erfreulich, daß diese in München stattgefundene Hinrichtung nach allen Seiten hin und von allen Seiten eine verdammende Beleuchtung erfahren hat, so daß man sieht, daß die deutsche Nation in ihrer überwiegenden Majorität Gegnerin der Todesstrafe ist, und daß außer den wenigen Personen im Volke nur einzelne deutsche Staatsmänner und die Frömmler auf dem mittelalterlichen Standpunkt des Kopfabschlagens sich noch befinden.

— Die Spitzbüberei und die Demoralisation unter den russischen Beamten und Würdenträgern ist weltbekannt. Ein Fürst Wladimir Meschtschersky, welcher in Serbien auf dem Kriegsschauplatz weilt, führt bittere Beschwerden in verschiedenen Telegrammen an russische Blätter über die Leitung der Gesellschaft des rothen Kreuzes, zur Pflege der Kranken und Verwundeten. Die Verwundeten entbehren der Wäsche und fast aller nothwendigen Dinge, und wörtlich heißt es dann weiter: „Es ist unbegreiflich wohin das für die Verwundeten bestimmte Geld kommt. Die Ehre des russischen Namens fordert eine unverzügliche Aufklärung über diesen Gegenstand.“ — Der gute Fürst! Was heißt: „Ehre des russischen Namens“ — diese Ehre ist die Ehre des Räubers; der russische Staat ist ein Raubstaat und die russischen Würdenträger plündern gleichfalls, wo sie nur können. Zeigt uns dies doch der gute Fürst selbst durch seine Telegramme. Die Freundschaft Rußlands für Serbien ist in hohen und niederen Regionen die der Katze, welche mit der Maus spielt. Daß die Russen ihren befreundeten verwundeten Serben sogar die Hemden vom Leib stehlen, ist eben ächt — russisch.

— Bündnisse. Das Dreikaiser-Bündniß ist glücklich in die Brüche gegangen, und aus den Zeitungen verschwunden; nur dann und wann thut noch ein besonders unverfrorenes Reptil, als ob das Ding am Leben wäre oder je gelebt hätte. Zwei der „verbündeten“ Kaiser suchen sich Bundesgenossen gegen den dritten der „verbündeten“ Kaiser und dessen Bundesgenossen. Da Preußisch-Deutschland nicht stark genug ist, für „Väterchen“ gleichzeitig Frankreich und Oesterreich lahm zu legen, so stiebert man nach einem Helfershelfer herum und ist dabei auf Italien verfallen. Ob das projektirte russisch-preußisch-italienische Bündniß zu Stande kommen wird, dürfte indeß zu bezweifeln sein. Dem landhungrigen Victor Emanuel ist Alles zuzutrauen, daß aber die Sympathien des italienischen Volkes nicht den Gegnern Frankreichs gehören, hat der Krieg von 1870/71 gezeigt. Und dieser Tage hat sich's wieder gezeigt, wie warm das Herz der italienischen Arbeiter für die Brüder in Frankreich schlägt. Während die nordische Diplomatie ihre lichtscheue Kunst übt, um dynastische Allianzen zum Verderben der Völker zu knüpfen, wurde von den Arbeitern Frankreichs und Italiens bei hellen Tageslicht eine Allianz geschlossen, die der Menschheit nur zum Heile gereichen kann und vielleicht bestimmt ist, jene dynastische Allianz zu zerreißen. Gleichzeitig mit dem französischen Arbeitercongreß in Paris tagte ein italienischer Arbeitercongreß in Rom. Am 8. d. schickte letzterer an ersteren folgendes Telegramm:

Paris—Rom, 8. Oktober 1876, 10 Uhr 50 Minuten.

Präsident des Arbeiter-Congresses, Paris, Rue Arras. Der Vorstand des vierzehnten italienischen Arbeiter-Congresses entbietet den französischen Arbeitern Brudergruß.

Für den Vorstand: Filipperi.

Die Verlesung dieser Depesche rief bei den Empfängern einen Sturm der Begeisterung hervor. Die Mitglieder und Besucher des Congresses brachen in rauschende Freudenbezeigungen und in den Ruf aus: Es lebe Italien! Der Vorsitzende, Chabert, schlug vor, umgehend zu antworten, was auch angenommen ward, nachdem ein Arbeiter zu allgemeiner Heiterkeit bemerkt hätte: „das (Telegramm von Rom) ist besser als der päpstliche Segen!“ Sogleich ward nachstehendes Telegramm entworfen und abgesendet:

Filipperi, Vorstand des italienischen Arbeiter-Congresses, für die italienischen Arbeiter, Rom. Die französischen Arbeiter senden ihren italienischen Brüdern brüderlichen Gruß; ewiges Bündniß zwischen der italienischen und französischen Demokratie.

Für den Congreß: Der Tages-Präsident Chabert.

Der Jubel, den dieses Telegramm in Rom hervorrief, entsprach dem Jubel, welchen das römische Telegramm in Paris hervorgerufen hatte. „Demokratie“ heißt aber Sozialdemokratie. Und wir erweitern den Brudergruß im Sinne der französischen Arbeiter: Ewiges Bündniß zwischen den Sozialdemokraten aller Länder!

— Rußland sucht noch nach „Gründen“, den türkischen Waffenstillstandsvorschlag, der von den Westmächten, sowie von Oestreich für annehmbar erklärt worden ist, zu verwerfen; und die Bismarck'sche Presse hilft nach Kräften auf dieser Suche. Beängstigende Gerüchte durchschwirren die Luft, Handel und Wandel vollends ertödtend, und den Börsenwölfen Gelegenheit gebend zur Ausplünderung des Publikums. Bald heißt es „Väterchen“ Alexander wolle abdanken, oder werde abgedankt, bald, die Russen seien bereits in die Türkei einmarschirt. Letzteres ist nun eigentlich eine alte Geschichte, denn die serbische Armee ist ja längst eine russische Armee. Die Londoner „Times“ faselt von einem Bündniß Preußisch-Deutschlands mit England — Bismarck werde dadurch den Weltfrieden sichern. Wenn Bismarck nur nicht die russisch-französische Allianz am Halse hätte und „mit gebundener Marschroute“ marschirte!

— Das Parteiblatt „Vorwärts“, welches in Basel bis jetzt erschien, ist durch polizeiliche Maßregeln am Weitererscheinen vorläufig verhindert worden.

— Zu dem in Breslau zu Anfang der Woche tagenden Verbandstage der deutschen Gewerkvereine, zu welchem Dr. Max Hirsch, der Verbandsanwalt, nicht erschienen war, hatten sich „ganze“ 23 Delegirte eingefunden. Das nennt Nathan Schlesinger jedenfalls eine „sehr große Anzahl“ und einen bewundernswerthen Fortschritt.

Correspondenzen.

g. **Hamburg**, 14. Oktober. Während in Hamburg und wohl in ganz Deutschland die Glanzperiode des echten Cri-Cri vorüber ist, scheint ein anderes Cri-Cri auftauchen zu wollen: das monotone Gekläff der liberalen Zeitungs-Wadenkneifer gegen die Sozialdemokratie. In Hamburg-Altona speziell haben sich nicht weniger als ein halbes Dutzend ehrenwerther Preßorgane (ehrenwerth sind sie alle!) brüderlich zum Wettkampf gegen die Arbeiterbewegung verschworen. Hui, wird da entstellt, wird da gefabelt und gefaselt, nur um die langen Spalten zur Begeiferung des Sozialismus zu füllen. Um das halbe Dutzend zur bösen Sieben heranzubilden, hat sich neuerdings auch die Anstandsdame Reform, geführt von dem streitlustigen Dr. Lindwurm, wieder auf den Kampfplatz begeben. Sie läßt durch ihren Galan einen unsrer Redner nach dem andern kritisiren oder maltraitiren, wie man's nennen will, alles zu Ehren der höheren Rhetorik, aus deren Wolken Dr. Lindwurm auf Anlaß des wurmstichigen „Vereins zur Verbreitung von Volksbildung“ vor nicht langer Zeit unsanft gefallen ist. Ob das so fort gehen wird? — Schwerlich, denn schon ist Dr. Lindwurm aufgefordert worden, auf dem neutralen Boden des hiesigen Arbeiterbildungsvereins eine Lanze mit den Sozialdemokraten, insbesondere mit Geib, zu brechen, und heißt es heute, daß dieses Redeturnier im November erfolgen werde. Wir wissen zwar, daß solche Rededuelle nie zum Ziele, zu einer vollen Verständigung führen, aber wir stimmen trotzdem einem Ausspruche eines Freundes zu: „Nützt es nichts, so schadet's auch nicht, interessant ist es immerhin.“ Ob wir auch in Volksversammlungen Gegner finden werden, ist stark zu bezweifeln, obwohl zur Förderung der politischen Bewegung sehr zu wünschen. Unsre Zünftler verkriechen sich unter das Schurzfell der ehrsamen Gewerbekammer und zanken sich wacker über ihre eignen politischen und gewerblichen Sünden. Der alte Zunftverfechter Schwendt hat nämlich unsern tänzelnden Reichstagsschmidt für seine Ideen breitgeschlagen, was den weniger reaktionären Handwerkern ein Greuel ist, wenn sie sonst auch für kriminalrechtliche Bestrafung des Contraktbruches sind und sich freuen, daß dieser Wunsch jetzt überall auf den Zungen der Nationalliberalen — ach, wie bald auch der Fortschrittler — schwebt. Herr Vivié, welcher noch immer kein Senator geworden ist, gilt als der Kampfhahn dieser „aufgeklärten Gewerbtreibenden“, nur schade, daß er keine Reichstagscandidatur annehmen will. Sonst könnte Schmidt ohne weiteres den Geheimrath Nieberding und andere, ihm holde Gönner im Reichstage anfingen: „An allen meinen Leiden, o weh, o weh, o weh, — daß ich Euch jetzt muß meiden, trägt Schuld der Vivié!“ Uebrigens mit Hinblick auf den Stand der Dinge im hiesigen zweiten Wahlkreise würde der zweite Vers lauten: „Hinweg mit allen Klagen, juchhe, juchhe, juchhe, wird Hartmann ihn doch schlagen mit Glanz, den Vivié!“ Doch genug der schlechten Verse, zumal jüngst erst die Oberammergauer Passionsspieler, welche hier die bigotte Bourgeoisie um einige tausend Thaler erleichterten, in lieblicher gebundener Rede das ganze Evangelium St. Matthäi unter die Menschen brachten. Vielleicht schreibe ich Ihnen bald mehr, und wenn's auch nur von der seligen Königin Louise ist, über welche nächstens Herr Pastor Hirsch in einer der „Abendunterhaltungen für Arbeiterinnen“ reden wird. Ist es doch gar zu spaßig, die Arbeiterinnen im Geiste zur „steilen Höhe“, wo Fürsten und Fürstinnen stehen oder einstmals stunden, wie der geschundene Raubritter sagt, hingeführt zu sehen. Und nun ade! — Nein noch eins: „Gänzliche politische Verkommenheit kann den Deutsch-Conservativen irgendwo Wahlsiege in Aussicht stellen“ — so schreiben die hiesigen nationalliberalen Nachrichten. Wenn das Bismarck oder Eulenburg wüßte! Aber vielleicht ist's ihnen Wurst, alles — nationalliberal und conservativ — „Knoblochs“wurst!

s. **Altona**, 15. Oktober. Die Confusion unter den „Parteien“ der besitzenden Klasse hier in unserer Gegend ist bezüglich der Wahlen ungemein groß. Die einzelnen Personen, welche zu den Wahlcomités hinzugezogen werden, wissen gar nicht, welcher Partei sie „anverwandt und zugethan“ sind. So stehen im benachbarten Kreise Stormarn (Wandsbeck-Oldesloe) unter einem Aufruf an die Urwähler des Kreises, welcher für die Candidatur des conservativen Landraths von Levetzau geschrieben ist, mehrere Namen, die vor drei Jahren unter den Wahlaufrufen für den fortschrittlichen Candidaten Dr Lutteroth sich befanden. Ja, einer der Herren, welche im engeren Wahlkreise für den conservativen Candidaten öffentlich durch Namensunterschrift eintraten, stand vor sechs Wochen unter einem Aufruf an die liberalen Wähler, welcher vom „Haupthänel“ der Fortschrittspartei verfaßt war. Man sieht also, wie unverantwortlich der politische Verstand der deutschen Spießbürger von den liberalen Koryphäen verkleistert worden, oder wie kolossal die Gesinnungslosigkeit von dem Liberalismus in das deutsche Volk getragen ist. — Ist heute noch ein radikaler Fortschritt unmöglich, wie man vielfach behauptet, so wäre es wahrlich gut, wenn eine starre Reaktion dem faulen Liberalismus ein jähes Ende bereitete, damit das Volk erwache und sich nimmermehr von Stellenjägern und herzlosen Geldmenschen an der Nase herumführen ließe. Eine starre Reaktion macht das Volk wachsam und energisch, der seichte Liberalismus schläfert es ein und demoralisirt. — Ja, der Liberalismus, dieser öffentliche Vertreter des Kapitals, treibt auch in unseren Gerichtsverhandlungen sein Wesen. Starr, unbeugsam soll das Gesetz sein — gut, wir haben nichts dagegen. Werfe man aber nur einen Blick auf die Schwurgerichtsverhandlungen in hiesiger Stadt, die am 13. und 14. Oktober stattfanden, so wird man doch eigenthümliche Ansichten erhalten. Am 13. fand die Verhandlung gegen einen Kaufmann wegen Urkundenfälschung statt; die Geschworenen nahmen mildernde Umstände an und der betreffende wurde wegen qualificirter Urkundenfälschung zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt. Am folgenden Tage fand die Verhandlung gegen den früheren Direktor des Pinneberger Eisenwerks „Union“ und gegen seinen Buchhalter ebenfalls wegen Urkundenfälschung statt. Der Direktor wurde unter Annahme mildernder Umstände wegen wiederholter qualificirter Urkundenfälschung bei großer Erheblichkeit des angerichteten Schadens zu drei Monaten und sein Helfershelfer zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die mildernden Umstände wurden dadurch motivirt, daß der Direktor moralisch nicht als der allein Schuldige zu betrachten sei. An demselben Tage wurde ein 60jähriger Seilermeister, da er durch falsche Vorspiegelungen sich Logis und Beköstigung auf Credit zu verschaffen gewußt hatte, unter Ausschluß mildernder Umstände wegen Betrugs im Rückfalle zu einem Jahr Zuchthaus und 150 M. Geldbuße evnoch einem Monat Zuchthaus verurtheilt. Wahr mag es sein, daß der Betriebsdirektor der Pinneberger „Union“ vom Standpunkte der Moral Mithelfer an dem Verbrechen an seinen Mitgründern gehabt hat, daß deshalb auch mildernde Umstände anzunehmen waren; aber hatte der 60jährige Seilermeister nicht auch einen moralisch Mitschuldigen an seinem Vergehen? Mögen sich die Herren Geschworenen an ihre Brust schlagen und sagen: „Herr, ich danke Dir, daß ich nicht bin wie jener „Betrüger“! — aber dennoch bleibt es wahr, daß die gesammte Gesellschaft, zu der doch die Herren Geschworenen auch gehören, eine Haupt-Mitschuldige des „Betrügers“ ist. Wenn man wegen der moralischen Mitschuld Anderer an einem Vergehen oder Verbrechen mildernde Umstände annimmt, so muß man dies bei jedem Vergehen oder Verbrechen thun, da es ohne moralische Mitschuld Anderer gar kein Vergehen oder Verbrechen giebt. Dies den Herren Geschwornen in hiesiger Stadt zur Beachtung; eigenthümlich aber ist es, daß man bei den betrügerischen Kaufleuten, die die Urkundenfälschung zum Zwecke ihrer Bereicherung vornahmen, mildernde Umstände annahm, während man sie bei dem Arbeiter, der betrog, um zu essen und zu schlafen, verweigerte. Das spornt zum Nachdenken über den Werth oder Unwerth der bürgerlichen Geschwornengerichte an.

Itzehoe-Heide. (An die Parteigenossen im fünften schleswig-holsteinischen Wahlkreise.) Angesichts der bevorstehenden Wahl zum deutschen Reichstage ist es unsere Pflicht, wollen wir Erfolge erzielen, uns zu organisiren, um tüchtig agitiren zu können; denn wir haben es mit zwei mächtigen Parteien zu thun — den Liberalen und der Landespartei. Parteigenossen! Wir ersuchen Euch: bildet allenthalben Wahlcomités und sucht durch Wort und Schrift in den umliegenden Orten zu agitiren. Vor allen Dingen aber ist es nothwendig, Geldmittel zu beschaffen — wir appelliren daher an Euren Opfermuth; sucht ferner Eure Freunde und Bekannte, wenn sie weiter nichts thun können, zu bewegen, ein kleines Opfer zu bringen. Uns stehen ja nicht, wie den Gegnern, Geldsack und sonstige Machtmittel zur Verfügung steht. Thut also Eure Schuldigkeit!

Im Oktober 1876.

Das Wahlcomité:
C. Kreuzberg, R. Schreck, J. Klassen,
in Itzehoe.
W. Off, H. Olde, W. Off,
in Heide.

NB. Gelder sind aus den Orten des Kreises Steinburg an J. Klassen, Tischler in Itzehoe, hinterm Sandberg bei Schuhmacher Rathjens, zu senden. — Aus den Orten Norder- und Süderdithmarschens sende man Gelder an H. Off in Heide, im Himmelreich. D. O.

Neuhof bei Warschau. (Warnung.) 36 Zimmerleute haben hier am 7. Oktober die Arbeit niedergelegt, weil ihnen der ausbedungene Lohn nicht ausgezahlt worden ist. Die meisten dieser Zimmerleute — sämmtlich Deutsche — sind durch die Dortmunder Union hierher nach Rußland geschickt worden, mit dem Versprechen, sie sollten pro Tag 15 Sgr. über den in Dortmund üblichen Lohn bekommen. Diese Zusage hat die ehrenwerthe Union aber nicht gehalten, weshalb die Arbeitseinstellung erfolgt ist. Der Lohn, welchen unsere so schmählich hintergangenen, in einem fremden Lande sich befindenden Kameraden bekommen, reicht kaum zum Leben hin, so daß dieselben fast gezwungen sind, betteln zu gehen. Es werden hiermit alle deutschen Zimmerleute vor solchen Verlockungen, im Auslande Arbeit zu nehmen, gewarnt. O. Kapell.

NB. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, Obiges aufzunehmen.

Zeitz, 11. Oktober. Am 26. August hatten wir eine gut besuchte Versammlung, in welcher Herr Zwiebler aus Magdeburg referirte. Als Tagesordnung war aufgestellt: Der Wahlaufruf liberaler Koryphäen. Nach Beendigung des trefflichen Vortrags, der sehr guten Anklang fand, wurde die Versammlung auf 10 Minuten vertagt. Es wurde darauf der Antrag aus der Versammlung gestellt, zur Deckung der Kosten eine Tellersammlung zu veranstalten. Der Vorsitzende ließ abstimmen und der Antrag wurde einstimmig angenommen. Darauf erhob sich das überwachende Organ der Polizei von seinem Sitze und — löste die Versammlung auf. Es ist merkwürdig, daß man in Zeitz die Tellersammlung nicht gestatten will, trotz des Obertribunalsbeschlusses, welcher dahin geht, daß die öffentlichen Sammlungen für Vereinszwecke oder zur Deckung der Kosten einer Versammlung nicht unter die Kategorie der Collecten zu rechnen seien, welche in Preußen die Genehmigung der Bezirksregierung erfordern. Der Commissar erklärte, daß er sich um den Obertribunalsbeschluß nicht kümmere, derselbe habe auch keine Giltigkeit für die Polizeibehörden der Provinz Sachsen. Sollten wirklich in der Provinz Sachsen noch Ausnahmegesetze bestehen?

Genossen! Es ist nun an der Zeit, daß wir uns trotz aller dieser Schwierigkeiten rühren, damit wir bei der bevorstehenden Reichstagswahl unseren Gegnern beweisen, daß wir uns kräftig fühlen, gegen dieselben in den Wahlkampf zu treten. Darum auf, Ihr Arbeiter, es ist nur noch kurze Zeit bis zur Wahl. Jeder muß seine Schuldigkeit thun.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Friedrich Langer.

(Anmerkung der Redaktion. Es ist allerdings richtig, daß die Polizeibehörden nicht unter dem Obertribunal stehen, daß sie vielmehr den Anordnungen der oberen Verwaltungsbehörden Folge leisten müssen. Wenn aber die Behörden sich von der bestehenden Rechtsanschauung leiten lassen — und das sollten

sie in ihrem eigenen Interesse thun — dann müßten sie auch nach den Intentionen des höchsten Gerichts handeln! Die Parteigenossen in Zeitz thun gut, mit Hinweis auf den Obertribunalsbeschluß sich zunächst bei dem Landrathsamt zu beschweren, dann bei der Regierung zu Merseburg, dann — wenn dies nicht hilft — bei dem Ministerium des Innern und schließlich beim preußischen Abgeordnetenhause in Form einer Petition wegen verletzten Rechts.)

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung . . . . . Mark	1.	50.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849	1.	50.
Bebel, A., Unsere Ziele. 5. Auflage	—.	25.
— — Reichstagsrede 1875 (Hülfskassengesetz)	—.	10.
— — Bauernkrieg	2.	—.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus	—.	60
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. In 5 Lief. à . . .	—.	75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848	2.	25.
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre	1.	—.
— — C. Fourier	—.	80.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. In 5 Lief. à	—.	60
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94	2.	—.
Becker, J. Ph., Wie und Wann?	2.	70.
— — Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift. (6 Jahrgänge, 1866—1871)	9.	—
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874	—.	20.
Bios, W., Unsere Preßzustände	—.	20
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866	—.	50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris	—.	40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793	—.	60
Bornstein, Religion und Sozialismus	—.	50.
Bracke, W., Der Lassalle'sche Vorschlag	—.	50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten	—.	15.
Bürgerkrieg in Frankreich	—.	25.
Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik Mark	—.	15.
Civilehegesetz	1.	—.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—.	20.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Sievers gegen Vogel v. Falkenstein	1.	—.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. 5 och. 40 Pf. gebd.	—.	60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Löbau und vor Gericht 1871	1.	25.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie	—.	15.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—.	15
Dietzgen, National-Oekonomisches	—.	05
— — Die bürgerliche Gesellschaft	—.	10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 5 Kanzelreden .	—.	20.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	1.	50.
Disstentengesetz	—.	20.
Donat, Dr. A., ABC des Wissens für die Denkenden. 2. Aufl.	—.	15.
— — Antwort an den Bekenner des Theismus	—.	10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten	—.	25.
Ecrarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals . .	—.	25.
Einkommensteuergesetz	1.	—.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—.	45
— — Die Bakunisten an der Arbeit	—.	15
— — Der deutsche Bauernkrieg	—.	50.
— — Soziales aus Rußland	—.	15.
— — Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	—.	10.
Erklärung an Herwegh	—.	10
Fränkel, L., Titanen und Pygmäen	4.	80.
Für und wider die Commune	—.	15.
Gedenkblatt an die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie auf dem Congreß zu Gotha 1875	1.	50.
— — Photographie (Kabinetsgr.)	—.	50.
Geib, A., Der Normalarbeitstag	—.	15.
— — Gedichte . . . . . gek. / broch.	—.	75. / —. 50.
Geiser, Die Forderungen des Sozialismus an Gegenwart und Zukunft	—.	50.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73	2.	—.
— — Nachtrag von 1873—76	1.	40.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)	1.	40.
Gewerbeordnung für das deutsche Reich	1.	50.
Gesindeordnung	1.	50.
Gespräch am Kachelofen	—.	50.
Hasenclever, Wilh., Lieder, Reden, Kampf (Gedichte) . . .	—.	40.
Hoyt, Freie Gedanken (Gedichte)	—.	10.
Heyner, Ad., Meine 5½jährige Leipziger Polizeicampagne .	—.	60.
Herr v. Treitschke, der Sozialistentödter, und die Endziele des Liberalismus	—.	25.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Assoziation 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit	—.	15.
— — Praktische Emanzipationsmittel	—.	15.
— — Die Organisation der Massen	—.	25.
Hülfskassengesetz, 3 Hefte, à 0,15 M.	—.	45.
Hirsch, Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin	—.	15.
— — die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation .	—.	50.
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)	—.	50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à	1.	—.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung	—.	20.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag . . .	—.	12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky	1.	25.
Krug, Schwarze Kabinette	—.	75.
Kreuzer, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)	—.	05.
— — Ceterum censeo (Gedicht)	—.	05.
Kunst und Sozialismus	—.	15.
Lange, Arbeiterfrage	4.	—.
Lassalle, F., Arbeiterfrage	—.	15.
— — Ueber Verfassungswesen	—.	20.
— — An die Arbeiter Berlins	—.	10.
— — Offenes Antwortschreiben	—.	05.
— — Fichte's Philosophie	—.	25.
— — Arbeiterlesebuch	—.	30.
— — Arbeiterprogramm	—.	10.
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter	—.	15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz	—.	30.
— — Die Feste, die Presse ꝛc.	—.	15.
— — Bastiat Schulze	—.	50.
— — Indirekte Steuern	—.	40.
— — Düsseldorfer Prozeß	—.	15
— — Düsseldorfer Assisenrede	—.	20.
Leben und Thaten des General Jaroslas Dombrowski (die Kämpfe der Pariser Commune) 1. u. 2. Heft, à . . .	—.	20.
Leipziger Hochverrathsprozeß.	8.	—.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz	—.	20.
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie .	—.	15.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen 2. Aufl. . .	—.	25.
— — Reichstagsrede 1874	—.	15.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.	—.	75.
Löbeck, E., die Vaterlandslosen (Novelle)	—.	75.
Lommel, Jesus von Nazareth	—.	30.
— — Johannes Huß	—.	30.
Luxus und Corruption. Von G. R.	—.	15.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.	—.	25.
— — Das Kapital. 2. Aufl.	9.	—.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte	1.	50.
— — Herr Vogt	4.	—.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.	1.	80.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.	—.	30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten . .	—.	60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:		
1. Heft: Gewerbeordnung	—.	25.
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz	—.	15.
— — Kapital und Arbeit	—.	50.
— — Bastille am Nötzensee	—.	60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.	—.	50.
— — Die Lösung der sozialen Frage	—.	40
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte	—.	40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen	—.	80.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman	8.	—.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle .	—.	75.
Photographien: Auer, Bebel, Bracke, Blos, Demmler, Dietzgen, Feuerbach, Geib, A. Göhs, Hasenclever, Hasselmann, Heyner, Engels, Heß, Herwegh, Hirsch, L. Jacoby, Lassalle, Lange, Liebknecht, Marx, Most, Motteler, Ph. Becker, Reimer, Bahlteich, Walster, York, Garibaldi, Blanqui, Courbet, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Leo Frankel, Marat, Millière, Raoul-Rigault, Rossel, Vaillant ꝛc.; in Visitenkartenformat	—.	25.
Photographien: Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit) . .	—.	25.
— — in Kabinetformat	—.	60
— — in Groß-Folio (Lassalle, York, Bebel, Liebknecht) . .	3.	—.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874	—.	25.
Protokoll des Stuttgarter Kongresses 1870	—.	15.
— — des Dresdener Congresses 1871	—.	20.
— — des Coburger Congresses 1874	—.	80.
— — des Gothaer Congresses 1876.	—.	80
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873	—.	20
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten . .	—.	25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur . . .	—.	50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes .	—.	80
Prozeß gegen Dr. H. Tauschinski und 31 Genossen in Graz wegen Religionsstörung und geh. soz.-dem. Verbindungen	—.	75.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland . . .	1.	—.
Rathgeber für Gewerbetreibende. . . . . . Mark	3.	50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen	—.	90.
„ Städteordnung	1.	40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen, 5 Hefte .	1.	80.
Rohleder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles	—.	30.
Röckel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim .	1.	—.
Ruh, Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit	—.	60.
Sauerteig, Für Männerchöre		
I. Bundeslied, 4stimmig m. Partitur 0,65, ohne Partitur	—.	45
II. Der wahre Mensch „ „ 0,55, „	—.	40.
III. u. IV. Republik u. d. Arbeitsmann 1,50, „	1.	10.
V. An Michel „ „ 0,75, „	—.	60.
VI Frühlingsgedanken „ „ 0,80, „	—.	60.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth. . .	—.	25
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage . .	—.	20.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder . . . . . geb. / broch.	—.	50. / —. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten . .	—.	20.
Sozialistische Theaterstücke.		
Nr. 1: Ein Schlagel (die Rolle zu 5 Expl. M. 1.50) à	—.	35.
Nr. 2: Preßprozesse (die Rolle zu 7 Expl. M. 1.40) à	—.	25
Nr. 3: Ein Opfer (die Rolle zu 20 Expl. M. 6.—) à	—.	40.
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls . . .	2.	50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation	—.	10.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich	1.	—.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie	—.	40.
Tschirch, Der Dessenator. Heft 1, 2, 3 à	—.	15.
Verfassung des deutschen Reiches	—.	75.
Vogel, Apotheken-Monopol	—.	60.
Volksstaat-Kalender für 1874	—.	25.
— — für 1875	—.	35.
Volksstaat-Fremdwörterbuch . . . . . broch. / gebd.	—.	50. / —. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen	1.	—.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze	—.	20.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften (4 Lief. à 60 Pf.) . .	2.	25.
York, Die industrielle Arbeiterfrage	—.	25.
Zimmermann, Pfaffenspiegel. 1. Bd.	1.	60.
Zeitgeist, Eine Studie	—.	25.

Vorstehende Preise gelten nur bei direktem Bezug, durch den Buchhandel bezogen 50% Aufschlag.

Briefkasten

der Redaktion. F. F. aus N. Am. in Halle: Bericht enthält nichts Bemerkenswerthes, — nicht aufnahmefähig. — H. J. v. H. in Bremen: Der betr. Fall ist in Berlin vorgekommen. — Hrn. P. Seidenschwan. Wir haben Ihnen die eingesandten Aktenstücke an die angegebene Adresse nach München gesandt, doch ist der Brief als unbestellbar an uns zurückgekommen. Wir bitten deshalb, uns Ihre jetzige genaue Adresse anzugeben.

der Expedition. Bößr Stuttgart: Das Buch von Dr. Bock erhalten Sie, sobald wir es vom Verleger bekommen; Herr Böhmert ist aber nicht mehr auf Lager. — Bambas Graz: Nr. 3 total vergriffen. — Schwarz Hönabrück: Die Schuld der unregelmäßigen Zustellung liegt nicht an uns, sondern an dortiger Postexpedition. — L. Theilig in Dresden: Von uns aus kann nichts geschehen, wir liefern an die Post im Gesammten die Expl. ab, doch haben wir Ihre Karte dem hiesigen Postamte zur Recherche übergeben.

Quittung. Fckrt hier Schr. 2,15. Hmbrgr Wien Ab. 3,59. W. Hlr Miskolcz Ab. 3,33. Klr hier Ab. 1,80. Arb.-Bild.-Ver. hier Ann. 2,00. Br. Cöln Ann. 2,50. Pfch Hannover Ann. 2,50. F. Drstr Linz Schr. 8,25. Fachverein der Metallarbeiter Wien Ab. 10,00. J. Franz Zürich Ab. 12,00, Schr. 25,00. Lnnthl Barghorst Schr. 3,78. Mres Kaiserswerth Ab. 1,20. E. Schld Straßburg Ab. 8,20. Khn Niederspaar Schr. 16,00. R. Lrgr Dresden Ann. 6,00, Schr. 25,00. Arbeiterverein Lindenau Ann. 0,60. Zimmergesellen-Krankenkasse Berlin Ann. 2,00. Grd Stötteritz Ann. 0,80, Ab. 4,80. Wind Essen Schr. 0,90. Fr. Engl Neudnitz Ab. 131,60. Mhlrt Rawitsch Schr. 3,80. W. Guthr Großenhain Schr. 30,00. Ptrn Admont Schr. 1,90. Lhm. Frankfurt Schr. 1,15. Bhrnbrck Hagen Schr. 16,50. Lstg Waldenburg Schr. 9,00. Brn. Heidenheim Ab. 12,00. F. Mtzner Aue Schr. 6,25. J. F. Jägerndorf b. Quittung i. Nr. 1 soll heißen: 6,20 Abon. 13,80 Schr.

Wahlfonds.

Von Ernst Lhm. Frankfurt a. M. 3,85 M.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Altona. Sonnabend, 21. Oktober, Abends 8½ Uhr, in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn J. Auer.

O. Reimer. [70

Berlin. Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 21. Oktbr., zu meinem 50jährigen Jubiläum ein Ball in der Sozietäts-Brauerei Bergmannstr. stattfindet, wozu ich ergebenst einlade. G. Hoppe,

ehemaliger Gewerksschreiber der Zimmer-Krankenkasse.

Billets sind zu haben in dem Cigarrengeschäft, Alte Jakobstr. 46, Neue Königstr. 6, Waßmannstr. 6, Anklamerstr. 45, Rüdersdorferstr. 11, Ritterstr. 108, Brangelstr. 125, in den Barbiergeschäften Ruppinerstr. 1, Woldemarstr. 2, Grünerweg 21, und in der Restauration Adalbertstr. 13. Herren-Billets kosten 50 Pf. Damen-Billets 25 Pf. An der Kasse Herren-Billets 75 Pf. (F40) [330

Berlin. Die diesjährige

Herbst-Generalversammlung

der

Zimmerer-Gesellen-Kranken-, Sterbe- und Invaliden-Kasse

findet am

Sonntag, den 22. d. Mts., Vormittags 9 Uhr

Bundeshalle, Schmiedel's Lokal, Wallner-Theaterstraße 15

statt, wozu die Mitglieder hierdurch eingeladen werden. — Nur gegen Vorzeigung des Auflage-Buches kann der Eintritt gestattet werden.

Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht. 2) Invaliden-Aufnahme. 3) Wahl zweier Ausschuß-Mitglieder. 4) Verschiedenes.

(F40) **Der Vorstand** [200

der Zimmergesellen-Kranken-, Sterbe- u. Invaliden-Kasse.

Cöln. Sonntag, d. 22. Oktbr, Morgens 10½ Uhr, im Lokale des Herrn J. Erkelenz, Kammergasse 18:

Volksversammlung.

Tagesordnung: 1) Die verschiedenen Tagesmeinungen. 2) Verschiedenes. (F62) M. Gindler. [50

Cöln. Arbeiter-Liedertafel.

Sonntag, den 22. Oktbr., im Lokale des Herrn Basten, Bierbrauerei „Im verlornen Sohn", Buttermarkt 32:

Musikalische und humoristische Abendunterhaltung

zu deren Besuch ergebenst einladet. Entré à Person 15 Pf. Anfang 7½ Uhr. Der Vorstand. [60

Frankfurt a. M. Buchbinderverein. [60

Die Versammlung vom 7. Oktober erklärte den Ausschluß des Herrn Ignaz Frankel für unrichtig, da der Ausschluß vom Vorstande ausgegangen und die Versammlung nicht damit einverstanden war. Nachdem diese Angelegenheit vollständig geordnet ist, so wird Hr. Frankel nach wie vor von unsrer Seite als Mitglied betrachtet.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Vorsitzender: R. Willecke, Preußergäßchen 10, 2. Etg.; Gewerkschaftskassirer: Fr. Wuttke, Schützenstraße 4, 3. Etg. — Reisegeld zahlt Wuttke von 12—1 Uhr Mittags und von 6 Uhr Abends ab aus. — Krankenkassirer: E. Beyer, Sebastian-Bach-Straße 49 b. [50

Leipzig. Commission zur Begründung eines gemeinsamen Verkehrslokals.

Sonntag, Abends 7 Uhr: Besprechung im Arbeiter-Bildungs-Verein.

Der Vorstand. [40

Leipzig. Arbeiter-Bildungs-Verein.

Sonnabend: Vortrag von W. Liebknecht. [30

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Sonnabend, d. 21. Oktbr., Abends 8 Uhr, bei Jul. Menzel, Täubchenweg: Vortrag und Gewerkschaftliches. D. V. [30

Lindenau. Arbeiterverein.

Freitag, den 20. Oktober, Abends ½9 Uhr:

Oeffentliche Vereinssitzung

in der „Erholung". Da wichtige Angelegenheiten besprochen werden sollen, ist es nothwendig, daß die Mitglieder vollzählig erscheinen.

(F202) Der Vorstand. [90

Sitzung des Leipziger Zeitungsvereins

Freitag, den 20. Oktbr., im Arbeiter-Bildungsverein. Die Wichtigkeit der beabsichtigten Berathung erfordert zahlreiches Erscheinen.

Geiser, Vorsitzender. [40

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern der **Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei** in **Berlin** (Eingetragene Genossenschaft) zur Nachricht, daß in der außerordentlichen Generalversammlung am 28. Septbr. d. J. der § 29 des Statuts geändert wurde.

Derselbe lautet demnach nun, wie folgt:

„Alle statutengemäß erforderlichen Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen erfolgen in der zu Berlin erscheinenden Zeitung „Berliner Freie Presse" und in der zu Leipzig erscheinenden Zeitung „Vorwärts" und sind damit für alle Betheiligten rechtsverbindlich."

Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Der Vorstand:

F. W. Fritzsche. Fr. Wilke. Heinr. Radow. [160

Die Verlobung ihrer Tochter ALICE mit Herrn BRUNO GEISER von Breslau zeigen hiermit an

Leipzig im Oktober 1876.

W. Liebknecht und Frau.

Alice Liebknecht
Bruno Geiser
Verlobte. [210

Restaurations-Eröffnung.

Allen Parteigenossen zur Nachricht, daß wir am heutigen Tage **Engelsbostelerdamm 60**, in der **Schweizerhalle**, eine Restauration eröffnet haben, und bitten bei reeller Bedienung mit guten Speisen und Getränken um geneigten Zuspruch.

Hannover, 15. Oktober 1876. (F160) [240

Gebrüder Bausch.

Protokoll des Sozialisten-Congresses

zu Gotha

vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. **Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.**

Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Für Sachsen.

Bei uns sind zu haben:

Formulare zur Anmeldung von Versammlungen.

12 Stück 30 Pf. Kreuzband-Porto 10 Pf.

Diese Formulare, welche zu Volks-, Vereins-, Wähler-, Sozialisten- ꝛc. Versammlungen zu benutzen sind, werden entsprechend ausgefüllt, unterschrieben und bei der betr. Behörde eingereicht.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Farberstraße 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3d Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Laufermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baubitz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 10. Sonntag, 22. Oktober. 1876.

„Vorwärts!"

Vorwärts! vorwärts! heißt die Losung,
Welche unser Banner schmückt!
Vorwärts gegen jede Fessel,
Welche noch die Menschheit drückt;
Vorwärts, daß auf dieser Erde
Stolz der Dom der Freiheit stehe,
Vorwärts, daß auf jedem Berge
Wahrer Freiheit Banner wehe!

Nieder drum mit dem Betrüger,
Der den Geist in Fesseln schlägt,
Der die Giftsaat blinden Glaubens
In der Jugend Herzen legt,
Der das Fundament der Freiheit
Aller Orten unterwühlt
Und mit seinem Trug vom Himmel
Armem Volk die Erde stiehlt!

Laßt das Licht des Geistes strahlen,
Daß die Herzen es durchglüht
Und die reine Menschenliebe
Ueberall auf Erden blüht!
Daß kein finstrer Haß die Völker
Fürder von einander trennt,
Daß man gern in jedem Menschen
Seinen Bruder anerkennt.

Nieder mit dem schnöden Wuch'rer,
Der für Noth kein Mitleid fühlt,
Der, im Müssiggange schwelgend,
Jede Frucht des Fleißes stiehlt,
Der in marmornen Palästen
Sich auf seidnem Kissen wiegt,
Wenn auf faulem Stroh in Hütten
Dort der Mann der Arbeit liegt.

Freie Männer, keine Knechte,
Jedem Theil an dieser Erd',
Gleiche Pflichten, gleiche Rechte,
Jedem Mann sein eigner Herd —
Dies das Ziel, wofür wir ringen,
Ringen, bis wir es erreicht,
Bis einst aus zerstörter Knechtschaft
Stolz der Freiheit Sonne steigt!

Mitten im Wahlkampfe

für das preußische Abgeordnetenhaus befinden sich die anderen Parteien; selbst die bürgerlich-demokratische macht gewaltige Anstrengungen, allerdings nur in der einen Stadt, in welcher für sie Aussicht auf Erfolg ist, in Frankfurt am Main; ihre gewaltigste Waffe gegen den nationalliberalen Lasker ist das hochtönende Wort: „Wir wollen nur Frankfurter wählen", welches Herr Sonnemann in einer Wählerversammlung als Brandfackel in die „Massen" schleuderte. Man sieht, wie weit es auch mit dieser Partei gekommen ist, die doch der Sozialdemokratie am Nächsten steht. — Wir hoffen, ja wir wünschen es, daß sich die besseren Elemente aus dieser sterbenden Partei loslösen mögen, daß sie zu uns kommen, damit sie nicht von ihrer jetzigen niedersinkenden Partei begraben werden.

Nur die Sozialdemokratie steht Gewehr bei Fuß den gegenwärtigen Wahlkämpfen theilnahmslos gegenüber.

Was soll eine Partei sich auch Mühe geben, wenn sie weiß, daß bei dieser Wahlbewegung selbst in agitatorischer Hinsicht keine Vortheile zu erringen sind? Was soll sie die Arbeiter zum Wählen auffordern, da sie weiß, daß die Stimmen der Bourgeoisie nicht gezählt, sondern gewogen werden, daß, wenn der Großgrundbesitzer eine Stimme abgiebt, das Gebrüll seiner Ochsen diese Stimme hundertfältig macht; daß, wenn der Bankier eine Stimme abgiebt, sie im Glanze seiner Zwanzig-Markstücke abertfältig zurückgespiegelt und in die Wahlliste eingetragen wird; daß, wenn der Fabrikant eine Stimme abgiebt, der Hunger und das Elend seiner Arbeiter diese eine Stimme derart vervielfältigt, daß der Arbeiter selbst bei solcher Wahl schließlich recht- und machtlos dasteht?

Die Urwahlen sind vorüber — die Wahlbetheiligung war sehr gering, am Geringsten in allen den Gegenden, wo die Arbeiter auf den Ruf der Sozialdemokratie horchen.

Die Wahlmänner treten den 27. d. M. zusammen, um die Abgeordneten zu wählen. Wer nun weiß, welche Manöver da spielen, welche Attaquen da gemacht werden, um einen oder den andern Wahlmann, der keine oder doch nur eine sehr wankelmüthige und unsichere Gesinnung hat, in ein anderes Lager zu locken, ja, wer diese Spiele kennt, der wird sicher vom Ekel befallen über das indirekte Wahlsystem.

Auch deshalb steht der Sozialdemokrat Gewehr bei Fuß und blickt mit Verachtung auf solch schmutziges Spiel.

Doch bald schon wird „Gewehr auf!" commandirt; bald schon hallt der Kampfruf durch die deutschen Gauen, der auch die Arbeiter auf den Wahlplan zwingt.

Auf! zu den Reichstagswahlen!

Wenngleich wir wohl wissen, daß der deutsche Reichstag, so lange er das Gegengewicht des Bundesraths und des deutsch-preußischen Militarismus hat, von keinem wesentlichen Belang ist für die Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland, so sind dennoch die Reichstagswahlen von großer Wichtigkeit auch für uns, zunächst deshalb, weil sie das arbeitende Volk unter einer gemeinsamen Fahne sammeln, unter der Fahne, welche in den Kampf getragen wird gegen Klassenvorrechte und Unterdrückung, gegen Ausbeutung und gegen Demoralisation, mit einem Worte unter der rothen Fahne, die als Symbol der Menschenrechte dem Proletariat aller Länder voranweht.

Dann aber noch ist es von weiterer Wichtigkeit, daß die gewählten Abgeordneten der Arbeiter im deutschen Reichstage die Stätte finden, wo das freie Wort noch nicht verpönt ist, wo man das Schwarze schwarz und das Weiße weiß nennen darf. Und weil die Wahrheit besonders in Bezug darauf, wie das Volk aus den Banden des Druckes und des Elendes zu erlösen sei, von Niemanden anders, als von dem Sozialismus ausgesprochen werden kann, so ist es gut, daß diese Wahrheit an jener Stätte von den Arbeiterabgeordneten gesagt werden darf und gesagt wird.

Von dem deutschen Reichstag also erwarten wir keine direkte Hilfe für das arbeitende Volk, jedoch sollen die Wahlen zu demselben und das Verhalten der Arbeiterabgeordneten in demselben das Volk sammeln und anspornen zur Gemeinsamkeit und aufklären über die Wege, welche es gemeinsam zu wandeln hat.

So sind die Wahlen und auch der Reichstag selbst gute Agitationsmittel für die sozialistische Partei, sie bringen Fluß in die Massen, sie regen auf, sie feuern an — sie helfen Männer heranbilden, auf deren Handeln und Streben die Zukunft ruht.

Deshalb wollen auch wir, nachdem die braven Klassenvertreter ihre Wahlen zum preußischen Landtage vollzogen haben, das Gewehr schultern und in geschlossener Reihe in den Wahlkampf hineinmarschiren.

Ein tausendfacher begeisterter Ruf: Vorwärts! soll unsere Losung sein.

Der französische Arbeitercongreß.

IV.

Paris, 15. Oktober.

Die Commissionsberichte des französischen Arbeitercongresses haben kurz folgenden Inhalt:

1) Frauenarbeit (Referent: Fräulein André). Der Bericht spricht sich gegen die völlige Abschaffung der industriellen Frauenarbeit aus, da Frankreich mit dem Ausland sonst nicht mehr concurriren könnte. Hingegen ist die Arbeit von Frauen in der Großindustrie gesundheitswidrig und unmoralisch. Die Syndikatskammern der Arbeiterinnen sollten das Recht haben, die Werkstätten, in welchen junge Mädchen beschäftigt werden, zu überwachen. Als wünschenswerth wird ferner die Beseitigung oder die tarifmäßige Bezahlung der weiblichen Gefängnißarbeit, sowie die Einführung einer billigen mechanischen Kraft zum Treiben der Nähmaschinen bezeichnet. Dies sind jedoch lediglich Wünsche der Commission; ihre bestimmten Anträge sind folgende: 1. Sofortige Gründung von Syndikatskammern der Arbeiterinnen. 2. Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich. 3. Gesetzliches Verbot der Nachtarbeit. 4. Gleiche Bezahlung derselben Arbeit, ob sie von einem Mann oder von einer Frau gethan worden ist. 5. Abschaffung der Lohnarbeit in den Elementar- und Abendschulen. 6. Anwendung des Gesetzes über die Kinderarbeit auf die Klöster, Gefängnisse, Industrieschulen, Waisen- und Rettungshäuser, unter Festsetzung des Minimalalters auf 13 Jahre, der Maximalarbeitszeit auf sechs Stunden, mit zwei Pausen. 7. Gründung von confessionslosen Industrieschulen, die mit den clericalen concurriren und den Gewinn unter die Schülerinnen vertheilen. 8. Gründung von Vereinen zur Festsetzung und Vertheidigung von Tarifen für Stückarbeit. 9. Gründung eines Vereins zum Schutze der Jugend. Diese Anträge werden unter Beifall angehört und einstimmig angenommen.

2. Syndikatskammern. (Berichterstatter Charvet aus Lyon.) Abschaffung der Artikel 291—294 des Strafgesetzbuchs (Beschränkungen des Coalitionsrechts), sowie aller sonstigen Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes. (Angenommen.)

3. Prudhommes — gewerbliche Schiedsrichter und Sachverständige. (Duffau aus Bordeaux.) 1. Den Prudhommes soll zustehen: die Codificirung des gewohnheitlichen Gewerberechts; die Ueberwachung der Lehrlingscontracte, der Fabrikordnungen, Bergwerks- und Beamten-Reglements. 2. Jeder Arbeiter, der das politische Wahlrecht hat, soll auch das zu den Prudhommes besitzen; zum passiven Wahlrecht sollen nur ein Alter von 25 Jahren und 3 Jahre aktiver Gehilfenzeit erforderlich sein. 3. Vermehrung der Zahl der Prudhommes, nach Bedarf. 4. Unentgeltlichkeit der Justiz vor den Prudhommes. 5. Errichtung von mindestens einem Gewerberath in jedem Canton. 6. Volle Selbstverwaltung der Gewerberäthe bezüglich ihrer inneren Angelegenheiten. 7. Freie Wahl ihres Bureaus. 8. Diäten für die Prudhommes. 9. Gesetzliche Kraft und Vollstreckbarkeit ihrer Entscheidnngen, wenn nicht appellirt wird. 10. Errichtung eines Appellgewerberaths für Sachen über 500 Francs. 11. Recht der Gewerberäthe, Sachverständige zu befragen. 12. Dreijährige Wahlperioden. 13. Recht der Prudhommes, ihre Vorstände zu wechseln. 14. Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen. 15. Absetzbarkeit und Verantwortlichkeit dieser Richter. (Angenommen.)

4. Lehrlingswesen und Fachschulen. Ein erster Bericht vom Delegirten Finance wird, weil vom Standpunkt der positivistischen Religion aus verfaßt, vom Congreß verworfen. Eine neue Commission wird sofort ernannt, die durch ihren Referenten Desmoulins noch während der Sitzung neue Resolutionen vorschlägt: Trennung von Schule und Kirche. Obligatorischer, unentgeltlicher, confessionsloser Volksunterricht, Fachschulen aus Staatsmitteln; Verbesserung der Lehrergehälter. (Angenommen.)

5. Arbeitercandidaturen. (Albert aus Lyon.) 1. Aufhebung jeder Domizilbeschränkung für das Wahlrecht. 2. Wiedereinführung des Listensystems. 3. Einsetzung von Arbeitercomités (der Bericht nennt sie Juries — Schwurgerichte) zur Prüfung der Arbeitercandidaten. 4. Gründung eines sozialistischen Blattes behufs Verständigung zwischen den Arbeitern von Paris und der Provinz. Ernennung eines Ausschusses durch den Congreß behufs Ermöglichung dieses Blattes. (Angenommen.)

6. Genossenschaftswesen. (Dupire.) Das Kapital der Produktivgenossenschaften soll unpersönlich, untheilbar und unveräußerlich sein. Es soll keine Dividende vertheilt, sondern der Gewinn zur Errichtung von Arbeiter-Unterstützungskassen verwendet werden. Die Genossenschaften sollen ihre verschiedenen Produkte gegen einander austauschen. Volle Vereins-, Versammlungs- und Discussionsfreiheit. Ersetzung der gegenwärtigen Steuern durch eine einzige proportionirte (progressive) Einkommensteuer. (Angenommen.)

7. Alters- und Invalidenkassen. (Harry.) Nicht der Staat, sondern die Arbeitersyndikate sollen diese Institute gründen, und dieselben sollen unter sich in Verbindung stehen. (Angenommen.)

8. Landwirthschaftliche Genossenschaften. (Fuziller.) Gründung von ländlichen Arbeitervereinen, Bibliotheken und Gewerberäthen. Propaganda unter den Landleuten durch Vorträge und Schriften. (Angenommen.) Eine von Thevenet verlesene Adresse an die Landarbeiter wird gut befunden und soll gedruckt werden.

Der Bericht über den französischen Arbeitercongreß ist nun beendigt. Auf die einzelnen Punkte einzugehen, halten wir nicht für geboten; dieselben sind entweder an sich klar, oder ihr Hauptinteresse besteht in der Thatsache, daß sie auf dem Pariser Congreß zur Sprache gekommen sind. Ueber die Bedeutung des Congresses selbst haben wir unsere Ansichten zur Genüge entwickelt.

Wir wollen hier nur noch zwei Urtheile von competenter Seite registriren.

Leo Frankel, Mitglied der Pariser Commune, schreibt in der Budapester „Arbeiter-Wochenchronik":

„Es sind kaum fünf Jahre verstrichen, seit Paris, dieses „entartete" Paris, die Welt in Staunen und Schreck versetzte, wie sie zuvor — in demselben Maße wenigstens — nie empfunden haben mag. Es war damals das erste Mal, daß die arbeitende Klasse die Zügel der Regierung in die Hände nahm, aber auch zum ersten Mal, daß sie sich vollkommen bewußt war, daß sie von keiner Partei als von der Arbeiterpartei eine Neuschaffung des sozialen Lebens zu erwarten habe. Die Commune, diese legale Regierung des Pariser Volkes, denn sie wurde durch die überwiegende Majorität der Wahlberechtigten in's Leben gerufen, mußte selbst den blindesten Politikern zeigen, daß eine Veränderung des politischen Systems, eine Veränderung der Regierungsform an sich allein, die menschliche Gesellschaft nicht befriedige, wenn nicht zugleich die Bedingungen geschaffen werden, unter welchen sich die ökonomische Befreiung der Arbeiter vollziehen könne. Paris wußte, daß die politische Gleichheit nichts als eine Phrase sei, so lange die soziale Ungleichheit aufrecht erhalten bleibt, und proklamirte daher die Commune. Diese sollte als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf welchen unsere Klassengesellschaft besteht. Kein Wunder daher, daß sich die gesammte herrschende Klasse gegen eine Regierung verschwor, welche die Verwandlung der Arbeit Vieler in den Reichthum Weniger für künftighin durch genossenschaftliche Produktion verhindern wollte; welche es den Kapitalisten unmöglich machen sollte, von „Entbehrungslohn" und „Risikoprämien" zu leben, wie sie den nicht bezahlten Schweiß der Arbeiter benennen, den sie vergoldet in ihre Taschen schieben, und welche an die Stelle der Pfaffen, dieser Verdummungsmacht unserer Jugend, den Schullehrer setzte. Kein Wunder daher, wenn dieses gesammte Schmarotzerthum, welches beim Anblick der rothen Fahne, dieses Symbols der Arbeiter-Republik, welche über dem Stadthause wehte, wie Fledermäuse beim Tagesanbruck, nach allen Seiten hin sich flüchtete, wieder freudig aufjauchzte, als die Armee von Versailles in Paris einrückte und die Commune in Blut erstickte. — Man irrte sich aber, wenn man annahm, daß mit den Tausenden und Abertausenden von Arbeitern (unter denen es auch nicht an Kopfarbeitern fehlte), die in den Tod, in die Gefangenschaft, in's Exil getrieben wurden, man auch den Sozialismus und Materialismus aus dem Herzen Frankreichs vertrieben habe. — Die Pariser (und überhaupt die französischen) Arbeiter überlassen den Himmel heute, wie ehedem, den Engeln und den Spatzen; sie begnügen sich nicht für die auf dieser Erde gehabte Mühe mit Anweisungen auf das Haus „Jenseits", sondern fordern den Lohn ihrer Arbeit schon in diesem Leben. Dies ging auch klar aus den Reden hervor, welche auf dem in Paris stattgehabten Arbeitercongreß, an welchem sich 250 Delegirte von Paris und 99 von den Provinzen betheiligten, gehalten wurden. Wir dürfen an diesen Reden allerdings nicht diejenige Kritik üben, die wir unter anderen Umständen berechtigt, ja sogar zu üben verpflichtet wären, weil wir nicht vergessen, daß Paris, Lyon, wie überhaupt alle industriellen Städte Frankreichs Jahre lang unter dem Belagerungszustande zu seufzen hatten, wodurch es den Arbeitern unmöglich gemacht wurde, sich zu versammeln, sich über die Lage aufzuklären und gegenseitig zu belehren. Dessenungeachtet kann man aus den Reden ersehen, daß das Klassenbewußtsein dennoch immer rege geblieben ist."

Frankel führt dann die Reden Prost's und Chabert's an, von denen erstere sagte: „Die Bourgeoisie hat die höchsten Stellen der Gesellschaft in Besitz genommen und drückt die Pro-

letarier nieder, wenn sie sich aufschwingen wollen, obwohl die Bourgeois ohne die Arbeiter weder ein Stück Brot zu essen noch ein Kleid zu tragen hätten; die Arbeiter dürfen sich in der Gesetzgebung nicht länger durch ihre Feinde vertreten lassen"; und Chabert: „Man klagt uns an, wir wollten die Klassen wiederherstellen; aber die Klassen, die man 1789 beseitigt glaubte(?), bestehen noch immer. Das Proletariat bildet noch immer eine besondere Klasse in der Nation. Es ist wahr, daß sich die herrschenden Klassen mitunter zu uns herablassen und uns ihren Schutz anbieten, aber wir weisen diese Vormundschaft zurück, wir fühlen uns fähig, aus eigener Initiative zu handeln und unsere eigenen Interessen zu vertheidigen."

Das ist deutlich gesprochen.

Von einem andern Mitglied der Pariser Commune — einem im Exil lebenden Pariser Arbeiter — wird uns geschrieben:

„Der Congreß hat einen herrlichen Verlauf genommen. Die Schwätzer, Systemmacher und Prinzipienreiter haben natürlich nicht gefehlt, aber sie haben keinen Schaden anzurichten vermocht. Kein Zweifel mehr: das französische Proletariat marschirt auf dem richtigen Weg, auf dem Weg, den die Vernunft, das Klassenbewußtsein und die revolutionären Erinnerungen vorzeichnen. Der furchtbare Aderlaß von 1871 hat geschwächt, aber nicht entmannt. Noch einmal: Der Pariser Arbeitercongreß ist ein großes Ereigniß, das unsere kühnsten Hoffnungen übertroffen hat."

So unser Freund. „Der furchtbare Aderlaß hat geschwächt, aber nicht entmannt" — das vergossene Blut hat sich zum Theil wieder ersetzt, bald wird es vollständig ersetzt sein, und zu der neugewonnenen Kraft kommen die neugewonnenen Erfahrungen. Das Wort: „Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen", gilt nur zur Hälfte von den Arbeitern. Das Proletariat vergißt nichts, aber es lernt.

Politische Uebersicht.

— Der Reichstag ist auf den 30. d. M. einberufen. Wir glauben nicht fehlzugehn, wenn wir sagen, daß seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten der Versuch gemacht werden wird, die jetzige politische Lage Europas zur Debatte zu bringen und über die von der Reichsregierung eingehaltene Politik Aufschlüsse zu erlangen. Es ist wohl noch niemals vorgekommen, daß ein großes Volk wie das deutsche in einer Krisis wie die gegenwärtige von seiner Regierung so vollständig im Dunkeln gelassen, gleichsam mit verbundenen Augen einer Entscheidung zugeführt wird, bei welcher es sich nicht blos um die wichtigsten materiellen Interessen, sondern geradezu um die politische Existenz handelt.

— Briefstieberei. Unter der Ueberschrift „Das Facsimile Ledochowski's (S. Nr. 2 des „Vorwärts") enthält die in Berlin erscheinende „Deutsche Post" (ein Blatt für Postbeamte) einen interessanten Artikel, welchem wir Folgendes entnehmen:

„Die Thatsache ist nunmehr constatirt, daß die Oberpostdirektion in Bromberg den Postbeamten ihres Bezirks ein lithographirtes Facsimile der von des Grafen Ledochowskis Hand geschriebenen Adresse des an den Probst Brenk gerichteten Briefes zugestellt und sie angewiesen hat, die diese Handschrift tragenden Briefe in Zukunft sofort an die Staatsanwaltschaft einzusenden. Wir waren anfangs geneigt, diese Nachricht für eine des thatsächlichen Hintergrundes entbehrende zu halten, aber leider ist sie wahr, und zwar, wie die in Rede stehende Ober-Post-Direktion annimmt, durch den „Vertrauensbruch" eines Beamten publik geworden. . . . . Wir bedauern", heißt es weiter, „diese Maßnahme im Interesse der Post und ihres guten Rufes, denn die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses muß ihr höher stehen als staatsanwaltliche Wünsche."

— Ueber eine neue Briefstieberei schreibt der Schriftsteller W. Koch in Ehrenfels: „Die Geschichte wegen Verletzung des Briefgeheimnisses ist folgende: Herr Buchhändler Ed. Groppe in Trier zeigte mir am 12. Juni 1876 ein Schreiben des Privatsekretärs Carl Cronymus in Prüm, der sich beklagte, die Broschüre: „Der Pascha" von Bolanden (sie war damals noch nicht confiscirt) nicht erhalten zu haben und ein zweites Exemplar unter Couvert sich erbat, um dasselbe nicht abermals in die Hände des Postpaschas in Prüm (wie er schrieb) gerathen zu lassen. Cronymus hatte von dem Stadtsekretär Michels in Prüm erfahren, die Schrift sei mit dem Vermerk: „Zur Durchsicht" dem Bürgermeister von der Post übergeben und der Kreuzbandstreifen verbrannt worden. Michels hat dies auch eidlich ausgesagt, wie mir der Instruktionsrichter in Cöln dies vorgelesen hat. Der Postmeister Arimond in Prüm stellte anfangs die Sache in Abrede und wollte sie als Scherz behandeln. Der Bürgermeister hat die Schrift nicht herausgegeben. Ich wurde deshalb in die Sache verwickelt, weil ich — ehe ich dieselbe in der „Frankfurter Zeitung" publiziren wollte, auf offener Karte bei dem Erznationalliberalen und Culturkämpfer, dem Postmeister Arimond in Prüm, anfragte. Derselbe klagte. Er lügt, die Schrift sei durch ein Versehen in die Hände der Ortspolizei gerathen, was aber nicht der Fall ist, da der Vermerk „Zur Durchsicht" dies widerlegt. Cronymus behauptet, daß Arimond dies geschrieben; amtlich ist es noch nicht festgestellt, doch habe ich Schritte beim Zuchtpolizeigericht in Trier gethan, um dies zu ermitteln. Der Privatsekretär Cronymus in Prüm hat mich ermächtigt, dies Alles zu publiziren, da es nackte Thatsache ist, und er tritt für Alles ein.

Ferner theile ich Ihnen mit, daß mir in diesem Jahre 18 als Manuscript gedruckte und an diverse Zeitungsexpeditionen gerichtete Novellen auf der Post abhanden gekommen sind."

Nicht wahr — es war doch kein schlechter Witz, die Geschichte von der Sicherheit der Briefe auf der Post — „wie die Bibel auf dem Altar?!" Ein vortrefflicher Mensch — Se. Vortrefflichkeit der Herr Generalpostmeister!

— Die „moralische" Eroberung von Elsaß-Lothringen geht den Krebsgang. Man schreibt nämlich dem „Hamburgischen Correspondenten" aus Straßburg:

„Die Zahl der eingewanderten Deutschen schmilzt durch Wiederauswanderung täglich zusammen, und die noch Zurückgebliebenen haben sich längst von der Unmöglichkeit überzeugt, unter den obwaltenden Umständen eine Stellung zu erringen, wie man sie in der ersten Zeit nach 1870—71 und zumal drüben im rechtsrheinischen Deutschland allgemein für selbstverständlich gehalten hat. Der Wahlspruch der hier allein begünstigten sogenannten „elsässischen Elsässer": „Alles für uns, nichts für die Deutschen!" wird bald eine vollständige Wahrheit geworden sein. Auch im Aeußern wird unsere Stadt mit jedem Tage wieder französischer; kommen doch die im Jahre 1872 in dem ersten, seitdem längst erlahmten nationalen Eifer der Behörde glücklich beseitigten französischen Straßennamen des „deutschen" Straßburg einer nach dem andern wieder zum Vorschein; schon heißt die Bahnhofsstraße wieder Rue de la gare, die Langgasse Grande rue, die Kettengasse Rue de la chaine, die Kaufhausgasse Rue de la Douane ꝛc., und wo ein Eckhaus frisch getüncht wird, da versäumt der französisch gesinnte Hausbesitzer nicht, die alte französische Straßenaufschrift neu wieder aufkleben zu lassen."

Das deutsche Reich glaubt darauf verzichten zu können, die Elsaß-Lothringer durch ehrliches Entgegenkommen mit der Thatsache der Annexion zu versöhnen; es entfremdet sie viel eher dem „deutschen Vaterlande", als daß es sie ihm nähert; das ist Bismarck'sche Politik, Bismarck'sche Genialität.

— Ein durchgebrannter Sparapostel. Aus Großenhain melden dortige Blätter, daß am 11. Oktober der Kassirer des Vorschuß- und Creditvereins, Stadtrath Otto Franke nach Dresden abgereist und zu der Kassenrevision, welche an demselben Tage stattfinden sollte, nicht zurückgekehrt war. Die an dieses Wegbleiben geknüpften Befürchtungen wurden um so lebhafter, als zwei nach Dresden gereiste Direktorialmitglieder mit der Kunde zurückkehrten, daß sie dort von dem Vermißten keine Spur gefunden hätten. Daher durfte es nicht Wunder nehmen, daß die Generalversammlung am 12. Oktober von 216 Mitgliedern besucht war, während sonst kaum 50 zugegen waren. Die Stimmung der Versammlung war selbstverständlich eine sehr bewegte. Dieselbe mußte sich jedoch mit der Mittheilung begnügen, daß ein genaues Ergebniß nicht habe festgestellt werden können, da die Geschäftsbücher vorerst für den Monat September noch nicht abgeschlossen vorgefunden worden seien; vor der Hand vermisse man die Buchung einer Einnahmepost von ca. 25,000 Mark, Erlös für im Monat September verwerthete Effekten, doch sei von dem Kassirer eine Caution von 3000 Mark vorhanden, außerdem wären bei ihm auch verschiedene zu seinem Privateigenthum gehörige Werthseffekten vorgefunden und auf diese sowohl als auf das gesammte Privatvermögen Franke's Arrestbeschlag gelegt worden. Ueber Franke ist schließlich in Erfahrung zu bringen gewesen, daß er am 10. Oktober auf dem böhmischen Bahnhofe in Dresden gesehen worden ist, sowie daß er bei einem Dresdener Bankhause österreichische und englische Münzen im Betrage von ca. 10,000 M. gegen Werthpapiere eingewechselt hat. Welche Gelder und Werthpapiere er sonst noch mit auf die Reise genommen hat, läßt sich nicht übersehen, und entzieht sich sonach die Gesammtsumme der dem Vereine zugefügten Schädigung noch jeder Berechnung.

— Seit dem 1. Oktober d. J. erscheint in Düsseldorf ein neues Parteiblatt: „Düsseldorfer Volksfreund". Wir wünschen ihm einen großen Abonnentenkreis.

— Ein urlangweiliges Philisterthum sucht sich seit zehn Jahren Eingang bei den deutschen Arbeitern zu verschaffen. Nachdem nämlich Schulze-Delitzsch, der Exkönig im sozialen Reich, in die Rumpelkammer geworfen, bemühen sich die Duncker-Hirsch-Nathan Schlesinger und Consorten, die „Harmonie" zwischen Kapital und Arbeit herzustellen, die Harmonie, welche eigentlich nach ihrer Aussage gar nicht gestört ist. Sie gründen Gewerkvereine, in welchen die Kassirer auskneifen, sie halten Reden vor einigen Dutzend Arbeitern, wobei die Mehrzahl, wie in der Kirche, einschläft, sie schimpfen auf die Sozialdemokraten, weil letztere keine langweiligen Philister sind, und faseln vom „Rückgang" der Sozialdemokratie, während sie aus Furcht vor derselben in's Mäuselöchlein kriechen.

Die letzte Nummer des vom braven Märchen und von lustigen Nathan Schlesinger herausgegebenen „Gewerkverein" weicht nun von den früheren urlangweiligen Nummern in etwas ab, indem sie einige überaus lustige Geschichten enthält, die wir unseren Lesern mittheilen wollen. Zunächst finden wir einen Leitartikel von Nathan, nicht dem „Weisen", sondern von Nathan, dem „Würgengel", dessen schnapsseliger Ruf: „Jude Hepner, ich erwürge Dir!" noch manchem ein Grausen verursacht. Der besagte schwülstige Leitartikel handelt von dem vierten Verbandstage der Gewerkvereine und die Quintessenz desselben ist, daß es ein gutes Omen sei, daß der Verbandstag in Breslau abgehalten werde. Breslaus Universität, seine vielen Gelehrtentage, der Aufruf Friedrich Wilhelm's III. an sein Volk, die epochemachende Reform der Heilkunde — das wird alles als ein gutes Omen für den Verbandstag angesehen. Daß Breslau Lassalle's Geburtsort ist, wird natürlich aus Pietät gegen den „todten" abgethanen Schulze und aus besonderer Rücksicht gegen den Herrn Duncker nicht erwähnt. Daß Max Hirsch im Jahre 1872 in Breslau von den Sozialdemokraten auf den Mund geklopft worden ist, das scheint Herrn Nathan auch kein erwähnenswerthes gutes Omen. Zum Schlusse des ergötzlichen Artikels bekommt Nathan seine alte Trinklaune wieder; er meint, daß der Herbst die Zeit der Weinlese sei, daß er den Sorgenbrecher uns gäbe, und ebenso möge auch der vierte Verbandstag Freude und Frohsinn unter die Mitglieder tragen. Wenn's auf Nathan ankommt, wird das schon geschehen, und wenn auch der „Sorgenbrecher" nicht Wein, sondern Schnaps ist.

Eine Correspondenz aus Königsberg, welche sich in derselben Nummer befindet, erzählt, daß dort die Ziegelarbeiter in Aufruhr gerathen seien, weil sie vierzehn Tage lang keinen Lohn ausbezahlt erhalten hätten. Und dabei heißt es weiter: „Wenn solche Fälle vorkommen, ist es da wohl zu verwundern, wenn die Arbeiter erbittert werden und sich den Sozialdemokraten anschließen? Arbeiten doch nicht nur die Arbeitgherren, sondern auch die Behörden den Sozialdemokraten in die Hände." — Und bei dieser hochverrätherischen Attaque gegen die Harmonielehre macht unser Harmonie-Märchen in seinem eigenen Blatte nicht einmal eine abwehrende Bemerkung. Aber Märchen, wie konntest Du das durchgehen lassen — es werden ja die Sozialdemokraten gelobt, weil zu ihnen die unzufriedenen Arbeiter gehen — doch wohl nur deshalb, weil sie theils wissen, theils ahnen, daß die Sozialdemokratie allein es vermag, ihrer Unzufriedenheit ein Ende zu bereiten.

Doch noch nicht genug — die eine Nummer bietet noch mehr des Ergötzlichen. Ein Berliner Mitglied der Gewerkvereine, ein Stuhlarbeiter, leistet eine längere Einsendung mit der Ueberschrift: Unser Verbandsorgan. In derselben wird gejammert, daß der „Gewerkverein", trotzdem er obligatorisch für die einzelnen Ortsvereine sei, einen ungemein geringen Leserkreis habe, so daß selbst die Vorstände der Ortsvereine die von ihnen bezahlten Exemplare nicht einmal unter die Mitglieder vertheilten, weil das Blatt vielen Mitgliedern zu langweilig sei. Was kann man auch von den Nachfolgern des Urphilisters Schulze-Delitzsch anderes verlangen? Auch die Organisation würde, so heißt es in dem Bericht, allen denjenigen bald fade und trocken erscheinen, welche nicht regelmäßig den „Gewerkverein" lesen. Ja, fade und trocken — das sind die rechten Worte; fade und trocken ist die Organisation, ebenso fade und trocken sind sämmtliche Helden der Gewerkvereine, ausgenommen natürlich den großen Nathan, den „Würgengel", mit seinem „Sorgenbrecher", der auf der bekannten Reise nach Eisenach

Auch ein Verrückter.

Von der Königl. Sächsischen Staatsanwaltschaft zu Leipzig erhalten wir folgende Zuschrift:

„Unter Hinweis auf § 28 des Reichspreßgesetzes mache ich Ihnen bemerklich, daß rücksichtlich der Druckschrift:

„Ist das Urtheil eines Preußischen Gerichts richtig, wonach der thatsächliche Glaube an die Ehrenhaftigkeit Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Wilhelm I., Unzurechnungsfähigkeit ist?! von Conrad Ließ, Zürich, 1876",

aus welcher Sie Auszüge veröffentlichen, durch rechtskräftiges Erkenntniß der Berufungs-Kammer des Königl. Obergerichts zu Celle vom 21. August 1876 die Unbrauchbarmachung ausgesprochen worden ist.

Leipzig, den 17. Oktober 1876. Hoffmann."

Artikel 28 des Preßgesetzes lautet:

Während der Dauer der Beschlagnahme ist die Verbreitung der von derselben betroffenen Druckschrift oder der Wiederabdruck der die Beschlagnahme veranlassenden Stellen unstatthaft. Wer mit Kenntniß der verfügten Beschlagnahme dieser Bestimmung entgegenhandelt, wird mit Geldstrafe bis 500 Mark oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Die Unbrauchbarmachung ist dauernde Beschlagnahme. — Wir sind nun nicht in der Lage, die Fortsetzung von dem Feuilletonartikel: „Auch ein Verrückter" zu bringen, werden aber in einer der nächsten Nummern das rückständige Material zu einem Schlußartikel verarbeiten.

— Kriegsroheit im Frieden. Unter der Ueberschrift: „Die verunglückten Liebesgaben" erzählt das „Neue Berliner Tageblatt", daß eine Gesellschaft von jungen Berliner Architekten und Bankiers-söhnen, alle avancirte Einjährige vom letzten Kriege, bei den in der Umgegend von Berlin stattgehabten Manövern mit einer Portion guten Weins, Cognaks und Cigarren im Bivouak erschienen, um bei der herrschenden bösen Witterung den Humor ihrer alten Kriegskameraden etwas aufzufrischen, und nachdem dies mit Erfolg in einigen Reihen des 2. Garde-Dragoner-Regiments und des 4. Garde-Regiments geschehen, war noch das 3. Garde-Regiment aus Hannover aufzusuchen. Die Erlaubniß, die Bivouaks zu besuchen, wurde ertheilt. Mit den Worten: „Leute, hier habt Ihr eine Cognakflasche, es ist sehr frisch heute Abend," näherte sich Herr X. einer um ein Feuer lagernden Korporalschaft der 3. Compagnie. „Aber wir haben keinen Korkzieher . ." — „Gut, so werde ich die Flasche gleich selbst aufziehen." Mit diesen Worten beugte sich Baumeister X., um die zwischen den Knieen festgehaltene Flasche zu entkorken. In demselben Augenblick erhielt er einen Schlag ins Gesicht, daß ihm die Cigarre wegflog, die Flasche entglitt und er selber zu Boden gefallen wäre, wenn nicht einer seiner Freunde beigesprungen wäre. Es war der Hauptmann der 3. Compagnie, der ohne jede Veranlassung — es war sogar noch nicht einmal die Zeit des Zapfenstreichs — diesen Coup ausgeführt hatte. „Das ist eines preußischen Offiziers unwürdig," sagte in seiner Entrüstung einer der beigesprungenen Herren, „ich muß Sie um Ihren Namen bitten, um Sie zur Verantwortung zu ziehen." Der Hauptmann verweigerte nicht nur seine Namensnennung, sondern benahm sich sogar so, daß ein anderer Offizier seines Bataillons herantrat und ihm sagte: „Herr Kamerad, Sie haben anständige und gebildete Männer vor sich." Ein dritter Herr aus der Gesellschaft wiederholte dann noch einmal die Aufforderung an den Hauptmann der 3. Compagnie, seinen Namen zu nennen, nannte ihn bei abermaliger Weigerung einen Feigling und bestand nun darauf, arretirt und zum Oberst geführt zu werden. Statt dieser Arretirung erfolgte eine andere Scene. Eine Korporalschaft wurde beordert, unsere aus sieben Herren bestehende Gesellschaft mit blank gezogenen Säbeln und Fußtritten vor sich herzutreiben und aus dem Bivouak zu entfernen. Gestoßen, geschlagen, niedergeworfen, wiederaufstehend, um abermals auf den Erdboden gestreckt und getreten zu werden, verwickelten die Getriebenen alle diejenigen Berliner, die der Scene beiwohnten und ihnen Beistand leisten wollten, selbst um Hülfe schreiende Damen, noch in ihr Schicksal; alles was Civil war, wurde aufgerollt und jenseits des Feldweges, wo die Denkzettel sich noch einmal energisch erneuerten, in der Dunkelheit und im hülflosen Zustande sich selbst überlassen. Selbstredend werden die liberalen Blätter wieder auf strengste Untersuchung und Bestrafung — hoffen! Hoffen und harren!

— Schulden wie ein Major. Am 1. d. M. ist ein in einer niederen Stellung sich befindender Beamter der Ostbahn zu Insterburg Schulden halber entlassen worden, weil es „für einen königlichen Beamten unwürdig sei, Schulden zu machen." Und die Offiziere und höheren Beamten? Und die Regierung, welche die niederen Beamten durch die schlechten Gehalte zum Schuldenmachen zwingt?

— Auch der Polizeipräsident Madai in Berlin ist vom Parlamentsfieber befallen. Auch er will sich mit den anderen Parlamentariern im Wortkampfe messen. Derselbe ist nämlich in Halle als Landtagscandidat proklamirt worden. Hatte man dort keine anderen Männer, daß man erst die hochwohllobliche Polizei zu Hilfe rufen mußte?

— Ein köstlicher und zugleich bezeichnender Vorfall hat sich bei den jüngsten Urwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause, bei welchen die Betheiligung eine äußerst geringe war, in einem kleinen Städtchen A. in der Rheinprovinz ereignet. Der Kampf fand statt zwischen den übermächtigen Ultramontanen und den vereinigten Liberalen, Beamten und Conservativen. Ein israelitischer Glas- und Porzellanwaarenhändler N., der in der 2. Klasse wählte, versprach Abends zuvor bei einem Glase Bier verschiedenen liberalen Bekannten, daß er liberal wählen würde; am andern Morgen aber sagte er zu einem ultramontanen Stadtverordneten, der ihn auf der Straße annekirte, er werde ultramontan stimmen. Nun glaubt vielleicht Einer oder der Andere, unser kluger Handelsmann sei über Nacht ein Renegat geworden. Bei Leibe nicht — bei der Wahl gab er einfach einem Liberalen und einem Ultramontanen seine Stimme als Wahlmann; die zweite Abtheilung des betreffenden Bezirks hatte glücklicherweise zwei Wahlmänner zu ernennen. Nach der Wahl wurde er von den verschiedenen Parteien seiner Hinterlist halber angegriffen, doch antwortete unser Schlauberger: Kauft mir ein Ultramontaner einen Nachttopf, ein Liberaler einen Blumentopf oder umgekehrt ab — ich muß sie halt beide verkaufen.

— Wer unserer Bourgeoisie Anstand und politisches Taktgefühl zutraut, beweist, daß er sie nicht genau kennt. Ihr gilt als anständig, was ihr nützt, und wenn der fürstliche Ruf von Jemand, der mit ihr imponirender Rücksichtslosigkeit ihren Interessen dient, gefährdet ist, dann dekretirt sie in Versammlungen einfach seine Integrität (sittliche Reinheit) wie die Duisburger Liberalen, die des „Gründers" Hammacher, oder sie wählt ihn in die Versammlung der „Edelsten und Besten der Nation", in die parlamentarischen Vertretungen des Landes. Hatten einzelne noch naive Blätter geglaubt, daß der edle literarische Plagiator und Hauptgründer, Ober-Silen Dr. Carl Braun nun doch endlich politisch unmöglich geworden sei, so haben sie sich eben getäuscht und unsere „bessere Gesellschaft" für besser gehalten, als sie wirklich ist. Eine Mittheilung des „Niederschlesischen Anzeigers" desavouirt die Notiz des „Glogauer Stadt- und Landboten", daß das Wahlcomité des Glogauer Kreises von einer Wiederwahl Brauns Abstand genommen habe. Man wird also den Schriftsteller mit der Feder Anderer, den Parlaments-Clown, nun doch in den Reichstag wählen. Wir wünschen Glück dazu! Uns kann es recht sein, wenn die liberale Partei durch ihre Candidaten sich recht gründlich diskreditirt.

immer aus seiner Rocktasche hervorlugte. Fade und trocken sind sie, außer den durchgebrannten Kassirern, die sich freuen, einmal aus dieser langweiligen Gesellschaft herauszukommen und die Arbeiterpfennige zu verkneipen, welche für die Arbeiter doch unwiderbringlich verloren sind, wenn sie sich einmal gelüsten lassen, anderer Meinung zu sein, als die Haupthähne. Man weiß das von den Berliner Maschinenbauern, von denen die Meisten längst aus den Gewerkvereinen ausgetreten wären, wenn sie dabei nicht die ganze eingezahlte Summe verlören.

Doch es ist gut, wenn diese Gesellschaft ihren eigenen Bankerott erklärt, indem sie nachweist, daß das Philisterblatt, der „Gewerkverein", wenig oder gar nicht gelesen wird. Wie anders steht es mit dem „Vorwärts" — schon gegen 12,000 Abonnenten und zehnmal so viele Leser — sind vorhanden; ein halbes Hundert sozialistischer Blätter bestehen außerdem in Deutschland — armer „Gewerkverein"! Und wenn du noch zehn Nathan's anstellst und giebst jedem zehn „Sorgenbrecher" täglich — du wirst dennoch nicht genesen von deiner Langweiligkeit. — Wer keine große Sache vertritt, wird sich niemals auf die Höhen der Begeisterung hinaufschwingen können, er wird immer im Sumpfe der Gleichgiltigkeit waten.

Correspondenzen.

Berlin, 12. Oktober. (Gebildeter Pöbel.) Am 8. d. M. war Spremberg der Schauplatz einer interessanten Urwählerversammlung. Her Professor Mommsen, welcher den Kreis im Landtage vertritt und noch ferner vertreten möchte, trat als Referent auf und strich seine und überhaupt der Liberalen Thätigkeit nach Kräften heraus, machte natürlich auch stark in Mordspatriotismus, was einem Individuum, das weiland in den Tuilerien vor dem französischen Lump Bonaparte gekrochen (siehe Mommsen in den „Briefen deutscher Bettelpatrioten"), doppeltes Bedürfniß ist. Es waren Sozialisten in der Versammlung zugegen, und von diesen meldeten sich mehrere zum Wort, um dem gelehrten Mords- und Bettelpatrioten heimzuleuchten. Zuerst sprach unsererseits Herr Fähse. Gleich nach den ersten Sätzen, die durchaus parlamentarisch waren, aber freilich nicht nach dem Geschmack der Herren Liberalen, brachen diese, wie die „Berliner Freie Presse", der wir jetzt folgen werden, berichtet, „in ein wahres Indianergeheul aus. Nachdem die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt war, suchte Herr Fähse die Behauptung des Abg. Mommsen, welche derselbe in der Cottbuser Urwählerversammlung ausgesprochen hatte, daß das Volk selbst vor einem vierten Kriege nicht zurückschrecken dürfe, nachdem die drei letzten siegreich bestanden worden sind, zu entkräften; er führte an, daß der deutsche Arbeiterstand nicht gewillt sei, sich von der liberalen Partei, wenn Tausende in den Tod gingen, und das Glück von Millionen zertrümmert wird, auch noch zu einem Chorus verächtlicher Hurrahschreier herabwürdigen zu lassen. Kaum hatte der gebildete Pöbel die letzten Worte vernommen, da brach er auch in ein solches entsetzliches Geheul aus, daß der Vorsitzende, Herr Dr. Schwarz, (welcher wohl ein tüchtiger Arzt sein mag, jedoch seine Unfähigkeit, eine Versammlung zu leiten, glänzend bewiesen hat) anstatt diese Ordnungsfanatiker zur Ruhe aufzufordern, dem Redner das Wort entzog. Dieser ließ es sich jedoch nicht nehmen und führte die Abstimmung herbei, was allerdings ergab, daß man von einem solchen entsetzlichen Menschen nichts mehr hören wollte. Nachher ergriff Herr Teubert aus Cottbus das Wort. In einer längeren, gediegenen Rede wies derselbe nach, daß die liberale Partei die Interessen des Volkes nicht nur sehr geschädigt, sondern auch sämmtliche Steuern, welche zur Erhaltung des Staats erforderlich sind, von ihren Schultern auf die des arbeitenden Volkes wälze. In kernigen Worten zeigte er, daß die liberale Partei nur deshalb wieder etwas von sich hören läßt, um insbesondere dem arbeitenden Volke Honig um den Mund zu schmieren und dasselbe bei den nächsten Reichstagswahlen als Stimmvieh zu benutzen. Auch warnte Herr Teubert vor den Wölfen, welche in Schafskleidern umherschleichen und besonders an die Hütte des Arbeiters pochen; er gab der Versammlung zu bedenken, daß sie sich, bevor sie einem Manne die Stimme giebt, orientiren solle, ob er auch die Interessen der Allgemeinheit vertritt. Unter einem ungeheuren Beifallssturm der inzwischen zahlreich in den Saal eingetretenen Sozialisten schloß er seine Rede. Kaum war jedoch Herr Teubert von der Rednertribüne herabgestiegen, als auch schon der Abg. Mommsen, ohne sich zum Wort zu melden, mit wehendem Lockenhaar und glühenden Augen auf dieselbe stürzte. In einer Fluth von — — Schimpfreden gegen die Sozialisten machte er seinem bedrängten Herzen Luft. Er brachte unter Anderm vor, daß er von einer solchen, „von Gott vergessenen und verlassenen Partei" nicht eine einzige Stimme haben wolle (die Gottvergessenen werden sich auch schönstens bedanken). Sein Körper, welcher von konvulsivischen Zuckungen bebte, bot, nachdem er noch eine Weile vom Himmelreich, Hölle, Schrecken und Pestilenz gesprochen hatte, ihm Schweigen. Den Herren Teubert und Fähse, welche noch einmal um's Wort baten, um solch einen Burschen in die ihm gebührenden Schranken zu verweisen, gab man das Wort nicht. (Man war jedenfalls um die Gesundheit des Herrn Professor zu sehr besorgt.) Die Sozialisten verließen trotzdem in gehobener Stimmung den Saal, um nicht noch länger Zeuge einer solchen Faselei zu sein. Die Arbeiter Sprembergs haben aber durch ihre unerschütterliche Ruhe bei den Skandalscenen bewiesen, daß die Bildung des Arbeiters die halbe Bildung unserer Liberalen bei Weitem übersteigt."

Dies der Bericht der „Berliner Freien Presse". Wer denselben mit Bezug auf den Herrn Professor Mommsen etwa für übertrieben halten sollte, den verweisen wir auf die bekannt, Skandalscene, die voriges Jahr in Rom statthatte, wo Herr Mommsen, dieser Heros deutscher Wissenschaft und Bildung, einen vollständigen Mangel an Lebensart verrieth und sich als durchaus ungehobelter Gesell verrieth.

n. **Aus Schleswig-Holstein,** 15. Oktober. Es ist sehr bitter, daß wir unsern früheren Regierungspräsidenten Bitter verloren haben. Derselbe wurde nämlich nach Düsseldorf versetzt, unbetrauert von den Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins, und deshalb unbetrauert, weil gerade er der oberste Leiter der vielen polizeilichen Verfolgungen gegen uns war. Auch die Landespartei und selbst die Fortschrittspartei waren dem Herrn Bitter nicht gerade allzu freundlich gesinnt, da er sich mehrfach als ein rücksichtsloser Nationalliberaler der Bennigsen'schen Richtung zeigte. — Doch wie hat der Mann sich geändert; mit welcher Trauer müssen wir jetzt an sein Scheiden aus hiesiger Provinz denken, seitdem er in der Rheinprovinz, allerdings bei einem Festessen in etwas gehobenerer Stimmung, folgendermaßen geredet hat:

„Wie sehr ich auch mit der Staatsregierung den Wunsch hege und hegen muß, daß Alle sich auf ihren Standpunkt stellen, daß Alle ihr politisches und kirchliches Programm annehmen, so ist doch Keiner, der abweichender Ansicht ist, der einen andern Standpunkt einnimmt, als Feind des Staates zu bezeichnen, als Vaterlandsfeind zu behandeln."

Eigentlich sollte sich dies von selbst verstehen, doch sind wir hier in Schleswig-Holstein gewohnt, daß die Sozialdemokraten gerade zu Bitters Zeiten, weil sie ein anderes politisches Programm „annahmen", als die Regierung, als Vaterlandsfeinde auch von den Behörden betrachtet werden sind und jetzt noch immer betrachtet werden. Ob Herr Bitter seine Ansichten aus sich selbst herausgeändert hat, oder ob die rheinische Bevölkerung heilsamen Einfluß auf ihn ausgeübt hat, das wissen wir nicht; so wie er jetzt ist, würden wir ihn allerdings gern wieder in Schleswig sehen, woselbst sich sein Nachfolger noch auf dem alten „bitteren" Standpunkte befindet. Doch was schadet's?! Der starre Holstenstamm und die biedern Schleswiger lassen sich durch Polizeimaßregeln nicht beugen — Druck erzeugt Gegendruck, und mit den Verfolgungen wachsen die Erfolge, gerade so wie umgekehrt mit dem Erfolge die Verfolgungen wachsen.

Flensburg. (Nicht aufgelöst, sondern verboten.) Mittwoch den 4. Oktober wollten wir auf „Wilhelminenthal" eine Volksversammlung abhalten, wozu Parteigenosse Fechner die Anmeldung bei der hiesigen Polizei gemacht hatte. Der Anmeldungsschein ward ihm auch eingehändigt; zugleich wurde ihm aber bemerkt, daß aus der Versammlung wohl nichts werden würde. Sie war durch Plakate sowie Annoncen in den „Flensburger Nachrichten" bekannt gemacht, und die Flensburger Parteigenossen hatten sich Abends 8 Uhr, obgleich das Lokal ziemlich weit von der Stadt entfernt war, zahlreich eingestellt. Der Reichstagscandidat unseres Wahlkreises, Brückmann, war als Referent anwesend. Als Freund Fechner die Versammlung eröffnet hatte und das Bureau gewählt war, richtete sich der überwachende Polizeidiener auf und sprach: „Im Namen des Herrn Polizeimeister darf heute Abend durchaus Nichts stattfinden." Weil dies nun eine Auflösung eigentlich nicht war, blieben wir noch gemüthlich im Lokal beisammen. Natürlich ist Beschwerde an die Regierung eingereicht. Die Gründe werden wir hoffentlich erfahren, weshalb wir auf „Wilhelminenthal" keine Versammlung abhalten dürfen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Th. Leiding.

Elmshorn, 18. Oktober. Montag, den 16. d. M. tagte hier eine gut besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung „Die Stellung der Sozialdemokratie zu der Landtags- und Reichstagswahl", wozu unser Freund Stöhr aus Berlin als Referent anwesend war. Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe zur größten Zufriedenheit aller Anwesenden, welche ihm zum Schluß stürmisch applaudirten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Stöhr vollständig einverstanden und verpflichtet sich, bei der nächsten Reichstagswahl nur für die Candidatur des Herrn Stöhr zu wirken, da alle anderen Parteien nur eine reaktionäre Masse bilden." — Den Genossen diene hiermit zur Nachricht, daß sich in Elsmhorn ein Wahlcomité constituirt hat, bestehend aus folgenden Vorstandsmitgliedern: C. H. Hamer, Vorsitzender; H. Morschmann, Schriftführer; F. Bock, Kassirer. Wohlan denn, ihr Arbeiter Elmshorns und der Umgegend, erfüllet Eure Verpflichtung, die Ihr Euch selbst auferlegt habt; agitire ein jeder mit allen Kräften, und der Sieg ist unser. Bitte alle Sendungen, die Wahl-Angelegenheiten für diesen Kreis betreffen, an nachstehende Adresse zu senden.

C. H. Hamer, Schuhmachermeister, Klostersande bei Elmshorn.

Hamburg, 13. Oktober. (An die Arbeitsleute Deutschlands.) Sämmtliche Arbeitsleute Deutschlands werden darauf aufmerksam gemacht, daß hier in Hamburg eine Central-Organisation für sämmtliche Arbeitsleute durch den „Bund der deutschen Arbeitsleute" ins Leben getreten ist. Der „Bund der deutschen Arbeitsleute" giebt ein Blatt, „Der Arbeiter", heraus, welches einzig und allein die Angelegenheiten der Arbeitsleute vertritt. Wir ersuchen unsere Arbeitscollegen in ganz Deutschland, sich diesem Bunde anzuschließen. Alle Correspondenzen in dieser Angelegenheit sind zu richten an Wilhelm Wißmann, Speksgang Nr. 3, Hamburg. Ebenso befindet sich auch dort die Redaktion des Blattes. Außerdem können noch Bestellungen auf das Blatt „Der Arbeiter" gemacht werden bei der Expdition Eduard Trube, Neuer Steinweg Nr. 16. „Der Arbeiter" erscheint monatlich einmal im Preise von 30 Pf. und kann unter Kreuzband bezogen werden.

Wilh. Wißmann.

Stettin. Die Stettiner Sozialdemokraten beabsichtigen durch Gründung eines eigenen Preßorgans der Wirkung der Lokalnoth entgegenzutreten. — Auch hier verweigert man nämlich die Säle unseren Genossen, und zumal dann, wenn vorausgesehen wird, daß Zielowsky als Redner auftritt. Die Herren Fortschrittler, welche sich jetzt im Wahlkampfe zum Abgeordnetenhause unter sich und mit den Nationalliberalen katzbalgen, beehren ihn derart mit ihrem Haß, daß sie jüngstens den in einer Versammlung anwesenden Polizei-Commissarius, zu ihrem Aerger vergebens, ersucht haben sollen, ihn aus dem Lokale fortzuschaffen.

Kalk, 14. Oktober. (An die Gesinnungsgenossen des Landkreises Cöln.) Das Central-Wahlcomité hat sich constituirt und besteht aus folgenden Personen: Wilh. Eckert, Vorsitzender; Wilh. Rath, Beisitzer; Georg Lux, erster, und Peter Inger, zweiter Schriftführer; Math Wirtz, Kassirer.

Gesinnungsgenossen! Wir ersuchen Euch nunmehr, sofort zur Bildung von Wahlcomités zu schreiten und Parlamentswahlkassen zu bilden. Sollten in einzelnen Orten sich Schwierigkeiten bieten, so ersuchen wir die Genossen, sich an uns zu wenden. Sämmtliche Briefe sind zu richten an Georg Lux, Eisenbahnkolonie, alle Gelder an Math. Wirtz, bei Eckert, Mittelstraße 36.

Gesinnungsgenossen, thut Eure Schuldigkeit! Glück auf zum Wahlkampf!

Mit sozialdemokratischem Gruß
Das sozialistische Central-Wahlcomité.

h. **Halberstadt.** (Zur Kapitalisten-Humanität.) Von dem hier in Garnison stehenden Bataillon des 2. Magdeburgischen Infanterieregiments Nr. 27 waren 80 Mann kommandirt zum Rübenaufroden für die Zuckerfabrik Wrede und Klammroth. Der Mann erhielt à Tag 3 Mark von der Fabrik und Löhnung ausgezahlt, hiervon bekam das Bataillon 1 Mark pro Mann und Tag, also täglich die Summe von 80 Mark. Es könnte nun den Anschein gewinnen, als wäre Mangel an Arbeitskraft hier vorhanden. Dem ist aber nicht so, sondern der Arbeitsmarkt ist überfüllt mit arbeitsuchenden Arbeitern. Man zahlt aber dem „freien" Arbeiter nicht, was man dem Vaterlandsvertheidiger beim Rübenroden zahlt, man giebt Ersterem im Tagelohn höchstens 2 bis 2,50 Mark, oder man bürdet ihm die Arbeit im Akkord auf, zahlt einen Preis, wobei sich der Arbeiter abrackern muß zum Umfallen, um einigermaßen das Allernothwendigste zum Leben zu verdienen. Warum werden denn Soldaten zum Rübenroden herangezogen? weshalb zahlt man Letzteren mehr als dem „freien" Arbeiter? Weil man durch die Staatshilfe — denn was ist es anders als Staatshilfe, wenn Soldaten zum Rübenroden kommandirt werden — sich das Angebot von Arbeitern erhalten und billige Arbeitskraft, gerade in der gegenwärtigen Zeit, nicht blos zum Rübenroden, sondern auch für die Arbeiten in der Fabrik haben will.

Ihr Arbeiter Halberstadts und der Umgegend, ermannt Euch trotz der Hindernisse, die euch seitens verschiedener „Sozialistenfresser" bereitet werden, weil sie sich nicht scheuen, willkürlich zu handeln gegen Euch und Euer gutes Recht; lernet erkennen, wie nachtheilig und verderblich die heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen für die Arbeiter sind; gebt einem Manne Eure Stimme, wenn's zur Wahlurne geht, von dem Ihr wißt, daß er eintritt für das Recht der Arbeit, bei dem die Devise gilt: „Gleiches Recht für Alle"!

Halle a. S. Am 9. d. M. fand hier eine Haussuchung bei L. Schönian statt, die, wie vorauszusehen war, kein Resultat lieferte. Schönian wird beschuldigt, gegen § 8 des Vereinsgesetzes gefehlt zu haben, indem er auch nach der Auflösung der Partei als deren Agent fungirt und Marken vertrieben haben soll. — Wir möchten wissen, bei welchem Lehrer der weise Staatsanwalt „Logik" gehört, der so scharfsinnig geschlossen hat, daß der Einberufer von Versammlungen nothwendig Beamter einer Partei sein müsse, und daß der Vertrieb des „Wähler", den Schönian auf Bestellung kommen ließ und den Bestellern übermittelte, wie andere Zeitschriften auch, eine strafbare Beitragsammlung für die sozialistische Partei involvire.

V. **Frankfurt a/M.,** 12. Oktober. Landtagswahlen — Stadtverordnetenwahlen — Reichstagswahlen stehen für die Frankfurter in Sicht. Grund also genug, wenn alle hiesigen Parteien aus ihrer Ruhe heraustreten und zeigen, daß sie noch am Leben sind. Zwar bezieht sich diese Bemerkung nicht eigentlich auf die Sozialisten, weil diese Jahr aus Jahr ein auf dem Plan sind, allein insofern, als nunmehr auch ihre Agitation eine vorwiegend die Wahl betreffende ist, gilt sie auch für sie. Die zunächst in Frage kommende Landtagswahl beschäftigt ausschließlich den hiesigen „Wahlverein", eine nationalliberale Gliederung, den Verein der hiesigen Fortschrittspartei und den demokratischen Verein. Die Sozialisten concentriren ihre ganze Kraft auf den Wahlkampf zum Reichstage, der preußische Census hält sie von der Urne zum Landtage fern. Wie verlautet, sind es fünf Candidaten, die um die Ehre, Frankfurt zu vertreten, werben, nämlich die Herren Dr. Lasker und Senator von Oven (nationalliberal), Bürgermeister Dr. Berg und Stadtgerichtsrath Dr. Schrader (fortschrittlich) und Stadtverordneter C. Holthof (demokratisch). Uebel vermerkt wird es dem demokratischen Verein, namentlich in Arbeiterkreisen, daß er schon vor mehreren Wochen aus Candidatenmangel im eigenen Lager der Fortschrittspartei die Hand zur Brüderschaft für den Wahlkampf bot, indem er den fortschrittlichen Landtagsabgeordneten Dr. Schrader neben dem Demokraten Holthof als seinen Candidaten für den kommenden Landtag proklamirte. Die Fortschrittspartei hatte nichts dagegen, daß die Demokraten für ihren Dr. Schrader eintreten, allein Holthof läßt sie diesen allein, sie erkor sich einen andern und zwar den vorerwähnten Bürgermeister Berg, dessen Hauptverdienst im Falle der Wahl wahrscheinlich darin bestehen wird, daß er jedem freiheitlichen Anlauf einzelner Fortschrittler einen Stein in den Weg wirft. Nichtsdestoweniger bleibt der demokratische Verein dabei, den fortschrittlichen Candidaten Schrader zu unterstützen, und wird somit in seiner Gefälligkeit nach rechts zum Handlanger der Fortschrittler, die bekanntlich mit ihrer Zweiseelentheorie und ihrem confusen Liebäugeln nach links längst ihre notorische Unfähigkeit constatirt haben. Städteordnung, Anschluß an den nassauischen Communalverband, Centralbahnhof, Mainkanalisation sind allerdings Fragen, die das Interesse von Stadt und Einwohnerschaft Frankfurts aufs tiefste berühren und schon verdienen, daß im Landtage ein offenes Auge über ihnen wacht, allein wenn der Preis eine Schwenkung nach rechts sein soll, so ist das für das redliche demokratische Gewissen eine etwas starke Zumuthung. Das sollte der demokratische Verein zu Frankfurt doch einsehen und sich nicht mit Einmüthigkeit auf eine solche schiefe Ebene drängen lassen. Sind die obschwebenden Fragen nicht im Stande, im Volke das allseitige Interesse wachzurufen und gegen jede unwürdige Lösung derselben durch den preußischen Landtag einen allgemeinen Protest erheben zu lassen, so ist die Wichtigkeit auch nicht so groß, daß die Frankfurter Demokraten den sichern Boden unter ihren Füßen aufgeben und mit ihren Prinzipien ein diplomatisches Spiel treiben. Offenheit und Geradheit ist die erste Bedingung demokratischen Handelns; wo diese zwei Eigenschaften fehlen, da haben Feind und Freund das unbestreitbare Recht, auch an dem ehrlichen Willen zu zweifeln. Ist es in den maßgebenden Kreisen beschlossen, daß diejenigen preußischen Segnungen, von denen Frankfurt bis jetzt noch „wunderbar" verschont war, sich auch über unsere Stadt erstrecken, so hält ein wirklicher und ein Compromißcandidat der hiesigen Demokraten das Unheil auch nicht mehr zurück. Und in jedem Falle wirkt es mehr, wenn das Volk seine Stimme erhebt und Verwahrung einlegt gegen eine Vergewaltigung seiner Rechte, als wenn nur der Candidat spricht und das Volk schweigt. Würden die Demokraten vor die Einwohnerschaft treten und feierlich erklären: Die und die Fragen stehen auf der Tagesordnung, alle schneiden tief ein in unser Fleisch, allein in den Landtag können wir nicht eintreten, um an der Berathung derselben theilzunehmen, weil als Bedingung von uns die Preisgabe der demokratischen Prinzipien verlangt wird; alles, was wir thun können, ist, Euch, Mitbürger, aufzufordern, daß Ihr durch Einwirkung auf den Landtag von außen uns den Eintritt in denselben öffnet, damit auch Demokraten an einer ernstlichen Diskussion theilnehmen können, ohne zuvor in gewagter Weise ihr Prinzip aufs Spiel setzen zu müssen. Wir würden gewiß mehr erreichen, als auf dem andern Wege, den der demokratische Verein zu wählen für gut befunden hat. Sagt doch auch Uhland: „Und kann es (das Wort im Landtag) nicht sein Ziel erstreben, So tretet in das Volk zurück! Daß ihr vom Rechte nichts vergeben, sei euch ein lohnend stolzes Glück!"

Darmstadt. (Tapezierer-Verein.) Unser Vereinslokal befindet sich bei Hrn. Osterath, Ecke der Mühl- und Rundethurmstraße 16. Jeden Dienstag findet eine Mitgliederversammlung statt. — Reiseunterstützung wird ausbezahlt: Langgasse 32, bei Hrn. Gastwirth Guth, Mittags von 12 bis 1 Uhr.

Mit collegialischem Gruß
Franz Nover, Kassirer.

Pößneck, 18. Oktober. Das Lokalcomité zur Wahl im 2. Meininger Wahlkreis ist aus untengenannten Personen zusammengesetzt und haben dieselben ihre Thätigkeit begonnen. Alle Mittheilungen sind an den Vorsitzenden des Comités zu richten. Rober Straßburger, Vorsitzender, Thurmstraße 504, Carl Fratscher, Franz Henniger, Heinrich Rohleder.

Erfurt. Die Bourgeoisie bemüht sich hier, die Wirthe abzuhalten, den Sozialdemokraten ihre Lokale zu Versammlungszwecken zu überlassen. Es ist Sache der Sozialisten, nur die Wirthschaften zu besuchen und für ihre Festlichkeiten zu benutzen, welche ihnen auch für Versammlungen zur Verfügung stehen.

Hall, 12. Oktober. Dem Beschlusse der Landesversammlung in Eßlingen zufolge, daß jeder Ort, in welchem Sozialdemokraten sind, bei der nächsten Reichstagswahl einen eigenen Candidaten aufstellen solle, haben auch wir uns nun fest entschlossen, einen Sozialisten aufzustellen, und hat sich zu diesem Zweck ein Wahlcomité gebildet, welches sich an Herrn Vahlteich in Chemnitz wendete und dessen Zusage auch erhielt. Wir geben uns nun durchaus keinen Illusionen hin und wissen sehr genau, daß wir bis jetzt noch nicht an einen vollständigen Sieg glauben dürfen. Die meisten Bürger, Bauern und Arbeiter der ländlichen Bevölkerung stellen sich unter Sozialdemokraten die leibhaftigen Satane vor, welche nichts anderes im Schilde führen, als alles Bestehende über den Haufen zu werfen, das Gut der Reichen zu theilen und dann im süßen Nichtsthun ein Schlaraffenleben zu führen. Das Denken überlassen diese Leute den Pfaffen, die auch genugsam dafür sorgen, daß kein sozialdemokratisches „Gift" in ihre vertrauensduseligen Köpfe kommt. Fürwahr, es muß einen Menschen, welcher halbwegs mit dem Fortschritt der Zeit lebt, schmerzlich berühren, wenn eine Bevölkerung wie die unsere, die sich mit Vorliebe freisinnig nennt, nichts von einer Bewegung kennt, wie die soziale, welche sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, die ganze Menschheit zu befreien von dem Bannfluche der modernen Sklaverei. Sollte wirklich das schwarze Nachtgevögel es so weit gebracht haben, den freien Geist gänzlich rückwärts zu drängen? Sollte wirklich unsere Bevölkerung in diesem stumpfsinnigen Dahinbrüten fortvegetiren? Nein, sagen wir, nein und tausendmal nein, sie wird sich aufraffen und mit ihren Brüdern vereint die unwürdigen Fesseln abstreifen, welche sie schon lange gedrückt. Unsere Feinde können den freien Menschengeist nicht aufhalten in seinem Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit; sie können ihm hindernd in den Weg treten, aber wie die Sonne, die lange umwölkt endlich doch wieder ihr alles befruchtendes Licht leuchten läßt, so wird sich auch der freie Geist Bahn brechen, trotz allen Hindernissen und trotz allen Stürmen, ja er wird und muß sich Bahn brechen und der gesammten unterdrückten Menschheit zu einem friedlichen Dasein verhelfen.

Werthe Parteigenossen! Bei der nächsten Reichstagswahl habt Ihr die beste Gelegenheit, mehr Licht unter unser Landvolk zu bringen. Es gilt nun zunächst unsere Zeitungen und Broschüren zu verbreiten; jeder muß persönlich agitiren, wo er geht und steht, jeder muß seinem Freund, seinem Nachbar u. s. f. erklären, in was für einem theuren Staatshaushalt wir leben, daß die Wahl von Arbeiter-Abgeordneten das beste Mittel ist, diesem Allem gründlich abzuhelfen u. s. w. Namentlich in Backnang, Oehringen, Weinsberg, Mainhardt, Ilshofen, wo alles noch brach darnieder liegt, müssen wir festen Fuß fassen; die dortigen Freunde der Arbeitersache, welche es mit dem Volkswohl ehrlich meinen, ersuchen wir, mit uns Fühlung zu nehmen. Jetzt können wir uns noch ein wenig rühren, indem uns in Württemberg die Flügel noch nicht ganz gestutzt sind, oder wollen wir warten, bis auch bei uns die ganze Tessendorf'sche Gewaltherrschaft eingeführt ist? Vielleicht geht es dann rascher, aber mit mehr Opfern verknüpft. — Also frisch an's Werk, man muß das Eisen schmieden, so lange es noch warm ist, und wenn wir auch diesmal unsern Candidaten noch nicht durchbringen, so können wir doch sagen: In unserem Wahlkreise sind so und so viele wahlberechtigte Mäuner, welche das Glück nicht begreifen können, welches uns die preußisch-deutsche Reichsherrlichkeit mit allem, was drum und dran hängt, gebracht hat. Und nun auf zum Wahlkampf!

Alle Briefe ꝛc. in dieser Beziehung sind an Fr. Elser, bei Schreinermeister Schwend, Spital-Sägmühle in Hall, zu senden.

Sonneberg. Am 5. d. M. referirte hier Klute in einer äußerst zahlreich besuchten Volksversammlung, die wegen des bis zur flegelhaften Roheit tumultuarischen Benehmens des nichtsozialistischen Theiles der Anwesenden und der unsinnigen Behauptungen seiner Redner denkwürdig erscheint. Die Absicht, die Versammlung in jedem Falle zu stören, und wenn es nicht anders möglich sein sollte, durch eine Schlägerei zu beendigen, war ausgesprochen worden und war so bekannt, daß die Arbeiter es vorzogen, um nur über die Bureauwahl, welche stürmischen Tumult verursachte, hinauszukommen, den Vorsitz den Gegnern zu überlassen, wiewohl Erstere die überwiegende Mehrzahl der Anwesenden bildeten. Die gegnerisch gefallenen Redeäußerungen sind zu albern, und die albernen zu zahlreich, als daß eine Wiedergabe hier erlaubt ist; eine nur darf der Mitwelt nicht verloren gehen, da sie zu wichtig für eine richtige Beurtheilung der herrschenden politischen Zustände erscheint. „Wir haben" — äußerte einer der genialen Volkswirthe und Politiker, welche an jenem Abend den Sozialismus in Sonneberg vernichten wollten, — „gar kein stehendes Heer; — es ist eine Volkswehr!" — (Ganz richtig, — eine Wehr gegen das Volk. R. d. V.), „und soll man diese unthätig stehen lassen — sie nicht beschäftigen?" Dieses liberale Tigerthier, das nach Blut lechzte, nur um die „Volkswehr" beschäftigt zu sehen, wurde überboten durch eine andere Bestie, die in ihrer Bestialität aber nicht bei blutigen Worten stehen blieb, sondern zu blutiger That schreiten wollte. Ein „hochgestellter" Liberaler hatte sich nach dem vorliegenden Bericht an den Bureautisch geschlichen, um Klute mit einem scharfen Instrument im Rücken anzugreifen. Und da schreit man über Rohheit unter den Arbeitern! — Gegenüber diesen Aeußerungen einer empörenden Sittenverwilderung verdient die charaktervolle Ruhe der anwesenden Arbeiter die höchste Achtung und Anerkennung. Alle Aufreizungen vermochten nicht die Hoffnungen der Liberalen zu erfüllen, — die Versammlung erreichte einen normalen Abschluß.

Ueber die Wahlaussichten im Sonneberger Wahlkreise, die für uns äußerst günstig sein sollen, schreibt Parteigenosse Klute: „In den Hauptorten des Kreises: Sonneberg, Saalfeld, Pößneck, Gräfenthal ꝛc. ꝛc. ist die Majorität für Genossen Grillenberger gewiß. Ebenso in vielen kleineren Ortschaften, von deren Stimmung ich mich persönlich überzeugt habe. Die Agrarier sind zwar sehr thätig, finden aber kein für sie günstiges Terrain. Dennoch bringen sie den Liberalen manche empfindliche Schlappe bei. Dem Lasker werfen sie vor, seinen Wählern noch gar keine Rechenschaft über seine Thätigkeit abgelegt zu haben; ferner daß er zu den Frankfurtern bei der vorigen Wahl geäußert: „Fällt die Majorität der Stimmen auf mich, so nehme ich für Frankfurt a. M. an." „Nun kam er dort nicht durch", sagen die Agrarier, „und wir wurden die Lückenbüßer." Die Liberalen behaupten, Lasker würde in nächster Zeit in seinem Kreise eine Reihe von Versammlungen abhalten, deren Zweck: Berichterstattung ꝛc. Wenn dies öffentlich geschieht, dürfte Lasker schwere Kämpfe zu bestehen haben.

Gekenau, 15. Oktober. Die Wahlbewegung kommt nun auch im 20. Wahlkreise immer mehr in's Rollen. Von den politischen Parteien ist es gegenwärtig die sozialdemokratische allein, welche in Aktion getreten und bereits mit Volksversammlungen und dem Vertrieb von Agitationsschriften begonnen hat. Es haben in Zschopau, Gornau, Scharfenstein, Drebach, Herold, Ehrenfriedersdorf, Krumhermersdorf, Jahnsbach und Neukau bereits Volksversammlungen stattgefunden, in denen Wiemer, der als Candidat von unserer Seite aufgestellt worden ist, die Ziele der Sozialdemokratie dargelegt hat und die Thätigkeit des Reichstags einer treffenden Kritik unterzog. Die Versammlungen nahmen stets den besten Verlauf, und werden wir bald die Agitation in anderen Bezirken unseres Wahlkreises mit Energie betreiben. Bei der Ausdehnung unseres Kreises ist die Agitation schwierig und mit großen Kosten verknüpft, und so mögen die Freunde und Gesinnungsgenossen im 20. Wahlkreise auch Sorge tragen, materielle Mittel aufzubringen, überhaupt eine noch regere Thätigkeit zu entfalten, denn der Wahlkreis ist keineswegs so sicher für die Liberalen, als diese annehmen: es ist sogar sehr leicht möglich, daß der Kreis bei der bevorstehenden Wahl von uns erobert werden kann. Darum alle Mann jetzt in Aktion getreten, und den Kampf frisch und fröhlich fortgesetzt, wie er begonnen wurde! Wir haben den Gegnern zu zeigen, daß wir nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu siegen verstehen.

—g **Neu-Schönefeld.** Im 13. Reichstagswahlkreise hat seit einigen Wochen seitens unserer Partei eine äußerst rege Thätigkeit stattgefunden, Versammlungen ꝛc. wurden hier und da abgehalten und überhaupt die Vorberathungen für die nächste Reichstagswahl getroffen. Der Rathlosigkeit und Candidatennoth unserer Gegner gegenüber gewiß ein erfreuliches Zeichen. Das arbeitende Volk wird überall für unseren Candidaten, Hofbaurath a. D. Demmler in Schwerin, seine Stimme in die Wagschale werfen. Auch in einer am letzten Mittwoch (11. d.) im „Neuen Anbau" stattgehabten Volksversammlung, welche zahlreich besucht war und in der Genosse Licnig aus Leipzig referirte, wurde eine diesbezügliche Resolution angenommen. Erwähnen muß ich noch eines Zwischenfalles in dieser Versammlung. Genosse Hecht ergänzte die Ausführungen des Referenten in Betreff der massenhaften Bismarck-Beleidigungsprozesse und hatte kaum den Namen des Allgewaltigen genannt und einige Bemerkungen daran geknüpft, als auch schon der die Versammlung überwachende Polizeibeamte aufstand und den Redner aufforderte, sich nicht mit solchen Redensarten an dem Herrn Reichskanzler zu vergehen. Er (Redner) würde sich dafür zu verantworten haben. Wir sind gespannt, ob der gute Mann eine Denunziation einreichen wird, und bitten alle anwesend gewesenen Genossen, sich H's Worte notiren zu wollen, um erforderlichenfalls als Zeugen dienen zu können; denn nach unserer Ansicht lag darin nichts weniger als eine Bismarck-Beleidigung. — An der Debatte betheiligte sich auch ein Gegner, aber so ungeschickt, daß er schließlich selbst die Segel streichen mußte.

Leipzig. Am 12. d. M. fand hier im Saale der Tonhalle eine von mehr als 2000 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Herr Hasenclever über das Thema „Reichsfreunde und Reichsfeinde" referirte. Der Redner beweist in trefflicher Ausführung, daß die Phrase von der Reichsfeindschaft der sozialistischen Partei haltlos sei, wenn man unter Reich den Inbegriff der wirthschaftlichen Interessen Deutschlands verstehe, daß die Sozialisten aber den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit gern annehmen, wenn man mit dem Reiche die Person Bismarcks und die seiner nationalliberalen Schweifwedler identifizire. Die wahren Reichsfeinde seien aber in den Reihen derer zu suchen, welche durch verkehrten, gewinnsüchtigen Wirthschaftsbetrieb, durch eine militaristische Politik und durch absichtliche Verbreitung chauvinistischer Tendenzen in Deutschland diesem die Verachtung aller denkenden Ausländer zuziehen würden.

Die Niederlage von Philadelphia sei das Sedan, das diese Reichsfeinde Deutschlands Industrie bescheert haben. Man müsse lachen oder sich ärgern, wenn man unter den ausgestellten plastischen Bildwerken — sei es aus Stein oder aus Chokolade — gleichsam als Verkörperung höchster männlicher Schönheit und Tugend fast einzig das Kahlhaupt des „genialen" Staatsmannes erblicke.

Wenn die Franzosen ehemals eine Vorliebe für die Darstellung ihres ersten Napoleons hatten, so gewährte dessen geistige Bedeutung und die ehernen, heldenhaften Züge des willensunbeugsamen, klarstrebenden Cäsaren ihnen doch andere Entschuldigungsgründe dafür, als die Zufallspolitik des deutschen — — — Nicht-Napoleon — den Nationalliberalen, welche dessen Hutfutter inbrünstiger zu verehren pflegen, als die von ihnen verhöhnten katholischen Frommen den Pantoffel Sr. Heiligkeit.

Es sei, bemerkt der Redner angelegentlich der Reuleaux'schen Kritik der deutschen Industrie, eine Rücksichtslosigkeit gegen das Ausland und speziell gegen Frankreich, daß deutsche Fabrikanten ihre Waaren nach Frankreich und anderwärts versenden mit einem Etiquette, auf dem eine hünenhaft gebaute, kriegerisch gewappnete Germania drohend ihr Schwert erhebe. Es sei dieses Bild aber die treue Darstellung der Ziele des Reiches. — Lebhafter Beifall schloß die Rede Hasenclever's. Der nachfolgende Redner, Herr Neißer, kritisirte die Segnungen, welche das Reich seit seiner Gründung dem deutschen Volke gewährt habe. Beschränkung der persönlichen Freiheit und die gewerbliche Krisis seien seine Gaben an dasselbe; die verkehrtesten Maßregeln während der Krise, die Vermehrung der Unterconsumtion durch die Entlassung der Arbeiter aus Staatswerkstätten und Bergwerken, das unzeitgemäße Bankgesetz, Fehler in der Emanation der neuen Münzen haben dieselbe gesteigert und die Unfähigkeit der parlamentarischen Vertretung gezeigt. Die Stellung Deutschlands an der Seite Rußlands in der orientalischen Frage sei eine andere Errungenschaft des Reiches. Das Bündniß Rußland, Deutschland, Italien, für welches das letztere durch das Versprechen bedeutender Vortheile gewonnen worden sei, bedeute — einen neuen Krieg gegen Frankreich, dessen Provinzen Nizza und Savoyen wahrscheinlich Italiens Freundschaft belohnen sollen. Das Reich sei der Militarismus — die verewigte Kriegsdrohung. Das Volk müsse durch die Wahlen gegen die Reichsfeindschaft der Reichsfreunde protestiren.

Nachdem noch Herr Dohne die Nothwendigkeit betont hatte, daß die Arbeiter nicht blos bei den Wahlen sich sozialistisch erweisen, sondern zu jeder Zeit in den Reihen der Partei thätig und hilfreich wirksam sein müssen, schloß die Versammlung um halb 11 Uhr.

Leipzig. Wie aus dem Annoncentheil ersichtlich, beginnen im hiesigen Arbeiterbildungsverein im Laufe dieser Woche die üblichen Winterkurse; wir machen an dieser Stelle namentlich die jüngeren Parteigenossen darauf aufmerksam, daß sie sich nicht blos im Rechnen, Schreiben, Stylistik ꝛc. üben und fortbilden können, sondern auch die englische, französische und russische Sprache, wenn auch nicht vollständig fertig sprechen lernen, so doch in gegebenen Fällen sehr schätzenswerthe Kenntnisse in denselben erwerben können. Es ist ferner Gelegenheit gegeben, die Stenographie zu erlernen. Weiter ist unter Liebknechts Leitung ein Kursus in der deutschen Sprache eingerichtet, der Denjenigen, die sich im Satzbau und Reden auszubilden gedenken, Gelegenheit giebt, dies erfolgreich zu thun. Es ist wünschenswerth, daß sich die Parteigenossen an den wöchentlich 2 Mal stattfindenden wissenschaftlichen Vorträgen und sozialpolitischen Diskussionen recht zahlreich betheiligen. Die aus 2000 Bänden bestehende Bibliothek, sowie die im Lesezimmer ausliegenden 42 Zeitungen und Zeitschriften stehen den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Es dürfte somit allen denjenigen Arbeitern, denen ernstlich um ihre geistige Aus- und Fortbildung zu thun ist, Gelegenheit geboten sein, gegen einen geringen Beitrag diese Gelegenheit in ausgiebigster Weise zu benutzen. —ch.

Berichtigung.

Von Herrn F. Nieberlein, Redakteur des „Nürnberger Anzeiger", erhalten wir folgende Berichtigung, die wir gern aufnehmen: „Nürnberg, 18. Oktober 1876. In Nr. 8 des „Vorwärts" wird „zum Kapitel der Todesstrafe" behauptet, die Todesstrafe sei früher in Bayern abgeschafft gewesen. Dem ist nicht so. Bei Berathung des bayer. Str.-G.-B. vom Jahre 1861 war zwar die Abgeordnetenkammer mit erdrückender Majorität für Abschaffung der Todesstrafe eingetreten, die Reichsräthe und die Regierung aber traten ebenso energisch für Beibehaltung ein. So kam sie schließlich auch, nachdem sich die entsprechende Anzahl Abgeordneter hatte breit schlagen lassen, in's Gesetz. Von dort an bis zum Jahre 1870 nahmen einige Male „liberale" Abgeordnete in der Kammer die Gelegenheit wahr, über die Todesstrafe loszuziehen, ja im Jahre 1867 (oder 1868?) raffte sich die Kammer sogar zu einem Antrag auf Abschaffung der gesetzlichen Abschlachtung auf, jedoch erfolglos. Seit es „Frühling geworden in Deutschland", wird dieses Thema nur noch hie und da in den Zeitungen besprochen.

Briefkasten

der Redaktion: H. B. in Mannheim: Wir können Ihnen darüber keine genaue Auskunft geben; wenden Sie sich dieserhalb an Parteigenossen Grillenberger in Nürnberg, Adr. „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat". — H. St. in Meerane: Wird geschehen.

der Expedition: E. Mlr. Laibach: Für die „Neue Welt" können elegante Einbanddecken durch uns bezogen werden. Der Preis wird sich auf 1 Mk. pro Stück belaufen.

Quittung. Trp Rendnitz Ab. 11,60. Tbrt Connewitz Ab. 14,75. Lhmn hier Ab. 28,75. Kl. hier Schr. 1,00. Hrrndrf Cöln Ann. 1,50. Zimmererkrankenkasse Berlin Ann. 2,00. Gndlr. Cöln Ann. 0,60. L. Greiz Schr. 0,30. Jgr Spener Schr. 0,33. Wß Neu-Ulm Schr. 1,20. Grßnbrgr Nürnberg Schr. 1,50. Eilgkr Sonderburg Schr. 0,70. Lnk Pieschen Schr. und Ab. 27,01. Fortbildungsverein der Anstreicher Wien Ab. 3,05. Bauernverein Hall Schr. 1,64. Expedition des Dresdener Volksbote Ab. u. Schr. 127,93. L. Knpp Straßburg Ab. 3,00. Fnk Meerane Schr. 3,20. Mrtns Kellinghausen Ab. 6,60. Expedition des Hamb.-Altonaer Volksblatts Hamburg Ab. 300,00. Schwnd Hall Schr. 6,00. Zhnnr Darmstadt Ab. 16,40. Drsld Lambrecht Schr. 12,00. Ullrch hier Ab. 1,65, Schr. 2,70. Agitationscomité hier Ann. 0,50. F. Kng hier Ab. 1,80. Genossenschaftsbuchdruckerei New-York Ab. 115,23. Mnk Düsseldorf Ab. 24,40. Hinr Carlsruhe Schr 12,60. P. Schdch Lidge Ab. 6,04. Schnn Calbe Schr. 12,50. Smn Coburg Ab. u. Schr. 13,00. Mrtn Schmölln Ab. 3,20, Schr. 3,25. H. Rdgr. Halle Ab. 12,00, Schr. 8,00. J. Ernst Warasdin Ab. 1,65. Jbsn Frankfurt Schr. 25,00. Dichr Halle Schr. 5,70. Strbl Zwickau Schr. 6,00. Schltc Eutin Schr. 6,00. Hppk Königsberg Schr. 3,20. Pngrl Augsburg Ab. 10,00. Wtzl Annaberg Schr. 11,75. Hrwg Frankfurt Schr. 18,00. Kllwrt Zöschlingsweiler Schr. 16,86. Hch Frankfurt 37,50. Vpp Neustadt Schr. 9,83. Nmnn Langenbielau Schr. 8,40. Wlr Darmstadt Schr. 37,50. Khl Duisburg Schr. 12,50. Sngr Pößneck Schr. 1,50. Mbch Meßburg b. Egeln Schr. 4,50. Anschtz Gotha Schr. 3,00. Fühbr Penig Schr. 21,80. Nmz Wien Schr. u. Ab. 20,00. Wahlfonds vom Gesangver. Thonberg 1,33.

Dresden. Für Monat November werden Abonnements auf den „Vorwärts" gegen Quittung von 65 Pfennig entgegen genommen von Peters, am See 16, Colporteur Uhlich, Wettinstr. 24/IV., Schlüter, Exped. des „Volksbote", Herwig, gr. Schießgasse 7/IV., Kobitzsch, an der Frauenkirche 6 u. 7.

Die Zeitungscommission. [60

Leipzig. **Reichstagswahlcomité.** Montag Abend ½9 Uhr: Sitzung im Arbeiterbildungsverein.

Der Vorsitzende. [40

Leipzig. **Deutscher Schneiderverein.** Montag, den 23. October, Abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof" (Burgstr.): Versammlung. Gäste willkommen. [40

Bücher der Bibliothek sind behufs Revision einzuliefern. D. V.

Leipzig. **Redeübungsclub im Arbeiterbildungsverein.** Die Sitzungen dieses Clubs, zu deren Theilnahme auch die Mitgliedskarte der „sozialistischen Partei" berechtigt, finden unter Leitung der Herren Liebknecht, Motteler und Hasenclever jeden Dienstag Abend von 9 Uhr an statt.

Den hiesigen Parteigenossen bietet dieser Redeübungsclub günstige Gelegenheit zur Ausbildung in der deutschen Sprache und im freien Vortrage, sowie zur Bereicherung ihrer Kenntnisse auf sozialem Gebiete, weshalb hierdurch zu recht zahlreicher Betheiligung aufgefordert wird.

Der Vorstand. [100

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.** Im Laufe dieser Woche beginnen neue Curse im Rechnen (Anfangscursus, sowie für Fortgeschrittenere), in der einfachen und doppelten Buchführung und gewerblichen Geschäftskunde; im Zeichnen, in der deutschen, französischen und russischen Sprache; in der Gabelsbergerschen Stenographie, sowie im Englischen für Anfänger und Fortgeschrittenere und im Schönschreiben. Dem Gesang- und Turnunterricht, der stenographischen Sektion (Fortbildungscursus), sowie dem Unterricht in der Stylistik und Redeübung kann jederzeit beigetreten werden. Neueintretende erhalten von jetzt an schon die Novemberkarte. Zahlreichen Beitritt Seitens der Parteigenossen erwartet

Der Vorstand.

Aufnahme findet jeden Abend statt. Monatsbeitrag 60 Pf. Vereinslokal: Ritterstr. 43 II. [140

Osnabrück. Sonntag, den 22. Oktober, Morgens 10½ Uhr, im Saale des Hrn. Kuhlmann, Alte Münze 21:

Oeffentliche Arbeiterversammlung.

Tagesordnung: Angelegenheiten der Reichstagswahl. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet

P. Krowiarz. [70

Sämmtliche Gewerkschaftsvorstände Leipzigs

werden dringend ersucht, Dienstag, den 24. Oct., Abends ½9 Uhr Windmühlenstr. 7, bei Herrn Pfeiffer zu erscheinen.

Aller Erscheinen ist höchst nothwendig. [40

13. Wahlkreis.

Infolge der Beschlüsse der Conferenz zu Leisnig findet am **Sonntag, den 29. Oktober, Nachmittags 3 Uhr,** im Lokale des Herrn Becker (schiefe Ecke) zu Volkmarsdorf eine **Conferenz** für den 13. Wahlkreis statt. Wir ersuchen die Genossen, für Vertretung Sorge zu tragen. Dohne. Dänert. [80

Für Männer-Chöre.

Im Verlag von **Emil Sauerteig** in Gotha ist zu einem Liedercyclus erschienen:

		Dichter.	Componist.	Partitur m. 4 St.	4 Stim. ohne Part.
Nr. 1.	Bundeslied.	Otto-Walster.	H. Stolle.	0,65.	0,45.
„ 2.	Der wahre Mensch.	L. May.	C. Kreutzer.	0,55.	0,40.
„ 3.	Republik.	W. Hasenclever.	G. Scholz.	1,50.	1,10
„ 4.	Der Arbeitsmann.	Alice Raynard.	J. Scheu.		
„ 5.	An Michel.	A. Geib.	M. Carl.	0,75.	0,60.
„ 6.	Frühlingsgedanken.	F. Glochauer.	G. Scholz.	0,80.	0,60.

Zum Cyclus erscheinen nach und nach 20 bis 25 Lieder, am Schluß mit einem Titelblatt zur Partitur. [150

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 112½ Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 290 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 11 — Mittwoch, 25. Oktober. — 1876.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat November zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II. und den Colporteuren, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Teubert, Bornaische Str. 19, für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Zeitungsspediteur Zschau, Neureudnitz 15, 1 Tr., und Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, für **Plagwitz** nnd **Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 17, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

☛ Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Der Liberalismus und die Volksbildung.

In einem früheren Leitartikel „Praktische Vorschläge" hat der „Vorwärts" kurz die Stellung der deutschen Sozialisten zur Frage der Volksbildung charakterisirt und die Liberalen aller Schattirungen aufgefordert, die Regierungen zwingen zu helfen, von dem Holzwege ihres Culturkampfes à la Don Quixote in die Bahnen einer nur auf Verstandesentwickelung gerichteten Volkserziehung einzulenken.

Die Liberalen traf diese Herausforderung an ihrem schwächsten Punkte; sie können und dürfen wirklich gegen die von uns geforderte bessere Erziehung der Massen nicht das Mindeste einwenden — — sie können und dürfen aber auch in dieser heillen Angelegenheit nicht den Regierungen oder der Regierung — oder noch präziser: ihrem Bismarck und dem von ihm vertretenen monarchisch-militärischen Staate — die Pistole auf die Brust setzen: jede Monarchie braucht Unterthanen mit möglichst beschränktem Unterthanenverstande; die Militärmonarchie kann am besten lebendige Maschinen gebrauchen; und die Kapitalwirthschaft des Liberalismus ist genau in derselben Lage ihren „Händen" gegenüber, wie der Militarismus gegenüber den Fäusten, die ihn halten und für ihn dreinschlagen.

Es ist darum sehr erklärlich, daß die Liberalen alle — von der „ehrlichen" „Vossischen" und der „anständigen" „Deutschen Allgemeinen" bis zur ehrlosen „Nationalzeitung" und dem nicht anständigen „Leipziger Tageblatt" — auf die Herausforderung des „Vorwärts" nur die Antwort der Feigheit, die Antwort des bösen Gewissens hatten — das absolute Stillschweigen.

Und das war's, was wir zeigen wollten: die Liberalen reden nur, wo es sich um Geschwätz, aber sie schweigen, wo es sich um Thaten handelt — in diesem Falle sogar um Thaten, von denen nach dem oft wiederholten Zugeständniß der Liberalen selbst die ganze Zukunft des ganzen deutschen Volkes abhängt.

An liberalen Leitartikeln über Schule und Volksbildung hat es inzwischen nicht gefehlt; aber immer waren es taube Eier, die unter vielem Geschrei in die Welt gesetzt wurden — überall war vom Kern der Angelegenheit nicht die Spur zu entdecken.

In ihrer Nummer vom 20. Oktober hat die „Vossische Zeitung" — das entschiedenste, angesehenste und beste liberale Organ in Deutschland — unter dem vielversprechenden Titel: „Wer die Schule hat, dem gehört die Zukunft", einen Artikel geleistet, der gerade in seiner Eigenschaft als Leiter der „Vossischen Zeitung" am eklatantesten die volle Unehrlichkeit und die jämmerliche Unfähigkeit des Liberalismus, dem Volke zu helfen, beweist.

Wir lassen die Abschnitte, welche die Quintessenz des fraglichen Artikels enthalten, unverkürzt folgen.

Nachdem die „Vossische Zeitung" so im Vorbeigehen den Sozialismus in Gesellschaft mit den schlechten und arbeitsscheuen Lehrlingen, Gesellen und Arbeitern und der geschärften Strafgesetzgebung zum natürlichen Kinde der Volksgeistvergiftung durch das System Eichhorn-Raumer-Mühler gestempelt hat, vertheidigt sie die liberalen Parteien gegen den Vorwurf, zu wenig für die Volkserziehung geleistet zu haben, folgendermaßen:

„Die Gesammtorganisation des Unterrichtswesens und damit auch die Aufhilfe der Lehrer ist schon im Programm der Fortschrittspartei von 1861 enthalten, allein weil es damit nicht von der Stelle wollte, wurde dem Drängen des Abg. Harkort nachgegeben, die Besoldungsverhältnisse der Volksschullehrer besonders zu behandeln. Das ist geschehen und mit den allgemeinen Gehaltserhöhungen auch auf die übrigen Lehrer ausgedehnt und damit bis in die neueste Zeit fortgefahren. Wenn das nicht ebenso gleichmäßig und genügend wie in anderen Beamtenkategorien geschehen ist, so liegt das an den verschiedenen Verhältnissen der Schulen, wie sie sich geschichtlich entwickelt haben, an ihren mannigfaltigen Dotations- und Verwaltungszuständen. Um hier die äußere Gleichmäßigkeit herzustellen, ist eben ein Unterrichtsgesetz nöthig, aber kein stückweises — wie man vor Ungeduld auch schon einmal an eine besondere Universitäts- und Gymnasialgesetzgebung gehen wollte — sondern ein ganzes."

„Nun ist aber längst erkannt worden, daß ein Unterrichtsgesetz sich nur auf richtigen Verwaltungsordnungen gut aufbauen läßt, und heute ist die Frage noch nicht entschieden, ob die Volksschule auf die Gemeinde oder den Kreis begründet werden soll, wovon wissenschaftlich und wirthschaftlich sehr viel abhängt. Bis jetzt haben wir aber erst für einige Provinzen des Staats eine reformirte Kreis- und Provinzialordnung, noch fehlen die Landgemeinde- und Städteordnung und das Gemeindesteuergesetz und wir sind gespannt auf den Versuch, ohne diese Gesetze das Unterrichtsgesetz zu machen, auch sind wir nicht gewiß, ob die Lehrerwelt in und außer der Volksvertretung in den wichtigen Vorbedingungen für die wünschenswerthe Ordnung der Schule immer mit Nachdruck und Einsicht die fortschrittlichen Abgeordneten unterstützt hat.

„Jedenfalls ist mit der Kreis- und Provinzial-Ordnung erst die nothdürftigste Unterlage für das Volksschulwesen geschaffen. Bekannt ist auch, unter wie erschwerenden Umständen es geschah, daß jedesmal mehrere Entwürfe nothwendig waren und Legislaturperioden vergingen, bevor ein Gesetz fertig wurde. Seit Sessionen ist das Abgeordnetenhaus mit leider oft vergeblichen Arbeiten so überladen gewesen, daß es in der Woche mit fünf und sechs Plenarsitzungen kaum auskam, es hatte neben den laufenden Arbeiten mit den Kirchen- und Organisations-Gesetzen so viel zu thun, daß andere große Gesetze darüber nicht in Angriff genommen werden konnten. Erfahrungsmäßig kann eine Volksvertretung nur immer eine große Arbeit auf einmal vollenden, und ein Unterrichtsgesetz im größten Staate des Schulzwanges nach vierzigjährigen Verirrungen auf gesunden Unterlagen aufzurichten, ist eine der schwersten, wenn nicht die schwerste Aufgabe.

„Das ist wohl von dem Lehrerstande nicht immer bedacht worden, wenn die liberalen Parteien glatt weg der Unterlassungssünde und der Nachlässigkeit angeklagt werden. Aber erst in der jetzt verflossenen Legislaturperiode hat im Abgeordnetenhause eine noch dazu recht fragwürdige liberale Mehrheit gesessen, von welcher selbst die entschiedeneren Elemente manches Zugeständniß machen mußten, um nur überhaupt die Anfänge zur Organisation des Schulwesens nicht scheitern zu lassen."

Unsere Leser werden zugeben müssen, daß die so entschieden liberale „Vossische Zeitung" die brennende Frage der Volkserziehung mit staunenswerther Gründlichkeit behandelt und Bescheid wissen will.

Zunächst muß die Frage entschieden werden, ob die Volksschule auf die Gemeinde oder den Kreis gegründet werden soll — und das kann, wenn's gut geht, nicht viel mehr als ein Vierteljahrhundert dauern; vorher aber muß uns der Herr Reichskanzler noch mit einer Landgemeinde- und Städteordnung und einem Gemeindesteuergesetz begnadigen, und das fällt Sr. Durchlaucht nicht eben leicht und wird darum keineswegs über's Knie gebrochen werden. Außerdem, gesteht die „Vossische Zeitung" seufzend, weiß man ja, wie es in unsern gesetzgebenden Körpern zugeht: sie sind mit allerlei Arbeiten — „leider oft vergeblichen" — überladen und haben für die im Volksinteresse dringlichste Angelegenheit — die, einmal energisch in die Hand genommen, gar nicht vergeblich sein könnte — keine Zeit. Schließlich ist die Regierung so merkwürdig bockbeinig in der Frage der Volkserziehung, daß die wirklich „recht fragwürdige liberale Mehrheit" bedeutende Zugeständnisse machen — mußte (natürlich!), um auch „nur die Anfänge zur Organisation des Schulwesens nicht scheitern zu lassen".

Wirklich, es ist zu heiter, wie das Volk „regiert" wird — — Regierung und herrschende Parteien, Evangelische und Ultramontane, Rückschrittler und Fortschrittler — alle, alle sind sie ehrenwerthe Leute; nur haben sie „leider" niemals Zeit, die einzig unzerreißbaren Fesseln zu lösen, welche das „gemeine Volk" in Bann halten — die Fesseln des Geistes.

Die Nationalwahl in den Vereinigten Staaten.

I.

Anfang November d. J. werden in der Union die Nationalwahlen stattfinden, bei denen der Präsident und eine Hälfte des Repräsentantenhauses neu zu wählen sind, und in Folge deren auch ein Drittel des Repräsentantenhauses neu ernannt wird. Da hierbei durchaus kein Wechsel der Verwaltungsgrundsätze, sondern nur der Personen im Amte in Frage steht, so machen wir diese Wahl blos deshalb zum Gegenstande der Besprechung, weil dabei neben den beiden alten verfaulten Parteiorganisationen eine dritte mit zu Felde zieht, welche sich eine Arbeiterpartei nennt — die sogenannte Greenback-Partei. Auch von dieser würden wir nicht sprechen, wäre ihre Geschichte nicht für die Arbeiterbewegung im Allgemeinen so lehrreich. Ist ja doch die gesammte neuere Geschichte der Vereinigten Staaten für die Arbeiter deswegen lehrreich, weil hier zuerst und im großen Maßstabe der Kapitalismus, ungehemmt durch andere ältere Aristokratien, in seiner nackten Häßlichkeit sich hat entwickeln können. Hier hat er früher als anderswo (wenn wir von Law's Mississippi-Bankschwindel, 1725, absehen) die Scham abgelegt und alle seine Schwindelkünste soweit ausgebildet, als ihm die beschränkten Mittel erlaubten. Hier haben die europäischen Gründer ihre Vorbilder entlehnt; hier ist das Manchesterthum zuerst in Fleisch und Blut einer ganzen Nation übergegangen. Hier ist die Kunst erfunden worden, eine musterhaft demokratisch-republikanische Verfassung und ein wirklich in der vollsten Selbstregierung aufgewachsenes Volk zum verächtlichen Puppenspiel zu verderben, in welchem das Volk nicht einmal seine Hanswurstrolle mehr inne wird. Hier ist wirklich — mit seltenen Ausnahmen — Jeder und Alles feil, wenn es nur einen Käufer finden könnte.

Die Arbeiterpartei, welche 1866 in Baltimore durch Zusammenwirken einiger nationaler Gewerkvereine gegründet wurde, war wirklich ein vielversprechendes Beginnen. Ungeregt durch die „amalgamirten Eisenarbeiter" Großbritanniens und einige Internationale, stellte sie sogleich die Forderung eines Normal-Arbeitstags von acht Stunden an die Spitze ihrer Forderungen, welche auch sehr bald vom Congreß zum Gesetz für alle Unionswerkstätten erhoben wurde, und empfahl das Streben nach Corporation in allen Arbeitszweigen. Sie schuf eine Arbeiter-Organisation mit ziemlich centralistischer Verwaltung und stellte anfangs tüchtige Männer an deren Spitze. Sie beantragte eine amtliche Arbeitsstatistik, womit sie auch theilweis bei der Union, sowie im Staate Massachusetts durchdrang. Sie sendete endlich auch einen Vertreter zum Baseler Congreß der Internationale, nur vergriff sie sich in ihrer Wahl, und die Sache blieb deshalb ohne alle Folgen.

Von Anfang an nämlich hatte die Gegnerschaft begriffen, daß sie dieser Arbeiterbewegung durch Scheinzugeständnisse die Spitze abbrechen und durch Theilnahme ihrer Aussendlinge an derselben sie in das gewöhnliche Parteifahrwasser ablenken müsse. Eine Anzahl von Vertretern nicht vorhandener Reformvereine wurden ohne gehörigen Ausweis zu den Congressen zugelassen, und diesen gelang es nur zu gut, alle weiter gehenden Vorschläge im Sinne der Sozialdemokratie zu Falle zu bringen. Als Wechselbalg dafür wurde in das Proaramm ein nationales Papiergeldsystem eingeschoben.

Ein sozialistisch gesinnter Kaufmann, Edw. Kellogg von Brooklyn, hatte 1859 ein Buch geschrieben, in welchem er die soziale Ungleichheit aus dem Zinsnehmen und Zinsgeben herleitet und zu ihrer Beseitigung ein Nationalpapiergeld als einziges gesetzliches Umlaufsmittel verlangt, welches von der Union an cooperirende Gewerkschaften zu ½ Prozent jährlich (die Kosten der Geldfabrikation) ausgeliehen werden sollte. Dieser Gedanke ist durchaus sozialdemokratisch und vernünftig, abgesehen davon, daß er nicht von einem einzelnen Welthandelslande ausgeführt werden kann, wie K. vorschlug, sondern nur von allen zusammen nach übereinstimmenden Grundsätzen, und daß er auch von einem Volke nur nach vorheriger sozialdemokratischer Propaganda und Organisation von genügender Macht, um das Kapital gänzlich lahm zu legen, durchgeführt werden kann. Man sieht, daß K. die Idee der Proudhon'schen Volksbank und die Lassalle'sche Forderung der 100 Millionen behufs Cooperation noch verbessert hatte. Da dieser Gedanke in der Arbeiterpartei großen Beifall fand, ohne allen Widerspruch ihrem Programme einverleibt werden konnte, und da sich auf ihm prächtig weiter bauen ließ, weil er den Kapitalismus kritisch an der Wurzel angriff, so wurde derselbe auch von der „Arbeiter-Union" vertheidigt, dem deutschen Parteiorgan, welches 1869 in New-York zuerst wöchentlich und dann sehr bald auch täglich erschien. Zugleich aber suchte diese Zeitung die Marx'schen Ideen zu verbreiten und die kapitalistische Gesinnung innerhalb der Arbeiterwelt selbst zu entwurzeln. So lange nämlich hierzulande jeder Arbeiter kein höheres Ziel kannte und verfolgte, als das, selbst ein Kapitalist zu werden, war die Kellogg'sche Staatsidee auf Sand gebaut, war die Cooperation selbst nur als ein Mittel zum Kapitalistwerden betrachtet, und da im Volke die kapital-feindliche Gesinnung fehlte, so konnte dieses Geldsystem und die damit verschwisterte Arbeiterbewegung nur im Sande des landesüblichen Parteischwindels verlaufen. Die „Arbeiter-Union" ließ deshalb sehr bald die Kellogg'sche Idee fallen und suchte ihr Publikum im Marx'schen Geiste weiterzubilden.

Dies würde schließlich gelungen sein, wenn nicht der deutsch-französische Krieg die Leser des Blattes in zwei gleich starke Parteien gespalten hätte, von denen die eine bismarckisch angelaufen war, und da das Blatt sofort nach dem Tage von Sedan für den Internationalismus einstehen mußte, ihm den Lebensnerv durch Aufgeben des Abonnements abgeschnitten hätte. Sobald das Blatt eingegangen war, hörten die deutschen Arbeiter auf, einen Einfluß auf die Arbeiterpartei auszuüben, und diese verschlechterte sich von Jahr zu Jahr in ihren Bestrebungen und wurde mehr und mehr zum Werkzeuge der alten verrotteten Parteien. Sie hält ihre besondere Organisation als „Greenback-Partei" blos noch aufrecht, um sich an den Meistbietenden verkaufen zu können.

Aber welche Entwickelung des Programms zum Schlechteren! Statt einem halben Prozent Zinsen, welche Kellogg zur Kostendeckung vorschlug, ist die Verzinsung jetzt zu $3^{65}/_{100}$ Prozent festgesetzt (100 Dollars täglich einen Cent, oder 1 Dollar jährlich 3,65 Cent Zinsen werfend). Anstatt das zu schaffende Nationalpapiergeld zur Cooperation herzuleihen, sollen damit die Nationalschulden bezahlt werden. Anstatt alles andere Geld zu verbieten und das neue Papiergeld zum einzigen Umlaufsmittel zu machen, soll das bestehende Nationalpapiergeld — welches seines grünen Drucks auf der Rückseite halber Greenbacks genannt wird — beibehalten und dadurch auf Gleichwerth mit dem Weltgelde erhalten werden, daß der Inhaber es jederzeit wieder gegen 3,65prozentige Unionsschuldscheine austauschen kann, oder umgekehrt. Also ein ganz kapitalistisches Verfahren! Eine Arbeiterpartei in eine finanziell operirende Kapitalistenpartei entpuppt, nur daß den Mitgliedern das Kapital fehlt, welches sie erst durch Verkauf von Stimmen zu erlangen hoffen! Alle sozialistischen Ideen und Ideale zu täuschenden Stichwörtern herabgesunken, durch welche den Stimmgebern Sand in die Augen gestreut werden soll! Die Achtstunden-Forderung wird in den Parteizeitungen lächerlich gemacht! Seit drei Jahren hat sich die Greenback-Partei, anstatt eine unabhängige Partei zu bilden und die besonderen Arbeiterforderungen an die Spitze des Programms zu stellen, bei den Wahlen in den Staaten Ohio und Indiana mit den Demokraten verbündet, also mit derjenigen Partei, welche die allgemeine Volksschule im Interesse der Ultramontanen durch Theilung des Schulfonds unter die kirchlichen Sekten zu Grunde richten und die Gleichberechtigung der Neger

anfechten will; und mit Hilfe dieser Partei kam sie in beiden Staaten nahe an eine Stimmenmehrheit hinan und dürfte bei der bevorstehenden Wahl einen Sieg davontragen. Zum Schein bewahrt sie ihre besondere Organisation und hat in der Person Peter Cooper's von New-York, eines Millionärs von Schulze-Delitzsch'schen Ansichten, einen besondern Präsidentschaftsbewerber aufgestellt und hier und da besondere Bewerber um Congreßstellen. So bekommt sie Geld von drei Seiten: von ihren eigenen Candidaten und von den beiden alten Parteien, welche einander durch Unterstützung einer dritten Partei zu schwächen hoffen. Wer dieses Getriebe durchschaut, muß von Ekel und Ingrimm über diese Zustände, aber ganz besonders über die Führer dieser „Arbeiterpartei" ergriffen werden.

Es bedarf jedoch eines weiteren Artikels, um unsere deutschen Lesern dieses Getriebe durchschauen zu lassen.

Sozialpolitische Uebersicht

— ER klagt nicht — nämlich nicht auf Verleumdung. Das scheint man in gewissen Kreisen, an deren Urtheil dem Herrn Reichskanzler viel gelegen sein muß, nicht so ganz leicht zu nehmen. So schreibt z. B. ein Correspondent der „Frankfurter Zeitung" (Abendblatt Nr. 294):

„In hohen militärischen Kreisen ist man allgemein verwundert, warum der Reichskanzler noch keinen (Verleumdungs-) Klageantrag gegen die „Deutsche Reichsglocke" gestellt, welche ihn bekanntlich beschuldigt, bei der Gründung der Central-Bodencredit-Gesellschaft eine Million Thaler von Rothschild und Bleichröder erhalten zu haben. Sollte Fürst Bismarck gegen die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht die Hilfe der Gerichte anrufen, so soll seitens einiger hohen Offiziere die Angelegenheit einem militärischen Ehrengerichte übergeben werden, da bekanntlich der Reichskanzler auch noch General der Cavallerie ist. In unseren höheren militärischen Krisen wird seit einigen Tagen viel über die Sache gesprochen."

Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit noch, daß auch die neueste Nummer der „Deutschen Reichsglocke" von den ehrenrührigsten Angriffen auf Fürst Bismarck wimmelt; und daß die „Reichsglocke" sich dabei den Anschein giebt — ob mit Recht oder Unrecht, das lassen wir dahingestellt — als vertrete sie die höchste Person in dem Reich nach, oder richtiger neben dem Kaiser. Das „Duell" Bismarck contra Arnim ist jetzt entschieden zu einem Duell Arnim contra Bismarck geworden. —

— Ein Kulturbild. In der Berliner „Volkszeitung" lesen wir (Nr. 244):

„Ueber Berliner Kinder plaudert (so steht's da!) Oscar Wolf in der „Post": Die Kindersterblichkeit Berlins (von der Kindersterblichkeit Berlins — soll heißen: Sterblichkeit der Kinder Berlins —, mit anderen Worten von dem an den Kindern Berlins geübten Massenmord „plaudert" ein beliebiger Literat, wie man von den neuesten Damenmoden plaudert! Dieses der „Volkszeitung" entschlüpfte Wort läßt in den gähnenden Abgrund der Roheit blicken, welchen das Gestrüpp unserer Scheincivilisation nothdürftig versteckt. Doch weiter. Also: die Kindersterblichkeit Berlins, heißt es dort, ist eine hohe, von 90,972 in den Jahren 1868, 1869 und 1870 Geborenen starben in den ersten 12 Monaten ihres Lebens 26,550. Ich entnehme dabei der mir vorliegenden statistischen Arbeit die nicht uninteressante Bemerkung, daß nach einer über die einzelnen Stadtgegenden angestellten Enquête die geringste Kindersterblichkeit 15,37 Proz. in der Dorotheenstadt, die größte Kindersterblichkeit 37,47 Proz. im Tempelhofer Revier sich zeigte.

„Aber mit jeder zurückgelegten Spanne Zeit wissen die Kleinen besser den ihnen feindlichen Einflüssen zu widerstehen. Das zeigt sich sogar schon im ersten Jahr. Von 1000 Kindern starben während der Jahre 1854—1868 in den ersten zwölf Monaten des Lebens 274, 113, 99, 89, 74, 66, 61, 53, 47, 47, 42, 35.

„Im Allgemeinen kann man die Berliner Kinder im Verhältniß zu denjenigen anderer Großstädte nicht schwächlicher nennen; man bemerkt unter den am frühen Morgen zur Schule gehenden Kleinen — 64,882 besuchten im vorigen Jahr die Gemeinde-, 10,048 die höheren Schulen — doch eine recht große Anzahl rothwangiger, kräftig- und frischaussehender Kinder. Und dann lassen einem die Berliner Kinder wohl auch durch ihr lebendiges lustiges Wesen ihr minder kräftigeres Aeußere übersehen. Welch' heitern Anblick gewährt ein solcher sich durch die Straßen tummelnder und dabei allen Fährnissen gewandt ausweichender Kindertrupp. Der größte Jubel herrscht in der kleinen Compagnie beim Vorübermarsch von Soldaten: Wie sie da die kurzen Beine werfen, Brust heraus, Kopf in die Höhe, man sieht, es liegt im Blute (!). Wohl mag auch anderswo in der kleinen Welt die Freude am bunten Rock, an lustiger Marschmusik und lautem Trommelwirbel sich kund thun, aber ich möchte behaupten, daß selten diese Liebe zugleich mit solchem Verständniß gepaart ist. Als hätten sie ebenso eifrig und vielleicht noch eifriger wie ihre Sprachlehre „Den kleinen Waldersee", den bekannten Leitfaden der ersten militärischen Instruktionen auswendig gelernt, wissen sie mit den Abzeichen der Truppengattungen, Armeecorps, Regimenter, ja sogar mit den Rangverhältnissen und „Honneurs" Bescheid. Heine erzählt von einem Göttinger Jungen, daß dieser sich über einen Kameraden geäußert: „Mit dem Lump gehe ich nicht mehr um, der weiß nicht mal, wie der Genetiv von mensa heißt." Ein Berliner Junge würde vielleicht mit einem Kameraden brechen, der nicht einmal wüßte, „wat en Kavalleriste und wat en Infanteriste is.""

Dies die „Plauderei". Was darin tändelnd behandelt wird, ist meist unsern Lesern bekannt; die tändelnde Behandlung ist's, das leichtsinnige Hinweghüpfen über diese Gesellschaftsgreuel, das frivole Spielen mit Thatsachen, die jeden fühlenden, jeden denkenden Menschen empören, zum Kampf auf Leben und Tod gegen ein System, das solche Zustände hervorbringt, anstacheln müssen — das ist's, was uns vornehmlich zum Abdruck veranlaßt hat — das ist's, was mehr als der Inhalt diese „Plauderei" zu einem Kulturbild stempelt. Der liederlichen schöngeistelnden Schreibweise sei nur erwähnt, daß die Berliner Kinder in einem Athem „nicht schwächlicher" als die Kinder anderer Großstädte, und gleich drauf „minder kräftig" genannt werden u. s. w. Das sind Kleinigkeiten, die einem gedankenlosen Leser entgehen, und nur auf solche rechnet dies Literatenvolk. Bemerken wollen wir aber, daß das kränkliche, schwächliche Aussehen der Kinder Berlins Jedem auffällt, der aus London, Paris und Wien kommt, namentlich aus den zwei erstgenannten Großstädten. Blos in Petersburg soll es ebenso schlimm sein.

Etwas unendlich Rührendes — von dem „Plauderer" freilich nicht beabsichtigt — hat der geschilderte Kinderjubel beim Vorbeimarsch der Soldaten. „Wie sie da die kurzen Beine werfen, Brust heraus, Kopf in die Höhe!" Ach, wenn die Soldaten nicht wären und der Militarismus, wenn die Millionen und Milliarden, die jetzt für die Soldaten und alles was drum und dran hängt, ausgegeben werden, für andere Zwecke: zur Hebung des Wohlstands, der Bildung, der Gesundheit des Volks verwandt würden, dann brauchten in Berlin nicht von je 100 Kindern 25 im ersten Lebensjahre zu sterben. Hier die jubelnden Kinder, unter denen der Massenmord seine Ernte hält; dort die strammen Soldaten, die jeden Moment mitten im Massenmord sich befinden können; hier Massenmord, dort Massenmord, und dieser zweifache Massenmord einer und derselben Quelle entsprungen: der Klassenherrschaft — giebt es eine drastischere Illustration unserer heutigen Bourgeoisgesellschaft mit ihrer übertünchten Barbarei, die sie „Kultur" nennt?

— Das wahnsinnige Duell zwischen Eisenpanzer und Stahlkanone wird mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt. Sobald eine Kanone hergestellt ist, die den dicksten vorhandenen Panzer durchschießt, wird flugs ein dickerer Panzer verfertigt; um diesen zu durchbohren wieder eine größere Kanone und so weiter bis in's Unendliche — denn es kostet ja nur unendliches Geld und die Geduld der Völker ist unendlich. Das neueste Stückchen wird aus England gemeldet:

„Das in der vorigen Woche zu Schöburyneß versuchte acht und dreißig Tonnen-Geschütz hatte ein Kaliber von 12½ Zoll und war geladen mit 130 Pfund Pulver und einem mit Sand gefüllten abgekühlten Palliser Geschosse, das 800 Pfund wog. Auf 210 Fuß Entfernung durchbohrte es eine Scheibe, die aus drei Platten gewalzten Eisens bestand, jede von 10 Fuß Weite, 8 Fuß Tiefe und 6½ Zoll Dicke. Die Platten standen 5 Zoll von einander, die Zwischenräume waren mit Flachholz gefüllt. Die Massen waren fest zusammen geschroben, außerdem an der Spitze und an den Seiten von alten Eisenplatten von 6—8 Zoll Dicke eingeschlossen. Das Zimmerwerk im Hintergrunde war von großer Stärke. Das Gewicht jeder Platte überstieg 9¼ Tons. Die Gesammtdicke der Scheibe betrug 29½ Zoll und — das Geschoß drang dennoch hindurch."

Also jetzt ist die Kanone oben auf. In wenig Wochen wird's der Eisenpanzer sein, u. s. f.

Diesem Duell zwischen Kanone und Panzer entspricht der „friedliche Wettkampf" der drei großen Militärstaaten. Der Militärstaat X erhöht seine Armee; sofort erhöht der Militärstaat Y die seinige um einige tausend Mann mehr; natürlich thut der Militärstaat Z desgleichen; natürlich läßt nun X eine weitere Erhöhung eintreten, natürlich dann Y, natürlich dann Z und so weiter in's Unendliche, denn es kostet ja nur unendliches Geld, und die Geduld der Völker ist unendlich.

— Die Sterblichkeitsverhältnisse in der deutschen Armee sind fortwährend ungünstige. Im Monat August starben 111 Soldaten. Von diesen erhielten 67 ärztliche Behandlung, 5 starben plötzlich am Schlagfluß („Hitzschlag"!), 23 starben durch Verunglückung (Uebungsmärsche!) und 16 durch Selbstmord. Das ist bezeichnend — jeder Commentar würde diese einfache Mittheilung abschwächen.

— Ein unbeabsichtigtes Compliment. Herrn Schulze, nicht dem von Delitzsch, sondern dem von Mainz (wo er als verunglückter Handelskammer-Sekretair, verunglückter Landtags-Abgeordneter, verunglückter Journalist ꝛc. lebt), ist nämlich in Pforzheim bei einem seiner amusanten Sozialistentödtungsversuche das allerdings für ihn nahezu tragische Malheuer passirt, einmal die Wahrheit zu sagen. Er gestand nämlich in der Hitze des Gefechts: obgleich er die sozialistischen Blätter nur mit Widerwillen lese, so könne er doch nicht umhin, zu erklären, daß ihn ein Gefühl der Beschämung überkomme, wenn er die wissenschaftlichen Abhandlungen, welche den Arbeitern zur Aufklärung dienen, betrachte und mit dem vergleiche, was die liberalen Blätter ihren Lesern bieten. Er wäre zufrieden, wenn die liberalen Blätter nur ein Zehntel des Inhalts der sozialistischen hätten. — Hübsch verschnappt, Schulze! Bei der fast absoluten Inhalt- und Gehaltlosigkeit der liberalen Blätter ist es freilich ein etwas zweideutiges Compliment, daß unsere Blätter blos zehnmal so viel Inhalt haben sollen. Indeß — wir acceptiren das Compliment, und sind überzeugt, daß Herr Schulze fortfahren wird, die Sozialisten, wenn er nicht zufällig aus der Rolle fällt, wie in Pforzheim, als Culturfeinde, Gegner der Wissenschaft u. s. w. den liberalen Herren Bourgeois an die Wand zu malen.

— Bourgeois unter sich. Aus Hainau in Schlesien wird berichtet, daß der Maurermeister W. und der Fabrikbesitzer Sch. in einem Streit mit einem Ziegeleibesitzer denselben so malträtirten, daß er besinnungslos liegen blieb. — Sch. wurde mit 6, W. mit 2 Monaten Gefängniß bestraft. — Gehört dieser Fall auch in die „Rohheitsstatistik der Arbeiter", — Herr Harkort?

— Eine Arbeiterversammlung, welche kürzlich in Marburg in Oesterreich statt hatte und zahlreich besucht war, nahm folgende zwei Resolutionen an:

„1. Die heutige Arbeiterversammlung erklärt, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in Oesterreich nothwendig ist zur Begründung einer wahrhaft freiheitlichen Verfassung und einer echten Volksvertretung. 2. Die heutige Arbeiterversammlung erklärt, daß sowohl die liberale als die clericale Presse nur Klasseninteresse vertreten und daß nur die Arbeiterpresse den Namen einer demokratischen verdient. Zur Gründung und Erhaltung derselben sind jedoch vollständige Preßfreiheit, Abschaffung des Zeitungsstempels und der Cautionen und Freigebung der Colportage nothwendige Vorbedingungen."

Die österreichische Regierung wird sich freilich nicht allzusehr beeilen, den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden; bezeichnend aber ist, daß selbst die bürgerliche Demokratie in Oesterreich nicht den kleinen Finger rührt, um die Arbeiter bei solchen rein politisch-demokratischen Forderungen zu unterstützen.

— Aus dem Polizeistaat Italien. Im Dörfchen Caorso gründete Josef Berni eine Sektion der „Internationalen". Ein Brigadier, gefolgt von einigen Häschern, kam kürzlich in's Dorf und verhaftete Berni. Bei dieser Gelegenheit wurde Berni, der keinen Widerstand leistete, in empörendster Weise mißhandelt. Ein Schrei der Entrüstung ging durch die Bevölkerung und die Einwohner des Dorfes befreiten Berni. Einige Tage später überfielen 30 Carabinieri (Gensdarmen) das Dorf und führten eine Anzahl Bewohner als Gefangene hinweg.

— Rußland hat das türkische Waffenstillstands-Angebot abgelehnt und damit offiziell bekundet — was thatsächlich seit Monaten für keinen Vernünftigen zweifelhaft

Die trockene Guillotine.

Der „Volksfreund" (L'ami du peuple) von Lüttich veröffentlicht in seiner Nr. 41 Nachstehendes:

Frau André Léo hat von einem Deportirten aus Neu-Caledonien einen Brief erhalten, der von noch zwölf anderen bekannten und geachteten Deportirten unterzeichnet ist, aus welchem wir — auf ihren Wunsch — folgende Stellen veröffentlichen:

Halbinsel Ducos, Mai 1876.

..... Ich habe Ihnen nicht sogleich geantwortet, weil ich einen nicht administrativen (nicht von den Behörden kontrolirten) Weg für mein Schreiben zu benutzen mich entschlossen hatte, der mir sicherer erscheint und mir erlaubt, alle meine Gedanken auszusprechen. Ich werde Ihnen nicht von dem Einfalle der Heuschrecken in unsere Wohnorte, nicht von dem Erdbeben und dem Wirbelsturme erzählen; Louise soll Ihnen darüber einen besser ausgestatteten Bericht geben, als ich es vermöchte; — ich werde vielmehr über die Sitzung sprechen, welche die Versailler Versammlung am 20. und 21. Oktober 1875 abhielt, und über die uns der „Moniteur" unterrichtete.

Wir empfanden ein Gefühl der Erleichterung, als wir hörten, daß Herr Naquet und mehrere seiner Gesinnungsgenossen einen Amnestie-Antrag eingebracht und bei dieser Gelegenheit einen Zipfel des Schleiers gelüpft haben, den unsere gehässigen Henker von Paris und hier vergebens über die Mißhandlungen zu decken suchen, mit denen sie uns und besonders diejenigen unserer Freunde überhäufen, welche sich im Bagno befinden. Wir haben auch die ableugnende Antwort gelesen, welche der Minister gegeben hat. Er glaubte freies Spiel zu haben. Es ist möglich, daß hier und da ein Irrthum waltete, eine Begebenheit im Einzelnen falsch berichtet worden war; im großen Ganzen aber sind die angeführten Thatsachen durchaus zutreffend und leider nur zu wahr! Man denke, daß hier 200 Menschen länger als acht Tage ohne Brot waren! Ich meinestheils habe sogar 27 Tage meine Brotration nicht zu sehen bekommen und lebte nur von dem, was einige Kameraden mir freundlich gaben. Der Admiral Montagnac mußte darum wissen, denn ich habe es ihm geschrieben.

Wir durften früher, um uns das zum Kochen unserer Lebensmittel nöthige Holz zu schaffen, eine Art Wald oder Gebüsch betreten, das an der äußersten Spitze der Halbinsel liegt, Ribourg und Alleyron, traurigen Angedenkens, haben uns diese Erlaubniß entzogen. Wir mußten nun länger als zwei Monate alle denkbaren Auskunftsmittel aufsuchen, um nicht gezwungen zu sein, unsere Speisen roh zu essen; erst dann benachrichtigte man uns, daß jeder Mann eine bestimmte tägliche Holzration erhalten sollte. Später, im Februar 1875, rationirte man 49 Deportirte, darunter vier Frauen, so, daß fünf unserer Genossen sich zu gerechten Klagen bewogen fühlten. Sie wurden deshalb vor ein Kriegsgericht gestellt. Ihre Namen sind: Place, Cipriani, Langlais, Dussort und Mourant. Die beiden Letzten wurden zu 2 Monaten Gefängniß, Place zu 6 Monaten und 500 Frcs. Geldbuße, Cipriani und Langlais zu 18 Monaten, 3000 Frcs. Buße und — 5 Jahren Polizeiaufsicht verurtheilt! Place und Langlais hatten gegen das Urtheil des Gouverneurs protestirt, und dieser, nicht zufrieden, ihre Frauen auf Rationen gesetzt zu haben, hatte die Niederträchtigkeit gehabt, dieselben zu beschimpfen, indem er sie für übelberufene Weibsbilder erklärte, was entschieden erlogen war.

Einige Zeit nach der Ankunft des neuen Gouverneurs, Herrn de Pritzbuer, hörte die Rationirung auf. Aber der Gouverneur erließ ein Edikt, welches ihre allgemeine Wiedereinführung nach einem Jahre (1876) bestimmte, und seine Ausführung wurde durch das Unglück, welches der Wirbelsturm verursacht hatte, nur vorläufig hinausgeschoben; man läßt uns eine Frist bis zum nächsten Monat Juli. Sie wollen Gefangene haben, aber sie nicht ernähren.

Ich will Ihnen noch ein anderes Urtheil des Kriegsgerichts berichten, das die ganze Deportation traurig bewegt hat. Drei unserer Genossen, Giboin, Drouyn und Crépé, sind vor kurzem zu 8 und 10 Jahren Gefängniß und 10 Jahren Polizeiaufsicht wegen eines Streites verurtheilt worden, den sie mit einem jener Elenden unter uns hatten, die sich an die Verwaltung verkaufen. Sie hatten vor zwei Jahren für ihn gearbeitet und er schuldete ihnen dafür noch die Summe von 5 Frcs. Des vergeblichen Mahnens müde, fielen sie am Abend vor seiner Abreise nach Numea, wohin er als einfacher Deportirter beurlaubt war, in eine Schlinge, die er ihnen gestellt hatte.

Jener Lump — West ist sein Name — hatte Einen von ihnen aufgefordert, ihn zu besuchen, da er ihm sein Geld bezahlen wolle. Als er kam, schrie West mit lauter Stimme: „Hier bin ich in meinem Hause, und der Erste, der eintritt, hat es mit mir zu thun." Nach einem kurzen, lauten Wortwechsel drängten unsere Freunde West bis an die Thür seines Besitzthums. Er ruft jetzt nach seiner Frau, daß sie ihm eine Axt bringe; unterdeß ergreift er ein Handbeil und schlägt damit Drouyn, der nur gekommen war, um Giboin fortzuführen, ins Gesicht. Crépé entwaffnet die Frau, es folgt eine kurze Rauferei und das war Alles.

Alles das ereignete sich am hellen Tage. Das Kriegsgericht hat darin das Verbrechen eines meuchlerischen Ueberfalles und der Körperverletzung mit überlegter Absicht erblickt.

Wiewohl sie die Körperverletzung erlitten haben, bestraft man sie für die Schlägerei. Zwanzig ehrenhafte Zeugen bestätigten den Hergang des Streites in der geschilderten Weise, — umsonst!

Jene jungen Männer waren fleißig und hatten sich nur durch ihre gute Aufführung bekannt gemacht. Das hat ihnen die schmähliche Parteinahme des Kriegsgerichts gegen sie eingebracht; gegen Buben hätte es glimpflicher verfahren.

Ein Vorfall bei diesem Verhör hat einem andern Deportirten der als Entlastungszeuge anwesend war, eine Verurtheilung zu zwei Jahren Gefängniß eingebracht. Man spart damit nicht gegenüber achtungswerthen Deportirten.

Ein Elender Namens Fourny, ehemaliger Beamter der Sittenpolizei in Paris, einer jener Angeber (Spione) von der niedrigsten Sorte, welche je aus dem Brotkorbe der Polizeipräfektur gefressen haben, war nicht als Zeuge vorgeladen worden.

Zwei Tage vor dem Termine meldete er dem militärischen Gerichtshofe, daß er geheime Umtriebe bei Gelegenheit dieser Anklage aufzudecken wünsche, die er allein der Justiz zu enthüllen den Muth habe.

Kraft seines Richteramtes läßt ihn der Präsident kommen und nach Beendigung der Zeugenvernehmung befiehlt er, ihn vorzuführen. Dieser Erbärmliche hat sich nicht gescheut, die ganze Deportation zu beleidigen, indem er nun erklärte, daß sich ein umfassender Bund gegen die Belastungszeugen gebildet habe, daß diese ihres Lebens nicht mehr sicher und gezwungen seien, fortan sich mit einer Axt oder einem Stock zu bewaffnen, um ihr bedrohtes Dasein vertheidigen zu können.

Bei dieser niederträchtigen Verleumdung brach der Zorn

war — daß es eine friedliche Lösung um jeden Preis verhindern will. Der Krieg ist noch nicht erklärt — im Gegentheil, die russischen Blätter in Rußland und Deutschland stellen auf einmal das Säbelgerassel ein und reden von Wiederaufnahme der diplomatischen Aktion. Wir lassen es unentschieden, ob das tolle Säbelgerassel der letzten Tage eine Maskirung des Rückzugs war, oder ob die jetzige vergleichungsweise Stille nur „die Stille vor dem Sturm" ist — in keinem Fall wird Europa, wird die Welt zur Ruhe kommen, denn die „diplomatische Aktion" würde blos den Zweck haben, eine friedliche Lösung zu verhindern und den Krieg bis zu gelegeneren Zeiten zu vertagen. Ruhe werden wir erst bekommen, wenn die „Aktion" des Volks an die Stelle der „diplomatischen Aktion" tritt, und das System weggefegt wird, welchem die gegenwärtige Lage, „die Schande Europas" zu verdanken.

Von einer „Aktion des Volks" ist aber, außerhalb der sozialdemokratischen Kreise, in Deutschland nichts zu verspüren. Bei den soeben vollzogenen preußischen Landtagswahlen wurde die Orientalische Frage, die Kriegsfrage mit keinem Worte erwähnt, und wohlbegründet ist die Entrüstung, mit der die „Vossische Zeitung" in ihrer Sonnabend-Nummer die Frage stellt: „Soll unser Volk nicht endlich sprechen in der Orientfrage"? Die „Vossische Zeitung", ein ehrliches Fortschrittsorgan, wiegt sich in Illusionen — eben weil sie ehrlich ist. (Oder ist sie umgekehrt ehrlich, weil sie sich in Illusionen wiegt?) „Unser Volk" ist das fortschrittliche Volk, ist das liberale Volk, ist das Volk der Bourgeoisie, und dieses Volk hat in Deutschland seit dem Jahr 1866 politisch abgedankt. Wenn der Reichstag versammelt ist, werden wir ja sehen!

In Serbien wieder Massenmetzeleien; natürlich Niederlagen der unglücklichen Serben, die dafür von den russischen Depeschenfabrikanten als Schmerzenspflaster Dutzende von Papiersiegen zum Geschenk erhalten. Warum aber, fragt gewiß Mancher, führen die Türken denn nicht gegen die Serben, oder richtiger die russische Armee in Serbien, der sie ja überlegen sind, endlich einen entscheidenden Schlag? Die Antwort ist sehr einfach: die russische Armee in Serbien ist nur ein kleiner Theil der militärischen Macht, welche die Türken ins Auge zu fassen haben. Ueberhaupt hatte das serbische Kriegstheater von Anfang an eine ganz untergeordnete Bedeutung — der wahre Feind, den die Turkei sich gegenübersah, war nicht das winzige Serbien, sondern das große Rußland, und, während sie den Zwerg Serbien einfach an Raub- und Abenteurerzügen hinderte, mußte sie ihre Vorbereitungen zum Kampf gegen den eigentlichen Feind treffen. Auf diese Weise erklärt sich die sonst unerklärliche türkische Kriegführung in Serbien.

— Am 14. d. M. wurde der frühere Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse", K. H. Müller nach achtmonatlicher Haft aus dem Landesgefängniß zu Zwickau entlassen, um noch vier Monate im Chemnitzer Gefängniß „verbüßen" zu können. Er wurde aber nicht mit Zwangsbegleitung nach hier „abgeliefert", wie dies sonst in der Regel geschieht, sondern mußte nur auf Ehrenwort versichern, sich zu der weiteren Haft pünktlich stellen zu wollen. — Diese Rücksichtnahme der Zwickauer Gefängnißdirektion ist anerkennenswerth.

— Aus Brandenburg erfahren wir, daß der Parteigenosse Otto Schumacher auch in zweiter Instanz wegen „Majestätsbeleidigung" zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt wurde. Derselbe soll das Verbrechen dadurch begangen haben, daß er eine Versammlung verließ, in welcher ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht wurde!! Es wird immer schöner!

— Wegen mehrerer angeblicher Preßvergehen sind der Redakteur drr „Bergischen Volksstimme", Parteigenosse Hasselmann und die Verleger Parteigenossen Harm und Meyer von dem Untersuchungsrichter zu Elberfeld vernommeu worden.

Correspondenzen.

Pesth, 9. Oktober. (Ueber die Arbeiterbewegung in Ungarn.) Die ungarische Arbeiterbewegung ist vor der Hand äußerlich ins Stocken gerathen. Wir ungarischen Arbeiter, speziell die hauptstädtischen, haben weder einen Verein noch einen Club, halten weder Besprechungen noch Zusammenkünfte, kurz, wir wüßten beinahe einer vom andern nichts, wenn wir unser einziges Organ, die „Arbeiter-Wochen-Chronik" nicht hatten. Warum wir eigentlich unsere Hände müßig im Schooße ruhen lassen, ist einestheils der Umstand, daß es uns seit kurzer Zeit an Führern und Rathgebern mangelt, anderntheils aber, was natürlich die Hauptsache ist, legt man uns stets neue Hemmnisse in den Weg und glaubt dadurch zu erzwecken, daß die ungarische Arbeiterbewegung womöglich in ihrem Fortschreiten gehemmt werde.

Unsere Regierungsmänner, die doch jederzeit — wenn auch nur mit dem Munde — einem „Rechtsstaate" zustreben, wollen nicht daran denken, daß man die Verhältnisse der Arbeiter zur Gesellschaft doch auch in gesetzlichen Normen fassen muß, und so kommt es, daß die Arbeiter in unserem Vaterlande ganz ohne gesetzliche Fürsorge, ganz ohne gesetzlichen Schutz leben. Ja, die Gesetze kehren sich sogar gegen uns, denn wo wir nur auf die Bahnen der Selbsthilfe treten, um aus uns etwas zu machen, wo wir Vereine, Organe stiften, unser Versammlungsrecht, die Allen gewährleistete Rede- und Preßfreiheit gebrauchen wollen, da treten uns Polizei und Regierung sofort hindernd in den Weg, was natürlich jenen alten Erfahrungssatz bestätigt, daß Recht und Gesetz sehr leicht mit zweierlei Maaß gemessen werden können.

Abgesehen aber von all diesen Unzukömmlichkeiten herrscht unter uns ungarischen Arbeitern eine sogenannte ungarische Krankheit: die Uneinigkeit und Parteilichkeit, denen es auch zuzuschreiben ist, daß bei uns jedes Fortschreiten zu einer absoluten Unmöglichkeit wird. Wir wollen noch immer nicht zu jeder praktischen Richtung greifen, wie die deutsche Arbeiterbewegung, die doch schon die herrlichsten Früchte getragen. Wir haben keine Schulen, keine Bibliotheken, keine ausgedehnte Presse zur Verfügung; unsere Mandatare fehlen auch im Abgeordnetenhause noch, statt alldem haben wir aber eine Staatspolizei, die jederzeit bereit ist, wenn wir vielleicht eine Versammlung abhalten wollen, selbe zu verbieten, für Bordellwirthinnen aber — weil's dort natürlich Geld giebt — stets bereit ist, in die Schranken zu treten.

So lange daher wir Arbeiter uns nicht selbst aufraffen, so lange wir nicht selbst begreifen und einsehen wollen, daß unseren Rechten durch unsre eigene Kraft Geltung verschafft werden muß, so lange werden wir immer das Joch der Tyrannen ertragen müssen. Von der jetzt herrschenden Klasse können wir nie eine Verbesserung unserer materiellen Lage erwarten! Man schmeichelt wohl zuweilen dem Arbeiter und dem Bauer, wenn man eben seiner bedarf; hat man ihn aber gebraucht, dann giebt man ihm Fußtritte. — Wie soll denn der ungarische Arbeiter gebildet werden, wenn für ihn gar nichts geschieht, wenn man ihn stets roh und gewaltthätig behandelt, wenn man seine Menschenrechte nicht anerkennt, ihn gesetzlich nicht schützt und seinen Drang nach Bildung und Selbsthilfe unterdrückt? Wohin aber alldies führen wird, werden unsere weisen Staatskünstler bald erfahren; dann wird es aber vielleicht schon zu spät sein. Für uns Arbeiter giebt es keine Gesetzgebung, denn man erkennt uns nicht als vollwichtigen Bestandtheil der Nation an. Auf solche Art natürlich muß die Furcht vor der Rohheit der Massen vollständig begründet sein, so lange von keiner Seite etwas geschieht, um Bildung, Gesittung und Wohlstand auch unter uns Arbeitern heimisch zu machen. Der Staat muß seine verstoßenen Kinder in sein Haus aufnehmen, und die verlorenen Söhne werden gewiß dann seine festeste Stütze sein.

So lange aber Alles im Dunkeln liegt, so lange die Gesetzgebung für den Arbeiter nichts thut, so lange wird auch der Arbeiterstand zum Emporschwung des Staates nie hilfreiche Hand bieten. F. Z.

Berlin, 15. Oktober. Im großen Festsaale der Kaisergallerie (Passage), Unter den Linden, fand heute Vormittag halb 11 Uhr eine von gegen 3000 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Most über die Gesetzgebung seit 1870 sprach. Most sprach sich dahin aus, daß das jetzige Parlament gar nichts für das Volkswohl gethan, sondern den Militarismus gefördert habe. Durch die Annexion Elsaß-Lothringens und die Freundschaft Rußlands sei das deutsche Reich jetzt nach Außen und Innen in die Klemme gerathen und habe dadurch die Revanchelust der Franzosen bestärkt. Die Conservativen und Ultramontanen im Reichstag hätten kein Herz für die Arbeiter, die allein den Kampf durchfechten müssen. Die Liberalen seien jetzt geneigt, mit den Conservativen gemeinsam das Contraktbruchgesetz zu Stande zu bringen. Uebergehend zum Kulturkampf erklärte Most unter großem Beifall, daß die Sozialdemokraten am meisten von allen Parteien den Ultramontanismus haßten und wünschten, den Pfaffen direkt auf den Leib zu rücken, damit ihnen vor allen Dingen jeder Einfluß auf die Schule entzogen werde. Aber niemals werden die Sozialdemokraten für den Kulturkampf eintreten, der mit Gensdarmen und Staatsanwälten geführt werde. Nach Schluß der von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommenen Rede wurde Most als Reichstagscandidat für den ersten Berliner Wahlkreis proklamirt und von den Sozialisten der Beschluß gefaßt, sich an den Wahlen zum Abgeordnetenhause nicht zu betheiligen.

Duisburg. Die sozialistische Bewegung in Duisburg, das vor dem Kriege schon einmal einen sozialistischen Abgeordneten, Herrn Hasenclever, in den Reichstag gesandt hatte und in späteren Wahlen nur in Folge der Abwesenheit der meisten Sozialisten des Kreises, welche sich, und unter ihnen auch Hasenclever, Gewehr im Arm im Felde befanden, und dann unter der Wirkung des Siegesdeliriums liberal gewählt hatte, beginnt sich wieder gewaltig fühlbar zu machen.

Unser Blatt, die „Duisburger Freie Zeitung" erweist sich als ein wirksames Kampfmittel und ihr Redakteur, Herr Kuhl aus Barmen als ein reger Kämpfer des Sozialismus. — Seit Herr Kuhl hier die Redaktion der „Freien Zeitung" übernommen hat, ist auch die Agitation in Fluß gekommen. Versammlungen sind bis jetzt in Betreff der Reichstagswahl abgehalten worden in: Duisburg, Beek, Ruhrort, Mülheim a. d. Ruhr, Heißen, Styrum, Hochfeld, Oberhausen, Meidrich u. s. w. mit bestem Erfolg, so daß Kuhl in sämmtlichen Versammlungen als Reichstagscandidat einstimmig angenommen wurde. Unsere Liberalen haben im hiesigen Kreise eine derbe Schlappe erlitten. Ihr Landtagsabgeordneter Dr. Hammacher hat sich als gründlicher Gründer entpuppt, als würdiger College des Gründerkönigs Dr. Strousberg. Am vorigen Sonntag hatte man in Mülheim, im Kirchholt'schen Saal, eine große Wäscherei veranstaltet, in der die nationalliberalen Waschweiber aus dem Kreise Duisburg, Mülheim und Essen erschienen waren. Herrn Dr. Hammacher soll es auch gelungen sein, sich, nach der Ansicht der liberalen Partei, rein zu waschen, denn er steht jetzt nach der „Rhein- und Ruhrzeitung" unbefleckt da! Auch ist er wieder als Candidat für das Abgeordnetenhaus aufgestellt. Das Dreiklassen-Wahlsystem erlaubt ihnen auch das. Vorige Woche wurde hier das am St. Sedanstag enthüllte Kriegerdenkmal durch Straßenkoth beschmutzt. Großes Geschrei und Gejammer im nationalliberalen Lager. Wer sollte nun wohl diese graufige That verübt haben? Wahrscheinlich doch die Reichsfeinde. Doch der kreisende Berg gebar eine Maus. Gestern mußten unsere Scribenten veröffentlichen, daß diese That von zwei Irrsinnigen begangen worden sei. — Die Geschäftskrisis dauert hier noch immer fort und Arbeiterentlassungen kommen fast täglich vor. Selbst unser 33facher Millionär Krupp scheut sich nicht 70 bis 80 Arbeiter auf einmal unbarmherzig auf die Straße zu werfen. Diese Thatsachen kommen uns zu statten, öffnen den noch indifferenten Arbeitern die Augen und belehren sie, daß die Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit eine riesengroße Lüge ist. G—.

Braunschweig. Da von allen Orten Berichte über den Stand der Wahlagitation einlaufen, so wird es in der Ordnung sein, auch von hier über die Aussicht der nächsten Reichstagswahl etwas zu berichten. Vorerst mußten wir uns klar werden, auf welche Weise läßt sich die Agitation am zweckmäßigsten betreiben? Nach den Erfahrungen der letzten Reichstagswahl-Agitation mußten wir ein anderes Verfahren einschlagen, um den vielen Maßregelungen, welche sie im Gefolge hatte, vorzubeugen. Aus diesem Grunde wählten wir, so weit es thunlich, an Stelle der mündlichen die schriftliche Agitation. Die Schrift „Nieder mit den Sozialdemokraten" wurde im ganzen Lande durch zwei hierzu engagirte Colporteure unentgeltlich vertheilt und so hauptsächlich die Landbevölkerung darauf aufmerksam gemacht, was die Sozialdemokraten eigentlich wollen. Wir können mit dem Erfolg zufrieden sein. Um das gewonnene Terrain weiter zu bearbeiten, wurde unser Lokalblatt, der „Volksfreund", durch Parteigenossen auf dem Lande verbreitet; es giebt dies Gelegenheit, persönlich und mündlich mit geeigneten Leuten in den Dörfern in Verbindung zu treten, so daß man zur passenden Zeit Anhalt hat, um, wo es nöthig ist, Volksversammlungen abzuhalten; denn bekanntlich hat es oft große Schwierigkeiten, geeignete Leute zu finden, welche die Anmeldung einer Versammlung machen. (In Braunschweig müssen es drei wahlberechtigte Bürger sein.) Auf diese Weise wurde es uns möglich, in Gegenden Fuß zu fassen, wo es sonst gar nicht möglich war, Volksversammlungen abzuhalten, ja wo nicht einmal ein Saal dazu hergegeben, oder, wenn einer versprochen worden, es hintertrieben wurde. Für die nächsten Reichstagswahl-Versammlungen brauchen wir keine Furcht vor Unruhen und Gemeinheiten der Gegner zu haben, wie vor drei Jahren es noch der Fall war, wo Jeder von Glück sagen konnte, der aus solchen Versammlungen mit heiler Haut entkam. Es kommt ja hin und wieder auch jetzt noch vor, daß dem Einen oder Andern die Thür gewiesen wird, oder daß er auch wohl unsanft hinausbefördert wurde; auch hat man sehr häufig Gelegenheit, mit den Hunden oder vielmehr deren Zähnen in Berührung zu kommen, jedoch sind dieses nur Ausnahmen, im großen Ganzen ist die Stimmung im ersten Wahlkreise eine gute zu nennen, und dürfen wir die Hoffnung hegen, unsern Candidaten Herrn W. Bracke jun. bei der nächsten Wahl durchzubringen. Der Agent.

Stuttgart. Die Wahlbewegung hat bei uns begonnen. Die „Volkspartei" hat sich über ihr Vorgehen bei den Landtags- und Reichstagswahlen schlüssig gemacht. In Nr. 4 des „Vorwärts" wurde hiervon einfach Notiz genommen. Ich halte es für angezeigt, das Verfahren der „Volkspartei" einer näheren Beleuchtung zu unterziehen. Die Volkspartei hat beschlossen, bei den Wahlen ihr Programm nicht in der ganzen Fülle seines Segens dem wählenden Volke kundzugeben, sie hat für die Wahlen ein nagelneues Programm aufgestellt, welches nur solche Forderungen und Wünsche enthält, die auch einen antipreußisch-nationalgesinnten Deutschen, den sog. idealen Reichsfreunden, wie man sie nennen kann, angenehm sind, als: Abschaffung der Diätenlosigkeit, Abschaffung der dreijährigen Präsenz (während die Abschaffung des Einjährigensystems, die früher auch auf dem Programm figurirte, aus Politik bei Seite gelassen wurde), Einführung verantwortlicher Reichsminister (das alte politische Steckenpferd, dem auch die Volkspartei trotz alles Pustens kein Leben einhauchen wird, aber immer noch ein Zugschlagwort), Erhaltung der durch die Reichsgesetze bedrohten Gemeindegerichtsbarkeit (ein gutes lokales Partei-Agitationsmittel), dann Proteste gegen Beschränkung des Versammlungsrechts und der Presse, Resolutionen gegen das Reichseisenbahnprojekt und für die Schwurgerichte. Das ist der Hauptinhalt des neuen Programms, und dieses neue Programm ist das wahre Programm dieser sogenannten Volkspartei, denn wer bei den Wahlen sein altes Programm verleugnet, der wird es bei jeder Gelegenheit verleugnen, und der Hinweis auf das ganze Programm ist illusorisch.

Es ist der ganze Punkt III des alten Programms, welcher von den Arbeiterassoziationen, dem freien, unentgeltlichen Unterricht und anderen schönen Dingen handelt, durch welche den sozialen Forderungen des vierten Standes genügt werden soll, einfach aufgegeben. Der Arbeiter und der kleine Mann, der seither noch mit halbem Gefühl nach der Volkspartei schielte, weiß nun, wie er mit ihr dran ist. Die Volkspartei ist in die Reihe der übrigen, der Arbeiterpartei gegenüber reaktionären Parteien voll und ganz eingetreten. Sie hat ein neues Programm, ein reaktionäres Programm sich gemacht und schon bei der letzten Reichstagsergänzungswahl in Stuttgart hat diese Partei gezeigt, wie wenig es ihr mit Punkt III ihres alten Programms Ernst ist, denn bei der von ihr einberufenen Wahlversammlung erklärte der Redner, Rechtsanwalt Payer: Ueber Punkt III des Programms glaube er hinweggehen zu dürfen, denn er glaube nicht, daß die Mehrzahl der Versammelten Sozialdemokraten seien (was allerdings der Fall war). Punkt III war also nur eine Lockspeise an der Angel, mit welcher diese Partei den vierten Stand fangen wollte, ohne im Ernst seine Forderungen auch nur halbwegs zu vertreten.

Der Arbeiter, der kleine Mann weiß nun, woran er mit dieser Partei ist, und wird sich durch die nebenhergehende Him-

---

unseres Genossen Conduchi in einen Ruf der Entrüstung aus. „Lüge! Verleumdung!" rief er mit lauter Stimme; und wegen dieser That verwies man ihn noch in dieser Sitzung auf die Bank der Angeklagten. Vergebens führte er aus, daß sein Ausruf nicht dem Kriegsgerichte, sondern den Worten Fourny's gegolten habe; nach anderthalbstündiger Berathung verurtheilte ihn das Tribunal zu zwei Jahren Zuchthaus wegen Aufruhrs gegen ein Kriegsgericht.

Und sollte sich denn Niemand finden, der solche entsetzliche Ungerechtigkeiten vor das Tribunal des Welturtheils zu bringen wagt? Ja! Einer wird es thun — eine Frau, die ich das Glück habe, zur Freundin zu haben!

Ihre mitleidige Feder wird uns zu Hilfe kommen.

Fürchten Sie nicht, mich zu compromittiren; ich habe nichts berichtet, als was wahr ist, und eine gerechtere Sache kann ich nicht vertheidigen! Die Verurtheilten sind ehrenhafte Leute, welche wir Alle achten und lieben.

Ich füge hinzu, um auch das Letzte zu berichten, daß sich Fourny unter den Schutz des Kriegsgerichts gestellt hat...."

Dies die vollständige Uebersetzung des Briefs. Ein Commentar ist überflüssig. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit, daß in nächster Zeit im Verlage der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei eine Uebersetzung der Schrift Paschal Grousset's und Fr. Jourde's: „Die Märtyrer der Commune in Neukaledonien. Bericht zweier Entwichenen" erscheinen und zum Besten der deportirten Communards und deren Familien verkauft werden wird.

— Arbeiterrisiko. Ein schreckliches Unglück hat sich in Dinklage ereignet. 13 Arbeiter, die bei dem Neubau der Kirche arbeiteten, stürzten in einer Höhe von ungefähr 70 Fuß herab. Sieben derselben haben schwere Verletzungen davongetragen. Es war ein schrecklicher Anblick, den die zwischen den Steinen liegenden, in ihrem Blute schwimmenden Leute boten. Wie verlautet, soll den Bauherrn die Schuld treffen, weil die Materialien beim Bau der Gerüste nichts taugten.

— Eine That wahrhaft heldenmüthiger Ausdauer ist von einem belgischen Arbeiter, Namens Caris, Schieferdecker in Anthisnes, Provinz Lüttich, zu berichten. Während nämlich ein Kamerad auf seinen Schultern stand und damit beschäftigt war, einen Blitzableiter an der Spitze des Kirchthurms der Stadt Ville-sur-Ourle zu befestigen, fielen, durch den Wind seitwärts getrieben, Tropfen geschmolzenen Bleies auf den Körper des Genannten. Die Lage war gefahrvoll; die geringste Bewegung hätte seinen unglücklichen Gefährten in die Tiefe geschleudert. So ertrug er, ohne sich zu rühren, den entsetzlichen Schmerz. Es war eine übermenschliche Anstrengung, und man bebt bei dem bloßen Gedanken an die Marter, welche er hat ausstehen müssen. Dieser Zug von Muth, dem jeder Gedanke an Ruhmredigkeit, Ehrgeiz oder Belohnung fern lag, der vielmehr lediglich dem Pflichtgefühl und dem Triebe zum Guten entsprang, ist erhaben und verdient rühmende Erwähnung im Verzeichnisse der denkwürdigen Thaten. Da die Wunden, die Caris sich durch seinen Heroismus zugezogen, und mehr noch der grausame Zwang, den er sich auferlegen mußte, um inmitten furchtbarer Schmerzen unbeweglich zu bleiben, den unglücklichen, mit einer zahlreichen Familie gesegneten Mann für lange Wochen in die Unmöglichkeit versetzt haben, zu arbeiten, so sind in England und Belgien Subskriptionen eröffnet worden. Es ist dieses wiederum eine Illustration unserer elenden sozialen Verhältnisse. Ein Arbeiter, der sich durch die beispiellosefte Aufopferung vielleicht für immer arbeitsunfähig gemacht hat, verfällt mit seiner Familie dem Elend, wenn ihm nicht die Privatwohlthätigkeit zu Hilfe kommt.

— Der verstorbene Ziegler hinterläßt, wie man vernimmt, seine Memoiren, die er in den letzten drei Jahren geschrieben hat. Bei den vielfachen Beziehungen, welche Ziegler mit bekannten Personen fast aller politischen Parteien hatte, verspricht die Schrift höchst interessant zu werden.

---

weisung auf das alte Programm nicht täuschen lassen. Politische Phrasen über verantwortliche Reichsministerien können die Thatsache nicht verbergen, daß die Volkspartei Württembergs wieder voll in den breiten Weg eingetreten ist, welchen die nationalliberale Partei ausgetreten hat — einiges Gebüsch, das sie auf den Weg streute, kann den Weg für das Volk noch lange nicht zur grünen Weide machen.

Das Volk wird sich von dieser „Volkspartei" vollends abwenden, dagegen werden ihr nun ziemlich viele Stimmen der sogenannten fortschrittlichen Nationalliberalen, der bekehrten Bourgeoispartikularisten zufallen, denn die Forderungen, welche die Volkspartei in ihr Programm aufgenommen hat, muß auch jeder Nationalliberale zu den seinigen machen, wenn er in Württemberg diesmal gewählt werden will. Vor allem aber hat es die Volkspartei mit ihrer Taktik auf die „Bauren" abgesehen, es soll Bauerfängerei im eigentlichsten Sinne des Wortes getrieben werden; es ist auf den in Württemberg noch sehr zahlreichen, aber auch politisch noch sehr unreifen Stand der Bauern abgesehen, und was von diesen Leuten der Ultramontanismus und Pietismus nicht in seinen Klauen hat, kann wohl der Volkspartei zufallen.

Das ganze Vorgehen dieser Partei kennzeichnet ihre prinzipielle Unmacht. Wer sein Programm verleugnen muß, um Stimmen zu werben, der ist schon begraben.

Was die Sozialdemokratie Württembergs von dieser Partei zu erwarten hat, ist jedenfalls nicht viel Gutes, wenn wir auch die in der jüngsten Zeit von der Seite eines einflußreichen Mitglieds dieser Partei gefallene Aeußerung: „Wenn die Sozialdemokraten sich zu viel herausnehmen, so muß man sie mit den Kanonen wegblasen", der ganzen Partei nicht anrechnen wollen. Aber es muß schon ein Morast da sein, wenn solche Sumpfblumen in einer Partei, die sich „Volkspartei" nennt, ihr Gedeihen haben.

Was die Landtagswahlen betrifft, so wird die Sozialdemokratie Württembergs sicher nicht unterlassen, alle Wahlversammlungen zu Verbreitung ihrer Prinzipien zu benützen, schon im Interesse der unmittelbar folgenden Reichstagswahlen. Aber auch die Aufstellung eigener Candidaten kommt für ein paar Bezirke mit Aussicht auf Erfolg in Frage. Das württembergische Landtagswahlgesetz giebt jedem 25 Jahr alten Württemberger das direkte Stimmrecht, ob er Steuern zahlt oder nicht. Beschlüsse über die aktive Betheiligung werden, wie ich höre, erst gefaßt werden.

Hamburg, 19. Oktober. (Freisprechung.) Am 1. Juli dieses Jahres stand ich vor der VII. Deputation des Königl. Stadtgerichts in Berlin, angeklagt wegen Gotteslästerung. Es erfolgte ein freisprechendes Urtheil, weil mein Vortrag über Trennung der Kirche vom Staate nach Aussage des Belastungszeugen (Polizeilieutenant) in ganz anderm Sinne gehalten, wie ihn die Anklage aufgefaßt hatte. Die Staatsanwaltschaft legte Appellation ein. In der Appellations-Rechtfertigungsschrift hieß es, die Gottheit und die Bibel seien identisch. Es fand nun ein Termin am 17. Oktober bei dem Königl. Kammergericht zu Berlin statt. Der Oberstaatsanwalt wollte allerdings die Appellations-Rechtfertigungsschrift in obengenanntem Sinne nicht vertreten, beantragte aber dennoch meine Bestrafung event. die nochmalige Beweisaufnahme durch den Polizeilieutenant Rem. Dieser Antrag wurde abgelehnt und ich kostenlos freigesprochen.

Mit sozialdemokratischem Gruß Wilh. Wißmann.

Uetersen. Am 15. Oktober fand hierselbst im „Tivoli" eine stark besuchte Volksversammlung statt, in welcher Herr Max Stöhr aus Berlin über „Die verschiedenen politischen Parteien und die bevorstehende Reichstagswahl" referirte. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf wurde ein Antrag auf Gründung eines Wahlcomités angenommen. Das Wahlcomité hat sich constituirt und ist der Vorsitzende von demselben C. Lütgens in Uetersen. Max Künne.

Leipzig. Ein verunglückter Grunder. Das „Berliner Tageblatt" schreibt aus Thüringen, d. d. 19. Oktober: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrathes des Schönheimerschen Bankvereins zu Leipzig, Herr Dr. Birnbaum, scheint jetzt in Gera für den Reichstag zu candidiren und muß sich nun alle die verunglückten Unternehmen dieses Finanz-Instituts als „Gründer" vorrechnen und vorwerfen lassen. In der „Geraer Zeitung" versuchte nun der Candidat eine Vertheidigung, die allerdings, trotz ihres Jammertons, den Eindruck der Wahrheit macht. Wir glauben es gern, daß Herr Dr. Birnbaum bei den Gründungen, welche seine Bank vorgenommen, keine Seide gesponnen. Die Erinnerung an die selige „Spenersche Zeitung" unter Braun-Wiesbadens Redaktion und ihr trübseliges Ende an chronischer Abonnentenschwindsucht genügt, um uns milde zu stimmen. Ob aber diese Erfolglosigkeit im Gründen Herrn Dr. Birnbaum einen hinreichenden Anspruch auf ein Mandat in Gera gewähre — das wollen wir denn doch vorerst noch — „ungelogen sein lassen"."

So weit das „Berliner Tageblatt". Daß die Gründungen des Herrn Birnbaum mißglückt sind, ist allerdings richtig, und richtig ist auch, daß die zahlreichen kleinen Kapitalisten, die für die Birnbaum'schen „Gründungen" gekapert wurden, ebenso schlecht gefahren sind, als wären sie in die Hände von Ofenheim und Stroußberg gefallen; ob Herr Gründer, wir wollten sagen Herr Birnbaum, bei diesem Geschäft Seide gesponnen hat oder nicht, das wissen wir freilich nicht zu sagen, was wir aber zu sagen wissen, ist, daß das gerichtliche Urtheil über die Bischweiler „Gründung" des Herrn Birnbaum dem Gründer und seinen Mitgründern durchaus nicht günstig lautet. Zu gelegener Zeit mehr!

Obershausen bei Offenbach. In der Nacht vom 13. zum 14. Oktober starb einer unserer besten Parteigenossen N. Ball. Er war in den letzten zwei Jahren als erster Agent in der Partei thätig und vertrat die Interessen der Gemeinde im Gemeinderath. Geachtet von Allen, die ihn kannten, war er ein trefflicher Familienvater, der seine Frau mit 7 unmündigen Kindern als Arbeiter redlich ernährte, aber selbstverständlich für seine Hinterbliebenen keinerlei Vermögen zurücklegen konnte. Die Frau und die Kinder befinden sich in drückender Noth.

Breslau, 19. September. Der Hirsch-Duncker'sche Verbandstag hat die Musterknabenschablone des neuen Statuts, welches der „Herr Anwalt" für nöthig hält, angenommen. Der herrliche Auswuchs am Baume der Selbsthilfe hat folgende Form.

„§ 4. Mitglied kann jeder Arbeiter werden, welcher die Hebung des Arbeiterstandes zur Selbstständigkeit und Gleichberechtigung mit allen anderen Klassen auf dem Wege der gesetzlichen Reform, insbesondere durch Berufsorganisation, Bildung und Genossenschaft erstrebt, überhaupt den Grundsätzen der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) huldigt und demgemäß durch einen Revers mit seiner Unterschrift erklärt, weder Mitglied noch Anhänger einer anderen, insbesondere sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu sein."

Durch diese Unterschrift verkaufen die Mitglieder, die ahnungslos beitreten, ihre Gesinnung bis an ihr Lebensende, wehe wenn einer seiner Ueberzeugung folgend sich in politischen Fragen einer anderen Partei anschließt! Wenn er auch 20 Jahre lang seine Beiträge prompt bezahlt hat, er wird unbarmherzig ausgeschlossen. Man höre, was der Harmoniedoktor weiter für die deutschen Arbeiter ersonnen hat — natürlich nur zu ihrem Heile und Wohlergehen.

„2) § 6. Verloren wird die Mitgliedschaft: a) durch schriftliche Austrittserklärung; b) durch Nichterfüllung der statutenmäßigen Verpflichtungen, speziell durch Nichtzahlung der Beiträge während 6 Wochen, sowie durch Verletzung des Reveries (§ 4) und Agitation gegen die Prinzipien und Organisation der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) u. s. w.

„3) § 7. Jedes Mitglied ist verpflichtet: a) den Statuten und statutenmäßig gefaßten Beschlüssen streng nachzukommen, die Vereinsversammlungen regelmäßig zu besuchen, für die Ehre und Interessen des Gewerkvereins nach Kräften zu wirken und sich um so mehr jeder Agitation gegen die Prinzipien und Organisation der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) zu enthalten.

„Motive: Als § 15 des Hilfskassengesetzes vom Reichstag derart gefaßt wurde, daß der Ausschluß aus dem Gewerkverein nach 2jähriger Mitgliedschaft nicht den Ausschluß aus der Gewerkvereins-Kranken- und Begräbnißkasse herbeiführen dürfe, war in unsern denkenden Kreisen die Aufregung groß und die Erkenntniß der dadurch heraufbeschworenen Gefahr für unsere Organisation ging so weit, daß Mancher die Verwerfung des Gesetzes vorzog. Damals erklärte ich sofort und habe das seitdem unter allgemeiner Zustimmung bei jeder Gelegenheit wiederholt: „Die Gefahr ist vorhanden, aber da wir das Gesetz nicht umwerfen können, so müssen wir durch energische Schutzmaßregeln der Gefahr vorbeugen und vor allem Bestimmungen treffen, daß nicht direkte Gegner unserer Prinzipien und Organisation, oder solche, denen die Gewerkvereine ganz Nebensache sind, sich einschleichen, um nach 2jähriger Schein-Mitgliedschaft unsere Kassen an sich zu reißen."

„Dies ist die kurze aber an sich schon ausreichende Begründung meiner Anträge ihrem wesentlichen Inhalt nach (denn die Fassung im Einzelnen kann selbstverständlich amendirt werden). In ihrem Wesen aber sind die Anträge nicht nur nützlich, sondern absolut nothwendig, wenn nicht der § 15 des Gesetzes zum Ruin unserer so schwer errungenen Organisation führen soll.

„Jedermann, der die Verhältnisse kennt, muß einsehen, daß es keinen Riegel gegen das Eindringen der Sozialdemokraten und sonstiger Gegner giebt, wenn jeder Orts-Ausschuß das Recht hat, ohne prinzipiellen Revers jeden sich Meldenden aufzunehmen. Haben wir nicht erlebt, daß dem O.-V. der Maurer zu Berlin 1873 auf Commando zahlreiche Sozialdemokraten beitraten und die größte Verwirrung anrichteten? Und erfordert es nicht die einfache Consequenz, daß, da nach dem Gesetz und neuen Statut die Mitglieder in die Hilfskasse nur vom Centralvorstand (gleichbedeutend mit dem Generalrath und aus denselben Personen bestehend) aufgenommen werden dürfen, dies auch und erst recht hinsichtlich des Gewerkvereins geschieht?

„Was das soziale Glaubensbekenntniß betrifft, so enthält dasselbe durchaus nichts Neues, ist vielmehr eine wörtliche Wiedergabe desjenigen Programms, das vom vorigen Verbandstage einstimmig an die Spitze des Verbandsstatuts gestellt wurde. Ist es da nicht eine einfache Consequenz, daß das neu beitretende Mitglied sich auch zu den leitenden Prinzipien der Organisation bekennt, ohne welche doch die Organisation seelen- und inhaltlos ist? Und ist es nicht an sich höchst wünschenswerth, daß jedes neue Mitglied gleich vorn in den Statuten erfährt, welcher sozialen Richtung es sich durch den Beitritt anschließt? Unsere aufrichtigen und wiederholten Versuche, vom Parteistandpunkte abzusehen und auch Sozialdemokraten 2c. zuzulassen, sind durch zehnfache Erfahrung als vergeblich und unheilvoll erwiesen worden, da der Fanatismus der Sozialdemokraten jede Duldung, geschweige denn ein wahres Zusammengehen mit Andersgesinnten selbst bei gemeinschaftlichen Interessen unmöglich macht und es das ausgesprochene Ziel jener Partei ist, gerade unsere Organisation, als ihre einzig gefährliche Concurrenz, zu vernichten und kein noch so schlechtes Mittel zu diesem Zwecke verschmäht wird. Solche Elemente in den Verein aufzunehmen, heißt nicht nur das Gedeihen, nein, die Ehre und Selbstachtung der Organisation aufs Spiel setzen!

„Endlich der Aenderungsantrag zu § 6, den Ausschluß betreffend, drückt nur dasjenige klarer und bestimmter aus, was bereits in den Statuten enthalten war und längst praktisch zur Ausführung gekommen ist. Die bisherige Nr. 2 des § 6 besagte allgemein: „Verloren wird die Mitgliedschaft 2) durch Nichterfüllung der statutenmäßigen Verpflichtungen;" zu diesen Verpflichtungen gehörte aber nach § 7 Nr. 1 „den Statuten und statutenmäßig gefaßten Vereinsbeschlüssen streng nachzukommen und überhaupt für die Ehre und Interessen des Gewerkvereins nach Kräften zu wirken." Daß diese Verpflichtung wahrhaftig nicht erfüllt wird, wenn ein Mitglied sich einer Partei anschließt, welche die Ehre und Interessen der Gewerkvereine fortwährend mit Füßen tritt, oder wenn ein Mitglied gar direkt gegen die Organisation agitirt, ist sonnenklar. Bei den bekannten Auslegungskünsten der Gegner ist es aber besser, daß dies mit deutlichen Worten im Statut steht, damit Niemand Unkenntniß oder Mißverständniß vorschützen kann."

Es thut mir leid, aus Mangel an Zeit und Raum nicht mehr über das Thema sagen zu können; im übrigen bedarf das Machwerk des Herrn Hirsch wohl auch keiner Erläuterung. Da ich den Verhandlungen beigewohnt habe, bin ich bereit, jede Auskunft zu ertheilen. Mit Gruß

Wilh. Bong.

Erfurt. (Allgemeiner deutscher Schneiderverein.) Allen Collegen zur Nachricht, daß wir ein unentgeltliches Arbeitsnachweisbureau gegründet haben. Dasselbe befindet sich im Gasthof „Zum deutschen Kaiser". Jeden Abend 8 bis 9 Uhr finden die Sitzungen statt.

J. A.: Franz Fahrenkamm.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. C. Schmidthaupt: Bitte, bezeichnen Sie uns die Nr. d. „Volksstaat", in welcher die Aufforderung enthalten ist; dann werden wir sofort die Erwiderung bringen. Wir haben die betr. Aufforderung, trotz genauen Suchens, nicht finden können. — Nach Osnabrück: Die „Osnabrücker Zeitung" hat den betreffenden Artikel aus der „N. L. C." abgedruckt. Ueberhaupt sind derartige Artikel in den kleineren Blättern meistens nur sogenannte „Waschzettel". — H. Z. in Olten. Wenn Sie ein in Frankreich erscheinendes sozialistisches Blatt wollen, so abonniren Sie auf die „Droits de l'homme" (Paris), wünschen Sie aber ein die Arbeiterfrage behandelndes radikales Blatt, so halten Sie sich an das „Bulletin du mouvement social"; ist Ihnen schließlich nur an einem in französischer Sprache erscheinenden Parteiorgan gelegen, so schicken wir Ihnen den in Brüssel erscheinenden „Mirabeau" vor. — H. Blum in Hamburg. Ist angekommen; wird von uns einem sachverständigen Parteigenossen zur Prüfung übergeben. — Marbach in Berlin. Herr ist eine Postkarte an Sie abgegangen; wir wissen aber nicht, ob mit richtiger Adresse. Falls nicht, so geben Sie uns Nachricht.

der Expedition. G. Degen in Rastede: Die hiesige Hauptpostamts-Expedition erhält von uns die Blätter so geliefert, daß dieselbe im Stande ist, den Versandt derart zu bewerkstelligen, daß längstens am Abend des Erscheinungstages das Blatt in den Händen der Abonnenten sein kann. An hiesiger Post, sowie an uns liegt die Schuld nicht. Ihr Brief ging an's hiesige Postamt zur Recherche. — R. Weber: Die Nrn. 1—4 sind total vergriffen, Nr. 6 und sonst fehlende Nrn. reklamiren Sie bei dortiger Post. — F. Baumann, München. Sie können den Betrag in bayerischen Marken einsenden.

Die Herren J. Gg. Eccarius und J. Boß, Schneider, in London bitte um baldige Angabe Ihrer Adressen; ein Brief unter der bekannten Adresse an Eccarius ist als unbestellbar zurückgekommen.

Balth. Klerz, Gießen D. 201.

Herr Jacob Schneider in Altona bei Hamburg wird um genaue Adresse von seinen Neffen W. Jacob Schneider, Hagen, Grabenstraße, gebeten.

Meine Adresse ist jetzt: Georg Schumacher, Neuenweg 28 in Barmen.

Vom heutigen Tage ist meine Adresse nicht mehr Cassel, Hohenthor-Straße 2, sondern Kasernen-Str. 11, 3 Tr. hoch. Dieses meinen Parteifreunden zur Nachricht. J. Meise.

Für **Querlinburg** suche ich Gesinnungsgenossen, resp. Leser des „Vorwärts" August Kruhl, Langegasse 71, Eingang Finkenheerd.

Quittung. Fnk Barmen Schr. 0,50. Hrbg hier Schr. 6,25. Urbn Linden Schr. 39,30. Frmm Dessau Ab. 5,30. Bntgn Wiesbaden Schr. 6,45. Krbs hier Ann. 1,80. Krstn hier Schr. 3,00. Lchtmr Frankfurt Ann. 0,60. Sck Frankfurt Schr. 1,20. Lbg Potsdam Schr. 1,65. Brnng Brackel Schr. 3,08. Gb. Hamburg Ann. 50,00. Wndt Luckenwalde Schr. 5,00. Wldbr Passau Ab. 1,50. Ullrch hier Schr. 3,00.

Unterstützungsfonds.

Von H. Liebig in Potsdam 1,35 M.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Altona. Mittwoch, den 25. Oktober, Abends 8½ Uhr:

Volksversammlung

in **Heinsohn's Salon.**

Tagesordnung: Das sozialistische Wahlprogramm. Referent A. Kapell. 60] O. Reimer.

Hamburg. Donnerstag, 26. Oktober, Abends ½9 Uhr:

Oeffentliche Mitglieder-Versammlung des Allgemeinen deutschen Töpfer-Vereins

im Lokale des Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 37.

Tagesordnung: Die heutigen Arbeitsverhältnisse und die nächste Reichstagswahl. D. Bevollmächtigte.

Leipzig. **Gewerkschaft der Holzarbeiter.**

Sonnabend, 28. Oktober, Abends ½9 Uhr: Versammlung bei Pfeiffer, Windmühlenstr. Nr. 7. Tagesordnung: Der französische Arbeitercongreß zu Paris. Referent Seifert.

Die Holzarbeiter Leipzigs werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt jeden Sonnabend. D. V.

NB. Gewerkschaftscirculare und Protocolle werden am Sonnabend ausgegeben. [80

Leipzig. **Commissionssitzung für Beschaffung eines Verkehrslokals,** Freitag, Abends 8 Uhr, im Lokal des Arbeiterbildungsverein. [30

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.**

Mittwoch: Vortrag von Ramm über Genossenschaftswesen. [50

Sonnabend: Vortrag von Künzel über das Wesen der Gabelsberger'schen Stenographie. D. V.

Leipzig. **Agitationscomité.**

Mittwoch, 25. Oktober: Bericht des Delegirten über die Leisniger Conferenz. D. V. [30

Leipzig. Donnerstag, den 26. Oktbr., Abends ½9 Uhr, bei Pfeifer, Windmühlenstr. 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Kriegsaussichten und die Friedensbestrebungen der Arbeiter. Referent: Pezold. Fragekastendebatte. Der Agent. [60

Leipzig. Dienstag, den 24. Oktober, Abends 8 Uhr:

Geschlossene

Sozialisten-Versammlung

im **Leipziger Saal.**

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl und die Organisation der Presse. Referenten: W. Liebknecht u. W. Hasenclever.

NB Nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte ist der Zutritt gestattet. Die Einberufer. [90

London. **Zur Beachtung!**

Der **Communistische Arbeiter-Bildungs-Verein** hält seine regelmäßigen Sitzungen jeden Sonnabend und Montag Abend No. 38 Marshall Street, Golden Square W. 60

Briefe u. s. w. sind zu richten an die Adresse des zeitweiligen Sekretairs: S. Bop, 7 Fitzroy Street, Fitzroy Square London W.

Volkmarsdorf. Mittwoch, den 25. Oktober, Abends 8½ Uhr, in Süße's Restauration:

Einwohner-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Die Reichstagswahl. Referent: Reichstagsabgeordneter W. Hasenclever. 2) Die bevorstehende Gemeinderathswahl. Referent: H. Dohne. Die Einberufer. [70

Die Filial-Expeditoren

werden ersucht, die überzähligen Exemplare vom „Vorwärts" (Nr. 1 bis 6) uns per Kreuzband zukommen zu lassen.

Durch das unerwartete Steigen des Abonnements nach dem 1. Oktober wurde unser Vorrath an diesen Nummern gänzlich erschöpft.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Karlstraße 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bauditz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 12. Freitag, 27. Oktober. 1876.

Wegen des am 31. Oktober stattfindenden Reformationsfestes müssen Annoncen für die nächste Mittwochsnummer bis Sonnabend, den 28. Oktober, Abends hier sein.

Expedition des „Vorwärts".

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat November zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II. und den Colporteuren, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Teubert, Bornaische Str. 19, für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Zeitungsspediteur Zschau, Neureudnitz 15, 1 Tr., und Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, für **Plagwitz** nnd **Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 17, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommey.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

☛ Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Unsere Gegner.

I

Es giebt kein stärkeres Zeugniß zu Gunsten des Sozialismus als die Art und Weise, wie seine Gegner ihn bekämpfen. Bekämpfen? Nein, sie bekämpfen ihn nicht, und das eben ist's gerade. Sie heulmeiern, zetern, schimpfen, verleumden, denunziren — oder schließen die Augen und pfeifen sich, wie Kinder im Dunkeln, das Liedchen vom „Rückgang" vor, aber zum Bekämpfen fehlt ihnen das Zeug. Zum Bekämpfen gehört vor allem eine genaue Kenntniß des zu Bekämpfenden; und der Sozialismus ist eine Wissenschaft, eine Wissenschaft, deren Studium tüchtiges Sitzfleisch erfordert und sich nicht auf der Bierbank absolviren läßt. Es ist aber eine eigenthümliche Erscheinung, daß, wer immer, und war er auch vorher unser erbittertster Gegner, sich ernstlich und ehrlich dem Studium des Sozialismus widmete, entweder Sozialist geworden ist, oder wenigstens aufgehört hat, unser Gegner zu sein. Wir verweisen auf die deutschen Kathedersozialisten, auf die zwei bedeutendsten Vertreter der modernen Gesellschaftswissenschaft: den Engländer John Stuart Mill und den Belgier Laveleye. Wir können mit Genugthuung sagen: Wer den Sozialismus begriffen hat, ist ihm nicht feind; und wer ihm feind ist, hat ihn nicht begriffen. Und wer den Sozialismus nicht begriffen hat, kann ihn natürlich auch nicht bekämpfen. Es bleibt beim ohnmächtigen, lächerlichen Versuch, der blos die geistige Impotenz und die Ignoranz des Angreifers offenbart.

Betrachten wir uns nur die Leute, welche sich die „geistige Bekämpfung" des Sozialismus zur Aufgabe gemacht haben:

Im Reichstag ein Bismarck, der in seinem famosen Erguß gegen die Sozialisten so haarsträubende Versündigungen an den einfachsten nationalökonomischen Wahrheiten sich zu Schulden kommen ließ, daß den halbwegs unterrichteten Vertretern der heutigen Weltordnung die Haare zu Berg standen; ein Eulenburg, der nichts besseres zu thun weiß, als das Scheerenprodukt eines obskuren schwäbischen Pater Brey zu citiren, und schließlich mit seinem historischen: die Flinte schießt, der Säbel haut den Bankrout der herrschenden Staatsweisheit zu proklamiren.

Außerhalb des Reichstags ein Sparig, unvergleichlich als —Karnevalsheld; neben dem Harlequin der Kapuziner: Treitschke, der im Examen um ein Haar durchgefallene, nur aus Mitleid zum Doktor promovirte Professor der Geschichte in partibus,*) und auf nationalökonomischem Gebiet ein wahrer — Bismarck; neben dem Kapuziner im Frack der Kapuziner im Chorrock (Talar): der Pfaffe Schuster heitern Angedenkens, die männliche Egeria**) des Domherrn, Ministers und Sozialistentödters Eulenburg; Sparig's Doppelgänger der große v. Eynern; unser tapferer Ritter (von der traurigen Gestalt) Sankt Georg, der den Lindwurm todtschlägt, nein der Lindwurm, der, in komischem Rollentausch, den Sankt Georg todtschlägt, nein nicht den Sankt Georg, sondern den Lindwurm — der Lindwurm der bis dato nichts todtgeschlagen hat außer den Lindwurm — — — und so weiter, in der lustigen Reihe, die an Fallstaff's bekannte Kerntruppen erinnert. Wir haben uns auf Nennung der Elite, der Besten der Besten beschränkt — den Rest kann man sich denken.

Zu dem Rest, der namenlos ist und namenlos bleiben soll, gehört auch der namenlose Verfasser einer Flugschrift, die seit Wochen von den Sauhirten der Herren Bismarck und Eulenburg empfohlen, in allen Reptilienblättern als unfehlbarer „Sozialistentod" ausposaunt wird. Wer das wunderthätige Schriftchen hinter das Hutfutter steckt, oder, in ein Säckchen genäht, auf dem Magen trägt, der ist gefeit gegen allen sozialistischen Zauber, gegen alles sozialistische Gift, und jeder Sozialist, der ihm zu nahen wagt, wird entweder im Handumdrehen von seinen gesellschaftsfeindlichen Ideen kurirt, oder moralisch „von der Kanone geblasen". Nur Eins darf der Amuletbesitzer nicht vergessen — und diese Bedingung, welche von dem Fabrikanten und dessen Gehilfen und Handlangern sonderbarerweise hartnäckig verschwiegen wird, wollen wir hier aus jener uns angeborenen Menschenfreundlichkeit, die wir selbst dem Feind gegenüber nie außer Acht lassen, zu Nutz und Frommen der Interessenten verrathen: der Amuletbesitzer darf die wunderthätige Schrift nicht lesen. Wird dieser Bedingung nicht genügt, so können entsetzliche Folgen eintreten; das Geringste ist: das unglückliche Opfer schläft ein oder läuft davon — in jedem von beiden Fällen würde es seine kulturkämpferische Mission verfehlen.

Da loben wir uns die ehrlichen Hanswürste, Kapuziner und Ritter von der traurigen Gestalt — sie sind wenigstens kurzweilig. Und hierin besteht der ganze Unterschied zwischen den Sparig, Treitschke, Schuster, Lindwurm und diesem namenlos langweiligen Namenlos. Sonst nur die alte Litanei. Was das kleinste, im Verborgenen blühende Amts-, Winkel- und Käseblättchen schon hundertmal abgeleiert hat — unverdrossen wird es von Neuem heruntergeorgelt.

Keine Verleumdung („die Sozialdemokraten erkennen blos die körperliche Arbeit an" u. s. w.); keine Albernheit („die Arbeit bringt nicht alle Güter hervor", es bedarf dazu auch der — Rohstoffe u. s. w.); keine Gemeinheit („die Sozialdemokraten wollen die Ehe in Prostitution verwandeln" u. s. w.) — nichts wird uns erspart. Und sogar das pflichtschuldige Denunziatiönchen fehlt nicht („die Sozialdemokraten scheuen nicht vor Anwendung roher Gewalt zurück" — was entweder sinnlos ist oder den Sinn hat, die Sozialdemokraten strebten auf den gewaltsamen Umsturz hin — à la 1866).

Doch halt, wir haben ja den Titel des wunderthätigen Schriftchens noch nicht angegeben: ein Opus, das die Intelligenz unserer Gegner so glänzend repräsentirt, darf nicht unter dem Scheffel gelassen werden — es betitelt sich: „Die Sozialdemokraten, was sie den Wählern versprechen und was sie wollen." Damit hätten wir unsere Pflicht gethan und können an eine nützliche Arbeit gehen. —

Nachschrift. Wir glaubten mit dem Amulet fertig zu sein, da erfuhren wir, daß der Verfertiger desselben aus seiner Anonymität herausgetreten ist und — Herr von Unruh heißt. Das ändert die Sache. Mit Herrn von Unruh haben wir noch ein Wörtchen zu reden. Quod licet bovi non licet Jovi*) — den Jupiter nicht zu ernst zu nehmen. Was dem reptilisirten Waschzettelfabrikant, dem hungrigen Penny-a-liner, dem Hanswurst, Kapuziner, Schuster und Lindwurm erlaubt ist, das ist einem Unruh nicht erlaubt, darf einem Unruh nicht nachgesehen werden. Herr von Unruh ist ein homme sérieux**), der gerienste (um nicht zu sagen „staatsmännischste") Politiker und Geschäftsmann der nationalliberalen Partei, ein Leuchtthurm bürgerlicher Freisinnigkeit, Ex-Parlamentspräsident (der Berliner Nationalversammlung), Ministerpräsident in spe, ehemaliger Steuerverweigerer (in Worten), jetziger Gesellschaftsretter (ditto in Worten), — mit dem „ernsthaften" Mann müssen wir ein ernsthaftes Wörtchen reden. „Gott gebe, daß mein Feind ein Buch schreibt, dann habe ich ihn", war der nicht christliche Wunsch jenes englischen Bischofs. Gott sei Dank, Herr von Unruh hat zwar kein Buch, aber eine Broschüre geschrieben; wir „haben ihn". Dem lebendigen Herrn von Unruh können wir nicht in's Herz und in's Hirn blicken, aber dem geschriebenen Herrn von Unruh, wie er in dieser Broschüre auf unserm Sezirtisch liegt, können wir nach Herzenslust Herz, Hirn und Nieren prüfen — und nicht blos dem Herrn von Unruh, sondern auch seiner Partei. Diese Broschüre das ist Herr von Unruh, und Herr von Unruh das ist die nationalliberale Partei.

Die Pritsche weg, ein ernsthafteres Instrument her!

*) Das heißt: für Gebiete, die er nicht beherrscht, von denen er blos den Titel hat. Herr Treitschke hat notorisch nicht eine Zeile geschrieben, die ihm ein wirkliches Anrecht auf den Titel: Geschichtsschreiber gäbe. (Ursprünglich wurde der Ausdruck in partibus von katholischen Bischöfen gebraucht, die ihren Titel von heidnischen oder nicht katholischen Ländern empfingen, in denen sie natürlich nichts zu sagen hatten; und vollständig heißt es: in partibus infidelium, in den Theilen — Landstrichen — der Ungläubigen.)

**) Eine Halbgöttin, die einem mythischen König von Rom Rathgeberin war.

Sind Sie reichsfreundlich oder reichsfeindlich?

Mit dieser Frage wurden vor einigen Tagen zwei Arbeiter empfangen, welche von Essen aus sich an einen höheren Beamten unter Ueberreichung einer Beschwerdeschrift gegen die Polizeibehörde zu Werden an der Ruhr wandte.

Und der fragestellende Beamte war kein Anderer, als der Regierungspräsident Bitter in Düsseldorf.

Doch lassen wir zunächst in ungeschminkten Worten den Sachverhalt hier folgen, wie ihn uns ein Parteigenosse berichtet:

„Essen, 18. Oktober.

Sonntag, den 15. Oktober, sollte in dem benachbarten Werden eine Volksversammlung stattfinden, zu welcher Hasselmann, Raspe und Strumpen als Referenten angegeben waren. Die Bescheinigung wurde von der Behörde ertheilt, und Alles war für diese Versammlung vorbereitet. Samstag Nachmittag wurde jedoch der Anmelder der Versammlnng zum Polizeibureau beschieden und ihm dort erklärt, daß die qu. Versammlung nicht stattfinden könne, weil Raspe als Referent aufgeführt sei und dies nach Bescheidung höheren Orts als eine Fortsetzung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins angesehen werden müsse. Wir gingen nun mit mehreren Genossen nach Werden und besuchten dort eine von der katholischen Partei einberufene Versammlung. Als nun Raspe sich hier zum Wort meldete, wurde von dem überwachenden Beamten erklärt: Wenn Raspe spricht, wird die Versammlung sofort inhibirt; Strumpen ließ man dagegen sprechen. Wir versuchten nun, eine neue Versammlung auf Mittwoch Abend einzuberufen, und zwar unter Beiseitesetzung der Person Raspe's als Referent, weil derselbe das vorhergehende Mal als Grund der Nichtgestattung der Versammlung bezeichnet worden war. Die Polizeibehörde verweigerte wieder die Bescheinigung mit der einfachen Bemerkung: Die Versammlung könne aus polizeilichen Rücksichten nicht stattfinden. Raspe begab sich hierauf mit dem Anmelder persönlich zum Landrathe, welcher nach Anhörung der Sache erklärte, er mißbillige, daß die Behörde in der von der katholischen Partei abgehaltenen Versammlung Raspe das Sprechen verboten hätte; die andere Angelegenheit wolle er erst untersuchen und könne die Bescheinigung zu der Mittwoch-Versammlung nicht ertheilen. — Die beiden Herren fuhren hierauf sofort nach Düsseldorf zur Regierung, wo sie von dem Regierungspräsidenten Bitter nach Durchlesung der gleichzeitig überreichten Beschwerdeschrift mit den höchst eigenthümlichen Worten empfangen wurden: „Sind Sie reichsfreundlich oder reichsfeindlich?" Nachdem sie hierauf erklärten, daß sie nicht gekommen wären, um über Prinzipienfragen zu streiten, sondern daß es sich hier um eine Gesetzesverletzung der Behörde zu Werden handele, und sie um sofortige Ertheilung der Erlaubniß zur Abhaltung der Versammlung bitten möchten, erklärte der Regierungspräsident, daß er die Bescheinigung nicht ertheilen könne, er werde aber die Sache untersuchen. Die zweite Versammlung fand daher wiederum nicht statt. — Noch ist zu bemerken, daß die beiden Versammlungen den Einberufern über 15 Thlr. Kosten verursacht haben, und daß Raspe seit 1869 nicht Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewesen ist."

Soweit der einfache Thatbestand.

Und welche Fülle von Betrachtungen birgt derselbe, welchen Blick läßt derselbe thun in die polizeilichen Eingriffe, welche in die „staatsbürgerlichen" Verhältnisse der preußischen „Unterthanen" geschehen, mit welcher kalten Ruhe wird das Vereins- und Versammlungsrecht ignorirt, mit welcher an Frivolität streifenden Frage werden die Recht und Abhülfe suchenden Arbeiter von einem hochgestellten Beamten empfangen.

Geradezu unerhört ist es, eine Versammlung zu inhibiren, weil ein Mann dort referiren will, der seit dem Jahre 1869 nicht zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, welcher später — nämlich im Jahre 1872 — richterlich geschlossen wurde, gehört hat, und dies Versammlungsverbot damit zu motiviren, daß jene Versammlung durch das Auftreten Raspe's zu einer Fortsetzung des geschlossenen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gestempelt würde.

Nicht allein unerhört, sondern geradezu lächerlich ist es, daß ein Polizeibeamter einem Staatsbürger das Wort durch die Drohung entzieht, die Versammlung aufzulösen, indem er annimmt, daß das Auftreten des sozialdemokratischen Redners die ultramontane Versammlung zu einem sozialistischen Verein stempele. Das Bündniß der Rothen und Schwarzen wird durch eine derartige Handlungsweise der Polizeibehörde hervorgerufen ohne den Willen der Betheiligten; die Polizeibehörde giebt sich in Preußen und Deutschland die größte Mühe, die Reihen der Reichsfeinde zu vermehren und sich selbst durch eine wahrhaft grotesk-komische Auslegung der Gesetze, wie es der vorliegende Fall beweist, zu compromittiren.

Es ist wahrhaft unerhört, daß ein Regierungspräsident Fragen an Petenten richtet, deren Beantwortung durchaus nicht zur Sache gehört; und noch schlimmer ist es, daß der Regierungspräsident jedenfalls geglaubt hat, die Frage gehöre zur Sache.

Würde er die Petenten anders behandelt haben, wenn sie sich als „Reichsfreunde" vorgestellt hätten? Würde er dann die Polizeibehörde angewiesen haben, die Versammlungsbescheinigung sofort zu ertheilen? Weshalb stellte denn sonst der Herr Bitter jene Frage?

Und wie stimmt diese Frage mit jenen Worten überein, welche Herr Bitter in Gladbach einige Tage vorher bei einem Festessen so pathetisch gesprochen hat und die von allen freisinnigen Blättern lobende Anerkennung gefunden haben. Diese Worte lauten:

„Wie sehr ich auch mit der Staatsregierung den Wunsch hege und hegen muß, daß Alle sich auf ihren Standpunkt stellen, daß Alle ihr politisches und kirchliches Programm annehmen, so ist doch Keiner, der abweichender Ansicht ist, der einen andern Standpunkt einnimmt, als Feind des Staates zu bezeichnen, als Vaterlandsfeind zu behandeln."

Also es giebt nach den eigenen Worten des Regierungspräsidenten Bitter keine Staatsfeinde, keine Reichsfeinde, und man soll diejenigen, welche anderer Ansicht sind als die Regierung, nicht als Vaterlandsfeinde behandeln! Was thut aber Herr Bitter? Er fragt unsere Parteigenossen, ob sie Reichsfeinde wären! Warum? Nun, er muß doch einen Grund haben; wahrscheinlich, um sie als Reichsfeinde zu behandeln.

Die Rede des Herrn Bitter in gehobener Feststimmung steht der Frage, die er auf seinem Bureau an unsere Parteigenossen richtete, schnurstracks entgegen.

Bei dem Festessen zu Gladbach waren reiche und vornehme

*) Was dem Ochsen erlaubt ist, ist nicht dem Jupiter erlaubt — ein lateinisches (Fabel-) Sprichwort, nur daß wir es umgedreht haben; — eigentlich heißt's: Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt.

**) Französisch; spr. omm seriöh, eigentl. ernsthafter Mann, ein Mann, den man ernst nehmen muß.

Klerikale zugegen, die beiden Petenten auf seinem Bureau waren Arbeiter.

Man sieht, daß Herr Bitter noch immer derselbe geblieben ist, daß unsere holsteinischen Parteifreunde durchaus sein Scheiden nicht zu beklagen haben.

Wenn man nun noch bedenkt, daß die Versammlungen gerade dicht vor den Urwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause stattfinden sollten, so liegt eine flagrante Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte der Betheiligten in Bezug auf die Gesetzgebung vor. Wir wissen zwar, daß unsere Parteigenossen sich nicht um die Abgeordnetenwahlen zum preußischen Landtage bekümmern, aber dies wußte die Behörde nicht, und ebenso störend wird sie vielleicht in das Recht des Bürgers bei den Reichstagswahlen einzugreifen suchen.

Unsere Parteigenossen werden gut thun, alle derartigen polizeilichen Uebergriffe während der Zeit, wenn die Reichstagswahlen ausgeschrieben sind, bis zur Reichstagswahl selbst, ganz besonders zu vermerken, damit sie bei den Wahlprüfungen oder bei irgend einer anderen Gelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht werden können.

Im Uebrigen brauchen die Polizeibehörden nicht zu glauben, daß wir ihr Treiben nicht durchschauten. Das Mittel, die Wirthe direkt und durch Drohungen zu beeinflussen, keine Volksversammlungen in ihren Lokalen zu dulden, ist zu plump und zu gefährlich, deshalb finden sich nur wenige Polizeibeamte, die derartige Machinationen versuchen. Doch denkt man, wenn dem Wirthe einige Versammlungen aufgelöst werden, so hat er direkten Schaden und wird so am Besten mürbe gemacht und veranlaßt, mit den Sozialdemokraten abzubrechen. Unsere Parteigenossen thun deshalb immer gut, Wirthe, welche durch die Polizeibehörde irgendwie geschädigt werden, auf irgend eine andere Weise zu entschädigen.

Dann erreicht die Polizei ihren Zweck nicht, sie erhält an dem Wirthe einen Gegner und wir einen Freund.

Wir wissen wohl, daß es schwer ist, alle Verfolgungen, welche über die Parteigenossen hereinbrechen, leichthin zu erdulden; die Arbeiter haben so schon Noth und Entbehrungen die Hülle und Fülle, daß ihnen gewiß polizeiliche Belästigungen nicht erwünscht kommen werden, aber für eine hohe, heilige Idee darf kein Opfer zu groß sein.

Und wenn unsere Parteigenossen aller Orts recht fest zusammenhalten, nicht immer den Einzelnen vorschieben und dulden lassen, dann ist es auch nicht schwer, alle Angriffe, sie mögen kommen, von welcher Seite sie wollen, zu pariren.

Unsern zahlreichen Genossen im Regierungsbezirk Düsseldorf aber bemerken wir, daß die braven Schleswig-Holsteiner den „bittern" Kelch der Verfolgungen ganz und voll geleert haben, ohne nur das Gesicht zu verziehen — höchstens zum spöttischen Lächeln; deshalb glauben wir, daß auch an den Rheinländern der „bittere" Kelch schadlos vorübergehen wird.

Nach den Reichstagswahlen aber, wenn für die mit Gewalt zu „Reichsfeinden" gestempelten Parteien die Majorität der Wähler sich erhoben haben wird, dann werden die Essener Parteigenossen nochmals zu dem Regierungspräsidenten Bitter gehen und an ihn vergnügten Gesichts die Gegenfrage richten: Sind Sie reichsfreundlich oder reichsfeindlich?

Sozialpolitische Uebersicht.

— Kampf um's Dasein. In Bourgeoisblättern finden wir unter diesem Titel folgende Notiz: „Die obligatorische Einführung des Unterrichts für weibliche Arbeiten begegnet in Preußisch-Schlesien einem hartnäckigen Widerstande. In einem niederschlesischen Dorfe haben die Bauern die Arbeitslehrerin gezwungen, das Dorf zu verlassen, indem sie ihr selbst gegen Baarzahlung keine Lebensmittel verabfolgten. Dieser Widerstand ist durch die Befürchtung zu erklären, durch die Heranbildung der Mädchen zu „Nätherinnen" werde zu Ungunsten der Grundbesitzer die Taglohnarbeit auf dem Felde vertheuert." — Zum Theil mag der Widerstand sich auf diese Weise erklären lassen, und auf den, unsere heutige Gesellschaft beherrschenden Eigennutz schmutzigster Art zurückzuführen sein, aber auch nur zum Theil. Jedenfalls ist es den oberschlesischen Bauern nicht unbekannt, wie erbärmlich die „weiblichen Arbeiten" bezahlt werden und welches namenlose Elend durch Weißnäherei, Spitzenklöppelei u. s. w. über die betreffenden Arbeiterinnen und deren Angehörige gebracht wird; jedenfalls haben sie davon gehört, daß im sächsischen Erzgebirge schon die fünfjährigen Kinder für diese „weiblichen Arbeiten" gepreßt und körperlich und geistig zu Grunde gerichtet werden; vielleicht haben sie auch das „Lied vom Hemde" gelesen — und wer will ihnen da verargen, wenn sie sich gegen eine derartige Beglückung von oben herab sträuben?

— Was ein preußischer Staatsmann von den Berliner Richtern hält. Graf Arnim äußerte vor kurzem: „Es sei ihm vollständig gleichgiltig, ob einige Personen sich in einem dunkeln Zimmer vereinigten, um zu erklären, daß er ein Verräther sei. — Es sei ihm leid, nicht in der Heimath leben zu können, aber die Annehmlichkeit seiner Existenz im Auslande werde durch die Monologe der Gerichte nicht gestört." — Wir fürchten, das Gefühl „vollständiger Gleichgültigkeit", oder, um uns des eleganten Ausdrucks unseres Herrn Reichskanzlers zu bedienen, das Gefühl vollständiger „Wurstigkeit", welches Graf Arnim hier zur Schau trägt, wird auch von vielen nichtgräflichen Menschenkindern getheilt.

— Von der preußischen Polizei lernt die bayerische fortwährend! Man mag ein noch so großer Preußenhasser sein, so muß man das Eine doch zugestehen, daß alle die Polizeimanöver, welche wir in den Mittel- und Kleinstaaten sehen und die man Preußen abgelauscht hat, viel plumper sind, als die in Preußen selbst. Jeder Abklatsch ist eben weniger werth, als das Original. Die preußische Polizei entwickelt wenigstens zumeist ein gewisses Raffinement, welches auch einer längeren Uebung entspricht, während z. B. die bayerische Polizei in ihrer Angriffsweise gegen mißliebige Parteien manchmal äußerst plump ist. So lesen wir im „Nürnb. Anzeiger": „Der Polizei zu München ist gelegentlich einer Verhandlung beim Bezirksgerichte München l. d. J. nachgewiesen worden, daß sie sozialdemokratische Versammlungen dadurch zu hintertreiben suchte, daß sie den Wirthen, welche zu solchen Versammlungen ihre Lokale zur Verfügung stellten, mit Verweigerung der Erlaubniß zu Musikproduktionen drohte, oder solchen Wirthen, welche ihre Lokale trotzdem zu genannten Versammlungen hergaben, die Musikerlaubniß wirklich verweigerte!" — Das war stark, sehr stark. Das Allerstärkste aber war die Thatsache, daß in der appellationsgerichtlichen Verhandlung der als Zeuge vernommene Polizeirath Pfister die der Polizeidirektion zur Last gelegte Beeinflussung der Wirthe nicht nur zugab, sondern sogar zu rechtfertigen versuchte. Den „destruktiven Tendenzen" der sozialdemokratischen Partei gegenüber, meinte er, sei eben diese Beeinflussung (das heißt mit anderen Worten: der Amtsmißbrauch) nothwendig! — Da war ja selbst der Himmel in Cosel origineller; er bestrafte die Tanzwirthe und zugleich die Tänzer, weil der Kreis (und in demselben ein oder der andere Tänzer) ultramontan gewählt hatte: hier aber werden die Wirthe allein bestraft, weil sie ihrem Gewerbe nach gehen. Die „destruktiven Tendenzen der sozialdemokratischen Partei" werden aber nicht bestraft durch den Erlaß der Münchener Polizei, weil durch derartige überaus plumpe Verfolgungen diese „destruktiven Tendenzen" immer größere Verbreitung finden. Im Uebrigen brauchen die Ultramontanen eine Anzahl solcher Coseler Himmel; und wir freuen uns, wenn sich auch in Bayern die Sozialistentödter unter der Polizei vermehren.

— Die Hungersnoth steht drohend vor der Thüre. In den Provinzen Preußen und Schlesien sind in verschiedenen Zweigen der Landwirthschaft Mißernten gewesen, so daß eine Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse bevorsteht. Angesichts eines möglicherweise sehr strengen Winters, Angesichts der Arbeitslosigkeit, Angesichts des drohenden Krieges Theuerung der nöthigen Lebensmittel — was bedeutet das? Hungersnoth, Hungertyphus, Hungerwahnsinn!

— Der Typhus ist unter den Mannschaften des Eisenbahn-Regiments, welche in der Frobenstraße in Berlin einquartiert sind, mit solcher Heftigkeit aufgetreten, daß die Gebäude sofort geräumt werden mußten. Die Mannschaften des Eisenbahnregiments haben bekanntlich einen sehr schweren Dienst, der die Körper der Soldaten ungemein angreift. Die Ernährungsweise der deutschen Soldaten ist keineswegs eine gute; man kann sie nur genügend nennen bei den Soldaten, die einen ganz gelinden Garnisondienst haben. Für diejenigen Truppen schon, welche in den Festungen zu öfterem Wachdienst herangezogen werden, genügen die Rationen nicht — die Quantität ist wohl vorhanden, aber nicht die Qualität. Daraus geht hervor, daß bei den so sehr angestrengten Mannschaften des Eisenbahnregiments der Typhus durch die nicht genügende Ernährungsweise wahrscheinlich hervorgerufen sein wird. — Hungertyphus also in der Armee? Das wäre allerdings sehr stark!

— Der Wortlaut des Rescripts, welches, ausgehend von der Oberpostdirektion in Bromberg, die Spionage nach den Briefen Ledochowski's angeordnet hat, war:

Bromberg, 16. September 1876

„Die Kaiserl. Postanstalt erhält anliegend ein Exemplar des autographischen Abzuges der vom Grafen Ledochowski eigenhändig geschriebenen an den Pfarrer Brenk in Piaski gerichteten Briefaufschrift mit der Anweisung, dergleichen von der Hand des Grafen Ledochowski herrührende Briefe anzuhalten und der zuständigen Königl. Staatsanwaltschaft des betreffenden Kreises zum weiteren Verfahren zu übersenden, auch gleichzeitig mir vom Geschehenen Anzeige zu machen.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor: v. Jahn.

An
die Kaiserliche Postanstalt."

Darunter die Nachahmung der Briefaufschrift an den Curatus Brenk:

franco.

Monsieur
Mr. l'Ab. Brenk Curé
à
Piaski
Kruschwitz
(Kruswicz.)

Se. Vortrefflichkeit der Herr Generalpostmeister Stephan nehmen uns doch die kleine Indiskretion nicht übel?

— Die Stadt Breslau hat den Hirsch-Duncker'schen für ihr löbliches Thun und Treiben im Dienste des Kapitalismus 300 Reichsmark geschenkt. Die Thatsache berichtet der „Gewerkverein" selbst — jedem Arbeiter gebührt sein Lohn und wer für den Kapitalismus arbeitet, erhält — Kapital. Die 300 Mark sollen zur Vergrößerung des einmal wöchentlich erscheinenden urlangweiligen Käseblättchens, des „Gewerkverein", verwendet und neben dem berühmten Nathan, Exrabbiner, der gleichfalls berühmte Apostel Bruder Mierike als Redakteur angestellt werden. Da wird endlich einmal Leben in die Bude kommen und die von den Lesern des Blattes so vielfach vermißte pikante Schreibweise erzielt werden. Der große Nathan hat die Vergrößerung beantragt; ob er auch zugleich den Bruder Mierike als Cumpan vorgeschlagen hat, wissen wir nicht, nur das ist gewiß, daß Herr Mierike vom 1. November an wohlbestallter Mitredakteur des „Gewerkverein" wird.

— Unser Breslauer Parteiblatt, die „Wahrheit", macht uns darauf aufmerksam, daß wir dem Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereins Congreß ein großes Unrecht zugefügt hätten, indem wir die Zahl der Anwesenden auf 23 angegeben haben. Wir machen dies Unrecht wieder gut und berichtigen die Zahl dahin, daß nicht 23, sondern nur 20 Delegirte anwesend waren.

— Wenn zum Krieg geordnete Finanzen gehörten, und bankerotte Staaten keinen Krieg führen könnten, wäre der Weltfriede, soweit Rußland und die Türkei im Spiele sind, vollständig gesichert, denn die beiden Genannten sind so bankerott, wie ein Staat es überhaupt sein kann. Von der Türkei weiß es jedes Kind, — Dank dem „Rubel auf Reisen"; von Rußland aber wissen es sehr Wenige, ebenfalls Dank dem „Rubel auf Reisen". Wie's um die russischen Finanzen steht, erhellt aus folgender Mittheilung, die von zuverlässigster Seite stammt: „Die russische Regierung hat seit vielen Monaten ihre periodischen garantirten Zinszahlungen an die russischen Eisenbahnen suspendirt. Jede einzelne Direktion erhielt davon eine Privatmittheilung, aber unter beigefügtem Befehl, nichts darüber verlauten zu lassen. Was solch' ein Befehl in Rußland sagen will, weiß Jeder, der die Leidensgeschichte der in den sibirischen Bergwerken Lebendigbegrabenen kennt. Nichtsdestoweniger kam die Kunde von dem Thatbestand an die Telegramm-Agentur von Reuter in London, das Hauptglied der europäischen Telegraphen-Dreieinigkeit Reuter, Havas und Wolff; auf spezielles Verlangen der russischen Gesandtschaft in London hat aber der brave Mann die Kunde unterdrückt." — Namentlich in England kann dieser thatsächliche Bankerott Rußlands nicht verfehlen, den größten Eindruck zu machen; denn John Bull hat das meiste Geld für die russischen Eisenbahnen geliefert, und was die Türkei ihm schuldet, ist nichts, verglichen mit den riesigen Summen, um die der Russe ihn erleichtert hat, und für welche der „Rubel auf Reisen", so freigebig er sich auch in der jüngsten „Entrüstungs"-Epidemie bewiesen hat, doch nur einen sehr, sehr schwachen Ersatz bieten kann.

Zur Affaire Leo Frankel's

schreibt die Budapester „Arbeiterwochenchronik" vom 22. d. Mts.:

Wir haben unsern Lesern vor vierzehn Tagen bereits die Einstellung der gegen unseren Genossen Leo Frankel geführten Untersuchung wegen der angeblichen Verbrechen des Mordes und der Brandstiftung bekannt gegeben.

Derselbe erhielt nun vor Kurzem durch seinen Rechtsbeistand Hrn. Dr. Kornel Emmer den hierauf bezüglichen Bescheid von der Criminal-Sektion des Budapester königl. Gerichtshofes zugeschickt, und geben wir im Folgendem die „Gründe" dieses Einstellungsbeschlusses:

„Leo Frankel, Goldarbeiter, wurde angeklagt, daß er, indem er zu Anfang des Jahres 1871 an dem Pariser Commune-Aufstand hervorragenden Antheil nahm, daselbst bewaffnete aufständige Truppen commandirt, an der Hinrichtung der Dominikaner von Arceuil, sowie an der gewaltsamen Niederbrennung der Gobelinfabrik theilgenommen zu haben.

Betreffs dieser im Auslande angeblich durch ihn verübten Verbrechen wurde Leo Frankel, als ungarischer Staatsbürger, mit Hinsicht auf dessen persönliche Zuständigkeit durch den competenten Budapester königl. Gerichtshof in Strafsachen in Untersuchung gezogen, dessen erste Aufgabe es war, die Constatirung des objektiven Thatbestandes der Anklage zu untersuchen.

Zu diesem Zwecke wurde an das hohe königliche Justizministerium das Ansuchen gestellt, es wolle die Beschaffung der Akten des von dem Versailler Kriegsgericht gegen den Angeklagten geführten Strafprozesses erwirken. In Folge dessen hat die Pariser Regierung blos das den Akten beigeschlossene Contumaz-Urtheil übersendet, demgemäß Leo Frankel, wegen der erwähnten Verbrechen zum Tode verurtheilt wurde. In diesem Urtheil ist jedoch weder Motivirung, noch aber die präzise Darlegung des Thatbestandes enthalten.

In Anbetracht dessen aber, daß dies Urtheil diesem Gerichtshofe keineswegs als Richtschnur hatte dienen können, und auch dann nicht gedient hätte, wenn in seiner Motivirung der Thatbestand klar entwickelt und die erhobenen Beweise gesetzmäßig aufgeführt wären, da auch in diesem Falle es noch Aufgabe dieses Gerichtshofes wäre, die Beweise selbständig zusammenzustellen und der Beurtheilung zu unterziehen;

In Anbetracht ferner, daß im Urtheile weder solche Beweise, noch aber Hinweise auf dieselben enthalten sind und somit auch diesem Gerichtshof keine Modalität zur Verfügung steht, vermöge deren er in den Besitz solcher Beweise gelangen könnte; in Anbetracht all' dieser Gründe — abgesehen davon, daß die Qualifikation der angeblichen Verbrechen noch zu besprechen bliebe — mußte der obige Einstellungsbeschluß gefaßt werden."

Aus all' diesen Gründen leuchtet als Hauptgrund, um nicht zu sagen als einziger Grund der hervor, daß die französische Regierung auf das von unserem Justizministerium gestellte Ansuchen, die auf die Anklage bezüglichen Aktenstücke einzusenden, blos das Contumaz-Urtheil und zwar ohne Motivirung desselben, sowie ohne Darlegung des Thatbestandes einschickte.

Das der „Darlegung" hinzugefügte Eigenschaftswort „präzise", welches der Vermuthung Raum läßt, als hätte überhaupt eine Darlegung des Thatbestandes stattgehabt — was nicht der Fall ist — sowie all' die folgenden Anbetrachts mit ihren „wenn" und „abgesehen" sind nichts als unnöthiger Ballast. Was in die Wagschale fiel, was den Ausschlag gab, war die Thatsache, daß die französische Regierung, die nicht um die Verhaftung Frankel's ansuchte, auch keine Aktenstücke einschickte. Es wäre unserer Ansicht nach correcter gewesen, wenn der Gerichtshof gleich von vornherein untersucht hätte, ob die angeblichen Verbrechen als politisch oder gemein zu betrachten seien, als daß es hinterher erklärt, nachdem Frankel zehn Monate in Untersuchung stand, wovon er drei Monate im Gefängniß zubrachte — es wäre ihm dies auch noch dann, wenn er in dem Besitz solcher Beweise gewesen wäre, zu besprechen geblieben.

Was England, Holland, die Schweiz, Deutschland ꝛc. was alle diese Länder, in welchen Frankel seit dem Falle der Commune gelebt, und in welchen viele seiner „Mitschuldigen" heute noch leben und zum Theil an öffentlichen Anstalten wirken, nicht gethan haben, nämlich die an der Pariser Commune betheiligten Personen zu verhaften und in Untersuchung zu ziehen, blieb der österreichisch-ungarischen Regierung vorbehalten. Es trifft dieser Vorwurf allerdings mehr die österreichische Regierung, denn diese ließ ihn verhaften; diese ihn in den Kerker werfen (in welchem eine Lampe, wie dies nur bei Mördern angewendet wird, die Nächte hindurch brennen mußte); diese ließ ihn in Ketten nach Pest führen; diese allein trifft daher die ganze Schmach des Verfahrens, was um so greller hervortritt, wenn man weiß, daß sie einzelnen Führern der Carlistischen Bewegung, die von der spanischen Regierung des Mordes und der Brandstiftung angeklagt waren, ihren Schutz verlieh. Der Unterschied liegt allerdings darin — und daher wahrscheinlich die ungetheilte Gunst — daß die Carlisten für Gott und König, während die Anhänger der Commune nur für Freiheit und Gleichheit kämpften.

Es darf aber andererseits auch keinen Augenblick dem Gedanken Raum gegeben werden, als wäre die Nichteinschickung der verlangten Aktenstücke einer etwa menschlichen Regung der französischen Regierung entsprungen, denn dies hieße sie falsch beurtheilen. Man darf hierin nichts andres suchen, kann in diesem Vorgehen auch nichts andres als die Ohnmacht, die Unmöglichkeit finden, in welcher sie sich befand, dem Ansuchen unserer Regierung Folge zu leisten. Es sind, waren und werden keine Aktenstücke, es sind, waren und werden nie Beweise existiren, die das Todesurtheil, welches das Kriegsgericht am 2. November 1872 über Frankel zu verhängen für gut befand, rechtfertigen könnten. Diese Nichtbeweise beweisen, wie die französischen Kriegsgerichte vorgingen, beweisen, daß sie die Todesurtheile nur so leichthin fällten, weil sie sie fällen wollten; sie waren eben Kläger und Richter zugleich.

— „Französische Unwissenheit" in Bezug auf alles Nichtfranzösische, bildet eine stehende Rubrik unserer chauvinistischen Presse. Daß die Masse unserer deutschen Zeitungsschreiber im Durchschnitt mit der Wissenschaft mindestens auf ebenso gespannten Fuße steht, wie die Masse der französischen, ist Jedem bekannt, der mit den journalistischen Zuständen irgend vertraut ist, und jeder Tag bringt in der deutschen Presse Intelligenzblüthen hervor, die sich mit dem „General Stab" u. s. w. sehr wohl messen können. Und folgendes deutsche Geschichtchen reiht sich dem Besten an, was je in Frankreich auf diesem Gebiet vorgekommen ist. Die „Neue Berliner Börsenzeitung" erzählt (unter Verbürgung der Wahrheit): „Ein hiesiges (Berliner) Bankhaus reichte bei der deutschen Reichsbank dieser Tage einen in französischem Text geschriebenen Wechsel zum Discont ein, bei welchem die auf den Bezogenen bezügliche Stelle lautete: Mr. . . . . Hambourg, Ville Libre (Freie Stadt). Diesen Wechsel refüsirte die Reichsbank mit einem Zettel folgenden Inhalts: „Ort des Verfalls zweifelhaft".

— Vom diplomatischen und militärischen Kriegsschauplatz nichts Neues; denn daß in Serbien gemetzelt wird, und daß die russische Diplomatie, aktiv oder passiv unterstützt von der Diplomatie des übrigen Europa mit den Interessen der Völker das schnödeste Spiel treibt, ist ja nichts Neues mehr.

In Waschzetteln wird schon angedeutet, daß die orientalische Frage in der „Thronrede" zur Eröffnung des deutschen Reichstags keine Erwähnung finden soll, und daß man von Seiten der Herren Reichsboten gebührende Zähmung ihrer Neugierde erwartet. Der Wink wird von den reichstreuen Seelen verstanden werden. —

— Der Redakteur des Parteiblattes „Frankfurter Volksfreund", Franz Thomas, hat am 20. Oktober die wegen angeblicher Beleidigung verhängte Gefängnißstrafe von vier Monaten zehn Tagen angetreten.

— Unser Parteiorgan „Volkswille" in Augsburg veröffentlicht ein Verzeichniß von 180 Mitgliedern des Veteranenvereins, welche „wegen 360 Beleidigungen" gegen den Redakteur des Blattes Strafantrag gestellt haben.

— Zum Rückgang. In Essen erscheint seit dem 1. Oktober ein neues Parteiorgan, die „Essener Freie Zeitung".

Correspondenzen.

sda. **Wien,** 17. Oktober. Wenn überhaupt ein sozialdemokratisches Gemüth zur Aufnahme von Sentimentalität oder ähnlichen Gefühlen geeignet wäre, so hätte es die österreichischen Arbeiter beschleichen müssen, als wir im „Volksstaat" den Aufruf des Parteiausschusses zu Gunsten des „Vorwärts" zu lesen bekamen, wo es heißt: „Unsere Parteiorganisation kann man zerstören, unsere Vereine auflösen, unsere Redner in's Gefängniß setzen, aber das Lesen unseres Centralblattes kann man nicht verbieten". Fast sind wir versucht, unsere Genossen „draußen im Reich" um ihre Freiheit zu beneiden, trotz der haarsträubenden Urtheile gegen Sacveke, Rottmanner u. A. Bei uns im österreichischen „Rechtsstaate" gibt man sich gar nicht viel Mühe, erst Organisationen zu zerstören, Vereine aufzulösen und Redner einzusperren, man macht die Sache einfacher, zu was hätte man denn sonst als für alle Fälle taugliches Arcanum den § 6 mit seiner „Staatsgefährlichkeit": man läßt lieber gar keine Organisationen aufkommen, bewilligt keine Vereine und verbietet alle Versammlungen von vornherein, so daß keine Reden gehalten werden können — zum Einsperren ist man ja um andere Gründe nicht im Geringsten verlegen. Das Lesen unseres Centralblattes „Gleichheit" können unsere „constitutionellen" Gewalthaber zwar auch nicht verbieten, aber von dieser „Liberalität" vermögen wir Arbeiter in Oesterreich verflucht wenig Gebrauch zu machen, wenn, wie sich das jetzt fast täglich ereignet, sämmtliche Exemplare des Blattes in treuer Obhut der Polizei oder Staatsanwaltschaft sich befinden. Seit der Nr. 15 des Jahres 1874, unmittelbar nach dem Neudörfler Congresse, welche den Reigen der Confiscationen eröffnete, folgten dieselben erst langsamer, dann immer schneller und schneller aufeinander, in gleichem Maße, wie sich der Oberwinder'sche Anhang verlor, die Partei sich wieder einte und stärkte und die hohen Herren vor der anfangs über die Achsel angesehenen „Neustädter Clique" Respekt zu haben begannen; bis jetzt fast selten eine Nummer in die Oeffentlichkeit gelangt, die nicht durch verschiedene größere oder kleinere weiße Stellen Zeugniß ablegt, wie sorgsam unsere Staatsmänner bei der Auswahl unserer geistigen Nahrung vorgehen, damit die Milch der frommen Denkungsart ja nicht von dem sozialdemokratischen Gifte zersetzt werde. Ja, neuerer Zeit treibt man die Raffinirtheit so weit, daß die Angabe des Confiscationsgrundes verweigert und die Veranstaltung einer zweiten Auflage unmöglich gemacht wird, die Abonnenten sohin ohne ihr Blatt bleiben. Und bei all' diesen Confiscationen hat die „Gleichheit" während der vier Jahre ihres Bestehens als Central-Parteiorgan auch noch nicht einen Prozeß gehabt. Man traut offenbar den noch nicht ganz corrumpirten ländlichen Geschwornen des Neustädter Kreisgerichtssprengels nicht recht und zieht den viel sichereren und viel gemüthlicheren Weg des „objectiven Verfahrens" vor, um das verhaßte sozialdemokratische Blatt zu Grunde zu richten. Uebrigens haben wir uns schon längst abgewöhnt, die bei uns herrschenden Zustände so zu kritisiren, wie sie es verdienen; wir haben uns in den meisten Fällen beschränkt, Thatsachen anzuführen, trockene Thatsachen, die für sich selbst deutlich genug sprechen. Doch gerade diese Anführung nackter Thatsachen gab in den meisten Fällen Grund zur Beschlagnahme, als ob es unsere „Gesetzeswächter" instinctiv herausfühlten, daß sie wirksamer seien, als alle Kritik. Was man bei uns alles confiscirt, mögen die deutschen Genossen aus dem auch im „Volksstaat" veröffentlichen Bericht über den Neustädter Congreß, sowie daraus entnehmen, daß auch der Abdruck des in Nr. 1 des „Vorwärts" enthaltenen Artikels über die Schutzzollfrage in Nr. 40 der „Gleichheit" mit Beschlag belegt wurde. Die gleiche Nummer enthält noch vier andere beanstandete Artikel. „Nur keinen Genirer!" pflegt man bei uns zu sagen.

So wie der „Gleichheit" ergeht es auch dem „Arbeiterfreund", der „Budoucnost", dem „Bauernwille" und allen übrigen Blättern, welche die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten und vertreten haben (die „Arbeiter-Wochenchronik" in Budapest ist glücklicherweise durch die ungarischen Grenzpfähle vor unserer „objectiven" „Liberalität" geschützt). Wie tief unsere Parteiblätter durch dieses allen Begriffen von Preßfreiheit Hohn sprechende Verfahren geschädigt werden, ist leicht zu ermessen. Abgesehen von den direkten materiellen Einbußen, die durch die Veranstaltung zweiter Auflagen, durch den Ausfall des Einzelverschleißes u. s. w. erwachsen, ist es auch ganz leicht begreiflich, daß viele Abnehmer es müde werden, ein Blatt zu abonniren, welches ihnen so unregelmäßig zukommt und dann in den meisten Fällen mit unbedruckten Seiten, und welches zudem nicht wagen darf, die Tagesereignisse in angemessener Weise zu besprechen. Thatsächlich haben es viele, sonst brave Genossen, aufgegeben, die „Gleichheit" zu halten, oder auch nur dieselbe zu empfehlen, und verwenden ihr Geld und ihre Agitation lieber auf den „Volksstaat", respective „Vorwärts". So leicht erklärlich dies ist, so ist die Thatsache nichtsdestoweniger bedauerlich, indem diese Genossen nicht bedenken, daß sie dadurch den Bestand des eigenen, zunächst liegenden Blattes in Frage stellen, welchen zu sichern ihre erste Pflicht sein sollte. Die Cautionspflicht, der Zeitungsstempel, das Verbot der Colportage, ja sogar das Verbot des Verschleißes in der Tabaktrafiken, wo alle liberalen Sudelblätter zu haben sind, schädigen das Blatt zur Genüge, darum sollten doch wenigstens die Genossen all ihr Möglichstes zu dessen Erhaltung beitragen, erwägend, daß ja nur die politischen Verhältnisse, nicht die Redaktion, schuld sind, wenn das Blatt weniger bietet, als irgend ein anderes Parteiblatt.

Freilich trägt das Damoklesschwert der Confiscation, das stets über dem Blatte schwebt; die Ungewißheit, wie weit man gehen, was man bringen dürfe und was nicht, sein gut Theil dazu bei, auch auf die Mitarbeiter drückend zu wirken. Fortwährend verurtheilt zu werden, ohne auch nur ein Wort zu seiner Vertheidigung sagen zu dürfen, ist ganz dazu angethan, Einem, wenn auch nicht den Muth, so doch Lust und Freude zu nehmen. Man arbeitet ja doch nicht gern für den Staatsanwalt. Darum haben wir nicht ganz Unrecht, wenn wir die Genossen in Deutschland ob ihrer Prozesse und Verurtheilungen beneiden. Diese sind ja die befruchtende Saat, aus welcher neue Genossen, neue Kämpfer entsprießen. Das vor Gericht zur Vertheidigung gesprochene Wort verfehlt seine Wirkung nicht, und wenn die „liberalen" Richter und Geschwornen auch zehnmal ihr Schuldig sprechen mögen. Das „objective" System aber, welches bei uns herrscht, erzeugt nur dumpfe Apathie und Unzufriedenheit. Freilich, wenn der Schnee schmilzt, wenn die unzufriedenen Massen plötzlich aus ihrer Apathie gerissen werden — dann wird vielleicht die Zeit der Reue kommen.

Um übrigens gerecht zu sein, müssen wir sagen, daß die Segnungen des objektiven Verfahrens sich nicht auf die sozialdemokratischen Blätter allein erstrecken; die k. k. „Wiener Zeitung" veröffentlicht in jeder ihrer Nummer eine lange Reihe von Gerichtserkenntnissen, mit welchen die Beschlagnahme unterschiedlicher Druckschriften bestätigt wird. Es scheint dies der einzige Punkt zu sein, bei dem die vielgebrauchte Phrase „Gleiches Recht für Alle", einige Berechtigung hat. Daß dabei die wunderlichsten Blüthen unserer staatsgrundgesetzlich anerkannten Preßfreiheit zu Tage treten, ist wohl selbstverständlich. Wenn z. B. das „Vaterland" für eine Zerstückelung der Türkei eintritt, wird es confiscirt; wenn die „Neue Freie Presse" in Besorgniß für die Türkenloose der Frankobank die Integrität der Türkei vertheidigt, wird sie auch confiscirt. Daß etwas in Wiener-Neustadt oder Bozen confiscirt wird, was in Wien Gnade vor den staatsanwaltlichen Augen gefunden, kommt öfters vor. Letzthin wurde die „Neue Freie Presse" confiscirt, weil sie einen bei Gelegenheit der Durchreise des italienischen Kronprinzen Humbert vom südtirolischen Actionscomité erlassenen Aufruf gebracht, trotzdem sie denselben in abfälliger Weise besprach und trotzdem derselbe im amtlichen „Tiroler Boten" gestanden, ohne beanstandet zu werden. Das Possirlichste ist wohl folgendes Faktum: In Bozen wurde das 53. Flugblatt des Tiroler Volksvereins und ein Aufruf des Comités zur Veranstaltung einer Herz-Jesu-Feier confiscirt. Auf Veranlassung des Reichsrathabgeordneten von Zallinger wurde ein Separatabdruck, trotzdem er, wie gesagt, nichts enthielt, als die beiden staatsanwaltlichen Decrete, gekapert; u. s. w. in's Unendliche.

Das „Gleiche Recht für Alle" hört allerdings auf, sobald die Sache vor Gericht kommt. Steht z. B. die „Deutsche Zeitung" vor den Schranken, wie letzthin am 14. d. M., so setzt es verständnißinnige Blicke zwischen dem Angeklagten und den Geschwornen und das Blatt wird freigesprochen. Das ultramontane „Vaterland" aber wird zu vier Monaten und 500 fl. Cautionsverlust verurtheilt, weil es einen Artikel über das allgemeine Wahlrecht gebracht, — natürlich, die Geschwornen müssen doch ihren „Liberalismus" zur Schau tragen. Wie würden sich die liberalen Bourgeois auf der Geschwornenbank erst zeigen, wenn in Wien ein sozialistisches Blatt erscheinen würde. Graf Lamezan, der Wiener Tessendorf, würde zweifelsohne freigebiger mit subjektiven Anklagen sein, als der Neustädter Staatsanwalt, dem die Trauben zu sauer sind. Welche Urtheile uns da in Aussicht ständen, davon gibt uns die vor zwei Jahren erfolgte Verurtheilung des Genossen Vollbracht von der „Radikalen Arbeiterpresse" wegen Abdruck des Gedichtes „Kraft und Stoff" von Bodenstedt eine Andeutung.

Beispiele, wie die oben angeführten, ließen sich zu Hunderten anführen, doch für heute lassen wir's genug sein. Uebermorgen wird ja unser Reichsrath eröffnet und da liegt ja schon lange ein Antrag des Abgeordneten Dr. Erregger auf Aufhebung des objektiven Verfahrens vor. Vederemo!

Aus der Schweiz, 20. Oktober. Ein wackeres Blatt, den in Basel erscheinenden „Vorwärts", der der Sache des arbeitenden Volks redlich gedient, hat man soeben zu Grabe getragen. Die Liberalen haben ihm den Garaus gemacht, weil er sie schwer gekränkt, ihre Ehrlichkeit bezweifelt und von Jesuitismus gesprochen, als ihre Lippen vom Wohle der Arbeiter überflossen. Man hatte ihm eine so unerhört hohe Strafe für seinen Frevel auferlegt, daß er darunter mit Nothwendigkeit zusammenbrechen mußte. Ob die Liberalen wähnen, daß jetzt der Baum selber sterben muß, weil es ihnen gelungen ist, ihm eine Blüthe abzuschlagen? Wenn sie es thun, dann haben sie sich doch gewaltig getäuscht, die gewaltsame Unterdrückung des „Vorwärts" wird die Baseler Arbeiter nur ermuntern, die bisher betretene Bahn weiter zu verfolgen und den arbeitenden Klassen an einem praktischen Beispiele klar zu machen, welcher Art der Fortschritt des republikanischen Liberalismus ist. Die Baseler Genossen wollen in wichtigen Fragen Flugblätter herausgeben, hoffentlich gelingt es ihnen bald, sich ein neues Lokalblatt zu schaffen. — Das Bundes-Comité des schweizerischen Arbeiterbundes veröffentlicht soeben die Anträge, welche der Urabstimmung in den Sektionen unterbreitet werden sollen. Sie umfassen die Wahl des Redakteurs der „Tagwacht", die Volksbuchhandlung in Zürich, die Reform des Sterbekassenwesens sowie die Gründung einer Unterstützungskasse für gemaßregelte Arbeiter. Bei der Wahl eines Redakteurs für die „Tagwacht" kommen zwei Personen in Betracht; es sind vorgeschlagen: der bisherige Redakteur Greulich und Staub von Glarus. Bei der Sterbekassenverwaltung sollen den Hinterlassenen Derjenigen, welche längere Zeit Mitglied des Vereins gewesen sind, zu der gewöhnlichen Unterstützung noch Prämien ausbezahlt werden, welche je nach der Anzahl der Jahre der Mitgliedschaft stufenweise von 5 zu 5 Jahren nach einer später festzusetzenden Norm zu bestimmen sind. Die Verwaltungscommission soll beauftragt werden, an Hand der gemachten Erfahrungen diese Norm auszuarbeiten. Sobald der Reservefond die Höhe von 3000 Fr. erreicht hat, und die Zahl der Beiträge so groß ist, daß eine kleinere, durch 5 theilbare Zahl von Centimes per Mitglied genügt, um das Maximum der Unterstützung auszuzahlen, so sollen die Beiträge entsprechend erniedrigt werden. Diese Reform erscheint uns sehr heilsam, sie dürfte wesentlich zur Kräftigung und Erweiterung des Arbeiterbundes beitragen. — Die Unterstützungskasse für die Gemaßregelten wird durch freiwillige und vierteljährliche Beiträge von 5 Cts. per Mitglied gebildet. Die vierteljährlichen Beiträge müssen zur Pflege des gegenseitigen persönlichen Solidaritätsgefühls von den Mitgliedern direkt erhoben werden. Die Verwaltung der Kasse übernimmt die Finanz-Commission des Bundes-Comités. — Ein recht erfreuliches Lebenszeichen geben die Genossen in Zürich. Sie gehen der Privatbanken-Wirthschaft, welche das Volk auf schamlose Weise ausbeutet, scharf zu Leibe, und aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Privatbanken bald zu existiren aufhören. Verlangen 5000 Bürger die Vorlage eines Gesetzes, dann muß der Große Rath dem Antrage entsprechen, die 5000 Unterschriften sind nun schon beisammen, und möglicherweise hat sich schon die nächste ordentliche Versammlung des Großen Raths mit dem Gegenstande zu beschäftigen. An der Spitze der Bewegung steht der um die Arbeitersache hochverdiente Parteigenosse Carl Burkli, Mitglied des Großen Raths.

Im Kanton Tessin hat die radikale Partei den in seiner Majorität ultramontanen Großen Rath durch einen Staatsstreich an die Luft gesetzt. Näheres im nächsten Briefe.

Rheda i. W. Mittwoch den 18. Oktober tagte hier eine gut besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1) Die Stellung der Sozialdemokratie zu den bevorstehenden Landtagswahlen; 2) die Handwerkerfortbildungsschule, wozu Hr. J. Scheil aus Dortmund als Referent anwesend war. Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe zur größten Zufriedenheit aller Anwesenden, welche zum Schluß lebhaft applaudirten. Darauf sprach Herr Heitbrink aus Bielefeld noch einige beherzigende Worte in Betreff des Volksschulwesens und empfahl den Versammelten, bei der nächsten Reichstagswahl nur für einen Arbeitercandidaten zu stimmen. — Auf, Ihr Arbeiter Rhedas, agitirt mit allen Kräften, tretet ein für Euer Recht und schafft Aufklärung überall.

Th. Schulte.

Greiz, 16. Oktober. In der Zeit vom 24. September bis zum 9. Oktober sind in unserem Wahlkreise eine große Anzahl Volksversammlungen abgehalten worden, in denen unser Reichstagscandidat Wilhelm Blos unter äußerst zahlreicher Theilnahme der Wählerschaft die Gegner des Sozialismus in treffender Weise schilderte, sowie die Ziele des Sozialismus klarlegte. Die Versammlungen hatten einen ausgezeichneten Erfolg, und wagten die anwesenden Gegner nicht, den Ausführungen unseres Candidaten offen entgegenzutreten. Dafür thut aber ihr Schimpf-Organ das Möglichste im Verlästern der Sozialdemokratie. Wird aber den reichstreuen Quacksalbern alles nichts helfen! Die Aussichten für die Wahl unseres Candidaten sind sehr günstig, da er es auch verstanden hat, die Landbevölkerung von der Wahrhaftigkeit und Nothwendigkeit der sozialistischen Bewegung zu überzeugen. — In einer Versammlung hatten einige „gebildete Flegel" versucht, Skandal herbeizuführen, indem sie unter die Arbeiter die bekannten Cri-Cri vertheilten. Die Arbeiter waren jedoch vernünftiger und anständiger als das noble reichstreue Pack — sie machten eben keinen Skandal. Ob deshalb Entlassungen aus der Arbeit erfolgt sind, haben wir noch nicht in Erfahrung gebracht.

Dessau, 22. Oktober. (An die Wähler, Partei- und Gesinnungsgenossen des I. Anhaltischen Wahlkreises.) Nachdem sich das hierorts am 14. d. M. gewählte Central-Wahl-Agitations-Comité constituirt hat, ersuchen wir Euch, bei der bevorstehenden Reichstagswahl mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß unser Candidat, Parteigenosse Bruno Geiser in Leipzig, siegreich aus der Wahlurne hervorgeht. Da zur Erreichung unseres Zieles es nothwendig ist, uns so gut wie möglich zu organisiren, ersuchen wir Euch, in jedem Orte ein Wahlcomité zu bilden und dieses anzuhalten, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit eine regelmäßige Agitation unterhalten werden kann. Auch ist es nothwendig, um Zersplitterungen zu verhüten, daß die zur Wahlagitation bestimmten resp. gesammelten Gelder dem Central-Wahl-Agitations-Comité übermittelt werden, das dann alle Ausgaben zu bestreiten hat. Monatliche Abrechnung erfolgt an die einzelnen Wahlcomités. Thue Jeder seine Schuldigkeit und der Sieg kann nicht zweifelhaft sein. — Hauptsächlich müssen wir die Parteigenossen von Zerbst um Adressen ersuchen. Zum Vorsitzenden des Central-Wahl-Agitations-Comités wurde Unterzeichneter gewählt, an welchen auch alle Briefe zu adressiren sind, zum Stellvertreter L. Becker, zum Kassirer F. Richter, Tuchmacher in der Wasserstadt, zum Stellvertreter Schröder, Maler, zum Schriftführer E. Räbiger.

H. Fromm, Stiftsstraße 21.

NB. Alle Gelder sind an den Kassirer zu senden.

Lambrecht, 16. Oktober. Am 29. September fand hier eine gut besuchte Volksversammlung statt, bei welcher Parteigenosse und Reichstagscandidat A. Dreesbach, über die heutige wirthschaftliche Lage der Arbeiter, und ihre Aufgabe für die nächste Reichstagswahl", mit gutem Erfolge referirte. — Die auf den 30. September in Weidenthal anberaumte Volksversammlung konnte nicht stattfinden, indem das dortige Bürgermeisteramt die ordnungsmäßige schriftliche Anzeige des Einberufers, demselben zurückgab mit der schriftlichen Bemerkung: Br. m. zurück mit dem Bemerken, daß der nachgesuchten Versammlung die Erlaubniß hier nicht ertheilt werden kann. Weidenthal, den 29. September 1876. Das Bürgermeisteramt: Kretner. Daraufhin reichte der Einberufer, H. Schneider, Beschwerde beim königlichen Bezirksamt in Neustadt ein, das

---

Das Bankhaus versah nunmehr den Wechsel mit der Notiz: „Für die Richtigkeit des Zahlungsortes Hamburg komme ich auf", erhielt jedoch den Wechsel von der Reichsbank wieder mit dem Bemerken: „Es ist die bestimmte Erklärung abzugeben, daß die Villa in Hamburg liegt."

Das französische Wort Ville — Stadt — hatten die Gelehrten der deutschen Reichsbank mit dem in's deutsche übergegangenen Fremdwort Villa — Landhaus verwechselt! Das ist wirklich stark.

Bei dieser Gelegenheit fällt uns ein, daß der langjährige Redakteur eines der größten und dem deutschen Reichskanzler nächststehenden Blätter vor einigen Jahren aus dem englischen Thronfolger, dem Prinz von Wales, einen neuen „Fürsten von Galles" gemacht und damit den Almanach von Gotha in überraschendster Weise bereichert hat. Der gute Mann hatte in einem französischen Blatt den Titel Prince de Galles — unter den obersten Würdenträgern Englands — gefunden und keine Ahnung davon gehabt, daß Galles die französische Bezeichnung für Wales ist (obgleich die Vertauschung des germanischen W mit dem romanischen G sehr gewöhnlich: Gallien Welschland, Guelfen Welfen, Ghibbelinen Waiblinger u. s. w.). Prince heißt auf deutsch nicht bloß Prinz, sondern auch Fürst, und so war das Unglück fertig. —

— Die Lust und Liebe, mit welcher das Volk in Waffen seiner militärischen Pflicht genügt, zeigt sich alljährlich in hunderten Fällen, die allesammt für den Militarismus ein tief beschämendes Zeugniß ablegen. So entsetzlich aber, wie in einem aus Neisse berichteten Vorfall, tritt selten die Abneigung unserer „Heldensöhne" gegen die Ehre „Sr. Majestät" in Wehr und Waffen zu dienen, zu Tage. Es streute sich nämlich ein Soldat Kalkstaub, wovon er eine ganze Schachtel bei sich führte, in beide Augen, um, wie er eingestanden hat, infolge der erhofften Erblindung vom Militärdienst loszukommen. Er hatte wegen Vornahme derselben Handlung schon dreimal und außerdem wegen Selbstverstümmelung durch Abhacken eines Fingers Strafe zu verbüßen.

— Ein nettes Pflänzchen. In Karlsruhe in Baden haben die Geschworenen einen 17½jährigen Schullehrerseminaristen, welcher überführt und geständig war, an einem 7jährigen Mädchen eine Reihe von Unzuchtshandlungen schwerer Art begangen zu haben, freigesprochen, weil die Geschworenen meinten, daß derselbe „die zur Erkenntniß der Strafbarkeit seiner That nöthige Einsicht noch nicht erlangt habe." Ein hübsches Zeugniß für die Schule! Mit 18 Jahren muß der junge Mann vielleicht schon als Hilfslehrer amtiren und dann hat er wohl die „nöthige Einsicht" erlangt, die er ein halbes Jahr früher nicht besaß. Wenn ein Seminar einem jungen Mann von 17½ Jahren nicht die „nöthige Einsicht" beibringen kann, die ihn vor unzüchtigen Handlungen bewahren muß, dann sieht es gut aus mit der Zukunft der deutschen Schule.

Resultat war jedoch, daß Schneider vom kgl. Rentamt Neustadt a. H. mit 5 M. 30 Pf. bestraft wurde, wegen Zuwiderhandlung gegen das Stempelgesetz, weil Einberufer die Beschwerde auf ungestempelten Papier eingereicht. Dem Vernehmen nach soll dem Bürgermeister in Weidenthal doch etwas vom Bezirksamte zugeschickt worden sein, denn beim Empfange der Zuschrift soll der betreffende Bauern-Schultheiß stark verblüfft gewesen sein. — Auch in Elmstein wurde aus der am 1. Oktober anberaumten Versammlung nichts. Der Wirth, bei welchem die Versammlung stattfinden sollte, gab einfach das Lokal nicht dazu her und zeigte auch demgemäß die Versammlung nicht an. Derselbe Wirth scheint von den dortigen Forstbamten in's Schlepptau genommen worden zu sein, die sozusagen seine Stammgäste sein sollen. Auch mögen vielleicht noch Andere mitgewirkt haben, daß aus der Versammlung nichts wurde.

Coburg, 12. Oktober. Durch das Erscheinen Klute's ward es uns möglich, endlich wieder einmal eine Volksversammlung einzuberufen, in welcher ein fremder Genosse referirte. Sie fand statt am 4. Oktober; auf der Tagesordnung stand: „Welche Staatsform ist die beste?“ Als Vorsitzender fungirte Heinrich Kempf, als Schriftführer Unterzeichneter. Referent führte in seinem, mit zahlreichen Beispielen aus der Geschichte geschmückten Vortrag aus, daß republikanische Staatseinrichtungen mit demokratischer Verfassung und Selbstbestimmungsrecht die beste Staatsform sind, und endete unter Beifall sämmtlicher Anwesenden seinen 1¼stündigen Vortrag. Hierauf erhielt Genosse Th. Simon das Wort, welcher sehr treffende Bemerkungen über die bevorstehenden Wahlen, über das Klassenwahlsystem und die heutige Rechtspflege machte. Auffällig war es uns, daß kein Polizeibeamter zugegen war; an solche Liberalität sind wir gar nicht gewöhnt. Julius Heymann.

Altenburg, 22. Oktober. Hierdurch will ich einen Agitationsbericht seit dem Congreß geben. Es haben an folgenden Orten Versammlungen stattgefunden: Altenburg, Schmöllen, Ronneburg, Pölzig, Baltenhein, und ein Central-Arbeiterfest, an dem sich circa 1000 Mann betheiligten, in Gößnitz. Ferner fanden zwei Conferenzen statt. Mit dem 5. Oktober habe ich und Freund Stolle, der für unsern Wahlkreis aufgestellte Reichstagscandidat, in dem Westkreis (sogenanntes Holzland) die Agitation begonnen und zwar folgende Orte in Aussicht genommen: Hermsdorf, wo die Versammlung nicht stattfinden konnte wegen Hindernisse der Bekanntmachung. Der Amtmann erlaubte auch das Ausklingeln nicht, weil die Versammlung Sonnabend sei, da dann der Pfarrer sich erboßen würde. Der Kirchenbesuch sei so schon ein sehr geringer und würde dann für den betreffenden Sonntag noch schlechter ausfallen. Sonntag den 8. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, hatten wir in Klosterlausnitz und Weißenborn Volksversammlung, welche gut besucht war. Es wurde dem Wirth während der Versammlung der Ausschank von Getränken untersagt, dadurch will man bezwecken, daß die Wirthe uns ihre Lokale nicht mehr zu Versammlungen geben sollen. Aber der betreffende Wirth erklärte, er sei reich genug, um sich nicht wegen der paar Thaler beeinflussen zu lassen und werde nach derartigen Maßregeln uns erst recht sein Lokal zur Verfügung stellen. Die Versammlung machte einen sehr günstigen Eindruck. Von da ging es nach dem 2 Stunden entfernten Eisenberg, um am selben Abend 8 Uhr Versammlung abzuhalten. Bevor ich über die Versammlung berichte, will ich erst bemerken, wie schmeichelhaft ich bei der Anmeldung dieser Versammlung von Seiten des Bürgermeisters Nitzer empfangen worden bin. „Haben Sie Legitimation?“ „Ja, ich führe den Anmeldeschein zum selbständigen Gewerbebetriebe aus dem Jahre 1863 bei mir.“ Das genügt nicht; wenn Sie in Zukunft wieder derartige Entdeckungsreisen machen, dann bringen Sie mir ein Sittenzeugniß, denn dieser Schein ist schon vor 13 Jahren ausgestellt, und Sie können in der Zeit schon mehrmals mit Zuchthausstrafe bestraft worden sein.“ Ich machte dem Herrn allerdings begreiflich, daß an meinen Namen kein Makel sei. Dann stellte der Bürgermeister mir in Aussicht, daß überhaupt Niemand in unsere Versammlung kommen werde und ich besser gethan hätte, wenn ich zu Hause in meiner Werkstatt sitzen geblieben wäre; Tellersammlung dürfe doch nicht stattfinden. In Betreff der bürgermeisterlichen Prophezeihung, daß unsere Versammlung Niemand besuchen würde, kann ist constatiren, daß mindestens 400 Personen anwesend waren, und zwar der weit größte Theil aus der sogenannten bessern Klasse. Freund Stolle verstand es trefflich, auch diese für unsere Sache zu gewinnen. Zum Beweis dafür dient, daß, als wir noch an diesem Abend mit der Post abreisen wollten, mehrere den Wunsch äußerten, wir möchten für den Abend bei ihnen bleiben, sie möchten sich gern einige Stunden mit uns unterhalten. — Parteigenossen des Altenburger Wahlkreises, Ihr müßt für die kurze Zeit bis zur Wahl Euch noch mehr anstrengen, wenn die Agitation erfolgreich sein soll.

Mit Gruß Eduard Risch.

z. **Leipzig**, 20. Oktober. (Der Laskerknüppel oder Bildung der Gebildeten.) In der am vergangenen Dienstag stattgefundenen Sitzung des „Städtischen Vereins“ spielte sich eine Scene ab, die für die immer mehr überhandnehmende Rohheit unter den sogenannten „Gebildeten“ aufs neue unwiderlegliche Beweise liefert. Einer unserer Genossen (Emil Ulbricht), welcher dem genannten Verein schon seit langer Zeit als Mitglied angehört und es manchmal unternahm, dem wohllöblichen Vorstande des Vereins Opposition zu machen, wurde, als er sich am Schlusse der Versammlung bei dem Schriftführer nach einer Stelle im Protokoll erkundigen wollte, unter dem die „Partei der Ordnung“ prächtig kennzeichnenden Geschrei: „Haut ihn! Naus!“ 2c. von etwa 20—30 nationalliberalen Helden überfallen, an der Brust gepackt, bei den Haaren gezogen und mit Fäusten und Stöcken bearbeitet! — — Erst als Herr Ulbricht, ein Bierglas ergreifend, sich gegen seine liebenswürdigen Vereinsgenossen zu vertheidigen Anstalt machte, wichen die „kampfesmuthigen“ Helden zurück. — Auf einem Stuhle stehend, verkündigte nunmehr der Vorsitzende, unter dem Beifallsgeschrei der Versammlung, daß Hr. Ulbricht aus dem Verein ausgestoßen werden müsse, weil er die Versammlung gestört habe!! (Er hatte nämlich gegen die Aufnahme Sparig's, als Mitglied in den Verein, protestirt.) Damit noch nicht genug, kam, als der „Ruhestörer“ bereits den Saal verlassen hatte, auf Requisition eines Nationalliberalen eine 10 Mann starke Polizeipatrouille im Sturmschritt an, um die Ruhe wieder herzustellen. — Also: 150 Nationalliberale, von denen 20—30 über einen einzelnen Sozialisten herfallen und ihn prügeln, bieten eine Polizeimacht von 10 Mann auf, um — — sich selbst zur Ruhe zu bringen! denn zur etwaigen Arretur eines Einzelnen wäre doch wohl nicht ein derartiges Polizeiheer nöthig gewesen. — Das ist die Handlungsweise eines Vereins, der sich rühmt, die „Elite der Bürgerschaft“ zu seinen Mitgliedern zu haben.

Hamburg. (Notiz für Drechsler.) Drechslergehilfen, welche sich an der Gründung eines Allgemeinen deutschen Drechslervereins thatkräftig betheiligen wollen, werden ersucht, ihre Adressen zu senden an

J. Burmeister, alte Grönigerstr. 13, 3. Et.

Bremen. In der geschlossenen Parteiversammlung vom 20. d. Mts. wurde Unterzeichneter zum Parteileiter gewählt. Alle Briefe für mich in Privat- Partei und Agitationsangelegenheiten sind nicht mehr an die Redaktion der „Bremer Freien Zeitung“, sondern nach der Seemannsstraße Nr. 1 zu richten.

Mit Gruß Wilh. Frick.

Minden i. W., 22. Oktober. (Allgemeiner deutscher Schneiderverein.) Allen zureisenden Collegen zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokal bei Herrn Thiele, Ritterstraße, befindet; daselbst wird auch unentgeltlich Arbeit nachgewiesen. Die Genossen wollen dies berücksichtigen, und nicht auf der „Heimat“ Logis nehmen, sondern nur bei unserem Vereinswirth. Außerdem muß ich bemerken, daß das Camphausen'sche Rezept in dem Geschäft von Hch. Muermann in Anwendung gebracht worden ist. Dort sind nämlich 8½% vom Lohn abgezogen.

Mit brüderlichem Gruß

G. Siepert, Bevollmächtigter.

Striegau, 18. Oktober. (Gebildeter Pöbel.) Sonntag, den 1. Oktober, ging ich mit einem Freunde nach Häslicht, um einen Saal zu einer Volksversammlung zu besorgen. Der betreffende Wirth gab uns aber ungenügenden Bescheid und ließ mich deshalb Montag Abend durch einen Arbeiter zu sich bestellen. Ich fand mich denn auch des Abends wirklich im Gastlokale ein, der Wirth fragte mich nach Zweck und Bedeutung der Versammlung, worüber ich ihm auch den nöthigen Bescheid ertheilte und darauf in Betreff des Saales abschlägigen Bescheid erhielt. Ich trank sodann in aller Ruhe ein Glas Bier, als einige noble und angeheiterte Herren sich zu mir gesellten und mich mit Fragen in Betreff der Versammlung bestürmten. Ich war auch bereit, ihnen die nöthige Aufklärung zu geben, als einer dieser Herren so nobel war, wie ein Ochse zu brüllen: „Was hat ein Arbeiter von Reichstagswahl zu sprechen?“ Ich entfernte mich aus dem Lokale. Auf der Straße angekommen, hatte ich von dem Genannten die gröbsten Schimpfreden und Mißhandlung zu erleiden, woran auch schließlich die anderen Herrschaften sich betheiligten, die mir mit den größten Mißhandlungen drohten, sofern ich nochmals das Lokal betrete. Doch waren sie damit noch nicht zufrieden, sondern veranlaßten durch die frechste Verleumdung bei meinem Arbeitgeber meine Entlassung aus der Arbeit. Ist das noch nicht nobel und anständig genug? E. Junk.

Falkenberg in Oberschlesien. In hiesiger Gegend ist ein großer Theil der Bevölkerung sehr arm und fast ganz von den adeligen Herren abhängig, denen große Strecken Acker, Wiesen, Wald und Torfmoor gehören. Da der Tagelohn eines Mannes 60—70 Pfg. beträgt, so muß die Frau natürlich ebenfalls „auf Arbeit“ gehen, den ganzen Tag vom Hause fern bleiben und die Kinder sich sezbst überlassen. Man kann sich leicht vorstellen, auf welcher Stufe der Intelligenz die auf solche Weise erzogenen Leute stehen; die Herren von der „christlichen Liebe“ predigen die Demuth und die „edlen“ Herren besorgen das Uebrige. Der Umstand, daß die Kinder stets unbeaufsichtigt bleiben müssen, bewirkt übrigens auch sehr viele Unglücksfälle. So ist kürzlich in einem Nachbardorf ein Kind auf ganz eigenthümliche Weise um's Leben gekommen. Allein gelassen, kletterte es nach Kinderart im Zimmer umher, gerieth dabei mit dem Kopfe zwischen zwei feststehende Gegenstände und konnte sich aus dieser Lage nicht mehr befreien. Die am Abend heimkehrenden Eltern fanden ihr Kind todt vor. — Der Herr Pfarrer wird am Grabe ohne Zweifel sehr von „Gottes unerforschlichen Rathschlüssen“ zu erzählen wissen, von den verkehrten gesellschaftlichen Einrichtungen aber, die allein solche Fälle möglich machen, wird er kein Wort sagen.

An die Wähler des 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreises.

Parteigenossen! Der Augenblick ist gekommen, wo es heißt: die Colonnen formirt und in Schlachtordnung aufgestellt, denn der Tag, an dem der Wahlsieg errungen werden soll, rückt bald heran. Nicht darf es uns genügen, in unserm Wahlkreise im ersten Wahlgange den Sieg zu erringen, ein Kreis wie der unsrige, in dem selbst die Gegner die Macht des Sozialismus zähneknirschend anerkennen, muß auch im Verhältniß zu der großen Zahl seiner Arbeiter und Kleinbürger und im Verhältniß zu der seit drei Jahren erfolgten weiteren Ausbreitung des Sozialismus eine dem entsprechende Stimmenzahl am Wahltage aufzuweisen haben. Dazu bedarf es jedoch einer wohlorganisirten Macht, da aber seit Jahren jede Parteiorganisation bei uns vernichtet ist, so ist es um so nothwendiger, daß das für die bevorstehende Wahl ernannte Arbeiterwahlcomité mit aller Entschiedenheit vorgeht und in diesen seinen Bestrebungen allseitige Unterstützung findet. Wenn das Comité bis jetzt noch keine besonders hervorragende Thätigkeit geäußert, so geschah dies im Vertrauen auf die den Wählern innewohnende Erkenntniß ihrer Klassenlage und in der Erwägung, daß es zweckmäßig sei, die Kräfte nicht vor dem entscheidenden Zeitpunkt übermäßig anzustrengen. Der Zeitpunkt ist jedoch gekommen, wo es gilt, die vorhandenen Kräfte planmäßig zu entwickeln und in Thätigkeit zu setzen, um mit Erfolg den Kampf mit der Kapitalmacht aufzunehmen. Das Wahlcomité erachtet es deshalb für nothwendig, alle sozialdemokratischen Wähler aufzufordern, ihm mit Rath und That zur Seite zu stehen und die zu erlassenden Anordnungen auf's gewissenhafteste auszuführen unter der Garantie, daß es von allen seinen Handlungen den Wählern die strengste Rechenschaft ablegen wird. Es werden demgemäß hiermit alle Diejenigen aufgefordert, welche in den ländlichen Bezirken des 8. und 9. Wahlkreises Verwandte oder Bekannte haben, mit diesen sich in Verbindung zu setzen, bei ihnen Erkundigungen über den Stand der örtlichen Verhältnisse einzuziehen, ihnen, wenn irgend möglich, gelesene sozialistische Schriften zuzusenden, sowie die Adressen derjenigen Leute von auswärts, welche gewillt sind, auf irgend eine Art, sich an der Bewegung zu betheiligen (Bekanntmachung oder Anmeldung von Versammlungen, Vertreiben von Flugblättern oder Sammeln von Geldern zur Wahl) bei dem unterzeichneten Vorsitzenden einzuliefern. Ferner erwarten wir von allen hiesigen Gesinnungsgenossen, denen es möglich ist, durch Verbreitung von Flugschriften u. s. w. kurz vor der Wahl auf dem Landgebiet thätig sein zu können, daß sie sich gleichfalls rechtzeitig melden. Schließlich werden alle Diejenigen, in deren Händen sich Parlamentswahl-Kassengelder befinden, aufgefordert, dieselben an den Kassirer Herrn Lensch, Holstenstr. 43 1. Etg., einzuliefern.

Das wären die nächsten Anordnungen, welche zu treffen wir für nothwendig erachteten. Wir setzen ohnedem voraus, daß jeder Sozialist unseres Wahlkreises innerhalb der wenigen Wochen, welche uns zur Agitation noch zu Gebote stehen, seine Kräfte ganz besonders darauf verwenden wird, unserer Idee neue Anhänger zu verschaffen und die zu einer regen Agitation nothwendigen Geldmittel aufzubringen. Es handelt sich nicht blos darum, einen Wahlsieg zu erkämpfen, es handelt sich auch darum, die günstige Gelegenheit zu benutzen und der hohen Idee der Befreiung des vierten Standes eine immer breitere Grundlage zu verschaffen. Altona hat sich stets geschmeichelt, mit vorn an der Spitze der deutschen Sozialisten zu marschiren, wohlan! beweisen wir, daß wir dieses schwer erworbenen Ruhmes auch heut noch würdig sind und durch unsere Kraft nicht allein unserm, sondern auch noch verschiedenen andern Wahlkreisen zum Siege zu verhelfen.

O. Reimer, 1. Vorsitz. des Arbeiterwahlcomités, Unzerstr. 25 I.
H. Lensch, Kassirer, Holstenstr. 43 I.

Briefkasten

der Redaktion: H. H. in Essen: Wenden Sie sich in Betreff des gewünschten Agitators an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37. — A. G. in Hamburg: Für heute zu spät.

der Expedition. Wesch in Geestendorf: Dombrowski III. folgt demnächst. Porto kostet noch 5 Pf. — L. Schulz in Berlin: Die gewünschten 3 Nummern der „Neuen Welt“ können Sie erhalten. Wenn Sie 30 Pf. in Briefmarken und Ihre genaue Adresse einsenden, erhalten Sie dieselben per Kreuzband zugesandt. — E. J. Steudtner in Luckendorf: Wir werden recherchiren, wo der Fehler liegt. Wenn Sie uns Ihre genaue Adresse angegeben hätten, würden wir Ihnen die beiden Exemplare per Krzbd. geschickt haben. — Buttenschön in Wittorf: Ein Buchhandler Proppe hat von uns direkt noch niemals „Neue Welt“ bezogen; wenn er bei uns bestellt, erhält er auch geliefert. Warum bestellten Sie das Blatt nicht bei der Post? Dies ist der sicherste und billigste Weg.

Die Mitglieder des Allgemeinen Böttcher- (Küper-) Vereins mögen sich vor dem Böttcher Eduard Dreßler, der in Bremen, zuletzt als Werkführer. in Arbeit war, in Acht nehmen, da derselbe durch sein Benehmen gegen unsern Verein und einzele seiner Mitglieder sich als Feind unserer Sache erwiesen hat.

J. A. der Böttcher Bremens: F. Holtmann.

Quittung. H. Grnwld Altenburg Schr. 0,50. Schmchr Barmen Ann. 0,60. Jmn Hadamar Ab. 0,50. Müll Limbach Schr. 0,70. Jrgns Crottdorf Ab. 3,20. Krhl Quedlinburg Ann. 1,50. Slv hier Ab. 9,60. Wich Geestendorf Schr. 0,25. Tnzlr Ronneburg Schr. 6,30. Brnck Berden Schr. 12,55. Hschn Neumünster Schr. 16,00. Wd Neapel Ab. 1,38. Schn Calbe 12,50. Albrtz Eßlingen Ab. 18,60. Pfrzschnr Hohenstein Ab. 76,50. Brnng Delitzsch Ab. 2,80. Jnchn Brms Ab. 3,50. Ottrbch Stuttgart Ab. 5,00. Pfsr Gießen Schr. 13,40. Pnngr Bremen Ab. 30,00. Mdr Wurzen Schr. 15,00. Frb Stadt-Ilm Schr. 6,00. Arbeiterverein Biel Ab. 2,50. Brbhm Wiesbaden Schr. 3,90. Slmn Trier Schr. 3,00. Pnngr Bremen Ab. 11,60. Brnds Göttingen Schr. 18,18. Kchnrthr. Hof Schr. 12,50. Typnr. Friedrichsstadt Schr. 2,75. Erb. Dürkheim Schr. 5,60. Wtzl. Darmstadt Schr. 3,00. Klsch. Heidelberg Schr. 1,50. Mn. Kiel Schr. 2,05. Tchmnn. hier Ab. 1,80. Ppp. Friedrichshaide Schr. 6,73. Trst. Kl. Zschocher An. 1,30; Plakate 0,70. Jgr. Stockum Ab. 6,80. Pchstn. Gelthain Schr. 12,70. Rebnisch. Tauenberg Schr. 12,00. Müll. Mannheim Ab. 30,00. Pnmnn. Kiel Schr. 2,95. Jck. Neulerchenfeld Schr. 0,57. Hrzm. Kolomea Ab. 4,95. Schwusok. Potsdam Schr. 0,90. Rb. Groß-Zschocher Ab. 7,50.

Altona. Freitag, den 27. Oktober, Abends 8½ Uhr:

Volksversammlung

in **Koppelmann's Salon.**

90]

Tagesordnung: „Das Zugpflaster bei den Landtagswahlen“ oder: „Volksbildung und Sozialdemokratie“. Referent J. Heier.

Zu dieser Versammlung sind brieflich eingeladen die Herren: Schuldirektor Andresen, Rechtsanwalt Dr. Warburg und der Redakteur F. Hell. H Gundelach.

Deutz. Am Sonntag, den 29. Oktober, Vormittags 10 Uhr, findet im Lokale des Herrn Sommer, Freiheitstraße 7 zu Deutz eine [90

Große Volksversammlung

statt. Tagesordnung: 1) Die Bedeutung der Reichstagswahl. 2) Bildung eines Wahlcomités.

Ich ersuche die Genossen, namentlich des Landkreises Cöln, recht zahlreich zu erscheinen. (F82) Wilh. Eckert.

Gohlis. **Arbeiterverein.**

Sonntag, den 29. Oktober, Nachmittags 4 Uhr: **Kränzchen** in der Restauration zur Moritzburg.

Freunde und Gesinnungsgenossen werden hierzu eingeladen. [150

Etwaiger Ueberschuß wird dem Wahlfond überwiesen. D. V.

Großenhain. Sonnabend, 28. Oktober, Abends 8 Uhr:

Volksversammlung.

40]

Referent Herr Neisser aus Leipzig.

Sonntag, den 29. Oktober, von Nachmittag 4 Uhr an im **Hotel zum Gesellschaftshause**

Großes Volksfest

bestehend in **Concert, Festrede** (gehalten von Herrn Neisser aus Leipzig), **Gesang, declamatorischen Vorträgen** und **Ball.** [2,10

(F133) Das Comité.

Hamburg-Altona. **Allgemeiner Deutscher Gipser- und Stukateur-Verein.**

Sonntag, den 29. Oktober: **Mitglieder-Versammlung** im Salon zum Roland, Jakobstraße Nr. 19, Nachmittags 3½ Uhr. Tagesordnung: 1) Vortrag. 2) Innere Angelegenheiten.

Um zahlreichen Besuch bittet [70

H. Götz, erster Vorsitzender, Beckerbreitergang, Hof Nr. 22, Hamburg.

Leipzig. **Metallarbeiter-Gewerkschaft.**

Sonnabend, den 28. Oktober, Abends 8 Uhr, **Versammlung** bei Jul. Menzel, Täubchenweg. Tagesordnung: Vortrag: Gewerkschaftliches. Aufnahme neuer Mitglieder. [40

Leipzig. **Allgemeiner Böttcher- (Küper-) Verein.**

Sonnabend, den 28. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Hrn. Richter, Roßplatz Nr. 9, **Versammlung.** Tagesordnung: Kassenbericht und Wahl eines Revisors. [50

Alle Mitglieder werden ersucht pünktlich zu erscheinen. D. V.

Berliner Freie Presse

Motto: Freiheit und Gerechtigkeit.

Mit der Illustrirten Sonntags-Gratis-Beilage

Die neue Welt.

Erscheint täglich in grossem Format, in Berlin in der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei

Man abonnirt bei allen Postanstalten, für die Monate November und Dezember für nur **2 Mark.**

Dieselbe ist in der Zeitungs-Preis-Liste, I. Nachtrag pro 1876, unter **Nr. 544a.** eingetragen, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Inserate kostet die 4 gespaltene Zeile **25 Pf.**

Zu zahlreichen Abonnement einladend, weisen wir besonders darauf hin, dass die Berliner Freie Presse in keiner Gast-Wirthschaft, wo Sozialisten verkehren, fehlen dürfte, und zeichnen

Mit soz.-dem. Gruss **Die Expedition.**

Berlin S.-O., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Märkischer Volksfreund

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung der Provinz Brandenburg.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonntag.

Man abonnirt bei allen Postanstalten, für 60 Pf. für die Monate November und Dezember, ohne Bringerlohn.

Der Märkische Volksfreund ist eingetragen im XII. Nachtrag zur Zeitungs-Preis-Liste unter Nr. 2282a.

Freunde und Genossen der Provinz Brandenburg, die geneigt sind, für die Verbreitung dieser Zeitung zu agitiren, werden um Einsendung ihrer Adressen ersucht.

Agitations-Nummern stehen in jeder Anzahl gratis zur Verfügung. Die Expedition.

Berlin S.-O., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lantermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bandit, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 13. Sonntag, 29. Oktober. 1876.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat November zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II. und den Colporteuren, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Teubert, Bornaische Str. 19, für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Zeitungsspediteur Zschau, Neureudnitz 15, 1 Tr., und Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, für **Plagwitz** und **Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

☛ Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Unsere Gegner.

II.

Wir begnügen uns heute damit, das Urtheil wiederzugeben, welches die „Frankfurter Zeitung", also ein nichtsozialistisches Blatt, in einer Rezension, über das neueste Machwerk des Herrn von Unruh fällt (Nr. 300):

Die Sozialdemokraten, was sie den Wählern versprechen und was sie wollen. Berlin, Springer. 1876. 56 S. 8.

Die fast 400,000 Stimmen, welche die Sozialdemokraten bei der letzten Reichstagswahl auf ihre Candidaten vereinigt haben, die Ergebnisse der seither stattgehabten Nachwahlen (Stuttgart, Hannover, Lauenburg), welche ein fortwährendes Steigen der sozialistischen Wahlstimmen nachwiesen, fangen jetzt, wo wir einer Erneuerung des Reichstages entgegensehen, doch an, gewisse Leute zu beunruhigen. Der Beklemmung eines reichstreuen Gemüths verdankt denn auch die oben bezeichnete Schrift ihre Entstehung. Der Verfasser mochte Gründe haben, seinen Namen auf dem Titelblatte derselben nicht zu nennen und seine Parteistellung möglichst zu verhüllen. Agrarier ist er nicht, auch nicht Schutzzöllner, denn diese beiden Parteien erhalten im Vorbeigehen einige Seitenhiebe. Aus der Gegenüberstellung von Altconservativen, Freiconservativen, Nationalliberalen, Fortschrittlern und Ultramontanen einerseits und den Sozialdemokraten andrerseits (S. 6) könnte ein wenig aufmerksamer Leier schließen, daß der Mann überhaupt von einem anderen als dem Bourgeois-standpunkte abgesehen hätte, wenn er sich nicht S. 46 offen mit den „gemäßigten Liberalen" identifizirte und zum Lobe der redetriefenden „Mannesseele" des Weihrauchs Düfte steigen ließe. Er ist also, um das Resultat eines — freilich wenig erquicklichen — Studiums seiner literarischen Leistung wiederzugeben, ein Nationalliberaler mit unverkennbarem Knobloch-Beigeschmack. Es ist nicht unwichtig, das zu wissen; denn die Schrift ist ein seltenes Beispiel von bornirter Dreistigkeit und grasser Unwissenheit, selbst in der in diesem Genre sehr starken antisozialistischen Literatur. Hier handelt sich's für die Kritik nicht mehr um den Parteistandpunkt, sondern um eine Frage des öffentlichen Anstands, der nirgends, selbst nicht bei den erbittertsten Parteikämpfen, den Klassen- und Fraktionszwecken zum Opfer fallen darf, nnd den ein Mann aus den „höheren" Ständen, was der Verfasser offenbar ist, am allerwenigsten den Sozialisten gegenüber aus den Augen lassen sollte. — Der Verfasser will „dem Wähler aus den Schriften, Reden und Handlungen der Sozialdemokraten die eigentlichen Ziele derselben und die Mittel zur Erreichung derselben (!) klar nachweisen". Da sollte man wohl meinen, daß er wenigstens Marx' und Lassalle's Schriften und die ganze so reiche Broschüren-Literatur der Sozialdemokraten fleißig studirt, ihre Aeußerungen in den Parteiblättern und im Reichstage aufmerksam verfolgt hätte. Nichts von alledem. Die vor einigen Monaten erschienene Bracke'sche Agitationsschrift: „Nieder mit den Sozialdemokraten!" ist die einzige Quelle seiner Kenntniß der „eigentlichen Ziele" dieser Partei; daneben benutzt er die Eulenburg'sche Reichstagsrede vom 27. Januar d. J. und Hasselmann's Replik auf dieselbe. Dabei gehen ihm die gewöhnlichsten Kenntnisse der Volkswirthschaft ab, welche doch wohl unerläßlich sind, um sich auf einem derartigen Kampfgebiete zu bewegen, und es fehlt ihm jedes Verständniß für die von den Sozialdemokraten geübte Kritik unserer wirthschaftlichen Organisation, wie der von ihnen geplanten Reform derselben. Ja, seine Unwissenheit ist so groß, daß er bei der Kennzeichnung der von den Sozialisten erstrebten gemeinschaftlichen Produktionsweise fortwährend mit den Kategorien der Privatwirthschaft und der freien Conkurrenz operirt. Natürlich giebt das die verzerrtesten nnd unsinnigsten, hin und wieder, wie bei der Frage der Ehe, die ekelhaftesten Bilder*), und man weiß nicht, soll man mehr die Naivität bewundern, die vernünftigen Menschen derartige Pläne unterschiebt, oder das Attentat auf den gesunden Menschenverstand der Leser, denen man zumuthet, solche Dinge zu glauben.

Der sozialistische Staat ist ihm eine Art Ochlokratie*) der Handarbeiter, lediglich auf ihren persönlichen Vortheil und den Nachtheil aller anderen Klassen zugeschnitten; seine Anhänger sind für ihn nur die wüsten Banden, welche mit dem Knüttel in der Faust friedlich deliberirende Versammlungen sprengen; S. 22 stellt er sie mit Straßenräubern in eine Linie. Das mit vielem Geschick abgefaßte Bracke'sche Schriftchen dient der ganzen Darstellung als Unterlage; aber es ist kein loyaler Kampf: einzelne Stellen werden aus dem Zusammenhange herausgerissen und zuerst bis zur Unkenntlichkeit verzerrt, dann aber dem Lachen oder der Entrüstung der Leser preisgegeben. So wird, um nur ein Beispiel von vielen anzuführen, aus einer Stelle, wo Bracke von der „ermüdendsten und aufreibendsten körperlichen Arbeit" spricht, der Schluß gezogen, daß er bei der „gerechten Vertheilung des Arbeitsertrages" in seinem Zukunftsstaate nur die niederste Handarbeit zum Maßstabe der Theilung des Arbeitsertrags machen wolle, während Bracke an derselben Stelle ausdrücklich und mit Hervorhebung durch gesperrten Druck die Beamten, die Handwerker, die kleinen Handeltreibenden und Bauern als ebenfalls von der jetzigen Sozialordnung benachtheiligt aufführt. Diese Stelle verschweigt der nationalliberale Anonymus und hetzt nun wacker den kleinen Handwerker, dem der Sozialist seinen Unterhalt, de Fabrikaufseher, dem der Sozialist seine Stelle, den Kaufmann, dem der Sozialist sein Geschäft, den Forster, dem der Sozialist die Waldaufsicht, den kleinen Bauer, dem der Sozialist sein Bischen Armuth nehmen will.

Es ist natürlich nicht unsere Sache, das Pamphlet im Einzelnen noch weiter zu kennzeichnen; diese Arbeit können wir getrost der angegriffenen Partei überlassen oder dem zunächst betheiligten Bracke, falls er den Gegner für anständig genug hält, sich mit ihm zu befassen. Wundern können wir uns nur, daß sich eine angesehene Verlagshandlung gefunden hat, um solch dummes Zeug in die Oeffentlichkeit zu bringen, und daß die nationalliberale Partei die in der Sozialdemokratie vertretene geistige Kraft und ihre aus un.. .. -seüschaftlichen Entwickelung resultirende historische Berechtigung so sehr unterschätzt, um ihr solche Streiter gegenüber zu stellen.

*) Das betreffende Schmutzkapitel wurde natürlich vom „Leipziger Tageblatt" mit gusto (Behagen) abgedruckt, und natürlich ohne Angabe der Quelle, damit der leichtgläubige Leser sich einbilden könne, Herr Hüttner habe einmal einen Originalleitartikel geschrieben. Freilich, den hätte er schreiben können — denn Herr von Unruh, der große nationalliberale Heros, ist wahrhaftig auf den Hüttner gekommen.

Volkswohlstand.

Nationalvermögen, Volkswohlstand — das sind die Stichworte, mit denen die Liberalen prunken, wenn sie die Besserung der Gesellschaftsverhältnisse unter der Herrschaft der liberalen Prinzipien beweisen wollen.

Das Nationalvermögen wächst beständig, behaupten sie; und an dieser Wohlstandszunahme haben nicht allein die Reichen und die Wohlhabenden Antheil, sondern alle Angehörigen der Kulturvölker — darum ist die sozialistische Behauptung, daß die bestehenden Zustände von Grund aus schlecht sind, daß die Menschengemeinschaften auf ganz neuen Grundlagen, sowohl in politischer als in ökonomischer Beziehung, aufgebaut werden müssen, total falsch. Man lasse nur Alles gehen, wie es geht — die Kultur schreitet fort trotz, oder sogar — wie gelehrte Professoren zu behaupten im Stande sind — mit Hülfe der periodisch wiederkehrenden Massenschlächtereien, und mit der Kultur wachsen ebenso stetig, ebenso unaufhaltsam Wohlstand und Glück in allen Schichten der Bevölkerung. Die Sozialdemokratie ist demnach nur dazu angethan, die Kulturentwicklung in eine falsche Bahn zu drängen und an Stelle der langsamen aber sicheren Vermehrung des Volkswohlstandes den Ruin desselben zu veranlassen. In jedem Falle, fügen wohl die ehrlicheren und bedächtigen unter unsern Gegnern hinzu, wäre es eine Thorheit, auf den langsamen, aber gewissen Fortschritt zu Gunsten eines sehr ungewissen und nur angeblich rascheren und radikalen zu verzichten.

Bei dem Nachweise des „Fortschritts" im Staats- und Gesellschaftsleben führen die Gegner zuweilen Zahlen in's Feld; und da Zahlen einen merkwürdig harten Kopf und ein steifes Genick haben, und sich weder Beschwatzen noch beugen lassen, sondern mit oft erschreckender Deutlichkeit die Wahrheit reden — wenn man sie überhaupt zu Worte kommen läßt — so sind auch wir Freunde der Zahlen und suchen ihnen, wo es nur angeht, Gehör zu verschaffen.

Ueber das Kapitel der Volkswohlstandvermehrung reden in ganz besonders lehrreicher Weise die Zahlen, welche die Berichte über die Geschäftsthätigkeit der preußischen Sparkassen, zusammengestellt vom statistischen Bureau, enthalten. Unsre Gegner werden dieselben vielleicht gegen uns benützen, wir können sie bestimmt gegen sie gebrauchen.

Am Schlusse des Jahres 1874 waren bei 983 Sparkassen 987,856,612 M. 53 Pf. hinterlegt, Ende 1875 bei den in diesem Zeitpunkte bestehenden 1004 Kassen 1,112,077,407 M. 46 Pf. Das Mehr der Einlagen von 124,220,794 M. 93 Pf. am Schlusse des letztvergangenen Jahres war das Ergebniß folgender Kapitalsbewegung: es vermehrte sich das Guthaben der Einleger durch neue Einzahlungen um 358,833,438 M. 60 Pf. und durch Zuschreibung von Zinsen um 28,814,944 M. 23 Pf., im Ganzen um 388,648,382 M. 83 Pf. Durch Rückforderungen wurden den Kassen 264,427,587 M. 90 Pf. entzogen, so daß auf je 100 M., die durch Einzahlungen zugingen, 73 M. 48 Pf. in Folge von Rückzahlungen abgingen. Dieses Verhältniß ist ungünstiger als in den beiden Vorjahren, in denen auf 100 M. Einlagen Rückforderungen im Betrage von 61 M. 7 Pf. und 65 M. fielen, und es erklärt, warum das gesammte Guthaben der Einleger im Verlaufe des vergangenen Jahres — bei fast gleicher Höhe der Einzahlungen — eine geringere Steigerung erfuhr als 1874. Während sein Betrag im Jahre 1874 von 100 auf 118 M. 7 Pf. sich erhöhte, stieg er 1875 von 100 auf 112 M. 65 Pf. Einen besseren Einblick in die Verschiedenheiten der Kapitalsbewegung, welche sich bei den preußischen Sparkassen in den beiden letztvergangenen Jahren vollzog, gestatten die folgenden Zahlen. Setzt man nämlich ihren Betrag im Vorjahre gleich 100, so waren

	1874:	1875:
die eingezahlten Summen	110,93	100,06
die zugeschriebenen Zinsen	120,74	116,41
die zurückgezahlten Summen	118,08	113,12

In Vorstehendem interessirt uns zunächst die Höhe der Sparkasseneinlagen insgesammt. Dieselbe ist darum von ganz eminenter Wichtigkeit, weil die Sparkassen — abgesehen von einem gar nicht in's Gewicht fallenden Rest — das ganze Vermögen der Volksmehrheit, des arbeitenden Volkes, enthalten. Betrachtet man mit Rücksicht darauf die anscheinend so ungeheure Summe von 1,112,077,407 M. und erwägt man, daß danach auf den Kopf der Bevölkerung grade 43 M. 28 Pf., und auf eine Proletarierfamilie von 5 Köpfen durchschnittlich — also in einem noch recht günstigen Falle — 216 M. 14 Pf. fallen, so wird man gestehen müssen, daß die Lage des weitaus größten Volkstheiles eine ganz und gar haltlose, jedes sicheren finanziellen Fundaments entbehrende ist. Ein Vermögen von etwas über 200 Mark wird in einem arbeitslosen Vierteljahre oder von ein paar rasch aufeinanderfolgenden Krankheiten und Unglücksfällen völlig aufgezehrt — dann steht der Proletarier vis-à-vis du rien — dem Nichts, dem Elend, dem Hungertode wehrlos gegenüber. Das ist der Volkswohlstand von heute!

Doch sehen wir weiter. Die Summe von 1,112,077,407 M. 46 Pf. vertheilte sich auf 2,209,101 Sparkassenbücher. Demnach fiel am Schlusse des letzten Jahres ein Buch auf 11,63 Bewohner. Der durchschnittliche Betrag der Einlage, die in einem Buche verzeichnet stand, war 1873 438 M. 3 Pf., 1874 aber 478 M. 8 Pf. gewesen und ist im Jahre 1875 auf 503 M. 41 Pf. gestiegen. Schneller, als die Zahl der Sparkassenbücher, hat sich der Betrag des Guthabens ihrer Inhaber vermehrt, und es ist namentlich die Zahl der Bücher, in denen größere Beträge verzeichnet stehen, mit der Zeit immer bedeutender geworden; denn von je 100 Sparkassenbüchern lauteten auf Beträge

	1849:	1873:	1874:	1875:
von weniger als 60 M.	34,69	26,70	25,47	24,00,
von 60—150 M.	27,49	20,60	20,60	20,28,
von 150—300 M.	21,88	18,24	18,24	18,03,
von 300—600 M.	11,15	16,80	17,06	17,59,
von 600 und mehr Mark	4,79	17,66	18,63	20,10.

Unter nahezu 12 Menschen hat also einer einen Wohlstandsembryo (-keim) in einem Sparkassenbuche angelegt; — nehmen wir an, daß von der Volksgesammtheit gradesoviel Mitglieder, als es Sparkassenbuchinhaber giebt, reich sind und darum bessere Vermögensanlagen als Sparkassen für sich zugänglich finden, berücksichtigen wir dann, daß sehr Viele mehr als 1 Buch, 2, 3 und mehr, besitzen, so sind wir fast über Gebühr vorsichtig, wenn wir behaupten, daß von je 12 Volksangehörigen 10, die Kinder mit eingerechnet, und 5 nach Abzug der nicht in Betracht kommenden Kinder, ganz ohne einen rothen Heller Vermögen den Zufällen des Schicksals, aller Ungunst der Verhältnisse preisgegeben sind. — Das ist die segensreiche Vertheilung des Volkswohlstandes!

Vortrefflich als Beleg zu gebrauchen für den sozialistischen Lehrsatz, wonach die empörende Ungerechtigkeit unserer Verhältnisse darin besteht, daß ein Emporkommen desto schwerer ist, je dringender es die Lage eines Menschen erheischt, ist die oben angeführte Thatsache, daß sich der Betrag des Guthabens der Sparkassenbuchinhaber weit rascher vermehrt, als die Sparkassenbücher selbst, und daß grade die höheren Guthaben von 300 bis 600 Mark und von 600 und mehr Mark eine enorme Zunahme im Prozentsatz zeigen. Das sind die Chancen des Emporkommens für die Proletarier! Wer hat, dem wird gegeben!

Und wenn man nun schließlich noch bedenkt, daß die Ergebnisse des Ringens, Sparens und Darbens von mehreren Generationen — falls sie wirklich in einem Wohlstande bestehen, von dem man ohne absichtlichen oder unabsichtlichen Hohn reden kann — in letzter Instanz nur Futter für das Großkapital, Beute für Börsenjobber, Gründer und große Spitzbuben aller Art sind, daß sie unter 10 Fallen immer wenigstens 9 mal vor dem ersten besten Weltkrach wieder in ihre Atome zerstieben oder an größere Kapitalmassen ohne Rücksicht auf die unglücklichen Erwerber ankrystallisiren — so sind auch wohl unsre Gegner — die ehrlichen und vernünftigen bestimmt! — zu dem Geständniß gezwungen, daß es eine Unverschämtheit ist, in unseren Tagen und bei unseren ökonomischen Verhältnissen zu reden vom Volkswohlstand!

G.

*) Pöbelherrschaft, rohe Massenherrschaft.

Die Nationalwahl in den Vereinigten Staaten.

II.

Bis gegen das Jahr 1850 hin hatte Grund und Boden in den Vereinigten Staaten einen geringen Preis. Es konnte also eine größere Kapital-Ansammlung nur mittels des Bankwesens entstehen. Da nun bei rascher Urbarmachung eines ungeheuren Landes und bei dem sprüchwörtlichen Unternehmungsgeiste des Volkes viel Kapital gesucht wurde und aus Europa lange nicht zu beziehen war, so wurde willig ein ungeheurer Zinsfuß bezahlt. Die Stadt Chicago z. B. ist größtentheils mit Kapital gebaut worden, welches 12, 24, ja 36 Prozent Zinsen trug. Die Ein-

jadung zum Finanzschwindel war also ungemein lockend, ja unwiderstehlich. Wer an einen Einwandrer ein Stück Land baar verkaufen konnte, trug das Geld auf die Bank, welche hohe Zinsen und Dividenden zahlte, und wer einige Tausend Dollars aus Landverkauf und Zinsgewinn erübrigt hatte, wurde selbst Mitgründer oder Mitdirektor einer Bank. Die Banken gaben unter Staats-Ermächtigung Papiergeld aus, und zwar drei- bis vierfach soviel, als sie dafür Deckung in Hartgeld hatten. Bei der geringsten Finanzkrisis brachen sie zu Hunderten, und die Herren Direktoren wurden reich dabei, zumal sie bei ihrer Bank selbst gegen ungenügende Sicherheit zu borgen und diese Darlehen unter der Hand zu den höchsten Zinsen auszuleihen pflegten. Kein Gesetz hinderte, daß diese selben Betrüger zum zweiten, dritten, vierten Male bei anderen Bankgründungen sich betheiligten. Als nun die riesige Einwanderung seit 1850 den Bodenwerth in nie gesehener Weise steigerte (in manchen Großstädten auf das Hundertfache) weil jeder Einwanderer ein Kapitalist und Grundeigenthümer zu werden suchte, da bildete sich der Schwindel mit Banken und Gründungen zu einer Kunst aus. Dies ist der Ursprung des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten. Es ist der gesetzliche Diebstahl in unverschämtester Gestalt, und obwohl Jahrzehnte lang die politischen Parteien sich um das Bankmonopol erbittert stritten, geschah doch nicht das Mindeste, um diesen Schwindel zu beseitigen, außer daß in den Großstädten, welche mit Europa handeln, eine Anzahl solider Banken sich begründeten.

Hieraus erklärt sich auch, wie es kam, daß die Fabrikanten solange für die besten Freunde und Wohlthäter der Arbeiter gelten konnten, ja diesen gegenüber die Rolle von Wohlthätern der Arbeiter und des Landes spielen mußten. Das Kapital war zu theuer für produktive Zwecke, diente zu sehr der bloßen Spekulation. Wer eine Fabrik errichten wollte, die Hilfsquellen des Landes entwickeln, der hatte mit dem Arbeiter gemeinsam ein dem kapitalistischen entgegengesetztes Interesse, mußte seine Arbeiter wohlwollend behandeln und sich mit der Wissenschaft und Technik innig befreunden, um dem Zinsenwucher gegenüber aufzukommen. Diese Zeiten sind allerdings längst vorbei; aber doch lebt in den eingebornen Arbeitern das alte Bundesgenossengefühl gegen die Arbeitgeber fort und erschwert die soziale Propaganda.

Der Krieg (1861—65) brachte große Veränderungen. Der Finanzminister Chase brauchte riesige Summen und konnte sie von den Kapitalisten weder durch direkte Besteuerung (die Union hatte bis dahin keine solche nöthig gehabt) noch durch freiwillige Anlehen aufbringen. Fünfzig Millionen Darlehn war Alles, was die Banken verwilligten, wohl nnr um die Einstellung der Baarzahlung damit zu entschuldigen, welche bis heute andauert. Aber gegen hohe Zinsen fand sich massenhaftes Kapital bereit. Es wurde ein hoher Schutzzoll unerläßlich, um die Industrie des Landes soweit zu beleben, daß sie die ungeheuer anwachsenden Kriegslasten tragen konnte. Während aber alle nur erdenklichen Einnahmequellen der Produzenten hoch besteuert wurden, wußte sich die Kapitalistenklasse der ihr auferlegten Einkommensteuer in so ausgedehntem Maße zu entziehen, daß man die Steuerlisten veröffentlichen mußte, um einen Druck der öffentlichen Meinung auf die Meineidigen zu erzielen, der aber wenig half, da die Steuerbeamten sich bestechen ließen und rasch reich wurden. Außerdem bot der Krieg zahlreiche Mittel für die Kapitalisten, sich auf Kosten des Volkes rasch zu bereichern, wie z. B. durch betrügerische Lieferungscontrakte für die Armee, durch Schmuggel aller Art, selbst für den Landesfeind, durch Börsen-Spekulationen, besonders mit Goldgeld, welches nach und nach so im Aufgelde stieg, daß ein Papierdollar blos 40 Cents Gold werth blieb. Der schimpflichste Betrug aber war doch der, daß die Fünf-Zwanziger Anleihe, welche dem Gesetzesbuchstaben nach zwar in Gold verzinst, aber in gesetzlichem Golde (und das war bis heute das Unions-Papiergeld, die Greenbachs) zurückgezahlt werden sollte, hernachmals durch die bestochenen Gesetzgeber selbst in Golde rückzahlbar gemacht wurde. Dadurch allein wurde die Nationalschuld muthwillig um vielleicht 500 Millionen Dollars vermehrt.

Ein anderer solcher Schwindel war der mit der Eisenbahn nach Californien, welche die Nation brauchte, um Staaten am Stillen Meer vor dem Abfalle von der Union zu bewahren. Die Kapitalisten brachten es dahin, daß die Nation die ganze zum Bau nöthige Summe in Gestalt von Schuldscheinen und Bundesländereien vorschoß und sich die erste Hypothek und billige Frachten für Militärzwecke vorbehielt; sodann, daß sie sich mit der zweiten Hypothek zufriedenstellte und dadurch das Eigenthumsrecht an ihrer Bahn an die erbauende Aktien-Gesellschaft verlor. Dieser gesetzliche Raub betrug nicht unter 150 Millionen. Es ist nachgewiesen, daß fast alle einflußreichen Congreßmitglieder dabei bestochen worden sind.

Wir können aber hier nur den kleinsten Theil der Schwindeleien aufdecken, durch welche der hiesige Kapitalismus seine Alleinherrschaft begründete, und welche es begreiflich machen, daß beide alten Parteien gleichsehr ihm dienen und vor dem blödsichtigen Volke nur lärmende Scheingefechte mit ihren Wahlkämpfen aufführen, so daß es für eine Arbeiterpartei nicht die mindeste Entschuldigung gibt, wenn sie im Anschluß an eine von beiden die Interessen der Arbeit zu fördern vorgibt. Wir führen also nur noch das eine Schwindelbeispiel an, durch welches die jetzige Parteistellung dem deutschen Leser begreiflich wird.

Die republikanische Partei, welche seit 16 Jahren den Bundesstaat verwaltet, gibt sich für eine Verfechterin der Hartgeldwährung aus. Sie allein aber ist dafür verantwortlich, daß wir keine Hartgeldwährung haben, weil sie die Bezahlung der Eingangszölle in Gold verordnet hat, während das gesetzliche Geld (durch Zwangskurs) in Papier besteht, welches die Union theils direkt ausgegeben, theils für die sogenannten Nationalbanken verfertigt hat. Indem sie also ihre Haupteinnahme in einem anderen Gelde verlangt, als in welchem sie ihre Ausgaben bewirkt (angeblich um die Zahlung der Goldzinsen der Nationalschuld zu verbürgen) erklärt sie selbst ihr Zwangspapiergeld für weniger werth als das Weltgeld und fordert zur Goldspekulation geradezu auf. Sie hätte seit zehn Jahren jederzeit die Hartgeldwährung wiederherstellen können, wenn sie die Zahlung der Zölle in Papiergeld verordnet hätte. Und da sie dieses einzige Mittel, ihr Versprechen einzulösen, noch immer verschmäht, dagegen aber gesetzlich verordnet hat, daß bis 1879 die Hartgeldwährung dadurch wieder hergestellt werden soll, daß der Finanzminister die 3—400 Millionen Gold-Dollars, welche zur Einlösung der Papier-Dollars nöthig sind, aufgespart haben müsse — was, zumal in jetzigen Zeiten, an die Unmöglichkeit grenzt — so ist die Dummheit oder die Unehrlichkeit dieser Partei klar genug.

Die demokratische Partei sticht dies ihrer Gegnerin mit großem Aufwande an Beweisen auf, hat sich aber nicht verbindlich gemacht, die Hartgeldwährung wiederherzustellen, falls sie an's Ruder kommt. Ihr Präsidentschafts-Candidat ist für, der für die Vice-Präsidentschaft gegen die Hartgeldwährung. Niemand aus der Partei hat einen Plan aufgestellt, der zu diesem Ziele führen könnte, noch weniger ist die Partei auf irgend eine finanzielle Maßregel verpflichtet. Und da sich nun der ganze Wahlkampf um finanzielle Zwecke dreht, so wird die Zweideutigkeit dieser ohnehin in der Geschichte der Union berüchtigten Partei höchst verdächtig. Wo sie in irgend einem Einzelstaate die Finanzen in ihrer Gewalt gehabt hat, wie z. B. im Staate New-York, im Süden u. s. w. da ist offenkundiger Schwindel ihr nachgewiesen, am gröbster, plumpster und massenhafter.

Diese kurze Schilderung wird einigermaßen erklären, woher es kommt, daß dem raschen Wachsthum einer wirklichen Arbeiterpartei Hindernisse entgegenstehen, welche für Europäer unbegreiflich bleiben. Die Bestechung der Arbeiter-Wortführer ist — besonders unter den englisch Redenden — das gewöhnlichste Mittel, eine sozialistische Bewegung zu lähmen. Dadurch ist das Vertrauen der Arbeiter zu einander bedeutend geschwächt worden. Es kommt dazu bei den Eingebornen der Brotneid gegen die Eingewanderten, welcher jene zur Bundesgenossenschaft mit den Arbeitgebern hindrängt, und der Einfluß der Kirchen, der Presse und aller Bildungsmittel, welcher sie mit tiefem Mißtrauen gegen eingewanderte Ideen füllt. Bei den Eingewanderten kommt die sprachliche Getrenntheit als Erschwerniß hinzu, sowie der schwer überwindbare Widerwille so verschiedener Nationalitäten, wie Deutsche, Irländer, Engländer, Franzosen, Italiener, Chinesen und Neger sind, zumal wenn die Religion mit dazwischen tritt. Endlich ist die Abgeseimtheit der hiesigen Kapitalisten und ihrer Politiker ganz unvergleichlich.

Kein Wunder, daß die alten Parteiorganisationen sich ungestraft das Unglaubliche verstatten können. Woher soll der Widerstand kommen, so lange sich die Arbeiter nicht als unterdrückte Klasse fühlen, oder doch so vorurtheilsvoll oder mißtrauisch gegen einander sind? Und wie sollen sie Vertrauen zu einander bekommen, wenn sie immer von Neuem getäuscht werden, und wenn sie von Haus aus einander so fremd gegenüber stehen, daß kaum die äußerste Noth sie veranlaßt, gemeinsame Sache zu machen?

Natürlich ist ein Umschlag nunmehr nahe, nur mögen die Parteigenossen in Europa nicht zuviel auf uns rechnen und aus unsern Erlebnissen gute Lehren ziehen. Wir kommen nächstens hierauf zurück.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wie sich die Wahrheit im Kopf eines Reptils verdreht, zeigt folgende Auslassung der „hochoffiziösen“ (seinerzeit mit den famosen „Krieg in Sicht“-Artikeln begnadeten) „Post“ über „die deutsche Politik und die ottomanische (!) Krisis“: „Anscheinend in stiller Unbeweglichkeit und vollkommener Neutralität beharrend, hat die deutsche Politik bewirkt, daß weder England, noch Oesterreich, noch Frankreich, noch alle drei gemeinschaftlich dem gerechten Verlangen Rußlands auf Emanzipation der christlichen Unterthanen der Pforte sich entgegenstellen und selbst nicht den kriegerischen Maßregeln zur Durchführung dieses Verlangens. Aber die deutsche Politik hat nicht minder bewirkt, daß Rußland lediglich (!) eine der Civilisation und der Humanität entsprechende Organisation zunächst der europäischen Gebiete der Türkei anstatt einer mittelbaren oder unmittelbaren Beherrschung derselben anstrebt. England würde sich nicht so ruhig anschicken, dem Laufe der Dinge vorläufig unter Beschränkung auf einige im britischen Interesse gelegene Vorsichtsmaßregeln zuzusehen, wie es uns die neuesten Times-Artikel in Aussicht stellen, wenn im englischen Volke nicht trotz aller Anklagen die Zuversicht herrschte, der deutsche Kanzler werde die Dinge gerade nur bis zu dem Punkte gehen lassen, den das wahre Interesse Europas verträgt. Dieselbe Zuversicht herrscht in Oesterreich, d. h. da, wo das politische Oesterreich ist, trotz aller Demonstrationen alter und junger Studenten. Darum stürzt man weder zu London noch zu Wien voreilig der Gefahr entgegen, ehe sie ihren Schooß geöffnet hat. Einer wirklichen Gefahr von Seiten Rußlands würde sich eine Combination von Kräften entgegenstellen lassen, welche nicht wie diejenige, welche jetzt aus Kurzsichtigkeit und Egoismus verlangt worden, den Keim des sofortigen Zerfalls in sich trüge, dessen Folge die Isolirung und Bedrohung Deutschlands gewesen wäre. Die „Times“ wünschte in jenem berufenen Artikel, der deutsche Kanzler solle, mit der einen Hand Rußland umspannend und zurückhaltend — die „Times“ traut dem großen Staatsmanne, wie es scheint, eine vorweltliche Riesenfaust zu —, mit der andern die türkischen Dinge bessern, von England ein wenig unterstützt und gelegentlich auch an dieser zweiten Hand zurückgehalten. Es wäre dies ein herkulisches Vergnügen, um mit den zweifelhaftesten Mitteln einen Erfolg zu erstreben, den der deutsche Kanzler mit den bescheidensten (!) Mitteln bereits nahe ist einzuernten. Einer Ehrsucht freilich, der es auf Schaustellungen ankommt, die sich in weltgebietender Stellung vor dem Spiegel zu sehen wünscht, würde die jetzige Rolle der deutschen Politik nicht genügt haben. Der wahre Ehrgeiz großer Seelen besteht darin, das Dauernde und nicht das Glänzende zu suchen, zum Wohlthäter der Welt zu werden, ohne es zu scheinen.“

Bismarck als „unscheinbarer Wohlthäter der Menschheit“ — das ist wirklich kostbar, und wären die verwünschten Reichsglocken-Artikel nicht, und wäre das verwünschte Ehrengericht nicht, und wäre der verwünschte Schraubstock der russisch-französischen Allianz nicht, in welchen die reichskanzlerische „freie Hand“ eingezwängt ist — würde der ehemalige Mitarbeiter des „Kladderadatsch“ sich über den „unscheinbaren Wohlthäter der Menschheit mit den bescheidensten Mitteln“ vor Lachen ausschütten.

Der Artikel der „Times“, auf den die „Post“ sich bezieht und den sie einfältigerweise für den Willen Englands ausgibt, ist beiläufig ein illegitimer Sprößling des „Rubels auf Reisen“, der auch die Paternität (Vaterschaft) der Entdeckung, daß Rußland lediglich eine der Civilisation und Humanität entsprechende Organisation der Türkei anstrebt, wohl kaum abschwören könnte. Wahrhaft „genial“ aber ist's, die Verwirklichung dieses Strebens als einen Triumph Bismarck'scher Staatskunst auszuposaunen. Der grimme Reichskanzler zwingt Rußland, die Türkei politisch zu — vernichten. Das ist ungefähr so, wie wenn man sagen wollte, der kleine Lasker und der große Benningsen hätten Bismarck 1866 zur Annexion „gezwungen“. Den Zwang läßt sich der „Erbfreund“ gern gefallen, und wird vermuthlich noch mehr solchen „Zwangs“ erzwingen. Ordre parirt, oder —? heißt's jetzt in Petersburg.

— Unsere „theuren“ „Helden“. Nach dem dem Bundesrath vorliegenden Militäretat werden in dem ersten Vierteljahr des nächsten Jahres die „höheren Truppenbefehlshaber“ ohne Gouverneure, Commandanten u. s. w. 565,044 Mark kosten. Danach beträgt das Jahresgehalt des „Ober-Befehlshabers in den Marken“ (Grafen Wrangel) 33,900 Mark mit möblirter Amtswohnung und Feuerungsmaterial und acht Fourage-Rationen

---

Der Tod von Gustav Flourens.

Das belgische Parteiorgan „Mirabeau“, in Verviers erscheinend, veröffentlichte am 14. November des vorigen Jahres nachstehende, noch nicht in's Deutsche übersetzte Schriftstücke:

Genossen, ich erhalte soeben ein historisches Dokument (geschichtliches Aktenstück), welches ich in Ihr Blatt aufzunehmen bitte, und um dessen Wiedergabe ich auch die übrigen Organe des Sozialismus angehe.

Vorerst ist nothwendig, daß ich Ihnen Cipriani vorstelle.

Hamilkar Cipriani ist einer jener garibaldinischen Helden, welche sich dem Gedanken einer europäischen Republik geweiht haben und tollkühn ihr Leben für dieses erhabene Ziel zu opfern bereit sind. Cipriani hat an allen Kämpfen Garibaldi's theilgenommen. Im Jahre 1866 vernimmt er die Nachricht von einem neuen Aufstand auf Kreta und begibt sich unverzüglich dahin. In dem Kugelregen der türkischen Geschosse macht er die Bekanntschaft des großherzigen Flourens und wird sein intimer Freund. Während der Belagerung von Paris treffen wir sie vereint im Kampfe gegen die Preußen, und am 3. April hielten sie allein bei einander aus, als der unglückliche Flourens ermordet wurde. Wie Cipriani bei dieser traurigen Gelegenheit behandelt wurde, werden Sie in der folgenden Erzählung sehen, und ich beeile mich dieselbe durch die Bemerkung zu vervollständigen, daß kurz darauf Cipriani mit vier Anderen, mit denen er vor ein Kriegs- und Standgericht gestellt worden war, zu den berüchtigten Pfählen von Satory geschleppt wurde. Vier Föderirte wurden erschossen; Cipriani, auf seinem Sarge sitzend, wartete, bis an ihn die Reihe käme, als ein Gegenbefehl einlief: die Pariser Commune hatte soeben das Gesetz bezüglich der Geißeln erlassen und die erschreckten Reaktionäre thaten dem Morden Einhalt. Diese Einschaltung zeigt, daß das fragliche Gesetz gar nicht unnütz gewesen ist. Cipriani wurde — blutbedeckt, hinkend, halbtodt — in den Kerker zurückgeführt. Ich entnehme diese Thatsache einer conservativen italienischen Zeitung, dem „Emporio pittoresco“.

Gegenwärtig befindet sich Cipriani auf der Halbinsel Ducos in Gemeinschaft mit unseren Freunden Louise Michel, Nathalie Lemel, Malzieux, Delacour, Charbonneau, Leblanc, de St-Pè, Ballenty, Chaussade, Rava (ein Mailänder wie Cipriani) und den übrigen Märtyrern der Volkssache.

In diesem Augenblick ist Cipriani, weil er gegen einen Mißbrauch der Gewalt protestirt hat, zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Gruß und Brüderlichkeit

L. Malon.

Neu-Caledonien. Gefängniß der Halbinsel Ducos.
Numea, 4. August 1875.

Lieber Bürger Malon.

Unter Brüdern sind (höfliche) Einleitungsredensarten überflüssig!

In einer mit August Hardy unterzeichneten und zu Paris unter der Communeherrschaft erschienenen Broschüre, die den Tod unseres unglücklichen Freundes und Bruders Gustav Flourens behandelt, ist die Wahrheit zu Ungunsten von Flourens und meiner Person derart verunstaltet, daß ich die darin enthaltenen Angaben zu berichtigen wünschen muß.

Hätte ich die Broschüre früher kennen gelernt, so würde ich früher protestirt haben.

Sie sind ein Revolutionär — darum lege ich in Ihre Hände die Vertheidigung unseres heroischen Flourens, dieses Märtyrers der dritten Niederlage des französischen Proletariats und bitte Sie, die genaue Erzählung, welche ich Ihnen anbei über die Ermordung meines theuersten Freundes einsende, zu veröffentlichen. Ich für meine Person habe bereits in „La Plebe“ protestirt, und ich werde das wiederholen. Wäre ich frei, so würde ich die Verleumdung hingehen lassen, als Gefangener muß ich sie rügen.

Insbesondere wenn eine Partei augenblicklich mit einem Meer von Blut überschwemmt ist, muß sie eifersüchtig sein auf ihre Ehre und sie bei jeder Gelegenheit wahren.

Empfangen Sie im Voraus den Dank und den brüderlichen Händedruck der Deportirten. Hamilkar Cipriani.

Auszug aus der Broschüre von August Hardy.

Flourens ist todt! Das waren die traurigen Worte, welche am 4. April in den Straßen und auf den Boulevards von Paris herüber- und hinüberflogen.

Trotz der Ableugnung seitens einiger Nationalgarden wurde diese schmerzliche Nachricht unglücklicherweise am Abend bestätigt.

Gustav Flourens wurde geboren zu Paris am 4. August 1838, Er war der Sohn eines Akademikers, der Frankreich einen unsterblichen Namen hinterlassen hat. Er erhielt Unterricht von seinem Vater und machte sich diesen Unterricht zu Nutze.

Auf dem Lyceum „Louis le Grand“ (Ludwig der Große) machte er sich durch gründliche Studien bemerklich.

Er war sehr jung, als er als Licentiat der Wissenschaften (etwas Aehnliches wie unser „Doktor“) aufgenommen wurde.

Von 1863 zu 1864 hielt er ein Jahr lang Vorträge am Collège de France (einem Theil der Pariser Universität) über das menschliche Geschlecht.

Die Vorträge wurden veröffentlicht, und die intelligente Jugend, begierig nach neuen Ideen, begrüßte das Werk mit lebhaftem Interesse: das war's was Herrn Duruy, dem damaligen Minister der Justiz und des Cultus mißfiel (die clericale Partei war dabei im Spiel).

Er wurde dadurch, daß er beim Minister im Mißcredit war, gezwungen, im folgenden Jahre seine Vorträge aufzugeben.

Zu dieser Zeit unternahm er es, politische Vorlesungen und Versammlungen in Belgien und in England abzuhalten.

Er gewann eine gute Zahl von Anhängern durch seine vorgeschrittenen freiheitlichen Gedanken; es war das die Zeit in der er, umringt von jungen republikanischen Geistern, an der demokratischen Zeitschrift: „La Rive Gauche“ (das linke Ufer), mitarbeitete.

Später bereist er, getrieben von Lernbegierde und um orientalische Sitten zu studiren, den Orient. Man findet ihn zu Konstantinopel, und er hält dort Vorlesungen, wie er es in London und in Brüssel gethan, welche verdientermaßen den Beifall seiner zahlreichen Zuhörer erhalten.

Unglücklicherweise kam ihm auch hier der Jesuitismus in den Weg, und Flourens sah sich gezwungen, gegen den clericalen Einfluß anzukämpfen, der im Orient mächtige Fortschritte macht.

Er gründete zu Constantinopel verschiedene Blätter, unter andern den „Etoile d'Orient“ (Stern des Ostens), und arbeitete am „Courrier de l'Orient“ (Oestlichen Curier) mit. Die von der Racenverbrüderung handelnden Artikel erzeugten eine große und günstige Bewegung im Volke und gaben sogar der türkischen Regierung zu denken, die ganz nach Art ihrer europäischen Schwesterregierungen den „Etoile d'Orient“ unterdrückte.

Flourens verließ also Konstantinopel und ging nach Athen. Dort hinderte ihn die griechische Regierung zu sprechen, ebenso wie es die türkische gethan.

das der commandirenden Generale je 30,000 Mark, wofür auch die Kosten für Bureaubedürfnisse zu bestreiten sind, 1932 bis 2664 Mark Zulage für Bureaubeamte, möblirte Amtswohnung, Feuerungsmaterial und acht Fourage-Rationen, das des General-Inspekteurs der Artillerie 24,000 Mark, Amtswohnung beziehungsweise Servis, 2725 Mark Zulage für Bureaubeamte, 7 Fourage-Rationen. Der Chef des Generalstabs hat 30,000 M. Jahrgehalt, darunter 6000 Mark künftig wegfallend, möblirte Amtswohnung, Servis zahlbar mit 1/6 für Brennmaterial, 6 Fourage-Rationen. Der General-Feldmarschall v. Manteuffel bezieht 30,000 Mark Jahrgehalt, möblirte Amtswohnung und Feuerungsmaterial, 8 Fourage-Rationen. — Daß der Held unter den Helden „Vater Wrangel" unter den Theuern der Theuerste ist, ehrt ihn sowohl als den Staat, der solche „Helden" so belohnt, nach Gebühr!

— Die geringe Betheiligung an den Landtagswahlen in Preußen hat alle Parteien verschnupft, ja sie hat, wie die „Frankfurter Zeitung" sich ausdrückt, so recht die Unzuträglichkeit dieses „elendsten" der Wahlsysteme, der Dreiklassenwahl, auch den einstigen Anhängern desselben vor die Augen geführt. Nicht nur Nationalliberale, sondern auch Stockreaktionäre sprechen sich mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Entschiedenheit für die Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems und Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch für die preußischen Landtagswahlen aus. Wie wir hören, würde auch die preußische Regierung, und speziell der Ministerpräsident Fürst Bismarck nicht abgeneigt sein, dem Landtage eine Vorlage wegen Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu machen, in der jedoch analog dem Reichstagswahlgesetze von Bewilligung von Diäten an die Abgeordneten keine Rede sein dürfte. Jedenfalls wird die Sache das Abgeordnetenhaus beschäftigen, da, wie wir hören, seitens des Centrums der betreffende Antrag erneut gestellt werden wird. Hoffentlich wird demselben nicht wiederum das Loos zu Theil werden, auf 6 Monate zurückgestellt zu werden, um dann gänzlich von der Oberfläche zu verschwinden. Die Herren Lasker und Genossen, welche vor 2 Jahren den berühmten Vertagungsantrag durchsetzten, werden wohl dieses Mal dem Antrage, auch wenn er aus gegnerischem Lager kommt, ein anderes Gesicht zeigen.

— „Freiwilliges" Fasten zur Unterstützung von Ueberschwemmten. Im Inseratentheil des „Stuttgarter Tagblatt" vom 13. Oktober findet sich auf Seite 6 eine „Bekanntmachung der Centralleitung des Wohlthätigkeits-Vereins betreffend die Unterstützung der bedürftigen Hagel- und Ueberschwemmungsbeschädigten". Es wird öffentlich Quittung abgelegt über die freiwilligen Beiträge vom 1. Juli bis 5. Oktober, die in Württemberg eingegangen waren. Selbe betragen im Ganzen 2302 Mark 35 Pf. Dabei heißt es: Königliche Waisenhaus-Inspektion, vom zweimaligen freiwilligen Fasten der Waisenkinder 59 Mark 7 Pf. — Also die Waisenkinder müssen „freiwillig" fasten, damit man den Ueberschwemmten die lächerliche Summe von 59 Mark zuweisen kann. Das „freiwillige" Fasten der Waisenkinder klingt nun doch allzu dumm. Die armen Wesen, welche so schon oft genug sich mit unbefriedigtem Magen zu Bette legen müssen, zwingt man zum Fasten, damit einige Mark an die Ueberschwemmten gesandt werden! Es ist wahrlich so, als wenn man dem Bruder eines Zahnleidenden eine Ohrfeige giebt, damit das Zahnweh verschwindet.

— Nach einer Mittheilung des „Würzburger Journal" aus Würzburg vom 21. Oktober wurde an diesem Tage Mittags gegen 11¾ Uhr die Bevölkerung durch die Nachricht von einem Hauseinsturz in Aufregung versetzt. Die Vorderseite des von Schreiner Schnabel durch Maurer Fatz „auf Spekulation" erbauten vierstöckigen Hauses in der Bahnhofstraße war eingestürzt. Leider ist dabei der Verlust von zwei Menschenleben und mehrere Verwundungen von Arbeitern zu betrauern, welche bei dem Bau beschäftigt waren. Es steht der Einsturz des ganzen Hauses bevor. Im Publikum herrscht nur eine Stimme der Entrüstung über die — Sorglosigkeit, mit welcher bei diesem Bau verfahren worden, dessen Einsturz Techniker vorausgesagt haben sollen. Wie man ferner erfährt, ist eine 19jährige Arbeiterin durch das einstürzende Gemäuer zerquetscht, die Leiche einer bejahrten Tagelöhnerin unter den Trümmern begraben, eine weitere Tagelöhnerin sowie ein Arbeiter sollen schwer verwundet in's Juliushospital gebracht worden sein. Eine junge Arbeiterin und deren Bruder entgingen nur durch einen schnellen Sprung vom umschlagenden Laufgerüste dem Verderben. — „Auf Spekulation" ist das Haus gebaut! Arbeiterinnen sind beim Häuserbau beschäftigt! Das ist so die Signatur unserer heutigen Produktion, welche nicht nur Elend und Noth, sondern selbst den jähen Tod für den Arbeiter in ihrem Schooße birgt. Hier scheint glücklicherweise der Fall so zu liegen, daß man den gierigen Spekulanten, der Menschenleben seinem Egoismus opferte, von Rechtswegen einige Jahre einsperren kann. Ob man es thut, ist allerdings noch eine zweite Frage. Aber wie oft kommen solche Fälle vor, wo der wirkliche Thäter frei ausgeht und den getödteten Arbeitern selbst die Schuld von einer feilen Presse in die Schuhe geschoben wird.

— Wie ernst man es in Frankreich mit der beabsichtigten Begnadigung der Compromittirten der Commune meint, beweist von neuem die Verurtheilung von Louis Jane zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Derselbe war angeklagt, während der Dauer der Commune im 20. Arrondissement gesetzwidrige Verhaftungen vorgenommen zu haben; die Zeugen erkannten ihn nicht wieder, aber es wurden gefälschte Register über die angeblichen Verhaftungen vorgelegt, die vom Angeklagten geschrieben sein sollten. — Vielleicht verschaffen sich unsere Gegner auch diese Dokumente, um sie, wie den Brandbrief Ferré's, als Beweise für die Scheußlichkeit der Communards zu verwenden.

— Die „Berliner Freie Presse" berichtet aus Petersburg: Die von vielen bo-russischen und anderen russischen Blättern als überaus milde gerühmte Regierung Alexander's II. giebt sich Mühe, in der Reihe der civilisatorischen Staaten eine hervorragende Stellung einzunehmen. Die Lorbeeren, welche die Triumphe von Satory und Numea, von Lötzen und Hubertusburg um die Stirnen anderer nicht-russischer Gesellschaftsretter gewunden, reizen sie zu würdiger Nacheiferung an. In ihren Kerkern starben in den letzten drei Jahren — meistens an Auszehrung in Folge der geistigen und physischen Mißhandlung — 21 Personen, meist junge, früher ganz kräftige Leute, im Alter von 20—30 Jahren, den studirenden Kreisen sowie der Arbeiterklasse angehörend. Bis zum Selbstmord gepeinigt wurden 7 junge Leute. Wahnsinnig wurden endlich 15 Personen, darunter 2 junge Frauen. (!!) Alle diese Unglücklichen wurden zu verschiedenen Zeiten wegen Betheiligung oder aus Verdacht der Betheiligung an der revolutionären Propaganda verhaftet und fanden ihr schauderhaftes Ende unter der brutalen Behandlung der Hyänen der 3. Abtheilung, jener Individuen, die jetzt vorgeben, für die Freiheit und Unabhängigkeit der Südslaven einzutreten. — Wenn schon diese grauenhaften Ziffern ein beredtes Bild von der in Rußland herrschenden Justizpraxis geben, so fehlt wirklich jeder Ausdruck für die Bezeichnung folgender Thatsache. Ein junges Mädchen, 22 Jahre alt, Namens A. Butowskaja, stand am 22. September (4. Oktober) vor einer besonderen Commission des Regierenden Senats, um sich wegen angeblicher Verbreitung verbotener Schriften zu verantworten. Aus dem Anklageakt geht hervor, daß ein Arbeiter, der in Odessa mit einem Exemplar einer verbotenen Broschüre und einer einzigen verbotenen Zeitung verhaftet wurde, die Angeklagte als Diejenige bezeichnet hat, die ihm diese Schriften gegeben hat. Die Angeklagte behauptet, daß der Mann, der sich bei der Verhandlung als ein gemeines Bürschchen herausstellt, das seine Seele den Spionen verkauft hat, von ihr irgendwelche Bücher zum Lesen verlangt hätte, und daß sie ihm einmal gesagt habe, daß er sich irgend eins von den bei ihr im Zimmer liegenden Büchern nehmen könne. Er that es auch einmal in ihrer Abwesenheit. Der Vertheidiger sucht auf Grund der Aussagen der B. zu beweisen, daß es sich hier höchstens um das Lesen einer verbotenen Schrift handele, daß aber von Verbreitung einer solchen keine Rede sein könne. Die Gerichtscommission debattirte lange über das zu fällende Verdikt und beschloß dann — man höre und staune — daß die Angeklagte als der Verbreitung verbotener Schriften schuldig anzusehen und daher zu vier Jahren schwerer Bergwerksarbeit in Sibirien (Katarza) zu verurtheilen sei. Das junge Mädchen hörte stolz und kaltblütig dieses blutige Urtheil. Das Publikum war furchtbar aufgeregt, da ein solches Urtheil doch zu unerwartet für Alle war.

— Sozialistische Verschwörung in Spanien. Die amtliche „Gaceta" schreibt: Bereits seit längerer Zeit überwachte die Regierung eine sozialistische Verschwörung, welche von Ruiz Zorilla und Salmeron mit Unterstützung einiger föderalistisch gesinnten Militärs organisirt worden war. Nachdem nun der Behörde an der Grenze ein Schreiben Zorilla's in die Hände gefallen, worin derselbe die Weisung zum sofortigen Losbruch ertheilt, entschloß sich die Regierung zum Handeln und ließ die Verhaftung der Hauptschuldigen vornehmen. Unter denselben befinden sich die Generale Merelo, Arezro, Patino und Acosta, welche nach dem Militärgesetz bestraft werden sollen, sowie einige ehemalige Deputirte föderalistischer Richtung. Mehrere Verschworene haben die Flucht ergriffen. — Ob sich diese ganze Geschichte nicht als reiner Humbug entpuppen wird, welcher dazu dienen soll, die Spanier der Regierung gegenüber ganz gefügig zu machen? Das rothe Gespenst muß eben bei allen schwachen und schlechten Regierungen immerwährend seine Dienste thun.

— Folgenden Steckbrief hat am 19. d. M. das Freiberger Bezirksgericht erlassen:

„Der sozialdemokratische Agitator Friedrich Robert Schönhals aus Frankenberg, schon mehrfach wegen Diebstahls, Fälschung, Desertion bestraft, und neuerdings wiederum vom unterzeichneten Gerichtsamte wegen Beleidigung Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und der Stadtpolizeibehörde hier zu viermonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt, hat diese Strafe, welcher er ausdrücklich sich unterworfen, trotz mehrfacher Aufforderung bis jetzt nicht angetreten, ist auch hier nicht wieder anzutreffen gewesen, sondern scheint, unter Bruch des von ihm geleisteten Handgelöbnisses, die Flucht ergriffen zu haben um, wohl in der Schweiz, vor Vollstreckung der erwähnten Strafe sich zu sichern.

An sämmtliche Behörden ergeht daher das Ersuchen, den Schönhals welcher 32 Jahr alt, von mittlerer Statur, blauen Augen, blondem Haar, Backen- und Schnurrbart, langer spitziger Nase, mit schwarzem Filzhut, dunklem Sommerüberzieher und dergleichen Beinkleidern bekleidet war, im Betretungsfalle festzunehmen und an unterzeichnetes Gerichtsamt abzuliefern.

Freiberg, den 19. Oktober 1876.

Königlich sächsisches Gerichtsamt im Bezirksgerichte.

Dr. Neubert."

Die Manier, einen steckbrieflich zu Verfolgenden im Steckbriefe durch die Angabe seiner Parteirichtung zu kennzeichnen, und der Versuch durch den Hinweis auf anscheinend „ehrenrührige" Vorbestrafungen, die fragliche Partei an den Pranger zu stellen, beweist die vielgerühmte „Unparteilichkeit" deutscher Richter. Bei nichtsozialdemokratischen Ausgerissenen hütet man sich natürlich, ihre politische Gesinnung anzugeben — man würde die herrschenden Parteien eben gar zu oft und gar zu sehr compromittiren, die Spalten der Amtsblätter würden unaufhörlich nach betrügerischen nationalliberalen Stadträthen, nationalliberalen Bankdirektoren, Commerzienräthen u. dgl. verlobderten Individuen mehr schreien. In den Reihen der politisch thätigen Sozialisten sind aber die in krimineller Beziehung zweifelhaften Existenzen so selten, und aus unsern Reihen werden solche Leute so rasch beseitigt, daß uns eine derartige Berührung, wie die vorliegende des Freiberger Bezirksgerichts, nur die gewünschte Gelegenheit giebt, den moralischen Unterschied zwischen der sozialistischen Partei und den übrigen nachzuweisen.

Wie unsre Parteileitung zu der Angelegenheit Schönhals steht, zeigt folgende Erklärung:

Auf mehrseitig an uns gelangte Anfragen in Angelegenheiten Robert Schönhals in Freiberg erklären wir hiermit, daß von unserer Seite demselben die Weisung zuging, sein gegebenes Wort zu halten und die Gefängnißstrafe von 4 Monaten anzutreten. Wir haben uns in entschiedenster Weise gegen seine uns mitgetheilte Absicht, den Strafantritt hinauszuschieben, ausgesprochen und müssen jede Verantwortung für sein uns unbegreifliches Verhalten ablehnen.

Was Schönhals Vorbestrafungen betrifft, so war uns nur bekannt, daß derselbe wegen Desertion bereits bestraft war, und fanden wir hierin nichts ehrenrühriges. Außerdem halten wir einen kleinen Jugendfehler, der später nicht wiederholt wird, für keinen Grund, einen Mann, der durch sein sonstiges Verhalten keinen Anstoß erregt, von uns zu weisen.

Hamburg, den 24. Oktober 1876.

Der Vorstand der sozialistischen Arbeiterpartei.

J. A.: J. Auer. C. Derossi.

— Das „Bulletin", Organ der jurassischen Föderation, berichtigt uns dahin, daß der soeben in Bern eröffnete Congreß nicht von der jurassischen Föderation allein, sondern auch von der spanischen, belgischen, italienischen und holländischen Föderation berufen worden sei. Diese Berichtigung wollen wir akzeptiren. Im Irrthum aber befindet sich das „Bulletin", wenn

---

Gustav hatte gehofft, als er sich nach Griechenland begab, welches durch so viele große Männer berühmt geworden ist, die sich ihren Ruf als Redner und große Bürger auf dem offenen Markte erobert hatten, daß er gleich ihnen Redefreiheit finden würde, um zu dem Volke sprechen zu können; aber Athen war nicht mehr republikanisch, und die Monarchie schloß dem neuen Demosthenes den Mund.

Ungeachtet dieser kleinlichen Tyrannei gründete Flourens nichtsdestoweniger die „Indépendance Hellenique" (hellenische Unabhängigkeit), ein durch und durch republikanisches Journal in französischer Sprache und schrieb ebenso für verschiedene griechische Blätter, beständig mit einem für die republikanische Sache günstigen Erfolge.

Im Jahre 1866 kam der Aufstand auf Kreta zum Ausbruch. An der Spitze der freiheitbegeisterten griechischen Jugend bekämpfte Flourens die Feinde der Volkssache, denn er hatte sein ganzes Leben dem Wirken für die Weltrepublik geweiht.

Ein Jahr hindurch kämpfte er, ohne je entmuthigt zu werden, mit diesen wackern Bergbewohnern gegen die Kälte, den Hunger und die Tausend Gefahren, mit denen ein jeder Insurrektionskrieg die Vertheidiger der heiligsten Sache, der Völkerverbrüderung bedroht.

Die unaufhörlichen Leiden, welche er und seine Genossen zu erdulden hatten, sind unmöglich zu beschreiben; sie schliefen im Schnee und waren genöthigt Wurzeln zu essen, um nicht Hungers zu sterben. (1)*)

Nach diesen schrecklichen Ereignissen schickte er den unabhängigen französischen Zeitungen Artikel ein, geschrieben zu Gunsten des Aufstandes auf Kreta.

Als im Jahre 1868 Kreta sich bei dem griechischen Parlamente vertreten lassen wollte, wählte es Gustav Flourens zum Präsidenten der Deputation.

Aber der an die Engländer verkaufte Minister Bulgaris ließ unsern muthigen Bürger in der Nacht verhaften und auf ein Packetboot schaffen, welches gerade nach Frankreich abfuhr. In Marseilles angekommen, benutzte Flourens die wiedererlangte Freiheit, um sofort nach Athen zurückzukehren. Dort wurde er von seinen Freunden verborgen gehalten und griff in der Presse das Ministerium Bulgaris auf das Heftigste an. Aber die Besorgniß, seinen Freunden Unannehmlichkeiten zu bereiten, veranlaßte ihn, Athen zu verlassen und sich nach Neapel zu begeben. Auch hier kam er mit den Behörden in Conflikt und wurde wegen eines Artikels, den er für ein republikanisches Blatt geschrieben, in's Gefängniß geworfen.

Im Jahre 1869 kam Flourens wieder nach Frankreich und jetzt beginnt der ruhmvollste und für die demokratische Partei wichtigste Abschnitt seiner politischen Thätigkeit. Er wurde wegen seiner öffentlichen Vorträge in Belleville zu einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten verurtheilt. Nach „Verbüßung" dieser Strafe duellirte er sich mit Paul „von Cassagnac" (dem gleich infamen Sohn des infamen Bonapartistischen Soldknechts und Raufbolds Granier „von Cassagnac" — d. h. er war aus dem Landstädtchen Cassagnac und legte sich selbst den Adel bei), der ihn mehreremale in dem „Pays" pöbelhaft angegriffen hatte. Flourens erhielt eine Wunde.

Er trug sehr viel bei zu der Wahl Rochefort's im 1. Wahlbezirk. Er arbeitete an der „Marseillaise" mit und gab nach dem Begräbniß Victor Noir's seine Entlassung, weil er die Haltung, die Rochefort an diesem Tag beobachtet hatte, nicht gutheißen konnte. Später wurde er von dem Staatsgerichtshof (Haute Cour) zu Blois zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, wegen angeblicher Betheiligung an einem (angeblichen) Bombencomplot. Es gelang ihm aber zu entweichen (2); am 4. September kehrte er nach Frankreich zurück und übernahm das Commando von vier Belleviller Bataillonen.

Am 10. (irrthümlich: es war am 5.) Oktober zog er an der Spitze seiner Bataillone vor das Stadthaus (Hotel de Ville) um die militärischen Führer zur Entfaltung der Energie, welche die Lage erheischte, aufzufordern. Am 31. desselben Monats bemächtigte er sich (mit Anderen) des Stadthauses, mußte es aber wenige Augenblicke nachher wieder räumen. Er wurde kurz darauf in den Laufgräben von Creteil (3) verhaftet und im Mazasgefängniß eingesperrt, aus welchem er am 22. Januar (4) befreit wurde. Der Prozeß ging fort und Flourens wurde in contumaciam zum Tode verurtheilt.

Am 19. März erhielt er ein neues Commando, und, nachdem er sein ganzes Leben der republikanischen Sache gewidmet, fand er den Tod unter den nachstehend berichteten Umständen.

(Schluß folgt.)

*) Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen die Punkte, über welche Civriani in seiner „Antwort" Aufklärung geben wird. Die „Antwort" erscheint erst in der nächsten Nummer des „Vorwärts". Der Leser hat dort die mit den entsprechenden Ziffern versehenen Noten nachzusehen.

— Einem Pfaffen ist man wieder einmal auf die Sprünge gekommen. Der Dekan der katholischen Universität von Lille, Abbé Bareilles de Sommières, wird in Poitiers wegen Erschleichung einer Erbschaft von dreimalhunderttausend Franken gerichtlich verfolgt. Ein lieblicher Bruder in Christo!

— Aus Einsiedeln erhielten wir von einem deutschen Verleger eine deutsche Wochenschrift zugesandt, auf welcher die Adresse lautete: „Herrn G. E. Rossenschaft's Buchdruckerei in Leipzig. Das geht doch noch über den General Staff!

— Zur Harkortschen Roheitsstatistik. Aus Dresden meldet man der „Volkszeitung": „Auf hiesigem Altmarkte haben sich am letzten Sonnabend Mittag ein Offizier a. D. in optima forma — geprügelt" — Wegen überhandnehmender Roheit der „Gebildeten" werden die sozialistischen Reichstagsabgeordneten die Verschärfung der betreffenden Strafparagraphen beantragen.

— Der arme ausgebeutete Stroußberg! Das Wagner'sche Telegraphenbureau meldet aus Moskau vom 24. Oktober: „(Prozeß Stroußberg.) Das Zeugenverhör wird fortgesetzt. Die Aussagen bestätigen, daß Stroußberg nicht bestochen hat, sondern selber ausgebeutet worden ist." — Stroußberg wird also freigesprochen; es war auch zu erwarten, daß der schlaue Fuchs sich aus der Schlinge winden würde. Der arme ausgebeutete Mann ist übrigens zu bedauern; sein Bäuchlein soll vollständig verschwunden sein und der Aermste das Aussehen eines schlesischen Webers jetzt haben. Mitleid muß Jeden ergreifen und es sollte uns nicht wundern, wenn man für den Unglücklichen, ähnlich wie für Schulze-Delitzsch, eine National-Subscription eröffnen würde. Schulze hat für den Kapitalismus gekämpft, Stroußberg hat dafür gelitten!

— Ein in der Wolle gefärbter Nationalliberaler. In Hagen (Westfalen) nannte ein Wähler bei den jüngsten Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause auf die Frage des Wahlvorstehers die Namen: Bismarck und der Kaiser. Als hätte er das Reich gerettet von den „Reichsfeinden", hob er die Nase stolz zur Höhe und verließ in gehobener Stimmung das Lokal.

es meint, der jetzige Congreß sei der „achte allgemeine Congreß der internationalen Arbeiterassoziation". Die internationale Arbeiterassoziation hat mit dem Congreß absolut nichts zu thun, der ja erst die Wege zu einer Wiedervereinigung oder Annäherung suchen will.

— Wir machen auf das Erscheinen der Brochüre: „Für die Französischen Brüder!" aufmerksam. Das Nähere besagt das Inserat im Annoncentheil des Blattes.

— Die Redaktion des „Augsburger Volkswille" wurde am verflossenen Montag zu einer Gesammtstrafe von vier Monaten wegen einer Anzahl sogenannter Preßvergehen verurtheilt.

— Parteigenosse F. W. Fritzsche wurde am Sonntag von circa 2000 Wählern des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises als Candidat proklamirt.

Innere Parteiangelegenheiten.

Als Agenten des Vorstandes wurden ernannt: Lorsch: St. Jacobi; Braunschweig: L. Bosse, A. Fricke; Gräfenthal: Fyzel; Hainichen: W. Hoßmann, W. Martin; Leuckersdorf: H. Welser, W. Aurich; Glauchau: M. Hohlfeldt; Göppingen: G. Bronnemayer, F. Decker; Oschatz: C. Flesch; Berka: C. Feige.

Hamburg, den 24. Oktober 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vorstand.

J. A.:

C. Derossi, J. Auer, Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

Cöln, 20. Oktober. Beim Herannahen der Wahlen sollen wir Probe ablegen von Dem, was wir in der verflossenen Zeit geleistet haben; darum tritt an uns und Alle, welche ein Interesse an unserer Sache haben, die ernste Forderung heran, mit allen verfügbaren geistigen und materiellen Mitteln sich am Wahlkampfe für die Reichstagswahl zu betheiligen. Um aber nach allen Seiten hin den Angriffen der Gegner aller Schattirungen gewachsen zu sein, bedürfen wir einer kräftigen Waffe, und dies ist vor allem — die Lokalpresse. Wir haben schon vor Jahren dieses Bedürfniß anerkannt und bereits vor zwei Jahren mit der Herstellung einer solchen begonnen. Jedoch traten uns damals Hindernisse entgegen, durch die unser Plan vereitelt wurde. Trotzdem sind unsere Ansichten dieselben geblieben, wir fühlen sogar jetzt noch mehr denn je das Bedürfniß, ein Lokalblatt zu besitzen. Wollen wir einen wirklichen Einfluß auf die Masse der Bevölkerung gewinnen, so müssen wir vor allem unsere lokalen Verhältnisse dem Volke vor Augen führen und alles, was um uns her vorgeht, einer wahrheitsgetreuen Beleuchtung unterziehen, damit Jeder, ob Bürger, Bauer oder Fabrikarbeiter, unterrichtet wird über seine Rechte und Pflichten in städtischen und Gemeindeangelegenheiten. — Alle anderen Parteien haben ein Interesse daran, dem arbeitenden Volke die Wahrheit vorzuenthalten; es muß daher unsere Hauptaufgabe sein, den hiesigen so fruchtbaren Boden zu bearbeiten. Das Wahlcomité hat vorläufig die Sache in die Hand genommen, um die Herstellung eines Lokalblattes zu bewirken. Dasselbe soll, wenn möglich, am 1. Januar 1877 erscheinen. Wir ersuchen daher alle Diejenigen, welche sich für dieses Unternehmen interessiren, am Sonntag, den 29. Oktober, Nachmittags 3 Uhr bei Erkelenz, Kämmergasse 18, zu erscheinen, um eine Zeitungscommission zu organisiren. Schriftliche Anträge oder Anfragen möge man freundlichst an den Kassirer des Wahlcomités, W. Pfeifer, Blindgasse 32, senden.

Brackwede. Am 17. ds. Mts. tagte im Lokale des Herrn Rünnemann eine Volksversammlung, einberufen vom Bielefelder sozialdemokratischen Wahlverein, mit der Tagesordnung: „Das Verhalten der Sozialdemokratie zu den Wahlen zum Hause der Abgeordneten" als ersten und „die Fortbildungsschulen" als zweiter Punkt. Dieselbe war von circa 200 Personen besucht. Referent war Herr Scheil aus Dortmund, der die Tagesordnung zur Zufriedenheit der Anwesenden erledigte.

Leipzig, 25. Oktober. Um einem Beschlusse der jüngst in Leisnig stattgehabten Conferenz zu genügen, hat das Leipziger Wahlcomité die Centralleitung der Agitation des 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreises übernommen. Demnach ergeht an die betreffenden Wahlcomités der angeführten Kreise das Ersuchen, sich mit uns in Verbindung zu setzen, ebenso an diejenigen Genossen, welche Versammlungen abzuhalten und einen Referenten dazu wünschen, solches 14 Tage vorher dem Unterzeichneten anzeigen zu wollen, welcher alsdann das Geeignete veranlassen wird. — Ferner ersuchen wir alle Genossen, fleißig Sammlungen zu veranstalten, hauptsächlich bei Versammlungen, damit das Wahlcomité im Besitz der nöthigen Fonds gelange. Gelder nimmt entgegen Peters Krebs, Ulrichsgasse 60 (Cigarrengeschäft). Ebenso ersuchen wir die Genossen, die Versammlungen rechtzeitig anzumelden und sich dazu der in der Genossenschaftsbuchdruckerei, Färberstraße 12, 2 Tr., zu erlangenden Formulare zu bedienen, uns auch über etwaige Versammlungsverbote, Auflösungen 2c. sofort in Kenntniß setzen zu wollen. Diejenigen Genossen, welche im Stande sind, in Versammlungen Referate zu übernehmen, ersuchen wir um Angabe ihrer werthen Adressen. Genossen! Bei der bevorstehenden Wahl gilt es, das Geschrei der Gegner über den Rückgang der Sozialdemokratie zunichte zu machen und den Beweis zu liefern, daß unsere Ideen seit drei Jahren an Ausbreitung gewaltig gewonnen haben. Darum, ohne Zaudern ans Werk! Hoch der Sozialismus!

Das Leipziger Wahlcomité.

J. A.: Chr. Hadlich, Färberstr. 12, 2 Tr.

Pösneck (Meiningen), 24. Oktober. Unser Parteigenosse Grillenberger candidirt bekanntlich gegen den liberalen Hauptlahn Lasker im zweiten Meiningenschen Wahlkreise. Am 23. d. M. hat Grillenberger in einem Hauptorte dieses Kreises, in Pösneck gesprochen. Wir bringen über diese Versammlung einen kurzen Bericht eines nichtsozialistischen Blattes. Die „Frankfurter Ztg." schreibt: Nachdem vorgestern hier Lasker unter großem Beifall seinen Wählern Bericht erstattet hatte über seine Thätigkeit in der abgelaufenen Reichstagsperiode, legte gestern sein Gegencandidat für den nächsten Reichstag, der Sozialdemokrat Grillenberger aus Nürnberg, in einer Volksversammlung seine politischen Grundsätze in anderthalbstündiger Rede dar. Man muß gestehen, daß der ruhige, klare und sogar geistvolle Vortrag selbst den Beifall der Gegner fand, und, ohne Widerspruch zu finden, damit endigte, daß die Candidatur Grillenbergers von den Anwesenden angenommen wurde. Es erübrigt nur noch, daß auch der Candidat der Agrarier in unserem Wahlbezirk, nachdem Herr von Stein abgelehnt hat, der Fabrikbesitzer von Swaine seine politischen Grundsätze in öffentlicher Versammlung entwickelt.

München, 25. Oktober. (Für Wagner.) Wir geben bekannt, daß das „Umschauen" in München gänzlich aufgehoben ist. Unser alleiniger Arbeitsnachweis und unsere Herberge befindet sich Brunngasse Nr. 7 beim Kreuzbräu. Wir ersuchen sämmtliche Collegen, sich nur an uns zu wenden, damit das bereits ausgerottete Unwesen des „Umschauens" nicht wieder in Aufnahme kommt. Der Ausschuß.

NB. Sämmtliche Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Verlag des „Wähler".

Quittung über die seit dem 20. September erfolgten Zahlungen. Für Nr. 5. Berlin 37,50; Breslau 6,00; Bramstedt Nr. 3 3,75; Barlt 1,65; Brunsbüttel Nr. 4 1,50; Celle 9,55; Crefeld 1,50; Delitzsch 7,05; Frankfurt a. M. 21,75; Frankfurt a. O. 5,25; Geestendorf 3,00; Hemmingstedt 2,25; Kellinghusen Nr. 4 und 5 8,10; Kirchhain bei Cassel 1,20; Lüneburg 6,45; Minden i. W. Nr. 4 5,40 und Nr. 5 5,40; H.-Münden Nr. 3 und 4 6,75; Meldorf 2,25; M.-Gladbach 1,20; Merseburg 2,25; Naumburg a. S. Nr. 4 3,45; Neumünster 3,30; Ob.-Peilau 3,00; Süchteln 2,10; Sossenheim-Höchst-Rödelheim 8,85; Schwelm Nr. 4 1,00; Uelzen 4,50; Uetersen 7,50; Verden Nr. 4 und 5 21,55; Viersen Nr. 4 3,00 und Nr. 5 3,90; Wandsbeck 6,30; Wüstegiersdorf 3,00; Willster Nr. 4 1,95.

Für Nr. 6. Aschersleben 3,30; Achim 10,80; Altona 165,25; Apenrade 3,00; Ahrensburg 2,25; Altendorf-Essen 21,00; Alvesloh 3,75; Bramstedt 3,75; Bielefeld Nr. 5 und 6 7,30; Bockenheim 6,30; Breslau 6,00; Barmen 12,90; Bredstedt 0,65; Bergen a. R. 1,60; Berge b. F. 17,55; Bochum 6,75; Bernau 4,50; Burscheid 6,45; Barmstedt 7,50; Barlt Nr. 6 1,65 und Nr. 7 1,60; Braunschweig 5,00; Calau 3,00; Calbe a. S. 12,30; Cassel 18,75; Crefeld 1,50; Cöln 9,00; Cottbus 1,80; Dortmund 9,70; Dreißighufen 0,90; Dörnigheim 2,25; Duvenstedt Nr. 3 bis 6 1,50; Düsseldorf 8,85; Dannenberg 1,80; Dietesheim 3,75; Eilenburg 1,20; Ernsdorf 4,90 und für Nr. 7 4,80; Eckernförde 5,10; Elmshorn 7,05; Erfurt 8,40; Elbing Nr. 7 bis 9 5,00; Forst 15,00; Flensburg 13,50; Friedrichstadt 2,10; Fechenheim 2,10; Geestendorf 4,50; Göttingen 3,55; Görlitz 9,00; Greiffenberg 1,65; Güstrow 5,70; Goldlauter 6,70; Garding 4,40; Groß-Auheim 7,80; Groß-Steinheim 1,80; Hemme 6,00; Hannover 18,75; Hagen 5,55; Hanau 30,75; Husum 3,75; Harburg 18,45; Halle a. S. 8,10; Hildesheim 5,70; Hemmingstedt 2,00; Hennstedt 1,50; Heide 6,00; Hamburg Post 12,00; Itzehoe 9,75; Jüterbogk 1,05; Kalk 4,45; Klein-Krotzenburg 12,45; Kiel 21,00; Krempe 1,95; Lockstedt Nr. 6 6,00 und Nr. 7 6,00; Langendiebach 2,25; Liegnitz 4,50; Lauenburg 10,20; Luckenwalde 1,95; Mölln 6,00; M.-Gladbach 1,20; Mühlhausen 1,20; Neustadt i. H. 6,90; Nowawes 2,70; Norder-Hastedt 2,00; Neurode i. Schl. 1,70; Neundorf 3,30; Nienstedten 1,50; Osnabrück 12,90; Ottensen 63,90; Neuhausen Nr. 5 und 6 6,70; Oldenburg i. H. 7,20; Ober-Peilau 3,00; Otterndorf 4,05; Peterswaldau 7,60; Potsdam 3,00; Pinneberg 9,20; Pommerenzdorf 2,70; Rückingen 3,00; Rendsburg 6,00; Rostock 6,00; Sorau 7,20; Solingen 5,70; Stettin 3,75; Schleswig 8,25; Staßfurth 3,70; Steele 6,00; Stelling 3,30; Sonderburg Nr. 6 und 7 1,50; Schönberg 0,90; Schwerin 10,95; Spandau 3,15; St. Johann 15,00; Suhl 1,80; Tönning 3,45; Tondern 3,00; Triebel 1,50; Ueckendorf 4,00; Wald 15,75; Wüstegiersdorf 3,00; Wöhrden 3,00; Waldenburg i. Schl. 2,20.

Zur Notiz. Nr. 8, welche am 6. November erscheint, wird nur an diejenigen Orte geliefert, von woher Zahlung für Nr. 7 erfolgt ist. Um baldige Einsendung des Betrages für Nr. 7 (Oktbr.) wird dringend ersucht.

Hamburg, 23. Oktbr. 1876.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. Abonnement in Hamburg: Wenden Sie sich mit derartigen Fragen an das „Hamburg-Altonaer Volksblatt". Wenn wir solche allgemein gehaltene Fragen in unserem Briefkasten beantworten wollten, so würden uns in kurzer Zeit tausende aus allen Gegenden zur Beantwortung vorgelegt werden. — Der Artikel „Der Jammer eines Pfaffen" ist für unser Blatt nicht geeignet.

der Expedition. Groß Hamburg: Der Allgem. deutsche Schiffszimmererverein schuldet noch für Annoncen vom Monat März u. April 3,05 M. — Knollmann in Hannover: Die eingesandte Annonce kam erst Mittwoch, den 25. Oktober, Abends 6 Uhr, in unsere Hände, also für die Freitags-Nummer viel zu spät. Sie verlangten von uns im Brief. Mittheilung, wie viel der dortige Verein noch schuldig, welchem Verlangen wir nachkamen; wir halten uns nicht an eine Person, sondern an den Verein; Sie hielten wir nur für den vom ihm beauftragten Annoncen-Expedienten. Wollen Sie Rudolph veranlassen, diese Angelegenheit zu ordnen. — R. Pfund in Stuttgart: Ihre Reklamation haben wir der Post zur Recherche übergeben; an uns liegt nicht die Schuld verspäteten Eintreffen des Blattes. — Haug Frbrg i/Br.: Brf. erst Freitag Mittag erhalten, Sendung abgegangen. — In England, Classenzensus bei Wahlen. Wahlrecht hängt nur damit zusammen, hat mit dem Stand nichts zu thun und nie zu thun gehabt. Den Zensus zahlende Geistliche wählen selbstverständlich.

Quittung. Arbeiterpartei Großenhain An. 2,10. Eckrt Deutz An 0,60. Kppf Graz Ab. 3,30. Kurk Lnze Ab. 14,99. Arbeiterbildungsverein Pettau Ab. 1,96. Ebrt Wilkau Ab. 10,00 Schr. 1,44. Wrnr Jena Ab. 3,00. Zimmermann Aachen Schr. 3,00. Grß Hamburg An. 2,70. Rtzl Meerholz Schr. 0,75. Hch Frankfurt Ab 21,00. Thn Wilster Schr. 3,20. Oettl Auerbach Schr. 3,00. Lmzsch Haunsdorf Schr. 1,20. Khl Duisburg Schr 14,12. Brns Hier Ab. 2,40. Lehmnn Hier Ab. 1,60. Ullrch Hier Ab. 2,40. Wahlverein Hannover An. 0,70. Frtzsch Wien Schr. 2,40. Grd Stötteritz Ab. 2,25. Knpp Fulda Schr. 2,60. Btchr Hier Ab. 2,25. Schmml Altenburg Schr. 0,80. Klg Wandsbeck An. 1,00. Mllr Reudnitz Schr. 3,00. Stnbschl Mühlheim Schr. 12,50. Drp Berden Ab. 21,40. Arbeiterbild.-Ver. Lambrecht Schr. 15,00. Zhtnr Darmstadt Ab. 12,35. Brbm Gotha Ab. 18,00. Riff Steyr Ab. 2,01. E. H Blswtz Schr. 7,50 C. Ktsl Wien Schr. 4,95.

Wahlfonds.

Von J. Kiekenapp Fulda 2,40 M.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Altona. Da Herrn Gundelach, Unzerstr. 25 I. die Annoncen-Expedition übertragen wurde, so ersuchen wir die im „Vorwärts" annoncirenden Gewerkschaften 2c. Altonas sich an denselben zu wenden, da wir Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, nur berücksichtigen, wenn solche von ihm eingesandt worden.

Die Expedition des „Vorwärts"
Leipzig, Färberstr. 12.

Cöln. Arbeiter Liedertafel.
Mittwoch, den 1. November, Abends 7½ Uhr, im Lokale des Hrn. Basten, Buttermarkt 32:

Musik. u. humorist. Abendunterhaltung.

Entrè 15 Pfg. Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.
NB. Der Reinertrag ist zu einem gutem Zweck bestimmt. [2,10

Wandsbeck. Montag, den 30. Oktober, Abends 8½ Uhr, im „Schwarzen Bären":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Welche Pflichten haben die Sozialdemokraten gegenüber der bevorstehenden Reichstagswahl. Referent Otto Kapell. [70
(F. 321) W. Kluge.

Dresden. Sonnabend, den 4. November, veranstalten die Sozialisten in den Räumen der Centralhall einen

Commers und Ball

zum Besten der Reichstagswahl, wozu alle Genossen, sowie Freunde und Gönner, hierdurch freundlichst eingeladen werden. (F. 81)

Karten zu 25 Pfg. sind bei Peters, am See 16, und Palmenstraße 20, parterre, zu haben; an er Kasse 30 Pfg. Damen-Karten 15 Pfg. Anfang 7½ Uhr. Das Comité. [2,70

Knauthayn. Dienstag, den 31. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus zur Mühle:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Was erwartet der kleine Landwirth, was der Großgrundbesitzer, und was der Feldarbeiter vom Reichstage. [70

Die Einberufer.

Leipzig. Montag, den 30. Oktober, Abends 8 Uhr, im Saale des „Bellevue", Kreuzstraße:

Oeffentliche Versammlung

sämmtlicher Gewerkschaften und Fachvereine von Leipzig und Umgegend

als Holz- und Metallarbeiter, Schuhmacher und Schneider, Maurer und Zimmerer, Maler, Lackierer und Vergolder, Sattler und Tapezier und sonst hier noch bestehender Gewerkschaften.

Tagesordnung: Welchen Nutzen haben die Gewerkschaften? Referent: Louis Werner. — Zahlreiches Erscheinen sehen entgegen

Die Einberufer.

Jedermann hat Zutritt. Gegner der Gewerkschaften willkommen.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Den in vergangener Woche begonnenen Cursen im Rechnen, in der Stenographie, in der einfachen und doppelten Buchführung, in der deutschen, englischen, französischen und russischen Sprache, sowie im Schönschreiben, kann diese Woche noch beigetreten werden. Dem Turnen, der Stylistik und Redeübung, sowie der stenogr. Section, (Fortbildungskursus) kann jederzeit beigetreten werden. Das Zeichnen beginnt heute (Sonntag) Mittag 1 Uhr. Unser Lesezimmer bringen wir besonders in Erinnerung, es liegen in demselben folgende Zeitschriften und Zeitungen aus: Arbeiterwochenchronik (Pest), Arbeiterstimme (New-York), Berliner Freie Presse, Braunschweiger Volksfreund, Bund (Organ der Tischler), Buchbinderzeitung, Blätter für Genossenschaftswesen, Chemnitzer Freie Presse, Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund, Correspondent (Organ der Buchdrucker), Dresdner Volksbote, Deutsche Blätter, Deutsche Turnzeitung, Europäische Modenzeitung, Europa, Frankfurter Zeitung und Wochenblatt, Friedens- und Freiheitspost, Freie Glocken, Fortschritt (Organ des Schneidervereins), Gothaer Sonntagsblatt, Glauchauer Nachrichten, Gleichheit (Wien), Gartenlaube, Hamburg-Altonaer Volksblatt, Illustrirte Zeitung, Neue Welt, Nürnberg-Fürther-Sozialdemokrat, Panier (Organ der Metallarbeiter), Süddeutsche Volkszeitung, Senefelder Bund (Organ der Lithographen), Tagwacht (Zürich), Vorwärts, Wahrheit (Breslau), Der Wecker (Organ der Schuhmacher), Wacht (Hanau), Zeitgeist (München), Für Stenographen: Allgemeine deutsche Stenographenzeitung, Bamberger Unterhaltungsblatt, Der Schriftwart, Kammerstenograph, Leipziger Zeitung, Leipziger Nachrichten, Tageblatt und Volkszeitung.

Heute Sonntag, Abends 7 Uhr, findet im Vereinslokal Ritterstraße 43, 2 Trep., Abendunterhaltung statt, wozu Freunde und Mitglieder des Vereins hiermit freundlichst eingeladen werden.

D. V. [310

Mülheim a. Rhein. Sonntag, den 29. Oktober, Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Hrn. Gießen, Papageienstraße:

Volksversammlung.

Näheres besagen die Plakate. [70
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
J. Fischer, Vorsitzender des Arbeiter-Wahlvereins.

Neuschönefeld u. Umg. Arbeiter-Verein.
Montag, den 30. d. M. Abends ½9 Uhr:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Höchst wichtige Vereinsangelegenheiten. [60
Um möglichst vollzähliges Erscheinen ersucht D. V.

A. Schmalfuß früher Kolporteur in Leipzig jetzt in **Zwickau oder Umgegend**, wird aufgefordert, **postwendend** seine jetzige Adresse einzusenden an Die Exped. des „Vorwärts", Färberstr. 12/II.
Parteigenossen und Freunde bitten wir um Vermittelung!

Leipzig. Eine heizb. freundl. Schlafstelle zu vermiethen Baierschestr. 7c., III. Seifert. [60

Von meinem **„Vollständigen Leitfaden"** einer einfachen, in wenigen Stunden erlernbaren

Stenographie,

erschien soeben die 2. umgearb. und vermehrte Auflage. Preis 1 Mk., auch durch die Exp. dieses Blattes zu beziehen.

H. Roller, Berlin SO., Neanderstr. 8. [210

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Für die französischen Brüder.

Inhalt: I. An das Volk der beherrschten Klasse, von Felix Pyat.
II. Die Arbeiterdelegation bei den Weltausstellungen.

Preis pr. Exemplar 15 Pf.

Arbeiter und Parteigenossen! Laut Beschluß des Gothaer Sozialisten-Congresses ist der Gesammtertrag dieser aus dem Französischen übersetzten Schrift für den Druck der Berichte der französischen Arbeiterdelegation nach Philadelphia bestimmt.

„Kaufe sie Jeder von Euch! Verbreitet sie nach Kräften! In dem Schlachtendonner des unheiligen Krieges zwischen dem sinkenden französischen und dem sich erhebenden deutschen Empire habt Ihr nicht vergessen, daß die französischen Arbeiter Euere Brüder sind. Beweist ihnen, die so oft und so heldenmüthig für unsere gemeinsame Sache, für Euch gekämpft und gelitten haben, beweist ihnen jetzt durch diesen kleinen Tribut der Dankbarkeit, daß Ihr im Siegestaumel der herrschenden Klassen die Dienste nicht vergessen habt, welche das französische Proletariat den Unterdrückten aller Länder, welche es der Menschheit geleistet hat, — daß Ihr Euere Feinde kennt und Euere Freunde — daß Euer Geist, Euere Thatkraft der Grenzpfähle spottet, — daß Euer Herz warm schlägt für die französischen Brüder!"

Die Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts".
Leipzig, Färberstr. 12/II.

Die Filial-Expeditoren

werden ersucht, die überzähligen Exemplare vom „Vorwärts" (Nr. 1 bis 6) uns per Kreuzband zukommen zu lassen.

Durch das unerwartete Steigen des Abonnements nach dem 1. Oktober wurde unser Vorrath an diesen Nummern gänzlich erschöpft.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Heß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandly, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 14. Mittwoch, 1. November. 1876.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat November zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II. und den Colporteuren, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Teubert, Bornaische Str. 19, für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Zeitungsspediteur Zschau, Neureudnitz 15, 1 Tr., und Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, für **Plagwitz** und **Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

☛ Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Unsere Gegner.

III.

Und nun reden wir mit Herrn v. Unruh. Die Abfertigung, welche ihm durch die nichtsozialistische „Frankfurter Zeitung" geworden ist, überhebt uns der Mühe, verschiedene Punkte zu berühren, bei denen wir uns sonst hätten aufhalten müssen. Um Zeit zu sparen, greifen wir den furchtbaren Sozialistentödter sofort in seiner stärksten Position an: in seinen Auslassungen über „die Ehe im sozialdemokratischen Staat". Dieses Kapitel hat er am Sorgfältigsten ausgearbeitet, am Schlauesten auf die Unwissenheit und die Vorurtheile berechnet, und am Erfolgreichsten zur Enthüllung seines eigenen Ich benutzt. Die übrigen Positionen bedürfen nur einer flüchtigen Recognoscirung.

Zur Sache.

Das betreffende Kapitel hebt an:

„Wie Bracke im Namen der Sozialdemokratie den abscheulichen Vorwurf zurückweist, daß sie die Eisenbahnen und den Acker theilen wolle und dem Eigenthum feindlich sei, hinterher aber zugesteht, daß sämmtliche Verkehrs- und Produktionsanstalten den jetzigen Eigenthümern entzogen und gemeinschaftliches, d. h. Staats-Eigenthum, und alle nicht im Staatsbesitze befindlichen Kapitalien von jeder Verzinsung und Vermehrung, jedem Erwerbe ausgeschlossen werden sollen; so erklärt er auch die Behauptung, daß die Sozialdemokraten die Weibergemeinschaft einführen wollen, für eine schändliche Verläumdung und versichert, daß es keine politische Partei geben könne, welche diese denkbar schmachvollste Sklaverei erstrebenswerth erachtet."

„Wie Bracke" — Herr v. Unruh, der in der Einleitung so thut, als ob er sämmtliche Zeitungen, Schriften und Reden der Sozialdemokraten genau studirt habe, beschäftigt sich nämlich bloß mit der Bracke'schen Broschüre: „Nieder mit der Sozialdemokratie". — „Wie Bracke — — den abscheulichen Vorwurf zurückweist, daß sie (die Sozialdemokratie) die Eisenbahnen und die Acker theilen wolle". — Ist Bracke nie eingefallen, diesen „abscheulichen" Vorwurf zurückzuweisen! Herr v. Unruh hat eben, was auch aus zahlreichen anderen Stellen seiner Schrift hervorgeht, nicht einmal die Bracke'sche Schrift, gegen die er speziell schreibt, ordentlich gelesen — was freilich einen sehr hohen Grad von — Gewissenhaftigkeit bekundet. Nicht den Vorwurf, wir wollten die Eisenbahnen und Acker theilen, hat Bracke zurückgewiesen, und zwar aus dem einfachen Grund nicht, weil uns ein so stupider Vorwurf auch von den stupidesten Philistern nicht gemacht worden, sondern an dem Beispiel der Eisenbahnen und Aecker, deren „Theilung" unter Alle eine, auch dem stupidesten Philister erkennbare Absurdität und zugleich eine ökonomische Unmöglichkeit ist, hat er den im Allgemeinen gegen uns erhobenen Vorwurf der „Theilerei" ad absurdum reducirt, das Kindische und Lächerliche desselben, der trübsten Gehirnmaterie verständlich, nachgewiesen. Und das ist doch etwas ganz Anderes. Wir sagten vorhin, Her v. Unruh habe die Bracke'sche Schrift nicht ordentlich gelesen: will Herr v. Unruh lieber, daß wir sagen, er habe die Schrift Bracke's ordentlich gelesen aber den Inhalt absichtlich verdreht? Wir lassen ihm noch die Wahl. Noch!

Weiter!

Bracke leugnet, daß die Sozialdemokratie „dem Eigenthum feindlich sei", „gesteht aber hinterher zu, daß sämmtliche Verkehrs- und Produktionsanstalten den jetzigen Eigenthümern entzogen werden sollen". —

„Gesteht aber hinterher zu", — ganz als ob Bracke sich widersprochen, oder eine anfänglich aufgestellte Behauptung zurückgezogen habe. Das ist aber nicht der Fall, und das „aber" des Herrn v. Unruh ist nur der Becher des Taschenspielers unter dem sich eine „Verwandlung" vollzieht. Das kapitalistische Eigenthum verwandelt sich in das persönliche, individuelle Eigenthum, die Verkehrs- und Produktionsinstrumente werden zum Eigenthum überhaupt. Versteht Herr v. Unruh so wenig Nationalökonomie, daß er diesen, selbst Katchen Miesnick geläufigen Unterschied nicht kennt? Weiß er nicht, daß die Verkehrs- und Produktionsinstrumente keine Gebrauchswerthe im engeren Sinne des Worts sind, d. h. keine Werthe, die unmittelbar zum Leben — zur Befriedigung körperlicher und geistiger Bedürfnisse und Genüsse — gebraucht werden? Weiß er nicht, daß sie zur Erzeugung und Vertheilung der Gebrauchswerthe dienen, und daß das einzige Eigenthum, dessen das Individuum zum Leben bedarf, das Eigenthum an Gebrauchswerthen ist? Und weiß er nicht, daß je mehr die Produktionsinstrumente concentrirt sind, desto höher die Produktion steigt, also um so mehr Gebrauchswerthe erzeugt werden? Herr v. Unruh muß es wissen. In Büchern hat er's vielleicht nicht gelernt — seine Broschüre stellt ihm allerdings nicht das Zeugniß nationalökonomischen Studiums aus — aber, wenn nicht durch die „graue" Theorie muß er, der Großindustrielle, es durch die goldene Praxis — für ihn unfigürlich eine goldene — gelernt haben. Zehn Wagenbaufabriken, welche zusammen so viel Arbeiter beschäftigen und über so viel Kapital verfügen, wie die große Wagenbaufabrik, der ein gewisser Herr v. Unruh Jahre lang vorgestanden hat, liefern zusammen bei Weitem nicht so viel Produkte, wie die besagte große Wagenbaufabrik. Nicht wahr, Herr v. Unruh? Und wenn eine Wagenbaufabrik mit zehnmal so viel Arbeitern und Kapital, wie die lange Zeit von einem gewissen Herrn v. Unruh geleitete errichtet würde, so wäre die Produktion dieser einzigen Fabrik weit größer, als die mit 10 multiplizirte Produktion der Wagenbaufabrik jenes gewissen Herrn v. Unruh. Nicht wahr, Herr v. Unruh? Und nun hören Sie. Sie sind doch im Stand, Schlußfolgerungen zu ziehen, und nach Analogien zu urtheilen, d. h. einzusehen, daß die ökonomischen Gesetze, welche von Wagenbaufabriken gelten, für alle industriellen Etablissements, für die Produktion überhaupt, die landwirthschaftliche natürlich eingeschlossen, in Kraft sind? Sie geben es zu? Sie müssen es zugeben! Gut, dann müssen Sie auch zugeben, daß die von den Sozialdemokraten erstrebte Concentrirung sämmtlicher Produktionsmittel in den Händen des Staates (oder der Gesellschaft, oder Gesammtheit, wie immer Sie es zu nennen belieben), eine wesentliche Vermehrung der Gebrauchswerthe, also eine entsprechende Erhöhung des von Ihnen und Ihrer Partei ja so lebhaft betonten „Nationalwohlstandes" zur Folge haben wird. Und zwar wirklichen „Nationalwohlstands". Denn was Sie und Ihre Partei unter diesem Namen verstehen, ist die Anhäufung der Produktionsmittel und Gebrauchswerthe in dem Besitz einer privilegirten Minderheit, während die ungeheure Mehrheit des Volkes gar kein Eigenthumsrecht an den Produktionsmitteln hat, und von den erzeugten Gebrauchswerthen nur soviel empfängt, daß sie das nackte Leben damit fristen, und zum Vortheil der privilegirten Minderheit arbeiten kann. Durch die Concentrirung der Produktionsmittel (zu denen wir die Verkehrsmittel rechnen) in den Händen der Gesellschaft wird aber dieser Ausbeutung der Mehrheit durch die Minderheit ein Ziel gesetzt, und eine gerechte Vertheilung der Gebrauchswerthe ermöglicht.

Gegen die von uns Sozialdemokraten geforderte Concentrirung der Produktions- und Verkehrsmittel können Sie, Herr v. Unruh, keinen prinzipiellen Einwand in's Feld führen, da Sie selber und Ihre Partei dem Plan des Herrn Reichskanzlers, die deutschen Eisenbahnen zu Reichs-, d. i. Staatseigenthum zu erheben, Ihre Zustimmung ertheilt haben. Und Ihre Logik reicht doch unzweifelhaft weit genug, um Sie begreifen zu lassen, daß, was in Bezug auf die Eisenbahnen recht, in Bezug auf die übrigen Verkehrs- und Produktionsanstalten billig ist. Also aufgepaßt:

Durch höchstmögliche Concentrirung der Produktionsmittel — und die Concentrirung der Produktionsmittel in den Händen der Gesellschaft, der Gesammtheit, ist die höchstmögliche Concentrirung — wollen wir Sozialdemokraten die höchstmögliche Summe der Gebrauchswerthe erlangen, die so erlangte Summe der Gebrauchswerthe soll möglichst gerecht unter sämmtliche Gesellschaftsglieder vertheilt und jedes Gesellschaftsglied zum Eigenthümer gemacht werden.

Capirt, Herr v. Unruh? Ja oder Nein! Wenn Ja, dann sind wir einig und Sie strafen Ihr eigenes Geschreibsel Lügen; wenn Nein, dann dürfen Sie unseres aufrichtigen Mitleids versichert sein, und wir überlassen Ihnen mit Freuden „alle nicht im Staatsbesitz befindlichen Kapitalien" — vergraben Sie sie in die Erde, hängen Sie sie in den Schornstein, stopfen Sie sie in Ihren Strohsack — Vergeßung, Sie schlafen ja auf keiner so plebejischen Unterlage — in Ihre Matratze oder Ihr Eiderdunenbett, es ist uns vollkommen gleichgültig, Sie haben das Recht, mit diesen „Kapitalien" zu thun, was Ihnen beliebt, sogar ein zweiter Strousberg zu werden — wenn's dann noch verlohnt.

Zum nächsten Satz! Nein, nicht zum nächsten Satz, sondern zum Nachsatz. Daß es es ein Nachsatz ist, kein selbständiger neuer Satz, das ist ja gerade das Bedeutsame. Um verständlich zu sein, müssen wir den Vordersatz rekapituliren: Wie Bracke den Vorwurf des „Theilens" der Aecker und Eisenbahnen zurückweist, „hinterher aber zugesteht", daß wir gemeinschaftliches Eigenthum wollen; „so erklärt er auch die Behauptung, daß die Sozialdemokraten die Weibergemeinschaft einführen wollen, für eine schändliche Verläumdung und versichert, daß es keine politische Partei geben könne, welche diese denkbar schmachvollste Sklaverei erstrebenswerth erachtet". Den Schluß des Nachsatzes hat Herr v. Unruh verschluckt — er sollte lauten „gesteht aber hinterher zu — natürlich nicht direkt — daß die Sozialdemokraten doch die Weibergemeinschaft einführen wollen".

Diesen verschluckten Schluß, den Herr von Unruh aus Nützlichkeitsrücksichten erst später zu Tage fördert, werden wir erst später behandeln — ebenfalls aus Nützlichkeitsrücksichten. Jetzt haben wir es blos mit der wunderbaren Satzfügung des Herrn von Unruh zu thun, kraft deren die Frauenfrage der Eigenthumsfrage einverleibt worden ist. Ei! ei! Herr von Unruh, wie konnten Sie Ihr Geheimniß, das Geheimniß Ihrer Partei, so unvorsichtig ausplaudern! Diese verrätherische Satzfügung — auch eine „Fügung Gottes" — dieses verrätherische Semikolon, dieses verrätherische „so erklärt er auch" — merken Sie, welches Malheur Ihnen passirt ist, welches Unheil Sie angerichtet?

Sie, der ritterliche Vorkämpfer unserer vieltausendjährigen Cultur gegen die Sozialdemokraten, diese „Barbaren des neunzehnten Jahrhunderts" — Sie, der Erzengel mit flammendem Schwert, der sich an der Pforte des Paradieses (der besten der Welten) aufgepflanzt hat, um die heiligsten Güter der Menschheit: die Familie, die Frauenehre, die Sittlichkeit gegen die einbrechenden Dämonen von Sozialdemokraten zu vertheidigen — Sie, unglücklicher Herr von Unruh, der Sie Bracke so bequeme Dinge „zugestehen" lassen, Sie haben das wahrhaft haarsträubende Pech, durch einen verhängnißvollen „lapsus calami"*) selber „zuzugestehen", daß Sie die Frauen als Eigenthum betrachten. Sie haben aus Versehen — die Wahrheit gesagt. Das „kommunistische Manifest" — überläuft Sie nicht eine Gänsehaut, Herr von Unruh? — schleuderte Ihrer Klasse die Anklage in's Gesicht: „Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument."

Gut, Herr von Unruh, Sie „gestehen" die Richtigkeit dieser Anklage „zu". Indem Sie die Frauenfrage mit der Eigenthumsfrage zusammenwerfen, die Frauen für Eigenthum erklären, erklären Sie das Weib für ein Produktionsinstrument. Und für mehr: für einen Gebrauchswerth, für einen Tauschwerth, für eine Waare.

Sie haben die Wahrheit gesagt. Die Wahrheit ist Ihnen „entfahren", wie Ihrem Freund Lasker der welthistorische „Knüppel". Aber die „entfahrene" Wahrheit ist dadurch nur um so werthvoller. Sie soll uns gute Dienste thun. Und auch der „Knüppel" soll's.

Das Weib: Produktionsinstrument, Gebrauchswerth, Tauschwerth, Waare — das ist die Moral, das die Cultur der Bourgeois-Gesellschaft, Ihre Moral, Ihre Cultur, Herr von Unruh!

Wir danken Ihnen.

Das Geld.

Von Adolf Donat.

I.

Das Geld ist für den gesellschaftlichen Körper dasselbe, was für den großen Naturhaushalt das Wasser und für den thierischen Körper das Blut ist — die Flüssigkeit, in welcher sich alle festen Gebilde auflösen, um aus derselben umgestaltet wieder heraus zu krystallisiren. Die festen Gebilde, welche sich in Geld auflösen, sind die Werthe, wenn sie zu Waaren werden; und die festen Gebilde, welche aus der Geldflüssigkeit wieder heraus krystallisiren, sind wieder andere Werthe und Waaren. Dieser Vergleich paßt blos insofern nicht, als ohne Wasser der Naturhaushalt und ohne Blut das thierische Leben nie wird bestehen können, während sich recht wohl eine menschliche Gesellschaft denken läßt, in welcher es kein Geld mehr giebt, weil Jedermann die von ihm erzeugten Werthe in gerechtem Maße gegen die von Anderen erzeugten austauscht. Da aber wohl kein jetzt lebender Mensch diese Zeit freiwilliger allgemeiner Gerechtigkeit erleben wird, so hat auch für Sozialdemokraten das Geld seine wichtige Bedeutung. Ja es ist erst der Sozialdemokratie gelungen, das Geld in seine volle wissenschaftliche Bedeutung einzusetzen. Alle Schriftsteller, welche von einem andern Gegenstande aus diesen Gegenstand behandelt haben, stecken noch tief im Aberglauben, und die gesammte Einrichtung des Geldwesens in aller Welt ist noch schlechthin unwissenschaftlich, unvernünftig, und die, welche es rechtfertigen, sind Pfaffen, Sophisten.

Um dies in möglichster Kürze begreiflich zu machen, ist es vielleicht das Allerbeste, mit der Thür ins Haus zu fallen. Zur Machtvollkommenheit (Souveränetät) des Staates, des politischen Vertreters der Gesellschaft, gehört doch wohl unstreitig, daß es in seiner Mitte keinerlei Macht gebe, welche stärker ist als er, welche ihm trotzen, seine Selbsterhaltung gefährden, ja ihn vernichten kann. Eine solche aber ist das Geldwesen von heute. Es giebt nirgends einen wirklich souveränen Staat, sondern nur soweit souveräne Staaten, als es die Geldmacht duldet, in ihrem eigenen Vortheil findet; über die Geldmacht aber hat kein einziger Staat die Obmacht, ja, es hat vielleicht keiner sie je gehabt. Denn wenn man die Türkei als Beispiel vom Gegentheil anführen wollte, wo eigentlich aller Besitz dem Herrscher von Rechts wegen gehört, und wo die Beamten nur Schwämme sind, welche sich mit dem Gelde des Volkes vollsaugen müssen, um dann vom Herrscher nach Belieben ausgepreßt zu werden: so beweist gerade dieses Beispiel die arge Ohnmacht des Staates. Was die Geldmacht nicht unmittelbar über den Staat vermag, indem sie sich ihm vertragsmäßig zur Verfügung stellt, wie im übrigen Europa gewöhnlich, das erreicht sie mittelbar in der Türkei, indem sie sich verkriecht. Zuhause kriegt der Großtürke weder die nöthigen Steuern zusammen, noch etwas geborgt. Jeder Geldbesitzer versteht es, ärmer zu erscheinen, als er ist, oder sich durch Bestechung von dem Großtheile seiner Abgaben loszukaufen; die unermeßlichen Bodenreichthümer des Landes werden nicht entwickelt, weil Niemand seines Besitzes sicher ist; der Hauptgewinn von der Arbeit der Bevölkerung wandert durch die ansässigen Ausländer in's Ausland; und der Nachfolger des Propheten, dem Alles im Lande gehört, ißt allezeit „vorgegessenes Brot", d. h. er kann seine verhältnißmäßig bedeutenden Schulden nie bezahlen, sondern rechnet darauf, sie schuldig zu bleiben.

*) Lateinisch: Ausgleiten des Schreibrohrs, wie die Alten gebrauchten; man sagt auch lapsus pennae, Ausgleiten der Feder, Versehen beim Schreiben.

In den „christlichen" Ländern sind wir nun freilich weiter. Alle Reichthümer, welche der Sultan, der Schah und der frühere Großmogul besaßen, zusammengenommen, reichen noch lange nicht an diejenigen hinan, welche zuweilen in den Gewölben der Bank von England aufgehäuft sind, und für den Kapitalbesitz des kleinen Europa könnte man die ganze Erde kaufen, soweit sie Geld werth ist. Aber wem gehören diese Reichthümer? Nicht den Staaten; die haben einen Ueberschuß nur von Schulden. Auch nicht dem Volke, oder den Völkern, die haben soviel wie nichts, wenn man Alle abrechnet, welche sich am liebsten nicht zum Volke zählen. Diese Reichthümer — wenn man sie im wissenschaftlichen Sinne so nennen darf — gehören einer kleinen Zahl Menschen, welche durch deren Besitz mächtiger sind als die Staaten, welchen deshalb die Staaten dienen, die Völker gehorchen müssen.

Besitz ist Macht, ist in unserm Zeitalter eine größere Macht als je vorher. Der Staat ist also zu einer Versicherungsgesellschaft der Besitzenden herabgesunken, und der ganze Fortschritt, welchen der christliche Staat über den mahomedanischen hinaus gemacht hat, besteht in der Kunst, die nützlich schaffende Bevölkerung zu einer unerschöpflichen Goldgrube — nicht für den Staat, denn der ist blos der Sachwalter für die Ausbeuter — sondern für die geringe Zahl der zufälligen Kapitalisten zu machen. Allerdings fällt dabei ein nicht zu verachtender Brocken für die Machtvollstrecker ab (der am liebsten in Newyorker „Tenementhäusern" oder Miethkasernen verzinslich angelegt wird), aber nicht für den Staat selbst.

Der Staat selbst hat nie Geld genug, um nur seine nothdürftigen Auslagen zu bestreiten. Es fehlt ihm stets an Geld für die Schulen und Volksbildung, für die Landesvertheidigung, für die allgemeine Gesundheitspflege, für Häfen-, Kanal- und Wegebauten, für die vernünftige Pflege der Wälder, für die Anlage auswärtiger Ansiedlungen aus Gemeinmitteln, für Zwecke wissenschaftlicher Forschung, für Ermunterung und Belohnung des Erfindungsgeistes, für seine Unterbeamten — — ha! mit welcher Wollust würde der Staat seine armen überarbeiteten Unterbeamten reiche Gehälter auswerfen, wenn er nur könnte! wie fürstlich würde er seine armen abgerackerten Schullehrer bedenken, wenn ihm seine Mittel das erlaubten! (Wer lacht da?!)

Handelt es sich also um große gemeinnützige Unternehmungen, wie z. B. Eisenbahnbauten, so kann der Staat die Mittel dazu niemals aus eigenen Vermögen bestreiten; sondern entweder muß er das Geld dazu borgen, oder er muß Kapitalisten die Ermächtigung geben, die Sache auf eigne Rechnung auszuführen und sich dafür am Volke schadlos zu halten. Und handelt es sich vollends um einen Krieg — und jeder nicht ganz verblendete Staatsbürger soll ja einsehn, wie unentbehrlich die Kriege sind — so muß der Staat sogar sehr viel borgen. An eine Wiederabzahlung dieser Kriegsschulden kann er nur in den seltensten Fällen und im kleinsten Maßstabe denken; er tröstet sich aber damit durch den Gedanken, daß seine Schuldscheine einigen Tausend Leuten, in deren Besitz sie sind, ein sicheres Einkommen gewähren, so daß diejenigen, welche schon ein Vermögen haben, nicht zu darben brauchen.

Aber Scherz beiseite! Es gehört eine arge Blindheit, wenn nicht Schlimmeres dazu, soviel Wesens mit der Souverainetät der Staaten zu machen, während augenscheinlich der einzige vorhandene Souverain das Kapital ist, welches kein Vaterland hat, sondern international organisirt ist. Es ist sogar ein offenkundiges Geheimniß, daß Staaten wie die Türkei, Belgien, Oestreich von selbst in ihre verschiedenen Bestandtheile zerfallen würden, wenn nicht ein internationales Kapital-Interesse sie im Leime erhielte; daß fast alle heutigen Staaten ihre Regierungsform und Verwaltungsart wechseln würden, wenn das Kapital es erlaubte. Gesetzt, es bricht irgendwo eine drohende Volksbewegung aus, so verkriecht sich das Kapital — wie weggeblasen ist es — sofort beginnt die Heulmeierei über die Verderblichkeit der Volksbewegung, der Ruf nach „Ruhe und Ordnung" wird immer lauter und giebt den wankenden Kniekehlen der Staatsvertreter wieder Steifheit und Nervenkraft, und der Rückschritt kann wieder lustig beginnen.

Die Manchester-Weisheit hat geradezu ein unfehlbares Mittel erfunden, die Ohnmacht des Staates zu allen nichtkapitalistischen Zwecken zu besiegeln: es ist der Grundsatz, daß der Staat nicht mehr Geld aus dem Beutel der Steuerzahler ziehn soll, als seine auf das Knappste veranschlagten Bedürfnisse erfordern; sowie daß der Staat am theuersten zu wirthschaften pflege, weshalb er lieber möglichst alle gemeinnützigen Unternehmungen dem Privat-Betriebe überlassen solle. Wenn also dieselben Herren sich so ängstlich bemüht zeigen, die Souverainetät des Staates zu wahren, indem sie auf Hochverrath und Majestätsbeleidigung strenge Strafen verlangen, mit den Vertretern der Machtvollkommenheit des Staates einen begeisterten Kultus treiben und den Staat als eine zweite Vorsehung verherrlichen, so ist dies eine scheinheilige Hanswursterei. Es ist „gefälliger Wahnsinn". Aber es ist Methode in diesem Wahnsinn.

Was wäre die menschliche Gesellschaft werth, wenn sie nicht eine Zusammenfassung und dadurch eine Steigerung der Kräfte aller Einzelnen zu sein bestimmt wäre? wenn sie nicht die Allmacht wäre, soweit eine solche nach dem jedesmaligen Kulturstandpunkte möglich ist? Und wie kann der Staat Machtvollkommenheiten besitzen, wenn ihm das größte sinnliche Machtmittel, das Geld, nicht zur freisten Verfügung steht? Weder Fürsten, noch Soldaten, noch Beamte, noch Kuttenträger können ja einen Staat vor dem Verfalle und Untergange retten, wenn die Mittel, sie zu bezahlen, ihm vorenthalten werden können. Aber wozu noch weitere Beweisgründe? — In Deutschland ist ja das in England anerkannte Steuerverweigerungsrecht nie anerkannt worden; dazu dachten unsere wackeren Landsleute von jeher zu logisch! Die Deutschen würden nie ihrem Staate jeden geforderten Geldbetrag verweigern; das Unglück ist nur, daß das Geld keine nationale, sondern eine internationale Einrichtung ist, gerade wie der Papst, über die man keine Gewalt hat (zumal man sich nicht jedes Jahr Milliarden aus dem Auslande holen kann) ja, welche Gewalt über alle Staaten hat.

Wie die Menschheit es dahin bringen kann, die Machtvollkommenheiten ihrer Staaten zu sichern und dadurch zugleich die Geldnoth in den Beuteln der Einzelnen zu beenden, darüber nur ernstlich nachzudenken, ist kaum je einem Staatsmanne oder Nationalökonomen eingefallen, und nur die „giftigen" Sozialdemokraten sind darüber in's Klare gekommen. Aber davon in einem andern Artikel.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Moral der heutigen Gesellschaft. In der Berliner „Volkszeitung" vom 26. Oktober lesen wir:

„Eine jener scheußlichen Verbrecherinnen, welche die Vernichtung des noch im Keime befindlichen Menschenlebens zu einem förmlichen Gewerbe machen (§ 218 des Strafgesetzbuches) ist, hiesigen Blättern zufolge, am Dienstag in der Person der verehelichten Friederike Hauschild zum Untersuchungsarrest der Stadtvogtei eingeliefert worden. Zwei junge Mädchen, Marie G. und Bertha M., an denen die Frau ihre nichtswürdige Kunst geübt, sind ebenfalls gefänglich eingezogen und harren einer schweren Bestrafung, denn der oben citirte Paragraph ahndet das Verbrechen an beiden Theilen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und beim Vorhandensein mildernder Umstände mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten. Es sollen in dieser Angelegenheit noch zahlreiche andere Verhaftungen im Werke sein, da Frau Hauschild ihr verbrecherisches Geschäft in großartigem Maßstabe betrieben hat."

Aehnliche Notizen gehen periodisch durch die Presse, und keine größere Stadt gibt es, die nicht ähnliche Prozesse aufzuweisen hätte. Wir haben es eben nicht mit einer zufälligen Erscheinung, sondern mit dem nothwendigen Produkt unserer un- und widernatürlichen Gesellschaft zu thun. Die aus dem Müßiggang der oberen Klassen entspringende Corruption; die systematische Pflege der Unzucht; der Mangel einer echt menschlichen Bildung; die Unfähigkeit Hunderttausender von Müttern, ihre Kinder zu ernähren; die unübersteiglichen Ehehindernisse, welche für unzählige Menschen bestehen und gleichzeitig die Schande und das Elend, welche sich an die Geburt eines „unehelichen" Kindes knüpfen — kurz die herrschenden sozialen Zustände machen einen vernünftigen, echt sittlichen Verkehr der Geschlechter unmöglich und bringen statt dessen die Prostitution, das Kinderabtreiben, die Kinderaussetzung, die „Engelmacherei", den Kindermord hervor. Und dagegen hilft keine Strafe — und würde „§ 218" und so weiter noch um's doppelte und dreifache verschärft; dagegen ist das Gesetz vollständig machtlos, weil das Uebel im Wesen der Gesellschaft liegt, und folglich ohne Umgestaltung des Wesens der Gesellschaft nicht beseitigt werden kann.

Noch Eins: Hat die liberale „Volkszeitung" nicht daran gedacht, daß die „verehelichte Hauschild" und ihre Berufsgenossinnen (denn ein förmlicher Beruf ist's) in Berlin und außerhalb Berlins nichts anderes gethan haben und thun, als was die liberale Bourgeoisökonomie vorschreibt? Oder läuft die „Beschränkung der Population", wie sie von den liberalen Volkswirthen, selbst von einem John Stuart Mill gepredigt wird, nicht ganz direkt auf das Abtreiben oder gleich verwerfliche Praktiken hinaus? Nach der Moral unserer bürgerlichen Oekonomie hat die „verehlichte Hauschild" nebst Genossinnen sich um die bürgerliche Gesellschaft verdient gemacht, und wenn das Strafgesetzbuch solche Handlungen bestraft, so beweist dies bloß, daß unsern bürgerlichen Gesetzgebern der Muth der Consequenz fehlt, und daß es ihnen vor ihren eigenen Theorien graut, wenn sie dieselben in der Praxis verwirklicht sehen. Wir Sozialdemokraten aber haben die Consequenz, welche ihnen fehlt, und rufen den Herren Gesetzgebern zu: Entweder brecht mit der heutigen bürgerlichen Gesellschaft und helft uns dieselbe vernunftgemäß umzugestalten, oder, wenn ihr das nicht wollt, dann erkennt wenigstens die Thaten der „verehelichten Hauschild" und Consorten als die legitimen Früchte der heutigen Gesellschaft an. Entweder, oder. Zwischen den Hörnern dieses Dilemma's kann bloß Heuchelei oder Unlogik sich durchzuwinden versuchen. —

— Ein neuer „Conflikt" in Aussicht, natürlich nur ein Conflikt mit „Gänsefüßchen". Nach offiziösen Mittheilungen besteht im Reichskriegsministerium die Absicht, für jedes Infanterieregiment eine neue Hauptmannstelle zu kreiren, und, falls der Reichstag die dazu nöthige Summe nicht bewilligen sollte, dennoch mit dieser „Neubildung" vorzugehen. Daß man in dieser Weise dem Reichstag gleich mit einer Drohung auf den Leib rückt, ist so recht bezeichnend für die Achtung, deren der Reichstag sich in den maßgebenden Kreisen erfreut. So spricht man nicht mit Männern, die Ehr- und Selbstgefühl haben — denn eine solche Sprache wäre das sicherste Mittel, sie zur Zurückweisung der in solcher Sprache gestellten Forderung zu bewegen. Indeß, dem Reichstag glaubt man Alles bieten zu dürfen. Hat man sich diesmal verrechnet? Wird es dem Reichstag gelingen, Nein! zu sagen? Wird er vor dem Gespenst des „Conflikts" nicht zittern? Die Vergangenheit giebt die Antwort. Unsere Bourgeoisie hat sich dem Militarismus verschrieben, sie kann nicht mehr zurück, selbst wenn sie wollte.

— Verkehrte Welt. Der bekannte Schriftsteller Otto Glagau, welcher die Gründer so rücksichtslos an den Pranger gestellt und sich dadurch ein Verdienst um das Volk erworben hat, ist von einem Gründer, dem Direktor Heinzmann, nicht wegen Verleumdung, sondern wegen einfacher Beleidigung verklagt und vom Stadtgericht zu Berlin zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Wahrlich, wir leben in einer verkehrten Welt!

— Der Sozialismus in der Schule. Berliner Zeitungen berichten, daß am 2. September ein Lehrer an einer dortigen Gemeindeschule in seiner Festrede den Standpunkt der Sozialdemokratie unumwunden vertreten habe und in Folge dessen an eine andere Schule versetzt und ihm der Religions- und Geschichts-Unterricht entzogen worden ist. — Wir freuen uns des Muthes unseres Gesinnungsgenossen und des Umstandes, daß man ihm durch Versetzung an eine andere Schule die Möglichkeit geboten hat, in weiteren Kreisen seine Anschauungen zu verbreiten. Daß man ihm den Religions- und den Geschichtsunterricht entzogen, beweist die Berechtigung unserer Behauptung, daß man in den leitenden Kreisen die Wahrheit in diesen Disziplinen am meisten fürchtet und sie soviel wie möglich durch die — — Nichtwahrheit zu ersetzen sucht.

— Im nationalliberalen Deutschland herrscht die völlige Gewissensfreiheit — so jubeln unsere Culturkämpfer. Freiherr v. Loë, Landrath a. D. ist vom Disciplinargerichtshof seines Amtes entsetzt und verliert seine Pension, weil er Präsident des aufgelösten Katholikenvereins war, weil er in öffentlichen Versammlungen für die ultramontane Partei agitirt hat. Schöne Gewissensfreiheit das!

— Reptile gedeihen überall. Kürzlich hat die „Tagwacht" ein hübsches Exemplar in Zürich gefangen und zwar in der dortigen „Freitagszeitung". Dasselbe hat dort folgendes Ei gelegt:

„. . . Der Kampf des Grafen Arnim gegen Bismarck ist ein Kampf der Titanen. Er bleibt aussichtslos. Möglich, daß es dem Verzweifelnden gelingt, diesen oder jenen Flecken auf die strahlende Rüstung zu werfen, mit welcher des Kanzlers Bild in der Geschichte blinkt. Aber was wollen diese ohn-

Der Tod von Gustav Flourens.

(Schluß.)

Am 2. April (5) gegen 4 Uhr begannen die Gensdarmen des 2. Regiments eine Durchsuchung in dem Dorfe Chatau, als plötzlich ein Schuß aus einem Fenster (6) des dem Gastwirth Ducoq gehörigen Hauses, das ungefähr 150 Meter von der Brücke von Chatau entfernt liegt, abgefeuert wurde.

Die Gensdarmen drangen in das Haus, und der eine von ihnen, der zuerst hineingestürmt war, empfing eine Kugel, welche ihn in der Schulter verwundete in dem Augenblicke, wo er in eines der Zimmer trat. Flourens war es, der auf ihn seinen Revolver abschoß (7).

Jetzt stürzte sich der Gensdarmen-Kapitän Desmarait auf Flourens und spaltete ihm mit einem Säbelhiebe den Schädel (8).

Ein junger Garibaldianer, Pisani, der Ordonnanzoffizier Flourens', empfing zu derselben Zeit einen Säbelstich in die Hüfte und konnte gefangen genommen werden (9).

Dieser Italiener, der nicht französisch sprach, muß Zeit gehabt haben, sich umzukleiden, er war in Civil und trug nur das Käppi eines Bataillonskommandeurs (10).

Flourens hingegen trug seine Uniform. Man hat sich einer schwarzen Ledertasche bemächtigt, welche sie bei sich trugen und in der sie die Kleider mitgebracht hatten, die sie vor Entdeckung zu schützen bestimmt waren (11).

Der Körper von Flourens wurde in das Hospital von Versailles gebracht (12).

Pisani wurde verhaftet (13).

Auszug aus dem Journal „Mot d'Ordre".

Das Gerücht von der Ermordung Flourens' hat sich gestern Abend in ganz Paris verbreitet; wir selbst empfingen diese entsetzliche Nachricht von einem Reisenden, der in Chatau um 3 Uhr Nachmittags angekommen war, und der uns Nachfolgendes erzählte:

Ich saß auf der Terrasse von Chatau, 20 Meter von der Brücke. Auf der andern Seite der Seine, mir gerade gegenüber tummelten 50 oder 60 Gensdarmen ihre Pferde um eine Anzahl von Häusern herum. Es war vier ein halb Uhr, als ich plötzlich die Gensdarmen schreien hörte: „Schlagt ihn todt! Schlagt ihn todt!" Ich blicke hin und sehe aus dem Hause eines Weinhändlers einen Gensdarmen heraustreten, der einen Mann hinter sich herschleppte.

Kaum hatte dieser Letztere zwei Schritte aus dem Gärtchen, das vor dem Hause sich befindet, gethan, als ein Gensdarmen-Kapitän ihm den Kopf spaltete. In demselben Augenblick jagte ihm ein anderer Gensdarm eine Chassepotkugel in den Leib (14).

Ich ließ mich sogleich in einem Kahne übersetzen und begab mich an den Ort der That. Der Leichnam war mit einem Strohhaufen bedeckt. Ich frug einen der daneben stehenden Gensdarmen, wer der Getödtete sei.

„Es ist Flourens," antwortete er mir.

„Wollen Sie mir erlauben, mir sein Antlitz anzusehen? Da ich Flourens kenne, könnte ich Ihnen sagen, ob dies wirklich sein Leichnam ist."

„Warten Sie, bis meine Vorgesetzten zurückkommen."

Ich erwartete dieselben, aber es wurde mir nicht erlaubt, den Todten zu sehen, den man in einem Misthaufen begrub.

Die Erklärung, welche der Gendarmerie-Commandant dem Maire von Rueil mit lauter Stimme abgab, lautete: „Geben Sie in Ihrem Protokoll bestimmt an, daß dies Flourens ist."

Sein Adjutant, der mit ihm zu dem Weinhändler gegangen war, wurde durch einen anderen Gensdarmen verwundet (15).

Das war das traurige Ende eines jungen Mannes, der in der Blüthe der Jahre — er war 33 Jahre alt — bei der Vertheidigung der Grundsätze, denen sein ganzes Leben geweiht war, niedergemetzelt wurde.

Möge aus seinem Blute die herrliche Verbrüderung der Völker ersprießen. Gezeichnet: August Hardy.

Antwort Cipriani's.

(1) Mitten im Getümmel einer Schlacht auf Creta lernten Flourens und ich uns kennen und schlossen wir eine innige Freundschaft.

(2) Flourens konnte nach seiner Verurtheilung wegen der Bomben-Affaire nicht aus dem Gefängniß entfliehen, aus dem einfachen Grunde, weil er gar nicht darin war.

Zu dieser Zeit lebte er in London, im Paxham-Hotel, wo ich ihn eine Zeit lang täglich sah. Kurz darauf traf er mit mir und Tibaldi in Lugano zusammen, wo er sich nach Griechenland einschiffte, wohin ihn Privatangelegenheiten riefen. Am 16. September 1870 fanden wir uns in Belleville wieder zusammen, wo ich mich in das Scharfschützenkorps (Tirailleurs de Belleville) hatte aufnehmen lassen.

(3) Flourens wurde nicht in Créteil, sondern in Maison Altorf gefangen genommen und zwar unter folgenden Umständen:

Eines Tages sah ich ihn in der Uniform eines gemeinen Nationalgardisten zu mir kommen.

„Ich bin — sagte er zu mir — zu Dir gekommen, um Dich zu sehen und um an Deiner Seite gegen den länderräuberischen Feind zu kämpfen, wie wir es in Creta gethan haben."

Einige Tage nach dem 30. November hörten wir auf der Seite von Creteil Geschützfeuer; es war der Kampf von Champigny. Wir eilten auf das Gefechtsfeld und betheiligten uns an dem zweiten Angriffe, welcher am 2. Dezember stattfand.

Das Bataillon wurde damals von Lamperière, einer räthselhaften Persönlichkeit, kommandirt. Eines Abends, am 5. Dezember, ließ derselbe plötzlich das Bataillon nach Paris marschiren unter dem Vorwande, daß er Befehl dazu vom Generalstabe erhalten habe.

Flourens traf in Maison Altorf um 7 Uhr Abends wieder ein.

Da trat der Kommandeur der 43er Jäger zu Fuß (so glaube ich) mit einigen Soldaten vor ihn hin und sagte zu ihm: „Herr Flourens, ich habe Befehl, Sie gefangen zu nehmen; ich verhafte Sie."

— „Ach," erwiderte Flourens lächelnd, „ich hielt Sie für einen Jägeroffizier, aber ich sehe — — das Gegentheil."

Flourens wurde in das Fort Charenton gebracht, wo ein Offizier, indem er ihn entwaffnete, zu ihm sagte: So kommen wir wieder zu unseren Sachen (Je rentre dans mes meubles).

Aus diesem Gefängniß schrieb er einen Artikel für den „Vengeur" (Rächer) mit dem Titel: Ein hinterlistiger Streich. Von hier wurde er in einem Gefangenentransport-Wagen in die Conciergerie geführt und bald darauf in Mazas eingekerkert.

(4) Am 21. Januar um Mitternacht wurde er aus Mazas befreit; ich war dabei anwesend.

(5) Es war nicht am 2., sondern am 3. April Abends 5 Uhr, wo wir in Chatau gefangen wurden.

Ich behaupte, daß wir von dem Gastwirth Durocq (oder Ducoq) verkauft worden sind.

(6) Es sind keine Schüsse zum Fenster hinausgefeuert worden, der einzige Schuß fiel an der Thür des ersten Stockwerkes, in dem wir uns befanden.

mächtigen Wuthanfälle verletzter Eitelkeit sagen gegen die welterschütternd-historische Größe eines Mannes, der Deutschland neu geschaffen, eines Mannes, dessen Name noch strahlend in den Annalen fortleben wird durch Das, was er geschaffen und was er gewesen, wenn Graf Harry von Arnim nicht nur ein politisch-todter, sondern auch ein politisch-verwester Mann ist? Wer gedenkt noch heute der Schlacken welche Alexander dem Großen anhafteten?"

Was die „strahlende Rüstung" wohl gekostet haben mag? Nun, wenn sie nur vor dem Ehrengericht besteht, das preußische Offiziere über den Eigenthümer derselben abzuhalten gedenken. — Uebrigens ist das Züricher „Freitagszeitungs"-Exemplar nicht das einzige in der Schweiz. Das Geld ist rund, und je rostiger Rüstungen werden, desto mehr „Hände" braucht man zum Putzen. —

— **Aus Frankreich.** Unser —r-Correspondent schreibt uns aus Paris unterm 27. Oktbr.: Die Bedeutsamkeit des jüngst abgehaltenen Arbeitercongresses für den Emanzipationskampf des Proletariats zeigt sich auch darin, daß die Bourgeoisblätter den Versuch machen, die auf demselben zu Tage getretenen Ideen „kritisch zu vernichten". Läuft dabei ein bischen Angeberei und Putscherei mit unter, schadet es auch nichts. Sie erinnern sich, daß in Betreff der Syndikatskammern (Gewerkschaften) die Abschaffung der Art. 291—294 des Strafgesetzbuchs, durch welche das Coalitionsrecht beschränkt wird, sowie Aufhebung aller sonstigen Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts gefordert und vom Congreß angenommen wurde. Gegen diese Forderungen verübt nun z. B. das „Journal des Debats", ein dem Finanzminister nahestehendes Blatt, unter anderem folgende Sätze: „Man kann sagen, daß die Arbeiter neben dem bestehenden Staat einen zweiten Staat aufrichten wollen, und daß, wenn man ihnen freie Hand ließe, sie bald mit dem Widerstand des Einzelnen fertig werden würden. Wozu aber wäre die „Staatskunst" gut, wenn der Staat sich nicht solchen Plänen der Arbeitsorganisation entgegensetzen wollte, die für sich die Freiheit fordert, blos um die allgemeine Unterdrückung einzurichten." Sie verlangen gewiß nicht weitere Proben der kritischen Vernichtungsarbeit, es ist eben dasselbe Zeug, wie es Ihre nationalen Realpolitiker in Zeitungen und Broschüren liefern. — Auf die „weitreichende Gnade", die Herr Dufaure seiner Zeit mit thränenfeuchtem Auge, und die Hand aufs Herz gelegt, von der Tribüne verkündete, warten die im Elend verkommenden Familien der Communekämpfer noch immer vergeblich. Nur ein Kriegsgericht beschäftigt sich mit „den Angelegenheiten, welche sich auf den Aufstand vom 18. März 1871 beziehen." Die „Droits de l'Homme" veröffentlichten gestern die 191 von diesem — dem dritten — Kriegsgericht vom 1. Mai 1875 bis 1. September 1876 gefällten Urtheile mit Angabe von Namen und Stellung der Verfolgten. In der angegebenen Periode wurden 4 Angeklagte zum Tode, 23 zur einfachen Deportation, 23 zur Deportation nach einem befestigten Platz, Einer zu lebenslänglichem Zuchthaus, 11 zu 20 Jahren, 2 zu 15, 7 zu 10 Jahren Gefängniß, die andern zu geringeren Gefängnißstrafen verurtheilt — freigesprochen nur 24. Wenn das dritte Kriegsgericht seine Gesellschaftrettungsarbeit in dem bisherigen Tempo fortsetzt, so wird dieselbe, da noch 3000 Contumacirte abzuurtheilen sind, in etwa 20 Jahren beendet sein können!

Nun zum Schluß noch ein für uns erfreuliches Geständniß von gegnerischer Seite. Der „Constitutionel" — die Parteistellung des Blattes zeigt sein Name an — schrieb vor einigen Tagen: „Wir haben das Manifest der Commune vor Augen, in welchem sie ihr Regierungs-Ideal darlegt. Dieses Manifest ist heute schon überschritten (durch die bei den Septemberfesten und auf dem Arbeitercongreß entwickelten Theorien). Die Männer der Commune sind niedergeschlagen; die Ideen der Commune bestehen mit einer kraftvollen und wachsenden Lebensfähigkeit. Ueber diese Thatsache ist kein Zweifel möglich". Glauben Sie, daß noch einmal ein „genialer" deutscher Staatsmann die Kühnheit haben wird, von jenen Männern als von „Räubern und Mordbrennern" zu sprechen und so der historischen Wahrheit in's Gesicht zu schlagen?

— **Der König amüsirt sich.** Wie Telegramme (!) aus Belgrad der Welt verkünden, konnte der „König" (zum Lachen) Milan den zwei letzten Ministerräthen nicht beiwohnen, weil er auf der Jagd war, um Schnepfen zu schießen — während die unglücklichen Serben, die er, als Drathpuppe Rußlands, auf die Schlachtbank geschickt, von den Türken wie Schnepfen geschossen werden. Und in diesem herz-, hirn- und ehrlosen Buben will man den künftigen Bändiger Rußlands und Begründer des „freien Donaureichs" erblicken! Dazu gehört viel Phantasie. Statt einer Krone auf den Kopf gehören ihm fünfundzwanzig hinten drauf.

Uebrigens wird Milan wohl nächstens Fersengeld geben müssen, denn „seine" Armee ist in den letzten Tagen unter furchtbarem Gemetzel auf's Haupt geschlagen worden, und der Weg nach Belgrad steht den Türken offen. Fragt sich nur, welches Almosen ihm „Väterchen" in Petersburg hinwerfen wird.

Die entscheidende Niederlage der russisch-serbischen Armee ist ein dicker Strich durch die Rechnung der russischen Diplomatie. Eine bessere Armee, als die jetzt zersprengte, bringen die Russen nicht auf die Beine, denn mit Ausnahme der Polen gelten die Serben für den tapfersten slavischen Stamm. Rußland ist unzweifelhaft an Zahl der Truppen den Türken überlegen, auf der anderen Seite aber hat sich bei vielen Gelegenheiten und namentlich im Krimkrieg zur Evidenz ergeben, daß die Türken weit tüchtigere Soldaten sind. Das Frühstück, bei welchem die Türken von den Russen aufgespeist werden, das die bismarckisch-russischen Blätter in Aussicht stellen, ist trotz des eifrigen Arbeitens der diplomatischen Köche noch nicht servirt.

Correspondenzen.

Wien, 24. Oktober. Heute wurden unserm Reichsrath eine Petition von Brünner Arbeitern sowie fünf andere Petitionen um Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen vorgelegt. Die „Neue Freie Presse" schreibt darüber: „Es entwickelte sich anläßlich der Berichterstattung über mehrere Arbeiter-Petitionen, welche die bekannten Wünsche nach Reform der Verzehrungssteuer, Einführung der progressiven Einkommensteuer, Reform des Vereins-, Versammlungs- und Preßrechtes, Coalitionsfreiheit, Haftpflicht der Arbeitgeber für Tödtungen und Körperverletzungen der Arbeiter, Normal-Arbeitstag und Regelung des Lehrlingswesens rekapituliren, eine kleine Debatte, welcher ungeachtet der Wichtigkeit des Gegenstandes das Haus mit sichtlicher Theilnahmlosigkeit gegenüberstand. Man hörte ganz ohne Befremden, aber auch ganz ohne Entgegenkommen Dr. Kronawetter die sozialistischen Theorien Karl Marx' und Lassalle's entwickeln und die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts fordern; man war kaum erstaunt, den mährischen Czechen Kusy den Verfassungsstaat für die Klagen der Arbeiter verantwortlich machen zu sehen. Das Resultat war, daß das Abgeordnetenhaus nach dem Antrage des Berichterstatters Plener die Arbeiter bezüglich ihrer politischen Begehren auf den kurz vor der Vertagung bei ähnlichem Anlasse gefaßten Beschluß verwies, welcher die Arbeiterkammern in Anregung brachte, die übrigen Petita aber der Regierung zur Berücksichtigung bei Abfassung der Gewerbeordnung empfahl." Die meisten Abgeordneten waren während der Verhandlungen am Büffet und verzehrten Liqueur und Ungarwein, Caviar und Schinken. — Nach der Berathung der Petitionen folgte eine kleine Debatte über ein Spezial-Gesetz für Galizien zur Verhinderung der Trunkenheit (natürlich des Proletariers), wobei man sich ein wenig erheiterte. Man vergaß dabei rasch, daß vorher Tausende von Arbeitern um Hülfe in der Noth gerufen hatten.

R. F.

n. **Aus Schleswig-Holstein**, 25. Oktober. Die nationalliberalen, fortschrittlichen und „unparteiischen" Blätter der Provinz stellen jetzt schon vielfach Betrachtungen an, welche Wahlkreise bei den Reichstagswahlen für die „reichstreuen" Parteien verloren gehen werden. So erklärt die „Itzehoer Zeitung": „Der 8. Wahlkreis ist auf jeden Fall verloren. Der 3., 5., 6., 7. und 9. Wahlkreis werden verloren gehen, wenn nicht alle antisozialistischen Elemente zusammenhalten." Und sie halten eben jetzt nicht zusammen. Durch die Heftigkeit, mit welcher sich „Liberale" und „Nationalliberale" — es ist natürlich nur ein Personenstreit — bei der Landtagswahl bekämpfen, ist eine Gereiztheit unter den Leuten entstanden, daß verschiedene von den Herren Wählern der „besseren Stände", weil sie ihren Willen nicht bekommen haben, schon jetzt sagen: „Bei den Reichstagswahlen spielen wir nicht mit — kommt ein böser Sozialdemokrat bei dieser Gelegenheit durch, so habt Ihr alle die Schuld, die Ihr bei den Landtagswahlen nicht für meine Candidaten gestimmt habt." — Ja, die Landtagswahlen! Eine erbärmlichere Betheiligung war wohl noch niemals da in unserer Provinz. Ueberhaupt ist nur in dem früheren Kurfürstenthum Hessen nach den vorliegenden Nachrichten die Wahlbetheiligung bei dem „elendsten" Wahlsystem ebenso gering, an einzelnen Stellen noch geringer gewesen, als bei uns. In einem Casseler Bezirk waren 1400 eingeschriebene Urwähler, und 14 betheiligten sich bei der Wahl. In drei Wahllokalen konnte dort nicht gewählt werden, weil kein Urwähler erschien; doch auch bei uns sind verschiedene Wahlbezirke gewesen, wo man mit wenigeren Wahlmännern zufrieden sein mußte, weil die Arbeiter vorzogen, ihre Arbeit zu verrichten, als ein Wahlrecht auszuüben, welches ihnen geradezu das Menschenrecht raubt, welches sie unter die Herrschaft der Ochsen und 20-Markstücke stellt. Die „Itzehoerin" läßt sich aus Glückstadt, einem Orte, wo neben der Sozialdemokratie noch ein gutes, freisinniges bürgerliches Element zu finden ist, folgendes Klagelied schreiben: „Man hätte übrigens fast jeden Candidaten durchbringen können, denn in einzelnen Abtheilungen gaben nur 2 Wähler ihre Stimmen ab, für andere Abtheilungen mußten die Wähler aus ihren Wohnungen geholt werden, damit überhaupt nur eine Wahl zu Stande kam. Welche Zustände! trotz allen Agitirens so geringe Betheiligung!" — Ja, welche Zustände? Zustände vollständiger Ignoranz und Corruption; Zustände, welche die machthabenden Parteien in dem rechten Lichte, in dem Lichte der Volksfeindschaft, der Feindschaft gegen das Recht und die Freiheit erscheinen lassen. Weshalb besitzen wir denn noch dies „elendste" aller Wahlgesetze, an welchem sich jeder ehrliche Mann zu betheiligen schämt? Blos weil die Parteien, weil die Organe, welche über geringe Wahlbetheiligung klagen, das Dreiklassenwahlsystem nicht auf dem Altar des Rechts und der Vernunft opfern wollen, weil sie vermittelst dieses Wahlsystems das arbeitende Volk fernhalten wollen von der Gesetzgebung. Pfui! über die Heuchler, welche thun, als würden sie unangenehm berührt von der geringen Wahlbetheiligung, und die dabei jeden Schritt unterlassen, die Ursache selbst, das Klassengesetz zu beseitigen! — Wie die Leser des „Vorwärts" vielleicht wissen, existirt in ganz Schleswig-Holstein noch die alte dänische Sabbathordnung, d. h. Sonnabends wird keine Tanzmusik erlaubt und die Versammlungen müssen 10 Uhr in den Wirthschaftslokalen geschlossen werden. Im benachbarten Hamburg und im übrigen Preußen kennt man derartige dem Pietismus entsprossene (die Menschen sollen sich durch Abendschwärmerei zum Sonntagskirchgang nicht entheiligen!) Beschränkungen nicht. Die Altonaer und Wandsbecker Gastwirthe haben nun kürzlich um Aufhebung solcher antediluvianischer Bestimmungen petitionirt, doch sind sie von der Schleswig'schen Regierung abschläglich beschieden worden. Es ist übrigens sehr bezeichnend und für unsere Partei sehr gut, daß nach der Annexion durch die preußische Regierung eine große Anzahl freisinniger dänischer Bestimmungen und Verordnungen durch die in Preußen bestehenden reaktionären verdrängt worden, daß aber die wenigen reaktionären dänischen Bestimmungen für unsere Herzogthümer noch in Kraft geblieben sind, und nicht durch die im ganzen übrigen Preußen bestehenden freisinnigen Verordnungen resp. Gesetzesauslegungen ersetzt worden sind. — Die Absicht merkt jeder Bauer und er wird verstimmt. Den schleswig-holsteinischen Landleuten aber pfeift der Ostsee- und Nordseewind um das Gesicht und bläst alle Nebel und Unklarheiten von dannen — sie sehen das Unrecht, sie fühlen den Druck, in ihrem Herzen ruht das Rechtsgefühl — die Freiheit — deshalb eilt man überall hier unter das Banner des Sozialismus.

V. **Frankfurt a. M.**, 24. Oktober. So war also der Liebe Müh' umsonst. Wie die „Frankfurter Zeitung" in ihrem heutigen Abendblatte schreibt, haben Liberalismus und Fortschritt „in aller Stille" einen Compromiß abgeschlossen, und ist somit die über alle Maßen angestrengte Thätigkeit und fortschrittliche Scharwenzelei der hiesigen Prioritätendemokraten für diese zur vollendetsten Blamage geworden. So muß es kommen! Aller Aufwand von scharfsinniger Logik, womit das hiesige Weltorgan der „bürgerlichen" Demokratie ihr Gebahren rechtfertigen will, ist und bleibt in diesem Falle Ueberfluß. Geradezu naiv ist es aber, wenn eine demokratische Feder in der „Frankfurter Zeitung" sich mit großer Entrüstung darüber ausläßt, daß die Fortschrittler mit den Nationalliberalen nun doch zusammengehen. Das war, meinen wir, vorauszusehen. Daß sie, die Fortschrittler, absolut nichts von den Demokraten wissen wollten, hatten sie bei Zeiten kategorisch erklärt. Sagten sie doch: Ihr Demokraten habt keine Freude am Reich, wir können uns daher auf keinen Pact mit Euch einlassen, wir sind Reichsfreunde und wollen es bleiben, Um so drolliger erscheint es, daß im Leiter des heu-

---

(7) Es war nicht Flourens, welcher dort Feuer gegeben hat; er wurde auf seinem Bett sitzend verhaftet, auf das er sich in voller Uniform geworfen hatte, um ein wenig von den großen Anstrengungen, die er ertragen, auszuruhen. Er wurde erst auf der Straße durch eine Depeschenadresse erkannt, welche die Gensdarmen in seiner Tasche fanden. Da schrieen Alle: Es ist Flourens, jetzt halten wir ihn fest, er soll uns diesmal nicht entwischen! Schlagt ihn todt! Schlagt ihn todt!

Den Revolverschuß, welcher auf den Gensdarmen abgefeuert wurde, der sich zuerst in der Thür zeigte, habe ich abgefeuert. Der Gensdarm stürzte unter dem Rufe hinab: „Zu den Waffen! Zu den Waffen!" Ich war ihm nachgeeilt, aber unten an der Treppe wurde ich von einigen zwanzig Gensdarmen ergriffen, die im Hausflur aufgestellt waren.

Ich habe im Gefängniß von Roailles in Gegenwart des Infanterielieutenants und Depotcommandeurs Choinet, welcher die weise Vorsicht gebraucht hatte, sich Mannschaften zum Schutze mitzubringen, der Mutter Flourens', die von ihrem anderen Sohne begleitet war, die bestimmte Erklärung abgegeben, daß jener Revolverschuß von mir auf den Gensdarmen abgefeuert worden ist.

Der Rapport dieses Gefängniß-Offiziers über meine Zusammenkunft mit Frau Flourens befindet sich unter meinen Akten. Ich habe diese Erklärung vor dem 19. Kriegsgericht erneuert; unser edler, unglücklicher Freund sollte durchaus von dem Vorwurf dieser That, an der er thatsächlich unschuldig war, befreit werden.

Ich habe nicht Lust, die komische Rolle zu übernehmen, die sich dieser Schurke Desmarait in dieser Angelegenheit spielen lassen will, um sein Verbrechen zu mildern.

Ich habe, wie es meine Pflicht ist, beweisen wollen, daß der Tod Flourens' durch einen gemeinen Mord herbeigeführt worden ist.

(8) Desmarait hat sich viel zu feige benommen, als daß er einer so energischen That fähig sein sollte. Er hat sich nicht auf Flourens gestürzt. Alle diese Ausschmückungen stammen aus dem lügenhaften Berichte, den er abfaßte, nachdem er auf der Straße einen der berühmtesten Kämpfer der französischen Republik kaltblütig erwürgt hatte, wie es ein gemeiner Meuchelmörder thun würde.

(9) Noch ein Beweis, daß diese Einzelheiten, welche das „Mot d'Ordre" giebt, aus dem Bericht des Meuchler-Gensdarmen entnommen sind, ist, daß der junge Italiener sich nicht Pisani, sondern Cipriani nannte. Derselbe erhielt nicht einen, sondern vier Säbelstiche in die Hüfte, auch ihm ist der Schädel an mehreren Stellen zerhauen worden; er ist beinahe getödtet worden und Zeit seines Lebens siech gemacht durch die Kolbenschläge, mit denen 40 Gensdarmen seine Brust bearbeiteten.

(10) Dieser Italiener sprach französisch, denn er sagte zu dem zweiten Gensdarmeriekapitain, welcher anwesend war: „Mein Herr, wenn man mich niederschießen soll, so möge man es rasch thun, aber diese niederträchtigen Beschimpfungen und Mißhandlungen müssen aufhören."

Der Kapitän antwortete: „Es fehlt ihm nicht an Keckheit (Il ne manque pas d'aplomb). Man binde ihn hübsch fest und morgen wird man ihn in Versailles abthun."

Derselbe Offizier hatte, indem er den Leichnam Flourens sah, gefragt: „Wer ist dieser Mann?" „Es ist Flourens", antwortete ihm ein Chorus von Gensdarmenkehlen.

„Es ist schade," erwiderte er darauf, „daß man ihn hier getödtet hat, man hat uns damit das schönste Schauspiel verdorben, das wir morgen unserem Versailles hätten geben können."

Der Italiener hat auch durchaus keine Zeit gebraucht, seine Kleidung zu wechseln; er ist von Paris in Civilkleidung ausgezogen und trug von militärischen Dingen nur das Käppi, den Säbel und einen zwölfschüssigen Revolver. In der kurzen Zeit, die er der Commune von Paris zu dienen die Ehre hatte, lag ihm Wichtigeres ob als seine militärische Ausrüstung.

(11) Die schwarze Ledertasche, in welcher wir Civilkleidung mit uns geführt haben sollen, um uns zu verkleiden, ist nur eine lächerliche Lüge.

Armer Flourens! diese feige Verläumdung ist deines Mörders würdig. — O Ihr nichtswürdigen Verläumder — es ist Eure grausamste Bosheit, daß Ihr selbst unsere Freunde an solche Niederträchtigkeit glauben macht!

(12) Ein weiterer Irrthum ist der, daß der Körper von Flourens in das Hospital von Versailles gebracht worden sein soll; er wurde in ein elendes Loch der Polizei-Präfektur, auf stinkendes Stroh geworfen und blieb dort einige Zeit den gierigen Blicken der Versailler Vampyre ausgestellt. Man gab sogar Karten an das schöne Geschlecht ab, damit auch dieses sich den Leichnam des schrecklichen Revolutionärs ansehen konnte. Der Mord-Gensdarm wurde von Herrn Thiers mit Orden geschmückt.

(13) Hamilcar Cipriani (und nicht Pisani) ist nicht in der Lage, hier das zu erzählen, was er nach seiner Gefangennehmung zu erdulden gehabt hat.

(14) Die Erzählung des „Mot d'Ordre" kommt der Wahrheit näher, allein das Blatt befindet sich noch in einem Irrthum. Der Gensdarm Desmarait ermordete Flourens nicht sogleich, und zwischen ihnen fand folgendes Zwiegespräch statt.

D. „Sind Sie Flourens?"
Fl. „Ja."
D. „Sie tödten meine Gensdarmen?"
Fl. „Nein!"
D. „Wie, Sie wollen nicht auf meine Gensdarmen geschossen haben?"
Fl. „Nein!"
D. „Lügner!" und indem er diese Beleidigung herausstieß, spaltete er ihm mit einem Säbelhieb das Haupt. Ein Theil des Kopfes, der durch den Hieb abgehauen wurde, fiel auf die linke Schulter herab, in die der Hieb noch eindrang.

Der Gensdarm, der Flourens den Gnadenstoß gab, sagte grinsend (en ricanant): Ich werde ihn abthun.

(15) Der Körper von Flourens wurde nicht mit einem Strohbündel, sondern mit meinem Ueberzieher bedeckt, den ich noch jetzt, mit dem Blute meines Freundes getränkt, aufbewahre.

So begann die hochwichtige Revolution vom 18. März.

Der Mord von Flourens und Duval war ein großer Verlust für uns. Flourens starb, wie er gelebt hatte, und sein Andenken wird ohne Makel bleiben, was auch die Versailler gethan haben mögen, um es zu besudeln. Der Name Flourens wird ewig als ein Vorbild der Rechtschaffenheit, der Sittenstrenge, der Vaterlandsliebe und Aufopferung für das Volkswohl uns vorschweben. Dem Volke weihte er sich mit Begeisterung und Hingebung.

Armer Gustav Flourens! Er litt das Schicksal aller großen Geister: im Leben wurde er geschmäht, im Tode beschimpft.

Die siegreiche soziale Revolution hat den großherzigen Flourens zu verherrlichen und zu rächen.

Brüderlichen Gruß

Hamilcar Cipriani.

igen Morgenblattes die „Frankfurter Zeitung“ pathetisch ausruft, über das ungalante Benehmen der Fortschrittler dem demokratischen Cavalier gegenüber schwere Seufzer ausstoßend: „Die Demokratie hat sich dem Fortschritt gegenüber vom Beginn der Wahlbewegung an und während der Dauer derselben als durchaus loyal gezeigt; sie hat trotz der Ablehnung, die ihr Compromißvorschlag (womit sie sich auch vor jedem ehrlichen Demokraten wie noch nie compromittirt hat.) gefunden, diesen beibehalten und also auch dann, als sie sich entschließen mußte, gesondert zu kämpfen, den Besitzstand der Fortschrittspartei respektirt, sie hatte bei den Urwahlen die Parole ausgegeben: bei Stichwahlen für die Namen der fortschrittlichen Wahlmännerliste gegen die der nationalliberalen, und die Art und Weise, wie diese Parole respektirt worden ist, steht in einem erfreulichen Gegensatz zu dem wenig loyalen Verhalten der Fortschrittspartei bei mehrfachen Stichwahlen zwischen nationalliberalen und demokratischen Wahlmännern. Die demokratische Partei wird in dieser loyalen Haltung verharren, soweit ihr dies möglich ist, aber darüber möge sich der Fortschritt nicht täuschen: est modus in rebus, sunt certi denique fines, auch die willigste Loyalität hat ihre Grenzen und die wiederholt ausgeschlagene Hand muß endlich zurückgezogen werden. Noch einmal streckt sie sich aus, was sie heischt und bietet, liegt klar vor Jedermanns Blick; möge nun der Fortschritt darüber zu Rathe gehen, was er sich selbst und seiner Sache schuldet.“ Solche Ergüsse müssen für die Frankfurter „Demokratie“ charakteristisch werden und Jedermann mag aus dem Benehmen derselben ersehen, daß eben die wahre Demokratie nicht im Salon, sondern nur in der Stube des schlichten Bürgers und Arbeiters zu Hause ist. Geldsack und Biedersinn bleibt ewig ein unüberwindbarer Widerspruch, die weißen Raben zählen stets zur Ausnahme. — Den Artikel im „Vorwärts“, der ganz besonders gegen die neueste Mache der hiesigen Demokraten gerichtet war, schweigt die „Frankfurter Zeitung“ todt, dagegen fischt sie jede, auch die unbedeutendste, Diatribe der gesinnungslosen Blätter auf, um ihren Witz daran auszulassen. Und doch sollte ihr an dem Urtheil gesinnungstüchtiger Blätter erheblich mehr als an jenem gelegen sein! Warum parirt die „Frankfurter Zeitung“ nicht die Hiebe von links?

Neustadt a. d. Haardt, 23. Okt. Seit dem letzten Berichte im Frühjahr sind wir in der angenehmen Lage, den Parteigenossen von einem erfreulichen „Rückgang“ der Sozialdemokratie in unserer Gegend berichten zu können. Die Reichstagscandidatur unseres Genossen Dreesbach, sowie dessen Agitation in unserem Wahlkreis liegt den Gegnern gar unangenehm in den Gliedern. Der Reigen der Agitation wurde mit Haßloch eröffnet. Unmittelbar darauf kam Dürkheim an die Reihe. Obwohl wir dort einige Gesinnungsgenossen antrafen, bestand doch die sehr zahlreich besuchte Versammlung, wie leicht erklärlich zum weitaus größten Theil aus Gegnern. Dreesbach sprach mehr als 1½ Stunden über „Die politischen und volkswirthschaftlichen Zustände Deutschlands und die nächsten Reichstagswahlen“. Nach Schluß des Vortrages, der von den Gegnern häufig tumultuarisch unterbrochen wurde, stellte ein Dürkheimer Bourgeois, Apotheker Bischof, den Antrag, eine Abzählung der für Dreesbach stimmenden Dürkheimer Bürger vornehmen zu lassen. Die Abstimmung erfolgte und ca. 20 Stimmen fielen auf unsere Seite. Nun redete ein Herr Eberle, Vorstand des Arbeiterbildungsvereins eine „Rede“ vom Papier herunter und verstieg sich unter anderem Unsinn auch zu der Behauptung, alle Sozialdemokraten seien Faullenzer, für die er von Dreesbach gebührend abgefertigt wurde. Genosse Ehrhart, der den Vorsitz führte, sekundirte kräftigst trotz des Tumultes und des Geschreies der Gegner. Die Herren Bourgeois haben uns durch ihr Auftreten nur genützt, denn gegen 40 Arbeiter schaarten sich um uns, ihre Zustimmung uns gegenüber aussprechend. Nachträglich wurde uns noch mitgetheilt, daß die Dürkheimer Bourgeois sich nicht entblödeten, den gerade anwesenden Baritonsänger Beck aus Würzburg aufzufordern, er solle gegen gute Bezahlung seine Orgel in den Saal bringen, um dort während der Versammlung zu spielen, welche traurige Rolle derselbe jedoch ablehnte.

Donnerstag, den 28. September, hatten wir in Neustadt Versammlung. Durch die glückliche Wahl der Tagesordnung, sowie des Lokals die erste stark besuchte seit langer Zeit. Dreesbach sprach über das Thema: „Was ist die Ursache der heutigen Theuerung und wer ruinirt den Mittelstand?“ zu unser Aller Zufriedenheit.

Nachdem in Lambrecht eine zahlreiche Versammlung stattgefunden, und da die Dörfer, die wir in Aussicht genommen hatten, Hindernisse wegen vorläufig nicht bearbeitet werden konnten, so benützten wir die Gelegenheit und beraumten für Montag Abend eine zweite Versammlung an mit der Tagesordnung: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ Das geräumige Restaurationslokal des Hrn. Sauter war zum Erdrücken voll, als der Einberufer die Versammlung eröffnete. Aber schon bei der Wahl des Vorsitzenden bemerkten wir, was da werden sollte; die in einer Ecke angesammelten Bourgeois stimmten Mann für Mann gegen den Vorschlag unsererseits, einen Mann aus ihrer Mitte vorschlagend. Trotzdem die große Mehrzahl der anwesenden Arbeitre sich aus irgend welchem Grunde der Abstimmung enthielten, waren wir den Bourgeois doch überlegen. Kaum aber sprach Dreesbach, so erhob sich in der Ecke der Bourgeois ein solcher Scandal, daß es unmöglich wurde, weiter zu sprechen. Alle Bemühungen des Vorsitzenden, Ruhe zu schaffen, wurden mit dem tumultuarischen Ruf: „Wir haben keinen Vorsitzenden!“ erwidert. Auf den Rath des überwachenden Polizeiabjunkt wurde die Wahl des Vorsitzenden wiederholt. Das Resultat davon war, daß jetzt fast sämmtliche anwesende Arbeiter, gereizt durch das unsaubere Benehmen der „Gebildeten“, für unseren Candidaten stimmten, so daß die winzige Protestpartei sozusagen verschwand. Als dieselbe merkte, daß sie über ihr Ziel hinausgeschossen hatte, und Dreesbach weiter gesprochen, begannen sie einen neuen Skandal in Scene zu setzen, die Debatte über jeden einzelnen Punkt des Programms verlangend. Die Versammlung wurde durch die überwachende Behörde aufgelöst, trotzdem constatirt wurde, daß der Skandal nur von Seiten der „gebildeten“ Klasse komme. Trotzdem erreichten die Störer ihren Zweck nicht, denn Samstags hatten wir eine Versammlung, in der Freund Dreesbach seinen Vortrag fortsetzte, wie wir eine solche hier noch nicht gesehen. Ungefähr 5—600 Personen mochten anwesend sein, darunter auch Gegner. Die Versammlung hörte mit gespannter Aufmerksamkeit dem Vortrag zu, nach dessen Beendigung der oben angeführte Fabrikant Helfferich das Wort ergriff, um bald darauf durch Dreesbach, Ehrhart und einigen Andern so abgefertigt zu werden, daß es seine Freunde vorzogen, sofort zu verschwinden. Schließlich möchten wir noch die Bitte aussprechen, die Partei möge uns im Auge behalten, denn auch bei uns beginnt es zu tagen, und die gemachten Bemühungen werden für die Partei sicher von Erfolg nach jeder Richtung sein. Den Parteigenossen unseres Wahlkreises machen wir noch bekannt, daß sämmtliche Briefe in Wahl- ꝛc. Angelegenheiten zu richten sind an

Anton Grabler, Hintergasse, Neustadt.

Rehbach (im 13. sächs. Wahlkreis), 23. Oktober. Gestern wurde hier eine gut besuchte Volksversammlung abgehalten. Genosse Hadlich aus Leipzig hielt einen trefflichen Vortrag, welcher allseitigen Anklang fand und in dem er am Schlusse mit warmen Worten für die Candidatur des Herrn Hofbaurath a. D. Demmler in Schwerin eintrat. Herr Maurermeister Heinemann aus Lindenau, welcher vom „Gemeinnützigen Verein“ hierher beordert war, suchte diese Candidatur zu bekämpfen, that das aber in so ungeschickter Weise, daß er gänzlich Fiasko machte. Auf die Aufforderung, Herr Heinemann möge einen anderen Candidaten vorschlagen, erklärte derselbe unter Heiterkeit der fast nur aus Landarbeitern bestehenden Versammlung, daß er dazu nicht in der Lage sei, was bei der Zerfahrenheit der hiesigen Gegenparteien freilich nicht Wunder nehmen kann, denn Fortschrittler und Nationalliberale befinden sich noch auf der Candidatensuche, während wir schon völlig in der Wahlagitation stehen. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung ist mit der jetzigen Vertretung des Herrn Dr. Heine im Reichstage nicht einverstanden und verspricht, nur für den sozialistischen Candidaten Demmler wirken zu wollen. — Zu gleicher Zeit wirkte Genosse Trost aus Kleinzschocher in dem eine Stunde entfernten Orte Seebenisch mit bestem Erfolg für die Candidatur Demmler's. — Eine Reihe weiterer Versammlungen sind in Aussicht genommen.

Leisnig, 15. Oktober. Zur Conferenz des 10., 11., 12. 13. und 14. sächsischen Wahlkreises hatten sich 23 Delegirte eingefunden, die einzelnen Kreise waren wie folgt vertreten: der 10. Kreis durch Neigefink und Albrecht aus Waldheim, Polster und Otto aus Geringswalde, Becker und Klökner aus Leisnig, Rasenberger und Keller aus Sibelingen; der 12. Kreis durch Petzold aus Leipzig; der 13. Kreis durch Borisch-Gohlis, Quenzel-Plagwitz, Müller-Lindenau, Dähnert-Stötteritz, Dohne-Volkmarsdorf, Illgner-Reudnitz; der 14. Kreis durch Jermer-Groitzsch, Mann-Märtig, Glauch-Koldits, Krebs-Komichau. Folgende Anträge wurden gestellt und angenommen: Den 12. Kreis soll das Central-Wahlcomité der 5 Kreise mit rednerischen Kräften versorgen. In jedem Wahlkreis ist ein Comité zu gründen, welches immer mit dem Central-Wahlcomité in Verbindung sich erhalten soll. Jedes Kreiswahlcomité hat Ortscomités ins Leben zu rufen. Jedes Ortscomité hat seine 5 Mark übersteigenden Kassenbestände an die Kreiscomités abzuführen. In der Debatte über die Candidatur im 11. Wahlkreise, für welche die Herren Hadlich und Dohne vorgeschlagen waren, wurde hervorgehoben, daß Hadlich als Parteibeamter nicht die Zeit gewinnen könne, um den seiner geographischen Lage wegen schwierigen 11. Kreis genügend zu bearbeiten, so daß man sich schließlich für Dohne entschied und dieser von den Delegirten als Candidat des 11. Kreises aufgestellt wurde. — Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Conferenz geschlossen.

Petzold, Dohne, Dähnert.

Duisburg. Unser Parteiorgan, die „Duisburger Freie Presse“, enthält folgendes sehr bezeichnende „Eingesandt“: Die Frau des Puddlers L. in Hochfeld bei Duisburg wollte vor kurzem ihrem Manne, welcher auf einem dasigen Eisenwerke beschäftigt, das Abendbrot zur Arbeit bringen. Auf dem Hüttenplatze angekommen, gesellte sich der leitende Obermeister zu ihr, erkundigte sich in recht angelegentlicher Weise nach ihrem Befinden, und stellte ihr schließlich im Laufe des Gesprächs auf die zudringlichste Weise die unverschämtesten Anträge. Die Frau jedoch, welcher ihre Ehre lieber war, als die Gunst des Herrn Obermeisters, wies entrüstet jeden Antrag zurück. Was aber war die Folge dieses Vorkommnisses? Der Mann jener Frau, ein durch Fleiß und Treue beliebter Arbeiter, wurde seitens des Herrn Obermeisters einige Tage nachher unter dem nichtigsten Vorwande aus der Arbeit entlassen. Doch ist die Sache jetzt in die Oeffentlichkeit gedrungen, und Jeder weiß so ziemlich, was die eigentliche Ursache seiner Entlassung war. Die Frau hatte ja die Wahl zwischen Ehrverlust oder Hungertuch, darüber konnte sie entscheiden, und weil sie ihre Ehre behalten wollte, gab man ihr das Hungertuch zum Geschenk. Die Arbeiter mögen aber aus diesem Vorkommniß ersehen, daß es an der Zeit ist, sich zu vereinigen, damit derartige Attentate auf den Arbeiterstand endlich aufhören.

An die Parteigenossen des 4. schleswig-holsteinischen Wahlkreises.

Parteigenossen! Der Wahltag naht heran. Alle Parteien rüsten sich und jede Partei bewirbt sich nach ihrer Art um die Stimmen des arbeitenden Volkes. Zeigen wir, daß wir uns nicht bethören lassen, schaaren wir uns zusammen in dem Bunde des arbeitenden Volkes, beweisen wir den liberalen Zeitungshelden, die fortwährend von den Irrlehren und dem Unsinn der Sozialdemokratie schreiben, daß uns solches Gefasel nur zu verdoppeltem Eifer anspornt. Das „Husumer Wochenblatt“ ist es, welches zum Beispiel von unserer letzten Versammlung schreibt, daß der Redner allerhand unsinniges Zeug an den Tag gebracht hätte. Dies ist das alte Lied, welches diese Helden singen, anstatt in der Versammlung das „unsinnige Zeug“ und die „Irrlehren“ zu widerlegen. Dazu sind sie zu feige! Parteigenossen! Es muß unsere höchste Aufgabe sein, recht viele Stimmen auf unsern Candidaten Heinzel zu vereinigen. Um das aber zu erreichen, wäre es gut, wenn eine Zusammenkunft (vielleicht in Husum) stattfände, damit wir Mittel und Wege finden, um die nöthigen Gelder für Stimmzettel und Flugblätter, überhaupt zur Agitation, zu beschaffen. Die Husumer Parteigenossen werden Alles thun, was in ihren Kräften steht; thut auch Ihr, was Ihr könnt, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Wir bitten Euch, Eure Meinung über diesen Aufruf brieflich bis zum 6. November einzusenden an J. Koopmann, Adr.: C. Bottger, Schuhmacher, in Husum.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. Koopmann.

NB. „Die rothe Fahne“ und das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ werden um Abdruck dieses Wahlaufrufs ersucht.

Wähler des 8. hannoverschen Wahlkreises!

Kaum 14 Monate sind verflossen und schon wieder treten wir ein in den Wahlkampf; etwa ein Jahr ist dahingerollt und schon wieder sollt Ihr Zeugniß ablegen von unsrer Kraft und Stärke, wieder sollt Ihr das liberale Gefasel vom Rückgang der Sozialdemokratie mit Zahlen, den trotzigen Zeugen unserer Macht, widerlegen, und freudigen Muthes rufen wir Euch abermals: „Auf denn zur Wahl“ entgegen. Voll und ganz sind wir uns bewußt, was wir zu thun haben, und der Gedanke, daß wir Männer hinter uns haben, die vereint mit uns alle ihre Kraft daran setzen, das hohe Ziel zu erreichen, das Volk von der Knechtschaft zu befreien, macht uns freudigen Muth. Wir treten nun vor Euch mit der Bitte, uns in allen Theilen zu unterstützen. Jetzt muß jeder Parteigenosse ein Agitator sein, jeder muß wählen, jeder muß seine Arbeitsbrüder aufklären, damit durch die richtige Ausübung des allgemeinen Wahlrechtes die Interessen des Volkes gewahrt werden können, damit endlich einmal die Interessen-Vertretung in den gesetzgebenden Körpern aufhört und die Volkswohlfahrt gedeihen kann. Jeder muß jetzt nach seinen Kräften dazu beitragen, daß es möglich wird, den Wahlkampf mit Erfolg zu führen. Zu dem Zweck kann man jegliche Auskunft bei dem Vorsitzenden des Wahlcomités: H. Rudolph, Mittelstr. 11, 2. Etg., in Hannover, bekommen. Auch liegen dort Listen zu Geldsammlungen für den Wahlfonds aus. Und nun noch einmal: „Auf zur Wahl!“

Das Wahl-Comité.

Im Auftrag: H. Rudolph.

Briefkasten

der Expedition: H. Küpper Cöln: Ihre Annonce kam für die Sonntagsnummer zu spät; wollen Sie genau die Bekanntmachung an der Spitze der Annoncen beachten, wonach bis 9 Uhr Vormittags die Inserate in unseren Händen sein müssen, wenn solche Aufnahme finden sollen.

Bergische Volksstimme, Barmen. An die Expedition ging am 18. d. Mts. (nachdem schon früher geschrieben worden ist) ein eingeschriebener Brief mit der Anfrage ab, weshalb das Blatt dem Central-Wahl-Comité nicht überwiesen würde. Bis jetzt ist weder eine Nummer des Blattes, noch eine Antwort eingetroffen, und sehen wir uns deshalb genöthigt, auf diesem Wege nochmals unter Hinweis auf den Congreßbeschluß anzufragen. Das Central-Wahl-Comité.

J. A.: J. Auer. C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37.

W. in Leck (Schleswig): Eine Antwort an Sie auf Ihr nach Berlin gerichtetes Schreiben ist als unbestellbar retour gekommen. Bitte also um deutliche und genaue Angabe der Adresse. Derossi.

K. in C. Brief erhalten. Es wäre aber gut, wenn bei Uebermittlung einer Adresse Straße und Nummer angegeben würde. D. Hamburg. — R.-Striegau u. L.-Sommerfeld. Die angegebenen Sendungen sind hier nicht eingetroffen; bitte um genauere Angabe, an wen dieselben gerichtet waren, damit bei der Post reklamirt werden kann. Wähler sind abgegangen. D. Hamburg.

Quittung. Arbeiterverein Neuschönefeld. An. 0,60. Hurch Coblenz Schr. 1,80. Bttchr hier Ab. 5,00. Erg Hoboken Ab. 300,00. Gnthr Großenhain Schr. 32,40. A. Kßnr Mühlheim Schr. 6,00. Exped. d. Hamburg-Altonaer Volksblatt Ab. 300,00. Mlr Bockenheim Schr. 1,25. Grtkp München Schr. 8,36. Rtnbch Hannover Schr. 2,15. Hrsch Stuttgart Ab. 7,20. Grßmnn Gmünd Schr. 2,90. Effr Burscheid Schr. 3,90. Rb Gr Zschocher Ab. 0,80. Krstn Thonberg Ab. 1,20. Kmn Wiesbaden Schr. 1,30. Ntschmnn Connewitz Ab. 2,40. Eingrin hier Ab. 1,20. Hlbch Königssteele Schr. 8,40. M. Kbtsch Dresden Ab. 68,50. Dtmnn Berlin Schr. 3,75.

Anzeigen ꝛc.

Leipzig. Donnerstag, den 2. November, Abends 8 Uhr, in der Tonhalle:

Große Volks-Versammlung.

Tagesordnung: Die nächste Reichstagswahl und die Presse. Referenten: Liebknecht und Hasenclever.

80] Der Einberufer.

London. Zur Beachtung! Der Communistische Arbeiter-Bildungs-Verein hält seine regelmäßigen Sitzungen jeden Sonnabend und Montag Abend Nr. 38 Marshall Street, Golden Square W. [60

Briefe u. s. w. sind zu richten an die Adresse des zeitweiligen Sekretairs: J. Boß. 7 Fitzroy Street, Fitzroy Square London W.

Leipziger Bürgerverein.

Donnerstag, den 2. November, Nachmittag halb 4 Uhr: „Einspruchsverhandlung“ in Sachen des Leipz. Bürgervereins contra Dr. Hans Blum. Der Vorstand. [50

Achtung! Donnerstag, den 2. November, Nachmittags 3 Uhr, erscheint

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 1 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“. [150

Berliner Freie Presse

Motto: Freiheit und Gerechtigkeit.

Mit der illustrirten Sonntags-Gratis-Beilage

Die neue Welt.

Erscheint täglich in grossem Format, in Berlin in der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei

Man abonnirt bei allen Postanstalten, für die Monate November und Dezember für nur 2 Mark.

Dieselbe ist in der Zeitungs-Preis-Liste, I. Nachtrag pro 1876, unter Nr. 544a. eingetragen, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Inserate kostet die 4 gespaltene Zeile 25 Pf.

Zu zahlreichen Abonnement einladend, weisen wir besonders darauf hin, dass die Berliner Freie Presse in keiner Gast-Wirthschaft, wo Sozialisten verkehren, fehlen dürfte, und zeichnen

Mit soz.-dem. Gruss Die Expedition.

Berlin S.-O., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Märkischer Volksfreund

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung der Provinz Brandenburg.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonntag.

Man abonnirt bei allen Postanstalten, für 60 Pf. für die Monate November und Dezember, ohne Bringerlohn.

Der Märkische Volksfreund ist eingetragen im XII. Nachtrag zur Zeitungs-Preis-Liste unter Nr. 2282a.

Freunde und Genossen der Provinz Brandenburg, die geneigt sind, für die Verbreitung dieser Zeitung zu agitiren, werden um Einsendung ihrer Adressen ersucht.

Agitations-Nummern stehen in jeder Anzahl gratis zur Verfügung. Die Expedition.

Berlin S.-O., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Eine sehr interessante Novität!

In unserem Verlage ist erschienen:

Die wahre Gestalt des Christenthums.

Die vortreffliche Broschüre von Yves Guyot und Sigismund Lacroix: „Etudè sur les doctrines sociales du christianisme“, übersetzt von einem deutschen Sozialisten, 128 Octavseiten. — Ausnahmspreis für Deutschland: 50 Pf. einzeln und 35 Pf. in Parthien, jedoch nur gegen baar und so nur an Mitglieder von Arbeitervereinigungen. Sonst: 75 Pf. — (An Filialen nur 1 Exemplar auf Wunsch in Kommission, weitere nur fest!)

Energische Verwendung ist im Interesse der Partei höchst wünschenswerth.

Volksbuchhandlung (J. Franz) Zürich.

Auf den obigen Ausnahmspreis reflektirende Parteigenossen Deutschlands wollen Ihre Bestellungen an die Buchhandlung des „Vorwärts“ adressiren.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.

Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: M. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanfermann, 396 Division Street.
San Francisco: H. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 15. Freitag, 3. November. 1876.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat November zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II. und den Colporteuren, für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Teubert, Bornaische Str. 19, für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Zeitungsspediteur Zschau, Neureudnitz 15, 1 Tr., und Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, für **Plagwitz** nnd **Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

☛ Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Unsere Gegner.

IV.

Wir haben in voriger Nummer gezeigt, wie Hr. von Unruh sich verschnappt hat, und was er „innen, ganz inwendig" in seinem biederen Bourgeoissinn von den Frauen und der Frauenfrage denkt.

Sehen wir nun, wie sich die sozialdemokratischen Anschauungen in dem Hirne des Hrn. von Unruh ausnehmen oder wenigstens von demselben reflektirt (zurückgestrahlt) werden. Wer kennt nicht jene auf Messen und Märkten herumziehenden „Optiker", die ein „Kabinet" mit verschieden construirten Spiegeln, hohlen und ausgebauchten, senkrecht und wagrecht gestreckten, runden und eiförmigen, ausstellen; wer in die Spiegel blickt, findet in jedem seine mehr oder weniger häßliche und lächerliche Karrikatur, in keinem sein richtiges Bild. Der Schädel des Hrn. von Unruh ist ein solch „optisches Kabinet": er enthält nur Zerrspiegel und wirft folglich auch nur Zerrbilder zurück. Doch nein — es besteht ein wesentlicher Unterschied: die Zerrspiegel der fahrenden Meßbudiker werfen das Bild wirklicher Personen zurück; während die Zerrspiegel im Schädel des Herrn von Unruh das Bild von Puppen und Vogelscheuchen zurückwerfen, die Herr von Unruh sich selber fabrizirt hat — ein Vergnügen, das wir ihm sehr gern gönnen würden, wenn er nicht die Unverfrorenheit hätte, seine Puppen und Vogelscheuchen für wirkliche Personen, seine Phantasiegebilde für die Forderungen der Sozialdemokratie auszugeben und uns seine corrupten Moralbegriffe unterzuschieben.

Treten wir ein in das „optische Kabinet" des Hrn. v. Unruh:

„Bewahre! So etwas Schändliches (wie „Weibergemeinschaft") haben die Sozialdemokraten nicht im Sinn; sie wollen nur etwas ganz Unschuldiges, die Sittlichkeit Förderndes; sie verlangen: „daß künftig nicht mehr nach Geld und anderen Rücksichten geheirathet werde und daß eine unglückliche Verbindung leichter, wie es heute Gesetz und Sitte mit sich bringen, wieder gelöst werden könne. Die Göttin der Liebe soll wieder auf den Thron gehoben werden, und wenn die Liebe gewichen ist, so mag getrost auch das äußere Band zerreißen."

„Das Erlöschen der Liebe soll also (räsonnirt Hr. von Unruh) hinreichender Scheidungsgrund sein. Ob ein Ehegatte den andern noch liebt, kann nur er selbst wissen. Ein Beweis, ob Liebe noch vorhanden oder nicht, läßt sich nicht führen. Das Innere des Menschen kann keiner gerichtlichen Untersuchung unterworfen werden. Es wird daher jedem Ehemann und jeder Ehefrau überlassen werden müssen, zu erklären: die Liebe ist erloschen. Damit tritt denn die Scheidung nach der Ansicht von Brade von selbst ein, die Ehe ist aufgelöst und es steht nichts im Wege, daß der Mann oder die Frau eine andere Ehe aus Liebe eingehen."

Was haben Sie dagegen einzuwenden, Herr von Unruh? Ist es nicht durchaus vernünftig, daß ein Band gelöst wird, welches ein blos äußerlicher Zwang geworden ist und entweder zur moralischen Tortur oder zur Quelle der unsittlichsten Heuchelei werden muß! Wissen Sie nicht, Herr von Unruh, daß der gesammte Liberalismus, in Deutschland nicht allein, sondern auch in Frankreich, England, Amerika, kurz in sämmtlichen Kulturländern aus den soeben angedeuteten Gründen seit Menschenaltern für die möglichste Erleichterung der Ehescheidung und Wiederverheirathung Geschiedener eintritt, und daß anläßlich des deutschen Civilehegesetzes neuerdings sogar aus dem Schooße Ihrer eigenen Partei Herr von Unruh, derartige Anschauungen energischen (so weit man bei derlei Leuten überhaupt von Energie reden kann) Ausdruck gefunden haben?

Sie wissen es nicht? Was sollen wir da mehr bewundern, Ihre Unkenntniß der neueren Geschichte, und speziell der Geschichte Ihrer Partei, oder die phänomenale Schwäche Ihres Gedächtnisses? Haben Sie Lust sich zu informiren, so wenden Sie sich an den sehr humanen Verwalter der Reichstagsbibliothek — er wird Ihnen ein paar Dutzend Bände, die von dem betreffenden „Thema" handeln, zur Verfügung stellen.

Doch blicken wir jetzt in den nächsten Spiegel des „Kabinets" Unruh:

„Daß hiermit die Prostitution und das Concubinat (das Zusammenleben von Mann und Frau ohne Eingehung einer Ehe) aufhören würde, wie Brade versichert, ist insofern richtig, als der Mann und das Mädchen, ehe sie in näheren Umgang mit einander treten, nur zu erklären haben: wir lieben uns. Damit wird die Ehe geschlossen und der eheliche Umgang gestattet, ohne daß solche Eheleute sich in Betreff der Dauer ihrer Ehe irgend welchem Zwang zu unterwerfen, irgend welche Verpflichtungen für die Zukunft einzugehen nöthig haben. Denn ebenso leicht, wie diese Art von Ehe heute geschlossen wird, kann sie morgen durch die Erklärung, die Liebe sei erloschen, wieder aufgelöst werden. Wozu also Concubinat? Auch die Prostitution würde im sozialdemokratischen Sinn dadurch vermieden, daß der Mann zum Mädchen sagt: ich liebe Dich und heirathe Dich. Am andern Tage erklärt er dann: meine Liebe zu Dir ist erloschen, und wenn Du das nicht glauben willst, so prügele ich Dich und werfe Dich zum Hause hinaus. Damit ist die Ehe wieder geschieden, wie in der Türkei, wo Verstoßung der Frau für Scheidung unter Muhamedanern gilt. Gleich darauf geht der Mann eine neue eben solche Ehe ein, die jederzeit wieder aufgelöst werden kann."

Ei! Ei! Herr von Unruh, Sie schildern ja ein — Bordell! Und Sie scheinen darin zu Hause zu sein. Kein Wunder das. Nicht als ob wir behaupten wollten, Sie seien ein Habitué (häufiger Besucher) von „mauvais lieux" (schlechten Oertern) — obgleich wir Tausend gegen Eins wetten, daß Sie in puncto der von Ihnen mit solcher Lebendigkeit und photographischen Treue geschilderten „Eheschließungen" und „Ehescheidungen" nicht ganz ohne praktische Erfahrung sind — so indiskret sind wir nicht, aber, Sie Armer, es ist Ihnen wieder ein Malheur passirt. Statt der sozialistischen Vogelscheuche, die Sie sich zurecht gemacht, haben Sie in Ihrem Eifer „die beste der Welten", Ihre Gesellschaft, Herr von Unruh, am Kragen gepackt und in Ihr optisches Kabinet geschleppt! Ein schlimmes Versehn! Und nicht das schlimmste! Statt vor einen Zerrspiegel sind Sie irrthümlicherweise vor einen richtigen Spiegel gekommen, und so ist das Unglück fertig geworden:

Statt einer Karrikatur der sozialistischen Gesellschaft **geben Sie uns das Portrait der bürgerlichen Gesellschaft!** —

Also ein Bordell!

Es ist ein häßliches, nicht gerade wohlriechendes Thema, läßt sich jedoch nicht vermeiden, wenn man von der Moral des Herrn von Unruh und Compagnie spricht.

Ein Bordell! Weiß Herr von Unruh, was ein Bordell ist? Natürlich — sonst hätte er uns kein so treffliches, lebenswahres Bild davon entwerfen können. Weiß Herr von Unruh, daß die Bordelle eine Einrichtung der alten, bestehenden Gesellschaft sind? Natürlich, wie könnte er sonst mit der Taxe von 1 Thaler bekannt sein, die in Magdeburg und Berlin, den zwei Residenzen des Herrn von Unruh, üblich sein soll, und die er — der geistreiche Sozialistenverspeiser — so freundlich und naiv ist, in die sozialistische Gesellschaft hinüberzutragen?

Weiß Herr von Unruh nicht, daß die heutige Gesellschaft nicht bloß Bordelle hat, sondern daß sie ein Bordell ist? Herr von Unruh schüttelt verneinend den Kopf! Gut, wir wollen ihm mit ein paar Thatsachen aufwarten. Vor etwa 30 Jahren sagte einmal der damalige König von Bayern, Ludwig, der Deutsche oder Teutsche, in derlei Dingen die sachverständigste Autorität: „Wenn über ganz München ein Dach gebaut wird, hat man ein großes Bordell." Ein anderer König beeilte sich, das Wort Ludewigs von Bayernland auf Berlin auszudehnen; und es dürfte sich sowohl im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" als außerhalb desselben keine Stadt finden lassen, von der nicht ähnliches gesagt worden wäre, oder doch gesagt werden könnte. Eine Stadt, die nicht hundert Meilen von Leipzig entfernt liegt, entlockte einem, in den vornehmen Kreisen praktizirenden Arzt den Ausruf: „Wenn man an jedes Haus der guten Gesellschaft, in welchem der Mann hinter dem Rücken der Frau, oder die Frau hinter dem Rücken des Manns — oft auch beiderseits nicht hinter dem Rücken des Andern „Verhältnisse" hat, ein Kreuz machte, so würde, wie in Tausend und Eine Nacht, jedes Haus sein Kreuz bekommen."

Wohlgemerkt jedes Haus der „guten Gesellschaft", der Gesellschaft des Herrn von Unruh.

Und hat Herr von Unruh nicht den kürzlich veröffentlichten Briefwechsel des Fürsten Pückler-Muskau gelesen?

Nicht? Doch nicht zu prüde, trotz der minutiösen Bordellkenntniß? Nun, wir wollen Herrn von Unruh unter die Arme greifen. Ein paar Worte genügen. Fürst Pückler-Muskau, der die „vornehme Gesellschaft", „die gute Gesellschaft", „die beste Gesellschaft", „die feinste Gesellschaft", „die gebildetste Gesellschaft" — kurz, die herrschende Gesellschaft, bürgerliche und adlige, bis hinauf in die höchsten und allerhöchsten Regionen so genau kennt, wie kaum ein zweiter, so genau, wie Herr von Unruh die Bordelle kennt (Seien Sie ruhig, Herr von Unruh, wir wollen's der Frau Commerzienräthin nicht verrathen!), er zeichnet diese Gesellschaft als ein großes Bordell. — —

Nach dieser Abschlagszahlung, die wir Ihnen heute gemacht, werden Sie schon den Umfang des Pechs, das Ihnen widerfahren ist, annähernd ermessen können, Herr von Unruh!

Sie haben gegen den Sozialismus ausgeholt, und Ihr Schlag hat die heutige Gesellschaft getroffen. Sie haben bei Ihrem fruchtlosen Versuch, den Sozialismus zu besudeln, tief, tief, mit wahrem Behagen, in den Koth gegriffen, Hr. von Unruh, und der Koth, den Sie zu Tage gefördert, es ist der Koth der heutigen Gesellschaft, Ihrer Gesellschaft.

Pfui, Herr von Unruh! Und: Schön' Dank, Herr von Unruh!

Anleitung bei einem Bruderkriege.

Als Herr v. Bennigsen, der „liberale" Führer, vor zwei Jahren im Reichstage bei Feststellung des siebenjährigen Militärbudgets unter dem Beifall der Liberalen erklärte, daß die Armee nicht allein gegen die äußeren Feinde, sondern auch gegen die innern Feinde vollständig an Zahl und Tüchtigkeit dastehen müsse, da fehlte dieser Gesellschaft nur noch ein ausgearbeitetes Reglement, in welchem klargestellt wurde, auf welche Weise die Armee gegen den innern Feind operiren müsse.

Diesem Mangel, diesem tiefgefühlten Bedürfnisse der „Liberalen" hat nun ein Herr Campe, Oberst und Commandant von Metz, abgeholfen, indem er ein Büchlein herausgegeben, welches den Titel hat: „Ausbildung der Compagnie für das Gefecht".

In dem Abschnitte „Straßenkampf in großen Städten gegen Rebellen" kommen nachstehende Sätze vor, die wir nicht unterlassen wollen, unsern Lesern mitzutheilen, nicht deshalb, um vorkommenden Falles „Gegenrecepte" zu gebrauchen, dazu sind wir nicht bestialisch genug, sondern lediglich deshalb, um die Heuchelei, die sich fortwährend in den vornehmen und gebildeten Kreisen in Bezug auf die Humanität breit macht, an den Pranger zu stellen.

„Die armen Serben, die armen Bulgaren! wie werden sie gemordet und wie gemißhandelt!" so stöhnen die deutschen Patrioten, und es sollte uns nicht wundern, wenn ein russenfreundlicher deutscher Offizier in dies Gestöhne mit einstimmte. Und gerade diese selben Leute halten es für sehr treffend, wenn ein deutscher Offizier gegen deutsche Bürger folgende Maßnahmen empfiehlt.

Die betreffenden Sätze in dem angedeuteten Buche lauten:

„Vor Beginn des Straßenkampfes ist die Menge von den Truppen fernzuhalten. Auf Parlamentiren mit Rebellen muß man sich nie einlassen, und ihren Worten von Hause aus weder Gehör noch Glauben schenken. Alle halben Maßregeln sind verwerflich; man lasse niemals blind feuern, um zu schrecken. Sobald die vorgeschriebene dreimalige Aufforderung geschehen oder die Truppen von Empörern angegriffen werden, muß man stets den vollen Gebrauch von der Waffe machen. Jegliche Schonung oder ein Zaudern wird doch nur als Schwäche ausgelegt und verschlimmert die Situation. Erst Feuerwirkung, dann Bajonnet. Barrikaden muß man durch Häuser und Gehöfte zu umgehen suchen, indem man durchbricht, wenn hierzu Zeit ist. Eckhäuser und dominirende Punkte sind festzuhalten, eventuell zu nehmen. Beim Passiren rebellischer Stadttheile sichern sich geschlossene Abtheilungen durch dicht an den Häusern sie begleitende Schützen, welche die gegenüberliegenden Häuser- und Fensterreihen unter Schuß halten. Aus den Fenstern geworfene schwere Gegenstände fallen selten dicht am Fuß der Häuser nieder. Keine Gefangenen machen; belästigen nur, werden häufig ungestraft wieder freigelassen und treten von Neuem als Gegner auf. In der Instruktion über dies Thema ist der Unterschied hervorzuheben in der Behandlung von Rebellen und dem Verfahren gegen die im offenen Kampfe gegen einen braven, ehrlichen Feind gemachten Gefangenen. Letztere sind möglichst zu schonen und als Wehrlose zu schützen. Den Verwundeten ist beizustehen, sobald hiezu Zeit ist. Jeder Rebell, der mit einer Waffe getroffen oder dem anzusehen, daß er gegen die Truppen thätig gewesen, ist auf der Stelle niederzustechen."

„Vor dem Beginne des Straßenkampfes ist die Menge fernzuhalten!" — Das ist sehr bezeichnend — das Fraternisiren der Truppen mit den „Rebellen" könnte manchem „Helden", und sei er auch ein Oberst und Stadtkommandant, höchst unbequem werden; deshalb soll man auch weder Gehör noch Glauben schenken. Der Verfasser scheint demnach wohl zu wissen, daß seine Gesellschaft nur auf den Spitzen der Bajonnette ruht und nicht auf einem guten Prinzipe; daß, wenn die Träger der Bajonnette den „Rebellen" erst Gehör geben, das gute Prinzip sich Bahn bricht und die Bajonnette, welche eben noch gegen dasselbe gerichtet waren, sich umkehren würden.

Deshalb darf man die „Kanaille" nicht zu Worte kommen lassen; kommen sie zu Worte, so siegt am Ende die Wahrheit — und der Posten eines Stadtkommandanten und eines hannöverschen Landesdirektors (Bennigsen) werden für immer abgeschafft.

„Niemals blind feuern, um zu schrecken, — immer den vollen Gebrauch von der Waffe machen, um die Landeskinder, die Brüder zu erschießen und zu erstechen." — Das ist sehr deutlich!

Soviel uns erinnerlich, hieß es in den alten militärischen Reglements, daß man bei etwaigem Aufruhr „nach der üblichen Aufforderung zum Auseinandergehen" zuerst immer, „um zu schrecken", über die Köpfe der Menge hinwegfeuern solle — doch die Zeiten der früheren Barbarei sind vorüber und das Zeitalter der Humanität ist angebrochen — man sieht's ja an dem Gewinsel über die türkischen Greuelthaten; ja, das Zeitalter der Humanität ist angebrochen, desbalb sollen deutsche Soldaten nach der „Anleitung bei einem Bruderkrieg", geschrieben von einem deutschen Offizier, die deutschen Bürger eventuellen Falls genau so traktiren, wie es die feigen Versailler Mordbanditen den Pariser Communards gegenüber thaten.

„Keine Gefangenen machen! Belästigen nur!" Wird der Herr nicht vor ein Kriegsgericht gestellt, der seinen Untergebenen so etwas predigt? fragt unwillkürlich jeder unbefangene Leser?

Nein, bei Leibe nicht! Der feige deutsche Liberalismus, der in Deutschland die Gesetzgebung beherrscht, wünscht ja solche Helden gegen die Sozialdemokraten, gegen die „Rothen". Der

Liberalismus hetzt ja die deutschen Offiziere, welche früher zum mindesten auf ihre unbefleckte Ehre sahen, vielfach durch das Vorführen des „rothen Gespenstes“ in einer Weise auf, daß sie, wie der Verfasser jenes Buches, im Uebereifer ihrem eigenen Rufe zu nahe treten. Herr von Bennigsen reizte ja durch die angeführte Reichstagsrede gegen den inneren Feind die Soldateska direkt auf gegen den Bürger — was Wunder, wenn ein rauher Soldat seine Consequenzen daraus zieht?

„Ein Unterschied ist zu machen zwischen gefangenen Rebellen und einem gefangenen Feind einer anderen Nation — die Letzteren sind „möglichst“ zu schonen.“ — Daraus geht hervor, daß die Ersteren, die Brüder, nicht geschont werden sollen, daß sie zu beschimpfen, zu mißhandeln oder gar niederzumetzeln sind. Der „kluge“ Stadtkommandant weiß sehr gut, daß, wenn Gefangene anderer Nationen schimpflich behandelt und niedergestoßen werden, unter Umständen eine europäische Coalition gegen „eine solche Bestie von Armee“ sich bilden würde, welche die Rathgeber solcher Infamien einfach aufknüpfen könnte.

Bei den inneren Feinden hat das nichts zu sagen — wenn die Rebellen „zur Ruhe gebracht“ worden wären, würde der große Bennigsen vielleicht eine Entrüstungsrede im Reichstage über die infame Behandlung und Massakrirung der gefangenen Bürger halten, dieselbe schließlich mit der militärischen Nothwendigkeit entschuldigen und — der edle Stadtkommandant würde Gouverneur werden.

„Jeder Rebell, dem anzusehen ist, daß er gegen die Truppen thätig gewesen, ist auf der Stelle niederzumachen.“ — Die Bestie wird entfesselt, Herr Stadtkommandant, durch diese Anweisung.

Als bei dem Communeaufstand in Paris eine alte Frau, welche ihre Söhne aufsuchte, auf einen Trupp Versailler Bestien stieß, da wurde sie jauchzend umringt, und als sie bat, man möge sie durchlassen, einen Sohn habe sie schon verloren im Kampfe, sie suche ihre anderen Kinder, da grinste eines der Scheusale und rief: „Sie riecht nach Petroleum!“ —

„Sie riecht nach Petroleum!“ — brüllte der ganze Chor nach und von sechs Bajonnettstichen durchbohrt, fiel die jammernde Mutter zu Boden.

So hat es die „Gartenlaube“ im Jahre 1872 in ihren „Blättern und Blüthen“ erzählt.

So sieht oder „riecht“ man es einem Menschen an, daß er gegen die Truppen thätig war, Herr Stadtkommandant; so wird eine unschuldige Frau niedergestochen; so werden die Soldaten zu Bestien erzogen, und jener grauenvolle, bestialische Ruf: „Sie riecht nach Petroleum!“ ist die einfache Consequenz Ihrer „Anleitung bei einem Bruderkriege“.

Und ein solches Buch, in welchem derartige Anleitung gegeben wird, findet in Deutschland einen Verleger.

Schämen sollte sich der Mann, Mittler heißt er und wohnt in Berlin; doch er hat Geld dabei verdient, und Geld wäscht alle Scham und Schande ab und der Verfasser wird höchst wahrscheinlich bald General und erläßt dann vielleicht noch eine neue vermehrte und verbesserte Auflage.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Am 30. Oktober wurde, der Reichstag eröffnet der Kaiser war krank, und so mußte Herr Hofmann von Darmstadt, Entdecker des „Rohheitsfonds“ und Präsident des Reichskanzleramts, die „Thronrede“ halten. Wir geben folgende Stellen daraus:

„Beklagenswerthe Unfälle, von welchen deutsche Schiffe in neuerer Zeit häufiger als sonst betroffen worden sind, haben das Bedürfniß einer gesetzlichen Regelung des bei Untersuchung von Seeunfällen zu beobachtenden Verfahrens wachgerufen. Ein hierauf bezüglicher Gesetz-Entwurf wird Ihnen zugehen.

„Die auswärtigen Beziehungen Deuschlands entsprechen, ungeachtet der augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage, dem friedfertigen Charakter der Politik Seiner Majestät des Kaisers. Das angelegentliche Bestreben Seiner Majestät ist unabänderlich darauf gerichtet, gute Beziehungen mit allen Mächten und insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näher stehenden zu pflegen, und auch unter ihnen den Frieden, sofern er bedroht werden sollte, durch freundschaftliche Vermittlung zu erhalten. Was aber die Zukunft auch bringen möge, — Deutschland darf sicher sein, daß das Blut seiner Söhne nur zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werden wird.

Der Druck, welcher auf Handel und Verkehr nicht blos in Deutschland, sondern auch in den meisten andern Ländern schon seit geraumer Zeit lastet, ist Gegenstand der unausgesetzten Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen. Eine unmittelbare und durchgreifende Abhülfe liegt bei der Allgemeinheit der obwaltenden Uebelstände und nach der Natur derselben nicht in der Macht eines einzelnen Landes, wie lebhaft immer der gute Wille und die Bethätigung desselben bei denen sein mag, die an seiner Spitze stehen. Wohl aber wird es als die Aufgabe der deutschen Handelspolitik zu betrachten sein, von der heimischen Industrie Benachtheiligungen abzuwenden, welche ihr durch die Zoll- und Steuer-Einrichtungen anderer Staaten bereitet werden. Auf dieses Ziel wird die Kaiserliche Regierung namentlich bei den bevorstehenden Unterhandlungen über die Erneuerung von Handelsverträgen hinzuwirken bemüht sein.“

Also über die politische Krise wird nur gesagt, daß man nichts sagen will oder kann, und über die ökonomische Krise, daß man nichts thun kann. Nach einer solchen Unfähigkeitserklärung begreifen wir wahrhaftig nicht, wozu wir eine Reichsregierung haben.

— Fürstliche Lebensart. Mehrere Verwandte des Grafen Arnim haben nach dessen neuester Verurtheilung den Staatsdienst verlassen, darunter der Legationsrath Hermann von Arnim. Dieser schrieb in seinem von Genf aus vom 14. Oktober datirten, an den Fürsten Bismarck gerichteten Abschiedsgesuch:

> „Bereits im Frühjahr 1874 bin ich auf meinen Antrag aus der Stellung geschieden, die ich in Ew. Durchlaucht unmittelbarer Nähe inne hatte. Meine verwandtschaftlichen Beziehungen machten mir es damals unmöglich, in jener Stellung zu verbleiben, da ich nicht länger Zeuge von Aeußerungen sein wollte, die Ew. Durchlaucht in meiner Gegenwart über den Grafen Harry von Arnim thaten.“

Und so weiter. Der Rest des Gesuchs hat kein Interesse für uns. —

— „Der Sozialismus eine Perle“! Verschiedene gegnerische Blätter erzählen: „Eine Perle von einer Gemeinde ist die 400 Einwohner zählende Brudergemeinde Königsfeld im badischen Schwarzwald. In derselben ist seit 50 Jahren keine polizeiliche Bestrafung, geschweige ein schwerer Straffall, keine gerichtliche Versteigerung, keine uneheliche Geburt, keine Ehescheidungsklage, kein Prozeß und kein Bettler vorgekommen.“ — In dieser Gemeinde herrscht, wie in noch mehreren im Großherzogthum Hessen und in Baden, völlige Gütergemeinschaft und gemeinsame Arbeit. Diese Gemeinde richtet sich aus confessionellen Gründen nach den urchristlichen Gemeinden. Wenn also in solcher Gemeinde, wo doch der religiöse Wust, der bei den Gliedern derselben vorherrscht, viele Unklarheiten hervorbringt, schon die sozialistische Idee solche gute Wirkungen ausübt, wie viel mehr wird er es thun bei Leuten, wo der bornirte „Glauben“ zurückgedrängt worden ist durch die Wissenschaft. Dann erhalten wir nur „Perlen von Gemeinden“.

— Wie man Moral in die Menschheit bringt! Zwei dreizehnjährige Knaben sind wegen Kirchendiebstahls kürzlich vom Kreisgericht zu Großbeeren zu je einer Woche Gefängniß verurtheilt worden. Jeder der beiden Attentäter hatte 40 Pfennig gestohlen, jeder derselben hatte von ihren Vätern, die, wie die „Volks-Zeitung“ sagt, arme Arbeitsleute waren, in der Confirmationsstunde vor den Augen des Geistlichen tüchtige Hiebe erhalten; diese Kinder „armer Arbeitsleute“ hatten für das Geld Semmel gekauft (also Hunger!) und dennoch wurden sie denuncirt und vom Gericht mit einer Woche Gefängniß bestraft. Damit hat die „Besserung“ bei diesen Jungen begonnen, eine „Besserung, welche bei den herrschenden Verhältnissen unfehlbar zum Zuchthaus führt.

— Keine Türken! Man liest in der „France“: „Etwa 15 Kilometer von Paris, zur Rechten der nach Antibes führenden Straße, ist ein Dorf verschwunden. Es ist dies Paray. Die ältesten Leute der nahen Ortschaften versichern, daß Paray einst — wahrscheinlich im Mittelalter — eine Festung war und zwölftausend Einwohner zählte. Jetzt steht nur noch ein einziges Haus in Trümmern, nnd kein Einwohner läßt sich mehr blicken. Während des Krieges wurde Paray von den Deutschen verbrannt. Dessenungeachtet finden wir auf einer nach 1876 herausgegebenen Generalstabskarte Paray noch mit den Zeichen, welche eine Ortschaft bedeuten, die einen Maire hat und eine Häusergruppe bildet, angegeben. Wenn ein Reglement für die Cantonirungen und ein die Requisitionen betreffendes Gesetz aufgestellt würden, könnten hier das Obercommando und die Intendantur übel anrennen. Und wie viele andere Paray weist unsere Generalstabskarte noch auf!“ — Diejenigen Leute, welche das Dorf Paray „verschwinden“ ließen, waren keine Türken, es waren deutsche Soldaten. — Im Kriege sind sie Alle gleich; der Krieg kennt, trotz der von einzelnen Culturstaaten versuchten humanitären Einrichtungen keine Gnade, der Krieg verwüstet, und er verwüstet, wie der verschwundene Ort zeigt, um so nachdrücklicher, je civilisirter die Nationen sind, welche mit ihren civilisirten Hilfswerkzeugen ihn führen. Je roher die Völker, desto primitiver Raub und Verwüstung; je civilisirter die Völker, desto intensiver die Kriegsfolgen.

— In der französischen Musterrepublik wird die Presse in einer Weise verfolgt, welche die Männer des Kaiserreichs mit Neid erfüllen könnte. Nur ein Beispiel. Am vorigen Freitag wurden die „Menschenrechte“ („Droits de l'Homme“) in der Person eines ihrer Geranten, Namens Rigout, von dem Pariser Zuchtpolizei wegen eines Artikels von X . . . y, in welchem der Laternenmann Rochefort sich über die Generale Ducrot, Bourbaki, Douai und Salignac-Fénelon lustig machte, zu dem Maximum der gesetzlichen Strafe, nämlich zu zwei Jahren Gefängniß und einer Geldbuße von 4000 Francs verurtheilt worden. Es ist dies die zehnte Verurtheilung der „Droits de l'Homme“ binnen kaum einem halben Jahre Man sieht, es giebt auch Richter in Paris.

— Aus der Schweiz schreibt man uns: Im Kanton Tessin waren die Ultramontanen an's Regiment gekommen, und sie benteten ihre Macht zu allerlei reaktionären Maßregeln aus. Sie besaßen die Majorität im Großen Rathe, während die Radikalen sie in der Exekutive, im Staatsrathe hatten. Ein vorn und hinten bespannter Wagen kann nicht vorwärts noch rückwärts und muß mit Nothwendigkeit umwerfen, das ist nun auch im Kanton Tessin geschehen. Auf Grund eines mit der Bundesverfassung im Widerspruch stehenden Wahlgesetzes bewirkt, wurden die Tessiner Wahlen von der Bundesversammlung indirekt beanstandet. Der neugewählte Große Rath ertheilte Weisung, ein neues Wahlgesetz zu beschließen und sich dann aufzulösen. Das that er aber nicht und erachtete sich für competent, bis 1879 zu amtiren. Die Radikalen griffen, da alle Mahnungen des Bundes unbeachtet blieben — des langen Harrens müde — zum Staatsstreich. In der großen Versammlung von Lokarno wurde eine Petition an die Regierung um Auflösung des Großen Raths und um Neuwahlen gerichtet. Bereitwillig willfahrte die radikale Regierung, doch sind die von ihr ausgeschriebenen Neuwahlen inzwischen vom Bundesrathe vertagt worden, um erst eine eidg. Untersuchung stattfinden zu lassen. Die Erregung in der Bevölkerung ist außerordentlich; im Dorfe Stabir ist es bereits zum blutigen Zusammenstoß gekommen; die Ultramontanen feuerten auf die Radikalen, wobei diese drei Todte und vier Verwundete hatten. Das Haus, aus dem die Schüsse fielen, wurde von den Radikalen gestürmt und ein Ultramontaner dabei getödtet. — Die Situation ist so bedrohlich, daß der Ausbruch des Bürgerkrieges sehr leicht möglich ist. Es ist begreiflich, daß die freisinnigen tessinischen Arbeiter sich im Lager der Radikalen befinden. Unter zwei Uebeln ist das Pfaffenregiment immer noch das größte und schlimmste.

— Aus der besten der Welten. In der letzten Nummer des Londoner „Beehive“ wird die Geschichte eines Ehepaars aus den besseren Ständen erzählt, das allmählich zurückkam und zuletzt so vollständig von Allem entblößt war, daß die Frau, wie die Leichenschau constatirte, vor Hunger starb. Das ist nun nichts besonderes — jeden Tag stirbt durchschnittlich in London ein Mensch Hungers; aber was gerade diesen Fall bemerkenswerth macht, ist die vor dem Leichenschau-Gericht (Coroner's Jury) zu Tag geförderte Thatsache, daß die beiden unglücklichen Ehegatten wiederholt von Bekannten gedrängt worden waren, in das Armenhaus zu gehn, daß sie aber stets erklärt hatten: der Hungertod sei besser als das Leben im Workhaus. Und sie hatten recht! Die heuchlerische Bourgeois-Gesellschaft hat sich zwar insofern mit ihrem Gewissen abgefunden, als sie eine Armenunterstützung organisirte, aber sie hat diese Armenunterstützung so eingerichtet, daß das Volk lieber dem Hungertod entgegengeht, als von der Armenunterstützung, welche diese Gesellschaft bietet, Gebrauch zu machen. Ein weiterer Commentar ist überflüssig.

— Die Baumwollenspinner in Lancashire haben soeben zur Ausführung ihrer kürzlich in Manchester gefaßten Beschlüsse in aller Form die bevorstehende Schließung ihrer Fabriken angezeigt, sofern die Arbeiter nicht den ihnen aufoktroyirten neuen Lohntarif annehmen. Eine Aussperrung würde 80,000 Arbeitern die Beschäftigung nehmen, daher kann es nicht Verwunderung erregen, daß die so schwer bedrängten Arbeiter wohl oder übel eingewilligt haben, sich dem Ausspruche eines Schiedsgerichts zu unterwerfen. — Wir sind gespannt, ob nun die

Ein nationalliberales Guckkastenbild.

Die nationalliberale Partei rüstet sich jetzt immer eifriger zum Wahlkampf und daß sie dabei ihre Lieblingswaffe, die „Klapper“ mit Vorliebe rührt und die tapfersten ihrer Preßhelden ins Treffen schickt, versteht sich von selbst. Es läßt sich darüber streiten, ob es nicht empfehlenswerth wäre, demjenigen Theil ihrer Presse, dem die Hauptaufgabe des „Klapperns“ und „Aufschneidens“ zufällt, und der zugleich eine Zufluchtsstätte manches polemischen Genie's ist, den Namen „Klapperkasten“ oder sonst eine sinnreiche Bezeichnung zu geben, indeß mag dies ganz den liberalen Gelehrten dieses Ressorts überlassen bleiben, die uns periodisch mit ihren wundersamen Spenden erfreuen. „Wundersam“ müssen wir sie nennen, diese Vorboten des Wahlkampfes, denn wollten wir sie kurzweg unter die Rubrik der „Dummheit“ und des „Dünkels“ einstellen, so begingen wir eine Härte dem Gegner gegenüber, der vor Wuth und grausem Bangen verzweiflungsvoll in die Arme dieses Ehepaares getrieben wird. So ernst wir auch unsere Aufgabe erfassen, so wenig vermögen wir unsrer hiesigen Gegnerschaft den Ernst und die Achtung zuzusprechen, die wir jedem vernünftigen Wiedersacher zu bieten gewöhnt sind. Deshalb können wir, ohne nur im Geringsten ungerecht zu sein, die glänzenden, neuesten Produkte ihrer Presse, die sich gegen uns richten, allen Ernstes als die legitimen Kindlein aus der höchst legitimen Ehe von „Dummheit“ und „Dünkel“ bezeichnen. — Staat und Kirche haben offenbar zu diesem Bunde kein „Ja und Amen“ zu sprechen.

Ein Kind aus solcher Ehe hat neulich im „politischen Allerlei“ des hiesigen „Tageblattes“ (1. Beilage Nr. 298) eine wohnliche Stätte gefunden und bei der Taufe den Titel „Die Ehe im sozialistischen Staate“ erhalten. Und wahrlich, wie es Physiognomien gibt, die man scherzhafterweise die „unglücklichen“ zu nennen pflegt, und bei deren mitleidbegehrendem Aussehen, man trotz aller Theilnahme das Lachen unterdrücken muß, so ging es uns auch beim Ansichtigwerden dieser Unglücksphysiognomie. — Halb ist es der Stempel der geistigen Impotenz, der uns hier klagend entgegentritt und halb die theatralische Präsentation einer Gelehrsamkeit und einer Berechnung, „in ihres Nichts durchbohrendem Gefühle.“ Wir könnten sobewandt darauf verzichten, dieser Charakteristik Weiteres hinzuzufügen, allein wir haben ein Recht auch die heiteren Seiten des Kampfes zu beleuchten, wie wir verpflichtet sind, ihn ernsthaft durchzuführen und deshalb folgen unten nur einige Proben der gegnerischen Gelehrsamkeit. Zuvor aber ein Wort über ihre Taktik. Denke man sich, wie herrlich es sich ausnimmt, wenn das Organ für Gründungsprospekte (seligen Angedenkens) dem Tischler, Schneider, Schuhmacher, Krämer, Beamten, Lehrer oder zum Rentier avancirten Hausmann so und so, entrüstet und volkswirthschaftlich näselnd vom großen Krach, der Stroußberg-Ofenheime und von den Herrlichkeiten der „Bischweiler des Herrn Birnbaum“ erzählt und wie es seinen Lesern dann verkündet, daß nun bald alles das Böse überstanden ist. Denke man sich weiter, daß es dem Einen oder Andern in den Sinn käme, das gebundene Prachtexemplar des „Leipziger Tageblattes“ sich herbeizuwünschen, das auf der Ausstellung zu Philadelphia von der Blüthe deutscher Journalistik in seinen seitengroßen Gründungsannoncen von der deutschen Buchdruckerkunst laute Kunde gegeben hat. Denke man sich drittens, daß der Blüthenkranz von: Liebesbotschaften, Carnevalsinseraten, Insulanerglossen, Heirathsgesuchen, Appellen junger Wittwen, armer unglücklicher Damen und antiker Cavaliere an geldbesitzende mitleidige Menschenfreunde um Geld, Gelegenheit zu „freundschaftlichem“ Verkehr, oder um ein bescheidenes Räumchen im Hause, — bunt und sinnig verschlungen sich hinter dem Thore des Findelhauses — um mit dem „Tageblatt“ zu reden — erhebt, aus dessen vierter Etage — (Abtheilung für „höhere“ Kritik und angebliche Sozialwissenschaft) — das sittige Gesichtchen des Jüngstgeborenen freundlich ins Blaue lugt, — welch eine Anregung für das denkende, gebildete Publikum! — Endlich! Da steht's: „Die Ehe im sozialdemokratischen Staat“. — Also so soll es werden, sagt der Nachbar zu seinem — Gevatter, da Beide mit einem großen Töchtersegen bedacht worden sind. „Freilich,“ bestätigt ein Dritter, sagen's ja die „Gelehrten“ des „Tageblatt“ und — hurrah, da stehts:

> „Die Sozialdemokraten wollen die „Weibergemeinschaft“ einführen, wenn sie auch sagen, daß es eine schändliche Verleumdung sei?“ —

Und, wie gelehrt witzelnd fügt es noch hinzu:

> „Bewahre! So etwas Schändliches haben die Sozialdemokraten nicht im Sinn; sie wollen nur etwas ganz Unschuldiges, die Sittlichkeit förderndes; sie verlangen: daß künftig nicht mehr nach Geld und anderen Rücksichten geheirathet werde und daß eine unglückliche Verbindung leichter, wie es heute Gesetz und Sitte mit sich bringen, wieder gelöst werden könne.“ —

Verstanden Nachbar!? —

Und wo blieben da die fetten Heirathsannoncen und Kuppelpelze, die lohnenden Scheidungsprozesse und Alimentenstreitigkeiten, die interessanten Hausfreunde, Adoptionsgelegenheiten und der reizende Stoff zum schmutzigen Klatsch und Zeitvertreib in Wort und Schrift, wie sie heute das Gesetz nicht hindert und die Sitte mit sich bringt —? So frägt sich vielleicht im Stillen der rechnende Philosoph und Moralpolemiker, indem er sich kühn im Sattel erhebt:

> „Die Göttin der Liebe — fährt er fort — soll **wieder auf den Thron** gehoben werden und wenn die Liebe gewichen ist, so mag getrost auch das äußere Band zerreißen“ —

und sein Gehirn schwitzt den schwindelnden Gedanken aus, den seine Feder verschweigen muß: — Dahin wären die weisen Gesetze von der erlaubten und unerlaubten Prostitution, unser herrliches Prostitutionsregulativ, die Meß- und Lebensfreuden unserer kirchlich und staatlich geseiten Intelligenzen und des stumpfsinnig durch unsere rechnende Gesellschaftsmaxime verkommene zur Ehelosigkeit verurtheilten „Mob“*); vorbei der nach Brot gehende Straßenverkauf des „Mädchenthums“ mit seinen Reizen und Abenteuern, gestürzt die Grundpfeiler der Maitressenwirthschaft und des Leipziger „Tugendbunds!? Wie!? Wo bliebe da unser „gartenlaubendes“ hektisches Altjungfernthum, jene zum Erbarmen anregende Legion von Herz und Hirn zermarterten alten Mädchen, das hehre Institut der „wohlthätig-

*) Hoher und niederer Pöbel.

englischen Manchestermänner nicht bald ein Gesetz gegen die Coalitionsfreiheit der Arbeitgeber in Aussicht nehmen werden; bei uns wenigstens würden, wenn sich 80,000 Arbeiter zum Zwecke eines Strikes coalirt hätten, die Petitionen und Anträge um Coalitionsbeschränkungen, Contraktbruchgesetze 2c. sich sofort gejagt haben.

Man schreibt uns weiter über den bevorstehenden Strike: Die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit bethätigt sich jetzt wieder auf's Großartigste in den Baumwollendistrikten England. Die meisten Baumwollenspinner haben eine Revision des Lohntarifs beschlossen, und zwar so, daß alle Fabriken einen und denselben Stücklohn bezahlen sollen, natürlich nach den von den „Meistern" zu bestimmenden Tarif. Gegen eine kleine Verminderung des Lohnes würden die Arbeiter, in Anbetracht der Geschäftskrisis wohl nichts einzuwenden haben, aber sie erklären es für eine Ungerechtigkeit, der sie sich nicht unterwerfen können, daß in Fabriken, die unvollkommene, die eine die Arbeit erschwerende Maschinerie haben, die Arbeiter für das Stück nicht mehr empfangen sollen als in Fabriken, wo Dank der besseren Machinerie die nämliche Arbeit in kürzerer Zeit gemacht werden kann. Sie schlagen deshalb Zahlung nach Zeit — statt des Tagelohn vor. Darauf einzugehen, fällt nun den Meistern nicht ein, und sie haben ihren „Händen" auf den 23. November gekündigt. Nach einer Vermittlung wird nun gesucht. Jedenfalls wollen die Meister den Arbeitern das Knie auf den Nacken setzen, und die „Harmonie" läßt sich bloß dadurch erlangen, daß die Arbeiter zu Kreuz kriechen. „Es ist das die „Harmonie" zwischen dem Räuber und seinen geknebelten Schlachtopfer. Wollen die „Hände" sich diese „Harmonie" nicht gefallen lassen, so werden am 24. November 60,000 Baumwollenspinner, sammt ihren Familien auf's Pflaster geworfen, und noch eine Menge anderer Arbeiter, die dann nicht fortarbeiten können — im Ganzen an achtzigtausend Arbeiter, von denen mindestens zwei Drittel verheirathet sind! Alles in Allem dürfte nahezu eine Viertelmillion Menschen von diesem Staatsstreich der Kapitalisten betroffen worden. —

— In Amerika macht die Einheitsbewegung unter den Arbeitern immer mehr Fortschritte. Eine in Indianopolis tagende Convention (Generalversammlung) der „Unabhängigen Arbeiterpartei des Staats Indiana" hat die Beschlüsse des Philadelphier Arbeiter-Congresses einstimmig angenommen. Dieses ist die erste bedeutende Errungenschaft. Besagte Partei hat ein sehr gut redigirtes Blatt, „The Working man's Map" (Arbeiter-Mappe), welches in Zukunft für die Prinzipien der neuen „Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten" eintreten und seinen Namen in „Labor World" (Welt der Arbeit) umändern wird.

— Vorsichtige Leute. Durch die Blätter geht folgende Notiz: „Die amerikanische Presse hat neuerdings wiederholt auf die Thatsache hingewiesen, daß unter den Grundeigenthümern Newyorks und anderer Städte sich eine große Anzahl europäischer Fürsten und Ex-Potentaten befindet. So zieht die Ex-Kaiserin Eugenie jährlich 8000 englische Pfund aus ihrem Grundeigenthum an der Wallstraße; der Herzog von Nassau hat 200,000 Pfund Sterling in der Alleestraße angelegt, welche ihm 10 Prozent einbringen; die Königin Victoria soll aus ihrem Eigenthum am Broadway jährlich 80,000 Pfund Sterling ziehen; ferner hat der König von Schweden in Newyork für eine halbe Million Eigenthum und der Großfürst Alexis von Rußland ein großes Hotel ebendaselbst gekauft u. s. w." — Wir können diese Notiz durch Mittheilung der Thatsache vervollständigen, daß die Mehrzahl der europäischen Fürsten und namentlich die deutschen ihr „Privatvermögen" in amerikanischen Staaten-Papieren (nicht zu verwechseln mit den Obligationen der Einzelstaaten) angelegt, oder in der amerikanischen Staatenbank deponirt hat. Die Betreffeudeu könnten daheim höhere Zinsen beziehen, indeß die amerikanische Republik dürfte doch fester stehen, als die europäischen Monarchien. Wir finden, daß unsere Fürsten recht ein-, weit- und vorsichtige Leute sind.

— Nach einer Zuschrift des Herrn Tessendorff an unsern Parteigenossen Heinsch in Berlin wird derselbe gegen Heinsch eine Anklage „wegen fortgesetzter Vereinsthätigkeit in zum Theil versteckter Form" erheben. Herr Tessendorff ist bekanntlich ein Mann der Ueberraschungen; er quält sich ab, den Ausspruch Ben Akiba's: „Es ist Alles schon dagewesen!" zu mißkreditiren. Doch all' sein Quälen wird ihm gar nichts, der Ausbreitung der Sozialdemokratie aber gar viel nützen.

Correspondenzen.

n. **Aus Schleswig-Holstein**, 29. Oktober. Unser einflußreiches Schullehrer- und Bauernblatt, die „Itzehoer Zeitung", bringt folgende Notiz: „Zu sozialdemokratischen Agitationszwecken sind im hiesigen 6. Reichstagswahlkreise vom Juni bis September nur 521 M. 32 Pfg. aufgebracht worden." — Der 6. schleswig-holsteinische Wahlkreis — Ottensen, Elmshorn, Glückstadt, in welchem Max Stuhr aus Berlin aufgestellt ist, gehört zu den für die Sozialdemokraten günstigsten Kreisen, wie man auch aus obiger Notiz deutlich ersehen kann. In den drei schlechtesten Steuermonaten sind über 500 Mark in einem Kreise, in welchem die Landbevölkerung vier Fünftel der Gesammtbevölkerung beträgt, lediglich zu Agitationszwecken von Arbeitern und zwar für die Reichstagswahlen aufgebracht worden! Da schenken wir sehr gern der „Itzehoerin" das „nur". — Es ist doch gut, daß der Regierungspräsident Bitter uns verlassen hat. Die Schleswig-Holsteiner können eben keine Leute leiden, welche einmal freisinnig auftreten und schon den andern Tag, wie bei der berühmten Frage: „Sind Sie reichsfreundlich oder reichsfeindlich?", die ich im „Vorwärts" gelesen, sich auf einen wahrhaft orthodox-bureaukratisch-reaktionären Standpunkt stellen. So erzählt man auch wieder eine hübsche Geschichte von dem Bureaukratismus des Herrn Bitter, der schon mehr an Despotismus grenzt. Derselbe wollte sich nämlich an der Abstimmung bei den Urwahlen nicht betheiligen, weil „es doch nichts nütze", gab indessen dem Drängen eines Mitgliedes des liberalen Comités nach und verfügte sich ins Wahllokal. Dort angekommen, bat der Herr Regierungspräsident den Wahlvorsteher, die erste Klasse zuerst abstimmen zu lassen, weil er — der Herr Präsident — den nächsten Zug wegen einer dienstlichen Angelegenheit erreichen müsse! Wenn der Wahlvorsteher diesem gesetzwidrigen Ansinnen wirklich entsprochen haben sollte, so wären natürlich die sämmtlichen Wahlen dieses einen Urwahlbezirkes ungiltig. — Wie man hört, wollen die Klerikalen diesen Fall besonders im Abgeordnetenhause zur Erwägung bringen. — Eins ist überaus merkwürdig in Preußen: daß so viele Beamte fortwährend mit dem Gesetz in Conflikt liegen, ohne bestraft zu werden. Die Gesetzesübertretung eines Bürgers aber wird immer und meistens sehr energisch „getessendorfft".

Hamburg. (Zur Beachtung für Stellmacher [Wagner].) Der Fremdenverkehr und das Arbeitsnachweisungs-Bureau für Stellmacher hierselbst befindet sich von jetzt ab bei Burmester, Großer Neumarkt 46/47, Stadt Berlin. Das bisherige Verkehrslokal war Theilfeldt 21 bei Hartkopf, wo sich jetzt das Arbeitsnachweisungs-Bureau der Arbeitgeber des Rad- urd Stellmacher-Vereins befindet, welches die Vereinigung der Gehilfen zerstören helfen soll. Im Interesse unseres Vereins ersuchen wir alle zureisenden Collegen, auf die Reklamen, welche von Seiten Hartkopfs und der Arbeitgeber gemacht werden, nicht einzugehn und nur in dem Verkehrslokal der Gehilfen, bei Burmester, zu verkehren, woselbst für ein gutes Nachtquartier gesorgt ist.

Die Commission.

Zempelburg. (Ein kleines Bild der sozialen Verhältnisse aus der westpreußischen Kassubei.) Dieser Tage stürzte in einem Dorfe bei Zempelburg bei der Heimkehr von der Ablaßstätte zu Gorki bei Lobsens ein Bettler, der seinem gesunden Beine einen Stelzfuß angeheftet, sammt seiner 70jährigen buckeligen Concubine von dem Boden eines Stalles durch die Stangen auf die Hörner eines wüthenden Bullen und spießte sich selbst auf, während seine Liebe auf der Krippe zwei Rippen brach. Rosenkranz und Schnapsflasche zerstampfte der wüthende Bulle. Bei uns ist nämlich die Krankheit der Frömmelei noch allgemein. Bis auf sechs Meilen Entfernung laufen die geblendeten Volksmassen, Wirthschaft und Kinder ihrem Schicksal überlassend, zu der Ablaßstätte, wo schlaue polnische Krämer im polnischen Nationalcostüm mit angeblich geweihten Christusbilderchen, Crucifixen und Medaillen nicht minder gute Geschäfte machen, als die Wurstfabrikanten und Wahrsager. Für die systematische Verbreitung des Aberglaubens sorgen die polnischen Blätter in Culm (an der Weichsel), in Thorn und Posen. — Auf der anderen Seite wieder hält der durch Katechismus, Geldstrafen und Prügel beigebrachte Respect vor der Polizeiallmacht und der Schreiberwillkür die Arbeiter auf dem Lande wie in den Städten, ohne Unterschied der Confession noch in einer derartigen Willensohnmacht gefangen, daß schon bei den unschuldigen Ausdrücken „Recht und Gerechtigkeit" die Unglücklichen sich scheu umblicken und bei dem Ausdrucke „Sozialdemokrat", in welchem der Pfaffe den Gläubigen, der Schulze den Bauern nur die Erzteufel erkennen läßt, die Leute sich die Ohren mit beiden Händen bedecken. Meist noch erstickt deshalb die Macht des Blendwerks wie die Macht der Furcht hier die gesunden Anschauungskeime der sittlich und physisch niedergetretenen Schichten des Volkes, von deren Schweiß und Dummheit das Hallunkenthum sich nährt; nur so konnte sich hier jene krautjunkerliche Ansicht von einer Nothwendigkeit der Brutalität in der Behandlung der Tagelöhner, in welcher der moralische Lump von Brotherr nur rußgeschwärzte Sklaven erblickt, festsetzen. Solche Creaturen erklärte jüngst hier ein Lieutenant und Gutsbesitzer, müssen jedenfalls schlechter traktirt werden, als die Jagdhunde. Der Zukunft bleibt es vorbehalten, in diesen modernen Heloten, aus deren Bluts- und Schweißtropfen die Bestialität der christlichen Liebesgaukler baare Münze prägt, durch Erweckung des Gefühls der Menschenwürde das Verlangen nach einer menschlicheren Existenz zu erregen. Nur wenige sind es, die das neue Blatt hier kennen und aufrichtig begrüßen. Es wird in dieser Zeit der Verdummung und Corruption einen schweren Stand haben, aber der Menschengeist will zu seiner Entwicklung freie Bahn und darum: „Vorwärts!"

Stettin. Am 24. Oktober hatten wir hier eine öffentliche Arbeiterversammlung, in welcher Zielowsky über die Tagesordnung: Reichstag, Zuchthaus und Kirche! sprach. Der interessante Vortrag wurde von der gut besuchten Versammlung mit reichem Beifall belohnt. H. Dornbusch, Schriftf.

Leipzig, 29. Okt. (Verein der Maler, Lackirer und Vergolder.) Allen Collegen zur Nachricht, daß wir hier im Thüringer Hof, Burgstraße, ein Verkehrslokal nebst Arbeitsnachweis errichtet. Gehülfen und Prinzipale ersuchen wir dasselbe zu benutzen und bemerken, daß jeden Abend von 8—9 Uhr Sitzungen stattfinden. Auch werden daselbst alle 14 Tage, Mittwochs, die Vereinsversammlungen abgehalten.

Der Vorstand.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

FA **Fulda**, 22. Oktober. Seit März besteht hier eine Mitgliedschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, welche am 27. September ihre monatliche Mitgliederversammlung abhielt. In derselben hatte ein Mitglied ein Exemplar der von Hasselmann herausgegebenen Flugblätter „die rothe Fahne" erblicken lassen, das dem überwachenden Schutzmann so gefährlich erschien, daß er sich dasselbe erbat. Die darauf erfolgte Denunziation hatte die vorläufige Schließung der Gewerkschaft zur Folge. Da im Termin der Schutzmann und der Vorsitzende der resp. Versammlung nicht anwesend waren, wurde die Verhandlung vertagt. — Wir glaubten nun keine bessere Antwort geben zu können, als öffentliche Versammlungen abzuhalten. Die erste fand nun am 12. d. M. statt. Tagesordnung war: 1) Die Lage der Weber in Deutschland; 2) die Handhabung der Gesetze durch die Polizeiorgane zu Fulda. Die zweite hielten wir auf allseitiges Verlangen am 18. d. M. ab mit der Tagesordnung: Die Thätigkeit des deutschen Reichstags seit seinem Bestehen und Aufstellung eines Candidaten für die nächste Reichstagswahl. In beiden Versammlungen hatte Genosse Walz aus Kassel, Redakteur der „Wacht" in Hanau, das Referat übernommen und schilderte eingehend die Leistungen unseres seitherigen Volksvertreters, Herrn Gutsbesitzer Herrlein von Margretenhaun (Ultramontaner, nebenbei Agrarier). In der letzten Versammlung forderte ein Reporter der hiesigen ultramontanen Zeitung die Anwesenden, indem er den „Segen Gottes" zu Aller Heiterkeit auf die Versammlung heraberflehte, auf, einem Centrumsmann ihre Stimmen zu geben. — Wir sind mit diesen Versammlungen zum ersten Male in die Oeffentlichkeit getreteu, und in Rücksicht darauf waren dieselben verhältnißmäßig stark besucht. Genosse Walz gab die Referate zu Aller Zufriedenheit, was sogar die Berichte gegnerischer Blätter constatirten. Es wurde der allseitige Wunsch laut, daß bald wieder ein Genosse wie Walz hier in einer Versammlung sprechen möge. Zum Schluß der zweiten Versammlung wurde folgende Resolution mit etwa achtzig gegen zwei Stimmen angenommen:

„In Erwägung, daß die Vertreter des deutschen Reichstags in ihrer Mehrheit eine einzige reaktionäre Masse bilden; in fernerer Erwägung, daß wahrhaft freiheitliche Gesetze nur geschaffen werden, wenn Männer aus dem Volke, welche die Leiden des Volkes aus eigener Erfahrung kennen, in den Reichstag gewählt werden, empfiehlt die heutige, in Wohlgemuths Lokale tagende Arbeiterversammlung den stets muthigen, unerschrockenen Kämpfer für Freiheit und Recht, der selbst lange Kerkerhaft für seine Ueberzeugung ertragen mußte, den Drechsler August Bebel in Leipzig, als Candidaten für den deutschen Reichstag, und verspricht dieselbe mit allen Mitteln für die Wahl des Vorgenannten einzustehen."

Aus Schlesien, 17. Oktober. (Gebildeter Pöbel.) Nicht nur im Reichstage, auch nicht nur in Moabit versteht man das Valentiniren und was sonst noch in dieses erbärmliche Fach einschlägt, sondern überall, wo liberale Leute sich in größerer Anzahl zusammenfinden. So auch in einer nationalliberalen Versammlung in Breslau. Darüber berichtet die „Berliner Freie Presse" folgendermaßen: Der Abgeordnete Wachler gab eine Art von Bericht über Parteiverhältnisse und nach ihm sprach ein Dr. A. Meyer über den „wünschenswerthen" Compromiß mit der Fortschrittspartei. Der gute Mann konnte es natürlich auch nicht unterlassen, einige Seitenhiebe auszutheilen, welche die Sozialdemokraten wie mit Keulenschlägen zerschmettern sollten. Und wie war die Keule zugeschnitten? „Die Sozialisten vertreten die brutalen Interessen des Magens!!" O weh! wie wird es uns armen Teufeln ergehen, wenn wir noch oftmals solche — Keulenschläge erhalten. — Selbstverständlich wurden beide Herren als Candidaten für den Landtag empfohlen, in Compagnie mit dem Rechtsanwalt Freund. Ebenso selbstverständlich nahmen die Herren — nur auf inständiges Drängen ihrer Freunde — die Wahl an. Darnach erhielt der Sozialist Kräcker das Wort (ein Wunder, daß es ihm gegeben wurde) und machte von der Tribüne herab den anwesenden Führern der Nationalliberalen den sehr berechtigten Vorwurf, daß sie diese Versammlung nicht zu einer allgemeinen öffentlichen gemacht hätten, da doch die Abgeordneten die Vertreter des gesammten Volkes seien und nicht einer Partei. Uebrigens hätten Jene auch erst einen eingehenden Rechenschaftsbericht über ihre Thätigkeit abzugeben, was nicht geschehen wäre. Dies sowie einige Worte über die Wahlgesetzfrage und eine Zurückweisung der „brutalen Interessen des Magens" wurden von der Versammlung noch ruhig hingenommen. Als aber Kräcker die ungeheure „Frechheit" besaß, dem Herrn Abgeordneten Wachler die diskrete Frage vorzulegen, was derselbe gethan habe für die Eisenbahnarbeiter, welche sich an ihn gewendet haben, um die großen Lohnherabsetzungen in den Staatseisenbahnwerkstätten zurückzuhalten, (Einen Bescheid hätten die Arbeiter nicht erhalten) da erhob sich Unruhe und Entrüstung. „Schluß, Abtreten, Wortentziehen!" ertönte es von allen Seiten und selbst Schimpfereien wurden laut, wie: „Was wollen die paar lumpigen Fabrikarbeiter? Die Sozialdemokraten gehören hinaus auf die Viehweide." Ein Antrag auf Wortentziehung wurde wirklich eingereicht und — angenommen. Wie gesagt, das Valentiniren verstehen die Herren Liberalen überall — und mit einer Rohheit, welche man nicht einmal bei den Kassuben findet. Der gebildete Pöbel macht sich gegenwärtig überall breit, bis die Arbeiter es einmal müde werden und ein Exempel statuiren. Dann natürlich Heulen und Zähneklappen und ein Gewinsel über die zunehmende Rohheit der Arbeiter.

Geyer, 22. Oktober. Ueber die Thaten des „gebildeten Pöbels" in der Versammlung vom 25. September wurde bereits früher berichtet. Heute gilt es nun, jenen Bericht dahin zu ergänzen, daß das Verhalten unserer „gebildeten" Herren Gegner seit jener Bildungs- und Kraftprobe uns die Gewißheit giebt, daß sie ihre moralische Niederlage begriffen haben und in dem durchbohrenden Gefühl ihrer Unfähigkeit, sich von dem Schandflecken zu reinigen, sich in ein vielsagendes Schweigen hüllen. Nach jeder früheren Versammlung konnte man diese heldenhaften Sozialistenfresser hinterm Biertisch tapfer — natürlich hübsch unter sich — auf die Sozialdemokratie schimpfen und das Gesprochene, nach liberaler Parteiparole, verdrehen hören. Und jetzt! „Ueber allen Wipfeln ist Ruh". Nur Einer der hervorragenden Skandalmacher soll so — tapfer gewesen sein, sich seiner Heldenthaten zu rühmen. Warum nicht! Geschmack und Ehrbegriffe sind verschieden. Den moralischen „Stoß in's Herz" erhielten jedoch die Gegner durch eine Erklärung im hiesigen Amtsblatt von sechs Ortsangehörigen, welche sämmtlich gegenwärtig in Berlin wohnhaft sind und durch die „Berliner Freie Presse" das „Ereigniß" erfuhren, das ihre Vaterstadt so hell im „reichstreuen" Lichte erstrahlen macht. Indem sie uns als Parteigenossen ihre volle Sympathie und Anerkennung unseres Verhaltens darin aussprachen, verurtheilten sie das Gebahren und die Kampfweise der Gegner auf das Strengste. Das Ergötzlichste dabei ist, daß unter den Unterzeichnern dieser Erklärung zwei Söhne eines hiesigen Stadtraths sind, sowie zwei Brüder eines anderen jugendlichen „Reichsfreundes", der ebenfalls das Versammlungsstören sich zur „ehrenvollen" Aufgabe gemacht zu haben scheint (Beweis wiederum die letzte Versammlung). Als bemerkenswerth sind uns noch von verschiedenen Seiten glaubhafte Mittheilungen gemacht worden, welche uns unwiderleglich den Beweis liefern, daß die ganze Skandalaffaire moltkemäßig geplant worden ist. Bezeichnend ist u. A. eine Aeußerung des hiesigen Stadtraths Krebs, welche derselbe an jenem Abend in der Knoth'schen Wirthschaft gethan: „Na, zum Geldsammeln kommt's heute Abend nicht, dafür ist gesorgt."

Die Gegner sind überhaupt von uns und unseren Freunden

---

fistenden Junggesellen" und des gelangweilten Wüstlingthum's mit seinem unternehmenden heiteren Witz und seiner glühenden Liebe zum Vaterlande!? — Vorbei! Vorbei! — Die Göttin der Liebe, — sie selbst — **wieder** auf dem Thron, so stöhnt er und dieses „**wieder**" hat ihm die Stimme der Natur abgepreßt, die ihm sagte, daß zwischen beiden Geschlechtern die Liebe und nur diese naturgemäß verbinden soll. Und eilig zieht er also einen neuen Gedanken aus dem moraltriefenden Tintenfaß.

(Schluß folgt.)

— **Wahlbeeinflussung.** Der Prinzipal eines Elberfelder ausgedehnten Geschäfts stellte seinem zahlreichen Personal die Theilnahme an der Wahl unter der Bedingung frei, daß dasselbe konservativ stimme. Wer nicht konservativ stimmen wolle, der erhalte keinen Urlaubund müsse bei der Arbeit bleiben! — Die Berl. „Volkszeitung" sagt dazu: „Frecher kann das Recht der freien Wahl wohl kaum verhöhnt werden." — Wir bemerken der „Volkszeitung", daß, wenn wir jeden einzelnen Fall bei den früheren Reichstagswahlen feststellen wollten, wo ein Fortschrittler oder Liberaler in ganz ähnlicher Weise diejenigen seiner Arbeiter von der Wahl zurückgehalten hat oder bei den nächsten Wahlen zurückhalten wird, welche sozialistisch wählen, daß dann der „Vorwärts" nicht Raum genug hätte, die Schande der Fortschrittler und Liberalen zu verkünden.

— **Graf u. Soldat.** „Der Graf Fugger, Secondelieutenant, haut einen Soldaten mit dem Säbel über den Kopf, kommt vor das Militär-Bezirksgericht zu Würzburg, giebt die That zu und wird — zu einjähriger Festungshaft verurtheilt! Die Strafe ist allerdings gering, aber der Offizier ist doch wenigstens bestraft." — „Aber das ist gar nicht wahr," ruft uns einer unserer Leser entgegen — „der Graf Fugger ist ja freigesprochen!" Wir wissen es, aber es sträubte sich unsere Feder, derlei zu schreiben, ja, etwas zu schreiben, was die Humanität und unser Rechtsgefühl verletzt. Nun müssen wir wir es allerdings bestätigen: Der säbelnde Lieutenant ist wirklich freigesprochen! Hätte der Soldat dem Grafen mit dem Säbel ins über den Kopf gegeben — „zwanzigjährige Zwangsarbeit auf der Festung" würde wahrscheinlich das Urtheil gelautet haben.

derart genau beobachtet worden, daß es Keinem von ihnen gelingen wird, sich von dem Strick, den sie sich selbst an jenem Abend gedreht, zu erlösen. Der ganze Vortheil ist unser, das wird sich nächstens bei der Wahl zeigen, und wir werden, wie schon so oft in der Welt, in die Lage kommen, zu rufen: „Es leben unsere Freunde, die Feinde!“

Noch wollen wir erwähnen, daß vor Kurzem Parteigenosse Schletter hier in zweiter Instanz zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt worden ist. Durch eine Beleidigung des hiesigen hochwohllöblichen Stadtraths, dessen Verwaltung derselbe einer etwas strengen aber wahren und gerichtlich bestätigten Kritik in der „Chemnitzer Freien Presse“ unterwarf, hat sich derselbe diese Verurtheilung zugezogen. — Zum Schluß können wir nicht unterlassen, den Genossen unseres Wahlkreises allerorts zuzurufen: „Alle Mann auf dem Posten!“ Die Schlacht steht bevor. Durch Kampf zum Sieg!

(Die in obiger Correspondenz erwähnte Erklärung lautet: „In Nr. 230 der „Berliner Freien Presse“ finden wir eine Notiz über eine Volksversammlung in Geyer, in welcher Herr Liebknecht referirte und wobei Ruhestörungen seitens der „gebildeten“ Gegner vorgekommen sind. Ein Herr Grunert, Stadtverordneter noch dazu, soll sich derartig geberdet haben, daß wir Unterzeichnete uns gedrungen fühlen, unser Befremden darüber auszusprechen und in keiner Weise uns geschmeichelt fühlen, Stadtverordnete unserer Vaterstadt in der deutschen Presse derartig berühmt zu finden. Wir bedauern, daß Herr Grunert und die übrigen Ruhestörer nicht so viel Anstand besitzen, mit einem Gegner in ehrenhafter Weise diskutiren zu können, und würden ihnen rathen, sich lieber mit ihrem beschränkten Unterthanenverstande nicht an sozialdemokratischen Versammlungen zu betheiligen. Wenigstens sind wir, Alle freiheit- und ehrliebende Bürger der Stadt Geyer, davon unangenehm berührt worden. Für die Ruhe und Zurückhaltung, welche hingegen von unseren Gesinnungsgenossen beobachtet worden ist, sagen wir unsern herzlichsten Dank. Die Sozialdemokratie kennt kein Ansehen der Person, sie schätzt und ehrt nur diejenigen Personen, welche ihr im Geiste angehören. Robert Meier, Gust. Meier, Herm. Grau, Alwin Hascheck, Robert Hascheck, Herm. Weigert, sämmtlich in Berlin.“*)

Reichenbach i. V., 24. Oktober. Die Wahlbewegung im 22. Kreise hat begonnen und wird erst recht in Fluß kommen, wenn unsere gemeinsamen Gegner von der Candidatensuche zurückgekehrt sein werden. Der Compromiß zwischen Conservativen und Liberalen scheint diesmal schwere Mühe zu verursachen, da die Ersteren nicht mehr so gefügig sind als früher, und die Letzteren nur ungern Conservative wählen. Trotzdem haben sie den von conservativer Seite vorgeschlagenen Oberappellationsrath Otto in Dresden als Candidat anerkannt, nur hat auch dieser leider wieder abgelehnt, so daß neuerdings unter Zwickau im Amtsblatt hierselbst als conservativer Candidat der Rittergutsbesitzer Trützschler, als liberaler der Fabrikbesitzer Dietel jun. in Wilkau verkündet wurden. Uns soll es gleich sein, ob wir die Reaktionäre vereint oder getrennt zu bekämpfen haben. Wir sprechen auch nicht von Siegesgewißheit, wie liberale Propheten, wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß, nach Resultaten, welche früher unter günstigen Zeitverhältnissen erzielt wurden, zu schließen, bei der nächsten Abstimmung die Baumeister der alten Welt den Abschied erhalten könnten, da wir nach Kräften der arbeitenden Bevölkerung, welche sich trotz angestrengtester Arbeit beinahe das Essen abgewöhnen möchte, die wahren Ursachen ihres Elendes klar machen werden. Hierzu kommt, daß von Seiten der Kleinbürger, denen wir früher „zu arm“ waren, diesmal mehr Einsicht erwartet werden kann. — Die früher mitgetheilte Gottesacker-Angelegenheit hat ihren Abschluß noch nicht gefunden und neuerdings wieder unsere sonst so ruheliebenden und in Fragen der Politik und des Gemeinwohles höchstens vor den Wahlen lebendigen, guten Bürger tief erschüttert, weil, trotzdem seit einem Vierteljahre der alte Gottesacker vom Kirchenvorstand geschlossen ist, die Besitzer der Erbbegräbnisse Schritte gethan haben, um sich diese theuren Stätten zu erhalten. Gerüchtweise verlautete, daß sie ihren Zweck erreichen sollten, und dies gab Veranlassung zu einer Massenpetition dagegen an das Ministerium. Sehr richtig wurde dabei betont, daß dies gegen das Interesse der Stadt sei, daß das Rechtsgefühl durch die Bevorzugung der Gräber der Reichen verletzt würde und daß Gesundheitsrücksichten, wie ärztliche Gutachten festgestellt haben, verlangen, daß ein Gottesacker nicht inmitten der Stadt liege. Gleiche Pflichten und gleiche Rechte! Wir unterschrieben die Petition, weil sie Gemeinnütziges und Gerechtes verlangt, aber wir werden nicht ermangeln, den Kämpfern für das Gemeinwohl in Erinnerung zu bringen, daß man die Ungleichheit nicht erst unter der Erde beseitigen müsse, sondern daß das tägliche Leben einem gesunden Rechtsgefühl genügende Ursache gebe, sich gegen abscheulichere Vergewaltigungen aufzulehnen.

R. M.

Erfurt, 26. Oktober. (Haussuchungen.) Am 21. d. M. fanden hier bei circa 20 Sozialisten mal wieder sogenannte Haussuchungen statt, bei denen allerlei fortgeschleppt wurde. Mehrere Exemplare des „Vorwärts“, der „Thüringer Freien Presse“ ꝛc. ꝛc. unterlagen der Confiscation. Was das bedeuten soll, ist nicht ersichtlich. Die Polizei verfährt dabei ganz willkürlich. Ohne Legitimation ꝛc. wird alles durchsucht. Ich war z. B. in Halle, und nun wurde in meiner Abwesenheit meine Wohnung durchstöbert. Selbst die harmlosesten Privatangelegenheiten (Briefe ꝛc.) wurden vom Polizeiinspektor Kirsten genau gelesen und „beurtheilt“. Sammelbogen, betr. die Reichstagswahl, wurden ebenfalls zum Polizeibureau geschleppt; ebensowohl Material, was Gewerkschafts- und Krankenkassen betraf. Die Polizei thät besser, wenn sie uns sagte, was sie suchte, dann bekommt sie es gleich und die Sache ist in Ordnung. Bei dem Schriftführer des Arbeiter-Wahlvereins fand man ein Mitgliedsbuch der Schuhmacher-Gewerkschaft, und weil dasselbe den Namen Cäsar Vocke trägt, soll er Kassirer sein, da die Polizei statt „Cäsar“ „Kassirer“ gelesen. Doch das verzeiht man den Männern der „Ordnung“, aber diesmal wird es gehen wie am 30. März d. J., es wurde gesucht und „es kam nichts danach.“ Wir gestatten ja den Leuten gern Einsicht in unsere Schriften, weil es ihnen nützlich sein kann, aber daß dieselben alles bunt durcheinander werfen, wie das bei mir geschehen, so daß ich einige Stunden zu arbeiten hatte, um in Ordnung zu bringen, was jene Herren in Unordnung gebracht hatten, ist unangenehm. Gegen das Vorgehen der Polizei habe ich bereits Protest eingelegt, was es nützt wird die Zukunft lehren.

F. Klute

Erfurt, 22. Oktober. Sonntag, den 15. d. M., tagte in dem ungefähr eine Viertelstunde von hier gelegenem Orte Ilversgehofen eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Reichstagswahl und ihre Bedeutung.“ Referent war C. A. Reichelt aus Apolda. Der anderthalb Stunden dauernde Vortrag Reichelt's war ausgezeichnet und hat die Anwesenden vollständig befriedigt. Nachdem noch die Parteigenossen Fritz, Hacker und Kühn gesprochen und es bereits 6 Uhr geworden war, erhob sich plötzlich der Schulze mit den Worten: „Ich schließe die Versammlung, Sie können doch nicht verlangen, daß ich noch länger hier bleiben soll!“ Genosse Fritz erwiderte ihm, daß die Versammlung auf den 15. Oktober angemeldet sei, und der dauere bis Nachts 12 Uhr, überhaupt sei die Schließung Sache des Vorsitzenden, er als Schulze könne nur auflösen. Als den Schulze noch einen anderer Genosse aufforderte, ihm den betreffenden Paragraphen vorzulesen, frug er nach dessen Namen. Indessen tagte die Versammlung bis 7 Uhr weiter. Ungefähr eine halbe Stunde nach Beendigung der Versammlung wurde dem Wirth das Lokal geschlossen mit dem Bemerken, daß er noch keine Conzession habe. Er hatte nämlich das Lokal erst übernommen. Ob wohl die Schließung erfolgt wäre, wenn der Wirth die Versammlung nicht hätte tagen lassen?

Franz Fahrenhamm.

Darmstadt, 27. Oktober. (Allgemeiner deutscher Schneiderverein.) Allen reisenden Collegen zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokal in der Restauration von Chr. Götz, Louisenstraße 26, befindet. Daselbst wird auch unentgeltlich Arbeit nachgewiesen; die Sprechstunden sind täglich von Abends 8 bis 10 Uhr.

Mit brüderlichem Gruß

Ad. Trietsch, Bevollmächtigter.

Coblenz, 29. Oktober. Genossen des Wahlkreises Coblenz! In allen deutschen Gauen rüstet sich das Proletariat zum bevorstehenden Wahlkampfe. Unser Wahlkreis hat bis jetzt noch keinen sozialistischen Candidaten aufgestellt. Noch herrscht hier die tiefste Ruhe unter den Arbeitern. Sollten wir auch diesmal müßig zusehen, wie sich unsere Feinde um unsere Stimmen wie um eine ihnen gehörige Beute streiten? Nein! das können und dürfen wir nicht. Wohl wissen wir, daß, wie immer, auch diesmal die Ultramontanen mit großer Majorität siegen werden. Aber es ist unsere Pflicht, soviel wie möglich Stimmen auf einen Arbeitercandidaten zu vereinigen, um Coblenz dadurch zu einem würdigen Gliede in der deutschen Arbeiterbewegung zu machen. Diese schwer errungenen Stimmen werden großen moralischen Werth haben, da Coblenz für unsere Sache einer der schlechtesten Kreise ist. Also auf zum ersten Wahlkampfe! Zeigen wir, daß wir zu kämpfen wissen! Der Unterzeichnete ladet darum alle Genossen und Leser des „Vorwärts“ ein, Montag, den 6. November, Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Groos, Balduinstr. 12, zu erscheinen zur Organisirung eines Wahlcomité.

Joh. Henrich, Balduinstr. 12.

Neumünster, 24. Oktober. Heute constituirte sich hier das Arbeiter-Wahlcomité und wurde Unterzeichneter zum Schriftführer ernannt. Alle auf die Wahl bezüglichen Correspondenzen wolle man somit an nachstehende Adresse richten.

H. D. Plambeck, Kaiserstraße Nr. 12.

Briefkasten

der Redaktion. Herr X. in B.: Sie fragen, warum wir den „Küster'schen Brief“ nicht besprochen? Aus dem einfachen Grund, weil wir das Machwerk der Besprechung nicht werth hielten. Ob es „gefälscht“ ist, wie die „Berliner Freie Presse“ auf Grund eines Briefes von Küster erklärt, oder ob „ächt“, wie Herr Max Hirsch auch jetzt noch behauptet, ist ganz ohne Bedeutung für uns und die Partei. In jedem von beiden Fällen ist der Verfasser des betreffenden „Briefes“ ein Bube, den jeder anständige Mensch verachten wird. — Aber „die Drohung mit Enthüllungen“! Mit „Enthüllungen“ über die Schuftigkeit von Apostaten oder die Erbärmlichkeit der nationalliberalen Partei? Sind höchst überflüssig. Und was könnte der Verfasser des „Briefs“ anders enthüllen, als seine eigene Schande und die seiner Helfershelfer? Und höchstens noch, daß in der Sozialdemokratie kein Platz ist für Lumpen?

der Expedition. J. Grünzig Gr.-Elgau: Demokr. Wochbl. nicht zu haben. Vom Volksstaat nur 1875 und 76. Frd. Dnnstttr. Wien: Wird nach Wunsch besorgt.

Den Parteigenossen im fünften Schlesw.-Holst. Wahlkreise mache ich hiermit bekannt, daß vom 1. Novbr. d. J. ab meine Adresse: Wilhelmstraße 59, 3. Etg., Altona ist.

H. Walther.

Quittung. Fischr Wurzen Schr. 2,43. Ktschbch Cassel Schr. 3,30. Pzr Bielefeld Schr. 1,28 für die Dividende. Pfstr Geringswalde Schr. 0,40. Schrmr Groitzsch Schr. 1,00. Expedition der Wahrheit Breslau Ab. 100,00. Bpp Neustadt Schr. 30,50. Btschn Lauterburg Schr 7,50. Schwtzr Frankfurt Ab. 8,00. Mllr Leisnig Ab. 5,60. Wk Christophsgmund Ab. 10,00. Hrtmnn Limburg Sch. 5,00. Ullrch hier Ab. 150,00. Kchnrthr Hof Ab. 8,40. Btrmn Markersdorf Schr. 9,00. F. Jägernsdorf: Die Quittung in Nr. 1 soll lauten: Ab. 6,60. Schr. 13,80. Sä 20,00.

Folgende Restanten für Annoncen im „Neuen Social-Demokrat“ werden ersucht, baldmöglichst die Rückstände an H. Rackow, Associations-Buchdruckerei, Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, zu berichtigen:

Graßmann Altona Mark 1,00. Manufakturarbeiter-Verein Barmen 1,00. Quick Hamburg 9,00. W. Lange Berlin 3,50. Bardonner Mühlheim a. R. 2,00. Verden 3,60. Matthes Hannover 3,50. Neumünster 1,60. Steinmetz-Verein Berlin 18,05. Breul u. Wienecke do. 5,60. Magdeburg do. 2,20. Gelsenkirchen Comité 4,60. Frank Berlin Zusammenkunft 1,20. Arbeiter-Wochen-Chronik Budapest 24,00. Edderitz Comité 1,20. Tölcke Fierlohn 9,20. Rummelsburg 4,00. Düsseldorf 5,05. Harbert Minden 2,00. Offenbacher Tageszeitung 3,40. Frankfurter Volksfreund 2,00. Ottensen Heerhold Schulz 64,00. Barmen Gießler 1,10. Hamburg Hörig 213,20. Tischlerverein Hamburg 28,40. Zimmererverein do. 12,20. Rothenburgsort bei Hamburg 11,40. Harburg 12,00. Schuhmacherverein Bremen 4,00. Stuttgart 14,00. Bremen Cordes 29,30. Barmen 27,00. Verein der Klempner Berlin 17,50. Verein der Klempner Altona 120,10. Hannover Rudolph 14,70.

Der Aufsichtsrath der Berliner Associationsbuchdruckerei.

J. A.:

C. Derossi. J. Auer.

*) Der berüchtigte und bekannte Chemnitzer Anonymus, welcher im „Leipziger Tageblatt“ seiner Liebhaberei, mit Schmutz zu werfen und alle acht Tage mindestens einmal den „Rückgang der Sozialdemokratie“ seinen gläubigen und — ungläubigen Lesern zu verkündigen, hat sich natürlich den Geyerer Skandal nicht entgehen lassen können. Er schreibt (d. d. 18. Oktbr.):

„Ebenso (wie Bahlteich zum so und so viel Dutzendsten Male in seinem Wahlbezirk) wurde Liebknecht in Gablenz bei Stollberg in einer Versammlung vom 22. September in die Enge getrieben, derselbe Liebknecht, dem drei Tage darauf in Geyer die Rufe entgegenschallten: „Werft ihn 'naus, den Leipziger Bummler, der saugt nur noch arme Arbeiter aus!“ — Aus diesen Proben geht doch bis zur Evidenz hervor, daß in der Umgegend von Chemnitz die sozialistische Bewegung im Rückschreiten begriffen ist.“

Die Geyerer Skandalmacher haben sich recht pöbelhaft benommen, aber daß sie sich zu der Gemeinheit, welche der Chemnitzer Schmutzsammler des Cadeau-Hüttner ihnen zuschreibt, erhoben hätten, ist entschieden unwahr, und müssen wir die Betreffenden gegen diese, den Chemnitzer Anonymus und das „Leipziger Tageblatt“ kennzeichnende Verleumdung in Schutz nehmen. Einer solchen Pöbelhaftigkeit dürfte, außer den Skribenten des „Leipziger Tageblatts“, nicht leicht Jemand fähig sein. — Was das „in die Enge getrieben werden“ Liebknecht's in Gablenz angeht, so bestand es darin, daß Liebknecht einen unglücklichen Schulmeister, dessen Namen wir aus Barmherzigkeit verschweigen, wegen ungehörigen Benehmens bei einer „Sedanfeier“ gebührend geißelte und den armen Tropf, der von der Culturfeindlichkeit der Sozialdemokraten gesprochen hatte, der Unfähigkeit orthographisch zu schreiben überführte. Und dieser arme Tropf, der seinem Schöpfer danken muß, daß man ihn nicht den Schulbehörden denunzirt hat, soll Liebknecht „in die Enge getrieben haben“! Alles, damit Cadeau-Hüttner, Post-Leonhardt und ihr Chemnitzer Schmutzsammler Gosen- und Lagerbier-Philistern mit gleich trüber Hirnmaterie den „Rückgang“ der — Sozialdemokratie verkündigen können.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Altona. Sonnabend, den 4. Oktbr. Abends präcise 8 Uhr, in Koppelmanns Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Bestrebungen der verschiedenen Parteien und die kommenden Reichstagswahlen. Referent: Der Reichstagsabgeordnete J. Most aus Berlin. O. Reimer. [70

Altona. Da Herrn Gundelach, Unzerstr. 25 I. die Annoncen-Expedition übertragen wurde, so ersuchen wir die im „Vorwärts“ annoncirenden Gewerkschaften ꝛc. Altonas sich an denselben zu wenden, da wir Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, nur berücksichtigen, wenn solche von ihm eingesandt worden.

Die Expedition des „Vorwärts“
Leipzig, Färberstr. 12.

Hannover. Sozial-Demokrat. Wahl-Verein. Sonnabend, den 4. November, Abends 8 Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße 11.

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Abrechnung und Neuwahl des gesammten Vorstandes. 2) Verschiedenes.

Für diese Generalversammlung müssen alle Mitglieder anwesend sein. (F161) Der Präsident. [90

Saalfeld. Alle Restanten des Volksstaat, des Vorwärts und der Neuen Welt, sowie solche welche Schriften bezogen haben, werden freundlichst ersucht den Betrag zu entrichten.

Im Auftrage: Herm. Kellner. [40

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Sonnabend: Vortrag von Herrn Liebknecht. [20

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 4. Nov., Abends 8 Uhr: **Versammlung** bei Jul. Menzel, Täubchenweg. Tagesordnung: Vortrag von L—d. Gewerkschaftliches. [40

Sollte ein Gesinnungsgenosse in **Hohenstein** bei Chemnitz, gewillt sein, Auskunft über einige Personen daselbst geben zu wollen, so beliebe er seine Adresse an B. Behrnd, Bergstraße 79, Berlin, zu senden. Kosten werden erstattet. (F40) [120

Otto Th..le in Dresden!

Lieber Freund! In Ermangelung Deiner genauen Adresse liegt am 5. November für Dich ein Brief postlagernd Hauptpostamt Dresden.

Herzlichen Gruß A. U. in Zürich. [120

Thüringer Tischbutter
das Stück 75 Pf.
bei **Friedrich Walstab.**
(8a) Schönefeld (Neuer Anbau) Hedwigstraße 91. [180

Protokoll des Sozialisten-Congresses
zu Gotha
vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. **Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.**

Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Achtung! Donnerstag, den 2. November, Nachmittags 3 Uhr, erschien

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 1 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“. [150

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Für die französischen Brüder.

Inhalt: I. An das Volk der beherrschten Klasse, von Felix Pyat. II. Die Arbeiterdelegation bei den Weltausstellungen.

Preis pr. Exemplar 15 Pf.

Arbeiter und Parteigenossen! Laut Beschluß des Gothaer Sozialisten-Congresses ist der Gesammtertrag dieser aus dem Französischen übersetzten Schrift für den Druck der Berichte der französischen Arbeiterdelegation nach Philadelphia bestimmt.

„Kaufe sie Jeder von Euch! Verbreitet sie nach Kräften! In dem Schlachtendonner des unheiligen Krieges zwischen dem sinkenden französischen und dem sich erhebenden deutschen Empire habt Ihr nicht vergessen, daß die französischen Arbeiter Euere Brüder sind. Beweist ihnen, die so oft und so heldenmüthig für unsere gemeinsame Sache, für Euch gekämpft und gelitten haben, beweist ihnen jetzt durch diesen kleinen Tribut der Dankbarkeit, daß Ihr im Siegestaumel der herrschenden Klassen die Dienste nicht vergessen habt, welche das französische Proletariat den Unterdrückten aller Länder, welche es der Menschheit geleistet hat, — daß Ihr Euere Feinde kennt und Euere Freunde — daß Euer Geist, Euere Thatkraft der Grenzpfähle spottet, — daß Euer Herz warm schlägt für die französischen Brüder!“

Die Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts“.
Leipzig, Färberstr. 12/II.

Für Sachsen.

Bei uns sind zu haben:

Formulare zur Anmeldung von Versammlungen.

12 Stück 30 Pf. Kreuzband-Porto 10 Pf.

Diese Formulare, welche zu Volks-, Vereins-, Wähler-, Sozialisten-ꝛc. Versammlungen zu benutzen sind, werden entsprechend ausgefüllt, unterschrieben und bei der betr. Behörde eingereicht.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Lauffermann, 896 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandtz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 16. Sonntag, 5. November. 1876.

Unsere Gegner.

V.

Nachdem wir konstatirt haben, daß Herr von Unruh die heutige Bordellwirthschaft bis auf die Thaler-Taxe für Sozialismus ausgiebt, und sich keine andere Gesellschaft zu denken vermag, als eine Bordellgesellschaft — ähnlich wie ein in der Kaserne dressirter preußischer Musterfeldwebel sich keinen andern Staat denken kann, als einen Kasernenstaat —, treten wir abermals in das Kabinet des Herrn von Unruh ein und wollen sehen, welche Ueberraschungen seine keusche Phantasie bei Behandlung dieses kitzlichen Themas für uns in petto hat.

Erst eine kleine Stärkung für unsere Nase.

Und nun „'rein in's Vergnügen"! Und auch nicht wieder heraus, ehe wir „durch" sind. Also:

„Sieht man die sozialdemokratische Ehe etwas näher an, so wird jeder gesittete, anständige Mensch sagen müssen, diese Art der Eheschließung und Trauung ist nichts anderes als Prostitution und Concubinat. Durch solche Freiheit unter den Geschlechtern wäre die große sittliche Institution der wirklichen Ehe vernichtet, es gäbe keine wirklichen Eheleute und keine Familie mehr. Damit stürzt die allernothwendigste Grundlage des Culturstaates zusammen.

„Mit Recht kann hier die von Bracke bei einem anderen Punkt aufgeworfene Frage wiederholt werden: Sind denn die 400,000 Männer, welche vor 3 Jahren Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt haben, sämmtlich verrückt? und man darf noch hinzusetzen: Sind denn die Führer der Sozialdemokraten ohne Ausnahme Schwärmer (Phantasten) oder Bösewichter? Wenn sie nur etwas gesunden Menschenverstand und eine Spur von Gewissen haben, so müssen sie doch einsehen, daß solche Grundsätze über die Ehe, wirklich zur Anwendung gebracht, die heillosesten Zustände herbeiführen würden. Was soll denn aus den Kindern solcher Ehen werden? Es muß hier ein Mißverständniß obwalten. Vielleicht ist es nur der Verfasser der bekannten Schrift, Bracke, der so denkt und schreibt. Es ist nicht denkbar, daß die Sozialdemokraten wirklich solche unglaublichen Ziele im Auge haben."

„Nun, auf diese sehr berechtigten Bedenken und Fragen ist die Antwort großentheils in Aeußerungen des bekannten Sozialdemokratenführers Hasselmann enthalten, die derselbe öffentlich im Reichstage gethan hat. In der Sitzung vom 27. Januar 1876 bemerkte der Minister des Innern, die Sozialdemokraten sagten: „Vielweiberei fällt uns gar nicht ein, wir wollen nur das Band zwischen den Eheleuten so lose halten, daß es jeden Augenblick gelöst werden kann. Wir halten jede Art der Befestigung, sei es vom Staate oder vor dem Altar, für einen Zwang, der in unser System nicht paßt." Sodann las der Minister eine Stelle aus einem Bericht über einen Vortrag des Herrn Hasselmann vor, den derselbe über die Frauenfrage gehalten, und wonach derselbe gesagt hat:

„Die Sache verhält sich einfach so, daß die Geschlechter im Zukunftsstaate nicht mehr auf solche Weise zusammengefesselt würden, wie heute; diese Frage würde durch den entwickelten sozialistischen oder richtiger kommunistischen Staat ganz von selbst geregelt. Heute sei die Ehe der Arbeiter nur ein Bedürfniß zur Versorgung der Kinder, die Ehe der Kapitalisten eine Vereinigung von Kapital für die Nachkommen. Im sozialistischen oder kommunistischen Staate, wo die Gesammtheit die Pflicht der Erziehung und Erhaltung der Kinder trage, wo kein Privatkapital bestehe, sondern alle Produktionsinstrumente Gemeingut seien, brauche die Frau nicht mehr aus Rücksicht auf ihre Kinder an einen Mann juristisch gefesselt zu werden."

„Obgleich der Minister geäußert hatte, Herr Hasselmann müsse selbst am besten wissen, ob er, der Minister, recht berichtet sei, so widersprach doch Herr Hasselmann dem Inhalte obiger Mittheilung nicht, sondern sagte nur, der Bericht sei nicht vollständig und habe die Hauptpunkte fortgelassen. Dann fuhr er fort:

„Heutzutage existire für die Arbeiter gewissermaßen keine Ehe aus dem Grunde der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, weil dadurch das Familienleben zerrissen werde. Als Schluß, sagt er, habe ich damals hieran die Folgerung geknüpft, so weit ich mich entsinne, daß wir nicht eine juristische Ehe haben wollten, welche zu gleicher Zeit thatsächlich durch die sozialen Verhältnisse keine Ehe, vielmehr eine Scheinehe sei, sondern ein moralisches Band."

Hieraus geht klar hervor, daß Bracke in seiner Schrift keineswegs über die anerkannten Grundsätze und Bestrebungen der Sozialdemokraten hinaus gegangen oder gar auf eigene Rechnung Neues und Unerhörtes hinzugefügt hat. Im Gegentheil bestätigen die Aussprüche Hasselmann's im Reichstage nicht nur jeden Punkt der Bracke'schen Schrift, sondern gehen darüber hinaus, indem sie klar und deutlich sagen, was Bracke wohl aus Rücksicht auf die Wähler theils verschweigt, theils verdunkelt. Hasselmann spricht bestimmt aus, daß in dem sozialdemokratischen Staat kein Privatkapital bestehen solle, es also nur auf Scherz oder Täuschung beruht, daß Rothschild und Anderen ihre Milliarden oder Millionen gelassen werden sollen; ferner daß künftig keine Ehe juristisch abgeschlossen werden darf, d. h. daß ebensowohl die jetzige Civilehe, als die kirchliche Trauung abzuschaffen sind, und endlich, daß die Erziehung und Erhaltung der Kinder den Eltern ganz abgenommen werden, und diese heilige Pflicht auf die Gesammtheit, d. h. den Staat übergehen solle.

„Das heiligste Band der Familie, die Sorge für die Kinder, wird ohne Bedenken zerrissen, der Staat zu einem einzigen großen Findelhause gemacht. Die Eltern haben keinen Anspruch auf die Liebe und Anhänglichkeit ihrer Kinder, die den Eltern dann nichts mehr verdanken, sondern nur die Produkte ihrer Wollust sind. Die gegenseitige Liebe und Achtung zwischen Eltern und Kindern hat ein Ende. Auf die Pflege durch die eigenen, selbst erzogenen Kinder der alt und krank gewordenen Eltern wird einfach verzichtet. Jeder Anspruch darauf verschwindet dadurch, daß nicht mehr den Eltern, sondern dem Staat die Sorge für die Kinder obliegt. Sämmtliche Ehen sind so gut wie kinderlos und sämmtliche Kinder sind Waisen, die der Staat durch seine Beamten erzieht. Damit ist die Familie, das sittliche Fundament des Staats zerstört.

„Wenn dennoch die Sozialdemokraten behaupten, daß ihre, weder vor dem Staat, noch dem Altar geschlossene, jederzeit trennbare Ehe, die mit Kindererziehung gar nichts mehr zu thun hat, sittlicher, moralischer sei als die jetzige Ehe, so ist das entweder offenbare Phantasterei oder Frechheit. Man sage nicht, die Gesammtheit d. h. der Staat werde es ja den Eltern nicht verwehren, daß sie ihre Kinder selbst erziehen. Es hieße von der sittlichen Kraft des Arbeiters zu viel erwarten, freiwillig selbst für seine Kinder zu sorgen, wenn dem Staat die Verpflichtung obliegt. Vor allem kann dort, wo Mann und Frau täglich beliebig auseinander laufen dürfen, ohne sich um die Kinder zu bekümmern, von Kindererziehung durch die Eltern nicht die Rede sein. Frauen- und Kinderarbeit in Familien ist allerdings dem Familienleben nachtheilig, aber daraus würde doch nur folgen, daß die Beschäftigung verheiratheter Frauen und der Kinder unter einem gewissen Alter entweder verboten oder gesetzlich möglichst beschränkt werden muß, wie ja theilweise schon geschehen ist. Sagen einzelne Fabrikanten, ihr Fabrikzweig könne ohne Frauen- und Kinderarbeit nicht bestehen, nicht mit dem Auslande concurriren, so ist darauf gar nichts zu geben. Mag dieser Theil der Industrie untergehen, es ist daran nicht viel gelegen, sofern die Frauen und Kinder anderweit ernährt werden können. Gesetzlich zugelassen kann Frauen- und Kinderarbeit nur werden im Interesse der Frauen und Kinder, nicht in dem der Fabrikanten. Das Geschrei der Sozialdemokraten gegen Frauenarbeit steht übrigens im Widerspruch mit ihrem Hauptgrundsatz, daß in ihrem Staat Jeder arbeiten soll. Wollen sie diesen obersten Satz auf gesunde, sogar auch auf kinderlose Frauen nicht angewendet wissen? Weshalb sollen solche Frauen nicht außer dem Hause für Lohn arbeiten, wenn ihnen nur Zeit zur Besorgung ihrer Haushaltung bleibt?

„Um der Frauen- und Kinderarbeit willen die Ehe abschaffen, heißt das Kind mit dem Bade ausschütten oder ist nichts als Heuchelei! Abgeschafft aber ist die wirkliche Ehe, wenn dieselbe ohne jede staatliche oder kirchliche Formalität jederzeit abgeschlossen und jederzeit beliebig wieder aufgehoben werden kann, wie die Sozialisten verlangen. Diese gehen darin noch weiter, als die erste französische Revolution in der Zeit ihrer größten Wuth und Tollheit. Bekanntlich konnten damals Ehen auf eine gewisse Zeit abgeschlossen werden. Eine witzige Tänzerin nannte diese Art von Ehen das Sakrament des Ehebruchs. Immerhin verpflichteten sich doch die Eheleute auf eine bestimmte Zeit. Die sozialdemokratische Ehe kennt auch diese Schranke nicht, man kann heute Abend heirathen und morgen früh sich wieder trennen. Das heißt die Ehe in Prostitution verwandeln." — —

„Verwandeln"? Wenn wir die Prostitution wollten, dann hätten wir die heutige Ehe, nebst dem, was drum und dran hängt, nicht zu „verwandeln", sondern einfach zu konserviren — und mit Hrn. von Unruh gemeinsame Sache zu machen.

Doch lassen wir das — das Kapitel ist zu Ende.

Gott sei Dank — in unserer Nase Bedrängniß vergessen wir unser Heidenthum! — Gott sei Dank — das wäre überstanden!

Wahrhaftig, Herr von Unruh, Sie kennen das Bordellwesen aus dem FF! Hut ab vor dieser Bethätigung Ihres Wissens. Eine andere werden wir nicht zu verzeichnen haben.

Doch es ist spät geworden — die Masse der von Ihnen gebotenen — Sauberkeiten war so groß, so überwältigend groß, ein wahrer embarras de richesses, ein erdrückender Reichthum von reinlichen Erzeugnissen Ihrer reinlichen Phantasie. Drum für heut nur ein paar Worte.

Sie citiren eine Bemerkung Hasselmann's gegen die famose Eulenburgiade. Und, werther Herr v. Unruh, Sie citiren nicht ganz richtig! Hätten Sie nach dem stenographischen Bericht citirt, statt willkürlich den Text nach Ihrer Bequemlichkeit zurechtzukneten, so würden Sie, oder vielmehr Ihre Leser — denn Sie wissen es ja ohnedies — gefunden haben, daß es eine falsche Behauptung ist, Hasselmann habe dem Inhalt der betr. Eulenburgischen Mittheilung nicht widersprochen. Allerdings widersprach Hasselmann; er sagte wörtlich zur „persönlichen Bemerkung":

„Es wurde vorhin auf einen Vortrag zurückgegriffen, den ich in irgend einer Versammlung gehalten haben soll, wahrscheinlich um Stellung zur Frage der Ehe zu nehmen. Ich bemerke aber, daß der Bericht unmöglich vollständig sein kann, vielmehr muß unbedingt die Hauptsache (nicht Hauptpunkt, Herr v. Unruh!) dort fortgelassen sein, nämlich, daß ich erklärt habe: heutzutage existire für die Arbeiter gewissermaßen keine Ehe aus dem Grunde der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, weil dadurch das Familienleben zerrissen werde. Als Schluß habe ich damals hieran die Folgerung geknüpft, soweit ich mich entsinne, daß wir nicht eine juristische Ehe haben wollten, welche zu gleicher Zeit thatsächlich durch die sozialen Verhältnisse keine Ehe, vielmehr eine Scheinehe sei, sondern ein moralisches Band."

Das klingt beinahe so, wie Herr v. Unruh es wiedergeben hat, aber nicht ganz so. Und die kleine Verschiedenheit macht einen großen Unterschied. Nach Herrn v. Unruh's Version hat Hasselmann die Mittheilung Eulenburg's bloß vervollständigt, „widersprach er ihr nicht"; nach dem stenographischen Bericht widersprach er ihr, denn das brauchen wir doch wohl dem Herrn v. Unruh nicht erst durch längere Ausführung begreiflich zu machen, daß ein Bericht, in dem die Hauptsache fehlt, kein wahrheitsgetreuer Bericht ist. Oder Herr v. Unruh, klammern Sie sich etwa bloß an das „widersprach"? Weil Hasselmann nicht ausdrücklich gesagt hat, die Mittheilung Eulenburg's sei unrichtig? Das wäre doch Ihrer — wir hätten fast gesagt, nicht würdig. Es kann Ihnen unmöglich entgangen sein, daß Hasselmann's wirkliche Aeußerung: „wegen der Frauen- und Kinderarbeit existire heut für den Arbeiter gewissermaßen keine Ehe" im schärfsten Widerspruch steht mit der Eulenburg'schen „Mittheilung": „Heute sei die Ehe der Arbeiter nur ein Bedürfniß zur Versorgung der Kinder" — die der Arbeiter nicht versorgen kann.

Nun, die Sache ist ziemlich unwichtig — auch die Eulenburg'sche „Mittheilung", des Reporterblödsinns entkleidet, können wir getrost acceptiren. Wir wollten bloß unsere Gegner ein wenig kennzeichnen. Auch wo kein besonderer Grund vorhanden ist, muß die Wahrheit einige Haare lassen. „A Bissele Fälschung is allweil dabei". Mitunter „a bissele" viel!

Und jetzt, Herr von Unruh, halten wir es nicht länger aus. Wir müssen in die frische Luft, um den penetranten Bordelldunst, welcher in Ihrem Cabinet herrscht, aus Nase und Kleidern zu bringen. Puh!!

Adieu, Herr v. Unruh.

Das nächste mal bringen wir das ernsthafte Instrument mit.

Auf Widersehen, Herr v. Unruh!

Das Geld.

Von Adolf Douai.

II.

Das Geld hat drei nothwendige Bestimmungen, 1. ein Werthmaß, 2. ein Stellvertreter von Werthen, und 3. selbst ein Gleichwerth zu sein. Als Werthmaß wirkt es wie ein Längenmaß, Hohlmaß oder Gewicht, es zeigt an, wie viel Werth dagegen eingetauscht werden kann, muß also in größere und kleinere Werthzeichen getheilt sein; als Stellvertreter von Werth muß es gesetzlich verordnet sein, damit es in weitesten Kreisen gelte; als Selbstwerth muß es vor Entwerthung gesichert sein, es muß allzeit wirklich dasselbe gelten, weil es ein Gebrauchswerth ist, oder werden kann, oder dafür ausgetauscht werden kann. In der Marx'schen Bestimmung, daß das Geld die allgemeine Waare sei, sind alle drei Bestimmungen verhüllt enthalten.

Nicht alles Geld aber erfüllt alle drei Bestimmungen gleich gut. Die Kauri-Muscheln, welche in Inner-Afrika fund, sonst als Kleingeld dienen, erfüllen alle drei ziemlich schlecht. Da jede einzelne nur einen sehr geringen Werth mißt und vertritt, man aber nicht viele zugleich mitschleppen kann, so wächst ihr Werth von der Bezugsquelle an der Küste bis in's Innere des Landes sehr rasch; sie sind also nicht auf größere Strecken hin gleichwerthig, der Handel wird durch sie erschwert. Weit besser erfüllt das Metallgeld, welches am längsten und weitesten gebräuchlich gewesen ist, diese Bestimmungen, zumal wenn es für die größeren Werthstücke auf Gold, für die kleineren auf Silber und Kupfer beschränkt ist. Es hat den Vorzug, sehr theilbar zu sein, sich schwer abzunutzen, einer nur langsamen Entwerthung ausgesetzt zu sein, schwer verfälscht werden zu können und läßt sich auch in großen Summen ziemlich leicht versenden und fortschaffen. Es hat aber sehr große Nachtheile im Gefolge.

Der geringste davon ist noch der, daß jedes Geldstück ein gesetzlicher Stellvertreter von Gleichwerth bloß in demjenigen Lande ist, wo es geprägt wurde, also in andern Ländern gegen dortiges Geld mit einigem Verluste umgesetzt werden muß; dieser Nachtheil läßt sich durch Staatsverträge ganz verhüten, durch welche Münzen von bestimmtem Gehalt an Edelmetall (und mit Bezeichnung des Werthes in mehreren Sprachen und Münzsorten) in allen vereinten Staaten gleichgelten. Ein größerer Nachtheil ist schon das Gewicht dieses Geldes, welches bei Versendung großer Summen bedeutende Kosten macht. Noch größer ist der Nachtheil, daß die sichere Verwahrung desselben gegen Diebstahl, Feuer und Seegefahr kostspielig und der Verlust kaum je ganz zu vermeiden ist; wozu dann noch kommt, daß selbst eine geringe Abnutzung eines für so werthvoll geltenden Stoffes beim Umlauf jedem Staate ansehnliche Summen kostet. Diese Nachtheile haben denn schon seit Jahrhunderten zu der Erfindung von Stellvertretern des Geldes geführt, als da sind Wechselbriefe, Anweisungen, offene Kreditbriefe und Banknoten, welche verloren gehen mögen, ohne daß der Werth verloren geht, und welche leicht beweglich sind. Daß die Masse vorhandenen Edelmetalls nicht nach Bedürfniß vermehrt werden kann, weil es selten ist, dieser schwerwiegende Nachtheil ist ebenfalls durch eine Erfindung von Stellvertretern aufgewogen worden, die der Papiergelder, deren Umlauf sich freilich auf das Staatsgebiet beschränkt, welches sie gedruckt oder zu drucken gestattet hat. Die Papiergelder haben massenhaften Schaden gestiftet durch theilweise oder gänzliche Entwerthung; das hat nicht hindern können, daß sie andererseits wieder große Dienste geleistet haben, Staaten vor dem Untergange haben retten helfen u. s. w. wovon wir noch weiter zu sprechen haben werden. Sie sind aber unter heutigen Einrichtungen ein weit überwiegendes Uebel. Denn erstens muß zur Deckung der umlaufenden ein gleicher oder nahezu gleicher Betrag an Goldgeld in den Bankgewölben nieder-

gelegt werden; wenn dies geschieht, so ist keine Vermehrung der Umlaufsmittel nach Bedürfniß gewonnen, vielmehr das umlaufende Gold seltener, also theurer geworden; wenn aber bloß ein Bruchtheil des umlaufenden Papiergeldes durch Gold in den Bankgewölben gesichert ist, so kann bei einem allgemeinen Anlauf auf die Bank nicht alles Papiergeld eingelöst werden, und es bricht entweder die Bank, so daß die Papierinhaber verlieren, oder sie stellt die Baarzahlung zeitweilig ein, und das Papiergeld sinkt im Werthe und zwar oft bedeutend. Der allergrößte Nachtheil bleibt aber die lügenhafte Natur dieses Geldes, und das damit verbundene Vorrecht.

Es ist ja eben nicht zu allen Zeiten einlösbar, obwohl es das schwarz auf weiß verspricht; es ist also eine vom Staat erlaubte Lüge, die auch dem Dümmsten einleuchtet, der da weiß, daß in der Bank weniger Gold ist, als sie Papier umlaufend hat. Das Mißtrauen des Volkes also gegen den Staat, welcher diese Lüge erlaubt oder wohl gar selbst verübt, ist gerechtfertigt und muß das sittliche Band zwischen beiden lockern, wenn nicht zerstören. Nur eine von zwei Auffassungen ist möglich: Entweder ist das Geld eine Naturmacht, gehorcht ausschließlich Naturgesetzen; dann ist der Staat, welcher etwas Anderes als Naturgeld erlaubt, ein Fälscher oder Hehler von Fälschern; oder das Geld ist eine staatliche, künstliche Macht und gehorcht Staatsgesetzen; dann ist der Staat, welcher den Werth des Geldes von Naturgesetzen, die er nicht beherrschen kann, abhängig macht, ein mit den zufälligen Geldbesitzern gegen das Volk verschworner Betrüger. So urtheilt der gemeine Mann, wenn er denken kann.

Vom sittlichen Gesichtspunkte aus — das ahnt oder weiß fast Jedermann — dürfte es also entweder blos Naturgeld geben, Hartgeld, und keinen Stellvertreter desselben, welcher der theilweisen oder gänzlichen Entwerthung ausgesetzt ist; oder blos künstliches Geld, welches allein durch das Gesetz seinen Werth erhält und bewahrt. Es dürfte kein in Hartgeld einlösliches Papiergeld geben, welches nothwendig Betrug in sich schließt, zu allerhand Betrug einladet und einer Klasse von Geldbesitzern das Vorrecht giebt, das Volk zu besteuern, ja wohl obendrein zu beschwindeln. Welche von beiden Arten Geld aber vorzüglicher sei, das natürliche, oder das künstliche, bleibt nun zu untersuchen. Bevor wir das aber thun, ist zu erwähnen, daß an der Durchführbarkeit eines rein künstlichen Geldes die Erfahrung keinen Zweifel gelassen hat, wenigstens innerhalb jedes einzelnen Staates. Es haben dies lange Jahre hindurch Frankreich, England, Rußland, Oestreich und die Vereinigten Staaten bewährt, und es kann bewiesen werden, daß in jedem der genannten Fälle die theilweise Entwerthung des Papiergeldes die Folge davon war, daß neben demselben noch das Hartgeld geduldet, und die Rückkehr zur Hartgeldwährung in Aussicht gestellt wurde. Diesen Beweis führen wir ein anderes Mal und fragen, ob angesichts dieser Erfahrung die Staaten eine Entschuldigung haben, wenn sie zum Geldstoffe ein kostspieliges Edelmetall wählen, welches sie durch ihre starke Nachfrage obendrein muthwillig vertheuern, während sie denselben Zweck mit dem allerbilligsten Geldstoffe erreichen und dadurch den Geldmarkt — wenigstens daheim — völlig beherrschen könnten.

Denn daß Gold und Silber außerordentlich durch die starke Nachfrage der Regierungs-Münzstätten darnach zum Zwecke des Geldprägens vertheuert worden, ist gewiß. Es giebt sehr wenig Zwecke, zu welchen gerade diese Metalle verwendbar sind, und noch viel wenigere, zu denen sie unentbehrlich sind. Bliebe es also bei der natürlichen Nachfrage, so würden sie in denjenigen geringen Mengen erzeugt werden, welche mit leichter Mühe aus dem Flußsande gewaschen, oder aus oberflächlichen Gruben, welche gewöhnlich die reichste Ausbeute liefern, gewonnen werden. Und da die Aufbereitung gerade der Edelmetalle die leichteste und weit weniger mühsam, als die der andern Metalle ist, so würden sie ungefähr so billig sein, als sie bei der Entdeckung Mexikos und Perus dort gefunden wurden. Seitdem Frankreich und Deutschland das Prägen größerer Silbermünzen eingestellt haben, ist der Marktpreis des Silbers um etwa 20 Prozent gefallen; sollte vollends in China, Japan und Ostindien mit ihren 700 Millionen Bevölkerung, welche nur Silbermünzen in Zahlung nehmen, die Goldwährung gesetzlich werden, so ist Alles darauf zu wetten, daß das Silber bis etwa auf den Preis des Kupfers fallen, das Gold freilich um ebensoviel steigen würde. Es hat also lediglich die starke Nachfrage behufs des Prägens die seltenen Metalle außerordentlich vertheuert, wozu die Wahrnehmung der Volksmassen, daß das Hartgeld eine werthvollere Waare als jede andere sei, da sie überall und immer Kaufkraft hat, viel beitrug. Von da an wurden diese Metalle mit immer mehr Aufwand von Mühe gesucht, besonders da sie in fernen, wüsten, noch unausgebeuteten Lagerstätten gesucht werden mußten, so daß sie also mehr Arbeitszeit verkörpern. Wenn es noch eines weiteren Beweises hierfür bedürfte, so genügt der Hinweis auf den Preisunterschied zwischen Gold, Platina, Silber, Kupfer und Eisen. Es giebt keinen andern Erklärungsgrund, weshalb Platina fünfmal billiger sein sollte als Gold, während es doch weit seltener ist als dieses, als den einen Grund, daß keine Münzen daraus geprägt werden; denn es hat mindestens ebensoviele werthvolle Eigenschaften als dieses. Und weshalb sollte Silber funfzehn bis zwanzig Male billiger sein als Gold? Kann Jemand nachweisen, daß es um 15—20 Male häufiger, oder leichter zu gewinnen, oder an werthvollen Eigenschaften ärmer ist? Es wäre ein schweres Werk, zumal das Gegentheil der letzteren Gründe auf der Hand liegt. Der wahre Erklärungsgrund liegt darin, daß das Gold, weil schwerer zu fälschen, für die werthvolleren Münzen vorgezogen wurde. Und warum sollte hinwieder Kupfer, das fast so selten als Silber ist, fünf bis zehnmal billiger als dieses und hundertmal billiger als Gold sein, Eisen aber, das nützlichste und schwerst zu gewinnende, wenn auch häufigste Metall, gerade 500 oder mehr mal billiger sein als Gold? Blos weil jenes zum Prägen nur wenig, dieses gar nicht geeignet war, solange Fälschung schwer zu entdecken blieb.

Der weit übertriebene Werth des Goldes und Silbers also beruht lediglich in der Einbildung, welche aber, gerade wie die Religion, den Kulturvölkern zur andern Natur geworden ist. Er hat blos insofern eine vernünftige Begründung, als Geld überhaupt eine bequemere, vortheilhaftere Waare denn jede andere ist, da es gegen Alles leichter ausgetauscht werden kann. Papiergeld aber thut ganz dieselben Dienste, und somit ist der Mammon-Dienst, jene wahnsinnige Anbetung des Goldes, an welcher unsere Zeit so schwer krankt, durch die Staaten verschuldet, welche den Werth des Geldes auf den Goldstoff begründeten und diesen schädlichen und schändlichen Aberglauben nicht bekämpfen, weil sie eben keine Volksherrschaften sind. Wenn sie im Stande gewesen und noch sind, dem Golde einen Werth zu verleihen, den es an sich nicht hat, warum sollten sie außer Stande sein, dem von ihnen als allein erlaubtes Geld geschaffenen Papiergelde einen beliebigen Werth zu verleihen?

Sozialpolitische Uebersicht.

— ER hat noch nicht geklagt (die gegen den bisherigen Redakteur der „Reichsglocke" anhängig gemachte Anklage hat mit der 1 Millionen-Sache nichts zu thun, sondern betrifft irrelevante Punkte); in Folge dessen wird ihm von der „Reichsglocke" folgende Mahnung in die Ohren geschellt (Nr. 44): „An dem Fürsten Reichskanzler ist es jetzt, im Interesse seiner eigenen Person, seiner Stellung und des deutschen Volkes so schnell als möglich eine Anklage wegen Verleumdung gegen die „Reichsglocke" (Nr. 40 und 41 vom 1. und 8. Oktober cr.) und den Herrn v. Diest zu erheben, um in öffentlicher Gerichtsverhandlung seine Integrität darzuthun. Als Diener Sr. Majestät, als Soldat und als Kanzler der deutschen Nation ist er dazu verpflichtet. Wir würden mit großem Jubel den Tag begrüßen, wo das geweckte Mißtrauen wieder verschwinden wird; wir würden aber auch nicht zittern, wenn Deutschland das Schauspiel erleben sollte, daß seine ersten Staatsmänner unter den Händen der berüchtigtsten Gründerjuden — Gründergenossen geworden sind. Nur die freie, unverhüllte Wahrheit kann uns nützen, und das Erkennen unserer großen Schmach wird uns erst den Weg öffnen zur Rückkehr besserer Zustände auf sittlicher Basis."—Die Anklage, von der Fürst Bismarck sich reinigen soll, läuft bekanntlich darauf hinaus, daß er seinen Einfluß als Staatsminister zur Förderung einer Gründung mißbraucht und sich dafür in einem bestimmten Fall eine Million Thaler habe zahlen lassen. Wir wollen sehn, ob die furchtbaren moralischen Peitschenhiebe der „Reichsglocke" den Fürsten Reichskanzler aus seinem hartnäckigen Schweigen heraus treiben werden, constatiren aber einstweilen bei dieser Gelegenheit, daß die liberale Presse fast ausnahmslos — außer der „Deutschen allg. Zeitung" kennen wir kein nationalliberales Blatt, das die Affaire erwähnt hätte — die schwere, wir können wohl sagen beispiellose Anklage gegen den Fürsten Bismarck ebenso hartnäckig todtzuschweigen sucht, wie dieser selbst schweigt. Das zeigt, welche Moralbegriffe unser Liberalismus hat. — Erwähnt sei noch, daß Graf Arnim die Absicht haben soll, den Fürsten Bismarck wegen verschiedener Aussagen desselben im letzten Prozeß auf Verläumdung zu verklagen.

— Rechtsstaatliche Freizügigkeit. Die „Chemnitzer freie Presse" berichtet: „Wie unseren Lesern bekannt, wurde unser Genosse Rohleder vor einiger Zeit aus Frankenberg ausgewiesen. Derselbe wollte sich in Folge dessen in dem nahe gelegenen Sachsenburg niederlassen. Die Niederlassung wurde ihm unter der Bedingung gestattet, daß er einen Verhaltsschein beibringe, dessen Ausstellung er bei der Frankenberger Behörde beantragte. Ein Tag verging nach dem andern, ohne daß dieser Schein eintraf. Rohleder ließ sich deshalb durch eine dritte Person nach dem Grunde der Verzögerung erkundigen. Dieser Person wurde eröffnet, daß R. einen Verhaltsschein nicht brauche, es würde ihm auch, wenn er seine Arbeit hin und wieder in Frankenberg besorgen wolle, nichts in den Weg gelegt werden. R. wagte in Folge dessen selbst einmal nach Frankenberg zu gehen und sich darüber zu informiren, warum ihm die Ausstellung eines Verhaltscheins verweigert werde. Auf der Polizei wurde ihm zugleich eröffnet, daß das Ministerium seine Ausweisung bestätigt habe. Nachdem dies geschehen, wurde er an das Gerichtsamt abgeliefert und wegen verbotswidrigen Betretens der Stadt zwei Tage eingesperrt und nach Verbüßung der „Strafe", mit einem Zwangspaß versehen, in seine Heimath gewiesen. Einen Kommentar zu diesem Verfahren wollen sich unsere Leser selbst machen."

— Wer die Wahrheit sagt, wird bestraft — mitunter wenigstens in Deutschland. So z. B. wird das Schwurgericht von Mittelfranken in seiner nächsten Session über den Redakteur des „Nürnberger Anzeiger" aburtheilen, der eine Reihe von Artikeln über die Gemeindekasse von Bamberg veröffentlicht hat. In den Artikeln wurde behauptet, daß die Kasse nicht richtig verwaltet würde, und eine Untersuchung, die in Folge dieser Artikel angestrengt wurde, ergab ein Defizit von 60,000 Gulden. Zwei Beamte, denen dies Defizit zur Last fiel, sind von den Geschwornen schuldig gesprochen und hinter Schloß und Riegel spedirt worden. Der „Nürnberger Anzeiger" hat somit die Commune Bamberg vor einem noch größeren Defizit bewahrt. Um nun dies Verdienst nach „deutscher Sitte" zu belohnen, hat der Bürgermeister von Bamberg gegen den „Nürnberger Anzeiger" einen Strafantrag wegen „Beleidigung" gestellt, und die Gerichte werden diesem Antrage vielleicht auch „gerecht" werden — warum sollen sie nicht? Die Wahrheit ist ein Gericht, das mit Vorsicht servirt und genossen werden muß — nicht wahr, ihr Herren?

— Was unsere Gegner im Lügen leisten, zeigt der Hamburger „Volksfreund". In seiner letzten Nummer druckt derselbe einen Artikel des Bräuer'schen Idiotenblattes, des angeblich einzig wahren „Sozialdemokrat" nach und fügt dann folgende eigene Weisheit hinzu:

> „Vom materiellen Standpunkte aus könnte man wohl Leute wie Liebknecht, Hasenclever, Auer u. s. w. beneiden. So hat z. B. der Letztere als Mitredakteur des „Hamburg-Altonaer Volksblatt" M. 195 —, als Mitglied des Central-Preßausschusses M. 150 —, also zusammen M. 345 festes Einkommen pr. Monat, welches, abgesehen von sonstigen Nebeneinnahmen, pr. Jahr das nette Sümmchen von M. 4140 ergiebt."

Allerdings ein „nettes Sümmchen"! bemerkt dazu das „Hamburg-Altonaer Volksblatt". Dabei läuft nur die nette Lüge mit unter, daß Auer Mitredakteur unseres Blattes sei. Er ist es niemals gewesen, und ist es auch heute nicht. Auch einen „Central-Preßausschuß" giebt es nicht, sondern nur ein Central-Wahlcomité, dessen Sekretär Auer ist und als welcher er monatlich Mark 150 bezieht. Die anderen 195 Mark sind hinzugelogen von den fünf Scheerenhelden, die unlängst in einem Circular ganz Deutschland angebettelt, dabei wahrscheinlich Nichts erhalten haben und deshalb eine so grimmige Wuth über die Gehälter unserer Redakteure zur Schau tragen. Leute, welche, um uns angreifen zu können, solch infame Lügen schmieden müssen, nennen uns dann!

> „Politische Komödianten, die auf gute Einnahmen spekuliren für die schwindelhaften Schaustellungen, welche sie dem Arbeiter für sein gutes Geld bieten."

Man schließe aus der Größe der Lüge auf die Größe der Frechheit. Solche Sippschaft ist uns nicht einmal anständig genug, um sie zu verklagen und den Strohmann, hinter welchem sie sich verschanzen, auf einige Wochen in's Gefängniß zu bringen.

— Stieber an der Arbeit. Aus dem katholischen Wunder- und Wallfahrtsort Marpingen berichten „liberale" Blätter mit großem Jubel eine rettende That, welche die Berliner Geheimpolizei dort ausgeführt hat. Das Stücklein erinnert lebhaft an die bekannte Affaire, die Herr Stieber selbst vor dreißig Jahren als „Maler Schmidt" in Schlesien gegen den Communisten Schöffel und den Lehrer Wander aufführte — seine erste Polizeithat, die wir gelegentlich einmal in's Gedächtniß der jungen Generation zurückrufen werden. Ein Geheimpolizist kommt von Berlin nach Marpingen und giebt sich für einen frommen Katholiken aus Irland aus; seine mit großer Geschicklichkeit gefälschten Papiere legitimiren ihn als solchen. Er spricht nur englisch und logirt sich bei einem Wirthe ein, dessen Sohn in Amerika ist. Er hat viel Geld, ist sehr fromm und spendet der wunderthätigen Madonna ein schönes neues Kleid, spricht auch von Erbauung einer Kapelle und von Ankauf des Gnadenortes, um ihn der Gemeinde zu schenken. Man hegt

Ein nationalliberales Guckkastenbild.

(Schluß.)

„Das Erlöschen der Liebe soll ein hinreichender Scheidungsgrund sein, — Prostitution und Concubinat also aufhören, — den so Geschiedenen soll eine andere Ehe möglich sein und dann wechselt man die Weiber, wie seine Wäsche, blos mit dem Unterschiede, daß man die ersteren prügelt und zum Hause hinauswirft, weil damit die Ehe — nach muhamedanischen Gesetzen — am erfolgreichsten gelöst ist! — Gesittung und Anstand werden diese Art sozialdemokratischer Ehe als den Zusammenbruch der großen sittlichen Institution der wirklichen Ehe bekämpfen und als Zuchtlosigkeit brandmarken!"

Wahrlich Gevatter, in diesem Sinne steht es da zu lesen, zwei große Spalten lang, und nun denkt Euch die Schandwirthschaft der Türken hinübergetragen in's deutsche Vaterland! — Haben wir hier denn nicht schon genug der — — — — — — ? —

Ja! — Das ist das Ideal der „freien Liebe", wie es sich in dem Schädel eines ächten Bourgeois nur abspiegeln kann. Wir lassen seine sinnreichen Combinationen und die edle Form der Betrachtungen für sich selber reden. „Der Mann ist sein Styl" und wir blicken mitleidig lächelnd in das Duster seiner aufgeblasenen Allwissenheit. Es lohnte nicht der Mühe, einem solchen Verehrer der Knechtseligkeit von der Erziehung zur Freiheit zu reden, zu reden von der sozialistischen Gesellschaftsordnung, von den Regeln der Tugend- und Sittenlehre, von dem Wegfall der ökonomischen Fesseln, welche die heutigen Ehen schließen und zerrütten helfen. Was predigt solchen Leuten der Zerfall ihrer großen und sittlichen Institution, der wirklichen Ehe? Trotz Gesetz und Zwang das riesigste Wachsen der Ehebrüche und Scheidungen von Jahr zu Jahr; wo nicht Zerrüttung und Elend! — Die Ideale eines Owen und anderer Pionniere der Vernunft und Menschlichkeit kann und darf ein solches Genie nicht begreifen, sie sind ihm unberechenbar und sein Pensum heißt: „Nieder mit der Sozialdemokratie!", die goldne Peitsche treibt zum Wahlkampfe an.

Ja, der Liberale darf diese Pestbeulen nicht sehen, die den Volkskörper zersetzen, seine Säfte vergiften. Und er schreit und schreibt: Tod und Verderben der Hand, die da kräftigen und heilen will. —

Mit Wohlbehagen betrachtet er still die Entwickelung der zwei Racen, der „Hungrigen" und der „Satten", der Unzufriedenen und der Behaglichen.

Da erwacht plötzlich, wie aus bösem Traum, sein Gewissen; aber — er darf es nicht zugestehen, daß Vieles im Argen sei. Und weil sein eigener Witz zu arm um ihn selbst zu trösten, greift er in das Arsenal der Herren Schuster und Graf Eulenburg. Citate aus des Letzteren bekannter Rede und aus des Abgeordneten Hasselmann's Erwiederung über Ehe, Familie und Kinderarbeit müssen den letzten Teig zum Pflaster liefern, so daß er in folgendem Sinn prophetisch schließen kann:

„Also nur Scherz oder Täuschung, daß Rothschild und Anderen ihre Milliarden gelassen werden; im sozialistischen Staate kein Privatkapital, keine kirchliche Ehe, keine civile!" (Fürchterlich!) „Keine privaten Erhaltungs- und Erziehungssorgen der Eltern, die Gesammtheit soll diese heilige Pflicht zu erfüllen haben! Der Staat ein einziges großes Findelhaus! Kein Anspruch auf Liebe und Anhänglichkeit der Kinder mehr, diese nur die Produkte der Wollust, verlieren das Gefühl der Dankbarkeit gegen alt und krank gewordene Eltern!" (Hu wie türkisch!) „Sämmtliche Ehen kinderlos, sämmtliche Kinder Waisen! — Phantasterei und Frechheit nur behaupten das Gegentheil! Dem Staate die Verpflichtung der Kindererziehung überlassen, heißt von der sittlichen Kraft des Arbeiters zu viel erwarten (hört, hört!), freiwillig, selbst wird er dann nicht für seine Kinder sorgen!" (Ha, wie logisch!)

Im tollen Jagen stößt endlich das zermarterte Gehirn auf die Frauen- und Kinderarbeit, als Nachtheil für das Familienleben; dann folgt die Getröstung auf gesetzliche Beschränkung und ein Purzelbaum gegen die Fabrikanten, an deren Industrie nicht viel gelegen sei, wenn sie Frauen- und Kinderarbeit zur Existenz brauche. Sodann sieht unser großer Gelehrter im sozialistischen Staate „außer dem Hause für Lohn arbeitende Frauen. Sie sagen doch, — ruft er — daß in ihrem Staate Jeder arbeiten soll. Wollen sie diesen Satz auf gesunde, sogar auch auf kinderlose Frauen nicht angewendet wissen? Wenn ihnen nur Zeit zur Besorgung ihrer Haushaltung bleibt?" —

Und endlich schließt er mit dem besten seiner Witze:

„Uebertroffen von den Sozialdemokraten wird die Wuth und Tollheit der französischen Revolution. Nicht einmal Eheschluß auf eine gewisse Zeit; heute Abend heirathen, morgen früh sich wieder trennen!"

Genug! Genug! Was der Märtyrer seiner Bornirtheit bei dieser Ausgeburt schiffbrüchig gewordener „Wissenschafterei" auch gelitten haben mag, wir können es ihm nicht ersparen, ihn vor den Spiegel zu führen und ihn einzuladen, herzlich zu lachen über diesen Jammermann.

Gleich dem Coloß von Rhodus, so steht er da, unser lustiger Polemiker mit der ernsten Physiognomie. Den einen Fuß auf der Schatztruhe der heutigen Gesellschaft, den anderen auf dem hohlen Boden seiner hirnverbrannten Phantasie, das schwere Denkerhaupt dem brausenden Sturme unserer sozialistischen Bewegung zugewendet, so erblickt er im sozialistischen Staat Arbeiter (Ausgebeutete) im heutigen Sinn, die ihre Kinder versorgen, Eltern, die von diesen im Alter das Gnadenbrot essen sollen — die Idee der Solidarität ist ihm ein unfaßbares Wahngebild. Angstbetäubt von dem Trommelwirbel „zur Wahl", ruft er zeternd: „Nachbarin euer Fläschchen!" — Der Duft des Eigendünkels kann ihn jedoch nicht vor dem Fall bewahren und unter ungeheurer Heiterkeit versinkt er in das graue Meer der ihn verschlingenden Unwissenheit. — Das sind die Helden, mit denen wir uns hier zu schlagen alle Tage Gelegenheit, doch nicht die Muse haben. Heute mags geschehen sein, den Sozialisten und dem denkenden Volk zur Anregung und Erheiterung, dem unwissenden Prahler zur Züchtigung. Und nun: — „Geh' in ein Kloster Ophelia!"

also kein Mißtrauen gegen ihn, und er wird von den Leitern der Wundergeschichte in Alles eingeweiht. Am Donnerstag vor acht Tagen warf er plötzlich die Maske ab, eine große Anzahl Polizisten erschienen und hielten unter seiner Leitung Haussuchungen in Marpingen und in den Nachbarorteu. Viel scheint man nicht gefunden zu haben: ein Blatt berichtet von Beschlagnahme einer Kiste mit aus dem Gnadenborn gefüllten Flaschen! Ob der Erfolg diesen Aufwand an Geld und — staatsretterischer Heuchelei gerechtfertigt hat, scheint somit noch sehr fraglich zu sein.

— Der internationale Arbeitercongreß in Bern hat einstimmig folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die gegenseitige Anerkennung der Mittel zur Emanzipation des Proletariats eine Allen zukommende und von Allen anerkannte Pflicht ist: nimmt der Congreß an, daß die sozialistischen Arbeiter eines jeden Landes am besten verstehen, welche Propagandamittel für ihr Land die besten sein werden. Die Internationale sympathisirt mit diesen Arbeitern in allen Fällen, einzig ausgenommen den Fall der Verbindung mit irgend einer Bourgeois-Partei."

Ueber den „Krieg im Orient" wurde folgender Bericht abgestattet und vom Congreß gebilligt:

„Der Klassenkampf genügt den Diplomaten nicht mehr, sie wollen sich jetzt wieder Schlachten liefern, wo Kugeln fliegen und Blut fließt, und ihre Agenten haben die Unverschämtheit, dieses Vorgehen mit der öffentlichen Meinung decken zu wollen.

„Wir wollen diesen Agenten nicht antworten, sie sind unsere Feinde und verdienen nichts als unsere Verachtung. Aber Diejenigen, die man tödten will, sind unsere Brüder. Die Landleute und Arbeiter, die man aus ihrem Wirkungskreise reißt, um mit ihrer Arbeit und ihrem Blute die Thorheiten der Könige zu bezahlen, Alle diese sind gleichmäßig unsere Brüder, welche wir herzlich bemitleiden.

„Inmitten all' dieses Lügenwustes, der die Welt erfüllt, haben wir einfach ein Wort der Wahrheit auszusprechen: So Viele haben sich schon geopfert in diesem Kriege; wir haben die Anderen zu warnen, daß sie sich nicht auch dupiren lassen.

„Vor Allem warnen wir die Arbeiter vor den Schmeicheleien der liberalen Parteien. Wir Arbeiter haben nur von uns selbst Rath anzunehmen — von den Henkern brauchen wir keine Rathschläge! Englische Liberale, welche wieder an's Ruder kommen wollen, schreien gewaltig über die Metzeleien in Bulgarien; aber was sagten diese „Herren", als die Capitulanten von Sedan und Metz das Pariser Volk zu Tausenden mit Mitrailleusen mordeten und ganz Paris in einen Friedhof verwandelten? Damals freuten sie sich, da ergötzten sie sich an dem Geruch des Blutes. Und was sagen die russischen Liberalen, welche sich gut bezahlen lassen für ihre kriegerische Bundesgenossenschaft mit ihrer Regierung? Sie haben geholfen in Warschau „Ordnung" zu schaffen — sie konnten nur Beifall klatschen zu der Art und Weise, wie man in Paris die „Ordnung" wieder hergestellt hat.

„Mit welchem Rechte protestiren diese „Herren" gegen die Grausamkeiten in Bulgarien? — Es ist doch immer die gleiche „Ordnung": Krieg allen Freigesinnten, Friede den Schurken!

„Aber alle Mittel sind ja gut für Diejenigen, die sich vorgenommen haben, so viel Macht und Reichthum als möglich zu erobern und behalten zu wollen.

„Die Zeitungsschreiber, die Pfaffen und Liberalen suchen das Land volk aufzuregen, indem sie den „heiligen Krieg gegen die Türkei" predigen. Uns Arbeiter des Abendlandes können sie nicht mit dem Christenthum ködern, aber sie appelliren an unsere Gefühle der Menschlichkeit — sie, die Würger Polens und des Kaukasus! Von solcher Seite weisen wir diesen Appell als eine Beleidigung zurück.

„Ja, das Blut der gemordeten Bulgaren schreit um Rache, aber wo sind die Mörder? Nicht blos in der Türkei haben wir sie zu suchen; wir sehen sie auch in der russischen Armee, die im Kaukasus die Frauen schändete, die Kinder an den Mauern zerschmetterte; wir sehen sie in den Reihen der liberalen Herren, welche über die unglücklichen Opfer Krokodilsthränen vergießen.

„Alle, welche von der Arbeit Anderer leben, für die natürlich die Aufrechterhaltung der heutigen Zustände gleichbedeutend ist mit der Aufrechterhaltung der Ausbeutung des Arbeiters, alle diese orthodoxen Muselmänner sind die wahren Schuldigen.

„Die Geschichte lehrt uns zum Voraus, was von diesen russischen Kapitänen und Präfekten, die heute so freundschaftlich auftreten, zu erwarten ist, sobald sie nur erst die christliche Bevölkerung des Balkan von dem türkischen Joche befreit haben. Wehe Euch Befreiten! Ihr werdet dann erfahren, was das Mitleid eines befreienden Henkers werth ist; Eure neuen Herren kennen das Handwerk, und sie werden Euch zum Gehorsam zu dressiren wissen — und wenn Ihr Euch widersetzt, so werdet Ihr sehen, ob die russischen Kanonen milder sind, als die Tscherkessensäbel.

„Genossen! In dieser häßlichen, blutigen Komödie wollen wir keine Rolle übernehmen; eben weil wir die slavischen Brüder lieben, wollen wir sie nicht gegen die Türken hetzen.

„Alle, welche arbeiten und leiden, sind unsere Brüder und alle Ausbeuter sind unsere Feinde. Begreift doch, Freunde, daß Czar und Sultan, Eure — — — —, Nichts sind, Nichts sein können, als Eure Feinde. Wenn sie sich den Krieg erklären, so geschieht es nur, um dem Volke einen „wohlthätigen" Aderlaß zu verordnen, um Euch von Eurem Elend auf das noch größere Elend zu verweisen, das sie stiften, — mit einem Wort, um Euch von der sozialen Frage abzulenken.

„Genossen! Lassen wir sie ihre Kriege machen und setzen wir den unsrigen fort; bleiben wir auf unserm Schlachtfelde, es ist das des Rechtes gegen das Unrecht, der Sittlichkeit gegen das Verbrechen, der Arbeit gegen den Diebstahl." —

Am 29. Oktober beschloß der Congreß, zur definitiven Lösung der Einigungsfrage im nächsten Jahre einen allgemeinen internationalen Arbeiter-Congreß abzuhalten.

Nachdem wir so den wichtigsten Beschluß mitgetheilt, wollen wir noch Einiges über Beschickung und Constituirung des Congresses nachtragen.

Anwesend waren 31 Delegirte und zwar 17 von der Jura-Föderation, darunter auch einige deutsch-schweizerische, also deutscher Nationalität und mehrere, die der deutschen, wie der französischen Sprache mächtig sind; 4 aus Italien, wovon einer auch fertig französisch spricht; 2 aus Spanien; 2 Delegirte französischer Sektionen; 1 Delegirter aus Belgien, zugleich die holländischen Sektionen vertretend; 2 von Sektionen in Genf, die keiner Föderation angehören; 1 Delegirter des „Unabhängigen Sozialistenklubs" in Genf; 1 Genosse aus Deutschland, der jedoch die dortige Partei nicht offiziell vertritt, sondern nur aus privater Initiative erschienen ist (der sozialistische Reichstagsabgeordnete Bahlteich); 1 Delegirter der Internationalen Sektion Zürich (der zugleich den Schweiz. Arbeiterbund vertritt.)

Als Vorsitzende fungirten: Müller (Elsaß), Perron (Schweiz) und Cafiero (Italien). Die Verhandlungen, welche vom 26. bis zum 29. Oktober dauerten, wurden in mustergiltiger Ruhe und durchaus leidenschaftslos geführt. Im nächsten Briefe wollen wir eine Skizze davon geben.

— Die entscheidende Niederlage der serbisch-russischen Armee hat den russischen Wolf endlich gezwungen, den Schafspelz abzuwerfen. Nach Empfang der Hiobsposten aus Belgrad ließ der „friedliebende" Czar sofort an seinen Gesandten in Constantinopel telegraphiren, er solle vom Sultan einen sechswöchentlichen Waffenstillstand fordern, der binnen 48 Stunden zu bewilligen sei, widrigenfalls Rußland die diplomatischen Beziehungen zur Türkei abbrechen werde — was der Anfang des Kriegs wäre. Die Antwort der Pforte ist heute (Donnerstag Abend) noch nicht bekannt. Wüßte Rußland nicht, daß Preußisch-Deutschland ihm den Rücken deckt — wie diesem 1870/71 von Rußland der Rücken gedeckt ward — dann könnte es nicht mit dieser bodenlosen Frechheit aufzutreten wagen.

— Russengreuel. Wie aus der letzten Nummer des in London in russischer Sprache erscheinenden Parteiorgans „Vorwärts" ersichtlich ist, sind die Genossen Gamoff Demeter, Pl'otnikoff, Malinoffsky und Prohorovitz Markus im Gefängniß zu Charkoff gestorben, in welchem sie sich seit zwei Jahren in Untersuchung wegen sozialistischer Propaganda befanden.

Im Gefängnisse zu Charkoff sind keine Besuche und auch keine beständige Arbeit gestattet, und die Verhafteten erhalten täglich nur dritthalb Kopeken (=4½ kr.) aus der Staatskasse, was selbstverständlich nicht einmal genügend ist, sich mit Brod zu nähren. Eine Korrespondenz aus Petersburg bemerkt dazu: „Stellen Sie sich einen Menschen vor, der fast immer hungrig, ohne irgend welche Arbeit ist, und dem es ganz unmöglich ist, mit den Menschen zu verkehren, und Sie werden mir wohl beistimmen, daß dies eigentlich kein Leben, sondern nur ein langsamer, qualvoller Todeskampf ist."

— Strike der Schriftsetzer in Kopenhagen. In Folge der Forderung eines höheren Lohntarifs sind Differenzen zwischen dem Verbande der Schriftsetzer in Kopenhagen und den Buchdruckereibesitzern daselbst ausgebrochen, welche, wie wir vernehmen, jetzt zu einer Arbeitseinstellung der Verbandssetzer führen. Die Prinzipale sollen allen denjenigen Setzern für nächsten Sonnabend gekündigt haben, welche dann noch Mitglieder des Verbandes sein werden.

Innere Parteiangelegenheiten.

Als Agenten des Vorstandes sind ernannt: Wilkau: C. Schmelzer; Niederplanitz: E. Küchler, E. Wettermann; Neustadt a. d. H.: F. Guth; Frankenthal: J. Frank; Bremen: W. Frick; Ursprung: H. Tostmann.

Hamburg, den 1. November 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vorstand.

J. A.:

C. Derossi, J. Auer, Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Glasgow, 23. Oktober 1876. Der 9. Jahrescongreß der englischen Gewerkschaften tagte vom 18. bis incl. 23. September in Newcastle on Tyne. Vertreten waren 98 Vereinigungen mit 198,600 Mitgliedern durch 120 Delegirte. Das „parlamentarische Comité" erstattet Bericht über das Jahr vom 13. Oktober 1875 bis 16. September 1876. Es hat eingenommen an Beiträgen von den verschiedenen Gewerkschaften 640 Pfd. Sterl. 13 Shill. 4 Pence und ausgegeben für Congreßkosten, Druckschriften, Gehalte ꝛc. die Summe von 535 Pfd. Sterl. 8 Shill. 6½ Pence. An Erfolgen hat das Comité aufzuweisen:

a) Die Amendirung des Trades-Unions-Act von 1871, welche die Vermögensbewegung dieser Gewerkschaften in Bezug auf ihre Beamteten, Mitglieder und Verbindungen unter einander gesetzlich regulirt.

b) Die Ernennung einer Commission zur Untersuchung der Zulänglichkeit der Haftpflichtgesetzbestimmungen. Die Commission sei in Thätigkeit und werde dieselbe vom parlamentarischen Comité sorgfältig überwacht.

c) Das Handelsschiffahrts-Gesetz sei nicht das geworden, was im Interesse der Humanität wünschenswerth wäre, indem die Regierung die Ablehnung der von Herrn Plimsoll vorgeschlagenen Amendements zu einer Parteifrage gemacht habe. Einer der Hauptpunkte, welche Plimsoll durchgesetzt, sei die Abschaffung der Verdeckladungen während der Wintermonate gewesen. Dieses weise und humane Verbot sei jedoch vom Oberhause wieder umgeworfen worden. Man müsse nunmehr mit dem Erreichten zufrieden sein und das Wirken des Gesetzes abwarten, bevor man eine abermalige Aenderung desselben beantragen könne.

d) Die Gefängnißstrafe für Seeleute wegen Contraktbruches sei im neuen Merchant-Shippings-Act*) (1875) nicht aufgehoben. Dies sei eine ernste Ausnahme angesichts des Employer and Workmen-Act**) (1875), welcher eine solche Bestrafung des Contraktbruchs für industrielle Arbeiter auf dem Lande abgeschafft. Der Arbeiterdeputirte, Herr Burt, habe am ersten Tage der verflossenen Parlamentssession eine Bill eingebracht, welche die Ausdehnung der Bestimmungen des Employer and Workmen-Act auf die Seeleute in britischen Gewässern bezweckte. Die Bill kam nur bis zur 2. Lesung und das Comité hoffe, die Regierung werde die Sache in der nächsten Session in die Hände nehmen.

e) In Betreff der summarischen Jurisdiktion der Magistrats-Richter habe das Comité das auf dem letzten Congreß beschlossene Memorandum dem Minister des Innern überreicht. Herr Croß habe die Deputation freundlich empfangen und versichert, daß die Regierung alles thun werde, was ihr gerecht und billig erscheine. Seine bei dieser Gelegenheit gemachte Bemerkung, daß von den 621,493 summarischen Verhandlungen mit 486,786 Verurtheilungen im Jahre 1874 nur in 107 Fällen die Berufung ergriffen wurde, sei so hinfällig gewesen, daß das Comité in einem weiteren Memorandum sich gegen diese Ziffern gewendet und dargethan habe, daß sie für die Güte oder Beliebtheit der summarischen Verhandlungen nichts bewiesen, wohl aber zeigten, daß das Appellationsrecht wegen seiner Kostspieligkeit für das ärmere Volk thatsächlich nicht existire. Das Comité habe den Verfolg der Sache den Händen des Herrn Hopwood anvertraut, welcher in der letzten Session schon 3 Mal zu Gunsten derselben das Wort ergriff und im nächsten Jahre wohl durchdringen werde.

f) Bezüglich der so nothwendigen Reform der Strafgesetze sei das Comité in keine parlamentarische Aktion getreten. Auf eine Anfrage des Herrn Macdonald habe Herr Minister Croß erwidert, es sei die Absicht des Lord Chancellors (Justizminister), einen diesbezüglichen Gesetzentwurf einzubringen. Dies sei nicht geschehen und der Congreß habe nun Gelegenheit, seine Meinung in dieser wichtigen Frage auszusprechen.

g) Ein neues Patent-Gesetz sei durch die Regierung dem Parlamente vorgelegt, jedoch der voraussichtlichen Opposition wegen wieder zurückgezogen worden, wahrscheinlich um in nächster Session durch ein besseres ersetzt zu werden.

h) Den Bericht der Fabriks- und Werkstätten-Gesetz-Commissionäre finde das Comité im Großen und Ganzen sehr befriedigend und hoffe, daß die Regierung auf Grundlage desselben legislatorisch vorgehen werde.

i) Mit dem Centralrath der englischen Cooperativ-Gesellschaften sei das Comité in Verbindung getreten und werde sich bemühen, in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache im Allgemeinen und behufs Untersuchung der Produktionskostenfrage zur besseren Entscheidung über die Ansprüche von Kapital und Arbeit die beiden Bewegungen einander näher zu bringen und einerseits die Cooperatoren mit den Bestrebungen der Trades-Unionisten und anderseits die Letzteren mit den Bestrebungen der Ersteren besser bekannt zu machen.

k) Ueber das Wirken der Labour Laws (Arbeitergesetze) im Jahre 1876 spricht das Comité seine volle Befriedigung aus — weil ein Richter in Manchester das Gesetz in Bezug auf das Wachenausstellen bei Strikes (Picketing) in einem für die Angeklagten günstigen Sinne auslegte. Die Thatsache, daß ein anderer Richter in Erith dieselbe Gesetzbestimmung in einem viel strengeren Sinne auffaßte, genirt die sanguinischen Herren nicht im Geringsten, obgleich sie beweist, daß das Gesetz alles, nur nicht klar ist, also nichts taugt. —

Dies das Wesentlichste aus dem Berichte des parlamentarischen Comités, welcher vom Congreß nach einer kurzen Debatte, in welcher von einem Redner hervorgehoben wurde, daß man nach dem neuen Labour Laws gerade so gut wegen „Picketing" verurtheilt werden könne, wie nach dem alten, während ein anderer bemerkte, daß sich einzelne Stadtbehörden an das Gesetz gar nicht kehrten, und zum Beispiel in Glasgow bei Ausbruch eines Strikes einfach nach den dortigen Stadtpolizeigesetzen gehandelt werde, genehmigt wurde.

Herr Rolley (Sheffield) beantragt hierauf eine neue Constitution für die Trades-Unions-Congresse:

„1) Alle „bona fide"***)-Gewerkschaften, welche auf Grund fester Statuten und 12 Monate vor dem stattzufindenden Congresse entstanden sind, unter und bis zu 2000 Mitglieder zählen, können einen Delegirten senden.

2) Alle Gewerkschaften mit über 2000 bis zu 5000 Mitglieder zwei Delegirte.

3) Alle Gewerkschaften mit über 5000 bis 10,000 Mitglieder drei Delegirte.

4) Allen Gewerkschaften mit über 10,000 Mitgliedern soll für je 5000 Mitglieder oder einen Bruchtheil von 5000 ein weiterer Delegirter gestattet sein.

5) Trades-Councils („Gewerkschafts-Räthe", in jeder Stadt von den dort befindlichen Trades-Unions in ein Comité constituirt zur prinzipiellen Leitung derselben) sollen nur für solche Gewerkschaften Delegirte senden dürfen, welche nicht in irgend einer anderen Form vertreten sind.

6) Jede repräsentirte Gewerkschaft hat zu den Auslagen des von dem Congresse gewählten parlamentarischen Comité pro Mitglied einen Jahresbeitrag von mindestens einen Farthing (etwa 2 Pfennig) zu leisten."

Herr Guile (London, englische Eisengießer-Gewerkschaft) unterstützt den Antrag, indem er auf die Anomalie hinweist, daß eine Gewerkschaft von 600 Mitgliedern gegenwärtig dasselbe Stimmrecht auf den Congressen habe, wie eine Gewerkschaft von 44,000 Mitgliedern.

Nach längerer Debatte wird der Gegenantrag Fitzpatrick (Liverpool), daß man die alte Ordnung bestehen lassen solle, um auch den kleineren Gewerkschaften, welche zu den Auslagen des parlamentarischen Comité nicht so viel beitragen könnten, Gelegenheit zu geben, an den Congressen sich zu betheiligen, mit 74 gegen 21 Stimmen angenommen.

Der Rest des zweiten Tages wird durch die Diskussion und Annahme dreier Dankesresolutionen ausgefüllt.

Mittwoch, 20. September. Der Sekretär des parlamentarischen Comité, Herr Broadhurst, liest eine Abhandlung von Herrn Heinrich Crompton über die Codifikation†) der Gesetze. Die Bemühungen der Trades-Unionisten Englands zur Reformirung der Strafgesetze — sagt Herr Crompton — seien insofern bereits von gutem Erfolg gewesen, als sie die gesammte Politik und Haltung der letzteren wesentlich geändert hätten. Ob noch weitere Reformen nöthig seien oder nicht, die Gesetze seien auf soziale Gleichberechtigung basirt und nicht auf Klassenunterschiede. Außerdem seien gewisse sekundäre Umwandlungen erreicht worden. Als der Conspiracy-Act dem Angeklagten in manchen Fällen die Wahl eines Geschwornengerichtes ließ, wurde dadurch ein neues constitutionelles Prinzip theilweise

*) Akte (Gesetz) für Kauffahrtei-Schiffe. **) Arbeitgeber- und Arbeiter-Akte. ***) ächten, wirklichen. †) Zusammenstellung in einem Gesetzbuch.

— Gebildeter Pöbel. Der Berliner „Staatsbürger-Zeitung" wird „von durchaus zuverlässiger Seite" berichtet: „Zu einem gewaltigen Auflaufe gab am Donnerstag Mittag ein ganz gemeiner Schurkenstreich Veranlassung. Eine bildschöne junge Dame in eleganter Kleidung die Friedrichstraße in der Nähe der Behrenstraße mit einem durch Klebstoff auf den Rücken befestigten Plakat, auf welchen mit großen lesbaren Lettern die Worten standen: „Herren-Kloset". Dieser ungewohnte Anblick lockte den hohen und niederen Pöbel in Schaaren herbei, man belästigte die Aermste mit frechen Blicken und Worten, ohne daß diese die geringste Ahnung von der an ihr verübten Infamie hatte. Erst einem des Weges kommenden ihr bekannten Herrn, an den sich die auf's Aeußerste Geängstigte hülfeflehend wandte, war es vorbehalten, ihr den Zettel abzureißen. Beim Anblick des ominösen Schriftstückes brach die Bedauernswerthe mit einem herzzerreißenden Schrei zusammen. Die sofort von dem Vater der Dame — einem höhern Ministerialbeamten — angestellten Recherchen haben ergeben, daß das Bubenstück von dem Sohne eines hiesigen Banquiers verübt war, gelegentlich des kurz vorher stattgehabten Besuchs der jungen Dame im Auftrage ihres Vaters in dem Komptoir des Banquiers. Der Niederträchtige suchte seine Handlungsweise damit zu entschuldigen, daß das junge Mädchen seine Liebesanträge zurückgewiesen habe und ihre Liebe einem Buchhalter seines Vaters, einem armen, aber braven jungen Manne, zugewandt hatte, der sie bei einem Familienfeste, zu dem er von dem Bruder seiner Braut geladen war, kennen und lieben lernte. Die Mißhandelte liegt schwer erkrankt am Nervenfieber darnieder. Leider wird diesem Schurkenstreich die gebührende Strafe nicht folgen, da auf inständiges Bitten des alten rechtschaffenen Vaters des Elenden die schwer getroffene Familie die Anzeige bei der Staatsanwalt nicht machen wird. Es bleibt in diesem Falle nur sehr zu bedauern, daß gegen den nichtswürdigen Buben nicht offiziell eingeschritten werden kann."

Warum aber den Namen des Elenden verschweigen? An den Pranger mit solchem Gesindel! Ja, wenn es ein Arbeiter gewesen wäre, der sich einer ähnlichen Handlung schuldig gemacht hätte, dann würde man keine so zarte Rücksichten nehmen. Aber ein Fabrikantensöhnchen — das ist etwas anders!

anerkannt. Dieses ausnahmsweise Privilegium sollte allgemein werden. Wo immer der Magistratsrichter ein direktes Urtheil auf Gefängnißstrafe auszusprechen hat, sollte der Angeklagte den gesetzlichen Anspruch auf ein Schwurgericht haben. Dieses Prinzip solle fortan eine Landmark konstitutioneller Freiheit sein . . . . . .

Bisher sei die Codification blos von Juristen und Professoren dem Lande empfohlen, noch niemals aber durch die Stimme der Bevölkerung verlangt worden. Dieses Jahr habe der Lord Chief Justice (Oberrichter) of England, Sir Alexander Cockburn das Gewicht seines Namens in die Waagschale geworfen und erklärt, daß vor allem die Construktion eines Criminal-Codex nothwendig wäre. — Ein Strafgesetz könne leichter und schneller codifizirt werden als die anderen Theile des Gesetzes. Die Ursache, daß bis jetzt noch nicht mehr in der Angelegenheit geschehen sei, liege einfach darin, daß sich Niemand darum kümmere. Es sei keine politische Affaire und könne darum nicht Anlaß zu einer politischen Agitation geben. (Es sind eben keine Grausamkeiten in Bulgarien, sondern daheim und die sieht man nicht so leicht.) Alljährlich würden 5 bis 6 Bills eingebracht, um die klaffendsten Schäden des Strafgesetzes auszubessern. Dergleichen Flickwerke aber taugten nichts. Es thue eine durchgängige Revision und Reconstruktion noth. Definitionen müßten gegeben und die Sprache des Gesetzes vereinfacht und gemeinverständlich gemacht werden. Es sollte in 3 Theile: ein Strafgesetz, ein Polizeigesetz und eine Strafprozeßordnung gefaßt und das Volk mehr zur praktischen Durchführung desselben herangezogen werden. (Schluß folgt.)

Leße, 31. Oktober. Am Sonntag, den 31. Oktober fand am hiesigen Orte eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher unser Reichstagscandidat Herr W. Bracke aus Braunschweig: „Was die Sozialdemokraten wollen und die nächsten Reichstagswahlen", einen ausgezeichneten Vortrag hielt.

Spandau. Nachdem es dem Schüren und Hetzen der Fortschrittler gelungen ist, der Sozialdemokratie am hiesigen Platze die Lokale zu Versammlungszwecken zu verschließen, versucht man liberal-fortschrittlicherseits in Wahlversammlungen für liberale Wahlen Propaganda zu machen. In der ersten derselben sprach der national-liberale Kreisgerichtsdirektor Pescatore, ohne eine Entwickelung seines Programms zu geben. Eine Interpellation des Redners durch Fischer wurde gewaltsam vereitelt, da Arbeiter nicht anwesend waren.

In der darauf fortschrittlicherseits anberaumten Versammlung, in welcher ein zweiter Candidat für das Abgeordnetenhaus, der fortschrittliche Lehrer Böhm sprach, waren die Arbeiter sehr stark vertreten. Nachdem der genannte Herr mit großer Ausführlichkeit über das in Aussicht stehende Unterrichtsgesetz gesprochen, von dessen freiheitlicher Gestaltung er die einzig wirksame Bekämpfung des Sozialismus abhängig erklärte, der ihm träumerische Utopien zu erstreben scheine, interpellirte ihn Herr Fischer hierauf vom sozialdemokratischen Standpunkte, erstens über seine Stellung zum Dreiklassenwahlgesetz für den Landtag, zweitens über das Communalwahlrecht für die städtischen Vertretungen und drittens über die Gründe, welche die sozialistischen Ziele unausführbar machen sollten. Mit den sozialistischen Utopien des vorigen Jahrhunderts, so führt Herr Fischer aus, habe der moderne Sozialismus ebenso wenig gemein wie die Fortschrittspartei mit wahrer Freiheit. Es sei aber für jeden freisinnigen Menschen klar, daß der heutige Militärstaat Preußen ebensowenig ein wahrhaft freisinniges Unterrichtsgesetz wie volle und ganze politische Freiheit ertragen könne.

Herr Görlitzer sprach sich gegen das kommunale Dreiklassenwahlgesetz scharf aus und forderte dann vom Staate Erhöhung der Besoldung der Bahnunterbeamten, um so der Industrie ein Beispiel zu geben. Ein Ortsvereinler Müller hingegen äußerte sich ziemlich confus. Hierauf erklärte der Candidat für das gleiche direkte Landtagswahlgesetz wirken zu wolleu, die gleiche direkte Wahl zu kommunalen Vertretungen halte er jedoch im Allgemeinen nicht für empfehlenswerth; für Erhöhung der kleinen Bahnbeamten-Gehälter wolle er eintreten.

Im Ganzen haben sich nicht viel über 15 Prozent der Wähler im hiesigen Kreise an den Landtagswahlen betheiligt; die Arbeiter fast gar nicht. Der Katzenjammer unserer Fortschritts-Clique ist sehr amüsant; der „Havelländische Anzeiger" nennt diese Wahl eine jämmerliche!

Calau. Hier fand am 28. Oktober d. J. gegen Unterzeichneten eine Voruntersuchung statt, weil derselbe sich an einer, angeblich am 24. September d. J. in Cottbus stattgehabten Arbeiterconferenz betheiligt haben sollte. Selbigem aber war jedoch von der Sache rein gar nichts bewußt. Wer weiß, wer der Staatsanwaltschaft den Bären aufgebunden hat. **W. Krüger.**

Brandenburg a. H., den 18. Oktober. Gestern Abend hatte das hiesige liberale Wahlcomité eine öffentliche Versammlung nach dem Pahle'schen Lokale berufen, in welcher der Landtagsabgeordnete, Prediger Schumann-Jeserig, Bericht erstatten wollte über die Thätigkeit des Landtags in der letzten Legislaturperiode. Die Versammlung war auf 7 Uhr einberufen, wahrscheinlich um wie gewöhnlich die Arbeiter fern zu halten. In dieser Berechnung hatte man sich jedoch diesmal getäuscht, denn es füllte sich allmälig bis gegen 8 Uhr der größere Theil des Saales und die Gallerie mit Arbeitern und sogenannten Kleinbürgern — hofften doch dieselben, daß man, da die Versammlung eine öffentliche, auch ihren Vertreter zum Wort lassen würde. Sie sollten sehr bald erfahren, daß diese ihre Hoffnung bei den sich als väterliche Vormünder aufspielenden Bourgeois eine unberechtigte war. Um ½8 Uhr eröffnete Herr Bürgermeister Hammer die Versammlung und nahm auch sofort nach der bekannten Manier das Büreau für sich und seine Freunde in Beschlag. — Diese Vergewaltigung ließen sich die anwesenden Arbeiter gefallen, um nicht in der beliebten Weise als Störenfriede bezeichnet zu werden. Herr Schumann-Jeserig nahm nun das Wort und führte in ca. einstündiger Rede seinen Zuhörern seine Heldenthaten, hauptsächlich der letzten Landtagssession vor. Wir müssen gestehen, es berührte uns angenehm, daß der Redner es verstand, seinen Vortrag von dem sonst bei Predigern so sehr üblichen Kanzelton frei zu halten, wir müssen aber ferner gestehen, daß der Vortrag demagogisch war, wie wir selten einen solchen gehört haben.

Das Civilstandsgesetz wurde angepriesen (trotz eines Lehrers Priefert in Weißensee). Beim Steuerwesen wurde nur getadelt, daß die Rittergutsbesitzer von den Gemeindesteuern befreit seien, und sollten die Steuerzahler durch die Heranziehung derselben zur Steuerzahlung entlastet werden. Die Form der Steuerzahlung, meinte der Redner, sei dem Steuerzahler ja gleichgültig!!! Infolge des neuen Vormundschaftsgesetzes sei der Vormund nicht mehr genöthigt, Mündelgelder zu 3 pCt. Zinsen anzulegen (aber nach seinem Ermessen in Gründeraktien zu verpuffen). Im Kranze der Selbstverwaltungsgesetze fehle noch die Gemeindeordnung, alle diese Gesetze haben an den Minister zu Eulenburg einen Widersacher, doch setze er in Bismarck das Vertrauen, daß derselbe sich in seinen liberal-fortschrittlichen Bestrebungen nicht durch die conservative Ruine Eulenburg werde hemmen lassen. Trotz dieser gewagten Redensart sprach er sich doch entschieden gegen das allgemeine direkte Wahlrecht aus, hauptsächlich dürfte dasselbe nicht in der Städteordnung u. s. w. zur Anwendung kommen, denn er sehe nicht ein, mit welchem Recht der nichtsteuerzahlende Bürger verlange, über die von andern gezahlten Steuern verfügen zu dürfen. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten. Man müsse Auswüchse des Wahlrechts, wie z. B. das einer sei, daß Krupp in Essen, vermöge seiner Steuerquote, die Wahlmänner der 1. und 2. Klasse allein wähle, beseitigen und deshalb habe er den von Lasker beantragten Wahlmodus unterstützt. Würde man solche hier angedeutete Auswüchse beseitigen, so würde man der Sozialdemokratie nicht mehr die Massen in die Arme treiben. Habe der Liberalismus auch nicht Alles erreicht, so gewiß doch schon sehr viel. Eine wesentliche Errungenschaft des Liberalismus sei es doch auch, daß man heute nicht mehr wie unter dem absoluten Regime Maßregelungen und Verfolgungen politischer Ansichten kenne. War denn dieser Mann in den letzten Jahren in Honolulu? Das seien so seine Ansichten, und wenn man ihn mit denselben wieder als Vertreter wolle, so stehe er zu Diensten, er hoffe, daß der Liberalismus noch lange als Partei wirken könne, ohne sich in der Partei Knobloch oder Bismarck sans phrase auflösen zu müssen. Nach ihm sprach nun der Stadtrath Zelle aus Berlin, doch ohne etwas Bemerkenswerthes zu sagen. — Nun forderte der Vorsitzende zur Interpellation auf, bemerkte aber sofort, daß eine Diskussion nicht möglich sei, daß der Interpellant sich mit der einmaligen Antwort des Referenten zufrieden geben müsse. (Eine rührende väterliche Vorsorge.) Einige Herren fanden sich auch, die es unternahmen, unter dieser väterlichen Obhut zu interpelliren nnd sich nach erhaltener gnädiger Antwort wie Schulknaben wieder auf den Unaussprechlichen zu setzen. Alle Achtung vor solchem Eunuchenthum, das thatsächlich jeder politischen Thätigkeit die Narrenkappe aufsetzt. Als sich nun Herr Rackow aus Berlin zum Wort meldete, mochten wohl die Herren am Bureautisch eine Ahnung haben, daß es doch noch Leute gebe, die nicht zu diesem politischen Eunuchenthum zählen, welche auch, die modernen Maßregelungen nicht fürchtend, die Courage haben könnten, manches an dem Sammelsurium des Herrn Schumann auszusetzen und in's rechte Licht zu stellen, deshalb dekretirten sie einfach: „Herr Rackow ist aus Berlin und darf deshalb hier in Brandenburg nicht sprechen", trotzdem Herr Zelle aus Berlin gesprochen hatte. Als hierauf aus der Versammlung heraus aufmerksam gemacht und Abstimmung verlangt wurde, sagte man: „Ja Bauer, das ist ganz was Anderes" und schloß schnell die Versammlung, was doch nichts Anderes heißt, als sich hinter die Polizei verkriechen. Die alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu, und man thut gut, den Arbeitern zu zeigen, welche Leute sich als Volksvertreter aufspielen.

Briefkasten

der Redaktion. Abonnent E, früher in Gera: Hasenclever ist aufgestellt. — Hr. M. K. in Gießen: Da Sie keine Adresse angeben und die heut abgehende Postkarte Sie vielleicht verfehlt, wiederhole ich hier: Schreiben Sie eine Information an Hrn. F. Tischer, Versicherungsinspektor in Görlitz. W. L.

der Expedition. Mehlert, Rawicz. Ihre Reklamation haben wir dem hiesigen Postamt übergeben. — W. Mehlhorn, Freiberg. Ihre Annonce kam für die Freitagsnummer viel zu spät, für die Sonntagsnummer ist sie zu ⅔ werthlos, weshalb wir solche nicht in's Blatt nahmen; außerdem muß der Annonce der Betrag beiliegen. — Reuter, Gelenau. Werden nach Ihrer Angabe versenden. 2. Quartal kostet nebst Porto M. 2,70, 4. Quartal M. 2,50. Zusammen M. 5,20.

Quittung. Brnkmnn. Henne Ab. 4,80. Tsch. Theresienstadt Ab. 2,30. Rsch. Wien Schr. 0,57. Fhlhbr. Schr. 20,03. Thl. Bltho Schr. 0,45. Mrdbt. Potsdam Schr. 1,50. Wlck. hier Ab. 3,15. Rschr. hier Ab. 1,20. St. Geithain Schr. 1,00. Oswld. Schopfheim Schr. 0,50. Grbnstn. Lindenau Ab. 35,75. Wahlverein Hannover Ann. 1,10. Slbrbrg. Wien Ab. 3,30. Arbeiterverein Neunkirchen Ab. 4,93. S. Brth. Mainz Ab. 85,20. Wllschlgr. Güstrow Schr. 12,50. Hsnr. Karlsruhe Schr. 4,40. Dr. Srs. Delve Ab. 2,40. Gmml. Schleswig Schr. 14,50. G. Gladwtz. Schellenberg Schr. 10,00. F. Br. Gießen Ab. 6,40. Slbrhrn. Eßlingen Ab. 13,85, Schr. 3,90. Hß. Bochum Schr. 6,00. Bhrnd. Berlin An. 1,50. Frnz Jägerndorf Ab. 5,00. Mllr. Cassel Schr. 0,43. J. Grmbß. Simmbach a. J. Schr. 4,70. Grs. Offenbach Schr. 0,65. Lchn. hier Ab. 1,20. Wßlr. hier Ab. 1,20. Trfnsn. Brügge Schr. 0,65. Krzr. Leipzig An. 1,80. Lndmnn. Eimbeck Schr. 1,50. Trst. Kl.-Zschocher An. 0,70. Sprg. hier Schr. 6,55. L. Bnch. Saalfeld Schr. 14,90. W. Rw. Altona Ab. 63,15. Mllr. Zeitz Schr. 6,80. Brnr. Neustadt Schr. 5,00. Schmdt. Burbach Schr. 1,80. Kpp. Bödingen Ab. 1,70. Arbeiterverein Volkmarsdorf An. 1,50. Bnzßlr. hier An. 2,10. Metallarbeitergewerkschaft hier An. 1,60. Eckrt. Deutz An. 0,60. Zimmererverein Hamburg An. 3,60. Snnbrg. Gr. Tabarz. Ab. 1,20. Ghlrt. Cunnersdorf Schr. 13,20. Psch. Hannover An. 3,60, Ab. 120,00. Schrmr. Lübeck Schr. 6,70. Bs Grabow Ab. 2,35. J. Mrf. London Ab. 40,80. J. Stts. Wien Ab. 1,80. Arbeiterverein Wassersdorf Ab. 4,09.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Cöln. Vorläufige Anzeige.
Am Sonntag, den 19. November, Abends 8 Uhr, findet in den Räumen des „Alten Kuhbergs" an der Schnurgasse ein **allgemeines Arbeiter-Fest**, bestehend in Concert und Ball, unter gefälliger Mitwirkung der „Arbeiter-Liedertafel" statt, wozu die hiesigen sowie auswärtiger Freunde der Arbeiter einladet. Das Fest-Comité.
NB. Der Reichstagsabgeordnete Herr A. Bebel wird auf diesem Feste anwesend sein. (F. 62) [2,40

Connewitz. Arbeiterverein. 30
Montag, den 6. November: **Versammlung** im „Waldschlößchen" (Rosenhalle). Zahlreiches Erscheinen erwartet. D. V.

Hamburg. Sonnabend, den 18. November, im „Englischen Tivoli", Kirchen-Allee 41:

Concert und Ball

arrangirt von den

Mitgliedern des deutschen Zimmerer-Gewerks

Kassenöffnung 8 Uhr. Anfang 8½ Uhr.
Herren-Karte 50 Pf., Damen-Karte 20 Pf. An der Kasse à Karte 10 Pf. mehr.
Herr Hartmann wird die Festrede halten. — Alle Parteigenossen sind hierzu freundlichst eingeladen. (F145) Das Comité. [300

Landkreis Cöln. Am Sonntag, den 5. November Nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale des Herrn Kürten zu Poll eine

Oeffentliche Volksversammlung

statt. Referent: Herr Schuhmacher aus Barmen.
Die Genossen der umliegenden Orte werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. (F62) W. Eckert. [70

Flensburg. Arbeiter-Sängerbund.
Montag, 13. November, Abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Ketelsen (Sanssouci):

Vergnügen

bestehend in Concert, Gesang, Theater, Festrede und Ball. Karten für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg. sind zu haben bei den Herren: P. Lassen, Neustadt, Fuhr, Norderstraße, Fries, Norderstraße, Zimmermann, Compagniestraße, Boß, Heiligengeistgang, Schmidt, Holm 829, Döll, Südermarkt, Cigarrenladen, Albrecht, Plankemay.
Einführung ist gestattet, zur zahlreichen Betheiligung ersucht (2a)
3,60] (F. 120) Das Comité.

Leipzig. Schneider.
Montag, den 6. November, findet das diesjährige **Herbstvergnügen** in den oberen Räumen der „Centralhalle" statt. Da der Reinertrag für hilfsbedürftige Collegen bestimmt ist, wird einer regen Theilnahme entgegen gesehen. Einlaß 6 Uhr.
(F212) Das Comité. [180

Leipzig. Reichstagswahlcomité.
Sitzung Montag Abend. [20

Ottensen. Vorläufige Anzeige.
Montag, den 20. November, in Burmeisters Salon:

Arbeiterfest

arrangirt von den Sozialisten Ottensens unter Mitwirkung mehrerer Liedertafeln.
Karten im Voraus sind zu haben bei den Comité-Mitgliedern und in den bekannten Wirthschaften. Herr nebst Dame 30 Pfg., Damen extra 15 Pfg. (F. 241) J. A. des Comités: Stegen.

Ihre Eheschließung zeigen an:
Ernst Künzel,
Clara Künzel, geb. Thiele.
Leipzig, Lützowstraße 20b. II. [100

Einbanddecken für die „Neue Welt"

können in Partien und einzeln bezogen werden durch C. Jansen, Universitätsstraße 16 in Leipzig, und die Exped. d. „Vorwärts". [120

Thüringer Tischbutter
das Stück 75 Pf.
bei Friedrich Walstab.
(35) Schönefeld (Neuer Anbau) Hedwigstraße 91. [180

Protokoll des Sozialisten-Congresses
zu Gotha
vom 19. bis 23. August 1876.
Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. **Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.**
Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Für den Wahlkampf.

Im Anfang November werden erscheinen und sind durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen:

I. Was wollen die Sozialdemokraten?
Ein sozial-politisches Gespräch.
Von **H. Oldenburg.**
Preis im Buchhandel 50 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.
Der Verfasser beantwortet die aufgeworfene Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzweiflung im liberalen Lager.
Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgischen Zeitung, und die Schmähschrift des Herrn von Unruh.
Von Wilhelm Bracke.
Preis im Buchhandel 25 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stck. 4 Mk., 200 Stck. 12 Mk. 50 Pf. 1000 St. 50 M.
Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezuge gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß.
Um recht baldige Aufgabe von Bestellungen wird gebeten; nach der Reihenfolge der einlaufenden Bestellungen wird expedirt. — Die Schrift:

„Nieder mit den Sozialdemokraten!"

ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Bracke'sche Schrift zu beziehen; bei Verwendung größerer Partien zu Wahlzwecken besondere Vereinbarung. Auflage jetzt 95,000.
Braunschweig, 30. Oktober 1876.
(3a) **W. Bracke jr.**

Die **zweite** Auflage von **Most, Bastille am Plötzensee**, ist soeben erschienen. Preis im Buchhandel 1 M., für Arbeitervereine bei direktem Bezuge gegen baar oder Postvorschuß einzeln 60 Pf, bei Partien 50 Pf.
Für den Verlag ist übernommen die vom Verfasser autorisirte deutsche Uebersetzung von
Lissagaray, Histoire de la Commune, erste authentische Geschichte der Commune.
Braunschweig, 6. Oktober 1876. (35) **W. Bracke jr.** [270

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Für die französischen Brüder.

Inhalt: I. An das Volk der beherrschten Klasse, von Felix Pyat.
II. Die Arbeiterdelegation bei den Weltausstellungen.
Preis pr. Exemplar 15 Pf.
Arbeiter und Parteigenossen! Laut Beschluß des Gothaer Sozialisten-Congresses ist der Gesammtertrag dieser aus dem Französischen übersetzten Schrift für den Druck der Berichte der französischen Arbeiterdelegation nach Philadelphia bestimmt.
„Kaufe sie Jeder von Euch! Verbreitet sie nach Kräften! In dem Schlachtendonner des unheiligen Krieges zwischen dem sinkenden französischen und dem sich erhebenden deutschen Empire habt Ihr nicht vergessen, daß die französischen Arbeiter Euere Brüder sind. Beweist ihnen, die so oft und so heldenmüthig für unsere gemeinsame Sache für Euch gekämpft und gelitten haben, beweist ihnen jetzt durch diesen kleinen Tribut der Dankbarkeit, daß Ihr im Siegestaumel der herrschenden Klassen die Dienste nicht vergessen habt, welche das französische Proletariat den Unterdrückten aller Länder, welche es der Menschheit geleistet hat, — daß Ihr Euere Feinde kennt und Euere Freunde — daß Euer Geist, Euere Thatkraft der Grenzpfähle spottet, — daß Euer Herz warm schlägt für die französischen Brüder!"
Die Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts".
Leipzig, Färberstr. 12, II.

Für Sachsen.

Bei uns sind zu haben:

Formulare zur Anmeldung von Versammlungen.

12 Stück 30 Pf. Kreuzband-Porto 10 Pf.
Diese Formulare, welche zu Volks-, Vereins-, Wähler-, Sozialisten- 2c. Versammlungen zu benutzen sind, werden entsprechend ausgefüllt, unterschrieben und bei der betr. Behörde eingereicht.
Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: S. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Lautermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Bandit, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 17. Mittwoch, 8. November. 1876.

Hunger — Verbrechen — Wahnsinn*).

Das sind die Worte, die das Menschenherz mit Grausen erfassen, die in ihrem Zusammenhange der heutigen Gesellschaft den Stempel aufdrücken, weil sie die maßlose Ausbeutung der Arbeitskraft in ihrer furchtbaren Consequenz uns vor Augen führen.

Und daß wir die drei Furien jetzt so oft vereint sehen in ihrer gruseligen Wirksamkeit, das hat seine Ursache ja selbstverständlich in dem schwindelhaften und grenzenlos-übermüthigen Auftreten des Kapitalismus in der Gründerepoche, wo sich die ganze Welt fast anbetend vor dem goldenen Kalbe beugte. Dies Gebahren in jenen Jahren hat sich zu einer der langwierigsten und tiefeinschneidendsten Arbeitskrisen in der Jetztzeit gestaltet.

Man möge nicht sagen, daß wir zu schwarz malten, daß vielmehr der Hunger doch nur selten in so großer Kraft auftrete, daß das Verbrechen doch meistentheils andere Ursachen habe und ebenso der Wahnsinn.

Jede Zeitungsnummer berichtet uns von Selbstmorden, welche die Noth hervorruft; jeder Polizeibericht meldet uns von Angriffen auf das Eigenthum, hinter welchen der Hunger als Treiber steht, und vielfach hört man, daß auf offener Straße Personen direkt vom Hungerwahnsinn ergriffen werden.

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Berlin, daß in dem Nachbarort Friedrichshagen am 1. und 2. November große Aufregung geherrscht habe, da ein Schuhmacher, Namens Lorenz, am Montag Nachmittag sämmtliche Fensterscheiben des von ihm mitbewohnten Hauses zerschlug, damit er verhaftet werde, weil seine Familie schon seit drei Tagen nichts zu essen gehabt habe. Des andern Tages früh kam er in den Laden des Kaufmanns Groß, schwang ein Beil und verlangte für seine hungernde Familie Brot, das man ihm auch gab. Die „Vossische Zeitung" fährt darauf wörtlich fort: „Da der Mann ganz den Eindruck eines Irrsinnigen machte, wurde er vorläufig in Observanz genommen."

Wir sind nun überzeugt, daß der hungernde, verbrecherische „Irrsinnige" durchaus nicht in der Weise irrsinnig war, wie man dem oberflächlichen Leser aufzubinden versucht, vielmehr ist es augenscheinlich der Hungerwahnsinn, den wir bei dem Manne sehen.

Die Zeitungen der herrschenden Gesellschaft suchen dies natürlich zu vertuschen; sie möchten die ganze Sache gern umdrehen. Der Mann ist irrsinnig gewesen, deshalb hat seine Familie kein Brot gehabt, deshalb verübte er einen Raub — denn nichts Anderes ist es, wenn man mit einer Waffe in der Hand ein Geschenk von Jemandem erzwingt.

Wie hegen ja auch die Hoffnung, daß bei einer etwaigen Gerichtsverhandlung der Arzt den Irrsinn konstatirt, damit der Aermste nicht auch noch ins Gefängniß wandern muß; doch wäre es im Interesse der Menschheit, wenn der Arzt auch zugleich die Ursachen desselben öffentlich mittheilte.

Vor nicht allzulanger Zeit wurde in Berlin selbst ein Mensch von der Polizei in Gewahrsam gebracht, bei dem der Hungerwahnsinn konstatirt worden ist; täglich ertränken oder erhängen sich Hunderte von Personen in Deutschland im Wahnsinn, den der Hunger hervorgerufen hat.

Und bei vorliegendem Falle liegt die Sache doch sehr einfach und klar:

Die Krisis hat die Arbeitslosigkeit hervorgerufen, der Schuhmacher verpfändet zunächst seine geringen Habseligkeiten, er erhält dazwischen ab und zu Arbeit, endlich ist Alles veräußert, die Kinder gehen darauf betteln, doch da die Straße voller Bettler ist, da die meisten Bettlerkinder raffinirter sind, so kommen die Kleinen ohne Erfolg nach Hause, und der Hunger hält jetzt ganz ungenirt Einzug in das Haus des Arbeiters. In den ersten Tagen sitzt die Familie in dumpfer Verzweiflung da, dann fängt der Hunger an zu quälen; die Mutter weint, die Kleinen rufen: „Vater, gieb uns Brot!" Dem Aermsten brennen selbst schon die Eingeweide, das Gewimmer der Kleinen ertönt öfter, ihr Rufen wird flehender und lauter — er springt auf, rennt durch die kalte Stube, seine Augen glühen, da kommt ihm ein Gedanke, der Gedanke der Verzweiflung. Er will ins Gefängniß, dann ist die Gemeinde zur Erhaltung seiner Kinder verpflichtet. Das Auge leuchtet wild auf, es ist das Leuchten des heranziehenden Wahnsinns. —

Die Fenster klirren — er jauchzt auf; die Nachbarn laufen zusammen, doch immer naht noch kein Schutzmann, kein rettender Schutzmann. Sein Arm ist erlahmt, die Nachbarn bringen ihn zur Ruhe. Dumpf brütend sitzt der Unglückliche in einer Ecke, da fällt sein Blick auf das naheliegende Holzbeil. Soll er es ergreifen? Soll er den Kleinen, die vor Hunger eingeschlafen sind und leise stöhnend von den Herrlichkeiten träumen, die in dem nächsten Bäckerladen aufgespeichert liegen, mit demselben die Schädel spalten, soll er sein treues hungerndes Weib morden? Schon ist er im Begriff es zu thun; da denkt auch er an den naheliegenden Krämerladen, an das Brod, an den Kaffee, an den Speck, die dort liegen — er wird ruhiger! Des anderen Morgens ergrift er das Beil und erzwingt sich ein Brod; diese That — es ist ja ein Verbrechen — greift die ehrliche, von Hunger zerrüttete Natur gewaltig an, und der Wahnsinn, der schon einige Tage im Hinterhalt lag und auf sein Opfer lauerte, springt rasch hervor und umschlingt den Aermsten mit seinen scheußlichen Krallen.

Die Familie ist vorläufig zwar gerettet, da durch das auffallende Ereigniß die Menschen aufmerksam gemacht worden sind und die Familie unterstützen; aber das Glück derselben ist auf die Dauer zerstört, der Ernährer und Erzieher fehlt, er ist wahnsinnig. Hunger, Verbrechen und — Wahnsinn winken den Zurückgebliebenen auf's Neue.

Das ist eine einfache Geschichte. Sie wäre des Erzählens und der Betrachtung eigentlich nicht werth, wenn sie nicht als gewaltige Anklägerin dastände, die der heutigen Gesellschaft das Verbrechen vorhält, welches sie an ihren Gliedern verübt, die der heutigen Gesellschaft die gleisnerische Maske der Humanität und der Menschenliebe unerbittlich herunterreißt, mit welcher sie sich bedeckt.

So reihen sich aber an solche Erzählungen weitere ähnliche Geschichten, bis das Maaß endlich voll wird, bis das Volk vollständig zur Einsicht kommt und auf dem Wege des Sozialismus die nothgedrungene Aenderung der Gesellschaft herbeiführt.

Anstatt des Hungers, des Verbrechens, des Wahnsinns, die uns jetzt überall anstarren, werden wir dann die Freude und den Frieden sehen, die gemeinsam unter dem Volke wohnen.

*) Wegen Andranges von wichtigen Correspondenzen kann der Abdruck des ziemlich umfangreichen Artikels VI. „Unsere Gegner" erst in nächster Nummer erfolgen. D. R.

Das Geld.

Von Adolf Douai.

III.

Es ist kein Wunder, daß die „Staatsmänner" („Staatsleute" wäre wohl richtiger) der Gegenwart keinen Gebrauch von einem ausschließlich künstlichen Gelde machen, trotzdem sie wissen, daß es dem Staate aus seiner unablässigen Mittellosigkeit helfen könnte. Wer sägt wohl gern den Ast ab, auf dem er sitzt? Der Ast aber, auf welchem die Staatsleute sitzen, sind die Geldbesitzer, das Kapital in allen seinen Formen. Diese mögen natürlich nichts vom Abdanken wissen.

Die amerikanische Arbeiterpartei, welche das künstliche Geldsystem zu ihrer Hauptforderung an den Staat gemacht hat — ist so gutmüthig zu glauben, die Kapitalisten würden ein Gesetz in diesem Sinne zulassen, oder, wenn es merkwürdigerweise zu Stande käme, es nicht umzustoßen wissen? Diese kindliche Unschuld, sollte man sie in Amerika suchen? Oder ist das vielleicht eine Folge des Selbstvertrauens der amerikanischen Arbeiter, welche die Kapitalisten im Handumdrehen in den Sack zu stecken gedenken, wenn diese mucksen? Keines von beidem. So viele der Parteiführer nicht verkaufte Leute sind, so viele sind durch die unleugbare Wahrheit der Idee des künstlichen Geldes geblendet bis zu einem solchen Grade, daß sie die Hindernisse gar nicht sehen, welche ihrer Verwirklichung entgegenstehen. Sie sehen nicht, daß nur ein sozialdemokratischer Staat diese Geldidee wollen und ausführen kann, und daß die ungemeine Mehrheit der amerikanischen Stimmgeber selbst kleine Kapitalisten sind oder werden möchten, also die Idee nicht aufrichtig und nachdrücklich wollen können. Man muß sie also erst zur Sozialdemokratie, welche ihnen jetzt noch viel zu revolutionär vorkommt, bekehren, ehe sie ernstlich die Kunstgeld-Idee wollen können.

So lange noch jede beliebige Menge Stimmen für jede Partei, welche das Stück mit Fünf Dollars bezahlen kann, zu haben ist, so lange keine überzeugungstreue Sozialdemokratie durch Agitation und die allgemeine Noth erzwungen wird, so lange bleibt die Greenback-Partei eine Quacksalberin.

Das Kapital hat verhältnißmäßig wenig gegen das Papiergeld einzuwenden, so lange es auf Hartgeld gegründet ist, mag es nun gesetzlichen Zwangsumlauf haben oder nicht, wenn nur der Staat nicht seine volle Souveränetät dadurch bekommt, welche er bekommen würde, wenn er das Hartgeld verböte, oder für alle inländischen Zahlungen ungesetzlich erklärte; wenn er also selbst nicht mehr genöthigt wäre, zum Münzprägen Gold zu kaufen, vielmehr sich jede benöthigte Menge Geld durch bedrucktes Papier verschaffen könnte. Das kann das Kapital unmöglich wollen, und das kann es allezeit verhindern, so lange nicht die große Mehrzahl der Bürger Sozialdemokraten und im Besitze der Macht sind. Das zuzulassen wäre seitens des Kapitals Selbstmord; denn eben dadurch fiele der Staat der Sozialdemokratie in die Hände, müßte sich ganz auf die Arbeitermassen lehnen, würde durch den Druck der Verhältnisse kapitalfeindlich und genöthigt, Grund und Boden, sowie alle großen Arbeitsmittel in den Gemeinbesitz zurückzunehmen, kurz würde aus einem „Rechtsstaat" ein Gerechtigkeitsstaat.

Allein wenn auch irgend ein bestehender Staat soviel Staatsmannschaft besäße, um sich ganz dem arbeitenden Volke in die Arme zu werfen und ganz mit dem Kapital zu brechen — so würde dies ein bedenklicher Versuch bleiben, so lange er unter den Staaten damit allein stünde. Denn bei der internationalen Verbindung des Kapitals würde dieses dem Neuerer von Staat arge Kämpfe heraufbeschwören können. Die Greenback-Arbeiterpartei ist auch darin unwissend, daß die Arbeiter mehr als eines Landes dazu gehören, um die Arbeit über das Kapital siegreich zu machen. Sie läßt die große geschichtliche Erfahrung der ersten französischen Republik außer Acht, des einzigen Staates, welcher gerade diesen Versuch kühn unternommen hat, aber damit scheiterte und dem Kapitalismus und Militarismus anheimfiel, weil ganz Europa gegen den Neuerer zu den Waffen griff, und bei so großer Gefahr die Furcht vor Verrath im Innern alle grundsätzlichen Denker verdächtig machte, und alle weiteren Neuerungen unmöglich wurden.

Uebrigens theilt die amerikanische Papiergeld-Partei noch eine Anzahl abergläubischer Vorurtheile betreffs des Geldwesens, und selbst ihr Gewährsmann, Edw. Kellogg, theilte sie. Er meinte, und sie beten es ihm nach, daß die vorhandene Geldmenge von wichtigem Einfluß auf das Volkswohl sei; daß ein Zuviel von Umlaufsmitteln für sich allein schon nachtheilig, ebenso nachtheilig als ein Zuwenig sei; daß also der Staat für ein „sich selbst regelndes Umlaufsmittel" sorgen müsse, und zwar indem er jederzeit den Leuten für überflüssiges Papiergeld verzinsliche Schuldscheine (zu 1 oder ½ Prozent) und für diese Schuldscheine auf Verlangen wieder Papiergeld umtausche. Seine Nachbeter haben nun freilich eingesehen, daß ein so geringer Zinsfuß fast Niemanden bewegen würde, Geldsummen, welche nicht sofort verwendbar sind, in Staatsschuldscheine umzusetzen, sondern daß Jedermann lieber das halbe Prozent verlieren würde, als sein Geld ein Jahr lang unverfügbar zu lassen; daß also das Umlaufsmittel dadurch nicht geregelt, sondern zu Anlagen benutzt werden würde, welche mehr als 1 Prozent Gewinn versprächen, aber doch durch den Geschäftsstand nicht gerechtfertigt wären. Sie schlagen also 3,65prozentige Schuldscheine vor.

Allein dadurch würden sie erstens den Kapitalismus, den sie bekämpfen wollen, verewigen; zweitens aber steht es schon heute Jedermann frei, sein müßiges Geld in Staatsschuldscheine und umgekehrt umzutauschen, und dennoch wird dadurch der Geldumlauf so wenig geregelt, daß ein paar Hundert Millionen Baargeld in den Banken müßig liegen, während allgemeiner drückender Geldmangel seit Jahren andauert. Daraus ergiebt sich doch wohl schlagend, daß nicht die vorhandene Geldmenge, sondern deren Vertheilung den wichtigen Einfluß hat, der vom Gelde erwartet wird. Da sich nun Kellogg nicht — und seine Nachbeter noch weniger — über die richtige Art der Vertheilung der Umlaufsmittel klar ist, so ist die ganze Lehre „für die Katz".

Da das Geld überhaupt nur einen Werth hat, wenn es jederzeit und in wenig schwankendem Verhältniß gegen Waare, und die Waare gegen Geld umgesetzt werden kann, weil es an sich gar kein Gebrauchswerth ist, sondern in einen solchen immer erst vorher verwandelt werden muß, so ist nicht in der richtigen Vertheilung des Geldes, sondern in der richtigen Vertheilung der Waaren-Erzeugung und des Waarenverbrauchs das soziale Heilmittel zu suchen. Ein Stocken des Geldumlaufs ist immer die Folge davon, daß zu viel Waaren oder Werthe vorhanden sind, für welche keine Nachfrage ist, oder daß zu viel Nachfrage nach Waaren oder Werthen ist, für welche es kein Angebot giebt, oder daß — wie gewöhnlich — beides zugleich stattfindet. Mit andern Worten: wer seine Waare oder seine Dienste verkaufen kann, zahlungsfähige oder vertrauenswürdige Abnehmer findet, der braucht um das Baargeld dafür nicht verlegen zu sein. Darüber aber haben die „Greenbackers" ebensowenig Studien angestellt, als unsere Gegner. Sie alle wissen nicht, was wir wissen, nämlich:

1. Die ungleiche Vertheilung der Güter entsteht daraus, daß Produktion und Consumtion dem Zufall überlassen sind, anstatt vernünftiger wissenschaftlicher Berechnung. Und dieser Zufall äußert sein überwiegend verderbliches Spiel durch das Privat-Eigenthum am Boden und den großen Arbeitsmitteln. Er kann nur durch Uebergang dieses Privat- in gemeinsames Betriebs-Kapital vernichtet werden.

2. Sobald dies geschieht, die Sachverständigen jedes Faches also, in Körperschaften über die ganze Kulturwelt hin vereinigt, die Mittel friedlich vereinbaren, um Produktion und Consumtion überall in's Gleichgewicht zu setzen, giebt es nur noch feste Preise für jede Art Waare, welche mit der Produktivität der Arbeit allmählich um ebensoviel abnehmen, als die Dienste des Arbeiters im Werthe zunehmen.

3. Alsdann ist die Menge des umlaufenden Geldes fast gleichgültig, weil weder Produktion noch Consumtion jählings wachsen, oder abnehmen kann. Da Niemand vom Anhäufen des Geldes mehr großen Vortheil haben kann, schon weil es wenig oder keine Zinsen bringt, so wird es rasch umlaufen; und da eine Million Baargeld, hundertmal im Jahre umgesetzt, gleichviel Dienste leistet, als hundert Millionen, die nur einmal jährlich umgesetzt werden, und da bei weitem die meisten Umsätze durch Abrechnung im Buche mit Herauszahlung geringer Ueberschüsse (wenn sie nicht vielmehr gutgeschrieben werden) bewirkt werden, so verliert die Menge des Umlaufsmittels vollends an Bedeutung. Es wäre bei der geringen erforderlichen Menge das Hartgeld vielleicht nicht viel theurer als das Papiergeld herzustellen, so daß es als Weltgeld fortbenutzt werden könnte.

Wozu in aller Welt also sollen Sozialisten sich die Köpfe zerbrechen, um der jetzigen falschen Gesellschaft eine gebrochne Gliedmaße wieder einzurenken, während nur eine völlige Wiedergeburt dieser Patientin helfen kann? Wenn selbst unter lebenslangen Finanzkünstlern wenig gesunde Ansichten über die Bedeutung und Wirkungen des Geldes zu finden sind, da es ja in Wahrheit eine Finanzwissenschaft gar nicht giebt; wenn unter diesen berufensten Leuten solche abgeschmackte Irrthümer betreffs des Geldes herrschen, wie wir deren einige nachgewiesen haben: wie wollen Arbeiter, denen obendrein die eignen Erfahrungen in der Sache fehlen, sich mit Erfolg zu Reformern des Geldwesens aufwerfen?

Wir müssen jedoch später noch einmal auf das Letztere zurückkommen, wenn wir von den warnenden Erfahrungen sprechen, welche in den Vereinigten Staaten mit den Scheinwerthen gemacht worden sind. Es ist schade, daß wir diese wichtigen Gegenstände behandeln müssen, ohne an Karl Marx, der leider mit den folgenden Bänden seines bahnbrechenden Werkes „Kapital" noch nicht fertig ist, einen Wegweiser benutzen zu können. Allein sie müssen schon jetzt besprochen werden, weil es gilt, die Lehren der Erfahrung baldigst zu begründen und zu verbreiten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der deutsche Reichstag hat wieder mit der üblichen „Beschlußunfähigkeit" debutirt. Auf die „Diätenlosigkeit" die

Schuld zu schieben, hieße dem Reichstag ein unverdientes Compliment machen. Unter den „Schwänzenden" — die Sozialdemokraten, die nur „geduldete Gäste" im Haus sind, hatten natürlich keine Veranlassung, sich „einzudrängen" — befanden sich zahlreiche Gründer, Fürsten, Grafen, Barone ꝛc., die durch die Diätenlosigkeit nicht abgehalten wurden. Was sie bestimmte, war das Gefühl der Bismarck'schen Wurschtigkeit und Ueberflüssigkeit. Ueber die bisherigen Verhandlungen ist nichts zu sagen: in der ersten Hälfte der Woche Beschlußunfähigkeit, in der zweiten persönliche Rempeleien (bei der Bureauwahl), leeres Gerede und Erledigung von Förmlichkeiten (Sistirung von Prozessen gegen Mitglieder ꝛc.).

— Die Schande Europas. Wenn die vorliegenden Berichte wahr sind, hatte die Pforte bereits vor Erlaß des russischen Ultimatums nach Verständigung mit den übrigen Mächten einen zweimonatlichen Waffenstillstand bewilligt, und war das russische Ultimatum nichts anderes als ein elender Theaterkoup, um die furchtbare militärische Niederlage, die Rußland in Serbien erlitten hat, zu maskiren und in einen großen diplomatischen Sieg umzulügen.

— Die Sprache ist dazu angethan, um die Gedanken zu verbergen. Dieses bekannte Wort Talleyrand's gilt namentlich von sogenannten „Thronreden"; in wahrhaft komischer Weise ist dies bei der letzten Berliner „Thronrede" zu Tage getreten, deren „besonders präzise und gedrungene Fassung" von speichelleckerischen Reportern betont wurde. Nämlich über den Passus, der von der wirthschaftlichen Lage handelt, ist zwischen den Schutzzöllnern und Freihändlern ein Streit ausgebrochen, indem die Einen behaupten, die Abschaffung der Eisenzölle, die Andern deren Beibehaltung sei angekündigt! Man sieht, der Verfasser der „Thronrede" hat, trotz alles Patriotismus, in der französischen Diplomatenschule etwas gelernt.

— „Landstreicher." Dem „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker" schreibt M. aus Carlsruhe: „Einsender befindet sich in der Lage, wiederum über einen Fall berichten zu können, daß reisende Buchdrucker wegen Landstreicherei „eingesteckt" worden sind. Von Berlin infolge des Conflictes abgereist, befand ich mich am 22. September hierselbst mit meinem Reisegefährten, dem Drucker F. aus Augsburg, auf dem Wege zur Post auf dem Marktplatze, als wir von einem Polizisten angehalten und uns die Legitimationen abverlangt wurden. Nachdem er dieselben durchgesehen, hieß er uns ihm auf die Wache folgen; dort frug er nach Alter und Reisegeld und fertigte dann zwei Protokolle aus. Warum wir eigentlich arretirt waren, wußten wir nicht, da wir weder gebettelt noch sonst etwas Gesetzwidriges verübt hatten. Wir wurden sodann vor den Amtmann geführt; dieser sah sich ebenfalls unsere Papiere sowie die Protokolle an und frug uns, warum wir nicht arbeiteten. Die Antwort lautete natürlich, weil wir noch keine Condition gefunden hätten. Unsere Ausführung, daß wir nicht zu betteln brauchten, weil wir Reise-Unterstützung bekämen, ließ er nicht gelten, sondern meinte, das wäre feine Bettelei. Sodann mußten wir die Protokolle unterschreiben, was wir leider auch gethan haben, ohne daß uns dieselben vorgelesen waren oder wir sie zu lesen verlangt hätten. Schließlich wurde College F., weil er schon 20 Wochen außer Arbeit war, zu 3 Wochen, und ich, weil 7 Wochen außer Condition, zu 14 Tagen Haft „wegen Landstreicherei" verurtheilt. Nachdem ich meine Strafe verbüßt hatte, wandte ich mich an Herrn Feyel (Vorsitzender des hiesigen Ortsvereins), welcher mir rieth, eine Anklage, resp. Beschwerde gegen die Polizei zu erheben und mich zu diesem Zwecke bei einem Anwalt zu erkundigen. Dies that ich auch, erhielt aber den Bescheid, daß ich jetzt nichts mehr ausrichten könne; ich hätte vielmehr das Protokoll nicht unterschreiben sollen, sondern sogleich dagegen Recurs erheben, worauf die Sache gerichtlich verhandelt worden wäre. Dennoch reichte ich beim Landescommissar eine Beschwerde ein, worauf mir nach acht Tagen — während welcher Zeit mir der Ortsverein Carlsruhe 9 M. Unterstützung gewährte — durch das Bezirksgericht die Antwort zu Theil wurde: „Der Landescommissar habe die Sache genau untersucht und erklärt, daß ich mit meiner Beschwerde abzuweisen, da das Bezirksamt im Rechte gewesen sei, und zwar schon aus dem Grunde, weil ich die polizeiliche Anklage durch meine Unterschrift anerkannt. Auch wenn ich nicht unterschrieben, sondern das gerichtliche Verfahren verlangt hatte, würde ich doch dieselbe Strafe bekommen haben, weil ich schon lange außer Arbeit und vom Betteln lebe (womit die Reiseunterstützung gemeint ist). Im übrigen hätte ich mir die Beschwerde sparen können." Da ich mich hier nicht länger aufhalten kann, so ist es mir leider nicht möglich, der Polizei eine andere Meinung von unserem Reisegelde beizubringen, doch glaube ich, daß mir dies gelungen wäre, wenn ich hier Condition bekommen hätte und also die Sache weiter verfolgen konnte. Indessen nehme ich an, daß das Gericht eine richtigere Anschauung über unsere Kassenverhältnisse hat, und möchte daher allen Collegen, die vielleicht in dieselbe Lage gerathen sollten, empfehlen, die Polizeianklage nicht durch Unterschrift anzuerkennen, sondern das gerichtliche Verfahren zu verlangen."

Auf diese Weise kommt man also in Deutschland zu einer Bestrafung wegen Landstreicherei ohne auch nur den mindesten Grund dazu gegeben zu haben!

— Ueber die Rohheit in „gebildeten" Kreisen kann man sich nicht verwundern, wenn man Notizen wie die nachfolgende liest (s. „Leipziger Tageblatt" vom 4. Oktober):

„Aus der Provinz, 2. Oktober. Man kann gewiß ein Freund jugendlicher Fröhlichkeit sein und doch das wüste Biertrinken, wie es in manchen studentischen Kreisen gepflegt wird, ernstlich beklagen. Was das Bedauerlichste ist: der studentische „Saufcomment", ein trauriges Ueberbleibsel aus den Zeiten des 16. und 17. Jahrhunderts, hat sich auch auf das jüngere Geschlecht unserer Gymnasien und Realschulen fortgepflanzt, wo er noch weit verderblicher wirkt als auf den Universitäten, weil er in den noch jungen Gemüthern schon so frühzeitig die Keime des Edleren verwüstet. Da sieht man jetzt vielfach in Schülerhänden ein kleines Büchlein, betitelt „Leipziger Biercomment", 3. Auflage, Celle und Leipzig, Literarische Anstalt, August Schulze 1876, Preis 1 M." Man kann unmöglich annehmen, daß deutsche Studenten an der Veröffentlichung dieses Machwerkes betheiligt sind; es ist wahrscheinlich nur eine buchhändlerische Spekulation, welche namentlich auf die Kauflust der unreifen Schülerwelt rechnet, da diese leider an dem Studentenleben zunächst nur die Auswüchse des jugendlichen Kraftgefühles bewundert und diesen „Biercomment" mit seinen Regeln über das Vor- und Nachtrinken, den Bierskandal, das Biergericht, die Bierstrafen ꝛc. ꝛc. als das Evangelium des wahren Studententhums betrachtet. Welche Früchte dieser „Biercomment" trägt, davon weiß jede höhere Schule zu erzählen."

Und nicht blos die „höheren Schulen". Die „Früchtchen" dieses und der anderen „Sauf- und Biercomments" (denn alle deutschen Universitäten haben ihren Bier- und Saufcomment) sind im hohen und niederen Staatsdienst zu finden, fungiren mitunter als Staatsanwalte und sitzen nicht selten auf Richter-, ja auf Ministerbänken. Wir kennen „Exempel von Beispielen".

— Unfall-Statistik. Im Monat Oktober cr. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig 20 Todesfälle, 5 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten, 10 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen und 524 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt — zusammen 559 Unfälle angemeldet. Von den 20 Todesfällen ereigneten sich 3 in Steinbrüchen, je 2 in Brauereien, Maschinenbauanstalten und Eisengießereien, beim Hochbau, beim Eisenbahnbau und je 1 in einem Braunkohlenwerk, einem Steinkohlenwerk, einer Stärkefabrik, einer Asphalt- und Dachpappenfabrik, einer Marmorwaarenfabrik, einer Papierfabrik, einer Gußstahlfabrik, beim Bauunternehmen für Wasserleitungen und bei Schiffsentlöschung. Von den 5 lebensgefährlichen Beschädigungen entfallen 2 auf Baugeschäfte und je eine auf ein Puddel- und Walzwerk, eine Brauerei und einen Sandsteinbruch, während von den 10 Invaliden je 2 auf Maschinenfabriken und Eisengießereien, Maschinen- und Büttenpapierfabriken, und je 1 auf eine Weberei, eine Drahtzieherei, eine Schneidemühle, eine Stiftfabrik, eine Teppichfabrik und einen Festungsbau kommen.

— Ein neuer Tschischwitz — oder auch der alte. Ueber den „Küster'schen Brief" haben wir im „Briefkasten" unser Urtheil ausgesprochen. Seitdem ist ein neues Moment hervorgetreten, welches der Sache ein gewisses Interesse verleiht. Unser Berliner Parteiorgan schreibt darüber: „Der geflüchtete Küster hat von der Schweiz aus ein Gnadengesuch an den König von Preußen gerichtet. Diese Thatsache konnte verschiedenen Elementen nicht verborgen bleiben. Daraufhin wird sich irgend ein spekulativer Kopf gesagt haben: Der Mann kann der „guten" Sache dienstbar gemacht werden. Wollen doch sehen, wie er sich anstellt. Man hat sich also hingesetzt und eine große Erklärung gegen die Sozialdemokratie geschrieben, hat dabei allerdings nicht unterlassen, die alten Phrasen über die Unausführbarkeit des Sozialismus und die alten Verleumdungen gegen die Agitatoren geschickt mit einzuflechten. Alsdann hat man dieses Machwerk an Küster geschickt mit der Weisung: Du unterschreibst oder Du bleibst in der Schweiz. Wirst Du Dich jedoch willig und gehorsam zeigen, unterschreiben und dann selbst noch auf eigene Faust einige schmutzige Ergüsse loslassen, dann wollen wir sehen, ob wir für Dich in irgend einer Weise etwas thun können, indem wir unsern Einfluß geltend machen. Eine Liebe ist der anderen werth, das schien dem Küster einzuleuchten. Er nahm sein säuberlich das ihm übersandte Schriftstück und setzte seine Unterschrift an die ihm zu diesem Zwecke freigelassenen Stellen. Gleichzeitig setzte er sich und schrieb auf Wunsch noch einen höchsteigenhändigen Original-Begleitbrief, der sich allerdings, so weit Form und Stil in Frage kommen, zu seinen Ungunsten von dem größeren Schriftstück unterscheidet. Diese beiden Briefe wurden nun der Redaktion des „Berliner Tageblattes" zum Abdruck übermittelt. Dieselbe muß jedoch beim Anblick der Sache sofort das ganze Manöver erkannt haben; vielleicht war auch die Handschrift des einen Schriftstückes etwas sehr bekannt, kurz die Sache war faul. Das „Tageblatt" ließ sich auf eine so schmutzige Schiebung, wobei doch schließlich nichts zu gewinnen, wohl aber zu verlieren war, nicht ein. Veröffentlicht sollten die Heldenthaten des „Ehrenwortmannes" Küster aber werden, wo sollte man nunmehr noch weiter mit den Dingen hin? Zum „Gewerkverein". Der „Gewerkverein" konnte die Sachen aufnehmen, denn einmal hat er nichts zu verlieren und zweitens passen ihm derartige reaktionäre Ergüsse ja wunderschön in den Kram, in Folge dessen sie dort eine angemessene Ablagerungsstelle fanden. Die „Berl. Fr. Presse" bestritt auf Grund eines Küster'schen Briefes, in welchem er jedes derartige Schreiben in Abrede stellt, die Echtheit der Küster'schen Gewerkvereins-Erklärungen. Nachdem sind jedoch zwei bekannte Sozialisten zur Redaktion des „Gewerkverein" gegangen und haben dort die Küster'schen Briefe, wie vorstehend geschildert, vorgefunden. Küster hat demnach nach beiden Seiten hin die Unwahrheit gesagt. Ob er seinen Zweck erreichen, oder ob man ihn, nachdem „der Mohr seine Schuldigkeit gethan", wird schießen lassen, bleibt abzuwarten."

Wir machen unsere Züricher Genossen auf die Sache aufmerksam.

— Am Dienstag (31. Oktober) starb in Paris Fräulein Delescluze, die hochherzige Schwester des Communehelden. Als dieser am 26. Mai 1871 den Todesgang antreten wollte, schrieb er der heißgeliebten Schwester:

„Meine gute Schwester!

Ich will und kann nicht der siegreichen Reaktion zum Opfer oder Spielzeug dienen. Verzeihe mir, daß ich von Dir gehe, die Du mir Dein Leben geopfert hast. Aber ich fühle nicht den Muth in mir, noch eine Niederlage nach so vielen zu ertragen. Ich küsse Dich tausendmal so zärtlich wie ich Dich liebe. Dein Andenken wird das letzte sein, welches meine Gedanken beschäftigt, ehe ich zur Ruhe gehe. Ich segne Dich, meine heißgeliebte Schwester, die Du seit dem Tod unserer armen Mutter meine einzige Familie warst. Lebe wohl! Lebe wohl! Noch einen Kuß.

Dein Bruder, der Dich lieben wird bis zum letzten Augenblick. Ch. Delescluze.

Wenige Stunden darauf hatte er den Tod, den er suchte, auf der Barrikade gefunden.

Der Brief ist ein Ehrendenkmal des Bruders und der Schwester. Es muß ein herrliches Weib gewesen sein, das von einem solchen Mann so geliebt wurde! Dem Bruder treu bis zum Tode, jagte sie die Pfaffen fort, die sich an ihr Lager zu drängen suchten. Am Mittwoch (1. November) wurde sie begraben — die in Paris befindlichen Reste der „kämpfenden Demokratie" folgten dem Sarge.

Wenige Tage zuvor hatte der elende Stellenjäger Gambetta in einer Versammlung zu Belleville*), für die ein Delescluze sein Blut gegeben, „eine verbrecherische Insurrektion" genannt!

*) Belleville ist allerdings ein Pariser Arbeiterviertel, aber die Versammlung, in der Herr Gambetta sich dieser Gemeinheit schuldig machte, war keine öffentliche Volksversammlung, sondern eine Versammlung der von Herrn Gambetta eingeladenen Wähler, also der Herren Bourgeois. Dies zur Notiz für Diejenigen, welche aus der Thatsache, daß diese Versammlung in einem Pariser Arbeiterviertel stattgehabt, auf mangelhafte Organisation des Pariser Proletariats schließen möchten. — Nachträglich erfahren wir, daß Gambetta die Frechheit gehabt hat, sich an das Grab der Schwester Delescluze's zu drängen. Dem schamlosen Demagogen ist jedes Mittel recht, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. In nächster Nummer bringen wir einen ausführlichen Bericht über das Begräbniß. R. d. V.

Russische Cultur.

Die Lage der deutschen Colonisten in Rußland.

Unsere deutschen Zeitungen gaben in letzter Zeit häufig wiederkehrende Schilderungen über die Bedrückung und Aussaugung, durch welche die türkische Herrschaft ihre christlichen Unterthanen quäle, sie erklärten es für eine Pflicht der Menschlichkeit, diesem barbarischen Unwesen ein Ende zu machen und übertrugen Rußland die Ausführung dieses Humanitätsmandates, Rußland, das in den Straßen von Warschau und in den tartarischen Steppen die Beweise seiner Culturliebe gegeben hatte. Es ist Thatsache, daß die Verfassung der Gemeinde nirgends freier ist, als in der Türkei, welche von den einzelnen Ortschaften eine nach unseren Begriffen niedrige Steuer erhebt und sonst keine Eingriffe in die Autonomie der Gemeinde kennt. Anders ist in Rußland die Behandlung der Gemeinden und ihrer Angehörigen und der nicht griechisch-katholischen Einwanderer.

Im Verlage von Robert Hofmann in Leipzig ist vor Kurzem eine Broschüre erschienen, in welcher ein deutscher Mennonit seine Erlebnisse in Rußland und seine Beobachtungen über die Behandlung der deutschen Ansiedler durch die russische Regierung und durch ihre russischen Mitbürger mittheilt. Wir geben zu Nutz und Frommen aller Derjenigen, welche noch glauben, ihre Lage durch Auswanderung nach Rußland zu verbessern, einen kurzen Auszug aus dem interessanten Schriftchen:

Durch Katharina's Agenten verlockt, von einem russischen Generale, der bei den Mennoniten von Haus zu Haus ging und alle Ueberredungskunst anwendete, um die Leute für Rußland zu gewinnen, überredet, ließen sie sich durch Vorzeigung eines mit Unterschrift und Siegel bestätigten „ewigen Privilegium", in welchem alle nur erdenklichen Rechte bewilligt waren, darunter auch die immerwährende Auswanderungs-Freiheit — bewegen und entschlossen sich zur Reise.

Wo sollten sie auch damals hin? In Preußen, wo einst Friedrich der Große jeden nach seiner Façon selig werden ließ, wurden sie mit Militärdienst bedroht; im übrigen Europa waren die Spuren der Inquisition noch nicht verwischt, und die Scheiterhaufen, auf welchen ihre Glaubensbrüder verbrannt wurden, hatten kaum ausgeraucht; sie befahlen ihre Sache Gott und wanderten aus.

Es ist nun Thatsache, daß die Deutschen in Rußland durch Bearbeitung des Bodens, außer schönen Häusern, Gärten und Wäldern, dem Staate auch noch jährlich Millionen Nutzen gebracht haben, die landwirthschaftlichen Erzeugnisse Rußlands gingen ja fast alle in's Ausland, und statt dessen kam ausländisches Geld nach Rußland hinein.

Wenn die Deutschen Rußland auch lange nicht soweit gebracht haben, daß sich Ein- und Ausfuhr ausgleicht, so liegt die Schuld nicht an ihnen, sondern daran, daß die ganze Bodencultur des russischen Adels blos im Wälderausrotten besteht, und ferner liegt die Schuld in der grenzenlosen Trägheit des Volkes, welches durch die Emancipation von 1861 nur aus dem Regen in die Traufe gebracht worden ist und weder Muth noch Kraft besitzt, durch Bearbeitung des Bodens den Naturreichthum Rußlands in Bewegung zu setzen.

Nichtsdestoweniger wollte man die Deutschen russifiziren. Die russische Regierung will sie zwar nicht vernichten, d. h. Leib und Leben, aber sie sollen sich mit den Slaven vermischen, in denselben aufgehen und spurlos verschwinden. In Rußland hat sich der Deutschenhaß erst nach dem deutsch-französischen Kriege gefunden.

In der Weltgeschichte, welche Völker entstehen und Völker untergehen läßt, entscheidet noch immer die Waffe. In diesen Kämpfen hat Deutschland erhebliche Vortheile (?) errungen, es wird aber in Folge dessen von der russischen Presse so angegriffen — die Deutschenhetze ist ebensowohl gegen Deutschland als gegen die Colonisten seit 1871 in Scene gesetzt — daß höchst wahrscheinlich auch die friedlichsten Monarchen einen Zusammenstoß nicht werden hindern können, und dann wehe den deutschen „Ketzern" in Rußland. „Ketzer" nennt man sie im Innern Rußlands, in Kirche und Schule, beim Unterricht.

Wer Gelegenheit hatte, die Mißhandlung der Tataren während des Krimkrieges zu sehen, der bedarf hierzu keiner Erläuterung.

Es ist etwas Erbärmliches, ganz Sinnloses (?), daß die maßgebende Partei in Rußland den Deutschenhaß schon in die Schulen einzupflanzen für nöthig befunden hat. Der Verfasser der Broschüre schreibt: „Ich würde dies nicht glaublich halten, wenn ich nicht selbst Augenzeuge gewesen wäre. Als ich an meinem Verbannungsorte schon zu der Ansicht gekommen war, daß das russische Volk so tief gesunken sei, daß an eine Civilisirung oder Hebung in keiner Beziehung zu denken ist, ging ich einst in die Kreisschule und hörte dort folgende sonderbare Erklärung: „Die deutschen Colonisten in Rußland haben sich höchst eigennützig erwiesen, bei allen ihren Vorrechten haben sie sich ebenso abgeschlossen gehalten wie die Freimaurer,*) eine Secte wie die Mennoniten, welche aber in Rußland nicht geduldet wird. Die Absicht der Regierung, durch Hereinrufen der Deutschen den Ackerbau zu fördern, hat sich nicht erfüllt; für sich haben sie den Bauer fleißig arbeiten lassen und sind reich geworden, aber bis auf den heutigen Tag mit Leib und Seele Ausländer geblieben, den Russen behandeln sie nur mit Verachtung als einen Sklaven, der blos dazu da ist, ihnen die Taschen zu füllen, während doch die Deutschen bei uns nur Stiefkinder sind. Die Regierung hat aber auch schon eingesehen, daß bis jetzt nichts erreicht worden ist, darum sind den Deutschen ihre Rechte genommen, und sie werden mit den Bauern verschmolzen. Bald werden unter ihnen Russen wohnen, wir werden in ihren Dörfern Kirchen bauen, und dann wird auch ihnen das wahre Evangelium gepredigt werden, damit sie in die rechtgläubige Kirche aufgenommen werden können; bei den Malakanen, Polen und in den Ostseeprovinzen haben wir unlängst Kirchen gebaut und da sind schon Tausende bekehrt worden." — —

„Am 28. August 1876 brachte die Berliner „Germania" ein grelles Bild davon, wie man in jenen Tagen an der deutschen Grenze mit Picke und Peitsche die Leute in die rechtgläubige Kirche getrieben hat, wobei 15 Bauern und ebensoviel Soldaten todtblieben, und mehr noch verwundet wurden.

„Ich enthielt mich, aus Furcht todtgeknutet zu werden, wie es hier unlängst einem 60jährigen Bauer erging, jeder Betrachtung, und frug nur, was den Lehrer veranlaßte, solche Dinge über uns Deutsche in der Schule zu verhandeln. —

„Ein Schulbuch aus der heiligen Synode", antwortete er und gab mir das Buch; ich konnte meinen Augen fast nicht trauen, als ich solche Verleumdungen der deutschen Colonisten in einem Schulbuch fand. (Der Verfasser ist Lebedoff 1873).

„Also in Rußland, wo nicht 10 pCt. der schulpflichtigen Kinder geschult werden, in Rußland, wo, als das Landamt in

*) Die Vergleichung der Mennoniten mit den Freimaurern kann man einem Lehrer im Innern Rußlands immer noch gerne verzeihen.

— Zur Finanzgeschichte Rußlands. „Es ist eine Eigenthümlichkeit aller barbarischen und halbbarbarischen Staaten, daß ihre Reformen immer durch große, weltumfassende Pumpversuche charakterisirt werden.“ Rußland, bemüht, die Serben in die Sphäre seiner Reformen hineinzuziehen, hat seiner Beglückungstheorie eine finanzielle Stütze geben wollen und sich bemüht, ein Darlehen von 100 Millionen Rubeln aufzunehmen. Trotz seiner traditionellen Abneigung gegen das Welthaus Rothschild wandte es sich zuerst an diese Firma, erhielt aber einen Korb. In derselben Angelegenheit klopfte Rußland bei Baring in London und Hope in Amsterdam an. Das Geschäft wurde refüsirt (zurückgewiesen). Den Grund hierfür werden wir in folgenden Zahlen und Erörterungen finden. Eine Schätzung der „Times“ vom September vor. J. ergiebt für die Schuldenmasse Rußlands folgende Ziffern:

Innere Anleihe	918,677,316 Rubel,
Englische Anleihe	101,678,409 Pfd. St.,
Französische Anleihe . . .	570,412,000 Francs,
Holländische Anleihe . . .	91,868,000 Gulden.

Hierzu kommen noch: Eisenbahn-Spezialschulden 40,000,000 Pfd. St., Papiergeld und 5prozentige Schatzscheine 156,219,000 Pfd. St., 1875er Eisenbahn-Anlehen 15,000,000 Pfd. St. Es ergäbe sich also eine Gesammtsumme von 484 Millionen Pfund Sterling (das Pfund Sterling gleich 20 Reichsmark), deren Verzinsung ein Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling erfordert. Das Gesammteinkommen Rußlands ist jährlich 80 Millionen Pfund Sterling. Die Verzinsung der Staatsschuld erfordert also ein Viertel der Einnahme. Schwere, beängstigende Träume erwecken wohl solche Zahlen den Inhabern russischer Staatspapiere. Und was da kommen wird und muß, das ist der Krach — und nicht blos der Finanzkrach!

— Russischer Schutzzoll. Ein besseres Mittel, die Produkte anderer Länder von dem Markte des eigenen abzuwehren, dürfte es kaum geben, als es die russische Regierung, die sich in der gesammten Politik von Tag zu Tag genialer erweist, erfunden hat. — Sie hat eine neue Gerichtsordnung für Rußland und Polen erlassen, nach welcher ein Schuldner gar nicht mehr nöthig hat, seine Gläubiger zu bezahlen, er kann die Schuld einfach absitzen. Für 100 bis 1000 Rubel muß man sechs Monate sitzen, für 5000 Rubel ein Jahr und so fort bis zu fünf Jahr, welche Haftdauer für die Tilgung einer Schuld von 100,000 Rubel genügt. „Wir glauben nicht, meint die „Vossische Zeitung“, daß es den deutschen Kaufleuten, welche Geschäfte nach Rußland machen, angenehm sein wird, statt Geld zu erhalten, ihre Schuldner in's Gefängniß werfen zu lassen, und es wird sich deshalb wohl empfehlen, alle Creditgeschäfte nach Rußland auf so lange zu suspendiren, bis unsere Regierung von der „befreundeten“ russischen Regierung einen genügenden Schutz für die materiellen Interessen ihrer Bürger erlangt hat.“ Geduld, liebe Tante, der Kosakenbruder ist zäh.

— Zum Rückgang. Vom 1. Januar an wird in Köln ein Parteiorgan erscheinen.

Innere Parteiangelegenheiten.

An die Parteigenossen in Preußen.

Wie bekannt, ist die Anklage bezüglich der Partei in Preußen immer noch nicht erhoben, trotzdem nun schon sieben Monate seit der provisorischen Schließung vergangen sind. Letztere wurde bis jetzt aufrecht erhalten, und somit den Parteigenossen die Gelegenheit genommen, direkt Mitglieder der Partei zu sein.

Im Allgemeinen ist die Bewegung durch diese Maßregel nicht geschädigt worden, im Gegentheil, sie ging an den meisten Orten vorwärts wie nie, und nur die Krise ist schuld, daß einzelne Genossen in einer Anzahl Orte in Folge drohender Maßregelung nicht mehr in der Lage sind, die Parteiangelegenheiten führen zu können, und dadurch ein scheinbarer Rückschritt stattgefunden hat.

Die Gesammtagitation hat ebenfalls keine Einbuße erlitten; für die Genossen Preußens war und ist durch den „Wähler“ ein Mittel geboten, dieselbe zu unterstützen, da die gesammten Ueberschüsse dieses Blättchens für die Wahlagitation verwendet werden.

Es muß aber darauf gerechnet werden, daß **jeder Genosse**, welcher sich für die Gesammtbewegung interessirt, und welcher günstige Resultate bei den nächsten Wahlen wünscht, auf den „Wähler“ abonnirt; es geschieht dies auch seitens der Genossen an den meisten Orten. Jedoch scheint man noch in manchen Orten zu wenig Gewicht auf die Sache zu legen, indem ein Zuwachs von Abonnenten selten ist und auf der anderen Seite durch Abgang von Abonnenten wieder aufgehoben wird, so daß der Abonnentenstand derselbe bleibt.

Eine ganze Reihe von Orten (freilich vorwiegend kleinere), in denen sich meistens seit langen Jahren Sozialdemokraten befanden, ist im Laufe der Zeit zurückgeblieben, und geben wir unten ein Verzeichniß derselben.

Dies ist eine traurige Erscheinung! — Die Parteigenossen allerorts müssen sich sagen, daß nur die Anwendung der gemeinsamen Kraft Resultate bringen kann, und wenn es ihnen auch verwehrt ist, zahlende Mitglieder der Partei zu sein, so ist ihnen doch durch den „Wähler“ das Mittel geboten, für die Interessen der Sozial-Demokratie einzutreten.

Wir erwarten daher, daß die Parteigenossen der betr. Orte dafür sorgen, daß sie Abonnenten des „Wähler“ werden und bleiben; falls die vorigen Filial-Expedienten aus irgend welcher Ursache den Bezug nicht mehr übernehmen, resp. weiterführen wollen, so werden sich hoffentlich noch andere Genossen zu diesem Ehrenposten finden!

Der „Wähler“ wird den Filial-Expedienten auf Bestellung zugesandt; der Betrag braucht erst nach Monatsschluß eingesendet zu werden, und erfolgt nach der Einsendung die Uebermittlung der folgenden Nummer. Der Bezug ist also mit keinen hindernden Umständen verknüpft.

Wir hoffen darum, daß die nachbenannten Orte sich bald wieder in den Reihen der übrigen befinden, welche ihre Schuldigkeit der Gesammtagitation gegenüber thun!

Hamburg, im November.

Mit sozialistischem Gruß

August Geib, Rödingsmarkt 12.
C. Derossi, Pferdemarkt 37.

Verzeichniß der rückständigen Orte.

Seit April: Amöneburg, Beidensleth, Bahrenfeld, Gammendorf, Gardelegen, Hameln, Heinstadt, Harlesleben, Kl. Auheim, Lennep, Meerholz, Marburg, Osterode, Remscheid, Rawitzsch, Rathenow, Schülp, Stoppenberg, Sangerhausen, Schönebeck, Schlebusch, Treuenbrietzen, Ueckendorf, Weißensee, Wiemerscamp, Wehlheiden.

Seit Mai: Burgdamm, Bützow, Cochstedt, Döberau, Kröpelin, Liepolzhausen, Neubuckow, Oldendorf, Schwaan, Spremberg, Wiershausen.

Seit Juni: Altenweddingen, Buer, Bramfeld, Eddelack, Hadersleben, Halberstadt, Lunden, Mülheim a. Rhein, Melle, Niederrad, Segeberg, Sternberg, Wiesbaden, Wolfsanger, Zeitz.

Seit Juli: Bergen a. D., Dürrenberg, Einbeck, Friedrichshagen, Mettmann, Mülheim a. d. Ruhr, Nordhausen, Plön, Reiherstieg, Schwelm, Schwarzenbeck.

Seit August: Bornheim, Duisburg, Danzig, Finkenwärder, Greiffenberg, Gelnhausen, Hordel, Iserlohn, Langensalza, Meldorf, Missunde, Neu-Isenburg, Osterwiek, Vorst, Werden, Wilster, Wattenscheid, Witten.

Seit September: Brandenburg, Celle, Cappeln, Delitzsch, Ellerbeck, Finsterwalde, Frankfurt a. d. O., Groß-Berkel, Königszelt, Magdeburg, Naumburg a. d. S., Neumünster, Neviges, Oldesloe, Ronsdorf, Stade, Seth, Süchteln, Uerdingen, Vlotho, Wandsbeck.

Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Glasgow, 23. Oktober 1876. (Schluß.) Nach Annahme einer Resolution zu Gunsten einer in Vorstehendem angedeuteten Reform wird das gegenwärtige Schwurgerichtssystem diskutirt. Nach einer längeren Diskussion, welche sich besonders um die Zeitvergütungsfrage für Geschworne dreht, wird eine von Herrn Prior (Manchester) beantragte Resolution angenommen, in welcher die Regierung an ihr Versprechen, eine Schwurgerichts-Bill einzubringen, erinnert und in einem solchen Gesetze jede Erleichterung verlangt wird, welche es den Arbeitern möglich machen könnte, Geschwornendienste zu thun.

Herr Allan (London) beantragt hierauf folgende Resolution:

„Der Congreß bedauert, daß der jüngste Bericht der Commission zur Untersuchung des Wirkens der Fabriks- und Werkstättengesetze (Factory and Workshop Laws) unbefriedigend ist und verpflichtet sich zu erneuten Bemühungen, um in der nächsten Parlamentssession die Vereinfachung, Festigung und Ausdehnung des Factory Act (1874) auf Färbereien, Bleichereien, Zurichtereien, sowie auf alle Kinder, junge Personen und Frauen, welche in Werkstätten, Reparatur- und Verkaufsläden verwendet werden, durchzusetzen.“

Nachdem in der sich ergebenden Debatte Frau Paterson Gelegenheit genommen hat, sich gegen jede weitere Frauenschutzlegislatur auszusprechen, wird die Resolution mit allen gegen ihre Stimme angenommen.

Eine Resolution zu Gunsten der Verwohlfeilung der Patentgesetze schließt die Verhandlungen des Tages.

Donnerstag. Broadhurst berichtet über den Stand der Angelegenheit Kane's. Herr John Kane war Sekretär der „Nationalen amalgamirten Assoziation der Eisenarbeiter“ (20,000 Mitglieder) in Darlington. Bei seinem im letzten Jahre erfolgten Tode erboten sich die Eisenwerksbesitzer, 500 Pfd. Sterl. für seine Wittwe zu subscribiren, wenn die Arbeiter eine gleiche Summe für den Zweck beisteuern wollten. Eine Zeit lang sei dies den Arbeitern nicht möglich gewesen, allein jetzt hätten sie den Betrag flüssig gemacht und zusammen mit den 500 Pfd. Sterl. der Werksbesitzer für die Wittwe des Verstorbenen, Frau Kane, eine Jahresrente von 75 Pfd. Sterl. (1500 Mark) angekauft.

Es gelangt hierauf ein Brief von Herrn Dr. Henry Travis zur Verlesung über das Thema: „Wirksame Reform im Menschen und in der Gesellschaft“ („Effectual Reform in Man and Society“).

Herr Dr. H. Travis, welcher gleichzeitig 200 Exemplare seines, wie vorstehend, betitelten Buches unter die Delegirten vertheilen läßt, legt in seinem Briefe den Führern der Arbeiter die Schicksale der letzteren an's Herz. „Wenn die Führer — sagt er am Eingange seines Schreibens — während sie im Wettkampfe zwischen Kapital und Arbeit die Interessen der letzteren so viel wie möglich zu beschützen suchen, die Mittel studiren wollen, durch deren Anwendung sie nach und nach sich von dem Kampfe zurückziehen und Vorrichtungen treffen können, welche den Erzeugern des Reichthums, nicht länger geprellt um die Früchte ihres Fleißes durch das Concurrenzsystem von Angebot und Nachfrage, es möglich machen, vereinigt für sich selbst zu arbeiten — dann ist der Tag der Befreiung der Arbeiterklasse von der herzlosen politischen Oekonomie dieses Systems nicht mehr ferne.“

Herr Travis schlägt in seinem Briefe sodann die Gründung von produzirenden Gemeinden von 100 bis zu 500 Familien vor, welche auf einem Boden von etwa 500 bis zu 2000 Acres bei mäßiger Arbeit die Bedürfnisse ihres Lebens mehr als befriedigen und noch nebenbei das zu ihrer Gründung nöthige Kapital (da lugt allerdings der Pferdefuß des zinsenfressenden Satans hervor) verzinsen könnten. Sie könnten die Grundlagen der neuen (Sozial-) Wissenschaft ihren Kindern anerziehen und bessere Menschen schaffen, als heute durch die moderne Gesellschaft gebildet werden. Durch die Anwendung des „neuen Systems“ könnten alle Klassen (?) gleichmäßig profitiren.

Dem Entdecker der neuen Wissenschaft und des Systems, durch welches ohne Strafen und Unfreundlichkeit eine Bevölkerung von 2000 Menschen aus sehr untergeordneten Wesen in sehr entwickelte verwandelt worden waren (R. Owen), sei es nicht gelungen, der Welt das neue Wissen zu lehren und das neue System zu verwirklichen. Die Ursache davon sei gewesen, daß die Philosophie, auf welcher die Erziehung nach dem neuen System beruhe (und welche durchaus verstanden werden müsse, bevor die Verwirklichung des Systems erreicht werden könne), obgleich im Allgemeinen wahr, durch Verneiuung eines wesentlichen Theils der Fundamentalwahrheit dieses Systems gefälscht wurde . . . . . Dieser Irrthum sei nun entschieden corrigirt; die neue Wissenschaft könne Jedem klar gemacht werden und verbürge einen Erfolg in competenten Händen. — (Ich komme auf das Buch, das in dem abwechselungslosen Kampf um den Lohnpfennig wie eine grüne Oase winkt, gelegentlich des Ausführlicheren zurück).

Der Congreß spricht Herrn Dr. Travis durch Akklamation den Dank aus und geht zur Tagesordnung über.

Fitzpatrick (Liverpool) beantragt eine Resolution zu Gunsten der Amendirung des „Merchant Shipping Act“ und legt besonderen Protest ein gegen die Streichung des Verdeckladungs-Paragraphen durch das Oberhaus.

Herr Plimsoll (der „Seemannsfreund“), welcher an der Sitzung Theil nimmt und sehr warm empfangen wird, spricht über die Stadien, welche das citirte Gesetz durchgemacht, und hofft, daß die Arbeiter dasselbe zu bessern suchen und dahin trachten werden, daß jede Verdeckladung ungesetzlich erklärt werde. Die beantragte Resolution wird angenommen.

Das Truck-System, welches noch in einigen Theilen Großbritanniens im Schwange ist, wird hierauf in einer Resolution verdammt und das parlamentarische Comité beauftragt, in nächster Session energische Schritte zu dessen Abschaffung zu thun.

Birthwistle (Accrington) beantragt, daß dem parlamentarischen Comité aufgetragen werde, das Wirken der „6. Rule“ (Verordnung), mit welcher der Justizminister das Arbeitsnehmer- und -Gebergesetz (Employer and Workmen's Act 1875) in's Leben einführte, zu untersuchen und zu amendiren. Diese Verordnung erlaube nämlich jedem auf Grund des erwähnten Gesetzes Geklagten, vor Gericht und ohne vorherige Ankündigung eine Gegenklage und Gegenansprüche gegen den Kläger zu erheben. Diese Regel werde wohl gegen Arbeitgeber ebenso wie gegen Arbeiter angewendet, allein in den meisten Fällen schade sie doch Letzteren, indem der Richter sofort summarisch entscheide, ohne dem Kläger Gelegenheit zu geben, die plötzlich erhobenen Gegenansprüche zu widerlegen oder zu entkräften.

Nach Unterstützung der Resolution durch Weiler und Frl. Simcox (London), welch' letztere die beantragte Aktion ausnahmsweise auch zu Gunsten der Frauen ausgedehnt wissen will, wird dieselbe angenommen und zur Frage der „Arbeitervertretung im Parlament“ übergegangen.

John Batkin (Birkenhead) verliest eine Abhandlung über dieses Thema. Für's Erste — sagt er — sei jede Majoritätsherrschaft (obgleich als prinzipiell richtig zugegeben) tyrannisch, wenn sie nicht aus einer Abstimmung hervorgegangen, welche alle moralisch Wahlfähigen umfaßt. Zweitens sollen alle Klassen (von der etablirten Klassengesellschaft kann sich das englische Gehirn schwer trennen) und Interessen durch Männer vertreten sein, die mit denselben eins und durch Geschicklichkeit, Erfahrung und Charakter zu solchem Amte befähigt seien. Er macht die Anomalie des gegenwärtigen Repräsentativsystems durch Ziffern, welche dem „finanziellen Reform-Almanach 1875“ entnommen sind, anschaulich. Danach seien im englischen Parlamente die militärischen Interessen durch 314; die aristokratischen durch 169; die offiziellen und ministeriellen durch 112; die magistratischen durch 340; die juristischen (besser die der Advokaten) durch 117; die der Geld- und Mäklergeschäfte durch 25 (viel zu niedrig!); die eisenbahnverwaltungsräthlichen durch 134; die literarischen und wissenschaftlichen durch 60; die der Fabriksherrn, Farmer, Kaufleute, Schiffseigenthümer 2c. durch 128 Repräsentanten vertreten. Die Arbeiter Großbritanniens seien durch zwei Deputirte repräsentirt! (Die angeführten Ziffern bedeuten nicht Stimmen, da die verschiedenen Repräsentanten in ihren mannigfachen Eigenschaften in mehreren Gruppen zugleich angeführt sind.)

Twer die Erbauung von Landschulen in Angriff nahm und bereit war 100,000 Rubel zu opfern, die ganze Sache daran scheiterte, daß mit den Geldern höchstens 100 Schulen zu unterhalten waren, während 1500 erbaut werden sollten (die Sache würde als unausführbar bei Seite gelegt), in diesem Rußland muß den Wenigen, welche das Glück haben, lesen zu lernen, der Deutschenhaß als Hauptsache eingeprägt werden. Das giebt eine fatale Zukunft für die Deutschen in Rußland!

„Die große Partei der Deutschfeinde, welche in St. Petersburg an höchster Stelle gegenwärtig unsere Ankläger sind, motivirt ihre Anklage in folgenden Worten:

„Die deutschen Colonisten haben ihre Aufgabe in Rußland, Ackerbau und Gewerbe zu verbreiten, nicht erfüllt, anstatt dem Lande durch Cultur nützlich zu sein, haben sie sich darauf beschränkt, den ihnen angewiesenen Boden tüchtig auszusaugen, und sich das Geld in die Tasche gesteckt, ohne den russischen Bauern auch nur etwas zu nutzen; sie blieben durch und durch Ausländer, vom Verschmelzen ist noch keine Spur 2c. Wollen wir solche fremde Elemente immer unter uns dulden? Als man die Deutschen nach Rußland rief, hatte man die Absicht, durch sie die Slaven zu beleben, aber nicht fremde Elemente zu erhalten, bei denen der russische Arbeiter noch muß deutsch sprechen lernen, um ein desto besserer Sklave für sie zu sein, wie es hundertfach vorkommt. (Forts. folgt.)

— Die Bildung der „Gebildeten“: In der vorletzten Nr. des „Botschafter“, Organ für die Tabakarbeiter Deutschlands, befindet sich folgender Briefwechsel:

„Offenes Schreiben an die Herren Friedrich u. Hasselbarth.
Leipzig-Reudnitz.

Sie verlangen von mir brieflich Antwort auf die Frage: ob ich eine Entgegnung auf den Artikel aus Leipzig, in Nr. — des „Botschafter“ aufnehmen würde. Schon diese Anfrage ist eine Beleidigung für eine anständige Redaktion; denn, ganz abgesehen davon, daß das Preßgesetz jeder Redaktion periodischer Schriften die Verpflichtung auferlegt, sachlich gehaltene Widerlegungen unrichtig dargestellter Thatsachen unentgeltlich aufzunehmen, erfordert dies auch das Recht der Vertheidigung; es wäre also eine gröbliche Pflichtverletzung, eine solche sachlich gehaltene Widerlegung nicht aufnehmen zu wollen, und Sie haben kein Recht, mir eine solche Pflichtverletzung zuzutrauen. Daß Sie es dennoch gethan, war eine Beleidigung. Da ich aber nicht wissen konnte, ob Sie im Besitze eines so feinfühlenden Anstandsgefühls seien, um so etwas herausfühlen zu können oder nicht, so glaubte ich, diese Beleidigung ignoriren zu müssen, konnte mich jedoch auch nicht entschließen, Sie mit einer Antwort zu beehren. Ihr neuestes Opus jedoch legt mir die Verpflichtung auf, Ihnen eine moralische Ohrfeige zu appliciren, und das geschieht durch untenstehende Veröffentlichung des an mich gerichteten Schreibe-Briefes. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Sprache, die Sie in diesem Briefe gegen mich führen, meine Ehre nicht schädigt, die Ihrige aber im rechten Lichte zeigen wird.

Genehmigen Sie die Versicherung, daß ich stets bemüht sein werde, Ihnen die gebührende Achtung zu erweisen.

F. W. Fritzsche, Redakteur des „Botschafter“.

Herrn F. W. Fritzsche in Berlin.
Leipzig-Reudnitz, 21. Okt.

Noch ohne Antwort auf mein letztes Schreiben, ersuche ich Sie zum letzten Male darum, da ich sonst gegen Sie denunzire.

Ich ersehe aus Ihrem Stillschweigen das ganze Wesen Ihrer Partei; sie kann wohl verleumden, ist aber hinterher zu feig, sich dazu zu bekennen und Rede zu stehen. Die ganze Kunst ihrer Führer ist Hetzerei und Aufreizung gegen Ordnung und Gesetz, und dafür opfert der betrogene Arbeiter seine übrigen paar Groschen lieber, als daß er dieselben lieber verständig anwendete. Niederreißen, aber nicht Aufbauen, das ist das Ziel der sozialdemokratischen Partei. Warum fürchten Sie sich denn vor meiner Entgegnung? Nur, weil Sie wissen, daß dann die Sache in anderem Lichte erscheint. Sie kennen den Leipziger Buttermann auch. Nun, die von mir damals weggelaufenen Arbeiter waren Spitzbuben; nachdem ich Ihnen dies gesagt, wird es von Ihrem Thun abhängen, sich als Beschützer dieser Leute zu kennzeichnen oder nicht.

Friedrich u. Hasselbarth.“

Die Hrn. Friedrich und Hasselbarth sind reiche Fabrikanten und natürlich „gebildet“.

— Die Roheit der „besseren Stände“ lernte neulich wieder einmal einer unserer Parteigenossen durch eigene Wahrnehmung kennen. Aus Dresden berichtet der „Volksbote“: Als am vergangenen Sonntage nämlich unser Expedient, Herr Schlüter, sich zum Fest der Metallarbeiter begeben wollte, wurde er am hellen, lichten Tage angefallen. — Ein Architekt schlug nämlich unseren Expedienten mit der Faust in's Gesicht, und als ihn dieser zur Rede setzte, zog er sofort ein Gartenmesser. Es entstand ein Auflauf und schließlich wurde der Architekt zur Wache sistirt.

Davis (Birmingham) beantragt eine Resolution, welche es den Trades Unions und deren Mitgliedern zur gebieterischen Pflicht macht, Arbeitercandidaten für's Parlament aufzustellen und für deren Wahl zu wirken.

Self (London) findet das zu weitgehend und beantragt als Amendement, daß solche Männer unterstützt werden sollen, welche, während sie die Interessen Aller im Auge behalten, durch ihre Kenntnisse am meisten geeignet sind, für die Interessen der Arbeiter zu wirken.

Weiler (London, Deutscher) beantragt, der Congreß solle erklären, daß kein Parlaments-Reformplan eine gerechte Vertretung der Arbeit erzielen könne, welcher nicht auf einer gleichen Berechtigung aller volljährigen Bürger (Manhood Suffrage) beruhe.

Auf Anrathen verschiedener Delegirten, sein Amendement gelegentlich der Diskussion des Landarbeiter-Stimmrechts vorzubringen, zieht Weiler dasselbe zurück, und es wird die Resolution Davis mit 73 gegen 9 Stimmen angenommen.

Am Abend desselben Tages veranstalteten die Mitglieder der Gewerkschaftsräthe von Newcastle und Gateshead ein Bankett zu Ehren des Congresses, auf welchem Herrn George Howell, früherem Sekretär des parlamentarischen Comité, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistungen eine Dankadresse und eine Börse mit 250 Pfd. Sterl. überreicht wurde.

Freitag. Zum Sekretär des parlamentarischen Comités für 1876—77 wird Herr Broadhurst (London) wiedergewählt. In's parlamentar. Comité die Herren: Shipton (Hausmaler, London), Odger (Schuhmacher, London), Prior (Zimmerer, Manchester), Bailey (Schneider, Preston), Rolley (Gewerkschaftsrath, Sheffield), Arch (Landarbeiter, Leamington), Burnett (Maschinenbauer, London), Halliday (Grubenarbeiter, Bolton), Battersby (Gesellschaftsrath, Glasgow) und Knight (Kesselschmied, Liverpool).

Zum Congreßort für nächstes Jahr wird Leicester (spr. Lester) bestimmt,

Es wird hierauf durch Knight die Frage der Stückarbeit zur Sprache gebracht und eine Resolution, empfehlend die Unterdrückung derselben, beantragt. Der Congreß findet es jedoch für gut, nach kurzer Debatte auf Antrag Memnot's zur Tagesordnung überzugehen. Motiv: „Es sei unweise von Seite des Congresses, sich in die Frage, ob Stücklohn oder Zeitlohn, zu mischen." — (?)

Die unvermeidlich wiederkehrende Resolution zu Gunsten schiedsrichterlicher und versöhnlicher Austragung von Gewerbestreitfragen (Arbitration and Conciliation) wird angenommen worauf die Verhandlungen des Tages geschlossen werden.

Samstag. Ein Brief von Fritz Schumann (London) kommt zur Verlesung, in welchem derselbe im Namen der Arbeiter-Gewerkschaften Dänemark's eine Verbindung derselben mit den englischen Trades Unions in Vorschlag bringt. Auf Antrag Broadhurst's wird der Brief dem parlam. Comité zur Behandlung zugewiesen.

Weiler beantragt, es sei das parlamentarische Comité zu beauftragen, jedes Mittel anzuwenden, um die Ausdehnung der Labour Laws 1875 auf die englischen Matrosen während ihres Aufenthalts in britischen Gewässern durchzusetzen. Angenommen.

Slatter (Manchester) verliest eine Abhandlung über das Cooperativ-System, in welcher er zum Schlusse die ausgedehntere Anwendung desselben auf produktivem Wege empfiehlt (dem parl. Comité zugewiesen).

Birthwistle (Accrington) spricht über die Fabrikinspektoren. In Großbritannien seien 29,600 Fabriken und 87,290 (gesetzlich so qualifizirte) Werkstätten, total also 116,890 Arbeitsplätze zu inspiziren. Für diese Thätigkeit seien 2 Oberinspektoren, 38 Unterinspektoren und 11 jüngere Assistenten vorhanden. Da die 2 „Oberen" nur nach den Unteren blickten und selbst nichts inspizirten, blieben 49 Personen, von welchen auf jede 2385 Arbeitsplätze zu überwachen kämen. In Folge der Unzulänglichkeit dieses Personals seien die Fabrik- und Werkstättengesetze in den meisten Fällen todte Buchstaben. Es solle das parlamentarische Comité beauftragt werden, bei der Regierung eine ausgiebigere Art der Gesetzesdurchführung zu beantragen. (Angenommen.)

Ueber die durch Keeley (London) als dringlich aufgeworfene Frage der Föderation der englischen Trades Unions wird zur Tagesordnung übergegangen. Motiv: „Es erfülle in dem gegenwärtigen Stande der Dinge der jährliche Congreß bis zu einem gewissen Grade den Zweck der Föderation."

Resolutionen werden noch angenommen: Gegen die Verwendung von Soldaten in den Feldern zur Erntezeit; für die Verschmelzung von Stadt- und Landstimmrecht; für die Beseitigung der Eigenschafts-Erfordernisse, welche es gegenwärtig den Arbeitern unmöglich machen, in die Gemeindevertretungen zu kommen, und endlich eine zu Gunsten der Lösung der orientalischen Frage durch ein europäisches Schiedsgericht.

Weiler's Antrag: „Der Congreß erklärt, daß blos ein gleiches Stimmrecht für alle volljährigen Bürger die gerechten Wünsche der Arbeiter befriedigen könne", wird abgelehnt. Man könnte sich dadurch bei den „honetten" Liberalen in Mißkredit bringen.

Nach den üblichen Dankes-Voten wird der Congreß geschlossen. A. Sch.

Aus der Schweiz, 30. Oktober. (Congreßbericht.) Der internationale Arbeitercongreß hatte folgende Tagesordnung: 1) Hinzufügung eines Artikels an die Generalstatuten, einen an das Bundesbureau zu entrichtenden Kostenbeitrag einführend (spanischer Vorschlag). 2) Von der Gegenseitigkeit in der revolutionären Thätigkeit (spanischer Vorschlag). 3) Gegenseitigkeitsvertrag unter den verschiedenen sozialistischen Organisationen (jurassischer Vorschlag). 4) Frage eines im Jahre 1877 abzuhaltenden Sozialistencongresses, zu dem alle Fraktionen der sozialistischen Partei eingeladen werden (belgischer Antrag). 5) Von den in der reorganisirten Gesellschaft herzustellenden Beziehungen zwischen den Individuen und den Gruppen (jurassischer Vorschlag). Im Uebrigen brachte die Sektion von Vivis eine Frage zur Tagesordnung, welche wir unserseits gerne auf derselben figuriren sehen möchten: „Von der Haltung der Internationalen gegenüber dem Kriege im Orient." Wir wollen zunächst noch im Wesentlichen die Verhandlungen wiedergeben, die die orientalische Frage betrafen.

Es darf nicht befremden, wenn in diesem Punkte die entgegengesetztesten Ansichten zum Ausdruck gelangten. Von der deutschen Internationale war ein durchaus ablehnender Standpunkt eingenommen. Diesen wie alle anderen Kriege betrachtet sie als eine naturnothwendige Ausgeburt der heutigen Gesellschaftszustände, der Klassenherrschaft, welche zur Niederhaltung des arbeitenden und darbenden Volks immer und immer wieder zu dem Mittel großer Aderlässe für das Volk und zu Welthändeln greifen muß, welche die Aufmerksamkeit von der eigenen Befreiungsarbeit ablenken. Fand diese Auffassung auch Anerkennung, so fehlte es doch auch nicht an Sympathien für die Mißhandelten und Geknechteten. Mit Entschiedenheit aber verwahrte man sich gegen die russischen und englischen liberalen Thränen über die Grausamkeiten der Türken. Sie seien allerdings entsetzlich, aber die „Befreier" wären die gleichen Barbaren und diejenigen, welche heute „meinen", die ganze liberale Bourgeoisie hätte der Niedermetzlung des Pariser Volks im Mai 1871 mit dem größten Entzücken zugesehen. Mit großem Nachdrucke warnte man die Völkerschaften der Balkanhalbinsel vor der Zärtlichkeit des russischen Henkers, dessen Thaten in Polen zu der Annahme berechtigen, daß die „befreiten" Slaven unter Rußlands Schutz und Schirm ungleich schlimmer dran sein werden als unter dem türkischen Despotismus.

Die vom Congreß zur Berichterstattung über die Debatte eingesetzte Commission schließt ihr einstimmig angenommenes (von uns bereits mitgetheiltes. R. d. V.) Referat folgendermaßen: „Lassen wir also den herrschenden Klassen ihren Krieg und setzen den unsrigen fort. Der unsrige ist der Krieg des Rechts gegen die Ungerechtigkeit, der Sittlichkeit gegen die Unsittlichkeit, der Arbeit gegen den Diebstahl."

Die Berichte der verschiedenen Föderationen werden durch den der jurassischen eröffnet. Er begann mit der Aufzählung der in letzter Zeit in der Schweiz gemachten Fortschritte. Neue Sektionen sind in Vevey, Pruntrut, Montier, Zürich, Basel, Lausanne nnd Bellinzona entstanden. So weit wir unterrichtet sind, gehören einzelne dieser Sektionen wie die von Lausanne der alten Genfer Internationale an. In Lausanne wird jedes Abweichen vom Programm der „internationalen Arbeiter-Assoziation" als Grund des Ausschlusses betrachtet. Die jurassische Föderation bekennt sich offen zur Partei der Autiautoritären. Stets habe sie das Nichtige der „parlamentarischen Politik" nachgewiesen, und sie beklagt es lebhaft, daß „unglücklicherweise" noch „ein so großer Theil" der schweizerischen Arbeiterklasse diesen Bestrebungen anhänge. Den Petitionen um Erlaß eines schweizerischen Fabrikgesetzes habe sie ihre Zustimmung verweigert, weil sie nicht für den Papierkorb der Bundesversammlung arbeiten wolle. Die jurassische Föderation äußert schließlich den Wunsch einer möglichst innigen Verschmelzung der verschiedenen Sozialisten-Fraktionen. Recht trübe Berichte sind es, welche die italienische, spanische und französische Föderation abstatten. Der italienische Bericht wurde vernichtet, um ihn vor der drohenden Beschlagnahme durch die Polizei in Florenz zu retten. An Stelle desselben giebt Genosse Malatesta eine Reihe von Mittheilungen, die durch ihre lebhafte Färbung und sympathische Vortragsweise ungemein fesseln und höchst charakteristisch für die Zustände seines unglücklichen Landes sind. Was er bezüglich dieser Verhältnisse und der durch sie mit angeblich zwingender Folge bedingten Taktik der Sozialisten sagt, kehrt fast vollständig in dem spanischen und französischen Bericht wieder, die Verhältnisse sind überall die gleichen und in allen Ländern begegnen wir demselben brutalen Polizeiregiment. Die Lage in diesen Ländern, so führen die Berichte aus, sei eine solche, daß sich eine friedliche, legale Taktik ganz unmöglich erweist. Die brutalsten Verfolgungen, welche man gegen die Sozialisten verhängt, um sich die soziale Frage vom Halse zu schaffen, zwingen zu einer geheimen Organisation. Der Italiener Malatesta sagt besonders unter lebhafter Zustimmung des anwesenden Spanier Souchez Portillo (natürlich alles nicht die wahren Namen, weshalb wir damit keine Indiskretion zu begehen fürchten), „Flintenschüsse" gegen die herrschenden Gewalten seien ihr einziges, absolut unentbehrliches „Propaganda-Mittel" und beide, Spanier und Italiener, behaupten unter zweifelndem Kopfschütteln der deutschen Sozialisten, daß sie auch solche revolutionäre Kämpfe unternehmen müßten, von deren Erfolg losigkeit sie selbst zum Voraus überzeugt seien. Wenn die deutschen Sozialisten die Verhältnisse, das Volk dieser Länder gründlich kennen würden, dort geboren, also auch von dem feurigen Temperament dieser Bevölkerungen erfüllt wären, dann würden sie gerade so denken, ebenso handeln müssen. Der Italiener schließt, indem er noch kurz die tragikomische Geschichte des neulichen Congresses seiner Föderation erzählt. Die Polizei verhaftete Costa, Natte und Grassi, Mitglieder der Correspondenz-Commission (nur so wollen die Italiener als Anti-Autoritarien ihr Bundescomité benannt wissen) einige Tage vor dem Congresse. Am Tage des Congresses waren dessen Lokalitäten schon von der Polizei besetzt. Daraufhin wurde der Congreß auf einem Felde bei Florenz eröffnet, und als auch davon die Polizei Kenntniß erhielt, wurde er in einem Walde auf den Bergen zu Ende geführt. (Schluß folgt.)

Briefkasten

der Expedition. Ldwg Rr Wien: 2 Monate N. W. kosten nebst Porto M. 1,20 = 75 kr. österr. — A. B. B., Meran. Wir sind nicht für die Unpünktlichkeit Ihres Buchhändlers verantwortlich, abgesehen davon, daß derselbe nicht bei uns bestellt hat. Ist er Postabonnent, so hat er bei der Post und nicht bei uns zu reklamiren. — N. W. 44 ist am 27. Okt. an Sie abgegangen, folgt trotzdem heute nochmals nebst Nr. 10, 11, 12. Für Unregelmäßigkeiten oder Verluste durch die Post stehen wir durchaus nicht. 8./11. 76. Gruß. — Ernst Arzbrgr., Vielau. Ihre Reklamation haben wir der Post zur Nachlieferung übergeben. — K. Jung, Berlin. Alle unsere Verlagsartikel finden Sie bei der Expedition der „Freien Presse", von wo Sie beziehen können. — C. Oldtmann, Altona. Br. nicht erhalten, „Fackel" folgt.

Quittung. Gndlr Cöln Ann. 2,50. Nrchnr hier Schr. 10,00. Hßlng hier Ab. 1,60. Sängerbund Flensburg Ann. 2,90. Frbr Cosel Ab. 3,10. Schbrt Zschorlau Schr. 0,75. Wahlverein Hannover Ann. 5,00. Schlsngr Gohlis Ab. 0,60. Kßmnn Mühlheim Schr. 9,50. Brndt Mittweida Schr. 5,70. Krn Frankfurt Ab. 2,60. Grß Hamburg Ann. 3,05. Jhn Großenstein Schr. 5,05. Hnk Freudenthal Schr. 4,91. Frnhlz Leobersdorf Ab. 1,64. Plnsk Bludenz Ab. 6,71. Zeitungsverein hier Ann. 0,40. Rds hier Ab. 0,60. Whlstb Neuschönefeld Ann. 5,45. Wgnr hier Ab. 1,20. H. Wsrfld Steyr Ab. 2,07. Admk Oberndorf Schr. 6,70. Hrbg Würzburg Schr. 25,00. Mttg. Altona Ab. 22,60. Hg Freiberg Schr. 13,20. Hrm Elberfeld Ab. 5,80. Jhnk Gaorden Schr. 6,60. Kpzrhl Nienburg Schr. 6,00. Kmr Mainz Schr. 14,50. Orbg Gießen Schr. 8,45.

Unterstützungsfond.

Vom Arb.-Bild.-Ver. hier 22,90.

Anzeigen 2c.

Die Filial-Expedition des Herrn
F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J.
ist durch ein Mißverständniß am Kopfe unseres Blattes ausgelassen worden. Die Genannte vermittelt wie bisher alle unsere Blätter und Verlags-Artikel. Die Expedition des „Vorwärts".

Hannover. Sonnabend, den 11. November, Abends 8 Uhr, im Saale des Ballhofes:

Stiftungsfest

des sozialdemokratischen Wahl-Vereins

bestehend in Festrede, gehalten von Hrn. Praast, Declamationen und Ball, unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Ferdinand". Alle Freunde und Parteigenossen sind dringend eingeladen. (2a)

Karten zum Concert à 30 Pfg., ganzes Fest à 75 Pfg. sind zu haben in den Versammlungen bei H. Rudolph, Mittelstraße 11 und bei der Festcommission. (F. 161) [3,60

Das Vergnügungs-Comité.

Cöln. Allen Genossen zur Nachricht, daß sich am Orte eine **Zeitungs-Commission** constituirte, welche die nöthigen Vorarbeiten zur Gründung eines Localblattes zu treffen hat. Alle Mittheilungen in dieser Angelegenheit möge man an nachstehende Adresse gelangen lassen. Für die Zeitungs-Commission:
60] M. Gindler, gr. Neugasse 26.

Leipzig. **Gewerkschaft der Holzarbeiter.** Sonnabend, den 11. November, Abends 1/2 9 Uhr: **Versammlung**, Windmühlenstraße Nr. 7. Tagesordnung: Unsere Schulen. Alle Mitglieder müssen erscheinen. „Union" Nr. 2 wird ausgegeben. D. V. [50

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.** Nächsten Sonntag, den 12. November:

Abendunterhaltung der Sänger

in der Moritzburg zu Gohlis. (2a)

Die Mitglieder und Freunde des Vereins sowie Parteigenossen ladet freundlichst ein Der Vorstand. [2,10

Leipzig. Donnerstag, 9. November, Abends 1/2 9 Uhr:

Oeffentliche Sozialistenversammlung

bei Pfeiffer, Windmühlenstraße Nr. 7. Tagesordnung: Bericht über den Stand der Reichstagswahlagitation. Fragekastendebatte
50] Der Agent.

Ottensen. Mittwoch, den 8. November, Abends 1/2 9 Uhr, in Burmeisters Salon:

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Hartmann aus Hamburg.
60] F. Heerhold.

Wandsbeck. Donnerstag, den 9. November, Abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Bären":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag und Wahl eines Wahl-Comités zu der bevorstehenden Reichstagswahl. (Fol. 321) [70

Zu zahlreichem Besuch ladet ein W. Kluge.

11. sächs. Wahlkreis

Oschatz, Grimma, Wurzen und Umgegend.

Die Parteigenossen und Leser des „Vorwärts" werden ersucht, behufs Abhaltung einer Conferenz für obigen Kreis mit Unterzeichnetem in Verbindung zu treten. [80

H. Heißler, Wurzen, Altstadt 150, I.

Sämmtliche Jahrgänge des „Volksstaats" und „Demokratischen Wochenblattes" complet und gut gehalten sind zu verkaufen. Näheres bei Schäfer, Gewandgäßchen 5, 4 Tr. [90

Verlag von W. Bracke jr. in Braunschweig.

1200] **Preiscourant bei direkter Versendung (Arbeiterpreise).**
Gegen baar oder Postvorschuß.

	Partie- Preis:	Einzel-
Bebel A., Der deutsche Bauernkrieg (1 Bd. oder 3 Hefte) M.	1,50	2,—
Becker B., Der alte und der neue Jesuitismus. 4. Aufl. „	—,25	—,40
— Briefe deutscher Bettelpatrioten, (neu) 5 Lieferungen „	2,50	3,75
— — (gut erhaltene Remitt.-Expl.) Lief. 1, 2, 3, 4, 5 je „	—,25	—,40
— Reaktion in Deutschland gegen die Rev. v. 1848. 3. Aufl. „	1,50	2,—
— Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalle's, 5 Lief. „	2,—	3,—
— Karl Fourier. Mit Anhang: Das Familistere in Guise „	—,20	—,30
— Geschichte der revol. Pariser Kommune v. 1789—1794 „	1,50	2,—
Blos W., Zur Geschichte der Kommune v. Paris. 2. Aufl. „	—,25	—,40
— Die Revolution zu Mainz 1792 und 1793. „	—,45	—,60
Bracke W., Der Braunschw. Ausschuß in Lötzen u. vor Gericht „	1,—	1,25
— Der Lassalle'sche Vorschlag „	—,30	—,50
— „Nieder mit den Sozialdemokraten!" „	—,10	—,15
— do. (50 St. 4,00; 200 St. 12,50; 1000 St. 50,00)		
Complot gegen d. Intern. Arb.-Assoz. Uebers. v. S. Kolosky „	—,50	—,75
Dedekind, Dr., Prozeß Sievers gegen Bagel v. Falkenstein „	—,75	—,
Geiser, Br., Die Forderungen des Sozialismus. 2. Aufl. „	—,35	—,50
Hepner, A., Meine 3 1/2 jährige Leipziger Polizeicampagne „	—,40	—,60
König, C., Schwarze Kabinette. Nebst Nachw. v. B. Becker „	—,60	—,75
Krasser, Dr. H., Anti-Syllabus (Gedicht) 100 Stück „	2,—	—,05
Lanz, Dr. K., J. N. Scheible's Gehörentwicklungsmethode „	—,25	—,40
Lassalle, Ferdinand, Antwortschreiben „	—,08	—,10
— Arbeiterprogramm „	—,10	—,15
— Die Wissenschaft und die Arbeiter „	—,15	—,20
— Criminalprozeß 3. Heft „	—,20	—,30
— Indirekte Steuern „	—,20	—,30
— An die Arbeiter Berlins „	—,10	—,15
— Ueber Verfassungswesen. Was nun? Macht und Recht „	—,20	—,30
— Assisenrede, geh. von den Geschworenen zu Düsseldorf „	—,15	—,20
Mast, J., Die Pariser Kommune vor d. Berliner Gerichten „	—,50	—,60
— Die Bastille am Plötzensee „	—,50	—,60
Otto-Walster, A., Braunschw. Tage. Roman „	2,—	2,50
— Am Webstuhl der Zeit. Roman in 3 Büchern „	2,—	2,50
— Eine mittelalterliche Internationale, Novelle „	—,50	—,75
— Kranke Herzen. 2. Aufl. 2 Novellen „	—,75	1,—
Prawe, John Os. Brown, der Negerheiland „	—,75	1,—
Rasch, Dr. C., Die Preußen in Elsaß und Lothringen „	2,—	2,50
Rohleder, Die Pariser Kommune vor der Vers.-Kammer „	—,20	—,30
Roller, Der bekehrte Nagelschmied 100 Stück „	2,—	—,05
Sack, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit „	—,50	—,60
Stradtmann, Arbeiterdichtung in Frankreich „	—,50	—,75
Volks-Kalender für 1875, geheftet „	—,15	—,25
Volks-Kalender für 1876, geheftet „	—,15	—,25
Volks-Kalender für 1877 „	—,30	—,50
Zimmermann, R., Pfaffenpeitsche „	1,20	1,60

Zu etwas höheren Preisen sind die Bücher auch durch den Buchhandel zu beziehen. Bei großen Partien, z. B. „Nieder mit den Sozialdemokraten" zu Wahlzwecken, oder dergl., besondere Vereinbarung.

Achtung! Dienstag, den 7. November, Nachmittags 5 Uhr, erschien

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 3 für den 10., 11., 12., 13. nnd 14. sächsischen Wahlkreis.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel". [150

Märkischer Volksfreund

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung der Provinz Brandenburg.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonntag.

Man abonnirt bei allen Postanstalten, für 60 Pf. für die Monate November und Dezember, ohne Bringerlohn.

Der Märkische Volksfreund ist eingetragen im XII. Nachtrag zur Zeitungs-Preis-Liste unter Nr. 2282a.

Freunde und Genossen der Provinz Brandenburg, die geneigt sind, für die Verbreitung dieser Zeitung zu agitiren, werden um Einsendung ihrer Adressen ersucht.

Agitations-Nummern stehen in jeder Anzahl grati zur Verfügung. Die Expedition.

Berlin S.-O., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hatz, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sartermann, 806 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 18. Freitag, 10. November. 1876.

Unsere Gegner

VI.

Gerade als wir die Feder zu diesem Artikel ansetzten, fiel unser Blick auf nachstehendes Schriftstück, das die Unterschrift des „ehrwürdigen" (Ausdruck des nationalliberalen Waschzettels, s. z. B. „Leipziger Tageblatt" vom 5. ds.) Reichstagsabgeordneten v. Unruh trägt und zunächst an die „Magdeburger Zeitung" gerichtet war:

„Zoblitz bei Rothenburg O.-L., 2. November 1876.
Geehrte Redaktion!

Es ist mir Bedürfniß, meinen Wählern darüber Rechenschaft zu geben, weshalb ich bis jetzt nicht in den Reichstag eingetreten bin. Ich ersuche Sie daher ergebenst, entweder durch eine Notiz oder durch Aufnahme dieses Schreibens in Ihr Blatt zur Kenntniß der Magdeburger Wählerschaft zu bringen, daß ich seit Mitte September an heftigen, langdauernden Schwindelanfällen gelitten habe, gegen welche ich seit noch nicht 3 Wochen hier Karlsbader Brunnen mit Erfolg trinke. Dieser Kur darf ich vor Ende dieser Woche nach Vorschrift meines Arztes nicht unterbrechen, hoffe aber mit Bestimmtheit, am 6. d. Mts. in den Reichstag eintreten zu können. Mit Hochachtung

v. Unruh."

„Langdauernde Schwindelanfälle", Herr v. Unruh? Sollte Ihr „Sozialistentod" einem dieser „Schwindelanfälle" seinen Ursprung verdanken? Wäre Ihr Opus gar ein „Erfolg des „Karlsbader Brunnens"?

Schnell ein Riechfläschchen her! Aber immerhin hätten wir einen „mildernden Umstand" entdeckt.

Doch halt! man soll sich nie von seinen Gefühlen fortreißen lassen — da fällt uns ein, das Wort „Schwindel" hat ja verschiedene Bedeutungen, und demgemäß gibt es auch verschiedene Arten von „Schwindelanfällen". Im medizinischen Sinne heißt Schwindel die plötzliche Empfindung körperlicher und geistiger Unsicherheit, des Schwankens — ein Erlahmen der Bewegungs- und Denksicherheit, meist in Folge von Blutandrang nach dem Hirn, der seinerseits meist entweder eine Folge allzukärglicher der allzureichlichen Genusses von Nahrungsmitteln (einschließlich der Getränke) ist. Im — wie sollen wir uns doch ausdrücken? — nun, im volkswirthschaftlichen, bourgeoisökonomischen Sinn heißt Schwindel — —

Klapp! Klapp! der Briefträger tritt herein, und wirft ein Packet Zeitungen und Briefe auf den Redaktionstisch. Oben auf liegt zufällig die deutsche „Reichsglocke"; wir öffnen sie rasch, um zu sehen, ob ER schließlich doch noch geklagt hat, und finden — nicht die gesuchte Verläumdungsklage, wohl aber eine alphabetisch geordnete Gründerliste. Halb mechanisch — denn unser Artikel rumort uns im Kopfe herum — überfliegen wir die lange Reihe der leider nicht-dunkeln Ehrenmänner, bis wir erstaunt an einem Namen haften bleiben? Ist's möglich? Wir reiben uns die Augen. Kein Zweifel: da steht's schwarz auf weiß:

„v. Unruh. Magdeburg. Stadtkreis. 1. Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft zu Dessau. 2. Fabrik für Eisenbahnbedarf. Berlin. 3. Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Berlin. 4. Berliner Handels-Gesellschaft. 5. Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn."

Fünffacher Gründer, Herr v. Unruh! Natürlich „correcter", „regulärer, „verdienstlicher"*) Gründer! Und natürlich dachten Sie nicht an Ihre „correcten", regulären, „verdienstlichen Gründungen, als Sie von Ihren „langandauernden Schwindelanfällen" sprachen. Wir wollen auch keine unehrwürdigen Wortspiele auf Ihre Kosten machen, Sie „ehrwürdiger Reichstagsabgeordneter" und fünffacher Gründer; allein Eins ist uns doch klar geworden, was uns bisher räthselhaft war, nämlich, warum Sie in Ihrer Schrift, die den bösen Sozialdemokraten nicht eine einzige der landläufigen Anschuldigungen erspart, über die dankbarste aller Anklagen: das „Theilen" so leicht hinweggehen. Als fünffacher Gründer kennen Sie sich zu gut auf das „Theilen" aus, um uns diesen einfältigen Vorwurf zu machen.

Mit den „mildernden Umständen" aber ist's nichts, Herr v. Unruh. Zeigen Sie doch einmal das flammende Schwert, mit dem Sie, Erzengel aller Tugend und Sittlichkeit, vor dem Philister-, Familien- und Gründer-Paradies Schildwache stehn — Ihr Schwert scheint uns nicht recht blank. Sind's Rostflecken? Nein! Eine Inschrift ist's, tief eingeätzt. Wohl eine schmeichelhafte Widmung? Oder ein heroischer Wahlspruch? Wiederum nein! Endlich gelingt es uns, die Inschrift zu entziffern. Sie lautet einfach:

1) **Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft zu Dessau;**
2) **Fabrik für Eisenbahnbedürf, Berlin;**
3) **Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft;**
4) **Berliner Handels-Gesellschaft;**
5) **Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn.**

Herr v. Unruh, stecken Sie Ihre Plempe ein; sie mag gut sein, um leichtgläubige Aktionäre ab- und einzuschlachten; gegen Sozialdemokraten ist sie nicht zu gebrauchen.

Und jetzt zu unserem eigentlichen Geschäft!

Also: „Die sozialdemokratische Ehe ist nichts anderes als Prostitution und Concubinat"; die Sozialdemokraten wollen „die Ehe in Prostitution verwandeln". Der Sozialdemokrat heirathet nur auf eine Nacht; er findet dann seine Frau durch einen Thaler ab, heirathet eine andere und setzt dieses System der „Eheschließungen" fort, so lange er „einen Thaler" sein nennen kann. Freie Liebe bedeutet Weibergemeinschaft, thierischen Geschlechtsverkehr.

Das ist in nuce (kurz zusammengefaßt) Ihre Meinung, die Quintessenz Ihrer Behauptungen.

Prüfen wir sie! Definiren wir zunächst den Begriff der Prostitution. Prostitution ist die Preisgebung für Geld oder sonstige materielle Vortheile. Wir haben eine körperliche und geistige Prostitution. Das Frauenzimmer, welches seinen Körper für Geld außerhalb oder innerhalb der Ehe preisgiebt, ist eine Prostituirte; der Mann, welcher seine Liebe innerhalb oder außerhalb der Ehe verkauft, ist ein Prostituirter. Der Schriftsteller, der Staatsbeamte, der wider besseres Wissen einem System dient, das er innerlich verurtheilt, ist ein Prostituirter; ein Prostituirter ist der Volkswirth, Politiker, Gründer, Land- und Reichstagsabgeordnete, welcher gegen seine Ueberzeugung die früher von ihm verfochtenen liberalen Grundsätze schnöd in den Wind schlägt, und sich aus Ehrsucht oder Geldgier vor den Karren der Reaktion spannen läßt; ein Prostituirter ist — doch Sie verzichten auf weitere Beispiele, nicht wahr, Herr v. Unruh? — Genug, um zu dem Kernpunkt zu kommen: das Wesen der Prostitution liegt in der Preisgebung, in der Hingebung um Geld oder sonstige materielle Vortheile. Das Mädchen, das sich dem reichen Wollüstling für eine hohe Mitgift verkauft, ist eine Prostituirte, und wenn zwanzigmal das Sakrament der Ehe diese Prostitution „geheiligt" hat; die Ehe hebt in solchen Fällen die Prostitution nicht auf, sie prostituirt sich selbst, — die Ehe wird das Sakrament der Prostitution. (Sie erlauben doch diese Variation Ihres geistreichen Citats vom „Sakrament des Ehebruchs", Herr v. Unruh?)

Das einfache Mädchen aus dem Volke dagegen, das sich dem Geliebten hingiebt, ohne den Segen des Pfaffen oder die Vollmacht des Standesamts eingeholt zu haben, mit dem Geliebten zusammenlebt, Freude und Leid mit ihm theilt, dieses Mädchen ist keine Prostituirte, und nur ein fanatischer Mucker à la Fournier kann sie als solche betrachten und behandeln. Das bestreiten Sie doch nicht, Herr v. Unruh! Sie können es nicht — Sie würden dem gesunden Menschenverstand und der gesunden Volksmoral in das Gesicht schlagen.

Wir sind einig: Prostitution ist Preisgebung für Geld oder sonstige materielle Vortheile.

Wohlan — wir schämen uns fast, es Ihnen sagen zu müssen, weil die Sache zu augenfällig auf der flachen Hand liegt — eine solche Preisgebung ist in der sozialistischen Gesellschaft nicht möglich. Sie ist möglich in der heutigen Gesellschaft; sie ist nicht bloß möglich, sie ist nothwendig in der heutigen Gesellschaft, organisch mit ihr verwachsen. Und zwar die Prostitution in jeder Gestalt. Einzelheiten werden Sie uns im Interesse der Leser erlassen, Herr von Unruh. Wir wollen Sie bloß an das Wort des jüngeren Dumas (der so wenig Sozialist ist wie Sie, aber ein vollendeter Kenner der Gesellschaft) erinnern: Wohin gerathen wir? In die allgemeine Prostitution! (Où allons nous? A la prostitution universelle!) Ja, „wir", d. h. Sie, Herr von Unruh und Genossen, Ihre Gesellschaft, Herr von Unruh, stürmt der allgemeinen Prostitution zu: Ihre Gesellschaft, die Bourgeoisgesellschaft, ist die allgemeine Prostitution — die körperliche und die geistige Prostitution.

Warum? Weil die Bourgeoisgesellschaft zwei Klassen umfaßt: eine Klasse der Herrscher und der Beherrschten, der Ausbeuter und der Ausgebeuteten. Der Klassengegensatz, die Klassenherrschaft, die Ungleichheit der Menschen, ist die Quelle der Prostitution. Aristoteles sagte: die Ungleichheit ist die Ursache aller Revolutionen; er hätte hinzufügen können: und aller gesellschaftlichen Uebel, obenan der Prostitution.

Sie schütteln den Kopf, Herr von Unruh?

Erkundigen Sie sich einmal in dem Bordell, das Sie uns vorhin so lebendig geschildert haben, nach der Lebensgeschichte der dort eingekerkerten Frauenzimmer, — wie die Unglücklichen zu Fall gekommen sind. Die einförmige, nur in Nebensächlichem verschiedene Antwort wird sein: Armuth und Elend. Die Armuth mißbraucht durch den Reichthum!

Kein Zweifel, nicht jedes gefallene Mädchen wurde durch einen Reichen verführt. Aber durch das Verhältniß zu einem Armen kann sie nicht zu einer Prostituirten werden, weil das, den Begriff der Prostitution bildende Moment des Gelderwerbs oder der Gewinnung sonstiger materieller Vortheile fehlt. In der sozialistischen Gesellschaft fällt aber dieses Moment überhaupt ganz weg, und wird der Prostitution ja der Boden entzogen. Mit der ökonomischen Ausbeutung verschwindet die Prostitution, deren ekelhaftestes Produkt. Sie schütteln fortwährend den Kopf, Herr von Unruh. Sie haben sich freilich in Ihre Bordelle so verrannt, daß es Ihnen sehr schwer werden muß, die Bordellvorstellungen aus dem Schädel zu fegen, den bösen Thaler-Tarif zu vergessen, und sich zu neuen, sittlichen Anschauungen zu erheben.

Sie kennen doch die Anekdote von dem preußischen General, der überall, wo er hinkam, von schlechten Gerüchen belästigt ward und Unrath witterte — und schließlich stellte sich heraus, daß er den Unrath unter der eigenen Nase, am Schnurrbart hatte.

Betrachten Sie Ihren Schnurrbart, Herr von Unruh, und sparen Sie die Seife nicht! Sobald Sie den Bordellgeruch los sind, werden Sie aufhören, überall Bordelle zu riechen.

(Schluß des Art. VI. folgt.)

*) „Das Gründen ist an sich nichts Unrechtes, sogar etwas Verdienstliches", sagt Herr Professor Biedermann („Deutsche Allgemeine Zeitung" v. 26. Oktober) — und er hat unstreitig recht, wenn bei den Gründungen „an sich" ein hübscher Verdienst herausspringt.

Die „angeborne Kriegslust" der preußisch-deutschen Jugend.

Wer hin und wieder Gelegenheit findet, besonders mit den „besseren" Ständen angehörenden jungen Leuten zu verkehren, welche sich dem wehr- und waffenfähigen Alter nähern, der muß von hohem Erstaunen und tiefer Entrüstung ergriffen werden, wenn er hört, mit welcher Naivetät, oder besser gesagt mit welcher erschreckenden Frivolität, sich jene über einen etwa bevorstehenden Krieg zu äußern pflegen. Die Freude, welche in ihnen durch die Hoffnung erregt wird, es könne möglicherweise „bald wieder losgehen", „ein Befehl zur Mobilmachung stehe in Aussicht" und diesmal würden sie hoffentlich auch dabei sein, ihre Freude über diese „schönen" Aussichten, sagen wir, kennt keine Grenzen. Dies zeigt sich jetzt wieder recht deutlich, jetzt, wo sich die Wolken am östlichen Himmel gewitterschwanger zusammenziehen. „Gegen wen es geht," ist jenem, dem „vornehmen" Theile unserer Jugend gleichgültig, am liebsten natürlich gingen sie gegen diese „Hunde von Franzosen", im Uebrigen aber ist ihre Parole: „Wenn es nur zum Dreinhauen kommt." Das ist die so viel gerühmte Neigung der Deutschen zu friedfertigen Bestrebungen, zur Humanität! So kennzeichnet sich diese vortreffliche Eigenschaft, die wir vor anderen Nationen voraus haben sollen!

Solche bezeichnenden Zustände, solche Schattenseiten im Geistesleben eines Theiles unseres jungen Nachwuchses sind selbstverständlich auf gewichtige Ursachen zurückzuführen. Und wie so oft, sind es auch hierbei wiederum jene beiden Hauptfaktoren im Staatsleben: die öffentliche Erziehung, wie sie in unseren Schulen jeden Genres gehandhabt wird, und die „reichsfreundliche" Presse, gleichfalls jeden Kalibers, jeder Parteifärbung, denen wir die volle Verantwortung für die gerügte Thatsache aufladen müssen; jene beiden wichtigen Faktoren, denen der Sozialismus so überaus viele und nur allzugerechtfertigte Vorwürfe zu machen hat.

In erster Linie also die öffentliche „Erziehung" in den heutigen Schulen. Wie sehr man sich bemüht, die schulbesuchende Jugend zum patriotisch Denken, Fühlen und Handeln, d. h. zum Stolz auf unser tapferes Heer und seine Thaten, zum Hurrahschreien, zum Heildirimsiegerkranz-Singen heranzubilden oder vielmehr abzurichten, darauf haben wir schon oft hingewiesen, und die Früchte dieses Abrichtens kann man tagtäglich mit eignen Augen bis zum Ekel wahrnehmen. Bieten doch die „Nationalfeste", besonders das vom 2. September oder sonst noch andere Tage, an denen deutsche Städte im ehrenden Flaggenschmuck zu prangen pflegen, die allerschönste Gelegenheit, sich im Zeugniß unter der Rubrik „Patriotismus" eine glanzvolle Nr. 1 zu holen. Consequent wäre es wenigstens, wenn man eine solche Rubrik in den Quartals-Zeugnissen einzuführen sich entschlösse; und wenn sich etwa hie und da einige Widerspenstige finden, so sind ja die antipatriotischen Eltern auch immer noch da, um wegen Schulversäumnisse ihrer Kinder bei Gelegenheit von vaterländischen Schulfeierlichkeiten in Strafe genommen zu werden, was sich vor Kurzem — wir wollten unseren Ohren kaum trauen — in einem ultramontanen Wahlkreise thatsächlich ereignet hat.

All dieses Gebahren unserer heutigen Erzieher würde aber vielleicht nicht den beabsichtigten Zweck erfüllen, wenn nicht eines noch, und zwar das Entscheidendste hinzukäme. Wir meinen die Art und Weise, in der man der Jugend von Klein auf Geschichtskenntnisse beizubringen sucht. Ganz abgesehen von der allgemeinen Auffassung der Geschichte resp. der geschichtlichen Entwickelung der verschiedenen Nationen — die wir als eine grundfalsche und nur dem Klasseninteresse unserer Bourgeoisie ganz und voll entsprechende schon oft bezeichnet haben — werden nicht stets die ruhmvollen Kriegsthaten der deutschen und ganz besonders der preußisch-brandenburgischen Armeen (diese bildeten ja zu allen Zeiten die Elite) bei jedem Geschichtsunterricht mit auffallender Absichtlichkeit hervorgehoben? Wird nicht immer und ewig von der herrlichen Tapferkeit brandenburgischer Regimenter unter Prinz Eugen in Italien und gegen die Türken, von dem weltberühmten Muthe der deutschen Landsknechte, jener Erz-Raufbolde, von den Heldenthaten der Garden des alten Fritzen, von den Großthaten 1864, 1866 und 1870, mit einem Wort von dem „Ruhmesglanze, in dem die deutschen Waffen strahlen", wird von alledem nicht mit freudigem Stolze und patriotischer Begeisterung gesprochen und immer wieder gesprochen? Ob die betreffenden Kriegsunternehmungen gerecht oder vom Zaun gebrochen waren, das gilt den „Volkserziehern" gleich; ob man in Wahrheit für das Heil der Nation kämpfte oder hauptsächlich für monarchische Zwecke, das kommt gar nicht in Frage, wenn die deutschen Armeen nur tüchtig dreingeschlagen, wenn sie dem Feinde nur möglichst hohe Verluste an Menschenleben beizubringen verstanden haben. Und wenn dann noch zum Ueberfluß, mit Bezugnahme auf die bestehende allgemeine Wehrpflicht, ganz direkt zur wetteifernden Nachahmung aufgefordert wird, darf man sich dann noch darüber wundern, daß unsere Knaben ein ganz besonderes Vergnügen darin suchen, auf den Straßen und bei Paradeaufzügen „die Brust heraus" neben dem Militär einherzustolziren, daß die jungen Leute kaum erwarten können, daß sie „auch dabei" sein werden? Muß nicht bei so bewandten Umständen jene freudige Kampf- und Kriegsluft, jene — nennen wir das Kind beim rechten, wenn auch etwas schroffen Namen — rauflustige Begierde in den jugendlichen Seelen entflammt werden, die ihnen in den Augen aller Vernünftigen stets zur Schande gereichen wird? Kann es anders sein? Wir richten diese Frage an jeden aufrichtigen, wahrheitsliebenden, denkenden Menschen.

Und nun noch ein kurzes Wort über die „reichstreue" Presse. Was von den Schulbänken her etwa nicht haften geblieben ist, sie bringt es wieder in Erinnerung! Was dort noch nicht

vollendet wurde, sie bildet es aus! Das erste beste reichsfreundliche Blatt, welches der junge Mann in die Hände bekommt, es predigt ihm Franzosen- und jetzt wohl auch Türkenhaß. Die Spalten sind angefüllt mit Manöver-Berichten, mit detaillirten Erzählungen von einem etwaigen Kriegsschauplatze und mit anderweitigen militärischen Dingen. In sehr geschickter und versteckter Weise versteht man es dort, das kriegerische Blut in den Adern unaufhörlich in Cirkulation zu erhalten, jene Jugend in einem beständigen Hoffen und Warten auf einen demnächstigen Krieg zu belassen, um dann gegebenen Falls das absichtlich glimmend erhaltene Feuer von Neuem zu schüren und zu lichterloher Flamme anzublasen, die dann großsprecherisch als „begeisterte Vaterlandsliebe" in alle Welt hinausposaunt wird. Und immer noch muß hierzu das alte Reizobjekt, der „Todfeind der Deutschen jenseits der Vogesen", als Lockvogel herhalten. An allen Ecken und Enden sucht man dem Erbfeinde etwas hinterlistig am Zeuge zu flicken, damit nur ja die Verachtung und der Haß gegen ihn recht hübsch kräftig bleibe. Natürlich blickt nun der so belehrte junge Hitzkopf mit neidischer Verehrung auf die von den Helden der Jahre 1870 und 71 errungenen Lorbeeren und brennt vor Begier, es ihnen nachzumachen, wenn nicht gar sie zu übertreffen.

So macht man im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte „angeborne Kriegslust"; so hält man unsere Jugend von wahrhaft guten, friedfertigen Bestrebungen, die allein zum Heile der Völker führen können, ab. Und nicht eher wird es anders werden, als bis die Väter dieser Jugend aus den Herzen ihrer Söhne das Unkraut des so gearteten „Patriotismus" auszujäten und dann vor allen Dingen in Deutschland selbst andere Zustände zu schaffen sich bemühen werden. Dies durch Anleitung und stetes Anfeuern zu bewerkstelligen, soll unsere Aufgabe, die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, und wer denkt wie wir, der folge muthig ihrem Banner, es muß, es wird ihn einst zum Ziele führen! J. Gzg.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Dem Bundesrath sind jetzt vom Reichskanzleramte die Ergebnisse der über die Verhältnisse der Lehrlinge, Gehilfen und Fabrikarbeiter angestellten Erhebungen vorgelegt worden. Der Vorbemerkung, welche das umfangreiche Schriftstück einleitet, entnehmen wir einige Ausführungen: Die Erhebungen sollten den Zweck verfolgen, für eine Prüfung der in den letzten Jahren immer lebhafter gewordenen Klagen über den Zustand des Lehrlings- und Gesellenwesens im Handwerk und über die Beziehungen des Arbeiters und „Arbeitgebers" in der Großindustrie zuverlässige (!) Unterlagen zu gewinnen. Die Erhebungen haben sich mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen auf das ganze Bundesgebiet erstreckt. Für die verschiedenen Bezirke wurden Beamte berufen, welche die ihnen bezeichneten, mit Rücksicht auf die Kenntniß des Gewerbewesens ausgewählten Männer zu vernehmen hatten. Die Sachverständigen waren meist aus dem Stande der „Arbeitgeber" oder der Arbeiter ausgewählt. Neben ihnen wurden aber auch andere, mit dem gewerblichen Leben vertraute Personen vernommen. Es haben an 559 Orten Vernehmungen stattgefunden. Ueber die das Lehrlingswesen betreffenden Fragen sind mehr als 4000 Arbeitgeber und circa 2000 Arbeitnehmer zum Wort gekommen. Eine ähnliche Anzahl von Vertretern beider Theile ward über die Verhältnisse des Gesellenwesens gehört. Zu den über die Verhältnisse der Fabrikarbeit festgestellten Fragen liegen mehr als 2000 Erklärungen vor. Wo es für die Würdigung der abgegebenen Meinungsäußerungen von Bedeutung schien, ist in der Zusammenstellung bemerkt, welche Stellung die Urtheilenden einnehmen. Ueber das Lehrlingswesen heißt es: „Nach dem Ausfall der Erhebungen darf im Allgemeinen gesagt werden, daß die neuere gewerbliche Entwickelung die alte Bedeutung des Lehrlingsverhältnisses im Wesentlichen unberührt gelassen hat, so weit das eigentliche Handwerk in Betracht kommt. Hier besteht noch überall eine feste Grenze zwischen Lehrling und Gesellen. Anders ist es dagegen dort, wo das Handwerk seine alte Natur eingebüßt hat, indem die Arbeiter ausnahmslos im Tagelohn stehen, wie namentlich in den Baugewerben u. dgl." Im Uebrigen wird fast allgemein zu einer besonderen gesetzlichen Vorsorge für die jüngeren Altersklassen der Lehrlinge ein Bedürfniß nicht empfunden. Bezüglich des Gesellenwesens scheint die Frage des Contraktbruches von besonderer Bedeutung. Es hat sich da die Meinung geltend gemacht, daß die Gesetzgebung jeden Einschreitens sich zu enthalten habe, weil dasselbe unnöthig, weil es erfolglos oder unmöglich sei. So ist die Stimmung vor allem vielfach in den Kreisen der Arbeiter. Ueber denselben Punkt heißt es hinsichtlich der Fabrikverhältnisse, daß gegen den Vertragsbruch der Arbeiter etwas geschehen müsse, da dies ein unter den Arbeitgebern sehr weit verbreitetes Gefühl ist. Vor Allem wird zu dem Behufe die Einführung von Entlassungsscheinen oder Arbeitsbüchern befürwortet. Auch unter den Arbeitnehmern hat dieser Vorschlag viel Anklang gefunden. Für die Beurtheilung des Ergebnisses der Erhebungen ist es von Wichtigkeit, daß in den Meinungsäußerungen häufig große Unklarheit sich kundgegeben hat.

Aus vorstehenden Ausführungen geht zunächst klar hervor, daß die ausgewählten „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer", welche von einem Beamten vernommen worden sind, im großen Ganzen unklare Meinungsäußerungen von sich gegeben haben. Man hat also diejenigen ausgewählt, welche nicht fähig waren, die ihnen vorgelegten Fragen zu beantworten. Hätte man das Volk in Volksversammlungen die Arbeiter und „Arbeitgeber" auswählen lassen, so wäre die geeignete Klarheit geschaffen worden, und die Erhebungen wären nicht für die Katze gewesen. Wenn man ferner 4000 Arbeitgebern nur 2000 Arbeiter entgegenstellt — wo bleibt da die Gerechtigkeit, da Letztere doch die Ersteren an Zahl so unendlich überragen? — Die Stellung (vielleicht in politischer Beziehung?) der einzelnen Sachverständigen soll bei dem Resultat der Erhebungen gleichfalls in Betracht kommen — das ist jedenfalls nicht im Interesse einer vorurtheilsfreien Beurtheilung. Höchst komisch berührt uns der weisheitsvolle Ausspruch, daß überall da, wo das Gesammtverhältniß des Handwerks das alte geblieben, auch das Verhältniß des Lehrlings dasselbe geblieben sei; daß aber da, wo das Handwerk in den Großbetrieb übergegangen, das Lehrlingsverhältniß auch ein anderes geworden sei. Welche horrende Weisheit, die sich da im Reichskanzleramte entwickelt hat! Daß die Arbeiter keine kriminelle Bestrafung des Contraktbruchs wollen, ist männiglich schon längst bekannt, daß die „Arbeitgeber" dieselbe wünschen, weiß man auch — also durchaus nichts Neues. Nur einzig und allein darin liegt etwas Neues, daß die Arbeiter vielfach sich nach Entlassungsscheinen und Arbeitsbüchern zurücksehnen. Wenn dies wirklich die Erhebungen uns zeigen, so zeigen sie auch, daß man gerade die dümmsten von den Arbeitern, die keine Ahnung von ihrem eigenen Interesse haben, auserwählt hat. Alle solche Erhebungen, welche einseitig von der Regierung ausgehen, werden niemals Klarheit bringen, da die Stimme des Volkes in Wahrheit nicht gehört wird.

— Im deutschen Reichstag versuchten zwei Centrumsleute, Windthorst und Jörg eine Debatte über die orientalische Frage zu veranlassen, sie scheiterten aber an dem fanatischen Skopzenthum der „liberalen" Reichstagsmajorität. Bismarck wird ja Alles besorgen.

— Was wir in letzter Nummer über das russische Ultimatum gesagt, hat seitdem seine vollste Bestätigung gefunden: es war ein jämmerlicher Theatercoup, zur Verdeckung der jämmerlichen Hiebe, die nicht Serbien, sondern Rußland an der Morawa erhalten. An der Durchführung des Waffenstillstandes ist nicht mehr zu zweifeln: die Linien, welche die beiderseitigen Heere einzunehmen haben, werden bereits von den militärischen Delegirten der Großmächte abgesteckt (preußisch Deutschland hat auf die Sendung eines eigenen Delegirten verzichtet, — es wird ja durch den russischen genügend vertreten); der Waffenstillstand wird wahrscheinlich auch verlängert werden, bis — die Witterung günstig wird. In der Zwischenzeit wird in allen Cultur- und Nicht-Culturstaaten auf Mord und Brand gerüstet, damit die „allgemeine Hauerei" im nächsten Frühjahr ganz commentmäßig und recht gründlich losgehen kann.

— Eine Ehre, für welche wir uns bedanken. Verschiedene Berliner Zeitungen bringen aus Paris eine gleichlautende Correspondenz über die Eröffnung der Versailler Deputirtenkammer, welche an demselben Tage stattfand, an dem auch der deutsche Reichstag eröffnet wurde, und in welcher folgender bezeichnende Passus vorkommt:

„Allgemein wurde das für die Eigenliebe der Franzosen sehr betrübende Faktum constatirt, daß während sonst am Tage der Eröffnung der französischen Kammern ganz Europa auf die von dort kommenden Nachrichten lauschte, man jetzt überall, und selbst in Versailles, nur noch auf Berlin sehe."

Es ist ja allgemein bekannt, daß Fürst Bismarck ein Schüler Louis Napoleons ist. Als dieser prächtige Mann noch an den Ufern der Seine herrschte, da lauschte ganz Europa auf sein Wort, weil dasselbe über Krieg oder Frieden gebot, aber auch ganz Europa fluchte dem bleichen Herrscher, und sein jäher Sturz wird von vielen Menschen als der Lohn für seine Handlungen bezeichnet. Damals war Paris die Brutstätte aller europäischen Verwicklungen; Cäsarismus und Militarismus vereint schlugen dem Volke die schwersten Wunden. Daß nun die liberalen Zeitungen das jetzige Berlin mit dem früheren Paris vergleichen, daß sie die deutsche Thronrede mit den früheren napoleonischen vergleichen, wir können es denselben nicht wehren; ob Fürst Bismarck Vergnügen an solchen Vergleichen hat — wir wissen es nicht, daß aber Hochmuth zu Falle kommt und die Herrschsucht immer ein Helena oder eine Wilhelmshöhe findet, das möchte doch wohl zutreffen. Wir entscheiden uns übrigens bei ähnlichen Fällen für ein Helena und nicht für eine glänzende Wilhelmshöhe.

— Briefstieberei und andere Postalia. Zur Vertheidigung des berüchtigten Post-Cirkulars betr. die Ledochowski'sche Briefadresse wird, anscheinend amtlich, geschrieben: „Es beruht auf einem Irrthum, wenn eine große Anzahl Blätter, darunter sogar das für deutsche Postbeamte geschaffene Organ, die „Deutsche Post", den Postbehörden das Recht bestreitet, Briefe, deren Handschrift derjenigen des Cardinals Ledochowski ähnlich ist, der Staatsanwaltschaft herauszugeben. In den amtlichen Ausführungsbestimmungen zum Postgesetz vom 28. Oktober 1871 heißt es nämlich zum § 5 dieses Gesetzes, welcher die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses ausspricht, wörtlich: „Die in den älteren preußischen Landestheilen giltigen Bestimmungen über die Beschlagnahme von Postsendungen sind in der Anlage I. abgedruckt." Diese Anlage besagt nun unter anderem Folgendes: „Die Gerichte und Staatsanwälte, beziehungsweise deren Stellvertreter sind in strafgerichtlichen Untersuchungen zur Beschlagnahme von Postsendungen aller Art berechtigt, und es ist ihren Requisitionen, dieselben mögen auf Zurückhaltung oder Auslieferung der Sendungen oder auf Auskunftsertheilung über die Correspondenz einer Person gerichtet sein, stattzugeben." Hieraus geht klar und deutlich hervor, daß die Oberpostdirektion in Bromberg nur ihre Pflicht gethan hat, wenn sie der Requisition der Staatsanwaltschaft Folge gab."

Das ist entschieden unrichtig. Die betreffende „Anlage" — so dehnbar auch namentlich der Ausdruck: „Auskunftsertheilung über die Correspondenz einer Person" sein mag — rechtfertigt es nicht, daß seitens der Postbehörden ein förmliches Spionagesystem angeordnet wurde, dem jede, eine ähnliche Hand wie Ledochowski schreibende Person zum Opfer fallen muß. Wenn das nicht Spionage der verwerflichsten Art ist, so hat es überhaupt niemals Spionage gegeben.

Der nominelle Autor des Briefstieber-Cirkulars, der Bromberger Herr Oberpostdirektor von Jahn (Apropos, die Adresse lautete: An die kaiserliche Postanstalt der äußeren Adresse; letztere drei Worte fehlen in unserem Abdruck, Nr. 12 des „Vorwärts"), ist ein sehr devoter Anhänger des Herrn Generalpostmeisters Stephan. Das hat er soeben wieder mit mehr Eifer als Glück bethätigt. Wie unseren Lesern bekannt, ist Herr Stephan sehr sparsam — in Bezug auf die Gehälter „seiner" Beamten, und hat z. B. neuerdings den diätarisch (d. h. tagweise, so daß sie jeden Tag ohne Kündigung entlassen werden können) angestellten Postbeamten von dem knappen Taglohn von 2 Mark 50 Pf. noch 50 Pfennige abgeknappt. Natürlich herrscht unter den Beamten, welche die Opfer dieser Sparsamkeit sind, keine sehr zufriedene Stimmung. Das ist aber gewissen Leuten nicht recht: was Stephan thut, ist wohlgethan, und mit Allem, was wohlgethan ist, muß man zufrieden sein, ergo müssen die Beamten, denen ihr Lohn abgeknappt worden ist, vergnügte Gesichter machen. Vor Allen meint dies Herr von Jahn, der nominelle Autor des Briefstieber-Cirkulars; und Herr von Jahn ist nicht der Mann, seine loyalen Gefühle unter den Scheffel zu stellen. Er entwarf eine Ergebenheitsadresse an Herrn Stephan, die von allen Postbeamten freiwillig unterzeichnet werden und jenen versichern sollte, daß sie über die niederen Löhne und hohen Lohnabzüge entzückt seien. Leider hatten die Beamten kein Verständniß für die Loyalitäts-Ergüsse und das Entzücken des (sehr gut bezahlten) Herrn Oberpostdirektors von Bromberg — die Adresse fand keine Unterschriften, wohl aber eine so ungemüthliche Aufnahme, daß sie vor einigen Tagen plötzlich auf Befehl von oben zurückgezogen wurde.

— Franz Duncker, der bekannte Freund der Buchdruckergehilfen, weiß sein Verleger-Interesse immer recht säuberlich wahrzunehmen. Die Berliner Weißbierphilister, welche die „Volkszeitung" lesen, freuen sich immer, wenn fest auf die Sozialdemokratie und natürlich auch auf Lassalle geschimpft wird, deshalb kommandirt er auch den alten, fast abgetriebenen Leitartikel- und Lohnschreiber Bernstein, sein ganzes „Talent" aufzubieten, um den gerechten Wünschen der Volkszeitungsleser nachzukommen. Franz Duncker hat aber auch den „Sickingen"

Die Beerdigung der Schwester Delescluze's.

—r. Paris, 2. November. Fräulein Azemia Delescluze, die hochherzige Schwester des ehemaligen Chefredakteurs des „Reveil", des Delegirten für das Kriegswesen, des Cato der Pariser Commune, ist todt und gestern Nachmittag um 3 Uhr auf dem Gemeindekirchhof vor dem Thor Saint-Omer zur letzten Ruhe bestattet worden.

Azemia Delescluze war die treue Genossin des Mannes, den der Gesellschaftsretter Thiers in einem seiner phrasenhaften Aufrufe aus dem Jahre 1871 „den allzu schuldigen Delescluze" nennt. Ein Thiers hat die Frechheit, diese Heldengestalt beurtheilen zu wollen, der selbst ein Gambetta durch die Betheiligung an der Beerdigung, die gestern stattfand, eine gezwungene Huldigung darbringen mußte, derselbe Gambetta, welcher wenige Tage vorher die Manen der Communehelden dadurch beschimpft, daß er den Communeaufstand eine „verbrecherische Empörung" nannte und es als sehr bequem bezeichnete, sich in die Toga der alten Römer zu hüllen und wie Cato von Utika zu sterben. So wenig „zeitgemäß" ist freilich das Verhalten des Politikers der Erfolge nicht. Herr Gambetta leistet dem Empire den Treueid und macht in „Politik"; Charles Delescluze schwört, den Untergang der Commune nicht zu überleben und stirbt, ein Cato, auf der Barrikade. „Die neue Welt" hat Delescluze's Charakter in einer ihrer früheren Nummern (Nr. 13 d. Red.) geschildert; die jetzt Hingeschiedene war des großen Freiheitskämpfers würdig, und ihr Leichenbegängniß wurde eine Huldigung für sie und des unvergessenen Delescluze.

Als die „Droits de l'Homme" gestern auf die bevorstehende Leichenfeier hinwiesen, glaubten sie es mit folgenden Worten thun zu müssen: Die Leichenfeier der Schwester Delescluze's wird nicht ein so großes Gefolge haben, als wenn sie vor sieben Jahren stattgefunden hätte. Von denen, die sie damals zur letzten Ruhestätte geleitet hätten, sind viele gestorben, andere sind „Opportunisten" geworden und werden fürchten, sich durch die Betheiligung bloszustellen, andere noch sind abwesend von Paris aus Gründen, die von ihrem Willen unabhängig sind. — Ja, sie sind todt, die da folgen sollten, niederkartätscht an den Wänden der Kaserne Lobau, auf der alten Todtenstätte Père Lachaise, in der Ebene von Sartory, lebendig begraben an den öden Gestaden des stillen Oceans, gehetzt wie wilde Thiere durch die „Culturstaaten" Europas, und doch — der Genius des edlen Greises, des heroischen Kämpfers für Freiheit und Gerechtigkeit erzwingt sich Huldigung. — Um 2½ Uhr stand gestern eine dichte, ernstschweigende Menge vor dem Todtenhause am Boulevard Rochechouart, ehrliche, offene Radikale, kluge Compromiß-Politiker, Parlamentarier und Männer der Presse, aber an den Straßenübergängen sammelte sich das Volk, das „Volk von Paris", die Mütter, Schwestern, Brüder und Kinder der Communekämpfer, die in denselben Straßen gegen die Feinde des Volkes, die Versailler Henkersknechte ihr Leben ausgehaucht haben. Um drei Uhr setzte sich der Zug nach dem Kirchhofe Saint-Omer in Bewegung; mehr als 10,000 Menschen nahmen Theil am Gefolge oder als stille Zuschauer. Die Häupter entblößen sich, wie der Zug vorüber geht; alles ist ernst, schweigend, nicht ein Schrei unterbricht diese imposante Kundgebung. Der Zug geht durch die Chaussée Clignancourt, über das Boulevard Ornano und verläßt das engere Weichbild von Paris durch das Thor Saint-Omer. An der Pforte des Kirchhofs bleibt — Gambetta zurück und entfernt sich mit langsamen Schritten. Fühlte der ehemalige Schützling Delescluze's, daß er nicht mehr der Gambetta von 68 und 69 sei, daß er nichts in dieser Gesellschaft zu schaffen habe, und dachte er an seine Rede von Belleville, in welcher er das Recht der Revolution abgeschworen, dachte er an Cato — Delescluze?

Am Grabe hielt Ch. Quentin, ein alter Freund von Delescluze, eine kurze ergreifende Ansprache:

Diese, sagte er, die wir jetzt zu ihrer letzten Behausung geleitet haben, war arm. Sie lebte einsam, aber getröstet durch treue Freunde, welche ihren Muth aufrecht hielten, und die das Unglück nicht zerstreut hatte. Diese Frau war ein Muster der Hingebung und des Opfermuthes. Wenn sie vor ihrem Tode nicht verboten hätte, ihr am Grabe eine Lobrede zu halten, so würde ich die Geschichte ihres Leben erzählen. Hört also nur ihren letzten Willen. „Da ich meinen Tod nahen fühle, erkläre ich, daß ich auf dem Gemeindekirchhofe beerdigt sein will. Meine Beerdigung soll so einfach wie möglich sein und ohne die Mitwirkung irgend eines Kirchendieners stattfinden. Paris, den 29. Oktober 1876. Azemia Delescluze."

Jetzt bleibt mir nur noch übrig, den Brief zu lesen, den ihr Bruder in seinen letzten Lebensstunden an sie richtete:

„Meine gute Schwester.

„Ich will und kann nicht der siegenden Reaktion als Opfer und Spielzeug dienen.

„Verzeihe mir, daß ich vor Dir, die Du mir Dein Leben geopfert hast, aus dem Leben scheide.

„Aber ich fühle in mir nicht den Muth, eine neue Niederlage nach so viel andern auszuhalten.

„Ich umarme Dich tausendmal, wie ich Dich liebe. Der Gedanke an Dich wird der letzte sein, bevor ich zur Ruhe gehe.

„Ich segne Dich, meine vielgeliebte Schwester, Du allein warst meine Familie seit dem Tode unserer armen Mutter.

„Lebe wohl, lebe wohl, noch einmal umarme ich Dich.

„Dein Bruder, der Dich bis zum letzten Augenblick lieben wird. Ch. Delescluze."

Die Verlesung des Briefes wurde durch die Rufe: Es lebe die Republik! Es lebe die Amnestie! beantwortet.

Diejenige, fährt der Redner fort, die in solcher Stunde solche Huldigung verdient, ist unser Aller Achtung würdig. Seit jenem schrecklichen Tage hat sie allein, ohne Familie gelebt. Dieser Brief war ihr letzter Trost. Lebe wohl, wackere Frau, Niemand hat mehr Recht als Du zur ewigen Ruhe, denn Niemand ist mit mehr Kummer und Würde den Pfad des Lebens gewandelt (Rufe: Es lebe die Republik! Es lebe die Amnestie!)

Delescluze selbst hat kein Grab. Der Ort, wo seine durch die Mitrailleuse verstümmelten Reste ruhen, wird für immer für seine Schüler und Freunde unbekannt bleiben.

Das Volk von Paris wollte, indem es die Schwester von Charles Delescluze's, die edle Frau, die er so sehr geliebt und die so lange seine ganze Familie war, zu ihrer letzten Ruhestätte geleitete, dem Andenken des großen Revolutionärs eine letzte Huldigung darbringen. Das Volk von Paris hat hierdurch seine Achtung vor diesen so seltenen Männern bezeugen wollen, die, nachdem sie ein ganzes Menschenleben den guten Kampf für die unveräußerlichen Menschenrechte gekämpft, auch wenn es sein

von Lassalle verlegt und giebt sogar eine neue Auflage desselben heraus. Seines Verleger-Interesses halber kommandirt er nun seine Lohnschreiber, folgendes Loblied auf Lassalle zu singen: „Nicht sowohl als Dichter, denn als Culturhistoriker und Agitator hat Lassalle im Jahre 1859 diese Tragödie geschrieben: er wollte die großen Culturgedanken solcher Wendeepochen, wie die Reformation eine war, und ihren ringenden Kampf zu dem eigentlichen zu dramatisirenden Gegenstande machen, zumal wenn die Beziehungen von hier aus zur Gegenwart ihm sich wie von selbst zu bieten schienen. Es war eigentlich seine erste Agitationsschrift, mit der er sich an die Menge des lesenden Publikums wandte, nachdem er kurz zuvor durch die Philosophie seines Herakleitos des Dunklen von Ephesos die Aufmerksamkeit der gelehrten Kreise auf sich gelenkt." — Man sieht hier deutlich, wie in unserer Bourgeoisgesellschaft nicht allein bei Prinzipienfragen, sondern auch bei Personenfragen lediglich das goldene Kalb herrscht. Aron Bernstein läßt seine Leser vergnüglich um dasselbe wieder einmal tanzen.

— Ueber die Niederlage von Philadelphia sucht sich das Reichsgeschwister bekanntlich durch den angeblichen Triumph der deutschen Gewerbe auf der Kunstgewerbeausstellung im Münchener Glaspalast zu trösten. Schade nur, daß der Trost faul ist, sehr faul — man lese folgenden Passus der „Reichsfreundlichen Betrachtungen", welche die „Augsburger Allgemeine Zeitung" über die Ausstellung zu München veröffentlicht: „Man täusche sich doch nicht, das Gewerbe hat mit dem erzielten Erfolg herzlich wenig zu thun. Wenn man die Ausstellung sorgfältig durchmusterte, wenn man die Gegenstände nicht blos anschaute, sondern effektiv prüfte — was freilich mit ziemlicher Weisheit verhütet wurde, weil man bei 15 Mark Strafe nichts anrühren durfte — so zeigte sich im Münchener Glaspalast ganz dieselbe Erscheinung, wie sie Reuleaux in Philadelphia fand. Es mag unangenehm sein, zu hören — und man wird es mir vielleicht sehr übel nehmen, daß ich es sage, aber es ist eben einfach die Wahrheit — auch im Münchener Glaspalast ist nur dasjenige, was in die Sphäre der „Kunst" reichte, schön und lobenswerth gewesen, nur die Leistungen dieser Art waren es, welchen der große Erfolg zu danken ist — das vortreffliche Arrangement gehört ja auch schon zu den „Kunstleistungen" — aber sobald das eigentliche Gewerbe in Frage kam, und bei allem, was in diese Kategorie gehörte, da zeigte sich vollständig dieselbe Misère, unter welcher jeder von uns im alltäglichen Leben seufzt, und welcher Reuleaux nur beredte Worte geliehen hat. Es war dies mir nicht unerwartet, ich habe seiner Zeit im Jahre 1854 in der damaligen Ausstellung ein Paar Stiefel gesehen, auf deren Sohlen mit künstlerischer Vollendung die Landschaft Tegernsee durch farbige Holzstifte aufgetragen war — aber um ein Schuhwerk zu bekommen, das wasserdicht ist oder einen eleganten Fuß macht, muß man nach England, Paris oder Wien gehen. Man fand auf der Ausstellung dahier imitirte gothische Schlösser, Renaissance-Thorbänder und Aehnliches, die einem Künstler das Herz lachen machten, aber in unseren Häusern geht kein Schloß und schließt kein Fenster. Wir haben Buchbinder, deren Ledereinbände mit denen des Mittelalters recht wohl rivalisiren können, aber keiner bindet unsere Bücher so, daß sie beim Aufschlagen liegen bleiben."

Es kam also zu dem Verdict: billig und schlecht, noch auf der Münchener Kunstgewerbeausstellung das andere, wenig schmeichelhaftere dazu: kunstvoll, aber unbrauchbar! Unsere Phil. x mögen sich's gefälligst hinter die länglichen Ohren schreiben!

— Hineingefallene Reichsfreunde. Die Redaktion der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" wird wahrscheinlich einmal die Segnungen der deutschen Preßfreiheit an sich selber zu empfinden Gelegenheit haben, da sie wegen Landesverraths, begangen durch Abdruck von Bruchstücken aus der gegen den Grafen Arnim in seinem jüngsten Prozeß gerichteten Anklageschrift, zur Untersuchung gezogen worden ist. Die Anklage ist um so wunderlicher, als dieselben Bruchstücke vorher in einer Reihe preußischer Blätter zum Abdruck kamen, ohne daß dieselben irgendwie behelligt worden wären. Gleichzeitig ist auch die ultramontane „Postzeitung" mit einer derartigen Anklage bedacht worden.

— Majestätsbeleidigung! Das Bezirksgericht zu Nürnberg verurtheilte den Messerschmiedssohn Lorenz Bär von Lauf am 31. Oktober wegen Majestätsbeleidigung zu zweimonatlicher Gefängnißstrafe. Derselbe hatte sich in einer Wirthschaft in Lauf — nachdem er über 20 Glas Bier getrunken — unehrerbietige Aeußerungen über den deutschen Kaiser erlaubt.

— Stroußberg ist am 4. November von dem Schwurgerichte zu Moskau für schuldig befunden worden. Die Strafe ist noch nicht publizirt worden. Wie wird Stroußberg sich nach Tessendorffien zurücksehnen, wo er „im Schatten kühler Gründungsart" ungestört sein ökonomisches Genie entfalten konnte.

— Unser Parteigenosse Carl Hillmann, Redakteur des „Hamburg-Altonaer Volksblattes", ist neuerdings wegen Preßvergehen vom Hamburger Niedergericht zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 30. Oktober. (Congreßbericht.) [Schluß.] Die Spanier machen noch speziell auf die in ihrem Lande ohnedies so häufigen, von den herrschenden Parteien selbst, ja bald von diesem, bald von jenem General veranstalteten Revolutionen aufmerksam. Den dortigen Sozialisten würde das gleiche Vorgehen nahe gelegt und ihnen Gelegenheit geboten, ihr „einziges Propagandamittel" der Flintenschüsse recht fleißig anzuwenden. Die Wiedereinkehr einer Bourbonen-Monarchie in Spanien habe die Lage der Bourgeoisie unverändert gelassen, die der Arbeiterklasse aber noch bedeutend verschlimmert. Die spanische Regionalföderation umfaßt 9 Comarcal- (Provinzial-) Föderationen und 112 Lokalföderationen, mit zusammen 4000 bis 5000 zahlenden Mitgliedern, (was also auf eine viel größere indirekte Anhängerschaft schließen läßt). Von den Arbeitseinstellungen erwarten die spanischen Arbeiter nach gemachten Erfahrungen nichts mehr; ihre Hoffnung beruhe nur mehr auf der gewaltsamen sozialen Revolution. — Aehnliches wird auch von Frankreich berichtet; die Erwürgung der Commune von Paris habe die revolutionäre Bewegung nicht hemmen können, der Gedanke an die Greuelthaten der Versailler gegen das Pariser Volk und an die Lebendtodten in Neucaledonien müsse im Gegentheil den Gefühlen der Rache im französischen Proletariat erst den rechten Schwung verleihen. — In Bezug auf die Ideen über die künftige Organisation der menschlichen Gesellschaft sind die italienischen, spanischen und französischen wie die russischen und jurassischen Sozialisten Anhänger der freien Interessen-Gruppirungen, sie wollen Abschaffung des „Staates". In Folge Interpellation der deutschen Sozialisten wurde von dem Jurassier Guillaume das Zugeständniß gemacht, daß sie hierunter Abschaffung des Klassenstaates verstehen. Der Unterschied gegenüber den deutschen Sozialisten, welche an Stelle des heutigen Klassenstaats, den Volksstaat, die Erfüllung der sozialistischen Staatsidee (territoriale Organisation für die solidarisirten Gesellschafts-Interessen) setzen wollen, sei gering. Sie bestehe am Ende nur darin, daß diese Richtung der Sozialisten lateinischer Rasse nach Abschaffung aller dem Klassenstaat eigenthümlichen Institutionen gar keinen Staat mehr übrig behalten. Was von dessen Funktionen wirklich nützlich, wie z. B. die Post ꝛc., das könne von den regionalen Administrationscomités der internationalen Gewerks- (Berufs-) Genossenschaften besorgt werden. Von Seiten deutscher Sozialisten resp. auch des mit diesen gehenden Belgiers De Paepe wurde indeß in der späteren Diskussion über die Organisation der Beziehungen zwischen Individuen und Gruppen (Punkt 5 der Tagesordnung) mit unerbittlicher Logik eingewendet, daß diese regionalen Organisationsgruppen, diese Regionen auch nichts anderes wären als Staaten mit vernünftigeren Grenzen. Durch die politische Geographie, die Staatskunst der herrschenden Klassen, würden die wirthschaftlich zusammengehörenden Bevölkerungen willkürlich auseinandergerissen. Würden nun die Interessen-Gemeinschaften gegründet, dann ginge wohl der Nationalitätsbegriff zu Grunde, unzweifelhaft aber bliebe eine Staaten-Föderation übrig, bei der freilich für die wichtigsten Funktionen der Gesellschaftsorganisation die regionalen Grenzpfähle gar nicht existiren werden. Die wichtigsten Funktionen, Organisation der Produktion und Consumtion, wären Sache der internationalen Gewerkschaften und deren Central-Administration. Uebrigens bitten die deutschen Sozialisten ihre Genossen der lateinischen Schule, doch zu bedenken, daß dies Alles Aufgabe künftiger Generationen sein werde, und daß unsere in der Sozialwissenschaft jedenfalls weit fortgeschritteneren Nachkommen bei zum Theil unberechenbar veränderten Verhältnissen vielleicht nur ein Lächeln für unsere positiven Pläne haben werden. Zuerst das Nächstliegende, Kampf gegen den Klassenstaat mit allen thunlichen Mitteln bis zu dessen Vernichtung, das Weitere werde sich finden; man möge diese Frage studiren, sie aber ja nicht zur Parteifrage machen. — Hiermit haben wir zugleich das, was aus der Diskussion über den 5. Punkt interessant ist, gegeben, und wollen nur noch des hier wie in allen anderen Punkten höchst intelligenten und taktvollen Eingreifens des schon genannten Delegirten für Belgien und Holland, des Belgiers De Paepe gedenken.

sda. **Wien**, 30. Oktober. „Freiheit wie in Oesterreich" hat sich einmal ein Franzose gewünscht. Es war dies im Jahre 1867, nachdem die österreichischen Truppen von dem bekannten „preußischen Schulmeister" geschlagen worden waren und sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen hatte, daß absolut nichts Anderes an dieser Schlappe Schuld trage, als die Belcredi'sche Verfassungssistirung. Damals wurde auch jenes prunkende Lügenregister in die Welt gesetzt, das sich „Grundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger" nennt, mit der Hauptlüge: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich" beginnt und in dessen Artikel 12 es also heißt: „Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden. Die Ausübung dieser Rechte wird durch besondere Gesetze geregelt." Diese „besonderen Gesetze" nun, mit denen die Völker Oesterreichs am 15. November desselben Jahres beglückt wurden, waren allerdings bereits geeignet, das oben gewährte „Recht" eigenthümlich zu illustriren. Im § 6 des Vereinsgesetzes heißt es: „Wenn der Verein nach seinem Zwecke oder nach seiner Einrichtung gesetz- oder rechtswidrig oder staatsgefährlich ist, kann die Landesstelle dessen Bildung untersagen", und in § 6 des Versammlungsgesetzes: „Versammlungen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet, sind von der Behörde zu untersagen." Nehmen Sie dazu das auf Grund einer Klage der hiesigen Buchdrucker erfolgte Urtheil des Reichsgerichtshofes vom 2. Mai 1874: „Die Frage der Staatsgefährlichkeit steht der Beurtheilung des Reichsgerichtes nicht zu", so haben Sie ein vollständiges Bild der Theorie unserer Vereins- und Versammlungs-„Freiheit".

Und wie die Theorie, so die Praxis. Die österreichischen Buchdruckergehilfen bemühen sich schon seit acht Jahren mit der Gründung eines Verbandes, — vergebens, trotzdem der § 10 des Vereinsgesetzes solche Verbände ausdrücklich für erlaubt erklärt und trotzdem die Buchdruckereibesitzer schon geraume Zeit einen auf ganz Oesterreich ausgedehnten Verein besitzen. Schon seit mehr als Jahresfrist haben die Wiener Arbeiter keinen politischen Verein, trotz unausgesetzter Statuteneinreichungen; ebenso wurde nach der ganz unmotivirten Auflösung des Arbeiterbildungsvereins erst nach langem Mühen ein neuer Verein bewilligt, aber mit der Beschränkung, daß nur Arbeiter Mitglieder desselben sein, nur Arbeiter Unterricht und Vorträge abhalten dürfen, geschichtliche Vorträge überhaupt verboten seien u. s. w. Ob und womit diese Verfügung motivirt wurde, wissen wir im Augenblicke nicht; der Gedanke ist übrigens auch nicht neu: schon im Jahre 1870 wurde dem Klagenfurter Arbeiterbildungsverein eine Statutenänderung, wonach nicht nur jeder Arbeiter, sondern auch jeder Freund des Arbeiterstandes Mitglied werden konnte, in folgender köstlichen Weise untersagt: „Wer sollte aber kein Freund des Arbeiterstandes sein? Durch diesen Zusatz kann also so ziemlich Jedermann Mitglied des Arbeiterbildungsvereins werden, dadurch verliert aber derselbe seinen Charakter als Arbeiterverein und würde thatsächlich ein allgemeiner Volksverein unter der falschen Bezeichnung eines Arbeiterbildungsvereins"!! Obwohl das Ministerium später diese Statthalterei-Verfügung aufhob, bleibt dieses Meisterstück behördlichen Blödsinns dennoch einer Erinnerung werth.

Aber wir würden einen ganzen Jahrgang des „Vorwärts" allein brauchen, wollten wir alle die mehr oder weniger gelungenen Donquixoterien, welche die unterschiedlichen österreichischen Behörden oft mit wahrhaft halsbrecherischer Logik in Vereinsangelegenheiten zum Besten gaben, hier anführen, und wir müssen uns begnügen, um unseren deutschen Genossen doch wenigstens einen einigermaßen genauen Begriff von der „Freiheit wie in Oesterreich" zu geben, einige derselben aus neuester Zeit zu citiren. So wurden dem Klagenfurter Buchdruckerverein anläßlich einer Statutenänderung folgende drei Punkte untersagt: 1) die Errichtung einer Bibliothek, resp. die Ernennung eines Bibliothekars, obwohl dieser Punkt wörtlich in den Statuten, folglich keine Aenderung war, angeblich weil auch der Unterstützungsverein der Buchdrucker eine Bibliothek besitze!! 2) die unentgeltliche Stellenvermittelung, obwohl bereits vor sechs Jahren anläßlich einer gleichen Entscheidung derselben Statthalterei das Ministerium sich im entgegengesetzten Sinne geäußert hatte; 3) die Errichtung einer Conditionslosenkasse, obwohl dieselbe bereits in allen anderen Kronländern jahrelang zu Recht besteht. — Dem Arbeiterbildungsverein in Brünn wurde die Ertheilung einer Reiseunterstützung an durchreisende Mitglieder auswärtiger Vereine (ein allgemein herrschender Brauch) verboten, weil diese Unterstützung auch durchreisenden Arbeiter-Agitatoren zugewendet werden könnte; ferner sollte dieser Verein die Orte, wohin er eventuell Ausflüge machen würde, schon in den Statuten angeben!! — Dem slavischen Gesangverein in Wien, der wie alle anderen Gesangvereine bereits wiederholte Wohlthätigkeits-Concerte veranstaltet hatte, wurde nun plötzlich die Abhaltung eines solchen zu Gunsten der verwundeten Südslaven mit folgender Motivirung verboten: Der Verein hat die „Pflege des Gesanges" zum Zwecke; die Ausgaben für diesen Zweck werden aus dem Vereinsvermögen bestritten; das Vereinsvermögen besteht auch aus dem Ertrage von Produktionen; da die Statuten nun nirgends eine Verwendung des Erträgnisses zu wohlthätigen Zwecken gestatten, ergo ....

Man sollte glauben, der Blödsinn könne nicht mehr übertroffen werden, aber man höre: Der hiesige Buchdruckerverein reichte neue Statuten ein und führte unter den Vereinszwecken auch an: Unterrichtsstunden, Vorträge und Benützung der Bibliothek und des Lesezirkels. Man denke sich das Erstaunen der Mitglieder, als die Statuten mit folgender scharfsinnigen (wir möchten gerne das r weglassen) Bemerkung zurückgelangten, die betreffenden Punkte seien nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck und daher nicht in § 2, sondern in § 3 anzuführen!! — —

Wie den Arbeitervereinen, so geht es auch, wenngleich in etwas minderem Grade, den nationalen, den klerikalen, den Studentenvereinen und selbst den Vereinen der hiesigen bürgerlichen Demokraten (sogenannten Bezirksbergern); so wurde die Abhaltung eines demokratischen Parteitages verboten, die demokratische Gesellschaft aufgelöst und deren Obmann Dr. Schrank in Untersuchung gezogen, weil derselbe 300 Exemplare der Einladung zum erwähnten Parteitage an den Vorstand des demokratischen Vereins im 9. Bezirke mit dem Ersuchen geschickt hatte, die Adressen selbst ausfertigen zu lassen. Da Dr. Schrank Reichsrathsabgeordneter ist, so mußte zu dessen strafgerichtlicher Verfolgung erst die Zustimmung des Abgeordnetenhauses eingeholt werden, welche aber verweigert wurde. Die demokratische Gesellschaft bleibt aber selbstverständlich aufgelöst.

Was nun den Sozialdemokraten, den Bezirksbergern u. s. w. verboten ist, das wird mit größter Bereitwilligkeit den hiesigen Regierungssozialisten gestattet. Dieselben haben einen Arbeiterfortbildungsverein, ebenso einen politischen Verein mit einer über ganz Oesterreich ausgedehnten Organisation (aber ohne Mit-

---

muß, zu sterben wissen für die Sache, die sie nicht zum Siege führen konnten.

Aber der gute Kampf, der Kampf des Proletariats für Gleichheit und Gerechtigkeit, wird zum Siege führen, wenn im Morgenrothe der neuen Welt Heldengestalten wie Flourens und Delescluze vorarbeiten.

Russische Cultur.

Die Lage der deutschen Colonisten in Rußland.

(Fortsetzung.)

Daß diese Deutschfeinde in St. Petersburg und in den Provinzen gegenwärtig die maßgebenden sind, beweisen jedem unbefangenen Beobachter alle seit 1871 die Deutschen betreffenden Reformen und der Umstand, daß als nach Neujahr 1876 die Petersburger Zeitungen die Berechnung brachten, daß von rechtswegen in Rußland unter den Beamten nur 1½ pCt. Deutsche geduldet werden sollen, daß es aber Ministerien gebe, in welchem 60 pCt. deutsche Beamten seien u. s. w., das ungeheuren Widerhall fand speziell in einer Stadt — wo russische Adelige in einer Gesellschaft bedeutender Personen: „Nieder mit den Deutschen!" ausriefen, und sich erst beruhigen ließen, als man ihnen sagte, daß man allgemein so denke, aber noch warten müsse, bis der Thronfolger am Regiment sei.

Hätten die Vorfahren der deutschen Mennoniten damals gewußt, daß ihre Nachkommen anno 1871 nur noch als gehaßte Ketzer in Rußland zur Zielscheibe aller möglichen Gewaltthaten dienen sollten, und daß man ihnen alle Rechte nehmen würde, sogar die Auswanderungsfreiheit, dann hätte Rußland nie deutsche Kolonisten gesehen. Ein sonderbarer Kontrast! Dasselbe Rußland, welches für türkische Christen immer mehr neue Freiheit verlangt, beraubt seine eigenen Christen durch Gewaltacte ihrer priviligirten Freiheiten! In Betreff der Auswanderungs-Freiheit kann ein Pascha ganz gewissenhaft sagen: seht wir Türken sind doch bessere Menschen, als die christlichen Russen. — Die Bestechung ist in Rußland selbst bei Vertheidigung des Landes mächtiger als der Patriotismus. Die Kolonisten mußten vor Sewastopol oft fünf Tage lang mit den Proviantfuhren warten bis sie genug „geschmiert" hatten, während der russische Soldat Hungers starb. Den Molotschnaer Kolonisten haben russische Beamte 120,000 Rubel gestohlen, welche im Kriegs-Ministerium für geleistete Kriegs-Dienste für sie ausgezahlt waren. Statt des geraubten Geldes wurden sie mit Dankschriften und Versicherungen allerhöchsten Wohlwollens überschüttet. Die Reform des Kolonistengesetzes, wie sie im Jahre 1871 beschlossen worden ist, ist geeignet dieser Koruption der russischen Beamten Vorschub zu leisten.

Die Zeit wird es lehren, daß entweder in jedem deutschen Dorfe die Einführung der neuen Ordnung — richtiger Unordnung — nach Willkür verschieden geschehen muß oder sich unmöglich erweist, um einer neuen den Verhältnissen besser entsprechenden Reform Platz zu machen. Abgesehen von der Regulirung der sozialen Frage ist aber für Beseitigung der andern drohenden Gefahren keine Hoffnung. Die Sätze: 1) In den Dorfkanzeleien soll der Schriftwechsel in russischer Sprache geführt werden; 2) Die Kolonisten werden dem Bauerngesetz untergeordnet (Gesetz der früheren Leibeigenen Februar 1861); 3) Die Kolonisten verlieren nach 1881 ihr Auswanderungs-Recht, werden sicher zur Ausführung gelangen.

Das ist die Zwangsjacke, welche allen Deutschen zur schrecklichen Plage werden wird.

Trotzdem wünscht die Regierung die Deutschen in Rußland zu behalten, das beweisen die vielen Beamten und Spione, welche überall auf Kosten der Krone herumschwärmen, und sich durch Oeffnen und Unterschlagen von ausländischen Briefen durch Ausweisungen verschiedener Ausländer, durch Auffangen von Auswanderungs-Agenten und durch Drohungen und Anbietung von Geschenken bemerklich machen. Der General-Lieutenant von Todtleben hat sogar Mennoniten-Predigern Verheißungen im Namen der Regierung gemacht, um sie zu bewegen, die Gemeindeglieder zu überreden, in Rußland zu bleiben.

Die lächerliche Ueberwachung der Deutschen in Rußland durch öffentliche und verkleidete Wächter und die geheime Spionage haben der Regierung schon viele Tausende gekostet. Man ging damit soweit, daß ein Mennonit nach Amerika auswandern mußte, weil ihm alle seine Geschäfts-Briefe entweder geöffnet „oder ganz gestohlen wurden."

(Schluß folgt.)

glieder). Als sich der Verein „Volksstimme“ mit der ganz gleichen Organisation unserer Partei anschloß, wurde er sofort unter den nichtigsten Vorwänden aufgelöst. Der Allg. östr. Arbeiterverein kann ungehindert seine Versammlungen abhalten, und nur wenn in Folge der dann und wann aufsteigenden faulen Gerüche der Skandal zu groß wird, hört man einmal von einer Versammlungsauflösung. Ja noch mehr: Der Verein „Freiheit“ wurde im Jahre 1872 bekanntlich aufgelöst, weil zu seinem Gründungsfeste auch Begrüßungsschreiben aus Chemnitz, Madrid, Paris u. s. w. kamen, für die doch nicht er verantwortlich gemacht werden konnte. Den „Allgemeinen österreichischen Arbeiterverein“ aber läßt man ungehindert eine Adresse an den französischen Arbeitercongreß beschließen und sogar in seinem monatlich einmal, vier Quartseiten stark, erscheinenden Organe veröffentlichen. Bemerkungen erscheinen uns hierzu überflüssig.

Wie es mit unserem Versammlungs„recht“ bestellt ist, davon hat Ihnen erst unlängst ein anderer Correspondent einige Proben gegeben. Der Wetteifer, mit welchem unsere verschiedenen Polizeibehörden auf neue Untersagungsgründe sinnen, ist wahrlich einer besseren Sache würdig. Man sucht sich förmlich zu überbieten. Das Ministerium Auersperg I. (Giskra-Herbst) hat blos einen „Hochverrathsprozeß“ arrangirt, das Ministerium Auersperg II. (Lasser-Unger) aber bereits eine ganze Serie solcher „Hochverraths-“ und „Geheimbundsprozesse“. Zu einem solchen scheint sich auch die bekannte Prager Affaire zuspitzen zu wollen, die Herren dürften jedenfalls nach neuen Lorbeeren. Die Heiterkeit der Wiener Genossen über den Zeitungsrummel wegen der aufgestöberten „Zweigniederlassung des internationalen Arbeitervereines“ war keine geringe. Da bekamen wir z. B. im „Tagesboten aus Böhmen“ zu lesen, daß auch „Ausländer“ an der gestörten Versammlung theilgenommen hätten, und einige Zeilen später, daß die Verhafteten ausnahmslos der czechischen Nationalität angehörten; nun wären wir gar zu begierig gewesen, solch einen ausländischen Czechen (!) kennen zu lernen.

Thatsache ist, daß einige Genossen aus Wien, Brünn, Aussig und Pilsen die anläßlich des Wenzelsfestes verkehrenden Vergnügungszüge benutzten, um nach Prag zu fahren und dort mit Parteigenossen zusammenzukommen. Daß Sozialdemokraten bei ihren Zusammenkünften nicht von der kleinen Lotterie oder von dem neuesten Couplet irgend eines Komikers sprechen, ist sehr glaubwürdig, und da schon so ziemlich alles Andere in Oesterreich „staatsgefährlich“ ist, dürfen wir einem fetten Prozesse entgegensehen, natürlich nicht ohne die dazu gehörige neue Blamage.

Ein gefundenes Fressen ist unseren Staatsrettern auch eine Anfangs dieses Monats unternommene Agitationsreise Reinthal's gewesen. Er wurde bei seiner Rückreise in Graz verhaftet und aller seiner Papiere, Briefe, Notizen u. s. w. beraubt, sodann unter Anklage wegen „Aufreizung gegen die besitzenden Klassen“ und wegen „Aufreizung zur Empörung im Innern des Landes“ gestellt, nach zwei Tagen aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Von der Anwendung des Vagabundengesetzes auf reisende Arbeiter-Agitatoren scheint man vor der Hand doch Abstand zu nehmen, seit der Fall mit Andreas Scheu das Hohngelächter ganz Europas herausforderte. Es wundert uns dies; besitzt denn diese Sippe doch noch irgendwelche Scham?

Aus Mecklenburg. In den letzten Wochen ist die Wahlbewegung hier in unserem reaktionären Ländchen in sehr hohen Wogen gegangen. Der bekannte Exdemokrat Moritz Wiggers hat sich von angeheiterten Bauernburschen zu Pferde empfangen und ein Hoch bringen lassen, während unser Reichstagskandidat, Carl Finn aus Berlin, mit aller Energie und mit großem Geschick in mehreren großartigen Versammlungen das Volk aufgeklärt hat, so in Schwerin, Rostock, Bützow und in Wismar, wo über 2000 Personen anwesend waren. Die sämmtlichen Zeitungen des Großherzogthums füllen ihre Spalten mit Berichten über jene Versammlungen und wenn dieselben auch parteiisch gefärbt sind, so geben sie uns doch den Beweis, wie tief einschneidend unsere Agitation hier zu Lande wirkt. Nutzen wir die Zeit bis zu den Reichstagswahlen noch recht aus, so wird das Resultat in dem Lande des Ochsenkopfs und der Haselruthe für uns ein sehr erfreuliches sein.

Kiel. Von den Führern der Fortschrittspartei und der Landespartei war gemeinschaftlich auf letzten Sonnabend Abend eine allgemeine Bürgerversammlung zum Zweck der Communalwahlen nach dem Colosseum berufen, welche von circa 70 Personen besucht war, darunter ein halbes Dutzend Sozialisten. Und wie wissen diese liberalen Herren in ihren Zeitungen vom „Rückgange“ zu faseln, wenn die Arbeiterversammlungen von 700 Personen besucht sind. Sch.

Neustadt (Holstein), 31. Oktober. (Abrechnung der Central-Wahlkasse des 9. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises.) Eingegangen vom 1. April bis 31. Oktober l. J.:

Bestand am 1. April M. 2,97; von Arbeitern Neustadt's 7,10; Ertrag einer Tellersammlung in Neustadt 13,03; durch J. H. Sievers in Haftkrug 7,30; Ertrag einer Tellersammlung in Neustadt 5,16; Freiwillige Beiträge aus Neustadt 10,01; Freiwillige Beiträge aus Neustadt 2,50; Freiwillige Beiträge aus Neustadt 4,65; Ertrag einer Tellersammlung in Neustadt 10,72; durch M. Mayer aus Albersdorf 1,60; durch J. Berner in Schashagen 5,15; für „Nieder mit den Sozialdemokraten“ 16,33; Tellersammlung in Burg 10,78; durch H. Stark in Segalendorf 22,30; Ertrag einer Tellersammlung in Oldenburg 5,54; Summa 125,14. Ausgabe: Sa. 83,99. Bleibt Kasse 41,15.

Für das Comité: Joh. Heinr. Haß.

Leße, 31. Oktober. Es hat sich nun hier am Orte ein sozialdemokratischer Wahlverein gebildet, ferner fand an demselben Tage eine Volksversammlung in Gestemünde statt, in welcher Herr Bracke referirte. In derselben wurde Herr Bracke einstimmig als Candidat aufgestellt und eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung erklärte, daß sie mit dem Vortrage des Herrn Bracke vollkommen einverstanden und es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, demselben bei der Reichstagswahl ihre Stimme zu geben.

Saalfeld. Am 22. Oktober d. J. hatten wir hier eine gut besuchte Versammlung, in welcher unser Reichstagscandidat Grillenberger über die Tagesordnung: „Die nächste Reichstagswahl“ referirte. Zunächst unterwarf Herr Grillenberger den Rechenschaftsbericht, welchen Herr Dr. Lasker Abends vorher nur seinen liberalen Wählern gegeben hatte, einer genauen Kritik, wies dann in seinem weiteren Vortrage nach, welche von den Parteien das Volk im Reichstag am besten vertrete und erntete am Schluß allgemeinen Beifall. Einstimmig wurde beschlossen, bei der bevorstehenden Reichstagswahl für die Candidatur Grillenbergers einzutreten. R.

Mühlhausen i. Th., 1. November. Das Central-Wahlcomité für den Kreis Mühlhausen-Langensalza-Weißensee hat sich formell constituirt, und ist zum Vorsitzenden H. Pöhlitz, zum Schriftführer Carl Heese und zum Kassirer H. Kleditz gewählt worden. Genossen von Langensalza und Weißensee, wir fordern Euch auf, Lokalcomités zu bilden und mit uns in Verbindung zu treten, da wir vereint ein viel größeres Resultat erreichen können, als wenn jede Stadt selbständig vorgeht. Zeigt unsern Gegnern, daß auch in unserm Kreise die Sozialdemokratie Fortschritte gemacht hat. Alle Briefe oder sonstige Sendungen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Carl Heese, Spiegelsgasse 776.

-r. **Mainz**, im Oktober. Die hessische Fortschrittspartei — eigentlich Rückschrittspartei — hat an die „liberalen Wähler Hessens“ einen Aufruf erlassen. Derselbe sagt in seinem Anfange: „Binnen Kurzem werden die Wahlen zum deutschen Reichstage stattfinden. An Jeden von uns tritt die Frage heran, was die Vertretung des Volkes bis jetzt geleistet hat, und was wir von ihr für die nächste Zukunft erwarten.“ — Was die liberalen Volksvertreter geleistet und was wir von ihnen zu erwarten haben — nun, es ist ihre Natur, daß sie zu allem, was Bismarck und Consorten wollen, Ja sagen. — Hier erscheinen seit Oktober zwei karnevalistische Blätter. Das Spießbürgerthum findet also immer noch Gelegenheit, sich durch allerlei faule Witze über die schwere Noth unserer Tage zu trösten. Und die Lokalpresse macht noch recht Reklame für diese, gegenüber der Noth der Krisis frivolen Blätter. Daß es an allen Ecken „kracht“ und die armen Arbeiter zu Hunderten auf die Straße geworfen und dem Verhungern preisgegeben werden, darüber aber sprechen diese Scheerenredakteure nicht. Es wäre an der Zeit, daß die hiesigen Genossen Alles aufbieten, um bald ihr eigenes Organ zu bekommen.

Leipzig, den 7. November. Der Bericht in Nr. 14 des „Vorwärts“ bedarf insofern einer Berichtigung, als darin irrthümlich angegeben war, daß der 11. Wahlkreis nicht vertreten gewesen wäre. Der 11. Wahlkreis war vertreten und zwar durch die Parteigenossen H. Geisler und A. Fleischer aus Wurzen. Wir bedauern den Irrthum und bitten die betheiligten Genossen um Entschuldigung. Petzold, Dohne, Dähnert.

Zur Beachtung für die Parteigenossen des 3. sächsischen Wahlkreises (Bautzen, Kamenz und Bischofswerda).

Die Parteigenossen, resp. Abonnenten des „Vorwärts“ in benannten Orten werden von den Unterzeichneten freundlichst ersucht, Sonntag, den 19. November, in Bischofswerda zu einer Besprechung behufs Regelung der Agitation zur bevorstehenden Reichstagswahl, zu erscheinen.

J. A.: A. Griete, A. Kluge.

NB. Briefe in obiger Angelegenheit sind an folgende Adresse zu richten: A. Griete, Bautzen, Fleischergasse 327.

Die nach Schluß der Redaktion eingetroffene, in voriger Nummer abgedruckte Ansprache an die Parteigenossen in Preußen ist durch ein Versehen des Metteurs-en-pages unter die Inneren Partei-Angelegenheiten gesetzt worden. —

Briefkasten

der Redaktion. Herrn R. Staßfurt: Unbrauchbares Manuskript, wenn es keine kürzere Abhandlung ist, bewahren wir nicht auf; wir bedauern deshalb, Ihrem Wunsche nicht nachkommen zu können. — H. Peters in Schwerin: Hasenclever erinnert sich, eine Petition betreffs Vereins- und Versammlungsgesetz für Mecklenburg nebst einer Anzahl Restripts erhalten zu haben. Dieselbe ist dem Bureau des Reichstags übergeben worden; weiter weiß H. nichts von der Angelegenheit. — W. Bock in Linden: Eine Klage wird Ihnen nichts nützen, da das Haftpflichtgesetz sich nicht auf die Landarbeit (Baumfällen ꝛc. ꝛc. ausdehnt.

der Expedition. P. Heins, Pinneberg: Ob die Post Ihrem Wunsche Rechnung tragen kann, wissen wir nicht, wir haben Ihren Brief derselben übermittelt. — Aug. Melcher Barl.: R. W. ist von der Post Ohlig's nicht reklamirt worden. Nr. 40 u. 41 folgen p. Kreuzbd.

P. in Gera: Karte nicht erhalten? Bis jetzt keine Antwort eingegangen. D., Hamburg.

Parteigenosse F. Buchholz, Korbmacher, wird um Mittheilung seiner Adresse gebeten.

F. Kreutz, Korbmacher in Gestendorf bei Bremerhaven.

Quittung. Ebrt Zwickau Ab. 1,30. Ing Berlin Ann. 1,20. Kg. Wandsbeck Ann. 0,50. R. Mcrre Pancsowa Schr. 1,60. Heins Pinneberg Schr. 0,35. Gndlr Cöln Ab. 9,00. W. Mllr Calbe Schr. 3,50. M. Kln Berlin Schr. 19,00. J. Bsmnn Cöln Ab. 100,00. W. Grs Großbruch Schr. 25,00. P. Schlbch Liége Ab. 2,02. Schbrt Kirchberg Ab. 3,60. Mllr Quedlinburg Ab. 2,40. Prtrm hier Ab. 0,90. Mllr Reudnitz Schr. 1,50. Drws Tondern Schr. 1,00. Wß Goldlauter Schr. 1,40. Arbeiterverein Gohlis Ann. 1,50. Arbeiterfest Schönberg-Probstei Ann. 6,00. Kch Münster Schr. 0,30. Fschr hier Ab. 1.10. H. Dckmnn Kiel Ann. 3,00. Lstg Waldenburg Ab. 4,20. F. Mnz Corbetha Schr. 4,25.

Anzeigen ꝛc.

Die Filial-Expedition des Herrn
F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J.
ist durch ein Mißverständniß am Kopfe unseres Blattes ausgelassen worden. Die Genannte vermittelt wie bisher alle unsere Blätter und Verlags-Artikel. Die Expedition des „Vorwärts“.

Cöln. Sonntag, den 12. November, Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn J. Erkelenz, Kämmergasse 18:

Oeffentliche Arbeiterversammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Zeitungs-Commission. 2. Festangelegenheiten. [80

Die Abonnenten des „Vorwärts“ werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Einberufer.

Flensburg. Arbeiter-Sängerbund. Montag, 13. November, Abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Ketelsen (Sanssouci):

Vergnügen

bestehend in Concert, Gesang, Theater, Festrede und Ball. Karten für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg. sind zu haben bei den Herren: P. Lassen, Neustadt; Fuhr, Norderstraße; Fries, Norderstraße, Zimmermann, Compagniestraße; Voß, Heiligengeistgang, Schmidt. Holm 829, Döll, Südermarkt, Cigarrenladen; Albrecht, Plankemap, Einführung ist gestattet. Um zahlreichen Betheiligung ersucht (2b)
3,60] (F. 120) Das Comité.

Hannover. Sonnabend, den 11. November, Abends 8 Uhr, im Saale des Ballhofes:

Stiftungsfest

des sozialdemokratischen Wahl-Vereins

bestehend in Festrede, gehalten von Hrn. Praast, Declamationen und Ball, unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Ferdinand“. Alle Freunde und Parteigenossen sind dringend eingeladen. (2b)

Karten zum Concert à 30 Pfg., ganzes Fest à 75 Pfg. sind zu haben in den Versammlungen bei H. Rudolph, Mittelstraße 11 und bei der Festcommission. (F. 161) [3,60

Das Vergnügungs-Comité.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Nächsten Sonntag, den 12. November:

Abendunterhaltung der Sänger

mit darauf folgenden Tanz

in der Moritzburg zu Gohlis. Einlaß 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. (2b)

Die Mitglieder und Freunde des Vereins sowie Parteigenossen ladet freundlichst ein Der Vorstand. [2,10

Altona. Sonnabend, den 11. November, Abends 8½ Uhr, in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Weidemann aus Hamburg.
60] O. Reimer.

Kiel. Arbeiter-Sängerbund. Montag, den 20. November, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“:

Abendunterhaltung u. Ball

bestehend in Gesang, Concert und Theater. Herrenkarten 60 Pfg., Damenkarten 20 Pfg. (F. 180) [27

NB. Karten sind zu haben an den bekannten Stellen.

Das Comité.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 11. November, Abends 8 Uhr: Versammlung, Täubchenweg, Restauration von Menzel. Tagesordnung: Abrechnung. Vortrag von Hrn. Lienig über Stück- oder Tagelohn. [60

Leipzig. Allgemeiner Böttcher- und Küper-Verein. Sonnabend, den 11. November, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Richter, Roßplatz 9. Tagesordnung: Das Vereins- und Versammlungsgesetz. D. V. [40

Schönberg-Probstei. Sonntag, den 12. November, Abends 7 Uhr:

Großer Arbeiter-Ball

in Krumbeck, unter Mitwirkung der Liedertafel des Arbeiter-Sängerbundes aus Kiel, sowie deklamatorische Vorträge. [3,20

Karten für Herren im voraus 50 Pfg., Damen 20 Pfg. sind zu haben bei den Herren Suhr und Otto in Schönberg, an der Kasse für Herren 60 Pfg., Damen 30 Pfg. (F. 280)

Alle Freunde von Probstei und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. Das Comité.

Volkmarsdorf. Sonnabend, 12. November, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Hrn. Süsse:

Einwohner-Versammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Gemeinderathswahl. Referent: H. Dohne. Die Einberufer. [60

Thüringer Tischbutter
das Stück 75 Pf.

bei Friedrich Walstab.
(3c) Schönefeld (Neuer Anbau) Hedwigstraße 91. [180

Protokoll des Sozialisten-Congresses
zu Gotha
vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.

☞ Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Achtung! Dienstag, den 7. November, Nachmittags 5 Uhr, erschien

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 3 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

Für den Wahlkampf.

Im Anfang November werden erscheinen und sind durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen:

I. Was wollen die Sozialdemokraten?

Ein sozial-politisches Gespräch.
Von H. Oldenburg.

Preis im Buchhandel 50 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.

Der Verfasser beantwortet die aufgeworfene Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzweiflung im liberalen Lager.

Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgischen Zeitung und die Schmähschrift des Herrn von Unruh.
Von Wilhelm Bracke.

Preis im Buchhandel 25 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stck. 4 Mk., 200 Stck. 12 Mk. 50 Pf. 1000 St. 50 M.

Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezuge gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß.

Um recht baldige Aufgabe von Bestellungen wird gebeten; nach der Reihenfolge der einlaufenden Bestellungen wird expedirt. — Die Schrift:

„Nieder mit den Sozialdemokraten!“

ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Bracke'sche Schrift zu beziehen; bei Verwendung großer Partien zu Wahlzwecken besondere Vereinbarung. Auflage jetzt 65,000.

Braunschweig, 30. Oktober 1876.
(3b) W. Bracke jr.

Erscheint monatlich ein Mal

Der Wähler.

Preis pro Nummer 15 Pf.

Organ zur Förderung sozialdemokratischer Wahlen.

Preis bei Postbezug vierteljährlich Mark 0,80. Preis per Nummer (bei direktem Bezug) Mark 0,15 Pf. Der Reinertrag ist für Wahlzwecke bestimmt. — Verantwortlicher Redakteur: C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37, III. Verleger: August Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Nr. 8 des Wähler

ist erschienen, und nach den Orten zur Versendung gelangt, welche über Nr. 7 abgerechnet haben.

Die Parteigenossen in Preußen werden dringend aufgefordert, für das Abonnement auf das Blättchen nach Kräften zu wirken, da der Reinertrag desselben für die Wahlagitation verwendet wird. Besonders aber mögen die Agitatoren stets dafür wirken, daß der Abonnentenstand ein immer stärkerer werde!

Für Sachsen.

Bei uns sind zu haben:

Formulare zur Anmeldung von Versammlungen.

12 Stück 30 Pf. Kreuzband-Porto 10 Pf.

Diese Formulare, welche zu Volks-, Vereins-, Wähler-, Sozialisten- ꝛc. Versammlungen zu benutzen sind, werden entsprechend ausgefüllt, unterschrieben und bei der betr. Behörde eingereicht.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für das Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lantermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 19. Sonntag, 12. November. 1876.

Unsere Gegner.

VI.

(Schluß des VI. Art.)

Sind Sie schwer von Begriffen, Herr Sozialistentödter!

Aufgepaßt: In der sozialistischen Gesellschaft sind die Arbeitsinstrumente Gemeineigenthum; alle Arbeit, die verrichtet wird, wird für die Gesellschaft verrichtet — nicht für einzelne Mitglieder derselben, sondern für alle.

Sie schütteln wiederum den Kopf, Herr von Unruh! Nun, wir haben nicht die Zeit, Sie in das ABC der Nationalökonomie einzuweihen, Sie über die Bedeutung der Worte: Arbeit, Arbeitsinstrumente aufzuklären; und wir haben nicht die Macht, Sie — da das Verständniß Ihnen abgeht — zu dem Glauben an die Durchführbarkeit unserer Prinzipien zu zwingen (für Belehrungs- und Bekehrungsversuche sind Sie überhaupt zu alt und kein hinlänglich dankbares Objekt); aber wozu wir Sie zwingen können, so gewiß Sie denkfähig sind, ist, daß Sie bei Beurtheilung der Wirkungen des Sozialismus auch die sozialistische Gesellschaftsordnung zu Grunde legen, und nicht ein beliebiges Phantasiegebilde, das Sie willkürlich unterschieben, und das zufälliger Weise mit Ihrer Gesellschaft eine verteufelte Aehnlichkeit hat.

Sie pflücken die Giftblüthen der bürgerlichen Gesellschaft, und geben sie für die Gewächse der sozialistischen Gesellschaft aus.

Wie nennt man ein solches Verfahren in der Handelswelt, Herr von Unruh?

Betrug!

Seien wir mild — sagen wir blos: Sie gehen von falschen Voraussetzungen aus.

Dagegen verwahren wir uns nachdrücklich.

Was würden Sie z. B. sagen, wenn wir schlußfolgerten:

„Gründen" und Stehlen ist eins und dasselbe.

Ein Gründer ist ein Spitzbube.

Herr von Unruh ist ein fünffacher Gründer.

Folglich ist Herr von Unruh ein fünffacher Spitzbube.

Sie würden energisch protestiren und uns entgegenhalten, daß wir von falschen Voraussetzungen ausgingen.

Und doch wäre unsere Schlußfolgerung zum Mindesten ebenso berechtigt wie die Ihrige, vor der sie obendrein entschieden den Vorzug der Logik hätte.

Ob Gründer und Spitzbuben Synonyme*) sind, ist vorläufig noch eine Streitfrage; daß aber in der sozialistischen Gesellschaft — und diese müssen Sie für Ihre Argumentation acceptiren — eine Ausbeutung von Menschen durch Menschen nicht möglich ist, das ist keine Streitfrage, das ist eine Thatsache, die jedem Durchschnitts-Quartaner einleuchtet, dem man fünf Minuten lang die Rudimente des Sozialismus erklärt hat. Ausbeutung setzt Uebermacht auf der einen, Schutzlosigkeit auf der anderen Seite voraus; und in einer Gesellschaft, die durch Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut und durch gerechte Vertheilung der Arbeitsprodukte die ökonomische und damit die soziale und politische Gleichheit sämmtlicher Gesellschaftsglieder herstellt, wird die Möglichkeit der Ausbeutung in irgendwelcher Form, und folglich auch der Prostitution, ausgeschlossen.

Die sozialistische Gesellschaft kennt keine Gründer und keine Aktionäre, keine Räuber und keine Geplünderten, keine Kapitalisten und keine Lohnsklaven, keine Menschenkäufer und keine gekauften Menschen, keine Herren und keine Knechte — die Gründer, Räuber und Kapitalisten müssen ehrlich arbeiten, sogar ein Stroußberg wäre genöthigt, ein nützliches Glied der Gesellschaft zu werden; den Menschenkäufern wird das Handwerk gelegt, und wer sich anmaßt, den Herrn spielen zu wollen, wird in eine Besserungs- oder Irrenanstalt gesteckt. Das Weib aber, das jetzt, außer den Ketten der ökonomischen, sozialen und politischen Sklaverei, noch die Ketten der geschlechtlichen Sklaverei zu tragen hat, wird frei sein — gleichberechtigt dem Mann.

Wo bleibt da die Prostitution, Herr von Unruh? Wo Ihre Bordelle mit der Thalertaxe?

In Ihrer Gesellschaft muß sich das Weib verkaufen; in unserer Gesellschaft kann sich das Weib nicht verkaufen.

Das ist der Unterschied.

Nicht wahr, Sie sehen jetzt ein, daß es ein Unsinn war, die Prostitution der heutigen Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft hinüber zu tragen?

Doch wir wollen tolerant sein. Der Gedanke an Ihre fünf Gründungen und „Schwindelanfälle" hat Sie wohl etwas verwirrt und das Wort „Prostitution" niederschreiben lassen, ohne daß Sie sich der Bedeutung desselben recht bewußt gewesen —, wir wollen in Gnaden annehmen, es sei Ihnen wieder ein lapsus pennae passirt und Sie hätten nicht Prostitution gemeint, sondern „Weibergemeinschaft", regellosen thierischen Geschlechtsverkehr. — Sie sind der Ansicht, wenn die sozialistische Gesellschaft mit jedem anderen Zwang den Liebes- und Ehezwang aufgehoben habe, werde das Streben der Menschen sich blos auf viehischen Geschlechtsgenuß richten. Nicht wahr, das meinten Sie? Sie nicken zustimmend?

Gut! Aber da kommen Sie nicht besser weg, Herr von Unruh. Ihr Unglück ist und bleibt, daß Sie — Ihren Schnurrbart nicht gereinigt haben und den Schmutz der heutigen Gesellschaft, Ihrer Gesellschaft, nicht los werden können. Was Sie uns zuschreiben, das ist die „berechtigte Eigenthümlichkeit" Ihrer Gesellschaft, genauer ausgedrückt Ihrer Gesellschaftsklasse. Daß heutzutage geschlechtliche Ausschweifungen auch bei den sogenannten niederen Klassen, bei dem arbeitenden Volke zu finden sind, wer wollte es leugnen? Wir nicht. Aber die Wollust methodisch pflegen, die Liederlichkeit raffiniren, sie in ein System bringen, den regellosen Geschlechtsgenuß zur Lebensregel machen, das kann das arbeitende Volk nicht, dazu fehlt ihm die Zeit. Im Großen und Ganzen „macht es aus der Noth eine Tugend", ist tugendhaft, weil es muß. Die Arbeit ist eben eine vortreffliche Morallehrerin, die einzig wirksame Garantie der Sittlichkeit.

Zur raffinirten, systematischen Wollust gehört zweierlei: Schwelgen und Müßiggang.

„Müßiggang ist aller Laster Anfang", sagt das Sprüchwort. Sie kennen's doch, Herr von Unruh?

Und wo findet sich das Schwelgen und der Müßiggang, Herr von Unruh?

Wo sich auch die systematische Liederlichkeit nnd Corruption findet.

Bei den Arbeitern nicht. — — —

Schauen Sie um sich! Halten Sie Heerschau unter Ihren Klassengenossen, und halten Sie Heerschau unter den Arbeitern, namentlich den sozialistischen Arbeitern.

In Arbeitervereinen, in Arbeiterversammlungen, überall, wo Arbeiter ihre Gedanken, ihre Gefühle austauschen — was bildet das Thema der Gespräche, der Reden, der Vorträge? Politische und ökonomische Fragen; wissenschaftliche Probleme, die erhabensten Ziele der Menschheit. Manches unverdaute Zeug mag dabei zu Tage gefördert werden, das ideale Streben ist aber unstreitig vorhanden. Nur ein Lügner kann dies in Abrede stellen.

Wie anders unter Ihren Klassengenossen, Herr von Unruh! Wovon unterhalten sich Fabrikanten, Kaufleute, Offiziere? In erster Linie von Frauenzimmern, und zwar von Frauenzimmern, „die zu haben sind", von Frauenzimmern, die man „zu haben" hofft, von Bordellen, von den schmutzigsten Mysterien der Venus vulgivaga, der „Weibergemeinschaft" in Ihrem Sinn, Herr von Unruh! Außerdem noch in zweiter Linie vom „Geschäft", von Wettrennen und sonstigen Thierquälereien, von Duellen und sonstigen Rohheiten, von Pferden, Hunden und ähnlichen Culturgegenständen.

Waren Sie je auf der Leipziger Messe, Herr von Unruh? Nicht? Nun, so wollen wir Ihnen erzählen, daß für die Leipziger Messe, welche die Blüthe der Bourgeoisie „froh vereint", die Leipziger Bordelle stets reichlich mit frischer Waare assortirt werden müssen, und daß trotzdem der überaus entwickelte — „Familiensinn", würden Sie's wohl nennen, Herr von Unruh! — unserer moralischen Bourgeois sich noch auf den Straßen aufs Lebhafteste bethätigt. So lebhaft, daß notorisch während der ganzen Dauer der Leipziger Messe kein anständiges Mädchen ohne männlichen Schutz sich herauswagen kann, weil es in Gefahr schwebt, selbst am hellen lichten Tag mit den moralischen Begriffen, die unsere moralischen Bourgeois von Ehe, Liebe und Familie haben, in praktische Collision zu gerathen. Und gehen Sie einmal an die Wirthstafeln — sogar der feinsten Hotels —, wo die moralischen Herrn „Meßgäste" zusammenspeisen, und hören Sie sich die Tischgespräche an. Erstens Zoten, zweitens Zoten und drittens Zoten — und dabei mit cynischer Offenheit die erlebten, oder auch erdichteten „Liebesabenteuer" zu Markt gebracht. Wer mit den saftigsten Zoten, den unfläthigsten Schweinereien aufwartet, ist König im Reiche der Bourgeoismoral. Wir haben uns in den verschiedenartigsten Kreisen bewegt, sogar in den Kreisen des verworfensten „Auswurfs der Gesellschaft", das können wir betheuern: was unsere moralischen Herrn Bourgeois in puncto der Zotenreißerei und Schmutzunterhaltung zu leisten verstehen, das haben wir in keinen anderen Kreisen erreicht, geschweige denn übertroffen gefunden. Und le style c'est l'homme (der Styl ist der Mensch) — nicht bloß der Schriftstyl, sondern auch der Rede- und Gesprächsstyl — in der Unterhaltung spiegelt sich die Seele; wie die Worte, so die Werke — —

Verlassen wir das unsaubere Thema und argumentiren wir weiter:

Also, — und das ist der Kern Ihres Raisonnements, so gut er sich aus den konfusen Phrasen und Sendungen herausschälen läßt — wenn der Ehe- und Liebeszwang aufhört, tritt promiscuous intercourse ein, die schrankenloseste Polygamie und Polyandrie (Vielweiberei und Vielmännerei) — dauernde Beziehungen zwischen den Individuen der beiden Geschlechter gibt's nicht mehr, Jedes stürzt aus den Armen des Einen flugs in die des Anderen — nach dem, für die Mädchen und Frauen entsprechend zu variirenden, Text:

„Heut' lieb' ich die Susanne
Und morgen die Johanne!"

(Ein sozialistisches Liedchen? Nicht wahr, Herr von Unruh?) Nur daß das „heut" und „morgen" nicht durchaus 24 Stunden dauern müßte — denn ein solches obligatorisches Minimum wäre ja ebenfalls ein Ehe- und Liebeszwang.

Gemach, Herr von Unruh.

Eine Frage!

Ist die heutige Ehe — die bürgerliche oder kirchliche — denn wirklich eine Garantie der geschlechtlichen Treue und der Beständigkeit?

Sind die Herren Fabrikanten und Kaufleute, deren Treiben auf der Leipziger Messe wir Ihnen — beispielshalber — vorhin schilderten, etwa allesammt unverheirathete Leute? Die Eheringe, welche dieselben in den Bordellen herumzeigen, sind glänzende Beweise des Gegentheils. Und die vornehmen Herren — dem Arbeiter erlauben schon seine Mittel keine so kostspieligen Vergnügungen, dafür sorgen Ihre Herren Collegen durch Befolgung des Camphausen'schen Recepts, dem ja auch Sie sehr eifrig huldigen — und die vornehmen Herren, welche die Schauspielerinnen, Sängerinnen und Ballettänzerinnen „unterhalten", unser modernes Theater zu einem höheren Bordell gemacht haben, sind diese „Gründer", Commerzienräthe, Banquiers, Fabrikanten, Offiziere, Minister, Barone, Grafen, Fürsten und so fort, und so fort, sind sie allesammt unverheirathete Leute, Herr von Unruh? Sie wissen das Gegentheil! Und die Herrn „Gründer", Commerzienräthe, Banquiers, Fabrikanten, Offiziere, Minister, Barone, Grafen, Fürsten u. s. f., u. s. f., die „Maitressen" besitzen, elegant eingerichtete Absteigequartiere haben — wir könnten auf Wunsch mit zahlreichen Adressen und Namen dienen, über die Mancher sich wundern würde — sind sie allesammt unverheirathete Leute? Nein. Sie haben in diesen Dingen zu viel Erfahrung, um eine so offenkundige Thatsache in Zweifel zu ziehen.

Eine zweite Frage!

Wer hindert Sie, Herr von Unruh, sich ein „Verhältniß" außer dem Haus zuzulegen, oder in Abwesenheit der Frau von Unruh mit Ihrem Dienstmädchen „freie Liebe" zu treiben? Wer hindert die Frau von Unruh in Abwesenheit des Herrn v. Unruh mit ihrem Leibkutscher eine „Eheschließung" à la Unruh einzugehn?

Ruhig Blut Anton, pardon: Herr v. Unruh!

Wie können Sie sich so ereifern?

Was dem Herrn v. Unruh und der Frau v. Unruh recht ist, ist jedem anderen Menschen billig. Und haben Sie nicht gesagt, wenn der äußere Ehe- und Liebeszwang wegfalle, würde der ungeregelte Geschlechtsgenuß, das schmetterlingsartige Flattern von einem „Gegenstand" zum andern, allgemeine Gesellschaftsregel werden? Wir haben Ihnen gezeigt, daß die heutige Ehe die Weiber- und Männergemeinschaft in Ihrem Sinne nicht verhindert, und — wir haben die Consequenzen Ihrer Behauptungen auf Sie selber und Ihre Frau Gemahlin angewandt.

„Aber", wenden Sie noch immer ein, „der Herr v. Unruh und die Frau v. Unruh sind feingebildete Leute, sie wissen, was sich schickt, sie haben geläuterte Sittlichkeitsbegriffe!"

Zugegeben! Zugegeben! Um des Arguments willen zugegeben!

Aber, Herr v. Unruh, der Sozialismus beschränkt sich nicht auf die ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft, er nimmt auch die Culturaufgabe des Staates ernst, und wird ein wirklich den Namen verdienendes Volksschul- und öffentliches Erziehungssystem einführen.

Wir „Barbaren des 19. Jahrhunderts" sind so barbarisch zu verlangen, daß das Schul- und Erziehungswesen, neben der genossenschaftlichen Organisation der Arbeit und der gerechten Vertheilung der Arbeitserzeugnisse, die einzige Hauptaufgabe des Staates sei. Und wir sind so verwegen zu glauben, daß, wenn einmal der Staat, statt Millionen und Milliarden in das bodenlose Faß des Militarismus zu schütten, seine Kraft auf Erfüllung dieser Aufgabe concentrirt, der ungebildetste Staatsbürger mehr Bildung, eine harmonischere Bildung haben wird, als Sie, Herr v. Unruh — ohne Ihrer Bildung zu nahe treten zu wollen — und — Scherz bei Seite! — mehr Anstand und geläuterte Sittlichkeitsbegriffe!

Der Ihrer corrupten Gesellschaft entrissene Mensch, der sich selbst wiedergegebene Mensch soll viehisch sein, wie ein Hund, viehischer, als ein Hund!

Das ist zu arg. Um den Sozialismus zu verdächtigen, haben Sie die menschliche Natur verdächtigt, den Menschen unter das Vieh degradirt.

Sie wollten ein Pasquill (Schmähschrift) auf den Sozialismus schreiben und Sie haben ein Pasquill auf die Menschheit geschrieben. Obgleich Sie uns durch Identifizirung des Sozialismus mit der Humanität ein unfreiwilliges Compliment machen, können wir Ihnen das nicht hingehen lassen.

Ihre Unwissenheit, Ihren Mangel an Logik, Ihre Verdrehungen, Ihr Fälschen, Ihre Inconsequenzen, Ihre Verdächtigungen, Ihre Unsauberkeiten — das Alles können wir Ihnen verzeihen, diese Beschimpfung der Menschennatur, diese Majestätsbeleidigung an dem Geiste der Menschheit können, dürfen wir Ihnen nicht verzeihen. Das erheischt Züchtigung. —

Das ernsthafte Instrument her!

„Eins, zwei, drei!" aber nicht „an der Bank vorbei", sondern auf die Bank, Herr v. Unruh!

Eins! — Zwei!! — — Drei!!!

Adieu! Herr v. Unruh! Und hüten Sie sich vor weiteren „Schwindelanfällen"!

*) Worte mit gleichen oder ähnlichen Bedeutungen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zwangscours in Deutschland. Auf welch' prächtiger Grundlage unsere deutsche Münzreform, an der die „Finanzcapacitäten" innerhalb und außerhalb des Reichstags so lange „gearbeitet" haben, beruht, geht daraus hervor, daß die silbernen Fünf-Markstücke nur 3¾ Mark wirklichen Werth haben. In welcher Weise unsere deutschen Patrioten gegen die österreichische Regierung losgezogen sind, die ihre Staatsbürger zwinge, das österreichische Guldenstück zu 2 Mark anzunehmen, trotzdem dasselbe nur ungefähr 1 M. 60 Pf. wirklichen Werth repräsentirt, ist allgemein bekannt — und jetzt stehen wir im Verhältniß zu den beregneten Oesterreichern unter der Traufe. Der Zwangscours ist übrigens immer aufgetaucht in denjenigen Ländern, welche vor dem wirthschaftlichen, finanziellen Ruin standen. Armes Deutschland, wie theuer mußt du deine „Heldenthaten" von 1864, 1866 und 1870—71 bezahlen!

— In der Sitzung des deutschen Reichstags vom 8 November wurde ein Antrag des Abg. Most auf Aufhebung der schwebenden Untersuchungen wider die Abgg. Geib, Hasselmann und Vahlteich während der Dauer der Session angenommen. — Vor einigen Tagen wurde auch das Strafverfahren gegen den Abg. Liebknecht sistirt.

— Der evangelische Oberkirchenrath wendet sich in einem kläglichen Schreiben an die Gemeinden, um die kummervolle Lage der Seelsorger zu mildern. Durch Erhöhung des Gehaltes derselben auf mindestens 600 Thaler sei zwar der dringendsten Noth der bedrängten Geistlichen vor der Hand abgeholfen, aber ganz ohne Sorgen müßten sie gestellt werden, und dazu gehört mehr.

600 Thaler! Dies ist allerdings keine große Summe, aber 5/6 der geistigen und körperlichen Arbeiter haben weniger. Und doch sind es gerade die Geistlichen, welche die große Masse des Volkes zur Geduld mahnen und auf den Himmel vertrösten, der ihnen Ersatz biete für das Erdenleid. Weshalb sind denn gerade sie nicht mit dem „Ersatz" zufrieden, den der Himmel bietet. Glauben sie nicht an den Ersatz, den sie doch immer predigen? Die „bedrängte Geistlichkeit" möge sich doch selbst mit dem so oft von ihr citirten Spruche trösten: Selig sind die Armen, den ihrer ist das Himmelreich!

— Daß verbrecherischer Schwindel in den höchsten Kreisen der herrschenden Gesellschaft heimisch ist, hat in neuester Zeit der große Prozeß der Wiener „Phosphatgesellschaft" in ungewöhnlich eklatanter Weise bewiesen. Von dieser Gesellschaft behauptete der Staatsanwalt in seinem Pladoyer mit vollem Recht: „Auch in der entschwundenen Periode der Täuschungen ist in solcher Blöße und Nacktheit kein Betrug verübt worden." Allein die Stellung des öffentlichen Anklägers war von vornherein eine haltlose, da er den Hauptschuldigen nichts anhaben konnte. Der Wirkliche Geheimrath Freiherr v. Helfert z. B., der notorisch eben so schuldig war wie die Angeklagten, mußte unbehelligt gelassen werden, weil er ein Liebling des Hofes ist. Bevor besagter Freiherr v. Helfert als Zeuge vernommen wurde, übermannte ihn die Aufregung derart, daß er im Zeugenzimmer ohnmächtig zusammenbrach. Und diese Aufregung ist wahrlich kein Zeugniß für ein gutes Gewissen. In der Vernehmung selbst zeigte sich das Gedächtniß des noch verhältnißmäßig jungen Mannes sehr geschwächt. Die Polizei hat übrigens in diesem Prozesse die kaiserliche Kabinetskanzlei arg compromittirt. Auf Requisition des Gerichtes gab sie eine Leumundsnote über den bekannten Dr. Ullmann ab — den ehemaligen Secretär des Grafen Langrand-Dumonceau —, worin sie denselben geradezu eine zweifelhafte Existenz nannte, dessen Treiben dem aller dunklen Ehrenmänner entspreche. Dr. Ullmann wies nun nach, daß er fast zur gleichen Zeit, als die Polizei diese Note abfaßte, „von Sr. Majestät" den Orden der Eisernen Krone (eine sehr hohe Auszeichnung) empfangen habe. Unter diesen Umständen hatte die Vertheidigung leichtes Spiel. „Sie haben sie gleich mir durchgelebt," sagte der bekannte Anwalt Dr. Neuda, „jene Zeit der Täuschungen; diese „Täuschung" aber, meine Herren, begrenzte sich nicht blos auf gewisse Kreise, sie erstreckte sich auf alle Regionen, und selbst die höchsten Kreise blieben von ihr nicht verschont. Damals, meine Herren, sah der öffentliche Ankläger diesem Treiben ruhig zu, die Moral und das Gerechtigkeitsgefühl, in ihm verkörpert, empörten sich nicht; nunmehr aber, wo Unsummen von Werthen vom Winde hinweggeweht sind und die Armuth und Noth allenthalben einherwanken, will man neben dem Ruine des Glückes auch noch den Ruin der Ehre. So wünschte ich denn zum Mindesten in der Verfolgung selbst mehr Consequenz und Festigkeit und bessere Auswahl, wünschte, daß Groß und Klein vor die Gerichtsschranken gezogen werden, um sich zu rechtfertigen, eine Gleichheit der Vertheilung im Sonnenschein wie im Winde .... Kraft meines Amtes kann ich nicht gestatten, daß die Staatsanwaltschaft Einzelnen gegenüber Schonung übe; Einer für Alle, Alle für Einen, das ist die Devise, unter der dieser Fall zu beurtheilen ist. Es kann, es darf Niemand ausgeschieden werden. Es sind Alle oder es ist Niemand strafbar." Es bedurfte hiernach noch kaum des Plaidoyers der übrigen drei Anwälte. Sämmtliche vier Angeklagte wurden durch das Verdikt der Jury von der ihnen zur Last gelegten Anklage freigesprochen; diese Freisprechung aber war die schärfste Verurtheilung für die herrschenden Klassen in Oesterreich. Und wie in Oesterreich, so sind sie bei uns und überall — Diejenigen, welche heute „auf des Lebens lichten Höhen wandeln".

— Ueber die Arbeiterbewegung in Dänemark wird aus Kopenhagen geschrieben wie folgt: „In gleichem Maße wie die Zahl unserer Anhänger zunimmt, in gleich erfreulicher Weise mehrt sich auch die Abonnentenzahl unserer Organe „Sozial-Demokraten" und „Ravnen". Selbstverständlich heulen unsere Gegner auf das Entsetzlichste über das allmälige Emporschießen und Gedeihen der sozialdemokratischen Saat, und gleich widerwärtigen Pintschern kläffen sie uns an und überbieten sich, unseren Führern alles Schlechte in die Schuhe zu schieben; unter Anderem fehlt auch die Beschuldigung nicht, daß sie den Arbeitern ihre sauer verdienten Groschen aus der Tasche locken, um selbst in Nichtsthun und Wohlleben schwelgen zu können. Die Verleger des „Sozialdemokraten" haben diese gemeine Beschuldigung auf das Glänzendste zu nichte gemacht, indem sie jährlich mit 7000 Abonnenten und darüber 3500 Kronen, mit 8000 Abonnenten 4000 Kronen und für je weitere 1000 Abonnenten 500 Kronen (1 Krone = 1,13 Mark) als Unterstützung für die verunglückten Parteigenossen und Abonnenten hergeben. Die Statuten sind bereits ausgearbeitet und ist daraus zu ersehen, daß ein Jeder, der vom 1. Oktober 1876 an ein halbes Jahr Abonnent des „Sozialdemokraten" gewesen ist, bei einer etwaigen Verunglückung in der Stadt oder auf dem Lande, auf der Reise oder bei der Arbeit, bei Feuersbrünsten u. s. w., eine entsprechende Unterstützung aus den ausgeworfenen Summen erhält, ausgeschlossen bleiben solche, die im Kriege, Rauferei oder Duell oder durch Trunksucht, bei Wettrennen, Wettsegeln, Luftballonsteigen verunglücken, aber besondere Berücksichtigung verdienen Solche, die durch Mißhandlung beim Militär oder durch Ueberfall von Polizeimannschaften körperlich geschädigt werden." — Es fällt uns nicht ein, den dänischen Gesinnungsgenossen vorschreiben zu wollen, wie sie am besten die Agitation betreiben könnten; nur soviel sei gesagt, daß wir es zur Förderung der Sache des dänischen Proletariats für wenig ersprießlich halten, etwaige Geldüberschüsse zu Versicherungszwecken verwenden zu wollen. Mögen doch die Gegner heulen, kläffen und verleumden, das sind ja ihre vornehmsten Kampfesmittel. Unsere deutschen „Führer" können gewiß auch ein Liedchen davon singen, was es heißt, mit Koth beworfen zu werden. Nicht nur die „verpraßten Arbeitergroschen" spielen da eine Rolle — sogar complette Rittergüter sollen sich einzelne „Führer" der deutschen Sozialisten schon erworben haben. Also Verleumdung dort wie hier — darum ruhig Blut. Es ist eben die alte Geschichte: eine schlechte Sache kann nur mit schlechten Mitteln vertheidigt werden.

— Aus Kopenhagen wird berichtet, daß die dortigen Buchdruckereibesitzer über alle Schriftsetzer, welche dem Typographenbunde angehören, den Arbeitsausschluß verhängt haben. Einige Setzer wurden, angeblich wegen Unfugs, verhaftet.

— In Frankreich mißbraucht man gleichfalls die im Heere dienenden Handwerker, um sie für unerhört billige Lohnsätze bei Meistern arbeiten zu lassen. Daß dadurch den nicht uniformirten Gesellen der Verdienst in doppelter Weise geschmälert wird, versteht sich von selbst. Ob monarchistisch, ob blau-republikanisch, gleichviel, überall herrscht der Capitalismus.

— Von italienischen Parteigenossen werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Notiz, betitelt: „Bündnisse" unter der „Politischen Uebersicht" des „Vorwärts" vom 20. Oktober (Nr. 9) eine Unrichtigkeit enthält. Gleichzeitig mit dem französischen tagte kein italienischer Arbeitercongreß. Herr Filipperi, welcher das Telegramm nach Paris schickte, handelte blos im Auftrag des „Vorstands", welchen der vor einigen Monaten zu Genua abgehaltene Congreß italienischer Arbeitergesellschaften niedergesetzt hat. Dieser Congreß hatte aber durchaus keinen ausgesprochen sozialistischen Charakter, indem die auf demselben vertretenen Vereine meist der mazzinistischen, der internationalen Arbeiterassoziation feindlichen Richtung angehören. Die Bedeutung der Demonstration wird dadurch nicht vermindert. Im Gegentheil, daß selbst die mehr national gesinnten Arbeiter Italiens von solch brüderlichen Gefühlen den französischen Arbeitern gegenüber beseelt sind, zeigt erst recht die Tiefe der italienischen Sympathien für das demokratische Frankreich.

— Das Unglück, einmal die Wahrheit gesagt zu haben, läßt Hrn. Schulze von Mainz nicht schlafen (ein ähnliches Pech ist ihm noch nicht zugestoßen), und in einer schlaflosen Nacht hat er folgenden Angst-, Noth- und Reueschrei ausgestoßen, den der „Pforzheimer Beobachter" vom 1. d. „unter dem Strich" registrirt hat und den wir hiermit der Vergessenheit entziehen wollen:

„Zur Klarstellung. Erlauben Sie mir, die Spalten Ihres Blattes, welche Sie in so freundlicher Weise dem Berichte über meinen Vortrag geöffnet, auch noch für einige klarlegende Bemerkungen in Anspruch zu nehmen. Dieselben sind, wie es scheint, dadurch wünschenswerth geworden, daß der „Genossenschafter" und ihm folgend, der Leipziger „Vorwärts" sich mit dem erwähnten Vortrage befaßt haben, der dies natürlich nicht anders ermöglichen konnte, als mittelst einiger grober Entstellungen.

„Die beiden genannten Blätter thun so, als habe ich den allgemeinen Inhalt der sozialdemokratischen Blätter und der „Bourgeois-Presse" mit einander verglichen. Es ist aber ganz unmöglich, daß ein Zuhörer mich dahin mißverstehen konnte, und wenn also der „Vorwärts" in gewissem Sinne gerechtfertigt sein mag, so ist doch der „Genossenschafter", um mich gelinde auszudrücken, von leichtsinniger Berichterstattung nicht freizusprechen, denn nach dem ganzen Zusammenhange konnte kein Zweifel obwalten, daß ich nicht von jenem allgemeinen Inhalte der resp. Blätter, sondern von dem Inhalt an specifisch-belehrenden Artikeln sprach. Ich weiß wohl, daß die „Allgemeine Zeitung" mit ihrer literarischen Beilage, die „Kölnische Zeitung" mit ihren naturwissenschaftlichen Artikeln, und noch andere Blätter ehrenwerthe Ausnahmen bilden, und daß selbst kleinere Blätter existiren, welche sich redlich bemühen, zu der wirklichen Bildung und dem Wissen ihrer Leser etwas Reelles beizutragen. Aber daß dies im Großen und Ganzen vereinzelt vorkommt, wird mir kein Kenner unserer Tagespresse bestreiten, und hierauf, unter Hinblick auf die „philosophischen und nationalökonomischen" Artikel der sozialdemokratischen Blätter, bezog sich meine tadelnde Bemerkung. Ob ich von „nicht dem zehnten Theil" bei diesem Anlasse wirklich gesprochen, will ich nicht schlechthin in Abrede stellen, möchte aber glauben, daß auch dieses Wort eher der Phantasie des Berichterstatters (!) als mir entsprungeu ist. Vielleicht (!) habe ich gesagt, „kein liberales Blatt bringe den zehnten Theil so viel Artikel der bezeichneten Art als die sozialdemokratischen Blätter" und das dürfte der Wahrheit ziemlich nahe kommen. Unter allen Umständen hat es sich auch hier nicht um den gesammten Inhalt, sondern nur um die mehr charakterisirten, dem positiven Wissen dienenden Artikel gehandelt.

„Um nun jedes Mißverständniß auch für Diejenigen, welche dem Vortrage nicht beigewohnt, von vornherein abzuschneiden sei bemerkt, daß mir nichts ferner liegt, als die „philosophischen und nationalökonomischen" Artikel der sozialdemokratischen Organe wirklich für bildend oder auch nur für belehrend zu halten. Dieselben sind meines Urtheils ein Gemisch von Wahrem, Halbwahrem, Unbewiesenem und total Falschem, übergossen mit einer Sauce des rohesten Atheismus und des giftigsten Hasses gegen den modernen Staat, insbesondere aber gegen unser heutiges Deutschland. Belehrend können diese Dinge nur für den sein, der sich aus ihnen über das Wesen unserer Sozialdemokratie informiren will, und zur Bildung haben sie weiter keine Beziehung, als daß sie die Grundelemente jeder wahren Bildung, die Welt des Gemüthes und der sittlichen Grundsätze und Gewöhnung systematisch zu ertödten suchen. Ich nehme daher keinen Anstand, meine Ueberzeugung auszusprechen, daß einer in diesem Sinne geleiteten Presse gegenüber eine Ausnahmsgesetzgebung ebenso unerläßlich wie gerechtfertigt sein würde, und daß nur wenige Jahre vergehen dürften, bis die bittere Noth zu einer solchen zwingt. Was ich an der sozialdemokratischen Presse lobe, ist nur der Eifer, den sie entfaltet und mit dem sie ihre Hebel gerade an der richtigsten Stelle, nämlich an der Denk- und Gefühlsweise der Menschen ansetzt.

„Vielleicht glauben Einige, es wäre besser gewesen, die betr. Blätter selbst zur Aufnahme einer „Berichtigung" zu nöthigen. Aber die Natur des Gegenstandes machte dieses Verfahren gerade diesmal zu einem sehr schwierigen, und überdies habe ich keine Lust mehr, gegen sozialdemokratische Blätter die Gerichte anzurufen, seit meine Klage gegen den „Volksstaat" wegen der abscheulichsten, in demselben gegen mich geschleuderten Beschimpfungen (?) (bezahlter Spion, berüchtigter Schmalzgesell ꝛc.) mir nur eine Advokatenrechnung von 49 Mark eingebracht hat. Andererseits habe ich betreffs des Umfanges, in dem auch hier das Wort „semper aliquid haeret" wahr ist, so sonderbare Erfahrungen gemacht, daß ich es jedenfalls für zweckmäßig hielt, das Meinige gegen die Ableitung weiterer Mißverständnisse aus meinem Vortrage zu thun.

Mainz, Ende Oktober 1876.

Mit aller Hochachtung

Jul. Schulze."

Wir würden der köstlichen Stilübung nur Abbruch thun, wenn wir sie commentiren wollten. Und durch das wehmüthige Geständniß, daß beim Denunziren nichts herauskommt, als große Advokatenrechnungen, finden wir uns entwaffnet. Blos eine Bemerkung. Das semper aliquit haeret (es bleibt immer etwas hängen) bezieht sich auf den kläglichen Durchfall „unseres" Schulze bei der letzten Conferenz der hessischen „Fort(schreitenden Rück-)schrittspartei". Wir condoliren dem Armen von Herzen, deß darf er versichert sein.

Antwort eines Deutschen

auf Gustav Rasch's „Deutsche Flüchtlinge in London".

London, den 26. Oktober 1876.

An den Redakteur des „Volksstaat".

Geehrter Herr!

Sie haben am 30. Juli einen Artikel von Gustav Rasch über „Deutsche Flüchtlinge in London" veröffentlicht, dem ich, in Folge

Russische Cultur.

Die Lage der deutschen Colonisten in Rußland.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Eine verständige Regierung in Rußland sollte anstatt ihre Auswanderung zu erzwingen, jetzt um jeden Preis deutsche Landwirthe nach Rußland berufen und ihnen alle mögliche Freiheit gewähren, damit nur keiner fortgehe.

Wie in Rußland alles darniederliegt, das kann man nur begreifen, wenn man selbst im Innern Rußlands gewesen ist. Es giebt Bauerndörfer, in denen kein Pferd mehr zu finden ist und die letzten Kühe gepfändet wurden, um die Kronabgaben zu decken. Im ganzen Dorf gilt oft kein Haus 25 Rubel, das ganze Ackergeräth eines Bauern schon in die besseren Dörfern ist nicht 5 Rubel werth, ja es giebt Fälle, wo Bauern bis 70 Rubel Kronabgaben schuldeten und ihnen dafür 2 Pferde, eine Kuh und das ganze Ackergeräth gepfändet wurde, und alles das nur die Hälfte der Schuld deckte. Daß von Bearbeitung des Ackers unter solchen Verhältnissen nicht die Rede sein kann, ist begreiflich.

Die Summe der rückständigen Kronabgaben beträgt schon viele Millionen, eine andere Schuldsumme, die Abgaben, welche die Leibeigenen dem Edelmann laut dem Gesetz von 1861 als Loskaufs-Geld 49 Jahre lang zahlen müssen — ist noch viel größer; doch der Adel schreibt Zins auf Zins und lacht sich dann in's Fäustchen darüber, daß die emanzipirten Bauern ihm schon fast das halbe Jahr für die Zinsen arbeiten müssen. Die Schuld aber bleibt und wird auch in tausend Jahren nicht getilgt werden können, es sei denn, daß sie durch eine Revolution bald quittirt werde. Der Adel hat durch die Freilassung der Bauern viel gewonnen, er läßt jetzt die Bauern für die Zinsen arbeiten, und sobald die Arbeit beendet ist, läßt er sie gehen, während vor 1861 jeder Edelmann seinen Leibeigenen das ganze Jahr hindurch ernähren mußte. Welche Maßregeln angewendet werden, die Kronschulden einzutreiben, zeigen folgende Thatsachen: In Massalsk rief der Stadthalter im März 1875 13 Vorsteher der Bauern in das Bureau der Polizei (jeder Vorsteher ist gewählt von 4—8000 Seelen), hier wurden sie geschimpft mit Worten, deren sich jeder Deutsche schämen würde. Als sie auf die Kniee fielen und um Geduld baten, weil von den Bauern kein Geld einzutreiben sei, schrie der Stadthalter den anwesenden Soldaten zu: „Sperrt mir diese Hunde auf 7 Tage ein." Ein 60jähriger Greis, der durch Küssen der Füße des Statthalters Begnadigung zu erlangen trachtete, bekam einen Stoß mit dem Stiefel in die Zähne und die Antwort: „Hinaus Du Rindvieh." Alle 13 wurden in ein Loch von 1½ Kubik-Faden eingesperrt, wo sie fast erstickten. Als sie freigelassen wurden, da gings an ein Hauen der Bauern, die sie gerade zu Hause antrafen; zum Glück sind selten mehr wie 5 Proz. der Bauern zu Hause. Kommt aber so ein Bauer einmal von der Arbeit auf ein paar Wochen zu seiner Frau and seinen Kindern, dann muß er sogleich alles Geld hergeben — erst für die Krone, dann für den Edelmann und drittens für diejenigen, von welchen selbst durch Peitschen nichts mehr zu erlangen ist. Laut Gesetz vom Februar 1861 haften die Bauern nämlich solidarisch für einander. Steht aber ein angekommener Bauer in Verdacht, nicht alles Geld abgegeben zu haben — welcher Vater würde nicht die Sünde begehen, einige Rubel für seine hungrigen Lieben zu verheimlichen, — dann ist er keinen Augenblick sicher, daß er nicht in Gegenwart der Kinder entblößt und gepeitscht werde.

20 Hiebe erlaubt das Gesetz ohne Appellationsrecht, jedem Bauern — nach 1881 auch den Deutschen — zu geben, wenn aber der Verurtheilte zu arm ist, den Vollstrecker der Exekution vorher zu bestechen, dann empfängt er unzählige. Klagen die Bauern einmal über solche Willkür, dann ergeht es ihnen wie denen in Kursk. Dort hatte der Polizei-Inspektor Michajew einige Bauern mit 200 Peitschenhieben anstatt mit 20 derart mißhandelt, daß noch nach 5 Jahren zusammengewachsene Fleischknollen bewiesen, wie grausam sie zerfleischt worden waren. Die Gemißhandelten führten Klage, aber erst nach 5 Jahren, im April 1876, kommt die Sache vor Gericht. Viele Zeugen constatiren die Wahrheit der Aussagen der Bauern. Doch was geschah? Weil die als Experten berufenen Aerzte es nicht auf ihr Gewissen nehmen wollten, festzustellen, ob die Fleischknäuel von den gesetzlichen 20 oder von den ungesetzlichen 180 Hieben herrührten, sprach man den Michajew frei.

Professor Treitschke sollte einmal eine Reise durch die russischen Bauerndörfer machen, dann würde er von aller Sympathie für die „tiefeinschneidenden Reformen", durch welche Alexander II. dem Volke neue Bahnen geöffnet haben soll, geheilt sein (siehe Juni-Heft der preußischen Jahrbücher 1876: die Türkei und die Großmächte). Wann eine Revolution — für welche von zwei Seiten aus mit staunender Thätigkeit agitirt wird — in Rußland etwas Besseres schaffen wird, weiß man nicht; aber schrecklich wird der Umsturz sein, welcher durch die gegenwärtige Willkür heraufbeschworen wird, und je länger er hinausgeschoben wird, um so fürchterlicher wird sein Erscheinen sein. Der Adel strebt nach einer Regierung, wie die englische ist; seine Glieder nennen sich Anhänger der Dekabristen (Dezember-Männer von 1825), und unter ihnen zündet jedes von den russischen Zeitungen gebrachte deutschfeindliche Wort, wie ein Funken im Pulverfaß. Die andere Partei erstrebt einen Staat, in welchem alle Menschen gleiche Rechte haben sollen, Abschaffung des persönlichen Eigenthums, gleiche Schulbildung auf Staatskosten für Alle, eine gleichmäßige Arbeitszeit für Alle und eine Regierung aus dem Volke gewählt und Abschaffung der Kasten — alle Menschen sollen Bürger werden. Auch in ihr wühlt der Deutschenhaß, während beide eine große Sympathie für Frankreich äußern.

(Schluß folgt.)

— Bourgeoiswitz. Bei der „liberalen" Versammlung in Pößneck, in welcher Lasker Bericht erstattete, wurde, wie schon mitgetheilt, auch eine Abstimmung über die Wiederwahl des Ellenredners vorgenommen, die natürlich äußerst günstig für Laskerchen ausfiel. Ein alter Spießer mit einer prächtig glänzenden Karfunkelnase, der ziemlich weit hinten stand, wollte seinen Patriotismus recht kräftig zum Ausdruck bringen, und fuhr vor lauter Vergnügen mit beiden Fäusten in die Höhe. Ein neben ihm stehender Sozialdemokrat, dem dieses Muster-Exemplar eines Patentspießes Spaß machte, sagte zu dem Eifrigen: „Alterchen, heben Sie doch ooch die Beene hoch." Ganz verblüfft sah der Angeredete zur Seite und meinte nach einer Pause, während der er sich besonnen

längerer Abwesenheit, erst jetzt meine Aufmerksamkeit widmen kann. Uebte der Verfasser bloße Kritik, und wäre sie noch so heftig, ich würde kein Wort erwidern. Da er aber die hinterlistige Waffe der Unwahrheit, der kecken Erfindung gegen mich kehrt, so darf ich hoffen, daß Sie dieser Entgegnung in Ihrem Blatte Raum gönnen. Vor den deutschen Arbeitern, die ich ehre und achte, will ich nicht in falschem Lichte erscheinen.

Gustav Rasch weiß von dem Leben der hiesigen Deutschen absolut nichts. Die zahlreichen deutschen Vereine in London sind ihm nicht einmal dem Namen nach bekannt. Von den verschiedenen Arbeitervereinen, dem großen Turnvereine mit seiner reichen Leihbibliothek für Mitglieder, seinem deutschen Theater, deutschen Vorträgen, deutschen Kneipabenden; vom Verein für Kunst und Wissenschaft, mit dessen häufigen deutschen Vorlesungen, Concerten deutscher Musiker, Compositions-Abenden deutscher Maler und Bildhauer; von den deutschen Gesangvereinen u. s. w. hat er keinen gesehen. Diesen Vereinen liegt die Pflege des Deutschthums so sehr am Herzen, daß in den meisten und wichtigsten von ihnen Kenntniß der deutschen Sprache für englische Candidaten vorgeschrieben ist und nur Deutsche im Vorstande sein dürfen. Deutsche Zeitungen liegen in großer Anzahl in solchen Vereinen auf, die ein ständiges Lokal haben. Es würde mich zu weit führen, wollte ich mich in das vielseitige Leben der Deutschen aller Stände in London hier einlassen, von dem Rasch nichts weiß.

Aber auffallend ist mir, daß Gustav Rasch den Deutschen in England fälschlich Vernachlässigung des Deutschthums vorwirft, während er sich im Auslande, und besonders unter Franzosen, mit seinem anti-deutschen Sinne geradezu brüstet. Selbst seinen deutschen Namen hat er jahrelang romanisirt. In zahlreichen, interessanten Briefen, die er mir bis vor Kurzem schrieb, zeichnete er sich stets „Don Gustavo". In London ging er stets mit einer Montenegrinermütze einher, rühmte sich, der Günstling des despotischen Fürsten von Montenegro zu sein, der schon seit Nikolaus' Zeiten ein russischer Pensionär ist, that groß damit, daß ihm Fürst Nikita seinen Palast zur Verfügung gestellt habe, daß er sein „Freund" wäre. Er hat bekanntlich für ihn geschrieben. Kurz, „Don Gustavo" war von seiner „garde de la manche", — Don Gustavo de la Manche. Auf das Roth seiner Montenegrinermütze deutend, rief er stolz: „Das bedeutet das Türkenblut"! Aber als Fürst Nikita in's Feld zog, da war kein Don Gustavo beim Appell, seine Lanze für den bedrängten „Freund" einzulegen. „Küche" und „die Speisen" — für ihn sehr wichtige Dinge — sind besser in der Schweiz als in Montenegro und ohne türkische Musik. Sein „Bauch" ihm ebenfalls wichtig — liegt ihm zu sehr an und auf dem Herzen, ihn den Türken als Zielscheibe zu bieten. Es ist nicht so gefährlich, denkt er, Freunde in der Ferne zu verwunden, als Türken in der Nähe.

Seine weitere Tapferkeit besteht darin, von einem stets wechselnden Schlupfwinkel aus ehrbare Männer mit Koth zu bewerfen, Männer wie den berühmten Augenarzt Liebreich, der, im August 1870 aus Frankreich verwiesen, ein hoher Vertreter deutscher Wissenschaft in England ist; ferner den 76jährigen Arnold Ruge, den Vorkämpfer des jungen Deutschlands in den dreißiger Jahren, der für seine Freiheitsideen mit Gefängniß während seiner Jugendzeit und mit Verlust eines großen Vermögens büßte; und den bis jetzt noch exilirten Karl Blind, dem selbst heute Deutschland, ebenso Frankreich verschlossen ist. (Ein Irrthum — Herr Blind kann ruhig nach Deutschland zurückkehren; aber er hat seine Gründe, das „Märtyrerthum" in England vorzuziehen. In Deutschland würde er nur seine Impotenz zur Schau tragen. R. d. V.) Gerade zur Zeit des letzten Besuches von Rasch litt Blind noch an den Folgen eines mörderischen Anfalles von Seiten eines fanatischen Verehrers von Bismarck. Dies hielt aber den edelherzigen Rasch nicht ab, ihn in seinem Artikel einen Trabanten von Bismarck zu nennen und dabei seinen Lesern vorzulügen, als ob er den Muth gehabt hätte, Blind von Angesicht zu Angesicht dieses zu sagen. Er sagt am Schlusse seines Artikels: „Ich sagte ihnen: Legt euch vor dem großen Kanzler auf den Bauch." Gesagt hat er aber dieses nie, sondern von Paris aus geschrieben, erst nachdem er hundert und zwanzig Stunden Weges zwischen sich und Blind sah.

Bei seinem ersten Besuche Londons saß Rasch täglich, wochenlang am gastlichen Tische Blind's. Damals schmeckte ihm die hiesige Küche wohl. Zum Dank für die Gastfreundschaft beschmutzt er die Familie, verleumdet er den Gastfreund. Er sagt, seiner ältesten Tochter, einer Stieftochter, fehle manchmal ein deutsches Wort. Da sie von Kindesjahren an in England erzogen wurde und sich beständig mit englischer Literatur befaßt, mag dies hier und da der Fall sein; Aehnliches ist das Resultat bei Vielen, die den größten Theil ihres Lebens im Auslande zugebracht haben. Wie gut aber diese Stieftochter Blind's Deutsch versteht, hat sie durch ihre treffliche Uebersetzung des Werkes von David Strauß „Alter und neuer Glaube" bewiesen. Doch abscheulich, niederträchtig ist es von Seiten Rasch's, den Eltern Blind Gleichgiltigkeit gegen das Andenken ihres unglücklichen Sohnes vorzuwerfen, indem es allen Denen, die sie kennen, wohl bekannt ist, daß die Wunde, die ihnen der fürchterliche Tod ihres Sohnes schlug, heute noch blutet, da gerade der Anfall auf Blind kurz vor Ankunft Rasch's in England durch die Vertheidigung des Andenkens des Sohnes verursacht ward, wie Rasch wohl weiß. Vertheidigung seiner politischen Ansichten gegen solche Angriffe, wie die von Gustav Rasch, braucht übrigens Blind nicht. Man kennt den Ankläger und den Angeklagten zu gut.

Auch auf mich, den Gustav Rasch sonst so gern „Freund" zu nennen pflegte — was allerdings bei ihm nicht so ernst zu nehmen ist, denn er ist sehr freigebig mit diesem Worte — richtet er seine giftige Waffe. So lange er hier war, bemühte er sich niemals, meine politischen Ansichten kennen zu lernen. Nur einmal, als er von seinen „zur Strafe verbrannten 37 französischen Städten" sprach, sagte ich ihm, dieses sei Uebertreibung, und „besser wäre es zu versöhnen, als zu hetzen und alte Wunden aufzureißen, wie er es thue". Mehr sprach ich nicht mit ihm über politische Punkte. Weder öffentlich noch privat habe ich je die Ansichten geäußert, die er mir in seinem Artikel anheften möchte.

Die eigentliche Ursache von Gustav Rasch's plötzlicher Feindschaft gegen mich, sowie gegen seinen Gastfreund Blind kann ich nur darin finden, daß dem reichen Feuilletonisten und Kapitalisten, der hier bummelte und sich langweilte, weil er kein Wort English versteht, zum zweiten Male die Gastfreundschaft nicht wieder geboten wurde. Dafür rächte er sich an der englischen Küche und an englischen Speisen und am Gastfreund. Er, der von seinen Renten lebt, hatte keine Idee von den Londoner Arbeitsverhältnissen und kein Verständniß von den schweren Berufspflichten Anderer, die für ihr tägliches Brot arbeiten müssen.

Alles, was Rasch über meine Gesinnungen sagt, erkläre ich hiermit als Lüge. Lüge ist, was er bezüglich Neff's sagt, den ich übrigens wenig kannte. Diese Lüge ist beweisbar. „Als ich" — sagt Rasch — „mit Dr. Schaible von Neff von Emmendingen sprach — es war gerade sein Todestag — da hatte er nicht ein Wort für seinen gefallenen Freund." Fr. Neff aber wurde am 9. August erschossen, und ich war an seinem Todestage schon zehn Tage in Bad Wildungen gewesen, als Rasch noch in London war. Somit ist seine heilige Entrüstung nichts als Wind — Wind wie der ganze Mensch. Der darauf folgende Satz wird durch meinen früheren widerlegt. Da läßt er mich über die „Preußen" im deutschen Club klagen, während er mir vorher „Preußenseuche" vorgeworfen.

Vor mehr als zwei Jahren sandte ich von hier aus einen Beitrag zur Errichtung von Denksteinen für die 1849 in Baden Hingerichteten. Hat Rasch einen Beitrag gesandt? Mehr als einmal habe ich von England aus die Gräber der Hingerichteten, unter anderen auch das von Neff, besucht, der in der Nähe Dortü's liegt, da wo er erschossen ward. Hat Rasch sie besucht? Wohl nicht! denn er sagt, Neff wäre in Rastatt erschossen worden, während er bei Freiburg, auf dem Kirchhofe der Wiehra, litt und liegt; auch war Neff nicht aus Emmendingen, wie Rasch angiebt. Rasch sollte einem ehemaligen Exilirten kein Mitleiden predigen. Anstatt windiger Worte, wie er sie spendet, haben wir in der Fremde oft mit Leidensgenossen unser Stück Brot zu theilen gehabt, während er in Saus und Braus zu Hause lebte.

Als eine empörende, infame Lüge muß ich die mir von Rasch zugeschriebenen Worte erklären: „Paris müsse zerstört werden." Vor, während und nach dem Kriege war ich stets ein Freund eines freien Frankreichs — nicht eines bonapartistischen. Während und nach dem Kriege stand ich und stehe ich auf dem Fuße der Freundschaft mit republikanischen und sozialistischen Franzosen, mit französisch gesinnten Elsässern und Lothringern. Stets war es mein Herzenswunsch, den ich oft aussprach, Deutschland und Frankreich versöhnt, als gute Freunde und Nachbarn zu sehen. Denn die Verbrüderung dieser beiden Völker sehe ich als die erste und wichtigste Bedingung einer freiheitlichen Entwickelung Europas an. Mit aller Entschiedenheit muß ich daher die schändliche Verleumdung von Rasch von mir weisen.

Ich mache keinen Anspruch auf politische Stellung. Ich handelte stets nur aus politischer Ueberzeugung, ohne Furcht vor dem Bringen von Opfern, aber auch ohne Ehrgeiz. Ich habe Gefängniß, vierzehn Jahre Exil, drei politische Prozesse hinter mir, nebst Vermögensbuße. Trotz alledem bin ich heute noch, was ich war, glaube ich, was ich glaubte. Verleumdungen wie die von Rasch können daher mich wohl schmerzen, mich empören, aber mir nicht schaden. Meine Freunde kennen mich.

Der Hannoveraner Rasch sagt, ich leide an der „Preußenseuche". Es ist dies ein von ihm erfundenes Wort und er ist stolz darauf. Er spielt damit, so oft er nur kann, wie ein muthwilliger Knabe mit dem Blasrohr. Er sollte sich aber eines solchen Wortes schämen. Es ist ein Hetzwort gegen einen Volkstheil Deutschlands, es ist ein Stück jenes alten Unterthanenhasses, einer Zeit, wo die deutschen Unterthanen eines Fürsten auf höchsten Befehl die eines benachbarten Herrn haßten und schimpften, und von dem heute noch ein Rest an der unteren Donau und im Elsaß besteht, der dem Worte von Rasch an die Seite gestellt zu werden verdient.

Während der hannöverische Unterthan das Wort „Preußen" als Schimpfwort gebraucht, so brauchen die Elsässer den Namen der biederen Schwaben als solches und nennen die Deutschen spottweise „Schwob". Die französisch gesinnten Elsässer werden die Erfindung Rasch's wohl bald benützen und nach ihm Sympathie mit Deutschland „Schwabenseuche" nennen.

Ich weiß nicht, was Rasch unter seinem Lieblingsworte versteht. Meint er das preußische Volk als solches, so liebe ich dasselbe so sehr als einen andern deutschen Volkstheil. Meint er das Regierungssystem, so liebe ich dasselbe so wenig als das aller anderen deutschen Staaten. Wenn nur er selbst so frei wäre von „Seuchen", unter anderen von Tschechenseuche, Welfenseuche, Pfaffenseuche und Franzosenseuche. „Mit einem Menschen, der so schändlich auf sein Vaterland schimpft, wollen wir nichts zu thun haben" — so sagte man ihm vor kurzem im Bureau des französisch gesinnten „Alsacien" in Straßburg.

Als er vergangenes Jahr vier Monate hier war, wagte er nie, mir in meiner Gegenwart Vorwürfe zu machen. Er wollte niemals meine Gesinnungen kennen, die ihm jeden Augenblick zu Gebote standen. Als er aber hundert und zwanzig Stunden Wegs zwischen sich und mir hatte, schrieb er mir einen frechen Brief. Ich widerlegte darauf seine Anklage. Dies hinderte ihn aber nicht, mit echt ritterlichem Gefühle von seinem Schlupfwinkel in der Schweiz die Verleumdungen, die ich zurückgewiesen, öffentlich zu wiederholen, Lügen, die er in meiner Gegenwart auszusprechen nicht wagte noch wagen würde.

Seinen Brief von Paris an mich, vom 25. September 1875, schloß er mit folgenden Worten: „Denken Sie aber nicht daran, sich in Jahr und Tag in Freiburg niederzulassen. Es würde Ihnen dort ergehen, wie Freiligrath in Stuttgart. Sie gingen dort wie ein Todter umher."

Wenn Gustav Rasch einen Mann wie Freiligrath, zur Zeit, als dieser auf dem Leidensbette lag, einen „Todten" nennen konnte, so darf sich Unsereiner nicht beklagen, sondern muß es sich zur Ehre anrechnen, in Verbindung mit ihm verlästert zu werden.

Ich zeichne, geehrter Herr Redakteur,

hochachtungsvoll
Karl Schaible.*)

haben mag: „Das geht doch nich!" — Ein weiterer Blick in das Gesicht des Sozialisten belehrte ihn erst, daß er gefoppt war, und unter einer Fluth von „liberalen" Schimpfreden, aber gleichzeitigem Gelächter der „Reichsfeinde" zog er seine beiden Telegraphenstangen zurück.

— Raubbau. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung in Bochum wurde festgestellt, daß im Kreise Bochum nicht weniger als 1192 Morgen Land und 413 Gebäude durch den Bergbau größere oder geringere Beschädigung erlitten haben.

— Zur Gründerei. In dem eisernen Tresor der „Europäischen Central-Commissions-Bank" in Berlin, einer nagelneuen Gründung eines gewissen Hrn. Träger, dessen werther Person sich der Staatsanwalt zu vergewissern gedenkt, fand man bei näherer Besichtigung ein polnisches Viergroschenstück, ein Zehnpfennigstück und sechs Cigarren. Hierin bestanden die Aktiva. Im Uebrigen hat der „Herr Direktor" 23 junge Leute engagirt, welche ihm sämmtlich, theilweise in recht beträchtlicher Höhe, Cautionen hinterlegen mußten. Er hat auf diese Weise ganz bedeutende Summen erschwindelt. Die Untersuchung, die jetzt eingeleitet ist, wird Näheres ergeben, doch bemerken wir, daß Herr Träger durch ein Attest geschützt sein soll, welches seine Geisteskräfte für unzureichend erklärt. Ob dieses genügen wird, ihn vor den Folgen seiner Handlungsweise zu schützen, wird die gerichtliche Untersuchung zu lehren haben. — Herr Träger hat übrigens schon früher in einem Prozesse, in welchem er als „Präsident des deutschen Baubeförderungs-Verein" figurirte, den Behörden viel zu schaffen gemacht.

— Statistisches über das Fabrikwesen in Frankreich. Einer französischen technischen Zeitung entnehmen wir, daß Frankreich gegenwärtig 123,000 Fabriken besitzt, welche 1,800,000 Arbeiter beschäftigen. Die in diesen Etablissements angewendete mechanische Kraft beträgt 502,009 Pferdekräfte. Paris fabrizirt jährlich für 1690 Millionen Francs Waaren; ungefähr bringt also die Seinestadt den fünften Theil der Produktion des ganzen Landes hervor. Die Umgebung der Stadt Lille fabrizirt jährlich für 700 Millionen Waaren, die Umgebung von Lyon für 600 Millionen, die von Rouen für 440 Millionen, die Umgebung von Marseille für 271 und die von Saint Etienne für 240 Millionen Francs.

Correspondenzen.

s. **Altona**, 7. November. Wie der „Hamburger Correspondent" erfährt, ist von Seiten der Fortschrittler der Abgeordnete Eugen Richter als Candidat für den Reichstagswahlkreis Altona-Stormarn in Aussicht genommen. Da kann's interessant werden! Der bisher genannte Candidat, der Fortschrittler Lutteroth, entbehrt jedes Interesses, er ist nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, sein Licht stellt er immer unter den Scheffel — deshalb ist über den Mann gar wenig zu sagen. Er gleicht der guten Hausfrau, über die auch keinerlei Ansichten im Publikum walten — er mag deshalb auch zu Hause bleiben. Aber Eugen Richter! Mit dem hat's ein anderes Bewenden, und wenn wir erst wissen, daß er definitiv in unserem Wahlkreis aufgestellt ist, dann werden wir über den interessanten Mann auch noch Näheres mittheilen. Bis dahin genüge es, daß bei der Berathung des Bankgesetzes Richter für das Interesse der Privatbanken, des Privatkapitals sehr warm eingetreten ist, daß er ferner hinter dem Rücken seiner Fraktionsgenossen und seines Freundes Duncker als ständiger Mitarbeiter der fortschrittlichen „Volkszeitung" zu gleicher Zeit auch für die matte nationalliberale „National-Zeitung" geschrieben hat; auch ist es bewiesen, daß derselbe seiner Zeit für ein partikularistisches Blatt (ehemalige „Volkszeitung" in Hannover) correspondirte. Noch ein Schritt nach rechts — die Spalten der „Kreuzzeitung" sind geöffnet und der Geheime Oberregierungsrath im Finanzministerium ist fertig.

n. **Aus Schleswig-Holstein**, 5. November. Mit welchen eigenthümlichen Hoffnungen sich die Gegner des Sozialismus herumtragen, mag aus einer Correspondenz erhellen, welche der Berliner „National-Zeitung" aus unserer Provinz kürzlich zugesandt worden ist. Wir wollen derselben nur folgenden bezeichnenden Absatz entnehmen:

„Ihr Referent hat in Erfahrung gebracht, daß die sozialdemokratische Partei in Holstein mehr und mehr an Anhang verliert. Einerseits soll hierzu die Unzufriedenheit mit dem zwischen der Hasencleverschen und Liebknechtschen Fraktion geschlossenen Compromiß beigetragen haben, andererseits das erklärliche Mißtrauen gegen das sozialdemokratische Können. Von den großen Versprechungen, welche die Führer der Sozialdemokratie den diesseitigen Wählern vor 3 Jahren machten, ist selbstverständlich keine einzige erfüllt worden, und unser Arbeiterstand beginnt einzusehen, daß die Leistungen der sozialdemokratischen Führer und Agitatoren für den Arbeiterstand in keinem Verhältniß zu den großen Opfern stehen, die Erstere vom Letzteren fordern."

So viel mir bekannt ist — und ich kenne die Bevölkerung Schleswig-Holsteins besser, als jener National-Zeitungs-Correspondent —, freut man sich in den Arbeiterkreisen durchaus über die Vereinigung der früher getrennten Fraktionen; ja man hat es auch allseitig hier mit Freuden begrüßt, daß gerade Hasenclever und Liebknecht zusammen das Centralorgan „Vorwärts" redigiren, weil dadurch die dauernde Vereinigung noch ganz besonders sichergestellt wird. Und daß ich die Wahrheit schreibe, beweiset wohl am Besten die bedeutende Abonnentenzahl, die der „Vorwärts" gerade in Schleswig-Holstein hat. Daß es natürlich sehr viele Parteigenossen in unserer Provinz giebt, die das Scheiden Hasenclevers aus der Nähe sehr ungern gesehen haben, ist allzunatürlich, als daß ich darüber weitere Worte verlieren möchte, doch auch diese haben sich schon bald gesagt, daß das Gesammtinteresse über persönliche Sympathien gehe, und daß unser Freund ja auch sicher einmal von Leipzig aus gelegentlich einen Abstecher nach Schleswig-Holstein machen wird. Was also der National-Zeitungs-Correspondent über diesen Punkt gefaselt hat, ist einfach in das Gebiet der Phantasie zu verweisen. Die großen Versprechungen aber, welche die sozialdemokratischen Agitatoren den Arbeitern gemacht haben sollen, sind gleichfalls ein Phantasiegebilde des liberalen Correspondenten, da ich oft genug gehört habe, daß die sozialistischen Redner besonders betonten, daß eine gute Frucht zur Reife lange Zeit haben müsse, und daß der vorgeschlagene Weg, zum Ziele zu gelangen, zwar sicher, aber langwierig und dornenvoll sei. Die Schleswig-Holsteinische Arbeiterbevölkerung hat einen allzugesunden Sinn und ist auch hinlänglich ideal angelegt, daß sie keine gebratenen Tauben verlangt, die so plötzlich in den Mund fliegen sollen. Wir werden hier muthig und energisch weiterkämpfen — weder reaktionäre Gewaltthaten, noch liberales Gefasel werden uns von dem Wege abbringen. — Am 10. November feierte ein Arbeiter in Flensburg sein 50jähriges Jubiläum als Packer der schleswigschen Austerncompagnie. Dabei kann der Mann zurückblicken und berechnen, wie viel von dem Ertrage seiner Arbeit das Kapital ihm genommen hat — es würde ein nettes Sümmchen herauskommen. Und blickt der Mann zurück und berechnet er das, so wird er auf seine alten Tage noch Sozialdemokrat.

V. **Frankfurt a. M.**, 4. November. Meine letzte Correspondenz hat hier allgemein Beachtung gefunden; selbst von Mitgliedern des demokratischen Vereins wurde mir — sie wußten natürlich nicht, daß ich der Verfasser derselben bin — zugestanden, daß der Verein in corpore sich durch die mysteriösen Wahlumtriebe befleckt habe. Die Spaltung im Schooße des demokratischen Vereins ist Thatsache, und wenn es noch nicht bei einem größern Theile zum offenen Bruche gekommen, so war daran jedenfalls der neuliche Compromißschacher nicht schuld, sondern nur dessen starkes Disziplinbewußtsein, welches ihn noch am Ganzen festhält. Weitere Thatsache ist, daß Manche der „bürgerlichen" Demokraten bei der nächsten Reichstagswahl ihre Stimmen dem sozialistischen Candidaten geben werden, und

*) Der betr. Artikel ist im „Volksstaat" erschienen, dessen Eingehen dem Herrn Einsender offenbar unbekannt geblieben ist (er richtet seine „Antwort" an den Redakteur des „Volksstaat"). Da aber der „Volksstaat" ein offizielles Parteiorgan war, und jetzt kein anderes offizielles Parteiorgan besteht als der „Vorwärts", so halten wir uns zur Aufnahme, und zwar zur unveränderten Aufnahme der „Antwort" in den „Vorwärts" für verpflichtet, obgleich der Ton ein sehr heftiger ist und Manches, z. B. das über das Waschweib und den Waschlappen Karl Blind Gesagte, unseren Ansichten durchaus zuwiderläuft. Wir können aber das Recht der Vertheidigung nicht beschränken, am wenigsten einem Mann, mit dem wir selber einst einen Conflikt gehabt. (S. „Herr Vogt" von Karl Marx.) R. d. V.

rabikalen Demokratie erachten, die bewußt negirende Gruppe im Reichstage den professionsmäßigen Jasagern gegenüber zu verstärken. — Gestatten Sie mir nun noch, auf ein Uebel der hiesigen Stadt aufmerksam zu machen, das ebenfalls im „Vorwärts" gebrandmarkt werden muß, weil es in seinen Wirkungen nicht blos Frankfurt, sondern ganz besonders auch den Süden und Südwesten Deutschlands vergiftet. Es ist dies die Rubrik „Lokales" in unserer Presse (ausgenommen natürlich den „Volksfreund"). Nehmen Sie einmal die „Frankfurter Zeitung", das „Frankfurter Journal", den „Beobachter", den „Anzeiger" und die zwar, sagen sie, nicht etwa, weil ihnen die Person des letztern besonders sympathisch sei, sondern weil sie es im Sinne der „Neue Frankfurter Presse", und Sie werden finden, daß alle diese Zeitungen, so sehr auch sonst ihre Tendenzen auseinandergehen, in diesem Theile alles gleichlautend bringen und brüderlich mit einandergehen. Dies allein wäre indeß nicht das Verwerflichste, das Verdammungswertheste ist der heillose Inhalt, den ein Wüstling zusammenstoppelt, der, man sieht es tagtäglich an seinen Leistungen, eine besondere Wollust empfindet, sich im Schmutz wälzen zu können. Unzuchtepisoden und dergleichen verarbeitet er mit einer Behaglichkeit und in einer Breite, daß die hiesige Zeitungslektüre thatsächlich eine Gefahr für die Familien wird. In der schamlosesten Weise reihet er Zote an Zote, Gemeinheit an Gemeinheit und degradirt dadurch die Reporterschaft Frankfurts zur Schande Frankfurts. Dieser Mensch, der früher als sogenannter „Diebsmüller" nur ordinäre Gassengeschichten sammeln konnte, weil er von jedem Anständigen gemieden war, wird jetzt von Behörden und Privaten benutzt, und zwar benutzt im buchstäblichen Sinne des Worts. Es heißt, daß er für Geld spricht oder schweigt und, da er der fast einzige Kanal ist, durch den die hiesigen Zeitungen ihre Nahrung für den lokalen Theil beziehen, sprechen oder schweigen, je nachdem der privilegirte Reporter sich zu verhalten das meiste Interesse hat, auch alle hiesigen Tagesblätter, mit Ausnahme des „Volksfreund". Ist das nicht erbärmlich? Sollte den Frankfurtern nicht die Schamröthe auf die Wangen treten angesichts einer solchen Schande? Es ist freilich Usus aller Bourgeoisblätter, daß sie aus ihrem lokalen Theil einen Sumpf machen, der die Luft verpestet, allein in Frankfurt ist dieser Theil der Zeitungen zum Schandwinkel geworden, in den alle Schamlosigkeiten der Stadt geworfen werden, sofern sie von solchen herrühren, die nicht irgendwie in der Lage sind, dem Allerwelts-Reporter den Mund zu stopfen. Dessen Beziehungen zu einzelnen Stadtverordneten-, Magistrats- und einflußreichen Mitgliedern anderer Corporationen sind offenes Stadtgeheimniß. Suchte man sich Material zur thatsächlichen Begründung der ausgesprochenen Beschuldigungen, es wäre geradezu nicht zu bewältigen, so riesig ist die Fülle des Anklagestoffes, und es wundert uns nur, daß selbst der hiesige „Volksfreund" noch nicht die Sonde an diese Eiterbeule der hiesigen Stadt gesetzt hat. — Schließlich sei noch ein weiterer Uebelstand erwähnt, der darin besteht, daß hier eine unparteiische und rückhaltlose Kritik der communalen Angelegenheiten durchaus vermißt wird. Es ereignen sich im Schooße des Magistrats, der Stadtverordneten, der einzelnen Stadtverordneten-Commissionen Dinge, die an die Abderiten erinnern, ohne daß sie von der Kritik gehechelt werden. Zwar haben wir einen „Beobachter", dem nach Aufhebung der Stempelsteuer eigens ein Communalblatt angegliedert wurde, von welchem man sich seiner Zeit viel versprach, allein wir haben auch einen Kanngießer, der in seinem Hauptblatt allerdings mit einer wahren Todesverachtung gegen den artheiligen Serbenfürsten und den agent provocateur Tschernajew zu Felde zieht, der aber in seiner eigenen Commune „Gott einen guten Mann" sein läßt. Sein „Communalblatt" ist gegenwärtig ausgefüllt mit einer rührenden Erzählung der Annexion vom Jahre 1866, neben welcher selbstredend kein Raum mehr ist zu einer Kritik der Thaten unserer „Väter" und dann ist, wissen Sie, Herr Kanngießer auch ein — „Vater".

Leipzig, 7. November. Alle Gesinnungsgenossen des 10., 11., 13. und 14. Wahlkreises werden aufgefordert, von jeder öffentlich stattfindenden gegnerischen Versammlung uns sofort, im Nothfalle telegraphisch, Nachricht zu geben, damit unverzüglich Redner und Stenographen auf den Kampfplatz gesendet werden können. Insbesondere soll dafür gesorgt werden, daß dem Bürgermeister Heinrich aus Borna (Candidat der Conservativen, das sind die ausgesprochenen Reaktionäre), dem Bürgermeister Ludwig-Wolf aus Großenhain (Candidat der Nationalliberalen, das sind die nichtausgesprochenen Reaktionäre), dem Buchhändler Findel aus Leipzig (Candidat der Fortschrittler, das sind die verschämten Reaktionäre), sowie endlich deren Schildknappen, dem bekannten Blum (Hans), Professor Birnbaum (beide aus Leipzig) und Kaufmann B. Sparig aus Reudnitz, überall wo sie den Muth haben sollten, vor die Oeffentlichkeit zu treten, gründlich die Wahrheit gegeigt wird. Also Acht gegeben! Das Central-Wahlcomité.

J. A.: Chr. Hadlich, Färberstr. 12, II.

Nordhausen. Daß die Landtagswahlen sich nur einer äußerst geringen Betheiligung auch hier am Orte zu erfreuen hatten, wird den geehrten Lesern gewiß nicht auffallend sein, selbst wenn wir hervorheben, daß man von liberaler und conservativer Seite bedeutende agitatorische Anstrengungen gemacht hatte. In der Versammlung, in welcher der bisherige Vertreter unseres Kreises im Landtage, der große Fortschrittler Mühlenbeck einen sogenannten Rechenschaftsbericht gab, interpellirten unsere Genossen denselben wegen seiner Stellung zu dem abgelehnten ultramontanen Antrage auf Einführung des gleichen directen Wahlrechts. Nach dadurch hervorgerufener einstündiger, lebhafter Diskussion über die sociale Frage, an der sich unsere Parteigenossen Hollnagel, Lorenz und Koschwieder siegreich betheiligten, gab Herr Mühlenbeck die famose Erklärung ab, daß er bei einer eventuellen Wiederwahl auf unsere Stimmen verzichte und sich aus der Versammlung entfernen würde, wenn man dies Gebiet der Diskussion nicht verlasse.

Bald darauf präcisirte in einer Wählerversammlung Genosse Wolf aus Halle unseren Standpunkt gegenüber den demnächstigen Wahlen und erntete allseitigen Beifall. Bei der nun folgenden Agitation der Liberalen für die Landtagswahlen in den umliegenden kleineren Städten, wurde von unserer Seite Wahlenthaltung empfohlen, und dürfte zum großen Theil in Folge dessen der Procentsatz der Landtagswähler nicht 10—15 Procent erreicht haben.

Am Sonntag, den 22. Okt., hatten wir ein allgemeines Volksfest arrangirt, das von über 400 Personen besucht wurde. Neben Deklamationen und Concert wurde das Theaterstück „Demos und Libertas" (Neue Welt, Heft 10) zur Aufführung gebracht. Das Fest ist als ausnehmend gelungen zu betrachten; kein Mißton störte es, bis zum frühen Morgen waren die Festtheilnehmer fröhlich beisammen. Bedauerlich ist es, daß so wenig Bauhandwerker anwesend waren.

Wir standen bei der Landtagswahl Gewehr bei Fuß, doch nun muß bei den Genossen des hiesigen Wahlkreises dahin gewirkt werden, daß Agitationsgelder gesteuert werden, damit wir thatkräftig in die Wahl eingreifen können. Sollten wir auch nicht den Sieg davon tragen, so ist es doch bei den hiesigen Parteiverhältnissen der Gegner sehr leicht möglich, daß wir bei tüchtiger Agitation eine Stich-Wahl erzwingen. Gelder nimmt in Empfang der Kassirer des sozialdemokratischen Wahlvereins, Herr Hollnagel, Hundegasse 11. Mit sozialdemokr. Gruß,

Schulze.

Aus dem zweiten Meininger Wahlkreis, 7. November. „Herr Dr. Lasker kämpft um seinen Reichstagswahlsitz im Meininger Land und hat unter vielem Beifall in Saalfeld, Pößneck ꝛc. geredet" — so berichtet der Chorus der nationalliberalen Blätter und Blättchen. Da ich nun z. B. wohl am Besten in der Lage bin, über die Lasker'sche Agitation einige Auskunft zu ertheilen, so will ich für die Leser des „Vorwärts" einen kurzen Bericht abgeben. Vorige Woche wurde ich von den Genossen in Pößneck durch den telegraphischen Ruf überrascht: „Der Lasker kommt". Einen Tag später wurde mir die bestimmte Nachricht, daß der „große Doktor", mein verehrter Gegner in diesem Wahlkreis, am Samstag in Saalfeld in einer „öffentlichen Versammlung des liberalen Wahlvereins" Bericht über seine bisherige Thätigkeit erstatten und sein „Programm" für die bevorstehende Wahl entwickeln werde. Dabei war der Wunsch angefügt, ich möchte kommen und Herrn Lasker gegenüber treten. Obwohl ich mir gleich im vorhinein dachte, wie sich die Sache bezüglich des „Gegenübertretens" auswachsen würde, kam ich doch dem Ruf mit Vergnügen nach. In Folge verspäteten Eintreffens des von mir benutzten Zuges in Hof gelangte ich erst Nachts halb 11 Uhr in Saalfeld an und hatte nur noch Gelegenheit, das „Hoch" mit anzuhören, das die Liberalen in Hellmuth's Saal ihrem Halbgott (ihr ganzer ist ja bekanntlich Bismarck) ausbrachten, der mit unverwüstlicher Ausdauer, trotzdem eine Anzahl der Anwesenden aus Verzweiflung davongelaufen war, zwei und eine halbe Stunde „geredet" hatte. Es war aber eigentlich nichts verloren, denn es war zu Anfragen — und zu nichts weiter — nur zehn Minuten Redezeit gewährt worden. — Sonntag Nachmittag fand unsererseits eine sehr gut besuchte Versammlung im Schützenhause statt, über welche wohl die dortigen Genossen selbst Bericht erstatten werden. Abends fuhr ich dann in Begleitung von etwa 20 Saalfeldern nach Pößneck, um dort Freund Lasker abzufangen. Die Versammlung im dortigen Schützenhaussaale war bereits eröffnet, als wir ankamen, und Lasker schon im vollen Zuge, das Reich, mit dem was drum und dran hängt, zu verherrlichen und zu zeigen, wie reaktionär das deutsche Volk gesinnt sei, und daß es aller Anstrengungen der liberalen Partei bedurft habe, um reaktionäre Gesetze zu verhindern! Wir Nürnberger hatten bisher unsern Frankenburger immer für den Ausbund aller advokatischen Unverfrorenheit und Rabulisterei gehalten, allein hier sollte ich erfahren, daß Lasker den „Rummel" doch noch besser versteht. „Es geht ein reaktionärer Zug durch das deutsche Volk," sagt der „gewiegte Parlamentarier", „der Reichstag und die einzelnen liberalen Abgeordneten wurden mit Petitionen förmlich bestürmt, dem Verlangen der Regierung betreffs der Präsenzziffer von 401,000 Mann nachzugeben. Um nun diesem reaktionären Verlangen des Volkes einen Damm entgegenzusetzen, haben wir zu dem Septennat gegriffen und auf diese Weise dem drohenden Conflikt vorgebeugt." In diesem Tone ging es etwa eine gute Stunde fort, nach welchem Zeitraum der geehrte Herr Abgeordnete unter kolossalem Beifall der Liberalen endete. Es gehört doch wirklich eine unglaublich kecke Stirn dazu, jenes infame Reptilienmachwerk, den sogenannten „Petitionssturm", der gelegentlich jener Reichstagsverhandlungen provozirt worden war, in einer Versammlung erwachsener Menschen als Volkeswille hinzustellen! Es ist dies sowohl ein Beweis für die unerhörte Charakterlosigkeit der „liberalen" Agitatoren, als für die Gedankenlosigkeit oder Verkommenheit eines Publikums, das sich so etwas bieten läßt, ohne dagegen zu protestiren, ja welches fähig ist, noch jubelnd zuzustimmen. (Schluß f.)

Teuchern. Am vergangenen Freitag Abend fand hierselbst eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Parteigenosse Klute referirte. Der anwesende Bürgermeister löste plötzlich die Versammlung auf und ließ Klute verhaften und in das Kreisgerichtsgefängniß zu Zeitz abführen. Einen Grund haben wir nicht finden können.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 15. Oktober habe ich für nachbenannte Fonds eingenommen:

a) Agitationsfonds.

Altona vom 30. Septbr. d. Gundelach M. 25,11; Meldorf d. Auer 2,00; Cuxhaven d. Breuel 1,60; Lauenburg d. August Kapell 5,00.

b) Unterstützungsfonds.

Augsburg d. Hörauf 6,00; Mühltroff v. J. Kunz d. Hasse 1,00; Hamburg vom Ball des Frauenvereins 26,27; do. von Kotkamps Fabrik d. Quedner 6,00; Groß-Auheim d. Bergmann 6,00; Steinwerder vom Ball d. Kerl 9,62; Crimmitschau durch F. Böttger 5,45; Apenrade d. Johannsen 0,30; Gera d. H. Prell 7,40, Ermsthal Vergnügen v. Arb.-B.-V. d. Bennewitz 4,25; Flensburg d. Leiding 6,78; Malente durch C. F. Stuhr 5,80; Leipzig d. H. Jansen 24,40.

c) Wahlfonds.

Hamburg v. Formern d. Plettner 5,00, do. v. F. Schwartz' Tischlerwerkstelle 3,10, do. 3,00, do. 3,05; do. von den Hafenarbeitern 54,00; do. v. d. vereinigten Segelmachern des Elbstromes 120,00; do. d. W. Taube v. Geburtstagsfest 3,00; do. v. Möller's Cig.-F. 2,25; d. Liste 5 d. Schultz 5,00 und 4,80; do. d. Schultz Sammelbuch 5,20; do. v. Hagel 6,00; do. von M. Heuer 0,60; do. v. Ball der Schiffszimmerer d. Döscher 13,70; do. Liste 3955 d. Opp. 1,40; do. Liste 13 d. Seyffarth 4,80; do. Liste 57 d. Prey 3,00; do. d. Striegau 5,25; do. v. Wttmnn 9,00; do. v. Silvanus 10,00, do. Ueberschuß v. Fest d. Metallarbeiter d. Deisinger 47,85; do. Liste 3953 d. Messer 2,30; do. v. d. Tischlergesellen bei Ahlers 4,40; do. von den Maurern M., Schr., H., Br., St., Th. u. W. 27,30; do. aus Meyer's Stockfabrik durch Mentzel: 8 Listen 79,45; Altona von Sieck's Fabrik d. Gundelach 55,73; do. v. d. Gypsern 125,00; do. v. Schröder's Fabrik 50,00; do. v. Drogmeyer's F. 8,00; do. v. Boten Salomon 3,00; Bützfleth v. Schultz 4,00; Kaufbeuren Liste 2163 d. Neuhauser 2,50; Eimsbüttel Liste 120 d. Grüber 14,85; do. L. 111 d. Weinert 9,20; Lechhausen L. 1247 d. Lichtensteiger 4,20; Cöpenick d. W. Schmidt 9,00; Barmen v. B. Gräser 10,00; Lüneburg d. B. 4,65; Geislingen v. J. B. 5,00; Erfurt d. M. Haack 3,00; Reichenbach i. V. Liste 1575 bis 1585 d. R. Müller 33,40; Groitzsch Liste 1243 d. G. Reichelt 5,34; Niederwürschnitz v. B.-V. durch A. Schramm 3,80; Werden d. H. v. M. Naujock 6,00; Oschatz Liste 2372 durch Böhm 4,15; Baden Liste 2351 d. Kühn 5,73; London d. J. Morf v. Arb.-B.-V. 76,30; do. von zwei Freunden in London 203,70; Striegau v. E. Schön 1,10; Junkerken v. G. L. 45,00; Helmarshausen v. D. Bönning 2,00; Leipzig d. H. Jansen Liste 1033: 5,50, Liste 1040: 5,20, Liste 1041: 6,45, Liste 3999: 3,65; Hohenfelde Liste 60 d. Lehmkuhl 2,90; Lauenburg v. Arbeitern der Lauenburger Eisenbahnbrücke d. Schröder 10,20; Mölln d. Schwarz (Kapell) 6,00; Otterndorf d. Breuel 12,30; Gößnitz d. L. Etzold 7,10; Harburg v. d. Schiffszimmerern d. Groß 50,00; Reiherstieg v. d. Schiffszimmern d. Groß 80,00.

Hamburg, 8. November 1876.

Mit Gruß

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. An verschiedene Correspondenten: Die Adresse Dreesbach's ist: August Dreesbach, G. 3. 6. Mannheim; Hirsch's Adresse: C. Hirsch, Rue Dunkerque 6, Paris. — Verein der Töpfer und Berufsgenossen in Wiesbaden: Derartige Steckbriefe dürfen wir laut Congreßbeschluß nicht aufnehmen. — R. St. Pößneck; Ihr Bericht ist durch eine längere Correspondenz erledigt.

der Expedition. W. Paschburg, Barmstedt: Wir haben bei der Post Nachfrage gehalten, das Resultat theilen wir Ihnen nach Eingang mit.

Quittung. Rmz Wien Ab. 10,00. Bgnz hier Schr. 4,55. Hrt Wiesbaden Schr. 1,50. Kng Hemelingen Schr. 1,10. Hfstn u. Bgle hier Ann. 2,50. Ptmnn Duisburg Ab. 4,00. Fschnr Flensburg Ann. 0,70. Lndmnn Burgdamm Schr. 5,00. Bll Constanz Schr. 5,00. Br. Lichtenstein Schr. 12,15. Pschn Stockum Schr. 0,65. Wtzg hier Ab. 1,70. Wgnr Waldheim Ann. 0,70, Schr. 2,00. L. Greiz Schr. 2,00. Arb.-Bildungs-Verein hier Ann. 7,30. Cigarren-Arbeiter-Verein hier Ann. 1,20. Grd Stötteritz Ab. 4,80. Mrtn Schmölln Ab. 8,90. Zhtmr Darmstadt Ab. 18,50. Eikdrt Osnabrück Schr. 5,00. Khl Duisburg Schr. 28,24. Lsch Chemnitz Schr. 6,88. Mbkr Greiz Schr. 25,00. Drng Danzig Schr. 5,70. Bll Constanz 5,00. Mnk Remscheid Schr. 2,65. Brgr Altötting Schr. 8,40. Alxndr Odlczn Schr. 2,85. Mhnr Schönau Schr. 6,00. Klrsch Forste Schr. 3,80. Schr. Vevey Schr. 6,00. Lhmnn Pforzheim Schr. 12,50. Hchbrg Frankfurt Schr. 7,15.

Anzeigen ꝛc.

Leipzig. **Krankenkasse für Cigarrenarbeiter und Sortirer.**

In der am 30. Juli d. J. abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende §§ 8, 7, 12, 13, 14, 22, 24 abgeändert und die §§ 30 und 47 ergänzt. Nachdem die Genehmigung den 8. Novbr. d. J. durch das Königliche Gerichtsamt im Bezirksgericht zu Leipzig, Abtheilung für Genossenschaft, ertheilt wurde, treten obige Abänderung und Ergänzung bis auf die §§ 14 und 30 sofort in Kraft. Die §§ 14 und 30 jedoch erst den 4. Dezember d. J., so daß mit der vorletzten Steuer dieselbe von 60 auf 70 Pf. erhöht wird.

Leipzig, den 7. November 1876. (F212) [120

Im Auftrage des Ausschusses: Herm. Becher, Vorsitz.

Leipzig. **Gewerkschaft der Schuhmacher.** Montag, 13. November, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Richter, Roßplatz 9. Tagesordnung: Wichtige Angelegenheiten. Das Agitationscomité wird aufgefordert zu erscheinen. [50

Der Bevollmächtigte.

Leipzig. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.** Montag, 13. November, Abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof" (Burgstraße): Versammlung. Tagesordnung: Neuwahl der Arbeitsnachweis-Commission. — Collegen, welche dem Verein auch nicht angehören sind hierzu freundlichst eingeladen. D. B. [50

Leipzig. Dienstag, den 15. November, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die materielle Lage der Leipziger Commune. Referent A. Bebel. Der Einberufer. [80

Waldheim. Da sich hier das Kreiscomité für den 10. sächs. Wahlkreis gebildet hat, werden die Genossen, besonders die von Leisnig, ersucht, ihre Adressen schleunigst dem Unterzeichneten anzugeben.

(F322) H. Wegner, Augasse 148. [60

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 4 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Robert Blum. Gedicht. Zum Gedächtniß an die „gesetzliche" Ermordung Robert Blum's in der Brigittenau zu Wien am 9. November 1848. — Die Leipziger Commune. — Oeffnet die Augen, Kleinbürger! — Correspondenzen. — Nationalliberales Mauthheldenthum. — Fackelfunken. — Pfui Blum! Zur Erinnerung an das Votum des Dr. Haus Blum für die Todesstrafe.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Die Abonnenten der „Neuen Welt" in Duisburg, Dortmund, München und Offenbach a. M. werden gebeten, sich wegen Fortbezug des Blattes mit dortigen Partei-Vertrauensleuten in's Einvernehmen zu setzen, da die bisherigen Expeditionsstellen Unregelmäßigkeiten haben einreißen lassen, welche wir von hier aus nicht ordnen können.

Für München suchen wir einen verläßlichen Colporteur, ausschließlich für die „Neue Welt", unter günstigen Bedingungen. Früherer Abonnentenstand daselbst: 350.

Leipzig. Die Genossenschaftsbuchdruckerei. Färberstraße 12/II.

Greulich, Forst N./L. wird aufgefordert, umgehend Ordnung zu schaffen!

Bekanntmachung.

Der vormalige Redakteur des „Volksstaat", Herr Rudolph Benjamin Seiffert, und der Schneider Herr Julius Heymann in Coburg sind wegen der in denjenigen Artikeln, welche in den Nrn. 26, 31 und 34 des „Volksstaat" vom vorigen Jahre unter der Ueberschrift „Coburg" ersichtlich sind, enthaltenen, in Mitthäterschaft verübten Beleidigungen von Personen des 6. Thüring. Infanterie-Regiments Nr. 95 in Bezug auf deren Beruf nach §§ 47, 185 und 186, 73, 74, 196 des Reichsstrafgesetzbuchs, sowie Nr. 20 des Reichspreßgesetzes ein Jeder zu Vier Wochen Gefängniß und Tragung der Untersuchungskosten rechtskräftig verurtheilt worden, was in Gemäßheit von § 200 des vorgedachten Strafgesetzbuchs antragsgemäß hierdurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 2. November 1876.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht
Abtheilung für Strafsachen.
Bieler.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Bolk, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Sachermann, 206 Division Street.
San Francisco: H. Ehy, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 20. Mittwoch, 15. November. 1876.

Philadelphia, Paris, Berlin.

Unseren deutschen Afterpatrioten liegt die Weltausstellung, welche 1878 in Paris stattfindet, jetzt schon schwerer im Magen, als die Resultate, welche die verflossene in Philadelphia für Deutschland erzielt hat, es bisher thaten.

Daß die „einfältigen", „verkommenen" Franzosen sich in Philadelphia durch ihre hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Industrie und der Kunst gegenüber den „herrlichen", „glorreichen" Deutschen so ausgezeichnet haben, hat unsere nationalen Schreihälse allerdings geärgert, aber in ihrer Arroganz wußten sie sich über die Blamage leicht hinwegzusetzen und glaubten, daß schon bald Gras über dieselbe wachsen würde. Bei Wörth sind die Franzosen ja von den Deutschen tüchtig geprügelt worden; wenn dieselben uns nun auch ein friedliches Wörth in Philadelphia bereitet haben, was schadet's — wir haben ja bei der Niederlage unserer Industrie immer noch unser herrliches Kriegsheer.

Aber jetzt wollen uns gar die vermaledeiten Franzosen, und zwar in Paris selbst, ein friedliches Sedan bereiten; — wir riefen 1870—71 fortwährend: „Nach Paris! Nach Paris!" und nun ladet uns der höfliche Nachbar mit schmeichlerischer Geberde selbst nach seiner Hauptstadt ein, um mit ihm ein industrielles, commerzielles Kunsttänzchen zu machen. Daß wir dabei auf dem glatten Parquetboden straucheln und wahrscheinlich auch fallen werden, ist wohl mit Gewißheit jetzt schon anzunehmen.

Diese Einladung ist eine französische Unverschämtheit, rufen verschiedene Afterpatrioten, wir dürfen uns an der Industrieausstellung zu Paris nicht betheiligen! Dieser Ruf findet in manchen Kreisen Widerhall, die sich freuen, auf so billige Weise dem friedlichen „Sedan" zu entgehen.

Um Gründe ist man nicht verlegen. Der Eine sagt: „Die Beschickung der Industrieausstellung kostet uns mehr, als dieselbe im günstigsten Falle, auch wenn wir keine neue Blamage nach Hause bringen, uns einbringt." Der Andere meint: „Der Haß zwischen den beiden Nationen ist noch so groß, daß es in Paris leicht zu Reibereien kommen kann" — und selbst die „National-Zeitung" stützt sich auf dieses Argument bei ihrer ablehnenden Haltung. Der echte, in der Wolle gefärbte Bismarckianer aber, der altdeutsche Heldenjüngling hinter dem Biertische, predigt mit hohem Stolze: „Wir haben etwas Besseres zu thun, wir haben eine höhere Mission, als im industriellen Kampfe uns zu quälen; wir marschiren an der Spitze der Civilisation, wir haben einen Kaiser, einen Bismarck und einen Moltke, wir beherrschen die orientalische Frage und alle anderen hochpolitischen Fragen — überlaßt doch die Weltausstellungen den Krämervölkern."

Die Industriellen Deutschlands aber sind doch anderer Meinung; sie berechnen den großen Schaden, den Deutschland materiell erleiden muß, wenn es durch seine Nichtbetheiligung an einer Weltausstellung für längere Zeit vom Weltmarkte verdrängt wird, und auch der tollste Bismärcker, der nicht wie unser Bierphilister völlig vernagelt ist, sieht ein, daß es mit der Bismarckerei und selbst mit dem herrlichen Kriegsheere ein rasches Ende nehmen würde, wenn die deutsche Industrie, der deutsche Handel und die deutsche Arbeit noch mehr und zwar auf die Dauer zurückgeschleudert würden. Wir sehen deshalb auch, daß die meisten liberalen Organe trotz des gekränkten Patriotismus zu einer Beschickung der Pariser Ausstellung anrathen, und alle — selbst die schärfsten Gegner der Staatshilfe — betonen dabei, daß das Reich die Kosten für diese Beschickung tragen solle. Die Fabrikanten verlangen dies natürlich in erster Linie, auch der berühmte Kritiker, Professor Reuleaux, und selbst Dr. Max Hirsch, der selbstverständlich auch bei dieser Forderung von der Solidarität zwischen „Arbeitgebern", Technikern und Arbeitern faselt. Doch auf solche Dummheiten können wir uns bei dieser Gelegenheit nicht einlassen.

Auch wird schon gemeldet, daß in irgend einer Form diese Frage vor den Reichstag, und zwar baldigst, gebracht werden solle.

Wir sind nun ganz gewiß im Prinzip für Staatshülfe, auch in diesem Falle. Daß dieselbe aber ganz einseitig den Industriellen, den Fabrikanten ohne entsprechende Gegenleistung der Gesammtheit gegenüber gegeben werden soll, dafür sind wir nicht. Man muß auch die Bürgschaft haben, daß die zu gewährenden Millionen nicht unnütz verpulvert werden.

Wodurch erhalten wir diese Bürgschaft?

Durch entsprechende Maßregeln, welche das Reich zum Schutze und zur Besserstellung der Arbeiter ergreift! Dazu gehören in erster Linie der Normalarbeitstag und der Minimallohn. Dadurch wird die von den Fabrikanten selbst niedergedrückte Tüchtigkeit der Arbeiter wieder gehoben, und Fürst Bismarck braucht sich nicht mehr im Reichstage zu quälen, um „volkswirthschaftliche" Reden zu halten.

Wenn aber die Arbeitskraft in derselben Weise wie gegenwärtig von den Industriellen weiter ausgebeutet wird, so werden keine guten Produkte erzielt werden können — es wird dann die deutsche Devise immer lauten: „Billig und schlecht" — und die für die Ausstellung bewilligten Millionen sind für die Katze. Wir wissen nun wohl, daß die angedeuteten Maßregeln zur Hebung der Arbeiterklasse nicht von entscheidender Wirkung auf ihre dauernde Lage sind, und wir betrachten sie deshalb auch nur als Abschlagszahlung — wir lassen mit uns eben, nach dem in Westdeutschland gang und gäben Ausdruck, „handeln"; wir wissen ferner, daß sie auch nicht einmal zur Geltung kommen werden auf der nächsten Weltausstellung zu Paris, aber der Anfang zu einer Besserung muß gemacht werden, und ist dieser Anfang gemacht, und realisiren sich dann naturgemäß nach und nach die übrigen „berechtigten" Forderungen der Arbeiterklasse, dann reißen wir die anderen Kulturvölker mit — sie müssen, wenn sie nicht zurückbleiben wollen — in einen Wettkampf, dessen Resultate später ganz allein die Weltausstellungen bestimmen.

Es wird sich herausstellen, daß dann die auf dem Pfade des Sozialismus am weitesten fortgeschrittenen Nationen auch den ersten Rang einnehmen in den Erzeugnissen der Kunst und der Industrie. Geht Deutschland voran, macht es den Anfang durch Feststellung eines Normalarbeitstages und Minimallohnes, dann kann man sicher sein, daß die nach der Pariser folgende Ausstellung, die wir unter solchen Verhältnissen gleichfalls gern in Berlin (Professor Reuleaux äußert den Wunsch) sähen, für Deutschland einen glänzenden Ausgang nehmen würde.

Will das deutsche Reich der Industrie in Bezug auf die Beschickung der Pariser Weltausstellung Staatshilfe gewähren, so darf dies nicht geschehen, ohne auch zugleich die Grundlage zu geben, auf welcher eine Anbahnung zur dauernden Verbesserung unserer Arbeiter- und Industriezustände überhaupt nur zu erstreben ist. Und diese Grundlage haben wir eben angedeutet.

Nebenbei wollen wir noch bemerken, daß wir auch verlangen, daß zu den Weltausstellungen, zu denen das Reich den Fabrikanten Mittel bewilligt, auch eine entsprechende Anzahl Arbeiter zur Ausbildung geschickt werden müssen, die allerdings nicht von den Landräthen, Bürgermeistern, oder gar von den Fabrikanten selbst ausgesucht, sondern von öffentlichen Arbeiterversammlungen gewählt werden.

Wir betrachten die nächste Ausstellung zu Paris nur als eine solche, wo wir noch zu lernen haben.

Ob wir das nun von dem „Erbfeind" oder von dem „Erbfreund" müssen — ist ganz gleichgültig. Jahrhunderte lang haben wir von den Franzosen gelernt, weshalb jetzt nicht mehr? Sind wir denselben vorangeeilt — und wir werden es, wenn wir unsre Arbeiter früher, als sie es thun, vom Drucke des Kapitals befreien — dann werden sich die Franzosen bequemen müssen, von uns zu lernen. Lernen ist überhaupt keine Schande! Höchstens bei den Krautjunkern und liberalen Bierphilistern.

Zum Schlusse wollen wir noch bemerken, daß wir allen denjenigen Mißmuthigen in Deutschland recht geben, welche den Franzosen den Vorwurf machen, daß sie ohne Vereinbarung mit den andern Nationen die Weltausstellung pro 1878 in Paris einfach proklamirt haben. Doch nicht die Franzosen allein verdienen Tadel, sondern alle Nationen, welche bis jetzt eine Weltausstellung veranstaltet haben; sie haben sämmtlich in ähnlicher selbständiger Weise, wie die Franzosen verfahren.

Die Weltausstellungen sind international, sie sollen auch danach behandelt werden. Vertreter der Nationen müssen zusammenkommen, und zwar vom Volke gewählte Vertreter, und die Vereinbarungen treffen, zu welchen natürlich auch die Bestimmung zählt, wo und wann die nächste Ausstellung stattfindet.

Das Gewinsel unserer deutschen Afterpatrioten über Philadelphia und Paris kann nichts helfen; Deutschland muß in den sauren Apfel beißen. Wandelt dasselbe aber den von uns angedeuteten Weg, so würde mit Zustimmung der andern Nationen und der deutschen Arbeiter die demnächst folgende Weltausstellung in Berlin stattfinden, und wahrlich nicht zum Schaden und zur Schande Deutschlands.

Aber vor allen Dingen muß Germania baldigst schon das Schwert niederlegen und Meißel und Pflug zur Hand nehmen — der Militarismus, der Chauvinismus muß aufhören, und Deutschlands Söhne müssen in friedlichen Bestrebungen sich selbst und andere Nationen achten lernen.

Dann, aber auch nur dann, führen die Niederlage zu Philadelphia und der Bußgang nach Paris zu einem glänzenden und nicht beneideten Siege zu Berlin.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Auf politischem Gebiet ist das wichtigste „Ereigniß" der Woche, daß der englische Premierminister Disraeli (oder wie er als „Pair" getauft worden ist: Lord Beaconsfield) sich in einer Rede auf das Entschiedenste für die Integrität (Gebiets-Unverletzlichkeit) der Türkei ausgesprochen und mit den bezeichnenden Worten geschlossen hat: „wenn ein Krieg entstehen sollte, so wird England durch seine großen Hilfsquellen besser als andere Länder vorbereitet sein. England wird nur für die gerechte Sache Krieg führen, wenn derselbe aber einmal ausgebrochen ist, so wird es kämpfen bis der Gerechtigkeit Genüge geschehen ist." Der „friedliche" Czar hielt es für nöthig, darauf kriegerisch zu antworten, indem er in einem zu Moskau losgelassenen Speech betheuerte: „er habe für die Christen in der Türkei verlangt, was Recht und Gerechtigkeit erfordern; und wenn das nicht gewährt werde, so sei Rußland gezwungen, zu den Waffen zu greifen." Das ist etwas dunkel. Meint „Väterchen" die von England formulirten und von den übrigen Mächten acceptirten Forderungen, so war das Bramarbasiren höchst überflüssig, denn diese Forderungen sind thatsächlich bewilligt; meint er andere, nun — dann wird er sich zweimal besinnen, ehe er den Säbel zieht, mit dem er gerasselt hat. Jedenfalls mag er sich die Worte Disraeli's hinter die kaiserlichen Ohren schreiben und in seinem Land den Christen halb so viel Recht und Freiheit geben, als die Christen in der Türkei besitzen. Seine unglücklichen „Unterthanen" könnten dann sehr zufrieden sein! (S. unser Feuilleton.) Für diesen, von elenden Soldschreibern als das Muster aller menschlichen Vollkommenheit gepriesenen Despoten scheint die Parabel vom Balken und Splitter nicht zu existiren, und das Wort des Franzosen: die Heuchelei sei der Tribut, welchen das Laster der Tugend zolle, findet hier keine Anwendung mehr, wo es sich schon um etwas mehr handelt als Heuchelei.

— Aus Bosheit! Der deutschen Fortschrittspartei wurde im Reichstage bei Gelegenheit einer Forderung der Reichsregierung für Aenderungen im Reichskanzleramt eine betreffende Summe zu gewähren, der Vorwurf von klerikaler Seite gemacht, daß sie die Ministerverantwortlichkeit nur auf dem Programm hätte, ohne zur rechten Zeit thatsächlich dafür einzutreten; hier sei dazu die beste Gelegenheit. Der große Freiheitsmann Eugen Richter erklärte darauf im Namen der Fortschrittspartei, daß dieselbe nur deshalb die Geldforderung der Regierung bewillige, weil die Regierung so ungehindert alle Experimente durchmachen könne, um selbst einzusehen, daß der von ihr bisher verfolgte Weg der falsche sei — so komme man am leichtesten zum Ministerverantwortlichkeitsgesetz. — Also „aus Bosheit" wirft die Fortschrittspartei der Regierung das Geld an den Kopf — eine schöne Bosheit.

— Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß Deutschland der unterthänige Diener Rußlands ist, so wäre er durch folgende Mittheilung der „Germania" erbracht. Dieselbe schreibt: „Dem russischen Offiziere v. Klatschakoff ist der Rest seiner ihm wegen Diebstahls zuerkannten Gefängnißstrafe im Wege der Gnade, welche in Folge diplomatischer Verwendung angerufen war, erlassen worden. Der Russe entläßt aber nicht den ihm vom Tilsiter Landrath ausgelieferten Geistlichen Brondzo, trotzdem sich unser auswärtiges Amt für den letzteren verwendet hat, wie wir wenigstens annehmen müssen, nachdem die Petition des Propstes Zabermann in Tilsit dem Reichskanzler vom Parlament überwiesen wurde. Das Sprichwort „Eine Hand wäscht die andere" scheint also, trotz aller diplomatischen Beziehungen mit Rußland, sich hier nicht zu bewähren."

— Herr Stephan hatte am vorigen Mittwoch „keinen guten Tag". Bei der zweiten Berathung des Postetats wurden verschiedentliche Beschwerden laut; unter anderm brachte der Abgeordnete Schorlemer-Alst (Centrum) das skandalöse Circulär, betreffend die Ledochowski'sche Briefadresse zur Sprache, und gab Hrn. Stephan Gelegenheit, seine bekannten Eigenschaften und Eigenthümlichkeiten zu entfalten. Befragt, ob die Oberpostdirektionen in Bromberg und Posen das bekannte Facsimile (Nachbildung der Briefadresse) hätten nachbilden und den unter ihnen stehenden Postbehörden mit der Weisung zugehen lassen, Briefe mit ähnlich geschriebenen Adressen an die Staatsanwaltschaft abzuliefern, erklärte der Herr Generalpostmeister, die genannten Oberpostdirektionen hätten ein solches Facsimile nicht angefertigt (was sehr richtig ist, da die fraglichen Oberpostdirektionen sich nicht mit lithographischen Arbeiten befassen). Weiter examinirt, meinte der scharfsinnige Herr Generalpostmeister, es sei keine Veranstaltung der genannten zwei Oberpostdirektionen gewesen, daß das Facsimile angefertigt worden, gab also indirekt das Vorhandensein des Facsimile's zu. Es bedurfte einer dritten Befragung, um den Herrn Generalpostmeisten das direkte Geständniß zu entlocken, daß die obengenannten Oberpostdirektionen das vom „Vorwärts" zuerst veröffentlichte Circulär erlassen, und das Facsimile auf Requisition der Oberstaatsanwaltschaft versandt haben. Also das Facsimile ist von den Oberpostdirektionen in Bromberg und Posen nicht angefertigt, wohl aber versandt worden. Das Wortspiel entspricht dem geistreichen Naturell unseres Herrn Generalpostmeisters. Ferner behauptete Herr Stephan, weder der Generalpostmeister, noch das Generalpostamt seien direkt mit dieser Angelegenheit betraut worden. Die Sache sei indeß ganz in der Ordnung, denn wenn auch die Verfassung das Briefgeheimniß garantire, so enthalte sie doch die Einschränkung: „Ausnahmen bestimmt das Gesetz", und an die Ausnahmen bestimmenden Gesetzen „haben wir in Preußen keinen Mangel", wie der Herr Generalpostmeister scherzhaft hinzufügte — offenbar um den Glauben an die Fiktion des Briefgeheimnisses in kindlichen Gemüthern zu stärken. Nach dieser tröstlichen Versicherung wiederholt Herr Stephan sein — berühmtes Wort: „die Briefe sind auf der Post so sicher wie die Bibel auf dem Altar". Vom Abgeordneten Windthorst darauf aufmerksam gemacht, daß die Post zwar möglicherweise die Briefe so heilig halten könne wie die Bibel es auf dem Altar sei, daß aber die geheime Polizei vielleicht der Post „einen Strich durch die Rechnung mache", verstieg sich Herr Stephan zu dem kühnen Ausspruch, wenn die geheime Polizei derartiges sich herausnehme, hätte er, der Generalpostmeister, doch etwas davon erfahren müssen, allein es seien keine Beschwerden seitens des Publikums eingelaufen. Wüßten wir nicht durch Prozesse, die Herr Stephan gegen den „Volksstaat" angestrengt hat, daß er den „Volksstaat" (und gewiß jetzt den „Vorwärts") liest, so würde uns diese Behauptung nicht überrascht haben. Da aber der „Volksstaat" (und neuerdings der „Vorwärts") zahlreiche Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses konstatirt hat, so bleibt uns nichts übrig, als den Ausspruch des Hrn. Generalpostmeisters auf ein etwas mangelhaftes Gedächtniß zurückzuführen. Nachdem hierauf der Abgeordnete Schorlemer gezeigt, daß das Cirkulär in der Ledochowski'schen Briefangelegenheit über die staatsanwaltlichaftlichen Befugnisse hinausgehe, und das Briefgeheimniß faktisch aufhebe, da der Brief jeder Person, die eine der Ledochowski'schen ähnliche Hand schreibe, auf Grund dieses Cirkulars eröffnet werden könne, sieht sich der unvermeidliche Herr Lasker veranlaßt, die Dringlichkeit der Sache zu proklamiren und eine Interpellation zu empfehlen. Zum Schluß bricht der in die Enge getriebene Hr. Stephan noch eine Lanze für die — Staatsanwälte, denen im Lauf der Debatte Stieberhaftigkeit vorgeworfen worden war, und erklärt pathetisch: „den Vorwurf der Stieberhaftigkeit der Staatsanwälte muß ich

zurückweisen.“ Es wäre besser gewesen, er hätte die ihm selbst gemachten Vorwürfe zurückgewiesen, oder zurückzuweisen vermocht. Damit war der „Zwischenfall“ vorläufig erledigt. Sozialdemokraten kamen nicht zum Wort. Eine Interpellation steht nun bevor. Sollte sie unseren Abgeordneten nicht die Möglichkeit zur Aufdeckung der Briefstieberei bieten, so beabsichtigen dieselben einen besonderen Antrag einzubringen, zu dem sie allerdings die Unterstützung von Mitgliedern anderer Parteien bedürfen. Bei der dritten Lesung des Etats wird aller Wahrscheinlichkeit nach Sankt Valentin eine Behandlung des sauberen Themas verhindern. Indeß, was auch beliebt werden möge, unsere Abgeordneten werden Mittel und Wege finden, um vor der Oeffentlichkeit festzustellen, wie es ums Briefgeheimniß im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte steht.*) —

— Ein unwillkürliches Eingeständniß. Die national liberale „Magdeburgische Zeitung“ wirft sich plötzlich als Verfechterin der Preßfreiheit auf; sie sagt: „Ohne Geschworenengerichte keine Preßfreiheit, ohne Preßfreiheit keine gesunde Entwickelung des Staatslebens.“ Dabei beklagt sie, daß die Justizcommission wankelmüthig geworden sei und daß aus dem Entwurf der Reichsjustizgesetze jedenfalls der Passus, welcher die Preßvergehen vor die Schwurgerichte verweise, verschwinden werde. Die „Magdeburgerin“ hofft aber dabei, daß das Plenum des Reichstags fest bleiben und auf Beibehaltung dieses Passus bestehen würde, und zählt dabei diejenigen Parteien auf, welche durch die Verweisung der Preßvergehen vor die Geschworenen „eine gesunde Entwickelung des Staatslebens“ wollen. Da ist zunächst die Fortschrittspartei (die „Magd. Ztg.“ nennt die Mitglieder derselben sonst: Doktrinäre, die mit dem Schädel durch die Wand rennen), dann kommt das Centrum (die „Magd. Ztg.“ nennt die Herren vom Centrum sonst: Jesuiten, Volksverdummer, Rückschrittler), dann kommen die Polen und Elsasser (die „Magd. Ztg.“ nennt dieselben sonst: Reichsfeinde) und demnächst kommen die Sozialdemokraten (die „Magd. Ztg.“ nennt dieselben sonst: Räuber, Mörder, Banditen, Pöbel, Ehebrecher, Brandstifter, Umstürzler, Culturfeinde, Sittenvergifter u. s. w.), mit welchen Arm in Arm die „Magdeburgische Zeitung“ jetzt die gesunde Entwickelung des Staates anbahnen will. Dazu kommen dann auch noch, wie die „Magdeburgerin“ bestimmt erwartet, wenigstens so viele Nationalliberale vom linken Flügel, daß die Majorität gesichert erscheint. — Da haben wir's nun endlich heraus, was wir schon lange gesagt haben: „Das Gros der Nationalliberalen und die Conservativen sind „Reichsfeinde“, während die Klerikalen und Sozialdemokraten „Reichsfreunde“ sind.“

— Geschichtskenntniß der Liberalen. In Nr. 259 der „Dresdner Zeitung“ bespricht augenscheinlich der Redakteur selbst, Dr. Karl Wippermann, den Ausspruch, welchen kürzlich der Herzog Decazes in der französischen Kammer that: „Der Friede ist der überlegte und freie Beschluß der französischen Nation“ — in echter patriotischer Hetzweise und zeigt dabei Geschichtskenntnisse, die ihn vollauf berechtigen, die Quarta eines Gymnasiums auf mindestens zwei Jahre wieder zu besuchen. Der Herzenserguß lautet nämlich wörtlich: „Hielte Bismarck nicht so fest am Bündniß mit Rußland, hätte er es nicht so geschickt verstanden, auch Oesterreich mit in diesen Bund zu ziehen, so würde die Stimmung in Frankreich eine ganz andere sein und würde der Minister von Frankreichs Berufung, an der Spitze der Civilisation gegen die barbarischen Türken zu schreiten, in ähnlicher Weise vorgetragen haben, wie der dritte Napoleon vor 22 Jahren.“ — Zuerst selbstverständlich das überschwänglichste Lob Bismarck's, dann die hetzerische Behauptung, die Franzosen würden den Krieg provoziren, wenn der deutsche Reichskanzler sie nicht zurückhielte, und zuletzt eine bodenlose Unwissenheit in der jüngsten Geschichte. Jeder Quartaner weiß, daß Napoleon III. mit den Türken, Engländern und Piemontesen gegen die Russen gekämpft hat, daß es ihm gar nicht eingefallen ist, die Türken Barbaren zu nennen, und daß ganz bestimmt der Herzog Decazes jämmerlich Fiasco bei den Franzosen machen würde, wenn er mit „Väterchen“ vereint, durch „russische Cultur“ den „türkischen Barbarismus“ verdrängen wollte. — Devot, chauvinistisch und national-bornirt, von einer bodenlosen Unwissenheit durch und durch getränkt — so haben wir auch hier wieder ein Exemplar eines in der Wolle gefärbten Nationalliberalen erwischt.

— Ein nationalliberaler „Culturkämpfer“ — Mayhoff heißt der Mann und Professor und auch Doktor zugleich ist er seines Zeichens — hat sich jüngst in einer Monatsversammlung des Reichvereins zu Dresden in einem Vortrage über „die Geschichte des Culturkampfs“ vernehmen lassen. Das nationalliberale Auditorium lohnte den Vortrag „mit reichem Beifall“ und ein Dresdner Correspondent der „Deutschen Allgem. Zeitung“ findet ihn sogar vortrefflich. Aber was ist vortrefflich? Der blühende Unsinn etwa, den der Professor Mayhoff auftischte? Oder ist es kein Unsinn, den Kampf zwischen Bismarck und den Ultramontanen, also zwischen zwei freiheitsfeindlichen Gewalten, einen „Culturkampf“, einen „geistigen Kampf“ zu nennen, für den es kein „offizielles Datum des Anfangs“ gebe, der aber eigentlich auf das Jahr 804 zurückzuführen sei, „wo die weltgeschichtlichen Gelüste des Papstthums begannen“? Ist es kein Unsinn, die Tragikomödie, welche der Papst Gregor VII. mit Kaiser Heinrich IV. von Deutschland in Canossa aufführte, mit der „Geschichte des Culturkampfs“ in Verbindung zu bringen? Was haben überhaupt die „weltgeschichtlichen Gelüste des Papstthums“ und die nicht minder stark vorhandenen „weltgeschichtlichen Gelüste“ der Fürsten mit der „Geschichte des Culturkampfs“ zu thun, wenn nicht das, daß sie immer und überall die Cultur vernichten halfen und den „geistigen Kampf“, d. h. die Entwickelung des Menschengeistes, hemmten? Aber was streiten wir noch, wenn ein nationalliberaler Professor Carriere machen will — und das wollen sie ja alle — so ist ihm eben jedes Mittel recht; und da kann es auch nicht Wunder nehmen, wenn ein hinterpommerscher Junker über Nacht zum „geistigen Vorkämpfer der Menschheit“ erhoben wird.

— Die sächsischen Pfaffen evangelisch-lutherischer Richtung hielten vor kurzem auf einer sogenannten Landessynode in Dresden großen Rath. Die Thätigkeit, welche die frommen Herren dort entwickelten und für welche sie sich obendrein noch drei Thaler täglich bezahlen ließen, zeugt von allem Anderen, nur nicht von der vielgepriesenen christlichen Nächstenliebe. Bekanntlich hat das Civilehegesetz — übrigens eines von den wenigen Gesetzen, mit welchen man sich einigermaßen befreunden kann — einen nicht unbeträchtlichen Ausfall an kirchlichen Trauungen und Taufen zur Folge gehabt. Darüber nun sind die christlichen Herren aufs äußerste erbost, und da sie das Gesetz selber nicht so ohne Weiteres beseitigen können und auch der Scheiterhaufen aus der Mode gekommen ist, so haben sie beschlossen, allen Denjenigen, welche die „kirchliche Ordnung“ mißachten, das Stimmrecht bei den Kirchenvorstandswahlen zu entziehen; auch ist den Aechtern der „kirchlichen Ordnung“ die Fähigkeit abgesprochen, als Kirchenvorstand zu fungiren oder ein anderes kirchliches Ehrenamt zu bekleiden; desgleichen sind sie des Rechtes, Pathenstelle zu vertreten, für verlustig erklärt, und was das Betrübendste ist — auch die Absolution und das Abendmahl wird diesen Sündern verweigert. Da haben wir die Bescheerung. Nun werden doch hoffentlich die räudigen Schäflein wieder massenhaft unter die Obhut ihrer frommen Seelenhirten zurückkehren und sich geduldig scheeren lassen, wie das früher der Fall war. Es war ja so schön! Wie aber, wenn kein vernünftiger Mensch — und derer werden glücklicherweise immer mehr — sich um den Zorn der frommen Wüthriche kümmert, und wenn gar, was sicher kommen wird, der Staat seine Hand von der Kirche wegzieht? Nun, dann werden wir es noch erleben, daß die Herren Seelsorger, welche heute noch das große Wort führen, nicht einmal tauglich sind — zum Steineklopfen. —

— Eine organisirte Verbrecherbande. Uns wird zur Veröffentlichung nachstehendes Schreiben überbracht, welches ein Leipziger Bürger aus München erhalten hat:

„Haben Sie Lust, binnen drei Monaten einige tausend Thaler baar zu verdienen, wenn Sie blos Strohmann zu sein brauchen, und kein Risiko oder Gewissensbisse zu fürchten haben? Man verkauft ein Lager anstatt baar — blind und giebt Ihnen Quittung zur Höhe des Honorars. Sie berechnen ohne Aktiven oder Passiven, falliren, und dann leistet der einzige Gläubiger auf seine Forderung Verzicht. Man hat Sie als tüchtig empfohlen. Gef. Antwort bis 1. Dezember d. J. postlagernd Liegnitz unter Rückgabe dieses.

August Ostermann.“

Zunächst wollen wir bemerken, daß der Adressat äußerst empört war darüber, daß „man ihn als tüchtig empfohlen habe“, dann aber liegt es auf der Hand, daß die Existenz derartiger organisirter Banden in Deutschland kein besonders gutes Licht auf unsere polizeilichen, und ein ganz miserables Licht auf unsere wirthschaftlichen Verhältnisse wirft. Solchen „reellen“ Deutschen soll der Teufel trauen, und wir haben von Franzosen gehört, daß sie oft genug an gut empfohlene Deutsche Waaren auf Credit gesandt, aber in sehr häufigen Fällen keine Zahlung erhalten hätten. Das ist auch ein großer Krebsschaden an unseren kommerziellen Verhältnissen. Unsere Polizei aber ist zu viel mit den Sozialdemokraten und Klerikalen beschäftigt, sie ist mit solcher Arbeit derart überbürdet, daß es ihr wohl unmöglich ist, den Spitzbuben genauer auf die Finger zu sehen.

— Wiederherstellung Polens. Unter der Ueberschrift: „Eine polnische Anschauung von der russischen Politik“ bringt die englische Zeitung „Globe“, eine Zuschrift von dem in London ansäßigen polnischen Oberst T. Dombrowski (einem Bruder des Communegenerals), in welcher es u. A. heißt: „Die Zerstückelung Polens gebar die orientalische Frage, und nur durch die Wiederherstellung Polens kann diese Frage befriedigend gelöst werden. Anno 1863 leisteten wir ohne Geld und ohne Waffen 300,000 Mann regulären russischen Truppen 14 Monate Widerstand, und wenn England den vierten Theil des Geldes, das es ausgab, um die Türkei aufrecht zu erhalten, für Polen verwendet hätte, würde letzteres schon lange frei gewesen sein und die orientalische Frage würde gar nicht existiren. Um der russischen Aggression nicht allein gegen die Türkei, sondern gegen ganz Europa für immer ein Ende zu setzen, giebt es nur ein Auskunftsmittel, nämlich die Errichtung einer unübersteigbaren Schranke — die Wiederherstellung des Polens von 1772. Durch dieses Mittel würde man Europa ein politisches Gleichgewicht geben, wie solches nicht existirte, seitdem Polen zerstückelt wurde.“

Die Wiederherstellung Polens genau in den Grenzen von 1772 ist wohl kaum möglich; so viel aber ist gewiß, jeder Versuch, die Macht Rußlands zu brechen, muß erfolglos sein, wenn er nicht auf die Wiederherstellung Polens hinzielt; dann ist aber der Erfolg auch sicher, und Rußland wird vorwiegend eine asiatische Macht, unschädlich für Europa. — Sollte der russisch-türkische Krieg nächstes Frühjahr zum Ausbruch kommen, so wird allem Anschein nach die polnische Frage eine bedeutende Rolle spielen.

— An die Parteigenossen! In den meisten Städten und Ortschaften hat man mit Aufstellung der Wählerlisten zu den Reichstagswahlen begonnen. Die Parteigenossen werden ersucht, sich bei ihren Hauswirthen oder Schlafstellenvermiethern zu erkundigen, ob sie von ihnen in die Listen eingetragen sind. Ist dies nicht geschehen, so muß sich der Betreffende entweder jetzt bei der betreffenden Behörde melden, oder aber, wenn die Wahllisten öffentlich aufliegen, unter Vorzeigung einer Legitimation die Eintragung des Namens verlangen. — Wie einzelne liberale Zeitungen schreiben, soll der preußische Landtag schon den 10. Januar eröffnet werden; die Reichstagswahlen aber werden dann kurz nach Schluß der jetzigen Session stattfinden. Die Wählerlisten werden zu Anfang December aufgelegt, die Wahlen finden dann entweder zwischen Weihnachten und Neujahr oder in den ersten Tagen des Januars statt. Das Letztere ist das Wahrscheinlichste.

— Verfolgungen über Verfolgungen. Den 7. d. M. wurde der Redakteur an der „Bergischen Volksstimme“, Benzinger, wegen Preßvergehen zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. — Am 9. d. Mts. stand der Redakteur desselben Blattes, Lange, der schon mit 7 Monaten bedacht ist, wegen Bis-Mark-Beleidigung — man konnte nicht recht ersehen, ob die „Beleidigung“ den Herrn Bismarck oder das Zwei-Markstück betraf — vor dem Elberfelder Gerichte und erhielt eine „Zusatzstrafe“ von 14 Tagen. — Am selbigen Tage wurde der Redakteur desselben Blattes, Grunewald, zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. — Schöne Preßfreiheit, das!

*) Liebknecht war durch einen Krankheitsfall in seiner Familie verhindert, der zweiten Berathung des Etats beizuwohnen.

Correspondenzen.

Mölln in Lauenburg, 1. November. Um zu zeigen, daß auch hin und wieder ein anständiges liberales Blatt auftaucht, oder ein liberales Blatt hin und wieder in einen anständigen Ton verfällt, bringen wir nachstehende Correspondenz aus der

Russische Cultur.

Die Lage der deutschen Colonisten in Rußland.

(Schluß.)

Man kann dem Umsturz alles Bestehenden nur mit Freuden entgegensehen, von welcher Partei er auch in Angriff genommen werden wird. Trotz allen Reformen, die blos gegeben zu werden scheinen, um Europa zu täuschen, ist Alles wie vor hundert Jahren: Tausende sitzen in finsteren Kerkern, Tausende schmachten in Verbannung, ohne Gericht, ohne Urtheil; es wird gepeitscht, geknutet und gemartert. Das Letztere soll nur an Solchen geschehen, welche nicht mehr freikommen, damit sie nichts nacherzählen können.

Als im letzten Februar in St. Petersburg in einem Gewölbe acht Menschen, freilich schon verweste, gefunden wurden, welche zentnerschwere Ketten um den Hals hatten, deren anderes Ende in die Wand festgemauert war, da schrieben die russischen Zeitungen rasch, sie stammen noch aus der Schwedenzeit (??), aber so mußten sie schreiben bei solcher Censur und Knute. Daß diese acht Mann dort vergessen wurden, ist nicht so wunderbar, denn in Rußland giebt es Hunderte Verbannte, die auch vergessen worden sind, denn anders läßt sich eine 24jährige Verbannung ohne Gericht und Urtheil nicht erklären.

Der Verfasser der Broschüre lernte einen Mann kennen, dessen Bruder in der Peter-Pauls-Festung Jahre lang gesessen hatte, zwar nie gemißhandelt ward, aber auch ohne jemals verhört zu werden, entlassen wurde; als er dann den Grund seiner Verhaftung erfahren wollte, sagte man ihm: Gehen Sie, damit es Ihnen nicht ärger ergehe.

Er erzählte, daß in der Festung hin und wieder die gräßlichsten Klaggeschreie zu hören waren, aber immer nur des Nachts.

Nicht minder schrecklich ist die Lage vieler Verbannter, denen das Wenige, was sie besitzen und erwerben, gestohlen und geraubt wird, und die oft dem Hungertode nahe sind.

Einige Verbannte, die 1875 aus der Zwangsarbeit zu lebenslänglicher Verbannung begnadigt wurden, schrieben in einer Bitte an die Pariser Folgendes: „Gott ist unser Zeuge, daß wir ganze Tage ohne Nahrung zubringen; nach zwölfjährigen Leiden von Allem entblößt, sind wir zu arm, uns ein Stück Brot zu kaufen; ohne Kleider, und nachdem wir eine Reise von 3000 Werst überstanden haben, ist unsere Lage noch schrecklicher als bei der Zwangsarbeit, wo wir wenigstens Brot und Lager hatten. Hunger und Kälte, die bis 40 Grad (?) steigt, werden uns tödten, wenn Gott uns nicht rettet.“

Und ähnliche Fälle ließen sich zu Tausenden aufzählen; sind doch 75,000 Leute internirt, ohne Untersuchung und Urtheil, ohne zu wissen warum, noch auf wie lange. Von ihnen meldet die Statistik Nichts, und Nichts davon, daß nach der neuen Gerichtsordnung eine Dauer der Untersuchungshaft von zwei bis sechs Jahren nicht ungewöhnlich ist.

Was können gegenüber diesen Verhältnissen die Deutschen Besseres thun, als Rußland verlassen!

Wenn in den Ostseeprovinzen mit List und Gewalt russifizirt wird, wenn den Kleinrussen verboten wird (im Juli 1876), in ihrer Sprache Bücher zu drucken; wenn den Uniten in Polen die Kinder gewaltsam getauft und die Erwachsenen mit Pike und Peitsche in die rechtgläubige Kirche getrieben werden (August 1876); wenn die Regierung in so frevelhafter Weise die den Deutschen gemachten Versicherungen und die ihnen bewilligten Privilegien beseitigt und jenen das entsetzliche Loos der russischen Bauern droht, dann dürfen sie nicht in jenem verrätherischen, contraktbrüchigen Lande bleiben, müssen sie auswandern.

Man verweise nur nicht auf den milderen Wortlaut der Gesetze, — darauf, daß durch das Gesetz von 1866 die Knute abgeschafft ist. Das Gesetz ist dem russischen Beamten nichts als ein hohler Wortschall, sein Gesetz ist seine Willkür.

Und dieser ist es zu danken, daß Niemand sicher ist vor der Knute. Wer Abends noch mit gutem Gewissen zur Ruhe geht, ist oft schon Morgens Meilen weit auf dem Wege nach Sibirien, und seine Frau und Kinder, die von allem nichts erfuhren, haben beim Erwachen nur die Freiheit, zu folgen oder den Ehescheidbrief zu nehmen.

Ja, macht ein Beamter eine geheime Anzeige über Jemand, in solcher Form, daß man in der dritten Abtheilung glaubt, das Gericht würde ihn jedenfalls als schuldig verurtheilen, so wird, statt der Verbannung, Untersuchungshaft anbefohlen. Der Kläger erschrickt, denn er weiß ja sehr gut, daß er alles gelogen hat, und er beeilt sich die Sache 4—6 Jahre in die Länge zu ziehen. Ist der Unglückliche stark genug, solche Untersuchungshaft zu überleben, dann kommt er endlich vor Gericht, und wehe ihm, wenn er freigesprochen wird!! —

So stand einst ein junger Mann vor Gericht, der an Gesundheit und Verstand stark gelitten hatte, und sein Advokat schloß die Vertheidigungsrede mit folgenden Worten: „Die ganze Verhandlung hat erwiesen, daß die Anklage eine absichtlich erlogene war, und ich bitte, gegen den Kläger Herrn D. die gerichtliche Untersuchung einzuleiten.“

Der Angeklagte wird freigesprochen und kommt zu seinen Lieben, welche die Hoffnung hegen, durch gute Pflege seine Gesundheit wieder herzustellen, doch noch in derselben Nacht wird er abgefaßt, er ist nie wiedergekommen!!

So etwas geschieht auf folgende Weise: Für den lügenhaften Kläger verwendet sich ein Beamter mit folgenden Worten: Das Gericht hat beschlossen, den Beamten Herrn D. zu verfolgen, das ist aber einer der besten Beamten (soll heißen: mit demzich oft gemeinschaftlich Geschäftchen (!!) gemacht habe) und wenn der vor Gericht kommt, so macht das einen schlechten Eindruck auf das Volk (soll heißen: dann zeigt er auch mich an), und wir verlieren dadurch viel an Einfluß und Achtung (soll heißen: ich bin dann gezwungen, Anzeige zu meiner Rechtfertigung zu machen über .... Sie wissen ja); dieser Freigesprochene aber ist wirklich ein Verbrecher; er ist nur so listig, daß man ihm nichts beweisen kann (soll heißen: es ist ja besser, einen Menschen nach Sibirien zu schicken, als uns blamiren zu lassen). Daraufhin dann geht der Verbannungsbefehl im Namen des Kaisers aus! —

Es würde leicht sein, vor Gericht zu beweisen, daß der Name Alexander's II. viele tausend Male, wie oben beschrieben, gemißbraucht wurde.

Aber die Geister der Gemordeten und Gequälten schweigen nicht; sie rächen sich schwer an ihren Peinigern, das beweist ein Brief, den der Schreiber des Schriftchens nach Schluß derselben aus Süd-Rußland erhielt. Er lautet u. a.:

„Yalta, September 1876.

„Der Kaiser kam unlängst mit seiner Begleitung in Livadia an, aber wie verstört ist Alles!

„Der Generaladjutant Potapow — unter dessen Regime auch Sie schon zu den lebendig Begrabenen gehörten — sagte zum Kaiser, nachdem sie eben das Schiff in Odessa bestiegen hatten: „Majestät! die Geister der unschuldig Ge..... schweben immer vor mir, ich sehe in den Wolken das zürnende Angesicht Gottes, welches mich vernichten will. Lassen Sie mich

„Möllner Zeitung“: „Am Montag Abend fand im Ehlers'schen Lokale eine sozialdemokratische Volksversammlung statt, welche ziemlich zahlreich besucht war. Als Referent war Herr Zimmerer Kapell aus Hamburg hier. Derselbe legte in längerem, fließenden und namentlich vollständig sachlichen und gemäßigten Vortrage die Ziele der Sozialdemokraten gegenüber denjenigen der anderen politischen Parteien dar. Alle anderen verträten nur die engen Interessen ihrer Klasse, die Conservativen in den verschiedenen Spaltungen diejenigen des Großgrundbesitzes, die Fortschrittspartei mache prinzipiell nur Opposition gegen die Regierung, die Ultramontanen strebten nach der Oberherrschaft der Kirche, die Nationalliberalen vertreten nur die Interessen des Kapitals und der Besitzenden; die Interessen der arbeitenden und nothleidenden Klassen würden einzig und allein vertreten durch die Sozialdemokraten. Diese Interessen beständen nun darin, ein Gleichgewicht herzustellen zwischen Produktion und Consumtion. Es sei neuerdings statistisch nachgewiesen und vom Minister des Innern ausgesprochen worden, daß 60 Proz. der Bevölkerung ein Einkommen von unter 250 Thlr. haben, während man durch Direktor Engel erfahren habe, daß der jährliche Produktionsgewinn in Deutschland gleichmäßig getheilt pro Kopf 1200 Thlr. ergebe. Um die Differenz werde das arbeitende Volk geschädigt. Die Sozialdemokraten wollten sie ausgleichen, das aber weder durch Theilen noch durch Aufhebung des Eigenthums, sondern durch ihre Assoziationen, welchen der Staat allein nur das gewähren solle, was er der besitzenden Klasse schon seit lange gewähre: Staatskredit. Denn wenn ein Rothschild oder sonst ein reicher Mann zur Reichsbank käme, würden ihm seine Wechsel gern discontirt, das thäte man solcher Assoziation gegenüber aber nicht, obgleich das Kapital sehr leicht, die Arbeitskraft, welche der Fonds der Assoziation wäre, aber nie bankerott werden könne. Schließlich verwahrte der Herr Referent noch die Sozialdemokraten gegen die Vorwürfe, sie wollten das Eigenthum, die Ehe u. dgl. aufheben. Die Heiligkeit der Ehe würde vielmehr verletzt durch die herrschende Produktionsweise, durch welche auch die Frau und die Kinder zum Broderwerbe außerhalb des Hauses gezwungen würden. Darum möge das Volk endlich zu der Einsicht kommen, wer denn seine Interessen verträte, und man möge dieser Einsicht bei der Reichstagswahl, dem größten Feiertage des arbeitenden Volkes, dadurch Ausdruck geben, daß man einen Sozialdemokraten wähle, und zwar hier den für den hiesigen Bezirk aufgestellten Candidaten, Herrn August Geib aus Hamburg. — Die Versammlung, die diesem Vortrage, den wir hier allerdings nur seinen Hauptgedanken nach wiedergegeben haben, mit gespanntester Aufmerksamkeit folgte, zollte Herrn Kapell lebhaften Beifall und nahm schließlich eine Resolution an, dahin gehend, sie erkläre sich mit den sozialistischen Prinzipien einverstanden und verspreche, für die Wahl des genannten Candidaten einzutreten. Zum Schlusse wurde eine Tellersammlung zur Deckung der Unkosten veranstaltet.“

Hamburg. Der „Grundstein“, Organ der deutschen Bauhandwerker, wird nicht mehr in Berlin, sondern in Hamburg in der Genossenschaftsbuchdruckerei des „Hamburg-Altonaer Volksblatts“ gedruckt und erscheint ebenfalls in Hamburg, im Verlage des Herrn Walther, Jakobikirchhof 29. Der Abonnementspreis beträgt bei allen Postämtern in Deutschland vierteljährlich 30 Pf. frei ins Haus, durch Briefträger 45 Pf. An die Maler müssen wir uns an dieser Stelle besonders wenden, mit der Aufforderung, den Grundstein in ihren Kreisen immer mehr zu verbreiten dadurch, daß sie recht zahlreich darauf abonniren, weil alles, die Vereinigung der Maler betreffend, als Aufrufe, Berichte, sowie alle Bekanntmachungen, vom Vorstande der vereinigten Maler darin veröffentlicht wird. Deshalb Fachgenossen, auf und abonnirt auf den „Grundstein“, Organ der deutschen Bauhandwerker, entweder bei den Postanstalten oder bei Herrn Walther, Jakobikirchhof 29; ferner in Hamburg bei allen Colporteuren oder bei den Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes in den Städten, wo derselbe Mitglieder hat. Mit Gruß

Hurlemann.

Mülheim a. Rhein, 3. November. Sonntag, den 29. Oktober, fand hierselbst eine Volksversammlung statt, welche äußerst zahlreich besucht war, und in welcher Herr Ries aus Cöln referirte. Anlaß zu dieser Versammlung gab hauptsächlich ein Waschzettelartikel der hiesigen „Mülheimer Zeitung“ über die sozialistischen Utopien. Der Redakteur besagten Blattes war brieflich eingeladen, zog es jedoch vor, nicht zu erscheinen (vermuthlich aus Furcht vor dem Anti-Lasker'schen Knüppel), sogar fand er es unter seiner Würde, den plebejischen Sozialisten Antwort zu schreiben. Herr Ries secirte in längerem Vortrage besagten Artikel, wies an der Hand statistischen Materials das Unhaltbare und Widersinnige des darin Behaupteten nach und zog zum Schluß die persönliche Arbeit des Redakteurs etwas näher an die Oeffentlichkeit, wobei oft ein homerisches Gelächter ausbrach; als z. B. Herr Ries der Scheerenarbeit besagten Redakteurs gedachte. Hoffentlich werden wir den Mülheimer Sozialistentödter nach Bismarck'scher Schablone, welcher sich hermetisch verschließt, doch noch soweit bringen, in öffentlicher Versammlung der verbrecherischen Thorheit entgegen zu treten, für welche verdienstvolle Arbeit er bei uns unter die Rubrik der Gesellschaftsretter käme. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, die Reichstagswahl, sprachen, da die Zeit schon zu weit vorgerückt war, die Herren Billstein und Werner in kurzen kernigen Worten. Zum Schluß wurde folgende Resolution gefaßt: „Nach den Ausführungen des Herrn Referenten über die heutige gegnerische Presse erklärt die Versammlung ihre größte Verachtung dieser Presse gegenüber, welche total corrumpirt ist, und erachtet deshalb nur die sozialistische Arbeiterpresse als ein Bildungsmittel für das Volk.“

Nachstehende Wirthe halten hierorts den „Vorwärts“ und werden den Parteigenossen bestens empfohlen: A. Huckendick, Freiheitstraße; Risch, Unterwallstraße; A. Gießen, Papageiengasse; C. Gau, Windmühlenstraße; Ww. Biervert, Deutzerstraße.

L. Roderburg, Schriftführer.

V. **Frankfurt a. M.**, 7. November. Aus Mainz, unserer Nachbarstadt, habe ich Ihnen schöne Geschichten zu erzählen. Die Demokraten ziehen, oder sind schon gezogen, mit wehenden Fahnen hinüber ins fortschrittliche Lager. Nicht wahr, so ist es recht, so muß es kommen? Alleweil Farbe bekannt und mit dem wahren Gesicht nicht hinter dem Berge gehalten, das ist tugendhaft, das ist ehrlich! Möge es ihnen bei den wiedergewonnenen Brüdern wohl ergehen, an dem guten Willkomm fehlte es dieserseits nicht. Die Herren vom hessischen Fortschritt lieben ja bekanntlich ebenfalls die Pritsche mehr als die Streitaxt, und so erntet vielleicht Prinz Karneval, wo der Mainzer Demokrat gesäet hat. Der „Mainzer Anzeiger“ mit seinen 8000 Abonnenten ist Dank dieser Karnevalsdemokratie auch schon Jahr und Tag so jämmerlich farblos und matt gehalten, daß er, wenn die Masse von Annoncen aller Art nicht wäre, keinen Hund, und wäre es selbst der Bamberger'sche, vor den Ofen lockte. Sein Rivale, der „Neue Mainzer Anzeiger“, der den Sommer über sich einer entschiedeneren Haltung befleißigte, lenkt nun angesichts der Wahlen auch wieder um. „Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Fegfeuer springt.“ Die Nationalliberalen haben, wie Sie wissen, Geld und verstehen den Ablaß. Auf's Andere können Sie sich einen Vers machen.

Cassel. (Ein zweiter Sparig.) Die hier erscheinende (nichtsozialistische) „Freie Hessische Zeitung“ vom 8. d. bringt folgenden Bericht, der uns der Mühe einer eigenen Correspondenz überhebt: „Kassel, 8. November. Zu der gestern Abend im Thalia-Theater stattgehabten Disputation zwischen den Herren Redakteur Kutschbach und Pfannkuch hatte sich das Publikum in solchen Massen eingefunden, daß alle Räume bis auf den letzten Platz dicht gefüllt waren, und folgte man mit größter Spannung den Auseinandersetzungen beider Redner. Auf den von Herrn Kutschbach abgelesenen Vortrag, welcher kaum eine halbe Stunde in Anspruch nahm, antwortete Herr Pfannkuch in beinah ein und einhalbstündiger fließender Rede, um die gehörten Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei zu entkräften, und erntete lebhaften Beifall. Sein Gegner war übrigens einem solchen oratorischen Wettstreit in jeder Beziehung so wenig gewachsen, daß selbst dessen Freunde die nie dagewesene Keckheit in hohem Grade beklagen mußten. Die Replik des Herrn Kutschbach fiel denn auch so dürftig aus, daß man wahrhaft erleichtert sich fühlen mußte, als nach einer kurzen Erwiderung Pfannkuch's die Versammlung geschlossen wurde. Den Vorsitz führten abwechsend die Herren Meise, der sozialistischen Partei, und Fabrikant Keerl, der antisozialistischen Partei angehörig. Beiden gebührt Dank für die umsichtige Leitung.“

(Auch das „Leipziger Tageblatt“ und die „Berliner Tribüne“ constatiren, daß der liberale Redner vollständig unterlegen sei. Wir wollen noch bemerken, daß der Redakteur Kutschbach von der hiesigen Genossenschaftsbuchdruckerei auf Bestellung folgende Schriften erhielt: Lassalle: Verfassungswesen, Antwortschreiben, Fichte's Philosophie, Arbeiterlesebuch, Arbeiterprogramm, Feste und Presse, Bastiat-Schulze, — Liebknecht: Grund- und Bodenfrage, — Bebel: Unsere Ziele, — Hillmann: Internationale, — Most: Lösung der sozialen Frage. Diese elf Schriften, von denen der Bastiat-Schulze allein einen stattlichen Band bildet und eines achttägigen Studiums bedarf, erhielt Herr Kutschbach am 1. Oktober; den 7. war die Disputation. Daß es nun ungemein leichtfertig ist, in den wenigen Tagen den Sozialismus gründlich studiren zu wollen, um in öffentlicher Rede gegen denselben anzukämpfen, das möchte jedem Unbefangenen einleuchten. Doch man ist dies bei den Liberalen gewöhnt — ein bodenloser Leichtsinn, eine Oberflächlichkeit sonder Gleichen und dabei eine colossale Frechheit — deshalb auch hier wieder der glänzende Durchfall, der nothwendig auf die unverdaute geistige Nahrung folgen mußte. D. Red. d. „Vorwärts“.)

Hanau, 31. Oktober. Die von unserer Partei einberufene Volksversammlung, welche am 30. d. M. im Saale zur Reichskrone stattfand, war äußerst gut besucht. Ueber die Tagesordnung: „Der Reichstag und die Sozialdemokratie“, referirte der Reichstagsabgeordnete Herr Aug. Geib aus Hamburg. Redner erläuterte in fast 1½stündigem Vortrag die Organisation des Reichstags. Die verschiedenen Parteien und Fraktionen wurden einer gründlichen Kennzeichnung unterworfen, hauptsächlich wies Redner nach, daß durch die Zusammensetzung des Reichstags und seines innern Wesens wahre Volksbeschlüsse unmöglich seien. Auch der Bundesrath, resp. dessen Zusammensetzung, wurde gründlich beleuchtet, und nachgewiesen, daß derselbe in allen wichtigen Fragen durch Preußen beherrscht würde. Sodann beleuchtet Redner die Prinzipien und Tendenzen der vorhandenen Fraktionen, zeigt deren reaktionäres Wirken, ihr Versteckenspiel, das schließlich immer mit Compromissen und dergleichen endige. Die ultramontane Partei, welche sich öfters in heftiger Opposition gegenüber der Regierung befände, wolle trotz alledem nichts mehr und nichts weniger als Knechtung des menschlichen Geistes, aber auch die Regierung beweise durch ihre Schulregulative, daß es ihr ebensowenig um eine wahre Volkserziehung zu thun sei. Das heutige Erziehungssystem sei derart, daß eben die Jugend nach einer Schablone herangebildet würde, die Entwickelung der schlummernden Geisteskräfte würde eingeengt und zurückgehalten. Die freie Volksschule nur könne den Menschen zu dem machen, was er von Rechts wegen sein müsse. Bordem daß Redner die Prinzipien der Sozialdemokratie erläuterte, erwähnte derselbe zunächst die aus dem Lager der Gegner uns gemachten Vorwürfe, welche hauptsächlich darin bestünden, daß wir das Eigenthum abschaffen wollten, daß wir ferner die Ehe nicht mehr wollten, auch die Religion wollten wir beseitigen, sodann mache man uns den Vorwurf der Internationalität. Diese 4 Punkte unterzog Redner einer ausführlichen und strengen Kritik, und es war wohl Niemand anwesend, der nicht aus Gesagtem die Ueberzeugung gewonnen, daß die Vorwürfe der Gegner auf Unkenntniß und Ignoranz beruhen. Zum Schlusse geht Redner zu den Bestrebungen über, welche von unserer Partei verfolgt würden; klar und verständlich wies derselbe die Unhaltbarkeit der heutigen Einrichtungen nach, ebenso die Ungerechtigkeit, welche in der heutigen Gesellschaft herrsche. Schließlich erwähnt Redner, daß die Anwesenden Alles thun möchten, um den Sieg zu erringen und den aufgestellten Candidaten Herrn Frohme, den er in jeder Hinsicht empfehlen könne, kräftig zu unterstützen. (Allgemeiner Beifall.) D.

Aus dem Meininger Wahlkreis, 7. Nov. (Schluß.) Nachdem Lasker gesprochen, sprach noch Oberbürgermeister Rückert über die Matrikularbeiträge, deren Abschaffung sehr wünschenswerth sei, was Lasker zugestand, mit dem Versprechen, daß dieselben, wenn möglich durch, die Einführung der preußischen Stempelsteuer für das Reich ersetzt werden sollten. — Es erfolgte nun die Anfrage, ob noch Jemand eine Interpellation an den „verehrten Herrn Abgeordneten“ zu richten habe. Ich meldete mich zum Wort und fragte zunächst, ob es gestattet sei, dem Redner prinzipiell entgegenzutreten. Dies wurde mir natürlich in liberalster Weise — verweigert, worauf ich meine Verwunderung darüber ausdrückte, daß der Abgeordnete eines Wahlkreises nicht Bericht vor versammeltem Volke, sondern in einer Parteiversammlung erstatte. Als Antwort erfolgte Wortentziehung. Doch waren Fragen immer noch gnädigst gestattet. Nun fragte ich den Herrn Doktor, warum er denn nichts von der Gründerei, sowie den zahlreich anwesenden Arbeitern von der Art und Weise, wie man das „Haftpflichtgesetz“ gemacht und namentlich von seiner Thätigkeit dabei erzählt habe. Mit größtmöglichen Pathos und „sittlicher Entrüstung“ in jedem Worte erklärte nun Lasker, „er nenne jeden einen Friedensbrecher, der sich erlaube, das Haftpflichtgesetz ein schlechtes Gesetz zu nennen.“ Und während es doch unumstößliche Thatsache ist, daß — während bei Eisenbahnunglücken der Unternehmer den Nachweis zu führen hat, daß nicht er dafür verantwortlich sei — der Arbeiter, der in Fabriken ꝛc. zu Schaden kommt, erst nachweisen soll, daß der Fabrikant, dessen Beamte oder Einrichtungen hieran schuld sind, stellte Lasker den Sinn des ganzen Gesetzes auf den Kopf und log der Versammlung frech in's Gesicht, daß gerade durch das Haftpflichtgesetz der Arbeiter von diesem Nachweis entbunden worden sei!!! Den § 4 aber, der den Bourgeois gestattet, die Arbeiter selbst zur Zahlung allenfallsiger Entschädigungen indirekt anzuhalten, habe er deswegen in das Gesetz hineingebracht, um damit „die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu festigen.“ Die Sozialdemokraten aber, welche nur Unfrieden zwischen den verschiedenen Klassen säen wollen, seien aus dem Grunde im Reichstag gegen diesen Paragraph gewesen, weil sie — wie sie dort erklärt hätten — überhaupt keinen Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeiter haben wollten! (Großer Beifall seitens der Bourgeois.) Was nun die Gründereien anbetreffe, so könne sich da Jedermann vor Schaden bewahren, indem man ja nicht schlechte Papiere zu kaufen brauche, wodurch den Gründern der Boden entzogen werde! Punktum. Dann noch eine kleine Lobrede auf sich selbst, daß er es gewesen, der die Enthüllung der Gründereien angeregt (aber nicht durchgeführt, wie sie versprochen, Hr. Doktor!), dann Schluß mit „Hoch“, natürlich vorher noch Abstimmung, die für Lasker „glänzend“ ausfiel. Die Liberalen triumphirten, aber nicht lange. Andern Tags war Versammlung von unserer Seite. Und obwohl die Arbeiter Pößnecks von ihren „liberalen“ Ausbeutern auf's Aeußerste geknechtet werden, physisch sowohl wie moralisch, so waren sie doch in Masse herbeigekommen, die Proletarier, die hier nicht ununterbrochen an das Marterinstrument, Webstuhl genannt, gebannt sind, um Zeugniß für ihre Gesinnung abzulegen. Und der Erfolg war ein glänzender! Näheren Bericht werden die dortigen Genossen selbst erstatten. — Nun ging's durch den Wahlkreis weiter: heute Lasker, morgen Grillenberger, eine reine Hetzjagd. Am Dienstag war Volksversammlung in Gräfenthal. Dieselbe war vorzüglich besucht, trotzdem es erst Morgens um 9 Uhr bekannt geworden war, daß Abends Versammlung sein sollte. Es ist in dem Ort ein wackerer demokratischer Kern im Bürgerstande vorhanden, der dem Sozialismus nicht unzugänglich ist, und die Porzellanarbeiter, die einen ziemlichen Prozentsatz der Bevölkerung repräsentiren, sind gute Sozialdemokraten und wollen von dem Hirsch-Duncker'schen Schwindel, der sie früher bestrickt hatte, nichts mehr wissen, wie Herr Polke erst kürzlich erfahren mußte. — Mittwoch traf ich mit Freund Lasker in Sonneberg

---

nach Petersburg“, und dann brach er zusammen. Dieses wiederholte sich mehrere Male bis Livadia, ebenso auch hier noch oft, endete aber jedesmal mit der Bitte: Lassen Sie mich nach Petersburg!

„Daß aber gewisse Herren einen solchen Mann, der anfängt die Wahrheit zu sprechen, nicht nach Petersburg lassen wollen, werden Sie begreiflich finden, und so wurde beschlossen, ihn nach Wien zu befördern; er protestirte aber, und als der Czar ihn überreden wollte, fiel er vor ihm auf die Kniee und schrie: „Majestät, ich beschwöre Sie bei Gott und allen Heiligen, lassen Sie mich nach St. Petersburg!“ Dabei hielt er den Czaren so fest, daß dieser sich nur erst dann losreißen konnte, als er dem Potapow sagte: „Gut, Du sollst nach St. Petersburg. Jedoch Potapow wurde unter dem Vorwande, daß es nach St. Petersburg gehe, mit sicherer Wache nach Wien befördert. Der Czar aber war sehr gerührt. .....

„Es wäre interessant zu wissen, was Herr Potapow in Petersburg so ernstlich wollte, ob etwa den Augiasstall ausmisten? oder die unschuldig dem Hungertode Preisgegebenen befreien? Daß bis jetzt noch solche dritte Abtheilung existirt, gereicht Europa mehr zur Schande, als alle Greuel in der Türkei.“

Der General Potapow ist wahnsinnig geworden, wie der „Vorwärts“ in Nr. 1 und 8 bereits berichtet hat. Einen der verbrecherischen Vampyre der Gesellschaft hat die Nemesis vernichtet — allein das System, das ihn gezeugt — es lebt und blüht, das System in Rußland ermordet nach wie vor jede freie Denkrichtung, verbannt den Fleiß und knutet den Mannesstolz und verschlingt — ein unersättlicher Moloch — täglich das Glück und das Leben von Tausenden, welche in den Kerkern der dritten Abtheilung oder in den Wüsten Sibiriens und in der Sklaverei der Bergwerke die einzige Wohlthat, auf die sie noch hoffen, vom Tode empfangen.

Mag es! Ihre Geister werden dereinst eine furchtbare Macht sein! — Wehe den Henkern dieser Unglücklichen.

Ex ossibus ultor!
Aus ihren Gebeinen wird der Rächer erstehen.

— Ein erfreuliches Zeichen. Vor kurzer Zeit fand in Mülheim a. Rh. eine Controlversammlung der Reserve und Landwehr statt. Irgend ein Missionsverein hatte sich das Vergnügen gemacht, eine Anzahl von Bibeln und Neuen Testamenten den „Vaterlandsvertheidigern“ unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Auf eine dahingehende Aufforderung des Feldwebels trat — Niemand vor.

— Folgende Erklärung unseres Parteigenossen Grillenberger in Nürnberg, die er im „Nürnb.-Fürther Sozial-Dmokrat“ erläßt, mag hier ihren Platz finden:

„In der letzten Nummer des „Blech“ wird behauptet, daß ich am Montag vor acht Tagen in der Versammlung bei Merk gelegentlich meines Vortrags über „liberale Wahlvorbereitungen“ den Abgeordneten Lasker dadurch lächerlich zu machen gesucht habe, daß ich bei Citirung von dessen Redensarten „gejübelt“ hätte. Ich habe darauf blos zu bemerken, daß der betreffende Berichterstatter ein unverschämter Lügner ist; denn ich habe lediglich das wörtlich, oder richtiger buchstäblich wiederholt, was Lasker in Pößneck betreffs des Haftpflichtgesetzes sagte. Und dieser Satz lautete folgendermaßen: „Ich erkläre Jeden für einen Friedensbrecher, der sich erlaubt zu nennen das Haftpflichtgesetz ein schlechtes Gesetz.“ Was darüber hinaus behauptet wird, ist erlogen. C. Grillenberger.“

Wir fügen der Erklärung weiter nichts hinzu, als daß Herr Lasker uns bei obiger Redewendung nicht nur als ein Satzverdreher, sondern auch als ein sonderbarer „Rechtsverdreher“ erscheint. Er tritt als Vertheidiger eines Machwerks auf, welches er selbst verfaßt hat und mit der Unfehlbarkeit eines juristischen Pabstes schleudert er sein „Anathema“ gegen Jeden, der dasselbe nicht für gut erklärt. Das Haftpflichtgesetz ist unsern Lesern bekannt. Es ist allerdings ein „schlechtes“ Gesetz, weil der geschädigte Arbeiter den Beweis erbringen muß, daß durch die Schuld des „Arbeitgebers“ oder seines Vertreters das Unglück passirt ist. Dieser Beweis aber ist sehr schwer für arme Arbeiter zu erbringen. Wäre das Haftpflichtgesetz nicht viel besser, Herr Lasker, wenn der Fabrikant bei einem Unglücksfalle nachweisen müßte, um seiner Haftpflicht zu entgehen, daß der Arbeiter selbst Schuld an demselben gehabt habe?

— Herrn v. Unruh's Ideal verwirklicht: Durch die Zeitungen geht folgende Notiz:

„Der Ehevertrag unter den Eingeborenen der Insel Ceylon ist etwas über Gebühr Einfaches; der Mann sagt zum Weibe: „Komm her,“ und die Ehe ist geschlossen; er sagt zu ihr im Beisein von ein paar Zeugen: „Geh' fort“, und die Ehe ist geschieden. Die diese Worte begleitenden Gesten sind ein Wink bei der Heirath, und ein Fußtritt bei ihrer Lösung.“

Es fehlt blos der Unruh'sche Thaler. Sonst stimmt's auf ein Haar.

zusammen. Nachmittags war „liberale" Vorstellung in der Turnhalle, Abends halb 9 Uhr Volksversammlung, von uns einberufen, im Schießhaus. Man hatte wahrscheinlich darauf gerechnet, daß die Arbeiter nicht in die Turnhalle kommen würden, weil man das Schauspiel Nachmittags aufführte, allein das nützte nichts; aus der ganzen Umgegend und aus der Stadt hatten sich neben dem Protzenthum auch die Arbeiter eingefunden, um den „großen" Lasker zu sehen und zu hören. Der Eindruck, den sie mit fortgenommen, läßt sich am Besten beurtheilen aus der Abendversammlung, die noch stärker besucht war als die in der Turnhalle, trotzdem, oder auch vielleicht weil, Herr Kreisgerichtsdirektor Rückert die Bevölkerung öffentlich vor dem Besuch dieser Versammlung gewarnt hatte. Zu einer Disputation konnte es auch hier nicht kommen, da Lasker gleich von vornherein erklärte, auf „Stiergefechte" könne er sich nicht einlassen, und die „Herren vom Comité" ebenfalls nur 10 Minuten Redezeit zur „Fragestellung" gestatteten. Um so gründlicher konnte ich — da ich die zweistündige Laskeriade Nachmittags mit angehört — am Abend „über die Berichterstattungsweise des Herrn Dr. Lasker in seinem Wahlkreis" (so lautete unsere Tagesordnung) mich aussprechen. — Unsere ganze Agitation darf wohl als wirksam bezeichnet werden, und wenn der Kreis weiter tüchtig bearbeitet wird, was aber bei den mangelhaften Verbindungen und dem notorischen Geldmangel bei den meisten unserer dortigen Wähler resp. Gesinnungsgenossen mit ziemlichen Schwierigkeiten verbunden ist, so dürfte Herr Lasker zum letzten Mal dort Bericht erstattet haben. C. Grillenberger.

Zeitz. (Für den Wahlkreis Naumburg-Weißenfels.) Da Herr Langer von hier abgereist ist, so sind alle Briefe ꝛc., die Wahlangelegenheiten betreffen, bis auf Weiteres an Unterzeichneten zu richten. Gleichzeitig ersuche ich die Genossen der verschiedenen Orte unseres Wahlkreises um Einsendung von Adressen behufs Einleitung der zur Wahlagitation nöthigen Verbindung. Hermann Graul, Neumarktstraße.

In Sachen Klute's, der sich immer noch in Haft befindet, schrieb die „Zeitzer Zeitung", daß derselbe auf Grund des bekannten § 130 angeklagt sei. Dieser lautet: Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 200 Thalern oder mit Gefängnißstrafe bis zu 2 Jahren bestraft.

Dresden, 8. November. (Verein der Sattler und Berufsgenossen.) Die Urabstimmung hat ergeben, daß die Majorität der Mitglieder gegen die Einführung des Fachorgans ist. Angesichts dieses Resultats beschloß der Vorstand, die nächste halbjährliche Abrechnung nebst einem Bericht des Vorstands drucken zu lassen und an sämmtliche Mitglieder zu vertheilen. Es ergeht daher an alle Vertrauensmänner resp. Kassirer das Ersuchen, die Abrechnungen bis inclusive Oktober baldigst an den Kassirer einzusenden, sowie auch einen Bericht über den Stand der Mitgliedschaften beizufügen.

Mit collegialischem Gruß
Otto Hammer, Vors., Trompeterstr. 19, 3 Tr.

Neusdorf. (An die Parteigenossen des Wahlkreises Lennep-Mettmann.) Parteigenossen, der Tag der Wahl rückt näher und näher. Wollen wir anderen Kreisen gegenüber das in uns gesetzte Vertrauen rechtfertigen und unseren Candidaten Jakob Audorf jr. aus Hamburg siegreich aus der Wahlurne hervorgehen sehen, dann heißt es noch tüchtig die Hände rühren. Insbesondere erwarten wir von den entfernter wohnenden Parteigenossen, daß sie sich wenigstens brieflich mit uns in Verbindung setzen, um eine planmäßige und erfolgreiche Agitation ins Leben rufen zu können. Verlaßt Euch nicht auf das Centralwahlcomité allein; thue Jeder seine Pflicht, und der Sieg ist uns sicher.
Für das Centralwahlcomité: Ernst Wilke, Kurfürstenstraße.

Glauchau. (Niederlage der Sozialdemokraten.) „In Glauchau sind bei der Stadtverordneten-Ergänzungswahl die Sozialdemokraten total unterlegen," so jubelt die gesammte gegnerische Presse. Die Niederlage ist eine unbestreitbare Thatsache, und die Gegner haben ein Recht zu jubeln, denn sie haben mit mehr als der doppelten Stimmenzahl unsere Gesinnungsgenossen geklopft. Wie war dies möglich? hören wir fragen. Seit sechs Jahren waren unsere Gesinnungsgenossen im Glauchauer Stadtverordneten-Collegium obenauf; die Liberalen hatten sich in ihr Schicksal scheinbar so sehr ergeben, daß sie voriges Jahr nicht einmal einen Wahlkampf wagten, sondern ohne Kampf der Sozialdemokratie das Feld überließen. Diese Unthätigkeit brachte den Glauchauer Liberalen heftige Vorwürfe in ihrer Parteipresse ein. Die einen derselben versuchten ihre gänzliche Passivität in der „Deutschen Allgem. Ztg." charakteristischer Weise damit zu motiviren, daß das sozialdemokratische Collegium in einer Weise die Communalangelegenheiten führe, daß man auch gegnerischerseits keine ernste Anklagen gegen es erheben könne. — Und nach einem Jahre diese Niederlage! Alles in der Welt hat einen zureichenden Grund, so auch die Niederlage unserer Genossen. Sie ist kein Zeichen vom „Rückgang", von dem so gerne die Gegner faseln, obgleich sie dies in dem vorliegenden Falle auch noch nicht zu behaupten gewagt haben, die nächsten allgemeinen Wahlen möchten ihnen darauf eine gar unpassende Antwort geben; die Niederlage ist durch unsere Glauchauer Genossen selbst verschuldet. Durch ihre fortwährenden Siege und die Niedergeschlagenheit der Gegner hochmüthig gemacht, glaubten sie, es könne ihnen gar nicht fehlen. Sie waren so sehr ihres Sieges gewiß, daß sie die einfachsten Vorsichtsmaßregeln außer Acht ließen. Nicht einmal Stimmzettel wurden vertheilt. Eine Aufforderung zur Betheiligung an der Wahl erschien nur ein einziges Mal in dem dortigen Parteiorgan, ohne diese würden die auswärtigen parteigenössischen Leser keine Ahnung gehabt haben von dem wichtigen Akt, welcher der Glauchauer Commune bevorstand. —

Dieser blinde Vertrauensdusel gab den Gegnern den Muth, den Wahlkampf zu wagen. Die Vorbereitungen wurden in aller Stille getroffen und Alle auf die Beine gebracht, über die man verfügen konnte. Obgleich wenige Tage zuvor das Geplänkel im gegnerischen „Tageblatt" eröffnet wurde, legten unsere Genossen dem keine große Bedeutung bei; man war ja des Sieges so sicher. Die Folge war eine vollständige Ueberrumpelung, ähnlich wie sie seiner Zeit der „alte Fritz" durch die Oesterreicher bei Hochkirch erlitt. Durch den Mangel an sozialdemokratischen Stimmzetteln und durch den Mangel an Agitation kam es, daß Bürger, denen von liberaler Seite durch Boten eine Aufforderung zum Wählen zugeschickt wurde und die einen Stimmzettel in die Hand gedrückt bekamen, dieser Aufforderung folgten und erst zu spät gewahr wurden, wen sie gewählt. — So war die Niederlage eine selbstverschuldete, und man darf hinzusetzen, auch eine wohlverdiente. Eine Kampfpartei wie die unsere darf sich nicht auf die Bärenhaut legen und glauben, mit den erkämpften Lorbeeren zufrieden sein zu können. Wir müssen den Gegner unermüdlich bekämpfen, ihn überall hin verfolgen, ihn bekämpfen bis zur Vernichtung. — Die Glauchauer Niederlage ist aber auch eine Lehre, daß man den Gegner nie unterschätzen soll. Wir dürfen nie siegesgewiß sein, sondern müssen, auch wenn wir den Sieg zweifellos auf unserer Seite wissen, so kämpfen, als sei er ungewiß. Dann sind wir vor Ueberrumpelungen sicher, und die Masse wird zur Thätigkeit aufgerüttelt, die ihr unter allen Umständen nur nützen kann. — Die Glauchauer Genossen haben die erlittene Niederlage bei der nächsten Reichstagswahl auszuwetzen. Sie werden ihre Schuldigkeit thun.

Halle, 4. November. Am 11. v. M. hatten die Liberalen in Delitzsch eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher sogenannte Berichterstattung des Landtags- und Reichstagsabgeordneten erfolgte. Die Versammlung wurde um halb acht Uhr eröffnet, so daß die Arbeiter größtentheils verhindert waren, an derselben Theil zu nehmen. Der Reichstagsabgeordnete Thilo behauptete, die Sozialisten hätten im Reichstage eine große Unreife an den Tag gelegt, bekundete aber zu gleicher Zeit seine eigene „Reife" damit, daß er nicht den geringsten Beweis für diese Beschuldigung der sozialistischen Reichstagsabgeordneten vorzubringen wußte. Seine Stellung zum Hilfskassengesetz motivirte er bündig dahin: „Natürlich, die Herren wollen Strikvereine dabei haben, aber Striks sind staatsgefährlich, und wo man solche Vereine entdeckt, — da werden sie aufgelöst." Ich meldete mich zur Interpellation, aber — „Ein Hallenser hat hier nichts mitzureden!" war die Antwort des Vorsitzenden, des Kreisrichters Grobe. Mehrere Delitzscher Genossen konnten nur mit Mühe unter dem furchtbarsten Tumult einige kurze Bemerkungen vorbringen. Ein erneutes Gesuch an den Vorsitzenden, mich sprechen zu lassen, hatte ein Gebrüll zur Folge, daß einen mit menschlichen Begriffen ausgestatteten Menschen in Zweifel bringen konnte, ob er sich in einer Gesellschaft von Menschen oder Ochsen befand. Ein eleganter Strolch schrie von der Bühne herunter sein „Raus! raus!" mit solcher Anstrengung, daß er bis über die Ohren roth glühte. Einige zu jedem Dienst für die Herren bereite Lakaienseelen, dem Anscheine nach „Meister", machten, unter dem Beifallsgejohle ihrer noblen Complicen, handgreifliche Versuche, mich herauszuspediren, was ihnen indessen nicht gelang. Ein alter Fortschrittler, Mitglied des Wahlkomits's der vereinigten Liberalen und Freikonservativen, hielt, wahrscheinlich um dem ganzen Manöver die wohlverdiente Krone aufzusetzen, eine begeisterte Rede für Wiederwahl des freikonservativen Abgeordneten Thilo, die auch beschlossen wurde. Alles eine reactionäre Masse, die ungeschickterweise Alles aufbietet, um uns den Sieg leicht zu machen. — Am 2. November hielten wir eine Versammlung im benachbarten Städtchen Wettin ab. Leider waren die Arbeiter nur in so geringer Zahl erschienen, daß sich die „Gebildeten" wieder einmal gehörig austoben konnten. Der Apotheker und der Probst machten zunächst ungenirt ihre Bemerkungen zu jedem einzelnen Satze meines Vortrages. Die anderen strebsamen Gevattern Schullehrer und Mäkler glaubten denselben Beruf zu haben, so daß sich nach und nach ein heilloses Gewirre von Interpellationen entwickelte, das mich auf weitere Ausführungen zu verzichten zwang. Sofort ergriff nun, trotzdem der Vorsitzende die Versammlung geschlossen hatte (da hätte der Halle'sche Sparig dabei sein müssen), der wohlbestallte Probst das Wort, um die Versammlung unter wüthendem Geschimpfe auf die Sozialdemokraten und dem Beifallsgeknurre der Dicken und Satten zu belehren: „daß es immer Reiche und Arme geben müsse. Die Arbeiter aus dem Kohlenschachte wären nicht erschienen, weil sie wissen, daß ihnen diese Volksverführer doch keine Equipagen stellen können, damit sie ihren sauren Gang zur Arbeit fahren könnten. Die auch freilich nicht zu gut gelohnten Arbeiter des Guts wären nicht gekommen, weil ihnen doch die Sozialdemokraten das oft versprochene Schlaraffenleben nicht verschaffen können. Er gratulire sich, Pastor von Wettin zu sein, wo ein so gesunder Sinn in der Arbeiterbevölkerung herrsche, daß unsere Armen sich durch diese Hetzereien nie verleiten lassen werden. Er habe auch drei Jungens in Halle auf dem Gymnasium, die kosten schweres Geld, wer beschafft mir das?" Bravo! schrie ein armer Gutsbesitzer. — Diese verzwickte Frage ließ der Herr Probst unbeantwortet, er wird auf seinen Hasenjagden oder beim Champagner auch nicht sonderlich darüber nachdenken. Eine Widerlegung dieses unsinnigen Gewäsches war bei den ununterbrochenen Ergießungen des heiligen Bildungsgeistes der Wettiner haute volée nicht gut möglich, zwei angesehene Bürger in angeheitertem Zustande, einer ist Stadtverordneter von Wettin, vertraten mir gleich den Weg zum Rednertisch und herrschten mich an: „Unterstehen Sie sich, unserm Pastor zu widersprechen", und verzerrten greulich ihre Gesichter. Ein reicher Oekonom war soweit hingerissen, daß er unter Zustimmung seiner Spießgesellen ausrief: „Das Beste wäre, wir hauten dem die Jacke voll." Mit dem Gedanken an Schiller's „Unsinn Du siegst," verließen wir den Saal, um in Gemeinschaft mit ca. 20 dortigen Arbeitern und, wie ich rühmend hervorheben will, auch einigen Gutsituirten, die eine ehrende Ausnahme von der Regel machten, in einem mehrstündigen geselligen Gespräch das zu erreichen, was Jene glücklich vereitelt glaubten. Die Liberalen haben sich auch hier wieder eine moralische Niederlage bereitet, wie wir sie ihnen nicht besser beibringen können. H. Rödiger.

14. sächsischer Wahlkreis.
(Borna-Pegau.)

Sonntag, den 19. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, findet auf dem Bahnhofe zu **Narsdorf** eine **Conferenz** behufs Regelung der Agitation für die Reichstagswahlen statt. Die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert das Erscheinen von Genossen aus allen bedeutenderen Orten des Wahlkreises.

Frohburg, den 10. November 1876.
Das Wahlcomité: J. A.: Otto Häusler.

Briefkasten
der Redaktion. Der Einsender der Correspondenz aus Mainz in Nr. 103 des „Volksstaat" von diesem Jahre wird ersucht, uns anzugeben, welche Beweismaterialien für das, was er über die Invalidenkasse der Schott'schen Musikalien-Druckerei mitgetheilt hat, zu beschaffen sein werden. Eile thut noth! — Verschiedenen Einsendern: Ein für alle Male lehnen wir es ab, sogenannte „Steckbriefe" in unserem Blatte aufzunehmen; mögen die Parteigenossen auf irgend eine andere Weise den eventuellen Unannehmlichkeiten, die ein Schwindler hier und dort anrichten kann, vorzubeugen suchen. Durch Aufnahme solcher Zusendungen aber würden wir das kleinere Uebel nur durch ein größeres ersticken. Lediglich kann der Parteivorstand in dringlichen und bedeutenderen Fällen eine Ausnahme machen.

der Expedition. P. Schlebach Liége: Zu viel gesandte N. W. erbitten retour. B. St. Nr. 51 vergriffen. Mit Bw. senden rückständige N. W. 45 und von nun an 2 N. W. unter genauer Adresse. — L. Boas, Altona: Ihren Brief vom 9. d. haben wir an die frühere Exped. d. N. S.-D gesandt. — J. Schubert, Hermannstadt: Irrthum ist berichtigt. Sie haben noch 40 Pfg. gut.

S. Calau: Gestern Sendung an Sie abgegangen; falls dieselbe nicht eingetroffen, bitte um Nachricht. D., Hamburg.

Quittung. Sattlerver. hier Ann. 0,60. Ullrch hier Ab. 2,10. Lhmnn hier Ab. 3,40. Fschr Mylau Schr. 2,30. Schfr hier Ann. 0,30. Hckr hier Ab. 3,60. F. Mrtn Plaue Schr. 1,70. C. H. Kibfisch Dortmund Ann. 1,55. P. Bllstn Mühlheim Ab. 13,10. L Brg Friedberg Schr. 7,20. L. Rdr Kappel Schr. 4,50. Adminstr. d. Arb.-Wochenchronik Pest Ab. 19,88. F Schlgl Graz Ab. 4,97. Kndrth Arad Ab. 1,66. Lyn hier Ab. 0,60. Schf Wiesbaden Schr. 0,50. Schwgr Soran Schr. 0,25. Plck Weißkirchen Ab. 1,00. Müller Neudnitz Schr. 6,00. F. Hllr Klosterneuburg Ab. 1,65. J. Schbrt Hermannstadt Ab. 4,97. Bchltnr Judenburg Ab. 0,83. J. Endrs Augsburg Ab. 100,00. F. Brthrld Mittweida Schr. 10,00.

Altona. Mittwoch, den 15. November, Abends 8½ Uhr, in Heinsohn's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Weidemann aus Hamburg.
60] H. Gundelach.

Conewitz. Arbeiterverein.
Montag, 20. d. M., **Generalversammlung** im Waldschlößchen (Rosenhalle). Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht; 2. Vorstandswahl; 3. Anträge ꝛc. [50
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand. (2a)

Dortmund. Sonntag, den 26. November, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rellensmann auf dem Berge: (F. 80)

Generalversammlung
der
Mitglieder der Westfälischen Genossenschafts-Buchdruckerei.
Tagesordnung: Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrathes. Aufnahme neuer Mitglieder. [8,00
Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein Der Vorstand.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Mittwoch: Vortrag von Hrn. Bernecke über Naturheilkunde. [30

Leipzig. Sitzung der Commission zur Beschaffung eines **Verkehrslokales:** Donnerstag Abend 8 Uhr. [20

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 18. November, Abends 8 Uhr, Windmühlenstraße 7: **Versammlung.** Tagesordnung: Fortsetzung des Vortrags: Unsere Schulen. [50
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Ottensen. Donnerstag, den 16. November, Abends 8½ Uhr, in Burmeisters kleinen Saal (1 Treppe):

Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Wahlcomités. 2. Wichtige Angelegenheiten und Vortrag. — Sämmtliche Sozialisten Ottensens ersuche ich zu erscheinen. F. Heerhold.]70

Ottensen. Am Montag, 20. November, in Burmeister's **Salon** und arrangirt von den Sozialisten Ottensens:

Arbeiterfest

bestehend in Concert und Ball, Festrede gesprochen von Hrn. Hörig, nebst declamatorischen Vorträgen unter gefälliger Mitwirkung der Ottenser Liedertafeln „Lassallea" und des Gesangvereins.
Karten im voraus sind in den bekannten Wirthschaften und in allen Versammlungen zu haben für einen Herrn nebst Dame 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg., Damenkarten extra 15 Pfg.
Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
3,90] Das Comité.
NB. Der Reinertrag wird zur Reichstagswahl verwandt.

Ein tüchtiger **Korbmacher** auf geschlagene Arbeit kann sofort in Arbeit treten bei Hermann Marx in Saarbrücken. (2a) [60

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 5 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Leipziger Commune. — Nationalliberales Maulheldenthum. — Correspondenz. — Kuno Sparrig's von Gosenheim Erste Brandrede (mit des Redners wohlgelungenen Contersel).
Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Protokoll des Sozialisten-Congresses
zu Gotha
vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf —4 Expl. 10 Pf., auf 5 8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. **Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.**
Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Für den Wahlkampf.

Im Anfang November werden erscheinen und sind durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen:

I. Was wollen die Sozialdemokraten?
Ein sozial-politisches Gespräch.
Von H. Oldenburg.
Preis im Buchhandel 50 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.
Der Verfasser beantwortet die aufgeworfene Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzweiflung im liberalen Lager.
Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgischen Zeitung und die Schmähschrift des Herrn von Unruh.
Von Wilhelm Bracke.
Preis im Buchhandel 25 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stck. 4 Mk., 200 Stck. 12 Mk. 50 Pf. 1000 St. 50 M.
Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezuge gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß.
Um recht bald ge Aufgabe von Bestellungen wird gebeten; nach der Reihenfolge der einlaufenden Bestellungen wird expedirt. — Die Schrift:

„Nieder mit den Sozialdemokraten!"

ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Bracke'sche Schrift zu beziehen; bei Verwendung großer Partien zu Wahlzwecken besondere Vereinbarung. Auflage jetzt 95,000.
Braunschweig, 30. Oktober 1876.
(3c) **W. Bracke jr.**

Zur Beachtung!

Wir beabsichtigen dem vorletzten Hefte (Nr. 17) der **Neuen Welt** eine

Extra-Annoncenbeilage

beizugeben und berechnen die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum mit 50 Pfg.
Bei der großen Auflage — 20,000 — der **Neuen Welt** sehen wir zahlreichen Aufträgen entgegen und ersuchen Reflectanten, uns ihre Inserate unter Beilegung des Betrags rechtzeitig einzusenden. — Eine Zeile faßt etwa 8 Worte.
Leipzig, im November 1876.
Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Färberstraße 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hoh, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Zastermann, 206 Division Street.
San Francisco: H. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bindig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 21. Freitag, 17. November. 1876.

Unsere Gegner.

VII.

Unser biederer Schulze von Mainz, der unter Tausenden, und habe er sich noch so sorgfältig verkleidet, an seinem penetranten denunciatorischen Duft sofort zu erkennen ist, apportirt als „M vom Mittelrhein" dem „Hamburgischen Correspondent" (vom 11. Nov.) folgendes uns doppelt interessirende Artikelchen:

„Ueberaus charakteristisch ist das Verhalten der sozialdemokratischen Blätter zu der bekannten v. Unruh'schen Schrift über „das, was die Sozialdemokratie verspricht" und gewiß würde, wenn unsere Presse es der Mühe werth fände, sich anders als gelegentlich mit diesem Gegenstande zu befassen, ein ebenso ausgiebiges wie dankbares Besprechungs-Gebiet gewonnen sein. Die genannten Blätter verfolgen nämlich auch in diesem Falle die alte Taktik, auf die ihnen unbequeme Schrift alle nur erdenklichen Beschimpfungen(??) und Verunglimpfungen zu wälzen und unter dem Lärm des Geschimpfes (!!) die Thatsache zu verbergen, daß eigentlich gar nichts widerlegt, ja eine Widerlegung oder auch nur eine ernstliche Widerlegung oder auch nur eine ernstliche Leugnung der den Sozialdemokraten zugeschriebenen Grundsätze und Bestrebungen gar nicht versucht wird. Betreffs desjenigen z. B., was Unruh über die sozialdemokratische Auffassung der Ehe sagt, wird zwar mit allem Aufgebot der Entrüstung gethan, als ob die durchaus decenten (!!??) Darlegungen der Broschüre ein unglaubliches Bild sittlicher Verworfenheit böten, aber irgend eine positive Behauptung, welche dem Ausgangspunkte und den Consequenzen der Unruh'schen Darlegung entgegenträte, wird man vergebens suchen. Dieser Ausgangspunkt besteht bekanntlich darin, daß, da die sozialdemokratische Ehe lediglich auf die bestehende bezw. fortdauernde Neigung gegründet und durch kein festes Band irgend einer Art garantirt, wohl aber die Lösung eines derartigen Verhältnisses auf's Aeußerste erleichtert sein soll, diese Ehe nothwendig zu einem bloßen Gelegenheitsbande sich gestalten müsse, welches jeder Theil wieder zerreiße, sobald es ihm beliebt. Die durchaus sozialdemokratische Idee der „Kindererziehung durch den Staat", die ja ein unerläßliches Correlat derjenigen Gesellschaftsform bildet, zu welcher die sozialistische Entwickelung mit innerer Nothwendigkeit hindrängt, des reinen Communismus nämlich (es ist dies gerade von unseren Sozialdemokraten schon oft in der bestimmtesten Weise ausgesprochen werden), raubt vollends den Familien jeden Zweck des Bestehens, so daß dann die Ehe gar nichts anderes mehr sein kann, als ein vorübergehendes Geschlechtsverhältniß. Gegen diese Grundlage der Unruh'schen Beweisführung weiß der sonst so wortreiche und von banalen „Argumenten" überfließende „Vorwärts" kein Wort vorzubringen — er schimpft eben nur. Mit Sicherheit läßt sich voraussagen, daß in Betreff der übrigen Punkte: der Eigenthumsverhältnisse, der Cultur-Entwickelung, des Staatslebens ꝛc. im erstrebten sozialistischen Staat ganz das Nämliche zu Tage treten wird. Das Schimpfwörter-Lexikon wird bis aufs Letzte ausgeleert werden, an den nichtswürdigsten Verdrehungen und perfiden Unterstellungen wird es nicht fehlen, aber der Beweis dafür, daß mit Diesem und mit Jenem die Sozialdemokratie verleumdet worden, wird nirgendwo erbracht werden können und daher auch gar nicht ernstlich versucht werden. Es handelt sich nur darum, bei den eigenen Anhängern die Eindrücke zu erwecken, wie abscheulich und dabei von persönlich so nichtsnutzigen und unbedeutenden Menschen die Sozialdemokratie verleumdet werde; einen andern Zweck haben diese angeblichen Zurückweisungen gar nicht, dies ist daher auch der Maßstab, mit dem sie gemessen werden dürfen. Wir unsererseits sind keineswegs in allen Punkten mit der Unruh'schen Broschüre einverstanden und geben sogar zu, daß dieselbe hie und da die wünschenswerthe genaue Sachkenntniß vermissen läßt; auch der eigentliche Kernpunkt des Uebels, der gänzliche Mangel einer gemüthlich-religiösen Seite(!!) im Sozialismus wird sehr nebenher berührt. Aber die offenbare Unbequemlichkeit, welche diese Schrift den Sozialdemokraten verursacht, ist uns doch wichtiger als die hochweise Bemerkung der mit letzteren liebäugelnden „Frankfurter Zeitung", man müsse sich, um die Sozialdemokratie billig zu beurtheilen, in eine ganz andere Welt- und Lebensauffassung hinein versetzen. Das mag der Philosoph thun, aber der Politiker hat andere Aufgaben."

So Herr Schulze. Wir beglückwünschen Herrn von Unruh zu dem Compliment seines Parteigenossen. Die Brochüre „läßt hie und da die wünschenswerthe Sachkenntniß vermissen" — wir hätten es wirklich nicht für möglich gehalten, daß Herr Schulze der Wahrheit so nah kommen würde! Dieses Urtheil aus diesem Mund ist die schärfste Verurtheilung; und daß ein Unruh von einem Schulze den Vorwurf der „Sachunkenntniß" auf volkswirthschaftlichem und sozialem Gebiet hinnehmen muß, ist so beschämend, daß wir den so grausam Gestraften für heut mit seinen Gefühlen allein lassen wollen. Auf die Lösung des Räthsels, wie eine ohne „die wünschenswerthe Sachkenntniß" geschriebene Brochüre dem Sozialismus den Garaus machen soll, verzichten wir von vornherein; es gehört dazu die Logik und Hirnmaterie eines Schulze.

Ehe wir unser „Schimpflexicon bis aufs Letzte (was?) ausleeren" (da leugne man noch, daß Herr Schulze originell sei; ein Lexicon „ausleeren" — das ist, trotz Ben Akiba noch nicht dagewesen, dem reinlichen Mann schwebte offenbar ein seiner eigenen Reinlichkeit entsprechendes Bild vor, das ihm jedoch in der Feder stecken blieb), ehe wir fortfahren, in der bisherigen Weise über Liebe, Familie, Bordelle und Hrn. v. Unruh zu „schimpfen", wollen wir zur Abwechslung einem anständigen Gegner das Wort geben: dem Verfasser der Schrift: Die Quintessenz des Sozialismus. Von einem Volkswirth*). Die Schrift war ursprünglich in den „Deutschen Blättern" erschienen und hatte wegen der Gediegenheit des Inhalts und der zu Tag tretenden Bemeisterung des Stoffes derartiges Aufsehen erregt, daß ein Sonderabdruck in Brochürenform sich nothwendig machte. Dem Verfasser, „einem unserer hervorragendsten ‚Volkswirthe' und Politiker" (wohl Schäffle?) ist es ergangen wie jedem ehrlichen und denkfähigen Gegner, der sich in das Studium des Sozialismus vertieft: er ist Sozialist geworden — zwar noch nicht erklärter Sozialist, aber doch Sozialist im Wesen — und weist mit ebensoviel Scharfsinn, als Sachkenntniß (werden Sie nicht roth, Herr von Unruh?) nach, daß alle bisher gegen den Sozialismus erhobenen Einwendungen durchaus haltlos sind und auf (absichtlichem oder unabsichtlichem) Nicht- oder Mißverstehen des Sozialismus beruhen.

(Schluß des Art. VII. folgt.)

*) Gotha. Friedrich Andreas Perthes. 1875.

Eine Communisten-Farm.

Eine Geschichte des Communismus — natürlich eine quellenmäßige, von berufener Hand geschriebene — würde ein verdienstliches Unternehmen sein. Nichts wäre geeigneter, die Völker bei ihren zukünftigen communistischen Verfassungen vor Fehlern zu bewahren, welche die Geschichte bereits verurtheilt hat, und nichts lehrreicher als der Nachweis, wie edel und rein von jeher das Leben der Urheber communistischer Einrichtungen und Lehren gewesen ist, und wie sich stufenweis die letzteren vervollkommnet haben.

In den Vereinigten Staaten sind bekanntlich eine Menge communistischer Ansiedlungen unternommen worden oder noch zu finden. Schon die Indianer hatten, wie alle Jäger- und Hirtenvölker, eine weitgehende Gemeinsamkeit des Lebens und Eigenthums, und die wilden Stämme unter ihnen haben sie noch aufzuweisen. Frühzeitig ließen sich Herrnhuter hier nieder, deren Leben nicht viel weniger Züge der gegenseitigen Verpflichtung kennt. Dann folgten die Rapp'schen Economisten, die Owen'schen und Fourier'schen Communisten, welche alle in's Privateigenthum zurückgesunken sind, die Shaker, welche gar keinen geschlechtlichen Umgang kennen, und die Perfectionisten, welche die Ehe verwerfen, aber volle Freiheit der Liebe üben. Diese und die Cabet'schen Ikarier, welche drei noch bestehende Ansiedlungen haben, setzen die Gemeinsamkeit noch fort, aber ohne an Anhängern zuzunehmen und durch ihr Beispiel zu wirken. Man hört ihnen insgesammt nichts Schlimmes nachsagen.

Von diesen allen aber, obwohl wir genug über sie berichten könnten, wollen wir diesmal nicht sprechen, sondern von einer einzelnen Communisten-Farm in Texas, welche wir in den fünfziger Jahren mehrmals besucht haben, und an welche sich viele unserer romantischsten und interessantesten Erinnerungen knüpfen. Es gab damals in Texas ein Häuflein Anhänger Weitling's — und eine Zeit lang gehörten auch wir dazu, obwohl wir mit seinen Anschauungen nicht ganz einverstanden waren. Es gab auch ein Häuflein Ikarier da. Allein die Communisten-Farm, von welcher wir erzählen wollen, war ein viel freierer Verband. —

Der Eigenthümer und Gründer war Ottomar v. Behr, ein Anhaltiner, der schon in Deutschland einen Kreis mehr oder weniger bekannt gewordener Communisten um sich gesammelt hatte und mit ihnen zusammen ein Rittergut bewirthschaftete. Mit den Trümmern seines daselbst zerrütteten Vermögens zog er sich 1846 nach Westtexas zurück und stiftete hier mit Gleichgesinnten an den romantischen Ufern des Guadalupe-Flusses, 200 Meilen von der Küste, in einem weiten Gebirgsthale, eine communistische Farm. Es gab da nicht viel gemeinsames Eigenthum, gemeinsam war fast bloß die Arbeit, zu welcher sich jeder Hausgenosse verstehen mußte, wenn er nicht verhungern wollte, mit welcher es aber nicht allzustreng genommen wurde; und da bei den sehr naturwüchsigen Verhältnissen das baare Einkommen dürftig war, so brachte die bescheidene Kleidung (in ganz Texas fast nur aus einem blauweißgestreiften Hemd und Beinkleid von Baumwolle, einem Strohhut und rohen Schuhen bestehend) und das noch bescheidenere Getränk der Genossenschaft wenig Opfer mit sich. Da das Wasser dort zum gewöhnlichen Getränk seiner Wärme wegen (nie unter 17 Grad Reaumur) nicht taugt, so bestand der Haustrank in guten Zeiten aus billigem französischen Rothwein, in knappen aus Whisky (Maisbranntwein). Dabei aber führten die Ansiedler ein geistig gehalt- und genußreiches Leben.

Behr war ein hochgebildeter Mensch von scharfer Urtheilskraft und viel Lebensweisheit, geistig durchaus frei und liebenswürdig. Während unter den deutsch-texanischen Bauern die Studirten und zahlreichen Adeligen bald geringschätzt und als „Staatslumpen" bezeichnet, bald gewohnheitsmäßig respektirt wurden, genoß Behr unter den Bauern, wie unter den „Staatslumpen" allgemeine Achtung und stiftete oft den Vermittler in Parteizwist durch weisen Rath. Unter seinen Hausgenossen war nur ein Bauer, aber abwechselnd viele Studirte und Adelige, weßwegen nicht eben viel Arbeitskraft vorhanden war. Alle behandelten einander auf gleichem Fuße, bis auf Einen, der als ein ursprünglich livländischer Edelmann sich nicht freiwillig zur Arbeit verstehen wollte und es sehr übel und Abschied nahm, als ihm nach lange genossener Gastfreundschaft zugemuthet wurde, mit um seinen Unterhalt zu arbeiten. Einer war ein bergmännisch Gebildeter (Brunkow aus Westphalen, später beim Bergbau in Neu-Mexiko von Räubern ermordet), Einer ein wissenschaftlicher Forstmann, Einer ein Jurist, Einer ein Hauslehrer, A. Siemering von Berlin, ein Schüler des großen Erziehungsmeisters Diesterweg (jetzt Oberrichter). Unter den dünn gesäeten Nachbarn gab es noch einen ehemaligen Universitäts-Professor, einen gewesenen Märzminister, einem Kaufmann und vier oder fünf Studirte. Wer in diese Gesellschaft kam, fühlte sich sofort nicht nur zuhause durch die anspruchslose Gastfreundschaft, sondern gefesselt durch die sprudelnde Fülle des Geistes, die stets gehaltreichen Gespräche, die unversiegliche Heiterkeit und gute Laune einer prächtigen Gemeinde, wie man sie in dieser abgelegenen Wildniß nimmermehr gesucht hätte, und man erstaunte, wie diese an weit größere Bedürfnisse gewöhnten Menschen hier bei genügsamster Lebensweise sich so glücklich fühlen und äußern konnten. Freilich gab es da Frauen von Bildung und Anmuth, es fehlten nicht die heirathbaren Töchter, auch nicht die Jakobe, welche um sie dienen mochten Jahre lang. Es gab gute Bibliotheken, es gab guten Gesang — wir haben selbst einem Männergesangsfeste beigewohnt, welches der Ansiedlung Ehre machte; es gab auch ein paar Pianos. Aber die Hauptsache war doch, daß fast jeder der Ansiedler wie Pittakus von sich sagen konnte: Ich trage alle meine Schätze bei mir; daß jeder ein selbstdenkender, freigesinnter Mensch war, der lieber in der Wildniß hart arbeiten und darben, als nach dem Mißlingen der achtundvierziger Volksbewegung im alten Vaterlande sich ducken wollte.

Auf der Communisten-Farm jedoch gipfelte dieser männliche Geist, diese Lebensphilosophie, welche natürlich nach Diogenes schmeckte. Hier wurde gar oft die communistische Zukunftsverfassung der Welt durchgesprochen; hier wurden alle möglichen philosophischen Streitfragen gründlich erledigt, und besonders die Ursachen untersucht, welche zum Mißlingen aller bisherigen Revolutionen geführt hatten; und hier entstand dann auch der Gedanke, Texas und den ganzen Süden der Union von dem Fluche der Sklaverei zu befreien und als ersten Schritt hierzu eine Antisklaverei-Zeitung in San Antonio, der Handelshauptstadt des Staates, zu gründen. Dieser Plan war durchaus nicht so bodenlos, als er in Betracht der zunächst vorhandenen Mittel erscheinen konnte.

Genau um dieselbe Zeit gelang der Plan, Kansas zu einem sklavenfreien Staate zu machen, und die nachweisbare Folge davon war die Aufhebung der Sklaverei in der Union. Warum hätte die Anwendung ganz derselben Mittel in Texas nicht dieselbe Folge haben sollen? Letzteres Land war sogar für diesen Behuf günstiger gestellt als jenes. Es gab hier schon eine anglo-amerikanische Bevölkerung von Freistaatsleuten — dieselben alten Ansiedler, welche Texas von Mexiko freigemacht hatten; es gab sogar deren unter den Sklavenhaltern. Die Deutschen konnten 10,000 wohlbewaffnete, wohlberittene und gut geschulte Kämpfer unter tüchtigen Offizieren in's Feld stellen; der Rücken war ihnen gedeckt durch das sklavereifeindliche Mexiko, beide Flanken durch die Natur — rechts das Meer, links 800 englische Meilen Wüste und rauhes Gebirge; ihre Stellung war nahezu unangreifbar, von vorn durch drei leicht zu vertheidigende Ströme hinter einander gedeckt. Sobald die Deutschen einig darüber waren, ihr Gebiet zu einem Freistaate zu erklären, was Westtexas aus einem armen zu einem sehr wohlhabenden Lande machen mußte, war ihnen die Unterstützung der unter ihnen verstreuten Mexikaner und Freistaatsleute gewiß und mächtige Hilfe von den Abolitionisten des Nordens in Aussicht. Sie brauchten nicht einmal angriffsweise zu verfahren; da die Sklaven in Ostexas haufenweise zu ihnen übergelaufen sein würden, mußte die Sklaverei vor ihnen Schritt für Schritt zurückweichen — und vielleicht ohne einen Bürgerkrieg, jedenfalls aber mit einem für die Freistaaten viel geschwinder siegreichen, war der Kampf zu entscheiden. Die Erfahrung hat während des nächsten Jahrzehents bewiesen, wie entscheidend wichtig der Besitz von Texas für beide Parteien war.

Das Allerschwierigste bei diesem Unternehmen war die Vereinigung der Deutschen auf einen solchen Plan; aber es war nicht unmöglich und mußte versucht werden mittels eines vorsichtig tastenden Weiterschreitens. Die Sache lohnte nur zu sehr der Mühe: welchen großartigen Einfluß auf die Unionspolitik mußten die Deutschen und ihre Culturideen im Falle des Gelingens bekommen! Und während im Falle des Mißlingens ihr Schicksal kaum schlimmer ausfallen konnte, als dieses nachmals eben durch ihre Vereitelung des Plans ausgefallen ist, galt es mit einem lächerlich geringen Einsatze überraschend große Vortheile zu erringen. Aber obwohl sich alle anderen Berechnungen der Urheber dieses Planes als richtig erwiesen, ward die auf die Deutschen gebaute getäuscht — wohl nur in Folge des unerwarteten Todes Ottomar von Behr's.

Die ersten Schritte waren alle erfolgreich. Die San-Antonio-Zeitung wurde begründet und rasch verbreitet; sie gewöhnte ihre Leser ganz allmälich an den Gedanken, wie viel besser die schwere Pionier-Arbeit der Deutschen in diesem von ihnen entwilderten, mit so grausamen Opfern cultivirten Lande belohnt werden würde, gäbe es keine Sklaverei darin. Eine Abgeordnetenversammlnng von 54 Vertretern fast aller deutsch-texanischen Ansiedelungen sprach sich für viele sozialdemokratische Reformen und allmäliche friedliche Abschaffung der Sklaverei aus. Die in alle englischen Zeitungen des Landes übergegangene Mittheilung dieser Beschlüsse erregte dumpfe Besorgniß bei den Sklavenhaltern, aber kein lautes Wort des Widerstandes, weil man die Deutschen für einig hielt. Geheime Verbindungen mit den Abolitionisten des Nordens waren angeknüpft, und Maßregeln der Unterstützung von dorther wurden da beschlossen. Daß sogar die Sklaven von dieser Bewegung Wind bekommen hatten, zeigte sich darin, daß sie — auf die stille Hilfe der Deutschen bauend — zahlreich nach Mexiko ausrissen. Da fanden sich ein paar Deutsche, welche in den englischen Zeitungen und in der Staatsgesetzgebung das Geheimniß verriethen, daß es auch unter den

Deutschen eine große sklavereifreundliche Partei gäbe — und auf einmal bekam das Sklavenhalterthum Muth und Kühnheit.

Wir wollen kein hartes Urtheil über diesen Verrath vieler Deutschtexaner an ihrem zweiten Vaterlande und ihren Landsleuten aussprechen. Die Mehrheit derselben waren vor 1848 ausgewandert, also zu einer Zeit, da es unter der arbeitenden Klasse Deutschlands wenig politischen Verstand gab. Dazu kam, daß sie eine sehr entmuthigende Erfahrung gemacht hatten. Der Mainzer Adelsverein, unter dem Vorsitz des Herzogs von Nassau und (wie man glaubte) unter dem stillen Schutze des Königs von Preußen, hatte diese deutsch-texanische Ansiedelung im geheimen Einverständnisse mit England gestiftet, um den voraussichtlichen Anschluß der Republik Texas an die Vereinigten Staaten zu verhüten und dadurch der Ausbreitung der Sklaverei nach Südwesten einen Damm zu setzen. Zu diesem Zwecke waren meistens ausgediente Soldaten und Offiziere auserlesen und alle Freiwilligen einexerzirt worden; auch hatte Lord Palmerston versprochen, vier Regimenter auf der nahen Insel Jamaica bereit zu halten, um die Deutschen nöthigenfalls zu unterstützen. Die Expedition war aber den unfähigen Händen des Prinzen Solms-Braunfels anvertraut worden, und die Amerikaner hätten sehr albern sein müssen, um aus dem streng kriegerischen Auftreten der Deutschen nicht sofort Verdacht zu schöpfen. Der ganze sklavenhaltende Süden war zu sehr daran betheiligt, als daß er den Plan nicht zu durchschauen und zu kreuzen versucht hätte, und die Südlichen strömten zu Zehntausenden nach Texas. Die Leiter des Unternehmens in Deutschland bekamen Angst, zumal Palmerston nunmehr seine Hand davon zurückzog, um nicht mit der sklavereifreundlichen Unionsregierung einen Bruch herbeizuführen. Prinz Solms wurde abberufen, dieser Adelsverein, der den Ansiedlern große für sie verwahrte Summen schuldete, machte Bankerott; die Ansiedler blieben ohne genügende Lebensmittel, um sich bis zur nächsten Ernte zu erhalten, und da über all' den kriegerischen Uebungen wenig Feld bestellt worden war, kamen über 5000 der Ansiedler an Hunger und Hungerpest um, und ohne die Hilfe freundlicher Indianer, welche Lebensmittel unentgeltlich brachten, würden weitere Tausende zu Grunde gegangen sein.

Die nach solchen erschütternden Ereignissen Uebriggebliebenen sahen ihre Rettung in einem festen Anschluß an die Vereinigten Staaten und verbannten alle Reste von Antisklaverei-Gesinnung aus den innersten Winkeln ihrer Herzen; sie stimmten wenige Monate später fast männiglich für diesen Anschluß und für die Verwandlung des sklavenfreien Texas in einen Sklavenstaat, mit der Erlaubniß, aus dem einen vier Sklavenstaaten zu bilden. Diesem gegebenen Worte untreu zu werden, war ihnen zu bedenklich, und daran und an der Rührigkeit der Sklavenhalter fand der neue Antisklaverei-Plan Hindernisse.

Der Vortheil jedoch, der von dem letzteren zu erwarten war, leuchtete weithin ein, und wenn es eine Anzahl volksthümlicher, vertrauenswerther Agitatoren gegeben hätte, konnte der Plan immer noch gelingen, wurde also noch zwei Jahre länger und immer offener betrieben. Der Tod Behr's, welcher zur Ordnung seiner Familienangelegenheiten und um seine beiden Töchter in Deutschland sicherzustellen und erziehen zu lassen, eine rasche Reise dorthin gemacht hatte, aber auf dem Rückwege in New-Orleans dem gerade damals arg wüthenden Gelben Fieber zur Beute gefallen war, nahm der Bewegung ihren besten Vermittler, und die Niedertracht der Gebildeten unter den deutschen Gegnern, welche die Abolitionisten um jeden Preis zu beseitigen suchten, schüchterte die Einen von diesen ein, und lähmte, da einige Versuche offener Gewalt glücklich abgewehrt wurden, die Anderen durch Aushungerungsmaßregeln.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zwangscours in Deutschland. Man schreibt uns aus Breslau: „Zu Ihrem Artikel in Nr. 19: „Zwangscours in Deutschland". erlaube ich mir folgende Berichtigung. Das Aberne 5-Mark-Stück hat zwar nur 3¾ Mark Metallwerth, steht aber doch nicht unter Zwangscours, weil die Staatskassen verpflichtet sind, 5-Mark-Stücke gegen Kronen, die Grundlage unserer Goldwährung, umzutauschen. Alle Silber-, Nickel- und Kupfermünzen sind in Deutschland Scheidemünzen und deshalb unterwerthig ausgeprägt. Der Kupferpfennig hat vielleicht nur einen Metallwerth von 1/10 Pfennig. Es wird aber Niemand behaupten können, daß die Nickel- und Kupfermünzen unter Zwangscours stehen. Das kann man nur von solchen Papier- und Metallgeldern sagen, welche, obgleich ihr Rohstoff weniger werth ist als ihr Nennwerth, den ihre Aufschrift angiebt, dennoch nicht von den Staatskassen gegen vollwerthige Währungsmünzen (bei uns Goldmünzen) umgetauscht werden. In dieser Verlegenheit befindet sich Deutschland vorläufig noch nicht."

Unser Correspondent hat ganz recht; aber in diesem Sinn sprachen wir auch nicht von „Zwangscours". Wir meinten, daß die Differenz zwischen dem wirklichen und dem nominellen Werthe der Silber-Fünfmarkstücke so groß ist, daß ohne gesetzlichen Zwang der nominelle Werth nicht aufrecht erhalten werden kann. In England, wo sämmtliche Silbermünzen Scheidemünze sind, kommt deren wirklicher Werth dem nominellen sehr nah; auch in Frankreich und in Amerika ist die Differenz eine sehr geringe. Wird in Deutschland den 5-Markstücken nicht ein größerer Silberwerth verliehen, so werden dieselben unzweifelhaft entwerthet werden. Sobald die Ausländer den wahren Sachverhalt erfahren, werden sie diese Geldstücke zurückweisen, was, namentlich bei dem Grenzverkehr, mit sehr großen Unzuträglichkeiten verbunden sein wird.

— Briefstieberei. Der sattsam bekannte, die Wege seines Vorgängers Held wandelnde Herr Franz Mehring schreibt in seiner (von ihm selbst einst als Vertreterin absoluter Gesinnungslosigkeit richtig charakterisirten) „Staatsbürgerzeitung" anläßlich der letzten Stephandebatte im Reichstag:

„Auch die Frage des Briefgeheimnisses kam nicht prinzipiell zur Sprache. Die feierlichen Ankündigungen der communistischen Blätter, daß die parlamentarischen Vertreter ihrer Partei den Generalpostmeister mit urkundlichen Beweisen „zerschmettern" (wo wurde dieser Ausdruck gebraucht, Herr Mehring?) würden, erwiesen sich als das, als was wir sie schon vor Wochen charakterisirten, als Hallucinationen. Herr Liebknecht und Genossen wohnten der Debatte gar nicht bei! Nur das Ledochowski'sche Facsimile — auch dies Verdienst erwarben sich die Ultramontanen; eine freiheitliche Opposition scheint es im Reichstage nicht mehr zu geben — wurde zur Sprache gebracht."

Zunächst sei bemerkt, daß das Ledochowski-Cirkular vom „Vorwärts", dem sozialdemokratischen Centralorgan, zuerst veröffentlicht worden ist. Die Hoffnung des Herrn Mehring, seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten werde kein die Briefstieberei betreffendes Material vorgebracht werden, dürfte sich nicht erfüllen. Liebknecht, der wegen Erkrankung eines Kindes der zweiten Lesung des Etats nicht beiwohnen konnte, hat für den Fall, daß er, wie in der vorigen Session, bei der dritten Berathung des Etats nicht zum Wort zugelassen werden sollte, folgenden Antrag formulirt, für den unsere Abgeordneten die nöthigen Unterschriften suchen:

„Der Reichstag wolle beschließen, eine Commission niederzusetzen, welche die immer mehr sich häufenden Beschwerden über Verletzung des Briefgeheimnisses zu untersuchen, und, falls sich dieselben als begründet erweisen sollten, Maßregeln zur Abhilfe vorzuschlagen hat."

Wenn dieser Antrag nicht zur Debatte kommt, dann liegt die Schuld nicht an den sozialdemokratischen Abgeordneten; kommt er zur Debatte, so wird Herr Franz Mehring die Entdeckung machen, daß nicht wir es sind, die an „Hallucinationen" leiden.

— Auf Anordnung des preußischen Handelsministers Dr. Achenbach sind bei den schlesischen Staatsbahnen die Löhne der Arbeiter um ein volles Drittel herabgesetzt worden. Die Arbeiter, welche diese empfindliche Schädigung ihrer Interessen nicht ruhig hinnehmen konnten, verlangten durch eine Deputation, die sie direkt an den Handelsminister sandten, Zurücknahme der Lohnreduktion — natürlich vergebens. Die Arbeiter, also lesen wir in den Zeitungen, haben nun zunächst eine Organisation ins Leben gerufen, um auf Grund ihrer Mindereinnahmen Herabsetzung resp. Aufhebung der von ihnen bisher gezahlten Steuern zu verlangen. Ihnen schließen sich die Fabrikarbeiter an, und so stehen dem Breslauer Magistrat 15,000 Steuerreklamationen in Aussicht, die, wie wir gleich hinzufügen wollen, selbstverständlich in den Papierkorb wandern werden. Hoffentlich werden sich die schlesischen Staatseisenbahnarbeiter, da sie bei der herrschenden Arbeitslosigkeit an eine Arbeitseinstellung nicht denken können, dadurch revanchiren, daß sie dem lohnreduktionssüchtigen Dr. Achenbach im nächsten Jahre eine Anzahl sozialistischer Reichstagsabgeordneter auf den Hals schicken. Eine Liebe ist der andern werth.

— Die Corruption der heutigen Gesellschaft macht sich auf dem Gebiete der Kunst in widerlichster Weise bemerkbar. Ein Feuilleton der „Rheinisch Westphälischen Post", betitelt „Die Berliner Theater-Versumpfung" charakterisirt das jetzige Theaterwesen als eine gemeine Theater-Industrie, als eine ruchlose gewerbliche Gründung.

„Auch die Gesetzgebung — heißt es dort — leistete durch zwei große Beiträge dieser Gründung gleichsam wie auf Bestellung Vorschub: durch die Theaterfreiheit und durch das Tantièmen spendende Autorenrecht. Es fehlte da nichts mehr als der schmackhafte Köder für Heranlockung des großen Publikums. Und dieser Köder ist das Skandal-Drama, die Ehebruchs-Comödie. Das zu erkennen war u. A. auch Lindau „geistreich" genug. Die Industrie blüht also. Die wohlwollenden Illusionäre, welche uns mit der Theaterfreiheit und dem neuen Autorenrecht beschenkten, haben vorläufig nur das Unkraut befördert und die abschüssige Bahn eröffnet, worauf die Kunst aus ihrer alten Höhe herabrutschte in die — Straßengossen einer gemeinen Industrie.

„Wer heute noch Rezensent ist, träumt davon, morgen Theaterdichter mit fürstlichen Tantièmen zu sein. Zu diesen Tantièmen gehören aber volle Häuser und zu vollen Häusern saftige Stoffe. Die Losung heißt: Nieder mit dem Feigenblatt! Selbst talent- und gehaltvolle Theaterdichter widerstehen dieser Industrie nicht: Willbrandt gab seiner Arria die Messalina mit auf den Weg. Die Letztere liefert das Massenpublikum, die Erstere befriedigt das gewählte kleine Publikum.

„Wie eine faule Gründung nur durch die Reklame der Zeitungen an die Börse gebracht werden konnte, so diese faulen dramatischen Gründungen nur durch eine gewonnene Kritik. Daß Lindau „Industrie" treibt und seine literarische Berühmtheit das Ergebniß eines amerikanischen „Ringes" ist, darf das Publikum nicht erfahren: er und sein Genre müssen einen literarischen Nimbus bekommen, vor dem das Publikum Respekt haben und sich einreden kann, diese unsauberen Dinge gehörten zur „Kunst", ja seien das Eigentliche und Exquisite derselben, was ein Laie und Spießbürger mit altfränkischer Moral und aus der Mode gekommenen Schiller'schen Kunst-Idealen blos nicht begreife. Deshalb sieht man „des Ruhmes grüne Kränze auf der gemeinen Stirn entweiht!" Aus dem Dienst der Musen ist ein Stück Mühlendamm und Königsmauer geworden, und aus der Kunstkritik eine Art Louisthum!"

Die Schilderung ist richtig; der Verfasser irrt blos in Betreff der Ursachen. Dieselben liegen in den heutigen Gesellschaftsverhältnissen. Erst wenn das Theater aufhört, Privatspekulation zu sein, wenn es Staatsanstalt, Bildungsanstalt im höchsten Sinne des Worts wird, erst dann wird das Theater aufhören, eine Quelle der ekelhaftesten Corruption zu sein.

— Die „Neue Welt". Unser illustrirtes Unterhaltungsblatt macht den Gegnern arge Kopfschmerzen. So schimpft und lamentirt die reaktionär-pietistische „Kreuzzeitung" in folgender bezeichnender Weise gegen dasselbe los: „Dieses Blatt ist ein höchst bedenkliches Zeichen der Zeit. Es ist eine Kost für die arbeitende Klasse, welche nicht nur die Männer genießen sollen, sondern auch die Frauen. Was hier geschrieben steht, das wirkt nicht blos hinter dem Biertisch, in der Werkstätte während der Frühstückspause, sondern in der Familie des Arbeiters, es ist Gift, welches ihm die Stunden der Erholung verdirbt. Wenn die Lehren des Blattes in unsern Arbeiterkreisen, bei Männern und Frauen, den letzten Schimmer von Religion werden verdrängt und sich selbst an deren Stelle gesetzt haben, dann wird es an der Zeit sein, sich auf Ereignisse wie die Pariser Commune zu rüsten. Schon zählt das Blatt über 17,000 Abonnenten, deren Zahl sich bald vergrößern dürfte. Die Redaktion hofft, daß es bald in allen Arbeiterkreisen verbreitet sein werde. Gott bewahre uns davor, daß es je so weit bei uns kommt! Mögen aber alle diejenigen, welche auf Heilmittel gegen diese Krankheit der Sozialdemokratie sinnen, nicht vergessen, daß die Lehren derselben beides sind, Politik und Religion, und daß daher das Heilmittel nichts weiter sein kann als eine religiöse Erneuerung der arbeitenden Klassen. Man stärke die Kirche, lasse sie nicht blos predigen, sondern gebe ihr auch Zuchtmittel in die Hand."

Wir haben zu diesem offenbaren Lob, welches der „Neuen Welt" gezollt wird, nichts hinzufügen.

— Zur Kinderausbeutung wird dem „Dresdener Volksboten" von einem „Bürger" aus Dresden geschrieben: „So Mancher hat schon die kleinen schwarzen Schornsteinfeger gesehen, wohl auch über die kleinen rußigen Gestalten gelacht, ohne zu bedenken, welches Elend sich wohl unter dieser schwarzen Hülle birgt. Die meisten dieser Kinder, oder wohl alle, sind Kinder armer Leute, oft auch Waisenkinder. Ein solcher kleiner sogenannter Feuerrüpel kam neulich in meine Wohnung, um anzu-

Auch ein Verrückter.

In Folge der staatsanwaltlichen Zuschrift, welche wir in Nr. 10 des „Vorwärts" veröffentlichten, unterließen wir es, eine ausführliche Fortsetzung der Darlegung der Ließ'schen Angelegenheit zu bringen, da dem Leser aus dem Vorangegangenen bereits zur Genüge Gelegenheit gegeben war, sich ein Urtheil über den Geisteszustand des angeblich Verrückten und über die Eigenthümlichkeit der Anschauungen der ärztlichen Experten zu bilden, welche diese in ihren Feststellungen leiteten. Eine Provokation eines gerichtlichen Verfahrens durch Mißachtung des staatsanwaltlichen Winkes hätte weder dem Herrn Ließ noch uns nützen können, da die Sachlage bereits klar und über die Gerechtigkeit des Vorgehens gegen Ließ ein falsches Urtheil nicht mehr möglich war. — Wem noch irgend ein Zweifel an der Geistesklarheit des Unglücklichen geblieben sein sollte, der lese den folgenden Brief, welchen derselbe jüngst, veranlaßt durch die Warnung des Leipziger Staatsanwalts, an uns gerichtet hat:

„Braunschweig, den 22. Oktober 1876.

Geehrte Redaktion!

In der heutigen Nummer des „Vorwärts" lese ich, daß Sie von der dortigen Staatsanwaltschaft eine Zuschrift bekommen haben, daß über meine Broschüre rechtskräftig die Unbrauchbarmachung ausgesprochen sei, und daß Sie infolge dessen glauben, die Fortsetzung von dem Feuilletonartikel „Auch ein Verrückter" nicht bringen zu dürfen. Hiermit erlaube ich mir nun, Ihnen anbei die Abschriften der betreffenden Gerichtsakten zu behändigen, damit Sie einen klaren Einblick in die Sache bekommen und glaube ich, daß Sie durchaus kein Risiko laufen, wenn Sie die Fortsetzung bringen, denn Sie bringen ja keinen Wiederabdruck der die Beschlagnahme veranlassenden Stellen.

Dieses in Scene gesetzte gerichtliche Verfahren erweckt zum mindesten schwere Bedenken, und da, was mir begegnet ist, jedem Anderen ebenfalls passiren kann, so ist die Presse trotz Verfassung und Preßgesetzes ohne Weiteres mundtodt zu machen, und dürften diese gerichtlichen Entscheidungen von Interesse sein für die gesammte Presse, da es eine Lebensfrage für sie ist. In der Probenummer des „Vorwärts" sagen Sie ja auch bereits bei Besprechung meiner Angelegenheit: was noch nicht ist, kann ja noch werden, denn wir stecken noch in den Reichskinderschuhen!

Ich bin in Braunschweig wohnhaft und habe die Broschüre in Braunschweig verfaßt, dieselbe ist in Zürich im Druck und Verlag erschienen, und man sollte glauben, daß nicht noch ein altes Preßgesetz von anno 1851 hergesucht werden könnte, sondern daß nach dem klaren Wortlaut der Gesetze lediglich und allein die Herzoglich Braunschweigischen Gerichte competent wären, die definitive Beschlagnahme aussprechen zu können. Die Gerichte in Lüneburg und Celle hätten sich in diesem Falle gar nicht mit der Sache befassen dürfen (die Berufungskammer in Lüneburg hat ihre Mitwirkung abgelehnt, weil sie sich nicht für unparteiisch hielt, und ist daher die Sache nach Celle gegangen), denn andernfalls hat jedes Gericht in irgend einem Winkel Deutschlands das Recht, über ein in einem anderen Orte erschienenes Preßerzeugniß die definitive Beschlagnahme aussprechen zu dürfen für das ganze deutsche Reich, weil dasselbe eine Beleidigung irgend einer obscuren Person enthalten „soll", obgleich ein Strafantrag von derselben gar nicht vorliegt und der Verfasser u. s. w. auch gar nicht im Bezirk dieses Gerichts wohnhaft ist. Die Gerichte haben alsdann das Recht, nebenbei noch ohne Weiteres und ohne den Verfasser persönlich zu kennen, im Urtheil aussprechen zu können: der Verfasser sei zweifelsohne geisteskrank, wodurch derselbe die Facultas standi in judicio in allen seinen sonstigen Verhältnissen verliert, wie dies bei mir jetzt der Fall ist, worüber ich Herrn Liebknecht unterm 13. d. M. berichtet habe. Ich bestreite, daß meine Broschüre Beleidigungen der betreffenden Persönlichkeiten enthält, denn sie enthält Anschuldigungen betreffs ungesetzlicher Handlungen derselben, die vollständig auf Wahrheit beruhen und von den Betreffenden bis jetzt auch noch gar nicht geleugnet sind. Ueberdies sind die Beleidigungen gar nicht namhaft gemacht, weder in der Anklage noch im Urtheil; kann es doch unmöglich genügen, daß nur die Seitenzahl angegeben ist, wo sich in der Broschüre die Beleidigungen befinden sollen. Die Kronanwaltschaft hat gar kein Recht, aus eigener Initiative sich als Anwalt für die beleidigt sein sollenden Persönlichkeiten aufzuwerfen, wie bei Majestätsbeleidigungen, denn § 61 des St.-G.-B. besagt ausdrücklich: „Eine Handlung, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, ist nicht zu verfolgen, wenn der zum Antrag Berechtigte es unterläßt, den Antrag binnen 3 Monaten zu stellen." Es heißt nicht: Der Thäter ist nicht zu verfolgen u. s. w. Ich bin in diesem Falle der Thäter und meine Broschüre ist die Handlung, und da das Gericht auf Unbrauchbarmachung meiner Handlung erkannt hat, so verfolgt es aber meine Handlung und nur mich als Thäter nicht. Ueberdies kann doch nicht zwischen Thäter und That eine Scheidung wie die von Tisch und Bett ausgesprochen werden. Von der ganzen gerichtlichen Verhandlung ist mir offiziell gar keine Anzeige gemacht, ich erfuhr davon erst durch die Zeitungen und habe damals sofort die Berufung dagegen eingelegt, daß man mich ohne Weiteres für geisteskrank erkläre und die Competenz Preußischer Gerichte bestritten. Die Strafkammer in Lüneburg erkannte darauf, daß meine Eingabe einfach zu den Akten zu legen sei, denn es wäre ja festgestellt, daß ich geisteskrank sei und könne ich daher keine selbstständigen Anträge stellen!

Hochachtend

Conrad Ließ."

Wer so logisch schließt, so maßvoll schreibt, der ist im Vollbesitze seines Verstandes — trotz ärztlicher Gutachten und richterlicher Urtheile —. Wir enthalten uns, unsere Meinung über den Ursprung der Ließ'schen „Verrücktheit" auszusprechen, — und geben den Vertheidigern der „Beamtenehre" nur zu bedenken, daß Verhüllung von Willkürs-Vergehen durch Beamte begangen dem gesammten Beamtenstand und der Achtung, die man für ihn in Anspruch nimmt, mehr schadet, als die gerechte Bestrafung einzelner schuldiger Individuen in demselben.

Ließ hat vollkommen Recht, wenn er hervorhebt, daß dasselbe Verfahren, durch welches man ihn mundtodt gemacht hat, gegen Jeden angewandt werden kann, der in irgend einer Weise sich unbequem erweist, daß die Deduktionen, durch welche man seine Verrücktheit nachweisen wollte, sich für die Geistesthätigkeit jedes sich seines Rechtes bewußten Mannes anwenden lassen.

Nach dem Vorgange der Behandlung des Ließ ist kein Deutscher mehr sicher, daß man sich seiner nicht passenden Falls durch Einsperrung in ein Irrenhaus entledige.

Wir brauchen dann keine Richter mehr — einige Doctores medicinae würden genügen — das heilige deutsche Reich und seine höchsten, hohen und niederen Beamten zu schützen.

melden, daß der Schornstein gereinigt werden solle. Da der Junge vor Frost am ganzen Körper zitterte, nahm ich denselben mit in mein Zimmer, damit er sich auswärmen konnte. Der Knabe war noch sehr jugendlich, und deshalb frug ich denselben nach dem Alter. Nun erzählte mir der Knabe, daß er am 17. März d. J. 10 Jahre gewesen sei, und daß er bereits seit Juli d. J. in der Lehre bei dem Schornsteinfegermeister Göhrenz, Fischergasse 1, stehe. Die Mutter des Knaben ist seit 1874 todt, und der Knabe war bis zu seinem Eintritt in die Lehre in der Pflegeanstalt auf der Louisenstraße untergebracht. Der Vater ist dem Knaben nicht bekannt. Die Arbeitszeit ist von früh halb 5 Uhr bis Abends 7 Uhr. Ich habe hier zu bemerken, daß mir der Knabe versicherte, daß die Arbeit höchstens bis 7 Uhr dauert. Ueberhaupt schien mir der Knabe zufrieden mit seinem Loos zu sein, da der Meister gut und der Geselle sehr „gemüthlich" sei. Der Knabe hat 6 Jahre zu lernen und erhält während dieser Zeit Kost, Wohnung und Kleidung. Wie die letztere beschaffen ist, kann man jeden Tag gewahren, wenn man diese Knaben, die nackten Füße mit ein Paar Lederpantoffeln bekleidet, durch die Straßen ziehen sieht. Auf meine Frage, ob er auch die Schule besuche, erhielt ich die Antwort, daß er wohl in die Schule gehe. Die Zeit ist Montag 6—8 Uhr Abends, Dienstag 5—7 Uhr, Mittwoch 5—8 Uhr und Sonntag von 9 bis 11 Uhr Vormittags.

„Wenn man die hier angeführten Daten zusammenhält, hat man ein Bild der schmählichsten Kinderausbeutung. Früh halb 5 Uhr bis Abends an der Arbeit, dann noch 2 Stunden Schule. „Schule?" Jedenfalls ein Hohn auf dieses Wort, denn, wo hat ein Kind von 10 Jahren die Kraft, nach so angestrengter Arbeit etwas zu lernen? Daß die Arbeit anstrengend und höchst gesundheitsschädlich sein muß, hörte man an der Stimme, denn der Klang derselben war, trotz der Lebhaftigkeit des Knaben, wie bei einem Greis von 60—70 Jahren. Werden diese Kinder etwa nicht geopfert im Interesse des Einzelnen? Wer hat den Gewinn, als der betreffende Schornsteinfegermeister? Das ist das Risiko der Arbeit. Noch schmählicher ist dies Alles, wenn man bedenkt, daß dieses sich vollzieht unter den Augen und mit Zustimmung der städtischen Behörden. Die Pflegeanstalt, in welcher sich der Knabe befand, ist meines Wissens in der Verwaltung des Stadtraths. Der Knabe kann nur mit Einwilligung der Armenversorgungsbehörde in die Lehre gegeben worden sein. Zudem verstößt die Benutzung des Knaben gegen das Gewerbegesetz. Die Armenversorgungsbehörde hat sich also schuldig gemacht, als sie den 10jährigen Knaben dem Schornsteinfegermeister Göhrenz in die Lehre gab, die Interessen ihres Pflegebefohlenen nicht gewahrt zu haben, denn sie hätte erst untersuchen sollen, ob auch die Bestimmungen des Gewerbegesetzes damit vereinbar sind. Zu was haben wir überhaupt ein Gewerbegesetz, wenn selbst die Behörden nicht auf Erfüllung desselben achten?"

Zu was wir gewisse humane Bestimmungen im Gewerbegesetz haben? Damit man wenigstens sieht, daß wir die Humanität lieben — wenn auch nur platonisch. Speziell die Bestimmungen zum Schutz der Kinder gegen allzufrühe und allzuunverschämte Ausbeutung scheinen, wenn wir die an vielen Orten geübte Praxis betrachten, blos dazu gemacht zu sein, um nicht gehalten zu werden.

— A. S. Rüdigsleben in Thüringen wird mitgetheit, daß mit dem 1. Oktober d. J. der dortige 74jährige Lehrer Risch in den Ruhestand getreten ist. Nach 58jährigem Dienste bezieht er eine Pension von 140 Thalern, welche der Nachfolger abzugeben hat. Wenn auch Gemeinde und Regierung einen Zuschuß gewähren, so ist doch das immer nur als ein Almosen zu betrachten. — Und da schimpft die heutige Gesellschaft immer über die Arbeiter, daß ihnen die Bildung mangele! Mit Hohn muß man diesen Leuten begegnen, die derlei Geschrei erheben nnd keinerlei Schritte thun, den Schullehrern das Hungertuch zu entreißen.

— Nach den neuesten Telegrammen „wird ein Theil der russischen Armee mobilisirt." Das heißt, die russische Regierung gesteht jetzt ein, was längst vollzogen ist. Ob es sich auch diesmal nur um einen Theaterdonner (als Begleitung der kriegerischen Rede des friedliebenden Czaren) handelt, oder ob wirklich der Krieg im russischen Rathe beschlossen ist, das vermögen wir nicht zu entscheiden; fest steht aber das Eine — sei die gemeldete Mobilisirung nun schnödes Spiel oder blutiger Ernst — Rußland könnte die Rolle des europäischen Louis nicht spielen, wenn es sich nicht durch das preußisch-deutsche Reich den Rücken gedeckt wüßte. Hätte das Bismarck'sche Deutschland eine selbstständige Politik, wäre es nicht durch die 1866er und 1870er „Erfolge" an einer Allianz mit Frankreich und Oesterreich gehindert und zur russischen Vasallenschaft verurtheilt, so wäre der Weltfriede keinen Augenblick durch Rußland bedroht worden. Freilich, diesen „Erfolgen" verdankt das preußisch-deutsche Reich ja seine Existenz! Sollte Rußland den Krieg an die Türkei erklären, so würde voraussichtlich England sofort, oder doch sehr bald, der Türkei bewaffnete Hülfe leisten. Wie lange es dann dem Bismarck'schen Deutschland gelingen würde, Oesterreich, Frankreich und Polen im Schach zu halten, bliebe abzuwarten. — Die armen Serben, die sich auf Jahrzehnte für Rußland zu Grunde gerichtet haben, sind zum Dank dafür von dem menschenfreundlichen „Väterchen" mit einem — kaiserlichen Fußtritt bedacht worden. „Die Montenegriner," sagte „Väterchen" in seiner Moskauer Brandrede, „die Montenegriner zeigten sich in diesem ungleichen Kampfe wie immer als wahre Helden. Von den Serben kann man leider nicht dasselbe sagen, trotz der Anwesenheit unserer Freiwilligen in den serbischen Reihen, von welchen viele für die slavische Sache ihr Blut vergossen haben." Das ist wirklich stark, aber nicht überraschend. Auf die unglücklichen, von den Russen so schändlich mißbrauchten und betrogenen Serben wird die Schuld für die russischen Niederlagen gewälzt. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Daß aber den Serben, dem kräftigsten südslavischen Volksstamm, dem einzigen, der ein stark ausgebildetes Unabhängigkeitsgefühl hat, ein so gründlicher Aderlaß zu Theil geworden ist, paßt ganz in den Plan der russischen Diplomatie.

Unsere serbischen Parteigenossen, die uns verargten, daß wir in den letzten Monaten nicht für die Serben Partei ergriffen, werden, so weit sie nicht selbst Schlachtopfer der russischen Politik geworden sind, jetzt wohl unbefangener urtheilen.

— Zur Frage der Tellersammlungen in Preußen. Das Frankfurter Rügegericht hat dieser Tage ein sehr wichtiges Urtheil gefällt. Sozialdemokraten waren nämlich wegen „unerlaubten" Kollektirens denunzirt worden. Die Gerichte aller Instanzen sprachen jedoch die Angeklagten frei, da es nicht verboten sei, in geschlossenen Räumen Kollekten vorzunehmen. Die Regierung zu Wiesbaden erließ darauf eine Verordnung, nach welcher ohne Genehmigung der Staatsbehörden das Einsammeln von Beiträgen zu Vereinszwecken nur dann statthaft sein soll, wenn solches auf die Vereinsmitglieder, sowie auf Beiträge, welche in den Vereinsstatuten nach Ziel und Höhe bestimmt seien, sich beschränke. Das Rügegericht erkannte jedoch die Rechtsverbindlichkeit dieser Verordnung nicht an und sprach die wegen unerlaubten Kollektirens Angeklagten frei.

— Gegen Milke ist bekanntlich wegen eines in (Nr. 215) der „Berliner Freien Presse" erschienenen Artikels („Der moderne Staat und seine Diener") Anklage auf Beleidigung der Polizei erhoben wurden. Im Untersuchungstermin kündigte Milke an, „er werde für die ausgesprochene Ansicht, daß es Polizeibeamte gebe, welche brutal und denunziationssüchtig sind und an Bildung zu wünschen übrig lassen, den Beweis der Wahrheit erbringen". Es wäre gut, wenn alle im Besitz von einschlägigem Material befindlichen Parteigenossen dasselbe der Redaktion der „Berliner Freien Presse" für die auf den 7. Dezember anberaumte Verhandlung zur Verfügung stellen wollten.

— In Augsburg sind in der Genossenschaftsbuchdruckerei unserer Partei die Geschäftsbücher mit Beschlag belegt worden. Gründe wurden nicht angegeben. Wahrscheinlich wird die Druckerei als Fortsetzung eines geschlossenen Vereins angesehen.

— Der frühere Vorsitzende des Streikcomites der Bergleute von „Borussia" bei Marten, Ahn, der seit mehreren Monaten wegen angeblicher Verbreitung von Drohbriefen in Untersuchungshaft gehalten worden, ist den 9. November entlassen worden, da seine Unschuld erwiesen wurde. Wer wird ihn entschädigen?

— Der „Frankfurter Volksfreund" und „Die Wacht" in Hanau — beides Parteiblätter — werden sich zum 1. Januar 1877 verschmelzen und von da ab den Titel: „Volksfreund, Organ für die Interessen des Volkes in Maingau" führen.

— Wie die Preßturkos der Liberalen die Sozialdemokraten zu schildern vermögen, zeigen folgende herrlichen Verse, mit denen ein Reporter der „Dresdener Nachrichten" seinen durch und durch verlogenen Bericht über eine gutverlaufene sozialistische Versammlung in Cotta bei Dresden schließt:

Die Marseillaise brüllend —, von Schnaps die Stimme heiser,
Und ihren Durst noch stillend mit wildem Rachenreißer;
Belastet jede Tasche, die noch nicht ganz entzwei,
Mit einer vollen Flasche, so ziehen sie vorbei.
Ja, schöne Kunden sind es, die Herren Sozialisten,
Die Einfalt eines Kindes ist kaum zu überlisten.
Trotz ihren schönen Worten, schmackhaft wie Honigseim,
Ist Niemand roth geworden, kroch Niemand auf den Leim!

Zu dem Conterfei hat der Mann offenbar selbst vor seinem Spiegel Modell gestanden.

— Ein Ableger der „Volkszeitung", das „Arnstädter Tageblatt", schreibt, daß die Zahl der „arbeitslosen Herumtreiber" sehr groß und in Hinblick auf den Winter besorgnißerregend sei. — Wir fragen den Scheerenredakteur jenes Blättchens einmal, was er machen würde, wenn ihn sein Brodherr plötzlich vor die Thür setzte? Er würde dann auch zu den „arbeitslosen Herumtreibern" gehören.

— Herr von Tessendorff. Wie uns Parteigenosse O. Kapell mittheilt, trägt eine Anklage, die derselbe als Redakteur des früher in Berlin erschienenen „Pionier" erhalten hat, die Unterschrift: von Tessendorf. Sollte der strebsame Staatsanwalt wirklich in den Adelstand erhoben sein? Es wäre uns lieb, wenn der hochgeehrte Herr uns darüber selbst Aufklärung schaffte, damit wir niemals die demselben schuldige Ehrfurcht verletzen und den gewöhnlichen bürgerlichen Namen Tessendorf noch weiter gebrauchen. Im Uebrigen müssen wir gestehen, daß es äußerst schön klingt, das: Herr von Tessendorff — und unserer herzlichsten Gratulation könnte unser Liebling, im Falle ihm der wirkliche Adel verliehen, sich versichert halten.

— Riesige Produktion. Die Baumwollspinnerei in England wird durch nicht weniger als 39 Millionen Spindeln betrieben, eine Zahl, welche das ganze übrige Europa noch lange nicht erreicht, da es nur 19,500,000 Spindeln aufzuweisen hat. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind 9,600,000 Spindeln im Gange. England allein ist im Stande, die ganze Welt mit Baumwollwaaren zu versorgen.

Correspondenzen.

Zürich. Der „Tagwacht" entnehmen wir: Dienstag den 31. Oktober hielt der Reichstagsabgeordnete Bahlteich, vom Berner Congreß zurückkehrend, auf Einladung des deutschen Arbeitervereins im alten Schützenhause einen Vortrag über die Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie. Der Saal war, trotz nur einmaliger Bekanntmachung, vollständig gefüllt. Bahlteich gab in 1½stündiger Rede ein übersichtliches Bild vom Entstehen und Ausbilden der deutschen Sozialdemokratie, wobei verschiedene „praktische Emanzipationswinke" auch für uns in der Schweiz abfielen. Er zeigte, wie die Partei in Deutschland jeden Fingerbreit Freiheit und Recht benützte, um ihre Anschauungen und Interessen zur Geltung zu bringen. Man hat in verschiedenen Orten, wo die Partei auch unter den Kleinbürgern Einfluß erlangte, sogar von dem sehr beschränkten Wahlrecht für Gemeindevertretungen Gebrauch gemacht und es ist dadurch allerdings bei großer Anstrengung gelungen, verschiedene Gemeindevertretungen in ihrer Mehrzahl aus Sozialdemokraten zu bestellen. Dadurch konnte auf dem Boden der Gemeinde Manches gethan werden zur Entlastung der arbeitenden Klasse. Zugleich aber wird auch dadurch der erzieherische Charakter der Arbeiterbewegung berücksichtigt.

Um so mehr, sagt Bahlteich am Schlusse, ist es die Aufgabe der schweizerischen Sozialdemokratie, der die schönsten Volksrechte zu Gebote stehen, dadurch sich Geltung zu verschaffen, daß sie diese Volksrechte benützt und ihren Einfluß auf die sozialistische Entwickelung des Gemeinwesens richtet. Sie hat die Aufgabe, vor aller Welt zu zeigen, daß der Sozialismus in der politischen Freiheit die Macht hat, etwas Gutes für das Volk zu schaffen. Und dieses Beispiel wird für die Ausbreitung des Sozialismus mehr wirken, als alle Reden. Rauschender Beifall zeigte dem Redner, daß die Versammlung seinen Ausführungen beistimmte.

Aus der weiteren Diskussion ist noch hervorzuheben, daß Greulich die Erörterungen Bahlteich's noch weiter in Beziehung auf die schweizerischen Verhältnisse ausführte; namentlich betonte er, daß — da uns zu unserer Emanzipationsarbeit ja weiter nichts fehlt, als Licht in die Köpfe der Volksmasse — es dringend nöthig sei, mehr als bisher sowohl in den Sektionen, als auch in allgemeinen Versammlungen zu agitiren. Auch das wurde von der Versammlung lebhaft begrüßt.

De Paepe von Brüssel gab zuerst in deutscher, dann in französischer Sprache ein Bild der Bestrebungen der belgischen Sozialisten, die unter sehr schwierigen Verhältnissen nach dem allgemeinen Stimmrecht und einem Fabrikgesetz ringen. Er macht im Ferneren die Mittheilung, daß laut Beschluß des Berner Congresses im nächsten Jahre in Belgien ein allgemeiner Sozialisten-Congreß stattfinde, der hoffentlich eine neue Verbrüderung des Proletariats aller Länder zur Folge haben werde.

Franz, der die Ansprache De Paepe's übersetzt, schließt sich diesen Ausführungen an, ebenso betont Kachelhofer die Einigung unter den streitigen Fraktionen der Arbeiterpartei. Mit einem Gruß an die deutschen und belgischen Sozialisten wird die Versammlung geschlossen.

s. **Altona**, 12. November. In meiner vorigen Correspondenz berichtete ich, daß man den bekannten Eugen Richter im 8. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise als Candidaten für den Reichstag Seitens der Fortschrittler aufstellen wolle, und ich sprach zugleich die Freude darüber aus, weil dann der Wahlkampf interessanter werden würde. Nun ist diese Freude zu Wasser geworden, da Herr Richter dankend abgelehnt hat, weil er jedenfalls nicht als Durchfalls-Candidat dienen mag. Der Abg. Lasker hat früher gleichfalls abgelehnt und nun wendet man sich an den Abg. Hänel; ob dieser so begierig auf einen eklatanten Durchfall ist, kann ich nicht sagen, doch steht es vorläufig fest, daß derselbe jetzt noch alle seine Hoffnung auf den 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis (Kiel-Neumünster) setzt, welchen er gegenwärtig vertritt. — Der Landtagsabgeordnete für den Kreis Stormann, Dr. Lutteroth, war bis jetzt als der alleinige Reichstagscandidat für Altona-Stormarn gegen den Sozialdemokraten designirt, doch scheint man von demselben Abstand deshalb genommen zu haben, weil seine unbekannte Persönlichkeit gegen den bekannten Candidaten der Sozialdemokraten, Hasenclever allzuleicht ins Gewicht fallen würde. Lutteroth selbst hat erklärt, daß sein Arzt ihm verboten habe, neben dem Mandat als Landtagsabgeordneter auch noch ein Mandat zum Reichstage anzunehmen. Wenn dies wahr ist, so hätte Lutteroth erst recht für Altona-Stormarn candidiren können, da er doch gewiß selbst weiß, daß ihm dort kein Reichstagsmandat blüht. Also jener Grund ist nicht der wahre — man sucht eben bekanntere Persönlichkeiten, und Lutteroth läßt ein ärztliches Gutachten abgeben, damit er eine ehrenvolle Rückzugslinie hat. Doch uns kann dies gleich sein. Das Eine aber steht fest, daß die braven liberalen Altonaer bei der Wahl zum Reichstagscandidaten seit ¾ Jahren keinen Schritt vorwärts gekommen sind; damals gab man sich alle Mühe, ein braves Menschenkind zu finden, welches im Interesse der liberalen Partei sich ergeben in den unvermeidlichen Durchfall schicken wolle. Man fand Lutteroth, dem man mit dem Landtagsmandat Honig um den Mund schmierte. Jetzt hat derselbe den Honig gegessen, er hat sein Landtagsmandat und empfindet nun plötzlich großen Ekel vor dem Durchfall. Lasker, Richter, Hänel haben auch keinen Geschmack daran und so stehen die Aermsten wieder candidatenlos da. Wie oft sie während der Zeit behufs Nominirung eines Candidaten „zusammengewesen" sind, läßt sich nicht genau sagen — man munkelt davon, daß das Comité im Laufe der nächsten Woche seine 101. Sitzung halte — und noch immer kein Candidat!

Glückstadt, 5. November. Am 31. Oktober wurde hier eine Volksversammlung abgehalten, in der Herr Max Stöhr einen Vortrag über die verschiedenen Parteien und den Deutschen Reichstag hielt, welcher von der gutbesuchten Versammlung mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde. Eine Resolution wurde von Herrn Doutiné verlesen, die folgendermaßen lautete:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Kandidatur des Herrn Max Stöhr einzutreten."

Diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. — Die Parteifreunde werden noch darauf aufmerksam gemacht, daß sich hierorts ein Wahlcomité gebildet hat; Herr Doutiné wurde als Vorsitzender, F. Bücking als Kassirer und Unterzeichneter als Schriftführer gewählt. Es ersucht der genannte Vorstand alle Briefe in Wahlangelegenheiten an Herrn Alois Doutiné, Dannettelstraße, zu senden.

C. Böge.

-tkm.- **Straßburg** (Elsaß). Hat schon die allgemeine wirthschaftliche Krisis in einer Zeit, in der ein normaler Geschäftsgang gewöhnlich ist, zu so vielen und auch wohlberechtigten Klagen Anlaß gegeben, so ist jetzt, nachdem die stille Zeit über uns hereingebrochen ist, die Lage der Gewerbtreibenden geradezu eine trostlose geworden. Wohl trat auch in einer Zeit, in der hier noch ein anderer Wind wehte, zuweilen eine Geschäftsstockung ein, nie jedoch in solchem Maßstabe wie eben jetzt; es war gewöhnlich nur ein momentaner Stillstand vorhanden, welcher einem um so kräftigeren Verkehrsleben Platz machte, und wurde daher gewöhnlich als ein gutes Omen von Seiten der Geschäftsleute angesehen. Heute ist dies jedoch anders: auch nicht im Entferntesten läßt sich eine Besserung der wirthschaftlichen Lage bestimmen, Fallimente und Zwangsversteigerungen sind hier an der Tagesordnung; dazu gesellen sich Arbeiterentlassungen und Reduktion der Löhne als treue Bundesgenossen. Die vielgepriesene Stadterweiterung, von der so mancher Arbeiter eine Besserung seiner traurigen Lage erhoffte, blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Die kaiserlichen Werkstätten, welche sonst Hunderte von Arbeitern beschäftigten, stehen fast ganz leer, und die wenigen Bevorzugten, welche noch darin beschäftigt sind, müssen mit einem Bruchtheil gegenüber dem früheren Lohne zufrieden sein. Auch die niederen Bahnbediensteten erfreuen sich schon seit längerer Zeit einer bedeutenden Reduktion ihrer Gehälter. Dabei erreichen die Lebensmittelpreise eine schwindelhafte Höhe, und können daher manche Artikel, welche vor Jahren noch in die Küche der minder Bemittelten wanderten, ihren Platz auf dem Küchenzettel nicht mehr behaupten. Daß auch hier die Speculation und das Jagen nach Schätzen im Wesentlichen die Schuld an der Theurung der Lebensmittel trägt, ist nicht zu leugnen, und es wäre deshalb eine umsichtige Marktpolizei für die Bevölkerung von großem Nutzen. Da aber die Wünsche der Arbeiter gewöhnlich unter die „frommen Wünsche" gezählt werden, so wollen wir es für heute bei dem Angeführten bewenden lassen.

Heidelberg, 6. Nov. Dienstag, den 24. Octbr., hielten wir hier eine sehr gut besuchte Volksversammlung, im Lokale des „Faulen Pelz", ab, trotzdem der 24. October der letzte Meßtag war. Die Tages-Ordn. lautete: „Die nächste Reichstagswahl und die Sozialdemokratie". Referent, Herr Aug. Dreesbach, erledigte die T.-O. zur größten Zufriedenheit aller Anwesenden. Redner setzte auseinander, daß man der Wahl nicht gleichgiltig zusehen dürfe; man müsse dafür sorgen, daß nicht Leute in den Reichstag gewählt werden, welche nur Klasseninteressen, und zwar die Interessen der besitzenden Klassen vertreten. Wahre Volksvertreter, denen das Wohl des gesammten Volkes am Herzen liegt, seien zu wählen. Darauf geißelte Redner die heutigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in so gediegener Weise, daß selbst unsere Gegner ihre beifälligen Bemerkungen nicht unterdrücken konnten. Gegner meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Wort. Zum Schluß wurde Hr. Aug. Dreesbach als Arbeitercandidat für Heidelberg aufgestellt. Somit ist denn die Agitation zur nächsten Reichstagswahl im Gange. Robert Lappohl, Schriftf.

Karlsruhe, 5. November. Am 25. Oktober fand hier in der Geiger'schen Halle eine gut besuchte Volksversammlung statt. Genosse Dreesbach referirte eingehend über „Die Stellung der Arbeiter zur Reichstagswahl". Er sprach zunächst über die Thätigkeit der Abgeordneten und hob hervor, daß die Wähler mit ihren Vertretern, abgesehen von den Candidaten der sozialistischen Arbeiterpartei, nicht zufrieden sein können. Referent hofft, daß es heut nicht mehr so leicht sein wird, wie 1871 und 1874, dem Volke einzureden, daß die Parteien der Besitzenden, die Liberalen, Ultramontanen, die Fortschrittler und die Conservativen, für das Wohlergehen des Volkes zu sorgen bereit und im Stande wären. Die Arbeiter seien durch die andauernde Geschäftskrisis zum Denken gebracht und werden sich bei der nächsten Wahl nicht wieder ködern lassen. Referent sprach noch über den Milliardensegen, den Rückgang der Industrie, über den Gründungsschwindel, und bewies, daß an all diesen Vorgängen nicht die Arbeiter, sondern die herrschenden Klassen schuld seien, und daß namentlich der Erwerb ohne Arbeit den Verfall der deutschen Industrie verschulde. Dann beleuchtet der Redner noch die verschiedenen Fraktionen im Reichstag, denen eine größere Anzahl von sozialistischen Abgeordneten gegenübergestellt werden müsse. Weiter sprach der Redner über das Hilfskassen- und Haftpflichtgesetz, sowie über das Militärsystem; er wies die Unzulänglichkeit des Hilfskassen- und hauptsächlich das Haftpflichtgesetzes nach und führte an, daß das Militärsystem, das stehende Heer, der Ruin, der Untergang der Völker ist, und das Interesse des Volkes es erheischt, daß dieses baldigst beseitigt werden müsse, und dieses könne nur durch das Parlament geschehen, jedoch durch das heutige nicht. Schließlich weist Redner noch auf das Preßgesetz sowie auf die immer sich vermehrenden Steuern hin. — Der Vortrag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Nach Ablauf einer Pause von 10 Minuten forderte der Vorsitzende auf, falls Jemand nicht einverstanden wäre, so möchte er dem Referenten entgegentreten. Da sich jedoch Niemand zum Wort meldete, so forderte Hr. Dreesbach die Anwesenden auf, der Partei beizutreten und auf die Parteiblätter zu abonniren. Die Versammlung verlief in aller Ordnung und wurde um halb 11 Uhr geschlossen. W. Essenwein.

Aus dem Kreise Solingen. Rüstig vorwärts schreitet die Wahlagitation; es vergeht kein Sonntag, wo nicht in einem Theile unseres ausgedehnten Wahlkreises Versammlungen abgehalten werden. Genosse Luchtenberg ist unermüdlich thätig und unser Reichstagscandidat, Herr Rittinghausen aus Cöln, trat in mehreren stark besuchten Volksversammlungen auf. Das muß selbstverständlich die Gegner stark verschnupfen, die bis jetzt noch mit keinem Candidaten hervortraten, und kleinlich, wie die Ideen, die sie vertreten, wenden sie auch kleine, jämmerliche Mittel an, um uns zu bekämpfen; sie beeinflussen die Wirthe durch Drohungen und alle möglichen bekannten Kniffe, um uns die Lokale weder zu Comitésitzungen noch zu Versammlungen herzugeben; solche Beeinflussung ist ihnen auch mehrmals gelungen. Dies ist aber auch der einzige Erfolg, den sie zu verzeichnen haben, und das ist traurig genug. Bei den Landtagswahlen war die Betheiligung so gering, wie nur irgendwo. In einem Wahllokale wurden von sieben Urwählern sechs Wahlmänner gewählt, und doch zankten sich nachher Fortschritt und Nationalliberale ganz hübsch in Versammlungen und Käseblättern herum, wer von den Candidaten mehr zu dieser oder jener Partei hinneige; als ob da noch ein Unterschied sei, der nur den Werth eines abgebrannten Schwefelhölzchens hätte. — Und nun zum Schluß noch die Mittheilung, daß am 1. Januar 1877 unter dem Titel: „Solinger Freie Presse" in Solingen ein Parteiblatt erscheinen wird. Also, Ihr Herren Liberalen, auch hier schreitet die Sozialdemokratie „rückwärts".

Jena. Während in den thüringischen Kleinstaaten bei der Reichstagswahlbewegung gewöhnlich sich nur Nationalliberale und Sozialisten gegenüber stehen, und nur hie und da ein vereinsamter Agrarier oder Conservativer sein Fähnlein entrollt, pauken sich hier im Fürstenthum Reuß j. L. die beiden liberalen Brüder, National- und Fortschrittlich-Liberale, weidlich herum, und die politische Tartüfferei feiert ihre höchsten Triumphe. Das Mandat zum Reichstag ist bei der letzten Wahl dem fortschrittlichen Abgeordneten Albert Träger zugefallen. Jetzt geben sich die Nationalliberalen die größte Mühe, das Mandat dem lieben Fortschrittsbruder wieder zu entreißen, und demonstriren den Wählern in allerhand Variationen vor, daß, wenn sie einmal den liberalen Nektar schlürfen wollen, es doch besser sei, ihn von der ersten Quelle, von ihnen, zu beziehen, als erst durch den Filtrirapparat der Fortschrittspartei. Darüber nun gewaltiger Grimm bei dem Fortschritt, der über Gebietsverletzung klagt und die Lärmtrommel rührt. Diesen beiden Parteien gegenüber steht die Sozialdemokratie, von beiden liberalen Fraktionen gehaßt und bekämpft. Die Sozialisten haben Herrn Hasenclever in Leipzig aufgestellt und in einer Volksversammlung als ihren Kandidaten proklamirt. Es steht zu hoffen, daß, wenn nicht der Sieg, doch eine sehr große Anzahl Stimmen der Sozialdemokratie zufällt, vorausgesetzt, daß eine nur halbwegs rege Agitation betrieben wird. Viele Wähler aus dem Handwerker- und Arbeiterstande, die das letzte Mal für Herrn Träger, in Folge seines sehr freiheitlichen Programms, gestimmt haben, werden diesmal für den sozialistischen Kandidaten stimmen, weil der Herr Träger seine Versprechungen nicht gehalten hat. Man braucht nur an seine Abstimmungen für verschiedene reaktionäre Gesetze, das Preßgesetz, das Bischofsgesetz und das Landsturmgesetz zu erinnern, die die fortschrittlich freiheitlichen Phrasen in dem rechten Lichte erscheinen lassen. „Wir sind nüchtern geworden", sagte einmal in einem Rechenschaftsbericht der Abgeordnete Träger; mit andern Worten: wir haben die freiheitlichen Ideale zum Teufel gejagt und sind gute Realpolitiker und Bismarck'sche Culturkämpfer geworden. Hoffentlich wird das Volk bei den nächsten Wahlen auch so nüchtern geworden sein, daß es den ganzen Liberalismus mit seinen Schaaren von Rechnungsträgern den Rücken kehrt und weder Herrn Birnbaum, noch Herrn Träger seine Stimme giebt, sondern dieselbe der Sozialdemokratie zuwendet; dort kann man sich nicht gegenseitig das Gründerthum vorwerfen! Jetzt heißt es: Birnbaum, Bischweiler Tuchfabriken, Träger, Saal-Unstrutbahn, bei welchen Unternehmungen die Actionäre Haare gelassen haben. Uebrigens hat schon in den Jahren 1848 und 1849 unser Wahlkreis sozialistisch gesinnte Abgeordnete im deutschen Parlament zu Frankfurt a/M. gehabt. Zunächst den Dr. Georg Wirth, der 1849 zu Frankfurt a/M. gestorben, und seinen Nachfolger Julius Fröbel, der allerdings schon lange im Lager der Renegaten zu finden ist. Schon im Jahre 1831, also zu einer Zeit, wo noch die Ausbeutungssucht des kapitalistischen Systems kaum in seinen Anfängen in Deutschland vorhanden war, hat Dr. Wirth in seiner „Tribüne", und auch in seiner berühmten Vertheidigungsrede vor dem Schwurgericht zu Landau, die Prinzipien eines sozialistischen Volksstaates entwickelt; ebenso hat Julius Fröbel in seinem „System der sozialen Politik", 1847, den ökonomischen Reformen in sozialistischem Sinne das Wort geredet, also in einer Zeit, wo eine eigentliche sozialistische Partei gar nicht vorhanden war. Jene waren somit schon Vorkämpfer des Sozialismus; hoffen wir, daß die Wähler dessen eingedenk sein mögen und, nachdem der bisher das Terrain behauptende Liberalismus vollständig, politisch sowohl, als ökonomisch abgewirthschaftet, seine Unfähigkeit und seinen Mangel an guten Willen gezeigt hat, dem Sozialismus sich wieder zuwenden. Der politische Druck, die soziale Noth, müssen verschwinden — deshalb gebe man dem Candidaten der Sozialdemokratie, Herrn Hasenclever, seine Simme.

Leipzig. Das Schreckenskind Hans Blum hat wirklich die Freundlichkeit gehabt, Liebknecht auf Beleidigung zu verklagen, weil dieser von ihm gesagt, er (Hans) habe in den „Grenzboten" Bismarck als Urheber der gefälschten Depesche hingestellt. Worin die Beleidigung liegt, ist das Geheimniß unseres Hans; keines Menschen Geheimniß aber ist, daß Hans in der Erklärung gegen Liebknecht sich verschiedene Injurien hat zu Schulden kommen lassen, die ihm natürlich nun nicht hingehen werden. Der Artikel der „Grenzboten", in dem Bismarck als Urheber der bekannten „Emser Depesche" hingestellt wird, befindet sich S. 155, III. Quartal des Jahrgangs von 1871; es ist eine Berliner Correspondenz, mit der Chiffre o. W. versehen, was jedoch kein Beweis gegen die Autorschaft unseres Hans ist, der Pseudonym (falsche Namen) bekanntlich liebt. Indeß ist dies ganz nebensächlich, da die betreffende Nummer am Schluß in fetter Schrift die Worte enthält: „Verantwortlicher Redakteur Dr. Hans Blum." Der Prozeß, der leider während der Dauer des Reichstags ruhen muß, wird zur Aufhellung einer der ominösesten und dunkelsten Geschichts-Partien beitragen. Liebknecht hat dem Gericht bereits Anzeige gemacht, daß er die Zeugenvernehmung Benedetti's, Bismarck's und des deutschen Kaisers beantragen wird.

Meerane, 5. November. Endlich ist im 17. Wahlkreis ein Reichstagscandidat in Sicht. Unsere Nationalliberalen haben endlich eine große Entdeckung gemacht — nach langen vergeblichen Mühen hat ihnen der „berühmte" Dr. Faucher zugesagt, der schon vor dreizehn Jahren unseren Wahlkreis einmal besucht und mit seiner Belehrung beglückt hat. Der Erfolg war, wie unsere Gegner schreiben, damals glänzend. Die Zeiten haben sich natürlich geändert, der Erfolg wird diesmal bescheidener sein. Ob der Herr Faucher zu den Arbeitern sprechen wird, welche ihn wählen sollen, wissen wir natürlich nicht, indessen würde es uns sehr freuen, wenn der Herr Doktor ganz ernsthaft den Versuch machte, unseren Candidaten August Bebel aus dem Felde zu schlagen. Wieviel Aussicht dazu vorhanden ist, gab die letzte Hauptversammlung der „Reichstreuen" kund, welche leider so schlecht besucht war, daß die Candidatenfrage vertagt werden mußte. Franz Resch.

Oschatz, 12. November. Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß sich ein Central-Wahlcomité des 11. sächsischen Wahlkreises hier am 31. Oktober gebildet hat. Wir fordern daher alle Städte und Ortschaften des Wahlkreises auf, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Als Vorsitzender wurde gewählt C. Flesch, als Kassirer K. Springefeld und Unterzeichneter als Schriftführer. Alle Briefe in den Wahlangelegenheiten bittet man an Unterzeichneten zu senden.

August Obenaus.
Bahnhofsstraße 525D. in Oschatz.

Briefkasten

der Redaktion. W. H. in Haßfurt: Lesen Sie die Briefkasten-Notiz in Nr. 15 und die Sozialpol. Uebersicht von Nr. 17: Ein neuer Tschischwitz. — H. P. in R.: Bis jetzt boten die Reichstagssitzungen nur ein ganz untergeordnetes Interesse. Der „Vorwärts" kann unmöglich längere Sitzungsberichte bringen, dazu mangelt ihm der Raum; auch muß er den Lesern eine derbere, bessere Kost bieten. Die Reden, welche unsere Abgeordneten halten, werden wir gleichfalls nur, wenn sie einen wichtigen Gegenstand behandeln, in mehr ausführlicher Weise bringen können. Ueberhaupt wird die gegenwärtige Session des Interessanten nicht sehr viel bieten. Unsere Parteigenossen müssen ihre Blicke auf die Neuwahlen richten und mit ganzer Kraft in die Agitation für sozialdemokratische Wahlen eintreten. — Sch. Konstanz: Geben Sie uns wenigstens an, in welcher Nr. des „Volksstaat" der betreffende Artikel gestanden haben soll.

der Expedition. R. Schoppau Lesum: Gewünschte Schriften sind vergriffen. „Fackel" folgt. — J. Gimbel Frankf.: Für Kalender müssen Sie Cassa senden auch für „Fackel".

Parteigenosse Robert Wobusa wird wegen wichtiger Angelegenheiten um seine genaue Adresse gebeten.

Friedr. Gay, Eulerdamm, Forst N./L.

Berichtigung. In Nr. 15 des „Vorwärts" wurde unter unserm Restanten-Aufruf" irrthümlich der Verein der Klempner Altona gemahnt. Soll heißen: Filiale Altona 120 M. 10 Pf

Die Assoziationsbuchdruckerei Berlin.

Quittung. J. Bl Philadelphia Ab. 70,00. Bürgerverein hier Ann. 1,00. Br. hier Schr. 3,00. Gmbl Heilbronn Schr. 2,20. Arb.-Partei Wurzen Ann. 0,80. Dhn Volkmarsd. Ann. 1,40. C. Grllnbrgr Nürnberg Ab. 150,00. Ldwg hier Schr. 0,52. Wchtlr Hof Schr. 7,60. Schrdr Coblenz Ab. 12,80. A. Kirsch Forste Ab. 2,00. Wgnr Stade Schr. 6,50. Strhl Nehringen Schr. 2,75. Bsch N.-Reudnitz Ab. 15,00. Müller Reudnitz Schr. 3,00. Hngr Schr. 0,50. R. Hpt Reims Ab. 4,00. Wahlverein Hannover Ann. 0,60. Fr. Engl Reudnitz Ab. 27,00. Kls Buckau Ab. 18,90. Flschr Kl.-Zschocher Ab. 19,30. Tht Camenz Schr. 7,00. Klsn Lübeck Schr. 6,35. Mg. Kn Reutlingen Schr. 30,00. Dml Schleswig Schr. 13,20. Kn hier Ab. 1,20. Mrchnr hier Schr. 1,50.

Anzeigen 2c.

Die Filial-Expedition des Herrn
F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J.
ist durch ein Mißverständniß am Kopfe unseres Blattes ausgelassen worden. Die Genannte vermittelt wie bisher alle unsere Blätter und Verlags-Artikel. Die Expedition des „Vorwärts".

Cöln. Sonntag, den 19. November, Morgens 10 Uhr, im „Alten Kuhberg" an der Schnurgasse:

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Hrn. A. Bebel.
Der Einberufer. [60

Abends von 8 Uhr ab im „Alten Kuhberg" an der Schnurgasse:

Allgemeines Arbeiterfest

bestehend in Concert, unter gefälliger Mitwirkung der Arbeiter-Liedertafel Cölns und des Kalker Gesangvereins „Vorwärts", Theatralischen Aufführungen und Festball.

Karten à 75 Pf. — Damen frei — sind zu haben bei den Gesinnungsgenossen, ebenso auch Morgens in der Volksversammlung.

Alle Freunde unserer Sache ladet hierzu ein
Das Festcomité. [300

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 18. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Boge, Mittelstr. 11:

Oeffentliche Versammlung. (F161) [60

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Meister: Ueber die Aufgabe des Volks. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorsitzende.

Leipzig. Eine freundliche Schlafstelle offen Neumarkt Nr. 17 3 Treppen bei Noak. (F 212) [60

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Sonnabend: Vortrag v. C. über den Kampf der Civilisation gegen die Barbarei.

NB. Diejenigen Herren, welche gesonnen sind, dem Deklamat. Club beizutreten, werden ersucht, sich Freitag Abends 8½ Uhr im Vereinslokal einzufinden. D. V. [50

Leipzig. Montag, den 20. November, Abends ½9 Uhr, Sitzung des Wahlcomités im Lokale des Arbeiter-Bildungsverein.

Die Mitglieder des Comités für den 13. Wahlkreis werden ersucht, zu dieser Sitzung wegen Besprechung dringender Angelegenheiten theilzunehmen. I. A.: Der Vorsitzende. [60

Leipzig. Zeitungsverein.
Sonntag, Vormittag 11 Uhr, Sitzung in der Expedition des „Vorwärts". Geiser. [30

Osnabrück. Sonntag, 19. November, Vormittags 10½ Uhr, im Saale des Hrn. Kuhlmann, Altemünze 21:

öffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Wichtige Angelegenheiten betr. der Reichstagswahl; Abrechnung; Verschiedenes. — Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet W. Krowiarz. [70

13. sächsischer Wahlkreis.

Genossen, welche wünschen, daß in den Orten, wo sie wohnen, Versammlungen stattfinden, werden ersucht, sofort ihre Adressen an uns gelangen zu lassen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß in jeder Versammlung Redner und Colporteur anwesend sind.

Das Central-Wahlcomité für den 13. sächsischen Wahlkreis:
Heinrich Dohne, Vorsitzender, Wolfmarsdorf, Hauptstraße 22.
NB. Näheres in Nr. 7 der „Fackel" (F311) [90

Der Frau Neupert

zu ihrem 37. Wiegenfeste eine herzliche Gratulation von den Mitgliedern des Hannoverschen Frauen- und Mädchen-Vereins.
(F. 160) [90

An die Abonnenten des „Vorwärts" und der „Neuen Welt".

Unterzeichneter empfiehlt sich zu jeder Art Einband für Bücher und Zeitungen, ebenso zu Reparaturen an Portefeuilles, Portemonnais, Cigarren-Etuis 2c., sowie zu Neuanfertigung. [270
Cöln. C. Hartmann, Buchbinder.
An den Antonitter 4.

Soeben erschien:

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 6 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: An die Parteigenossen von Leipzig und Umgegend. — Das Programm des Hrn. Ludwig Wolf. — Baarzahlung. — Correspondenz. — Die liberale Candidatennoth. — Wer lacht mit?

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

In unserem Verlage ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der arme Conrad

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk auf 1877.

Derselbe ist circa 100 Seiten stark und enthält außer dem mit Bigneten verzierten protestantischen, katholischen und griechischen Kalendarium, Geschichtskalender, Wetterregeln, Biographisches Kalendarium, Auf- und Untergang von Sonne und Mond, Tageslänge, Planetenerscheinungen 2c. Ferner: Eine Einleitung. In Acht und Bann. Novelle von Robert Schweichel. Einiges aus dem Haushalt der Natur. Von Joh. Most. Eine Epistel über Kindererziehung. Von E. Roßbach. Eine Nacht in Paris. Von J. Ph. Becker. Glückliche Ehen. Von W. Hasenclever. Ferd. Lassalle. Biographie. Ein Bastard der Revolution. Von Wilh. Blos. Amerikanische Geschäftsleute. Von Otto Walster. Zum Gedächtniß. Gedicht von Silvanus. Anekdoten und Sinnsprüche. Räthsel. Sprichwörter. Interessante statistische Mittheilungen. Markt-Verzeichnisse, nach Provinzen eingetheilt. Ebbe- und Fluth-Tabelle.

Illustrationen: Ein Titelbild. Die Portraits Lassalle's und Feuerbach's. Eine humoristische Illustration: „Der Couponabschneider".

Alle Illustrationen sind von bewährten Künstlern gezeichnet und in Holz geschnitten.

Bei dieser gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheftet nur 40 Pf., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pf., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franko per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders kann nur gegen baar oder Postnachnahme geschehen.

Bei Bezug von 1 Dtzd. aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück, gebunden 40 Pf. pro Stück netto gegen baar.

Leipzig, im August 1876.

Genossenschafts-Buchdruckerei,

Berliner Freie Presse

Motto: Freiheit und Gerechtigkeit.
Mit der illustrirten Sonntags-Gratis-Beilage

Die neue Welt.

Erscheint täglich in grossem Format, in Berlin in der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei.

Man abonnirt bei allen Postanstalten, für die Monate November und Dezember für nur 2 Mark.

Dieselbe ist in der Zeitungs-Preis-Liste, I. Nachtrag pro 1876, unter Nr. 544a. eingetragen, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Inserate kostet die 4 gespaltene Zeile 25 Pf.

Zu zahlreichen Abonnement einladend, weisen wir besonders darauf hin, dass die Berliner Freie Presse in keiner Gast-Wirthschaft, wo Sozialisten verkehren, fehlen dürfte, und zeichnen

Mit soz.-dem. Gruss Die Expedition.
Berlin S.-O., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Zur Beachtung!

Wir beabsichtigen dem vorletzten Hefte (Nr. 17) der Neuen Welt eine

Extra-Annoncenbeilage

beizugeben und berechnen die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum mit 50 Pfg.

Bei der großen Auflage — 20,000 — der Neuen Welt sehen wir zahlreichen Aufträgen entgegen und ersuchen Reflectanten, uns ihre Inserate unter Beilegung des Betrags rechtzeitig einzusenden. — Eine Zeile faßt etwa 8 Worte.

Leipzig, im November 1876.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Färberstraße 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: H. Hoß, 530 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Lauermann, 296 Division Street.
San Francisco: H. Exß, 418 O'Farrell Street.
London: Bandly, 5 Nassau Street Middlesex Hospital.

Nr. 22. Sonntag, 19. November. 1876.

Unsere Gegner.

VII.

(Schluß des VII. Art.)

Der Verfasser von „Quintessenz des Sozialismus“ formulirt die sozialistischen Forderungen ganz richtig (S. 12): „A und O des Sozialismus ist die Verwandlung der privaten Concurrenzkapitale in einheitliches Collectivkapital.“

„Was die Führer der Sozialisten zunächst allein erstreben und erwarten können, ist politische Machterlangung, noch mehr „Schulung“ der Massen zur Cooperation, agitatorische Aechtung der jetzigen Besitzordnung, ihres Schwindels und ihrer Schäden, die pauperistische letzte Vollendung des Gegensatzes zwischen wenigen Millionären und vielen Millionen Proletariern“ (S. 12).

„Ein plumpes Mißverständniß haben wir abzuweisen. Man hört gar so oft: „Der Sozialismus will wirthschaftlich kein Kapital mehr“, er will keine Produktionsmittel, „er will produciren ohne Grundstücke, Fabriken, Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe und Brennmaterialien; denn er negirt das Kapital, also auch den Bestand, die Ersparung, die Erhaltung und Erneuerung der Werkmittel“. Man hält diese Folgerung für eine glänzende Widerlegung der sozialistischen Doctrin und triumphirt gegen diesen — s. v. (salva venia, mit Erlaubniß) „Blödsinn“ — der Sozialisten! Es ist aber nachdrücklich vor dieser Art von Widerlegern des Sozialismus zu warnen“ (S. 20).

„Nicht zutreffend ist eine weit verbreitete Vorstellung. Man sagt, die bekannten Nachtheile des heutigen Regiebetriebes würden beim Sozialismus allgemein werden. Möge man sich doch auf dieses Argument nicht allzu sicher verlassen! Es giebt bereits Regiebetrieb, welcher wirthschaftlicher oder doch so wirthschaftlich ist, als kapitalistischer Spekulationsbetrieb: Post, Staatseisenbahn, Telegraph, communale Gas- und Wasserleitungs-Anstalten u. s. w.“ (S. 29).

„Gelänge es dem Sozialismus mit seinem unzweifelhaft einheitlicheren, bewußt gesellschaftlicheren Princip, mit seiner radikalen Ausrottung des Privatwuchers und Privatmonopols auch die Vortheile allseitiger privater Interessirtheit und allseitig freier Controle bei Erfüllung der sozialen Berufe zu verknüpfen, also vom Bestehenden alles Gute beizubehalten, dann würde er ganz gewiß — wenn auch erst in später Zeit — siegen. Dann arbeitet ihm die ganze Entwicklung der Gegenwart, die Centralisation im Staat, die für großartigste Zusammenfassung angelegte Natur des modernen Verkehrs, die allgemeine Tendenz zum Großbetrieb und zur mechanischen Concentration überhaupt, die Vereinigung der Arbeiter im Großbetrieb, ihre steigende Undisciplinirbarkeit privaten Herren gegenüber u. A. mächtig vor“ (S. 33).

Der Sozialismus behält „vom Bestehenden alles Gute“. Er wird also siegen.

„Es ist merkwürdig, ja tröstlich, daß Alles, was den Sozialismus überhaupt erst praktisch discutirbar macht, ihn auf eine Bewahrung, ja auf eine Potenzirung der wirthschaftlichen Glanzseiten der liberalen Volkswirthschaft hindrängt“ (S. 52).

„Es ist bedauerlich, und kann keine guten Früchte bringen, daß man sich nicht ruhig und besonnen über die wahre Tragweite des collectivistischen (sozialistischen) Prinzips klar werden, daß man Wesen und Beiwerk des Sozialismus nicht scharf von einander unterscheiden mag. Die Folge davon ist, daß man dessen Tragweite hier unterschätzt, dort in's Ungeheuerliche verzerrt. Selbst Gebildete geben sich bezüglich der „Eigenthumsnegation“ Blößen einer Ignoranz, welche schon von Tausenden von gemeinen Arbeitern klar erkannt und gern als Böswilligkeit der herrschenden Klassen ausgelegt wird.

„Wir sagen also mit Nachdruck: es ist nicht richtig, daß der Collectivismus alles und jedes Eigenthum aufzuheben trachte, daß er schlechthinige Negation des Eigenthums sei. Nur das Privateigenthum an den Productionsmitteln wird negirt und will durch Collectiveigenthum an Produktionsmitteln (Grundstücken, Werkhäusern, Maschinen ꝛc.) ersetzt werden. Das private Eigenthum an Genußmitteln wird nicht negirt, kann ja gar nicht negirt werden. Privater Gebrauch und privates Eigenthum von Lebensmitteln, Kleidern, Mobiliar, Büchern u. s. w. zu negiren, hat wohl kein heutiger Sozialialist die Thorheit und die Tollheit. Nur an den Produktionsmitteln der schon heute arbeitstheiligen (collectiven, cooperativen) Arbeit, d. h. am Kapital, soll Collectiveigenthum eingeführt werden, ähnlich dem schon bestehenden Staats- und Communaleigenthum an Straßen, öffentlichen Plätzen, an Verkehrsanstalten, an Bildungs-, Rechts-, Ordnungs- und Vertheidigungsanstalten. Also Ausdehnung des jetzt schon umfassend geltenden Prinzips des Collectiveigenthums auf die Mittel der arbeitstheiligen Produktion, d. h. auf das Sozialkapital, wird erstrebt“ (S. 56).

„Es ist nicht wahr, daß der Sozialismus verlangt, man solle jedes Jahr neu „theilen“. Er verlangt eine der Feudallastenablösung ähnliche Ablösung des Privateigenthums an den Mitteln des sozialen Produktionsprozesses, künftigen Besitz der Produktionsmittel durch die Gesammtheit und eine Vertheilung des mit Hilfe des Collectivkapitals erzeugten jährlichen Güterertrages nach Maßgabe der von jedem (alsdann öffentlichen und besoldeten) Arbeiter geleisteten Arbeitszeit. Man kann dies Verlangen für unausführbar und selbst zweckwidrig halten; aber es ist unwahr, zu sagen, daß es ein periodisches „Theilen“ der Früchte der Privatarbeit und der Privatersparniß an faule Miteser in sich schließe oder den unsinnigen Gedanken hege einer Aufhebung des Privateigenthums auch an solchen Genußmitteln, welche ihrer Natur nach nur privatim — von einem oder von dem Sonderkreis der Familie nur ausschließend — verzehrt werden können. Es ist auch nicht wahr, daß das Princip des Collectiveigenthums überhaupt ein neues sei, welches dem bestehenden Recht fremd und feindlich gegenüberstände; denn alle moralischen Personen vom Staat, der Kirche und der Gemeinde an bis zur letzten Familie herab repräsentiren Collectivbesitz in weitestem Umfang“ (S. 57).

Im Schlußkapitel (IX S. 65ff) resumirt der Verfasser:

„Es ergab sich (aus den Erörterungen der vorhergehenden Kapitel), daß die gewöhnlichen Stichwörter gegen den Sozialismus nicht ausreichend sind.

„Es ist nicht richtig, daß der Sozialismus das Eigenthum überhaupt negire. Es ist nicht richtig, daß er das Privateigenthum schlechtweg aufhebe. Es ist nicht richtig, daß er ohne Produktionsmittel arbeiten, das Kapital im technischen Sinn beseitigen müsse. Es ist nicht richtig, daß er Großproduktion ausschließe. Es ist nicht richtig, daß er innerlich materialistisch und zuchtlos sein müsse. Es ist nicht richtig, daß er Familie und Erbrecht (außer in Bezug auf Kapitalien oder Produktionsmittel) prinzipiell negire. Es ist nicht richtig, daß er Freizügigkeit, freie Berufswahl absolut ausschließe, daß er die Freiheit des Bedarfs, des Haushaltes, der Geselligkeit, der Vereinsbestrebungen grundsätzlich aufhebe. Es ist aber richtig, daß er zahllose und schreiende Mißbräuche mit der Wurzel ausreißen will und höchst consequent ein folgenschweres Sozialprinzip vertritt. Von den finanziellen Consequenzen für den Militäraufwand gar nicht zu reden. Absichtlich haben wir diesfalls falsche Vorstellungen zerstört, welche nur geeignet sind, in eine gefährliche Ruhe und Sicherheit einzuwiegen.“

Nach einigen Bemerkungen über die „Irreligiosität der dermaligen Parteien des Sozialismus“ fährt der Verfasser fort:

„Verwerflich muß uns der Grundsatz erscheinen, der von vielen Dächern den Proletariern in absolut anticollektivistischem Geiste vorgegaukelt wird*): jeder Arbeiter müsse genau seinen Arbeitsertrag zugetheilt bekommen, während doch auch im Sozialistenstaat wie im Kapitalistenstaat nur Gesammtprodukt, dieses nur nach einem äußerlichen Maßstab der individuellen Arbeitszeit oder Stückleistung und nur nach Abzug des öffentlichen Gemeinbedarfes, zur Vertheilung gelangen könnte. — — —

„Ein alsbaldiger Sieg des Sozialismus ist weder zu erwarten, noch zu befürchten.

„Nicht weniger aber wird von unbefangenen Lesern zugegeben werden, daß gegen Ideen, wie die vorgetragenen, nur Gründe, nicht Flintenkugeln aufkommen können. Das Volk bildet ja das Heer, das Heer macht wieder aus ihm einen einheitlichen Körper mechanischer Macht. Würde also das Volk vom Geist des Sozialismus seiner Masse nach erfüllt werden, so brauchte der Sozialismus im gegebenen Augenblick nur einen großen General zu erzeugen, um Erbe der Macht des militärischen Centralismus zu werden. Setze man sich daher mit den Ideen auseinander, vernichte man diese, so weit sie falsch sind. **Es kann ja doch kaum Jemand mehr leugnen, daß der Sozialismus, wenn er sich immer klarer wird und sobald er mit Abstreifung vieler seiner ersten hirnlosen Phantastereien immer nüchterner nur die wirklichen Consequenzen seines genugsam gezeichneten Prinzips hervorkehrt, ein die Massen mächtig ergreifendes Ganze einschneidender positiver Reorganisationsgedanken umschließt.** In internationaler Parteiorganisation von nur zeitweise gelockertem Gefüge wird auch schon am entsprechenden Aufbau der positiven politischen Kraft zur Verwirklichung dieser Gedanken gearbeitet. Der vierte Stand ist nach allen Seiten von den Hauptideen schon ergriffen und zwingt schon dadurch seine Führer, diese Ideen immer einleuchtender zu formuliren. Deshalb eben suchten wir ihn nach seinen (vielleicht vielen Führern selbst unbewußten) nothwendigen Consequenzen, nicht nach hirnverbrannten Sonderformulirungen, zu erfassen.

„Ihn hiernach zu erwägen, zu widerlegen oder zu reinigen und zu berichtigen, die Debatte auf den eigentlichen Punkt — Collektiv- oder Privatbesitz der Mittel der collektiven („arbeitstheiligen“) Arbeit — zu conzentriren, scheint uns nothwendig. Nur dann kann der richtige Standpunkt von jeder Partei gewählt werden. Im Kerne ist das, was in Frage steht, wirklich ein Streit zwischen Individualismus und zwischen Collectivismus in Hinsicht auf das Kapital. Er erstreckt daher seine Hauptconsequenzen auf den sozialen Güterhervorbringungs-, Güterumsatz- und Güteraustheilungsprozeß. Sozial ist dieser Prozeß zwar schon im liberalen Staat, da die wenigsten Güter vom eigenen Produzenten auch consumirt werden. Die Frage ist vielmehr die: ob die „unbewußte“, einheitslose, so zu sagen hydrostatische Sozialmacht der aufeinanderdrückenden Privatinteressen, d. h. die Concurrenz — oder ob eine einheitlichbewußte und einheitlich-organisirte Sozialmacht den Produktions- und Distributions-, sozusagen den Verdauungs- und Blutumlaufsprozeß des sozialen Stoffwechsels, besser und wirthschaftlicher besorgen würde.

„Ob letzteres Prinzip realisirbar ist oder werden kann, vermag zwar jetzt wohl Niemand sicher zu sagen. Daß es jetzt noch und wohl noch längere Zeit nicht ausführbar ist, ist gewiß. Nicht ebenso, daß es an sich schon antisozial sei.

„Gewöhne man sich also endlich an concretes Denken und Urtheilen in dieser ungeheuren Frage, und entziehe man sie dem wüsten Einfluß der Schlagworte, der Vorspiegelungen, der Leidenschaften, der Vorurtheile, der Selbstbelügung und der Denunziationen! Sonst gehen darob alle Stände mit der Civilisation zu Grunde.“

So weit der Verfasser, auf dessen Ausführungen wir vielleicht gelegentlich zurückkommen. Wir Sozialisten werden daraus lernen, — ob unsere Gegner? Wollen, können sie noch lernen? Herrn von Unruh aber ersuchen wir, sich namentlich den letzten Absatz genau anzusehn. Beim Durchlesen desselben werden die Wangen ihm brennen, wie von einer Ohrfeige.

*) Der Verfasser bemerkt hierzu in einer Note (mit Recht): „Nicht von Marx.“ Das Unsozialistische und ökonomisch Verkehrte der Forderung, daß jeder Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit empfange, ist S. 181 f. der Grund- und Bodenfrage von Liebknecht (2. Aufl.) nachgewiesen.

Die Nationalwahlen in der Union.

Wenn Ihre Leser dies sehen, so wissen sie schon durch den Telegraphen, wie die Nationalwahlen der Vereinigten Staaten am 7. November ausgefallen sind.*) Im Augenblicke, da ich dies schreibe (1. November), weiß ich das weder, noch kann der erfahrenste Politikus es voraussehen; denn der Ausfall hängt davon ab, welche von beiden alten Parteien bei ihren Wahlbetrügereien den größten Erfolg hat, und wie der Zufall sie dabei unterstützt. Den ehrlichen und selbstdenkenden Männern ist es nämlich so schwer gemacht, zu unterscheiden, welches das kleinere der beiden Uebel sei, zwischen denen sie zu wählen haben, daß alte hervorragende Parteigenossen verschiedene Wege wandeln, lebenslange politische Gegner übereinstimmen, Viele aus denselben Gründen wie die Arbeiterpartei gar nicht stimmen werden, und die Wahl folglich durch den bezahlten Theil der Stimmgeber, besonders der Großstädte, entschieden wird, sowie durch falsche Auszählung der Stimmen und die mancherlei Kniffe, in denen beide alte Partei-Organisationen so erfinderisch sind. Es ist unter diesen Umständen sogar möglich, daß keine Volkswahl des Präsidenten und Vicepräsidenten der Union zu Stande kommt, sondern der Congreß zwischen den Beiden entscheidet, welche für jedes der zwei Aemter die meisten Wahlmännerstimmen haben (der Senat wählt dann den Vicepräsidenten, das Haus den Präsidenten). Da nun aber diese beiden Beamten unter allen Umständen Puppen in der Hand ihrer Parteien sein werden, so hängt das Geschick des Landes mehr von den gleichzeitigen Congreßwahlen ab, welche aber wahrscheinlich das Verhältniß der Parteistärke wenig verändern werden, so daß binnen den nächsten zwei Jahren keine Veränderung in der Unions-Politik in wesentlichen Dingen zu erwarten ist.

Für deutsche Sozialdemokraten in Europa kann es also nicht viel Reiz haben, diese Wahlkomödie, welche mit so ungeheurem Lärm und Aufwand in Scene gesetzt wird, näher beleuchtet zu sehen. Viel wichtiger ist es, ihnen zu zeigen, wie die wegen ihrer „unvergleichlichen Weisheit“ bewunderte Verfassung der Union sich dahin entwickelt hat, daß sie das reine Gegentheil der Absichten ihrer Gründer bewirkt. Die Väter der Republik beabsichtigten, eine auf möglichst gleichen Besitz und gleiche persönliche Unabhängigkeit Aller, wenigstens aller Menschen von weißer Hautfarbe, begründete Selbstverwaltung zu schaffen, auch ging in den ersten fünfzig Jahren das Meiste nach ihrem Wunsche. Es war in der Verfassungsurkunde, welche von den Einzelstaaten nachgeahmt wurde, jede damals denkbare Ungleichheit vorausbedacht und sorgfältig ihr vorgebeugt. Damit nicht zufällige Stimmenmehrheiten oder der Ehrgeiz Einzelner berechtigte Sonderinteressen vergewaltigten, war dem Gesammtstaate, dem Einzelstaate und der Gemeinde ein genau bestimmter Wirkungskreis angewiesen, war ebenso der Bereich der ausführenden, der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt streng abgegrenzt, war für einen unverfälschten Ausdruck des Volkswillens am Stimmkasten Vorsorge getroffen, wurde eine an Zahl alle Stimmgeber überwiegende Bauernschaft von genügendem Landbesitz geschaffen; es wurde den kleineren Staaten bei der Unionsgesetzgebung, den kleineren Bezirken bei der Staatsgesetzgebung in einem Oberhause eine gleichstarke Vertretung mit den volkreichen gesichert, und die Wahl der beiden Oberbeamten der Union einem vom Volke zu wählenden Wahlmänner-Collegium anvertraut. Es wurden Mittel geschaffen, um eine allgemeine und gleiche Volkserziehung durchzuführen, und alle Vorrechte verboten; durch fast völlige Trennung der Kirche vom Staate gedachte man die Religionsfreiheit und den Frieden zwischen den Glaubensparteien zu sichern. Die Sklaverei verbot man nicht, weil man durch Einwirkung auf den revolutionären und demokratischen Volksgeist deren freiwillige Abschaffung erwartete — was auch in einer Hälfte der Einzelstaaten gelang. Kurz, die edelsten Absichten dieser Männer sind unzweifelhaft, und ihre Mittel waren weise genug, um ein Staatswesen von nie dagewesener Gedeihlichkeit, Freiheit und Macht zu schaffen.

Und dennoch wurde ihre Absicht noch vor Ablauf der ersten hundert Jahre vereitelt, und jedes der erwählten Mittel bewirkte sein Gegentheil. Die geduldete Sklaverei erwies sich in der einen Hälfte der Union stark genug, um das Ganze an den Rand des Verderbens zu bringen und den furchtbarsten aller neuzeitlichen Bürgerkriege zu erzeugen. Die unabhängige Kirche, zerspalten in eine Anzahl einander nebenbuhlerischer Kirchen, ist stark genug, das Schicksal der Volksschule in Frage zu stellen und eine wachsende Verdummung zu bewirken. Das durch Einwanderung entstandene Großkapital hat Vorrechte in Fülle erzeugt und das miteingewanderte und durch ungemein schnelles Reichwerden des Landes in Fleisch und Blut des Volkes übergegangene Manchesterthum hat Klassenunterschiede hergestellt, welche aus der Volksschule eine aristokratische Erziehung hervorgehen lassen (denn unter jedem Hundert Kinder erreichen kaum zwei das Ziel der Volksschule, und drei Viertel gehen schon aus den untersten Klassen ab und zum Brotverdienst über).

Die Wahl der beiden Oberbeamten der Union ist eben da-

*) Bis jetzt ist das Resultat noch nicht bekannt; beide Parteien schreiben sich den Sieg zu, und es wird wohl der Congreß entscheiden über die beiden Candidaten.

durch unfähig geworden, ein treuer Ausdruck des Volkswillens zu sein, daß die aufgestellten Wahlmänner im Voraus von den Parteien verpflichtet werden, im Sinne der Urwähler zu wählen; wenn also in wenigen der großen, volkreichen, kapitalistischen Staaten, wie New-York, Pennsylvanien, Ohio, welche viel Wahlmänner haben, eine Partei mit noch so geringer Stimmenmehrheit siegt, so wird dadurch die Wahl für die Union entschieden, und es ist somit dem Kapital die Wahlbestechung sehr erleichtert. So verlor 1856 Fremont, der wirklich zum Präsidenten gewählt war, das Amt an Buchanan, und der Sieg der Sklavereifeinde verzögerte sich um vier Jahre, weil in der Stadt Philadelphia — wie nachher gerichtlich nachgewiesen wurde — 1200 falsche, bestochene Wahlstimmen den republikanischen Wahlsieg in einen demokratischen verwandelten und dadurch 28 Wahlmännerstimmen Pennsylvaniens auf die gegnerische Seite brachten; Buchanan aber blieb Präsident und half dem Süden den Bürgerkrieg vorbereiten.

Die gleiche Vertretung der kleinsten Staaten mit den größten im Oberhause der Union und die gleiche Vertretung der Bezirke im Einzelstaate hat es bei der Schnelligkeit, womit neue, kleine Staaten geschaffen werden können, ganz in die Macht der eben herrschenden Partei gelegt, den im Unterhause vertretenen Willensausdruck der Volksmehrheit im Oberhause Jahrzehnte lang zu vereiteln und von den Städten aus, wo die Bestechung am leichtesten geübt werden kann, die mehr unabhängige Bauernschaft zu überstimmen.

Der anerzogene Volksglaube an die Unübertrefflichkeit der Verfassung mit ihren verwickelten Gegengewichten und wechselseitigen Einschränkungen hat die Selbstverwaltung zur Posse gemacht. Auf welche Schwierigkeiten das Emporkommen einer neuen unabhängigen Partei stößt, sieht man aus dem einen Beispiele, daß bei der letzten Staatswahl im Oktober die Arbeiterpartei von Indiana (welche mitwählte, weil sie noch nicht an die geeinigte Arbeiterpartei sich angeschlossen hatte) gegen 3000 Stimmen abgegeben hat, von denen im amtlichen Wahlberichte blos 2—300 erscheinen. Ueber die richtige Auslegung der Verfassung bestehen Parteistreitigkeiten, welche nicht wenig dazu beigetragen haben, den Bürgerkrieg zu schüren, und denen durch eine Neugestaltung längst hätte ein Ende gemacht werden sollen, wenn die Absichten der Väter der Republik wirklich noch von ihren Enkeln getheilt würden.

Wie sehr in einer so kurzen Zeit, als fünfzehn Jahre sind, der Geist und die Gestalt eines Staatswesens sich verändern können, beweist der Musterstaat der Union, Massachusetts, von dem man vor dem Kriege in Wahrheit sagen konnte, es gebe in seinem ganzen Gebiete keine Armuth, keine Noth, keine ungeschulte Jugend, keine Bestechlichkeit, keine großen Gegensätze, wohl aber offenen Sinn und offene Beutel für jedes Fortschrittsstreben. Und jetzt ist es der Musterstaat der amerikanischen Bourgeoisie.

Die amtliche Statistik des (jetzt abgesetzten) Generals H. K. Oliver beweist, daß die Mehrzahl der Arbeiter ihre Familie nicht mehr erhalten kann, ohne den Nebenverdienst von Frau und Kind in der Fabrik zu Hilfe zu nehmen; daß 60,000 Kinder ohne Schulunterricht aufwachsen; daß in größter Ausdehnung ein erbarmungswerthes Proletariat besteht; daß die Gesetzgebung allen Vorschlägen ein taubes Ohr leiht. Außerdem wissen wir, daß die Klassengegensätze dort zu einer mehr als europäischen Schärfe sich entwickeln, daß man das hungernde Proletariat wie Hunde niedergeknüppelt hat in Fall River, tiefer im Lohne herabgedrückt hat als anderswo, und daß dieser Staat, der der Union so viele große und edle Staatsmänner geliefert hat, von der bestochensten und gemeinsten Sippschaft von Politikern vertreten wird.

So wenig helfen gegenüber dem Wachsen des Privatreichthums unter kapitalistischem Großbetriebe alle weisen Bürgschaften einer geschriebenen Verfassung und aller anerzogene demokratische Volksgeist, alle edlen Absichten der Staatsgründer und alle Durchschnittsbildung der Massen.

Es giebt keine andere sichere Bürgschaft der Freiheit und Gleichheit, als die Verbannung des Zufalls der Geburt und der Glücksumstände aus der menschlichen Gesellschaft. Unter tausend Menschen ist kaum einer, dessen Charakter einer großen Gunst oder Ungunst der zufälligen Lebenslage Stand halten kann.

Eine Communisten-Farm.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Diese giftigen Gegner hatten theils als gewerbsmäßige Politiker, theils als „Gründer" Ursache, die deutschen Abolitionisten zu verfolgen. Durch geschickte Unterhändler hatten sie die Herren vom aufgelösten Adelsverein bei ihrer Ehre gefaßt, ihnen vorgestellt, sie müßten etwas für die von ihnen in's Elend geführten Deutschtexaner thun, und sie könnten das am besten, wenn sie noch 20,000 deutsche Bauern auf dem von ihnen verwirkten Lande ansiedelten, welches ihnen von der Legislatur zurückgegeben werden sollte, und wenn sie für 200,000 Dollar Antheilscheine an einer beabsichtigten Eisenbahn nehmen wollten. Was aber dem Adelsvereine verschwiegen wurde, das war, daß die Gründer sich den Sklavenhaltern verpflichtet hatten, vorher alle deutschen Abolitionisten aus dem Lande zu treiben, nur sklavereifreundliche Ansiedler einzuführen und die beabsichtigte Eisenbahn nicht den deutschen Landestheilen, sondern den östlichen, am dichtesten von Sklavenhaltern besetzten, zu Gute kommen zu lassen.

Dieser schuftige Plan, auf welchen die Herren vom Adelsverein angebissen hatten, würde, wenn ausgeführt, die 20,000 Deutschen in's tiefste Elend gestürzt und alle deutschen Sklavereifeinde ihren Gegnern hilflos preisgegeben haben. Glücklicherweise ward er zu früh ausgeplaudert und durch die Spalten der „San Antonio-Zeitung", die allen hervorragenden Mitgliedern des Adelsvereins zugeschickt wurde, vereitelt. Ja, soviel wirkte diese Enthüllung, daß seitdem Jahre lang kein Auswandererschiff, deren sonst 10—12 jährlich in texanischen Häfen zu landen pflegten, mehr dorthin von Bremen, Hamburg und Antwerpen auslief.

Eine andere Schurkerei wurde von amerikanischen Sklavereifreunden begangen. Diese hetzten die Lipan-Indianer, eine sehr kriegerische Apachen-Völkerschaft, welche bis dahin im Dienste der Vereinigten Staaten gestanden und immer Freunde gewesen waren, zu einem erbarmungslosen Vernichtungskriege gegen die weit zerstreuten, meist freistaatlich gesinnten deutschen und amerikanischen Grenzansiedler, und binnen einem Jahre gingen diesen für eine halbe Million Pferde und Rindvieh, sowie viele Menschenleben verloren. Alle Vertheidigungsmaßregeln gegen diese Unholde wurden von den zahlreichen Grenztruppen der Union mehr gehindert als befördert.

Diesen und anderen Verfolgungen wichen zuletzt die deutschen Sklavereifeinde — viele wanderten aus, andere gelobten Reue, und ihr Plan war vereitelt. Die Zeitung, welche der Schreiber dieses herausgegeben, wurde eine Vertheidigerin der Sklaverei.

Wenn man nach dem Erfolge urtheilt, so war dieser Plan allerdings verfehlt. Und doch darf man dies nicht, wenn man nicht die meisten in der Geschichte unterlegenen Freiheitsbestrebungen verurtheilen will, welche dennoch später Frucht trugen. Dies war 1856.

Nur fünf Jahre später sahen die texanischen Deutschen den großen begangenen Fehler ein, als die Südstaaten, und mit ihnen Texas, von der Union abfielen. Jetzt suchten sie, natürlich bei dem Mangel aller Führer vergebens, der Union und der Freistaatsidee treu zu bleiben. Aber sie waren ja den Sklavenhaltern von allem Anfange verdächtig gewesen und mußten jetzt, ohne Unterschied der Parteifarbe dafür büßen, indem sie unschädlich gemacht wurden. Tausende von ihnen mußten außer Landes fliehen und froh sein, im Dienste der Union Regimenter zu bilden; Tausende wurden theils niedergemacht, theils eingesperrt, theils gezwungen, im verhaßten Dienste der Sklaverei die Waffen zu ergreifen; die Meisten verloren Hab und Gut. Das deutsche Texas hat sich, selbst nach dem Siege der Union, nicht wieder von diesem Schlage ganz erholen können. Die Verräther aber haben sich fast alle durch die natürlichen Folgen ihrer Feigheit, Habsucht und Niedertracht zu Grunde gerichtet.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ueber Russisch-Polen ist der Belagerungszustand verhängt; an der Weichsel und an der Grenze von Gallizien werden 300,000 Mann aufgestellt, während die russische Operationsarmee, welche per Eisenbahn nach der Donau dirigirt wird, 350,000 Mann betragen soll. Das friedliebende „Väterchen" hat jetzt seine Maske abgerissen und zeigt dem etwas verdutzten Europa sein eisernes Gesicht. Nach den neuesten Depeschen soll zwischen Oesterreich und England ein völliges Einvernehmen herrschen, im Falle eines russischen Ueberfalles die Türkey und sei es auch mit Waffengewalt, zu unterstützen. So stünden wir also doch am Vorabend einer großartigen europäischen Metzelei. Welche Rolle Deutschland dabei zu spielen gezwungen ist, haben wir schon oft angedeutet; es ist an Rußlands Politik gefesselt, weil eine russisch-französische Allianz die sofortige Folge einer Loslösung Deutschlands von der russischen Politik sein würde. Das ist die natürliche Folge der Annexion von Elsaß-Lothringen — die anderen Mächte können mehr oder weniger die Politik der freien Hand befolgen, während Preußisch-Deutschland unverwandt nach Petersburg blicken muß, von wo es seine Befehle empfängt.

— Herr Kutschbach ist entrüstet über uns! Wenn Leute eine Niederlage erlitten, wenn sie sich gründlich blamirt haben, so suchen sie gern einen Sündenbock, dem sie Niederlage und Blamage aufladen möchten. So geht es auch dem großen Redakteur und Orateur Kutschbach aus Cassel, der uns folgenden Brief zur Veröffentlichung zuschickt:

„Redaktion des Tageblatt und Anzeiger für die Provinz Hessen.

Cassel, den 15. November 1876.

Herr Redakteur!

Sie erwähnen, wie auch nicht anders zu erwarten stand, in der heutigen Nummer Ihres Blattes die am 7. d. M. stattgefundene Disputation zwischen Herrn Pfannkuch und mir über das Thema: „Kapitalistische und sozialistische Produktionsweise", indem Sie das betr. Referat der hiesigen „Freien Hessischen Zeitung" zitiren und gleichzeitig dazu bemerken, daß ich mir kurz vor der Disputation verschiedene Schriften aus der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei verschrieb, „um in wenigen Tagen den Sozialismus so gründlich studiren zu wollen, daß ich in öffentlicher Rede gegen denselben kämpfen könne". Ich habe darauf zunächst zu erwidern, daß ich nicht erst seit gestern und heute den Sozialismus studirt habe, daß ich mich vielmehr schon seit Jahren eingehend damit beschäftige, wie meine zahlreichen, gegen den Sozialdemokratismus gerichteten Artikel beweisen. Allerdings verschrieb ich mir die von Ihnen näher bezeichneten Schriften, allein ich besaß dieselben zum Theil schon früher, hatte sie schon früher gelesen und nur durch den Umstand, daß ich voriges Jahr eine Reise in's Ausland machte, deren Dauer ich bei dem Antritte derselben noch nicht bestimmen konnte, weshalb ich den größeren Theil meiner Bücher — darunter verschiedene sozialistische Schriften — als unnöthigen Reiseballast theils verschenkte, theils verkaufte, kam es, daß ich nicht mehr im Besitze der gewünschten Bücher war. Trotzdem besaß ich schon vor meiner Bestellung eine Auswahl sozialdemokratischer Werke, um die mich mancher Sozialistenführer beneidet hätte. Die Bestellung geschah um einiger Citate willen, die, wie ich mich von früher her erinnerte, in einigen der betr. Schriften enthalten waren und die ich zur Illustration meiner Rede recht gut verwenden konnte.

Was sodann das Referat in der „Freien Hessischen Zeitung" betrifft, so habe ich zu bemerken, daß das genannte Blatt eine Tendenz verfolgt, die es fraglich erscheinen läßt, ob man dasselbe noch zu den anständigen Zeitungen zählen darf. Bald die agrarischen und conservativen, bald die partikularistischen und ultramontanen Prinzipien vertretend, macht es auch mit der sozialdemokratischen Partei gemeinsame Sache, sobald dies nur ihren Zwecken dienlich (Herr Müller, der Redakteur dieser Zeitung, erklärte ja auch in der pp. Disputation öffentlich, daß er kein „Antisozialist" sei.) Sie werden daraus ermessen, wie viel Werth ich auf die Kundgebungen jener Zeitung lege.

Schließlich erkläre ich auf das Entschiedenste, daß ich mich in keiner Weise durch die Entgegnungen des Herrn Pfannkuch, welcher übrigens, nebenbei gesagt, einige der bekannten Sozialistenführer als exaltirte Köpfe bezeichnete und solcher Gestalt dieselben verleugnete, besiegt fühle. Ich werde im Gegentheil nach wie vor unentwegt fortfahren, gegen den Sozialdemokratismus mit Wort und Schrift anzukämpfen.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 ersuche ich Sie, diese Zeilen in die nächste Nummer Ihres Blattes aufzunehmen.

Kutschbach,
Redakteur des Casseler Tageblattes."

Zunächst hätte Herr Kutschbach sich die Mühe sparen können, sich bei seinem Wunsch um Aufnahme vorstehenden Schreibens auf den Paragraph 11 des Preßgesetzes zu berufen; als Redakteur mußte er auch wissen, daß wir nicht verpflichtet sind, den ganzen Brief zum Abdruck zu bringen, da derselbe (wenn das überhaupt eine Berichtigung ist, daß Herr Kutschbach uns entgegen behauptet, schon seit Jahren den Sozialismus eifrig studirt zu haben) nur in seinem ersten Theile eine solche enthält. Wir nehmen den famosen Brief nämlich sehr gern auf, da wir gewiß sind, daß derselbe bei unseren Lesern eine gewisse Heiterkeit erregen wird. Wir wollen zu obiger „Berichtigung" nur bemerken, daß uns die Kutschbach'sche Niederlage nur um so empfindlicher erscheint, wenn Herr Kutschbach schon seit Jahren den Sozialismus studirt hat — dann zeugt die Niederlage von einer nicht sehr großen Denkfähigkeit des geehrten Herrn, oder aber — und

Valentin in Noth.

Der 27. Oktober des Jahres 1876 wird für alle Zeiten schwarz angestrichen sein im Kalender des weltberühmten Reichstagsschlußmachers. An diesem verhängnißvollen Tag erstattete er seinen Wählern Bericht über seine „Reichstagsthätigkeit", und siehe da, Herr Valentin ward zu leicht befunden, und die Wähler gingen scharf ins Gericht mit ihrem weltberühmten Abgeordneten, dessen Weltberühmtheit aber durchaus nicht nach ihrem Geschmack ist.

Lassen wir die „Thüringer Freie Presse" die tragikomische Geschichte erzählen, wie Valentin vergebens nach einem Valentin ausschaute und ohne einen Valentin mundtodt und (parlamentarisch) mausetodt gemacht wurde.

Am 27. Oktober, so schreibt unser Thüringer Parteiorgan, erstattete der bisherige Vertreter unsres (des Schwarzburg-Sondershausener) Wahlkreises, Herr Valentin, vor einer zahlreichen Versammlung in Arnstadt Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage. Obgleich die Versammlung um 7 Uhr ausgeschrieben war, hatte sich doch eine große Zahl Arbeiter und Kleinhandwerker eingefunden, denn sie wollten den Mann, welcher durch seine Thätigkeit im Reichstage eine so tragikomische Bedeutung erlangt hat, auch in Figura kennen lernen, sie wollten hören, wie er als Feind des freien Wortes, als Henker der Redefreiheit im Reichstage, seine Thaten den Wählern gegenüber begründen, und wie sich seine Anhänger hierzu verhalten würden.

Unser Valentin, der nun nach eigenem Geständniß nur ein Mal während der ganzen Periode ein paar Worte geredet, weil ihm zum Reden das Zeug fehlt, erzählte der Versammlung noch einmal, was dieselbe schon längst durch die Presse wußte, — nämlich, was der Reichstag Alles beschlossen habe.

Valentin begann damit, die Fortschritte (!?!) zu zeigen, welche während der letzten Sessionen in der Gesetzgebung erreicht worden seien. Das Landsturmgesetz, die Regelung der Controlversammlungen, das Gesetz über Majorennität, das Markenschutz-, das Civilehe-, das Bank-, Hilfskassen- und Postgesetz pries er in buntem Durcheinander als die Errungenschaften der liberalen Partei. Ich, dachte Valentin, gehöre zur liberalen Partei, folglich habe ich mitgewirkt bei diesen großen Errungenschaften, und sei es auch nur, daß ich Hausknechtsdienste versah und jedem Reichsfeind auf Geheiß das Wort abschnitt. Er gestand offen, daß mit Ausnahme der Sozialisten sich alle Parteien zu diesem Zwecke an ihn gewandt hätten, ja, weil sich eben kein anderer Abgeordneter dazu gebrauchen lassen würde. Ueber das Civilehegesetz äußerte sich derselbe wie folgt: Man habe sich vielfach beklagt, daß durch dasselbe der kirchliche Sinn abgenommen habe, was leider nicht die Schuld des Gesetzes sei. Also nicht einmal den Muth hatte Valentin, die Folgen des Gesetzes, das er kurz zuvor als eine Errungenschaft pries, zu vertheidigen. Ganz gleichgültig und ohne jede Bemerkung theilte er auch die Thatsache mit, daß die Regierung die Zinsen des Invalidenfonds nicht aufgebraucht habe. Hatten wir uns schon in Valentin eine Person vorgestellt, die nicht weiß und nicht schwarz, nicht warm, nicht kalt sei, so blieb er aber dennoch mit seinen Eindruck, den er auf uns machte, weit hinter unsern Erwartungen zurück.

Glückliches Schwarzburg, du kannst stolz sein auf deinen Vertreter, denn dir ist das Glück beschieden, den an Unfähigkeit größten Mann in den Reichstag gewählt zu haben, welcher durch seine Thätigkeit, indem er von allen Parteien nur als „Schlußmacher" benutzt wird, nicht nur allein sich, sondern auch den Wahlkreis, wo er gewählt wurde, der Lächerlichkeit und dem Gespötte preisgiebt. Aber auch selbst seine eignen Anhänger schienen wenig erbaut über seine Thätigkeit zu sein, denn kein Laut des Beifalls ließ sich vernehmen, als Valentin geendet. Nach ihm sprach Bock aus Gotha, der von den hiesigen Wahlcomités der Arbeiter und Kleinhandwerker für die nächste Reichstagsperiode aufgestellte Candidat. Derselbe kritisirte in unbarmherziger Weise die Thätigkeit des Herrn Valentin, die nur darin bestanden habe, alle oppositionellen Parteien mundtodt zu machen, indem er zu diesem Zweck in zwei Sessionen nahe an 300 Schlußanträge gestellt habe. Um seine Arbeit zu erleichtern, habe Herr Valentin ein Packet gedruckter Schlußanträge von einem Liberalen erhalten.

Es sei vor allen Dingen Pflicht eines Abgeordneten, seinen Wählern Bericht darüber zu erstatten, wie man bei jeder Frage im Reichstage gestimmt, ob für, ob gegen und von welcher Ansicht man hierbei geleitet worden sei, um auf diese Weise sich mit seinen Wählern in Einklang zu setzen; hierüber aber sei Herr Valentin leicht hinweg gegangen. Das Landsturmgesetz könne nur die liberale Partei als einen großen Fortschritt preisen, das Volk in seiner Mehrheit sei gegentheiliger Meinung; das Volk erwarte Erleichterungen der Militärlast, während die liberalen Parteien der Regierung behilflich seien, dem Volke neue Lasten aufzubürden und Deutschland zu einem Militärstaat zu machen, welcher die Kräfte des Landes verzehre und das Volk dem wirthschaftlichen Ruin entgegenführe. Weil die Sozialisten für eine Erleichterung der Militärlast eintreten, schelte man sie Reichsfeinde. Das Markenschutz- und Bankgesetz sei nur für Großindustrielle und Großhändler, für die besitzende Klasse von Vortheil, das Volk, namentlich der Arbeiter, Kleinhandwerker und kleine Landmann habe keinen Nutzen davon; nicht viel besser sei es mit den übrigen Gesetzen bestellt.

Das Civilehegesetz sei nicht der Iniative der liberalen Partei entsprungen, sondern der verfehlten Politik Bismarcks, den Einfluß der Ultramontanen im Volke zu brechen. Dies sei in das Gegentheil umgeschlagen, und jetzt bedaure man schon den Schritt, wie auch Herr Valentin bewiesen, daß er der Klage, daß der kirchliche Sinn im Volke abgenommen, nur damit entgegenzutreten wüßte, daß dies leider nicht die Schuld des Gesetzes sei. Wäre die liberale Partei wirklich freisinnig, so müßte sie sich freuen, daß das Volk endlich anfange, sich von pfäffischem Einfluß frei zu machen, gleichviel ob von protestantischen Pietisten oder katholischen Jesuiten. — Daß eine solche freie Sprache den Vorsitzenden der Versammlung, den liberalen Rechtsanwalt Bärwinke und seinen Freunden nicht gefiel, bewies ersterer dadurch, daß er Bock unterbrach und darauf hinwies, daß hier nicht der Ort sei, eine Wahlrede zu halten. Bock erklärte, daß dies auch nicht seine Absicht sei, sondern nur die Thätigkeit des Abgeordneten Valentin zu kritisiren, er wolle sich jedoch kurz fassen.

Bock sprach weiter: Daß die Zinsen des Invalidenfonds nicht aufgebraucht worden seien, liefere gegenüber den Hunderten von Nothrufen der Invaliden in allen Zeitungen den Beweis, daß die Sparsamkeit hier nicht am Platze sei. Die Offiziere seien mit Pensionen reich bedacht, während der gemeine Soldat, wenn er invalid wurde, mit 1 Mk. 10 Pf. abgespeist wurde. Die Liberalen hätten 1870 dem Volke in Waffen reichen Dank für die siegreichen Thaten versprochen, und jetzt karge man in unver-

dies ist wohl das Richtige — von der Wahrheit der sozialistischen Ideen, gegen welche Herr Kutschbach unserthalben Tag und Nacht weiter ankämpfen mag — er kennt ja wohl den alten Vergleich vom Monde, der sich um das Hundegebell nicht kümmert und aus stolzer Höh' sein mildes Licht der Erde unbekümmert weiter zusendet.

Unser Bericht war allerdings der „Freien Hessischen Zeitung" entnommen, welche nach Herrn Kutschbach's Auslassungen ein agrarisches, conservatives, partikularistisches, ultramontanes und sozialdemokratisches Blatt sein soll — auf die Kundgebungen eines solchen Blattes legt Herr Kutschbach keinen Werth. Desto mehr Werth wird derselbe deshalb wohl auf die Kundgebungen eines geachteten nationalliberalen Blattes legen, auf die Kundgebungen der „Hessischen Morgenzeitung". Dieses Blatt schreibt über die beregte Disputation folgendermaßen:

„Cassel, 8. Nov. Gestern Abend fand die mit so großem Pomp angekündigte Disputation über das Thema „sozialistische und kapitalistische Produktionsweise", zwischen den Herren Redakteur Kutschbach und Schreiner Pfannkuch statt. Die Räume des Thaliatheaters waren, der Bekanntmachung zufolge, zur Hälfte mit Sozialisten, zur anderen Hälfte mit Antisozialisten dicht besetzt. Das sozialistische Bureau war gleich bei Eröffnung der Versammlung gebildet, die Formation des antisozialistischen, welches schließlich aus nur 2 Personen, statt der üblichen drei zusammengesetzt wurde, ging ziemlich schwer von Statten. Alsbald begann der antisozialistische Redner seinen Vortrag. Wer aber mit der Erwartung hingegangen war, von Herrn Kutschbach eine begeisterte, schwungvolle, überzeugende Rede gegen die Irrlehren der Sozialdemokraten zu hören, der mußte sich doch recht bald gewaltig getäuscht sehen. In einer farblosen, affectirt larmoyanten Sprache begann Redner aus den vor ihm ausgebreiteten Heften einige wohl nicht nur wegen seines Organs bei den Meisten unverständlich gebliebene Deduktionen, und brachte es dadurch fertig, die Versammlung fast Dreiviertelstunden nicht allein zu langweilen, sondern ihr gleichzeitig Veranlassung zu geben, darüber nachzudenken, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn der Redner solche Weisheit für sich behalten hätte. Nach einer kurzen Pause erhielt der Redner der Sozialisten, Herr Pfannkuch, das Wort. Seine Vortragsweise stach vortheilhaft von derjenigen seines Herrn Vorredners ab. Wenn wir auch nicht zugeben können, daß die Beweisführung für die Richtigkeit der sozialistischen Anschauungen überall stichhaltig war, so gestehen wir gerne ein, daß in dem Vortrage einige recht gute Gedanken enthalten und in annehmbarer Weise entwickelt wurden. Aber auch hier gab es „Nichts Neues vor Paris". Redner wußte mit einer nicht uninteressanten Wiederholung des sozialistischen Programms sein Publikum zu fesseln. Nachdem Herr Pfannkuch ca. 1¼ Stunde gesprochen hatte, erhielt Herr Kutschbach zur Replik das Wort. Niemals ist uns ein Redner in jammervollerer Verfassung entgegengetreten, als Herr Kutschbach, welcher von seiner Wissenschaft, die er sich unterm Arm vom Hause mitgebracht hatte, nunmehr vollends verlassen und sich selbst überlassen wurde. Jeder fühlte die große Niederlage, welche Herr Kutschbach sich zugezogen hatte, zu deutlich. Wenn wir nun auch, insoweit es sich um die Person des Herrn Kutschbach handelt, jedes scharfen Tadels uns gern enthalten möchten, so können wir doch nicht unterlassen, noch ausdrücklich dagegen zu protestiren, daß der Vorgang im Thaliatheater mit unserer politischen Partei in Verbindung gebracht wird. Unsere Partei, die zu vertreten wir allezeit bereit waren, — die nationalliberale Partei, — so erklären wir, hat Herrn Kutschbach ein Mandat zu der sogenannten Disputation nicht ertheilt. Wir erklären, daß es nur das Ergebniß einer irrigen, thatsächlich falschen Anschauung sein kann, wenn gesagt wird, daß Herr Pfannkuch der nationalliberalen Partei ein Sedan bereitet hat. Wenn es auch sehr zu bedauern bleibt, daß Herr Kutschbach die Stirn hatte, einer die Welt bewegenden schlimmen Idee mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln öffentlich entgegen zu treten, so widerfährt ihm volle Gerechtigkeit, wenn er in diesem Kampfe unterliegt. Es folgt daraus nicht, wie es wohl mit Rücksicht auf die gesellschaftliche und Berufsstellung des Herrn Kutschbach irrigerweise geschlossen werden könnte, daß er sich Namens der nationalliberalen Partei und damit diese selbst blamirt hat. Dennoch wird letztere dem Herrn Kutschbach Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen wenig Dank dafür wissen, daß er sein Licht in dieser Weise leuchten ließ, anstatt es unter den Scheffel zu stellen.

Es gehört nun allerdings eine große Unverfrorenheit dazu, wenn Herr Kutschbach angesichts der einmüthigen Verurtheilung seiner unfreiwilligen Komik, die er in jener Versammlung vorgeführt hat, sich jetzt noch, wie er es in obigem Briefe thut, auf das hohe Pferd setzt; sehr leicht entdeckt man aber, daß das „hohe Pferd" eine verzweifelte Aehnlichkeit mit der Rosinante des weiland hochberühmten Ritters von La Mancha hat. „Und damit Gott befohlen!"

— Freiheit und Weisheit in Oesterreich. Die „Gleichheit" erscheint, wie immer, mit großen Censurlücken — diesmal sind's vier, was wohl die Durchschnittszahl sein dürfte. Im gleichen Schmuck der schneeweißen Unschuld prangt der „Arbeiterfreund" (in Reichenberg). Freilich er hat bloß eine Censurlücke, aber eine gehörige! Hena, alla Leonta! Nur eine, aber einen Löwen von einer Censurlücke. Und welch' staatsgefährliches Thema ist da dem österreichischen Polizeigenie zum Opfer gefallen? Niemand wird's errathen. Der erste der von uns veröffentlichten Douai'schen Artikel über Geld! Es ist zum Todtlachen! Und doch sehr erklärlich, daß der Staat der absoluten und permanenten Geldlosigkeit in einem Artikel über das Geld eine Beleidigung findet. Eine der Stellen, welche hauptsächlich „verschnupft" hat, ist folgende:

„Der Staat selbst hat nie Geld genug, um nur seine nothdürftigen Auslagen zu bestreiten. Es fehlt ihm stets an Geld für die Schulen und Volksbildung, für die Landesvertheidigung, für die allgemeine Gesundheitspflege, für Häfen-, Canal- und Wegebauten, für die vernünftige Pflege der Wälder, für die Anlage auswärtiger Ansiedlungen aus Gemeinmitteln, für Zwecke wissenschaftlicher Forschung, für Ermunterung und Belohnung des Erfindungsgeistes, für seine Unterbeamten — — ha! mit welcher Wollust würde der Staat seinen armen überarbeiteten Unterbeamten reiche Gehälter auswerfen, wenn er nur könnte! wie fürstlich würde er seine armen abgerackerten Schullehrer bedenken, wenn ihm seine Mittel das erlaubten!"

Man fürchtet, daß der Artikel den „armen überarbeiteten Unterbeamten", den „armen, abgerackerten Schullehrern" zu Gesicht kommen könnte! O sancta simplicitas!

— In Oesterreich-Ungarn ist die „Cultur" doch noch etwas weiter her als in Deutschland. In Deutschland sperrt man z. B. brodlose Arbeiter zeitweise blos ein; in Oesterreich-Ungarn dagegen kann es passiren, daß man Leute, die kein anderes Verbrechen begangen haben, als das, keine Arbeit zu finden, wo keine ist, nicht nur einsperrt, sondern auch in Ketten legt und halbtodt prügelt. Man lese folgenden Bericht der Budapester „Typographia: „Conditionslos, daher gezwungen, Arbeit zu suchen, befanden wir uns auf dem Wege von Wien nach Graz, da wir Aussicht hatten, in letzterer Stadt Beschäftigung zu finden. In dem Städtchen Gloggnitz erhoben wir, als dem Buchdrucker-Gehilfenverband angehörig, mit unserer Arbeiterkarte die übliche Reise-Unterstützung. Da jedoch der dortige Kassirer, Herr Scherbl, sich keiner besondern Sympathie (da derselbe im Geruche steht, ein Sozialist zu sein) von Seiten der Polizei erfreut, wurden wir beim Verlassen der Wohnung von den Herren Gendarmen, die schon sozialistische Verschwörungen oder dgl. wittern mochten, ohne Weiteres verhaftet und vor den gestrengen Herrn Bürgermeister geführt, welcher ganz erstaunt, nachdem er in unsere Quittungsbücher Einsicht genommen, in die Worte ausbrach: „Also ganz Deutschland haben Sie schon abgebettelt!" Hierauf erklärten wir, daß unser Verein nicht staatsgefährlich und von der k. k. Regierung bewilligt wurde, und daß es immer besser sei, wir unterstützten uns gegenseitig, als wir fielen den Gemeinden zur Last. Doch alles Reden war vergebens! Nach der Ansicht des Herrn Bürgermeisters und des Gendarmen galt dies nur — als Bettelei. Man übergab uns dem Bezirksgerichte in Neunkirchen, wo ein Protokoll aufgenommen und wir sodann ohne Weiteres nach Wien befördert wurden. Ohne jedwelches weitere Verhör wurden wir den sechsten Tag nach unserer Festnehmung nach Preßburg überführt, wo das k. ungar. Ausland beginnt; von da ab erlebten wir greuliche Dinge. Nach mehrtägiger mühevoller Reise langten wir in Igmánd an, aber welcher Anblick enthüllte sich unseren Augen, als der dortige Käfig sich öffnete! Der Fußboden war mit Ziegeln gepflastert, Stroh wurde keines gegeben und mindestens 1 Zoll hoch lag der Schmutz, Koth und Unrath. Nichtsdestoweniger wurden wir gezwungen, auf dem Erboden zu liegen. Wir ersuchten zwar um einen Besen, um den Käfig zu reinigen, dies war aber nach den Begriffen der Frau des Panduren unnöthig, und als wir energisch nach dem Richter verlangten, entschwoll den Lippen der Megäre ein Redeschwall von Schimpfworten, die kein Lexikon aufzuweisen im Stande wäre. Endlich erschien der Richter in Begleitung des Kisbiró (Kleinrichter) und eines Pandureu, bewaffnet mit Knitteln und Stöcken, und hageldicht fielen die Hiebe, wo sie hin trafen, blaue Male zurücklassend. Selbstverständlich dachten wir nicht wieder an's Reinigen unsers Asyls, sondern schliefen vor Mattigkeit, Schmerzen und Hunger ein. Durch Ratten und sonstiges Ungeziefer im Schlafe gestört, zündeten wir einen gefundenen Kerzenstumpf an; doch wir hatten die Rechnung ohne den Wirth gemacht, denn der Pandur stürzte plötzlich herein, und ohne Etwas zu fragen, wurde uns wiederum in fühlbaren Streichen das Verbot des Lichtanzündens auf den Rücken geschrieben. Da alle guten Dinge drei sind, so erhielten wir statt des Frühstücks wegen einer ganz gerechten Forderung noch einmal eine Tracht guter Prügel, so daß wir schließlich nicht mehr im Stande waren, uns auf den Füßen zu erhalten. Mit dem Morgengruße: „Bindet die Hunde und treibt sie wie die Ochsen!" gings wieder eine Station weiter. In 48 Stunden hatten wir blos ein paar alte Semmeln als Nahrung bekommen und litten entsetzlichen Hunger, bis sich der uns begleitende Bauer erbarmte und uns die Erlaubniß gab, im Dorfe Nahrung zu erbetteln. Dies geschah auch, trotzdem wir mit Eisen zusammengekettet waren (6 Mann). Den folgenden Morgen um 6 Uhr setzten wir unsere Reise nach Pest wieder fort; da wir schon ganz ermattet waren und nicht mehr gehen konnten, wurden wir ärger wie die Ochsen getrieben. Nach drei Wochen langten wir endlich, wie schon oben erwähnt, in Begleituug einer sehr netten Gesellschaft, ganz erkältet, hungernd, voll Ungeziefer und mit wunden Füßen bei hellem Tage „in unserer Vaterstadt" an. Nach einer im Stadthauskeller verbrachten Nacht zum „Rapport" gestellt, wurden wir ohne Weiteres entlassen. Dies die wahre Thatsache, zu der wohl kein Commentar nöthig ist. J. H. Deutsch, Adolf Rosenfeld, Schriftsetzer."

Oesterreich-Ungarn steht auf der höchsten Stufe der „modernen Cultur" — wie Deutschland; Oesterreich-Ungarn ist auch ein „Rechtsstaat" — wie Deutschland; und in Oesterreich-Ungarn ist die „Cultur" eine erbärmliche, frechverlogene Phrase, wie überall, wo Militarismus und Kapitalismus den Korporalstock schwingen und mit dem Geldsack rasseln.

— Dr. Stroußberg ist zur Freiheit „verurtheilt" worden! Die Geschworenen in Moskau haben den Dr. Strouß-berg des Betruges für schuldig befunden; der Gerichtshof hat ihn zur Ausweisung aus Rußland verurtheilt. Als ob es dem schlauen Fuchs eingefallen wäre, im Falle seiner Freisprechung in Rußland zu bleiben!? Da bietet doch unser biederes Deutschland, das Land der Tessendorffe, viel größere Aussicht auf neuen Gründererfolg; Stroußberg wird gewiß schon bald des Reiches Hauptstadt, Berlin, mit seinem Besuche beehren. — Anzunehmen ist wohl, daß bei dem Urtheil der Rubel ein sehr bedeutsames Wort mitgeredet hat.

— An die Parteigenossen! Wie offiziös mitgetheilt wird, sind die Behörden angewiesen worden, die Anlegung der Wahllisten so zu beschleunigen, daß dieselben Anfangs December der gesetzlichen Einsicht der Wähler unterbreitet werden können, damit sofort nach Ablauf der jetzigen Legislaturperiode des Reichstages (10. Januar 1876) die Wahlen stattfinden können.

Für die Partei- und Gesinnungsgenossen erwächst nunmehr folgende Pflicht:

1) Darauf zu sehen, daß die den Hausbesitzern zur Eintragung aller Wahlberechtigten Seitens der Behörden übergebenen Listen jedem Einzelnen zur Eintragung seines Namens vorgelegt werden.

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, welcher bis zum Tage der Auslegung der Listen das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

2) Haben die Partei- und Gesinnungsgenossen darauf zu sehen, daß eine genaue Durchsicht der Wahllisten, sobald sie öffentlich ausliegen, stattfindet.

Zu diesem Zwecke müssen sie die Durchsicht so organisiren, daß Einer das genaue Namensverzeichniß von möglichst vielen Gesinnungsgenossen anfertigt und dieses mit der offiziellen Liste vergleicht und Diejenigen, deren Namen fehlen, sofort benachrichtigt, damit sie reklamiren.

Jeder Wähler ist an dem Orte, wo er seinen Wohnsitz hat in die Wahlliste einzutragen und hat das Recht, sich der Eintragung seines Namens zu vergewissern. Jeder, dessen Name am Tage der Wahl nicht in der Wahlliste steht, hat kein Stimmrecht; Reklamationen am Wahltage gelten gar nichts mehr.

3) Empfehlen wir den Parteigenossen sofort bei den Ortsbehörden vorstellig zu werden, daß die Wahllisten auch an den betreffenden Sonntagen auf einige Stunden wenigstens zur Einsicht ausliegen.

Es ist wichtig, daß vorstehende Rathschläge von allen unseren Genossen gewissenhaft befolgt und weiter verbreitet werden.

— Aus Ueckendorf theilt uns Parteigenosse Westerkowsky mit, daß ihm bei einer Haussuchung, die durch den dortigen Amtmann in Begleitung eines Gensdarmen vorgenommen sei, die im Jahre 1873 verfaßte Tölcke'sche Broschüre confiscirt worden sei. Ferner habe man 9 Mitgliedskarten des früheren Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins mitgenommen. Ueber solchen Pflichteifer muß man allerdings lächeln. — Ferner theilt uns Westerkowsky mit, daß Parteigenosse Kuhl aus Duisburg als Candidat des Bochumer Wahlkreises zum Reichstage von unseren Parteigenossen aufgestellt worden ist.

— Parteigenosse Hillmann in Hamburg meldet, daß er wegen Preßbeleidigung nicht zu drei Monaten, sondern zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt sei. Dagegen habe er Berufung eingelegt.

Correspondenzen.

Aus Großbrittannien. Glasgow, 10. November. Der große Lock-out der Baumwollenspinner von Nord- und Nordost-Lancashire scheint für diesmal abgewendet. — Die Arbeiter fühlen sich dem angedrohten Gewaltstreich ihrer liberalen Fabrikpaschas, welcher 80,000 christliche Lohnsklaven mit Eintritt des Winterfrostes auf das Pflaster werfen würde, nicht gewachsen. Sie haben ihre Ankündigung, sich vom 1. November an nicht mehr an die 25 Jahre alte „Blackburn Standard Preis-Liste" halten zu wollen, zurückgezogen und auch ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Strikenden der einzelnen Fabriken zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Diese Erklärung wird von den Baumwoll-Bashi-Bozouks als eine bedingungslose Unterwerfung betrachtet; sie werden nun ein Comité, von gleicher Anzahl wie das der Arbeiter ernennen, um mit Letzterem in Berathung einzugehen, wie etwaigen erwiesenen Unregelmäßigkeiten der Blackburn-Standard-Liste abgeholfen werden könnte. Jedoch wird von Seite der „Meister" in eine solche Verhandlung nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalte eingetreten werden, daß die etwaigen Abänderungen keine Lohnerhöhung einschließen dürfen. —

Es ist fraglich, ob sich die Herren Arbeitgeber Angesichts der begründeten Beschwerden der Arbeiter zu der Androhung einer allgemeinen Fabriksperrung verstiegen haben würden, wenn die Frage der Föderation sämmtlicher Trades Unions Großbritanniens reifer, oder eine Verbindung dieser Gewerkvereine bereits vollzogene Thatsache wäre. Jedenfalls hat die fortwährende Verschleppung dieser Frage und die unentschlossene Haltung der leitenden Persönlichkeiten gegenüber derselben nicht zu Gunsten der Arbeiter gewirkt, sondern ist ganz dazu angethan, die hochcivilisirten Kapitaltürken in ihrer gewaltthätigen Haltung zu ermuthigen. Haben doch die Herren Arbeiterführer, die ganze zwei Vertreter im Parlament haben, erst kürzlich nichts Gescheudteres zu thun gewußt, als eine neue politische Organisation zu bilden „zur Erreichung einer freien Regierung für die unterdrückten Provinzen — im Osten Europa's". — Wenn die Herren, anstatt so weit in die Ferne zu schweifen, nur nach den östlichen Quartieren ihrer Industriestädte blicken würden, sie hätten genug vor der eigenen Thüre zu kehren! —

Die christliche Entrüstungs- und liberale Türkenvertilgungs-Mode hat ebenso schnell, wie sie gekommen, einer plötzlichen Ernüchterung Platz gemacht und Gladstone, der vor 4 Wochen der Held des Tages war, ist vorläufig entschieden in Verschiß gerathen. Allerdings gelingt es den Conservativen nicht mit ihren Gegendemonstrationen die Bevölkerung zu erwärmen, allein man hat angefangen, einzusehen, daß die Regierung in der orientalischen Frage einer wenigstens den englischen Interessen entschieden günstigen Plan verfolgt und ist geneigt, ihr freie Hand zu gelassen. Lord Beaconsfield (Disraely) hat bei dem gestern stattgehabten Lord Majors Bankett in Beantwortung des Toastes auf das Wohl ihrer Majestät Minister Gelegenheit ergriffen, die Politik der Regierung während des verflossenen Jahres zu überblicken und darzuthun, daß sich dieselbe keiner Inconsequenz schuldig gemacht habe. Heute wie vor einem Jahre sei das Programm der Regierung die Aufrechthaltung des Pariser Vertrags (der die Integrität des türkischen Reiches sicherstellt) und die Erhaltung des europäischen Friedens . . . . . Als im Monat September durch die Bemühungen Englands ein Waffenstillstand von der Pforte gewährt worden war, sei große Aussicht auf Herstellung des Friedens gewesen. Allein die Serben, durch die liberalen „Entrüstungs"-Meetings in England zu dem Glauben

---

antwortlicher Weise mit den Invalidenpensionen gegen die armen Invaliden (gemeine Soldaten, Unteroffiziere ꝛc.), während sie der Regierung jede nur denkbare Forderung bewilligt. Auch die Gründer in der liberalen Partei wurden im Vorbeigehen gekennzeichnet.

Zum Schluß wandte sich Bock an die zahlreich anwesenden Gegner, sie möchten einen Mann wie Valentin, der schon im Meininger Kreis deshalb nicht wieder gewählt worden sei, weil man bei der ersten Wahl seine Fähigkeiten überschätzt, auch in Schwarzburg nicht wieder wählen. „Stellen Sie uns einen Gegner gegenüber, es soll uns recht sein, aber ich bitte Sie, stellen Sie einen — „Mann" — auf. Ich habe, so sagt Redner, noch Achtung genug vor unserem Volke, selbst vor unseren Gegnern, um zu wünschen, daß Herr Valentin in keinem andern Kreis gewählt wird.

Den Reichstag vor Ermüdung zu sichern und die Abgeordneten davor zu wahren, daß sie nicht zu viel sprächen, um ihre Gesundheit zu schonen, sei die Aufgabe eines Arztes, nicht aber eines Volksvertreters. Valentin erhielt seine Strafe; wie angedonnert saß er da. Ist denn kein Valentin da? mochte er innerlich seufzen. Aber ach! kein rettender Engel in Gestalt eines andern Valentin fand sich, um ihm, der in so vielen kritischen Momenten Jeden durch einen Schlußantrag aus seiner peinlichen Lage befreite, nun auch hier durch einen Schlußruf eine ähnliche Wohlthat zu erweisen. Aber, was das Schlimmste war — nachdem Bock, sein Gegencandidat, geendet, wußte Valentin nichts zu entgegnen. Den andern Morgen sah man Herrn Justizrath Valentin ohne jede Begleitung, verlassen von allen Freunden, auf dem Bahnhof in Arnstadt. Hatte keiner der zahlreichen Freunde ein Stündchen übrig, um den Abgeordneten des eigenen Wahlkreises soviel Höflichkeit zu erweisen, ihn bis an den Bahnhof zu begleiten? — Oder fühlten sie sich Alle beschämt, mit ihm zu gehen, weil er als Justizrath und Reichstagsabgeordneter nicht einmal im Stande war, einem Schuhmacher Rede zu stehn?

Diese reichsfeindlichen Gedanken drangten sich uns beim Anblick des armen verlassenen Valentin auf.

Armer Valentin!

verleitet, daß Großbritannien seine Politik zu ihrem Gunsten ändern werde, brachen den von ihnen selbst erbetenen Waffenstillstand und machten so jede Friedensverhandlung unmöglich. — Bezüglich des russischen Ultimatums" sagte Lord Beaconsfield: „Wir haben gehört, daß er (der Waffenstillstand) durch ein Ultimatum erreicht worden sei. Das ist ein häßliches Wort. Ein Ultimatum kommt mir gerade so vor, als wenn ein Mann eine Schuldklage in dem Augenblick vor Gericht brächte, wo der volle angesprochene Betrag bezahlt worden" . . . — (Gelächter). — — England war also jedenfalls den Russen zuvorgekommen. Gegen Schluß seiner Rede bemerkte Lord Beaconsfield: „England ist keine aggressive Macht . . . Allein wenn es zum Schlagen kommen sollte so möge man bedenken, daß kein Land so kriegsbereit ist, wie das unsere, denn es gibt kein Land, dessen Hilfsquellen so groß wären wie die unseren in einer gerechten Sache. — (Schluß f.)

g. **Lübeck.** Bei uns hat man es von Seiten der Behörde recht eilig mit der Reichstagswahl. Am 10. d. M. hat der Senat schon die Bekanntmachung behufs Wahl eines Reichstagsabgeordneten erlassen und zugleich als Wahlcommissarius den Senator Dr. Brehmer ernannt. Die Liberalen haben wieder Dr. Klügmann als Candidaten ausersehen; von unserer Seite ist bekanntlich Parteigenosse Hartmann aus Hamburg aufgestellt. Eine Rührigkeit ist nur bei uns zu merken und es haben auch schon mehrere Versammlungen stattgefunden. Liberalerseits hat bis jetzt noch keine Versammlung stattgefunden und ist auch noch kein Schritt an die Oeffentlichkeit gethan worden. Bei reger Agitation ist ein Sieg wohl für uns in Aussicht, besonders da die Schiffszimmerer und Hafenarbeiter im Gegensatz zu der vorigen Wahl jetzt ganz auf unserer Seite stehen.

Düsseldorf, 6. November. Eine große sozialistische Wahlversammlung fand gestern in dem Saale des Herrn Fischer, Alexanderstraße statt, woran sich etwa 600 Personen betheiligten. Der Saal reichte nicht aus um alle Zuhörer aufzunehmen, und Viele mußten unverrichteter Sache wieder fortgehen. Hr. Blank eröffnete die Versammlung; gewählt wurde zum Vorsitzenden Herr Hartmann, zum Schriftführer Menkner. Danach betrat Herr Reichstags-Abgeordneter Wilh. Hasselmann aus Barmen die Rednerbühne und referirte über die Reichstagswahlen und die letzte Legislaturperiode des Reichstages. Der Abgeordnete für Barmen-Elberfeld schilderte in meisterhafter Rede die Stellung der Sozialdemokraten zu dem Scheinparlamentarismus und Liberalismus und schloß nach anderthalbstündigem Vortrage unter dem lebhaften und anhaltenden Beifall der Anwesenden. Darauf forderte Herr Rodenberg die Versammlung auf, recht kräftig im Sinne der Sozialdemokratie zu wirken, und verkündigte Hrn. Hasselmann als Reichstagskandidaten für unsern Wahlkreis. Herr Hartmann empfahl alsdann den „Düsseldorfer Volksfreund" als geeignetstes Mittel zur Aufklärung der Arbeiter und Herr Röttger trug schließlich ein stürmisch applaudirtes sehr interessantes Gedicht vor. Nach Schluß der Versammlung vereinigten sich die Anwesenden zu gemüthlicher Unterhaltung.

Fr. Blenk.

Spandau. Nachdem der hiesige Festungserweiterungsbau an den Mindestfordernden für Mk. 180,000 unter dem Kostenanschlag vergeben; nachdem nun diese Arbeiten auch begonnen haben, so ist immer noch ein bedeutender Arbeitsmangel vorhanden. Viele ehemalige Fabrikarbeiter haben schon Monate lang keine Arbeit und selbst die Arbeitenden müssen in einzelnen Fabriken tagweis feiern. Auch der Akkordlohn bei dem Schanzenbau ist bei harter und schwerer Arbeit (hohe Steigung hinauf zu karren), ein sehr niedriger von ungefähr Mark 2,25 bis Mk. 3,50 pro Tag. Selbstverständlich laboriren auch alle Geschäfte durch die Krisis. In der Potsdamer Vorstadt steht deswegen manche Wohnung leer und zu erwarten ist, daß der Winter diese Uebel noch bedeutend vermehrt. — Unsere Arbeiter, die aus Mangel an Arbeit nach Serbien gingen, sind zu Folge Nachrichten vielfach schon enttäuscht, indem die Versprechungen zum größten Theile nicht erfüllt wurden. So zerreißt der internationale Wolf, der Kapitalismus, aus Habgier das Familienleben, die Liebe zur Heimath, trotzdem er sich immer mit dem Mantel der Moralität und des Patriotismus umgiebt. — Bei der in diesen Tagen stattgehabten Controllversammlung wurde durch den leitenden Offizier resp. Feldwebel zu einer Collekte zur Beschaffung eines Reichsschwerts zum 70jährigen Dienstjubiläum des deutschen Kaisers angeregt. Die meisten Wehrleute und Reservisten haben bei dieser schlechten Zeit kaum so viel, um ihren Hunger stillen zu können und sollen sich schon deshalb nicht allzusehr für das Reichsschwert erwärmt haben.

Freiberg, 9. November. Der Wahlkampf hat begonnen, und es sind unsererseits schon verschiedene Versammlungen abgehalten worden, die uns sämmtlich den Beweis lieferten, daß wir bei energischer und eifriger Agitation auf den Sieg rechnen können. Als besonders hemmend für eine geregelte Agitation muß die Thatsache erwähnt werden, daß es in den meisten Orten unseres Wahlkreises an Organisation vollständig mangelt; dies gilt namentlich von dem südöstlichen Distrikt — Frauenstein und Umgegend. In Frauenstein selbst ist es nur auf die Berichterstattung Geib's hin möglich, eine Versammlung zu Stande zu bringen. Versammlungen in dieser Gegend zu arrangiren ist sehr zeitraubend, da Niemand vorhanden ist, der sich zur Einberufung hergiebt. Außerdem hat der hinter Schönhals erlassene „Steckbrief" seine Dienste gegen uns gethan, und verschiedene Wirthe, welche uns ihre Lokale schon versprochen hatten, nahmen ihr Wort zurück. Trotz diesen für uns sehr nachtheiligen Vorkommnissen ist es uns gelungen, in einer Anzahl von Orten Versammlungen abzuhalten und zwar mit durchgängig gutem Erfolg: in Weißenborn, Freiberg, Halsbrücke, Mulda, Reichenau, Bräunsdorf und Zethau. Für Oederan war schon Alles besorgt, da wurde uns in letzter Stunde der Saal wieder abgesagt. Wir fordern darum die Oederaner auf, sobald als möglich Schritte zu thun, damit das Versäumte nachgeholt werden kann. Außerdem fand Sonntag den 5. November eine Kreisversammlung in Bräunsdorf statt. In derselben wurde beschlossen, das Centralcomité von Hainichen nach Freiberg zu verlegen. Die Freiberger Genossen haben sich dieser Aufgabe unterzogen und werden mit ganzer Kraft dahin wirken, daß unser Candidat F. W. Fritzsche in Berlin siegreich aus der Wahlurne hervorgehe; aber auch die übrigen Parteigenossen des Wahlkreises dürfen die Hände nicht in den Schooß legen, sondern müssen thatkräftig mit eingreifen. Hauptsächlich aber müssen die Genossen Sorge tragen, daß dem Centralcomité Mittel zugeführt werden; denn die Agitation kostet Geld. Darum, Parteigenossen, veranstaltet überall freiwillige Sammlungen für den Wahlfonds und sorgt dafür, daß die Versammlungen regelmäßiger stattfinden können, denn auch die Gegner fangen an sich aufzuraffen.

Alle Gelder und sonstige Zuschriften sind zu senden an A. Lange, Stollnhausgasse 66, Freiberg.

Parteigenossen, thue Jeder seine Schuldigkeit!

Mit sozialdemokr. Gruß

W. Mehlhorn.

Reichenbrand, 13. November. Am vergangenen Sonnabend fand hierorts eine Volksversammlung statt, in der unser Reichstagsabgeordneter Johann Most in einem zweistündigen Vortrage, unter gespanntester Aufmerksamkeit der Anwesenden über „die Thaten des deutschen Reichstages und die bevorstehenden Wahlen" referirte. Da in Reichenbrand seit Jahren keine Volksversammlung mehr stattgefunden, Most überhaupt noch nie hier gesprochen, so konnte es selbstverständlich an sehr zahlreichem Besuche nicht fehlen. Auch Gegner aus den Nachbarorten waren erschienen, unter Anderem auch Mitglieder des liberalen Wahlcomités aus Chemnitz; trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden, daß die Gegner das Wort ergreifen mögten, zogen diese vor, sich auszuschweigen. Wahrscheinlich mochte der rauschende Beifall, den Most für seinen ausgezeichneten Vortrag erntete, die Gegner belehren, daß für sie unter unserer Bevölkerung nichts zu holen sei. Nachdem Wiemer in kräftigen Worten den Anwesenden die Wiederwahl Most's empfohlen, wurde die Versammlung unter lebhaften Hochrufen auf Most geschlossen.

Stettin. Am 31. Oktober fand hier eine zahlreich besuchte öffentliche Arbeiterversammlung statt, in welcher Herr Wißmann aus Hamburg über die heutige Krisis zu großer Zufriedenheit aller Anwesenden referirte. An der Debatte betheiligten sich die Parteigenossen A. Schulz, Bigolb und Müller, die sich in dem Sinne des Referenten aussprachen. Hier in Stettin wird nunmehr angesichts der Wahlen die Arbeiterbewegung wohl mehr in Fluß kommen; es fehst uns hier an Reduern, so daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn wir öfters mit auswärtigen Rednern bedacht würden. Mit sozialdemokratischem Gruß

C. Muckow.

Zur gef. Notiznahme.

Aus allen, oft sehr entfernten, Gegenden Deutschlands ergehen Aufforderungen an die sozialistischen Abgeordneten, Versammlungen abzuhalten. Ich erkläre dem gegenüber ein für alle mal, daß ich vor der Wahl, außer in der Umgegend von Chemnitz, nirgends Versammlungen abhalten kann.

Chemnitz, 16. November 1876. Jul. Bahlteich.

Briefkasten

der Expedition. W. Boys, Bromberg: Wtrmchn sind von uns nicht empfohlen worden. Vielleicht haben Sie in einem schweizerischen Blatte eine Empfehlung der Volksbuchhandlung Zürich gelesen? — J. Grombaß, Simbach a./J.: Marx Kapital wird nur im Ganzen abgegeben.

Sattler Adolf Kierstein wird schleunigst um Adresse gebeten.

Josef Grombaß, Simbach a./J.

Quitttung. A. Sch Glasgow Ab. 5,00. Mk hier Ann. 0,60. Rdlph Hannover Ann. 1,00. Hrrmnn hier Schr. 2,50. C. Ullrch Michelstadt Schr. 15,00. W. Mür Mannheim Ab. 21,00. C. Schb Alt-Staßfurth Schr. 9,00. J. Rhl Solingen Schr. 20,00. Ullrch Ronneburg Schr. 5,05. H. Künr Saalfeld Ab. 29,50. P. Krwz Osnabrück Schr. 9,00. Ullrch Offenbach Ab. 20,00. Lrnz hier Schr. 2,00. Bchhm hier Ab. 2,00. Crlsn Altona Ann. 3,00. Grbnstn. Lindenau Schr. 4,70. Schnn Calbe Ab. 4,10. Mür Calbe Schr. 3,75. Grd Stötteritz Ab. 26,10. Gldmr Geringswalde Schr. 0,60. Smn Coburg Ab. 9,00. F. Fllrmnn Bremerhafen Schr 21,05. Schld Straßburg Ab. 14,80. W. Crl St. Johann Schr. 13,00. Schlr. Frohmann Schr. 2,60. Mür Darmstadt Schr. 25,00. Frnff Sachsenhausen Schr. 6,25. Hrsch Stuttgart Ab. 7,20. Kchnrthr Hof Ab. 18,10. Brbm Gotha Ab. 14,40. Jgl Netzschkau Schr. 1,95. Hch Frankfurt Ab. 30,00. Brbm Gotha Ab. 9,00. Mgd Mainz Schr. 1,00. Arbeiterpartei hier Ann. 4,70. Gldwz Schr. 5,25. Frnk Stolpen Schr. 0,45. Schwtzr Frankfurt Ab. 8,00. Hmmr Pirna Schr. 2,35. Btnschn Lautenburg Schr. 3,40. Fndsn Meuselwitz Schr. 7,50. Pnngr Bremen Ab. 42,10. Mrgnr. Treuen Schr. 25,00. Mür Leisnig Ab. 8,40. Grhrd Haßloch Schr. 1,70. Hbsch Gröbzig Schr. 6,00.

Altona. Montag, den 20. November, in Koppelmann's Salon:

Großes Concert und Ball

arrangirt von den **Schneidern Altonas** unter gefälliger Mitwirkung der **Liedertafel Liberté** und des **Theaterclubs Eintracht.**

Kassenöffnung: 7 Uhr. Anfang: 8 Uhr. — Karten im voraus à 80 Pf. sind zu haben an allen bekannten Stellen. Kassenpreis: 40 Pf. Damen allein 15 Pf. (F 80)

Das Comité. [300

Altona u. St. Pauli. Montag, 20. November, in Meiers Ballhaus, große Bergstraße 217, Altona:

Concert und Ball

unter Mitwirkung der **Liedertafel „Lassallea"** und arrangirt von den Schuhmachern Altonas u. St. Pauli.

2,40] Das Comité.

Connewitz. **Arbeiterverein.** Montag, 20. d. M., **Generalversammlung** im Waldschlößchen (Rosenhalle). Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht; 2. Vorstandswahl; 3. Anträge 2c. [50

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand. (2b)

Eythra. Sonntag, den 19. November, Nachmittags 3 Uhr, im Saale „Zur grünen Eiche":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Deutschlands politische Parteien und die nächste Reichstagswahl. Die Einberufer. [60

Hamburg-Altona. **Allgemeiner Deutscher Gipser- u. Stuckateur-Verein.**

Sonntag, 19. November, Nachmittags 3½ Uhr, im Salon zum Roland, Jakobstraße Nr. 19:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Discussion. Organisation betr. Uebernahme von Gipserarbeiten. Vereinsangelegenheiten.

H. Götz, Vorsitzender, Beckerbreitergang.

Alle Zuschriften den Allgemeinen Deutschen Gipser- und Stuckateur-Verein betr. sind an den Obigen zu richten. [1,00

Leipzig. **Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.** Montag, 20. November, Abends 8 Uhr: **Versammlung,** im Thüringer Hof (Burgstraße). [40

Gäste willkommen. D. V.

Leipzig. **Leipziger Bürgerverein.** Montag, 20. November, Abends 8 Uhr, **Versammlung** in „Stadt London", Nicolaistraße. [40

Der Vorstand.

Ein tüchtiger **Korbmacher** auf geschlagene Arbeit kann sofort in Arbeit treten bei Hermann Marx in Saarbrücken. (2b) [60

Protokoll des Sozialisten-Congresses

zu Gotha

vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. **Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.**

Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Für Männer-Chöre.

Im Verlag von **Emil Sauerteig** in Gotha ist zum Liedercyclus erschienen:

Nr. 7: Sänger-Marsch.

Comp. von G. Scholz.

Preis im Cyclus Part. mit 4 Stimmen M. 1,50, 4 St. M. 1,00, Preis außer Cyclus Partitur M. 2,00, jede Stimme 25 Pf.

Gegen Einsendung des Betrags erfolgt freie Zusendung. (2a) [100

Die **zweite** Auflage von **Most, Bastille am Plötzensee,** ist soeben erschienen. Preis im Buchhandel 1 M., für Arbeitervereine bei direktem Bezuge gegen baar oder Postvorschuß einzeln 60 Pf, bei Partien 50 Pf.

Für den Verlag ist übernommen die vom Verfasser autorisirte deutsche Uebersetzung von

Lissagaray, Histoire de la Commune, erste authentische **Geschichte der Commune.**

Braunschweig, 6. Oktober 1876. (3c) **W. Bracke jr.** [270

Erschienen ist soeben die 3. (letzte) Lieferung von:

Leben und Thaten

des

Generals Jaroslas Dombrowsky.

Die Kämpfe der Pariser Commune.

Nach den Aufzeichnungen seines Adjutanten.

Mit dem Portrait Dombrowsky's und einem Facsimile seiner Handschrift.

Frühere Besteller der ersten und zweiten Lieferung werden ersucht, ihre Aufträge auf die 3. Lieferung rechtzeitig einzusenden. Wir berechnen denselben die bekannten Preise.

Im Weiteren werden nur noch Complett-Exemplare abgegeben. Preis derselben **75 Pfg., Porto 10 Pfg., gegen baar.** Der zahlreiche Absatz der beiden ersten Lieferungen verbürgt auch im Weiteren lebhaften Verkauf dieses werthvollen Geschichtswerkchens.

Wiederverkäufer erhalten den üblichen Rabatt.

Leipzig, Mitte November 1876.

Die Expedition des „Vorwärts"
Färberstraße 12/II.

Elegante Einbanddecken

für die „Neue Welt"

sind a Stück 1 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch Unterzeichnete nnd die Buchbinderei von **H. Jansen,** Universitätsstraße Nr. 16 zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt.

NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Leipzig, Mitte November 1876.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstraße 12/II.

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 7 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Finanzlage der Leipziger Commune. — Correspondenz. — Schaffot — Zuchthaus. — Fackelfunken.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verlag der „Berliner Freien Presse" — Verlag des „Märkischen Volksfreund" — Buchhandlung — Schriftgiesserei — Zur Uebernahme von Druck-Aufträgen jeder Art und jeden Umfangs, als: Zeitungen, Zeitschriften, Werke, Broschüren, Statuten etc. empfiehlt sich die

Allgemeine Deutsche

Associations-Buchdruckerei

(Eingetragene Genossenschaft)

unter Zusicherung prompter u. reeller Bedienung bei soliden Preisen. Dampfkraft-Betrieb a. Doppel-Schnellpresse. — Accidenzen jeden Genres: Karten, Circulaire, Avise etc.

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Für die französischen Brüder.

Inhalt: I. An das Volk der beherrschten Klasse, von Felix Pyat. II. Die Arbeiterdelegation bei den Weltausstellungen.

Preis pr. Exemplar 15 Pf.

Arbeiter und Parteigenossen! Laut Beschluß des Gothaer Sozialisten-Congresses ist der Gesammtertrag dieser aus dem Französischen übersetzten Schrift für den Druck der Berichte der französischen Arbeiterdelegation nach Philadelphia bestimmt.

„Kaufe sie Jeder von Euch! Verbreitet sie nach Kräften! In dem Schlachtendonner des unheiligen Krieges zwischen dem sinkenden französischen und dem sich erhebenden deutschen Empire habt Ihr nicht vergessen, daß die französischen Arbeiter Euere Brüder sind. Beweist ihnen, die so oft und so heldenmüthig für unsere gemeinsame Sache für Euch gekämpft und gelitten haben, beweist ihnen jetzt durch diesen kleinen Tribut der Dankbarkeit, daß Ihr im Siegestaumel der herrschenden Klassen die Dienste nicht vergessen habt, welche das französische Proletariat den Unterdrückten aller Länder, welche es der Menschheit geleistet hat, — daß Ihr Euere Feinde kennt und Euere Freunde — daß Euer Geist, Euere Thatkraft der Grenzpfähle spottet, — daß Euer Herz warm schlägt für die französischen Brüder!"

Die Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts"
Leipzig, Färberstr. 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bandtz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 23. Mittwoch, 22. November. 1876.

Des sächsischen Bußtags wegen müssen Inserate für die Sonntags-Nummer spätestens Donnerstag Vormittag bei der Unterzeichneten eingehen. Die Expedition.

Alles zur rechten Zeit!

Den sozialistischen Reichstagsabgeordneten wird selbstverständlich von den Gegnern, aber auch vielfach von den Parteifreunden der Vorwurf gemacht, daß sie nicht genügend oft den Reichstagssitzungen beiwohnten.

Wir wollen hier über diesen Punkt heute ein offenes, ernstes Wort reden.

Unsere Idee ist noch eine neue, sie muß immer mehr unter das Volk getragen werden, daß sie gedeihe, daß sie verwirklicht werde. Jedes anständige und moralisch erlaubte Mittel soll hierzu dienen.

Wir wissen wohl, daß die sozialistischen Abgeordneten in diesem Reichstage für Erringung von **Volksrechten** direkt nicht wirken können. Die Reichstagsmajorität besteht aus Mameluken, welche sich dem Machthaber beugen, heiße dieser Bismarck, Stroußberg oder Ledochowsky. Gab es doch eine Zeit, wo die deutschen Parlamente mit den deutschen Regierungen um die Wette um die Gunst des römischen Stuhls und um die Gunst des Krummstabs überhaupt buhlten. Hätte heute der Krummstab in Deutschland die Macht, so würde ganz bestimmt dort, wo jetzt eine Bismarckmajorität ist, eine Krummstabsmajorität sich befinden.

Weil die sozialistischen Abgeordneten also vorläufig keinen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung im Sinne des Volksrechts ausüben können, so müssen sie auf indirekte Weise diesen Einfluß zu erwerben suchen. Dies geschieht allerdings auch dadurch, daß sie von der Reichstagstribüne bei passender Gelegenheit ein offenes **Wort an das Volk** richten, ein Wort in unverblümter Sprache, weil bekanntlich nur die Tribüne des Reichstags in Deutschland die Redefreiheit gestattet. Das Volk soll Aufklärung erhalten, dahin gehende Aufklärung, daß es später keine Mameluken mehr, sondern freie Männer wähle.

Aber es ist der Eindruck, den eine unvermittelte Rede direkt auf die Zuhörer ausübt, ein viel gewaltiger und nachhaltigerer, als der, welchen das Lesen einer Rede oder eines Artikels hervorbringt. Deshalb müssen die sozialistischen Reichstagsabgeordneten die Tribüne der Volksversammlungen ausgiebig benutzen in allen Gegenden Deutschlands. Und die Gelegenheit hierzu wird ihnen geboten durch die Eisenbahnfreibillets. Und wir hören auch, daß z. B. Bebel in Cöln spricht und wenige Tage darauf in Königsberg, daß Liebknecht, anstatt im Reichstage sich über Herrn Stephan zu ärgern oder zu amüsiren, in Offenbach die Liberalen ärgert, daß Hasselmann das Rheinland unsicher macht und daß Hasenclever plötzlich in Oldesloe auftaucht oder aber während der Reichtagspause in öffentlichen Versammlungen in Berlin auftritt.

Es soll nämlich — und das ist ja unsere hervorragendste Aufgabe — das Volk aus dem Schlafe gerüttelt werden. Dasselbe soll nicht gleich einer Hammelheerde dem Stecken des Schäfers folgen, sondern selbst denken, welchen Weg es gehen will, selbst handeln, indem es auf dem für gut befundenen Wege rüstig fortschreitet. Diese Handlung kann es aber bei dem jetzt herrschenden Repräsentativsystem hauptsächlich nur dadurch bethätigen, daß es Männer, Männer aus seiner Mitte in die Repräsentantenhänser wählt und keine alten Waschweiber, die niemals ernstlich der herrschenden Macht sich entgegenstemmen.

So soll auch jetzt wieder von der bekannten Waschweibspartei der Antrag auf Diäten im Reichstage eingebracht werden. Gut, wir sind selbstverständlich für Diäten — die Reichsregierung bewilligt sie aber consequent nicht, sie achtet den Beschluß des Reichstags nicht. Was müßten nun die Abgeordneten, welche immer für die Diäten stimmen und die Majorität des Reichstags bilden, thun? Sie müßten, so lange die Regierung auf die Diätenbewilligung nicht eingeht, die Einnahmen und Ausgaben des Reichs, soweit es nach dem siebenjährigen Compromiß bei dem Militärgesetz noch möglich ist, verweigern.

Aber nein, das thun die Helden nicht! Sie pariren alle Hiebe, die gegen sie geführt werden, mit dem Hintern.

Was sollen also die sozialistischen Abgeordneten sich im Reichstage vorläufig abquälen? Unnütze Mühe — das wäre nicht zur rechten Zeit.

Jetzt ist es an der Zeit, dahin zu wirken, eine größere Anzahl von Reichstagssitzen den Waschweibern zu nehmen — sind dieselben genommen, dann kommt die Zeit, wo auch im Reichstage mehr gewirkt werden kann.

Deshalb möge sich Niemand dadurch beirren lassen, wenn er hört, daß die sozialistischen Reichstagsabgeordneten die Reichstagssessel nicht allzu oft drücken, sie thun für das Volk, für das Recht und die Freiheit mehr ihre Pflicht, wenn sie ihre Eisenbahnbillets fleißig benutzen und in Volksversammluugen der heutigen Gesellschaft die gleisnerische Maske herunterreißen.

Zur jetzigen Zeit in Volksversammlungen, zu späterer Zeit im Reichstage!

Eine Communisten-Farm.

(Schluß.)

Dies ist der geschichtliche Hintergrund unserer Erzählung. Lassen wir nun einige Helden darin in den Vordergrund treten.

Zunächst verdient die Furchtlosigkeit dieser Abolitionisten in allen Lebenslagen unsere Bewunderung. Natürlich forderte die wilde Natur des Landes dazu heraus. Zwei Männer von der Communistenfarm machten, wenn Baargeld nöthig wurde, Dachschindeln von Cypressenholz. Die texanische Cypresse (Taxus distichon) erreicht mächtige Verhältnisse; der untere Theil des Stammes ist selten unter 20 Fuß im Umfang, der obere weit hinauf nicht unter 12, und wird über 100 Fuß hoch, weil die Aeste sich nicht eher ansetzen, als bis die Höhe des Felsenufers erreicht ist, denn sie wachsen so mächtig blos am fließenden Wasser, in deu tief eingeschnittenen Flußbetten, besonders dem der Guadaloupe. Der Stamm wird in soviel Blöcke gesägt, als er Schindel-Längen erreicht, wird dann gespalten und die fertigen Schindeln auf steilen Wegen bergauf geschleppt, um auf das Ochsenfuhrwerk geladen zu werden, das sie auf halsbrechenden Wegen, oft 50 Meilen weit, zu Markte bringt. Die Oertlichkeit ist höchst romantisch. Die ehrfurchtgebietenden Stämme wachsen so dicht bei einander, daß unten selten ein Mann zwischen je zweien hindurch sich drücken kann, und bilden auf beiden Ufern des tiefen, reißenden krystallklaren Stromes von 100 Fuß Breite, die eindrucksvollste Säulenhalle der Welt, während das reizend grüne Dach von weichen Nadeln, welches hoch oben die wagrechten Aeste bilden, nur einen schmalen Streifen des herrlich blauen Himmels durchblicken läßt. Aber diese Schindelmacherei ist nicht nur höchst beschwerlich, sondern auch in mancher Hinsicht gefährlich. Der heimtückischste Feind des Arbeiters ist wohl das Wechselfieber, welches in dieser feuchten, schattigen Tiefe, wohin nie der prächtig kühlende Steppenwind bringt, binnen wenigen Stunden tödtlich zu werden vermag und schwer abzuwehren ist. Dazu kommen, wenn weiter oben Gewittergüsse den Strom geschwellt haben, Ueberschwemmungen, welche so plötzlich eintreten und so rasch wachsen, daß die Arbeiter oft kaum das nackte Leben, aber nicht die fertige Waare vor dem Fortschwemmen retten können. Daß es in der tiefen Einsamkeit wohl an menschlicher Hülfe, aber nicht an wilden Thieren und giftigen Schlangen und Insekten fehlt, versteht sich fast von selbst, giebt uns aber Gelegenheit, ein Abenteuer der beiden Schindelmacher mitzutheilen.

Sie hatten hoch oben am Felsenufer eine Höhle entdeckt, durch welche zwei schwarze Bären ein- und ausspazierten, und beschlossen, ihrem unvermeidlichen Besuche zuvorzukommen. Von der Farm wurden, um ganz sicher zu gehn, noch ein paar Kameraden herbeigeholt, und dann wurde der senkrechte Felsen erklettert. Aber es vermochte wohl ein Bär mit seinen scharfen Krallen an einem so hohen Cypressenstamme hinaufzuklimmen und den Eingang zur Höhle zu erreichen, nur nicht ein Mensch. Es wurde also oben auf dem Uferrande ein zweiter Eingang gesucht und glücktich gefnnden. Das Loch, für einen Bären gerade weit genug, reichte einige Fuß hinab und bog sich dann in's Wagrechte um.

Wer da allein hinabkriechen sollte — denn durch Feuer und Rauch ließen sich die Bestien nicht hervorlocken, mußte kopfüber hinab, um die Waffen gebrauchen zu können. Ein rasch entschlossener Gefährte — wir bedauern nicht mehr sagen zu können, ob es Brunko, Westphal oder Neubert war — kriecht kopfüber hinab und berichtet mit großer Seelenruhe, daß er im Halbdunkel, wenige Fuß in dem engen Raume vorwärts, zwei Paar feurige Augen sieht. Man bietet ihm die kürzeste Büchse an, welche zur Hand ist. Er schlägt sie aus, weil er, im Falle er den ersten Bären erlege, vor Pulverdampf den zweiten nicht würde beobachten können, zieht sein langes Messer und kriecht auf dem Bauche weiter hinab, bis er verschwindet. Den Anderen oben beginnt für den tollkühnen Kameraden zu bangen. Aber bald hört man seine dumpfe Stimme ankündigen, daß er den ersten Bären gut getroffen hat. (Der Bär hat bekanutlich an der Nasenwurzel eine sehr verwundbare Stelle.) Rasch folgen die weiteren Mittheilungen des Jägers, daß das verwundete Thier sich in den hintern, weiteren Theil der Höhle zurückgezogen habe, und daß das zweite Thier vorrücke; und in Kürze ruft er hinauf, daß auch dieses tödtlich getroffen sei. Bald darauf kommt er zurückgekrochen und meldet, daß noch mehrere junge Bären vorhanden seien. Nachdem die Alten verblutet waren, holte man sie mittels Stricken herauf und machte dann den Jungen leicht den Garaus. Und diese Heldenthat war bei allen etwas so Selbstverständliches, daß darüber nur gute und schlechte Witze gerissen wurden.

Selbst den Kindern theilte sich diese Furchtlosigkeit mit. Der Nachbar Degener wohnte jenseits der Guadalupe, und es gab für die Knaben (14 und 12 Jahre alt) keinen andern Schulweg, als über einen Cypressenstamm, welcher glücklicherweise quer über den Strom gefallen war und auf beiden Ufern, wohl 60 Fuß über dem gefährlichen Wasser, fest auflag. Diesen Weg legten sie, wohl Jahre lang, täglich zweimal zurück, um an dem Unterrichte Siemering's auf der Communistenfarm theilzunehmen. Davon wurde kein Aufhebens gemacht, obwohl dieser Fußsteig nicht einmal behauen und mit Geländer versehen war. Wohl aber hörten wir einst ihren Vater sie vor nordischen Gästen loben wie folgt: „Der wilde Puter, den ich hier zerlege, ist der achtundsiebzigste seit drei Monaten, den mir meine Jungen geschossen haben. Ohne sie würden wir selten frisches Fleisch auf dem Tische haben."

Folgende Heldenthat dieser Knaben wurde dem Schreiber dieses von der ganzen Ansiedelung verbürgt, um in die Zeitung aufgenommen zu werden. Die Erwachsenen waren alle im Cederwalde abwesend um Bauholz zu holen. Die Knaben sagen beim Zubettgehn der Mutter: „wenn du die Schweine im Koben kreischen hörst, so weck' uns; es ist ein großer Panther in der Nähe, der ihnen auflauert." Um Mitternacht werden sie von der Mutter geweckt, weil die Schweine kreischen, und sie springen im Hemde und barfuß mit den Büchsen hinaus und bitten die Mutter, ihnen rasch mit der Laterne zu folgen. Sie thut's, obwohl bei Hofe erzogen und an dergleichen nicht gewöhnt. „Du mußt," sagen die Knaben, „dicht an den Stamm dieser Lebenseiche treten und die Laterne über Dich halten. Fürchte nicht, daß der Panther auf Dich springe; er kommt nur todt herunter, aber wir müssen, weil er zwischen den Astgabeln fast ganz verborgen ist, sicher sein, daß wir keinen Fehlschuß thun." Die Mutter thut, wie ihr gerathen, und indem der Aeltere ruhig und lange auf die funkelnden Augen zielt und der Jüngere sich für den Fall, daß er nicht tödtlich trifft, in Anschlag hält, holt der erste Schuß das gefährliche Raubthier todt vom Baume herunter. Er maß von der Schnauze zur Schwanzspitze 8 Fuß und wog 285 Pfund.

Aehnlichen Geschichten könnten wir mehrere erzählen; wir ziehn es aber vor, den Beschluß mit dem Lebensende dieser beiden Heldenknaben zu machen. Als der Krieg gegen die Union begann und die jungen Deutschtexaner alle mit Gewalt in die südliche Armee ausgehoben werden sollten, zogen sich die beiden jungen Degener, damals 20 und 18 Jahr alt, mit 64 anderen Schicksalsgenossen in's Gebirge zurück, entschlossen, sich durch die Rotten des Sklavenhalter-Heeres nach Mexiko durchzuschlagen. Sie waren trotz unablässiger Verfolgung ihrem Ziele schon ziemlich nahe, als sie beim Nachtlager an einer bewaldeten Schlucht mit Quelle, umzingelt wurden, Einer ganzen Hälfte gelang es, sich, mehr oder weniger übel zugerichtet, durchzuschlagen und nach Mexiko zu entkommen. Die beiden Degener aber, dazu außer Stande, wollten ihr Leben so theuer als möglich verkaufen und mit ihnen alle, deren Pferde abgemattet waren. Sie vertheidigten sich den ganzen folgenden Tag, und der Feind, der trotz bedeutenden Verlusten keinen Angriff wagte, siegte erst, als beide Heldenjünglinge — bis auf den letzten Hauch fechtend, ihr Leben ausgehaucht hatten. Die wenigen Ueberlebenden wurden nach San Antonio zu fortgeführt, bei jeder Haltestelle aber zwei von ihnen an Bäumen aufgeknüpft, die letzten zwei vor den Thoren der Stadt, wo Vater Degener wegen „Landesverraths" im Gefängnisse saß. Als man ihm schonend meldete, einem seiner Söhne sei etwas zugestoßen, rief er: „Ihr lügt! Die theilen jedes Schicksal. Sagt es gerade heraus — sie sind beide todt!"

Die Moral des Handelsstandes.

So oft wir Gelegenheit nehmen, das herrschende System ein unsittliches zu nennen, findet die gegnerische Presse in unserer moralischen Entrüstung nur die Absicht, Alles bestehende zu besudeln. — Es ist den Leuten geradezu unmöglich, sich aus den Fesseln der verderbten Sitte zu unseren reinen Moralbegriffen zu erheben; und die unbequeme Wahrheit auszusprechen erscheint ihnen nur, wie Schelling sagt, als „unsittliches Betragen".

Und doch — was finden wir bei unserem gesammten Handelsstande als baaren Betrug?

Welcher Kaufmann darf behaupten, stets nach den Vorschriften der Moral und Ehre verfahren zu haben? Erlogene Facturen, erlogene Einkaufspreise, die mit den heiligsten Eiden dem Käufer als die richtigen versichert werden, Lieferung unter der Musterqualität; das Alles ist Regel und — Recht!

Hören wir nun folgendes Eingeständniß, welches der „Berliner Börsenzeitung" in einem Jubelartikel über Stroußberg's Verurtheilung zur — Freiheit entschlüpft ist.

„Das gesammte Wirthschafts- und Geschäftsleben unserer Zeit müßte aber zusammenbrechen, wenn man dasselbe in die Zwangsjacke solcher Principien einschnüren wollte, ja es müßte sich das gesammte „Rechtsbewußtsein" im Staatsleben gegen eine Anwendung derartiger Principien auf die geschäftlichen Transactionen auflehnen.

„Wenn ihm gewisse Transactionen zum Vorwurf gemacht werden, die vom Standpunkte der strengen Schulmoral eine Anfechtung erfahren mögen, so kann er zu seiner Entschuldigung anführen, daß das ganze geschäftliche Leben der Gegenwart von solchen Transactionen geradezu erfüllt ist. Wollte man diese Transactionen nach denselben Prinzipien beurtheilen, die der Moskauer Staatsanwalt Stroußberg gegenüber auseinander setzte, so müßte man alsbald die Strafgesetzbücher aller Staaten umwandeln und die Zahl der Staatsanwälte in's Außerordentliche vermehren."

Was ist der langen Rede kurzer Sinn? Der Handel ist voller Betrug und fügen wir hinzu, erbärmlicher, corrupterweise sagt unsere „öffentliche Meinung" dazu: von Rechtswegen! — Vertrauen heißt Thorheit und wehe dem Arglosen, der auf die Ehrenhaftigkeit unserer Kaufleute rechnet. „Der Dumme muß geprügelt werden" das ist Bourgeois-Moral und wenn er zu Markte kommt, freuen sich die Krämer!

Ja Krämer, wahre Krämerseelen sind unsere Kaufleute und großen Industriellen, die ihre „eigene" Anschauung von Moral und ein eigenes „Rechtsbewußtsein" haben.

Und nun das Schlimmste:

Wer will in dieser Welt des Geldes, in welcher Geldbesitz und Ehre synonym sind, wer will es dem Einzelnen verargen, wenn ihm jedes Mittel gut dünkt, zu Gelde zu kommen? Das System erzeugt seine „eigenen" Moralbegriffe.

„Nach Golde drängt, am Golde hängt ja Alles!"

Wer will dem Gründer — dieser Blüthe unseres Wirthschaftssystems — einen Vorwurf machen, wenn er en gros betreibt, was alle, alle — ehrenwerthe Männer — in bescheidenen Grenzen thun? Ein erlogener Einkaufspreis, ein erheuchelter Prospekt und die Million ist „verdient", — mit demselben Rechte verdient, mit dem uns jeder Kaufmann Plunder für gute Waare verkauft und beschwört, er verdiene nur 3 Pfennige per Meter!

Verfault und morsch ist diese Welt, die Welt des herrschen-

verleitet, daß Großbritannien seine Politik zu ihrem Gunsten ändern werde, brachen den von ihnen selbst erbetenen Waffenstillstand und machten so jede Friedensverhandlung unmöglich. — Bezüglich des russischen Ultimatums" sagte Lord Beaconsfield: „Wir haben gehört, daß er (der Waffenstillstand) durch ein Ultimatum erreicht worden sei. Das ist ein häßliches Wort. Ein Ultimatum kommt mir gerade so vor, als wenn ein Mann eine Schuldklage in dem Augenblick vor Gericht brächte, wo der volle angesprochene Betrag bezahlt worden" . . . — (Gelächter). — — England war also jedenfalls den Russen zuvorgekommen. Gegen Schluß seiner Rede bemerkte Lord Beaconsfield: „England ist keine aggressive Macht . . . Allein wenn es zum Schlagen kommen sollte so möge man bedenken, daß kein Land so kriegsbereit ist, wie das unsere, denn es gibt kein Land, dessen Hilfsquellen so groß wären wie die unseren in einer gerechten Sache. —

(Schluß f.)

g. **Lübeck.** Bei uns hat man es von Seiten der Behörde recht eilig mit der Reichstagswahl. Am 10. d. M. hat der Senat schon die Bekanntmachung behufs Wahl eines Reichstagsabgeordneten erlassen und zugleich als Wahlcommissarius den Senator Dr. Brehmer ernannt. Die Liberalen haben wieder Dr. Klügmann als Candidaten ausersehen; von unserer Seite ist bekanntlich Parteigenosse Hartmann aus Hamburg aufgestellt. Eine Rührigkeit ist nur bei uns zu merken und es haben auch schon mehrere Versammlungen stattgefunden. Liberalerseits hat bis jetzt noch keine Versammlung stattgefunden und ist auch noch kein Schritt an die Oeffentlichkeit gethan worden. Bei reger Agitation ist ein Sieg wohl für uns in Aussicht, besonders da die Schiffszimmerer und Hafenarbeiter im Gegensatz zu der vorigen Wahl jetzt ganz auf unserer Seite stehen.

Düsseldorf, 6. November. Eine große sozialistische Wahlversammlung fand gestern in dem Saale des Herrn Fischer, Alexanderstraße statt, woran sich etwa 600 Personen betheiligten. Der Saal reichte nicht aus um alle Zuhörer aufzunehmen, und Viele mußten unverrichteter Sache wieder fortgehen. Hr. Blank eröffnete die Versammlung; gewählt wurde zum Vorsitzenden Herr Hartmann, zum Schriftführer Menkner. Danach betrat Herr Reichstags-Abgeordneter Wilh. Hasselmann aus Barmen die Rednerbühne und referirte über die Reichstagswahlen und die letzte Legislaturperiode des Reichstages. Der Abgeordnete für Barmen-Elberfeld schilderte in meisterhafter Rede die Stellung der Sozialdemokraten zu dem Scheinparlamentarismus und Liberalismus und schloß nach anderthalbstündigem Vortrage unter dem lebhaften und anhaltenden Beifall der Anwesenden. Darauf forderte Herr Rodenberg die Versammlung auf, recht kräftig im Sinne der Sozialdemokratie zu wirken, und verkündigte Hrn. Hasselmann als Reichstagskandidaten für unsern Wahlkreis. Herr Hartmann empfahl alsdann den „Düsseldorfer Volksfreund" als geeignetstes Mittel zur Aufklärung der Arbeiter und Herr Röttger trug schließlich ein stürmisch applaudirtes sehr interessantes Gedicht vor. Nach Schluß der Versammlung vereinigten sich die Anwesenden zu gemüthlicher Unterhaltung.

Fr. Blenk.

Spandau. Nachdem der hiesige Festungserweiterungsbau an den Mindestfordernden für Mk. 180,000 unter dem Kostenanschlag vergeben; nachdem nun diese Arbeiten auch begonnen haben, so ist immer noch ein bedeutender Arbeitsmangel vorhanden. Viele ehemalige Fabrikarbeiter haben schon Monate lang keine Arbeit und selbst die Arbeitenden müssen in einzelnen Fabriken tagweis feiern. Auch der Akkordlohn bei dem Schanzenbau ist bei harter und schwerer Arbeit (hohe Steigung hinauf zu karren), ein sehr niedriger von ungefähr Mark 2,25 bis Mk. 3,50 pro Tag. Selbstverständlich laboriren auch alle Geschäfte durch die Krisis. In der Potsdamer Vorstadt steht deswegen manche Wohnung leer und zu erwarten ist, daß der Winter diese Uebel noch bedeutend vermehrt. — Unsere Arbeiter, die aus Mangel an Arbeit nach Serbien gingen, sind zu Folge Nachrichten vielfach schon enttäuscht, indem die Versprechungen zum größten Theile nicht erfüllt wurden. So zerreißt der internationale Wolf, der Kapitalismus, aus Habgier das Familienleben, die Liebe zur Heimath, trotzdem er sich immer mit dem Mantel der Moralität und des Patriotismus umgiebt. — Bei der in diesen Tagen stattgehabten Controllversammlung wurde durch den leitenden Offizier resp. Feldwebel zu einer Collekte zur Beschaffung eines Reichsschwerts zum 70jährigen Dienstjubiläum des deutschen Kaisers angeregt. Die meisten Wehrleute und Reservisten haben bei dieser schlechten Zeit kaum so viel, um ihren Hunger stillen zu können und sollen sich schon deshalb nicht allzusehr für das Reichsschwert erwärmt haben.

Freiberg, 9. November. Der Wahlkampf hat begonnen, und es sind unsererseits schon verschiedene Versammlungen abgehalten worden, die uns sämmtlich den Beweis lieferten, daß wir bei energischer und eifriger Agitation auf den Sieg rechnen können. Als besonders hemmend für eine geregelte Agitation muß die Thatsache erwähnt werden, daß es in den meisten Orten unseres Wahlkreises an Organisation vollständig mangelt; dies gilt namentlich von dem südöstlichen Distrikt — Frauenstein und Umgegend. In Frauenstein selbst ist es nur auf die Berichterstattung Geib's hin möglich, eine Versammlung zu Stande zu bringen. Versammlungen in dieser Gegend zu arrangiren ist sehr zeitraubend, da Niemand vorhanden ist, der sich zur Einberufung hergiebt. Außerdem hat der hinter Schönhals erlassene „Steckbrief" seine Dienste gegen uns gethan, und verschiedene Wirthe, welche uns ihre Lokale schon versprochen hatten, nahmen ihr Wort zurück. Trotz diesen für uns sehr nachtheiligen Vorkommnissen ist es uns gelungen, in einer Anzahl von Orten Versammlungen abzuhalten und zwar mit durchgängig gutem Erfolg: in Weißenborn, Freiberg, Halsbrücke, Mulda, Reichenau, Bräunsdorf und Zethau. Für Oederan war schon Alles besorgt, da wurde uns in letzter Stunde der Saal wieder abgesagt. Wir fordern darum die Oederaner auf, sobald als möglich Schritte zu thun, damit das Versäumte nachgeholt werden kann. Außerdem fand Sonntag den 5. November eine Kreisversammlung in Bräunsdorf statt. In derselben wurde beschlossen, das Centralcomité von Hainichen nach Freiberg zu verlegen. Die Freiberger Genossen haben sich dieser Aufgabe unterzogen und werden mit ganzer Kraft dahin wirken, daß unser Candidat F. W. Fritzsche in Berlin siegreich aus der Wahlurne hervorgehe; aber auch die übrigen Parteigenossen des Wahlkreises dürfen die Hände nicht in den Schooß legen, sondern müssen thatkräftig mit eingreifen. Hauptsächlich aber müssen die Genossen Sorge tragen, daß dem Centralcomité Mittel zugeführt werden; denn die Agitation kostet Geld. Darum, Parteigenossen, veranstaltet überall freiwillige Sammlungen für den Wahlfonds und sorgt dafür, daß die Versammlungen regelmäßiger stattfinden können, denn auch die Gegner fangen an sich aufzuraffen.

Alle Gelder und sonstige Zuschriften sind zu senden an A. Lange, Stollnhausgasse 66, Freiberg.

Parteigenossen, thue Jeder seine Schuldigkeit!

Mit sozialdemokr. Gruß

W. Mehlhorn.

Reichenbrand, 13. November. Am vergangenen Sonnabend fand hierorts eine Volksversammlung statt, in der unser Reichstagsabgeordneter Johann Most in einem zweistündigen Vortrage, unter gespanntester Aufmerksamkeit der Anwesenden über „die Thaten des deutschen Reichstages und die bevorstehenden Wahlen" referirte. Da in Reichenbrand seit Jahren keine Volksversammlung mehr stattgefunden, Most überhaupt noch nie hier gesprochen, so konnte es selbstverständlich an sehr zahlreichem Besuche nicht fehlen. Auch Gegner aus den Nachbarorten waren erschienen, unter Anderem auch Mitglieder des liberalen Wahlcomités aus Chemnitz; trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden, daß die Gegner das Wort ergreifen mögten, zogen diese vor, sich auszuschweigen. Wahrscheinlich mochte der rauschende Beifall, den Most für seinen ausgezeichneten Vortrag erntete, die Gegner belehren, daß für sie unter unserer Bevölkerung nichts zu holen sei. Nachdem Wiemer in kräftigen Worten den Anwesenden die Wiederwahl Most's empfohlen, wurde die Versammlung unter lebhaften Hochrufen auf Most geschlossen.

Stettin. Am 31. Oktober fand hier eine zahlreich besuchte öffentliche Arbeiterversammlung statt, in welcher Herr Wißmann aus Hamburg über die heutige Krisis zu großer Zufriedenheit aller Anwesenden referirte. An der Debatte betheiligten sich die Parteigenossen A. Schulz, Bigolb und Müller, die sich in dem Sinne des Referenten aussprachen. Hier in Stettin wird nunmehr angesichts der Wahlen die Arbeiterbewegung wohl mehr in Fluß kommen; es fehst uns hier an Reduern, so daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn wir öfters mit auswärtigen Rednern bedacht würden.

Mit sozialdemokratischem Gruß

C. Muckow.

Zur gef. Notiznahme.

Aus allen, oft sehr entfernten, Gegenden Deutschlands ergehen Aufforderungen an die sozialistischen Abgeordneten, Versammlungen abzuhalten. Ich erkläre dem gegenüber ein für alle mal, daß ich vor der Wahl, außer in der Umgegend von Chemnitz, nirgends Versammlungen abhalten kann.

Chemnitz, 16. November 1876. Jul. Bahlteich.

Briefkasten

der Expedition. W. Bogs, Bromberg: Wtrmchn sind von uns nicht empfohlen worden. Vielleicht haben Sie in einem schweizerischen Blatte eine Empfehlung der Volksbuchhandlung Zürich gelesen? — J. Grombaß, Simbach a./J.: Marx Kapital wird nur im Ganzen abgegeben.

Sattler Adolf Kierstein wird schleunigst um Adresse gebeten.

Josef Grombaß, Simbach a./J.

Quitttung. A. Sch Glasgow Ab. 5,00. M hier Ann. 0,60. Rdlph Hannover Ann. 1,00. Hrrmnn hier Schr. 2,50. C. Ullrch Michelstadt Schr. 15,00. W. Mlr Mannheim Ab. 21,00. C. Schb Alt-Staßfurth Schr. 9,00. J. Rhl Solingen Schr. 20,00. Ullrch Ronneburg Schr. 5,05. H. Klinr Saalfeld Ab. 29,50. P. Krwz Osnabrück Schr. 9,00. Ullrch Offenbach Ab. 20,00. Lrnz hier Schr. 2,00. Bchhm hier Ab. 2,00. Crlsn Altona Ann. 3,00. Grbnstn. Lindenau Schr. 4,70. Schnn Calbe Ab. 4,10. Mlr Calbe Schr. 3,75. Grd Stötteritz Ab. 26,10. Gldmr Geringswalde Schr. 0,60. Smn Coburg Ab. 9,00. F. Fllrmnn Bremerhafen Schr 21,05. Schld Straßburg Ab. 14,30. W. Crl St. Johann Schr. 13,00. Schlr. Frohmann Schr. 2,80. Wlr Darmstadt Schr. 25,00. Frnff Sachsenhausen Schr. 6,25. Hrsch Stuttgart Ab. 7,20. Kchnrthr Hof Ab. 18,10. Brhm Gotha Ab. 14,40. Jgl Netzschkau Schr. 1,95. Hch Frankfurt Ab. 30,00. Brhm Gotha Ab. 9,00. Mgd Mainz Schr. 1,00. Arbeiterpartei hier Ann. 4,70. Gldwtz Schr. 5,25. Frnk Stolpen Schr. 0,45. Schwtzr Frankfurt Ab. 8,00. Hmmr Pirna Schr. 2,35. Btuschn Lautenburg Schr. 3,40. Fndsn Meuselwitz Schr. 7,50. Pnngr Bremen Ab. 42,10. Mrgnr. Treuen Schr. 25,00. Mlr Leisnig Ab. 8,40. Grhrd Haßloch Schr. 1,70. Hbsch Gröbzig Schr. 6,00.

Altona. Montag, den 20. November, in Koppelmann's Salon:

Großes Concert und Ball

arrangirt von den Schneidern Altonas unter gefälliger Mitwirkung der Liedertafel Liberté und des Theatervereins Eintracht.

Kassenöffnung: 7 Uhr. Anfang: 8 Uhr. — Karten im voraus à 80 Pf. sind zu haben an allen bekannten Stellen. Kassenpreis: 40 Pf. Damen allein 15 Pf. (F30)

Das Comité. [300

Altona u. St. Pauli. Montag, 20. November, in Meiers Ballhaus, große Bergstraße 217, Altona:

Concert und Ball

unter Mitwirkung der Liedertafel „Lassalea" und arrangirt von den Schuhmachern Altonas u. St. Pauli.

2,40] Das Comité.

Connewitz. Arbeiterverein.

Montag, 20. d. M., Generalversammlung im Waldschlößchen (Rosenhalle). Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht; 2. Vorstandswahl; 3. Anträge 2c. [50

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand. (2b)

Eythra. Sonntag, den 19. November, Nachmittags 3 Uhr, im Saale „Zur grünen Eiche":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Deutschlands politische Parteien und die nächste Reichstagswahl. Die Einberufer. [60

Hamburg-Altona. Allgemeiner Deutscher Gipser- u. Stuckateur-Verein.

Sonntag, 19. November, Nachmittags 3½ Uhr, im Salon zum Roland, Jakobstraße Nr. 19:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Fortsetzung der Discussion. Organisation betr. Uebernahme von Gipserarbeiten. Vereinsangelegenheiten.

H. Götz, Vorsitzender, Beckerbreitergang.

Alle Zuschriften den Allgemeinen Deutschen Gipser- und Stuckateur-Verein betr. sind an den Obigen zu richten. [1,00

Leipzig. Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.

Montag, 20. November, Abends 8 Uhr: Versammlung, im Thüringer Hof (Burgstraße). [40

Gäste willkommen. D. B.

Leipzig. Leipziger Bürgerverein.

Montag, 20. November, Abends 8 Uhr, Versammlung in „Stadt London", Nicolaistraße. [40

Der Vorstand.

Ein tüchtiger Korbmacher auf geschlagene Arbeit kann sofort in Arbeit treten bei Hermann Marx in Saarbrücken. (2b) [60

Protokoll des Sozialisten-Congresses

zu Gotha

vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.

☛ Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Für Männer-Chöre.

Im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha ist zum Liedercyclus erschienen:

Nr. 7: Sänger-Marsch.

Comp. von G. Scholz.

Preis im Cyclus Part. mit 4 Stimmen M. 1,50, 4 St. M. 1,00, Preis außer Cyclus Partitur M. 2,00, jede Stimme 25 Pf.

Gegen Einsendung des Betrags erfolgt freie Zusendung. (2a) [100

Die zweite Auflage von **Most, Bastille am Plötzensee,** ist soeben erschienen. Preis im Buchhandel 1 M., für Arbeitervereine bei direktem Bezuge gegen baar oder Postvorschuß einzeln 60 Pf, bei Partien 50 Pf.

Für den Verlag ist übernommen die vom Verfasser autorisirte deutsche Uebersetzung von

Lissagaray, Histoire de la Commune, erste authentische **Geschichte der Commune.**

Braunschweig, 6. Oktober 1876. (3c) W. Bracke jr. [270

Erschienen ist soeben die 3. (letzte) Lieferung von:

Leben und Thaten

des

Generals Jaroslas Dombrowsky.

Die Kämpfe der Pariser Commune.

Nach den Aufzeichnungen seines Adjutanten.

Mit dem Portrait Dombrowsky's und einem Facsimile seiner Handschrift.

Frühere Besteller der ersten und zweiten Lieferung werden ersucht, ihre Aufträge auf die 3. Lieferung rechtzeitig einzusenden. Wir berechnen denselben die bekannten Preise.

Im Weiteren werden nur noch Complett-Exemplare abgegeben. Preis derselben 75 Pfg., Porto 10 Pfg., gegen baar. Der zahlreiche Absatz der beiden ersten Lieferungen verbürgt auch im Weiteren lebhaften Verkauf dieses werthvollen Geschichtswerkchens.

Wiederverkäufer erhalten den üblichen Rabatt.

Leipzig, Mitte November 1876.

Die Expedition des „Vorwärts"

Färberstraße 12/II.

Elegante Einbanddecken

für die „Neue Welt"

sind a Stück 1 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch Unterzeichnete nnd die Buchbinderei von H. Jansen, Universitätsstraße Nr. 16 zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt.

NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Leipzig, Mitte November 1876.

Die Expedition der „Neuen Welt".

Färberstraße 12/II.

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 7 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Finanzlage der Leipziger Commune. — Correspondenz. — Schaffot — Zuchthaus. — Fackelfunken.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verlag der „Berliner Freien Presse"

Zur Uebernahme von Druck-Aufträgen jeder Art und jeden Umfangs, als: Zeitungen, Zeitschriften, Werke, Broschüren, Statuten etc. empfiehlt sich die

„Märkischen Volksfreund"

Verlag des

Allgemeine Deutsche

Associations-Buchdruckerei

(Eingetragene Genossenschaft)

unter Zusicherung prompter u. reeller Bedienung bei soliden Preisen. Dampfkraft-Betrieb a. Doppel-Schnellpresse. — Accidenzen jeden Genres: Karten, Circulaire, Avise etc.

Buchdruckerei

Buchhandlung

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Für die französischen Brüder.

Inhalt: I. An das Volk der beherrschten Klasse, von Felix Pyat. II. Die Arbeiterdelegation bei den Weltausstellungen.

Preis pr. Exemplar 15 Pf.

Arbeiter und Parteigenossen! Laut Beschluß des Gothaer Sozialisten-Congresses ist der Gesammtertrag dieser aus dem Französischen übersetzten Schrift für den Druck der Berichte der französischen Arbeiterdelegation nach Philadelphia bestimmt.

„Kaufe sie Jeder von Euch! Verbreitet sie nach Kräften! In dem Schlachtendonner des unheiligen Krieges zwischen dem sinkenden französischen und dem sich erhebenden deutschen Empire habt Ihr nicht vergessen, daß die französischen Arbeiter Euere Brüder sind. Beweist ihnen, die so oft und so heldenmüthig für unsere gemeinsame Sache für Euch gekämpft und gelitten haben, beweist ihnen jetzt durch diesen kleinen Tribut der Dankbarkeit, daß Ihr im Siegestaumel der herrschenden Klassen die Dienste nicht vergessen habt, welche das französische Proletariat den Unterdrückten aller Länder, welche es der Menschheit geleistet hat, — daß Ihr Euere Feinde kennt und Euere Freunde — daß Euer Geist, Euere Thatkraft der Grenzpfähle spottet, — daß Euer Herz warm schlägt für die französischen Brüder!"

Die Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts"

Leipzig, Färberstr. 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 23. Mittwoch, 22. November. 1876.

Des sächsischen Bußtags wegen müssen Inserate für die Sonntags-Nummer spätestens Donnerstag Vormittag bei der Unterzeichneten eingehen. Die Expedition.

Alles zur rechten Zeit!

Den sozialistischen Reichstagsabgeordneten wird selbstverständlich von den Gegnern, aber auch vielfach von den Parteifreunden der Vorwurf gemacht, daß sie nicht genügend oft den Reichstagssitzungen beiwohnten.

Wir wollen hier über diesen Punkt heute ein offenes, ernstes Wort reden.

Unsere Idee ist noch eine neue, sie muß immer mehr unter das Volk getragen werden, daß sie gedeihe, daß sie verwirklicht werde. Jedes anständige und moralisch erlaubte Mittel soll hierzu dienen.

Wir wissen wohl, daß die sozialistischen Abgeordneten in diesem Reichstage für Erringung von Volksrechten direkt nicht wirken können. Die Reichstagsmajorität besteht aus Mamelucken, welche sich dem Machthaber beugen, heiße dieser Bismarck, Stroußberg oder Ledochowsky. Gab es doch eine Zeit, wo die deutschen Parlamente mit den deutschen Regierungen um die Wette um die Gunst des römischen Stuhls und um die Gunst des Krummstabs überhaupt buhlten. Hätte heute der Krummstab in Deutschland die Macht, so würde ganz bestimmt dort, wo jetzt eine Bismarckmajorität ist, eine Krummstabsmajorität sich befinden.

Weil die sozialistischen Abgeordneten also vorläufig keinen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung im Sinne des Volksrechts ausüben können, so müssen sie auf indirekte Weise diesen Einfluß zu erwerben suchen. Dies geschieht allerdings auch dadurch, daß sie von der Reichstagstribüne bei passender Gelegenheit ein offenes Wort an das Volk richten, ein Wort in unverblümter Sprache, weil bekanntlich nur die Tribüne des Reichstags in Deutschland die Redefreiheit gestattet. Das Volk soll Aufklärung erhalten, dahin gehende Aufklärung, daß es später keine Mamelucken mehr, sondern freie Männer wähle.

Aber es ist der Eindruck, den eine unvermittelte Rede direkt auf die Zuhörer ausübt, ein viel gewaltiger und nachhaltigerer, als der, welchen das Lesen einer Rede oder eines Artikels hervorbringt. Deshalb müssen die sozialistischen Reichstagsabgeordneten die Tribüne der Volksversammlungen ausgiebig benutzen in allen Gegenden Deutschlands. Und die Gelegenheit hierzu wird ihnen geboten durch die Eisenbahnfreibillets. Und wir hören auch, daß z. B. Bebel in Cöln spricht und wenige Tage darauf in Königsberg, daß Liebknecht, anstatt im Reichstage sich über Herrn Stephan zu ärgern oder zu amüsiren, in Offenbach die Liberalen ärgert, daß Hasselmann das Rheinland unsicher macht und daß Hasenclever plötzlich in Oldesloe auftaucht oder aber während der Reichtagspause in öffentlichen Versammlungen in Berlin auftritt.

Es soll nämlich — und das ist ja unsere hervorragendste Aufgabe — das Volk aus dem Schlafe gerüttelt werden. Dasselbe soll nicht gleich einer Hammelheerde dem Stecken des Schäfers folgen, sondern selbst denken, welchen Weg es gehen will, selbst handeln, indem es auf dem für gut befundenen Wege rüstig fortschreitet. Diese Handlung kann es aber bei dem jetzt herrschenden Repräsentativsystem hauptsächlich nur dadurch bethätigen, daß es Männer, Männer aus seiner Mitte in die Repräsentantenhäuser wählt und keine alten Waschweiber, die niemals ernstlich der herrschenden Macht sich entgegenstemmen.

So soll auch jetzt wieder von der bekannten Waschweibspartei der Antrag auf Diäten im Reichstage eingebracht werden. Gut, wir sind selbstverständlich für Diäten — die Reichsregierung bewilligt sie aber consequent nicht, sie achtet den Beschluß des Reichstags nicht. Was müßten nun die Abgeordneten, welche immer für die Diäten stimmen und die Majorität des Reichstags bilden, thun? Sie müßten, so lange die Regierung auf die Diätenbewilligung nicht eingeht, die Einnahmen und Ausgaben des Reichs, soweit es nach dem siebenjährigen Compromiß bei dem Militärgesetz noch möglich ist, verweigern.

Aber nein, das thun die Helden nicht! Sie pariren alle Hiebe, die gegen sie geführt werden, mit dem Hintern.

Was sollen also die sozialistischen Abgeordneten sich im Reichstage vorläufig abquälen? Unnütze Mühe — das wäre nicht zur rechten Zeit.

Jetzt ist es an der Zeit, dahin zu wirken, eine größere Anzahl von Reichstagssitzen den Waschweibern zu nehmen — sind dieselben genommen, dann kommt die Zeit, wo auch im Reichstage mehr gewirkt werden kann.

Deshalb möge sich Niemand dadurch beirren lassen, wenn er hört, daß die sozialistischen Reichstagsabgeordneten die Reichstagssessel nicht allzu oft drücken, sie thun für das Volk, für das Recht und die Freiheit mehr ihre Pflicht, wenn sie ihre Eisenbahnbillets fleißig benutzen und in Volksversammluugen der heutigen Gesellschaft die gleisnerische Maske herunterreißen.

Zur jetzigen Zeit in Volksversammlungen, zu späterer Zeit im Reichstage!

Eine Communisten-Farm.

(Schluß.)

Dies ist der geschichtliche Hintergrund unserer Erzählung. Lassen wir nun einige Helden darin in den Vordergrund treten.

Zunächst verdient die Furchtlosigkeit dieser Abolitionisten in allen Lebenslagen unsere Bewunderung. Natürlich forderte die wilde Natur des Landes dazu heraus. Zwei Männer von der Communistenfarm machten, wenn Baargeld nöthig wurde, Dachschindeln von Cypressenholz. Die texanische Cypresse (Jaxus distichon) erreicht mächtige Verhältnisse; der untere Theil des Stammes ist selten unter 20 Fuß im Umfang, der obere weit hinauf nicht unter 12, und wird über 100 Fuß hoch, weil die Aeste sich nicht eher ansetzen, als bis die Höhe des Felsenufers erreicht ist, denn sie wachsen so mächtig blos am fließenden Wasser, in den tief eingeschnittenen Flußbetten, besonders dem der Guadaloupe. Der Stamm wird in soviel Blöcke gesägt, als er Schindel-Längen erreicht, wird dann gespalten und die fertigen Schindeln auf steilen Wegen bergauf geschleppt, um auf das Ochsenfuhrwerk geladen zu werden, das sie auf halsbrechenden Wegen, oft 50 Meilen weit, zu Markte bringt. Die Oertlichkeit ist höchst romantisch. Die ehrfurchtgebietenden Stämme wachsen so dicht bei einander, daß unten selten ein Mann zwischen je zweien hindurch sich drücken kann, und bilden auf beiden Ufern des tiefen, reißenden krystallklaren Stromes von 100 Fuß Breite, die eindrucksvollste Säulenhalle der Welt, während das reizend grüne Dach von weichen Nadeln, welches hoch oben die wagrechten Aeste bilden, nur einen schmalen Streifen des herrlich blauen Himmels durchblicken läßt. Aber diese Schindelmacherei ist nicht nur höchst beschwerlich, sondern auch in mancher Hinsicht gefährlich. Der heimtückischste Feind des Arbeiters ist wohl das Wechselfieber, welches in dieser feuchten, schattigen Tiefe, wohin nie der prächtig kühlende Steppenwind bringt, binnen wenigen Stunden tödtlich zu werden vermag und schwer abzuwehren ist. Dazu kommen, wenn weiter oben Gewittergüsse den Strom geschwellt haben, Ueberschwemmungen, welche so plötzlich eintreten und so rasch wachsen, daß die Arbeiter oft kaum das nackte Leben, aber nicht die fertige Waare vor dem Fortschwemmen retten können. Daß es in der tiefen Einsamkeit wohl an menschlicher Hülfe, aber nicht an wilden Thieren und giftigen Schlangen und Insekten fehlt, versteht sich fast von selbst, giebt uns aber Gelegenheit, ein Abenteuer der beiden Schindelmacher mitzutheilen.

Sie hatten hoch oben am Felsenufer eine Höhle entdeckt, durch welche zwei schwarze Bären ein- und ausspazierten, und beschlossen, ihrem unvermeidlichen Besuche zuvorzukommen. Von der Farm wurden, um ganz sicher zu gehn, noch ein paar Kameraden herbeigeholt, und dann wurde der senkrechte Felsen erklettert. Aber es vermochte wohl ein Bär mit seinen scharfen Krallen an einem so hohen Cypressenstamme hinaufzuklimmen und den Eingang zur Höhle zu erreichen, nur nicht ein Mensch. Es wurde also oben auf dem Uferrande ein zweiter Eingang gesucht und glücklich gefunnden. Das Loch, für einen Bären gerade weit genug, reichte einige Fuß hinab und bog sich dann in's Wagrechte um.

Wer da allein hinabkriechen sollte — denn durch Feuer und Rauch ließen sich die Bestien nicht hervorlocken, mußte kopfüber hinab, um die Waffen gebrauchen zu können. Ein rasch entschlossener Gefährte — wir bedauern nicht mehr sagen zu können, ob es Brunko, Westphal oder Neubert war — kriecht kopfüber hinab und berichtet mit großer Seelenruhe, daß er im Halbdunkel, wenige Fuß in dem engen Raume vorwärts, zwei Paar feurige Augen sieht. Man bietet ihm die kürzeste Büchse an, welche zur Hand ist. Er schlägt sie aus, weil er, im Falle er den ersten Bären erlege, vor Pulverdampf den zweiten nicht würde beobachten können, zieht sein langes Messer und kriecht auf dem Bauche weiter hinab, bis er verschwindet. Den Anderen oben beginnt für den tollkühnen Kameraden zu bangen. Aber bald hört man seine dumpfe Stimme ankündigen, daß er den ersten Bären gut getroffen hat. (Der Bär hat bekanntlich an der Nasenwurzel eine sehr verwundbare Stelle.) Rasch folgen die weiteren Mittheilungen des Jägers, daß das verwundete Thier sich in den hintern, weiteren Theil der Höhle zurückgezogen habe, und daß das zweite Thier vorrücke; und in Kürze ruft er hinauf, daß auch dieses tödtlich getroffen sei. Bald darauf kommt er zurückgekrochen und meldet, daß noch mehrere junge Bären vorhanden seien. Nachdem die Alten verblutet waren, holte man sie mittels Stricken herauf und machte dann den Jungen leicht den Garaus. Und diese Heldenthat war bei allen etwas so Selbstverständliches, daß darüber nur gute und schlechte Witze gerissen wurden.

Selbst den Kindern theilte sich diese Furchtlosigkeit mit. Der Nachbar Degener wohnte jenseits der Guadalupe, und es gab für die Knaben (14 und 12 Jahre alt) keinen andern Schulweg, als über einen Cypressenstamm, welcher glücklicherweise quer über den Strom gefallen war und auf beiden Ufern, wohl 60 Fuß über dem gefährlichen Wasser, fest auflag. Diesen Weg legten sie, wohl Jahre lang, täglich zweimal zurück, um an dem Unterrichte Siemering's auf der Communistenfarm theilzunehmen. Davon wurde kein Aufhebens gemacht, obwohl dieser Fußsteig nicht einmal behauen und mit Geländer versehen war. Wohl aber hörten wir einst ihren Vater sie vor nordischen Gästen loben wie folgt: „Der wilde Puter, den ich hier zerlege, ist der achtundsiebzigste seit drei Monaten, den mir meine Jungen geschossen haben. Ohne sie würden wir selten frisches Fleisch auf dem Tische haben."

Folgende Heldenthat dieser Knaben wurde dem Schreiber dieses von der ganzen Ansiedelung verbürgt, um in die Zeitung aufgenommen zu werden. Die Erwachsenen waren alle im Cederwalde abwesend um Bauholz zu holen. Die Knaben sagen beim Zubettgehn der Mutter: „wenn du die Schweine im Koben kreischen hörst, so weck' uns; es ist ein großer Panther in der Nähe, der ihnen auflauert." Um Mitternacht werden sie von der Mutter geweckt, weil die Schweine kreischen, und sie springen im Hemde und barfuß mit den Büchsen hinaus und bitten die Mutter, ihnen rasch mit der Laterne zu folgen. Sie thut's, obwohl bei Hofe erzogen und an dergleichen nicht gewöhnt. „Du mußt," sagen die Knaben, „dicht an den Stamm dieser Lebenseiche treten und die Laterne über Dich halten. Fürchte nicht, daß der Panther auf Dich springe; er kommt nur todt herunter, aber wir müssen, weil er zwischen den Astgabeln fast ganz verborgen ist, sicher sein, daß wir keinen Fehlschuß thun." Die Mutter thut, wie ihr gerathen, und indem der Aeltere ruhig und lange auf die funkelnden Augen zielt und der Jüngere sich für den Fall, daß er nicht tödtlich trifft, in Anschlag hält, holt der erste Schuß das gefährliche Raubthier todt vom Baume herunter. Er maß von der Schnauze zur Schwanzspitze 8 Fuß und wog 285 Pfund.

Aehnlichen Geschichten könnten wir mehrere erzählen; wir ziehn es aber vor, den Beschluß mit dem Lebensende dieser beiden Heldenknaben zu machen. Als der Krieg gegen die Union begann und die jungen Deutschtexaner alle mit Gewalt in die südliche Armee ausgehoben werden sollten, zogen sich die beiden jungen Degener, damals 20 und 18 Jahr alt, mit 64 anderen Schicksalsgenossen in's Gebirge zurück, entschlossen, sich durch die Rotten des Sklavenhalter-Heeres nach Mexiko durchzuschlagen. Sie waren trotz unabläßiger Verfolgung ihrem Ziele schon ziemlich nahe, als sie beim Nachtlager an einer bewaldeten Schlucht mit Quelle, umzingelt wurden. Einer ganzen Hälfte gelang es, sich, mehr oder weniger übel zugerichtet, durchzuschlagen und nach Mexiko zu entkommen. Die beiden Degener aber, dazu außer Stande, wollten ihr Leben so theuer als möglich verkaufen und mit ihnen alle, deren Pferde abgemattet waren. Sie vertheidigten sich den ganzen folgenden Tag, und der Feind, der trotz bedeutenden Verlusten keinen Angriff wagte, siegte erst, als beide Heldenjünglinge — bis auf den letzten Hauch fechtend, ihr Leben ausgehaucht hatten. Die wenigen Ueberlebenden wurden nach San Antonio zu fortgeführt, bei jeder Haltestelle aber zwei von ihnen an Bäumen aufgeknüpft, die letzten zwei vor den Thoren der Stadt, wo Vater Degener wegen „Landesverraths" im Gefängnisse saß. Als man ihm schonend meldete, einem seiner Söhne sei etwas zugestoßen, rief er: „Ihr lügt! Die theilen jedes Schicksal. Sagt es gerade heraus — sie sind beide todt!"

Die Moral des Handelsstandes.

So oft wir Gelegenheit nehmen, das herrschende System ein unsittliches zu nennen, findet die gegnerische Presse in unserer moralischen Entrüstung nur die Absicht, Alles bestehende zu besudeln. — Es ist den Leuten geradezu unmöglich, sich aus den Fesseln der verderbten Sitte zu unseren reinen Moralbegriffen zu erheben; und die unbequeme Wahrheit auszusprechen erscheint ihnen nur, wie Schelling sagt, als „unsittliches Betragen".

Und doch — was finden wir bei unserem gesammten Handelsstande als baaren Betrug?

Welcher Kaufmann darf behaupten, stets nach den Vorschriften der Moral und Ehre verfahren zu haben? Erlogene Facturen, erlogene Einkaufspreise, die mit den heiligsten Eiden dem Käufer als die richtigen versichert werden, Lieferung unter der Musterqualität; das Alles ist Regel und — Recht!

Hören wir nun folgendes Eingeständniß, welches der „Berliner Börsenzeitung" in einem Jubelartikel über Stroußberg's Verurtheilung zur — Freiheit entschlüpft ist.

„Das gesammte Wirthschafts- und Geschäftsleben unserer Zeit müßte aber zusammenbrechen, wenn man dasselbe in die Zwangsjacke solcher Principien einschnüren wollte, ja es müßte sich das gesammte „Rechtsbewußtsein" im Staatsleben gegen eine Anwendung derartiger Principien auf die geschäftlichen Transactionen auflehnen.

„Wenn ihm gewisse Transactionen zum Vorwurf gemacht werden, die vom Standpunkte der strengen Schulmoral eine Anfechtung erfahren mögen, so kann er zu seiner Entschuldigung anführen, daß das ganze geschäftliche Leben der Gegenwart von solchen Transactionen geradezu erfüllt ist. Wollte man diese Transactionen nach denselben Prinzipien beurtheilen, die der Moskauer Staatsanwalt Stroußberg gegenüber auseinander setzte, so müßte man alsbald die Strafgesetzbücher aller Staaten umwandeln und die Zahl der Staatsanwälte in's Außerordentliche vermehren."

Was ist der langen Rede kurzer Sinn? Der Handel ist voller Betrug und fügen wir hinzu, erbärmlicher, corrupterweise sagt unsere „öffentliche Meinung" dazu: von Rechtswegen! — Vertrauen heißt Thorheit und wehe dem Arglosen, der auf die Ehrenhaftigkeit unserer Kaufleute rechnet. „Der Dumme muß geprügelt werden" das ist Bourgeois-Moral und wenn er zu Markte kommt, freuen sich die Krämer!

Ja Krämer, wahre Krämerseelen sind unsere Kaufleute und großen Industriellen, die ihre „eigene" Anschauung von Moral und ein eigenes „Rechtsbewußtsein" haben.

Und nun das Schlimmste:

Wer will in dieser Welt des Geldes, in welcher Geldbesitz und Ehre synonym sind, wer will es dem Einzelnen verargen, wenn ihm jedes Mittel gut dünkt, zu Gelde zu kommen? Das System erzeugt seine „eigenen" Moralbegriffe.

„Nach Golde drängt, am Golde hängt ja Alles!"

Wer will dem Gründer — dieser Blüthe unseres Wirthschaftssystems — einen Vorwurf machen, wenn er en gros betreibt, was alle, alle — ehrenwerthe Männer — in bescheidenen Grenzen thun? Ein erlogener Einkaufspreis, ein erheuchelter Prospekt und die Million ist „verdient", — mit demselben Rechte verdient, mit dem uns jeder Kaufmann Plunder für gute Waare verkauft und beschwört, er verdiene nur 3 Pfennige per Meter!

Verfault und morsch ist diese Welt, die Welt des herrschen-

den Systems und gemein und niedrig ihre Handlungsweise, weil sie gar noch ihre „kaufmännischen Maximen“ für „Recht“ empfindet!

So lange Geld die alleinseligmachende Losung bleibt, so lange im wahnwitzigen Concurrenzkampfe kein Mittel zu schlecht ist (denn wie die schlechte Schwindelwaare kämpft auch die niedere Moral siegreich gegen die bessere!) so lange Geld Ersatz ist für Ehre: so lange werden die „kaufmännischen Prinzipien“ mit der Moral unvereinbar bleiben und erst der Sozialismus kann Jedem die gleichen ehrenvollen Pflichten und Rechte zumessen; erst der Sozialismus wird uns Allen nicht nur unser ruhiges Brot, sondern auch der „öffentlichen Meinung“ den Begriff von Ehre wiedergeben. S. L.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der wirthschaftliche Bankerott Deutschlands. Wie aus guter Quelle den größeren Zeitungen mitgetheilt worden ist, wird sich das deutsche Reich an der nächsten Pariser Weltausstellung nicht betheiligen. Die in schwerer Krankheit darniederliegende deutsche Industrie erhält durch die Nichtbetheiligung den Todesstoß. So haben wir also jetzt neben dem politischen Bankerott, der sich in dem Abhängigkeitsverhältniß von Rußland zeigt, noch den wirthschaftlichen Bankerott.

— Das friedliche „Väterchen“. Wie man in Rußland an entscheidender Stelle über die Lage denkt, zeigt am deutlichsten folgendes Petersburger Telegramm vom 16. d. M.: „Bei der gestrigen Truppenrevue auf dem Marsfelde richtete der Kaiser an die um ihn versammelten Generale und Offiziere die Worte: „Meine Herren, wünschen wir dem Oberstkommandirenden den besten Erfolg!“ Diese Worte des Kaisers wurden mit einem einstimmigen Hurrah aufgenommen.“ — Die Maske ist vollständig gefallen. Nieder mit den „erbfeindlichen“ Reichsfeinden, es leben die „erbfreundlichen“ Reichsfreunde! Es lebe die russische Cultur!

— Es hat wieder einmal gelaskert. Als die Pause von acht Tagen bei den Reichstagsverhandlungen gemacht wurde, wußten wir gleich, daß es den wenigen freiheitlichen Bestimmungen in den Justizgesetzen an den Kragen gehen sollte. Wir wußten, daß compromittirt, daß „gelaskert“ werden sollte. Hinter den Coulissen ist wieder das bekannte saubere Spiel getrieben worden, so daß sogar die „Volkszeitung“ folgendermaßen tief entrüstet schreibt: „Wohl einer der unglücklichsten Beschlüsse, die die Reichs-Justizkommission in ihrer letzten Sitzung faßte, ist der auf Antrag des Abgeordneten Lasker zu Stande gekommene, daß zur Verhütung eines Mißbrauchs des Beschwerderechts gegen einen die Strafverfolgung ablehnenden Bescheid der Staatsanwaltschaft der Antragsteller zu einer Sicherheitsleistung verpflichtet sein soll, und daß ihn weiter, wenn der Angeschuldigte außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen wird, die Kosten des Verfahrens treffen. Bei der ersten und zweiten Lesung hatte die Commission sehr richtig beschlossen, daß, wenn die Staatsanwaltschaft den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung abgelehnt habe, stets auf Anrufen die Entscheidung darüber, ob die Ablehnung gerechtfertigt sei, einer richterlichen Prüfung unterstellt werden müsse, indem die schließliche Entscheidung nicht einer Verwaltungsbehörde überlassen werden könne, welche in ihrer vollständigen Abhängigkeit von der Regierung die Garantien einer unparteiischen Rechtspflege keineswegs zu bieten vermöge. Dieser Beschluß ist allerdings aufrecht erhalten worden, leider aber nur formell, denn der eingangserwähnte zusätzliche Beschluß erschwert den Beschwerdeweg so sehr, daß man in den meisten Fällen darauf verzichten wird, ihn einzuschlagen.“ — Die Sache wird sich also dermaßen gestalten: Wird zum Beispiel Bismarck von einem sozialistischen Reichstagsabgeordneten beleidigt, so klagt der Staatsanwalt — weil Bismarck eine öffentliche Person ist. Tritt der umgekehrte Fall ein, so klagt der Staatsanwalt auch auf Antrag nicht, trotzdem der sozialistische Reichstagsabgeordnete eine öffentliche Person ist. Will Letzterer aber dennoch klagen, so muß er erstens eine Sicherheit leisten und zweitens, im Falle das Gericht auf den Antrag nicht eingeht oder den Angeschuldigten freispricht, die Kosten des Verfahrens tragen. — Armer Reichsbote — glücklicher Bismarck!

— Zur Niederlage der deutschen Industrie. Von einem Arbeiter erhalten wir folgende Zuschrift, die wir gern veröffentlichen, da sie zu den vielen anderen, von Herrn v. Bismarck in seiner „berühmten“ Reichstagsrede wieder die Sozialdemokratie nicht berührten Gründe, auf welcher die Niederlage der deutschen Industrie beruht, einen neuen Grund angiebt:

„Zur Vervollständigung der Reuleaux'schen Briefe und Vorträge wage ich, gestützt auf langjährige Erfahrung in verschiedenen Fabriken ꝛc., zu sagen:

Die deutsche Industrie hat einen großen Fehler an sich; es ist der Gamaschensinn, der Kasernensinn, der in den Fabriken herrscht, und sich dadurch zeigt, daß er Corporäle da hinsetzt, wo intelligente Männer hin gehören. Die Werkführer der meisten Etablissements sind Leute, die sich durch Liebedienerei, Knechterei und Ausbeutersinn hervorthun, die feig und superklug nach oben, brutal nach unten sind. Daß solche Leute, die erst aus den Mittheilungen intelligenter Arbeiter ihre Weisheit schöpften, die tüchtige Arbeit und den Geschmack nicht fördern können, ist selbstverständlich; ja gewöhnlich sind solchen Werkführern intelligente Arbeiter im Weg; dieselben müssen fort. Der Werkführer-Corporal kann nur pünktliche Sclaven gebrauchen, dazu gibt sich der bessere Arbeiter aber nicht leicht, nicht lange her. Derartige Werkmeister sind gewöhnlich auch zu unwissend, um weiter zu sehen, sie vergessen über kleinlichen augenblicklichen Vortheilen alle größeren indirekten Schäden; und die Prinzipale achten gewöhnlich zu wenig auf solch verderbliches Treiben.

Darum sage und behaupte ich, daß einen nicht geringen Theil Schuld an der Blamage der deutschen Industrie die Werkführer-Corporale tragen.“

Der Brief enthält gewiß sehr viel Wahres. Die meisten Werkführer aber sind ja auch abhängig, die Prinzipale und Direktoren stehen hinter ihnen, machen sie ängstlich und brutal und dadurch unfähig zur vernünftigen Leitung. Der Direktor sieht gern, wenn der Werkführer recht stramm gegen die Arbeiter auftritt, wenn der Werkführer sich um Alles und Jedes bekümmert, wenn er recht „liebedienerisch“ ist — und so werden die „Werkführer“ zur Schädigung der Industrie von oben herab schlecht erzogen.

Hieran anschließend wollen wir noch einen ferneren Grund anführen, weshalb die deutsche Industrie so darniederliegt und wir halten uns dabei — merkwürdigerweise! — an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. In einem Artikel, in welchem sie übrigens wüthend auf die Sozialdemokraten schimpft und Maßregeln gegen uns herbeiführen will, sagt das frühere Leiborgan Bismarck's, „daß an der traurigen wirthschaftlichen Lage Deutschlands die ebenso nothwendigen, wie glorreichen Kriege mehr Schuld sind, als der Gründerschwindel und andere Nebenursachen“. Das Blatt meint noch dabei, daß dies ein Punkt sei, den man noch sehr selten erörtert habe. Diese Behauptung ist allerdings mehr als stark. Wie oft haben unsere Parteiorgane den Militarismus, die glorreichen Kriege für einen Culturrückschritt, für das Verderben der Nationen erklärt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat also nichts Neues, aber abgesehen von der Betonung der Nothwendigkeit der Kriege, etwas Wahres gesagt, was ihr sehr selten passirt.

Ein schlichter Arbeiter nnd die vornehme „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sie haben beide je einen Beweis beigebracht, der die Anklage des Fürsten Bismarck gegen die Sozialdemokratie, daß sie die Niederlage der deutschen Industrie verschuldet habe, zum Uebermaß noch weiter entkräften. Armer Bismarck!

— Eine Blüthe der Nation. Die „Osnabrücker Zeitung“ schreibt: „Vor Kurzem ließ sich hier ein Offizier zu einer Ausschreitung hinreißen, die allgemeine Verurtheilung erfährt. Von einer Seite wird uns der Sachverhalt folgendermaßen mitgetheilt: Wie jedesmal bei der Ankunft und Abfahrt von Zügen, standen auch am verflossenen Mittwoch Abend die Kutscher der hiesigen Hotelwagen am Perron des Köln-Mindener Bahnhofes, um Reisende zu empfangen. Sie unterhielten sich lebhaft und belachten ihre Scherze. Ein Offizier, der eben vorbeiging, als der Hilfskutscher von Schaumburg's Hotel laut auflachte, glaubte durch dieses Gelächter verspottet zu sein, ging auf den Kutscher zu und fragte ihn nach der Ursache dieses Lachens. Als derselbe weiter lachend keine Antwort gab, zog der Offizier seinen Degen, schlug dem Kutscher einen Theil der Nase ab und gab ihm noch einige flache Hiebe auf Arm und Rücken. Von anderer Seite wird erzählt, der betreffende Kutscher habe eine Aeußerung des Offiziers im Gespräche mit dessen Kameraden spöttisch wiederholt und dadurch den Offizier zu der „Züchtigung“ veranlaßt. Sei dem wie ihm wolle; auch wenn der Offizier wirklich von dem Kutscher beleidigt worden ist, lag dennoch kein Grund vor, sofort von der Waffe Gebrauch zu machen. Von einem Offizier sollte man doch erwarten, daß er so viel Selbstbeherrschung besitzt, um nicht Ungezogenheiten eines Kutschers sofort blutig zu bestrafen. Würde jeder Soldat jedes Mal, wenn man in seiner Nähe lacht, von seinem Seitengewehre Gebrauch machen, dann würde es um die persönliche Sicherheit der Civilpersonen sehr schlecht bestellt sein.“ — Also allgemeine Verurtheilung hat die blutige That des Offiziers erfahren — so schreibt ein liberales Blatt. Ob auch Herr Miquel, der Oberbürgermeister von Osnabrück, zu dieser Allgemeinheit gehört? Ihm wäre es ja ein Leichtes, die ernstliche Bestrafung dieser merkwürdigen Blüthe deutscher Nation zu erlangen. Im Uebrigen ist es sehr erklärlich, daß unsere Offiziere, angesichts der Aussicht, an der Seite des „Erbfreunds“ die russische Cultur auf des Schwertes Spitze nach Constantinopel zu tragen, jetzt schon Waffenübungen anstellen. An die Seite der montenegrinischen nasenabschneidenden Culturbrüder paßt augenscheinlich die „Blüthe der Nation“. Kommt einer von der bürgerlichen Kanaille dabei zu Schaden — was thut's, die Strafe ist eine sehr geringe. Recht wäre es übrigens gewesen, wenn die Droschkenkutscher mit vereinten Kräften über den „Nasenabschneider“ hergefallen wären und ihn tüchtig durchgeprügelt hätten.

— Stephan kann sich freuen! — In Betreff der Briefstieberei will Liebknecht ja bekanntlich folgenden Antrag stellen: „Der Reichstag wolle beschließen, eine Commission niederzusetzen, welche die immer mehr sich häufenden Beschwerden über Verletzung des Briefgeheimnisses zu untersuchen, und falls sich dieselben als begründet erweisen sollten, Maßregeln zur Abhilfe vorzuschlagen hat.“ — Der „Vorwärts“ bemerkte kürzlich, daß die sozialistischen Abgeordneten zur Einbringung dieses Antrags Stimmen sammelten. Dazu sagt nun die „Volkszeitung“: „Wir denken, es wird nicht schwer werden, die zu diesem Antrag nöthigen Unterschriften zu finden.“ Wir freuen uns! Liebknecht, der sich gegenwärtig im Offenbach-Dieburger Wahlkreis befindet, wird auf den Wink des Fortschrittsblattes hiermit aufmerksam gemacht.

— Kriegsfrüchte. Im Dorfe Oberspier bei Sondershausen waren an einem Abende vor kurzer Zeit die jungen Leute des Ortes und unter ihnen mehrere Mitglieder des „Kriegervereins“ versammelt. Der gleichfalls anwesende Gensdarm, dessen ruhiges und gelassenes Benehmen gerühmt wird, verbot den Burschen einige Handlungen, die ihm nicht schicklich schienen. Als ihm nicht gehorcht wurde, gebot er Feierabend. Auf dieses Gebot schienen mehrere der jungen Leute nur gewartet zu haben. Einer unter ihnen, der dem Kriegerverein angehört, gab dem Orchester einen Wink und auf das von dort ertönende Trompetensignal stürzte sich nun ganz plötzlich und wie auf vorherige Verabredung eine Anzahl der jungen Leute auf den dessen nicht gewärtigen Gensdarmen, den sie durch Schläge mit den Bierseideln u. s. w. betäubten, ohne daß derselbe von seiner Waffe Gebrauch machen konnte. — Die Mehrzahl der Excedenten hat den Krieg 1870—1871 mitgemacht, wie die Untersuchung festgestellt hat.

— Die verkommenen Franzosen. Der „Kreuzzeitung“ wird Folgendes berichtet: Der Vater eines im Kriege 1870 bis 1871 in Frankreich gefallenen und in Donchery (Ardennen) begrabenen preußischen Offiziers, eines geborenen Mecklenburgers, hat im Frühling d. J. an den dortigen Maire, Herrn Perbulot, geschrieben, um sich nach dem Zustande des Grabes seines Sohnes zu erkundigen. Die freundliche Antwort des Maires lautet: „Der Gemeinderath hat beschlossen, daß die Leichen der Deutschen, welche auf unserm Kirchhofe begraben sind, nicht anderswohin gebracht werden sollen. Die Plätze, wo sie begraben sind, sollen vielmehr beständig bewahrt werden, und es soll nie gestattet sein, an den Grabstätten der Gefallenen sich zu vergreifen. Ich hoffe, daß dieses Beispiel in Deutschland Nachahmung findet, und daß unsere Kinder, welche die Opfer dieses schrecklichen Krieges geworden sind, in Ihrem Vaterlande dieselbe Rücksicht finden, welche wir den Ihrigen erweisen.“ — Würden auch wohl die „hochgebildeten“ Russen, unsere „Erbfreunde“, solches erbfeindliches Schreiben an uns nach einem Kriege erlassen? Pfui! über die verkommenen Franzosen, ein Hoch den kulturkämpferischen Russen!

— Zu den Reichstagswahlen. Der „Hamburgische Correspondent“ bringt folgenden, auch für weitere Kreise höchst interessanten Artikel, der ein glänzendes Licht auf die zu den bevorstehenden Reichstagswahlen von unseren Parteigenossen entfaltete Thätigkeit wirft. Wir entnehmen demselben folgende Stelle:

„Die sozialdemokratische Partei in Hamburg hat in den letzten Tagen einen Beweis von praktischer Einsicht in die Erfordernisse einer gründlichen Agitation, ein Zeichen von Thätigkeit und Unverdrossenheit in Verfolgung ihrer Ziele gegeben, welches den bürgerlichen Kreisen unseres Gemeinwesens nicht nur zu denken geben, sondern dieselben zum Handeln berufen und sie an den Ernst der Situation bei der Reichstagswahlagitation eindringlich mahnen sollte. Die Sozialisten — das lehrt ihr gleich näher zu bezeichnendes Vorgehen — haben volles Verständniß für die Wahrheit, daß bei den nächsten Reichstagswahlen ein möglichst genauer Ueberblick über Zahl, Wohnort und Verhältnisse der Wähler, also eine Wähler-Statistik, für den agitatorischen Schluß-Erfolg von unschätzbarem Werthe sein muß, und von dieser Einsicht ist für sie nur Ein Schritt zur wirklichen und thatsächlichen Vorbereitung einer, in ihrem Interesse brauchbaren Wähler-Statistik gewesen. In den letzten Tagen ist nämlich seitens der Sozialisten von Haus zu Haus an jeden Wohnungsinhaber die Aufforderung gesandt worden, auf ein beigelegtes Formular alle Namen der in der Wohnung befindlichen über 25 Jahre alten männlichen Personen zu verzeichnen. Die ausgefüllten Listen dieser Art werden wieder abgeholt; sie sollen zur Vervollständigung der Wählerlisten dienen, damit möglichst wenige Wahlberechtigte diesmal durch das Fehlen ihres Namens in den unvermeidlicher Weise immer unvollständigen Wählerlisten an der Ausübung ihres „höchsten politischen Rechtes“ verhindert werden. Wir stehen also vor der Thatsache, daß, während bei uns in den bürgerlichen Kreisen die Wahlbesprechungen sich noch mehr in der Gestalt guter Vorsätze, als in der Form praktischer Maßregeln bewegen und nur dem Eingeweihten überhaupt näher bekannt sind, von sozialistischer Seite die Mobilmachung des größtmöglichsten Aufgebotes von Parteigängern und Mitläufern ihrer Farbe durch wohlorganisirte nnd energisch in Angriff genommene Aufstellung von Stammlisten ihrer Wahlvereine in vollster Vorbereitung sich befindet. Auf Grund der Resultate ihres gesetzlich nicht anzufechtenden Sammelfleißes dürfen sie mit Recht hoffen, daß sie später während der Reklamationsfrist gegen die offiziellen Wählerlisten besser und gründlicher Appell halten können, als wir anderen guten Bürger dieser Stadt; und alle Erfahrung spricht dafür, daß eine Partei, welche die ihr zugänglichen Stimmgeber auf Grund der relativ vollständigsten Information am lautesten und beharrlichsten zusammentrommelt, vor allen anderen einen gewaltigen Vorsprung von vornherein besitzt.“

Mögen unsere Parteigenossen allerorts dem Beispiel unserer tüchtigen Hamburger Genossen folgen.

— Das mittelfränkische Schwurgericht verurtheilte den Redakteur des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokraten“, Baumann, wegen Preßvergehen (Beleidigung des Königs von Bayern und des Landshuter Magistrats) zu 4½ monatlicher Gefängnißstrafe, ferner den Parteigenossen Löwenstein, von Fürth, wegen Beleidigung des Landshuter Magistrats zu einmonatlicher Gefängnißstrafe.

— Der „Chicagoer Sozialist“ heißt eine neue sozialistische Zeitung in Amerika, welche wöchentlich sechsmal im allergrößten Zeitungsformat erscheint, und durch die Mannigfaltigkeit ihres Inhalts sich auszuzeichnen verspricht, willkommen. Wir wünschen dem neuen Prediger in der Wüste amerikanisch-kapitalistischer Corruption eine recht zahlreiche Jüngerschaft.

Innere Parteiangelegenheiten.

Als Agenten der Partei sind ernannt: Stötteritz: E. Grube; Apolda: J. Dorn, J. Kaufmann; Mannheim: Ph. Mai; Gablenz: E. Müller; Plauen: E. Pögelt; Gräfenthal: A. Paschold, E. Hannemann; Freiburg: F. Haug; Zeulenroda: K. Dabler, Chr. Perthel; Heiligenstadt: A. Sommer, J. Burkardt; Oschatz: H. Springefeld, D. Flesch; Großhausdorf: F. Biel.

Hamburg, 16. November 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß

C. Derossi. J. Auer.

Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Glasgow, 10. November. (Schluß.) Es geht das Gerücht, daß der Premier am Schlusse der kommenden Parlamentssession von seinem Amte zurücktreten werde. Er habe diese Absicht schon zu Schluß der verflossenen Session gehabt, als er in den Adelsstand erhoben und in das Oberhaus versetzt wurde; allein die Königin habe ihn ersucht, Angesichts der schwierigen Lage des Cabinets, im Amte zu bleiben. — Als sein wahrscheinlicher Nachfolger werden Lord Derby (der gegenwärtige Minister des Auswärtigen) und der Marquis of Salesbury genannt. Von den starren Conservativen wird Letzterer, von den liberalen Conservativen (denn solch' wunderliche Käuze gibt es hier ebenso wie conservative Liberale) hingegen Ersterer vorgezogen. Lord Salesbury ist übrigens zum Vertreter Englands auf der demnächst zusammentretenden Conferenz zur Schlichtung der orientalischen Frage ernannt worden.

Zur Abwechslung treibt der Spiritualistenschwindel wieder einmal ganz ergötzliche Blüthen. Das nächste „Medium“ ist der Yankee „Dr.“ Slade, welcher in seinem Hause Sitzungen hält, in denen er von den Geistern verstorbener Anverwandten seiner jedesmaligen Kunden „Botschaften“ auf eine Schiefertafel schreiben läßt. Daß sich Leute finden, welche für den Schwindel ihre Guinea (1 Guinea = 21 Schillinge oder Mark) bezahlen, ist nicht zu verwundern, besonders in England, wo die Zahl der Idioten, welche vor Langeweile nicht wissen, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollen, Legion ist. Mit dem Privatvergnügen allein gibt sich aber der englische Geldprotz, in dessen Blödsinn Methode ist, nicht zufrieden. Er will den Ausschweiß seiner impotenten Gehirnmaterie unter dem Gewande der Wissenschaft auf den Markt bringen, um auch noch diesen Begriff zu verkehren und zu discreditiren, wie er es schon mit so viel anderen erhabeneren gethan, deren sich ein anständiger Mensch kaum mehr bedienen kann, ohne mißverstanden zu werden. Es hat sich daher eine „Nationale Spiritualistische Gesellschaft“ gebildet, welche es sich zur Aufgabe macht, diese neue „Wissenschaft“ zu cultiviren und ihr Anerkennung zu verschaffen. An Unverschämtheit für solchen Zweck mangelt es jener Idiotensippe keineswegs, wie aus Folgendem ersichtlich: Gegen Ende der Sitzungen des jüngsten Jahres-Congresses der „British Association for the promotion of Sience“ (Britische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften) in Glasgow (September 1876) gelang es einem Herrn „Professor“ Barrelt in der Sektion für Anthropologie einen Vortrag zu halten unter dem Titel: „Erscheinungen in Verbindung mit abnormalen Geisteszuständen“ („Phenomena associated with abnormal conditions of mind“). Dieser Titel erwies sich sofort als ein gemeiner Kniff (von dem übrigens der Obmann der anthropologischen Sektion und Mit-Idiot, Dr. Wallace gewußt haben muß) um das Thema des

Spiritualismus in die Verhandlungen der Britischen Association zu schmuggeln. Der Herr Professor erzählte (unglaublich aber wahr) von schwebenden Jungfrauen, zupfenden und stoßenden Geistern. Er habe einmal den Herzfünfer in ein Buch gesteckt, dasselbe an das Hinterhaupt eines jungen Fräuleins, nahe am linken Ohr, gehalten und sofort habe das Fräulein die Karte errathen. — Am Schlusse der „wissenschaftlichen" Abhandlung beantragte Herr Barrelt, die Association solle ein Comité zur Untersuchung dieser Erscheinungen ernennen! — Die Debatte, die diesem Vortrage folgte, spottet der Beschreibung. Jeder der anwesenden „Spiritualisten" (manchmal alle zusammen) erzählte seine erlebten „Thatsachen". — Zu einem Beschlusse kam es glücklicherweise nicht, sondern die Versammlung löste sich in Unordnung auf.

Herrn Professor Lancaster (London) gebührt das Verdienst den Geistescorrespondenten Dr. Slade bloßgestellt und dem Strafgerichte überliefert zu haben. Er ging nämlich mit Dr. Donkin zu einer Sitzung Slade's und verlangte eine Botschaft vom Geiste eines (vorgeschützten) verstorbenen Anverwandten. Als nun Slade seinen Hokuspokus mit der Schiefertafel machen wollte (gewöhnlich hielt er sie unter den Tisch, wo dann die Botschaft von dem Geiste geschrieben zu werden pflegte), entriß ihm Professor Lancaster, der einige verdächtige Bewegungen bemerkt hatte, dieselbe und — fand sie bereits beschrieben, bevor sie unter den Tisch in die Obhut des Geistes gegeben worden. — Die Herren bezahlten ihre Guineen und Herr Lancaster citirte hierauf das „Medium" Slade auf Grund des „Vagrant act"*) vor den Polizeirichter. Die Sache machte großes Aufsehen, da bisher gewöhnlich arme Teufel von Zigeunern unter dem Buchstaben dieses Gesetzes verfolgt worden waren und die Verhandlungen vor dem Magistrats-Richter Flowers in Bowstreet gegen den Vagabunden aus dem West-End nahmen 4—5 Tage in Anspruch. Nebst den verschiedenen naiven Zeugen, die für ihr Geld in den spiritualistischen Sitzungen von unsichtbaren ästhetischen Geistern herumgeboxt, an den langen Ohren gezogen und in die Waden gekneipt worden waren, wurde auf Antrag des klägerischen Rechtsfreunds auch ein professioneller Taschenspieler vernommen, welcher die irdischen Kniffe mit Griffel und Schiefertafel demonstrirte, obgleich dieser Zeuge für den speziellen Fall nicht von Belang war. Slade vermochte die Aussage der Herren Lancaster und Donkin durch die Aufführung einer Anzahl „Gläubigen" nicht zu entkräften. Und doch wäre dies so leicht gewesen, wenn sich der Geist seiner verstorbenen Frau, der in seinem Hause so viel Botschaften auf diverse Schiefertafeln schrieb, herbeigelassen hätte, dasselbe öffentlich im Verhandlungssaale zu thun. — Und so fand denn der Richter nach Schluß des Beweisverfahrens und der Plaidoyers, daß 1) die bezügliche Handlung unter die Bestimmungen des Vagrant act falle, und daß 2) sie von Herrn Slade an dem Kläger begangen wurde. Das Urtheil lautete auf 3 Monate Gefängniß mit Zwangsarbeit. Gegen dasselbe wurde Berufung angemeldet und der Verurtheilte gegen eine Caution von 400 Pfd. Sterling auf freiem Fuß belassen. Die Verhandlung und das Urtheil dürften ihre Wirkung auf das große Publikum nicht verfehlen. Die Spiritualisten „aus Prinzip" lassen sich natürlich ihre theuer erkaufte Ueberzeugung nicht so leicht nehmen, obgleich es Manchem unangenehm sein dürfte, zu einer Gesellschaft zu gehören, deren neuestes Licht als gemeiner Betrüger auf die Tretmühle geschickt wird. Die Dummen, die hier schon gar nicht „alle werden", betrachten den fashionablen Beutelschneider als Märtyrer einer heiligen Sache. Die neueste Phase des Spiritualismus aber, der seine wunderthätige Kraft bis jetzt in Tischrücken, Sesselheben, Gliederreißen und Botschaftschreiben erprobt hat, ist nach dem Londoner „Punsh": „Oakum Picking and Treadmilturning" (die Zwangsarbeit der Zuchthäusler: Wergzupfen und Tretmühledrehen). — A. Sch.

Zürich, 12. November. In Nr. 12 des „Vorwärts" befindet sich in der Correspondenz „Aus der Schweiz" über die Banknotenbewegung des Kantons Zürich folgende Bemerkung: „Verlangen 5000 Bürger die Vorlage eines Gesetzes, dann muß der große Rath dem Antrage entsprechen. Die 5000 Unterschriften sind nun schon beisammen, und möglicherweise hat sich schon die nächste ordentliche Versammlung des großen Rathes mit dem Gegenstande zu beschäftigen." Da dieses unter den Lesern des „Vorwärts" einerseits Mißverständnisse hervorrufen könnte, und anderseits die Züricher Banknotenbewegung einen charakteristischen Beitrag zur Geschichte des herrschenden Parlamentarismus bildet, dürften hierüber einige Bemerkungen am Platze sein. Während die Bundesverfassung bei neuen vom Nationalrathe ausgearbeiteten Gesetzen nur das Recht der Verwerfung zuläßt, wenn sich 30,000 Unterschriften dafür gefunden, in welchem Falle eine allgemeine Volksabstimmung angeordnet wird, setzt die Verfassung des Kantons Zürich fest, daß 5000 Bürger in kantonalen Fragen berechtigt sind, Gesetze in Vorschlag zu bringen. Der § 28 der Verfassung sagt: „Das Volk übt die gesetzgebende Gewalt unter Mitwirkung des Kantonsrathes aus." Hat sich die verfassungsmäßige Zahl für ein neues Gesetz gefunden, so ist der Kantonsrath verpflichtet, diesen Gesetzesvorschlag unverändert zur Abstimmung zu bringen, dahingegen hat er das Recht, 1) einen Gegenvorschlag zu machen, welcher dann zugleich mit zur Abstimmung kommt, 2) die Verwerfung, 3) die Annahme zu empfehlen, und 4) kann er sich jeder Kundgabe für und wider enthalten; auf keinen Fall hat der Kantonsrath jedoch das Recht, an dem Gesetzesvorschlag der Initiaten etwas zu ändern. Vor mehreren Monaten wurde im Kantonsrathe der Antrag gestellt, man solle einige Privatbanken berechtigen, die Ausgabe von Banknoten um einige Millionen zu erhöhen. Diesem gegenüber stellte unser Parteigenosse Bürkli den Antrag, den Privatbanken die Bewilligung zur Banknoten-Ausgabe zu entziehen, und das Banknotenmonopol nur der Kantonalbank (Züricher Staatsbank) zuzugestehen. Wie vorauszusehen, wurde der Antrag Bürkli von den „Volksvertretern" mit 115 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Die Minderheit, mit diesem Beschluß nicht zufrieden, wandte sich mit einem Aufruf an das Volk und forderte zum Initiativbegehren auf, indem es zugleich eine Gesetzesvorlage und Unterschriftenbogen versandte. Wie der Kantonsrath das „Volk" vertreten hatte, zeigte sich alsbald, indem in einem Zeitraum von 2—3 Wochen bereits 10,000 Unterschriften — also das doppelte der verfassungsgemäßen Zahl — für das Initiativbegehren gefunden, so daß dieses Gesetz demnächst zur Abstimmung kommt, welche unzweifelhaft für die Volkssache und gegen die bedeutende Majorität des Kantonsrathes ausfällt. Ob Letzterer den Mantel nach dem Winde drehen und die Annahme des Gesetzes empfehlen wird, ob er den traurigen Muth besitzt, seine Anschauung vor dem Volke zu vertheidigen, oder ob er nach der Regel: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold" das Maul halten und stumm das Urtheil des Volkes anhören wird, soll uns der in diesen Tagen zusammentretende Kantonsrath lehren. Einstweilen beweisen unsere liberalen Zeitungsschreiber, daß der Antrag außerhalb des „Rechtes" stehe, weil er die Gewerbefreiheit gefährde, glücklicherweise weiß das Volk mit oder ohne Advokatenphrasen, wie es zu stimmen hat. — Ueber das Resultat der Abstimmung nächstens.

Königsberg. Herr Staatsanwalt Hecht erhob bekanntlich im Januar d. J. Anklage gegen drei von denjenigen Bürgern unserer Stadt, die zu den im Juni 1874 aufgelösten hiesigen Volksversammlungen eingeladen hatten, und zwar gegen die Herren Max Herbig, Hermann Arnoldt und Grigatis, weil die beiden ersten Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gewesen waren und Letzterer ein enragirter Gesinnungsgenosse derselben gewesen sein sollte. — Die Anklage behauptete, die qu. drei Versammlungen seien Fortsetzungen eines vorläufig geschlossenen politischen Vereins der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gewesen und die Angeklagten hätten durch ihre Betheiligung resp. durch die Veranstaltung derselben den § 16 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 verletzt. In erster Instanz wurden die Angeklagten von der ersten Criminal-Deputation des hiesigen königlichen Stadtgerichts am 10. Februar c. freigesprochen. Die königl. Staatsanwaltschaft appellirte, und nachdem auf Resolution des hiesigen ostpreußischen Tribunals die Polizeibeamten, welche jene Versammlung überwachten, am 6. d. M. nochmals vernommen worden, erfolgte seinerseits die Bestätigung des ersten freisprechenden Urtheils. Die Richter-Collegien beider Instanzen haben also die auch schließlich vom Herrn Minister des Innern adoptirte Annahme, daß jene drei öffentlichen Versammlungen Fortsetzungen eines geschlossenen politischen Vereins gewesen seien, verworfen. In beiden Instanzen vertheidigten sich die drei Angeklagten selbst. Die Entscheidungen sind insofern wichtig, als dieselben von der sonst so beliebten Praxis abweichen, Versammlungen zu „Fortsetzungen" eines geschlossenen politischen Vereins zu stempeln, sobald dieselben von früheren Mitgliedern eines solchen einberufen werden.

V. **Frankfurt a. M.**, 14. November. Ob die Suppenanstalten, die ein armer abgebrannter Arbeiter benützen muß, wenn er nicht verhungern oder zum Verbrecher werden will, das Wahlrecht illusorisch machen? Wenn, so wäre das in der That vom Gesichtspunkte der Bourgeoisie aus ein herrlicher Gedanke, sie zur Table d'hôte der arbeitslosen Menschheit zu machen und damit eine große Masse majorenner Bürger des preußisch-deutschen Kanaans von der Wahlurne fern zu halten. Vielleicht liegt mehr dieser Zug in dem Plane, auch in hiesiger Stadt eine Suppenanstalt zu errichten, als der menschlicher Rührung. Ich erfuhr es vorige Woche, daß man sich maßgebenden Ortes mit dem Gedanken trage, die hiesige subsistenzlose Arbeiterbevölkerung auf Staatskosten abzufüttern. Traurig ist es, daß im heutigen Staate die Regierung den ausgehungerten Arbeitern nicht anders beizuspringen weiß, als indem sie ihnen die Brocken zuwirft, die von der Tafel der herrschenden Gesellschaft abfallen. Man muß nur die Geduld bewundern, mit der sich die schwieligen Hände mit Gnadensuppen abfertigen lassen, statt mit Arbeit, auf die als einzige redliche Quelle alles Wohlstandes jeder Mensch doch ein unveräußerliches Recht hat. So muß es kommen, ehe die Masse der Arbeiter zur Einsicht gelangt: Erst Ausplünderung der Arbeitskraft und dann völlige Arbeitslosigkeit. Ein stärkeres Argument gegen die moderne Volkswirthschaft giebt es nicht, als eben diese Thatsache, daß die Privatwirthschafter in „schlechten Zeiten" einfach nicht mehr arbeiten lassen und den werkthätigen Mitmenschen kalten Blutes dem Hungertod, Raubmord oder Wahnsinn preisgeben. Wenn Einem angesichts eines solchen Zustandes die Galle nicht in's Blut übergeht, dann ereignet sich dies überhaupt nicht mehr. — Es interessirt vielleicht manchen Leser, zu erfahren, was nach einem Stadtverordnetenbeschluß vom 7. d. M. wir Frankfurter für ein Schulgeld zahlen müssen, wenn wir unseren Kindern eine angemessene Bildung zu Theil werden lassen wollen. Nach demselben müssen wir entrichten: für den Besuch des Gymnasiums 100 Mark, für den der Musterschule 120 Mark, für den der Wöhler- und Handelsschule 150 M., für den der Elisabethenschule 120 M., für den der Adlerflycht-, Humboldt- und Klingerschule je 100 M., für den drei anderer je 52 M., für den dreier je 36 M., für den der Bürgerschulen 18 M. und für den der zu gründenden Volksschulen je 6 M. Also von 6 bis zu 150 Mark steigt das Schulgeld, das als solches schon, und wenn es nur 6 Pfennige beträgt, ein Anachronismus (etwas Unzeitgemäßes) ist! Die Bildung, die allgemein sein soll, wie das Sonnenlicht, ist Gegenstand des Schachers, und unsere ehemalige freie Reichsstadt schraubt den Schulgeldtarif so hoch! Die Arbeiter, denen der Lohn sammt der Arbeitszeit reduzirt wird, müssen ihre Kinder „halt" in die Freischulen schicken, wo diese dann ihre geistige Speise ebenfalls von der Mildthätigkeit „freigebiger" Geldprotzen als Gnadenbrocken dargereicht erhalten. Uns entsetzt nur, daß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Mehrheit „demokratisch" ist, und der Demokrat Dr. Reinganum nicht über und über roth wurde, als er ausrief: auch er erkenne als höchstes Prinzip für die Schulen obligatorischen und unentgeltlichen Unterricht an, leider sei die Stadt aber nicht in der Lage, dieses bieten zu können. Es ist allerdings wahr, daß unsere Stadt hinsichtlich ihrer Schulen, an denen 400 Lehrer thätig sind, gar keine Staatssubvention erhält, allein warum muß der Säckel der Stadt gerade in puncto „freier Schulgenuß" ein Loch haben, und warum muß es gerade ein Demokrat sein, der dies constatirt? Sind keine Fortschrittler und keine Nationalliberalen da, denen dieses Geschäft viel besser ansteht? Die Arbeiter werden gut daran thun, bei den demnächstigen Stadtverordnetenwahlen sich einige Sitze im Rathe der Stadtältesten zu erobern.

Cassel, 12. Novbr. (Freisprechung.) Am 4. d. M. fand Termin statt gegen die Parteigenossen Meise und Gehring wegen Vornahme von Tellersammlungen. Dielben waren in erster Instanz freigesprochen. Die Berufung des Staatsanwalts wurde verworfen, und sprach die Berufungskammer des Kreis-Gerichts die kostenlose Freisprechung der Angeklagten aus.

Mit Gruß A. Glebe.

Konstanz, 11. Nov. Am 30. Oktober hielten wir hier eine gut besuchte Volksversammlung ab, in der Genosse Dreesbach über die nächste Reichstagswahl und das Gebahren der hiesigen Zeitung sprach. W. Liebknecht wurde, wie bei der vorigen Wahl, wieder als Arbeitercandidat vorgeschlagen und einstimmig angenommen. Die „Konstanzer Zeitung", die sich fortwährend in Schmähartikeln gegen uns ergeht, ließ der Redner ordentlich Spießruthen laufen, wobei er zum Schluß scharf betonte, daß bei einem Blatt, welches sich bei Gründungen compromittirt habe, das Denunziren zum Handwerk gehöre. Dem Anschein nach fühlte sich keiner der anwesenden Gegner befähigt, unsern Referenten zu widerlegen, deßhalb schwiegen sie; unsererseits griff noch Unterzeichneter in die Debatte ein. Durch eine Tellersammlung wurden die Tageskosten ziemlich gedeckt, sowie eine Resolution zu Gunsten unserer Partei einstimmig angenommen. Trotz der erhaltenen moralischen Fußtritte, mußte die „Konstanzerin" bekennen, daß die Versammlung in anständiger Weise verlaufen sei. Eine in der Versammlung geschehene Mittheilung wird ihren Eindruck auf unsere Wähler nicht verfehlen. Es betraf dieselbe den Krach des hiesigen Badhotels, welches kaum 3 Jahre besteht, und bei dem Bau- und Betriebsschulden auf 1½ Millionen Mk. angewachsen waren und das jetzt höchstens für ⅓ Mill. Mark veräußert werden wird. Die Stadt selbst ist mit 365,000 Mark betheiligt; unser liberaler Bürgermeister Herr Strohmaier als Mitgründer hatte ebenfalls eine gewisse Zahl Aktien inne, suchte sie aber rechtzeitig in Geld umzuwandeln und trat die Stelle als Verwaltungsrath ab. Der Großherzog war der nobelste Aktionär, er schenkte der banquerotten Gesellschaft seine Papiere. — Um den günstigen Einfluß solcher Vorkommnisse gehörig auszunützen trete jeder Parteigenosse in Aktion. Auch ist es nöthig, daß die Genossen unsern Lokalwirth Herrn Messmer mehr besuchen; derselbe steht uns, seitdem Agitation am Platze ist, treu zur Seite und hat schon vielen Beeinflußungen und Polizeichikanen prinzipshalber widerstanden. Auch von den deutschen Arbeitern in der benachbarten Schweiz, von denen mancher seine Heimath meiden muß, erwarten wir, daß sie uns mit Rath und That, besonders durch agitatorische Kräfte im Wahlkampfe unterstützen. Diesbezüglich sind alle Briefe zu adressiren an

C. Schütthaupt, Rheinstraße 857.

Liegnitz, im November. Montag den 23. Oktober sollte hier eine Wählerversammlung stattfinden. Die hiesige Polizei hatte es für angezeigt erachtet, darin wieder einmal eine Fortsetzung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" zu erblicken, der in Preußen bekanntlich im Monat Juni 1874 von der Polizei und kurz darauf im übrigen Deutschland von den Mitgliedern freiwillig aufgelöst worden ist. Die hiesige Polizei scheint die Abwechselung zu lieben. Abwechselnd, oder wie man hier zu Lande sagt „umzechig", läßt sie eine Versammlung stattfinden und erklärt die nächste für eine strafbare Fortsetzung eines verbotenen Vereins. Nun — Abwechselung macht Spaß. Der Einberufer der Versammlung, welcher mit dem „Allg. Deutschen Arb.-Verein" niemals etwas zu thun gehabt, beschwerte sich sofort telegraphisch bei dem Minister des Innern. Darauf ging folgende Antwort ein:

„Aufgegeben Berlin, den 23. Okt. 1876, 12 U. 35 M. N.
An Herrn M. J. Tschirpe, Liegnitz, Schloßstraße 14.

Die dortige Polizeiverwaltung hat die Ertheilung der Bescheinigung für die Anmeldung der Versammlung verweigert, weil letztere von Mitgliedern des Zweigvereins des geschlossenen „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins" abgehalten werden soll.

Excell. Herr Minister Graf zu Eulenburg."

Der Empfänger sandte nun nochmals folgende Depesche an den Minister ab:

„Excell. Minister Graf zu Eulenburg!

Unterzeichneter war niemals Mitglied des in der Depesche angeregten Vereines. Beweis: hiesige Polizeiverwaltung. Darf die Versammlung tagen? Bitte um bestimmte baldige Antwort Tschirpe, Schloßstraße 14.

Rückantwort deponirt."

Eine Antwort auf diese Depesche ist indeß nicht eingegangen. Da jedoch der Vorsitzende des Arbeiter-Wahlcomités Tschirpe die Neigung hiesiger Polizei zur Veränderung kennt, so meldete er sofort eine zweite Versammlung für den folgenden Abend an, welche auch ohne weitere Hindernisse am 25. Oktober unter so zahlreichem Besuch, daß Hunderte umkehren mußten, tagte.

Genosse Schuhmacher hielt einen kurzen gediegenen Vortrag über die Parteien im deutschen Reichstage. Der Vorsitzende theilte alsdann im Namen des Wahlcomités mit, daß Herr Reinders als Reichstags-Candidat in Aussicht genommen sei. Reinders erörterte in einem längeren, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrage die Stellung eines sozialistischen Reichstagsabgeordneten und erklärte sich zur Annahme der Candidatur bereit. Ein Antrag auf eine Tellersammlung wurde angenommen und führte, entgegen der bisher üblichen Praxis, nicht zur Auflösung der Versammlung. Herr Polizeikommissarius Brade gab vielmehr die Erklärnng ab, daß er den Wählerversammlungen fortan keine Hindernisse mehr in Betreff der Tellersammlung in den Weg legen wollte.

Wir waren nun der Meinung, unsere Versammlungen ungestört abhalten zu dürfen; allein es sollte anders kommen. Sonntag, den 5. November, beriefen wir eine Wählerversammlung ein, in welcher Genosse Bäthke aus Berlin referiren sollte. Als Redner jedoch die stenographischen Berichte aus dem Reichstage über den Militär-Etat vortrug und über den Gründerschwindel sprach, erklärte der überwachende Polizeibeamte Brade die Versammlung für aufgelöst, da der Vortrag von Aufreizungen gegen die Staatsgewalt strotze. — Wir beriefen nun auf den 7. November zwei öffentliche Wählerversammlungen, von welchen eine genehmigt wurde. Herr Reinders aus Breslau kritisirte hier in einem 1½stündigen Vortrage die Polizeimaßregelungen und erklärte, daß er seinen Wählern das unter den gegenwärtigen Verhältnissen vornehmste Recht, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, wahren werde. Hierauf ergriff Genosse Bäthke aus Berlin das Wort und setzte seinen am 5. November begonnenen Vortrag fort, bei welcher Gelegenheit er unter Anderm das allgemeine direkte Wahlrecht in eingehender Weise beleuchtete.

A. Sch.

Crimmitschau. Am Freitag, den 27. v. Mts., hatten wir wieder einmal eine Volksversammlung, die den Gegnern recht eindringlich vordemonstrirte, was es mit dem Rückgange der Sozialdemokratie für eine Bewandtniß hat. Trotz der ungünstigen Zeit, trotzdem verschiedene Gesellschaften am selben Abend Versammlungen oder Vergnügungen hatten, eine Masse von Theilnehmern! Wie man versichert, waren die Reichstreuen durch Cirkular bedeutet worden, die Volksversammlung nicht zu besuchen und sie hatten auch pünktlich Ordre parirt. Da die Leithammel nicht fähig sind, den Sozialisten mit Erfolg entgegenzutreten, soll auch die Heerde bewahrt bleiben vor der Berührung mit den sozialistischen Lehren. Man könnte ja dort etwas lernen und sich gar, nachdem man gelernt, nachdem man erkannt (und das muß Jeder, dem das Hirn nicht gar so vernagelt), daß der Sozialismus nicht das ist, wozu ihn unwissende Zeitungsredakteure in ihren Winkelblättern zu machen suchen, — man könnte sich also dann mit Abscheu wegwenden von dem reichstreuen Firlefanz, der reichstreuen Windbeutelei. Das darf nicht sein. Es steht so schon schlimm um die schwarz-weiße Garde. — Doch nun zur Sache. Um 9 Uhr wurde die Versammlung von L. Mehlhorn eröffnet und nach der üblichen Wahl des Bureaus erhielt der Reichstagsabgeordnete W. Hasenclever aus Leipzig das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung. Der Redner begann mit der Erklärung, daß er versuchen wolle, in kurzen Zügen die Stellung der verschiedenen politischen Parteien zur Arbeiterfrage klarzulegen. Auch er habe die Ehre, der sozialistischen Partei anzugehören, der die Gegner mit sehr viel Unrecht den Vorwurf machten, sie wolle ihre Ziele mit blutiger Gewalt erreichen. Aus jedem Tageblättchen schaue dem Leser das rothe

*) Gegen die Bestimmungen des Vagrant act (Landstreicher-Gesetz) vergeht sich, wer „vorgibt, Glück prophezeien zu können oder durch irgend eine schlaue Fertigkeit, Kunst oder Vorspiegelung, wie z. B. Wahrsagerei aus den Linien der Hand, irgend einen Unterthan ihrer Majestät zu täuschen und zu betrügen sucht." —

Gespenst entgegen, mit dem man den Philistern gruseln machen wolle. Doppelt ungerecht sei dieser Vorwurf namentlich von der Bourgeoisie. Wenn wir uns auf parlamentarischem Gebiete anstrengen, die Lage der Arbeiter zu verbessern, dann ist keine Partei berechtigt, uns den Vorwurf zu machen, wir wollten unsere Ziele auf blutigem Wege erreichen. Gerade die Parteien, die uns jetzt diesen Vorwurf machen, haben der Revolution ihre Herrschaft zu verdanken. Durch Blut und Gewalt hat das Kapital die Herrschaft erlangt. Die deutsche Bourgeoisie allerdings sei auf dem Wege der Gesetzgebung zu ihrer heutigen Machtstellung gekommen, sie habe die Früchte der großen französischen Revolution geerntet. Ein großer Theil der 1848er Revolutionäre behauptet ja: was sie damals erstrebt, erkämpft, das sei jetzt erreicht durch die Gesetzgebung. So wollen auch die Sozialisten arbeiten. Und was den wenigen Prozenten der Bevölkerung gelungen, das werde denn doch wohl der großen Masse des Volkes erreichbar sein. Nicht die Machtverhältnisse umkehren wollen wir (obgleich es gar nicht so schlimm sei, wenn die Ofenheime, Strousberge, Rothschilde ꝛc. auch einmal den Karren schieben müßten), sondern Jeder solle theilnehmen an den Gütern der Welt. Nachdem der Redner noch die Gegner ermahnt, Rede zu stehen, nicht aber hinterher zu schimpfen, zu verleumden, und ihnen zugerufen: hic Rhodus, hic salta, hier ist der Ort, hier zeigt, daß Ihr nicht gelogen habt, ging er über zur Kritik der verschiedenen Parteien. Da sei zuerst die conservative Partei zu nennen, die den Großgrundbesitz als den Urquell aller Macht ansehe. Diese Partei wolle keineswegs, wie ihr Name sage, conserviren, die Zustände erhalten, sondern sie wolle längst Veraltetes wieder einführen, uns zurückwerfen in vergangene Zeiten, sie wolle offen die Reaktion. Die ultramontane Partei, die Klerikalen, ob sie in Rom oder Berlin oder Dresden ihren Sitz haben, wollen die Herrschaft der Kirche über den Staat erstreben. Sie verweisen das Volk auf das Jenseits, um es um so besser ausbeuten zu können. Das Volk solle die Knechtschaft nicht fühlen. Die Kirche habe von jeher gesucht, möglichst viel Grundbesitz in die Hände zu bekommen, darin sei sie verwandt mit den Feudalen. Es verbinde sich der Säbel mit dem Krummstabe, um das Volk darnieder zu halten, um Geist und Leib in Banden zu schlagen. Weder mit dieser noch mit der ersten Partei könnten die Sozialisten etwas zu thun haben; wir wollen, daß es hier einem Jeden wohlgehe. Nun kam der Redner zur Kritik der liberalen Partei, der Partei der liberalen Phrase, die so weit heruntergekommen sei, daß sie die Kürassierstiefeln Bismarcks küsse, wenn er es wünsche. Auch diese führe nicht den rechten Namen, sie sei die eigentlich conservative Partei. Das sei eben der große Fehler des Liberalismus, daß er den Stillstand predige, daß er meine, wir haben jetzt die beste der Welten. Damit könne aber die große Mehrheit des Volkes nicht einverstanden sein, deshalb bekämpfen die Sozialisten den Liberalismus, der die Volksfreiheit opfere, um seine Klasseninteressen zu wahren. Zu den Sozialisten aber gehören naturgemäß alle kleinen Leute, Handwerker, Kleinbauern ꝛc., von denen ein Theil noch verblendet genug sei, mit dem Großkapital zu gehen. Nur im sozialistischen, im freien Volksstaate könne der Geist sich frei entfalten, werde erst die Wissenschaft und Kunst eine wahre Heimstätte finden, werde das Elend nicht mehr sein. Aber nicht von heute zu morgen, nicht mit Ueberstürzung wollen die Sozialisten ihr Ziel erreichen — wer das glaube, der möge fern bleiben von ihm — sondern durch ruhige Fortentwicklung. Es sei wie mit jenem Manne, der ein Bäumchen pflanzte nicht um selber Nutzen davon zu haben, sondern damit seine Nachkommen die Früchte genießen und Schutz finden könnten unter seinen Zweigen. Wenn die Sozialisten sich heute in den Reichstag wählen lassen, so sei es vor Allem deshalb, um dafür zu sorgen, daß die Reaktion nicht noch mehr überhand nehme; es gelte zunächst, das Wenige zu erhalten und das Volk immer mehr aufzuklären. Redner schloß seinen Vortrag unter großem Beifall der Anwesenden. — Parteigenosse Penkert charakterisirte darauf noch die Feigheit der anderen Parteien, von denen namentlich reichstreue Herren sich nicht scheuen, unseren Reichstagsabgeordneten Motteler in frecher Weise zu beschimpfen, und forderte schließlich zum Beitritt in die Partei auf. Da sich sonst Niemand zum Worte meldete, schloß der Vorsitzende Schlegel, mit der Aufforderung an die Anwesenden, bei der bevorstehenden Reichstagswahl thatkräftig einzugreifen für die Wiederwahl unseres Candidaten, die Versammlung. — Auch diese Versammlung hat wiederum guten Erfolg gehabt für die gerechte Sache des Volkes und die Ohnmacht der Gegner deutlich genug erwiesen. —t.

Altenburg, 13. November. Die Liberalen sind überall dieselben. Als wir vor mehreren Wochen einen Vortrag unseres Reichstagscandidaten Stolle aus Crimmitschau im hiesigen Amtsblatt ankündigten, ließen die Liberalen in der nächsten Nummer eine Gegenannonce los, des Inhalts, daß die Altenburger „hoffentlich zu stolz“ sein würden, „sich einen Candidaten von auswärts zu verschreiben.“ Das hindert sie aber nicht, sich selbst den Professor Birnbaum aus Leipzig kommen zu lassen, damit dieser hier für ihre Sache Propaganda mache, vermuthlich, weil sie unter sich keine der freien Rede mächtige Persönlichkeit haben. Der Mann, der es verstanden hat, einer Disputation mit Bebel geschickt (oder ungeschickt) auszuweichen, besaß Muth genug, hier zu sprechen, da er wußte, daß es Gegnern unmöglich gemacht werden würde, gegen ihn aufzutreten; denn als wir an den Vorstand des städtischen Vereins, der sich Birnbaum verschrieben hat, eine hierauf bezügliche Anfrage richteten, wurden wir abgewiesen. — Es war am 11. November, als Birnbaum seine Rede redete, an einem Sonnabend, an dem das Theater geschlossen ist und auch grade keine sonstigen Vergnügungen stattfanden, weshalb denn auch die Liberalen in ziemlicher Anzahl erschienen waren. Der Herr Professor wurde von den Honoratioren mit tiefen, hoffähigen Bücklingen empfangen und zur Tribüne geleitet. Als der Advokat Hammer die Klingel ergriff, ging ein Gesumse wie von Schmeißfliegen durch den Saal, dann ward's still. Der rechtsbeflissene Martell hämmerte nun in einer Einleitung auf die „geehrte Versammlung“ los, sprach aber so abgebrochen und unsicher, daß man meinte, der hinter ihm stehende Professor wäre sein Souffleur! Beiläufig sei hier besagtem Martel oder Hammer der freundliche Rath ertheilt, sich doch ja nicht mehr in dieser Weise öffentlich hören zu lassen, da sonst seine Klienten alles Vertrauen auf eine etwaige wirksame Vertheidigung verlieren könnten. — Herr Birnbaum begann damit, seinen Vortrag in „zwei Theile zu theilen“ (wörtlich), in welchen beiden Theilen er Hiebe nach rechts und links austheilte, gegen alle Parteien losfuhr, nur die Conservativen ehrwürdig und imposant nannte (die Conservativen sind in Altenburg nämlich eine „Macht“), aber den Liberalen die Strahlenkrone alles Ruhms und aller Majestät aufs Haupt setzte, weil sie allein die Interessen des Mittelstandes vertreten. Was er weiter docirte, kann ich wegen Raummangels nicht anführen, will nur noch erwähnen, daß er sagte, Bebel sei irgendwo gegen die Maschinen losgezogen, was den Eindruck machte, als wolle Bebel die Maschinen überhaupt aus der Welt schaffen. A la Unruh sprach er auch über die Ehe im Volksstaat und jagte den Philistern das nöthige Gruseln ein. Auch verlas er zwei Punkte unseres Programms; der eine: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums“ erschien ihm überflüssig, weil selbstverständlich, daß aber auch Jeder den gleichen Antheil an dem erzeugten Reichthum haben solle, machte er lächerlich. Beim Ende des ersten Theiles dieses Vortrages erhob sich wieder das unvermeidliche Gesumse der Schmeißfliegen sowie das Händeklatschen der Claqueurs. Beim Schluß des Vortrages stärkeres Gesumse der liberalen Schmeißfliegen, und Klaqueurapplaus wie oben. Dann hämmerte Martell-Hammer noch den Dank der Versammlung über Professor Birnbaum her, machte ihm einen tiefen, tiefen Bückling, der erwidert wurde und, um jede Diskussion abzuschneiden, stürmten die in verschiedene Winkel des Saales vertheilten „Eingeweihten“ und Stadtvereinler fort, die Menge mit sich reißend. — Dem Herrn Professor Birnbaum sei noch bemerkt, daß es leicht ist, eine Partei verächtlich zu machen, der man im Voraus das Wort abschneidet. Zu feig, unserm Parteigenossen Bebel in öffentlicher Versammlung Rede zu stehen, suchte er uns in den Schmutz zu ziehen. Fürwahr, Herr Professor, zu dem Handwerk gehört ein trauriger Muth, und der Verdacht der Feigheit wird auf Ihnen lasten, so lange Sie es in dieser Weise forttreiben. Ist indeß noch einiges Ehrgefühl in Ihnen, nun so bestimmen Sie ihre Altenburger Freunde, uns bei Ihrem nächsten Auftreten hier auch das Wort zu gönnen; es giebt auch hier Leute, die Ihnen heimzuleuchten wissen werden. Erwähnenswerth ist das Benehmen der Honoratioren von Rositz (eine Stunde von hier), die nämlich einen Wirth beinflußten, daß er uns das schon gemiethete Lokal zu einer Versammlung auf heute verweigerte. Es sind uns dadurch unnütze Kosten verursacht, da wir aber einen schriftlichen Vertrag mit dem Wirth haben, wird er gerichtlich belangt werden. Aehnliche Geschichten wären noch mehr anzuführen, jedoch genug für heute.

Hugo Grunwald.

Oeffentliche Quittung

der im 6. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise vom 1. bis 31. Oktober eingegangenen Gelder.

(Die ersten 3 Posten sind bei der Abrechnung in Nr. 7 des „Vorwärts“ vom hiesigen Comité übersehen und nicht mit aufgeführt.) Durch Pflughaupt in Barmstedt, Ueberschuß vom Arbeiterfest in Alvesloh, Mark 49,00; durch Hasenclever von Bramstedt 16,50; durch Hasenclever von Barmstedt 18,00; durch Doutiné aus Glückstadt 50,00; durch Pahlau von den Maurern Ottensens 110,80; durch Pahlau von Rieck 5,40; durch Pahlau von D. Karstens 9,15; durch Pahlau von Johnsen 18,74; Köster's Fabrik 60; Jensen's Fabrik 46,55; von Fahl aus Pinneberg 30,00; Kanschra's Fabrik 36,00; Nölting's Fabrik 100,00; Rönne's Fabrik 75,00; Claußen's Fabrik 9,00; J. Brüchmann's Fabrik 40,00; Borchhardt's Fabrik 6,50; Reimer's Fabrik 5,82; Jensen's Fabrik 9,00; Quast's Fabrik 25,00; Lange's Fabrik 80,00; Rede's Fabrik 38,22; Fiege's Fabrik 9,64; durch Pahlau von Papmeier 15,40.

Ottensen, den 12. November 1876.

F. Heerhold, Kl. Reinstr. 4.
F. Kühl, Bahrenfelderstr. 251.

Briefkasten

der Expedition. Krowiacz Osnabrück: Sie schulden für Versammlungs-Annoncen 1,40 M. Wir müssen Sie darauf aufmerksam machen, daß ein Depot angelegt oder jeder Annonce der Betrag beigelegt werden soll.

Quittung. Ldwg hier Ab. 7,50. Hrtmnn Limburg Schr. 2,20. Eckrt Barmen Ann. 6,00. Mrf London Ab. 40,80. Brkhrdt hier Ab. 1,80 Kln Berlin Schr. 1,10. Rppcht Bukarest Ab. 20,00. Müll Neudnitz Schr. 7,50. Blk Schwäb. Gmünd Schr. 2,50. Lsr Lindenthal Ann. 0,80. Esngrtn Ab. 1,80.

Wahlfonds.

Von Detan in Penig 0,50.

Anzeigen ꝛc.

Die Filial-Expedition des Herrn
F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J.
ist durch ein Mißverständniß am Kopfe unseres Blattes ausgelassen worden. Die Genannte vermittelt wie bisher alle unsere Blätter und Verlags-Artikel. Die Expedition des „Vorwärts“

Hamburg. Allgemeiner Deutscher Töpfer-Verein. Donnerstag, den 23. November, bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße Nr. 37: Versammlung. Tagesordnung: Wahl eines Bevollmächtigten. G. Klaws. [40

Leipzig. Donnerstag, den 23. November, Abends ½9 Uhr, bei Michaelis, Windmühlenstraße Nr. 7:
Oeffentl. Sozialisten-Versammlung.
Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Ref. Hablich. Fragekastendebatte. Der Agent. [60

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Mittwoch: Vortrag von Hrn. Geiser. — Sonnabend: Vortrag von Hrn. Dr. Lindner. [30

Leipzig. Freitag, Abend 8 Uhr, Sitzung der Commission zur Beschaffung eines allgemeinen Verkehrslokals.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 25. November, Abends 8½ Uhr: Versammlung, Windmühlenstraße Nr. 7. Tagesordnung: 1) Soziale Rundschau. Referent Martin. 2) Fragekasten. [50
Alle am Platz. Der Vorstand.

Lindenthal. Sonntag, den 25. November, Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Leyser:
Volksversammlung.
Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahl.
(F 206) Der Einberufer. [60

Wiesbaden. Verein der Töpfer und Berufsgenossen. In Würzburg wurden die Collegen Ernst Beyer aus Lübeck und Anton Schelder aus Würzburg aus dem Verein ausgeschlossen. Ferner werden alle Collegen vor einem gewissen Rudolf Hermann aus Danzig gewarnt, indem von verschiedenen Seiten höchst ungünstige Nachrichten über denselben eingelaufen sind. 70] Jos. Schweis, Vorsitzender.

11. sächsischer Wahlkreis

Oschatz, Grimma, Wurzen und Umgegend.

Sonntag, den 26. November, von Nachmittags 3 Uhr ab, findet in Wurzen in der „Restauration zur Pfeffermünze“ eine **Conferenz** statt. Die Parteigenossen des Kreises werden zu zahlreicher Betretung aufgefordert.

Die Genossen von Oschatz, Grimma und Wurzen:
J. A.: Aug. Obenaus (Oschatz), Zwinscher (Grimma),
H. Geißler (Wurzen).

Zuschriften sind zu richten an H. Geißler, Altstadt 150/I, Wurzen. [1,20

Achtung!
August Eckert, Buchbinder
Barmen

Kleinen Wehrt- und Bredderstraßen-Ecke
empfiehlt sich in allen vorkommenden Buchbinderarbeiten; prompte und reele Bedienung wird zugesichert. [330

Den Abonnenten der „Neuen Welt“ zur Nachricht, daß sie den 1. Jahrgang, sowie auch die „Sozialpolitischen Blätter“ von früher dauerhaft und solid eingebunden bekommen, und zwar zu billigen Preisen.

Allen Gesinnungsgenossen

die Mittheilung, daß die von uns für die Wahlagitation veranlaßte und vom Parteigenossen A. Bebel verfaßte Broschüre:

Die parlamentarische Thätigkeit
des
Deutschen Reichstags und der Landtage
von 1874—1876

nebst einem Anhang, enthaltend: Winke für die Agitation, Auszüge aus den deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzen, dem Strafgesetzbuche, dem Reichswahlgesetz, der Reichswahlverordnung ꝛc. ꝛc.

Freitag, den 24. November, im Verlage der **Allgem. deutschen Assoziations-Buchdruckerei in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a**, erscheint und sind die Bestellungen sofort dorthin zu richten.

Die Broschüre wird 9 Bogen kl.-8° stark und kostet einzeln 30 Pf., in Partien 25 Pf. per Exemplar. — Im Buchhandel beträgt der Preis per Exemplar 50 Pf.

Die Broschüre ist populär geschrieben und enthält nicht nur eine gründliche Beleuchtung der verhängnißvollen Thätigkeit, welche der Liberalismus im Reichstag und in den Landtagen in den letzten drei Jahren entfaltete, sondern der Verfasser entwickelt auch, an die einzelnen Punkte anknüpfend, die Forderungen der Sozialdemokratie, im Gegensatz zu denen des Liberalismus.

Die Broschüre ist also als eine Kritik der Gegner und ein Programm der eigenen Partei zu betrachten und ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für den bevorstehenden Wahlkampf, wie das beste Agitationsmittel für das arbeitende Volk.

Wir fordern alle Gesinnungsgenossen dringend auf, die Broschüre nicht nur für den eigenen Gebrauch sich anzuschaffen, sondern auch ihre weiteste Verbreitung in den Massen zu befördern.

Das Central-Wahl-Comité.
Auer. Derossi. Geib. Hartmann. Brasch.

Die Neue Welt
Jahrgang I. 1876
complett, lieferbar mit Ablauf des Jahres
empfehlen wir als besonders geeignet zu
Festgeschenken.

Preis: ungebunden M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Die **Einbanddecken** tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Parteibezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten.

Elegante Einbanddecken
für die „Neue Welt“

sind à Stück 1,20 M. gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch Unterzeichnete und die Buchbinderei von **H. Jansen**, Universitätsstraße Nr. 16 zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt.

NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken
Leipzig, Mitte November 1876.

Die Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstraße 12/II.

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 8 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Finanzlage der Leipziger Commune (Fortsetzung). — Haben wir freie Reichstagswahlen? — Correspondenz. — Zweite Brandrede. — Fackelfunken.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

Nr. 9 erscheint Dienstag, den 21. ds.

Erschienen ist soeben die 3. (letzte) Lieferung von:
Leben und Thaten
des
Generals Jaroslas Dombrowsky.
Die Kämpfe der Pariser Commune.
Nach den Aufzeichnungen seines Adjutanten.

Mit dem Portrait Dombrowsky's und einem Facsimile seiner Handschrift.

Frühere Besteller der ersten und zweiten Lieferung werden ersucht, ihre Aufträge auf die 3. Lieferung rechtzeitig einzusenden. Wir berechnen denselben die bekannten Preise.

Im Weiteren werden nur noch Complett-Exemplare abgegeben. Preis derselben 75 Pfg., Porto 10 Pfg., **gegen baar.** Der zahlreiche Absatz der beiden ersten Lieferungen verbürgt auch im Weiteren lebhaften Verkauf dieses werthvollen Geschichtswerkchens.

Wiederverkäufer erhalten den üblichen Rabatt.
Leipzig, Mitte November 1876.

Die Expedition des „Vorwärts“.
Färberstraße 12/II.

Zur Beachtung!

Wir beabsichtigen dem vorletzten Hefte (Nr. 17) der **Neuen Welt** eine

Extra-Annoncenbeilage

beizugeben und berechnen die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum mit 50 Pfg.

Bei der großen Auflage — 20,000 — der **Neuen Welt** sehen wir zahlreichen Aufträgen entgegen und ersuchen Reflectanten, uns ihre Inserate unter Beilegung des Betrags rechtzeitig einzusenden. — Eine Zeile faßt etwa 8 Worte.

Leipzig, im November 1876.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Färberstraße 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leip

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für Leipzig Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutscher Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lauermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 24. Freitag, 24. November. 1876.

Liberale Infamie.

Der schon arg befleckte Schild der liberalen Partei hat einen neuen Flecken unvertilgbarer Schande erhalten. Wohl wissen wir, daß die genannte Partei sich oft genug hinter die Polizei bei ihrem öffentlichen Auftreten versteckt hat, doch erblicken wir darin hauptsächlich nur ein Zeichen der Schwäche und Feigheit. Doch jetzt erhalten wir Kunde aus dem Norden Deutschlands von einem Vorgange, der Zeugniß ablegt von der feigen Brutalität, zu welcher diese Sippschaft der Sozialdemokratie gegenüber sich hinreißen läßt, hinter welcher sie ihre Ohnmacht und die Haltlosigkeit ihrer erbärmlichen Anschauungen zu verbergen sucht.

In Schleswig fand nämlich vor einigen Tagen eine öffentliche Versammlung statt, welche von der nationalliberalen Partei einberufen war. Ein Nationalliberaler führte den Vorsitz, wir wollen den Namen dieses „Ehrenmannes" der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten, er heißt: Kreisgerichtsrath v. Fischer-Benzon, und der Candidat der Liberalen, Dr. Meier-Forsteck hielt einen längeren „öffentlichen" Vortrag. Den Verlauf dieser Versammlung erzählten die liberalen „Itzehoer Nachrichten" folgendermaßen:

„Dr. Meyer erörterte in längerer Rede die Parteiverhältnisse im Reichstage, die neuere Gesetzgebung im Allgemeinen, insbesondere auf dem Gebiete der Volkswirthschaft, und wandte sich schließlich gegen die Lehren der Sozialdemokratie. Redner verurtheilte im Ganzen jede Vertretung einer Interessenpolitik (Agrarier, Clericale, Sozialdemokraten) und suchte durch Beispiele nachzuweisen, daß eine solche für das Allgemeine verderblich sei. Bezüglich der neuern Gesetzgebung, die er allerdings in einzelnen Punkten für reformbedürftig erkannte, will er prinzipiell keine Reaktion, vielmehr ein Fortschreiten auf der betretenen Bahn. Dr. Meyer erklärte ferner, zur „liberalen" Partei zu gehören, und erst nach seiner eventuellen Wahl und dem Eintritt in den Reichstag nach reiflicher Prüfung sich entschließen zu wollen, welcher liberalen „Fraktion" er sich anschließen würde. — Der von den Sozialdemokraten als Reichstagscandidat aufgestellte Schneider Heinzel aus Kiel verlangte das Wort zu einer Interpellation über das von Dr. Meyer zur Hilfe der Arbeiter vorgeschlagene System Schulze-Delitzsch. Derselbe wurde — obgleich er nichts Anzügliches sagte — jedoch vom Vorsitzenden zur Ruhe verwiesen und ihm endlich das Wort entzogen. Besagter Heinzel ward darauf von der Polizei aus dem Saal hinausgewiesen. Andern Sozialdemokraten, die später das Wort verlangten und auch erhielten, wurde gleichfalls bald Stillschweigen auferlegt."

So berichtet wörtlich ein liberales Blatt. Der conservativ-liberale, kathedersozialistische „Hamburger Correspondent" erzählt den Vorgang in ganz ähnlicher Weise.

Stellen wir zunächst den Sachverhalt vollständig klar:

Eine öffentliche Versammlung ist ausgeschrieben; zu derselben finden sich auch einige sozialdemokratische Redner ein, während die Masse der Arbeiter fernbleibt. Der Vortragende, zugleich Candidat der Liberalen, greift die Sozialdemokratie in sehr derber Weise an, er nennt, nach dem „Hamburger Correspondent", ihre Bestrebungen thöricht und empfiehlt die Schulze'sche Selbsthilfe und das Schulze'sche Sparsystem. Darauf meldet sich ein Sozialdemokrat zum Worte, der Candidat unserer Partei, Schneider Heinzel; dasselbe wird ihm ertheilt, er wendet sich gegen die Ausführungen des Candidaten der liberalen Partei, er will die Angriffe desselben zurückweisen, er will zeigen, wie thöricht es ist, die sozialdemokratischen Bestrebungen „thöricht" zu nennen, — „er sagt nichts Anzügliches" — und dennoch entzieht ihm der Vorsitzende das Wort.

Der Vorsitzende merkte wohl, daß der sozialdemokratische Schneider den liberalen Doktor „gekutschbacht" haben würde — deshalb schreitet er ein und „forkenbeckt" den Sozialdemokraten ohne Grund.

Die Polizei aber, dienstbar wie immer, des Winkes gewärtig, bringt den Sozialdemokraten zum Saal hinaus.

Das nennt nun die liberale Partei Redefreiheit; dabei beklagt sich diese Partei über den Terrorismus, den die Sozialdemokraten in Volksversammlungen ausüben, über einen „Terrorismus", der lediglich das Recht der Majorität sichert.

Wenn eine Partei nicht einmal die öffentliche Diskussion vertragen kann, wenn die Kreisgerichtsräthe und Doktoren sich vor den Kenntnissen und der Ueberzeugungskraft eines Schneiders hinter die Polizei verkriechen, wenn von einem Kreisgerichtsrath, von einem Richter das Recht des Staatsbürgers in einer öffentlichen Versammlung gebeugt wird und zwar ohne Veranlassung, wie ein Blatt der eigenen Partei zugesteht, dann muß es mit der Partei, welcher solche Leute als Führer angehören, höchst jämmerlich bestellt sein, dann steht dieselbe vor dem selbstgegrabenen Grabe, in welches sie baldigst schon hineinsinken wird. Und wie traurig steht in den Augen jedes freisinnigen, ehrsamen Bürgers der Candidat der Liberalen, Dr. Meyer-Forsteck, da?! Er greift die Sozialdemokraten direkt an, er empfiehlt die Heilmittel des bei lebendigem Leibe verstorbenen Schulze in Potsdam; und er läßt zu, daß die Gegner, darunter sein Gegencandidat, mundtodt gemacht werden, die ihn interpelliren und die Sozialdemokratie vertheidigen wollen.

Eine schmachvollere, feigere Handlungsweise kann kaum gedacht werden. Was soll der Mann im Reichstage, der die Ansichten seiner Partei nicht einmal wagt öffentlich zu vertheidigen? Kann er fähig sein, der Regierung gegebenen Falls die Stirn zu bieten? Doch nein — das ist auch nicht nöthig! Dem liberalen Doktor wird wohl das Schweifwedeln vor der Macht, das Rückenbeugen und Knierutschen geläufig sein, und diese Eigenschaften sichern ihm die Gunst der servilen Partei, die sich lügnerischer Weise liberal nennt.

Eine Partei, die den Polizeibüttel liebt, die Schergendienste von der Polizei verlangt, welche nach oben sich speichelleckerisch, nach unten brutal-feig zeigt, sie kann nimmermehr bei der freiheitliebenden schleswig-holsteinischen Bevölkerung auf die Dauer Anklang finden.

Auch diejenigen Männer in Schleswig-Holstein, welche nicht der Sozialdemokratie angehören, werden oben erzählten Vorfall, der dem Liberalismus den Stempel der Infamie aufdrückt, nicht so gleichgültig ansehen. Sie werden solche Infamie nicht unterstützen wollen, indem sie für den Candidaten der liberalen Partei stimmen.

Ja, die Männer in Holstein werden bei den nächsten Wahlen den Feiglingen zeigen, daß sie der Verachtung werth sind, sie werden Männer wählen, und diese sind nur unter den Candidaten der Sozialdemokratie zu finden.

Der oben erzählte Vorfall wird auf diese Weise nur der Sozialdemokratie von Nutzen sein. Unsere Feinde sind meistentheils unsere Freunde!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die „Würde" des deutschen Reichstages. Die „Vossische Zeitung" schreibt: „Vor beinahe zwei Jahren, am 16. Dezember 1874, beschloß der deutsche Reichstag auf den Antrag des Frhrn. v. Hoverbeck mit Majorität: „Behufs Aufrechterhaltung der Würde des Reichstages ist es nothwendig, im Wege der Deklaration respektive Abänderung der Verfassung die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstages verhaftet werde." Zu der Verfassungsänderung ist es trotz eines entsprechenden, vom Abgeordneten Hofmann wiederholt eingebrachten Antrags nicht gekommen. Die Fortschrittspartei wurde darauf vertröstet, die Angelegenheit werde bei Gelegenheit der Justizreform erledigt werden. Jetzt ist der Zeitpunkt da, aber ein Mitglied des Centrums, der Abgeordnete Reichensperger (Olpe), ist dem früheren Antragsteller zuvorgekommen, indem er vorschlägt, in die Strafprozeßordnung als § 411a einzuschalten: „Während der Sitzungsperiode einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches oder eines Bundesstaates dürfen Freiheitsstrafen an einem Mitgliede derselben nur mit vorheriger Genehmigung der betreffenden Körperschaft vollstreckt werden. Auf Verlangen genannter Versammlung wird jede vor ihrer Zusammenberufung angefangene Strafvollstreckung der bezeichneten Art für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben." Es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, daß die gesammte Fortschrittspartei sich diesem Antrage anschließen wird; fühlt der Reichstag noch jenen „Schlag in's Gesicht", der ihm vor zwei Jahren mit der Verhaftung eines seiner Mitglieder versetzt wurde, so muß er dasselbe thun." — Der Reichstag ist nun allerdings nicht übermäßig empfindlich, — selbst gegen „Fußtritte" und „Schläge in's Gesicht" nicht, sofern sie nur von obenher ausgetheilt würden. Indessen vielleicht erlaubt „man der Majorität des Reichstags diesmal, seine Würde zu retten" und wenn es nur zur Abwechselung geschähe!

— Mit der „Revanche für Philadelphia" hat es unsere Reichsregierung nicht eilig. Nach den neuesten Nachrichten hat nämlich die Regierung die Betheiligung an der für 1878 geplanten Weltausstellung in Paris definitiv abgelehnt. Dies ist um so bezeichnender, als sich die industriellen Kreise ziemlich einmüthig für die Beschickung ausgesprochen, aber zugleich verlangt hatten, daß das Reich die Kosten trage und dafür die Organisation der Betheiligung Deutschlands in die Hand nehme. Auch die Presse verhielt sich anfangs zustimmend, dann trat aber in einem Theil der Berliner Presse ein plötzlicher Umschlag ein; man griff kleine chauvinistische Ausschreitungen der Franzosen auf und zerrte mittelst derselben die Frage auf das politische Gebiet, wogegen aber von anderer Seite lebhaft protestirt wurde. Die „Frankfurter Zeitung", die „Kölnische Zeitung" wie die „Vossische Zeitung" behandelten die Ausfälle der „National-Zeitung" als Unverschämtheiten, die ebenso bedauerlich seien, wie die Streiche einzelner Franzosen, auf die man aber in Berlin ebenso wenig Gewicht legen werde, wie auf jene Unverschämtheiten. Kürzlich schloß die „Augsburger Allgemeine Zeitung" einen Artikel über die Ausstellungsfrage mit den Worten: „Faßt man das Interesse der deutschen Industrie in's Auge, so sagen wir: Deutschland muß an der Weltausstellung theilnehmen. Stellt man sich auf den Standpunkt der nationalen Würde, so glauben wir: Deutschland kann an der Weltausstellung in Paris theilnehmen ohne seiner Würde etwas zu vergeben. Wir schließen daher mit der Hoffnung: Deutschland wird an derselben theilnehmen." Und die „Augsburger Allgemeine Zeitung" hatte vollkommen recht: auf die Theilnahme an der Weltausstellung in Paris zu verzichten, heißt die sichere Blamage der möglichen oder schlimmstenfalls wahrscheinlichen vorziehen.

— Lobenswerthe Offenherzigkeit. Um den entsetzlichen Verdacht abzuwehren, daß die preußische „Fortschrittspartei" in irgendwelchen Beziehungen zur Sozialdemokratie stände, schreibt die Wahlcorrespondenz der Fortschrittspartei wie folgt: Was sich in Königsberg im Gegensatz zur Fortschrittspartei Demokratie nennt, ist nur eine mehr oder weniger verschämte Sozialdemokratie. Als Dr. Johann Jacoby 1868 anfing sich der Sozialdemokratie zuzuneigen, mußte er sofort aus der Fortschrittsfraktion austreten. Bei den Neuwahlen ließ der demokratischste (!!) preußische Wahlkreis, die Louisenstadt in Berlin, Jacoby trotz aller seiner in der Vergangenheit liegenden Verdienste ohne weiteres fallen und wählte an seiner Stelle Eugen Richter, der bei der Neuwahl Prediger Müller folgte. Es giebt überhaupt keine Partei, die im schärferen Gegensatz zur Sozialdemokratie steht, als die Fortschrittspartei. Der entschiedenste Gegner Lassalle's von Anfang an war Schulze-Delitzsch. Die Führer der Fortschrittspartei, die das „Kommunalblatt" komischer Weise als „linken Flügel der Fortschrittspartei" oder als halbe Sozialdemokraten bezeichnet, sind die bestgehaßten (!!) Gegner der Sozialdemokratie, wie jeder Blick in die sozialdemokratische Presse darthut. Die Fortschrittspartei hat die Sozialdemokratie stets und überall energisch bekämpft. Durchweg gehören die Gegencandidaten der gegenwärtigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten der Fortschrittspartei an. Es ist aber noch gar nicht lange her, da war es conservative Losung, die Sozialdemokratie zu pflegen und zu hätscheln, in der Hoffnung, dadurch in das liberale Bürgerthum eine Spaltung zu bringen zu Gunsten des Absolutismus (Schweitzer und Wagener, Lassalle und Bismarck, die schlesische Weberassoziation mit Staatsunterstützung ꝛc.). Als jüngst im Abgeordnetenhause der Abgeordnete Eugen Richter dem Minister Eulenburg dies vorhielt, sagte derselbe, daß man damals die Sozialdemokratie erst habe sich entwickeln lassen wollen, um zu sehen, was dabei herauskomme. Freisinnige Staaten, wie England, kennen die Sozialdemokratie nicht. Dagegen hat das nach dem Herzen unserer Conservativen Jahrzehnte hindurch von dem „Retter der Gesellschaft" absolutistisch regierte Frankreich schließlich die „Commune" hervorgebracht." — Gut gebrüllt, Löwe! „Freisinnige Staaten, wie England", „freisinnige Leute, wie die Herren von der Fortschrittspartei, sind allerdings am ehesten dazu befähigt, wirkliches Freiheitsstreben im Volke durch Köderung mittels Gewährung von Scheinfreiheiten niederzuhalten. Die heuchlerischen Volksfreunde sind eben gefährlicher, als offene Volksfeinde — darin habt ihr sehr recht, ihr „Fortschritts"männer.

— Spaß muß sein. Aus Köln, 18. November, verlautet, daß dieser Tage die frühere Köchin des Erzbischofs Melchers vor den Untersuchungsrichter citirt worden, um über den Verbleib der angeblich fehlenden Akten und des Akten-Repertoriums Auskunft zu geben. Das Untersuchungs-Gericht bringt den hochwürdigsten Erzbischof dadurch in den Verdacht, seine Köchin habe in vertrautem Verhältniß mit ihm gestanden. Dieser Witz ist zwar etwas boshaft aber nicht übel!

— Daß an das Ende der industriellen Krisis noch immer nicht zu denken ist, beweisen die unaufhörlich von neuem eintreffenden Nachrichten von Arbeiterentlassungen in großem Maßstabe. So schreibt man aus Köln:

„Die Arbeiterentlassungen in den hiesigen Etablissements und denen unserer Vororte haben bereits ungewöhnliche Dimensionen angenommen. Die Kölner Maschinenbau-Aktiengesellschaft hat in den letzten zwei Monaten etwa 500 Arbeiter aller Zweige entlassen; die Wagenräderfabrik von Geb. van der Zypen bei Mülheim, welche vor einem Jahre noch 1000 Arbeiter beschäftigte, hat deren jetzt noch kaum 300; beim „Humboldt" in Kalk haben ebenfalls bedeutende Reduzirungen stattgefunden. Ebenso haben bei allen Gewerben verhältnißmäßige Verminderungen eintreten müssen."

Das ist der Segen der liberalen Aera.

— Die Moralität der bürgerlichen Gesellschaft. In den „Neuen Hessischen Volksblättern" (zu Darmstadt erscheinend) finden wir folgende Lokalnotiz: „Der auch hier (in Darmstadt) bekannte Bänkelsänger Ohaus von Offenbach tritt eben in Berliner Singspielhallen im Damenkostüm auf. Bezeichnend für die Geschmacksrichtung gewisser Berliner Kreise ist der Umstand, daß verschiedene Zeitungen die Leistungen des „Künstlers" Ohaus und sogar dessen Decenz (Anständigkeit), mit welcher er seine Zotenlieder und Gassenhauer vorträgt, nicht genug zu rühmen wissen. So schreibt z. B. ein Berliner Blatt; „Einer der unlängst verflossenen Abende führte uns in die dem Humor geweihten Räume des Amerikanischen Theaters — und dieser Abend war kein verlorener! — Ein hochinteressantes Programm bot des Gediegenen viel und ist darnach in erster Reihe den Leitern dieses Etablissements, den Herren Heinsdorff und Reiff, unser Kompliment zu machen. Beide haben es verstanden, sich die akkreditirtesten Kräfte der vergangenen Saison auf's Neue zu gewinnen, wenn auch, wie wir vernahmen, unter bedeutenden pekuniären Opfern, und diesem erprobten „Stamm" einige neue gute Kräfte zu attachiren. Zu letzteren gehört als hervorragende Zugkraft der Damenkomiker Albert Ohaus. Dieser Künstler im wahren Sinne des Worts versteht es, das Publikum durch seine decente Wiedergabe pikanter (d. h. schweinischer — Zotenlieder) Chansonnettes stets zum ungetrübtesten Beifall zu bestimmen. Nicht nur seine angenehme Persönlichkeit, sondern auch seine wohlklingende Sopranstimme wie elegante Kostümes erhöhen den Erfolg der Leistungen des Herrn Ohaus. Jeder Nummer mußte Herr Ohaus noch weitere Nummern folgen lassen; auch wurde ihm an diesem Abend eine wohlverdiente Blumenspende zu Theil."

„Wir gratuliren" (bemerken dazu die „N. Hess. Volksblätter") „zu solcher Reklame in der deutschen Kaiserstadt! Wenn wir nicht irren, ist Ohaus vor noch gar nicht langer Zeit in dem benachbarten Frankfurt wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit zu längerer Gefängnißstrafe verurtheilt worden."

Wir rathen Herrn von Unruh, mit diesem Zotenvirtuosen in Verbindung zu treten; vielleicht setzt ihn derselbe in den Stand, sein Allerweltsbordell etwas „pikanter" auszustaffiren und ein neues Kapitel über „freie Liebe" und die monströse Unsittlichkeit der — Sozialdemokraten zu schreiben.

— Zu Tode gequält. Das „Würzburger Journal“ schreibt aus Würzburg unterm 18. November: Der Einjährig-Freiwillige v. Lutzenberger des 9. Infanterie-Regiments, ein hoffnungsvoller achtzehnjähriger Jüngling, hat sich gestern, nachdem er vom Exerzieren heimgekehrt war, in seiner Wohnung erschossen. Der junge Mann war von seinem Instruktionsoffizier (Sekondelieutenant Fuß) mit der Strafe des Sandtragens belegt worden, d. h. er mußte während des Exerzierens einen siebzehnpfündigen Sandsack im Tornister mitschleppen. Am gestrigen Nachmittag sollte das Gewicht auf 20 Pfund erhöht und der Bedauernswerthe überdies während der Nacht in Arrest gesperrt werden. Der ehrliebende Mann zog es vor, sich zu erschießen. — Das „Fränk. Volksblatt“ fügt noch hinzu: Kurz zuvor war Lutzenberger noch beim Exerzieren und erhielt dort gleichsam als letzten Abschiedsgruß das, wie man uns sagt, nicht ungewöhnliche Kompliment: „Dummes Luder, verflucht's“. Von der Fortsetzung solch' zarter und von den Einjährig-Freiwilligen vielfach besprochener Behandlung, sowie von der Strafe, auch noch acht Tage lang 20 Pfund Sand zu schleppen u. s. w. ist der Arme durch den Tod befreit worden. — Das ist die „Humanität“ im Militärstaate. Wem er gefällt, der hat solche Humanität verdient.

— Russisches. Man schreibt der letzten Nummer des in London erscheinenden „Vorwärts“ aus Petersburg: „Am 31. Oktober und 1. November war eine Gerichtsverhandlung (wenn man es eine Gerichtsverhandlung nennen kann) über eine neue Gruppe „Reichsfeinde“, und diesmal auch wieder mit den allerunvollständigsten Beweismaterialien. Wir werden Ihnen bald die näheren Umstände angeben; jetzt theilen wir Ihnen blos den Richterspruch mit: Rechtskandidat Semjanosky und der Schreiber des Generalstabs Stefan Bogdanow zu 11 Jahren (denken Sie nicht, daß ich einen Schreibfehler mache: zu elf Jahren) Zwangsarbeit; der Soldat Sachar Bogdanow zu 7 Jahren; Fähndrich Djakow (außer Dienst, noch vor dem Prozeß entlassen) zu 1 Jahr Festungshaft; 2 Portepéejunker (eine Art freiwilliger Unteroffiziere) Mischkin und Buschinsky zu Arrest, Ersterer zu 3 Monaten, Letzterer zu 1 Monat; ein Student Schelesnjak zu 2 Wochen Arrest. — Durch diesen Prozeß sind Alle ohne Ausnahme empört, sogar die Staatsanwälte des Petersburger Kreisgerichtshofs, alte Beamte u. dgl. Wir brauchen Ihnen nicht mitzutheilen, welch eine Wuth uns erfaßt hat.“

— Am Sonnabend, den 11. d. Mts. standen unsere Genossen Baumann (Nürnberg) und Löwenstein (Fürth) vor dem mittelfränkischen Schwurgericht. In einem Artikel des „Nürnberg-Fürther Social-Demokrat“ war ein Vergleich zwischen der Thätigkeit Bebel's und des Königs von Bayern gezogen und hierin erblickte die Anklage eine „Majestätsbeleidigung“. Bei der Vernehmung Baumann's erklärte derselbe, in welchem Sinne er die incriminirten Worte gebraucht, daß mit den Worten „der König solle ruhig in Berg, komme hie und da nach München, um ein großes Wort gelassen auszusprechen, kehre aber sofort nach Schloß Berg zurück, um im Style Ludwig XIV. weiter zu ꝛc. ꝛc.“, nichts weiter gemeint sei, als daß eben der König demselben Geschmack huldige wie Ludwig XIV., daß der König für Musik und Theater ꝛc. große Sympathien hege und somit dieser Satz in keiner Weise eine Beleidigung des Landesherrn enthalten könne; allein der Schwurgerichts-Präsident, welcher über den Parteien stehen soll, trat sofort auf Seite der Anklage und beschuldigte Baumann wegen seiner Aussagen der Unehrlichkeit. Selbstredend hatte der Staatsanwalt bei solcher Unterstützung leichtes Spiel. Der Untersuchungsrichter am königlichen Bezirksgericht Nürnberg, Herr Assessor Ilgen, der gewiß keine Vorliebe für Sozialdemokraten hat, fand in dem Artikel keine Beleidigung und lehnte deshalb den Antrag der Staatsanwaltschaft, Untersuchung einzuleiten, ab. Der Staatsanwalt wendete sich nun an das Appellgericht, welches dann auch die Untersuchung anordnete. Sollte man nun glauben, daß die Geschworenen eine Beleidigung finden, wo selbst der Untersuchungsrichter keine fand? Sie haben eine gefunden und zwar nur durch das höchst unmotivirte Eingreifen des „unparteiischen“ Präsidenten. Den zweiten Anklagepunkt bildete eine Rede Baumann's, gehalten am 2. August 1875 in Amberg, wodurch den Richtern, Staatsanwälten und Geschwornen, Bestechlichkeit vorgeworfen sein soll. Durch die sechs Belastungszeugen, welche die Staatsbehörde laden ließ, wurde jedoch zur Evidenz bewiesen, daß Baumann die bayerischen Richter gar nicht beleidigen konnte, da er nur in allgemeinen Vergleichen sprach, und speziell bei den die Anklage bildenden Worten, den berüchtigten Prozeß des Generalspitzbuben Ofenheim zur Grundlage seiner Ausführungen genommen hatte. Es gelang deshalb dem Herrn Staatsanwalt nicht, die Geschwornen zu einem „schuldig“ zu bewegen. Der dritte Punkt der Anklage betraf die Beschwerde Löwenstein's über den Landshuter Magistrat. Das Verfahren des Herrn Bürgermeisters Gehring von Landshut wurde von dem Angeklagten, sowie vom Vertheidiger in's rechte Licht gestellt, allein hier bemühte sich der Herr Präsident ganz besonders, die Geschwornen zu be—lehren. „Was geht das uns an“, rief er mit Pathos, „wir haben nicht zu entscheiden, ob der Landshuter Magistrat, ob die Angeklagten Recht haben“. Was war aber die Beschwerde Löwenstein's anders, als eine „Wahrung berechtigter Interessen“ gegen die im höchsten Grade ungesetzliche, ihn tief verletzende Handlungsweise des Bürgermeisters Gehring? Und selbst eine Beleidigung ist nicht strafbar, wenn sie zur Wahrung berechtigter Interessen geschehen ist.

Der letzte Punkt der Anklage war die bekannte Seeschlange, die sogenannte „Berichtigung“ des Bezirksamtmanns Keyßler. Baumann machte hier, und zwar mit Erfolg, geltend, daß erstens die Klage überhaupt verjährt, und zweitens er weder berechtigt, noch verpflichtet gewesen sei, die „Berichtigung“ aufzunehmen, da er bei Wiedereintritt in die Redaktion jenen Theil des Blattes, in welchem die „Berichtigung“ hätte aufgenommen werden sollen, nicht mit übernommen habe, so daß selbst der Staatsanwalt seinen Strafantrag fallen lassen mußte. Die Geschwornen konnten in Folge dessen hier kein „Schuldig“ aussprechen. Nachdem der Wahrspruch der Geschwornen gefällt war, hatte der Staatsanwalt die Güte, gegen Löwenstein 45 Tage, gegen Baumann 7 Monat Gefängniß zu beantragen. Erwägt man, daß durch Urtheil des Schwurgerichts vom 22. Februar die „Majestätsbeleidigung“ mit 4 Monat als „gesühnt“ erachtet wurde, so treffen auf die „Beleidigung“ des Landshuter Gehring drei Monat, wofür doch bei Löwenstein nur 45 Tage beantragt waren.

Zur Beachtung für die Parteigenossen.

In letzter Mitglieder-Versammlung fanden Ergänzungswahlen statt, und besteht nunmehr die Beschwerde-Commission aus folgenden Personen:

W. Frick, erster
L. Henke, zweiter } Vorsitzender;
J. Meier, erster
W. Auen, zweiter } Schriftführer;
F. Holz
H. Holle } Beisitzer.
G. Schlicht

Wir bemerken hier zugleich, daß die Sitzungen jeden Freitag Abend stattfinden.

Die Parteigenossen werden ersucht, alle Beschwerden an den ersten Schriftführer der Commission, Herrn Johann Meier, Kastningstraße 42, zu senden.

Bremen, 17. November 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß
J. A.: Johann Meier, Schriftführer.

NB. Alle Parteiblätter werden ersucht, Vorstehendes zu veröffentlichen.

Die Ursachen der Seeunfälle bei deutschen Schiffen

mit besonderer Berücksichtigung der Schiffsbaufirma Conradi & Sohn in Kiel.

Es ist wohl an der Zeit, die Ursachen der Seeunfälle von allen Seiten zu beleuchten; schon im September vorigen Jahres wurde von mir in einem Artikel darauf aufmerksam gemacht, daß es auch hier in Deutschland zahlreiche Rheder giebt, welche nie ein neues Schiff bauen, noch ein solches kaufen, sondern nur alte Schiffe, die noch eben über Wasser schwimmen, ankaufen, sie nothdürftig ausbessern lassen und dann zur See schicken; wollte man sich hierüber ganz genau informiren, dann müßte schon eine Statistik sämmtlicher Schiffe Deutschlands aufgenommen werden und eine genaue Untersuchung stattfinden; man würde dann gewiß zahlreiche Schiffe finden, die in See zu schicken geradezu unverantwortlich ist. Es trifft dieses aber nicht allein bei den hölzernen, sondern auch bei den eisernen Schiffen zu, indem es z. B. alte eiserne Schiffe giebt, deren Platten Stellen enthalten, die soweit weggerostet, daß sie mit einem leichten Stoß zu durchbohren sind.

Das Leben der Seeleute steht somit fortwährend auf dem Spiele, und es ist gewiß an der Zeit, ein Gesetz zu erlassen, durch welches die Besichtigung und Klassifikation der Schiffe durch staatlich angestellte sachverständige Control-Beamte vorgenommen wird.

Es giebt aber auch hier in Deutschland Rheder, die sich befleißigen, ihre Schiffe in jeder Hinsicht in gutem, seefähigen Zustande zu erhalten, und die daher an ihren Schiffen die nöthigen Reparaturen vornehmen lassen; leider hat sich aber auch bei einzelnen Schiffsbaumeistern hier in Deutschland das Prinzip billige und schlechte Arbeiten zu liefern, eingeschlichen, wodurch mancher Rheder, der sein Schiff einem solchen Schiffbaumeister zur Reparatur übergiebt, hintergangen wird, und somit das Schiff, trotzdem es nach der Ueberzeugung des Rheders im besten Zustande sich befinden muß, in Wirklichkeit sich in höchst seeunfähigem Zustande befindet.

Es giebt ja selbstverständlich Rheder, welche, da sie nur das Kaufmannsgeschäft erlernt, von der richtigen Bauart eines Schiffes durchaus nichts verstehen, sich daher auch nur da neue Schiffe bauen, sowie Reparaturen machen lassen, wo es am billigsten geschehen kann. Der Rheder verläßt sich dann gewöhnlich auf seine Kapitäne, die müssen dann die Aufsicht sowohl bei einem Neubau, wie auch bei den Reparaturen alter Schiffe führen.

Nun kann man wohl mit Recht sagen, unsere deutschen Kapitäne sind im Allgemeinen anerkannt tüchtige Seeleute, sie können ein Schiff über See führen; aber bei all ihrem Seefahren erlernen sie nicht das Schiffsbauhandwerk und können auch nicht über Arbeiten Aufsicht führen, wovon sie nicht die mindesten Kenntnisse besitzen. Wohl weiß ein Kapitän genau, ob diese oder jene Klampe an Deck zur Befestigung und zum Manöveriren der Segellage gehörig auf dem rechten Flecke sitzt, aber ein Urtheil, ob diese oder jene Arbeit, sei es bei einem Neubau oder bei Reparatur eines Schiffes ordnungsgemäß vollführt worden ist, können solche Leute, wenn sie nicht direkt das Schiffsbauhandwerk erlernt haben, niemals fällen. Daher erhalten öfters solche Meister die meiste Arbeit, welche alles billig annehmen, diese verdienen aber trotzdem weit mehr Geld, als ein gewissenhafter Meister, der vielleicht für eine Arbeit den halben Preis mehr haben müßte, weil es den billigen Meister im geringsten nicht darauf ankömmt, was er für Arbeiten liefert, und es ihm ganz gleichgültig ist, daß von der Arbeit das Leben vieler Menschen abhängt.

Die ernste Pflicht gebietet daher, wenn nicht der Ausdruck des Professor Reuleaux, billig und schlecht, sich auch in den deutschen Schiffsbauwesen Geltung verschaffen soll, daß die gewissenhaften deutschen Schiffsbaumeister geschützt werden, damit sie nicht schließlich auch gezwungen sind, billige und schlechte Arbeiten zu liefern; und dieser Schutz geschieht am besten dadurch, daß man leichtsinnige Schiffsbaumeister in der Oeffentlichkeit näher beleuchtet.

Im Interesse der Seeleute, sowie im Interesse des deutschen Schiffsbauwesen selbst, will ich nun einmal vorführen, wie z. B. in jüngster Zeit die Reparaturen alter Schiffe von den Schiffsbaumeistern Conradi u. Sohn in Kiel behandelt wurden.

In der Zeit vom 18. bis zum 25. August dieses Jahres wurde die Brigg Copernikus, Kapitän Voß, Rheder Albrecht Koffel in Rostock, gekielholt, kalfatert und ausgeponzen. Bei dieser Arbeit wurden nun 8 Schiffszimmerleute und 12 Lehrburschen hingestellt. Die wenigen Schiffszimmerer sahen nun gleich ein, daß solche Arbeiten mit so vielen Lehrjungen nicht gewissenhaft genug ausgeführt werden können, es machte daher gleich am ersten Tage einer von den Leuten den Kapitän aufmerksam, daß auf diese Weise sein Schiff nicht ordentlich behandelt werden könne, indem bereits Arbeiten von einzelnen Lehrlingen am Boden des Schiffes vollführt waren, die unverantwortlich schlecht waren, aber auf das Drängen der Schiffszimmerer wieder verbessert wurden. Am andern Tage nahm der Meister Conradi zwei Lehrburschen weg und sandte dafür zwei Männer, wovon der eine ein Schwede war, der so mangelhaft arbeitete, daß seine Kalfaterung von einem deutschen Schiffszimmerer nothwendigerweise ausgebessert werden mußte.

Im vorigen Monat hatte derselbe Meister eine norwegische Brigg Namens „Westelinden“ zu kalfatern, die schlechten hölzernen Nägel sowie Bolzen durch neue zu ersetzen und ebenfalls einen neuen losen Kiel anzubringen.

Es waren bei dieser Arbeit anfangs an der Steuerbordseite circa 10 Mann Schweden beschäftigt, später an der Backbordseite wurde die Mannschaft durch 7 deutsche Schiffszimmerer verstärkt, und es dauerte diese Arbeit im Ganzen wohl elf Tage.

Russische Kulturkämpfer.

Unsere reichstreuen Zeitungen sind angewiesen, das deutsche Volk für einen Krieg Rußlands gegen die Türkei zu begeistern und die meisten von ihnen entledigen sich ihrer Aufgabe, indem sie übertriebene, zum Theil erlogene Berichte über die Gräuelthaten bringen, welche die türkische Soldateska in der Bulgarei verübt haben soll. — Die barbarischen Türken sollen im Interesse der „Kultur und der Civilisation“ vernichtet oder aus Europa vertrieben werden und Rußlands Kosaken und Tscherkessen sollen die Kulturkämpfer sein. Man schweigt geflissentlich über die Schandthaten, welche das russische Heer unter General Kaufmann jüngst in Turkestan verrichtet hat, und zwar, wie die Engländer Schuyler und Burnaby übereinstimmend versichern, auf ausdrücklichen Befehl seines Feldherrn; man schweigt von den Exzessen in den Straßen Belgrads, durch welche russische Offiziere die serbische Regierung gezwungen haben, die Frauen der serbischen Hauptstadt zu warnen, sich in der Dunkelheit auf die Straßen zu wagen, da sie sich außer Stande weiß, sie gegen die Vergewaltigungen ihrer eigenen Bundesgenossen zu schützen. Es ist eine perfide Verhöhnung der Civilisation, wenn man sie auf den Schutz des bluttriefenden russischen Heeres verweist. Alle die Berichte, welche bisher über die türkische Kriegführung die Haare unserer leichtgläubigen Biertischpolitiker emporsträubten, können Wort für Wort Anwendung finden zur Schilderung der russischen Invasion in Asien und der Bekämpfung der polnischen Aufstände. Man lese nur folgende Beschreibung des Straßenkampfes in Warschau am 8. und 9. April 1861, welche wir einer Nummer des Krakauer „Czas“ aus jener Zeit entnommen haben. Der „Czas“ schreibt:

Der erste Angriff auf das Volk geschah vor dem Bernhardiner Kloster bei der Siegmunds-Säule auf dem sogenannten Krakauer Platz. Gleich zu Beginn wurde geschossen und mit blankem Säbel eingehauen. Die Soldaten beraubten die Ermordeten ihrer Kleider, die Gefallenen und Verwundeten schleppte die Soldateska bei den Füßen in die Citadelle, so daß die Köpfe derselben auf dem Steinpflaster zersplitterten und das Gehirn bis auf die Trottoirs spritzte. Die Kosaken begingen zu Pferde sitzend diese Barbarei.

Aus der Krakauer Vorstadt kam an der Spitze einer Truppe ein Geistlicher, das Kreuz in der Hand, heilige Lieder singend. Die Soldaten, die alle sammt ihren Offizieren an jenem Abend schwer betrunken waren, schlugen den Priester mit Gewehrkolben todt. Als der Priester fiel, nahm das Kreuz ein junger Mann, den ein Kosak sofort mit der Pike niederstach und dann bei den Füßen in schnellem Galopp in die Citadelle schleppte. Dann nahm das Kreuz sogar ein Jude auf, auch der wurde erschlagen.

Während des Schießens kniete eine Gruppe unbewaffneter Menschen an der Ecke der Senatorengasse, einen Psalm singend; berittene Gensdarmen und Kosaken rannten die Betenden nieder und schlugen ihnen die Köpfe mit den Pferdehufen ein. Auf die noch lebend Gebliebenen schoß die Infanterie und stach den Rest mit dem Bajonnette nieder. Alle diese Leute waren unbewaffnet und rührten sich nicht. Umsonst! „Beten wir!“ war das einzige Losungswort — doch das Morden dauerte fort. (Und die Russen thun sich doch auf ihr Christenthum so viel zugute!)

Eine Frau, die um Gnade bat, wurde von Kosaken erstochen und der Leichnam auch in die Citadelle geschleppt. Von da gingen die Kosaken auf die Padruluſa und schossen auf die harmlos gehenden Menschen, die auf den großen Platz flüchteten. Kaum aber kam die Menschenschaar gedrängt hierher, so schossen die Soldaten in die unbewaffnete Menge. Bei diesem Anlasse geschah es, daß die Truppen selbst auch zwei Kosaken erschossen, was auch Fürst Gortschakoff in seinem Berichte erwähnte.

Die Verwundeten wurden mit Kolbenstößen in die Citadelle getrieben; die Todten wurden auch dahin geschleppt. In jenem Saal der Festung, wo die Todten übereinandergelegt wurden, stand das Blut in einer mehr als zollhohen Lache. Zerstückelte Gliedmaßen lagen herum.

Verwundete Frauen und Kinder baten, sie fortzulassen.

Bis jetzt weiß Niemand, wo die Verwundeten sind und was mit ihnen geschieht. Das Volk trug viele Todte in die Conditorei von Bélc — die Soldaten aber wollten die Leichname dem Volke entreißen. Nun entstand ein Kampf um die Leichen, welche die Soldaten in Uebermacht an sich rissen.

Vor der Sigmunds-Säule waren mehrere Todte auf Wagen gelegt. Bei dem Aufladen der Todten halfen auch vornehme junge Damen. Dabei schossen aber die Soldaten auch auf diese — einer jungen Frau bohrte sich eine Kugel in die Brust, sie lief den Soldaten entgegen und rief: „Tödtet mich ganz!“ Das Volk eilte hin und schützte die Frau mit seinen eigenen Leibern und rettete sie vor den Soldaten.

Die Bernhardiner-Mönche beteten in den Gassen bei den Sterbenden und ertheilten ihnen den letzten Trost — bei diesem geistlichen Werke wurden zehn Mönche mit dem Gewehrkolben erschlagen!

Eine ganze Familie, Mann, Frau und Kind, wurde zugleich ermordet und die Leichname wurden in die Citadelle geschleppt.

Ein Student wurde geviertheilt, überhaupt wurde auf die studirende Jugend eine separate Jagd veranstaltet.

Bis dahin fehlten 840 Menschen, darunter 500 Todte und Verwundete, von den Uebrigen wußte man gar nicht, wohin sie gekommen waren. Die gräulichen Scenen erinnerten an die Schlächterei bei Praga.

Als endlich die Straßen leer waren, errichteten die Soldaten in den Straßen und Plätzen Wachtfeuer, soffen unmäßig Branntwein und sangen das russische Lied: „Von der Stadt Warschau“.

Auch am andern Tage, am 9., wurden noch furchtbare Scheußlichkeiten begangen.

Und nach alledem sprach Fürst Gortschakoff den Soldaten den Dank aus und nannte sie „brave Burschen“!

Die Soldateska war während der ganzen Zeit absichtlich im Rausch erhalten und machte auf die in Trauerkleidern passirenden Menschen Jagd.

Die Vorbeigehenden wurden überdies angepackt, deren Taschen durchsucht, Gold, Uhren, Ketten geraubt.

In der Kreuzgasse wurde ein Student ermordet, einen andern stachen die Kosaken nieder.

In der Vorstadt Moranoff wurde eine Frau in Trauerkleidern erschlagen; eine andere Frau hielt einen Säugling, dieser wurde in ihren Armen erstochen!

Vor der Citadelle warfen die Kosaken den Vorbeigehenden Schlingen um den Hals — wie den Hunden — und schleppten sie so hinein. Eine Frau entkleideten die Soldaten unter dem Gelächter ihrer Offiziere und schleppten die Unglückliche nackt in ein Haus, wo man ihr Gewalt anthat.

Doch genug davon.

Nun sagt der Artikelschreiber zum Schluß: Aus dem bisher Gesagten gehe zur Evidenz hervor:

Daß die Warschauer Bluttage mit Wissen und Willen der

Nachdem dieselbe vollendet war, das Schiff wieder aufgefeiert wurde, bekam es Ballast, und siehe da, das Schiff war nicht über Wasser zu halten und mußte sofort in die Docks hinein.

Hier entdeckte man nun, in welch' unverantwortlicher Weise die Arbeiten von den Schweden auf Steuerbordseite verfertigt waren.

1) Ein eisernes Nagelloch war ganz offen gelassen, wodurch das Wasser fingerdick hineinströmte.

2) Ein Matrose stach sein Taschenmesser bis an die Schale in die Schöre einer Planke hinein.

3) Ein hölzerner Nagel hinten am Schiffe stack wenigstens 5 Zoll heraus (war also womöglich herausgefallen).

4) Der lose Kiel, welcher neu am festen Kiel angebracht worden war, hatte vorn auf Steuerbordseite zwei Zoll Spielraum (war also von vornherein nicht ordentlich befestigt worden, sondern bummelte lose herunter).

5) Mehrere Sponzen waren so schlecht befestigt, daß dieselben 14 Zoll über die Planken hinwegstanden.

6) Der Kiellasch war so leck, daß derselbe durch Scheidenägel gedichtet wurde.

Ein richtiges Urtheil über diese hier angeführten Thatsachen kann ich in Rücksicht auf das Preßgesetz gegenüber Meister Conradi nicht äußern, ich überlasse es daher Jedem, selber zu urtheilen, und will nur noch hinzufügen, daß gegenwärtig auf der Werft des Meister Conradi circa 60 Lehrburschen, 15 deutsche Schiffszimmerer und ein Theil Schweden beschäftigt sind, in den letzten 3 Jahren durchschnittlich 75 Lehrburschen, worunter viele aus Schweden sich befanden; dagegen waren durchschnittlich nur etwa 7 deutsche Schiffszimmerer beschäftigt.

Daß dabei sehr viel Unzulässiges vorkommt, ist nicht zu verwundern; so wird mir z. B. berichtet, daß vor circa 6 Wochen ein Mann von Conradi beim Kalfatern angestellt wurde, der nicht einmal das Kalfatereisen anzufassen verstand; er nahm anstatt eines Scharfeisen ein Doppeleisen, ergriff dasselbe mit der vollen Faust und schlug damit das Werk hinein, natürlich wurde dadurch die Nath ruinirt. Wie diese Arbeit nun dem Meisterknecht (Werkführer) gezeigt wurde, erklärte dieser, das ginge ihn nichts an, Meister Conradi habe den Mann ja angestellt.

Mit den wenigen Schiffszimmerern und den vielen Lehrburschen sind nun auch seit 1873 außer den Reparaturen alter Schiffe vier neue Barkschiffe, sowie zwei kleinere Fahrzeuge erbaut worden, doch vermag ich nicht über diese Bauten zu urtheilen, da ich bis jetzt nicht genau informirt bin, aber aus allen hier angeführten Thatsachen werden die Leser und Fachkenner ersehen, daß durch solche Arbeit nicht allein die Rheder hintergangen werden, daß dadurch vielmehr mit dem Leben der Seeleute ein frevelhaftes Spiel getrieben wird. Diejenigen Meister, welche ihre Arbeiten von richtigen gelernten Schiffszimmerern gewissenhaft verfertigen lassen, können nicht mit den gewissenlosen Meistern concurriren; z. B. Meister Ihms, der Nachbar Conradi's, der bis jetzt seine Arbeiten von deutschen gelernten Schiffszimmerern gewissenhaft verfertigen ließ, würde nicht im Stande sein, auf die Dauer so fortzufahren, seine Arbeiten gewissenhaft behandeln zu lassen. Ihms würde schließlich auch gezwungen sein, seine Arbeiten vermittels recht vieler Lehrlinge und Schweden billig herzustellen, und so würde der Ruin unter dem deutschen Schiffsbauwesen immer mehr um sich greifen, wodurch ja selbstverständlich die Seeunfälle sich nicht vermindern, sondern im Gegentheil vermehren würden. Darum müssen diese Krebsschäden öffentlich beleuchtet werden, damit Wandel darin geschaffen werden kann.

H. Groß.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 12. November. Ein paar Streiflichter seien uns noch auf die Debatte gestattet, welche zu dem Beschlusse führte, einen allgemeinen Sozialisten-Congreß im Jahre 1877 einzuberufen. Es ist eigenthümlich, daß es gerade die Antiautoritären selbst waren, die sich vor einem solchen Congresse fürchteten. Etwas beherzter treten eigentlich nur die Jurassier auf, die sich dem genferischen Standpunkte näherten mit dem Unterschiede allerdings, daß sie die antiautoritäre Internationale als die allein existirende und znr Ausführung des großen Werks berufene Organisation bezeichneten, während die Genfer den Antiautoritären die Competenz zum Neubau der großen Organisation durchaus absprechen. Franzosen und Spanier äußerten allerlei Bedenken gegen den Congreß. Die Ersteren fürchteten, er könne das Grab der antiautoritären Organisation sein, die Gefahr laufe, auf dem Congresse majorisirt zu werden. Deshalb sei es gut, von vornherein festzusetzen, daß auf dem Congresse keine Abstimmungen stattfinden sollen. Die Spanier, etwas weniger bedenklich, meinten, die Wiedervereinigung könne ja ganz einfach durch den Anschluß der noch Außenstehenden an die antiautoritäre Internationale vor sich gehen. Die Italiener nahmen keine klare Stellung, sie wünschten nur, daß der Congreß in der Schweiz stattfinde. Aus Dänemark war ein Brief eingetroffen, der zur Verlesung gelangte; der große internationale Arbeiterbund existire zwar nicht mehr, heißt es darin, dagegen habe sich aber die Arbeiter-Organisation in großen nationalen Verbänden vollzogen, und wenn nun auch aus verschiedenen Gründen ein centralisirter Bund dieser internationalen Organisationen momentan nicht möglich sei, so doch die Gründung eines Centralbureaus. Dieses würde nach den Vorschlägen der dänischen Genossen durch bestimmte Mitgliederbeiträge unterhalten werden und aus befähigten Männern aller Länder bestehen, an deren Spitze ein Direktor zu treten hätte. In allen Ländern wären Correspondenz-Bureaus zu errichten, die in steter Verbindung mit dem Centralbureau zu bleiben und dieses von allen Vorgängen in den Gruppen zu unterrichten hätten. — In wärmster Weise befürwortete der belgische Delegirte De Paepe den Congreß, als dessen Zweck die Annäherung oder der Solidaritätsvertrag unter den Arbeiterverbindungen der verschiedenen Länder zu betrachten sei. Würde daraus eine Reconstruktion der Internationalen — wenn auch unter anderem Namen entstehen, dann würde ein solches Resultat in Belgien freudig begrüßt werden. De Paepe trat im Laufe der Diskussion auch dem Standpunkte der romanischen Delegirten entgegen und führte deren Bedenken auf Furcht vor einer Niederlage zurück. Die antiautoritäre Internationale könne ja nach wie vor bestehen, wenn ihr der vom zukünftigen Congreß votirte Solidaritätsvertrag nicht genügend sei. Weit eher ließe sich umgekehrt die Frage aufwerfen, ob die einladenden Arbeiter-Organisationen sich nicht vor einem Ueberwiegen des Einflusses der Antiautoritären scheuen. — Von deutscher Seite äußern sich zwei Meinungen. Franz erblickt für die internationale Arbeiter-Assoziation in dem Congresse keine Gefahr. Er ist für Aufrechterhaltung der bestehenden internationalen Sektion und erblickt für den internationalen Arbeiterbund einen entschiedenen Nachtheil darin, wenn er in einer so großen Organisation mit Unterstützungs- und Gewerkschaftsverbindungen von zweifelhaft sozialdemokratischem Charakter aufginge. Die Internationale müsse eine Vereinigung der entschiedensten vorgeschrittensten Sozialisten bilden, die der allgemeinen Arbeiterbewegung bahnbrechend voranzugehen hätten. — Sich ganz auf den Genfer Standpunkt stellend, erklärte Greulich dagegen, daß eine internationale Arbeiter-Assoziation, die nicht identisch sei mit der lebendigen Arbeiterbewegung aller Länder, keinen Sinn habe. In der Arbeiterbewegung dürfe es keine neue Aristokratie geben. Die Erziehung der organisirten Arbeiter müsse ebenso wie die der Kinder von der Praxis zur Theorie gehen. Die praktische Bethätigung in der Arbeiterbewegung erziehe mehr Sozialisten als alle theoretischen Erörterungen. Die Entwickelung der Partei in Deutschland zeige, daß die entschiedensten und durchdachtesten Vorkämpfer auch jenes Entwickelungsstadium durchgemacht haben. Auch auf dem Pariser Arbeiter-Congresse seien die weitergehenden Prinzipien der Arbeiterbewegung zur Sprache gebracht worden: die Vertretung des Proletariats in der Nationalversammlung, die direkte Gesetzgebung durch's Volk, die Unzulänglichkeit der privaten Produktiv-Genossenschaften und der Gemeinbesitz des Grund und Bodens. Man dürfe nicht so ängstlich sein. Das organisirte Proletariat werde, wenn es über alle Länder zu einem Bunde vereinigt sei, den Weg seiner Befreiung schon finden. — Diesen Ausführungen schloß sich wieder De Paepe an. Das Programm der Internationalen sage ja selbst, „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden müsse." Die internationale Arbeiter-Assoziation, die nicht Eins sei mit der großen sozialistischen Arbeiterbewegung ihrer Länder, sei eine usurpatorische Gesellschaft.

Wir haben das Resultat der Debatte bereits mitgetheilt, der Congreß für 1877 wurde beschlossen.

De Paepe constattrte in seinem Berichte den Rückgang der französisch redenden Sektion der antiautoritären Internationale, viele seien ganz eingegangen, doch dürfe daraus keineswegs auf einen Rückgang der Arbeiterbewegung überhaupt geschlossen werden, diese gedeihe nach wie vor. Die Erscheinung habe in Temperamentsverschiedenheiten, hauptsächlich aber in der Erkenntniß ihre Ursache, daß die Sache der Unterdrückten durch eine der deutschen ähnliche Taktik viel mehr gefördert werden könne, als durch das Warten auf eine Revolution. Die Lage Belgiens zwischen Bismarck und Mac Mahon sei auch eine solche, daß an eine bewaffnete Erhebung im Ernste nicht zu denken sei. Sie würde nur zum Untergange der Selbstständigkeit Belgiens führen. Auf der anderen Seite seien freilich die Verhältnisse derart, daß ohne ein gewaltsames Auftreten kaum an einen erheblichen Fortschritt gedacht werden kann. Politische Rechte seien den Arbeitern versagt und in der Zurückweisung selbst der bescheidensten Forderungen der arbeitenden Klassen fänden sich die Besitzenden aller politischen Färbungen zu fester Allianz zusammen. Trotz der Ungunst der Verhältnisse entfalten namentlich die vlämischen (niederdeutsch redenden) Sektionen, besonders Gent und Antwerpen das regste Leben. Ihr Augenmerk sei darauf gerichtet, die Massen des Volks aus ihrer Stumpfheit empor zu rütteln und sie mit ihrer Lage, ihrer unwürdigen Abhängigkeit, vertraut zu machen. Ein Fabrikgesetz sei das nächste Ziel und in erfreulicher Weise sammeln sich die Arbeiter und wachse die Agitation zur Erreichung desselben. So hoffe man trotz alledem weiter zu kommen. Wäre das arbeitende Volk erst über seine Lage aufgeklärt, dann mache sich auch Alles von selbst, jedenfalls würde dereinst eine bewaffnete Erhebung in Deutschland — das Volk in Belgien gehörig vorbereitet finden. — Einige Notizen, welche De Paepe über die Arbeiterbewegung in Belgien und Holland gab, mögen hier noch Platz finden. Der Verband von Verviers (französisch sprechend) huldigt den anarchistischen Anschauungen, sein Organ ist der „Mirabeau". Der Verband von Lüttich, wo der „Ami du Peuple" erscheint, ist nur noch schwach, hat dagegen eine Stütze an den Gesellschaften der Freidenker. — Die Brüsseler Internationalen gehen Hand in Hand mit dem dortigen Gewerkschaftsverband, der sich chambre du travail (Arbeitskammer) nennt, ähnlich den Pariser Gewerkschaften organisirt ist und die „Perseverance" als Organ hat. — In Holland giebt es nur noch sehr wenige Internationale, doch sind daselbst eine große Anzahl von centralisirten und lokalen Gewerkschaften unter dem Namen „Arbeiterbund" vereinigt, die auch sich politisch bethätigen und „De Werkman" als Organ haben. — De Paepe gab auch eine Darlegung des letzten großen Strikes im Kohlenbecken du Centre. Derselbe umfaßte 20,000 Arbeiter und dauerte drei Monate. Die Bourgeois-Regierung sandte Militär hin und hätte eine Metzelei gern gesehen. Aber die durch die Internationalen geschulten Arbeiter verhielten sich ruhig, verließen einzeln die Ortschaften uud bettelten lieber im Lande umher, als daß sie dem Druck der reichen Besitzer und der Militärmacht nachgegeben hätten. De Paepe's Bericht schloß mit dem lebhaften Wunsche nach einer Vereinigung aller Arbeitergruppen.

Wir haben noch Bahlteichs Rede zu gedenken. In musterhafter Weise wahrte er den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie, gab eine erschöpfende Geschichte derselben und wies alle Vorwürfe schlagend zurück, die gegen sie von antiautoritärer Seite und preußisch-ministerieller erhoben warden waren. Die Rede Bahlteichs verdiente es wohl, ausführlich wiedergegeben zu werden, da sie die Stellung der deutschen Sozialdemokratie in der großen Arbeiterbewegung in scharfen Zügen zeichnete. Des beschränkten Raumes wegen, der uns zur Verfügung steht, müssen wir auf eine ausführlichere Skizze verzichten, behalten uns aber vor, sie in nächster Zeit ausführlich zu bringen. Bemerken wollen wir nur noch, daß Bahlteich auch ein paar Worte an die Adresse des Ministers Grafen Eulenburg richtete.

Es bleibt uns noch eine Schlußbetrachtung übrig. Wie wir schon hervorgehoben, liegt die Bedeutung des Congresses zunächst darin, daß beiden Richtungen Gelegenheit geboten wurde, sich von Angesicht zu Angesicht auszusprechen. Daraus ist weiter die Erkenntniß gereift, daß beide Theile zunächst das gleiche Ziel, Zerstörung des Klassenstaats, verfolgen und in der Erreichung desselben neben einander gehen und wirken können. Beide Richtungen haben sich über die taktische Frage äußern und ihre Auffassung vertheidigen können. Daraus hat sich mit Nothwendigkeit eine gewisse beiderseitige Achtung entwickelt, wenn auch die deutsche Sozialdemokratie wohl niemals revolutionären Akten Sympathien zollen dürfte, die sich von vornherein als zwecklos oder schädlich erweisen. — Jedenfalls sind beide Richtungen einander näher gerückt, die Einigungsfrage ist angebahnt, die Arbeiter können sich nun in ihren Organen darüber äußern, und wenn dies nur, wie sich erwarten läßt, in leidenschaftsloser Weise geschieht, dann dürfen die Congreßmitglieder allein deshalb schon mit Genugthuung auf den Congreß zurückblicken.

n. **Aus Schleswig-Holstein**, 16. November. Im Wahlkreis Altona-Stormarn können die Gegner der Sozialdemokratie bekanntlich keinen Reichstagscandidaten auftreiben — Niemand will sich eben dem gewissen Durchfall aussetzen. Desto mehr drängen sich die Candidaten zu den anderen Holsteinischen Kreisen, obgleich dort auch keine viel kleinere Aussicht auf einen gehörigen Durchfall vorhanden ist. So candidirt neben dem großen — der Mann ist nämlich sehr stark und breit — Dr. Beseler im sechsten Wahlkreise der Professor Seelig, welcher als Sozialistenfresser rühmlichst bekannt ist. Dr. Beseler ist ein Renegat; 1848 plaidirte er für die Verweisung der Preßvergehen vor die Schwurgerichte und jetzt sitzt er zu Bismarcks Füßen und würde, wenn er nur eine bessere Stimme hätte, den Kanzler in allen Tonarten ansingen. Er wird selbstverständlich gegen die Verweisung der Preßvergehen vor die Schwurgerichte stimmen. Das Volk ist ja seit 30 Jahren unmündig geworden. Dr. Seelig ist Fortschrittler, Adlatus des Professor Hänel, ein verbissener Schulzeaner, der den Arbeitern das „Sparen" anempfiehlt und selbst sehr gut leben soll. Im neunten Wahlkreis ist er bei den vorigen Wahlen gegen Reimer durchgefallen, dreht man die 6 einfach um, so erhält man eine 9 — Dr. Selig mag sich dies merken. Die „Itzehoer Nachrichten" melden übrigens die Candidatur Seelig mit der Bemerkung an, daß nunmehr ein Candidat gefunden sei, welcher den drohenden Sieg der Sozialdemokratie verhindern könne. Ich habe die Wahlbewegung im sechsten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise verfolgt und kann mein Urtheil nur dahin abgeben, daß unser Candidat Max Stöhr den Sieg davon trägt. Die Städte und größeren Flecken sind fast sämmtlich gewonnen; in Ottensen erhält Stöhr mindestens 12—1300 Stimmen und auf dem Lande sind die Aussichten gleich gut. Zehntausend Stimmen für Stöhr, in die übrigen mögen sich die Herren Professoren des Renegatenthums und der Sozialistenfresserei theilen.

Flensburg, 12. November. An die Parteigenossen des 1. und 2. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises. Da es uns hier im zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreis nicht vergönnt ist, genügend Volksversammlungen abzuhalten, weil uns von seiten der Polizei zu viel Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, sehen wir uns veranlaßt, die Agitation schriftlich zu betreiben. Es hat sich zu diesem Zweck hier in Flensburg ein Wahlcomité constituirt, welches sich zur Aufgabe gemacht hat, durch Verbreitung von sozialistischen Schriften in unsern Wahlkreisen thatkräftig zu agitiren. Hierzu ist es nothwendig, daß die Gesinnungsgenossen allerorts, hauptsächlich auf dem Lande, uns Adressen zukommen lassen, damit wir in nächster Zeit mit der Verbreitung solcher Schriften beginnen können. Wir werden Ende dieses Monats oder Anfang Dezember mehrere tausend Exemplare des Flugblattes „Die rothe Fahne" und für die dänische Bevölkerung Extranummern des Kopenhagener „Sozialdemokraten" zur Verbreitung bringen. Darum auf, Parteigenossen, legt Hand ans Werk, damit wir bei der Wahl auf unsern Reichstagscandidaten Parteigenossen Brückmann eine ansehnliche Stimmenzahl vereinigen.

Zu alledem aber gehört Geld, deßhalb Parteigenossen, sämmt nicht, mit Sammlungen vorzugehen, fordert Eure Nebenarbeiter auf, bei der Reichstagswahl auf dem Posten zu sein, damit wir unsern Gegnern zeigen, daß wir in den letzten drei Jahren nicht zurück, sondern vorwärts gegangen sind; wenn man uns auch auf alle mögliche Weise Hindernisse in den Weg legt, wovon wir hier viele Beispiele anführen können, so wollen wir doch zeigen, daß wir fest wie die nordischen Eichen im Sturme stehen. Um nur ein Beispiel anzuführen, lassen wir den Bescheid auf unsere Beschwerde an die königliche Regierung zu Schleswig über die hiesige Polizeibehörde folgen:

I A. 22. 596.

Schleswig, den 26. Oktober 1876.

Auf Ihre am 7. d. Mts. hierselbst eingegangene Beschwerde über die Polizeiverwaltung zu Flensburg wegen Verhinderung einer von Ihnen für den 4. d. Mts. angemeldeten sogenannten Volksversammlnng, wird Ihnen hiermit eröffnet, daß diese Beschwerde nicht für begründet erachtet werden kann, da das von Ihnen für die fragliche Versammlung gewählte Lokal seiner Größe und Belegenheit nach zur Abhaltung derartiger Versammlungen in polizeilicher Hinsicht nicht geeignet ist.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.
(Name unleserlich.)

An Herrn August Fechner,
Adr. Hrn. Ohmsen,
Rothestraße 740, Flensburg.
nicht frei.

Ihr seht also Parteigenossen, wie man uns die Abhaltung von Versammlungen erschwert. Es bleibt uns also wirklich nur die Verbreitung sozialistischer Schriften übrig. Wir ersuchen deshalb nochmals die Parteigenossen, besonders in Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Gravenstein Adressen an das unterzeichnete Arbeiter-Wahlcomité einzureichen.

---

russischen Regierung angestiftet wurden, daß den Soldaten Fürst Gortschakoff für das Massacre den Dank aussprach und sie brave Bursche nannte!

— **Zotenreißerei im Reichstage.** Bei Berathung eines Gesetzentwurfs, der zum Schutze nützlicher Vögelarten eingebracht wurde, sagte der Antragsteller Fürst Hohenlohe-Langenberg: „Auch den Storch habe ich nicht weglassen zu dürfen geglaubt, da er ja neben anderen Vorzügen, besonders bei der Damenwelt so beliebt sei (Große Heiterkeit)." Abg. von Schorlemer-Alst — ein Frommer — replizirte: „Wissenschaftlich ist übrigens noch gar nicht festgestellt, welche Vogelarten nützlich sind, welche nicht. Ich kann z. B. nicht einsehen, weshalb der Antragsteller in sein Verzeichniß nicht die „Schnepfe" mit aufgenommen habe. (Große Heiterkeit.)" An und für sich waren nun die Bemerkungen nicht anzüglich, doch durch die unbändige Heiterkeit der Reichsboten werden sie zu Zoten gestempelt.

— **Dem Mammon, auch wenn er im Gewande des Verbrecherthums einhergeht, werden Ovationen gebracht.** So schreibt man über Dr. Strousberg: „Dem weiland „Eisenbahnkönig", der in Moskau mit der Angst und dem Schrecken davon gekommen ist, hat die russische Prozedur eine Monstreretlame gemacht. Da er zur Freiheit verurtheilt ist, so brauchen auch die Strousbergianer mit ihren Sympathien nicht mehr zurückzuhalten. Zwar will man den der Moskauer Charybdis Entronnenen nicht im Triumph einholen, doch werden für einen solennen „Empfang" bereits die nöthigen Vorkehrungen getroffen. Außerdem hat unmittelbar nachdem der Urtheilsspruch nach Berlin gemeldet wurde, der Besitzer eines großen, neuen Hauses in der Mohrenstraße an Dr. Strousberg die Offerte gemacht, ihm die erste Etage seines großen, palaisartigen Grundstücks für zwei Jahre miethsfrei zu überlassen. Die Wohnung mag sonst eine Jahresmiethe von 6000—7500 M. repräsentiren. Ob Dr. Strousberg diese Offerte annehmen wird, schreibt der „Börsen-Cour.", muß indeß dahingestellt bleiben, da von anderer, ihm näher stehender Seite, bereits in ähnlicher Weise sehr ausgiebige Vorsorge getroffen ist." Wir fügen dem hinzu: „Dem Verdienste seine Krone".

— **Beleidigungsfieber.** Das Nürnberger Appellationsgericht hat das Urtheil des Bezirksgerichtes Eichstätt gegen den Oberaufseher Joseph Stark von Rebdorf bestätigt. Stark war wegen 50 Beleidigungen des Kaisers, des Königs, des Reichskanzlers, der bayerischen Minister u. s. w. zu 3jähriger Gefängnißstrafe und Dienstentlassung verurtheilt.

Es sind jetzt folgende Gelder an den Kassirer Th. Leiding eingegangen: durch Bähr 1,00; d. H. Asmußen 2,50; freiw. Beitrag Wilhelminenthal 2,47; d. Leiding 4,22; Johannsens Cigarrenfabrik in 6 Raten 15,40; Parlaments-Wahlbüchse bei Voß 16,30; Sozialdemokr. Arbeitervereins Wahlbüchse 8,22; d. Bendert 3,35; v. d. Schuhmachern d. Fechner 14,25; freiw. Beitrag 11,64; v. d. Schneidern d. Rasmussen 29,90; von den Tischlern durch Bedewitz 7,00; durch C. Riegen 6,10; durch P. Lassen 60 Pfg.

Wir ersuchen Diejenigen, welche noch Gelder für die Parlamentswahlkasse in Händen haben, dieselben so schnell wie möglich an den obengenannten Kassirer abzuliefern und weitere Sammlungen vorzunehmen.

Das Arbeiter-Wahlcomité:

E. G. Nissen, 1. Vorsitzender; A. Fechner, 2. Vorsitzender; H. Mahlke, Schriftführer; Th. Leiding, Kassirer; P. Plagmann, O. Erichsen, A. Helwig, A. Hellberg, Beisitzer.

NB. Alle Briefe betr. Wahlagitation sind zu richten an den Schriftführer H. Mahlke, per Adr. Herrn F. Otto, hinter der St. Johanniskirche 893, Flensburg. Alle Gelder an den Kassirer Th. Leiding, Plankemay 861, Flensburg.

Offenbach, 19. November. Gestern kam unser Candidat für den Reichstag, Liebknecht von Leipzig, hier an und hielt Abends in Isenburg eine sehr gut besuchte Wählerversammlung ab, die sich einstimmig mit dem von ihm entwickelten Programm einverstanden erklärte. Liebknecht wird in den nächsten 9 Tagen in Offenbach und im Wahlkreis Gießen eine Reihe von Vorträgen halten, von denen der beste Erfolg zu erwarten ist. Unser bisheriger Abgeordnete, der nationalliberale Herr Dernburg ist im Auftrage Liebknechts zu der Versammlung eingeladen worden, die am Dienstag hier in Offenbach stattfinden wird. Sollte Herr Dernburg sich weigern zu kommen, sich etwa hinter seine Reichstagsthätigkeit verstecken (von der im Reichstag nichts zu verspüren ist), so wird Liebknecht ihn zu einer öffentlichen Disputation unter von Herrn Dernburg selbst festzustellenden Bedingungen auffordern. Es ist dies das beste Mittel, den gegnerischen Maulhelden (Helden hinter verschlossenen Thüren und hinter unserem Rücken) den Mund zu stopfen, und allen unseren sozialdemokratischen Reichstagscandidaten ist dasselbe zu empfehlen.

V. **Frankfurt a. M.**, 17. November. Im Großherzogthum Hessen besteht bekanntlich die nette Einrichtung, daß der Büttel des Staates die Steuer der Kirche einzieht und zwar die der protestantischen. Dies hat gar Viele aus ihrer bisherigen religiösen Lethargie aufgerüttelt und eigentlich erst recht zum Bewußtsein gebracht, daß sie Anhänger sind des frommen protestantischen Gottesglaubens. Nun erst begannen sie zu calculiren, ob denn dieses Christenthum auch die verlangte Kirchensteuer werth sei und dabei gelangten Viele zu einem verneinenden Schlusse. Sie drückten sich zwar nicht gleich in Masse so frank und frei aus, wie jetzt, sondern agitirten im Stillen und dann allmählig geräuschvoller und geräuschvoller gegen die verhaßte Pfaffensteuer, bis es schließlich, namentlich in Rheinhessen, soweit kam, daß in einzelnen Gemeinden sämmtliche Steuerzahler aus der protestantischen Landeskirche austraten. Das wäre nun alles recht und gewiß auch in anderen Gegenden den pfäffisch versimpelten Steuerzahlern anzurathen, allein die hessischen Rebellen wider die heilige lutherische Landeskirche waren leider trotz ihrer ausdauernden Renitenz noch so behaftet von dem frommen Wahn, daß sie es nicht bis zur wahrhaften und eigentlichen Dissidenz zu bringen vermochten. In Worms kamen sie zusammen und beschlossen eine neue Religionsgemeinschaft unter der Firma „Freie Protestanten" zu begründen. Sie glauben noch an Gott, den allgegenwärtigen Geist im Weltall, sie glauben an Jesus Christus, als den begeistertsten und begabtesten Lehrer der Menschen und an einen heiligen Geist, der da wirkt als sittlicher Gesammtgeist der Menschen. Ferner glauben sie an das Reich Gottes und an ein ewiges Leben und halten es für die Aufgabe der christlichen Kirche, das göttliche Reich mehr und mehr zu verwirklichen. Neben ihrem Glauben haben sie aber auch Grundsätze, von denen ihnen als oberster gilt das „ausdrückliche Gebot Jesu": Liebe Gott über alles und deinen Nächsten wie dich selbst. An dem festgeschriebenen Buchstaben festzuhalten, ist lächerlich, es hat die Auslegung und Erklärung der Bibel im Sinne und Geiste unserer Zeit und nach dem Maße der fortschreitenden wissenschaftlichen Forschung und Erkenntniß zu geschehen. Dagegen ist weise und klug nach „freiprotestantischer" Lehre, den Staat als die oberste Autorität zur Ordnung und Regelung des menschlichen Zusammenlebens zu betrachten und sich ihm zum blinden Gehorsam zu verpflichten. Dies alles leiten sie her aus dem unversiegbaren Born der Bibel, sind aber doch so fortgeschritten, daß sie neben dieser auch die Natur als die „ewig unverfälschte Offenbarung der Gottheit" betrachten. Ihre kirchliche Verfassung denken sie sich derart, daß fortan der Unterschied zwischen Geistlichen und Laien aufhört. Jede Gemeinde wählt ihren Vorstand, welcher jährlich einer neuen Wahl unterliegt. Der Vorstand wählt sich aus sich die bezüglichen Chargen mit Ausnahme des Pfaffen; den die Gemeinde selbst nominirt. Die einzelnen Gemeinden schließen sich zusammen in Synodalverbände, in denen in bestimmten Zeitabschnitten Kreis- oder Landessynoden gehalten werden. Resumiren wir nun das Gute und Schlechte dieser neuen Erscheinung! Gut ist, daß es in den Köpfen der „blinden" Hessen anfängt zu tagen und daß die orthodoxen Pfaffen einen höchst unzeitgemäßen und darum gemeingefährlichen Firlefanz mit dem Volke treiben, schlecht aber ist, daß sie wähnen, durch Gründung einer neuen christlichen Kirche sich mit der Zeit auszusöhnen. Brav ist der gute Wille aber seine Durchführung ist ein Ding der Unmöglichkeit. Denn zum Ersten ist Glauben und Wissenschaft mit einander unvereinbar — und mit dem erstern wollen die „Freien Protestanten": keineswegs brechen — dann schaffen sie, auch wenn sie die Aufhebung des Dualismus von Pfaffe und Laie noch so scharf betonen, eine neue Priestersippe. Denn in unserer Zeit, da die Wissenschaft so weit vorgeschritten ist, reicht der gewöhnliche Laienverstand nicht mehr aus, den Riß zuzukleistern, der den Glauben von der Erkenntniß trennt, da gehört abgefeimte pfäffische Sophistik her. Ferner ist diese neue Verquickung von Wahn und erkennenender Forschung nur ein Hinderniß für ein wirklich mannhaftes Streben nach uneingeschränkter, wahrhaftiger Menschenwürde und Freiheit. Sie mögen es unterlassen, die Herren der neuen Secte, diese Halbheit mit einer Schonung gewisser, noch vorhandener religiöser Gefühle zu entschuldigen. Diese Schonung ist gleichbedeutend mit einer Conservirung der Dummheit und des Blödsinns. Und dafür sorgen wahrlich die alten Pfaffen gerade genug, um ähnliche Bestrebungen neu geschaffener Coterien ohne Weiteres zum Kukuk zu wünschen. Hoffentlich sind die hessischen Arbeiter, die ein Bischen klarer in solchen Dingen sehen, so gescheidt und gehen nicht auf den Leim. Die einzig wahre Religion der Gegenwart liegt ausschließlich in dem Bestreben, für jeden Menschen Brod zu schaffen. Alles Andere macht sich dann von selber, die religiösen Quacksalbereien und Dummheiten sind unnöthig.

Nowawes, 14. November. Am 10. November fand hier eine sehr gut besuchte öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher G. Dietzmann aus Berlin einen Vortrag hielt. Derselbe kritisirte die verschiedenen Parteien, am allermeisten die Nationalliberalen, wie diese uns Gesetze geschaffen haben, die noch viel schlechter sind als zur Zeit der Reaktion, z. B. das neue Preßgesetz mit dem Zeugenzwang, ferner die Aufhebung der Wuchergesetze, wodurch dem Gründer- und Schwindlerthum freies Spiel gewährt würde u. s. w. Wegen der von der liberalen Partei mitverschuldeten Verhältnisse müssen wir die Krisis mit all ihrem Elend erdulden und von wirklicher Freiheit verspüren wir nichts. Redner sprach noch über das Vereins- und Versammlungsgesetz und das famose Militärbudget, das gleich auf 7 Jahre bewilligt worden ist. Alsdann wurde folgende von Unterzeichnetem eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vortrage des Cigarrenfabrikanten Herrn Gustav Dietzmann aus Berlin einverstanden und stellt denselben in dem Kreise Teltow, Storkow, Beskow als Reichstagscandidat auf, und verpflichtet sich, mit allen gesetzlichen Mitteln die Wahl desselben zu befördern."

Franz Stuckenbruck.

Calau, 19. November. Ueber Anklagen nnd Haussuchungen ganz eigenthümlicher Art ist von hier zu berichten. Angeklagt ist Unterzeichneter, ferner Krüger und Metzner, wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. Die Anklagen sind schrecklich lang, doch schwach mit Beweismaterial ausgestattet. Diesem Uebelstande abzuhelfen, sollte wohl nun die am vergangenen Freitag stattgehabte Haussuchung dienen. Da das Suchen bei mir nun erfolglos, ging man zu meinem Nachbar. Zu bemerken ist hierbei, daß dieser sich nicht um Politik kümmert und demselben die stattgehabte Haussuchung Schaden zugefügt, indem sein Sohn schwer an Nervenkrankheit leidet und ihm jede Aufregnng nachtheilig ist. Da nun auch das Suchen bei Krüger nutzlos war, ging man zu seiner Waschfrau, einer alten Wittwe, bei der man natürlich nicht besser fuhr. So hat die Polizei seit Schließung der sozialistischen Arbeiterpartei schon unzählige Mal sich unnütz gequält, aber sie scheint einmal die Lust nicht zu verlieren.

Bommel.

Plauen i. V. Das Arbeiter-Central-Wahlcomité hat sich gebildet, und es sind von nun an alle Briefe in Wahlangelegenheiten an den Schriftführer Friedrich Forbiger, Hoferstr. 92, zu senden. Die Gesinnungsgenossen werden ersucht, die Wahl unseres Candidaten nach Kräften zu unterstützen. Gelder sind zu senden an unsern Kassirer Hermann Brückner, Forststraße 53 B.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Das Central-Wahlcomité.
J. A.: Joh. Bauer.

Großenhain, 20. November. Am 29. Oktober wurde hier ein Volksfest abgehalten, welches trotz der schlechten Verhältnisse stark besucht war. Dasselbe ergab einen Ueberschuß von circa 60 Mark, welcher zur Wahl recht zu statten kommt. Die Festrede hielt Herr Reißer aus Leipzig, derselbe erntete rauschenden Applaus. Ferner sprach derselbe Tags zuvor in einer gut besuchten Volksversammlung über: „Die Zollfrage und die orientalische Frage". Auch hier gab man lauten Beifall zu erkennen und die Versammlung nahm mit allen gegen die Stimme eines Lehrers eine unsrerseits aufgestellte Resolution an.

— Der musikalische Verlag unsers Parteigenossen Sauerteig in Gotha erhält von Seiten eines Sachverständigen folgendes günstiges Zeugniß:

„Der im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha erschienene „Sängermarsch" v. G. Scholz ist eine muntere, frische, ansprechende Composition und macht beim Einstudiren nich. viel Schwierigkeiten. Es lagen mir von Herrn G. Scholz noch mehrere Compositionen zur Kritik vor, und ich habe dieselben nur günstig beurtheilen können; überhaupt muß ich Herrn Scholz als einen sachkundigen, tüchtigen Liedercomponisten anerkennen.

„Die Männergesangvereine mache ich daher auf den „Sängermarsch", sowie die übrigen Compositionen des Herrn G. Scholz besonders aufmerksam.

„Leipzig am 8. November 1876.

Ludwig Rohrssen, Musiklehrer."

Briefkasten

F. Kaufmann, Tapezierer, wird um Angabe seiner jetzigen Adresse gebeten.

W. Essenwein, Karlsruhe, wird um seine Adresse gebeten von von Robert Essenwein aus Neustadt in Mecklenburg, gegenwärtig in Barmen, Adresse: Hrn. Knüppel, Oberdörnen 34.

Quittung. Nur Wien Ab. 3,20. Expedition des Hamb.-Altonaer Volksblatts Schr. 300,00. Mrf London Ab. 40,80. Stubschl Mühlheim Ab. 9,00, Ann. 0,70. Ludmun Burgdam Schr. 5,00. Gßl Wien Schr. 8,50. Hrg Hamburg durch Gb Ann. 32,80. Zwnschr Grimma Schr. 1,20. Rbing Halle Ab. 5,00. J. F. Jägerndorf Schr. 5,00. Rchlt Groitzsch Schr. 0,60. Grn Ober-Pfannenstiel Schr. 5,00. G. Gth Meiningen Schr. 15,00. Knsk Palwlaken Schr. 3,50. J. Jmn Hadamar Schr. 2,00. Korbmacherbund Hamburg Ann. 3,00. Strn Lunzenau Ann. 0,40. Sänger des Arbeiter-Bildungs-Vereins Ann. 4,20. Wahlverein Bielefeld Ann. 1,50. Gnthr Großenhain Schr. 16,00, Ann. 0,40. Mnz Corbetha Schr. 3,25. Thms Neckar-Gmünd Ab. 2,00. L. Grmr Halle Ab. 59,75. R. Vdt Barenthin Schr. 0,75. Hbdrg Römhild Schr. 0,40. Hß Düsseldorf Schr. 0,40. Oestrch Rappoltsweiler Schr. 1,40. Schwr Düren Schr. 0,40. Chn Wien Schr. 0,60. Frs Hameln Schr. 1,00.

Wahlfonds.

Von Nn. hier M. 6,00.

Wahlfonds des 12. und 13. Wahlkreises.

Von A. Krz Coblenz 1,30. Hdlch.

Anzeigen 2c.

Die Filial-Expedition des Herrn
F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J.
ist durch ein Mißverständniß am Kopfe unseres Blattes ausgelassen worden. Die Genannte vermittelt wie bisher alle unsere Blätter und Verlags-Artikel. Die Expedition des „Vorwärts"

Bielefeld. Oeffentliche Versammlungen.

Sonntag, den 26. November, Nachmittags 4 Uhr, beim Schankwirth Brodhage, am Gaddenbaum.

Montag, den 27. November, Abends 8 Uhr, beim Schankwirth Plischewsky, an der Herforderstr. C. III.

Tagesordnung:
1) Das gleiche Recht für Alle, Ref.: Herr H. Bruno.
2) Proklamirung des Reichstags-Candidaten.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht (F43) [120

Der sozialdemokratische Wahlverein in Bielefeld.

Leipzig. Allgemeiner Böttcher- und Küper-Verein. Sonnabend, den 25. November, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Richter, Roßplatz 9. Sozialer Wochenbericht. Referent Niemann. Bericht von der Ausschußsitzung. D. V. [50

Leipzig. Verein der Sattler und Berufsgenossen. Versammlung, Sonnabend, 25. November, Abends 8½ Uhr im Lokal des Hrn. Richter, Roßplatz 9, wozu alle Collegen Leipzigs und Umgebung freundlichst einladet [50

Der Ausschuß.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 25. November, Abends 8 Uhr, Versammlung, Täubchenweg, Restauration von Menzel. Tagesordnung: Vortrag von L—d.

NB. Nächste Versammlung: Vortrag und Discussion über die Gewerkschaftsbewegung. [60

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Verschiedene bei uns im Vereinslokale zurückgelassene Zeichenbretter veranlassen uns, die Eigenthümer zu ersuchen, dieselben baldigst abzuholen, resp. ihr Eigenthumsrecht bei uns geltend zu machen. Mit dem 1. Februar 1877 werden alle übrigen Zeichenbretter dem Vereinseigenthum zugeschrieben. Die Entnahme kann nur durch Anmeldung beim Castellan geschehen. Der Vorstand. [70

Mitglieder-Versammlung des Korbmacherbundes von Hamburg-Altona-Ottensen.

Im „Salon zum Roland", 1. Jakobstraße 11. Sonnabend, den 25. November, Abends 8½ Uhr. — Tagesordnung: 1) Abrechnung; 2) Vortrag; 3) Vereinsangelegenheit.

Neue Mitglieder werden aufgenommen.

(F146) F. Wirckeling, Grüner Deich, Hof 81. [90

†

Allgemeiner Deutscher Schneider-Verein.

Am 10. November starb eines unserer eifrigsten Mitglieder Herr **Bruno Beier.**

Er besuchte bis zu seinem Krankenlager jede Versammlung des Vereins regelmäßig, er gehörte zu denen, die erkannt haben, welches Prinzip wir zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse anzustreben, und wohin wir zur Erreichung desselben unser Ziel zu richten haben, und wenn es sich um Beförderung unserer Bestrebungen handelte, so stand er uns stets mit seinem Rath zur Seite. Es wird ihm der Verein für seine seine Ehrenhaftigkeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Leipzig, am 20. November 1876.

1,40] August Zipfel, Bevollmächtigter.

Der Parteigenosse, welchem bei der Bezirksconferenz in Narsdorf ein **Regenschirm** vertauscht worden ist, kann denselben durch Ernst Streune in Lunzenau zurückerhalten. (F210) [30

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 9 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Finanzlage der Leipziger Commune (Fortsetzung). — Ein unbekannter Mann. — Correspondenz. — Fackelfunken.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

☞ Nr. 10 erscheint Sonnabend, den 25. d.

Die Neue Welt

Jahrgang I. 1876

complett, lieferbar mit Ablauf des Jahres

empfehlen wir als besonders geeignet zu

Festgeschenken.

Preis: ungebunden M. 5,00 franco. In elegantem Einband M. 7,50 franco gegen baar.

Die Einbanddecken tragen das große Titelbild des Heftumschlags in Golddruck, darstellend:

Die Befreiung der Menschheit.

Bei Parteibezug entsprechender Rabatt. Kleinere Beträge in Briefmarken erbeten.

Elegante Einbanddecken

für die „Neue Welt"

sind a Stück 1,20 M. gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch Unterzeichnete nnd die Buchbinderei von H. Jansen, Universitätsstraße Nr. 16 zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt.

NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Leipzig, Mitte November 1876.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstraße 12/II.

Allen Gesinnungsgenossen

die Mittheilung, daß die von uns für die Wahlagitation veranlaßte und vom Parteigenossen A. Bebel verfaßte Broschüre:

Die parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstags und der Landtage von 1874—1876

nebst einem Anhang, enthaltend: Winke für die Agitation, Auszüge aus den deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzen, dem Strafgesetzbuche, dem Reichswahlgesetz, der Reichswahlverordnung 2c. 2c.

Freitag, den 24. November, im Verlage der Allgem. deutschen Assoziations-Buchdruckerei in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, erscheint und sind die Bestellungen sofort dorthin zu richten.

Die Broschüre wird 9 Bogen kl.-8° stark und kostet einzeln 30 Pf., in Partien 25 Pf. per Exemplar. — Im Buchhandel beträgt der Preis per Exemplar 50 Pf.

Die Broschüre ist populär geschrieben und enthält nicht nur eine gründliche Beleuchtung der verhängnißvollen Thätigkeit, welche der Liberalismus im Reichstag und in den Landtagen in den letzten drei Jahren entfaltete, sondern der Verfasser entwickelt auch, an die einzelnen Punkte anknüpfend, die Forderungen der Sozialdemokratie, im Gegensatz zu denen des Liberalismus.

Die Broschüre ist also als eine Kritik der Gegner und ein Programm der eigenen Partei zu betrachten und ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für den bevorstehenden Wahlkampf, wie das beste Agitationsmittel für das arbeitende Volk.

Wir fordern alle Gesinnungsgenossen dringend auf, die Broschüre nicht nur für den eigenen Gebrauch sich anzuschaffen, sondern auch ihre weiteste Verbreitung in den Massen zu befördern.

Das Central-Wahl-Comité.
Auer. Derossi. Geib. Hartmann. Brasch.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 2. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Heß, 600 North 3rd Street.
J. Boll, 113a Charlotte Str.
Chicago: A. Lauermann, 226 Division Street.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 25. Sonntag, 26. November. 1876.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Dezember zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Teubert, Borsaische Str. 19, für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Möckern** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

☞ Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Bestie ist entfesselt!

Wir meinen nicht die „Bestie", welche nach Schulze-Delitzsch durch die Coalitionsfreiheit entfesselt zu werden drohe, nein, wir meinen die Bestie, welche durch das fortwährende Kriegsfieber, durch den Afterpatriotismus, durch den Chauvinismus losgelassen, welche mit mordjunkelnden Augen in der Gesellschaft umherschleicht und zuweilen sich auf seine Nebenmenschen stürzt und ihr Opfer fordert.

Wir meinen die Mordbegier, welche jetzt so häufig bei den kleinsten Anlässen zu Tage tritt; wir meinen die Rücksichtslosigkeit, mit welcher gerade in den oberen Schichten der Bevölkerung gegen Arbeiter und kleine Leute von der Waffe Gebrauch gemacht wird.

So lesen wir in mehreren Zeitungen, daß auf dem Gute Zajonskowo bei Neumark (Provinz Preußen) eine Anzahl Landarbeiter über das Auftreten des Inspektors erbittert, denselben bedroht haben; derselbe setzte sich zur Wehr und erhielt dabei, nachdem einige Arbeiter gleichfalls leichte Verletzungen davon getragen hatten, einen Stockschlag. Der Gutsherr und sein Schwager eilten dem Inspektor zur Hülfe und es schoß der Letztere auf die Arbeiter, so daß einer derselben todt niederstürzte. Die Wuth der Arbeiter wurde selbstverständlich groß und sie drangen gegen das Wohnhaus vor, wo hinein sich die Herren zurückgezogen hatten, aus welchem aber noch mehrere Schüsse fielen.

Nach der „Ostdeutschen Zeitung" sind die beiden Arbeiter, die mit dem Namen Rädelsführer bezeichnet werden und den Krawall angezettelt haben sollen, verhaftet, während der edle Schütze sich noch auf freiem Fuße befindet; wenigstens wird von den Zeitungen, die den Vorfall berichten, nichts anderes gemeldet. So weit wir nach ähnlichen Fällen urtheilen können, wird in den betreffenden Kreisen die feige That des „Schwagers" als ein großes Heldenstück angepriesen werden, ein Heldenstück, welches wohl geeignet ist, die Kanaille einzuschüchtern und dienstwillig zu machen, das ferner geeignet ist, die Forderungen der Arbeiter, welche so unverschämt sind, ihren Hunger stillen zu wollen, erheblich herabzustimmen, ja das geeignet ist, die armen Landarbeiter dermaßen einzuschüchtern, daß sie glauben, der Gutsherr habe über Leib und Leben, wie zu Zeiten der Leibeigenschaft, zu befehlen.

Dieser Glaube wird ganz bestimmt eintreten, wenn die armen Arbeiter noch dazu bestraft werden, der Todtschläger aber straffrei ausgeht; dieser Glaube wird dann auch bewirken, daß jede Achtung vor dem Gesetz, welches nur zu Gunsten der Unternehmer und zu Ungunsten der Armen gemacht sei, verschwindet; und der Glaube wird bei den armen Landarbeitern sich bahnbrechen, daß der Staat im Verein mit den brutalen Gutsherren anstatt freie Bürger willenlose Sklaven erziehe. Aber das wollen verschiedene Großgrundbesitzer, das wollen die Herren, welche fortwährend darüber schreien, daß der Arbeiter zu viel Freiheit besitze, das wollen sie bewirken.

Und feurig wird der Gutsherr von Zajonskowo seinem Schwager die Hand gedrückt haben zum Zeichen des Dankes für die Heldenthat, auf Unbewaffnete mit einem Gewehr zu schießen; beim Champagner werden Kriegs- und Heldenlieder erklungen sein, zur Feier des Tages, an dem mit einem Male, blos durch einen feigen Fingerdruck die unverschämte Canaille zur Ruhe gebracht worden ist; und wo sich der gutsherrliche Schwager bei seinen Bekannten und Gesinnungsgenossen hat sehen lassen, da werden ihm Gratulationen entgegengetragen worden sein wegen dieses Todschlags.

Wir erinnern uns eines ähnlichen Falles, daß ein Fabrikdirektor einen Arbeiter erschossen und in Bochum öffentlich von hervorragenden Fabrikanten dieser That halber gefeiert worden ist.

Der alte Harkort ist sterbenskrank — wäre er gesund, so würde er vielleicht seine Roheitsstatistik, die sich gegen die Arbeiter richtet, bereuen, er könnte dann angesichts solcher feigen That die Roheitsstatistik der sogenannten Gebildeten eröffnen, und wahrlich, das Material dazu bringt jeder Tag.

Die Kraft der Arbeiter, und ganz vorzüglich die der Landarbeiter in den östlichen Provinzen Preußens wird bis zur äußersten Grenze ausgebeutet; das Leben schwindet so schon langsam dahin unter dem ungeheuren Druck; doch damit noch nicht genug — Blut, Arbeiterblut muß fließen, um der Canaille ihr ganzes Elend, ihre volle Abhängigkeit zu zeigen.

Herr Schulze-Delitzsch! Die Bestie ist entfesselt — sie läuft in Ihrer Gesellschaft umher, sie taucht einmal in Nürnberg auf, wo zahlreiche Menschenleben dem spekulativen Häuserbau zum Opfer fallen, ein anderes Mal in Berlin, wo ein Arbeiter dem Hungerwahnsinn verfällt und dann wieder in Ostpreußen, wo ein Arbeiter direkt erschossen wird.

Und da sollten die Arbeiter sich nicht zusammenschaaren, um die Bestie einzufangen, die Bestie, welche ihnen nach dem Leben trachtet?

Gewiß! Deshalb frisch auf zu den Reichstagswahlen!

Kosten der Reichsherrlichkeit.

Von Georg Vollmar.

Unser Deutschland ist bekanntlich nicht von den Maximen des constitutionellen oder gar parlamentarischen Regimes angekränkelt; denn was die bewilligte Anstandsportion von ersterem betrifft, so ist das ja nicht so ernst zu nehmen, sondern mehr zur Decoration — Louis Napoleon hat ja selbst einst die Vorlage gegeben, die die Schüler allerorten mit wenig Witz und viel Behagen getreulich copixen. Unser „Reich" ist das Reich des „selbstbewußten Monarchismus", „das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte"! Ja noch weiter. Böse Reichsfeinde behaupten sogar, daß die ursprüngliche Nordbundsverfassung und deren verbesserte Auflage, die Verfassung des deutschen Reiches — mein deutsches Volk, gesagt zu deinen Ehren — Einem Manne „auf den Leib geschnitten sei". Was Wunder, daß besagte Reichsfeinde sich unterstehen durften, dem „Reich" schon bei seiner Gründung seine nächste Carriere vorauszusagen? So waren denn auch derjenigen, welche von Anfang an das rapide Wachsen der Ansprüche des Reiches an die öffentlichen Säckel der Partikularstaaten, hauptsächlich zu Gunsten des Reichsschoßkindes Militarismus — „den eminentesten Reichszweck" hat's einst ein schwäbischer Reichsbote genannt — prophezeiten, nicht wenige. Was hatte in jener Zeit, in welcher der Furor teutonicus unbestritteuer Herrscher war, und der Größenwahnsinn sich fast des ganzen deutschen Volkes bemächtigt hatte, ruhige Berechnung, leidenschaftsloses, sachgemäßes Urtheil zu thun? Jacobi sagt: „Wenn der Wahnsinn epidemisch wird, heißt er Vernunft" — und die Vernünftigen Narren! Als Narren, wenn nicht als verbrecherische Vaterlandsverräther — die „Reichsfeinde" waren noch nicht erfunden — sah man damals jene düsteren Mahner an, die noch von Glück sagen durften, wenn sich die „gerechte" Entrüstung der Patrioten nur in Worten und nicht auch in Thaten Luft machte.

So ging es unter anderen auch dem alten Demokraten Kolb, als er im bayrischen Landtag beim Abschluß der Versailler Verträge voraussagte, daß in Zukunft das bayrische Budget durch die Ausgaben für Reichszwecke, insbesondere für das Heer, um mindestens 9 Millionen Gulden weiter belastet werden würde, eine Summe, die dem damaligen Reinertrag von 90 Proz. aller direkten Steuern gleichkam. Ein Sturm von Entrüstung und Widerspruch erhob sich von den Bänken der Nationalliberalen, und vom grünen Tische aus wies der Finänzminister in „glänzender", von Patriotismus triefender Rede, für welche ihm nicht nur der jubelnde Beifall der Getreuen, sondern auch ein königliches Belobungsschreiben wurde, „das Irrthümliche dieser durch nichts begründeten Behauptungen" nach: nunmehr würde Deutschland Friedensbürge sein, ohne dessen Erlaubniß kein Kanonenschuß in Europa mehr abgefeuert werden dürfe, würden die bisherigen, durch des bösen „Erbfeindes" Ränke nöthig gewesenen ungeheuren Rüstungen überflüssig; eine quasi Abrüstung trete ein, wodurch die Ausgaben für das Heer erheblich vermindert würden; bei geringem Präsenzstands sei mit 225 Thaler pro Mann alles in allem abgethan; die Gleichvertheilung der Lasten auf alle Reichsglieder und der bevorstehende immense Aufschwung des Handels und der Industrie würden alle Auflagen bedeutend erleichtern — kurz, eine Zeit des Friedens und der Wohlfahrt, des Segens und Ueberflusses, ein neues goldenes Zeitalter sei im Anbruch! Doch wer kennt nicht die Weise und den Text jener Hymnen? Und sie leierten sie ab, diese Hymnen, in allen Tonarten, in dur und moll, in forte und piano, für alle möglichen Instrumente transponirt und für die verschiedensten Bedürfnisse eingerichtet, mit Variationen ohne Zahl — bis der Schweiger Moltke mit seinem großen Wort gelassen dazwischen fuhr und den Biedermännern die alleinseligmachende Lehre von der halbhundertjährigen Kriegsbereitschaft verkündete.

„Also hat sich's herrlich erfüllt!" Jenes versprochene goldene Zeitalter — für die Ausbeuter und Schwindler in Wahrheit ein goldenes — ist da — der glückliche deutsche Reichs-„Unterthan" und Steuerzahler weiß davon zu erzählen! Im Augenblicke stehen uns leider die nöthigen statistischen Notizen nicht zu Gebote, um das — im übrigen für keinen Vernünftigen eines Beweises bedürfende — rapide Wachsen der Kosten der Reichsherrlichkeit ziffermäßig für das ganze Reich nachzuweisen. Aber die Ziffern-Belege, die uns von Gesammtdeutschland, vom Reich fehlen, liefert uns ein Partikularstaat und zwar der nach Preußen größte, Bayern. Dieser Staat möge uns als Beispiel dienen; was von ihm gilt, gilt mehr oder minder von allen übrigen — des Reiches „Segnungen" haben sich gleichmäßig auf alle deutschen Gauen ergossen.

Wie schon oben bemerkt, berechnete Kolb zu Anfang 1871 eine Mehrbelastung des bayerischen Budgets durch die Ausgaben für Reichszwecke um mindestens 9 Millionen Gulden; er nahm dabei die künftige Ausgabe für das Heer zu 18,996,075 Gulden = 32,564,700 M., für die übrigen Reichsbedürfnisse zu 2,257,813 Gulden = 3,870,185 M. an. Und nun? Heute verwendet Bayern nach dem vom letzten Landtage genehmigten Budget für 1876—77 nicht 32 Millionen, sondern 41,446,222 M. für das Heer, nicht 3 Millionen, sondern 16,111,434 M. für sonstige Reichszwecke! Hier ein Verzeichniß der bayerischen Budgets seit 1870 (zweijährige Finanzperioden):

1870—71	brutto	87,144,606,	netto	58,508,588	Gulden,
1872—73	„	110,188,260,	„	74,969,635	„
1874—75	„	123,696,923,	„	79,827,180	„
1876—77	„	150,127,111,	„	95,678,406	„ .

In dem Zeitraum von 7 Jahren ergiebt das also im Netto die respektable Mehrung von nicht 9, sondern 37 Millionen Gulden = 63½ Millionen Mark, oder 68½ Prozent! Diese immense Mehrbelastung kommt aber dem Erträgniß von nicht 90, sondern 360—370 Prozent aller direkten Steuern gleich.

Und damit ist noch nicht alles abgethan. Neben dem Hauptbudget laufen fortwährend Spezialgesetze für außerordentliche Credite, worunter natürlich immer für's liebe Militär. Die Nebenausgaben für letzteres betrugen innerhalb der letzten drei Jahre zusammen das nette Sümmchen von 36,103,616 M., also pro Jahr 12,034,539 M.! So zahlt Bayern, das von 1861—68 jährlich 10,432,200 Gulden und von 1868—71 14,975,465 Gulden auf sein Heerwesen verwendete, heute 24,176,963 Gulden Ordinarium und pro Jahr noch mindestens 7,020,242 Gulden Extraordinarium —, mithin im Ganzen pro Jahr 31,197,205 Gulden = 53,480,761 M.!!

Und diese Ueberfülle des Reichs-„Segens", was mit ihr beginnen? Woher das Geld nehmen für diesen erhöhten Aufwand? Nun, wo man's findet — wofür hätten wir denn „Staatsmänner"? Ein festeres Anziehen der Steuerschraube, etwas mehr Noth und Elend — so geschieht's. Man werfe all' das in die bekannte Opferschale des „Vaterlandes" und sehe, wie schnell sich all' diese trüben Ingredienzien in eitel Gold und Silber umwandeln, in blinkende Kronen und Thaler, für die dann wieder blinkende Gewehre und Kanonen angeschafft werden können! Kommt neben den hehren Zwecken des Militarismus das bischen Noth und Elend des „Volkes" in Betracht? Man übersieht bei dem Anblicke des schmucken, glänzenden Kriegers den abgehärmten Mann aus dem Volke.

Bayern haust (gleich den meisten übrigen deutschen Staaten) bereits seit Jahren mit einem ganz respektablen Defizit. Sichtbar wurde dieses Defizit bei den regelmäßigen Einnahmen nur deshalb nicht, weil das Manco bisher durch herzhafte Griffe in den „Milliardentopf" ersetzt wurde. Heute aber giebt's dort nichts mehr zu greifen, und jener gründlich geleerte Topf ist bereits in's historische Museum gewandert, wo er der Nachwelt ein warnendes Exempel nationalökonomischer „Weisheit" und militärischer Unersättlichkeit sein möge.

Die Ueberfälle unverdienten Geldes erzeugte naturgemäß übermäßige Ausgaben, die ihrerseits ebenso natürlich wieder neue Bedürfnisse erzeugten und noch heute weitererzeugen, Folgen, die nicht mit ihrer Ursache wieder verschwinden, sondern sie noch lange überdauern. Kurz, der erhöhte Bedarf ist geblieben und noch fortwährend im Wachsen, die bisherige künstliche Deckung aber verschwunden.

Was nun? So ein gewissenloser Reichsfeind wüßte freilich Rath; er suchte sich Budgetposten heraus, wo sich ohne Schaden, ja wohl gar mit Nutzen für's Gemeinwohl so recht nach Herzenslust streichen ließe (und deren giebt's!) und striche nun fort und fort, bis die Ausgaben mit den Einnahmen in's Gleichgewicht kämen, ja auch noch ein hübsches Stück weiter, so daß das überlastete Volk auch noch ein wenig die ihm so nöthige Erleichterung bekäme. Aber wer fragt Reichsfeinde, Sozialdemokraten? Den Bevorrechteten aller Grade verbietet es ihr Sonderinteresse. Und das Volk? O, das ist heute im großen Ganzen noch unfähig, seine wahre Lage, und was allein es aus seinem Elend retten kann, einzusehen. Aber getrost! wenn es auch sein eigenes Nachdenken und die Aufklärungen seiner wahren Freunde nicht zur Einsicht brächten, die Handlungen der Gegner der Sozialdemokratie, unserer besten Agitatoren, bringen es dazu! Doch zum Ende.

Und dieses Ende vom Lied heißt: Unvermeidliche, bedeutende Steuererhöhung — in Bayern glaubt man mit 80 Prozent Zuschlag zu den direkten Steuern nicht auszureichen — und das bei der gegenwärtigen, trostlosen wirthschaftlichen Lage!

Nun, du treues deutsches Volk, was sagst du zu diesen Aussichten? Du thust, wie du immer gethan: du schimpfst, machst eine Faust — im Sack natürlich, — und zahlst getreulich, was sie von dir fordern; du läufst nach wie vor hinter den gleichen Leithammeln her, die dich schon tausendmal angeführt; du bist nach wie vor der allezeit getreue Unterthan deiner Regierungen, mit Einem Worte: du bleibst eben das „treue", geduldige, unterthänige deutsche Volk, das du von jeher gewesen!

Und soll denn des Volkes Leiden gar kein Ende nehmen?

Der Anfang vom Ende ist da, wenn du deiner Geduld ledig sein und den dummen Michel in die Ecke geworfen haben wirst; wenn du zum Bewußtsein deiner wahren Lage und der Mittel, die dich allein daraus befreien können, gekommen sein wirst: wenn du die Reihen jener Partei, die vor allen für das Volk, für Freiheit und Recht kämpft, die Reihen der Sozialdemokratie, verstärkst durch Besuch der Volksversammlungen, durch Beitritt zur Partei und jedmögliche Unterstützung derselben und vor allem an der Wahlurne zur Wahl der sozialdemokratischen Reichstagscandidaten!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein König und der Sozialismus. Der gelehrte König Oskar von Schweden kam kürzlich auf einer Rundreise auch in die Schwedische Universitätsstadt Lund, wo er festlich empfangen wurde. Er begab sich daselbst im Doktorgewande in eine Versammlung der Akademischen Gesellschaft und hielt eine Rede über die Wichtigkeit wissenschaftlicher Studien, welche die in den gesetzgebenden Versammlungen Schwedens wie Dänemarks und Norwegens am stärksten vertretene Klasse gering zu schätzen geneigt sei. Der König bezeichnete als eine schlimme Erscheinung unserer Zeit die Neigung, nur diejenigen Wissenschaften zu schätzen, welche einen unmittelbaren Nutzen gewähren, und sagte: „Es ist die Aufgabe der Universität, diese Neigung zu bekämpfen und die klassischen Studien, sowie die Pflege der exakten Wissenschaften in Ehren zu halten. Die Angriffe, welche heut' zu Tage gegen die Gesellschaft und das Eigenthumsrecht gerichtet werden, rühren zum großen Theile von der Unbildung her. Schweden ist noch ruhig, aber die Bewegung nähert sich unsern Grenzen, und es liegt der Universität ob, dieselbe unmächtig zu machen durch Verbreitung einer richtigen Auffassung der Dinge unter dem Volke." — Zunächst bestätigen wir dem königlichen Redner, daß er eine bessere Anschauung von der Wissenschaft hat, als die herrschende Bourgeoisie in allen Ländern, welche aus den Gymnasien, Realschulen und Universitäten lediglich Fachschulen macht und sich den Henker um die allgemeinen exakten Wissenschaften kümmert. Aber es möchte doch sehr schwer sein, den Sozialismus, der sich ganz besonders aus der Wissenschaft entwickelt hat und sich auf dieselbe stützt, durch die Wissenschaft zu bekämpfen; doch wir bestätigen dem königlichen Redner ferner, daß er eine bessere Auffassung von der Würde des Staates hat, als die Machthaber in den Ländern, wo man den Sozialismus durch Polizei und Gewalt unterdrücken zu können glaubt. Auch besitzt der König von Schweden augenscheinlich ein größeres Stück Humanität, wie man in anderen Ländern zu finden gewohnt ist — doch nun des Lobes genug! Wenn der Sozialismus seinen Einzug in Schweden hält, ob dann König Oskar diese Humanität bewahren oder ob er dann auch Polizei und Staatsanwaltschaft in den Vordergrund stellen wird als Streiter der „Wissenschaft"? Der König ist noch jung genug, um durch sein Verhalten Antwort geben zu können. Warten wirs ab.

— Zum Kapitel: Herr v. Unruh. Als Angeklagte standen kürzlich vor dem Berliner Stadtgericht die Wittwe Auguste Wesch, eine alte Frau, die schon zweimal wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit bestraft ist; ferner die unverehelichte Auguste Emilie Kraft und der Möbelpolierer Vielitz; die Wesch wurde der Kuppelei und wiederholter Entführung, die beiden andern der Beihilfe zu diesem Vergehen beschuldigt. Die Kraft lockte im Auftrage der Wesch, hauptsächlich im Asyl für Obdachlose, junge und hübsche Mädchen im Alter von 16—20 Jahren unter allerlei Vorwänden an sich und verkaufte dieselben, nachdem sie für ihren neuen Beruf gehörig zugestutzt waren, an die Wesch, welche dieselben an ihren Bestimmungsort in Hamburg überführte. Die Kraft besorgte ferner auch die Abmeldungen der Mädchen bei der Berliner Polizei, wobei der Angeklagte Vielitz ihr hilfreiche Hand geleistet haben soll. Der Nutzen aus dem Geschäft bezifferte sich für die Kraft auf 3 bis 5 Thaler, für die Wesch auf 16 bis 20 Thaler „pro Exemplar". Fünfzehn solcher Fälle hat die Polizei durch ihre Recherchen aufgedeckt; aber nur in 4 derselben hatten sich die Eltern der Mädchen bewegen lassen, den nöthigen Strafantrag zu stellen. — Hier haben wir einen prächtigen Beitrag zu den heutigen Zuständen, von welchen Herr v. Unruh und, mit Recht, berühmt, daß die Schaffung derselben das Verdienst der liberalen Wirthschaft sei. Dagegen verglichen wäre selbst die Weibergemeinschaft, wie sie Herr v. Unruh den Sozialdemokraten fälschlich unterschieben möchte, die Quintessenz der Moralität.

— Der Lasker-Knüppel wird von den hessischen „Fortschrittlern", richtiger ausgedrückt Nationalliberalen, recht lustig geschwungen — freilich bloß auf dem Papier. Die Candidatur Liebknecht's im Offenbach-Driburger Kreis ist ihnen so unbequem, daß sie Liebknecht in der „Frankfurter Presse" mit Schlägen bedrohen lassen. Und auf der kürzlich abgehaltenen Bezirksversammlung zu Steinheim wurde direkt zu Gewaltthätigkeiten gegen Liebknecht und die Sozialdemokraten überhaupt provozirt. Zum Unglück für die nationalliberalen Culturkämpfer ist die Bevölkerung viel zu gebildet, um sich zu solchen Gemeinheiten mißbrauchen zu lassen. Wie gewöhnlich geht auch hier die Roheit Hand in Hand mit der Feigheit, und dieselben Leutchen, die mit dem Knüppel herumfuchteln, haben nicht die Courage, in einer offenen Volksversammlung, wo Vernunftgründe vorgebracht werden müssen, dem aus dem Versteck angegriffenen und verläumdeten Gegner die Stirn zu bieten und Rede zu stehen.

— Zwei Seelen und ein Gedanke, zwei Herzen und ein Schlag. Der große Kutschbach und der gleichgroße Redakteur des „Hamburger Volksfreund", Krüger, dem man einstmals eine Scheere auf das Grab legen wird, wollen „Eine neue freie Arbeiterpartei" gründen und projektiren hierzu einen Arbeitercongreß, der im Dezember in Cassel abgehalten werden soll. Der Zweck dieser Partei soll sein, wie Herr Kutschbach selbst schreibt, „den Umtrieben der Sozialdemokraten einen Damm entgegenzusetzen". Der glänzende Anfang zur Gründung der neuen Partei ist durch die Disputation, die Herr Kutschbach mit Parteigenossen Pfannkuch hatte, und durch die Artikel, welche Herr Krüger consequent aus dem „Fortschritt" schneidet, schon gemacht. Man wird sich die Angst denken können, welche wir vor dem Anprall dieser Schaaren empfinden, die geführt werden von Leuten, welche, ohne es selbst zu merken, anstatt des Schwertes die Pritsche führen und auf deren Haupt anstatt des Helmes eine Kappe thront, deren Schellengeklingel wie bei einem Faschingszuge ertönt und höchstens einige unreife Knaben zu dem beabsichtigten Kreuzzuge gegen die Sozialdemokratie veranlassen kann.

— Ein eklatantes Beispiel dessen, was in Deutschland Rechtssicherheit genannt wird, lieferten die Verhandlungen, welche am 14., 15. und 16. d. M. vor dem Schwurgerichte zu Halle a. S. stattgefunden haben. Dieses Schwurgericht verhandelte nämlich an diesen drei Tagen gegen zusammen siebzehn Personen, von denen zwölf (Arbeiter aus Eisleben) der gemeinschaftlichen Körperverletzung zweier Forstbeamten bei Ausübung des Berufes, einer (ein Stadtkämmerer) der Unterschlagung und Urkundenfälschung, vier (der Holzhändler Alte von Trotha, der Bankier Schmidt von hier und zwei Holzhändler aus Kösen) des betrüglichen Bankerotts resp. der Verleitung dazu angeklagt waren. Es fungirten bei diesen Verhandlungen: als Vorsitzender: der Kreisgerichtsrath Dr. Thümmel (einer unserer tüchtigsten und beliebtesten Richter), als Staatsanwalt der Staatsanwaltsgehilfe Voßwinkel, als Vertheidiger: für die zwölf Arbeiter und die beiden Holzhändler der Rechtsanwalt Wölfel aus Merseburg, für den Stadtkämmerer und Alte der Rechtsanwalt Schlieckmann von hier, für Schmidt der Justizrath v. Radecke, ebenfalls von hier. Sämmtliche Angeklagte wurden aus dem Gefängnisse auf die Anklagebank geführt, denn sie befanden sich, Alte seit länger als sieben Monaten, Schmidt, die beiden Holzhändler seit sechs Monaten, alle Uebrigen seit fünf und vier Monaten in Untersuchungshaft. Was aber war das Resultat der drei Verhandlungen, von denen die letzte (gegen Alte und Genossen) bis nach Mitternacht dauerte? Nur über acht Angeklagte sprachen die Geschworenen das Schuldig, freigesprochen wurden neun, nämlich fünf Arbeiter, der Stadtkämmerer, der Bankier Schmidt und die beiden Holzhändler!! Von den Verurtheilten erhielt nur einer (2 Jahre) Zuchthaus, die übrigen kamen mit Strafen von 4, 5 und 13 Monaten Gefängniß davon. Alte wurden auf die ihm zudiktirten 18 Monate sechs Monate Untersuchungshaft angerechnet. Nach dem Verdikt der Geschworenen sind also neun preußische Staatsbürger vier, fünf und sechs Monate lang ihrer Freiheit beraubt gewesen, ohne daß sie sich der ihnen zur Last gelegten Verbrechen schuldig gemacht haben. Wer entschädigt diese Personen für die „nicht schuldig" erlittene Untersuchungshaft? Die Antwort lautet: Niemand. Aber ist denn auch Niemand verantwortlich zu machen für die lange Dauer der Untersuchungshaft? fragt man weiter. Der eine Vertheidiger, Rechtsanwalt Wölfel, hat in dem letzten Falle den ersten Staatsanwalt beim hiesigen Kreisgericht, Namens Woytasch, in öffentlicher Sitzung verantwortlich gemacht; allein dem Staatsanwalt als dem Schooßkind und zugleich dem Hort des modernen „Rechts"staats wird natürlich kein Haar gekrümmt, nicht einmal eine „Nase" zuerkannt werden. Staatsanwälte dürfen nicht genirt werden, so würde die bekannte Maxime Friedrich's II. lauten, wenn man sie dem Wesen unserer heutigen politischen Verhältnisse anpassen wollte.

— Rußlands Friedensliebe wird von einem Correspondenten der amtlichen „Wiener Abendpost" sehr offenherzig mit folgenden Worten beschrieben: „Jedenfalls ist die Lage, in welcher wir uns seit dem Frühjahr befinden, nicht haltbar, der Verkehr ist in völliges Stocken gerathen, eine finanzielle Krisis steht vor der Thür, kurz viele, selbst die friedliebendsten Leute ziehen den Krieg der heutigen Ungewißheit vor." — Der Krieg also soll Rußland aus seinen „finanziellen" Nöthen retten! Wenn diese Theorie sich bewährt, so werden auch andere Staaten bald nachfolgen. Die finanzielle Noth ist vielfach vorhanden und das probate Mittel, der Krieg, Dank der schlauen Diplomatie, schnell vom Zaune gebrochen.

— Aus Australien. Die Fabrikanten Martin u. Co. in Gawlertown haben eine Herabsetzung des Lohnes um 10 pCt. eintreten lassen. Die Löhne werden nach Stundenarbeit berechnet. In Folge davon zeigt sich große Erregtheit unter den Arbeitern. In Kapunda hat der Maschinenbauer Cameron seinen Arbeitern angezeigt, daß er den Lohn um 5—8 pCt. herabzusetzen sich gezwungen sähe. Das Camphausensche Rezept macht also die Reise um die Welt, ein Zeichen, daß der Kapitalismus international ist.

— Was wollen die Sozialdemokraten? Ein sozialpolitisches Gespräch von H. Oldenburg. Braunschweig, Druck und Verlag von W. Bracke jr. An der Hand des Programms der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands wird ein Parteigenosse im Zwiegespräch mit einem Gegner eingeführt. In allgemein faßlicher und klarer Weise werden die landläufigsten, gegen den Sozialismus gemachten Einwände widerlegt und die Billigkeit unserer Wünsche und Forderungen dargethan. Glücklich scheint uns unser Freund die einzelnen Streitfragen ausgewählt zu haben, ohne dabei etwas Wesentliches vermissen zu lassen. Man könnte ja bedeutend mehr sagen; auch der Gegenredner könnte noch eine Menge viel gehörter Einwürfe zum Besten geben und damit glänzend Fiasko machen, aber wir vermissen auch nur solche Angriffe, welche der böse Wille unserer Gegner aus der Luft greift, oder die sich von selbst widerlegen. Die Abfassung des Dialogs ist geschickt und ohne Schwierigkeiten weiß der Verfasser von einem Punkte des Programms zum anderen sich den Uebergang zu bahnen. Wir begrüßen in der kleinen Schrift ein geeignetes Mittel der Propaganda und Agitation für unsere Grundanschauungen.

Correspondenzen.

sda. **Wien**, 8. November. Am 19. v. M. trat unser „hoher" Reichsrath zu erneuter Session wieder zusammen, oder vielmehr, um richtiger zu sprechen, die im Frühjahr nur vertagte Session wurde ohne Sang und Klang wieder eröffnet. Unsere „Liberalen" bedauern dies lebhaft, da die gegenwärtige Session nun schon in das dritte Jahr hineinwährt und sie dadurch um das Vergnügen einer Thronrede kommen, „als der einzigen Gelegenheit, wo der Monarch mit der Volksvertretung direkt verkehrt". Wir Sozialdemokraten brauchen wohl nicht erst zu versichern, daß uns dieser Fehler verflucht wurstig läßt, im Gegentheile kann uns die übereinstimmende Ansicht der Herren Minister von der Ueberflüssigkeit eines solchen „direkten Verkehrs" nur freuen, und uns in unserer Ueberzeugung, daß noch gar manches Andere überflüssig sei, bestärken. Während unseres schönen Spätsommers z. B. gab es einen Tag, wo kein einziger Minister in Wien vorhanden war, um das Staatsruder zu führen, und doch ging das Schiff nicht unter! Sonderbar!

So kurze Zeit nun unsere hohen Häuser erst beisammen sind, so viel des Interessanten haben ihre Sitzungen bisher gebracht. „Jedem ein Sträußchen!" Und so gab es eine Orientdebatte und eine Arbeiterdebatte, Aussicht auf neue Staatsschulden und auf neue Steuern und viele ähnliche Annehmlichkeiten. Minister und Deputirte thaten aber auch ihr Möglichstes, sich auf diese ihre Thätigkeit vorzubereiten und zu stärken. Unser durchlauchtigster Ministerpräsident nahm es gar ernst; er wallfahrtete nach der Metropole des österreichischen Wallfahrtsschwindels, nach Mariazell, und spendete der Kirche einen von ihm hochselbst gestickten Altarteppich, jedenfalls um dadurch den Beistand der „Mutter Gottes" bei den ihm anläßlich des Ausgleiches mit Ungarn bevorstehenden Bedrängnissen zu erschmeicheln. Die glücklichen österreichischen Völker wußten bisher gar nicht, daß

Ueber die Betheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung

schreibt die „Vossische Zeitung": „Die französische Regierung hat die Gewißheit, daß die Pariser Ausstellung von England, Rußland, Italien, Ungarn, Amerika, Belgien und den nordischen Staaten, Japan 2c. beschickt werden wird. Nur um Deutschland dreht sich noch die Frage, und auch hier nur um die offizielle Betheiligung des deutschen Reiches, d. h. darum, ob von Seiten des Reiches Mittel für eine würdige Repräsentation, Erleichterungen der Beschicker und einheitliche Leitung und Organisation der deutschen Abtheilung gewährt werden sollen. Was die private Beschickung anlangt, so wird in vielen großen deutschen Industriewerkstätten schon eifrig für die Pariser Ausstellung gearbeitet, und daß dem in der That so ist, darüber würde die „National-Zeitung", welche die Akten über die Betheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung schon frischweg für geschlossen erklärt und die Nichtbetheiligung als eine vollendete Thatsache ansieht, am bequemsten und leichtesten von ihrem Ausstellungs-Referenten Herrn Professor Reuleaux die erforderlichen Informationen erhalten können.

Es ist ja selbstverständlich, daß für die deutsche Industrie zu viele und zu gewichtige Gründe für die Betheiligung an der Pariser Ausstellung vorhanden sind, als daß sie nicht auch ohne die offizielle Betheiligung des deutschen Reiches dieselbe beschicken sollte. Sie muß das nach dem Schimpf, der ihr durch die Philadelphia-Ausstellung widerfahren ist, nicht sowohl für eine Ehrensache halten, als sie es noch vielmehr ihrer Selbsterhaltung schuldig ist. Gewiß wäre es den deutschen Großindustriellen und Fabrikanten lieber und zweifellos wünschenswerther gewesen, die Pariser Ausstellung fände nicht statt oder wenigstens in einem späteren Zeitraume. Zu dieser Frage hätte aber gleich Stellung genommen werden müssen, als die französische Regierung von dem Ausstellungsprojekte für das Jahr 1878 offizielle Mittheilung machte. Damals hätte die deutsche Regierung sich ein Verdienst erwerben können, und alle Welt hätte es ihr gedankt, wenn sie sich mit den übrigen Regierungen in's Vernehmen gesetzt und eine Collectiverklärung oder wenigstens eine Ablehnung auch der übrigen Staaten veranlaßt hätte. Jetzt aber, nachdem die deutsche Regierung erst so lange gewartet, bis alle übrigen Staaten ihre Betheiligung zugesagt haben, jetzt die offizielle Betheiligung des deutschen Reiches ablehnen wollen, das wäre ein Stolz, den sich das Reich, wenn es blos politischen Rücksichten folgen dürfte, wohl erlauben könnte, den es sich aber aus ökonomischen Rücksichten versagen muß. Jedenfalls würden die ökonomischen und industriellen Interessen des Reiches dann ihre eigenen Wege gehen, und aus der offiziellen Beschickung und Leitung von Seiten des deutschen Reiches würde eine private werden, was vielleicht zu bedauern wäre, vielleicht aber auch, wenn man die bisherigen Früchte der offiziellen Betheiligungen in's Auge faßt, seine guten Früchte tragen könnte. Vor der Hand bestreiten wir aber noch, daß die Akten über die offizielle Betheiligung des deutschen Reiches schon geschlossen sind und halten es mindestens für voreilig, wenn man ein solches Urtheil aus offiziösen Verlautbarungen „nach zuverlässigsten Quellen" fällt. Was es mit solchen offiziösen Verlautbarungen „aus zuverlässigster Quelle" gewöhnlich auf sich hat, das kennt man. Man kann ihnen glauben, wenn man die Bestätigung wünscht, mit derselben Berechtigung aber kann man ihnen auch den Glauben versagen, wenn man anderer Meinung ist. Gewöhnlich wird mit solchen offiziösen Verlautbarungen „aus zuverlässigster Quelle" die Discussion im Gegentheil erst eröffnet.

Was uns besonders veranlaßt, auf die Ausstellung zurückzukommen, ist ein Artikel der „Gegenwart", der sich ebenfalls mit der Frage der Betheiligung Deutschlands an der Pariser Ausstellung beschäftigt und sich den Anschein einer gewissen Autorität giebt, dabei jedoch sich selbst die Einschränkung auferlegt, daß er nur die politische Opportunitat in's Auge faßt. Der Verfasser kommt dabei wieder auf das alte Lied zurück, daß die Deutschen in Frankreich nicht beliebt sind. Zwar gesteht er zu, daß, Dank dem Takte der offiziellen Vertreter Frankreichs und Deutschlands, die amtlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern bereits seit längerer Zeit vollständig befriedigend seien; Fürst Hohenlohe habe, soweit dies bekannt sei, nie Ursache gehabt, sich über Mangel an Zuvorkommenheit seitens der französischen Behörden zu beklagen — aber, so klagt der Verfasser des Artikels in der „Gegenwart", andere Verbindungen als die durch den Friedensschluß bedingten offiziellen Beziehungen seien bisher in Frankreich noch nicht wieder hergestellt worden.

„Es ist eine bekannte Thatsache, heißt es dann weiter, daß selbst den Mitgliedern der deutschen Botschaft in Paris Zutritt zu den Privatcirkeln der guten französischen Gesellschaft nicht gestattet ist. Die Klubs sogar bleiben ihnen geschlossen, und man darf mit vollständiger Sicherheit behaupten, daß, wenn ein Mitglied unserer diplomatischen Mission in Paris die unglückliche Idee haben sollte, sich in einen französischen Klub aufnehmen lassen zu wollen, eine große Majorität, ja wahrscheinlich sämmtliche französische Mitglieder gegen ihn stimmen würden. Daß es hier etablirten Kaufleuten nicht besser geht als den Beamten, ist selbstverständlich. Auch ihnen ist es gelungen, geschäftliche Beziehungen als Parallele der offiziellen Verbindungen zwischen den Beamten herzustellen; aber aus französischen Familienkreisen bleiben sie verbannt.

Man merke also wohl auf! Die offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sind vortrefflich und lassen in den conventionellen Formen nichts zu wünschen übrig. In gleicher Weise, so erklärt der Verfasser dieses Artikels in der „Gegenwart", gleich dem Pariser Correspondenten der „National-Zeitung", ist es den in Paris etablirten Kaufleuten gelungen, ihre geschäftlichen Beziehungen wieder herzustellen, aber — die Franzosen lassen die Deutschen noch nicht in den Privatcirkeln der guten französischen Gesellschaft und in den französischen Klubs zu. Diese Klage wird nun in weiteren Variationen ausgesponnen und soll politisch die Inopportunität der Betheiligung an der Pariser Ausstellung begründen. Hätte der Verfasser des Artikels in der „Gegenwart" für die Beschickung der Ausstellung plaidirt, so wären seine Ausführungen vortrefflich gewesen und hätten vollständig bewiesen, was sie beweisen sollten. Was in aller Welt hat es aber mit der Betheiligung Deutschlands an der Pariser Weltausstellung zu thun, wenn ein junger lebenslustiger Gesandtschafts-Attaché sich von den Privatcirkeln der guten französischen Gesellschaft und von den Klubs ausgeschlossen sieht. Früher freilich war es das Ideal eines jungen Diplomaten, als Gesandtschafts-Attaché nach dem leichtlebigen, vergnüglichen Paris geschickt zu werden; alle Gesellschaftskreise standen ihm offen, und er konnte in vollen Zügen alle Reize des üppigen Pariser Gesellschaftslebens genießen, sorglos, ohne Verantwortung, ohne die Gefahr, später vielleicht des Landesverraths angeschuldigt zu werden. Das freilich hat sich geändert. Heute fordert das Vaterland von denen, die es in amtlicher Eigenschaft nach Paris schickt, Entsagung und würdevolle Zurückhaltung. Von den Franzosen zu verlangen, daß sie alle die schimpflichen (!) Demüthigungen des letzten Krieges seit 1870 vergessen haben sollen, wäre unvernünftig. Erfüllen sie im offiziellen wie im Geschäftsverkehr alle Regeln der Courtoisie und der Höflichkeit, die gefordert werden können, so haben sie damit ihre Schuldigkeit gethan, und die Deutschen haben kein Recht, weitere Ansprüche an sie zu erheben. Und wollte ein Beamter der deutschen Gesandt-

der einstige Dragoneroffizier und nunmehrige Premier Fürst Adolf Auersperg auch solch ein thätiger Förderer der weiblichen Kunstindustrie sei.

Unsere Cultus-Excellenz mag seine helle Freude daran haben. Uebrigens hat er auch noch andere Veranlassung zur Freude. Die Wähler einiger untersteirischer Märkte, die Herrn von Stremayr in den Reichsrath geschickt, hatten nämlich die sonderbare Schrulle, von dem Herrn Minister zu verlangen, er möge über die Art und Weise, wie er sein Mandat ausgeübt und in Zukunft, namentlich in Bezug auf den ungarischen Ausgleich, ausüben wolle, Bericht erstatten. Seine Excellenz versuchte den guten Leuten begreiflich zu machen, daß sich so ein radikaler Brauch für einen Minister nicht schicke — aber vergebens! Die Leute wollten das nicht begreifen, die Agitation breitete sich aus, man wollte von Herrn v. Stremayr die Niederlegung seines Mandates verlangen. Da war guter Rath theuer! Zur selben Zeit machte sich auch eine Agitation gegen den Wiener Magistrat und hauptsächlich gegen den Bürgermeister Dr. Felder geltend. Eine kleine aber rührige Fraktion machte sich bemerklich, welche alle Uebelstände im Gemeindewesen rücksichtslos an's Tageslicht zu zerren bemüht war, aber die coalirte Corruption in der Gemeindevertretung, im Magistrat und in der Presse suchte die „Skandalmacher" todtzumachen. Die „Grundwachter" (Gemeindediener) gingen von Haus zu Haus und so kam eine Vertrauensadresse an den Bürgermeister mit so und so vielen tausend Unterschriften zu Stande. Nun war auch für Herrn Dr. Stremayr das Mittel gefunden. Den „Grundwachter" machte der Landeshauptmann von Steiermark, Herr v. Kaiserfeld, in eigenster Person, und das Resultat war eine von 403 Wählern gefertigte Vertrauensadresse an den Cultusminister! Probatum est!

Die Abgeordneten hingegen, wenigstens jene Fraktion derselben, die sich die „Fortschrittspartei" nennt, ferner die „demokratischen" Wiener Deputirten und einige wenige von der „Linken", haben sich für ihre Thätigkeit durch Veranstalten von Wählerversammlungen vorbereitet, in welchen sie ihre Ansichten über die Orientfrage, über den Ausgleich, den Schutzzoll u. s. w. zum Besten gaben. Was dabei zu Tage trat, war das bekannte liberale Geschwätz. Die Orientwirren berührten nur Wenige; vielleicht ging es den Meisten so wie Ihrem Herrn Lasker, der mit seltener Offenheit erklärte, daß er in dieser Frage nicht klar sehe. Was diese Wenigen sprachen, beschränkte sich zum größten Theile auf Sympathie-Kundgebungen für die Türken. Trinkgeld-Giskra will keine Intervention, keine Okkupation, keine Annexion; wenn aber doch, so nicht blos Bosnien und die Herzegowina, sondern ganz Albanien und Mazedonien bis an das ägäische Meer! Dr. Dürrnberger in Linz verlangt von Oesterreich, es solle die Ordnung der Dinge auf der Balkan-Halbinsel ganz allein in die Hand nehmen! Der Wiener Oberdemokrat Dr. Schrank hat keine Sympathien für die Türkei, aber Haß gegen Rußland. Der Bestand der Türkei sei für Oesterreich eine Nothwendigkeit. Nur zwei neueste türkische Rechtsgewohnheiten gefallen ihm, nämlich der Sultan zahlt und der Sultan geht, wenn das Volk will. Bei uns wisse man nicht, was die Männer der Regierung wollen. „Und es könne eines schönen Tages geschehen, daß das Heer ausrückt, ohne daß das Volk es will. Deshalb fürchtet die Regierung die großen Volksversammlungen, deshalb hat die Regierung den demokratischen Parteitag verboten und die Führer gerichtlich verfolgt." Das heißt doch geschickt sein eigenes Märtyrerthum mit der orientalischen Frage in Verbindung zu bringen, denn die verfolgten Führer beschränken sich auf Herrn Dr. Schrank, den übrigens, wie bereits mitgetheilt, das Abgeordnetenhaus freundlichst seiner Märtyrerschaft überhob. — Charakteristisch für den Oberdemokraten Dr. Schrank ist es, daß er sich gegen ein Incompatibilitätsgesetz (Gesetz über die Unverträglichkeit des Abgeordnetenmandats mit gewissen Verwaltungsraths-, Beamten- und anderen Stellen) aussprach, „weil ein solches die Wähler bevormunde".

In Bezug auf den Ausgleich mit Ungarn einigten sich fast alle Stimmen darin: Keine Mehrbelastung Oesterreichs, eher die Personalunion, eher eine Ministerkrisis! Die Herren thaten vor ihren Wählern sehr energisch, aber wir erinnern uns, daß sie sich im vorigen Jahre ebenso energisch und einmüthig gegen den rumänischen Handelsvertrag erklärten, und — denselben schließlich doch annahmen, nachdem das Ministerium die Kabinetsfrage gestellt hatte. Es wird eben nichts so heiß gegessen, als es gekocht wird. Daß sich überdies die Mehrzahl der Herren für den Schutzzoll aussprach, war bei ihrer Parteistellung vorauszusehen.

Das einzige erfreuliche Bild in dieser kläglichen Gruppe bot die Rede des Abg. Kronawetter. Er ging sofort energisch ins Zeug und meinte, es sei nicht zu verwundern, wenn Ungarn ein Uebergewicht ausübe über Oesterreich. Bei uns sei das Parlament nur eine Vertretung der privilegirten Klassen, seine Mitglieder gehen zum guten Theile sogar aus der Wahlagitation der Regierung hervor. Man schaffe Oesterreich eine Volksvertretung, die wirklich aus dem Volke hervorgeht, und eine Regierung, die aus einer solchen Vertretung hervorging, anstatt einer Volksvertretung, die aus der Regierung hervorgeht — dann wird das Uebergewicht der Ungarn auch aufhören." Vor allem erklärte er sich gegen die in Aussicht genommene Höherbesteuerung von Kaffee und Petroleum. Man möge lieber den hohen Generalen, die auswärtigen Fürstenhäusern oder reichen Familien angehören, wie der unlängst verstorbene Herzog von Modena, ihre Gagen, die noch dazu einkommensteuerfrei sind, entziehen, und könnte damit so viel hereinbringen, als die Erhöhung der Zölle auf Kaffee betragen wird. Dr. Kronawetter glaubte hinzufügen zu müssen, daß diese Herren auf eine einfache Vorstellung freiwillig darauf verzichten würden; ob er sich indeß selbst diesem naiven Glauben hingab, wissen wir nicht. Im Uebrigen ist er gegen den Schutzzoll, der nur zum Nutzen der Fabrikanten sei. Wenn z. B. die Arbeiter zum Schutze ihrer Arbeitskraft um eine Separatsteuer für die Verwendung ausländischer Arbeiter bitten würden, so würden sie gewiß nicht durchdringen. Auch stehen den Interessen der Industrie jene der Landwirthschaft gegenüber und Ungarn habe dasselbe Recht auf Kornzölle, wie unsere Wollbarone auf Industriezölle; darum werde er gegen beide stimmen.

Dieser Abgeordnete ist auch der einzige in unserer ganzen Volksvertretung, der den Muth hat, für die Rechte und die Interessen des Volkes nach bestem Wissen einzustehen, ohne Rücksicht auf den Spott und Hohn seiner Gegner, die sogar schon seine Gesinnung zu verdächtigen bereit waren, weil — seine Gattin sich ein Haus gekauft. Wenn er auch über manche Forderungen der Sozialdemokratie noch nicht vollkommen klar zu sein scheint, wie ein im vorigen Winter gestellter Antrag auf Freigebung des Apothekergewerbes bewies, so können wir österreichische Arbeiter wohl über solche Kleinigkeiten hinwegsehen und ihn getrost zu den Unsrigen rechnen und als unseren Vertreter betrachten, um so mehr, als ja manche der „honnetten Demokraten", welche ihn gewählt, sein Einstehen für das „sozialdemargratische Glumpert, das nix is und nix hat", gewiß nicht mit freundlichen Augen betrachten.

Und so war er auch unser Vertreter in der Debatte über die Petition der Brünner Arbeiter, von welcher Sie bereits in Nr. 14 des „Vorwärts" kurz berichteten. In lebhaften Farben entwarf er ein Bild von der bisherigen Rechtlosigkeit der arbeitenden Klassen und fragte, ob denn Staatshilfen von achtzig Millionen nur nothwendig sind, um die besitzenden Klassen zu unterstützen? Namentlich vertrat er die Forderung des Normalarbeitstages und begründete dieselbe eingehend durch Citate aus Marx' Bericht der englischen Fabrikinspektoren u. s. w. Unsere „liberalen" Blätter sind natürlich wieder voll Gift und Galle, voll Hohn und Spott; die „Deutsche Zeitung" hat im Uebrigen wohl Recht, wenn sie sagt, daß man mit Citaten aus Marx und Lassalle wohl in einer Arbeiterversammlung, nicht aber in unserem Reichsrathe durchdringen könne. Das wußten wir schon lange, daß wahre Wissenschaftlichkeit bei unseren Bourgeoisvertretern nicht mehr angreift, auch dürfte sich Dr. Kronawetter schwerlich einer Illusion über den Erfolg seiner Rede hingegeben haben. Daß man aber für das Recht einstehen kann, nicht um der Erfolge willen, sondern weil es eben das Recht ist, scheint der „Deutschen Zeitung" und ihren liberalen Gesinnungsgenossen spanisch vorzukommen.

Außer ihm trat noch Dr. Kusy, der mährische Czeche, für die Petition ein und benutzte die Gelegenheit, um das ganze liberale System anzugreifen. Er nannte unsere „Preßfreiheit" eine Confiscirungsfreiheit, das „Versammlungsrecht" die Freiheit, jede Versammlung verbieten zu können, deren Programm der Regierung nicht genehm ist. „Wir haben eine zweifache Verfassung, die gedruckte papierene, welche nicht gehandhabt wird, und eine lebendige, durch das gegenwärtige Regime ausgebildete, welche sich dahin zuspitzt, daß das Vereinsrecht, das Versammlungsrecht, die Preßfreiheit und das Recht der aktiven und passiven Wahlen blos der herrschenden Regierunssgewalt gehören. Die arbeitende Bevölkerung erwartet übrigens von der herrschenden Regierungspartei kein Heil, diese Partei müßte erst beseitigt werden, dann erst könnte an eine Verbesserung des materiellen Wohlstandes, an Durchführung der politischen Freiheit gedacht werden."

Ob aber jene Partei, welche nach Beseitigung der herrschenden Regierungspartei an's Ruder gelangen würde, wenn es nach dem Wunsche des Herrn Dr. Kusy ginge, den Forderungen der Arbeiter mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen würde, ist eine andere Frage, die er sich zu beantworten hütete. Unsere Arbeiter haben es glücklicherweise schon längst gelernt, nicht auf schöne Worte, sondern auf Thaten zu sehen, und wissen es auch aus der Geschichte, daß alle Parteien der heutigen Gesellschaft für den Arbeiter wohl schöne Versprechungen haben, so lange sie in der Minorität sind; sobald sie aber an's Ruder gelangen, denselben nur Steine statt des Brotes zuwerfen. Darum wissen wir auch, was wir von den sonst ganz schönen Deklamationen des Herrn Dr. Kusy zu halten haben.

Derselbe Dr. v. Plener, der vor zwei Jahren das Memorandum des Vereins „Volksstimme" so trefflich einsargte, derselbe „gründliche Kenner der englischen Arbeiterverhältnisse", der ganz unverfroren behauptet hatte, in England gäbe es für erwachsene Männer keinen Normalarbeitstag, war auch diesmal wieder Berichterstatter. Allein diesmal beschränkte er sich nur auf einige Wiederholungen seiner damaligen Rede, dafür aber warf er den Arbeitern den frechen Hohn hin, daß ihre Verhältnisse denn doch nicht so terroristisch und drückend wären, da das Abgeordnetenhaus ja sonst nicht über eine Petition, welche auf einer freien Arbeiterversammlung beschlossen, berathen könnte!!

Das Resultat der ganzen Geschichte: „Die Petitionen werden der Regierung ‚zur eingehenden Würdigung' bei Abfassung der neuen Gewerbeordnung abgetreten." Wohlgemerkt, bei Abfassung der neuen Gewerbeordnung. Da aber eine solche sich doch nicht mit dem politischen Wahlrechte der Arbeiter, mit Vereins-, Versammlungs-, Preßfreiheit u. s. w. befassen kann, werden diese Forderungen glattweg ad acta gelegt!

So geht man bei uns in Oesterreich mit den Petitionen der Arbeiter um. Das haben wir von unserem Reichsrathe, von unserer „Volksvertretung" zu erwarten!

Und — sollte man es glauben? — vier Tage nach dieser Debatte berieth eine „Arbeiterversammlung" (vom Oberwinterschen „Allgemeinen österreichischen Arbeiterverein" veranstaltet) abermals eine Denkschrift an den Reichsrath über die Forderungen der Arbeiter. Zu welchem Zwecke? Nun, eben um Herrn Plener und Seinesgleichen Gelegenheit zu geben, davon zu faseln, daß „die Verhältnisse der Arbeiter denn doch nicht so gar drückend sind"! Sapienti sat. — —

Schleswig, 16. November. Am 9. d. M. eröffnete ich die Agitation im 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreise, **Kiel**, und hatte von Rendsburg aus Parteifreund Oesterheld zur Hülfeleistung zugetheilt erhalten. Es sollte sich die Agitation auf den Rendsburger Landkreis erstrecken, weil dort bei der letzten Wahl die wenigsten Stimmen für den Arbeitercandidaten abgegeben worden sind. Die Agitation wird uns aber nicht so leicht werden. Lokale zu bekommen ist auch hier sehr schwierig. Was die Bosheit der Großbauern nicht vermag, das thut die Allmacht der Polizei, von der ja die „gesetzliche Freiheit" so sehr abhängig ist. Als dritte Großmacht müssen wir die Itzehoer Tante rechnen, die in jeder Wirthschaft, ja in jedem Hause zu finden ist. Diese Kloake liberaler Unanständigkeit läßt neue Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die Arbeiterbewegung beinahe in keiner Nummer fehlen, und so kann es uns nicht Wunder nehmen, wenn man uns für Diebe, Räuber u. s. w. hält.

Jedoch genug davon! Es sind dies alltägliche Sachen, die uns von unseren Bestrebungen nicht zurückhalten können. Es gelang mir in Schenefeldt eine Scheune, oder besser eine Einfahrt, zur Versammlung zu miethen, und polizeiliche Schwierigkeiten wegen Feuersgefahr wurden glücklich beseitigt. Tagesordnung war: „Nieder mit den Sozialdemokraten." Bei dieser Gelegenheit unterzog ich die Schulen einer scharfen Kritik und forderte etwaige Gegner auf, das Wort zur Entgegnung zu ergreifen. Ein Lehrer aus Pöschendorf, Namens Kirchner, kam dieser Aufforderung auch nach. Derselbe sagte wörtlich Folgendes: Was das Schulwesen anbelangt, so möchten sich die Herren Sozialdemokraten doch nicht darum kümmern, es würde das auch ohne sie durch die Liberalen gebessert werden. Das Gehalt der Lehrer sei gar nicht schlecht; er sei erst einige Jahre Lehrer und habe ein Einkommen von 340 Thalern, mit dem er seine sämmtlichen Seminarschulden bis auf 100 Mark bezahlt habe. Er habe auf Credit studirt und — man höre und staune — er habe sehr gut gelebt!! Die Arbeiter jedoch, wenn sie 4 Thaler verdienten, gäben 5 Thaler aus, und das könnte nicht gehen. Als Beispiel führte er die Arbeiter beim Westbahnbau an. Dieselben bekämen einen Tagelohn von 1½ bis 2½ Thalern und arbeiteten nur drei Tage die Woche; die übrigen vier Tage versöffen sie, was sie in den ersten drei Tagen verdient hätten. Nach der Rede dieses Herrn kam ein junger Mann zu mir und sagte: „Ja, der Lehrer kann wohl Schulden bezahlen und gut leben, er hat drei Nebenbeschäftigungen. Ich handle hier mit Cigarren und muß 6 Thaler Steuern bezahlen, und wenn ich in die Dorfwirthschaften komme und biete meine Cigarren an, so erhalte ich zur Antwort: Wir beziehen unsere vom Lehrer! Dann hat derselbe noch eine Agentur für Futtermehl und eine für Lebensversicherung. Also zwei Agenturen und einen Cigarrenhandel, und die 340 Thaler nebenbei! Das geht freilich!"

In Hanerau hatte ich die Ehre, den nationalliberalen Gutsbesitzer Herrn Dr. Wachs als Gegner zu haben. Derselbe hat vom Reichskanzler die Lehre angenommen, uns in den Versammlungen entgegenzutreten. Seine Rede hätte einem „Seelsorger" Ehre gemacht. Er sei auch Arbeiter, meinte er, und alle die Bekannten und Freunde, die er hier im Lokale sehe, hätten Herz und Sinn für das Wohl der Arbeiter! Die Landleute würden sich durch den Redefluß des Vorredners nicht beirren lassen, selbst wenn die Sozialdemokraten noch so große Erfolge aufzuweisen hätten. Dann wurden die alten faulen Fische vom Theilen, Eigenthum abschaffen, Ehe und Religion aufheben u. s. w. aufgewärmt. Es ist recht traurig, und auch gleichzeitig recht possirlich, solch' einen gelehrten Doktor als Gegner zu hören: was derselbe für Wendungen und Sprünge machen muß, um den Thatsachen auszuweichen, und wie er schließlich zur Verleumdung und Verdächtigung seine Zuflucht nehmen muß! Hierin liegt die ganze Macht unserer Gegner.

In Nortorf trat mir Lehrer Harms entgegen; derselbe hatte sehr viel zu fragen, bekam auch sehr viel Antworten! Der nationalliberale Hotelbesitzer Janke zeichnete sich bei dieser Gelegenheit durch sein Geschrei und Schimpfen, welches bis Nachts 2 Uhr dauerte, besonders aus. — Wo Versammlungen stattfanden, haben wir auch Resultate erzielt. Es wird aber überall verlangt: wir wollen den Mann, den wir wählen sollen, persönlich hören und sehen; wir sind schon zu viel hintergangen worden. Auf mein Anrathen hat das Wahlcomité in Rendsburg beschlossen, in denjenigen Orten, wo keine Versammlungen möglich sind, die kleine Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten" zu vertheilen, und sind zu diesem Zwecke 1000 Stück angeschafft worden. S. Heinzel.

Husum, 20. Nov. Am 15. d. M. hielten wir in der Centralhalle eine Volksversammlung ab, in welcher unsere Reichstagscandidat, Herr Heinzel aus Kiel über „den Arbeiterstand und die Reichstagswahl" referirte. Durch statistisches Material bewies der Referent, daß die heutigen Zustände nicht durch die Sozialdemokratie verschuldet worden seien, daß dieselben vielmehr nur den Börsenjobbern, Aktienschwindlern ꝛc. ꝛc. zuzuschieben seien, ferner daß die Vernichtung des Handwerkerstandes eine nothwendige Folge der heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse sei. Das immer mehr überhandnehmende Großkapital und die Großindustrie seien seine Todtengräber. Redner führte aus, daß die Sozialdemokratie zur Befreiung des Arbeiterstandes nichts Neues fordere, da doch die privilegirten Klassen Staatshülfe immerwährend erhielten. Der Arbeiterstand müsse dafür sorgen, daß Männer, denen das Volkswohl am Herzen liegt, in die Gesetzgebung gewählt würden. Hiermit schloß Herr Heinzel seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

NB. Die Parteigenossen unseres Wahlkreises werden dringend ersucht, aus allen Orten des Kreises Adressen, sowie Unterstützungen zur Beschaffung von Stimmzetteln und Flugblättern an Unterzeichnete einzusenden.

H. Steensen, Süderstraße. J. Koopmann, per Adr.: Hrn. Böttger, Schuhmacher, Norderstraße.

Das „Hamb.-Altonaer Volksblatt" und die „Rothe Fahne" werden um Abdruck gebeten.

5. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis. (Oeffentliche Quittung.) Zur Centralwahlkasse sind eingegangen vom Heider Wahlverein 1. Rate M. 25; aus Hemme F. Peters M. 20; aus Meldorf von Pleth M. 30; Heide 2. Rate M. 60; aus Wöhrden von H. Rathmann M. 25; aus Hemme 2. Rate M. 30 von J. Bringmann. Die übrigen Ortschaften im Dithmarschen werden ebenfalls ersucht, Geld aufzubringen, damit die Agitation mit Nachdruck betrieben werden kann.

Heide, den 20. November 1876.

Heinrich Off,
Kassirer des Central-Wahlcomité.

Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" wird um Abdruck ersucht

Cassel, 18. Novbr. Ein Jurist eigenster Art ist der hiesige Staatsanwalt Wilhelmy. Es wurde nämlich in der jetzigen Schwurgerichtsverhandlung ein dreifacher Meineidsfall verhandelt.

---

schaft in Paris sich darüber öffentlich beklagen, daß man ihn nicht in die Privatcirkel der feinen französischen Gesellschaft und die Klubs zuläßt und das gar als Grund für die Nichtbeschickung der Ausstellung anführen, so vergäße er damit so sehr die Würde seiner Stellung und ließe es so sehr an Selbstachtung fehlen, daß die deutsche Regierung nichts Eilgeres zu thun haben könnte, als von einem Posten wegzuberufen, auf den er nicht hingehört. Weder werden die Beamten der deutschen Botschaft nach Paris geschickt, um sich in den Privatcirkeln der guten französischen Gesellschaft zu amüsiren, noch beschicken die deutschen industriellen und commerziellen Kreise die Pariser Ausstellung deshalb, weil sie angenehme Familienbeziehungen mit der Pariser Gesellschaft anknüpfen wollen. Sowohl was der Verfasser des Artikels in der „Gegenwart" wie der Pariser Correspondent der „National-Zeitung" gegen den Besuch der Weltausstellung anführt, reicht hin zu beweisen, daß nicht der geringste Grund vorliegt, von den Franzosen Unfreundlichkeiten oder wohl gar Ungezogenheiten gegen die deutschen Aussteller und das deutsche Publikum zu befürchten. Formell — das gestehen selbst die Gegner der Ausstellung zu — lassen die Franzosen in ihrem Benehmen gegen Deutsche an Höflichkeit und Entgegenkommen nichts vermissen, und das muß uns genügen. Mehr von ihnen zu verlangen, und sich gar verletzt dadurch fühlen, daß die Franzosen die Deutschen nicht in ihre intimsten Familienkreise, an ihren Familienheerd laden, dafür geht uns jedes Verständniß ab, und es kann ein solches Verlangen, noch dazu öffentlich ausgesprochen, schwerlich dazu beitragen, die Achtung der Franzosen vor dem deutschen Charakter und Nationalstolz zu erhöhen. —

Soweit die „Vossische Zeitung". Im großen Ganzen sind wir mit den Ausführungen derselben einverstanden. Unseren Standpunkt zur Pariser Ausstellung haben wir vor Kurzem schon bestimmter ausgesprochen. Wir halten die Beschickung der Pariser Ausstellung für die deutsche Industrie schon deshalb für nöthig, damit sie lerne; ob man dabei eine Blamage erleidet, ist ziemlich gleichgültig. Der endgültige Vortheil ist immer auf Seiten des Lernenden. Unsere Reichsfreunde allerdings, die Herren der „Gegenwart" und der „National-Zeitung" haben vor dem Lernen allzugroße Angst — deshalb schimpfen sie auf die Franzosen und pochen auf das deutsche Schwert. Damit ist aber weder dem Volke noch der Industrie gedient.

In seinem Playdoyer erklärte dieser moderne Staatsretter, daß, wenn Gott und die Religion abgeschafft würde, das Fundament der Ordnung des heutigen Staatssystems zusammenbrechen müsse. Leider sei ein bekannter Theil des Volkes jetzt soweit, daß er den Namen Gottes in den Pfuhl stinkiger Versammlung herabzöge, dem müsse aber entgegen gearbeitet werden, die Geschworenen möchten das ja beherzigen. Ob der Herr seine Weisheit Tags vorher aus dem Artikel des hiesigen Tageblattes, dessen Redakteur der bekannte Casseler Sparig-Kutschbach ist, geholt hat, können wir natürlich nicht bestimmt wissen. W.

Hannöv. Münden, 20. November. Nachdem ich wieder auf freien Fuß gesetzt bin, finden die Versammlungen wieder regelmäßig statt. So hielten wir am 18. Oktober eine Volksversammlung ab, in der Herr Strecker aus Göttingen in Gemeinschaft mit Unterzeichnetem über das Thema: Absolutismus, Constitutionalismus und Sozialismus referirte. Sodann fand am 26. Oktober eine Versammlung statt, in der Herr C. Berthold aus Cassel referirte. Am 18. November wurde sodann im Lokal des Herrn Gastwirth G. Melching eine ziemlich gut besuchte Volksversammlung abgehalten, in welcher Herr Adam Glebe aus Cassel über „das Interesse der Arbeiter an der Reichstagswahl" zur Zufriedenheit aller Anwesenden sprach. Von jetzt ab wird Herr Glebe alle 14 Tage einen Vortrag in unserm Wahlkreis halten. Wir haben Hrn. W. Frick aus Bremen als Reichstagscandidat aufgestellt. Ich ersuche die Arbeiter in Göttingen und Umgegend ihre Schuldigkeit zu thun, damit wir auch hier bei der Wahl einen Fortschritt verzeichnen können. Mit sozialdemokratischem Gruß

G. Gieß, Langestraß 238.

Langensalza, 20. November. (Zur Wahlbewegung.) In einer Zusammenkunft hiesiger Sozialisten wurde am 13. Nov. ein Wahl-Comité gegründet. Die vom Mühlhauser Wahl-Comité in Anregung gebrachte Candidatur des Hrn. Wilhelm Bock aus Gotha wurde auch hier einstimmig angenommen. Die vorläufige Agitation wurde sofort geregelt.

J. A.: Ernst Hochheim, Vorsitzender.

Lößnitz, 21. Novbr. Bei den hiesigen Stadtverordnetenwahlen siegten die Candidaten der sozialistischen Partei mit erdrückender Majorität. Es erhielten von den Unsrigen Stimmen: Kugler 298, Huckebeil 280, Richter 278, Gottschald (z. Z. Vorsitzender des Collegiums) 279. Von den Gegnern erhielten Stimmen: Fabrikant Espig 145, Fabrikant Hammer 125, Rendant Richter 133, Kaufmann Weber 140.

Delitzsch. Am Mittwoch, den 15. November 1876, stand der Kämmerer Ufer von hier, welcher schon 5 Monate in Untersuchungshaft war, vor dem Schwurgericht zu Halle, angeklagt wegen Unterschlagung im Betrag von ohngefähr 3500 Thaler, welches Defizit nach 7 Jahren erst entdeckt wurde. Der Angeklagte wurde freigesprochen, doch das Geld bleibt verschwunden. Würde so etwas wohl vorkommen, wenn die Arbeiter aus ihrer Mitte Stadtverordnete durch allgemeines Wahlrecht wählen könnten? Würden solche Stadtverordnete erst nach 7 Jahren die Entdeckung des Defizits machen? Solche Fragen drängen sich, jedem denkenden Menschen unwillkürlich auf.

Leipzig, 21. Nov. In der am 20. November abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung des Centralwahlcomité's in Leipzig und des Comité's für den 13. Wahlkreis wurde einstimmig beschlossen, daß bei den jeden Montag Abend stattfindenden Sitzungen des Centralcomité, ein oder mehrere Mitglieder des Kreis-Comité zugegen sein müssen; durch diesen Beschluß dürfte die einheitliche Leitung der Agitation gesichert sein. — Für den Wahlfonds des 10., 11., 12., 13. und 14. Wahlkreises sind ferner bei mir eingegangen: Durch Jansen M. 3,20, durch R. Willicke 25,00; aus der Schneiderwerkstatt Seltner von Schäfer 5,50; Liste Nr. 4 5,40; S. B. 2,50; Cigarrenfabrik Gutmacher 3,00; Arbeiterverein Connewitz 6,00; Arbeiterverein Gohlis 30,10; Arbeiterverein Altschönefeld 3,00; Liste Nr. 4 5,00; d. Jansen 51,10; auf Liste Nr. 21 vom Personal der Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig 9,00; von den Sängern des Arbeiterbildungsvereins Leipzig 10,00.

Leipzig, 20. Nov. 1876.

Für das Centralwahlcomité der oben genannten Kreise.

P. Krebs, Ullrichsgasse 60.

13. sächsischer Wahlkreis. Die vor kurzem zu Volkmarsdorf abgehaltene Bezirks-Conferenz war von ca. 30 Genossen, die 10 verschiedene Orte des Kreises vertraten, besucht. Es wurde beschlossen 1) die Conferenz ernennt im Einverständniß mit dem Centralcomité des 10., 11., 12., 13. und 14. Wahlkreises, ein aus 9 Personen bestehendes Kreiscomité, welches die Leitung der Agitation im Kreise übernimmt. 2) Es ist dafür zu sorgen, daß an allen Orten des Kreises sofort Ortscomité's ins Leben gerufen werden, welche für örtliche Agitation Sorge zu tragen haben. 3) Alles Geld über 5 Mark, welches an den einzelnen Orten einkommt und zur Zeit daselbst nicht zu verwenden ist, ist dem Kreiscomité zu überweisen. — Nachdem die Wahl des Comité's vorgenommen und die Genossen sich noch über verschiedene Punkte geeint, trennten dieselben sich mit dem Versprechen, mit ganzer Kraft dafür einzutreten, daß unser Demmler als Sieger aus der Wahl hervorgehe. — Am 8. d. M. konstituirte sich das Comité, und so sind nun alle Zuschriften für das Comité an Unterzeichneten zu richten, sowie alle Gelder an den Kassirer, Herrn Nagel, Plagwitz, Karlstraße, abzuliefern. Das Comité wird dafür sorgen, daß in allen Versammlungen, die im 13. Kreise stattfinden, Redner und Colporteure anwesend sind; dasselbe bittet jedoch, die Genossen mögen dafür sorgen, daß jede Versammlung so früh wie möglich beim Comité angemeldet wird, und daß jedes Ortscomité sofort seine Adresse an das Kreiscomité gelangen läßt.

Das Kreiscomité für den 13. sächsischen Wahlkreis.

Heinr. Dohne, Vorsitzender, Volkmarsdorf, Hauptstr. 22.

23. Sächsischer Wahlkreis. Im Laufe voriger Woche sprach Genosse Neißer, der Reichstagswahlcandidat des 23. Kreises in einer größeren Zahl von Orten desselben mit gutem Erfolg. Die Arbeiter in Plauen erklärten sich in zwei Versammlungen einstimmig bereit, für Neißers Wahl zum Reichstagsabgeordneten eintreten zu wollen, und ihnen schlossen sich die Volksversammlungen, welche in Pausa, Mühltroff, Brambach, Oelsnitz, Klingenthal und Brunndöbra abgehalten wurden, mit derselben Einstimmigkeit an. Ein eingehender Bericht wird demnächst gegeben werden.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse" in Berlin, Kaiserranzgrenadierplatz 8a, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung	Mark	1. 50.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849		1. 50.
Bebel, A., Unsere Ziele. 5. Auflage		—. 25.
— — Reichstagsrede 1875 (Hülfskassengesetz)		—. 10
— — Bauernkrieg		2. —.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus		—. 60
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. In 5 Lief. à		—. 75
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848		2. 25.
Becker, B., Mißbrauch der Nationalitätenlehre		1. —.
— — K. Fourier		—. 30.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. In 5 Lief. à		—. 60
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94		2. —.
Becker, J. Ph., Wie und Wann?		2. 70.
— — Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift. (6 Jahrgänge, 1866—1871)		9. —
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874		—. 20.
Blos, W., Unsere Preßzustände		—. 20
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866		—. 50
— — Zur Geschichte der Commune von Paris		—. 40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793		—. 60
Bonnetton, Religion und Sozialismus		—. 50
Bracke, W., Der Lassalle'sche Vorschlag		—. 50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten		—. 15.
Bürgerkrieg in Frankreich		—. 25
Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik Marx		—. 15.
Civilehegesetz		1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen		—. 20
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Stevens gegen Vogel v. Falkenstein		1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch. 40 Pf. gebd.		—. 60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871		1. 25.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie		—. 15.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen		—. 15
Dietzgen, National-Oekonomisches		—. 05
— — Die bürgerliche Gesellschaft		—. 10
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 5 Kanzelreden		—. 20.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit		1. 50.
Dissidentengesetz		—. 20.
Donat, Dr. A., ABC des Wissens für die Denkenden. 2. Aufl.		—. 15
— — Antwort an den Bekenner des Theismus		—. 10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten		—. 25
Duik, A., Nieder mit den Atheisten		—. 25.
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals		—. 25.
Einkommensteuergesetz		1. —
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte		—. 45
— — Der deutsche Bauernkrieg		—. 50.
— — Soziales aus Rußland		—. 15
— — Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage		—. 10.
Erinnerung an Herwegh		—. 10
Frenndt, F., Titanen und Pygmäen		4. 80.
Für die französischen Brüder		—. 15.
Für und wider die Commune		—. 15
Gedenkblatt an die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie auf dem Congreß zu Gotha 1875		1. 50
Geib, A., Der Normalarbeitstag		—. 15
— — Gedichte	geh.	—. 75
	broch.	—. 50
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft		—. 50
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73		2. —.
— — Nachtrag von 1873—76		1. 40.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)		1. 40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich		1. 50.
Gesindeordnung		1. 50
Gespräch am Kachelofen		—. 50.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)		—. 40
Hoyk, Freie Gedanken (Gedichte)		—. 10
Hepner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne		—. 60.
Herr v. Treitschke, der Sozialistentödter, und die Endziele des Liberalismus		—. 25.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Association 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit		—. 15.
— — Praktische Emanzipationswinke		—. 15.
— — Die Organisation der Massen		—. 25.
Hilfskassengesetz, 3 Hefte, à 0,15 M.		—. 45
Hirsch, Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin		—. 15.
— — die Parteiprosse, ihre Bedeutung und Organisation		—. 30.
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)		—. 50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à		1. —.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung		—. 20.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag		—. 12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Association. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky		1. 25
König, Schwarze Kabinette		—. 75.
Krafft, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)		—. 05.
— — Ceterum censeo (Gedicht)		—. 05.
Kunst und Sozialismus		—. 15
Lange, Arbeiterfrage		4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage		—. 15.
— — Ueber Verfassungswesen		—. 20.
— — An die Arbeiter Berlins		—. 10.
— — Offenes Antwortschreiben		—. 08.
— — Fichte's Philosophie		—. 25.
— — Arbeiterlesebuch		—. 30.
— — Arbeiterprogramm		—. 10.
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter		—. 15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz		—. 30.
— — Die Feste, die Presse 2c.		—. 15.
— — Bastiat Schulze		—. 50.
— — Indirekte Steuern		—. 40
— — Düsseldorfer Prozeß		—. 15
— — Düsseldorfer Assisenrede		—. 20
Leben und Thaten des Generals Jaroslav Dombrowski		—. 75.
Leipziger Hochverrathsprozeß.		8. —.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz		—. 20.
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie		—. 15.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen 2. Aufl.		—. 25.
— — Reichstagsrede 1874		—. 15.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.		—. 75.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)		—. 75
Lommel, Jesus von Nazareth		—. 30.
— Johannes Huß		—. 30.
Luxus und Corruption. Von G. R.		—. 15.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.		—. 25.
— — Das Kapital. 2. Aufl.		9. —
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte		1. 50.
— — Herr Vogt		4. —.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.		1. 80.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.		—. 30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten		—. 60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:		
1. Heft: Gewerbeordnung		—. 25.
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz		—. 15.
— — Kapital und Arbeit		—. 50.
— — Bastille am Plötzensee		—. 60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.		—. 50.
— — Die Lösung der sozialen Frage		—. 40.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte		—. 40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen		—. 30.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman		3. —.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle		—. 75.
— — Kranke Herzen		1. —.
Photographien: Auer, Bebel, Bracke, Blos, Demmler, Dietzgen, Feuerbach, Geib, A. Gözz, Hasenclever, Hasselmann, Hepner, Engels, Heß, Herwegh, Hirsch, J. Jacoby, Lassalle, Lange, Liebknecht, Marx, Most, Motteler, Ph. Becker, Reimer, Bablteich, Walster, York, Garibaldi, Blanqui, Courbet, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Leo Frankel, Marat, Milliére, Owen, Raoul-Rigault, Rossel, Vaillant 2c.; in Visitenkartenformat		—. 25.
Photographien: Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit)		—. 25.
— — in Kabinetformat		—. 60.
— — in Groß-Folio (Lassalle, York, Bebel, Liebknecht)		3. —.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874		—. 25.
Protokoll des Stuttgarter Kongresses 1870		—. 15.
des Dresdener Congresses 1871		—. 20.
— — des Coburger Congresses 1874		—. 50.
— — des Gothaer Congresses 1876.		—. 30.
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873		—. 20
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten		—. 25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur		—. 50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes		—. 30.
Prozeß gegen Dr. H. Taufchinski und 31 Genossen in Graz wegen Religionsstörung und geh. soz.-dem. Verbindungen		—. 75.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland		1. —.
Ratgeber für Gewerbtreibende.	Mark	8. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen		—. 90.
„ Städteordnung		1. 40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen, 5 Hefte		1. 80.
Rohleder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles		—. 30.
Röckel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim		1. —.
Sack, Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit		—. 60.
Sauerteig, Für Männerchöre		
I. Bundeslied, 4stimmig m. Partitur 0,65, ohne Partititur		—. 45.
II. Der wahre Mensch „ „ 0,55, „		—. 40.
III. u. IV. Republik u. d. Arbeitsmann 1,50, „		1. 10.
V. An Michel „ „ 0,75, „		—. 60.
VI Frühlingsgedanken „ „ 0,80, „		—. 60.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.		—. 25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage		—. 20.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder geh.		—. 50.
broch.		—. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten		—. 20.
Sozialistische Theaterküche.		
Nr. 1: Ein Schlingel (die Rolle zu 5 Expl. M. 1.50) à		—. 35.
Nr. 2: Preßprozesse (die Rolle zu 7 Expl. M. 1.40) à		—. 25.
Nr. 3: Ein Opfer (die Rolle zu 20 Expl. M. 6.—) à		—. 40.
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls		2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Association		—. 10.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich		1. —.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie		—. 40.
Tahlteich, Der Deklamator. Heft 1, 2, 3 à		—. 15.
Verfassung des deutschen Reiches		—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol		—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874		—. 25.
— — für 1875		—. 25.
Volksstaat-Fremdwörterbuch broch.		—. 50.
gebd.		—. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen		1. —.
Wahre Gestalt des Christenthums		—. 50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze		—. 20.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften (4 Lief. à 60 Pf.)		2. 25.
York, Die industrielle Arbeiterfrage		—. 25.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.		1. 60.

☛ **Vorstehende Preise gelten nur bei direktem Bezug, durch den Buchhandel bezogen 50% Aufschlag.** Besteller aus dem **Norden** wollen ihre Aufträge **nach Berlin**, diejenigen aus **Süd- und Mitteldeutschland** nach **Leipzig** adressiren.

Briefkasten

der Redaktion: Nach Uelzen: Kein Bericht eingetroffen; nach Hohenstein: Telegraphiren Sie rechtzeitig. — E. Th.: Wir können Ihre Frage nicht beantworten; die Angelegenheit ist zu verwickelt, gehen Sie zu einem Rechtsanwalt. — F. F. in Bremerhaven: Auf Ihre Frage diene zur Antwort, daß die betreffenden Arbeiter Alles an den Verwalter der Concursmasse abzuliefern haben; die Forderung der Arbeitslöhne geht den anderen Forderungen aber vor. — J. B. Osnabrück: Die Notiz ist allerdings recht interessant, aber allzu veraltet. — H. P. Frankfurt a. M.: Den Namen unseres V.-Correspondenten werden wir selbstverständlich nicht nennen. Wir sind aber gern bereit, Entgegnungen und vor allem Berichtigungen aufzunehmen; auch ist es uns selbstverständlich sehr angenehm, wenn Sie uns auf Ungenauigkeiten und „Gehässigkeiten" unseres Correspondenten aufmerksam machen.

der Expedition: C. Bschdt. Mittweida: Pirna 2c. ist der 2. Wahlkreis. Als Candidat ist aufgestellt Peters aus Dresden. — J. G. C. Leipzig: Annonyme Annoncen werden nicht aufgenommen. Bitten über M. 1,20 zu verfügen.

Quittung. A. Krtz Coblenz Schr. 4,20. Brnng Delitzsch Ab. 2,80. Mllr Reichenbach Ab. 23,70, Schr. 76,30. Grbnstn Lindenau Schr. 8,50. Hrrdrf Cöln Ann. 1,00. Cpll Iserlohn Schr. 8,60. S. Brth Mainz Ab. 14,30 u. 51,50. Klpp Ronsdorf Ab. 30,00. Bikl Dresden Schr. 16,40. J. Bst Mainz Schr. 11,00. W. Bgs Bromberg Schr. 1,80. Krbs hier Ann. 0,60. Anst Radeberg Schr. 0,70.

Altona. Sonnabend, den 25. November, Abends 8½ Uhr, in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Blos aus Hamburg. [60

O. Reimer.

Cöln. Arbeiter-Liedertafel.

Sonntag, den 26. November, Abends 7½ Uhr, im Vereinslokale, Buttermarkt 32: (F. 60)

Abendunterhaltung

wozu ergebenst einladet Der Vorstand. [1,80

Leipzig. Allgemeiner Deutscher Schneider-Verein.

Montag, den 27. November, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstraße): **Versammlung.** [40

Gäste willkommen D. V.

Für Männer-Chöre.

Im Verlag von **Emil Sauerteig** in Gotha ist zum Liedercyclus erschienen:

Nr. 7: Sänger-Marsch.

Comp. von G. Schulz.

Preis im Cyclus Part. mit 4 Stimmen M. 1,50, 4 St. M. 1,00, Preis außer Cyclus Partitur M. 2,00, jede Stimme 25 Pf.

Gegen Einsendung des Betrags erfolgt freie Zusendung. (2b) [100

Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. **Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.**

☛ **Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.**

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Elizabeth Str.
Philadelphia: M. Heß, 630 North 3rd Street.
H. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Rauschmann, 208 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 618 O'Farrell Street.
London: Rumbly, 5 Nippon Street, Middlesex Hospital.

Nr. 26. Mittwoch, 29. November. 1876.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Dezember zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Teubert, Bornaische Str. 19, für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

☞ Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Viel Geschrei und wenig Wolle.

I.

Unsern Standpunkt zu den Schwurgerichten haben wir schon oft entwickelt. Wir wollen keine „gelehrten" oder besser gesagt, gelernten Richtern, die nach dem starren Dogma ihr Urtheil sprechen und schließlich von ihrer juristischen Unfehlbarkeit überzeugt sind, sondern wir wollen Volksgerichte, in welchen die Erwählten des Volkes sitzen und über diejenigen Glieder des Volkes, welche gegen das gemeinsame Wohl sich vergangen haben, urtheilen.

Daß solche Volksgerichte durch allgemeine gleiche und direkte Wahlen, ähnlich wie der deutsche Reichstag, hergestellt werden müssen, wenn sie wirkliche Volksgerichte sein sollen, ist so selbstverständlich, daß man darüber kein einziges Wort mehr verlieren darf.

Wie sind aber die jetzigen Geschworenengerichte oder Schwurgerichte in Deutschland zusammengesetzt, die man fälschlich Volksgerichte nennt?

Antwort: Aus den Begüterten, aus den Besitzenden werden durch die Behörden nach dem Steuercensus die Personen bestimmt, welche das Urtheil sprechen sollen. Nur die Klasse der Besitzenden ist befähigt, die Schwurgerichte zu bilden; die Klasse der Nichtbesitzenden — die große Masse des Volkes — ist ausgeschlossen.

Sind nun derartig zusammengesetzte Gerichte Volksgerichte? Nein, dreimal nein! Die heutigen Schwurgerichte sind Klassengerichte, Gerichte, in welchen gemeiniglich die Klasse der Besitzenden über die Klasse der Unbemittelten aburtheilt.

Nehmen wir, um zu zeigen, wie sich das Urtheil solcher Klassengerichte im großen Ganzen gestalten muß, folgenden Gedankengang auf. Verbrechen gegen das Eigenthum, Diebstahl und Raub, werden durchweg nur von Nichtbesitzenden verübt; wer eine größere Summe von Eigenthum besitzt, wird nur in äußerst seltenen Fällen derartige Verbrechen begehen. Die besitzenden Geschworenen aber, welche sich kaum in den Gedankengang des Nichtbesitzenden hineinfinden, aber noch weniger seinen Bildungsgrad und die Ursachen desselben begreifen können und vielfach auch nicht begreifen wollen, sie sind durchweg immer geneigt, gerade das Verbrechen wider das „heilige Eigenthum" in einem grelleren Lichte zu erblicken, als jede andere That, welche gegen das Wohl der Gesammtheit gerichtet ist. Verbrechen wider die Sittlichkeit, Ehebruch, Fälschung, Betrug und dergleichen erscheinen den besitzenden Geschworenen gemeiniglich hingegen in einem milderen Lichte, weil dieselben auch oder vorzugsweise von der besitzenden Klasse verübt werden.

So haben wir es thatsächlich bei den heutigen Schwurgerichten nicht mit vorurtheilslosen Richtern zu thun, sondern wir müssen gestehen, daß uns die starren, nach dogmatischen Formen richtenden gelernten Richter mehr Garantie für einen gerechten Urtheilsspruch bieten, als die Schwurgerichte, welche man Volksgerichte nennt, die aber Klassengerichte sind.

Würden die Schwurgerichte hingegen durch öffentliche allgemeine Wahlen von dem gesammten Volke zusammengesetzt, so könnte es allerdings der Fall sein, daß ein oder das andere Schwurgericht das eine oder das andere Mal gerade nicht allzugut zusammengesetzt würde, aber im Allgemeinen würden wir bei den heutigen Zuständen aus allen Schichten der Bevölkerung Mitglieder des Gerichts erhalten, welche uns die Garantie böten, daß niemals einseitige Klasseninteressen das Urtheil leiten könnten, sondern daß die Stimme des Volkes in dem Urtheil einzig und allein zum Ausdruck gelangte.

So steht es in Bezug auf die gesellschaftlichen Vergehen und Verbrechen.

Wie aber gestaltet sich die Sache bei den politischen Vergehen?

Der gelernte Richter ist allerdings Staatsbeamter, deshalb auch in dem Vorurtheil befangen, daß dieser Staat, von dem er das Brod erhält, sich meistentheils im Rechte befindet und nicht angegriffen werden darf. Er besitzt aber einen großen Respekt vor den juristischen Formen, er verurtheilt selten über diese hinaus, weil er weiß, daß das Verlassen dieser Formen leicht zur richterlichen Willkür führt, wodurch dann sehr bald die Würde seines Standes und dadurch sein Stand selbst gefährdet wäre — deshalb hält der gelernte Richter auch in politischen Prozessen Maaß und Ziel. Zur besitzenden Klasse gehört er meistens auch nicht, er hat also kein besonderes Klasseninteresse. Das „heilige Eigenthum" interessirt ihn persönlich deshalb auch wenig; und dann hat er durchweg genug gelernt, um einzusehen, daß die theoretischen Angriffe gegen das Eigenthum und die sozialistische Propaganda eine nothwendige Folge der Uebergriffe und Ausschweifungen des Eigenthums selbst sind — sein Urtheil wird also meistentheils ein objektives und gemäßigtes sein.

Wie sieht es aber in politischer Beziehung bei den Schwurgerichten, bei den sogenannten Volksgerichten aus?

Gegen den Staat sind die Klassengeschworenen meist eingenommen solange, als derselbe sich nicht ihrer Klasse angepaßt oder gar unterworfen hat; ist dies aber geschehen, so ist auch der Staat ein heiliges Institut und jeder Angriff gegen ihn wird als ein Attentat auf das eigene Klasseninteresse aufgefaßt. Das „heilige Eigenthum" aber darf durchaus nicht, nicht einmal in der Theorie angegriffen werden, damit wird ja die Klasse der Besitzenden, ja der einzelne Geschworene selbst angegriffen. Dann urtheilt das Schwurgericht, wie es jetzt zusammengesetzt ist, in seiner eigenen Sache.

Oberster Grundsatz aber ist, daß ein Richter niemals in seiner eigenen Sache urtheilen soll.

So sehen wir, daß auch bei politischen Vergehen der „gelernte" Richter den Vorzug noch hat vor den Klassengerichten.

Volksgerichte, aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgegangene Schwurgerichte, sie allein können, und besonders in politischen Dingen vorurtheilsfrei richten.

Da wir aber solche Gerichte nicht haben und auch wohl in der nächsten Zeit nicht erhalten werden, so stehen wir vor dem Dilemma, von zwei Uebeln das Kleinste zu wählen, da in kurzer Zeit die Abstimmung über die Verweisung der Preßvergehen vor die Schwurgerichte bei der dritten Lesung im Reichstage endgültig entschieden wird.

Nach den obigen Erörterungen dürfte es nicht zweifelhaft sein, daß die sozialistischen Abgeordneten gegen diese Verweisung stimmen werden, da ja prinzipiell ein bürgerliches Klassengericht dem Sozialdemokraten viel widerwärtiger erscheinen muß, als ein orthodox-juristisches Standesgericht; wenn nun aber trotzdem die Entscheidung anders ausfällt, wenn die sozialistischen Abgeordneten trotzdem für diese Verweisung stimmen werden, so bedarf diese scheinbare Prinzipienverletzung einer näheren Aufklärung, die wir uns für die nächste Nummer dieses Blattes vorbehalten. Jedoch wollen wir schon heute bemerken, daß die Erwägungen, welche die sozialistischen Abgeordneten bei dieser Frage leiten, rein politischer Natur sind, da die praktischen Nachtheile, welche durch die Ueberweisung der Preßvergehen an die heutigen Schwurgerichte gerade für die sozialistische Presse entstehen, ebenso klar uns vor Augen sind, wie die Wahrheit des Prinzips, daß ein bürgerliches Klassengericht verderblicher wirkt, als ein juristisches Standesgericht.

Wir bringen in der heutigen Nummer einen Auszug aus einigen wichtigen Reden, welche bei der zweiten Lesung des betreffenden Paragraphen gehalten worden; wir werden uns in dem nächsten Artikel mehrfach auf dieselben berufen und bitten deshalb unsere Leser, denselben die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Noch wollen wir hier bemerken, daß wir es gerade gewesen sind, welche zuerst in der Presse die Widersprüche nachgewiesen haben, die daraus entstehen, wenn man die Preßvergehen vor die Schwurgerichte verweist und die Redevergehen, die andern politischen Vergehen dem Berufsrichter zum Aburtheilen überläßt. Wir verweisen in Bezug hierauf auf den Leitartikel in Nr. 4 des „Vorwärts" mit der Ueberschrift: „Eine juristische Ungeheuerlichkeit."

Wenn wir nun trotzdem, trotz solcher Ungeheuerlichkeit wie wir es in nächster Nummer noch näher auseinandersetzen werden, uns endgültig für die Ueberweisung der Preßvergehen vor die heutigen Schwurgerichte aussprechen, dann zeigen wir dadurch eine große Enthaltsamkeit und dokumentiren, daß wir gewillt sind, selbst die bescheidensten Zugeständnisse in Hinsicht der bürgerlichen Freiheit zu acceptiren, um auf ihnen weiter bauen zu können.

Schon aus obigen Ausführungen aber ersieht man, daß all' das liberale Geschrei, welches aus der Ueberweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte eine wichtige freiheitliche Errungenschaft machen will, sehr schaal und „kahl" ist, daß die „Freiheitswolle", mit welcher die Liberalen das Volk bekleiden wollen, ungemein gering ist und daß man dem ganzen Gebahren jener Helden gegenüber wohl berechtigt ist, zu sagen:

„Viel Geschrei und wenig Wolle!"

Preßvergehen vor den Schwurgerichten.

In der zweiten Lesung der Justizgesetze kam im Reichstage auch die Frage zur Verhandlung, ob die Preßvergehen vor die Schwurgerichte zu verweisen seien, oder ob der „ordentliche" Richter dieselben abzuurtheilen habe. Wir bringen hier einige Stellen aus den Reden des preußischen Justizministers Dr. Leonhardt und des fortschrittlichen Abgeordneten Frankenburger und verweisen zugleich auf den vorstehenden Leitartikel: „Viel Geschrei und wenig Wolle."

Wir werden auf nachstehende Aeußerungen, wie wir es in vorstehendem Leitartikel auch angedeutet haben, in der nächsten Nummer noch näher eingehen.

Der preußische Justizminister bemerkte in der beregten Debatte unter Anderm:

Ich erlaube mir einige Worte mitzutheilen, die von einem Manne herrühren, welcher von Niemand an Eifer in der Vertheidigung der Geschworenengerichte und an Einsicht in diese Verhältnisse übertroffen wird: von meinem Collegen in Wien Herrn Dr. Glaser. Ich weiß nicht, ob er die darin ausgesprochenen Ansichten noch heute theilt; im Jahre 1864 schrieb er als ordentlicher Professor in einer Broschüre: „Die Jury ist mehr als ein wohlbesetztes Collegium ständiger, unabhängiger, geschäftskundiger Richter der Gefahr ausgesetzt, durch politische, nationale oder religiöse Leidenschaften fortgerissen, durch Deklamationen und Sophismen einerseits, andererseits durch das Ansehen der Staatsanwaltschaft oder eines voreingenommenen Präsidenten vom richtigen Wege abgelenkt zu werden. Sie kann leichter verleitet werden, ihre richterliche Stellung zu vergessen und in die Gebiete des Gesetzgebers oder Begnadigers hinüberzugreifen. Der Mangel an Uebung, die Rechtsunkenntniß der Geschworenen, die komplizirten Formen des Geschäftsganges werden hier und da Schwierigkeiten und somit Gefahren bereiten, welche ständigen Richtercollegien fremd sind."

Dann berief der Minister sich auch auf unseren Freund Tessendorf in nachstehender drastischen Weise:

Vom politischen Standpunkt aus betrachtet, ist zu bemerken, daß die Vorschriften des § 59a vollständig mit diesem in Widerspruch stehen, denn das ist ja gewiß, daß nicht jedes Preßvergehen politische Tendenz hat und daß viele politische Verbrechen und Vergehen nicht Preßvergehen sind. Denn die Presse ist ja nur ein Weg, um gewisse Tendenzen zu verfolgen. Ihm gleich steht jedenfalls die mündliche Rede in öffentlichen Versammlungen, und so haben denn die §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuchs ganz gleiche Vorschriften für die Uebertretungen oder strafbaren Handlungen durch die Presse, wie für die durch Rede vor einer öffentlichen Menge begangenen. Ich glaube also, daß nach dieser Richtung hin betrachtet der § 59a gar nicht haltbar ist. Man darf vielmehr behaupten, daß der § 59a das reine Privilegium der Presse ist. Ob nun dieses Privilegium ein favorabile oder odiosum*) ist, das hängt ab von den politischen Stimmungen, den Zeitströmungen. In einer Conferenz von zwölf hervorragenden praktischen Justizbeamten des Bundes, welche ich im Mai oder April abgehalten habe, bemerkte ein Mitglied dieser Conferenz, das mit diesen Angelegenheiten sehr vertraut ist, daß er von den Geschworenen ganz andere Urtheile gegen die sozialistische Presse erlangen werde, wie von einem Berufsrichter, und die übrigen elf Mitglieder der Conferenz traten diesem Herrn — es war der Staatsanwalt Tessendorf — bei. Man sagt, das Privilegium der Presse, welches § 59a enthält, sei lange Rechtens in Süddeutschland, insbesondere in Bayern, und da sich die Einrichtung dort bewährt habe, könne man es den süddeutschen Staaten nicht zumuthen, dieselbe aufzugeben und einen Rückschritt zu machen. Diese Erwägungen kommen dem Standpunkte des Entwurfes gegenüber gar nicht in Betracht. Dem Entwurfe gegenüber steht der Berufsrichter an Qualifikation den Geschworenen gleich und es würde dann nur darauf ankommen, wo denn das größte Ländergebiet wäre, auf der einen oder der andern Seite. Doch ich will davon absehen und weiter bemerken, daß die Behauptung, daß den süddeutschen Staaten ein Rückschritt zugemuthet werde, gar nicht bewiesen ist. Mit demselben Rechte würde man sagen, sie würden einen Fortschritt machen, wenn sie der übrigen Ländergruppe sich anschließen. Wenn von Seiten der süddeutschen Staaten behauptet wird, daß ihre Einrichtung keine Uebelstände herbeigeführt habe, so will das wenig bedeuten, und ob das der Fall ist, steht noch dahin, denn nach Nachrichten, die ich von rechtskundiger Seite erhalten habe, haben in früheren Zeiten in Bayern die Geschworenen ganz unbegründete Freisprechungen eintreten lassen und in der Rheinpfalz war man allmählich dahin gelangt, gar keine Anklagen wegen Preßvergehen mehr zu erheben, weil man voraussah, daß das eine ganz überflüssige Mühe sei.

Abg. Franckenburger bemerkte demnächst:

Was die politischen Gründe betrifft, so wäre es allerdings nur consequent, nicht blos die Preßsachen, sondern auch alle politischen Verbrechen und Vergehen durch Geschworene aburtheilen zu lassen. Aber der Justizminister, der meines Wissens der Verweisung der übrigen politischen Vergehen und Verbrechen an die Geschworenen noch mehr abhold ist, als der Verweisung der Preßvergehen an dieselben, wird doch wohl mit einem solchen Einwand nicht kämpfen können. Gewiß würden wir es viel lieber sehen, daß alle politischen Delikte den Geschworenen zugewiesen würden, weil wir meinen, daß sie die besten Urtheiler darüber sind; aber wir bescheiden uns mit dieser Abschlagszahlung, für die wir aus einer 28jährigen Erfahrung das Zeugniß anführen können, daß weder das Staats- noch das Gemeinde-Interesse unter dieser Einrichtung Schaden gelitten, sondern daß sie zum Wohle beider gedient und gewirkt hat.

Dann gestand derselbe Abgeordnete Folgendes zu:

Früher waren die Preußen den Süddeutschen immer zu liberal, sollte es heute umgekehrt sein und die Süddeutschen jetzt zu liberal geworden sein? Einzelne Stimmen, die der Ansicht des Herrn Justizministers sind, giebt es ja auch in Süddeutschland, aber die sind gegen Geschworene überhaupt. Es gab eine Zeit, wo die Geschworenen fast regelmäßig freisprachen, das war zu Ende der fünfziger und Anfang der sechsziger Jahre; aber der Grund war der, daß man zu viel Anklagen erhob, und man gab nicht blos von liberaler, sondern auch von conservativer Seite den Geschworenen Recht.

*) Ein der Allgemeinheit genehmes oder gehässiges.

Ich selbst habe ein Blatt sieben Mal vertheidigt und es wurde immer freigesprocheu, nicht weil die Geschworenen zu liberal waren, sondern weil eine Verurtheilung überhaupt nicht zu erwarten war.

Die fortschrittliche Presse und leider auch eins unserer Parteiorgane feiert die seichte Rede des Abgeordneten Franckenburger in folgenden Worten:

Wahrhaft wohlthuend war die Wärme, mit welcher Herr Franckenburger für die Geschworenengerichte nicht nur in Preßsachen, sondern bei allen politischen Vergehen eintrat und die wahren Gründe darlegte, aus welchen seine Landsleute in Bayern für das so lange bei ihnen bewährte Institut eingenommen seien. Gerade die Aburtheilung der politischen und der Preßvergehen, sagte er, sei so recht Sache der Geschworenen, die über alle Vergehen gegen den Staat und gegen Beamte, aber auch von Beamten zu erkennen berufen seien. Die Richter in Bayern genössen wahrlich des gleichen Vertrauens wie in Preußen, aber sie nehmen in Preßsachen das Vertrauen nicht in Anspruch, weil das Volk ein größeres Vertrauen zu dem Urtheil der Geschworenen habe. Der Richter sei ja doch immer Mitbürger der Staatsgewalt und stehe bei Angriffen auf den Staat wenigstens im Scheine der Abhängigkeit. Der Berufsrichter müsse nothwendig auf das Avancement sehen. Die Geschworeneu seien übrigens in Strafsachen nicht die Ausnahme, sondern sie sollten als Volksgericht die Regel bilden, darum könne von einem Ausnahmegerichte nicht die Rede sein, aber auch nicht von einem Standesgerichte in Preßsachen, da nicht blos der Zeitungsredakteur, sondern Jedermann wegen Preßvergehen unter Anklage gestellt werden könne. Die treffliche Rede wurde auf der linken Seite mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Zu diesen Elogen kann man übrigens erst recht sagen: „Viel Geschrei und wenig Wolle."

Die Kunst und die Sozialdemokratie.

Von A. Douai.

Wenn man die Künstler insgeheim abstimmen lassen könnte, ob sie unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen dasjenige leisten können, wozu ihr künstlerisches Gewissen sie antreibt, und ob sie diese Verhältnisse der wahren Kunst für heilsam ansehen, so würde vermuthlich eine Mehrheit mit einem entschiedenen Nein antworten, selbst wenn man Alle abstimmen ließe, welche sich blos Künstler nennen, ohne die wahre Weihe empfangen zu haben. Die wahren Künstler verwünschen alle laut oder im Stillen den grausamen Bann, unter welchem die kapitalistische Gesellschaft sie hält; da sie aber leben wollen, und zwar so sorgenfrei und angesehen, wie es zum künstlerischen Schaffen unerläßlich ist, so dulden sie das schwere ihnen auferlegte Joch, so gut sie können. Das ist freilich noch die mildeste Auslegung, welche wir ihrem Verfahren angedeihen lassen können; denn die Kunst ist so voll Selbstbelohnung, daß man erwarten sollte, sie werde jedem ihrer Jünger die sittliche Kraft geben, Entbehrungen, Zurücksetzung und harte Lebenskämpfe zu ertragen, um blos ihr zu dienen, anstatt dem Gott Mammon, jene Kraft, welche Schiller von den Künstlern verlangt in der unsterblichen Stelle:

Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben,
Bewahret sie!
Sie sinkt mit euch, mit euch wird sie sich heben.
Von ihrer Zeit verstoßen, flüchte
Die ernste Wahrheit zum Gedichte
Und finde Schutz in der Camönen Chor.
In ihres Glanzes höchster Fülle,
Furchtbarer in des Reizes Hülle,
Erstehe sie in dem Gesange
Und räche sich mit Siegesklange
An des Verfolgers feigem Ohr.
Der freisten Mutter freiste Söhne,
Schwingt euch mit festem Angesicht
Zum Strahlensitz der höchsten Schöne!
Um andre Kronen buhlet nicht!

Von der heutigen Kunst darf man sagen, daß sie mit wenig Ausnahmen, um die Krone der Lüderlichkeit oder der Abgeschmacktheit buhlt. Wenn man nach ihr die Zeit beurtheilen will — nnd was könnte gerechter sein? so ist dieselbe verurtheilt. Während auf der einen Seite die ausübende Fähigkeit, das Handwerk in der Kunst, eine nie erlebte Höhe erreicht hat, die Mittel der Darstellung der Wahrheit im Gewande der Schönheit auf das vollkommenste ausgebildet und jedem Kunstschüler weit leichter zugänglich gemacht und als je vorher, tritt der Zweck der Kunst, ihr eigentliches Wesen, immer mehr in den Hintergrund. Sie soll uns erheben über das Alltägliche, rühren und begeistern für alles, was den Menschen vom Thiere unterscheidet, in jedem Hörer und Beschauer den Sinn für die schöne Form alles Wahren ausbilden und dadurch jedes kommende Geschlecht eine sittliche Stufe höher als das vorangegangene befördern. Sie soll, indem sie in den größten Kreisen dieselben Gefühle der Hingabe an das Geistige und die Bewunderung seiner angemessenen Formen pflegt, uns aus unserer kleinlichen Selbstsucht und Beschränktheit erlösen und uns mit anderen Menschen zusammen die wahre Würde des Menschen empfinden lassen und ein Bruderband um Alle schlingen. Sie soll die höchste Stufe der zeitgenössischen Erkenntniß in das für Alle reizende Gewand der Formvollendung hüllen und dadurch Jedem den echten Zweck des Lebens verstehn lassen, welcher unablässiger Fortschritt ist. Sie soll die allgemeinste Fortbildungsschule der Erwachsenen und der Ausdruck der höchsten Ziele eines ganzen Zeitalters sein.

Wenn sie das nicht ist, so ist sie eine feile Dirne — denn ein Drittes kann es nicht geben. So faßte es Schiller auf, und wir möchten Den sehen, der ihm ernstlich zu widersprechen wagte. Wo aber sind heute die „freisten Söhne der freisten Mutter"? — Welcher Dichter, welcher Maler, Bildhauer, Baukünstler, Sänger und Tonsetzer und darstellende Künstler verkörpert uns heute unsere Zeit-Ideale? — An reichbegabten Menschen fehlt es nicht, an guten Schulen für jede Kunst ebensowenig (nur die Volksschule ist stiefmütterlich bedacht) an großen Mustern aller Kunstalter noch weniger, und die zeitgenössische Wissenschaft hat die Gesichtskreise überall in nie dagewesenem Maße erweitert und geklärt, so daß erhabnere Ziele der Menschheit entgegen leuchten als je vorher. — Also wo sind die wahren Künstler, welche mit des Glanzes höchster Fülle die Wahrheit an des Verfolgers feigem Ohr rächen?

Ach, sie gehen nach Brote! Ach, sie buhlen um Kronenthaler und Kronenorden! Sie schwingen sich mit feistem Angesicht zum Strahlensitz der Geld- und andern Könige. Sie rächen sich für den Hunger, den sie im Beginne ihrer Laufbahn ausgestanden, an ihrem Zeitalter mit dem Siegesklange des baaren Thalers. Sie kämpfen in den Reihen der Ausbeuter für das göttliche Recht der Ausbeutung, oder sie finden sich mit ihrem Kunstgewissen durch einige wohlfeile Bücklinge gegen die Sache der Freiheit und des Fortschritts ab, welche bewirken, daß sie in beiden Lagern geduldet werden, weil die Bourgeoisie merkt, die Huldigung der Freiheit sei nicht ernst gemeint, und das Volk den Schein für die Sache nimmt.

Es ist im höchsten Grade bezeichnend für die herrschende Entwürdigung der Kunst — welche immer Schritt mit der Entwürdigung des Menschenthums hält — daß die Mache das Wichtigste beim Kunstwerk geworden ist. Der aufstrebende Künstler muß eine neue, eigenthümliche Darstellungsweise zur Schau tragen, sonst bleibt er unbemerkt. Die Bourgeoisie, von deren Gnade der Künstler abhängt, will nicht gerührt, begeistert, belehrt sein, sie verlangt Sinnenkitzel, der bei der Abstumpfung ihrer Nerven nur in neuen Reizen, überspannten Schlagwirkungen, überraschenden Gegensätzen oder schamloser Nacktheit bestehen darf. Das Einfache, rein Natürliche, Hochmenschliche wirkt bei dieser sittlichen Fäulniß nicht mehr; der Künstler muß das Ungeleistete und Ueberspannte erhaschen, er muß alles Dagewesene zu überbieten suchen, aber nicht etwa in der Treue gegen das Unschöne, sondern in Bevorzugung einer der drei Grunderfordernisse jeder Kunst auf Kosten der anderen. Diese drei Grunderfordernisse sind Sinnenreiz, Verstandesreiz und Vernunftreiz. In der Malerei ist der erstere durch die Farbe, in der Bildnerei durch die Form, in der Baukunst durch die Zierrathen, in der Musik durch die Melodie, in der Dichtkunst durch den sprachlichen Wohllaut, in der Darstellungs- und Tanzkunst durch die menschliche Schönheit, gegeben. Der zweite ist zu finden in der Malerei durch die Zeichnung, in der Bildnerei durch die Stellung der Figur, in der Baukunst durch die Angemessenheit an den Zweck des Baues, in der Musik durch die Harmonie, in der Dichtkunst durch den Sinn der Worte, in der Darstellungs- und Tanzkunst durch die treue Nachahmung der Natur. Der dritte wirkt in der Malerei, Bildnerei und in allen Künsten durch den geistigen Ausdruck, in Musik und Dichtkunst besonders durch das Zeitmaß, welches dem geistigen Ausdrucke sich am meisten anschmiegt.

Sind diese drei Grunderfordernisse nicht in Eins verschmolzen, so daß keines die anderen zurückdrängt, so giebt es kein wahres Kunstwerk, sondern Verkünstelung, mag auch das Handwerk, die Mache, der Schliff daran noch so außergewöhnlich sein. Sind aber diese drei Elemente in gegenseitiger Durchdringung vorhanden, so wird das Kunstwerk sich so gegliedert zeigen, daß es ein strenges Ganzes aus abgemessenen Theilen und Verhältnissen bildet, die ein Jedes sich um des Ganzen willen vorhanden darstellen und es im Einzelnen widerspiegeln, aber in reicher Mannigfaltigkeit.

Das ist in wenigen Worten das Wesen der Aesthetik, der Lehre von der Kunst und der Schönheit. Lege man nun diesen strengen Maßstab an die künstlerischen Schöpfungen unserer Tage! Von den alten Hellenen, den Meistern in jener Kunst, ist nachgewiesen, daß sie diesen Maßstab kannten und anwendeten. Von den Meistern der Renaissance (der um die Reformationszeit wieder aufgelebten wahren Kunst) wird Niemand bezweifeln, daß sie diesem Maßstabe sich unterordneten. Ja, bis in unser Jahrhundert herein, das reicher als jedes frühere an kunstwissenschaftlichen Lehren ist, ist dieser Maßstab an jedes Kunstwerk gelegt worden. Aber die Künstler können damit nicht länger Glück machen, und sie — pusten auf die Kunstbeurtheilung der Wissenschaft.

Beginnen wir mit der Malerei, für deren Mache die Entdeckungen und Erfindungen der Neuzeit mehr als für jede andere Kunst gethan haben. Im Allgemeinen bevorzugt sie die Farbe und die Lichtwirkungen, oder aber die Zeichnung: von geistigem Ausdrucke dessen, was unserm Zeitalter seine Bedeutung verleiht, ist bei keinem der bekanntesten lebenden Künstler eine Spur zu finden. Ihre Lieblingsgegenstände sind deshalb die Landschaft, das Lebensbild, das Brustbild und die altkirchliche Fabelwelt. Vergreift sie sich einmal an einem geschichtlichen Stoffe, so ist es gewiß kein fortschrittlicher, sondern ein mordpatriotischer oder etwas dem Aehnliches, die Vergangenheit und ihre Ziele Verherrlichendes

Wir nennen keinen Namen; denn unter den zahllosen hervorragenden lebenden Farben- und Zeichnenkünstlern ist Keiner, dessen Herz für die große Zukunft der Menschheit schlüge, oder der das zu verrathen wagte. Der Eine sucht durch die geile Nacktheit und ihren reizenden Farbenschmelz, der Andere durch Verherrlichung des von der Menschheit Verurtheilten in der Gegenwart oder Vergangenheit, der Dritte durch überraschende Beleuchtungsgegensätze, der Vierte durch übertriebenen Ausdruck der Gesichter und Gestalten alles Frühere zu überbieten, und die verschiedenen Malerschulen puffen ihre Mitglieder gegenseitig auf, weil Keiner mehr in die Höhe kommen kann, der nicht das Sprichwort beachtet: „Eine Hand wäscht die andere."

Es steht viel schlimmer um die Bildnerei, weil die Schönheit der menschlichen Gestalt immer mehr in Abnahme kommt, von welcher den in dieser Kunst unübertrefflichen Hellenen die reichste Auswahl von Mustern nie fehlte; aber auch weil die Färbung der Bildsäulen, welche bei diesen gebräuchlich war, unseren ehernen und marmornen Statuen fehlt. In Erz gegossene Menschengestalten — welche Abgeschmacktheit! Marmorne Gesichter und Gliedmaßen — welche Unnatur! Und diese Verrücktheit noch immer im Gange, obschon längst nachgewiesen ist, daß die weißen hellenischen Statuen, in deren Nachahmung man begriffen ist, die Farbe im Laufe der Zeit verloren haben!

Aber das ist das Schlimmste nicht an der neueren Bildnerei. Ihr Brot findet sie in der gewerbsmäßigen Verfertigung von Büsten von Geld- und anderen Königen, die zum Glück in deren Wohnungen verbleiben, und in Verzierung öffentlicher Gebäude und Kunstgärten für die Begüterten, in der Beförderung der Denkmalswuth für Männer der Vergangenheit und in der Anfüllung von Kunsthalleu, zu denen dem Kunstwerk von gekrönten Häuptern oder parteiischen Handwerksgenossen der Einlaß gesichert wird, endlich im Kirchendienste.

Da der geistige Ausdruck und die geschichtliche Bedeutung somit selten im dargestellten Gegenstande selbst liegen und ohne Unwahrheit nicht hineingezaubert werden können, so muß entweder sinnbildliche Darstellung der Verdienste des Bedenkmalen auf dem Fußgestell, oder gar erklärende Schrift aushelfen; denn lebendiger, sich selbst erklärender Handlung ist nichts zu sehen, man findet die Bedeutung erst durch die Erklärung eines Eingeweihten heraus. Die größte Kunst scheitert an der Alltäglichkeit des Verewigten, der keine allgemein menschliche Bedeutung hat, nicht zum natürlichen Schönheitssinne spricht und, herausgerissen aus dem Rahmen der Zeitgeschichte, in welche er vielleicht eingegriffen hat, für das Volk eine unbegreifliche Größe bleibt. Wahrlich, ein Bildhauer zu sein, ist kein beneidenswerthes Loos in der heutigen Gesellschaft, und viele große Begabung bleibt hier fruchtlos aus Mangel an würdigen Gegenständen der Darstellung.

Ein drastischer Beitrag zum preußisch-deutschen Militarismus.

Das Breslauer Bezirksverwaltungsgericht wies in zweiter Instanz die Beschwerde der kgl. Commandantur gegen die Strafandrohungen des Amtsvorstehers von Oswitz wegen fernerer Benutzung der Mililär-Schießstände zurück und hielt die Entscheidung des Kreisausschusses aufrecht. Im „Volksstaat" ist der Sache früher schon Erwähnung gethan; wir theilen die höchst interessante Vertheidigungsrede des angegriffenen Amtsvorstehers mit.

Der Amtsvorsteher von Oswitz, Geh. Reg.-Rath Schröter, constatirt zunächst, daß sich die Berufungsschrift der königlichen Commandantur und die Ausführungen des Vertreters der letzteren mehr gegen die Verfügung des Amtsvorstandes, als gegen das vorliegende Erkenntniß des Kreisausschusses gerichtet. Die Einwendungen der Commandantur gipfelten in den Behauptungen, daß die Gefahr für die öffentliche Sicherheit bei den Schießständen nicht in dem Grade vorhanden sei, als dies bei der Androhung der Exekutivstrafen ausgeführt worden, daß aus allgemein staatsrechtlichen Gründen der Amtsvorstand überhaupt nicht competent sei, eine Verfügung gegen die königliche Militärbehörde zu erlassen.

Was den ersten Punkt, die in Abrede gestellte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die Schießstände anlange, so führe er, um den Nachweis zu liefern, in welch' ausgedehntem Maße diese Gefahr vorhanden sei, folgende Thatsachen an. Im Herbst des Jahres 1868 wurde durch eine aus den Schießständen kommende Kugel eine Frau getödtet, im Juni 1869 wurde der Schiffslootse Carl Janke von einer Kugel aus den Schießständen ins Bein getroffen, so daß letzteres amputirt werden mußte, am 8. Dezember 1873 wurde in derselben Weise der Schiffer Sauer auf einer Sandbank bei Oswitz getödtet. Erst nach dem Erkenntniß vom 28. Mai seien von den Eisenbahnbeamten der Oberschlesischen Eisenbahn genaue Beobachtungen über das Einschlagen der Kugeln aus den Schießständen gemacht, und es sei durch die Bahnwärter constatirt worden, daß im Laufe von fünf Tagen 141 Kugeln die Brücke der Oberschlesischen Bahn über die Oder erreichten. Aus den amtlichen Akten des Magistrats zu Breslau ist zu ersehen, daß am 10. Oktober die Kanalbauarbeiter von ihren Arbeiten durch Kugeln aus den Schießständen vertrieben worden und daß 6 Kugeln in die Arbeitsbude einschlugen. Das königl. Polizei-Präsidium zu Breslau habe auf Anzeige des Magistrats über den Vorfall den von dem Vertreter der königl. Commandantur als einzig möglich dargestellten Weg des „Benehmens" verfolgt und die Commandantur mit der Bitte um Abhilfe von der Sache in Kenntniß gesetzt. Die Antwort der königl. Commandantur ging dahin, daß es dem Magistrat anheimzugeben sei, an den Tagen, an welchen geschossen würde die Kanalarbeiten an jener Stelle einzustellen. Er sei der Ansicht, daß, nachdem bereits zwei Menschen getödtet, einem das Bein zerschossen, nachdem seit der Einführung des Mausergewehres und der dadurch verlängerten Flugbahn die Gefahr in hohem Grade erhöht worden, thatsächlich Uebelstände vorhanden seien, welche ein Einschreiten rechtfertigen, und daß er im Interesse der Einwohner von Oswitz, des Eisenbahn-Publikums, der Beamten der Strombauverwaltung und der Einwohnerschaft Breslaus dazu verpflichtet gewesen. Er selbst sei Offizier und habe die Ehre, drei Söhne im Heere zu zählen, dies könne ihn jedoch nicht hindern, seine Pflicht als Vorsteher des ihm anvertrauten Amtsbezirkes zu thun und das Leben und die Gesundheit der Amtseingesessenen zu schützen gegen Gefahren, welche denselben aus der ferneren Benutzung der Schießstände in so hohem Grade drohen. Was die Insinuation der königl. Commandantur anlange, daß er bei seinem Einschreiten von persönlichem Interesse geleitet worden, so sei er bei seiner loyalen Behandlung der Sache auf diesen Einwand nicht vorbereitet gewesen, er protestire entschieden gegen die von keiner anderen Seite sonst gethane Anschuldigung und erkläre, daß sein persönliches Interesse an der Sache ein außerordentlich geringes sei, daß er an der gefährdeten Stelle nur Weidenwerder besitze und niemals weder Gespann noch Leute von ihm dort beschäftigt seien.

Zum zweiten Punkt, die Incompetenz des Amtsvorstandes der Militärbehörde gegenüber übergehend, äußert sich Geh.-Rath Schröter dahin, daß die durch die Reichsverfassung dem Reichsoberhaupt zustehende Pflicht, für die Kriegstüchtigkeit des Heeres zu sorgen, keine schrankenlose sei und der Militärbehörde nicht das Recht einräume, bei der Ausbildung der Mannschaften das Leben der Bürger zu gefährden. Die Militärhoheit sei dahin zu verstehen, daß Niemand das Recht hat, sich den militärischen Anordnungen zu widersetzen. Wenn beispielsweise seitens der Truppen im dienstlichen Interesse Eingriffe in das Privateigenthum geschehen, wenn der Sappeur Bäume im Privatwald fällt, so würde es nach den Begriffen der Militärhoheit strafbar sein, für den Gewaltakt durch das Festhalten des militärischen Befehlshabers Recht zu suchen. So sei im vorliegenden Fall nicht zu untersuchen gewesen und nicht untersucht worden, welche Truppentheile, ob das 10. oder das 11. Regiment geschossen, sondern der Reichsmilitärfiskus sei als Eigenthümer des Grundstücks, auf welchem die Gefahr bringenden Schießstände sich befinden, verantwortlich gemacht worden. Daß durch die erstrebte Verlegung der fraglichen Schießstände die Ausbildung der Truppen zur Kriegstüchtigkeit verhindert oder beeinträchtigt werde, werde im Ernst Niemand behaupten. Die Militärschießplätze für die Artillerie bei Carlowitz, von denen aus die Kugeln über die Trebnitzer Chaussee hinwegflogen, seien auch nach der Falkenberger Gegend verlegt worden; daß der Kriegsminister selbst die Verlegung beabsichtige, gehe aus einem am 27. Oktober an den Breslauer Magistrat gerichteten Schreiben hervor, in welchem ausdrücklich von der Einleitung der zu der Verlegung nöthigen Maßregeln und dem nach erfolgtem Abschluß der Verhandlungen und der Gewinnung eines anderen Platzes beabsichtigten öffentlichen parzellenweisen Verkauf der Terrains der Schießstände auf der Viehweide die Rede ist. Bezüglich der Ausführungen, daß die beiden von dem Könige ihre Macht herleitenden Behörden, die Militär- und Polizeibehörde nicht mit einander collidiren können, weist Geh. Rath Schröter auf alle die „Im Namen des Königs" erlassenen Entscheidungen der verschiedenen Gerichts-Instanzen hin, die oft mit einander im direktesten Widerspruch stehen. Wenn nach der Verfassungsurkunde dem Kaiser das Recht zusteht, in außergewöhnlichen Verhältnissen einzelne Artikel der Verfassung zu suspendiren, so sei doch grade die Unverletzlichkeit des Eigenthums unter allen Umständen gewährleistet; daß ein Amtsvorsteher gegen eine königliche Behörde Verfügungen erlasse, sei etwas durchaus nicht unerhörtes; so sei die königliche Regierung zu Breslau, Abtheilung des Innern, seitens eines Amtsvorstehers erst kürzlich angewiesen worden, für die Instandsetzung eines Chausseedurchlasses in dem Dorfe Weide zu sorgen, und sei die Regierung dieser Anweisung ohne Einspruch zu erheben nachgekommen. Der Amtsvorstand von Oswitz sei demnach auch befugt gewesen, der Militärbehörde die fernere Benutzung der Schießstände zu unter-

Die Baukunst hat gar keinen bezeichnen Stil mehr; sie lebt von der Nachahmung und Vermischung der Stile vergangener Zeitalter. Die einzigen Ausnahmen in dieser Hinsicht finden sich im Brückenbau, sowie bei einigen Ausstellungshallen. Hier hat ein großer Gedanke der Gegenwart sich passende und schöne Formen geschaffen und uns einen Wink gegeben, was diese Kunst in Zukunft leisten kann, wenn ihr die Freiheit und die Mittel dazu zu Gebote stehen werden. Will man aber Studien in der Geschmacklosigkeit und Gedankenlosigkeit anstellen, so liefern die Paläste der Großen unserer Tage, die Kirchen neuen Stils und die meisten großen Bauten eine reiche Auswahl. Ueberladung mit Zierrathen anstatt reiner Verhältnisse, welche durch ihre ruhige Größe wirken, zwecklose Raumverschwendung und Mittelverwüstung, endlich Unangemessenheit an den Zweck des Ganzen sind allgewöhnliche Kennzeichen der neueren Bauten. Die Gelegenheit, daß ein Baukünstler volle Freiheit genießt, den Eingebungen seines Kunstgewissens in einem größeren Ganzen zu folgen, sind äußerst selten; die Laien, welche das Geld dazu hergeben, wollen ihren Geschmack durchsetzen.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— In Deutschland weht der Wind streng von Osten. Wie die „Augsburger Allgemeine Zeitung" mittheilt, wird Rußland während des bevorstehenden Krieges auf eine wohlwollende Neutralität, eventuell moralische Unterstützung von Seiten Deutschlands rechnen können. Was man unter solcher wohlwollenden Neutralität zu verstehen hat, das hat kürzlich die neutrale Thätigkeit Rußlands während des türkisch-serbischen Krieges uns vor Augen geführt. Deutschland wird jedenfalls mobilisiren und eine große Armee an die österreichische Grenze rücken lassen. Dann wartet es ab, bis der Wind noch stärker aus Osten pfeift, und schließlich wird der Fall wohl eintreten, daß das „Interesse" Deutschlands mit dem Rußlands zusammenfällt, und das Losschlagen kann losgehen.

— Ueber die Kindersterblichkeit in Preußen während des Jahres 1875 liegen einige mittheilenswerthe Zahlen vor. Darnach starben von 959,300 ehelich geborenen Kindern im ersten Lebensjahre 192,385 also vom Tausend 201; von 76,421 unehelich geborenen Kindern starben dagegen bis zum ersten Lebensjahre 28,627, vom Tausend also 374½. Bis zum fünften Lebenjahre starben von den 959,300 ehelich gebornen Kindern 290,646 oder vom Tausend 302⅚; von den 76,421 außerehelich Geborenen starben in demselben Zeitraum 34,938 oder 457 vom Tausend. Was die Sterblichkeit der außerehelich geborenen Kinder zu einer so großen macht, das sind die äußerst ungünstigen erwerblichen und sonstigen Verhältnisse der Mütter, welche diese zwingen, ihre Kinder der Pflege fremder Leute anzuvertrauen. Aber auch die Sterblichkeit der ehelich geborenen würde eine minder große sein, wenn wir vernünftige ökonomische Zustände, wie sie der Sozialismus anstrebt, hätten.

— Die Fortschrittspartei gevalentint. Der „Vossischen Zeitung" wird, augenscheinlich von einem fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten folgendes geschrieben: „Wenn die Fortschrittspartei bei der Diskussion über den Antrag Herz auf Vereinfachung der Eidesformel auf die Reden der Abgeordneten v. Puttkammer (Lyck) und Windthorst, wie Ihr Blatt ganz richtig mittheilt, nicht replicirte, so trägt die Schuld hieran Hr. Schlußmacher Valentin und die Bereitwilligkeit, mit welcher die Mehrheit des Hauses ihm seinen Willen that. Daß diese Schlußanträge häufig „von Oben" bestellt werden, um der Debatte eine gewisse Färbung zu geben oder auch zu nehmen, ist ja längst bekannt." — Schöne Zustände das im deutschen Reichstage. So wird das Volk vertreten!

— In Frack und weißer Halsbinde. Alljährlich wiederholt sich ein äußerst widerwärtiges Schauspiel, nämlich: deutsche Arbeiter lassen sich von einzelnen Herren, die sich gern in Frack und weißer Halsbinde zeigen, bestimmen, eine Deputation zu wählen, welche irgend einem preußischen Minister einen Besuch abzustatten hat; daß natürlich die Veranstalter gewählt werden, ist selbstverständlich und dieselben sind Dr. Max Hirsch mit seinen näheren Freunden. In der letzten Versammlung der Berliner Ortsvereine, die wie immer äußerst schwach besucht war, ist nämlich beschlossen worden, eine Deputation an den Staatsminister Dr. Hoffmann zu senden, um denselben zu bewegen, für die Beschickung der Pariser Weltausstellung einzutreten. Gewählt wurden die Herren Dr. Hirsch, Ehrhardt, Böhm und Polke. Uns scheint es, daß man einen großen Mißgriff gethan hat, da die Ortsvereine keinen würdigeren Vertreter zu dem Minister hätten senden können, als den braven Nathan Schlesinger — wer diesen Mann schon einmal als Festredner in Frack, weißer Weste und weißer Halsbinde gesehen hat, der wird unbedingt beistimmen; dann aber auch nur dann hätte der Minister Respekt vor den Ortsvereinen bekommen. — Doch Scherz bei Seite. Es ist wirklich schmachvoll, daß es noch deutsche Arbeiter giebt, die sich alljährlich zu derlei Comödien brauchen lassen, welche lediglich von den Herren nur aufgeführt werden, damit ihre Namen in den Zeitungen prangen und sie in dem Vorzimmer eines Ministers einige Bücklinge machen können. Daß der Staatsminister Hoffmann sich durch die Deputation der Ortsvereinler nicht in seinen Meinungen und Handlungen bestimmen läßt, ist ja selbstverständlich — er kennt die Schwäche und die Energielosigkeit dieser Gesellschaft so gut wie jeder Andere und wird die Sache deshalb, wie es auch recht ist, im Vorzimmer rasch abmachen. Die Herren Hirsch und Genossen thun uns nicht leid, aber die Arbeiter, die sich so lange an der Nase herumführen lassen.

— Den auch von uns im Briefkasten erwähnten Küsterschen Lösagebrief hat Dr. Max Hirsch in 100,000 Exemplaren drucken lassen; er stellt das traurige Machwerk, von dem man noch nicht einmal weiß, ob es ächt oder nicht ächt ist — Handschriftfälschungen sind schon oft vorgekommen und es kann das Blättchen des braven Märlein auch wohl düpirt sein — seinen Anhängern zur Verfügung. Das arme Märlein hält jenes einfältige Schreiben für einen Talisman gegen den Sozialismus, wir bedauern den Aermsten: er wird mit demselben nicht einmal einen Hund hinter dem Ofen hervorlocken, geschweige denn einen anständigen Arbeiter dadurch ködern. Der Brief ist entweder eine Fälschung oder der Schreiber ist ein Renegat — dies genügt jedem braven Manne zu einem Urtheil. Die „Friedens- und Freiheitspost" sagt kurz und bündig über den Brief: „Ist der Brief nicht falsch, so ist der Schreiber falsch."

— Der Redakteur des „Amberger Tageblattes", Dr. Horn. welcher den sozialistischen Reichstagscandidaten für Amberg, Hrn. Julius Baumann, einen arbeitsscheuen Schneidergesellen nannte, ist zu 10 Mark Geldbuße verurtheilt worden. Beleidigt ein Sozialist einmal einen Liberalen, so erhält er meist eine härtere Strafe

— Im französischen Abgeordnetenhause kam am 14. November die Frage der Gefängnißarbeit zur Sprache. Es wurde festgestellt, daß in den französischen Gefängnissen 28,000 Gefangene beschäftigt werden und daß deren billige Arbeit viele Arbeitgeber gezwungen habe, ihre Werkstätten zu schließen, weil sie die Concurrenz nicht ertragen konnten. Die Vorschläge, welche zur Beseitigung dieses Uebelstandes gemacht wurden gipfelten in dem nicht neuen Verlangen, daß in den Gefängnissen nur für den Staat gearbeitet werden sollte. Da aber die Arbeitsaufträge sehr zahlreiche sind, welche der Staat an Privatgewerbtreibende ertheilt, so würde mit Durchführung des obigen Vorschlages nicht anderes erreicht, als daß ein Theil der Gewerbtreibenden auf Kosten des anderen Theils Berücksichtigung fände. Die Calamität wäre also keineswegs beseitigt. Das einzig Richtige zur Lösung der auch in Deutschland auf der Tagesordnung stehenden Frage der Gefängnißarbeit scheint uns Most in seiner Broschüre: „Die Bastille am Plötzensee" getroffen zu haben, der die Lösung dieser Frage darin findet, daß in den Gefängnissen nur der Gefängnißbedarf produzirt werden soll. Freilich würde das eine lokale Reform unseres Gefängnißwesens bedingen.

— Die „Droits de l'Homme" geben Kunde von dem greisen Revolutionär und Sozialisten Blanqui, welcher, nachdem er schon achtundreißig Jahre seines wechselvollen Lebens in der Haft verbracht, seit den Ereignissen von 1870/71 in der Gefangenanstalt von Clairveaux weilt und dort des Augenblickes harrt, da ihm eine Amnestie, eine neue Revolution oder — der Tod die Pforten seines Kerkers wieder öffnen wird. Blanqui bewohnt in der erwähnten Anstalt ein großes Zimmer, welches ihm gestattet, für die nöthige Motion auf den Gefängnißhof zu verzichten; seine Gesundheit läßt nichts zu wünschen übrig; er beschäftigt sich noch immer mit mathematischen Problemen und empfängt von Zeitungen nur die „Petit Presse" und die „Revue Scientifique". Seiner Umgebung gegenüber bewahrt er unverbrüchliches Schweigen und die größte Höflichkeit; kurz, er führt in seiner Zelle das Leben eines von der Welt zurückgezogenen Philosphen.

— Vor Kurzem fand in Seraing (Belgien) eine Arbeiterversammlung statt, in welcher Louis Meunier aus Verviers über Emeuten und Strikes sprach. Redner ertheilte den Arbeitern den Rath, wenn im Falle eines solchen bewaffnete Macht gegen sie ausgeschickt werden sollte, mit derselben zu fraternisiren. Wenn die Bourgeoisie Spione oder als Arbeiter verkleidete Polizisten schicke, welche die Andern aufhetzten, Steine auf die Soldaten zu werfen, oder dies selbst thäten, so solle denselben mit einer gehörigen Ohrfeige der Standpunkt klar gemacht werden.

— Wie das „Väterchen" sein Volk liebt. Ausplündern kanu man es nicht nennen, nein, das „Väterchen" will seinem Volke das Schnapssaufen abgewöhnen, deshalb, auch nur deshalb, aus reiner Menschlichkeit und aus Liebe zur Cultur hat die russische Regierung eine derartig hohe Steuer auf Branntwein gesetzt, daß nach den „Debats", die in solchen Sachen meist gut unterrichtet sind, ein Drittel sämmtlicher Steuern in Rußland durch die Besteuerung des Schnapses aufgebracht wird. Man sieht, daß unsere „Erbfreunde" auf enormer Culturhöhe stehen. Deshalb müssen wir ihnen auch helfen, die Schnapsflasche an Stelle des Halbmonds auf die Sophienkirche zu Constantinopel aufzupflanzen.

— An die Parteigenossen! Es kommt vor, daß einzelne Lokalblätter unserer Partei ihre Reichstagsberichte andern nicht sozialistischen Blättern entnehmen und dabei das häufige Fehlen der sozialistischen Reichstagsabgeordneten bei den Berathungen besonders erwähnen. Die gegnerische Presse verbindet mit dem Betonen dieser Thatsache selbstverständlich die Absicht, unsere Abgeordneten, welche gerade jetzt sämmtlich im Interesse der Partei außerordentlich thätig sind, zu verunglimpfen nnd ihre Wiederwahl zu erschweren; der gegnerischen Presse kann man es nicht verübeln, wenn sie die Gründe verschweigt, weshalb unsere Abgeordneten häufig — auch bei der Abstimmung über die Verweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte in zweiter Lesung — in den Sitzungen fehlen. Wenn aber Parteiblätter ihre Leser auf das Fehlen unserer Abgeordneten aufmerksam machen, so ist es auch die Pflicht und Schuldigkeit derselben, die Motive dieses Fehlens ihren Lesern zu gleicher Zeit mitzutheilen. Hier nur ein Beispiel: Liebknecht war seit 10 Tagen im Kreise Offenbach und suchte diesen hochwichtigen Kreis in angestrengter Thätigkeit den Liberalen zu entreißen, während dessen redigirt sich der „Vorwärts" nicht selbst, deshalb fehlten Hasenclever und Liebknecht beide im Reichstage, und doch thaten sie bedeutend mehr für die Sache des Volkes, als wenn sie regelmäßig den Sitzungen beigewohnt hätten. Bebel war in Cöln und Königsberg und Geib in Sachsen und Thüringen auf Agitation. Auch verweisen wir die Parteiblätter auf den Leitartikel in Nr. 23 — „Alles zur rechten Zeit". Die nächsten Wahlen sind uns wichtiger, als die gegenwärtigen Compromißverhandlnngen und das viele Weiberaewäsch im Reichstage.

— Bei der am 23. November in Crimmitschau stattgehabten Stadtverordneten-Ersatzwahl haben unsere Parteigenossen sechs Candidaten die Liberalen zwei Candidaten durchgebracht.

— Zum bekannten Rückgange. In Rostock in Mecklenburg erscheint vom 1. December ab ein neues sozialistisches Blatt: „Mecklenburgischer Arbeiterfreund". Nach der Probenummer zu urtheilen wird unser neues Parteiorgan im Lande des Haselstocks und des berühmten Wappens seine Schuldigkeit voll und ganz thun. Wir wünschen ihm ein fröhliches Gedeihen.

— Confiscation. Nr. 12 der sozialistischen „Essener Freien Zeitung" wurde am 18. November confiscirt.

— Parteigenosse Wiemer in Chemnitz ist wegen Beleidigung des Richterstandes im Allgemeinen und der Chemnitzer Richter im Besonderen, zu einer Gefängnißstrafe von 8 Wochen verurtheilt worden.

— Unser Parteigenosse Alexander Schlesinger, der elf Monate in Plötzensee verweilte, ist am 24. November aus der Haft entlassen worden.

---

sagen. Welche Resultate der Weg des „Benehmens" in diesem Falle gehabt haben würde, erhelle aus den bereits mitgetheilten Erfahrungen, welche in dieser Beziehung der Magistrat resp. das Polizeipräsidium in Breslau gemacht.

Schließlich berührt Geh. Rath Schröter noch einen Punkt. Es handele sich nicht, wie der Vertreter der königlichen Commandantur anzunehmen scheine, gegen den Reichsmilitärfiskus um eine Strafe, sondern um ein im § 79 der Kreisordnung begründetes Zwangsverfahren, ein Verfahren, einzig darauf gerichtet, im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Amtseingesessenen des Amtsbezirks Oswitz die Militärbehörde zur Unterlassung einer beides gefährdenden Handlnng zu zwingen. Daß ein solches Verfahren auch gegen juristische Personen nichts ungewöhnliches sei, dafür zeuge die erst kürzlich seitens des Handelsministers gegen die Direktion der Berlin-Dresdener Bahn erfolgte Festsetzung einer erheblichen Geldbuße zur Erzwingung einer Tarifänderung. Aus all den angeführten Gründen beantragt Geh. Rath Schröter, das Bezirksverwaltungsgericht wolle die Entscheidung des Kreisausschusses aufrecht halten, namentlich aber nicht mit Rücksicht auf die etwaige Bejahung der lokalen Unzuständigkeit die Entscheidung in der Hauptsache von der Hand weisen. Das Bezirksverwaltungsgericht trat obigen Ausführungen bei.

Wenn ein Civilbeamter in dieser Weise das Auftreten der Militärbehörde kritisirt, so ist uns die Kritik scharf genug, so daß wir weiter nichts hinzuzufügen haben. Ob aber schließlich trotz ihres Rechtes die Civilbehörde Recht behält — das ist eine andere Frage.

— Im Foyer des Reichstags spielte sich am letzten Donnerstag eine höchst ergötzliche Szene ab. Der bekannte Herr von Diest-Daber wartete an der Thür, welche zur Restauration führt, auf den Abgeordneten von Ludewig, den er sich durch einen Diener aus dem Sitzungssaale hatte zitiren lassen. Als der Abgeordnete v. Kardorff, welcher neben Lasker, Miquel und noch mehreren Abgeordneten von Herrn v. Diest in seiner bekannten Broschüre stark mitgenommen ist, desselben ansichtig wurde, rief er einen in der Nähe befindlichen Diener auf Hrn. Diest weisend zu, er möge dem Herrn bedeuten, daß er nicht in das Foyer des Reichstags gehöre und dasselbe schleunigst verlassen möge. Der Diener entledigte sich bei Herrn v. Diest seines Auftrages, dieser fragte wuthschnaubend den Diener, welcher Abgeordnete ihm den Auftrag hierzu ertheilt habe. In demselben Augenblicke gesellte sich zu Herrn v. Diest sein Freund v. Ludewig (der bekannte klerikale Abgeordnete, welcher in der letzten Session Miquel so heftig angegriffen). Schäumend vor Wuth trat Herr v. Diest an den Abg. v. Ludewig, auf den Abg. v. Kardorff zeigend, mit den Worten heran: „Schützen Sie mich vor diesem Menschen!" Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen im Foyer zwischen den Parteien, bis Herr v. Ludewig Hrn. v. Diest am Arm nahm und sich mit ihm in das Sprechzimmer begab. — Bei uns tritt die Frage zunächst auf, ob wohl dem bekannten Gründer Kardorff bei dem Anblicke des Hrn. v. Diest das Gewissen schlug? Jedenfalls aber hat sich der Abg. Kardorff durch seine Handlungsweise blamirt, ebenso wie der Präsident des Abgeordnetenhauses, v. Bennigsen, der die frühere „Deutsche Eisenbahnzeitung" nicht im Lesezimmer des Abgeordnetenhauses dulden wollte, weil das Blatt ihn vielfach als Gründer zitirt hatte.

— In Belgien haben die Schwarzen bei den vorigen Wahlen tüchtig gewühlt, selbstverständlich auch in Kirchen und Beichtstühlen. Aber auch Circuläre sind an die Schäflein versandt worden, in welchen allerlei Frage- und Antwortspiele getrieben wurden. Unter anderem heißt es auch darin: „Ist es eine Todsünde, einen Liberalen zu wählen?" Antwort: „Ja!" — Wir wollen nun solches Treiben der Schwarzen nicht beschönigen — aber wenn man obige Frage von dem pietistisch-klerikalen Beigeschmack entkleidet und sie einem deutschen Arbeiter vorlegt ungefähr so: „Ist es eine Todsünde gegen dich und deine Familie, wenn du einen Liberalen wählst?" — so muß selbstverständlich die Antwort lauten: „Ja!"

— Kroatischer Hopfen. Die Bierbrauerei hat schon wieder ein Mittel entdeckt, um den Hopfen beim Biermachen zu sparen. Es ist dies kroatischer Hopfen, der in Hunderten von Centnern in den Handel kommt und mit anderm Hopfen vermischt dem Biere ein „angenehmes Aroma" verleihen — soll. Während guter deutscher Hopfen 350—500 M. kostet, beläuft sich der Preis dieses kostbaren Krautes aus Kroatien auf nur 17 M. per Centner. Gedörrte Brennesseln wären auch kein übler Ersatz für Hopfen und kämen wahrscheinlich noch billiger.

— Eine sehr gemeine Spekulation spiegelt sich in dem nachstehenden Falle ab. Die Frau eines Berliner Beamten erkrankte vor acht Tagen nicht unbedenklich, so daß der Gatte gezwungen war, eine Krankenwärterin in's Haus zu nehmen. Wenngleich die Aerzte große Vorsicht bei der Wartung der jungen Frau anriethen, so war ihr Zustand doch kein hoffnungsloser, denn sie lebt noch und der Gatte hofft noch recht lange mit ihr vereint zu bleiben. Kaum lag die Dame 48 Stunden auf dem Krankenbett, als der Mann in seinem Bureau früh Morgens einen Brief nachstehenden Inhalts erhielt: „Hochgeehrter Herr! Zu großem Bedauern habe ich erfahren, daß Ihre Frau Gemahlin einer schweren Erkrankung anheimgefallen. Sie wollen mir gestatten, Ihnen unbekannter Weise mein Beileid und die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß sich Alles zum Guten wendet. Für den beklagenswerthen Fall eines Unglücks aber erlaube ich mir, Ihnen zur geneigten Beachtung eine Partie mit einer jungen Wittwe zu empfehlen, welche neben allen schätzenswerthen Eigenschaften über 60,000 Mark Baarvermögen und ein fast unverschuldetes Haus in der .... Straße verfügt. Sie wollen seiner Zeit (!!) geneigtest diese Offerte in Erwägung nehmen und genehmigen ꝛc." — Der Empfänger dieses Schreibens hat einige Zeit gebraucht, um sich von seinem Erstaunen über eine solche Unverschämtheit zu erholen, und dann dem Patron eine Antwort zukommen lassen, welche derselbe wohl nicht erwartet hat.

— Der bekannte Abgeordnete Carl Braun hat als Schriftsteller wieder einmal Unglück gehabt. Vor Jahren begegnete ihm, so schreibt die „Volkszeitung", bekanntlich das Mißgeschick, daß eine Reihe seiner in der „Gartenlaube" veröffentlichten Studien über Holland sich als — offenbar unbewußtes — Plagiat aus einer vor ungefähr fünfzig Jahren erschienenen humoristischen Schrift herausstellte, die für die Kenntniß des heutigen Hollands genau so viel Werth besitzt, wie die Jobsiade als Quelle zur Beurtheilung der gegenwärtigen deutschen Verhältnisse. Bald darauf veröffentlichte Herr Carl Braun ein gleichfalls auf „eigenen Studien" beruhendes Buch über Ungarn unter dem Titel: „Jokai und Tokai". Die ungarische Kritik war unhöflich genug — leider nur zu berechtigt — auf Grund desselben dem Verfasser den Rath zu ertheilen, künftighin die Völkerschaften in Centralafrika zum Gegenstand seiner Studien zu wählen, da seine Ausführungen dann wenigstens sich leichter der Controle entziehen würden. Neuerdings endlich machte Herr Braun eine Studienreise durch Rumänien, deren Ergebnisse in den Feuilletons verschiedener Blätter zur Veröffentlichung gelangten. Auch hier derselbe Erfolg. Eine in diesen Tagen erschienene Schrift „Herr Carl Braun, der Tissot Rumäniens, von einem Rumänen", zerflückt nämlich das Braun'sche Opus in der unbarmherzigsten Weise und weist ihm eine Reihe der gröbsten und ergötzlichsten Irrthümer und Entstellungen nach. Daß Herr Carl Braun auch bei diesen Originalstudien den ausgiebigsten Gebrauch von älteren Quellen machte – wie er denn namentlich Aufsätze aus älteren Jahrgängen der „Revue des deux Mondes" in weitestem Maße wörtlich — benutzte, kann bei einem Autor nicht Wunder nehmen, für dessen Werke schon längst von berufener Seite der Titel „Gesammelte Abschriften" in Vorschlag gebracht wurde!

— Unser Parteigenosse J. E. Pehmler, welcher wegen Majestäts- und Bismarckbeleidigung sechs Monate in Neidenburg im Gefängnisse verlebte, ist vor einigen Tagen entlassen worden.

Correspondenzen.

Berlin, 20. November. (Situationsbericht.) Die Aufstellung der Candidaturen unserer Partei zum Reichstage in allen sechs Wahlkreisen Berlins ist geschehen, und die Wähler haben in großartigen allgemeinen Wählerversammlungen unsere Candidaten acceptirt. In zwei Wahlkreisen, dem sechsten und vierten, ist Aussicht, die aufgestellten Herren, W. Hasenclever und F. W. Fritzsche, durchzubringen. Diese Ansicht ist auch bei den Gegnern verbreitet, und Schreiber Dieses ist vom Siege in den genannten Wahlkreisen so überzeugt, daß es für ihn keine größere Enttäuschung geben könnte, als wenn jene beiden Herren nicht aus der Wahlurne als Sieger hervorgingen. Die Berliner Genossen sind sich der Tragweite des Ereignisses, zwei Candidaten durchzubringen, und der Worte ihres Meisters Lassalle: „Mit Berlin wird die Bewegung unwiderstehlich", vollkommen bewußt und thun ihre Schuldigkeit. Sie stellen sich bereits im Geiste die entsetzten Gesichter der Spießbürger und das Aufsehen in ganz Europa vor, wenn es heißt, Berlin, die Metropole des deutschen Reiches, hat zwei Rothe in den Reichstag geschickt. Es ist gar nicht so unwahrscheinlich, daß das Stimmenverhältniß der Sozialdemokraten zur Fortschrittspartei diesmal ein umgekehrtes wird, daß nämlich die Sozialisten 30,000 und die Fortschrittler 13,000 bekommen. Die Handwerker, welche sonst als Anhängsel der Fortschrittspartei betrachtet werden konnten, werden dieses Mal zum Reichstage als selbstständige Partei wählen, wie sie es bereits bei der Landtagswahl gethan haben, und wie verlautet, gedenken diese Zünftler im sechsten Wahlkreise ihren Führer, den Tischlermeister Brandes, aufzustellen. Nun, uns kann's recht sein, desto leichter der Sieg. Ueber den fortschrittlichen Candidaten des sechsten Wahlbezirks ist bis jetzt noch nichts Bestimmtes bekannt. Einige wollen wissen, daß man den bisherigen Vertreter, den Dr. Banks aus Hamburg, behalten will, Andere jedoch sagen, man wolle den Musterknaben Max Hirsch aufstellen. In beiden Fällen dürften die Herren Fortschrittler in keinen Glückstopf gegriffen haben; denn die Erbgeschichten des Dr. Banks sind sattsam bekannt geworden und Max Hirsch hat sein Bischen Anhang, das er früher unter den Maschinenbauern besessen, welche hier im sechsten Wahlkreise den Ausschlag geben, vollständig verloren. Die wenigen Maschinenbauer, die Mitglieder des Gewerkvereins sind, bleiben es einzig und allein, um nicht ihrer jahrelang gezahlten Beiträge verlustig zu gehen. — In den Wahlkampf sind die Herren Fortschrittler noch nicht eingetreten, aber Sammellisten zur Förderung der Wahlen fortschrittlicher Candidaten lassen sie circuliren, welcher Arbeit sich die Hauswirthe mit größerer Pünktlichkeit unterziehen, als der Circulation der Listen zur Einzeichnung der Wahlberechtigten. Nur ein kleiner Theil hat die letzteren Listen herumgehen lassen und alle Zeitungen Berlins, mit Ausnahme unserer „Freien Presse", hatten nicht ein Wort gegen diese arge Pflichtvernachlässigung der Hauswirthe, gegen diese Beeinträchtigung der Rechte des Volkes einzuwenden.

Die sechs großen allgemeinen Wählerversammlungen, welche die sozialistischen Candidaten der sechs Wahlkreise aufstellten, nahmen, wie schon bemerkt, einen glänzenden Verlauf. Die erste Versammlung fand in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße, statt und war von ungefähr 3000 Personen besucht. In dieser Versammlung sprach Herr Hasenclever, dessen Candidatur einstimmig angenommen wurde. Hier kann ich nicht unterlassen zu erzählen, wie nach Schluß der Versammlung verschiedene Liberale dem Wirth des Lokals Vorwürfe machten, wie er den Sozialdemokraten den Saal geben könne, in dem der Kaiser und sein Sohn gespeist hätten. Ich glaube, daß solchen Leuteu nicht zu helfen ist. Was mögen diese braven Unterthanen erst gesagt haben, als sie von der Versammlung in der Kaisergallerie hörten? Für ihren beschränkten Unterthanenverstand ist das allerdings unfaßbar gewesen. Petroleum unter den Linden, und noch obendrein in solchen Unmassen, daß es genügt hätte, ganz Berlin damit „anzuzünden"! Die Wähler des ersten Berliner Wahlbezirks waren zu dieser Versammlung eingeladen und massenhaft erschienen. Der von Gold strotzende Saal vermochte die Menge nicht zu fassen, so daß Viele umkehren mußten. Das Referat des Herrn Most über die Gesetzgebung der letzten sechs Jahre war ein vorzügliches, und wurde Most einstimmig von der (circa 2500 Personen zählenden) Versammlung als Candidat des ersten Berliner Wahlkreises angenommen. Der Klassenunterschied zeigte sich hier wieder einmal in seiner schroffsten Weise und bewies zum so und sovielten Male, daß die Zusammengehörigkeit der einzelnen Glieder des Volkes, auf die sich die Liberalen so gern berufen, im Munde dieser Leute nichts als eine alberne Phrase ist. Zahlreiche Bourgeois hatten sich nämlich schon sehr zeitig im Saale eingefunden und saßen zerstreut an den verschiedenen Tischen. Als nun die Arbeiter kamen und sich ungenirt neben die Herren setzten, verließen sie meistentheils den Saal, nachdem sie dem Wirth noch Vorwürfe gemacht hatten, daß er „gemeine Arbeiter" in seinem Lokale dulde. Im vierten Wahlkreise hielt Herr F. W. Fritzsche im Reichstheater vor einer stark besuchten Wähler-Versammlung einen Vortrag, der allgemein ansprach. Die Versammlung acceptirte ihn auch einstimmig als Reichstagscandidat. Prinzipielle Opposition war hier so wenig, als in allen anderen Wahlversammlungen. Im dritten und fünften Wahlkreise wurden in gleicher Weise die Candidaturen der Herren Rackow und O. Kapell angenommen.

Gestern fand nun die letzte der Wählerversammlungen im Variététheater statt, wo ein socialistischer Candidat aufgestellt wurde. Dieselbe war für den zweiten Wahlkreis einberufen und der bisherige Vertreter desselben, Kreisgerichtsrath Klotz, zur Berichterstattung eingeladen, aber, wie das gewöhnlich bei den Herren der Fall ist, nicht erschienen. Herr Schriftsetzer Baumann sprach zum zweiten Punkte der Tagesordnung: Aufstellung eines Reichscandidaten, und nach zahlreichen Interpellationen wurde Herr Baumann von der Versammlung ohne Widerspruch als Candidat für den nächsten Reichstag aufgestellt.

Wenn wir die Wahlversammlungen als Gradmesser für den Ausfall der künftigen Reichstagswahlen annehmen, dann müssen unsere Wahlerfolge vortreffliche werden. An Verfolgungen und Polizeichikanen fehlt es uns hier ebenso wenig, als anderorts, im Gegentheil erinnert sich Tessendorf recht oft unserer, als diejenigen, die am wärmsten seiner Obhut empfohlen sind. Wie wenig das Vereins- und Versammlungsrecht von der Polizei respektirt wird, hat sich wieder einmal auf dem Gesundbrunnen gezeigt. Dort sollte eine Wählerversammlung stattfinden. Der Revierlieutenant beeinflußt den Wirth, droht ihm mit Polizeistunde und schickt zuguterletzt, um seinem Thun die Krone aufzusetzen, vor der Eröffnung der Versammlung einen Schutzmann, mit der Weisung, die Versammlung sofort zu inhibiren, wenn sie tagen sollte. Trotzdem nun der Wirth des Lokals eidlich erhärten will, daß ihm der Revierlieutenant Ancion mit der Polizeistunde gedroht habe, wenn er sein Lokal zu der Versammlung hergebe, trotzdem viele Zeugen die Aussage des Schutzmanns gehört, daß er die Ordre habe, die Versammlung sofort zu inhibiren, wenn dieselbe eröffnet werden sollte, trotzdem, sage ich, gab das Polizeipräsidium auf eine diesbezügliche Beschwerde wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt seitens des Polizeilieutenants Ancion den Bescheid, daß sie die Beschwerde für unbegründet erache. Nun, hier ist ein Kommentar wahrhaftig überflüssig.

Was die wirthschaftliche Lage Berlins anbetrifft, so siehts immer noch so traurig aus wie vordem und trauriger, als irgend wo anders. Wenn auch nicht gerade jeden Tag wie in London ein Mensch vor Hunger stirbt, so ist es aber auch nur wenig besser. Die Noth unter der arbeitenden Klasse ist eine große, Fälle von Wohnsinn in Folge Hungers kommen vor (siehe Vorwärts Nr. 17.) u. s. w. Den herrschenden Klassen liegt natürlich daran, Alles durch eine schönfärbende Brille zu sehn und dann der Sache einen anderen Namen zu geben. Die Arbeitslosigkeit wird eher größer als geringer, und der Winter steht vor der Thür. Als eine in gewisser Art nützliche Polizeiverordnung für die arme Bevölkerung Berlins kann man die Verfügung des Polizeipräsidiums ansehen, welche bestimmt, daß die Rückkaufshändler, die Vampyre der Armen, in die Kategorie der Pfandleiher gezählt und so verhindert werden, versetzte, nicht pünktlich verzinste Objekte zu verkaufen, bis sie ihnen durch richterliches Erkenntniß zugesprochen sind. Es ist aber doch nur Wenigen möglich, sich wieder in den Besitz ihrer Habseligkeiten zu setzen, denn die Arbeitslosigkeit ist so groß, daß brotlose Arbeiter manchmal erst in drei, fünf, ja neunmonatlichem täglichen Suchen Arbeit wieder erhalten; dabei habe ich speciell die Maschinenbauer im Sinne. Ueberhaupt scheint es, daß die Maschinenindustrie, dieser bedeutende Erwerbszweig Berlins, seine frühere Höhe nie wieder erreichen wird. So wie die Weberei in Berlin ihre Glanzperiode hinter sich hat, so geht es auch der Maschinenindustrie. Sie zieht sich zum Theil nach der Provinz, und wenn ich recht berichtet bin, so haben größere Fabrikanten (Schwarzkopf 2c.) Filialen in Rußland gegründet, wozu die russische Regierung den Grund und Boden bereitwilligst gratis hergegeben hat. Dem Gründerschwindel ist die große Waggonfabrik von Pflug (zuletzt Actiengesellschaft für Eisenbahnbedarf, Direktor Hr. v. Unruh), welche über 2000 Arbeiter beschäftigte, zum Opfer gefallen, und man weiß nichts Besseres zu thun, als sie gegenwärtig dem Erdboden gleich zu machen, und den so gewonnenen Raum zu parzelliren und als Baustellen zu verkaufen. Die großen Fabriken wie Borsig, Wöhler, Schwarzkopf, Norddeutsche Waggonfabrik u. s. w. stehen fast leer. Die meisten früheren Arbeiter haben andere Erwerbszweige ergriffen, bei denen sie ein kümmerliches Leben fristen, z. B. sind viele am Bau der gekrachten Nordbahn für 1,8 Mark beschäftigt, am Schanzenbau zu Spandau u. s. w. Neuerdings sind sogar viele unter schönen Versprechnngen nach Serbien gelockt worden, um in den dortigen Waffenfabriken zu arbeiten, wo sie aber, nach eingelaufenen Briefen, gründlich betrogen worden sind und ein klägliches Leben führen. Wenn ich nicht den Raum des „Vorwärts" zu sehr in Anspruch zu nehmen befürchtete, so wären über die wirthschaftliche Misère noch Spalten zu füllen. Ueberall Corruption, und dies so lange, bis die Socialdemokratie die Macht haben wird, gründlich damit aufzuräumen.

C. Ullrich.

Königsberg i. Pr., 18. November. Am letzten Montag, den 13. d. M., fand hier eine äußerst zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Bebel einstimmig als Reichstagscandidat aufgestellt wurde. Die Aufforderung zur Versammlung lautete: „Zur Besprechung der bevorstehenden Reichstagswahl, etwaiger Einsetzung eines Wahlcomités und Aufstellung eines Reichstagscandidaten laden die Unterzeichneten die Demokraten und Sozialdemokraten Königsbergs zu einer öffentlichen Versammlung u. s. w. ein." Unterzeichnet war die Annonce von 5 Demokraten und 17 bekannten Sozialdemokraten, die mit dem Rechte der Cooptation sämmtlich in das Wahlcomité gewählt wurden. Ende nächster Woche wird Bebel hier erwartet, um in einer voraussichtlich sehr großen Volksversammlung einen Vortrag zu halten. Denn die Mitglieder der verschiedenen Parteien, wie der verschiedenen Gesellschaftsklassen Königsbergs sind auf Bebels Vortrag auf's Aeußerste gespannt. In der erwähnten Volksversammlung vom 13. d. herrschte im Hinblick auf das zu erreichende Ziel — Bebels Wahl — eine ebenso anerkennenswerthe wie seltene Einmüthigkeit.

Flensburg, 22. Nov. (An die Abonnenten und Leser des „Vorwärts" und des „Hamb.-Altonaer Volksblatts".) Ich ersuche hiermit die mit dem Abonnementsgeld rückständigen Leser ihre Schuld spätestens bis Mitte Dezember zu entrichten. Gleichfalls ersuche ich sämmtliche Parteigenossen, recht thatkräftig für unsere Abonnements in Flensburg einzutreten. Die Wirthe, bei denen sozialistische Blätter ausliegen, sind folgende: P. Lassen, Neustadt; M. Jürgensen, N. Fuhr, J. Lund und H. P. Fries, Norderstraße; W. Boß, Heiligergeist-Gang; Kildentoft, Fischerhof, sowie Albrecht, Plakenag. Parteigenossen, thut Eure Schuldigkeit.

Th. H. Leiding.

NB. Da ich aus verschiedenen triftigen Gründen gewillt bin, die Colportage von Neujahr ab nicht länger zu behalten, so ersuche ich hierauf reflektirende Parteigenossen, sich mündlich oder schriftlich bei dem Unterzeichneten zu melden.

J. A. der Zeitungs-Commission:
Th. H. Leiding, Plankemag Nr. 861.

Berichtigung.

In dem Artikel in Nr. 24 des „Vorwärts" „Ursachen der Seeunfälle 2c. 2c." (19. Zeile von oben, dritte Spalte) muß es in dem Satze: „Mehrere Sponzen waren so schlecht befestigt, daß dieselben 14 Zoll über die Planken hinwegstanden", anstatt 14 Zoll 1/8 Zoll heißen. Durch ein Versehen ist der Bruchtheilstrich weggeblieben.

Briefkasten

der Redaktion. A. in B.: Wir werden demnächst eine Beilage geben, in welcher wir die auf die Wahlen bezüglichen Verordnungen zum Abdruck gelangen lassen und die nöthigen Winke dabei geben. — J. F. in Leipzig: Wird für die „Fackel" verwandt.

der Expedition. W. Paschbrg in Barmstedt: Die Recherche durch die Post hat ergeben, daß das Zeitungspacket mit Nr. 15 aus Versehen nach Kaldenkirchen (Regierungs-Bezirk Düsseldorf) statt nach Kaltenkirchen in Holstein dirigirt wurde. Da Nachsendung erfolgt, so werden Sie jetzt wohl im Besitze der fehlenden Nummern sein. — Tröger in Dresden: Für Nr. 25 kam die Annonce zu spät. Mit entsprechender Aenderung werden wir die erste Annonce in Nr. 27 bringen; die zweite Annonce ist in heutiger Nummer.

Meine Adresse ist von jetzt ab: Große Lastadie 14, Expedition der „Stettiner Freien Zeitung".

Stettin, 23. November. G. Zielowsky.

Parteigenosse Pf. Walz wird, behufs Regelung wichtiger Angelegenheiten, um seine genaue Adresse ersucht.

Die Expedition der „Wacht" in Hanau.

Quittung. Grßmhl Schönberg Schr. 3,00. Dmmlr Schwerin Schr. 5,00. Br Lichtenstein Schr. 5,00. Wzlwk Erbach Schr. 4,80. Schdt Hanau Schr. 5.90. Dl Otterndorf Schr. 4,80.. Rdgr Halle Ab. 9,40, Schr. 5,60. Hldhm Frankfurt Schr. 4,98. Rstr Regen Schr 12,50. Schwz Achim Schr. 9,45. Mür Leisnig Ab. 5,60. Khl Duisburg Schr.' 50,00. Hrbg Würzburg Ab. 85,60, Schr. 4,60. Asch Altona Schr. 5,20. Wß Neu-Ulm Schr. 1,80. O. L. Hannover Ann. 0,70. Brnhdt Hirschberg Schr. 9,60. Frtn Paris Ab. 4,00. Grnr Burkhardtsdorf Schr. 3,55. Hml Zella St. Blasie Schr. 3,60. H. NblBreslauAb. 68,00. Wbr Pforzheim Ann. 0,50. Schwß Wiesbaden Ann. 0,70, Schr. 1,70. Mrx Saarbrücken Ann. 1,20. Wsmr Gelnhausen Schr. 2,20. Krß Langendiebach Schr. 1,40. Krtz Coblenz Schr. 0,40. Eckrt Barmen Ann. 3,80. Ullrch Offenbach Ann. 0,75, Ab. 50,00. Mür Bockenheim Ab. 22,75. Mür Glauchau Schr. 3,00. Grn Mannheim Schr. 37,20. Frnff Sachsenhausen Schr. 6,25. Schrmr Lübeck Ab. 5,80. Psch Hannover Ab. 120,00. Mths Friedberg Schr. 4,80. Tht Kamenz Schr. 6,90. Hhn Bockenheim Ab. 1,80. Nthng Heidelberg Schr. 6,50. Bg Bromberg Schr. 0,60. Rnst Radeberg Schr. 0,70. Frank Stuttgart 0,50. Kng Crefeld Schr. 0,50. Ths Berlin Schr. 0,70. Mr. Oldenburg Schr. 1,15. Hsn. St. Margarethen Schr. 0,75. Sdl Crimmitschau Schr. 1,60.

Wahlfonds.

Von der Henniger'schen Tischlerwerkstatt hier 6,00.

Altona. Mittwoch, den 29. November, Abends 8½ Uhr, in Heinsohn's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die direkte und die indirekte Gesetzgebung durch das Volk. Referent Herr Moje. [70

O. Reimer.

Altona. Sonnabend, den 2. December, Abends 8½ Uhr in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

50] O. Reimer.

Altona. Donnerstag, den 30. November, Abends 8½ Uhr, bei Hillens, gr. Freiheit 58: [60

Oeffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag. A. Petersen.

Dresden. Montag, den 4. Dezember, Abends 8 Uhr (sowie alle Montage):

Versammlungen der Sozialisten

im Saale der Conversation, Am See 35. Tagesordnung: Vorträge und Diskussion. Der Agent. [60

Dresden. Sonnabend, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im Saale des „Trianon":

Große Wählerversammlung.

Referent: Reichstagsabgeordneter August Bebel.

Das Wahlcomité. [60

Hannover u. Umgegend. Abonnements auf den „Vorwärts" und die „Neue Welt" werden angenommen, sowie sämmtliche sozialistische Schriften und Einbanddecken zur „Neuen Welt" sind zu haben in der Buchhandlung von C. Pasch, große Barlinge 19, sowie jeden Sonnabend Abend in den Versammlungen Mittelstraße 11. [60

Leipzig. Donnerstag, den 30. November, Abends 8 Uhr, im Gosenthal:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und die Arbeiter. Referent Ch. Hadlich. [90

Der Einberufer.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Sonnabend, den 2. Dezember, Abends ½9 Uhr: Versammlung, Windmühlenstraße Nr. 7.

Tagesordnung: 1. Die Zuchthausarbeit. Referent Herr Tante. 2) Fragekasten. — „Union" Nr. 8 ist abzuholen. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Mittwoch, den 29. November, Abends ½9 Uhr: Ausschußsitzung im Arbeiterbildungsverein. D. O. [80

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Mittwoch: Vortrag von Hrn. Eichler.

Nächsten Sonntag findet im Vereinslokal eine

Abendunterhaltung

statt, wozu Mitglieder und Freunde des Vereins hiermit eingeladen werden. Der Vorstand [1,70

London. Zur Beachtung!

Der Communistische Arbeiter-Bildungs-Verein hält seine regelmäßigen Sitzungen jeden Sonnabend und Montag Abend um 9 Uhr Marshall Street, Golden Square W. Nr. 38.

Briefe u. s. w. sind zu richten an den Sekretair: J. Boß, 14 Portland Street, Poland Street Soho.

NB. Sonntag, den 8. Dezember, Abends 7 Uhr, findet in „Blue Post" Newman Street 81 eine öffentliche Kundgebung zu Gunsten der Arbeiterpartei Deutschlands in Bezug auf die nächste Reichstagswahl statt. Ich fordere die Leser des „Vorwärts" auf, eifrig für den Besuch jener Versammlung zu wirken und präzise am Platz zu sein. Die Herren Marx und Engels sind eingeladen. D. O. [1,20

Ottensen. Donnerstag, 30. November, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's kleinen Salon, 1 Treppe:

Oeffentliche Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Otto. 2. Bericht des Wahlcomité's, sowie Abrechnung des Festcomités. [70

Um zahlreiches Erscheinen ersucht F. Heerhold.

Pforzheim. Den Parteigenossen des IX. badischen Wahlkreises: Pforzheim, Durlach, Ettlingen, Gernsbach zur Nachricht, daß hier August Bebel aufgestellt und ein Comité gebildet wurde. Zuschriften sind zu richten an Belzner, Gesellschaftshäuser Nr. 4. [50

Meinen Parteigenossen und Freunden empfehle ich mein

Restaurationslokal

Hannover, Ihmebrückstraße Nr. 3.

(F. 160) [2,10

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 10 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Finanzlage der Leipziger Commune (Schluß). — Wohnungsverhältnisse und Wohnungsmiethpreise in Leipzig. — Ein unbekannter Mann (Schluß). — Correspondenz. — Fackelfunken.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Nr. 11 erscheint Dienstag, den 28. d.

Durch uns ist zu beziehen:

Die Quintessenz des Sozialismus.

Vom Verfasser des „Bau und Leben des sozialen Körpers", Dr. Schäffle, ehem. österr. Handelsminister.

68 Seiten Oktav. Preis M. 1,20.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Erz, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 27. Freitag, 1. December. 1876.

An die Parteigenossen!

Der Wahlkampf ist entbrannt! Im Monat December werden wir unsere Hauptanstrengungen machen müssen, um die Fahne des Sieges in einer größeren Anzahl von Wahlkreisen aufpflanzen zu können.

Die Presse aber ist unsere wirksamste Waffe; der „Vorwärts", das Centralorgan der deutschen Sozialdemokratie, ist der mächtigste Rufer im Streit, er sammelt die Kämpfenden, er verleiht neuen Muth, er schlingt das einende Band um die begeisterten Streiter.

Deshalb ist es auch Pflicht der Parteigenossen allerorts, für die immer weitere Verbreitung des Blattes Sorge zu tragen. — Die Gelegenheit ist geboten. Die Post nimmt Bestellungen auf einen Monat, auf den Monat December entgegen.

So fordern wir Euch allesammt auf, die Ihr nicht nur für die Ausbreitung der Sozialdemokratie, sondern auch für ihre innere Kräftigung und für die dauernde Einigkeit in ihren Reihen Sorge tragen wollt, dem „Vorwärts", so rasch es geht, einen noch bedeutenderen Leserkreis zu verschaffen.

12,000 Abonnenten sind da — 15,000 müssen wir in dem bevorstehenden Wahlkampfe erreichen.

Also, alle Mann auf dem Posten!

Leipzig, 30. November 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Redaktion.

Viel Geschrei und wenig Wolle.

II.

Wenn wir in der vorigen Nummer behaupteten, daß die bürgerlichen Klassengerichte für die Preßfreiheit und die politische Freiheit überhaupt wenigstens den Sozialisten gegenüber verderblicher wirkten, als die orthodox-juristischen Standesgerichte, so verweisen wir unsere Leser zunächst, um jene Behauptung auch in der Praxis zu rechtfertigen, auf den bekannten Leipziger Hochverrathsprozeß. Ein Richtercollegium, aus gelernten Richtern zusammengesetzt, würde wohl kaum unsere Parteigenossen Bebel und Liebknecht verurtheilt haben.

In Bayern, wo bei Preßvergehen die Schwurgerichte an der Arbeit sind, kommt die sozialistische Presse schlechter weg, als selbst in Preußen, wo die Tessendorffe am Ruder sind. Die Verurtheilung der Genossen Franz und Rottmanner in München hat dies bewiesen.

Sehr zu Ungunsten der Aburtheilung der Presse durch die Geschworenen spricht der Umstand, daß, wie der Justizminister von Oesterreich, Dr. Glaser, besonders hervorgehoben hat, die Geschworenen den Beeinflussungen eines voreingenommenen Präsidenten nicht leicht widerstehen können. Der jüngste Prozeß gegen unsern Parteigenossen Baumann, der zu 4½ Monaten verurtheilt wurde, giebt in Bezug auf vorstehenden Ausspruch zu denken; unser Nürnberger Parteiorgan constatirt auch, und wir haben dies schon mitgetheilt, die Voreingenommenheit des bei jenem Prozesse fungirenden Präsidenten und den Einfluß, den dieselbe auf die Geschworenen ausgeübt hat.

Daß nach den gleichlautenden Aeußerungen des Justizministers Leonhardt und des fortschrittlichen Abgeordneten Franckenburger eine Zeit lang alle der Preßvergehen angeklagten Personen in manchen Gegenden Bayerns (z. B. der Pfalz) freigesprochen wurden, hat nun seinen Grund darin, daß die Angeklagten und die Geschworenen einer politischen Partei, der Fortschrittspartei, angehörten. Die Geschworenen thaten völlig Recht, freizusprechen, da in politischen Dingen von Seiten eines Parteigenossen gar kein Unrecht geschehen kann, wenn er den Boden des betreffenden Parteiprogramms nicht verläßt, wenn er, ohne unehrenhafte Handlungen zu begehen oder durch unehrenhafte Motive geleitet zu werden, diesem Parteiprogramm Geltung zu verschaffen sucht — die Grenze, welche die Staatsgesetze zwischen dem Erlaubten und Unerlaubten ziehen, ist ja dermaßen fein, daß sie nur ein äußerst scharfes Auge sehen kann; durch die Parteibrille kann man sie nimmermehr erblicken.

Sind aber die Geschworenen fortschrittlich oder liberal gesinnt, haben sie eine besonders große Achtung vor dem Kapital, dann geschieht es natürlich leicht, daß bei einem politischen oder Preßvergehen der Sozialisten ihr Blick durch die Parteibrille die Grenze zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem weitab verlegt und tief hinein in das Erlaubte rückt.

Daß wir hier vollständig Recht haben, beweist auch die Ansicht Tessendorff's, daß er von einem Geschworenengericht ganz andere Urtheile erlangen werde gegen die sozialistische Presse, als von dem Berufsrichter. Wenngleich nun der Abgeordnete Völk, die bekannte bayerische Frühlingslerche, im Reichstage Herrn Tessendorff nicht als eine genügende Autorität anerkannt hat und die Schwurgerichte überhaupt gegen derartige Anschauungen in Schutz nahm, so haben doch unsere oben angeführten Beispiele bewiesen, daß Herr Tessendorf und nicht Herr Völk in diesem Falle Recht hat.

Im Uebrigen gestehen wir gern dem Herrn Völk zu, daß in juristischen Dingen im Allgemeinen Herr Tessendorff ebenso wenig wie Herr Völk für uns eine Autorität ist, doch dürfte Herrn Tessendorff doch wohl auf dem Gebiete der Verfolgungen wider die Sozialdemokratie durch seine bedeutende Praxis eine gewisse Kenntniß nicht abzusprechen sein. —

Trotz alledem und alledem erklären wir uns aber doch bereit, eine eventuelle Concession der reaktionären Staatsregierung an das liberale Bürgerthum anzunehmen; wir erklären ferner, daß wir für die Verweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte sind, wenngleich 1) im Prinzip Klassengerichte uns verhaßter sind, als Berufsgerichte; wenngleich 2) die Schwurgerichte in ihrer jetzigen Gestaltung auf die Entwickelung der sozialistischen Presse, wenn ihnen die Aburtheilung der Preßvergehen überwiesen wird, eine unheilvollere Wirkung haben, als die gelernten Richter, und wenngleich 3) die Verweisung der Preßvergehen vor ein anderes Gericht als vor welches die Redevergehen verwiesen werden, in unseren Augen ein Unsinn ist.

Der einzige Grund, der uns leitet, für die Verweisung einzutreten, ist, daß die Forderung der Liberalen immerhin einen nothwendigen Schritt zur weiteren Entwickelung der Herrschaft des Liberalismus bildet. So sehr wir diese Herrschaft in Staat und Gesellschaft auch verabscheuen, so wissen wir doch, daß dieselbe erst dem Feudalismus, dem reaktionären Staatssystem vollständig den Garaus machen muß, ehe unsere Idee überall und feste Wurzel schlagen kann.

Die Entwicklung der Menschheit verlangt Uebergangs- und Durchgangsstadien — das wissen wir; wir dürfen uns denselben, so unangenehm sie auch für uns sein mögen, nicht entgegenstemmen. Wir müssen sie sogar zu fördern suchen — die Klassenherrschaft des Kapitalismus muß erst in allen Zweigen des öffentlichen Lebens, auch in dem Rechtswesen, völlig triumphiren, sie muß hochauf sich thürmen, dann erst wird ihr jäher Sturz erfolgen.

Das wäre nun allerdings lediglich die Theorie der Bosheit, die uns leitete.

Doch nein! Wir beobachten auch die Uebergänge, wir wissen wohl auf das Bestehende, wo es möglich ist, aufzubauen, und so haben wir nebenbei den Gedanken, daß es späterhin leicht sein wird, alle Körperschaften — legislatorische, exekutive, rechtsprechende — vermittelst des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu bilden, wo jetzt entweder die nackte Diktatur des Staates oder das Recht der bevorzugten Klassen einzig und allein maßgebend ist.

Deshalb also stimmen wir schließlich auch für die Verweisung der Preßverßehen an die Schwurgerichte.

Ferner wissen wir, daß während der Zeit, wo der Liberalismus noch oppositionell gegenüber den Regierungen in Deutschland stand, das Volk nach und nach an die Schwurgerichte als an eine freisinnige Errungenschaft sich gewöhnt hat, indem es bei seiner damaligen Unmündigkeit völlig aus den Augen ließ, daß die Schwurgerichte in ihrer damaligen und jetzigen Zusammensetzung gar keine Volksgerichte sind.

Lassen wir also dem Volke sein Spielzeug; bieten wir aber dabei all' unsere Kräfte auf, daß aus dem Spielzeug eine mächtige Freiheitswaffe werde, daß aus den Klassengerichten Volksgerichte entstehen.

So können wir uns lediglich aus praktischen politischen Gründen für die betreffende Ueberweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte erklären, betonen aber nochmals, daß unsere Partei durch die Anwendung solcher Ueberweisung wahrscheinlich Schaden erleidet, und daß ferner ein Klassengericht die widernatürlichste Erscheinung in dem Rechtsleben eines Volkes ist.

Kaiser und Lampenanzünder.

Wir lesen im „Oberschlesischen Wanderer" folgende haarsträubende Geschichte:

„Als der Extrazug des Kaisers am 16. ds. Mts. im Dunkelwerden in Cosel anlangte, wurden die Lampen der außer dem kaiserlichen Salonwagen im Zuge befindlichen übrigen Wagen angezündet. Die mit dem Anzünden beschäftigten beiden Lampiers trafen, von beiden Enden des Zuges anfangend, auf einem Wagen zusammen und waren gerade im Begriffe, von dem Wagen herunterzusteigen. Doch, o grausames Geschick, in dem Augenblicke erfolgt das Abfahrtssignal, und nach wenigen Kolbenstößen der Maschine ist, wie das bei derartigen Zügen geht, die Geschwindigkeit schon eine viel zu große, als daß die armen Lampiers noch an das Hinunterklettern denken könnten. Freilich werden sie von den Bahnbeamten auf dem Perron bemerkt, doch wird ihnen von denselben durch Zeichen zu verstehen gegeben, sie möchten den Zug nicht halten lassen. Doch was nun thun? Ein Bremsercoupé ist nicht zu erreichen! Beide in dünner Arbeitsblouse! Sie müssen ausharren auf dem glatten, gewölbten Dache! Sie werfen sich flach auf den Leib nieder, spreizen die Beine weit auseinander, um sich gegen das Herunterrollen zu sichern, und umklammern mit beiden Armen jeder einen Laternenkopf. In dieser äußerst unbequemen Lage geht es hinaus mit Sturmeseile in die finstere Nacht, immer weiter und weiter bis Schoppinitz, über 9 Meilen weit. Wer eine Ahnung hat, was es heißt, auf einer rasch fahrenden Lokomotive zu stehen, wer schon einmal Gelegenheit hatte, wenn auch nur auf eine kurze Strecke, die süße Annehmlichkeit eines Bremsersitzes kennen zu lernen, der wird sich eine annähernde Vorstellung davon machen können, wie es den beiden Lampiers da oben auf dem schwankenden Wagendache zu Muthe war. In der That ist es sehr anerkennenswerth, daß die beiden Leute trotzdem und trotz der in allen Gliedern eintretenden Erstarrung mit großer Willenskraft nicht von der Zugleine Gebrauch machten, wodurch das sofortige Halten des Kaiserzuges veranlaßt wäre. In Schoppinitz wurden die beiden unfreiwilligen Passagiere, die plötzlich zum größten Erstaunen Aller aus der Oberwelt herunterpolterten, mit Speise und Trank gut erquickt und von einem hohen Beamten für ihr braves Ausharren während der bangen Fahrt, durch welches das Halten des kaiserlichen Zuges vermieden wurde, beschenkt. Tags darauf kehrten dieselben munter gen Cosel zurück."

Die liberalen Blätter, welche diese Mittheilung aus dem „Oberschlesischen Wanderer" nehmen, machen folgende höchst bezeichnende Einleitung: „Ueber eine gerade nicht sehr angenehme Extrafahrt auf einem Extrazuge erzählt der „Oberschlesische Wanderer" folgendes." — Man sieht schon aus solcher Einleitung, daß die liberalen Zeitungen, welche dieses Vorgangs Erwähnung thun, die ganze Anschauungsweise des „Oberschlesischen Wanderer" billigen; sie setzen auch kein weiteres Wort hinzu, aus welchem man eine andere Meinung schöpfen könnte — die herrschende Presse ist eben devot, devot bis zum Fußkuß.

Wir allerdings haben andre Anschauungen; nach unserer Meinung ist

1) das Leben eines Arbeiters eben so viel werth, als das Leben eines Kaisers. Es ist

2) das Verfahren der Bahnbeamten der Bahnstation zu Cosel im äußersten Maße zu verurtheilen; dasselbe wäre sogar strafbar nach den heutigen Kriminalgesetzen gewesen, wenn die beiden armen Arbeiter verunglückt wären. Einem ernsthaften, braven Staatsanwalte wäre es dann ein Leichtes gewesen, nachzuweisen, daß die betreffenden Bahnbeamten durch Mißbrauch ihrer Autorität das Unglück herbeigeführt hätten. Es war

3) eine Dummheit, daß die armen gequälten Arbeiter von der Zugleine nicht Gebrauch machten, da es im höchsten Grade gleichgültig war, ob der kaiserliche Zug einige Minuten später nach Berlin kam; nicht gleichgültig aber ist es, daß Arbeiter, deren Familien auf ihre Arbeitskraft angewiesen sind, in solch' trauriger Lage ihre Arbeitskraft unnöthiger Weise dem Wetter und dem Winde preisgeben und der Gefahr ausgesetzt werden, das Leben zu verlieren. Wir sind

4) der Ueberzeugung, daß die beiden Arbeiter in ihrer hülflosen Lage die Zugleine nicht erreichen konnten — hätten sie dies können, so wäre es unverantwortlich gegen sich selbst und gegen ihre Familie gewesen, wenn sie sich unnöthiger Weise der Gefahr aussetzten. Das Lob der liberalen Zeitungen wäre der bitterste, der härteste Tadel gegen sie gewesen. Und

5) verdient der hohe Beamte, welcher den Arbeitern „für ihr braves Ausharren während der bangen Fahrt, durch welches das Halten des kaiserlichen Zuges vermieden wurde", Speise und Trank gab, den strengsten Tadel. Er konnte die Aermsten erquicken lassen, aber es war seine heiligste Pflicht, denselben zu sagen, daß sie ein großes Unrecht begangen, weil sie, im Falle es möglich war, nicht von der Zugleine Gebrauch machten und das Halten des kaiserlichen Zuges veranlaßten.

Wir wissen nicht, wie der deutsche Kaiser selbst über den Vorfall denkt, wenn derselbe ihm überhaupt mitgetheilt worden ist, deshalb lassen wir den Herrn auch aus dem Spiele.

Aber das steht fest, daß die betreffenden Beamten und die liberalen Zeitungen in ihrem tiefen Ersterben für die „Majestät des Kaisers" die Majestät der Menschenwürde aufs Höchste verletzt haben.

Die Kunst und die Sozialdemokratie

Von A. Douai.

(Schluß.)

Die Tonkunst ist verhältnißmäßig noch am freiesten, weil ein weit größerer Kreis von Gönnern und Beurtheilern gewonnen sein will, so daß die Geldherrschaft nicht allein den Ton angibt. Allein da der ohnmächtige Arbeiterstand das Theater, den Concertsaal und die Kirchenmusik nicht mitbestimmt, der Mittelstand aber der Kapitalistenklasse nachzuäffen pflegt, so ist die Verderbniß der Tonsetzerei und ausübenden Tonkunst am tiefsten in die genannten Gebiete eingedrungen, und am wenigsten in die vom Arbeiterstande mitbeherrschten Gebiete, in die der Tanz-, Marsch- und Volkslied-Musik. Und dies wird um so auffälliger, als die Entdeckungen und Erfindungen im Gebiete der Tonwissenschaft für die Musik erstaunlich viel gethan haben. Was für traurige Verirrungen sind die Offenbach'schen H.... opern, die Verkünstelung der Menschenstimme zu Vogelgezwitscher und Zitter- (Tremolo) Gesang ohne alle Reinheit des Tones während kein Künstler ersten Ranges mehr ein einfaches Lied zum Herzen sprechend (wie Henriette Sonntag) vorzutragen versteht; die Massenchöre bei Männer-Gesangfesten, welche schwierige und verwickelte Tonfolgen verkünstelter Sätze ausführen, und die Richard Wagner'sche Richtung, welche ein vollendetes Verständniß aller Kunstmittel bloß noch dazu verwendet, immer neue überraschende Tonwirkungen zu erzielen und den wahren Zweck der Kunst zu beseitigen! Gerade Wagner', dieser kühne Neuerer nnd Meister ersten Ranges, beleuchtet am Grellsten den Bann, welchen die Geldherrschaft dem Künstler auferlegt; gezwungen um des Aufstrebens willen, sich den herrschenden Gewalten in die Arme zu werfen, und alle früheren Leistungen in seinem Fache durch das Unerhörte zu überbieten, verliert er das Wesen des wahren Kunstwerks aus den Augen, welches ein reichgegliedertes, aber durch Grundgedanken in Einklang gebrachtes und alle Geisteskräfte des Genießenden gleichmäßig befriedigen-

des Ganze sein soll und sucht sein Gebahren zu rechtfertigen durch neue Kunstlehren, welche weder dem strengen Urtheil standhalten, noch von ihm selbst befolgt werden — ein beklagenswerther Verlust großartiger Kraft! Was sollen wir denn vollends von den Geistern zweiten und dritten Ranges sagen, welche die nach Neuem durstige Gesellschaft mit Liedeleien, Klavierkünsteleien und Virtuosenthum aller Art versorgen? Es macht sich glücklicherweise ein Auflehnen gegen obige Verirrungen geltend, welches eine bessere Zukunft verheißt: die musterhafte Leitung großer Kapellen, eine keuschere und allgemeinere Schulung der Menschenstimme, das Auftauchen hier und da eines möglichst vollkommenen Gesang- und Instrumental-Quartetts, die Sammlungen alter Volkslieder und deren wachsende Beliebtheit; aber wie weit entfernt davon, allgemein zu werden, sind noch diese Bestrebungen!

Auch die Bühne, diese mächtige Volksschule, trägt das Gepräge der Lüderlichkeit unserer Bourgeoisie am unverhohlensten zur Schau. Die Meisterwerke der Vergangenheit kommen seltener zur Aufführung, und dann gewöhnlich nur, um einen oder wenigen „Sternen" Gelegenheit zur Auszeichnung zu geben, während das Zusammenwirken aller Darstellenden zum gelungenen Ganzen Nebensache bleibt. Dem Bühnendichter fehlt es an passendem Stoffe, weil alle frühere Geschichte schon ausgebeutet, und die Gegenwart zu arm ist an Stoffen und Gestalten, welche vorgeführt werden dürfen; die Posse herrscht vor, und der fähige Dichter findet im Roman mehr Gelegenheit, sein Streben nach Idealen zum Ausdruck zu bringen. Die Ausbildung tüchtiger Darsteller ist ungemein erschwert durch den herrschenden Mitbewerb der Anfänger und die Verwaschenheit des Darzustellenden — von einer guten Schule für Anfänger ist nirgend viel zu sehen. Nie so sehr wie heute war die Schauspieler-Laufbahn ein „glänzendes Elend".

Wir kommen zur Dichtkunst, welche, zusammen mit dem Gesange, die fast einzige Kunst für den Arbeiter ist. Aber welcher Dichter kann heutzutage von seiner Kunst leben? Wenn er nicht nebenbei sein Brot anderswie, z. B. als Zeitungs- und Romanschreiber, als Beamter oder Arbeiter verdienen kann, so müßte er hundertmal verhungern, ehe er seine volle Ausbildung erreicht hat. Aber auch, wenn sein tägliches Brot gesichert ist, wie schwer wird ihm die Auszeichnung gemacht bei der Fluth neuer Dichtungen und der Schwierigkeit, einen Verleger zu finden, bei der Ausgetretenheit aller Pfade im poetischen Gebiete und bei dem nothwendigen Streben nach Ungewohntem! Gesetzt nun vollends, er will den Idealen seiner Zeit dienen und die edlere Zukunft im Voraus abschattiren — wo findet er Charaktere und Begebenheiten, welche er zum Vorbild nehmen könnte? Und wenn er dergleichen zu seinen Gebilden verwendet, wird er nicht von der herrschenden Gesellschaft im Dunkel gelassen werden, und wird nicht seine Ehrbegierde ihn zuletzt verführen, um die Gunst der Gegenwart zu buhlen, da die Zukunft soweit ist wie der Himmel? Ehre den Wenigen, welche das verschmähen; sie werden doch noch ihre Anerkennung finden!

Es wird hohe Zeit, daß die sozialdemokratische Idee siegt und eine neue Gesellschaftsform gebiert, sonst müßte alle Kunst tiefer und tiefer sinken. Aber vom Tage dieses Sieges an wird auch der Kunst in jeder ihrer Gestalten ein neues, das herrlichste aller Zeitalter erblühen. Die Künstler jedes Faches werden selbst in Sachen ihres Schaffens allein zu entscheiden haben, keine Einmischung von Laien und Gönnern wird jede berechtigte künstlerische Entwickelung erschweren oder gar verhüten. Wohl aber wird ein stets gesteigerter kunstverständiger allgemeiner Geschmack sie befördern und herrlicher belohnen als je ein Kunstverdienst belohnt wurde — durch den Beifall aller Völker und Unsterblichkeit in allen Zeiten. Die Kunst wird das gesammte Menschenleben veredeln und beglücken, indem sie Allen zugänglich und verständlich gemacht wird; ja es wird jeder Einzelne in irgend einer Hinsicht zum Künstler ausgebildet, um die Menschheit selbst zu einem großen Kunstwerk zu gestalten. Die Kunst wird also nicht nur vollkommene Freiheit der Entwicklung besitzen, sondern sie wird, zusammen mit der befreiten Wissenschaft, die Völker freimachen von alten Vorurtheilen, von anerzogener und angeborner Selbstsucht, von unnatürlichen Einrichtungen und Gesetzen, von Roheit und Hochmuth, von Knechtsinn und Herrschsucht. Die verschiedenen schönen Künste werden einander ergänzen und vervollkommnen, und im berechtigten Zusammenwirken oder gefälliger Abwechslung einander die nothwendigen Schranken setzen; sie werden aber zugleich jeden Menschen vor einseitiger Berufs- und Geschmacksrichtung bewahren, ohne daß er deswegen in seinem besonderen Fache weniger tüchtig zu werden brauchte. Den Meisterwerken der Vergangenheit wird ihr zufälliges, zeitgenössisches, einseitiges Gewand abgestreift und in's Verständniß der Gegenwart übersetzt werden. Warum sollte nicht die beste alte Kirchenmusik wiederbelebt werden mit einem hochpoetischen neuen Texte, welcher die stete Neugeburt der Menschheit zu freierer Entwicklung verherrlicht? Warum sollten nicht die alten Madonnen, das Weib in seiner edelmenschlichen Bedeutung, und die Bilder des Gekreuzigten die so lange gekreuzigte Mannheit widerspiegeln lernen? Warum sollte nicht der gothische Dombaustil mit geistvoller Abänderung statt einer Verhimmelung die Erlösung der Menschheit aus thierischen Zuständen bedeuten können? Warum nicht die Dichter der Vergangenheit in Ausgaben vorführen, welche für die Jugend alle bedenklichen vorzeitlichen Stellen umdichten oder beseitigen, während sie den Erwachsenen in der ursprünglichen Gestalt keinen Schaden mehr thun können? — Nein, die siegreichen Sozialdemokraten werden keine Bilderstürmer sein, wenn sie auch alle Denkmäler der Schande beseitigen werden. — Auf alle Fälle aber wird ihr Zeitalter höhere Kunstleistungen an's Licht fördern als jedes vorangegangene, weil seine Ideale die höchsten sein werden.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Weltausstellung zu Paris. Wir meldeten jüngst, daß sich das deutsche Reich offiziell nicht an der Weltausstellung im Jahre 1878 zu Paris betheiligen würde. Jetzt hört man, daß die Sache noch nicht entschieden sei; nur das preußische Ministerium sei bis jetzt gegen die Beschickung aufgetreten. Doch wir wissen, daß dies fast gleichbedeutend mit der offiziellen Nichtbetheiligung ist, da ja bekanntlich Deutschland in Preußen aufgegangen ist. Die Industriellen wollen aber auf jeden Fall im Interesse der deutschen Industrie auf der Ausstellung vertreten sein; sie wollen dieselbe als Private beschicken. Da nun eine deutsche Abtheilung aber nach der eventuellen offiziellen Ablehnung von der französischen Regierung nicht hergegeben, sondern der dazu bestimmte großartige Raum anders vergeben werden wird, so thun die Privaten in Deutschland gut, sich mit andern Nationen in Verbindung zu setzen, wenn dem deutschen Reich so wenig an seiner Industrie liegt, daß es nicht noch in letzter Stunde sich eines Besseren besinnt. Die Elsaß-Lothringischen Industriellen haben's leicht, man wird ihnen gern ein Plätzchen in der französischen Abtheilung gönnen; die Baiern und Süddeutschen bitten um einen Platz in der österreichischen Abtheilung, die Schleswig-Holsteiner in der dänischen, die Rheinländer und Westfalen in der belgischen und holländischen, die Hannoveraner und Hamburger in der engländischen u. s. w. Dann haben wir das herrliche geeinte deutsche Reich in der prächtigsten Form. Ob sich angesichts solcher Eventualitäten das preußische Ministerium nicht noch besinnen wird? In Oesterreich ist die Regierung mit einer Forderung von 700,000 Gulden für die Pariser Ausstellung schon an den Reichsrath getreten — das verachtete Oesterreich wird also wohl dem „glorreichen" Deutschland den Rang ablaufen.

— Die Briefe sind bei der Post so sicher, wie die Bibel auf dem Altar. Dieses geflügelte Wort stephanischer Weisheit erhält jetzt sehr häufig entsprechende Illustrationen. So geht uns die Nachricht zu, daß die Postbehörde zu Finsterwalde mehrere Kreuzbandsendungen, welche der Sekretär des sozialistischen Centralwahlcomités nach Kirchhain adressirt hatte, der Polizei-Verwaltung übergeben hat. — So viel uns bekannt, ist die Post doch nur befugt, auf Antrag der Staatsanwaltschaft resp. des Untersuchungsrichters diesen die direkt bezeichneten Briefe oder Sendungen, die an eine bestimmte Person gerichtet sind, zu übergeben; nimmermehr aber ist sie berechtigt, an dritte Personen und gar aus eigenem Antriebe Briefe, Pakete oder Postsendungen auszuhändigen.

— Zur Invalidenunterstützungsfrage. Trotzdem wir einen Reichsinvalidenfonds von circa 700 Millionen Mark besitzen, hören wir so häufig von Privatsammlungen für die Invaliden. So wird uns aus Halver in Westfalen berichtet, daß der dortige Amtmann eine derartige Collekte kürzlich in Scene gesetzt hat. Ein für alle Mal ertheilen wir unseren Parteifreunden den Rath, solche Collekten nicht zu unterstützen und soviel als möglich durch Aufklärung zu wirken, daß dieselben keine günstigen Resultate erzielen. Die Regierung besitzt im Reichsinvalidenfonds die ausgiebigsten Mittel, um die Invaliden hinreichend zu unterstützen. Es ist nicht nöthig, daß derselben Gelegenheit gegeben wird, im entscheidenden Augenblicke ausrufen zu können: „Wir nehmen das Geld, wo wir's kriegen." Einen zweiten Reichskriegsschatz brauchen wir nicht; der eine ist wahrlich über genügend, die Welt in Unruhe zu erhalten.

— Zur Auswandererfrage. Wie man der „Post" aus Antwerpen meldet, sind siebenhundert nach Venezuela bestimmte deutsche Auswanderer dort von der Auswanderungsgesellschaft im Stich gelassen worden. Die städtischen Behörden haben dieselben unterstützt und der deutschen Gesandtschaft in Brüssel eine Reklamation eingereicht. — Es ist sehr bedauerlich, so sagt die „Volkszeitung", daß trotz aller Warnungen der Presse und der Behörden es den gewissenlosen Agenten gelingen konnte, eine so große Zahl von Leuten in ihr Garn zu locken.

Wir bemerken der „Volkszeitung", daß all' ihr Bedauern so lange nichts helfen wird, als bis wir in Deutschland vernünftigere Zustände in Bezug auf die politische Freiheit und auf das soziale Leben erhalten. Daß wir sie so bald nicht bekommen, daran hat die Schulze-Delitz'sche „Volkszeitung" ebenso sehr Schuld, als das reaktionäre Regierungssystem. Man kann es jetzt Niemanden verübeln, wenn er dem „Vaterlande" der Polizei und der Ausbeutung den Rücken kehrt.

— Wann wird die Entschädigungspflicht des Staates gegenüber unschuldig Verhafteten eintreten? Diese Frage mußten wir zum so und so vielsten Male uns wieder vorlegen, als wir nachstehende Geschichte lasen: „Vor ungefähr 8 Jahren brannte in Kroppenstadt bei Aschersleben eine Mühle ab. Auf das Zeugniß eines Lehrburschen Günther wurde ein früherer Mühlknappe Schrader vor das Schwurgericht zu Halberstadt gestellt und trotz Betheuerung seiner Unschuld zu funfzehn Jahren Zuchthaus verurtheilt. Seitdem hat sich der Günther sieben Jahre in der Welt herumgetrieben und ist von Stufe zu Stufe gesunken. Endlich hat er sich selbst den Händen der Gerechtigkeit überliefert und eingestanden, daß er die Mühle selbst angesteckt habe, um wiederholte Korndiebstähle zu verdecken. Am 17. November ist darauf der Knappe Schrader aus dem Zuchthause zu Halle entlassen worden, nachdem er länger als sieben Jahre unschuldig gelitten hat. Sein Besitzthum ist verkauft, seine Familie zerstreut; entblößt von Allem ist er auf das Mitleid wohlthätiger Menschen angewiesen — denn die Gesetzgebung leistet ihm für nichts Ersatz, nicht einmal für den Ruin seines Vermögens." — Wann wird die Entschädigungspflicht des Staates eintreten? Erst dann, wenn wir einen Staat haben, der die Prinzipien der Sozialdemokratie vertritt. Bis dahin mögen sich alle Frager gedulden.

— Wahlfreiheit! Der technische Direktor der Gußstahlfabrik zu Bochum, Herr Helmholz, erläßt bezüglich der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen an die Arbeiter seines Werkes einen Aufruf, in welchem er nach Benennung der ihm genehmen Candidaten bemerkt, er erwarte, daß die Arbeiter nur diesen Candidaten ihre Stimme geben würden. Jedem Arbeiter ist eine solche Aufforderung zur Wahl übermittelt worden. Was verdient Herr Helmholz dafür, daß er seine Macht in Bezug auf die Wahlen mißbraucht, daß er sich nicht genüge sein läßt mit der Arbeitskraft seiner „Untergebenen", sondern daß er auch über ihre Ueberzeugung verfügen will? Was verdient er? Eine Zulage von jährlich 3000 Mark. Belohnung muß sein für edle Thaten.

— Zur Dreiklassenwahl! Herr Krupp in Essen wählt ganz allein bei den Stadtverordnetenwahlen in der ersten Klasse. In Folge dessen hat er am 24. November bei den stattgehabten Wahlen einfach vier Herren zu Stadtverordneten ernannt; diese gehören der hohen Finanzwelt an. Das Privilegium eines Mannes, in einer Stadt von 55,000 Einwohnern ein Drittheil sämmtlicher Stadtverordneten zu ernennen, ist geradezu einzig zu nennen und charakterisirt die Macht des Geldbeutels mehr, als die besten theoretischen Beweise.

— Ueber die Behandlung der deutschen Soldaten liest man in einer Einsendung an die „Würzburger Bavaria" folgendes: „Den Einsender dieser Zeilen führt sein täglicher Spaziergang häufig an dem Exerzierplatz vorbei. Bei dieser Gelegenheit hat er schon zu zahllosen Malen die Einschulung der Soldaten aufmerksam verfolgt. Was man da Alles zu sehen und zu hören bekommt!! Es ist wirklich oft erbarmungswürdig, was die Rekruten, auch die Freiwilligen, da Alles aushalten müssen. Neben dem anstrengenden Exerzieren kann man oft während langer Zeit sehen, wie die eine oder die andere Abtheilung in einer lächerlichen, unnatürlichen Position steht oder sitzt und daneben mit dem schweren Gewehr die verschiedenartigsten Kunststücke machen muß, bis den Bedauernswerthen sichtlich die Kräfte versagen. Neben diesem müssen die Leute noch die rohesten und pöpelhaftesten Beschimpfungen ruhig über sich ergehen lassen. „Hundsgesicht" — „Frecher Bursche" — „Mondkalb" — „Hunde" — „Viehracker" — „Luder" — „Saubande" — das sind, abgesehen von dem „Verrecken" und von dem „Teufelholen", sowie von den obligaten „Million-Sacraments-" und „Kreuz-Donnerwettern" und vielen Ausdrücken, welche zu wiederholen die Rücksicht auf die öffentliche Sittlichkeit uns verbietet, die lieblichen Benennungen, welche selbst den Einjährigen zu Theil werden, — gebildeten Leuten von ungebildeten Unteroffizieren! — Oft haben uns schon Damen, welche gleichzeitig mit uns den Exerzierplatz passirten, ihre Entrüstung ausgedrückt über die Roheiten, mit welchen ihre Ohren beleidigt wurden." — Nette Zustände das, doch was kann man in einem Lande Anderes verlangen, wo der Militarismus die erste und höchste Staatseinrichtung ist. Wir bemerken nur dem Einsender, dem wir ja sonst in seinem Verdammungsurtheil Recht geben, daß die Freiwilligen und Einjährigen bei uns sich keines Vorzugs zu erfreuen haben. Wenn die Roheit auf dem Exercierplätzen einmal herrscht, dann ist es gut, daß sich dieselbe auch auf die Einjährigen ausdehnt, weil dann erst der Glockenstrang der öffentlichen Meinung von der Presse angezogen wird. Wenn nur Arbeiter im bunten Rock mißhandelt würden, dann würde sich Niemand darum kümmern, außer der sozialistischen Presse, die man aber dann schon mundtodt machen würde.

— Mit Bezugnahme auf vorstehende Notiz, aus welcher man die Behandlung der kaiserlich deutschen Soldaten ersehen kann, machen wir die Mittheilung, daß die Staatsanwaltschaften in vielen Orten Deutschlands auf solche Behandlung die beredste Antwort ertheilen. Man glaube nun nicht, daß dieselben gegen die mißhandelnden und schimpfenden Unteroffiziere Strafanträge stellen; das geht eben nicht — der Soldat hat seine eigene Gerichtsbarkeit, aber sie erlassen alljährlich viele Tausende von Steckbriefen hinter Personen, welche sich durch Auswanderung der Militärpflicht entziehen; diese Antwort ist gewiß deutlich. So hat im vorigen Monat die Staatsanwaltschaft zu Kiel in Holstein allein 124 Vorladungen und die zu Altona in Holstein 86 Vorladungen gegen Personen erlassen, welche sich durch unerlaubte Auswanderung dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte entzogen haben. — Wenn im herrlichen deutschen Kriegsheer die Behandlungsweise so bleibt, wie sie in der vorstehenden Notiz illustrirt ist, dann wird die Auswanderungslust sich nur noch heben. Man kann's auch wahrlich Keinem verübeln, wenn er die Bekanntschaft derartiger Unteroffiziere meidet.

— Angst vor der sozialistischen Idee. Die Stadtkommandantur von Berlin hat kürzlich vier neue Wirthslokale dadurch ausgezeichnet, daß dem Militär der Zutritt zu denselben verboten wurde. In diesen Lokalen liegen sozialistische Blätter auf und es verkehren auch dort verschiedene Sozial-Demokraten.

— Ein wahres Wuthgeschrei erhebt die liberale Presse darüber, daß die sozialistischen Reichstagsabgeordneten auf Kosten des Reichs ihre Agitationsreisen machen, um das Volk zu den nächsten Wahlen „aufwiegeln." Besonders empört sind sie über den Artikel des „Vorwärts": „Alles zur rechten Zeit!" Man sieht an solchem Wuthgeschrei, daß wir das Richtige getroffen haben. Uebrigens hat der liberale Lasker auch auf sein Eisenbahnfreibillet eine Agitationsreise nach Pößneck und Sonneberg gemacht. Und wieviele liberale Reichsboten machen lediglich Vergnügungs- oder gar Geschäftsreisen mit ihren Freibillets!

— Die Preßfreiheit in Oestreich zeigt sich manchmal in einem komischen Gewande. Die österreichische Regierung hat vor einiger Zeit einen Artikel confiszirt: Das Geld; sie hat jüngst wieder in Reichenberg einen ferneren Artikel confiszirt: Bildung. Wir glauben bestimmt, daß die Confiskation nur deshalb geschehen ist, weil die Regierung Beides sehr nöthig hat und gut gebrauchen kann.

— Unsere kulturkämpferischen „Erbfreunde". Es ist kürzlich statistisch festgestellt worden, daß in den Jahren 1871 bis 1873 auf der Hauptstraße von Moskau nach Tjunen gegen 23,000 Menschen nach Sibirien geschickt wurden. Davon erkrankten auf dem Wege 8800 und es starben 2270. — Man sieht daraus die Milde des „Väterchen", welche eine Behandlung zuläßt, die geeignet ist, den Gefangenen die Leiden in Sibirien zu ersparen und sie stracks in den „Himmel" zu befördern.

— Segnungen des Krieges. Vierzigtausend Menschen müssen gegenwärtig auf Rechnung des Staates in Serbien erhalten werden. Die Noth im Lande ist riesengroß; das Elend in der Bevölkerung wächst von Tage zu Tage.

— Milke in Berlin verhaftet. Die „Berliner fr. Presse" schreibt: „Vergangenen Sonntag, des Morgens halb 8 Uhr, wurde unser bisheriger verantwortlicher Redakteur, Fr. Milke, in seiner Wohnung verhaftet. Er hat zwar eine ganz erkleckliche Zahl von Prozessen, aber warum er verhaftet wurde, können wir doch nicht ergründen. Zum Fluchtverdacht hat er keinen Anlaß gegeben — nach unserer Meinung, welche allerdings hier sehr unmaßgeblich ist. Herr Tessendorff weiß es jedenfalls besser."

— In Stollberg (Sachsen) ist der „Arme Conrad" von dem dortigen Hern Bürgermeister in 1 Exemplar confiszirt worden. Es bleibt der Entscheid von Zwickau erst noch abzuwarten, ob die Confiscation aufrecht erhalten wird.

— Von Stollberg aus wird der Vorschlag gemacht, den Wahlaufrufen Auszüge aus dem Wahlgesetz und dem Wahlreglement beizufügen, damit Beeinflussungen und Hintertreibungen, wie solche bei den früheren Wahlen stattgefunden haben, nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Wir haben das betr. Schreiben den Parteibehörden übersandt.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 8. November habe ich für nachbenannte Fonds eingenommen:

a) Unterstützungsfonds.

Fechenheim von einem Concert d. M. Krug 9,20; Rosenheim d. P. Ries 0,50; Klein-Grasbrook d. Wacker 3,70; Löbtau d. Völkel 1,50; Stuttgart d. Sievers 2,40; Werdau d. G. Reinicke 1,26; Leipzig v. A.-B.-V. d. Witt 2,25; Lübeck v. Arbeiterball 21. Nov. d. Frauen ges. 15,47; Lübeck bei einem Commers in der Centralherberge 3,40; Altona v. Tischlerball durch Petersen 8,65; Ottensen v. Nölting's Cig.-Fabrik 10,00; Altona v. Ball der Former-Liedertafel d. Holtdorf 4,40.

b) Wahlfonds.

Kempten v. G. d. Schumacher d. Mückenrieder 4,00; Heidelberg d. Nething 10,00; Berge d. B. 1,00; Nienstedten v. Schiffsz. d. Groß 25,00; Salzungen d. G. H. Rupprecht 10,90; Marne d. Walther 11,60; Brunsbüttel do. 2,00; Schneeberg Liste 1948 d. Poppitz 4,35; Glauchau Liste 2429 d. Schwordtner 3,20; Altona v. Schiffsz. d. Maack 100,00; do. v. Dormann's Fabr. d. O. Geister 56,00; Mannheim von einem alten 1848er 2,00; Steinwärder v. Rabba's Eisengießerei d. Hoffmann 17,10; Eimsbüttel v. Rump's Bau d. Mohr 15,80; Bützfleth von Schultz 4,00; Hohenfelde Liste 59 d. Petersen 4,05; Düsseldorf durch Stinnes 4,50; Altona Liste 3798 durch Krohn 20,00; Hechingen d. A. Steinborn 5,00; Wiesbaden Liste 3522 durch Th. M. Wieger 3,15; ferner d. Wieger 0,85 aus Minden i. W.; Hastedt von der Metallarbeiter-Gewerksch. d. F. Krohne 2,10; Ernstthal d. Karl Garbe 5,00; Berne v. Cig.-Arb. d. Chr. Hanser 3,70; Finkenwärder v. Schiffsz. d. Groß 21,00; Leipzig Liste 1034 d. Witt 15,81; do. d. H. Jansen Liste 1031 5,05; ferner Liste 1044 2,00; Liste 3979 7,45; Liste 3994 5,70; Liste 3996 20,95; Liste 4002 3,25; Altona v. Carl Möller's Cig.-Fabrik Rathhausmarkt 70,00; do. v. K. 3,00; Bremerhaven v. Verbrüderungsfest der centralisirten Gewerksch. d. Fellermann 40,15. Aus Hamburg: von Maurern an Geber's Bau 11,00; vom Brodträger-V. d. Wulf 32,00; Liste 3965 d. Hoeneke 12,30; v. Steinmetzen und Marmorarb. d. Zoehnisch 10,00; Liste 16 zweite Rate 3,50; v. Soloclub d. Paaschburg 14,00; v. K. d. Garve 2,00; Familienfest bei J. Schmidt durch W. Pein 1,20; von J. L. S. F. B. 5,00; Liste 3822 d. Eggers 10,10; v. Zimmererverf. in St. Pauli d. Bremer 5,20; Liste 3953 d. Messer 2,00; Liste 3966 v. Steinhagen's Tischlerv. d. Hartkop 52,00; v. W. H. 5,00; d. H. Groß 15,36 u. 1 Sixpence; Liste 3963 d. Schiebold 3,70; v. Maurern an Ueberscheer's Bau Osterstr. d. Sievers 6,20; vom deutschen Zimmergewerk d. Meyer 1000,00; v. Krumm's Wagenfabrik (Stellmacher u. Tischler) 6,00; v. F. Schwarz Tischlerei 3,40 u. 4,90; Liste 44 Tischlerw. Sanne, Uhlenhorst, d. Griebel 9,70; Liste 1 d. J. Barschow 8,40; v. Tischlerw. Grobe & Voigt d. Schultz 10,20; v. Harbeck's Bau, Brandstwiete, d. Mieritz 15,80:

An die Partei- und Gesinnungsgenossen allerorts ergeht — mit Hinweis auf die lebhafte Wahlbewegung — die ernste Mahnung, nach Kräften für Beschaffung der erforderlichen Agitationsgelder Sorge zu tragen und Zahlungen an die Centralkasse (Wahlfonds) schleunigst zu leisten.

Hamburg, 27. November 1876.

Mit Gruß!
August Geib, Rödingsmarkt 12.

Correspondenzen.

n. **Aus Schleswig-Holstein,** 25. November. Ich muß Ihnen heute von einem Weltwunder berichten. Die „Itzehoer Zeitung" läßt, allerdings nach den traurigen Erfahrungen, welche man allgemein in Bezug auf die Betheiligung bei den Klassenwahlen macht, sich von einem Correspondenten aus Meldorf, nachdem derselbe die schwache Betheiligung bei der Stadtverordnetenwahl berührt hat, Folgendes schreiben: „Achtzig abgegebene Stimmen sind von der Zahl der stimmberechtigten Bürger gewiß nur ein kleiner nur ein kleiner Prozentsatz, obgleich die erhebliche Zahl der unteren Steuerklassen, denen man gewöhnlich nicht das rechte Interesse an den communalen Angelegenheiten zutraut, von der Mitbetheiligung an den communalen Wahlen ganz ausgeschlossen ist. Vielleicht würde ein günstigerer Prozentsatz sich ergeben, wenn der Census ermäßigt würde oder ganz wegfiele. Die Reichstagswahl, wobei kein Unterschied nach dem Vermögen gemacht wird, ruft immer eine rege Betheiligung hervor und spricht also für unsere Vermuthung. Und wenn der Arbeiterstand würdig ist, an der Wahl der Reichsvertreter Theil zu nehmen, warum sollte er denn nicht auch, unbeschadet des Bürgerwohls, an der Wahl der communalen Vertretungen, die sein Interesse viel unmittelbarer berühren, Theil nehmen dürfen?" — Ohne der „Tante aus Itzehoe" zu nahe treten zu wollen, fällt uns bei dieser Gelegenheit das alte Sprichwort ein: „Eine blinde Sau findet auch einmal eine Eichel."

s. **Altona,** 24. November. Die Fortschrittler und Nationalliberalen im hiesigen Kreise sind furchtbar erbost auf einander; die Fortschrittler deshalb, weil man dem „Haupthänel" der Fortschrittspartei bei der Wahl zum zweiten Vicepräsidenten im Reichstage von Seiten der Nationalliberalen so arg mitgespielt hat, die Nationalliberalen deshalb, weil die Fortschrittler hier im Kreise schon seit einigen Monaten auf eigene Faust auf die Candidatensuche gehen. Der „Hamburger Correspondent" läßt sich von hier einen längeren Bericht schreiben, dessen Schlußsatz ich zum Ergötzen und zur Freude Ihrer Leser hier wiedergeben will. Derselbe lautet:

„Für unseren Reichstagswahlkreis wird diese, namentlich mit Rücksicht auf die untergelaufenen Persönlichkeiten bedauerliche Spaltung die Chancen der sozialistischen Candidatur kaum wesentlich verändern, da nach den thatsächlichen Verhältnissen, das Obsiegen des sozialdemokratischen Candidaten, trotz aller Einigkeit der liberalen, jetzt noch mehr gesichert ist als früher. Sollte daher auch, wie es wenigstens bis jetzt den Anschein hat, eine Einigung über einen gemeinschaftlichen Candidaten der liberalen Parteien nicht zu Stande kommen, so würde das Resultat der Wahl dadurch nicht geändert. Ein kleiner Trost, aber doch immerhin ein Trost."

Unsere Parteigenossen in Altona und im ganzen Wahlkreise sind sich zwar auch bewußt, daß der Sieg ihnen sicher ist; aber sie lassen deshalb in ihrem Eifer nicht nach. Ihr ganzes Streben ist, den liberalen Gegnern bei den nächsten Wahlen eine Niederlage zu bereiten, von welcher sie sich nimmer erholen sollen.

Obertshausen, 23. November. Am Sonntag den 19. d. fand im Saale „zur schönen Aussicht" dahier eine gutbesuchte Reichstagswähler-Versammlung statt, in welcher der von den Sozialdemokraten aufgestellte Candidat, Herr W. Liebknecht, seine Candidatenrede hielt.

Beim Eintritt in den Saal wurde derselbe mit einem stürmischen Hoch begrüßt, welches er als unserer gerechten Sache geltend annahm. Herr Danz von hier wurde, nachdem derselbe die Versammlung eröffnet, als Vorsitzender, sowie Oglig als Schriftführer gewählt. Liebknecht erhielt zunächst das Wort und entledigte sich, zur Zufriedenheit Aller, in einem stundenlangen Vortrage seiner Aufgabe. Redner spricht seine Zufriedenheit aus über den Stand der Partei in hiesiger Gegend, der Ausfall der Communalwahlen an mehreren Orten zeige am besten die Stärke derselben. Es gilt nicht einen Bernburg als Person, sondern eine Partei, die sich liberal nennt, aus dem Wahlkreis hinauszutreiben; die Person sei für ihn Nebensache, weshalb er auch dieselbe nicht im Geringsten berühren wolle.

Nachdem die liberalen Jasagebrüder in ihr gebührendes Licht gestellt waren, besprach Redner noch das Haftpflicht- und Justizgesetz in deutlichen Auseinandersetzungen. Die Thätigkeit der Liberalen im Reichstage wurde scharf gekennzeichnet. Die immerwährende Kriegsgefahr, sowie die stehenden Heere gegenüber der von uns anzustrebenden Volkswehr, bildeten den Schluß der Betrachtungen.

Vor dem Schlusse der Versammlung wurde folgende, vom Schriftführer verlesene Resolution einstimmig angenommen:

1) Da die Bestrebungen der Sozialdemokratie nach den gehörten Erörterungen auf Gerechtigkeit und Volkswohl abzielen, sind sie von dem arbeitenden Volke anzuerkennen und mit allen gesetzlichen Mitteln zu verfechten.
2) Verspricht die Versammlung für die Wahl unseres Candidaten, Herrn W. Liebknecht, durch rege Agitation Alles aufzubieten, sowie für die immer weitere Verbreitung der „Neuen Offenbacher Zeitung" als das Organ des arbeitenden Volkes zu sorgen.

Zeulenroda. Am 20. November hatten wir eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Hasenclever referirte. Die Versammlung wird für die nächste Reichstagswahl von großem Erfolg sein, indem sich viele frühere Gegner gegen mich schon ausgesprochen haben: „Hasenclever hat uns die Augen aufgethan!" Dies beweist aber auch der Bericht der „Reußischen Blätter", welche sonst zu jeder Zeit nur Schimpf und Hohn gegen die Sozialdemokratie brachten.

K. Daßler.

Der Bericht der „Reußischen Blätter" lautet:

„Zeulenroda, 21. Nov. Gestern hielt vor einer sehr zahlreichen Wählerversammlung im Pohland'schen Saale Herr Reichstagsabgeordneter Hasenclever einen Vortrag über „Reichsfreund und Reichsfeind", und war derselbe von nicht zu unterschätzendem Interesse. Mancher strikte Anhänger einer anderen als der sozialdemokratischen Partei wird bei Anführung verschiedener Datas die Nase gerümpft haben, allein wenn man sich als Parteiloser, wie wir ja, wenigstens der Oeffentlichkeit gegenüber, in einem so brodneidischen Orte wie Zeulenroda der Existenz halber sein müssen, für die Dauer des Vortrags auf die Seite der Partei schlägt, welche sich den Vortrag halten läßt, so kann man nichts anderes sagen, als daß dieser Herr Hasenclever so manches, ja vieles Wahre gesprochen, mindestens ebensoviel als Candidaten anderer Parteien bei dergleichen Gelegenheiten auftischen. Er beleuchtete so manches Machwerk im deutschen Reiche mit einem Lichte, wie es eben auch einmal beleuchtet werden muß, will man's von beiden Seiten kennen lernen; denn wer fortwährend nur an der einen Seite eines von Vielen gerühmten und gepriesenen Prachtbaumes vorübergeht und denselben nur von der einen Seite sieht und kennen lernt, kann nie wissen und wird nie erfahren, ob derselbe auf der anderen Seite, die er eben noch nicht gesehen, faul und brandig oder auch innen hohl ist und daher derselbe nur sein Lob von dieser einen immer gerühmten Seite ernten kann, während er richtig betrachtet weiter keinen Werth hat, als ein anderes Stück gewöhnlichen Brennholzes. Wie wir bereits erwähnt, gehören wir an dieser Stelle einer bestimmten Partei nicht an, aber fern von uns liegt es, alles zu bekriteln oder zu lobhudeln, wie dies letztere von einem anderen Blättchen strikte Gewohnheit zu sein scheint; wir bedauern jedoch lebhaft, daß wir uns diesen Vortrag wenigstens zum Theil nicht einigermaßen skizzirt haben, um womöglich, wenn Candidaten anderer Parteien ihr Plaidoyer halten und dieselben einige selbige Punkte berühren und besprechen, einen Vergleich der Ansichten der verschiedenen Parteigänger anstellen zu können, müssen uns deshalb nur auf unser Gedächtniß verlassen, werden aber trotzdem die Gelegenheit wahrzunehmen wissen."

Greiz, 22. November. Am vergangenen Freitag fand im Saale des Reichsadlers eine von mehr als 1000 Personen besuchte Volksversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Geib aus Hamburg über den deutschen Reichstag und die gegnerische Presse referirte. In nahezu zweistündigem fesselnden Vortrage schilderte der Redner die Thätigkeit oder vielmehr Unthätigkeit der ausschlaggebenden Fraktionen im Reichstage, die Unterwürfigkeit der liberalen ꝛc. Majorität unter dem Willen Bismarck's und schilderte die im Gegensatz zu dieser Majorität stehenden sogenannten Reichsfeinde, namentlich aber die sozialistische Partei und ihre Bestrebungen. Nachdem Geib unter allgemeinem Beifall seinen Vortrag beendet, nahm nach einer viertelstündigen Pause Regierungsassessor Martin das Wort. Er erklärte sich in vielen Punkten mit den Ausführungen Geib's einverstanden, nur in Bezug auf die Stellung der Sozialisten zur Religion müsse er diesen entgegentreten. Daß die Liberalen Schuld seien an den heutigen traurigen Zuständen, sei vollkommen richtig ꝛc. Geib antwortete darauf kurz, daß die Sozialisten den Ausspruch des alten Fritz: „Es solle jeder nach seiner Facon selig werden" gelten ließen; die Befriedigung des religiösen Bedürfnisses sei Privatsache eines jeden Individuums. Herr Martin möge sich übrigens in Betracht dieser Angelegenheit mit dem Candidaten des Wahlkreises, Herrn Blos auseinandersetzen. Nachdem Geib noch die Wahl des sozialistischen Candidaten angelegentlich empfohlen, wird nachstehende Resolution von der Versammlung angenommen: „Die heutige Wählerversammlung erklärt, mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden zu sein und für die Wahl des Arbeitercandidaten Blos mit ganzer Kraft eintreten zu wollen."

e. **Großenhain.** Wie immer und allerwärts, so trugen auch in diesem Jahre, in welchem wir bis dato noch nichts über hiesige Parteiverhältnisse berichteten, unsre Gegner ihr gutes Theil dazu bei, unser Ansehen zu steigern. In erster Linie verdient immer wieder „Seine stadtväterliche Gediegenheit", unser Bürgermeister Ludwig Wolf genannt zu werden, dem die sozialistenmörderischen Gedanken so im Kopfe rumoren, daß er in diesem Frühjahr denselben in einigen Pamphleten, zu deren Ablagerung er das hiesige Amtsblatt benutzte, Ausdruck verlieh. Doch diese gerade nicht geistreiche Polemik wurde ihm durch unser Eingreifen so versalzen, daß jetzt „alle Wälder ruhen". Dafür versuchen seine Schützlinge — einige von der Garde seines Freundes Hirsch — seine resp. ihre „freie" Gesinnungsweise ins rechte Licht zu stellen. Diese Versuche, so ernsthaft sie auch sein mögen, haben stets nur den Erfolg gehabt, im Meere der Lächerlichkeit zu versinken; der letzte bestand in nichts Geringerem, als in der Empfehlung des conservativen Professor Richter aus Tharandt zur Reichstagswahl unserm Candidaten gegenüber. Das war gewiß der schönste Erfolg für all das Mühen des Schulze-Hammacher-Miquel'schen „Volksbildungsvereins", daß die ihm anhängenden, zum Glück sehr wenigen Arbeiter alle Erwartungen für die Wahl übertreffen, insofern, als sie sagen: „Ihr, die ihr soweit rechts in der reaktionären Flanke euch befindet, könnt unbesorgt sein, denn wenn auch Arbeiter, so wissen wir doch, daß wir mit zum reaktionären Urbrei gehören." Diese Offenheit läßt nichts mehr zu wünschen übrig: sie zeigt nur von Neuem, welch' zwerghafte Geister sich der Reformation der Neuzeit entgegenstemmen. Wenn nun noch etwas zu thun übrig blieb zu unserer Stärkung, so thaten es die hiesigen Jünger Camphausens des Sparsamen, wir meinen die Fabrikanten, die den Lohn um circa 10 Proz., von Ausnahmen abgesehen, die aber nicht oft vorkommen, kürzten und so den Weg zur Sozialdemokratie immer mehr ebneten. Nicht umsonst, ihr Herzlosen, regt ihr die Magenfrage von Neuem auf und rascher, als es euch selbst lieb sein wird, dürfte der Typhus, der in letzter Zeit in erschreckender Weise auftrat, wiederkehren. Die Ehrlichkeit des Arbeiters ist so groß, daß er in den meisten Fällen nicht an ein böswilliges Verfahren ihm gegenüber, wenn es mit Phrasen verdeckt wird, glaubt; doch Dank unsern Bemühungen schwindet dieser Vertrauensdusel mehr und mehr und hat neuerdings noch einen argen Stoß erhalten durch das Durchbrennen des Kassirers des Kredit- und Vorschußvereins, des besoldeten Stadtraths Franke, dessen Unterschlagungen, so weit man sie bis jetzt ermitteln konnte, ca. 150,000 Mark betragen. Es mag an diesem Wenigen für diesmal genügen; man wird hieraus schon erkennen, daß wir Grund haben, getrosten Muthes der Reichstagswahl entgegenzusehen. Zur Wahl haben wir kurz zu bemerken, daß wir bis jetzt drei Candidaten für unsern Kreis haben. Die Conservativen halten an dem jetzigen Abgeordneten Professor Richter fest, während dieser den hiesigen Großindustriellen, die neben der Lohnreduktion noch den Schutzzoll als Mittel zur Fröhnung ihrer Mammonsgelüste eingeführt wissen wollen, seiner „gemäßigten freihändlerischen" Gesinnung wegen nicht genügt. Dafür wollen sie nun den nationalliberalen Handelskammersekretär Rühlke aus Dresden aufstellen, mit dessen Gründervergangenheit wir uns demnächst befassen werden. Wir unsrerseits bildeten schon vor längerer Zeit im Einverständniß mit den Genossen in Meißen, Riesa und Lommatzsch am hiesigen Orte ein Centralwahlcomité für unsern Wahlkreis und förderten die Agitation wie folgt: Am 24. September fand eine Volksversammlung in dem zwei Stunden von hier entfernten Dorfe Peritz statt, in welcher Genosse Geier über „Sozialdemokratie und Reichstagswahl" referirte; der Erfolg war ein guter und der Gemeindevorstand hob nach vorhergegangenen Auseinandersetzungen ein Verbot der Tellersammlung, welches er vorher ankündigte, wieder auf. Am 22. Oktober wurden zwei Volksversammlungen mit obiger Tagesordnung abgehalten. Die eine in Frauenheim, drei Stunden von hier, in welcher Geier sprach, nahm einen guten Verlauf, die andre in Lampertswalde, ebensoweit von hier, nicht minder. Hier war es, wo einige „Gewerkvereinler" unserm Genossen Roscher, der in trefflicher Weise sein Referat abgegeben, entgegentraten. Auf die deklamatorisch verworrene Redeweise des Einen — die uns an Bruder Mierike erinnerte — antwortete die kleine Gimpelclique desselben, welche unter die Protektion des Schönfelder Bahnhofsinspektors sich begeben hatte, mit Beifallsgeschrei, unser Genosse Roscher dagegen mit niederschmetternden Thatsachen. Dem andern „Redekünstler" würden wir rathen, den Demosthenes nachzuahmen, nämlich: Sich eine Zeit in die Einsamkeit zurückzuziehen und während des Sprechens kleine Steinchen in den Mund zu nehmen, damit sich das Stottern verliert und man seinen Unsinn dann wenigstens in reiner Sprache anhören kann, wenn man die Geduld nicht verliert. Von den übrigen Unanständigkeiten, so unter Anderm wurde dem Vorsitzenden Fälschung der Rednerliste vorgeworfen, was allen Grundes entbehrte, wollen wir hier Abstand nehmen. Das Judaszeichen aber drücken sich diese Leute dadurch auf die Stirn, daß sie den conservativen Prof. Richter aufstellen, den ein großer Theil seiner jetzigen Wähler seiner Unfähigkeit wegen, die Interessen des gesammten Volkes zu vertreten, nicht wieder wählen wird. Oder ist es vielleicht keine Verrätherei, wenn man das arbeitende Volk der reaktionärsten Partei überliefern will? Nun, nur immer zu, uns kann solche That nichts schaden, viel Gimpel fangt ihr nicht mehr, ihr habt eben abgewebt. Am 5. November sprach Geier in einer Volksversammlung in Gröbel bei Riesa, die ebenfalls von gutem Erfolg war. Hier hatte der Gemeindevorstand 75 Pf. für die Bescheinigung der Versammlungsanmeldung verlangt, aber nichts erhalten. Ferner sprach Roscher am 19. November in einer Volksversammlung in Göhra mit gutem Erfolg. Der Vorsitzende des landwirthschaftlichen Spar- und Vorschußvereins zu Reimersdorf glaubte Roscher etwas berichtigen zu müssen, jedoch wurde derselbe von Roscher eines Besseren belehrt. — In all diesen Versammlungen konnte man sich leicht überzeugen, daß der Landmann nicht zu schwer unseren Prinzipien zugänglich ist, es fehlt nur eine geregelte Agitation, die all' das beseitigen muß, womit man von gegnerischer Seite demselben den Kopf verdreht zu machen sucht. Der Erfolg unsrer Agitation wird sich bei der Wahl zeigen. Zum Schluß wollen wir noch bemerken, daß die Amtshauptmannschaft zur Erschwerung von Versammlungen von den Einberufern ein Attest verlangt, daß sie auch „dispositionsfähig und im Besitz der politischen Ehrenrechte" sind. Das Attest des hiesigen Genossen, der nun stets mit als Einberufer fungirt, kostete nicht weniger als 2 Mark 83 Pf. Doch uns ist kein Opfer zu groß.

Klingenthal, 20. November. Bei der am 18. d. M. hier stattgehabten Gemeinderaths-Ergänzungswahl brachten unsere Parteigenossen zwei, die Liberalen einen ihrer Candidaten durch.

Geyer, 25. November. (19. sächsischer Wahlkreis.) Im Geschwindschritt rücken die allgemeinen Wahlen zum Reichstage näher, der Tag an dem wir „Heerschau" halten werden, wo es gilt, das einfältige Gefasel der Berliner Entenzüchter vom „Rückgang der Sozialdemokratie" mit glänzenden Ziffern zu widerlegen. Ferneres Säumen ist nicht mehr am Platze. Hüten wir uns vor dem Gefühl der Sicherheit, daß der bereits zweimal erfochtene Sieg unter allen Umständen uns nicht wieder entrissen werden könne. Das Glück hat eben überall seine Launen und man muß dasselbe „corrigiren", wie einer der vollendetsten Realpolitiker sagte. Wir wollen nicht nur siegen, sondern auch glänzend siegen und auf unsern Candidaten W. Liebknecht diesmal eine noch größere Stimmenzahl vereinigen. Bereits hat der frühere unvermeidliche Fortschrittler Minkwitz die Candidatur abgelehnt, dieselbe als „verlorene Liebesmüh" betrachtend. Ob er oder ein anderer! Keiner soll uns aus der eroberten Position verdrängen. Darum thue Jeder seine Schuldigkeit! Jeder sei „Agitator" im engeren Kreis. Jeder gehe mit der Werbetrommel von Haus zu Haus. Die Kreis- und Lokalcomités fordern wir hierdurch auf, ungesäumt einen Situationsbericht an uns einzusenden, mit genauer Angabe, wann und wieviel nach ihrem Ermessen Versammlungen in den resp. Orten noch nothwendig seien. Als Unterlage für den Versammlungskalender sind diese Angaben nothwendig. Ebenso sind alle Gelder, welche nur irgendwie flüssig zu machen sind, ungesäumt an uns einzusenden. Mit sozialdemokratischen Gruß

Für das Central-Comité:
C. Demmler, Vorsitzender. Ernst Schletter, Schriftführer.

Stollberg, 27. Nov. (19. sächsischer Wahlkreis.) Für die Orte: Stollberg, Niederdorf, Pfaffenhain, Seifersdorf, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Lugau, Nieder- und Oberwürschnitz, Oelsnitz, Neuwiese, Mittel- und Oberdorf, Gablenz, Streitwald, Kühnhaide und Hohenecke bildete sich gestern Abend in Glaß's Restauration ein sozialdemokratisches Kreis-Wahlcomité bestehend

aus 15 Männern verschiedener Berufsarten. Es waren hierzu gu 100 Vertreter erschienen und man gab der Zuversicht Ausdruck nicht nur zu siegen, sondern glänzend zu siegen. (Sonntag, den 3. December, Abend 8 Uhr Comité-Sitzung in Glaß's Restaurant.) Alle Zusendungen ꝛc. sind an den Vorsitzenden des Comités, Friedr. Frenzel, rechte Brückenstraße, Stollberg, zu richten.

Berlin. (Verband der Tapezierer und Fachgenossen.) Allen Vereinsvorständen und Genossen zur Nachricht, daß ich durch den Wunsch mehrerer Vereine (Hamburg, Dresden), sowie durch den Beschluß der hier am 21. d. Mts. stattgefundenen Generalversammlung veranlaßt worden bin, mein Amt bis zum nächsten Congreß weiter zu führen. Das Nähere wird allen Genossen durch Circulair in nächster Woche bekannt gegeben.

Ich ersuche nunmehr alle Briefe für den Ausschuß an meine Adresse zu richten.

Mit Gruß Fr. Kaufmann.

Berlin, SW., Markgrafenstr. 82, Hof I. I.

Hamburg. (An die Parteigenossen in Stettin.) Da die Stettiner Parteigenossen die Absicht haben, mich in Stettin als Candidat für die nächsten Reichstagswahlen wieder aufzustellen, so bin ich aus Mangel an einer bestimmten Adresse veranlaßt, auf diesem Wege zu erklären, daß, falls die Parteigenossen daselbst mein persönliches Erscheinen wünschen, dieses nur den 10. oder 11. December geschehen kann, indem ich nach dieser Zeit ununterbrochen in Schlesien bis zur Wahl thätig bin. Ich sehe baldiger Nachricht entgegen.

Aug. Kapell, Hamburg St. Pauli II. Bernhardstr. 39.

Leipzig. (An alle Böttcher, Küper, Binder und Küfer Deutschlands.) Collegen! Die soziale Stellung, welche wir in der menschlichen Gesellschaft einnehmen, zwingt uns zu der Ueberzeugung, daß wir selber Hand anzulegen haben, um eine Besserstellung zu erringen. In allen Städten, von allen Collegen hört man die Klagen über niedrige Löhne, schwere Arbeit, schlechtes Holz und schlechte Behandlung. Was bleibt uns da übrig? Die einzige Antwort ist: Organisirt Euch. Die Krise, so schwer wie sie auf unserm Gewerbe lastet, namentlich in diesem Winter, sollte Euch schon die Augen geöffnet und zum Nachdenken gezwungen haben! Wenn wir unsere Lage uns vor Augen führen, so müssen wir sagen: Bis hierher und nicht weiter — wir sind tief genug gesunken. Es ist zu bedauern, daß es noch eine unendliche Zahl von unseren Arbeitsbrüdern giebt, welche in ihrer Blindheit gern Denjenigen entgegentreten, welche es ehrlich und aufrichtig mit ihnen meinen. Seit 3 Jahren besteht schon eine Organisation der Böttcher. Warum bleibt Ihr derselben fern? War es nicht Eure Pflicht, derselben beizutreten? Anstatt in den Reihen Eurer kämpfenden Brüder einzutreten, zogt Ihr es vor, geduldig wie Lämmer, Eure Noth zu ertragen. Collegen, es ist an der Zeit, daß Ihr aufwacht aus Eurem langen Schlafe. Fort mit der Gleichgültigkeit, fort mit dem Knechtssinn, freie Menschen wollen wir werden, der Arbeit ihr Brod — das soll unser Losungswort sein! Fast alle andern Corporationen stehen schon zu Tausenden in einer festen Macht geeint zusammen, nur wir sitzen da und warten mit der geballten Faust in der Tasche auf Erlösung. Wollen wir die Schande über uns kommen lassen, daß unsere Nachkommen sagen: diese Feiglinge hatten nicht den Muth, ihr Recht zu vertreten? Nein — das darf nicht sein! Collegen, wir reichen Euch die Hand, schlagt ein und laßt uns nicht eher ruhn, bis unser Ziel erreicht ist. Also auf, an die Arbeit! Auf zum Congreß! Am 31. Dezember 1876 und 1. Januar 1877 findet derselbe in Leipzig statt; wir hoffen, daß alle Collegen vertreten sein werden, um einen Böttcher-Verband zu gründen.

J. A. des Allgemeinen Böttcher- und Küper-Vereins.

NB. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an F. Holtmann, Körnerstr. 3b, Hof II. Alle Parteigenossen, welche mit Böttchern verkehren, ersuche ich, selbige von Obigem in Kenntniß zu setzen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Aufruf

an die Parteigenossen des 9. hannoverschen Wahlkreises.

Parteigenossen! Wie Euch bekannt ist, findet im Laufe der nächsten Wochen die Neuwahl für den Reichstag statt. Alle, die zur Erkenntniß ihrer Klassenlage gekommen sind, rüsten sich, um bei dieser Gelegenheit Zeugniß abzulegen, daß sie erkannt haben, wie nur durch direktes und energisches Eingreifen des Volkes eine ernstliche Verbesserung der Lage des Volkes im allgemeinen, sowie auch besonders eine Förderung der Interessen des Arbeiterstandes erreicht werden kann.

Auch uns Parteigenossen erwächst bei den bevorstehenden Wahlen die Pflicht, zu rüsten, damit wir unseren Gegnern, welche uns so gerne zur Sicherung ihrer Reichstagssitze gebrauchen möchten, gewappnet entgegentreten zu können. Wir berufen darum hierdurch im Einverständniß mit einer größern Anzahl unserer Gesinnungsgenossen eine Conferenz auf Sonntag, den 3. Dezbr., Morgens 10 Uhr, zum Gastwirth Stöcker in Springe ein. Parteigenossen, wir ersuchen Euch dringend, auf dieser Conferenz zahlreich zu erscheinen, auf alle Fälle aber dafür Sorge zu tragen, daß möglichst jeder Ort und Flecken unseres Wahlkreises vertreten sei. Indem wir fest darauf rechnen, daß Ihr unserer Einladung freudig Folge geben werdet, theilen wir Euch noch mit, daß am Nachmittage nach Beendigung der Conferenz eine öffentliche Volksversammlung im genannten Lokale stattfindet.

Mit sozialdemokratischem Gruß.

Limmer, den 25. Novbr. 1876.

Briefe in dieser Angelegenheit sind zu richten an H. Reichenbach in Limmer.

Erklärung.

Auf dem diesjährigen Sozialisten-Congresse zu Gotha hat Herr Frohme in Frankfurt a. M. mir vorgeworfen, ich hätte mich, wie das Protokoll sagt, „an Sonnemann gewandt wegen Anstellung an der Frankfurter Zeitung". Er hat behauptet, diese Nachricht in einer Zeit von dem Redakteur der „Frankfurter Zeitung", Herrn Dr. Stern, erhalten zu haben, wo ich bereits längere Zeit bei der „Berliner Freie Presse" thätig war, so daß der Verdacht nahe gelegt wurde, ich hätte fahnenflüchtig werden wollen.

Diese Aufstellung erkläre ich jetzt, da mir bisher wegen meiner Gefangenschaft in Plötzensee die Gelegenheit dazu abgeschnitten war, für unwahr.

Ich habe mich nur im vorigen Jahre ein paarmal an Herrrn Sonnemann gewandt wegen eines Correktor- oder sonstigen, nicht aber Redakteurpostens bei seinem Blatte, den ich jedenfalls unbeschadet meiner sozialistischen Ueberzeugungen hätte bekleiden können; ich habe aber niemals mehr an ihn geschrieben oder direkt oder indirekt mit ihm verhandelt, nachdem ich mit den Berliner Gesinnungsgenossen wegen Uebernahme einer redaktionellen Stellung bei der neu zu gründenden „Berliner Freie Presse" in Verbindung getreten war. Ich bekam im November vor. Jahres an demselben Tage ein Engagement nach Berlin als Redakteur und nach Frankfurt a. M. als Correktor; ich habe das Erstere gewählt und seit der Zeit, wie schon gesagt, nicht mehr die leiseste Beziehung zu Herrn Sonnemann oder der „Frankfurter Zeitung" gehabt, wofür ich als direkten Zeugen den Reichstagsabgeordneten Herrn Reimer anführe. Derselbe theilte mir nämlich während der ersten Reichstagssession dieses Jahres, da er selbst noch in der Redaktion der „Berliner Freie Presse" war, mit, Herr Sonnemann hätte sich bei ihm darüber beschwert, daß ich ihm auf sein Engagementsschreiben nicht einmal geantwortet hätte. Diese meine unzweifelhafte Unart dürfte zur Genüge beweisen, daß zwischen mir und Herrn Sonnemann weitere Beziehungen nicht stattgefunden haben.

Ich erkläre also nochmals die Behauptungen des Herrn Frohme über meine Beziehungen zu Herrn Sonnemann, resp. der „Frankfurter Zeitung" für vollkommen unwahr.

Berlin, den 24. November 1876.

Paul Lossau.

Briefkasten

der Redaktion. E. H. in E.: Wir können Sie nur ermuntern, in Ihren Arbeiten fortzufahren, obgleich dieselben für uns vorläufig kaum zu verwerthen sind. Sie müssen sich befleißigen, den Gedanken bestimmter auszudrücken. Wir werden gelegentlich mit einiger Umarbeitung den eingesandten Artikel für das Feuilleton des „Vorwärts" benutzen. — F. in Gera: Skating Rink (ausgesp.: Skähting Rink) ist englisch, und bedeutet einen bedeckten Raum mit glatem Fußboden (von Marmor, Asphalt oder auch fein getäfelt), auf welchem zu allen Jahreszeiten (mit Rollschlittschuhen, wie sie früher nur auf Theatern benutzt wurden) Schlittschuh gelaufen werden kann. Bei einiger Uebung läuft es sich mit den Rollschlittschuhen ebenso gut wie mit den gewöhnlichen Eisen- und Eisschlittschuhen. — W. F. Schmid in Philadelphia: Wir haben die Blätter empfangen; herzlichen Dank. — G. B. i. Miesbach: L. ist verreist. Adresse von S. übrigens weder ihm noch uns bekannt. Antworten Sie unter kurzer Recapitulirung der S'schen Ausführungen im „Vorwärts". — E. B. in N.: Die Küster'sche Angelegenheit wird noch kurz berührt. — H. Moldenhauer, Coswig: Am 28. Nov. Postkarte an Sie abgesandt. G.

der Expedition. Arb.-Liedertafel Cöln: Wir ersuchen um Ausgleichung des Annoncencontos zu 3,20 M. — Ch. Gilles Hochfeld: Nachlieferung folgt. Lieferung und Porto bis Heft 18 erfordern noch 3,50 M. pränumerando. Bei Bezug von 10 Expl. tritt Rabatt ein. — Rebentisch Tannenberg: Von gesandten 12,00 M. sind 50 Pf. zum Wahlfonds gekommen, also nur 11,50 M. für Schr. zu quittiren. Dank für Notiz betr. Fremdwörterbuch. — Nikol. Kohl, Ottweiler: Verlangtes kostet nebst Packetporto M. 1,90.

Sch. in Culm: Auf Ihr Schreiben vom 21. d. ging ein solches nebst Kreuzbandsendung am 23. d. an Sie ab; beide Theile kamen indessen mit der Bemerkung: retour, Adressat verweigert die Annahme. Ich bitte daher um Aufklärung. D. Hamburg.

Die Parteigenossen von Brake wünschen mit den Parteigenossen zu Elsfleth, Barel, Jever und Alt-Heppens betreffs der nächsten Reichstagswahl in Verbindung zu treten. J. A.: L. Oetcken.

NB. Briefe ꝛc. sind zu adressiren an L. Oetcken, Klippkanne bei Brake, U. d. Weser.

Kellinghusen. Alle Briefe in Parteiangelegenheiten sind von jetzt ab an: H. Hüttmann, Maurermstr. in Kellinghusen zu richten.

Meine Adresse ist: E. Schütthaupt, Ringstr. 897, Constanz.

Parteigenosse Hr. Wilharm, Schneider, wird von Carl Wesch, Tischler in Geestendorf, um Angabe seiner Adresse gebeten.

Quittung. Wahlverein Hannover Ann. 0,70. Brg Kirchheimbolanden Ann. 3,30. Fschr Mylau Schr. 1,10. Schfr hier Ann. 0,60. Gßlr Wurzen Schr. 2,00. Lng hier Schr. 4,00. Jahn Großenstein Schr. 3,20. Rthr Gelenau Schr. 28,06. L. Mhlhrn Crimmitschau Ab. 139,63. Kirsch Forste Schr. 3,00. Kttlr Heilbronn Schr. 8,00. Drng Belfort-Wilhelmshafen Schr. 4,00. Dyn Hildesheim Ann. 0,50. F. Wß Neu-Ulm Ab. 1,80. Expedition der „Wahrheit" Breslau Ab. 100,00. F. Ghtnr Darmstadt Ab. 15,95. F. Glz Dresden Schr. 6,00. Wllr Darmstadt Schr. 12,50. Kring Schloß-Chemnitz Schr. 9,00. Gls Hochfeld Ab. 5,70. J. Stc Wien Ab. 4,00, Schr. 1,78. Arb.-Bild.-Ver. Leoben Ab. 2,41.

Wahlfonds.

Für den 13. Wahlkreis v. Club Morgenroth d. Witt 45,00. Für den 12. u. 13. Wahlkreis v. d. Cigarren-Fabr. Cicorius Liste 39 2,70.

Für das Central-Wahlcomité:
P. Krebs, Ulrichsgasse Nr. 60.

Anzeigen ꝛc.

Die Filial-Expedition des Herrn
F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J.
ist durch ein Mißverständniß am Kopfe unseres Blattes ausgelassen worden. Die Genannte vermittelt wie bisher alle unsere Blätter und Verlags-Artikel. Die Expedition des „Vorwärts"

Lind b. Cöln. Sonntag, den 3. December, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fischer, Düringerstraße: [70

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Gemeinderathswahl und die Reichstagswahl.

Der Wahlverein von Kriel.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 2. December, Abends 8½ Uhr:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung

im Lokal des Hrn. Boge, Mittelstraße 11.

Tagesordnung: Monats-Abrechnung. Abrechnung der Zeitungscommission. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht (F. 161)
80] Der Vorstand.

Hamburg. Verein der Sattler u. Berufsgenossen.
Allen Collegen Deutschlands zur Nachricht, das sich unsere Herberge und Arbeits-Nachweisbureau Tapezierreihe Nr. 6 (Stadt Kiel), bei Hrn. J. H. v. Salzen, befindet. [50
W. Repen, Gänsemarkt 46, Haus 14.

Hildesheim. Die Parteigenossen werden hierdurch aufgefordert, am Freitag, den 1. December, Abends 8 Uhr im Lokale des Hrn. Steusch behufs **Gründung eines sozialistischen Gesangvereins** zu erscheinen. (F. 160)
150] Schönberg, Heinze, Oyen, Stolzenburg, Laer.

Ludwigshafen a. Rh. Sonntag, den 3. December, im Lokal z. „Bair. Hof":

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: 1) Die Volksvertretung im Reichstage. 2) Aufstellung eines Arbeitercandidaten. Referent: Herr Aug. Dreesbach.
70] (F. 210) D. Kleir.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Sonnabend, den 2. December, Abends 8 Uhr: **Versammlung** Täubchenweg, Restauration von Julius Menzel. Tagesordnung: Vortrag u. Discussion über die Gewerkschaftsbewegung. [40

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Sonnabend: Vortrag über das Wasser.

Zu der nächsten Sonntag stattfindenden Abendunterhaltung laden wir nochmals freundlich ein. D. V. [40

Neuschönefeld. Dienstag, den 5. December, im Saale zum Sanssouçi:

Volksversammlung.

Tagesordnung: 1) Die bevorstehende Reichstagswahl. 2) Unsere Schulen. Referent Rauert. [70

Um zahlreiches Erscheinen bitten Die Einberufer. (F. 231)

Schönefeld. Sonnabend, den 2. December, Abends ½9 Uhr, in Trauer's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Reichstagswahl und die Parteien im Reichstage. Referent Hr. Reichstagsabgeordneter W. Liebknecht. [70

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Comité.

Taucha. Sonntag, den 3. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zum „Goldenen Ring":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent Herr H. Dohne. [80

Die Parteigenossen von Leipzig und Umgegend werden zu zahlreichem Erscheinen hiermit aufgefordert.

Gut eingemachte **Anchovis** in Gebinden zu dauernde M. 1,50
empfehle Restaurateuren und für den Familienbedarf (F. 180) [1,20
C. Meyer, Kiel, Neue Reihe 6.

Soeben erschien: [1,20
Rede des Reichstagsabgeordneten **Bebel**, gehalten in seiner Vaterstadt Cöln am 19. Nov. 2 Bog. gr. 8. broch. 30 Pfg., bei Partien entspr. Rabatt. F. A. Franke, Hämergasse, Cöln.

Allen Gesinnungsgenossen

die Mittheilung, daß die von uns für die Wahlagitation veranlaßte und vom Parteigenossen **A. Bebel** verfaßte Broschüre:

Die parlamentarische Thätigkeit
des
Deutschen Reichstags und de Landtage von 1874—1876

nebst einem Anhang, enthaltend: Winke für die Agitation, Auszüge aus den deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzen, dem Strafgesetzbuche, dem Reichswahlgesetz, der Reichswahlverordnung ꝛc. ꝛc.

Freitag, den 24. November, im Verlage der **Allgem. deutschen Assoziations-Buchdruckerei in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a**, erscheint und sind die Bestellungen sofort dorthin zu richten.

Die Broschüre wird 9 Bogen kl.-8° stark und kostet einzeln 30 Pf., in Partien 25 Pf. per Exemplar. — Im Buchhandel beträgt der Preis per Exemplar 50 Pf.

Die Broschüre ist populär geschrieben und enthält nicht nur eine gründliche Beleuchtung der verhängnißvollen Thätigkeit, welche der Liberalismus im Reichstag und in den Landtagen in den letzten drei Jahren entfaltete, sondern der Verfasser entwickelt auch, an die einzelnen Punkte anknüpfend, die Forderungen der Sozialdemokratie, im Gegensatz zu denen des Liberalismus.

Die Broschüre ist also als eine Kritik der Gegner und ein Programm der eigenen Partei zu betrachten und ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für den bevorstehenden Wahlkampf, wie das beste Agitationsmittel für das arbeitende Volk.

Wir fordern alle Gesinnungsgenossen dringend auf, die Broschüre nicht nur für den eigenen Gebrauch sich anzuschaffen, sondern auch ihre weiteste Verbreitung in den Massen zu befördern.

Das Central-Wahl-Comité.
Auer. Derossi. Geib. Hartmann. Brasch.

Protokoll des Sozialisten-Congresses
zu Gotha
vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 80 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. **Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.**

Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Erschienen ist soeben die 3. (letzte) Lieferung von:

Die Kämpfe der Pariser Commune.

Leben und Thaten
des
Generals Jaroslas Dombrowsky.

Nach den Aufzeichnungen seines Adjutanten.

Mit dem Portrait Dombrowsky's und einem Facsimile seiner Handschrift.

Frühere Besteller der ersten und zweiten Lieferung werden ersucht, ihre Aufträge auf die 3. Lieferung rechtzeitig einzusenden. Wir berechnen denselben die bekannten Preise.

Im Weiteren werden nur noch Complett-Exemplare abgegeben. Preis derselben 75 Pfg., Porto 10 Pfg., gegen baar. Der zahlreiche Absatz der beiden ersten Lieferungen verbürgt auch im Weiteren lebhaften Verkauf dieses werthvollen Geschichtswerkes.

Wiederverkäufer erhalten den üblichen Rabatt.

Leipzig, Mitte November 1876.

Expedition des „Vorwärts".

Soeben erschien:

Nieder mit den Atheisten!

Ein Gespräch zwischen Frömmigkeit, Verstand und Liebe für Landbauer und gute Christen
von A. Dulk.
3 Bogen in Oktav. Preis 25 Pfg.
Die Expedition des „Vorwärts".

Achtung! Soeben erschien'

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 11 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Prügel für das Volk! — Ludwig-Wolf, der Mann ohne Thaten. — Correspondenz. — Dritte Brandrede des Nationalschriftstellers Kuno Sparrig von Gosenhain. — Fackelfunken.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten **hohen Rabatt.** — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Nr. 12 wird Donnerstag 11 Uhr ausgegeben.

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Für die französischen Brüder.

Inhalt: I. An das Volk der beherrschten Klasse, von Felix Pyat. II. Die Arbeiterdelegation bei den Weltausstellungen.

Preis pr. Exemplar 15 Pf.

Arbeiter und Parteigenossen! Laut Beschluß des Gothaer Sozialisten-Congresses ist der Gesammtertrag dieser aus dem Französischen übersetzten Schrift für den Druck der Berichte der französischen Arbeiterdelegation nach Philadelphia bestimmt.

„Kaufe sie Jeder von Euch! Verbreitet sie nach Kräften! In dem Schlachtendonner des unheiligen Krieges zwischen dem sinkenden französischen und dem sich erhebenden deutschen Empire habt Ihr nicht vergessen, daß die französischen Arbeiter Euere Brüder sind. Beweist ihnen, die so oft und so heldenmüthig für unsere gemeinsame Sache für Euch gekämpft und gelitten haben, beweist ihnen jetzt durch diesen kleinen Tribut der Dankbarkeit, daß Ihr im Siegestaumel der herrschenden Klassen die Dienste nicht vergessen habt, welche das französische Proletariat den Unterdrückten aller Länder, welche es der Menschheit geleistet hat, — daß Ihr Euere Feinde kennt und Euere Freunde — daß Euer Geist, Euere Thatkraft der Grenzpfähle spottet, — daß Euer Herz warm schlägt für die französischen Brüder!"

Die Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts".
Leipzig, Färberstr. 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 28. Sonntag, 3. December. 1876.

Wahre und scheinbare Größe der Sterblichkeit unter den unehelichen Kindern.

(Aus der „Frankfurter Zeitung".)

Das Exposé über die Kindersterblichkeit im preußischen Staate bereichert nicht nur unser Wissen um eine Menge scheinbar neuer Daten, sondern befriedigt zugleich durch die daraus zu entnehmende Gewißheit, daß die Möglichkeit, das reiche statistische Material über jenen Gegenstand, welches die amtlichen Aufzeichnungen über Geburten und Sterbefälle darbieten, erschöpfender als seither auszunutzen, nunmehr für ein so weites Gebiet wie das des preußischen Staats in Erfüllung gegangen ist.

Dagegen dürfen die Schlußfolgerungen, welche jenes Exposé an die nebeneinandergestellten Zahlenreihen der Todesfälle ehelicher und unehelicher Kinder knüpft, nur mit großer Vorsicht aufgenommen werden, und namentlich möchte die überraschende Behauptung einer minderen Sterblichkeit der unehelichen als der ehelichen Kinder vom dritten Lebensjahre ab nach dem, was die mitgetheilten Ziffern an wirklich Thatsächlichem bieten, noch sehr in Zweifel gezogen werden, wodurch sich zugleich das Bedürfniß nach einer Erklärung zur Zeit von selbst erledigt.

Wirklich erhoben sind nämlich von den Zahlen, auf welche sich jene Behauptung stützt, nur die Summen der im Kalenderjahre 1875 Geborenen und der während des nämlichen Kalenderjahres am 1., 2., 3. 2c. Lebenstage, im 1., 2. 2c. Lebensmonate, oder Lebensjahre verstorbenen ehelichen und unehelichen Kinder. Daß Lebensjahr und Kalenderjahr nicht zusammenfallen müssen, ist hinsichtlich der in einem Alter von mehr als einem Jahre verstorbenen (wo freilich die Unmöglichkeit des Zusammenfallens auf der Hand liegt) in dem Exposé selbst hervorgehoben. Wollte man mit Knapp'scher Strenge verfahren, so müßte man das Gleiche auch hinsichtlich aller übrigen behaupten, denn selbst bezüglich der am ersten Lebenstage verstorbenen Individuen liegt die Möglichkeit vor, daß sie, als am letzten Tage des Kalenderjahres 1874 geboren, unter den 1,035,721 Kindern des Jahres 1875, von denen sie schließlich, um die Zahl der Ueberlebenden zu finden, abgezogen werden, gar nicht mit enthalten waren. Eine entscheidende Bedeutung ist diesem Umstande allerdings nicht beizumessen, da derartige Ungenauigkeiten sich in der That durch den stetigen Fortgang des Bevölkerungswechsels annähernd auszugleichen pflegen, und überdem reduziren sich dieselben durch Fortsetzung der Untersuchung während einer Reihe aufeinanderfolgender Jahre ganz von selbst auf ein relativ immer geringeres Maß, weil die zeitlichen Uebergriffe, die aus dem Auseinanderfallen von Kalender- und Lebensjahren entspringen, verhältnißmäßig um so seltener werden, je größer der in Betracht gezogene zusammenhängende Zeitraum genommen wird.

Nicht zu hoffen ist eine solche Selbstcorrectur hinsichtlich einer zweiten und viel bedeutungsvolleren Ungenauigkeit, welche nicht aus der Natur der Angaben, sondern aus einem Fehler der Methode entspringt. Es ist nämlich keineswegs zulässig, die Ziffer, welche sich nach Abzug der (wie wir annehmen wollen) innerhalb eines Kalenderjahres verstorbenen unehelichen Kinder von der Zahl der in dem nämlichen Jahre unehelich Geborenen ergiebt, ohne weiteres als den verbliebenen Bestand an unehelichen Kindern aus diesem Jahre zu behandeln. Es hieße dies vielmehr den nämlichen Fehler begehen, als wenn Jemand, ausgehend von der Thatsache, daß zum Beginn eines Jahres so und so viel unverheirathete, verheirathete, verwittwete und geschiedene männliche und weibliche Personen vorhanden waren und so und soviel unverheirathete 2c. innerhalb des Jahres starben, schließen wollte, die Differenz müsse den am Jahresschlusse verbleibenden Bestand von Ledigen, Verheiratheten, Verwittweten und Geschiedenen ergeben, ohne zu berücksichtigen (die Ab- und Zuwendung wollen wir ganz bei Seite lassen), daß ein Theil der Ledigen, Verwittweten und Geschiedenen durch Verheirathung resp. Wiederverheirathung der Verheiratheten, durch Verwittwung, resp. Scheidung inzwischen seinen Civilstand gewechselt haben kann!

Der Wechsel des Civilstandes ist auch bei Kindern nicht nur möglich, sondern in ausgedehntestem Maße im Gange, allerdings nur in einer Richtung, nämlich durch Legitimation unehelich geborener, welche nun als eheliche fortleben, resp. sterben.

Die numerische Bedeutung dieses Prozesses wird sattsam illustrirt durch folgende Thatsache, welche ich in Jahrgang 1871 der Zeitschrift des königlich sächsischen statistischen Bureaus (Seite 154) veröffentlicht habe. In den Jahren 1865—70 wurden im Königreiche Sachsen zusammen 85,235 uneheliche Kinder lebend geboren und in derselben Zeit, soweit hierüber Nachweisungen zu erlangen waren, 24,113 unehelich geborene Kinder durch nachfolgende Ehe legitimirt. Die letztgenannte Ziffer ist wegen der Unmöglichkeit (besonders aus den großen Städten) vollständige Angaben zu erlangen, als Minimalziffer anzusehen. Unter Benutzung der nämlichen Freiheit, welche für die Gegenüberstellung von Geborenen und Verstorbenen aus zum Theil verschiedenen Kalenderjahren in Anspruch genommen werden mußte, darf man sonach, wenigstens für das Königreich Sachsen, das in dieser Beziehung schwerlich durch abnorm günstige Verhältnisse ausgezeichnet ist, die Behauptung wagen, daß mehr als jedes vierte, vielleicht schon jedes dritte unehelich geborene Kind durch nachfolgende Legitimation hinterher in die Reihe der ehelichen einrückt. Wann dies im Durchschnitt geschieht, darüber fehlen alle Nachrichten. Doch darf man (um bei den im Königreich Sachsen gemachten Erfahrungen stehen zu bleiben) aus der Thatsache, daß dort auf 100 Ehen, durch welche uneheliche Kinder legitimirt wurden, durchschnittlich 121 unehelich Geborene die Stellung ehelicher Kinder erlangen, also auf jedes vierte derartige Verhältniß durchschnittlich zwei lebende voreheliche Sprößlinge kamen, wohl schließen, daß die Legitimation in der Regel nicht in den ersten Lebensstadien der betr. Kinder erfolgten.

Liegen die Dinge in Preußen nur einigermaßen ähnlich wie in Sachsen, so springt von selbst in die Augen, in welcher Richtung die durch Abzug der Verstorbenen, ohne Rücksicht auf die Möglichkeit des Civilstandswechsels, berechnete Ziffer der im 2., 3. 2c. Jahre noch überlebenden ehelichen und unehelichen Kinder einer Correktur unterworfen werden müßte. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl wäre aus der Reihe der letzteren in die der ersteren zu übertragen. Wie hoch sich dieser Uebertrag beziffern würde, muß vor der Hand dahingestellt bleiben. Aber soviel scheint festzustehen: Die angegebenen Zahlen der lebenden zwei-, drei-, vier- und fünfjährigen ehelichen Kinder sind in Folge der Beschränkung auf die ehelich Geborenen um ein Beträchtliches zu niedrig, die der unehelichen zu hoch angesetzt.

Da nun in dem erwähnten Exposé die Sterblichkeit sowohl der ehelichen als der unehelichen Kinder durch die Zahl der nachweislich Verstorbenen ausgedrückt ist, welche binnen Jahresfrist auf je 1000 Lebende der betreffenden Kategorie kommen, und diese Zahl um so größer ausfallen muß, je kleiner die zu Grunde gelegte Totalzahl der bez. Lebenden war, so ergiebt sich von selbst, daß, wo diese letztere zu niedrig angenommen war, die berechnete Sterblichkeit höher erscheinen mußte, als sie in der Wirklichkeit gewesen ist, und wo die Zahl der angenommenen Lebenden von der Wirklichkeit nicht erreicht wurde, die Sterblichkeit in Wahrheit größer war, als sie berechnet ward.

Der erste Fall müßte nach dem Angeführten vorliegen bei den ehelichen, der andere bei den unehelichen Kindern; und da die Legitimationen in jedem folgenden Jahre zu den schon vorher auf diesem Wege aus den Reihen der unehelichen in die der ehelichen Uebergeführten eine neue Anzahl Kinder hinzufügen, die Differenz zwischen Rechnung und Wirklichkeit somit in jedem Jahre größer werden muß, so dürfte dieser Umstand vollständig ausreichen, die durch die erstere gefundene, vergleichsweise zunehmende Sterblichkeit der ehelichen und abnehmende der unehelichen Kinder hinsichtlich ihres thatsächlichen Vorhandenseins überhaupt in Frage zu stellen, so daß es des Suchens nach Gründen für die erst hieraus gefolgerte stärkere Vitalität (Lebensfähigkeit) der unehelichen als der ehelichen Kinder im dritten, vierten und fünften Lebensjahre vor der Hand gar nicht bedarf.

Theodor Petermann.

Noch einmal die Nationalwahlen in den Vereinigten Staaten.

Das schließliche(?) Ergebniß der Nationalwahlen in den Vereinigten Staaten giebt Allen, die denken wollen, Gelegenheit, sich einige große Lehren zu Gemüthe zu ziehen. Zum demokratischen Wahlsiege haben die Neger das Meiste beigetragen, die Neger, welche ihre Freilassung der republikanischen Partei verdanken, welche von der demokratischen in ewiger Sklaverei gehalten werden sollten, und welche deshalb viele Jahre hindurch wie ein Mann mit den Republikanern stimmten, von denen sie oft genug bewaffneten Schutz gegen die Uebergriffe ihrer ehemaligen Eigner und jetzigen Brotherren erlangt haben! — Nun, dieses auffällige Gebahren ist leicht erklärlich, und zwar aus zwei Gründen. Erstens hat die herrschende (republikanische) Partei sie in der Gewalt ihrer Brotherren gelassen, indem sie ihnen den Landbesitz und damit die Arbeitsmittel verweigerte; und die gewesenen Sklavenhalter, denen das Land durchaus hätte confiszirt werden sollen, aber vom herrschenden Kapitalismus belassen worden ist, sind nach wie vor Demokraten und haben die Macht, den Negern den Brotkorb höher zu hängen, wenn sie nicht wie ihre Arbeitgeber stimmen — und das hat am Ende seine Wirkung gethan. Zweitens aber hat die republikanische Partei durch ihre unverschämte Betrügerei den ganzen Süden, der längst sich von den Folgen des Krieges hätte erholen können, so ausgebeutet, daß auch Negergehirne sie für einen unerträglichen Gemeinschaden erkennen mußten. Den Negern selbst wird nun freilich der Parteiwechsel wenig helfen; die Sparpfennige, welche sie in die vom (rep.) Congreß und Präsidenten verbürgte „Freedman's Bank" eingezahlt haben (viele Millionen) und welche ihnen von dem frommen General Howard und Genossen so schnöde gestohlen worden sind, werden sie nie wiederbekommen; die ungeheuren Staatsschulden, welche unter republikanischer Herrschaft auf den Kredit der Südstaaten gemacht, und deren Erträge meist gestohlen worden sind, werden nach wie vor durch Negerarbeit versteuert und getilgt werden müssen; und anstatt bewaffnete Hülfe von der Union erwarten zu können, werden sie sich ganz und gar unter den Schutz ihrer Arbeitgeber schmiegen müssen. Allein trotzdem ist jetzt Hoffnung für sie; denn jetzt erst wird die Arbeiterpartei bei dieser Million Stimmgeber Gehör finden können.

Nächst den Negern hat zum Wahlentscheid die kleine Anzahl unabhängiger Stimmgeber des Nordens das Meiste beigetragen, welche keiner Partei angehören, sondern, wenn sie überhaupt stimmen, zwischen den zwei Uebeln das kleinste wählen. Zu diesen selten stimmenden Bürgern gehören z. B. die Quäker, die Herrnhuter und alle „Stillen im Lande", die selbstdenkenden Deutschen, soweit sie nicht „radikal" sind, und die „Unabhängige Partei" der Bauern und „Greenbackers". Diese Leute waren lange Jahre Bundesgenossen der Republikaner, lediglich weil diese die Partei der Bildung waren, die meisten gebildeten und fortschrittlichen Leute in ihrer Mitte zählten, der katholischen Pfaffenherrschaft widerstanden, die Sklaverei abgeschafft hatten und die Menschenrechte der Neger zu schützen vorgaben. Sie würden auch diesmal die Republikaner unterstützt haben, wäre nicht die gänzliche Verderbniß dieser Partei zu offenkundig, und wäre nicht von deren leitenden Geistern allem Anstand, aller Ehre der Nation, allem Geldbniß der Besserung zu frech in's Gesicht geschlagen worden. Hier haben wir also eine Partei der Gebildeten, der „Edelsten und Besten", der Kopfarbeiter und Anständigen, welche in einer sechzehnjährigen Herrschaft über fast alle Staaten, und im Besitz aller Machtmittel, sich selbst systematisch zu Grunde richtet und zum Skandal für alle Welt macht; welche nicht die Lebenskraft hat, um unreine Bestandtheile auszuscheiden, ihre Vertreter von der unerhörtesten Bestehlung und Entsittlichung des Volkes abzuhalten und der Verwüstung des Kapitalismus einen Damm zu setzen; welche vielmehr die Mitschuld für alle diese Verbrechen dadurch auf sich nimmt, daß sie für die Fortdauer dieser Parteiwirthschaft stimmt, obwohl sie weiß, daß diese ihr Versprechen der Reform schon vielmal gebrochen hat. Wenn wir nicht ganz irren, so giebt es hierzu in Europa Seitenstücke. — Die unabhängigen Wähler haben nun freilich die Genugthuung eines Personenwechsels in der Unionsverwaltung und in mehreren Einzelstaaten, werden aber daran nicht viel Freude erleben, zumal da erst in zwei Jahren auch der Unions-Senat demokratisch werden und eine ganz-demokratische Gesetzgebung möglich machen kann, bis dahin aber der „neue Besen" verlernt haben muß, „gut zu kehren".

Die Wahlbetrügereien haben deswegen nichts entschieden, weil sie auf beiden Seiten sich das Gleichgewicht gehalten haben; sie waren augenscheinlich gröber auf der republikanischen Seite, welche im Besitz der Unionsgewalt, der meisten Aemter und der größten Kapitalmassen ist, aber besser berechnet auf der demokratischen Seite. Die gebildetere Partei ist also schmählich überlistet worden, und der Entscheid ist vorwiegend einer wirklichen Volksmehrheit zu danken, welche gar keine andere Rettung aus der Herrschaft der einen überfaulen Partei sah, als in einem Personenwechsel zur andern hinüber. Wenn das ein Beweis sein soll für den politischen Verstand der Volksmehrheit, so wissen wir nicht recht, was politischer Verstand ist. Denn ein Systemwechsel ist unter unserm Kapitalismus undenkbar.

Zur Plimsollfrage.

In den letzt verflossenen Sitzungen des Reichstags ist der Entwurf „betreffs möglichster Verhinderung von Seeunfällen" durchberathen worden. Es ist dies ein nicht zu unterschätzender Schritt vorwärts, trotzdem hat es aber den Anschein, als ob diese Frage noch nicht gründlich genug ventilirt wäre, denn ehe einen Kapitän oder sonstigen Angestellten eine Schuld treffen kann, wird festgestellt sein müssen, ob das Schiff selbst auch wirklich „seetüchtig" war. Um daher gerecht und consequent zu handeln, wäre es wohl an der Zeit, da ein Baupolizeigesetz zu Lande schon lange existirt, ein „Schiffsbaupolizeigesetz" zu schaffen, weil dann Beamte im Stande wären, eine Controle in jeder Hinsicht zu führen. Da nun die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes durchaus nicht bestritten werden kann, und in einem kürzlich im „Vorwärts" erschienenen Artikel schon einiges Material in dieser Hinsicht beigebracht ist, so mögeu hier noch einige schlagende Beweise das in jenem Artikel angeführte erläutern. Ein in diesem Jahre im Reiherstieg bei Herrn Dreier erbauter Dreimastschooner „Durango" hatte sich, wie er leer im Hafen lag, derartig begeben, daß der Metallbeschlag vorn und hinten sich in Falten geworfen hatte, eine Folge zu schwacher Verbindung. Ein anderes Schiff bei Herrn Marbs St. Pauli 1873 erbaut, nämlich das Vollschiff „Cäsar Godefro" litt an demselben Uebel, es stand dieses Jahr auf der Slig der Herren Wenke Söhne und hatte eine Masse Metall in der Kim verloren, trotzdem das Metall nach Aussage erst ein Jahr saß. Es läßt sich dies nur durch eine außerordentlich starke Bewegung im Schiff erklären. Ferner stand im vorigen Jahr im Trockendock der vorbenannten Herren die Barke „Johann Heinrich", Kaufmann Donner in Altona gehörig und meines Wissens in Lübeck gebaut, höchstens einige Jahre alt, war leck und waren 2 Zwischendeckbalken geknickt, es fehlte diesem Schiff ebenfalls der nöthige Verband; es sollte nachgesehen werden, wurde aber, da es nach der gewöhnlichen Ausrede accordirt war, trotzdem es leck, nur sehr oberflächlich kalfatert. Ein anderes Schiff, welches ungefähr um dieselbe Zeit in selbigem Trockendock stand, würde mit dem Namen „Sargschiff" am richtigsten betitelt sein. Es war dies die alte Hamburger Bark „Helene", Kaufmann Godefroy gehörig; es waren bei diesem Schiffe eine Masse metallene Bolzen leck, es wurde auch ein gut Theil, welche gleich eisernen Bolzen verzehrt waren, herausgenommen, es blieben aber immerhin die meisten sitzen. Das Schiff wurde ebenfalls aufgehauen, um die Einhölzer zu sehen; es zeigte sich hierbei, daß das Schiff vorn verrottet war, es wurde aber auf Anordnung des Inspektors Möller das Loch so schnell wie möglich wieder zugemacht; ferner war ein sogenannter verlorener Gang bei 12—15 Fuß Länge über 1 Zoll von den Einhölzern abgewichen, das Schiff hatte überhaupt sehr breite Planken und waren selbige nur sehr schwach befestigt. Beim Kielschwein stellte sich heraus, daß nur in jeden zweiten Spant ein metallener Bolzen eingeschlagen war, man hatte immer einen eisernen dazwischen geschlagen, selbigen 4 bis 5 Zoll weggesetzt und dann zum Schein ein kleines Stück Metall darauf geschlagen. Dies wären von den vielen Fällen nur einige. In England ist diese Frage durch die Agitation des menschenfreundlichen Herrn Plimsoll schon etwas weiter gediehen, würden die englischen Schiffszimmerer ebenso große Menschenfreunde sein wie Herr Plimsoll, so würde dieser ein genügendes Material in Händen haben, um sämmtliche Gegner damit zu erdrücken. Aufgabe der deutschen Schiffszimmerer muß es daher sein, um dem vielgeplagten Seemannsstand als Pioniere vorauf zu arbeiten, alle sich zeigenden Mängel an die Oeffentlichkeit zu ziehen. Bei alten Schiffen würde bei umsichtiger und praktischer Leitung trotz der obwaltenden Machtverhältnisse ein Erfolg zum Bessern

zu erzielen sein, und könnten die Vorarbeiten schon bei jetziger bedrängter Zeit gemacht werden, damit der Allgemeine deutsche Schiffszimmererverein sich auch wirklich als deutscher Plimsol zeige. Hamburg. J. H. Brandt, Schiffszimmerer.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wie es heißt, wird Fürst Bismarck demnächst im Reichstag — wahrscheinlich bei Gelegenheit der dritten Berathung des Etats — über die orientalische Frage und seine Stellung zu derselben sprechen. Erfahren werden wir da nichts. Nur ein Idiot kann neue Aufschlüsse erwarten. Durch eine Debatte, durch Kreuz- und Querfragen ließe sich vielleicht Dies und Jenes ermitteln; allein eine Debatte will ja der Reichstag nicht. Die Nationalliberalen, Fortschrittler und Conservativen der verschiedenen Fraktionen haben keine Lust, an dem „Ast" herumzusägen, auf dem sie insgesammt sitzen, und das Centrum — je nun, das Centrum ist froh, daß der „Staat" im Vorhof von Canossa seinen Frieden mit der Kirche gemacht hat; durch die paar Bemerkungen, mit denen die Herren Windthorst und Jörg zu Beginn der Session anstandshalber die orientalische Frage streiften, hat sich das Centrum von der Pflicht einer ernsthaften Debatte losgekauft. Die Einzigen, die eine Debatte herbeizuführen suchten, die Sozialdemokraten, verfügen nicht über genug Stimmen, um einen Antrag, geschweige denn eine Interpellation zu stellen. So wird also Fürst Bismarck einen Monolog (Alleingespräch) über die orientalische Frage halten und uns sagen, was wir bereits wissen, daß Preußisch-Deutschland die strikteste Neutralität beobachten wird (eine so strikte Neutralität, daß es keinem anderen Staate des europäischen Festlandes erlauben kann, die Neutralität zu verletzen — was Fürst Bismarck natürlich nicht zu sagen braucht) und daß Preußisch-Deutschland nur dann aus seiner Neutralität heraustreten wird, wenn „seine Ehre und sein Interesse" es erheischen, wie die Thronrede sich ausgedrückt hat. Daß es gegen die Ehre und das Interesse Deutschlands verstoßen würde, wenn andere Staaten des Festlandes, z. B. Frankreich und Oesterreich, sich unterfingen, eine mit der preußisch-deutschen Neutralität nicht übereinstimmende Politik zu befolgen, das versteht sich von selbst, braucht demnach ebenfalls nicht gesagt zu werden.

Uebrigens herrscht in Betreff der Bismarck'schen Orientpolitik kaum mehr eine Meinungsverschiedenheit. Daß Fürst Bismarck Preußisch-Deutschland die Aufgabe zugedacht hat, Rußland den Rücken zu decken, d. h. Oesterreich und Frankreich im Schach und Polen niederzuhalten, wird, außer von einigen verbohrten Nationalliberalen, in der ganzen Welt von keinem Menschen mehr bezweifelt.

— Zur Notiz den „liberalen" Blättern, die da heuchlerisch thun, als ob durch das Fehlen verschiedener sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneten während der bisherigen Debatten über die Justizgesetze das Schicksal dieser Gesetze gefährdet worden sei. Erstens: unsere Partei war stets im Reichstag vertreten, und ohne Herrn Valentin wäre der Standpunkt unserer Partei auf das Eingehendste entwickelt worden. Zweitens: es war dafür gesorgt, daß, falls unerwarteterweise eine zweifelhafte Abstimmung über irgend einen prinzipiell wichtigen Punkt vorkommen sollte, die nichtanwesenden Abgeordneten telegraphisch nach Berlin geladen worden wären. Dies hat sich aber nicht als nöthig erwiesen. Bei der dritten Lesung der Justizgesetze wird es voraussichtlich anders sein. Da wo es gilt werden die Gegner uns stets auf dem Posten finden. Zur Rolle von Statisten, die schweigend hinnehmen müssen, was hinter den Coulissen zwischen den Majoritätsparteien und dem Bundesrath abgekartet worden ist, lassen unsere Abgeordneten sich nicht herabwürdigen.

Zum Schluß eine Frage: Wie kommt's, daß die liberalen Blätter für den fleißigsten von allen Reichstags-„Schwänzern" kein Wort des Tadels haben, nämlich für den Hrn. Reichskanzler Fürst Bismarck?

— Die Fortschrittspartei auf dem Bauernfang. Kurz vor der Wahl muß sich natürlich jede Partei im besten Lichte zeigen. Die Fortschrittspartei insbesondere strahlt bei solcher Gelegenheit immer im Glanze ihres unbändigen Liberalismus und ihres warmen Herzens für das Volk. Sie hilft, wo sie kann, aber vorsichtigerweise nur in äußerst bescheidener Detailkrämerei, um bei der Engrosarbeit in den Parlamenten die wahren Volksbedürfnisse um so ungenirter zu vernachlässigen. Solchem Drange, Freisinnigkeit und Volksfreundlichkeit zu heucheln, ist auch folgender „Aufruf" in dem fortschrittlichen Hauptorgan, der Berliner „Volks-Zeitung" entsprungen:

„Wir haben unseren Lesern dieser Tage den entsetzlichen Fall mitgetheilt, in welchem der Mühlknappe Schrader aus Kroppenstedt auf Grund eines falschen Zeugnisses vom Schwurgerichte zu Halberstadt wegen Brandstiftung und versuchten Mordes zu einer funfzehnjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, von welcher er sieben Jahre verbüßte, ehe seine Unschuld an den Tag kam.

„Der Unglückliche hat durch diesen furchtbaren Rechtsirrthum Alles, was er an Lebensgütern sein nannte, eingebüßt. Kann ihm auch Niemand in der Welt die langen Jahre verlorener Freiheit ersetzen, Niemand ihm sein zerrüttetes Familienleben wieder geben, so kann doch etwas geschehen, um ihn wenigstens für einen Theil seines verlorenen Hab' und Gutes zu entschädigen und ihm die Gründung einer neuen Existenz zu erleichtern.

„Die Gesetzgebung enthält bis jetzt leider keine Bestimmung, die einen solchen Ersatz aus staatlichen Mitteln gewährte. Was zu thun ist, kann nur durch die freie Opferwilligkeit der Gesellschaft erreicht werden.

„An sie wenden wir uns und wir sind überzeugt, kein Fehlgesuch zu thun, wenn wir zumal unsere Leser und Freunde bitten, selber zu dem gedachten Zwecke beizusteuern und in ihren Kreisen nach Kräften dahin zu wirken, daß dieser Zweck in vollem Maße erreicht werde.

„Zur Entgegennahme von Beiträgen, über deren Verwendung wir regelmäßig Rechenschaft ablegen werden, erklären wir uns gern bereit."

In den gesetzgebenden Körpern mit aller Energie für Gesetzesbestimmungen zu kämpfen, welche sie außerhalb derselben seufzend vermißt, fällt der Fortschrittspartei gar nicht ein — die „freie Opferwilligkeit der Gesellschaft" nimmt sich viel besser aus und stört reaktionäre und volksfeindliche Regierungen nicht einen Augenblick. Gut ist, daß die Maske der fortschrittlichen Frei- und Edelsinnigkeit sehr durchsichtig ist, und daß der so unsäglich grausam Geschädigte der Fortschritts-Heuchelei wenigstens eine Verbesserung seiner Lage zu verdanken haben wird.

— Gegen den Hirsch-Duncker'schen Tschischwitz veröffentlicht die „Tagwacht" folgenden Steckbrief:

„Zur Beachtung für alle Bundessektionen. Im Juni d. J. kam ein früherer Redakteur des „Neuen Sozialdemokrat", A. Küster, flüchtig nach Zurich und schloß sich bald unserer Sektion an, im September trat er wieder aus und bald nachher erschien in einem „liberalen" Berliner Blatte eine Erklärung, in welcher sich Küster nicht allein von der Sozialdemokratie lossagte, sondern auch die gemeinsten Insulten gegen eine Bewegung schleuderte, der er vorher angehört hatte. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß allerdings Niemand gezwungen werden kann, einer Partei anzugehören, der er aus irgendwelchem Grunde nicht mehr angehören will, daß aber nur ein Gesinnungslump im Stande ist, eine Partei, der er vorher in hervorragender Stellung angehörte, unter niederträchtiger Entstellung und Fälschung ihrer Prinzipien zu denunziren und sich dadurch der Polizei als — nun als Tschischwitz — anzubieten, von dieser Ueberzeugung ausgehend, wurde Küster seitens unseres Vorstandes darüber interpellirt, ob er obenerwähnte Erklärung geschrieben habe.

„Mittlerweile hatte, gestützt auf ein Schreiben Küster's, unser Berliner Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse", erklärt, die obenerwähnte Erklärung sei gefälscht und Küster verwies, statt jener weiteren Antwort, unsern Vorstand auf die „Berliner Freie Presse".

„Bald jedoch stellte es sich heraus, daß Küster feig gelogen hatte und die obenerwähnte Erklärung wirklich „echt" war, da einige Parteigenossen Gelegenheit nahmen, das Manuskript der Erklärung selbst zu sehen. Gleichzeitig erfuhren unsere Berliner Parteigenossen noch, daß besagter Küster ein „Gnadengesuch" an den König von Preußen um straflose Rückkehr nach Berlin eingereicht habe.

„Wir können nun freilich selbstverständlich gegen eine „Bekehrung" des Küster nichts einzuwenden haben und überlassen überhaupt solch charakterlose Subjekte gern anderen Parteien, da wir für sie doch keinen Platz haben. Sollten jedoch die Schritte Küster's nicht den gewünschten Erfolg haben, die preußische Polizei ihn nicht brauchen können und er sonach am Ende gar noch einmal in den Fall kommen, sich da oder dort als „Sozialdemokrat" aufzuspielen, so werden unsere Parteigenossen hiermit wohl unterrichtet sein, zu welchem Kaliber der nette Herr gehört.

„Zürich, 15. November 1876.

Der Internationale Arbeiterverein Zürich."

Und dieser Lumpazius ist der Protegé der Herren Hirsch-Duncker! Gratuliren! Vielleicht lassen sie ihn nächstens eine Broschüre à la Unruh schreiben. Das Zeug dazu hätte der Bursche.

— Ein Rededuell. Wir lesen in unserem Chemnitzer Parteiorgan: „Herr Duncker tritt nächsten Sonnabend im „Elysium" und nächsten Sonntag in der „Linde" in öffentlicher Versammlung auf. Die erste Versammlung beginnt Abends Punkt 8 Uhr, die zweite Sonntag Vormittag 10 Uhr. Der Zutritt ist allen Wählern (ohne Eintrittskarte) gestattet, die Redezeit des Referenten Duncker ist eine Stunde, hierauf wird Most eine Stunde Redezeit gewährt, dann darf jeder Redner, einschließlich der Referenten, nur jedesmal eine Viertelstunde sprechen. Wir sind mit diesen Vorbedingungen zufrieden und erwarten, daß unsere Genossen zahlreich und pünktlich am Platze sein werden. Nur die Disposition der Liberalen beklagen wir, nach welcher dieselben auf Grund unseres reaktionären Vereinsgesetzes sich den Vorsitz allein gesichert haben. Wir legen an und für sich keinen Werth darauf, wer den Vorsitz führt, sind vielmehr der Ansicht, daß auch die hiesigen Liberalen den Vorsitz gut führen werden, es wäre aber nach der oben angeführten Geschäftsordnung gerecht und hauptsächlich klug gewesen, den Vorsitz zwischen einem Liberalen und einem Sozialdemokraten zu theilen, da auf diese Weise die größtmöglichste Garantie für den ruhigen Verlauf der Versammlung gegeben gewesen wäre. Auf Letzteres legen wir den größten Werth und hoffen von unseren Freunden, daß sie auch in diesen Versammlungen die würdevolle Haltung bewahren, die den sozialistischen Arbeitern bisher zum Ruhme gereicht hat." Werden unsere Gegner und Gegenkandidaten in anderen Orten das Beispiel der Chemnitzer Liberalen nachahmen?

— Jagdgeschichte. Das italienische Blatt „Lombardia" meldet: „Das italienische Ministerium ist benachrichtigt worden, daß die deutschen Sozialisten, im Einverständniß mit einer nunmehr zur Ohnmacht verurtheilten Partei in Italien, welche der Regierung Verlegenheiten bereiten möchte, beschlossen haben, demnächst in Mailand einen universellen Sozialisten-Congreß zu halten, an dem alle Diejenigen Theil nehmen würden, die in Europa extremen Theorien über das Eigenthum anhängen. Wir sind sicher, daß die Regierung beschlossen hat, den Zusammentritt dieses Congresses um jeden Preis zu verhindern." — Natürlich wird der Blödsinn von deutschen Zeitungen abgedruckt. Es ist eine alte Geschichte: Die Furcht macht verrückt.

— Der alte Esel Carlyle — in seinen jungen Jahren war er kein Esel, seine Geschichte der französischen Revolution z. B. ist ein sehr verdienstliches Werk, aber seit er sich auf den „Helden"-Kultus (die Heroworship) geworfen und successive den verschiedensten Blut- und Eisengötzen vom „alten Fritz" bis herunter zu Bonaparte und Bismarck Altäre errichtet hat, ist er mehr und mehr auf das Niveau seines äffischen Nachbeters Scherr hinabgeglitten und findet sich jetzt mit demselben brüderlich vereint in der Gosse des Kulturkampfs und Kanonenrechts — also der alte Esel Carlyle hat dieser Tage ein indianisches Kriegsgeheul gegen die Türken losgelassen, die aus Europa getrieben, wo möglich vom Erdboden vertilgt werden müßten. „Väterchen" Alexander wird denken: „Gut gebrüllt, du Eselchen in der Löwenhaut, schade nur, daß Dein Gebrüll nicht die Wirkung des Gebrülls Deiner Ur-ur-Großmutter hat, auf der einst Bileam ritt: dann würde ich Dich meiner Armee voranschicken und die Mauern von Schumla, Silistria, Warma, Nikšić, Constantinopel u. s. w. umbrüllen lassen!" Und, der Hiebe von Alexinatsch gedenkend, wird „Väterchen" sich hinter den „friedlichen" Ohren kratzen.

— Noch ist Polen nicht verloren. Die in Wien studirenden Polen haben an die Agramer und die Wiener slavischen Studenten auf deren Einladung, im Gegensatze zu den Kundgebungen der Pester Studirenden an einer serbenfeindlichen, russenfreundlichen Demonstration theilzunehmen, folgendes Antwortschreiben gerichtet:

„Die polnische Jugend der Wiener Hochschulen den kroatischen Brüdern und Commilitonen Heil und Gruß! Den Inhalt eures Schreibens, welches uns auffordert, gemeinschaftlich mit anderen Slaven den Kundgebungen der ungarischen Jugend ge-

Der deutsche Bauernkrieg.*)

Ein Stück Menschheitsgeschichte hat uns Bebel in seinem Buche geliefert, wenn er selbst auch bescheiden darüber urtheilt und sich mit seiner Arbeit nicht eindrängen will in die „Zunft der Geschichtsschreiber". Es ist schon viel über den Bauernkrieg geschrieben worden, von Berufenen und Unberufenen, aber es ging dem Bauernkriege wie der „Großen Revolution," — es hat ihm bisher an einem Darsteller gefehlt, der den Verhältnissen und Ereignissen gegenüber einen allgemein menschlichen Standpunkt einnahm.

Die große Mehrzahl Derjenigen, die sich mit dem Bauernkriege beschäftigt haben, vermochten mit ihren Arbeiten deshalb auch nicht in's Volk zu dringen, ihr Leserkreis blieb ein verhältnißmäßig kleiner und beschränkter, der Werth ihrer Werke mehr oder weniger nur ein untergeordneter. Ein Verdienst läßt sich Bebel's Vorgängern allerdings nicht absprechen, sie haben fleißig gesammelt und reiches Material zu einer wirklichen Geschichte des Bauernkrieges zusammengetragen und die Gegenwart darf ihnen dafür dankbar sein.

Bei Bebel nun finden wir das, was wir bei seinen Vorgängern vermissen: tiefer und umfassender als bei diesen ist sein Blick, schärfer sein Urtheil, klarer und ansprechender seine Darstellung. Wenn wir etwas bei dem Bebel'schen Buche beklagen, so ist es der Umstand, daß das Material, welches Bebel zu Gebote stand, kein größeres gewesen. Er hat seinen Bauernkrieg im Landesgefängniß Zwickau geschrieben, und es handelte sich für ihn vornehmlich darum, die ihm seiner Zeit wegen „Majestätsbeleidigung" zuerkannte unfreiwillige neunmonatliche Muße „möglichst nützlich im Interesse der Partei zu verwerthen". Nun, diese Aufgabe hat er in reichstem Maße erfüllt und trotz des beschränkten Materials ein Geschichtswerk geliefert, das auf die volle Anerkennung des Geschichtsfreundes sowohl als auch aller derjenigen Anspruch erheben darf, denen die Aufklärung des arbeitenden Volks und seine Befreiung am Herzen liegt. Die Partei selbst darf ihm für seine Arbeit Dank wissen und sie wird diesen Dank am besten dadurch bethätigen können, daß sie Bebel's Buch liest und verbreitet.

„Die Formen der Unterdrückung und Ausbeutung", sagt Bebel am Schluß seines Buches, „haben seit drei Jahrhunderten gewechselt, die Unterdrückung und Ausbeutung selbst ist geblieben. Wohl ist der Bauer des neunzehnten Jahrhunderts cultivirter und civilisirter geworden, wie sein Vorfahr aus dem sechszehnten Jahrhundert; so sehr man seine geistige Entwickelung auch vernachlässigt hat, der Fortschritt der Jahrhunderte konnte auch an ihm nicht spurlos vorübergehen. Aber relativ, im Vergleich zu der Lage des großen Gutsherrn von heute betrachtet, ist seine soziale Lage kaum eine bessere geworden.

„Aber einen großen Fortschritt hat die moderne Culturentwickelung herbeigeführt. Sie hat den Gegensatz der Interessen des Landproletariats und des Industrie-Proletariats aufgehoben, die Ueberzeugung von der Gemeinsamkeit der Interessen, die Erkenntniß von der Nothwendigkeit des Zusammenwirkens und von der Nothwendigkeit der Umformung der Gesellschaft in eine Organisation, die jede Herrschaft und darum auch jede Unterdrückung ausschließt, überall verbreitet, sie hat mit einem Wort die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Aufrichtung der Menschengemeinschaft in der Gleichheit und Brüderlichkeit auf Grund einer den stetigen Fortschritt der Menschheit bedingenden Organisation zum Gemeingut aller denkenden Köpfe gemacht. Was die weitestgehenden Häupter der Bauernrevolution des sechszehnten Jahrhunderts nur dunkel geahnt und unklar erstrebt, das ist bei Beginn des letzten Viertels des neunzehnten Jahrhunderts in überzeugungsvoller Klarheit Gemeingut aller Derer geworden, die sich der Aufgabe gewidmet, die Hindernisse zu beseitigen, die dem Fortschritt der Menschheit auf der Bahn des allgemeinen Glücks und Wohlbefindens entgegenstehen."

Wir theilen diese Bemerkung Bebel's nur mit, um den Parteigenossen zu zeigen, daß es keine fremde Welt ist, in die sie treten, wenn sie das Bebel'sche Buch lesen; die Farben der Gegenwart sind im Allgemeinen kaum weniger grell als die der Vergangenheit, und Bebel hat ganz Recht, wenn er sagt: „Die Formen der Unterdrückung haben seit drei Jahrhunderten gewechselt, die Unterdrückung und Ausbeutung selbst ist geblieben."

Zugleich wird man aus unserem Auszuge die Pflicht jedes Parteigenossen herauslesen, mit den Zeitverhältnissen und Ereignissen sich vertraut zu machen, die das Buch in fesselnden Bildern, in lebendiger Sprache vor uns entrollt. Man wird dann auch finden, daß das Buch nicht blos für die Parteigenossen geschrieben, sondern daß es eine Agitationsschrift in vollstem Sinne des Worts ist. Man darf Bebel's Aeußerung, daß die Erkenntniß von der Nothwendigkeit des Zusammenwirkens und von der Nothwendigkeit der Umformung der Gesellschaft in eine Organisation „überall verbreitet" ist, nicht wörtlich nehmen, es ist im Gegentheil meist noch herzlich dunkel in den Köpfen. Aber gerade dort, wo es noch dunkel ist, da ist Bebel's Buch am Platz, Licht in die Köpfe zu bringen und die uns heute mehr oder weniger noch ferustehenden Kreise der Landbevölkerung über ihre Lage aufzuklären, sie zu uns herüberzuziehen und sie für das große Befreiungswerk zu gewinnen, dafür giebt es kaum ein besseres Mittel als Bebel's Bauernkrieg.

Er giebt eine ergreifende Schilderung von der Lage der Bauern. Zu ewiger Knechtschaft von den herrschenden Klassen verurtheilt, von zahllosen Ausbeutern ausgesogen, vegetiren sie dahin, jedes Lebensgenusses beraubt, selbst um das Familienglück betrogen. Und auf der anderen Seite die grenzenloseste Corruption, die „Diener Gottes" freche Wüstlinge, mit dem Patriziat der Städte, dem Adel und den Fürsten in der Schwelgerei wetteifernd, — das Gewerbe, nachdem es sich kaum freigemacht vom Despotismus des städtischen Patriziats, betäubt und erstickt im Kohlendunste des Zunftregiments! Ueberall dumpfe Schwüle, nirgends ein frischer Lufthauch! Man fühlt es, nur des zündenden Funkens bedarf es, um all die gährenden Elemente, welche die Ausbeutung vieler Jahrhunderte gehäuft, zur Explosion zu bringen. Und die Katastrophe erfolgt, ihr Donnergrollen schreckt die Besitzenden und Genießenden aus ihrer Schwelgerei empor. Die Bauern brechen die schmachvollen Ketten der Sklaverei und ein furchtbares Gericht ereilt die „Herren" und Gottes Priester. Heldenmüthige Kämpfe werden uns geschildert und eiserne Gestalten tauchen vor uns auf, aber die gewaltige Bewegung erliegt bei der Kurzsichtigkeit und Vertrauensseligkeit der Massen. Ein schreckliches Strafgericht bricht über diejenigen herein, die auf ein menschlicheres Dasein Anspruch erheben, entsetzliche Vergeltung üben die Besitzenden und auf unmenschliche Weise stellen sie ihre Herrschaft wieder her.

Wie klein, wie jämmerlich erscheint in der großen Zeit, die unter den Geknechteten so viele große Menschen erzeugte, das Bild Luther's, der von den Rechten des Volkes nichts wissen wollte, sein Heil bei den Fürsten suchte und mit pfäffisch-prote-

*) Der deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters. Von A. Bebel. Braunschweig, Druck und Verlag von W. Bracke jr. 1876.

genüber Stellung zu nehmen, haben wir wohl erwogen, und antworten was folgt: Wir bedauern, daß die ungarische Jugend die Prinzipien der Humanität einseitig ausgelegt hat; wir meinen, daß es derselben nicht gezieme — sei es auch indirekt — ein Volk in seinem edlen Streben zu schädigen, welches trotz schwerer Ungunst der Zeit sich einmüthig erhoben, um in den ungleichen Kampf zu ziehen für Freiheit, Recht und Vaterland! Möge Gott die Waffen segnen, welche der gerechten Sache dienen, und unseren slavischen Brüdern den Sieg gewähren! Aber trotz unserer Sympathie für das serbische Volk finden wir es für gut und angemessen, euer Anerbieten, gemeinschaftlich vorzugehen, abzulehnen. Serbien hat einen Verbündeten, welcher unser Volk mit schwerer Gewalt bedrückt, welcher unseren Glauben, unsere Sprache vernichten will, welcher die Prinzipien der Freiheit und Civilisation verleugnet und die Traditionen und Gefühle zerstört, welche die große Vergangenheit unseres Volkes geschaffen! Die Unterstützung dieses Verbündeten ist unserer Meinung nach ein Danaergeschenk, seine Sprache eine doppelzüngige. Die Geschichte wird einst dieses Vorgehen so richten, wie die politischen Verbrechen Katharina's und Ingolström's. Daher halten wir es für unsere Pflicht, nicht dazu beizutragen, daß die slavische Jugend durch Kundgebungen ihrer Sympathie den Anhang jenes mächtigen Feindes der Freiheit vergrößere, und rufen ihnen warnend zu: „Vertrauet blos den eigenen Kräften!" Diese müssen aber durch ruhige, aufopfernde und patriotische Arbeit gehoben werden. Durch die Ergebnisse derselben wird Gerechtigkeit und Freiheit den slavischen Völkern werden, durch jene gewaltige Macht blos — Sklaverei!" (Unterschriften.)

Das Unglück für die Südslaven, in so weit sie wirklich freiheitlichen Strebungen huldigen, ist blos, daß die Serben, Herzegowiner und wie sie alle heißen mögen, das „Danaergeschenk" der russischen Protektion nicht ablehnen können. Die Vernichtung Rußlands in seiner heutigen Gestalt ist die unerläßliche Vorbedingung freiheitlicher Zustände in den Donaugegenden.

Im Gegensatz zu obiger Kundgebung hat der polnische Fürst Lubomirski von Paris aus, wo er ansässig ist, an seine Landsleute eine Ansprache gerichtet, in der er sie auffordert, „sich offen und loyal in die Arme Rußlands zu werfen, wenn sie nicht wollten, daß der polnische Name von der Erdoberfläche verschwinde". Das heißt, das Schaf soll sich vom Wolf ruhig auffressen lassen, damit sein Todeskampf nicht zu lang dauert. Ein sehr praktischer Rath, den die Polen befolgen werden, wenn sie — Schafe sind.

— Die Arbeitslosigkeit in Dänemark ist nicht minder groß als bei uns in Deutschland. Um nur einige Beispiele anzuführen, so ist in einer jüngst abgehaltenen Versammlung der „Dänischen Arbeitergenossenschaft" mitgetheilt worden, daß eine große Fayencefabrik ein Drittel ihrer Arbeiter entlassen habe und die Arbeitszeit der übrigen Arbeiter der Fabrik wesentlich reduzirt worden sei. Eine andere große Fabrik in der Nähe der Hauptstadt hat 300 Arbeiterinnen entlassen müssen. Schon im letzten Sommer waren hier 430 Zimmergesellen ohne Arbeit, jetzt ist die Zahl der arbeitslosen Gehilfen des Zimmergewerks eine noch weit größere. Die Gesuche um Unterstützung aus der Armenkasse wegen Mangels an Arbeit mehren sich denn auch von Tag zu Tag.

— Der drohende Strike in Lancashire (England) ist noch in letzter Stunde abgewandt worden. Am 23. November sollten die Fabriken gesperrt werden; zwei Tage vorher beschlossen die Fabrikanten, nach vorherigen Verhandlungen mit den Arbeitern — deren Organisation sich doch kräftiger zeigte, als man erwartet hatte — die betreffende Ankündigung zurückzuziehen. Allerdings ist der Kampf nur vertagt und kann bei jeder Gelegenheit wieder in hellen Flammen auflodern.

— Unser Parteigenosse Brix in Kopenhagen ist wegen angeblicher Beleidigung eines Fabrikanten, begangen in dem sozialistischen Witzblatt „Ravnen", zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 26. Novbr. Es ist jetzt der „Bericht der ständeräthlichen Fabrikgesetz-Commission" erschienen. Er verbreitet sich nur über diejenigen Punkte, über welche die ganze Commission sich geeinigt hat, über den Fabrikbegriff, die hygieinischen und Sicherheitsvorschriften, welche das Gesetz im Interesse von Gesundheit und Leben der Arbeiter den Fabrikinhabern vorschreibt, die Haftpflichtsfrage und das Inspektorat. Bei den wesentlichen Differenzpunkten zwischen Majorität und Minorität werden noch besondere Referate erstattet werden. Bereits früher haben wir über die Commissionsarbeiten berichtet, doch dürfte es im Interesse der Sache liegen, wenn wir einige Auszüge aus dem Referate geben. Beim ersten Abschnitt, Fabrikbegriff, war die nationalräthliche Commission zu folgendem Antrage gelangt: „Wir beantragen: Streichung der Worte „in geschlossenen Räumen"." Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Uebelstände, welche durch das Gesetz beseitigt werden sollen, ganz ebenso sehr bei Gewerben in offenen Räumen, wie bei Bauten, in Steinbrüchen u. s. w. vorkommen können. Das am 3. Juni 1874 promulgirte französische Gesetz über die Arbeit der Kinder und minorennen Mädchen sagt denn auch ausdrücklich, daß dieselben nur unter den im Gesetze näher angegebenen Bedingungen in den „manufactures, fabriques, usines, chantiers et ateliers" (Manufakturen, Fabriken, Hochöfen, Werften und Werkstätten) zur Arbeit verwendet werden dürfen. Der § 136 der deutschen Gewerbeordnug sagt, daß unter Arbeitern, auf welche die betreffenden Bestimmungen Anwendung finden sollen, auch diejenigen verstanden seien, welche außerhalb der Fabrikwerkstätten für Fabrikinhaber oder für die ihnen gleichgestellten Personen, die zu deren Gewerbebetriebe nöthigen Ganz- oder Halbfabrikate anfertigen. Unsere Fabrikgesetze der Schweiz enthalten dagegen die Bestimmung „in geschlossenen Räumen" als Kriterium, ob eine gewerbliche Anstalt unter die Herrschaft des Gesetzes falle oder nicht; so die Fabrikgesetze von Glarus, Aargau, Baselstadt, Baselland und Schaffhausen. Wir halten es durchaus für wünschenswerth, daß hier ein Schritt weiter gegangen wird und die Wohlthaten des Gesetzes im Sinne unseres Antrages auch auf die Arbeiter in nicht geschlossenen Räumen ausgedehnt werden. Die Fährdung von Gesundheit und Leben beschränkt sich keineswegs auf den fabrikmäßigen Betrieb in geschlossenen Räumen. Mit unserem Antrage wird erreicht, daß die in Art. 2 niedergelegte und für das Wohl der arbeitenden Klassen so eminent wichtige Bestimmung nicht nur einem Bruchtheile der Arbeiter zu gut kommt." — Der Nationalrath schloß sich dieser Auffassung in den ersten Berathungen an, nahm jedoch in der Schlußberathung wesentlich aus constitutionellen Bedenken die „geschlossenen Räume" wieder auf. — Des besseren Verständnisses wegen wollen wir noch folgen lassen, wie sich die Commission den Art. 2 dachte. Nach dem bundesräthlichen Vorschlage hatte das erste Alinea (Absatz) desselben folgenden Wortlaut:

„In jeder Fabrik sind die Arbeitsräume, Maschinen und Werkgeräthschaften so herzustellen und zu unterhalten, daß dadurch Gesundheit und Leben der Arbeiter in keiner Weise gefährdet werde."

Die Commission wollte Gesundheit und Leben der Arbeiter „bestmöglichst gesichert" sehen. Die im Entwurfe enthaltene Vorschrift sei eine durchaus unerfüllbare Forderung u. s. w. Die Commission hatte bei ihrem Antrage, die Bestimmung in „geschlossene Räumen" zu streichen, durchaus Rücksichten auf das Leben und die Gesundheit der Arbeiter im Auge. Die ständeräthliche Commission äußerte sich nun folgendermaßen über den Gegenstand:

„Was den Fabrikbegriff betrifft, so dreht sich der Streit wesentlich um die Frage, ob der Ausdruck „in geschlossenen Räumen" in Art. 1 soll beibehalten werden oder nicht. Daß der Begriff Fabrikbetrieb als Unterscheidung von Handwerk und Hausindustrie mit materiellen Erkennungsmomenten (etwa Industriebetrieb durch Maschinen, Wasser, Dampf und dgl.) nur ganz ungenau und für die Entscheidung im einzelnen Falle kaum fördernd definirt werden kann, haben die Gesetzgeber allüberall erfahren, wo sie solche Definitionen versucht haben. Daß im Fernern der schweizerische Gesetzgeber, mindestens zur Zeit, und muthmaßlich für lange, vielleicht für immer, es von sich weisen muß, die Landwirthschaft, werde sie noch so groß betrieben, als Fabrikbetrieb zu taxiren, ist ebenfalls einleuchtend; daß überhaupt vielfache Arbeit in freier Luft nicht wohl gesetzgeberisch, zumal durch ein Stundenmaximum u. s. w., staatlich regulirt werden kann, liegt auf der Hand. Es bliebe wesentlich noch die Frage übrig, ob eine Anzahl von Baugewerken, Zimmermanns-, Maurer- und Erdarbeiten u. s. w. durch Weglassung der Worte „in geschlossenen Räumen" mit unter das Fabrikgesetz gestellt werden sollen? Dem steht doch auch wieder entgegen, daß ein Großtheil dieser Arbeiten, ein Großtheil des Lohninteresses der Arbeiter namentlich, durch die Jahreszeit bedingt ist. Sommer und Winter sind hiebei nicht gleichbedeutend für die Erwerbsmöglichkeit und den Arbeitslohn. Der höhere Ertrag und die höhere Arbeitsanstrengung im Sommer muß großentheils den geringern Ertrag und die größere Ruhe im Winter ausgleichen. Auch hier wäre es nicht gerathen, allzusehr im Detail zu reglementiren.

„Würden die Worte „in geschlossenen Räumen" gestrichen, so müßten sogleich Ausnahmen beigesetzt werden, auf welche das Gesetz nicht anwendbar sei. Im Nationalrath führten diese in erster Berathung beigefügten Ausnahmen im Verlaufe der Diskussion und nach durch dieselbe erkannter Schwierigkeit, wieder auf den jetzigen Wortlaut des Art. 1 zurück, und der ständeräthlichen Commission wäre es kaum anders gegangen. Man entschloß sich also, bei dem Wortlaute zu bleiben, wie ihn der Nationalrath schließlich festgestellt hat."

Wir constatiren, daß die ständeräthliche Commission bei ihren Erwägungen von constitutionellen Bedenken ebenso wenig geleitet wird wie die nationalräthliche, und daß sich ihre Auffassung von der der letzteren hauptsächlich dadurch unterscheidet, daß die Rücksichten auf Leben und Gesundheit der Arbeiter bei ihr viel weniger als bei jener ins Gewicht fallen. Ihr Standpunkt erscheint uns ein wenig naiv, die größere Arbeit im Sommer werde; durch größere Ruhe im Winter ausgeglichen, in gesundheitlicher Beziehung scheint die Commission hiernach ein ganz normales Verhältniß gefunden zu haben. Wir sind begierig, ob ihr in dieser Richtung irgend welche ärztliche Gutachten zur Seite stehen. Ob ihr etwa die italienischen Erd- und Tunnelarbeiter vorschwebten? Kann eine dreimonatliche Winterruhe, wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden darf, die schweren Gesundheitsschädigungen ausgleichen, welche die sechszehnstündigen Arbeiten in nassen Gräben und Straßen oder in erstickenden Tunnels selbst dem kräftigsten Körper zufügen müssen? Wir glauben, es findet sich kein Arzt, der dies zu behaupten wagt. Im Gegentheil, jeder vernünftige Arzt wird dahin entscheiden, daß, wenn irgendwo, gerade hier der Normalarbeitstag am Platze ist. Die Commission macht sich im Uebrigen eine ganz falsche Vorstellung von der „Winterruhe" dieser Arbeiter. Gebietet die Witterung in der gewöhnlichen Arbeit Halt, dann legt sich der Arbeiter nicht auf die faule Bärenhaut, sondern sucht in der Regel eine andere Beschäftigung, und meist wird diese für ihn noch mühsamer, vielleicht auch noch anstrengender sein als seine gewöhnliche, weil sie ihm fremder ist als diese. — Die zarten Rücksichten, welche die Commission auf die Lohninteressen der Arbeiter nimmt, sind hier ganz und gar nicht angebracht, der Lohn wird sich nicht verringern, und wenn Jemand unter der Ausdehnung des Fabrikbegriffs zu leiden hätte, dann wären es nur die Herren Favre und Consorten, d. h. die Herren Eisenbahn-, Straßen- und andere Unternehmer.

Die landwirthschaftlichen Prophezeiungen der Commission mögen „für lange" noch richtig sein, einmal aber kommt doch der Tag, an dem auch den Lohnsklaven der Landwirthschaft die Stunde eines menschenwürdigeren Daseins schlägt. (Forts. f.)

Schleswig, 20. November. (Agitationsbericht.) Sonntag, den 12. November, hielt ich, unterstützt durch Kieler Parteifreunde, eine Versammlung in Gottorf ab, wobei durch die mangelhafte Bekanntmachung der Versammlung das Bureau in die Hände des liberalen Organisten Heinebuchen fiel. Jedoch hatten wir uns über seine Leitung nicht zu beklagen. Als ich mit meinem Vortrage zu Ende war, erklärte der Vorsitzende, er und jedenfalls auch andere wären nicht mit Allem einverstanden, was ich gesagt habe, da es aber heute zu lange dauern würde, wenn noch eine Widerlegung erfolgen sollte, so beantrage er, in 14 Tagen oder 3 Wochen eine Versammlung einzuberufen, wo ich widerlegt werden solle!? Ueber 3 Wochen versprach ich zu kommen, um die Widerlegung entgegen zu nehmen. In Burgstedt steht ein Lokal zur Verfügung, aber Herr Hardes-Vogt aus Eckernförde verlangt von dem betreffenden Wirth, da es drei Meilen von genannter Stadt liegt, im gedeckten Wagen hin- und hergefahren zu werden. Da der Wirth Pferde und Wagen nicht hat, kann er das Lokal nicht hergeben, weil ihm dann die Tanzmusik beschränkt würde. In Gottorf stellte ich den betreffenden Beamten darüber zur Rede, wurde aber auf echt preußisch abgefertigt: man sei mir keinen Aufschluß darüber schuldig. Jetzt kommt aber des Pudels Kern. Montag der 13. wurde ich nach Schleswig gerufen. Der nationalliberale Verein hatte eine liberale Wählerversammlung einberufen, und zwar Vormittags 11 Uhr. Der in allen Farben schillernde Dr. Meyer-Forsteck hielt seine Candidatenrede, und was für eine! Brrrr! Nur die großen Liberalen und die Conservativen seien berechtigte Parteien, alle übrigen seien Interessengruppen und daher gar nicht existenzberechtigt. Uebrigens habe ich in der Versammlung gehört, der Dr.-Titel des Candidaten sei blos ein gekaufter. Als ich fragte, ob der Herr Doktor Diskussion zulasse, wurde ich abschlägig beschieden, wir seien zu dieser Versammlung gar nicht eingeladen. Wenn wir jedoch „anständig" wären, so würden mir kurze, aber nur ganz kurze Interpellationen erlaubt werden. Die Meyeriade ist abgeleiert und ich erhalte das Wort zum Interpelliren. Eben will ich meine Frage über das Schulwesen motiviren, als der Vorsitzende v. Fischer-Benzon sagt, ich rede nicht zur Sache. Der Staatsanwalt ruft, ich spräche zur Sache, man möge mich sprechen lassen. Aber der Vorsitzende entzieht mir trotzdem das Wort, giebt den Diener der heiligen Hermandad einen Wink und ich werde durch denselben an die frische Luft gesetzt, das deutsche Reich ist gerettet! Freund Dempfwolf theilt mein Schicksal, nachdem er gefragt hatte, ob Herr Meyer das, was er uns erzählt habe, selbst glaube. Diese Handlungsweise des Vorsitzenden ist der liberalen Versammlung doch zu liberal und sie löst sich unter großem Tumult selbst auf.

Mit sozialdemokratischem Gruß S. Heinzel.

NB. Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" wird um Abdruck gebeten.

Schellenberg, 19. Nov. Auch in unserm, dem 15. sächs. Wahlkreis kommt jetzt die Agitation lebhaft in Schwung und will ich Ihnen kurz von denjenigen Versammlungen berichten, welchen ich mit beigewohnt habe. Zunächst haben wir in dem 2 Stunden von hier entfernten Eppendorf, wo es uns trotz aller Bemühungen bis Mitte September nicht gelungen war, Boden zu fassen, in kurzer Zeit drei Versammlungen abgehalten, wovon die dritte insofern bemerkenswerth war, als in derselben der Reichstagsabgeordnete Vahlteich schon am Anfang des Vortrags durch einige rohe Tumultanten unterbrochen wurde. Als die anwesenden Holzarbeiter und Kleinbauern Anstalten machten, den frechsten Ruhestörer, einen Gutsbesitzer aus Eppendorf, aus dem Saale zu entfernen, löste der anwesende Gensdarm Köhler aus Borstendorf die Versammlung auf. Hoffentlich wird dieser Vorgang nur dazu beigetragen haben, den Arbeitern Eppendorfs und Umgegend, die bei der vorigen Wahl sich von einigen großen Fabrikanten und Gutsbesitzern leithammeln ließen, die Augen zu öffnen, so daß die beiden Dörfer Borstendorf und Eppendorf mit zusammen einer Seelenzahl von nahe an 4000 nicht wie das vorige Mal 200 Stimmen für Gensel und nur 19 für Vahlteich abgeben. Daran an-

---

stantischen Flüchen das arbeitende Volk überschüttete, welches um seine Freiheit rang. Allen Forderungen des Volks voran stand die Forderung der freien Lehre des Evangeliums. Die Armen „fühlten instinktiv, daß ihre politisch-sozialen Errungenschaften nur dann vollen Bestand haben könnten, wenn auch ihre religiösen Ueberzeugungen keinem Zwang mehr unterworfen wären, die Religion nicht mehr als Mittel für neue Unterdrückung angewendet werden könne."

Aber das begriff Luther nicht oder wollte es nicht begreifen, die Knechtschaft sollte beibehalten, die Unterdrückung bestätigt werden. Wohlthätig erscheint uns dem um Fürstengunst buhlenden nur äußerlich reformirenden Luther gegenüber Thomas Münzer, der Mystiker. Vermag uns seine Reformation auch nicht zu begeistern, so steht sie doch höher als die Luther's, und was ihn uns näher führt, das ist der Umstand, daß er seinen Stützpunkt im Volke suchte, dessen soziale Forderungen als berechtigt anerkannte und mit dem Schwerte in der Hand Beides verfocht, seine religiöse Reform sowohl als auch die sozial-politischen Forderungen des Volkes.

Bebel zeigt uns, wie bei dem Volke jedes Interesse für die religiöse Form schwand, als die Verwirklichung der politisch-sozialen Forderungen durch die Niederlage der Bauern unmöglich wurde. Man ahnte, daß die religiöse Reform ohne die politisch-soziale nur Lug und Trug sei. „Die Reformation, die vor dem Bauernkriege die begründetste Aussicht hatte, ganz Deutschland im Fluge zu erobern, war nach dem Bauernkriege dem Volke gleichgültig geworden, sie war nur noch ein Mittel in der Hand der Fürsten."

„Das Volk sah von jetzt ab dem Kampfe zwischen der protestantischen Fürsten- und der katholischen Kaisermacht in stumpfer Gleichgültigkeit zu. Es wurde auf Befehl seines Fürsten heute reformirt und morgen katholisch und umgekehrt. Der Kampf um religiöse Lehren und Glaubensansichten war kein Kampf mehr, für den es sich interessirte, seitdem ihm das materielle Interesse daran abhanden gekommen war; der Kampf wurde reines Pfaffengezänk, das die Massen kalt ließ und nur den Fürsten für ihre Zwecke diente."

Wir dürfen es wohl für heute bei diesen Andeutungen bewenden lassen. Sie haben keinen Anspruch auf den Namen einer Inhalts-Skizze, doch dürften sie den Parteigenossen bereits einen Einblick in den reichhaltigen Inhalt des Buches gestattet haben.

Wir haben vor, einzelne Partien des „Bauernkriegs" später im Auszuge mitzutheilen. Einstweilen können wir den Parteigenossen nur wiederholt empfehlen, das Buch sich anzuschaffen und es nach Kräften zu verbreiten. C. L.

— Ein Kapitel aus der Geschichte des herrschenden Unsinns. Ein Bruder Studio richtet an die „Schles. Ztg." folgende Zuschrift:

„In den letzten Tagen fand wiederum eine Immatrikulation neu angekommener Studirender statt. Hiebei muß jeder Aufzunehmende „durch Handschlag an Eidesstatt" versichern, daß er nach den Universitätsgesetzen leben wolle.

Diejenigen, welche nach absolvirter Maturitätsprüfung hierher kommen, kennen die Universitätsgesetze noch gar nicht; erst bei der Immatrikulation werden ihnen dieselben eingehändigt. In denselben ist aber zu lesen:

§ 25. Die Studirenden müssen zur Verhütung des Feuerschadens die vorgeschriebene Vorsicht gebrauchen; besonders durch Vermeidung des Schießens, der Feuerwerke und des Tabakrauchens an Orten, wo leicht Schaden zu besorgen ist, z. B. in der Nähe von Gebäuden und anderen leicht entzündlichen Gegenständen (so!), vornehmlich auf den Straßen, es sei in Städten oder Dörfern und Wäldern, wie auch innerhalb der Gebäude, in der Nähe der Betten, auf Böden oder in Ställen.

§ 26. . . . . Auch muß Niemand bei Vermeidung disziplinarischer Ahndung nach 10 Uhr Abends sich in einem Wirthshause antreffen lassen.

Nun möchte ich folgende Fragen zur Beantwortung hinstellen:

1) Ist es wohl recht, Jemanden zu vermögen, etwas „durch Handschlag an Eidesstatt" zu versichern, was er gar nicht kennt?

2) Kann man von einem Studenten verlangen, er solle „durch Handschlag an Eidesstatt" versichern, er werde die Bestimmungen, welche in § 25 und 26 enthalten sind, einhalten?

3) Können wohl die Herren Professoren, die solches von den Studenten verlangen, selbst versichern, daß sie in ihrer Studentenzeit nach diesen Bestimmungen gelebt haben?"

— Der glückliche Strousberg. Der „Tagesbote aus Böhmen" schreibt: „Dr. Strousberg wird nächster Tage in Prag eintreffen. Wie wir erfahren, will ein Consortium, an dessen Spitze der Flügeladjutant des Deutschen Kaisers, Graf Lehndorff stehen soll, die bedeutenden Strousbergschen Herrschaften sammt den Industrialien ankaufen und dieselben von Dr. Strousberg verwalten lassen. Ein bedeutendes Kapital soll ihn dann in den Stand setzen, einen Theil der von ihm projektirten Werke in Ausführung zu bringen." — Man empfängt also den Betrüger mit offenen Armen! Das ist ein prächtiges Spiegelbild der heutigen Gesellschaft.

schließend will ich Ihnen gleich von der gestern Abend auf dem Wildenstein bei Grünhainichen stattgefundenen Versammlung berichten. Das Lokal ist etwas klein und entsprach der aus drei bedeutenden Dörfern zuströmenden Arbeitermasse durchaus nicht. Wir waren aber gezwungen, dies Lokal zu nehmen, weil wir weder in Grünhainichen noch in Waldkirchen (2 durch ihre Spielwaarenfabrikation bedeutende Orte) einen Saal bekamen, was wir den paar großen Spielwaarenfabrikanten zu verdanken haben, die ihr Möglichstes thaten, um Herrn Vahlteich an der Ausübung seiner Pflicht, über die Reichstagsverhandlungen Bericht zu erstatten, zu verhindern. Doch zu unserm Erstaunen erschien zur festgesetzten Zeit weder die Ortsbehörde, noch der behelmte Landgensdarm, um wie gewöhnlich der Versammlung als „andächtige Zuhörer" mit beizuwohnen. Ohne jede bedeutende Störung führten wir die Versammlung zu Ende, und ich sprach noch zum Schluß den Wunsch aus, daß die Anwesenden die ausgestellten Teller bedenken möchten, da wir Geld zur Betreibung der Wahlagitation brauchten. Mit Verkauf von Broschüren beschäftigt, erstaunte ich nicht wenig, als plötzlich Arbeiter an den Tisch traten und Geldstücke zur Deckung der Unkosten niederlegten, „weil die Tellersammlung durch den Gensdarm Köhler aus Borstendorf inhibirt sei", er war also doch da, dieser unser guter Freund, den wir wegen seiner Versammlungsauflösung in Eppendorf gebührend in der „Chemnitzer Freien Presse" gekennzeichnet und davon 200 Exemplare in seinem Stationsbezirk vertheilt hatten. Er war da, ohne sich beim Bureau anzumelden und ohne das Verbot der Tellersammlung laut anszusprechen, er hatte sich einfach an das am Ausgang des Saales aufgestellte Tischchen gestellt, die Zahlung von Beiträgen verboten und sich nach Verlassen des Saales von Seite der Anwesenden sofort aus dem Staube gemacht, ohne daß wir ihn zu Gesicht bekamen. Auch in der auf der Wartburg bei Zschopau für die Waldkirchner Arbeiter am Sonntag, den 5. November, abgehaltenen Versammlung verbot ein anwesender Polizeiregistrator aus Zschopau die Tellersammlung, um uns dadurch „den Lebensnerv zu unterbinden". Die ausgebotenen „Nieder mit den Sozialdemokraten" lieferten aber ein reichliches Erträgniß, und wir sind auch in dieser Versammlung nicht zu Schaden gekommen; wir werden uns aber, wenn derartige Mannöver wiederholt werden, doch zu einer Beschwerde an die Oberbehörden entschließen müssen. Sonntag, den 12. November, hatten wir in Königshain und Topfseifersdorf Versammlung, in der ersteren hatten die selbstverständlich stark in der Minorität sich befindenden Anhänger der reaktionären Parteien nicht übel Lust, Skandal zu provoziren und ein dortiger Lehrer konnte es sich nicht versagen, nachdem er einigemal sehr ruhig gehaltene Anfragen an Vahltheich gerichtet hatte, Letzteren, als er im Anschluß an die beantworteten Fragen die Kampfweise der Liberalen gebührend kennzeichnete, ohne weiteres zu unterbrechen, so daß er von dem Unterzeichneten unter Hinweis auf den parlamentarischen Takt zur Ordnung gerufen werden mußte. Weitere Versammlungen fanden noch statt in dem Limbacher und Burgstädter Amtsbezirk, wo der Geist der Arbeiter ein durchgängig sehr guter und zu den schönsten Hoffnungen berechtigender ist, da auch der indifferenteste Arbeiter durch die Geschäftskrise und die wahrhaft himmelschreiend niedrigen Löhne in der Strumpfwirker- und Weberbranche, die im hiesigen Kreise vorherrschend ist, mit Gewalt auf die Klassengegensätze hingewiesen wird und Partei für uns zu ergreifen gezwungen ist. Im Lager der reaktionären Parteien spürt man das, und es werden deshalb alle Hebel in Bewegung gesetzt, um unsern Lehren den Zutritt zu dem Herzen der Arbeiter zu verschließen, aber alles vergeblich, immer noch findet sich ein Mann, der coulant und spekulativ genug ist, seine Lokale uns zur Verfügung zu stellen. Redekräfte von Seite unserer Gegner, die willig wären, unsere Irrlehren zu widerlegen, habe ich noch nicht entdecken können, der Arbeiter, der unsere Versammlungen besucht, ist für die Liberalen verloren. Es heißt da für die heutige Gesellschaft „Verderben gehe deinen Gang!" und rettungslos verschwindet unter den geistigen Keulenschlägen unserer Redner eine Stütze der Gegner nach der andern in den hochgehenden Wogen der Volksbewegung. O. Gladewitz.

Freiberg, 20. November. Im 9. Wahlkreise war jetzt ein recht freudiges Leben für die Gesinnungsgenossen eingekehrt und die Gegner, ganz besonders die Liberalen, sahen mit Neid zu, wie unser bisheriger Reichstagsabgeordneter Geib es verstand, durch seine Berichterstattung in unserem Kreise die Herzen aller Arbeiter für sich zu gewinnen. Am 15. November hielt derselbe eine Versammlung in Hainichen ab. In seinem guten und interessanten Vortrage hatten die Gegner gefunden, daß hier eine Opposition nichts nütze, weshalb es keiner wagte, aufzutreten. Die Versammlung ging im höchsten Grade befriedigt auseinander. Etwas interessanter gestaltete sich die am 16. November in Freiberg abgehaltene Versammlung; denn als Herr Geib mit seinem ganz ausgezeichneten Vortrage zu Ende war, erhob sich der uns schon gut bekannte Advokat Täschner von hier, um eine Entgegnung zu bringen, gestand aber auch zu, daß verschiedene Ansichten in der liberalen Partei herrschten. Herr Geib widerlegte ihm seine Einwände gegen das Referat so klar, daß ihm doch die Lust vergangen war, in weitere Diskussion einzutreten. Nun erhob sich der bekannte Börsenmann Heinrich Süß, welcher betonte, er gehöre der Fortschrittspartei an, was wir doch sehr bezweifeln, denn aus seinen früheren Aussagen zu schließen, wo er sich für nationalliberal ausgab, glauben wir, daß derselbe gar keine Farbe hat, und da in seinen Aeußerungen kein richtiger Zusammenhang zu finden war, so beschränkte man sich von unserer Seite auf eine kurze Widerlegung. Ein Parteigenosse sprach im Namen der Versammlung Herrn Geib seinen Dank aus für seine bisherige Thätigkeit, welcher Dank von der ganzen Versammlung durch ein donnerndes Hoch bestätigt wurde; das freute uns umsomehr, da der Saal gedrückt voll war. Nach Anempfehlung des neuen Candidaten, Wilhelm Fritzsche, wurde die Versammlung unter lauten Beifallrufen geschlossen und ging Jeder im höchsten Grade befriedigt von dannen.

Verlag des „Wähler".

Für **Nr. 7** des „Wähler" sind bis heute folgende Zahlungen eingegangen:

Aschersleben 3,00, Achim 11,10, Altona 153,00, Apenrade 3,00, Ahrensburg 3,75, Altendorf-Essen 10,65, Aachen 1,95, Alveslohe 3,75, Bramstedt 4,30, Bielefeld 4,10, Bockenheim 6,00, Breslau 7,50, Barmen-Elberfeld 12,30, Brandenburg 8,00 und für Nr. 8 und 9 je 8,00, Bredstedt 0,65, Bergen a. R. 1,50, Berge b. F. 18,00, Bergen a. D. 4,50, Bochum 6,00, Bernau 4,50, Burscheid 6,00, Barmstedt 7,50, Barlt 1,50, Braunschweig 5,00, Bornheim 2,10, Burgdamm 18,00, Calau 3,00, Calbe a. S. 12,30, Cassel 20,55, Crefeld 1,50, Cöln 9,75, Cottbus 1,65, Dortmund 13,50, Dreißighuben 0,90, Dörnigheim 2,25 und für Nr. 8 und 9 je 2,25, Düsseldorf 3,00, Dannenberg 2,25, Dietesheim 3,75, Eilenburg 2,25, Eckernförde 4,50, Elmshorn 7,05, Ernsdorf 5,00, Forst 16,35, Finsterwalde 0,60 und für Nr. 8 0,60, Frankfurt a. M. 17,25, Flensburg 12,60, Friedrichsstadt 2,25, Fechenheim 2,10, Fulda 1,80, Geestendorf 2,70, Göttingen 3,55, Görlitz 9,75, Greiffenberg Nr. 6—8 1,80, Güstrow 4,95, Goldlauter 5,85, Garding 2,15, Groß-Steinheim 1,80, Hemme 6,00, Hagen i. W. 4,65, Hannover 18,00, Hanau 30,75, Husum 3,30, Harburg 16,20, Halle 7,05, Hildesheim 4,80, Hemmingstedt 1,50, Hennstedt 1,50, Heide 5,55, Hechingen Nr. 5—8 0,60, Hamburg 1,80, Itzehoe 8,30, Jüterbogk 0,90, Iserlohn Nr. 5—8 6,10, Kalk 4,30, Klein-Krotzenburg 10,35, Kiel 20,25, Klein-Steinheim 3,75 u. Nr. 8 3,75, Krempe 1,80, Kirchheim b. T. 1,20, Limmer 4,20, Lockstedt 6,00, Langendiebach 2,25, Liegnitz 4,50, Lauenburg 10,20, Langenbielau 4,00, Luckenwalde 3,30, Mölln 6,00, M.-Gladbach 1,20, Merseburg 3,80, Mühlhausen 1,50, Münster i. W. 0,80, Nowaweß 3,00, Nordhastedt 1,35, Neurode 1,70, Neundorf 2,85, Nienstedten 1,50, Ottensen 70,50, Oldenburg i. H. 3,60, Ober-Peilau 3,00, Otterndorf 3,50, Oldenswort 1,80, Osterwieck 2,85, Oeynhausen 6,10, Pommerenzdorf 3,00, Peterswaldau 6,80, Potsdam 3,00, Pinneberg 7,80, Paris 9,00 f. Nr. 6 und 7, Rückingen 2,40, Rostock 7,50, Sossenheim-Höchst 5,70, Sorau 7,20, Stettin 4,50, Seth 0,95, Striegau 2,90, Schleswig 9,00, Steele 6,70, Stelling 2,70, Schönberg 1,50, Schwerin 6,60, St. Johann 15,00, Sühlen 1,35, Tönning 3,75, Tondern 3,00, Triebel 1,50, Uelzen 4,50 u. 6,90, Uetersen 9,75, Ueckendorf-Gelsenkirchen 3,45, Viersen 4,50, Wald 24,60, Wüstegiersdorf 3,75, Waldenburg i. Schl. 2,85.

Für **Nr. 6** sind seit 25. Oktober bezahlt worden:

Aachen 2,20, Celle 8,70, Cappeln 5,00, Duisburg je 2,00 für Nr. 3—5, Dürrenberg je 2,25 für Nr. 2 u. 3, Delitzsch 7,05, Frankfurt a. M. 13,05, Frankenthal 1,50, Greiffenberg 0,90, Gelnhausen 1,50, Glückstadt 3,90, Halberstadt 4,50, Kirchhain i. L. 2,55, Limmer 8,70, Langenbielau 4,00, Langensalza 0,90, Minden 3,60, Münden i. H. 2,60, Magdeburg-Buckau 18,90, Meldorf 2,40, Nienburg a. S. 3,00, Oldesloe 1,80, Osterwieck 1,80, Reiterstieg 0,75, Sossenheim-Höchst 3,45, Süchteln für Nr. 5 u. 6 je 2,85, Uelzen 4,50, Verden 8,70, Wehlheiden 1,00, Wandsbeck 3,15, Wismar 2,10, Wilster 2,25, Werden 1,80.

Aus nachfolgenden Orten, welche sich unter den in Nr. 3 des „Vorwärts" als rückständig bezeichneten befanden, sind neue Anmeldungen auf Abonnement des „Wähler" eingegangen: Burgdamm, Langensalza, Wilster, Meldorf, Wandsbeck, Magdeburg, Lunden, Seth, Zeitz, Halberstadt, Mülheim a. Rh., Brandenburg, Osterwiek, Bornheim, Preetz, Gelnhausen, Iserlohn, Duisburg, Oldesloe.

Hoffentlich werden auch aus den übrigen 86 Orten sich wieder Genossen zum Vertriebe des Blättchens finden.

Inzwischen sind seit Oktober zurückgeblieben (d. h. haben für September [Nr. 6] noch nicht abgerechnet): Berlin, Ellerbeck, Frankfurt a. O., Groß-Berkel, Königszelt, Kellinghausen, Naumburg a. S., Neumünster, Neviges, Stade, Uerdingen, Vlotho.

Hamburg, 29. November 1876.

Mit Gruß!
August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. Auf Anfragen aus Berlin: Die Artikel: Unsere Gegner mußten wegen anderweitiger angestrengtester Thätigkeit des Verfassers unterbrochen werden. Es folgen — und zwar in nächster Zeit — noch 2 Artikel, denen sich eine eingehende Ausführung über Ehe und Familie im sozialistischen Staat anschließen wird. — J. P. Kiel: Der Bericht ist nicht angekommen. — E. H. Langensalza: Daß die Langensalzaer Polizei sich die Mühe giebt, Sozialdemokraten die Arbeit zu entziehen durch Beeinflussung der Arbeitgeber, wundert uns nicht. Derart handelt die Polizei an sehr vielen andern Orten Deutschlands auch. — F. H. Potsdam: Ihre Corr. kam für die Sonntagsnummer zu spät. — J. B. in Magdeburg: So sehr wir die Heranziehung der Landwehrleute und Reservisten zu der Beschaffung eines Kaiserschwerts verurtheilen, da wir es für gerechter halten, daß derartige Jubiläumsgeschenke aus den gefüllten Beuteln der Generäle und Großwürdenträger gekauft würden, mußten wir doch von dem betr. Eingesandt in seiner ursprünglichen Fassung Abstand nehmen. Wir können es den Mitgliedern des Kriegervereins in C. nicht verdenken, wenn sie lieber Brot als ein Schwert für ihr „Scherflein" kaufen, selbst auf die Gefahr hin, daß man ihnen „militairisches Gefühl" abspricht.

der Expedition: W. Tauscher Thstdt.: Bw.-Kalender nebst Porto kostet 50 Pf. = 22 kr. öw. Lahrer B. nicht zu beschaffen. — W. Keil Fr. Wahlgesetz einzelne nicht zu haben. Im Brief waren nur 20 Pf. Marken. Beilagen noch nicht fertig. Wahlgesetz steht in der neuesten „Thätigkeit des Reichstags", Preis siehe Vorwärts.

Den auswärtigen Gesinnungsgenossen des 8 und 9 Schles.-Holst. Wahlkreises, diene hiermit zur Nachricht, daß Herr H. Hecht als Schriftführer des hiesigen Wahlkomités engagirt ist, und daher alle an mich oder das Wahlkomité gerichteten Briefe, von demselben beantwortet werden.
O. Reimer, Unzerstr. 25. I.

Quittung. Albrecht Neuschönefeld Ann. 0,80. Kln Ludwigshafen Ann. 0,90. Mr Kiel Ann. 1,20. Lhmnn hier Ab. 15,20 u. 25,00. Rittmann München Ab. 60,00. Mllr Mannheim Ab. 12,00. Bnschdt Mittweida Schr. 2,75. W Rw Altona Ab. 46,30. B Straßburg Ab. 2,00. Schck Cöln Ann. 0,80. Zmmr 0,70. Flschr Wurzen Ann. 1,20 Schr. 4,30. Arbeiterverein Altschönefeld Ann. 0,70. Kls Magdeburg Ab. 18,90. Mrtn Schmölln Ab. 7,75. Sfrt Elsterberg Schr. 10,00. Sinn Coburg Ab. 9,40. Slbrhrn Eßlingen Ab. 11,77 Schr. 27,65. Lndnr Graz Ab. 5,82. Schgl Graz Ab. 9,64.

Wahlfonds des 13. sächs. Wahlkreises.

Von Arbeitern der Blüthnerschen Fabrik hier 2,25; v. K. i. B. 1,00; von einem 1848—49er Freiheitskämpfer in Mannheim durch M. 1,00.

Anzeigen 2c.

Altona. Die Gesinnungsgenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Genossenschafts-Buchdruckerei des „Hamburg-Altonaer Volksblatt" eine **Instruction**, das **Reichs-Wahlgesetz** und **Wahlreglement** hat drucken lassen, es werden diese 3 Theile zusammen auf einem Blatt zum Selbstkostenpreis das 100 zu 1 Mark verkauft.

Diejenigen Gesinnungsgenossen, welche solche haben wollen, mögen sich an unsern Agenten, H. Gundelach, in Altona, Unzerstraße 25 I., wenden, jedoch werden dieselben nur gegen baar oder Postnachnahme versendet. [1,00

Altona. Montag, den 4. December, in Koppelmann's Salon:

Gewerkschaftsfest

verbunden mit **Concert und Ball** unter Mitwirkung mehrerer Liedertafeln arrangirt von Mitgliedern der Gewerkschaften.

Karten im Voraus für einen Herrn nebst Dame 30 Pfg. An der Kasse 40 Pfg. Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Das Comité.

NB. Der etwaige Ueberschuß soll der Parlamentswahlkasse überwiesen werden. [3,30

Cöln. Sonntag, den 3. Dezember, Morgens 10½ Uhr, im Lokale des Hrn. Borberg am Hof zur Glocke:

Große öffentliche Tischler-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Tischler-Bundes-Commission. 2. Zweck und Nutzen des Tischler-Bundes. Referent Hr. Meist. [70
(F. 63) Peter Schick.

Cöln. Fachverein der Tischler. Montag, 4. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Streitzeuggasse Nr. 10a:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Halbjährliche Abrechnung. 2. Neuwahl des Vorstandes. — Mitgliedskarten sind vorzuzeigen. [70
(F. 63) Der Vorstand.

Hamburg-Altona. Allgemeiner Deutscher Gipser- und Stukatur-Verein.
Mittwoch, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, im Salon zum Rohlandt:

Mitglieder General-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Statuten-Vorlage, Organisation betreffend der Genossenschaft. 2) Berathung über den Antrag des Herrn Schwarz von voriger Versammlung. 3) Antrag des Herrn H. Götz. [70

Leipzig. Allg. deutscher Schneiderverein. Montag, den 4. Dezember, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstr.): **Versammlung.** Gäste willkommen. D. E. [30

Leipzig. Reichstagswahlcomité. Montag Abend ½9 Sitzung. Pünktliches und allseitiges Erscheinen nothwendig. Die Mitglieder des Kreiscomités sind hierzu besonders eingeladen. Der Vorsitzende. [40

Leipzig. Gewerkschaft der Schuhmacher. Montag, den 4. Dezember, Abends 8 Uhr: **Versammlung** bei Herrn Richter, Roßplatz 9.

Tagesordnung: 1) Kassenabrechnrng. 2) Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Bevollmächtigte. [50

Vorläufige Anzeige.

Ottensen. Am 1. Weihnachtstage in Burmeister's Salon:

Großes Vocal- und Instrumental-Concert

arrangirt vom Quartett „Lassalle".

2,10] Der Vorstand.

NB. Der Reinertrag ist zur Reichstagswahl bestimmt.

Osnabrück. Montag, den 4. December, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Kuhlmann, Alte Münze 21:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Vorlagen des Wahlcomités. Verschiedenes. Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht [90
W. Krowiarz.

NB. Ich ersuche die Parteigenossen Osnabrück's sich während der Wahlperiode in den Versammlungen zahlreich einzustellen.

Stuttgart. Verein der Sattler und Berufsgenossen. Sonntag, den 10. Dezember, in den Lokalen des Hrn. Rükert, Kirchstraße 1:

Stiftungsfest

mit Musik u. deklamatorischer Unterhaltung. Anfang 6 Uhr, Entrée 20 Pf. Collegen und Freunde ladet freundlichst ein

2,40] Das Comité.

Wandsbeck. Montag, den 4. December, Abends 8½ Uhr, im „Schwarzen Bär" bei Faber:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Welche Pflichten hat ein Reichstagsabgeordneter im deutschen Parlament dem Volke gegenüber. Referent Reichstagsabgeordneter W. Hasenclever. [90

Es ist Pflicht eines Jeden, in dieser Versammlung zu erscheinen.
W. Kluge.

Aufruf!

Landmann, Querstraße 16/3 in Leipzig; **Winkler**, Lützowstr. 9/1 daselbst; **Medan**, ebendaselbst, werden aufgefordert, unserm brieflichen Verlangen ungesäumt nachzukommen.

Die Expedition des „Vorwärts".
Färberstr 12/II.

Geschäfts-Eröffnung.

Allen Freunden u. Bekannten empfehle ich mein kürzlich eröffnetes

Tabak- und Cigarren-Geschäft

unter Zusicherung reeller und guter Bedienung. [1,80
O. Reimer, Tabak- u. Cigarrenhandlung, gr. Bergstr. 105, Altona.

Für den Wahlkampf.

Soeben sind erschienen und durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen:

I. Was wollen die Sozialdemokraten?
Ein sozial-politisches Gespräch.
Von **H. Oldenburg.**

Preis im Buchhandel 50 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.

Der Verfasser beantwortet die aufgeworfene Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzweiflung im liberalen Lager.
Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgischen Zeitung und die Schmähschrift des Herrn von Unruh.
Von **Wilhelm Bracke.**

Preis im Buchhandel 25 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stck. 4 Mk., 200 Stck. 12 Mk. 50 Pf. 1000 St. 50 M.

Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezuge gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß.

Die Schrift:

„Nieder mit den Sozialdemokraten!"

ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Bracke'sche Schrift zu beziehen; bei Verwendung großer Partien zu Wahlzwecken besondere Vereinbarung. Auflage jetzt 105,000.

Braunschweig, 28. November 1876.

W. Bracke jr.

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Für die französischen Brüder.

Inhalt: I. An das Volk der beherrschten Klasse, von Felix Pyat.
II. Die Arbeiterdelegation bei den Weltausstellungen.

Preis pr. Exemplar 15 Pf.

Arbeiter und Parteigenossen! Laut Beschluß des Gothaer Sozialisten-Congresses ist der Gesammtertrag dieser aus dem Französischen übersetzten Schrift für den Druck der Berichte der französischen Arbeiterdelegation nach Philadelphia bestimmt.

„Kaufe sie Jeder von Euch! Verbreitet sie nach Kräften! In dem Schlachtendonner des unheiligen Krieges zwischen dem sinkenden französischen und dem sich erhebenden deutschen Empire habt Ihr nicht vergessen, daß die französischen Arbeiter Euere Brüder sind. Beweist ihnen, die so oft und so heldenmüthig für unsere gemeinsame Sache für Euch gekämpft und gelitten haben, beweist ihnen jetzt durch diesen kleinen Tribut der Dankbarkeit, daß Ihr im Siegestaumel der herrschenden Klassen die Dienste nicht vergessen habt, welche das französische Proletariat den Unterdrückten aller Länder, welche es der Menschheit geleistet hat, — daß Ihr Euere Feinde kennt und Euere Freunde — daß Euer Geist, Euere Thatkraft der Grenzpfähle spottet, — daß Euer Herz warm schlägt für die französischen Brüder!"

Die Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts".
Leipzig, Färberstr. 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 430 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 286 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandly, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 29. Mittwoch, 6. December. 1876.

An die Parteigenossen!

Die Wahlen für den nächsten Reichstag sind endgültig auf Mittwoch, den 10. Januar des kommenden Jahres festgesetzt.

Parteigenossen, Ihr kennt Eure Pflicht!

Wahlberechtigt ist jeder Deutscher, welcher bis zum Tage der Auslegung der Listen das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Die Partei- und Gesinnungsgenossen haben darauf zu sehen, daß eine genaue Durchsicht der Wahllisten, sobald sie öffentlich ausliegen, stattfindet.

Jeder Wähler ist an dem Orte, wo er seinen Wohnsitz hat, in die Wahlliste einzutragen und hat das Recht, sich der Eintragung seines Namens zu vergewissern. Jeder, dessen Name am Tage der Wahl nicht in der Wahlliste steht, hat kein Stimmrecht; Reklamationen am Wahltage gelten gar nichts mehr.

Die Durchsicht ist am Besten zu organisiren, daß Einer das genaue Namensverzeichniß von möglichst vielen Gesinnungsgenossen anfertigt und dieses mit der offiziellen Liste vergleicht und Diejenigen, deren Namen fehlen, sofort benachrichtigt, damit sie reklamiren.

Außerdem empfehlen wir den Parteigenossen, sofort bei den Ortsbehörden vorstellig zu werden, daß die Wahllisten auch an den betreffenden Sonntagen auf einige Stunden wenigstens zur Einsicht ausliegen.

Es ist wichtig, daß vorstehende Rathschläge von allen unseren Genossen gewissenhaft befolgt und weiter verbreitet werden.

Zur Frage der Schwurgerichte

schreibt man uns aus Stuttgart: „In Nr. 26 des „Vorwärts" wird in zwei Artikeln gegen die Schwurgerichte in ihrer derzeitigen Einrichtung losgezogen und zum Schlusse noch gesagt, daß man sich nicht verwundern dürfte, wenn unsere Reichstagsabgeordneten nach der derzeitigen Sachlage gegen die Schwurgerichte und für die gelehrten Richtercollegien sich entscheiden würden. Letzteres würde ich für eine große Inconsequenz halten. Die Schwurgerichte, wie wir sie z. B. in Würtemberg haben, sind allerdings keine Volksgerichte, es können nur Solche Geschworene werden, welche hinlängliche Existenzmittel haben, um ohne Schaden für ihr Hauswesen den Dienst als Geschworene unentgeltlich versehen zu können, und die Wahl liegt fast ganz in den Händen der Richter, es tritt daher nur die Klasse von mittleren und größeren Besitzern in die Geschwornengerichte ein. Deswegen aber diesem Klassengericht das gelehrte Gericht vorziehen, hieße nicht anders, als wenn man in der Staatsregierung den absoluten Despotismus, weil er hie und da besser regiert als der constitutionelle Monarchismus, diesem vorziehen wollte. Kein Sozialist wird den aufgeklärten Despotismus unseres Napoleon der jetzigen französischen sog. Republik vorziehen, weil in dieser Republik sich die Bourgeoisie die Regierung angemaßt hat. Warum, das brauchen wir gar nicht weiter auseinanderzusetzen. Gerade so ist es aber mit den Schwurgerichten. Der Uebergang von den Schwurgerichten zu den Volksgerichten ist gewiß leichter zu machen, als der von den gelehrten Gerichten zu den Volksgerichten. Viele der Geschworenen treten später in die Reihe der Nichtbesitzenden, oder gehören derselben schon bei der Ernennung an, viele werden allmählig Sozialisten aus prinzipieller Ueberzeugung werden. (A. d. R.: Ganz dasselbe findet statt bei vielen sogenannten Gelehrten, von denen gar Mancher auch aus Erfahrung weiß, daß Hunger weh thut. Es giebt auch Juristen der Art.) Das Geschworneninstitut drängt zum Volksgericht hin, das gelehrte Gericht, trotz aller sog. Mäßigung der gelehrten Richter, drängt zum Absolutismus.*) Ich muß mich noch gegen die Behauptung wenden, daß die Diebe, Räuber, Mörder ꝛc. hauptsächlich auf die nichtbesitzende Klasse kommen; das habe ich bei den württembergischen Schwurgerichten nicht gefunden. Die Diebereien, die Brandstiftungen, die betrügerischen Bankerotte, die Meineide wegen Geldgewinnes sind unter den Besitzenden aller Stände gerade so häufig. Nur der Unterschied ist, daß der besitzlose Dieb immer wieder dem Zuchthaus zuwandert, der besitzende Dieb aber nach der ersten Zuchthausstrafe sich der Dieberei meistens enthält. Warum das so ist, das weiß Jeder.

„Als Sozialist von Fleisch und Blut und Kopf und Hirn muß ich dagegen protestiren, daß unsere Reichstagsabgeordneten je einmal gegen die Schwurgerichte in ihrer jetzigen Form stimmen werden, wenn nur die Wahl bleibt zwischen Schwurgericht und Gelehrtengericht. X."

Nun, das werden sie wohl auch nicht thun. Sie werden sich aber auch für die Schwurgerichte in ihrer jetzigen Form nicht begeistern. Kein Zweifel, unsere heutigen Gelehrten-Gerichte sind äußerst mangelhaft, es fehlt ihnen der „innige Zusammenhang mit dem Fühlen und Denken des Volks", kurz, „der volksthümliche Charakter", sie werden, trotz aller gesetzlichen „Garantien für die Unabhängigkeit der Richter", und selbst wenn flagranten Beeinflussungen, wie sie hier und da „ländlich sittlich" sind, vorgebeugt werden könnte, von der herrschenden Regierung mehr oder weniger abhängig sein. Aber sind die Schwurgerichte in ihrer heutigen Gestalt etwa nicht abhängig? Allerdings sind sie es, nur nicht direkt von der herrschenden Regierung, sondern von den Vorurtheilen der herrschenden Klasse, aus der sie hervorgehen, der Bourgeoisie. Die Umstände, unter denen wir aufwachsen, bestimmen unsere Anschauungen, das hat Robert Owen sehr richtig erkannt. Mit Ausnahme einiger wenigen besonders kräftig oder ideal angelegten Naturen hält Jedermann seine Interessen für berechtigt, die den seinigen entgegenstehenden für unberechtigt. Der Rechtsbegriff ist nichts als der den meisten Individuen freilich unbewußte Ausdruck der individuellen Interessen. Der Gerechtigkeit entsprechend, das heißt den Rechtsbegriffen anderer Individuen nicht widerstreitend wird der Rechtsbegriff des einzelnen Individuums erst dann sein können, wenn die Interessen der Individuen aufgehört haben, einander zu widerstreiten. Mit anderen Worten: die Harmonie der Interessen ist die nothwendige Grundlage der Gerechtigkeit. Und die Harmonie der Interessen kann erst in der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zur Wahrheit werden. Heute, wo diese Harmonie nicht besteht, haben wir die widerstreitendsten Rechtsbegriffe und von Gerechtigkeit kann nicht die Rede sein. Der Rechtsbegriff des Bourgeois ist ein anderer als der des Proletariers, der Rechtsbegriff des Arbeitgebers ein anderer als der des Arbeiters. Die Verschiedenheit der Rechtsbegriffe entspricht genau der Verschiedenheit der Interessen. Wo die Interessen sich zufällig nicht widerstreiten, z. B. bei Beurtheilung einer gemeinen, von allen Menschen gleichmäßig verurtheilten Handlung, da tritt diese Verschiedenheit zurück; wo aber die widerstreitenden Interessen in's Spiel kommen, da macht die Verschiedenheit sich auf's Energischste geltend. Und bei den politischen und sozialen Streitigkeiten ist das Recht auf Seiten der heutigen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen, und das Unrecht auf Seiten Derer, die diese Einrichtungen „umstürzen" wollen. Kommt nun ein solcher „Umstürzler" vor ein nach Bourgeoisbegriffen rechtsprechendes Schwurgericht, so wird er unfehlbar verurtheilt, und zwar „von Rechtswegen" und nach bester Ueberzeugung. Das moderne Schwurgericht ist aber ein Bourgeoisgericht. So lange die Bourgeoisie gegen den Staat Front machte, sprachen die Bourgeoisgeschworenen jeden „Staatsfeind" frei — „Gesellschaftsfeinde" gab es damals noch nicht. Seit jedoch die Bourgeoisie thatsächlich die Herrschaft im Staat erlangt hat und ihre politische Herrschaft zur Befestigung ihrer ökonomischen Herrschaft, ihrer Klassenherrschaft benutzt, sprechen die Geschworenen keine Staats- und Gesellschaftsfeinde mehr frei.

Also: die gelehrten Berufsrichter sind von der Regierung abhängig.

Die Bourgeois-Geschworenen sind von den Rechtsbegriffen der herrschenden Klasse abhängig.

Das ist so ziemlich „gehüpft wie gesprungen".

In den Schwurgerichten sind die Rechtsbegriffe der Bourgeoisie direkt bestimmend, bei den gelehrten Berufsrichtern sind sie indirekt bestimmend. Bei den letzteren äußern sie sich daher auch häufig weniger kräftig: so ist z. B. von zahlreichen Berufsrichtern erklärt worden, daß ein Urtheil wie das im Leipziger Hochverrathsprozeß von Geschworenen gefällte von Berufsrichtern nicht hätte gefällt werden können. Doch lassen wir das: der Klassencharakter der heutigen Schwurgerichte wird uns nicht dazu verleiten, unser Votum prinzipiell gegen die Schwurgerichte, insofern sie eine Concession an das Prinzip der Volksgerichte sind, abzugeben; allein wir müssen festhalten an dem Beschluß des Gothaer Sozialistencongresses:

„Der Congreß nimmt zu der Frage, ob Schwurgerichte, Schöffengerichte oder juristische Berufsrichter, dem sozialdemokratischen Programme gemäß, Stellung, indem er erklärt, daß im Klassenstaat keine Form der Gerichtsverfassung Recht und Gerechtigkeit verbürgen kann, und daß darum freie Volksgerichte, auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gebildet, zu erstreben sind."

*) Möglich, aber nicht nothwendig! Es giebt auch absolutistische Strebungen befördernde Schwurgerichte.

Ein kleiner Staatsstreich

Vor einigen Tagen verlautete, es werde eine neue Eintheilung der Wahlbezirke geplant, und dem Bundesrath sei ein derartiger Gesetzentwurf bereits zugegangen. Da die jetzige Eintheilung der Wahlbezirke, wie wiederholt von uns hervorgehoben, von Haus aus eine sehr mangelhafte war, und durch die seit ihrem Bestand eingetretenen Veränderungen in der Einwohnerzahl der Wahlbezirke noch weit mangelhafter, den Bevölkerungsverhältnissen durchaus nicht mehr entsprechend, geworden ist, so betrachtete man einen derartigen Gesetzesentwurf als etwas Selbstverständliches, und glaubte natürlich, daß es sich um eine Neuregelung handele, welche dem nächsten Reichstag zur Prüfung und Bestätigung würde vorgelegt werden. Denn bei äußerster Beschleunigung könnte der gegenwärtige Reichstag ein solches Gesetz erst Mitte Dezember beschließen, das heißt noch nicht 4 Wochen vor dem Wahltag, und daß diese Frist für die nothwendig gemachten agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen zu kurz wäre, liegt auf der Hand.

Die Reichsregierung hat anders geurtheilt. Sie hat uns eine Ueberraschung zugedacht. Es handelt sich nicht um ein allgemeines, ganz Deutschland umfassendes Gesetz, sondern um ein direkt gegen die Sozialdemokraten gerichtetes Gelegenheitsgesetz; und dieses Gelegenheitsgesetz soll Knall und Fall vom Bundesrath und Reichstag bewilligt und schon bei der bevorstehenden Wahl in Anwendung gebracht werden.

Hören wir die „Vossische Zeitung" vom 1. d.:

„Ein Gesetz wegen Abänderung der Grenzen einer Anzahl von Reichstagswahlkreisen soll dem Reichstage noch in seiner gegenwärtigen Session vorgelegt werden, und zwar soll dieses Gesetz mit dem Tage seiner Publikation in Kraft treten, so daß die Absicht zu bestehen scheint, die neue Begrenzung der Wahlkreise schon den Reichstagswahlen vom 10. Januar k. J. zu Grunde zu legen. Es muß sehr auffällig erscheinen, bemerkt die „B. A.-C." (Berliner Angersteinsche Correspondenz?), daß ein solches Gesetz für die letzten Tage der letzten Session einer Legislaturperiode zur Einbringung bestimmt, ja daß es dem Reichstage noch nicht einmal zugegangen ist, während doch schon die offiziellen Vorbereitungen für die Reichstagswahlen sich in vollem Gange befinden und die Wahlbewegung auf Grund der bisherigen Eintheilung der Wahlkreise bereits in vollem Flusse ist. Seitdem die Absicht der Regierung bekannt geworden ist, werden von allen Seiten Proteste dagegen laut; dieselben richten sich nicht sowohl gegen den Inhalt des Gesetzentwurfes, welcher offiziell übrigens noch nicht vorliegt, als vielmehr gegen die späte Einbringung desselben nach Eröffnung der Wahlbewegung. Nach dem, was bisher über den Inhalt bekannt geworden ist, handelt es sich keineswegs darum, im Hinblick auf die so beträchtlich gestiegene Seelenzahl in verschiedenen Reichstagswahlkreisen eine derselben besser entsprechende Vertheilung der Abgeordnetensitze unter gleichzeitiger Vermehrung derselben herbeizuführen, sondern lediglich um eine anderweite Abgrenzung zwischen solchen Wahlkreisen, in Betreff deren neuerdings Veränderungen der administrativen Eintheilungen stattgefunden haben. Vorläufig läßt sich noch gar nicht übersehen, ob und welche Veränderungen durch die Dispositionen der Vorlage etwa in den Chancen der verschiedenen Parteien beim Wahlkampf eintreten werden; aber selbst wenn sich herausstellen sollte, daß der Vorlage [illegible] fremd ist, würde dadurch immerhin das eine Bedenken nicht beseitigt, daß in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen die Basis der Wahlbewegung, die Jedermann für unverrückbar zu halten allen Grund hatte, kurz vor dem Wahltermine noch eine Erschütterung erfährt, welche die vorbereitenden Schritte aller Parteien gleichmäßig zu stören droht."

Der Wortlaut des Gesetzentwurfs ist noch nicht bekannt, aber so viel verlautet als gewiß, daß an einigen rheinpreußischen und holsteinischen Wahlbezirken, an Lauenburg und an sämmtlichen sächsischen Wahlkreisen „Wahlgeometrie" geübt wird, sowie auch an einem hessischen Wahlkreis, dem Kreis Offenbach-Dieburg, zufällig dem einzigen, in welchem die Sozialdemokratie die besten Aussichten auf Erfolg hat.

Aus diesem Kreise selbst wird der „Frankfurter Zeitung" geschrieben:

„Nach dem vom Reichskanzleramt an den Bundesrath gelangten Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung mehrerer Reichstags-Wahlbezirke, scheiden die Stadt Offenbach und 9 umliegende Ortschaften aus dem fünften Wahlkreis (Offenbach-Dieburg) aus und werden dem dritten Wahlkreis (Friedberg) zugetheilt. Der fünfte Wahlkreis, welcher seither der Bevölkerungszahl nach der stärkste war, wird nun zum schwächsten. Die ausscheidenden Gemeinden repräsentiren eine Bevölkerung von circa 35,000 Seelen. Mag dieser Umstand und die neue Eintheilung der Verwaltungsbezirke in den beiden rechtsrheinischen hessischen Provinzen immerhin das Motiv zu der proponirten Veränderung abgegeben haben, wie die Motive hervorheben; thatsächlich kommt die Verkleinerung des Wahlkreises der nationalliberalen Candidatur (Dernburg) zu Gute, und das Volk wird sich um so mehr dem Glauben hingeben, daß es sich hier um ein Stück Wahlkreisgeometrie handele, als der dritte Wahlkreis nunmehr aus Ortschaften zweier durch preußisches Gebiet getrennten Provinzen combinirt werden soll. Bei der Wahl im Jahre 1871 kam es in Offenbach-Dieburg zu einer Stichwahl zwischen Dernburg und dem von den Klerikalen unterstützten Regierungskandidaten Küchler, bei welcher die Sozialdemokraten den Ausschlag zu Gunsten des Ersteren gaben. Vor drei Jahren siegte Dernburg schon bei der ersten Wahl mit 11,223 Stimmen gegen 8900, von denen 4780 auf den klerikalen, 4126 auf den sozialdemokratischen Candidaten fielen. Die Sozialdemokratie hat in Folge ihrer schon seit Jahresfrist rührig betriebenen Agitation unstreitig bedeutend an Terrain gewonnen; der bundesräthliche Gesetzentwurf zerstört aber die Liebknecht'schen Cirkel. In Offenbach und in den umliegenden Ortschaften wohnt eine zahlreiche Fabrikbevölkerung, welche das Hauptcontingent zu den sozialdemokratischen Stimmen liefern. Diese Orte werden dem Wahlkreis Friedberg zugewiesen und so die sozialistischen Stimmen unter dem Uebergewicht der Landbevölkerung der Wetterau erdrückt. Unter den abgerissenen Orten befinden sich sechs katholische Pfarreien, von welchen angesichts der fast durchweg protestantischen Bevölkerung des dritten Wahlkreises dasselbe gilt."

Die Ausführungen des Correspondenten bedürfen keines Commentars. Die Zerschneidung des Wahlkreises Offenbach-Dieburg ist die Antwort der Reichsregierung auf die über alles Erwarten günstige Aufnahme, welche Liebknecht und dessen Candidatur in diesem Wahlkreis gefunden. Es ist das unstreitig sehr — schmeichelhaft; was es sonst noch ist, verbietet das Strafgesetz uns zu sagen. Genug: die Reichsregierung hat in diesem Fall in einer einfachen Verwaltungsfrage, die außerhalb des Parteikampfes stehen sollte, direkt Partei ergriffen und zwar gegen die Sozialdemokraten für die Nationalliberalen. Wir acceptiren das Compliment; wird doch durch die Einmischung der Regie-

rung anerkannt, daß unsere Gegner ohne „Staatshilfe“ nicht mit uns fertig werden — und wir nehmen des Weiteren frohen Gemüths von der Thatsache Notiz, daß die Reichsregierung durch ihre Intervention zu Gunsten des nationalliberalen Herrn Dernburg diesen als Regierungscandidaten und seine Partei als Regierungspartei gekennzeichnet hat.

Wir gratuliren!

Und werden uns nicht überrumpeln lassen.

Durch „Wahlgeometrie“ tödtet man nicht die Sozialdemokratie — hält man sie nicht einmal auf.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die zweite Lesung der Justizgesetze im Reichstag hat auch die ganze verflossene Woche ausgefüllt. Wir werden die Verhandlungen in nächster Nummer zusammenfassen. Heute sei nur auf die prinzipiell wichtigsten Abstimmungen hingewiesen: für die Zuständigkeit der Schwurgerichte bei Preßvergehen stimmten 212 Mitglieder gegen 105, für die Abschaffung des Zeugnißzwangs 238 gegen 50, für die Beseitigung des Competenzconflikts (daß blos ein Gerichtsstand für jedes Vergehen besteht) 253 gegen 39 (in einer anderen diesbezüglichen Abstimmung waren es 250 gegen 18 Stimmen. Also lauter überwältigende Majoritäten. Ob diese Majoritäten, nachdem Fürst Bismarck sich energisch gegen die genannten Beschlüsse erklärt hat, sich auch in der dritten Lesung, die Ende der künftigen Woche beginnt, finden werden, ist zum Mindesten zweifelhaft. Es kann auf wenige Stimmen ankommen, und die sozialdemokratischen Abgeordneten werden deshalb sämmtlich am Platze sein. —

— Die königlich preußische Staatsanwaltschaft und die freie Rede. Unter diesem Titel veröffentlicht Dr. Kolkmann ein Schriftchen, veranlaßt durch einen von ihm in allen 3 Instanzen gewonnenen Klageprozeß, den man gegen ihn angestrengt hatte wegen einer Reihe von Artikeln über das heutige Mönchswesen. In der Vorrede ruft der Verfasser aus (und wir stimmen ihm vollkommen bei. A. d. R.): Was hilft alle Declamation von Freiheit und dergl., wenn man in Preußen eine ehrliche Ueberzeugung mit Gründen nicht mehr aussprechen darf, oder doch riskirt, dafür ein ganzes Jahr lang von der Oberstaatsanwaltschaft verfolgt zu werden? — Auch dieses Faktum möge den „Geschworenen des großen Nationalschwurgerichtes“ nicht entgehen, daß sie das Ihre thun, um eine Wendung zum Besseren herbeizuführen.

— Zeugnißzwang und kein Ende. Ein neuer den Redakteur des „Kur. Pozn.“ betreffender Fall ist dadurch noch besonders interessant, weil die Verhaftung erfolgte wegen Zeugnißverweigerung in der berüchtigten Ledochowsky-Briefaffaire. — Hoffentlich werden dadurch die Reichstagsmitglieder an ihre Pflicht erinnert und halten aus durch alle Lesungen des betreffenden Gesetzes, so daß wir die Pest des Zeugnißzwanges los werden.

— Der Dank vom Hause — Romanoff. Der Lohn für die freundnachbarliche „Neutralität“ ist dem preußisch-deutschen Reich soeben von „Väterchen“ bezahlt worden — eine verschärfte Grenzsperre und erhöhte Einfuhrzölle! Schon die bisherigen Zustände waren [illegible] für die an Rußland grenzenden preußischen Provinzen. Und nun noch eine Verschärfung! Die „Vossische Zeitung“ schreibt darüber:

„Der neueste russische Ukas, welcher eine bedeutende Erhöhung der Zollsätze bedeutet, versetzt namentlich der Provinz Preußen, wo die Entwickelung des Verkehrs bisher ohnehin schon durch den von Prohibitivzöllen starrenden russischen Tarif sehr gehemmt wurde, einen ganz empfindlichen Schlag. Es erscheint jetzt geradezu als eine Pflicht der preußischen Regierung, als ein Gebot der Gerechtigkeit, die russische Rücksichtslosigkeit mit aller Energie zurückzuweisen. Schon die Anfänge zur Bildung des Zollvereins erlegten Preußen Opfer an freihändlerischen und finanziell richtigen Grundsätzen auf, die der Staat als Ganzes im Interesse seiner nationalen Politik immerhin gern bringen mochte, die aber den Ostseeprovinzen ebenso empfindlich wurden, wie sie anderen Landestheilen umgekehrt in jeder Weise zu Statten kamen. Während z. B. in Rheinland und Westfalen sich die Industrie zu größter Blüthe emporschwang, wurden die Interessen der wesentlich auf Landwirthschaft angewiesenen Theile des Staates einer Politik geopfert, die vielleicht größeres nationales Unheil verhütete, die aber bei größerer Energie und hellerer Einsicht doch auch schon viel früher, als wirklich geschehen ist, dem Zollvereinstarif die Wendung zum Freihandel hätte geben können. Der Staat ist demnach den Ostseeprovinzen, insbesondere der Provinz Preußen gegenüber verpflichtet, Versäumtes nachzuholen, durch die offenkundige Noth eines Landestheils gedrängt, seine Wünsche für Ermäßigung des russischen Tarifs in angemessener und wirksamer Weise geltend zu machen. Oder ist Preußen etwa heute noch das Preußen des Freiherrn Otto von Manteuffel und Rußland das Rußland des Czaren Nicolaus?“

Nein, es ist nicht das Preußen des Hrn. Otto v. Manteuffel. Aber eines anderen Otto, des „großen“ Otto, der weit „größer“ ist als jener kleine Otto, vor allem weit größer in seiner Zärtlichkeit für den „Erbfreund“. —

— Ein Kulturfortschritt — aber nicht in Deutschland. Anläßlich des Zusammentritts der Assisen des zweiten Geschwornenbezirks in Bern verweigerte ein Geschworner den üblichen Eid, indem er einfach erklärte, er glaube an keinen Gott. Die Kriminalkammer beschloß, ihn auf die Formel: „Ich schwöre es ohne alle Gefährde“ zu vereidigen, worauf er den Eid leistete. Die schweizerischen Behörden interpretiren die Gewissensfreiheit allgemein so, daß Niemand zum religiösen Eide gezwungen werden könne. Mitglieder der Bundesversammlung, welche den Eid nicht schwören wollten, haben denselben durch das bloße Handgelübde ersetzen dürfen, und wie man sieht, lassen auch die Gerichte die einfache Schwurformel zu, deren Inhalt kein religiöser ist; — „ohne alle Gefährde“, ein Wort der Rechtssprache, heißt nichts anderes als: mit Ausschluß jeder gefahrbringenden Absicht. Ehe wir in Deutschland so weit sind, werden sich noch ganze Meere parlamentarischen Wassers über die Lippen unserer unbändig freigeistigen Volksvertreter ergießen.

— „Väterchen“ thut wider fromm und friedlich. Schreibt man da der „Agence Havas“ aus Petersburg „der Kaiser habe bald nach seinem Eintreffen in der Hauptstadt die um ihn versammelten Minister über den Eindruck befragt, welchen seine in Moskau gesprochenen Worte gemacht hätten, und auf die Bemerkung, daß dieselben in kriegerischem Sinne gedeutet worden, erwidert: Europa werde bald von solcher Meinung zurückkommen. Vielleicht hätte er weniger lebhaft gesprochen, wenn er nicht wenige Augenblicke zuvor ein Telegramm mit dem Resumé der Rede des englischen Premierministers erhalten hätte. Er habe nach seinem Gewissen gesprochen, und da er seiner Intentionen sicher sei (!), habe er das Vertrauen, nichts gesagt zu haben, was ehrliche Leute zu dem Glauben bringen könne, daß irgend Jemand den Frieden mehr liebe als er. Es sei ferne von ihm, einen Krieg entfesseln zu wollen, aus welchem schreckliches Unglück hervorgehen könne. Wenn er in die Nothwendigkeit versetzt würde, es zu thun, so nehme er Gott zum Zeugen, daß ihm nicht die Verantwortlichkeit zufalle. Darauf von Moskau und dem Enthusiasmus der dortigen Bevölkerung sprechend, erklärte der Kaiser, daß er in dem von patriotischen Erinnerungen erfüllten Kreml sich dem Ausbruch seiner Gefühle überlassen habe, aber dennoch hoffe, das Maß nicht überschritten zu haben. Er wolle keine Gebietsvergrößerung, sein Reich sei groß genug, und enthalte noch ungeheure Länderstrecken, die unbebaut bleiben. Der Kaiser betonte alsdann nochmals die Mission Rußlands, seine Glaubensgenossen im Orient zu schützen und die andern Mächte im Namen des Evangeliums zur Mitwirkung einzuladen. Er, der Kaiser, hoffe, daß England diese Mitwirkung nicht versagen werde.“

Wird dem Engländer nicht einfallen — es sei denn, daß sie zu den „ehrlichen Leuten“ gehören, die nicht glauben, daß irgend Jemand den Frieden mehr liebe, als er“ — nämlich „Väterchen“ und daß „er keine Gebietsvergrößerung wolle.“ China und andere Landestheile in Centralasien sind dem „Väterchen“ natürlich wider seinen Willen von den Bewohnern aufgezwungen worden; die neuesten Versuche zur Zerstückelung der Türkei, die Truppensendungen nach Serbien — Alles geschah gegen den Willen des friedliebenden „Väterchens“. „Väterchen“ hat's ausgesagt und wer's nicht glaubt, ist nicht „ehrlich“. Außerdem soll man — an einem Kaiserwort ebensowenig mäkeln wie an einem Königwort.

Inzwischen verlassen die Türken sich auf die „Ehrlichkeit“ ihrer Flinten und Säbel, und bereiten sich darauf vor, ihr Urtheil über weitere praktische Aethätigungen der Friedensliebe „Väterchens“, ob es nur „Gott zum Zeugen nimmt“ oder nicht, durch „ehrliche“ Hiebe à la Alexiatisch auszudrücken. —

Apropos, von unserer russisch-bismarckischen Presse wird jetzt wieder unverschämt gelogen, um die Sache der Pforte hoffnungslos erscheinen zu lassen. So heißt es z. B., Griechenland werde eine Armee von 200,000 Mann gegen die Türken in's Feld stellen. Griechenland hat ungefähr 1 Million Einwohner; mit Aufgebot aller Kräfte bringt es 30,000 reguläre Soldaten zusammen, und diese sind von so schlechter Qualität, daß sie von einem halben Dutzend türkischer Bataillone in alle Regionen der Windrose zersprengt würden. —

— Noch ist Polen nicht verloren. Wir erhalten folgende Zuschrift:

London, 29. November 1876.

An die Redaktion des „Vorwärts“,
Färberstraße 12/II. Leipzig.

Durch gefällige Aufnahme des beifolgenden Beschlusses werden Sie sehr verbinden

Ihren ergebenen
W. Wroblewski.

Am 29. November, dem Jahrestage der polnischen Insurrektion von 1830, hat das Comité der Gesellschaft „Das polnische Volk“ im Verein mit den Delegirten der continentalen Sektionen dieser Gesellschaft folgenden Beschluß gefaßt:

„In Erwägung, daß in diesem Augenblick die europäischen Regierungen mit den Leiden der slavischen Völker unter türkischer Herrschaft und den Mitteln, ihre Lage zu verbessern, beschäftigt sind.

„Daß unter der Herrschaft der moskowitischen Regierung das polnische Volk aller seiner politischen, sozialen und Menschenrechte beraubt, und weder Leben noch Eigenthum, weder Sprache noch Religion der Polen vor der entsetzlichsten Willkür gesichert ist.

„Daß die Gerechtigkeit für Alle eine und dieselbe sein muß.

„Beschließen wir, die Aufmerksamkeit aller europäischen Völker auf die Unterdrückung des polnischen Volkes durch die moskowitische Regierung zu lenken,

„Und unseren festen Entschluß zu erklären: Daß wir unsere politischen und sozialen Rechte mit allen und jeden Mitteln zu erkämpfen gesonnen sind, welche die Tyrannei unserer Unterdrücker rechtfertigen mag.“

General W. Wroblewski, Präsident.
John Krynski, Sekretär.
8c Edward St. Hampstead Road.“

— Mit Bezug auf die Einsehung der Reichstagswahllisten hat das Reichstagswahlcomité unserer Frankfurter Parteigenossen folgenden nachahmungswerthen Antrag bei dem Magistrat gestellt:

„Das Amtslokal, in welchem laut Wahlgesetz die Wählerlisten acht Tage lang zu Jedermanns Einsicht offen liegen müssen, möge während dieser Tage von Morgens bis Abends ohne Unterbrechung, auch in den Mittagsstunden, geöffnet sein. Die überwachenden Personen haben nicht das Recht, Jemanden das Nachsehen für andere Personen zu verbieten.“

Entzieht sich der Magistrat der Erfüllung der in diesem Antrage ausgesprochenen Wünsche, so ist damit unserer Agitation ein neuer belangreicher Angriffspunkt gegeben.

— Nach einer Haft von 4 Monaten und 19 Tagen aus dem Zellengefängniß zu Nürnberg entlassen, kam Parteigenosse Oehme am 30. November in München an. Briefe können, wie die von Oehme gemachten Erfahrungen beweisen, von humanen Gefängnißgeistlichen den Gefangenen wochenlang vorenthalten werden. Eine neue Ueberraschung wurde Oehme seitens des Kgl. Bezirksgerichts bereitet, welches, ohne irgend in Vernehmen mit ihm zu treten, eine Geldstrafe von 30 Mark kurzer Hand in Arreststrafe umwandelte und ihm diese Maßregel erst am Vorabend seiner Entlassung mittheilte.

— Uns wird aus Zeitz geschrieben, daß Parteigenosse Klute am 29. d. nach 26tägiger Untersuchungshaft entlassen wurde. Ohne daß seitens des Reichskanzlers Strafantrag gestellt wurde, ohne jeglichen ersichtlichen Grund fand diese Freiheitsentziehung statt.

— Preßverfolgungen. Die „Bergisch-Märkische Volksstimme“ vom 30. November schreibt:

„Am heutigen Tage stand der Redakteur der „Berg.-Märk. Volksstimme“ Herr Carl Grünewald vor den Schranken des Zuchtpolizeigerichts zu Elberfeld. Zwei Anklagen waren wider ihn erhoben und zwar erstens wegen Beleidigung des Reichskanzlers Bismarck, zweitens wegen Beleidigung des Lehrers [illegible]er

---

Arbeitsquellen der Gegenwart und Zukunft.

(Aus der „Kölnischen Zeitung“.)

Wenn die Dichter von goldenen Sonnenstrahlen sprechen, so denken wir gewöhnlich an den glänzenden Schimmer, den die purpurleuchtenden Abendlichter auf Bergspitzen, auf Wolken und auf der Menschen kümmerliche Wohnungen werfen. Aber das Wort hat auch einen andern, materielleren Sinn, die Sonnenstrahlen haben auch volkswirthschaftlich eine „goldene“ Bedeutung.

Man sagt noch zu wenig, wenn man das Licht des herrschenden Gestirnes blos mit dem Gold, dem Symbol des Besitzes, der angesammelten Arbeit, in Beziehung setzt. Es ist Alles für uns nicht bloß Besitz, sondern Grundbedingung unseres ganzen Daseins. Denn das Sonnenlicht schafft die Pflanzen; aus ihm entnehmen die unscheinbaren grünen Körnchen, denen die Blätter ihre Farbe verdanken, die Kraft, die Kohlensäure der Luft zu zersetzen und Nahrungsstoffe, Stärkemehl, Zucker, Zellen, Holz, im Weiteren auch Blüthen und Früchte zu bauen. Von den Pflanzen lebt die Thierwelt und wir mit ihr. Ohne die Sonne keine Pflanzen, ohne Pflanzen keine Thiere.

Das Sonnenlicht ist aber nicht blos das Agens, aus dem wir unser Dasein überhaupt schöpfen, es liefert uns auch fast ausschließlich die Arbeitskraft, deren Verwendung das Getriebe unsers civilisirten Lebens möglich macht; und mit der Arbeitskraft liefert es die Arbeit, d. h. das Geld. All' unsere materielle Arbeit beruht auf Erzeugung zweckmäßiger Bewegungen. In primitiven Zuständen benutzt der Mensch nur seine eigenen Muskeln, um diese Bewegungen hervorzurufen; beim Fortschritt der Cultur nimmt er die Thiere zu Hilfe, dann macht er sich durch Maschinen die unorganischen Kräfte nutzbar: Wind, Wasserfälle, Feuer in den Dampfmaschinen ꝛc. Unsere Civilisation strebt mehr und mehr dahin, alle rohe Kraft aus solchen unorganischen Quellen zu entnehmen; der intelligenten Kraft des Menschen wird dann die Aufgabe zugewiesen, jene rohen Kräfte künstlerisch zu regeln, so daß sie seinen Zwecken dienstbar werden. Woher aber beziehen wir jenes Rohmaterial der Arbeitskraft? Fast ausnahmslos von der Sonne.

Wir entnehmen es entweder aus Bewegungen, die an der Erdoberfläche vorhanden sind, oder aus chemischen Processen, zu denen wir das Material vorräthig finden. Von den ersteren sind die wichtigsten der Wind und die Strömung des Wassers; der Wind wird durch die Sonnenwärme erzeugt, welche die Luftschichten ungleichmäßig erhitzt und somit Gleichgewichtsstörungen in ihnen hervorruft. Das Wasser wird von der Sonne zum Verdunsten gebracht, in Dampfform über Berg und Thal vertheilt, bildet Wolken, fällt als Regen oder Schnee nieder, sammelt sich zu Quellen und Bächen und liefert beim weiteren Herabfließen einen Theil der Triebkraft, welche das Menschengeschlecht in seine Taschen füllt. Es fließt, weil es gehoben war, und wer hat es gehoben? Die Sonne. Von den chemischen Prozessen, von denen wir einen andern Theil jener Triebkraft entnehmen, ist heut zu Tage nur einer wichtig: die Verbrennung der Materialien, vor Allem der Steinkohle, mit denen wir unsere Dampfmaschinen treiben. Die Brennmaterialien sind bekanntlich lebende oder fossile Pflanzen, also lebende oder fossile Arbeitsprodukte des Sonnenlichts.

Außer den Leistungen der Sonne haben wir noch zwei Arbeitsquellen von großer Ergiebigkeit an der Erdoberfläche: einerseits Ebbe und Fluth, andererseits die vulkanischen Erscheinungen. Erstere verdanken ihren Ursprung der Drehung der Erde unter dem Einflusse der Mondanziehung; letztere beruhen auf wenig bekannten Thätigkeiten im Innern des Erdkörpers.

Wenn man nun Jemanden die Aufgabe stellte, a priori festzusetzen, welche Bedingungen eine Arbeitsquelle erfüllen muß, um für uns in großem Maßstabe nutzbar zu sein, so würde er unzweifelhaft antworten: Sie muß erstens ergiebig, zweitens regelmäßig, drittens leicht zu mäßigen und viertens wo möglich bequem transportabel sein. Sehen wir uns nun die oben genannten Formen der für uns disponiblen Arbeit an, direkte Sonnenwärme, Wind, Fall des Wassers, Ebbe und Fluth, Vulcane, Steinkohlen, so bemerken wir sofort, daß sie sammt und sonders die Eigenschaft der Ergiebigkeit im reichsten Maße besitzen. Von der Sonnenwärme wird weiter unten noch die Rede sein; was den Wind angeht, so würde ein einziger Sturm, wenn man ihn einfangen könnte, genügen, um Monate, vielleicht Jahre lang, alle Maschinen der Erde zu treiben; der Niagarafall allein vergeudet eine Arbeitskraft, welche, wie man berechnet hat, mehr als vierzigmal hinreichen könnte, um die Maschinen des industriereichen England in Gang zu erhalten; Ebbe und Fluth heben täglich kolossale Wassermassen an unsern Küsten empor und lassen sie wieder ablaufen; die Wirkungen der Vulcane sind bekannt genug, um den Hinweis auf ihre ungeheuren Leistungen unnöthig zu machen; wie reich endlich die Steinkohlenlager sind und welche Rolle sie in unserer Thätigkeit spielen, weiß Jeder.

Anders aber verhält es sich mit den übrigen Bedingungen. Eine Kraftquelle, die für uns technische Bedeutung haben soll, muß regelmäßig wirken und der Mäßigung fähig sein. Je mehr sie diese Eigenschaften besitzt, desto leichter und sicherer kann man die Apparate construiren, welche sie uns dienstbar machen. Einen Vulcan als Vorspann für eine Mühle zu benutzen, wird nie möglich sein. Die Bewegungen des Meeres sind auch zu vielen und zu großen Störungen unterworfen, als daß sie, bis jetzt wenigstens, im Großen nützlich für die Technik geworden wären. Der Wind dagegen ist in Ländern mit ruhigem Klima zu verwerthen, wenn auch mit manchen Nachtheilen. Werthvoller schon ist das Wasser, weil es in manchen Canälen mit großer Regelmäßigkeit fließt. Aber seinen Leistungen fehlt noch die letzte Bedingung vollkommener Brauchbarkeit, sie sind nicht transportabel; die Wassermühle muß da arbeiten, wo die Natur eine Gelegenheit für sie angewiesen hat; eine Meile seitwärts, und die Existenz des schönsten Baches ist ohne Bedeutung.

Alle Bedingungen der Nutzbarkeit vereinigt nur eine Klasse von Kraftquellen, die der Brennmaterialien. Sie lassen sich in beliebig abgemessenen Mengen zu jeder Zeit und an jeder wünschenswerthen Stelle verwenden; daher ihre Stellung als Haupthebel der modernen Industrie. Dazu kommt noch, daß die Hitze, welche sie liefern, nicht blos wie bei der Dampferzeugung zu grob mechanischen Effekten, sondern auch zu feineren Prozessen z. B. zur Darstellung der Metalle benutzt werden kann.

So hängen denn neun Zehntel unserer Industrie von den Brennmaterialien ab, und unter diesen sind es bekanntlich die Fossilien, welche die wichtigste Rolle spielen. Was die Erde von Jahr zu Jahr an lebendem Brennholz erzeugt, reicht jetzt schon für den Maschinenbetrieb nicht aus, und es nimmt jährlich ab. Je weiter die Civilisation fortschreitet, desto mehr scheut sie sich, die werthvollen organischen Gebilde blos durch rohe Verbrennung nutzbar zu machen. Sie wirft sich zu Heizzwecken immer ausschließlicher auf Abfälle, Torf, Braunkohlen, Petroleum und namentlich auf die Steinkohlen. Die bekannten Lager von Torf, Braunkohlen und Petroleum sind aber verhältnißmäßig nicht sehr bedeutend, und auch die viel reicheren Steinkohlenlager werden

zu Barmen. Gegen die Anklage, den Reichskanzler Bismarck beleidigt zu haben, vertheidigte sich der Angeklagte dahin, daß er anführte, der Einsender des angeklagten Artikels habe ausdrücklich vor der Aufnahme erklärt, die volle Verantwortung zu übernehmen. Der Vertreter des öffentlichen Ministeriums führte aus, daß den verantwortlichen Redakteur die Strafe treffe, weil er die Person sei, welche den strafbaren Artikel in die Oeffentlichkeit gebracht und der Verfasser nur als Theilnehmer bestraft werden könne. Hierauf zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück und verurtheilte Grünewald nach § 185 und 186 des Strafgesetzbuches zu drei Monaten Gefängniß und in die Kosten.

„Ueber den Köhler'schen Prozeß können wir Näheres nicht mittheilen, da wir während der Verhandlung im Gerichtssaal nicht anwesend sein konnten. Das Urtheil lautete wegen Beleidigung des Lehrers Köhler gegen Grünewald auf einen Monat Gefängniß und Tragung der Kosten."

— Wegen eines in Nr. 124 des „Hamburg-Altonaer Volksblatt" enthaltenen Artikels „Ein Dieb, den bessern Ständen angehörend, dem eine feinere Behandlung zu Theil wurde", zur Verantwortung gezogen, lehnte der Redakteur des Blattes, Audorf, ab, den Verfasser zu nennen. Wegen angeblicher Beleidigung des Staatsanwalts in dem betr. Artikel in Anklagestand versetzt, wurde gegen Audorf außer der Verurtheilung in die Kosten auf 14 Tage Gefängniß erkannt, während der Antrag des Staatsanwalts auf 3 Wochen gelautet hatte.

— Das Glauchauer Gericht thut, als ob es gegen die „Glauchauer Nachrichten" einen Monstreprozeß in Scene setzen wollte. In einer Klagsache gegen den verantwortlichen Redakteur wurde das gesammte Redaktions-, Expeditions- und Setzerpersonal mit Vorladungen vor das Gerichtsamt gefordert. Es kreißen die Berge — —

— In Stettin erscheint seit dem 26. November ein neues sozialistisches Organ, die „Stettiner Freie Zeitung", verantwortlich redigirt vom Genossen Zielowsky. Wir wünschen besten Erfolg.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 29. November. (Forts.) Die ständeräthliche Fabrikgesetz-Commission hatte der Beschluß des Nationalraths über die Sicherheitsmaßregeln in den Fabriken wesentlich umgestaltet und die Bestimmungen gestrichen, welche die Fabrikanten für Gesundheitsschädigungen und Todesfälle verantwortlich machte, die sich auf gesundheitsschädliche Industrien zurückführen lassen. Im Allgemeinen äußert er sich über die hygieinischen und Sicherheitsvorschriften folgenbermaßen:

Dieses Gebiet, welches das Gesetz in allgemeinen aber umfassenden Ausdrücken der Obsorge des Bundes übergiebt, scheint uns von der allerhöchsten Wichtigkeit. Nicht nur ist die Competenz hierfür in klaren Worten in Art. 34 der Bundesverfassung gegeben, sondern auch nach allgemein anerkannten staatlichen Grundsätzen, nach dem allgemeinen Polizeirecht und der öffentlichen Gesundheitspflege handelt es sich unzweifelhaft hier einerseits um die Erfüllung einer ernsten Pflicht des Staates gegenüber dem gesammten Arbeiterstande, der sich der Fabrikarbeit unterzieht (!), und andererseits um Auflage von Pflichten und Obliegenheiten an den Fabrikanten, welche Rechts- und Billigkeitsgefühl bemselben in der That und Wahrheit zuweisen. Der Arbeiter überantwortet sich in diesen Beziehungen den Einrichtungen und Kräften der Technik und Mechanik der betreffenden Unternehmung, und die letztere ist doch wohl pflichtig, das Mögliche zu leisten, daß diese Abhängigkeit von den umgebenden lokalen und technischen Verhältnissen der Gesundheit wie der Sicherheit der Arbeiter möglichst wenig Eintrag thue. Dieses Gebiet ist von der größten Bedeutung für das Wohl des Arbeiterstandes, und die gewissenhafte Sorge des Fabrikanten nach dieser Richtung bedingt auch wesentlich das allgemeine Urtheil über die Wohlthat und den Nutzen seines Gewerbsbetriebes. Die Einwendungen dagegen sind der Commission als unbegründet erschienen und sie hält an den aufgenommenen Bestimmungen einmüthig fest. Handelt es sich vorerst nur um Fabriken, welche mit Stoffen sich abgeben, die der Gesundheit gänzlich unschädlich sind, so ist schon da die Obsorge für gehörige Räumlichkeiten, für Ventilation, Lufterneuerung u. s. w., für die Krankheitsverhütung aus Fabrikarbeit von größter Wichtigkeit. Es ist dies, wie die treffliche Eingabe eines Arztes von Baden sagt: „die Correctur der durch Arbeitsraum und Arbeitseinrichtung bedingte Gesundheitsschädigung". Er nennt dies geradezu den Kernpunkt der Fabrikgesetzgebung und behauptet, der schädlich wirkende Faktor auf die Gesundheit in weitaus der Mehrheit der Fabrikationszweige liege in dem Mangel an gesunder Luft innerhalb des Arbeitslokals.

Nun kommen hierzu alle Gewerbe, welche die Arbeiter mit Behandlung gesundheitsschädlicher Stoffe beschäftigen und recht eigentlich das große Gebiet der sogenannten „Gewerbekrankheiten" bedingen, durch Einathmung von schädlichem Staub, von schädlichen Dämpfen und Gasen. Leider ist es nicht möglich, die Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft und ihre große Culturarbeit von solchen Gefahren ganz frei zu halten. Man bedarf durchaus eines Großtheils dieser Produkte, welche nicht ohne Gesundheitsgefährde hergestellt werden können. Aber der weitaus größte Schaden in allen diesen Zweigen entsteht doch durch Vernachlässigung der Vorsichtsmaßregeln, durch Vernachlässigung der technischen Mittel für Entfernung der schädlichen Dünste, Gase uud des Staubes, Vernachlässigung der Reinlichkeit u. s. w. — Technik und Naturwissenschaften geben große, oft ausreichende Hilfsmittel an die Hand, diese gesundheitsschädlichen Wirkungen ganz zu beseitigen oder doch auf ein geringes Maß zu beschränken.

Auch der Art. 3 (vorgängige Planvorlagen für neue Fabrikgebäude) ist durchaus nöthig. Wenn schlechte Einrichtungen, ungenügende Räume einmal erstellt sind, wenn für Lufterneuerung u. dgl. nicht von vornherein gesorgt ist, so ist später schwer zu helfen und zu verbessern, während beim Neubau besser vorgesehen werden kann. Es ist selbstverständlich, daß sich diese Controle nur mit der Gesundheitsfrage und mit nichts Anderem (etwa Stilfragen) zu beschäftigen hat. Diese staatliche Controle jedoch im Interesse der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter kann den Fabrikanten nicht erspart bleiben. Die Billigdenkenden werden und müssen dies zuverlässig selbst einsehen und begreifen. Es ist dies ein Theil der Fabrikgesetzgebung, in Bezug auf welchen die europäischen Großstaaten, namentlich England, Frankreich und Deutschland, uns längst vorangegangen sind."

Wir machen an dieser Stelle nur daranf aufmerksam, daß sich das, was die Commission bei den gesundheitsschöblichen Gewerben ausführt, auch auf die meisten Arbeiter in offenen Räumen anwenden läßt. — Die Fabrikinspektoren werden mit bedeutenden Machtbefugnissen und vor allen Dingen mit bedeutenden Kenntnissen ausgerüstet sein müssen, sollen sie ihrer Aufgabe gewachsen sein. Nur derartige Inspektoren können mit dem Wegfall der Haftpflicht der Fabrikanten bei „Gewerbskrankheiten" einigermaßen versöhnen. (Schluß folgt.)

Paris, 21. November. (Dem „Bulletin der Federation Jurassienne" entnommen.) Die Ankunft des Winters führt alljährlich mit der schlechten Witterung die Aussicht auf Arbeitsstockung und Elend für die arbeitende Klasse mit sich, und gerade in den großen Städten, wo ungeheure Reichthümer aufgespeichert sind, Früchte des Fleißes der Arbeiter, sind die Erzeuger dieser Reichthümer am schlechtesten bedacht. Man sehe dieses große Paris mit seinen wahren Bergen von Kleidungsstücken, die auf ihre Käufer harren, und welche Tausende von Sansculotten (Ohne-Hosen im traurigsten Sinne dieses als Spottname für das Proletariat erdachten Wortes) mit Neid betrachten, — Sansculotten, sagen wir, denn man kann die Lumpen, die diese verhungerte Bevölkerung trägt, nicht Hosen nennen; dieses Paris mit seinen gefüllten Weinkellern, und daneben ein guter Theil seiner Bewohner, sich in Zügereihen bei den Walace-Brunnen; dieses Paris, welches strotzt von Allem, was die Arbeit hervorbringt, von den Gegenständen der äußersten Nothdurft bis zu denen des Luxus — und die ungeheuere Mehrheit der Erzeuger dieser Dinge seufzt im tiefsten Elend!

In Paris giebt es 120,000 blutarme Menschen, welche in den Wohlthätigkeits-Bureaux eingeschrieben sind, und ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß man eine dreimal so bedeutende Zahl finden würde, wenn man Alle zusammenrechnen wollte, die thatsächlich unter dem Hunger, der Kälte und dem Arbeitsmangel leiden.

Für Jedermann, der menschlich fühlt, ist es herzzerreißend, zu sehen, wie weit und breit an den luxuriösen Palästen arbeitslose Handwerker vorüberziehen und den Vorbeigehenden die Hand entgegenstrecken. Alle Morgen kann man auf dem Grève-Platz zwischen der Napoleon-Kaserne und der Kaserne Lobau traurigen Andenkens 2—3000 Maler aufgestellt sehen, welche darauf warten, daß man sie in Dienste nehme; hinter diesem Platze vor der St.-Gervais-Kirche sind die Maurer in gleicher Zahl: ein Stück weiterhin befinden sich die Erdarbeiter. Vor der Expedition des „Petit Journal d'Annonces" (Kleines Annoncen-Tageblatt) haben wir die Bataillone der Handlungsdiener, welche zu Hunderten und Tausenden zugweise anrücken, um das Tageblatt zu kaufen, in der Hoffnung, darin für sich eine Arbeitsanzeige zu finden. Kurz, alle Gewerke von Paris sind in der nämlichen Lage, dergestalt, daß die Munizipalvorsteher ein menschliches Rühren fühlen; wenigstens nehme ich dies an auf Grund folgenden Anschlages, welchen ich gelesen habe:

„Bürger! Abgeordnete der Mairie (Bürgermeisterei) werden von Haus zu Haus herumgehen, um zu Gunsten der Armen unseres Bezirkes zu sammeln. Es genügt kaum, wenn wir die Summe unserer Nothleidenden auf eine Zahl von **15,000** angeben (nur für diesen einen Bezirk), von denen 10,000 in tiefem Elend sind; es giebt 6000 Kranke und 2000 Wöchnerinnen. Gebe Jeder edelmüthig an Geld und Naturalien, was er irgend vermag!"

Dies ist unterzeichnet vom Bürgermeister, seinen Beiständen, Sekretären und den Mitgliedern des Munizipalrathes des elften Bezirkes.

Zu diesem schon genugsam traurigen Bilde füge man noch die zahlreichen Fallissements, welche über die Geschäftsleute von Paris hereinbrechen. Das Handelsgericht hat in seiner Sitzung vom 7. November vierzig Insolvenzanzeigen verkündigt; wenn wir diejenigen hinzuzählen, welche noch von jetzt ab bis Ende des Jahres ausbrechen werden, und diejenigen, welche, ohne erklärt zu sein, in einem Abkommen mit den Gläubigern und im Ruin des Geschäftsmannes ihren Abschluß finden, erhält man eine entsetzlich hohe Zahl, wie sie zweifelsohne die prüfungsschwersten Jahre nicht aufzuweisen hatten. Die Politiker sprechen mit Schrecken von dem Kriege, welcher im Orient auszubrechen droht, nnd von der Möglichkeit, Rußland sich am Bosporus festsetzen und so der abendländischen Industrie wichtige Waarenabsatzgebiete verschließen zu sehen, — wie wenn es für das Heil Frankreichs unumgänglich nöthig wäre, seine Produkte weit fortzuschaffen, um sie in Asien verbrauchen zu lassen, — während in Paris allein 400,000 Mägen nach Verbrauchsgegenständen schreien, die man ihnen verweigert, und 800,000 Arme sich anbieten, um die gleiche Menge von Produkten wieder zu erzeugen, die sie verzehrten.

✓ **Crimmitschau**, 24. Nov. In unserem 18. Wahlkreise ist die Wahlbewegung jetzt im flotten Gange. Es werden überall, auch in den kleinsten Ortschaften, Versammlungen abgehalten; eine Ausnahme machen nur diejenigen Dörfer, wo uns die Wirthe ihre Lokale nicht zur Verfügung stellen; deren sind bereits im Crimmitschauer Gerichtsamtsbezirk drei, doch sind dies meistentheils Dörfer, wo nur Großbauern wohnen und wo wir auch weniger Erfolg erzielen würden. Im Uebrigen werden wir stets willkommen geheißen. Was die Aussicht betrifft, ob unser Abgeordneter Motteler wiedergewählt wird, so können wir ruhig der Zukunft entgegensehen, obgleich uns bereits angedeutet worden ist, daß ein hiesiger „Rechtsanwalt" mit Verleumdungen, Verdächtigungen und Verdrehungen gegen unseren Motteler die Wahlschlacht führen will; wir sind zwar dies von jener Seite gewohnt, denn der „Rechtsanwalt" hat schon mehrere solche Kunststückchen verübt, bei der letzten Reichstagswahl trat er mit der Unterschrift „Ein alter 48er Demokrat" und bei der am 22. ds. stattgefundenen Stadtverordnetenwahl als „Ein alter Bürger" auf. Doch wir müssen auf der Hut sein, denn diesmal sollen bereits Tausende von Thalern zum Druck von Flugblättern, die einestheils der liberale Candidat selbst, anderntheils dessen Freunde gegeben haben, vorhanden sein. Demnach bekämen wir einen harten Wahlkampf und es heißt da: „Auf zur Wahl, Mann für Mann für Motteler eingetreten und für denselben Stimmen geworben." Einen kleinen Beweis, wie die Gegner hier auftreten, will ich zum Besten geben: Motteler war jetzt eine Zeit lang krank, da hatten die Gegner nichts Eiligeres zu thun, als auszuposaunen, Motteler würde doch einmal nicht wieder gesund und deshalb wäre es unnütz, demselben die Stimme wieder zu geben, und um Stimmenzersplitterung zu vermeiden, sollte Jeder seine Stimme „Herrn Banquier Händel" geben. Ob die Herren so ein schwaches Gedächtniß besitzen, um nicht mehr zu wissen, daß ein sozialistischer Abgeordneter oder Candidat selbst vor das Volk hintritt und seinen Wählern Rechenschaft giebt? Nun sie mögen sich freuen, die Herren Gegner, so viel wie sie wollen, aber täuschen mögen sie sich nicht, daß Motteler in einigen Wochen kommt und den Wählern Rechenschaft über seine Thätigkeit in dem Reichstag giebt. — Was die Stadtverordnetenwahl anlangt, so haben wir den Sieg davon getragen, denn von den von uns aufgestellten 8 Candidaten sind 6 gewählt worden, von den 2 übrigen hatte der eine Candidat nur einige Stimmen weniger als der Gegner, der andere Candidat wurde hinter seinem Rücken zum Spitzbuben gestempelt und warum? weil er Fabrikarbeiter, weil er Spinner war, und das wäre ja die größte Schande für eine Stadt, wenn sie einen Spinner als Stadtverordneten besäße. Sogar einige, sich gern als eifrigste Sozialisten geberdende Leute haben sich nicht gescheut, gegen jenen Mann zu agitiren, ja sogar öffentlich, durch eine Annonce im gegnerischen Blatt, worin aufgefordert wurde, dem 8. Candidaten die Stimme nicht zu geben. Der Himmel behüte uns vor unsern Freunden, unsern Feinden sind wir gewachsen.

Klingenthal i. V. Sonnabend, den 18. November, tagte hier eine von circa 300 Personen besuchte Volksversammlung, in welcher der Reichstags-Candidat, Redakteur Reisser aus Bremen, einen Vortrag hielt. Redner behandelte in zweistündiger, ausgezeichneter Rede die Tagesordnung: „Die politischen und volkswirthschaftlichen Zustände Deutschlands und die nächsten Reichstagswahlen." Herr Reisser führte ferner aus, mit welchen Mitteln die Gegner die Sozialdemokratie zu verdächtigen suchen. Redner sprach klar und deutlich und zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden; dies bewies, der zu wiederholten Malen gespendete Beifall der Versammlung. Zum Schlusse wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Reisser vollständig einverstanden und verspricht, für dessen Wahl zum Reichstagsabgeordneten für den 23. sächsischen Wahlkreis einzutreten und mit vollen Kräften zu wirken." Bei der hierzu erforderlich gewesenen Abstimmung enthielten sich die Gegner der Stimmen; daß dieselben vertreten waren, konnte man deutlich an dem fortwährenden Gemurmel während des Vortrags des Referenten vernehmen. Die Arbeiter aber hörten mit voller Aufmerksamkeit und anständiger Ruhe dem Vortragenden zu; ein halb Dutzend gebildete, zu den Honoratioren von Klingenthal sich zählende Herren waren nicht im Stande, Ruhe zu halten, sie mußten von den Arbeitern zur Ruhe gerufen werden. Ein anscheinend junger Mann, dessen Namen wir vorläufig nicht nennen wollen, der sich jedoch ebenfalls zu den Besserfituirten und Bessergebildeten rechnen möchte, benahm sich als ein „gebildeter Flegel"; er glaubte seinem rohen Benehmen die Krone dadurch aufsetzen zu müssen, daß er auffallend oft den Salon verließ und allemal wiederkehrte, um beim Aus- und Eingang die Thür recht „anhauen" zu können, sowie den Stuhl, auf welchen er sich placirt hatte, recht oft hin- und herzurücken. Es ist dies nichts Neues mehr, derartige Vorkommnisse gehören zu der Moral der heutigen Gesellschaft. — Als am Schlusse des Referats die Gegner aufgefordert wurden, sich zum Worte zu melden, antworteten sie, es sei zu spät! Nun, wir hoffen, daß es den Gegnern auch bei den Wahlen so ergeht, daß sie zu spät kommen, nachdem unser Candidat aus der Wahlurne hervorgegangen ist.

Pforzheim, 18. November. Am Dienstag, den 14. November, fand hier in der Renz'schen Glashalle eine allgemeine Wählerversammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Als Referenten waren aufgestellt die Herren Leininger und Dreesbach. Nachdem das Bureau, bestehend aus den Herrn Belzner, Erber und Lehmann, gewählt war, erhielt Herr Leininger das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Liberalismus und Sozialdemokratie". In scharfen Zügen zeichnete der Redner die Charakterlosigkeit des heutigen politischen Liberalismus, der sich bei der bevorstehenden Wahloperation in seiner Rathlosigkeit unter das Banner der Reaktion flüchten müsse. Er wies an der Hand der Ereignisse selbst die Verlogenheit des Liberalismus', hauptsächlich die Verlogenheit desselben in den letzten 6 Jahren nach, während welcher er das Volk zu täuschen verstand. Nun liege derselbe als offenes Buch vor uns, woraus wir ersehen, daß es hauptsächlich der Liberalismus war, der das Gründerthum seine höchsten Siege feiern ließ, durch den der Gott Mammon auf den Thron erhoben wurde. Die Pfaffenfeindlichkeit habe man nur als Täuschungsmittel benützt. Die Liberalen begreifen recht wohl, daß, wenn der Geist der Wissenschaft alle Klassen des Volkes durchdringt, das heutige liberale Staatsprinzip das Bündel schnüren muß, nach welchem, wie Hölder sagte: „Der Krieg der höchste Staatszweck ist" und wir in steter Unsicherheit leben, immer „Krieg in Sicht" haben. Der politische Liberalismus hat uns ein Volk in Waffen, ein Volk in Thränen geschaffen und dem Absolutismus Thür und Thor geöffnet. Redner ging nun über zum wirthschaftlichen Liberalismus und wies an der von demselben geschaffenen Produktionsweise nach, daß derselbe nothgedrungen zum Socialismus führen müsse. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall geendet, erhielt Herr Dreesbach das Wort zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „die Reichstagswahl." Obgleich seine Stimme sehr angegriffen war, führte er seinen Vortrag meisterhaft durch. Er führte an, daß es nothwendig sei, nachdem die zweite Legislaturperiode zu Ende gehe, zu untersuchen, ob die bisher gewählten Reichsbaten ihr Versprechen gehalten haben. Als vor 6 Jahren noch unter dem Donner der Kanonen die Reichstagswahlen stattfanden, da glaubte das Volk allgemein, in Folge der sogenannten glorreichen Siege eine neue Aera des Friedens anbrechen zu sehen und wählte im Siegestaumel die-

---

einmal zu Ende gehen. Pessimisten rechnen heraus, daß, wenn die Industrie so fortschreitet, wie seit hundert Jahren, in vier oder fünf Jahrhunderten die bekannten Kohlenlager erschöpft sein und die unbekannten ihren Inhalt jedenfalls zu enormen Preisen liefern werden. Wir wollen uns nicht auf diese Rechnungen einlassen, weil sie zu viel Hypothese enthalten; wir können uns aber der Erkenntniß nicht verschließen, daß die natürlichen, kohlehaltigen Brennstoffe für irgend eine Generation unserer Enkel nicht mehr das sein werden, was sie für uns sind, die billige, überall zu holende Grundquelle der Wärme und mechanischen Kraft. (Schluß folgt.)

— Ein „Samariter". In Gera besteht seit Jahresfrist ein sogenannter Samaritanerbund, zu dessen Zwecken auch die Krankenpflege gehört. Vor kurzem verunglückte nun in dem Fabriketablissement eines dieser Samariter, eine junge Fabrikarbeiterin von 17 Jahren, indem sie in der Appreturanstalt in die Scheermaschine kam, welche ihr die rechte Hand zerfleischte, so daß der Armen drei Finger von einem Chirurgen abgelöst werden mußten. Dies geschah Vormittags zwischen 10—12 Uhr. Nach der Amputation der Finger hatte der Chirurg dem Mädchen etwas Ruhe und Schlaf empfohlen. Diesen Schlaf fand die Arme nicht etwa in einem Privatzimmer des Fabrikbesitzers auf einem Bette oder Sopha, sondern auf einer hölzernen Tafel neben dem sogenannten Kalander in den Fabrikräumen. Die Unterbringung in das städtische Krankenhaus fand erst gegen 4 Uhr Nachmittags statt. Bis dahin blieb das verwundete Mädchen in den Fabrikräumen, und da sie zu schwach und angegriffen war, um den ziemlich weiten Weg von der Fabrik in's Krankenhaus zu Fuß zurückzulegen, so ließ sie der Fabrikherr nicht etwa in einem seiner Wagen dahin fahren, sondern sie mußte sich in einem sog. Siech- oder Krankenkorb dahin tragen lassen. Doch wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß ihr der Fabrikbesitzer auf wiederholtes Bitten resp. Ansuchen der Arbeiter ein Glas Wein zur Stärkung verabfolgen ließ.

Also meldet die „Volkszeitung". Hoffentlich wird die verunglückte Arbeiterin mit dem „Samariter" auf Grund des Haftpflichtgesetzes noch ein Wörtchen zu reden haben.

jenigen, die am meisten zur Verbreitung dieser Anschauungen beitrugen. Einzelne Wenige waren es damals, welche die drohenden Gefahren erkannten und davor warnten; aber ihre Stimme wurde nicht gehört. Schon nach 3 Jahren aber, als sich die Größe des Vaterlandes in der Größe des Steuerzettels bemerkbar machte, trat an die Stelle des früheren Rausches der unvermeidliche Katzenjammer. Die Errungenschaften entsprachen den gehegten Erwartungen nicht, Handel und Wandel wurde durch die Mißwirthschaft des Liberalismus brach gelegt, daher im Jahre 1874 die 400,000 Stimmen für sozialistische Candidaten. Wenn damals gesagt wurde, durch die Wahl liberaler Candidaten werde sich die Industrie heben, so sehen wir heute, also nach wieder 3 Jahren, das Gegentheil. Die Industrie ist mehr wie je heruntergekommen und hieran trägt die Gesetzgebung keine kleine Schuld. Was haben die gewählten Gesetzgeber uns geschaffen? Ein Aktiengesetz, die Wurzel des Gründerthums; ein Preßgesetz, welches freiheitlich bilden soll, aber in Wirklichkeit jeder freiheitlichen Bildung Schranken setzt; ein Impfgesetz, nach welchem uns die Rindviehlymphe reichsgesetzlich eingeimpft wird, trotzdem diese Prozedur von $^2/_3$ der größten Autoritäten als gesundheitsschädlich bezeichnet wird. Sie haben uns ferner geschaffen ein Militärgesetz, wobei sie auf sieben Jahre nicht nur für sich, sondern sogar für ihre Nachfolger auf das wichtigste Recht, auf das Budgetbewilligungsrecht verzichtet haben — ein Gesetz, durch welches angeblich der Friede gesichert werden soll, welches aber in Wirklichkeit in seinen Consequenzen dazu beiträgt, ganz Europa in ein Heerlager zu verwandeln und den Wohlstand des Volkes zu ruiniren. Aehnlich verhält es sich mit dem Landsturmgesetz. Redner beleuchtet noch verschiedene andere Gesetze und Gesetzesvorlagen, die, zwar einstweilen abgelehnt, wieder zur Vorlage kommen werden, z. B. das Contraktbruchgesetz, die verschiedenen Steuervorlagen 2c. Bei allen diesen Gesetzen haben die Volksvertreter das Menschenmögliche geleistet im Aufgeben von Prinzipien, es handelt sich deshalb bei der nächsten Reichstagswahl darum, gegen diese Wirthschaft zu protestiren und deshalb einem Manne die Stimme zu geben, dessen Vergangenheit und bisheriges Auftreten im Reichstag uns dafür bürgt, daß er mit der liberalen Wirthschaft nicht einverstanden ist. Einen solchen Candidaten stellen die hiesigen Genossen in der Person des Herrn August **Bebel** auf, der in Wirklichkeit für die Volksinteressen eintrete. Lebhafter Beifall bei der Nennung des Namens Bebel bewies, daß wir in ihm den richtigen Mann getroffen haben. Zum Schluß wurde eine Resolution eingebracht und einstimmig angenommen, des Inhalts, daß die Versammelten mit allen Kräften für diesen Candidaten eintreten wollen. Nachdem der Vorsitzende aufgefordert, gegentheilige Ansichten zur Geltung zu bringen, sich aber Niemand zum Wort meldete, wurde die Versammlung geschlossen. H.

München, 26. November. Gestern Abends wurde im Gasthofe zum „Unterpollinger" eine ausgezeichnet besuchte sozialdemokratische Versammlung abgehalten, in welcher auch der, gestern aus dem Zellengefängniß Nürnberg nach Erstehung seiner viermonatlichen Haft zurückgekehrte Redakteur des „Zeitgeist", Herr Kiefer, erschienen war und beim Betreten des Saales stürmisch begrüßt wurde. Nach dem Vorsitzenden ergriff zunächst Redakteur Kiefer das Wort, um den Arbeitern Münchens seinen Dank abzustatten, daß sie während seiner Strafhaft seine Familie so thatkräftig unterstützt. Hierauf sprach Herr Schloßer über die Berichterstattung der liberalen Landtagsabgeordneten Münchens; in seiner Rede bewies er, daß beide Parteien, sowohl die ultramontane als die liberale, in der jüngst verflossenen Landtagssession für das Volk gar nichts geleistet haben. Als Redner mit Bezug auf den Landtagsabgeordneten Wülfert behauptete, daß es eine schmachvolle Rolle für einen Staatsanwalt sei, den liberalen Agitator zu spielen, wurde ihm auf Veranlassung des Polizeikommissärs Gehret das Wort entzogen. Darauf trat Reichstagscandidat Regenschirmmacher Pröbstl auf, um in Kürze das Programm der sozialdemokratischen Abgeordneten zu entwickeln. Der Vorschlag Kiefer's, daß die beiden Candidaten für München ihr Programm im „Zeitgeist" erscheinen und in Form von Flugblättern verbreiten lassen sollten, fand allgemeinen Anklang. Nachdem noch Ernst sen., der während der Haft Kiefer's die Redaktion des „Zeitgeist" führte, den Anwesenden für die ihm zu Theil gewordene Unterstützung gedankt hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Mainz, im November. Wie man in Hessen zu seinem Rechte kommt, kann man aus Folgendem ersehen. Im Januar 1876 erhielt ich einen Steuerzettel, auf welchem ein Einkommensteuerkapital von 75 fl. per Monat verzeichnet war, wonach ich also für das Ziel (2 Monat) 3 Mrk. 37 Pf. zu zahlen hatte. Ich ließ mir sofort von meinem Prinzipal eine Bescheinigung schreiben, daß ich nur 14 fl. wöchentlichen Gehalt habe, also ein monatliches Einkommen von 56 fl. Mit dieser Bescheinigung ging ich nach dem hiesigen Steuerbureau, um selbst zu reklamiren; wurde jedoch abschläglich beschieden. Ich wendete mich sodann an die Ober-Steuer-Direktion in Darmstadt und bat dieselbe, mir doch diese ungerechte Steuer auf Grund der Bescheinigung meines Prinzipals zu ermäßigen. Heute erhalte ich nun von dort folgenden Bescheid:

„Die Großh. Ober-Steuer-Direktion eröffnet dem Rubrikaten auf Grund stattgefundener Prüfung (?) des obigen Rekurses, daß seinem Gesuch als unbegründet willfährige Folge nicht gegeben worden ist."

Ein weiterer Rekurs gegen diese Entscheidung ist gesetzlich nicht zulässig. (!!)

Wo soll nun der Arbeiter sein Recht suchen?

Burgdamm. (18. hannoverscher Wahlkreis.) Hiermit den Gesinnungsgenossen zur Notiz, daß im hiesigen 18. hannoverschen Wahlkreise W. Bracke aus Braunschweig als Reichstagscandidat aufgestellt ist. Ein Jeder, der Sympathie für die Emanzipation der Arbeiterklasse hegt, kann diese jetzt bethätigen, indem er seine Stimme nur unserem aufgestellten Candidaten giebt und in allen Kreisen für dessen Wahl agitirt, denn nur durch einen Arbeiterabgeordneten werden die wahren Interessen des arbeitenden Volkes im Parlamente vertreten werden. Thue daher ein Jeder, was in seinen Kräften steht, denn es thut noth. Ohne Kampf kein Sieg!

Briefe u. s. w. in dieser Angelegenheit wolle man an Unterzeichneten senden.

Bernh. Benndorf, Burgdamm b. Bremen.

Celle, 27. November. Hier am Orte hat sich laut Beschluß der Volksversammlung, in der Herr Otto Kapell referirte, ein Wahlcomité constituirt, um die Wahl des von der sozialdemokratischen Partei aufgestellten Candidaten Otto Reimer zu unterstützen. Als Vorsitzender ist Warnecke, als Kassirer Stahe und der Unterzeichnete als Schriftführer gewählt. — Zur Förderung unserer Sache beabsichtigen wir am Montag den 4. Dezember eine Volksversammlung abzuhalten, in der Herr Reimer seine Candidatenrede halten soll.

C. Hingstmann.

Bücherschau.

— Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage von 1874—1876. Beleuchtet von A. Bebel. — In der Zeit der Vorbereitung zu den Neuwahlen für den Reichstag kann kein Thema geeigneter sein, Klarheit und Licht zu geben für das, was uns Noth thut, als eine unbefangene Beurtheilung und Untersuchung, was für Urtheile von diesem „heiligen Schwurgericht der Nation" in der Zusammensetzung der letzten Gesetzgebungsperiode ausgesprochen worden sind. Da finden wir in dem Schriftchen Bebel's vor allem die Haltung der Majorität in den Fragen des Militarismus, in den verschiedensten Geldbewilligungsakten überhaupt charakteristisch gekennzeichnet. Die Erkenntniß des Rechten fehlte ja den Herren Gegnern nicht: aber das ist eben die herbe Strafe der gesinnungslosen Liebedienerei gegen leitende Staatsmänner, daß diese Knechtsseelen den Prozeß der Entmannung an sich selbst vornehmen und sich in selbstgegrabene Gruben stürzen! Unser Freund führt uns nun bei Gelegenheit der einzelnen Gesetze diese Faustschläge, welche unsere sogenannten Liberalen ihrem ursprünglichen Programm und jeder gesunden Ueberzeugung in's Gesicht versetzen, vor und trägt dadurch ungemein viel bei zu einer richtigen und wahren Beurtheilung der liberalen Volksvertreter. An der Entwicklung des Culturkampfs zeigt uns der Verfasser, wie selbst providentielle Staatsmänner Gesetze loslassen, über deren nothwendige Folgen sie dann die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen, und Codizille und Nachträge anhängen, die dann in direktem Widerspruch mit dem Hauptgesetz stehen — eine Erscheinung, von der selbst Herr Lasker sagen muß: „Im Bismarck'schen Rechtsstaat giebt es eben Dinge, von denen sich unsere Schulweisheit nichts träumen läßt." Die in die Augen springendsten Punkte aber sind die mit fataler Deutlichkeit aufgestellten Zahlenangaben über die durch „ideale", d. h. indirekte Steuern aufgebrachten und in Zukunft in noch höherem Grade aufzubringenden Summen. — In der That, ein eherner Mahnruf an das Volk, Männer des Volks, die für dasselbe fühlen, reden und handeln, in den Reichstag zu schicken. Geh hinaus in die deutschen Lande, du kleines Büchlein, und thue deine Schuldigkeit: bringe Licht in die Massen und sporne sie an zu entschiedenem Handeln.

[Druckfehler-Berichtigung.

Auf Seite 40, 2. Zeile von unten, muß es heißen anstatt 2 M. 22 Pf.: 3 M. 33 Pf.]

— Die Verzweiflung im liberalen Lager. Antwort auf die 7 Artikel der Magdeburgischen Zeitung und die Schmähschrift des Herrn von Unruh. Von Wilhelm Bracke. — Man hält es bei den Gegnern nicht nur „der Mühe werth", den Sozialismus in's Auge zu fassen, sondern man hat schon Furcht vor seinen wahren Grundsätzen und ihrer scharfen, consequenten Durchführung! Denn der ganze Scheinliberalismus, der aus gesprochener und gedruckter Phrase besteht, giebt sich selbst mit seinen „Widerlegungen" allemal ein Testimonium paupertatis, ein Armuthszeugniß. Die Bracke'sche Schutz- und Trutzschrift hat es nun mit zwei solchen „Confutationes", „Zerschmetterungsschriften", zu thun, deren erstere aus sieben Artikeln der „Magdeburger Zeitung" besteht. Unkenntniß der elementarsten volkswirthschaftlichen Wahrheiten, Unkenntniß der Lehren des Sozialismus und seiner Ziele können natürlich nichts anderes als derartige Mißgeburten erzeugen. Dazu kommt nun noch der hämische böse Wille, der diese Kindlein als Pathe aus der Taufe zu heben pflegt, und die Ammę der Unfähigkeit zur wissenschaftlichen Widerlegung, die sie dann der erstaunten Mitwelt präsentirt. Wessen Geschmack und klarer Blick nun noch nicht ganz verderbt und umnebelt ist, der muß sich freilich enttäuscht abwenden von solch einem Wechselbalg.

Von den meisten Urtheilen des Verfassers der sieben Artikel wird freilich jeder klarsehende und klardenkende Leser, selbst wenn er der heftigste Gegner unserer Bestrebungen ist, mit Göthe's Faust sagen müssen:

„Wär' der Gedanke nicht verwünscht gescheit (d. h. „opportun", klug erlogen, um zu täuschen),
Man wär' versucht, ihn herzlich — dumm zu nennen!"

In dem zweiten Theile seines Schriftchens wendet sich Bracke gegen — Herrn von Unruh. Diesen Ritter von der traurigen Gestalt haben bekanntlich die Lorbeeren anderer „Vorkämpfer" des Liberalismus nicht schlafen lassen und er hat die ritterlichen Waffen angelegt und zu gewichtigen — Lufthieben benutzt. Der fünffältige Gründer ist auch einfältiger Gründling genug, zu glauben, vermöge einiger absichtlicher Textfälschungen und etlicher trivialer Gemeinplätze, ferner durch Entwickelung seiner eigenen verschrobenen Vorstellungen vom sozialistischen Staate, die er uns imputirt (in die Schuhe schiebt), die Partei in die Luft sprengen zu können. Der „Vorwärts" hat seiner Zeit den „edeln Herrn" schon abgethan, aber wir empfehlen unseren Freunden und — Gegnern, auch zu hören, wie Bracke den Herrn von Unruh — zur Ruhe bringt.

Beide Schriften, die „Sieben Artikel" und die „Unruhigen Lufthiebe", beweisen allerdings, daß man solche unbequeme Wahrheiten, wie sie unsere Partei auf den öffentlichen Markt wirft, viel Kopfzerbrechen, ja helle Verzweiflung im Lager des Pseudoliberalismus, des Scheinliberalismus hervorbringen können. Diese Wahrnehmung nun ist uns und wohl allen Denkenden ein Beweis für die Richtigkeit unserer Anschauungen. Wt.

An die Wähler und Parteigenossen des 8. hannoverschen Wahlkreises.

Jetzt, Freunde, Parteigenossen und Wähler, jetzt heißt es aufgepaßt. Jeder auf seinen Posten und Jeder am richtigen Platze. Auch das Arbeiter-Wahl-Comité will seine Schuldigkeit thun, aber es verlangt auch von Euch, unterstützt zu werden und bittet auf folgende Punkte acht zu haben: 1) Sobald die Wählerlisten auf dem Rathhause zu Jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen, ist es Pflicht jedes Wählers, zuzusehen, ob er, und so weit er es übersehen kann, alle ihm bekannten Wähler richtig eingetragen sind. 2) Ist es Pflicht jedes Parteigenossen, bei der Herbeischaffung von Geldern zur Reichstagswahl mit allen Kräften beizutragen. Listen zur Sammlung liegen bei Rudolph, Mittelstraße 11/II, aus. 3) Zur Verbreitung der Flugblätter müssen die Parteigenossen, wenn irgend möglich, Sonntags beim Austragen thätig sein. Zu diesem Behufe melde man sich Sonntag Morgens früh 8 Uhr bei Rudolph, Mittelstr. 11. Jetzt vorwärts in den Kampf und tüchtig gearbeitet, damit wir den Gegnern zeigen, daß wir auf dem Platze sind.

Das Arbeiter-Wahl-Comité.

22. sächsischer Wahlkreis.

Hiermit machen wir den Parteigenossen zur Pflicht, bei der jetzt beginnenden Auslegung der Wählerlisten wachsam zu sein, desgl. für Einberufung von Wahlversammlungen auf dem Lande zu sorgen und etwaige gegnerische Angriffe und Verleumdungen in ihren Versammlungen anher bekannt zu geben.

Zur Regelung des Weiteren findet Sonntag, den 2. December, in Falkenstein, Nachmittags 2 Uhr, im „Gasthof zum Stern" eine Conferenz statt, wozu hiermit einladet Das Wahlcomité.

Erklärung.

Meine am 18. November in Köln gehaltene Candidatenrede ist von einem mir unbekannten Stenographen nachgeschrieben und von demselben im Selbstverlag herausgegeben worden. Obgleich der betreffende Herr sich verpflichtet hatte, dieselbe vor dem Druck einen kompetenten zur Durchsicht und Correktur zu übergeben — was bei einem so langen Vortrag, nachgeschrieben von einem einzigen Mann, doppelt nothwendig war — so ist dies nicht geschehen. In Folge dessen enthält die Schrift eine Menge Unrichtigkeiten, die theils auf unklarer Auffassung, theils auf Gehörfehlern beruhen.

Ich sehe mich daher genöthigt zu erklären, daß ich jene Rede nicht als eine getreue Wiedergabe meines Vortrages ansehen kann.

Berlin, den 1. Dezember 1876.

August Bebel.

Zur Notiz.

Nächsten Sonnabend und nächsten Montag werden die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten keine Versammlungen abhalten können, da ihre Anwesenheit in Berlin, der 3. Lesung der Justizgesetze wegen, im Parteiinteresse unerläßlich ist.

Achtung!

Während der Zeit vom 4. Dezember bis 10. Januar sind alle für mich bestimmten Briefe 2c. unter meiner Adresse zu senden nach: Berlin, Gollnowstraße 34a bei Huth.

Zugleich mache ich die Parteigenossen derjenigen Wahlkreise, in welchen ich als Candidat aufgestellt werde, darauf aufmerksam, meinen Namen auf Flugblättern oder Stimmzetteln nicht unrichtig zu veröffentlichen. Stimmzettel, auf welchen mein Name enthalten sein soll, müssen um gültig zu sein, folgendermaßen lauten: **Otto Kapell in Hamburg**, ebenso Flugblätter. Stimmzettel, welche ein Wort mehr oder weniger enthalten sind ungültig.

Briefkasten

der Redaktion. Auf vielfache Anfragen: Außer für den 12., den 13. und den 19. sächsischen Wahlkreis kann ich keine neuen Versammlungseinladungen annehmen. Gegebene Zusagen erfülle ich selbstverständlich. Im Uebrigen verweise ich auf Bebel's Notiz unter dem Briefkasten. W. Liebknecht. — Tölcke in Iserlohn: Wo die Schuld liegt, weiß ich noch nicht; die Sache wird aber geregelt. W. L. — Der Verfasser der Correspondenz aus Halver in Nummer 27 wird ersucht, Hrn. C. Reuscheid, Techniker in Mittweida (Sachsen) seine Adresse mitzutheilen. — M. Halberstadt: Es scheint nicht gestiebert zu haben.

Hrn. A. Kapell in Hamburg: Wodurch kann ein Mangel an einer bestimmten Adresse entstanden sein, da ich doch immer noch in Stettin bin? Unbegreiflich! G. Zielowski.

Auf die täglich an mich ergehenden Einladungen zur Abhaltung von Versammlungen in den verschiedensten Orten und Gegenden erkläre ich ein für alle Mal, daß ich vor den Wahlen nicht eine Versammlung mehr, außer den bereits zugesagten und den in meinem Wahlbezirk abzuhaltenden, abhalten werde. Ich muß auch, um Zeit und Kosten zu sparen, alle weiter an mich eingehenden Einladungen unbeantwortet lassen. Dabei erlaube man mir es hier offen auszusprechen, daß ich es für höchst unbillig halte, wenn fortgesetzt, insbesondere an die Vertreter der Partei im Reichstag, Anforderungen selbst von solchen Bezirken gelangen, die Kräfte genug haben, auf eigenen Füßen stehen zu können. Soll nicht eine äußerst nachtheilige Kräftezersplitterung eintreten, so müssen die Bezirke, in denen Aussicht auf Erfolg ist, sich ausschließlich mit der Thätigkeit ihres Candidaten und der im Bezirk vorhandenen agitatorischen Kräfte begnügen. Es geht nicht, daß einzelne Wenige, von denen Jeder seine eigenen Bezirke zu bearbeiten hat, ihre Kräfte auf 40 oder 50 Bezirke zersplittern und doch auch im Reichstag thätig sein sollen.

Berlin, 30. November 1876. A. Bebel.

Quittung. Klmr Saalfeld Ab. 4,00 d. L. Hier. Arbeiterpartei Wandsbeck Ann. 1,10. Schuhm.-Gew. hier Ann. 0,60. Frtz Erfurt Schr. 3,00. Hlgr Bergen Schr. 3,10. Mlmr Magdeburg Ab. 3,00. Unfrmann Chicago Ab. 200,70. Thn Wismar Schr. 6,40. Khmth Eisenach Schr. 3,00. Dck Danzig Schr. 3,00. Schcht Ahrensbock Guißen Schr. 12,00. Gmbl Frankfurt Schr. 15,00. Dmnn Stuttgart 12,50. Lsch Chemnitz Schr. 7,00. Bsch Suhl Schr. 6,25. Strbl Zwickau Schr. 6,25. Rßbch Moßbach Schr. 1,80. Drng Danzig Schr. 6,00. Schlr Waldenburg Schr. 4,85. Mnnr Schalkmühle Schr. 2,10. Rb Cottbus Schr. 5,60. Rthmnn Mohrden Schr. 3,00. Ul-g Lauenburg Schr. 29,50. Kln Marburg Schr. 4,35. Wbr Pforzheim Schr. 1,70. Wß Neu-Ulm Schr. 2,80. Krstn Thonberg Ab. 1,20. Grlnbrgr Nürnberg Ab. 180,00. Grwld Altenburg Schr. 2,45. R. Trgr Dresden Schr. 46,94. Schldg Rüsselsheim Schr. 4,35. Arbeiterbild.-Ver. Ried Ab. 1,60. J. Mc Gospodjnci Ab. 1,12.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 9. December, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Boge, Mittelstraße Nr. 11: (F. 161)

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Hartmann über das eherne ökonomische Lohngesetz. Um zahlreiches Erscheinen ersucht D. B. [70

Stötteritz. Sonnabend, 9. December, Abends 9 Uhr, im Gasthof „zum goldenen Löwen":

Sozialisten-Versammlung.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Einberufer. [50

Leipzig. Commission zur Begründung eines Verkehrslokals für die Gewerkschaften.

Freitag, Abends 8 Uhr, Besprechung im „Thüringer Hof", Burgstraße. — Gewerkschaften, die sich bis jetzt noch nicht betheiligten, werden ersucht, einen Delegirten zu senden. Alle Gewerkschaftsvorstände sind eingeladen. D. B. [60

Leipzig. Arbeiterbildungsverein:

Mittwoch: Vortrag von Hrn. Wittich. — Sonnabend: Vortrag über das Wasser (Fortsetzung).

Leipzig. Donnerstag, den 7. December, Abends 8½ Uhr, Windmühlenstraße 7:

Oeffentliche Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Die Kleingewerbtreibenden und die nächste Reichstagswahl. Referent Sauer. Der Agent. [60

Leipzig. Holzarbeiter-Gewerkschaft.

Sonnabend, den 9. December, Abends ½9 Uhr: **Versammlung**, Windmühlenstraße Nr. 7. Tagesordnung: Vortrag von Seifert. Fragekasten. D. B. [40

Achtung! Soeben erschien'

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 13 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Auch ein netter Liberaler. — Noch ein Beitrag zum Kapitel der Baarzahlung. — Correspondenz. — Parlamentarischer Tugendspiegel (Schluß). — Fackelfunken. — Briefkasten.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Nr. 14 wird Dienstag 11 Uhr ausgegeben.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Erz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandit, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 30. Freitag, 8. December. 1876.

An die Parteigenossen!

Die Wahlen für den nächsten Reichstag sind endgültig auf Mittwoch, den 10. Januar des kommenden Jahres festgesetzt.

Parteigenossen, Ihr kennt Eure Pflicht!

Wahlberechtigt ist jeder Deutscher, welcher bis zum Tage der Auslegung der Listen das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Die Partei- und Gesinnungsgenossen haben darauf zu sehen, daß eine genaue Durchsicht der Wahllisten, sobald sie öffentlich ausliegen, stattfindet.

Jeder Wähler ist an dem Orte, wo er seinen Wohnsitz hat, in die Wahlliste einzutragen und hat das Recht, sich der Eintragung seines Namens zu vergewissern. Jeder, dessen Name am Tage der Wahl nicht in der Wahlliste steht, hat kein Stimmrecht; Reklamationen am Wahltage gelten gar nichts mehr.

Die Durchsicht ist am Besten zu organisiren, daß Einer das genaue Namensverzeichniß von möglichst vielen Gesinnungsgenossen anfertigt und dieses mit der offiziellen Liste vergleicht und Diejenigen, deren Namen fehlen, sofort benachrichtigt, damit sie reklamiren.

Außerdem empfehlen wir den Parteigenossen, sofort bei den Ortsbehörden vorstellig zu werden, daß die Wahllisten auch an den betreffenden Sonntagen auf einige Stunden wenigstens zur Einsicht ausliegen.

Es ist wichtig, daß vorstehende Rathschläge von allen unseren Genossen gewissenhaft befolgt und weiter verbreitet werden.

Justiz und Geschäft.

Dame Justizia ist in unserer weltlichen Zeit eine Weltdame geworden und hat Manieren angenommen, die in unsere moderne, „civilisirte", bürgerliche Welt passen. Eigentlich heißt Justizia, abgekürzt Justiz: Gerechtigkeit; zum Glück ist die Bedeutung des lateinischen Namens dem Volk aber nicht klar, so daß es den Widerspruch zwischen Namen und Sache nicht immer bemerkt. Wir sagen zum Glück — denn § 130 würde nicht ausreichen, wenn's anders wäre, und die Zuchthäuser müßten verhundertfacht werden.

Der Dame selbst lastet dieser Widerspruch mitunter schwer auf der Seele, sie erinnert sich an das noblesse oblige, und, ihrer edlen Herkunft gedenkend, thut sie, was ihr Name erheischt. Es gehört das in die Kategorie jener Rückfälle in die ursprüngliche Natur, welche die Wissenschaft als „Atavismus" bezeichnet.

Einen solchen atavistischen „Rückfall" hatte vor Kurzem das preußische Obertribunalgericht, das durch Erkenntniß v. 27. September d. J. folgenden Rechtsgrundsatz feststellte:

„Die bei einem Kaufgeschäft erfolgte Vorspiegelung eines mehrbietenden Concurrenten, um den Käufer zur Zahlung eines den Werth des Gegenstandes übersteigenden Kaufpreises zu veranlassen, ist als Betrug resp. Betrugsversuch zu bestrafen."

Bravo, Justizia! Wir fühlen uns beinahe versucht, dem preußischen Obertribunal Alles abzubitten, was wir bisher über dasselbe gedacht, gesagt und geschrieben haben, und was — wir gestehen es offen — nicht gerade schmeichelhaft ist.

Es kann nichts correcter, nichts gerechter sein, als die Bestimmung, daß, wer seinen Mitmenschen durch falsche Angaben prellt, des Betrugs schuldig befunden und bestraft wird.

Wer, dessen Ehr- und Rechtsgefühl noch nicht abgestumpft ist, kann dem Berliner Obertribunalsbescheid seine herzliche Billigung versagen?

Also jeder Kaufmann und jeder Privatmann, der ein Kaufgeschäft vollzieht, ist des Betrugs schuldig, wenn er dem Käufer vorspiegelt, daß ein Concurrent einen höheren Preis geboten habe oder biete.

Selbstverständlich — es bedarf das keiner näheren Motivirung — muß dieser Rechtsgrundsatz sich auch auf die Käufer ausdehnen und lautet dann:

Jeder Käufer, der dem Verkäufer einen weniger fordernden Concurrenten vorspiegelt, ist des Betrugs, resp. Betrugsversuchs schuldig.

A will dem B ein Haus verkaufen, und fordert von ihm 10,000 Thlr., ein Dritter, mit dem er aber das Geschäft nicht so gern abschließe wie mit B, habe schon 10,500 Thlr. geboten; und B antwortet, er wolle blos 9000 Thlr. geben, ein gleich werthvolles Haus sei ihm von einem Dritten für 8500 Thlr. angeboten worden. In beiden Fällen ist das Angebot nur vorgespiegelt zur Erlangung eines Geschäftsvortheils. Wohlan: A und B sind nach dem Obertribunalsbescheid Betrüger und müssen in's Gefängniß marschiren.

Nehmen wir den Pferde- und Viehhandel. Der Pferdehändler C, der Bauer D wollen ein Pferd, einen fetten Schlachtochsen verkaufen, und sagen dem Lieutenant E, dem Fleischermeister F wahrheitswidrig, für das betreffende Pferd und den betreffenden Ochsen sei ihnen von einem Concurrenten ein höherer Preis geboten worden; und Lieutenant E und Fleischermeister F erwidern, gleichfalls wahrheitswidrig, ein ebenso gutes Pferd, und ein ebenso fetter Ochse sei ihnen zu billigerem Preis angeboten worden, nach dem Obertribunalsbescheid sind C, D, E und F des Betruges schuldig, und müssen hinter Schloß und Riegel gebracht werden.

Und so gehe man sämmtliche Geschäftsfelder durch: den Handel, die Industrie in allen Abzweigungen, vom Börsenspiel und Großhandel, bis herunter zur winzigsten Kleinkrämerei.

Nun aber bedenke man die Folgen, wenn der Obertribunalsbescheid in der Praxis durchgeführt wird!

Gibt es, so fragen wir, einen Kaufmann, großen oder kleinen, einen Industriellen, großen oder kleinen, der dann nicht des Betrugs schuldig befunden und in's Gefängniß gesteckt werden müßte? Nur Einen? Wir behaupten kühnlich:

Nicht Einen!

Und welcher Privatmann hätte nicht schon bei größeren oder kleineren Geschäften zu derartigen „Vorspiegelungen" gegriffen?

Sehr wenige!

Wo sollten die Gefängnisse herkommen? Ganz Deutschland müßte Ein Zuchthaus werden — ohne Uebertreibung.

Von zweien Eins:

Entweder der Rechtsgrundsatz des Obertribunalerkenntnisses wird durchgeführt, und sämmtliche Geschäftsleute wandern ins Gefängniß: alles „Geschäft" hört auf, aber die Gerechtigkeit triumphirt. Oder der Rechtsgrundsatz des Obertribunals bleibt ein „Stückchen" Papier und das Geschäft triumphirt über die Gerechtigkeit.

Wir wetten 1000 gegen 1: Dame Justizia wird den „Rückfall" in den primitiven Rechtsidealismus überwinden und — der Welt ihren Lauf lassen.

Der Stein der Weisen ist leichter zu entdecken, als die Grenzlinie zwischen „Geschäft" und Betrug. Das hatte schon St. Simon begriffen, und die Berliner Obertribunalsräthe werden es lernen. Eigentlich ist's sonderbar, daß sie es nicht längst gewußt. Das Schicksal der Gesetze gegen Lebensmittel- und sonstige Verfälschungen hätte sie doch witzigen sollen.

Nun, zum Lernen ist's nie zu spät.

Jedenfalls wird das „Geschäft" den Berliner Obertribunalsbescheid überleben.

Und so lange die „beste der Welten" zusammenhält, bleibt Merkur der Gott der Geschäftsleute — und Diebe.

Die Schande Europa's.

ER hat gesprochen. Gesprochen über die orientalische Frage. Nicht feierlich, offiziell, im Reichstag, vor Europa — dazu war der Gegenstand für einen so großen Staatsmann und ein so großes Reich nicht wichtig genug — aber bei Bier und (Nordhäuser Frucht-) Branntwein, inter pocula, im heiteren Bier- und (Nordhäuser Frucht-) Branntwein-Gespräch mit kneipseligen Gästen. Und wie hat ER gesprochen! Natürlich konnten die Worte nicht stenographisch aufgenommen werden, und so weichen denn die Berichte der kneipseligen Hrn. Zuhörer vielfach von einander ab, indeß folgende, von dem ganz verzückten Professor Biedermann besorgte „Zusammenstellung" dürfte so ziemlich das Richtige treffen. Also:

„Fürst Bismarck bezog sich zunächst auf die Stelle der Thronrede, welche als Deutschlands Aufgabe die engsten Beziehungen zu allen Mächten, insbesondere aber zu den ihm „nachbarlich und geschichtlich näher stehenden", und die Erhaltung des Friedens unter diesen, „sofern er bedroht werden sollte", betonte, und er erläuterte diese Stelle dahin, daß unter den „Deutschland näher stehenden Mächten" auch England begriffen sei.

„Deutschlands Aufgabe sei eine Friedensaufgabe; doch könne Deutschland nicht anderen Nationen einen „akademischen Rath" ertheilen, um sie von einer Action zurückzuhalten, die sie in ihrem eigenen Lebensinteresse fänden, — eine Anspielung, die natürlich auf Rußland zielt (wie Hr. Prof. Biedermann sehr scharfsinnig bemerkt).

„Einen Krieg zwischen Rußland und der Türkei scheint der Reichskanzler, wenn nicht als unvermeidlich, so doch als wahrscheinlich bezeichnet zu haben (nur in einem von allen Berichten finden sich die Worte: „an der Erhaltung des Friedens sei noch nicht zu verzweifeln"); dagegen erklärte er es für die Aufgabe Deutschlands, in solchem Falle dahin zu wirken, daß der Krieg „lokalisirt", d. h. auf diese beiden Mächte beschränkt bleibe, und er scheint die Hoffnung zu hegen, daß dies geschehen werde, wenn es nämlich gelinge, einerseits England und Oesterreich in derselben streng neutralen Haltung zu erhalten, die Deutschland bewahren wird, andererseits Rußland zu bewegen, daß es dem Kriege möglichst enge Dimensionen gebe. Dann würden auch Frankreich und Italien dem Kriege fern bleiben, und dieser selbst werde nicht von langer Dauer sein.

„Nach einiger Zeit werde dann für eine wirksamere Vermittelung sich Gelegenheit finden; zu einer solchen aber sei Deutschland deshalb vorzugsweise berufen und befähigt, weil man wisse, daß es selbst keinerlei Sonderinteressen in dieser Frage verfolge.

„Bedenklich, meinte Fürst Bismarck, könnte die Lage dann werden, wenn unser Nachbarland Oesterreich unmittelbar in den Conflikt hineingezogen und wol gar in seinem Besitzstande bedroht werden sollte. Deutschlands Beruf würde es sein, für Oesterreichs Bestand und überhaupt für „die jetzige Landkarte Europas" („im ganzen und großen") einzustehen.

„Dabei erging sich der Fürst in sympathischen Aeußerungen über Oesterreich und in ausführlichen Widerlegungen der bisweilen leichthin (!) aufgestellten Vermuthung eines „Zerfalls" dieses Staates.

„Als beiläufige, theils erläuternde, theils berichtigende Bemerkungen finden wir in dem einen oder andern dieser Berichte noch folgende angeführt. Jetzt einen Rath an Rußland zu ertheilen, meinte der Fürst, wäre mißlich, denn man könnte damit leicht die russische Nation gegen Deutschland verstimmen; das sei aber unter Umständen schlimmer als eine vorübergehende Differenz mit der Regierung. Welche Achtung vor dem Volk — in Rußland!.

„Von England schien er weniger eine direkte Antheilnahme an einem russisch-türkischen Kriege als eine indirekte (oder, wie er sich ausdrückte, „offiziöse") Unterstützung der Türkei zu befürchten — ähnlich, wie es Rußland in Serbien gemacht.

„Gegenüber gewissen in England verbreiteten Ansichten betonte der Fürst das unveränderte Fortbestehen des guten Verhältnisses zwischen den drei Kaiserhöfen (!). Die ihm selbst in den Mund gelegte Aeußerung betreffs einer Besetzung Bulgariens durch Rußland und der eventuellen Haltung Deutschlands in solchem Falle (daß es Rußland entgegentreten werde), erklärte er (nach dem Berichte in der „Kölnischen Zeitung") für unrichtig.

„Für ungenau halten wir, was in den Berichten der „Magdeburgischen Ztg." und der „Berliner Börsenzeitung" angeführt wird: der Reichskanzler habe es für eine Hauptaufgabe Deutschlands erklärt, einen Zusammenstoß Rußlands und Englands in Asien zu verhindern. Eher möchten wir glauben, daß er im Gegentheil gesagt habe, ein solcher Conflikt sei für den allgemeinen Frieden minder gefährlich als ein Zusammenstoß beider Mächte in Europa. Die andern Berichte erwähnen überhaupt diesen Punkt nicht."

So das Resumé der „Deutschen Allgemeinen Zeitung." Unter den Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers befindet sich nur Eine, die auf den ersten Blick auffallen könnte: die betreffend Oesterreich. Diese Zärtlichkeit hatte man von dem Urheber der „Stoß ins Herz"-Politik nicht erwartet, und als vorigen Sommer Hr. Miquel in Leipzig als Vertrauter des Herrn Reichskanzlers von bevorstehenden mächtigen Ueberraschungen sprach, dachte er jedenfalls nicht an eine Ueberraschung zu Gunsten Oesterreichs. Bei genauerer Betrachtung verschwindet aber das Auffallende; Fürst Bismarck redet von der Eventualität, „daß Oesterreich in seinem Besitzstand bedroht werden sollte", allein diese Eventualität ist für den Moment einfach eine Unmöglichkeit. Die Russen — und nur eine Bedrohung durch sie kann hier gemeint sein — denken nicht im Traum daran, Oesterreich jetzt anzugreifen, das wäre geradezu Tollheit! Das, worauf es ihnen ankommt, ist, daß sie von Oesterreich in ihrer civilisatorischen Raubmörderei nicht gestört werden. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß die Neutralität Oesterreichs für Rußland eine Lebensfrage ist. Und „Oesterreich in derselben streng neutralen Haltung zu erhalten, die Deutschland bewahren wird", ist ja Ziel der Bismarck'schen Politik, wie Fürst Bismarck dies selber verkündet hat. Statt uns zu sagen, was das „Reich" in einem unmöglichen Fall thun würde, wäre es besser gewesen, wenn er uns gesagt hätte, was Deutschland in dem sehr möglichen Fall, daß Oesterreich aus seiner Neutralität heraustreten sollte, zu thun beabsichtigt.

Das Schweigen über diesen Punkt ist beredt.

Mit Ausnahme der Oesterreich betreffenden Aeußerung, die jedoch nur scheinbar widerspricht, und die wir in Obigem auf ihren wahren Werth zurückgeführt haben, stimmt jedes von dem Herrn Reichskanzler gesprochene Wort genau mit unserer, wiederholt in diesen Blättern zum Ausdruck gebrachten Auffassung der Politik des Fürsten Bismarck und der von Deutschland gespielten Rolle überein. Den Krieg „lokalisiren", d. h. England, Oesterreich, Frankreich am Eingreifen hindern, so daß Rußland ungestört seine „Mission" erfüllen kann — das ist genau die Politik, welche man in St. Petersburg von dem preußisch-deutschen Reich wünschen muß.

Sogar der Passus vom „Einstehen für die jetzige Landkarte Europas" wird sich der Billigung „Väterchens" erfreuen, das vorläufig nicht darauf ausgeht, türkische Gebietstheile zu erobern, sondern die weit praktischere Politik verfolgt, die Herzegowina, Bulgarien und Bosnien in ein ähnliches Verhältniß zu der Türkei zu bringen, wie Serbien und Rumänien: erst die Zersetzung, dann die Zerfetzung. All diese kleinen, vorläufig noch zum Schein der Türkei zugehörigen, in Wirklichkeit aber von Rußland abhängigen Zwergstaaten würden mit der Zeit den Moskowitern ohne Krieg in den Schooß fallen.

Nicht blos gegen Frankreich und Oesterreich braucht Rußland die deutsche Rückendeckung, auch gegen Polen. Von Polen keine Silbe in der Tischrede des Herrn Reichskanzlers. Dafür erfahren wir aus zuverlässigster Quelle, daß für den Fall des Ausbruchs der Feindseligkeiten zwischen Rußland und der Türkei die Versetzung des 5. (Posen), 6. (Schlesien) und 1. (Preußen) Armeekorps in Kriegsbereitschaft beschlossene Sache ist. Diese Maßregel gilt Polen und bedurfte keines mündlichen Commentars seitens des Hrn. Reichskanzlers.

Uebrigens muß der Herr Reichskanzler in sehr gedrückter Stimmung gewesen sein, obgleich die Berichterstatter ihn „heiterer, lustiger Laune" sein lassen. Wie gedrückt, ja wie demüthig klingt der Satz: „Deutschland könne nicht anderen Nationen einen akademischen Rath ertheilen, um sie von einer Aktion zurückzuhalten, die sie in ihrem eigenen Lebensinteresse finden."

Man vergleiche damit das stolze Wort Moltke's vor vier Jahren:

„Ohne Erlaubniß Deutschlands kann kein Kanonenschuß mehr in Europa abgefeuert werden."

Und heute darf „Deutschland" sich nicht einmal einen „akademischen Rath" an Rußland erlauben!

Sic transit gloria mundi.

Die Todten reiten schnell.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Bei der zweiten Berathung der Justizgesetze stellte Hasselmann einen Antrag, dahin zielend, daß nach einer Haussuchung oder Confiskation dem Eigenthümer alle diejenigen Gegenstände, deren Einziehung nicht richterlich beschlossen, zurückgegeben werden sollen, resp. Entschädigung dafür zu leisten sei. Der Antrag, welcher von Hänel in etwas anders formulirt wurde, fiel bei der Abstimmung mit 125 gegen 124 Stimmen. Dazu bemerkt ein Correspondent der „Frankf. Zeitung“: „Warum war aber auch kein Sozialdemokrat außer Herrn Hasselmann zur Stelle? Man darf wohl das Faktum registriren, daß Herr Hasselmann der einzige Sozialdemokrat war.“ Die Sache erklärt sich sehr einfach: Durch irgend ein Versehen war es versäumt worden, die sozialdemokratischen Abgeordneten in Kenntniß zu setzen.

— Faule Ausreden. Ueber die in voriger Nummer besprochene „Wahlkreisgeometrie“, so weit sie Sachsen betrifft, schreiben die „Dresdener Nachrichten“, die mitunter zu halbamtlichen Kundgebungen benutzt werden:

„Wie wir hören, begegnet der nach den Meldungen der Blätter in den jüngsten Tagen an den Bundesrath gelangte Gesetzentwurf in Betreff der Abänderung mehrerer Reichstagswahlkreise, insoweit er sich auf die sächsischen Wahlkreise bezieht, mehrfach einer unrichtigen Beurtheilung. Wir sind in den Stand gesetzt, über die Beweggründe der betreffenden Abänderungen der Wahlkreise Folgendes mitzutheilen. Die sächsische Regierung hatte den Wunsch, schon für die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage den Erlaß eines Reichsgesetzes anzustreben, durch welches mit Rücksicht auf die nach der letzten Volkszählung bis auf 2,760,000 Einwohner gestiegene Bevölkerung des Königreichs Sachsen die nach dem Wahlgesetze begründete Erhöhung der Zahl der Reichstagsabgeordneten des Königreichs von 23 auf 27 festgesetzt würde. Die Erfüllung dieses Wunsches ist jedoch unthunlich gewesen, da nach einer Mittheilung des Reichskanzleramtes nicht darauf gerechnet werden konnte, Gewißheit über die definitiven Ergebnisse der letzten Volkszählung so zeitig zu erhalten, daß für die gegenwärtige Session des Reichstags eine mit Rücksicht hierauf zu entwerfende Vorlage wegen Vermehrung der Abgeordneten möglich gewesen wäre. Dagegen war es thunlich, solche Aenderungen in der Abgrenzung der Wahlkreise, welche durch die in den Gebieten einzelner Bundesstaaten inzwischen eingetretenen Umgestaltungen in der Eintheilung der Verwaltungs- und beziehentlich Gerichtsbezirke bedingt werden, schon jetzt zur Erledigung zu bringen. Da nun seit der Feststellung der Wahlkreise im Jahre 1870 im Königreich Sachsen wesentliche Veränderungen in der Eintheilung der Gerichtsbezirke, nach welchen bei uns die Wahlkreise abgegrenzt worden, insofern eingetreten sind, als — von der Aufhebung zweier Bezirksgerichte abgesehen — 15 Gerichtsämter aufgehoben worden sind, so erschien es dringend erwünscht, eine veränderte Abgrenzung der Wahlkreise vorzunehmen. Denn die Bestandtheile der aufgehobenen Gerichtsämter sind fast durchgängig je mehreren der verbliebenen Gerichtsämter zugetheilt worden, so daß, wenn die jetzige Abgrenzung der Wahlkreise bestehen bliebe, vielfach die Ortschaften eines und desselben Gerichtsamtsbezirks verschiedenen Reichstagswahlkreisen angehören würden. Es ist aber einleuchtend und durch die bei den Landtagswahlen, bei welchen ähnliche Verhältnisse obwalten, in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen bereits bestätigt, daß ein solcher Zustand für das Wahlgeschäft vielfache Unzuträglichkeiten zur Folge haben muß und leicht zu Irrungen seitens der Stimmberechtigten sowohl als der Behörden führt. Im Hinblick auf die wegen der gestiegenen Bevölkerungszahl in Aussicht zu nehmende allgemeine Revision der Wahlkreiseintheilung hat man sich aber bei den gedachten Abänderungen auf das unbedingt Nothwendige beschränkt und von diesem Grundsatze nur eine einzige Ausnahme zur Ausgleichung einer ganz unverhältnißmäßigen Ungleichheit der Bevölkerungszahl zweier benachbarter Wahlkreise gemacht. Es bedarf hiernach kaum der Bemerkung, daß irgend welche politische Motive bei der gedachten veränderten Abgrenzung der Wahlkreise nicht in Frage gekommen sind. Gewiß würde eine ähnliche Maßregel sich auch bezüglich der Wahlkreise für den Landtag empfehlen. Dieselbe begegnet aber hier erheblich größeren Schwierigkeiten, weil bei der Zweiten Kammer der Ständeversammlung bekanntlich nicht wie beim Reichstage eine periodische Integralerneuerung eintritt, sondern vor jedem ordentlichen Landtage nur ein Drittheil der Wahlkreise zur Wahlurne gerufen wird.“

Die angeführten Gründe sind keinen Schuß Pulver werth. Daß man die Wahlbezirke möglichst mit Rücksicht auf die Verwaltungsbezirke abgrenze, wollen wir als berechtigt anerkennen. Die Nachtheile, welche aus der Veränderung der sächsischen Verwaltungsbezirke erwachsen, sind aber sehr geringfügiger Art und fallen gar nicht ins Gewicht gegenüber der tausendmal gewichtigeren und jeden Rechtsgrundsatz verletzenden Thatsache, daß die Wahlbezirke im Allgemeinen sehr ungleich sind, und daß die Zahl der Wahlbezirke der Zahl der Bevölkerung nicht mehr entspricht. Wenn man solche Eile mit Beseitigung der Uebelstände hatte, dann mußte man doch zunächst dem bedeutendsten Uebelstand zu Leibe gehen. Statt dessen läßt man diesen gemüthlich fortwuchern und will Hals über Kopf einen relativ sehr harmlosen Uebelstand aus dem Weg räumen. Das hat ja keinen Sinn — freilich, wenn man bedenkt, daß die Beseitigung des großen Uebelstands den Sozialdemokraten zu Gut käme, die Beseitigung des kleinen dagegen eine Störung in die sozialdemokratische Wahlagitation zu bringen verspricht, dann wird die Sache klar.

Man merkt die Absicht und man wird — nicht verstimmt. Wir werden auch mit der Wahlkreisgeometrie fertig werden, zumal in Sachsen, wo es keine Landstriche giebt, in denen die Sozialdemokratie nicht Wurzel gefaßt hätte.

Uebrigens theilt man uns mit, daß der betreffende Gesetzesentwurf, der dem Reichstag bereits zugegangen ist, bei allen Parteien — wegen der Verwirrung, die er in die Wahlagitation bringt — auf Opposition stößt und wahrscheinlich abgelehnt werden wird.

— Aus der besten der Welten. In den „Leipziger Nachrichten“ vom vorigen Sonntag lesen wir:

„Nicht genug, daß sich täglich 20 und noch mehr auswärtige Vagabunden hier obdachlos melden, die fast alle gereinigt und zum großen Theil mit Schuhwerk und Kleidungsstücken versehen werden müssen, meldete sich vorgestern auch ein rüstiger kräftiger Mann aus Bitterfeld mit Frau und Kind als obdach- und mittellos und wollte hier aufgenommen sein. Diese Zumuthung(!) ging jedoch zu weit; der Mann erhielt eine Mark Zehrgeld und wurde wieder aus der Stadt gebracht. — Außer den obdachlosen Herumtreibern werden im Durchschnitt mindestens täglich einige 20 Bettler und etwa eben so viel Landstreicher inhaftirt und abgestraft(!). Die Gefängnisse und das Georgenhaus sind gefüllt mit Landstreichern wie noch nie. Da auch andere Polizeiarrestaten wegen Diebereien, Betrugs, Unterschlagung und Unfugs in Haft genommen werden müssen, so hat die Behörde bereits die früheren Kellerräume der Nachtwächterwache zur Unterbringung solcher Subjekte(!) verwenden müssen. Unter dieser Gesellschaft befindet sich auch immer eine Anzahl Fußkranke und mit anderen Uebeln behaftete Personen, welche die Stadt im Krankenhause aufnehmen und verpflegen muß. Diese schlimmen Zustände verursachen der Commune eine nicht unbedeutende Ausgabe.“

Das glauben wir gern. Und was hier von Leipzig gesagt wird, gilt so ziemlich von der ganzen civilisirten Welt. „Diese schlimmen Zustände“ sind ebenso wenig lokal als blos vorübergehend und zufällig. Sie liegen im Wesen der heutigen Gesellschaftsordnung. Es ist wahr, die herrschende ökonomische Krisis hat diese „schlimmen Zustände“ momentan verschlimmert, aber auch nur verschlimmert, nicht hervorgerufen, und die Krise selbst ist ja das nothwendige Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung. Wer eine Abstellung dieser „schlimmen Zustände“ will, muß folgerichtig auf eine Reform der heutigen Gesellschaftsordnung hinarbeiten, und zwar eine Reform an Haupt und Gliedern, wie die Sozialdemokratie sie anstrebt. Das Uebel verkünden und beklagen, ohne die Wurzel des Uebels aufzusuchen, und, wenn dieselbe blosgelegt, unerbittlich die Axt an sie zu legen, ist Heuchelei, Schwäche oder Mangel an Verstand. Ein Viertes giebts nicht.

Auf die Einzelnheiten und die Ausdrucksweise der obigen Notiz wollen wir nicht des Näheren eingehen. Sie geben ein ebenso ekelhaftes als wahrheitsgetreues Bild der heutigen Gesellschaftsordnung und der durch dieselbe hervorgebrachten Gemüthsverrohung und Vernichtung jedes Rechtsgefühls. Daß ein „kräftiger Mann“, der keine Arbeit finden kann, mit seiner Familie Obdach und Nahrung verlangt, ist „eine Zumuthung, die zu weit geht“. Daß Unglückliche in ihrer Verzweiflung obdachlos von Ort zu Ort irren und ihre Mitmenschen um Brot anflehen, ist ein Verbrechen, für das diese „Subjekte“ „abgestraft“ werden. Muß man sich nicht mit Zorn und Scham abwenden von Zuständen, die auf der einen Seite solch entsetzliches Elend, auf der anderen solche Unmenschlichkeit, solche Verachtung alles Menschlichen erzeugen?

— Folgende Beweise nationalliberalen Freisinns erfährt die „Frankfurter Zeitung“ aus Bayern unterm 30. Nov. In einer Münchener Versammlung von liberalen Reichsfreunden wurde einem Sozialdemokraten das Wort verweigert, und dieses Verfahren wird von den dortigen „Neuesten Nachrichten“ nicht nur nicht gerügt, sondern man wundert sich, daß man Sozialdemokraten in Versammlungen überhaupt dulde, die durch ihre Passivität die Abstimmungen zweifelhaft machten. Wie gefährlich die Leute doch sind! In Nürnberg hielt es der Vorsitzende, der ehemalige Demokrat Krämer, jetzt Standesbeamter und Controleur (oder so etwas Aehnliches) bei der Nürnberger Sodafabrik, für indicirt, einem Demokraten zwar das Wort zu ertheilen, aber gegen den Redner beleidigende Aeußerungen vom Stapel laufen zu lassen. Dies nennt man die Präsidentenpflicht der Unparteilichkeit gegen alle Meinungen vortrefflich und gewissenhaft erfüllen! Die Herren sind eben überall „liberal“!

— Unfall-Statistik. Im Monat November cr. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig

18 Todesfälle
6 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten,
5 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen und
430 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbslosigkeit prognosticiren läßt, zusammen

459 Unfälle angemeldet.

Von den 18 Todesfällen ereigneten sich 3 in Baugeschäften, je 2 in Steinkohlenwerken und beim Fuhrwesen und je 1 in einer Gasanstalt, einer Strohstoffabrik, einer Holzschneidemühle, einer Eisensteingrube, einer chemischen Fabrik, einer Maschinenfabrik, einer Spinnerei, einem Steinbruch, beim Brückenbau, beim Straßen- und Flußbau und beim Eisenbahnbau. — Die seitens einer neugegründeten Unfallversicherungs-Genossenschaft unter den Mitgliedern der Leipziger Bank durch Verbreitung von Druckschriften unwahren Inhalts beabsichtigte Beunruhigung hat dieser Neugründung keinen Nutzen gebracht. Die Zahl der Kündigungen von Mitgliedschaften ist eine verhältnißmäßig geringe und die Ursache in vielen Fällen in den schlechten Zeitverhältnissen zu suchen. Der Reservefond (excl. Schadenreserve- und Rentenfonds) beziffert sich z. Z. auf M. 481,700,15.

— „Die Revolution“ (La Révolution) ist der Titel eines neuen großen Tageblatts, das seit drei Wochen in Paris erscheint und noch weit entschiedener, als die „Menschenrechte“ es thun, für die sozialdemokratischen Prinzipien eintritt. Wir begrüßen den neuen Mitkämpfer im Namen der deutschen Sozialdemokratie. Hauptredakteur der „Revolution“ ist der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Naquet. Derselbe hielt vor einigen Tagen in Pontoise vor etwa 1000 Zuhörern einen Vortrag „über die soziale Revolution“, der Erwähnung verdient. Nachdem Naquet die Geschichte der politischen Revolution zu Ende des vorigen Jahrhunderts kurz rekapitulirt, suchte er die Nothwendigkeit der sozialen Revolution nachzuweisen. „Sie sei unvermeidlich, zu wünschen sei nur, daß blutige Geburtswehen vermieden würden. Die Bourgeoisie und das Monopol mögen deshalb aus eigener Initiative ihre vierte Augustnacht*) machen. Der Staat müsse sich zum Herrn der Eisenbahnen, Bergwerke und der Banken machen. Um die soziale Gerechtigkeit zu schaffen und die Privilegien zu unterdrücken, seien wichtige Gesetze zu schaffen. Anstatt daß die Arbeit mit dem Kapital kämpfe, müsse das Kapital in den Dienst der Arbeit treten zum Zwecke des Fortschritts und des allgemeinen Wohles. Die Internationale der Arbeiter habe man verdammt; die Internationale der Tonsur jedoch und „die goldene“, die von einem Ende der Welt bis zum andern den kleinen Arbeiter unterdrücke und zerschmettere, werde geduldet. Zum Schluß spricht der Redner die Hoffnung aus, daß die Vertreter des Landes im Einklang mit dem allgemeinen Stimmrecht — dieser friedlichen Waffe, die gegen den Appell an die Gewalt Garantie bietet — an der nothwendigen sozialen Revolution arbeiten werden, und daß eine imm[illegible]

*) In der Nacht des 4. August 1789 gab der französische Adel in der Nationalversammlung alle seine noch gesetzlich bestehenden Feudalrechte auf — freilich nachdem die aufständischen Bauern unter dem Ruf: Friede den Hütten, Krieg den Schlössern! den Feudalismus (nebst einigen hundert Schlössern) thatsächlich zerstört hatten.

Arbeitsquellen der Gegenwart und Zukunft.

(Schluß.)

Was dann? Die Frage ist schon oft aufgeworfen worden, anfangs mehr spielend, dann mehr ernstlich. Eine Art von Antwort ist leicht zu geben: „Wenn die Industrie so weiter schreitet, wie bisher, dann werden Wissenschaft und Technik schon dafür sorgen, daß sich etwas Anderes findet.“ Das glauben auch wir, aber das ist eben nur dann möglich, wenn Wissenschaft und Technik sich bei Zeiten oder auch vorzeitig mit der Aufgabe, etwas Anderes zu finden, beschäftigen. So haben sie denn auch, seit ihnen die klare Einsicht in die Verhältnisse gekommen, schon begonnen, dieses Problem anzugreifen, und derartige Studien haben auch für uns schon ein Interesse. Jede einzelne Produktivindustrie macht eine erste Zeit durch, wo sie aus dem Vollen schöpft, wo sie Ueberfluß an Material hat und nur das Beste vorwegnimmt; später aber, wenn die Sahne abgerahmt ist, sieht sie sich genöthigt, zu ärmeren Rohstoffen zu greifen, das Vorhandene besser auszunutzen; dann kommen die feineren, sparsameren Methoden, die kostspieligeren, aber ungleich leistungsfähigeren Apparate, und dann leistet sie in der Regel mit dem schlechteren Stoff mehr, als sie in ihrer Jugend mit dem besseren zu machen wußte. So geht es auch dem mechanischen Betrieb im Großen und Ganzen: wir sind jetzt in seiner Kindheitzeit, wir schöpfen unsere Arbeitskräfte aus dem reichen, vollen Lager der brennbaren Fossilien, welche die Mutter Erde in langen Jahrtausenden für uns angesammelt hat. Später kommen die mageren Jahre, dann heißt es die Kohlen schonen und die jetzt vernachlässigten Quellen in Ausnutzung ziehen.

Denken wir uns nun einmal, die Kohlen seien wirklich unerschwinglich geworden; was würde dann zu thun sein?

Erstens ist es möglich, daß in der Erde andere als ursprünglich organische Stoffe in Masse vorhanden seien, die verbrannt werden und dadurch Arbeitskraft liefern können. Man kann sich denken, daß im Innern unseres Weltkörpers z. B. gediegene, leicht brennbare Metalle von der Luft abgeschlossen auftreten. Aber das ist blos eine entfernte hypothetische Möglichkeit, keineswegs wahrscheinlich, sondern im Gegentheil recht unwahrscheinlich, und wenn man bedenkt, wie unendlich langsam und unvollkommen unser Eindringen in die Erdrinde von Statten geht, so muß man sich sagen, daß die Hoffnung, derartige Brennstoffe in's Unendliche zugänglich zu machen, eine chimärische ist. Von Brennstoffen wäre also überhaupt abzusehen.

Sonach bleibt nichts übrig, als Kraftquellen ausfindig zu machen, die bisher nicht als brauchbar bekannt sind, oder die bereits brauchbaren in vollkommenerer Weise auszunutzen, als es bisher geschehen. Versuche, das Erstere zu thun, sind in den letzten Jahren schon mehrfach bekannt geworden.

Zunächst hat man daran gedacht, die Sonnenstrahlung unmittelbar zum Heizen zu verwenden. Wäre der Sonnenschein nicht bei uns ein so unregelmäßiger und so wenig häufiger Gast, so wäre das gewiß schon seit Jahrhunderten geschehen. Denn die strahlende Wärme der Sonne ist, wie im Eingang gesagt, die ursprünglichste und, wie wir jetzt hinzufügen können, die gewaltigste, unerschöpflichste der uns zugänglichen Kraftquellen. Wissenschaftliche Messungen über ihren Betrag sind angestellt; sie sind nicht sehr genau, aber sie geben wenigstens einen zuverlässigen Anhalt, und es ist wahrscheinlicher, daß die bis jetzt erlangten Zahlen zu klein, als daß sie zu groß sind. Nach Pouillet würde die Strahlung der Sonne, welche senkrecht auf eine Fläche von einem Quadratmeter fällt, hinreichen, um in einer Minute 10 Liter Wasser um 6⅔ Grad zu erwärmen. Die Erde bietet der Sonne gegenüber eine Scheibe von 6,367,000 Meter Radius, also von nahe 127 Billionen Quadratmeter Querschnitt dar; die Strahlung, welche auf sie fällt, würde demnach in jeder Minute etwa 8500 Billionen Liter Wasser um einen Grad erwärmen. Eine Pferdekraft in den durch Feuer getriebenen Maschinen verbraucht nutzbar (d. h. verwandelt in Arbeit) in jeder Minute eine Wärmemenge, welche etwas über 10½ Liter Wasser um 1 Grad erwärmt. Die Gesammtleistungsfähigkeit der von der Erde aufgefangenen Sonnenstrahlung repräsentirt demnach etwa 800 Billionen Pferdekräfte, und wie oben bemerkt, diese Zahl ist wahrscheinlich noch zu klein. Könnten wir nur den zehnmillionensten Theil dieser Menge einfangen und zur Erzeugung höherer Temperaturen brauchbar machen, so hätten wir mehr als hinreichende Arbeitskraft für all' unsere Bedürfnisse gewonnen, und das offenbar ohne die Oekonomie der Erdoberfläche, so weit sie von der Zufuhr der Sonnenwärme abhängt, irgend merklich zu stören.

Das Mittel, die Strahlen unseres Centralgestirns zur Heizung zu verwenden, ist im Prinzip sehr einfach: man concentrirt sie durch große Brenngläser oder Brennspiegel, welche letzteren aus weißem Metall ohne zu große Kosten hergestellt werden können. Schon Erikson hat Versuche gemacht, eine Sonnenmaschine zu construiren; von den Resultaten derselben hat aber nicht viel verlautet. In neuerer Zeit hat ein französischer Physiker, Mouchot, versuchend festgestellt, wie weit sich die Heizung mit Sonnenstrahlen praktisch machen läßt. Er stellt einen großen Hohlspiegel in Form eines abgestumpften Kegels auf, der seine weitere Oeffnung von 2½ Meter Durchmesser der Sonne zukehrt und im gewünschten Fall durch ein Uhrwerk gedreht wird. Die Wände desselben bestehen aus 12 inwendig versilberten Sektoren. Die Lichtstrahlen, welche den Kegel treffen, werden so gespiegelt, daß sie alle nach der Achse desselben convergiren. Die Stelle dieser Achse nimmt ein kleiner, länglicher, kupferner Dampfkessel ein, bestehend aus zwei concentrischen Glocken, zwischen denen etwa 20 Liter Wasser eingegossen sind. Der Hohlraum der inneren Glocke dient als Dampfreservoir; aus ihr führt ein Rohr durch den Boden des Kegels dahin, wo man den Dampf benutzen will. Der ganze Dampfkessel ist im Abstand von 5 Centimeter mit einer Glashülle umgeben. Die vom Spiegel concentrirten Sonnenstrahlen fallen auf die schwarz angestrichene Oberfläche des Kessels, werden dort absorbirt und erwärmen denselben. Die Glashülle dient dazu, die Wärme zusammenzuhalten; sie läßt nämlich die Sonnenstrahlen leicht durch, nicht aber die dunkle Wärmestrahlung, welche von dem erhitzten Kessel ausgeht. Das Wasser fängt unter diesen Umständen, wenn die Sonne in den Apparat scheint, bald zu kochen an. Am 8. Mai dieses Jahres bei mittlerem schönen Wetter, ergab der Apparat Morgens um 9 Uhr 40 Minuten einen Dampfdruck von 2, und kurze Zeit darauf von 5 Atmosphären. Am 22. Juli, einem sehr warmen Tage, lieferte er um 1 Uhr Mittags 140 Liter Dampf in der Minute. Mouchot hat ihn benutzt, um eine kleine Dampfpumpe zu treiben, sowie zum Kochen von Nahrungsmitteln. Er ging auch noch bei leicht verschleiertem Himmel.

In unserm Klima wird nun eine derartige Vorrichtung immer wenig mehr als Spielerei sein. Anders ist es in Ländern, wo es nie oder nur während bestimmter kurzer Jahreszeiten regnet, z. B. in manchen Strichen auf der Westseite der Anden. Dort hat sie schon jetzt ein sehr praktisches Interesse, zumal da in jenen Ländern durchweg das Brennmaterial nicht leicht zu beschaffen ist, und dieses Interesse wird so lebhaft empfunden, daß Herr Mouchot bereits aus öffentlichen Mitteln Unterstützung für

tiefer gehende Aufklärung in den Massen die soziale Neuformung ohne einen gewaltsamen Zusammensturz herbeiführen werde." — Wir werden in einer der nächsten Nummern uns eingehender mit der „Revolution" beschäftigen. Das heißt, wenn die Post es uns erlaubt. Es ist uns nämlich bis heute unmöglich gewesen, die Probenummer und die 15 ersten Nummern der „Revolution" zu Handen zu bekommen, obgleich sie zweimal, das erstemal von der Administration des Blattes selbst, das zweitemal auf unsere Reklamation, von einem in Paris lebenden Freund an uns abgeschickt worden sind. Adresse, Kreuzbandpackung — alles war beidemale in vollständigster Ordnung. Aber beidemale sind die Blätter unterwegs spurlos verschwunden. Ob dies bloßer Zufall ist, oder ob das bedenkliche Wort „Revolution" irgend einen beliebigen Polizeispitzel und Briefstieber gelockt hat — ob der Verschwindungsprozeß sich auf französischem oder auf deutschem Postgebiet zugetragen hat, das wissen die Götter und vielleicht der heilige Stephan.

— Die demokratischen Blätter von Paris brachten am 2. Dezember sämmtlich ausführliche Berichte gebracht über den Staatsstreich des 2. Dezember 1851 und die damals von Bonaparte unter dem Beifall des gesammten monarchischen Europa verübten und nachträglich von der gesammten europäischen Bourgeoisie sanktionirten Metzeleien und Greuelthaten jeder Art. Bezeichnend für die im „republikanischen" Frankreich herrschenden Zustände ist die Thatsache, daß den „Droits de l'Homme" verboten worden ist, in einer Extrabeilage folgende Bilder zu veröffentlichen: 1) Die Barrikade des Faubourg St. Antoine (der Londoner „Illustrated News" vom 13. December 1851 entnommen); 2) Summarische Erschießungen durch das Militär („Illustrated London News" vom 20. November); 3) Frankreich ist ruhig (Bild des Londoner „Punch", Jahrgang 1851, S. 265; 4) Erschießungen durch Truppen auf dem Marsfeld („Illustrated London News" vom 20. November 1851). — Und dieselben republikanischen Behörden, welche es verbieten, daß die Infamien und Verbrechen des gemeinen Raubmörders Bonaparte auch nur bildlich an den Pranger gestellt werden, lassen nach wie vor die Ehrenmänner der Commune vor ein Kriegsgericht stellen und zu den schwersten Strafen verurtheilen. Wurde doch dieser Tage erst wieder ein Todesurtheil gefällt! Ja — hätten die Männer der Commune mit „Erfolg" geraubt, gemordet, gestohlen, dann würden sie heut hochgeachtet dastehen, wie Andere, die dasselbe gethan; und das Gesindel, von dem sie seit fünf Jahren mit allen Verlenmdungen überschüttet und gehetzt werden gleich wilden Thieren, würde vor ihnen kriechen, wie vor Anderen, die dasselbe gethan! — Das ist die „Moral" der heutigen Gesellschaft

— Es spukt wieder. Am Freitag (1. Dec.) Mittag hatte Parteigenosse A. Gießler in Barmen hohen Besuch — Commissar und Polizist fanden sich ein, um hauszusuchen. Resultat — „ist nicht" — jedes Blättchen nachgesehen, sogar in dem Kleiderschrank Rock- und Hosentaschen visitirt, Alles umsonst, „verlorene Liebesmüh".

Correspondenzen.

Itzehoe, 27. November. Am Donnerstag den 23. ds. Mts. tagte hier in der Tonhalle eine aus 8—900 Personen bestehende öffentliche Wählerversammlung, einberufen von Seiten der Landespartei, deren Candidat Dr. Bärens mit dem Grafen Baudissin als Referenten angekündigt und auch erschienen waren. — Als dritter erschien unser Candidat Hermann Walther aus Altona; den Wählern Itzehoe's wurde dadurch Gelegenheit gegeben, zwei der aufgestellten Candidaten persönlich kennen zu lern. Es entspann sich zwischen den Vertretern der beiden Parteien eine interessante Debatte, und schade ist's, daß nicht auch der Vertreter der dritten Parteirichtung, der nationalliberale Appellationsgerichtsrath Hall aus Kiel anwesend war. Auf die Ehre, letzteren in öffentlicher Versammlung sein Programm entwickeln zu hören, werden die Wähler des fünften schleswig-holsteinischen Wahlkreises wohl verzichten müssen; obwohl auch dieser Herr von der Masse gewählt zu werden wünscht, hält er es dennoch nicht der Mühe werth, sich öffentlich vorzustellen. Wir würden gern diesen Vorwurf widerrufen, wenn der Appellationsgerichtsrath Hall sich bereit erklärte, ihn durch die That zu einem ungerechtfertigten zu machen. Als erster Redner erhielt Dr. Bärens das Wort, welcher in 1¼stündiger Rede seine Stellung zur Landespartei und zu den übrigen Parteien zeichnete. Wir sagen deshalb „seine Stellung zur Landespartei", weil sein Programm, denn er steht nicht mehr auf dem Boden des Programms der schleswig-holsteinischen Landespartei, wesentlich von demselben abweicht. Diesen Widerspruch zwischen dem Candidaten und der Partei mögen die Betreffenden selbst lösen, wenn sie können. Uns zeugt dies von der Prinzipienlosigkeit und Zerfahrenheit der Partei. Nun, der Dr. B. sprach weiter von der Lösung der deutschen Frage im Sinne der Partikularisten. Deutschlands Einheit bedinge die Mannigfaltigkeit. Sein Ideal einer deutschen Verfassung ist eine verbesserte Auflage der alten deutschen Bundesverfassung. Für die beste Staatsform erklärte er die monarchische. Ferner geißelte Redner die Nationalliberalen und Fortschrittler als Gesetzgeber und suchte nachzuweisen, daß Erstere weder national noch liberal seien und Letztere nichts weniger als den wahren Fortschritt wollten; kurz sie erfüllten ihre Aufgabe als Volksvertreter nicht, denn ein Volksvertreter müsse für Wahrheit, Recht und Freiheit eintreten. Redner nahm hierbei einen scheinbar sehr freien Standpunkt ein. Was es aber mit der Freiheit, die Redner meinte, auf sich hatte, zeigte sich bei der Kritik des Programms der sozialistischen Arbeiterpartei. Zwar erkannte Redner die meisten Punkte des Programms an, bis auf diejenigen, welche die wirthschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen bedingen. Der Vertreter unserer Partei, Herr Walther, als zweiter Redner, wies dem Dr. Bärens denn auch scharf und treffend nach, daß auch er, der Dr. B., noch nicht die Aufgabe eines wahren Volksvertreters erkannt habe. denn die politische Freiheit und Gleichberechtigung, wie dieselbe der Vorredner zwar, wie jeder Fortschrittler, anerkenne, sei nur Schein, wenn nicht die wirthschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung aller Bevölkerungsklassen garantirt sei, so wie die sozialistische Arbeiterpartei dieselbe in ihrem Programm fordere. Jede Partei, welche dies nicht in ihr Programm aufgenommen habe, wolle nur durch scheinbar freie Forderungen das Volk bei Wahlen ködern, so auch die Landespartei. Was nun die Lösung der deutschen, im engeren Sinne der schleswig-holsteinischen Frage, wie sie die hiesige Landespartei wolle, anbelangt, so steht Vorredner selbst mit dieser im wesentlichsten Widerspruch. Darauf beleuchtete W. zum Schluß noch die wesentlichsten Punkte des Programms der Arbeiterpartei. — Hiernach wurde die Debatte zwischen Dr. Bärens, Graf Baudissin und Walther recht lebhaft mehrere Stunden fortgeführt. Zum Schluß wurde folgende Resolution mit großer Majorität gegen circa 20 Stimmen angenommen:

„Die heutige Wählerversammlung erklärt, nachdem sie die verschiedenen Redner gehört: für die Wahl des von der Arbeiterpartei aufgestellten Candidaten Hermann Walther in Altona thatkräftig wirken zu wollen." Mit Gruß

H. Hülß. C. Kreuzberg.

Bielefeld, 30. November. Schon im Anfange dieses Jahres bildeten die Vorbereitungen zur Reichstagswahl die permanente Tagesordnung fast aller Sitzungen unseres Wahlvereins. Die Candidatenfrage wurde von verschiedenen Seiten erörtert, und manche Stimme erhob sich für einen Vertreter aus unseren Mauern, vorwiegend aus dem Grunde, die Agitation zu erleichtern und wirksamer zu machen. Zur endlichen Erledigung dieser brennenden Frage wurde nun in zwei am 26. und 27. d. M. in verschiedenen Bezirken stattgehabten Volksversammlungen folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit der Candidatur des Herrn Wilhelm Pfannkuch vollständig einverstanden und verspricht, mit aller Kraft für die Wahl desselben bei der bevorstehenden Reichstagswahl einzutreten."

So haben wir denn wiederholt einen Mann auf den Schild erhoben, der stets — und noch kürzlich bei Gelegenheit der schmählichen Niederlage, die er dem liberalen Zeitungsredakteur Kutschbach in Cassel bereitete — gezeigt hat, daß er nicht allein Kopf und Herz, sondern auch eine schlagfertige Zunge für die Volkssache hat. Daß wir schon dieses Mal mit unserm Candidaten durchdringen, können wir zwar kaum hoffen, das wird uns aber nicht abhalten, im Wahlkampfe voll und ganz unsere Schuldigkeit zu thun, um unsern Gegnern zu zeigen, daß die Sozialdemokratie ein Faktor ist, mit dem gerechnet werden muß. In zwei Versammlungen hielt Parteigenosse Baumeister Bruno einen Vortrag über „Das gleiche Recht für Alle". Im Eingange schilderte der Vortragende das falsche Prophetenthum der Fortschrittspartei, deren offizielle Auslassung vor drei Jahren lautete: „Der materielle Verkehr, fast auf allen Gebieten von hemmenden Schranken befreit, pulsirt in einer Kraft und Lebendigkeit, welche die Sicherheit gewährt, daß gewisse beunruhigende Erscheinungen des Augenblicks bald werden überwunden werden." Wie sich dieses gelassen ausgesprochene große Wort erfüllte, illustrirte Redner mit beißender Satyre durch zwei uns Bielefeldern sehr nahe liegende Gründungen: die Herforder Brauerei — die schlechtes Bier an ihre Kunden und gute Dividenden (anfangs — bald hatte sie ausgewirthschaftet) an ihre Aktionäre vertheilte — und die Westfälische Bank, mit vielfachem Kummer und Elend im Gefolge. Die „beunruhigenden Erscheinungen des Augenblicks", das Wetterleuchten des Sozialismus nämlich, sind für unsere „Linke" im Parlament allerdings sehr beunruhigend, da ja die Gefahr nahe liegt, die liebgewonnenen Parlamentssitze an die verhaßten Rothen zu verlieren. Auch den famosen „Rückgang der Sozialdemokratie", den unsre liberalen Lokalblätter „Wächter" und „Tageblatt" mindestens alle vier Wochen verkünden, registrirt Redner verdientermaßen unter das falsche Prophetenthum. Diesen falschen Propheten stellt Redner nun den Minister Eulenburg mit seinen unverhüllten Reaktionsgedanken gegenüber, und man muß gestehen, daß die liberalen Salbadereien höchst unvortheilhaft gegen das offene Geständniß des Ministers abstechen, das Geständniß, daß es nur noch ein einziges spezifisches Mittel gegen den Sozialismus gäbe: die schießende Flinte und den hauenden Säbel. Der Herr Graf erkannte diese Instrumente für die einzigen Waffen gegen uns mit Recht, denn überall, wo sich Gegner uns stellten, unterlagen sie; so Sparig gegen Bebel, Kutschbach gegen Pfannkuch, und auch der „Allerwelts-Schußpedell des Reichstags", Justizrath Valentin, gegen den Schuster Bock aus Gotha. Aber mit schießenden Flinten und hauenden Säbeln kann man doch keineswegs die sozialistische Partei und noch viel weniger die Idee der Sozialdemokratie aus der Welt schaffen. Und wir stehen in den Anfangsstadien einer großartigen Umgestaltung, welche das papierne Verfassungsrecht in das wirkliche gleiche Recht für Alle übersetzen wird. Der Redner führt nun aus, wie die heutige soziale Bewegung im Wesentlichen auf dem Gefühle des politischen Unbehagens beruht, und wie unsere Bewegung, wie die aller hinter uns liegenden Zeitepochen die Beseitigung von Vorrechten, das ist: die Gleichberechtigung der arbeitenden Klassen, die gänzliche Beseitigung des herrschenden Klassenstaats anstrebt. Wie weit wir noch von diesem schönen Ziele entfernt sind, lehrt ein Blick auf unsere Zustände. Die liberale Partei hat uns zwar mit dem Zwangshilfskassen-Gesetz beglückt, aber in der Schule hat sie die alte verlotterte Wirthschaft fortbestehen lassen. Der Vortragende richtet speziell an unsere preußischen Volksvertreter die Frage, wie es mit der Durchführung der schon vor 26 Jahren verfassungsmäßig verbrieften Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den öffentlichen Volksschulen stehe? Den Begriff „öffentliche Volksschule" interpretirt Redner sehr richtig dahin, daß darunter, im Gegensatze zu den Privatschulen, alle öffentlichen Schulen — einschließlich die Gymnasien 2c. 2c. — zu verstehen seien. Statt nun den Herrn Falk zu zwingen, die Fenster und Thüren der heutigen wahrhaft erbarmungswerthen Volksschule weit aufreißen zu lassen, damit endlich einmal diese betäubende Stickluft der Bibelsprüche und Gesangbuchverse heraus-, und die frische gesunde Luft der Wissenschaft und Aufklärung hereinströmen könne, gingen unsere liberalen Helden auf die Leimruthe des Kulturkampfs, bei welchem für das Volk in der That nicht viel mehr herausgekommen ist als eine unnütze Verletzung confessioneller Intoleranz. — Auch auf dem Gebiete der Wahlgesetzgebung für Commune, Kreis- und Landtag ist gar nichts für die Durchführung des gleichen Rechts für Alle geschehen; nach wie vor beruft das Dreiklassen-Wahlsystem fast allein die Kapitalbaronie zur Gemeindeverwaltung und Legislatur. Zur Rechtsprechung übergehend zeigt der Vortragende an der Zusammensetzung der Schwurgerichtshöfe, wie auch hier der Geldsack das Kriterium politischer Fähigkeit bildet. Was will gegen diese schreiende Ungerechtigkeit die Erweiterung der Competenz der Schwurgerichte sagen, die von den Liberalen nur aus dem Grunde befürwortet wird, um hin und wieder 'mal ein liberales Redakteurchen, das sich verschnappt hat, vor einer Verurtheilung zu retten, denn die Verurtheilung eines sozialistischen oder ultramontanen Redakteurs findet man doch immer bei der üblichen Zusammensetzung ganz in der Ordnung. Und endlich, wie sieht es mit der allgemeinen Wehrpflicht aus? Der besitzlose Stand wird in Folge des ihm so karg zugemessenen Bildungsantheils mit der drei- bis vierfachen Last an Wehrpflicht bedrückt im Verhältnisse zu den besitzenden Ständen.

Nach allen Erörterungen ist wohl klar, daß von den in unsern gesetzgebenden Körpern herrschenden Parteien für Erlangung des gleichen Rechts für Alle absolut nichts zu hoffen ist. Es fehlt nicht sowohl die Einsicht, nein es fehlt der gute Wille und die männliche Entschlossenheit, ehrlich Farbe zu bekennen. Hierdurch ist es denn gekommen, daß die „gewissen beunruhigenden Erscheinungen des Augenblicks" noch lange nicht überwunden sind, sondern immer beunruhigender und drohender forterscheinen. Und schon vor 50 Jahren sprach der ehrliche Börne die beherzigenswerthen Worte: „Es ist wahr, der Krieg der Armen gegen die Reichen hat begonnen, und wehe den Staatsmännern, die zu dumm oder zu schlecht sind, zu begreifen, daß man nicht gegen die Armen zu Felde ziehen müsse. Die graubärtige Staatsweisheit, vor Alter kindisch geworden, geifert gegen den Wunsch der Besseren und Einsichtigeren, daß man auch die niederen Stände an der Volksrepräsentation möge theilnehmen lassen. Sie sagen: Menschen, die nichts zu verlieren haben, könnten am allgemeinen Wohle des Landes nie aufrichtigen Antheil nehmen; jeder Intriguant kann ihre Stimme erschleichen oder erkaufen. So sprechen sie, um das Gegentheil von Dem zu sagen, was sie denken. Weil es unter den armen Leuten mehr Ehrliche giebt, als unter den reichen, weil sie seltner sich bestechen lassen, wollen die Minister sie nicht unter den Volksvertretern sehen. Sie mögen uns ihre geheimen Archive öffnen, sie mögen uns die Namen ihrer Anhänger, ihrer Angeber, ihrer politischen Kuppler, ihrer Spione lesen lassen — und es wird sich zeigen, ob mehr Reiche, um ihren Ehrgeiz und ihre schnöden Lüste zu befriedigen, oder mehr Arme, um ihren Hunger zu stillen, das Gewissen verkauft haben." — An diese Worte des großen Denkers anknüpfend weist Redner den albernen Vorwurf unserer Gegner, wir trieben Interessenpolitik, schlagend zurück und schließt unter rauschendem Beifall mit dem Rufe an die herrschenden Parteien:

„Gebet dem Volke das gleiche Recht,
Dann werdet ihr Ruhe haben!"

Nachzutragen bleibt mir noch, daß beide Volksversammlungen je 10 Männer zur Verstärkung des Wahlcomités wählten, und daß die Parteigenossen Zwiener und Heitbrinck sowie Weidemann aus Hamburg in begeisterten und begeisternden Worten zu den zahlreich erschienenen Arbeitern sprachen.

Wir gehen mit froher Zuversicht in den Wahlkampf und denken, auch in unserm Wahlkreise zu zeigen, daß das arbeitende Volk es endlich müde ist, durch seine Peiniger und Unterdrücker vertreten oder besser — getreten zu werden.

Iserlohn, 28. November. (Volksversammlungen. Sozialistischer Arbeiter-Wahlverein. Die Liberalen in Candidatennöthen.) Hier geht's jetzt wieder flott vorwärts. Seit Juli 1875 konnten wir Versammlungen, außer einer ein-

---

seine Versuche erlangt hat. Vielleicht werden wir die Sonnenstrahlen in Peru bald als regelmäßige Heizer in Thätigkeit sehen. Indessen wenn auch die praktische Bedeutung dieser Versuche selbst für die Gegenwart hiermit klargelegt ist, eine Lösung des Problems enthalten sie offenbar nicht. Denn gerade in den gemäßigten Zonen, die der Entwickelung der Industrie am günstigsten sind und es wohl auch bleiben werden, leidet der Sonnenschein mehr, als jede andere Kraftquelle, an dem Fehler der Unsicherheit.

Hier bietet sich zunächst als bisher unbenutzt die Erscheinung der Ebbe und Fluth dar. Wenn eine große Wassermasse sich in regelmäßigen Zwischenräumen hebt und senkt, so ist klar, daß und wie man sie zur Arbeit verwerthen kann. Entweder man läßt das Wasser selbst sich aufspeichern, während es seinen höchsten Stand hat, und läßt es ablaufen während der Ebbe, — so erhält man einen Strom; oder man benutzt es, um schwimmende Massen zu heben, die später herabsinken und ziehend oder drückend eine Maschine treiben können. Projekte für derartige Verwendung der Gezeiten sind schon vorhanden, aber, so viel uns bekannt, nicht ausgeführt, weil sie vorläufig zu theuer sind. Diesen Fehler werden sie wohl, ausgenommen etwa an einzelnen von der Natur günstig gestalteten Plätzen, immer behalten, weil die Meeresbewegungen durch Stürme und Strömungen stark gestört werden und die Apparate auf diese Störungen eingerichtet werden müssen; ferner weil das Wasser leicht ist und die Fluthwelle nur geringe Höhe hat, die Vorrichtungen also große Dimensionen verlangen, um ein leidliches Maß von Arbeit zu liefern. Außerdem ist ihre unmittelbare Verwerthung der Natur der Sache nach auf die Küsten beschränkt.

Die beiden neuen Arbeitsquellen, die uns zur Verfügung stehen, sind sonach nicht gerade vielversprechend. Es bliebe nun die bessere Ausnutzung der schon vorhandenen zu erörtern. Da ist erstens der Wind, mit dem unvertilgbaren Fehler der großen Unregelmäßigkeit behaftet; zweitens das Wasser, an vielen Stellen regelmäßig und mit großer Sturzkraft zu haben, aber nicht transportabel. Könnte man die Wasserkraft billig transportabel machen, so wäre damit ein großer Schritt geschehen. Und die Aufgabe scheint allerdings nicht unlösbar, nicht einmal allzuweit von ihrer Lösung entfernt. Man könnte z. B. daran denken, magneto-elektrische Maschinen durch große Wasserkräfte zu treiben und die dadurch entstehenden elektrischen Ströme direkt oder indirekt technisch zu verwerthen. Indirekt wäre das möglich, indem man sie chemische Zersetzungen ausführen ließe, deren Produkte man transportiren und an anderen Stellen zur Wärmeerzeugung verwenden könnte. Mohr hat vorgeschlagen. Kohlensäure in eiserne Behälter zu condensiren, zu verschicken und die Behälter, aus denen die Säure bei gewöhnlicher Temperatur mit einem Drucke von 36 bis 40 Atmosphären hervorkommt, als Dampfkessel zu benutzen. Alle diese Gedanken schweben noch sehr in der Luft; aber es ist ziemlich sicher anzunehmen, daß die Wissenschaft über kurz oder lang die Mittel liefern wird, sehr viele Arbeit auf verhältnißmäßig kleine Räume zu conzentriren, und dann wird der Grundgedanke, die Arbeit der natürlichen Quellen transportabel zu machen, eine Zukunft gewinnen. Wenn die Kohlen allmählich im Verhältniß zu den übrigen Lebensbedürfnissen theurer werden, wird man nach dieser Richtung suchen. Was man finden wird, das können wir freilich noch nicht verrathen; wir haben überhaupt nur andeuten wollen, in welcher Form sich das Problem und die leitenden Gedanken für seine Lösung zur Zeit darstellen.

— Die Phrase vom „schutzlosen" Schutzmann haben eine Anzahl Berliner Bürger wirklich ernst genommen und gedenken dieselben den Sicherheits-Organen bei Ausübung ihres Amtes in einem gewissen Grade Unterstützung zu leisten. Man hat sich vorläufig dahin geeinigt, einen Verein zu gründen und sollen die Mitglieder dieses Vereins, wenn sich bei Verhaftungen ein erheblicher Widerstand zeigt, dem betreffenden Schutzmanne thätig beistehen. Natürlich müßten die Mitglieder dieses Vereins durch Karten legitimirt sein, damit sie dem Publikum und den Sicherheits-Organen gegenüber die nöthige Beachtung finden und ihre freiwillige Hilfe, die sie leisten wollen, nicht durch irgend eine Zurückweisung beeinträchtigt werde. Als Mitglieder sollen nur in Berlin ansässige und unbescholtene Personen aufgenommen werden. — Wäre es nicht angezeigter, den Mitgliedern obigen Vereins die Pickelhaube auf den Spießbürgerschädel zu stülpen, statt sie durch eine Karte zu legitimiren? Was aber die Beachtung betrifft, um welche sich diese Schutzmänner in spe so vorlaut bewerben, so glauben wir, daß ihnen dieselbe reichlich und schlagend genug zu Theil werden wird.

zigen im April d. J., nicht abhalten, weil geeignete Lokale, die uns früher stets zur Verfügung standen, in den Besitz von Leuten gelangt sind, die sich vor einem Sozialdemokraten zehn Mal mehr „bekreuzigen", wie vor dem „leibhaftigen Gottseibeiuns". Am Sonntag, den 15. Oktober, fand denn endlich in dem neuerbauten geräumigen Saale eines vorurtheilsfreien, befreundeten Wirthes wieder eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, welche, nachdem ich die der Partei-Organisation in Preußen entgegenstehenden Schwierigkeiten auseinandergesetzt hatte, die Bildung eines „Sozialistischen Arbeiter-Wahlvereins für den Wahlkreis Altena-Iserlohn" beschloß, der nach § 21 des preußischen Vereinsgesetzes den im § 8 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Beschränkungen politischer Vereine nicht unterliegt. Der Verein constituirte sich sofort mit vorläufig 63 Mitgliedern, deren Zahl inzwischen auf 108 angewachsen ist. Der Entwurf eines praktischen Statuts, dem selbst der verwegenste Staatsanwalt nichts anhaben kann, wurde einstimmig angenommen.

Der Versuch eines vor etwa einem Jahre hier zugereisten sogenannten „Parteigenossen", die Versammlung in brüderlicher Eintracht mit einigen Ultramontanen durch knabenhaftes, aller parlamentarischen Ordnung Hohn sprechendes Gebahren zu vereiteln, scheiterte selbstverständlich jämmerlich. Der hiesige Wahlkreis, von dessen überzeugungstreuen sozialistischen Arbeitern der erste erfolgreiche Anlaß zur inzwischen vollendeten dauerhaften Vereinigung der Sozialdemokraten Deutschlands gegeben wurde, ist kein geeigneter Boden für — Zersplitterungsversuche. — Das mögen sich die Gegner aller Art ein für allemal merken! —

Inzwischen fanden wöchentlich abwechselnd Mitglieder- und Volksversammlungen statt, in welchen für die Wahlagitation mit Erfolg gewirkt wurde. Am 5. d. M. referirte Herr Julius Scheil aus Dortmund in einer Volksversammlung über die „Grundsäulen des modernen Staates". Die Versammlung ernannte mich einstimmig zum Wahlcandidaten für den hiesigen Wahlkreis.

Seitdem „rüsten" sich auch hier die Gegner zum Wahlkampfe, besonders die „Liberalen", welche uns durch jammervolle Angst-, Schmerzens- und Hilfe-Rufe in den Lokalblättern die Agitation in dankenswerther Weise erleichtern. Am 26. d. M. habe ich in einer Volksversammlung einen solchen liberalen „Stoßseufzer" beleuchtet, in welchem die folgenden höchst ergötzlichen Stellen enthalten sind: „Er (der Reichstag) hat seine Schuldigkeit gethan und mit Stolz (!) und Genugthuung dürfen wir auf die bedeutungsvolle Epoche zurückblicken. Weittragende und segensreiche Gesetze sind zu Stande gekommen, man erinnere sich nur des Münz-, des Bank-, des Civilehe-Gesetzes, der Organisationsgesetze des Heeres 2c. 2c. Ein gutes Stück deutscher Misère, deutscher Zerrissenheit und Mißwirthschaft ist damit für immer geschwunden. Ohne die thätige Hilfe der liberalen Partei wäre die glückliche Durchführung dieser Gesetze unserem (!) Reichskanzler nicht möglich gewesen. — Noch aber ist der Bau deutscher Einheit nicht so fest gegliedert. Die Entwicklung des deutschen Reiches hängt noch zu viel von dem guten Willen unserer deutschen Fürsten ab. Wer bürgt uns dafür, daß später nicht innere Zwietracht unserer Fürsten und Stämme diesen Bund wieder lockern? Die Zeit muß benutzt werden, Ring auf Ring um den deutschen Einheitsbau gelegt werden, damit er allen äußeren Stürmen Trotz bieten und allen Wühlereien jener widerstrebenden dunkelen Mächte (der „deutschen Fürsten und Stämme"!) spotten kann. — Es ist aber eine Ehrensache des liberalen deutschen Bürgerthums, treue Wacht zu halten, daß ihm die theuer erkaufte deutsche Einheit nicht verkümmert werde.

Alle wahrhaft freisinnigen Männer, denen es um die Wahrung dieser errungenen politischen und wirthschaftlichen Freiheiten Ernst ist, müssen mit allen Kräften dafür wirken, daß diesem Reichstag ein würdiger Bruder folge." — Es war für mich ein besonderes Vergnügen, der Versammlung diesen „Bruder" Reichstag mit allen den „feindlichen Brüdern", aus welchen er zusammengesetzt ist, vom Kopf bis zu den Füßen umständlich zu schildern, wie auch die „Compromiß"-, „Stief"- und „Adoptiv"-Kinder, mit welchen er in seiner dreijährigen Zeugungs-Periode die Welt „Deutschland" beglückt hat. —

Die von den Gegnern fortwährend bis zum Ekel wiederholte, auch in dem erwähnten liberalen „Waschzettel" enthaltene Verdächtigung, die Sozialdemokratie gehe mit den Ultramontanen zu irgend welchem Zwecke Hand in Hand, gab mir Veranlassung, die Lächerlichkeit dieser kindischen Verleumdung der Sozialdemokratie nachzuweisen und energisch gegen dieselbe zu protestiren. Bemerkenswerth ist noch die Thatsache, daß auch hier die liberale Partei bisher ebenso vergebens auf einen Candidaten „pirscht" wie etwa ein Sonntagsjäger in der Lüneburger Haide auf einen Elephanten. „Der Geldmaus scharfer Zahn ist dabei im Spiel", — pflegte der alte Harkort in verschiedenen seiner ebenso zahlreichen als impertinenten „Briefe" nicht für, sondern an die Arbeiter zu sagen. — Wir thun, glaube ich, der liberalen Partei Unrecht, wenn wir behaupten, daß sie mit ihren fortwährend wiederholten Anträgen auf Diätenzahlung hauptsächlich bezwecke, das Volk zu der Meinung zu verleiten, es sei ihr um die Ermöglichung einer wahrhaften Volksvertretung zu thun. Dies ist durchaus nicht lediglich die Absicht der liberalen Partei, — vielmehr wird sie bei ihren Anträgen besonders durch das leitende Prinzip der von ihr vertretenen Bourgeoisie, durch das Prinzip der Geldmacherei in jeder Weise, geleitet. Die Candidaten-Noth der liberalen Partei auch im hiesigen Kreise ist für diese Ansicht ein unanfechtbarer Beweis.

Die beiden Abgeordneten des hiesigen Kreises zum preußischen Landtage, welche bekanntlich täglich 5 Thlr. Diäten beziehen, nahmen das ihnen durch die letzten Landtagswahlen angetragene Mandat unbedenklich an, dagegen lehnten sie die Uebernahme des diätenlosen Mandats als Reichstags-Abgeordnete ab, der Eine aus Gesundheitsrücksichten (als wenn ein Abgeordneter im preußischen Landtage weniger „gesund" zu sein brauchte, wie im deutschen Reichstage!) der Andere aus Geschäfts-Rücksichten. — Darauf klopften die Liberalen bei drei Advokaten an, die ebenfalls wegen ihrer Geschäfts-Interessen ablehnten. — Endlich hat sich, wie ich höre, der bisherige Abgeordnete des hiesigen Kreises, Herr Heinrich Kreutz, bewegen lassen, den Candidaten-Nöthen seiner Freunde durch nachträgliche Zusage ein Ende zu machen.

Wir werden Alles aufbieten, um dem Manne die Qual zu ersparen, jedenfalls zum letzten Male in den „sauren Apfel" eines diätenlosen Reichstags-Mandats beißen zu müssen. Wenn es uns nicht gelingt, dann grämen wir uns darüber durchaus nicht. Unsere Partei ist noch jung; wir haben Zeit zu warten und gar keinen Grund, übermäßig eilig zu sein. —

C. W. Tölcke.

Riedorf, 30. November. (An die Genossen des Teltow-Beeskow-Storkower Wahlkreises.) In kurzer Zeit wird die Wahl zum deutschen Reichstage stattfinden. An Jeden von Euch tritt die Frage heran: Wen wählen wir? Wenn wir die Thätigkeit der Männer, welche uns bis jetzt im deutschen Reichstag vertreten haben, etwas näher in's Auge fassen, so wird Jeder bald finden, daß von alledem, was uns diese Herren versprochen haben, nichts erfüllt worden ist. Wie sollte dies auch anders sein; haben wir doch bis jetzt nur eine Klassenvertretung gehabt, aber keine Volksvertretung. Blickt die letzten Jahre zurück, und Ihr werdet vor dem Bilde, das sich vor Euch entrollt, die Augen schließen. Gesetze wurden gemacht, kraft deren die Ausbeutung in vollem Flor steht. Sehet die Männer an, welche diese Gesetze schufen; man findet die Namen derselben unter den Prospekten von Gründungen — von Gründungen, durch welche diese Herren Hunderttausende, Millionen „verdienten". Die heiligsten Rechte des Volks machte man illusorisch (vergl. Bewilligung des Militärbudgets auf sieben Jahre), und wo sich diese Herren den Arbeitern gegenüber rühmten, Gesetze für dieselben gemacht zu haben, waren diese so gut wie gar keine (Haftpflichtgesetz). — Wenn Ihr dies Bild betrachtet, Genossen, so kann die Antwort auf die oben gestellte Frage nicht schwer sein, sie kann nur lauten: Wir wählen den Mann, der die Leiden des Volkes kennt, wir meinen den Candidaten der sozialistischen Arbeiterpartei.

Doch nicht genug, daß Diejenigen, welche von diesem Geist durchdrungen sind, ihre Stimme für diesen Candidaten erheben: nein, geht von Hütte zu Hütte, agitirt im Kreise Eurer Verwandten und Bekannten. Auf, Genossen! jetzt gilt es zu zeigen, daß Ihr die letzten drei Jahre nicht müßig dahingehen ließet. Schon rüstet man im Lager unserer Gegner. Beruft Versammlungen ein, wo Euch in irgend einem Orte noch ein Lokal zur Verfügung steht; sammelt Gelder ein zum Wahlfond, damit die Agitation durch Flugblätter und Programme um so lebhafter betrieben werden kann. Gebraucht die einzige Waffe, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, in seiner ganzen schneidigen Schärfe. Dies ist das einzige Zeichen, um mit Lassalle zu reden, in dem Ihr siegen werdet.

Alle Gelder sind an den Kassirer des Central-Wahlcomité, Herrn F. Zunk, Ziethenstraße im Köppen'schen Hause, einzusenden.

Für das Central-Wahlcomité:
Robert Matthies, Schriftführer.

Wiesbaden, 1. December. (Verein der Töpfer und Berufsgenossen.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß bis zum Neuen Jahre Circulare zum Versandt kommen, und ich bitte mir daher von jedem Orte statistisches Material und die wissenswerthesten Vorgänge am Orte aus, sowie frühzeitige Ablieferung der Beiträge nebst genauer Abrechnung; ferner ersuche ich Collegen Schönberg in Hildesheim um seine Adresse, ebenso wären Adressen von Dessau, Magdeburg, Frankfurt a/O., Leipzig und Dresden erwünscht.

Mit collegialischem Gruß
Joseph Schweis, Vorsitzender, Dotzheimerstr. 30.

Leipzig. (Allgemeiner Böttcher- (Küper-) Verein.) Nach § 15 unseres Statuts beruft der Vorstand eine außerordentliche Generalversammlung auf den 31. December 1876 und 1. Januar 1877 ein. Tagesordnung: Auflösung des allgemeinen Böttcher- (Küper-) Vereins und Eintritt in den neuen Bund.

Im Auftrag: Fr. Holtmann.

An die Parteigenossen des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises (Ottensen).

Die Wahlagitation ist bereits seit mehr als 2 Monaten im vollen Gange und soll jetzt mit verdoppelter Kraft betrieben werden. Dazu ist aber Geld nöthig. Es stellen daher die Unterzeichneten an Euch das dringende Ersuchen, wo Reichstags-Wahlkassen vorhanden sind, deren Inhalt sofort an F. Kühl, Bahrenfelderstraße 151, abzuliefern.

Parteigenossen! Die Ausrede, erst wenn die Wahl heranrückt, geben wir unser Geld her, ist nicht richtig, denn wer ernten will, muß seinen Acker vorher bestellen, und wer nicht haben will, daß die Agitation eingestellt werde, der ist auch verpflichtet, dem Wahlcomité sowohl in materieller als prinzipieller Hinsicht mit zur Seite zu stehen. Von denjenigen Parteigenossen, welche bis zum 12. December die Gelder noch nicht abgeliefert haben, werden wir dieselben der Reihe nach persönlich in Empfang nehmen.

Ottensen, den 29. November 1876.

Das Arbeiter-Wahl-Comité: J. A.: F. Heerhold.

An die Freunde der Arbeiterpartei im 5. schleswig-holsteinischen Wahlkreise.*)

Die öffentliche Wahlagitation wird von unserer Seite schon eifrig betrieben; seit einigen Wochen befindet sich der von uns aufgestellte Candidat H. Walther aus Altona im Kreise und hält in den Ortschaften, in welchen uns Lokale zur Verfügung stehen, Versammlungen ab. Es wird derselbe bis zur Wahl unabläßig thätig sein, so daß die Wähler in allen Distrikten ihn kennen lernen. Sorgt nun durch Privatagitation dafür, daß alle Versammlungen möglichst stark besucht werden.

Die Privatagitation ist überhaupt von sehr großer Bedeutung. An Euch liegt es, wenn ein großer Theil des Arbeiter- und des Mittelstandes in Unkenntniß seiner Lage und seiner Interessen dahinlebt und nicht die hohe Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts erkennen lernt.

Thut daher Eure Schuldigkeit und wirkt, um Aufklärung zu schaffen, mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln!

Ferner machen wir Euch auf Folgendes besonders aufmerksam. Wie Jeder weiß, ist es bei der vorigen Wahl zum deutschen Reichstage dadurch zu vielen Unzuträglichkeiten gekommen, daß wohl an den meisten Orten wahlberechtigte Männer nicht in die Listen eingetragen waren und deshalb ihre Stimme nicht abgeben konnten. Viele haben behauptet, es habe böser Wille zu Grunde gelegen, denn, sagten sie, wenn wir Steuern bezahlen sollen, weiß man uns zu finden 2c. Die Sache liegt aber so: Die Behörden sind gedeckt durch das Wahlgesetz. Es heißt im § 8 folgendermaßen: „In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen, und ist dies zuvor unter Hinweisung auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur Diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind."

Da nun die Listen bald ausgelegt werden, so ist es Eure Pflicht, jeden Wähler darauf aufmerksam zu machen, daß es nothwendig ist, will er nicht seines Wahlrechts verlustig gehen, dieselben nachzusehen.

Sollte der Eine oder Andere am Nachsehen der Listen verhindert sein, so unterzieht Ihr, Freunde, Euch der Mühe, seht die Listen nach und macht dann diejenigen, welche nicht eingetragen sein sollten, darauf aufmerksam, daß sie innerhalb der bestimmten Frist reklamiren müssen.

Scheut auch in dieser Beziehung weder Mühe noch Zeit und seid auf dem Posten; der Wahlkampf erfordert Muth, Ausdauer und Opferwilligkeit; zeigen wir, daß wir diese Eigenschaften besitzen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Itzehoe-Heide, im November 1876.

Mit Gruß — Das Central-Wahlcomité.
Für Itzehoe: Kreuzberg, Klasen, Schreck.
Für Heide: W. Off, H. Off, H. Olde.

Erklärung.

Herr Paul Lossau gibt in Nr. 27 des „Vorwärts" vom 1. Dec. die Erklärung ab, daß meine ihn betreffenden Aeußerungen auf dem Gothaer Congreß auf Unwahrheit beruhen.

Es soll mich freuen, späterhin genauer in Erfahrung zu bringen, daß dieser Vorwurf Berechtigung hat; aber nur erst dann werde ich ihn ruhig hinnehmen. Jetzt darüber Erörterungen anzustellen, halte ich, aus Gründen, die Jeden leicht erkenntlich sein werden, für unthunlich.

Frankfurt a./M., 3. December 1876.

Karl Frohme.

*) Ohne Schuld der Redaktion verspätet.

Wie wir soeben erfahren, werden die Wählerlisten in Preußen am 10. Dezember ausgelegt.
Sozialisten seid auf der Wacht!

Briefkasten

der Redaktion. C. G. in Langendiebach: Die Erlaubniß muß erst eingeholt werden. — A. S. in Staßfurt: Sie haben recht gehört. Unser Briefkasten wird ihnen jetzt unsere Meinung schon kund gethan haben. — Kl. Erfurt: Wie Ihnen die inzwischen erfolgte Veröffentlichung bewiesen haben wird, thaten Sie diesmal den Stiebern Unrecht. — Hl. Breslau: Der fragliche Brief ist angekommen, aber aus Versehen unter die erledigten Papiere gerathen. In den nächsten Tagen wird er beantwortet. Frk. Gr.: Für Sie und Schl. Glückauf für die „W.". — F. K. Geestendorf: Natürlich hat Benningsen für das Landsturmgesetz gestimmt und natürlich ist er Gründer. Seine größte Sünde dürfte die Hannover-Altenbekener Eisenbahn sein, damit ist es aber übergenug.

der Expedition. Loges Hannover: Laut Vorstandsbeschluß können nur Annoncen Aufnahme finden, denen der Betrag beiliegt. Klaws Hamburg: Ihre Annonce kam für Nr. 29 leider zu spät.

Quittung. Thbs Gohlis Ab. 6,50. Erbnstn Lindenau Ab. 20,25, Schr. 1,78. Bzn Hamburg Ann. 0,50. Gewerkschaft der Holzarbeiter hier Ann. 3,50. Lgs Hannover Ann. 3,50. Rst Neuendorf Ann. 1,30. Fchs Fulda Schr. 3,95. Albrts Eßlingen Ab. 18,00. Bpl Bernburg Ab. 6,00, Schr. 3,00. Krgr Segard Schr. 6,50. Schlz Neuschneefeld Ab. 3,00. Mr Ebesheim Schr. 3,60. Kbtzsch Dresden Ab. 44,60.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Altona. Sonnabend, den 9. December, Abends 8½ Uhr, in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag.

O. Reimer. [50

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am ersten Weihnachtsfeiertage ein

Familienfest

in den Sälen des Herrn Narten

bestehend in Concert, Ball und Tannenbaum mit Bescheerung für Kinder. Diejenigen, die uns mit kleinen Geschenken an den Tannenbaum unterstützen wollen, werden freundlichst gebeten, dieselben an Hrn. Rudolph, Mittelstr, 11, abzugeben. (F 161) Die Fest-Commission. [270

Hamburg. Sonntag, den 10. December, Nachmittags 4½ Uhr im Salon zum Roland, erste Jakobstraße Nr. 19:

Mitglieder-Versammlung des Korbmacherbundes für Hamburg-Altona-Ottensen.

Tagesordnung: Berathung einer Petition an den Reichstag. [80

F. Wirckeling.

Cöln. Sonntag, den 10. December, Morgens 10 Uhr, im Lokale des Herrn Borberg am Hof zur Glocke Nr. 14:

Große öffentliche Tischler-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Die Organisation des Bundes der Tischler und verwandten Berufsgenossen. Referent Hr. Ferd. Weidemann aus Hamburg. 2) Berichterstattung der Commission. (F. 63)

NB. Die regelmäßigen Versammlungen des Bundes der Tischler und verwandter Berufsgenossen finden jeden Montag, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Bierbrauers Hrn. Theodor Schneider, Follerstraße Nr 90, statt. [1,10

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 9. December, Abends 8 Uhr, **Versammlung.** Tagesordnung: Abrechnung, Gewerkschaftliches, Aufnahme neuer Mitglieder. [40

Leipzig. Sonntag, den 10. Decbr., Nachmittags ½4 Uhr, im Saale des Arbeiterbildungsvereins:

Allgemeine Conferenz der Parteigenossen des 13. sächs. Wahlkreises.

Tagesordnung: 1) Die Regelung der Agitation; 2) Berathung und Beschlußfassung über Vertheilung von Wahlaufrufen und Stimmzetteln.

Es ist dringend nothwendig, daß sich Parteigenossen aus allen größeren Orten betheiligen.

Im Auftrag des Central-Wahlcomités:
Chr. Hadlich, Vorsitzender. [100

Leipzig. Allgemeiner Böttcher- und Küper-Verein. Sonnabend, den 9. Decbr., Abends 8 Uhr: **Versammlung** bei Richter, Roßplatz 9. Anträge zum Congreß. D. V. [30

Volkmarsdorf. Arbeiter-Verein. Montag, 11. December, Abends 8½ Uhr, in Becker's Restauration (schiefe Ecke): **Versammlung.** Tagesordnung: Vortrag von Hrn. Wittich über deutsches Städtewesen. — Zutritt für Jedermann. D. V. [50

Achtung! Soeben erschien'

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 14 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: An die Parteigenossen! — Liberale Weisheit (Fortsetzung). — Noch ein Beitrag zum Kapitel der Baarzahlung. — Correspondenz. — Zur Reichstagswahl! — Fackelfunken. —

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Nr. 15 wird Donnerstag 11 Uhr ausgegeben.

Protokoll des Sozialisten-Congresses

zu Gotha

vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. **Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.**

Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hah, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enh, 413 O'Farrell Street.
London: Baudit, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 31. Sonntag, 10. December. 1876.

An die Parteigenossen!

Die Wahlen für den nächsten Reichstag sind endgültig auf Mittwoch, den 10. Januar des kommenden Jahres festgesetzt.

Parteigenossen, Ihr kennt Eure Pflicht!

Wahlberechtigt ist jeder Deutscher, welcher bis zum Tage der Auslegung der Listen das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Die Partei- und Gesinnungsgenossen haben darauf zu sehen, daß eine genaue Durchsicht der Wahllisten, sobald sie öffentlich ausliegen, stattfindet.

Jeder Wähler ist an dem Orte, wo er seinen Wohnsitz hat, in die Wahlliste einzutragen und hat das Recht, sich der Eintragung seines Namens zu vergewissern. Jeder, dessen Name am Tage der Wahl nicht in der Wahlliste steht, hat kein Stimmrecht; Reklamationen am Wahltage gelten gar nichts mehr.

Die Durchsicht ist am Besten zu organisiren, daß Einer das genaue Namensverzeichniß von möglichst vielen Gesinnungsgenossen anfertigt und dieses mit der offiziellen Liste vergleicht und Diejenigen, deren Namen fehlen, sofort benachrichtigt, damit sie reklamiren.

Außerdem empfehlen wir den Parteigenossen, sofort bei den Ortsbehörden vorstellig zu werden, daß die Wahllisten auch an den betreffenden Sonntagen auf einige Stunden wenigstens zur Einsicht ausliegen.

Es ist wichtig, daß vorstehende Rathschläge von allen unseren Genossen gewissenhaft befolgt und weiter verbreitet werden.

Eine Extravorstellung im Reichstag.

Berlin, 5. December.

Heute war im Reichstag Extravorstellung, deren Programm in dem Abschnitt „Tanz um den Erbfreund" ihren Höhe- und Endpunkt erreichte. Haben wir schon oft erlebt, daß die Fortschrittspartei von Bismarck verkannt wurde, so überraschte uns doch heute der junkerliche Ton, mit welchem unser „Herr Reichskanzler" die Fortschrittspartei schulmeistern zu müssen glaubte, denn fast schien es uns, als ob die Conflictsperiode von 1864 bis 1866 zurückgekehrt sei. Aber es war halt nur „a bisle Falschheit", mit der man gegenseitig die parlamentarischen Speere warf. Zunächst mag es dem Herrn Kanzler überhaupt unangenehm gewesen sein, in's Parlament, worin er in dieser Sitzungsperiode bis heute früh noch nicht erschienen war, gehen und sich daselbst interpelliren lassen zu müssen. Doch dafür ist er eben Reichskanzler — an Dotationen und Gehältern reich — das sind zwingende Gründe. Lieber zwar als im Reichstage schenkt er den Wein seiner Politik in Soirées und Theegesellschaften aus, allein nicht alles Volk kommt in diese Gesellschaften, selbst die Fortschrittler nur vereinzelt. Deshalb heute der Tanz. Derselbe begann kurz nach 12 Uhr, nachdem vorher die famose Regierungsvorlage wegen Neueintheilung der Wahlkreise in Hannover, Sachsen und Hessen vom Bundesrath zurückgezogen worden war. Richter-Hagen kritisirte die russische Zollpolitik und wollte wissen, was der Reichskanzler gethan habe, um den neuesten Ukas rückgängig zu machen, wonach die Zölle der nach Rußland gehenden Waaren in Gold, das ist etwa ein Drittel mehr als in Papier, gezahlt werden sollen. Richter will mit Rußland keinen Krieg, auch keinen Zollkrieg, sondern Freundschaft. Hierfür seien wirthschaftliche Beziehungen bessere Bürgschaften, als die Freundschaft von regierenden Fürsten und Kanzlern. Die herrschende Krisis dauere fort angesichts der Haltung Rußlands, insbesondere setze die orientalische Frage, an deren Gefahren für Europa Rußland nicht zum geringsten Antheil habe, die Geschäftswelt in Spannung. — Bismarck erwiderte, mit und ohne Stocken in seiner Rede, je nachdem er von seiner Politik oder von der Taktik der Fortschrittspartei sprach. Daß die ökonomischen und politischen Dinge sich gegenseitig decken, schien dem Kanzler nicht einzuleuchten. Er meinte daher, daß er auf wirthschaftlichem Gebiet nicht mehr zu wissen brauche als Richter, der nur aus Luft zur Opposition (die zahme und lahme Fortschritts-Opposition!) interpellirt habe, statt sich vertraulich bei Bismarck nach der Zweckmäßigkeit der Interpellation zu erkundigen, an deren Nutzen Richter wohl selbst nicht glaube. Er bedaure die Maßregeln Rußlands, wolle suchen, sie zu ändern, erkläre sich aber nicht für etwaige Gegenzölle. Wörtlich: „Lassen Sie mich mit solchen Zumuthungen zufrieden!" Richter sei Dilettant und habe durch seine Anfrage dem Reich geschadet. Werfe man einen Stock zwischen die Räder eines fremden Fuhrwerks, so merke sich das der Kutscher — und Rußland scheint Bismarck ein lieber Kutscher zu sein, er läßt sich seit lange von ihm fahren. Wohin? Das hat er ziemlich deutlich gesagt. In die Conferenz zur Unterstützung Rußlands, wenn nöthig weiter, zum Schutze unserer türkischen „Mitchristen", die er dreimal nannte, und für die es auch einen „Culturkampf" zu kämpfen an der Zeit sei. Natürlich weiß Bismarck, daß auch die Engländer schon seit 100 Jahren unsere Freunde sind, aber er weiß auch, daß Kaiser Alexander auf Ländererwerb verzichtet und betont, daß das Dreikaiserbündniß — Rußland-Oesterreich-Preußen — noch existirt. Rußland verlange von uns, falls es zum Krieg schreite, keine Unterstützung, sondern Neutralität — man denke an die Neutralität vor Paris während der Commune — das Alles liege in unserm Interesse, unsere Zwecke stimmten mit den russischen Kriegszwecken überein. Rußland verlange keine Unterstützung, welche uns zu Entschädigungsansprüchen berechtige. Wir wollen den Krieg lokalisiren — auf den Orient beschränken. Folgten wir Richter, so würden wir gleich den Mühlendammer Juden Händel suchen mit denen, welche uns nichts abkaufen. Soweit Bismarck. Wir fügen zunächst dem Schlußsatz die Frage hinzu, wer denn 1864, 1866 und 1870 Händel suchte? Damals handelte es sich allerdings nicht um's Abkaufen, sondern um's Annektiren. Als Bismarck fertig war — das Bekenntniß hatte ihn viel Schweiß gekostet — erklärte der Bundeskommissar Philippsborn unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses, daß die Regierung alles thun werde, um „Väterchen" geneigt zu machen. Nun ging's an die Debatte. Hänel erklärt, daß Bismarck's Antwort nur von persönlicher Gereiztheit diktirt sein könne, versicherte, daß auch er Russenfreund und für Neutralität Deutschlands sei, und gab hierauf dem Reichskanzler eine kleine Lektion in der Geschichte. Nachdem Bismarck sich ein wenig hiergegen gesträubt und der ihm sinnverwandte Junker Bethusy-Huc eine Hymne auf seinen Meister vollendet hatte, worin er unter andern erklärte, das deutsche Volk wolle keinen Krieg — natürlich, es weiß auch warum, es krauchen zu viel Annektirte im Busch herum — greift Windthorst-Meppen in's Concert ein. Er meint, wenn Bismarck nicht habe antworten wollen, dann brauche er es nicht, die Geschäftsordnung erlaube ihm das. Was der Kanzler in politischer Beziehung gesagt, sei ihm (Windthorst) sympathisch. Wir glauben's gern, weil der Wind der Freundschaft mit Rußland auch die Wangen Oesterreichs zärtlich umkoste, und vielleicht ist es nicht ohne, wie Schiller sagt, daß in Oesterreich die Glocke zum friedlichen Geläute im deutschen Culturkampf gegossen wird. Nach Windthorst sprach Bamberger, nachdem Herr Valentin schon zweimal mit seinen Schlußanträgen unterlegen war, letzteres offenbar, weil weder Windthorst noch Bamberger Sozialisten sind. Bamberger spielte auf seiner Maultrommel eine Arie aus der „großen nationalen Politik des Herrn Reichskanzlers" auf, wollte dann in der Geschichte klüger sein als Hänel, bis endlich Bismarck erklärte, daß er nicht habe schweigen können, da sonst die Fortschrittler sein Schweigen als Niederlage ausposaunt hätten. Zuletzt sprach Richter, um seine Kühnheit zu entschuldigen und zu rechtfertigen. Man habe ihn versichert, daß er der Regierung mit der Interpellation einen Gefallen thue; Conservative fragten ihn sogar, ob er diesmal bestellte Arbeit leiste. Uebrigens tröste er sich damit, daß er sich den Zorn Bismarck's zugezogen habe; es sei ihm ergangen wie jedem, der hier jemals über russische Politik interpellirt habe. — Nun waren 2½ Stunde verflossen und Stille kam über den Reichstag, der sich die Thüringer Brausteuer zum Langweilen erkoren hatte. Fragen wir uns schließlich, was wir heute Neues erfahren, so lautet die Antwort: nichts! Daß uns Rußland umgarnt hält, wußten wir. Wie wäre sonst seine Erbfreundschaft möglich! Daß der Reichskanzler in der Debatte unhöflich sein kann, wußten wir auch, denn längst haben wir das Sprichwort „Wie der Herr, so der Knecht" umgewandelt in: Wie die Knechte, so der Herr! — Wer die Knute liebt, dem gehört die Knute.

Die Sterblichkeit unter den unehelichen Kindern.*)

(Aus der „Frankfurter Zeitung".)

Die Erinnerungen Theodor Petermann's gegen einige aus den Listen über die Kindersterblichkeit im preußischen Staate gezogene Folgerungen sind so klar und überzeugend, daß jeder Beisatz Luxus wäre. Es ist ein positiv erweisbarer Irrthum, wenn man aus jenen Listen darthun zu können meint, die Sterblichkeit der unehelichen Kinder sei vom 2. bis zum 5. Jahre geringer als die der ehelichen, da bei der Berechnung auf die mittlerweile legitimirten unehelichen keine Rücksicht genommen ist, während sich durch dieselben das ganze Ziffernverhältniß nach beiden Seiten ändert.

Aber man kann füglich noch einen Schritt weiter gehen als Petermann. Fragt man, welches soziale Verhältniß es ist, dem das größte Contingent unehelicher Geburten beigemessen werden muß, so kann die Antwort keine andere als die sein: „den bestehenden Militäreinrichtungen".

Da allen jungen Männern sowohl vor Antritt ihres Militärdienstes, als während der Dauer desselben die Verehelichung unmöglich gemacht ist, so fehlt es eben nicht an unehelichen Geburten, wo unter andern Verhältnissen eheliche entstanden wären. Es ist ein in den gewöhnlichen Steuern nicht enthaltenes weiteres Opfer, welches dem Militarismus gebracht wird, und zwar kein geringes Opfer, was das Leben der Kinder, das Loos der Mütter und auch die Sittlichkeit überhaupt betrifft. Die Gesammtzahl der unehelichen Geburten wäre eine weit geringere bei einem anderen Wehrsystem. Viele jener Väter entschlagen sich in der Folgezeit der früher übernommenen Verpflichtungen; ein bedeutender Theil indeß ergänzt nach dem Austritt aus dem stehenden Heere und sobald ihm die Begründung eines eigenen bürgerlichen Haushalts möglich geworden, jene Formen, deren Erfüllung das bestehende Gesetz früher nicht zugelassen hatte. Besäßen wir genaue statistische Nachweise über die stattfindenden nachträglichen Kinder-Legitimirungen, so würde sich unfehlbar ergeben, daß weitaus die meisten auf Verhältnisse zurückzuführen sind, welche sich vor oder während der militärischen Dienstzeit gebildet haben. Diese Dienstzeit dauert bekanntlich 3 Jahre. Es ist daher sehr begreiflich, daß nachträglicher Eheabschluß und Legitimirungen in der Regel nicht früher erfolgen können, als bis jene unehelichen Kinder bereits ein Alter von 2 bis 5 Jahren erreicht haben. Es haben sonach nicht nur diese Legitimirungen die scheinbare Anomalie in den Zahlenverhältnissen der Kindersterblichkeit bewirkt, sondern wir kennen auch den Grund sowohl vieler unehelicher Geburten, als auch die Ursache, warum die nachgeholten Eheabschlüsse gerade in die Zeit fallen, in welcher die betreffenden Kinder bereits das erwähnte Alter erreicht haben.

Daß das überraschende Ziffernergebniß, wonach in Preußen vom 2. bis 5. Lebensjahre relativ mehr eheliche als uneheliche Kinder sterben sollen, auf einer irrigen und unhaltbaren Berechnung beruht, ist somit eben so klar, wie die Ursache, welche die Täuschung wesentlich veranlaßt hat. Würde man in der Schweiz, wo der junge Mann trotz seiner Milizpflicht, am Heirathen nicht gehindert ist, eine Berechnung über Kindersterblichkeit ganz nach dem Vorgange in Preußen aufstellen, so könnte man von vornherein gewiß sein, daß das Ergebniß in dem so wunderlich hervortretenden Punkt dort ein ganz anderes sein würde als hier, d. h. daß man nach jener Anomalie in der Eidgenossenschaft sehr vergeblich suchen würde.

So wirken unsere militärischen Einrichtungen selbst auf Gebiete herüber, bezüglich welcher fast Niemand eine solche Einwirkung auch nur ahnt.

*) Vergl. „Vorwärts" Nr. 28.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Deutschlands Haltung zu Rußland und der orientalischen Frage ist genau so, wie wir sie in kurzen Worten in Nr. 28 d. Bl. gekennzeichnet haben — der Herr Reichskanzler selber hat uns der Mühe überhoben, weitere Beweise dafür zusammenzuschleppen. Zuerst in einer Weinrede gegenüber dem Vorstande des Reichstages, dann in einer Bierrede bei einer jener parlamentarischen Bier- und Nordhäuserkneipereien und schließlich im Reichstage, dem Orte, wo weder Milch und Honig noch Wein, Bier oder Nordhäuser fließt — wenigstens nicht auf Reichsunkosten — hat er seinen Anschauungen über die deutsche Politik in Gegenwart und nächster Zukunft Ausdruck verliehen. Schmeichelten sich oder ihren Lesern nach den ersten beiden Expectorationen noch die nationalliberalen Organe mit dem stolzen Glauben an die Schiedsrichterrolle Deutschlands, so haben die ungenirten Enthüllungen — wenn man von Enthüllungen sprechen kann bei Sachen, über die nur heillos Bornirte noch im Zweifel waren — des Fürsten Bismarck dem schönen Wahne ein jähes Ende bereitet. Bei seiner Erwiderung auf die am 6. d. M. im Reichstage zur Verhandlung gelangten Interpellation der Fortschrittspartei über die Erhöhung der russischen Grenzzölle „bedauerte" der Reichskanzler die russische Wirthschaftspolitik, meinte aber, ein fremder Minister habe hierbei keine Autorität, und man könne die russische Regierung in der Verfolgung ihrer Ueberzeugung so wenig hindern, wie einst die nordamerikanischen Freistaaten, als sie zur Schutzzollpolitik übergingen. Der Reichskanzler kam dann auf die politische Seite der Frage und betonte auch hier mit Schärfe, daß ihm die Interpellation unbequem und hinderlich sei. Der Moment, um von unserer Macht nach außen hin Gebrauch zu machen, sei nicht gekommen und werde überhaupt nicht kommen. Rußland verlange von uns keine „großen" Gefälligkeiten und Dienste; es beabsichtige gar keine Eroberungen, wie sich aus der feierlichen Versicherung des Kaisers Alexander ergebe. Niemand habe ein Recht, dieser Versicherung den Glauben zu versagen. Rußland verlange nur Neutralität, wenn es sich entschließe, in einer Sache vorzugehen, die auch unsere Sympathien in Anspruch nehme, nämlich die Pforte zu zwingen, daß sie von Handlungen abstehe, die dem öffentlichen Rechtsbewußtsein zuwiderlaufen u. s. w. — Die russische Sache nimmt auch unsere Sympathien, und bei Gelegenheit auch unsere Geldbeutel und unser Blut und Leben, in Anspruch — selbstverständlich — ganz selbstverständlich!! Wir lassen uns vom „heiligen" Rußland in unseren Interessen schädigen, so viel Rußland eben Lust hat, wir deutschen helfen Rußland treugehorsamst das Testament Peters des „Großen" vollstrecken und wir machen uns würdig — Bismarck sei Dank! — echt russisch regiert, echt russisch malträtirt zu werden bis an des deutschen Reiches, ja bis an Rußlands — behüte Bismarck! — recht spätes Ende!

— Liberale Bedenken. Der „Hamburgische Correspondent" vom 6. December beklagt, daß zwischen der dortigen nationalliberalen Partei und der ihr nahestehenden sogenannten Gewerbepartei keine Einigkeit zu erzielen sei, die so nothwendig wäre gegen die schrecklichen Sozialdemokraten. Das Blatt erzählt, daß die sozialdemokratischen Stimmen in Hamburg im Jahre 1874 eine Summe von 14,509 d. i. 41 pCt. aller abgegebenen erreicht habe, also für einen Sieg der Liberalen nur die Aussicht gewonnen werde, wenn sie sich fest verbünden. Dann folgt eine Schilderung der regen Thätigkeit unserer Partei in Zügen, die für uns nur schmeichelhaft sind und für die wir unsern Dank aussprechen. Aber ohne eine Blasphemie geht es natürlich nicht ab. „Wir stehen vor der Gefahr", sagt der „Hamburgische Correspondent", „die Vertretung der ersten Handelsstadt Deutschlands, der berufenen Wächterin über die Interessen des Handels und der Schifffahrt einer Partei preis gegeben zu sehen, welche diese Interessen grundsätzlich negirt und auf den Kopf stellt." Hört, hört! — Zwei der letzten Nummern des „Vorwärts" haben den Beweis erbracht, daß nicht wir, sondern die herrschende Bourgeoisie „die Interessen der Schifffahrt" auf den Kopf stellt. Wir bekämpfen die Art, wie jene die Interessen

zu überwachen glaubt, wir bekämpfen die nach dem Princip „billig und schlecht“ eingerichtete, Lebensgefahren der Mannschaft geradezu herausfordernde Ausrüstung der in See gehenden Schiffe, nicht aber die Interessen selbst, — Der ersehnte Compromiß der beiden liberalen Parteien wird vielleicht stattfinden, wenn man die Gefahren des Sozialismus, des „gemeinsamen Feindes“, so wahrheitswidrig schildert; aber auch wir werden nicht aufhören, solchen Lügenpropheten und Verläumdern entgegen zu treten, damit die „Gesellschaftsgefährlichkeit des Sozialismus“ dahin geworfen wird, wohin sie gehört: in die Rumpelkammer, in den Papierkorb, in ein Cabinet von geistigen Mißgeburten — oder in die Liste bewußter Lüge und gegnerischer Bosheit.

— „Brave Bürgersöhne“; und „ungezogenes Kraut“. Die (nationalliberale) „Badische Landeszeitung“ enthält unmittelbar hintereinander folgende zwei Correspondenzen:

„Pforzheim, 16. November. Gestern gerieth eine Schaar hoffnungsvoller Burschen auf dem Wege von der Schule in Streit, wobei der Eine seinem angeblichen Beleidiger einen Zirkel dermaßen in den Rücken stieß, daß die Lunge durchstochen wurde und der Unglückliche sich in großer Gefahr befindet. Es dürfte, insbesondere da sich in größeren Städten der Besuch der Volksschulen schließlich fast nur noch aus den niedersten Klassen rekrutirt, an der Zeit sein, den Herren Lehrern eine ausgedehntere Strafgewalt gegenüber dem ungezogenen Kraut zuzugestehen.“

„Börrach, 14. November. Daß der „Neue“ (Wein) auch im Amt Schopfheim ein Menschenleben gefordert, hat sich bestätigt. Zwei brave Bürgersöhne von Nürnberg, seither gute Freunde, kamen bei der Heimkehr vom Neuen in Wortstreit. Der Stärkere von Beiden erhielt einen Stich in die Lunge, der nach dem kurzen Verlauf einer Stunde den Tod zur Folge hatte. Die Theilnahme ist eine allgemeine, da der Erstochene der einzige Sohn seiner Eltern war.“

Ein Knabe aus der „niedersten Klasse“, der im Streit seinem Kameraden mit einem Schulinstrument, das er zufällig zur Hand hat, einen Stich versetzt — vielleicht wollte er gar nicht stechen, vielleicht erinnerte er sich auch in der Schule gehört zu haben, daß das Todtstechen, Todtschießen, Todtschlagen die menschenwürdigste aller Beschäftigungen sei — ist „ungezogenes Kraut“ (oder Unkraut) — ein Bursche aus den „besseren Ständen“, der sich toll und voll säuft und in der Trunkenheit seinen Freund ersticht, ist „ein braver Bürgersohn“. Klassischer kann die herrschende Begriffsverwirrung und Gefühlsverrohung nicht zum Ausdruck gebracht werden, als durch diese beiden Correspondenzen. —

— Warnung. Um Unterhalt zu finden, begaben sich Berliner Arbeiter in serbische Kriegswerkstätten, und nach den Aussagen eines dieser Leute theilt die Berliner „Bürgerzeitung“ mit, daß ihr Gewährsmann, als Former in einer solchen Fabrik thätig, gleich Anderen kein Geld erhielt. Auf ihre Beschwerden bei dem Oberst, der dieser nahe Belgrad gelegenen Gießerei vorsteht, wurden sie hingehalten mit der Weisung, wenn sie nicht auf die Bezahlung warten wollten, so könnten sie gehen. Zwölf Verheirathete gingen, mittellos wie sie waren, zum deutschen Consul der nächsten Stadt, der nichts weiter für sie thun konnte, als ihnen ein Reisegeld von 2 Dukaten zu geben. Durch Unterstützung des deutschen Consuls in Wien und mit Hilfe mitleidiger Bewohner Dresdens kamen sie endlich wieder zu ihren Familien. Die von den hiesigen Agenten engagirten Schlosser und Dreher sollen jedoch keinen Grund zu Klagen haben, nur die auf eigene Faust nach Serbien Gereisten.

— Ein Reptil, welches sein Arbeit gethan und nun gegangen worden ist. Der „Frankfurter Zeitung“ geht in Bezug auf den sehr ehrenwerthen Hrn. Dr. Benno Tschischwitz aus Zürich folgendes Schreiben zu: „Der Abgeordnete Treitschke hat jüngst im deutschen Reichstage ein etwas dunkel gefärbtes Bild von der in den Redaktionsstuben hausenden „gemischten Gesellschaft“ entworfen, worauf er daran erinnert wurde, daß es auch unter den Professoren manchmal sehr eigenthümliche Knaben gebe. Nun ja — eben jetzt ist Deutschland um einen solchen reicher geworden; Herr Dr. Benno Tschischwitz, das vom Winterthurer „Landboten“ aufgejagte Reptilchen, ist nordwärts gezogen. Ob er hofft, am Vaterherzen des Berliner „Freundes“ von den Schmerzen zu genesen, die ihm sein Patriotismus zugezogen, ist uns nicht bekannt, nur die tröstliche Gewißheit haben wir, daß er sich uns definitiv „entrissen“ hat. Unmittelbar nach der ihm von den Studenten gebrachten Serenade trat Herr Tschischwitz einen Urlaub an. Bei Beginn des Wintersemesters war er noch nicht zurück. Da der eine Zuhörer, welcher sich für das englische Colleg eingeschrieben, wahrscheinlich drängte, ließ Herr Schulrathspräsident Kappeler dem Urlauber zweimal schreiben — ohne eine Antwort zu erhalten. Sodann telegraphirte Herr Direktor Kenngott nach Schweidnitz, doch erst auf das zweite mit der Ueberschrift: „Antwort bezahlt“ geschmückte Telegramm lief der lakonische Bericht ein: Tschischwitz werde nicht mehr zurückkehren, man möge über seine Stelle verfügen.“ — Was soll der Ehrenmann auch jetzt noch in der Schweiz? In Deutschland gibt es für das Denunzianten- und Spionengelichter in der Aera des neuen Reichs immer viel rentablere Arbeit!

— Raubbau. In der „Berliner Börsenzeitung“ vom 21. v. M. lesen wir: „In schwedischen und norwegischen Zeitungen ist schon vielfach die Art und Weise, wie die schwedisch-norwegischen Wälder durch die kaufmännische Spekulation ausgeplündert werden, scharf getadelt worden. Man hat auch nicht unterlassen, legislatorische Vorbeugungsmaßregeln gegen dieses Ausplünderungssystem, welches den Ruin einer der wichtigsten Hilfsquellen Schwedens und Norwegens herbeizuführen droht, zu fordern, bisher indessen ohne Erfolg. Wie nothwendig es aber ist, daß, namentlich in Schweden, Maßregeln ergriffen werden, welche geeignet sind, die Waldcultur zu schützen, geht aus der nachstehenden Mittheilung des Stockholmer Blattes „Nya Dagbladet Allehanda“ hervor. Dieses Blatt schreibt: Eine größere Holzlieferung, welche ein hiesiger (Stockholmer) Kaufmann an eine Holzfirma in Gothenburg im Sommer und Herbst effektuirt, hat ein nicht geringes Aufsehen erregt, da dieselbe beweist, daß die nächsten Waldregionen durch eine unbegrenzte Ausholzung total ausgeplündert werden können. Es ist klar, daß es mit den Wäldern in Wermland ziemlich vorbei sein muß, wenn die Gothenburger, wie hier geschehen, begonnen haben, ihren Bedarf an Holz — sogar von so kleinen Dimensionen wie acht- bis neunzöllige Balken — aus der Mälargegend zu dem unerhörten Preise von 1 Krone per Kubikfuß, außer hohen Flößkosten, zu beziehen. Wermland schiffte von seinen Wäldern noch im Jahre 1856: 28,048,000 Kubikfuß Planken und Bretter über Gothenburg aus; im Jahre 1874 war aber der gesammte Plankenexport bereits auf 5,812,081 Kubikfuß herabgegangen, während der Export von Pitprops 6,679,170 Kubikfuß, sowie von Schwellen 959,358 Kubikfuß betragen hat. Wenn in einer verhältnißmäßig so kurzen Zeit die höchsten und reichsten Nadelholzwälder des Nordens in solcher Weise ausgenutzt werden konnten, kann man wohl voraussetzen, daß Norrland, dessen Wälder sich weder hinsichtlich des Wachsthums noch hinsichtlich des Reichthums je mit denen Wermlands haben messen können, als diese noch nicht ausgeholzt waren — in einer nicht allzufernen Zeit Mangel an gewöhnlichem Bauholz haben werde, besonders wenn man sich nicht scheut, Holz zu fällen, welches 14 Fuß von der Wurzel nicht mehr als 8 Zoll im Durchmesser hält. Da es interessiren dürfte, zu sehen, in welchem beunruhigenden Grade das Holzfällen in den letzteren Jahren in der Provinz Norrland um sich gegriffen hat, wollen wir mit einigen, den Berichten des Commerzcollegiums entnommenen Zahlen, die unglaubliche Zunahme des Holzgeschäftes veranschaulichen. Es wurden von nachstehenden Plätzen an Planken und Brettern exportirt:

	1856 Kubikfuß	1874 Kubikfuß
Gothenburg .	28,048,000	5,812,000
Geste	730,000	11,268,900
Söderhamn . .	994,000	13,000,900
Hudikswall . .	146,370	3,363,700
Sundswall . .	1,838,500	13,493,200
Hernösand . .	2,444,500	13,991,900
Umea	—	4,480,000.

Der gesammte schwedische Holzexport betrug im Jahre 1864 in runder Zahl 11 Millionen Kubikfuß Balken und Sparren, sowie 46 Millionen Kubikfuß Planken und Bretter, aber nur 10 Jahre später, im Jahre 1874, 87 Millionen Kubikfuß Planken und Bretter, sowie 20 Millionen Kubikfuß Balken und Sparren, außer circa 13 Millionen Kubikfuß Pitprops, welcher Artikel im Jahre 1864 kaum am Markt gefunden wurde.“

Nun, was hier von Schweden und Norwegen gesagt ist, gilt mutatis mutandis — mit den nöthigen Modifikationen — von allen übrigen Ländern. Wo die Forsten der Privatspekulation des Kapitals überliefert sind, wird zum Nachtheil des Landes und zum Sondervortheil der Kapitalisten der abscheulichste Raubbau getrieben, so daß in vielen Ländern der Staat sich schon genöthigt sah, nachdrücklich einzuschreiten und den Forstbau, so weit die Forsten nicht Staatseigenthum sind, unter die strengste Staatskontrole zu stellen. Nun ist aber der Raubbau des Privatkapitals auf dem Gebiete des Ackerbaues in allen Ländern noch ebenso im Schwange, wie in Schweden, Norwegen u. s. w. auf dem Gebiete des Forstbaues, und der Ackerbau ist doch unzweifelhaft von noch größerer unmittelbarer Wichtigkeit für ein Volk, als der Forstbau. Und herrscht etwa auf dem Gebiete der modernen Industrie nicht ebenfalls der Raubbau, überhaupt die gemeinschädlichste Mißwirthschaft? Es liegt das eben im System der heutigen Gesellschaft; Flickarbeit kann nichts nützen. Da hilft nur eine radikale, systematische Umgestaltung der gesammten wirthschaftlichen Gesellschaftsverhältnisse, wie der Sozialismus sie anstrebt.

— Gegen den Gesinnungsgenossen Fritzsche wurde seiner im deutschen Reichstheater zu Berlin gehaltenen Candidatenrede halber wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs die Untersuchung eingeleitet. Die Anklage steht natürlich auf sehr schwachen Füßen.

— Herr Tessendorff hat gegen den aufgelösten sozialdemokratischen Wahlverein zu Berlin noch immer keine Anklage erhoben, obgleich er dies schon vor mehreren Wochen versprochen hat. Soll die Sache bis nach den Wahlen verschleppt werden? fragt die „Berl. Fr. Pr.“

Innere Parteiangelegenheiten.

Als Agenten des Vorstandes wurden ernannt: Connewitz: A. Zwoboda; Bremen: G. Henke; Constanz: A. Herder, C. Schüttkampt; Gießen: Fr. Petermann, G. Miltenberger.

Hamburg, 5. December 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vorstand:

J. A.: C. Derossi. J. Auer.

Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

Genf, 27. November. Wie schon früher den Lesern des „Vorwärts“ bekannt gegeben wurde, hat sich hier ein „Wahlfonds-Comité“ zur Förderung sozialistischer Wahlen in Deutschland gebildet. Die hiesigen Arbeiter und Gesinnungsgenossen sind diesem Comité bereitwilligst entgegengekommen, so daß es dem Unterzeichneten möglich wurde, heute die erste Rate der Wahlfondsgelder mit Mark 624,51 an Geib in Hamburg zu senden. (Geib bestätigt hiermit den richtigen Empfang.) Wir hoffen gegen Weihnacht noch einige hundert Francs abschicken zu können. Zum Beweis jedoch, daß wir auch hier in der unmittelbar politischen Agitation nicht unthätig sind, diene die Nachricht von dem glänzenden Wahlsiege, welchen wir am 12. d. M. bei Gelegenheit der Cantonsrathwahlen errungen haben. Neun ächte Internationale sind mit einer imposanten Stimmenzahl gewählt worden. Der erste hatte 900 Stimmen mehr als „Carlchen Vogt“, welcher durchfiel, und Lichtenberger, ein geborener Mecklenburger, erhielt mehr Stimmen als unser wohlbestallter Polizeidirektor. Das war aber noch nicht alles. Bei den gestrigen Nachwahlen siegten abermals zwei Arbeitercandidaten, so daß nun unserer elf im Cantonsrath sitzen. Möge dieser Sieg den Genossen in Deutschland ein Sporn sein, ein Beweis, wie viel sich durch vereinte Kraft erreichen läßt.

Mit brüderlichem Gruß! G. Wilhelm.

Berlin. Sonnabend, den 25. November, Abends, fand im Café Polenz, Alte Jakobstr. 83, eine öffentliche Versammlung Berliner Berufsgenossen statt, mit der Tagesordnung: „Lokale oder centralistische Gewerkschafts-Organisation.“ Nach einer längeren animirten Debatte, welche sich hauptsächlich um die, über eine nur lokale Vereinigung der Sattler Berlins hinausgehenden Vorschläge des Herrn Wirths drehte, fand die Stimmung der Versammlung in folgender Resolution ihren Ausdruck: „Die am 25. November im Café Polenz, Alte Jakobsstraße 83, versammelten Berliner Sattler erklären: Die richtige Wahrnehmung der Interessen der Sattler ist nur möglich in einer centralisirten Gewerkschaft; sie erklären ferner: daß, wenn auch in mehreren Punkten die lokale Organisation vor der centralisirten einzelne Vortheile bietet, es dennoch rathsam ist, sich der bis jetzt bewährten centralistischen Organisation, dem Verein für Sattler und Berufsgenossen, wieder anzuschließen.“

Th. Weber.

Die natürliche Parteistellung des Volksschullehrers.

Von Karl Schneidt.

Motto: Er auch ist ein Proletar!
Ihm auch heißt es: „Darbe! borge!“
Ihm auch bleicht das dunkle Haar,
Ihn auch hetzt in's Grab die Sorge:
Mit dem Zwange, mit der Noth
Wie die Andern muß er ringen,
Und der Kinder Schrei nach Brot
Lähmt auch ihm die freien Schwingen.
Ferd. Freiligrath.

„Auf einen wahren Erzieher kommen stets zehn Politiker und Politikaster.“ — „Der Lehrer soll nicht Politik machen wollen; denn Eins schickt sich nicht für Alle.“

So ungefähr sagte der geniale Volksschulpädagoge Diesterweg, und wie eine Meute hungriger Wölfe warfen und werfen sich die Gegner einer freiheitlichen, gedeihlichen Entwickelung des Volksschulwesens über diese Worte her, um deren Sinn zu einem Brei zusammenzurühren, der in ihren widerlich brodelnden Hexenkessel paßt.

Welche der verschiedenen politischen Strömungen, die abwechselnd das Heft der Regierung in Händen hatten, hätte nicht jedes Mal solche Worte zur Beschönigung der gegen den Lehrerstand in Anwendung gebrachten Gewaltmaßregeln citirt, so oft dessen Mitglieder erfaßt zu werden drohten „von dem vorwärts drängenden Zug der Zeit“, so oft sie zu kühnen Ideen begeistert wurden von dem „Muth des freien Denkens?“

So ist denn dem redlichen Diesterweg, diesem herrlichen Volksfreunde und nimmer rastenden Pionier auf dem Gebiete einer natur- und vernunftgemäßen, freiheitlichen Volksbildung, die Schande nicht erspart geblieben, daß diejenigen, welche Zeit seines Lebens ihn tödtlich bekämpften, daß die Feinde des wahren Volkswohls aus seinen Worten, die sie natürlich in ihrer Weise verdrehen, Waffen gegen des Volkes Wohl und Freiheit schmieden. Wenn er noch lebte, der edle Mann, wie würde er sich deren schämen, wie würde er entrüstet sein über das Treiben derer, die seine Ansichten als die ihrigen und die ihrigen als die seinigen auszugeben sich nicht entblöden! Er würde sie alle verleugnen, auch die, welche sich seine Freunde und Jünger nennen, und welche nun, da freilich die schneidig-wahren Worte des Bekämpfers und Opfers der Reaktion für die heutige Zeit „zu gefährliche“ Wahrheiten enthalten, sogar die maßlose Unverschämtheit haben, die Werke des Mannes, in denen er seine idealen Ansichten und heiligsten Ueberzeugungen niedergelegt hat, zu verballhornen und zu verfälschen!*)

Und wie motiviren solche edle Seelen ihr namenlos nichtswürdiges Verfahren? Sie „verbessern“ einfach die Schriften Diesterwegs in dem Sinne, in welchem der Verfasser gewiß geschrieben haben würde, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, zu schauen, „wie herrlich weit wir es gebracht“.

Wär die Idee nicht so verflucht gescheit,
Man wär' versucht, sie herzlich dumm zu nennen.

Diesterweg und die Anhänger des Dr. Falk, des „edlen Ritters“! Er, der an dem einmal erkannten Rechte zäh festhaltende Mann, der Mann mit dem warmen Herzen für des Volkes Noth — und sie, die bieg- und schmiegsamen, um die Gnade einer Excellenz in hündischer Devotion bettelnden, selbstsüchtigen Afterpädagogen!

Nein, Diesterweg hat m.. ihnen nichts gemein. Er wußte sich, zu seinen Lebzeiten wenigstens, rein zu halten von der schmutzigen Berührung Derer, die jetzt seinem Andenken „Gerechtigkeit widerfahren lassen“, d. h. — es beschimpfen und besudeln.

„Es giebt moralische Fälschungen, die schlimmer sind als Wechselfälschungen“, sagt Lassalle, und so sagen auch wir.

In dem Sinne, den die Fälscher den Eingangs erwähnten Worten Diesterwegs untergeschoben haben, hat er dieselben nicht gemeint, kann er sie nicht gemeint haben. Wie wäre es auch möglich, daß er, dessen ganzes Streben und Wollen darauf hinging, einen Lehrerstand heranzubilden, der, von der Würde seines Berufes durchdrungen und von edlem Feuereifer beseelt, Alles daran setzen sollte, eine geistige Wiedergeburt des Volkes in erster Linie mit herbeiführen zu helfen, wie wäre es möglich, daß Diesterweg, der gesinnungstüchtige Mann, von den „Urproduzenten menschlicher Bildung“ Gesinnungslosigkeit verlangt hätte? Und was heißt es anders als Gesinnungslosigkeit und Virtuosität in der höheren Gesinnungslumperei von dem Lehrer verlangen, wenn man ihm sagt: Du darfst Dir nie herausnehmen, anders zu denken als die herrschende Partei, Du mußt stets die Dir anvertraute Schuljugend in dem Sinne und zu der Gesinnung erziehen, welche das Interesse der Machthaber verlangt?“ Hätte Solches ein Diesterweg von dem Lehrer verlangen können, könnte das überhaupt Jemand von ihm verlangen, der noch einige Achtung vor dem Stande der Volksbildung hat?

Nie und nimmer!

Andere haben es aber verlangt, und zwar Solche, die die Macht hatten, ihrem Verlangen, falls ihm nicht sofort willfahrt wurde, energischen Nachdruck zu verleihen, die die Macht hatten, dem Lehrerstand den ohnehin schon hoch hängenden Brotkorb noch höher zu hängen — d. h. die Lehrer zu gefügigen Werkzeugen in ihrer Hand zu machen.

„Man muß diese Leute aushungern“, sagte jüngst ein (den Lesern des „Vorwärts“ bereits vorgeführter) Bourgeois anläßlich des Setzerstrikes, und mit diesen wenigen Worten hat er das Lebensprinzip seiner Partei so treffend gekennzeichnet, wie dieses eben möglich ist.

„Man muß sie aushungern“, das ist die Parole der heutigen Bourgeoisie, das war die Parole der Bourgeoisie aller Völker und aller Zeiten. Und wahrhaftig! — Das Lob muß man ihnen lassen — sie sind Meister im Aushungern, die Herren Bourgeois von heute.

In richtiger Würdigung des Umstandes, daß die soziale Frage in erster Linie eine „Magenfrage“ ist, haben sie es von jeher verstanden, den Unterdrückten und Enterbten gerade soviel an irdischen Genüssen (wenn überhaupt hier das Wort Genüsse noch Anwendung finden kann) zukommen zu lassen, als unumgänglich nöthig ist, wenn dieselben sollen fortvegetiren und fortarbeiten können. Jedes Mehr wird ängstlich vermieden; — freilich, man darf den „Pöbel“ ja nicht an Genüsse gewöhnen, die nur den bevorzugten Kasten zukommen, sonst könnte er am Ende gar übermüthig werden und Rechte verlangen, die das Grab der „bestehenden Ordnung“ wären. Darum

Verkümmert stets, doch nie zu scharf
Dem Volk den sinnlichen Bedarf.

*) Das Kuratorium der Diesterwegstiftung, bestehend aus ehemaligen Schülern Diesterweg's, hielt es für angezeigt, eine neue Ausgabe seines „Wegweisers“ zu besorgen und dieselbe in dem obgedachten Sinne zu ver—bessern. Anm. d. Verf.

Berlin, 6. Dezember. In Sachen des für Preußen geschlossenen Allgemeinen Böttcher- (Küper-) Vereins findet wider den früheren Vorsitzenden Fischer und den Kassirer Grugert in zweiter Instanz ein Termin beim königlichen Kammergericht am 21. Dezember statt.

F. Grugert, Ackerstraße 14/15.

Potsdam, 3. Dezember. Ueber unsere lokalen Verhältnisse läßt sich Vieles oder auch Wenig sagen, denn das Abhalten von Versammlungen ist schon seit Jahren unmöglich geworden; glaubte man doch uns auf diese Weise auszurotten. Wie weit dies möglich, das hat unser hiesiges Käseblatt bewiesen, welches vor längerer Zeit einen Artikel brachte, in welchem man sich beschwerte, daß wir mit einer wahren Wuth sozialistische Broschüren verbreiteten. Möge uns dies ein Sporn sein, unseren Eifer zu verdoppeln — man muß sich zu helfen wissen. Auch bearbeiten wir auf diese Weise die Masse ziemlich wirksam. Unsere Vereine kann man zerstören, unsere Ideen nimmermehr; für dieselben werden wir thätig sein trotz aller Gewaltmaßregeln.

F. Haburg, Junkerstr. 58.

Nowawes, 28. Nov. (Todesanzeige.) Am 17. d. Mts. ist unser Freund und Parteigenosse Franz Wolf aus Boel bei Netschkau im Alter von 31 Jahren im St. Joseph-Krankenhaus zu Potsdam gestorben und fand am 19. d. M. die Beerdigung unter zahlreicher Betheiligung der Parteigenossen aus Potsdam und Neuendorf, hierselbst statt. Dieses zur Kenntniß allen Freunden und Bekannten des Geschiedenen.

Franz Stuckenbruck.

Neumünster, 25. November. Auf Wunsch der alten Parteigenossen übernehme ich von heute an wieder die Parteileitung für Neumünster. Indem ich solches hiermit zur öffentlichen Kunde bringe, wolle man alle Partei-Angelegenheiten an nachstehenden Adresse richten:

H. D. Plambeck, Kaiserstraße 12.

NB. Die Parteigenossen Neumünsters und Umgegend fordere ich auf, sich Mann für Mann um die Fahne zu schaaren, sich der freiwilligen Disziplin zu unterwerfen und so geordnet der bevorstehenden großen Schlacht am 10. Januar 1877 entgegenzugehen; Eintracht und Organisation werden uns zum Siege führen. D. O.

Das Hamburg-Altonaer Volksblatt wird gebeten, von Obigem Notiz zu nehmen.

Pech (Holstein), 28. November. (Großer Rückgang!) Nachdem in längerer Zeit am hiesigen Orte wenig von Agitation sich spüren ließ, ist dieselbe im November zum Schrecken unserer Gegner wieder gewaltig in Fluß gekommen. Die erste Versammlung fand Anfang November statt, in welcher Hr. Reimer die neuesten Ergebnisse der Thätigkeit des deutschen Reichstages kritisch beleuchtete. Die Versammlung war stark besucht und erntete der Referent lebhaften Beifall. Die zweite Versammlung, 14 Tage später, war ebenfalls überaus stark besucht. Herr O. Kapell als Referent geißelte in einem 2½stündigen Vortrage unter dem donnernden Beifall der Arbeiter die heutigen Zustände. Es hieße den Raum des „Vorwärts" zu sehr beanspruchen, wollte Schreiber dieses den ausgezeichneten Vortrag auch nur im Auszuge wiedergeben. Nachdem der Redner geendet, meldete sich ein Schulmeisterlein zum Wort, um Herrn Kapell einige Unrichtigkeiten und Widersprüche nachzuweisen. Aber da kam er schlecht weg. Freund Kapell wußte ihn wahrhaft spielend unter der größten Heiterkeit der Anwesenden derart abzufertigen, daß derselbe auf eine Replik auch sofort verzichtete. Selbst erklärte Demokratenfresser haben ihre beifälligen Bemerkungen über diesen gründlichen Vortrag nicht zu unterdrücken vermocht. — Sonntag den 26. November hatten wir wieder eine Volksversammlung. Das Lokal des Herrn Driller, welches leider nur 5—600 Menschen faßt, war zum Erdrücken voll. Unser Reichstagscandidat, Herr Oldenburg, war anwesend und sollte seine Candidatenrede halten. Nachdem das Bureau constituirt, erhielt Referent zu seinem Vortrage das Wort. Derselbe wies in sachgemäßer Weise nach, wie die heutige Gesellschaft, in welcher nur Lohnarbeiter einerseits und Kapitalisten andererseits existirten, den Fortschritt der Menschheit verhindere, ja zum Theil unmöglich mache. Es sei die höchste Zeit, daß sich das Volk aufraffe und Männer in die Gesetzgebung wähle, welche für eine bessere Zukunft energisch thätig seien; und solche Männer seien die Sozialdemokraten. Im Falle also, daß er (der Redner) die Ehre habe, gewählt zu werden, werde er in diesem Sinne mit der ihm zu Gebote stehenden Kraft wirken, wie auch bei jeder passenden Gelegenheit über seine Thätigkeit seinen Wählern gegenüber Rechenschaft ablegen. Rauschender Beifall belohnte den Redner. Jetzt meldete sich ein Dr. med. zum Wort. Er dankte in kurzen Worten dem Herrn Oldenburg für seine klaren Ausführungen, gegen welche er und seine Genossen gewiß nichts zu erwidern haben. Die Schmähungen gegen die liberale Partei könne er jedoch nicht dulden, denn Herr Oldenburg habe gesagt, sie habe Hintergedanken, worüber er Aufschluß wünsche. Herr Oldenburg wies ihm in sehr ruhiger Weise nach, daß die liberale Partei nie etwas Nennenswerthes für das Volk gethan, trotzdem sie immer alles Gute versprochen; mithin sei der Ausspruch, sie habe Hintergedanken, wohl berechtigt! Der Doktor, hiermit jedoch nicht zufrieden, forderte immer und immer wieder eine bessere Beantwortung. Die gestellten Fragen des liberalen Doktor, welche von Freund Oldenburg unter dem Jubel der Arbeiter schon mehrere Male präcis beantwortet waren, wurden zuletzt so confus, daß unser Reichstagscandidat Oldenburg bemerkte, daß es einem gebildet sein wollenden Manne doch wenig Ehre mache, Fragen zu stellen, die nicht einmal faßlich seien; er könne doch nicht gegen einen Schatten kämpfen! Jedenfalls ärgerlich über die ungeschickte Interpellation seines Genossen sprang ein neuer Sozialistentödter, ein Bürgermeister a. D. in die Arena. Der Blödsinn, welchen dieser Patriot auskramte, ist zu köstlich, als daß wir ihn unsern Lesern vorenthalten dürften. „Meine Herren! Wir sind alle Sozialisten und haben immer das Wohl des Volkes angestrebt, dazu brauchen wir gar keine Sozialdemokraten." Er hätte in der Kapell'schen Versammlung schon das Wort genommen, wäre aber erkältet gewesen und sei es noch. Kapell hat sich erst gegen das Theilen verwahrt und nachher gesagt, ob es nicht viel besser sei, wenn die Bewohner eines Dorfes gemeinschaftlich ihre Aecker bearbeiteten. Ist das was Anderes als Theilen? Derselbe hat 99 Proz. überflüssige Worte gesprochen, und wenn er Finanzminister wird, wird er mit dem Gelde ebenso verschwenderisch wirthschaften. Im Uebrigen ist der langen Rede kurzer Sinn der: Wählt einen Sozialdemokraten! Ist dies hier — auf den Bureautisch zeigend — ein Bureau? nicht mal Schreibmaterial! Die Polizeibehörde wäre längst verpflichtet gewesen, die Versammlung aufzulösen." — Die Versammlung wollte sich halb todt lachen über diese colossalen Neuigkeiten. Jetzt nahm Herr Oldenburg noch einmal das Wort und bemerkte, daß er die Personen des Bureaus in Schutz nehmen müsse. Was aber Schreibmaterialien nützen sollten, sei unerfindlich, falls aber dieselben in Gebrauch genommen würden, was dem Interpellanten höchst unlieb sein würde, so würden sie nur dazu dienen, um die Unwissenheit unsrer Gegner zu brandmarken! Im Uebrigen schreibe das Gesetz durchaus diese Form nicht vor. Er sei freilich nicht berufen, die hiesige Polizeibehörde in Schutz zu nehmen, halte sich aber verpflichtet, der Versammlung gegenüber zu constatiren, daß die hiesige Behörde das Gesetz viel besser zu handhaben verstehe als besagter Phrasendrescher. Diese moralischen Fußtritte ruhig einsteckend zog der geistreiche Herr unter der größten Heiterkeit der Versammlung von dannen. — Eine Resolution, die Candidatur Oldenburgs betreffend, wurde einstimmig angenommen. — Die ungeschickte Interpellation dieser beiden Capacitäten hat unsre hiesige Lokalpresse voll Aerger in ihrem Berichte denn auch todtgeschwiegen.

Cöln. In der am 4. Dezember d. J. stattgehabten halbjährlichen Generalversammlung des Fachvereins hiesiger Tischler wurden zu Vorstandsmitgliedern folgende Herren gewählt: Emil Thiel erster, Peter Schneider zweiter Vorsitzender; H. Overhage erster, Emil Paatsch zweiter Schriftführer; Math. Gindler als Kassirer.

P. J. Zimmer.

Mülheim a. Rhein, 27. November. Vor Kurzem richteten wir an die hiesige St. Sebastianus Schützengesellschaft resp. den Vorstand derselben eine Anfrage betreffs Ueberlassung des Schützenhauses (Eigenthum der Gesellschaft) zu einer größeren Volksversammlung. Nach einigen Tagen erhielten wir die vielsagende Antwort, das geschäftliche Interesse des Schützenhauses hinge von der Behörde ab, und diese wäre der Abhaltung einer sozialistischen Versammlung abhold. Der Vorstand besagter Gesellschaft, bestehend aus Ultramontanen, hat gewiß nicht bedacht, daß mit dieser Maßregel die Sanktionirung aller, auch der gegen die Ultramontanen gerichteten Maßnahmen ausgesprochen wurde. Wie war es, geehrte Schützengesellschaft, als vor Kurzem in euren Räumen die ultramontane Versammlung tagte, hat da die Behörde, die dem Abhalten von ultramontanen Versammlungen ebensowenig geneigt ist, wie sozialistischen, nicht mit dem Zaunpfahl gewinkt? Hätte die Schützengesellschaft sich als Mann gezeigt, trotz des befürchteten Druckes von oben hätte sie die Bewilligung auch uns ertheilt und nicht Wahrheit, Freiheit, Recht als nur pro domo vorhanden angesehen. Was aber die Aeußerung eines Vorstandsmitgliedes, die Sozialdemokraten würden sich gewiß ärgern, betrifft, so diene diesem Herrn zur Beruhigung, daß die Sozialisten sich über nichts mehr wundern, geschweige denn ärgern können. Die Arbeiter Mülheims werden aber aus Vorstehendem ersehen, daß Ultramontanismus sowie Liberalismus dem Sozialismus gegenüber Eins sind und folglich auch gemeinschaftlich gegen uns Front machen. Bei der Wahl werden wir schon herausrechnen, ob wir an Boden gewonnen oder verloren haben. Bei der Anwesenheit Bebels in Cöln zeigte sich schon der gute Geist, indem Landleute aus den 2 bis 3 Stunden entfernt liegenden Ortschaften sich eingefunden hatten, trotz des strömenden Regens, den Jupiter Pluvius unausgesetzt spendete. Also bei den Wahlen sehen wir uns wieder! rg.

Minden i. W., 28. November. Am 25. d. M. fand hierselbst eine zahlreich besuchte Volksversammlung unter dem Vorsitz der Herren Domeier und Harbord statt, in welcher Herr Weidemann aus Hamburg über „Die Aufgabe des Volkes" referirte. Nach einer kurzen Einleitung, in welcher Redner etwaige anwesende Gegner aufforderte, ihn am Schlusse seines Referats zu widerlegen, damit er möglicherweise noch etwas lernen könnte, ging Redner zur Tagesordnung über und erklärte zunächst, daß die heute herrschenden Parteien durch Gewaltmittel zu ihrer Herrschaft gekommen seien. Hierauf unterzog er die verschiedenen Parteien einer scharfen Kritik und erklärte die conservative Partei für durchaus identisch mit dem früheren Adelstande. Der Adelstand hätte früher seine Sklaven gepeitscht und dasselbe wünschten die Conservativen wieder zu können. Als im Jahre 1848 die Prügelstrafe abgeschafft war, wurde 8 Jahre später, 1856, wieder in Masse um dieselbe petitionirt. Der glückliche Staat Mecklenburg hatte sie auch wieder eingeführt, und dazu hatte sich das Volk für „gnädige Strafe", 25 Stockhiebe, auch noch zu bedanken. Dort ist es sogar vorgekommen, sagte Redner, daß ein 70jähriger Greis, nicht mehr im Stande zu arbeiten, bei seinen Freunden und Bekannten um Unterstützung nachsuchte. Der Senator ließ den Greis einfangen und ihm 25 Stockhiebe aufzählen. Als sich derselbe aber nicht für „gnädige Strafe" bedanken wollte, sollte ihm dieselbe Portion noch einmal verabreicht werden, als beim 13. Schlage der Greis — verstarb. Zu dem Ultramontanismus übergehend, erklärte Herr Weidemann, daß das Volk im Allgemeinen noch von Glauben befangen sei, obgleich die Pfaffen dem Volke nur Unwahrheit sagten. Die Pfaffen machten dem Volke glauben, daß der liebe Gott den Schnupfen hätte, wenn sie sich erkältet hätten, wenn man sie beleidigt, man den lieben Gott beleidigt habe. Die heutige Gesellschaft aber müsse noch solche Vorsprecher haben, um das Volk in Dummheit zu erhalten. — Als ihr Verdienst schreibt Redner der liberalen Partei die massenhafte Vergrößerung und Vermehrung der Gefängnisse und Irrenanstalten zu, während dieselben für die Schulen des Volkes soviel wie nichts gethan hätten, da die heutige Jugend nur zur Unfreiheit erzogen werde. — Die Agrarier scheinen nur Jasager werden zu wollen, denn ein bestimmtes Programm habe man noch nicht gehört. — Nachdem Redner noch die sich ihrem Ende zuneigende Legislaturperiode des deutschen Reichstags, bezw. dessen vortreffliche Thätigkeit beleuchtet, schloß er mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie seinen Vortrag. Rauschender Beifall wurde ihm zu Theil, wie ihn auch bereits während desselben häufiger Beifall unterbrach. — Der Aufforderung zur Kundgebung gegnerischer Ansichten kam man nicht nach, obwohl dies hier sonst selten nuterblieb. Nachdem Herr Domeier zur regen Thätigkeit für die Wahl unseres Candidaten, Herrn W. Frick aus Bremen, aufgefordert, schloß er die Versammlung. — Die hiesige „Mindener Zeitung" brachte in ihrer Montagsnummer die einfache Notiz der stattgehabten Versammlung mit der Bemerkung: „Wie wir hören, hat der Redner seinen Vortrag so eingerichtet, daß er sich nächster Zeit vor dem hiesigen Strafgericht zu verantworten haben wird."

*E. **Gießen,** 29. November. Anschließend an den Bericht im „Volksstaat" vom Anfange dieses Jahres, welcher eine genauere Darlegung der im Wahlkreise Gießen stattgehabten Agitation behandelte, haben wir noch Folgendes nachzutragen. Wie bekannt, haben wir auch im hiesigen Kreise mit immensen Schwierigkeiten zu kämpfen, was uns jedoch nicht von der einmal betretenen Bahn abbringen kann. Das Agitationscomité hat auch im Laufe des vergangenen Sommers für die Wahl vorgearbeitet; wir haben in verschiedenen Ortschaften Männer gefunden, die in ihren Kreisen für die Agitation thätig eintraten. Um nun einmal kräftig hervortreten zu können, hatten wir im hiesigen Wahlkreise für die Tage des 22., 23. und 25. November Volksversammlungen nach Gießen, Alten-Buseck und Leihgestern anberaumt, in welchen Herr Reichstagsabgeordneter Liebknecht, der als Candidat für den Wahlkreis Gießen aufgestellt ist, Vorträge hielt. Die erste Volksversammlung fand hier, und zwar im Lony'schen Bierkeller statt. Herr Liebknecht legte in einem nahezu zweistündigen, gediegenen Vortrage die Ziele der Sozialdemokratie dar und wies die gegen dieselbe geschleuderten Vorwürfe mit einer Gründlichkeit zurück, daß selbst die in überaus großer Zahl erschienenen Gegner unserer Sache von der tiefen Wahrheit des Gesagten überzeugt zu sein schienen, denn trotz wiederholter Aufforderung seitens des Vorsitzenden zur Interpellation meldete sich Niemand zum Wort, Niemand in einer Stadt, der es gewiß nicht an Rednern fehlt. Selbst gegen die eingebrachte Resolution:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit dem Vortrage des Herrn Reichstagsabgeordneten Liebknecht einverstanden und verspricht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Wahl desselben im Kreise Gießen einzutreten."

erhob sich keine Stimme. Die am Schlusse der Versammlung vorgenommene Tellersammlung ergab den Betrag von M. 19,50. Die für Alten-Buseck auf den 23. festgesetzte Versammlung konnte dort nicht stattfinden, da kein Versammlungslokal zu bekommen war. Es wurde uns aber möglich, an demselben Abend eine Versammlung in dem benachbarten Wieseck zu Stande zu bringen. Auch diese war, wie die vorige, gut besucht, und verfehlte der Vortrag des Herrn Liebknecht seine gute Wirkung auf die Anwesenden nicht, was die allseitigen Beifallsrufe zur Genüge bewiesen. Die am 25. Nov. in Leihgestern abgehaltene Versammlung mußte wegen Mangel eines genügenden Lokals zur Hälfte unter freiem Himmel abgehalten werden. Trotz dieses Umstandes, der durch die kalte Witterung noch unangenehmer wurde, hatte sich auch hier eine sehr große Zuhörerschaft eingefunden, welche dem Vortragenden die begeistertste Zustimmung zollte. — Dies wäre der kurze Bericht über diese Versammlungen, mit welchen wir in den Wahlkampf eingetreten, der aller Wahrscheinlichkeit nach ein interessanter zu werden verspricht, da für den hiesigen Wahlkreis 4—5 Candidaten aufgestellt werden sollen. Viele der seitherigen Anhänger des Freiherrn v. Rabenau wollen sich von demselben im Reichstage nicht mehr „vertreten" lassen und befinden sich auf der Suche. Auch ist noch von einer andern Partei eine unbekannte Größe in Aussicht genommen. Wäre es uns vergönnt, Herrn Liebknecht noch länger unter uns zu haben, die Möglichkeit, bei der Reichstagswahl zu siegen, wäre nicht ausgeschlossen, da wir es mit mehr oder weniger zersplitterten Parteien zu thun haben. Trotz der großen Schwierigkeiten, Verweigerung der Lokalitäten ꝛc., tragen wir die Hoffnung in uns, daß namentlich die Landbevölkerung bei dieser Wahl zeigt, daß sie durchdrungen ist von dem Bewußtsein, ein gutes Werk zu thun, wenn sie eintritt für die Interessen der Arbeiter; daß sie ihre eigenen Interessen wahrt, wenn sie einem Mann ihre Stimme giebt, der den Interessen des Volkes ganz und voll Rechnung trägt. Wir haben es dahin gebracht, daß sich schon eine ziemliche Anzahl sozialistischer Schriften und Blätter auf dem Lande Eingang verschafft hat. Daß sie ihre gute Wirkung nicht verfehlen, werden die Reichstagswahlen zeigen. Und nun „Vorwärts"!

Arnstadt, 27. Novbr. Montag den 6. d. M. hatten wir hier unsere erste Reichstags-Wählerversammlung, in welcher unser Candidat, Hr. Wilhelm Bock aus Gotha, sein Programm klar legte. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und es wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Versammlung erklärt sich mit der Candidatur des Herrn Wilhelm Bock einverstanden; er sei der Mann, der voll und ganz für des Volkes Wohl eintritt. Jeder müsse dahin wirken, daß der Arbeiterkandidat die Majorität bei der Reichstagswahl erhalte." — Die Versammlung wurde kurz nach 10 Uhr ohne Diskussion geschlossen. Für den Wahlfond wurde eingenommen M. 17,65.

NB. Unser Verkehrslokal befindet sich von jetzt ab im Gasthaus zum goldenen Adler, welches wir durchreisenden Collegen angelegentlichst empfehlen. R. Gläser.

Halle a. S., 31. November. Da es uns durch verschiedene Machinationen der „Reichsfreunde" nicht vergönnt war, die unlängst in Wettin anberaumte Volksversammlung zu Ende zu führen, in welcher ganz besonders ein dortiger Pfaffe sein Möglichstes that, dieselbe zu stören, so fühlten wir uns, trotz des Ausspruches der dortigen Herren, „wir sollten in Halle bleiben, da sie von uns keine Belehrung wollten", dennoch veranlaßt, wiederum daselbst eine Versammlung abzuhalten. Während bei der ersten Versammlung die dortigen Arbeiter sich nicht getrauten, sich lebhaft an derselben zu betheiligen, und jene Herren gerade dies vielleicht erwarteten, war es diesesmal ganz anders. Die Herren hatten die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht, da dieselben in großer Anzahl sich versammelten. Freund Rödiger eröffnete die Versammlung um 4½ Uhr und wurde der Schuhmachermeister Bühl aus Halle zum Vorsitz und Unterzeichneter als Schriftführer gewählt. Herr Rödiger erklärte in seinem 2¼stündigen Vortrage das Programm der Sozialdemokratie,

---

Gebt ihnen soviel, daß sie kümmerlich leben können und jeden Tag auf den Ertrag ihrer schweren Arbeit angewiesen sind, und im Uebrigen vertröstet sie — auf das Himmelreich.

(Fortsetzung folgt.)

— **Paris,** 1. December. Das in Deutschland durch Polizei, Staatsanwalt und Gerichte vielverfolgte Buch: „Die Preußen in Elsaß und Lothringen" von Gustav Rasch ist nun vor acht Tagen in der bekannten Buchhandlung von E. Plon unter dem Titel: „Le Prussiens en Alsace-Lorraine par un Prussien" in französischer Uebersetzung erschienen. Es ist dies bereits die dritte französische Ausgabe. Zuerst erschien das Buch im Feuilleton des „Siècle". Nach Veröffentlichung einiger Kapitel wurde der Administration des „Siècle" aus dem Preßbureau in Straßburg bedeutet, daß, falls der „Siècle" in der Veröffentlichung fortfahre, die Zeitung im Elsaß verboten werde. Nach einer zweiten und dritten Warnung stellte die Administration den weiteren Abdruck ein, veranstaltete aber eine Separatausgabe für ihre Abonnenten in Buchform als Geschenk. Nachdem die Separatausgabe in 25,000 Exemplaren gedruckt war, erfolgte eine neue offiziöse Warnung aus Straßburg mit der erneuerten Drohung, den „Siècle" in Elsaß zu verbieten. Zum zweiten Male sah sich die Administration gezwungen, nachzugeben. Sämmtliche Exemplare liegen heute noch unversendet auf dem Bureau des „Siècle" in der Rue Chauchat. Auf Herrn Plon, bekanntlich einer der größten und reichsten Pariser Verleger — er war auch Verleger Kaiser Napoleons III. — ist eine derartige Pression, wie auf die Administration des „Siècle", unmöglich, und so wurden bereits in den ersten acht Tagen des Erscheinens des Buches über 2000 Exemplare verkauft.

Die Uebersetzung des Buches ist aus der Feder des bekannten Pariser Gelehrten und Schriftstellers Dr. L. Leger, Professor an der orientalischen Akademie, der sich durch seine gediegenen Schriften über das Slaventhum und über Böhmen schnell einen Namen gemacht hat. Er hat seine, nebenbei gesagt, treffliche Uebertragung des Rasch'schen Buches mit einer Vorrede eingeleitet, in der es zum Schluß heißt: L'auteur, Mr. Gustave Rasch. est un ami passionné de la France républicaine; sa sympathie pour nous et son talent lui vaudront certainement auprès de tous les patriotes, des lettres de grande naturalisation. (Der Verfasser, Herr Gustav Rasch, ist ein begeisterter Freund des republikanischen Frankreichs, seine Sympathie für uns nnd sein Talent werden ihm sicherlich in den Augen aller unserer vaterlandsliebenden Landsleute das moralische Bürgerrecht verleihen.)

---

kritisirte das tückische Verfahren der sämmtlichen Gegenparteien, hob die verschiedenen Wahlbeeinflussungen, welche von der besitzenden Klasse auf die Arbeiter ausgeübt werden, hervor, erklärte ausführlich, wie das Wahlrecht zu handhaben sei, und unterwarf namentlich das Schulwesen sowie auch die furchtbaren Militärausgaben einer für die Gegner der Freiheit nicht eben schmeichelhaften Kritik. Daß einige Herren Minister ihren Theil dabei bekamen, konnte dem anwesenden Herrn Bürgermeister nicht gefallen, und unterbrach derselbe den Referenten während seines Vortrags mit ungefähr folgenden Worten: „Ich ersuche den Redner, nicht hochgestellte Personen zu beleidigen.“ (Echt parlamentarisch! Von Beleidigungen war keine Rede, Herr Bürgermeister; oder können Ihre Gehörsorgane die Wahrheit nicht vertragen? Allerdings eine starke Zumuthung für Leute Ihres Schlages. Bemerkung d. Eins.) — Nach beendigtem Vortrage, welcher sehr oft durch Beifallsbezeigungen von Seiten der Arbeiter unterbrochen wurde, meldete sich ein Pfaffe Namens Goltze zum Worte, welcher den Referenten von der Unrichtigkeit seiner Ansichten überzeugen wollte. Derselbe bemerkte, daß der Referent sehr viel Wahres in Bezug auf die Volksschule gesprochen habe, daß jedoch Herr Rödiger keine Mittel und Wege gezeigt habe, auf welche Weise die Volksschulen in einen besseren Zustand versetzt würden. Der Referent hatte aber klar und deutlich gesagt: Man erhöhe die Gehälter der Lehrer, dann werden 1) dieselben nicht mit Nahrungssorgen zu kämpfen haben, 2) der Lehrermangel würde aufhören, da in Folge eines guten Gehaltes sich mehr Personen bewogen fühlen würden, Lehrer zu werden und schließlich die Lehrer mit mehr Lust und Liebe ihren Beruf erfüllen würden. Ferner bemerkte Goltze noch, die Sozialdemokraten wollten mit den Waffen in der Hand, also durch eine blutige Revolution, zu ihrem Ziele gelangen. Nachdem der Referent ihn gehörig zurechtgewiesen und dessen albernes Geschwätz gründlich widerlegt hatte, erlaubte sich der betreffende Schwarze noch einige Verdächtigungen aus der Schuster'schen Broschüre gegen die Sozialdemokratie vorzulesen, wurde aber von den Versammelten ausgelacht und zog schließlich vor, sich unsichtbar zu machen. — Herr Bühl empfahl dann in einer kurzen, kernigen Ansprache die Unterstützung der Candidatur Rödiger's, welche mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde. — Nachdem nun zum großen Aerger des Bürgermeisters und Consorten ein Hoch auf die Sozialdemokratie Deutschlands ausgebracht worden war, in welches sämmtliche Arbeiter enthusiastisch einstimmten, wurde die Versammlung 8½ Uhr geschlossen. Eine Tellersammlung ergab 7 Mark.

Es sei noch bemerkt, daß an den Besitzer des betreffenden Lokales eine Postkarte gelangte, deren Inhalt den Wirth veranlassen sollte, uns das Lokal zu verweigern, widrigenfalls er mit der Staatsanwaltschaft in Conflikt käme. Besten Dank für die Postkarte; Weiteres wird sich finden, denn sie befindet sich in unseren Händen.

Der Schriftführer W. D—r.

Heidelberg, 6. December. Am Sonnabend, den 2. December, hielten wir hier im Lokale des „Faulen Pelz“ eine sehr gut besuchte Volksversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand „Absolutismus und Constitutionalismus“, welche von unsern aufgestellten Reichstagscandidaten, Hrn. Dreesbach, welcher als Referent erschienen war, in eingehender Weise erledigt wurde. Auf die Einzelheiten des vorzüglichen Vortrags einzugehen, würde hier zu weit führen, bemerkt sei nur noch, daß die Versammlung demselben mit Spannung folgte und ihn mit ungetheiltem Beifall aufnahm. Nachdem noch einige Redner gesprochen, ergriff zum Schluß noch einmal Hr. Dreesbach das Wort, um in kurzen kernigen Worten die anwesenden Arbeiter zu ermahnen, sich durch keinerlei Drohungen und Einschüchterungen seitens der Arbeitgeber in der Ausübung des Wahlrechts beeinflussen zu lassen, sondern voll und ganz für ihre Ueberzeugung einzutreten, auch selber dafür zu sorgen, daß ihre Namen in die Wählerlisten eingetragen würden, weil die Herren bei Aufstellung derselben in Betreff der Arbeiter oft an einer furchtbaren Gedächtnißschwäche litten, wovon man allerdings bei Eintreibung der Steuern nichts spürte. — Die Liberalen sind hier noch nicht öffentlich mit ihrer Agitation hervorgetreten, desto eifriger wird aber in verdeckter Weise agitirt und geschieht dies namentlich in Versammlungen wo von hochgelahrten Professoren sogenannte wissenschaftliche Vorträge gehalten werden, zu denen Jedermann Zutritt hat. Hierbei wird dann schon das Nöthige besorgt, denn eine Interpellation wird nicht zugelassen, ebensowenig findet eine Diskussion statt. Freilich kommt man beim Anhören dieser „Vorträge“ zu der Ueberzeugung, daß diese Herren sich um die Menschheit verdienter gemacht hätten, wenn sie ein anderes Handwerk gelernt hätten.

Treuen i. V., 29. November. Zur Wahlbewegung können wir folgendes berichten. Es hat sich ein Wahlverein der hiesigen Sozialdemokraten gebildet, welcher sich noch steten Zuwachses erfreut. Unsere Lokalpresse thut allerdings, wie immer, ihr mögliches. Die Geyer-Affaire, der Küsterbrief u. dgl. mehr vom „Rückgang“ der Sozialdemokratie wird immer aufgetischt. Dem gegenüber müssen wir mehr thun, wie bisher; darum ist es Pflicht jedes Parteigenossen, den „Vorwärts“ mehr unter die Massen zu bringen und zu verbreiten. Diesmal werden wir wohl auch durch lebhafte Agitation mehr Stimmen herausschlagen.

Wir machen die Parteigenessen noch darauf aufmersam, mehr in unserem Vereinslokal zu verkehren, welches sich bei Franz Wolf, Lengenfelderstraße befindet.

Das Wahl-Comité.
F. —ß. J. —m.

Altona. Oeffentliche Quittung. Vom 14. Oktober bis zum 30. November sind für den 8. und 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis bei dem Unterzeichneten folgende Gelder eingeliefert: Von Otto Horn's Cig.-Fabr. 9,20; Fränkel's Cig.-Fabr. 139,77; Lassen's Cig.-Fabr. 23,20; Bossing's Cig.-Fabr. 23,00; Duve's Cig.-Fabr. 23,45; Haß in Neustadt 10,00, Stark in Kiel durch Reimer 8,00; C. Mosar's Cig.-Fab. 15,10; Ueberschuß von einem Fest der Tischler durch Dittmer 49,65; Bornemann's Cig.-Fabr. in zwei Raten 75,30; Hinkel's Cig.-Fabr. 72,00; von Steinmetzen und Marmorarbeitern von Hamburg, Altona und Umgegend 9,80; Peter Horn's Cig.-Fabr. 27,00; Jacob Delmonte's Cig.-Fabr. 40,00; Hieronymus' Cig.-Fabr. 85,00; von Arbeitsleuten Altonas durch Cordes, Schmidt und Gebauer 201,20; Ohlsen's Cig.-Fabr. 1. Rate 50,00; durch Rawe von C. F. 6,00; Dohrn's Cig.-Fabr. 50,00; Prödel's Cig.-Fabr. 20,32; Dehncke's Cig.-Fabr. 72,09; Henry Hein 4,20; aus Oldenburg durch Mollenbuhr 22,00; Oldesloe durch Gundelach 2,20; Ueberschuß von einem Fest (1875) der Schneider durch Heinsen 22,56; von Schuhmachern durch Starkjohann 27,00: Ueberschuß von einem Arbeiterfest durch Hecht 145,28; Leonhard's Schuhmacherwerkstadt 40,00; von Metallarbeitern durch Christiansen 4,20; von Cig.-Arb. durch Rothermundt 37,20.

H. Lensch, Holstenstr. 43, I.

Itzehoe. Einnahme für den 5. schleswig-holsteinischen Wahlkreis vom 1. November bis 1. December 1876. Itzehoe 1. Rate 92,70; 2. Rate 30,00; 3. Rate 12,25; 4. Rate 85,50; Warne 1. Rate 2,65; St. Margrethen 1. Rate 3,60; 2. Rate 13,40; Brunsbüttel 4,00; Burg 21,00; Kellinghusen 30,00; Eddelack 1. Rate 3,75; 2. Rate 7,00; Crempe 4,10; Lunden 4,00; Beidenfleth 12,00.

Diejenigen Orte, die bis jetzt die Gelder noch nicht eingesandt haben, fordern wir hiermit auf, ihren Pflichten so schnell als möglich nachzukommen, da von jetzt ab bis zur Wahl zwei Agitatoren thätig sein sollen.

Für das Centralwahlcomité:
J. Clasen, Kassirer, Hintern Sandberg 120.

An die Gesinnungsgenossen Altonas!

Da die Wahlen zum Reichstag am 10. Januar 1877 stattfinden, ist es nothwendig, daß wir unsere Kräfte voll und ganz anspannen, damit wir auf unseren Candidaten Hasenclever noch mehr Stimmen vereinigen, als bei der letzten Wahl.

Jedes Gesinnungsgenossen Bestreben wird es auch sein, daß wir nicht nur im 8. Wahlkreis siegen wollen, sondern die errungenen Siege zu erhalten und noch neue zu ersechten suchen. Um dieses aber zu erreichen, ist es nothwendig, eine lebhafte Agitation zu betreiben, und dazu gehört vor allen Dingen Geld. Es werden deshalb die Gesinnungsgenossen, welche im Besitze von Parlamentswahlkassen sind, dringend aufgefordert, die Gelder unverzüglich beim Kassirer Hrn. Lensch, Holstenstr. 43 I, abzuliefern. Sorge Jeder dafür, daß es dem Arbeiterwahlcomité auch möglich gemacht wird, einen genauen Ueberblick über die vorhandenen Gelder zu gewinnen.

Der Vorsitzende des Arbeiterwahlcomités:
O. Reimer.

An die Wahlcomités des Landkreises Cöln.

Der Wahltag rückt immer näher heran, und wir haben in unserem Kreise noch sehr wenig gethan. Das Central-Wahlcomité, welches seinen Sitz in Kalk hatte, ist gemäß seiner geographischen Lage nicht geeignet, die Agitation zu leiten, wie es sich bisher bewiesen hat. Ich mache daher den Vorschlag, daß wir gemeinsam mit dem Wahlcomité der Stadt Cöln die Agitation betreiben und den Cölner Genossen die Leitung übertragen, weil wir ja doch auf alle Fälle auf dessen Rednerkräfte angewiesen sind. Ich bin fest überzeugt, daß wir dann weit vortheilhafter agitiren können, da Cöln ja doch ohnehin der Verbindungspunkt ist für alle Orte des Landkreises.

Da in nächster Woche unser Parteigenosse Schumacher wieder nach Cöln zieht, welcher die Verhältnisse des Landkreises genau kennt, so werden wir in der Lage sein, an allen Hauptorten Versammlungen abhalten zu können. Ich ersuche daher alle Diejenigen, welche mit meinem Vorschlage einverstanden sind, sich behufs Einberufung von Versammlungen ꝛc. an den Genossen G. Heinrichs, Alte Mauer am Bach Nr. 56, wenden zu wollen, welcher das weitere vermitteln wird.

Mit Brudergruß zeichnet
J. A. des Wahlvereins von Kriel:
J. Kröger.

Briefkasten

der Redaktion. A. F. Sp.: Das Werk kostet M. 2,20 mit Portozuschlag. — Dem Uebelstand wird abgeholfen werden. Können Sie den betreffenden Märkischen Volksfreund nicht einsenden? Wegen seiner geringen selbstständigen Bedeutung hält ihn die Redaktion nicht.

der Expedition. Euler in Hanau und Abonnent in Grabow: Der „Vorwärts“ geht den Abend vor dem Erscheinungstage mit dem Abendzuge (8 Uhr 40 M.) von hier ab, so daß am Tage des Erscheinens das Blatt in aller Abonnenten Hand sein kann und soll.

Quittung. Zlbrgr Steyr durch Riff das. Ab. 3,27. Brknhr Torszerjany Ab. 1,50, Schr. 3,29. Zgl Netzschkau Schr. 3,05. Bdhlz Buchholz Schr. 6,20. Gals Offenburg Schr. 2,00. Frdlndr Berlin Schr. 1,00. Bpp Rottweil Schr. 0,65. Drnf Kelkheim Schr. 3,60. Hbsch Esseritz Schr. 6,00. Wntr Bruchsal Schr. 3,00. Pngrl Augsburg Ab. 12,20. Brbm Gotha Ab. 13,60 u. 20,00. Lhmnn Pforzheim Schr. 8,75. Wggrs Münster Schr. 3,30. Böttcherverein hier Ann. 1,40. Grlnbrgr Nürnberg Ab. durch A. B. hier 9,80. Nkchnr hier Schr. 2,25. Klnr Saalfeld Ab. d. L. hier 4,50. Krtschmr Dortmund Ab. 1,70. Grd Stötteritz Ab. 4,00. Flschr Klein-Zschocher Schr. 7,75. Nschmnn Connewitz Ab. 0,45. Arbeiterverein Connewitz Ann. 1,80. Knstmnn Erlangen Schr. 8,00. F. Hrtngr Wien Schr. 10,00. Kfflr Heimersdorf Ab. 2,96. Bittmnn Markersdorf Schr. 6,00. F. Klnr Frankfurt Schr. 50,00. A. Brbm Gotha Ab. 20,00. Kschmdr Nordhausen Ab. 7,00. Bttchr Gera Schr. 12,00. Fdlr Oederan Schr. 6,75. Hppl Görlitz Schr. 6,00. Dlr Zwickau Schr. 20,85. Tischlerverein Cöln Ann. 1,00. Brmnn Frankfurt Schr. 0,20. Hrrndrf Cöln Ann. 3,80. Mngr hier Ab. 0,60. Kchnrthr Hof Schr. 9,60. Wß Goldlauter Schr. 7,13. H. Hrrß Pößneck Schr. 6,00. Schndnbch Brunndöbra Schr. 6,50. Mdlr Greiz Schr. 9,00. Lsch Rottluff Schr. 7,60. Hrbg Würzburg Schr. 27,60. Kng Schönau Schr. 8,35. Schzr Frankfurt Ab. 9,60. Ottrbch Stuttgart Ab. 6,20. Pnngr Bremen Ab. 42,00. Mttg Altona Ab. 22,50. Klbffsch Dortmund Ab. 15,00. Ldng Flensburg Ab. 21,50. Khl Ottweiler Ab. 1,90. Strw Meiland Ab. 8,13. Schwrz Darmstadt Ab. 3,00. Br Salzburg Ab. 0,48. R. N. Kreuznach Ab. 1,60. E. Tll Deutz Ann. 1,50.

J. P. Bludenz in Nr. 17 des „Vorwärts“ sind unter Ihren Namen 6,71 quittirt.

Wahlfonds.

v. E. L. Frankfurt a/M. 2,90.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Coswig. Sonntag, den 10. December, Nachmittags 3 Uhr im „Goldenen Schiff“:

Große Wählerversammlung.

Herr Br. Geiser aus Leipzig, Reichstagscandidat für den 1. Anhaltischen Wahlkreis, ist anwesend. [70

Das Arbeiter-Wahlcomité.

Gelsenkirchen. Sonntag, den 10. December, Nachmittags 4 Uhr, in der „Flora“ am Kaiserplatz:

Große Volksversammlung.

Referenten: Herr F. Kuhl aus Duisburg und Herr W. Hasselmann aus Barmen. [70

Alle Mann am Platz.

Leipzig. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.** Montag, den 11. December, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstraße): **Versammlung.** Tagesordnung: Neuwahl der Arbeitsnachweiscommission. [60

Alle Collegen werden freundlichst ersucht, sich recht zahlreich einzufinden. D. V.

Stötteritz. Mittwoch, den 13. December, Abends 9 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Löwen“:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Herr H. Ramm aus Leipzig.

NB. Die Parteigenossen werden ersucht, eifrig für diese Versammlung zu agitiren. Der Agent. [80

Thonberg-Neureudnitz. Montag, 11. December, Abends 8 Uhr, im Gasthof zu Thonberg:

Große Volksversamulung.

Tagesordnung: Die nächsten Reichstagswahlen. Referenten Werner und Ramm. Die Einberufer. [70

Flensburg. **Arbeiter-Sängerbund**

Am 26. December d. J.:

Großes Weihnachts-Vergnügen

im Flensburger Tivoli

bestehend in **Concert, Gesang, Theater, Festrede** und **Ball.**

Lokaleröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Karten für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg. sind zu haben bei den Herren P. Lassen, Neustadt; Fuhr, Fries, Norderstraße; Zimmermann, Compagniestraße; Voß, Heiligergeistgang; Schmidt, Holm 829; Döll; Südermarkt (Cigarrenladen); Albrecht, Plankemai.

Einführung ist gestattet. Um zahlreiche Betheiligung ersucht

3,90] (2a) Das Comité.

Genossenschaftstischlerei Cöln (Eingetragene Genossenschaft).

Sonntag, den 17. December, Morgens 10½ Uhr, findet bei Hrn. Jonas, Streitzeuggasse 10a: **Außerordentliche Generalversammlung** statt. Tagesordnung: Besprechung sehr wichtiger Genossenschaftsangelegenheiten. — Die verehrlichen Mitglieder werden mit dem Präjudiz zum zahlreichen Erscheinen eingeladen, daß die Nichterschienenen sich den Beschlüssen der anwesenden Majorität zu fügen haben.

2,40] (F. 65) Für den Aufsichtsrath: E. Thill.

Bekanntmachung.

Nachdem Herr Rudolph Benjamin Seifert hier, Redakteur des früher unter der Aufschrift „Der Volksstaat“ erschienenen Organs der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, aus Anlaß der Veröffentlichung der in Nummer 36 des diesjährigen Jahrgangs dieser Zeitschrift auf der dritten und vierten Seite abgedruckten Artikel d. d. Saalfeld, 19. März, wegen öffentlicher Beleidigung auf Antrag des Hrn. Fabrikbesitzers Adolf Kürch in Saalfeld gemäß §§ 185 und 186 des Reichs-Strafgesetzbuchs, sowie § 20 des Reichs-Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 zu einer Geldstrafe von 100 Mark und Bezahlung der Untersuchungskosten rechtskräftig verurtheilt, auch auf Antrag des Privatanklägers auf die Veröffentlichung des verfügenden Theiles dieses Urtheils in dem an Stelle des eingangsgenannten Blattes getretenen Blatte „Vorwärts“ nach § 200, Abs. 2 des Reichs-Strafgesetzbuchs rechtskräftig erkannt worden ist, so wird Solches hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Leipzig, am 5. December 1876.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht.
Abtheilung für Strafsachen.
Bieler.

Achtung! So eben erschien'

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 15 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Ueber das in Aussicht genommene „Oberste Reichsgericht“. — Correspondenz. — Vierte Brandrede des Nationalschriftstellers Kuno Sparrig aus Gosenhain. — Briefkasten.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

Nr. 16 wird Sonnabend 11 Uhr ausgegeben.

Allen Gesinnungsgenossen

die Mittheilung, daß die von uns für die Wahlagitation veranlaßte und vom Parteigenossen **A. Bebel** verfaßte Broschüre:

Die parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstags und der Landtage von 1874—1876

nebst einem Anhang, enthaltend: Winke für die Agitation, Auszüge aus den deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzen, dem Strafgesetzbuche, dem Reichswahlgesetz, der Reichswahlverordnung ꝛc. ꝛc.

Freitag, den 24. November, im Verlage der **Allgem. deutschen Assoziations-Buchdruckerei in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a**, erscheint und sind die Bestellungen sofort dorthin zu richten.

Die Broschüre wird 9 Bogen kl.-8° stark und kostet einzeln 80 Pf., in Partien 25 Pf. per Exemplar. — Im Buchhandel beträgt der Preis per Exemplar 50 Pf.

Die Broschüre ist populär geschrieben und enthält nicht nur eine gründliche Beleuchtung der verhängnißvollen Thätigkeit, welche der Liberalismus im Reichstag und in den Landtagen in den letzten drei Jahren entfaltete, sondern der Verfasser entwickelt auch, an die einzelnen Punkte anknüpfend, die Forderungen der Sozialdemokratie, im Gegensatz zu denen des Liberalismus.

Die Broschüre ist also als eine Kritik der Gegner und ein Programm der eigenen Partei zu betrachten und ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für den bevorstehenden Wahlkampf, wie das beste Agitationsmittel für das arbeitende Volk.

Wir fordern alle Gesinnungsgenossen dringend auf, die Broschüre nicht nur für den eigenen Gebrauch sich anzuschaffen, sondern auch ihre weiteste Verbreitung in den Massen zu befördern.

Das Central-Wahl-Comité.
Auer. Derossi. Geib. Hartmann. Brasch.

Zur Beachtung!

Wir beabsichtigen dem vorletzten Hefte (Nr. 17) der **Neuen Welt** eine

Extra-Annoncenbeilage

beizugeben und berechnen die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum mit 50 Pfg.

Bei der großen Auflage — 20,000 — der **Neuen Welt** sehen wir zahlreichen Aufträgen entgegen und ersuchen Reflectanten, uns ihre Inserate unter Beilegung des Betrags rechtzeitig einzusenden. — Eine Zeile faßt etwa 8 Worte.

Die Expedition des „Vorwärts“.
Färberstr 12/II.

Elegante Einbanddecken für die „Neue Welt“

sind à Stück M. 1,20. gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch Unterzeichnete nnd die Buchbinderei von **H. Jansen**, Leipzig, Universitätsstraße Nr. 16 zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [420

NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken

Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876.

Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingesandt werden muß, beträgt auf 1—4 Expl. 10 Pf., auf 5—8 Expl. 20 Pf., auf 9—16 Expl. 30 Pf. **Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.**

Bestellungen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann 396 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 32. Mittwoch, 13. December. 1876.

An die Parteigenossen!

Seit dem 8. d. sind in Sachsen, seit dem 10. d. in Preußen und — ungefähr um dieselbe Zeit — auch in dem übrigen Deutschland die Wählerlisten auf 8 Tage öffentlich ausgelegt.

Die Partei- und Gesinnungsgenossen haben darauf zu sehen, daß eine genaue Durchsicht der Wahllisten stattfindet.

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, welcher bis zum Tage der Auslegung der Listen das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Jeder Wähler ist an dem Orte, wo er seinen Wohnsitz hat, in die Wahlliste einzutragen und hat das Recht, sich der Eintragung seines Namens zu vergewissern. Jeder, dessen Name am Tage der Wahl nicht in der Wahlliste steht, hat kein Stimmrecht; Reklamationen am Wahltage gelten nichts.

Die Durchsicht ist am Besten so zu organisiren, daß Einer das genaue Namensverzeichniß von möglichst vielen Gesinnungsgenossen anfertigt und dieses mit der offiziellen Liste vergleicht und Diejenigen, deren Namen fehlen, sofort benachrichtigt, damit sie reklamiren.

Parteigenossen, Ihr kennt den Werth des Wahlrechts! Das wählende Volk hat am 10. Januar des kommenden Jahres zu Gericht zu sitzen und das Urtheil zu sprechen über Kaiser nnd Reich. Das Wahlrecht macht den Knecht zum Herren. Zunächst nur für den Einen Wahltag. Wenn aber verständig und von Allen benutzt, bald zum Herren für immer, richtiger: zum freien Mann.

Hunderttausende konnten bei den letzten Wahlen dieses ihr höchstes Staatsbürgerrecht nicht ausüben, wurden von der Wahlurne zurückgewiesen, weil die Wählerlisten nachlässig geführt worden, und die Wähler, deren Namen man nicht aufgeführt hatte, zu nachlässig gewesen waren, die Wählerlisten einzusehen.

Parteigenossen, verhütet, daß Aehnliches sich diesmal wiederhole!

Thue Jeder seine Schuldigkeit, und achte Jeder darauf, daß auch der Andere seine Schuldigkeit thue!

Die erste Hauptschlacht des Wahlfeldzugs wird um die Wählerlisten geschlagen. In mehr als Einem Wahlbezirk kann diese Schlacht zur entscheidenden Schlacht werden.

Bedenkt, daß es am 10. Januar in manchem Wahlbezirk auf wenige Stimmen ankommen wird.

Bedenkt, welche Verantwortlichkeit die Parteigenossen eines Bezirks auf sich laden würden, wenn uns der Sieg entginge, weil sie es versäumt, die Wählerlisten rechtzeitig und gründlich zu prüfen.

Also sorgfältig die Wählerlisten geprüft und die Einschreibung der fehlenden Namen erwirkt, damit keine Stimme uns fehle am 10. Januar 1877!

Die Verbreitung

von Flugschriften und Wahlaufrufen ist im Wahlkampfe eins der wichtigsten Agitationsmittel, und muß deshalb bei Zeiten dafür gesorgt werden, daß dieselbe so glatt wie möglich vor sich gehen kann. Zu diesem Zwecke ist in erster Linie zu rathen, daß die betreffenden Genossen sich auf Grund § 5 des Preßgesetzes eine Legitimation zur nichtgewerbsmäßigen Verbreitung von Schriften einholen.

In vielen Fällen hat man zwar bei den vorigen Wahlen Seitens der betreffenden Behörden davon abgesehen, daß eine Legitimation bei Verbreitung der Wahlaufrufe erforderlich sei, und wo die Gensdarmen dieses Geschäft besorgen, was häufig vorgekommen, war natürlich erst recht davon keine Rede. Auf der andern Seite ist es aber auch passirt, daß Verbreiter von solchen Schriften abgefaßt, eingesteckt, und erst wieder entlassen wurden, als ihre Thätigkeit keinen Zweck mehr hatte.

Es ist also wohl angebracht, daß man die kleine Mühe nicht scheut, sich die Legitimationen zu beschaffen. Zu diesem Zweck ist es zunächst erforderlich, daß man sich bei der Ortspolizei-Behörde eine Bescheinigung darüber ausstellen läßt, daß § 57 der Gewerbeordnung auf den Einkommenden keine Anwendung findet. Dieser § bezieht sich darauf, daß Niemanden die Legitimation versagt werden darf, der nicht mit einer abschreckenden oder ansteckenden Krankheit behaftet sei; unter Polizei-Aufsicht steht; wegen strafbarer Handlungen gegen das Eigenthum, die Sittlichkeit u. s. w. zu mindesten 6 Wochen verurtheilt oder aber in der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte beschränkt wurde; wegen gewohnheitsmäßiger Arbeitsscheu, Betteleі, Landstreicherei, Trunksucht übel berüchtigt ist.

Sodann richtet man das Gesuch um Ertheilung der Legitimation unter Beifügung der polizeilichen Bescheinigung an die höhere Verwaltungsbehörde. Welches diese Behörde ist, ist im Allgemeinen nicht entschieden; bis jetzt wurden in Preußen die Landrathsämter dafür gehalten. Dagegen hat die Regierung der Provinz Schleswig-Holstein auf eine Beschwerde über ein die Ausstellung der Legitimation verweigerndes Landrathsamt entschieden, daß sie, diese Behörde sei. Es muß also vorher bei den Polizei-Behörden oder den Landrathsämtern (in Hannover den Landdrosteien) der übrigen preußischen Provinzen angefragt werden, an welche Behörde man sich mit dem Gesuch zu wenden habe.

Ferner haben wir unsere Genossen noch auf einen anderen Punkt aufmerksam zu machen: Wie wichtig es ist, daß die Wahlhandlung von ihnen überwacht wird, hat sich bei den vorigen Wahlen in einer Menge Fälle gezeigt. Nun ist es aber vorgekommen, daß man Wählern aus anderen Bezirken den Zutritt zum Wahllokal verweigerte, und in Folge dessen da, wo keine Leute aus dem Bezirke die Ueberwachung besorgen konnten, eine solche unsererseits gänzlich fehlte. Es liegt aber auf der Hand, daß sich die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung darauf bezieht, daß Jedermann Zutritt zu dem Lokale hat, jedenfalls aber jeder Wähler aus dem betreffenden Wahlkreise. (Nur bei Zusammenstellung der Wahlresultate aus den einzelnen Bezirken ist ausdrücklich im § 26 des Reglements betont, daß Wähler Zutritt haben.)

Es müssen also die betreffenden Wahlcommissare durch Eingaben veranlaßt werden, an die Wahlvorstände der einzelnen Wahlbezirke Weisung ergehen zu lassen, daß sie Niemanden, wenigstens aber keinen Wähler aus dem Lokale weisen dürfen, wenn derselbe auch nicht in dem betreffenden Bezirke zu wählen hat; und daß weiter die Wahlvorstände nicht nach Beendigung der Stimmabgabe (6 Uhr Abends) das Wahllokal abschließen dürfen, wie dies schon in zahlreichen Fällen beliebt wurde.

Scheinwerthe.

Es giebt eine große Klasse von Werthen, zu deren wissenschaftlicher Untersuchung Karl Marx in dem ersten Bande seines „Kapital" noch nicht hat gelangen können, deren arge Schädlichkeit aber baldige Beleuchtung verdient. Es sind dies die Scheinwerthe — oder auch künstlichen, oder Repräsentativ-Werthe.

So lange der Austausch von Werthen (Waaren oder Diensten) frei ist, werden nur gleiche Werthe ausgetauscht. Denn die Tauschenden bemessen den Werth beider Gebrauchsgegenstände mit oder ohne Wissen und Wollen nach der darin verleiblichten durchschnittlichen Arbeitszeit, und tauschen nur, wenn sie dieselbe gleich finden. Jeder Tauschgegenstand ist also ein Gebrauchswerth (ein sinnlich wahrnehmbares Nahrungs-, Kleidungs-, Behausungs-, Schutz-, Schmuck-, Bildungs- oder Erholungsmittel) aber nicht für den, der es vertauscht, sondern für den, der es sich eintauscht. Der Tauschwerth aber oder Werth schlechthin ist nichts Sinnliches, sondern blos im Geiste der Tauschenden vorhanden — eine Abschätzung verkörperter Arbeitszeit. Dies ist die Grundlage aller von Marx neuentdeckten ökonomischen Wahrheiten. Es gilt, immer im Auge zu behalten, daß dieser natürlich gerechte Austausch von Gleichwerthen blos da, und blos insoweit vorhanden ist, als die Tauschenden frei sind.

Bei den Werthen, welche wir hier untersuchen wollen, findet von alledem mehr oder weniger das Gegentheil statt. Betrachten wir z. B. einen Staatsschuldschein. Es ist erstens ein künstlich, d. h. durch Staatsgesetze geschaffener Werth. Das Stück Papier, worauf er gedruckt und unterschrieben steht, hat gar keinen Gebrauchswerth als solches, und man kann damit kein menschliches Bedürfniß befriedigen. Wäre sein Werth nicht durch ein Gesetz geschaffen, so würde Niemand das Mindeste dafür hingeben; jetzt giebt man vielleicht eine sehr große Menge nützlicher Waaren oder Dienste dafür hin. Macht der Staat, der es zum Werthe gestempelt hat, Bankrott, so wird es völlig werthlos. Der Staatsschuldschein verleiblicht ferner nicht ein abschätzbares Maß von Arbeitszeit; sein Werth richtet sich nicht nach der jedesmaligen Produktivität der Arbeit des Verkäufers, sinkt nicht, wenn diese steigt, steigt nicht, wenn diese fällt — wie das bei jeder andern Art Tauschwerthe der Fall ist, sondern ist ein für allemal festgesetzt, obschon der Marktpreis dafür schwanken mag. Endlich ist der Handel mit dem Staatsschuldschein auch nicht in demjenigen Sinne frei, wie die oben betrachtete Art Austausch; denn der Staat giebt demjenigen, welcher ihm hundert Thaler borgt, zwar ein Zahlungsversprechen in Gestalt eines Schuldscheins; da er aber selbst nichts erzeugt, sondern die Steuerzahler, die Arbeiter nöthigt, den Schuldschein zu verzinsen und schließlich zu tilgen, was erst in Zukunft geschehen kann, so verpfändet er noch ungethane Arbeit, was er nicht thun würde, wenn er frei wäre; und die wirklichen Bezahler des Schuldscheins, die Arbeiter, werden nicht befragt, ob sie ihn bezahlen wollen, sind mehrentheils noch gar nicht geboren. Der Gleichwerth, der dem Darleiher der hundert Thaler gegeben wird, ist also nur in der Einbildung vorhanden. Aus diesem Grunde verdienen die Staatsschuldscheine und ähnliche Werthe den Namen Scheinwerthe. Es sind aber noch ganz andere Gründe später zu erwähnen, weshalb sie diesen Namen verdienen.

Betrachten wir demnächst den hohen Bodenwerth. Es ist ganz natürlich, daß ein fruchtbarer Boden werthvoller ist als ein unfruchtbarer, weil dieselbe Arbeitszeit auf dem ersteren mehr Erzeugnisse liefert als auf dem letzteren, und daß ein Bauplatz in guter Handelslage werthvoller ist, als einer im abgelegenen Gebirgsthale, weil jener bessere Gelegenheit zur Verwerthung von Arbeitszeit giebt als dieser. Allein es ist nicht natürlich, daß der Bodenwerth mit der Bevölkerungszahl steigt und fällt; denn durch die Bevölkerungszahl wird der fruchtbare Acker nicht fruchtbarer, und die gute Handelslage nicht besser. Diese Werthsteigerung, welche mitunter ganz außerordentlich groß sein kann, ist lediglich durch Gesetze verschuldet, welche das Privateigenthum am Boden gestatten, so daß immer eine Mehrheit der Bevölkerung Grundeigenthümer erst noch zu werden sucht und im Streben darnach den Bodenwerth hinaufbietet. Es ist also durchaus nicht die Arbeit dieser Bevölkerung, welche den Bodenwerth steigert, sondern ihr Wachsthum an Zahl, während die Menge des vorhandenen Bodens nicht wächst, sondern eher abnimmt. Daß dies so ist, kann statistisch ganz schlagend nachgewiesen werden. Denn — wohlgemerkt! — wir reden hier nicht von demjenigen Werthe, welchen menschliche Arbeit durch Verbesserung des Ackers und der Handelslage dem Boden hinzugefügt hat, nicht von dem Werthe der Gebäude, Straßenbauten, Verkehrserleichterungen auf dem Boden; wir reden vom bloßen Bodenwerth, von dem nicht durch Arbeit, sondern durch Naturgeschenk Geschaffenen. Von diesem gilt ebenfalls, daß er künstlich geschaffen ist durch ein Gesetz; und da alle Gesetze abgeschafft werden können, auch wieder vernichtet werden kann. Er besteht eigentlich nicht in dem Boden, sondern in einem Stück Papier, welches Besitztitel genannt wird und von Gewalt wegen allen Nichtbesitzern die Nutznießung des darin bezeichneten Bodens verwahrt, damit der eine Besitzer einen höheren Nutzen daraus ziehen könne, als sonst möglich wäre. Er ist ein unnatürlicher Werth, da der Boden selbst nicht wie andere Waare ausgetauscht, ausgehändigt, überliefert werden kann, sondern nur der Besitztitel, und da die Schaffung dieses Bodens keine Arbeit gekostet hat — es sei denn, er wäre, wie in Holland, dem Meere abgewonnen, oder, wie in China, durch schwimmende Inseln. Jedes neugeborne Kind hilft durch die bloße Thatsache seiner Anwesenheit den Werth des Bodens in den Händen seiner Eigner vermehren; derselbe ist also schon vermehrt, lange ehe der Neugeborne als Erwachsener diejenige Arbeit verrichten kann, welche den Werthzuwachs bezahlt. Der Bodenwerth ist also blos in der Einbildung vorhanden, eine Zwangsanweisung auf zuükftige Arbeit der Nichteigner, oder auf deren Ertrag.

Es ist nicht anders mit jeder Art verzinslicher Schuldverschreibung. Bin ich Eigner einer solchen, so habe ich freilich mein Geld dafür hingegeben, allein für die Zinsen, welche ich erhalte, leiste ich keine Arbeit. Ich würde auch keine Zinsen für ein Darlehn erhalten, wenn Staatsgesetze mir nicht ein Recht darauf gäben, welches ich erzwingen kann. Wenn nun vollends das Kapital selbst, welches ich ausleihe, ganz aus Zinsen entstanden ist, so besteht es aus lauter Arbeitsertrag anderer Leute, für welchen keine Spur von Gleichwerth ausgetauscht wird. Würden einmal die Zinszahler, welche in jedem Volke eine Mehrheit bilden, einig, die Staatsgesetze in ihrem Sinne umzugestalten, das Zinsnehmen und Zinsgeben zu verbieten und allen Arbeitenden die Arbeitsmittel unentgeltlich zu geben als Darlehn, so wären alle vorhandenen Schuldscheine sofort werthlos. Sie werden es theilweise schon in Zeiten eines Krachs, wenn ein großer Theil der Arbeiter und Zinszahler nicht mehr genug Lohn oder Arbeitsertrag übrig behält, um gemachte Schulden zu verzinsen. Alle Schuldscheine sind also Besitztitel auf den Arbeitsertrag Anderer, und ihr Tauschwerth besteht in der Einbildung, daß dieser zukünftige Arbeitsertrag wirklich abgeliefert werden könne, wofür ein künstlich entstandenes Gesetz sorgt, so lange freilich blos, als es selbst besteht. Die Beispiele in der Geschichte, daß Schuldgesetze ganz abgeschafft oder auf Zeit außer Kraft gesetzt wurden, sind zahlreich.

Sklaverei, Leibeigenschaft, Lohnknechtschaft, Vorrechte und alle verwandten Einrichtungen sind ebenfalls Scheinwerthe in den Händen Derer, welche geschriebene Besitztitel auf die Arbeitsfrucht Anderer durch Gesetze erhalten haben, weil das Gesetz sie abschaffen kann, oft schon sie abgeschafft hat, und weil der menschliche Geist sie alle abschaffen wird. Wo immer und wenn immer dies geschieht, werden keine Gebrauchswerthe vernichtet, die Menschheit oder das einzelne Volk werden nicht ärmer an wirklichen Gütern, welche das Leben erhalten, verschönern und veredeln, sondern reicher; denn es werden lediglich geschriebene Besitztitel werthlos, welche einer Minderheit erlaubten, ohne Arbeit von Belang auf Kosten des Ganzen zu leben, während gleichzeitig die Mehrheit gezwungen war, dem Ganzen geringere Dienste zu leisten, als sie andernfalls könnten. blos zum Besten der Minderheit.

Gesetzt, alle Kapitalisten wanderten freiwillig aus und nähmen alle ihre Besitztitel und alle ihre persönliche Habe mit, einschließlich alles Geldes, aller Schmucksachen und Orden, Titel, Würden ꝛc. Das zurückbleibende Volk wäre nicht im Mindesten ärmer an wirklichen Gutern geworden, sondern nur reicher. Es brauchte die Ausgewanderten nicht länger glänzend zu unterhalten, übermäßig zu bereichern und knechtisch zu bedienen. Die Arbeitsmittel, das Land, die Bauten, Verkehrsanstalten und ihre Ertragnisse könnten sie doch nicht mitnehmen; mit Hilfe dieser Arbeitsmittel würden die Arbeiter ihre Verlassenheit prächtig ertragen, und durch eine neue Gesetzgebung verhüten, daß sie je wieder ausgebeutet würden. Der Reichthum der Nation würde ansehnlich wachsen und nicht länger aus vernichtbaren Scheinwerthen, sondern aus lauter Gebrauchswerthen bestehen.

Das Vorstehende wird wohl genügt haben, um das Wesen der Scheinwerthe klar zu machen. Aber es bedarf noch des Weiteren, um die ungemeine Schädlichkeit derselben zu zeigen. Obenan in dieser Hinsicht steht der Umstand, daß das arbeitende Volk, daß der einzelne Arbeiter nicht weiß, von wo der auf ihm lastende Druck ausgeht. Es ist meist Niemand da, welcher für das Elend des Arbeiters verantwortlich gemacht, und von welcher Erleichterung desselben verlangt werden könnte. Der Arbeiter welcher auf seiner Hütte ein Unterpfand (Hypothek) liegen hat,

dessen Verzinsung und Abtragung ihm übermäßigen Schweiß kostet, kann nicht den Inhaber der Urkunde dafür in Anspruch nehmen; denn dieser wird ihm sagen: überall anders, wo ich mein Kapital anlege, bekomme ich Zinsen dafür, und jeder Andere, von welchem du Geld borgst, wird dieselben Zinsen nehmen.

Der Verkäufer eines Ackers oder Bauplatzes, welcher dem kaufbegierigen Arbeiter den höchstmöglichen Preis abpreßt, thut nur, was jeder Verkäufer einer Waare zu thun pflegt. Der Staat, der die vielleicht kaum erschwinglichen Steuern eintreibt, um seine Schulden zu verzinsen und zu tilgen, kann nicht anders handeln, so lange die Gesetzgebung im Interesse des Kapitals und nicht der Arbeiter eingerichtet ist. Der Arbeitgeber, der den Lohn herab- und die Länge des Arbeitstages hinaufschraubt und durch Maschinerie und Arbeitstheilung die Arbeit des Lohnsklaven immer einträglicher für sich selbst macht und immer erschöpfender für diesen, kann sich damit entschuldigen, daß die Arbeitgeber durch den Mitbewerb unter sich und den der Arbeiter unter einander genöthigt sind, so zu handeln, oder aber auf ihren rechtmäßigen Profit zu verzichten.

Kurz, in einer kapitalistisch verfaßten Gesellschaft, welche in dem Glauben erzogen ist, daß Zins, Profit und alle Besitztitel auf die Arbeitsfrucht Anderer rechtmäßig, heilsam und nothwendig sind, wofern sie nur nicht durch gesetzlichen Zwang eingeschränkt werden, in einer solchen Gesellschaft ist kein Einzelner für Ausbeutung selbst der unmenschlichsten Art verantwortlich. Gegen das, was das Gesetz Betrug, Diebstahl, Raub oder Freiheitsentziehung nennt, gewährt das Gesetz noch Demjenigen Hilfe, der es anzurufen die Macht hat; für gesetzlich erlaubtes Unrecht jener Art aber, und wäre es vielfach ärger, sind Alle, selbst der Benachtheiligte, mitverantwortlich — also Niemand insbesondere, an den man sich halten könnte. Selbst eine gewaltsame Staatsumwälzung seitens der Ausgebeuteten kann nicht wirklich helfen, wenn nicht die große Mehrheit aufgehört hat, kapitalistisch zu denken. Hat sie dies aber, so wird sie unnöthig.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die dritte Lesung des Justizgesetzes, die am Montag beginnen sollte, ist auf Mittwoch verschoben worden. Man ist mit dem Compromiß noch nicht fertig; und einige halsstarrige Majoritätsmitglieder, die nicht über den Bismarck'schen Stock springen wollen, müssen erst — fügsam gemacht werden. —

Zu den Justizgesetzen bringen die sozialistischen Abgeordneten folgenden Antrag ein:

Abänderungsanträge zu den Beschlüssen der zweiten Lesung der Strafproceßordnung.

Der Reichstag wolle beschließen:

a) Die Ueberschrift des siebenten Buches folgendermaßen zu fassen:
Strafvollstreckung, Kosten des Verfahrens und Entschädigung

b) einen dritten Abschnitt im siebenten Buche zu bilden mit der Ueberschrift:
Entschädigung.

c) in diesen Abschnitt folgende Paragraphen aufzunehmen:

§ 509. Einem Angeschuldigten, welcher in Untersuchungshaft genommen wurde und gegen den entweder das Verfahren eingestellt oder der freigesprochen worden ist, ist für die ihm in Folge der Untersuchungshaft entstandenen nachtheiligen Folgen für die Vermögensverhältnisse, den Erwerb oder das Fortkommen aus der Staatskasse eine Entschädigung für jeden Tag der Dauer der Untersuchungshaft in der Höhe von drei bis fünfzehn Mark zu gewähren.

Die Höhe der Entschädigung bestimmt die Civilkammer desjenigen Gerichts, bei welchem die Verhaftung erfolgte oder bei dem der verfügende Staatsanwalt fungirte.

Ist die Verhaftung durch den Amtsrichter erfolgt, so bestimmt die Civilkammer desjenigen Landgerichts, dem das betreffende Amtsgericht untersteht, die Höhe der Entschädigung.

§ 510. Einem zu Strafhaft Verurtheilten, welcher in Folge Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Erkenntniß geschlossenen Verfahrens freigesprochen worden ist, ist für die ihm in Folge der Strafhaft entstandenen nachtheiligen Folgen für die Vermögensverhältnisse, den Erwerb oder das Fortkommen aus der Staatskasse eine Entschädigung für jeden Tag der Dauer der Strafhaft in der Höhe von drei bis fünfzehn Mark zu gewähren.

Die Höhe der Entschädigung bestimmt dasjenige Gericht, bei welchem die Freisprechung erfolgte.

§ 511. Ist der Beschädigte während der Untersuchungs- oder Strafhaft verstorben, so ist die Entschädigung den Personen, welchen dadurch der vom Beschädigten zu erwarten gewesene Unterhalt entgeht, zu gewähren.

§ 512. Dem Staat steht das Recht zu, sich an demjenigen, welcher die Haft des Beschädigten aus Vorsatz oder aus grober Fahrlässigkeit veranlaßt oder verlängert hat, schadlos zu halten.

§ 31 hinter „Ehrenamt" einzuschalten:
Außer der entsprechenden Reisevergütung erhält der Schöffe für jeden Tag, an welchem er sich in Funktion befindet, aus der Staatskasse eine Entschädigung von fünf Mark,

§ 32 Absatz 1 anstatt „das dreißigste Lebensjahr" zu setzen:
das fünf und zwanzigste Lebensjahr,
in Absatz 2 statt „2 volle Jahre" zu setzen:
sechs Monate.

Absatz 3 zu streichen.

Absatz 5 zu streichen.

3. in § 34
den Absatz 8 zu streichen.

4. in § 35 den Absatz 6 zu streichen (siehe § 31).

5. in § 40 den 4. Absatz: „die Wahl erfolgt ꝛc. ꝛc." folgendermaßen zu fassen:
Die Wahl erfolgt durch die Einwohner des Amtsgerichtsbezirks. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der das 25. Lebensjahr überschritten hat. Bis zur näheren Regelung durch ein Gesetz finden im Uebrigen die Bestimmungen des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 und des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 für den deutschen Reichstag Anwendung.
(Schwurgericht 6 Titel.)

6. in § 85 hinter „Ehrenamt" folgenden Satz einzuschalten:
Außer der entsprechenden Reisevergütung erhält der Geschworene für jeden Tag, an welchem er sich in Funktion befindet, aus der Staatskasse eine Entschädigung von fünf Mark.

— Zum Kapitel der „freien" Wahlen theilen wir nachfolgenden Erlaß mit, den der Direktor der Bochumer Gußstahlfabrik an seine Arbeiter richtete: „Zu der am Donnerstag, den 23. d. M., Vormittags von 9 bis Nachmittags 6 Uhr stattfindenden Stadtverordneten-Wahl sind vom hiesigen Bürger-Comité, dem sich auch der Bochumer Verein angeschlossen hat, die Herren: 1) Kampmann, 2) Enders, 3) Harpe, 4) Generotzky, als Kandidaten für die 3. Abtheilung aufgestellt. Indem ich Sie hiervon benachrichtige, erwarte ich, daß Sie nur diesen Kandidaten Ihre Stimme geben. Sie sind unter Nr. . . . . der Wahlliste aufgeführt und wählen . . Der Direktor O. Helmholz." Wenn schon bei den Stadtverordnetenwahlen, die durch den Census ohnehin beschränkt sind, solche Beeinflussungen vorkommen, welche Uebergriffe werden sich unsere Gegner nicht erst bei den Reichstagswahlen erlauben, wo die Stimme des Arbeiters soviel wiegt wie die des Arbeitgebers? Nun, hoffentlich werden die Arbeiter in der Mehrzahl vorkommendenfalls sich ganz energisch gegen die Zumuthung verwahren anders zu wählen als es die Ueberzeugung ihnen gebietet.

— Spät kommt er, doch er kommt — Tessendorf nämlich! Jetzt endlich ist die Anklage gegen die Berliner Genossen wegen Fortsetzung eines gerichtlich geschlossenen Vereins erfolgt, und zwar in einer Ausdehnung, welche es erklärlich macht, warum Herr Tessendorf gar so lange gebraucht, bis er dieselbe fertig gebracht. Als Angeklagte figuriren: Schriftsetzer Heinsch, Paul Grottkau, Heinrich Bakow, Schriftsetzer Greifenberg, Albert Baethke, sämmtlich in Berlin anwesend, und außerdem noch W. Hartmann, C. Derossi und J. Auer aus Hamburg, sowie H. Braasch aus Altona. Geib fehlt auf der Liste nur, weil er momentan durch das Reichstagsmandat geschützt ist. Der kommt nach Schluß der Reichstagssession dran. Gegen Derossi, Greiffenberg und Geib (für Letzteren nach Schluß des Reichstags) ist außerdem die Anklage wegen Vergehen gegen § 128 des Strafgesetzes angestrengt. Dieser Paragraph lautet: Die Theilnehmer an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprechen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängniß bis zu 6 Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängniß von 1 Monat bis 1 Jahr zu bestrafen. — Wird natürlich lange nicht so heiß gegessen werden, als Strafantragskochkünstler Tessendorf zu kochen bestrebt ist.

— Liberal und national bis zur Geldbeutelfrage nannte Parteigenosse Dreesbach treffend die nationalliberale Partei. Er erwies dies auch schlagend genug durch folgende Ausführung: „Als zwischen Deutschland und Frankreich im Jahre 1870 der Krieg ausbrach, als uns nach den bekannten Thatsachen der Krieg von Napoleon erklärt wurde — wir müssen es ja glauben, daß die Franzosen den Krieg anfingen — da bedurfte Deutschland Geld, und es wurden 120 Millionen Thaler zur Führung des Krieges vom norddeutschen Reichstage bewilligt, welche durch ein Anlehen bei den Kapitalisten aufgebracht werden sollten. Man hat aber Wochen lang laborirt, um jene Zeichnung vollständig zu machen; es zeigte sich zu deutlich, daß der Patriotismus der Liberalen genau bis zu ihrem Geldbeutel ging. Was war also der Grund, daß jene 120 Millionen nicht durch Zeichnungen aufgebracht werden konnten? War etwa kein Kapital vorhanden? Durchaus nicht, m. H.! Die Gründe waren einfach die, daß man noch nicht wußte, ob Deutschland oder Frankreich im Kriege Sieger bleiben werde; denn im letztern Falle würde das gezeichnete Kapital für die Darleiher wahrscheinlich verloren gewesen sein. Als aber die Franzosen besiegt wurden und als nach der Sedansschlacht zur Fortführung des Krieges eine neue Anleihe von 100 Millionen nöthig war, da hatten wir das Schauspiel, daß diese Anleihe in 3 Tagen überzeichnet war. Weshalb jetzt der Patriotismus? Nun sehr einfach! Jetzt wußte man, daß der Krieg zu Ungunsten Frankreichs ausfiel, jetzt wußte man, daß die Franzosen die Kriegskosten und noch viel mehr zahlen mußten, man wußte also, daß das von deutschen Bürgern dem deutschen Reiche geliehene Kapital nicht verloren wäre; deshalb allgemeiner Patriotismus, allgemeine Aufopferung der Liberalen; und dazu noch 11⅓ Prozent Zinsen, m. H., Alles, was Geld hatte, wurde liberal, es gab ja sichere Kapitalanlage und hohe Zinsen!" . . . .

Herr Dreesbach hätte noch hinzufügen können, daß die Herrn Liberalen eher ihr Geld den Franzosen als ihrem Vaterlande zur Verfügung stellten, wie dies 2 gerichtlich wegen Hochverrath in Berlin verurtheilte, aber nachher begnadigte liberale Kapitalisten beweisen, die selbst während des Krieges auf das von Frankreich aufgenommene Anlehen zeichneten. — Dann folgte durch liberales Brüllen provozirte Schließung der Versammlung und hierüber bemerkt die „Pfälzer Zeitung": „Die Arbeiter haben in den beiden gedachten Versammlungen (in Speier und Neustadt) die „Gebildeten" beschämt, sie haben sich auf dem parlamentarischen Boden gehalten und den systematischen Unterbrechungen gegenüber eine staunenswerthe Mäßigung gezeigt. Nur dieser allein ist es zu danken, daß es nicht zu Thätlichkeiten kam. Allgemein wird das Niederschreien des Gegners für ein Zugeständniß der eigenen Schwäche, für die eigene geistige Bankerott-Erklärung angesehen."

— Nachstehende Erklärung unseres Freundes Carl Hirsch wurde an die „Magdeburger Zeitung" geschickt, ist aber bisher nicht von derselben aufgenommen worden:

„Geehrter Herr Redakteur!

„Eines der Feuilletons, die Ihr Blatt der Sozialdemokratie gewidmet hat, führt meine Wenigkeit unter den „geistig führenden Personen" auf, die 1872 ganz oder theilweise von der sozialdemokratischen Partei zurückgetreten seien, und spezifizirt diese Behauptung in Bezug auf mich dahin, daß ich als Correspondent mehrerer „Bourgeoisblätter" nach Paris gegangen sei.

„Ohne die mir hier beigemessene Bedeutung zu acceptiren, kann ich doch nicht umhin, mich dagegen zu verwahren, daß ich durch meine hiesige journalistische Thätigkeit mich von meiner Partei auch nur im Geringsten getrennt hätte. Sie werden es wohl ebensosehr als ich selbst überflüssig finden, daß ich Ihren Lesern über die Wahl meines Arbeitsfeldes Rechenschaft gebe; ich beschränke mich daher auf die Erklärung, daß diese Wahl im Einvernehmen mit den Leitern meiner Partei und im Interesse der letzteren erfolgte. Mein hiesiger Aufenthalt und meine Mitarbeiterschaft an „Bourgeoisblättern" sind also nicht ein Zurücktreten von der Wirksamkeit für meine Partei, sondern genau das Gegentheil.

„Ihr Herr Feuilletonist bezeichnet mich ferner als einen „Rabbinatskandidaten". Ich muß diesen Titel ablehnen: ich habe wohl eine Zeit lang u. A. auch Theologie studirt, war aber nie Kandidat für irgend ein Amt und am Allerwenigsten für ein geistliches. Seit zwölf Jahren bin ich Journalist, seit 1867 gehöre ich der freien Gemeinde an.

„Ihre Unparteilichkeit wird mir, auch ohne daß ich mich auf ein Gesetz berufe, den Abdruck dieser persönlichen Berichtigung gewähren, zumal derartige kleine Ungenauigkeiten, wie ich sie hervorheben mußte, den feuilletonistischen Werth der in ihrer Art bis jetzt einzigen Arbeit des Herrn Mehring nicht zu beeinträchtigen vermögen.

Die natürliche Parteistellung des Volksschullehrers.

Von Karl Schneidt.

(Fortsetzung.)

Die Kunst des Aushungerns ist das Geheimmittel, mit welchem die heutige Bourgeoisie ihr schon längst verwirktes Leben immer noch weiter fristet. Man nehme ihr dieses Mittel, und ihr Lebensnerv ist unterbunden; der ganze Körper wird allmählich absterben — abfaulen.

Aber sie hüten es sorgfältig, dieses Mittel, von dem ihr ganzer Bestand abhängt, sie sind stets ängstlich bemüht, zu erfahren, ob dasselbe seine Wirksamkeit noch nicht verloren hat; stets wenden sie dasselbe von Neuem an — und es bewährt sich in den meisten Fällen.

Sie wissen andrerseits aber auch, daß der Mensch im natürlichen Zustande, daß der „Normalmensch" sich ein solches Experimentiren nicht gefallen lassen würde, sie wissen nur allzugut, daß ein hungriger Magen keine „Vernunft" annimmt. Und doch, wenn sie selbst ihr faules, üppiges Schmarotzerleben fortführen sollen, muß das Volk hungern, müssen die Enterbten darben. Da gibt es denn nur den einen Ausweg:

Was ein natürlicher Mensch nicht ertragen würde, das erträgt gleichwohl ein eigens zu diesem Zwecke künstlich präparirter Mensch. Die Ausbeuter müssen also darauf bedacht sein, ihre Opfer auf eine Weise herzurichten, daß dieselben ohne Murren Hunger, Noth und Elend ertragen. Da giebt es denn gar treffliche Mittel, diesen Zweck zu erreichen. Vor allen Dingen ist es die „Religion", die eigens dazu gemacht ist, Schafe heranzuziehen, die sich scheeren und zur Schlachtbank führen lassen, ohne auch nur zu blöken, geschweige zu stoßen. Die Diener der „Religion" mit ihrem ewigen

Hier ist dein Loos zu dulden und zu darben,
In andern Welten reifen deine Garben,

haben die ihnen übertragene Aufgabe nur allzugut verrichtet. Sie haben es verstanden, aus natürlich freien Menschen demüthige Sklaven, gottergebene Dulder und stumme Märtyrer zu machen.

Durch welche Kunstgriffe ihnen dies gelungen ist, gehört nicht hierher. Die Thatsache steht fest und läßt sich nicht verkennen: Der Glaube an Gott, der Glaube an einen rächenden und belohnenden Gott, der Glaube an ein besseres Jenseits sind die Hauptstützen der heutigen Gesellschaft, sind die Hauptursachen des Elendes der Massen. Der Glaube ist es in erster Linie, der die Menschen an's Elend schmiedet, der sie an jeder freien Bewegung hindert.

Die Schule unter Oberaufsicht der Kirche und im Dienste der herrschenden Partei, d. h. des „Staates", diese Schule war es, welcher die Hauptrolle in dem großen Werke der Volksverdummung zufiel. Die Schule, der die Kinder im bildungsfähigsten Alter überwiesen werden, hat aus den Meisten das gemacht, was sie sein sollen, Sklaven, die ihre Ketten küssen, Sklaven, die da behaupten, sie hätten der Freiheiten noch zu viele.

Wäre aber eine solche Schule, wären des deutschen (preußischen) Schulmeisters „Erfolge" bei Sadowa und im „heiligen Kriege" 1870 möglich gewesen, wenn die Lehrer sich ächte Jünger Diesterweg's hätten nennen können? — Würde sich wohl jemals der Lehrer nach dem Herzen Diesterweg's dazu hergegeben haben, im Dienste der Gewalt zu arbeiten an dem Werk der Volksverdummung? — Könnte ein solcher Lehrer sich wohl entschließen, in den zarten Herzen der seiner Obhut und Sorge anvertrauten Kleinen jenen corrumpirenden Mordspatriotismus anzufachen, der ein charakteristisches Zeichen unserer heutigen Schulen bildet? Könnte er es ferner über sich gewinnen, die Kinder des Volkes, aus denen sittlich freie Menschen zu bilden seine höchste Aufgabe sein sollte, zu demüthigen Sklaven des Geldsacks zu dressiren? Könnte er es vor seiner Ehre verantworten, daß er mit tollem Firlefanz und wüstem Hexenspuk das Denkvermögen der Schüler verkleistert und so eine Generation heranzieht, die mit dem Menschen Nichts als — das Gesicht gemein hat?

Die Beantwortung all' dieser und ähnlicher Fragen wird sich leicht ergeben, wenn wir uns in Kürze klar zu machen suchen, was Diesterweg von dem Volksschullehrer verlangte.

Seiner Ansicht nach sollte der Lehrer der Neuzeit nicht in ein gegebenes Erziehungssystem eingeweiht werden, er sollte nicht zum mechanischen Arbeiten nach bestimmten Angaben und Vorschriften angehalten, sondern selbst auf die Bahn der freien Entwickelung gebracht werden. Er soll selbst erfaßt werden von dem vorwärts drängenden Zug der Zeit, soll den Muth des freien Denkens erobern, soll das Lessing'sche „Streben nach Wahrheit" niemals verleugnen, soll von der Menschenliebe getrieben werden, ernstlich und redlich Hand anzulegen zur Lösung der Aufgaben dieser Zeit, soweit solche von der Pädagogik gestellt werden, er soll sich versenken in die Menschennatur, in die erziehliche und Unterrichtskunst.

Das verlangt Diesterweg von seinem Lehrer. Und wie er sich das Verhalten des von der Würde und Bedeutung seines Berufes erfaßten Volksbildners vorstellt, dies hat er am deutlichsten durch sein eigenes Auftreten bewiesen.

Nach den Freiheitskriegen war ein gelinder Anlauf gemacht worden, das Prinzip der freiheitlichen Entwicklung auf das preußische Staatswesen zu übertragen. Gleichzeitig hatte sich das Pestalozzi'sche Erziehungs- und Unterrichtsprinzip Eingang verschafft. Dieser gelinden freiheitlichen Strömung folgte eine Gegenströmung, zuerst im staatlichen, dann auch im geistigen und Bildungsleben. Unter Friedrich Wilhelm IV. gelangte diese Gegenströmung zur vollsten Geltung. Der revolutionäre Sturz der von dem Zeitgeist überholten staatlichen Formen, welcher 1848 erfolgte, erhöhte die in Regierungskreisen bereits vorhandene Abneigung gegen die freie geistige Entwicklung. Man erblickte in ihr (und das mit Recht) die eigentliche Ursache der Revolution, man verlangte — „die Umkehr der Wissenschaft!!" Natürlich mußte bei seiner Entschiedenheit und Unbeugsamkeit auch Diesterweg, der inmitten des tollsten Treibens der Reaktion wie ein Fels im Meere dastand, fallen. An die Stelle des Prinzips freiheitlicher Erziehung, an die Stelle der auf Anthropologie basirten wissenschaftlichen Pädagogik traten die Regulative, welche die Schule zur Lieferungs- und Dressuranstalt für „gute Staatsbürger" mit normalem „Unterthanenverstand" machten. Die Reaktion triumphirte über „die pensionirte Pädagogik".*)

*) Unter dem Ministerium Eichhorn (1847) wurde Diesterweg mit

„Genehmigen Sie, Herr Redakteur, die Versicherung meiner Hochachtung.

Paris, 2. Dezember 1876. Carl Hirsch,
Redakteur der „Revolution."

— Einen interessanten Brief veröffentlicht die Pariser „Tribüne". Denselben richtete Rossel, der Kriegsminister der Commune, kurz vor seiner „Hinrichtung" in der Haft von Versailles an seinen Gefängnißnachbar Henri Rochefort, der ihm ganz unbefangen den Vorschlag gemacht hatte, später, wenn sie wieder auf freiem Fuße wären, zusammen ein Journal zu gründen. Die wesentlichsten Stellen aus dem Briefe lauten:

„Mein lieber Nachbar! Die Idee, von der Sie sprechen, hat mich oft beschäftigt, noch ist in dieser Richtung viel zu thun. Sie haben hundertmal Recht; die heutigen Zeitungen machen eine unfruchtbare, und nicht nur unfruchtbare, sondern unsinnige Opposition. Sie tadeln ohne Ueberlegung darauf los und sind nicht im Stande, ernste Fragen ernst zu behandeln. Sie können wohl eine Regierung in Mißkredit bringen, nicht aber sie bekämpfen, so daß die Regierung, wenn sie zum Sturze gelangt, durch eine Coalition oder eine Revolution, nicht aber durch eine andere Regierung ersetzt wird. Ich sehe nie ein englisches Blatt, ohne einen Anflug von Neid zu empfinden. Nicht als ob mir die englische Presse in allen Stücken der Nachahmung werth schiene, unsere Franzosen würden nur mit Widerwillen die dicken Fleischschnitten und schweren Puddings hinnehmen, welche unsere Nachbarn jeden Morgen als Leitartikel verdauen, aber ich glaube, daß gleichzeitig mit einer aufrichtigen Demokratie in unserem Lande eine reichliche und ernste politische Presse erstehen muß. Ich glaube, daß ein Blatt, welches zu den Franzosen wie zu verständigen Leuten spräche, die fähig sind, sich selbst zu regieren und ihre Freiheit ebenso sehr lieben, wie ihre Ruhe, welches aber hingegen die Parteien als das behandelte, was sie thatsächlich sind: kleine Coterien, die Frankreich zu ihrem eigenen Nutzen ausbeuten wollen (und von Chambord bis Aumale sind sie alle von gleichem Schlage), ein solches Blatt, glaube ich, hätte einen sicheren politischen Erfolg vor sich. ..... Sie wissen ohne Zweifel, daß Gambetta ein Journal gründet. Vor vierzehn Tagen flüsterte man sich diese Nachricht geheimnißvoll zu und jetzt fängt die Presse an, sich damit zu beschäftigen. Ich bin mir nicht genugsam klar darüber, ob seine Ideen so mit den Ihrigen und meinigen übereinstimmen, daß eine Assoziation mit ihm ersprießlich sein kann. Dagegen muß ich Ihnen sagen, daß der Plan, mich mit Ihnen zu verbinden, verlockend auf mich wirkt und mir schmeichelt; denn ich kenne Sie als einen aufrichtigen und tapfern Freund der Freiheit. Während ich als Generalstabschef oder als Delegirter im Kriegsministerium war, bedauerte ich oft, mit Ihrem Blatte, das ehrlich revolutionär war, keine regelmäßigen Beziehungen unterhalten zu können. — Bis wir wieder frei sein werden (da Sie doch eine so unbestimmte Aussicht ins Auge zu fassen wagen), wird es mich freuen, mit Ihnen einige Gedanken über Fragen, die uns interessiren, auszutauschen und Ihnen die Betrachtungen mitzutheilen, die ich über die Ursachen des Verfalls unseres Landes und die Mittel, ihm wieder aufzuhelfen, anstelle.

26. November 1871. Ihr Nachbar Rossel."

Den trefflichen Rossel hat die französische „Republik" gemordet und für den Auchdemokraten Gambetta ist sie heute noch nicht demokratisch genug, obgleich heute die Ungefährlichkeit Gambetta's selbst für die volksfeindlichste Bourgeois-Republik längst zweifellos geworden ist.

— Wegen Beleidigung eines Standesbeamten, ferner wegen zweier sogenannter Vergehen gegen die öffentliche Ordnung und wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am 7. d. M. Parteigenosse Milke vor dem Stadtgericht zu Berlin zu verantworten. Da der ersten Anklage kein ordnungsgemäßer Strafantrag zu Grunde lag, mußte der Gerichtshof von der Urtheilsfällung absehen, in den übrigen Fällen sprach er über den angeklagten Sozialisten natürlich sein Schuldig aus und verurtheilte denselben zu 6 Monat Gefängniß. „Gebessert" wird Milke dadurch schwerlich werden.

— Aus Fürth, 8. Dezember, wird berichtet: Parteigenosse Friedl ist auf heute vor den Untersuchungsrichter geladen, um sich wegen angeblichen Vergehens gegen den § 130 vernehmen zu lassen.

— Parteigenosse Otto Kapell, Redakteur des „Pionier", ist am 7. d. M. vom Berliner Stadtgericht wegen einer in seinem Blatte verübten Beleidigung des Bürgermeisters in Brück (Mecklenburg) zu 150 Mark Geldstrafe verurtheilt worden.

Diesterweg wurde von seiner eigensten Geburts- und Lebensstätte, von dem Schauplatz seiner segensreichen Thätigkeit, der pädagogischen Praxis, entfernt; aber trotzdem verfolgte er mit unwandelbarer Festigkeit und Charakterstärke das mit klarem Blick erkannte Ziel. Er suchte jetzt seinem Prinzipe der freien Entwickelung theoretisch durch die Feder, praktisch in den Berliner Stadtverordnetenversammlungen und als Kammermitglied Geltung zu verschaffen und Bahn zu brechen. Das Volk ehrte ihn durch wiederholte Wahl, und er folgte dem Rufe. Diesterweg ward Politiker, und trotzdem bewahrte er seine Herzensneigung der Schule und ihren Lehrern. Am Abende seines Lebens suchte er dieselben zu Pestalozzi-Vereinen zu sammeln, und da er einsehen mochte, daß von Seiten des „Staates" Nichts für die materielle Besserstellung des Lehrerstandes zu hoffen sei, suchte er durch Uebertragung des Prinzips der freien Assoziation auf die Lehrerschaft der tausendfach in diesem Stande vorhandenen leiblichen und geistigen Noth (wenn auch in unzureichender Weise) entgegenzuarbeiten. Stets aber betonte er die Nothwendigkeit einer tüchtigen wissenschaftlichen Ausbildung der Lehrer, fest überzeugt, daß durch sie die materielle Lage der Lehrer gebessert, und daß durch sie die Freiheit angebahnt würde. — Drei Tage nach der Schlacht von Sadowa starb Diesterweg. Die „Einigung Deutschlands" ward auf blutigen Gefilden durch den Kanonendonner eingeläutet, der preußische Schulmeister hatte gesiegt, der Massenmord wurde in Schule in Kirche durch Festlichkeiten und Hochämter verherrlicht — was sollte da ein Diesterweg noch leben? Er paßte mit seinem biedern Sinne nicht mehr in die Schule, die das Humanitätsprinzip verleugnete — da war es denn am besten, er starb.

Belassung seines Einkommens von seinem Amte als Seminardirektor entbunden. Unter dem Ministerium Schwerin und Rodbertus (1848) wurde er zwar noch einmal zu Arbeiten, das Unterrichtswesen betr., herangezogen, jedoch 1850 erfolgte seine Pensionirung und Versetzung in den Ruhestand.

(Fortsetzung folgt.)

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 5. Dezember. Aus dem ständeräthlichen Berichte über das Fabrikgesetz lassen wir jetzt noch einige Bemerkungen über das Fabrik-Inspektorat folgen:

„Die einzelnen Theile des Gesetzes müssen es Jedermann recht lebhaft vor die Augen stellen, daß ohne kräftige Organisation der Vollziehung das Gesetz ein todter Buchstabe bleibt. Wenn man sich umsieht in dem reichhaltigen Material, das die Berichte der Fabrik-Inspektoren in England und Deutschland zu Tage gefördert haben, so wird man in der That auch auf's Lebhafteste überzeugt, daß hierin recht eigentlich der Kern der ganzen Angelegenheit liegt. Erst nach und nach werden selbst diese Inspektoren auf diesem weiten Felde einheimisch und auch für ihre Aufgabe immer geeigneter und tüchtiger. Erst nach und nach kommt dann auch das Vertrauen aller einsichtigen und gewissenhaften Fabrikanten, d. h. es verändert sich das anfängliche Mißtrauen in Vertrauen, ja oft in ein aufrichtiges Verlangen nach dem einsichtigen Rath dieser Inspektoren. So besagt der preußische Jahresbericht pro 1875, Seite 66:

„Zunächst kann natürlicherweise nur auf Abstellung der größten Unzuträglichkeiten gedrungen werden. Erst nach und nach muß das Vertrauen der Fabrikanten auf die praktischen Erfahrungen des Fabrik-Inspektors, auf die Objektivität seines Urtheils erweckt und gesichert, aber auch der bestimmte Wille desselben zur Durchführung erprobter Verbesserungen, soweit sie nicht nachgewiesener Maßen eine erhebliche Störung im ganzen Betrieb verursachen könnten, erkannt und geachtet werden" u. s. w.

Die reiche Summe mannigfacher Kenntnisse, die für richtige Lösung der schweren Aufgabe erforderlich ist, und deren Besitz allein schließlich das benannte Vertrauen bringen kann, giebt ebenfalls Zeugniß darüber, daß einzelne ständige Inspektoren unabweisbares Bedürfniß sind. Aber selbst neben denselben wird von Zeit zu Zeit in ganz singulärer Richtung eine außerordentliche Untersuchung der einen oder andern Unternehmung oder einer bestimmten Klasse von Gewerben nöthig werden, um über bestimmte Uebelstände klare Einsicht zu erhalten und auch einsichtigen und mit den Verhältnissen des Gewerbes vereinbarlichen Rath und wenn nöthig Befehl zur Abhülfe geben zu können. Nach dieser doppelten Richtung werden also Inspektoren nöthig werden.

Daß die Gewerbtreibenden selbst übrigens ein eidgenössisches Inspektorat wünschen und einem solchen größeres Vertrauen entgegenbringen, zeigt z. B. die Eingabe der Industriellen der Ostschweiz aus dem Spinn- und Maschinenfach, d. d. Rapperswyl, 14. Oktober 1874, an das Eisenbahn- und Handelsdepartement, in welcher es wörtlich heißt:

„Wir verlangen endlich, daß eidgenössische Fabrikinspektoren ernannt werden mit der Competenz, den Betrieb unserer Fabriken in Bezug auf die eidgenössische Gesetzgebung zu überwachen und die Fabrikanten zu deren Befolgung unter Strafe anzuhalten, für die Gesundheit der Arbeiter gefährliche Einrichtungen zu beseitigen oder zu ändern. Gegen die Anordnungen der eidg. Inspektoren soll uns ein Rekursrecht an eine obere Instanz zustehen."

So ist die Anordnung eines wohlgeordneten Inspektorates für Durchführung eines solchen Gesetzes als durchaus nothwendig sowohl von Industriellen und Arbeitern, von dem vorberathenden Körper der Gesetzgebung, als auch ganz besonders von einer reichen Erfahrung anderer Länder übereinstimmend anerkannt."

Der Widerstand der schweizerischen Arbeiterkreise wird sich hauptsächlich gegen die Beschlüsse des Nationalraths und der ständeräthlichen Commission richten, wodurch das Fabrikgesetz nur auf die Arbeit „in geschlossenen Räumen" Anwendung finden darf. Bereits werden in dieser Richtung Schritte gethan.

Bremen, 24. November. Auf den 24. ds. Mts. hatte das sozialdemokratische Wahlcomité eine Volksversammlung einberufen, um den vom Comité aufgestellten Candidaten Gelegenheit zu geben, sich den Wählern vorzustellen. Das Bureau wurde zusammengesetzt aus den Herren Mehnert und Henke als Vorsitzende, Lochte und Bömmerstedt als Schriftführer. Herr Mehnert machte bekannt, das Comité habe den Herrn W. Frick in Vorschlag gebracht. Als derselbe die Tribüne betrat, begrüßte ihn ein anhaltend stürmisches Bravo. Als wieder etwas Ruhe herrschte, begann Redner in einfacher, ruhiger und ernster Weise, ganz der Sache entsprechend, zunächst die Pflichten zu erläutern, welche einem Abgeordneten des Volks obliegen. Diese Pflichten kenne er und bitte er deshalb die Anwesenden, bei der nächsten Wahl ihm ihre Stimmen zu geben. Es handle sich nicht darum, ob seine Person, sondern ob die Sache, welche er vertrete, hier am Orte Sieger sei. Hierauf kritisirte Redner die Thätigkeit der liberalen Abgeordneten, insbesondere die des Herrn Mosle, bisheriger Vertreter Bremens im Reichstage, und stellte seine Thätigkeit in's rechte Licht, wofür dem Redner allgemeiner Beifall zu Theil wurde. Von Allem, was er damals versprochen, habe er auch nicht das Geringste gehalten. Im Gegentheil, er habe gegen die Bewilligung von Diäten gestimmt und damit dem kleinen Handwerkerstand einen Schlag in's Gesicht versetzt. Gerade der Handwerkerstand sei es, der am meisten dadurch getroffen würde, denn hinter demselben stehe keine Organisation, welche den sozialistischen Arbeiter noch stets vor der größten Noth beschütze. Es gäbe für den Handwerker nur ein Mittel, nämlich einen Sozialdemokraten in den Reichstag zu schicken, welcher allein Herz und Sinn für die gerechten Forderungen des Handwerkerstandes habe, deshalb möge man ihn wählen. Herr Mosle werde nichts für sie thun, denn er gehöre der nationallib. Partei an, deren ausgesprochener Grundsatz es sei, der Staat habe in wirthschaftlichen Dingen nicht mitzureden. Der Herr Mosle habe ferner für das Militärbudget gestimmt, welches das schon so sehr belastete Volk mit neuen Steuern drücke, und dadurch seine Machtbefugnisse überschritten. Aber dagegen habe er gestimmt, daß Abgeordnete, die wegen politischer Vergehen sich in Haft befinden, während der Dauer der Session aus der Haft entlassen würden. Es kennzeichne dies seine politische Engherzigkeit. Nachdem Redner noch näher beleuchtet, was der jetzige Reichstag denn eigentlich für den deutschen Handwerker und Arbeiter gethan, fuhr derselbe fort: Das einzige Mittel, welches den Handwerker aus seiner bedrängten Lage herausreißen könne, sei die Assoziation. Lassalle habe die Mittel und Wege angegeben, und sei es deshalb Pflicht der Wähler, Männer in das Parlament zu senden, welche energisch dafür eintreten, daß das Volkswohl, d. h. das allgemeine Beste gefördert werde. Dies wolle er im Verein mit seinen sozialistischen Collegen und anderen freidenkenden Männern stets thun, und bitte er deshalb, ihn bei der nächsten Wahl zu ihrem Vertreter zu machen. Man nenne uns öfters in der liberalen Presse Reichsfeinde. Er wolle es dahingestellt sein lassen, in wie weit wir Feinde des Reichs seien; aber eins freue ihn, daß wir nicht zu den Reichsfreunden gehören, welche nach Dr. Engels das Volk um 21 Millionen Reichsmark betrogen haben. Auf alle Anfeindungen gebe er auch die Antwort, welche Louis Blanqui einst gebrauchte: Nieder mit Keinem, es lebe die Nation! Anhaltendes Bravo folgte dieser Rede. Nachdem noch die Herren Henke, Schlicht und Neißer für die Wahl des Herrn Frick gesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit der Thätigkeit des Herrn Mosle keineswegs einverstanden, befürwortet vielmehr die Candidatur des Herrn F. W. Frick, und verspricht, mit aller Kraft für die Wahl desselben einzutreten."

C. Lochte, Bömmerstedt, Schriftführer.

Hannover, 1. Dezember. Parteigenosse Gatzemeier, 23 Jahre alt, in Duderstadt geboren, ist der Beleidigung angeklagt. Am Abend des 30. Oktober redete derselbe in einer sozialdemokratischen Versammlung. Er bediente sich unter Anderm des Ausdruckes, „er sei wegen eines Formfehlers zu 3 Mark Geldbuße verdonnert, jedoch trotz aller Chikane würde man nicht aufhören zu agitiren." In diesem Ausdrucke wurde seitens der Königlichen Polizeidirektion eine Beleidigung gefunden. Gatzemeier vertheidigte sich in gewandter Weise und gab die bestimmte Erklärung ab, die Aeußerung nicht in Beziehung auf die Polizei, sondern in Beziehung auf die Gegner seiner Partei, auf die Meisterverbindungen gemacht zu haben. Trotzdem und obgleich der Angeklagte bislang noch nicht bestraft ist, erkennt der Gerichtshof gegen denselben eine Geldbuße von 50 Mark eventuell eine Woche Haft.

Chemnitz, 4. Dezember. Welche Rührigkeit unsre Genossen entwickeln, zeigten wieder die letzten Tage. Am Sonnabend Abend lieferten Most und Vahlteich in Chemnitz im überfüllten Saale des „Elysium" Herrn Duncker mit glänzendem Erfolg die erste Hauptschlacht. An demselben Abend entfaltete sich in einem Dorfe bei Burgstädt die ganze Macht der Liberalen, an der Spitze der Karnevalskönig Sparig aus Leipzig mit noch fünf Rednern, in einer von unserer Partei einberufenen Volksversammlung; aber der Referent Max Kayser, der aus Dresden erschienen war, schlug zum Ergötzen der Arbeiter die ganze Karnevalsgesellschaft so furchtbar auf's Haupt, daß sie schwerlich wieder eine Ueberrumpelung versuchen wird. Die Sozialdemokratie ist auf das Erscheinen derartiger Gäste stets gerüstet. An demselben Abend versammelten sich aber auch Tausende von Menschen im Saale der „Centralhalle" zu Dresden und lauschten der Candidatenrede des Genossen Bebel, der nach Beendigung derselben unter enthusiastischen Hochrufen zum Candidaten für Altstadt-Dresden proklamirt wurde. Während dies in Dresden, Chemnitz und im 15. Wahlkreise geschah, blieb aber auch das Erzgebirge nicht vernachlässigt; denn Wiemer sprach gleichzeitig zu einer Volksversammlung in Lengefeld. — Auch Sonntagsruhe kennen die Sozialisten nicht. Nachdem der Sonntag Vormittag resp. Mittag von Most und Vahlteich dazu angewandt worden war, Herrn Duncker die Chemnitzer Candidatur vollends zu verleiden, trat Vahlteich Nachmittags schon wieder gegen seinen Gegencandidaten Dr. Gensel in Limbach auf und eröffnete gegen denselben einen höchst erfolgreichen Kampf, obwohl nicht mit gleichen Waffen gekämpft wurde, denn Gensel hatte unbeschränkte, Vahlteich beschränkte Redezeit. Most sprach denselben Nachmittag in Rottluff, ohne Gegner zu finden, Wiemer sprach in Wolkenstein und Kayser war bereits von Burgstädt wieder bis weit hinten in die Lausitz geeilt, um in dieser noch wenig sozialistisch entwickelten Gegend den Sozialismus mehr zu verbreiten. Bis dahin, nach Großröhrsdorf, wird ihm der Leipziger Karneval wohl nicht gefolgt sein. — Ausführliche Berichte folgen.

rt. **Aus dem 18. sächsischen Wahlkreise.** Unsere „Freunde, die Feinde", haben bereits die Agitation für uns begonnen. Der „Zwickauer Anzeiger" brachte nämlich vor Kurzem ein „Eingesandt" aus Nieder-Planitz, welches den Zweck hatte, auf unseren bisherigen Abgeordneten Jul. Motteler betreffs seiner Thätigkeit im Reichstage ein für unsere Sache ungünstiges Licht fallen zu lassen. Sie täuschten sich natürlich und erzielten das grade Gegentheil von dem; sie rüttelten vielmehr die Genossen, welche bis jetzt in süßem Siegesbewußtsein verharrt hatten, aus ihrem Nichtsthun. Die weitere Folge davon war, daß in letzter Zeit mehrere Volksversammlungen abgehallten wurden und zwar am Freitag den 1. Dezember in Mosel und Sonnabend den 2 Dezember in Nieder-Planitz. Beide waren gut besucht und die Anwesenden vom besten Geiste beseelt. Motteler erstattete Bericht über die Thätigkeit des Reichstages und wurde von Nauert aus Leipzig kräftigst unterstützt. Sonntag den 3. Dezember sprach Motteler in Ebelsbrunn, zu welcher Versammlung ein Pfarrer sein Erscheinen resp. seine Bereitwilligkeit zu einer Disputation zugesagt hatte, aber durch Abwesenheit glänzte. Derselbe Herr zeichnete sich früher in Schönfels schon dadurch aus, daß er die Einberufer von Versammlungen in's Bockshorn zu jagen suchte. — Am selbigen Tage sprach noch ein Zwickauer Genosse in Schönfels, Ebert in Friedrichsgrün und Nauert in Cainsdorf. Zu allen Versammlungen waren der Herr Artikelschreiber des „Zwickauer Wochenblattes" und die Candidaten der Liberalen und Conservativen, die Herren Händel und Walter eingeladen. Die Herren zogen das viel bequemere Nichterscheinen vor und zwar wiegte sich der Erstere mit seinen Parteigenossen in ihrer am Sonntag den 3. Dezember in Zwickau abgehaltenen Parteiversammlung in der schönen Hoffnung einer Stichwahl zwischen den Liberalen und Sozialisten, während der Letztere brieflich erklärte, „er wisse noch nicht genau, ob er aufgestellt würde", was seine Parteigenossen nicht verhindert, schon durch Aufrufe für seine Wahl zu agitiren.

Die Stimmung unter der Bevölkerung unseres Bezirks ist eine für uns günstige — die Folgen des „großen Krachs" haben die Sympathien für unser verkehrtes Staats- und Gesellschaftssystem auch hier bedeutend vermindert — und sind wir der festen Ueberzeugung, daß wir, wenn jeder Genosse es sich zur Pflicht macht, nach Kräften seine Schuldigkeit zu thun, dem Gegner diesmal eine Schlappe beibringen, von welcher er sich sobald nicht wieder erholen wird.

Im elften sächsischen Wahlkreis werden wir hoffentlich bei der nächsten Wahl eine erkleckliche Zahl Stimmen mehr, als dies bei früheren Wahlen der Fall war, auf den sozialistischen Candidaten vereinigen. Die Agitation in diesem Kreise ist, Dank der Rührigkeit der Parteigenossen von Wurzen, Oschatz, Grimma ꝛc., im besten Fluß. Am 12. November sprach Genosse Hadlich in einer leider wegen verspäteter Annoncirung nicht stark besuchten Versammlung in Grimma. Auch hier erklärten sich die Anwesenden, trotz der Opposition des Herrn Diakonus Heise, mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Der Herr Diakonus tadelte — obgleich er mit Vielem, was die Sozialdemokraten erstreben, einverstanden sei —, daß dieselben durch ihre Reden die Unzufriedenheit des Volkes mit den jetzigen Zuständen erregten. Der Referent replizirte, auf die Geschichte verweisend, daß die Unzufriedenheit mit schlechten Zuständen es von jeher gewesen sei, die die Menschheit vorwärts gebracht hat. — Am 19. Dezember findet abermals Versammlung in Grimma statt, und hoffen wir, daß sich auch hier wieder Opponenten einfinden. — In Burkhardtshain bei Wurzen fand am

2. Dezember eine gut besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Werner über die Ziele der Sozialdemokratie und die nächste Reichstagswahl mit gutem Erfolg sprach. Weitere Versammlungen sind in Aussicht genommen in Mügeln, Dahlen, Wermsdorf, Strehla, Trebsen u. s. w. Wie die Erfahrung bis jetzt gelehrt, ist die Landbevölkerung, welche in diesem Kreis die große Majorität bildet, für unsere Ideen sehr zugänglich. — —

Oschatz, 4. Dezember. Es ist Zeit, daß wir uns wieder zu regen beginnen, denn wir haben lange nichts von uns hören lassen. Unsere Gegner meinten zwar, die Sozialisten seien sämmtlich eingeschlafen, mußten indeß inne werden, daß dem nicht so ist, denn am 27. November wurde im hiesigen Lokalblatte der von unserer Seite aufgestellte Candidat, Herr Christian Hadlich, Buchhalter in Leipzig, proklamirt, — welcher Schreck für unsere Gegner! Sonnabend, den 2. Dezember, tagte hier eine gutbesuchte Volksversammlung, in welcher der Candidat einen Vortrag hielt. Derselbe behandelte in zweistündiger Rede die Tagesordnung: „Die politischen Parteien Deutschlands und die nächste Reichstagswahl." Redner sprach zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden, der größte Beifall wurde ihm gezollt und Bravorufe hörte man sehr oft. Zum Schlusse wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Redners vollständig einverstanden und verspricht, nur für den Arbeitercandidaten zu stimmen." Gegner wurden aufgefordert, aber keiner meldete sich zum Wort. Zuletzt richtete Genosse Geißer aus Wurzen noch einige Worte an die Versammlung, welche ebenfalls mit Beifall aufgenommen wurden. — Möge Herr Hadlich nur recht oft zurückkommen, und wir werden unseren Gegnern zeigen, daß wir noch leben. Sollten wir auch nicht Sieger sein bei der nächsten Wahl, so wollen wir doch zeigen, daß wir nicht rückwärts, sondern vorwärts schreiten.

August Obenaus.

Diese Agitation scheinen die Gegner nicht erwartet zu haben; zudem ist man noch nicht einig über den aufzustellenden Candidaten, obgleich in einer Gewerbevereins-Versammlung des Kreises Wurzen mit 26 gegen 25 Stimmen beschlossen wurde, Herrn Kaufmann Schnorr aus Leipzig aufzustellen. Die Minorität hält an der Candidatur des bisherigen Vertreters, Gutsbesitzer Günther auf Saalhausen, fest. Wir sind der Ueberzeugung, daß bei der nächsten Wahl sich die Stimmenzahl für den sozialistischen Candidaten mindestens verdoppelt. 1874 erhielt Genosse Bebel ohne die geringste Agitation 845 Stimmen.

H **Frankenthal**, 4. Dezember. Der Kampf um's Dasein hat begonnen zwischen den Parteien und ist überall in vollem Gang. Nur bei uns scheint es noch still bleiben zu wollen. Wahrscheinlich liegt dies an der vor einigen Jahren dekretirten Auflösung des Arbeitervereins. Versammlungen wurden als Fortsetzung dieser „Verschwörung" angesehen und somit verboten, bis auf Beschwerde dem Bezirksamtmann die Weisung ward, daß jede Wahlversammlung zu genehmigen sei. Da kam ein neues Mittelchen an die Reihe: man suchte die Wirthe zu bestimmen, ihre Lokale nicht herzugeben, wie es in Heßheim, Flamersheim und selbst in der alten 48er-Stadt Frankenthal geschah. Ja, die Zeiten ändern sich. Aber mit all' diesen Maßregelungen ist die Sozialdemokratie noch nicht vernichtet. Eben diese Kniffe zeigen, daß sie eine gute Sache führt! Auch hilft es nichts, wenn das „Frankenthaler Wochenblatt" seufzt: „Ist denn nicht Einer da, der den Wühlern entgegentritt?" Auch derartige edelmüthige Aufforderungen zum Kampfe: „Wenn die Kerle kommen, nehmt den Prügel" ꝛc. ꝛc. fallen nur auf das Haupt Dessen zurück, der eine so edle Sprache führt. Stehet fest, Freunde und Genossen: seht, wie die Gegner in's eigene Fleisch schneiden, und thut alles, was erlaubt, was möglich ist, unserer Sache zum Sieg zu verhelfen und so mit beizutragen an der endlichen Befreiung der ganzen Menschheit.

Güstrow. Am 28. November hielten wir in unserer Nähe, im Dorfe Bubendik, eine öffentliche Wählerversammlung ab, welche sehr stark besucht war. Auch die Herren von der liberalen Partei in Güstrow hatten sich zahlreich eingefunden. Hier ist zuerst zu bemerken, daß es diese Herren in Güstrow selbst niemals wagen, gegen unsere Redner aufzutreten; aber hier glaubten sie wohl auf die Dummheit der Landleute spekuliren zu dürfen; doch auch diese braven Leutchen wollen nichts mehr von der liberalen Gesellschaft wissen. Um 7 Uhr Abends wurde die Versammlung durch Herrn Rothe eröffnet, welcher aufforderte, einen Vorsitzenden zur Leitung der Versammlung zu wählen. Da entstand auf einmal ein fürchterlicher Lärm, es wurde durcheinander gerufen: Rothe, Jansen (Liberaler), Odebrecht! Nach einstündigem Streiten wurden denn die Herren Odebrecht (Sozialist) als erster und Rothe (Sozialist) als zweiter Vorsitzender, als Schriftführer Hinrichs gewählt. Nachdem erhielt Herr Finn aus Berlin das Wort, welcher über die Bestrebungen der verschiedenen politischen Parteien sprach. Zur Diskussion hatten sich gemeldet Herr Pastor Unbehagen, ein Bauer, Köster, und der Herr Advokat Weber aus Güstrow. Wesentliches wurde von denselben nicht vorgebracht, nur der alte Kohl von „Umsturz" u. dgl. m. Nachdem die Herren gehörig von Finn heimgeleuchtet waren, wurde folgende Resolution von Rothe gestellt, welche mit großer Majorität angenommen wurde:

„Die heutige öffentliche Wählerversammlung geht von der Ueberzeugung aus, daß sämmtliche politische Parteien den Bestrebungen der Arbeiterpartei als eine reaktionäre Masse gegenüberstehen; sie glaubt daher annehmen zu müssen, daß sämmtliche Berichte in den gegnerischen Zeitungen über die von unseren Parteigenossen in Mecklenburg abgehaltenen Versammlungen auf Unwahrheiten beruhen, da es den Gegnern nur darauf ankommen kann, die Arbeiter von ihrem eigenen Interesse fern zu halten, um sie wieder von neuem für die anderen Parteien als Stimmvieh benützen zu können. Ferner erklärt die Versammlung, daß die Bestrebung der liberalen Partei den Staat ganz aufhebt und ihn in eine bloße Gesellschaft der egoistischen Interessen umwandelt. Sie verursacht bei der Macht, die sie erlangt hat und die im direkten Verhältniß mit ihrer Oberflächlichkeit steht, die wahrhafte Gefahr geistiger und sittlicher Versumpfung und einer modernen Barbarei. — Daher erklärt die Versammlung, daß die heutigen verdorbenen Zustände nur durch Aufklärung des Arbeiterstandes über seine eigene Lage beseitigt werden können."

Wir glauben, daß auch diese Versammlung, welche von 200 Mann besucht war, zur Durchbringung unseres Candidaten des 6. mecklenburgischen Wahlkreises, Hofbaurath Demmler, beitragen wird.

Mit Gruß

Hinrichs, Schriftführer.

Crimmitschau, 4. Dezember. Gestern Abend fand in unserm Nachbarorte Mosel eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete für den 18. Wahlkreis, Herr Julius Motteler aus Leipzig, Bericht erstattete. Aus dem sehr ausführlichen Berichte wollen wir nur die besonders interessante Widerlegung des den sozialistischen Abgeordneten insgesammt gemachten Vorwurfs hervorheben, daß sie ihrer Pflicht im Reichstage nicht Genüge leisteten. Bezugnehmend auf ein im „Zwickauer Wochenblatt" Nr. 277 enthaltenes „Eingesandt", widerlegte Redner Punkt für Punkt die den sozialistischen Reichstagsabgeordneten gemachten Vorwürfe. Er legte dar, wie er 90 Tage ununterbrochen im Reichstage gewesen sei. Mitte Februar 1874 meldete er sich zum ersten Male zum Wort, und Mitte März war es ihm zum ersten Male vergönnt, von der Tribüne des Reichstags zu sprechen, gewiß ein deutlicher Beweis der im Reichstage gewährleisteten „Redefreiheit". Den Vorwurf, daß er Handelsreisen nach Berlin gemacht habe, wies Redner als sich selbst widersprechend zurück, da er niemals in Berlin Geschäfte zu besorgen gehabt habe, und wenn er dort sei, er doch keine Reisen machen könne. Das ganze von den Gegnern im Namen von „Wählern des 18. Wahlkreises" verfertigte „Eingesandt" sei weiter nichts, als ein bei den Gegnern so beliebtes Mittel, den politischen Gegner beim Volke zu verdächtigen. Die Gegner, vorzüglich aus Planitz, machten ihm einen Vorwurf daraus, daß er im Reichstage nicht für die von genanntem Orte beim Reichstage eingereichte Petition um Errichtung einer Poststelle gewirkt habe, und constatirt Redner, daß er von dieser Petition durchaus keine Kenntniß gehabt habe, und daß man wohl ihm, als dem Abgeordneten des Kreises, hätte Mittheilung machen müssen, wenn man von ihm verlange, daß er für die Petition eintreten solle. Zum Schlusse des mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrags wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in der Volksversammlung im Gasthof zu Mosel anwesenden Wähler des 18. Wahlkreises erklären sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Reichstagsabgeordneten Motteler und seinem Verhalten im Reichstage vollständig einverstanden und verpflichten sich, für die Wiederwahl desselben mit allen Kräften einzutreten."

An die Parteigenossen des Stadt- und Landkreises Cöln.

Genossen! Vor einiger Zeit ist von einzelnen Freunden die Aufforderung an Euch ergangen, die Herausgabe eines eigenen Lokalblattes zu bewerkstelligen. Dieser Aufforderung gemäß haben die Vorarbeiten begonnen und die Herausgabe ist fest beschlossen und geordnet. Es ist durch eine öffentliche Versammlung hiesiger Genossen eine Verlagscommission von 11 Personen gewählt worden, welche das Eigenthumsrecht übernimmt. Diese haben nun unter sich den Genossen Friedrich Harrendorf zum Verleger gewählt, welcher der Behörde und der Oeffentlichkeit gegenüber als Inhaber fungirt, aber durch Vertrag das Eigenthumsrecht mit den übrigen Commissionsmitgliedern theilt. Das Blatt erscheint vom 1. Januar 1877 ab wöchentlich 1mal in der Größe des „Vorwärts" unter dem Namen: „Cölner Freie Presse" und wird redigirt durch unseren Parteigenossen G. Schumacher. Die Probenummer wird in vielen Tausend Exemplaren an den Weihnachtstagen verbreitet werden und soll zugleich als Wahlflugblatt dienen. Es ist also endlich das langersehnte Ziel, eine eigene Presse zu haben, erreicht. Wenn auch damit noch lange nicht alle Wünsche befriedigt sind, so hegen wir doch die Hoffnung, daß wir im Laufe der Zeit, wenn die Verhältnisse des Arbeiterstandes etwas besser werden, ein tägliches Erscheinen des Blattes ermöglichen. Nachdem nun die Verlagscommission in Thätigkeit getreten ist und die Pflicht übernommen hat, nach allen Seiten hin nach besten Kräften zu wirken, so glaubt dieselbe sich berechtigt, hierdurch einen Appell an sämmtliche Genossen und Freunde unserer Sache ergehen zu lassen mit der freundlichen Bitte, daß alle Diejenigen, welche in der Lage sind, in geistiger, sowie in materieller Hinsicht einen Beitrag leisten zu können, dies sobald als möglich thun, damit wir desto wirksamer und nachhaltiger unsere Sache verfechten können.

Die Commission hat ferner den Genossen Joh. Höller, Alte Mauer am Bach vis-à-vis Nr. 30, zum Kassirer gewählt, welcher befugt ist, alle für diesen Zweck eingehenden Gelder anzunehmen. Außerdem wird den Abonnenten des „Vorwärts" an die Hand gegeben, einen etwaigen Beitrag auf Sammellisten, welche von der Verlagscommission zu diesem Zweck ausgegeben werden, zu zeichnen.

Zum Schlusse richten wir noch die dringende Bitte an alle Genossen, überall in Stadt und Gemeinde allen sich bietenden Stoff zu sammeln, damit wir in der Lage sind, unsern Standpunkt in allen Verhältnissen zu entwickeln, nur muß bei allen Berichten die Wahrheit zu Grunde gelegt werden, damit wir getreu mit dem Motto: „Freiheit und Gerechtigkeit" in den Klassenkampf eintreten können.

Mit Brudergruß zeichne

Die Verlagscommission.

NB. Die in Nr. 27 dieses Blattes angezeigte Broschüre: Rede Bebels, gehalten am 19. November in Cöln, ist heute vom hiesigen Wahlcomité von dem Stenographen J. A. Franke übernommen worden und kann von jetzt ab durch unseren Colporteur Joh. Bismann, Ehrenstraße, sowie von den Mitgliedern des Wahlcomités zu herabgesetztem Preise bezogen werden.

Offener Brief

an die Wahlvorsteher des fünften schleswig-holsteinischen Wahlkreises.

Da nach § 10 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag jeder Wahlvorsteher aus der Zahl der Wähler seines Wahlbezirks einen Protokollführer und drei bis sechs Beisitzer ernennt, so fühlt sich unterzeichnetes Comité veranlaßt, angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl einen Wunsch an die Herren Wahlvorsteher zu richten, nämlich den, daß bei der bevorstehenden Ernennung der Beisitzer auch die Arbeiter berücksichtigt werden möchten und ein oder zwei Wahlberechtigte aus ihrem Kreise als Beisitzer bei jeder Wahlurne hinzugezogen würden

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß bei allen bis jetzt stattgehabten Wahlen zum Deutschen Reichstage die Ernennung der Beisitzer in den einzelnen Bezirken meistens eine einseitige war, weil fast nirgends Arbeiter mit ernannt wurden. Es ist vielfach zu Unzuträglichkeiten gekommen, indem Arbeiter, trotzdem die Wahlhandlung öffentlich ist, am Tage der Wahl im Wahllokale verweilend von dem Vorsteher resp. den Beisitzern hinausgewiesen, ja sogar in vielen Fällen hinausgeworfen worden sind, weil die Herren des Wahlvorstandes meinten, die Arbeiter seien zur Ueberwachung da!

Es liegt daher in der Macht der Wahlvorsteher, solchen bedauerlichen Vorfällen, welche nie etwas Gutes im Gefolge haben, vorzubeugen, indem wahlberechtigte Arbeiter als Beisitzer mit hinzugezogen werden.

Möge dieser Wunsch berücksichtigt werden.

Es zeichet achtungsvoll

Das Arbeiter-Wahlcomité in Itzehoe und Heide:

C. Kreuzberg.	W. Off.
R. Schreck	H. Olde.
J. Clasen.	H. Off.

Erklärung.

In dem Vorwort zu der Broschüre „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage von 1874—1876 beleuchtet von A. Bebel" ist die unter fast dem gleichen Titel Ende 1873 in der unterzeichneten Verlagshandlung erschienene Broschüre zur Anschaffung empfohlen worden. Indem wir diese Empfehlung dankend annehmen, sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß die auf Seite 6 und 7 jener Broschüre gegen Parteigenosse Hasenclever und den ehemaligen Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gethanen Aeußerungen seitens des Verfassers zurückgenommen werden.

Leipzig, den 10. December 1876.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Wähler

Nr. 9 ist erschienen und an diejenigen Orte zur Versendung gelangt, welche über Nr. 8 abgerechnet haben. Die Abonnenten werden ersucht, ihre Exemplare recht frühzeitig von den Filial-Expedienten zu beziehen damit dieselben regelmäßig mit dem Verleger abrechnen können.

☛ **Die lokalen Parteiorgane werden gebeten, diese Notiz abzudrucken.**

Die Congreß-Protokolle 1876

sind bis auf einen geringen Rest vergriffen, wer also noch Exemplare wünscht, möge bald Bestellungen machen. Dieselben sind zu richten an J. Auer oder C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37.

Berichtigung.

In dem Bericht von Oldeslohe sind die Data durch ein Versehen des Berichterstatters unrichtig angeführt. Soll heißen: statt 11., 19. und 21. November 18., 26. und 28. November.

Nr. 31. des „Vorwärts". A. R. Spr. statt A. F. Spr., wo auf eine Anfrage nach dem Preis eines Werkes geantwortet wird, daß dasselbe 2,20 M. koste.

Briefkasten

der Redaktion. Hr. R. Müller in Brackwede. Wir haben Ihren Brief an Hrn. Meier geschickt, mit der Bitte, die Sache aufzuklären. Wie wir von einem Sachverständigen hören, sind die ächten Anchovis allerdings blos 2 Zoll lang und sind die unter diesen Namen im Handel befindlichen größeren Fische gar keine Anchovis. In diesem Punkt hätten Sie also unrecht. — O. Kappel Ihr Wink betr. der Candidatur wird berücksichtigt werden. — Ullrich in Görlitz. Wir haben Ihren Brief an den Vorstand geschickt; Sie werden von ihm Näheres hören. Sie haben vergessen, Ihre Adresse zu geben, sonst würden wir Ihnen schreiben. — C. St. in Kiel: Die Zurückstellung des betr. Berichtes ist auf Ihre Aufforderung erfolgt. — Th. Fr. M. in Klingenthal: Die Notiz war im Blatte. — Abonnent in Stade: Wir haben nach Empfang Ihrer Postkarte sofort an Bahlteich geschrieben und ihn um einen Bericht gebeten. Leider nimmt die Wahlagitation jetzt so viel Zeit in Anspruch.

der Expedition. E. Thiel in Deutz: Die Annonce der Genoss.-Tischlerei kostet 2,40 M., mithin haben Sie noch 0,90 M. einzusenden. — C. Boge, Glückstadt: Wir werden recherchiren. — Schmidt, Itzehoe: Wir haben Ihre Reklamation der Post zur Recherche übergeben.

Zur Beachtung. Bitte von jetzt ab bis zur Wahl wegen meiner Abwesenheit auf Agitation alle Briefe ꝛc. in Parteiangelegenheiten an Herrn Ditzmann, Cigarrenladen, Großer Kuhberg 1 in Hamburg, senden zu wollen.

Mit Gruß Chr. Starck.

Quittung. Dr. Bgt hier Schr. 15,00. Krstn Thonberg Ann. 0,80. Nkrchnr Schr. 1,00. Bnsd Dortmund Schr. 11,58. Fiß Oelsnitz Schr. 6,00. Strch München Schr. 8,40. Bhm Frankfurt Schr. 2,20. Drp Verden Ab. 14,00. Bill Dresden Schr. 3,90. Schnn Calbe Ab. 3,90. Br Gießen Ab. 12,00. Stgr Newyork Ab. 3,48. Wahlcomité Flensburg Ann. 4,00. Mgnr Paris Ab. 1,52. J. Frnz Zürich Schr. 50,00. Wtt hier Ann. 5,10. Jn Forchheim Schr. 7,90. Arndt Königsberg Ann. 1,50. A. Wnk Niemes Ab. 8,74. St. Pfl Weißkirchen Schr. 8,63. G. Gth Meiningen Schr. 6,00. Ch. Strk Kiel Ab. 34,30. J. Mrf London Ab. durch Schumacher 5,00. Pömn Eisenach Schr. 9,00. Mlr Mannheim Ab. 40,00. Rdgr Halle Ab. 12,00. Crl St. Johann Schr. 18,92. A. Brndt Mittweida Ab. 5,25. Kchnrthr Hof Ab. 8,40. Hfmn München Schr. 1,20. M Mannheim Schr. 15,00. Hrsch Stuttgart Ab. 7,20. Ntschmnn Connewitz Ab. 2,40. Ed. Fortin Paris Ab. 4,00, Schr. 7,80. Ch. Jrms Philadelphia Schr. 15,00. E. Ebhrdt Kofuschen Schr. 10,00. W. Kls Buckau Ab. 13,15. J. Jmn Hadamar Schr. 9,40. Mnk Düsseldorf Ab. 12,00.

Wahlfonds.

Von einem 48—49iger in Mannheim 1,00. — Auf Sammelliste Nr. 13 durch K. 10,25.

Leipzig. Arbeiter-Bildungs-Verein. Mittwoch: **Monatsversammlung.** Sonnabend: Vortrag von Hrn. Dr. Lindner. [30

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 16. December, Abends ½9 Uhr, **Versammlung** bei Michaeli, Windmühlenstr. Nr. 7. Tagesordnung: Vortrag vom Vorsitzenden. [40

Leipzig. Donnerstag, den 14. December, Abends ½9 Uhr. bei Michaelis, Windmühlenstraße 7:

Oeffentliche Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Die Kleingewerbtreibenden und die nächste Reichstagswahl. Referent Sauer. Die Regelung der Agitation im 13. Wahlkreis Vertheilung vom Stimmzetteln ꝛc. [80

Der Agent.

Leipzig. Commission zur Begründung eines Verkehrslokals. Freitag, Abends 8 Uhr, **Besprechung** im Thüringer Hof (Burgstraße).

Am 1. Januar wird die Centralherberge der Gewerkschaften im Thüringer Hof eröffnet, da es nun von Interesse alle Versammlungen dort abzuhalten, so werden die Vorstände ersucht, alle zu erscheinen um die Tage der Versammlungen zu bestimmen. [80

Der Vorstand.

Ottensen. Donnerstag, 14 December, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's kleinen Salon, 1. Treppe:

Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Organisation zur Wahl und sehr wichtige Angelegenheiten.

Alle, die es aufrichtig mit unserer Sache meinen, ersuche ich zu erscheinen. F. Heerhold. [80

Herr Grün, der am 5. Juli 1875 zu Königsberg in Pr. in Geschäften verweilte, wird hierdurch ersucht, der Redaktion des „Vorwärts" schleunigst seine Adresse zu nennen, da sein Zeugniß in einem wichtigen politischen Prozesse von einem Parteigenossen dringend verlangt wird. [150

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 16 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Achtung! — Offener Brief an Hrn. E. Hasse, Direktor des Leipziger statistischen Bureaus. — Correspondenz. — Das neue Wirthshaus. — Fackelfunken.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

☛ **Nr. 17 wird Dienstag 11 Uhr ausgegeben.**

Zur Beachtung!

Wir beabsichtigen dem vorletzten Hefte (Nr. 17) der **Neuen Welt** eine

Extra-Annoncenbeilage

beizugeben und berechnen die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum mit 50 Pfg.

Bei der großen Auflage — 21,000 — der **Neuen Welt** sehen wir zahlreichen Aufträgen entgegen und ersuchen Reflectanten, uns ihre Inserate unter Beilegung des Betrags rechtzeitig einzusenden. — Eine Zeile faßt etwa 8 Worte

Die Expedition des „Vorwärts".
Färberstr 12 II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 830 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanfermann, 206 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Baubly, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 33. Freitag, 15. December. 1876.

Soziale Quacksalber.

Mit dem Hinweis auf einen oder den andern durch „Fleiß und Sparsamkeit" wohlhabend oder gar reich gewordenen Arbeiter oder Handwerker behaupten die Arbeiterbeglücker à la Schulze, daß es nur auf Fleiß und Sparsamkeit, mit etwas allgemeiner Bildung versetzt, ankomme, um das Volk aus dem Elende zu erlösen. Wir könnten diese Behauptung mit dem Hinweis, daß es nirgends auf der Welt fleißigere und sparsamere Arbeiter mit verhältnißmäßig guter Schulbildung giebt, als in den schlesischen Weberdistrikten, und daß dort in der Jetztzeit das Beispiel nicht mehr vorkommt, daß ein Lohnarbeiter wohlhabend wird, sehr leicht entkräften; doch wollen wir der Sache noch etwas näher auf den Grund gehen.

Will man Mittel und Wege gefunden haben, den Arbeitern zu helfen, so liegt es auf der Hand, daß man alle Arbeiter diese Wege wandeln lassen will. Wenn nun aber bei der heutigen Produktionsweise alle Arbeiter gleich fleißig und gleich sparsam wären, wenn alle Arbeiter sich zu wohlhabenden Menschen emporgeschwungen haben würden, wer würde dann noch die einfache Lohnarbeit verrichten, wer würde dann die Produkte, die Gebrauchswerthe schaffen?

Die Möglichkeit vorausgesetzt, daß durch Fleiß und Sparsamkeit alle Arbeiter wohlhabende Leute werden könnten, würde dann nicht, wenn die ganze Menschheit nicht Hunger leiden, nicht primitiv gekleidet gehen wollte, wenn die „Wohlhabenheit" nicht sofort wieder verschwinden sollte, würde dann nicht die Zwangsarbeit eingeführt werden müssen, da aus freien Stücken keiner der Wohlhabenden die nothwendige Arbeit verrichten würde?!

Dann wäre die freie Individualität vernichtet, dann träte der Mißmuth des Einzelnen hervor, der bei seiner Wohlhabenheit keinen freien Willen hätte. Wie sehr würde der wohlhabende Schulze oder der wohlhabende Müller sich dagegen sträuben, den Besen in die Hand zu nehmen, um die Straßen zu reinigen. Und doch müßten ja auch diese Arbeiten verrichtet werden.

Und gar nicht lange würde es dauern, daß aus dieser allgemeinen Wohlhabenheit der Communismus voll und ganz entstände, damit die Arbeit, die Erzeugung neuer Werthe nicht in's Stocken geriethe. Unvermittelt eingeführt, aus eiserner Noth plötzlich entstanden, würde der Communismus dann allerdings nicht so segensreich wirken, als wenn die Vorbedingungen, welche theils in der abzuändernden Produktionsweise, theils in der besseren Erziehung der Menschen liegen, sich zuvor vollzogen hätten.

Doch die Möglichkeit dieser allgemeinen Wohlhabenheit auf dem Wege des Sparens und des Fleißigseins ist nicht vorhanden; schon das blödeste Auge erkennt, daß der fleißige Arbeiter nur im Gegensatze zu einem weniger fleißigen Arbeiter, der sparsame Mensch nur im Gegensatze zu einem weniger sparsamen Menschen irgendwelche Vortheile erringen kann, daß aber zu dem Erringen von Wohlhabenheit oder Reichthum bei dem Einzelnen noch ein anderer Faktor gehört: nämlich das Zusammenwirken vieler Zufälligkeiten, welches man im gewöhnlichen Leben Glück nennt.

Es ist also ein Gefasel das mit dem Fleiß und der Sparsamkeit. Ein oder der andere Arbeiter kann wohl, wenn er das nöthige Glück hat, hin und wieder auch mit diesem allein, bei Fleiß und Sparsamkeit wohlhabend oder gar reich werden, einige Arbeiter können bei Fleiß und Sparsamkeit ein etwas besseres Leben führen, aber wenn alle Arbeiter noch viel fleißiger wären, wie sie es jetzt sind, so werden sie nicht nur nicht wohlhabend, sondern noch ärmer im Gegensatze zu den andern Klassen werden, weil von den Produkten ihres Fleißes ihnen doch nur der kümmerliche Lohn zu Theil würde, und wenn sie dann noch immer sparsamer würden, so würden sie noch immer ärmer, weil sie die Produktion schädigten, indem sie den geringen erhaltenen Lohn nicht einmal der Consumtion zuwendeten. Leidet die Consumtion, leidet natürlich auch die Produktion; leidet diese, sinkt der Arbeitslohn, und das Elend wird noch größer.

Wer also die Arbeiter lediglich auf den Weg des Fleißes und der Sparsamkeit verweist, damit sie ihre Lage verbessern, der ist entweder ein Dummkopf oder ein Betrüger! Hätten Franklin und seine Nachbeter den bekannten Satz so ausgesprochen, so hätten sie die Wahrheit gesagt.

Aber diese sozialen Quacksalber verließen sich auf den niedrigen Bildungsgrad des Volkes und opferten, und opfern noch heute Vernunft und Recht auf dem Altar des Kapitals.

Sehen wir uns nun eine andere Sorte von sozialen Quacksalbern an, welche jetzt hin und wieder auftaucht und Einfluß auf das Volk gewinnen will.

Von conservativer Seite nämlich wird behauptet, daß jeder Arbeiter, sobald er ein Stück Grund und Boden besitze, Antisozialist würde. Vorausgesetzt nun, daß dieses Stück Grund und Boden mindestens so groß sein muß, um seinen Mann bei angestrengter Arbeit zu ernähren, so wollen wir den obigen Satz zugeben. Aber was folgt daraus?

Soll mit der Zuertheilung oder dem Erwerb von Grund und Boden nur einigen wenigen Arbeitern geholfen werden, so bleibt doch die Masse der Arbeiter arm und vermögenslos und dem Sozialismus zugänglich. Soll aber mit dem Besitz von Grund und Boden allen Arbeitern geholfen werden, soll jeder Arbeiter ein Stück Land besitzen, dann würde dadurch der Communismus, wenn auch in recht eigenthümlicher Weise, angebahnt werden. Großgrundbesitz könnte es gar nicht geben, wenn der Grund und Boden zum Beispiel in Deutschland zehn Millionen einzelnen Besitzern gehörte; jeder Einzelbesitz aber wäre dann so gering, daß er nicht ertragfähig gemacht werden könnte. Die Einzelbesitzer müßten sich in Gemeinden zusammenschließen und eine gemeinsame Bewirthschaftung der Aecker betreiben. Und würde erst die Bebauung der Aecker communistisch betrieben, dann folgte auch die gemeinsame sozialistische Arbeit in allen Geschäftszweigen nach.

Der Communismus wäre da; aber er gliche leider dann einem von hinten aufgezäumten Pferde, welches man schließlich doch noch umzäumen müßte. Doch es ist unmöglich, daß in der heutigen Gesellschaft alle Arbeiter Grund und Boden erwerben können, ebenso unmöglich, wie es ist, daß alle Arbeiter durch „Fleiß und Sparsamkeit" wohlhabend werden können. Es würden genau dieselben Fälle eintreten, wie bei dem Experiment, alle Arbeiter wohlhabend zu machen.

Wir sehen also, daß auch die conservativen Arbeiterbeglücker sich nicht über die liberalen Quacksalber mit ihren Mitteln erheben; daß aber der einzelne Arbeiter durch einen geringen Besitz an die Scholle gebunden und der Ausbeutungskraft des Großgrundbesitzes noch mehr zum Opfer fallen würde, dies läßt das conservative Mittel der Arbeiterbeglückung noch viel bedenklicher erscheinen, als das liberale Mittel. Grausam sind sie beide.

Schlecht angewandter Fleiß und schlecht angewandte Sparsamkeit bringen die Arbeiter noch mehr in's Elend; der Besitz eines kleinen Stückchens Grund und Boden aber bringt dem Besitzer meist größere Abhängigkeit neben noch größerer Noth. Das Beste aber bei unsern sozialen Quacksalbern ist, daß ihre Mittel nur bei einzelnen Wenigen verfangen, welche dieselben auch ohne Rath anwenden würden; die Masse des Volks kann niemals durch dieselben berührt werden.

Wohlhabend aber können die Arbeiter nur werden in der sozialistischen Gemeinschaft; diese gewährt jedem Einzelnen die Mittel zur naturgemäßen Befriedigung seiner Bedürfnisse.

Besitz an Grund und Boden können die Arbeiter nur erwerben in der sozialistischen Gesellschaft; jeder Einzelne ist berechtigt an dem gemeinsamen Besitz.

Diese Antwort gebe man überall den sozialen Quacksalbern.

Scheinwerthe.

(Schluß.)

Der zweite große Nachtheil der Scheinwerthe besteht darin, daß sie die sozialen Gegensätze mit zunehmender Geschwindigkeit oder Kraft steigern. Die Ausbeutung wird stets erleichtert und die Widerstandskraft dagegen stets vermindert, was von selbst aus der Unverantwortlichkeit des Ausbeuters folgt. Die papiernen Besitztitel, woraus alles Kapital besteht, bilden einen Handelsartikel, welcher höchst beweglich, also leicht verkäuflich, verpfändbar und zum Glücksspiel benutzbar ist. Der Besitzer einer Hypothek, eines Staats- oder andern guten Schuldscheins, eines Antheilscheins an einer Bank, Eisenbahn, Gründung ꝛc. kann diesen Tauschwerth leichter verkaufen als das Unterpfand, worauf er begründet ist. Kann er das nicht, so kann er ihn fast allezeit leicht versetzen, um Geld darauf zu borgen. Der englische Volkswitz sagt: Man kann nicht einen Kuchen essen und ihn gleichzeitig behalten. Dieses unmögliche Kunststück aber wird eben durch die Scheinwerthe möglich gemacht. Wenn ich mein Kapital auf ein Grundstück unterpfändlich hergeliehen habe, so habe ich diese Summe Geldes nicht mehr. Ich kann sie aber im nächsten Augenblicke wieder haben, wenn ich den Hypothekschein bei einer Bank oder sonstwo als Sicherheit für ein Darlehn niederlege. Mit diesem Darlehn gehe ich auf den Geldmarkt, kaufe Wechsel von sicheren Leuten zu hohen Zinsen, setze dasselbe Geld drei-, vier- oder mehrmal im Jahre um, und bekomme dafür zwanzig oder mehr Prozent, was mir nach Abzug der Zinsen der Bank vielleicht zwölf Prozent und außerdem die Zinsen der Hypothek läßt. Oder ich habe Eisenbahn-Antheilscheine gekauft und mein Vermögen dafür ausgegeben. Ich verkaufe sie aber an der Börse wieder, sobald ich mehr dafür erhalten kann, als ich gegeben hatte, um sofort den Erlös in anderen Werthpapieren anzulegen, welche eben niedrig stehen, und deren Steigen im Werthe ich nächstens erwarten kann. Will das nicht mit rechten Dingen eintreffen, so verbreite ich durch Bestechung oder auf anderem „nicht mehr ungewöhnlichen Wege" eine falsche Nachricht, wodurch ich meine Papiere an der Börse mit großem Vortheile loswerde. Oder ich gründe eine geschäftliche Unternehmung, indem ich die Presse bestehe, dieselbe aufzupuffen, und verwandle zu diesem Behufe meine Staatsschuldscheine in Aktien des neuen Unternehmens, welche ich, solange mein Betrug nicht herauskommt, mit riesigem Vortheile wieder an Dienstboten, arme Beamten, von den Zinsen eines kleinen Kapitals lebende Wittwen, Waisen und Greise verkaufe, und bin ein Millionär geworden, wenn der Betrug „ohne meine Schuld" platzt, und die Käufer Alles verlieren. Oder ich spiele an der Börse um Differenzen, d. h. ich schließe Scheinkäufe oder Scheinverkäufe von Waaren ab, welche nie abgeliefert werden sollen, sondern blos ihr Preisunterschied zwischen dem Kauf- und dem Lieferungstage. Oder ich spekulire in Lebensmitteln, im Häuser- oder im Eisenbahnbau und mache Gewinne durch künstliche Vertheuerung dieser Dinge. Oder ich leihe Geld aus auf Wucherzinsen, welche ich im Voraus abziehe, um dem Gesetze aus dem Wege zu gehen. Oder — aber wozu sie alle aufzählen, die schwindelhaften Mittel, welche durch Scheinwerthe außerordentliche Gewinne ermöglichen? — Natürlich sind die Mehrzahl der Theilnehmer an solchem Glücksspiele nicht immer Gewinner: diejenigen, welche schließlich wie die Haifische alle kleineren Mitbewerber um den Raub an der Gesellschaft auffressen, sind stets nur eine kleine Minderzahl. Allein das vermindert nicht den ungeheuren Verlust, welchen die Gesellschaft erleiden muß. Denn die Scheinwerthe müssen verzinst, die Gewinne der Spieler bezahlt werden, gleich als wären es wirkliche Gebrauchswerthe, und da aller Zins und Gewinn in letzter Hinsicht blos von den wirklichen Arbeitern aufzubringen sind, so sind diese schließlich allein die Verlierer. Es kosten ohne Frage den heutigen Völkern die Scheinwerthe mehr als die Gebrauchswerthe; es läßt sich auf verschiedenem Wege herausrechnen, daß mindestens drei Viertel alles dessen, was statistisch als Nationalreichthum hingestellt ist, Scheinwerthe sind, und daß, um diese zu verzinsen und bezahlen, die Arbeiter mindestens dreimal soviel arbeiten und entbehren müssen, als sonst nöthig wäre. Und diese erstaunliche Verwüstung des Volkswohlstandes läßt sich nicht einschränken durch Strafgesetze, sondern nur gänzlich abschaffen durch eine Erleuchtung und Versittlichung des Volksgeistes. Denn der Glaube, daß Zins und Gewinn rechtmäßig und unerläßlich seien, hat den Volksgeist vergiftet, wie eine allgemeine ansteckende Krankheit, und es könnte jedes blos einschränkende Strafgesetz gegen das Uebermaß der Ausbeutung leicht umgangen werden, wenn es überhaupt durchsetzbar wäre. Somit muß das arbeitende Volk die Mittel zur Vervielfachung des Kapitals und seiner eignen Ketten so lange selbst liefern, als es die Scheinwerth-Natur des Kapitals nicht erkennt und mit vereinten Kräften bekämpft.

Die dritte Hauptfolge der Scheinwerth-Wirthschaft ist der steigende Verlust an Freiheit, zuerst der einzelnen Bürger, und, da diese den Staat zusammensetzen, des Staates selbst. Wenn die arbeitenden zwei Drittel einer Nation dem von Scheinwerthen lebenden Drittel derselben mindestens drei Viertel ihres Arbeitsertrags ausliefern müssen, so kann dort höchstens der Schein von Freiheit bestehen, mag die Verfassung monarchisch, constitutionell oder republikanisch heißen. Wer die gesetzliche Verfügung über meine Lebensmittel hat, der ist mein Herr, mag er es nun unter dem Namen eines Vaters, oder eines Vormundes, oder eines Herrschers von Gottes Gnaden, oder eines Arbeitgebers sein. Und wenn die Mehrheit der Bürger des Staates mit ihrem Lebensunterhalte von Brotherren abhängig sind, also selbst unfrei, können sie keine Vertretung und gleiche Gesetzgebung darin finden; der Staat selbst wird also nicht frei, souverän, machtvollkommen, sondern von einer herrschenden Klasse abhängig sein.

Er wird nicht Allen eine möglichst gute Erziehung verschaffen, nicht die wirksamste allgemeine Gesundheitspflege veranstalten, nicht gegenüber allen Kirchen und wissenschaftlichen Ansichten unparteiisch dastehen, nicht die Staatslasten gleich, gerecht und leicht genug machen, nicht seine Selbstvertheidigung auf die Zufriedenheit und Treue aller Bürger gründen, nicht alle großen fortschrittlichen Unternehmungen befördern, nicht die Rechtspflege für Alle gleich zugänglich und unabhängig machen können. Er wird also allen seinen Zwecken je länger desto weniger genügen, seinen Fortbestand also nicht sichern, sondern seinen Untergang heraufbeschwören. Mancher wirkliche Staatsmann mag das eingesehen haben, aber in Ermangelung aller Unterstützung seitens der öffentlichen Meinung das Ding haben gehen lassen, wie es eben ging. Denn die völlige Abhängigkeit des Staates in finanzieller und gesetzgeberischer Beziehung von der besitzenden Klasse kann keinem denkenden Staatsmanne entgehen; noch weniger, daß die Geldherrscher sich an die höheren Zwecke des Staates nicht kehren, sondern in ihm nur Versicherung des Ausbeutungsrechts suchen. Da sind zunächst die Staatsschulden, soweit sie nicht für produktive Zwecke gemacht sind, ein Mühlstein am Halse jedes Staates, mit welchem er schwimmen muß, so gut er kann, welchen er aber nicht abwerfen darf, weil er sich sonst von der Mitschuld an der Ausbeutung der Arbeit reinigen würde. Zumal die consolidirten Staatsschulden, deren Rückzahlungszeit nicht im Voraus festgesetzt ist, machen ihn zum Zinseintreiber (Sklaventreiber?) zugunsten eines Heeres von Volksblutegeln. Nicht minder macht ihn die vom Kapital verlangte Begründung des Geldsystems auf Gold oder Silber ohnmächtig zu vielen seiner Zwecke; denn er selbst muß also den Stoff zu dem Gelde, mit dem er seine Ausgaben bestreiten soll, zu demjenigen Preise kaufen, welchen er eben am Markte hat, und muß sogar durch seine ungemein starke Nachfrage nach Gold dessen Preis unnatürlich hinauftreiben. Er muß dies, trotzdem es durch die Erfahrung verschiedener Staaten erwiesen ist, daß ein Staatszwangspapiergeld vollwerthig erhalten werden kann, solange die Bevölkerung volles Vertrauen in seine ehrliche und tüchtige Verwaltung hat. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß ein wahrer Volksstaat sich durch ein Papiergeld, welches sich auf die gesetzliche Länge des gemeinen Arbeitstags als Maßeinheit gründet, und somit immer vollen Werth behalten würde, wenigstens wenn mehrere Kulturstaaten zugleich dieselbe Maßregel einführten und das Hartgeld verböten, vollkommen souverän machen würde. Der Volksstaat und die Staatssouveränität und die vollständigste Freiheit sind also genau dasselbe (ebenso sind die Scheinwerthe, die Kapitalherrschaft und die Staatsohnmacht genau dasselbe), nur von verschiedenen Seiten betrachtet.

Die schlimmste Folge des Bestehens der Scheinwerthe ist aber doch die, daß der Schein in fast allen Dingen über die Wahrheit den Sieg davon trägt. Wenn die im Besitze der Scheinwerthe befindliche Klasse mit ihren Helfershelfern die erste Rolle im Staate spielt, Glanz, Ehre, Einfluß und Achtung (wäre sie auch nur aus Klugheitsrücksichten erwiesen) genießt, und die Daumschrauben der Ausbeutung den wirklichen Arbeitern anlegen darf, während diese, welche Alles verdienen müssen, in keinem Sinne mehr entsprechende Verdienste genießen, so verrückt sich die gesammte Werthschätzung des Volkes. Arbeit, Fleiß, Tugend, Ehrlichkeit müssen immer geringer geschätzt, Reichthum, Glückszufall, Macht und Selbstsucht immer mehr einziges Strebensziel werden. Die überhandnehmende Anbetung Mammons verdrängt nicht nur jede Religion, oder macht sie zur Heuchelei, sondern auch jede Sittlichkeit, außer in denkenden Arbeitern. Daß dies ein Kenn-

zeichen unserer Zeit sei — wer wüßte es nicht? — Das Wunder ist bloß, daß die ungeheure Mehrzahl Derer, welche es sehen, sich blind stellen und denken mögen: Nach uns mag immerhin die Sintfluth kommen! Uns hält's schon noch aus! So machen es die Glücksspieler — sie hören nicht auf, die Karte zu besetzen, bis sie zugrunde gerichtet sind. Und wie könnte es anders sein, wenn durch die Scheinwerthe alles Leben der nichtarbeitenden Klassen zum Glücksspiel gemacht ist, und das der Arbeiter und des Staates auf's Spiel gesetzt wird?

Russische Cultur.

Da jetzt die Aufmerksamkeit der ganzen civilisirten und nichtcivilisirten Welt auf das heilige Rußland, oder richtiger auf dessen Regierung und machthabende Klassen gerichtet ist, so möge mir gestattet sein, einige Streiflichter auf die Lage unserer Brüder, welche für die Befreiung der unterdrückten Menschheit arbeiten, zu werfen. Sie werden finden, daß die russische Regierung eher in's finstere Mittelalter gehört, aber keineswegs in's 19. Jahrhundert. Also hören wir einen Correspondenten des in London erscheinenden „Vorwärts“:

„Ich war interniert — so schreibt der Correspondent — in einem der Zuchthäuser des heiligen Rußlands und zur Zeit, als man dorthin aus den Centralgefängnissen des Charkower Gouvernements die nach Sibirien bestimmten Sträflinge versammelte. Diese Sträflinge oder Galeerensklaven (Katorschniki) haben, bevor sie nach Sibirien kommen, einige Jahre in einem der Centralgefängnisse zu sitzen. Diese Sträflinge haben mehr Freiheit als die „politischen“, und so geschah es, daß einige von ihnen, in den Gängen des Gefängnisses spazierend, meine Zelle passirten. Die Aufschrift auf meiner Zelle, „geheime Kammer“, interessirte sie sehr. Als sie erfuhren, es sei darin ein „politischer Verbrecher“, so kamen sie an meine Thür und knüpften mit mir durch das Thürloch ein Gespräch an. Als ich ihnen sagte, wahrscheinlich würde auch ich zur Zwangsarbeit verurtheilt, so riethen sie mir, um nur nicht in das Centralgefängniß zu kommen, „mir lieber das Leben zu nehmen“. „Denn, fügten sie hinzu, den gemeinen Verbrechern geht's dort sehr schlecht, aber doch noch besser als den politischen, letzteren ist es dort unerträglich.“ Und nun folgt ihre Erzählung über das Leben und Treiben in diesen Centralgefängnissen oder besser Mustergefängnissen à la Plötzensee. Die Beschreibung der Sträflinge wurde auch von Seiten meines Oberaufsehers bestätigt.

Sie müssen wissen, daß das „milde Väterchen“ die Zwangsarbeit in einfaches Interniren in den Centralgefängnissen umgewandelt hat, und dieses einfache Interniren besteht im „Nichtsthun“. Man fand, daß die Centralgefängnisse und das „Nichtsthun“ mörderischer auf den Menschen wirkt, als die Zwangsarbeiten in Sibirien, und so beschloß man, die zur Zwangsarbeit Verurtheilten in einem dieser Mustergefängnisse zu interniren und zwar auf kürzere Zeit, als sie in Sibirien zu arbeiten gehabt hätten. So z. B. für 6 Jahre Zwangsarbeit hat der Verurtheilte nur 2—3 Jahre im Centralgefängniß zu sitzen, und dann erst wird er nach Sibirien gebracht. Solcher Mustergefängnisse giebt es 1 in Wilno nnd 2 im Charkower Gouvernement, noch ein viertes wird im Chersoner Gouvernement errichtet. Die des Charkower Gouvernements befinden sich in einer sehr sumpfigen Gegend, so daß die Luft dort ganz verpestet ist, und wie solche Luft auf die Gesundheit der mehrere Jahre in Untersuchungshaft Gewesenen wirkt, kann sich Jeder leicht vorstellen. Dazu kommt noch die schlechte Behandlung seitens des Oberaufsehers, der das Recht besitzt, einen jeden Sträfling nach Belieben zu malträtiren, und wenn letzterer etwas laut wird, wie einen Hund zu erschießen. „Dort (im Centralgefängniß), sagte mir mein Oberaufseher, sind die Arretirten vogelfrei“. Und dennoch spricht unsere Regierung von Humanität und Cultur, und unser Väterchen, wenn er über die Lage der Südslaven spricht, vergießt Thränen — natürlich Krokodilsthränen. Die Beköstigung der Sträflinge in dem Centralgefängniß ist im höchsten Grade miserabel. Anfangs bekam ein jeder Sträfling — ob politischer oder gemeiner — täglich 2 Kopeken (etwa 6 Pfg., sage und schreibe sechs Pfg.), seit aber aus Petersburg ein hochgestellter Beamter zur Revision da war, bekommen die Sträflinge nur 1½ Kopeken, denn dem adeligen Herrn schienen die 2 Kopeken, wie er sich ausdrückte, zu viel und ein Luxus.

„Ist man einmal verurtheilt zur Buße in diesem Hause des Schreckens und Leidens, so muß Alles aufgegeben werden: kein Strafgefangener hat das Recht, mit Jemanden von außen zu verkehren, selbst mit seinen Lieben und Verwandten, es werden keine Besuche gestattet. Freie Beköstigung ist auf keinen Fall erlaubt. Die Bekleidung ist für Alle gleich — die Sträflingskleider bestehen aus einem Halbpelz und sehr dürftigen Schuhen. Bettzeug und Betten giebt es nicht. Der Sträfling bekommt eine Filzmatte, die er nach Belieben gebrauchen kann, d. h. entweder als Bettdecke oder als Matratze. Darum ist es nicht zu verwundern, wenn die Sterblichkeit unter den Sträflingen ungemein groß ist. Jeden Tag stirbt einer oder zwei Sträflinge, und dies bei gewöhnlicher guter Witterung.*)

Die Glücklicheren in den Mustergefängnissen sind die gemeinen Verbrecher, da sie in gemeinschaftlicher Zelle sitzen, die politischen aber müssen in abgesperrten Einzelzellen untergebracht werden. Der unglückliche politische Sträfling bekommt eine sehr kleine Zelle mit einem kleinen vergitterten Fenster fast ganz oben an der Zimmerdecke, dazu werden ihm noch Ketten an die Füße angelegt, und so sieht er weder Tageslicht noch Menschen. Am frühen Morgen oder am Abend kommt er in Begleitung von zwei Soldaten eine halbe Stunde in's Freie. Geld oder andere Sachen kann der politische Sträfling nicht bekommen, und so muß er sich mit den täglichen 1½ Kopeken begnügen. Das Lesen, wenn es überhaupt in einer solchen Zelle möglich ist, ist erlaubt, aber — nur langweiliger Bücher, wie theologischer und technologischer. Man wollte dem unglücklichen Dolgutschin und seinen Freunden**) Schlosser's Werke zuschicken, aber der Charkower Gouverneur Fürst Krapotkin (ein naher Verwandter des unlängst aus dem Gefängnisse entflohenen Sozialisten Fürsten Krapotkin) fand, daß solche Werke nur das Loos der Sträflinge erleichtern könnten, ihm ist aber von oben befohlen, nur „langweilige Bücher“ zum Lesen zu gestatten. Nur mit großer Mühe gelang es der Mutter Dmochowsky's, ihren Sohn einmal monatlich sehen zu dürfen. Da haben Sie den russischen Despotismus in seiner ganzen Blöße, und doch brüstet sich die russische Regierung mit Humanität und Liebe zu den Südslaven.

(Schluß folgt.)

*) Also bei günstigen Verhältnissen stirbt durchschnittlich in einem Jahre mehr als die Hälfte der 1000 Sträflinge, die auf ein jedes Centralgefängniß kommen.

**) Dolgutschin und seine Freunde, über die der „Volksstaat“ seiner Zeit sprach, wurden vor etwa 2 Jahren zu Zwangsarbeiten verurtheilt. Zur Zeit sind sie alle, außer Papin, der im Irrenhause sich befindet, befreit — durch den Tod.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die sozialdemokratischen Abgeordneten beabsichtigen auf dem Wege der Interpellation die zahlreich vorgefallenen polizeilichen Ausweisungen in Sachsen, die gegen politisch bestrafte Personen vorgenommen wurden, zur Sprache zu bringen. Da aber bei der Masse des dem Reichstag vorliegenden Berathungsstoffs in der diesmaligen Session auf eine Beantwortung nicht mehr zu rechnen ist, soll dieselbe bis gleich zu Anfang der nächsten Session verschoben und dann eventuell ein entsprechender Antrag auf Aenderung des Freizügigkeitsgesetzes eingebracht werden. Die Motivirung der Interpellation ist dem Parteigenossen Bebel übertragen.

— Unsere Gegner. In einer früheren Nummer erwähnten wir des Redeturniers zwischen Most und Duncker in Chemnitz und der Niederlage des Letzteren. Das Fiasko des Herrn Duncker war so „rein und zweifelsohne“, daß wir, trotz unserer hohen Meinung von der Leistungsfähigkeit der „liberalen“ Blätter in diesem Punkt, es doch nicht für möglich hielten, sie könnten es in Abrede stellen oder gar in das Gegentheil umlügen. Wir hatten uns geirrt. In puncto des Lügens giebt es für die Liberalen kein unmöglich. Unter dem Datum des 5. Dezember — die beiden betreffenden Versammlungen waren am 2. nnd 3. d., der liberale Wunderthäter brauchte also 48 Stunden, um das Mirakel der Verwandlung einer Niederlage in einen Sieg fertig zu bringen — unter dem Datum: Chemnitz, 5. Dezember, veröffentlichte die „Dresdener Presse“ folgenden Bericht:

„Am 2. und 3. Dezember fanden hier öffentliche Wahlversammlungen statt, in welchen Franz Duncker vor der hiesigen Wählerschaft sein Programm entwickelte. Die erste Versammlung fand im Saale des „Elysium“ statt. In derselben führte Herr Duncker zunächst aus, daß ihn zur Annahme der Candidatur für den hiesigen Wahlkreis die Bemerkung veranlaßt habe, daß die Führer eines Theiles vom Volke auf falscher Fährte seien, ja daß sich die ganze sozialdemokratische Partei auf einem sehr verderblichen Irrwege befinde. Redner wies dies im Einzelnen an der Hand der bekannten Schrift Most's über den sozialdemokratischen Staat in ebenso scharfer als überzeugender Weise nach, indem er den in der gedachten Schrift aufgestellten Forderungen in eingehender Auseinandersetzung entgegentrat. Die Auslassungen über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat, fuhr er fort, seien Träumereien der gefährlichsten Art, weil dadurch ein Haß gesäet werde, der zur blutigen Ernte führen müsse. Frankreich stehe hierfür als warnendes Beispiel. Er als alter Demokrat sei für Gleichberechtigung, aber wenn man sähe, daß überall gegen das Bestehende Haß und Verbitterung bei der großen Masse des Volkes angeschürt werde, wäre es dann ein Wunder, wenn die Besitzenden, die doch jetzt in einem Reichstage maßgebend seien, die bestehenden Gesetze zu ihren Gunsten verschärften? Die sozialdemokratische Agitation hindere somit den Fortschritt. Wer, so schloß Herr Duncker, das nach menschlichen Begriffen Erreichbare will, der wähle mich, wer aber haben will, was in unabsehbarer Ferne liegt, der wähle einen Anderen. — Die Sozialdemokraten Most, Vahlteich und Ruschmann traten ohne Erfolg gegen die Duncker'schen Ausführungen, worauf dieser noch einmal das Wort ergriff. Er legte dar, daß die Fortschrittspartei nicht, wie die Sozialdemokraten behaupten, Bismarckknechte seien, sondern daß sie sehr oft ihre Meinung dem Reichskanzler gegenüber frei ausgesprochen und auch Vieles durchgesetzt hätte. Alles lasse sich nicht auf einmal erreichen. Für den Politiker sei es Pflicht, die Stellung der Parteien zu einander zu prüfen und dann zu berechnen, was unter den gegebenen Verhältnissen durchzusetzen sei. Verwerflich sei es, die Arbeiter in den Klassenkampf immer tiefer hineinzuführen, dadurch werde die Nation zersplittert und hieraus müßten mit der Zeit die schlimmsten Folgen erwachsen. — In der Sonntagsversammlung, welche im Saale „zur Linde“ stattfand, gab Herr Duncker einen politischen Rückblick über die Verhältnisse in Deutschland vom Anfang dieses Jahrhunderts bis zur Gegenwart und im Anschluß daran einen Ueberblick über die Thätigkeit und die Erfolge der Fortschrittspartei. Bei beiden Versammlungen waren die betreffenden Lokale dicht gefüllt.“

Wir gestehen. ein schamloseres Lügengewebe ist uns nie vorgekommen. Herr Duncker sprach weder „scharf“ noch „überzeugend“, sondern im Gegentheil sehr lahm und mehr die Heiterkeit und das Mitleid seiner Zuhörer (etwa 3000 Sozialisten und höchstens 80—100 Bourgesis!) erregend. „Die Sozialdemokraten Most und Vahlteich“ (der unglückliche „Bräuerianer“ Puschmann — nicht „Ruschmann“ — mußte von unserereigenen Parteigenossen desavouirt werden) sprachen nur insofern „ohne Erfolg“, als es ihnen trotz alles Aufwandes von Beredsamkeit nicht gelungen ist, dem unglücklichen Duncker eine klare Beantwortung der Frage zu erpressen: was er (der unglückliche Duncker) eigentlich wolle, was er wolle, was seine Partei wolle, wie er, der „Arbeiterfreund“, nach Chemnitz habe kommen können, um einen Arbeitervertreter zu bekämpfen u. s. w.

— Wie ein „Löwe“ auf den Hund kommen kann. Dem Berliner Stadtverordneten Ludwig Löwe ist vom zweiten Berliner Landtagswahlkreis eine Candidatur angetragen worden, die derselbe auch für die bevorstehende Nachwahl angenommen hat. Herr Löwe stellte sich in seiner Candidatenrede vollständig auf den verwässerten Standpunkt der jetzigen Fortschrittspartei; protegirt wurde er von dem bekannten Monarchisten und Rückschrittler Eugen Richter. Auf die Frage desselben erklärte Ludwig Löwe, daß er mit den sozialdemokratischen Bestrebungen Johann Jacoby's nichts mehr gemein habe, und daß er das vor sechs Jahren aufgestellte Programm der demokratischen Partei für einen überwundenen Standpunkt halte und und dasselbe jetzt nicht mehr unterschreiben würde. — Ludwig Löwe gerirte sich einstmals als ein Freund und glühender Anhänger Lassalle's; nach dessen Tode griff er Lassalle's Anschauungen an — sie waren für den Himmelsstürmer nicht weitgehend genug — sie waren ein überwundener Standpunkt. Johann Jacoby wurde sein Freund und Lehrer; die reine Demokratie sein Ideal. Als sich Jacoby später auf den Standpunkt der Sozialdemokratie stellte, folgte ihm Löwe nach. Jetzt aber ist ihm auch der Jacoby'sche Standpunkt ein überwundener; wie er Lassalle verrathen, so verräth er auch Jacoby und stellt sich an die Seite des Mitstiebers Eugen Richter. Der so auf die Fortschrittspartei schon gekommene Löwe wird sehr schnell den Lasker überspringen und sich und sein eigenstes Wesen bei Miquel und Dr. Braun wiederfinden.

Die natürliche Parteistellung des Volksschullehrers.

Von Karl Schneidt.

(Fortsetzung.)

An seine Stelle traten nun jene Afterpädagogen, die zwar nicht den Muth hatten, den Forderungen der Reaktion entgegenzutreten, sich aber gleichwohl schämten, ihre moralische Feigheit und geistige Impotenz einzugestehen. Sie wollten Jünger Diesterweg's sein und es dennoch nicht mit der herrschenden reaktionären Gewalt verderben, und so erfanden sie denn den famosen Ausweg, den Ansichten ihres „Meisters“ eine Deutung unterzuschieben, die sein ganzes Leben Lügen straft. Um den reaktionären Geist, der nun in der Schule mit all seinem Gefolge seinen feierlichen Einzug hielt, ward ein glänzender Deckmantel geworfen, die „tüchtigen Leistungen“ der Volksschule in Preußen, wie sie sich so herrlich in dem brudermörderischen Kriege von 1866 bewährt hatten, wurden gebührend herausgestrichen, Preußen ward ein „Intelligenzstaat“ (mit Zündnadeln und Riesenkanonen) und dem Schulmeister wurde eine Belohnung für seine guten Dienste in Aussicht gestellt. Wie er jedoch abgelohnt wurde — nun, das wissen wir ja; es braucht dieses also hier nicht weiter erörtert zu werden.

Aus dem Vorhergehenden erhellt nun zur Evidenz*), was Diesterweg damit sagen wollte, wenn er von dem Lehrer verlangte, daß er kein Politiker und Politikaster, kein Klub- und Parteimensch sein solle, weil ihm sonst durch die gegen einander tobenden Leidenschaften der harmlose, kindlich-heitere Sinn nnd die Ruhe und Freudigkeit des Gemüthes, deren er zu seinem Berufe so sehr bedarf, abhanden kommen könnten.

Kann das nach Allem, was wir von Diesterweg's Ansichten und Idealen, kann das nach dem, was wir von seinem Leben und seinem persönlichen Verhalten wissen, die Bedeutung haben, als ob der Lehrer ohne politische Meinung das gefügige Werkzeug in der Hand der jeweiligen Machthaber sein solle?

Nein und tausendmal nein!

Der Lehrer soll seine eigene Unabhängigkeit wahren, seine Bildung, die Diesterweg für ihn beansprucht, soll ihm die Mittel und Wege an die Hand geben, durch seine Thätigkeit in der Schule bleibende Resultate für's Leben, für das Wohlergehen des Volkes zu erzielen. Der echte Jünger Diesterweg's und Pestalozzi's hat vor allem sein Augenmerk auf des Volkes wahre Bildung, auf die Erziehung zur wahren Freiheit zu richten. Kann er dieses aber dann, wenn er sich zum Werkzeug in den Händen einer Macht erniedrigt, deren eigenstes Interesse dem wahren Wohle des Volkes schnurstracks entgegenläuft?

Muß der Lehrer, der mit klarem, unbefangenen Blick die Lage unserer heutigen Volksschule prüft, muß der nicht zu der Ueberzeugung gelangeu, daß die herrschende Partei kein Interesse an der Verwirklichung der Ideale wissenschaftlicher Pädagogik, an der wahren Aufklärung und allgemeinen Bildung haben kann? Muß es ihm nicht klar werden, daß, so lange die Schule in den Händen dieser Partei ist, sie nur als das betrachtet und behandelt wird, was sie (in ihren Augen natürlich) sein soll, als ein nationales Verdummungsinstitut? Wird ferner der Lehrer, der durch seine Stellung wie kein Anderer in innige Berührung mit dem Volke tritt, wird derselbe sich der Ueberzeugung verschließen können, daß, so lange die gegenwärtigen Verhältnisse bestehen, keinerlei Aussicht auf eine wirkliche Verbesserung des Volksschulwesens vorhanden ist?

Angenommen selbst, die heutige Schule wäre das, was sie ihrem ursprünglichen Wesen nach sein soll, eine Anstalt zur Bildung und Hebung der geistigen Wohlfahrt des Volkes, könnte dieselbe bei unseren verbohrten sozialen Verhältnissen ihr Ziel erreichen? Weiß doch jeder Lehrer nur allzugut aus eigener Erfahrung, daß die Volksschule wie kein anderes Institut unter der vortrefflichen „göttlichen Weltordnnng“ zu leiden hat. Abgesehen davon, daß dem Lehrer für Elephantenarbeit Sperlingsfutter gereicht wird, abgesehen davon, daß er genau nach der vorgezeichneten Schablone arbeiten muß, daß ihm Methode, Inhalt und Umfang seines Unterrichtes vorgeschrieben ist, abgesehen von all den Demüthigungen, denen der Erzieher der Jugend ausgesetzt ist — von alledem abgesehen, erlauben ihm die sozialen Mißstände, erlaubt ihm das soziale Elend nicht einmal, ohne fortwährende, durch dasselbe herbeigeführte Störungen seinem mühsamen Geschäfte obzuliegen. Die Armuth der Eltern gestattet ihnen nicht, den Kindern die nöthigen Lernmittel anzuschaffen, das Elend zwingt sie, dieselbeu vom Schulbesuch abzuhalten: sie haben keine Kleider, keine Schuhe, keine Strümpfe, und ist dieses nicht die Ursache, so müssen die Kinder die Schule nur allzuhäufig versäumen, um durch irgend eine Arbeit den Eltern das karge Brot verdienen zu helfen. Die Kinder der Armen leiden Mangel an Allem, sie leiden Mangel am Nothwendigsten — an Brot. Und Kinder, die also im Elend aufgezogen werden, Kinder, die schon im Mutterleibe unter den unvernünftigen Einrichtungen unserer „Gesellschaft“ zu leiden haben, Kinder, die nie wahre Kinder sein dürfen, die nie des Lebens Sonnenschein erwärmt, denen nie der Jugend Freude das Herz erfaßt, Kinder, deren geistige Fähigkeiten mit dem Körper verkümmern — solche Kinder sollten in der Schule im Stande sein, den Erwartungen des strebsamen Lehrers zu entsprechen? Solche Kinder, die schon in frühester Jugend durch die dem Elend so nahe verwandten Laster beeinflußt werden, sollte man ohne unsägliche Mühe zu moralischfreien, zu wahren Menschen erziehen können?

Welchem Lehrer, der es wirklich ehrlich meint und der erfüllt ist von der eigentlichen, im Wesen des Erzieherberufes begründeten hohen Aufgabe, an deren Lösung mitzuarbeiten er berufen ist, welchem Lehrer, der ein Herz für die ihm anvertrauten Kleinen hat, welchem Lehrer, frage ich, wären nicht schon solche Gedanken gekommen? Muß es nicht dem Lehrer mit warmem Erzieher- und Vaterherzen einen Dolchstoß in's Herz versetzen, wenn er die Schaar der noch unschuldigen Kleinen betrachtet, wenn er bedenkt, daß die Eltern ihm ihr volles Vertrauen schenken, indem sie ihm die Erziehung ihrer Kinder übertragen, wenn er diese bedenkt und seinen Blick in die Zukunft schweifen läßt und sich so recht lebhaft vorstellt, was die Verhältnisse aus diesen Kindern, die alle den Stempel der Menschenwürde auf ihrem Antlitz tragen, die alle begründete Ansprüche auf des Lebens Genüsse zu erheben berechtigt sind, — wenn er bedenkt, was aus ihnen die „göttliche Weltordnung“ machen wird?

Und er, dem das arme, betrogene Volk willig seine Kinder zuführt, er, von dem es hofft, daß er mitarbeiten werde an dem Werke seiner Befreiung, er sollte dieses Vertrauen täuschen?! Er sollte, seinem Erzieherberuf Hohn sprechend, den Drängern des Volkes helfen, die Ketten, an die sie dasselbe gefesselt haben, noch fester um die Unterdrückten zu winden?! Er sollte sich zum Handlanger der Tyrannei hergeben?!

„Nie und nimmer!“ —

Und zur Ehre des Volksschul-Lehrerstandes wollen wir an-

*) Zur Evidenz = einleuchtend, in die Augen springend.

— Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, welche, wie überhaupt die deutschen Gewerkschaften, nach dem „Gesetz" keine Politik treiben lassen, revanchiren sich für diese „gesetzliche" Einschränkung ihres Staatsbürgerrechts seltsamerweise damit, daß sie um so bereitwilliger mit sich Politik treiben lassen. So hat die Fortschrittspartei durch ihr Centralwahlcomité in Berlin beschlossen, „in den geeigneten Wahlkreisen Candidaten zu unterstützen, welche aus den Kreisen der Gewerkvereine hervorgegangen sind". Dieser Beschluß, weun er ernstlich gemeint wäre, wäre nicht mehr als recht und billig, denn das muß zugestanden werden, als „Stimmvieh" haben sich die Gewerkvereinler vortrefflich bewährt, und vielleicht mehr als ein Fortschrittsmann verdankt denselben sein Reichstagsmandat; aber es ist eine Perfidie, daß die „Candidaten" der Gewerkvereine, welche den Fortschrittlern zur Unterstützung empfohlen werden, sich auf den einen „verdienstvollen Anwalt" Dr. Max Hirsch beschränken, der selber ein Fortschrittler vom reinsten Wasser ist und der obendrein seine „Anwaltschaft" im Interesse der Fortschrittspartei versieht. Es wäre auch gar zu viel verlangt von den Geldsacksfortschrittlern, einem Arbeiter zu einem Reichstagssitz zu verhelfen, der von der Pike auf gedient hat. Den Gewerkvereinlern möchten wir daher rathen, endlich einmal dem schnöden Spiel ein Ende zu machen, welches da mit ihnen getrieben wird, denn es ist wahrlich nicht ehrenwerth, Lakaiendienste zu verrichten.

— Zur Weltausstellung in Philadelphia schreibt man der „Volkszeitung": „Die seitens des Vereins für das Wohl (?) der arbeitenden Klassen mit so großen Opfern durchgesetzte Hinübersendung von Gewerbetreibenden nach der Ausstellung in Philadelphia hat bisher noch nicht den Erfolg gehabt, den man erwartet hat. Es wurde nämlich gewünscht, daß die Herren zunächst jeder einen Bericht verfassen sollen über das, was sie in ihrer Branche Bemerkenswerthes gesehen haben. Bisher ist noch nicht ein Bericht dem Vereine zugegangen, und man befürchtet sogar, es wollten einige sich dieser Arbeit überhaupt entziehen." — Die „Arbeiterdelegirten" werden wohl ihre Gründe haben, warum sie sich über ihre Wahrnehmungen auf der Ausstellung in Philadelphia so gründlich ausschweigen; würden sie die verlangten Berichte einsenden, so könnten sie ja doch nur bestatigen, was bereits Professor Reuleaux so unverblümt ausgesprochen hat — daß die deutsche Industrie ein schmähliches Fiasko davongetragen hat; und um den Arbeitgeber-Mandanten nicht wehe zu thun, halten die Herren Delegirten lieber fein säuberlich den Mund. Dieses Schweigen redet deutlich genug.

— Bezüglich der Wahlaussichten für unsere Partei in Schlesien lesen wir in der „Wahrheit":

„Wir kommen zu den Sozialdemokraten, die als junge, hoffnungsvolle Partei noch gar keinen schlesischen Kreis erobert hatten. Ihr aussichtsvollster Kreis ist Reichenbach-Neuroda. Dort stimmten 1874 im ersten Wahlgange 4645 Liberale, 4685 Centrum, 3700 Sozialisten, 930 Gewerkvereinler. Im zweiten Wahlgang, 9630 Liberale (Webski), 5828 Centrum, verhalfen die Sozialisten durch ihre Stimmenthaltung dem Liberalen zum Sieg, diesmal dürften sie sich wohl die Palme selbst erobern. Dieselben Sozialdemokraten sind so kühn, auch den Wahlkreis Waldenburg den Freikonservativen abspenstig machen zu wollen. Ebenso kühn erheben sie ihr Haupt gegen den Fortschritt in den beiden Breslauer Kreisen und gegen die Nationalliberalen in Liegnitz. Versuchen werden sie jedenfalls ferner, ob es nicht gelingen kann, die Freikonservativen aus Schweidnitz zu verdrängen. Auch in Görlitz und Neumarkt treten sie 1877 zum ersten Male selbstständig auf. Dem zum Theil zur Mark Brandenburg gehörigen Kreise Forst-Sorau lächelt ebenfalls das Glück einer aussichtsvollen sozialdemokratischen Reichstagskandidatur."

Wenn das industriereiche Schlesien diesmal wirklich etliche Zehntausende sozialdemokratischer Stimmen aufweisen sollte, so thäte es nur, was man längst von ihm zu erwarten berechtigt war.

— Herr Schulze aus Mainz, der sich jetzt unter dem Pseudonym „M." in der journalistischen Arena heruntummelt, ertheilt dem Reichstag im „Hamburgischen Correspondent" eine Rüge, weil er beschlossen hat, die Preßvergehen vor die Geschworenengerichte zu verweisen. „Wir haben," sagt Schulze, „gegen den Beschluß an sich nicht viel einzuwenden, und bekennen, daß sich sehr gute Gründe für denselben anführen lassen. Aber auf's Entschiedenste müssen wir erklären, daß, unserer Ueberzeugung nach, auch sehr schlechte Gründe für ihn in's Feld geführt worden sind. Wenn z. B. Herr Völk meinte, es handle sich hier ja nicht gerade um die periodische Tagespresse, sondern um die ganze literarische Produktion, gewissermaßen die ganze Geistesarbeit Deutschlands, so muß doch jeder ruhige Beobachter zu solcher Argumentation den Kopf schütteln. Ja, es „handelt sich" — aber die Wirklichkeit fragt leider nicht viel darnach, um was es sich nach Ansicht der Doktrinäre vom Schlage des Herrn Völk handelt. Die Argumentation Völks hätte einen Sinn, ja sie wäre unwiderleglich, wenn die geistige und literarische Arbeit in ruhigen, wohlumgrenzten Geleisen friedlich ihres Weges ginge, ein Produkt der Gelehrten oder doch der hervorragendsten Geister der Nation und berechnet auf eine urtheilsfähige Minorität von Leuten, welche mehr oder weniger im Besitze einer gediegenen Bildung oder doch wenigstens eines festen Haltes in Lebensstellung und Lebensanschauung sind. Unter heutigen Umständen aber, wo die politisch-soziale Agitation ein Gewerbe, wo die Grundlagen unserer Bildung zu Gegenständen des Spottes und Hohnes geworden sind, wo jeder Strikeredner sich für eine politische Person und jedes freche Lästermaul sich, wenn die Polizei ihm das Handwerk legt, für einen politischen Verbrecher hält — unter solchen Umständen den einschlägigen Theil der Strafgesetzgebung nach Rücksichten auf die geistige und literarische Arbeit des Volkes einrichten zu wollen, das ist wieder einmal eines jener Stückchen, in denen die geringe Fähigkeit des heutigen Liberalismus, die wirkliche Sachlage zu begreifen, sich kundgiebt."

Wir begreifen das Unbehagen sehr wohl, welches die „politisch-soziale Agitation" dem Herrn Schulze bereitet; die „Strikeredner" und „Lästermäuler" bestreiten dem Schreihals Schulze aber ganz entschieden das Recht, sich zu jener „urtheilsfähigen Minorität von Leuten" zu zählen, die eine „gediegene Bildung" zu „geistiger und literarischer Arbeit" befähigt, sintemalen die „gediegene Bildung" bei ihrer „geistigen und literarischen Arbeit" die von Herrn Schulze so hochgeschätzte Beihülfe der Polizei grundsätzlich verschmäht. Was die Schwurgerichte, diese verfälschten Ueberreste der altdeutschen Volksgerichte, angeht, so wissen die „Strikeredner und Lästermäuler" in Bayern und anderwärts ein Liedchen davon zu singen, was es heißt, von Geschworenen gerichtet zu werden, denen nicht die „geistige Bildung", sondern der Geldsack ein Anrecht auf das Geschworenenamt verliehen hat. Also nicht so ängstlich bester Herr Schulze, und nehmen Sie es uns nicht übel, wenn wir uns zuguterletzt noch erlauben, Sie mit der Nase auf einen Erlaß zu stoßen, den jüngsthin — nicht der „geistige Vorkämpfer" unseres Jahrhunderts etwa, ach nein, den der obskure Justizminister des „Halbbarbaren"staates Rumänien erlassen hat, als einige „Staatsretter" ihn um Rath angingen, wie es mit der oppositionellen Presse zu halten sei. Lesen Sie den Erlaß, Herr Schulze, er ist in seiner Consequenzen von jener „gediegenen Bildung" getragen, die Ihnen noch so sehr mangelt. Es heißt da: „Die leidenschaftliche und beleidigende Sprache, mit welcher mehrere von den Oppositionsjournalen die Regierung angreifen, das unverkennbare Uebelwollen, mit welchem sie alle Akte des Ministeriums verdrehen und verdächtigen, die unwahren Nachrichten, welche sie unablässig unter dem Publikum verbreiten, um Zwietracht zu säen und die gegenwärtige Lage zu verwirren, haben mehrere der Herren Prokuratoren veranlaßt, bei mir anzufragen, welche Haltung sie einnehmen und ob sie gegen die betreffenden Journale die Verfolgung durch Gerichte anrufen sollen. Diesen Anfragen gegenüber beeile ich mich, Herr Generalprokurator, Sie aufzufordern, allen Prokuratoren bekannt zu geben, daß die Regierung der Presse gegenüber von den Maßregeln, welche ihr das Strafgesetz zur Verfügung stellt, keinen Gebrauch machen will, und daß sie in der formellsten Weise jede Verfolgung von Journalen wegen Delikten gegen sie oder ihre Organe eingestellt zu sehen wünscht. Es versteht sich von selbst, daß es Privatleuten, welche sich durch die Presse verletzt glauben, nach wie vor frei steht, die Hilfe der Gerichte anzurufen. Abgesehen aber von diesen Fällen, ich wiederhole es, hat jede gerichtliche Verfolgung der Presse zu unterbleiben. Der Grund, aus welchem wir der Presse die volle Freiheit belassen können, liegt darin, Herr Generalprokurator, daß Regierungen, welche ihren Ursprung im frei ausgedrückten Willen des Volkes haben und sich des Vertrauens der Bevölkerung erfreuen, die etwaigen Ausschreitungen der Freiheit nicht zu fürchten brauchen. Je mehr nun die Gerichte von dieser Art von Thätigkeit entlastet sind, desto ungestörter wünschen wir ihre Aufmerksamkeit der Verfolgung jener Verbrechen zugewandt zu sehen, welche gegen die Sicherheit der Person und des Eigenthums gerichtet sind."

— Ein offenes Geständniß. Der Redakteur der als Gründerorgan bekannten „Schlesischen Presse" hat in unschätzbarer Weise seine Ansichten in einer Sitzung des kaufmännischen Vereins in Breslau am 17. November bekannt gegeben:

„Es hat sich in Arbeiterkreisen an einzelnen Orten das Wahngebilde eines allgemeinen Menschenrechtes auf Arbeit, auf eine einigermaßen behagliche, gesicherte Existenz festgesetzt" —

Bündiger und klarer kann man seine Arbeiterfeindlichkeit, ja seine Gegnerschaft gegen alle Menschlichkeit, den Mangel jedes menschlichen Mitgefühls nicht aussprechen! Das sind also die wahren Volksbeglücker, die Herren, die uns am Leitseil der bismarckisch-preußisch Politik „durch Einheit zur Freiheit" führen wollen! Jeder Arbeiter, der solchen Leuten bei der nächsten Wahl seine Stimme zu geben über sich gewinnt, der legt sich selbst den Strick um den Hals. Jedenfalls hat man im Kreise seiner Genossen gejubelt vor Entzücken über diese Erledigung der Arbeiterfrage. Also ein Wahngebilde ist das Menschenrecht auf Arbeit, der Anspruch auf eine auch nur einigermaßen menschenwürdige Existenz! Wer Ohren hat zu hören, der höre! Ihr, die Ihr noch nicht der Partei angehört, welche dieses Wahngebilde anstrebt, und die Ihr noch unter dem Elend seufzt, welches eine verkehrte Staats- und Wirthschaftsgestaltung geschaffen hat, hier habt Ihr ein unumwundenes Geständniß dessen, was Euch erwartet seitens der heute Herrschenden. Wollt Ihr aber, so reicht uns Eure Hand, damit Alle, Alle vereint zeigen, daß wir nicht für ein Wahngebilde fechten.

— Den amerikanischen Petroleumwucherern hat die künstlich erzeugte Preissteigerung des Petroleums nach einer oberflächlichen Berechnung bereits an die 10 Millionen Dollars eingetragen. Da die begüterten Klassen, wo dies angänglich ist, zumeist Gas statt Petroleum benutzen, so ist es wieder, wie stets, das arbeitende Volk, welches den amerikanischen Gaunern zum Opfer fällt. Die Preissteigerung des Petroleums, urtheilt die „Tagwacht" sehr richtig, zeigt wiederum, daß es eine Widernatürlichkeit ist, die Arbeitsmittel, welche doch von der Natur und den Arbeitenden geschaffen worden, in den Händen Einzelner zu lassen, da diese Einzelnen die Arbeitsmittel zur Ausplünderung des Volkes benutzen können, was nicht der Fall wäre, wenn die Gesammtheit des Volkes die politische Macht und der Staat die Arbeitsmittel besäße.

— Stuttgart. Wegen Preisdifferenzen betr. Lohnreduzirung und inhumaner Behandlung in der Stuttgarter Möbel- und Parquetboden-Fabrik wird vor Zuzug gewarnt.

Mehrere Arbeiter.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten

Correspondenzen.

Berlin, 8. December. (Bericht über den 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreis.) Ohne der Partei große Kosten zu verursachen, beförderte mich von hier die Eisenbahn auf mein Freibillet hin nach dem Norden, zunächst nach Oldesloe. Wie aus einem von Oldesloe eingesandten Bericht, der mir in Hamburg zur Beförderung an den „Vorwärts" bei meiner Rückreise übergeben wurde, zu ersehen ist, war dort mein Auftreten in einer öffentlichen Volksversammlung am 2. December, zu welcher von den Liberalen alle Antisozialisten besonders eingeladen waren, von großem, durchschlagenden Erfolg. Trotzdem die Gegner unserer Bestrebungen in den letzten Wochen äußerst rührig waren, allerlei schmachvolle Angriffe durch die Presse wider uns zu schleudern, so wagte es doch nicht Einer der anwesenden Herren, selbst auf meine direkten Provocationen nicht, Rede zu stehen. Die Arbeiter in Oldesloe und Umgegend haben deshalb den Respekt vor jenen Leuten, die in der Presse und hinter der Weinflasche frech verleumden, in öffentlichen Versammlungen aber nur in seltenen Ausnahmefällen den Muth haben, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, vollständig verloren. — Den 3. December fand bei Ahrensburg im sogenannten Hamburger Wald eine Versammlung statt, zu welcher die dortige Landbevölkerung zahlreich erschienen war. Diese derben Landtagelöhner mit den mächtigen, schwieligen Händen und mit den hellen, offenen Augen, aus denen eine muthige Entschlossenheit und der Glaube an eine bessere Zukunft blitzt, sie machen einen äußerst guten Eindruck. Gern rede ich immer zu diesen Braven, die den nordischen Eichen zu vergleichen sind, so hart und zähe, so unbeugsam ist ihr Charakter. Einige anwesende Schullehrer machten sich während meiner Rede Notizen; sie sollen auch vor der Versammlung erklärt haben, an mich Interpellationen zu richten, doch als ich unter dem Beifall der Versammlung geendet hatte, wagte trotz wiederholter Aufforderung Niemand aus den Reihen der Antisozialisten das Wort zu ergreifen. Nach der Versammlung, in welcher ebenso, wie in Oldesloe, Genosse Gundelach aus Altona den Vorsitz führte, blieben die Parteigenossen noch bis zu meiner Rückfahrt nach Hamburg mit uns zusammen und gaben ihrer Liebe zur Sache der Sozialdemokratie oftmals freudigen Ausdruck. Diese sonst so ernsten Männer, welche Woche für Woche die schwersten Arbeiten verrichten, denen fortwährend Maßregelung droht, waren heiter und wohlgemuth, weil sie den festen Glauben haben, daß unser der endgiltige Sieg sein wird, daß ihre Sache, die Sache der Arbeit über die Herrschaft des Kapitals triumphiren wird. — Vormittags am selbigen Tage hatte eine Comitésitzung der Altonaer und Wandsbecker Parteigenossen stattgefunden. Ich habe mich in derselben überzeugt, daß alle Schritte gethan und alle Anordnungen getroffen werden, welche die Bürgschaft liefern für einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreis bei den nächsten Reichstagswahlen. — Den 4. Dec. hatten wir in Wandsbeck Versammlung. Wandsbeck ist ebenso wie Altona ein Hauptsitz des aufgeklärten Proletariats. Die Versammlung war, wie fast immer in dieser Stadt, äußerst gut besucht. Nachdem ich über die Pflichten eines Volksvertreters gesprochen, nachdem ich die vielen Angriffe zurückgewiesen hatte, die den sozialistischen Reichstagsabgeordneten gemacht werden, wobei ich besonders hervorhob, daß es die Hauptpflicht eines sozialistischen Abgeordneten sei, durch rege Agitation die Kämpfer für das Recht der Arbeit im nächsten Reichstag vermehren zu helfen, meldete sich ein Herr Wilcke, Redakteur des Bräuer'schen Organs in Hamburg, zum Wort zur Gegenrede. Sein Hauptangriff gipfelte gleichfalls in dem Vorwurf, daß die sozialistischen Abgeordneten viel zu selten im Reichstag anwesend seien; dann tischte er, wie das Bräuer'sche Blatt es schon gethan hatte, zunächst die Lüge auf, daß ich gegen die Diäten gestimmt hätte, während meine Collegen für dieselben gestimmt hätten, da doch die Sache sich bekanntlich so verhielt, daß ich für dieselben stimmte und zwei Collegen sich der Abstimmung enthielten. Was damals richtig war, darüber will ich nichts weiter sagen; das Verhalten der sozialistischen Abgeordneten für kommende Fälle ist jetzt völlig geregelt; es kommt auch in diesem

---

nehmen, daß kein Lehrer, dem seine Stellung und das, was die herrschende Partei von ihm verlangt, zum Bewußtsein gelangt ist, freiwillig einem solchen Ansinnen Folge leisten wird.

Aber wie viele giebt es deren, bei welchen sich diese Erkenntniß Bahn gebrochen hat? Wie unendlich groß ist nicht die Zahl derer, welche sich (ohne besseres Wissen) als willenlose Werkzeuge von den Unterdrückern zu ihrem schändlichen Werke gebrauchen lassen!

Und man muß zugeben, daß es nicht immer gerade die schlechtesten Köpfe sind, welche diese klägliche Rolle spielen. Manche giebt es unter ihnen, auf denen früher die pfäffische Bevormundung schwer lastete, und die nunmehr glauben, daß eine Partei, welche sie von derselben befreite, das wahre Wohl der Schule beabsichtige. Das sind dann die wirksamsten Agenten des Liberalismus, das sind jene Culturkampf-Pflanzen der Volksschule, deren verderbliche Wirksamkeit einst ein fluchwürdigeres Angedenken hinterlassen wird, als der Zelotismus*) und die borrnirte Orthodoxie**) der Pfaffen. (Schluß f.)

— Heilkräftigkeit der Gnadenorte. In einem ungarischen naturwissenschaftlichen Blatte veröffentlicht Otto Hermann Folgendes: Nach dem Szenttuter Wallfahrtsorte kamen Pilger aus allen Himmelsgegenden zusammen. Neben den Kreuzträgern schleppen sich gewöhnlich die Schwerkranken einher. Beinfraß, Aussatz, alle Krankheiten, auch die ansteckenden, sind vertreten. Den Schluß der Wallfahrer bilden Alt und Jung, schwangere Frauen und blühende Mädchen, Mütter mit Säuglingen an der Brust. Nach dem Gebet beginnt der Rundgang um die heilige Statue; die befleckten Lippen drücken einen Kuß auf den Sockel, den Fuß oder sonst eine Stelle des Gnadenbildes der Mutter Gottes und die gesunden Lippen berühren dieselbe Stelle. Eine noch abscheulichere Szene spielt sich neben dem heiligen Brunnen bei dem Waschbecken ab, in dem sich 10—15 Liter Wasser befinden. Alles, was Geschwüre und dergleichen hat, taucht dieselben in diese 15 Liter unter. Dann kommen die Mütter mit dem Säugling auf dem Arme, entkleiden denselben und waschen ihn vom Scheitel bis zur Sohle, „damit kein Uebel ihn berühre!" — Nun wußte ich, woher es komme, daß die schrecklichsten Krankheiten „auf geheimnißvolle Art" Kinder, Jünglinge, Manner und Frauen befallen, die in ihren Leben gar nichts verschuldet haben, um sich solche Krankheiten zuzuziehen. Und die Krankheit zieht sie dann wieder zum Wallfahrtsorte hin! Das Gift verbreitet sich von da überall hin; so ist es gekommen, daß ganze Ortschaften, ganze Gegenden schlechter vergiftet sind! Dies sind unter Anderm auch „Gnaden der Gnadenorte!" Man kann sich ein Urtheil bilden, welche furchtbaren physischen, welche sittlichen Gefahren dieses Treiben mit sich bringt, welches eben seinen Grund hat in der mangelhaften Volksbildung, in dem Fehlen entschiedener Trennung von Kirche und Staat, in den traurigen Verirrungen, denen das Volk des 19. Jahrhunderts noch anheimfallen kann.

*) Das unsinnige Eifern, das Muckern.
**) Rechtgläubigkeit, beschränkter Glaubensblödsinn.

— Sonst und jetzt. Es dürfte nicht uninteressant sein, folgendes Aktenstück mit ähnlichen Proklamationen aus unserer jüngsten Vergangenheit zu vergleichen; namentlich ist die Wortstellung des dritten Absatzes: „zwischen Volk und Fürst" ein beredtes Zeugniß für den „Fortschritt", den wir seit jener Zeit gemacht. Wir lassen nunmehr ohne weitere Commentare die Ansprache des Fürst Primas an die Inwohner Frankfurts wörtlich und buchstäblich folgen. Dieselbe lautet:

„Wir Carl von Gottes Gnaden, Fürst Primas des rheinischen Bundes, Erzbischoff von Regensburg, souverainer Fürst von Aschaffenburg, Regensburg, Frankfurt und Wezlar ꝛc.

„Wir finden Uns bewogen, bey der bevorstehenden Frankfurter Huldigung Unsere Gesinnungen aufrichtig und wolmeinend den hiesigen Inwohnern zu erklären.

„Die Huldigung knüpft unter Anrufung des Allmächtigen das Band der Vereinigung zwischen Volk und Fürst; der Endzweck dieser Vereinigung ist das gemeinsame Wohl; die Zufriedenheit aller wird erzielt durch das Mitwirken eines Jeden.

„Unter den biedern Frankfurtern wohnen aufrichtige Gottesverehrung, milde Wohlthätigkeit, sittliche Tugenden, thätiger Fleiß; So lange sie diese Gottgefälligen Eigenschaften erhalten, auf Kind- und Kindeskinder fortpflanzen, wird der Seegen des Himmels sie nicht verlassen.

„Die Leiden des Kriegs sind in diesem Augenblick unvermeidlich; doch auch diese werden vorübergehen.

„Frankfurts Fürst wird in dem ganzen Lauf Seines Lebens Seine Kräfte aufbieten, um alles Ueble von der guten Stadt abzuwenden, um Eigenthum und Sicherheit der Inwohner zu schüzzen und alles Gute zu befördern.

„Er erwartet mit Vertrauen, daß der Senat und die Justizstellen mit gerechter und väterlicher Sorgfalt für das Wohl der Bürgerschaft sorgen, daß die Bürger ihren Vorgesezten Achtung und Folgsamkeit bezeugen; daß der edelgesinnte reiche Inwohner dem schazbaren, obgleich ärmern, keine Lasten zumuthe, die dessen Vermögens-Verhältnisse übersteigen; daß die Christen der Judenschaft mit menschenfreundlichem Wohlwollen begegnen; daß die Juden sich dieser Achtung durch Rechtschaffenheit im Handlen und mit unermüdetem Fleiß würdig bezeugen.

„Frankfurts Fürst hofft und wünscht, daß die Inwohner dieser guten Stadt Ihm Vertrauen und herzliche Zuneigung schenken; Er Selbst und Seine rechtschaffen gesinnte Commissarien meynen es redlich mit Frankfurts Wohl.

„Frankfurt, den 1. Jänner 1807. Carl, Fürst Primas."

Bericht nur darauf an, die Thatsache zu constatiren, daß jene Leute, welche fortwährend den Namen Lassalle's im Munde führen, mit direkten, bewußten Lügen um sich werfen. Lassalle, den ich ganz gewiß verehre, würde sich im Grabe umdrehen, wenn er die Harlequinaden sähe, die jene Menschen mit seinem Namen und mit seinen Ideen treiben. Der kluge Herr Wilcke, der fortwährend auf Lassalle sich stützte, und behauptete, daß die 9 sozialistischen Abgeordneten; wenn der Bundesrath immerwährend die Diäten verweigere, unter Protest ihr Mandat niederlegen müßten, begriff gar nicht, daß Lassalle, als er zu einem solchen Agitationsmittel rieth, die Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses, welche die Fortschrittspartei besaß, im Auge hatte. Einer winzigen Minorität dies Manöver zuzumuthen, und sich dabei auf die Autorität Lassalle's zu stützen, zeigt von solcher Confusion und derartig geringen Auffassungsgabe, daß man solche Zumuthung auch nur von Buchstabengläubigen erwarten kann. Wahrlich, im Geiste Lassalle's ist es gehandelt, wenn man mit aller Macht außerhalb des Reichstags — auch mit Hilfe der Freifahrkarten — agitirt, um diejenige Macht im Reichstage zu erlangen, daß ein etwaiger Protest, eine etwaige Niederlegung der Mandate millionenfachen Widerhall im Volke findet — dann ist eine solche Handlungsweise eine politische That, jetzt wäre sie eine kindische Komödie. Herr Wilcke machte, wie er selbst eingestand, deshalb auch nicht den geringsten Eindruck. — Herr Linsenberg, der in Oldesloe mit Parteigenosse Auer einen Kampf bestanden, fragte nun bei mir an, ob ich geneigt sei, gleichfalls mit ihm in die Arena zu treten. Es wurde verabredet, daß am nächsten Tage Hr. Linsenberg in Altona eine Stunde Redezeit erhalte, darauf ich gleichfalls eine Stunde und dann zur Replik resp. Duplik jeder eine Viertelstunde. Die Versammlung in Wandsbeck hat gezeigt, daß unsere Parteigenossen voll und ganz auf Posten stehen — den Beweis hierfür wird der 10. Januar geben. (Schluß folgt.)

Kiel, 29. November. Am 17. d. M. war im Englischen Garten in Kiel eine Versammlung einberufen, wo gegen 1200 Personen anwesend waren. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: „Die politischen Parteien im Reichstag und ihre Thätigkeit für die Volksinteressen", als zweiter Punkt: „Verschiedenes". Nachdem in das Bureau gewählt waren die Herren Stark und Möller als erster und zweiter Vorsitzender, sowie Pöhlsen als Schriftführer, erhielt Herr Otto Kapell als Referent das Wort und entledigte sich seines Auftrags zu Aller Zufriedenheit. Hauptsächlich erörterte der Redner die Art und Weise, wie die verschiedenen Parteien gegen die Sozialdemokraten kämpfen. Die Conservativen, die Liberalen und Nationalliberalen, die Fortschrittspartei, die Schutzzöllner, die Ultramontanen, alle erhielten ihr Theil und der Redner legte klar dar, daß trotz aller Gegnerschaft fast alle diese Parteien uns in die Hände arbeiten. Als Herr Otto Kapell fast zwei Stunden gesprochen hatte, ward eine Resolution eingebracht, welche folgendermaßen lautet: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, bei den nächsten Reichstagswahl nur dem Candidaten der Arbeiterpartei, Herrn Oldenburg, ihre Stimmen zu geben." Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde von Herrn Stark zu Interpellationen aufgefordert, da sich aber Niemand zum Wort meldete, sprach Herr Meyer noch einige Worte über den ersten Punkt der Tagesordnung, worauf Herr Stark den zweiten Punkt derselben, „Verschiedenes", behandelte. Am Schlusse wurde von der Versammlung noch der Wunsch ausgesprochen, Herrn Kapell bald wieder in unserer Mitte zu sehen, dem Herr Kapell denn auch zu entsprechen gewillt ist, wenn die Zeit es ihm erlaubt.

Bücherschau.

— Am 15. December wird erscheinen: „La Commune". Almanach socialiste pour 1877, („Die Commune". Sozialistischer Almanach für 1877.) Inhalt: Die Zukunft unserer Kinder, von Elise Reclus. — Paris unter der Commune, von Arthur Arnould. — Die Freiheit, von Paul Brousse. — Stenko Razine, von Oelsnitz. — Ueber die Justiz in Frankreich, von Elias Reclus. — An die Arbeiter der Communen Frankreichs, von C. F. Gambon. — Ueber den Antagonismus der Klassen (Gegensatz, Kampf der Klassen), von Adhémar Schwitzguebel. — Ueber Beschickung internationaler Ausstellungen durch Arbeiterabgeordnete, von Adolf Clemence. — Die sozialistische Partei Rußlands, von Z. Ralli. — Studien über den rationellen Sozialismus, von einem Pariser Arbeiter.

Preis 1 Frank (= 80 Pfg.)
Für Arbeitervereine 40% Rabatt.

Bestellungen sind zu adressiren an die Druckerei des „Rabotnik", 26 Chemin de Montchoisy in Genf.

— De vlaamsche Lantaarn, die „Vlämische Laterne" ist der Titel eines Kalenders für 1877 den, wie schon 1876, die Gent'sche Abtheilung der Internationalen Arbeiterassoziation herausgiebt. In vlämischer Sprache, einem urkräftigen, volksmäßigen Idiom geschrieben, ist dieses Werkchen wie zur Agitation geschaffen. Im Laufe dieses Monats hat sich dort ein belgischer Arbeiterbund gegründet, der die vlämischen und wallonischen Arbeiter einen soll. Wir begrüßen mit Freuden diesen neuen Fortschritt unserem Ziele zu, der durch diese Erscheinung bezeichnet wird.

Was den Inhalt des Almanachs anlangt, so ist er vortrefflich gewählt für den Dienst unserer großen Menschheitsbefreiungs-Idee. Das 20 Centimes (16 Pfennig) kostende Büchlein enthält: Eine Vorrede, einfaches Kalendarium, die gegenwärtige Lage, die Blutwoche (nach dem droits de l'homme („Menschenrechte"), große Herren, kleine Vöpel (Gedicht), sozialistisches Programm, Revolution und Revolutionäre, Sie sollen ihn nicht haben (Lied), Sprüche, zur Ueberlegung, Anekdoten, eine prächtige Erfindung, eine Frau aus dem Aufstande (Gedicht), Unterweisung, über Haushaltskunde, das Petroleum.

Es werde Licht! allerorts, in allen Köpfen, daß man sich klar werde über Mittel und Wege, Alle frei und möglichst glücklich zu machen! Unsern Gruß, ihr belgischen Brüder, und vorwärts, vorwärts auf der Bahn nach unseren erhabenen Zielen!

— Die Kleinbürger und die Sozialdemokratie. Ein Mahnruf an die Kleingewerbtreibenden von Joh. Most. Augsburg, 1876. Verlag der Volksbuchhandlung. Mit Hinblick auf den Kleinbürger, seine Geschichte und seine voraussichtliche Zukunft entwickelt der Verf. die Nothwendigkeit einer sozialen Reform. Gerade die in Frage stehende Klasse des Kleinbürgerthums werde am meisten voll Vorurtheile gepfropft und gegen die Sozialdemokratie eingenommen. Diese Ammenmährchen werden einer genauen Prüfung unterworfen und in ihr Nichts aufgelöst. Die Hoffnungen auf Besserung der Verhältnisse durch eigene Initiative des Volkes, des arbeitenden Volkes, werden als eitel und unrealisirbar erwiesen; dagegen in der zweiten Hälfte des Schriftchens entwickelt der Verfasser den Weg, welchen die Sozialdemokratie für den richtigen, die Menschheit erlösenden hält. Möge das Buch viele Leser finden und dazu beitragen, daß man die Sozialdemokratie fernerhin als das bezeichnet und betrachtet, was sie wirklich ist, nicht aber als das rothe Gespenst, als welches sie diejenigen darstellen, die ein Recht haben, sich vor den Wahrheiten des Sozialismus zu fürchten.

An die Wähler im 2. oldenburgischen Wahlkreis. (Fürstenthum Lübeck.)

Wähler in Stadt und Land! Da in den nächsten Tagen die Listen der Wähler zum deutschen Reichstage ausgelegt werden, so ist es Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, in der in seinem Orte ausgelegten Liste nachzusehen, ob er in dieselbe eingetragen ist.

Wahlberechtigt ist jeder unbescholtene Mann, welcher das 25. Lebensjahr erreicht und im letzten Jahre (1876) keine Armenunterstützung bezogen. Wer nicht verzeichnet steht, muß sofort reklamiren und auf Verlangen die erforderlichen Legitimationspapiere mitbringen, andernfalls ist er am 10. Januar seines Wahlrechtes verlustig. Ganz besonders machen wir aber darauf aufmerksam, daß bei der vorigen Reichstagswahl in Eutin in ungesetzlicher Weise alle diejenigen Arbeiter nicht in der Wählerliste verzeichnet waren, welche keinen eigenen Hausstand führten. Wir ersuchen daher, auf diesen Umstand ganz besonders achten zu wollen und uns, sollte wiederum bei der Ausfertigung der jetzigen Wählerliste ein gleiches Verfahren beobachtet sein, davon in Kenntniß zu setzen, damit wir höheren Orts die nöthige Abhilfe erwirken können.

Das Arbeiterwahlcomité.

An die Gesinnungsgenossen des Landkreises Cöln.

Noch vier Wochen und die Reichstagswahl ist da, in dieser kurzen Frist muß noch viel gethan werden, wenn wir eine ansehnliche Stimmenzahl auf unserm Candidaten Aug. Bebel vereinigen wollen. Bedenkt, daß dazu aber alle Kraft angewendet werden muß, denn die Gegner sind auch nicht müssig und suchen uns überall das Terrain streitig zu machen, um am Ruder zu bleiben und uns fernerhin ausbeuten zu können. Ihr habt es jetzt noch in der Hand. Wollt Ihr diese Gelegenheit abermals vorübergehen lassen und die Hände feig in den Schooß legen? Dies kann Euer Wille nicht sein, deshalb auf, bildet Wahlcomités und sammelt Gelder, so viel in Euren Kräften steht. Wenn Jeder nur ein kleines Scherflein giebt, dann kommt immerhin so viel zusammen, daß wir die nothwendigsten Kosten bestreiten können. Am 1. Januar erscheint die „Cölner Freie Presse", die Probenummer derselben wird bereits zu Weihnachten herausgegeben und soll gleichzeitig als Flugblatt dienen; abonnirt fleißig und suchet dem Blatte die weiteste Verbreitung zu geben, denn die Presse ist unser bester Agitator.

Also nochmals: Auf zum Wahlkampf!

Alle Briefe sind zu senden an Peter Inger, Mittelstr. 13; die Gelder an Matth. Wirtz, Mittelstr. 36, bei Eckert.

Kalk, den 8. December 1876.

Das Arbeiterwahlcomité für den Landkreis Cöln.

Das nenn' ich einen faulen Knecht,
Der nicht 'mal sein natürlich Recht
Zur Wahl weiß anzuwenden.

Gelt! spricht der Kaiser, Hans komm' her,
Nimm' auf die Schulter das Gewehr,
Das bringt dich auf die Sohlen.

Doch wenn er wählen soll für sich
Und wenn es gilt sein eigen Ich,
Dann mag's der Teufel holen.

Das Wahlrecht auch ist eine Flint',
Stimmzettel auch Patronen sind,
Hans nimm' dich selbst beim Kragen.

Letztes Wort an Hrn. Frohme, Frankfurt a. M.

Meine Erklärung ließ Ihnen nur die Wahl, entweder die von Ihnen auf dem Gothaer Congreß gegen mich aufgestellten Verdächtigungen zurückzunehmen, oder die Beweise für dieselben beizubringen.

Sie haben weder das Eine noch das Andere gethan, und doch mußten Sie die von mir jetzt verlangten Beweise bereits auf dem Congresse haben.

Ich überlasse nun Ihr Verfahren getrost der Beurtheilung der Parteigenossen.

Paul Lossau.

Briefkasten

der Redaktion. C. Str. Wismar: Per Post am schnellsten und billigsten. Bedingungen für Kreuzband- 2c. 2c. Sendungen vergleiche „Vorwärts" Nr. 1 u. 2. — M. W. Annaberg: Ausländer haben kein Stimmrecht bei der Reichstagswahl, mögen sie auch noch so lange in Deutschland wohnen. Nur die ausdrückliche Aufnahme als Bürger eines deutschen Staates kann ihm das Wahlrecht gewähren. — Die Briefk.-Notiz in Nr. 31 u. Bl. bezügl. d. „Märk. Volksf." beruht auf Irrthum. Der Verfasser derselben hatte ein anderes nichtsozialistisches Blatt mit ähnlichem Titel im Auge. Der „Märkische Volksfreund", welcher im Verlage der Allgem. deutschen Assoziationsbuchdruckerei in Berlin erscheint, ist das Organ unserer Partei für die Provinz Brandenburg; seine treffliche Redaktion giebt ihm das Recht auf weiteste Verbreitung durch die Gesinnungsgenossen.

der Expedition. G. Baum in Meerane: Sie können für Decbr. bei der Post abonniren, doch müssen, wenn Sie die Blätter vom 1. Decbr. an haben wollen, 10 Pf. nachbezahlt werden. Ihre Adresse müssen Sie der Post genau angeben, wenn Sie die Lieferung ins Haus haben wollen, holen Sie aber Ihre Exemplare bei der Post selbst ab, dann genügt Ihr Name allein.

Offenes Schreiben an Hrn. C. W. Tölcke!

In der Nr. 30 des „Vorwärts" vom 8. dieses Monats schreiben Sie von einem „sogenannten Parteigenossen", welcher vor etwa einem Jahre zugereist sei und der am Sonntag, den 15. Oktober dieses Jahres, eine Volksversammlung in „brüderlicher Eintracht mit einigen Ultramontanen" hätte vereiteln wollen.

Wer ist dieser sogenannte Parteigenosse? Den Namen genannt, damit ein ehrlicher Kampf möglich ist.

Iserlohn, den 10. December 1876.

Mit der höchsten Hochachtung für unser Prinzip
Heinrich Polster.

Quittung. Arbeiterverein Neuschönefeld Plakate 1,50. Lng hier Schr. 4,50. Rzl Berg Schr. 2,75. Stckdrn Marten Schr. 5,00. Rfinr Demmin Schr. 4,00. Mtß Friedberg Schr. 5,00. Grbnstn Lindenau Schr. 7,17. Rdlph Hannover Ann. 3,60. Admk Oberndorf Schr. 4,50 Mhrng Berlin Schr. 1,10. Hr Helmarshausen Schr. 5,00. Knttl Rehna Schr. 6,00. Lpprt Chemnitz Schr. 25,00. Bstvtr Langensalza Schr. 7,50. Pfnd Stuttgart Schr. 20,00. Brbm Gotha Schr. 7,60. Bgnr Reichenhall Schr. 1,10. Arbeiterverein Volkmarsdorf Ann. 0,50.

Wahlfonds.

E. Ebhdt. Kosuschen 8,80.

Hannover. Sonnabend, 16. December, Abends 8 Uhr, im Saale des Ballhofs:

Große
Massen-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Vortrag über die bevorstehende Reichstagswahl. Referent Herr F. W. Fritzsche. 2) Proklamirung des Arbeiter-Candidaten des 8. hannoverschen Wahlkreises. (F. 161)

1,20] J. A.: H. Rudolph.

Altona. Sonnabend, den 16. December, Abends 8½ Uhr, in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag.

O. Reimer. [50

Großzschocher. Sonntag, den 17. December, Nachmittag 3 Uhr, im Saale des Hrn. Kunath:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die politischen Parteien und die nächste Reichstagswahl. Referent: Hecht aus Leipzig. [70

Die Einberufer.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 16. December, Abends 8 Uhr in der Restauration von Jul. Menzel, Täubchenweg: **Versammlung.** Tagesordnung: Vortrag von Michael. [40

Leipzig. Sonntag, den 17. December, Nachmittags 3½ Uhr, bei Richter, Rotzplatz 9:

Allgemeine Böttcherversammlung.

Tagesordnung: Der Congreß und Wahl des Delegirten.

D. B. [60

Mannheim. Sonnabend, den 16. December, Abends 8 Uhr, auf dem „Gabrinuskeller":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Kampfweise der nationalliberalen Partei und deren Organ, die „Rhein-Neckar-Zeitung", sowie das Bestreben der sogenannten Mannheimer Demokratie. Ref.: A. Dreesbach. [70

Sonntag, den 17. Decbr., von Nachmittags 3 Uhr an

Concert

arrangirt vom Arbeiterwahlcomité.

Hierzu ist Jedermann höflichst eingeladen.

Abends 8 Uhr: **Große Weihnachtsverloosung.** Der Zutritt ist nur solchen gestattet, die im Besitze von Loosen sind.

Die Pfälzer und Heidelberger Genossen sind hierzu insbesondere eingeladen. J. A.: F. J. Ehrhardt. [270

Reudnitz. Diejenigen Parteigenossen, welche sich für die diesjährigen Gemeinderaths Wahlen interessiren, werden ersucht, in der heute, Donnerstag Abend, Windmühlenstraße Nr. 7, stattfindenden Sozialistenversammlung zu erscheinen.

Wer über den jetzigen Aufenthalt des Hrn. Quaas, Schneider, Anfang dieses Jahres in Leipzig, Auskunft geben kann, wird ersucht, diesen der Exped. d. „Vorwärts" anzugeben. Neukirchner. [90

August Schnell, Schneider in Flensburg,
Norderstraße Nr. 462,
empfiehlt sich den Parteigenossen Flensburgs zur Anfertigung von Herren-Kleidungsstücken. [1,50

Für Weihnachten!

Von Parteigenossen mit dem Verkauf ihres eigenen Fabrikates von Goldwaaren betraut, offerire ich unter Garantie zu Fabrikpreisen goldene Herren- und Damen-Uhrketten, Brochen, Ohrringe, Medaillons, Fingerringe.

Ohrringe, Brochen und Medaillons in Lava (schwarz) mit Goldfassung für Erwachsene und Kinder. [2,70

Leipzig. Fink, Frankfurterstr. 31 IV.

Soeben erschien und ist in allen Buchhandlungen vorräthig:

Gesellschaftliches
und
Privat-Eigenthum
als Grundlage der Sozialpolitik
von
Adolph Samter.

gr. 8. Elegant brochirt. Preis 4 M. 80 Pfg.

3,30] (H. 85900)

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 17 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Reichstagswahl! — Liberale Weisheit (Schluß). — Correspondenz. — Fünfte Brandrede des Nationalschriftstellers Kuno von Sparrig aus Gosenhain. — Fackelfunken. — Briefkasten.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Nr. 18 wird Donnerstag 11 Uhr ausgegeben.

Allen Gesinnungsgenossen

die Mittheilung, daß die von uns für die Wahlagitation veranlaßte und vom Parteigenossen A. Bebel verfaßte Broschüre:

Die parlamentarische Thätigkeit
des
Deutschen Reichstags und der Landtage von 1874—1876

nebst einem Anhang, enthaltend: Winke für die Agitation, Auszüge aus den deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzen, dem Strafgesetzbuche, dem Reichswahlgesetz, der Reichswahlverordnung 2c. 2c.

Freitag, den 24. November, im Verlage der **Allgem. deutschen Assoziations-Buchdruckerei in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a**, erscheint und sind die Bestellungen sofort dorthin zu richten.

Die Broschüre wird 9 Bogen kl.-8° stark und kostet einzeln 30 Pf., in Partien 25 Pf. per Exemplar. — Im Buchhandel beträgt der Preis per Exemplar 50 Pf.

Die Broschüre ist populär geschrieben und enthält nicht nur eine gründliche Beleuchtung der verhängnißvollen Thätigkeit, welche der Liberalismus im Reichstag und in den Landtagen in den letzten drei Jahren entfaltete, sondern der Verfasser entwickelt auch, an die einzelnen Punkte anknüpfend, die Forderungen der Sozialdemokratie, im Gegensatz zu denen des Liberalismus.

Die Broschüre ist also als eine Kritik der Gegner und ein Programm der eigenen Partei zu betrachten und ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für den bevorstehenden Wahlkampf, wie das beste Agitationsmittel für das arbeitende Volk.

Wir fordern alle Gesinnungsgenossen dringend auf, die Broschüre nicht nur für den eigenen Gebrauch sich anzuschaffen, sondern auch ihre weiteste Verbreitung in den Massen zu befördern.

Das Central-Wahl-Comité.
Auer. Derossi. Geib. Hartmann. Brasch.

Soeben erschien:

Nieder mit den Atheisten!

Ein Gespräch zwischen Frömmigkeit, Verstand und Liebe für Landbauer und gute Christen
von A. Dulk.
3 Bogen in Oktav. Preis 25 Pfg.
Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 34. Sonntag, 17. December. 1876.

National-Oekonomisches.*)

Ein Vortrag, gehalten in der Gesellschaft für wissenschaftliche Unterhaltung in Siegburg, Ende 1869.

I.

Verehrte Herren! Das Thema, welches zu besprechen Sie mir heute Abend erlauben, die National-Oekonomie, ist in unserer Zeit modisch und populär geworden. Dieser Thatsache liegt die Ahnung zu Grunde, daß gerade in den Fragen dieser Wissenschaft die theoretische Lösung der speziellen Frage unserer Zeit, der sozialen Frage, enthalten ist.

Die Erzeugung der materiellen Lebensbedürfnisse, wahrlich nicht die kleinste von den vielen Aufgaben des Menschen, hat sich im Verlauf der Zeit immer mehr und mehr in den Vordergrund gedrängt, und ist die Thatsache nicht zu leugnen, daß sie bereits heute den ersten Rang einnimmt. Die Erzeugung der irdischen Glücksgüter ist die intimste Angelegenheit der modernen Culturvölker geworden. Da bedarf es wohl keiner weiteren Fürsprache für eine Wissenschaft, welche sich mit der Erkenntniß beschäftigt, welche darauf ausgeht, die allgemeinen Gesetze und Normen zu finden, innerhalb deren sich die Production bewegt. Aus dem Studium der bisherigen Entwickelung dieser Wissenschaft drängt sich uns im Gegentheil die Ueberzeugung auf, daß wir hier einer besonderen Vorsicht bedürfen, um uns von unseren Privatinteressen nicht zu einseitigen, unwissenschaftlichen Schlüssen und Vorurtheilen verleiten zu lassen.

Zur kritischen Erkenntniß unseres Gegenstandes ist vor Allem zu erwägen, daß „National-Oekonomie" insofern ein unpassender Name ist, als dieselbe längst aufgehört hat national zu sein, international geworden ist und in dieser kosmopolitischen Tendenz täglich weiter geht. Russisches Korn, chinesischer Thee, holländische Häringe, irisches und Bielefelder Leinen sind in aller Welt herumgetragen. Die Cirkulation kolportirt die Waare weit über alle nationalen Grenzen hinaus, und wenn auch hin und wieder von einem Douanier nach ihrem Paß gefragt wird, so ist im Allgemeinen doch die internationale Freiheitstendenz, welche die Waare mit einem Paß par tout (für jeden Ort) versorgt, unverkennbar die herrschende.

Gegenwärtig beliebt man der Produktion der materiellen Güter den Titel Volkswirthschaft beizulegen. Aber auch dies Wort ist durchaus unzutreffend, indem bisheran das Volk nicht gewirthschaftet hat, sondern beständig ist bewirthschaftet worden. In der antiken Welt waren die Sklavenbesitzer, in der feudalen die Mönche und Barone und heute sind die Kapitalisten, die Bürger par excellence, die thatsächlichen Volkswirthe. Das Volk aber, die große Masse, der Sklave, der Hörige, der sogenannte „freie Arbeiter", waren und sind immer nur Instrumente der Produktion. Mir dünkt deshalb, daß die Sache am schicklichsten als politische oder soziale Oekonomie benannt ist. Da nun könnte man recht wohl entgegnen: Aber die Oekonomie, die Wirthschaft, welche wir treiben, ist doch keine politische oder soziale, sondern ist wesentlich Privatwirthschaft. Wie es aber überhaupt Aufgabe der Wissenschaft ist, nachzuweisen, daß der Schein trügt, daß nicht die Sonne um die Erde kreist, so besteht die Aufgabe der ökonomischen Wissenschaft darin, nachzuweisen, daß unsere Wirthschaft in der Erscheinung Parteiwirthschaft, aber in Wahrheit politisch, sozial oder gemeinschaftlich organisirt ist.

Die französische Februar-Revolution von 1848 schrieb als Devise auf ihre Fahne: „Organisation der Arbeit". Hätte sie die ökonomischen Verhältnisse mit dem Auge der Wissenschaft betrachtet, so würde sie erkannt haben, daß die Arbeit längst organisirt war. Hätte sie ihre Forderung mit klarem Bewußtsein gestellt, so hätte sie wissen müssen, daß der Sozialismus nicht sowohl die Arbeit zu organisiren verlangt, als vielmehr die gegenwärtige Form der Organisation zu verändern.

Wenn unsere Arbeit nicht organisirt wäre, würde Jeder von uns alle die mannigfaltigen Lebens- und Vergnügungsmittel, welche er consumirt, auch eigenhändig produziren müssen. Daraus aber, daß der Bäcker, der Brauer, der Schulmeister sowohl wie der Offiziant das Produkt ihrer Arbeit an die bürgerliche Gesellschaft abliefern, daraus, daß Einer für den Andern arbeitet, erhellt, daß unsere Arbeit organisirt ist.

Die Organisation der Arbeit findet das Fundament aller Kultur. Wo der Mensch ohne die Hilfe des Menschen für sich allein arbeiten wollte, da wäre die absolute Barbarei, da wäre auch ein Anfang von Kultur nicht denkbar. Soweit demnach unsere historischen Kenntnisse in das Alterthum hineinreichen, so alt ist die Organisation der Arbeit. Die Geschichte überhaupt, alle Entwickelung, alles Hohe und Heilige — soweit Irdisches heilig zu nennen, — die ganze Humanität ist aus dieser Quelle hervorgegangen. Sie, meine Herren, werden vielleicht dies Lob der organisirten Arbeit übertrieben finden, es materialistisch nennen, aber ich frage, ist es denkbar, bleibt Zeit und Muße, daß der Mensch an Höheres denkt, so lange er mit der nacktesten körperlichen Nothdurft zu kämpfen hat? Von dieser schrecklichen Nothdurft kann weder der Reichthum der Natur noch der Reichthum einer individuellen Kraft erlösen, sondern einzig und allein der ökonomische Reichthum, d. h. materielle Güter, welche die organisirte menschliche Arbeit vorräthig schuf. Die vereinzelte Arbeit vermag kein vorräthig Gut zu schaffen, sie ist zu wenig produktiv dazu.

Die Arbeit des Menschen ist der Faktor, welcher den Reichthum zeugt. Der ökonomische Reichthum ist dadurch verschieden vom natürlichen, daß er durch Menschen-Arbeit produzirt ist. Was die Natur gratis giebt, hat keinen Werth, keinen Tauschwerth. Luft und Wasser, obgleich unendlich kostbar, kosten nichts, weil sie keine Arbeit kosten, während irgend ein Edelstein, wie nichtsnutzig auch, unberechenbar werthvoll ist, weil das zu seiner Herbeischaffung erforderte Quantum Arbeit unberechenbar. Der Grund und Boden, von Natur werthlos, weil gratis, erhält seinen Werth erst durch das beschränkte Quantum. Die beschränkte Gratisgabe ist nur durch Arbeit zu vervielfältigen. Mittels Cultur produzirt ein Morgen doppelt, dreifach und zehnfach. Das ökonomische Gesetz, daß Arbeit den Werth bildet, gilt ebenso allgemein, wie es allgemein gilt, daß der Mensch ein vernünftiges Wesen ist, obgleich er nicht selten sich sehr unvernünftig erweist. Wenn ein bestimmtes Quantum menschlicher Arbeit mit Hilfe der Maschinerie jetzt 10 Mal mehr Garn spinnt als im vorigen Jahrhundert, so hat jetzt das Gespinnst an 10 Pfund Garn denselben Werth, wie damals das an 1 Pfund. Was Maschine, Natur oder andere Hilfsmittel thun, zählt auf dem Markte für nichts. Dort zählt nur die menschliche Arbeit. Wenn 60 Ellen Leinewand den fünffachen Werth haben, wie ein Leitartikel für die „Kölnische Zeitung", so heißt das, die Produktion des einen erfordert fünfmal soviel menschliche Arbeit, als die Produktion des andern. Daß dabei nicht die Arbeit gilt, welche Peter oder Paul zufällig verwandte, sondern die allgemein nothwendige Zeit, welche zufolge des Zustandes der Industrie gegenwärtig erfordert ist, ferner, daß z. B. die Arbeit eines Künstlers als potenzirte Arbeit zählt, wovon 1 = 2 oder 4, oder 10, — das hier eines weiteren breit zu schlagen, dünkt mir unpassend. Genug, dadurch daß Gold und Eisen, Festes, Flüssiges und Gasartiges sofern unter einander gleichnamig sind, daß sich ihr Werth in Mark und Pfennigen berechnen läßt, dadurch erweist sich, daß irgend etwas Gleichartiges in diesen verschiedenen Materien stecken muß. Dies Gleichartige besteht nur, so belehren uns die ökonomischen Autoritäten, aus menschlicher Arbeit, welche in der Zeit vollführt und an der Zeit bemessen ist.

Da die Rede vom Werth ist, muß ich hier flüchtig darauf zurückkommen, daß Werth und Werth wohl zu unterscheiden sind. Der Nutzwerth der Dinge bleibt ewig derselbe, obgleich nichts bekannter, als daß ihr Tauschwerth absolut wechselt. Ein Trinkglas, das heute noch ebenso nützlich ist, wie zur Zeit Karls des Großen, hat vielleicht nicht mehr 1/10 seines ökonomischen Werthes. Der Nutzwerth ist eine Eigenschaft, welche den Dingen von Natur gegeben ist. Dagegen sollen wir uns besonders vor der Meinung hüten, daß auch der Tauschwerth eine natürliche Eigenschaft sei. Er ist nicht angeboren, sondern historisch erworben. Die Bauernfamilie aus dem Hinterwald, die ihr Korn selbst zieht und mahlt und bäckt, ihren Flachs spinnt und webt, und das Gewebe schneidert, die ihr Haus baut und ihre Getränke braut — sie giebt ihren Produkten keinen Werth und bezeugt uns, daß der Werth keine Eigenschaft der Produkte, sondern eine Folge der eigenthümlichen Organisation unserer Arbeit ist. Daß die Arbeit Produkte zeugt, ist der ewige Zweck der Arbeit, aber daß die Arbeitsprodukte Waaren sind und Werth haben, ist eine historische Eigenthümlichkeit unserer Arbeit.

Zwar gab es Waaren und Werthe sowohl in der antiken, wie in der feudalen Welt. Jedoch war es dort mehr eine Ausnahme, wenn das Produkt Waare wurde oder Werth erhielt. Je mehr wir uns aber der Gegenwart nähern, je allgemeiner, je universeller macht es die Arbeit sich zur Aufgabe, ihrem Produkt die Form der Waare oder des Werths zu geben. Unsere Gegenwart erstrebt oder poussirt erst noch die klassische Zeit des Tauschwerths.

Zweierlei suchte ich bisheran nachzuweisen: 1) daß die werthvollen Dinge oder die Waaren Produkte organisirter Arbeit sind, und 2) daß im Verlauf der geschichtlichen Entwickelung die Produkte der Arbeit immer mehr und mehr zu Waaren werden, d. h. die Organisation der Arbeit schreitet fort, entwickelt sich mehr und mehr. Daß immer weniger für den unmittelbaren eigenen Bedarf produzirt wird, und dazu, daß das Produkt immer weniger für einen beschränkten und immer mehr für den unbeschränkten kosmopolitischen Markt bestimmt ist, das ist die praktische Erscheinung der theoretischen Wahrheit, daß die Organisation der allgemeinen menschlichen Arbeit täglich vollkommener, extensiver und intensiver, allgemeiner und handgreiflicher wird.

Die Organisation der Arbeit hat unter verschiedenen Völkern und zu verschiedenen Zeiten verschiedene Formen. Die Organisation der Arbeit entwickelt sich mit der Entwickelung des Menschengeschlechts. Doch kann man nicht sagen, daß das Menschengeschlecht die Arbeit organisirte oder entwickelte. Die Organisation war nie voraus projektirt. Unser Bewußtsein ging der Sache nicht vorher, sondern kommt hintennach. Man darf im Gegentheil sagen, das Menschengeschlecht ist von der organisirten Arbeit entwickelt worden.

Die Arbeit, wie die Vernunft oder die Liebe, ist eine Weltmacht, welche den Menschen zwingt, nach ihrem Sinne zu handeln. Die Vernunft hat den Menschen, sie zwingt ihn zu thun was vernünftig ist. Das heißt mit andern Worten, das Menschengeschlecht ist genöthigt, seine Handlungsweise der Natur der Dinge anzupassen. Das menschliche Interesse fordert, daß wir uns mit der materiellen Natur in Harmonie setzen. Kurz, unser instinktives Interesse und nicht die Erkenntniß hat uns bisher veranlaßt, die Arbeit zu organisiren. Nun aber ist die Organisation soweit gediehen, daß sie sich der Erkenntniß bemerklich macht, so daß es uns endlich wohl gelingen konnte, ihr mit der Leuchte der Wissenschaft hinter die Coulissen zu sehen. Am vollkommensten ist das von Karl Marx geschehen in seinem neuesten Werke „Das Kapital". Ich versuche es heute Abend, Ihnen einzelne der unsterblichen Resultate dieses eminenten Forschers in kurzen allgemeinen Zügen mitzutheilen. (Schluß f.)

*) Wir drucken diesen lehrreichen Artikel und dessen Fortsetzung hier noch einmal ab, weil der Verfasser für den „Vorwärts" in einem dritten Artikel die weitere Fortsetzung geliefert hat und zu deren Verständniß das Vorangegangene nur schwer zu entbehren ist. R. d. V.

Russische Cultur.

(Schluß.)

Und jetzt betrachten wir uns die Früchte dieses wahrhaft barbarischen Systems. Erst im vorigen Jahre kamen in die Centralgefängnisse die Sozialisten Dolgushin, Dmochowsky, Plotnikoff, Papin und Gamoff, und jetzt, wie ich oben bemerkt habe, sind sie alle, außer Papin, durch den Tod befreit worden. Gamoff war auffällig gesund und stark, und doch hielt er es nicht lange aus. Gequält von Hunger, Kälte und Einsamkeit wurde er wahnsinnig, und die Behörde ließ den Wahnsinnigen in Ketten in die Charkower Irrenanstalt überführen. Bei der Ueberfahrt wollte Gamoff sich der Ketten entledigen und zerbrach sich ein Bein. Erst als er in Charkow angekommen, war die Behörde so gütig, ihn seiner Ketten zu entlasten, denn jetzt würde der Wahnsinnige wohl mit einem zerbrochenen Bein nicht entkommen. Endlich fand auch er in der Irrenanstalt seine Befreiung durch den Tod. In diesem Jahre kamen in die Charkower Mustergefängnisse folgende Sozialisten: der Schlosser Malinowsky (der auch schon gestorben ist), Donezky (zu 5 Jahren wegen Einschmuggeln von 211 Büchern revolutionären Inhalts nach Rußland), Djakoff (zu 10 Jahren wegen sozialistischer Propaganda), Syrjakoff (zu 6 Jahren ebendeshalb) und noch mehrere, deren Namen mir unbekannt sind.

In einem der Charkower Centralgefängnisse sitzen 2 Hochverräther (so lautet die Aufschrift auf ihren Zellen), welche ohne jede Comödie oder sogenanntes Gericht, nur auf administrativem Wege, zu 10 Jahren verurtheilt wurden. Das sind zwei Arbeiter der Serpuchower Kattunfabrik, welche ihre Arbeiterbrüder zu einem Strike wegen Verkürzung der Arbeitszeit aufforderten. Im Juni d. J. kam auch ein gewisser Elezky, der sich an der Pariser Commune betheiligte, in dieses Mustergefängniß. Elezky ist sehr brustleidend. Interessant ist die Aeußerung des Charkower Gensdarmeriegenerals wegen dieser Verhaftung: „Die russische Regierung kümmert sich wenig, ob sie einen Schuldigen oder Unschuldigen, einen Gesunden oder Kranken einstecken läßt. Da hat sie auch den Elezky, obwohl er schwindsüchtig ist, einstecken lassen." Ja wohl, unserer sich human nennenden Regierung ist es ein Leichtes, jeden des Sozialismus Verdächtigen in's Mustergefängniß zu schicken, und wir Sozialisten sind gezwungen, geduldig dem Tod unserer Brüder zuzusehen, denn wir sind noch zu ohnmächtig. Aber es naht schon auch für uns eine bessere Zeit, ja sie muß kommen. Nur Haß, einen unversöhnlichen Haß gegen den Despotismus hat uns Sozialisten die russische Regierung beigebracht.

Oben bemerkte ich, daß die gemeinen Verbrecher nur einen Theil des ihnen zugesprochenen Urtheils in einem der Mustergefängnisse zubringen, während die Sozialisten die volle Zeit des gefällten Urtheils daselbst zu büßen haben. Und dennoch hat die russische Regierung die Frechheit, sich auf das Straf-Gesetz-Buch zu stützen, welches sagt, daß Propaganda revolutionärer Ideen mit Zwangsarbeit in Sibirien von 8—10 Jahren bestraft wird, und doch schickt man uns Sozialisten in's Mustergefängniß. Wäre es nicht besser, offen und gerade herauszusagen, daß die Propagandisten revolutionärer Ideen mit langsamem Tode, in abgesperrten Einzelzellen, dazu noch von Hunger und Kälte, von furchtbarem Gram und moralischer Qual bestraft, gemartert werden? Natürlich das wäre ungeheuer roh, aber doch ganz richtig.

Wie wir Sozialisten moralisch gequält werden, davon will ich nur ein Beispiel von vielen anführen. Der Charkower Gouverneur, Fürst Krapotkin, der auf Revision im Gefängnisse war, kam in die Zelle Dmochowsky's, da er vom Gefängnißgeistlichen erfahren haben soll, daß Dmochowsky seinen revolutionären Ideen entsagt habe. Der Fürst brachte folgendes Kunststück fertig. Er kam auf den Dmochowsky zu und ihm auf die Schulter klopfend sagte er: „Du, lieber Bruder, bist ein braver Bursche! Sei unbesorgt, der gute Kaiser wird Dich begnadigen." So reden diese verabscheuenswerthen Herren mit uns Sozialisten per Du, als ob wir ihre Lakaien wären. Uebrigens ist das sehr erklärlich, wenn man bedenkt, daß der erlauchte Fürst Krapotkin selbst ein Lakai ist, daß selbst das vielgeliebte Väterchen in Momenten der guten Laune geruht, in solcher Weise seine Lakaien, die ausschließlich aus Fürsten und Grafen bestehen, anzubutzen, und Thatsache ist es, daß die Lakaien ihren Herrschaften alles nachahmen. Nach oben sind sie, dieses Fürstengesindel, geschmeidig, und mit Vergnügen nehmen sie alle gnädigen Fußtritte an, — nach unten aber sind sie grob und ungezogen — das ist das charakteristische Merkmal einer hochadeligen Herkunft.

Nicht wahr — echte Kultur, freilich mittelalterliche! Und nun noch eine Blüthe dieser Kultur. Diese Blüthe entnehmen wir nicht dem sozial. Londoner „Vorwärts", sondern dem allerunterthänigsten, liberal-conservativen „Golos", der in seiner Nr. 294 d. J. Folgendes schreibt: „In einem Charkower Gefängniß existirt ein sogenannter „steinerner Sack", d. h. eine Zelle oder richtiger Loch, wenig über 2 Fuß lang und 1½ Fuß (?) breit. In dieses Loch sperrt der Untersuchungsrichter die in Untersuchungshaft sich Befindenden, um ihnen ein Geständniß abzupressen. Ein der Geldfälschung Verdächtigter, ein gewisser Solotareff, war einige Tage in dieser prächtigen Zelle eingesperrt, dazu bekam er nur täglich ein Pfund Brod und einen Krug Wasser. Und alles dies geschah im strengen Wintermonat Januar; der „Sack" wird nicht geheizt. Der Vater dieses Verhafteten, ein 70jähriger Greis, den man zur Zeugnißabgabe gegen seinen Sohn zwang, saß 4 Monate in einer ungeheizten Zelle bei derselben Kost. Die Kälte, Näße und der Hunger wirkten dergestalt auf den unglücklichen Greis, daß er überall anschwoll und stark erkrankte. Dann erst wurde er in's Spital gebracht." —

Ist es etwa nicht eine mittelalterliche Folterkammer, dieser „steinerne Sack“? Ich glaube zu solcher Kultur ist jeder Commentar überflüssig.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das Steckenpferd des Diätenantrags wurde am Montag wieder dem Reichstag vorgeritten, und wieder von dem langweiligen Fortschritts-Clown Schulze. Zum Glück wurden uns Reden erspart; alle Parteien des Reichstags sind nachgerade der widerlichen Comödie müde geworden. Most präzisirte kurz den Standpunkt der sozialdemokratischen Abgeordneten: in diesem Reichstag stimmen dieselben nicht für den Antrag, weil dieser Reichstag, indem er sich den Diätenbeschluß schon viermal zerrissen vor die Füße werfen ließ, den praktischen Beweis geliefert hat, daß es ihm mit dem Diätenantrag nicht ernst ist. Dagegen werden die sozialdemokratischen Abgeordneten im nächsten Reichstag, der vielleicht ein anderer sein wird als der gegenwärtige, wenigstens das erstemal für den Diätenantrag stimmen, und abwarten, ob der Reichstag die geeigneten Maßregeln zur Durchführung seines Beschlusses treffen wird.

— ER hat wieder gesprochen, und zwar am Dienstag, anläßlich der Debatte über die Eisenzölle. ER verwahrte sich dagegen, daß man ihn für die Handelspolitik des Reichs verantwortlich mache und wälzte die ganze Verantwortlichkeit auf seine Collegen Camphausen und Achenbach, die ziemlich saure Gesichter dazu schnitten. Ueberhaupt verwahrte ER sich dagegen, daß man ihn für zu viel, und namentlich für alles Schlimme verantwortlich mache. Tu l'as voulu, George Dandin! Das ist nun einmal die nothwendige Folge der (kaiserlichen, königlichen oder reichskanzlerischen) Selbstherrschaft. Auch Bonaparte beklagte sich seinerzeit, daß man ihn für zu viel verantwortlich mache. Half ihm aber nichts. Sedan kam — und auch ohne den „heiligen Krieg“ wäre es gekommen, nur ein inneres Sedan. ER stotterte einige Witze hervor, war jedoch nicht im Stande, der perplex dastehenden Majorität das leiseste und bescheidenste Beifallszeichen zu entlocken. Wer JHM das noch vor einem Jahr prophezeit hätte!

— Vom Reichstage schreibt man uns unterm 13. Dezbr.: Für heute (Mittwoch) wurden die Justizgesetze auf die Tagesordnung gesetzt, aber blos pro forma, um die Mittheilung der Beschlüsse des Bundesraths zu beschleunigen. Ob diese sanfte Pression von Erfolg sein wird, bleibt abzuwarten. Die Angst der Nationalliberalen wächst; sie haben die Hoffnung auf Nachgiebigkeit der Regierung aufgegeben, und der bloße Gedanke eines Conflikts mit dem „Ast, auf welchem sie sitzen“, treibt ihnen den kalten Schweiß auf die Stirn. Und das nennt sich „Volksvertreter“! Kein Wunder, daß die „tapferen“ Herren in der Flasche zwar nicht den fehlenden Muth, aber doch Trost suchen: die bevorstehende Reichs-Weinkneiperei, zu der schon über 1500 Flaschen angemeldet sind, wird großartige Dimensionen annehmen und dem deutschen Volk Gelegenheit geben, wie pflichtgetreu in dieser Zeit des Massenelends seine Vertreter auf dem Posten sind — hinter der Weinflasche.

Statt der Justizgesetze nahm der Reichstag den Antrag Windthorst's vor, betr. die Verlängerung der Eisenzölle bis zum 1. Januar 1879, mit Ausnahme der Zölle auf Lokomobilen und Ackerbaugeräthschaften. Der Antrag fiel in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 116 Stimmen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die in Erwartung des Etats und der Justizgesetze sämmtlich am Platz waren, stimmten für den Antrag, wobei die gegenwärtige Lage der in der Eisen- und Kohlenindustrie beschäftigten Arbeiter den Ausschlag gab, zumal der Antrag ja nur einen provisorischen Charakter trägt. In der nämlichen Sitzung wurde das Schreiben des Bundesraths über die Stellung der „verbündeten Regierungen“ zu den Justizgesetzen verlesen; es lautet in Bezug auf alle wesentlichen Punkte schroff ablehnend und wurde mit Murren aufgenommen. Am Sonnabend soll der Reichstag in die Berathung der Justizgesetze eintreten. Bis dahin hofft man, die widerspenstige Majorität kirre gemacht zu haben. Die dritte Berathung des Etats ist am Freitag.

— Der Reichstag in Schwulitäten. Bekanntlich sollte schon in der zweiten Hälfte der vorigen Woche die dritte Lesung der Justizgesetze beginnen. Plötzlich wurde sie auf den Anfang dieser Woche verschoben, und dann plötzlich wieder in letzter Minute von der Tagesordnung abgesetzt; und selbst die Mitglieder des Bureaus erklären jetzt, es sei ganz unmöglich, die Reihenfolge zu bestimmen, in der die noch ausstehenden Arbeiten des Reichstags (3. Lesung des Etats und der Justizgesetze, Eisenzölle ꝛc.) erledigt würden. Der letzte „Bierabend“ des Fürsten Bismarck hat zur Umwerfung der Majorität nicht ausgereicht — das Bier war offenbar nicht stark genug — und es bedarf weiterer „Unterhandlungen“. Wie man gestern (Dienstag) Nachmittag im Reichstag annahm, sollten heute — am Mittwoch — die Beschlüsse des Bundesraths dem Reichstag mitgetheilt, dem Reichstag dann ein ganzer Tag der Ruhe und — Verdauung gegeben, und am Dienstag in die 3. Berathung der Justizgesetze eingetreten werden. Anfang der nächsten Woche käme dann die 3. Lesung des Etats und nach ihr der Schluß der Session und des Reichstags. Allerhand „beängstigende Gerüchte“ durchschwirren die Reichstagsluft. Wenn die Majorität sich nicht unter das Caudinische Joch (der Verwerfung der Schwurgerichte für Preßvergehen, Beibehaltung des Zeugnißzwangs und Competenzconflikts) beugen wolle, gedenke ER — knall und fall mitten in der Sitzung sofort nach erfolgter Abstimmung über den ersten der entscheidenden Punkte der störrigen Majorität eine Strafpredigt zu halten und den Reichstag aufzulösen. Eine kindische Drohung für Männer; eine sehr ernste Drohung für — Nationalliberale. Und so ist es denn nicht zu verwundern, daß die Reichstagsabgeordneten letzterer Couleur wie kranke Hühner herumlaufen und vollständig rathlos sind. Allerdings ist es eine fatale Zwickmühle, in der sie sich befinden: wollen sie die Justizgesetze retten, so verscherzen sie die Gnade des Herrn Reichskanzlers; und wollen sie sich die Gnade des Herrn Reichskanzlers erhalten, so müssen die Justizgesetze geopfert werden, die gerade von nationalliberaler Seite als das Hauptwerk, das Meisterstück dieses Reichstags hingestellt worden sind. — Nun, uns ist es höchst gleichgültig, wie die Reichstagsmajorität sich aus der Affaire zieht: blamirt sich der Reichstag, so haben wir keine Ursache zu trauern; und fallen die Justizgesetze, nun gut, wir können dabei nur gewinnen.

Zu den von den sozialistischen Reichstagsabgeordneten eingebrachten Anträgen bei der dritten Lesung der Justizgesetze ist noch zu bemerken, daß die Anträge unter § 31 bis 85 das Gerichtsverfassungsgesetz betreffen und zwar die Schöffengerichte und die Schwurgerichte. Die Zusammensetzung dieser Gerichte soll nämlich nach dem gleichen Modus geschehen, so daß sich die Abänderungsanträge der Sozialisten bei den Schöffengerichten auch auf die Schwurgerichte beziehen. Man will nämlich große Beschränkungen in Bezug auf die Fähigkeit, das Amt eines Schöffen oder eines Geschworenen zu bekleiden, einführen. So soll der Schöffe und der Geschworene keine Entschädigung beziehen; diese wollen die sozialistischen Abgeordneten ihm, wenn auch in bescheidenem Maße, gewähren, damit auch der weniger Wohlhabende zu solchem Amte herangezogen werden kann; ferner wollen die Antragsteller, daß das Lebensjahr, welches die Befähigung bedingt, vom 30. auf das 25. herabgesetzt werde, da es doch absurd erscheint, daß Jemand zum Mitgliede des deutschen Reichstags und nicht zum Schöffen oder Geschworenen für geeignet gefunden wird. Dann auch erscheint es genügend, um die näheren Verhältnisse kennen zu lernen, wenn Jemand, der das Amt eines Schöffen oder Geschworenen versehen soll, 6 Monate in der betreffenden Gemeinde wohnt und nicht zwei volle Jahre, wie der Gesetzentwurf es verlangt. Der Absatz 3 in § 30, dessen Streichung unsere Abgeordneten beantragen, handelt von der Armenunterstützung; es giebt brave Leute, welche durch die Umstände gezwungen, Armenunterstützung empfangen haben, die sich wohl eignen, das Amt eines Schöffen oder eines Geschworenen zu versehen. Dann auch sollen die Dienstboten zu solchen Aemtern nicht berechtigt sein; um diese Berechtigung herzustellen, beantragen unsere Abgeordneten, den Absatz 5 in § 33 zu streichen. Auch den Volksschullehrern wollen sie das Recht zuerkennen, deshalb soll der Absatz 8 in § 34 gestrichen werden. — Die Commission aber, welche die Schöffen und Geschworenen ernennen und aus zwei Beamten und sieben Vertrauensmännern bestehen soll, soll nach dem Entwurfe von den Vertretungen der Kreise, der Aemter und der Gemeinden gewählt werden. Unsere Abgeordneten aber wollen, daß die Commission vermittelst des allgemeinen gleichen Wahlrechts erwählt werde, damit die Zusammensetzung der Schöffen- und Geschworenengerichte eine volksthümliche werde, so daß dieselben nicht, wie das nach dem Entwurfe geschehen würde, zu Klassengerichten gemacht werden, in denen der Wohlhabende meist über den Armen zu Gerichte sitzt.

— Auch lustig geht's im Reichstag zuweilen zu. Am 29. Nov. fand in den Reichstagsräumen ein Fischessen statt, zu welchem fast alle Fischzüchter Deutschlands Beiträge geliefert hatten. Der Restaurateur Schulze hatte die Zubereitung unentgeltlich übernommen, doch ist derselbe durch den verabreichten Wein, wie man hört, reichlich entschädigt worden. Besonders soll der Restaurateur „Unserm Braun“ zu hohem Danke verpflichtet sein. — Allen Reichsboten, auch denen, welche, wie die Sozialdemokraten, dem Gratisschmause nicht beigewohnt hatten, ist nachträglich ein Einladungs-Gedicht über das Fischessen zugegangen, an dessen Schluß der Dichter, der Generalpostmeister Stephan Folgendes singt:

Und Frau Germania schreit hinaus,
Gar froh bei diesem Leben:
„Auf jedem ächten deutschen Schmaus
„Soll's Fisch und Rheinwein geben
„Im deutschen Geiste aufgetischt,
„Und wer bei uns im Trüben fischt
„Hab' Krebse, Kröten, Krabben.“

Der von Begeisterung oder vom Wein trunkene Sänger läßt die „Frau Germania“ große Worte sehr gelassen aussprechen; er und die schmausenden Reichsboten und seine bundesräthlichen Collegen mögen sich doch einmal in Gesellschaft der „Frau Germania“ nach den Gebirgsgegenden Schlesiens, Sachsens oder Thüringens begeben und dem deutschen Schmause einer Weberfamilie beiwohnen — „Frau Germania“, wenn sie nicht ein schamloses Weib ist, würde sich verhüllen und nimmermehr durch den Mund eines Dichters Schwelgerei und Ueberfluß feiern lassen. — Sonntag, den 17. December, findet die Reichstagsweinprobe im Tunnel des Architektenhauses zu Berlin statt, zu welcher die Weine — an 50 verschiedene Sorten — aus allen Gegenden Deutschlands von den Weinzüchtern gratis geliefert worden sind. Zugleich soll als Abschiedsfeier des Reichstags ein gemeinschaftliches Reichstagsessen veranstaltet werden. Die Mitglieder des Reichstags, des Bundesraths und die Reichsbeamten können an dem Essen, welches à Couvert 6 M. 50 Pf. kostet und an der unentgeltlichen Weinkneiperei Theil nehmen. Wie sich „Unser Braun“ schon im Voraus freut! 1292 Flaschen Wein sind schon angelangt; allerhöchstens nehmen 350 Personen an dem Essen Theil, fallen auf den Kopf ungefähr 4 Flaschen — die Freude „Unseres Braun“ bricht in lauten, helltönenden Jubel aus. — Wir sind neugierig auf das Erinnerungsgedicht und was „Frau Germania“ zu der Weinkneiperei sagt. Möglich, daß der Schlußvers dann lauten wird:

Und Frau Germania's Auge troff
Vor Freud' bei diesem Leben:
Auf jeden ächten deutschen Soff
Soll's auch den Schaumwein geben
In deutschem Geist hineingespült,
Und wer dabei Beschwerden fühlt —
Der kriegt den Katzenjammer.

Es wäre jedenfalls gut, wenn Herr Restaurateur Schulze sich für Montag, den 18. December, in etwas auf die Bedürfnisse der Herren Reichsboten einrichtete.

— Duftige Blüthen hat der Prozeß getrieben, welcher der „Deutschen Reichsglocke“ wegen Beleidigung des Berliner Stadtgerichtsdirektors Reich gemacht wurde. Herr Joachim-Gehlsen, welcher einer Empfehlung an den famosen Eidhelfer Tschischwitz nicht unwürdig zu sein scheint, war vor Einleitung des Prozesses mit Hinterlassung von zweifelhaften Freunden nach der Schweiz gereist, angeblich um sich dem ihm drohenden Zeugnißzwang zu entziehen. Wir wollen nicht erwägen, auf welchem Wege er dereinst wieder heimkehren wird, sondern nur hervorheben, was sich alles, nach zeugeneidlicher Aussage seines Expedienten, um ihn und die „Reichsglocke“ gruppirt hat. Obenan steht der Geheimrath Wagener, der den Weg nach Varzin im Dunkeln findet, so oft war er schon dort. Dann kommt Herr v. Loë, ehemaliger Legationssekretär, ferner Herr v. Diest-Daber, Hermann v. Arnim, der ultramontane Graf Schnissing-Kerssenbrock, und endlich die ehemalige Excellenz Windhorst-Meppen. Alles noble Leute, welche bekanntlich ohne noble Passionen nicht leben können und denen die „Reichsglocke“ eine solche Passion zu sein scheint. Was sagt Herr Rudolph Meyer dazu, der doch auch von den Geheimnissen der „Reichsglocke“ weiß? Wie steht es mit dem „Eselstritt“ gegen Herrn Wagener oder ist der Varziner Wagener nicht derselbe, welchem die „Reichsglocke“ und die „politische Politik“ des Reiches — siehe den neuesten Kanzlerwitz vom 12. December — an den Rockschößen hängt? — Beiläufig will uns bedünken, Hr. Joachim-Gehlsen (vielleicht mit etlichem Anhängsel) sei von Herrn Stieber angestellt worden, um in der „Reichsglocke“ eine Mausfalle für „Reichsfeinde“ zu schaffen. —

— Die Reaktion an der Arbeit. Durch die verschiedene Zeitungen geht folgende Notiz, die offenbar von Oben inspirirt ist:

Die natürliche Parteistellung des Volksschullehrers.

Von Karl Schneidt.

(Schluß.)

Gleichwohl ist es nicht ihre Schuld, daß sie diese gemeinschädliche Rolle spielen. Auch sie sind Produkte der bestehenden Verhältnisse und vor allen Dingen Produkte einer bestimmten, in ihren Wirkungen schlau vorherberechneten Erziehungsweise. Man hat den Lehrer im Seminar in der Weise dressirt, daß er den Anforderungen, die man an ihn stellt, in allen Stücken entspricht. Die Mittel, durch die man es verstanden hat, den freien Geist einzudämmen, aus dem nach Selbständigkeit strebenden Menschen ein gefügiges Werkzeug zu formen, sind bekannt. In der Hauptsache dieselben Mittel, mit denen der spätere Volksschullehrer wieder arbeiten muß, werden bei seiner Erziehung im Seminar angewandt: mechanische Abrichtung, Unterdrückung der freien Verstandesthätigkeit, Corruption des moralischen Bewußtseins.

Wenn man es nun nach dem, was hier nur in Kürze angedeutet werden konnte, dennoch wagt, vom Lehrer zu verlangen, er solle in politischen Dingen ohne Ansicht sein (d. h. wenn er nicht liberal sein will), wenn man ein solches Verlangen mit einem Hinweis auf Diesterweg's Eingangs angeführte Worte zu motiviren sucht — welche Bezeichnung verdient dann ein solches Gebahren?

Wird nicht eine Zeit kommen, wo der Lehrerstand ein solches Ansinnen mit Entrüstung zurückweisen, wo er die Kette, an der man ihn gefesselt hält, zerreißen und in die Reihe Derer treten wird, die das wahre Wohl Aller auf ihre Fahne geschrieben haben?

Ja, sie wird kommen, sie muß kommen, diese Zeit. Nicht bei Allen gelingt es, das Gehirn derartig zu präpariren, daß es unfähig zu selbständigem Denken und Forschen wird, — es giebt Naturen, die allen äußeren Einflüssen und Beeinflussungen zum Trotz ihre Ursprünglichkeit bewahren und dieselbe*) später bei Gelegenheit bethätigen. Stets werden es die Denkenden unter den Lehrern sein, deren gesunder Sinn sich empören wird gegen die soziale Ordnung, welche sie in ihrer ganzen Widersinnigkeit begreifen, oder, besser gesagt — nicht begreifen werden. Sie werden dann den Samen der Freiheit in die empfänglichen Kinderherzen ausstreuen, sie werden im Verkehr mit den Erwachsenen dieselben Ideen zu verbreiten suchen, indem sie belehrend wirken; sie werden ihre in träger Lethargie*) dahinschlummernden Collegen aufwecken und mit Worten feuriger Ueberzeugung die heilige Flamme des Hasses gegen solche unsinnige Verhältnisse in ihnen zu helllodernder Gluth anfachen.

Die Lehrerschaft wird in erster Linie mit eintreten müssen in den Kampf gegen die Mächte der Finsterniß und des Vorurtheils, die „Urproduzenten menschlicher Bildung“ werden Partei ergreifen müssen, und sie werden sich auf die Seite Derer stellen, denen sie durch ihren Beruf und ihre eigene Lage verwandt sind, auf die Seite der Unterdrückten, der Proletarier!

Die Proletarier des Geistes, und zu ihnen gehören auch die Lehrer, sind berufen, die Morgenröthe der Freiheit herbeiführen zu helfen, sie müssen im Vordertreffen zu finden sein — aufklärend, erhellend. Mögen sie sich der Wahrheit dieser Worte auch noch so hartnäckig verschließen, die Herren Gewalthaber von heute, all ihr Leugnen, all ihr Wegdekretiren hilft ihnen Nichts mehr, ihre Stunde hat geschlagen, und wenn sie endlich einsehen müssen, daß der menschliche Geist sich nicht auf die Dauer ungestraft fesseln und zurückdämmen läßt, sondern sich trotz aller Hindernisse freie Bahn bricht und in mächtigem Wellenschlage dem Meere der Freiheit zuströmt — wenn sie dieses einsehen müssen, dann soll der Gedanke, selbst Schuld an alledem zu sein, ihre ohnmächtige Wuth zur Verzweiflung steigern.

Ja, sie sind selbst Schuld daran, daß ihnen die Wellen, welche sie zurückgedämmt hatten, wenn sie auf einmal losbrechen, über den Kopf hinwegschäumen, sie sind aber auch selbst Schuld daran, daß dieselben endlich ausbrechen, denn — allzustraff gespannt zerspringt die Sehne.

An die Volksschullehrer aber ergeht die ernste Mahnung, sich klar zu machen, welcher Partei sie von Natur angehören. Sind sie, die Lehrer des Proletariats, nicht selbst Proletarier, die hungernd und darbend ihr mühsames Werk verrichten müssen? Schon der Selbsterhaltungstrieb müßte sie auf die Seite Derjenigen drängen, welche gegen die bestehende Gesellschaft ankämpfen, welche dieselbe vernünftig, mit Hinzuziehung der wissenschaftlichen Errungenschaften, umgestalten wollen. Schon der menschliche Lebensegoismus müßte den Lehrern in den Reihen der — Sozialdemokratie ihre Stelle anweisen, wenn dieses nicht andere Rücksichten, andere Erwägungen thäten. Ihr Beruf ist es aber, der sie an die Seite Derer stellt, die für des Volkes Wohl, für Wahrheit, Recht und Freiheit, für Wissenschaft und Vernunft eintreten, und dies sind wieder nur — die Sozialdemokraten.

In diesem Sinne soll der Lehrer ein Politiker sein, wenn dieses Wort soviel bedeutet, als dafür kämpfen, daß die Grundbedingungen einer wahren Erziehung erreicht werden: die Gleichberechtigung Aller, die Beseitigung aller Vorurtheile.

Das fordert aber auch Diesterweg von dem Lehrer, indem er von ihm verlangt, daß er mit Hand anlege an die Lösung der Aufgaben seiner Zeit, soweit solche an die Pädagogik gestellt werden.

Aus dem Vorhergehenden ist aber ersichtlich, daß die Pädagogik in erster Linie ein Interesse an der Umgestaltung der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse hat, da, wenn dieselben fortbestehen, die wahre Bildung des Volkes, die Erziehung zur Freiheit nicht gedeihen kann.

In diesem Sinne soll und muß der Lehrer in Folge seiner Stellung Politiker sein. Diesterweg's Vorwurf kann also nur diejenigen treffen, die sich in kleinliche Parteizänkereien mischen, die sich an störendem Parteigekläff betheiligen. Wo es sich nicht um Fragen von besonderer Wichtigkeit handelt, wird es Niemand dem Lehrer verargen können, wenn er sich nicht um Politik kümmert; handelt es sich aber um solche hochwichtige Fragen, die das Leben des Volkes in seinen verborgensten Tiefen berühren, dann muß vor Allem der Lehrer aufklärend wirken.

Daß Diesterweg jene Worte so gedeutet wissen wollte, geht zum Ueberfluß auch aus dem Worte „Politikaster“ hervor, womit er anerkennt, daß die erste Bezeichnung, „Politiker“, nicht

*) Selbst nach einer achtjährigen Schul-, dreijährigen Präparanden- und mehrjährigen Seminar-Zeit.

*) Schlafsucht, Starrsucht.

„Der Unfug, der mit der Freiheit des Preß-, Vereins- und Versammlungswesens in unseren Tagen getrieben wird, kann wohl nie genug der Beherzigung der öffentlichen Vernunft empfohlen werden. Welcher Mensch von gesunden Sinnen wird behaupten, daß die Revolver- oder Kaplanpresse, daß die katholischen Vereine, daß die Zügellosigkeit der sozialistischen Volksversammlungen schon jetzt dem Granitbau des preußischen Staates oder dem über ihn gewölbten Tempel des Deutschen Reiches ernste Gefahren bringen könnten? Je unbedingter diese Frage verneint werden kann, um so gerathener dürfte es aber auch sein, nicht nur die Sicherheit des Staates im Auge zu haben, sondern auch daran zu denken, mit welchen unsäglichen Nachtheilen die aus reichem Füllhorn gespendeten Freiheitsgaben gerade die mit der Hand arbeitenden Klassen heimgesucht haben und noch heimsuchen werden, wenn nicht denjenigen schädlichen Einflüssen, denen sie erlegen sind und immer erliegen müssen, ein nachdrückliches Veto seitens der allgemeinen Vernunft zugerufen wird."

So weit der Waschzettel. Aus demselben geht die große Angst vor dem Anwachsen der Sozialdemokratie hervor. Unfug allerdings wird mit der Freiheit des Preß-, Vereins- und Versammlungsrechts genug getrieben — aber wir wollen nicht näher hierauf eingehen; es darf eben nicht über dies „Thema" geschrieben werden. Die Prahlerei vom Granitbau des preußischen Staates und dem über diesem Granitbau gewölbten Tempel (ein schnurriger Bau!) Tempel des deutschen Reiches wird von dem „nachdrücklichsten Veto", welches man gegen die schädlichen Einflüsse einlegen müsse, doch sehr abgeschwächt. Wir freuen uns übrigens über solche Nothschreie, die uns beweisen, daß es vorwärts geht.

— Großstädtisches Elend. Der „Hamburger Corresp." berichtet: „In der Sonntagsnacht (10. December) wurden nicht weniger als 25 obdachlose Personen, 20 Männer und 5 Frauen, aufgegriffen, die theils auf Freiböden, theils auf Treppen und theils gänzlich im Freien übernachten wollten." Wenn das am grünen Holze, in der reichen Handelsstadt, geschieht, wie mag es erst in den Industriestädten aussehen! Dabei ist zu beachten, daß in Hamburg nur die „Aufgegriffenen" genannt sind; — doch die Zahl der „Aufgegriffenen" läßt leicht auf die Zahl der Nichtaufgegriffenen schließen. Die moderne Gesellschaft krankt an allen Gliedern und der Nachtwächter ist ihr Arzt. Wer denkt da nicht des Goethe'schen Wortes: „Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an" —?

— Geradezu unerhörte Maßnahmen erregten die Gemüther unserer Parteigenossen im sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreise. Der Kirchspielvogt von Blankenese hat seinen ihm untergebenen Gemeinde- und Wahlvorstehern aufgetragen, keine unverheiratheten Leute in die Wahlliste einzutragen; der Wahlvorsteher in Klein-Flottbeck verweigerte sogar den Wählern die Wahlliste einzusehen. Auf eine Beschwerde unserer Parteigenossen an den Landrath Vorsher zu Pinneberg hat dieser erwidert, daß die Gemeindevorsteher sich im Recht befänden; er selbst habe dieselben angewiesen, keine Dienstboten, weil dieselben keinen dauernden Wohnsitz besäßen, in die Listen aufzunehmen. — Gegen solche unerhörte Verletzung des Rechtes deutscher Reichsbürger hat das Wahlcomité des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises eine Eingabe an das Reichskanzleramt gerichtet. Außerdem aber haben sich die sozialistischen Abgeordneten in einer Eingabe direkt an den Minister und Reichskanzleramtspräsidenten gewandt, damit derselbe schleunigst Remedur eintreten lasse.

— Zur Veröffentlichung ging uns aus der ikarischen Colonie*) in Amerika folgendes Schriftstück zu:

Cirkular des Comités für Propaganda.

Ikarien, 1. Oktober 1876.

Geschätzter Bürger!

In seiner Sitzung vom 19. August 1876 hat die Generalversammlung der Ikarischen Gemeinschaft einstimmig ein Comité der communistischen Propaganda constituirt.

Wie sein Name sagt, hat dieses Comité die Aufgabe, die Prinzipien der Gemeinschaftlichkeit der Güter, beruhend auf der Brüderlichkeit der Menschen und der Völker, mit einem Wort, die ikarische Lehre auszubreiten, zu befestigen und zu vertheidigen.

Bis jetzt haben ernsthafte Schwierigkeiten uns zu einem Schweigen genöthigt, dessen Fortdauer der Sache verderblich sein würde, die unser Gemeinwesen seit 28 Jahren gegen Tausende von Hindernissen verfolgt. Deshalb erhebt es heute die Stimme, um die Welt an sein Dasein, und die vom Kapital Unterdrückten an die große gesellschaftliche Aufgabe zu erinnern, dessen Lösung sie in der Hand zu haben glaubt: Die vollständige Befreiung der Arbeiter durch den Communismus.

Der Endzweck Ikariens, sein Lebensnerv ist eine theoretische und praktische Beweisführung des mächtigen Prinzips der Einheit und Interessengemeinschaft der Menschen. Es will durch den Versuch den Beweis führen, daß die Gütergemeinschaft durchführbar, und sie dasjenige System der Gesellschaftsgestaltung ist, welches am meisten geeignet ist, das Glück Aller und jedes Einzelnen zu sichern.

Unser Werk der Propaganda wird in den Vereinigten Staaten wie in Europa die Entwicklung erfahren, welche es verdient, wenn einige Bürger durch ihre Mitwirkung dazu behilflich sind, der Sache der Menschheit zu dienen in der Eigenschaft eines ikarischen Correspondenten. Derartige löbliche Bestrebungen werden nicht vergeblich auf den Beistand und die Unterstützung aller edlen Herzen rechnen, und in der Absicht, Ihre geneigte Zustimmung zu erhalten, wendet sich das ikarische Comité der Propaganda an Sie.

Im Falle der Annahme wird Ihre Arbeit nur leicht sein. Sie besteht einerseits darin, an gewissen Ihnen passenden Zeitpunkten uns Mittheilung zu machen von den hauptsächlichsten Thatsachen der gesellschaftlichen Bewegung, welche sich in der Stadt, in der Sie wohnen, oder im Kreise Ihrer Beziehungen und Ihrer Bekanntschaft vollzieht, und uns im Laufenden zu erhalten über die Schriften, Zeitungen oder Broschüren, welche den Communismus im Allgemeinen oder speziell die ikarische Gütergemeinschaft commentiren, angreifen oder billigen. Andererseits beschränkt sich Ihre Hilfsleistung darauf, uns als Vermittler zu dienen bei wechselseitigen Auskunftsertheilungen.

Genehmigen Sie unsre brüderlichen Grüße

E. Peron,
Schriftführer des Comités der ikarischen Propaganda.
A. A. Marchand,
Präsident der ikarischen Gemeinde.

P. S. Antworten erbeten unter der Adresse: Icarie, Corning, P.-O. Adamscounty, Jowa.

*) Cabet, der Verfasser des communistischen Romans: Reise nach Ikarien, gründete 1848 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Colonie, welche seine communistischen Grundsätze verwirklichen sollte, jedoch bisher eine sehr prekäre Existenz geführt hat.

Correspondenzen.

Berlin. (Schluß.) Leider war es nicht mehr möglich, öffentlich bekannt zu machen, daß Herr Liesenberg den 5. Dezember in Altona gegen mich auftreten wolle, die Volksversammlung wäre sonst eine riesige geworden. Trotzdem also nur bekannt war, daß ich einen Vortrag halten würde, war der Koppelmann'sche Salon überfüllt; 3—4000 Männer waren anwesend. Zeugniß davon giebt die respektable Tellersammlung, die, wie mir die Parteigenossen mittheilen, zur Deckung der Kosten der Wahlbewegung über 150 Mark betrug. Ich will über diese Versammlung nur kurz berichten, da jedenfalls ein spezieller Bericht über dieselbe von anderer Seite noch eingesandt wird. Herr Liesenberg, der Fortschrittler, stellte sich, um die Arbeiter zu ködern, vielfach auf den Lassalle'schen Standpunkt; das kam mir eben recht, und mehrfach gelang es mir, seine Unkenntniß nachzuweisen. Als ich dem verehrten Herrn ferner nachgewiesen, daß er keine Kenntnisse von den Begriffen Kapital und Eigenthum besitze, meinte er naiv, wenn die Versammlung von ihm einmal etwas über das Kapital hören wolle, so werde er dies gelegentlich vortragen. Im übrigen brachte der Herr fast genau dieselben Angriffe vor, wie in Wandsbeck Herr Wilcke; er schien somit Fühlung, bewußt oder unbewußt, mit den Bräuerianern zu haben. In seiner Replik beschwerte er sich darüber, daß ich meinen Vortheil über ihn gemißbraucht habe, um gegen ihn schlechte Witze zu machen. Allerdings fiel Herr Liesenberg oft genug — aber nicht in Folge meiner Witze — bei seinen eigenen Reden dem Gelächter der Versammlung anheim; bei meiner Erwiderung glaubte ich deshalb, daß der Herr verdiene, mit Humor und Satyre behandelt zu werden. Daß mir diese Behandlung sehr gut gelang, davon legte neben dem wiederholten stürmischen Beifall der Versammlung das eigene Eingeständniß des Herrn Liesenberg wohl das beste Zeugniß ab. Hätte ich allerdings da schon gewußt, daß Herr Liesenberg seinen Gegner Auer im „Hamburger Volksfreund" der Staatsanwaltschaft denunzirt hatte oder denunziren hatte lassen, so würde ich anstatt der Glacéhandschuhe des Witzes die Panzerhandschuhe des Manneszorns angezogen haben. Doch Freund Auer, der nach mir sprach, warf dem Denunzianten in würdiger aber derber Weise unter der steigenden Entrüstung der Versammlung sein Benehmen vor, und nur dem guten Geiste der Versammlung ist es zu verdanken, daß diese Entrüstung keinen unliebsamen Ausdruck fand. Traurig und erbärmlich aber zugleich ist es, wenn ein Gegner im offenen, ehrlichen Kampfe unterliegt und sich dann später durch Denunziationen rächen will. Wie schon gesagt, wird über die Altonaer Versammlung noch ein näherer Bericht folgen. Eine Resolution, meine Candidatur mit allen erlaubten Mitteln zu unterstützen, fand einstimmige Annahme unter dem Jubel der großartigen Versammlung. — Noch bemerken will ich, daß der Abgeordnete Lasker mein Gegencandidat, der Candidat der vereinigten Liberalen ist; diese Candidatur hat nur bewirkt, daß unsere Parteigenossen sich noch mehr anstrengen, um einen glänzenden Sieg zu erringen. Der Sieg selbst genügt nicht, er muß ein für die Gegner vernichtender sein. Der arme Lasker — das hat er doch nicht um die Liberalen verdient, daß man ihm neben zwei unsicheren Wahlkreisen noch einen völlig aussichtslosen giebt — er ist von den Liberalen der Besseren Einer, vielleicht thut man es gerade deshalb. — Ehe ich nach Berlin zurückreiste, sprach ich am 6. Dez. noch in Hamburg im Tivoli, St. Georg, in einer Riesenversammlung. Betrachtet man die Organisation und den Geist in unserer Hamburger Partei, so ist wohl Aussicht vorhanden, daß alle drei sozialistischen Candidaten dort siegen werden. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf.

Mit Gruß W. Hasenclever.

Mülheim a. Rh., 10. Dezember. Durch allerlei Machinationen seitens unserer Gegner waren wir bisher verhindert, ein einigermaßen entsprechendes Lokal zu erhalten, und so kam es auch, daß, als Freund Weidemann hier referirte, wir kein größeres Lokal erhalten konnten. Dennoch muß man eingestehen, daß, trotzdem das Lokal abgelegen sich befindet und es unaufhörlich regnete, die Versammlung gut besucht war, und wohl selten ist hier ein Redner mit solch begeisterten Rufen unterbrochen worden, wie dies am Freitag, den 8. December, in einer Volksversammlung geschah, worin Obengenannter über „die Aufgabe des Volkes" referirte. Nach einigen sehr scharf gezeichneten Contouren der heutigen Gesellschaft resp. der Gegensätze und Anomalien ging Redner zur Kritik der heutigen Parteien über. Zum Ersten beschäftigte er sich mit der conservativen Partei und deren Anhängern. Nach einer kurzen Erläuterung des Wortes conservativ bewies derselbe, daß die conservative Partei am allerwenigsten an Fortschritt denke, sondern die Consequenzen derselben nothwendigerweise zum alten Feudalismus führen müßten. Nachdem Referent noch etliche Details aus seinem speziellen Vaterlande Mecklenburg, dem Lande der vielen Haselstöcke, erzählt hatte, ging er zur ultramontanen Partei über, und konnten wir den Muth bewundern, mit welchem Redner die gleißnerische Larve des Ultramontanismus herunterriß und ihn in seiner wahren Gestalt zeigte; deshalb wurde dies Thema von den anwesenden Ultramontanen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, besonders bei der Ausführung des Gleichnisses vom Reichen und dem Himmelreich, sodann auch bei der Identificirung des ursprünglichen Christenthums mit dem heutigen Sozialismus, wobei Christus als edler Mensch und Revolutionär vollkommen gewürdigt wurde. Zur liberalen Partei übergehend wies Redner nach, wie der Liberalismus, nach 1848 zu den erstrebten Vortheilen gelangt, es nicht mehr nöthig fand, auf seinen früheren Forderungen zu bestehen, sondern allmählig von seinen Prinzipien abging, bis zuletzt nichts übrig geblieben als bewußte Anhänger Bismarcks und der Regierung, wie sie jetzt sogar ihre consequenteren Kinder, die Sozialisten, bekämpften, blos um des Kaisers Freund zu bleiben. Zur ökonomischen Krisis übergehend, wies sodann Referent mit statistischem Material nach, wie die Schuld an der Krisis hauptsächlich bei den heutigen Zuständen resp. deren Trägern zu suchen sei. Von den verschiedenen Gesetzen, welche vom Liberalismus als für das allgemeine Wohl gegeben — dargestellt werden, meinte Redner, daß die Macher derselben den Löwenantheil davon trügen, so beim Münzgesetz, Freizügigkeit u. s. w.; daß das Landsturmgesetz blos eine Verlängerung der Dienstzeit um 12 Jahre sei und die Schule zu Gunsten des Militarismus total vernachlässigt würde, indem für Anschaffung neuer Gewehre 89 Millionen, für die Schule blos 2 Millionen bewilligt worden seien. Nach einigen Citaten von Aussprüchen des großen Schweigers Moltke vom entlassenen Unteroffizierschullehrer und einer kräftigen Ansprache an die Anwesenden, einmüthig einem sozialistischen Candidaten ihre Stimmen zu geben, schloß der Redner sein Referat unter begeisterten Hochrufen der Versammlung.

NB. In besagter Versammlung wurde von den Mitgliedern des sozialistischen Wahlvereins einstimmig beschlossen, dem Parteigenossen Weidemann aus Hamburg die Candidatur für den hiesigen Wahlkreis anzutragen, welchem Ansinnen derselbe nach langem Drängen auch nachgab, und welches hiermit den Wählern des Wahlkreises Mülheim-Gummersbach-Wipperfürth zur Kenntniß gebracht wird. Etwaige Unterstützungen beliebe man dem Kassirer des Vereins, P. Billstein, Dammstraße 15, einzusenden. Sodann sei noch mitgetheilt, daß bei der Bekanntmachung der Wirthe, welche den „Vorwärts" hielten, sich ein Irrthum eingeschlichen hat, indem ein darin genannter Wirth, Risch, eine Privatperson ist. rg.

Haßloch in der Pfalz, 2. December. (Eine Aussage auf dem Sterbebette.) Dienstag, den 14. November, Morgens früh, fand man den Jagdhüter Scholl tödtlich verwundet und den Waldschütz Handrich todt unweit des Waldes auf. Gemäß der Aussage des Ersteren war die That durch Wilddiebe und zwar durch die früheren Jagdhüter Brand und Ziegler verübt worden, welche auch sofort verhaftet und nach Frankenthal in Untersuchungshaft abgeführt wurden. Außerdem wurden noch einige Personen, auf die man Verdacht schöpfte, verhaftet. Anfangs war mir die Sache nicht auffallend, indem ja das Morden, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt in der heutigen Gesellschaft an der Tagesordnung ist — ein langsames Aushungern ist auch ein Mord und diejenigen, welche ihn verüben und befördern helfen sind Mörder, mögen es nun Ehrenmänner in der Gesellschaft sein oder nicht, das ändert die Sache nicht — jedoch das Ergebniß der Untersuchung erheischt eine nähere Beleuchtung bezüglich der Aussage Scholl's, welche derselbe noch einige Stunden vor seinem Tode rechtskräftig machte. Entweder hat Scholl, der Liebling des Oberförsters und der jagdberechtigten Bourgeois, sich in Wirklichkeit getäuscht, oder er hat, da er die Mörder nicht erkannt, die Bosheit begangen, seine ersten besten Feinde als dieselben zu bezeichnen — wie man allgemein hört, bestand zwischen Scholl und den beiden Obengenannten ein keineswegs freundschaftliches Verhältniß — sei dem nun wie ihm wolle, Scholl hat auf dem Todtenbette die Unwahrheit gesagt, wie aus nachstehendem Artikel der „Neustädter Zeitung" erhellt:

„Haßloch. Der am vorigen Mittwoch verhaftete, erst 19 Jahre alte Philipp Ulmer von hier hat dem königl. Untersuchungsrichter in Frankenthal ein umfassendes Geständniß abgelegt, in welchem er angibt, sowohl den Jagdhüter Scholl als

---

ganz zutreffend sei, womit er indirekt anerkennt, daß es Verhältnisse geben könne, unter denen der Lehrer Politiker sein dürfe — ja daß er in einem gewissen Sinne (dem von uns angeführten) Politiker sein müsse.

Wenn die Lehrer regen Antheil nehmen an den Bestrebungen, welche die Aufrichtigsten, Unerschrockensten und Besten der Nation vertreten, dann sind sie echte Jünger Pestalozzi's und Diesterweg's, dann fußen sie auf den Errungenschaften der Wissenschaft und freien Forschung, dann wird wahres Menschenthum, reine Humanität ihren Einzug in die Schule halten und all die Ueberreste einer barbarischen Zeit aus derselben verbannen, die Göttin Vernunft wird ihren Thron inmitten freier Menschen aufschlagen, welche die selbstgeschaffene Freiheit gewiß nicht mißbrauchen werden.

Freiheit! Gleichheit! Gerechtigkeit! wird dann die Losung heißen, so weit sprachbegabte Menschen wohnen.

Und, nochmals sei es gesagt, der Lehrerstand ist in erster Linie berufen, solche Zustände anbahnen zu helfen.

Mancher wird über die hier eröffnete Aussicht auf eine Zeit, wo Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit herrschen werden, mitleidig lächeln und dieselbe achselzuckend in die Rumpelkammer der Utopien verweisen. Leuchtet aber vielleicht die Sonne deshalb nicht in majestätischer Pracht, schaut vielleicht nicht der stolze Aar trunkenen Blickes ihren Glanz, weil der blöde Kauz ihr strahlendes Licht nicht erträgt und sich vor demselben verkriecht?

So lasse auch Du, Volksschullehrer, dessen Brust die Ideale schwellen, Dich nicht beirren von dem Gekrächze der Eulen, die Dir gerne einreden möchten, die Sonne scheine nicht; verfolge beharrlich und muthig Deinen Weg, und Du wirst Dir dereinstens mit Befriedigung sagen können, daß Du nicht vergebens gerungen hast!

Und Ihr alle, die Ihr in stumpfsinniger Trägheit, in den alten ausgefahrenen Bahnen Euren Karren weiter schiebt, Ihr alle, deren geistiger Lebensquell unter dem Drucke des Mechanismus und Formalismus*) versiegt ist, die Ihr Euch jeden Tag das alte Joch von neuem auf die Schultern ladet, — wenn Euch denn doch einmal jeder höhere Geistesaufschwung unmöglich ist, dann seid Ihr dennoch vielleicht empfänglich für die Stimme Eures Magens. Was sagt Euch aber der? Was entnehmt Ihr aus seinem Knurren? Betrachtet Euch, betrachtet das darbende Volk an Eurer Seite, und betrachtet die übermüthigen Prasser auf der andern Seite, und wenn Euch dann keine innere Stimme sagt, daß Ihr Proletarier seid, daß Ihr mit dem Proletariat gemeinsame Interessen gegen die Bourgeoisie habt, wenn Euch das nicht einleuchtet — dann mag sich die häßliche, dreißigjährige Jungfer „Regulativ" einen Siegerkranz auf das wackelige Haupt drücken und sagen: „Ich habe meine Schuldigkeit gethan!"

Dann gehet hin, fordert von Euren Auftraggebern doch wenigstens Brot für Euch und Eure Angehörigen, und Ihr werdet sehen, welcher Bescheid Euch wird.

„Hier ist Dein Loos, zu dulden und zu darben,
In andern Welten reifen Deine Garben."

Das habt Ihr oft genug durch Wort und Schrift im Auftrag Jener den Ausgebeuteten klar zu machen gesucht, und die gerechte Vergeltung bringt es so mit sich, daß auch Euch derselbe Bescheid wird.

Wir aber rufen jedem Proletarier die Worte des schon oben citirten Dichters zu:

„Ruhm und Ehre jedem Fleiß!
Ehre jeder Hand voll Schwielen!
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen!
Ehre jeder nassen Stirn
Hinter'm Pfluge! — Doch auch dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Hungernd pflügt, sei nicht vergessen!"

*) Formelnkram.

— Die „Frommen" verwenden zur „Bekehrung der" Heiden ganz kolossale Summen. Zu Zwecken der evangelischen Mission allein sind zusammengehamstert und verausgabt im Jahre 1874 in: Großbritannien und seinen Colonien 12,300,000, in Nordamerika 7,120,000, in Deutschland, Oesterreich und in der Schweiz 2,140,000, in den Niederlanden 375,000, in Frankreich 174,000 und in sonstigen nordischen Ländern 35,000; zusammen 22,146,000 Mark. Schade um das viele Geld, das daheim zu wirklich nützlichen Zwecken weit besser verwendet werden könnte.

auch den Waldschütz Handrich erschossen zu haben. Zur Zeit der That war er allein und beruhen somit die Angaben des verstorbenen Scholl, welcher die früheren Jagdhüter Brand und Zigeler als Thäter bezeichnete, auf Unwahrheit. Es wäre also der Mann mit einer Aussage aus dem Leben gegangen, welche für die Betreffenden im Nichtaufklärungsfalle von den bittersten Folgen gewesen wäre. Der unschuldig verhaftete Brand ist bereits auf freien Fuß gesetzt."

So weit die „Neustädter Zeitung". Zigeler jedoch ist noch immer nicht aus seiner Haft entlassen; die Ursache ist uns unbekannt. Wir wollen nun dem verstorbenen Scholl, der von dem hiesigen Oberförster als ein Ehrenmann bezeichnet wurde, natürlich ein Ehrenmann, der sich kein Gewissen daraus machte, durch unwahre Aussagen zwei Familien in's größte Unglück zu stürzen, seine Ruhe gönnen.

Gotha, 4. Dezember. Durch die frühzeitig begonnene Agitation des hiesigen sozialistischen Wahlcomités wurden auch di Liberalen aus ihrem Lager herausgelockt und stellten unserm Candidaten Bock einen Dr. jur. Hopf gegenüber. Dieser Mann ist dem Volk wenig bekannt und zu vornehm, sich die Volksgunst zu erwerben, welche, wie vor einigen Tagen die „Gothaische Zeitung" schrieb, seinem Gegencandidaten (Bock) gesichert ist. — Am 9. November wurde die erste Wählerversammlung unsererseits im Thüringer Hof abgehalten. Der Saal war dicht besetzt und zwar 40 Prozent von Liberalen. Bock entwickelte sein Programm sehr geschickt und stellte dabei die liberale Partei im Reichstage in's rechte Licht. Als Gegner trat der Bankdirektor Emminghaus für Hopf in die Schranken und erging sich sogar in Beleidigungen gegen die anwesenden Arbeiter, indem er erklärte, Bock würde ihnen (den Liberalen) nicht gefährlich, wohl aber seinen Anhängern. (Oho!) Er solle die Arbeiter für Arbeitsamkeit und Sparsamkeit begeistern und ihnen Lebensfreudigkeit bringen, statt ihnen blos ihr Elend vorzuhalten. Diese Rede wurde mehrmals durch Zurufe unterbrochen, weil sie noch andere der gewöhnlichen Verleumdungen enthielt. Bock leuchtete dem Mann gehörig und sehr anständig heim, so daß Emminghaus und die übrigen liberalen Redner die Flucht ergriffen. Eine vor die Versammlung gebrachte Resolution, welche die Candidatur Bock's empfiehlt, wurde mit Majorität gegen die Stimmen der Bankbeamten und einiger Commis angenommen. Diese Versammlung machte viel Aufsehen zu Gunsten Bock's, ja das liberale Volk selbst sah ein, daß von dem Theilen, Ehe- und Religion-Abschaffen gar nicht die Rede sei bei uns, daß sie vielmehr von der liberalen Presse schändlich belogen wären. Dazu kam, daß das hiesige Tageblatt einen wahrheitsgetreuen Bericht mit dem Wortlaut der Resolution brachte. Nun war freilich der Zeitungsbericht falsch, wie der Schwager des Hopf den Leuten erzählte. Der Referent des Tageblatts verstand aber unrecht und erklärte rundweg, daß sein Bericht wahrheitsgemäß sei und er nichts dafür könne, daß die Liberalen eine nicht gewünschte Niederlage im Thüringer Hof erlitten hätten, und, o Jammer! er beruft sich auf das Goth. Regierungsblatt, welches den Bericht ebenso wahrheitsgetreu Tags zuvor gebracht hatte. Auch zu einigen Widerlegungen in beiden hiesigen Blättern wurde Bock Raum gegeben und dies bewirkte, daß er in der Volksgunst immer mehr stieg, während Hopf bei einer Versammlung von Landwirthen, wo sich die Agrarier mit den Liberalen vereinigten, so absurd auftrat, daß die Bauern erklärten, entweder gar nicht oder mit den Sozialdemokraten zu stimmen. — Hopf hat sein liberales Programm nun in Waltershausen und Ohrdruf entwickelt. In Ohrdruf mußte es gar nicht gut gefallen haben, denn der Wirth zum Schützenhof in Ohrdruf, welcher uns erst den Saal verweigert hatte, kam nach Gotha und bot ihn jetzt an, weil für Bock große Begeisterung vorhanden sei; und so war es wirklich. Eine solche Versammlung hat Ohrdruf noch nicht gesehen. Der Saal war dicht besetzt, auf der Treppe befanden sich noch Zuhörer, ohne die, welche wegen Mangel an Platz umkehren mußten. Bock erläuterte in zweistündiger Rede unser Programm und glücklich ging auch der Redakteur der „Ohrdrufer Zeitung" darauf ein, zu entgegnen. Bock hat ihm ebenfalls so heimgeleuchtet, daß ihm allgemeiner Beifall zu Theil wurde, während doch die Hälfte der Versammlung aus Liberalen bestand. — Auch in Waltershausen war eine große Versammlung, und überall, wo Bock aufgetreten, hat er vor stark besuchten Versammlungen und mit gutem Erfolg gesprochen. Wir wollen nicht mit gleicher Siegesgewißheit wie die Liberalen auftreten; nach den vorhandenen Anzeichen aber glauben wir einen Sieg hoffen zu dürfen.

Calbe, 4. Dezember. In der gegenwärtigen Wahlbewegung zeigen unsere Gegner besser, als es ein Agitator zu thun im Stande ist, was Gesetz und Recht bedeuten, wenn es sich dabei um sozialdemokratische Versammlungen handelt. Unser Kreis gehört in der That zu denen, in welchen dem Gegner jedes Mittel recht ist, dieselben zu unterdrücken. In Calbe ist kein Saal zu bekommen, und wollten wir ihn mit Gold aufwiegen. Die Herren Gastwirthe stellten uns dieselben gern zur Verfügung, aber, aber — sie sagen verblümt, wo sie der Schuh drückt. Auf dem Lande thun die Herren Amtsvorsteher das Ihre, damit dort ebenfalls Versammlungen unmöglich werden. Einen Fall glauben wir unseren Parteigenossen nicht vorenthalten zu dürfen, da derselbe alle anderen Maßregelungen illustrirt. Vorige Woche mietheten wir in Trabitz beim Gastwirth Rummel den Saal zur Abhaltung einer Versammlung auf Sonnabend den 2. Dezember, und um recht sicher zu sein, daß uns derselbe nicht wieder entgehen könne, ließen wir es uns vom Wirth schriftlich bescheinigen; wir meldeten darauf die Versammlung beim Amtsrath Reißner auf dem Klostergut Gottes Gnaden, welcher Amtsvorsteher für Trabitz ist, an, besorgten die Bekanntmachung und glaubten nun unserer Sache ganz gewiß zu sein. Doch kaum waren wir fort, so beschied Herr Reißner den Gastwirth Rummel vor sein Forum und stellte die Frage an ihn, ob er der sozialistischen Partei angehöre; als der Gastwirth dies verneinte, frug er weiter, warum er uns denn seinen Saal zur Verfügung gestellt habe. „Weil ich ein Geschäft dabei machen wollte", war die Antwort. — „Sagen Sie den Leuten Ihren Saal sofort wieder ab!" befahl der Herr Amtsvorsteher. Der Gastwirth erwiderte, es würde dies nicht gut gehen, er habe es den Leuten schriftlich bescheinigt und könne deshalb auf Entschädigung verklagt werden. „Darauf kommt nichts an; sagen Sie ihnen nur ab", replizirte der Amtsvorsteher. Es wollte dies jedoch dem Gastwirth nicht recht einleuchten, und schien der Herr Amtsvorsteher wenig erbaut zu sein über die Rechtsbegriffe des Gastwirths. Er holte deshalb anders aus: „Ich kann Ihnen die Erlaubniß zu der von Ihnen für Sonntag angezeigten Tanzmusik nicht ertheilen, wenn Sie den Leuten nicht absagen; zudem werde ich dafür sorgen, daß Sie auch bei der Versammlung kein Geschäft machen — ich verbiete meinen Leuten den Besuch und wer hingeht, wird entlassen." Das zog allerdings: Schädigung durch Entziehung der Erlaubniß zur Tanzmusik, Verbot an die meist kasernirten Sklaven, zur Versammlung zu gehen, und möglicherweise Aussicht auf Concessionsentziehung erschutterte den Gastwirth: er erklärte abzusagen und führte es auch aus, wobei er uns vor Zeugen den vorstehenden Akt von Handhabung der Amtsgewalt seitens des Herrn Reißner mittheilte. Herr Reißner ist Intimus des Herrn Amtsraths Dietz auf Barby, des jetzigen Vertreters unseres Kreises, und glaubt gewiß seine Schuldigkeit demselben gegenüber gethan zu haben. Der Reichstagssitz des Herrn Dietz ist wackelig, deshalb her mit der Amtsgewalt, es soll derselbe mit Opferung der Rechte des Volkes gekittet werden. Leider wird es wenig nützen, denn wo die Gegner zu solchen Mitteln greifen müssen, die offen dem Rechtsbewußtsein des Volkes in's Gesicht zu schlagen, ist ihre Macht schon gebrochen; die Wahl wird und muß die beste Antwort darauf geben — Hurlemann sei unsere Losung am 10. Januar!

Parteigenossen! Nur eine kurze Spanne Zeit ist bis dahin, thue deshalb Jeder seine Schuldigkeit und der Sieg kann nicht ausbleiben.

J. A.: Ludwig Schönian.

NB. Die Parteigenossen in Aschersleben und Staßfurt werden ersucht, die Sammelbogen fleißig circuliren zu lassen.

Leipzig. Für den Wahlfond des 10., 11., 12., 13. und 14. Wahlkreises sind ferner bei mir eingegangen: Liste 13: mehrere Notenstecher, M. 10,25; von Lehm Frankfurt M. 2,80; von einem 48—49er aus Mannheim M. 1,00; Liste 55: durch Schulze M. 2,20; vom Arbeiterverein Connewitz durch Swoboda M. 18,96; durch Lienig M. 3,50; d. V. Endres 9,20; d. Ebhardt Kofuschen 8,80.

Es werden die Partei- und Gesinnungsgenossen in den oben erwähnten Wahlkreisen aufgefordert, weitere Sammlungen zur Wahlagitation vorzunehmen. Ohne Opfer kein Sieg. Die Arbeiter werden selbst von den Gegnern immer als opferwillig bezeichnet, also beweisen wir es. Auf zum Kampf und Sieg!

Für das Central-Wahlkomité der oben erwähnten Kreise:
Peter Krebs, Kassirer, Ulrichsgasse 60.

Hamburg, den 9. December. Allen Tischlern und verwandten Berufsgenossen Deutschlands bringen wir hiermit zur Kenntniß, daß die laut Beschluß des Allgemeinen Tischler-Congresses in Frankfurt a M. dieses Jahres nach Maßgabe des Hilfskassengesetzes gegründete „Central-Kranken- und Sterbe-Kasse" des Bundes der Tischler und verwandten Berufsgenossen am heutigen Tage von der hiesigen Aufsichtsbehörde für die eingeschriebenen Hilfskassen und höheren Verwaltungsbehörden zugelassen und unter Nr. 3 des Registers der eingeschriebenen Hilfskassen eingetragen ist.

Bis heute ist die Betheiligung an dieser Kasse eine sehr rege. Wir hoffen, daß alle uns noch fernstehenden Collegen sich dieser Kasse anschließen werden, damit dadurch baldigst dem leidigen Fabrikkrankenkassen-Unwesen ein Ende gemacht werde.

Namens des Vorstandes des Bundes der Tischler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands:
Bruno Moje.

NB. Um Abdruck des Obigen ersuchen wir alle Arbeiterblätter.

Stade, 8. Dec. (18. Hannoverscher Wahlkreis.) Ich ersuche Parteigenossen aus den Orten Bremervörde, Himmelpforten, Burgdamm, Burg-Lesum, Osterholz-Scharmbeck und Grohn bei Vegesack um ihre genaue Adresse, damit ich mit denselben correspondiren kann.

A. Wegener, Adr.: Stellmacher Ed. Wieters. Kedingerthor-Vorstadt.

Heide. (5. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis.) Oeffentliche Quittung. In der Centralwahlkasse zu Heide sind ferner eingegangen: Aus Brunsbüttel durch Uterstadt 15,80; aus Tiebense durch Holst 2,10; aus Barlt durch Stüfen 5,00; aus Hemmingstedt durch Weislopf 7,00; aus Lunden durch P. Schick 20,00; von A. Schoel's Tigarrenfabrik Parlamentswahlkasse durch A. Schoel 11,50; von Wilde's Cigarrenfabrik Parlamentswahlkasse durch Chr. Vollstedt 8,00; vom Heider Wahlverein dritte Rate 65,00.

Heinr. Off, Kassirer der Centralwahlkasse.

NB. Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" wird um Abdruck ersucht.

An die Wähler und Parteigenossen der Stadt Flensburg.

Wie Ihr aus den Bekanntmachungen in den hiesigen Lokalblättern jedenfalls schon ersehen habt, liegen die Wählerlisten der Stadt Flensburg für bevorstehende Reichstagswahl vom Sonntag, den 10. December, acht Tage long auf hiesigem Rathhause, Bureau II, in den gewöhnlichen Geschäftsstunden zu Jedermanns Durchsicht öffentlich aus. Pflicht aller Parteigenossen ist es, dies nicht zu versäumen und namentlich die indifferente Arbeitermasse hierauf aufmerksam zu machen, damit nicht bei der Wahl wieder Hunderte ihres Wahlrechts verlustig gehen.

Für diejenigen Wähler, welche nicht selbst nachsehen können, wird dies das unterzeichnete Comité besorgen, und liegen in folgenden Lokalen Bogen zum Einzeichnen der Namen aus: P. Lassen, Neustadt; N. Fuhr, Norderstraße 464; Zimmermann, Compagniestraße; Fries, Norderstraße 141; Boß, Heiligengeistgang; Albrecht, Plankemay.

Parteigenossen! Beherziget Obiges und seid von jetzt ab mehr auf dem Posten als bisher, damit wir am Tage der Wahl gleichfalls auf dem Plane sind.

Das Arbeiterwahlcomité.

Briefkasten

der Redaktion. Hrn. Ceder: Sie fragen: „Giebt es in Deutschland Produktiv-Assoziationen für die Förderung von Kohlen, und würde sich event. eine solche Assoziation aus verschiedenen Knappschaften bilden lassen, um ein produktives, an der Elbe mündendes Kohlenbergwerk auszunutzen."

Antwort: In Deutschland besteht keine derartige Produktivassoziation, und wir glauben auch nicht, daß der Kohlenbau, welcher bedeutende Kapitalien erheischt, sich für Gründung von Arbeiter-Produktivgenossenschaften eignet. Ja, hätten die deutschen Bergarbeiter die freie Verfügung über ihre Knappschaftskassen — dann ließe es sich vielleicht machen. In England, wo die Bergarbeiter ihr Geld selbst verwalten, anstatt den Bock zum Gärtner setzen zu müssen, giebt es auch eine (wo nicht gar zwei) Produktivgenossenschaften zur Förderung von Kohlen. Wo soll aber in Deutschland das nöthige Geld herkommen, so lange das in den Knappschaftskassen aufgesammelte Geld der Bergarbeiter unter der Controle und thatsächlich in den Händen der Grubenbesitzer und deren Beamten ist? Erst die Knappschaftskassen den Kapitalisten abgerungen — dann wird man ja sehen!

R. T. in Naumburg: Herr Hasselmann hat mir versprochen, Ihnen über den beregten Gegenstand Mittheilung zu machen. W. H. — F. K. in Gollnow: Daß alles bezahlt werden muß, versteht sich von selbst.

Parteigenossen, welchen der Aufenthaltsort eines gewissen Carl Müller (später nannte sich derselbe Carl Klein) bekannt ist, werden um Mittheilung an Unterzeichneten ersucht. Genannter ist Schneider und aus Boppard am Rhein gebürtig, er hat hier am Orte noch Verpflichtungen, welche er bis jetzt nicht erfüllt hat.

D. Steffens, Harburg, Langestr. 7.

Quittung. A. Schnll Flensburg Ann. 1,50. Arbeiterwahlcomité Gelsenkirchen Ann. 0,70. Lcke Pieschen Ab. 2,60. Krchnr Reudnitz Ann. 0,30. Guthr Großenhain Schr. 22,23. Manz Carbetha Schr. 3,00. Tapeziererver.ein Freiburg Ab. 5,00. Snm Coburg Schr. 7,26. Lbrnd Tübingen Schr. 3,68. Rnr Wien Schr. 1,60. Khn Frankfurt Schr. 6,20. Expedition des „Hamburg-Altonaer Volksblatts" Hamburg Ab. 106,00. Zhtnr Darmstadt Ab. 33,86. Schmml Altenburg Schr. 3,20. Pich. Hannover Ab. 80,60. Expedition der „Tagwacht" Zürich Ab. 80,00. Wttg Delitzsch Ab. 2,80, Schr. 28,30. Hüngl Nordhausen Schr. 1,65. Prll Gera Einb. 1,40.

Wahlfonds.

Liste 55 d. Schulze M. 2,20. Arbeiterverein Connewitz d. Zwoboda 18,96. D. V. Endres 9,20.

Cöln. Mittwoch, den 20. December, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Hrn. Erkelenz, Kämmergasse 18:

Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Die Regelung der Agitation im Stadt- und Landkreise Cöln.

Die Genossen des Landkreises werden ersucht zu sorgen, daß jeder Ort vertreten ist. Der Einberufer. [80

Leipzig. Reichstagswahlcomité.

Mittwoch, den 20. December, Abends 8 Uhr:

Sitzung im Arbeiterbildungsverein.

Die Mitglieder des Wahlcomités des 13. Kreises sind hierzu eingeladen. [60

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet D. V.

Leipzig. Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.

Montag, den 18. December, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstraße): **Versammlung.** Gäste willkommen.

Den Restanten zur Beachtung, daß bei nächster Abrechnung streng nach den Statuten verfahren wird. D. V. [50

Osnabrück. Montag, den 18. December, Abends 8½ Uhr im Saale des Hrn. Kuhlmann, Alte Münze 21:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Angelegenheiten betreffs der Reichstagswahl. Verschiedenes. — Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
70] P. Krowiarz.

Ottensen. Großes

Vocal- und Instrumental-Concert

verbunden mit deklamatorischen Vorträgen und Tannenbaum-Verloosung

am 1. Weihnachtsfeiertage in Burmester's Salon, arrangirt vom Quartett „Lassallea".

Karten für einen Herrn nebst Dame 30 Pf., an der Kasse 40 Pf., Damenkarte 15 Pf. — Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Der Vorstand.

NB. Der Reinertrag ist zur Reichstagswahl bestimmt. Geld oder Gegenstände zur Verloosung werden angenommen in der Gesangstunde, sowie bei J. Schmidt, Hörmannstr. 12, 2. Etage. [420

Neureudnitz. Montag, den 18. December, Abends 8 Uhr, in der Tonhalle:

Volksversammlung.

Referent: Herr Nauert. [60

Zahlreiches Erscheinen erwarten Die Einberufer.

Gesucht werden zwei Herrn in Schlafstelle in Schimmelsgut bei Frau Ehrlich. [60

Für den Wahlkampf.

Soeben sind erschienen und durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen:

I. Was wollen die Sozialdemokraten?

Ein sozial-politisches Gespräch.

Von H. Oldenburg.

Preis im Buchhandel 50 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.

Der Verfasser beantwortet die aufgeworfene Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzweiflung im liberalen Lager.

Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgischen Zeitung und die Schmähschrift des Herrn von Unruh.

Von Wilhelm Bracke.

Preis im Buchhandel 25 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stck. 4 Mk., 200 Stck. 12 Mk. 50 Pf. 1000 St. 50 M.

Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezuge gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß.

Die Schrift:

„Nieder mit den Sozialdemokraten!"

ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Bracke'sche Schrift zu beziehen; bei Verwendung großer Partien zu Wahlzwecken besondere Vereinbarung. Auflage jetzt 105,000.

Braunschweig, 28. November 1876.

(2a) W. Bracke jr.

Volks-Kalender für 1877.

12½ Bogen. gr.-4. Schön illustrirt.

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf., 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00 gegen Baar oder Postvorschuß.

Der Kalender dient dem Fortschritt in jeder Beziehung, bietet Anregendes, Belehrendes und Unterhaltendes in reicher Fülle, enthält viele schöne Bilder und giebt allerhand nützliche Mittheilungen für's praktische Leben.

Bestellungen erbittet (2a) W. Bracke jr. [36

Achtung! So eben erschien:

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 18 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Krisis und die Reichsregierung. I. — Ein Stück Mittelalter. — Correspondenz. — An Leisnigs Wähler!!

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Nr. 19 wird Sonnabend 11 Uhr ausgegeben.

In unserem Verlage ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.

Ein Mahnwort an die Kleingewerbtreibenden von Johann Most.

(Eine Gefängnißarbeit aus Plötzensee.)

4½ Bogen stark mit elegantem Umschlag. Preis 50 Pfg., in Partien billiger.

Inhalt: Die Macht des Vorurtheils. — Das Handwerk in der Vergangenheit. — Das Handwerk in der Gegenwart. — Des Handwerkers Klagen über die Lohnarbeiter. — Illusionen. — Rothe Gespenster. — Revolutionsfieber. — Unsere Grundprinzipien. — Unsere politischen Forderungen. — Soziale Reformen. — Die Organisation der Classen.

Versendung nur gegen baar oder Postnachnahme.

Bestellungen werden erbeten von der

Volksbuchhandlung von J. Endres in Augsburg,

oberer Graben G. 322.

Soeben erschien:

Lieder mit den Atheisten!

Ein Gespräch zwischen Frömmigkeit, Verstand und Liebe für Landbauer und gute Christen

von A. Dulk.

3 Bogen in Oktav. Preis 25 Pfg.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 35. Mittwoch, 20. December. 1876.

An die Reichstagswähler.

Die gegenwärtige Session ist die letzte des jetzigen Reichstags — die Neuwahlen zum künftigen Reichstage finden bekanntlich am Mittwoch, den 10. Januar 1877, statt.

Wen soll ich wählen, so wird sich jeder wahlberechtigte Reichsangehörige fragen, wen soll ich wählen, da sich doch verschiedene Männer einverstanden damit erklären, eine auf sie fallende Wahl anzunehmen?

Auf diese Hauptfrage wollen wir hiermit Antwort geben:

Es kommt gar nicht auf die Person an, welcher die Wähler ihre Stimme geben, sondern auf die Sache, auf die Partei, welche die Männer vertreten, denen wir unsere Stimmen geben sollen. Und unsere Sache, die wir den Arbeitern, den Handwerkern, den Kleinbauern und auch den niederen Beamten anempfehlen, ist die Sache der gedrückten, der nothleidenden Menschen. Wir streben an, daß das Elend mehr und mehr aus der Welt verschwinde, wir wollen, daß jedem Einzelnen sein volles, ganzes Recht werde, wir wirken dafür, daß die kleinen Leute nicht immer von den Großen unterdrückt werden, daß Schwindel und Unrecht, Betrügerei und Ausbeutung bestraft werden sollen, oder noch besser, daß das arbeitende Volk dermaßen aufgeklärt werde durch freie Schule, freie Presse, freies Wort, daß es nimmermehr den Betrügern und Ausbeutern zum Opfer fallen kann.

Wir wollen, daß der Ertrag der Arbeit denjenigen zufalle, welche die Arbeit leisten; wir wollen nicht, daß es den Unternehmern, den Gründern, den Kapitalisten bei geringer, oft kaum nennenswerther Arbeitsleistung ermöglicht werde, den größten Theil des Arbeitsertrages für sich zu behalten und die Arbeiter mit einem oft nicht einmal zur nothdürftigsten Erhaltung der Familie genügenden Lohne abzuspeisen.

Wir wollen, daß die Steuern ermäßigt werden, daß nicht der Militarismus dem kleinen Manne seine Söhne auf lange Zeit von der Heimath fortnehme und daß sich nicht die menschenmordenden Kriege in kurzen Zwischenräumen einfinden, ähnlich wie der Wolf, welcher in die Heerden einbricht und das Leben friedlicher Geschöpfe gefährdet.

Wir wollen, daß Frieden herrsche auf Erden; daß die Nationen sich nicht morden; daß die Bürger sich nicht gegenseitig im vernichtenden Concurrenzkampfe befehden, in welchem fortwährend die niedrigsten menschlichen Leidenschaften: „Haß, Neid und frevelhafte Selbstsucht" auf der Bildfläche erscheinen; daß die Reichen nicht die Armen immerwährend übervortheilen.

Wir wollen, daß volle Gerechtigkeit auf Erden walte, daß die Freiheit des Einzelnen, so weit sie der Gesammtheit nicht nachtheilig ist, völlig gewährleistet werde, daß die Gleichheit herrsche in solcher Ausdehnung, daß alles Vorrecht unmöglich gemacht wird und die Brüderlichkeit einziehe unter die Menschheit, jene sittliche Kraft, welche die Nächstenliebe nicht nur zum höchsten Gebot macht, sondern sie auch in Wirklichkeit einführt.

Weil wir die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit wollen — deshalb bekämpft uns die selbstsüchtige Gesellschaft, die kein höheres Gebot kennt, als: Liebe Dich selbst über Alles! und die Angesichts dieses Gebots nichts nach den Leiden andrer Menschen fragt.

Und was wollen denn unsere Gegner, mögen sie sich conservativ, liberal oder fortschrittlich nennen?

Sie wollen die gegenwärtigen Zustände in Staat und Gesellschaft aufrecht erhalten. Sie wollen, daß die Söhne des Landes drei Jahre im activen Dienst verbleiben und daß die Männer mit Leib und Leben bis zum 42. Lebensjahre der Kriegsgefahr ausgesetzt sind. Sie wollen, daß das wirthschaftliche System von heute aufrecht erhalten bleibe, daß es immerdar Schwelgende einerseits und Hungernde andererseits gebe — sie nennen solches eine natürliche Ordnung, als ob solche Ungleichheit, welche die äußerste Unordnung in der Gesellschaft bedingt, sich Angesichts des hochententwickelten Geisteslebens der Menschheit heute noch irgendwie entschuldigen oder als unabänderlich bezeichnen lasse.

Nein, tausendmal nein! Die treibende Kraft im Leben der Völker kann und wird nie und nimmermehr zu Gunsten der herrschenden, über alle Genußmittel verfügenden Minderheit abdanken, sie muß vorwärts streben, soll jemals ein Ausgleich zwischen Rechten und Pflichten aller Volksangehörigen erfolgen. Wer dies bestreitet, ist für Stillstand, für Rückschritt, ist für Erhaltung der heute herrschenden Uebel, für Ausbeutung, Geschäftskrisen, Krieg — kurz für das schrankenlose Walten der Selbstsucht.

Doch wer ist berufen, die bestehenden Uebel auszumerzen, wer hat die Kraft dazu? Das Volk allein, das gnsammte arbeitende Volk kann helfen, Arbeiter in Stadt und Land, die Kleinbauern, die Handwerker, die kleinen Beamten, sie können solchen Zuständen ein Ende machen!

Aber nicht die Massengewalt rufen wir an, nein, der Weg des Rechts soll beschritten werden. Das arbeitende Volk soll auf die Gesetzgebung mehr Einfluß gewinnen — denn durch die Gesetze kann der Egoismus, die Klassenherrschaft geschützt, aber auch gestürzt werden.

Die Männer der Arbeit sollen bei den nächsten Reichstagswahlen ihres Gleichen in den Reichstag wählen, welche da wissen, wo das Volk der Schuh drückt!

Wohl sind in der letzten Legislaturperiode neue Vertreter der Arbeit in den Reichstag entsandt; sie haben auch im Hinblick darauf, was eine so geringe Anzahl vermochte, ihre volle Schuldigkeit gethan; aber sie konnten unmöglich das leisten, was wir für die Sache der Arbeit und des Rechts für nothwendig halten und oben angedeutet haben. Deshalb muß die Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter-Abgeordneten verdoppelt, verdreifacht werden, auf daß dieselben selbstständige Anträge einbringen können zum Schutze der Arbeit, zum Schutze der Nothleidenden und des so oft verletzten Rechtes.

Die Regierungsmänner und Kapitalisten sehen dies allerdings nicht gern; sie möchten, daß wir abließen und nur Männer in den Reichstag schickten, die vor Herrn von Bismarck einen Bückling machten und alle Forderungen, alle Geldforderungen der Regierung bewilligten.

Doch ein freier selbständiger Staatsbürger soll sich nicht bevormunden lassen, er soll nach seiner Ueberzeugung wählen zum Besten der Gesammtheit!

Ein Sklave ist der, der sich seine Ueberzeugung rauben läßt!

Soldat werden, Steuern zahlen und Maul halten — das ist die Parole unserer conservativen und fortschrittlichen Gegner, selbst wenn sie sich auch zuweilen und besonders vor den Wahlen ein volksthümliches Mäntelchen umhängen und obige Parole kommt oft genu gunverhüllt zum Vorschein. — Dieser Parole aber kann ein freisinniger Mann nicht folgen.

Unsere Parole aber lautet: Verminderung des Militärs, Verkürzung der Dienstzeit, Volkswehr, Verringerung der Steuer und freie Meinungsäußerung in allen Dingen — dann aber Ertrag der Arbeit für den, dem als Arbeitenden der Ertrag gebührt und nicht den Ausbeutern und Schwindlern.

Diejenigen also, welche mit der obigen Parole des Volkes, des nach Freiheit und Recht ringenden Volkes, einverstanden sind, sie werden und müssen die von der sozialistischen Partei aufgestellten Candidaten wählen.

Diejenigen aber, welche die Unfreiheit und Ausbeutung, Steuerschraube ohne Ende, Militarismus und Krieg innerhalb und außerhalb des Landes wollen, diese mögen getrost gegen die Sozialdemokratie stimmen.

Gleiche Noth und gleiches Interesse, gleicher Trieb zur Freiheit und Gerechtigkeit verbündet aber die Arbeiter und Kleinbürger, und diesen Bund müssen sie am 10. Januar an der Wahlurne bethätigen.

Das Reichswahlgesetz

in seinen hauptsächlichsten Bestimmungen.

§ 1. Wähler für den Reichstag des deutschen Reichs ist jeder Deutsche, welcher das 25. Jahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat.

§ 2. Für Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen so lange, als dieselben sich bei der Fahne befinden.

§ 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen.
2) Personen, über deren Vermögen Concurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses Concurs- oder Fallitverfahrens.
3) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.
4) Personen, denen in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Ist der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wählen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt oder durch Begnadigung erlassen ist.

§ 4. Wählbar zum Abgeordneten ist im ganzen Reichsgebiet jeder Deutsche, der wenigstens 25 Jahr alt ist und einem zum Reiche gehörigen Staate seit mindestens einem Jahre angehört hat, sofern er nicht durch die Bestimmungen in dem § 3 von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen ist.

§ 8. In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen sind.

Die Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und ist dies zuvor unter Hinweisung auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

§ 9. Die Wahlhandlung, sowie die Ermittelung des Wahlergebnisses (Stimmzettelauszählung) sind öffentlich.

Nur solche Personen können die Funktion der Vorsteher, Beisitzer und Protokollführer bei der Wahlhandlung in den Bezirken und der Beisitzer bei der Ermittelung des Wahlergebnisses ausüben, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden.

§ 10. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

§ 11. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Candidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung (Druck) zu versehen.

§ 12. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Mehrheit der in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen. Hat kein Candidat die absolute Mehrheit, so ist nur unter den zwei Candidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§ 17. Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten.

Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben, bleiben unberührt.

National-Oekonomisches.

Ein Vortrag, gehalten in der Gesellschaft für wissenschaftliche Unterhaltung in Siegburg, Ende 1869.

I.

(Schluß.)

Die fortgeschrittenste Form organisirter Arbeit ist die moderne, die kapitalistische. Sie beginnt im 16. Jahrhundert aus der Geschichte emporzukeimen, aus der feudalen Arbeit sich zu entwickeln. Das günstig gelegene England hatte das Vorrecht, das erste in der Länderreihe zu sein, wo sich die Arbeit kapitalistisch organisirte. Allerdings hatte in Italien, Spanien und den Niederlanden die Arbeit schon früher angefangen, sich in dieser Form zu entwickeln, auch mag sein, daß irgend ein Italiener oder Holländer vorher schon die Oekonomie studirte, aber klassische Bedeutung erlangte die Sache zuerst jenseit des Kanals. Wir sehen die Wissenschaft der politischen Oekonomie gleichzeitig mit der Schlacht entstehen, welche das Kapital gegen den Feudalismus schlug, mit der englischen Revolution. Jedoch war erst der moderne, speziell der deutsche Sozialismus berufen, die Oekonomie auf ein wahrhaft wissenschaftliches Fundament zu stellen, ihren dunkeln Kern durchsichtig zu erhellen. Die bisherigen Oekonomen suchten ihre Entdeckungen in theologischer Form als ewige Wahrheit geltend zu machen. In ihrer kapitalistischen Tendenz befangen, sahen sie keine anderen Tendenzen neben sich. Die spezielle Oekonomie ihrer Zeit ist ihnen die Oekonomie überhaupt. Sie verkennen das vergängliche, das lebendige, das historische Element. Adam Smith glaubt, daß Staat und Menschen ewig bestimmt seien, seinen ökonomischen Dogmen nachzuleben. Marx weist umgekehrt nach, daß die Oekonomie den Menschen dient und nicht nach ewigen Wahrheiten, sondern nach zeitlichen umgewandelt wird.

In der feudalen, gut katholischen Zeit des Mittelalters war der Grund und Boden das wesentliche Instrument für die Erzeugung der materiellen Lebensbedürfnisse oder Glücksgüter. Die menschlichen Arme waren im feudalen Grundeigenthum einbegriffen, gehörten dazu. Die Besitzer des Grundeigenthums waren die herrschenden ökonomischen Mächte. Sie erlaubten der anderweitigen Industrie nur en passant (im Vorübergehen) zu gedeihen. Und doch gedieh die Industrie bis zur Empörung, bis sie sich gegen die Herrschaft des Grundeigenthums auflehnte. Sie bedurfte nun der menschlichen Arme. Der Leibeigene und Hörige mußte befreit werden. Die Hussiten und die Reformatoren Martin Luther, Thomas Münzer, Franz von Sickingen, Oliver Cromwell, Napoleon Bonaparte waren Agenten des aufstrebenden Kapitals.

Es ist bekannt, daß man erst in neuerer Zeit angefangen hat, nicht mehr die Reihenfolge der königlichen Herrscher, ihre Schlachten und Raufereien, sondern die menschliche Cultur als den wahren Inhalt der Geschichte zu betrachten. Und wieder hat man angefangen, die Cultur nicht mehr zu suchen in der Entwicklung unseres Bewußtseins. Man hat angefangen, zu verstehen, daß die Ideen des Guten, Schönen, Rechten, der Freiheit, Humanität u. s. w. von den realen zeitlichen Verhältnissen der menschlichen Gesellschaft modifizirt worden sind. Der wesentliche Faktor der menschlichen Gesellschaft, das was sie hauptsächlich beschäftigt, was sie treibt und bindet, ist die Oekonomie der Arbeit, die Produktion der materiellen Lebensbedürfnisse. Wenn Sie nun mit mir einverstanden sind, daß diese Güter, wie ich glaube vorhin nachgewiesen zu haben, wohl mittels der Einzelwirthschaft, aber dennoch gesellschaftlich erzeugt und consumirt werden, wenn zugestanden werden muß, daß die menschliche Gesellschaft zu einer Produktiv-Genossenschaft herangewachsen, daß die Arbeit organisirt ist, und auf der andern Seite, daß dieser Genossenschaft das Central-Organ, der Organisation das Bewußtsein fehlt, so folgt daraus klar, daß wir eine kopflose Wirthschaft treiben.

In dieser Kopflosigkeit, in dem Mangel an Bewußtsein, mit dem die soziale Oekonomie sich bisher gestaltet hat, ist wohl eine Verurtheilung, zugleich aber auch die Rechtfertigung vergangener Formen enthalten, welche zu verurtheilen wir heute so gern geneigt sind. Ebenso wenig wie heute alle Menschen Rentiers oder Aktieninhaber sein können, weil dann die Arbeiter fehlten, welche die Güter erzeugen, die jene verzehren, ebenso wenig konnte in der alten Welt die große Masse des Volks aus freien Athenern oder Römern bestehen. Die antike Sklaverei war eine Organisation der Arbeit, welche der antiken Welt ihre Cultur ermöglichte. Diese Cultur diente der Nachkommenschaft als Fundament, auf dem sie die viel bewunderte moderne Gesittung aufrichten konnte. Um den Juden die Reinlichkeit anzugewöhnen, zwang sie Moses mit dem Gesetz, sich zu waschen. So lange der Volksmasse die Einsicht fehlt, ist der Zwang, welcher ihr von Einzelnen angethan wird, eine Cultur-Nothwendigkeit. Die Zwangsarbeit der Sklaverei war zur Zeit das einzige Mittel, die Arbeitskraft der Barbaren nutzbar zu machen. Man mag nun erwidern, daß, wenn es auch zweckmäßig, es doch nicht gerecht war, die Arbeitskraft Anderer zwangsmäßig auszunutzen, daß Niemand das Recht hat, dem Andern, dem Volke Gewalt anzuthun. Es widerstreitet das allerdings der Idee der Gerechtigkeit; aber doch nicht mehr, als die Zuchtruthen unserer Kinderstuben ihr widersprechen. Die Gerechtigkeit, die allgemeine

Gleichberechtigung kann nicht die Voraussetzung, sie kann nur das Resultat der geschichtlichen Cultur sein. Freiheit und Gleichberechtigung sind der Menschheit nicht angeboren, sind keine angeborenen Menschenrechte, sondern wollen erworben sein. Der erste, der älteste, der größte Zwingherr ist die uncultivirte, unverstandene Natur. Um sie zu bemeistern, müssen wir uns organisiren. Die Sklaverei war eine vorübergehende Unterthänigkeit, um mittels derselben die Natur im Interesse der Menschheit wirthschaftlich auszubeuten. Daß die nächste Ausbeute nicht der Menschheit, nicht dem Volke, sondern seinen Drängern und Treibern, den Einpeitschern und Machthabern, zu gut kam, darf uns nicht abhalten zu erkennen, daß mittels der Aristokratie die Demokratie groß gezogen wurde und werden mußte, daß, obgleich auch die Masse vom Genusse ausgeschlossen war, doch der Genuß der geschichtlichen Entwicklung ihr nicht hat entwendet werden können. Bei der Sklavenarbeit gehört das Produkt dem Machthaber, aber die Verbesserung der Arbeitsinstrumente und der Arbeitsmethode, welche sie gegenüber der vereinzelten oder auch der Familienarbeit nothwendig zur Folge hatte, verblieb der Menschheit. Die verbesserten Instrumente und Methoden der Arbeit, die große moderne Produktivkraft bildet das Kapital, dessen Zinsen die Machthaber allein verzehren, dessen „Stock" aber der Menschheit gehört, oder vielmehr unvermeidlich ihr schließlich als Erbtheil zufallen muß.

Wenn Sie, meine Herren, von unsern gegenwärtigen Verhältnissen einen Augenblick absehen wollen, werden Sie unbestreitbar finden, daß der materielle Reichthum von der Mehrzahl erschaffen, aber seit dem Anfange der geschichtlichen Entwicklung noch niemals von der Mehrzahl genossen wurde, daß Reichthum und Genuß den Einzelnen, den Führern oder Machthabern gehören, welche das Volk ausbeuten. Diese Thatsache wird um so unbestrittener zugegeben, wenn wir sie auf vergangene Zeiten beschränken, weil dort die lebendigen Interessen nicht mehr in's Spiel kommen. Zugleich gilt es dabei anzuerkennen, daß die bisherige Wirthschaft das unentbehrliche Mittel gewesen ist, die wirthschaftliche Kraft des Volkes, die produktive Kraft der Arbeit zu entfalten. Wenn Sie absehen wollen von dem ideologischen Nimbus, der sich dem Worte „Freiheit" angehängt hat, so ist nicht zu leugnen, daß vom freien wilden Jägervolk bis zum unterjochten Sklaven ein Fortschritt stattgefunden hat. Augenscheinlich ein wirthschaftlicher, in der That aber auch ein humaner. Ich habe mit leiblichen Augen gesehen, was sich dem Vorurtheilsfreien von selbst versteht, daß die Unterjochung des Menschen durch die rücksichtslosen Naturkräfte eine inhumanere ist, als die Unterjochung des Menschen durch den Menschen, daß die Härten und Leiden des vereinzelten Menschen, des wilden Jägers viel schrecklicher sind, als die Härten und Leiden der Sklaverei, welche ihn wenigstens gegen die schrecklichste Noth sicher stellen.

Vom Sklaven zum Hörigen ist ein wirthschaftlicher und humaner Fortschritt, der keiner weiteren Erläuterung bedarf. Noch weniger dürfte es nöthig sein, nachweisen zu wollen, daß die Culturgeschichte fortschritt, als sie den feudalen, an die Scholle gebundenen Arbeiter in den modernen sogenannten „freien Arbeiter" verwandelte. Dagegen möchte ich, wenn Sie erlauben, in einem künftigen Vortrage den Nachweis versuchen, daß die moderne Freiheit des Arbeiters, wenn auch ein wirthschaftlicher und humaner Fortschritt, doch noch bei weitem nicht die Idee der humanen Gerechtigkeit erschöpft oder realisirt.

Für heute sei noch darauf hingewiesen, wie die Entwicklung der spekulativen Philosophie mit der sozialen Oekonomie zusammentrifft. Die Schüler Hegel's sind bei dem Satze angekommen, daß, wenn unsere Ideen auf reale Wahrheit oder positive Wissenschaft Anspruch machen wollen, sie nicht prätendiren dürfen, der Wirklichkeit, der Empirie, der Erfahrung vorauszugehen, Wegweiser zu sein, wie das z. B. die Ideen der Gerechtigkeit, der Freiheit, der christlichen Brüderlichkeit vereint haben. Diese Ideen waren bisher, wenn auch schöne, verlockende, so doch immerhin nur Phantasmen, die sich nicht realisiren konnten, weil ihnen die materielle Unterlage, der wirthschaftliche Reichthum fehlte. Die religiöse Brüderlichkeit konnte sich irdisch nicht verwirklichen, so lange die Erzeugung der Lebensmittel die Herrschaft des Menschen über den Menschen erheischte. Der Wunsch nach politischer Freiheit ist phantastisch, so lange die Menschheit von der Natur zum Sklavendienst anstrengender Arbeit gezwungen ist. Erst nachdem sich die positive Wissenschaft, die Physik, die Mechanik, die Chemie des Arbeitsprozesses bemeistert hat, erst nachdem die Arbeitsinstrumente so vollkommen sind, daß die menschliche Arbeit dabei zur Nebensache herabsinkt, ihr nur noch die Controle über eine Arbeitsmaschine bleibt, die unermeßliche Reichthümer automatisch erzeugt, erst auf einem solchen Standpunkt wirthschaftlicher Cultur kann die Cultur der Menschlichkeit aufhören Ideologie zu sein und einen realen Charakter annehmen. Ja, meine Herren; materieller Reichthum ist die Bedingung der idealen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Jeder politische Fortschritt war bisher bedingt von vorhergegangenen wirthschaftlichen Fortschritten. Die Umschiffung des Kaps der guten Hoffnung, die Expedition eines Columbus, Cortez und Pizarro, oder vielmehr deren Folgen, der unerhörte Aufschwung des Handels versah zunächst die günstig gelegenen Staaten, Holland und England, mit einer solchen Gütermasse, einem Produktenreichthum, den die damaligen feudalen Verhältnisse zu consumiren vermochten. Die feudalen Einrichtungen, welche einst förderliche Mittel der Bewirthschaftung gewesen, wurden der Produktivkraft der neueren Zeit gegenüber zu Fesseln. Diese Fesseln mußten gesprengt werden. Die Produktion bedurfte der Freiheit. Ihrer Meinung nach waren die englischen Independenten von der Bibel veranlaßt, den angestammten König zu entthronen. In der That aber waren die idealen Phrasen ebenso wie ein Jahrhundert später der „Rechtsstaat" des deutschen Liberalismus nur ideologische Hirngespinnste für ganz reale wirthschaftliche Bedürfnisse. Was die Independenten Bibel, was die Girondisten Römerthum, was die Fortschrittspartei Rechtsstaat und nationalen Patriotismus, das nennt sich in der nüchternen Wirklichkeit: Entwicklung der internationalen Produktivkraft.

Weil eben diese internationale Wirthschaft, wie eben nachgewiesen, kopflos ist, weil sie sich unbewußt gestaltet hat, darum mußte sie im Bewußtsein der Menschen sich verkehrt darstellen. Insoweit hängt die Lehre vom Bewußtsein, die Philosophie mit der Oekonomie zusammen. Der bisherige Fortschritt beruht auf dem Unbewußten. Nicht der Geist, sondern die Materie hat geherrscht. Allerdings ist sie, die Herrscherin, nur mächtig geworden durch den Diener Geist, der anfängt sich gegen das Knechtschafts-Verhältniß aufzulehnen. Die Entwicklung des Menschengeschlechts besteht im großen Ganzen darin, daß der Geist mächtig wird über die Widerwärtigkeiten der Natur und somit die Materie unserem Bedürfniß dienstbar macht. Das Mittel dieses Zweckes ist die Hand, die der Mensch dem Menschen reicht, ist die Verbindung der Individuen, der Völker, der Generationen. Das Mittel ist die genossenschaftliche Arbeit im weitesten Sinne des Wortes. Daß die geistige Arbeit, die Wissenschaft genossenschaftlich betrieben ist, hat Niemand verkannt. Man hat aber insoweit die Wissenschaft überschätzt, als man sie mit der Cultur identifizirte. Während sie Mittel ist, ist die reale Arbeit, die materielle Ueberwindung der Naturwiderwärtigkeiten letzter Endzweck der Cultur. Diese reale Arbeit nunmehr freiwillig oder bewußt genossenschaftlich organisiren zu wollen, das ist eine Auflehnung des Geistes wider sein bisheriges Knechtschafts-Verhältniß zur Materie, das ist die Empörung der Arbeit wider das Kapital. J. Dietzgen, Lohgerber.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Kosten der Reichswirthschaft. Mit der gleichen Ueberschrift befindet sich in einer der letzten Nummern des „Vorwärts" ein Artikel, in dem dargelegt ist, in welch' rapider Weise seit der Errichtung des deutschen Reichs in Baiern die Staatskosten gestiegen sind, und daß diese Steigerung hauptsächlich durch die Militärwirthschaft herbeigeführt ist. Gedachter Artikel und namentlich die in demselben ausgesprochene Befürchtung, daß sich in andern Bundesstaaten das Verhältniß wohl kaum günstiger gestalten würde als in Bayern, gab Veranlassung zu einer Vergleichung des gegenwärtigen Budgets des Königreichs Sachsen mit dem früheren. Das Resultat ist, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt, leider eine Bestätigung der oben angeführten Befürchtung.

Nach den Finanzgesetzen betrugen jährlich

	ordentl. Ausgaben:		außerordentl.	
Für d. Finanz-Per. 1861/63	9,759,180	Thlr.	2,597,172	Thlr.
„ „ „ 1864/66	13,658,984	„	—	
„ „ „ 1867	13,658,984	„	7,017,349	„
„ „ „ 1868/69	13,371,057	„	—	
„ „ „ 1870/71	12,648,594	„	3,980,000	„
„ „ „ 1872/73	13,752,919	„	13,010,186	„
„ „ „ 1874/75	16,097,507	„	13,884,626	„
„ „ „ 1876/77				
sind in Aussicht genommen:	53,856,977	Mrk.	82,523,907	Mrk.

	Gesammt-Ausgabe:	
Für die Finanz-Periode 1861/63	12,356,352	Thlr.
„ „ „ 1864/66	13,658,984	„
„ „ „ 1867	20,676,333	„
„ „ „ 1868/69	13,371,057	„
„ „ „ 1870/71	16,628,594	„
„ „ „ 1872/73	26,763,105	„
„ „ „ 1874/75	29,982,133	„
„ „ „ 1876/77		
sind in Aussicht genommen:	136,380,484	Mrk.

(Anmerkung. Die Zahlen sind aus den Bekanntmachungen im Gesetz- und Verordnungsblatte zusammengestellt. Die außerordentlichen Beträge sind daselbst nicht für jedes Jahr besonders, sondern insgesammt für die ganze Periode angegeben; hier ist die jährliche Durchschnittssumme angenommen worden.)

Während also in den Jahren 1861—1869 die Gesammt-Ausgaben nicht einmal die Summe von 14 Million Thaler erreichten (mit Ausnahme des Jahres 1867, in welchem die Folgen des 1866er Krieges die Nachbewilligung der unter den außerordentlichen Ausgaben aufgeführten 7,017,349 Thlr. veranlaßten) und in den ganzen neun Jahren nur um wenig über 1 Million Thaler gestiegen waren, weist schon die Finanzperiode 1870/71 eine Zunahme von über 3 Million Thalern auf, 1872/73 hat sich das Budget gegenüber 1869 bereits verdoppelt und in den Jahren 1876/77, also in sieben Jahren, mehr als verdreifacht. Da ist es natürlich kein Wunder, wenn die Vermehrung der Staatsschulden und neue Steuern nöthig werden. Leider ist aus den bekanntgemachten Finanzgesetzen mit Nachträgen nicht ersichtlich, zu welchen Zwecken die Ausgaben gemacht worden sind. Wir brauchen aber nur auf die colossalen Kasernen- und andere dergleichen Bauten zu blicken, der fortwährenden Neuerungen im Militärwesen und der Eisenbahnankäufe zu gedenken, um zu erkennen, daß die Lasten eben nur infolge der Reichswirthschaft auf uns gewälzt werden. Denn selbst die Eisenbahnankäufe können nicht davon ausgenommen werden, da sie bekanntlich nur eine Folge des aus strategischen Rücksichten angeregten Reichseisenbahnprojekts sind.

Was die ordentlichen (laufenden) Ausgaben an sich betrifft, so sind dieselben, wie aus obiger Tabelle ersichtlich, seit dem Jahre 1869 um beinahe 14 Millionen Mark gestiegen; also erst seit wir mit dem deutschen Reiche gesegnet sind. Ob die Steigerung der Abgaben so fortgehen wird? Wir zweifeln nicht daran; denn schon die neuen Staatsschulden allein bedingen durch ihre Verzinsung eine Vermehrung der Lasten. Das Volk aber kann die Bedrückung nicht abwenden; es muß ausessen, was die Andern „oben" eingebrockt haben. th.

— Im Anschluß an die Notiz über die Steigerung der Ausgaben des Königreichs Sachsen geben wir einen anderen Beleg für den gleichen Vorgang betreffs des Budgets der Stadt Berlin. Diese Stadt hat sich in der liberalen Aera seit 1866, wo die Ausgaben in runder Summe 12,800,000 Mrk. betrugen innerhalb zehn Jahren zu der colossalen Summe von 119,273,150 Mrk. emporgeschwungen, das bedeutet eine Vermehrung von 107 Millionen!

— Was der Bundesrath im Schweigen leistet. Die Verhandlung im Bundesrath über Beschickung der Pariser Ausstellung zeichnete sich, wie der „Kölnischen Zeitung" geschrieben wird, durch ihre lakonische Kürze aus. Der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, machte die Mittheilung, daß der Ausschuß sich gegen amtliche Theilnahme an der Beschickung der Ausstellung erklärt hätte. Es meldete sich Niemand zum Worte. Darauf fragte derselbe weiter, ob ein Vertreter irgend eines deutschen Staates von seiner Regierung beauftragt sei, in der Sache eine Mittheilung zu machen. Es folgte wieder tiefes Schweigen. Darauf bemerkte der Staatsminister Hofmann: Nach dieser Erklärung (?) ist also die Beschickung der Pariser Ausstellung seitens des Deutschen Reiches abgelehnt.

Punktum! Der Reichstag mag sich den Bundesrath zum Muster nehmen — wozu das viele Reden, wo schließlich doch nur ja gesagt oder genickt wird und werden darf?

— Laßt die Hunde los! würden am liebsten die reichsfreundlichen Chauvinisten rufen, wenn der Sozialist Propaganda zu machen sucht für seine Partei. Ziemlich ähnlich ruft die Nr. 290 des „Saalfelder Kreisblatt", indem sie berichtet, daß ein Parteigenosse Namen für eine Liste in unserem Sinne gesammelt habe, und hinzufügt: „Wir brauchen wohl nicht erst noch besonders zu sagen, wie man einem solchen „Eindringling" zu begegnen hat." Diese Entrüstung über eine harmlose Namensammlung! Wir müßten unendlich viel Zeit haben, wollten wir alle Pressionen aufzählen, welche seitens der Gegner, seien sie Regierungs- oder Polizeiorgane, Arbeitgeber und andere Leute, verzeichnen oder gar Winke für Gegenmaßregeln geben! Wer wehrte den Leuten, zu denen der Namensammler kam, ihre Unterschrift zu versagen? Die Art und Weise unserer Agitation kann ohne Scheu den Vergleich mit der der Gegner aushalten. Wie geringfügig sind die Anlässe, an welchen die Gegner ihre Tadelwuth üben; wie zahlreich und zum Theil haarsträubend sind die unrechtmäßigen Hebel, welche Jene ansetzen.

— Polizistenhumanität. Die „Berliner Freie Presse"

Die drei deutschen Reichsschacherer.

(Schwarz-roth-weiß.)

Zuerst kommt doch das Laskerlein —
Der Mund so groß, der Mann so klein;
Das Haar ist schwarz nach Väter Art,
Schwarz-weiß gesprenkelt ist der Bart,
In Schwarz-roth-weiß ist er vernarrt.

Und Bamberger, der große Held
Stritt muthig auf Bolanden's Feld;
Roth war sein Sinn, roth war sein Haar —
Doch rother Sinn und rothes Haar,
Sie schwinden beide ganz und gar.

Der Dritte tritt nun auch hervor:
„Berliner Blau, Herr Isidor!" —
Herr Stieber nannt' ihn Communist,
Doch unschuldsweiß sein Haupt jetzt ist,
Dem Bismarck er die Stiefeln küßt.

Die Drei, sie sind des Reiches Schmuck —
Und jeder Zoll ein Mameluck,
So streiten sie für Deutschlands Wohl
Und bauen im Reichstag ihren Kohl — — —
Daß sie doch bald der Teufel hol'!

— Erkneipe bei „Reichskanzlers". Zu dem Kneipbericht, wo die Bierrede des Kanzlers über die Orientfrage „stieg", bringt das „Leipziger Tageblatt" folgendes lieblich ausgeführte Genrebild:

„Interessant ist, daß der Fürst jene Mittheilungen ganz unaufgefordert und wider Erwarten machte. Das Diner, bei dem Fürst Bismarck in jovialster Weise den Wirth machte, hatte um 5 Uhr begonnen und bis 8 Uhr gedauert; die Abgeordneten waren im Begriff, sich zu verabschieden, als der Reichskanzler sie fragte: „Nun, die Herren verlassen mich schon?" und schalkhaft hinzusetzte: „Wollen Sie denn gar Nichts über die orientalische Frage hören?"

„Er" sorgt selbst zur Genüge dafür, daß fast Niemand wagt über äußere Politik zu interpelliren; thut es nämlich ja Einer, so „reißt er ihm (laut Hans Blum) Kopf, Arme und Beine aus und wirft den Rumpf verächtlich in die Ecke." Da ist es denn auch begreiflich, daß die Auserwählten selbst beim Glas Bier derartige Fragen nicht riskiren. Diesmal aber war es ihm unangenehm, daß man nicht fragte. Es scheint, Er wollte auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege seine Meinungen der Colportage übermittelt wissen. Da mußte er wohl schließlich „selbst rausrücken." Natürlich war die Antwort:

„Ja, wenn Sie darüber sprechen, Durchlaucht, so hören wir bis 2 Uhr zu!"

Das glaub' ich gern! Bangt und zagt doch das ganze deutsche Volk in Ungewißheit, was Deutschland, d. h. Er thun wird in diesen schweren Zeitläuften. Sie hatten natürlich auch gezappelt vor Neugierde, und es müßte ein Bild geben für den Pinsel eines Rubens, Rembrandt oder Rafael, diese von den verschiedenartigsten Empfindungen bewegten Gesichter. Der Bericht fährt fort:

„Darauf constituirte sich ein gemüthliches Tabaks-Collegium. „Er" stopfte sich seine lange Pfeife und ließ sich dann mit jener berühmten Offenheit, die er so schön in der Gewalt hat, in der gemeldeten Weise über die weltbewegende Frage aus."

Hört, Hört! Ist das nicht Bismarckbeleidigung? Wird Er nicht hier zum politischen Schauspieler und Heuchler gestempelt, der „jene berühmte Offenheit so schön in der Gewalt hat!" Die Weihrauchwolken, scheint's, haben den Verstand des Priesters unseres großen Staatsmannes so betäubt und geschädigt, daß er in seinem Byzantinerhirn sich dem Staatsanwalt und Strafantrag aussetzt. Wir glauben, Er wird auch oft sagen: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden!"

Bei der geschilderten Erkneipe ist übrigens auch vom Fürst Reichskanzler das Wort gefallen, daß die Aufhebung des Zeugniß-Zwanges „unannehmbar" sei, ein Wink für seine Gäste zur Beherzigung bei der dritten Lesung.

— Als Herr Achenbach am vorigen Dienstag seine wohleinstudirte Rede über die Handelspolitik des Reiches vom Stapel ließ, passirte ihm ein kleiner Unfall. Er hatte sich gerade in das höchste Pathos hinaufgearbeitet und deklamirte, mit kunstgerechten Gestikulationen, den chauvinistischen Paradegaul besteigend: „Handelten wir anders, so würde das längstverschollene Bild des deutschen Michels, der Alles über sich ergehen läßt, wieder aufleben!" Da tönte ihm aus der Sozialistenecke der laute Ruf: Rußland! entgegen. Alle Köpfe und Augen richteten sich auf den reichsfeindlichen Unterbrecher, und Herr Achenbach ließ plötzlich die Arme sinken, blickte mit dem Ausdruck unbeschreiblicher Verdutztheit seinen alten Freund Liebknecht, der ihm das ominöse Wort zugerufen, ins Gesicht und machte eine sehr bedenkliche Naturpause. Es war, wie wenn ihm ein Strahl eiskalten Wassers über den Schädel gegossen worden wäre, nur mit Mühe fand er den Faden wieder, um den Redefluß und die patriotische Begeisterung aber war's für den Tag geschehen.

— Ein Denunziant auf der Anklagebank. Der Bürgermeister Brenger aus Oberberg, ein Mann von 66 Jahren und mit dem Rothen Adlerorden dekorirt, welcher seit 18 Jahren die Gemeindeangelegenheiten dieses Städtchens leitet, auch Mitglied verschiedener wichtiger Kreis- und Bezirks-Commissionen in Steuer-, Feuer-, Militär- und Oderbruchs-Meliorationssachen ꝛc. war, befand sich auf der Anklagebank wegen Veruntreuungen im Amte, namentlich wegen unrechtmäßig erhobener Gelder und Fälschung von Schriftstücken. Merkwürdig ist dabei der Umstand, daß dies hintereinander der dritte Bürgermeister von Oberberg ist, der durch das Urtheil des hiesigen Kreisgerichts dies Amt verliert. Der Verurtheilte hatte die Beseitigung der beiden ersten selbst herbeigeführt. Nach dem Tode des Bürgermeisters Heuduck, wählten im Jahre 1852 die Stadtverordneten den Lehrer Schmidt von der dortigen Bürgerschule. Obgleich die Bestätigung desselben von dem damaligen Landrath entschieden befürwortet worden war, so gelang es doch dem Verurtheilten, als damaligem intermistischen Bürgermeister, durch eine Denunziation bei der königlichen Regierung wegen angeblicher Majestätsbeleidigung im Jahre 1848, die Bestätigung desselben zu verhindern und ihn auf die Anklagebank des hiesigen Kreisgerichts zu bringen. Derselbe wurde auf Grund falscher Zeugenaussagen zu 3 Monaten Gefängniß, unter Belassung seiner Ehrenrechte, verurtheilt, vom königlichen Kammergericht jedoch freigesprochen. Die Stadtverordneten wählten inzwischen einen anderen Mann für dies Amt. Im Jahre 1858, also nach 6 Jahren, gelang es dem jetzt Angeklagten, auch diesen auf die Anklagebank und ins Gefängniß zu bringen, weil er eingegangene Feuerkassengelder zur Befreiung aus augenblicklicher Geldnoth verwendet hatte. Nun endlich gelangte er selbst in dieses Amt, in welchem ihn das traurige Schicksal — sagt die „Voissische Zeitung", wir sagen das gerechte Schicksal — ereilen sollte, auf Veranlassung derselben städtischen Corporation, welche ihn so vertrauensvoll gewählt hatte. Der Mann kam übrigens billig genug fort, denn er wurde nur zu vier Monaten Gefangniß verurtheilt.

berichtet folgende Geschichte: Ein Berliner Bürger, Gelbgießer Wilhelm Kopitzki, wollte sich am Montag nach der Poliklinik begeben, um gegen seine Krankheit sich elektrisiren zu lassen. Er sollte jedoch nicht dorthin anlangen, sondern auf einem andern Wege seiner Schmerzen quitt und ledig werden. An einer Straßenecke wurde er von einer Gummiräder-Equipage über den Haufen gefahren. Als nun hilfreiche Hände ihm gleich zur Seite waren und auch ein benachbarter Gastwirth sein Haus zur Verfügung stellte, kamen zwei Schutzleute, die besser zu helfen wußten: der Mann mußte durchaus schwer betrunken sein. Sie führten ihn weg auf eine Polizeiwache und ließen ihn gänzlich hilflos in einem halbdunklen Gemach liegen. Am 5. Dezember früh gegen 6 Uhr starb das Opfer der Fahrlässigkeit in seinem Verließe liegend. Die Angst der Angehörigen, der Frau und des Sohnes des K. kann man sich denken. Mit diesem Unglück war es jedoch noch nicht genug: von dem Lokal der Bezirkswache auf dem Werderschen Markt wurde die Leiche nicht den Angehörigen verabfolgt, sondern zum Obduktionshause geschafft wider den Willen der unglücklichen Familie, von wo sie dieselbe erst am 6. Dezember Abends ausgeliefert erhielten gegen Zahlung von 12 M. 10 Pf.! — Wir unterlassen es, besondere Anmerkungen an diese Thatsache zu knüpfen: sie gibt selbst Jedem zu denken genug.

— O welche Lust, Soldat zu sein! Die Begeisterung für den Dienst in der deutschen Armee spricht sich, wie häufig, so auch jetzt wieder, laut „Culmer Amtsblatt", darin aus, daß eine Unmasse Militärpflichtiger wegen dieses Glücks die Flucht ergreift. Die Zahl der Verfolgungserlasse seitens des Kreisgerichts von Culm erreicht die Höhe von 193, seitens des Kreisgerichts zu Neustadt 65, Summa 258. Der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund" knüpft daran die Betrachtung, daß der deutschen Produktion 516 Arme entzogen seien: und trotzdem sind an dem Verfall unserer Industrie schuld — die Sozialdemokraten, wenigstens nach der Gegnerpresse, die dem Militarismus das Wort redet.

— Wer hat das größere Risiko, der Unternehmer oder der Arbeiter? Eine bemerkenswerthe Antwort auf diese Frage ist das neue Unglück, das sich auf dem Windbergschachte im Plauenschen Grunde am vorigen Sonntag zugetragen und das Opfer von 27 Menschenleben gekostet hat. Ein böses Wetter hatte sie überrascht, nachdem Abends 8 Uhr ihre Einfahrt bewerkstelligt war. Die Explosion hat sie jedenfalls sofort getödtet. Gleich in derselben Nacht wurden Rettungsversuche gemacht, aber nur zwei noch Athmende wurden gefunden, die wohl kaum wieder genesen werden. Bei ihrem elenden Lohn und ihren traurigen Existenzbedingungen schweben diese Leute jeden Augenblick in Lebensgefahr; was will dagegen das „Unternehmer-Risiko" der Fabrikanten bedeuten?

— Ein Gesetzeskenner recht eigener Art ist der Syndikus der Stadt Quackenbrück in dem hannoverschen Wahlkreis Osnabrück. Als in voriger Woche dort von Seiten eines unserer Osnabrücker Genossen eine Volksversammlung angemeldet wurde, in welcher der dort aufgestellte Parteigenosse Auer sein Programm entwickeln sollte, erklärte der weise Herr einfach: solche Versammlungen dulde er nicht, und außerdem wären so wie so schon zwei Parteien (Centrum und liberal-conservativer Mischmasch) am Orte. Auf hierauf erfolgte Beschwerde bei der Landdrostei wurde der Herr Syndikus zwar telegraphisch angewiesen, der Versammlung nichts in den Weg zu legen, indeß der gute Mann erklärte: die Landdrostei hätte ihm nichts zu sagen, Quackenbrück habe seine eigenen Gesetze. Eine Beschwerde an die Regierung wird den Herrn wohl zu besserer Einsicht bringen.

— Zur Wählerlistencontrole. Die „Berliner Freie Presse" schreibt, daß viele Hauswirthe die ihnen zugekommenen Hauslisten nicht in Umlauf gebracht und im Befragungsfalle geantwortet haben, sie hätten sie nicht bekommen. Nun fand es sich aber öfter, daß bei den Bezirksvorstehern die Namen dieser Herren Wirthe nebst ihren besser situirten Hausgenossen wohl eingetragen waren, nicht aber die der Proletarier der betreffenden Häuser. So in dem Hause Nr. 10 der Mariannenstraße, in welchem 40 wahlberechtigte Männer wohnen, von denen in der Liste nur 7, sage sieben, fortschrittliche Wähler eingetragen waren!

— Unsere Freunde in Stuttgart haben als Candidaten für die bevorstehenden Landtagswahlen Parteigenossen Dulk aufgestellt.

— Wir erhalten folgende telegraphische Depesche aus Kopenhagen d. d. 15. Dezember: Ein Dammast-Weberstrike ist ausgebrochen in Wessels und Fialas Fabrik. Brüder, wir bitten Euch, meidet Kopenhagen. Das Strikecomité.

— Wir erhalten folgende Zuschrift: „Dr. med. Bär, der Arzt des Gefängnisses am Plötzensee, ist Sanitätsrath geworden. Dieser preisgekrönte Musterdoktor, der noch von Freund Most in seiner Broschüre „Die Bastille am Plötzensee" sehr glimpflich behandelt worden ist, hat diese Auszeichnung jedenfalls nicht wegen seines Auftretens den politischen Gefangenen gegenüber verdient. So wies er mich, als eine bereits fünfmonatliche Haft meinen Magen so geschwächt hatte, daß ich die Gefangenenkost nicht mehr vertragen konnte und mich um Lazarethkost an ihn wenden mußte, mit den Worten ab: „Wenn Sie nicht Schlesinger hießen und kein politischer Gefangener wären, sondern Sie hießen vielleicht Schulze und wären ein Spitzbube"..... — In der That bin ich während meiner Haft stets gezwungen gewesen, preisgekrönten Muster-Rumfutsch und die Mehlsuppen zu essen und mich mit dem Gedanken zu trösten, daß berüchtigte Hochstapler aus in der Oeffentlichkeit nicht zu erörternden Gründen zur Schonung ihrer kostbaren Gesundheit von dem Arzte fast ohne Unterbrechung mit Lazarethkost bedacht werden. Da ich demnächst die schlechte Behandlung, die mir in Plötzensee zu Theil wurde, kritisch besprechen werde, so werde ich noch Veranlassung haben, das Gebahren des Herrn Sanitätsrathes Dr. med. Bär näher zu beleuchten.

Mit sozialdemokratischem Gruße
Alexander Schlesinger.

Correspondenzen.

Cassel, 2. Dezember. Heute prangte an den Litfaßsäulen ein Plakat von einer zweiten Disputation zwischen dem Literaten Rippold und dem Schreiner W. Pfannkuch. So hat denn der Ruhm des Herrn Kutschbach, unseres zweiten Sparig, den ehemaligen Sozialdemokraten und nunmehrigen Renegaten Rippold nicht ruhen lassen; ihn, der im Jahre 1872 von dem damaligen Parteiausschuß der Eisenacher wegen mehrerer nicht besonders empfehlender Handlungen resp. Manipulationen auf Antrag der Mitglieder zu Hannover, wenn ich nicht irre, aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde. Was diese Ausschließung noch mehr rechtfertigte, war der Umstand, daß Rippold ein Gnadengesuch an den Herzog von Gotha gesandt hatte wegen einer ihm im Jahre 1870 zuerkannten Gefängnißstrafe von drei Monaten. (Beiläufig hatte dieser selbe Rippold laut Congreß-Protokoll vom Jahre 1869 mit dem bekannten österreichischen Polizeispion Mühlwasser an den Sozialisten-Congreß den Antrag gestellt, die Partei nicht Sozialdemokratische Arbeiterpartei, sondern Szialrepublikanische Partei zu nennen.) — Die Räume des Thalia-Theaters waren nur spärlich besetzt. Gegen halb 9 Uhr Abends trat Rippold auf die Bühne und erklärte, von einem allseitigen Ah — Ah — empfangen, daß die Versammlung baldigst eröffnet werde, daß gegenwärtig aber ein starker Andrang zur Kasse sei (Lüge) und der Vertreter der Polizeibehörde noch nicht anwesend sei (Lüge), sowie auch das Bureau der Versammlung, aber es würde dieselbe jedenfalls bald eröffnet werden. Sprach's und verschwand hinter den Coulissen. Gegen 9 Uhr endlich erschien Rippold mit seinen Freunden wieder, und eine dieser sehr zweifelhaften Personen eröffnete die Versammlung mit Schellengeklingel und richtete nach eingetretener Todtenstille der Versammlung die Aufforderung an die Sozialdemokraten, da das antisozialistische Tagespräsidium constituirt sei, ein gleiches ihrerseits zu wählen. Kein Laut erscholl. Dann erhielt Parteigenosse Pfannkuch zur Erklärung das Wort. Dieselbe lautete ungefähr folgendermaßen: Meine Herrn, ich fordere die anwesenden Vertreter der Presse auf, diese meine Erklärung so wortgetreu als möglich wiederzugeben. Ich bin zu dieser Diskussion erst gestern mittelst eines Briefes des pp. Rippold eingeladen worden; eine Verständigung über die Disputation, wie mit Herrn Kutschbach, hat nicht stattgefunden. Daß also mein Name und der eines Parteigenossen und Freundes von mir auf den an den Litfaßsäulen angeklebten Plakaten, sowie in den Annoncen des hiesigen Blattes stehen, erkläre ich für einen Schwindel, der mit unseren Namen getrieben worden ist, da mir davon nichts bekannt gegeben wurde. Daß ich mit einer Person wie Rippold eine Diskussion nicht eingehen kann und werde, geht schon daraus hervor, daß Rippold der Partei sechs Jahre als Agitator angehörte und erst dann Renegat wurde. Am 7. November d. J. erklärte ich in der Diskussion mit Herrn Kutschbach, daß es auch ein Lumpenproletariat gebe — zu diesem Lumpenproletariat zähle ich Herrn Rippold —, mit dem, das erkläre ich Namens meiner Partei, wird sich Niemand einlassen; dies halten wir unter unserer Würde, damit würde man sich nur schmutzig machen, auf solche Personen paßt das Sprichwort: „Wer Pech angreift, besudelt sich". Meine Herren, mit jedem ehrlichen Mann, mit jedem Parteimann bin ich gern bereit, in die Diskussion einzutreten. Ich bin auch nur hierhergekommen, um zu zeigen, daß ich so wenig wie jeder Andere meiner Partei mich vor der Oeffentlichkeit fürchte, aber mit Personen wie Rippold lassen wir uns nun und nimmer ein. — Donnernder, nicht endenwollender Beifall lohnt Pfannkuch am Schluß dieser Erklärung. Die Mehrzahl der Versammlung, besonders die Parteigenossen, verlassen den Saal, der Rest, der blieb, erhebt einen solchen betäubenden Lärm, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste. Damit endete, weil sich nun Alles in Ruhe und Ordnung entfernte, dies zweite Drama mit einem Erfolg, der unzweifelhaft ist. Unser Sparig-Kutschbach hatte gleich, dem Wetter nicht trauend, Rippold einen Brief mit Karte gesandt, des Inhalts, daß derselbe die Diskussion, wenn möglich ohne Kosten, rückgängig machen sollte, und wie Rippold sich in öffentlicher Wirthschaft rühmte, soll der Buchdruckereibesitzer Gotthelft, Verleger des „Tageblatts", demselben 150 M. versprochen haben für den Fall, daß er Pfannkuch widerlegt. Somit sind diese nicht verdient! Armer Rippold. Schreiber dieses war in Gesellschaft von mehreren Fabrikanten und Kaufleuten, wo man, nachdem derselbe ihnen auseinandergesetzt hatte, was für ein Vögelchen N. sei, sagte, damit werde die ganze liberale Sache diskreditirt. Der Erfolg der Partei ist also nicht zu verkennen. Damit wird die Wahl Fricks immer mehr gesichert. Mit Recht bestätigt übrigens auch das „Tageblatt", die Sache sei nur zu geeignet, den antisozialistischen Parteien Abbruch zu thun. W.

Darmstadt, 10. Dezember. (Zur Reichstagswahl im Wahlkreise Darmstadt-Großgerau.) Als uns vor einiger Zeit der Bericht über die in Frankfurt stattgefundene Landesversammlung der hessischen Fortschrittspartei zu Gesichte kam, trauten wir kaum unseren Augen, als wir lasen, daß der den obengenannten Wahlkreis vertretende Abgeordnete, Obersteuerrath Welker, wiederum aufgestellt werden solle, und zwar auf Anrathen des Herrn Bamberger, welcher sich dahin äußerte: daß es die liberale Fraktion gern sehe, wenn Herr Welker wiederum gewählt würde. Welche Vorzüge derselbe innerhalb des Reichstags an den Tag gelegt hat, um wiederum als Candidat aufgestellt zu werden, davon ist uns bis heute noch wenig zu Ohren gekommen. Beschränkte sich doch seine ganze parlamentarische Thätigkeit während der ganzen Periode einzig und allein darauf, für Herstellung eines neuen Postgebäudes in Darmstadt zu plaidiren, dagegen allen anderen, von Seiten der Regierung eingebrachten Gesetzesvorlagen, und wenn dieselben auch noch so sehr das Gepräge reaktionärer Strömung an sich trugen, schweigend seine Zustimmung zu ertheilen. Die vor etwa einem halben Jahre stattgefundene Berichterstattung des Herrn Welker über seine Thätigkeit im Reichstage vor dem hiesigen Handelsvereine dürfte wohl einzig in ihrer Art dastehen, schon insofern, als derselben nicht mehr denn 16 — sage sechszehn Personen anwohnten, somit seine ehemaligen Parteianhänger durch ihr Fernbleiben schon damals dokumentirten, daß sie auf seine Wiederaufstellung bestens Verzicht leisteten. Wenn die Landesversammlung letzteren Umstand nicht in's Auge faßte und Herrn W. trotz alledem wieder als Candidat aufstellte, und die deshalb an ihn gestellte Anfrage, ob er gewillt sei, das Mandat anzunehmen, bejahend ausfiel, so konnte dieses den Darmstädter Parteigenossen nur willkommen sein, um so mehr willkommen, als Herr Welker uns ja auch noch außerdem den Beweis lieferte (welcher als schätzbares Material für die Agitation dient), daß er die Verhältnisse, wie sie in Hessen obwalten, thatsächlich gar nicht kennt. Ein kleiner Beleg hierfür dürfte dieses zur Genüge beweisen. Nach der Berichterstattung erlaubte sich unser Parteigenosse Binkert den Referenten dahin zu interpelliren: welche Stellung er dem Hilfskassengesetze gegenüber eingenommen habe; die Beantwortung der Interpellation fiel dahin aus: daß er demselben gegenüber keinen Standpunkt hätte einnehmen können, da in Hessen keine Hilfskassen bestünden! O heilige Einfalt! — Die vor drei Wochen in Gießen zusammengetretene conservative Partei, welche nur durch Vertreter der Provinzen Oberhessen und Rheinhessen beschickt gewesen, beschloß, ebenfalls einen Candidaten in der Person des Herrn Dr. Rieger innerhalb unseres Wahlkreises aufzustellen. Wenn sie auch für diesesmal auf keinen materiellen Erfolg hoffe, so lautet der Bericht, so müsse man doch suchen, Boden zu gewinnen. Nun, wir wünschen viel Glück, hätten jedoch beiden Parteien gegenüber noch den zweiten Wunsch zu äußern, baldigst einmal öffentlich aufzutreten und nicht ihr Licht unter dem Scheffel leuchten zu lassen. Ob sie dies thun werden? Wir glauben kaum; könnte es ihnen ja doch sonst à la Kutschbach ergehen. — Die bis jetzt auf dem Lande, resp. in den Orten Arheilgen, Eberstadt, Gräfenhausen, Weiterstedt, Ober- und Nieder-Ramstadt, Roßdorf und Leenheim abgehaltenen Volksversammlungen, in welchen Parteigenosse Fleischmann aus Frankfurt referirte, berechtigen uns zu der Annahme, daß die diesmalige Reichstagswahl bedeutend günstigere Resultate aufzuweisen haben wird, als die vorhergehenden. — In einer hierselbst am 16. Oktober stattgehabten Volksversammlung referirte unser Parteigenosse Dreesbach über die beiden Themata: 1) die Aufhebung der Mittelschulen von der Stadtverordnetenversammlung und 2) Aufstellung eines Candidaten für den Reichstag. Ich unterlasse es, auf beide Punkte näher einzugehen, da ich hierdurch den Raum des „Vorwärts" zu sehr in Anspruch nehmen müßte, bemerke jedoch kurz, daß sich Redner seiner Aufgabe meisterhaft entledigte. Die Aufstellung Most's für den hiesigen Wahlkreis wurde einstimmig acceptirt. Am 3. November fand abermals eine Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Geib aus Hamburg über das Thema: „Der Reichstag und die Sozialdemokratie" referirte. Die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung spendete dem Referenten den lebhaftesten Beifall und bekundete hierdurch ihr Einverständniß mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Halberstadt. Arbeiter! Um Euch einen Beweis zu liefern, wie nothwendig das Einsehen der Wählerlisten ist, diene der Umstand, daß von 22 Mann, für die ich einsah, 5 Mann fehlten; wenn man hier von einem Grabmesser abnehmen könnte, so fehlten 20 Prozent! Es ist also Jedermanns Pflicht, diese Listen selbst einzusehen oder bei einem von den Comitémitgliedern oder bei Herrn Bollmann, Backenstraße 63, seinen Namen vollständig mit Wohnung und Hausnummer spätestens bis Sonnabend Mittag abzugeben, damit von uns nachgesehen wird.

Robert Dahlen.

Celle. Die Wähler des 14. hannöverschen Wahlkreises, namentlich in den größeren Orten des Kreises als Burgdorf, Peine, Fallersleben, Meinersen, Gifhorn u. s. w. werden aufgefordert, sich mit dem hiesigen Arbeiter-Wahlkomité in Verbindung zu setzen, um eine einheitlich geplante Agitation betreiben zu können.

Alle Zuschriften, Anfragen und Sendungen sind an die Adresse J. Stabe in Celle zu richten.

Die Braunschweiger Parteigenossen werden ersucht, uns in der Agitation in Peine und Gifhorn nach Kräften unterstützen zu wollen. J. Stabe.

Bremen, den 15. Dezember. Der hiesige Parteileiter, Herr W. Frick, hat während seiner Abwesenheit die Parteileitung Unterzeichnetem übergeben, daher alle Briefe, die auf die Parteileitung oder auf die Agitation von hier aus Bezug haben, an meine Adresse zu richten sind.

L. Henke, Neuenstraße Nr. 39.

Verden, 6. Dezember. (Zur Wahlbewegung.) Damit die Gesinnungsgenossen ersehen, daß auch wir im 6. hannoverschen Wahlkreise mit seinen 148 Wahlurnen eifrig daran sind, denselben für das sozialdemokratische Prinzip urbar zu machen, halten wir eine besondere Klarlegung der Verhältnisse für nothwendig. — Schon vor drei Jahren, als wir zum ersten Mal Herrn C. Wode als Candidaten aufstellten, ist es uns gelungen, 1350 Stimmen auf denselben zu vereinigen. Außerdem wurden (und wir glauben darin nicht zu irren) durch die Aufstellung unseres Candidaten über 11,000 Stimmen abgegeben, während in früheren Jahren höchstens 4—5000 Stimmen abgegeben worden sind. Daß aber unser Wahlkreis hinsichtlich seiner geographischen Lage einer der schwierigsten zu nennen ist, ist sehr begreiflich; deswegen auch ist unser erstes Resultat schon ein gutes zu nennen. Auch hier haben wir es mit mancherlei Gegnern, namentlich aber mit den Nationalliberalen zu thun. — So sind wir denn, vereint mit den Achimer Genossen und einigen Vertrauensmännern in Bassum und Hemelingen, bestrebt, bei dem jetzt immer lebhafter entbrennenden Wahlkampfe die Stimmenzahl für unseren Candidaten Herrn C. Wode wenigstens verdoppeln zu helfen. Ueberall auf den Ortschaften, wohin wir kommen, sind wir willkommene Gäste. Man kann es den Leuten aus dem Gesichte ablesen, daß wir ihnen aus dem Herzen sprechen. Ständen uns nur die Mittel, welche wir vor drei Jahren hatten, zu Gebote, so könnten wir es sicher bis zu einer Stichwahl schon diesmal bringen. Mag auch immerhin unser Ziel durch Nacht zum Licht langsam zu erreichen sein, so steuern wir doch sicher darauf los, bis wir es erreicht haben. Ueberall fällt es den Leuten wie Schuppen von den Augen und dazu tragen die schlechten Zeitverhältnisse am meisten bei. — Das Central-Wahlcomité resp. die Gesinnungsgenossen mögen uns entschuldigen, wenn wir vorläufig für den allgemeinen Wahlfonds nichts thun können, indem wir so vollauf angestrengt sind.

Aus dem 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise. Am 10. d. M. fand zu Elmshorn eine stark besuchte Versammlung statt, in welcher über die Candidatur eines Reichstagsabgeordneten für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis definitiv Beschluß gefaßt werden sollte. Die Versammlung war berufen worden von Anhängern des nationalliberalen Professors Beseler und daher die Sozialdemokraten von der Theilnahme an derselben ausgeschlossen. Dagegen waren die Mitglieder der Fortschrittspartei eingeladen. Diese, welche den liberalen Professor Seelig als ihren Candidaten öffentlich proklamirt hatten, schienen die Einladung so verstanden zu haben, daß auch ihre Ansicht gehört und eventuell zur Geltung gelangen solle. Hierin hatten sie sich aber gründlich geirrt. Es war lustig anzuhören, wie die Herren Nationalliberalen es keineswegs als eine berechtigte Eigenthümlichkeit der Fortschrittler anerkennen wollten, auch ihrerseits einen Candidaten aufzustellen, sondern in unverfrorener Weise verlangten, daß sich die Anhänger der Fortschrittspartei ihnen einfach als sogenanntes Stimmvieh zur Verfügung stellen sollten. Natürlich wurde dieses liebenswürdige Ansinnen verzuckert durch den Hinweis auf die den „großen liberalen Prinzipien" von Seiten der Sozialdemokratie drohenden Gefahren. Sei es aber, daß die anwesenden Fortschrittler überhaupt nur eine geringe Furcht vor Gespenstern hatten, oder daß sie den Professor Beseler nicht für die geeignete Persönlichkeit zur Bekämpfung derselben ansehen, genug, sie widerstanden der Bauernfängerei und verlangten energisch, daß festgestellt werde, welcher von den beiden Candidaten, ob Beseler oder Seelig, die meisten Anhänger unter den Wählern im 6. Wahlkreise habe. Das Wahlcomité widersetzte sich diesem Antrage in echt „liberaler" Weise.

Schlimm erging es einem hervorragenden Mitgliede der Fortschrittspartei, dem Schneidermeister Delfs aus Glückstadt. Dieser versuchte zunächst die Candidatur Beseler's mit den Worten der „Frankfurter Zeitung" zu bekämpfen: ob es etwas Rührenderes geben könne, als das Geständniß Beseler's, er se

eigentlich aus politischen wie aus wirthschaftlichen Gründen gegen das Gesetz, betreffend die Uebertragung der Eisenbahnen auf den Staat; er wolle aber dem Fürsten Bismarck ein Vertrauensvotum geben und deshalb für das Gesetz stimmen. Nach einer kurzen Entgegnung des Candidaten, der jenen Angriff unter Berufung auf die stenographischen Berichte zu entkräften sich bemühte, behauptete Delfs, der Candidat Beseler habe für die Einführung des Dreiklassenwahlsystems gewirkt. Bei Erörterung dieses Gegenstandes versetzte Redner den Nationalliberalen einige Seitenhiebe und bemerkte u. a., Fürst Bismarck sei „der angebetete Abgott des Liberalismus". Dies schien die verwundbarste Stelle zu sein. Denn wie auf Commando erhob das Gros der Versammlung einen so entsetzlichen Lärm, daß wir den Fürsten Bismarck aufrichtig bedauert haben würden, wenn er selbst Zeuge dieses „lebhaften" Ausdrucks der Verehrung für ihn gewesen wäre. Aus mehr als hundert liberalen Kehlen erschollen wild durcheinander die Rufe „Raus!" und „Haut ihm!", so daß unserm Herrn vom Fortschritt endlich die „liberale" Atmosphäre zu schwül wurde und er vorzog, das Lokal zu verlassen.

Iserlohn, 14. Dez. Gegen Tölcke ist eine Voruntersuchung eingeleitet, Termin hat statt am 19. d. M. vor dem Untersuchungsrichter. Warum? weßhalb? unbekannt. Ihm ist kein Vergehen und Verbrechen bewußt. — Wird s. Z. näherer Bericht gegeben werden.

-r. **Chemnitz**, im Dezember. An allen Orten des neudeutschen Reiches ist der Wahlkampf bereits im vollen Gange; nirgends dürfte der Kampf jedoch erbitterter toben, als in einigen Wahlkreisen Sachsens, woselbst sich die reaktionären Parteien der „süßen Hoffnung" hingeben, den Sozialdemokraten einige Wahlkreise zu entreißen. Während anderwärts die Liberalen und Conservativen sich uns gegenüber mehr passiv verhalten, scheinen die Reaktionäre im 15. und 16. Wahlkreis die Bismarck'sche Aufforderung, die Sozialisten zu bekämpfen, sich sehr zu Herzen zu nehmen. Unseren Agitatoren macht es große Freude, mit den liberalen Phrasenhelden nähere Bekanntschaft zu machen, doch wird diese Freude immer etwas herabgestimmt, wenn man tagtäglich ein und denselben Kohl, genau wie ihn Herr von Unruh in seiner Schwindel-Periode gepflanzt hat, vorgekaut bekommt. Wo sind die geistigen Koryphäen der Liberalen, die da Satz für Satz den Sozialismus widerlegen, die ihre „Geistesblitze" leuchten lassen, um das „rothe Gespenst" niederzuwerfen? All diese Helden, die gegen uns kämpfen, sie bewegen sich „träg und dumm, wie des Färbers Gaul im Ring herum". Wehe dem sozialistischen Redner, wenn er vom allgemeinen Stimmrecht, Preßfreiheit, Hebung der Volksbildung zu sprechen sich erdreistet, kurz und gut, wenn er sein Programm entwickelt; aus nationalliberalem Munde tönt ihm entgegen: „Das wollen wir auch" — „aber — aber, das ist nicht Alles, was Ihr wollt", und nun hebt man an, die „wahren Ziele" der Sozialdemokratie zu enthüllen ꝛc. ꝛc. Wie mancher Pfaffe Hölle und Teufel schildert und es dabei fertig bringt, daß manch' armem Schäfchen Angst wird, so kommt nun auch der liberale Sozialistenfresser und zeigt ein Sodom und Gomorrha, allwo die Sozialisten Pech und Schwefel, Petroleum und Feuer regnen lassen. Aber — wo bleibt da die Angst? Mit Entsetzen werden die Klopffechter einer bereits bankerott gewordenen Gesellschaft gewahr, daß ihre geistlosen Geschichten das Hohngelächter der Zuhörer wachrufen. Wie soll das auch anders sein? Wer mit zu dicken Farben aufträgt, bringt kein gutes Gemälde zu Stande, sondern nur Schmiererei. Fühlen die Herren, daß sie geschlagen sind, so lamentiren sie über das „Talent", das ihr Gegner besitzt, und nur diesem — geben sie an — müssen sie unterliegen, faktisch wollen sie in allem Anderen Sieger sein. O, du gute Mutter Natur, warum vertheilst du deine Gaben auch so ungerecht und bist sogar so frech, die Sozialisten mit Talent auszustatten! Wie hübsch wäre es, wenn auch diese Eigenschaft zu einer nationalliberalen gemacht werden könnte! Es ist merkwürdig, diese Leute räumen ein, kein Talent zu haben, wir behaupten, daß es ihnen auch an der nöthigen Intelligenz mangele, — und wenn beides wahr ist, was bleibt da an unseren Gegnern? Nichts! Das merken sie auch, so viel Verstand haben sie noch, und darum ihr Donquixote-Kampf.

Ist es denn etwa geschickt, wenn im 9., 15. und 16. Wahlkreis, wo die Bevölkerung ihrer Mehrheit nach sozialistisch gewählt hat, in liberalen Organen Jeder für dumm oder doch zum Mindesten für nicht ganz gesund im Kopf erklärt wird, der seine Stimme einem Sozialisten gab? Tagtäglich kann man dies hören oder auch lesen, und die Wirkung dieser Angriffe auf den Verstand der Wähler werden die Reichstreuen am Wahltage verspüren.

Im 9. Wahlkreis (Freiberg-Oederan), wo diesmal Fritzsche kandidirt, ist von Bahlteich, Wiemer, Schönhals, Mehlhorn, Geib und Fritzsche mit Erfolg gewirkt worden, und haben sich die Gegner bereits mehrere Schlappen zugezogen. Die regste Agitation findet unzweifelhaft im 15. Wahlkreis, Frankenberg-Mittweida, statt, indem nicht nur von Bahlteich und Wiemer zahlreiche Versammlungen abgehalten wurden, sondern auch die dortigen Gegner den meisten Eifer vor allen anderen Liberalen zeigen. Doch helfen wird's ihnen freilich nichts. Bahlteich hat fast in allen Orten seines Wahlkreises schon gesprochen und die Niederlagen, welche den Liberalen schon bereitet wurden und die ihnen noch drohen, dienen nicht dazu, ihnen den Wahlkreis wieder zu gewinnen, den sie im Jahre 1874 verloren haben. — Der 16. Wahlkreis (Chemnitz) macht den Liberalen arge Kopfschmerzen, die 10,000 Stimmen der Sozialisten liegen ihnen von der letzten Wahl her noch schwer im Magen; seit drei Jahren suchten sie nach einem passenden Durchfallcandidaten, Dr. Eras mochte nicht mehr, Andere hatten auch keine Lust, und jetzt wollen sie mit dem Fortschrittsmann Duncker ihr Heil probiren. Ob der uns wohl „aushungern" will? Unsererseits wird Alles gethan, um Herrn Duncker, der sich selbst einfinden will, einen warmen Empfang zu bereiten. Frieren soll er nicht, das ist gewiß. Massenhaft besuchte Versammlungen, in denen außer Most auch Bahlteich und Wiemer referirten, beschlossen mit überwältigender Majorität die Wiederwahl Most's. Die Liberalen, die auch opponirten und in einer Versammlung zu Neukirchen sogar sechs Redner in's Feuer schickten, fielen glänzend rein.

Im 20. Wahlkreis (Zschopau-Marienberg) hat unser Candidat, Wiemer, bis jetzt ganz allein gewirkt, ohne auf Opposition zu stoßen. Auch dieser Wahlkreis kann vielleicht diesmal schon erobert werden, da die Bevölkerung mit ihrem bisherigen Abgeordneten, Dr. Brockhaus, nicht mehr zufrieden ist. Was diesem Kreise fehlt, ist eine tüchtige Organisation, die sich mit der Zeit schaffen läßt, wenn erst die nothwendigen Verbindungen vorhanden sind. Wo in den Gerichtsämtern Zschopau, Ehrenfriedersdorf, Marienberg, Zöblitz, Wolkenstein, Lengefeld und Sayda Leser des „Vorwärts" vorhanden sind, da mögen sie sich mit Karl Am Ende in Zschopau, Felsenhalle 17, in Verbindung setzen, damit die Wahl mit Erfolg betrieben werden kann.

Bleibt von den, dem Chemnitzer Centralcomité überwiesenen noch der 21. Wahlkreis, Annaberg-Buchholz, zu besprechen. Auch in diesem hat die Sozialdemokratie an Boden gewonnen und haben in Annaberg, Buchholz, Eibenstock und Schwarzenberg, sowie auf einer Anzahl Dörfer bereits Versammlungen stattgefunden. Die liberalen Flegeleien, die gewöhnlich dort vorkamen, scheinen etwas nachgelassen zu haben, doch wollen wir den Tag nicht vor dem Abend loben. In dieser Woche geht Wiemer wieder ebendahin, um noch einige Versammlungen abzuhalten. Inzwischen war auch Demmler aus Geyer, der dort candidirt, nicht müßig, und wird dies auch ferner nicht sein. So erschließt sich nach und nach ein Gebiet nach dem andern dem Sozialismus. Es beweist die Wahlagitation mehr denn Alles die täglich wachsende Macht der Sozialdemokratie. Die Partei, die man zu den Todten werfen wollte, indem man in die Welt hinausposaunte, sie gehe rückwärts, diese Partei ist nunmehr in voller Rüstung auf den Kampfplatz getreten und führt, die Todtgeglaubte, Schlag auf Schlag auf das herrschende Gesellschaftssystem, daß es in allen Fugen kracht, und der Philister, der auf den Tod der Sozialdemokratie wartete, er wird erschrecken, wenn dieselben Zeitungen, die ihm den „Rückgang" aufgebunden, ihm in den Januartagen 1877 melden müssen: Die Sozialdemokratie hat Sieg auf Sieg errungen und mit vielen liberalen Reichstagsgrößen tabula rasa (reinen Tisch) gemacht.

Flensburg. Den Lesern des „Vorwärts", „Hamburg-Altonaer-Volksblatt". „Wähler", der „Neuen Welt" und „Rothen Fahne" wird hiermit kund gethan, daß Parteigenosse Leiding die Colportage für die genannten Blätter, sowie sämmtliche sozialistische Schriften auch nach Neujahr weiter betreiben wird; sodann werden sämmtliche Restanten aufgefordert, ihre Schuld bis zum 25. Dezember zu entrichten, widrigenfalls wir weitere Schritte thun werden, denn für bloße gute Worte sind auf der Post keine Bestellungen zu machen. Wer nicht bis zum 25. Dezember abbestellt, wird als bleibender Abonnent betrachtet. Parteigenossen Flensburgs, agitirt für die Arbeiter-Blätter! denn diese sind es vorzüglich, welche Aufklärung in die Massen bringen. Mit dem Zubringen der Zeitungen muß etwas Rücksicht genommen werden, da Freund Leiding noch etwas unwohl ist. Etwaige Klagen sind in das Beschwerde-Buch bei Herrn Plagmann, Große Straße 45, einzutragen. Leiding wohnt Plankemay 861 und werden dort Bestellungen entgegen genommen.

An alle Partei- und Gesinnungsgenossen

erließen wir in Nr. 76 des „Volksstaat" v. d. J. einen Aufruf betr. Unterstützung unseres kranken Genossen Rudolph. Wenngleich die Opferwilligkeit der auswärtigen und hiesigen Genossen bewiesen, daß sie vollkommen gewillt waren, Rudolph in seinen kranken Tagen den doppelten Schmerz zu ersparen, indem sie dafür wirkten, das düstere Elend, die Nahrungssorgen möglichst von ihm fernzuhalten, so ist doch, wohl durch die vielfachen anderweitigen Opfer, die die Genossen im harten Kampfe für die Menschenrechte zu bringen haben, in letzterer Zeit die Unterstützung für Rudolph unterblieben, und derselbe aller Existenzmittel für sich und seine Familie beraubt. Dieserhalb ergeht der Aufruf von Neuem an die Genossen, einen der bravsten und muthigsten Streiter für die Rechte des Proletariats in seinen Leidenstagen vor Hunger zu schützen, wie er in seinen gesunden Tagen so viel geopfert für seine Mitmenschen. Der Name Rudolph ist bekannt in der Bewegung, seine Leistungen den Genossen nicht fremd. Durch die fluchenswerthen Zustände der Gegenwart ist Rudolph so oft und so früh an's Krankenlager gefesselt und dadurch die Familie des Ernährers beraubt.

Leiste Jeder nach Kräften, damit der edle, langjährige Kämpfer gegen die Noth des Volkes in der Zeit, wo seine Arbeitskraft gebrochen, nicht selbst das Nothwendige zum Leben entbehrt. Ersparen wir ihm den Kummer, sorgen wir dafür, daß derselbe nicht zu hungern braucht, wie er dafür gewirkt, seine Gesinnungsgenossen in ähnlichen Fällen vor Gleichem zu schützen.

Alle Geldsendungen sind an Herrn Thomas Kühn, Riesenanger 6 in Erfurt, zu adressiren.

Erfurt, den 12. November 1876.

J. A.: F. A. Klute.

NB. Alle Arbeiterblätter, speziell das „Panier" und der „Bund", werden um Abdruck des Obigen gebeten.

Berichtigung.

In Nr. 34 ist in dem zweiten Absatz der Sozialpolitischen Uebersicht statt George Dandin zu lesen George Dandin. Es ist ein Aufruf aus einem französischen Theaterstück, und bedeutet „Du hast es selbst so gewollt, George Dandin".

Briefkasten

der Redaktion. J. W. Neckendorf: Dem unsinnigen Artikel in der „Gelsenkirchener Zeitung" treten Sie am besten durch die Verbreitung der Brade'schen Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten" entgegen. — Hrn. L. C. Leipzig: L. ist im Reichstage. Ihre Ergänzung zu dem betr. volkswirthschaftl. Artikel findet rascheste Aufnahme. Besten Dank. — F. W. M. Glauchau: Eilenburg gehört zum preußischen Wahlkreise Bitterfeld-Delitzsch; der Candidat unserer Partei ist Hermann Ramm, Buchdrucker in Leipzig. Der jetzige Vertreter heißt von Thilo. — St. in Bremen: Beide Fragen sind zu verneinen.

Wegen Differenzen zwischen den Meistern und Arbeitern des Tischlergewerbes wird vor Zuzug nach Hamburg gewarnt.

Centralverwaltung des Bundes der Tischler und verwandten Berufsgenossen.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß sich auch hierorts ein Wahlcomité gebildet hat, und sind alle Briefe u. s. w. in Wahlangelegenheiten an den Vorsitzenden, R. Schulze, Cigarrenarbeiter, in Kuhwinkel, alle Geldsendungen an den Kassirer F. Diekmann, Cigarrenarbeiter, Fabrik Bornemann, zu adressiren.

Osterwieck, den 12. Dez. R. Schulze.

Jean Battenfeld ersuche ich dringend, wichtiger Familien-Angelegenheiten halber, mir umgehend seine Adresse mitzutheilen.

Frankfurt a. M. Carl Müller.

Quittung. Dnkr Paris Ab. 8,80. Brtl M. Schönberg Ab. u. Schr. 12,80. Wj Christophsgrund Ab. 28,96. Schrtr Türkheim Ab. 3,00. Jmn Hadamar Schr. 2,15. Hchrthr Schwabach Schr. 2,90. Wnr i. Biber Schr. 4,50. Mldnhr Coswig Schr. 3,70. Mtg Altona Ab. 22,50. Strch München Schr. 34,20. Hrbg Würzburg Ab. 25,00. Schmdt Waldaschaff Schr. 2,85. Dgn Lorsch Schr. 3,00. Fschr Carlsruhe Schr. 2,45. Adnck Oberndorf Schr. 6,90. Pfrtzschnr Hohenstein Schr. 11,50. Bhm Gera Schr. 1,70. Fhlhbr Penig Schr. 6,90. Pntz Euba Schr. 3,00. Rthmr Uetersen Schr. 12,50. Nmz Wien Ab. 10,00. Gnsk Nippes An. 1,50. J. Mrf London Ab. 30,60. Fschr Thonberg Schr. 12,00. Krstn Thonberg Schr. 3,00. Bttchr hier Ab. 4,45.

Cöln. Sonntag, den 24. December, Morgens 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Erkelenz, Kämmergasse 18:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag von Hrn. G. Schumacher.

NB. Da in dieser Versammlung die Probenummer der „Cölner freie Presse", welche zugleich als Flugblatt für die Reichstagswahl dient, vertheilt wird, so ist es daher Pflicht sämmtlicher Gesinnungsgenossen des Stadt- und Landkreises zu erscheinen, weil dann das Blatt desto leichter verbreitet werden kann. Der Einberufer. [1,00

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am 1. Weihnachtsfeiertage ein

Familienfest

in den Sälen des Hrn. Norten bestehend in

Concert, Ball u. Tannenbaum mit Bescheerung für Kinder

stattfindet. Diejenigen, die uns mit Geschenken an den Tannenbaum unterstützen wollen werden gebeten dieselben an H. Rudolph, Mittelstraße Nr. 11 abzugeben. (2a) [3,00

Die Fest-Commission.

Hamburg. Donnerstag, den 21. December, im Lokal des Hrn. Hübner, gr. Rosenstr. 37:

Geschlossene Mitgliederversammlung der Töpfer und Berufsgenossen.

Tagesordnung: Bericht des Fahnencomités und Verschiedenes.

Es ersucht alle Mitglieder zu erscheinen G. Klaws. [70

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Mittwoch: Vortrag von Herrn Richter über Shalespeare's „Julius Cäsar". [30

Leipzig. Donnerstag, den 21. December, Abends 8½ Uhr, bei Michaelis, Windmühlenstraße 7:

Oeffentliche Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent Schiffel. 60]

Der Agent.

Lindenau. Arbeiterverein.

Freitag, den 22. December, Abends 8 Uhr, im „goldenen Stern":

Oeffentliche MitgliederVersammlung.

Tagesordnung: Die Reichstagswahl und die Flugschriften Verbreitung [80

Es ist durchaus nothwendig, daß sämmtliche Mitglieder am Platze sind. Fehle Keiner! Der Vorstand.

Hannover und Umgegend.

Abonnements auf den „Vorwärts", „Neue Welt" werden angenommen, sowie sämmtliche sozialistische Schriften sind in den Volks- und Mitglieder-Versammlungen und in meiner Buchhandlung, große Barlinge 19 zu dem im „Vorwärts" bekannt gemachten Preise zu beziehen. C. Peisch. [70

Todesanzeige. Wir machen hiermit allen Parteigenossen die traurige Anzeige, daß unser

August Genficke

am heutigen Tage seinen Kreislauf vollendet hat. [1,50

Rippes, den 14. December 1876.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Weihnachts-Mährchen.

Wir haben noch einen kleinen Rest von

Der große Krach.

Ein Mährchen für große und kleine Kinder.

Mit 2 lithograph. Bildern.

Preis (für Parteigenossen): gebunden 50 Pf.

Zu beziehen auch durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, Färberstr. 12 II.

Desgleichen die in unserem Verlage erschienenen

Sozialistischen Theaterstücke.

Nr. 1. **Ein Schlingel.** — Nr. 2. **Preßprozesse** oder: **Die Tochter des Staatsanwalts.** Nr. 3. **Ein Opfer** oder: **Die Jesuiterei als Geschäft.**

Preise (ohne Porto):

Nr. 1:	einzeln Mk.	0,35.	5 Exempl.*)	Mk.	1,50
„ 2:	„	0,25.	7 „	„	1,40
„ 3:	„	0,40.	20 „	„	6,00

Die mit * bezeichneten Partie-Exemplar-Zahlen entsprechen der Anzahl von Exemplaren, welche zur Aufführung erforderlich sind, wenn man dieselben zugleich an Stelle von ausgeschriebenen Rollen gebrauchen will, was sich als vorzüglich praktisch erwiesen hat.

Ebenfalls auch durch die Expedition des „Vorwärts in Leipzig zu beziehen.

Zürich. (2a)

Volksbuchhandlung (J. Franz).

Achtung!

Soeben erschien:

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 19 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Krisis und die Reichsregierung. II. — Correspondenz. — Brief an die Redaktion der „Fackel".

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten **hohen Rabatt.** — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Nr. 20 wird Dienstag 11 Uhr ausgegeben.

Zu unserem Verlage ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.

Ein Mahnwort an die Kleingewerbtreibenden von **Johann Most.**

(Eine Gefangnißarbeit aus Plötzensee.)

4½ Bogen stark mit elegantem Umschlag. Preis 50 Pfg., in Partien billiger.

Inhalt: Die Macht des Vorurtheils. — Das Handwerk in der Vergangenheit. — Das Handwerk in der Gegenwart. — Des Handwerkers Klagen über die Lohnarbeiter. — Illusionen. — Rothe Gespenster. — Revolutionsfieber. — Unsere Grundprinzipien. — Unsere politischen Forderungen. — Soziale Reformen. — Die Organisation der Classen.

Versendung nur gegen baar oder Postnachnahme.

Bestellungen werden erbeten von der

Volksbuchhandlung von J. Endres in Augsburg, oberer Graben G. 322.

Reichstagswahl!

Diejenigen wahlberechtigten Parteigenossen, welche in der Lage sind, am Wahltage in ihrem Bezirk als Wahlbeisitzer zu fungiren, werden ersucht ihre genaue Adresse dem unterzeichneten Wahlcomité so schnell als möglich zugehen zu lassen.

Das sozialistische Reichstags-Wahlcomité.

J. A.: **Chr. Hadlich,** Färberst. 12.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lautermann, 296 Division Street.
San Francisco: J. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 36. Freitag, 22. December. 1876.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, 54 Pf. pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen wöchentl. 3mal 10 Mrk. pr. Quart.
" " 1mal 4,80 Mrk. " "

☛ Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. bei Teubert, Bornaischestr. 19; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei Fleischer, Schloßg. 13 daselbst; für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7; für **Neureudnitz** bei Zschau, 151; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Parteigenossen!

Ueberall in Deutschland ist der Wahlkampf entbrannt, überall haben sich die Gegner aufgerafft, um uns als Wähler von der Wahlurne, als Candidaten von dem Reichstage fern zu halten. Ihre reaktionäre Gesinnung, ihr Klasseninteresse treibt sie dazu. Doch wir marschiren unter dem Banner einer weltbefreienden Idee; ermuntert von den Fortschritten, welche die sozialdemokratische Volksbewegung in den letzten Jahren gemacht hat, gehen wir dem Tage der Wahl mit der Hoffnung auf neue Siege entgegen. Um diese Hoffnung zu erfüllen, ist nichts weiter nöthig, als daß Jeder von uns in den nächsten drei Wochen seine Schuldigkeit thut. Ein Jeder von uns kennt seine Pflichten; wer sie nicht erfüllt, der ist damit aus unseren Reihen geschieden. Allein wer wollte scheiden? Der nach Gleichberechtigung ringende, der selbstbewußte und tapfere Mann nimmermehr!

Neben den Mühen des Wahlkampfes darf die andere Arbeit zur Ausbreitung der Sozialdemokratie nicht ruhen. Und hierzu gehört vor allem das Einstehen für unser Centralorgan „Vorwärts".

Was bei Begründung des „Vorwärts" erwartet wurde, hat sich erfüllt. In 12,000 Exemplaren geht eine jede Nummer dieses Blattes hinaus unter die Arbeiter Deutschlands, um ihnen Kunde von den Grundsätzen des Sozialismus, von den Mißständen der kapitalistischen Gesellschaft in allen Kulturländern und von dem Kampf der Sozialdemokraten wider diese Gesellschaft zu bringen.

So sehr uns nun auch dies Ergebniß im ersten Vierteljahr befriedigt, so dürfen wir uns damit keineswegs dem Gedanken hingeben, genug gethan zu haben. Es bleibt uns noch viel zu thun übrig. Nicht in dieser oder jener Werkstatt, nicht in diesem oder jenem Dorfe soll der „Vorwärts" verbreitet sein, sondern in allen Werkstätten, in allen Städten und Dörfern soll man ihn finden. Erst dann wird er der ihm gewordenen Aufgabe voll und ganz entsprechen können.

Parteigenossen! Jeder von Euch erneuere zunächst selbst rechtzeitig das Abonnement auf den „Vorwärts". Damit nicht genug, gewinne Jeder von Euch zum neuen Quartal mindestens einen neuen Abonnenten. Für den Einzelnen ist dies eine geringe Sorge, für die Partei jedoch insgesammt eine große Errungenschaft.

Der „Vorwärts" ist durch jede Postanstalt zu beziehen, Preis vierteljährlich M. 1,60, frei in's Haus M. 1,85. Bestellungen sind möglichst vor dem 28. Dezember zu machen.

Gruß und Glückwunsch zum Jahreswechsel!

Hamburg, 20. Dezember 1876.

G. W. Hartmann. H. Brasch. J. Auer.
C. Derossi. A. Geib.

Zu Kreuze gekrochen!

Muthvoll standen die Liberalen noch bei der zweiten Lesung der Justizgesetze auf dem Standpunkte einiger freiheitlichen Bestrebungen, besonders betonten sie durch den Mund des Abg. Wehrenpfennig, daß der Zeugnißzwang der Redakteure jeder freiheitlichen Entwickelung der Presse hindernd in den Weg trete, daß derselbe sogar unmoralisch sei. Auch hatten sie sich für die Verweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte erwärmt.

Der Liberalismus denkt, doch Fürst Bismarck lenkt.

Letzterer Herr ist bekanntlich der Presse nicht sehr grün, obwohl er dieselbe oft gebraucht hat, oder richtiger, weil er dieselbe oft gebraucht hat.

Deshalb gab er den Nationalliberalen einen Wink, sie möchten ihren Standpunkt in Bezug auf jenes Institut verändern — und mit Seiltänzer-Gewandtheit wechselten die Liberalen ihre Position und erklären jetzt auf Wunsch des Reichskanzlers schwarz für weiß und roth für grün. — Ihre Schwärmerei für Preßfreiheit zeigte sich nun als leerer Dunst, der ebenso schnell verflog, wie der Tabaksqualm von Bismarck's Pfeife.

Sie entschieden sich für das Fallenlassen der Schwurgerichte bei Preßvergehen, obwohl sie bei der zweiten Lesung die Verweisung der Preßvergehen vor die Geschworenengerichte für eine freiheitliche Errungenschaft des Volkes erklärten; sie haben sich für die Beibehaltung des Zeugnißzwanges der Redakteure erklärt, trotzdem sie diesen Zeugnißzwang früher unmoralisch nannten.

Dadurch hat der Liberalismus sich selbst als unmoralisch gekennzeichnet, wofür er allerdings in den Augen aller freiheitsliebenden Männer längst schon galt.

Diese Bismarckanbeter erklärten durch den Mund des Herrn Miquel bei der dritten Lesung der Justizgesetze, daß, wenn auch das Gebäude nicht besonders schön, es doch angenehm sei, gemeinsam dasselbe zu bewohnen.

Dieser Ausspruch erinnert doch sehr lebhaft an das Heine'sche Wort vom gemeinsamen Nationalzuchthaus und von der gemeinsamen Peitsche. Letztere fürchten Bedientenseelen bekanntlich nicht allzusehr; die Gewohnheit thut ihre guten Dienste.

Und solche Gesinnungsmänner, die den Roa, ja die Haut wechseln, wenn's Fürst Bismarck will, diese Gesinnungsmänner beklagen sich durch den unsterblichen Schwätzer, Herrn Lasker, das ihr Charakter immerwährend angegriffen würde. An ihrer Klugheit möge man zweifeln, aber sie hätten doch Charakter — so lautete es in der Laskeriade. Wir aber denken umgekehrt: Klug sind diese Herren Miquel, der bei der ganzen Compromißkomödie den Hauptmacher spielte, ja klug sind sie, diese Herren Miquel und Genossen, das beweist, daß Miquel in wenigen Jahren es vom armen Bürgermeister zum Millionär gebracht hat; ob dabei aber der Charakter eine große Rolle gespielt hat, das ist doch höchst zweifelhaft.

Und wie dem Herrn Miquel ergeht's vielen seiner speziellen Collegen. Miquel war früher Communist, jetzt ist er Gegner des Communismus, jetzt ist er ein ausgesprochener Egoist — ob dieser Sinneswechsel von Charakter zeugt? Kein Ehrenmann wird es behaupten.

Es war eine unglückliche Idee, diese Laskeriade vom nationalliberale Charakter. Gerade so gut hat ein Chamäleon eine einheitliche Färbung, wie ein Nationalliberaler politischen Charakter besitzt. Diesen Ausspruch müßten die Nationalliberalen selbst unterschreiben, wenn sie nur einen Funken Wahrheitsliebe besäßen.

Die dritte Lesung der Justizgesetze hat der zweiten Lesung den Kopf abgebissen; doch so etwas ist nicht neu. Bei der Berathung des Militärgesetzes entstand in der dritten Lesung das berüchtigte Septennat, bei der dritten Lesung des Preßgesetzes wurde die Verantwortlichkeit verschärft, während bei der zweiten Lesung die Liberalen Freiheitsphrasen drechselten.

Eine parlamentarische Partei aber, die in ihrer Hundedemuth bei jedem Winke des Reichskanzlers zu Kreuze kriecht, verdient die Verachtung des Volkes.

Mancher liberale Wähler wird vor Aerger und Scham roth werden, weil er sich erinnert, daß vor den Wahlen die Herren liberalen Candidaten freiheitliche Versprechungen gemacht haben, und weil er jetzt sieht, daß sie als gewählte Volksvertreter Freiheit und Volk täglich und stündlich verrathen.

Auf dem Altar der Einheit wird die Freiheit gemordet von den Männern, welche die Einheit immer im Munde führen.

Will sich unser Volk, unser deutsches Volk, unser freiheitsdurstiges Volk noch länger von charakterlosen Schwätzern nasführen lassen?

Möge es doch am 10. Januar 1877 diese Frage mit einem entschiedenen, millionenfachen Nein beantworten!

Reglement zum Reichswahlgesetz.

§ 2. Die Wählerliste ist zu Jedermanns Einsicht mindestens acht Tage lang auszulegen.

Der Tag, an welchem die Auslegung beginnt, ist nach Maßgabe des § 8 des Wahlgesetzes von der zuständigen Behörde festzusetzen und von dem Gemeindevorstand unter Hinweisung auf § 3 des Reglements, sowie unter Angabe des Lokals, in welchem die Auslegung stattfindet, noch vor dem Anfang der letzteren in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

§ 3. Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb 8 Tagen nach dem Beginn der gemäß § 2 des Reglements bekannt gegebenen Auslegung derselben bei dem Gemeindevorstande oder dem von demselben ernannten Commissar oder der dazu niedergesetzten Commission schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben, und muß die Beweismittel für seine Behauptung, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beibringen.

Die Entscheidung darüber erfolgt, wenn nicht die Erinnerung sofort für begründet erachtet wird, durch die zuständige Behörde. Sie muß längstens innerhalb 3 Wochen, vom Beginne der Auslegung der Wählerliste an gerechnet, erfolgen und durch Vermittelung des Gemeindevorstandes den Betheiligten bekannt gemacht sein.

§ 7. Jede Ortschaft bildet der Regel nach einen Wahlbezirk für sich.

Jedoch können einzelne bewohnte Besitzungen und kleine, sowie solche Ortschaften, in welchen Personen, die zur Bildung des Wahlvorstandes geeignet sind, sich nicht in genügender Anzahl vorfinden, mit benachbarten Ortschaften zu einem Wahlbezirke vereinigt, große Ortschaften in mehrere Wahlbezirke getheilt werden.

Kein Wahlbezirk darf mehr als 3500 Seelen nach der letzten allgemeinen Volkszählung enthalten.

§ 8. Die zuständigen Behörden haben für jeden Wahlbezirk den Wahlvorsteher, welcher die Wahl zu leiten hat, und einen Stellvertreter desselben für Behinderungsfälle zu ernennen, sowie das Lokal, in welchem die Wahl vorzunehmen ist, zu bestimmen.

Alles dies, sowie die Abgrenzung der Wahlbezirk und Tag und Stunde der Wahl (§ 9 des Reglements) ist mindestens acht Tage vor dem Wahltermin durch die zu amtlichen Publikationen dienenden Blätter zu veröffentlichen und von den Gemeindevorständen in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

§ 9. Der Tag der Wahl wird von dem Kaiser festgesetzt.

Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen.

§ 10. Der Wahlvorsteher (§ 8 des Reglements) ernennt aus der Zahl der Wähler seines Wahlbezirks einen Protokollführer und drei bis sechs Beisitzer und ladet dieselben mindestens 2 Tage vor dem Wahltermine ein, beim Beginne der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes zu erscheinen.

§ 11. Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist.

Auf diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Vor dem Beginne der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß dasselbe leer ist.

Ein Abdruck des Wahlgesetzes und des gegenwärtigen Reglements ist im Wahllokale auszulegen.

§ 12. Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Protokollführer und die Beisitzer mittels Handschlags an Eidesstatt verpflichtet und so den Wahlvorstand constituirt. Zu keiner Zeit der Wahlhandlung dürfen weniger als 3 Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig sein.

Der Wahlvorsteher und der Protokollführer dürfen sich während der Wahlhandlung nicht gleichzeitig entfernen. Verläßt einer von ihnen vorübergehend das Wahllokal, so ist mit seiner zeitweiligen Vertretung ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes zu beauftragen.

§ 13. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahllokal weder Diskussionen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden.

Ausgenommen hiervon sind die Diskussionen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts bedingt werden.

§ 14. Zur Stimmabgabe sind nur diejenigen zuzulassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind. (§ 8 des Gesetzes.)

Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst wie an der Wahl theilnehmen.

§ 15. Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an welchem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt, wenn der Wahlbezirk aus mehr als einer Ortschaft besteht, seinen Wohnort, in Städten, in welchen die Wählerliste nach Hausnummern aufgestellt ist, seine Wohnung an.

Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter (§ 12 des Reglements), welcher denselben uneröffnet in das auf dem Tische stehende Gefäß legt.

Der Stimmzettel muß derart zusammengefaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Stimmzettel, bei welchen hiergegen verstoßen ist, oder welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind (§ 10, Absatz 2 des Gesetzes), hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen.

Insbesondere hat derselbe auch darauf zu achten, daß nicht statt eines mehrere Stimmzettel abgegeben werden.

§ 17. Um sechs Uhr Nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Nachdem dies geschehen ist, dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.

Die Stimmzettel werden aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt. — Ergiebt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit von der ebenfalls festzustellenden Zahl der Wähler, bei deren Namen der Abstimmungsvermerk in der Wählerliste gemacht ist (§ 16 des Reglements), so ist dies nebst dem etwa zur Aufklärung Dienlichen im Protokoll anzueben.

§ 18. Sodann erfolgt die Eröffnung der Stimmzettel.

Einer der Beisitzer entfaltet jeden Stimmzettel einzeln und übergiebt ihn dem Vorsteher, welcher denselben nach lauter Vorlesung an einen andern Beisitzer weiter reicht, der die Stimmzettel bis zum Ende der Wahlhandlung aufbewahrt.

Der Protokollführer nimmt den Namen jedes Einzelnen in das Protokoll auf, vermerkt neben demselben jede, dem Candidaten zufallende Stimme, und zählt dieselben laut. — In gleicher Weise führt der Beisitzer eine Gegenliste, welche eben so, wie die Wählerliste, beim Schlusse der Wahlhandlung von dem Wahlvorstande zu unterschreiben und dem Protokoll beizufügen ist.

§ 19. Ungültig sind:

1) Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind.
2) Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten.
3) Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist.
4) Stimmzettel, auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist.
5) Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

§ 28. Letzter Absatz: Hat sich eine absolute Stimmenmehrheit auf einen Candidaten nicht vereinigt, so hat der Wahl-Commissar die Vornahme einer engeren Wahl zu veranlassen.

§ 29. Der Termin für die engere Wahl ist von dem Wahl-Commissar festzusetzen, und darf nicht länger hinausgeschoben werden, als höchstens 14 Tage nach der Ermittelung des Ergebnisses der ersten Wahl.

§ 33. Der Gewählte ist von der auf ihn gefallenen Wahl durch den Wahl-Commissar in Kenntniß zu setzen, und zur Erklärung über die Annahme derselben, so wie zum Nachweise, daß er nach § 4 des Wahl-Gesetzes wählbar ist, aufzufordern.

Annahme unter Protest oder Vorbehalt, so wie das Ausbleiben der Erklärung binnen 8 Tagen, von der Zustellung der Benachrichtigung, gilt als Ablehnung.

National-Oekonomisches.

II.

Geehrte Versammlung! Der bewegende Faktor, der nervus rerum aller Oekonomie, aller Produktion ist die menschliche Arbeit. Um die moderne, die bürgerliche, die kapitalistische Wirthschaft zu verstehen, müssen wir uns an die moderne Arbeit wenden, müssen wir ihre Eigenthümlichkeit, ihren Unterschied von der vergangenen Form der Arbeit zu ergründen suchen.

Sklavenarbeit, Frohnarbeit, freie Arbeit sind drei verschiedene Arbeitsformen, nach großen Umrissen gezeichnet. Der stolze Fabrikant des neunzehnten Jahrhunderts sieht auf die veralteten Arbeitsformen mit überhobener Humanität herab. Er spricht wie der Pharisäer: „Herr, ich danke Dir, daß ich nicht bin wie Jener da.“ Weil er seinen Arbeiter bezahlt, bedauert er den Sklaven, der gezwungen ist, ohne Lohn zu schanzen. Er übersieht, daß auch der Sklave einen Theil seiner Zeit dazu verwendet, seinen Unterhalt zu erzeugen, daß auch er für sich arbeitet und nicht ausschließlich für seinen Herrn. So übersieht er denn auch in dem eigenen Verhältniß zu seinem bezahlten Lohnarbeiter, daß hier wie dort ein Theil der Arbeit unbezahlt ist, daß der moderne Arbeiter nicht nur für sich, sondern auch einen Theil des Tages für seinen Herrn schafft, d. h. Profit erzeugt. Der Profit, der Gewinn ist ein Produkt aller bisherigen, sowohl der Sklaven-, als der modernen freien Arbeit. Und der Profit der freien Arbeit ist größer, als der Profit der Sklavenarbeit. 1000 moderne Fabrikarbeiter erzeugen nach Abzug der Löhne und nach Abzug alles verwendeten Materials einen weit größeren Reichthum als 1000 antike Sklaven. Mit andern Worten heißt das: die Arbeit, sowohl die eine wie die andere, erzeugt einen Ueberschuß, theilt sich in Unterhalt und in Profit.

Meine Herren! Ein oberflächlicher Blick über unsere heutige Welt, über ihre wohlbestellten Fluren, die behaglichen Wohnungen, über ihre riesigen Fabrikanlagen und Transportmittel, über die Spiegelscheiben ihrer Läden und den aufgehäuften Waarenvorrath ihrer Magazine giebt uns die Versicherung, daß die Nationen mit Profit gearbeitet haben. Die Oekonomen von heute versichern uns, daß dieser Reichthum eine Folge der Sparsamkeit sei. Es ist aber offenkundig, daß der Reichthum in erster Instanz Erwerb, Profit, Ueberschuß, und erst in zweiter Instanz Ersparniß sein kann. Reichthum muß erst durch Arbeit produzirt sein, bevor er durch Ersparniß kann erhalten werden. Auch wird die gäng und gebe Anschauung von dem Irrthum beherrscht, daß der nationale Reichthum das Produkt der Arbeit vereinzelter Bürger sei, welche ihn durch Fleiß erzeugt und durch Sparsamkeit erhalten haben sollen. Diese kleinbürgerliche Idylle ist eine historische Täuschung. Als gegen Ende des Mittelalters die spezielle Industrie anfing, das Grundeigenthum zu überragen, im sechszehnten Jahrhundert, mit dem Anfang der neueren Zeit, welche sich dadurch charakterisirt, daß das industrielle Bürgerthum anfängt, über das feudale Grundeigenthum mächtig zu werden, in den Kindertagen der bürgerlichen Entwicklung, da und davon gilt der Satz, daß Fleiß und Sparsamkeit den Reichthum schuf. Aber diese kindliche Unschuld bildet nur ein ganz kleines, ein verschwindendes Moment in der Anhäufung des materiellen Reichthums. Die Güter, welche die neue Aera vorfand, waren mit Sklaverei und Frohndienst, mit dem erzwungenen Fleiß und der erzwungenen Sparsamkeit des Volkes produzirt. Die Arbeit hatte ein plus, hatte mehr erzeugt, als zum Unterhalt der Arbeiter erforderlich war, aber nicht die Arbeiter ersparten den Ueberschuß, sondern die Machthaber. Die Ritter und Klosterherren hoben der Nachkommenschaft auf, was sie selbst nicht verprassen konnten. Eine eigenthümliche Sparsamkeit! Bei den Aegyptern und Babyloniern, bei Griechen und Römern, bei der feudalen Wirthschaft des Mittelalters wird es nicht schwer zu erkennen, daß die Arbeit wohl Quelle des Reichthums ist, aber offenkundig nicht eigne, sondern die Arbeit Anderer. Die bürgerliche Welt hat diesen Gegensatz aufgehoben, jedoch nur formell, nicht materiell. Sie hat den Gegensatz nicht aufgehoben, sondern versteckt.

Die Franzosen übersetzen bekanntlich den Bürger zweifach, mit Citoyen und Bourgeois*). Letzterer ist der ökonomische Bürger, mit dem wir es hier zu thun haben. Fleiß und Sparsamkeit haben an seiner Wiege gestanden. Aber die allgemeine Verwandlung des feudalen Eigenthums in modernes freies, bürgerliches Eigenthum hat er nur vermocht, indem er sich der Volksgewalt bemächtigte. Einmal aus den Kinderschuhen heraus, findet er, daß die große Staatsaktion, der Handel in Blut und Eisen besser lohnt, als vorsintfluthliche Sparsamkeit. Aus dem Hörigen hat er sich zum freien Bürger emporgearbeitet mit Schulze-Delitzsch'scher Selbsthilfe, und beginnt nun mit Lassalle'scher Staatshilfe aus einem vaterländischen Kleinbürger sich in einen kosmopolitischen Kapitalisten zu verwandeln. Mit andern Worten sei gesagt, daß der bürgerliche Reichthum höchstens in seinen Anfängen selbst erarbeiteter, selbst erworbener Reichthum ist; in seiner Fortsetzung, in seiner weiteren Anhäufung aber ganz so wie der antike und der feudale Reichthum dadurch erworben ist, daß der eigentliche Arbeiter, der Lohnarbeiter, gezwungen wird, mehr zu produziren, als er consumirt. Wie Napoleon III. die Güter seiner Thronvorfahren, so confiszirt das zur politischen Herrschaft gelangte Bürgerthum die Güter seiner feudalen Vorfahren. In der deutschen Geschichte erfolgt dieser Hergang so sehr pou à pou**), daß uns das Verständniß dafür leicht abhanden kommt. Dagegen proklamirte die englische und französische Revolution die Besitzergreifung der Ersparnisse des Volkes durch die Bürger plötzlich, laut und offenkundig.

Doch ich bitte mich nicht mißzuverstehen: es soll nicht gesagt sein, die revolutionäre Gewalt des Bürgerthums habe dem Volke seine kleinen ersparten Besitzthümer geraubt. Der Besitz war nie Sache des Volkes. Was sein Fleiß und seine Sparsamkeit produzirt hatte, war in Händen seiner feudalen Zwingherren. Indem letztere von der revolutionären Gewalt exilirt und füsilirt, des Verraths am Vaterlande schuldig befunden, ihre Güter confiszirt, ihre Zehnten, Frohnden und Privilegien aufgehoben wurden, bemächtigte sich das herangewachsene Bürgerthum der Früchte der nationalen Arbeit, der Ersparnisse des Volkes. Vielleicht will man entgegnen, daß die Aufhebung der Privilegien nicht nur im Interesse der Bürgerklasse, sondern im Interesse der Nation erfolgt sei, daß nicht der Bourgeois, sondern der Citoyen, das Volk die feudale Herrschaft beerbt habe. Formaliter***) gehörten allerdings die Güter der Nation, sie wurden verkauft. Wer aber war der Ankäufer? Nicht die befreiten Leibeigenen und Hörigen. Ihnen fehlten die Mittel des Erwerbs. Sie waren damals was sie vorher waren und heute noch sind: die Besitzlosen. Käufer waren einestheils die alten Grundherren, denen von den Ersparnissen des Volkes wohl viel durch den Umschwung der Dinge genommen, aber noch mehr belassen war, und die nunmehr genöthigt sind, aus feudalen in bürgerliche Machthaber sich zu verwandeln. Andererseits konnten aus dem Volke nur Diejenigen von der neuen Freiheit profitiren, welche eben durch Fleiß und Sparsamkeit sich schon unter dem alten Regime zum Bourgeois emporgearbeitet hatten. Nur für diese Klassen wurden die Güter verkauft, und in ihrem Interesse, für ihren Staat der Erlös verwendet. Der bürgerlichen Weltanschauung nach macht die neuere Zeit mit der Knechtschaft des Mittelalters tabula rasa*), schenkt sie dem Volke das Feld der Freiheit und Gleichheit, allwo nur Jeder nach Herzenslust mit seiner Arbeit Reichthum erzeugen und anhäufen kann. Aber zur Benutzung des idealen Feldes der Freiheit gehört erst noch das reale Feld des Besitzes. Zur Arbeit gehören Arbeitsmittel. In der That verwandelt die neuere Zeit nur die Form der Herrschaft. Wir wollen nicht verkennen, daß diese Form eine freiere, entwickeltere ist, wollen uns aber auch nicht verführen lassen, die bürgerliche, sogenannte politische Freiheit für die generelle**) Freiheit des Volkes anzusehen. Im Mittelalter erzwang brutale Macht den Frohndienst. Die neuere Zeit findet die Macht des Besitzes hinreichend, den befreiten Arbeiter in Dienst zu zwingen. Der Zwang ist aufgehoben, es lebe der Zwang! Das befreite Volk weiß ohne den Besitz der Güter, welche die bisherige Volkswirthschaft in den Händen seiner Zwingherren angesammelt hat, nichts anderes mit seinem Fleiß und seiner Sparsamkeit anzufangen, als sie zu verkaufen. Wie frei der moderne Arbeiter auch ist, seine Existenz behaupten, seinen Unterhalt gewinnen kann er nur, wenn er seine Arbeitskraft verkauft. Den Herrn darf er sich wählen, aber irgend einer Herrschaft sich unterzuordnen ist er gezwungen, weil die Mittel zur Arbeit vor der geschichtlichen Entwickelung in den Händen Einzelner concentrirt worden sind. In der feudalen Vorzeit waren die Mittel der Arbeit sowol wie die menschliche Arbeitskraft vereinigt unter dem privilegirten Zwingherrn. In unserer bürgerlichen Gegenwart, wo sich die Mittel „Kapital“ nennen, ist die Arbeitskraft frei, jedoch durch Mittellosigkeit gedrängt, das Kapital, d. h. die modernen Arbeitsmittel fortwährend zu vergrößern. Heute wie vormals theilt das Produkt der Arbeit sich in Unterhalt und Profit, ganz wie immer — der Unterhalt dem Arbeiter, der Profit dem Machthaber. Der moderne, der kapitalistische Reichthum wird ebenso wie der antike und feudale Reichthum durch Andermanns Fleiß und Sparsamkeit erzeugt.

Die eigenthümliche Form der heutigen Arbeit ist nur im Zusammenhang mit ihrem Mittel, im Zusammenhang mit dem Kapital erkennbar. Dies letztere Objekt zu begreifen, seinen Begriff zu definiren ist der Wissenschaft schwer geworden. Zur Lösung der Aufgabe hat wesentlich der Sozialismus beigetragen. Wie phantastisch auch dessen positive Forderungen, seine Weltverbesserungsprojekte anfänglich waren, der Gegner der bürgerlichen Welt war wenigstens nicht blind für sie eingenommen. Er war mit einem kritischen Auge, der unumgänglichen Bedingung der Erkenntniß, mit dem Auge der Wissenschaft bewaffnet.

Und speziell dem Sozialismus der Deutschen, dem „Volk der Denker“, war es vorbehalten, der Sache auf den Grund zu sehen. Von ihm lernen wir, daß das Kapital, wo und wie es auch erscheint, ob als Geld oder Gut, als Fabrikanlage, Rohstoff oder Lebensmittel, sich überall dadurch charakterisirt, daß es in sich selber zeugungsfähig ist, daß es sich von innen heraus, selbstthätig vermehrt, goldene Eier legt, oder lebendige Junge gebirt, wie Marx sagt. Ein Säckchen mit Gold, das bestimmt ist für unsere Bedürfnisse ausgegeben, verzehrt oder verjubelt zu werden, ist kein Kapital. Eine in Ruhestand versetzte Fabrik ist wohl mögliches, aber kein wirkliches Kapital. Ebenso wenig ist eine Vorrathskammer mit ihren Produkten, die meinem Haushalt dient, auch wenn sie noch so groß ist, kein Kapital. Wenn ich aber mit ihren Produkten Handel treibe, dann lege ich den Keim der Fruchtbarkeit hinein, und meine Vorräthe, meine Butter, Eier, Pflaumen, Lichter, Oel, Gewürz und der ganze Kram wird zu Kapital, indem er Profit zeugt. Dem Kapital ergeht es wie den Kindern Israels: es ist ihm von oben herab bestimmt, sich zu vermehren. Die todten Dinge des Reichthums können sich nur vermehren, wenn die lebendige Lohnarbeit ihnen zur Seite steht. Das unentbehrliche Seitenstück des Kapitals ist die Lohnarbeit. Eins kann nicht sein ohne das andere. Die bürgerlichen Oekonomen definiren das Kapital als Arbeitsinstrument. Diese Bestimmung ist nicht treffend. Wohl ist das Kapital Arbeitsinstrument, aber das Instrument ist nicht immer Kapital.

*) Bourgeois: der Bürger als Glied einer gesellschaftlichen Klasse; Citoyen: Bürger als Staatsbürger. **) allmählich. ***) der Form nach.

*) reinen Tisch. **) allgemein, für Alle gleich.

Aus dem Schornsteinfegerleben.

Anläßlich des Artikels Ihres geehrten Blattes, „Vorwärts“ Nr. 21 vom 17. November, betreffend „Kinderausbeutung“ bin ich in der Lage, etwas Genaueres mitzutheilen, da ich selbst Schornsteinfeger von Profession bin, fünf Jahre gelernt und mich zehn Jahre als Geselle in der Fremde herumgetrieben habe. Dabei hatte ich unter andern das Vergnügen, 1864 von Kopenhagen Reißaus nehmen zu müssen, weil ich als Deutscher und Erbfeind der dänischen Nation nicht nur ungern geduldet, sondern sogar allerlei Mißhandlungen, selbst von Collegen, jeden Augenblick ausgesetzt war.

Ich begab mich sofort nach Rußland, wo das Väterchen haushaltert, das sehr den Frieden liebt und die Fremden so treu beschützt; denn ich kann wohl sagen, die dänischen Prügel hatten mich so sehr in Aufregung gebracht, daß ich mich nach Ruhe sehnte und Rußland, das wußte ich, bedurfte auch der Ruhe und war ja auch kein Erbfeind von Deutschland, und vorwärts ging's von Lübeck zur See direkt nach Riga.

Doch nun zur Sache!

Es war im Jahre 1854 als ich in M. zu dem Schornsteinfegermeister K. in die Lehre kam. Meine Mutter hatte es daheim auf dem Harz, ebenfalls durch Schornsteinfeger-Lehrlinge oder Gesellen, die dort sehr stark vertreten sind, erfahren, daß in M. bei dem Schornsteinfegermeister K. eine Stelle frei sei, und das Renommée war ausgezeichnet: sehr gute Kost, vortreffliche Behandlung, wie das Kind, blitzwenig Arbeit — denn, wenn die Köchinnen kochen, kann man doch nicht fegen — und die schrecklich vielen Trinkgelder und Nebenverdienste, die unbedingt gewisse Aussicht auf eine Meisterstelle, das muß doch ziehen, muß wirken, wenn man sehr arm ist und keinen Vater hat! Meine Mutter reiste also im Frühjahr mit mir ab nach M. und wir wurden dort sehr gut aufgenommen; der Meister war schon ziemlich alt und sein Sohn, der früher die Kaufmannschaft erlernt hatte, später aber bei dem Herrn Papa in die Lehre trat und natürlich in der sehr langen Zeit von einem oder einundeinhalb Jahre zünftig ausgelernt hatte, führte jetzt das Geschäft, d. h. nicht etwa praktisch, Gott bewahre, vielmehr trat er schon als Meister auf, wenn er es auch noch nicht war und den Titel noch nicht hatte, er wurde schlechthin Herr K. titulirt; es war ihm auch zu gönnen, denn er mochte wohl so beiläufig in den dreißigen sein!

Ich ging in's fünfzehnte Lebensjahr, als ich meine Lehre antrat, ein Contrakt wurde mit meiner Mutter abgeschlossen dahin lautend: 4 Monate Probe, wenn es mir da nicht gefiele, könnte ich wieder gehen, wohlweislich durfte ich auch in der Probezeit nicht arbeiten — dann, wenn ich ausgelernt hatte, sollte ich einen Anzug, bestehend in Rock, Hose und Weste, bekommen.

Das Arbeitspersonal bestand aus 3 Gesellen und 3 Lehrlingen, der jüngste von den Gesellen war gerade Derjenige, den ich abzulösen hatte, denn er hatte eben ausgelernt und wollte oder sollte in die Fremde gehen.

Was nun die erste Zeit anbelangt, so konnte ich mich über die Strenge der Behandlung nicht beklagen, ich war ja der Jüngste und in jeder Beziehung Unerfahrenste, ich verstand das Schnippchenschlagen noch nicht und war auch sonst recht beliebt. Aber die gute Kost, d. h. eigentlich genügende Kost, wollte mir nicht recht behagen; zum Frühstück bekam ich 6 Pfennig, später 8 Pfennig, dann Mittagessen und Abendessen, sonst gar nichts; keinen Kaffee, kein Vesper, erst später, als ich bald zwei Jahre in der Lehre war, erhielten wir auch Kaffee; das erwärmte einen doch wenigstens erst etwas, wenn man bei 12 oder 16 Grad Kälte des Morgens früh um 6 Uhr barfuß oftmals tief in den Schnee hinaus mußte.

Wie war es nun mit der Kleidung? Die Arbeitskleidung bestand aus einem Hemd von der gröbsten Sorte Leinwand, eine Kniehose von sämisch gegerbten Kalbleder und in ein Paar „Strüflingen“ (abgeschnittene Strümpfe) im Sommer, im Winter wurde dem bloß noch eine vom Meister abgetragene Flanelljacke und ein Paar Schuhe beigegeben, das war Alles, außer der üblichen unbedingt nöthigen Kopfbedeckung. Im Sommer wurde barfuß gelaufen, die übrigen Kleider außer der Arbeit waren meist alte abgelegte.

Das Arbeitshemd hat den Zweck, daß man sich bei der Arbeit freier bewegen kann, was hauptsächlich bei den engen Schornsteinen von 12—16 Zoll nöthig ist, aber es erfüllte ihn nicht, denn durch das Aufbauschen desselben wurde man nur gehindert. Zum anderen hatte diese Kleidung die böse Eigenschaft, den Ruß leicht auf den nackten Körper dringen zu lassen, hauptsächlich vom Hosenbunde aus, der Ruß sammelt sich dann meistens an den Knieen und verursacht empfindliche Schmerzen. Was aber das schlimmste bei der Sache ist, das war, daß die Kleidung viel zu grob war und immer den ganzen Körper wund rieb.

Das Hemd war, wie gesagt, von der gröbsten Leinwand mit scharfen Näthen und die Hose schlug dadurch, daß sie in den Knieen festgebunden war, Falten, diese Falten wurden mit der Zeit hart, und traktirten den Körper dermaßen, daß man förmliche Schwielen bekam, natürlich muß man alles gewohnt werden. Dann giebt es auch noch eine Sorte Ruß mit dem Namen „Schmiere“, welcher überall zu finden ist, wo Torf und Braunkohlen gebrannt werden, letztere war das Hauptbrennmaterial in M.; dieser Ruß ist ofmals so glitschrig, daß es einem bei der äußersten Anstrengung nicht möglich ist, in den Schornstein hinauf zu kommen; damit beschmutzt man auch die ganze Kleidung von Kopf bis zu Fuß, so daß auch die Schuhe schmierig und naß werden und wenn er auch auf dem Körper trocken wird, so zieht er durch seine natürliche Beschaffenheit des Nachts die Feuchtigkeit wieder an und eine wahre Behaglichkeit giebt es denn gar nicht, wenn man am andern Morgen früh aus dem warmen Bett heraus muß, das weiße Hemd über den Kopf zieht und bei ungeheiztem Zimmer (denn des Morgens durfte nicht geheizt werden, außer wenn es heimlich geschah), in die schwarzen, feuchten Lumpen kriecht, die schmierigen Schuhe anzieht, wo einem die Füße drin fest ankleben, welches Gefühl für die dicken Frostbeulen! Dann geht's hinaus, das Geschirr genommen und fort zur Arbeit, wobei man oft das Glück hat, eine Viertelstunde an der Thür zu pochen; das muß man eben alles gewohnt werden. (Forts. folgt.)

— Polen und die orientalische Frage. In einem Protest gegen die aus Warschau an den Kaiser von Rußland gesandte Ergebenheits-Adresse der dortigen Polen lesen wir folgenden beachtenswerthen Passus betreffs der orientalischen Frage:

„Es ist nicht im Geringsten zweifelhaft, daß die ganze polnische Gesellschaft die innigsten Sympathien für die türkischen Slaven hegt, sowie es nicht minder zweifellos ist, daß sie, wenn es sich um die Befreiung der slavischen Brüder vom türkischen Joch handelte, wir denselben mit Aufopferung von Gut und Blut gern zu Hilfe eilen würden, wovon wir so oft, wenn es sich um Völkerfreiheit handelte, Beweise gegeben haben. Daß die orientalische Angelegenheit aber nichts mit der Freiheit zu schaffen hat, davon liefert den schlagendsten Beweis die Thatsache, daß sie so eifrig von Rußland protegirt wird — von demselben Rußland, das uns verfolgt und unterdrückt, das jede Entwicklung bei uns hemmt, das uns mit allen Mitteln russifizirt, unsere Sprache auszurotten sucht u. s. w.“

Es ist begreiflich, daß Unterschriften nicht gegeben sind, weil ein solcher Unterschreiber eine lebhafte Begierde nach einer Weihnachtsreise nach Sibirien haben müßte oder sehnsüchtig wünschte, in der idyllischen Einsamkeit und Zurückgezogenheit der neulich von uns besprochenen Centralgefängnisse einige Jahre zu verbringen.

Die Arbeitsinstrumente der alten Welt oder des Mittelalters waren keine Kapitalien. Auch die Arbeitsinstrumente, Geld und Rohstoffe eines Kleinbürgers sind nicht Kapital zu nennen. Um eine Sache deutlich zu sehen, müssen wir ihr nachgehen, bis wo sie eine ausgewachsene, vollkommene, klassische Gestalt gewonnen hat. Kapital in klassischer Gestalt sind die modernen Arbeitsmittel; die Arbeitsmittel des kleinen Bauern, sein Feld und Viehstand, oder die Arbeitsmittel eines Handwerkers sind keine modernen Arbeitsmittel. Dazu gehört, daß das Mittel groß genug ist, um den Betrieb in modernster Weise, mit Benutzung aller Hilfsmittel der Wissenschaft und großen Industrie ausführen zu können. Modern sind nur solche Mittel, welche auf der Höhe unserer Zeit stehen, welche ihren Zweck mit dem geringsten Aufwand an Kraft, in möglichst profitabler, in concurrenzfähiger Weise erreichen.

Meine Herren! In der Produktion unserer Lebensmittel — das Wort im weitesten Sinne genommen — gilt dasselbe Gesetz, welches die Physik vom Hebel aufstellt: je größer die Last auf der einen Seite, ein um so längerer Hebelarm ist andererseits erforderlich. Je größer die produktive Kraft, je größer die Ergiebigkeit der Arbeit, ein um so größeres Instrument ist dazu erforderlich. Daß ein Schuster mit demselben Aufwand an Zeit und Kraft heute 10 Paar Stiefel fertigt, womit er im vorigen Jahrhundert 1 Paar produzirte, das ist nur möglich mit dem vergrößerten Arbeitsmittel, dessen sich z. B. die französische Militärschusterei, oder die Schuhfabriken Alt- und Neu-Englands bedienen. Wenn ein Spinner heute 50 Pfund Flachs zu einem ebenso feinen Faden verspinnt in derselben Zeit, die er ehemals mit seinem einfachen Spinnrade zu 1 Pfund gebrauchte, so ist diese Leistung von Mitteln bedingt, welche einen tausendfach größeren Werth haben. Die moderne Ergiebigkeit der Arbeit hat die geschichtliche Entwickelung nur dadurch erringen können, daß sie die Mittel dazu in den Händen Einzelner concentrirte. Diese Mittel nennen sich Kapital und ihre Besitzer Kapitalisten. Das Kapital also, die riesigen Arbeitsmittel in den Händen Einzelner, ist eine geschichtliche Errungenschaft, welche den Stolz unseres Jahrhunderts bildet, welche die latente Kraft der Arbeit fruchtig macht und einen Reichthum zeugt, wie ihn nie bisher die Welt gekannt hat.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Vom Reichstage. Am 15. Dezbr. in der 31. Sitzung beschäftigte unter andern den Reichstag der Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung. Da ergriff zunächst Windhorst die Gelegenheit, zu constatiren, daß der Generalpostmeister bis dato nicht im Stande war, die Requisitionen der Staatsanwaltschaft zu Posen und Bromberg in Bezug auf die Ledochowski-Briefe darzulegen, er verlange dies deshalb jetzt.

Der Angegriffne erklärte sich außer Stand und führt an, daß die Beschlagnahme der betr. Briefe erfolgt sei auf eingeleitete strafrechtliche Untersuchung. Nach beiderseitiger Duplik, die seiten Stephan's eine ziemliche klägliche Erscheinung machte, kam Liebknecht zum Wort. Er erinnert daran, daß der Redakteur der „Kuryer Poznansky" nach beliebtem Zeugniß-Zwangsverfahren noch heute im Gefängniß sitze, während er (Liebknecht) zu erst das angebliche Vergehen, die Veröffentlichung einer Instruktion der Postbehörde betreffs jener Briefangelegenheit, begangen habe. Den Namen des Postbeamten, der ihm Kunde davon gegeben habe, werde Herr Stephan nimmermehr erfahren; jener Verhaftete sei völlig unschuldig und es sei eine Barbarei, ihn noch weiter zu quälen! (Hört! Hört!) Redner verwahrt sich gegen den ganz unbegründeten Vorwurf, er verleumde die Postbeamten, er sei überzeugt von der Vorzüglichkeit der postalischen Einrichtungen, für die Gehaltserhöhung der Beamten sei er mit seinen Freunden selbst auf das Wärmste eingetreten und seine wohlwollende Gesinnung gegen diese Leute könne er nur in deren Interesse Herrn Stephan wünschen. Die von ihm früher gemachten Mittheilungen von verdächtigen Thatsachen seien noch keineswegs widerlegt, das „deutsche Postarchiv" habe durch eine parteiische Färbung der Berichte über diese Verhandlungen die Behauptungen des Redners als haltlos hingestellt. Dagegen bringt Liebknecht neue Thatsachen bei, die nichts weniger als vortheilhaft lauten für die Art, in welcher das Briefgeheimniß gewahrt wird.

Für den Usus Briefe zu eröffnen spreche auch ein Wort Bismarcks aus einem Schreiben an seine Frau: „Ich kann Dir nicht viel schreiben, denn alle Briefe werden erbrochen." Und ein Wort des Fürsten Pückler-Muskau: „Ich kenne mein schwarzes Kabinet." Die Entgegnungen des Generalpostmeisters waren sehr schwach, und unter der Wucht von den zahlreichen neuen verdächtigen Fällen begreift man nicht, wie Stephan Liebknechts Auseinandersetzungen „ein mäßiges Plaidoyer" nennen kann.

Am 19. Dezember präzisirte Bebel die Stellung unserer Partei in der Justizangelegenheit. Er könne nicht glauben, daß die Gesetze der Regierung unannehmbar geschienen aus Vorsorge für die ihrer Obhut Unterstellten, sie betrachteten vielmehr die ganze Angelegenheit mit parteiischen Gefühlen.

— Zur Wahllistencontrole. Dem „Hamburger Correspondent" vom 17. Dezember entnehmen wir Folgendes:

„Wir sind in Bezug auf die Hamburger Wählerlisten bereits seit Jahren an Dinge gewöhnt worden, die über das Maß zulässigen Irrthums weit hinausgehen; was aber dieses Mal geleistet worden, spottet aller Beschreibung. Ganze Straßen fehlen in denselben; in anderen enthalten die Verzeichnisse kaum ein Drittheil der Wahlberechtigten (so wurde uns aus einem der Vororte ein Fall mitgetheilt, in welchem für eine belebte Straße desselben etwa 50 Wähler in die Listen eingetragen sind, während das betreffende Wahlcomité in dieser Straße **163** Wahlberechtigte auffand!). Die bekanntesten Männer, Grundbesitzer, die seit Jahren in demselben Hause wohnen und bei der Steuererhebung noch niemals übergangen sind, fehlen in der Wählerliste. Die zu Anfang dieses Monats vertheilten, angeblich nach drei Tagen wieder abzuholenden Fragebogen, mit deren Hilfe die Behörde die Listen selbst controliren konnte, liegen noch heute, den 16. Dezember, mancher Orten unabgefordert. Für alle diese Dinge giebt es nur eine Erklärung, daß es nämlich an dem ersten Grunderfordernisse einer guten Statistik, an genauer Ordnung und strenger Controle, vollständig gefehlt hat. Klagen über diese Dinge, Beschwerden in den Zeitungen u. s. w. führen aber nach früheren Erfahrungen zu nichts. Sie bringen höchstens eine Anzahl von lahmen Entschuldigungen zu Tage, die kurz gefaßt darauf hinauslaufen, daß die öffentlichen Behörden mit all ihrem Apparat nicht das vermögen, was jetzt Hals über Kopf die verschiedenen Wahlcomités, allen voran die sozialdemokratischen, fertig zu bringen unternehmen. Soll hier geholfen werden, so ist offenbar eine vollständige Reorganisation unseres statistischen Dienstes erforderlich. Am Besten wäre es wohl, wenn die Bürgerschaft bei den bevorstehenden Budgetberathungen die Bewilligung der für die beiden statistischen Bureaus geforderten Summen so lange beanstandete, bis der Budgetausschuß oder ein anderer speziell zu diesem Zwecke niederzusetzender Ausschuß den Ursachen des jetzigen Zustandes auf den Grund gekommen und damit in den Stand gesetzt wäre, die Mittel zur ernstlichen Abhilfe vorzuschlagen. So wie die Sache jetzt ist, darf sie unmöglich weiter gehen. Ein ganz besonderes Lob verdient noch die geniale Festsetzung der Zeit, während welcher die Listen täglich zur Einsichtnahme ausgelegt sind. Wenn man eine Prämie darauf gesetzt hätte, die dazu unpassendste Zeit auszuwählen, so würde unzweifelhaft der Vorschlag, die Listen, wie jetzt geschehen, von 9—3 Uhr auszulegen, den ersten Preis davongetragen haben. Für unsere Verhältnisse, wo die Arbeit an den Comptoirs fast überall um 9 Uhr beginnt, um für die Mehrzahl der Commis ꝛc. ununterbrochen bis 3 Uhr zu dauern, während auch die Börsenbesucher meistens von der Börse noch wieder in's Comptoir zurückkehren müssen, heißt das den größten Theil der den Geschäftskreisen angehörenden Wähler von der Möglichkeit, an den Wochentagen Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, ausschließen. Für die Tausende von Wählern, welche, auf dem Landgebiet wohnend, in der Stadt ihr Geschäft haben, ist dies absolut der Fall, da sie Vormittags schon vor 9 Uhr aufbrechen müssen und kaum vor 4 Uhr zurückkehren können. Alle diese Wähler sind somit ausschließlich auf den Sonntag angewiesen und der geringste Zwischenfall kann sie bei dem Zustande der Listen ihres Wahlrechts berauben. Dabei ist zu bemerken, daß das Reichsgesetz die Bestimmung der Tagesstunden für die Auslegung der Wahllisten vollständig den Lokalbehörden überläßt und die getroffene Wahl also ausschließlich auf unsere eigenen Behörden zurückfällt. Dem Erfinder des jetzt getroffenen Arrangements gebührt unzweifelhaft eine besondere Belohnung. Wahl-Comité."

Wir haben dem nur hinzuzufügen, daß derartige verkehrte Maßregeln den Arbeitsmann mit doppelter Schwere treffen und das Wahlrecht auf eine unerhörte Weise verkümmern.

— Es compromisselt! Die „Magdeburger Zeitung" will „nach dem heutigen Stand der Dinge" annehmen, daß die dritte Lesung der Justizgesetze einen nicht unerfreulichen Ausgang nehmen wird. Von „bestunterrichteter Seite" ist ihr versichert worden, „daß eine Verständigung erzielt wird." Um die Verabredungen, die bis jetzt getroffen sind, nicht aufzuhalten oder auch nur zu stören, soll der Compromiß in seinen Grundzügen erst angegeben werden, wenn er zum Abschluß gekommen ist. Also mit einem fait accompli, mit einer fertigen Thatsache will man aufwarten! Wir werden sehen, wie das Ding aussieht!

— Man bläst zum Rückzuge in den nationalliberalen Blättern: der Zeugnißzwang wird mit fast nichtssagenden Modifikationen in Deutschland von Rechts wegen forthausen, die Schwurgerichte für Preßangelegenheiten sind den Staaten zu belassen, die sie schon haben, und somit ist, wie ein Blatt sich neulich ausdrückte, faktisch eine Eintheilung von Deutschen erster und zweiter Klasse sanktionirt. Das die deutsche „Einheit"!

— Der Säbel haut! Vorgestern entspann sich zwischen einem Soldaten des 107. Regiments und einigen Herren in der Eutritzscher Straße ein Zwist, bei dem der Soldat, nach dem Rezept: der Säbel haut, sein Seitengewehr in Thätigkeit setzte. — Der Kaiser von China hat vor Jahr und Tag ein Gesetz gegeben, welches dem Militär das Tragen der Waffen außer Dienst verbietet!

— Entschädigung unschuldig Bestrafter. Eine Menge von Juristentagen und Juristencommissionen haben bereits zu den verschiedensten Zeiten den Satz ausgesprochen, daß, wie der Einzelne, so auch der Staat bei Schädigungen eines Staatsbürgers zur Genugthuung gezwungen ist oder doch sein sollte. Das ist eine Forderung der einfachen Billigkeit. Man betrachte die Kehrseite: wie streng wacht die Regierung darüber, daß sie und ihre Organe nicht geschädigt werden, und mit Recht; wie streng werden Contravenienten gebüßt! Wenn aber ein nie ausgeschlossener juristischer Irrthum ein Lebensglück vernichtet, die äußere Lage schädigt, den guten Ruf Unverschuldeter befleckt, ein sonst wirkensfreudiges Gemüth verbittert und innerlich vergiftet — da ist es doch eine nicht zu umgehende Nothwendigkeit, daß dem Geschädigten in vollstem Maße das erlittene Unrecht in materieller und sittlicher Hinsicht vergütet wird! Unsere Gesetze sollen der Ausdruck der höchstmöglichen Gerechtigkeit gegen Alle, gegen jeden Einzelnen sein, und bei solch beklagenswerthem Unrecht, wie es der Fall Schrader gezeigt hat, muß der Staat als juristische Person haften, dies ist er sich selbst schuldig, will er auf Achtung und Gehorsam der Bürger Anspruch erheben. Die dahin zielenden Anträge unserer Abgeordneten stehen und fallen mit den Justizgesetzen; und deren Schicksal? Wer kennt es?*) Es heißt, daß in den letzten Tagen des Dezember nach dem Feste noch einige Sitzungen des Reichstags stattfinden sollen. Erwarten wir, was sie uns bringen. Wird bei der Majorität die Furcht vor dem allmächtigen Quos ego**) des Reichskanzlers die Oberhand behalten? Wird die Eigenliebe und Eitelkeit, welche treibt, das Mandat für den Reichstag erneuert zu erhalten, die Majorität zur Festigkeit bestimmen? Der Apell an den Egoismus ist angesichts der Neuwahlen ein guter Sporn: wir sehen es schon in der liberalen Presse. Sie schlägt jetzt einen Ton an, der sehr an das Verhalten der Kinder kurz vor Weihnachten erinnert, welche glauben, wenn sie nur die letzten 24 Stunden „artig" sind, sich viele und reiche Weihnachtsgeschenke zu sichern! Aber meine Herren, ein genau und gerecht Eure ganze bisherige Thätigkeit abwägender Wähler weiß Eure Motive zu beurtheilen: er hört das egoistische Leitmotiv heraus und läßt sich nicht täuschen.

— Aus Paris wurde dieser Tage das Eingehen der „Révolution" gemeldet. Die Nachricht bestätigt sich glücklicherweise nicht. Blos die tägliche Ausgabe des genannten Blattes ist vorläufig suspendirt worden. Es hat sich nämlich die Nothwendigkeit herausgestellt, die soziale Frage gründlicher zu behandeln und die sozialistische Weltanschauung entschiedener zum Ausdruck zu bringen, als dies jetzt in einem täglichen Blatt geschehen kann. In ihrer neuen Form ist die „Révolution" von dem in Paris geradezu erdrückenden Ballast von Theater-, Börsen- und Lokalnachrichten befreit, und wird fortan noch schärfer und radikaler vorgehen können als bisher.

— Die Arbeitsverhältnisse in Nordamerika scheinen einen schwachen Anlauf zum Besseren nehmen zu wollen, wenigstens lassen folgende Notizen des „Vorboten" in Chicago hierauf schließen. In der Baumwollenbranche z. B. melden Berichte aus Ost und Süd eine Hebung des Geschäfts; zugleich tritt aber auch das Bestreben hervor, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne noch mehr herabzudrücken. Auch die Eisenarbeit fängt an sich zu erholen, natürlich immer zu Gunsten der Arbeitgeber, denn die Löhne werden fort und fort zu schmälern gesucht. Die Schuhmacherarbeit geht regelmäßiger, aber eine große Menge Arbeiter können immer noch keine Arbeit finden. Die Kleider- und Cigarrenarbeit lassen vieles zu wünschen übrig, die Löhne sind theilweis miserabel. Ueber die Möbelarbeit läßt sich der Sekretär der Möbelarbeiterunion in Cincinnati also aus: Cincinnati hat verschiedene Möbelfabriken, in welchen die Arbeiter für riesige Arbeitslast geringe Löhne empfangen. Dies darf uns nicht Wunder nehmen, denn von den 3—4000 Möbelarbeitern Cincinnatis gehören nur 125 der trefflichen Möbelarbeiterunion an. Die Miethen sind hoch, Spezereiwaaren ebenso hoch als letztes Jahr, die Löhne sind aber um 15 Prozent niedriger, als letztes Jahr und wenigstens ein Drittel der Arbeiter außer Beschäftigung. Die Schreiner erhalten durchschnittlich 10 Doll., die Maschinenarbeiter über 9 Doll., die Varnishers 8 Doll. Wenn die Möbelarbeiter Cincinnatis vereinigt wären, dann würden die Arbeitgeber sicher den achtstündigen Normalarbeitstag einführen und den gleichen Lohn wie für zehnstündige Arbeit bezahlen. — In Chicago ist der Lohn der Möbelarbeiter im Durchschnitt 6—8 Doll. per Woche. Das Geschäft geht etwas besser, die Lohnreduktionen sind aber trotzdem noch immer an der Tagesordnung.

*) Der Wurfel ist gefallen, der Compromiß ist fertig. A. d. R.
**) so viel wie eine Drohung: Warte, ich will Euch! . . . .

— Zum Kapitel „Scheinwerthe". Zur Beleuchtung der in dem Artikel „Scheinwerthe" enthaltenen Wahrheiten möge folgende Thatsache dienen: Der österreichische Staat emittirt jetzt 40 Millionen Goldgulden*) zum Subscriptionscurse von **56 Proz.** für 100 Proz. Um also $22\frac{2}{5}$ Millionen geborgt zu bekommen, verschreibt der Staat **40** Millionen, unbekümmert darum, ob es einer späteren Generation möglich sein wird, diese Summen leichtfertig gemachter Schulden zu tilgen. Berechnet man die, für $22\frac{2}{5}$ Millionen, jährlich in Gold zu zahlenden Zinsen von $1\frac{3}{5}$ Millionen, sowie die circa 18 Proz. betragende Differenz zwischen den Papiervoluta-Einkünften Oesterreichs und den in Goldvaluta zu entrichtenden Zinsen, sowie die bedeutenden Emissionskosten, so ergiebt sich, daß in circa 10—12 Jahren für obige Zwecke soviel verausgabt ist, als man heute überhaupt erhalten hat. — Was sagt man von einem Privatmanne, der, um sich Kapital zu verschaffen, außer Zinsen 44 Proz. pro damno bezahlt? einfach: er ist bankerott. — Der Staat, der zu solchen Mitteln greift, kommt bei diesem Urtheil zu milde weg, denn der Privatmann handelt nur in Consequenzen auf seine Angehörigen, Gläubiger ꝛc., während der Staat die Unmoralität als Staatsprinzip annimmt und damit beweist, „er ist nicht werth, daß er besteht." — Unsere Finanzkünstler finden zu ihrem Glück genug kapitalistische Gimpel, sonst würden sie sicher an ihrem eigenen Prinzip zu Grunde gehen, welches lautet: après nous le déluge.**) C.

*) 10 Goldgulden = $20\frac{29}{100}$ Mark.
**) Nach uns die Sintfluth.

— Oestreich. Das Ministerium des Innern hat unterm 8. d. M. der in Leipzig erscheinenden Zeitschrift „Vorwärts", Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands, auf Grund des § 26 des Preßgesetzes den Postdebit für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder entzogen. — So hat den „Vorwärts" das gleiche Schicksal betroffen, welches der „Volksstaat" Jahre lang ohne Schaden der Sache getragen hat.

Correspondenzen.

London, 13. Dezember. Wenn wir auch bis jetzt nur wenig von uns hören ließen, so sind wir deshalb nicht weniger thätig. Jeden Sonnabend circulirt die Subscriptionsliste für den Wahlfond in unseren Sitzungen, und jedes Mitglied sucht nach Kräften beizutragen. Sonntag den 5. Dezember hatte der Verein im Interesse des Wahlfonds eine Versammlung einberufen. Herr Voß referirte und setzte in einem langen und gediegenen Vortrag unser Programm auseinander. Als am Schluß angefragt wurde, ob Jemand darüber zu sprechen wünschte, verlangte ein Herr Buchholz das Wort, sagte aber, die Zeit sei zu kurz, um alles das zu widerlegen, was er zu widerlegen habe, er wollte das in einer nächsten Versammlung thun. Es wurde beschlossen, Sonntags darauf eine Versammlung abzuhalten, und Alles war auf Herrn Buchholz gespannt, aber statt zu erscheinen, schrieb er einen Brief, worin er Unwohlsein vorschob und einen Schwall von Unsinn vorbrachte, welcher von Herrn Voß, nachdem Letzterer sein Bedauern über das Nichterscheinen des Herrn Buchholz ausgesprochen, Punkt für Punkt auf das treffendste zurückgewiesen wurde. — Am 12. November feierte unser Verein, wie jedes Jahr, den Todestag Robert Blum's. Unterzeichneter wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Referent verwahrte uns gegen den Vorwurf, wir trieben Personenkultus. Dem sei nicht so; der Verein wählte nur diesen Tag, weil Robert Blum sich als Proletarierkind aus sich selbst emporarbeitete und als Volksvertreter für die Freiheit kämpfte und für sie in den Tod ging. Es gelte dieser Tag zugleich der Erinnerung aller Märtyrer, die im Kampfe für das Wohl der Menschheit von der Reaktion dahingemordet wurden. In schönster Harmonie folgten die Reden in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache aufeinander, denn es waren auch russische Sozialisten anwesend, und ich kann nur meine Freude aussprechen, daß das Motto, welches auf unserer Fahne steht: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" sich da, wenn auch nur im kleinen Bilde, verwirklicht hatte. Alle Redner, nachdem sie die Ergebnisse der Revolutionen geschildert, wiesen auf die Nothwendigkeit der Einigkeit und der Organisation der Arbeiter hin. Bei all diesen Versammlungen, sowie bei einer früheren Gelegenheit, wo ich bei meiner Rückkehr vom Gothaer Congreß über diesen Bericht erstattete, fehlte die Tellersammlung für den Wahlfond nicht.

Große Zufriedenheit hat das Erscheinen der Uebersetzung der kleinen Broschüre: „An das Volk der beherrschten Klasse" von Felix Pyat bei meinen hiesigen Freunden hervorgerufen, und es freut mich ungemein, daß auch die deutschen Arbeiter die Gesinnungen dieses edeldenkenden Mannes kennen lernen; es wäre nur zu wünschen, daß alle seine Schriften in's Deutsche übersetzt wären. Nächstens wird auch seine „Geschichte der Pariser Commune" erscheinen, die jetzt bis zum Druck fertig ist. Der Verfasser ist darin rücksichtslos vorgegangen und wird alle diejenigen, die es unehrlich mit dem Volke meinten, an den Pranger stellen, so wie er es immer gethan hat. Er wird deshalb — und sogar von einigen Communemitgliedern — seiner strengen Gerechtigkeitsliebe, seiner Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit wegen verleumdet. An der Feier des 18. März sagte ich: Wenn man dem Rath und den Anträgen Felix Pyat's in der Pariser Commune Folge geleistet, die Sache wäre gewiß ganz anders gekommen, aber ohne Organisation ist nichts durchführbar. Als

Pyat sah, wie sich die Sachen gestalteten, wollte er mit einigen Marseiller Freunden nach Marseille und mit den dortigen Republikanern mit Garibaldi an der Spitze über Lyon und mit einer Revolutionsarmee nach Paris, um dasselbe zu unterstützen; er bekam zur Antwort, er mache diesen Vorschlag, um sich zu flüchten; Garibaldi sei ein Ausländer und sie brauchten keinen Ausländer zum Kämpfer.

Später hielt Herr Oehrenstein einen wissenschaftlichen Vortrag über Chemie und Schmelzung des Eisens. Herr Kaufmann unterbrach diesen Herrn, indem er sagte: Da nur wenige Fachkenner da seien, möchte er aufhören, er langweile die Versammlung. Ich erwiderte Herrn Kaufmann, daß dieses beleidigend sei für einen Mann, der sich die Mühe genommen, sich zu einem Vortrag vorzubereiten. Wer sich langweile, möge gehen, aber nicht den immerhin für Viele interessanten Vortrag stören, wodurch dieser Zwischenfall seine Erledigung fand.

Es thut mir herzlich leid, daß ich an dem jetzigen Wahlkampf in Deutschland nicht Theil nehmen kann, da ich wegen meiner Kränklichkeit und in meinem vorgerückten Alter die Reise jetzt nicht unternehmen kann. Ich gedachte in meiner Heimath, in Bayern, im sechsten mittelfränkischen Wahlkreis als Reichstagscandidat aufzutreten. Dieser Wahlkreis besteht größtentheils aus einer Landbevölkerung, die keine andere Zeitung liest, als den „Fränkischen Kurier", der unter den dortigen Bauern dermaßen über die Umsturzpartei Zeter schreit, daß diese glauben, die Sozialdemokraten würden, sobald sie die Macht besäßen, kommen und ihre Felder wegnehmen. Wer nur eine Glocke hört, kennt nur einen Laut; ganz anders ist es, wenn ein Mann ihnen die Verhältnisse gründlich auseinandersetzt, wie ich einigemal Gelegenheit hatte, an einigen Orten zu thun. Sie wissen recht gut zu urtheilen über den Militarismus und die dadurch entstehenden Steuerlasten. Bis jetzt haben aber diese Leute noch keinen Agitator unserer Partei gesehen noch gehört, auch noch keine Zeitungen unserer Partei gelesen, und daher haben sie nur vor Augen, was unsere Feinde und Gegner ihnen vorhalten. Anfangs November war da von der Wahlbewegung noch gar keine Rede; es drängten sich keine Candidaten, es wäre ein zu theures Vergnügen, als Abgeordneter im Reichstag zu sitzen.

Mit Gruß A. Scherzer.

Kiel, 3. Dezember. Gestern Abend wurde hierselbst eine Versammlung im Englischen Garten abgehalten, bei der 1500 Personen anwesend waren. Ueber die Tagesordnung: 1) Die bevorstehenden Reichstagswahlen, 2) Verschiedenes, erhielt nach Wahl des Bureaus (Herr Meyer als erster Vorsitzender und Unterzeichneter als Schriftführer) Herr Max Stöhr aus Berlin als Referent das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung und hielt einen gediegenen Vortrag, indem er besonders den Anwesenden klar machte, was von den Verleumdungen unserer Gegner zu halten sei. Unter Anderm verlas er noch einen Satz aus einer Broschüre von Professor Seelig, welcher in einer Versammlung in Segeberg erklärte, daß nur die Sozialdemokraten an den jetzigen mißlichen Verhältnissen schuld seien. Von Herrn Stöhr wurde dies als eine Lüge widerlegt, ebenso kam Redner auch auf die Roheit und Unsittlichkeit zu sprechen und bewies, daß diese hauptsächlich bei der Bourgeoisie zu finden seien. Nachdem nun der Redner seinen Vortrag beendet hatte, wurde eine Resolution folgenden Inhalts eingebracht: „In Bezug auf die Rede des Prof. Seelig in Segeberg spricht die heutige Versammlung ihre höchste Entrüstung über die gemeinen Verdrehungen der Anschauungen der Sozialdemokraten aus und erklärt es für ihre Aufgabe, der Candidatur des Prof. Seelig und Dr. Hänel mit aller Kraft entgegenzutreten." Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Als nun der Vorsitzende zur Interpellation aufgefordert hatte und sich kein Gegner zum Wort meldete, erhielt Herr Heinzel das Wort und sprach noch Einiges über seine Agitationsreise im Schleswiger Wahlkreise. Ferner wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen. Von dem Vorsitzenden wurde ein Artikel aus dem „Kieler Tageblatt" vorgelesen, worin hauptsächlich die Führer der Arbeiter verleumdet werden; da aber der Redakteur, Herr Böckel, zu dieser Versammlung trotz Einladung nicht erschienen war, um sich zu vertheidigen, so wurde die Versammlung wegen vorgerückter Zeit nach den Bestimmungen der dänischen Sabbathordnung von dem Vorsitzenden geschlossen.

Königsberg (Ostpreußen), 2. Dezember. Durch die gediegene Agitationsrede des Reichstagsabgeordneten Bebel aufgeregt, schnaubt die hiesige fortschrittliche Hartung'sche Zeitung vor Wuth und denunzirt Herrn Bebel als pflichtvergessenen Abgeordneten. Sein Platz, sagt dieselbe, sei jetzt im Reichstage und nicht im Eisenbahncoupé auf Agitationsreisen. Zuerst möchten wir der „Hartung'schen" den Rath geben, sie möchte sich um die Thätigkeit der Abgeordneten ihrer Partei bekümmern, die sich, wie dieselbe in derselben Nr. 280 vom 29. November sich von Berlin berichten läßt, im Reichstage so langweilen, daß die wenigen Lückenbüßer sich des Schlafs nicht erwehren können, während sich die andern im Foyer rauchend und plaudernd amüsiren. Wir Sozialisten wollen die Herren Fortschrittler im Reichstage ruhig ausschlafen lassen und während der Zeit recht thätig im Volke wirken, damit es nicht wieder solche Reichstagsschläfer wählt.

Königsberg i. Pr., den 1. Dezember 1876. Am 27. und 28. v. Mts. sprach hier Bebel in zwei öffentlichen Versammlungen über die Bestrebungen und Ziele der Sozialdemokratie. — Die Nachricht, daß Bebel hier als Redner auftreten würde, hatte bereits Wochen vorher das Publikum unserer Stadt in nicht geringe, erwartungsvolle Aufregung versetzt und der Erfolg von Bebel's Vorträgen entsprach vollständig dem Ruf, der ihm vorangegangen. Die erwähnten zwei Versammlungen waren überfüllt und obgleich Bebel in der zweiten derselben ohne Unterbrechung 2¾ Stunden sprach, so lieferte die ruhige Haltung der aufmerksamen Zuhörer einen Beweis dafür, in wie hohem Grade es der Redner verstand, durch seine glänzende Beredtsamkeit zu fesseln. Einen heiteren Schluß verschafften der zweiten Versammlung die Interpellationen eines Hrn. Dr. v. Kalkstein, des Don Quixote der hiesigen Nationalliberalen, und eines Herrn Klein, eines hoffnungsvollen Jüngers Merkurs. Der erstere war naiv genug, Herrn Bebel u. A. zu sagen, „ob er nicht wisse", daß „liberale" Nationalökonomen der Gegenwart in wissenschaftlichen Werken eine Verkürzung der Arbeitszeit und Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit befürworteten, während der letztere Herrn Bebel fragte: „wie" er seine sozialdemokratischen Ideen verwirklichen wolle? — Herr von K. mußte vor Allem die Bemerkung hinnehmen, daß das von ihm Erwähnte bekannt genug sei, wobei Herr Bebel ihm die Namen verschiedener nationalliberaler Schriftsteller nannte, daß Interpellant jedoch wissen müsse, daß seine nationalliberalen Parteiführer jene Nationalökonomen für ihr anerkennenswerthes Bestreben mit dem Spitznamen „Katheder-sozialisten" bedacht hätten. — Herr K. wurde von Herrn Bebel mit einer längeren Auseinandersetzung über die Organisation eines sozialdemokratischen Staates beehrt, die — wie uns scheint — seine ebenso unberechtigte, wie zugleich thörichte Frage allerdings nicht verdiente. Denn die Organisation eines Staates bis in die Details hinein — sei es nun ein sozialdemokratischer oder ein anderer Staat — hängt von zahllosen Umständen und Verhältnissen ab, die sich nicht voraussehen lassen. Man kann daher jene Organisation nur in großen, allgemeinen Umrissen angeben, wie es Bebel in seinem Vortrage bereits gethan. — Hatten denn die Independenten Englands, als sie in die „große Revolution" eintraten, ihren Staat, dem Britannien noch jetzt seine Größe und Macht verdankt, systematisch organisirt? Und hatten die Nordamerikaner, als sie das Joch Englands abschüttelten und an die Begründung der „Freistaaten" herangingen, ihre Republik construirt? — Die Frage des Herrn K. beweist nur, daß auch heute noch in den Köpfen unerfahrener Politiker jener französische Schematismus spukt, der etwas erreicht zu haben glaubt, wenn er ein detaillirtes Programm, womöglich eine theoretische Staatsverfassung fertig hat. — Mag sich in dieser Beziehung die Sozialdemokratie die praktischen Engländer und Amerikaner zum Vorbild nehmen. —

Die hiesige liberale Presse, durch die fortschrittliche „Hartung'sche Zeitung" und das nationalliberale „Communalblatt" vertreten, läßt es in Bezug auf Bebel's Vorträge an Unwahrheiten, Verdrehungen und Verdächtigungen nicht fehlen. — Während die erstere in ihrem Berichte über die zweite Versammlung so weit geht, zu behaupten, daß Bebel auf die erwähnte Frage des Hrn. Klein „die Antwort schuldig geblieben" (eine Unwahrheit, welche die „Berliner Volkszeitung" nachdruckt), producirt das „Communalblättchen" unter dem Titel „Herr Bebel und seine Gegner" in einer Reihe von Artikeln — von allem Uebrigen abgesehen — ein Conglomerat von historischer, politischer und nationalökonomischer Unkenntniß, die hier selbst bei Liberalen Verwunderung erregt. — Bebel's Hiebe haben zu tief geschmerzt und in ohnmächtiger Wuth ergeht sich das „Communalblatt" bereits in gemeinen Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie. —

„So will der Spitz aus unserm Stall
Uns immerfort begleiten,
Und seines Bellens lauter Schall
Beweist und, — daß wir reiten."

Mülsen St. Niklas, am 15. Dezbr. 1876. Bei der heute stattgehabten Gemeinderathswahl hat die sozialistische Partei einen schönen Sieg erkämpft. Von 4 zu wählenden Ansässigen sind drei unserer Candidaten gewählt, der Vierte ist Stellvertreter und der Unansässige ist mit Allen gegen 7 Stimmen engagirt.

Leipzig, 16. Dezember. Wie besorgt unsere Herren Seelenhirten sind, auf daß kein Schäflein verloren gehe, mag Folgendes beweisen. Am gestrigen Nachmittag kam ein geistlicher Herr in die Wohnung des Unterzeichneten und frug daselbst an, ob denn unser im März d. J. gebornes Töchterchen nicht getauft werden solle. Meine Frau äußerte etwas verwundert, wie der Herr dazu käme, eine derartige Anfrage zu stellen, da nicht blos das Jüngste, sondern auch die übrigen drei älteren Kinder in das Dissidentenregister eingetragen seien, also von Taufen nicht die Rede sein könne. Der Herr entschuldigte sich etwas verdutzt und meinte, er sei dazu beauftragt. Es scheint also, daß die Beschlüsse der sächsischen Synode über Kirchenzucht in Leipzig in Praxi geübt werden. Diesmal hat man sich an die unrechte Adresse gewendet. Ch. Hadlich.

Reusa bei Plauen. (Versammlungsbericht.) Am Sonnabend den 16. Dezember war von den Plauenschen Genossen eine Versammlung einberufen, wozu mir das Referat über die Reichstagswahl und ihre Bedeutung für das Volk übertragen wurde. Als ich in meiner schönsten Entwickelung war, wurde von einigen gebildeten Mitgliedern des Militärvereins ein Skandal provozirt; trotz meines Antrags bei dem Gemeindevorstand und Gensdarmen hielten sie es nicht für geeignet, die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die Worte, welche gegen mich geschleudert wurden, spotten jeder Beschreibung. — Wir empfehlen Freunden und Feinden die Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage", ferner die Broschüre: „Nieder mit den Sozialdemokraten". — Freunde von Reusa, auf zur Wahl, gebt Eure Stimme Max Neißer aus Bremen.

Ernst Hasse.

Neustadt (Holstein), 30. Nov. Abrechnung der Centralwahlkasse für den 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis zu Neustadt vom 1. bis 30. Novbr. d. J. Bestand am 1. Nov. M. 41,15; freiw. Samml. in Neustadt 1,45; für „Nieder mit den Sozialdemokraten": aus Neustadt 1,45; durch Sellmann Sipsdo.f 1,80; durch Prüß Jahnshof 1,50; durch Höhl Oldenburg 4,10; Tellersamml. in Oldenburg 2,92; Tellersamml. in Burg a/F. 5,16; freiw. Samml. auf Fehmarn 1,70; Tellersamml. in Neu-Bathgensdorf 5,22. Sa. 67,85. — Ausgabe pro November in Summa 34,72; bleibt Bestand 32,63.

Für das Comité: Joh. Heinr. Haß.

An alle Schneider Deutschlands!

Collegen! Der Allgemeine deutsche Schneiderverein hat zwar in den letzten paar Jahren in vielen Städten Eingang gefunden, ist aber noch lange nichtso ausgebreitet, wie er es sein sollte. Es giebt noch viele Städte, wo das Bemühen, die Collegen zum Anschluß zu bringen, bis jetzt fruchtlos war.

Von der Ansicht ausgehend, daß die Erkenntniß der Zusammengehörigkeit, der Gleichheit der Interessen nur auf der Grundlage geistiger Bildung zu erwarten ist, hat die Gewerkschaft der Schneider auch diesem Rechnung zu tragen gesucht. Seit dem 1. November dieses Jahres hat dieselbe zu dem Zwecke ein Fachorgan erscheinen lassen unter dem Titel: „Der Fortschritt, Organ des Allgemeinen deutschen Schneidervereins". Dieses soll uns ein Bahnbrecher dort werden, wo sich uns bis jetzt Hindernisse in den Weg stellten, ein Mittel, unsere Ideen weiter zu tragen.

Da überall Collegen sind, welche die Nothwendigkeit unserer Vereinigung einsehen, so dürfen wir uns wohl der Ueberzeugung hingeben, daß unser Unternehmen von denselben mit Freuden begrüßt wird und geneigte Unterstützung findet, sowohl durch allseitiges Abonnement, als auch durch geeignete Correspondenzen über die Lage unseres Geschäfts. Bei dem geringen Preis wird es bei einigem Bemühen gelingen, überall einige Abonnenten zu gewinnen, wodurch die Aussicht auf baldigen Anschluß an unsere Gewerkschaft gegeben wäre. Wir richten diese Worte an Euch mit dem dringenden Gesuch, ihnen Folge zu geben.

Vom 1. Januar 1877 an nehmen alle Postanstalten Abonnements auf den „Fortschritt" zu dem Preise von 50 Pfg. pro Quartal excl. Bestellgeld entgegen. Die Möglichkeit zu abonniren ist daher Jedem gegeben, wir fordern Alle in ihrem eigenen Interesse dazu auf.

Gießen, im Dezember 1876.

Mit brüderlichem Gruß
Der Ausschuß des Allg. deutschen Schneidervereins:
J. A.: B. Klerx.

P. S. Alle Arbeiterblätter werden dringend um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

An die Parteigenossen des 9. hannoverscher Wahlkreises. (Hameln.)

Zum ersten Male haben die Parteigenossen dieses Wahlkreises selbstständig einen Candidaten aufgestellt. Es liegt nun an Euch, Arbeiter dieses Wahlkreises, thut am 10. Januar Eure Pflicht, gebt die Stimme dem Arbeitercandidaten Heinrich Meister aus Hannover.

Das Wahlcomité:
H. Reichenbach. H. Reineke. F. Sievers. C. Börries. H. Lohmann.

Briefe und Gelder sind zu senden an Heinrich Reichenbach, Zimmer bei Hannover.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen im Kreise Bochum.

Vor einiger Zeit haben die Parteigenossen resp. der Arbeiterwahlverein im hiesigen Kreise den Parteigenossen Kuhl aus Duisburg als Arbeitercandidaten aufgestellt und ist derselbe fast in allen nach der Zeit stattgefundenen Volksversammlungen als solcher fast einstimmig anerkannt worden. Wir haben nun deshalb, um auf denselben eine große Stimmenzahl zu vereinigen und unsere großen Mühen und Opfer, die wir gebracht haben, belohnt zu sehen, Alles gethan, was unsere Kraft und Wissen eben vermochte. Der Arbeiter-Wahlverein, welcher erst in seinem Entstehen begriffen, vermag es Folge seiner finanziellen Lage nicht, die Kosten, welche bei einem solchen Wahlkampfe aufgebracht werden müssen, herbeizuschaffen. Wir treten daher vor Euch hin, Freunde und Parteigenossen, mit der dringenden Mahnung, Eure volle Pflicht und Schuldigkeit zu thun, vergeßt nicht, daß Euer aller Wille war, dem heimtückischen Feinde entgegenzutreten. Ultramontane Heuchler und liberale Feiglinge wetteifern in Verdächtigungen und Beschmutzungen unserer Partei. Der Wahlverein hat nun, um eine feste Organisation mit allen Kräften herzustellen auf den

ersten Weihnachtsfeiertag, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Hrn. Florian am Moltkeplatz zu Bochum eine außerordentliche Generalversammlung

anberaumt für Vorbereitung zum Wahltage und andere wichtigen Angelegenheiten, wozu sämmtliche Sozialisten im hiesigen Kreise eingeladen werden, hoffentlich wird keiner fehlen.

Ueckendorf, den 19. Dezember.

Mit sozialdemokratischem Gruß
J. A. des Arbeiterwahlvereins: H. W.

Briefkasten

der Redaktion. B. B. in Wiesbaden: Wir warnen Sie ausdrücklich vor einer Benutzung des betreffenden Instituts. — G. H. in Cöln: Die Sache ist erledigt.

Alle Briefe in Parteiangelegenheiten sind von jetzt ab zu richten an Herrn J. Fock jun., Maurer, Kellinghusen, Sande.

Mit Gruß J. H. Strüven.

Herrn Derossi, Hamburg: Warum erhalte ich die Wähler Nr. 9 nicht, da doch Nr. 8 am 8. d. Mts. abgerechnet ist? — Hrn. W. Frick, Bremen: Warum keine Antwort auf meinem Brief?

Ernst Strecker, Göttingen, Jüdenstr. 18.

Quittung. Vgl Berlin Ann. 1,50. Lgs Hannover Ann. 5,20. Schlz Dresden Ab. 2,40. Ebing hier Ab. 1,80. Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer Braunschweig Ann. 2,25. Strzng Sondershausen Schr. 3,00. Sbbrt Hnnstdt Schr. 6,50. Bgt Meerane Schr. 5,55. Wßnr Anina Ab. 11,21. Brckner Plauen Schr. 6,00. Ehrcht Zeitz Ab. 4,50. Grbnstn Lindenau Schr. 2,00. Ullrch hier Ab. 42,30. Grß Hamburg Schr. 9,50. Bchhm hier Ab. 2,00. Schlngr Ostrowo Ab. 7,50. W. Hnz Neutitschein Schr. 4,80. Krzl Olmütz Schr. 10,09.

Altona. Sonnabend, den 23. December, Abends 8½ Uhr in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. D. Reimer. [50

Cöln. Arbeiter-Liedertafel. Montag, den 25. December, Abends 7½ Uhr, im Vereinslokal zum „Verlornen Sohn", Buttermarkt 32: [2,10

Abendunterhaltung
mit theatralischen Aufführungen.

Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Hannover. Sonnabend, den 23. December, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Hrn. Boge, Mittelstr. 11:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Tagesordnung: Wichtige Vereinsangelegenheiten. D. V. [60

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 23. December, Abends ½9 Uhr, bei Michaeli, Windmühlenstraße Nr. 7: Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. Der Vorstand. [40

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Sonnabend, den 23. December: Vortrag von Hrn. Wittig. [39

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 23. December, Abends 8 Uhr in der Restauration von Jul. Menzel, Täubchenweg: Versammlung.

Tagesordnung: Gewerkschaftliches. — Zahlreiches Erscheinen erwartet 50] Der Vorstand.

Leipzig. Am 1. Januar 1877 wird der

Centralverkehr und Herberge

für die Gewerkschaften der Böttcher, Buchbinder, Cigarrenarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Lackirer und Vergolder, Maurer und Zimmerer, Metallarbeiter, Sattler, Schneider, Schuhmacher und Tapezirer im

Thüringer Hof in der Burgstraße

eröffnet.

Alle Zureisenden ersuchen wir nur hier einzukehren.

(2a) Die Commission. [100

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 20 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Tingeltangel und „Tageblatt". — Krieg oder Frieden? Correspondenz. — Fackelfunken.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

Nr. 21 wird Donnerstag 11 Uhr ausgegeben.

Weihnachts-Mährchen.

Wir haben noch einen kleinen Rest von

Der große Krach.

Ein Mährchen für große und kleine Kinder.
Mit 2 lithograph. Bildern.

Preis (für Parteigenossen): gebunden 50 Pf.

Zu beziehen auch durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, Färberstr. 12 II.

Desgleichen die in unserem Verlage erschienenen

Sozialistischen Theaterstücke.

Nr. 1. Ein Schlingel. — Nr. 2. Preßprozesse oder: Die Tochter des Staatsanwalts. — Nr. 3. Ein Opfer oder: Die Jesuiterei als Geschäft.

Preise (ohne Porto):

Nr. 1:	einzeln Mk. 0,35.	5 Exempl.*)	Mk. 1,50
„ 2:	„ „ 0,25.	7 „	„ 1,40
„ 3:	„ „ 0,10.	20 „	„ 6,00

Die mit * bezeichneten Partie-Exemplar-Zahlen entsprechen der Anzahl von Exemplaren, welche zur Aufführung erforderlich sind, wenn man dieselben zugleich an Stelle von ausgeschriebenen Rollen gebrauchen will, was sich als vorzüglich praktisch erwiesen hat.

Ebenfalls auch durch die Expedition des „Vorwärts in Leipzig zu beziehen.

Zürich. Volksbuchhandlung (J. Franz).

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hatz, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 206 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 37. Sonntag, 24. December. 1876.

Der Weihnachtsfeiertage wegen fällt die nächste Mittwochs-Nummer aus.

Parteigenossen!

Ueberall in Deutschland ist der Wahlkampf entbrannt, überall haben sich die Gegner aufgerafft, um uns als Wähler von der Wahlurne, als Candidaten von dem Reichstage fern zu halten. Ihre reaktionäre Gesinnung, ihr Klasseninteresse treibt sie dazu. Doch wir marschiren unter dem Banner einer weltbefreienden Idee; ermuntert von den Fortschritten, welche die sozialdemokratische Volksbewegung in den letzten Jahren gemacht hat, gehen wir dem Tage der Wahl mit der Hoffnung auf neue Siege entgegen. Um diese Hoffnung zu erfüllen, ist nichts weiter nöthig, als daß Jeder von uns in den nächsten drei Wochen seine Schuldigkeit thut. Ein Jeder von uns kennt seine Pflichten; wer sie nicht erfüllt, der ist damit aus unseren Reihen geschieden. Allein wer wollte scheiden? Der nach Gleichberechtigung ringende, der selbstbewußte und tapfere Mann nimmermehr!

Neben den Mühen des Wahlkampfes darf die andere Arbeit zur Ausbreitung der Sozialdemokratie nicht ruhen. Und hierzu gehört vor allem das Einstehen für unser Centralorgan „Vorwärts".

Was bei Begründung des „Vorwärts" erwartet wurde, hat sich erfüllt. In 12,000 Exemplaren geht eine jede Nummer dieses Blattes hinaus unter die Arbeiter Deutschlands, um ihnen Kunde von den Grundsätzen des Sozialismus, von den Mißständen der kapitalistischen Gesellschaft in allen Kulturländern und von dem Kampf der Sozialdemokraten wider diese Gesellschaft zu bringen.

So sehr uns nun auch dies Ergebniß im ersten Vierteljahr befriedigt, so dürfen wir uns damit keineswegs dem Gedanken hingeben, genug gethan zu haben. Es bleibt uns noch viel zu thun übrig. Nicht in dieser oder jener Werkstatt, nicht in diesem oder jenem Dorfe soll der „Vorwärts" verbreitet sein, sondern in allen Werkstätten, in allen Städten und Dörfern soll man ihn finden. Erst dann wird er der ihm gewordenen Aufgabe voll und ganz entsprechen können.

Parteigenossen! Jeder von Euch erneuere zunächst selbst rechtzeitig das Abonnement auf den „Vorwärts". Damit nicht genug, gewinne Jeder von Euch zum neuen Quartal mindestens einen neuen Abonneuten. Für den Einzelnen ist dies eine geringe Sorge, für die Partei jedoch insgesammt eine große Errungenschaft.

Der „Vorwärts" ist durch jede Postanstalt zu beziehen, Preis vierteljährlich M. 1,60, frei in's Haus M. 1,85. Bestellungen sind möglichst vor dem 28. Dezember zu machen.

Gruß und Glückwunsch zum Jahreswechsel!

Hamburg, 20. Dezember 1876.

G. W. Hartmann. H. Brasch. J. Auer.
C. Derossi. A. Geib.

Hochverrath am Volke.

Hochverrath den Fürsten und Landesgrenzen gegenüber ist mit schwerer Strafe bedroht, Hochverrath dem Volke gegenüber ausgeübt, wird nicht bestraft, sondern oft genug noch belohnt.

Des Hochverraths, am Volke ausgeübt, klagen wir die Liberalen an, welche bei der dritten Lesung der Justizgesetze Volk und Freiheit mit gebundenen Händen der Reaktion überlieferten, welche in namenloser Feigheit sich selbst kastrirten, indem sie öffentlich erklärten, daß sie gegen ihre Ueberzeugung stimmen würden. Wo bleibt da die Manneswürde? Wo bleibt da das Mannesbewußtsein? Und mochten die Kastraten im Reichstag noch so helltönende Lieder anstimmen, man wußte, daß dieselben von den Lippen Geschändeter erklangen, und jeder Mann wandte sich mit Verachtung von den Sängern.

Selbst die Wiener „Neue Freie Presse", ein dem deutschen Liberalismus sehr nahestehendes Blatt, ist empört über das „Compromiß", welches Miquel, Lasker und Bennigsen zu Stande gebracht haben. Das Blatt schreibt:

„Die zweite Legislaturperiode des deutschen Reichstages geht noch im Laufe dieser Woche zu Ende; sie schließt mit einem ungeheuren Defizit, mit einem Bankbruche der parlamentarischen Autorität. Im Frühling 1874 that die Vertretung des deutschen Volkes den ersten Schritt auf der schiefen Ebene der Compromisse, indem sie, ihr Budgetrecht preisgebend, sich dem Militäretat gegenüber auf sieben Jahre die Hände band. Heute verzichtete sie auf den Rest ihrer legislatorischen Selbständigkeit, indem sie die mit schwerer Arbeit geplante und vorbereitete Justizreform der reaktionären Willkür des preußischen Bureaukraten-Regimentes opferte. Opferte, sagen wir und sagen es mit Bedacht. Denn mit den technischen Subtilitäten, welche etwa in der neuen Gerichtsverfassung und Straprozeßordnung als Errungenschaften zu begrüßen wären, empfängt das deutsche Volk Steine anstatt des Brotes, wird ihm der Schein einer Rechtseinheit vorgegaukelt, die keine ist, indessen das Aschenbrödel Freiheit von neuem hinter den Ofen zurückgescheucht wird. — — — — Nun steht zwar diese angebliche Rechtseinheit in Paragraphen-Colonnen festgegründet da, ein Gaudium für trockene Juristenseelen, aber ein verkrüppeltes Schmerzenskind für das Volk. Wunderliche Volksbeglücker sind diese Staatsweisen von der nationalliberalen Couleur! Um zu retten, was werthlos ist, werfen sie das Werthvolle schleunigst hinter sich; um das Volk mit steriler Juristerei zu beschenken, schwören sie die Freiheit ab. Man beschleunigt den Einführungstermin der Reform um eine Jahresfrist; dessen rühmen sie sich als eines Sieges. Und ihre Kumpane in der Presse und in Wirthshäusern schreien das Wort „Compromiß" in die Welt hinaus, um die klägliche Niederlage zu verschleiern. Falstaff reißt schandhaft aus und erzählt dann in der Schänke von Eastcheap seine erlogenen Heldenthaten."

So weit das Wiener liberale Blatt.

Daß die sozialistischen Reichstagsabgeordneten der liberalen Gewaltthat am Volke und der Freiheit nicht weiter zusehen mochten, da sie in ihrer geringen Zahl den Geknebelten doch keine Hilfe leisten konnten, liegt wohl sehr nahe, deshalb zogen sie ihre Anträge zu den Justizgesetzen zurück und verließen nach der ersten entscheidenden Abstimmung den Sitzungssaal; es war dies nach der namentlichen Abstimmung über die Ueberweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte.

Hasenclever hatte diese Handlungsweise, indem er zur Geschäftsordnung das Wort erhielt, in folgender Weise vorher motivirt:

„Meine Herren! Namens und im Auftrage meiner Parteigenossen ziehe ich die von uns gestellten Anträge zu den Justizgesetzen zurück, nicht deshalb, weil wir die Ueberzeugung haben, daß dieselben bei der Stellung, die die Majorität dieses Hauses den Justizgesetzen gegenüber einnimmt, aussichtslos sind; das wußten wir schon, als wir die Anträge stellten. Wir hätten sie also immerhin noch motiviren können. Wir ziehen vielmehr die Anträge deshalb zurück, weil uns das Spiel hinter den Coulissen, welches den gestrigen Compromiß zu Stande gebracht hat, durchaus mißfällt und weil wir die Ansicht haben, daß es nicht im Interesse des Volkes ist, wenn man Angesichts der vollendeten Thatsache noch weiter debattirt und abstimmt über diese Angelegenheiten. Wir werden also eine erste entscheidende Abstimmung noch abwarten — wir wissen ungefähr, wie sie ausfällt -- und werden uns dann nicht mehr weiter an den Berathungen betheiligen, sondern den Saal verlassen." (Unruhe und Gelächter.)

Auch verschiedene Clerikale und Fortschrittler fanden die Haltung der Sozialisten durchaus correct und hatten große Lust, ähnlich zu handeln. Windhorst drohte sogar damit in einer erregten Rede. Doch Wort und That ist bei den Herren zweierlei: sie debattirten ruhig weiter und stimmten trotz der Aussichtslosigkeit immer noch ab. Ein solches Spiel wird auf die Dauer immer widerlicher und macht der Macht des Reichstags der Regierung gegenüber, wenn man überhaupt von einer Macht desselben reden kann, vollends den Garaus.

Und solches Spiel durften die Sozialisten nicht mitspielen, deshalb gingen sie fort.

Ueber die Haltung des Centrums und der Sozialdemokratie sagt die liberale „Wiener Freie Presse":

„Traurig genug, daß das Centrum und die Sozialdemokratie es sein müssen, welche für den Willen und die Ehre der deutschen Nation Zeugniß ablegen!"

Wir acceptiren dieses Zeugniß unsererseits; möge nun aber auch die deutsche Nation ihre Ehre selbst retten und ihren Willen zeigen am 10. Januar 1877, indem sie den Hochverräthern an der Nation nicht nochmals einen Platz an der ersten Stelle des Landes zuweiset.

Ueber den Justizgesetz-Compromiß

schreibt die „Frankfurter Zeitung": „Sie haben gewählt; das Leben mit der Schmach galt ihnen mehr, als ein Ende mit Ehren, das vielleicht manche frühere Schuld gesühnt haben würde. Sie haben gewählt zwischen ihrem Gewissen und dem Machtspruch, zwischen Mannesmuth und Knechtssinn, sie haben die giftigsten Worte ihrer Feinde bestätigt, die letzten Hoffnungen ihrer Freunde betrogen. Compromiß — man schändet sogar noch dieses schon so verrufene Wort, wenn man den Pakt, den der Nationalliberalismus ersonnen hat, so nennen wollte — wer die richtige Bezeichnung dafür finden will, der erinnere sich nur jener Scene aus unserer Volksoper, in der auf das unheilverkünde Wort: „Ich weiß, daß Deine Frist jetzt endlich abgelaufen ist" die Antwort ertönt: „Verlängere sie mir auf drei Tage — ich bringe neue Opfer Dir!"

Neue Opfer und welche! Was die Väter als sichere Garantien des Rechts und der Freiheit erstrebt, was nach den heiligsten Versprechungen der Söhne die Einheit bringen, was dieser Freiheit erst ihren innern Werth und vollen Gehalt geben sollte, das wird verkauft, verschachert, verrathen. Seine ganze Vergangenheit verleugnet dieser schamlose Liberalismus, weil er sein liebes Ich in augenblicklicher Gefahr wähnt; des Volkes nicht mehr sicher, löst er die letzten Fäden, die ihn an dasselbe knüpfen und gibt sich den Regierenden zu eigen. Die nationalliberale Fraktion ist todt, es lebe das nationale Mameluckenthum!

Hatten wir nicht Recht, wenn wir seit Jahren unablässig den Satz aussprachen: es gibt keinen Halt auf dem abschüssigen Weg des Scheinconstitutionalismus, weil es keine Vermittlung zwischen dem Absolutismus, in welche Form er sich auch kleiden möge, und der freiheitlichen Entwicklung geben kann? An die erste böse That, an den ersten Schritt vom Weg des Rechts, der für den Mann der Weg der Ueberzeugung ist, heftet sich der Fluch, und jeder Versuch, die Folgen desselben abzuwenden, wird zu einer neuen Sünde. So will es die unerbittliche Gerechtigkeit, der man nicht entgeht, auch wenn man sie verleugnet und ihrer spottet. „Grundrechte" erhob sich 1867 und 1870 der Ruf; sie verschlossen ihm das Ohr, diese traurigen Gestalten, die nicht Volksmänner sein wollten nnd Staatsmänner nicht sein konnten. „Wozu Grundrechte, nomina speciosa et inania?*) Wir tragen besseres Verlangen', wir werden Reelleres schaffen, jedes Gesetz, mit dem wir diese nationale Einheit ausbauen und festigen, soll der grauen Theorie Euerer Grundrechte Fleisch und Blut geben." Sie haben gelogen, sie lügen heute, sie werden weiter lügen müssen, denn nur durch die Lüge können sie es noch beschönigen, daß sie bei jedem Gesetz diese Grundrechte an's Kreuz geschlagen haben.

„Trauet ihnen nicht, diesen Tartüffes des Freiheit" haben wir bei allen Wahlen den Bürgern zugerufen; ihre Zunge ist gespalten, ihr Ja ist kein Ja, ihr Nein kein Nein! Das deutsche Volk hat nicht hören wollen, Zug um Zug hat es aus dem Becher der Enttäuschung trinken müssen, und jetzt credenzt man ihm die bittere Neige und versichert heuchlerisch, sie sei der Trank der Verjüngung! Armes deutsches Volk! Vor einem halben Jahrhundert vertraute es den Fürsten und wurde betrogen, heute vertraut es den Männern seiner Wahl und sie machen es nicht anders, wie die Fürsten. Hohnlachend erhebt sein Haupt jener Pessimismus der Nacht, der auf die totale Finsterniß spekulirt, er sieht die Schatten dichter werden und fühlt seine Hoffnung, daß der Brand um so jäher auflodern, um so greller flammen werde, neu belebt. Es muß noch schlimmer kommen, wenn es besser werden soll, dieses trostlose Wort drängt sich wieder auf die Lippen und ertödtet den letzten Rest jener Zuversicht, die mit dem Guten und Edlen in der Natur der Menschen und Völker rechnen zu können glaubte.

Wir haben sonst nicht zu den Getäuschten gehört, denn wir haben der Widerstandskraft des Nationalliberalismus gegen das Wort Bismarck's nie eines Pfifferlings Werth beigemessen, aber diesmal bekennen wir uns selbst als Betrogene. Nicht sofern wir die Herren als Politiker überschätzt haben — der Leser wird sich erinnern, daß wir schon vor Wochen erklärten: sie werden das, wofür sie ihre angebliche politische Ehre eingesetzt haben, diesmal so unbedenklich, wie sonst hingeben — aber wir waren abergläubisch genug, noch etwas auf persönliche Würde, auf den Mannessinn zu halten. Als der Beschluß in Betreff der Ueberweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte gefaßt worden war, schrieben wir: Er wird in der dritten Lesung als Opfer eines jener elenden Compromisse, aus denen sich die parlamentarische Geschichte dieses Reiches zusammensetzt fallen: er und manches andere, was uns verheißen worden, wofür Parteiprogramme ihren — Briefwerth eingesetzt haben. Aber als das Haus fast einstimmig den Competenzconflict verwarf, nachdem ein Gneist ihn als den schimpflichsten Faustschlag ins Gesicht der deutschen Rechtsinstitutionen bezeichnet hatte, als es sich gegen die unser Jahrhundert schändende Tortur des Zeugniß-Zwanges erhob und dem Wort Wehrenpfennigs, daß man keine Gesetze schaffen dürfe, die den Bürgern unehrenhafte Handlungen zumuthen und auf die Wahrung der Ehre Strafe setzten, Beifall zurief, da meinten wir sagen zu dürfen: Hier tritt der Mann an die Stelle des Politikers, hier wird die persönliche Ehre und Würde jedes Einzelnen eingesetzt, und für so herabgekommen können wir diese Männer nicht halten, um auch nur dem Verdacht Raum zu geben, daß sie perinde ac cadavera*) den Werth ihres Ich in die Schanze schlagen werden, um ihn da feig im Stiche zu lassen. Gibt es ein Compromiß bei einem Faustschlag? Gibt es ein Abkommen zwischen ehrenhaft und unehrenhaft? Nein und tausendmal nein, denn Mannesehre verträgt keine Flecken und der geringste auf ihrem spiegelblanken Schild schändet sie nicht minder, wie der größte. So sei denn an das Wort erinnert, mit dem wir am 29. November einen Artikel über die in zweiter Lesung beschlossene Beseitigung des Zeugnißzwanges schlossen: „Das Beharren bei diesem Votum", schrieben wir, „ist ein einfaches Gebot der Mannesehre. Wie gering wir auch von der Widerstandskraft der Majorität dem Regierungswillen gegenüber denken, den Schimpf können und wollen wir ihren Mitgliedern nicht anthun, auch nur den Verdacht auszusprechen, als sei es ihnen möglich, mit Preisgebung ihrer persönlichen Ehre etwas zu sanktioniren, was sie selbst als unehrenhaft vor dem deutschen Volke gebrandmarkt haben."

Nun haben sie sich den Schimpf und die Schande selbst bereitet, nun mögen sie aus dem „nationalsten" Dichter, aus unserem Schiller, sich das Verdict holen, welches das Weltgericht der Geschichte auf solches Thun setzt. Haben sie ja doch sonst bei jeder Gelegenheit das Wort von der Nichtswürdigkeit einer Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre, bei der Hand? Und wofür opfern sie diese Ehre? Für eine formale Einheit, sagen sie, und rufen das Volk an, daß es sich dieses Opfer um dieser Einheit, als des höheren Gutes willen, gefallen lasse. Widerwärtige Heuchelei! Das jämmerliche, regierungsfähige Ich soll gerettet werden, dieses Ich, dem kein Preis zu hoch ist für die Fristung seines kläglichen Daseins, das sich — auch das ist Ihr Wort, Herr Wehrenpfennig — nicht scheut, „propter vitam vivendi perdere causas".**)

Wer wird das Protokoll der Schmach, das wir an anderer Stelle mitgetheilt haben, lesen können, ohne daß ihm des gerechten Zornes Gluth in die Wangen steigt, ohne daß ihm die Lippe unter dem Wort: „Abscheulicher Verrath!" erbebt! Die Erzeugnisse der Presse vogelfrei für jeden Staatsanwalt vom Fels zum Meer, der Zeugnißzwang aus dem Dasein preußischer Eigenthümlichkeit erhoben zur nationalen Institution, das Anklagemonopol einer abhängigen Staatsanwaltschaft — von deren Beschränkung die „Kölnische Zeitung" noch kürzlich sagte, sie würde wohl selbst in der Conferenz zu Pera nur auf wenig Widerspruch stoßen, wenn Rußland sie als „völkerrechtlich unweigerlich" für Bosnien und die Bulgarei sollte aufstellen wollen — dieses Monopol, etwas modifizirt nach den Ansichten der Re-

*) Blendende leere Namen.

*) Gleichwie Leichname.
**) Um zu leben die Lebensbedingungen vernichten.

gierung, ebenso der Competenzconflict und vieles Andere — das ist nunmehr so gut wie besiegelt und dafür gibt — o unvergleichliche Großmuth — die Regierung zu, daß das „große Werk“ spätestens 1879 das deutsche Volk mit seinen Segnungen beglücken soll.

Es ist besiegelt in dem Moment, da dieses Blatt in die Welt hinausgeht, vielleicht schon vollzogen; der Schaden muß getragen werden. Nicht aber die Schmach und Schande; ihr entzieht sich der Bürger, der am 10. Januar sich von denjenigen lossagt, die sein Vertrauen mißbraucht und schnöde betrogen haben; will er nicht mitschuldig sein, so muß er sich gegen die Schuldigen erheben, der Wahltag beruft ihn zum Richteramt und „ein Richter, der nicht strafen kann, gesellt sich selber zum Verbrecher“. Der Schmach und Schande sich zu entziehen ist auch die Aufgabe der Presse, die von dem Frevel unmittelbar am schwersten betroffen wird. Wir wissen wohl, daß die bloße Preßfreiheit noch nicht der Sieg, daß sie nicht einmal der Kampf um den Sieg ist, wohl aber ist sie die Waffe, und mit Börne fragen wir: Wie kann man siegen ohne zu kämpfen, wie kann man kämpfen ohne Waffe? An der Presse, die sich nicht zu Sklavendiensten für Sklaven entwürdigen will, ist es, die „Maulhelden der Freiheit“, wo und wie sie sich zeigen werden, um abermals ein Vertrauen zu erschleichen, dessen sie sich für immer unwerth gemacht haben, bis in jede Hütte hinein zu kennzeichnen. Sie kann's mit einem Worte und dieses Wort heißt: „Judas!“

National-Oekonomisches.

II.

(Schluß.)

Das, meine Herren, ist der Kopf; nun erlauben Sie mir auch, Ihnen die Kehrseite der Medaille zu zeigen. Das große, werthvolle Arbeitsmittel, das Kapital, bedingt die Mittellosigkeit des Volks. Ich sprach soeben von der wesentlichen Eigenschaft der todten Reichthümer, sich lebendig zu vermehren. Dazu ist nun das mittellose Volk da, welches den Keim des Lebens dazu thut. Das Volk ist der Gatte, der Befruchter des goldenen Eierstocks. Reichthum, Kapital kann sich nicht vermehren ohne Arbeit. Dieser oder jener, mein oder dein Reichthum läßt sich vielleicht durch einen spekulativen Handel vermehren; jedoch trägt der Handel nur Reichthümer aus einer Hand in die andere oder aus einem Lande in das andere, aber erzeugt keine. Spekulation und Handel vermehren den Reichthum nur insofern, als sie arbeiten, als sie den Transport und die Vertheilung besorgen und so den Werth der Produkte erhöhen. Arbeit ist positiv der einzige Mehrer des ökonomischen Reichthums. Damit also das Kapital zu seiner Bestimmung kommt, damit es Zinsen, Profit und Vermehrung bringt, muß es sich die Arbeitskraft Derjenigen kaufen, welche nicht die Mittel haben, ihre eigene Arbeit für eigene Rechnung auszubeuten. Dem Arbeitsinstrument der Vergangenheit war der Arbeiter, der Sklave, der Leibeigene, der Hörige angeheftet. Das moderne Instrument steht dem „freien Arbeiter“, oder steht dem Arbeiter frei gegenüber. Indeß, wie gesagt, ist diese Freiheit rein ideal. Dem idealen Willen nach ist die lebendige Arbeitskraft unabhängig vom todten Instrument. Der realen That, der Wirklichkeit nach ist eines die nothwendige Bedingung des andern. Kapital ist nur Kapital, ist nur zeugungsfähig, wenn ihm ein Volk gegenübersteht, welches so frei von allem Hab und Gut ist, daß ihm zu seinem Unterhalt nichts übrig bleibt, als seine Arbeitskraft je nach Umständen pro Tag, Woche, Monat oder Jahr zu verkaufen. Käufer kann nur der bemittelte Besitzer, der Kapitalist sein, der sie zum Zweck der Ausnutzung kauft. Die Waare der menschlichen Arbeitskraft, wie jede andere Waare, wird gekauft, um sich gebrauchen, benutzen zu lassen. Und sie gerade hat die seltene Eigenschaft, mehr zu nützen als sie kostet, sie zeugt Produkte, und ihr Produkt theilt sich in Lohn oder Unterhalt für den Arbeiter und Profit, Reichthum, Kapital für den Machthaber, der heute nicht mehr Machthaber von Geburt, sondern vom Besitz ist.

Wir sehen also unsern Arbeiter im Vergleich zum Sklaven oder Leibeigenen wohl mit Freiheit beschenkt, aber nichtsdestoweniger in derselben Lage, für den einen Theil der Arbeit, den man ihm bezahlt, d. h. für seinen Unterhalt, den andern Theil, den Profit unentgeltlich abgeben zu müssen.

Die Freiheit des Herrn von seinem Arbeiter und des Arbeiters von seinem Herrn ist eine kategorische Bedingung der kapitalen Wirthschaft. Das Streben nach politischer Freiheit, nach Aufhebung der Privilegien, der zünftigen Beschränkung des Handels und der Gewerbe, nach Aufhebung des gesetzlichen Zinsfußes, nach Freizügigkeit, nach einem freien Vereins- und Versammlungsrecht sind alles Bedingungen für die klassische Entwickelung der Kapitalmacht, welche sämmtlich und gemeinschaftlich darauf ausgehen, die Arbeitskraft des Volkes in der unbeschränkten Vermehrung des Reichthums zu verwerthen. Kapital verwerthen heißt: den Theil des Produkts, welcher dem Arbeiter abgespart wird, zum Kapital schlagen.

Diese einfache allgemeine Grundlage der modernen Wirthschaft versteckt sich hinter eine Menge veralteter Wirthschaftsformen, welche unter der Herrschaft des Kapitals mit dem Tode ringen, aber schwer und langsam zum Sterben kommen können. Dazu gehört vornehmlich der Kleinbetrieb, die Wirthschaft der Handwerker und kleinen Bauern. Während in der großen Industrie die Arbeitsmittel des Kapitalisten einerseits und der Fleiß und die gezwungene Sparsamkeit seiner Arbeiter andrerseits den Reichthum zeugen, scheint es hier, als ob Fleiß und Sparsamkeit mit eigenen Arbeitsmitteln, durch spießbürgerliche Selbsthilfe die ökonomischen Güter erschaffe. In der That aber gehört diese Form der Arbeit wie gesagt nur an den Anfang der neuen Aera und ist heute die vermeintliche Selbstständigkeit unserer sogenannten Mittelstände nicht weit her. Ihr größter Theil, sowohl in der Industrie als in der Ackerwirthschaft ist, wenn auch noch nicht der Lohnarbeiter, so doch der Vasalle des Kapitals. Wenn sich diese Arbeit nicht direkt theilt in Unterhalt und Profit, so doch indirekt in einer sehr gründlichen Weise. Der große Kaufmann, dem der arbeitsame Handwerker verschuldet ist, und der Hypothekargläubiger, der dem Bauern den Daumen auf's Auge drückt, nehmen den Profit der Arbeit theilweise in Anspruch. Einen andern Theil zahlt die kleine Selbstständigkeit in der Form von direkten und indirekten Steuern, durch den Genuß von Salz, Kaffee, Branntwein, an Stempel, Polizeistrafen, Gerichtskosten u. s. w. dem kapitalistischen Inhaber der Staatsschuldscheine. Wiederum einen Theil schickt der Vielgeplagte in Geldbriefen an seinen Sohn, den Musketier N. N., der in der Uniform seines Regiments an einem einigen Deutschland arbeitet, wo ohne Zollplackereien, überall in gleichem Maß und Gewicht und in gleicher Münze, mit vollkommener Gewerbefreiheit die Produkte vertrieben werden sollen, welche das Volk unter der kapitalen Herrschaft erzeugt. Sie sehen, meine Herren, auch das Produkt des kleinen Bürger- und Bauernstandes wird gründlich getheilt, und vielfach so gründlich, daß jener Theil, der für den Unterhalt bestimmt ist, aufhört Unterhalt zu sein und zu einer peinlichen Lebensverlängerung herabsinkt. Soweit sind wir von der so viel besabelten Aufhebung aller Herr- und Knechtschaft entfernt: wer heut zu Tage sein eigener Herr und Knecht sein will, ist ein absoluter Knecht. „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brod verdienen“, heißt der Fluch, der auf dem alten Adam lastet. Und Niemand ist mehr Adam, ist mehr allgemeiner Sündenbock, als unser nomineller Eigenthümer, der sich wider den Zeitgeist vermißt, in phantastischer Unabhängigkeit mit unmodernen kleinen Arbeitsmitteln ein kultivirtes Dasein erwerben zu können. Will er menschlich leben, dann sind die Tage seiner Selbstständigkeit gezählt, und will er nach dem Rathe neuester Oekonomen Reichthümer durch bäuerische Sparsamkeit erwerben, will er seinen Kaffee aus gebranntem Korn bereiten, die Butter verkaufen und abgerahmten Käse zum Brod essen, sein Schwein zum Markte bringen und das Gemüse mit Oel fetten, in einer Lehmhütte ohne Dielen wohnen und ungewaschene Kleider tragen, so kann er mit solchen Mitteln den Untergang seiner traurigen Selbstständigkeit vielleicht verschieben, bis ein unberechneter Zufall, eine Krise oder Krankheit, eine Viehseuche oder Mißernte ihn expropriirt. Und wenn er so glücklich ist, sich auf Lebenszeit zu erhalten, wird die Vertheilung des väterlichen Erbes hindern, daß die Wirthschaft von Generation zu Generation fortgesetzt wird. Den Arbeitsmitteln von kleinem Werthe ergeht es wie den kleinen Weltkörpern, sie gravitiren*) zu größeren Massen. Seit dem Mittelalter hat sich die Geschichte von der christlichen Abstinenz**) los gemacht. Die moderne Menschheit sucht ihr Heil nicht ausschließlich im Geiste, sie ist nicht mehr Verächter des materiellen Genusses, sie hat gewaltige Bedürfnisse, die sich nur mit der großen Industrie befriedigen. Letztere bedarf zu ihren keuchenden Automaten der großen conzentrirten Werthe. Die Accumulation***) und Conzentration des Eigenthums ist eine Kulturnothwendigkeit, ein soziales Naturgesetz, vor dem der kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Besitz wie Spreu vor dem Winde zerstiebt. Der Kleinbetrieb von heute ist ein Anachronismus, ein überwundener Standpunkt, dessen letzte Ueberbleibsel von der geschichtlichen Entwickelung täglich zu Grabe getragen werden. Um die Güter mit erforderlicher Leichtigkeit zu erzeugen, müssen die Hebel größer sein. Wollen wir nicht auf die Errungenschaften der Kultur, so müssen unsere Mittelstände auf ihr kleines Eigenthum, auf ihre winzigen Arbeitsmittel verzichten und mit ihrer Arbeitskraft zur Fabrik gehen. Wenn es den Leuten auch leid thut, so ist doch ihrer und unserer Zukunft nicht anders zu helfen.

Ich muß, meine Herren, bei dem Widerspruch gegen die kleine Wirthschaft etwas länger verweilen, weil wir hier mit einem sehr allgemeinen Vorurtheil zu kämpfen haben, das auch die fortgeschrittenen Köpfe noch vielfach beherrscht. Der Fleiß und die Sparsamkeit des kleinen selbstständigen Wirthschafters hat sich um die bürgerliche Entwicklung und somit auch um die Kultur überhaupt seit Jahrhunderten verdient gemacht, so daß es uns schwer wird, seinen dermaligen augenscheinlichen Ruin ohne Mitleid anzusehen. Aber auch die Burgen und Klöster erfüllten einst eine kulturgeschichtliche Mission. Doch „ihre Dächer sind zerfallen und der Wind streicht durch die Hallen, Wolken ziehen drüber hin“. Der Mittelstand ist durch die Entdeckungen und Erfindungen der Wissenschaft, durch die Fortschritte der Industrie, durch die verbesserten Instrumente und Methoden der Arbeit von der lebendigen Geschichte zum Untergange verurtheilt. Daß sich der Einzelne dagegen wehrt, wollen wir ihm nicht verdenken — was da ist, liebt sich. Wenn man aber vom Standpunkt des Allgemeinen darauf hinwirken will, diese Wirthschaft der Vergangenheit zu stützen und zu conserviren, so kann solches Streben nur dem flüchtigen Mummenschanz gleichen, der die längst verrostete ritterliche Rüstung aufbewahrt, zuweilen blank putzt und damit drei lange Fastnachtstage der Welt den Kopf verdreht. Sehen wir mit nüchternem Verstande der Geschichte direkt in's Auge, so können wir unmöglich bedauern, daß die vielen kleinen zersplitterten Arbeitsmittel sich conzentriren, um gleichzeitig die Arbeit zu erleichtern und ihr Produkt zu vervielfältigen. Zu bedauern wäre vielleicht, daß nicht die Vernunft der Menschen, sondern die Vernunft der Thatsachen zu dieser Entwicklung treibt. Doch genug, der Trieb ist da, die Arbeitsmittel der kleinen Bürger und Bauern wollen zu Kapital werden, d. h. zu Arbeitsmitteln, welche sich durch Andermanns Arbeit „fortschrittsmäßig“ vermehren.

Wir sehen also, daß die kleine selbstständige Plackerei scheinbar nur eine selbstständige Arbeit ist, d. h. scheinbar nur eine Arbeit, welche ihrem Arbeiter das ganze Produkt, Unterhalt und Profit ungetheilt überläßt. Wir sehen die Arbeit des kleinen Eigenthümers entwerthet durch die ergiebigere kapitalistische Arbeit. Sein Arbeitsmittel hat aufgehört, ein lohnendes Arbeitsmittel zu sein. Entweder muß er sich mit einem Unterhalt begnügen, der heutzutage kein Unterhalt mehr ist, oder er muß sein Instrument, sein Eigenthum vor wie nach an den Kapitalisten, den modernen Wirthschafter, abtreten. Dann erst wird seine Arbeit lohnend, d. h. er wird Lohnarbeiter und erhält den Unterhalt und sein Brodherr den überschüssigen Profit.

Wenn die Nothwendigkeit des wirthschaftlichen Unterganges unserer Mittelklasse von Einzelnen meiner verehrten Zuhörer bestritten wird, weil hin und wieder noch ein Gewerbe im Kleinbetrieb prosperirt (blüht), oder weil es hin und wieder noch Jemanden gelingt, sich aus kleinem Anfang zum vollwichtigen Produzenten hinaufzuarbeiten, so wird damit doch das soziale Gesetz nicht triftiger widerlegt, als wenn man den Untergang von Burg und Kloster darum bestreiten wollte, weil Herr v. Bethmann-Hollweg ein Schlößchen am Rhein erbaute, oder weil die klösterliche Zucht sich noch neuerdings an der Barbara Ulbryk bestätigte. Wie das Gesetz der Naturwissenschaft hinter mannigfaltige äußere Erscheinungen, so versteckt sich das Gesetz der sozialen Entwicklung hinter die Ueberbleibsel der Vergangenheit. Die Erkenntniß ist jedoch nur dann Erkenntniß, wenn sie versteht, die Wahrheit hinter dem Schein hervorzuholen. Es liegt unumgänglich in der Natur der Dinge, daß der Mensch seine Arbeitskraft nicht verschwenden will. Die Vernunft ersinnt ihm die Mittel, sie produktiv zu machen, mit wenig Zeit und Mühe viel zu thun. Noch mehr als der persönliche Verstand treibt das allgemeine Interesse instinktiv dazu, Instrumente und Kräfte zu vereinigen, um den Effekt der Wirkung zu erhöhen. Die Zusammengehörigkeit, die Einheit aller Menschen ist eine Thatsache, welche sie wider das persönliche Sonderinteresse dazu treibt, die Zwecke der Gattung zu verfolgen. Daraus erklärt sich der rothe Faden stetiger Entwicklung, der sich durch die Geschichte durchzieht. Ohne Wissen, ohne vorbedachten Willen

*) Sie fliegen (nach dem Gesetz der Schwere)
**) Enthaltsamkeit, Entsagung.
***) Aufhaufung.

Aus dem Schornsteinfegerleben.

(Fortsetzung.)

Wie war es aber mit unserm Aufenthaltsort, unserm Logis? Nun das war ein Zimmer, worin wir unserer sechs uns aufhielten und wo die Gesellen mit dem ältesten Lehrling zusammenschliefen; von Reinlichkeit konnte nicht viel die Rede sein, dafür hatten wir, wenn wir uns müde gearbeitet hatten, selbst zu sorgen. Wie es da aussehen konnte, kann sich Jeder denken, wie konnten wir da unsere Kleider und sonstige Gegenstände noch sauber halten?

Wir übrigen drei Lehrlinge mußten auf dem Boden in einem Bette zusammen schlafen, wobei man im Sommer vor Hitze und Ungeziefer nicht schlafen konnte, und ich erinnere mich, daß ich nur gar zu oft bei der Arbeit so müde war, daß ich im Gehen schlief, weil ich des Nachts aus angeregten Gründen nicht hatte schlafen können, und daß ich dafür den Titel „fauler, schläfriger Lümmel“ erntete.

Im Winter aber hatte ich mich ziemlich stark erkältet, denn Wind und Schnee pfiffen oft durch die Ziegel, und das Bett war denn doch für drei Mann zu enge; ich wurde völlig heiser, kam Brustschmerzen und konnte vor lauter Husten fast kein Wort reden, auch natürlich die Nacht vor Husten nicht schlafen.

Endlich ließ mich der alte Herr einmal zu sich kommen; er hatte erfahren, wie es um mich stand, und nach diesem Zwiegespräch erhielt ich eine wollene Decke. Welche Wohlthat! Ich war aber an noch gar nichts gewöhnt, ich mußte also erst Alles gewöhnt werde.

Mit der Arbeit stand es so: es wurde viel verlangt und auch gethan, oftmals über Gebühr verlangt und gethan, natürlich wie? das war Nebensache. Ein Lehrgeselle, auch ein Meisterssohn, der noch nicht lange bei uns war und mit mir zusammen, mit einem ellenlangen Arbeitszettel versehen, in die Vorstadt geschickt wurde, war ganz entrüstet und sagte: „Bei meinem Alten ist das Arbeit auf acht Tage!“ Wir sollten es aber in einem Nachmittag machen.

Mit dem Verdienst hingegen stand es recht schlecht: der Geselle bekam 20 Silbergroschen pro Woche und ich habe mir in meiner ganzen Lehrzeit 15 Thaler erspart — — das ist doch gewiß viel!

Wie stand es denn aber mit dem Verdienst des Meisters, der zum Zeitvertreib, oder auch im vollen Bewußtsein seiner Unfehlbarkeit, seiner unübertrefflichen Kenntniß vom Geschäft und seiner Autorität, wenn nicht immer, doch möglichst oft auf der Arbeit erscheinen müßte, um nach dem Rechten zu sehen, — wie stand es mit dessen Verdienst?

Die Taxe für einen einstöckigen Schornstein in M. beträgt 2½ Silbergroschen und jeder weitere Stock kostet noch 1 Sgr. 3 Pfg., also eine ziemlich gute Bezahlung, mit der ein Mann, gleichviel ob Gesell oder Lehrling (denn Letzterer steht bei unserm Beruf Ersterem fast gar nicht nach), wenigstens 3—4 Thaler täglich verdienen kann. Auf Grund dessen kann ich mit gutem Gewissen sagen, daß mein Lehrmeister eine Einnahme von 5 bis 6000 Thlrn. jährlich hatte. Wenn man da eine Ausgabe von 3000 Thlrn. veranschlagt (— dies ist aber sicher eher zu hoch als zu niedrig gegriffen und konnten dabei Kost, Logis und Kleidung für die Leute weit besser bestellt werden —), so bleibt immer noch ein Reingewinn von 2—3000 Thlr., ein artiges Sümmchen!

Nebenbei will ich nur ein Paar Beispiele für die möglichst geringen Ausgabenansätze des Meisters anführen. Der Kaffee, der später für uns sechs Mann gebraut wurde, enthielt den starken Kaffeegehalt von ½ Loth — gewiß stark genug —, und der Lohn der Gesellen konnte wenigstens dreimal so groß sein, und trotzdem wäre dem Herrn Meister und Familie noch kein Härchen von ihrer guten Lebenshaltung abgegangen; natürlich, Kartenspiel, feine Weine ꝛc. kosten auch viel Geld.

(Schluß folgt.)

— Belustigungen eines orientalischen Potentaten. Unter dieser Ueberschrift melden die Zeitungen von einer besonderen Liebhaberei des Königs von Birma. Derselbe hat 24 neue Kanonen auf den Schanzen seiner Hauptstadt Mandalay aufgepflanzt. Eine dieser Kanonen ist aus der renommirten Massenmordinstrumenten-Fabrik des Arbeiterfreundes Krupp in Essen. Seine orientalische Majestät, welche auf den Besitz dieser Kanone natürlicher Weise sehr stolz ist, beschloß nun dieselbe höchsteigenhändig zu probiren — als Zielscheibe galten ihm natürliche, keine ausgestopften Menschen. So schoß der Herr „der sieben Regenschirme“ unter Anderm nach einem mit Reis befrachteten Kahn sammt Kahnführer, welche in den Tiefen des Irrawaddy versanken. Dann mußte eins der nächsten Dörfer herhalten. Nach einigen unwirksamen Schüssen wurde man gewahr, daß das Dorf in Flammen stehe. Die Einwohner rannten wie toll umher, und zwar in so komischer Weise (Ausdruck der Zeitungen), daß der König herzlich lachte. Schließlich wurde auch noch auf die Zuschauer geschossen, bei welchem Experiment allein an 20 Männer, Frauen und Kinder todt oder verwundet auf dem Platze blieben.

Die Zeitungen, welche diese Nachricht mittheilen, enthalten sich jedweder Kritik über das Faktum. Sie begnügen sich damit, dasselbe in launiger Weise zu besprechen — natürlich, der König von Birma ist ja auch von Gottes Gnaden. Wir fügen nur noch hinzu, daß Seine Majestät keinerlei Ansprüche auf die Priorität dieser Erfindung — Schießen auf ungepanzerte Unterthanen — erheben darf, da wir uns entsinnen, gelesen zu haben, daß Aehnliches schon früher in europäischen Staaten (heutigen Kulturstaaten) geschehen ist. Hiermit ist zugleich die Wahrscheinlichkeit ausgesprochen, daß auch das Königreich Birma mit der Zeit in die Reihe der Kulturstaaten treten und daß seine Hauptstadt Mandalay eine Weltstadt wird.

Weihe der Kunst.

Steige herauf in leuchtender Klarheit,
Schöne herrliche Weihe der Kunst,
Dienend der Freiheit allein und der Wahrheit,
Nicht dem gleißenden Scheine und Dunst;
Was sich heraufringt vom Grunde der Seelen,
Horcht nicht der Herrschenden trotz'gen Befehlen.

Himmelwärts streben die freien Gedanken,
Was sich den niederen Trieben entrafft,
Stolz überwindet es tausend Schranken,
Die Größen des Staubes dem Geiste geschafft;
Vor des Geistes mächt'gen Gestalten
Weichen des Unsinns dunkle Gewalten.

Diene dem ringenden, strebenden Volke,
Scheuche mit blitzendem, trotzigem Schein
Menschenvergötternde schaurige Wolke,
Leucht' in die Seelen des Volkes hinein —
Und die alten, die trügenden Götzen
Liegen in Stücken, fliegen in Fetzen.

Arm ist das Volk an Geld und an Gütern,
Zahlen kann's nimmer für seine Gunst,
Doch es lohnet in freien Gemüthern
Edleres Gold noch der edelen Kunst;
Wollt, Künstler, ihr diesen Lohn davon tragen,
Müßt ihr selbstsüchtigem Thun euch entschlagen.

Wilh. Martin.

schaffen sich die Bedingungen des herannahenden ewigen Friedens, der allgemeinen Eintracht, der großen menschlichen Genossenschaft. Weil die Mittel genossenschaftlich arbeiten, weil sie produktiver sein wollen, erschuf unser Gattungsinstinkt den Kampf der freien Concurrenz. Sie verwandelt den Schlendrian der alten, faulen Arbeit in die moderne, produktive Arbeit des Kapitals. Die freie Concurrenz erschafft das Kapital, indem sie den Kleinbürger expropriirt, die Mittel also in wenigen Händen conzentrirt und zugleich und mit Einem Schlage den bemittelten Kleinbürger in einen mittellosen Lohnarbeiter umwandelt. Ist dann das Kapital, das moderne Arbeitsmittel, auf der Weltbühne erschienen, so ist damit auch gleichzeitig das menschliche Zubehör, die käufliche Arbeitskraft am Markte.

Kapitalist und Lohnarbeiter sind die Faktoren der jetzigen Arbeit, welche das Produkt derselben in Unterhalt und Profit theilen und so lange forttheilen, bis sich die kapitalistische Form der Arbeit in die sozialdemokratische verwandelt.

Dietzgen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Liberaler Katzenjammer. Im einem Artikel über den „Reichsglocken"-Skandal sagt die „Süddeutsche Presse" — und das Gros der nationalliberalen Blätter druckt es nach —, man dürfe Herrn Gehlsen der Centrumspartei nicht „an die Rockschöße hängen". Statt einander Vorwürfe zu machen, sollte man die Wahlen allseitig dazu benutzen, sich von den unreinen Elementen zu befreien. Es sei an der Zeit, die „Verläumder-Aera", welche der „Gründer-Aera" gefolgt, abzuschließen. „Jetzt könnte man wohl beide „Aeren", beide Ausschweifungen gegen einander begleichen und über diese gesammte trübselige Geschichte einen Strich machen. Gesündigt worden ist hüben und drüben, und, wenn Fürst Bismarck auf die Beschuldigung von seiner „Betheiligung" an Gründergeschäften mit souveräner Verachtung herabsehen kann (?): den Vorwurf, einem auf Erfolge so neidischen (!?) Volke wie dem deutschen gegenüber in der von ihm befürworteten Adelsstandserhebung des Bankiers Bleichröder und Anderer den „bösen Schein" nicht genug gemieden zu haben, kann er vielleicht nicht ganz ablehnen. Die Parteien des Reichstags als solche zählen sämmtlich Mitglieder, auf die sie nicht stolz sein dürfen. Eine Reinigung in dieser Beziehung thut allen noth." — Und so weiter. Die Beichte mag dem nationalliberalen Biedermann hart angekommen sein. Der Passus betr. den Fürsten Bismarck zeigt, welch' peinlichen Eindruck die ungewohnte Taktik der „souveränen Verachtung" so schwerwiegender Anklage gegenüber auf die Freunde und Bewunderer des seinem eigenen Zeugniß nach „dünnfelligen" Staatsmanns hervorgebracht hat. Was die gewünschte „Begleichung" der schmutzigen Geschichten und Personen angeht, so wird dieselbe so wohl zu Stande kommen; wir wollen jedoch dafür sorgen, daß das Volk über die „Begleicher" und die „Beglichenen" auf dem Laufenden erhalten wird und zu passender Zeit Gerechtigkeit üben kann.

— Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hat in der letzten Soiré bei dem Fürsten Bismarck derselbe über die Schließung des Reichstages mit besonderer Berücksichtigung des Ausganges der Berathungen der Justizgesetze sich folgendermaßen geäußert: Sollten die Justizgesetze nicht zu Stande kommen, so würde der Reichstag durch Verlesung der kaiserlichen Schließungsordre geschlossen; dagegen werde beim Zustandekommen der Justizgesetze der Kaiser mit einer Thronrede den Reichstag schließen. — Ob Fürst Bismarck einen solchen Druck auf die Gemüther der Liberalen für nöthig erachtete? Wir glauben, die Pression war bei den widerstandslosen Herren überflüssig. Ueber die Art und Weise der Pression aber enthalten wir uns aus naheliegenden Gründen jedes Wortes.

— Der „Gewerkverein", das Organ des Herrn Max Hirsch, schrieb unterm 8. Dezember dieses Jahres:

„Wir wollen hier nur die Gelegenheit wahrnehmen, um unseren Lesern eine sozialdemokratische Geschichte zu erzählen, die sich vor gar nicht langer Zeit abgespielt hat und uns von dem armen Helden derselben selbst erzählt worden ist: Längere Zeit zeichnete ein gewisser Becker als verantwortlicher Redakteur des inzwischen eingegangenen „Neuen Social-Demokrat". Der Mann mußte für alles Das aufkommen, was Hasselmann als wirklicher Redakteur geschrieben hatte, denn Becker war nur vorgeschoben, so zu sagen Strohmann. Bei der Schreibweise Hasselmann's à la Marat konnte es nicht ausbleiben, daß Becker als verantwortlicher Redakteur bald eine anständige Anzahl Preßprozesse auf dem Halse hatte und mit Plötzensee Bekanntschaft machte. Hasselmann saß indessen im Trocknen und lachte sich in's Fäustchen. Ein Jahr etwa hatte Becker in Gefangenschaft geschmachtet, als er der Freiheit wiedergegeben wurde. Erst suchte er sich eine Stelle als Stuhlarbeiter, da er von Profession Weber ist, aber überall fand er verschlossene Thüren; in größter Noth wandte er sich an Hasselmann und Consorten um Arbeit. Man lachte ihm in's Gesicht. Er wollte in der Druckerei, gleichviel als was, arbeiten, nur um das Leben zu fristen — er bekam keine Arbeit. In dieser bemitleidenswerthen Lage traf uns der Mann und erzählte uns diese seine Leidensgeschichte. Er konnte nicht genug seine Thorheit bereuen, für solche Leute die Kastanien aus dem Feuer geholt zu haben."

Unser Berliner Parteiorgan theilt nun mit, daß Herr Becker, von dem im vorstehenden Bericht in ehrverletzender Weise die Rede ist, persönlich die unten folgende Berichtigung zur Redaktion des „Gewerkvereins" getragen hat. Er verlangte daselbst sehr höflich, aber trotzdem energisch, die Aufnahme einer Berichtigung in Nr. 50 oder 51 des „Gewerkvereins". Diese Aufnahme wurde jedoch entschieden verweigert. Herr Becker ging wiederholt hin, die Aufnahme seiner Berichtigung in den „Gewerkverein" zu fordern, wurde jedoch immer wieder abgewiesen. Wir lassen nunmehr die Berichtigung hier folgen:

An die Redaktion des Gewerkvereins!

Unterzeichneter ersucht die Redaktion auf Grund des Preßgesetzes folgende Berichtigung in ihrem Blatte aufzunehmen. Die Behauptungen in Nr. 49 vom 8. Dezember des Gewerkvereins, soweit sie die Person des Unterzeichneten betreffen, beruhen auf Unwahrheit. Es ist zunächst nicht wahr, daß ich einem Redaktionsmitgliede des „Gewerkvereins" irgend welche Mittheilung über mein früheres Verhältniß zum „Neuen Social-Demokrat" gemacht habe. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender: Ich erzählte dem Buchdruckereibesitzer Ihring, bei dem jahrelang der „Neue Social-Demokrat" gedruckt wurde und mit dem ich befreundet war, in der Expedition des „Neuen Berliner Tageblatt", in der Dresdenerstraße 66, daß ich, nachdem ich wegen einer von mir in Bergbrück bei Rüdersdorf gehaltenen Rede neun Monate Gefängniß verbüßt, zur Zeit beschäftigungslos sei, und knüpfte an diese Bemerkung gleichzeitig die Frage, ob er, Ihring, keine Beschäftigung für mich habe. Ihring bedauerte, mich augenblicklich nicht beschäftigen zu können, verwies mich hingegen in scherzhafter Weise an die Adresse des Herrn Hasselmann. Hierauf bemerkte ich allerdings, daß in der Redaktion des „Neuen Social-Demokrat" zur Zeit keine Stelle offen gewesen sei. Dieses Verhältniß war aber ein durchaus natürliches und ist es mir gar nicht eingefallen, der sozialdemokratischen Partei aus meiner zeitweisen Beschäftigungslosigkeit einen Vorwurf zu machen, noch viel weniger zu erzählen, man hätte mir, nachdem ich mich nach verbüßter Haft wieder eingestellt, in's Gesicht gelacht. Herr Polke, Redakteur des Gewerkvereins, befand sich während jenes Gesprächs mit Ihring im Hintergrunde der Expedition des „Neuen Berliner Tageblattes". Was derselbe also jetzt in den „Gewerkverein" schreibt, hat er sich erlauscht, erschlichen und bringt es nun in tendenziös arg entstellter Form an die Oeffentlichkeit, nur zu dem Zwecke, um die ihm entgegenstehende Partei in Mißkredit zu bringen. Es ist zweitens unwahr, daß ich jemals in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur des „Neuen Social-Demokrat" zu Gefängnißstrafe verurtheilt worden bin, wodurch also die Behauptung, ich hätte für Hasselmann in Plötzensee, er hingegen als Urheber zahlreicher Preßprozesse indessen im Trockenen gesessen und sich in's Fäustchen gelacht, ebenfalls als unwahr erwiesen. Ferner ist der „Gewerkverein" so grob und unverschämt am Schlusse seines Artikes zu sagen: „Er, der Unterzeichnete, konnte nicht genug seine Thorheit bereuen, für solche Leute die Kastanien aus dem Feuer zu holen." — Ueber diesen Passus ersuche ich den Gewerkverein, sich keiner Täuschung hinzugeben, denn ich heiße weder Küster, noch bin ich ein Gesinnungslump wie andere Leute — Die unverkürzte Aufnahme vorstehender Berichtigung erwartend, zeichnet C. Becker,

früherer Redakteur des „Neuen Social-Demokrat."

An
die Redaktion des „Gewerk-Vereins"
hier, Roßstraße Nr. 8.

Nach vorstehender Berichtigung wird sich jeder Unbefangene ein richtiges Bild von der „Ehrenhaftigkeit" des „Gewerkvereins" und seiner Redakteure machen können. Herr Becker wird sein Recht weiter verfolgen. Das sind die Waffen, mit denen Leute, welche vorgeben, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, Arbeiter und Arbeiterbestrebungen bekämpfen. Pfui!

— Ein conservativer Rittergutsbesitzer in Mecklenburg ließ vor einigen Monaten seine Schweine lebend auf Trichinen untersuchen und verkaufte die trichinös befundenen an einen Schlächter nach Hamburg. Diese elende Handlung, durch welche Hunderte von Menschenleben gefährdet wurden, und der möglicherweise auch Menschenleben zum Opfer gefallen sind, da man nachher nicht alles Fleisch von diesen Thieren auffinden konnte, wurde ruchbar und der Herr Rittergutsbesitzer wurde mit zwei Monaten Gefängniß bestraft. — Zwei Monate nur für ein von den niedrigsten menschlichen Leidenschaften eingegebenes Verbrechen! Da versteht man es doch mit den Sozialdemokraten ganz anders umzugehen.

— Von Brüssel erläßt der Communard Chauvière folgenden

Protest:

„Durch einen Ministerial-Erlaß von 1874 hat Versailles erklärt, daß keine anderen Gefangenen der „Gnade" theilhaftig werden sollten, als die darum einkämen. Nun bin ich weder um Gnade eingekommen, noch habe ich Jemand beauftragt, dies in meinem Namen zu thun, nichtsdestoweniger hat mir der Präsident der sogenannten französischen Republik auf fünf Jahre Gefängniß einen Monat erlassen. Ich erkläre das für eine jesuitische Verfahrungsart, die Opfer einer entsetzlichen Verfolgung noch mehr zu treffen.

Brüssel, den 5. December 1876.

Ein Communard,
Emanuel Chauvière.

Auf fünf Jahre also einen Monat! Ein lächerlicher Gnadenact.

— Eine Trauernachricht kommt unterm 19. dss. aus London: In Folge einer bei Newport (Monmouthshire) stattgehabten Kohlengruben Explosion sind viele Menschen um's Leben gekommen: die Zahl der bisher aufgefundenen Todten beträgt 17; noch mehr Personen sind erheblich beschädigt. — Neuer Beitrag zum Arbeiterrisiko.

— Aus Rustschuk wird telegraphirt: Zwischen Rußland und Rumänien werde ein Vertrag geschlossen wegen Versenkung von Torpedos in die Donau. Die Torpedos seien bereits angelangt und werden von Galatz bis Rustschuk versenkt. Das ist — falls es sich bestätigt — eine Verletzung des Pariser Vertrages. Aber was kümmert sich Rußland um Verträge. Es bringt seine Cultur nach Constantinopel, auch wenn bei den traurigen Verhältnissen, welche in Deutschland und Oesterreich herrschen, durch die Sperrung der Donau der deutsche und österreichische Handel noch schwerer geschädigt wird. Was sagt Bismarck zu diesem neuesten Streiche seines Erbfreundes?

— Parteigenosse Raabe in Essen wurde am 11 ds. Mts. verhaftet und zu 4 Wochen verurtheilt, zu deren Verbüßung er in das dortige Kreisgericht abgeführt wurde.

— Laut Requisition des Leipziger Gerichtsamts bin ich genöthigt, Morgen, den 20. December, meine mir zudictirte vierwöchentliche Gefängnißstrafe hier anzutreten, welches ich hierdurch mittheile und alle Parteigenossen bitte, hiervon Kenntniß zu nehmen.

Coburg, den 19. December 1876.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Julius Hermann, Schneider.

Correspondenzen.

Hamburg, 3. Dezember. Der letzte Donnerstag brachte uns den bereits signalisirten Vortrag des Herrn Geib über: Das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei. Das große Interesse, das sich an diesen Vortrag knüpfte, der ja als Antwort auf einen früher gehaltenen Vortrag des Herrn Dr. Lindwurm allgemein und mit Recht aufgefaßt wurde, bekundete sich am besten durch den ungemein starken Besuch, in Folge dessen Viele wieder umzukehren gezwungen waren, da die Räumlichkeiten schon vor Eröffnung der Versammlung bis auf den letzten Mann gefüllt waren. Herr Geib begann seinen Vortrag nach kurzer Einleitung damit, daß er das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei verlas und daran ungefähr folgenden Gedankengang knüpfte: Die sozialistische Partei gehe aus von dem durch die Wissenschaft festgestellten Satze, daß die Arbeit die Quelle alles Reichthums und aller Cultur ist und daß nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist. Nun sehe man aber in der heutigen Gesellschaft das gerade Gegentheil sich vollziehen. Die durch die Arbeit erzeugten Reichthümer befinden sich, anstatt im Besitz ihrer Erzeuger, in Händen, welche an der Erzeugung der Gesellschaftswerthe fast keinen oder doch nur einen sehr untergeordneten Antheil nahmen. Die Ursache, warum dies so sei, sei die heutige kapitalistische Produktionsweise, das Lohnsystem. In dem Monopol auf die Arbeitsmittel seitens der Kapitalistenklasse liegt die Ursache für all das Elend und all den Jammer, welcher die Arbeiterklasse trifft. Das Streben der Sozialisten ist deshalb darauf gerichtet, dieses Monopol zu beseitigen und das Kapital, d. h. die Frucht der Arbeit, seinem Erzeuger, dem Arbeiter, zuzuführen. Um dies zu erreichen, streben die Sozialisten die genossenschaftliche Arbeit an Stelle der heutigen Privatwirthschaft an. Die Arbeitsmittel also, Fabriken, Maschinen, Grund und Boden, die Verkehrswege, Rohstoffe ꝛc. sollen Eigenthum des Staates oder der Gemeinde werden und solches verbleiben. Auf diese Weise lasse sich eine viel gerechtere Vertheilung des Arbeitsertrages nicht nur herbeiführen, sondern die Produktion selbst ungemein steigern. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit aber bringe selbstfolgend eine Steigerung der gesellschaftlichen Genußmittel und damit eine höhere Form des Glückes für die Menschheit mit sich. Der Collektivbesitz der Arbeitsmittel für die Gesellschaft, das sei also Ziel und Streben der Sozialdemokratie. Wenn aber auch die Arbeitsmittel Gemeingut sind, so schließe das nicht aus, daß der einzelne Mensch Besitz an Genußmitteln habe; letztere sollen auch in Zukunft Privateigenthum sein und dem Einzelnen das freie Verfügungsrecht darüber zusteben. Hierdurch sei die Möglichkeit für die individuelle Selbständigkeit im sozialen Staate gegeben. Die aus der Arbeit resultirenden Genußmittel gehen in das Privateigenthum des Arbeiters über und seine Sache ist es, wie und auf welche Weise er dieselben verwenden wolle. Nur ein Weg ist ihm abgeschnitten und das ist der Versuch, seine Genußmittel als Kapital zu verwerthen, indem er mit denselben fremde Arbeitskraft zu kaufen und dieselbe gewinnbringend für sich zu verwerthen sucht. Es wird sich im sozialen Staat Niemand finden, der geneigt wäre, seine Arbeitskraft an einen Privaten zu verkaufen, da jedes Mitglied einer Genossenschaft seine Arbeitskraft nur dieser zur Verfügung stellen wird. Der Einwurf der Gegner, daß Kunst und Wissenschaft in einem sozialistischen Staatswesen nicht gedeihen können, sei hinfällig. Durch die allgemein gesteigerte Volksbildung und gesteigerten Wohlstand werde sich das Bedürfniß nach Kunstgenüssen und wissenschaftlichem Forschen ungemein heben. Kunst und Wissenschaft, befreit von dem Banne, mit welchem sie der heute allmächtige Kapitalismus belege, werden aufhören, Monopole einer eng begrenzten Klasse zu sein und Gemeingut des Volkes werden. Durch die allgemeine Lehr- und Lernfreiheit werden die heute gebundenen und erdrückten Genies befreit und der Menschheit zum Segen und Heile wirken. Wie der Kapitalismus heute die Lohnarbeit ausbeute, so mache er es auch mit dem Genie, demselben werden die Flügel gestutzt und gebe es sich nicht dazu her, dem Kapital Lohndienste zu verrichten, so werde es verlassen und verfolgt und sicherer Untergang sei sein Loos. Der beste Beweis, daß die kapitalistische Wirthschaftsform durchaus nicht dazu angethan sei, das wirkliche Genie zu fördern und dasselbe an's Tageslicht zu bringen, sei die Thatsache, daß die amerikanischen Freistaaten seit ihrem Bestehen noch keinen einzigen wirklich bedeutenden und epochemachenden Künstler oder Wissenschaftler hervorgebracht haben.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Es soll zwar nicht behauptet werden, daß nicht auch Angehörige der Kapitalistenklasse sich dem Befreiungswerk der Arbeiter anschließen und für dasselbe thätig sein können, aber als Klasse sei nur von den Arbeitern zu erwarten, daß dieselben ihre Geschicke selbst lenken und zum Ziele führen werden. Helfend und die Wege weisend wird den Arbeitern die Wissenschaft zur Seite stehen, wie sie bis jetzt es schon gewesen, welche mit der Fackel des Lichts und der Aufklärung den Arbeitern die Bahnen gewiesen hat.

Die Sozialdemokratie habe aber nicht blos in ihrem Programm Punkte aufgestellt, welche sich mit der Regelung der zukünftigen Gesellschaftsverhältnisse befassen, sondern dasselbe enthalte auch eine Reihe von politischen Forderungen, welche auf die Errichtung eines demokratischen Staatswesens hinzielen und zum Theil von der alten demokratischen Partei entlehnt sind, außerdem aber Forderungen sozialer Natur, deren Durchführung schon vom heutigen Staat verlangt wird und verlangt werden kann. Redner kommt nun auf diese Forderungen des Näheren zu sprechen.

Eine durchaus falsche und zu bekämpfende Ansicht sei es, wenn man glaube, der Arbeiterstand möchte noch viel tiefer sinken, als dies schon der Fall sei, denn erst die äußerste Grenze des Elends werde ihn zur Einsicht und zum Handeln für sein eigenes Wohl bringen. Je tiefer ein Mensch gesunken und je mehr er körperlich und geistig entkräftet, desto schwerer hält es, ihn aus seinem Elend zu heben und zu einem glücklichen Menschen zu machen, ja, wenn eine gewisse Grenze des Elends überschritten, dann verliere der Mensch überhaupt die Kraft, sich wieder zu erholen und er müsse rettungslos zu Grunde gehen. Was aber bei den einzelnen Menschen zutreffe, passe auch auf ganze Gesellschaftsklassen. (Schluß f.)

Königsberg i. Pr., 17. Dezember. Das hiesige Reichstagswahlcomité der vereinigten Demokraten und Sozialdemokraten veröffentlicht im „Königsberger Communalblatt" und in der „Hartung'schen Zeitung" folgende Erklärung:

„Nachdem das „Königsberger Communalblatt" eine Reihe von Artikeln in die Welt geschickt hat, die sich durch unerhörte Verdrehungen der Vorträge des Herrn Bebel, wie durch Beschimpfung seiner Person und der Sache auszeichnen, richten wir an alle ehrenhaften Gegner, welche den Bebel'schen Vorträgen nicht haben beiwohnen können, das Ersuchen, die von Herrn Bebel verfaßte Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage von 1874 bis 1876", auf Grund deren er seine Vorträge hier hielt und welcher die vorgetragenen Zahlen und Thatsachen in der Hauptsache entnommen sind, zu lesen. Die Broschüre ist zu beziehen von der Expedition des "Vorwärts"."

Zum letztvergangenen Mittwoch hatten die hiesigen Gewerkvereinler eine öffentliche Versammlung anberaumt, in welcher Herr Andreack aus Berlin sprach, um für die Fortschrittspartei zu agitiren, was die Herren Dr. med. Möller und Bankier Samter schon zehn Tage früher in der damals stattfindenden Verbandsversammlung der hiesigen Ortsvereine zu thun versucht hatten. — In jener Mittwochs-Versammlung suchten die hiesigen Sozialdemokraten die Fortschrittler wieder einmal in ihrem eigenen Lager auf und behaupteten trotz aller Phrasen des Herrn Andreack und trotz aller Grobheiten des Dr. med. Möller siegreich das Feld. Die Versammlung schloß mit einem von der sehr überwiegenden Majorität ausgebrachten „Hoch" auf August Bebel! Den Sozialdemokraten Max Herbig und Carl Grigatis gebührt der Lorbeer dieses denkwürdigen Abends.

Gelsenkirchen, 10. December. Gestern tagte in der „Flora“ eine von nahezu 1000 Menschen besuchte Versammlung, in welcher der für den Kreis Bochum aufgestellte Arbeiter-Candidat Herr Julius Kuhl aus Duisburg referirte. Derselbe beleuchtete in kurzen aber kräftigen Worten das Thun und Treiben der „Liberalen“. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden, und verpflichtet sich mit allen gesetzlichen Mitteln für die Wahl des Herrn Jul. Kuhl einzutreten“. Selbst von gegnerischer Seite wurde nach der Versammlung bemerkt, daß die Ausführungen des Herrn Redners „eigentlich“ gar nicht widerlegt werden könnten, und können wir mit dem Resultat der Versammlung wohl zufrieden sein.

Eßlingen (5. Württembergischer Wahlkreis), 13. December. Unser Reichstagscandidat Herr Motteler aus Leipzig hielt den 11. December im Schwanensaale in einer der größten Versammlung, die wir seit langer Zeit hier hatten, vor Freund und Feind seine Candidatenrede. Nach einer Pause von einigen Minuten wurden die Gegner, die speziell eingeladen waren, aufgefordert, sich an der Debatte zu betheiligen, dieselben zogen jedoch vor, zu schweigen. Der Erfolg war ein so durchschlagender, daß Motteler in hiesiger Stadt für eine glänzende Mehrheit unbesorgt sein darf; hat derselbe Zeit, die andern Oberämter nur halbwegs mitbearbeiten zu können, so wird der Wahltag beweisen, daß wir, trotzdem es uns Verhältnisse halber in letzter Zeit nicht möglich war, im „Vorwärts“ öftere Kundgebungen zu erlassen, hier im Süden die Parteigrundsätze nicht vernachlässigen und jederzeit unsere Schuldigkeit gethan haben und thun.

Leipzig. Wie uns mitgetheilt, veranstaltet am dritten Feiertag, Mittwoch, den 27. Dezember, der Club Morgenroth im Saale des Hrn. Jakobi in der Rosenthalgasse eine Abendunterhaltung, verbunden mit Tanz, zum Besten des hiesigen Wahlfonds, worauf wir die Partei- und Gesinnungsgenossen hiermit aufmerksam machen wollen.

Leipzig. Viele Leser des „Vorwärts“ werden sich erinnern, daß man hier beabsichtigte, ein allgemeines Verkehrslokal und Herberge, auf Grund einer Genossenschaft der vereinigten Gewerkschaften, in's Leben zu rufen. Doch die augenblicklichen traurigen Verhältnisse zwangen uns, hiervon abzusehen, sodaß wir genöthigt waren, mit einem geeigneten Wirthe in Verbindung zu treten, um auf diese Weise unsern Zweck zu erreichen. Dies ist uns nun auch gelungen und machen wir die Genossen darauf aufmerksam, daß mit dem 1. Januar 1877 der Centralverkehr und Herberge zum „Thüringer Hof“ in der Burgstraße eröffnet wird. W.

Leipzig. (Allgemeiner Böttcher- (Küper-) Verein.) In der am Sonntag stattgefundenen Versammlung der Böttcher wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen des Vorstands des Allgemeinen Böttcher- (Küper-) Vereins einverstanden und verspricht denselben mit ganzer Kraft zu unterstützen“. Als Delegirter wurde gewählt Friedrich Wehnert.

J. A.: H. Winter.

An die Parteigenossen des 10. hannoverscher Wahlkreises.

Wir schlagen Euch hierdurch den

Kaufmann **W. Bracke** aus Braunschweig

zum Reichstags-Candidaten vor, welcher auch bereits von den freisinnigen Theile der hiesigen Bevölkerung acceptirt wurde.

Wir fordern nun alle Diejenigen, welche für die Candidatur des Herrn Bracke durch Verbreitung von Flugblättern, Stimmzetteln, Anmeldung von Versammlungen, wirken wollen, auf, umgehend ihre Adressen an den Unterzeichneten einzusenden, namentlich aber werden die Parteigenossen in Alfeld ersucht, schleunigst eine bestimmte Adressen zu schicken.

Hildesheim, den 20. December 1876.

J. Oyen, Michaelisstraße 1637.

An alle Böttcher, Küper, Binder u. Küfer Deutschlands!

Collegen! In Nr. 27 d. Bl. seid Ihr aufgefordert, mitzuarbeiten an der Verbesserung unserer materiellen Lage. Hunderte sind dem Rufe gefolgt, Tausende zurückgeblieben! Die organisirten Collegen Leipzigs haben mich beauftragt, Euch, die Ihr fern geblieben seid, noch einmal aufzufordern, wenigstens mit uns in Correspondenz zu treten. Collegen, geht es Euch denn wirklich allenthalben so gut, daß Ihr die Noth noch nicht kennen gelernt habt, oder hat Euch die Noth schon dermaßen entmuthigt, daß Ihr Euch nicht getraut, einander aufzumuntern und selbst mit Hand ans Werk zu legen? Steckt etwa falscher Stolz und Hochmuth noch in den Köpfen einzelner Collegen, der sie davon abhält, sich für Arbeiter zu halten und sie deshalb der Gewerkschaftsbewegung entfremdet? Ihr seid ja sonst bei allen gleichgültigen Dingen betheiligt, bei Kriegervereinen u. s. w., warum nicht hier, wo es sich um Eure Interessen handelt? Wo bleibt Ihr, Collegen in Breslau, Danzig, Stettin, Stuttgart, Frankfurt, Mainz, München u. s. w., wenn es gilt, unsere Existenz zu verbessern! Welche Sprache soll man führen, um Euch aus dem süßen Nichtsthun aufzurütteln! Geht der Wahrheit die Ehre. Macht Euch doch das Geständniß, daß wir von der Laune des einzelnen Arbeitgebers, wie von den durch die maßlose Spekulation der Kapitalistenklasse hervorgerufenen Geschäftskrisen total abhängig sind und dieses Loos mit allen Arbeitern theilen. Collegen! habt Ihr nicht Aussicht, wegen Arbeitslosigkeit mit Euren Familien darben zu müssen? Ueberall sind in Folge Eurer Organisationslosigkeit, die Löhne gekürzt und die Arbeitszeit verlängert worden. Deshalb schließt Euch uns an, wir sind nicht arbeitsscheu, wie man uns nachsagt, wir wollen gerne arbeiten aber nicht darben. Wir wollen die Sonntags und Ueberstundenarbeit abschaffen und sind Gegner der Accordarbeit, weil sie uns schadet. Wir wollen unsere Kranken- und Sterbekassen verbessern und uns gegenseitig unterstützen in außerordentlichen Nothfällen, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit und Arbeitsausschluß. Wir wollen nicht, daß unsere älteren Collegen wie abgenutztes Werkzeug bei Seite geworfen, Noth leiden, und werden alle Krebsschäden in unserem Gewerk aufdecken und zu heilen suchen. Wir wollen uns wahre Bildung verschaffen durch Verbreitung der Arbeiterpresse.

Collegen! Dieses Alles können wir erreichen durch eine centralisirte Organisation. Der Congreß wird in Leipzig stattfinden. Hoffen wir, daß Ihr Euch vertreten lasset!

Mit brüderlichem Gruß

F. Holtmann, Körnerstraße 3 im Hofe 2 Tr.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten

Den Einsendern von Correspondenzen zur Mittheilung, daß sie sich gedulden müssen, weil bei den massenhaften Zuschriften der Raum unseres Blattes nicht ausreicht, um die Einsendungen rasch erledigen zu können. Wir ersuchen die Einsender zugleich, ihre Berichte ganz kurz zu fassen, da vor den Wahlen sicherlich die Correspondenzen noch an Zahl wachsen werden.

Die Redaktion.

R. J. in Meerane: H. kann unmöglich vor den Wahlen kommen. — A. M. in Ronneburg: L. kann am 7. Januar nicht nach dort kommen. — F. B. G. in Bürgel: Annonce kann nicht aufgenommen werden. — J. S. in Niederkrüchten: Die Communalverwaltung hat das Recht, wegen rückständiger Steuer auch nothwendiges Hausmobilar verauctioniren zu lassen. Die Grenze, welche das Unerläßlichste bestimmt, welches nicht gepfändet werden kann, ist in den einzelnen Landesgesetzen bestimmt.

Quittung. Strzng Mannheim Schr. 0,50 Schltr. Mühlenberg Schr. 6,50. Kng Gollnow Schr. 1,45. Gmbl Frankfurt Schr. 6,00. Wndt Sonneberg Schr. 0,60. Pfrtzschnr Hohenstein Schr. 6,50. Thrt Connewitz Ab. 4,00. Bng hier Ab. 4,80. Sämmtl. Gewerkschaften hier Ann. 5,40. Mllr Reudnitz Schr. 6,00. Lgs Hannover Ann. 0,60. Arbeiterliedertafel Cöln Ann. 1,90. Cpll Iserlohn Schr. 3,30. Flrmnn Bremerhafen Schr. 42,26. Vpl Bernburg Schr. 6,00. Zpf Kochendorf 1,30. Khn Niederspaar Schr. 9,00. Grbnstn Lindenau Schr. 1,80. Ppzy Altgradiska Ab. 4,80. Bnstr London Ab. 4,00, Schr. 6,00. Grt Bautzen Schr. 5,30 Mrtn Schmölln Ab. 6,85. Stc Wien Schr. 1,81. Tchr Glarus Schr. 2,00. Knn Reutlingen Schr. 3,00. Schlr Annaberg Schr. 4,50. Mtrn Lampertheim Schr. 1,50. Krtzr hier Ann. 1,80. Lndmnn Eimbeck Ab. 4,00. Hchlr Sebnitz Schr. 0,65. H. S. Aicha Ab. 10,00. Krbch Wien Ab. 4,80. Rbe Gr.-Zschocher Ann. 0,70. Albch Gießen Ann 1,00. Ullrch Ronneburg Schr. 4,50. Brndt Mittweida Ab. 4,85.

Wahlfonds.

B. Pfeffer hier 0,16. Personal der Genossenschaftsbuchdruckerei 7,00. S. i. A. 25,20. Für den 13. Wahlkreis v. P. Krebs 1,00. Gantsch d. Zwoboda 4,02. Kegelklub Crottendorf d. Ritsche 1,60. Thonberg Turnriege d. Siegismund 0,57. Für den 12. Wahlkreis Hennigs Tischlerei 9,00. Liste 42 Cigarrenfabrik J. u. W. 0,45. Liste 36 Cigarrenfabrik Kretzschmar 0,30. Liste 38 Cigarrenfabrik Luderbeck u. Fiedler 2,80. Liste 37 Gröschel u. Seidel 0,94. Liste 44 Cigarrenfabrik Quandt u. Mangelsdorf 1,10. Liste 0,34 d. Albert Börner gesammelt 13,00. Crottendorf d. Zwoboda 2,34.

Anzeigen 2c.

Dresden. **Monats-, sowie Quartals-Abonnements** für den „Vorwärts“ nehmen jeder Zeit an: **Peters,** Am See 16; Colporteur **Uhlich,** Wettinstr. 24/IV; **Schlüter,** Expedition des „Volksboten“; **Herwig,** Große Schießgasse 7/IV; **Kobitzsch,** An der Frauenkirche 6-7.

Die Zeitungscommission. [60

Dresden. Am 1. Weihnachtsfeiertag findet im Dianasaal ein

Fest sämmtlicher Gewerkschaften

zum Besten des Reichstagswahlfond statt. [2,10

Karten vorher 40 Pfg., an der Kasse 50 Pfg.

Das Comité.

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht, das am 1. Weihnachtsfeiertage ein

Familienfest

in den Sälen des Hrn. Norten bestehend in

Concert, Ball u. Tannenbaum mit Bescheerung für Kinder

stattfindet. Diejenigen, die uns mit Geschenken an den Tannenbaum unterstützen wollen werden gebeten dieselben an H. Rudolph, Mittelstraße Nr. 11 abzugeben. (2b) [3,00

Die Fest-Commission.

Flensburg. **Arbeiter-Sängerbund.** Am 26. December d. J.:

Großes Weihnachts-Vergnügen

im Flensburger Tivoli

bestehend in **Concert, Gesang, Theater, Festrede** und **Ball.**

Lokaleröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Karten für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg. sind zu haben bei den Herren P. Lassen, Neustadt; Fuhr, Fries, Norderstraße; Zimmermann, Compagniestraße; Boß, Heiligergeistgang; Schmidt, Holm 829; Döll; Südermarkt (Cigarrenladen); Albrecht, Plankemai.

Einführung ist gestattet. Um zahlreiche Betheiligung ersucht

8,90] (2b) Das Comité.

Gießen. **Alle Gewerks- und Parteigenossen,** welche über den Aufenthalt des Schlossers **Albert Rau** aus Gießen Aufschluß geben können, werden gebeten, die Adresse desselben an mich einzusenden. Ph. Albach, Mühlgasse 67. D. [120

Kiel. Sonntag, den 31. December, Abends 8 Uhr:

Große Tannenbaum-Verloosung.

Arrangirt von der Metallarbeiter Gewerkschaft, unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerbundes.

Loose sind zu haben bei Dickmann (Cigarrenladen) Kuhberg 1 und Neumann (Gastwirth) Bierträgergang 2. (F. 180) 2,40] J. A.: Otto Kuhnke.

Leipzig. **Schneider-Gehilfen!** Zum Sylvesterabend findet in den Sälen des „Hôtel de Pologne“ eine **Christbescheerung** statt, verbunden mit Tanz. Eine Nähmaschine nebst anderen Gegenständen kommt zur Bescheerung, erstere als Geschenk von Herrn Scheller (Firma Häuser). — Anfang 6 U. Bescheerung 9 U. Ende 2 U. Einem zahlreichen Erscheinen sieht entgegen Das Comité. [180

Leipzig. **Reichstagswahlcomité.**

Sonnabend, den 23. December, Abends 1/2 9 Uhr,

Sitzung.

Die Mitglieder des Kreiswahlcomités sind zu zahlreicher Theilnahme eingeladen. D. V. [50

Leipzig. **Club „Morgenroth“.** Mittwoch, den 27. December, im Saale des Hrn. Jakobi, Rosenthalgasse:

Kränzchen.

Partei- und Gesinnungsgenossen sind freundlichst eingeladen. Der Reinertrag ist zum Wahlfond bestimmt. D. O. [2,10

Osnabrück. Dienstag, den 26. December, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Kuhlmann, Alte Münze 21:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: **Angelegenheiten betreffs der Reichstagswahl.**

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

80] P. Krowiarz.

Leipzig. Mittwoch, den 10. Januar 1877, in der „Tonhalle“:

Großes Wahlfest

bestehend in **Concert, Gesang, Ansprachen und Verlesung der Wahlresultate.**

Anfang Abends 7 Uhr. Entrée für Herren 20 Pf.

Wir bitten die Parteigenossen, alle Zuschriften und Depeschen an das unterzeichnete Wahlcomité zu richten.

Das Centralwahlcomité

des 10., 11., 12., 13. und 14. Wahlkreises.

J. A.: Chr. Hadlich. [420

Genossenschafts-Tischlerei Cöln.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Sonnabend, den 30. December, Abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Jonas, Streitzeuggasse 10a:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1) Vierteljährige Abrechnung. 2) Wichtige Besprechungen in Betreff des Vorstandes. [3,30

Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist unbedingt nothwendig.

(F. 65) Für den Aufsichtsrath: Emil Thill.

Mülheim a. Rh. Sämmtliche Abonnenten des „Vorwärts“ von Mülheim und Umgegend werden dringend ersucht Dienstag, den 26. December, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokale bei Hrn. Giesen zu einer **Besprechung** betr. Regelung unseres Parteiorgans am hiesigen Orte zu erscheinen.

60] A. Werner, Windmühlenstraße 2 1/2.

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 21 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Die Krisis und die Reichsregierung. III. — Einiges über Parteien und Parteikämpfe. — Correspondenz. — Das saubere Reichskleeblatt. Die Noth. (Gedichte.) — Fackelfunken.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

Nr. 22 wird Donnerstag, den 28. ds. Mts., 11 Uhr ausgegeben.

Volks-Kalender für 1877.

12 1/2 Bogen. gr.-4. Schön illustrirt.

Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf., 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00 gegen Baar oder Postvorschuß.

Der Kalender dient dem Fortschritt in jeder Beziehung, bietet Anregendes, Belehrendes und Unterhaltendes in reicher Fülle, enthält viele schöne Bilder und giebt allerhand nützliche Mittheilungen für's praktische Leben.

Bestellungen erbittet (2b) **W. Bracke jr.** [360

Für den Wahlkampf.

Soeben sind erschienen und durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen:

I. Was wollen die Sozialdemokraten?

Ein sozial-politisches Gespräch.

Von **H. Oldenburg.**

Preis im Buchhandel 50 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.

Der Verfasser beantwortet die aufgeworfene Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzweiflung im liberalen Lager.

Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgischen Zeitung und die Schmähschrift des Herrn von Unruh.

Von **Wilhelm Bracke.**

Preis im Buchhandel 25 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stck. 4 Mk., 200 Stck. 12 Mk. 50 Pf. 1000 St. 50 M.

Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezuge gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß.

Die Schrift:

„Nieder mit den Sozialdemokraten!“

ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Bracke'sche Schrift zu beziehen; bei Verwendung großer Partien zu Wahlzwecken besondere Vereinbarung. Auflage jetzt 105,900.

Braunschweig, 28. November 1876.

(2b) **W. Bracke jr.**

Soeben erschien:

Nieder mit den Atheisten!

Ein Gespräch zwischen Frömmigkeit, Verstand und Liebe für Landbauer und gute Christen

von **A. Dulk.**

3 Bogen in Oktav. Preis 25 Pfg.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt, wöchentlich 1 1/2 Bogen.

Preis vierteljährlich M. 1,20. In Heften à 0,30.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Die Leser des „Vorwärts“ machen wir darauf aufmerksam, daß zur Einführung der „Neuen Welt“ in weiteren Kreisen sich

Illustrirte Prospekte

als vortreffliches Mittel bewährt haben.

Neue illustrirte Prospekte, welche ein Verzeichniß des Inhaltes der ersten Nummern des Jahrgangs 1877 enthalten, werden **gratis** verabfolgt.

Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gelegenheit haben, die Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Prospekte gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammelliste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.

Ein Jeder hat die Pflicht, für **„Die Neue Welt“**, welche eins der wichtigsten Partei-Unternehmungen ist, bei dem bevorstehenden Jahreswechsel entschieden einzutreten.

Schafft neue Abonnenten — sei Losung.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.

Einladung zum Abonnement.

auf das in Gotha erscheinende

Sonntags-Blatt.

Organ für die Freidenker Deutschlands.

Herausgegeben von **Dr. Aug. Specht.**

Durch tüchtige geistige Kräfte unterstützt, hat sich das „Sonntags-Blatt“ die Aufgabe gestellt, seine Leser mit den Resultaten der freien Forschung in Natur und Geschichte vertraut zu machen, die mit der Vernunft und Wissenschaft im Widerspruch stehenden religiösen Dogmen zu bekämpfen und die Weltanschauung des freien Menschenthums zu vertreten. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Menschheit nur durch eine positiv wissenschaftliche Bildung aus den Banden veralteter religiöser Satzungen befreit werden kann, wird das „Sonntags-Blatt“ vornehmlich denjenigen Theil der Wissenschaft kultiviren, der sich mit der Entstehung der Dinge beschäftigt und daher Original-Artikel über die Beschaffenheit und Entwickelung der Weltkörper, des Thier- und Pflanzenreichs, des Menschen und seiner Kultur u. s. w. bringen. Außerdem bringt jede Nummer des Blattes eine Wochenübersicht der wichtigsten Vorkommnisse auf kirchlichem und freireligiösem Gebiete, Besprechungen freisinniger Bücher u. s. w., so daß sich die Leser über alle Erscheinungen des geistigen Lebens genügend orientiren können.

Man abonnirt auf das in Gotha erscheinende „Sonntags-Blatt“ bei allen Postanstalten und in allen Buchhandlungen zu dem vierteljährigen Preise von nur 75 Pf.

Gotha. **Stollberg'sche Verlagsbuchhandlung.**

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hatz, 630 North 3rd Street.
J. Ball, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanfermann, 286 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 38. Freitag, 29. December. 1876.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;
Couvertsendungen wöchentl. 3mal 10 Mrk. pr. Quart.
„ „ 1mal 4,80 Mrk. „ „

☞ Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7: für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Neudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Neudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. bei Teubert, Bornaischestr. 19; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei Fleischer, Schloßg. 13 daselbst; für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 l; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. **Grube, An der Papiermühle**; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Begeisterung und Opfermuth

sind die Triebfedern, durch welche das Höchste erlangt werden kann; ohne dieselben aber wird man nimmermehr irgend einen nennenswerthen Erfolg erringen.

Und besonders sind diese Triebfedern nothwendig bei allen Befreiungskämpfen; sie waren nothwendig, als die deutsche Jugend und der deutsche Landsturm den corsischen Eroberer von den deutschen Gefilden zurückdrängten, sie waren nothwendig, als die Sanskülotten die Coalition der Monarchen auf Frankreichs Fluren zu Schanden machten, sie waren nothwendig bei allen Befreiungskriegen der Nationen.

Sie sind aber ganz sicherlich nothwendig bei dem Befreiungskriege der Menschheit.

Wir stehen inmitten dieses Befreiungskrieges. Wir sind die Mitstreiter in demselben; unsere Waffen sind nicht die blutigen Bajonnette, nicht die Chassepot- oder Mausergewehre, nicht die gezogenen und ungezogenen Kanonen, welche Verderben allüberall hinsenden, allüberall den Tod, den grausigen Würzer auf eiligen Schwingen erscheinen lassen, nein, unsere Waffen sind die Werkzeuge des Friedens, der Aufklärung, der Freiheit — sie senken sich ein in den Geist, in das Herz des Menschen nicht tödtlich, sondern belebend und erhebend. Es sind die Waffen des Geistes, mit denen wir streiten, mit denen wir die Macht, welche in der brutalen Gewalt, in der finstern Lüge und in der doppelzüngigen Falschheit liegt, befehden bis zum Aeußersten, bis zum endgültigen glorreichen Siege.

Und einer der besten Mitkämpfer ist das gedruckte Wort, aber nicht die feile lügenhafte Presse des Liberalismus, nicht diejenige des Kapitalismus und der Ausbeutungssucht, auch nicht diejenige, welche die Klassenherrschaft und den Egoismus proklamirt, sondern die sozialistische Presse, welche die Gleichheit und Bruderliebe verkündet.

In Deutschland steht voran in der Reihe der Streiter der „Vorwärts", Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands; daß dasselbe seine Pflicht in der kurzen Zeit seines Bestehens gethan, beweist zur Genüge die stattliche Zahl seiner Abonnenten; über 12,000 zählt es, und ganz bestimmt 60,000 Leser. Aber diese Zahl genügt noch nicht, deshalb müssen die Parteigenossen alle Begeisterung und allen Opfermuth daran setzen, bei dem nächsten Quartalwechsel eine noch größere Abonnenten- und Leserzahl zu schaffen.

Wir müssen allesammt mit gewaltiger Kraft uns aufraffen und der sozialistischen Idee ein Neujahrsgeschenk von mindestens 1000 neuen Abonnenten des „Vorwärts" machen — dann haben wir erst unsere Schuldigkeit gethan.

Auch für den Ausfall der am 10. Januar stattfindenden Reichstagswahlen ist die Verbreitung des „Vorwärts" von entscheidendem Einfluß. Der einheitliche Gedanke wird durch ihn gefördert, und dieser gestaltet sich an solchen Gedenktagen des Proletariats zur einheitlichen That. Indem wir also mit aller Macht für unser Centralorgan eintreten, bereiten wir auch den Sieg bei den Reichstagswahlen vor.

Wohl hat man seit den letzten Wahlen vom Rückgange der Sozialdemokratie gefaselt, wohl hat man mit allen Mitteln der Lüge und der Verläumdung seit jener Zeit gegen uns angekämpft, wohl hat die Sozialdemokratie großartige Verfolgungen erdulden müssen, wohl haben es einige Männer sogar versucht, mit wissenschaftlichen Argumenten den Sozialismus zu bekämpfen — aber all' diese Angriffe und Versuche sind kläglich gescheitert an der Wahrheit unserer großen Idee, an der felsenfesten Ueberzeugung ihrer Anhänger und an der Begeisterung und dem Opfermuth der Parteigenossen im ganzen Lande.

Wohl hat selbst der Mächtigsten Einer, der Fürst Bismarck an hervorragender Stelle im deutschen Reichstage äußerst bittere Anklagen gegen die Sozialdemokratie, gegen uns, geschleudert, doch machtlos sind auch diese abgeprallt an dem spiegelblanken Schilde der Wissenschaft und der Wahrheit; ja die Ereignisse im sozialen Leben der Nationen förderten bald genug allem Volke sichtbar Thatsachen zu Tage, welche, wie unter anderem die Weltausstellung zu Philadelphia, solche Anklagen zurückwiesen und die Wahrheiten des Sozialismus heller erglänzen ließen.

Wir können also muthig und mit der Ueberzeugung auf ein stetiges Fortschreiten in den bevorstehenden Wahlkampf eintreten.

Begeisterung und Opfermuth, sie müssen auflodern zur hellen Flamme, die uns voranleuchtet und uns zum Siege führt.

Auf denn, Parteigenossen! Thun wir in erhöhtem Maße unsere Pflicht.

„Vorwärts" heißt die Parole, die Losung: „Der zehnte Januar"!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Reichstag ist am Freitag, nach einer wohlverdienten Belobigung durch den Kaiser, feierlich heimgeschickt worden, und wir wollen nur hoffen, daß das Volk bei der bevorstehenden Wahl dem Beispiele des Kaisers folgen, und die Helden des Kompromisses ebenso feierlich heimschicken wird. Betreffs der Kriegsfrage sagt die Thronrede: „Der bisherige Fortgang der Verhandlungen der europäischen Mächte über die im Orient schwebenden Fragen berechtigt Mich zu der Hoffnung, daß es Meinen Bemühungen und den einander entgegenkommenden friedlichen Intentionen der an der Entwickelung der Dinge im Orient unmittelbar betheiligten Mächte gelingen werde, die schwebenden Fragen ohne Beeinträchtigung der guten Beziehungen zu lösen, welche gegenwärtig unter ihnen obwalten." Wir wissen also blos, daß der Kaiser zu der „Hoffnung" berechtigt ist, die orientalische Frage werde ohne Beeinträchtigung der guten Beziehungen unter den an der Entwickelung der Dinge im Orient unmittelbar betheiligten Mächten gelöset werden, was, da es zweifelhaft ist, ob die Türkei zu den Mächten gerechnet wird, ebenso gut bedeuten kann, daß der Kaiser die „Hoffnung" hat, die „unmittelbar betheiligten Mächte" würden den Frieden bewahren, als: der Kaiser habe blos die „Hoffnung" den Krieg zwischen Rußland und der Türkei zu lokalisiren, worauf bekanntlich die russische Politik des Fürsten Bismarck hinzielt. Eine praktische Illustration zu diesem Passus der Thronrede bildet die Nachricht, daß der bayerische General von der Tann wörtlich die Zöglinge der Militärschule mit den Worten überraschte: „Wir werden nun wohl bald zusammen über die Grenze marschiren."

Um für „Väterchen" die Bärenhatz zu besetzen?

— „Was die Thronrede, mit welcher die zweite Legislaturperiode des deutschen Reichstags ihr Ende erreichte, an gesetzlichen Errungenschaften dieser drei Jahre lobt, kann den Beifall liberaler Männer nicht in gleicher Weise in Anspruch nehmen, und das beifällige Murmeln, mit welchem die zahlreich versammelten Reihen der Justizgesetze die entsprechenden Stellen begleiteten, wird in weiten Kreisen des Landes keinen Widerhall finden. Von dem Pakt in der Militärfrage an, durch welchen auf sieben Jahre der wichtigste Theil des parlamentarischen Budgetrechts preisgegeben wurde, bis zum Verzicht auf die alte liberale Forderung der Geschworenen-Competenz bei Preßvergehen sind die hauptsächlichsten Gesetze der verflossenen vier Sessionen durch allzugroße Nachgiebigkeit der Volksvertreter gegen die Wünsche der Regierenden in ihrem Werthe wesentlich verringert worden, und die tabellarische Aufzählung, wie sie die Thronrede bietet, ist eher geeignet ein Gefühl der Scham, als das der Befriedigung hervorzurufen." — So urtheilt die liberale „Vossische Zeitung" selbst. Ein trauriges Zeugniß, welches sie den Liberalen und theilweise auch den Fortschrittlern ausstellt. Uns kann's recht sein.

— Die Rede Liebknecht's über Verletzung des Briefgeheimnisses hat natürlich viel Staub aufgewirbelt; aber so wenig der Herr Generalpostmeister auch nur eine der angeführten Thatsachen zu erschüttern vermochte, vermögen dies die Zeitungsschreiber, die ihre Zähne an den unliebsamen „Enthüllungen" probiren. Statt auf Details einzugehen, verweisen wir auf die Rede selbst, welche der „Berliner Freien Presse" als Beilage beigegeben wurde und demnächst mit den früheren Reden Liebknecht's und Stephan's über denselben Gegenstand, sowie mit der neuesten Rede Stephan's und der valentinirten Replik Liebknecht's als Broschüre erscheinen.

— Zur Briefstieberei. Die nationalliberale „Weserzeitung" enthält folgende Zuschrift: Das nach Frankreich correspondirende Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, Briefe gut zu verschließen, indem zwei Briefe des Unterzeichneten, die hier gut verschlossen abgegeben, dem Empfänger in Frankreich eröffnet abgeliefert sind und dem letzteren auf seine Reklamation einfach die Antwort geworden ist: „Diese Briefe wären in Deutschland geöffnet worden!" Commentar überflüssig.

— Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten beabsichtigten angesichts der drohenden Machtstellung Rußlands, im Interesse der Gerechtigkeit, des Weltfriedens und der Cultur, einen Antrag auf Wiederherstellung Polens zu stellen. Es ist ihnen aber nicht gelungen, die nöthige Zahl von Unterschriften zu erlangen. Für die nächste Session sind dieselben aber gesichert und wird der Antrag dann jedenfalls eingebracht werden.

— Die Namen der Fahnenflüchtigen, welche am 22. November nach zweitägigen Reichstagsverhandlungen ihre Stimme dahin abgaben, daß die Preßvergehen — mit Ausnahme der Beleidigung, wenn die Verfolgung im Wege der Privatklage geschieht — von Schwurgerichten abgeurtheilt werden sollen, am 19. Dezember aber dieses Votum widerriefen und ihre bessere Ueberzeugung dem durch keinerlei sachlichen Grund gestützten Willen des Reichskanzlers zum Opfer brachten, sind folgende: Abeken, Albrecht (Danzig), Baer (Offenburg), Dr. Bamberger, Becker, v. Benda, v. Bennigsen, Berger, Bieler, Dr. Blum, v. Bockum-Dolffs, Dr. Brockhaus, Büsing, Dr. Buhl, Dr. v. Bunsen, Dernburg, v. Dieberichs, Dr. Dohrn, Freiherr v. Dücker, Dr. Elben, Faller, v. Forckenbeck, v. Freeden, Friderich, Dr. v. Frisch, Gaupp, Gerwig, Dr. Grimm, Dr. Groß, Graf v. Hacke, Heyl, Hintrager, Hölder, Hullmann, Jacobi, Jacobs, Jäger, Jordan, Krause, Kreutz, Krieger (Lauenburg), Dr. Lasker, Lehr, Dr. Lenz, Lobach, Dr. Lorentzen, Dr. Marquardsen, Martin, Miquel, Neumann, Dr. Oppenheim, Pabst, Pfähler, Pflüger, Precht, Rickert, Rober, Dr. v. Rönne, Dr. v. Schauß, Dr. Schmidt (Jena), Schmidt (Zweibrücken), Schröder (Königsberg N.-M.), Scipio, Späth, Freiherr Schenck v. Stauffenberg, Stenglein, Dr. Techow, Tritscheller, v. Unruh (Magdeburg), v. Bahl, Valentin, Dr. Völk, Dr. Weber, Dr. Weigel, Welcker, Wölfel, Dr. Wolffson und Dr. Zinn. — Der Rumpfparlaments-Präsident Dr. Löwe-Calbe fehlte bei der zweiten Lesung und stimmte bei der dritten Berathung mit den Fahnenflüchtigen.

— Eine bunte Gesellschaft. Zur Wiederwahl des national-liberalen Abgeordneten von Puttkammer, der selbstredend auch dem „Compromiß" zugestimmt hat, haben sich in Sorau die Fortschrittler, die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinler und die Nationalliberalen verbunden. Sie fordern nun auch noch die Conservativen aller Schattirungen auf, für von Puttkammer zu stimmen. Die liberale „Sorauer Zeitung" nämlich schreibt:

„Um ein für allemal dieser Gesellschaft zu beweisen, daß politische Gegensätze schwinden, wenn es das große Ganze gilt, ist die Candidatur des bisherigen Reichstagsabgeordneten, Herrn v. Puttkamer, Appellationsgerichtsrath zu Naumburg an der Saale aufgestellt worden. Derselbe ist Großgrundbesitzer, bedeutender Jurist, bekannt im Kreise, in dem er mehre Jahre als Richter gewirkt hat, bekannt durch seine Tüchtigkeit, seine gediegene politische Gesinnung, seinen Fleiß und seine Begabung. Er vertritt den Sorauer Kreis seit zehn Jahren; zuerst fünf Jahre als Abgeordneter des Norddeutschen Bundes, seit 1871 als Mitglied des Reichstages, und hat an dem Zustandekommen sehr vieler Gesetze als Mitglied mehrer Commissionen, den werkthätigsten Antheil gehabt. — Bei der vorigen Wahl schon stimmte ein großer Theil der conservativen Partei für ihn, während der kleinste Theil auf den den feudalen und ultramontanen Standpunkt vertretenden Herrn Grafen Brühl seine Stimmen conzentrirte. Es ist zu erwarten, daß diesmal, wo Herr v. Puttkamer als regierungs- und reichsfreundlicher Candidat dasteht, sämmtliche Conservative ihre Stimmen ihm übertragen.

Suche Jeder, der zum Gelingen des Werkes beizutragen sich berufen fühlt, der politischen Gleichgültigkeit entgegenzusteuern. Jeder Herr sende seinen Diener, jeder Meister seinen Gesellen, jeder Fabrikherr seine Arbeiter, jeder Bauer seinen Knecht zur Wahl und mache es demjenigen, der kein politisches Verständniß hat, klar, wie es sich jetzt darum handelt, durch eine erdrückende Majorität für Herrn v. Puttkamer, als Reichstagsabgeordneter, den Sozialdemokraten und deren Agitator, Herrn O. Kapell für immer den Muth zu nehmen, den Sorauer Kreis vertreten zu wollen.

Und dafür werden wir mit allen Mitteln der Presse wirken, hierfür verlangen wir die Mitwirkung aller wohlgesinnten Staatsbürger!"

Man sieht, hier findet sich eine bunte Gesellschaft, aber auch eine nette Gesellschaft zusammen, die von einem Manne verlangt, vier verschiedenartige Standpunkte zu vertreten. Er muß zu gleicher Zeit für und gegen die Gewerbefreiheit, für und gegen die Freizügigkeit sein — er soll den conservativen Gutsherrn und den Hirsch-Duncker'schen Arbeiter zugleich vertreten. Frechheit gehört dazu, dies zu verlangen, politische Charakterlosigkeit gehört dazu, unter solchen Umständen ein Mandat anzunehmen — und doch hat Lasker von dem hohen Charakter seiner Parteigenossen gesprochen.

— Endlich einmal eine liberale Wahrheit. In einem vertraulichen Circular, in welchem die Liberalen über das Fortschreiten der Sozialdemokratie jammern und nach Mitteln suchen,

demselben entgegenzutreten, findet man folgendes treffliche Selbstbekenntniß:

„Halten wir dagegen die Oberflächlichkeit und Halbheit eines großen Theiles der liberalen Zeitungen, welche namentlich in sozialen Dingen oft die grauenhafteste Unwissenheit an den Tag legen und in der Politik zumeist das gedankenlose Nachbeten einer eigenen Meinung vorziehen; nehmen wir dazu die Gesinnungslumperei vieler liberaler Schriftsteller, welche sich nicht scheuen, für die verschiedensten Parteirichtungen zu schreiben, nur um Geld zu verdienen, so werden wir, wenn auch widerwillig, eingestehen müssen, daß wir noch lange nicht die eines freien Volkes würdige Presse besitzen. Von der Unsittlichkeit und Verlogenheit eines gewissen Theiles der Presse wollen wir hier ganz schweigen."

Und solche Preßbanditen führt die liberale Partei gegen uns in's Gefecht? Mit solchem Gesindel will man die Wahrheit besiegen? Mit ihm will man das Volk aufklären? Die Liberalen enthüllen sich hier offenbar als Verbrecher am Volkswohl, da sie durch ihre Schandpresse nach eigenem Geständniß das Volk belügen und betrügen, den Volksgeist vergiften.

— Aus Moltke's Bildungsschule. Die Königsberger „Hartung'sche Zeitung" schreibt aus Königsberg: Vorgestern ist ein unbescholtenes Dienstmädchen, welches von seiner Herrschaft, um Kommisbrod zu kaufen, in die Kürassierkaserne geschickt worden war, dortselbst von mehreren Soldaten und einem Unteroffizier brutal mißhandelt worden. Die Aermste befindet sich in ärztlicher Behandlung. — Wir wundern uns nicht über die thierische Brutalität der handelnden Personen, da die Ursache so klar vor Aller Augen liegt. Das unfreiwillige Cölibat, zu welchem die jungen kräftigen Soldaten verdammt werden, führt nothwendig zu solchen Ausschweifungen.

— Zeichen der Zeit. Die in Frankfurt a. M. erscheinende „Deutsche Reichspost" (Organ der Deutschconservativen) läßt sich u. A. aus Württemberg schreiben: „Durch unsere württembergischen Blätter geht die Klage über die Heuschreckenschwärme von bettelnden Handwerksburschen, namentlich aus Norddeutschland, die unsern Süden überfluthen; man fordert energisches Einschreiten seitens der Behörden. Vor der Selbsthilfe scheut sich das Publikum; man gibt und gibt, obwohl mit dem Bewußtsein, mit seinen Gaben mehr zu schaden, als zu nützen. Hier wären Ortsbettelvereine am Platz, welche die Gaben sammeln und über die Würdigkeit der Bedürftigen sich erst Sicherheit verschaffen." — Man weiß wahrlich nicht, soll man sich über solch eine kopf- und gefühllose Jeremiade lachen oder ärgern! Ist vielleicht der betreffende Herr Verfasser so sehr mit Augen und Ohren in's Jenseits vertieft, daß er nicht sieht und hört, was sich im „Diesseits" ereignet? Weiß er nichts vom „großen Krach", der allgemeinen Arbeitslosigkeit? Oder geht der Herr von dem mehr als kindlich naiven Gedanken aus, die „Heuschreckenschwärme von bettelnden Handwerksburschen" „überflutheten" zur jetzigen Jahreszeit zu ihrem Vergnügen den „Süden"? In diesem Falle sei ihm der gute Rath ertheilt, dieses Vergnügen selbst zu genießen. Und dieselben Leute, die zu Hause behäbig hinter dem Ofen sitzen und — um einen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen — „Gott einen guten Mann" sein lassen, fordern — jedenfalls aus ächt christlicher Nächstenliebe — „Einschreiten seitens der Behörden!" Geben sie einem „bettelnden Handwerksburschen" Etwas zu essen oder ein paar Pfennige Geld, so plagt sie schon der Gedanke, mit ihren Gaben „mehr zu schaden als zu nützen"! „Ortsbettelvereine" sollen die Gaben sammeln und über die „Würdigkeit der Bedürftigen sich erst Sicherheit verschaffen". Welchen Maßstab würde man wohl bei dieser „Sicherheit" anlegen? Will man Herz und Nieren prüfen? oder genügt — als Beweis der Gottesfurcht und frommen Sitte — etwa ein Verslein aus der Bibel? oder was sonst? Die nicht „würdig" Befundenen werden dann ruhig ihrem Schicksal überlassen und gewissermaßen gewaltsam auf den Weg des Verbrecherthums gedrängt. Wird aber aus den vorgeschlagenen „Ortsbettelvereinen" wirklich etwas, dann wäre auch ein „Reichsbettelverein" am Platze — im Verein mit dem von Pessimisten gesehenen „Nationalzuchthause" ein recht anschauliches Bild von der Herrlichkeit des großen, starken, einigen deutschen Reichs! Nun aber eine Frage: wird ein mit fünf gesunden Sinnen ausgerüsteter Mensch, der über Alles, was er liest, auch nachzudenken gewohnt ist, durch eine Notiz, wie die hier angeführte, nicht förmlich aufgereizt? Findet er nicht von selbst die Ungereimtheit dieser modernen Gesellschaft heraus, die selbst die Ursachen hervorgerufen und verschuldet, von den Wirkungen aber nichts wissen will? So drücken die Gegner des Sozialismus ihm selbst wohl oder übel die Waffen in die Hand, womit er stets die Gerechtigkeit und Unabweisbarkeit seines Strebens kräftig vertheidigen kann und stets vertheidigen wird. Da muß sich schließlich auch die dickste „Dickfelligkeit" auf Gnade oder Ungnade übergeben! Darum lasse sich Keiner, dem durchgreifende Besserung ernstlich am Herzen liegt, irre machen, fülle jeder seinen Platz aus und halte er den Verläumdern die Worte unseres freiheitsbegeisterten Dichters entgegen: „Es liebt die Welt das Strahlende zu schwärzen und das Erhab'ne in den Staub zu zieh'n!"

— Die Leipziger Buchdruckereibesitzer haben den Gehilfen angekündigt, daß sie den bisherigen Lokalzuschlag zum allgemeinen deutschen Buchdrucker-Tarif vom 1. Januar 1877 um 6⅔ Prozent kürzen werden. Als Grund führen die Herren u. a. an, daß die allgemeinen Geschäftsverhältnisse und insbesondere die des Buchdruckergewerbes, die Gewährung des alten Lohnes nicht mehr gestatten. Auf die Preise der Lebensmittel, meinen die Prinzipale, sei „kein Gewicht" zu legen. Das Gehilfen-Organ, der „Correspondent", bemerkt hierzu: „Die Prinzipale würden gut thun, während der Weihnachtsfeiertage einige Betrachtungen über die folgenden Notizen anzustellen: Wenn ein Gewerbe dem Arbeiter nicht mehr Das gewähren kann, was zur Fristung seines Lebens unbedingt nothwendig ist, so geht es mit diesem Gewerbe bergab, es verliert an Bedeutung, die besseren Kräfte wenden sich von ihm und neuer Ersatz fließt nur in spärlichem Grade zu. Ein Rückgang der Löhne ist gleich dem Rückgang des Gewerbes selbst. Untersuchen wir, ob das Maß dessen, was zur Fristung des Lebens nothwendig, erreicht oder überschritten wird. Ein Leipziger Setzer verdient bei dem jetzigen Lohnsatze und angestrengter Arbeit (72,000 Buchstaben pro Woche) 1300 Mark jährlich, wovon etwa 150 M. abgehen infolge Conditionslosigkeit ꝛc., bleiben also 1150 M. An Steuern hat derselbe zu zahlen: Staat 6 Mk., Gemeinde Mk. 9,60, Schule für zwei Kinder incl. Schulbedürfnisse 50 M., Lebens- und Feuerversicherung 27 M., Kranken-, Begräbniß-, Invaliden-, Wittwen- und Conditionslosenkasse 100 M., sonstige Gesellschaftssteuern 6 M., in Summa circa 200 M., hierzu die Miethe im Betrage von 250 M., macht 450 M., bleiben für eine Familie 700 M. oder pro Woche 13½ M. für Nahrung, Kleidung, Beleuchtung und Heizung, Wirthschaftsgeräthe und persönliche Bedürfnisse. In den Gefängnissen wird das sogenannte Mittagessen mit 15 Pf. berechnet, ferner pro Kopf 2 Pfd. Brot. Rechnen wir auf zwei Kinder je nur ein Pfund, so ergiebt sich, 6 Pfd. Brot = 72 Pf. und das Mittagessen à 60 Pf., eine Wochen-Ausgabe von M. 9,24, verbleiben M. 4,26 pro Woche, um die sich ein verheiratheter Setzer besser steht, als ein Sträfling. Mit diesen M. 4,26, pro Tag und Kopf 15 Pf., hat er das, was außer dem trockenen Brote noch zur Nahrung gerechnet wird, ferner Kleidung, Heizung und Beleuchtung, Wirthschaftsgeräthe und persönliche Bedürfnisse zu bestreiten. Wer Gelegenheit hat, in diese Verhältnisse einen näheren Einblick zu thun, begreift leicht, warum die Herren auf die Preise der Lebensbedürfnisse „kein Gewicht" legen. Dieselben können es unmöglich verantworten, die verbleibenden M. 4,26 noch um M. 1,44 zu kürzen. So lange uns die Herren nicht in eigener Person den Nachweis führen, daß sie mit 13½ Mark pro Woche den Haushalt bestreiten können, werden wir die Reduktionsgelüste als das betrachten, was sie sind: ein Erzeugniß des bloßen Muthwillens."

Nach einer Mittheilung, die einer am 21. d. zusammengetretenen Delegirtenversammlung der Leipziger Buchdruckereien gemacht wurde, hat das Einigungsamt mit 10 (2 Prinzipale, 8 Gehilfen) gegen 6 Stimmen (Prinzipale) beschlossen, „daß es bei dem bisherigen Lokalzuschlage (16⅔ Prozent) sein Bewenden haben solle". Warten wir nun ab, inwieweit die Prinzipale diesen Beschluß ihrer eigenen Schöpfung respektiren werden.

— In Elsaß-Lothringen bricht sich der Gedanke Bahn, daß man durch Enthaltung von aller politischen Thätigkeit die Landesinteressen eben nicht vertreten könne, und die annexionsfeindlichen Elemente der Städte Straßburg, Mühlhausen, Zabern wollen bloße Protest- und Enthaltungsabgeordnete nicht mehr in den Reichstag entsenden, sondern solche, die in letzter Instanz die Annexion rückgängig machen sollen. Bei den elsässischen Zuständen finden wir dies nur zu begreiflich. Erinnert uns doch die Behandlung der Reichslande zu sehr an jenen Lehrmeister der seinen Lehrling durchbläute mit den Worten: „Warte, du Range, ich will dir die Liebe zu deinem Prinzipal beibringen!"

— Die Herausgeber der „Gleichheit" und die Delegirten der Wiener Gewerkschaften und Fachvereine haben sich als Comité zur Gründung eines allgemeinen österreichischen Gewerkschaftsorganes constituirt. Die gegenwärtige traurige Lage der meisten Gewerkschaften, die Zersplitterung ihrer Thätigkeit durch den Mangel an Verbindung und gemeinsamem Zusammenwirken, die Unkenntniß des größten Theiles der Arbeiter über die Bedeutung und Zwecke der gemeinschaftlichen Verbände haben dieselben zu dem Unternehmen veranlaßt, mit Hilfe der Unterstützung der Gewerkschaften, Fachvereine, Kranken- und Unterstützungskassen, deren Interessen durch das zu gründende Blatt vertreten und befördert werden sollen, ein Organ in's Leben zu rufen, welches den Schutz der Arbeiter gegen das Kapital organisiren, durch den geistigen Kampf das Klassenbewußtsein der Arbeiter erwecken und dieselben zu einheitlichem Handeln vereinigen soll.

— Vor einiger Zeit erließ der italienische Minister des Innern ein die Auswanderuug betreffendes Circular. Besonders wurde darin der Bauern Oberitaliens gedacht. Dieselben haben nun dem Herrn Minister in folgendem Schreiben eine treffliche Antwort zu Theil werden lassen, der wir nachfolgende Stellen entnehmen: „Was verstehen Sie unter der Nation? Wenn es die Mehrheit der Bürger, die Klasse der Bedrückten ist, dann sind wir die Nation. Und nun sehen Sie uns einmal in's Antlitz, Herr Minister! Zeigen unsere bleichen und fahlen Gesichter, unsere hohlen Wangen Ihnen nicht mit ihrer stummen Beredsamkeit unsere übermäßigen Anstrengungen und unsere ungenügende Ernährung? Wir bestellen die Aecker und wissen nicht was Weißbrot ist. Wir bebauen die Weinberge und trinken nie Wein. Wir züchten das Vieh und genießen selber kein Fleisch. Wir gehen in Lumpen gekleidet einher, bewohnen Löcher, leiden im Winter durch die Kälte und an den langen Sommertagen durch den Hunger. Unser einziges Erbe auf italienischer Erde ist ein wenig Mais, welcher auch durch Ihre nichtswürdige Mahlsteuer geschmälert wird, und die unvermeidliche Folge davon ist in den trockenen Distrikten das Hitzfieber und in den feuchten das Sumpffieber. Und das Ende aller dieser Uebel ist das Hospital und der Tod, den uns noch nicht einmal das Lebewohl der Unserigen versüßt. Und trotz alledem behaupten Sie, wir sollen nicht auswandern?!" — Das ist ein gewaltiger Nothschrei des erwachten Proletariats, aber auch eine männliche, entschlossene Haltung der Enterbten und Elenden. Kommt das Volk erst überall zum Bewußtsein, so wird es besser.

— Die Präsidentenwahl in Nordamerika, deren definitives Resultat erst im März künftigen Jahres offiziell bekannt gegeben wird, läßt die sogenannte republikanische und die sogenannte demokratische Partei in einem hohen Grade von Verworfenheit erscheinen. Beide Parteien, mit denen selbstredend unsere amerikanischen Gesinnungsgenossen nichts gemein haben, überbieten sich nämlich in gegenseitigen Beschimpfungen und Verdächtigungen, und wenn nur der tausendste Theil dessen wahr ist, was sich dieselben hinsichts der Beeinflussung und Fälschung der Wahl vorwerfen, so ist die ganze Wahl ungesetzlich und daher ungiltig. Wie der Skandal noch enden wird, ist vorläufig nicht abzusehen, da beide Parteien ihre Anhänger zwar zur Ruhe und Ordnung mahnen, aber jede auch entschieden ihrem Candidaten den Sieg zuschreibt. Die Haltung unserer dortigen Genossen ist denn auch eine diesem wüsten Treiben gegenüber entsprechende: sie sehen mit Verachtung auf ihre Gegner herab und benützen die allgemeine Corruption, um die Arbeiter zu organisiren. Es ist das auch das Beste, was sie thun können.

— Aus Unkenntniß oder unrichtiger Auslegung der Gesetze üben vielfach die Polizeibehörden einen nicht zu rechtfertigenden Druck auf das Volk bei den öffentlichen Wahlen aus. So wird uns aus Stollberg mitgetheilt, daß der dortige gestrenge Herr Bürgermeister den einzelnen Wählern nicht gestattet habe, die Wählerlisten einzusehen, um auf die etwa fehlenden Namen aufmerksam zu machen. Die anwesenden Polizeidiener ließen sich den Namen des Reklamanten und die Hausnummer nennen und sahen selbst nach — dies widerstreitet nicht allein dem Geiste, sondern auch dem Wortlaute des betreffenden Para-

Rothe Weihnachten!

(Aus der Probenummer der „Fackel".)

Wie seinen Arm im Licht des jungen Tages
Der Zecher seufzend auf die Tafel stemmt,
Die man im wüsten Toben des Gelages
Mit Blut der Reben achtlos überschwemmt,
Wie in die Hand er müde senkt die Stirne,
Und wie ein Frösteln seinen Leib durchbebt
Und wo ihm leise schauert vor der Dirne,
Die stieren Blicks das Glas noch immer hebt;

Wie er sich schämt, daß dem verbuhlten Flüstern
Er Nachts gelauscht — wie er in Ueberdruß
Sie von sich stößt, die ihm die Lippe lüstern
Noch immer bietet zu verbotnem Kuß,
Und wie, im Ekel von dem Wein, der Schlaffe
Das Glas, das vor ihm, hastig von sich stößt
Und gierig sich aus blitzender Karaffe
Des Wassers kalte, reine Fluth einflößt —

So schüttelt langsam ab des Rausches Bande,
Von Frost durchrieselt, müde, stumpf und bleich,
Und so besinnt sich auf die eigne Schande
Das arme Volk im neuen deutschen Reich.
Es weist zurück in Ungeduld und Grauen
Den Taumelkelch mit Lolch und Mohn bekränzt,
Und runzelt drohend seine dunklen Brauen,
Wenn er ihm gleißend vor der Lippe glänzt.

Es ist der Lüge satt, die ihm geschmeichelt,
Die es berauscht, die seinen Blick verhängt,
Die ihm die Wange dirnenhaft gestreichelt
Und immer dichter sich an es gedrängt;
Der Rausch der Siege und der Macht — verflogen!
Die goldne Zeit, die man verhieß — ein Schein!
Wie plump und frech die Presse dich betrogen —
Mein armes Volk, siehst Du es endlich ein?

Nun hörst Du wieder auf der Wahrheit Stimme,
Die Trommelwirbel lange übertäubt
Und wider die und deren Wort die schlimme
Verführerin in wildem Haß sich sträubt.

Laßt sie nur immer durch die Zähne zischen,
Laßt sie nur zetern, bis die Kraft ihr schwand —
Von ihren Wangen wird die Schminke wischen,
Die lügnerische, strenger Wahrheit Hand.

Wohl steht sie höhnisch lächelnd da — es gleißen
Die falschen Steine — groß ist ihre Macht,
Die Wahrheit aber wird vom Leibe reißen
In Fetzen ihr die angemaßte Pracht,
Und wie sie nieder jetzt zu treten trachtet,
Was schlicht und edel, wahr und frei und rein,
So wird mit Recht sie von der Welt verachtet
Und wie die Pest dereinst gemieden sein.

Wir sind die Plänkler, um voraus zu streifen
Durch Busch und Hecken brechen rasch wir auf
Und lassen lustig unsre Kugeln pfeifen,
Im Schreiten jetzt, wo dann im vollen Lauf.
In einen Graben wirft sich rasch die Kette
Und sendet knatternd Schuß auf Schuß hervor
Und plötzlich pflanzt sie auf die Bajonnette
Und sprengt in wildem Ungestüm empor.

Doch folgt den Plänklern, die den Kampf begonnen,
Von fern in Massen dunkel, tief und schwer
Und näher dann in glitzernden Colonnen
Mit Sang und Klang und Trommelschlag das Heer,
Und donnernd schleudert seine Eisenbälle
Es in der Lüge Veste, hochgethürmt,
Bis es zuletzt die schuttgewordnen Wälle
Mit tausendstimmigem Siegesruf erstürmt.

Aus dem Schornsteinfegerleben.

(Schluß.)

Meinem Meister mußte ich einmal eine Kiste nach der Post tragen; der Meister ging mir voraus und ich folgte etwas langsam, so daß ich ein Stück zurückblieb. An der Post angekommen, wartete er auf mich und mit drohender Miene fragte er: „Warum kommst Du denn nicht nach?" — „Ach, Meister, die Schlappen reiben meine Füße ganz wund, darum kann ich nicht so schnell laufen." — „Na, bei der Jahreszeit kannst Du auch barfuß laufen", war die technisch richtige Antwort des Herrn Meisters.

Heute nun allerdings bin ich ganz anderer Meinung, und wenn ich damals Courage gehabt, hätt' ich ihm gesagt: „Sie reicher Meister — und ich, der ich Ihnen Ihren Reichthum mit verdienen muß, soll barfuß laufen?"

Jetzt steht es allerdings etwas anders: mein Lehrmeister ist todt und der Herr Sohn ist Nachfolger. Als ich im Jahre 1869 aus der Fremde zurückkam, hatte ich das Vergnügen zu hören, daß die Gesellen 1 Thlr. 10 Sgr. Lohn bekämen und das Frühstücksgeld abgeschafft sei gegen ein ordentliches Frühstück; die Wohnung ist allerdings auch ein wenig besser, als zu Anfang meiner Lehrzeit; damals war die eigentliche Wohnstube für die sechs Mann mit Ziegelsteinen gepflastert, von derselben ging's die Treppe hinauf ins Schlafzimmer, das sehr niedrig ist, so daß ein großer Mann beinahe mit dem Kopf an die Decke stieß. Trotzdem standen aber doch zwei Betten übereinander, so daß das oberste Bett nur 2—3 Fuß von der Decke entfernt war. Als ich nach zehn Jahren diese Räume wieder betrat, machten sie trotz einiger Besserungen noch ganz den Eindruck einer Räuberhöhle auf mich. Ich war mehrere Jahre in Rußland, habe es jedoch selbst dort nirgends schlimmer angetroffen, als hier. Sicher kann ein enger Raum, wo sich sechs schwarze, rußige Gestalten aufhalten, unmöglich schön und sauber sein; aber sind denn diese Leute immer so schwarz und staubig? gebührt ihnen nicht auch ein entsprechendes Lokal zum Aufenthalt, wenn sie sich von ihrem Ruß gereinigt haben? Diese Leute, die ihrem Prinzipal das Brod verdienen und ihn und seine Familie in Wohlleben erhalten, haben die keinen Anspruch auf andere menschenwürdige Lebensbedingungen?

Wenn wir andere Handwerksmeister betrachten — was brauchen dieselben für Auslagen, für Werkzeug, für Räumlichkeiten zu Werkstätten, und wie müssen die Meister selbst mit Hand anlegen! Dagegen was hat ein Schornsteinfegermeister für Auslagen? Einige Besen, pro Mann ein Eisen (Kratze), einen Besenstiel, einige Leinen mit Kugel und einige Leitern. Eine nichtssagende Bagatelle bei der großen Einnahme.

Da nun überhaupt die Arbeit eine ziemlich beschwerliche ist, sollte es da nicht des Meisters Pflicht sein, für seine Leute, wenigstens daheim im Hause, entsprechend Sorge zu tragen? Das würde aber freilich den Herren zu viel Geld kosten, übrigens sind es ja die Gesellen und Lehrlinge nach der Ansicht jener nicht besser gewöhnt, und es ist schon gut, wenn sie ein Leben führen, kaum etwas besser wie das Vieh.

graphen des Reichswahlgesetzes. Im § 8 heißt die betreffende Stelle: „Die Listen sind spätestens 4 Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und ist dies zuvor unter Hinweisung auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen." — Ein Parteigenosse in Stollberg, dem schließlich die Behörde die Einsicht erlaubte, fand unter 40 von ihm notirten Namen 8 als fehlend vor — er hatte sich noch einige Hundert aufgezeichnet, doch erlaubte man ihm die Einsicht nicht weiter. — Wir können nicht begreifen, daß die Behörden vielfach ein so geringes Interesse daran nehmen, daß das Einvernehmen mit der Gesammtbevölkerung ein recht gutes sei. Durch derartige Vorkommnisse, wie das hier berührte, wird aber wirklich das Einvernehmen kein besonders erfreuliches. — Unsere Parteigenossen in Stollberg aber werden trotz der vielen Schwierigkeiten ihre ganze Kraft einsetzen, um ihrem bewährten sozialistischen Candidaten mit großer Majorität zum Siege zu verhelfen.

— Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß an manchen Orten die Behörden der Vertheilung von Wahlflugblättern Schwierigkeiten in den Weg legen. Ein Gewerbeschein gehört zu solcher Vertheilung nicht, aber eine polizeiliche Erlaubniß, die indeß einem nicht bescholtenen oder nicht mit ekelerregender Krankheit behafteten Manne unter keinen Umständen versagt werden darf.

— Der Redakteur des „Zeitgeist", Parteigenosse Ernst, wurde vom Schwurgerichte zu München wegen Preßvergehen zu sechsmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt.

Correspondenzen.

Hamburg, 3. Dez. (Schluß.) Die pihlosophisch radikalen Forderungen habe die Sozialdemokratie aufgestellt, weil sie der Ueberzeugung sei, daß ein sozial gerechtes Gesellschaftsleben nur in einem demokratischen Staatswesen möglich. Politische Unfreiheit führe sozial Ungleichheit mit Nothwendigkeit nach sich, sowie auch umgekehrt.

Dem Redner wurde rauschender Beifall zu Theil. Nach ihm betrat ein Herr Dr. Brackebusch die Tribüne. Derselbe glaubt vor den Strikes warnen zu müssen, sowie er auch der Meinung ist, daß es heutzutage keine verschiedenen Klassen mehr in der Gesellschaft gebe (!!). Daß die Strikes durchaus keine Eigenthümlichkeit der Sozialisten sind, sondern die Arbeiter aller Parteien und aller Länder zu diesem Mittel greifen, wenn es gilt, die eigene Lage zu verbessern oder ungerechte Zumuthungen abzuweisen, davon schien der Herr Doktor nichts zu wissen. Die Behauptung, daß es in der heutigen Gesellschaft keine Klassen giebt, rief allgemeine Heiterkeit hervor und hatte Herr Geib nur zu recht, als er diese Anschauung etwas „sonderbar" nannte. Auch Herr Dr. Lindwurm betheiligte sich an der Debatte, ohne indeß etwas anderes, als wie in seinem Vortrage vor acht Tagen vorzubringen. Herr Dr. Lindwurm glaubt nun einmal steif und fest, daß im sozialen Staat Alles von der lieben Polizei angeordnet und eingerichtet werden soll; als guter Fortschrittsmann kann er sich nicht entschließen, einem solchen „Despotismus" seinen Nacken zu beugen. Die Freiheit der Berufswahl und die daraus hervorgehende wirthschaftliche Unabhängigkeit (nach Dr. Lindwurm) ist es, welche als Palladium unserer heutigen Gesellschaft gerettet werden muß, und deshalb müsse der Sozialismus verworfen werden. Wie der Herr Doktor dazu kommt, der heutigen Gesellschaft nachzusagen, daß dieselbe die Freiheit der Berufswahl garantire, ist uns unbegreiflich. Ob der Herr Doktor wohl nicht weiß, daß die tausende und abertausende der Proletarier, sowie Kleinhandwerker und Bauernkinder keine andere Wahl in Bezug auf ihren Beruf haben, als in die Fußstapfen ihrer Eltern einzutreten und den Kreislauf des Elends, den ihre Eltern durchgemacht, zu wiederholen? Ob er wohl nicht weiß, daß unser Volksschulsystem von Hause aus schon so eingerichtet ist, daß die geistige Entwickelung der Jugend niemals zur Blüthe gelangen kann und dadurch gewisse Lebensstellungen für die Kinder des Volkes geradezu unerreichbar gemacht werden? Ob der Herr Doktor wohl glaubt, daß es bloßer Zufall ist, daß in den Kreisen unserer Gelehrten, höheren Beamten und Staatsmänner es zu den Seltenheiten gehört, daß ein Kind aus dem Volke, aus der nichtbesitzenden Klasse sich dazwischen befindet? Der Herr Doktor muß es wohl glauben, denn sonst wäre es nicht möglich, daß er gerade auf diesem Punkte so sehr fußt und und er sich ein paar Mal zu der Aeußerung hinreißen ließ, daß wenn ihm Jemand die Garantie gäbe, daß im sozialistischen Staat die Freiheit der Berufswahl und damit die wirthschaftliche Selbständigkeit gesichert sei, er selbst das sozialistische Programm anerkennen und sich für dasselbe erklären würde. Das Referat, welches wir in der „Reform" über die Versammlung lesen, zeigt übrigens recht deutlich, wie man immer und immer wieder sich an Nebensachen klammert und wie die Katze um den heißen Brei, um den Inhalt der sozialen Frage herumgeht, dessenungeachtet aber als „Sachkenner" sich aufspielt. Nicht einmal das A-B-C der Hamburgischen sozialistischen Bewegung scheint der Verfasser des Referats, in dessen Stil wir Herrn Lindwurm erkennen, zu wissen, denn er redet von einer sozialistischen „Breuel'schen Fraktion", die es gar nicht giebt. Damit aber der Herr es sich in Zukunft merkt: Es waren Mitglieder des Bräuer'schen Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, deren Ausführungen ein paar Mal stürmische Heiterkeit hervorriefen, was in dem überfüllten und dadurch sehr heißen Saale nur wohlthuend wirken konnte. Geib's Replik war kurz und konnte es sein, die Einwürfe der Gegner waren so wenig stichhaltig, daß es keiner großen Widerlegung bedurfte. Daraus folgert nun die „Reform", daß Geib's „Vertheidigung" (welche Wortverdrehung!) sich auf die schwachen Punkte gerichtet habe, auf welche Dr. Lindwurm seine Angriffe richtete. Es ist kostbar, mit welchem Selbstgefühl sich der Herr Doktor herumträgt! Herr Lütkens machte zum Schluß noch auf einige Widersprüche des Herrn Dr. Brackebusch aufmerksam und richtete dann einen Appell an die anwesenden Bräuerianer, dieselben aufforbernd, sich der großen Arbeiterpartei anzuschließen. Ob Herr Lütkens mit Letzterem viel ausgerichtet. möchten wir bezweifeln. Daß die Versammlung in musterhafter Ordnung verlief, brauchen wir wohl nicht erst anzuführen. Schluß derselben 12 Uhr.

s **Aus Schleswig-Holstein,** 22. December. Vor Jahresabschluß will ich Ihnen noch einige Mittheilungen aus hiesiger Gegend machen. Die Fortschrittspartei und die Nationalliberalen hatten sich überall schon genähert, als der Compromiß im Reichstag wie ein Wetterschlag zwischen die fast vollzogene Einigkeit fuhr. Die hochtrabenden Redensarten des fortschrittlichen Blattes „Altonaer Nachrichten" in Bezug auf die Lasker'sche Candidatur*) im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreise haben etwas nachgelassen; die Herren von der Fortschrittspartei sind sehr kleinlaut geworden, daß sie es gerade gewesen sind, welche die Compromiß-Hebamme auf den Schild erhoben haben. Wir wollen nun abwarten, ob die Fortschrittshelden weiter noch den Muth haben, für Herrn Lasker, der wegen des Compromisses von den Fortschrittsabgeordneten im Reichstage so scharf gegeißelt wurde, ferner einzutreten, da sie sich durch ein solches Compromiß mit den Nationalliberalen genau auf den Laskerschen compromißlichen Standpunkt stellen und den Compromiß im Reichstage dadurch sanktioniren würden. — Die Anhänger der beiden Professoren Beseler und Seelig im 6. Wahlkreise fassen sich recht derb an und halten sich gegenseitig die Schwächen ihrer Candidaten vor; dadurch können wir nur profitiren, weil jetzt schon die Bauern in unserer Gegend sagen; „wenn die beiden Herren so schlecht gemacht werden von Leuten, welche ihrer politisch-sozialen Richtung doch befreundet sind, so wollen wir nichts mit denselben zu thun haben und doch lieber einen Arbeiter, einen Mann aus dem Volke, den Maschinenbauer Stöhr wählen". — Im Norden unserer Provinz, in Schleswig, geht die Wahlbewegung hoch; unser dänischer Parteigenosse Louis Pio hat in dem Kopenhagener „Sozialdemokraten" einen Aufruf an die dänischen Arbeiter in Schleswig erlassen, in welchem er dieselben energisch auffordert, für den deutschen Sozialisten Brückmann aus Altona bei den nächsten Reichstagswahlen zu stimmen. Die betreffende Nummer wird in 20,000 Exemplaren unter den schleswig'schen Arbeitern vertheilt. In dem 4. schleswig'schen Kreise werden die dänischen Arbeiter angewiesen, für unsern Candidaten Heinzel aus Kiel zu stimmen. Das Prinzip der Internationalität zeigt sich hier in äußerst praktischer Form. — Während dessen prallen die nationalen Gegensätze dort oben unter den Besitzenden erst recht auf einander. So wurde kürzlich der Hofbesitzer Bruhn aus Hördrup wegen Beleidigung des deutschen Kaisers und Bismarcks zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. — Noch will ich berichten, daß man in letzter Zeit sich in der nordischen Presse große Mühe giebt, die bekannten deutschen Sozialisten besonders heftig anzugreifen und durch allerlei Verläumdungen zu verdächtigen. Auch die „Itzehoer Nachrichten" haben dies versucht, doch wurden dieselben durch treffliche Erklärungen unserer Reichstagsabgeordneten Hasenclever und Hasselmann auf das Beste abgefertigt. Jetzt versucht es der „Hamburger Correspondent" und läßt sich aus Altona einen Bericht senden, der in äußerst unklarer Weise Hasenclever angreift und von schnöder Verwendung*) der Arbeitergroschen redet. Doch unsere Arbeiter kennen derlei Machinationen und lassen sich nicht beirren — der 10. Januar wird dies in eclatanter Weise zeigen.

*) In einer Berliner Correspondenz habe ich vor Kurzem den Abg. Lasker für einen der Besseren der Nationalliberalen erklärt; nach der dritten Lesung der Justizgesetze habe ich mich jedoch überzeugt, daß ich mich mit jenem Ausspruche gründlich irrte.

Hasenclever.

Hadersleben. Auch hier hat man angefangen, das Prinzip der Lohnherabsetzung anzuwenden, indem die vereinigten Stellmachermeister unterm 1. December uns einen Lohntarif überreichten, welcher die Löhne um 16 pCt. herabdrückt. Da wir natürlich nicht darauf eingehen konnten, beriefen wir eine Gewerkschaftsversammlung darüber ein, wozu wir die Herren Prinzipale einluden, welche indeß durch ihre Abwesenheit glänzten, und uns einen bevollmächtigten Lehrburschen sandten, um uns aufzufordern, unsern Beschluß schriftlich bei den Herren einzureichen. Dieses thaten wir denn auch mit einem neu hergestellten, dem alten gleich hoch gestellten Tarif, mit der Bitte, denselben anzunehmen, da im entgegengesetzten Falle wir unter Einhaltung der gesetzlichen 14tägigen Kündigung uns genöthigt sähen, die Arbeit niederzulegen. Die Herren Prinzipale bewilligten unsern Lohntarif, worüber wir recht erfreut waren. Doch der Arbeiter denkt und das Kapital lenkt! Wir wurden überrascht mit einem Arbeitsausschluß, die Herren mußten sich aber der Bestimmung 14tägiger Kündigung fügen, so ungern sie dieses auch thaten. Sie glaubten uns ohne Weiteres aufs Straßenpflaster setzen zu können. Gleich in den ersten Tagen entließen sie 12 Mann und 8 Tage später alle übrigen. Man versucht uns durch Hunger mürbe zu machen, da besonders viele verheirathete Collegen hier sind, doch wir wollen uns brav halten. Die Herren thun der gerechten Sache blos gute Dienste. Viele sind dadurch für die Sozialdemokratie gewonnen. — Nun, werthe Collegen Deutschlands und Dänemarks, haltet Euch so viel wie möglich fern von hier, denn unser Sieg ist auch der Eurige. Zugleich richten wir an Euch, werthe Collegen, die Bitte, uns kräftig zu unterstützen, denn der Winter drückt die Familienväter sehr hart. Wir werden's Euch nicht vergessen, wenn bessere Zeiten für uns kommen, und unsere Pflichten wieder zu erfüllen suchen.

Unterstützungen bitten wir an Chr. Fick, Stellmacher, Gokkerstraße Nr. 731 in Hadersleben, Nordschleswig, zu senden.

H. Maack, Vorsitzender des Stellmacher-Vereins.

Alle Arbeiterblätter werden freundlichst um Abdruck gebeten.

Uelzen, 17. Dez. (15. Hannoverscher Reichstagswahlkreis.) Am 7. November hielten wir eine Volksversammlung ab, welche von ca. 400 Personen besucht war. Herr August Kapell aus Hamburg referirte zu Aller Zufriedenheit und wurden ihm viele Beifallsbezeugungen gebracht, auch folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Redners einverstanden und verspricht Jeder der Anwesenden nur dem Arbeitercandidaten seine Stimme zu geben, und proklamirt die heutige Versammlung Hrn. August Kapell aus Hamburg zum Reichstagscandidaten des 15. Hannoverschen Wahlkreises Uelzen." Am 24. November hielten wir für Revensen und Umgegend, am 25. in Uelzen eine Volksversammlung ab, wo Herr Otto Kapell Vortrag hielt; folgende Resolution wurde in beiden Versammlungen einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung ist überzeugt, nur durch die Prinzipien der Sozialdemokratie vom Elende befreit zu werden, und verspricht jeder mit aller Energie dafür zu wirken, daß der Arbeiter-Candidat siegt." — Am 26., Nachmittags in Clenze, Abends in Bergen a. d. Demme, sollte Herr Otto Kapell das Referat übernehmen, doch die Berger Nationalliberalen hatten 10 und 20 Mann zum Skandalmachen gedungen. Als daher Herr Otto Kapell zu sprechen anfing, ging der Lärm los. Herr O. Kapell versuchte fünf Mal zu sprechen, wurde aber immer niedergeschrieen. Die überwachenden Beamten mußten 14 Mann denunziren, O. Kapell und Schmidt sollen Zeugen sein. Die Versammlung mußte geschlossen werden. — Am 27. fand in Lüchow, am 28. in Dannenberg, am 29. in Weerssen Volksversammlung statt, in welchen Herr August Kapell referirte. In allen drei Versammlungen wurden Resolutionen im obigen Sinne angenommen. — Am Sonntag, den 3. d. M., hatten die Liberalen in Bergen Versammlung. Wir hatten zwei am selbigen Tage, eine Volksversammlung und eine sozialdemokratische Wählerversammlung, angemeldet und fanden sich 13 unserer Freunde aus Uelzen bereit, die Reise mit anzutreten, mit 1500 Wahlaufrufen, 200 „Nieder m. d. Sozialdemokraten" und andern Broschüren beladen. Während der Fahrt hatten wir Gelegenheit, nach allen Gegenden unseres Wahlkreises Wahlaufrufe und Bücher auf Reisen zu schicken. Unsere Freunde aus Bergen trugen Wahlaufrufe und Bücher aus, es hielten in den Arbeiterwohnungen 81 Brochüren ihren Einzug und weitere 120 werden ihnen jetzt schon gefolgt sein. August Kapell konnte erst gegen 5 Uhr kommen. 3 Uhr 40 Minuten wurde die Versammlung eröffnet und erhielt Herr Heinecke aus Uelzen das Wort, und er verstand es trefflich, seine Zuhörer zu fesseln, bis Herr August Kapell in den Saal trat. Sodann sprach Herr A. Kapell sein Bedauern aus, daß er nicht eher hätte kommen können. Am Schlusse forderte Herr Kapell auf, wer nun erkannt habe, daß die Bestrebungen der Sozialdemokraten die richtigen seien, der möge ihn, den Arbeiter-Candidaten, wählen. Eine Resolution zu des Redners Gunsten wurde angenommen. Herr Heinecke berichtete hernach, daß Herr Seefselberg in Weerssen am Sonnabend, den 2. d. M., 5½ Uhr Abends, seine Arbeiter zusammenrufen ließ und erklärte, daß sie Alle über 14 Tage entlassen würden, er wolle keine Sozialdemokraten in Arbeit haben, und hielt dann einen Vortrag, daß die Sozialdemokraten die Maschinen zerstören wollten und noch mehr solch Gefasel. In Bergen machten die Liberalen auch einem Herrn Kalsch Vorstellungen, doch dieser ehrenwerthe Mann wies die Ansagesteller entschieden mit den Worten ab: Jeder kann glauben und einer Partei angehören, welcher er will, wenn er nur seine

*) Unser Parteiorgan, das „Hamburg-Altonaer Volksblatt", bringt den betreffenden Wortlaut aus dem „Hamburger Correspondent" mit dem Bemerken, es mir zu überlassen, solcher Behauptung entgegenzutreten. Ich verweise in erster Linie auf meine Erklärung in den „Itzehoer Nachrichten", die ja auch im „Hamburg-Altonaer Volksblatt" abgedruckt worden ist. Dann aber überhebt mich die Achtung, welche ich bei meinen Parteigenossen und vielen tausend braven Arbeitern genieße, auf solche schmutzigen Angriffe immer und immer zu erwidern. Der sonst so reinliche „Hamburger Correspondent" aber sollte sich schämen, daß er sich von seinem Altonaer Berichterstatter so in die Cloake führen läßt.

Hasenclever.

Während meiner Abwesenheit von M. waren bei allen drei Schornsteinfegermeistern — denn mehr sind dort nicht — Veränderungen eingetreten: sie hatten die Vorstädte abtreten müssen und mußten sich nun blos auf die Stadt beschränken; zudem dürfen die Bürger von M. seitdem ihre Schornsteine fegen lassen bei welchem von den Dreien sie wollen, was früher nicht gestattet war. Die drei Meister sind aber einig und machen sich keine Concurrenz.

In der Vorstadt, die mein Lehrmeister früher inne hatte, ist der Sohn des Meisters B. angestellt worden. Derselbe ging damals, als ich in die Fremde ging, noch in die Schule — Meisterssöhne haben allerdings das Privilegium eines schnellern Avancements. Diesen jungen Meister sah ich gerade, wie er auf die Gesellen seines Vaters wartete, welche, mit der Tagarbeit ihres Prinzipals fertig, jetzt in dem Revier des Herrn Sohnes noch einmal ihre Kraft erproben sollten; ob sie dafür entschädigt werden, weiß ich nicht.

Durch die oben beschriebenen Erfahrungen war mir nun mein Handwerk gründlich verleidet; ich sah immer mehr ein, daß dem Menschen, der das Unglück hat, als armer Leute Kind zur Welt zu kommen, in unserer Zeit eine selbständige Existenz fast unmöglich gemacht wird.

Ich ging deshalb schon in M. als gewöhnlicher Handarbeiter in verschiedene Geschäfte, dann später nach H., von dort nach F., wo ich mich verheirathete. Ich fand zwar überall, daß in allen Ständen der Arbeiter zur Maschine gemacht wird, um Kapital aus ihm zu schlagen, aber in dem Maße, wie es bei meinem Handwerke geschieht, habe ich es nirgends wieder getroffen.

Mögen diese Zeilen hauptsächlich dazu dienen, um meinen ehemaligen Collegen die Augen zu öffnen, damit dieselben auch in die Arbeiterbewegung eintreten, um ihre Lage zu verbessern, und die auch ihnen zustehenden Menschenrechte geltend zu machen.

Karl Böhm.

(Anm. d. Red. Wir haben schlicht und einfach den Einsender seine Erfahrungen erzählen lassen und verfehlen auch nicht, seinem Wunsche zu entsprechen, unsere Parteiorgane auf dieses Bild aus dem Arbeiterleben aufmerksam zu machen.)

— Ueber eine große republikanische Kundgebung berichten Pariser Blätter unterm 18. d. Mts. wie folgt: Das Leichenbegängniß des Fräulein Marie Raspail gestaltete sich Sonntag, den 17. d. M., wie man vorhersehen konnte, zu einer imposanten Volkskundgebung. Als der von Arcueil-Cachan kommende Trauerzug die Thore von Paris und die Place d'Enfer erreichte, wurde er schon dort von einer staatlichen Menschenmenge empfangen; diese schwoll aber dann auf dem langen Wege über die Boulevards Arago, Saint-Marcel, de l'Hopital, die Austerlitzbrücke und den Bastilleplatz lawinenartig an und wurde auf dem Pere Lachaise selbst abermals durch die unabsehbare Zahl der dort harrenden verstärkt, so daß wohl mehr als fünfzigtausend Menschen der Antigone des alten Raspail, wie man diese aufopferungsreiche Tochter nennen durfte, die letzte Ehre erwiesen. Der greise Franz Raspail folgte in Begleitung seines Sohnes Benjamin der Leiche in dem ersten Trauerwagen und ließ es sich nicht nehmen, der Feierlichkeit, von der natürlich jede geistliche Handlung streng ausgeschlossen war, bis zum Schlusse beizuwohnen; an der Seite der sonstigen Mitglieder der Familie Raspail waren der Senator Tolain und etwa vierzig radikale Abgeordnete und Gemeinderäthe mit Louis Blanc an der Spitze erschienen. Schon unterwegs machte das Volk seinen Gefühlen mehrmals und mit besonderer Stärke auf dem Bastilleplatze und in der Rue de la Roquette durch die Rufe Luft: Es lebe die Republik! Es lebe die Amnestie! Es lebe Raspail! Auf dem Friedhofe vollends wollten die Huldigungen für den greisen Revolutionär kein Ende nehmen. Am Grabe sprachen der ehemalige Präsident des Gemeinderaths Foreſt und der radikale Abgeordnete und Volksmann Nadaud, Beide nicht ohne sich über die politische Leidensgeschichte Raspail's und seiner Kinder und über das Bedürfniß einer allgemeinen Amnestie zu verbreiten. Marie Raspail wurde dann unter neuen Hochrufen auf die Republik und Amnestie in der nahe bei dem Grabmal des großen Casimir Périer gelegenen Familiengruft beigesetzt, worauf der alte Raspail sich nur mit der größten Mühe vor den Ovationen der ihn umdrängenden Volksmenge in seinen Wagen retten konnte. Die Polizei verhielt sich ruhig, und das war anerkennenswerth.

— Ein himmelschreiendes Unrecht ist in der letzten Sitzung des Reichstags passirt. Der Abgeordnete von Bonin forderte nämlich das Haus auf, zum Danke für die umsichtige Leitung des Präsidiums und des gesammten Vorstands, dann für die Bemühungen der Justizcommission und deren Vorsitzenden sich zu erheben. Der Abgeordnete Valentin, welcher nicht mit zu den also gefeierten Personen gehörte, soll äußerst erzürnt über solche Undankbarkeit sein und sich nicht wieder wählen lassen wollen.

— Avis für die Redaktion der „National-Zeitung". In der vorigen Woche brachte die wohlanständige „National-Zeitung" in einem Leitartikel die Notiz, daß der Abgeordnete Windthorst unter dem „Beifallsgejohle" der Sozialdemokraten im Reichstage gesprochen habe. Uns kann solche Schimpferei allerdings nicht beleidigen; doch es wäre im Interesse der von zwei Reichstagsabgeordneten redigirten „National-Zeitung", wenn wir einen Vorfall verschweigen, der nach der „berühmten" Reichstagsweinprobe sich ereignete und bei welchem ein ganz anderes „Gejohle" zu vernehmen war.

Arbeit macht*). — Ein Antrag, die Tageskosten betreffend, wurde vom Amtshauptmann aus Lückow verweigert, auf Grund der Hannoverschen Gesetze. Herr Schmidt aus Bergen erwiderte, daß es nach den Obertribunalsbeschlüssen gestattet sei und er Beschwerde führen müßte. „Können Sie thun," war die Antwort. Mehrere entschlossene Männer aus Bergen traten vor und sagten: Freiwillig, ohne Antrag, kann ich doch geben, was ich will, und legten ihr Scherflein auf den Bureautisch. Zum Schluß rufe ich alle Arbeiter des Uelzener Wahlkreises auf, von jetzt ab unablässig thätig zu sein und keine Opfer zu scheuen, nur dann ist der Sieg für uns gewiß.

Alle Briefe ꝛc. sind an meine Adresse zu senden.

August Meyer,
Cigarrenarbeiter, Hambrockerstr. Nr. 416.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Frankfurt a. M. Das Urtheil in dem Prozeß Mehring-Sonnemann ist, wie nach den Verhandlungen nicht anders zu erwarten war, vollständig zu Gunsten Sonnemann's ausgefallen. Herr Mehring hat damit den verdienten Lohn erhalten. Beiläufig qualifizirt dieser Mensch sich mehr und mehr zum Offiziösen. In seinen von der „Magdeburger Zeitung" veröffentlichten Schimpfartikeln über die deutsche Sozialdemokratie zeigt sich das recht deutlich. Ueberwinden Sie einmal den Ekel und lesen Sie das Zeug durch (ist theilweise geschehen R. d. V.), und Sie werden als rothen Faden das Bestreben finden, den angeblich „nationalen", „praktischen" Lasalle gegen die „vaterlandslosen Communisten" in's Feld zu führen — ganz wie Dr. Rudolf Meyer, das Wagener'sche Faktotum (und Dr. Max Hirsch, der Gönner des traurigen Lumpacius Küster. R. d. V.). —

Ludwigshafen, 6. Dezember. Am 3. d. M. fand im Lokale „Zum Baierischen Hof" hier eine gut besuchte Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Volksvertretung im Reichstag." Nach der üblichen Bureauwahl erhielt Herr Dreesbach zur Tagesordnung das Wort und erledigte durch eine längere Rede zur Zufriedenheit der Anwesenden seine Aufgabe. Hierauf ergriff Genosse Ehrhardt aus Mannheim das Wort, sich an die Ausführungen des Referenten anschließend, und empfahl für die nächste Reichstagswahl Herrn Dreesbach als Arbeitercandidaten. Eine kurze Ansprache unseres Candidaten schloß die begeisterte Versammlung, welche der Behörde wiederum durch ihr ruhiges und musterhaftes Benehmen von Anfang bis zu Ende bewies, wie unnütz es ist, bei jeder Versammlung unsererseits ein Heer von Sicherheitsbeamten aufzubieten. Auch in dieser Versammlung waren nicht weniger als vier Gensdarmen, fünf Polizeidiener und der Polizeicommissär anwesend. Abends 8 Uhr eröffneten wir wieder eine Volksversammlung in dem benachbarten Orte Friesenheim, welche ebenfalls sehr gut besucht war und mit demselben Resultate wie in Ludwigshafen endete.

Osterode a. Harz, 10. Dezember. Am heutigen Tage fand hierselbst in den Räumen des Gasthauses „Zum neuen Hause" eine öffentliche Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl" Als Referent war Herr L. Lingner aus Achim anwesend. Die ziemlich gut besuchte Versammlung folgte mit regem Eifer den Ausführungen des Redners. Eine Resolution im Sinne unserer guten Sache wurde angenommen.

NB. Gesinnungsgenossen in den verschiedenen Orten unseres Wahlkreises bitten wir, ihre Adresse an den Vorsitzenden des Centralwahlcomités, Cigarrenarbeiter Herrn Ernst Klingenberger, Osterode a. Harz, einzusenden.

Crefeld, 9. Dezember. Seit Parteigenosse A. Dreesbach von hier weggereist, hatten wir keine Volksversammlung mehr, weil uns kein Lokal mehr zur Verfügung stand, indem die Wirthe von der Polizei eingeschüchtert wurden. Am Mittwoch, den 29. November, Abends 8 Uhr, hielten wir in unserm Versammlungslokal bei Herrn Jakob Ziellenbach eine Volksversammlung ab, bei der Herr Fr. Weidemann aus Hamburg referirte. Die Versammlung war ziemlich gut besucht und hatte die Tagesordnung: Ueber die Aufgabe des Volkes bei der nächsten Reichstagswahl. Der seines Gegenstandes mächtige Redner forderte die Versammlung auf, nur einen Arbeitercandidaten bei der nächsten Reichstagswahl aufzustellen, die Versammlung zollte dieser Aufforderung einstimmig Beifall und es wurde Herr Fr. Weidemann als Reichstagscandidat vorgeschlagen. Eine Volksversammlung wird Montag den 18. d. abgehalten werden, worin Herr Weidemann wieder referiren wird; wir aber hoffen, ein größeres Lokal zur Disposition zu haben.

Jos. Buchbender.

Ronneburg, 20. Dezember. (Altenburger Wahlkreis.) Da seit längerer Zeit das Parteiorgan von uns nicht in Anspruch genommen wurde, und daher bei anderen Parteigenossen der Verdacht entstehen kann, wir hätten uns auf die Bärenhaut gelegt, so sehen wir uns veranlaßt, von der letzten Thätigkeit zu berichten. Wo es uns gelang, Lokale zu bekommen, haben wir Versammlungen abgehalten, doch in vielen Orten wurden wir durch Beeinflussungen der Wirthe daran verhindert. So fanden in Ronneburg vom August bis jetzt mehrere sehr gut besuchte Versammlungen statt, in denen die Herren A. Zwiebler und W. Stolle mit gutem Erfolg referirten. Einige Tage später in Baldenhain, wo W. Mehlhorn aus Glauchau referirte, und von wo derselbe auch nach Ronneburg ging und die Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl und Proklamirung des Reichstagscandidaten, erledigte. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht. Hierauf ging's nach Selka und Schmölln, wo unser Candidat W. Stolle in zahlreich besuchten Versammlungen sein Programm klarlegte. Ferner in Posterstein und Nöbdenitz, welche ebenfalls gut besucht und wo die Anwesenden sich mit den Ausführungen Stolle's vollständig einverstanden erklärten, sowie die Candidatur desselben befürworteten. Am 17. d. Mts. in Ronneburg, wo an Stelle Klute's die beiden Herren Bretter aus Gera und Mehlhorn aus Crimmitschau das Referat übernahmen. Die Versammlung, zahlreich besucht, belohnte die Referenten für ihr gediegenes Referat mit lebhaftem Beifall, ebenso wurde die Candidatur Stolle's einstimmig unterstützt. Da alle Versammlungen vom besten Geiste beseelt, ferner die Besucher für Stolle einzutreten erklärten, so können wir mit Zuversicht de 10. Januar entgegen sehen. Wäre nicht die große Mittellosigk. der hier hauptsächlich aus Webern bestehenden Bevölkerung [illegible] zu sehr im Wege, so hätte der bisherige Vertreter, Herr Appellationsgerichts-Vicepräsident Dr. Wagner, sein Jasageramt am längsten bekleidet.

Hof, 18. Dezember. Obgleich wir seit längerer Zeit durch die Polizei in Hof lahmgelegt sind, weil jede Versammlung als Fortsetzung der aufgelösten Mitgliedschaft betrachtet und somit aufgelöst wird, ließen wir es uns doch nicht verwehren, eine Wählerversammlung am 16. d. M. abzuhalten, wozu wir Herrn Löwenstein aus Fürth ersuchten, das Referat zu übernehmen. Als wir die Versammlung eröffneten, erschienen zwei Polizeicommissäre mit Bedeckung, die Wählerversammlung zu überwachen. Nun ergriff Herr Löwenstein das Wort und führte aus, daß alle die verschiedenen Parteischattirungen gegen die sozialdemokratische Partei seien u. s. w.; diese nennen uns Reichsfeinde, während es eher umgekehrt sei. Als Herr Löwenstein noch Einiges kritisirte, wobei auch der Redakteur des „Hofer Anzeigers" herhalten mußte, weil er uns die Bekanntmachung zur Versammlung verweigerte, endigte er seinen Vortrag, welcher zur größten Zufriedenheit von den Anwesenden aufgenommen wurde. Zum Schluß wurde Löwenstein vom Vorsitzenden Hedrich zum Reichstagscandidaten des Hofer Wahlkreises empfohlen und von den Versammelten einstimmig angenommen. — Ueber die Versammlung hat der „Hofer Anzeiger" einen Bericht voll des blühendsten Unsinns geleistet, der nur vortheilhaft für uns wirken kann bei denen, die denken.

Eßlingen, 11. Dez. Der „Schwäbische Merkur", Hauptorgan der Nationalliberalen schreibt:

„Die heute Abend stattgefundene, sehr zahlreich von Parteigenossen und Neugierigen besuchte sozialdemokratische Versammlung*), in welcher der Candidat der Partei für den Reichstag, Motteler, auftrat, konnte freilich dem „Kundigen" (aha!) nichts Neues bieten, wohl aber eine lehrreiche Illustration dafür sein, daß Manches, was dem „Mündigen" als Phrase oder Utopie klar geworden, für den „Unmündigen" süßes Gift ist, ganz geeignet, den „gesunden" Menschenverstand in Verwirrung zu bringen**). Der äußerst gewandte Redner, der in 2½stündiger freier Rede erst von der Geschichte seiner Partei, dann von der Thätigkeit derselben in der ablaufenden Legislaturperiode und endlich auf Interpellation hin über die Stellung der Sozialisten zur Ehe und zum Eigenthum sich des Breitern ausließ, verstand es meisterhaft, die sozialistischen Grundsätze als so naturgemäß und unschuldig hinzustellen, sie mit solch idealem Schimmer zu umkleiden, daß man kaum mehr begreifen konnte, warum nicht schon lange die sozialistische Genossenschaft irgendwo zur Wahrheit geworden. Redner beklagte sich bitter (?) darüber, daß seine Partei bis jetzt aus Süddeutschland noch keinen (?) Erfolg zu verzeichnen habe, während sie in Norddeutschland seit 1859 auf dem Posten gestanden sei und hofft, der Zeitpunkt sei da, wo auch bei uns Schwaben endlich die bessere Einsicht zum Durchbruch kommen werde. — Wir glauben vom „gesunden" Sinn des schwäbischen Stammes erwarten zu dürfen, daß „derartige Agitationen" bei uns noch auf dürren Boden fallen."

Dies schreibt der „kundige" Thebaner aus Schwaben, der unfehlbare Erkenner der „Mündigen" und „Unmündigen". Mögen die Schwaben sich recht bald des Ruhmes entschlagen, von solcher Seite sich das „Mündigkeitsatteste" ausstellen zu lassen. — Wir geben diesen Bericht aus gegnerischem Munde; mögen unsere Leser darnach bemessen, wie die Dinge im Weiteren für uns in Schwaben liegen, da wo gekämpft werden kann.

Zittau, am 27. November. Wählerversammlung hier im „Deutschen Hause". Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahl, sowie Aufstellung eines Reichstags Kandidaten für den ersten sächsischen Wahlkreis. Referent: Herr Kayser aus Dresden. Als nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag der Vorsitzende, H. Wenzel, zur Interpellation aufforderte, meldete sich Niemand; obgleich Gegner genug anwesend waren. Er empfahl Herrn Hugo Keller aus Görlitz der Versammlung als Reichstags-Kandidat. Eine Resolution dahin gehend: Die Versammelten wollen erklären, daß sie mit den Prinzipien der Sozialdemokratie völlig einverstanden und mit allen gesetzlichen Mitteln die Kandidatur des Herrn Keller unterstützen, wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Herr Keller, welcher anwesend war, versprach in nächster Zeit seine Kandidaten-Rede zu halten.

Sonntag, den 3. Dezember, hielten wir in Reibersdorf eine Wählerversammlung ab, woselbst Herr Keller das Arbeiter-Programm entwickelte. Nach Schluß seines gediegenen Vortrags empfahl ich der zahlreichen Versammlung, Herrn Keller als ihren Kandidaten anzuerkennen; gegen 4 Stimmen wurde dies angenommen. Die Tellersammlung ergab 3 Mark 24 Pf.

Montag, den 4. Dezember, war von gegnerischer Seite eine Wählerversammlung einberufen. Das Bureau kam in die Hände der Fortschrittler, diese Partei hat sich hier erst gebildet und ihr Organ ist die hiesige „Morgen-Zeitung", Inhaber ist Herr Fabrikant Fränkel. Derselbe wurde auch in dieser Versammlung als ihr Reichstagskandidat aufgestellt und nahm derselbe dankend an. Ich und Wenzel meldeten uns zum Wort und wir legten den Arbeitern an's Herz, die Nationalliberalen und Fortschrittler um des Kaisers Bart streiten zu lassen, denn wir haben unsern eignen Weg zu gehen. Darauf empfahlen wir unsern Hugo Keller; der reichliche Beifall, der uns ward, machte die Herren etwas stutzig. Es wurde dann der Antrag gestellt: Die 3 Kandidaten mögen an einem Abende ihr Programm erläutern, damit die Wähler sich ein genaues Urtheil bilden können. Es kam zur Abstimmung und wurde angenommen. Auf einmal erklärte der Vorsitzende, das ginge nicht! Darauf großer Tumult und die Versammlung soll heute noch geschlossen werden. Renke.

Oelsnitz, 18. Dezember. Die Wahlaussichten im 23. sächs. Wahlkreise sind für unsern sozialistischen Candidaten M. Neißer in Bremen recht günstige. Hatte derselbe schon vor einigen Wochen bei seinem ersten Auftreten in mehreren Hauptorten des Kreises sich einer günstigen Aufnahme seitens der kleinen Gewerbtreibenden und Arbeiter zu erfreuen, so bewiesen die kürzlich nacheinander in Krieschwitz, Großfriesen, Schneckengrün, Neundorf, Weischlitz, Straßberg, Triebel, Possek, Bobenneukirchen, Pabstleithen und Eichigt abgehaltenen Versammlungen, daß unsere Prinzipien auch bei der Landbevölkerung immer mehr Anerkennung finden. Die stets in großen Massen aus weitem Umkreise zugeströmten Landleute und armen Weber hörten mit gespanntester Aufmerksamkeit und lautloser Stille seinen Ausführungen zu; am Schlusse derselben erklärten sie überall einstimmig, für unsern Neißer am 10. Januar stimmen zu wollen. In den meisten Versammlungen wurden Tellersammlungen zur Bestreitung der unvermeidlichen Unkosten beantragt, was ohne Widerspruch von den Versammelten acceptirt wurde: aber die mächtige Polizei sah darin eine zu wirksame Unterstützung unserer „Umsturz-Ideen" und verbot zuletzt dieselben. Ich berief mich auf den bekannten Obertribunalsbeschluß, nach welchem Tellersammlungen nicht verboten werden können, aber der Unkenntniß und Willkür der Herren „Vertreter des Gesetzes" gegenüber umsonst. Um noch ein Beispiel anzuführen, sei erwähnt, daß der Gemeindevorstand in Triebel vom Einberufer der Versammlung sich 25 Pf. für die Bescheinigung geben ließ; dies gab mir Gelegenheit den Wählern einzuschärfen, daß am Wahltag ein Jeder wohl darauf achten möchte, daß die gesetzlichen Vorschriften von den dazu Berufenen genau befolgt würden. Die Versammlung erklärte sich wie alle übrigen am Schlusse für unsern Neißer. Parteigenossen des 23. Wahlkreises, die Chancen sind für uns außerordentlich günstig, überall, wo der liberale Advokat Krause sich zeigt, findet er schwachen Besuch, während unsere Versammlungen sich eines massenhaften Besuchs erfreuen. Werdet darum nicht müde in Eurem Eifer, sondern seid auf dem Posten und erinnert Euch des Wortes von St. Simon: Arbeiter, erhebt Euch, denn Ihr habt große Dinge zu vollbringen.

D.

Reichenbach i. V. Im 22. Wahlkreise wird jetzt regeres Leben, nachdem die früher vereinten Gegner mit der Candidatenvorstellung und gegenseitigen Plänkelei in der Presse begonnen haben. Beide Parteien scheuten die Oeffentlichkeit, da die Conservativen per Einladung, an der Spitze Amtmann und Pastor von hier auf die Gemeindevorstände einwirkten und dieselben nebst Gesinnungsgenossen zu einer Wählerversammlung in die Turnhalle am vergangenen Sonntag beriefen, woselbst Conrad v. Trützschler seine Candidatenrede hielt. Zu gleicher Zeit tagte in Elsterberg eine Versammlung der Liberalen, in welcher Spinnereibesitzer Dietel sich als Candidat vorstellte, um vor Gesinnungsgenossen sein Programm zu entwickeln. Der Einberufer erklärte sofort, daß Debatte nicht stattfinde, und verbat sich alle Bei- und Mißfallsbezeugungen. Redner erwähnte der Sozialdemokratie und meinte, solche unerreichbare Bestrebungen müßten schließlich zu Gewaltthätigkeiten führen, die Ungleichheit in verschiedenen Dingen sei auf die verschieden gearteten Menschen zurückzuführen und nach seiner Meinung werde es immer so bleiben. Unter schönen Versprechungen, für das Wohl des gesammten Volkes eintreten zu wollen, schloß der Redner. Erbaut und begeistert werden selbst seine Anhänger nicht gewesen sein. In der Presse regten sich die Liberalen und meinten, Amtmann und Pastor müßten über den Parteien stehen, zugleich wurde den Bauern in Erinnerung gebracht, daß sie doch den Liberalen ihre Freiheit zu verdanken und von den Conservativen nichts zu erwarten haben. Dieserhalb scharfe Entgegnung vom Amtmann, welcher den Liberalen sagte, „sie verständen nicht, was liberal sei, und verdienten den Namen gar nicht", desgleichen vom Pastor, welcher daran erinnert, daß 1867 von den Liberalen ein Pastor (Heubner) aufgestellt und gewählt worden sei. — Acht Tage früher veranstalteten die Lengenfelder Liberalen eine öffentliche Volksversammlung zur Empfehlung Dietel's, wurden aber von den Sozialisten Rohleder, Blum und Müller heimgeleuchtet. Bei dem baldigen Ankommen Auer's wird der Sturm ein gewaltiger werden.

Das Centralcomité.

An die Gesinnungsgenossen des Naumburg-Weißenfels-Zeitzer Wahlkreises.

Nur noch ein paar Wochen und die Reichstagswahl ist wieder da benutze daher ein Jeder diese kurze Spanne Zeit, um für unsere Idee Propaganda zu machen. Wie Ihr wißt, brauchen wir Stimmzettel, Wahlaufrufe u. s. w.; da diese Sachen aber nicht umsonst zu haben sind, so ist es auch Eure Sache, dafür mit einzutreten, damit die zur Wahl nothwendigen Gelder beschafft werden. Es ergeht deshalb an Alle, welche es redlich mit der Sache des arbeitenden Volkes meinen, die Bitte, thatkräftig Hand an's Werk zu legen und überall Geldsammlungen zu veranstalten, damit wir auch ein günstiges Resultat erzielen. Gelder u. s. w. sind an den Kassirer des Wahlcomités, Herm. Müller, Besenstr. 2, zu richten.

Zeitz, den 17. Dezember.

Das Arbeiterwahlcomité: Herm. Voigt, Vorsitzender.

Berichtigung. Unter dem „Offenen Schreiben an Hrn. Tölcke" muß es heißen: Heinrich Pilster.

Briefkasten

der Redaktion. F. T. S. in M. und H. in Berden: Wir können nicht jedem „Käseblatt", wie Sie das zugesandte Blättchen nennen, auf derlei dumme Angriffe antworten. Meistens sind solche Artikel nicht eigenes Fabrikat, sondern sie sind aus der bekannten Berliner Werkstätte bezogen.

Die Parteigenossen werden gebeten, uns wenn möglich die Adresse des Drechsler Christian Zollinger aus Wiesbaden mitzutheilen.

Duisburg, 20. December 1876.

J. A.: Carl Maaß.

Quittung. Administration der „Arbeiter-Wochenchronik" Post Ab. 19,32. Snm. Coburg Ab. 9,00. Knchrthr Hof Ab. 10,60. Abtrg Eßlingen Ab. 38,50. Schltr Dresden Ann. 2,10. Genossenschaftstischlerei Cöln Ann. 3,50. Khnk Kiel Ann. 1,50. Entz S. Francisko Ab. 77,87. Kllmnn Troppau Ab. 3,00, Schr. 2,00. Grd Stötteritz Ab. 4,60. Kch Oberdöbling Ab. 11,27. Wchtr Bludenz Schr. 5,39. Kls Magdeburg Ab. 21,10. Bttchr Gera Schr. 10,00. Mrtn Hainichen Schr. 12,70. Bnsch Dortmund Schr. 2,50. Fg Berka Schr. 6,30. Kmml Gotha Schr. 1,15. F. A. Erg Hoboken Ab. 200,00. Grbnstn Lindenau Ab. 0,80, Schr. 4,95. Engl Neudnitz Ab. 18,55. Hch Frankfurt Ab. 13,40. Gl Kiel Schr. 0,75. Plstr Geringswalde Schr. 3,00. Ufrt Weimar Schr. 9,70. Grbstn Gohlis Ab. 5,60 und 36,80, Schr. 9,10. Rsch Ulm Schr. 5,50. Al. Crln St. Louis Ab. 9,76. Rdgr Halle Ab. 9,85. Grbl Nordhastedt Ab. 4,40. Sprung Eilenburg Schr. 9,00. J. Mrf London Ab. 40,80. J. Blm Jarocin Schr. 1,25.

Wahlfonds.

Blm Jarocin 2,00. Von Setzern u. Maschinenmeistern des Bibliographischen Instituts (Neudnitz-Leipzig) durch H. Rößler 6,55. Mehrere Arbeiter der Blüthner'schen Fabrik 4,35.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Sonnabend, den 30. December: Diskussion.

Sonntag, den 31. December:

Sylvesterfeier

im Vereinslokal. Mitglieder und Freunde des Vereins sind hierzu eingeladen.
Der Vorstand. [1,80

Leipzig. Donnerstag, den 28. December, Abends ½9 Uhr, bei Michaelis, Windmühlenstr. 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Reichstagswahlen. Fragekastendebatte.
Der Agent.
[60

Soeben ist erschienen:

Aus den Ruinen

von

Nimrud und Olympia.

Herausgegeben von G. R.

Der Ertrag des Schriftchens wird dem Wahlfond überwiesen.

Preis 10 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Wir zollen dem Ehrenmann unsere volle Achtung. R. d. V.

*) Die öffentliche Wählerversammlung war also zu einer sozialdemokratischen geworden, wie der liberale Berichterstatter hier zugiebt! D. R.

**) „Mündige" und „Unmündige" in einer Volksversammlung zu unterscheiden, vermag wohl nur liberaler Scharfsinn. — Daß „gesunder" Menschenverstand verwirrt werden kann, ist auch interessant. Schöne „Gesundheit" das! D. R.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., d.gl. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: H. Lautermann, 236 Division Street.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Bandly, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 39. Sonntag, 31. December. 1876.

Die nächste Nummer erscheint des Neujahrstags halber einen Tag später.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, 54 Pf. pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;
Couvertsendungen wöchentl. 3mal 10 Mrk. pr. Quart.
" " 1mal 4,80 Mrk. " "

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. bei Teubert, Bornaischestr. 19; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei Fleischer, Schloßg. 13 daselbst; für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7; für **Neureudnitz** bei Zschau, 151; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Vorwärts!

Welch' besseres Wort gäb's wohl, das wir unsern Lesern zum Beginn des neuen Jahres zurufen könnten als: vorwärts für die Freiheit, vorwärts für die Gleichheit, vorwärts für die Menschenliebe.

Indem wir den Blick zurücksenden, um die durchmessene Bahn zu betrachten, muß der Fuß in raschem Tempo vorwärts sich bewegen; nicht eine Secunde des Stillstandes darf eintreten — Stillstand ist Rückschritt.

Können wir, die Sozialdemokraten, mit Befriedigung zurückblicken? Haben wir unsere Schuldigkeit gethan? Sind unsere Bemühungen von Erfolg gewesen?

Nun, wir brauchen unseren Blick nicht niederzusenken, wir können das Haupt aufrecht tragen bei dem Rückblick. Unsere Schuldigkeit haben wir allesammt gethan; das Urtheil unserer Gegner, welche die Unermüdlichkeit der Sozialdemokraten fortwährend den andern Parteien zur Nachahmung empfehlen, ist für uns der vollgültigste Zeuge. Aber unsere Bemühungen sind auch von Erfolg gewesen. Tausende und aber tausende von treuen, braven Arbeitern sind neuerdings unter unsere Fahnen geeilt, tausende, die vorher noch fern standen, die immer noch von den Freiheitsphrasen des Liberalismus umnebelt waren. Die Schuppen sind ihnen von den Augen gefallen und sie haben ferner nicht mehr Lust, freiheits- und volksfeindlichen Parteien als Schleppenträger zu dienen.

So war auch der Erfolg für uns; am 10. Januar wird in Deutschland der Sozialismus Heerschau halten und seine Truppen mustern — dann wird der Beweis geliefert für den Erfolg.

Sind denn das auch Erfolge? Ganz gewiß! Mehr verlangen wir gar nicht, als daß die Arbeitermassen das Prinzip des Sozialismus in sich aufnehmen, als daß das Licht der Aufklärung immer weiter um sich greife und also bewußte, klare Männer schaffe, welche vor dem mühevollen Wege der Welterlösung nicht zurückscheuen. Dann wird schon, gestützt auf die Erkenntniß der Massen, die gesammte Menschheit diesen Weg beschreiten und die alte Welt in Trümmer fallen. Neues, besseres Leben entsteht — das Licht der Wahrheit, des Sozialismus, ist zur lodernden herrlichen Flamme geworden, welche das Weltall erwärmt und erleuchtet.

Aber auch im Uebrigen können wir mit Befriedigung auf das verflossene Jahr zurückblicken.

Trotz der Verfolgungen, trotz aller Anstrengungen der Gegner sind die Parteigenossen fest und beständig geblieben; leicht wie zum Tanzsaal gehen sie in den Kerker, muthig und voller Ueberzeugung an den endgültigen Sieg treten sie wieder in die Reihen der Kämpfer ein.

Unsere Presse ist an Zahl bedeutend gewachsen, sie ist eine mächtige Vorkämpferin unserer Ideen geworden.

Die Einigkeit unter den Parteigenossen hat sich völlig gefestigt, so daß die deutsche Sozialdemokratie, der Eiche vergleichbar, einen kernigen Stamm hat, dabei aber die Aeste immer weiter und weiter ausstreckt.

Bei den letzten Reichstagsverhandlungen haben unsere Abgeordneten fest und männlich gehandelt; sie verließen den Sitzungssaal angesichts des Verraths, den die Majorität des Reichstags am Volke ausübte.

Können die andern Parteien ebenso befriedigt zurückblicken?

Die conservative Partei fühlt selbst, daß die größten Anstrengungen nichts mehr nützen, die wankenden Ruinen zu halten — lassen auch wir sie niederfallen, hoffend, daß sie das nahestehende liberale Gebäude mit erschüttern werden.

Die nationalliberale Partei hat sich jüngst selbst entmannt und führt nur noch ein elendes Castratenleben. Die Mächtigen und Kapitalisten aber können sie noch brauchen — bekanntlich wurden in Italien die castrirten Sänger auch am besten bezahlt. Doch Zufriedenheit hatten sie nimmer; fast- und kraftlos gehen auch unsere Nationalliberalen bald dem Untergang entgegen.

Die Fortschrittler — weshalb verließen sie nicht auch den Saal, als sie den Volksverrath sahen? Weshalb verweigerten sie nicht auch das Budget, weshalb thaten sie es nicht als treffende Antwort auf die fortwährende Diätenverweigerung von Seiten des Bundesraths? Antwort: Weil sie Freiheitsphrasen drechseln, aber den Muth der That verloren haben. Fortschritt im Munde, Rückschritt in den Beinen — so erblicken wir die etwas dunkler gefärbten Liberalen, die sich Fortschrittsleute nennen.

Die Clerikalen aber, die „Kämpfer für Freiheit und Volkswohl", können sie zufrieden zurückblicken? Nun, consequent sind diese Leute gewesen. Nachdem die deutsche Reichsregierung denselben den Fehdehandschuh hingeworfen hat, sind sie unermüdlich im Kampfe gegen diesen Gegner gewesen. Doch sie haben Elemente bei diesem Kampfe entfesseln müssen, derer sie sich auf die Dauer nicht erwehren können, das katholische Volk, die katholischen Arbeiter werden nicht mehr lange nach der klerikalen Pfeife tanzen; dann aber auch leuchtet der Egoismus aus jeder ihrer Handlungen und pfäffisches Wesen sieht man überall. Die Erde aber darf sich nimmermehr das Volk durch einen Wechsel auf den Himmel abkaufen lassen. Also hinweg auch mit ihnen.

Die bürgerliche Demokratie aber ist ganz in Verfall gerathen; die schwächeren Elemente gehen zu den Nationalliberalen oder Fortschrittlern, die besseren Elemente kommen zu uns — so gehört es sich auch. Es giebt nur eine Demokratie, die soziale Demokratie.

Zufrieden können wir mit unserer Rückschau sein; damit wir dies aber erst recht auch nach Jahresfrist sein können, deshalb müssen wir mit aller Energie vorwärts streben.

Die jugendliche Sozialdemokratie muß alle anderen Parteien überholen, bald schon überholen — dazu gehört Muth und Ausdauer. Zeigen wir am 10. Januar, daß wir seinen guten Anfang dazu in diesem Jahre machen wollen, zeigen wir, daß wir würdig sind, die höchsten Güter der Menschheit zu erobern.

Pflanzen wir die rothe Fahne der Verbrüderung allüberall auf und eilen wir von Sieg zu Sieg!

Deshalb: Vorwärts!

Die Wahl-Wirren in der Union.

Newyork, den 30. November 1876.

Daß die Vereinigten Staaten in ihrem ersten Jubeljahre den Bankerott ihrer Verfassung erleben müssen, welche das Volk für das vollkommenste aller Menschenwerke hielt, das ist der schlagende Beweis für den sozialdemokratischen Grund- oder Lehrsatz, wonach kein politisches Machwerk bestehen kann, welches nicht die Entstehung von Privat-Reichthum verhütet. Wenn selbst die vollkommenste aller Republiken, bei deren Verfassung die Rathschläge Montesquieu's und der Encyklopädisten, der gesunde Menschenverstand Benjamin Franklin's und Thomas Payne's und die berühmte „englische Erbweisheit" Gevatter gestanden hatten, nicht verhüten konnte, daß mit der demokratischen Gleichheit auch die Bürgschaft der Freiheit verfiel, was soll man dann vollends von Monarchien sagen, deren das lebende Geschlecht wohl zwei Dutzende hat untergehen sehen, und von denen jede bestehende auf einem Feuerberge steht? Wenn unter einer so gesetzlich zahmen Bevölkerung, wie die Angelsachsen sind, Gewalt statt des verbrieften Rechtes den Sieg davontragen kann, so daß die denkenden Bürger trauernd ausrufen: Die Republik ist verloren! wer läugnet dann noch, daß in aller Politik die Macht allein Recht gewährt, und daß die Bürgschaft der Macht und des Rechtes in der ökonomischen Gleichheit liegt? Wohl uns Sozialdemokraten, daß wir noch lernfähig sind und aus solchen Erlebnissen zu beherzigende Lehren ziehen, welche an den Anhängern der alten Gesellschaft eindruckslos vorübergehen!

Unsere Leser wissen bereits, daß die demokratische Partei sowohl in der Präsidenten- und Congreßwahl mit einer winzigen Mehrheit, als auch in den Staatswahlen hie und da ganz unerwartet gesiegt hatte; daß der jetzige Präsident Grant in den drei entscheidenden Südstaaten, Louisiana, Südcarolina und Florida, durch Bundestruppen einen republikanischen Sieg hat fälschen lassen, und daß nur große Mäßigung der vergewaltigten Demokraten ein muthwillig heraufbeschworenes Blutvergießen verhütet hat. Dadurch ist jede verfassungsmäßige Lösung der Wahl auf zwei oder vier Jahre hinaus fast unmöglich gemacht; und man muß voraussetzen, daß der jetzige Präsident, das blinde Werkzeug seiner Partei, einmal soweit gegangen, auch zu ferneren Gewaltthaten entschlossen sein dürfte — kurz, daß wir erst am Anfange endloser Wirren stehen. Damit wir unsere Leser nicht mit Aufklärungen über den jedesmaligen Stand der Sache zu ermüden brauchen, wollen wir ihnen einen gedrängten Ueberblick über die nächst zu erwartenden Entwickelungen derselben geben.

In den ersten Tagen des Dezbr. d. J. muß der Congreß zu einer kurzen Sitzung zusammentreten, vor welcher die erwählten Präsidenten-Wahlmänner aus den Einzelstaaten die Präsidentschafts-Wahlstimmen zu zählen haben. Das Haus ist demokratisch, der Senat republikanisch. Da aus den drei obengenannten Südstaaten die republikanischen Wahlmänner statt der demokratischen, wirklich berechtigten, Ausweisungen in aller Form vorzeigen können, so werden die Wahlmänner Hayes (Republikaner) anstatt Tilden (Demokrat) für den erwählten Präsidenten erklären. Das Haus wird dagegen protestiren, zumal es zugleich eine Anzahl demokratischer Congreß-Abgeordneter verlieren würde. Da es aber kein verfassungsmäßiges Recht hat, seinem Proteste Gültigkeit zu verschaffen, so werden sich Senat und Präsident, mit anderen Worten die im Besitz aller Gewaltmittel befindliche Gegenpartei nicht daran kehren. Es würde also im nächsten März Hayes anstatt Tilden in's Amt eingeführt werden; der Senat, welcher dazu das Recht hat, würde die Amtsernennungen des Hayes bestätigen, und dem Hause bliebe nur das Recht übrig, die Geldmittel, welche blos bis Ende Juni verwilligt sind, von da ab zu verweigern, sowie den alten (und neuen) Präsidenten wegen Amtsmißbrauchs unter Anklage zu stellen. Der Gerichtshof, vor den die Anklage zu kommen hätte, ist aber der Senat, welcher natürlich die Angeklagten freisprechen würde; und die Verweigerung der Geldmittel ist auf die Dauer nicht durchführbar ohne Bürgerkrieg. Zu einem solchen ist bei jetzigen schlechten Zeiten wenig Aussicht, zumal beide Parteien gleich stark sind. Die Republikaner rechnen also darauf, daß ihre Gegner den Bürgerkrieg scheuen und Geld unter Protest verwilligen werden, wobei Bestechung eine große Rolle spielen wird; denn das große Kapital sympathisirt mehr mit den Republikanern. Um nun diesen angegebenen Wirren die Gefahr zu benehmen, sind schon jetzt Verhandlungen im Gange, welche zwischen beiden neuen Präsidentschaftsbewerbern einen Waffenstillstand unter dem Versprechen einer gründlichen Untersuchung der Wahlbetrügereien anbahnen sollen. Eine solche Untersuchung würde vor ein paar Jahren nicht zu einem reinen Ergebnisse führen, soll also nur zur Beschwichtigung der Demokraten dienen. So sehr nun auch diese den Plan durchschauen, so können sie doch auch die Verantwortlichkeit für einen Bürgerkrieg nicht übernehmen, zumal derselbe für sie keine Siegesaussicht bietet. Sie werden also, so viele davon nicht sich von den Gegnern kaufen lassen, sich damit begnügen müssen, die Aufregung des Volkes zu nähren, damit sie in zwei und in vier Jahren einen um so zweifelloseren Wahlsieg erfechten. Bis dahin hoffen aber die Gegner das verrathene Volk vollends an die Ertragung der rohen Gewalt und den passiven Gehorsam gewöhnt zu haben.

Daß dies der Plan ist, daran kann für denjenigen kein Zweifel sein, welcher weiß, daß ganz derselbe Plan von derselben Partei in kleinerem Maßstabe schon in mehreren Südstaaten, besonders in Louisiana und Südcarolina, durchgeführt und gelungen ist. Dort herrscht schon seit zwei Jahren die Gewalt des Bundes anstatt der Verfassung und Wahlfreiheit. Es kommt dazu, daß die demokratische Partei bezüglich der Unionsfinanzen und Bankvorrechte nicht ganz rechtgläubig ist, also vom großen Kapital (mit Ausnahme der Rothschild'schen Sippschaft) bemißtraut wird. Wenn also trotzdem der Plan noch scheitern sollte — was immerhin möglich ist — so wird der Grund darin zu suchen sein, daß nicht alle Helfershelfer zuverlässig genug sind. Insbesondere haben schon in verschiedenen Fällen die Neger sich unabhängig gezeigt. Es wäre doch eine edle Rache, wenn die Neger, welche der demokratischen Partei ihre Sklaverei zu verdanken hatten und auch als Freigelassene von den Demokraten gewöhnlich nicht als vollberechtigte Menschen behandelt wurden, dieser Partei jetzt zum Wahlsiege in der Union verhelfen sollten und dadurch den Plan der republikanischen Verschwörer, der ganz auf den blinden Gehorsam der Neger gebaut war, vereitelten! Es wäre eine um so glorreichere Rache, als dadurch diese verachtete Rasse die Verfassung der Union nochmals retten helfen würde, da sie von den Weißen an den Rand des Untergangs gebracht war, und so ihre Reife zur Selbstregierung glänzend bewiese! Zur Ehre der Menschennatur möchte man einen solchen Ausgang wünschen, obwohl dadurch für die Sozialdemokratie zunächst nichts gewonnen und selbst die Rettung des Republikanismus nur unsicher wäre. Das begonnene selbstständige Denken und Handeln einer so großen Anzahl von Negern beweist, daß unsere Propaganda, einmal unter ihnen begonnen, besseren Fortschritt finden würde, als unter den weißen Arbeitern, welche auf ihre eingebildete Freiheit stolz sind.

Die Sozialdemokraten im festländischen Europa können sich glücklich schätzen, daß sie noch keine Ursache haben, stolz auf ihre persönliche Freiheit und Staatsbürgerrechte zu sein. Niemand ist schwerer zum Selbstdenken und Selbsthandeln bekehrbar als der in seiner Einbildung freie Arbeiter, wie wir ihn in den Vereinigten Staaten und selbst in England haben. Es ist ihm schon mit der Muttermilch eingeflößt worden, daß er dem freiesten aller Menschenschläge, dem angelsächsischen, angehört, daß „Briten niemals Sklaven sein werden", daß ein „amerikanischer Bürger ein Souverän sei und soviel wie jeder König"; alle Zeitungen und Bücher, vom ersten Schulbuche, an predigen ihm,

daß er wirklich und wahrhaftig sich selbst regiere und in jeder Beziehung seines Glücks oder Unglücks Schmied sei: alle politischen Einrichtungen bestärken ihn in diesem Scheine, und alle kirchlichen nicht minder. Er wählt sich scheinbar seine Vertreter, seinen Glauben und seine Kirche sammt den Geistlichen, seiner Kinder Schule oder Schulmeister, seine Partei und seine Presse, seinen Arbeitgeber und seinen Herrgott. Da aber das Alles eben nur Schein ist — natürlich gibt's Ausnahmefälle — so verlernt er das Prüfen. Da man befliffen gewesen ist, ihn auf Geburtsvorzüge stolz zu machen, so geht es ihm wie den Adeligen und Fürsten, er hält seine bevorzugte Stellung unter den Völkern der Erde für sein eigenes Verdienst und verlernt das selbständige Denken, welches bekanntlich mit dem Zweifel an aller überlieferten Wahrheit beginnt. In diesen ganz preßfreien angelsächsischen Ländern ist deshalb die Kritik fast niemals Selbstkritik; die Presse, die Kanzel, die Rednerbühne und das häusliche Gespräch übt die Kritik nur an der Gegenpartei den übrigen Glaubensrichtungen und fremden Völkern und Nationalitäten, und our country right or wrong! (unser Land, mag es Recht oder Unrecht haben!) ist deshalb auch nur unter Angelsachsen als Wahlspruch möglich. Man hat dies die Grundlage der Größe dieser Nationen genannt: deutsche Gelehrte haben mit gewohnter Maulwurfs-Scharfsichtigkeit darin eine Tugend und das Geheimniß des angelsächsischen Erfolges gefunden. Aber da Alles, was die Selbstprüfung erschwert, nur überwiegend verderblich sein kann, so ist der angelsächsische Freiheitsstolz ein überaus kostspieliges Steckenpferd, wie den Engländern ihr Krimkrieg und den Amerikanern ihr Bürgerkrieg bewiesen haben sollte.

Der angelsächsische Arbeiter will nur schwer daran glauben, daß sein Stimmrecht die Schlinge um den Hals ist, womit er sich selbst die Luft abschnürt. Vor der Religion und Kirche hat er einen unanfechtbaren Respekt, aber noch mehr vor dem Kapital; die Verfassung der Union und die darnach gemodelte seines Einzelstaates gelten ihm für nahezu unverbesserlich. Nichts als die jetzigen traurigen Erwerbszeiten kann ihn von allen diesen Vorurtheilen bekehren — aber das muß lange dauern. Wie viel leichter haben dies Alles die Arbeiter des Festlandes von Europa! Den Freiheitsstolz haben sie nie gekannt, an die Unverbesserlichkeit aller ihrer Einrichtungen zu glauben nie Anlaß gehabt. Die Fesseln ihrer Kirchen haben sie in ziemlichem Grade abgestreift; was Kapitalherrschaft ist, das haben sie erst zu neuerdings kennen gelernt, um an deren Naturnothwendigkeit zu glauben. Der Schein der Selbstregierung ist ihnen zu selten beschert gewesen, um ihn mit dem wahren Wesen derselben zu verwechseln. Das Selbstdenken wird bei ihnen täglich durch die bestehenden Zustände erzwungen; die Kritik und das Forschen nach den Mitteln des Besserwerdens dringen auf die Dauer immer gewisser in jede Hütte und in jedes Gehirn. Werden sie einmal wirklich freie Menschen, so werden sie es mit einer und derselben Anstrengung zugleich auf allen Gebieten, dem religiösen, politischen und sozialen, brauchen also keine schlimme Reaktion mehr zu fürchten.

Parlamentarischer Tugendspiegel.

Nachfolgende Liste stellt die Namen der Abgeordneten zum Reichstage zusammen, welche — selbstverständlich ihres privaten Vortheils halber — bei Gründungen betheiligt gewesen sind.

1) Ackermann (lib. Reichs-Partei). Kgr. Sachsen. Chemnitz-Kommotauer Eisenbahn.

2) Graf Arnim-Boytzenburg, Oberpräsident von Schlesien (deutsche Reichs-Partei). Potsdam. Preußische Centralboden-Credit-A.-G.

3) Dr. L. Bamberger (nat.-lib.) Großh. Hessen. Deutsche Bank.

4) v. Bennigsen (nat.-lib.). Hannover. Hannover-Altenbekener Eisenbahn.

5) Berger (nat.-lib.). Arnsberg-Dortmund. A. Arnsberg-Bochum. 1. Gußstahl-Fabrik in Witten. 2. Steinhauser Hütte (vor ihrer Gründung in heutiger Gestalt).

6) v. Bernuth, Minister a. D. (lib. Reichs-Partei). Magdeburg. 1. Disconto-Gesellschaft. 2. Preußische Central-Boden-Credit-A.-G. 3. Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn. 4. Erste Preuß. Hypotheken-A.-G.

7) v. Bethmann-Hollweg-Runowo (liberal). Bromberg. Preuß. Central-Boden-Credit-A.-G.

8) Graf Bethusy-Huc (deutsche Reichs-Partei). Oppeln. Posen-Creutzburger-Eisenbahn.

9) v. Bonin, Minister a. D. (lib. Reichs-Partei). Magdeburg. 1. Preuß. Boden-Credit-A.-G. (Jachmann). 2. Preuß. Credit-Anstalt. 3. Unter den Linden Bauverein.

10) Dr. K. Braun (nat.-lib.). Liegnitz. 1. Preuß. Central-Boden-Credit-A.-G. 2. Deutsche Unionbank zu Berlin. 3. Wöhlert'sche Maschinenbau-A.-G. 4. Neptun, Wasserwerke, Berlin. 5. Luxhofener Eisenbahn-A.-G. 6. Deutsche Buchhändler-Bank.

11) Dr. Buhl (nat.-lib.). Bayern-Pfalz. 1. Rheinische Hypotheken-A.-Bank. 2. Dünger-Fabrik Kaiserslautern. 3. Deutsche Genossenschafts-Bank, Berlin.

12) Dr. H. Bunsen (nat.-lib.). Liegnitz. 1. Centralbank für Genossenschaften zu Berlin. 2. Emdener Herings-Fischerei. 3. Norddeutsche Grund-Credit-Bank.

13) Prinz Carolath-Beuthen (deutsche Reichs-Partei). Liegnitz. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

14. Chevalier (deutsche Reichs-Partei). Württemberg. 1. Württemberger Noten Bank. 2. Württemberger Vereins-Bank.

15) Prinz Roman Czartornski (Pole). Posen. 1. Handelsgesellschaft Brinski. 2. Bank für Landwirthschaft und Industrie zu Posen.

16) Dr. H. Dohrn (nat.-lib.). Stettin. Baltischer Lloyd zu Stettin.

17) Donimirski (Pole). Marienwerder. Bank in Thorn.

18) Dr. Friedenthal, Minister (deutsche Reichs-Partei). Erfurt. Oberschlesische Eisenbahn.

19) Dr. Fruhauf (nat.-lib.). Kgr. Sachsen. Renaissance, Actien-Gesellschaft zu Berlin

20) Hagen (Fortschr.-Partei). Berlin. 1. Deutsche Union-Bank. 2. Schlesische Leinen A.-G. (Kramsta). 3. Stettiner Vereins-Bank. 4. Rheinische Baugesellschaft zu Cöln. 5. Deutsche Eisenbahn-Bau-Gesellschaft. 6. Deutsche Hypotheken-Bank, Berlin. 7. Mecklenb.-Schwerin. Boden-Credit A. G., Schwerin.

21) Hausmann (Fortschr.-Partei). Potsdam. 1. Brauerei-Actien-Gesellschaft Königstadt. 2. Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn. 3. Braunschweigische Eisenbahn.

22) Prinz Carl zu Hohenlohe-Ingelfingen (deutsche Reichs-Partei). Oppeln. 1. Schlesischer Bankverein. 2. Minerva. 3. „Friedrich Wilhelm", Lebens-Versicherungs-Gesellschaft. 4. Deutsche Grund-Credit-Bank, Gotha

23) Hinschius (nat.-lib.). Schlesw.-Holstein. Apenrade. Berlin-Hamburger Eisenbahn.

24) Jacobs (nat.-lib.). Frankfurt-Landsberg. 1 Central-Heizungs-, Gas- und Wasser Anlagen. 2. Oberschlesische Eisenwerke in Paruschowitz bei Rybnik.

25) Dr. Kapp (nat.-lib.). Magdeburg. 1. Deutsche Bank. 2. Berliner Bank-Verein. 3. Preuß. Bernstein-A. G. 4. Internationale Bau- und Eisenbahnbau-Gesellschaft Frankfurt a. M. 5. Posen-Creutzburger Eisenbahn rc. rc.

26) v. Kardorff (deutsche Reichs-Partei). Breslau. 1. Preuß. Central-Bodenkredit-A.-G. 2. Königs- und Laurahütte. 3. Posen-Creutzburger Eisenbahn. 4. Erste Preuß. Hypotheken-Actien-Gesellschaft. 5. Deutsche Reichs- und Continental-Eisenbahnbau-Gesellschaft.

27) Kiepert (nat.-lib.). Potsdam. Actien-Gesellschaft für landwirthschaftl. Maschinen (Eckert) Berlin.

28) Koch (nat.-lib.). Braunschweig. 1. Ilseder-Hütte. 2. Eisenwerk Karlshütte. 3. Braunschweiger Walzwerke.

29) Kolbe (nat.-lib.). Stettin. 1. Ritterschaftliche Privatbank Stettin. 2. Stettiner Walzmühle.

30) Laporte (nat.-lib.). Hannover. Stade. 1. Egestorff-Salzwerke. 2. Braunschweig-Hannöversche Hypothekenbank.

31) Dr. Löwe-Calbe (Fortschr.-Partei). Arnsberg 1. Berliner Bergwerk. 2. Bergwerk Frohse. 3. Deutsche Telegraphen-Gesellschaft.

32) Dr. Lucius (deutsche Reichs-Partei). Erfurt. Berlin-Hamburger-Eisenbahn.

33) Graf Maltzahn-Militsch (deutsche Reichs Partei). Breslau. 1. Friedrich Wilhelm, Lebensversicherungs-Gesellschaft. 2. Deutsche Grund-Creditbank zu Gotha.

34) Dr. Minckwitz (nat.-lib.). Kgr. Sachsen. 1. Germania, Baugesellschaft. 2. Sächsische Farbenfabrik zu Cunsdorf.

35) Miquél (nat.-lib.). Waldeck. 1. Disconto-Gesellschaft. 2) Preuß. Central-Bodencredit-A.-G. 2. Bochumer Bergwerk. 4. Braunschweigische Eisenbahn. 5. Rumänische Eisenbahn. 6. Provinzial-Disconto-Gesellschaft. 7. Henrichshütte. 8. Dortmunder Union. 9. St. Gotthard-Eisenbahn. 10. Hannover-Altenbekener Eisenbahn.

Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Großer Heldenmuth. Der „Hamburger Correspondent" leistet in einem Leitartikel das Possirliche, daß er die Nationalliberalen zu Helden stempelt. Nicht auf die unerfüllt gebliebenen Ansprüche sei der Accent zu legen, vielmehr darauf, „daß die Männer, welche das schließliche Resultat erkämpften, die volle Unterstützung ihrer Wähler verdient haben." — Ja erkämpft haben die Nationalliberalen die Justizgesetze, aber wie!? Jeden Streich, der gegen sie geführt wurde, haben sie mit dem Hintern parirt mit ächtem Mannesmuth, mit ächt Lasker'scher Seelengröße. Und in diesem Kampfe sind sie schließlich Sieger geblieben; 18 Streiche auf den Allerwerthesten erhielten sie noch zu guter letzt. Wenn das noch kein Heldenmuth, kein kühner Kampf ist, dann — allerdings hat der „Hamburger Correspondent" den Nationalliberalen ein ungebührliches Lob ertheilt.

— Im Staate der Intelligenz sieht es traurig genug mit den Volksschulen aus. Nicht genug, daß mehrere Tausend Schullehrerstellen unbesetzt sind, nein, es sind auch verschiedene Stellen mit völlig untauglichen Personen besetzt. So meldet das „Hannoversche Tageblatt" folgenden interessanten Fall: „Seit einiger Zeit fungirt in dem Kirchdorfe Gr. Sottrum ein Schneider als Hülfslehrer an der Volksschule; jetzt können wir als Seitenstück dazu melden, daß in demselben Kirchspiele die Ortsgemeinde Everinghausen in Hinsicht der Anstellung eines Lehrers an ihrer Schule noch praktischer verfahren ist. Dort hat man nämlich als selbstständigen Schullehrer den Schäfer L. aus dem benachbarten Dodenberg angestellt, welcher nun des Vormittags den Kindern des Dorfes den „erforderlichen" Schulunterricht ertheilt und des Nachmittags „auf Gottes freier Flur" seine Heerde Schafe weidet." — Und da jubeln unsere nationalliberalen Bismarckdiener über das gesegnete deutsche Reich, über Militär- und Justizeinheit, und sie sehen nicht, daß durch solche „Einheiten" neben der Freiheit auch die Bildung des Volkes zu Grunde geht! Saubere Helden das, die fast alle Steuern für Krupp'sche Kanonen und ein herrliches Kriegsheer bewilligen und die dabei den Schafhirten die Erziehung der Jugend überlassen.

— Geschieht ihm Recht. Dem „honneten" Gambetta ist das verzweifelte Pech passirt, in einer und derselben Woche von Herrn Miquel (als dieser den „Pakt der Schande" im Reichstag zu beschönigen suchte) als „praktischer Politiker", und von dem offiziellen Berliner „Militärwochenblatt" als „Patriot voll großen Sinns" gepriesen zu werden. Hätte der Mann sich nicht so bodenlos — nationalliberal gezeigt, es würde uns ein menschlich Rühren ankommen. Ob er nicht die Zeit zurücksehnt, wo die preußischen „Patrioten" ihm die Ehrentitel: „kopfloser Narr", „Verrückter", „Schwindler", „Tollhäusler" und ähnliche Culturblüthen an den Kopf warfen? Doch nein! Dieser elende Stellenjäger hat nur einen Gedanken: Präsident der französischen Republik zu werden; und um sein Ziel zu erreichen, ist jedes Mittel ihm recht. Freilich — das Lob des Herrn Miquel und des Berliner „Militärwochenblattes" dürfte seinem Fortkommen nicht gerade förderlich sein.

— Eine hübsche Weihnachtsbescheerung. Den [illegible] rückte ein Theil des in Königsberg garnisonirenden 3. [illegible]anterieregimentes bei der dort herrschenden überaus bitteren Kälte zu einer Marschübung aus. Ein großer Theil der Mannschaften rückte mit erfrorenen Gliedmaßen in die Quartiere wieder ein. So meldet die „Hartung'sche Zeitung." Des Sommers werden in glühender Hitze eine Anzahl Soldaten todtmarschirt, und des Winters läßt man ihnen die Gliedmaßen erfrieren. Nun soll Einer noch behaupten, daß es nicht ein trefflicher Refrain ist: „O welche Lust, Soldat zu sein!"

— Ein schönes Neujahrsgeschenk. Durch Anschlag auf dem Osnabrücker Eisen- und Stahlwerke ist den zahlreichen dort beschäftigten Arbeitern angekündigt worden, daß vom 1 Januar 1877 eine Lohnerniedrigung von 15 Prozent eintritt. Finanzminister Camphausen setzt also seine Ansicht mit leichter Mühe durch; daß aber trotzdem die Krisis nicht aufgehoben wird, daß sie vielmehr theilweise gerade durch das Camphausen'sche Rezept intensiver wirkt, ist allbekannt. Aber dennoch hat der hohe Herr Recht. Weshalb? Nun, weil die „öffentliche Meinung" von Mameluken gemacht wird.

Parlaments-Feuilleton der „Berliner Wespen".

Sitzung des deutschen Reichstages. Die Energie der Mitglieder des deutschen Reichstages hat in den jüngsten Wochen Außerordentliches geleistet. Sie haben sich weder einen einzigen Fisch, noch eine einzige Sorte Wein nehmen lassen, und kaum hätte es noch eines neuen schönen Beweises bedurft. Trotzdem wird derselbe diesen Augenblick in Morgen- und Abendsitzungen mit den Justizgesetzen geliefert, zu welchem Zweck die Bänke fast überfüllt sind.

Auf der Tagesordnung steht die Wette des Bundesraths, die Majorität würde nicht in 18 Punkten nachgeben. Sofort stellt sich die Majorität auf die Hinterbeine, um den Bundesrath die Wette verlieren zu lassen.

Es ist uns unmöglich, die einzelnen

Bekenntnisse der Mannesseelen

wörtlich mitzutheilen und wir beschränken uns daher auf etliche hervorragende Aeußerungen.

Abg. Miquel: Wir stehen jetzt an den entscheidenden 18 Wendepunkten eines Werkes, welches den Reichstag volle zwei Jahre hindurch beschäftigt hat. Jetzt will der Bundesrath dasselbe zerstören, indem er wettet, wir würden nicht die Energie besitzen, in 18 Punkten nachzugeben. Das wollen wir doch einmal sehen! Meine Herren, zeigen wir, daß wir das Hasenpanier auf dem rechten Fleck haben. Geben wir weder in 16 noch 17, sondern in allen 18 Punkten nach! Mit Napoleon rufe ich Ihnen zu: Von der Höhe des Reichskanzlers sehen drei Haare auf Sie herab!

Abg. v. Kardorff: Jeder Erfolg, meine Herren, stärkt den Muth des Gegners. Geben Sie in einem einzigen Punkt nicht nach, so frohlockt der Bundesrath und macht bei nächster Gelegenheit noch übermüthigere Wetten. Diese ihm zu versalzen, lassen Sie uns wie Ein Mann nachgeben!

Abg. v. Schöning: Ich bin dieser Eine Mann, mich werden Sie nicht fest finden, ich weiche keinen Schritt vorwärts!

Abg. Lasker: Höret mich, Mond und Gestirne! Höre mich, mitternächtlicher Himmel! (Der Präsident macht ihn darauf aufmerksam, daß es Mittag sei.) Höre mich, dreimal schrecklicher Gott, der da oben über dem Monde waltet, und rächt und verdammt über den Sternen, und feuerflammt über der Nacht! Hier kniee ich — hier streck' ich empor die drei Finger in die Schauer der Nacht —, hier schwör' ich den Eid Moor's, einen Compromiß abzuschließen. Nur über die Leiche der früheren Beschlüsse geht mein Weg! (Schrecklich zum Bundesrath:) Sie sehen, was wir können, — wenn Sie wollen, so haben Sie den Compromiß!

Abg. Gneist: Dann und wann müssen wir dem Volke zeigen, daß wir Männer sind. Dieser Moment ist wieder gekommen! Es gilt, standhaft nachzugeben und mit Todesverachtung den Kürzeren zu ziehen, und sollten wir jeden Rückschritt blutig erkämpfen. Sorgen wir heute dafür, daß unsere Enkel nicht eines Tages sagen, wir Großväter hätten nicht den Muth gehabt, zu Kreuze zu stürmen.

Abg. Völk: Und wenn der Compromiß voll Teufeln wäre, ich ginge hinein. Folgen Sie mir! Unsere Losung sei: Niederlage oder Tod!

Abg. v. Bennigsen: Meine Herren, auch in meinen Adern tobt Fischblut, und wenn der Bundesrath glaubt, daß wir nicht nachgeben, so bin ich ein Krebs, dem man die Jungen raubt. Daher fordere ich Sie auf, mit mir alle Schanzen zu nehmen, welche unseren Rückzug aufhalten könnten. Sparen wir kein Fersengeld, wo es zu handeln gilt! Ziehen wir die Klinge, um über sie zu springen. Vielleicht kommt uns niemals eine solche Gelegenheit wieder, dem Bundesrath nicht die Zähne zu zeigen. Jetzt gilt es, dem Volke den Zeugnißzwang und andere Güter zu erhalten, uns um die Presse zu schaaren, damit ihr die Geschworenen nicht zu nahe kommen, und andere Niederlagen zu erkämpfen!

Abg. Wehrenpfennig: Meine Herren, jetzt, da ich meine Freunde entschlossen sehe, Schulter an Schulter nachzugeben und den Tanz nach der Pfeife des Reichskanzlers zu wagen, will auch ich bis zu meinem letzten Athemzuge eine Rede halten. Denn mein Wahlspruch ist:

„Bedürft ihr meiner zu bestimmtem Wort,
Dann ruft mich nur, es soll an mir nicht fehlen!"

und da bin ich und gebe Ihnen mein Wort, Ihnen treu zur Seite zurückzuweichen und dem Bundesrath den Hinterkopf zu bieten, und wenn ich jemals einen Schritt abweiche von der Flucht, oder die Flinte nicht in's Korn werfe, dann nennt mich vor aller Welt einen Tapferen!

Andere ähnliche Versicherungen folgen, so daß die Erhebung allgemein wird und die Fortschrittspartei, das Centrum und die Sozialdemokraten, welche den Bundesrath die Wette gewinnen lassen und ihm weniger oder gar nichts nachgeben wollen, vor so viel Muth und Tapferkeit scheu zurückweichen müssen.

So schließt der Reichstag mit einem lauten Triumphgeschrei, mit welchem die Eroberer des Compromisses ihren Einzug in den Weißen Saal halten.

Wider die Dunkelheit.

Werdet frei und seid nicht länger Sklaven feiler Pfaffenseelen,
Die euch mit dem Dogmenschwindel um des Lebens Wohl bestehlen,
Die bei festlichen Gelagen eurer Opfer Werth verschlingen
Und für euer eignes Darben euch das Glück des Himmels bringen.

Werdet Männer, menschenwürdig, brecht die harten Sklavenketten,
Denn nur im Besitz der Freiheit könnt ihr eure Rechte retten;
Werdet frei von jenen Henkern und durchbrecht die morschen Schranken,
Und zerstört die düstern Mauern, bis die Fundamente wanken!

G'nügt euch nicht mit jenem Loose, das euch einmal hier beschieden,
Nein, strebt weiter, unaufhaltsam, und seid nicht damit zufrieden,
Vorwärts, immer weiter vorwärts ringet in dem Kampf des Lebens
Und das höchste Glück auf Erden sei das Ziel des thät'gen Strebens

Seht ihr nicht, wie jene Menschen, die euch Himmelsfrüchte zeigen
In dem Kampf um Lebenswonne nimmer ruhen, nimmer schweigen
Wie sie ringen, wie sie kämpfen — keiner will der Lust entbehren,
Nach des Lebens süßen Gütern und nach möglichst großen Ehren!

Blinder Mann mit deinem Glauben, der dir den Verstand umnachtet
Ach, erwach' aus deinem Traume, eh' die Menschheit dich verachtet,
Sei ein Mann, ein treuer Vater, der für seine Kinder sorget,
Denn, ob du auch fromm gewesen, kommt kein Pfaff, der jenen borget.

Darum werdet Männer, freie, und seid nicht damit zufrieden,
Daß euch einst nach diesem Leben Himmelsglanz und Dunst beschieden,
Nehmt ein Beispiel an den Priestern, die ga. [illegible]
Und vor allen andern Dingen [illegible]

Nehmt ein Beispiel an den Hirten eurer [illegible]
Die sich mit dem eitlen Flatter, wie sie [illegible]
Nehmt ein Beispiel an den Meistern, die [illegible]
Die euch Himmelsbrot verschaffen und [illegible]

— Unsere Gegner. Die Berliner „Volkszeitung“ bringt in ihrer Nummer vom vorigen Sonnabend folgende, der bekannten Wiggers'schen Quelle entflossene Correspondenz:

„Aus Mecklenburg-Schwerin, 21. Dezember. (Priv.-Mitth.) Schon früher ist es vorgekommen, daß Mitglieder der liberalen Partei, welche einer Wählerversammlung beigewohnt hatten, von Sozialdemokraten mit Steinwürfen angegriffen und verfolgt worden sind. Ueber einen noch empörenderen Vorfall wird dem „Rostocker Tageblatt“ aus der Stadt Brüel Nachstehendes berichtet. Am letzten Freitag Abend trat dort der sozialdemokratische Agitator Finn aus Berlin in einer öffentlichen Versammlung auf, in welcher es sehr tumultarisch herging. Als aber Nachts drei Fuhrwerke, deren Insassen von der Versammlung zurückkehrten, in größeren Zwischenräumen die Chaussee von Brüel nach Wurin passirten, wurden dieselben, der Reihe nach, durch einen Trupp Menschen, die zu Fuß desselben Weges kamen, zwischen Brüel und Blankenberg angefallen und die auf den Wagen befindlichen Personen mit Knüppeln geschlagen und mit Steinen geworfen, so daß mehrere Personen arge Verletzungen davontrugen. Der Verdacht fiel auf Arbeiter einer großen Ziegeleifabrik in Blankenberg. Der Besitzer derselben, Herr Nizze, war eben so wie eine große Anzahl seiner Arbeiter über die infame That empört und ging mit großer Energie vor, um die Thäter zu ermitteln. Am Sonnabend Nachmittag erschien das Gericht und Abends konnten bereits die fünf Thäter, Arbeiter jener Fabrik, in's Gefängniß abgeführt werden, um ihrer gerechten Bestrafung entgegenzusehen. Das „Rostocker Tageblatt“ bemerkt mit Recht dazu, daß es zu bedauern sei, daß nur die armen Verführten vom Arm des Richters ereilt würden, daß dagegen die eigentlichen Schuldigen, die den Arbeiter gegen die übrigen Gesellschaftsklassen aufgehetzt, straflos ausgingen, ja, daß ihnen wohl noch gar von den vielen anderen Verführten zugejubelt würde. Hoffentlich sei aber der Tag nicht fern, wo auch die deutschen Arbeiter erkennen, in welche Hände sie geriethen, wenn sie blind der sozialdemokratischen Führung folgten.“

Dies die Correspondenz. Wenn das darin Erzählte wirklich vorgefallen ist, so haben die betreffenden Arbeiter sich unzweifelhaft einer großen Roheit schuldig gemacht, die zu vertuschen uns nicht einfallen würde. Auf das Ernsthafteste aber müssen wir gegen das Bestreben protestiren, den von einigen Individuen begangenen Exzeß unserer Partei in die Schuhe zu schieben. Es ist dies um so unverantwortlicher, als notorisch gerade in den Bezirken, wo die sozialdemokratische Partei am meisten Verbreitung hat, Exzesse irgend welcher Art relativ selten sind. Daß man die politischen Widersacher zu terrorisiren sucht, mit Schlägen bedroht, direkt zu Gewaltthätigkeiten gegen sie aufstachelt, das ist nicht sozialdemokratische Sitte, wohl aber ist es liberale Sitte, wie sich neuerdings im Offenbach-Dieburger Wahlkreis gezeigt hat. Auch erinnern wir uns noch sehr genau einer vor Kurzem so ziemlich von der ganzen liberalen Presse veröffentlichten Notiz, welche die Gutsbesitzer mit dürren Worten aufforderte, die sozialdemokratischen Wähler körperlich zu mißhandeln. Wir bitten also die „Volkszeitung“, vor der eigenen Thüre zu fegen. Wahrhaft „empörend“ ist aber die am Schluß der Correspondenz befindliche Denunziation Finn's. Denn das, und nichts anderes ist es. Der infame Denunziant kann sich gratuliren: er hat seinen Zweck erreicht. Schon in der nächsten Nummer der „Volkszeitung“ (vom 25. Dezember) kann er mittheilen, daß „der sozialdemokratische Agitator Finn aus Berlin in Gnoyen, einer mecklenburgischen Landstadt, verhaftet worden“ ist. Dabei hat der elende Heuchler noch die Unverschämtheit, dies zu bedauern, da man „die sozialdemokratischen Lehren nur mit geistigen Waffen bekämpfen“ könne. Eine Bekämpfung „mit geistigen Waffen“ war wohl der Zweck seiner Denunziation gewesen? Pfui!

— Der „Hamburger Correspondent“ läßt sich vom 22. Dezember aus Mecklenburg folgendes schreiben: „Der sozialdemokratische Reiseapostel Finn kann nicht, wie gestern hiesige Blätter meldeten, in Gnoyen verhaftet sein, da er am 20. d. M. in Schwaan anwesend war und am anderen Tage sich nach Doberan begeben hat. In Schwaan, wo derselbe seine Candidatenrede halten wollte, hatten sich, trotz des grausigen Schneesturms, selbst aus Entfernung von einer Meile viele ländliche Arbeiter eingefunden und obschon die liberalgesinnten Einwohner sehr zahlreich gekommen waren, bildeten die Sozialdemokraten doch die Mehrzahl. Ehe Herr Finn zum Reden kam, entstand jedoch durch die Schuld beider Parteien ein so wüster Tumult, daß die Versammlung polizeilich aufgelöst werden mußte. Ganz außer Frage steht, daß die sozialdemokratischen Aufwiegeleien großen Anklang bei unseren Landarbeitern finden. Ich vermuthe, daß die Sozialdemokraten es im zweiten, fünften und sechsten Wahlkreise auf je 2500 bis 3500 Stimmen bringen werden, und fast alle diese Stimmen sind solche, die bisher für die liberalen Candidaten abgegeben wurden.“ — Die Liberalen in Mecklenburg schwatzen fortwährend von ihren Siegen gegen die Sozialdemokraten. Hier haben wir einen solchen — sie haben eine Versammlung unmöglich gemacht, weil sie sich der Majorität nicht fügen wollten. — Daß Genosse Finn nichtverhaftet ist (Die „Volkszeitung“ meldet das Gegentheil), freut uns; daß er eine so große Stimmenzahl und vielleicht den Sieg in Mecklenburg erringt, freut uns noch mehr.

— Zum Arbeiterrisiko. In Pest stürzte am 22. v. M. die Hauptmauer eines im Bau begriffenen Bazars ein. Weder der Bauherr, noch diejenigen, welche das Kapital zum Bau geliehen, auch nicht der Baumeister haben irgendwelche Verletzungen davongetragen — sie waren, wie sich das von selbst versteht, nicht anwesend. Dahingegen sind zwei Arbeiter als Leichen, fünf als Schwerverletzte und einer als Leichtverletzter ausgegraben worden. Es ist doch himmelschreiend, daß die Arbeiter das Risiko der Kapitalisten nicht als Bedingung des Kapitalgewinns ansehen wollen, da sie selbst nur hin und wieder einmal bei ihrer Arbeit jäh zu Grunde gehen und also ein sehr geringes Risiko tragen, ein Risiko, welches doch mehr als genügend durch den hohen Arbeitslohn aufgewogen wird. Ja, die Arbeiter, die vom Sozialismus ergriffenen, sind unersättlich, die armen Kapitalisten aber, die ewig ausgebeuteten, sie sind so anspruchslos. Das ist die heutige Anschauungsweise der herrschenden Gesellschaft.

— Die belgischen Arbeiter haben sich von der seither von ihnen befolgten „Abstentionspolitik“ (Enthaltung von der Politik, Verzicht auf politischen Kampf) losgesagt und auf den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie gestellt, d. h. sie haben begriffen, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse ohne politischen Kampf gegen die reaktionäre Staatsgewalt durch den rein ökonomischen Kampf gegen die Kapitalistenklasse absolut unmöglich ist. Diese nicht hoch genug anzuschlagende Wandlung in den Anschauungen der belgischen Arbeiter bekundete sich am 10. Dezember in einer zu Brüssel abgehaltenen Arbeiter-Delegirten-Conferenz, die von 62 Arbeitergenossenschaften durch 114 Abgeordnete beschickt war. Ueber diese Conferenz äußert sich unser holländisches Parteiorgan „De Werker“ kurz folgendermaßen:

„Aus allen Theilen des Landes waren sie angelangt, um die Bewegung für Abschaffung der Kinderarbeit zu stützen. Eine begeisterte Stimmung beherrschte die Versammlung und sie führte zu einer festen Vereinigung, die mit gemeinsamen Kräften die geist- und körpertödtende Kinderarbeit bekämpfen und eine Hebung der arbeitenden Klasse erzielen will.

„Wallonen und Flamänder (französisch und niederdeutsch Redende), sagt „De Werker“ weiter, drückten einander die Hand und schworen nicht zu raiten, ehe der Arbeiter nicht seine Rechte erobert habe. Kurzum, in der Zusammenkunft ist der Grundstein gelegt zu einem Gebäude, das dem Elend und der Noth der Massen ein Ende machen soll: dieses Gebäude ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei.“

Eine weitere Kundgebung in obigem Sinne fand in der belgischen Fabrikstadt Gent statt, wo ein großes Arbeiter-Meeting sich für das allgemeine Stimmrecht energisch aussprach. „De Werker“ berichtet über dieses Meeting:

„Zur festgesetzten Zeit strömte aus allen Theilen der Stadt das Volk herzu und füllte alle Säle des Gasthofes zur „Stadt Paris“. Dazu stand noch die ganze Straße voll Menschen. Jetzt wurde die rothe Fahne entfaltet und durch mehr als 5000 Arbeiter jubelnd begrüßt, worauf sich der Zug durch die Stadt nach dem Versammlungslokal „Parnassus“ bewegte. Die „liberalen“ Gegner und alle Zeitungsredakteure waren eingeladen, glänzten aber durch ihre Abwesenheit.

„Drei Redner traten auf und erläuterten die dringende Nothwendigkeit einer Wahlreform und zwar im Sinne des wirklichen allgemeinen Stimmrechts. Stürmischer Beifall folgte ihren Ausführungen und unter donnerndem Applaus wurde folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß alle Belgier gleich sind vor dem Gesetz;
„In Erwägung, daß alle Macht aus dem Volke kommt;
„In Erwägung, daß das Stimmrecht ein natürliches Recht ist;
„In Anbetracht, daß das Volk — die größte Masse — auch die größte Veranlassung hat, Vertreter aus seinen Reihen zu wählen:
„Wollen wir, Volk, ein allgemeines Stimmrecht.“

— In Genf ist dieser Tage die Probenummer eines neuen Parteiorgans in französischer Sprache erschienen, es führt den Namen „Le Précurseur“, organe démocratique social des associations des travailleurs („Der Vorbote“, Sozialdemokratisches Organ der Arbeiter-Associationen), und wird von unserm altbewährten Kampfgenossen Joh. Phil. Becker redigirt. Vom 1. Januar 1877 ab erscheint das Blatt regelmäßig wöchentlich einmal.

— Russische Blätter berichten von einem Putsch in Petersburg, an dem „hauptsächlich Studenten und Studentinnen“ sich betheiligt haben sollen. Wenn der Vorgang so war, wie er erzählt wird, haben wir es entweder mit einer Kinderei oder mit einem Polizeistreich zu thun. Jedenfalls sind die Leute, welche am Nikolaustag vor der Kasankirche krawallten (zischten, pfiffen, schrieen ꝛc.) keine Sozialisten gewesen.

— Freiheit wie — in der Türkei wird nächstens die Losung sein. Am 23. d. wurde in Constantinopel die neue Verfassung feierlich verkündet. Dieselbe ist ganz vortrefflich — auf dem Papier, unzweifelhaft die freisinnigste aller freisinnigen Verfassungen, deren wir uns in dem monarchischen Europa erfreuen — auf dem Papier. Natürlich sind die russisch-bismarckschen Blätter von der türkischen Verfassung nicht sonderlich erbaut, und meinen, aus den versprochenen Freiheiten werde nicht viel werden — gerade wie anderswo. Jedenfalls hat die Pforte sich einen recht hübschen Spaß auf Kosten ihrer, die Freiheit par distance (aus der Entfernung) liebenden Rathgeber erlaubt. Freilich, nach den neuesten Nachrichten, steht hinter dem Spaß blutiger Ernst, der blutige Ernst des Krieges. Die Pforte, so heißt es, werde keine Intervention irgend welcher Art dulden, nicht einmal die Besetzung von Theilen Bulgariens und der Herzegowina durch Truppen irgend einer neutralen Macht, und sei entschlossen, jeden Versuch dieser Art als Kriegsfall zu betrachten. Am 28. v. sollte in der Conferenz die Entscheidung fallen. Indeß sind alle Nachrichten bezüglich der orientalischen Frage jetzt mit besonderer Vorsicht aufzunehmen, weil „der Rubel auf Reisen“ die kolossalsten Anstrengungen macht, um das europäische Publikum zu täuschen, und im Falle des Friedens den russischen Rückzug zu einem großartigen diplomatischen Sieg zu stempeln, im Falle des Krieges die Verantwortlichkeit auf die Türkei zu wälzen.

— Man schreibt uns aus Calau: Am 12. December standen F. Bommel, H. Metzner und Krüger vor dem Königl. Kreisgericht zu Lübben, angeklagt § 16 des Vereinsgesetzes überschritten zu haben. Die Anklage bestand hauptsächlich darin, durch das Abonnement des „Wähler“ sich ferner an der geschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei als Mitglieder betheiligt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Bommel 14 Tage Gefängniß, gegen Metzner 20 Mark Geldstrafe oder 3 Tage Haft, gegen Krüger 50 Mark Geldstrafe oder 8 Tage Haft; der Gerichtshof war jedoch anderer Ansicht und erkannte für alle Angeklagten auf kostenlose Freisprechung.

— Zum Rückgang. Vor uns liegt die Probenummer eines neuen Parteiorgans, der „Kölner Freien Presse“, die zunächst einmal wöchentlich erscheinen und die Grundsätze der Sozialdemokratie in der Stadt der „Dunkelmänner“ — der „liberalen“ und „schwarzen“ — verbreiten wird.

— Vom 1. Januar 1877 ab erscheint in Mainz wieder die „Volksstimme“, welche mißlicher Verhältnisse wegen vor mehr als einem Jahre ihr Erscheinen einstellen mußte. Hoffentlich wird sie sich diesmal eine haltbare Position erobern können.

Correspondenzen.

n. **Altona**, 25. Dezember. Die vernünftigen Leute in hiesiger Stadt, sie mögen welcher Partei nur immer angehören, schütteln den Kopf, daß die Fortschrittler dem Abgeordneten Lasker bei der Reichstagswahl wirklich ihre Stimmen geben wollen, demselben Manne, der fortwährend seine Liebe zur Freiheit in hochtönenden Worten ausposaunt und dann aber in demselben Augenblicke die Freiheit verräth. Im gewöhnlichen Leben nennt man solche Handlungsweise Betrug, im politischen Leben nennt man sie Nationalliberalismus. Ja, dem Abgeordneten Lasker, der die Fortschrittler im Reichstag in der schäbigsten Weise angriff, der den Führer der Fortschrittspartei, Hänel, einen „Schauspieler“ nannte, diesem Manne wollen die Altonaer Fortschrittler ihre Stimmen geben, und dieser Mann hat auch nicht die leiseste Scham, da er sich nicht entblödet, diese Stimmen für sich in Anspruch zu nehmen. Im gewöhnlichen Leben nennt man auch solches Verfahren Betrug, im politischen Leben nennt man es Klugheit. Wie anders treten da doch die Sozialdemokraten auf. Ich erinnere mich, daß vor Kurzem der Candidat der Arbeiter, Hasenclever, nachdem er einen Vortrag gehalten, ausdrücklich betonte, daß alle diejenigen, welche mit seinen Ansichten nicht völlig übereinstimmten, getrost gegen ihn votiren könnten, ja daß es ihre Pflicht wäre, am Wahltag gegen ihn zu stimmen. Das ist eine offene, männliche Sprache. Es steht aber auch fest, daß die Offenheit und die Wahrheit nach und nach Hinterlist und Tücke überall aus dem Felde schlagen werden. — Im Nachbarkreise Elmshorn-Ottensen (6. Wahlkreis), wo unsererseits Stöhr aufgestellt ist, liegen die Verhältnisse noch eigenthümlicher. Die Fortschrittler haben Professor Seelig, die Nationalliberalen den conservativen Professor Beseler als Candidaten; der Letztere vertritt den Kreis jetzt im Reichstage. Die Nationalliberalen machen nun den Fortschrittlern den Vorwurf, daß sie durch Aufstellung eines besonderen Candidaten die Stimmen der reichstreuen Wähler zersplitterten; darauf antworten nun die schlauen Fortschrittler in den „Itzehoer Nachrichten“ Folgendes: „Durch die Doppelcandidatur bekommen wir jedenfalls eine Stichwahl, denn jede für Beseler abgegebene Stimme hat bei der ersten Wahl genau denselben Werth, wie eine für Seelig abgegebene, jede erreicht den Zweck, daß sie eine auf den Sozialdemokraten abgegebene aufhebt. Reichen dann bei der Stichwahl beide Parteien sich zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes die Hand, so kann der Sieg nicht zweifelhaft sein.“ — Nun — Bekämpfung des gemeinsamen Feindes! Das klingt reizend. Die Beseler'schen und Seelig'schen sinken sich selig in die Arme und verbrüdern sich am Wahltage, dieselben Parteien, die sich bei der Berathung der Justizgesetze im Reichstage gegenseitig Grobheiten in's Gesicht gesagt und das Tafeltuch zwischen sich entzweigeschnitten haben. Während im Reichstage Fortschrittler und Sozialdemokraten gegen die Nationalliberalen zusammenstimmten, gehen außerhalb des Reichstags bei den Wahlen die Fortschrittler mit den Nationalliberalen zu-

---

Die für eure kranken Herzen klug des Teufels Bild erfunden,
Und euch mit den Schreckensbildern in der Knechtschaft Joch gebunden,
Nehmt ein Beispiel an den Meistern und seid nimmermehr zufrieden,
Denn nur Dem, der muthig kämpfet, ist des Lebens Glück beschieden.

Otto Gerhardt, stud. phil.

— Das Reichsinstitut Valentin hat die humoristische Tagesliteratur mit folgendem, zuerst im Arnstädter Lokalblatt veröffentlichten Beitrag bereichert:

In Nr. 289 des „Arnstädt. Nachr.- u. Intelligenzblattes“ vom 12. Dezember wird in einem Artikel über die Wahlen gerügt, daß ich es nicht an der Zeit gefunden habe, da und dort durch einen belehrenden Artikel in den öffentlichen Blättern des Wahlkreises für meine Wiederwahl mit der erforderlichen Energie vorzugehen. Wenn mir auch nicht bekannt geworden sein möge, daß meine Auslassungen über die gewerblichen Verhältnisse, Contraktbruch u. s. w. in manchen Theilen der liberalen Partei nicht befriedigt hätten, so könne mir doch nicht unbekannt geblieben sein, wie ich in den Blättern der Sozialdemokratie wegen meiner öffentlichen Wirksamkeit herabgezogen und für eine Wiederwahl unmöglich zu machen gesucht werde.

Hierauf erwidere ich, daß mir die Angriffe der sozialdemokratischen Blätter allerdings unbekannt geblieben sind. Auch bei Kenntniß derselben würde ich eine Entgegnung für überflüssig und nutzlos erachtet haben. Denn die Wähler, welche nicht zur sozialdemokratischen Partei gehören, werden ihr Urtheil über mich schwerlich nach den Aeußerungen sozialdemokratischer Blätter bilden, sondern, insofern ihnen mein mündlicher Vortrag nicht genügte, anderswo Aufklärung suchen, während die sozialdemokratischen Wähler durch keine Entgegnung von mir sich belehren lassen werden.

Wenn, wie ich vermuthe, die Angriffe der demokratischen Blätter gegen mich darauf beruhen, daß in Folge meiner Schlußanträge mitunter ein Redner ihrer Partei nicht zu Worte gekommen ist, so ist dabei nicht beachtet, daß niemals der Antrag auf Schluß der Debatte, sondern nur der Beitritt der Majorität des Reichstags zu diesem Antrage weiteres Reden verhindert. Ueber die Nothwendigkeit von Schlußanträgen herrscht kein Zweifel im Reichstage. Insoweit die Majorität ihnen beistimmt, drückt sie damit aus, daß zu ihrer Aufklärung und zur Entscheidung des zur Verhandlung stehenden Gegenstandes weitere Reden überflüssig sind. Indem ich den Muth hatte, mich der Feindseligkeit Derjenigen auszusetzen, deren Redelust auf Grund meiner, demnächst von der Majorität gebilligten Schlußanträge gezügelt wurde, glaube ich die Verhandlungen des Reichstags gefördert und oft erhaltenen Dank verdient zu haben.

Wenn meine Ansichten über die gewerblichen Verhältnisse, den Contraktbruch u. s. w. einen Theil der Liberalen nicht befriedigt haben, so bedaure ich dies aufrichtig, bin aber des festen Glaubens, daß diejenigen Liberalen, welche über die erwähnten Gegenstände anderer Ansicht sind, mir nicht zumuthen werden, im Reichstage einer andern als der eigenen Ueberzeugung zu folgen, welche auch von der überwiegenden Mehrzahl der Parteigenossen getheilt wird, wie u. a. die neuliche Abstimmung über die Eisenzölle ergeben hat.

Zu belehrenden Artikeln in den öffentlichen Blättern des Wahlkreises, um dadurch für meine Wiederwahl mit der erforderlichen Energie zu wirken, glaube ich keine Veranlassung zu haben. Denn mein mündlicher Vortrag wurde von Niemand als einem Sozialdemokraten bemängelt und dessen Kritik fand nach meiner Auffassung bereits in der Versammlung der Wähler Mißbilligung. Meine abermalige Wahl, durch welche ich mich sehr geehrt fühlen würde, glaube ich der freien Ueberzeugung der Wähler, ohne meinerseits darauf einzuwirken, anheimgeben zu müssen. Es kommt bei der bevorstehenden Wahl auf meine Person wenig, wohl aber darauf an, daß der Wahlkreis, welcher bisher treu zur nationalliberalen Partei gestanden hat, dieser Partei erhalten werde, als derjenigen Partei, welche bei der Schaffung des deutschen Reiches vorzugsweise mitgewirkt hat, welche seit dessen Errichtung für die einheitliche und freiheitliche Entwicklung mit großem Erfolge gewirkt hat, und welche gegenwärtig, am Schluß der Legislaturperiode, durch ihr einmüthiges Zusammenstehen dem deutschen Reiche die seit Jahrhunderten verloren gegangene einheitliche Gestaltung der Rechtspflege wieder verschaffen wird, wie mit Sicherheit anzunehmen ist. Von diesem Gesichtspunkte aus würde ich es auf's Tiefste beklagen, wenn ein Candidat der reichsfeindlichen sozialdemokratischen Partei die Mehrheit der Stimmen gewänne. Aus dieser Rücksicht wünsche ich, daß der Wahlkreis bei dem Mangel eines eigenen Candidaten der nationalliberalen Partei mir abermals seine Stimme gebe, damit durch den ungeschwächten Fortbestand dieser Partei im neuen Reichstage ein stetiger Fortschritt der einheitlichen und freiheitlichen Ziele in der Gesetzgebung und Verwaltung des deutschen Reiches gesichert werde.

Berlin, den 17. Dezember 1876. Justizrath Valentin.

Wir ersehen aus diesem traurigen Schreibebrief, daß Valentin stark in Nöthen ist. Interessant ist, was er über seine „parlamentarische Thätigkeit“ der Schlußantragstellerei sagt: seine Schlußanträge würden von der Majorität des Reichstags gebilligt und hätten ihm „oft Dank“ eingebracht; er glaube dadurch die Verhandlungen des Reichstags gefördert zu haben. Ganz recht: die Verhandlungen dieses Reichstags hat er gefördert, im Sinne dieses Reichstags gehandelt, den Dank dieses Reichstags verdient. Valentin ist eben keine Person, sondern ein Institut; er vollzieht nur, was die Reichstagsmajorität will. Der Henker ist nicht verantwortlich für die Barbarei der Todesstrafe, aber trotzdem verachtet man den Henker in allen Ländern. Wenn wir den Valentin nicht verachten, so geschieht es nur, weil er — zu lächerlich ist.

sammen; während wir Sozialdemokraten oft genug erklärt haben, bei etwaigen engeren Wahlen zwischen einem Fortschrittler und einem Nationalen dem Ersteren die Stimmen zuzuwenden. Man sieht, auf welcher Seite die Consequenz und die Redlichkeit sich befindet. — Im neunten Wahlkreise hat man drei Candidaten (Seelig, Fortschritt; Hölk, nationalliberal; Graf Holstein, deutsch-conservativ) aufgestellt, um den Abg. Reimer zu verdrängen. Die drei Gegenparteien erklären offen, daß es ihnen weniger darauf ankomme, ihren Parteicandidaten durchzusetzen, sondern daß es die Hauptsache sei, den sozialdemokratischen Candidaten zu besiegen. Also auch dort vollständige politische Charakterlosigkeit. — Mit großem Bedauern melden die „Itzehoer Nachrichten", „daß es der sozialdemokratischen Partei zu allerletzt doch noch gelungen ist, in Wesselburen ein Lokal zur Abhaltung einer Wählerversammlung zu bekommen." Das „doch noch" ist sehr bezeichnend. Im Uebrigen aber kann ich mittheilen, daß die Nachrichten aus dem fünften Wahlkreise, in welchem Wesselburen liegt und in dem Parteigenosse Walter aus Altona candidirt, für unsere Partei recht günstig lauten. — Soll ich nun noch meine Ansicht über den siebenten Wahlkreis aussprechen, in welchem Genosse Oldenburg aufgestellt ist, so lautet diese Ansicht auf einen bestimmten Sieg unsererseits. Daß diese Ansicht auch von den Gegnern getheilt wird, beweist die Aufstellung Hänel's, des fortschrittlichen Gegencandidaten von Oldenburg, in Breslau, wo derselbe einen sicheren Kreis gefunden zu haben vermeint. — Wie sich die Sache in Schleswig, im ersten, zweiten, dritten und vierten Wahlkreis gestalten wird, das hängt viel von der Haltung der dänisch redenden Arbeiter ab, ob sie den Sozialismus über die Nationalität setzen; nur der 3. Wahlkreis (Schleswig), in welchem Heinzel candidirt, ist lediglich von deutscher Bevölkerung bewohnt. Dort steht unsere Sache sehr gut.

Hannover, 25. Dezember. In unserer Stadt ist in der letzten Zeit ein wahres Desertionsfieber unter den Soldaten eingerissen. So sind in diesem Monat allein zwei Soldaten, ein Füsilier und ein Artillerist, desertirt, ohne daß sie wieder „eingefangen" worden wären. Grund der Desertion soll in beiden Fällen übergroße Begeisterung für den Militärstand gewesen sein.

Harburg, 22. Dezember. Parteigenossen des 17. hannoverschen Wahlkreises! Nur noch wenige Tage trennen uns vom Wahltage, es gilt deshalb diese kurze Spanne Zeit noch tüchtig auszunützen. Ist die öffentliche Agitation auch unermüdlich betrieben worden, so bleibt doch noch ein großes Feld für die Privatagitation. Die Lässigen, die Indifferenten, sie müssen jetzt in Haus und Werkstelle aufgerüttelt und herangezogen werden. Seht Euch die Waffen der Lüge und der Entstellung an, mit denen die Liberalen uns bekämpfen; seht die Welfenpartei, wie sie sich noch einmal aufrafft, um die unklaren Arbeiter um das gelb-weiße Banner zu sammeln, und Ihr müßt eingestehen, daß kein Augenblick vor dem Wahltage ungenützt verstreichen darf. Hauptsächlich fordern wir Euch auf, dem Wahlcomité Euch zur Verfügung zu stellen, damit es am Wahltage nicht an Leuten zur Beschickung der Urnen mangelt, und die Flugblätter und Stimmzettel vorher richtig ausgetragen werden können. Anmeldungen hierzu nimmt Herr Steffens entgegen. Bedenkt, daß ein großer Theil unsers Erfolgs von dieser letzten Arbeit abhängt. Also auf zur Wahl.

Das Wahlcomité des 17. Kreises.
J. A.: Fr. Seitz.

Königsberg, 10. Dez. (Zu unseren freien Hilfskassen.) Wenn man den in Nr. 48 des „Gewerkverein" von Dr. Max Hirsch veröffentlichten und von ihm zur allgemeinen Mitglieder-Abstimmung vorgelegten Revers liest, so ist das Wort freie Hilfskassen ein wahrer Hohn. Denn selbst der reactionärste Arbeitgeber oder Zwangskassen-Verwalter hat es nicht gewagt, in dieser Weise gegen die Arbeiter vorzugehen, und auf diese Art ihre politische Meinung zu beeinflussen. In jenem Revers heißt es: „Mitglied kann jeder Arbeiter werden, welcher . . . . . mit seiner Unterschrift erklärt, weder Mitglied, noch Anhänger der Sozialdemokraten zu sein. Verloren wird die Mitgliedschaft durch . . . . Agitation gegen die Prinzipien und Organisation der Gewerkvereine." Nehmen wir an, die Majorität der Mitglieder ließe sich wirklich bethören, diesem Revers ihre Zustimmung zu geben, so ist hiermit der ganzen Organisation ihr Bischen Lebenslicht ausgeblasen. Denn traurig muß es mit einer Organisation bestellt sein, deren Verwalter zu solchen Zwangsmaßregeln greifen muß, um sie, wie er selber sagt, vor Zerstücklung zu bewahren. Was den Vorwand anbelangt, der ihn angeblich dazu zwingt, darüber läßt sich wenig oder gar nichts sagen, denn die Behauptung, die Sozialdemokraten wollen unsere Kassen an sich reißen, gehört nach unserer Meinung ins Reich der Träume. Der einzige Grund, der ihn hierzu bewegt, wird der sein, daß er den politischen Führer der Gewerkvereinler spielen will, wie es ja deutlich genug in den von ihm geschriebenen Leitartikeln zu sehen ist. Herr Max Hirsch wird fragen, womit wir die Behauptung, daß die Organisation durch Einführung des Reverses oder des Gesinnungszwanges den Todesstoß empfängt, begründen. Das Anwachsen der Organisation haben wir doch bekanntlich nicht darauf zurück zu führen, daß die meisten der neu eintretenden Mitglieder Anhänger der Harmonielehre oder überhaupt der Politik oder der Ideen unseres Anwalts sind; nein, es sind eben reine Kassenmitglieder, die den Nutzen der freien Hilfskassen in wirthschaftlicher Beziehung anerkannten und sich deshalb den Vereinen anschlossen. Mit der Einführung dieses Gesinnungszwanges bekommt der Verein aber eine andere Färbung und der Beitritt wird jedem nachdenkenden Arbeiter nicht allein bedenklich, sondern sogar unmöglich, weil er die schöne Aussicht hat, bei der geringsten Opposition kraft des Reverses seiner Ansprüche verlustig zu gehn und aufs Trockne gesetzt zu werden. Wir sehen uns genöthigt unsere Ansicht über diese Sache im „Vorwärts" zu veröffentlichen, weil uns in ähnlichen Fällen die Spalten des „Gewerkverein" verschlossen blieben. Mehrere Mitglieder des Gewerkvereins.

Vulsdorf, 10. Dezember. Heute fand hier eine von unseren Genossen einberufene Volksversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Reichstagswahl" und sprach unser Parteigenosse Krentz in ausführlicher Rede über dieselbe. Im Uebrigen geht die Wahlbewegung im 19. hannöverschen Wahlkreise lebhaft vorwärts und ist von unseren Genossen auch zu hoffen, daß sie mit allen Kräften eintreten. Wir bitten, uns Adressen zukommen zu lassen, damit wir auch genügend Stimmzettel und Aufrufe in unserem Wahlkreise verbreiten können.

NB. In Betreff der Stimmzettel, Wahlaufrufe und Agitation wolle man sich wenden an Parteigenossen F. Krentz, Geestendorf, Rosenstraße 400.

Göttingen. Die den Nationalliberalen dienende „Göttinger Zeitung" macht sich in den Nummern 3970 und 3971 in Prosa und Dichtung über den Schuhmachergesellen Herrn Strecker, der am Montage vorher eine Volksversammlung abgehalten hatte, mit „jovialer — rectius trivialer — Ironie" lustig, verschmäht dabei aber großmüthig die sauren Trauben der Widerlegung und empfiehlt dem Redner, der über das mangelhafte Schulwesen in Preußen gesprochen, das nochmalige Studium einer einfachen Elementargrammatik. Die Nationalliberalen, welche diese Ergüsse verübt oder veranlaßt haben und — nach eigenem Geständniß — in großer Majorität vorhanden waren, wagten also keine Widerlegung, sondern suchten in den folgenden Tagen in dem einzigen und von ihnen beherrschten Lokalblatte, wie ein gezüchtigter Bube von Weitem, ihr Müthchen mit giftigen Redensarten zu kühlen. — Sollte Herr Strecker, der in dem betreffenden Berichte „gut beanlagt" genannt wird, sich nicht ganz fest in der Grammatik gezeigt haben, was Einsender natürlich nicht weiß, so lieferte er hierdurch den besten Beweis für die Auslassungen über das Schulwesen, das nur Dem zu gute kommt, der Schulgeld und Lehrmittel bezahlen kann und nicht verdammt ist, neben dem Schulbesuche oder statt desselben um's Dasein zu kämpfen. Das Gebahren, den Inhalt der Rede des Herrn Strecker als nicht der Widerlegung würdig hinzustellen unter Betonung grammatischer Fehler desselben, ist ebenso absurd, als wenn man den Inhalt einer Neujahrsrede des ältesten Generalfeldmarschalls antasten wollte. Warum widerlegten die Koryphäen dee augenblicklich regierenden Partei nicht den Inhalt der Rede des Schuhmachergesellen? Wie heißen doch ihre abgedroschenen Schlagwörter? „Theilen" — wäre das Ammenmärchen Wahrheit, dann theilten wenigstens Alle, nicht nur Einzelne, wie bei der Theilung Polens, oder bei den, von nationalliberalen Größen geschaffenen „Gründungen". „Ehe abschaffen" — diese Erfindung nimmt sich eigenthümlich aus im Munde der Gegner, die in puncto der Abschaffung der Ehe das Menschenmöglichste leisten. Daß Herr Strecker eventuell, d. h. im Falle einer Stichwahl, wo Herr Fricke außer Betracht kommt, den Herrn v. Adelebsen, den Candidaten der Deutschhannoveraner und Ultramontanen, dem Candidaten der Nationalliberalen, dem Irrenarzt Herrn Meyer, vorzieht, beweist, daß das Volk von den beiden Uebeln der Kreuzkriecher und Kreuzritter letztes für das geringere hält. — Doch genug, das arbeitende Volk wird am 10. Januar des Spottes der Herrschenden eingedenk sein!

Kiel. (An die Leser und Abonnenten unserer Parteiorgane in Kiel und Umgegend.) Da wir am Schlusse des Quartals stehen, fordere ich auf, die geistigen Waffen künftig noch besser zu gebrauchen, und wenigstens dafür zu sorgen, daß sich die Abonnentenzahl verdoppele. Es muß das Abonnement so rasch als möglich erneuert werden, damit keine Stockung eintritt. Diejenigen, die im Rückstande mit den Abonnementsgeldern sind, müssen ihren Verpflichtungen ungesäumt nachkommen, weil keine Bestellungen bei der Post gemacht werden können, wenn nicht gleich gezahlt wird. Abonnements nehmen entgegen die Herren Dickmann, Neumann, Pölsen und Unterzeichneter. J. A. der Zeitungs-Commission: Chr. Stark.

Zur ferneren Beachtung. Diejenigen, die Verpflichtungen in Betreff der Wahl oder Sammelbücher übernommen haben, werden hiermit aufgefordert, am Dienstag, den 2. Januar, Abends 8 Uhr, bei dem Herrn Gastwirth Neumann zu erscheinen, resp. die Bücher vorzuzeigen. J. A. das Arbeiter-Wahlcomité: Chr. Stark.

Zur Beachtung
für alle Gesinnungsgenossen der Arbeiterpartei im 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis.

Da am Tage der Wahl an verschiedenen Orten, wie man gewöhnt ist, Unregelmäßigkeiten vorkommen, so werden alle Wähler und Genossen aufmerksam gemacht Briefe sowie Depeschen zu adressiren an das Arbeiter-Wahlcomité Kettenstraße Nr. 10 in Kiel bis 6 Uhr Abends, nach 6 Uhr an den Unterzeichneten im „Englischen Garten".

Der von der Arbeiterpartei aufgestellte Candidat Herr Oldenburg wird am 9. Januar im letztgenannten Lokal seine Candidatenrede halten und am 10. in Kiel seinen Aufenthalt haben.

Im Auftrag des Arbeiter-Wahlcomités:
Chr. Stark.

Briefkasten

der Red. K. in Chemnitz: Wenden Sie sich an den „Communistischen Arbeiter-Bildungs-Verein" in London, Marshall street, Golden Square, No. 38, W. Der Verein (S. d. betr. Annoncen im „Vorw.") hat Sonnabend und Montag regelmäßige Sitzungen; die Adresse des Sekretärs ist: J. Voß, 14 Portland street, Poland street, Sohosquare, London; er wird Ihnen auf Wunsch gerne Auskunft geben. Die Mitglieder des Londoner Arbeiter-Bildungs-Vereins sind, wie kaum erwähnt zu werden braucht, sämmtlich Parteigenossen. — A. P. in S.: In Bezug auf die „vegetarianischen Grundsätze" wenden Sie sich an Herrn E. Balzer in Nordhausen. Nach unserer Ueberzeugung werden dieselben nicht die sozialistische Gesellschaft herbeiführen, sondern sie werden in einer sozialistischen Gesellschaft vielleicht theilweise zur Geltung kommen. — Ein Geschichtsschreiber in der heutigen Gesellschaft kann gar nicht völlig unparteiisch sein, ebensowenig wie ein Richter. — H. S. Heerdn: Im Eisenacher Wahlkreis ist Liebknecht aufgestellt. Stimmzettel sollen Sie erhalten. Besten Erfolg! — C. F. S. in Cainsdorf und H. M. in Osterburg: Ihre Zuschriften nicht erhalten. — C. in J.: Ihr Name würde unter allen Umständen verschwiegen werden. Die Notiz aber hat für die Leser des „Vorwärts" keinen Werth, weil Sie weder den Namen des angeblich Beleidigten noch den Namen des beleidigenden Stadtraths nennen. Wenn Sie also das nächste Mal uns Mittheilungen machen oder „Rathschläge" ertheilen, so bitten wir, sich deutlicher auszudrücken. Den Brief vom 14. d. M. hatten Sie direkt an Liebknecht adressirt; die Notiz selbst aber konnte auch damals aus oben angeführten Gründen nicht aufgenommen werden. — W. Hoffmann in Altstedt: Das Gesetz, die Einführung der Civilstandsregister für Personen u. s. w. für das Königreich Sachsen vom 20. Juni 1870 gestattet nach § 20 jedem Staatsangehörigen den Austritt aus einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft, der das 21. Lebensjahr überschritten hat. Eine Verpflichtung zum Eintritt in eine andere Religionsgesellschaft existirt nicht. Derselbe § 20 besagt weiter:

„Ueber die religiöse Erziehung der Kinder bis zum 14. Lebensjahr entscheidet im Mangel einer Vereinbarung der Eltern der Vater. Uneheliche Kinder folgen der Religion der Mutter. Vom vollendeten 14. Lebensjahre an steht es bei einem Religionswechsel der Eltern den Kindern frei, ob sie diesen folgen oder ihre zeitherige Religion beibehalten wollen.

„Die in Gemäßheit dieser Vorschriften aus ihrer bisherigen Religionsgemeinschaft ausgetretenen Personen sind in ein von dem Gerichte, vor welchem die Austrittserklärung erfolgt ist, zu führendes Verzeichniß (Dissidentenregister) einzutragen."

Wir glauben Ihre Frage hiermit beantwortet zu haben.

Diejenigen Parteigenossen, welche im Besitz der Nr. 141 des „Neuen Sozialdemokrat" vom Sonntag, den 28. November 1875 sind, werden ersucht, mir selbige sofort unter Kreuzband zuzusenden. Es handelt sich um eine Beweisführung gegen den liberalen Candidaten Krause.
Ernst Dienegott Hasse in Mühltroff (Sachsen).

Herr Otto Kapell muß in Ballenstedt den 3. Januar, in Harzgerode den 4. Januar bestimmt Versammlungen abhalten. Strube.

Aufforderung. Die Cigarrenarbeiter Wilh. v. Kentrzinsky aus Verden, Carl Kahl aus Wandsbeck und Robert Schmidt aus Altenburg werden hierdurch aufgefordert, ihren Pflichten der Parlamentskasse gegenüber nachzukommen. Ich bitte jeden Bevollmächtigten, in dessen Bereiche sich Obengenannte aufhalten, diesen von der Aufforderung Kenntniß zu geben.

Johann Winter, bei Herrn Leibeker.
Holstenstr. 184, Altona.

Quittung. Lndnr Markersdorf Ab. 1,60. Wß Neu-Ulm Ab. 8,40. Fnk hier Ab. 1,80. P. Tglbkrs Utrecht Ab. 5,20. Trtz Neu-Schönef. Ab. 1,80. Exped. der „Tagewacht" Zürich Ab. 140,00. C. Ettl Apolda Ab. 30,00. Schrnr Hechingen Ab. 8,00. Frnk Mittweida Schr. 10,00. Schrstfr Schrobenhausen Schr. 2,75. Tsch Theresienstadt Ab. 2,27. Arbeiter-Bild.-Verein Meran Ab. 5,17. Arbeiter-Bild.-Verein Wels Ab. 3,63. T. Ettl Brüsau Ab. 16,70. Mür Graz Ab. 5,82. Schlgl Graz 9,69. Fchtlr Merseburg Schr. 1,70. Fdlr Oederan Schr. 4,30. Bngrbhlr Bad-Baden Schr. 1,80. Fndsn Meuselwitz Schr. 4,35. Hrm Rtn Schr. 1,50. Brbm Gotha Ab. 9,00. Erstmr München Schr. 6,25. Hch Frankfurt Ab. 30,00. Nwtn Aussig Ab. 6,20. Schür Waldenburg Ab. 3,00. Grbnstn Lindenau Schr. 4,50. Ntzschmn Connewitz Ab. 2,40. Hfmnn Altstedt Schr. 10,80. Kchnrthr Hof Schr. 8,40. Mür Szigetvar Ab. 2,27. Hrsch Stuttgart Ab. 7,20. Bttchr Cöthen Schr. 2,50. B. Schml Graupen Ab. 3,20. Hrtmn Limburg Ab. 5,30. Schr. 3,00. Bchmn hier Ab. 1,60.

Anzeigen ꝛc.

Cöln. Montag, den 1. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Hrn. Erkelenz, Kämmergasse 18:

Volksversammlung.

Zur Regelung der Wahlangelegenheit werden die Wahlcomités des Stadt- und Landkreises hiermit eingeladen. [70

Fritz Philippi.

Leipzig. Mittwoch, den 10. Januar 1877, in der „Tonhalle":

Großes Wahlfest

bestehend in **Concert, Gesang, Ansprachen und Verlesung der Wahlresultate.**

Anfang Abends 7 Uhr. Entrée für Herren 20 Pf.

Wir bitten die Parteigenossen, alle Zuschriften und Depeschen an das unterzeichnete Wahlcomité zu richten.

Das Centralwahlcomité
des 10., 11., 12., 13. und 14. Wahlkreises.
J. A.: Chr. Hablich. [420

Leipzig. Mittwoch, den 3. Januar 1877, Abends 8 Uhr, im Saale der „Tonhalle":

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: **Die Stellung der Frauen im heutigen Staat und zum Sozialismus.** Referent Herr A. Bebel.

Die Frauen werden insbesondere zu dieser Versammlung eingeladen und wird ersucht, denselben möglichst die Sitzplätze zu überlassen.

Das Rauchen wird höflichst verbeten.

Die Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags", beleuchtet von A. Bebel, ist im Saale für 30 Pfg. zu haben.

Bei dem Eintritt in den Saal wird ein freiwilliger Beitrag zur Deckung der Kosten erhoben, der Ueberschuß ist zur Wahlagitation bestimmt. [2,10

Das sozialdemokratische Wahlcomité.

Leipzig. **Sitzung des Centralwahlcomités** Sonnabend, den 30. December, Abends 1/2 9 Uhr.

Die Mitglieder des Kreiscomités sind eingeladen. [40

Der Vorstand.

Osnabrück. Montag, den 1. Januar 1877, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Kuhlmann, Alte Münze 21:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: **Angelegenheiten betreffs der Reichstagswahl.** Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

80 P. Kropiarz.

Achtung!

Zu der am Montag, den 1. Januar, Abends 8 Uhr, in der schiefen Ecke zu **Volkmarsdorf** stattfindenden Versammlung des Arbeitervereins werden die Genossen von Alt- und Neuschönefeld, Alt- und Neusellerhausen, Reudnitz ꝛc. zu einer wichtigen Besprechnng eingeladen.

70] H. Dohne.

Achtung! Soeben erschien:

Die Fackel.

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 22 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Einiges über Parteien und Parteikämpfe. (Schluß.) — Die Gegner. — Correspondenz. — Fackelfunken.

Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts", Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel".

☞ **Nr. 23 wird Sonnabend, den 30. ds. Mts., 11 Uhr ausgegeben.**

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt, wöchentlich 1 1/2 Bogen.

Preis vierteljährlich M. 1,20. In Heften à 0,30.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Die Leser des „Vorwärts" machen wir darauf aufmerksam, daß zur Einführung der „Neuen Welt" in weiteren Kreisen sich

Illustrirte Prospekte

als vortreffliches Mittel bewährt haben.

Neue illustrirte Prospekte, welche ein Verzeichniß des Inhaltes der ersten Nummern des Jahrgangs 1877 enthalten, werden **gratis** verabfolgt.

Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gelegenheit haben, die Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Prospekte gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammelliste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.

Ein Jeder hat die Pflicht, für **„Die Neue Welt"**, welche eine der wichtigsten Partei-Unternehmungen ist, bei dem bevorstehenden Jahreswechsel entschieden einzutreten.

Schafft neue Abonnenten — sei Losung.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 39 des „Vorwärts“.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 17. Dezember. Der Ständerath beschäftigt sich jetzt mit dem Fabrikgesetz und wird aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem Feste damit fertig werden. Da es dann noch den Nationalrath zu passiren hat, erscheint sein Zustandekommen in diesem Jahre mehr als zweifelhaft. Von anderer Seite wird freilich behauptet, das Gesetz würde noch im Laufe dieser Woche in beiden Häusern durchberathen werden, um dem arbeitenden Volke damit eine Festfreude bereiten zu können. Nun, wir wollen es abwarten; gewisse Kreise verstehen die Verschleppungskunst ganz außerordentlich. — Die bisherigen Berathungen haben uns den Wegfall der „geschlossenen Räume“ gebracht, die Kantonsregierungen sollen bestimmen können, was unter Fabrik zu verstehen sei. Wir halten diese Aenderung für wichtig, jedenfalls verdient sie den Vorzug vor der engen Begrenzung, die man dem Fabrikbegriff bisher gegeben. Da der Rekurs an den Bund offen steht, wäre eine reaktionäre Ausbeutung nicht zu fürchten, dagegen ließe sich weit eher erwarten, daß es den Parteigenossen in den einzelnen Fabrikdistrikten gelingen werde, die weiteste Interpretation der betreffenden Bestimmungen zu erreichen. — Art. 3 wurde von den Gegnern des Gesetzes lebhaft angefochten. Er erhielt folgende Fassung:

„Wer eine Fabrik zu errichten und zu betreiben beabsichtigt, oder eine schon bestehende Fabrik umgestalten will, hat der Regierung des Kantons von dieser Absicht und der Art und Gattung des beabsichtigten Betriebs Kenntniß zu geben und sich durch Vorlage des Planes über Bau und innere Einrichtung auszuweisen, daß die Fabrikanlage den gesetzlichen Anforderungen in allen Theilen Genüge leiste.

Die Eröffnung der Fabrik, bez. des neuen Betriebes, darf erst auf förmliche Ermächtigung der Regierung hin stattfinden, welche bei Fabrikanlagen, deren Betrieb ihrer Natur nach mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiter und der Bevölkerung der Umgebung verbunden ist, die Bewilligung an besondere Vorbehalte zu knüpfen hat.

Erzeigen sich beim Betriebe Uebelstände, welche die Gesundheit und das Leben der Arbeiter oder der umgebenden Bevölkerung gefährden, so soll die Behörde unter Ansetzung einer peremtorischen Frist oder je nach Umständen unter Suspendirung der Betriebsbewilligung, die Abstellung der Uebelstände verfügen.

Ueber Anstände zwischen der Kantonsregierung und Fabrikinhabern entscheidet der Bundesrath.

Die zur einheitlichen Ausführung obiger Bestimmungen erforderlichen allgemeinen Vorschriften werden vom Bundesrath erlassen. In Bezug auf die Baupolizei bleiben unter Beachtung dieser Vorschriften die kantonalen gesetzlichen Bestimmungen in Kraft.“

Die Gegner wollten nur den ersten Absatz passiren lassen, in der Abstimmung siegte aber der Artikel mit großer Majorität. Art. 4, der die Verpflichtung der Fabrikanten festsetzt, jede Tödtung und Verletzung zur Anzeige zu bringen, und die Behörden zur Untersuchung verpflichtete, erregte einen neuen Sturm. Art. 4, vom Bundesrathe warm empfohlen, wurde mit einer redaktionellen Aenderung angenommen. — Einen besonderen Zankapfel bildete Art. 5. Die Commission schlug folgende Fassung vor:

„Art. 5. Ueber die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb wird ein Bundesgesetz (Art. 64 der Bundesverfassung) das Erforderliche verfügen.

In der Zwischenzeit gelten immerhin für den urtheilenden Richter nachfolgende Grundsätze:

a. Der Fabrikant haftet für den entstandenen Schaden, wenn ein Mandatar, Repräsentant, Leiter oder Aufseher der Fabrik durch ein Verschulden in Ausübung der Dienstverrichtung Verletzung oder Tod eines Angestellten oder Arbeiters herbeiführt.
b. Der Fabrikant haftet gleichfalls, wenn, auch ohne ein solches spezielles Verschulden, durch den Betrieb der Fabrik Körperverletzung oder Tod eines Arbeiters oder Angestellten herbeigeführt wird, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten oder Getödteten erfolgt ist. Fällt dem Verletzten oder Getödteten eine Mitschuld zur Last, so wird dadurch die Ersatzpflicht des Fabrikanten angemessen reduzirt.
c. Obige Ersatzansprüche verjähren in zwei Jahren von dem Tage an, an welchem die Verletzung oder Tödtung stattgefunden hat.

Im Uebrigen urtheilt, bis nach Erlaß des Eingangs erwähnten Gesetzes, der competente Richter über den Umfang des zu ersetzenden Schadens, unter Würdigung aller Verhältnisse, nach bestehendem kantonalen Recht.“

Nach langer Diskussion wurde dieser Artikel angenommen und dabei seine Ausdehnung auf Erkrankungen und Todesfälle in Folge gesundheitsschädlicher Fabrikation offen gelassen. Der Bundesrath wird hierüber zu entscheiden haben.

Genaueres über diesen wichtigen Punkt im nächsten Briefe.

Königsberg i. Pr., 19. Dezbr. Als wir vor 3 Jahren vor den Wahlen zum Reichstage standen, versuchten die Führer der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, da ihre Mitglieder fast durchweg mit dem so schwächlichen Verhalten der Fortschrittspartei unzufrieden waren und sich dieser ab- und den Sozialdemokraten zuwendeten, solche unter einer neuen Firma (sozialpolitische Partei) womöglich zusammen zu halten, unter allen Umständen aber zu verhüten, daß sie bei der Wahl offen und ganz für die Sozialdemokraten eintreten. — Von der „sozialpolitischen Partei“ ist nach den Wahlen natürlich nicht mehr ernstlich die Rede gewesen. Da wir nun aber wieder vor der Wahl stehen und die unliebsame Neigung für die Sozialdemokraten durchaus nicht geschwunden ist, sondern immer mehr und mehr zum Durchbruch kommt, so sind die Herren Führer der Gewerkvereine, da sie mit dem alten planmäßigen Manöver von vor drei Jahren nicht zu verwirren hoffen dürfen, auf ein neues, wenn auch nicht sehr lauteres Mittel verfallen, um die Steuern der Mitglieder der Gewerkvereine, der politischen Partei, der sie angehören, der Fortschrittspartei, zu sichern. Den Mitgliedern der Gewerkvereine wird zugemuthet, einen Revers zu unterzeichnen, der erklärt, daß der Unterzeichnete nicht Anhänger der Sozialdemokratie ist, und der ihn so mit gebundenen Händen den augenblicklichen Führern, den Herrn Fortschrittlern, auf Gnade und Ungnade überliefert, denn, wenn sich nach dieser Unterzeichnung irgend eine sozialdemokratische Ader in ihnen regt dann ist er, ehne seine mühsam ersparten eingezahlten Groschen wieder zu erhalten, augenblicklich an die Luft gesetzt. Der Zweck heiligt die Mittel. Die schwarzen Jesuiten sind gegangen, die weißen sind geblieben. — Wie vor 3 Jahren so hatten die Königsberger Ortsvereine auch jetzt wieder den Reiseapostel Herrn Andreack aus Berlin, Anhänger der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, sich kommen lassen, dieses Mal jedoch, um nicht nur für die sozialpolitische, sondern auch für die Fortschrittspartei Propaganda zu machen. In einer Versammlung wurden denn auch die Führer der hiesigen Fortschrittspartei: der große Gründer und der große politische Professor nebst Begleitung (um nicht den richtigen Ausdruck zu brauchen), mit Herrn Andreack, der ihnen seine Unterstützung und Hilfe zugesagt, feierlichst bekannt gemacht, — worauf denn am 13. d. M. im hiesigen Schützenhause eine öffentliche Versammlung, zu welcher sich die bezeichneten Führer der Fortschrittspartei nebst — Adjudanten und Sekundanten, sowie fast der ganze Vorstand des Handwerkervereins eingefunden hatten, um dem Vortrage des Mannes, von dem sie so viel erhofften, zu lauschen und der nun den großartigen Eindruck, den der Vortrag des Reichtagsabgeordneten Herrn August Bebel aus Leipzig, trotz und entgegen all' den erbärmlichen Unwahrheiten und Verdächtigungen, so wie den jämmerlichen Verunglimpfungen, in denen die gegnerische Presse sich ergeht und womit sie ihre Angst zu beruhigen sucht, überall zurückgelassen, abzuschwächen versuchen sollte. — Herr Blunk, der hier kürzlich „Etablirte“, leitete die Versammlung und ertheilte Herrn Andreack sogleich das Wort. Dieser leitete dann seinen Vortrag mit den Worten ein: Neues werden sie nicht zu hören bekommen — und man muß es diesem Manne lassen, er hat sein Wort in des Wortes verwegenster Bedeutung wahr gemacht. — Da wir diesen Mann vor drei Jahren hier gehört, so waren wir mit sehr niedrigen Erwartungen hingekommen, doch daß der Mann, nachdem er sich in diesen 3 Jahren für seine politischen Genossen und die Gewerkvereine ununterbrochen am öffentlichen Leben betheiligt, auch als einer der Würdigsten bei Deputationen an Minister zugezogen wurde, ist uns um so unerklärlicher, als er zeigte, daß er in diesen drei Jahren durchaus nichts gelernt hat, sondern es muß noch weit mehr als Muth bezeichnet werden, daß er in öffentlicher Versammlung ein Referat übernahm. Die Königsberger politische Aktien-Presse war an diesem Tage durch zwei ihrer Hauptmitglieder, durch die beiden Männer, die dort die erste Flöte blasen, vertreten und doch ist es möglich, daß ein Referat in dieselbe gelangt, das so vollständig unrichtig und den ganzen Charakter der Versammlung tendenziös verdreht — der Zweck heiligt die Mittel. Wie muß es bei dieser Presse zugehen und was hat man von ihr alles zu erwarten? Wie thut uns der Professor Möller leid, daß er diesen Vortrag seines Verbündeten anhören mußte, und er that uns doppelt leid, daß er sich so weit vergaß (er, der den Arbeitern immer Roheit vorgeworfen), als der Arbeiter Schreiber gleich nach Herrn Andreack das Wort erhielt, und auszuführen versuchte, daß die Vertreter der Fortschrittspartei bei der Bewilligung für den 7jährigen Militär-Etat und namentlich bei dem Antrag Mallinckrodt sich nicht richtig verhalten hätten, diesem in lauter, die ganze Versammlung störender Weise, wiederholentlich zuzurufen: „Das ist nicht wahr!“ — Wir hatten dem Herrn Professor seinen Aerger über die Unfähigkeit seines Verbündeten schon lange angemerkt, und konnten es ihm nicht verargen, daß er diesem, allerdings in nicht sehr feiner Weise und an unrichtiger Stelle, Luft machte. Herr Andreack, der nicht wußte, daß die Störung von seinem Verbündeten ausgegangen, erbat sich nach Herrn Schreiber gleich das Wort und kennzeichnete solche als eine ungebührliche, und nun that uns Herr Prof. Möller wieder leid, als von einem späteren Redner konstatirt wurde, daß die störenden Zurufe von Herrn Professor Möller ausgegangen waren. Herrn Andreack wurde, ohne daß er eine Erwiderung dafür hatte, bewiesen, daß er sich in Widersprüchen bewege und daß er Unrichtigkeiten vorgetragen, ja es kam so weit, daß ein Redner ihm sagte, er habe von ihm annehmen zu können geglaubt, daß er wisse, was er spreche, habe sich aber dennoch geirrt. Die Versammlung der Ortsvereine, in welcher es sich herausgestellt hatte, daß die Majorität derselben den Sozialdemokraten zuneige, endete damit, daß Hr. Grigatis die Anwesenden aufforderte: Bei der Wahl zum Reichstage ihre Stimme Hrn. August Bebel aus Leipzig zu geben. Als sich die Versammelten trennten, waren sie über den Werth des von Herrn Andreack Gehörten wohl alle, vielleicht bis auf Herrn Dr. von Kalckstein einig; denn er schien in Herrn Andreack einen Schicksalsgenossen gefunden zu haben. Er hatte demselben sehr vergnügt zugehört und sah nicht so vorherrschend geisterhaft bleich aus, wie an dem Abende, an dem er von Hrn. Bebel so gründlich abgeführt wurde!

Oldenburg, 11. Dezember. Gestern fand hier eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter O. Reimer zur größten Zufriedenheit der Anwesenden referirte. Nachstehend eingereichte Resolution wurde mit großer Majorität angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vortrage des Herrn O. Reimer aus Altona einverstanden und stellt denselben im ersten oldenburgischen Wahlkreis als Reichstagscandidat auf und verpflichtet sich, nach besten Kräften die Wahl desselben zu fördern.“

Halberstadt, 28. November. Seit Jahr und Tag ist über das politische Leben am Orte nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen, und doch ist alles Mögliche aufgeboten worden, die Fahne des Sozialismus hochzuhalten. Betreffs der Versammlungslokale befinden wir uns in einem förmlichen Blokadezustande. Ein größeres Lokal ist nicht zu bekommen aus Furcht vor der Polizei. Als es uns endlich gelungen, eines zu bekommen, erfuhr die tapfere Inhaberin desselben (Frau Bollmann) durch Polizeistunde u. a. m. eine Menge Plackereien und Chikanen. Als das nichts half, klagte die Polizeiverwaltung beim Kreisausschusse auf Entziehung der Conzession, mit der Motivirung, daß Personen dort verkehrten, welche sich dadurch der nöthigen polizeilichen Ueberwachung entzögen, sowie wegen Treibens von Völlerei in beregtem Lokale. Der Prozeß endigte mit Freisprechung und Ueberweisung der Kosten im Betrage von 120 M. an die Stadtkasse. Die Advokaturkosten, welche rund 100 M. betragen, sind von den Genossen aufgebracht. Hiermit begnügte sich die Polizei aber nicht, sondern klagte bei der Königl. Regierung weiter mit demselben Erfolg. Wir hielten nun die Sache endlich für abgethan und erledigt. Weit gefehlt. Die Polizei hat abermals die Sache und zwar bei der Verwaltungsbehörde, welche aber dieselbe an den ersten Richter verwies, angebracht. Warten wir's ab, jedenfalls wird die Geschichte noch vor das Obertribunal in Berlin kommen. Schöne Zustände das. — Parteigenosse Fr. Voigt berief nun für den 12. November, Abends 6 Uhr, eine Volksversammlung ein in besagtem Lokale mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl“. Kaum hatte die Bureauwahl stattgefunden, als die Versammlung vom anwesenden Herrn Polizeiwachtmeister auch wieder geschlossen wurde. Eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft hatte keinen Erfolg.

Am Sonntag nun, den 19. November, ward den Einwohnern hiesigen Orts keine geringere Ehre zu Theil, als die Anwesenheit ihres Reichstagsabgeordneten, des Kreises Halberstadt-Aschersleben-Wernigerode, Sr. Exellenz Baron von Bernuth, Minister a. D., welcher seit den neun Jahren seiner Vertretung sich hier hat weder sehen noch hören lassen. Dieser wünschte, in öffentlicher Versammlung Bericht über seine und des Reichstags parlamentarische Thätigkeit zu erstatten. Die Versammlung fand Nachmittags halb 4 Uhr statt, und hatten denn auch in der großen Glashalle des Hotel Royal nach Angabe hiesiger Blätter sich etwa 150 Personen zusammen gefunden. Da saßen sie alle stumm in der Erwartung der Dinge, die da kommen sollten. Da plötzlich öffnet sich die Flügelthür und der Ersehnte erscheint von Angesicht zu Angesicht. Würdig eines Prälaten wird er empfangen, und nachdem die Honneurs gemacht, die Vorstellung allseitig stattgefunden hat, wird Exellenz unter tiefen Rückgratsverkrümmungen durch den Einberufer, Herrn Oberstabsarzt a. D. Dr. Spiring, zum Podium geleitet und ihm ohne irgend jede übliche Form das Wort ertheilt. Nach einigen einleitenden Redensarten meinte Exellenz: „Zuvörderst wolle er darauf hinweisen, daß die Unzufriedenheit mit einigen seiner Abstimmungen hauptsächlich wohl hervorgegangen sein möchte aus den sogenannten Sußmannschen Abstimmungslisten, denselben sei kein besonderer Werth beizulegen, da sie nur Endresultate der Abstimmungen brächten, niemals aber eine Motivirung dazu. Gegen die Salzsteuer habe er nur aus wohlerwogenen Rücksichten gestimmt, man beabsichtigte nur einen Theil dieser Steuer fallen zu lassen, statt das Salz, welches das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes der arbeitenden Klassen bildet — wie Exellenz pathetisch ausruft — ganz von der Steuer zu befreien. Auch gegen Diäten habe er gestimmt. Diäten bewilligen, ruft Exellenz mit Nachdruck, heißt die Verfassung ändern! Von denselben Grundsätzen (!) sei Exellenz auch in der bekannten Mecklenburger Verfassungsfrage ausgegangen, eine Annahme des beregten Antrages sei eine unverantwortliche Schädigung der Grundbesitzer wie des größeren Gewerbebetriebs gewesen, und nach Ablehnung dieses Antrags habe in Mecklenburg selbst die größte Uebereinstimmung geherrscht, und habe man aus Rostock eine große Dankadresse mit vielen Unterschriften dieserhalb an den Reichstag gesandt. Von welcher Seite, verschwieg Exellenz wohlweislich. — Auch betreffs der Petroleumfrage hätten sich Stimmen im Kreise gegen ihn erhoben. Man habe den Steuersatz pro Centner auf 15 Gr. normirt, dies hätte nach genauer darüber angestellter statistischer Berechnung auf die Familie per Jahr nur 1 Gr. 1⅓ Pf. betragen, wäre also nicht einmal fühlbar geworden, hätte aber auf der andern Seite das Gute gehabt, dem Staate 9 Millionen Mark einzubringen, nur aus diesem Grunde habe er für die Steuer gestimmt (!). Exellenz suchte nun in sehr wohlwollendem Tone seine Thätigkeit im Allgemeinen damit zu rechtfertigen, daß er anführen könne, in einzelnen Hauptfragen sich mit Männern von anerkannt gutem Rufe und Klange des Namens im Einverständniß befunden zu haben, wie mit v. Unruh, Forckenbeck, Lasker, v. Gneist, Schulze-Delitzsch „und vielen andern — großen Männern, die ihm nicht sogleich einfielen.“ Sodann kam er auf die Gesetze zu sprechen, an deren Ausarbeitung er regen Antheil genommen. Von allen wolle er vornehmlich das Hilfskassengesetz hervorheben. Auch er wolle, obgleich es ihm schwer ankomme, seine Verdienste nicht mit Stillschweigen übergehen und an seine große Thätigkeit in den Commissionen, namentlich in den Reichsjustizgesetzen, wie an seine frühere Thätigkeit als Minister erinnern. Ueber die Parteien im Allgemeinen ließ er sich sodann folgendermaßen vernehmen: Die Agrarier meinen es nicht ehrlich, ihnen sei nicht zu trauen. Die Ultramontanen wollten die Herrschaft der Kirche im Staat erstreben. Vornehmlich aber seien es die Sozialdemokraten, gegen die man zusammen stehen müsse. Seine Exellenz sei nationalliberal. Dies wäre sein Standpunkt seither gewesen, und würde er auf der „so lange gewandelten und erfolgreichen Bahn“ weiter arbeiten, und würde er, wenn sich nicht eine jüngere Kraft fände, im Falle einer Wiederwahl das Mandat, welches er seit neun Jahren im Besitz gehabt, vielleicht zum letzten Male annehmen. (Ein Trost, wenn auch ein schwacher.) Dies war der 33 Minuten lange, in Gesprächsform gehaltene Vortrag. Wir sehen, Herr v. Bernuth ist Realpolitiker, eine von den Säulen des Reichs, welcher Partei, läßt sich schwer bestimmen, denn uns scheint die Flagge nicht echt, unter welcher er segelt, er scheint ein Mann auf alle Fälle. Der Einberufer (ein Vorsitzender war nicht gewählt) dankt namens der Versammlung Exellenz für die hohe Ehre u. s. w. und fordert die Anwesenden auf, zum Zeichen ihrer Zustimmung sich zu erheben; dies geschieht denn auch, nur die anwesenden Sozialisten, einige zwanzig an der Zahl, bleiben fest auf ihren Stühlen sitzen. Selbst die wenigen Fortschrittler, mit Ausnahme ihres Führers, des Hrn. Abg. Heine, lassen die Lorbeeren der Nationalliberalen nicht auf ihren Sitzen ruhn, sie erheben sich und stimmen auch mit in das jetzt inscenirte Bravo ein. Es ward sodann vom Einberufer die Versammlung sofort geschlossen, ohne nur irgend Jemand das Wort zu gestatten. — Zu bemerken wäre noch: Exellenz hatte kaum das Podium bestiegen, als dienstbeflissene Geister auch schon vor denselben eine mächtige Flasche mit W — ach mit Wasser nebst Glas weithin sichtbar aufpflanzten. Exellenz würdigte das verwerfliche Naß auch nicht eines Blickes. Hoffen wir, daß das Knallen der Champagnerflaschen im traulichen Kreise der Genossen Exellenz für die auferlegte Abstinenz reichlich entschädigen möge.

An demselben Tage, Abends 6 Uhr, hatte Herr Fr. Voigt in Bollmann's Restauration eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: 1) Wahl eines Candidaten zum Reichstage; 2) Niedersetzung eines Arbeiterwahlcomités. Die Bureauwahl war glücklich überstanden und gaben sich die Anwesenden schon der Hoffnung hin, nachdem sogar Genosse Voigt einige Bemerkungen über die Nachmittags-Versammlung sich erlaubte, es würde heute alles gut gehen, aber ehe wir noch recht wissen, was um uns geschieht, ist die Versammlung polizeilich geschlossen.

Zu Sonntag den 26. November, Abends 6 Uhr, war wiederum eine Volksversammlung durch Herrn Bonin in obigem Lokale mit derselben Tagesordnung wie Sonntags zuvor einberufen. Jetzt galt es List gegen List. Schlag 6 Uhr ward die Versammlung eröffnet, und ehe noch die beiden wachhabenden Polizeibeamten in ihre Funktion eintreten konnten, ist der Candidat der Arbeiter und Kleinbürger proklamirt und gewählt, sowie das Wahlcomité gebildet, und es hat uns der jetzt so bekannte Ruf: „Ich schließe hiermit die Versammlung“, nachdem dieselbe kaum

5 Minuten getagt, recht heiter gestimmt. Dies die getreue Schilderung lokaler politischer Verhältnisse. Mögen die Genossen im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte sich selbst die Melodie zu diesen Versen machen. Als Candidat ist Herr Otto Kapell, Redakteur und Verleger des „Pionier“ in Hamburg, aufgestellt und gewählt.

Alle Zuschriften sind bis auf Weiteres zu richten an Herrn Robert Dahlen, Dominikanerstraße 8 zu Halberstadt.

Ayolda, im Dezbr. Das hiesige Tageblatt brachte unlängst eine Menge Artikel zum Abdruck, welche die albernsten Behauptungen und gröbsten Verleumdungen gegen die sozialdemokratische Partei enthielten. Da nun dieselben vom hiesigen nationalliberalen Reichsverein ausgingen, so wurde von hiesigen Parteigenossen auf den 10. Dezember eine öffentliche Wählerversammlung einberufen und zu dieser der nationalliberale Candidat, Herr Kreisgerichtsrath Krüger aus Weimar, eingeladen, um diese Angriffe zu begründen. Obgleich Herrn Krüger das erste Wort zugesichert war und der sozialdemokratische Candidat W. Ufert blos zur Vertheidigung eine gleiche Frist beanspruchte, hielt es Herr Krüger doch für besser, nicht zu erscheinen und entschuldigte sich einfach, es würde auf diese Weise doch zu keinem Resultate kommen. — Am 14. Dezember berief der Reichsverein eine Wählerversammlung ein, jedoch ausdrücklich nur für Gesinnungsgenossen. Den Sozialisten war der Zutritt streng untersagt und waren zu diesem Zwecke die Thüren doppelt und dreifach mit Gensdarmen, Polizisten und sonstigen Aufpassern besetzt. Mehrere Sozialisten, welchen es gelungen war, in den Saal zu kommen, wurden wieder hinausgebracht. Trotzdem gelang es Einigen, unerkannt der Versammlung beizuwohnen. Schreiber dieses war einer dieser Wenigen und kann nicht umhin, heute Einiges über die Versammlung zu bemerken. Schablonenmäßig verkündigte Herr Krüger sein von Freiheitsphrasen triefendes Programm. Nebst vielem Andern will ich auch das für den Arbeiter so verhängnißvolle Contraktbruchgesetz, für dessen Annahme sich der Herr Krüger erklärte, übergehen und blos auf einen Punkt hauptsächlich aufmerksam machen. Herr K. erklärte die stehenden Heere für nothwendig zum Schutze gegen außen und hauptsächlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung resp. zur Bekämpfung der inneren reichsfeindlichen Parteien, besonders der Sozialisten. Die hierzu erforderlichen Mittel seien hauptsächlich durch indirekte Steuern aufzubringen. Dieser Punkt ist wohl der schwerwiegendste seiner ganzen Rede, denn für indirekte Steuern eintreten heißt im verständlicheren Deutsch: Möglichst viel Steuern auf die Schultern der Arbeiter abwälzen. Betrachte man diese Steuern, wie sie immer auch heißen mögen, zum großen Theil müssen sie die Arbeiter aufbringen. Der Fabrikant kauft seine Rohstoffe meist im Großen und Ganzen ein, die darauf ruhende Steuer schlägt er auf die Waare, ebenso der Kaufmann, Groß- und Kleinhändler u. s. f., bis endlich der Arbeiter, welcher in Folge der traurigen Verhältnisse gezwungen ist, seine Bedürfnisse im Einzelnen beim Kleinkrämer einzukaufen, für alle hier Genannten die Steuern nebst den hinzugekommenen Zinsen bezahlen muß. Der Hauseigenthümer wirft dieselbe auf den Miether und dieser ist wieder der Arbeiter. Neue indirekte Steuern kommen im nächsten Reichstag zur Vorlage und die Arbeiter im 1. Weimarischen Wahlkreis mögen sich merken, was sie von Hrn. Krüger, falls sie ihn wählen, zu erwarten haben. Ueber das Haftpflichtgesetz befragt, wäre es wünschenswerth gewesen, sich über den besonders hervorgehobenen § 4 auszusprechen; statt dessen ging Referent mit einigen allgemeinen Bemerkungen und geschicktem Stillschweigen über diesen Paragraph hinweg. Dieser § 4 giebt bekanntlich den Fabrikanten und Unternehmern Gelegenheit, die für sie so unangenehme Haftpflicht zum großen Theil von sich abzuwälzen, und wenn man bedenkt, daß derselbe hauptsächlich ein Machwerk der nationalliberalen Partei ist, so mochte es Herrn Krüger unangenehm sein, denselben gründlich zu besprechen. Vom Vorsitzenden Dr. Deinhardt wurde sodann noch besonders betont, daß die Hauptaufgabe ihrer Partei sei, den Sozialismus, diese „verbrecherische Thorheit“, mit allen Mitteln zu bekämpfen, ohne daß er den geringsten Versuch gemacht hätte, diesen Ausdruck zu begründen. Wir sehen darin eine Handlungsweise, welche, besonders da jede Vertheidigung seitens der Sozialisten in dieser Versammlung von vornherein unmöglich gemacht war, ebenso gemein wie feig genannt werden muß. Irgend eine Partei oder Person verdächtigen und verleumden, und damit sich dieselbe nicht vertheidigen kann, sich hinter den Rücken der Polizei verstecken, dazu gehört gewiß nicht ein Fünkchen Muth, jedes ehrlose alte Weib wäre hiezu fähig. An die Versammlung erging sodann die Aufforderung, wer mit der Candidatur des Herrn Krüger nicht einverstanden sei, möge die Hand erheben, und wie lachten die Schmeerbäuche, als nicht eine Hand in die Höhe ging. Würde er umgekehrt gefragt haben, so würde sicher gar manche Hand unten geblieben sein, denn obgleich viele Arbeiter anwesend waren, so waren ihre Herren Pascha's doch auch vollzählig vertreten, und ihre abhängige Stellung und die jetzige Krisis bedenkend, mochten es Viele für klüger halten, die Hand unten zu lassen. Von dieser Partei haben die Arbeiter nichts zu hoffen, ihre Parole heißt einfach: Stetige Vermehrung ihres Geldsacks und Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter. Alles Andere sind Phrasen. Wem es Freude macht, sich hinfort noch länger ausbeuten zu lassen, der gebe dem Candidaten dieser Partei seine Stimme. H.

Langensalza, 5. Dezember. Heute Abend 8 Uhr tagte hier eine gut besuchte Volksversammlung in Postvater's Restauration mit der Tagesordnung: „Die nächste Reichstagswahl“, in welcher Herr Klute zu Aller Zufriedenheit sprach. Nach anderthalbstündiger Rede schloß Referent mit der Aufforderung, gemeinsam für die Wahl des Arbeitercandidaten Wilhelm Bock einzutreten, welches auch einstimmig beschlossen wurde.

Obengenanntes Lokal ist von heute an unser Verkehrsort, auch der „Vorwärts“ liegt dort aus, worauf wir alle Gesinnungsgenossen aufmerksam machen.

Wiesbaden, 18. Dez. Der Wahltag rückt immer näher und überall regt es sich. Auch wir hatten gestern, im Römersaal, eine Volksversammlung einberufen, mit der Tags-Ordnung: Die Thätigkeit des Reichstages und die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Herr Schäfer aus Frankfurt. Referent wies die Schattenseiten der Gegenwart nach und legte das sozialistische Programm klar aus. Trotzdem der Vorsitzende mehrmals zur Interpellation aufforderte, meldete sich Niemand zum Wort. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute hier tagende Volksversammlung erachtet es für ihre Pflicht, trotz der Aussichtslosigkeit eines Erfolges im hiesigen Wahlkreis, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, bei der am 10. Januar 1877 stattfindenden Reichstagswahl eine möglichst große Anzahl von Stimmen auf Dr. Joh. Jacoby zu vereinigen, sowohl um dadurch Protest zu erheben gegen die im Reich herrschenden, allem Volkswohl hinderlichen Mißstände, als auch um einen Ueberblick zu gewinnen über die Zunahme der im hiesigen Wahlkreis vorhandenen wahren Volksfreunde. Nachdem noch mehrere Anwesende sich in gleichem Sinne ausgesprochen hatten, fand eine Tellersammlung zur Deckung der Kosten statt; dieselbe ergab die Summe von 13 M. 11 Pf. C. Pflug.

Aeckendorf, 13. Dezember. Am Sonntag, den 19. d. tagte eine Volksversammlung im großen Saale der Flora am Kaiserplatz in Gelsenkirchen, wo Herr Kuhl aus Duisburg referirte, welcher Aufgabe er sich vor einer Versammlung von über 1000 Mann in einem Zeitraum von etwas über dreiviertel Stunden zur größten Zufriedenheit Aller entledigte. Die Versammlung beschloß, für den Arbeitercandidaten Herrn Kuhl aus Duisburg für den Wahlkreis Bochum zum deutschen Reichstage mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln in die Agitation eintreten zu wollen.

Julius Westerkowsky, Schriftführer.

Solingen. Unsere Wahlagitation macht gute Fortschritte. Nicht allein, daß von unserer Seite Alles geschieht, um unsern Candidaten M. Rittinghausen aus Cöln durchzubringen, auch unsere Gegner, die Liberalen, sorgen dafür, daß uns der Sieg möglich wird; dieselben haben durch die Aufstellung des Assessors a. D. Jung aus Cöln die Fortschrittspartei, welche sonst immer mit ihnen ging, zu sehr vor den Kopf gestoßen. Solingen wird ja bei den Reichstagswahlen noch für eine Domäne des Fortschrittlerthums gehalten, und deshalb hat das Central-Wahlcomité der Fortschrittspartei in Berlin Ordre gegeben, nicht für Jung zu stimmen, sondern einen eigenen Candidaten aufzustellen. Doch dazu haben, wie es scheint, unsere Fortschrittsmänner nicht den nöthigen Muth, und würde es uns nicht wundern, wenn noch im letzten Augenblick die Fortschrittler den Schmollwinkel verlassen und trotz aller Zurücksetzung frisch und fröhlich „Jung“ stimmen würden; die Furcht vor den Sozialdemokraten bringt sie zu Allem. Wir wollen ihnen zeigen, daß wir auch die „vereinigten Liberalen“ nicht mehr zu fürchten haben. — Vorige Woche wurden wir durch Hrn. Weidemann aus Hamburg in unserer Agitation kräftigst unterstützt. Derselbe war am Sonntag, den 10. ds., in Burscheid, wo Hr. Jung sich seinen Wählern vorstellte, und interpellirte denselben derart, daß man nichts Eiligeres zu thun hatte, als einen Schlußantrag zu stellen; denn Hr. Weidemann und Genosse Luchtenberg von Wald fragten auch gar zu viel, und rissen gar zu unbarmherzig Hrn. Jung die liberale Maske ab. — Montag, den 11. ds., sprach Hr. Weidemann in Ohligs, und Mittwoch, den 13., in Feld bei Solingen vor starkbesuchten Volksversammlungen, Dienstag, den 12., in Solingen in einer Tischler-Versammlung. Die Vorträge des Hrn. Weidemann fanden ungetheilten Beifall und haben unsere Sache kräftig gefördert. — Mein nächster Bericht wird Ihnen hoffentlich den Sieg bei den Reichstagswahlen melden. R.

Salzungen, 13. December. Auch in dem 1. Meininger Wahlkreis fängt es an, in Bezug auf die bevorstehende Reichstagswahl lebendig zu werden, es zeigt sich doch der gute Wille, der liberalen Partei gegenüber Front zu machen, und diese Mühe würde gut belohnt werden, wenn eben Kräfte genug vorhanden wären, diesen Boden, welcher für unsere Sache sehr günstig ist, tüchtig zu bearbeiten; so aber ist es bis jetzt blos ein Mann, welcher den Muth hat, den Kampf aufzunehmen, ohne Aussicht auf materielle und geistige Unterstützung. Wir hatten am 19. November, Nachmittags 2½ Uhr, hier eine Volksversammlung, welche leider nicht so zahlreich besucht war, da die Plakate entweder aus Dummheit oder Bosheit abgerissen worden waren. Nachdem nach 3 Uhr die Versammlung durch den Einberufer, Parteigenossen J. G. Guth aus Meiningen, eröffnet und das Bureau gewählt war, erhielt Guth das Wort zum Referat über die Tagesordnung: Die Stellung der verschiedenen Parteien zur nächsten Reichstagswahl, welcher Aufgabe sich derselbe in einem einstündigen Vortrage auch vollkommen zur Zufriedenheit der Anwesenden entledigte, und nun ergriff der anwesende Schreinermeister und Cigarrenfabrikant, auch Aktionär der berühmten (Bismarck-) Bierbrauerei, Schlaustein von hier, das Wort zur Interpellation. Derselbe meinte, die Sozialdemokraten hätten noch zu viel Unpraktisches in ihren Bestrebungen, dieses habe er auch schon früher Bebel und Liebknecht in Eisenach gesagt, und wie es schien, hätten dieselben diesen Fehler noch nicht abgelegt, er hielte es für viel praktischer, wenn wir Fühlung mit den Liberalen oder Fortschrittlern suchten (!), um mit diesen eine „Rechtspartei“ zu gründen. Er empfahl schließlich den von den Liberalen und Fortschrittlern aufgestellten Candidaten, Kreisgerichtsdirektor Dr. Rückert zur Wahl, der, wenn auch gerade kein Sozialdemokrat, so doch ein bewährter und ganz vorzüglicher Volksfreund sei u. s. w. Nun wurde er von Guth ganz gehörig zurechtgewiesen und den Anwesenden unser Parteigenosse Carl Grillenberger zur Wahl empfohlen. Zum Schluß wurde vom Referenten die Frage an die Versammlung gerichtet, ob sich die Anwesenden mit seinen Ausführungen einverstanden erklären könnte und ob sie in Folge dessen aus freier Ueberzeugung bei der nächsten Reichstagswahl dem von uns aufgestellten Candidaten, Hrn. Carl Grillenberger aus Nürnberg, ihre Stimme geben würde, welche Frage fast einstimmig bejaht wurde. Eine veranstaltete Tellersammlung ergab 3 M. 86 Pfg.

Friedrich Eckard.

Eilenburg, 19. December. Am 14. December hielten wir hier eine gut besuchte Volksversammlung ab, zu welcher Reichstagsabgeordneter Hasenclever das Referat zu übernehmen zugesagt hatte; derselbe war jedoch, der dritten Lesung der Justizgesetze im Reichstage wegen, wie er uns berichtete, abgehalten und war hierauf Herr Werner aus Leipzig als Referent erschienen. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit aller Anwesenden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten einverstanden und spricht demselben den besten Dank aus. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie anerkennt: daß Hr. Hasenclever augenblicklich im Reichstage mehr für die Arbeitersache wirkt, als wenn er heute in Eilenburg erschienen wäre, erwartet aber, daß derselbe sein gegebenes Wort, hier einen Vortrag zu halten, sobald es ihm möglich ist, einlöst. — Hierauf wurde Herr Hermann Ramm als Arbeitercandidat vorgeschlagen und einstimmig angenommen. Das Arbeiter-Wahlcomité:

Emil Rentsch, Schriftführer, Steinstraße 8.

NB. Alle Briefe in Wahl-Angelegenheiten sind an Obigen zu richten.

M. **Schneeberg,** 18. Dez. Endlich ward uns das Vergnugen zu Theil, den von unseren Gegnern aufgestellten Candidaten, Herrn Baumeister Uhlmann aus Stollberg, öffentlich, in einer Versammlung für reichstreue Wähler, sprechen zu hören, woselbst er sein Programm entwickelte, nachdem er bereits in Zwönitz, Lößnitz und anderen Orten gesprochen hatte. Wir waren durchaus nicht überrascht über die Größe und Kenntnisse dieses Mannes, indem er sich schon kindischer Feigheit schuldig machte; denn kein Mensch, außer einigen Fabrikanten, Direktoren und sonstigen Beeinflußten, wußte etwas von seinem Auftreten, und wurden dieselben auch nur brieflich oder durch Karte eingeladen, um ihn öffentlich sprechen zu hören. In Schneeberg, wo sich jüngst ein Central-Comité der Reichstreuen gebildet hatte, wurde eine Versammlung am 17. d. M. öffentlich bekannt gemacht, aber nur um das Erscheinen reichstreuer Wähler gebeten, natürlich, weil man nur die Interessen der Reichen vertreten will. Am genannten Tage, als er sich sicher fühlte, daß kein Gegner das Wort erhielt, begann er sein Reden. Anfangs glaubte man, weil er kein Redner ist, sei er wenigstens ein durchdachter, kluger Mann; aber bald stellte es sich heraus, daß sein Reden eben nur Reden ist. Auf sein Programm will ich weniger eingehen, weil er sich als „rückschreitender Fortschrittler“ entpuppte. Auf einen Sieg hoffte er selbst weniger, denn die hiesigen Einwohner kennen zu wohl die Thätigkeit und Tüchtigkeit ihres alten Vertreters Herrn Liebknecht, als daß sie sich von einem reichstreuen Baumeister vertreten ließen.

Annaberg, 3. Dezember. Nachdem nun an allen Orten der Wahlkampf entbrannt ist, sehen wir uns veranlaßt, da wir ebenfalls nicht ruhig zusehen wollen, nach Kräften für unseren Candidaten Philipp Wiemer aus Chemnitz zu agitiren. Da wir aber in unserem 21. Wahlkreis die gehörige Verbindung noch vermissen, so bitten wir die Gesinnungsgenossen vom 19. Wahlkreis, namentlich die Schneeberger Genossen, uns Adressen von Eibenstock, Johanngeorgenstadt und Schwarzenberg zukommen zu lassen, überhaupt nach Kräften zu thun, was unserer guten Sache Nutzen bringen könnte, wir wissen wohl, daß wir dieses Mal kaum unsern Candidaten durchbringen, aber sehen wollen wir, wie viel Stimmen wir auf unseren Candidaten vereinigen können. Nun ist aber bei einer Wahlbewegung unbedingt Geld erforderlich, damit man das Nöthigste bestreiten kann; aber leider kann das kleine Häuflein, welches sich hier zusammengeschaart, die Opfer allein nicht aufbringen. Deshalb ersuchen wir alle Gesinnungsgenossen von nah und fern, ein Scherflein zu unserem Wahlfonds mit beizutragen, damit wir den Herren Liberalen entgegentreten können. Indem wir unsere Bitte widerholen, mache ich darauf aufmerksam, daß Briefe u. s. w. zu adressiren sind an Moritz Wetzel, gr. Sommerleite 289.

Oelsnitz i. V. Am 20. November hielten wir eine Volksversammlung ab, welche von etwa 500 Mann besucht war. Durch besondere Umstände riefen an demselben Tage in Plauen die dortigen Parteigenossen auch eine Volksversammlung ein, wodurch das Referat, welches Herr Neisser aus Bremen bei uns übernehmen sollte, Herrn Hasse aus Mühltroff übergeben werden mußte. Derselbe sprach zu Aller Zufriedenheit zur Tagesordnung, „Ursache und Wirkung der jetzigen Geschäftskrisis“ und schaltete im Referat ein, was die Sozialdemokratie verfolgt und will, verurtheilte hauptsächlich die lange Dienstzeit des Militärs, wodurch so hohe Ausgaben des Staates nöthig sind, und führte an, daß der jetzige Reichstagsabgeordnete des 23. Wahlkreises, Herr Krauße, für die Dienstzeit bis zum 42. Jahre gestimmt hat. Referent forderte die Versammlung auf, deshalb bei der jetzigen Wahl ihre Stimmen Herrn Max Neisser aus Bremen zu geben, worauf mit einem donnernden „Ja“ geantwortet wurde, dem sich nur die in der Mitte des Saales befindliche Bourgeoisie nicht anschloß. — Nachdem der Referent geendet hatte, forderte der Vorsitzende zwei Mal die Gegner zum Wort auf, aber die Bourgeoisie entfernte sich stillschweigend. Die „Voigtländische Zeitung“ schreibt nun aber, um der Sache eine Wendung zu geben, daß diese Volksversammlung eine anonyme gewesen wäre, trotzdem der Redakteur für die Annonce seine Gebühren abzuholen wußte, und meinte, es wären blos Neugierige und Wahlunfähige hier gewesen. Wir constatiren aber, daß nur einige wenige Wahlunfähige anwesend waren, dagegen im Großen und Ganzen nur erwachsene Arbeiter, welche sich endlich ihrer Klassenlage bewußt werden. Hier giebt es Hunderte von Arbeitern, welche ein so klägliches Dasein führen, daß sie oft kaum das trockene Brot haben, und sehr häufig bei 14—16stündiger Arbeit nur 4 Mark wöchentlich verdienen.

Oberlungwitz. Bei der am 11. d. Mts. erfolgten Gemeinderathsergänzungswahl, wobei sieben Gemeinderathsmitglieder und zwar aus der Klasse der Begüterten zwei, aus der der Hausbesitzer drei, sowie der Unangesessenen zwei, und für jede dieser Klasse zwei Ersatzmänner, also zusammen dreizehn Mann durch direktes Wahlrecht gewählt wurden, hat eine Betheiligung der Wähler stattgefunden, wie es bei uns noch nicht vorgekommen ist. Es betheiligten sich 312 Wähler. Zuvor hatten sich zwei sich gegenüberstehende Wahlcomités gebildet, das eine aus reinen Liberalen und Bauern, das andere aus Sozialisten und ihnen befreundeten Personen, weshalb auch eine große Spannung über das Wahlresultat bemerklich war. — Mit größter Zufriedenheit können wir nun berichten, daß das Ergebniß ein für uns sehr günstiges ist, denn es sind alle dreizehn Personen, welche vom letzteren Comité aufgestellt waren, mit Majorität aus der Wahlurne hervorgegangen. Obgleich nun die Gewählten nur zum kleinen Theil Sozialisten sind, so ist es doch eine gänzliche Niederlage unserer Gegner, welche Alles aufgeboten haben, um zum Sieg zu gelangen, aber vergeblich. Hoffnungsvoll saßen die Gegner noch bei der Stimmenauszählung, aber ach, wie schnell waren sie verschwunden, als das Wahlresultat bekannt gemacht war. Wiederum ein deutlicher Beweis, daß durch festes Zusammenhalten der gewöhnliche Arbeiterstand seine Selbstständigkeit bewahren kann. Und nun Glück auf zur Reichstagswahl!

Bernburg, 19. Dezbr. Lange haben wir nichts von uns hören lassen, aber trotzdem haben wir nicht geschlafen, aber noch länger ist es her, daß es uns nicht vergönnt gewesen ist, ein großes Lokal zu erhalten. Endlich, am 9. d. M. gelang es uns, ein größeres Lokal (die hiesige Centralhalle) zur Versammlung zu bekommen, in welcher unser Reichstagskandidat, Her Otto Kapell aus Hamburg, das Referat übernahm. Vor einer sehr zahlreichen Versammlung sprach dieser über die Sozialdemokratie und die heutige Geschäftskrisis zur größten Zufriedenheit der Anwesenden. Der Vorsitzende forderte jetzt zur Diskussion auf und es meldeten sich der Schlossermeister Gille (dem Jünglings-Verein angehörig) und Herr Calm. Ersterer behauptete, die Arbeiter hätten 20 bis 25 Thlr. wöchentlich verdient und dabei noch 2 Tage in der Woche herumgeschwiemelt (Gelächter). Von Letzteren haben wir das Gefasel schon zu oft gehört, ich erwähne nur, daß er auf das liebe Weihnachtsfest verwies, was für uns Christen doch so ein schönes Fest sei, wo sich Alles freuen sollte und auch könnte, denn der Arbeiter wäre doch gar nicht so schlecht gestellt (aber Brod hat er nicht!), aber wir Sozialisten predigten nur immer Haß und Verachtung gegen die Arbeitgeber, das wäre in andern Ländern nicht der Fall, sondern nur hier in Deutschland. Hierauf ergriff Otto Kapell zur Widerlegung das Wort und leuchtete beiden Interpellanten gründlich heim, doch ehe Herr Kapell ausgesprochen, gefiel es dem Herrn Polizei-Commissar, die Versammlung, nachdem sie 3 Stunden getagt hatte, ohne irgend welchen Grund aufzulösen, so daß sogar das liberale „Tageblatt“ dagegen schrieb. Eine Tellersammlung ergab 31,6 Mark. Auf Parteigenossen des zweiten Anhaltischen Wahlkreises, der 10. Januar rückt immer näher, thue ein jeder seine Schuldigkeit, der Sieg muß unser werden! Ch. Vopel.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Laufermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Hardy, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 1. Mittwoch, 3. Januar. 1877.

Die feindlichen Brüder.

Wahrhaft köstlich war es, wenn man die Herren Fortschrittler und Nationalliberalen bei der dritten Berathung der Justizgesetze im Reichstage sah, wie sie gleich Kampfhähnen gegen einander sprangen. Lasker von der einen, Hänel von der anderen Seite führten die Schaaren an. Der Kampfruf der Fortschrittler war: Volksverrath! höhnisch antworteten die Nationalliberalen: Schauspielerei!

Und wahrlich, die verkommenen Nationalliberalen sollten Recht haben, denn die Fortschrittler sind noch verkommener als sie. Jene sagten doch wenigstens offen: wir wollen „praktische Politik“ treiben, wir unterwerfen uns der Regierung; diese erklärten: „unter solchen Umständen ist das Tafeltuch völlig zwischen uns entzwei geschnitten.“

Doch mit Nichten — bei den bevorstehenden Reichstagswahlen gehen die feindlichen Brüder wieder mitsammen — es ist wieder die alte Geschichte vom Schlagen und Vertragen.

Die Nationalliberalen haben einen Wahlaufruf erlassen, in welchem sie der „Pöbeleien“ der Fortschrittspartei allerdings Erwähnung thun, aber für die Wahlen keinen offiziellen Bruch ankündigen; der Wahlaufruf der Fortschrittspartei erwähnt die Nationalliberalen gar nicht, spricht aber dagegen von reaktionären Bestrebungen der Sozialdemokraten in wirthschaftlichen Dingen, denen man entgegentreten müsse.

Man sieht also, daß die Entrüstung der Fortschrittler im Reichstage nur die Entrüstung von Schauspielern war, um bei den Wahlen Propaganda für die niedersinkende Partei zu machen. Lasker hatte also Recht, wenn er dem Fortschrittler Hänel das Wort: „Schauspielerei“ entgegenrief, Lasker kannte seine Pappenheimer und wußte genau, daß die großmäuligen Fortschrittler ebenso gut und zwar noch vor den Wahlen vor dem Nationalliberalismus, weil dieser doch etwas mächtiger ist als der Fortschritt, zu Kreuze kriechen würden, als die Nationalliberalen es vor dem noch mächtigeren Bismarck zu thun gewohnt sind.

Die fortschrittliche Entrüstung ist schon längst verschwunden.

Ueber den Wahlaufruf der Fortschrittspartei aber urtheilt der „Nürnberger Anzeiger“, ein freisinniges Blatt, folgendermaßen:

„Der Wahlaufruf der deutschen Fortschrittspartei ist in mehr als einer Hinsicht interessant. Vor Allem ist bemerkenswerth die — wir möchten sagen — Aengstlichkeit, mit welcher jede Anspielung auf die übrigen Parteien, insbesonders die nationalliberale, vermieden ist. Und doch lag der Anlaß hiezu so nahe. Ein Berliner Correspondent des „Frankfurter Journals“ schreibt zur Erklärung dieser auffallenden Thatsache: „Die gesammte Fraktion war (bei Berathung des Aufrufes) darüber einig, daß man es durchaus vermeiden sollte, im Aufruf selbst die Nationalliberalen anzugreifen; der Bruch mit dieser Partei sei durch das Compromiß ein so vollständiger geworden, und die Handlungsweise derselben liege so klar vor Augen, daß für Jeden, der sehen wolle, es keinerlei Angriffe mehr bedürfe.“ Uns kommt dieser Erklärungsversuch wie eine diplomatische Ausflucht vor; denn wenn der Bruch der Fortschrittspartei mit dem Nationalliberalismus ein „vollständiger“ geworden ist, was hinderte, dies offen auszusprechen? Die Fortschrittspartei ist sonst gewohnt, ihren Anhängern Alles, was sie will, so mundgerecht zu machen, daß diesen das eigene Denken fast gänzlich erspart wird; warum weicht sie gerade in dieser hochwichtigen Angelegenheit von ihrer Gewohnheit ab und überläßt die ihren Führern weniger aus politischem Verständnisse als aus instinktivem Antriebe folgenden Massen ihrem Schicksale und damit der Möglichkeit unheilvoller Verirrung? Daß diese Voraussetzung, es müsse Jedermann den Bruch zwischen Nationalliberalismus und Fortschritt erkennen, eine total falsche ist und für den Fortschritt die schlimmsten Folgen nach sich ziehen kann, zeigt sich gerade in Bayern, wo bekanntlich die bunteste und unnatürlichste Verquickung aller Elemente, die sich gerne „liberal“ nennen, vom reaktionären antipfäffischen Bureaukraten bis zum Fortschrittsmann, unter dem Titel „bayerische Fortschrittspartei“ existirt.“

Das Blatt hat recht. Die Fortschrittler wollen gar nicht, daß der Bruch derselben mit den Nationalliberalen klar vor Jedermanns Auge liege, sie schweigen diesen Bruch vor den Wahlen einfach todt, und bald schon ist das zerschnittene Tafeltuch wieder zusammengeflickt.

So gehen in Frankfurt, Cöln und Altona Nationalliberalismus und Fortschritt bei den Wahlen Hand in Hand. Man sieht also, daß der „Bruch“ weder so vollständig noch so offenbar ist als die Herren von der Fortschrittsfraktion glaubten — oder auch nicht glaubten.

Wir sind der Ansicht — und die oben angeführten Thatsachen sprechen für dieselbe — daß die Fortschrittspartei den Schlachtruf gegen die nationalliberale Partei nicht erhob, um nach wie vor bei den Wahlen einträchtig mit derselben gehen zu können.

Die Nationalliberalen erzeigen sich nun auch schon erkenntlich. So verlautet, daß dieselben in Breslau für die Fortschrittler Hänel und Stein stimmen würden, also für den „Schauspieler“ Hänel. Und dieser „Schauspieler“ Hänel hat wiederum nichts dagegen, daß in Altona die Candidatur der Compromiß-Hebeamme Lasker von den Fortschrittlern unterstützt wird.

Die „Comödie“ der feindlichen Brüder ist also jetzt schon ausgespielt — die Träger der Hauptrollen liegen sich schon in den Armen, das Gefolge senkt die geschwätzigen Zungen und das gute alte deutsche Sprüchwort steht in seiner vollen Glorie da: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!“

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

I.

Der moderne Sozialismus ist seinem Inhalte nach zunächst das Erzeugniß der Anschauung, einerseits der in der modernen Gesellschaft herrschenden Klassengegensätze von Besitzenden und Besitzlosen, Lohnarbeitern und Bourgeois, andererseits der in der Production herrschenden Anarchie. Aber seiner theoretischen Form nach erscheint er anfänglich als eine weitergetriebene, angeblich konsequentere Fortführung der von den großen französischen Aufklärern des 18. Jahrhunderts aufgestellten Grundsätze. Wie jede neue Theorie, mußte er zunächst anknüpfen an das vorgefundene Gedankenmaterial, so sehr auch seine Wurzel in den materiellen ökonomischen Thatsachen lag.

Die großen Männer, die in Frankreich die Köpfe für die kommende Revolution klärten, traten selbst äußerst revolutionär auf. Sie erkannten keine äußere Autorität an, welcher Art sie auch sei. Religion, Naturanschauung, Gesellschaft, Staatsordnung, Alles wurde der schonungslosesten Kritik unterworfen; Alles sollte seine Existenz vor dem Richterstuhl der Vernunft rechtfertigen oder auf die Existenz verzichten. Der denkende Verstand wurde als alleiniger Maßstab an Alles angelegt. Es war die Zeit wo, wie Hegel sagt, die Welt auf den Kopf gestellt wurde, zuerst in dem Sinn, daß der menschliche Kopf und die durch sein Denken gefundenen Sätze den Anspruch machten, als Grundlage aller menschlichen Handlung und Vergesellschaftung zu gelten; dann aber später auch in dem weiteren Sinn, daß die Wirklichkeit, die diesen Sätzen widersprach, in der That von oben bis unten umgekehrt wurde. Alle bisherigen Gesellschafts- und Staatsformen, alle altüberlieferten Vorstellungen wurden als unvernünftig in die Rumpelkammer geworfen; die Welt hatte sich bisher lediglich von Vorurtheilen leiten lassen; alles Vergangene verdiente nur Mitleid und Verachtung. Jetzt erst brach das Tageslicht, das Reich der Vernunft an; von nun an sollte der Aberglaube, das Unrecht, das Privilegium und die Unterdrückung verdrängt werden durch die ewige Wahrheit, die ewige Gerechtigkeit, die in der Natur begründete Gleichheit und die unveräußerlichen Menschenrechte.

Wir wissen jetzt, daß dies Reich der Vernunft weiter nichts war, als das idealisirte Reich der Bourgeoisie; daß die ewige Gerechtigkeit ihre Verwirklichung fand in der Bourgeoisjustiz; daß die Gleichheit hinauslief auf die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz; daß als eins der wesentlichsten Menschenrechte proklamirt wurde — das bürgerliche Eigenthum; und daß der Vernunftstaat, der Rousseau'sche Gesellschaftsvertrag in's Leben trat und nur in's Leben treten konnte als bürgerliche, demokratische Republik. So wenig wie alle ihre Vorgänger konnten die großen Denker des 18. Jahrhunderts über die Schranken hinaus, die ihnen ihre eigne Epoche gesetzt hatte.

Aber neben dem Gegensatz von Feudaladel und Bürgerthum bestand der allgemeine Gegensatz von Ausbeutern und Ausgebeuteten, von reichen Müßiggängern und arbeitenden Armen. War es doch gerade dieser Umstand, der es den Vertretern der Bourgeoisie möglich machte, sich als Vertreter, nicht einer besonderen Klasse, sondern der ganzen leidenden Menschheit hinzustellen. Noch mehr. Von ihrem Ursprung an war die Bourgeoisie behaftet mit ihrem Gegensatz: Kapitalisten können nicht bestehn ohne Lohnarbeiter, und im selben Verhältniß wie der mittelalterliche Zunftbürger sich zum modernen Bourgeois, im selben Verhältniß entwickelte sich auch der Zunftgeselle und nichtzünftige Tagelöhner zum Proletarier. Und wenn auch im Ganzen und Großen das Bürgerthum beanspruchen durfte, im Kampf mit dem Adel gleichzeitig die Interessen der verschiedenen arbeitenden Klassen jener Zeit mit zu vertreten, so brachen doch bei jeder großen bürgerlichen Bewegung selbständige Regungen derjenigen Klasse hervor, die die mehr oder weniger entwickelte Vorgängerin des modernen Proletariats war. So in der deutschen Reformations- und Bauernkriegszeit die Thomas Münzer'sche Richtung; in der großen englischen Revolution die Levellers; in der großen französischen Revolution Babeuf. Neben diesen revolutionären Schilderhebungen einer noch unfertigen Klasse gingen entsprechende, theoretische Manifestationen her; im 16. und 17. Jahrhundert utopische Schilderungen idealer Gesellschaftszustände, im 18. schon direkt kommunistische Theorien (Morelly und Mably). Die Forderung der Gleichheit wurde nicht mehr auf die politischen Rechte beschränkt, sie sollte sich auch auf die gesellschaftliche Lage der Einzelnen erstrecken; nicht blos die Klassenprivilegien sollten aufgehoben werden, sondern die Klassenunterschiede selbst. Ein ascetischer an Sparta anknüpfender Kommunismus war so die erste Erscheinungsform der neuen Lehre. Dann folgten die drei großen Utopisten: Saint Simon, bei dem die bürgerliche Richtung noch neben der proletarischen eine gewisse Geltung behielt; Fourier, und Owen, der, im Lande der entwickeltsten kapitalistischen Produktion und unter dem Eindruck der durch diese erzeugten Gegensätze, seine Vorschläge zur Beseitigung der Klassenunterschiede in direkter Anknüpfung an den französischen Materialismus systematisch entwickelte.

Allen Dreien ist gemeinsam, daß sie nicht als Vertreter der Interessen des inzwischen historisch erzeugten Proletariats auftreten. Wie die Aufklärer, wollen sie nicht eine bestimmte Klasse, sondern die ganze Menschheit befreien. Wie jene wollen sie das Reich der Vernunft und der ewigen Gerechtigkeit einführen; aber ihr Reich ist himmelweit verschieden von dem der Aufklärer. Auch die nach den Grundsätzen dieser Aufklärer eingerichtete bürgerliche Welt ist unvernünftig und ungerecht, und wandert daher ebensosaut in den Topf des Verwerflichen wie der Feudalismus und alle früheren Gesellschaftszustände. Daß die wirkliche Vernunft und Gerechtigkeit bisher nicht in der Welt geherrscht haben, kommt nur daher, daß man sie bisher nicht richtig erkannt hatte. Es fehlte eben der geniale einzelne Mann, der jetzt aufgetreten, und der die Wahrheit erkannt hat; daß er jetzt aufgetreten, daß die Wahrheit gerade jetzt erkannt worden, ist nicht ein aus dem Zusammenhang der geschichtlichen Entwicklung mit Nothwendigkeit folgendes, unvermeidliches Ereigniß, sondern ein reiner Glücksfall. Er hätte ebensogut 500 Jahre früher geboren werden können, und hätte dann der Menschheit 500 Jahre Irrthum, Kämpfe und Leiden erspart.

Diese Anschauungsweise ist wesentlich die aller englischen und französischen und der ersten deutschen Sozialisten, Weitling einbegriffen. Der Sozialismus ist der Ausdruck der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit, und braucht nur entdeckt zu werden, um durch eigne Kraft die Welt zu erobern; da die absolute Wahrheit unabhängig von Zeit, Raum und menschlicher geschichtlicher Entwicklung ist, so ist es bloßer Zufall, wann und wo sie entdeckt wird. Dabei ist dann die absolute Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit wieder bei jedem Schulstifter verschieden; und da bei einem Jeden die besondre Art der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit wieder bedingt ist durch seinen subjektiven Verstand, seine Lebensbedingungen, sein Maß von Kenntnissen und Denkschulung, so ist in diesem Konflikt absoluter Wahrheiten keine andre Lösung möglich, als daß sie sich an einander abschleißen. Dabei konnte dann nichts andres herauskommen, als eine Art von eklektischem Durchschnittssozialismus, wie er in der That bis heute in den Köpfen der meisten sozialistischen Arbeiter in Frankreich und England herrscht, eine, äußerst mannichfaltige Schattirungen zulassende, Mischung aus den weniger auffälligen kritischen Auslassungen, ökonomischen Lehrsätzen und gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen der verschiedenen Sektenstifter, eine Mischung, die sich um so leichter bewerkstelligt, je mehr den einzelnen Bestandtheilen im Strom der Debatte die scharfen Ecken der Bestimmtheit abgeschliffen sind, wie runden Kieseln im Bach. Um aus dem Sozialismus eine Wissenschaft zu machen, mußte er erst auf einen realen Boden gestellt werden.

(Schluß folgt.)

Parlamentarischer Tugendspiegel.

(Schluß.)

36) Morstadt (nat.-lib.). Baden. Badische Bank.

37) Mosle (nat.-lib.). Bremen. 1. Actien-Gesellschaft Weser zum Schiffsbau. 2. Egestorff-Salzwerke in Linden ꝛc. 3. Deutsche Bank.

38) Müller (nat.-lib.). Württemberg. 1. Württembergische Vereinsbank Stuttgart. 2. Württemberger Notenbank.

39) Parisius (Fortschr.-Partei). Preußen. Stallupönen. A. Berlin. Berliner Aquarium.

40) Dr. Pfeiffer (nat.-lib.). Kgr. Sachsen. Oberlausitzer Bank zu Zittau.

41) Pflüger (nat.-lib.). Baden. Lörrach. Rheinische Hypotheken-Bank Mannheim.

42) Graf Pückler (deutsche Reichs-Partei). Breslau. 1. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn. 2. Schlesische Vereins-Bank.

43) Herzog v. Ratibor (deutsche Reichs-Partei). Breslau. 1. Hannover-Altenbekener, 2. Rumänische, 8. Oberschlesische, 4. Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn. 5. Hoppegarten. 6. Bad Königsdorf-Jastrzemb. 7. „Friedrich Wilhelm“, Lebensversicherung. 8. Allgemeine Eisenbahn-Gesellschaft. Berlin.

44) Richter-Tharandt (lib. Reichs-Partei). Kgr. Sachsen. Germania, Baugesellschaft bei Dresden.

45) Dr. Römer (nat.-lib.). Württemberg. Geislingen. Württemberger Hypotheken-Bank.

46) Dr. v. Rönne (nat.-lib.). Liegnitz. Disconto-Gesellschaft.

47) Dr. v. Sarwey (liberal). Württemberg. Württemberger Hypotheken-Bank.

48) Dr. v. Schauß (nat.-lib.). Bayern. Oberfranken. 1. Süddeutsche Bodencredit-Bank. 2. Glas-Fabrik Kolbermoor ꝛc.

49) Schöttler (nat.-lib.). Braunschweig. 1. Braunschweigische Eisenbahn. 2. Baubank. 3. Maschinenbau-Anstalt. 4. Act.-Ges. zum Bau von Arbeiterwohnungen. 5. Actien-Bierbrauereien zu Braunschweig.

50) Dr. Schultze-Delitzsch (Fortschr.-Partei). Wiesbaden. Deutsche Genossenschaftsbank. Berlin.

51) Scipio (nat.-lib.). Baden. 1. Creditbank Mannheim 2. Rhein. Hypothekenbank.

52) v. Seydewitz (conservativ). Liegnitz. 1. Preuß. Hypotheken-Actien-Bank. 2. Halle-Sorau-Gubener, 3. Berlin-Görlitzer Eisenbahn.

53) Siemens (nat.-lib.). Merseburg. 1. Deutsche Bank. 2. Berliner Hotel-Gesellschaft. 3. Maschinen-Fabrik Cyclop. 4. Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank. 5. Internationale Bau- und Eisenbahnbau-Gesellschaft.

54) Freiherr v. Stauffenberg (nat.-lib.). Oberbayern. Süddeutsche Boden-Credit-Bank zu München.

55) Dr. Träger (Fortschr.-Partei). Reuß j. L. Erfurt-Hof-Eger-Eisenbahn.

56) v. Unruh. Magdeburg. (Stadtkreis.) 1. Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft zu Dessau. 2. Fabrik für Eisenbahnbedarf. Berlin. 3. Berliner Maschinenbau-A.-G. Berlin. 4. Berliner Handels-Gesellschaft. 5. Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn.

57) v. Unruh-Bomst (deutsche Reichs-Partei). Posen. Märkisch-Posener Eisenbahn.

58) Dr. Wehrenpfennig (nat.-lib.). Kassel. Spener'sche Zeitungs-Actien-Gesellschaft.

59) Dr. Weigel (nat.-lib.). Kassel-Hanau. Hessische Nordbahn.
60) v. Winter (nat.-lib.). Marienwerder. Marienburg-Mlawa-Eisenbahn.
61) Dr. Websky (nat.-lib.). Breslau. Kramsta. Schlesische Leinen-Fabrik.
62) Wölfel (nat.-lib.). Merseburg. 1. Rumänische Eisenbahn. 2. Zucker-Fabrik Körbisdorf.
63) Dr. Wolffsohn (nat.-lib.). Hamburg. Bankverein Hamburg.

Summa Summarum 63 überführte Gründer im Reichstage. Neben und hinter diesen stecken unzweifelhaft noch eine ganze Menge anderer, die ihr Gründerlichtchen bescheidentlich unter den Scheffel gestellt haben. Wir denken, daß wir bald in der Lage sein werden, auch diese den Blicken und der gebührenden Anerkennung der ehrlichen Oeffentlichkeit preiszugeben.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ob der nächste Reichstag sich schon sofort mit dem Gerichtskostengesetz, welches zur Einführung der Justizgesetze nothwendig ist, und mit dem Gefängnißgesetz beschäftigen wird, ist noch zweifelhaft; Vorarbeiten sind an beiden Gesetzentwürfen im preußischen Ministerium schon gemacht. Das Gefängnißgesetz war bekanntlich schon während der abgelaufenen Legislaturperiode zur Vorlage bestimmt. Ueber dasselbe ist vor circa 3/4 Jahren von dem preußischen Justizministerium ein vollständig ausgearbeiteter Entwurf nebst einer sehr umfassenden motivirenden Denkschrift an den Reichskanzler übersandt worden. Die Bestimmungen der Vorlage sollen durchweg den Instruktionen entsprechen, welche seinerzeit der Justizminister und der Minister des Innern bezüglich des Gefängnißwesens erließen und die in den weitesten Kreisen das größte Staunen und zugleich den herbsten Unwillen hervorriefen. Danach dürfte sich der neue Reichstag wieder auf ein schönes Stück von Gesetzesarbeit gefaßt machen — und, wenn die Compromißpartei auch bei den Neuwahlen die Mehrheit erhält — schließlich auch das Land. Denn daß diese Partei seinerzeit jene Instruktion und die in ihr entwickelten Grundsätze ebenso entschieden verurtheilte, wie die wirklich freisinnigen Männer, würde sie bekanntermaßen schließlich doch nicht hindern, ihnen zuzustimmen — im Hinblick natürlich auf die nationale Rechtseinheit und wie die andern schönen Redensarten alle heißen mögen!

— Byzantinismus und Cretinismus gehen oft genug Hand in Hand; ein würdiges Pärchen, besonders wenn es sich bei einem Gourmand zeigt. So schreibt ein solcher einen längeren Artikel über die Weinprobe des deutschen Reichstags, der jetzt noch durch die nationalliberale Presse läuft; der Verfasser, der selbst mit geschlemmt hat, bedauert, daß bei dem „Soff" nicht auch noch französischer Rothwein ausgetheilt worden sei. Es heißt in dem Erguß nämlich zum Schlusse: „Man war des Lobes der deutschen Weine voll, und gewiß mit Recht. Dennoch mag wohl auch der eifrigste Verehrer der deutschen Rebe eine gewisse Sehnsucht nach einem Glase französischen Rothweins zwischendurch empfunden haben. „Wir mögen so chauvinistisch sein, wie wir wollen", bemerkt die „Post", „der alte Goethe hat doch Recht, wenn er sagt: „Der echte deutsche Mann mag keinen Franzen leiden, doch seine Weine trinkt er gern." Und ein neuerer, dem größten Dichter unserer Nation geistig gleichstehender Mann, ein Klassiker, der Manches zusammengereimt hat, was dem deutschen Volke bisher nicht gelungen war, der aber leider bei der Weinprobe fehlte, hat sogar den ketzerischen Ausspruch gethan: „Der Rothwein ist das natürliche Getränk des Norddeutschen." — Fürst Bismarck mag sich bei seinen byzantinischen Freunden bedanken, daß man ihn mit Goethe auf die gleiche geistige Höhe stellt. Hätten wir dies gethan, so würde er uns mit einer Beleidigungsklage beglücken, die er damit motivirte, daß wir ihn aushöhnen wollten. Der am Schlusse citirte Ausspruch giebt uns nebenbei ein bedenkliches Bild von der geistigen Höhe.

— Der preußische Cultusminister hat gegen 2300 Strafverfügungen, die gegen Bürger zu Münster erlassen wurden, weil sie ihre Kinder bei der seit Jahrhunderten üblichen Frohnleichnams-Prozession aus der Schule gehalten, niedergeschlagen. — Daß die Verfügungen überhaupt erlassen wurden, das zeigt von den Blüthen, die der Culturkampf treibt.

— Ein „bildender Faktor". Wir übergeben unseren Lesern hiermit einen offenen Brief, der sich in den „Itzehoer Nachrichten" befindet, zur eigenen Beurtheilung:

„Bullenkuhlen, 20. Dezember.

An die Herren Collegen im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise möchte der unterzeichnete Lehrer die nachfolgende Mahnung richten:

Die Zeit der Reichstagswahl steht vor der Thür. Das politische Parteigetriebe berührt uns so wuchtig mit seinem Wellenschlage, daß wir hinaus müssen aus der Passivität, unter der wir, wie unter einem Banne, fortleben. Die heiligsten Interessen der Menschen sind ja uns Lehrern anvertraut; der Familie sollen wir den Vater und die Mutter erziehen, dem Staate und dem Himmel seine Bürger. Dies unser Wirken, wovon das Wohl des Einzelnen und des Ganzen abhängt, wird gehemmt, durchkreuzt und für Zwecke dienstbar gemacht, die nicht die Wohlfahrt fördern, sondern die Abzeichen der Zerstörung und der Vernichtung an sich tragen. Brüllenden Löwen gleich sehen wir die Apostel der Sozialverderbniß unsere Schuldistrikte, Communen und Gemeinden bereisen und durch sophistische Reden den alten treuen Holstensinn berücken! Unsere religiösen Institutionen, unsere staatlichen Einrichtungen und Errungenschaften, unsere gut basirten sozialen Verhältnisse sind die Objekte des Angriffs dieser Sozialverderber! Sollen wir, die wir die bildenden Faktoren des Volkes sind, uns ruhig bei Seite schieben, sollen wir die vernichtende Saat ruhig aussäen, aufwachsen und reifen lassen? Mit nichten!

Bis zum 10. Januar haben wir noch eine gute Zeit, lassen Sie uns diese ausnutzen und in unseren Schullokalen Communeversammlungen zum Zweck der Besprechung über die Reichstagswahl anberaumen und durch ruhiges Beleuchten des Parteigetriebes schließlich darauf hinweisen, daß nicht der Neid, der Haß, der Zorn, die Unzufriedenheit, nicht die Habgier und die Geldsucht die Triebfedern sind, die wir in unserm Erdenleben zu unserm Glücke bedürfen, daß nicht der Reiche und Wohlhabende der Glückliche und Beneidenswerthe ist, sondern daß Liebe, Freude und Friede als höchste Erdengüter mit dem Gelde gar keine Gemeinschaft haben und nur da wohnen und einziehen, wo der liebe Gott wohnt, zwischen welchem und den Sozialdemokraten aber Feindschaft ist.

H. Holdmann."

Jeder Commentar würde die Wirkung dieser famosen Stylübung eines jener „brüllenden Löwen" (es steht nämlich dort: „Brüllenden Löwen gleich sehen wir ꝛc. ꝛc."), eines „bildenden Faktors" nur abschwächen.

— Wie Recht in Unrecht, und Unrecht in Recht verwandelt werden kann, davon hat vor etlichen Tagen das Berliner Gewerbegericht ein eklatantes Beispiel geliefert. Ein Schlosser nämlich, welcher 12 Jahre hintereinander in der Dragonerstraße in Berlin bei einem Meister gearbeitet hatte, wurde vor ungefähr 8 Tagen von seinem Meister ohne jeden triftigen Grund und ohne vorherige 14tägige Aufkündigung aus der Arbeit entlassen. Selbstverständlich wurde der Mann auf Grund des § 110 der Gewerbeordnung des deutschen Reichs wegen Unterlassung der gesetzlich vorgeschriebenen 14tägigen Kündigung klagbar. Auf dem Gewerbegericht angekommen, wurde dem Meister die Frage vorgelegt, was er gegen die Behauptungen des Klägers einzuwenden habe und ob sich Alles, wie angegeben, verhalte. Der Verklagte mußte die Angaben des Klägers der Wahrheit gemäß bejahen. Demnach hätte nun doch der Schlossergeselle nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes den Prozeß gewonnen gehabt, da er nichts Unbilliges verlangte. Allein der Gewerberath wußte sich zu helfen. Er wies den Arbeitnehmer deshalb mit seiner Forderung zurück, weil er schon 12 Jahre hintereinander bei dem Arbeitgeber in Arbeit gestanden, und weil im Jahre 1864, als er in Arbeit getreten, die jetzige Gewerbeordnung noch nicht existirt habe. Deshalb dürfe dieselbe in seinem Falle nicht angezogen werden. Da eine Appellation gegen Erkenntnisse der Gewerbegerichte unzulässig ist, eine Correktur dieses monströsen Urtheilsspruches also nicht erfolgen kann, so stehen, wie die „Berliner Freie Presse" richtig bemerkt, alle deutschen Arbeiter, welche seit dem 20. Juli 1869 bei einem Arbeitgeber sich in Arbeit befinden, außer dem Gesetz d. h. wenn der Rechtsgrundsatz des Berliner Gewerbegerichts überall in Deutschland Geltung erlangte, was zum Glück nicht der Fall ist. Man sieht aber an diesem Fall, was Alles möglich ist, wenn in Streitfällen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern Letztere allein Recht zu sprechen haben.

— O, welche Lust ꝛc. In der Nacht zum 1. Weihnachtsfeiertag ist ein in Danzig auf Posten stehender Soldat des Grenadier-Regiments Nr. 5 erfroren.

— Denjenigen Militärpflichtigen, welche sich verheirathen wollen, ist nach einer neueren Verordnung seitens der Standesbeamten zu eröffnen, daß sie durch Verheirathung oder Gründung eines eigenen Hausstandes von der Erfüllung ihrer Militärpflicht weder befreit werden können, noch überhaupt aus solchen selbstgeschaffenen Verhältnissen eine Berücksichtigung hergeleitet werden darf, da es jedes Militärpflichtigen Sache sei, vor Ableistung seiner Dienstpflicht im stehenden Heere keine Verhältnisse anzuknüpfen oder herbeizuführen, welche geeignet sein können, ihm die Erfüllung dieser Pflicht zu erschweren, und daß diejenigen Militärpersonen, welche sich dennoch vor Ableistung der Militärpflicht verheirathen, weder für ihre Ehefrau, noch für ihre Kinder auf irgend eine Unterstützung aus Militär-Fonds zu rechnen haben. — Das ist auch ein Beitrag zur „Heiligkeit der Ehe".

— Ketzerhetze. Am 6. Dezember wurde in Chemnitz ein philosophischer Vortrag gehalten über das biogenetische Grundgesetz d. h. über die Geistes-Entwickelung im Völker- und Einzelmenschen-Leben. Der Vortragende Lehranstaltsdirektor Klemich aus Dresden, stellte dabei u. a. den Glauben als unwissenschaftlich und verwerflich hin und bezeichnete den Zweifel als die erste Stufe zur Erkenntniß, also auch der Moral; warf auch einige Streiflichter auf die Unhaltbarkeit von Ketzerprozessen gegenüber wissenschaftlichen Lehrsätzen. Diese milde Form der Kritik über religiöse Gegenstände wählte der Vortragende in Rücksicht auf die ihm bekannten Chemnitzer Rechtszustände. — Doch alles nutzlos: am 22. Dezember wurde Klemich auf Requisition des Chemnitzer Staatsanwalts v. Mangold in seinem Wohnorte Dresden verhaftet und erst auf eine Beschwerde an die Generalstaatsanwaltschaft vorläufig entlassen. Die Untersuchung selbst ist noch nicht eröffnet. Klemich hat, weil alle Gründe zur Verhaftung hinfällig waren, eine Anklage gegen den Staatsanwalt v. Mangold wegen Amtsmißbrauch und widerrechtlicher Freiheitsberaubung beim Justizministerium eingereicht und hofft auf Abstrafung des Staatsanwalts. Wir theilen diese Hoffnung nicht, so nothwendig auch eine exemplarische Bestrafung derjenigen Beamten wünschenswerth wäre, die eine zu geringe Hochachtung von der persönlichen Freiheit der Bürger besitzen.

— Beitrag zur Unfall-Statistik. Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen in den Monaten Oktober und November zur Anzeige: 26 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben, 9 Unfälle, in Folge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben, 77 Unfälle, welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 717 Unfälle mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Summa 829 Unfälle. Von den 26 Todesfällen treffen 8 auf Zuckerfabriken, 3 auf Brauereien, 3 auf Baugewerke, 2 auf Schneidemühlen, je einer auf ein Bleibergwerk, eine Bautischlerei, Papierfabrik, Mahlmühle, Spinnerei, Chamottefabrik, Brennerei, einen Landwirthschaftsbetrieb, Steinbruch und einen combinirten Mahl- und Schneidemühlenbetrieb; von den 9 lebensgefährlichen Beschädigungen 2 auf Zuckerfabriken, 2 auf Mahlmühlen, je eine auf eine Brauerei, Zuckerraffinerie, Spinnerei, ein Baugewerk und einen Landwirthschaftsbetrieb; von den 77 Invaliditätsfällen 21 auf Zuckerfabriken, 9 auf Scheidemühlen, 5 auf Brauereien, 4 auf Mahlmühlen, 3 auf Baugewerke, 3 auf Brennereien, 3 auf Papierfabriken, 2 auf Appretur-Anstalten, 2 auf Wollwäschereien und Kämmereien, 2 auf Maschinenfabriken, 2 auf chemische Fabriken, je einer auf eine Bautischlerei, Steingutfabrik, Cementfabrik, Erdfarbenfabrik, Schweelerei, Glocken- und Messinggießerei, Wagenbau-Anstalt, Oelmühle, Cichorienfabrik, Preßkohlenfabrik, Asphaltfabrik, Dampfböttcherei, Lederfabrik, ein Güterbeförderungs- (Speditions-) Geschäft, Puddel- und Walzwerk, Bernsteinbergwerk, Schieferbergwerk, Schwefelkiesbergwerk, einen Landwirthschaftsbetrieb, Steinbruch und die Einzelversicherung eines Werkmeisters in einer Glockengießerei.

— Das schweizerische Fabrikgesetz ist nunmehr auch von dem Ständerath in Bern angenommen worden. Obgleich die Forderungen der Arbeiter nur zum geringsten Theile Berücksichtigung fanden, so ist das Gesetz im Großen und Ganzen doch ein nicht zu unterschätzender Fortschritt, da die schweizerischen Arbeiter durch Annahme des Normalarbeitstags nunmehr vor der schrankenlosen Ausbeutung geschützt sein dürften. Desgleichen ist die Kinder- und Frauenarbeit eingeschränkt worden und dürfen Kinder vor zurückgelegtem 14. Lebensjahre zur Fabrikarbeit nicht mehr verwendet werden. Vom 15. bis zum vollendeten 16. Lebensjahre darf Schul-, Confirmandenunterricht und Fabrikarbeit zusammen 11 Stunden nicht übersteigen. Bei unvermeidlichem ununterbrochenem Betriebe und im Interesse tüchtiger Berufserlernung können ausnahmsweise auch Kinder von 13 bis 18 Jahren verwendet werden, doch trifft der Bundesrath im Interesse der Knaben und ihrer Gesundheit die nöthigen Sicherheitsvorschriften und bezeichnet auch diejenigen

Aus dem Lande der Confiskationen.

„Es wird bald besser werden", behauptete vor einiger Zeit unsere Defizit-Excellenz; allein dieser Satz schlug in's Gegentheil um und es wird von Tag zu Tag schlechter — Arbeit wird allenthalben weniger, die Löhne sinken beständig, und nahezu alle Produkte sind im Preise gestiegen; in Folge dessen feiert der Hunger Triumphe, wie wohl selten zuvor, und um zu zeigen, welche Höhe die Noth bereits erreicht, lasse ich den Wortlaut dreier Inserate aus der „Wiener Vorstadtzeitung" folgen. Derselbe lautet:

„1) Herzliche Bitte. In dem Vororte Hernals, Gschwandnergasse 13, 1. Stock, Thür 4, lebt in den nothdürftigsten Verhältnissen die Familie eines seit einem Jahre beschäftigungslosen Diurnisten. Drei kleine Kinder im Alter von 1, 2 1/2 und 4 Jahren, welche in Folge der Nahrungslosigkeit mit der englischen Krankheit behaftet sind, gleichen mehr Skeletten als menschlichen Wesen. Die trostlose Mutter, welche in Fetzen gehüllt einer Wahnsinnigen gleicht, ist als fortwährende Krankenwärterin ihrer Kinder nicht einmal im Stande, das trockene Brot zu verdienen, während der Mann ohne Kleidung und Beschuhung, in einem dünnen Sommerröckchen, sich bei der Schneearbeit Hände und Füße erfroren, dennoch den ganzen Tag befleißt, ein Unterkommen zu finden, doch bei den schweren Zeitverhältnissen immer unverrichteter Sache nach Hause kehren muß, um sich mit den Seinen nicht nur von einem Tage auf den andern zu trösten, sondern hungrig auf das nothdürftige Lager zu legen. Ich habe mich von diesem unbeschreiblichen Elend einer schuldlos dem Hunger und Verderben preisgegebenen Familie überzeugt, und von menschlichem Gefühl bewegt wage ich an Sie, Herr Redakteur, die Bitte zu thun, diesen Zeilen in Ihrem geschätzten und weit verbreiteten Blatte Raum zu gönnen, indem ich überzeugt bin, daß es noch gute und mitleidsvolle Menschen giebt, die wahres und unverschuldetes Elend nach Möglichkeit lindern. Peter Flicker, k. k. Beamter, Fünfhaus, Sperrgasse 4."

„2) Innigst bittet ein 30jähriger, intelligenter, ehrenhafter Mann, der sich durch Lektionen nur die Mittagskost und 5 fl. monatlich verdient und so nothdürftig sich das Leben fristet, um irgend eine bescheidene Anstellung, wenn auch als Diener, Geschäftsgänger oder um Aufschreibereien ꝛc., unter „Wer nie sein Brod mit Thränen aß" an die Expedition."

„3) Eine arme Familie ist der Verzweiflung nahe, hat schon mehrere Tage nichts zu leben, ist von Frost nnd Kälte ganz erschöpft, da sie keinen Ofen zur Verfügung hat; der 12jährige Knabe liegt auf schlechtem Stroh krank darnieder; sie schuldet noch einen Zinsrest von 8 fl. und fürchtet auch noch obdachlos zu werden. Bittet daher kniefällig, sich ihrer zu erbarmen; der Himmel wird ja diese That lohnen. Adresse in der Exped."

Um Noth und Elend zu beseitigen, werden wohl ganz andere Mittel angewandt werden müssen, als „herzliche Bitten an edle Menschenfreunde". Nun sollte man aber mit Recht denken, daß das österreichische Abgeordnetenhaus angesichts solchen Jammers daran ginge und mit Baron Walterskirchen dächte, daß es an der Zeit sei, daß „etwas geschieht"! Aber was thut das Schottenthortheater unter der Direktion Rechbauer? Es tritt die Petitionen der Arbeiter „der hohen Regierung zur Würdigung" ab; was, in's Deutsche übersetzt, also heißt: Wanderung in den reichsräthlichen Papierkorb! und beschäftigt sich mit der Berathung des Budgets, das heißt mit der Bewilligung enormer Summen, oft zu ganz unproduktiven Zwecken, und mit der Einkommensteuervorlage! Wir würden unseren Reichs-Jasagebrüdern Dank wissen, wenn sie den Muth oder die Macht hätten, alle indirekten Steuern zu streichen und eine einzige progressive Einkommensteuer einzuführen. Allein nach dem jetzigen Steuermodus sind die Zuschläge bei dem Kleingewerbe faktisch größer als die direkte Steuer, und jetzt noch dazu eine neue Einkommensteuer, welche auf den Säckel des arbeitenden Volkes berechnet ist. Pflichten werden uns recht viel aufgebürdet, aber dafür keine politischen Rechte ertheilt. Was braucht aber auch ein Volk politische Rechte! „Entfesseln Sie die Bestie nicht, sie wird Sie mit Löwenkrallen zerreißen", sagte schon der „König im sozialen Reiche", der 45,000-Thalermensch Schulze-Delitzsch, und das hat sich unsere „starke" Regierung gemerkt; doch vielleicht hat auch das Steueraufliegen seine gute Seite und bringt so Manchen, der heute noch stumpfsinnig und theilnahmslos unserm Kampfe gegenübersteht, zur Besinnung, und er tritt in unsere Reihen. Aber die Noth zwingt manchen wackern Genossen, mit seinen Gesinnungen hinter'm Berge zu halten, denn unsere Kapitalisten pochen auf ihr Zaubermittel, das Geld, und stellen dem Arbeiter den Stuhl vor die Thür, wenn er so frei ist, frei zu sein; denn daß das grausame eherne ökonomische Lohngesetz mehr denn je in Geltung kommt, könnte man durch tausende von Fällen beweisen. So tritt es bei den Duxer Braunkohlenwerken, welche die berühmte Duxer Salonkohle liefern, grell zu Tage. Lohnabzüge sind hier beständig an der Tagesordnung, und hierin sind die Kapitalisten musterhaft einig! Unsere Bergleute wollen das freilich immer noch nicht einsehen. Geschieht heute ein Lohnabzug, — den die Arbeiter stets ruhig über sich ergehen lassen, — so wird bis zum nächsten Lohntag über alle Kräfte gearbeitet, um sich wieder einen Lohn zu sichern, und der abermalige Erfolg ist — Lohnabzug, und heute ist es gar nichts Seltenes mehr, wenn Bergleute schon Morgens um 2 Uhr bei der Arbeit sind und bis Abends 6, auch 8 Uhr arbeiten. Das sind nun selbstverständlich brave, fleißige Arbeiter, die noch nicht von „sozialistischem Gifte" genossen haben! In den Hirnkästen dieser Leute ist es noch so schwarz, wie in der Kohlengrube. Aber wie sehen die meisten unserer Bergarbeiter aus? mehr lebenden Leichen als Menschen ähnlich, und wie viele sind in Folge der schädlichen Ausdünstungen auf dem besten Wege, blind zu werden! Rechne man die elende, unregelmäßige Kost dazu bei dieser harten, aufreibenden Arbeit, und man wird es erklärlich finden, woher diese hohlwangigen Gestalten kommen. Wollte Einer beobachten, wie schlecht es mit den Arbeitern steht, in unserm Orte würde ihm der Freitag Gelegenheit bieten. An diesem Tage stehen vor den Häusern der Fleischhauer eine Menge Kinder — Arbeiterkinder —, in der Hand riesige Geschirre, die sie mit Wurstsuppe füllen lassen wollen, welche die Fleischhauer gratis vertheilen, und glücklich fühlen sich noch jene Kinder, welche etwas erhalten. Wir sahen gar oft schon um die jetzige Zeit manches der Kleinen barfuß und zitternd vor Frost, sehnsüchtig den Augenblick er-

Fabrikzweige, in welchen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. Nicht minder wichtig ist die Ausdehnung der Haftpflicht der Fabrikanten auch auf Erkrankungen, welche ausschließlich auf gesundheitsgefährliche Industriezweige zurückzuführen sind; relativ freilich ist der Werth dieser Bestimmung dadurch geworden, daß sie nur im Prinzip anerkannt ist. Endgiltige Rechtskraft erlangt das ganze Gesetz erst, nachdem das Volk es durch allgemeine Abstimmung sanktionirt hat; die schweizerischen Arbeiter werden daher noch harte Kämpfe zu bestehen haben, um die mächtigen Gegner des Gesetzes aus dem Felde zu schlagen.

— Der Pariser Gemeinderath hat am 20. December mit überwiegender Majorität beschlossen, für die Familien politisch Verurtheilter 30,000 Frcs. zur Unterstützung auszuwerfen, und namentlich sollen die Angehörigen der Deportirten berücksichtigt werden. Der Beschluß wurde gefaßt trotz des Widerspruchs des Präfekten. Die Versailler Ordnungsbanditen, in deren Auftrag der Präfekt dem hochherzigen Beschluß widersprach, sind also noch nicht befriedigt durch all die Unmenschlichkeiten, welche sie an den Communekämpfern verübten, sie wollen mit ihrer Rache auch Diejenigen treffen, welche durch irgendwelche Bande an die Pariser Freiheitskämpfer geknüpft sind, also Unschuldige.

Im Anschluß hieran veröffentlichen wir den folgenden von Cipriani (bekannt durch seine Mittheilungen über den Tod des Communekämpfers Flourens) an die „Menschenrechte“ in Paris gerichteten Brief, der von Neuem alles das bestätigt, was über die entsetzliche Behandlung der Deportirten auf Caledonien in die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Der Inhalt des Briefes ist im Wesentlichen folgender:

„Gefängniß auf der Halbinsel Ducos,
den 5. Dezember 1876.

Admiral Fourichon, Marine- und Colonienminister, trat in öffentlicher Sitzung der Deputirten Herrn Perin in dem entgegen, was derselbe in Bezug auf die „in Eisen gelegten“ Deportirten gesagt und schlug damit der Wahrheit gröblich in's Gesicht. Hier folgen die Namen der in der Zeit vom Juni 1874 bis August 1876 unter meinen eigenen Augen in die Eisen gelegten Deportirten:

Briand, welcher während sechs Monaten die Ketten trug. Nackt, auf bloßem Strohsack liegend, mußte er sich in seinem eigenen Unrath wälzen.

Clause. In vier Perioden brachte er zusammen 120 Tage in den Eisen zu, die Beine kreuzweise und die Hände auf den Rücken zusammengeschnürt, so daß nach einer halben Stunde das Blut aus den Adern spritzte. Noch heute trägt er die mit Blut unterlaufenen Furchen der Ketten und Stricke von schaudererregender Tiefe. Doch das genügte nicht; um das Maß der Grausamkeit und der raffinirten Folter voll zu machen, wurde ihm in den Mund ein großer, im Nacken befestigter Knebel (Caillon) gesteckt.

Lysfassel, Mennier, Guilbert und Gambier 16 Tage bei Wasser und Brod mit kreuzweise geketteten Beinen, wegen unerlaubten Fortbleibens vom Arbeitsplatze.

Lacasse, Leblanc, Louet, Benoit, Durand 8—40 Tage in den Eisen, weil sie den gemeinen, thierischen Anslassungen der Kerkermeister gegenüber sich nicht ruhig verhalten hatten.

Koisie 8 Tage, weil er dem Gefangenen E. Place Nachricht von dessen im Hospitale liegenden Frau gegeben hatte.

Doufour 8 Tage in den Ketten bei Wasser und Brod, weil er einen Schrei der Entrüung ausstieß, als die Wächter Durand, Bergé und Rolland dem Deportirten Lucas am 1. Januar 1875 mit ihren Revolvern den Schädel zerschmetterten.

Gewöhnlich werden diese Strafen in einem Lokal Nr. 4 abgebüßt, einem wahren Grabe, 2 M. 50 Cm. lang, nicht breiter als 1 M. und mit einem kleinen, mit Drathgeflecht versehenen Fenster. Und der Minister Fourichon weiß von all diesen Schandthaten nichts?“

Ein Pfui diesen Scheusalen!

— Dem Petersburger Putsch, über welchen wir in voriger Nummer Mittheilung machten, ist in auffälliger Eile eine Moskauer Verschwörung auf dem Fuße gefolgt, wenigstens meldet ein Telegramm unter'm 22. December, die Polizei in Moskau habe eine geheime sozialistische Gesellschaft, die sich „Krasni valet“ oder „rother Bube“ nennt und den Umsturz des russischen Reiches bezweckte, entdeckt. Wie in Petersburg, so sind auch in Moskau zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und die weitere Untersuchung leitet der Chef der geheimen Polizei. Wenn Putsch und Verschwörung keine Polizeimanöver sind, so sind sie, wir wiederholen es, kindische Spielerei und kommen der russischen Regierung gerade recht, sich Europa gegenüber als Hort der „heiligen Ordnung“ aufzuspielen.

— Von dem Comité der polnischen Emigration in der Schweiz erhalten wir folgende Zuschrift: „Die in der Schweiz weilende polnische Emigration hat sich zur Pflicht gemacht, auf der Conferenz der Großmächte in Constantinopel, welche die Verbesserung der Lage der Südslaven im Auge hat, auch die Lage der Polen, die nicht besser ist, als die der Südslaven, zur Sprache zu bringen. Ein zu diesem Zwecke erwähltes Comité der polnischen Emigration hat eine Adresse an den Repräsentanten der englischen Regierung, Lord Salisbury, gerichtet. Der Inhalt dieser Adresse lautet im Wesentlichen wie folgt: Da die Repräsentanten der Großmächte zu Constantinopel, darunter auch der Bevollmächtigte der russischen Regierung, darüber berathen, wie das Loos der türkischen Slaven zu verbessern sei, so erachten wir es für unsere Pflicht, auf die Zustände in Polen unter dem russischen Scepter hinzuweisen und für Polen wenigstens die Rechte zu verlangen, die Rußland für die Slaven in der Türkei anstrebt. Die polnische Nation ist nicht nur aller politischen und sozialen Rechte beraubt, auch die schrecklichsten Bedrückungen dauern ohne Unterbrechung seit der ersten Theilung Polens bis jetzt fort. Man wendet Alles an, um das polnische Volk auszurotten. Man begnügte sich nicht nur mit der Vernichtung der polnischen Constitution und Freiheit — man tastet auch die Religion und die Sprache an. Unsere Constitution ist in Wahrheit: Ausrottung und Sibirien. In Warschau hat man eine Sympathie-Adresse an den Czar fabrizirt; diese Adresse ist auf Befehl entstanden, und nur eine kleine Anzahl hat dieselbe gezwungen und nicht freiwillig, wie man sagt, unterzeichnet. — Wenngleich unterdrückt und verfolgt, werden wir dennoch unseren Erzfeind um keine Gnade bitten, sondern vertrauensvoll in die Zukunft blicken und standhaft ausdauern in dem Kampfe für unsere gerechte Sache. Wir haben die Niedermetzelungen von Praga und Oszmiana und die barbarischen Verfolgungen eines Murawiew und ähnlicher Unmenschen überlebt, wir werden auch den jetzigen, immer noch andauernden schweren Verfolgungen Trotz bieten.“

Berichtigung. In Nr. 32 des „Vorwärts“ theilten wir eine an die Redaktion der „Magdeburger Zeitung“ gerichtete Erklärung C. Hirsch's mit dem Bemerken mit, daß dieselbe „bisher noch nicht aufgenommen worden“ sei. Dies war, wie sich sofort herausstellte, ein Irrthum unserseits: die Erklärung Hirsch's war, als wir dies schrieben, von der „Magdeburger Zeitung“ bereits abgedruckt worden — nebst einer, beiläufig nichtssagenden Gegenerklärung des Hrn. Mehring, aber der Abdruck war am Ende des Feuilletons erfolgt, wo wir nicht nachgesehen hatten. Es wurde sofort eine Berichtigung geschrieben, allein in Folge eines bei der Abwesenheit sämmtlicher Redakteure sehr entschuldbaren Versehens unterblieb damals die Veröffentlichung.

Correspondenzen.

Lübeck, 24. Dezember. Da wir seither nicht viel von uns haben hören lassen, so werden die Parteigenossen glauben, daß wir müßig sind; die Wahlbewegung hier am Orte beweist aber das Gegentheil, da sie wie noch nie betrieben wird. Auch die Liberalen arbeiten angestrengt, um ihren Jasager Dr. Klügmann wieder durchzubringen. Die Hauptarbeit dabei verrichten die „Eisenbahnzeitung“ und „Lübecker Zeitung“, die den Jasager in den Himmel erheben. — Am 22. Dezember hatte eine Versammlung im Tivoli statt, welche wohl von 2000 Personen besucht war. Herr Dr. Klügmann erstattete Bericht über seine bisherige Thätigkeit; Bureauwahl war nicht und wir verzichteten diesmal auf dieselbe, weil Herr Dr. Klügmann sonst nicht gesprochen hätte. Obgleich wir die Majorität hatten, lügt die „Lübecker Zeitung“ doch frischweg, daß wir nur ein Sechstel der Versammlung bildeten. Parteigenosse Heyer interpellirte den Herrn Doktor 1) über seine Abstimmung über das Impfgesetz, 2) über seine Haltung in der Diätenfrage, zu der sich der Herr Candidat dahin äußerte, daß Jeder, welcher ein solches Amt übernehme, auch Opfer bringen müßte, darum hätte er dagegen gestimmt. Was der Herr Doktor sonst noch gesprochen, erhob sich über den nationalliberalen Bedientenstandpunkt natürlich nicht. Diese Versammlung hat uns mehr genützt als acht Tage Agitation. Denselben Abend hatten auch wir Versammlung, in der Heyer durchschlagend sprach; elf Polizisten und der Herr Commissär Herrig waren anwesend. Im Uebrigen vergeht kein Tag, wo nicht ein oder zwei Versammlungen abgehalten werden; Heyer und Schwartz referiren allenthalben mit Erfolg. Unser Candidat, Schuhmacher Hartmann, hat sich seinen Wählern hier in Lübeck, in Schlubug und in Travemünde vorgestellt. In Lübeck war die Versammlung eine glänzende, in Schlubug mußte ein Lehrer mehrmals zur Ruhe gewiesen werden. In Travemünde wurde die Versammlung, da die Arbeiter daselbst einige Gebildete — drei Lehrer, ein Glaser, einen Schuhmacher und einen Gutsbesitzer — wegen Ruhestörung an die frische Luft setzen wollten, polizeilich geschlossen. Doch wird Hartmann noch einmal daselbst sprechen, dann werden die Arbeiter für Ruhe sorgen, denn Travemünde ist unser. So geht es hier vorwärts in den Wahlkampf, und bei weiterer ebenso reger Agitation wird der Sieg auch unser. R. Schröder, Falckenstraße 42.

Köln, 26. Dezember. Der Berliner „Volkszeitung“ entnehmen wir folgende bezeichnende Correspondenz: Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat es zu einer Zeitung gebracht, gestern gab sie zu der mit Neujahr wöchentlich erscheinenden „Kölner Freie Presse“ die Probenummer aus und erklärte sofort flott der „Köln. Zeitung“ und der „Köln. Volks-Ztg.“ den Krieg. Die Liberalen — zur Schmach sei es gesagt — vermögen seit dem Eingehen der „Rheinischen Zeitung“ es nicht zu einem Parteiorgan zu bringen, dessen sie doch namentlich bei den Wahlen so bedürftig sind, exorbitante Schmähartikel und unredliche Kampf-Manöver zu kennzeichnen und zu widerlegen.

Ludwigshafen, 28. Dez. Parteigenossen der Pfalz! Abermals haben wir uns organisirt zur Agitation, und abermals hat uns die heilige Hermandad einen unserer besten und tüchtigsten Genossen entzogen und hinter Schloß und Riegel gesetzt. Genosse Ph. Mai nämlich wurde heute morgen in seiner Wohnung in Mannheim auf Requisition der Staatsanwaltschaft zu Frankenthal wegen vermeintlicher Uebertretung der §§ 130 und 131 des Reichsstrafgesetzbuchs verhaftet und nach Frankenthal transportirt. Derselbe Mann und dasselbe Gericht haben den Genossen Dreesbach schon vor 6 Monaten wegen desselben Vergehens 5 Wochen hindurch in Untersuchung zwischen Dieben und Verbrechern gefangen gehalten, und doch wurde Dreesbach freigesprochen. Genossen! Lassen wir uns durch derartige Maßregeln nicht schrecken; die beste Antwort sollen und müssen wir geben am 10. Januar; alle müssen wir unsere Schuldigkeit thun. Bis zum 11. Januar ist meine Adresse „F. J. Ehrhart, Quadrat H. 26 bei Graman, Ludwigshafen.“ An diese Adresse ersuche ich alle Zuschriften zu richten. — Zuschriften nach Mannheim möge man bis auf weiteres an Buttler, J. 5. 16 richten.

Mit Gruß F. J. Ehrhart.

Salzungen. Am 10. Dezember wurde hier eine Volksversammlung abgehalten, in welcher Herr Klute in ausgezeichneter Weise über das sozialdemokratische Programm sprach. Die Nationalliberalen hatten sich sehr zahlreich eingefunden. Nachdem aber Herr Klute gesprochen, traten dieselben mit ihren Entgegnungen so kleinlaut auf, daß es eine Freude war, zu sehen, wie erbärmlich sie dastanden. Zum Schlusse trat noch ein Tischler Namens Schlenstein auf. Derselbe behauptete, nur junge Leute mit unreifen Ideen wären Sozialdemokraten. Sie hätten auch keine andere Absicht, als die Massen in's Schlepptau zu nehmen; die Sozialdemokraten hätten ihm dies selbst gesagt. Dieser Tischlermeister soll es verstehen, möglichst in allen Farben zu schillern. Die Entgegnungen Klute's waren indeß so schlagend, daß die Liberalen beschämt den Saal verließen. Zu erwähnen ist noch, daß an demselben Abend ein Arbeiterverein gegründet wurde. Milz, Cigarrenarbeiter.

Sorau, 22. Dezember. (Allgemeiner Agitationsbericht für den Wahlkreis Sorau-Forst.) Nachdem in Forst und Umgegend mehrere Volks- und Wählerversammlungen mit gutem Erfolg abgehalten worden waren, fanden am vergangenen Sonntag den 17. d. M. zwei sehr gut besuchte Versammlnngen, die eine in Helmsdorf und die andere in Triebel statt, in welchen Herr Otto Kapell aus Hamburg zur großen Zufriedenheit der Anwesenden referirte. — Montag den 18. fand eine gut besuchte Versammlung in Schönwalde statt, in welcher auch der Herr Seelsorger mit anwesend war, wahrscheinlich um seine getreuen Schäfchen zu bewachen und sie vor den Lehren und Umtrieben der Sozialdemokratie und somit vom ewigen Verderben zu retten. — Dienstag den 19. war eine weitere Versammlung in Gassen. Hier hatten die Herren Fabrikanten es für nöthig befunden, ihre Arbeiter in den Fabriken für diesen Abend länger arbeiten zu lassen, trotzdem aber war die Versammlung eine gut besuchte. — Mittwoch den 20. Dezember endlich hatten wir das Glück, auch in Sorau wieder eine Volksversammlung abhalten zu können. Der große Theatersaal des Herrn Kirchgeorg (der größte hier) war überfüllt, trotzdem der Redakteur der „Sorauer Zeitung“ in einem Artikel seines Blattes alle „redlichen“ und reichsfreundlichen Bürger und Arbeiter der Stadt Sorau und Umgegend aufgefordert hatte, die Versammlung nicht zu besuchen. Herr Otto Kapell aus Hamburg referirte über die Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl und das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei“ unter allgemeinem Beifall. Es folgte dann eine Beleuchtung des sozialdemokratischen Programms zur größten Befriedigung der überaus zahlreichen Versammlung, welche durch begeisterte Bravos mehrmals den Redner unterbrach. Die Versammlung nahm hierauf folgende zwei Resolutionen an, die erstere gegen 3 Stimmen, letztere einstimmig:

„I. Die heutige Versammlung erklärt die in der „Sorauer Zeitung“ veröffentlichten Artikel gegen die Sozialdemokratie und deren Zwecke als Produkt der Entstellung und Unwissenheit, diktirt vom Haß gegen die Arbeiterbewegung. Die Versammlung spricht ihre tiefste Entrüstung über dieses vernunftwidrige Machwerk aus.“

„II. Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem von Herrn Otto Kapell entwickelten Programm der deutschen Sozialdemokratie vollkommen einverstanden. Sie erklärt dies Programm als ein die Cultur und Vernunft förderndes. Die Versammelten erklären sich mit der Aufstellung des Herrn Otto Kapell als Reichstagscandidaten für den Sorauer Kreis einverstanden und versprechen, für die Wahl desselben am 10. Januar 1877 mit aller Energie einzutreten.“.

Der Redakteur der „Sorauer Zeitung“, welcher in einer Nummer seines Blattes behufs stenographischer Aufnahme der Candidatenrede des Hrn. Otto Kapell einen Stenographen suchte, hatte es vorgezogen, selbst nach vorhergehender Einladung, weder selbst zu erscheinen, noch, wie er es persönlich versprochen, sich vertreten zu lassen, vielmehr hatte er in seinem Blatte zum Rückzuge geblasen, und so hatte auch trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden Niemand den Muth, gegen die Ausführungen des Herrn O. Kapell etwas einzuwenden, weil diese Herren wohl selbst einsahen, daß sich Wahrheiten und Thatsachen nicht hinwegleugnen lassen. — In allen fünf oben angeführten Versammlungen herrschte das beste Einverständniß der Anwesenden mit den Ausführungen des Herrn O. Kapell, und sind wir wohl berechtigt, uns der Hoffnung hinzugeben, den besten Erfolg am 10. Januar 1877 für unsern Candidaten, Herrn Otto Kapell, zu erwarten.

Darum, Handwerker, Kleinbauern und Arbeiter des Sorau-Forster Wahlkreises, die Euch die heutigen Verhältnisse drücken, überlegt, wem Ihr Eure Stimme geben wollt; nicht ein Adeliger, ein Großgrundbesitzer, Großindustrieller, noch ein Appellationsgerichtsrath kann Eure Interessen voll und ganz vertreten, sondern nur ein Mann aus dem Volke, der unter dem Volke in

---

warten, wo diese Brühe zur Vertheilung gelangt. Ich fragte letzten Freitag einen kleinen czechischen Knaben, warum er denn diese heiße Suppe tränke, und er antwortete: Weil mich friert und ich seit gestern Abend nichts gegessen habe.

Was soll aus solchen Kindern werden, die schon in ihrer Jugend zum Hungerleiden verdammt sind? Wenn nicht bald andere, bessere Zeiten eintreten, wird man wohl das Rekrutenmaß — wie schon geschehen — abermals heruntersetzen müssen, denn Soldaten müssen ja sein, und wenn sie kaum den Kuhfuß schleppen können. Doch, „es wird bald besser werden“, versichert unser Finanzminister, und was ein Minister spricht, muß wahr sein — oder auch nicht?

Noch will ich kurz bemerken, daß wir mit großer Spannung dem Ausfall der nächsten Reichstagswahlen in Deutschland entgegensehen, denn nach den großen Anstrengungen der sozialistischen Partei — welche Rührigkeit selbst den verbissensten Gegnern Achtung abgerungen hat — zu schließen, ist in vielen Wahlkreisen der Sieg unzweifelhaft, und zum Siege rufen wir Arbeiter vom Fuße des böhmischen Erzgebirges über die schwarzgelben Grenzpfähle hinweg den deutschen Arbeitern ein herzliches „Glückauf“ zu. —l—

Ein politisches Wort von Goethe.

Der Historiker Heinrich Luden veröffentlicht in seinen 1847 erschienenen „Rückblicken“ folgende bemerkenswerthe Aeußerungen, die Goethe in einem Gespräche mit ihm über die Zeitereignisse und speziell den politischen Charakter Deutschlands machte: „Glauben Sie ja nicht, daß ich gleichgiltig wäre gegen die großen Ideen: Freiheit, Volk, Vaterland. Nein! Diese Ideen sind in uns; sie sind ein Theil unseres Wesens, und Niemand vermag sie von sich zu werfen. Auch mir liegt Deutschland warm am Herzen. Ich habe oft einen bitteren Schmerz empfunden bei dem Gedanken an das deutsche Volk, das so achtbar im Einzelnen, so miserabel im Ganzen ist. Eine Vergleichung des deutschen Volks mit andern Völkern erregt uns peinliche Gefühle; Wissenschaft und Kunst ersetzen das stolze Bewußtsein nicht, einem großen, starken, geachteten und gefürchteten Volk anzugehören. Ich glaube auch an die Zukunft des deutschen Volkes; das deutsche Volk verspricht eine Zukunft und hat eine Zukunft. Aber jetzt sprechen wir von der Gegenwart. Setzen wir den Fall, daß Napoleon besiegt würde, gänzlich besiegt. Nun? was soll nun werden? Sie sprechen von dem Erwachen, von der Erhebung des deutschen Volkes, und meinen, dieses Volk werde sich nicht wieder entreißen lassen, was es errungen und mit Gut und Blut theuer erkauft hat, nämlich die Freiheit. Ist denn wirklich das Volk erwacht? Weiß es, was es will und was es vermag? Haben Sie das prächtige Wort vergessen, das der ehrliche Philister in Jena seinem Nachbar zurief: daß jetzt nach dem Abzug der Franzosen seine Stube gescheuert sei und er die Russen bequemlich empfangen könne? Der Schlaf ist zu tief gewesen, als daß auch die stärkste Rüttelung so schnell zur Besinnung zurückzuführen vermöchte. Und ist denn jede Bewegung eine Erhebung? Erhebt sich, wer gewaltsam aufgestöbert wird? Wir sprechen nicht von den Tausenden gebildeter Jünglinge und Männer, wir sprechen von der Menge, von den Millionen. Und was ist denn errungen oder gewonnen worden? Sie sagen: die Freiheit. Vielleicht würden wir es richtiger Befreiung nennen; nämlich Befreiung nicht vom Joche der Fremden, sondern von einem fremden Joche. Es ist wahr: Franzosen sehe ich nicht mehr, und nicht mehr Italiener; dafür aber sehe ich Kosaken, Baschkiren, Croaten, Magyaren, Kassuben, Samländer, braune und andere Husaren. Wir haben uns seit langer Zeit gewöhnt, unseren Blick nur nach Westen zu richten und alle Gefahr von dorther zu erwarten; aber die Erde dehnt sich auch noch weithin nach Morgen aus. Lassen Sie mich nicht mehr sagen. Sie zwar berufen sich auf die vortrefflichen Proclamationen fremder Herren und einheimischer. Ja, ja! ein Pferd! ein Pferd! Ein Königreich für ein Pferd!“

denselben Verhältnissen groß geworden, der selbst Jahr aus Jahr ein mit dem Volke in Verbindung steht, nur der kann und wird mit aller Kraft für die Interessen seiner Wähler eintreten, und dieser Mann ist Herr Otto Kapell aus Hamburg. Nur diesen wählt, nur diesem gebt Eure Stimme am 10. Januar 1877 und versäume Keiner, sein höchstes politisches Recht für sich und zum Wohl und Heil des Volkes auszunützen. Bis dahin aber thue ein Jeder seine Schuldigkeit.

lg. **Leipzig**, 20. Dezbr. Wenn in den letzten Wochen von hier betreffs der Wahlagitation wenig im Centralorgan berichtet wurde, so hat dies seinen Grund darin, weil erstens kürzere Berichte schon in der „Fackel" erschienen sind und zweitens der Raum des „Vorwärts" von anderen Orten desto stärker in Anspruch genommen war. — Wie bekannt, ist für den 10., 11., 12., 13. und 14. Wahlkreis ein Central-Wahlcomité mit dem Sitze in Leipzig, Vorsitzender Chr. Hablich, Färberstr. 12, ernannt. Seitens desselben sind nun mit Hilfe der vorhandenen agitatorischen Kräfte in folgenden Kreisen Versammlungen anberaumt und abgehalten worden: 1) Im 10. Wahlkreis (Waldheim, Döbeln, Leisnig), wo Th. Burckhardt, Xylograph, aufgestellt ist, fanden Versammlungen statt, in Siebenlehn (Referent Lienig); Waldheim, Döbeln, Hartha, Obergruna, Siebenlehn (Ref. Th. Burckhardt); Leisnig (Ref. Werner). Die Aussichten in diesem Wahlkreis gestalten sich für uns äußerst günstig, indem die liberal-reaktionären Parteien im bittersten Zwist liegen, auch ist der Candidat der Liberalen, Papierfabrikant Niethammer, bereits zweimal (in Waldheim und Siebenlehn) Burckhardt gegenübergestanden, aber vollständig unterlegen. Es finden noch weitere Versammlungen demnächst dort statt. — 2) Im 11. Wahlkreis (Wurzen, Grimma), wo Hablich, Buchhalter, aufgestellt ist, fanden in Wurzen zwei, Grimma zwei, Oschatz zwei, Strehla, Dahlen, Trebsen je eine Versammlung statt (Ref. Hablich); in Burckhardshain (Werner und Hablich). Auch hier im sächsischen Wupperthale bricht sich unsere Idee mehr und mehr Bahn. Als Opponent in mehreren Versammlungen zeichnete sich besonders ein Diakonus aus, der jedoch bald die Lust verlieren dürfte, denn seine eigenen Schäflein werden ihm untreu. — 3) Im 12. Wahlkreis (Leipzig-Stadt) fanden neben den regelmäßigen öffentlichen Sozialisten-Versammlungen auch einige Volksversammlungen statt, in denen Liebknecht, Hasenclever und Bebel referirten. Wir sind überzeugt, daß der hier aufgestellte Candidat, Aug. Bebel, auch diesmal wieder eine bedeutendere Stimmenzahl auf sich vereinigen wird. Als Gegencandidat figurirt „der bei Hofe angesehene" ehemalige Vize-Bürgermeister Stephani. Die Leipziger Sozialisten haben zur besseren Förderung der Agitation ein Wahlflugblatt unter dem Titel „Fackel" ins Leben gerufen, welches zum großen Aerger der Gegner in allen Wirthshäusern und an allen Straßenecken verkauft wird. Vom 1. Januar erscheint die „Fackel" als Lokalblatt dreimal wöchentlich. — 4) Der 13. Wahlkreis (Leipziger Landkreis) ist wohl am besten bearbeitet worden. Es fanden dort bis jetzt wohl einige 40 Versammlungen statt, die sich wie folgt vertheilen: Ramm (Connewitz drei, Wiederitzsch, Gohlis zwei, Dölitz, Gautzsch, Thonberg, Stötteritz, Neureudnitz); Werner (Neureudnitz, Markranstädt, Thonberg); Liebknecht (Altschönefeld); Bebel (Lindenau); Nauert (Neuschönefeld, Kleinzschocher); Martin (Knauthain); Hecht (Lindenthal, Großzschocher, Oetzsch); Hablich (Rehbach, Eythra, Möckern, Hänichen); Dohne (Taucha, Zwenkau, Liebertwolkwitz); Trost (Sebenitz); Hasenklever (Volkmarsdorf, Plagwitz); Lienig (Neuer Anbau, Sellerhausen, Paunsdorf); Förster (Stahmeln); Fischer-Thonberg (Krostewitz); Nauert (Probsthaida); Preißer und Nagel (Großdölzig und Gundorf). Verschiedene Versammlungen konnten außerdem wegen Lokalverweigerung oder Lokalentziehung nicht abgehalten werden; ferner kommen noch hinzu die Versammlungen, welche, von Gegnern einberufen, den Genossen Ramm, Dohne, Nauert, Werner, Vogenitz, Geiser, Baumann u. s. w. Gelegenheit gaben, denselben gegenüberzutreten. Daß die Gegner ihre Versammlungen meist hinter verschlossenen Thüren abhalten, darf wohl als bekannt vorausgesetzt werden. Der Candidat, Hofbaurath Demmler in Schwerin hat somit die besten Aussichten, da überall mit Erfolg gearbeitet wurde. 5) Im 14. Wahlkreis (Borna, Pegau, Frohburg) herrscht ebenfalls rege Thätigkeit. Der Candidat, Bruno Geiser, hat in den meisten größeren Orten Versammlungen abgehalten, neben ihm die Genossen Dohne, Lienig, Nauert u. A. Zu bedauern bleibt nur, daß im Bornaer Bezirk durchaus kein Versammlungslokal zu erhalten ist, mehrere diesbezügliche Versuche scheiterten vollständig. Mögen die Genossen ihr Hauptgewicht auf Vertheilung von Wahlaufrufen und Stimmzetteln legen. — Dies in kurzen Umrissen ein Bild der Thätigkeit der Leipziger Parteigenossen. Wenn so fortgearbeitet wird, dann ist der 10. Januar ein Festtag für das Proletariat.

Halle. Im vorigen Monat tagte unter anderen eine überaus zahlreich besuchte Volksversammlung im hiesigen Brockenhaus, in welcher der Reichstagsabgeordnete W. Hasenclever aus Leipzig über das Thema „Der Reichstag und die Sozialdemokratie" referirte. Darauf nahm Herr Biehl das Wort und schlug in kerniger Ansprache die Candidatur Rödiger's für den Saalkreis vor, was ebenfalls mit Beifall aufgenommen wurde. Herr Rödiger theilte der Versammlung die Schwierigkeiten wegen der Lokale und die über ihn ergangenen Anklagen mit. Gegner meldeten sich nicht zum Wort; und so verlief mit einem Hoch auf die Arbeitersache und Herrn Hasenclever die Versammlung in anständiger Weise. W. Koch, Schriftführer.

Dessau, 28, Dezbr. Die Wahlagitation im 1. anhaltischen Wahlkreise fordert Dank der Liberalität der Liberalen bereits ihre Opfer. Das Stärkste was in Tyrannei der Gesinnung von Seiten eines Arbeitgebers wohl geleistet werden kann, hat Herr Meinert (Tuchfabrik von G. Meinert Söhne) jüngstens zu Wege gebracht, indem er von dem Parteigenossen Rätiger, der nicht weniger als 7 Jahr in derselben Fabrik gearbeitet hat, verlangt, er solle vom Wahlcomité oder sonstwem die Bescheinigung beibringen, daß er nicht mehr Sozialdemokrat sei, und da dies natürlich nicht geschah, nun ohne weiteres die Entlassung Rätigers verfügte. Außerdem hat der liberale Arbeitstyrann am letzten Sonntag sich gemüßigt gesehen, durch Anschlag zu bestimmen, daß diejenigen seiner Arbeiter, welche während des Sonntags Vormittag nicht arbeiten, 2 Mark Strafe zu erlegen hätten. Die Arbeiter können hieraus sehen, was sie von den liberalen Herren Gutes zu erwarten haben!

Nehme, 27. Dezember. Gestern fand hier zum erstenmale seit längerer Zeit eine Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Arbeiter-Reichstags-Candidatenrede des Herrn W. Frick aus Bremen. Frick war aus noch unbekannten Gründen verhindert zu erscheinen. Herr Roland aus Minden übernahm alsdann das Referat und sprach eingehend über folgende Punkte: 1) Wen wählen wir? 2) Was haben wir zu erwarten von den jetzt im Reichstag herrschenden Parteien? 3) Was hat der Reichstag gethan für die Schule? Der Redner erntete reichen Beifall. Nachdem die Versammlung geschlossen war und die Anwesenden sich entfernt hatten, da — es konnte gerade 10 Uhr sein — kamen wie Blitze aus heiterm Himmel noch der Gensdarm und Polizeidiener herbeigestürzt und fragten den Wirth, ob er uns Feierabend geboten habe, die Versammlung dürfe nicht über die Polizeistunde hinaus tagen. Wir waren's zufrieden, denn unsere Absicht war erreicht — die Versammlung war gut verlaufen.

Gera, 17. Dezember. Gestern sprach unser Reichstagscandidat Herr Hasenclever im Badesaale vor einer sehr zahlreichen Versammlung über das Thema: „Die Reichstagswahlen und deren Bedeutung für das arbeitende Volk." Die aus allen Schichten der Bevölkerung bestehende Zuhörerschaft folgte den Ausführungen des Redners mit der gespanntesten Aufmerksamkeit und stürmischer Beifall wurde ihm am Schluß des Vortrags zu Theil. Nach einer kurzen Pause wurde zur Diskussion aufgefordert, aber Niemand meldete sich zum Wort. Die Gegner zogen es vor, zu schweigen; der tosende Beifall der aus über tausend Personen bestehenden Versammlung schien sie verblüfft und ihnen den Beweis geliefert zu haben, daß, wie sie sich selbst und Anderen gern einreden möchten, es eine arge Täuschung sei, zu meinen, die Sozialdemokratie habe wenig Anhang. Vorzüglich der Fortschrittspartei, deren zweideutiges Gebahren diesen Abend einer scharfen Kritik unterworfen worden war, schien die Versammlung gar nicht zu passen, das bewies der einfältige Bericht im „Tageblatt". Die Fortschrittler fürchten wohl auch nicht ganz mit Unrecht, daß ihrem in allen Farben schillernden Banner keine so große Zahl von Gläubigen wie bei der letzten Wahl mehr folgen wird. Wir denken auch, der 10. Januar wird beweisen, daß die Sozialdemokratie in unserm Wahlkreise Fortschritte gemacht hat.

Wiesa, 26. Dezember. Mit welchen Mitteln unsere Gegner hier am Orte den Sozialismus zu bekämpfen suchen, will ich heute zur allgemeinen Kenntniß bringen. Sie suchen erstens meine Person zu verdächtigen, indem sie sagen, daß ich nur als bezahltes Individuum für den Sozialismus kämpfe. Ich weise diese gemeine Lüge als eine infame Verleumdung hiermit zurück. Zweitens verbreiten, richtiger verschenken unsere Forstbeamten von der Schmähschrift des Herrn von Unruh viele Exemplare, um den Sozialismus mit einem Schlage zu vernichten, welche Absicht aber wahrscheinlich in das Gegentheil umschlagen wird, weil wir mit der Schrift Bracke's aus Braunschweig „Die Verzweiflung im liberalen Lager" gleich auf dem Fuße folgten und dieselbe gratis vertheilten.

H. Klapproth.

München, 29. Dezember. Seit einem Monat sind wir in München in der Lage, uns täglich zusammenzufinden und unsere Ideen austauschen zu können. Wir haben jetzt nämlich ein Verkehrslokal, Gasthaus zum Unterpollinger, Sendlingergasse, gegenüber dem liberalen Standquartier der „Neuesten Nachrichten". Unser liberaler Hauptahn August Bechioni ist auch wegen dieser „rothen Nachbarschaft" ganz aus dem Häuschen und beleitartikelt uns in seinem „Käsblättchen" fast täglich in der gemeinsten Weise, was natürlich immer neue Gäste anzieht, so daß der Besuch sich täglich mehrt. Der Verkehrswirth will dem Herrn Bechioni auch aus Dankbarkeit das „neue Wintermärchen" zum Präsent machen. — Unsere „hohen Gönner" in der Weinstraße thun natürlich auch ihr Möglichstes zu unserem Schutze; so wurde den Schneidern eine Erlaubniß zur Abhaltung einer unschuldigen Christbaumfeier verweigert wegen zu besorgender „Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit"!! Auch den Soldaten wurde vom Stadtkommando der Besuch unseres Verkehrslokales untersagt, denn wir lehren ja keine Bildung à la Moltke. — Allen zugereisten Genossen sei unser Verkehrslokal auf's Wärmste empfohlen, da täglich Parteigenossen daselbst anzutreffen sind.

NB. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, unser Verkehrslokal bekannt zu geben.

Flensburg. Die Leser des „Vorwärts" im 2. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis, welche gesonnen sind, am Tage der Wahl sich dem Arbeiter-Wahlcomité zur Verfügung zu stellen, damit die Wahlurne besetzt und die sonst nöthigen Arbeiten verrichtet werden können, werden ersucht, ihre Adresse im Arbeiter-Wahlbureau mündlich oder schriftlich einzureichen. Das Arbeiter-Wahlcomité befindet sich heil. Geistgang bei Voß.

H. Mahlke, Schriftführer des Arbeiter-Wahlcomité's.

Bielefeld, 29. Dez. Nachdem unsere Partei in dem Wahlkreise Bielefeld-Wiedenbrück seit einigen Wochen eine rege Agitation eröffnet hatte, sind in den verflossenen Weihnachtstagen allein sechs öffentliche Volksversammlungen an verschiedenen Orten des Wahlkreises abgehalten worden. In sämmtlichen Versammlungen referirte der hier als Candidat aufgestellte Herr W. Pfannkuch aus Kassel; derselbe verstand es, den zahlreich erschienenen Zuhörern in überaus klarer und meisterhafter Weise die Grund-Prinzipien unserer Partei zu erläutern, so daß ihm allerorts allgemeiner stürmischer Beifall zu Theil wurde. Die Abstimmung am 10. Januar wird beweisen, daß die Sozialdemokratie auch im hiesigen Wahlkreise wesentliche Fortschritte zu verzeichnen hat.

Aufruf an alle Partei- und Gesinnungsgenossen in Schlesien.

Der Tag der Reichstagswahl rückt immer näher, benutze Jeder die Zeit bis dahin, für die Candidaten unserer Partei Stimmen zu werben und versäume Keiner, am Tage der Wahl sein Wahlrecht auszuüben. Auch in den Orten, wo nur vereinzelt unsere Anhänger wohnen, versäume Keiner, sein Wahlrecht auszuüben. Glaube Keiner, daß es sich nicht verlohne, daß hier oder dort vereinzelte Stimmen für unsere Candidaten abgegeben werden. Durch die Wahl muß constatirt werden, wo und wie viel wir Anhänger haben. Die Stimme jedes Einzelnen fällt schwer ins Gewicht. Lasse sich also Keiner dadurch abhalten, zur Wahl zu gehen, daß er glaubt, in seinem Kreise sei es noch nicht möglich gewesen, ein sozialistisches Wahlcomité zusammenzubringen und deshalb dürfe er, da er mit andern Parteien nicht wählen will, sich der Wahl enthalten. Das darf er nicht! Bei der Wahl heißt es: „Alle Mann auf Deck!" Flugblätter und Stimmzettel sind durch Unterzeichneten zu haben. Auch können sich die Genossen und Anhänger unserer Partei schlimmsten Falles einige Stimmzettel mit dem Namen eines bekannten Sozialisten selbst auszufüllen.

Für nachfolgende Wahlkreise sind als Candidaten aufgestellt:

Breslau (Ostbezirk):	A. Bäthke, Maschinenbauer in Berlin;
Breslau (Westbezirk):	J. Kräcker, Sattler in Breslau;
Waldenburg:	A. Kapell, Zimmerer in Hamburg;
Reichenbach-Neurode:	A. Kapell, Zimmerer in Hamburg;
Striegau:	K. P. Reinders, Photograph in Breslau.
Liegnitz-Hainau:	K. P. Reinders, Photograph in Breslau;
Brieg:	Karl Just, Schneider in Breslau;
Kröben-Rawicz:	K. P. Reinders, Photograph in Breslau.

J. A.: K. Just, Vorsitzender des Central-Arbeiterwahlcomités für Schlesien.

An die Parteigenossen des 2. oldenburger und 2. hannöverschen Wahlkreises.

Der Candidat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist in beiden Wahlkreisen: Carl Trillhose in Heppens.

Das Arbeiterwahlcomité von Wilhelmshaven und Heppens.

Parteigenossen in beiden Wahlkreisen, welche gewillt sind, Stimmzettel zu verbreiten, oder überhaupt im Interesse der Wahl thätig zu sein, bitten wir, ihre Adressen an Carl Trillhose zu Tonnenbeich bei Wilhelmshaven zu senden.

Briefkasten

der Redaktion. Hrn. Kaufmann in London: Ihr Inserat können wir nicht aufnehmen; Sie greifen Scherzer in einer Weise an, die durch dessen Correspondenz in Nr. 36 des „Vorwärts" nicht gerechtfertigt ist. Ueber Pyat, den wir nie ernst genommen haben, urtheilen wir wie Sie — das war aber kein hinreichender Grund für uns, die Scherzer'sche Correspondenz zurückzuweisen. — H. in Rendsburg: Wir können ihrem Wunsche nicht nachkommen, da wir den Raum des „Vorwärts" verdreifachen müßten, wollten wir all' die Verleumdungen zurückweisen, die in gegnerischen Blättern und Blättchen uns entgegengeschleudert werden. Im Uebrigen seien Sie unbesorgt — der klar und majestätisch dahinfließende Strom der sozialistischen Bewegung ist durch den gegnerischen Unrath nicht zu trüben.

Bis zum 10. Januar sind Privatbriefe für mich zu adressiren an C. Demmler, Geyer, Erzgebirge. W. Liebknecht.

Allgem. Töpfer-Verein. Meine Adresse für Dessau ist: Otto Sobiesky, Fischergasse 4.

Quittung. Strl Kiel Ann. 2,00. Alt Klein-Gräbitz Ab. 4,10. Off Eisenach Ann. 0,50. Pfldr Freiburg Ab. 4,20. Wß hier Ab. 1,20. Bpp Biberach Schr. 4,10. Grd Stötteritz Ab. 19,50, Schr. 1,50. Snnenbrg Gr.-Tabarz 2,80. Schr. Arad Ab. 3,30. M. Bernst Stanislau Ab. 15,00. P. Pigrbrg Berlin Ab. 1,60. L. Ptrsn Paris Ab. 56,00. Rchtr Haindorf Ab. 1,36, Schr. 9,15. Rw Altona Ab. 50,00. Schnwß Uelzen Ab. 9,00. Mhrhnn Barmen Ab. 100,00. Lhrsn Brunsbüttel Schr. 0,60. Mttg Altona Ab. 22,50.

Wahlfonds.

Von Turnern des Arbeiterbildungsvereins d. Brauer 6 46. Von S, B. 1,75. Liste 8 Cigarrenfabrik Eichorius 2,60. Von L. P. hier 4,10. Von Trtz Neuschönefeld 0,50. Pfldr Freiburg 0,80. P. Sanlick Agram durch W. hier 22,00. Ptrsn Paris 8,00.

Anzeigen 2c.

Leipzig. Mittwoch, den 3. Januar 1877, Abends 8 Uhr, im Saale der „Tonhalle":

Große

Volksversammlung.

Tagesordnung: **Die Stellung der Frauen im heutigen Staat und zum Sozialismus.** Referent Herr A. Bebel.

Die Frauen werden insbesondere zu dieser Versammlung eingeladen und wird ersucht, denselben möglichst die Sitzplätze zu überlassen.

Das Rauchen wird höflichst verbeten.

Die Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags", beleuchtet von A. Bebel, ist im Saale für 30 Pfg. zu haben.

Bei dem Eintritt in den Saal wird ein freiwilliger Beitrag zur Deckung der Kosten erhoben, der Ueberschuß ist zur Wahlagitation bestimmt. [2,10

Das sozialdemokratische Wahlcomité.

Leipzig. **Gewerkschaft der Holzarbeiter.** Sonnabend, den 6. Januar, Abends 8 Uhr, bei Michaeli, Windmühlenstraße Nr. 7: **Versammlung.** Tagesordnung: 1) Vortrag; 2) Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet D. V.

NB. Die Steuerrestanten werden ersucht, ihre Bücher in Ordnung zu bringen. Die Generalversammlung findet den 13. Januar statt. 80] D. O.

Leipzig. Sonntag, den 7. Januar, Vormittags 1/2 11 Uhr, bei Michaeli, Windmühlenstraße Nr. 7:

Große Tischler-Versammlung.

Tagesordnung: Die Werkstatt-Ordnung der Leipziger Tischlermeister. [80

Die Tischler werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen.

Der Einberufer.

Leipzig. Donnerstag, den 4. Januar, Abends 1/2 9 Uhr, bei Michaeli, Windmühlenstraße 7:

Oeffentliche Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Die Organisation der Vertheilung der Stimmzettel und Wahlaufrufe für den 12. und 13. Wahlkreis.

Die Parteigenossen aus dem 13. Wahlkreis sind eingeladen. Der Agent. [80

Wir haben uns heute ins Civilstandsregister eintragen lassen.

Albert und **Marie Kinski** geb. Tuttlies.

Mehlauken, 23. December 1876. [90

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt, wöchentlich 1 1/2 Bogen.

Preis vierteljährlich M. 1,20. In Heften à 0,30.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gelegenheit haben, die Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Prospekte gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammelliste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.

Ein Jeder hat die Pflicht, für **„Die Neue Welt"**, welche eine der wichtigsten Partei-Unternehmungen ist, bei dem bevorstehenden Jahreswechsel entschieden einzutreten.

Schafft neue Abonnenten — sei Losung.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.

Soeben ist erschienen:

Aus den Ruinen

von

Nimrud und Olympia.

Herausgegeben von G. R.

Der Ertrag des Schriftchens wird dem Wahlfond überwiesen.

Preis 10 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Zanfermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 2. Freitag, 5. Januar. 1877.

Die Vertheilung des Grundbesitzes in Großbritannien.

England genießt bekanntlich den zweifelhaften Vorzug, das Land zu sein, in welchem die größten Gegensätze zwischen Arm und Reich herrschen. Besonders gilt dies von der Vertheilung des Grundbesitzes (und wen es interessirt, wie diese zu Stande gekommen ist, der lese in Marx' „Kapital" den Abschnitt über die „sogenannte ursprüngliche Accumulation" und in Liebknecht's „Grund- und Bodenfrage" das betreffende Kapitel). Indessen wußte man bis jetzt nicht genau, konnte nicht ziffermäßig angeben, wie diese Vertheilung im Einzelnen beschaffen ist; es war eine allgemeine Annahme, es gäbe im vereinigten Königreich überhaupt nur 30,000 Grundbesitzer. Diese Zahl wurde den englischen Lords oft vorgeworfen, und das wurde denselben so unangenehm, daß sie sich im Februar 1872 auf Anregen des Grafen Derby an die Regierung wendeten, um eine genaue Uebersicht über die Eigenthumsverhältnisse an Grund und Boden und die Vertheilung des hieraus fließenden Einkommens zu erhalten. Die Regierung ließ das betreffende Material zusammenstellen, allerdings ohne es von einer Menge Fehler zu befreien und ohne es zu ordnen, und die Lords erreichten ihren Zweck, nachzuweisen, daß die Zahl 30,000 falsch sei; es giebt mehr: wieviel aber und was für welche, das werden wir gleich sehen.

Wir entnehmen diese statistischen Belege einem in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie" veröffentlichten Aufsatz von J. Conrad. Derselbe hat sich die Mühe gegeben, das rohe Material der parlamentarischen Blaubücher, welches Liebknecht für die 2. Auflage seiner Grund- und Bodenfrage noch nicht zu Gebot stand, zu sichten. Die in den betreffenden Blaubüchern enthaltenen, von der Regierung übrigens eingestandenen Ungenauigkeiten konnte er freilich nur zum geringsten Theile gut machen. Zum Theil waren dieselben allerdings nicht gut zu vermeiden: soweit nämlich die eigenthümlichen Eigenthums- und Pachtverhältnisse Englands daran Schuld sind. Ein großer Theil des Landes (z. B. der Boden, auf dem Manchester steht) ist auf 999 Jahre verpachtet, andere Strecken auf 99, auf Lebenszeit, auf Erbpacht u. s. w. Eine Pacht auf 99 Jahre ist [illegible], besonders wenn die jährliche Abgabe klein ist, fast wie Eigenthum anzusehen; wenigstens war das die Ansicht des Parlaments und der Regierung; und so entschloß man sich, Pachtungen auf 99 Jahre und darüber, sowie solche mit einem Rechte auf fortdauernde Erneuerung als Eigenthum zu betrachten. Genau genommen liegt hierin aber eine Fälschung der Statistik zu Gunsten der herrschenden Klasse. — Zu den Fehlern, die zu vermeiden gewesen wären, gehören die vorgekommenen Doppelzählungen, die daraus entstanden, daß eine Person, die in verschiedenen Theilen des Landes Grundeigenthum besaß, öfters für mehrere gezählt wurde, was in sehr vielen Fällen allerdings von den Beamten der Regierung verbessert worden ist, sodann das Mitzählen der Corporationen, der Mangel einer Unterscheidung des landwirthschaftlichen Einkommens von dem aus Häusern u. s. w., Faktoren, die alle mehr oder weniger die Zahlen für die „Enterbten" in einem günstigeren Lichte erscheinen lassen.

Betrachten wir zuerst England und Wales, jedoch mit Ausschluß der Metropole London. Hier betragen die Grundbesitzer 972,836 oder, wenn man die Familie zu 4,5 Personen annimmt, so partizipiren am Besitze 22,5 Proz. der Gesammtbevölkerung, welche etwa 19½ Millionen beträgt. Das ist zwar kein günstiges Verhältniß, doch nicht gerade ungünstiger wie in anderen Ländern. Sehen wir dagegen nach, wie sich diese Besitzenden wieder unter einander klassifiziren, so stoßen wir auf die interessantesten Thatsachen, die wir in einer kleinen Tabelle folgen lassen wollen.

England und Wales	Zahl der Besitzer	Ausdehnung d. Besitzungen	Jahresertrag in Pfd.	Zahl der Besitzungen i. %	Ausdehnung d. Besitzung. i. %	Jahresertrag in %
Besitz unter 1 Acre	703,289	155,924	28,475,140	72,4	0,5	28,6
Besitz von 1—1000 Acres	264,340	14,741,921	43,969,513	27,1	44,7	44,2
Besitz von 1000 -10000 Acres	4917	13,974,507	21,554,487	0,5	42,3	21,8
Besitz v. 10000 Acres u. mehr	290	4,141,158	5,353,103	0,03	12,5	5,4

Die vorstehenden Zahlen bedürfen keines Commentars; sie verdienten aber von allen denjenigen genau studirt zu werden, die an der heutigen Ordnung der Gesellschaft nichts auszusetzen finden. Diese sollen uns doch erklären, warum 4917 Personen fast ebensoviel Einkommen aus Grundbesitz haben, wie 264,340, oder warum 290 Personen den achten Theil des ganzen Landes ihr Eigenthum nennen. Ja, die Zahl 290 ist wegen vorgekommener Doppelzählung sogar noch zu vermindern und schließt übrigens sehr ungleiche Elemente ein. Die Concentration ist nämlich so beträchtlich, daß, nach einer Berechnung des „Journal des Economistes", 47 Personen zwischen 20 und 30,000 Acres, 27 zwischen 30 und 40, 8 von 40—50, 18 von 50—100,000, 6 100,000 oder mehr Acres besitzen. Das Einkommen eines solchen Mannes der letzten Kategorien — wohlverstanden, aus Grundeigenthum allein — beläuft sich bisweilen auf mehrere Millionen Mark.

Diese Verhältnisse sind, wie Jeder zugeben muß, sehr schroff. Trotzdem werden dieselben noch übertroffen durch diejenigen Schottlands. Hier theilen sich 300 Personen in 70 Proz. des ganzen Landes (mit Ausnahme des Grund und Bodens der Städte mit 20,000 Einwohnern und darüber) und beziehen 22,21 Proz. des gesammten Jahresertrags; jede hat ein Areal von mindestens 10,000, im Durchschnitt aber 40,000 Acres, die ihr 10,000 Pfd. St. (200,000 Mark) jährlich einbringen. Einige bringen es allerdings auf ein weit höheres Einkommen. So gehören dem Herzog von Richmond 241,881 Ares mit 59,197 Pfd. St. Einkünften, dem Herzog von Argyle 168,315 mit 45,672 Pfd. St.; der Herzog von Hamilton besitzt 50,235 Acres mit 46,000 Pfd. St. Ertrag, wozu noch Einkommen aus Bergwerken u. s. w. kommt, so daß er aus Grundbesitz allein jährlich 113,803 Pfd. St. (2,276,100 Mark) bezieht.

Die Besitzungen von 1000—10,000 Acres sind in den Händen von 1300 Personen; sie betragen 23,01 Proz. der Fläche, liefern 28,72 Proz. des Ertrags und verschaffen ihren Eigenthümern ein durchschnittliches Einkommen von gegen 3000 Pfd. St., was noch immer recht anständig ist.

Nachdem diesen 1600 Leuten der beiden ersten Kategorien der Löwenantheil zugefallen ist, bleibt für die 16,000, welche 1—1000 Acres besitzen und die 76,000, die nicht einmal 1 Acre haben, natürlich nicht viel mehr übrig. Erstere bilden 17 Proz. aller Grundbesitzer Schottlands, haben ein Eigenthum von 1,452,444 Acres mit einem Jahresertrag von 4,533,471 Pfd. St., eine Zahl, die allerdings sehr ungenau ist, da gerade hier auch andere als landwirthschaftliche Einnahmequellen mitgezählt wurden. Die Personen der letzten Kategorie besitzen 22,321 Acres und 2,098,830 Pfd. St. Einkommen, also etwa 15½ Proz. der Gesammteinkünfte, während sie 81,08 Proz. der Besitzer bilden. Rechnen wir zu diesen 4 Abtheilungen noch die 37,589 Grundeigenthümer der 9 größeren Städte, so erhalten wir für ganz Schottland 132,230, die aber durch die Doppelzählungen auf 120,000 zu reduziren sein dürften. Es würden etwas über 14 Proz. der Haushaltungen am Grund und Boden partizipiren.

Werfen wir nun noch einen Blick auf Irland. Dort existiren 68,758 Grundbesitzer, wovon 32,614 einen Acre und mehr besitzen, 36,143 weniger als 1 Acre. Von der Gesammtbevölkerung nehmen, die Familie zu 4,5 Personen gerechnet, nur 5,7 Proz. am Grundbesitz Theil, was ein entsetzlich ungünstiges Verhältniß ist.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Es wird aufgefallen sein, daß, zumal in Schottland, die großen Besitzungen einen verhältnißmäßig viel geringeren Ertrag abwerfen als die mittleren. Einestheils findet das seine Erklärung darin, daß solche ausgedehnte Güter einen größeren Theil wirklichen Oedelandes, dem nichts abgewonnen werden kann, einschließen, anderntheils aber kommt es daher, daß bekanntlich eine bedeutende Fläche dadurch der Kultur entzogen wird, daß sie zu Parks und Jagdgründen dient. In dieser Beziehung ist das ferne Japan dem hochcivilisirten England weit voraus, denn dort besteht ein Gesetz, wonach jeder Acker, den sein Eigenthümer zu bebauen versäumt, einfach vom Staate confiszirt wird.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

(Schluß des Art. 1.)

Inzwischen war neben und nach der französischen Philosophie des 18. Jahrhunderts die neuere deutsche Philosophie entstanden und hatte in Hegel ihren Abschluß gefunden. Ihr größtes Verdienst war die Wiederaufnahme der Dialektik, als der höchsten Form des Denkens. Die alten griechischen Philosophen waren alle geborne, naturwüchsige Dialektiker, und der universellste Kopf unter ihnen, Aristoteles, hat auch bereits die wesentlichsten Formen des dialektischen Denkens untersucht. Die neuere Philosophie dagegen, obwohl auch in ihr die Dialektik glänzende Vertreter hatte (z. B. Descartes und Spinoza), war besonders durch englischen Einfluß mehr und mehr in der sog. metaphysischen Denkweise festgefahren, von der auch die Franzosen des 18. Jahrhunderts, wenigstens in ihren speciell philosophischen Arbeiten, fast ausschließlich beherrscht wurden. Außerhalb der eigentlichen Philosophie waren sie ebenfalls im Stande, Meisterwerke der Dialektik zu liefern; wir erinnern nur an Rameau's Neffen von Diderot und die Abhandlung über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen von Rousseau. — Wir geben hier kurz das Wesentliche beider Denkmethoden an; wir werden noch ausführlicher darauf zurückzukommen haben.

Wenn wir die Natur, oder die Menschengeschichte, oder unsre eigne geistige Thätigkeit der denkenden Betrachtung unterwerfen, so bietet sich uns zunächst dar das Bild einer unendlichen Verschlingung von Zusammenhängen und Wechselwirkungen, in der Nichts bleibt was, wo und wie es war, sondern Alles sich bewegt, sich verändert, wird und vergeht. Diese ursprüngliche, naive, aber der Sache nach, richtige Anschauung von der Welt ist die der alten griechischen Philosophie und ist zuerst klar ausgesprochen von Heraklit: Alles ist und ist auch nicht, denn Alles fließt, ist in steter Veränderung, in stetem Werden und Vergehen begriffen. Aber diese Anschauung, so richtig sie auch den allgemeinen Charakter des Gesammtbildes der Erscheinungen erfaßt, genügt doch nicht, die Einzelnheiten zu erklären, aus denen sich dies Gesammtbild zusammensetzt; und so lange wir dies nicht können, sind wir auch über das Gesammtbild nicht klar. Um diese Einzelnheiten zu erkennen, müssen wir sie aus ihrem natürlichen oder geschichtlichen Zusammenhang herausnehmen und sie, jede für sich, nach ihrer Beschaffenheit, ihren besondern Ursachen und Wirkungen ꝛc. untersuchen. Dies ist zunächst die Aufgabe der Naturwissenschaft und Geschichtsforschung; Untersuchungszweige, die aus sehr guten Gründen bei den Griechen der klassischen Zeit einen nur untergeordneten Rang einnahmen, weil diese vor Allem erst das Material zusammenschleppen mußten. Die Anfänge der exakten Naturforschung werden erst bei den Griechen der alexandrinischen Periode und später, im Mittelalter, von den Arabern, weiter entwickelt; eine wirkliche Naturwissenschaft datirt indeß erst von der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, und von da an hat sie mit stets wachsender Geschwindigkeit Fortschritte gemacht. Die Zerlegung der Natur in ihre einzelnen Theile, die Sonderung der verschiedenen Naturvorgänge und Naturgegenstände in bestimmte Klassen, die Untersuchung des Innern der organischen Körper nach ihren mannichfachen anatomischen Gestaltungen, war die Grundbedingung der Riesenfortschritte, die die letzten vierhundert Jahre uns in der Erkenntniß der Natur gebracht. Aber sie hat uns ebenfalls die Gewohnheit hinterlassen, die Naturdinge und Naturvorgänge in ihrer Vereinzelung, außerhalb des großen Gesammtzusammenhangs aufzufassen; daher nicht in ihrer Bewegung, sondern in ihrem Stillstand, nicht als wesentlich veränderliche, sondern als feste Bestände, nicht in ihrem Leben, sondern in ihrem Tod. Und indem, wie dies durch Bacon und Locke geschah, diese Anschauungsweise aus der Naturwissenschaft sich in die Philosophie übertrug, schuf sie die spezifische Bornirtheit der letzten Jahrhunderte, die metaphysische Denkweise.

Für den Metaphysiker sind die Dinge und ihre Gedanken-Abbilder, die Begriffe, vereinzelte, eins nach dem andern und ohne das andre zu betrachtende, feste, starre, ein für allemal gegebne Gegenstände der Untersuchung. Er denkt in lauter unvermittelten Gegensätzen: seine Rede ist Ja, ja, Nein, nein, was darüber ist, ist vom Uebel. Für ihn existirt ein Ding entweder, oder es existirt nicht: ein Ding kann ebensowenig zugleich es selbst und ein Anderes sein. Positiv und negativ schließen einander absolut aus; Ursache und [illegible] stehen in starrem Gegensatz zu einander. Diese Denkweise erscheint uns auf den ersten Blick deswegen äußerst plausibel, weil sie diejenige des sog. gesunden Menschenverstandes ist. Allein der gesunde Menschenverstand, ein so respektabler Geselle er auch in dem hausbackenen Gebiet seiner vier Wände ist, erlebt ganz wunderbare Abenteuer, sobald er sich in die weite Welt der Forschung wagt; und die metaphysische Anschauungsweise, auf so weiten, je nach der Natur des Gegenstands ausgedehnten Gebieten sie auch berechtigt und sogar nothwendig ist, stößt doch jedesmal früher oder später auf eine Schranke, jenseits welcher sie einseitig, bornirt, abstract wird und sich in unlösliche Widersprüche verirrt, weil sie über den einzelnen Dingen deren Zusammenhang, über ihrem Sein ihr Werden und Vergehn, über ihrer Ruhe ihre Bewegung vergißt, weil sie vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht. Für alltägliche Fälle wissen wir z. B. und können mit Bestimmtheit sagen, ob ein Thier existirt oder nicht; bei genauerer Untersuchung finden wir aber, daß dies manchmal eine höchst verwickelte Sache ist, wie das die Juristen sehr gut wissen, die sich umsonst abgeplagt haben eine rationelle Gränze zu entdecken, von der an die Tödtung des Kindes im Mutterleibe Mord ist; und ebenso unmöglich ist es, den Moment des Todes festzustellen, indem die Physiologie nachweist, daß der Tod nicht ein einmaliges, augenblickliches Ereigniß, sondern ein sehr langwieriger Vorgang ist. Ebenso ist jedes organische Wesen in jedem Augenblick dasselbe und nicht dasselbe; in jedem Augenblick verarbeitet es von Außen zugeführte Stoffe und scheidet andre aus, in jedem Augenblick sterben Zellen seines Körpers ab und bilden sich neue; je nach einer längeren oder kürzeren Zeit ist der Stoff dieses Körpers vollständig erneuert, durch andre Stoffatome ersetzt worden, sodaß jedes organisirte Wesen stets dasselbe und doch ein anderes ist. Auch finden wir bei genauerer Betrachtung, daß die beiden Pole eines Gegensatzes, wie positiv und negativ, ebenso untrennbar von einander wie entgegengesetzt sind, und daß sie trotz aller Gegensätzlichkeit sich gegenseitig durchdringen; ebenso, daß Ursache und Wirkung Vorstellungen sind, die nur in der Anwendung auf den einzelnen Fall als solche Gültigkeit haben, daß sie aber, sowie wir den einzelnen Fall in seinem allgemeinen Zusammenhang mit dem Weltganzen betrachten, zusammengehn, sich auflösen in der Anschauung der universellen Wechselwirkung, wo Ursachen und Wirkungen fortwährend ihre Stelle wechseln, das was jetzt oder hier Wirkung, dort oder dann Ursache wird und umgekehrt.

Alle diese Vorgänge und Denkmethoden passen nicht in den Rahmen des metaphysischen Denkens hinein. Für die Dialektik dagegen, die die Dinge und ihre begrifflichen Abbilder wesentlich in ihrem Zusammenhang, ihrer Verkettung, ihrer Bewegung, ihrem Entstehn und Vergehn auffaßt, sind Vorgänge wie die obigen, ebensoviel Bestätigungen ihrer eignen Verfahrungsweise. Die Natur ist die Probe auf die Dialektik, und wir müssen es der modernen Naturwissenschaft nachsagen, daß sie für diese Probe ein äußerst reichliches, sich täglich häufendes Material geliefert und damit bewiesen hat, daß es in der Natur, in letzter Instanz, dialektisch und nicht metaphysisch hergeht. Da aber die Naturforscher bis jetzt zu zählen sind, die dialektisch zu denken gelernt haben, so erklärt sich aus diesem Konflikt der entdeckten Resultate mit der hergebrachten Denkweise die gränzenlose Verwirrung, die jetzt in der theoretischen Naturwissenschaft herrscht, und die Lehrer wie Schüler, Schriftsteller wie Leser zur Verzweiflung bringt.

Eine exakte Darstellung des Weltganzen, seiner Entwicklung und der der Menschheit, sowie des Spiegelbildes dieser Entwicklung in den Köpfen der Menschen, kann also nur auf dialektischem Wege, mit steter Beachtung der allgemeinen Wechselwir-

n des Werdens und Vergehens, der fort- oder rückschreitenden Aenderungen zu Stande kommen. Und in diesem Sinn trat die neuere deutsche Philosophie auch sofort auf. Kant eröffnete seine Laufbahn damit, daß er das stabile newton'sche Sonnensystem und seine — nachdem der famose erste Anstoß einmal gegeben — ewige Dauer auflöste in einem geschichtlichen Vorgang: in die Entstehung der Sonne und aller Planeten aus einer rotirenden Nebelmasse. Dabei zog er bereits die Folgerung, daß mit dieser Entstehung ebenfalls der künftige Untergang des Sonnensystems nothwendig gegeben sei. Seine Ansicht wurde ein halbes Jahrhundert später durch Laplace mathematisch begründet und noch ein halbes Jahrhundert später wies das Spektroskop die Existenz solcher glühenden Gasmassen, in verschiednen Stufen der Verdichtung, im Weltraum nach.

Ihren Abschluß fand diese neuere deutsche Philosophie im Hegel'schen System, worin zum ersten Mal — und das ist sein großes Verdienst — die ganze natürliche, geschichtliche und geistige Welt als ein Prozeß, d. h. als in steter Bewegung, Veränderung, Umbildung und Entwicklung begriffen dargestellt und der Versuch gemacht wurde, den inneren Zusammenhang in dieser Bewegung und Entwicklung nachzuweisen. Von diesem Gesichtspunkt aus erschien die Geschichte der Menschheit nicht mehr als ein wüstes Gewirr sinnloser Gewaltthätigkeiten, die vor dem Richterstuhl der jetzt gereiften Philosophenvernunft alle gleich verwerflich sind, und die man am besten so rasch wie möglich vergißt, sondern als der Entwicklungsprozeß der Menschheit selbst, dessen allmählichen Stufengang durch alle Irrwege zu verfolgen, und dessen innere Gesetzmäßigkeit durch alle scheinbaren Zufälligkeiten hindurch nachzuweisen, jetzt die Aufgabe des Denkens wurde.

Daß Hegel diese Aufgabe nicht löste, ist hier gleichgültig. Sein epochemachendes Verdienst war, sie gestellt zu haben. Es ist eben eine Aufgabe, die kein Einzelner je wird lösen können. Obwohl Hegel — neben Saint-Simon — der universellste Kopf seiner Zeit war, so war er doch beschränkt erstens durch den nothwendig begrenzten Umfang seiner eignen Kenntnisse, und zweitens durch die, ebenfalls nach Umfang und Tiefe begrenzten Kenntnisse und Anschauungen seiner Epoche. Dazu kam aber noch ein Drittes. Hegel war Idealist, d. h. ihm galten die Gedanken seines Kopfs nicht als die mehr oder weniger abstrakten Abbilder der wirklichen Dinge nnd Vorgänge, sondern umgekehrt galten ihm die Dinge und ihre Entwicklung nur als die verwirklichten Abbilder der irgendwo schon vor der Welt existirenden „Idee". Damit war Alles auf den Kopf gestellt und der wirkliche Zusammenhang der Welt vollständig umgekehrt. Und so richtig und genial auch manche Einzel-Zusammenhänge von Hegel aufgefaßt worden, so mußte doch aus den angegebenen Gründen auch im Detail Vieles geflickt, gekünstelt, konstruirt, kurz verkehrt ausfallen. Das Hegel'sche System als solches war eine kolossale Fehlgeburt — aber auch die letzte ihrer Art. Es litt nämlich noch an einem unheilbaren inneren Widerspruch: einerseits hatte es zur wesentlichen Voraussetzung die historische Anschauung, wonach die menschliche Geschichte ein Entwicklungsprozeß ist, der seiner Natur nach nicht durch die Entdeckung einer sogenannten absoluten Wahrheit seinen intellektuellen Abschluß finden kann; andrerseits aber behauptet es der Inbegriff eben dieser absoluten Wahrheit zu sein. Ein allumfassendes, ein für allemal abschließendes System der Erkenntniß von Natur und Geschichte steht im Widerspruch mit den Grundgesetzen des dialektischen Denkens; was indeß keineswegs ausschließt, sondern im Gegentheil einschließt, daß die systematische Erkenntniß der gesammten äußeren W[illegible] Geschlecht zu Geschlecht Riesenschritte machen kann.

Die Einsicht in die totale Verkehrtheit des bisherigen deutschen Idealismus führte nothwendig zum Materialismus, aber wohlgemerkt, nicht zum blos metaphysischen, ausschließlich mechanischen Materialismus des 18. Jahrhunderts. Gegenüber der naiv-revolutionären, einfachen Verwerfung aller früheren Geschichte, sieht der moderne Materialismus in der Geschichte den Entwicklungsprozeß der Menschheit, dessen Bewegungsgesetze zu entdecken seine Aufgabe ist. Gegenüber der sowohl bei den Franzosen des 18. Jahrhunderts wie bei Hegel herrschenden Vorstellung von der Natur als eines sich in engen Kreisläufen bewegenden, sich gleich bleibenden Ganzen mit ewigen Weltkörpern, wie sie Newton, und unveränderlichen Arten von organischen Wesen, wie sie Linné gelehrt hatte, faßt er die neueren Fortschritte der Naturwissenschaft zusammen, wonach die Natur ebenfalls ihre Geschichte in der Zeit hat, die Weltkörper wie die Artungen der Organismen, von denen sie unter günstigen Umständen bewohnt werden, entstehn und vergehn, und die Kreisläufe, soweit sie überhaupt zulässig sind, unendlich großartigere Dimensionen annehmen. In beiden Fällen ist er wesentlich dialektisch und braucht keine über den andern Wissenschaften stehende Philosophie mehr. Sobald an jede einzelne Wissenschaft die Forderung herantritt, über ihre Stellung im Gesammtzusammenhang der Dinge und der Kenntniß von den Dingen sich klar zu werden ist jede besondre Wissenschaft vom Gesammtzusammenhang überflüssig. Was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch selbstständig bestehn bleibt, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen — die formelle Logik und die Dialektik. Alles andre geht auf in die positive Wissenschaft von Natur und Geschichte.

Während jedoch der Umschwung in der Naturanschauung nur in dem Maß sich vollziehen konnte als die Forschung den entsprechenden positiven Erkenntnißstoff lieferte, hatten sich schon viel früher historische Thatsachen geltend gemacht, die für die Geschichtsauffassung eine entscheidende Wendung herbeiführten. 1834 hatte in Lyon der erste Arbeiteraufstand stattgefunden; 1838—42 erreichte die erste nationale Arbeiterbewegung, die der englischen Chartisten, ihren Höhepunkt. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie trat in den Vordergrund der Geschichte der fortgeschrittensten Länder Europas, in demselben Maß wie sich dort einerseits die große Industrie, andererseits die neueroberte politische Herrschaft der Bourgeoisie entwickelte. Die Lehren der bürgerlichen Oekonomie von der Identität der Interessen von Kapital und Arbeit, von der allgemeinen Harmonie und dem allgemeinen Volkswohlstand als Folge der freien Konkurrenz, wurden immer schlagender von den Thatsachen Lügen gestraft. Alle diese Dinge waren nicht mehr abzuweisen, ebensowenig wie der französische und englische Sozialismus, der ihr theoretischer, wenn auch höchst unvollkommener Ausdruck war. Aber die alte idealistische Geschichtsauffassung, die noch nicht verdrängt war, kannte keine auf materiellen Interessen beruhenden Klassenkämpfe, überhaupt keine materiellen Interessen; die Produktion wie alle ökonomischen Verhältnisse kamen in ihr nur so nebenbei, als untergeordnete Elemente der „Kulturgeschichte" vor. Die neuen Thatsachen zwangen dazu, die ganze bisherige Geschichte einer neuen Untersuchung zu unterwerfen, und da zeigte sich, daß alle bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen war, daß diese einander bekämpfenden Klassen der Gesellschaft jedesmal Erzeugnisse sind der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, mit Einem Wort der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche; daß also die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesammte Ueberbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen, sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnitts in letzter Instanz zu erklären sind. Hiermit war der Idealismus aus seinem letzten Zufluchtsort, aus der Geschichtsauffassung, vertrieben, eine materialistische Geschichtsauffassung gegeben, und der Weg gefunden, um das Bewußtsein der Menschen aus ihrem Sein, statt wie bisher ihr Sein aus ihrem Bewußtsein zu erklären.

Mit dieser materialistischen Geschichtsauffassung war aber der bisherige Sozialismus ebenso unverträglich wie die Naturauffassung des französischen Materialismus mit der Dialektik und der neueren Naturwissenschaft. Der bisherige Sozialismus kritisirte zwar die bestehende kapitalistische Produktionsweise und ihre Folgen, konnte sie aber nicht erklären, also auch nicht mit ihr fertig werden; er konnte sie nur einfach als schlecht verwerfen. Es handelte sich aber darum, diese kapitalistische Produktionsweise einerseits in ihrem geschichtlichen Zusammenhang und ihrer Nothwendigkeit für einen bestimmten geschichtlichen Zeitabschnitt, also auch die Nothwendigkeit ihres Untergangs, darzustellen, andrerseits aber auch ihren inneren Charakter zu enthüllen, der noch immer verborgen war, da die bisherige Kritik sich mehr auf die üblen Folgen als auf den Gang der Sache selbst geworfen hatte. Dies geschah durch die Entdeckung des Mehrwerths. Es wurde bewiesen, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie vollzognen Ausbeutung des Arbeiters ist; daß der Kapitalist, selbst wenn er die Arbeitskraft seines Arbeiters zum vollen Werth kauft, den sie als Waare auf dem Waarenmarkt hat, dennoch mehr Werth aus ihr herausschlägt, als er für sie bezahlt hat; und daß dieser Mehrwerth in letzter Instanz die Werthsumme bildet, aus der sich die stets wachsende Kapitalmasse in den Händen der besitzenden Klassen aufhäuft. Der Hergang sowohl der kapitalistischen Produktion wie der Produktion von Kapital war erklärt.

Diese beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelst des Mehrwerths, verdanken wir Marx. Mit ihnen wurde der Sozialismus eine Wissenschaft, die es sich nun zunächst darum handelt, in allen ihren Einzelnheiten und Zusammenhängen weiter auszuarbeiten. —

So etwa standen die Sachen auf dem Gebiete des theoretischen Sozialismus und der verstorbenen Philosophie, als Herr Eugen Dühring nicht ohne beträchtliches Gepolter auf die Bühne sprang und eine durch ihn vollzogene, totale Umwälzung der Philosophie, der politischen Oekonomie und des Sozialismus ankündigte.

Sehen wir zu, was Herr Dühring uns verspricht und — was er hält.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Die Sozialdemokraten wollen die Ehe abschaffen", mit dieser Verleumdung gedenken die Gegner in dem jetzt tobenden Wahlkampfe die Sozialdemokratie niederzuschmettern. Daß diese und andere Verleumdungen immer gerade zur Reichstagswahl, also nur alle drei Jahre, der Sozialdemokratie entgegengeschleudert werden, beweist, abgesehen von deren innerer Haltlosigkeit, zur Genüge, daß unsere Gegner selber nicht an das glauben, was sie uns Schlimmes nachsagen. Und in der That ist auch nie ein ernster Versuch gemacht worden, uns nachzuweisen, daß die Form höher stehe als das Wesen, daß nur der Segen des Pfaffen und nicht die Liebe, wie wir wollen, das einzige Band sein kann, welches die Ehe knüpft, erhält und heiligt. Aber gerade weil unsere Gegner die Form über das Wesen stellen, darum sehen wir auch von ihnen die Heiligkeit der Ehe so häufig mit Füßen getreten, wie nachstehender Fall wieder einmal beweist. So wird aus Crimmitschau berichtet, daß ein dortiger liberaler Fabrikant, der selbst verheirathet ist, heftiges Verlangen nach einer in seiner Fabrik beschäftigten jungen Frau hatte. Er nahte der Frau wiederholt mit unsauberen Anträgen, die diese entrüstet zurückwies. Nur mit Widerwillen arbeitete die Frau, weil sie wenigstens bis Weihnachten den kärglichen Lohn noch mitnehmen wollte, in der Fabrik weiter. Neulich wurde nun der Fabrikant zudringlicher und handgreiflich, weswegen er von der kräftigen Fabrikarbeiterin einen fühlbaren Denkzettel erhielt, die außerdem sein freches Benehmen ihren Arbeitsgenossen erzählte. Ein Herr Spinnmeister war keck genug, der Frau zu sagen, sie hätte sich's ja können gefallen lassen, was wäre denn da weiter dabei. Als die Frau des andern Tags erst zur Frühstückszeit in der Fabrik erscheint, wird ihr bedeutet, daß sie nicht weiter arbeiten dürfe, sie solle ihre Wege gehen.

Hier noch ein Beitrag zu demselben Kapitel. Vor dem Bezirksgericht der innern Stadt Wien standen vor 14 Tagen zwei Ehepaare wegen Mädchenhandel angeklagt; bei dem Wucherer Ludwig Hondel, einem der Angeklagten, fand man ein Verzeichniß seiner „Kundschaften", in welchen die Namen der „angesehensten" aristokratischen Familien und der hohen Finanzwelt prangen. Die Namen dürfen jedoch in den Zeitungen nicht veröffentlicht werden; dies entspricht vollkommen der Heuchelei der höheren Gesellschaft.

In welchem Lager also sind Diejenigen zu suchen, welche die Ehe nicht nur abschaffen wollen, sondern, wie Figura zeigt, auch thatsächlich abschaffen?

— Eine „große Anzahl" Gewerkvereinler hat nach der „Volkszeitung" in einer Versammlung in Berlin bezüglich der Stellung zu den Reichstagswahlen folgende Resolution angenommen: „Obwohl zwischen den Mitgliedern der deutschen Gewerkvereine und den zur Fortschrittspartei gehörenden Abgeordneten nicht durchgängig das beste Einvernehmen herrscht, so ist es doch Pflicht aller Gewerkvereins-Mitglieder, mit Rücksicht auf das Programm der Fortschrittspartei, dieselbe überall da, wo für einen Candidaten der Gewerkvereins-Mitglieder keine Aussicht vorhanden, nach besten Kräften bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zu unterstützen. Die Gewerkvereins-Mitglieder halten es allerdings für selbstverständlich, daß die Fortschrittspartei im umgekehrten Falle genau ebenso handeln würde. Als ein Verrath an der Sache der Gewerkvereine ist es zu erachten, wenn, gleichviel unter welchen Umständen, die Reichstagscandidatur eines Sozialdemokraten irgendwie unterstützt wird." — Wir haben guten Grund, daran zu zweifeln, daß obige Resolution von einer „großen Anzahl" Gewerkvereinler angenommen worden ist; denn für's Erste sind die Gewerkvereine des Dr. M. Hirsch nirgends so stark vertreten, daß von einer „großen Anzahl" die Rede sein könnte, und dann nimmt es der „verdienstvolle Anwalt" mit der Wahrheit auch nicht so genau. Ein wenig „Klappern" gehört ja auch zum Handwerk — und die Reichstagswahlen stehen vor der Thür. Das erklärt Alles.

Aus der Reichshauptstadt.

(Correspondenz aus der „Neuen Freien Presse".)

„Die Gazetten sollen nicht genirt werden." Das ist ja wohl ein Ausspruch von Friedrich dem Großen. Nicht alle großen Männer denken so oder scheinen so zu denken. Ich weiß ein Bureau in Berlin, wo die Gazetten sehr genirt werden. Der genannte König von Preußen soll auch einmal ein gegen ihn gerichtetes Pasquill, zu dem die Leute, um es an dem Hause, wo es angeschlagen war, zu lesen, die Hälse sehr lang strecken mußten, zur größeren Bequemlichkeit niedriger haben anschlagen lassen. Das ist auch nicht die Manier aller großen Männer. In dem Bureau, von dem ich spreche, liegen Hunderte und Tausende von Pasquills aufgestapelt, die im Gegentheile abgerissen sind, um einen ganz andern Gebrauch davon zu machen, als sie der Lektüre des Publikums näher zu bringen. Ich spreche nicht von unserm Molkenmarkt, überhaupt nicht von einem Polizei- oder Staatsanwaltsbureau. Da werden allerdings die Gazetten auch genirt und Pasquills, d. h. staatsgefährliche Leit- und andere Artikel auch sorgfältig registrirt. Man weiß zu welchem Zwecke. Ich denke über unsere Polizei-Aktoren anders wie der Abgeordnete Parisius, der eine merkwürdige Scheu vor ihnen hat und sich einbildet, dieselben hätten weiter nichts zu thun, als, in die Zeitungen vertieft, auf Meß- und andere politische Verbrecher zu fahnden. Wäre das der Fall, so hätten sie eigentlich nicht viel zu thun. Sie brauchten z. B. die nationalliberalen, die frei- und anderen conservativen Blätter gar nicht zu lesen, auch nicht die Parteiblätter des Herrn Parisius, sondern höchstens die sozialdemokratischen und ultramontanen. Aber Gazetten enthalten doch noch Anderes als Politisches. Lokalnachrichten, als da sind Bauernfängergeschichten u. dgl., können sehr wohl die Polizei interessiren, und viele Inserate der Voßschen auf ihrer letzten Seite ebenfalls, betreffend die höhere Kuppelei. Man gebe sie doch dem Rothstift der Polizei-Aktoren preis. Vor dieser Genirung der Gazetten braucht Herr Parisius sich nicht zu fürchten. Ich kenne eine andere Genirung. Das Bureau, von dem ich spreche, ist ein Privatbureau, wenn auch Staatsbeamte darin beschäftigt sind. Es ist ziemlich jungen Datums, kaum vier Jahre alt. Die Registratur ist eingerichtet wie alle Registraturen. Die Aktenbündel stecken aus allen Fächern ihre Schwänze heraus. Jeder Schwanz aber enthält den Namen einer Zeitung, meist einer deutschen. Es sind sehr bekannte Namen darunter, doch auch manche, von denen ich noch nichts gehört. Kaum kenne ich das Städtlein, wo das Lokalblättchen erscheint. Am auffallendsten ist mir anfangs, daß bei der großen Anzahl bekannter Blätter, auf die ich treffe, doch die Mehrzahl der gelesensten Blätter, der hauptstädtischen wie der provinzialen, fehlt. Allmählich erst entdecke ich, daß in der hier getroffenen Auswahl System steckt. Nicht als ob eine einzelne politische Partei ausschließlich vertreten wäre. Die Zeitungen auf den Aktenschwänzen gehören sehr verschiedenen Parteien an, die meist unter sich die Solidarität der Interessen von sich abweisen würden. Aber sie repräsentiren doch fast nur eine gewisse Gruppe von Parteien, und was sie hier alle an diesem Orte vereinigt, das ist ihr gemeinsames Schicksal, erkennbar an dem Brandmal, das ihnen in Form von Aktenzeichen aufgedrückt ist, nämlich vom Kriminalrichter. Die Gazetten finden sich da in der That sehr genirt, und die Pasquille, von dem Orte, wo sie einst hingen, deswegen niedriger gehängt, um die Lektüre dem Staatsanwalt bequemer zu machen, finden hier eine sonderbare Conservirung in Privathänden.

Nehmen wir so ein Akten-Fascikel in die Hand. Man kann nicht sagen, daß das Volumen immer mit der Bedeutung der auf dem Aktenschwanz verzeichneten Zeitung in direktem Verhältniß steht. Wenn das auch meist der Fall ist, so finden sich doch ziemlich obscure Blätter auffallend ausgezeichnet, und bekanntere Blätter vernachlässigt. Gleich Folio I. ist höchst interessant. Wir lesen z. B. daselbst wie folgt: Verantwortlicher Redakteur ist nur nominell, indifferente Persönlichkeit, sechs Mal wegen Preßvergehen geringeren Belanges bestraft, darunter zwei Mal wegen Beleidigung des ..., zu 4 und zu 8 Wochen Gefängniß. Intellektueller Redakteur Dr. H., schreibt die mit einem Stern bezeichneten Artikel, ein Mal wegen Beleidigung des .. zu drei Monaten verurtheilt, seit welcher Zeit er nicht mehr zeichnet. Die mit dem Fragezeichen versehenen Artikel sollen vom Abg. Z. herrühren. Als der Berliner Correspondent, Zeichen Dreieck, gilt der Dr. R., es ist der auch für die P. P. unter dem Quadrat-Zeichen schreibt; war früher Redakteur der N. N., lebt seit Eingehen dieses Blattes in Berlin, verkehrt mit Mitgliedern des Centrums.

Das ist Fol. I. Fol. II. enthält die Abschrift eines Antrages auf Erhebung einer Anklage, etwa so: Cop. 594, de 76. An die Königl. Staatsanwaltschaft in M. Die Z. Z. enthält in ihrer Nummer vom 15. Jan. d. J. den folgenden Artikel (folgt eine Stelle aus einem Leitartikel). Da derselbe in den unterstrichenen Worten eine erweislich unwahre Thatsache behauptet, welche den Unterzeichneten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen im Stande ist, so stelle ich hiermit bei der Königl. Staatsanwaltschaft den Antrag auf Bestrafung des Verfassers, sowie des verantwortlichen Redakteurs (§ 186 des Strafgesetzbuches und § 21 des Preßgesetzes.) Berlin, 18. Jan. 76 ....

Folio III.: Verfügung in der Untersuchungssache wider den Redakteur P.— P 134 de 1876. Abschrift des Erkenntnisses vom 8. März. Königl. Stadtgericht zu M. Im Namen des Königs. In der Untersuchungssache wider Redakteur P. hat das Königl. Stadtgericht zu M., Abtheilung für Untersuchungssachen, Deputation II. für Vergehen, in seiner Sitzung vom 8. März 1876, an welcher Theil genommen haben Die und Die, der mündlichen Verhandlung gemäß für Recht erkannt, daß der Angeklagte P. wegen Verleumdung des ... auf drei Monate Gefängniß zu bestrafen. Von Rechtswegen. Gründe.

Folio A neuer Antrag auf Bestrafung. Folio G neues Erkenntniß, und so weiter abwechselnd Antrag und Erkenntn Alles, was die Z. Z. gegen ... gesündigt, findet sich in diesen Fascikel vereinigt, und alles, was die deutsche Presse gegen ... gesündigt, vereinigt sich in dieser dunkeln Halle. Immer derselbe Strafantragsteller, und nichts als Straferkenntnisse wegen Beleidigungen und Verläumdungen derselben Person, oder neue Anträge, auf die der Kriminalrichter noch nicht geantwortet hat. Ach, wie hängen hier die Pasquille so niedrig und so dicht bei einander, aber nicht zur Bequemlichkeit des Publikums. „Der Menschheit ganzer Jammer packt mich an." Eine mittelalterliche Folterkammer! Oder ist es die Ruhmeshalle des Besitzgehaßten? Viel Feinde, viel Ehre, mag er denken und sammelt die Pasquille mit dem jedesmaligen Appendix des Criminalrichters, für einen reichen Engländer, der in einem späteren Jahrhundert historische Merkwürdigkeiten aufkauft.

(Schluß folgt.)

— **Wahlsiege trotz Census.** Bei der am 28. Dezember v. J. in Gablenz (sächs. Erzgebirge) stattgefundenen Ergänzungswahl für den Gemeinderath erhielten die Sozialisten 250—260 Stimmen, während die liberalen Candidaten nur 53 bis 55 davontrugen. Bei der Ersatzmännerwahl der Ansässigen am 29. Dezember war die Betheiligung sehr schwach, die Unansässigen kamen aber wieder in Massen zur Urne und erhielten die Sozialisten jeder 166, die Liberalen aber nur 24 Stimmen. — Ein gleicher Sieg wird aus Reichenbrandt gemeldet. Zu wählen waren dort am 29. Dezember in den Gemeinderath ein Gutsbesitzer, vier Hausbesitzer und zwei Unansässige. Gewählt wurden von den sozialistischen Candidaten ein Gutsbesitzer, drei Hausbesitzer und zwei Unansässige. Den einen Candidaten, einen Arbeiter, den die Liberalen mit auf ihre Liste genommen, brachten dieselben nur deshalb durch, weil die Sozialisten dessen Candidatur unterstützten. — In Callnberg bei Lichtenstein wurden am 18. Dezember bei der Stadtverordnetenwahl von den Gegnern zwei ansässige Stadtverordnete, von Seiten der Sozialisten zwei unansässige Stadtverordnete und zwei ansässige Ersatzmänner gewählt. Es stimmten im Ganzen von 139 stimmberechtigten Ansässigen 51, von 113 stimmberechtigten Unansässigen 79. — Bei der am 16. Dezember stattgehabten Gemeinderathswahl in Wittgensdorf hat unsere Partei glänzend gesiegt. — Bei der Gemeinderaths-Ergänzungswahl in Grüna wurde der als Candidat der Unansässigen aufgestellte Sozialdemokrat mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. — Bei der am 19. Dezember in Nürnberg stattgehabten Wahl der Beisitzer und Ersatzleute für das gewerbliche Schiedsgericht aus dem Arbeiterstande siegten die von den Sozialisten aufgestellten Candidaten mit ungeheurer Mehrheit über die im Schlepptau der Fortschrittspartei befindlichen Gewerkvereinler. Die sozialistischen Candidaten erhielten 1136 resp. 1127 Stimmen, die Gewerkvereinler erhielten nur 32 resp. 31 Stimmen.

— Die Landtagswahlen in Württemberg hatten in Stuttgart eine Stichwahl zwischen einem Nationalliberalen (Lautenschläger) und unserem Parteigenossen Dulk nöthig gemacht. Im ersten Wahlgange traten vier Candidaten auf, von denen Lautenschläger 3613 und Dulk 2958 Stimmen erhielten; 2609 und 1360 Stimmen fielen auf die beiden anderen gegnerischen Candidaten, so daß, da die absolute Majorität nicht erreicht worden war, eine Stichwahl zwischen Lautenschläger und Dulk entscheiden mußte. Am 29. und 30. Dezember fand diese Stichwahl statt und erhielt Lautenschläger 6948 und Parteigenosse Dulk 4760 Stimmen. Gewiß ein günstiges Zeichen für den 10. Januar!

— Der Hungertyphus grassirt in Oberschlesien, oder richtiger — hat seit langer Zeit zu grassiren nicht aufgehört. Dafür ist Oberschlesien aber auch reich gesegnet mit Fürsten, Herzögen, Grafen, Baronen und wie sich sonst diese höchst überflüssige Spezies von Menschen zu nennen beliebt, zu deren kostspieligem Unterhalt der Bauer selbst den letzten Getreidehalm hergeben muß. Ueberfluß und Uebersättigung auf der einen — Mangel und Hungertyphus auf der andern Seite! — Und das nennt sich „göttliche Ordnung", nennt sich „die beste der Welten"!

— Etwas, das keines Commentars bedarf. In der „Zerbster Zeitung" macht die Mutter eines Husaren aus Steckby, der sich dieser Tage in Schönebeck erhängte, Folgendes bekannt: „Wie aus den Briefen meines verstorbenen Sohnes während seiner Militärzeit in Schönebeck hervorgeht und anderweit bezeugt werden kann, erkläre ich als seine trauernd hinterlassene Mutter, daß der Husarenarzt Schulze in Schönebeck durch seine Drohungen die alleinige Schuld daran trägt, daß sich mein Sohn am 6. d. M., Nachmittags 3 Uhr, in seinem Quartier erhängt hat. Kurz vor seinem Tode hatte er zu seinen Kameraden geäußert, daß er eben beim Doktor gewesen sei, wohin ihn sein Unteroffizier geschickt, und habe ihn Ersterer mit den Worten angedonnert: „Kerl, gehen Sie aus meiner Stube, Sie sollen und müssen reiten, sonst zeige ich Sie der Schwadron an!" Zu dieser Zeit hatte mein Sohn in Folge des Reitens vier Löcher in den Beinen, und da der Schmerz zu groß gewesen, er aber dennoch reiten sollte, hat er sich aus Verzweiflung erhängt. Dies ist die liebevolle Behandlungsweise des Herrn Militärdoktor Schulze in Schönebeck. die ich hiermit der Oeffentlichkeit übergebe."

— Die „Friedens- und Freiheitspost" hat aufgehört zu erscheinen. Für die Demokratie ist das ein herber Verlust, da die „Friedens- und Freiheitspost" das einzige Organ war, welches in Ost- und Westpreußen die Sache des Volkes vertrat. Das Blatt nimmt dnrch die Feder des braven Reitenbach in seiner letzten Nummer mit folgenden Worten von den Lesern Abschied: „Das Stück ist aus, wir gehen nach Haus! Mit anderen Worten, unser Blatt erscheint mit dieser Nummer zum letzten Male. Wir waren zu freisinnig, sagten große Besitzer, sagten die Bauern, — großentheils geborene Patrone, — und unsere Arbeiter — wollen noch nicht lesen; daran sterben wir! Es lag einmal nicht in unserer Natur, Anderen nachzupfeifen, wie sie vorpfiffen, und doch lebten wir noch, trotz Geldopfer und Verfolgungen, wäre es uns gelungen, unsinnige Vorurtheile zu besiegen. — Unser letztes Wort sei: Leser, bestellt für unser eingehndes Blatt ein freisinnigeres, als wir es sein konnten! Denkt und hofft, daß es auch bei uns anders kommen wird, und daß die Besserung bald eintritt, dazu müßt Ihr mitthaten, wenn Ihr Männer seid!"

— Das verflossene Jahr hat der Redaktion der „Chemnitzer Freien Presse" nicht weniger als sechs Jahre Gefängniß eingetragen; und damit das alte Jahr einen würdigen Abschluß finde, hat die Chemnitzer Staatsanwaltschaft am 31. Dezember noch eine Anklage wegen „grober Gotteslästerung" hinzugefügt. „Grobe Gotteslästerung!" Als ob Gott, der bekanntlich gar nicht existirt, noch gelästert werden könnte. — Weiter entnehmen wir der „Chemnitzer Freien Presse", daß deren früherer Redakteur W. Meyer, der seit November 1874 hinter Schloß und Riegel verweilt hat, am 1. Januar d. J. nach Verbüßung seiner Strafhaft entlassen worden ist. Parteigenosse Meyer sei hiermit herzlich willkommen!

Correspondenzen.

Aus der Schweiz. 25. Dez. Mit knapper Majorität hat der Ständerath noch kurz vor Thoresschluß das Fabrikgesetz angenommen. Bei der Zähigkeit, mit der die Gegner jeden die heutige Wirthschaft gefährdenden Punkt vertheidigten, hatten sich die Debatten ungemein in die Länge gezogen, namentlich waren es die tief einschneidenden Kardinalfragen des Gesetzes, welche tagelange Diskussionen hervorriefen. Ueber die Definition des Fabrikbegriffs haben wir — vielleicht etwas zu optimistisch — bereits referirt, aber auch jetzt noch ziehen wir die vom Ständerathe acceptirte Lösung der früheren vor. Die Kantone haben es danach in ihrer Hand, den Fabrikbegriff zu erweitern, und der Bundesrath wird bei einem etwaigen Rekurse konsequenterweise den liberalsten Standpunkt einnehmen müssen. — Bei der Haftpflicht wurde, wie wir erwähnt, von radikaler Seite noch der Antrag gestellt, daß der Fabrikbesitzer auch für den Schaden hafte, welcher dem Arbeiter aus Krankheiten erwachse, die sich nur auf eine gesundheitsschädliche Industrie zurückführen ließen. Der Radikale Zangger von Zürich, Referent der Kommissionsmehrheit, der sich beiläufig auf das energischste für das Zustandekommen des Gesetzes bemühte, führte aus, daß es nothwendig sei, die gesundheitsschädlichen Industrien unter die Haftpflicht zu stellen, um in erster Reihe die Fabrikanten aus ihrer heutigen Lässigkeit emporzuschrecken und sie zu zwingen, ihr Möglichstes zur Verminderung der Uebelstände zu thun. Die Kantone hätten schon längst schützende Bestimmungen aufstellen müssen; bei einigen sei es allerdings geschehen, im Allgemeinen aber herrschten auf diesem Gebiete noch die trostlosesten Zustände. — In Frage kamen speziell die Zündhölzchen-Fabriken und hier wurde von Zangger noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Personen mit porösen Zähnen der Kiefernekrose viel mehr unterworfen seien als Leute mit gesunden Zähnen. Als Unwahrheit bezeichnete er den von gegnerischer Seite erhobenen Einwand, daß gerade der Gesundheitsschädlichkeit der Arbeiter wegen die Zündhölzchen-Arbeiter besser als andere bezahlt werden. Bundesrath Schenk wies das Argument der höheren Löhne als unstichhaltig und unwürdig zurück. Die Mineurs bei den Eisenbahnbauten erhielten auch höhere Löhne, trotzdem schütze sie das Haftpflichtgesetz. Niemandem sei es eingefallen, sie des höheren Lohnes wegen davon auszuschließen. — Die Debatte endigte mit Annahme folgenden Antrages: „Der Bundesrath wird überdies diejenigen Industriezweige bezeichnen, die erwiesenermaßen und ausschließlich bestimmte gefährliche Krankheiten erzeugen und auf welche die Haftpflicht auszudehnen ist! — Einen heißen Kampf rief der Normalarbeitstag selbst hervor. In glänzender Rede wurde er von Zangger vertheidigt. Einige Citate aus seiner Rede seien hier angereiht. Man behaupte, die Festsetzung eines Normalarbeitstages sei eine Beschränkung der persönlichen Freiheit, von einem „freien Mann" könne bei der ökonomischen Abhängigkeit des Arbeiters von dem Arbeitgeber in That und Wahrheit nicht die Rede sein, derartige den heutigen Zustand beschönigende Phrasen gehörten in eine Kinderstube, unter denkenden Menschen sollten sie von der ernsten Diskussion ferngehalten werden. — Ein hoch interessantes Faktum brachte Herr Zangger zur Sprache, auf das die deutschen Leser des „Vorwärts" ganz besonders aufmerksam gemacht seien: „In einer benachbarten deutschen Fabrik- und Garnisonsstadt fielen, wie auf ein Uebereinkommen hin, die Ruhepausen der Soldaten und Fabrikmädchen immer auf die nämliche Zeit. Ein gefallenes Mädchen in seiner nachherigen Abhängigkeit sei eine Perle für einen Fabrikherrn." Es ist Schade, daß Herr Zangger die „benachbarte deutsche Fabrik- und Garnisonsstadt" nicht genannt hat. Vielleicht halten die Parteigenossen ein wenig Umschau; wir glauben, daß man der von Zangger erwähnten Erscheinung nicht blos an einem Orte, sondern an sehr vielen begegnen wird. „Vertragsfreiheit", führte Zangger weiter aus, „heiße in Wirklichkeit „Beschränkung der Freiheit des Arbeiters" und eine Einschränkung der Arbeitszeit sei für den letztern so wenig unwürdig als der Schulzwang. Man sage, der Staat habe eine unglückliche Hand, wenn er sich in gewisse Dinge mische; wenn er aber das Interesse Aller gegen die Ausbeutung von Einzelnen in Schutz nehme, wie er einst die Schranken gebrochen, welche die Patrizier in Bern und Zürich um Handel und Gewerbe aufgerichtet hatten, so könne dieser Ausspruch keine Anwendung finden. Wenn der Staat nicht das Post- und Telegraphenwesen selbst in die Hände genommen, so würde dasselbe schwerlich zu der jetzigen Entwicklung gelangt sein. Man wolle mit dem 11stündigen Arbeitstag nicht Alles unter einen Hut bringen, da bei einzelnen Industrien jetzt schon täglich nur 10 oder 11 Stunden gearbeitet würde; es handle sich nur um die Aufstellung eines Maximums für jene, bei welchen länger gearbeitet werden müsse. — Der Sprechende citirt dann eine Reihe von Aussprüchen über die guten Folgen einer Verminderung der Arbeitszeit in England und anderwärts, weist auf diejenigen in Bezug auf das physische und geistige Wohl der Arbeiter hin und macht auch auf die Consequenzen der Ausbildung derselben in politischer Beziehung aufmerksam. Ehemals bestimmten Adel und Geistlichkeit die Geschicke der Völker und deren soziale Gestaltung. Mit Schwert und Kerker wurden die Ansprüche der Bauern zurückgewiesen. Es sind bald 100 Jahre, seitdem sich der dritte Stand seine Rechte erzwang. Geschah es nicht zum Vortheil des Ganzen? Ist Einer unter uns, der zurück wollte? Heute steht nicht ein Stand, aber eine Klasse vor uns. Nicht rechtlos, aber faktisch von geringem Einfluß und daher auch in der Gesetzgebung nicht favorisirt (begünstigt). Er wünscht die Wohlthaten eines Gesetzes zur Regulirung der Arbeit. Soll man ihn nun zurückweisen mit der Ausflucht, er solle sich selbst helfen. Nein! Jene 100,000, die den wichtigsten Faktor der zu unserer Existenz nothwendigen Industrie bilden, die uns kleiden und zum Theil nähren, sie sollen sich überzeugen, daß die Republik allen ihren Kindern nicht nur Rechte giebt, daß sie ihnen auch Schutz gewährt, um leben und diese Rechte üben zu können." — Ständerath Jenny von Glarus berichtet, daß Glarus den Normalarbeitstag schon seit 25 Jahren besitze, also seit einer Zeit, wo man noch nichts von den Sozialisten gewußt, und daß man bis jetzt dabei gut gefahren sei. Zuerst hätte derselbe 13, dann 12 Stunden gedauert und jetzt betrage er nur noch 11. Die letzte Herabsetzung hätte zu verschiedenen Befürchtungen Anlaß gegeben, die sich jedoch nicht verwirklicht. Wohl seien 2 pCt. weniger produzirt worden und der Arbeitslohn gestiegen, allein das Produkt sei ein besseres, der Arbeiter in der Behandlung der Maschinen aufmerksamer und gewandter geworden, so daß viele Industrielle nicht mehr auf die frühere Arbeitszeit zurückgehen würden, auch wenn sie es könnten. — Ständerath Sulzer von Zürich war früher ein Gegner des Normalarbeitstages, aber die Erfahrungen, die er namentlich bei dessen Verwerfung im Kanton Zürich gemacht, haben ihn bewogen, mit seinen Anschauungen zu brechen. Jener Gesetzentwurf sei nur mit einer kleinen Mehrheit verworfen worden und zwar hauptsächlich in den Fabrikbezirken, wo die Arbeiter so unfrei wären, daß sie entgegen ihren eigenen Wünschen wider das Projekt petitioniren und stimmen mußten. Ständerath Morel ist nach Prüfung aller in dieser Sache gemachten Erfahrungen ebenfalls ein Partisan für die Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages (wie Zangger, Sulzer u. a.). Als Abschlagszahlung an die Arbeiter will er sich vorerst mit dem elfstündigen zufrieden geben. — Mit 22 gegen 16 Stimmen wurde schließlich der Normalarbeitstag beschlossen. — Bei der Kinderarbeit wurden folgende Beschlüsse gefaßt: „Kinder, welche das vierzehnte Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, dürfen nicht zur Arbeit in Fabriken verwendet werden. — Für Kinder zwischen dem angetretenen 15. bis und mit dem vollendeten 16. Jahre sollen der Schul- und Konfirmandenunterricht und die Arbeit in der Fabrik zusammen eilf Stunden nicht übersteigen. Der Schulunterricht darf durch die Fabrikarbeit nicht beeinträchtigt werden, namentlich darf die letztere dem erstern nie vorgehen. — Sonntags- und Nachtarbeit von jungen Leuten unter 18 Jahren ist untersagt. Bei Gewerben, für welche die Nothwendigkeit des ununterbrochenen Betriebes gemäß Art. 13 bundesräthlich festgestellt ist, kann der Bundesrath, sofern die Unerläßlichkeit der Mitwirkung von Knaben gleichzeitig dargethan ist, zumal wenn es im Interesse tüchtiger Berufserlernung derselben selbst förderlich erscheint, ausnahmsweise gestatten, daß auch Knaben von 13—18 Jahren hierbei verwendet werden. Der Bundesrath wird jedoch in solchen Fällen für die Knaben die Nachtarbeit unter die Maximalzeit von 11 Stunden festsetzen, Abwechslung, schichtenweise Verwendung und dergleichen anordnen, überhaupt nach Erdaurung der Sachlage jede für diese ausnahmsweise Bewilligung im Interesse der Knaben und ihrer Gesundheit nöthige Vorschrift und Garantie der Bewilligung beifügen. — Bei Industrien, welche ihrer Natur nach nur periodisch betrieben werden, kann der Bundesrath unter Aufstellung aller nöthigen Schutzmaßregeln eine Verwendung der Kinder vom zurückgelegten 13. Altersjahr an bewilligen. — Der Bundesrath ist ermächtigt, diejenigen Fabrikzweige zu bezeichnen, in welchen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. — Ein Fabrikbesitzer kann sich nicht mit Unkenntniß des Alters seiner Arbeiter entschuldigen." — Da das Gesetz nun wieder bis zum März k. J. verschoben ist, haben die schweizerischen Arbeiter hinlänglich Zeit zur Arbeit des Ständeraths Stellung zu nehmen. Voraussichtlich wird ihre Opposition die präcisere Fassung der Definition des Fabrikbegriffs und die Kinderarbeit zum Zielpunkt nehmen. Bei der Kinderarbeit waren es vornehmlich Rücksichten auf die Glasfabrikation und die tessinische Seidenindustrie, welche zur Aufnahme der Ausnahmebestimmungen führten.

1. Oldenburgischer Wahlkreis. Aus Oberstein (in Birkenfeld), 23. December. Da ich bereits vor 3 Jahren von den im Bezirk Eutin wohnhaften Wählern des 1. Oldenburgischen Wahlkreises als Reichstagscandidat aufgestellt worden war, und eine sehr große Stimmenzahl daselbst erhalten hatte, so sahen sich die dortigen, dem Arbeiter- und Kleinbürgerstande angehörenden Wähler im Verein mit den in der Stadt Oldenburg wohnenden Wählern veranlaßt, mich auch zu den diesmaligen Reichstagswahlen als ihren Vertreter aufzustellen. Es galt nun noch, daß sich der Candidat im Fürstenthum Birkenfeld, welches gleichfalls zu diesem Wahlkreis gehört, vorstelle. Diese Aufgabe, welche mir zu Theil wurde, war gewiß keine leichte und war ich mir dessen auch voll und ganz bewußt, denn in dieser Gebirgsgegend war bis jetzt noch keine Spur sozialistischer Agitation vorhanden. Es giebt in diesem Bezirk, namentlich im hiesigen Städtchen, eine sehr ausgebreitete Industrie (Achat-Schleiferei, Bijouterie und Kohlenbau) und in Folge dessen ist auch eine ziemliche Anzahl wohlhabender Bourgeois vorhanden. Trotzdem hieß es, den Gegner im eigenen Lager aufzusuchen. Nach einer 18stündigen Fahrt von Berlin aus langte ich in Oberstein an. Zunächst wandte ich mich an einen Wirth und erhielt auch gegen Garantie sofort ein Lokal zum Abhalten einer Volksversammlung. Die nöthige Anzeige war leicht beschafft und ein Extrablatt des „Nahethaler Boten" kündigte am nächsten Tage an, daß der Arbeiter-Candidat des Wahlkreises einen Vortrag halten würde. Soweit war in Oberstein Alles in Ordnung, und ohne viele Mühe erlangte ich für Birkenfeld am nächsten Tage dasselbe. Zufälliger Weise traf mit mir auch ein alter Gesinnungsgenosse, ein Fabrikant, der sich auf einer Geschäftsreise befand, in Oberstein ein. Ich theilte demselben den Zweck meines Hierseins mit und sofort bezeigte er mir seine Freude über mein Vorhaben und beschloß auf mein Ersuchen, den Kampf mit mir gemeinschaftlich zu führen. Zuversichtlich betraten wir das Lokal, allein wir wurden sofort inne, was wir zu erwarten hatten, ohne daß es erst der Zurufe: „Marpinger, Jesuitenanhang" ꝛc. bedurft hätte. Es hatten sich etwa gegen 300 Personen, zum überwiegenden Theil der Bourgeoisie angehörend, bereits eingefunden, welche laut debattirend und gestikulirend ihr Augenmerk auf uns richteten. Da wir einsahen, daß man um jeden Preis die Versammlung unmöglich zu machen bestrebt sein würde, so hieß es aufpassen. Mein Freund übersah mit richtigem Blick sofort unsere Lage. Er eröffnete die Versammlung und ertheilte mir sofort das Wort mit dem Bemerken, daß sich die etwaigen Gegner später zur Gegenrede melden möchten.

Die Sache ging denn auch ganz gut von statten und Alles war einige Augenblicke mäuschenstill. Ich leitete meinen Vortrag damit ein, daß ich eine Erklärung darüber abgab, wie es gekommen sei, daß der Kleinbürger- und Arbeiterstand in den beiden andern zum Wahlkreis gehörenden Bezirken einen eigenen Reichstagscandidaten aufgestellt habe und erläuterte dabei den Begriff „Arbeiter" resp. Lohnarbeiter wie „nationalliberal". Ich wies nach, daß letztere Partei eine öffentlich erklärte Regierungspartei sei. Noch waren jedoch diese Worte nicht verhallt, als ein entsetzliches Gebrüll und Geschrei ertönte. Ausrufe wie: „Wir sind gute Nationalliberale aber keine Regierungspartei!" „Raus mit den fremden Burschen!" u. s. w. wurden hörbar. Der umsichtigen Leitung meines Freundes und der Kraft meiner Lunge gelang es endlich, die tobende Menge für diesmal zu beruhigen. Ich konnte weiter sprechen und erläuterte nun, sehr genau meine Galgenfrist berechnend, die Lage der selbständigen Handwerker und der Arbeiter; ein riesiger Lärm erhob sich jedoch, als ich den Herren Fabrikanten bewies, wie sie ihre herrliche Existenz dem Fleiß der Arbeiter zu verdanken hätten.

Auch diesmal wurde die Ruhe wieder hergestellt, worauf ich in gedrängter Kürze unsere Prinzipien darzulegen mich bestrebte. Am Ende eines jeden Satzes jedoch ging der Spektakel aber auf's Neue los, bis ich endlich, nachdem ich 25 Minuten gesprochen und mich über die Mittel und Wege, durch welche die heutigen ungerechten Zustände umgeändert werden könnten, ausgelassen hatte, dem Faß den Boden ausgestoßen hatte. Das Geschrei nahm kein Ende. Man schrie: „Wir wollen Sie nicht hören!" „Raus, raus, raus!" „Hurrah!" ꝛc. ꝛc. Die Herren Gegner stürzten wüthend auf uns zu, wir jedoch ließen uns nicht irre machen. Unter dem größten Aufwand meiner Stimmittel forderte ich die Herren, welche Einfluß bei diesen „Gebildeten" zu haben schienen, auf, ihre nationalliberalen Gesinnungsgenossen zur Ruhe aufzufordern, damit sie im Stande wären, uns zu widerlegen; alle... keine Zunge rührte sich zu diesem Zweck. Nachdem aber auch die Bemühungen des Vorsitzenden, die Ruhe wieder herzustellen, erfolglos geblieben waren, griff ich zum letzten Mittel und packte die Herren „Gebildeten" bei der Ehre an, indem ich ihnen zurief: „Schande über Sie! Eine so große Anzahl anscheinend intelligenter Leute fürchten sich vor zwei Sozialdemokraten, weil sie dieselben in ruhiger Discussion nicht widerlegen können."

Der Vorsitzende fügte noch hinzu: „Die Schande fällt auf Sie, es ist ein elender erbärmlicher Sieg, den Sie solchergestalt errungen wollen!“ Hierauf endloses Wuthgebrüll. Ein Fabrikant stürzte sich auf mich, um mir mit den Fäusten zu beweisen, daß er sich nicht fürchte. Es sollte dies Vorgehen für eine sich bereits während der ganzen Zeit am tollsten gebehrdende Gruppe das Signal sein, uns zu verhauen. In dem Augenblick jedoch, wo der rohe Bursche mich beim Rock fassen wollte, kamen sofort etliche Arbeiter und rissen den rasenden Gegner zurück. Von mehreren Stellen im Saale, wo sich ebenfalls Kleinbürger und Arbeiter befanden, ertönten Rufe der Entrüstung und des Mißfallens; eine lebhafte Bewegung entstand; jedoch waren wir nicht mehr der Angriffspunkt, sondern es drohte eine allgemeine Schlägerei auszubrechen. Jetzt erschienen der Herr Bürgermeister und einige Polizeicommissare, und Ersterer ersuchte uns in der höflichsten Weise unter seiner Begleitung den Saal zu verlassen. Wir jedoch erwiderten, es würde uns das als Feigheit ausgelegt werden und wir würden unter allen Umständen bleiben. Der allgemeine Tumult und Scandal erreichte nun seinen Höhepunkt, weshalb sich der Bürgermeister veranlaßt fühlte, die Versammlung aufzulösen, um, wie er sich ausdrückte, Unglück zu verhüten. Darauf erhob sich in der entferntesten Ecke des Saals ein bejahrter Mann und rief mit lauter Stimme, welche selbst den Tumult übertönte: „Wir haben so oft davon gelesen, daß die Sozialdemokraten da, wo sie in Masse vertreten sind, die Gegner nicht zu Wort kommen lassen, heute jedoch ist hier bewiesen, daß die Anhänger der nationalliberalen Partei gerade Diejenigen sind, welche so verfahren; die Herren haben uns aufgefordert, ihre Ansichten zu widerlegen, das hätte geschehen müssen, so sind wir aber, da man die Leute niedergeschrien hat, gründlich blamirt!“ „Ja wohl, wir sind blamirt!“ tönte es auch von anderen Seiten, worauf jedoch von der Masse der echten Bourgeois mit lautem Geschrei und dem Rufe: „Wir wollen von den Geschichten nichts wissen!“ geantwortet wurde.

Hierauf begann man den Saal zu verlassen; in zuvorkommendster Weise wurde uns vom Herrn Bürgermeister und einigen anderen Herren, theils Kleinbürger, theils Arbeiter, das Geleit zu unserm Gasthaus gegeben; wir wollten dies zwar nicht annehmen, aber jene Herren versicherten uns: „Es ist dies nothwendig, wir kennen unsere Pappenheimer besser!

Nachdem wir eine kurze Zeit auf unserm Zimmer geblieben waren, gingen wir die in beiden Gaststuben, welche sich bis auf den letzten Platz mit der „Noblesse“ des Städtchens füllten, auch hier wurde uns verstohlen angerathen, uns zu entfernen, wir thaten dies aber nicht. Hier löste sich nun die Zunge einiger Herren und es wurden Reden gehalten und „Blech“ geschmiedet. Die Herren hatten jetzt eine solche Courage bekommen, daß sie uns zumutheten, „eine Rede zu halten“. Wir erwiderten, das hätten sie vorher ja besser haben können, oder sie möchten eine nationalliberale Versammlung einberufen und uns dazu einladen. Hierauf wurde uns jedoch erwidert, das würde man wohl bleiben lassen, denn man wollte uns gar nicht haben. Wir erklärten hierauf: „dann müssen Sie uns auch nicht für so dumm halten, daß wir inmitten dieser sehr stark angeheiterten Gesellschaft am Biertisch als Ihre Lustigmacher fungiren sollten.“

Die Abgesandten zogen sich hierauf schweigend zurück. Von den gehaltenen Bier- und Weinreden will ich nur derer des Herrn Gymnasial-Direktors Eben gedenken. Derselbe bemerkte: „Es sei nicht zu bestreiten, daß die nationalliberalen Reichstagsabgeordneten gesündigt, dies müsse denselben unter vier Augen vorgehalten werden, aber nicht in die Oeffentlichkeit gebracht werden.“ Als ich hierauf bezügliche Notizen in mein Taschenbuch machte, wurde der Ruf: „Gemeine Hunde!“ laut und ein Herr bot mir Papier an, im Fall ich nicht genug hätte. Ueber die Gemeinheiten fühlten sich einige neben uns Sitzende empört und die Herren bekamen einen heftigen Streit unter sich, worauf wir uns in das anstoßende Zimmer begaben. Hier unterhielten wir uns noch längere Zeit mit mehreren Kleinbürgern, welche das Benehmen der „Noblesse“ auf's Entschiedenste verdammten, bis wir uns schließlich von ihnen trennten unter dem gegenseitigen Wunsch, daß nach diesem ersten Anstoß zu einer gelegenen Zeit eine abermalige Agitation besser verlaufen möge. Das lustige Gelage der Mehrzahl der „Gebildeten“ dauerte jedoch bis zum frühen Morgen. Am nächsten Tage machten wir mehrfach Gänge durch die Stadt, überall jedoch sahen wir beschämte Gesichter, und mit Recht konnten wir sagen, daß wir trotz der gemeinen Behandlung der Gegner als Sieger den Platz verließen.

Am selbigen Tage fuhren wir nach Birkenfeld. Die Versammlung war ebenfalls den Verhältnissen gemäß gut besucht und noch dazu von anständigen Gegnern. Nachdem ich mein Referat beendet, begann die Diskussion und währte von ½9 bis ¼1 Uhr. Den verschiedenen Interpellanten wurde in ausgedehntestem Maße Aufklärung zu Theil. Einem Einzigen jedoch schien der ruhige und anständige Verlauf der Versammlung nicht sonderlich zu behagen, nämlich dem Herrn Postmeister Melchior; dieser versuchte die Versammlung kurz vor Schluß noch mit einem Knalleffekt aufzuheben, indem er den Antrag stellte, die Anwesenden möchten, wenn auch mit dem Vortragenden, seinem persönlichen Auftreten und Vortrage soweit sehr zufrieden, demselben durch Verlassen des Saales beweisen, daß in Birkenfeld kein Boden für die Sozialdemokratie sei. Dieser Vorschlag rief jedoch allgemeinen Widerspruch hervor und nicht die Hälfte der Anwesenden entfernte sich. Der vorgerückten Zeit wegen wurde bald darauf Schluß gemacht, aber ein großer Theil der Anwesenden blieb noch mit uns länger als ein Stündchen in der Gaststube zusammen, wo eine recht trauliche Unterhaltung gepflogen und neben der „Wacht am Rhein“ von nationalliberaler Seite von uns auch die Audorf'sche „Arbeiter-Marseillaise“ kräftig gesungen wurde.

Die Behandlung, welche uns in Birkenfeld widerfuhr, müssen wir als eine höchst achtenswerthe bezeichnen, und brachte dieselbe bei uns eine doppelt freudige Wirkung hervor, weil sie von der in Oberstein so bedeutend abstach. In Birkenfeld haben wir mehrere Freunde und Gesinnungsgenossen gewonnen, in Oberstein und dem Städtchen Idar gleichfalls, und deshalb werden wir nach diesem ersten Sturmlauf, sobald die Gelegenheit günstig ist, den Eroberungszug planmäßig fortsetzen, und in nicht zu ferner Zeit werden „diese schwarzen Berge“ unsere besten Truppen liefern.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Otto Reimer, Reichstagscandidat
für den ersten oldenburgischen Wahlkreis.

Hahloch in der Pfalz, 30. Dezember. Am 26. Dezember hielten wir hierselbst eine zahlreich besuchte Volksversammlung ab, in welcher Herr Dreesbach seine Candidatenrede hielt. Derselbe verstand es vortrefflich, die bisherige Volksvertretung und ihre Stellung im Reichstage, namentlich zu den indirekten Steuern, zu kennzeichnen. Aus der allgemeinen Stimmung, welche die Versammlung beseelte, konnte man schließen, daß diese nicht Lust hat, sich noch länger von einem Liberalen im Reichstage vertreten, besser gesagt treten zu lassen. Darob natürlich großes Wuthgeschrei im gegnerischen Lager. Da man nun einsieht, daß es ein für alle mal unmöglich ist, in Versammlungen den Sozialisten mit Erfolg gegenüber zu treten, so versucht man es auf eine andere Weise, und zwar hinter den Bier- und Weingläsern, gegen dieselben loszuschlagen. Der eine ruft: „Wir wollen keinen Preußen in den Reichstag, wir wählen einen Pfälzer!“ Der andere ruft: „Man weiß ja gar nicht, wo der her ist!“ ꝛc. ꝛc. Auch die Person des Unterzeichneten, welcher die Agitation hierselbst einleitete, muß herhalten; „der ist schuld“ heißt es, „wenn der nicht hierher gekommen wäre, wäre das alles nicht vorgekommen!“ „Der beruft Volksversammlungen ein,“ fällt ein anderer dazwischen, „und sagt nicht einmal, was dieselben für einen Zweck haben!“ Mittlerweile kommt dann auch der „Pfälzische Kurier“ und bringt einen Commentar der sozialistischen Idee in Gestalt eines ellenlangen Leitartikels, in welchem er auf das Resultat kommt, daß der Staat, wie er von den Sozialisten erstrebt wird, eine Zwangsanstalt sei, in welcher es Niemanden mehr vergönnt wäre, ein menschenwürdiges Dasein zu fristen! Kaum hat dieser ausgebrüllt, so kommt die gespäßige „Neustädterin“ und bringt die Meldung, daß eine sozialistische Versammlung wegen mangelhafter Betheiligung nicht hätte tagen können und sieht dabei nicht etwa die Sozialdemokratie auf dem Rückzuge, wie sich unsere Gegnerschaft gewöhnlich auszudrücken beliebt, sondern am Zusammenschrumpfen! — O arme Gegnerschaft, wir thäten herzlich gerne lachen, wenn wir Euch ob Eurer auf Ignoranz beruhenden Kampfweise nicht so sehr bemitleideten. Die Arbeiter werden sich indeß nicht beirren lassen und werden ihresgleichen in den Reichstag wählen.

W. Gerhold.

Hainichen, 6. Dezbr. (Agitationsbericht.) In der zum 4. Dezember anberaumten Volksversammlung sprach unser Candidat Fritzsche mit ausgezeichnetem Erfolge. Es meldeten sich zwei Liberale, der Advokat Täschner aus Freiberg und Fabrikant Deubner aus Oederan zum Wort. Der erstere brachte eine Entgegnung auf das Referat Fritzsche's, gestand aber auch bei derselben zu, daß Meinungsverschiedenheiten auch in seiner Partei herrschten und daß die Gesetze, welche die liberale Partei geschaffen wohl sehr mangelhaft und deßhalb verbesserungsbedürftig seien, aber Niemand sei dazu mehr berechtigt als die liberale Partei. Fritzsche entgegnete hierauf mit so großem Erfolg, daß dem Herrn Advokaten alle Lust vergangen war, in eine weitere Diskussion einzutreten. Nun erhob sich der andere Gegner, Fabrikant Deubner, nicht aber, um zu widerlegen, sondern um in nationalliberalüblicher Weise auf die Sozialdemokratie und die Arbeiter dermaßen zu schimpfen, daß der Redner unter Tumult die Rednerbühne verlassen mußte. Die Polizei zum Schutze seiner Person anrufend, welche keineswegs gefährdet war, verließ derselbe das Lokal. — Ferner fand Sonnabend, den 9. Dezbr. eine Wählerversammlung seitens der konservativen Partei statt, welche sehr zahlreich besucht war. Es entwickelte zunächst der aufgestellte Candidat von Oelschlägel auf Oberlangenau sein Programm, welches sich scheinbar dem unsrigen näherte. Im weiteren Verlauf der Versammlung entspann sich zwischen den Conservativen und Nationalliberalen eine lebhafte Diskussion, wobei sich die feindlichen Brüder zu unserem Ergötzen gegenseitig recht derb die Wahrheit sagten. Als darauf der Vorsitzende die Anwesenden aufforderte, sich zum Worte zu melden, trat zur größten Ueberraschung beider Parteien Genosse Wiemer aus Chemnitz als Redner auf. Wiemer hatte sich hauptsächlich zur Aufgabe gemacht, die Thätigkeit beider Parteien zu kritisiren. Ueber die Conservativen meinte Wiemer, wolle er sich nicht ausführlich auslassen, da in unserem Wahlkreis vorzüglich die Liberalen in Betracht kämen. Er widerlegte dann Punkt für Punkt die Gegner so klar, daß er lebhaften Beifall seitens der ganzen Versammlung erntete. — Eine weitere Versammlung fand Sonntag, den 11. Dezember seitens unserer Partei in dem Orte Berbersdorf bei Hainichen statt, welche sehr zahlreich besucht war. Es referirte Genosse Ant. Lange aus Freiberg. Der Erfolg dieser Versammlung war die Annahme der Candidatur Fritzsche's von der überwiegenden Mehrheit der Anwesenden. Alsdann fand eine Versammlung Mittwoch, den 20. Dezember, seitens der liberalen Partei im Mende'schen Lokal hierselbst statt, in der gegen achthundert Wähler anwesend waren. Es entwickelte daselbst der aufgestellte Candidat Herr Landtagsabgeordneter Penzig sein Programm. Als Gegner desselben meldete sich der Redner der konservativen Partei Dr. Perrott zum Wort, welcher mit obigem Redner eine längere Diskussion einging bezüglich des Bankgesetzes und der Börsensteuer. Es ernteten aber beide Redner keinen lebhaften Beifall. Zum größten Bedauern müssen wir hier berichten, daß wir in dieser Versammlung Verhältnisse halber nicht zum Worte gelangen konnten. Wir erwarten bestimmt, daß noch einmal vor der Wahl unser Candidat Fritzsche in Hainichens Mauern sprechen wird, um uns zum Siege zu verhelfen.

Das Reichstags-Wahlcomité zu Hainichen.
Carl Sturm, Vorsitzender,
Gellertstraße Nr. 31 zu Hainichen.

Schneeberg. Unser Parteigenosse Gustav Hörnig theilt uns mit, daß die Angabe in der M.-Correspondenz aus Schneeberg (in vorletzter Nummer), es sei zu der Uhlmann'schen Versammlung blos brieflich oder durch Karte eingeladen worden, nicht richtig ist. R. d. V.

Mannheim. (Aufgebot!) Die Freunde und Parteigenossen werden hiermit aufgefordert, behufs Vertheilung der Aufrufe und Stimmzettel Samstag, den 6. Januar, Abends ½8 Uhr bei Buttle zahlreich zu erscheinen. 100 Mann sind dringend nöthig, deshalb seid am Platze! Koch.

Fünfter schleswig-holsteinischer Wahlkreis.

Parteigenossen, Freunde der Arbeiterpartei! Seit etwa 6 Wochen wird die Wahlagitation rüstig betrieben. Neben unserm Candidaten H. Walther war noch Parteigenosse Mathaei einige Wochen thätig, so daß wir sagen können: wir haben bis jetzt unsere Schuldigkeit gethan.

Es ist aber nicht genug hiermit, im Gegentheil, die Pflicht gebietet uns, die wenigen Tage bis zum 10. Januar recht nachhaltig durch Rede und Schrift zu wirken, damit unsere gute Sache siege. Deshalb wenden wir uns noch einmal an Euch und appelliren an Euren Opfermuth.

Sucht sogleich durch freiwillige Beiträge an allen Orten noch einige Geldmittel flüssig zu machen, damit die Agitation nicht gehemmt werde. Auch diesmal rufen wir Euch zu: Muth, Ausdauer und Opferwilligkeit werden uns zum Siege bringen.

Heide und Itzehoe im Dezember 1876.

Das Central-Wahl-Comité.
J. A.: W. Off, C. Kreuzberg.

Die Beiträge zur Wahlagitation sende man an die alten Adressen.

An die Wähler von Thonberg und Neureudnitz.

Alle Partei- und Gesinnungsgenossen, sowie alle Diejenigen, welche sich für die Wahl des Hofbaurath Demmler interessiren und Wahlaufrufe und Stimmzettel verbreiten oder am Tage der Wahl einige Stunden opfern wollen, werden ersucht, unserm Genossen Ernst Fischer, Hauptstraße 59, Thonberg, ihre Adresse schleunigst zukommen zu lassen oder Sonnabend, Abends 8 Uhr, im Gasthof daselbst zur näheren Besprechung sich einzufinden.

Arbeiter! Wähler! Wir hoffen in Euren Interesse zu handeln und erwarten von Euch thatkräftige Unterstützung, denn Einigkeit macht stark. Vorwärts also!

Die Parteigenossen von Thonberg.

An die Arbeiter Deutschlands!

Da wir mit dem regsten Interesse die Verhandlungen des Reichstags (besonders über die Justizgesetze) verfolgt haben, so fühlt sich der deutsche Arbeiter-Verein Zürich, in der Voraussetzung, daß ihm die deutschen Parteigenossen in der Schweiz zustimmen, veranlaßt, gegen das unerhörte Gebahren der sogenannten deutschen Volksvertreter, speziell der nationalliberalen Partei bei der dritten Lesung der Justiz-Gesetze als einen offenen Verrath an der Sache des Volkes energisch zu protestiren.

Ein Vertreter des Volkes muß zu jeder Zeit bestrebt sein, die Rechte des Volkes in allen Fällen zu wahren. Wenn aber eine Partei, wie die nationalliberale, der Regierung zu Liebe die Volksrechte stets preis giebt (wir erinnern nur an das Budgetrecht und an den Compromiß bei den Justizgesetzen), so muß sich jeder freisinnige Staatsbürger mit Abscheu von solcher Partei abwenden.

Brüder und Genossen in Deutschland, an Euch ist es, am 10. Januar diese Schmach zu tilgen, indem Ihr diese Elemente aus dem gesetzgebenden Körper fern zu halten trachtet. An Euch ist es, den durch das knechtische Betragen unserer Reichstagsmajorität an den deutschen Namen gehefteten Makel wieder zu beseitigen, indem Ihr am 10. Januar nur den Männern Eure Stimme gebt, welche fest und unerschrocken sich um das einzige Banner der Arbeiter. das sozialdemokratische, geschaart haben.

Genossen! Die industrielle Krisis, welche auch die jetzt herrschende Reichstags-Majorität mit heraufbeschworen, hat uns gezwungen, unsern heimatlichen Heerd zu verlassen, dadurch sind wir leider verhindert, mit Euch an die Wahlurne zu treten, um so zu dem Sieg der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beizutragen.

Es ist uns daher auch nicht vergönnt, direkt mit einzugreifen in den Wahlkampf und uns der Partei zur Verfügung zu stellen, so wie wir es wünschen, aber wir haben Euch unterstützt und werden Euch ferner in diesem Kampfe unterstützen, soweit es in unserer Macht steht, deß seid gewiß.

Wir hoffen zuversichtlich. Ihr werdet, eingedenk der großen Aufgabe, die Eurer harret, alles aufbieten, um unserer Sache zum Siege zu verhelfen, für welche schon die Edelsten und Besten der Nation gekämpft und gelitten haben.

Brüder und Genossen! Das arbeitende Volk der ganzen civilisirten Welt sieht vertrauensvoll auf Euch und hofft zuversichtlich, daß eine massenhafte Stimmenabgabe zu Gunsten der Sozialdemokratie den deutschen Namen wieder zu Ehren bringen werde. Zeigt Euch dieses Vertrauens würdig.

Mit brüderlichem Gruß und Handschlag
Im Namen des deutschen Vereins Zürich:
Der Präsident: Gustav Dorn.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Wahlfonds.

Von S. L. M. 1,75. Blüthner's Fabrik durch B. 3,50. Liste 46 Cigarrenfabrik Appel und Brunner 0,50. Auf dem Centralverkehr gesammelt 2,10. Durch Buchdrucker Schenck in folgenden Officinen gesammelt: Liste 1 Hirschfeld 4,10; Liste 3 Bär u. Hermann 3,20; Liste 5 Grimme u. Trömel 0,35; Liste 6 Klinckhardt 1,50; Liste 7 Schuwardt u. Co. 0,50; Liste 13 Grumbach 0,50; Liste 17 Produktivgenossenschaft 3,25. P. Krebs, Ulrichsgasse 60.

NB. Wer noch Sammellisten in Händen hat wird aufgefordert, sie abzuliefern.

Anzeigen ꝛc.

Bielefeld. Parteigenossen, welche gewillt sind, bei der bevorstehenden Reichstagswahl thätig zu sein, namentlich um Stimmzettel ꝛc. zu verbreiten, werden ersucht, sich
Sonnabend, 5. Januar 1877, Abends 8 Uhr,
im Vereinslokal bei Kahle, Haagerstraße, einzufinden. [60
Das sozialdemokratische Wahl-Comité.

Cöln. Sonnabend, den 6. Januar, Morgens 10½ Uhr, in der „Deutschen Flotte“ vor dem Ehrenthore:

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: 1) Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. 2) Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Georg Schumacher.
Zu zahlreicher Betheiligung ladet ein
Das Arbeiter-Wahlcomité des Stadt- und Landkreises Cöln.

Cöln. Fachverein der Tischler.
Montag, den 8. Januar 1877, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Monatliche Abrechnung. 2. Das Verhalten des Fachvereins gegenüber dem Tischler-Bund. [80
Alle Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. D. V.

Leipzig. Centralverkehr und Herberge.
Die zur Aufsichtsbehörde gewählten Personen haben sich (F. 200)
Montag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr,
einzufinden. Es ist Pflicht der Gewerkschaftsvorstände, dafür zu sorgen daß Keiner fehlt. J. A.: P. Krebs. [60

Billigste Tageszeitung Berlins!

„Berliner Freie Presse“

mit der Illustrirten Sonntags-Gratis-Beilage „Die Neue Welt“ erscheint sechsmal wöchentlich in Berlin und nehmen alle Postanstalten Deutschlands, sowie die unterzeichnete Expedition Abonnements entgegen.

Abonnements-Preis:
Beim Abholen von der Post: 4 M., — frei in's Haus: 4 M. 40 Pf. per Quartal.
Inserate: pr. 4gesp. Borgis-Zeile 25 Pf., — Arbeitsmarkt nur 10 Pf.
Die „Berliner Freie Presse“ ist in der Zeitungs-Preisliste für 1877 unter Nr. 540 eingetragen.
Die Expedition der „Berliner Freien Presse“.
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Volks-Kalender für 1877.

12½ Bogen. gr.-4. Schön illustrirt.
Preis: geheftet 50 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 75 Pf., 10 Stück geheftet 4,00, 100 Stück 30,00 gegen Baar oder Postvorschuß.
Der Kalender dient dem Fortschritt in jeder Beziehung, bietet Anregendes, Belehrendes und Unterhaltendes in reicher Fülle, enthält viele schöne Bilder und giebt allerhand nützliche Mittheilungen für's praktische Leben.
Bestellungen erbittet (2b) W. Bracke jr. [360

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lantermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandit, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 3. Sonntag, 7. Januar. 1877.

Auf zur Wahl!

Wähler in Stadt und Land! In wenigen Tagen, in wenigen Stunden seid Ihr zur Wahl einer neuen Volksvertretung berufen. Ihr bildet dann ein großes nationales Schwurgericht, welches zu urtheilen hat über die herrschenden Personen und Zustände. Der Aermste unter Euch ist Richter über Kaiser und Reich. Dieses Richteramt, die höchste Bethätigung Eures staatsbürgerlichen Rechts, erheischt die gewissenhafteste Prüfung; von der Art und Weise, wie Ihr dasselbe ausübt, hängt Euer, Eurer Familien Wohl und Wehe ab.

Die Frage, die Ihr Euch vorzulegen habt, ist:

Sind die herrschenden Zustände in unserem Interesse, gereichen sie dem Volke zum Heil — oder nicht?

Mit der Beantwortung dieser Frage ist auch die Personenfrage beantwortet.

Findet Ihr, daß die herrschenden Zustände dem Volke zum Wohl gereichen, dann muß Euer Wahrspruch den Personen, welche die Träger der herrschenden Zustände sind, günstig lauten, und Ihr müßt Eure Stimme einem Candidaten geben, der sich Euch als Anhänger der herrschenden Zustände und Personen vorstellt.

Findet Ihr hingegen, daß die herrschenden Zustände dem Volk nicht zum Wohl gereichen, dann muß Euer Wahrspruch den Personen, welche die Träger der herrschenden Zustände sind, ungünstig lauten und Ihr müßt Eure Stimme einem Candidaten geben, der sich Euch als Gegner der herrschenden Zustände und Personen vorstellt und die Herbeiführung anderer Zustände erstrebt, welche das Wohl des Volkes verbürgen.

Mit Ausnahme der Sozialdemokraten sind sämmtliche politische Parteien für Aufrechterhaltung der herrschenden Zustände. Fortschrittler, Nationalliberale, Ultramontane, Conservative — sie alle sitzen auf einem und demselben Ast, auf dem Ast des Klassenstaats, des Staats der Reichen und Privilegirten. Diese Parteien bildeten bisher im Reichstag die Majorität. Mit ihrer Zustimmung wurden die Gesetze gemacht, die wir besitzen, sie bewilligten die Steuern, die Ihr zahlt; sie bewilligten sie nicht für Culturzwecke, nicht für die geistige und materielle Hebung des Volks, sondern für die Macht- und Militärzwecke der Regierung, für Rüstungen, die Europa beunruhigen, alle Staaten zu gleichem Vorgehen anreizen und uns statt des Friedens die beständige Kriegsgefahr und Kriegsdrohung brachten.

Die politische Gesetzgebung dieser Parteien saugt die besten Kräfte der Nation auf, treibt Hunderttausende junger Männer über die heimathlichen Grenzen, in die Fremde — bei der vorjährigen Militäraushebung fehlten nicht weniger als 140,000 junge Männer von 20—23 Jahren —, untergräbt den Wohlstand und das Glück Hunderttausender von Familien und fordert jährlich immer größere Opfer, weil die Erfindung neuer Mordmaschinen in dem einen Staate den andern herausfordert, sofort noch bessere und kostspieligere Mordmaschinen zu beschaffen.

Die erste That des letzten Reichstags war — unter Verhöhnung aller bisherigen constitutionellen Grundsätze — ein Militärgesetz gutzuheißen, das die Reichsregierung auf volle sieben Jahre vollständig unabhängig von der Volksvertretung machte, indem es ihr eine jährliche stehende Armee von 401,500 Mann, ohne die Einjährig-Freiwilligen und die Offiziere, zur Verfügung stellte. Was Napoleon III. nie seinem Mameluken in der Kammer zu bieten gewagt, das bewilligte „leichten Herzens" die Mehrheit des deutschen Reichstags. In Folge dieser Bewilligungen sind die Kosten der stehenden Armee von 295,624,000 M. im Jahre 1874 auf 339,609,000 M. im Jahre 1876 gestiegen. Das Marine-Budget betrug 1874 13,834,000 M. und stieg im Jahre 1876 auf 21,068,000 M., ein volles Drittel mehr! Hierzu kommen noch der Reichsinvalidenfond mit 28,828,000 M., außerordentliche Ausgaben für das Reichsheer 35,893,000 M., außerordentliche Ausgaben für die Marine 4,770,000 M., in Summa für 1876 für militärische Ausgaben 430,168,000 M., was auf jeden Kopf der deutschen Bevölkerung 10½ M., auf die Familie von 5 Köpfen 52½ Mark beträgt. Und für das Jahr 1877 sind uns bereits neue Forderungen für Militärzwecke im Betrag von 20—30 Millionen Mark in Aussicht gestellt!

Zu obigen kolossalen Summen kommen weiter die Opfer, die jeder einzelne Soldat aus seinen oder seiner Angehörigen Mitteln zu bringen hat, weil er von seinem kärglichen Solde nicht leben kann; die Opfer, welche die Einzelstaaten, die Communen, zu bringen haben, der Verlust, welchen die brachliegende Arbeitskraft und die verminderte Consumtionsfähigkeit von über 400,000 jungen Männern erzeugt, die moralischen Nachtheile, welche sich in der 14fach höheren Selbstmordzahl im Soldaten- gegenüber dem Civilstande und in den zahlreichen Selbstverstümmelungen und Desertionen in der Armee zeigen.

Fortschrittler, Nationalliberale, Ultramontane und Conservative haben alle diese Opfer bis heute gutgeheißen, ihr Widerspruch richtete sich nur auf Nebendinge; das System ließen sie unangetastet. Sie mäkelten an einzelnen Posten des Militäretats, stimmten aber regelmäßig für den Gesammtetat.

Wer die Rüstungen bewilligt, muß selbstverständlich auch die Mittel gewähren, und so sind die Zölle auf Kaffee, ausländischen Zucker, ausländischen Tabak, Thee, Reis u. s. w. mit 118,665,000 M. angesetzt, die Rübenzuckersteuer mit 50,502,000 M., die Salzsteuer mit 33,737,000 M., die inländische Tabaksteuer mit 1,795,000 M., die Branntweinsteuer mit 43,158,000 M., die Brausteuer mit 16,978,000 M., die Wechselstempelsteuer mit 7,344,000 M. u. s. w. u. s. w.

Diese enormen Steuern hat das Volk im Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu bezahlen, und da der Militärmoloch immer neue Opfer erfordert, ist man bereits daran, neue Steuern aufzuerlegen.

Bürger! Landleute! Arbeiter! hört was der gefeierte Reichskanzler Fürst Bismarck Euch zugedacht hat. Fürst Bismarck erklärte am 21. November 1875 im deutschen Reichstag:

„Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen steuert, so sehr ich jedem Raucher das Vergnügen gönne. Analog steht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem Petroleum und allen diesen großen Verzehrungsgegenständen, gewissermaßen den Luxusgegenständen der großen Masse."

Wähler! Das sind die „Segnungen" und die „Verheißungen" des herrschenden Systems!

Statt des Friedens Krieg mit Kriegsgefahr in Permanenz.

Statt Förderung des Nationalwohlstands vermehrten Steuerdruck, Massenverarmung.

Statt der gerühmten „Machtstellung nach Außen" die kläglichste Abhängigkeit von dem barbarischen Rußland.

Statt Hebung der Industrie „Rückgang" auf gewerblichem und Handelsgebiete, das schmachvolle „Sedan" der Philadelphia-Weltausstellung.

Und die Bildung? Der Intelligenzstaat von dem Militärstaat erstickt, das Volksschulwesen schmählich vernachlässigt.

Das sind die Früchte des herrschenden Systems.

Wähler! Gefallen Euch diese Früchte? Wollt Ihr sie so lange genießen, bis Ihr vollends zu Grunde gerichtet seid?

Wenn ja, gut, dann wählt einen Fortschrittler, Nationalliberalen, Ultramontanen, Conservativen — gleichviel welche Sorte, im Wesentlichen sind all' diese Parteien einig, sind, kleine Differenzen abgerechnet, in Wirklichkeit nur Eine Partei. Wollt Ihr aber mit dem herrschenden System brechen, wollt Ihr ein Staats- und Gesellschaftssystem, welches dem Volk Frieden, Freiheit, Wohlstand, Bildung verbürgt, dann wählt einen Sozialdemokraten.

Wie jede neue Partei, welche die Privilegien der Herrschenden bedroht und der Ungerechtigkeit steuern will, wird die Sozialdemokratie verfolgt und verleumdet.

Dies ist das beste Zeugniß für die Sozialdemokratie. Die Verfolgungen beweisen, daß man mit Vernunftgründen uns nichts anhaben kann, und stärken uns nur, weil sie jeden unabhängig denkenden und für Recht fühlenden Menschen für unsere Sache gewinnen.

Und die Verleumdungen — sie bekunden ebenfalls nur die geistige Ohnmacht und den moralischen Bankerott unserer Gegner. Das Gerede vom „Theilen", von der „freien Liebe", „Weibergemeinschaft" 2c. ist nicht blos an sich albern, es ist auch sehr unvorsichtig, weil es die Krebsschäden der heutigen Gesellschaft aufdeckt. Daß ertappte Spitzbuben beim Davonlaufen am lautesten rufen: Packt den Dieb! ist jedem Schulkinde bekannt. Nun, diese Spitzbubenpraxis haben unsere Gegner sich angeeignet. Die „Theiler" rufen: Packt die Theiler! die Männer der „freien Liebe" und „Weibergemeinschaft" hüllen sich in den Mantel der Tugend und predigen die Heiligkeit der Ehe.

Wähler! Laßt Euch durch dieses Diebsmanöver nicht irreführen! Die Strousberg, Miquel, Wagener und andere große „Theiler" sind keine Sozialdemokraten; die reichen Wüstlinge, die sich Mätressen halten, die Fabrikanten, die aus ihren Arbeiterinnen sich Harems bilden, sind keine Sozialdemokraten. Packen wir die richtigen „Theiler" am Kragen, und legen wir den richtigen Pflegern der „freien Liebe" und „Weibergemeinschaft" nachdrücklich das Handwerk!

Und nun zur Wahlurne! Jeder Wähler heran! Keiner darf fehlen! Die Säumigen gilt's zu ermahnen, aufzurütteln!

Sage Keiner: Es nützt ja doch nichts!

Es nützt doch! Rom ist nicht in einem Tag erbaut worden. Wer den Obstbaum pflanzt, weiß, daß er nicht sofort Früchte von ihm ernten kann. Er pflanzt ihn, wenn nicht für sich, für seine Kinder.

Der Mensch unterscheidet sich dadurch von dem Thier, daß er an die Zukunft denkt, planmäßig für die Zukunft arbeitet. Wer nur thut, was augenblicklichen Erfolg verspricht, wer deshalb von der Wahlurne wegbleibt, weil er glaubt, es helfe ja doch nichts, steigt zum Thiere herab.

Ja: es hilft doch! Keine Kraft geht verloren, das lehrt uns die Wissenschaft. Kein Wille geht verloren, denn Wille ist Kraft. Die Wirkung mag momentan unbemerkbar sein, allein sie macht sich unfehlbar geltend.

Der Wille einer Minderheit kann natürlich den Willen der Mehrheit nicht überwinden. Und wir sind doch eine Minderheit. Gut. Aber was folgt daraus? Daß wir die Minderheit zur Mehrheit machen müssen.

Auf zur Wahl! Es gilt zu zeigen, daß seit 1874 — seit dem Tage der vorigen Wahl — die Zahl Derer, welche mit dem herrschenden System brechen wollen, gewachsen ist. Es gilt den Machthabern zu zeigen, daß das Volk, so weit es zum Bewußtsein gelangt ist, das herrschende System verurtheilt.

Je zahlreicher die Stimmen für das Mißtrauensvotum, desto gewichtiger, desto eindrucksvoller das Mißtrauensvotum, desto größer die Wirkung.

An die Wahlurne! An die Wahlurne!

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

II.

Herrn Dühring's zunächst hieher gehörige Schriften sind sein „Cursus der Philosophie", sein „Cursus der National- und Sozialökonomie" und seine „Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus." Zunächst interessirt uns vorwiegend das erste Werk.

Gleich auf der ersten Seite kündigt Herr Dühring sich an als „denjenigen, der die Vertretung dieser Macht (der Philosophie) in seiner Zeit und für die zunächst absehbare Entfaltung derselben in Anspruch nimmt." Er erklärt sich also für den einzig wahren Philosophen der Gegenwart und „absehbaren" Zukunft. Wer von ihm abweicht, weicht ab von der Wahrheit. Viele Leute haben, schon vor Herrn Dühring, so etwas von sich selbst gedacht, aber er ist — außer Richard Wagner — wohl der Erste, der es von sich selbst gelassen ausspricht. Und zwar ist die Wahrheit, um die es sich bei ihm handelt „eine endgültige Wahrheit letzter Instanz."

Die Philosophie des Herrn Dühring ist „das natürliche System oder die Wirklichkeitsphilosophie ... die Wirklichkeit wird in ihm in einer Weise gedacht, die jede Anwandlung zu einer traumhaften und subjektivistisch beschränkten Weltvorstellung ausschließt." Diese Philosophie ist also so beschaffen, daß sie Herrn Dühring über die von ihm selbst nicht zu leugnenden Schranken seiner persönlich-subjektiven Beschränktheit hinaushebt. Es ist dies allerdings nöthig, wenn er im Stande sein soll, endgültige Wahrheiten letzter Instanz festzustellen, obwohl wir bis jetzt noch nicht einsehn, wie dies Wunder sich bewerkstelligen soll.

Dies „natürliche System des an sich für den Geist werthvollen Wissens" hat, „ohne der Tiefe des Gedankens etwas zu vergeben, die Grundgestalten des Seins sicher festgestellt." Von seinem „wirklich kritischen Standpunkt" aus bietet es „die Elemente einer wirklichen und demgemäß auf die Wirklichkeit der Natur und des Lebens gerichteten Philosophie, welche keinen blos scheinbaren Horizont gelten läßt, sondern in ihrer mächtig umwälzenden Bewegung alle Erden und Himmel der äußeren und inneren Natur aufrollt"; es ist eine „neue Denkweise", und ihre Resultate sind „von Grund aus eigenthümliche Ergebnisse und Anschauungen ... systemschaffende Gedanken ... festgestellte Wahrheiten". Wir haben in ihr vor uns „eine Arbeit, die ihre Kraft in der concentrirten Initiative suchen muß" — was das auch immer heißen möge; eine „bis an die Wurzeln reichende Untersuchung ... eine wurzelhafte Wissenschaft ... eine streng wissenschaftliche Auffassung von Dingen und Menschen ... eine allseitig durchdringende Gedankenarbeit ... ein schöpferisches Entwerfen der vom Gedanken beherrschbaren Voraussetzungen und Folgen ... das absolut Fundamentale". Er giebt uns auf ökonomisch-politischem Gebiet nicht nur „historisch und systematisch umfassende Arbeiten", von denen die historischen sich obendrein durch „meine Geschichtszeichnung großen Stils" auszeichnen und welche in der Oekonomie „schöpferische Wendungen" zu Wege brachten, sondern schließt auch mit einem eignen vollständig ausgearbeiteten sozialistischen Plan für die Zukunftsgesellschaft ab, der die „praktische Frucht einer klaren und bis an die letzten Wurzeln reichenden Theorie", und daher ebenso unfehlbar und alleinseligmachend ist wie die Dühring'sche Philosophie; denn „nur in demjenigen sozialistischen Gebilde, welches ich in meinem Cursus der National- und Sozialökonomie gekennzeichnet habe, kann ein echtes Eigen an die Stelle des blos scheinbaren und vorläufigen oder aber gewaltsamen Eigenthums treten". Wonach die Zukunft sich zu richten hat.

Diese Blumenlese von Lobpreisungen des Herrn Dühring durch Hrn. Dühring ließe sich leicht um's Zehnfache vermehren. Sie dürfte schon jetzt beim Leser einige Zweifel rege gemacht haben, ob er es wirklich mit einem Philosophen zu thun habe oder mit — aber wir müssen den Leser bitten sein Urtheil zurückzuhalten bis er die besagte Wurzelhaftigkeit wird näher kennen gelernt haben. Wir geben obige Blumenlese auch nur, um zu zeigen, daß wir nicht einen gewöhnlichen Philosophen und Sozialisten vor uns haben, der seine Gedanken einfach ausspricht und es der weiteren Entwicklung überläßt, über ihren Werth zu entscheiden, sondern mit einem ganz außergewöhnlichen Wesen, das nicht weniger unfehlbar zu sein behauptet, als der Papst, und dessen alleinseligmachende Lehre man einfach anzunehmen hat, wenn man nicht der verwerflichsten Ketzerei verfallen will. Wir haben es keineswegs mit einer jener Arbeiten zu thun, an denen alle sozialistischen Literaturen und neuerdings auch die deutsche überreich sind, Arbeiten, in denen Leute verschiedenen Kalibers sich in der aufrichtigsten Weise von der Welt über Fragen klar zu werden suchen, zu deren Beantwortung ihnen das Material vielleicht mehr oder weniger abgeht; Arbeiten, bei denen, was auch ihre wissenschaftlichen und literarischen Mängel, der socialistische gute Wille immer anerkennenswerth ist. Im Gegentheil, Herr Dühring bietet uns Sätze, die er für endgültige Wahrheiten letzter Instanz erklärt, neben denen jede andre Meinung also von vorn herein falsch ist; wie die ausschließliche Wahrheit, so hat er auch die einzige streng wissenschaftliche Methode der Untersuchung, neben der alle andern unwissenschaftlich sind. Entweder hat er Recht — und dann stehn wir vor dem größten Genie aller Zeiten, dem ersten übermenschlichen, weil unfehlbaren Menschen. Oder er hat Unrecht, und auch dann, wie unser Urtheil immer ausfallen möge, wäre wohlwollende Rücksichtnahme auf seinen etwaigen guten Willen immer noch die tödtlichste Beleidigung für Herrn Dühring.

Wenn man im Besitz der endgültigen Wahrheit letzter Instanz und der einzig strengen Wissenschaftlichkeit ist, so muß man selbstredend für die übrige irrende und unwissenschaftliche Menschheit eine ziemliche Verachtung haben. Wir dürfen uns also nicht wundern, wenn Herr Dühring von seinen Vorgängern mit der äußersten Wegwerfung spricht, und wenn nur wenige, ausnahmsweise von ihm selbst ernannte große Männer vor seiner Wurzelhaftigkeit Gnade finden.

Hören wir ihn zuerst über die Philosophen: „Der jeder bessern Gesinnung baare Leibnitz, dieser beste unter allen höfisch mög-

lichen Philosophirern.“ Kant wird noch soeben geduldet; aber nach ihm ging alles drunter und drüber: es kamen die „Wüstheiten und ebenso läppischen als windigen Thorheiten der nächsten Epigonen, also namentlich eines Fichte und Schelling ... ungeheuerliche Zerrbilder unwissender Naturphilosophastrik ... die nachkantischen Ungeheuerlichkeiten“ und „Fieberphantasien“, denen die Krone aufsetzte „ein Hegel“. Dieser sprach einen „Hegeljargon“ und verbreitete die „Hegelseuche“ vermittelst seiner „überdies noch in der Form unwissenschaftlichen Manier“ und seiner „Cruditäten“.

Den Naturforschern geht's nicht besser, doch wird nur Darwin namentlich aufgeführt und so müssen wir uns auf diesen beschränken: „Darwinistische Halbpoesie und Metamorphosenfertigkeit mit ihrer grobsinnlichen Enge der Auffassung und Stumpfheit der Unterscheidungskraft.... Unseres Erachtens ist der specifische Darwinismus, wovon natürlich die Lamarck'schen Aufstellungen auszunehmen sind, ein Stück gegen die Humanität gerichtete Brutalität.“

Am schlimmsten aber kommen die Sozialisten weg. Mit Ausnahme von allenfalls Louis Blanc — dem unbedeutendsten von Allen — sind sie allzumal Sünder und mangeln des Ruhms, den sie vor (oder hinter) Hrn. Dühring haben sollten. Und nicht nur der Wahrheit und Wissenschaftlichkeit, nein, auch dem Charakter nach. Mit Ausnahme von Babeuf und einigen Communards von 1871 sind sie allesammt keine „Männer“. Die drei Utopisten heißen „sociale Alchymisten“. Von ihnen wird Saint-Simon noch insoweit glimpflich behandelt, als ihm blos „Ueberspanntheit“ vorgeworfen und mitleidig angedeutet wird, er habe an religiösem Wahnsinn gelitten. Bei Fourier dagegen reißt Herrn Dühring die Geduld vollständig. Denn Fourier „enthüllte alle Elemente des Wahnwitzes ... Ideen, die man sonst am ehesten in Irrenhäusern aufsucht ... wüsteste Träume ... Erzeugniß des Wahnwitzes. ... Der unsäglich alberne Fourier“, dies „Kinderköpfchen“, dieser „Idiot“ ist dabei nicht einmal ein Sozialist; sein Phalanstère ist durchaus kein Stück rationeller Sozialismus, sondern „ein nach der Schablone des gewöhnlichen Verkehrs konstruirtes Mißgebilde.“ Und endlich: „Wenn diese Auslassungen (Fouriers über Newton) ... nicht genügen, um sich zu überzeugen, daß in Fouriers Namen und am ganzen Fourierismus nur die erste Silbe (fou — verrückt) etwas Wahres besagt, der dürfte selbst unter irgend eine Kategorie von Idioten einzureihen sein. Endlich, Robert Owen „hatte matte und dürftige Ideen ... sein im Punkte der Moral so rohes Denken ... einige in's Verschrobene ausgeartete Gemeinplätze ... widersinnige und rohe Anschauungsweise ... Owen's Vorstellungslauf ist kaum werth, daß man eine ernstere Kritik zur Geltung bringe ... seine Eitelkeit“ u. s. w. Wenn also Herr Dühring die Utopisten nach ihren Namen äußerst geistreich folgendermaßen kennzeichnet: Saint-Simon — saint (heilig), Fourier — fou (verrückt), Enfantin — enfant (kindisch), so fehlt nur noch, daß er hinzusetzt: Owen — o weh! und eine ganze, bedeutende Periode der Geschichte des Sozialismus ist mit vier Worten einfach — verdonnert, und wer daran zweifelt, der „dürfte selbst unter irgend eine Kategorie von Idioten einzureihen sein“.

Von den Dühring'schen Urtheilen über die späteren Sozialisten nehmen wir der Kürze halber nur noch die über Lassalle und Marx heraus.

Lassalle: „pedantisch-klaubende Popularisirungsversuche ... überwuchernde Scholastik ... ungeheuerliches Gemisch von allgemeiner Theorie und kleinlichem Quark ... sinn- und formlose Hegelsuperstition ... abschreckendes Beispiel ... eigne Beschränktheit ... Wichtigthuerei mit dem gleichgültigsten Kleinkram ... unser jüdischer Held ... Pamphletschreiber ... ordinär ... innere Haltungslosigkeit der Lebens- und Weltanschauung.“

Marx: „Beengtheit der Auffassung ... seine Arbeiten und Leistungen sind an und für sich, d. h. rein theoretisch betrachtet, für unser Gebiet (die kritische Geschichte des Sozialismus) ohne dauernde Bedeutung, und für die allgemeine Geschichte der geistigen Strömung höchstens als Symptome der Einwirkung eines Zweiges der neuern Sektenscholastik anzuführen ... Ohnmacht der konzentrirenden und ordnenden Fähigkeiten ... Unförmlichkeit der Gedanken und des Stils, würdelose Allüren der Sprache ... englisirte Eitelkeit ... Düpirung ... wüste Konceptionen, die in der That nur Bastarde historischer und logischer Phantastik sind ... trügerische Wendung ... persönliche Eitelkeit ... schnöde Manierchen ... schnoddrig ... schöngeistige Plätzchen und Mätzchen ... Chinesengelehrsamkeit ... philosophische und wissenschaftliche Rückständigkeit.“

Und so weiter, und so weiter — denn auch dies ist nur eine kleine, oberflächliche Blumenlese aus dem Dühring'schen Rosengarten. Wohlverstanden, vor der Hand geht es uns noch gar nichts an, ob diese liebenswürdigen Schimpfereien, die es Herrn Dühring, bei einiger Bildung, verbieten sollten, irgend etwas schnöde und schnoddrig zu finden, ebenfalls endgültige Wahrheiten letzter Instanz sind. Auch werden wir uns — jetzt noch — hüten, irgend einen Zweifel an ihrer Wurzelhaftigkeit laut werden zu lassen, da man uns sonst vielleicht sogar verbieten dürfte, die Kategorie von Idioten auszusuchen, zu der wir gehören. Wir haben es nur für unsre Schuldigkeit gehalten einerseits ein Beispiel davon zu geben, was Herr Dühring „das Gewählte der rücksichtsvollen und im echten Sinn des Worts bescheidenen Ausdrucksart“ nennt, und andrerseits festzustellen, daß bei Herrn Dühring die Verwerflichkeit seiner Vorgänger nicht minder feststeht, als seine eigne Unfehlbarkeit. Hiernach ersterben wir in tiefster Ehrerbietung vor dem gewaltigsten Genius aller Zeiten — wenn sich das Alles nämlich so verhält.

(Fortsetzung folgt.)

Eine internationale Kundgebung.

Wir sagen wohl nicht zu viel, wenn wir die Behauptung aussprechen, daß die Arbeiter der gesammten civilisirten Welt mit Spannung dem Ausgange des Wahlkampfes am 10. Januar entgegensehen. Zwar wissen wir Alle, daß der 10. Januar die endgültige Entscheidung nicht bringt und daß die Arbeiterklasse, da sie nach wie vor ihre Arbeitskraft den herrschenden Klassen zur Verfügung stellen muß, bis auf weiteres auch alle die Leiden und Bedrückungen wird erdulden müssen, welche durch die heut übliche Form der Arbeit — die Lohnarbeit — bedingt sind. Nichtsdestoweniger ist der 10. Januar von der höchsten prinzipiellen Bedeutung für die proletarische Bewegung der ganzen Welt, denn an diesem Tage soll das deutsche Proletariat seine Stimme erheben, um, allen Bedrückern vernehmlich, zu protestiren gegen einen Gesellschaftszustand, der die Menschenfamilie zu Gunsten einiger Weniger in einander feindliche Klassen spaltet.

In richtiger Würdigung dieser Aufgabe haben denn auch die ihrer Klassenlage sich bewußten, also die sozialistisch gesinnten Arbeiter Deutschlands nicht geruht und nicht gerastet, um ihre Arbeitsgenossen über die unwürdige Stellung aufzuklären, welche sie in der heutigen Gesellschaft einnehmen. Sie haben durch Wort und Schrift stets und überall die Vorurtheile und die Unkenntniß zu bannen gesucht, mochten diese nun nationaler, religiöser oder sonst welcher Natur sein.

Und in diesem Sinne ist denn auch ein Aufruf aufzufassen, welchen das Centralwahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in dem in Kopenhagen erscheinenden „Sozialdemokraten“ bezüglich der bevorstehenden Reichstagswahlen an die dänischen Arbeiter in Schleswig erlassen hat. Nur eine Stelle aus diesem Aufruf möge hier Platz finden. Sie lautet:

„Die von den dänischen Grundbesitzern und deren Freunden in den Städten aufgestellten Candidaten können niemals geeignet sein, die Interessen des Volkes zu wahren. Niemand kann zwei Herren dienen! Das Interesse der Besitzenden steht dem Interesse des arbeitenden Volkes entgegen. Die Arbeiterfrage ist eine internationale Frage; das Interesse der dänischen Arbeiter ist genau das gleiche wie das der deutschen Arbeiter, und nur die wahre Volkspartei, die Sozialdemokratie, meint es ehrlich mit dem Gedanken der Völkerverbrüderung.

„Laßt Euch deshalb dadurch nicht irre führen, daß die sozialistischen Candidaten nicht der dänischen Nationalität angehören; sie vertreten des Volkes Sache ohne Rücksicht, ob dänisch oder deutsch! Gebet ihnen daher Eure Stimmen.

„Weil sie in Wahrheit für das Volk kämpfen und weil sie der sozialistischen Arbeiterpartei angehören, werden sie von den Besitzenden „Reichsfeinde“ genannt — aber den gleichen Namen führen ja auch die Candidaten der dänisch gesinnten Bourgeoisie!

„Daher noch einmal, Arbeiter, stimmet für die sozialistischen Candidaten — dann wählet ihr Männer, die in die Schranken treten werden für des Volkes und für Eure Rechte.“

Diesen Aufruf begleitet der Vorstand der dänischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit einer warmen Ansprache an die „Schleswig'schen Brüder“, die wir um so lieber in ihrem ganzen Umfange zum Abdrucke bringen, als sie gegenüber der systematischen Völkerverhetzung der herrschenden Klassen von Neuem dokumentirt, daß nur der Sozialismus allein der Menschheit Friede und Wohlfahrt bringen kann. Hoffentlich werden die dänischen Arbeiter in Schleswig den Mahnruf ihrer landsmännischen Arbeitsgenossen beherzigen und am 10. Januar durch die Wahl von Arbeitercandidaten die Erwartungen erfüllen, welche an sie gestellt werden.

Die Ansprache lautet:

Schleswigsche Brüder!

Es kann unmöglich Eurer Aufmerksamkeit entgangen sein, daß das ganze Volk in Dänemark, Eure früheren Landsleute, in dieser Zeit einen harten Kampf besteht zur Bewahrung des Bischen Freiheit, das wir im Jahre 1848 endlich erreichten.

Die Männer, die des Bauern und Arbeiters Selbständigkeit hier in Dänemark bedrohen, die Männer, die mit Freuden unsere gesetzgebende Versammlung heimjagen würden und jede Volksversammlung zerstreuen möchten, wenn sie ebensoviel Macht wie Lust dazu hätten, — diese Männer gehören genau derselben Klasse an, wie Eure jetzigen sogenannten „dänischgesinnten“ nationalliberalen Führer in Schleswig.

Wenn Ihr glaubt, daß der nationalliberale Kapitalist und Bourgeois ein wahres Gefühl für sein Vaterland und Volk hat, so irret Ihr Euch.

Die Kapitalisten, von welcher Nation sie auch sein mögen, in welchem Lande sie auch wohnen, welche Sprache sie auch sprechen, sie haben nur den einzigen Trieb. Geld zusammenzuraffen durch die Arbeit Anderer.

Erhalten sie die gesetzliche Erlaubniß, die Ausplünderung in Ruhe auszuführen, dann sind sie zufrieden mit der Regierung, selbst mit der unbeschränktesten; ist aber die Regierung gegenüber ihren Interessen gleichgiltig, unterdrückt sie beide, Reiche und Arme, brandschatzt sie beide, Vermögen und Arbeit, reißt sie beide, Bourgeois und Proletarier, zum Kriegsdienst, dann wird der Kapitalist plötzlich „Arbeiterfreund“ und greint Krokodilsthränen über die „Unterdrückung seiner armen Brüder“.

So verhält es sich nun genau in Schleswig. Hätte die preußische Regierung minder hohe Steuern aufgelegt, hätte sie es unterlassen, die Söhne der Bourgeois zum Kriegsdienst zu ziehen und ihnen Zugang zu den fetten Aemtern des Landes gegeben, dann wäre der „dänische Patriotismus“ der nationalliberalen Kapitalisten und freiheitsfeindlichen Besitzer bald verdunstet. Aber das that die Regierung nicht; sie ließ ihre schwere Hand auf Alle fallen vom Höchsten bis zum Geringsten. Und darum steht im jetzigen Augenblicke der Gutsbesitzer dem armen Hausmann im gegenwärtigen Kampfe zur Seite.

Eine solche Vereinigung ist aber unnatürlich, da das Ziel beider Theile ein ganz ungleiches ist. Der Bourgeois ist aber auch stets der Führer und was er will, wohin er die Bewegung lenkt, das ist seine eigene Wohlfahrt. Wenn er diese erlangt hat, wird er sich der Sache entschlagen, sich zur Partei der Unterdrücker wenden und der Arbeiter wird dann hilfloser und unterjochter dastehen als früher.

Nein! schleswig'sche Arbeitskameraden, wollt ihr die Befreiung von den Leiden, unter denen Ihr schmachtet und die die gleichen in allen Ländern sind, dann müsset Ihr Euch den Bestrebungen anschließen, die überall vom vierten Stand begonnen werden, den Standesunterschied zu zerreißen und zu steigen auf die Höhe der anderen Klassen in der Gesellschaft.

Ueber die ganze civilisirte Welt haben sich politische Parteien gebildet, in innigster brüderlicher und geistiger Verbindung mit einander stehend, die mit den gleichen Mitteln kämpfen nach dem gleichen Ziele: der Befreiung der Arbeit. Hier sind Eure natürlichen Bundesgenossen, hier trefft Ihr Schicksalsgenossen im Leiden und in der Hoffnung: hier könnet Ihr eine ehrliche Unterstützung erwarten, um jede berechtigte Forderung zu erkämpfen.

Daher tragen wir dänischen Arbeiter gar kein Bedenken, Euch zu rathen, daß Ihr jede widernatürliche Verbindung mit den Bourgeois und Kapitalisten, selbst wenn sie die gleiche Sprache reden wie Ihr, aufgebet und Euch der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands anschließet. Ihr könnet wahrlich vollständig überzeugt sein, daß — wenn Ihr bei der bevorstehenden Wahl im Januar die sozialdemokratischen Candidaten in den deutschen Reichstag durchsetzet — Ihr Eurer Nationalität, sowie Eurer eigenen Wohlfahrt den größten Dienst erweiset, den deutschen Bourgeois aber zugleich die schwerste Niederlage beibringet; bleibet Ihr aber im Schlepptau der Nationalliberalen, die ihre Parole von den größten Feinden der Volksfreiheit hier in Dänemark erhalten, dann könnet Ihr auch überzeugt sein, daß Ihr alle Sympathien Eurer früheren Landsleute verliert, denn wir setzen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als die höchsten Güter weit über Vaterland und Nationalität.

Stimmet also für die Arbeiter-Candidaten und unsere besten Wünsche folgen Euch zum Wahlkampfe — es ist ja unsere, ja der ganzen Menschheit Sache, die Ihr dann verfechtet.

Mit sozialdemokratischem Handschlag und Gruß!

Kopenhagen, den 14. Dezember 1876.

Im Namen der dänischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei:

Louis Pio.

Aus der Reichshauptstadt.

(Correspondenz aus der „Neuen Freien Presse“.)

(Schluß.)

Jetzt tritt ein Herr in die Ruhmeshalle und fordert die „Germania“. Der Registrator hat das Aktenstück mit einem Griffe. Ich kenne den alten Herrn schon lange. Er hat unter jedem Systeme treu gedient. Unter Manteuffel wie unter Auerswald, in der Conflikts- und in der Versöhnungs-Aera hat seine inspirirte Feder die „gute“ Sache verfochten. Jetzt genießt er das Gnadenbrot als — Nun, wie soll ich sagen? In dem Nebenzimmer ist sein Platz. Da sitzt er einem ebenso alten Collegen gegenüber. Beide arbeiten mit dem Rothstifte. Sie fahnden in den Blättern auf Beleidigungen gegen ... Es ist heute gerade Ebbe. Sie legen den Rothstift weg und sehen sich gähnend an. Ich weiß nicht, warum ich bei ihrem Anblick an Frießhardt und Leuthold denken muß. Sie stehen doch wahrlich nicht vor einem leeren Hut Schildwach, sondern vor einem geistvollen Kopfe, aber mir ist, als drückten heute ihre Mienen einen Dialog aus, wie den folgenden:

Frießhardt:

Wir passen auf umsonst. Es will sich Niemand
Heran begeben und dem Herrn die Reverenz
Verweigern, 's war doch sonst wie Fasching hier;
Jetzt ist die ganze Presse wie verödet,
Seitdem der Tessendorf .....

Leuthold:

Nur schlecht Gesindel läßt sich sehn und schwingt
Uns zum Verdienste die zerlumpten Mützen,
Was rechte Leute sind, die machen lieber
Den weiten Phrasen-Umweg um die Sache,
Ehe sie nicht beugten ihren Rücken!

Frießhardt:

Jüngst meint' ich schon, 'nen guten Fang zu thun,
Doch wie ich zwei Mal das Pasquill gelesen,
Da war ein Kanzler Albion's gemeint,
Der Baron unter Queen Elisabeth,
Nicht der unsere .....

Leuthold:

Höre, Gesell, es fängt mir an zu deuchten,
Wir stehen hier am Pranger mit dem Rothstift;
's ist doch ein Schimpf für Unser Einen, glaub' ich,
Schildwach zu stehen und mit den Augen spähn,
Ob tief genug die Reverenz gemacht.
Es ist doch, traun, ein närrischer Befehl,
Und jeder rechte Kerl muß uns verachten.

Frießhardt:

Der alte Fritz hing die Pasquille tiefer.

(Ein Bote bringt frisch von der Presse die H'sche, die N. N., die W. W. u. s. w.)

Leuthold:

Wollt ihr vom Platz! Verwünschtes Volk der Weiber!
Wer fragt nach euch? Schickt eure Männer her,
Wenn sie der Muth sticht, dem Befehl zu trotzen.

(Die genannten Zeitungen wandern ungelesen in den Papierkorb.)

Ich bitte dieses Gespräch nicht mißzudeuten. Wenn Leuthold spricht von „schlecht Gesindel, das die zerlumpten Mützen schwingt“, so habe ich blos an dem Schiller'schen Texte nichts ändern wollen. Aber leugnen kann ich es nicht, daß ich in diesem und jenem Aktenstücke der dunkeln Halle — ich meine die Registratur — unter den Personalien beinahe etwas Aehnliches stehen sah. Das ist nicht meine Schuld. Ich reproducire nur den Kanzleistyl jener Aktenstücke. Da heißt es z. B.: „Intellektueller Redakteur H., charakterloser Mensch, hat allen Parteien schon gedient, um jeden Preis feil, lange Zeit Augustenburger, gab zuletzt in N. ein kleines Skandalblatt heraus, war finanziell zerrüttet, bis ihm die Redaktion der mit Z.'schem Gelde gegründeten D. D. übertragen wurde, lebt seitdem auf großem Fuße, schreibt selber nur unbedeutende Sachen, stets so und so gezeichnet, wiederholt wegen Preßvergehen bestraft, das letzte Mal wegen Beleidigung des .... zu 5 Monaten 2c.“ — Ich weiß in der That nicht, welches Blatt und welcher Redakteur in Oberbayern oder Oberschlesien oder in der Welt damit gemeint sind. Mir ist blos das Gerippe der Personalia mitgetheilt worden, wie ich es in Obigem wiedergegeben habe, lediglich als Probe des Styles in der Ruhmeshalle. Die Fassung mag der jener beiden alten Herren verantworten, welche in dem Vorzimmer der Halle wie Frießhardt und Leuthold Wache halten, um alle Gazetten, die sich nicht geniren, nebenan einzusperren und die Personalien hinzuzufügen. „Des Landvogts oberherrliche Gewalt verachtet er und will sie nicht erkennen“, sagt Frießhardt bei Schiller. Im Kanzleistyl der Verleumdungs-Registratur wird das etwas anders ausgedrückt.

Die beiden Herren mit dem Rothstift, die „wohlbestallten Wächter“, haben schließlich doch noch einige Sünder auf frischer That ertappt, die den Ehrengruß versagt. Die nächsten Tage fügen noch einige unbotmäßige Gazetten hinzu, und siehe da, die Nummern des Journals finden sich doch am Ende der Woche wieder um sieben vermehrt, trotz Tessendorf. Am Sonnabend hält der Geh. Rath X. — er hat das Decennat für Beleidigungs- und Verleumdungssachen — Vortrag beim Landvogt, falls dieser nämlich nicht Villeggiatur bis in den Winter hinein hält. Im letzteren Falle wird die Sache schriftlich abgemacht. Der mündliche Vortrag reducirt sich übrigens auch nur darauf, die Anträge an den Staatsanwalt zur Verfolgung von Gazetten zur Unterzeichnung vorzulegen. Der Inhalt der inkriminirten Pasquills wird nicht weiter erörtert. Die Herren Verleumder irren sich, wenn sie glauben, der Landvogt kümmere sich um jeden ihrer vergifteten Pfeile. Er unterzeichnet nur. Dazu müssen die Verleumdungen schon zu anderer Seite kommen, eine Partei-Taktik verrathen, die Politik des hohen Herrn verdächtigen und im Auslande ihm das Spiel verderben, wenn er ernstlich sich darum bekümmern und böse werden soll. Dann appellirt er auch nicht an den Staatsanwalt, sondern replizirt im Reichstage, oder in der „Norddeutschen“. Die Denunziation der gewöhnlichen Pasquille ist blos so eine kleine Schwäche, wie sie alle großen Männer haben. Friedrich II. ließ sie für das Publikum niedriger hängen, Fürst Bismarck zur Einsicht für den Staatsanwalt. Das ist der ganze Unterschied.

Dr. R.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Auf zu den Reichstagswahlen!“ Unter dieser Ueberschrift läßt Dr. Max Hirsch im „Gewerkverein“ vom 29. Dezember v. J. einen Leitartikel los, in welchem er den Gewerkvereinlern die Stellung anweist, die sie bei den Reichstagswahlen einzunehmen haben. Die Gewerkvereinler dürfen danach einem Agrarier, Schutzzöllner oder Zünftler ihre Stimme nicht geben, und selbst den Nationalliberalen, für welche früher noch gestimmt werden durfte, wird der Laufpaß gegeben, weil sie den „Namen „nationalliberal“ noch am Schluß der letzten Reichstagssession ein für allemal verscherzt haben“. Man sieht, auch die Gewerkvereinler haben ihre „reaktionäre Masse“. Es bleiben also noch die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie, über welch Letztere sich Herr Hirsch wörtlich also ausläßt: „Wer das Programm der Sozialdemokratie liest, ohne die im Programm nicht ausgesprochenen Pläne zu kennen, der wird es fast Punkt für Punkt unterschreiben. Würden aber alle die Wähler, die für die Candidaten der Sozialdemokratie stimmen wollen, wissen, was die Partei eigentlich bezweckt, sie würden nie und nimmer für einen Sozialdemokraten stimmen. Denn mit vollster Gewißheit folgt auf den Mißbrauch der Freiheit, d. h. die Zügellosigkeit, die ärgste Reaktion. Und die Sozialdemokraten wollen nur die Zügellosigkeit, ihre Anhänger werden besonders für dieselbe präparirt. Da werden die schlimmsten Leidenschaften gehätschelt und gepflegt, da wird Haß und Verachtung gesäet, jede andere Ansicht gewaltsam unterdrückt, nnd nachdem man die Leute planmäßig demoralisirt hat, will man mit ihnen den Zukunftsstaat, die Commune gründen. Wird sich denn — wenn es einst dahin kommen sollte — der Umschwung in der Macht anders als auf blutigem Wege vollziehen lassen, wenn der eine Theil der Staatsbürger das Selbstbestimmungsrecht des Menschen gewahrt wissen, der andere, in gieriger Leidenschaft entflammt, das Privateigenthum abschaffen und die ganze Menschheit in die Zwangsjacke des Communismus stecken will? Nimmermehr!

Aber sehen wir ab von dem Wollen der Partei und sehen wir uns einmal die Thätigkeit der bisherigen Vertreter der Sozialdemokraten näher an, dann wird jeder unparteiische Mensch sagen, ehe solche Vertreter besser gar keine! Und in der That! Die Herren Sozialdemokraten haben in der Gesetzgebung eine glänzende Unreife an den Tag gelegt, selbst in denjenigen Zweigen, die speziell die Arbeiterfrage berühren, wie beispielsweise beim Hilfskassengesetz. Statt sich nun die mangelnden Kenntnisse durch eifriges Studium zu sammeln, haben sich die Herren stets auf Agitationsreisen befunden und durch ihre Abwesenheit zuweilen die besten gesetzlichen Bestimmungen in Frage gebracht.

Und selbst abgesehen davon, niemals könnte ein Gewerkvereinler seine Stimme einem Sozialdemokraten geben, ohne sein eigenes Nest zu besudeln, die eigene Partei zu verrathen. Jede Stimme eines Gewerkvereinlers würde einen Triumph der Gegner, einen Sieg des sozialdemokratischen Prinzips und die eigene Schmach bedeuten, da die Sozialdemokraten, so lange es Gewerkvereine giebt, dieselben nur stets verfolgt, verleumdet, mit Koth beworfen haben!“

Die in dem letzten gesperrten Satze aufgestellte Behauptung weisen wir als eine infame Lüge zurück. Nie hat die Sozialdemokratie die Gewerkvereine „verfolgt“, „verleumdet“ oder „mit Koth beworfen“, wohl aber hat sie es sich angelegen sein lassen, die Gewerkvereinsmitglieder auf die gerade nicht schmeichelhafte Rolle aufmerksam zu machen, welche sie als Schleppträger der Fortschrittspartei spielen. Und die Sozialdemokratie wird in diesem Bestreben fortfahren, da die Fortschrittspartei, weil sie in letzter Linie doch nur die Interessen der besitzenden Klassen vertritt, es nie und nimmer ehrlich mit den Arbeitern meinen kann. Was in dem obigen Citat der Sozialdemokratie sonst noch nachgesagt wird, halten wir der Widerlegung nicht werth — es riecht zu sehr nach „reaktionärer Masse“, zu der wir mit Verlaub des Herrn Hirsch auch die Fortschrittspartei zählen. Im Uebrigen wird ja der 10. Januar beweisen, welche Fortschritte die Sozialdemokratie gemacht hat — trotz Hirsch und Genossen!

— Weitere Wahlsiege — trotz Census werden gemeldet aus Deuben, wo bei der Gemeinderathswahl die Genossen Zimmermann und Eckstein als Candidaten der Unansässigen mit bedeutender Majorität gewählt wurden. Auch in Markersdorf gingen die Candidaten unserer unansässigen Gesinnungsgenossen durch. Ferner siegte die Sozialdemokratie in Frohnau bei Annaberg, in Einsiedel und in Bernsdorf. In Gablenz siegte die Sozialdemokratie bei der Wahl der Unansässigen, während bei den Ansässigen die Liberalen eine Mehrheit von 12 Stimmen erlangten.

— O welche Lust Soldat zu sein. Eine neulich in Königsberg bei 22 Grad Kälte angestellte Marschübung hat nach dem „Königsberger Communalblatt“ zur Folge gehabt, daß 9 Soldaten im Lazareth krank liegen und über 100 in den Revier-Quartieren an Frostschäden laboriren. Auch einige Offiziere sollen Verletzungen durch Frostschäden erlitten haben. Die Untersuchung ist eingeleitet.

„Die Untersuchung ist eingeleitet“ — das klingt ja entsetzlich! Da es sich aber um einen höheren Offizier handelt, so wird man natürlich ein Auge zudrücken und — vielleicht auf Versetzung erkennen; ihn in's Zuchthaus zu sperren wegen vorsätzlicher Körperverletzung, das geht nun einmal nicht, sintemalen Preußen ein Militär- und kein Rechtsstaat ist.

— Zur Notiz für gewisse Leute. (Aus dem Reichsstrafgesetzbuch.) § 107. Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar. — § 108. Wer in einer öffentlichen Angelegenheit mit der Sammlung von Wahl- oder Stimm-Zetteln oder -Zeichen oder mit der Führung der Beurkundungsverhandlung beauftragt, ein unrichtiges Ergebniß der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt oder das Ergebniß verfälscht, wird mit Gefängniß von einer Woche bis zu drei Jahren bestraft. Wird die Handlung von Jemand begangen, welcher nicht mit der Sammlung der Zettel oder Zeichen oder einer andern Verrichtung bei dem Wahlgeschäfte beauftragt ist, so tritt Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren ein. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. — § 109. Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft oder verkauft, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

— Daß die Lage der niederen Postbeamten keine beneidenswerthe ist, haben nicht nur wir schon öfter Gelegenheit gehabt nachzuweisen, sondern der Staat giebt dies auch indirekt zu durch die „Gratifikationen“, mit welchen er diesen geplagten Staatsdienern alljährlich „unter die Arme greift“. In diesem Jahre scheint es mit diesen „Gratifikationen“ aber nicht sonderlich gut bestellt zu sein, wenn anders eine Zeitungsnotiz, welche jetzt die Runde macht, thatsächlich begründet ist. So sind auf den Postamtsbezirk Dresden 1000 Mark Gratifikationen für höhere und niedere Beamte gekommen. Abgesehen von der lächerlich geringfügigen Summe werden Gratifikationen noch oft genug nicht nach Verdienst, sondern nach persönlicher Gunst vertheilt, sie sind in Folge dessen häufig die Ursache der Corruption, Mißgunst und Liebedienerei. Man gebe den Postbeamten ein auskömmliches Gehalt, wie es ihrer angestrengten Arbeit entspricht, und sie selber werden mit Freuden auf die Gnadengeschenke verzichten.

— Das preußisch-deutsche Reich ist ein Militärreich. Am 1. d. Mts. war in Berlin „Jubelfeier des vor 70 Jahren erfolgten Eintrittes Sr. Maj. des Königs von Preußen und Kaisers von Deutschland in die Armee“. Bei dieser Gelegenheit sagte der König-Kaiser: „Meine Stellung brachte es mit sich, **daß der größte Theil meines Lebens der Armee gewidmet war**“. Glückliches stehendes Heer!

— Der Friede ist wieder einmal „gesichert“ — auf zwei Monate. Unmittelbar vor Ablauf des Waffenstillstandes zwischen der Türkei und den Serben-Montenegrinern hat die Conferenz eine Verlängerung desselben um weitere 2 Monate, also bis zum 1. März, beschlossen. Und da dies erfolgt ist, ohne daß die Türkei den Russen auch nur die geringste Concession gemacht hätte, so muß darin ein Rückzug und eine Niederlage Rußlands erblickt werden, das sich offenbar zu schwach fühlt, seine großmäuligen Drohungen schon jetzt zu verwirklichen. —

— Die Reptilienblätter sind auf's äußerste erbost über den von den sozialdemokratischen Abgeordneten in Aussicht gestellten Antrag auf Wiederherstellung Polens. „Wir sind begierig zu erfahren, sagt u. A. das Nürnberger Reptil, genannt „Courier“, wie es der Reichstag anfangen soll, Polen, in das sich drei Reiche getheilt haben, wiederherzustellen. Ein solcher Antrag dürfte doch nur in einem Narrenhaus, nicht aber im deutschen Reichstag die nöthige Unterstützung finden.“ Wegen der „nöthigen Unterstützung“ darf das Reptil außer Sorge sein — sie wird sich finden, ohne die Unterschriften der polnischen Abgeordneten, deren Unterschriften allein schon genügen würden. Und was das „Narrenhaus“ betrifft, so rathen wir dem Reptil, einmal die Geschichte des letzten polnischen Aufstandes zu studiren. Es wird dann finden, daß die unter den ungünstigsten Verhältnissen kämpfenden Polen damals nicht von der gesammten russischen Militärmacht niedergeworfen werden konnten. Was die Polen 1862 konnten, das können sie auch heute noch. Sie brauchten nur der Neutralität der beiden übrigen „Theile“, Preußens und Oesterreichs, versichert zu sein, so werden sie mit Rußland fertig. Nun ist es aber bekannt, daß Oesterreich, um sich des russischen Alps zu entledigen, schon wiederholt sich zur Herausgabe seiner polnischen Landestheile bereit erklärt hat. Es bliebe also blos der Widerstand Preußens zu überwinden. Wir dächten aber, wenn das deutsche Volk zur Einsicht gebracht würde — und eine Debatte im Reichstag trüge wesentlich dazu bei —, daß es nur ein Mittel gibt, Deutschland für immer von dem Freiheit und Cultur erstickenden Gewicht des nordischen Barbarenstaates zu befreien: nämlich die Wiederherstellung Polens, — dann wird auch mit der Zeit der Widerstand des preußischen Partikularismus gebrochen werden. Allerdings — für gewisse Leute wäre es sehr bequem, könnte man Jeden, der an das Leben und die Lebensfähigkeit Polens glaubt, in das „Narrenhaus“ bringen, und auf diese Weise die polnische Frage puttkammern. Wird aber nicht gelingen.

— Als Rußland vorigen Sommer und Herbst durch Truppensendungen nach Serbien die Neutralität so schamlos verletzte, sagte man zur Beschönigung dieser Handlungsweise, die russische Regierung werde von der Volksbewegung vorangetrieben. Diese „Volksbewegung“ war aber eine Polizeibewegung. Charakteristisch in dieser Beziehung ist die Thatsache, für welche wir einstehen können, daß es Polizeibeamte waren, die an vielen Orten die Sammlungen für Serbien leiteten, und daß Jeder, der sich weigerte, eine „freiwillige Spende“ zu geben, mit Gefängniß bedroht, erforderlichen Falls in's Gefängniß gesperrt wurde.

— Es wird in verschiedenen Zeitungen erzählt, als die sozialdemokratischen Abgeordneten bei der dritten Berathung der Justizgesetze nach Annahme des ersten Compromißantrags den Saal verließen, hätte der fortschrittliche Abgeordnete Hänel mit ihnen zu unterhandeln versucht und sei brüsk mit den Worten abgewiesen worden: „Mit Ihnen haben wir nichts zu thun“. Die betreffende Notiz ist von A bis Z aus der Luft gegriffen.

Correspondenzen.

IX. **Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis.** (Zur Wahlagitation.) In Neustadt fand am 2. Dezember eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt. Die am 3. in Haffkrug, am 7. in Malente abgehaltenen Versammlungen waren sehr schwach besucht, da die schlechte Witterung die Leute zu Hause hielt. Herr Bäthke aus Berlin referirte zur Zufriedenheit aller Anwesenden über die Bestrebungen der Sozialdemokratie und die bevorstehende Reichstagswahl. Am 5. Dezember waren wir in Plön, konnten aber kein Lokal bekommen; daher mußte sich unsere Agitation auf kleinere Kreise beschränken. Am 6. Dez. fand in Oldenburg eine Versammlung statt; auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1) die ländliche Arbeiterfrage und die Sozialdemokratie, 2) die Reichstagswahl. Unser Referent Herr Bäthke führte in ruhiger und sachlicher Weise sein Referat durch und endete unter allseitigem Beifall. In seiner Rede hatte derselbe konstatirt, daß der Arbeiter im östlichen Holstein nur 80 Pf. täglich nebst einigen Nebenspesen verdiente. Wegen dieser Aeußerung wollte der frühere Landtagsabgeordnete, Gutsbesitzer Beddersen, den Referenten Lügen strafen und forderte diejenigen Arbeiter, deren täglicher Lohn nur 80 Pf. sei, auf, sich zu melden. Die Scheu, welche begründet ist in der abhängigen Lage der Arbeiter, hielt dieselben von diesem Schritte zurück. Doch erfuhr der feinfühlige Besitzer eine Bestätigung jener statistischen Zahl durch seinen Standesgenossen Herrn Lembke aus Büran. Einige andere kritische Nörgeleien und Bemerkungen des Landtagsabgeordneten a. D., sowie des Maurermeisters Preuß, aus dessen Gehirn der Gedanke entsprang, daß es das Bestreben der Sozialisten sei, alle Menschen zu Professoren zu machen, widerlegte Herr Bäthke in kurzer, aber schlagender Weise. Ein Herr Wallstein leugnete das periodische Auftreten des Hungertyphus in Ost-Preußen; seine Geschichtskenntniß wurde in würdige Weise gegeißelt. Zum Schluß erhob sich der Abgeordnete Beddersen und forderte diejenigen, welche 80 Pf. täglich verdienten, noch einmal auf, sich zu melden. Jetzt traten etwa 10 Mann hervor und erklärten, daß sie nur 75 Pf. erhielten; Andere riefen: Viele von uns haben gar keine Arbeit. Diese Niederlage machte Herrn Beddersen zu dem Helden einer komischen Affaire. In seiner Verzweiflung tritt er auf Bäthke zu und ruft zornsprühend: „Wenn Herr Bäthke sich durch mich beleidigt fühlen sollte, so bin ich bereit, ihm mit Säbel und Pistolen Satisfaktion zu geben“. Bäthke, ein handfester Metallarbeiter, sah sich mit ironischem Lächeln seinen duellustigen Gegner von Kopf bis zu Fuß an und sagte dann trocken: „Wenn der Herr einen guten Besenstiel zu Hause hat, dann können wir die Sache ausmachen.“ Unter nicht endenwollendem Gelächter der Versammlung drückte sich der tapfere Held Beddersen wie es schien beschämt hierauf zur Thür hinaus. Am 7. Dezbr. fand eine Versammlung in Ratzendorf statt, welche sehr gut besucht war. — Am 17. Dez. fand dann die Versammlung statt, in welcher der Beweis für das am 6. von uns Behauptete geführt werden sollte. Von gegnerischer Seite war der bekannte Herr Ließenberg aus Wandsbeck, von unserer Seite Bäthke erschienen. Da zur Eröffnungszeit der Versammlung die Arbeiter noch nicht zahlreich genug sich eingefunden, erhielten die Gegner den Vorsitz in der Person des Herrn Wallstein aus Oldenburg. Bäthke erhielt zuerst das Wort; er entwickelte in klarer und verständlicher Weise die Prinzipien der Sozialdemokratie, beleuchtete daneben auch die Grundsätze der anderen Parteien und schloß mit einer Aufforderung zum Anschluß an unsere Sache. Dann erhielt Herr Ließenberg das Wort. Das saubere Herrchen erklärte sich mit dem Referat des Herrn Bäthke vollkommen einverstanden, er sagte, Herr Bäthke hätte der Versammlung ganz aus dem Munde gesprochen; Prinzipien seiner liberalen Partei entwickelte der Herr Ließenberg sonst in keiner Weise — sie muß wohl überhaupt keine haben. Statt dessen erging er sich in allerlei Verleumdungen auf unsere Führer und ritt hauptsächlich auf Geib, Bebel und Liebknecht herum. Bei diesem Todtenritt endigte er mit einer Aufforderung zur Unterstützung des liberalen Kandidaten. Die Arbeiterführer, sagte er, haben es nur auf die Arbeiterpfennige abgesehen, das Prinzip der Sozialdemokratie sei reine Utopie; nicht sagte er zwar, daß er für diese seine unsauberen Reden 24 Thaler von Herrn Maurermeister Früß aus Oldenburg erhielt. Als nun nach ihm Bäthke das Wort ergreifen wollte, erklärte der Vorsitzende, daß er ihm das Wort zur Widerlegung nur auf eine Viertelstunde ertheilen könne. Da sich Bäthke gegen eine solche Beschränkung der Redezeit erklärte, erhob sich der überwachende Beamte, Herr Bürgermeister Brenken, und sagte, wenn man sich dem nicht füge, würde er die Versammlung auflösen. Obgleich nun von Bäthke auf das Ungesetzliche seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht, so löste der Herr Bürgermeister trotzdem — durch Rockzupfen und die Zurufe: Herr Bürgermeister, lösen Sie doch auf! seitens der Liberalen dazu veranlaßt — eigenmächtig die Versammlung auf. Zur Fortsetzung der so abgeschnittenen Debatte wurde eine dritte Versammlung auf den 22. anberaumt. Als Bäthke nun am 18. diese beim Bürgermeister Brenken anmeldete, verweigerte Letzterer die Bescheinigung. Obgleich sofort auf seine ungesetzliche Handlungsweise aufmerksam gemacht, wollte er sich doch auf Nichts einlassen und so mußten wir erst telegraphisch bei der Regierung zu Schleswig Beschwerde führen. Indeß hielten wir in Neu-Ratiensdorf und in Burg auf Fehmarn am 18. und 19. gut besuchte Volksversammlungen ab. Als wir am 22. Abends nach Oldenburg zurückkehrten, lag schon eine Regierungsdepesche aus Schleswig an Bäthke vor, welche anzeigte, daß die Bescheinigung sofort ausgestellt werden würde. So konnten wir denn ungehindert die Versammlung abhalten, welche übrigens ruhig verlief; denn von den Gegnern, welche wohl bange geworden waren, war keiner erschienen. Einstimmig wurde in dieser Versammlung daher die Resolution gefaßt, fest und treu für den Arbeiterkandidaten Otto Reimer einzustehen.

Hadersleben (Nord-Schleswig). Den Stellmachern und Wagnern allerorts zur Nachricht, daß hierorts zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wegen eines Lohntarifs, welchen Erstere anerkannten und bewilligten, doch noch Differenzen ausgebrochen sind, indem dieselben sämmtliche Gesellen von der Arbeit ausschlossen und auf das Straßenpflaster warfen. So lohnt das Kapital dem Arbeiter, nachdem es in den guten Geschäftszeiten denselben bis auf das Mark ausgebeutet hat. Da nun die Mitgliedschaft Hadersleben erst seit einigen Monaten besteht, so ist es dringend geboten, den Zuzug streng fernzuhalten und die Strikenden nach Kräften zu unterstützen. An alle unserem Verein noch fernstehende Collegen geht der Mahnruf, immer mehr sich uns anzuschließen, damit wir immer besser organisirt dem Ausbeutungssystem einen Damm entgegensetzen können. Unterstützungen sende man an Christoph Fick, per Adresse Wwe. Hansen, Stellmacher-Herberge, Goßkerstraße, Hadersleben.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Delmenhorst, 2. Januar. Der 3. Oldenburgische Wahlkreis zählt zu denjenigen Kreisen, wo man noch nicht viel hat unternehmen können betreffs der Agitation. Diese wird nur von hier aus betrieben und die Mittel sind mit wenigen Ausnahmen nur von den hiesigen Cigarrenarbeitern aufgebracht. Auch ist sie mit sehr großen Kosten verknüpft; dennoch haben wir es mit den wenigen Mitteln unternommen, sie zu beginnen. Wir hielten am 24. December in Ganderkesee eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“, Referent Herr Henke aus Bremen. Der Redner entledigte sich seines Auftrages in der besten Weise. Die Bewohner waren trotz der grimmigen Kälte zahlreich erschienen, so daß das Lokal überfüllt war. Die Versammlung verlief in der ruhigsten Weise, und sämmtliche Anwesende hörten den Ausführungen des Redners mit der gespanntesten Aufmerksamkeit zu. Am 26. hielten wir eine Volksversammlung in Wildeshausen ab mit eben derselben Tagesordnung. Sie war über unser Erwarten sehr stark besucht, denn aus diesem Städtchen von ca. 2200 Einwohnern waren gegen 350 Personen erschienen. Alles hörte in lautloser Stille dem Vortrage des Herrn Henke zu und spendete demselben am Schlusse seines Vortrages lebhaften Beifall. In beiden Versammlungen wurde die Candidatur des Hrn. Frick als die der Arbeiterpartei empfohlen und diesbezügliche Resolutionen einstimmig angenommen. Es wurde zur Interpellation mehreremal aufgefordert, aber Niemand meldete sich zum Wort. Als wir uns von den Anwesenden verabschiedeten, baten sie uns, doch recht bald einmal wieder zu kommen und Herrn W. Frick mitzubringen. Jeder kann sich wohl denken, wie erfreut wir hierüber waren, denn wir sahen unsere Mühen reichlich belohnt dadurch, daß es auch hier in den Köpfen der Landbevölkerung zu tagen beginnt.

Das Arbeiter-Wahlcomité.
J. A.: W. Eisner. Vorsitzender.

Minden (Westfalen). Donnerstag den 26. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, hatten wir eine Versammlung in der Tonhalle angesetzt, in welcher unser Candidat W Frick aus Bremen sein Programm entwickeln sollte. Diese Versammlung konnte leider

nicht stattfinden, indem Frick erst Nachts 10 Uhr ankam. Die für denselben Abend in dem benachbarten Rehme angesetzte Versammlung hielt ich ab, wobei mich mehrere Parteigenossen begleiteten. Nachdem ich den Landleuten und Arbeitern auseinandergesetzt, daß sie zu ihrem Heile weder von den Vertretern der nationalliberalen Partei, noch von Sr. Majestät allergetreuester Opposition, noch von den Agrariern etwas zu erwarten hätten, so sollten sie am 10. Januar für den von uns empfohlenen Candidaten stimmen, was die Versammluug auch einmüthig durch die Abstimmung versprach. — Den andern Tag ging es nach dem 8 Stunden von hier entfernten Rahden. Wir waren zu Dritt — Frick, meine Wenigkeit und unser fliegender Buchhändler, welcher das sozialdemokratische Gift mit verbreiten half. Frick sprach in 1½stündiger Rede zu der Versammlung und erläuterte, was die alten Parteien in dem letzten Reichstag gethan, und was sie ferner thun würden; ferner, daß der vorige und jetzt wieder vorgeschlagene Vertreter v. Etzel, General a. D., allen volksfeindlichen und reaktionären Gesetzen seine Sanktion gegeben hätte, und daß derselbe besonders rühmend hervorhebe, daß sie das eiserne Militärbudget zu Stande gebracht hätten. Redner beleuchtet dieses Gesetz und sein Zustandekommen. Er erklärt seinen Standpunkt und ersucht, wenn die Versammlung mit seinen Anschauungen einverstanden sei, ihm am 10. Januar ihre Stimmen zu geben. — Zum Worte meldet sich ein Herr Lehrer Levysohn und erklärt sich als glühender Monarchist. Er erzählt über das Thaten und Rathen der nationalliberalen Partei, der er selbst zwar nicht angehöre, denn er sei Fortschrittsmann, und wie sie gewiß die mangelhaften Gesetze, die sie fabrizirt hat, noch verbessern würde. Mit den Millionen für Militärzwecke sei es auch nicht so schlimm, denn auch das Militär esse und trinke und brauche Kleider. — Unser Candidat erwiderte dem wackeren Stumpredner: „daß er sich nur über Eines wundere, daß sein geehrter Herr Vorredner ein Lehrer sei — er möchte ihm doch die Adressen geben, wo die Bücher zu haben seien, aus denen er seine volkswirthschaftlichen Kenntnisse geschöpft habe. (Gelächter.) Er wolle den Vorredner gewiß nicht lächerlich machen — der besorge das selbst! — aber er müsse sich doch ernstlich wundern über solche Unkenntniß! — Die Versammlung verlief ganz gut und die Mehrzahl versprach für den Candidaten Frick zu stimmen. — Donnerstag war Versammlung in der Tonhalle in Minden. Zum Vorsitzenden war gewählt Domeier, zum Schriftführer Sipert. Frick sprach 1½ Stunden über die Wirksamkeit der alten Parteien in Betreff der Gesetzgebung und erläuterte, was wir wollen. Er beleuchtete die Wirksamkeit Etzel's, d. h. seine Abstimmungen, denn eine weitere Thätigkeit ist nicht zu verzeichnen, was ja vielleicht auch kein Unglück ist, und ersuchte die Versammlung, wenn sie mit seinen Ausführungen einverstanden sei, ihm am 10. Januar ihre Stimmen zu geben. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und verlief ohne Störung, da Gegner sich nicht meldeten. Emil Roland.

Bernburg, 30. Dez. Unsere gegnerischen Lokalblätter stießen nach der am 11. abgehaltenen Versammlung in die Posaune der Entrüstung; sie vermochten nicht zu begreifen, weswegen die Leute sozialistische Vorträge besuchen und sich die Mühe geben, die „Irrlehren" mit anzugehören. Trotz alledem war die heutige Versammlung überfüllt; aus allen Ständen waren Vertreter erschienen. Der Reichstagsabgeordnete Hr. Hasenclever, welcher unsere Einladung angenommen hatte, sprach über die Thätigkeit des deutschen Reichstags und die Reichstagswahl. Der 1½stündige Vortrag fand allgemeine Anerkennung selbst von Mitgliedern jener Parteien, deren Geschichte der Referent verdientermaßen gegeißelt hatte. Der Reichstagsabgeordnete des 2. Anhaltischen Bezirks, Herr Dr. Kr. Kraatz in Güsten, war unserer Einladung nicht nachgekommen und brachte uns dadurch um das Vergnügen, seine liberalen Ansichten zu hören. Nach dem Referat wollte trotz Aufforderung die Diskussion nicht in Fluß kommen, bis endlich der Schlossermeister Gille seine Ansichten entwickelte und für den Candidaten der konservativen Partei eintrat. Ihm folgte ein alter Bekannter, Herr Culm, welcher konstatirte, daß er nichts gegen die Ausführungen einzuwenden hätte; jedoch müsse er sich gegen die Sozialisten erklären, weil ihre Friedensliebe Heuchelei sei. Dies beweise die sozialistische Bewegung in Carthagena und die Pariser Commune. Ohne Grund werde die liberale Partei angegriffen; sie hätte immer und ewig gerungen für die Freiheit und eine gesunde Entwicklung des Volkes u. s. w. Herr Hasenclever deckte in seiner Entgegnung die flache Geschichtskenntniß des Vorredners auf, gab ein Bild der Bewegung von 1848, an welcher Herr Culm selbst theilgenommen hatte. Die Schilderung, wie unser werther Gegner in jener Zeit mit der Hahnenfeder auf dem Hut, voller Stolz einhergeschritten sei, erregte allgemeine Heiterkeit; in gleicher Weise wirkte die drastisch durchgeführte Kritik des Liberalismus. Dem Herrn Culm trat noch Herr Zwiebler entgegen und brachte denselben beinahe zur Verzweiflung. Er erklärte: Herr Culm habe vor 3 Jahren unseren Parteigenossen bei der damaligen Wahlcampagne erklärt, gebt mir 5 Thlr. und ich spreche für Euch. Ein Mann, der solch ein Gesinnungslump sei, ehre bestimmt nicht die liberale Partei. Herr Culm, welcher sich ob dieses Wortes unruhig hin- und herbewegte, wollte vor den noch eingeschriebenen Rednern sprechen, schwang sich auf die Bühne und sprang wie ein Seiltänzer um den Vorsitzenden herum. Hierdurch entstand solch ein Skandal, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste. Der Ertrag der Tellersammlung ergab 62,90 Pf.

Schäfer, Schriftführer.

Haßlau. (Ein „reingefallener" Reichstagskandidat im 19. sächs. Wahlkreis.) Am 1. Januar sollte in Oberhaßlau im Bogenstein eine vertrauliche Besprechung stattfinden, wozu der Reichstagskandidat Baumeister Uhlmann aus Stollberg mit noch einigen Genossen aus Stollberg, Schneeberg u. s. w. eingetroffen waren. Der Gemeindevorstand eröffnete die „Versammlung" — denn eine vertrauliche Besprechung war bei ca. 500 anwesenden Wählern nicht mehr denkbar — und bemerkte, daß der Reichstagskandidat Uhlmann sein Programm vortragen werde. Diskussion fände nicht statt, weil es nur eine „vertrauliche Besprechung" sei. Jetzt brach der Sturm los. Von allen Seiten schallte es: „Zur Geschäftsordnung!" — „Vorsitzenden wählen!" — Ein anwesender Bürger verlangte hierauf, daß man erst einen Vorsitzenden wählen solle und daß Diskussion stattzufinden habe, dieses sei nothwendig und für den Candidaten nur empfehlenswerth. Der Candidat versicherte, daß er keine Opposition fürchte, und es läge der Fehler, daß keine Versammlung tagen dürfte, an dem Einberufer — dem Gemeindevorstand selbst. Der Gemeindevorstand aber hatte den Gemeindediener eigens herumgeschickt und zur Versammlung einladen lassen. Für seine ungeschickte Handlungsweise bekam der Gemeindevorstand von den Anwesenden einen gehörigen Rüffel. Man rief: Da keine Diskussion stattfinden dürfe, sondern nur eine „vertrauliche Besprechung", so möge Uhlmann mit seinen Gesinnungsgenossen sich „vertraulich besprechen"; die Anderen aber, die nicht dazu gehörten, möchten den Saal verlassen. Kaum war diese Aufforderung ergangen, als die ganze Versammlung, mit Ausnahme der wenigen Uhlmänner, in donnernde Hochs auf Liebknecht ausbrach und bis auf 10 oder 12 den Saal verließ. So machen auch die Gegner noch Propaganda für uns.

Penig, 30. Dezember. Die für gestern Abend in's hiesige Schützenhaus einberufene Volksversammlung, in welcher Parteigenosse Bebel mit Bezug auf die bevorstehenden Reichstagswahlen referirte, war so stark besucht, daß Saal, Gallerien und Nebenräume dichtgedrängt voll standen und Viele wegen Mangel an Platz umkehren mußten. Wichtig ist, daß auch die Landbevölkerung sehr stark vertreten war. Punkt 8 Uhr begann die Versammlung. Bebel hatte bis ungefähr ¾10 Uhr unter ungetheilter Aufmerksamkeit — auch der zahlreichen Gegner — gesprochen, als plötzlich der nebst zwei Gensdarmen die Versammlung überwachende Bürgermeister — der Mann heißt Clauß und hat sich als Polizeiassessor in Chemnitz schon seine Sporen verdient — aufsprang und, den Referenten unterbrechend, die Frage an ihn richtete, ob er sich zu dem von ihm ausgesprochenen Satze bekenne: daß die anderen Parteien in den Soireen bei Herrn von Bismarck zusammenkämen, um dort hinter verschlossenen Thüren zu verhandeln und die Gesetze zu verpfuschen. Bebel hatte nämlich kurz zuvor das Treiben der Liberalen gegeißelt und dabei den erwähnten Ausspruch gethan. Das Spaßhafte war, daß der Herr Bürgermeister länger als 5 Minuten bedurfte, um sich über die Frage, die er stellten wollte, schlüssig zu machen. Bebel beantwortete dieselbe ohne Weiteres mit „Ja", worauf der Mund des weisen und noch sehr jugendlichen Stadtvaters von Penig verkündete: „Dann erkläre ich dies für eine Beleidigung des Reichstags (!!!) und fordere den Herrn Vorsitzenden auf, dem Redner das Wort zu entziehen." Bebel protestirte, dazu habe der Bürgermeister kein Recht; habe er sich der ihm unterstellten Handlung schuldig gemacht, so möge er ihn gerichtlich belangen. Der Bürgermeister antwortete, er werde seine Handlungsweise vertreten und die Versammlung sofort schließen, wenn der Vorsitzende seinem Verlangen nicht Folge leiste. Bebel erwiderte darauf, daß er seinerseits über diese Art des bürgermeisterlichen Auftretens den Beschwerdeweg betreten werde, und erklärte, zur Versammlung gewendet, daß er jetzt seinen Vortrag schließen, aber bei einer eventuellen engern Wahl im 14. Bezirk wiederkommen wolle, um weiter über sein Thema zu sprechen. Ein minutenlanger, sich mehrmals wiederholender Beifallssturm, der diesen Worten folgte, mochte unserem verdutzt dasitzenden Stadtvater zeigen, was er mit seinem Vorgehen eigentlich erreicht hatte. Darüber sind wir hier Alle einig, daß dieses Vorgehen den Sozialdemokraten ein paar hundert Stimmen mehr einbringen wird. Die Vorgänge des gestrigen Abends bilden heute in Stadt und Umgegend das allgemeine Tagesgespräch, und es sind keine Lobeshymnen, die man allgemein über das Benehmen des Bürgermeisters hört.

Nachdem der Beifallssturm, welcher den Worten Bebel's folgte, sich gelegt, trat Parteigenosse Julius Rauschenbach auf und schlug eine Resolution vor, wonach die Versammlung erklären sollte, weder dem liberalen Candidaten, Herrn Hugo Scharf in Leipzig, noch dem conservativen, Bürgermeister Heinrich in Borna, ihre Stimmen zu geben, sondern einem Candidaten, der mit dem Referenten auf gleichem Boden stehe, dem Redakteur Bruno Geiser in Leipzig.

Bei der Abstimmung erhob sich ein Wald von Händen für Geiser; der Einzige, der bei der Gegenprobe die Hand erhob, war — der Bürgermeister, was ein homerisches Gelächter hervorrief. Hierauf schloß der Vorsitzende, Parteigenosse Carl Pfueller, die Versammlung.

Viele, die in der Versammlung anwesend gewesen, warfen später die Frage auf, ob der Bürgermeister als überwachender Beamter sich an der Abstimmung betheiligen durfte. Bebel erklärte, daß ein Gesetz dies nicht verbiete, daß es aber einfach ein Gebot des Taktes und des politischen Anstandes bedingte, daß der Bürgermeister sich in seiner offiziellen Eigenschaft der Parteinahme enthalten hätte. Der allgemeine Eindruck des bürgermeisterlichen Benehmens ist, daß derselbe weit mehr als conservativer Parteimann, denn als Beamter sich benommen habe; sein Ansehen in der Bevölkerung ist dadurch nicht gestiegen.

An die Parteigenossen im 8. Hannover'schen Wahlkreise.

Der 10. Januar, der Tag der Wahlschlacht rückt heran, an Euch liegt es nun, diesen Tag zu einem Siegestage für die Idee des Sozialismus zu verzeichnen.

Das Arbeiterwahlcomité bittet Euch, und zwar alle Diejenigen, welche noch Zeit haben in diesen Tagen für das Arbeiterwahlcomité thätig zu sein, auch alle Diejenigen, welche am Mittwoch, 10. Januar, an den Urnen stehen können, sich frühzeitig auf dem Bureau, Mittelstraße 11, zu melden.

Alle, welche am 10. Januar thätig sind, müssen spätestens um 8 Uhr Morgens auf dem Bureau erscheinen.

Das Arbeiterwahlcomité.

Briefkasten

der Redaktion. W. Thdt in Dresden: An Gedichten haben wir Vorrath für lange Zeit.

der Expedition. Expedition der „Freien Zeitung", Bremen: Vorsitzender des Wahlcomites ist Chr. Hadlich, Färberstraße 12.

Quittung. B. H. Nk hier Ab. 1,80. Krstn Neureudnitz Ann. 0,60. Hß Philadelphia Ab. 125,00. Ortl Kellinghusen Ab. 10,40. A. Brnr Zwickau Ab. 30,00. Hnck Berlin Ab. 3,00. J. Jhn Freudenthal Ab. 6,21. Hlbrnd Drawitza Ab. 4,04. S. Brth Mainz Ab. 14,30 u. 50,55, Schr. 5,75. Hrbg Würzburg Ab. 25,00. Grbnstn Lindenau Ab. 16,10. Rthl Treptow Schr. 1,50. Schrdr Plagwitz Ab. 3,00. Brthl Jackowitz Ab. 6,40. Wchtr Bludenz Ab. 5,05. Hrtz Cöln Ab. 3 00. Frnff Sachsenhausen Ab. 10,00. Plk Weißkirchen Ab. 9,02. Mrtn hier Ab. 2,40. Zmr Liège Ab. 1,61. Lchrt Cottbus Ab. 6,91. Schld Straßburg Ab. 9,18. Slbrhrn Eßlingen Ab. 11,77, Schr. 5,00. Albrtz Eßlingen Ab. 18,00. Bnsch Dortmund Schr. 13,82. Pnngr Bremen Ab. 39,00. Pfrtschnr Hohenstein Schr. 5,80. Ntzschmnn Connewitz Ab. 3,40. Lmbrt Emmerich Schr. 3,00. Mth Wiedenbrnck Schr. 3,40. Frckr hier Ab. 1,60. Schmdt hier Ab. 3,20. Stzl Teplitz Ab. 3,20. Fchverein der Tischler Cöln Ann. 0,80. Glk hier Ab. 1,80. Wßlr hier Ab. 0,60. Ullrch hier Ab. 3,35. Khlmnn Bielefeld Ann. 1,00. Tbrt Connewitz Ab. 5,45. Hrsm Debestawce bei Kolomea Ab. 3,25. R. Tbrsk Ziegenhals Ab. 1,60. H. Grmm Kopenhagen Ab. 4,49. Grstmr München Ab. 200,00. Grmr Halle Ab. 50,00. Arbeiterverein Innsbruck Ab. 8,13. Tlzl Wien Ab. 8,13. Arbeiterverein Wiener Neustadt Ab. 1,71. A. Sbtszk Wien Ab. 3,20. Irgns Crottdorf Ab. 2,00 u. 1,90. F. Stcklbrg Paris Ab. 4,00. Wtzlwk Erbach Schr. 3,15. Gewerkschaft d. Sattler Wien Ab. 7,00. Trst Kleinzschocher Ab. 1,25. Arbeiterwahlcomité Cöln Ann. 1,00. Dr. Jrmr hier Ab. 1,80. Krß München Ab. 158,25. Ullrch Offenbach 32,70. Schnn Calbe Ab. 4,30. Rrg Mauche Ab. 3,00. Sktjn Wien Ab. 13,66. Bb. Wien Ab. 4,88. Armnt Wiesenberg Ab. 3,25. Stpnff hier Ab. 0,45. Slbrbrg Wien Ab. 16,00. Kppf Graz Ab. 4,80.

Wahlfonds.

B. K. hier 13. Wahlkr. 3,00, gesammelt von Gästen der Kupperschen Restauration hier 2,30, durch Bohne Ernstthal 7,50, v. Arbeitern der Starkeschen Schneiderwerkstatt hier 8,50, v. Wtzlwk Erbach 1,00, v. B. Großenhain 3,00, v. S. hier 2,10, v. F. Meerane 3,00. Durch Förster Gohlis (nachträglich vom 19. Dezbr.) 4,70. Aus der Richterschen Schneiderwerkstatt 3,00. Liste 3 d. Tollkmitt 8,90. Liste 54 v. Eigarrenarbeitern 0,90. Wölker 1,50. Liste 59 d. Holtmann 6,10. C. H. Möritz 1,00. Liste 88 8,40. Liste 89 0,20. Vom Club Morgenroth hier 7,77.

Wer noch weitere Gelder für den Wahlfonds in Händen hat, wird ersucht, sie abzuliefern.

Für das Centralwahlcomité:
Peter Krebs, Ulrichsgasse 60.

Dresden. Mittwoch, den 10. Januar, im Saale der „Centralhalle":

Großes Wahlfest

bestehend in Concert, Declamation, Ansprachen, Verlesung der Wahlresultate. [3,60

Anfang 7½ Uhr. Entree 20 Pfg.

Das Centralwahlcomité.

NB. Alle Depeschen bitten wir nach der „Centralhalle" an Schlüter zu schicken.

Hannover. Dienstag, den 9. Januar, im Saale des „Ballhofes":

Große Volksversammlung.

Tagesordnung:

Unsere Gegner im Kampfe um die Gesetzgebung. Referent: H. Meister.

J. A. des Wahlcomités:
H. Rudolph. [90

Kiel. Arbeiter-Sängerbund.

Montag, den 15. Januar, Abends 7 Uhr, im „Englischen Garten"

Maskerade.

Karten für Herren 80 Pfg., Damen 40 Pfg. sind zu haben an den bekannten Stellen. 2a Das Comité. [1,80

Leipzig. Mittwoch, den 10. Januar 1877, in der „Tonhalle":

Großes Wahlfest

bestehend in Concert, Gesang, Ansprachen und Verlesung der Wahlresultate.

Anfang Abends 7 Uhr. Entrée für Herren 20 Pf.

Wir bitten die Parteigenossen, alle Zuschriften und Depeschen an das unterzeichnete Wahlcomité zu richten.

Das Centralwahlcomité
des 10., 11., 12., 13. und 14. Wahlkreises.
J. A.: Chr. Hadlich. [480

NB. Die Telegrammadressen müssen lauten: „Centralwahlcomité Leipzig, „Tonhalle"".

Leipzig. Dienstag, den 9. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Gegner der Sozialdemokratie mit besonderer Berücksichtigung des Programms des Hrn. Dr. Stephani. Referent: A. Bebel.

Das sozialdemokratische Wahlcomité. [110

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Sonntag, den 7. Januar, im „Eldorado":

Weihnachtsbescheerung.

Die Mitglieder und Gönner des Vereins ladet hierzu freundlichst ein Der Vorstand. [2,10

Einlaß 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.

Leipzig. Gewerkschaft der Schuhmacher.

Montag, den 8. Januar, im Thüringer Hof, Burgstraße Nr. 20: **Versammlung.** (F 195)

Tagesordnung: 1) Gewerkschaftliche Angelegenheiten. 2) Aufnahme neuer Mitglieder. 3) Fragekasten.

NB. Auch werden hiermit sämmtliche Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, das vom 1. Februar l. J. an streng nach § 6 der Krankenkassen-Statuten verfahren wird. D. Bevollm. [80

Bekanntmachung.

Der Redakteur Herr Jakob Christian Marbach ist wegen der in Nr. 57 des „Volksstaats" von diesem Jahre und zwar in dem „Die Kinderarbeit und die Fabrikinspektoren" überschriebenen Artikel enthaltenen Beleidigung des Fabrikinspektors bez. Beamter der Polizeibehörde zu Berlin in Beziehung auf ihren Beruf nach § 185, 186, 73 und 196 des Reichs-Strafgesetzbuchs zu 200 Mark Geldstrafe und Tragung der Untersuchungskosten verurtheilt worden, was in Gemäßheit des § 200 des gedachten Gesetzbuchs antragsgemäß hierdurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 29. December 1876.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht.
Abtheilung für Strafsachen.
Bieler.

Für den Wahlkampf.

Soeben sind erschienen und durch alle Buchhandlungen sowohl wie direkt zu beziehen:

I. Was wollen die Sozialdemokraten?

Ein sozial-politisches Gespräch.
Von **H. Oldenburg.**

Preis im Buchhandel 50 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 30 Pf., bei Partien 20 Pf.

Der Verfasser beantwortet die aufgeworfene Frage in fesselnder Darstellung recht gründlich.

II. Die Verzweiflung im liberalen Lager.

Antwort auf die sieben Artikel der Magdeburgischen Zeitung und die Schmähschrift des Herrn von Unruh.
Von **Wilhelm Bracke.**

Preis im Buchhandel 25 Pf. Für Arbeitervereine einzeln 15 Pf., bei Partien 10 Pf., 50 Stck. 4 Mk., 200 Stck. 12 Mk. 50 Pf. 1000 St. 50 M.

Die für Arbeitervereine bestimmten Preise gelten nur bei direktem Bezuge gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß.

Die Schrift:

„Nieder mit den Sozialdemokraten!"

ist fortwährend zu denselben Preisen, wie die obige Bracke'sche Schrift zu beziehen; bei Verwendung großer Partien zu Wahlzwecken besondere Vereinbarung. Auflage jetzt 105,000.

Braunschweig, 28. November 1876.

(25) **W. Bracke jr.**

Soeben erschien:

Nieder mit den Atheisten!

Ein Gespräch zwischen Frömmigkeit, Verstand und Liebe für Landbauer und gute Christen
von **A. Dulk.**

3 Bogen in Oktav. Preis 25 Pfg.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: F. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sarfermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 4. Mittwoch, 10. Januar. 1877.

Zur Verletzung des Briefgeheimnisses.

Das „Leipziger Tageblatt" vom 22. Dezember des vorigen Jahres brachte folgende, offenbar „amtliche" Mittheilung, die im Drang der Wahlagitation von uns übersehen wurde:

„Leipzig, 21. Dez. In der Sitzung des deutschen Reichstags am 15. Dezember erhob der Abg. Liebknecht wieder einmal in langer Rede, welche die Mitglieder des Hauses theils mit Heiterkeit, theils mit Unruhe aufnahmen, die Beschuldigung gegen die Postverwaltung, daß das Briefgeheimniß verletzt werde. Herr Liebknecht meinte jedenfalls, er werde mit dem von ihm vorgeführten „Beweismaterial" großen Eindruck hervorbringen und es werde ihm gelingen, damit zu beweisen, daß die Polizei mit der Post im Bunde stehe, um die Correspondenz der Sozialdemokraten zu überwachen. Aus den vorliegenden stenographischen Mittheilungen über die betreffende Sitzung des Reichstags ist jedoch klar zu ersehen, daß die Beweisführung des Herrn Liebknecht ziemlich mager ausgefallen ist und daß es daher dem Generalpostmeister Stephan nicht schwer fallen konnte, die Postverwaltung gegen die vorgebrachten Verdächtigungen zu verwahren. Mit welchen Beweisgründen der Abg. Liebknecht kämpfte, das kann unter Anderm aus folgendem Fall ersehen werden. Er erzählte, daß im Herbst vorigen Jahres in Leipzig ein Polizeibeamter wegen eines an dieser Stelle nicht näher zu bezeichnenden Vergehens in Untersuchungshaft genommen worden sei und daß man bei Durchsuchung seiner Effekten 17 fremde Briefe, theils eröffnet, theils uneröffnet, gefunden habe, Briefe, von denen sich bei der Untersuchung später herausstellte, daß die Post sie ihm ausgehändigt hatte, um die Adressaten zu ermitteln. Herr Liebknecht räumt nun zwar selbst ein, daß in diesem Falle politische Tendenzen nicht zu Grunde gelegen haben, aber er meint doch, daß der Fall dazu angethan sei, zu beweisen, daß ‚von Seiten der Postbehörden mit großer Nachlässigkeit, mit einer übergroßen Willfährigkeit gegenüber den Polizeibehörden verfahren werde' und er bricht gleich hinterdrein in die Worte aus: ‚Die Post und die Polizei sind einander heute viel zu nahe.' Herr Liebknecht hat nun aber mit dieser Argumentation völlig fehlgeschossen. Der Sachverhalt in dem obigen Falle ist einfach folgender. Die Postverwaltung sieht es als ihre Aufgabe an, zu ermöglichen, daß die vielen tagtäglich eingehenden Briefsendungen mit undeutlicher oder sonst mangelhafter Adresse doch in die Hände ihrer richtigen Empfänger gelangen. Wenn den Postbeamten die Ermittelung der Wohnung der Adressaten nicht auf Grund ihrer eigenen Hülfsmittel gelingt, so wenden sie sich an die Polizeiverwaltungen, damit auf Grund der von denselben geführten Einwohnerlisten vielleicht doch noch die Ausfindigmachung der Briefempfänger gelinge, und es wird dieser Zweck, wie wir wissen, dadurch auch in der That in sehr häufigen Fällen erreicht. Das ist eine Praxis, für welche das Publikum jedenfalls der Post nur dankbar sein kann. Letztere würde es viel einfacher haben, wenn sie Briefe mit undeutlicher Aufschrift ohne Weiteres einfach zurücksendete. Daß das hiesige Postamt in dem oben angezogenen Falle einmal an den unrechten Mann gekommen, daß ein Polizeibeamter ihm behufs Ermittelung der Adressaten lediglich amtlich anvertraute Briefe zu mißbräuchlichen Zwecken benützt hat, dafür kann doch unmöglich der Postverwaltung ein Vorwurf gemacht werden und es ist für den logisch denkenden Mann völlig unerfindlich, aus diesem Vorkommniß auch nur den Schatten eines Beweises herzuleiten, daß die Post das Briefgeheimniß verletze. Man kann im großen Ganzen wohl sagen, daß in der großen Masse des Publikums ein derartiger Gedanke bis jetzt nicht im Entferntesten Entstehung gefunden hat und daß nur Solche, die Ursache haben, gewisse Bestrebungen und Handlungen zu verbergen, da Gespenster sehen, wo keine vorhanden sind."

So der Amtliche des „Leipziger Tageblatt". Man kann ihm nur das alte O si tacuisses! zurufen. „Hättest Du geschwiegen still!" Er ist gerade so geschickt und so glücklich in seiner Vertheidigung, wie Herr Stephan es im Reichstag war. Durch die Art und Weise, wie er zu widerlegen sucht, bestätigt er blos, und stärkt die Anklage. Also: um die Adressaten mangelhaft adressirter Briefe zu ermitteln, wendet sich die Post an die Polizeiverwaltungen. Ganz gut. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Aber in keinem Fall haben die Postbehörden das Recht, die ihnen anvertrauten Briefe aus der Hand zu geben. Das ist durchaus unstatthaft, und daß dies in Leipzig geschehen, wurde von Liebknecht im Reichstag gerügt, und zwar mit vollem Fug. Der Polizeibeamte, welcher mit Ermittlung von Adressaten betraut ist, hat die nöthigen Nachforschungen — sei es nun in den Räumen der Post oder der Polizei — unter allen Umständen in Gegenwart von verantwortlichen Postbeamten und unter Beobachtung strenger Vorsichtsmaßregeln zum Schutz des Briefgeheimnisses vorzunehmen. Wird dies verabsäumt, wird jeder undeutlich adressirte Brief — wie wenige Personen schreiben deutliche Adressen! — von der Postbehörde einfach der Polizei überliefert, so bürgt uns nichts dafür, daß die in Leipzig und unzweifelhaft auch anderswo geübte Praxis nicht auf ein schwarzes Postkabinet hinausläuft; das schwarze Postkabinet ist thatsächlich eingerichtet — Stieber u. Compagnie brauchen es blos zu benutzen. Und daß diese Herren nicht schüchtern sind, nicht an übergroßen Gewissenskrupeln laboriren, dürfte dem „Amtlichen" des „Leipziger Tageblatt" nicht ganz unbekannt sein, der ja in den Schlußreflexionen eine gewisse Wahlverwandtschaft verräth. Da es uns nur um eine faktische Richtigstellung zu thun ist, verzichten wir auf eine Beleuchtung der stilistischen und logischen „Eigenthümlichkeiten" des Mannes. Wir wollen ihm blos den Rath geben, daß er sich erst einigen Unterricht ertheilen lassen möge, ehe er wieder daran geht, „gewisse Bestrebungen und Handlungen zu verbergen." Auch das will gelernt sein!

Nun zu einem Anderen! Nicht einem „Amtlichen", aber doch einem Halbamtlichen, alias „Reptil". Besagtes Reptil hat in sämmtliche Reptil- und reptilisirten Blätter des Reichs der Gottesfurcht und frommen Stiebersitte folgendes Eilein gelegt:

„Berlin, 22. Dezember. In der Reichstagssitzung vom 15. Dezember hatte der Abg. Liebknecht unter den „Beweisen" für die angebliche Verletzung des Briefgeheimnisses auch verschiedene Fälle angeführt, in welchen Briefe gänzlich verschwunden seien. Dem genannten Abgeordneten wurde von dem Generalpostmeister sofort bemerkt, daß daraus doch nicht folge, diese Briefe seien auf der Post verschwunden oder unterdrückt. Ein im zweiten Blatt der „Kölnischen Zeitung" vom 1. Dezember aus Bielefeld berichtetes Ereigniß ist so recht danach angethan, hierzu ein Beispiel zu liefern. Ein Lehrling in einem bedeutenden Hause daselbst hat monatelang einen großen Theil der ein- und ausgehenden Correspondenz desselben auf dem Wege nach und von der Post unterschlagen. Erst als er seine Briefmarderei zu unverschämt betrieb, wurde er von dem Prinzipal darüber ertappt. Am Tage der Entdeckung wurden noch ungefähr 150 Briefe und Postkarten in seinem Zimmer vorgefunden! Wäre er vorsichtiger gewesen, dann hätte er auch wohl unentdeckt bleiben können, der Verdacht würde sich wahrscheinlich gegen die Post gerichtet haben, und der Abg. Liebknecht hätte seine Sammlung von „Aktenstücken" zum Beweise der Verletzung des Briefgeheimnisses auf der Post wesentlich bereichern können."

Allerdings, wenn er nämlich so albern gewesen wäre, sich mit Vorkommnissen dieser Art zu befassen. Das Reptil hat augenscheinlich die „Antwort" des Herrn Stephan auf die Liebknecht'sche Rede gut studirt, — so gut, daß wir sogar eine leise Vermuthung haben, aus seiner Schreibstube führe eine „unterirdische Post" in das Arbeitskabinet des Herrn Generalpostmeisters. Genau wie der Herr Generalpostmeister schießt das Reptil mit großer Kunstfertigkeit — neben die Scheibe. Liebknecht constatirt eine Anzahl Fälle von Briefzerbrechungen und Briefunterschlagungen, welche die Möglichkeit der Annahme, es liege ein Zufall oder ein Privatvergehen vor, ganz oder nahezu ausschließen, und Herr Stephan und sein Reptil „antworten": es werden durch Privatvergehen Briefe erbrochen und nnterschlagen! Das braucht Herr Stephan und sein Reptil uns nicht zu sagen. Herr Stephan und sein Reptil sollen den Nachweis liefern, daß die von Liebknecht constatirten Fälle auf Zufall oder Privatvergehen beruhen, dann haben sie eine „Antwort" geliefert. Durch „Antworten" wie die obige des Reptils, und wie die Reichstagsrede des Herrn Generalpostmeisters liefern sie nur den Nachweis ihrer Unfähigkeit zu antworten.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

III.

Philosophie ist, nach Herrn Dühring, die Entwicklung der höchsten Form des Bewußtseins von Welt und Leben und umfaßt in einem weiteren Sinne die Prinzipien alles Wissens und Wollens. Wo irgend eine Reihe von Erkenntnissen oder Antrieben oder eine Gruppe von Existenzformen für das menschliche Bewußtsein in Frage kommt, müssen die Prinzipien dieser Gestalten ein Gegenstand der Philosophie sein. Diese Prinzipien sind die einfachen oder bis jetzt als einfach vorausgesetzten Bestandtheile, aus denen sich das mannichfaltige Wissen und Wollen zusammensetzen läßt. Aehnlich wie die chemische Konstitution der Körper kann auch die allgemeine Verfassung der Dinge auf Grundelemente und Grundformen zurückgeführt werden. Diese letzten Bestandtheile oder Prinzipien gelten, sobald sie einmal gewonnen sind, nicht blos für das unmittelbar Bekannte und Zugängliche, sondern auch für die uns unbekannte und unzugängliche Welt. Die philosophischen Prinzipien bilden mithin die letzte Ergänzung, deren die Wissenschaften bedürfen, um zu einem einheitlichen System der Erklärung von Natur und Menschenleben zu werden. Außer den Grundformen aller Existenz hat die Philosophie nur zwei eigentliche Gegenstände der Untersuchung, nämlich die Natur und die Menschenwelt. Hiernach ergeben sich für die Anordnung unsres Stoffs völlig ungezwungen drei Gruppen, nämlich die allgemeine Weltschematik, die Lehre von den Naturprinzipien und schließlich diejenige vom Reich des Menschen. In dieser Abfolge ist zugleich eine innere logische Ordnung enthalten; denn die formalen Grundsätze, welche für alles Sein gelten, gehn voran, und die gegenständlichen Gebiete, auf die sie anzuwenden sind, folgen in der Abstufung ihrer Unterordnung nach. — Soweit Herr Dühring, und fast ausschließlich wörtlich.

Also um Prinzipien handelt es sich bei ihm, um aus dem Denken, nicht aus der äußeren Welt, abgeleitete formale Grundsätze, die auf die Natur und das Reich des Menschen anzuwenden sind, nach denen also Natur und Mensch sich zu richten haben. Aber woher nimmt das Denken diese Grundsätze? Aus sich selbst? Nein, denn Herr Dühring sagt selbst: das rein ideelle Gebiet beschränkt sich auf logische Schemata und mathematische Gebilde (welches Letztere noch dazu falsch ist, wie wir sehen werden). Die logischen Schemata können sich nur auf Denkformen beziehn, hier aber handelt es sich nur um die Formen des Seins, der Außenwelt, und diese Formen kann das Denken niemals aus sich selbst, sondern eben nur aus der Außenwelt schöpfen und ableiten. Damit aber kehrt sich das ganze Verhältniß um: die Prinzipien sind nicht der Ausgangspunkt der Untersuchung, sondern ihr Endergebniß; sie werden nicht auf Natur und Menschengeschichte angewandt, sondern aus ihnen abstrahirt; nicht die Natur und das Reich des Menschen richten sich nach den Prinzipien, sondern die Prinzipien sind nur in soweit richtig, als sie mit Natur und Geschichte stimmen. Das ist die einzige materialistische Auffassung der Sache, und die entgegenstehende des Herrn Dühring ist idealistisch, stellt die Sache vollständig auf den Kopf und konstruirt die wirkliche Welt aus dem Gedanken, aus irgendwo vor der Welt von Ewigkeit bestehenden Schematen, Schemen oder Kategorien ganz wie — ein Hegel.

In der That. Legen wir die Encyklopädie Hegels mit all' ihren Fieberphantasien neben die endgültigen Wahrheiten letzter Instanz des Herrn Dühring. Bei Herrn Dühring haben wir erstens die allgemeine Weltschematik, die bei Hegel die Logik heißt. Dann haben wir bei Beiden die Anwendung dieser Schemata, beziehungsweise logischen Kategorien auf die Natur: Naturphilosophie, und endlich deren Anwendung auf das Reich des Menschen, was Hegel die Philosophie des Geistes nennt. Die „innerlich logische Ordnung" der Dühring'schen Abfolge führt uns also „völlig ungezwungen" auf Hegels Encyklopädie zurück, aus der sie mit einer Treue entnommen ist, die den ewigen Juden der Hegel'schen Schule, den Professor Michelet in Berlin, zu Thränen rühren wird.

Das kommt davon, wenn man „das Bewußtsein", „das Denken" ganz naturalistisch als etwas Gegebenes, von vorn herein dem Sein, der Natur Entgegengesetztes, so hinnimmt. Dann muß man es auch höchst merkwürdig finden, daß Bewußtsein und Natur, Denken und Sein, Denkgesetze und Naturgesetze so sehr zusammen stimmen. Fragt man aber weiter, was denn Denken und Bewußtsein sind und woher sie stammen, so findet man, daß es Produkte des menschlichen Hirns und daß der Mensch selbst ein Naturprodukt, der sich in und mit seiner Umgebung entwickelt hat; wobei es sich denn von selbst versteht, daß die Erzeugnisse des menschlichen Hirns, die in letzter Instanz ja auch Naturprodukte sind, dem übrigen Naturzusammenhang nicht widersprechen, sondern entsprechen.

Aber Herr Dühring darf sich diese einfache Behandlung der Sache nicht erlauben. Er denkt nicht nur im Namen den Menschheit — was doch schon eine ganz hübsche Sache wäre — sondern im Namen der bewußten und denkenden Wesen aller Weltkörper. In der That, es wäre „eine Herabwürdigung der Grundgestalten des Bewußtseins und Wissens, wenn man ihre souveraine Geltung und ihren unbedingten Anspruch auf Wahrheit durch das Epitheton menschlich ausschließen oder auch nur verdächtigen wollte." Damit also nicht der Verdacht aufkomme, als sei auf irgend einem andern Weltkörper zwei mal zwei gleich fünf, darf Herr Dühring das Denken nicht als menschliches bezeichnen, muß es damit abtrennen von der einzigen wirklichen Grundlage, auf der es für uns vorkommt, nämlich vom Menschen und der Natur, und plumpst damit rettungslos in eine Ideologie, die ihn als Epigonen des „Epigonen" Hegel auftreten macht. Uebrigens werden wir Herrn Dühring noch öfters auf andern Weltkörpern begrüßen.

Es versteht sich von selbst, daß man auf so ideologischer Grundlage keine materialistische Lehre gründen kann. Wir werden später sehn, daß Herr Dühring genöthigt ist, der Natur mehr als einmal bewußte Handlungsweise unterzuschieben, also das, was man auf Deutsch Gott nennt.

Indeß hatte unser Wirklichkeitsphilosoph auch noch andre Beweggründe, die Grundlage aller Wirklichkeit aus der wirklichen Welt in die Gedankenwelt zu übertragen. Die Wissenschaft von diesem allgemeinen Weltschematismus, von diesen formellen Grundsätzen des Seins, ist ja gerade die Grundlage von Herrn Dühring's Philosophie. Wenn wir den Weltschematismus nicht aus dem Kopf, sondern blos vermittelst des Kopfs aus der wirklichen Welt, die Grundsätze des Seins aus dem, was ist, ableiten, so brauchen wir dazu keine Philosophie, sondern positive Kenntnisse von der Welt und was in ihr vorgeht; und was dabei herauskommt, ist ebenfalls keine Philosophie, sondern positive Wissenschaft. Damit wäre aber Herrn Dühring's ganzer Band nichts als verlorne Liebesmüh.

Ferner: wenn keine Philosophie als solche mehr nöthig, dann auch kein System, selbst kein natürliches System der Philosophie mehr. Die Einsicht, daß die Gesammtheit der Naturvorgänge in einem systematischen Zusammenhang steht, treibt die Wissenschaft dahin, diesen systematischen Zusammenhang überall im Einzelnen wie im Ganzen nachzuweisen. Aber eine entsprechende, erschöpfende, wissenschaftliche Darstellung dieses Zusammenhangs, die Abfassung eines exacten Gedankenabbildes des Weltsystems in dem wir leben, bleibt für uns sowohl wie für alle Zeiten eine Unmöglichkeit. Würde an irgend einem Zeitpunkt der Menschheitsentwicklung ein solches endgültig abschließendes System der Weltzusammenhänge, physischer wie geistiger und geschichtlicher, fertig gebracht, so wäre damit das Reich der menschlichen Erkenntniß abgeschlossen und die zukünftige geschichtliche Fortentwicklung abgeschnitten von dem Augenblick an, wo die Gesellschaft im Einklang mit jenem System eingerichtet ist — was eine Absurdität, ein reiner Widersinn wäre. Die Menschen finden sich also vor den Widerspruch gestellt: einerseits das Weltsystem erschöpfend in seinem Gesammtzusammenhang zu erkennen, und andrerseits, sowohl ihrer eignen wie der Natur des Weltsystems nach, diese Aufgabe nie vollständig lösen zu können. Aber dieser Widerspruch liegt nicht nur in der Natur der beiden Faktoren: Welt und Menschen, sondern er ist auch der Haupthebel des gesammten intellektuellen Fortschritts und löst sich tagtäglich und

fortwährend in der unendlichen progressiven Entwicklung der Menschheit, ganz wie z. B. mathematische Aufgaben in einer unendlichen Reihe oder einem Kettenbruch ihre Lösung finden. Thatsächlich ist und bleibt jedes Gedankenabbild des Weltsystems objektiv durch die geschichtliche Lage, und subjektiv durch die Körper- und Geistesverfassung seines Urhebers beschränkt. Aber Herr Dühring erklärt von vorn herein seine Denkweise für eine solche, die jede Anwandlung zu einer subjektivistisch beschränkten Weltvorstellung ausschließt. Wir sahen vorher, er war allgegenwärtig — auf allen möglichen Weltkörpern. Jetzt sehn wir auch, daß er allwissend ist. Er hat die letzten Aufgaben der Wissenschaft gelöst und so die Zukunft aller Wissenschaft mit Brettern zugenagelt.

Wie die Grundgestalten des Seins, meint Herr Dühring, auch die gesammte reine Mathematik apriorisch, d. h. ohne Benutzung der Erfahrungen, die uns die Außenwelt bietet, aus dem Kopf heraus fertig bringen zu können. In der reinen Mathematik soll sich der Verstand befassen „mit seinen eignen freien Schöpfungen und Imaginationen"; die Begriffe von Zahl und Figur sind „ihr zureichendes und von ihr selbst erzeugbares Objekt", und somit hat sie „eine von der besondern Erfahrung und dem realen Weltinhalt unabhängige Geltung".

Daß die reine Mathematik eine von der besondern Erfahrung jedes Einzelnen unabhängige Geltung hat, ist allerdings richtig und gilt von allen festgestellten Thatsachen aller Wissenschaften, ja von allen Thatsachen überhaupt. Die magnetischen Pole, die Zusammensetzung des Wassers aus Wasserstoff und Sauerstoff, die Thatsache, daß Hegel todt ist und Herr Dühring lebt, gelten unabhängig von meiner oder andrer einzelner Leute Erfahrung, selbst unabhängig von der des Herrn Dühring, sobald er den Schlaf des Gerechten schläft. Keineswegs aber befaßt sich in der reinen Mathematik der Verstand blos mit seinen eigenen Schöpfungen und Imaginationen. Die Begriffe von Zahl und Figur sind nirgend anders hergenommen, als aus der wirklichen Welt. Die zehn Finger an denen die Menschen zählen, also die erste arithmetische Operation vollziehn gelernt haben, sind alles Andre, nur nicht eine freie Schöpfung des Verstandes. Zum Zählen gehören nicht nur zählbare Gegenstände, sondern auch schon die Fähigkeit, bei Betrachtung dieser Gegenstände von allen ihren übrigen Eigenschaften abzusehn außer ihrer Zahl — und diese Fähigkeit ist das Ergebniß einer langen geschichtlichen, erfahrungsmäßigen Entwicklung. Wie der Begriff Zahl, so ist der Begriff Figur ausschließlich der Außenwelt entlehnt, nicht im Kopf aus dem reinen Denken entsprungen. Es mußte Dinge geben, die Gestalt hatten und deren Gestalten man verglich, ehe man auf den Begriff Figur kommen konnte. Die reine Mathematik hat zum Gegenstand die Raumformen und Quantitätsverhältnisse der wirklichen Welt, also einen sehr realen Stoff. Daß dieser Stoff in einer höchst abstrakten Form erscheint, kann seinen Ursprung aus der Außenwelt nur oberflächlich verdecken. Um diese Formen und Verhältnisse in ihrer Reinheit untersuchen zu können, muß man sie aber vollständig von ihrem Inhalt trennen, diesen als gleichgültig bei Seite setzen; so erhält man die Punkte ohne Dimensionen, die Linien ohne Dicke und Breite, die a und b und x und y, die Constanten und die Variabeln, und kommt dann ganz zuletzt erst auf die eignen freien Schöpfungen und Imaginationen des Verstandes, nämlich die imaginären Größen. Auch die scheinbare Ableitung mathematischer Größen aus einander beweist nicht ihren apriorischen Ursprung, sondern nur ihren rationellen Zusammenhang. Ehe man auf die Vorstellung kam, die Form eines Cylinders aus der Drehung eines Rechtecks um eine seiner Seiten abzuleiten, muß man eine Anzahl wirklicher Rechtecke und Cylinder, wenn auch noch in so unvollkommner Form, untersucht haben. Wie alle andern Wissenschaften ist die Mathematik aus den Bedürfnissen der Menschen hervorgegangen: aus der Messung von Land und Gefäßinhalt, aus Zeitrechnung und Mechanik. Aber wie in allen Gebieten des Denkens werden auf einer gewissen Entwicklungsstufe die aus der wirklichen Welt abstrahirten Gesetze von der wirklichen Welt getrennt, ihr als etwas Selbständiges gegenüber gestellt, als von Außen kommende Gesetze, wonach die Welt sich zu richten hat. So ist es in Gesellschaft und Staat hergegangen, so und nicht anders wird die reine Mathematik nachher auf die Welt angewandt, obwohl sie eben dieser Welt entlehnt ist und nur einen Theil ihrer Zusammensetzungsformen darstellt — und gerade nur deßwegen überhaupt anwendbar ist.

Wie aber Herr Dühring sich einbildet, aus den mathematischen Axiomen, „die auch nach der rein logischen Vorstellung einer Begründung weder fähig noch bedürftig sind", ohne irgend welche erfahrungsmäßige Zuthat die ganze reine Mathematik ableiten und diese dann auf die Welt anwenden zu können, ebenso bildet er sich ein, zuerst die Grundgestalten des Seins, die einfachen Bestandtheile alles Wissens, die Axiome der Philosophie, aus dem Kopf erzeugen, aus ihnen die ganze Philosophie der Weltschematik ableiten und diese seine Verfassung der Natur und Menschenwelt Allerhöchst oktroyiren zu können. Leider besteht die Natur gar nicht und die Menschenwelt nur zum allergeringsten Theil aus den Manteuffel'schen Preußen von 1850.

Die mathematischen Axiome sind die Ausdrücke des höchst dürftigen Gedankeninhalts, den die Mathematik der Logik entlehnen muß. Sie lassen sich auf zwei zurückführen:

1) Das Ganze ist größer als der Theil. Dieser Satz ist eine reine Tautologie, da die quantitativ gefaßte Vorstellung: Theil sich von vorn herein in bestimmter Weise auf die Vorstellung: Ganzes bezieht, nämlich so, daß „Theil" ohne Weiteres besagt, daß das quantitive „Ganze" aus mehreren quantitativen „Theilen" besteht. Indem das sogenannte Axiom dies ausdrücklich konstatirt, sind wir keinen Schritt weiter. Man kann diese Tautologie sogar gewisser Maßen beweisen, wenn man sagt: ein Ganzes ist das, was aus mehreren Theilen besteht; ein Theil ist das, von dem mehrere ein Ganzes ausmachen, folglich ist der Theil kleiner als das Ganze — wo die Oede der Wiederholung die Oede des Inhalts noch stärker hervortreten läßt.

2) Wenn zwei Größen einer dritten gleich sind, so sind sie unter einander gleich. Dieser Satz ist, wie schon Hegel nachgewiesen hat, ein Schluß, für dessen Richtigkeit die Logik einsteht, der also bewiesen ist, wenn auch außerhalb der reinen Mathematik. Die übrigen Axiome über Gleichheit und Ungleichheit sind bloße logische Erweiterungen dieses Schlusses.

Diese mageren Sätze locken weder in der Mathematik noch sonst wo einen Hund vom Ofen. Um weiter zu kommen, müssen wir reale Verhältnisse hineinziehn, Verhältnisse und Raumformen, die von wirklichen Körpern hergenommen sind. Die Vorstellungen von Linien, Flächen, Winkeln, von Vielecken, Würfeln, Kugeln u. s. w. sind alle der Wirklichkeit entlehnt, und es gehört ein gut Stück naiver Ideologie dazu, den Mathematikern zu glauben, die erste Linie sei durch Bewegung eines Punktes im Raum entstanden, die erste Fläche durch Bewegung einer Linie, der erste Körper durch Bewegung einer Fläche u. s. w. Schon die Sprache rebellirt dagegen. Eine mathematische Figur von drei Dimensionen heißt ein Körper, corpus solidum, also im Lateinischen sogar ein handgreiflicher Körper, führt also einen Namen der keineswegs der freien Imagination des Verstandes, sondern der handfesten Realität entlehnt ist.

Aber wozu all' diese Weitläufigkeiten? Nachdem Herr Dühring auf Seite 42 und 43 die Unabhängigkeit der reinen Mathematik von der Erfahrungswelt, ihre Apriorität, ihre Beschäftigung mit den eignen freien Schöpfungen und Imaginationen des Verstandes, begeistert besungen, sagt er auf Seite 63: „Es wird nämlich leicht übersehen, daß jene mathematischen Elemente (Zahl, Größe, Zeit, Raum und geometrische Bewegung) nur ihrer Form nach ideell sind, ... die absoluten Größen sind daher etwas durchaus Empirisches, gleichviel welcher Gattung sie angehören" ... aber „die mathematischen Schemata sind einer von der Erfahrung abgesonderten und dennoch zureichenden Charakteristik fähig", welches Letztere mehr oder weniger von jeder Abstraktion gilt, aber keineswegs beweist, daß sie nicht aus der Wirklichkeit abstrahirt ist. In der Weltschematik ist die reine Mathematik aus dem reinen Denken entsprungen — in der Naturphilosophie ist sie etwas durchaus Empirisches, aus der Außenwelt Genommenes und dann Abgesondertes. Wem sollen wir nun glauben?

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Durch den Justizgesetzcompromiß hat sich die nationalliberale Partei des Vertrauens der Regierung in ihr unerschütterliches Mameluckenthum so würdig gezeigt, daß sie nunmehr die „Provinzialcorrespondenz" in Gemeinschaft mit den regierungsfreundlichen conservativen Elementen feierlich zu dem Range der Regierungspartei erhebt oder — degradirt. Die „Provinzialcorrespondenz" bozirt in einem Artikel „An die Wähler in Stadt und Land" wie folgt:

„Wie aller wahrhafte Fortschritt der Gesetzgebung im Norddeutschen Bunde und im Deutschen Reiche nur durch die regierungsfreundliche Mehrheit aus conservativen und gemäßigt liberalen Elementen gesichert worden ist, so wird auch irgend eine Verbesserung und heilsame Ergänzung der wirthschaftlichen Gesetzgebung um so sicherer und eher erreicht werden, je mehr der neue Reichstag aus Männern besteht, welche von vorn herein und grundsätzlich den ernsten Willen zu gemeinsamem Schaffen für das Volkswohl und nicht die Neigung und Lust zur Opposition und zum Kampfe gegen die Regierungen mitbringen."

Die einst so feindlichen Brüder, Liberalismus und Conservatismus, haben sich also wirklich im schönen Bunde des Bismarckthums zu löblichem Thun, d. h. zu reaktionärer Volksunterdrückung, geeint. Der Liberalismus hat dabei jeden eigenen Gedanken, jede Spur seiner früheren angeblichen Grundsätze aufgegeben. „Wer nur den lieben Gott läßt walten", sagt er mit bismarck- und eulenburgergebenem Blicke. Die „Provinzialcorrespondenz" spricht ihm aus der Seele, wenn sie deklamirt:

„Die Regierung unseres Kaisers hat in jeder Beziehung fort und fort bewiesen, daß ihr vor Allem die treue Sorge für das Wohl des Volkes in allen Schichten am Herzen liegt. Wer daher bei den Wahlen das wirkliche Volkswohl fördern will, der wird sich nicht durch große Verheißungen der Wahlcandidaten über die zu erreichenden Fortschritte, Verbesserungen und Wohlthaten für das Volk täuschen lassen, sondern die Bewerber vor Allem darauf ansehen nnd prüfen, ob sie Willens und nach ihrer Sinnesart im Stande sind, in aufrichtiger und vertrauensvoller Gemeinschaft mit der Regierung des Kaisers an des Reiches Gedeihen und Wohlfahrt zu arbeiten."

Wie demgemäß die Gesetzgebung des nächsten Reichstags ausfallen wird, kann nicht mehr zweifelhaft sein. Da wird vom „wirklichen Volkswohl" gesprochen und da ist die Rede von der „Verbesserung und heilsamen Ergänzung der wirthschaftlichen Gesetzgebung". In welcher Weise diese Andeutungen zu verstehen sind, das ist in folgenden Sätzen der „Provinzialcorrespondenz" ausgesprochen:

„Es ist jüngst darauf hingewiesen worden, daß es sich in den nächsten Reichstagssessionen ganz besonders um Fragen des wirthschaftlichen Wohls unseres Volks handeln werde: nicht als ob völlig neue Bahnen im Gegensatze zu den Grundauffassungen, von welchen unsere wirthschaftliche Entwickelung seit Jahrzehnten ausgegangen ist, einzuschlagen wären, — wohl aber gilt es, auf Grund der neuen praktischen Erfahrungen die Bedürfnisse des Volkswohls in allen Beziehungen in sorgliche Erwägung zu ziehen, den erkannten Mißständen und Verirrungen auf dem gewerblichen Gebiete soweit möglich Abhilfe zu verschaffen; — es gilt ferner, die Anforderungen der Reichsinteressen auf dem wirthschaftlichen Gebiete mit den Bedürfnissen der Landesverwaltungen in Einklang zu bringen, — vor Allem aber den Gefahren, welche aus revolutionären sozialen Bewegungen für das Gesammtwohl zu erwachen drohen, rechtzeitig die vereinte Macht aller erhaltenden Kräfte der Nation entgegenzustellen. Alle Bestrebungen auf Klärung und Wiederbefestigung unserer wirthschaftlichen und sozialen Verhältnisse aber können, wie gesagt, nur dann einen Erfolg haben, wenn in der Mehrheit des Reichstags ein klarbewußter und entschiedener Wille zu vertrauensvollem Zusammenwirken mit der Regierung vorhanden ist."

Nach dieser Ankündigung haben wir also zunächst zu erwarten eine Revision des Aktiengesetzes und der Gewerbeordnung, und vielleicht auch ein Contraktbruchgesetz. Dann wird von Reichswegen das Steuerwesen geordnet, wobei der Reichskanzler Gelegenheit finden wird, seine Besteuerungs-Theorien, die er im vorigen Jahre zum Erstaunen der ganzen Welt und seiner eigenen Freunde entwickelte, aus dem Gebiete der grauen oder blauen — sehr blauen Theorie in's Praktische zu übersetzen. Die Hauptsache aber ist der Kampf gegen die „Gefahren der revolutionären und sozialen Bewegungen", der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Daß dieser Kampf mittelst neuer Strafparagraphen, in neuer Auflage der Strafgesetznovelle, geführt werden soll, das bedarf keines besonderen Beweises. Eigenthum, Familie, Religion, Ehe, allgemeine Wehrpflicht, wohl auch die dreijährige Präsenzzeit und das indirekte Steuersystem des Reichskanzlers, werden als heilig und undiskutirbar unter den wirksamen Schutz des Staatsanwalts gestellt, und damit ist natürlich Alles gethan, was eine gute Regierung „zur Klärung und Wiederbefestigung unserer wirthschaftlichen und sozialen Verhältnisse" thun kann. Daß die nationalliberale Majorität diesmal die Hand dazu bieten wird, das erscheint der „Provinzialcorrespondenz" als unzweifelhaft und wir wissen, daß das Organ der Regierung seine Pappenheimer kennt, und wir kennen sie auch! Sache des Volkes wird es sein, bei den diesmaligen Wahlen zu zeigen, daß es diese Sorte Volksvertreter allgemach auch durchschauen gelernt hat.

— Die Lage der deutschen Industrie wird immer schlechter. Schutzzöllnerische Blätter stellen einen massenhaften Zusammenbruch der Privat-Industrie in Aussicht, welcher noch verwüstender wirken werde, als der „Krach", dem so viele große Aktienunternehmungen erlegen sind. Nach den Mittheilungen der „Sozialpolitischen Correspondenz" werden in Berlin namentlich eine sehr große Anzahl von Ladengeschäften an dem schlechten Neujahrsabschlusse zu Grunde gehen. Mit Mühe und Noth haben sich viele derselben bis jetzt gehalten. Der trostlose Ausfall des Weihnachtsgeschäfts und das Ausbleiben von Zahlungen,

Wie die Gottgläubigen Gott lästern.

Wie Einer ist, so ist sein Gott —
Darum ward Gott so oft zu Spott.

Wenn in vergangenen Zeiten die Menschen unter dem Einfluß einer kindischen Weltanschauung unreifen Kulturzustandes für alles Gute, das ihnen widerfuhr, sich Götter bildeten, denen sie diese guten Handlungen andichteten; wenn sie hingegen für alles Uebel, für alles Böse einen Gegengott, das böse Prinzip, also den Teufel verantwortlich machten: so ist die Unwissenheit und Roheit unserer Vorfahren ein hinreichender Grund zur Entschuldigung. Wenn aber die heutige Menschheit bei dem fortgeschrittenen Stand der Erkenntniß, besonders die lutherische Christenheit, eine solche Gegenüberstellung eines guten und eines bösen Prinzips nicht mehr wagt, nur aber — weil sie alles Geschehen glaubt einer „Vorsehung" zuschreiben zu müssen — nicht weiß, wen sie für das Uebel verantwortlich machen soll und daher zu dem schmählichen Auskunftsmittel greift: alles, das Gute und auch das Böse, ihrem „Gott" zuzuschreiben, ihrem Gott, der im Uebrigen alle menschlichen guten Eigenschaften im höchsten Grade besitzen soll (Alliebe, Allgerechtigkeit, Allweisheit, Allbarmherzigkeit ꝛc.): so weiß man freilich nicht, ob man ein solches Verfahren einer theologischen Ueberstudirtheit oder einer sehr feinen Berechnung zuschreiben soll.

Die menschlich fühlende Welt ist jüngst wiederum erschüttert worden durch einen jener zahlreichen und bei der heutigen Produktionsweise unausbleiblichen furchtbaren Unglücksfälle, wie sie der rohe egoistische Kapitalismus, der Geldhunger, die Habsucht nach Gewinn uns in kurzen Zwischenräumen als „Errungenschaften" einer „göttlichen Weltordnung" vor Augen führen.

Im Windbergschacht bei Deuben ereignete sich bekanntlich am Sonntag den 10. Dezember das schreckliche Ungtuck, daß 23 Bergarbeiter durch schlagende Wetter getödtet und 6 schwer verletzt wurden. Am Mittwoch darauf wurden 25 dieser Opfer der Industrie zu Grabe getragen, unter dem Jammer vieler Wittwen und Waisen.

Nach solch schrecklichen Ereignissen eilen dann alle jene technischen und richterlichen Beamten herbei, die in einem besser eingerichteten Staat nicht nach dem Unglück, sondern vor demselben, zur Verhütung desselben, controlirend, gegenwärtig sein müßten. Davon jedoch abgesehen. Eines kann man selbst den Vertretern des Großkapitals nicht abstreiten: soweit der Geldbeutel nicht sein strenges Veto einlegt, suchen dieselben nach solchem Unglück nach denjenigen Mitteln, welche in Zukunft zur Verhütung angewendet werden müssen.

Wir wollen hier nicht untersuchen, in wie weit solche Unglücksfälle durch das Außerachtlassen von Vorsichtsmaßregeln, wie sie Wissenschaft und Erfahrung bieten, verschuldet sind; wir wollen absehen davon, wie sich nach dem Unglück jeder Schuldige aus der Schlinge zu ziehen sucht; ja wir wollen gegenwärtig unberücksichtigt lassen, inwiefern auch in Zukunft, trotz des furchtbaren Unglücks, nicht alles gethan werden wird, was zu thun nöthig wäre, würden die Ausbeuter nicht den Werth ihres Geldes höher anschlagen als den Werth des Menschenlebens; aber Eines ergiebt sich für alle Vernünftigen angesichts dieses schauerlichen Schlachtfeldes der Industrie zweifellos; nämlich das eine, daß jeder denkende Mensch zu der Frage getrieben wird: Wodurch ist das Unglück entstanden, wie konnte und kann es in Zukunft vermieden werden? Jeder Vernünftige fühlt instinktmäßig, daß nur Mangel an Vorsicht, mangelhafte Benutzung aller zu Gebote stehenden technischen Hilfsmittel die Ursachen des namenlosen Elends sind, und daß demselben in Zukunft durch vollendetste menschenmögliche Vorsicht und bessere Gestaltung der Produktionsverhältnisse vorgebeugt werden kann, daß man eventualiter, d. h. wenn der gegenwärtige Stand der Wissenschaft wirklich noch ohnmächtig wäre, solchem Unglück zu begegnen, alles aufgeboten werden müsse, um durch Erfindungen und Entdeckungen, durch gewissenhafte Benutzung der Erfahrung und Sammlung neuer Erfahrungen Schutz zu suchen.

Nicht so der Pfarrer Uhlig, welcher nach dem Direktorialmitglied Advokat Hänel und dem Oberpfarrer Römisch (muß nicht überall das par nobile fratrum beisammen zu finden sein?) die Grabrede hielt.

Der Herr Pfarrer sagte u. A.: „Es ist ein geradezu entsetzlicher, unerträglicher Gedanke: es sei ein kaltes, blindes Schicksal, das über uns regiere; es sei ein Ungefähr, eine unterlassene Vorsichtsmaßregel, ein Feuerfunke, ein Lufthauch, der solches großes Unglück herbeigeführt, wir seien der Unsicherheit des menschlichen Schutzes preisgegeben und ein finsteres Verhängniß dürfe mit uns spielen — spielen, wie mit einem Spielball, uns höhnisch zurufend: Heute Diesen und morgen Jenen! — Nein, Herr, ich hoffe auf Dich. Ich steh' in Deiner Hand und will drin stehen bleiben. Es sind Hände eines himmlischen Vaters, eines allmächtigen Gottes, dem auch die Elemente unterthan sind, der seine Engel zu Winden und seine Diener zu Feuerflammen macht; eines Allwaltenden, ohne dessen Willen kein Haar von unserem Haupte fällt."

Wir enthalten uns einer eigentlichen Kritik dieser Predigt, denn die gegenwärtigen Rechtszustände lassen einer freien Meinungs-Aeußerung harte Kerkerstrafen folgen, und was man nicht als Unwahrheit, als Unsittlichkeit bestrafen kann, das bestraft man als „Gotteslästerung", „Religionsschmähung", als Lästerung einer „Einrichtung" der Kirche, und bei der offen dargethanen Unwissenheit unserer Juristen über den Begriff „Einrichtung" wollen wir nicht riskiren, einen Pfarrer und seine Grabrede nicht als „Einrichtung der Kirche" zu negiren; aber das wagen wir zu behaupten, daß es einer Lästerung seines alliebenden Gottes — nach unserer Meinung — gleichkommt, diesen allgerechten und allbarmherzigen Gott verantwortlich zu machen für all das Elend, verantwortlich zu machen für die schlechten Einrichtungen im gegenwärtigen Gesellschaftsleben. Seinem allweisen Gott solches zumuthen, heißt ihn degradiren und den kummererfüllten Zuhörern solcher Grabreden nicht Trost, wohl aber Zweifel an der Existenz dieses Gottes beibringen. Wir wenigstens haben uns, als wir noch gottgläubig waren, unsern Gott großartiger vorgestellt. Leider mußten wir freilich diese Vorstellung auch überwinden.

Gibt es Götter und könnten solche nach den Ausführungen des Geistlichen solches Unglück verhüten, so würden sie es ganz sicher thun, und es hieße dieselben lästern, muthete man ihnen das Vermögen willkürlichen Eingreifens zu und schiebt es alsdann auf „unerforschliche Rathschlüsse", wenn dieses Eingreifen nicht stattgefunden hat.

Wenn der Anthropomorphismus nun einmal alle edleren

welche eine gleichfalls insolvente Kundschaft zu Neujahr nicht leisten kann, wird die gedachten Ladengeschäfte zum Schließen oder zum stillen Arrangement treiben. Die Noth in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes ist eine geradezu grenzenlose. — Und das alles verdanken wir der liberalen Wirthschaft!

— Fort mit den Zwangskassen! lautet die Ueberschrift eines Artikels, der gegenwärtig in den Zeitungen die Runde macht, und dessen Inhalt das herrschende System der an's Ruder gelangten Geldmacherei vortrefflich kennzeichnet. Wir wollen denselben hier in Kürze reproduziren:

Vor Kurzem starb in Spandau ein Mann, der zwanzig Jahre hindurch Arbeiter der königlichen Gewehrfabriken zu Neisse und Spandau gewesen war. In seiner Eigenschaft als Arbeiter dieser Fabriken war er verpflichtet, den bestehenden Kranken-, Sterbe-, Invaliden- und Wittwenkassen beizutreten. Nachdem er seine Beiträge zwanzig Jahre hindurch in diese Kassen bezahlt hatte, verfiel derselbe in eine langwierige unheilbare Krankheit. Während der Dauer eines Jahres wurde ihm auch das vorschriftsmäßige Krankengeld bezahlt; nach Ablauf dieses Jahres hörte jedoch nicht nur jede Unterstützung aus der Kasse auf, sondern der nunmehr arbeitsunfähige Mann enthielt auch seine Entlassung, und zwar ohne irgendwelchen Anspruch auf Invalidengehalt, da das Statut dieses humanen Instituts (der Unterstützungskasse) einen Paragraphen enthält, welcher das Recht zur Erlangung einer Pension von einer dreißigjährigen Arbeitszeit in der Fabrik abhängig macht. Obwohl nun die Collegen des Unglücklichen sich bei der Direktion und Inspektion für denselben verwendeten, wurde ihm keinerlei nachhaltige Unterstützung zu Theil, wenn man nicht ein einmaliges Geschenk von acht Thalern mit diesem Namen bezeichnen will. Von da ab war der Invalide der Arbeit auf die Mildthätigkeit seiner früheren Mitarbeiter angewiesen, die ihn, wollten sie ihn nicht zu Grunde gehen lassen, durch Almosen unterstützen mußten. So hat der Aermste über vier Jahre krank in dem Bewußtsein zubringen müssen, daß alle seine zwanzig Jahre hindurch geleisteten Beiträge zu jenen Kassen, wodurch er sich bei eintretender Arbeitslosigkeit vor Noth sichern wollte, vergeblich bezahlt waren. Aber nicht genug, daß ihm das Invalidengeld entging, auch die Beiträge zur Wittwen- und Sterbekasse waren umsonst geopfert, denn da er entlassen worden war, verweigerte man auch der Wittwe das Wittwen- und Sterbegeld.

Die liberalen Zeitungen, in welchen wir dieses Faktum gelesen haben, scheinen noch einen kleinen Rest von moralischer Entrüstung angesichts solcher Vorkommnisse zu haben — oder sie stellen sich wenigstens so, indem sie für Abschaffung der Zwangskassen plaidiren. O sancta simplicitas! (heilige Einfalt) möchten wir ihnen zurufen. Mit solchen neben das Loch gesetzten Flecken kömmt man keinen Schritt weiter. Was würde es nutzen, wenn heute die Zwangskassen in jeder Gestalt (auch die Lehrer-Wittwen- und Waisenkassen) abgeschafft würden? Hätte man denn nicht morgen schon wieder neue Mittel und Wege erfunden, vermöge deren der gewohnheitsmäßige Aderlaß leichter von Statten ginge? — Nein, nicht die Zwangskassen müssen beseitigt werden, sondern die Zustände, welche solche Vorkommnisse ermöglichen, das Prinzip, welchem ein solches Ausbeutungssystem seine Entstehung zu verdanken hat.

Die Arbeiter mögen übrigens solche Vorkommnisse beherzigen, zeigen sie ihnen doch, welches das Loos drr Arbeit heutzutage ist, predigen sie doch laut und deutlich „die göttliche Weltordnung", „die Harmonie der Interessen" und — das Risiko der Arbeit. Sch.

— Arbeiternoth im Waldenburgischen. Ueber die Lage der Bergarbeiter sagt die „Wahrheit": Im hiesigen Bergrevier werden 3—400 Bergleute abgelöhnt oder es wird ihnen die Alternative gestellt, noch billiger zu arbeiten. Auf den meisten Gruben werden bei vier Schichten pro Woche noch nicht 8 Mark verdient. In Familien, wo 5 bis 6 und noch mehr Kinder sind, ist Mehlsuppe, Kartoffeln und trockenes Brot die Hauptnahrung; wo soll da der Ernährer die Kräfte zu seiner schweren Arbeit hernehmen? Schaarenweise strömen Arbeitslose auf's Landrathsamt, um nach Arbeit zu fragen. In dieser Weise wird es immer besser in der besten der Welten.

— Unsere Gegner. Hr. Dernburg wurde von Liebknecht, seinem Gegenkandidaten im Offenbach-Dieburger Kreis, zu einer öffentlichen Disputation herausgefordert — er lehnte jedoch ab, weil es für „seine Wähler" kein Interesse habe. Ein schönes Compliment, das er damit „seinen Wählern" macht! Und gehört ihm denn schon ein Theil der Wähler? Handelt es sich nicht darum, die Wähler im Allgemeinen über die von den verschiedenen Candidaten vertretenen Grundsätze aufzuklären? Doch, das ist es ja gerade, was diese „liberalen" Herren nicht wollen. Würde die Wählerschaft aufgeklärt, so hätten sie keine Aussichten, gewählt zu werden. — Im Leipziger Landkreis halten die Candidaten Wolf und Findel (Nationalliberaler und Fortschrittler) ihre Wahlreden hinter verschlossenen Thüren — keine Möglichkeit, sie vor die Klinge zu bekommen! — Im 14. Wahlbezirk kandidirt u. A. ein gewisser Heinrich, Bürgermeister von Borna; der Mann prahlte vor drei Jahren: „Wenn in Sachsen noch zwei lebten, wie ich, gäbe es in Sachsen keinen Sozialdemnkraten!" Jetzt bethätigt dieser vermeintliche St. Georg des Drachen: Sozialdemokratie seine Berserkerwuth dadurch, daß er mit bewundernswürdiger Geschicklichkeit jedem Sozialdemokraten — aus dem Weg geht. Alle Versuche, ihn zur Ausübung seiner Kunst des Sozialistentödtens zu bewegen, sind gescheitert.

— Arbeiter-Syndikate in Frankreich. Die „Sozialpolitische Correspondenz" des Hrn. Rud. Meyer schreibt: „Die große Revolution hob die Zünfte auf, indeß blieb das Bedürfniß nach Vereinigung in den Handwerken und führte schon unter Napoleon I. zur Bildung von Handwerker-Syndikaten, deren charakteristischer Unterschied von der mittelalterlichen Zunft darin besteht, daß in ihnen nur die Unternehmer desselben Gewerkes organisirt sind, während die Zunft die Meister, Gesellen und Lehrlinge umfaßte und einen ungeprüften Unternehmer nicht kannte. Die ersten Unternehmer-Syndikate entstanden im Baugewerk, ihnen folgten Syndikate anderer Metiers, und jetzt hat man ca. 80 in Paris, wovon 71 in einer Central-Union vereinigt sind. — Nachdem Napoleon III. im Jahre 1864 das Coalitionsverbot aufgehoben hatte, bildeten sich nach dem Vorbilde dieser Unternehmer-Syndikate nunmehr auch Arbeiter-Syndikate. Es existirt keinerlei Zwang für Arbeiter, diesen Syndikaten, welche ursprünglich den Namen „Sociétés de résistance" führten, beizutreten; sie haben sogar keinerlei legale Basis, keine Corporationsrechte und können jederzeit aufgelöst werden; sie sind nicht anerkannt, nur geduldet. Außer Paris sind sie wenig zahlreich, in Paris existiren deren ca. 100; es besitzen indeß viele Metiers von Paris noch keine Syndikate, und selbst die, welche deren besitzen, umfassen kaum den zwanzigsten Theil der Gewerksgenossen. Trotzdem sind diese Syndikate äußerst einflußreich. Von ihnen geht der Impuls zu jeder Bewegung in der Arbeiterbewegung aus. Und als kürzlich die „Prudhommes" — „Schiedsrichter" — für die einzelnen Gewerke gewählt wurden, gehorchte die gesammte Pariser Arbeiterschaft den Befehlen der wenigen Syndikate, welche ihre Candidaten überall durchbrachte, obschon die Mehrzahl der Wähler weder diese Candidaten, noch die Leiter der Syndikate, welche die Candidatenliste feststellten, kannten; sie wußten nur, daß es Assoziationen giebt, die von Leuten ihrer Klasse gebildet sind zum Zwecke die Interessen des Arbeiterstandes zu vertreten, und sie unterordnen sich gern und ohne Mißtrauen den Befehlen dieser Oberen."

— Ueber die Lage der Dinge in Frankreich entnehmen wir dem Bericht eines Gesinnungsgenossen folgende für unsere Leser interessante Mittheilungen:

Hier ist der politische Horizont stark umnebelt. Unsere junge „Republik", an der Alles monarchisch und cäsaristisch, nichts republikanisch ist, nicht einmal die Form, steht auf sehr schwankendem Boden. Die Bourgeoisie hat kein direktes Interesse an der Conservirung der conservativen Republik. Im Gegentheil, der starke (?) Arm eines Cäsaren ist ihr eine sicherere Bürgschaft für ihre Ausbeutungsgelüste. Wir Revolutionäre und Sozial-Republikaner können uns aber natürlich für eine „Republik", die uns außer Massendeportation und Massenerschießung nichts gebracht, nicht übermäßig begeistern. Welcher billigdenkende Mensch könnte dem Arbeiter wohl zumuthen, sich für die fünfundzwanzig Francs Diäten seiner verrätherischen Deputirten zu schlagen!! — Und dennoch wäre die Wiedereinführung der „reinen" Monarchie ein Unglück mehr, eine Schande, der sich jeder auch nur halbwegs ehrliche Mann aufs Entschiedenste entgegenstemmen muß. Nicht um die gegenwärtige Republik zu erhalten, wohl aber um eine monarchische Restauration zu vereiteln, müßte, würde das französische Volk zu den Waffen greifen. Ich glaube aus zwei Gründen an keine monarchische Restauration. Erstens weil unsere Gegner Schwachköpfe sind, zweitens weil sie sich vor den möglichen und wahrscheinlichen Consequenzen einer monarchischen Restauration fürchten. Ob das Volk in der Lage sein würde, sich gleich bei einer etwaigen bonapartistischen Restauration zu erheben, oder erst später an seinen Gegnern wohlverdiente Rache üben würde, will ich dahingestellt sein lassen, — ich glaube aber mit Bestimmtheit versichern zu können, daß bei einer derartigen Eventualität die bekannte Gutmüthigkeit des französischen Volkes ein Ende haben und durch rasches und energisches Handeln ersetzt werden würde.

Unsere beiden Hauptfraktionen der Bourgeoisie sind beide gleich unbarmherzig gegenüber dem Proletariat. Unter den beiden Hauptfraktionen der Bourgeoisie meine ich, um mich eines Ausdrucks Alfred Naquet's zu bedienen, die jüngere und ältere Linie. Die „jüngere" sind die Gambettisten, die „ältere" Cassagnac und sandere Bonapartisten. Erstere haben den Verrath zur Höhe einer gesellschaftlichen Institution erhoben. Ich hebe nur zwei Heldenthaten der betreffenden Partei hervor. Als Gambetta und seine Helfershelfer candidirten, versprachen sie alle sofort für die Amnestie, die ganze und volle Amnestie zu stimmen. Sie wissen, die Gambettisten sind in der Versailler Versammlung in der Mehrheit, und es fanden sich nur 52 Deputirte, die für die Amnestie eintraten. Ferner, Gambetta und seine Anhänger haben immer für Freidenker gegolten — in der Theorie —, in der Praxis hielt ihr Freidenkerthum nicht Stand. Gambetta und seine Parteigenossen stimmten gegen die Unterdrückung des Kirchenbudgets, Gambetta und seine Freunde stimmten für die Beibehaltung der päpstlichen Gesandtschaft.

Naivere Leute als wir es sind, mag letzteres überraschen — wir finden es ganz natürlich. Die Gambettisten brauchen eben die Kirche gerade so nothwendig wie die monarchischen Bourgeois zur Knechtung und Verdummung des Volks, denn wer herrschen will, braucht die Knechtschaft. Keine Herrschaft ohne Knechtschaft. Nur in der sozialdemokratischen Republik wird die Kirche radikal vom Staate getrennt werden können; alle anderen Parteien, die es versprechen, lügen mit Bewußtsein.

Die ältere Linie der Bourgeoisie, die Cassagnacs und Consorten, harren auf einen günstigen Moment, um einen Staatsstreich in Scene zu setzen, gerade so wie ein Wegelagerer auf seine Beute lauert. Augenblicklich giebt es nichts zu schaffen, und die Leutchen nehmen vorläufig mit Jules Simon, Mac-Mac und dem parlamentarischen Skandal vorlieb. Cassagnac macht aus Langerweile den Parlamentsharlekin.

Wenn die Sozialdemokratie in Frankreich einmal zur Herrschaft gelangt, werden die Gambettisten und anderen „Opportunitätsmänner" durch einen wohlapplizirten Fußtritt von der politischen Bühne verschwinden; die Anderen aber, die Bonapartisten und was drum und dran hängt, kriegt man nicht so rasch klein. Hier gilt es für die Sozialdemokratie, energisch zu sein. Entweder muß der triumphirende Sozialismus ein paar Dutzend dieser Herren beseitigen, oder die Generale dieser Partei werden wiederum, wie in den Maitagen, die Sozialrepublikaner zu Tausenden schlachten lassen.

Was soll ich Ihnen nun noch vom französischen Parlamentarismus erzählen? Parlamentsschwindel, ministerielle Deklarationen, Präsidentschaftsbotschaften und Thronreden haben für Leute, deren Kopf am richtigen Fleck ist, kein besonderes Interesse; es ist immer, wie man im Französischen sagt, bonnet blanc, blanc bonnet, d. h. immer dasselbe Einerlei, derselbe Larifari.

Doch ich will als Curiosum folgende Worte, die neulich der salbungsvolle Jules Simon sprach, hervorheben: „Je suis profondement républicain, et profondement conservateur", zu deutsch: „Ich bin entschiedener Republikaner und entschiedener Conservativer". Das klingt nämlich gerade so weise, als ob man sagen wollte: „Ich bin aufrichtiger Christ und entschiedener Atheist." —

Doch lassen wir diesen scheußlichen Schwindel nebst allen Schwindlern und werfen wir einen Blick in das „revolutionäre Frankreich".

Außer der vollkommen internationalsozialdemokratischen, jetzt nicht mehr täglich erscheinenden „Révolution" sind gegenwärtig in Frankreich folgende Organe die Vertreter des Proletariats. Sie sind alle, ich sage nicht vollständig sozialdemokratisch, aber doch mehr oder weniger sozialistisch gefärbt. Es sind folgende:

In Paris: 1) Les Droits de l'Homme, Chefredakteur Frei-Guyot, gegenwärtig zu 6 Monaten Kerker verurtheilt wegen Enthüllung der Schandthaten der „Sittenpolizei". Hauptmitarbeiter sind die beiden Sozialisten Jules Guerde und Arthur Arnould, Exmitglied der Pariser Commune, gegenwärtig in Genf, seine Artikel sind unterzeichnet AAA —, ferner Rochefort, er ist allbekannt, um ihn näher zu bezeichnen. Er ist offen und ehrlich radikal, Feind der Bourgeoisie, aber in sozialistischer Beziehung ein Confusionsrath. Außerdem erwähne ich noch den Polen Lacroix und „Mercutio" (es ist nicht sein wahrer Name), ehemaligen Mitarbeiter des von Mottu redigirten „Radical". 2) La Tribune, Chefredakteur Trébois; ob Chabert noch das Blatt leitet, ist mir unbekannt. 3) L'homme libre, Direktor Louis Blanc, treibt Mondscheinservilismus; doch der Wahrheit gebührt die Ehre, er ist auf seine alten Tage wieder etwas radikaler geworden.

In Lyon giebt es eigentlich nur ein Organ, das die Sache

---

menschlichen Eigenschaften seinen Göttern überträgt, so soll er diesen auch nicht zutrauen, sie hätten eine nothwendige gute That unterlassen, die nach menschlicher bester Einsicht schon eine nothwendige gute That ist.

Ein Glück, daß die zur Lethargie verführenden Priesterworte bei den Männern der Wissenschaft ohne Geltung bleiben. Diese ist vielmehr, unter Ausschluß aller göttlichen Willkür, der Meinung, daß das Unglück allerdings hätte vermieden werden können bei richtiger Anwendung aller durch den menschlichen Geist entdeckten Hilfsmittel; diese muß allerdings der Meinung sein, daß die Gefahr stets dem Unwissenden am nächsten liegt. Wer die Gefahr nicht kennt, fürchtet sie nicht, wie das Thier, das sich auf dem abschüssigen Dache tummelt. Gebe man daher dem Arbeiter mehr Bildung. Diese fördert die Vorsicht an sich schon und alsdann macht sie auch selbständiger.

Heute mag es wohl oft vorkommen, daß der Arbeiter sich in die Gefahr stürzt, weil er fürchtet, falls er seinen Vorgesetzten an die Pflicht erinnert, die dieser zur Verhütung der Gefahr übernommen hat, gemaßregelt und chikanirt zu werden.

Eine zum selbständigen Denken erzogene Arbeiterschaft wird freilich keine Rücksichten nehmen und ihr Leben in die Schanze schlagen aus Rücksicht auf die gute Laune nachlässiger Vorgesetzten. Kloh.

Russische Milde.

Von einem Augenzeugen.

Im polnischen Aufstand wurde der unglückliche Perkowitz gefangen nach Kowno gebracht. Nachdem er zum Erhängen verurtheilt war, wurde er während dreier Tage jedesmal einige Stunden durch die Stadt geführt, in Begleitung einer Musikbande. Das Volk lief zusammen, zerstreute sich aber wieder, sobald der in Todesangst lebende Gefangene wieder in den Kerker gebracht wurde. Jedoch am dritten Tag ging es ernstlich zum Galgen, woran der Unglückliche so geschickt gehenkt wurde, daß er 5¼ Stunden im Todeskampfe schwebte, der so furchtbar war, daß der Unglückliche die Zunge durch die Kappe stieß, die ihm über den Kopf gezogen war.

Das nächste Schauspiel war eine Knutung. Auf dem hohen Gerüste stand unter anderem Militär eine Bande Musik; ganz oben auf dem Gerüste stand eine Bank, worauf der Unglückliche nackt befestigt wurde und zwar mit Gummibändern. Die Knute ist eine kurzgestielte Peitsche, etwa 2 Fuß lang, von gedrehtem harten Leder; das Ende ist jedoch mit einem dicken, mit Leder überzogenen Bleiknopf versehen. Der Gefangene war zu nur 25 Hieben verurtheilt, die auf das Sitzfleisch gegeben werden. Bei jedem Hieb wird das Fleisch zerrissen und das Blut springt empor. Nun merkt die russische Milde: Wäre der Gefangene mit Stricken festgebunden, so könnte er seinen Körper nicht krampfhaft emporschnellen und der Tod würde schon beim 5. oder 6. Schlag eintreten, dadurch aber, daß er sich bewegen kann, wird ihm das Leben bis zum 13. Schlag, manchmal noch weiter, verlängert. Man behauptete, daß er nur einmal Schmerz habe, denn er schrie nur einmal und zwar beim ersten Schlag. Um den Gefangenen nicht zu erschöpfen, wurde nur alle 2 Minuten das Signal zum Schlag gegeben, so daß in einer halben Stunde die Marter schon vorüber war. Das ist wirklich christliche Milde!

Der Unteroffizier und der Priester, die am selben Tag erschossen wurden (und zwar auch nachdem sie unter Musikbegleitung mehrere Male durch die Stadt geschleppt waren), konnten sich noch besser bei der Execution amüsiren, denn 12 Mal wurde blind geladen gefeuert und bei jedem Schuß zuckten die beiden Opfer der Milde zusammen. Vielleicht war es eine freudige Bewegung, weil sich Keiner getroffen fühlte. Nachdem man die Unglücklichen genugsam „amüsirt" hatte, wurden drei Kugeln auf sie abgefeuert, die auf 12 Schritte den Tod mit sich führten. Die Herren, die solches befehlen, sind bekanntlich unsere „besten Freunde" und die Vertreter und Verbreiter der christlichen Cultur nach Osten und Süden. Glückliches Jahrhundert, das solche Humanisten besitzt!

— Aus dem Gerichtssaal. Ein trübes Bild aus dem Berliner großstädtischen Leben entrollt die „Gerichts-Zeitung" wie folgt:

„Der Hunger" ist ein unheimlicher Gast, zumal wenn sich Kinderhändt emporstrecken und flehentlich um einen Bissen Brot bitten, der ihnen nicht gewährt zu werden vermag. Man kann sich an das Hungern gewöhnen, aber die Leibesnahrung sich nicht abgewöhnen. Es war am 26. Oktober Abends, als die Kinder der separirten Frau Marie D. hungrig zu Bette gehen mußten. Die Mutter für ihre eigene Person hat das sehr oft gethan, um die Kinder sättigen zu können; aber das gequälte Mutterherz vertrieb heute den Schlaf von dem dürftigen Lager der unglücklichen Frau. Immer und immer wieder stieg wie ein Schreckbild die Frage empor: „Und was wird morgen?" Der gefürchtete andere Morgen kam endlich nach der in nagender Sorge durchwachten Nacht, und Frau D. war, ehe die Sonne wieder niederging, verhaftet und wegen Diebstahls in Untersuchung. Das bisher unbescholtene, arme Weib stand jetzt vor dem Strafrichter, um sich wegen ihres Vergehens zu verantworten; sie hatte eine Kanne Milch entwendet, die ein Milchverkäufer auf einige Minuten in den Hausflur gestellt hatte, um seine Kunden zu besorgen. Frau D. war auf der That ertappt und sofort zur Polizeiwache geführt worden. Einen Schaden hat der Milchhändler nicht erlitten. Die Angeklagte steht mit niedergeschlagenen Augen vor ihren Richtern; sie ist geständig. „Und was veranlaßte Sie dazu, Ihren unbescholtenen Namen durch solche gesetzwidrige Handlung zu beflecken?" fragte der Vorsitzende des Gerichtshofes.

Die Angeklagte stockte und über ihre bleiche Wange ergoß sich die Purpurröthe der Scham; dann sprach sie leise und mit zitternder Stimme: „Ich vermochte meinen Kindern am Abend zuvor kein Abendbrot zu geben. Der neue Tag forderte von mir, die hungernden Kleinen zu speisen. Das war mir klar: Im Uebrigen fehlte mir jede Ueberlegung. Ich sah, als ich durch den Hausflur kam, die Milchkanne stehen, — die Kanne war in meiner Hand und — — —" „Sie bekennen sich also des Diebstahls schuldig?" „Ja," versetzte die Angeklagte, und es klang wie ein tiefer Seufzer aus unendlich bedrückter Brust, und all' die Pein des Augenblicks der Frau löste sich in stilles Weinen. Die kgl. Staatsanwaltschaft, welche die Anklage aufrecht erhielt, glaubte in diese Aussage der Angeklagten keine Zweifel setzen zu müssen, und bedauerte sodann, daß die 10 Liter umfassende Quantität Milch, welche die Kanne enthielt, nicht die Annahme gestattete, die Frau habe die Milch auf der Stelle verzehren wollen; immerhin aber sei der Fall im mildesten Lichte aufzufassen, und erscheine eine viertägige Gefängnißstrafe angemessen. Der Gerichtshof erkannte diesem Antrage gemäß. Mit gesenkten Blicken verließ die Unglückliche die Anklagebank.

des Volkes vertritt, nämlich den 1) Censeur, organe de la Démocratie radicale, Hauptredakteur Meugin. Das Blatt ist offen und ehrlich radikal in sozialer und politischer Hinsicht, doch dürfen sie nicht wirthschaftliche Verhältnisse berühren, in dieser Beziehung sind die Leute sehr unbewandert. Um die Tendenz des Blattes mit einem bekannten Namen zu bezeichnen, so werde ich sagen, das Blatt vertritt die Grundsätze des alten ehrenwerden Delescluze. Außerdem giebt es in Lyon noch drei Organe, die sich demokratisch nennen: Le Progrès, Le petit Lyonnais und La Tribune des travailleurs. Letzteres wird von dem elenden Wichte Tollain, dem Verräther an der Internationalen, geleitet.

In Marseille giebt es zwei Organe, beide mehr oder weniger sozialistisch: 1) La jeune République, Chefredakteur Clouris Hugues, sozialistischer Poet, — und L'Egalité, Chefredakteur Gilly la Palud, ein Freund von Alfred Naquet, dem sozialistischen Deputirten vom Vaucluse. Außerdem erwähne ich noch als sozialistische oder wenigstens als halbwegs sozialistische und offen radikale Organe folgende: Le Républicain des Pyrenées orientales, Chefredakteur Duportal, La Sentinelle de Nancy, Le Réveil de Montluçon, Le Républicain de Finisterre.

— Die Concurrenz, welche die Sträflingsarbeit der sog. „freien" Arbeit macht, ist jetzt auch in England Gegenstand des Angriffs letzterer geworden, und haben sich bereits über 70 Comités gebildet, um gegen diese Concurrenz zu agitiren. Herr Mundella soll die Sache vor das Parlament bringen.

— **Internationales Elend.** Eine deutsch-amerikanische Zeitung vom 12. Dezember berichtet über die Lage der Arbeiter in der Stadt Newyork wie folgt: „In Newyork sind nach einer Mittheilung des Präsidenten der ‚Staats-Arbeiter-Gesellschaft' 45,375 Handwerker arbeitslos. Darunter befinden sich 2000 Cigarrenmacher, 1000 Maschinisten, 13,000 bisherige Park- und Stadtarbeiter, 1500 Eisenschmelzer, 1000 Buchdrucker, 1200 Kundenschneider, 1000 Tischler, 1500 Anstreicher, 1000 Gypser, 1200 Steinhauer, 2000 Backsteinleger, 400 Pianomacher, 100 Juwelierarbeiter, 800 Hutmacher, 400 Treppenbauer, 200 Bäcker, 200 Hufschmiede u. s. w. In vielen Fällen ist der Lohn der Arbeiter auf 90 Cents pro Tag herabgesetzt worden; aber auch zu diesem Preise fehlt es an Bedarf. Der Bericht, welchen wir dem „N.-Y.-Herald" entnehmen, giebt eine furchtbare Schilderung der Noth unter den Arbeitern. Ein Arbeiter bemerkte: ‚Es würde ein schrecklicher Tag für Newyork sein, wenn Verzweiflung jemals die Arbeiter ergreifen sollte. Der Hunger starrt uns in's Gesicht. Wenn 100,000 Menschen nach Brot jammern und ihnen keine Hülfe wird, ist das Ende nicht abzusehen.' Die Polizei-Stationshäuser sind nächtlich überfüllt. Der Bericht schließt mit einer Mahnung an den Wohlthätigkeitssinn, mit der Hilfe für die Armen nicht zu warten, bis es zu spät ist." Und Angesichts solcher Thatsachen, die auch in den anderen großen Städten vorhanden, sitzen die nationalen Volksbeglücker im Kapitol und brüten über die gegenseitig verübten Präsidenten-Wahlschwindeleien, votiren sich und dem Untersuchungs-Comité verschwenderische Summen und stören durch ihren Hader jede Aussicht auf geschäftliche Aufbesserung. — Ein Ausstand der Setzer im „Chronicle" zu Washington, Distrikt Columbia, gegen eine weitere Reduktion von 10 Prozent ging verloren und wurden dieselben durch Nichtverbändler ersetzt. — Die Arbeiter in den Waggonwerkstätten der „Delaware-Lackawanna-Westlichen Bahn" zu Scanton, Pa., haben nach siebenwöchentlichem Ausstande die Bedingungen der Bahncompagnie acceptiren müssen. — Die Wollfabriken in Beacon Falls, Conn., sind bis nächstes Frühjahr geschlossen worden. — In dem Goldlande Californien wird's immer „besser". Ein Correspondent des „Standard" berichtet aus San Francisco, daß dort Arbeiter für 50 Cents pro Tag und Kost engagirt waren; der „Runner", ein gewisser Holmann, welcher diese Leute für die dortigen Hopfengärten engagirte, ließ dieselben mit Musik und Bannern durch die Straßen marschiren, um den „Boßen" zu zeigen, wie weit er es mit der Ausbeuterei gebracht hat. — In verschiedenen Städten des Ostens ist es neuerdings Gebrauch, in Polizeistationen um Nachtlager nachsuchende obdachlose Arbeiter mit gewöhnlichen Verbrechern und Vagabunden zusammenzusperren. Nicht genug, daß durch die „herrliche Wirthschaft" der Arbeiter unverschuldet obdachlos hungert, man stempelt ihn, um die Ungerechtigkeit voll zu machen, auch noch zum Verbrecher. — — Das „Iron Moulders' Journal" schreibt: „Der Strike der Iron Moulders in New-Haven, Conn., ist zu Ende, die Strikenden kehrten zur Arbeit zurück zu den Bedingungen, die ihnen Sargent gestellt hatte. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Ausstand die Eisengießer genannter Stadt entmuthigt hat, aber sie können aus der Niederlage eine Lehre ziehen, welche sehr werthvoll für sie ist, nämlich, daß es nicht so gut ist, wenn man erst aussteht und nachher organisirt, als wenn man sich organisirt und erst dann zum Ausstande greift, wenn man von seiner Kraft überzeugt ist. Wir bedauern die Niederlage, obwohl wir an einer solchen in diesem Falle nicht zweifelten." — In Cleveland, Ohio, sind durch das Stillstehen der „Standard Oil Works" 2000 Arbeiter außer Beschäftigung. — In Carroll, N.-H., sind die Arbeiter der Kohlengrube von Joy, Henry u. Baldwinn im Ausstande, weil ihnen die bedeutend rückständigen Löhne nicht ausbezahlt wurden. Die 100 Ausständigen sind mit Revolvern bewaffnet und entschlossen, die Arbeit nicht aufzunehmen, bis man ihnen gerecht geworden, auch wollen sie Andere hindern, ihre Stellen einzunehmen. („Correspondent f. Dtschl. Bchdr.")

Correspondenzen.

R. **Münster i. W.**, 3. Januar. „Schickt mir 500 Männer, die zu sterben wissen, und Paris gehört uns" schrieb einst der Marseiller Abgeordnete Barbaroux an seine Freunde; wir würden sagen: „Schicket uns einen Mann, der zu agitiren weiß, und in Münster wird Licht!" — Entweder Se. Heiligkeit oder Se. Majestät anbeten, ist hier an der Tagesordnung, nur daß die Zahl der Anbeter Se. Majestät verschwindend klein ist gegenüber der ganz schwarzen Einwohnerschaft. Seit Beginn des Kulturkampfes wurde der Bruch zwischen dem hiesigen Bischof und Bismarck, oder besser: zwischen der ultramontanen Bevölkerung und der Regierung immer offenbarer und gestaltete sich bald zum versteckten und offenen Kampfe! Trotzdem nun kürzlich der Bischof Dr. Brinkmann wegen Veruntreuung von circa 60,000 Thlr. Stiftungsgeldern zu einem Jahr, sein General-Vicar Dr. Giese aber zu zwei Jahren Gefängniß rechtskräftig verurtheilt worden ist, erkennt die Bevölkerung keine andere Gewalt als die der Kirche an. Quält sich nun ein Reptil damit ab, den Liberalismus hier zu verbreiten, welcher allerdings unter den Regierungsbeamten und Militärs, deren Letztere es hier zu viel giebt, heimisch ist, so hat andererseits der „Westfälische Merkur" leichtes Spiel, seiner gläubigen Heerde die Verworfenheit aller andern Parteien einzuprägen. Mit Recht nennt er die hiesige liberale Partei eine Mischmasch-Partei, denn neben Liberalen sind auch Fortschrittler und Demokraten zu finden. Natürlich ist einem großen Theile der Münsteraner die Sozialdemokratie kaum dem Namen nach bekannt, diejenigen aber, welche unsere Prinzipien theilweise kennen, suchen dieselbe bei jeder Gelegenheit zu verunglimpfen, die Ultramontanen um das Prestige des Papstes, die Liberalen um das Bismarck's nicht verdunkeln zu lassen. Zu einer Organisation der hiesigen Sozialisten kommt es zwar vorläufig nicht, nichtsdestoweniger wird diese „Peste der Pfaffen", wenn auch spät, so doch sicher, vom Hauch der Freiheit durchweht werden, und die heutigen Leibeigenen der Kirche sind dann die besten Sozialdemokraten!

Mannheim, 2. Januar. Die Wahlagitation hat auch hier schon wieder ihr Opfer gefordert: Parteigenosse Mai wurde am 27. Dezember v. J. verhaftet und nach Frankenthal abgeführt; sein Verbrechen soll darin bestehen, gegen die §§ 130 und 131 in einer Rede, welche er in Mutterstadt hielt, verstoßen zu haben. Heute wurde nun in seiner Wohnung „hausgesucht", und zwar „regelrecht", indem auch das kleinste Haushaltungsgeschirr nicht verschont blieb. Wäre das Unaussprechliche nicht bei Seite geschafft gewesen, so hätte man sich sicher nicht gescheut, auch das zu durchsuchen. Erwähnenswerth ist die Frage, welche einer der Beamten an Frau Mai richtete: „Ihr Mann wird also von Berlin aus bezahlt?" — Antwort: „Mir ist nichts bekannt." — Beamter: „Doch, doch! Es kam ein Brief von Berlin an Mai; wir haben denselben in Ludwigshafen auf der Polizei, darin ist's zu lesen." Es ist doch sonderbar, daß die Polizeimänner besser wissen wollen, wie ein Arbeiter seine Existenz fristet, als er selbst. Glauben denn diese Herren, die Sozialdemokraten würden auch aus dem Berliner Reptilientopf gefüttert, wie gewisse andere Leute? Brüderlichen Gruß

P. Eisenhauer, S 2 Nr. 6.

Meißen, 3. Januar. Hierselbst fand am 2. Januar eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Unsere Gegner oder die Beantwortung der 27 Fragen im Meißner Tageblatt." Vorsitzender war Herr Thiemer aus Meißen. An Stelle des Herrn Max Kayser aus Dresden, welcher am Kommen verhindert war, war Herr Goldstein aus Dresden als Referent anwesend. Jene 27 Fragen, gerichtet an das sozialistische Wahlcomité des siebenten Wahlkreises, erschienen gerade jetzt kurz vor der Wahl, jedenfalls um die Wähler am Tage der Wahl Nauert's aus Leipzig abzuschrecken. Herr Goldstein wies aber unter wiederholtem Beifall der Versammlung die Bodenlosigkeit jener 27 Fragen in 1½ stündiger Rede nach und forderte am Schlusse die Versammlung auf, sich durch solche Manöver von ihrem richtigen Taktgefühl nicht abbringen zu lassen und Nauert zu wählen. Durch die Zurufe: „Jawohl, Nauert", bewies die Versammlung, wie wenig ihr gesunder Geist durch jene unlogischen 27 Fragen irregeleitet worden. Herr Thieme wies noch auf die drücken den indirekten Steuern hin; auch ihm ward Beifall. Trotz viermaliger Aufforderung, daß Gegner zum Wort greifen sollten, geschah es nicht und der Anonymus vom „Meißener Tageblatt" hatte, wie es schien, auch vorgezogen, sich zu verkriechen, denn er meldete sich nicht, um sein siebenunnzwanzigfaches Quodlibet zu vertheidigen.

Aus dem 18. Wahlkreise. Wie schwer man den Sozialisten die Agitation für die Reichstagswahl zu machen sucht, davon hier ein neues Beispiel. Unsere Genossen hatten vom Besitzer des Gasthofes „Zur hohen Weide" in Blankenhain dessen Saal zu einer Wählerversammlung bewilligt erhalten. Alles war bereits für die Versammlung vorbereitet, als der Wirth seine Zustimmung zurücknahm; die Versammlung konnte in Folge dessen nicht stattfinden. Auf Vorhalten erklärte der Werth, er hätte den Saal gern zu einer Versammlung hergeben, der Herr Gensdarm aber habe ihm gesagt, er solle das nicht thun, sonst würde er keine Erlaubniß erhalten zu Extra-Tanzmusiken ꝛc.; das habe ihn bestimmt, sein Versprechen zurückzuziehen. — Wenn der Wirth wirklich die Wahrheit gesprochen, so wäre das eine offene Parteinahme der Behörden gegen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des 18. Wahlkreises, der ganz energisch entgegengetreten werden muß. Das fehlte blos noch. — Helfen wird es den Herren allerdings nichts. Derartige „Wahlmanöver" dürften nur dazu beitragen, daß der sozialistische Candidat Julius Motteler mit um so größerer Majorität gewählt wird.

Stollberg, 5. Jan. Die Wahlbewegung ist in dem ganzen 19. Kreis in vollem Fluß. Am 2. und 3. hatte Liebknecht massenhaft besuchte Versammlungen in Thalheim und Aue. Stimmung vortrefflich; Gegner nicht auffindbar. Hier in Stollberg referirten vorgestern Motteler und Albert (Glauchau). Hr. Uhlemann, der „fortschrittliche" Gegenkandidat, hatte den anerkennenswerthen Muth, sich zu stellen; natürlich erlitt er eine vollständige Niederlage, so vollständig, daß er vor Schluß der Versammlung hastig wegeilte. Es ist wirklich zu bedauern, daß ein sonst unzweifelhaft achtungswerther Mann, der aber auch nicht das geringste Zeug zum Redner oder gar Gesetzgeber hat, seinem eigenen Zeugniß nach in der Politik ein Neuling ist, sich durch das Zureden „guter Freunde" in eine so schiefe Stellnng drängen, zum Spielen einer so kläglichen Rolle verleiten lassen konnte. Das Hauptkampfmittel der Gegner ist die Einschüchterung oder Beeinflussung der Wirthe, die Säle besitzen. Es erfüllt indeß seinen Zweck nicht und charakterisirt blos Diejenigen, welche sich dieses Mittels bedienen. In Lößnitz z. B. wurde gestern auf diese Weise eine Versammlung vereitelt, dadurch aber nur Propaganda für uns gemacht. Bis zum Wahltag finden jeden Tag mehrere Versammlungen statt, in denen Demmler, Ebert, Liebknecht u. A. sprechen.

An die Haupt-Wahlcomités.

Zur Ermittelung des Gesammtresultats der Reichstagswahlen müssen auch diesmal, wie bei den vorigen Wahlen, seitens der einzelnen sozialistischen Haupt-Wahlcomités der einzelnen Wahlkreise Mittheilungen gemacht werden, und zwar ist es wünschenswerth, daß dies recht genau und ausführlich geschieht, damit eine vollständige Zusammenstellung über die Verhältnisse in den verschiedenen Kreisen gemacht werden kann. Es ist zu diesem Zweck also nothwendig, daß sowohl die Stimmen der sozialistischen, wie auch der Gegencandidaten angegeben werden, und, wenn es sich machen läßt, die Vertheilung der Stimmen auf die einzelnen Gegenden und Hauptorte des Kreises.

Daß eine genaue Zusammenstellung der Wahlresultate für die künftige sozialistische Agitation von großer Bedeutung ist, wird sich jeder Parteigenosse selbst sagen.

Die Mittheilungen sind zu richten an J. Auer und C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37.

Wähler!

Nr. 10 des „Wähler" (voraussichtlich die letzte) ist erschienen und an diejenigen Orte zur Versendung gelangt, welche über Nr. 9 abgerechnet haben.

Es sind noch Exemplare von den einzelnen Nummern vorräthig; sollten also rückständige Genossen die fehlenden Nummern wünschen, so werden die Filial-Expedienten dies gern besorgen. A. Geib. C. Derossi.

Abrechnung erfolgt nach den Wahlen.

An die Wähler in Flensburg.

Die Stadt Flensburg ist in folgende Wahlbezirke getheilt:

1. Wahlbezirk, Wahllokal: Neue Harmonie. Nr. 1—159 incl.
2. „ „ Tonhalle. Nr. 160—253 incl. u. Duburg.
3. „ „ St. Marien Freischule. Nr. 254—397 incl.
4. „ „ Colosseum. Nr. 398—578 incl.
5. „ „ Börnsen's Restauration. Nr. 579—734.
6. „ „ Sanssouci. Nr. 735—868g incl.
7. „ „ Reichardt's Conditorei (Harboe). Nr. 864 bis 1013 incl.
8. „ „ Hansen's Gasthof (Nr. 1053). Fischerhof, Süderhohlweg, Norderhohlweg, Häuser Nr. 1—11 incl.
9. „ „ Schule in Norder St. Jürgen, Norderhohlweg Nr. 12—23 incl. Bredeberg, Süder u. Norder St. Jürgen.

Parteigenossen, welche dem Wahlcomité am Tage der Wahl, den 10. Januar, behülflich sein wollen, wollen sich früh 8 Uhr bei Voß, Heiliger-Geistgang 22 einfinden Candidat Brückmann ist anwesend.

Für das Arbeiter-Wahlcomité:
J. A.: A. Fechner.

Briefkasten

der Expedition. Deutscher Verein Burgdorf: Sie sind noch M. 2,50 schuldig.

Wahlfonds.

Von Suhr hier 2,10, Blm Jaroczin 2,00, Liste 2 durch Emil Grude Stötteritz 9,05, Kundorf durch Preißer 3,00, durch Schlegel freiwillige Sammlung v. Drechslergehilfen 5,00, Drstn Cobleng 40,00, Frdrch hier 0,50, d. Fckrt hier 1,70.

Für das Centralwahlcomité:
Peter Krebs, Ulrichsgasse 60.

NB. Wer noch Listen und Gelder für den Wahlfonds in Händen hat, wird ersucht, dieselben abzuliefern. Zugleich fordere ich auf, wem seine abgelieferten Gelder noch nicht quittirt sind, solches bei mir thun zu lassen. D. O.

Alle Wahlcomités

ersucht um **telegraphische Zusendung** des Wahlresultats

„Berliner Freie Presse"
Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, Berlin.

Leipzig. Mittwoch, den 10. Januar 1877, in der „Tonhalle":

Großes Wahlfest

bestehend in **Concert, Gesang, Ansprachen und Verlesung der Wahlresultate.**

Anfang Abends 7 Uhr. Entrée für Herren 20 Pf.

Wir bitten die Parteigenossen, alle Zuschriften und Depeschen an das unterzeichnete Wahlcomité zu richten.

Das Centralwahlcomité
des 10., 11., 12., 13. und 14. Wahlkreises.
J. A.: Chr. Hadlich. [480

NB. Die Telegrammadressen müssen lauten: „Centralwahlcomité Leipzig, „Tonhalle"."

Leipzig. Dienstag, den 9. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Große

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Gegner der Sozialdemokratie mit besonderer Berücksichtigung des Programms des Hrn. Dr. Stephani. Referent: A. Bebel.

Das sozialdemokratische Wahlcomité. [110

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 13. Januar, Abends 8 Uhr, Windmühlenstraße Nr. 7:

Generalversammlung.

Tagesordnung: Abrechnnng der Kranken- und Gewerkschaftskasse. Anträge.

Die Mitglieder werden auf § 26 des Statuts aufmerksam gemacht.

Zahlreiches Erscheinen erwartet D. O. [1,00

Donnerstag Abend Ausschußsitzung im Thüringer Hof.

Klemich's

Blätter für geistigen Fortschritt

(Offizielles Organ des Dissidenten-Bundes.)

vertreten in allgemein verständlicher Form die neue naturwissenschaftliche Weltanschauung und sonach einen sittlich-atheistischen und sozialen Standpunkt, tragen in rücksichtsloser Rede einen glühenden Haß allen Institutionen entgegen, welche aus der Volksverdummung ein einträgliches Gewerbe machen, stellen dem Christenthum das freie Menschenthum gegenüber, bekämpfen die Staatslüge, den Volksaberglauben und das öffentliche privilegirte Scheinwesen, entblößen schonungslos die Schlupfwinkel der Heuchelei, analysiren den unsittlichen Glauben in jeder Gestalt und alles, was sich gegen Vernunft, Erfahrung und Logik aufbäumt.

Als Widersacher aller Staatsgötter registriren diese Blätter chronologisch alle Ketzerprozesse, Impfvergiftungen, Eidesverweigerungen, kurz alle Vorkommnisse der modernen Inquisition.

Diese Zeitschrift kostet vierteljährlich 1 Mark bei jeder Postanstalt, in jeder Buchhandlung und in der Redaktion nnd Expedition:

Eugenie Klemich, Dresden, Schloßstr. 23.

Billigste Tageszeitung Berlins!

„Berliner Freie Presse"

mit der Illustrirten Sonntags-Gratis-Beilage **„Die Neue Welt"** erscheint sechsmal wöchentlich in Berlin und nehmen alle Postanstalten Deutschlands, sowie die unterzeichnete Expedition Abonnements entgegen.

Abonnements-Preis:

Beim Abholen von der Post: 4 M., — frei in's Haus: 4 M. 40 Pf. per Quartal.

Inserate: pr. 4gesp. Borgis-Zeile 25 Pf., — Arbeitsmarkt nur 10 Pf.

Die „Berliner Freie Presse" ist in der Zeitungs-Preisliste für 1877 unter Nr. 540 eingetragen.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bandix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 5. Freitag, 12. Januar. 1877.

Menschenopfer.

(Aus dem amerikanischen Parteiorgan „Labour Standard" — „Arbeiterfahne" — für den „Vorwärts" übersetzt.)

Die Menschenhekatomben, die vor Kurzem in Brooklyn (bei dem entsetzlichen Theaterbrand, der einigen Hundert Menschen das Leben kostete) auf dem Altare des Moloch geopfert wurden, war nur eine natürliche Folge der kapitalistischen Gesellschaftsform. Das kapitalistische Gesellschaftssystem beruht auf Concurrenz, d. h. Kampf Aller gegen Alle, Habsucht, Eigennutz und sonstigen schlimmsten Lastern. Die Menschlichkeit, das Menschenthum hat mit ihm nichts gemein, steht ihm in Todfeindschaft gegenüber. Leben, Ehre, Reinheit, Tugend, Gerechtigkeit und Glück werden diesem System geopfert. Millonen von Menschen werden auf seinen Altären durch Ueberarbeitung und ungenügende Ernährung geschlachtet. Es ist ein System des Krieges, des Todes, der Zerstörung und Verwüstung. Ueber ein grausiges Ereigniß, wie der Brand des Brooklyner Theaters es war, dürfen wir uns deshalb nicht wundern. Jeder Tag bringt uns die Nachricht von ähnlichen Menschenopfern. Erst vor ganz Kurzem fiel die Decke eines Opernhauses ein, und viele Menschen wurden getödtet. Jede Zeitung meldet uns, daß Menschen, Männer, Weiber und Kinder, oft in Massen zusammen, in Bergwerken und Fabriken „verunglücken" und den gräßlichsten Tod finden. Fast alle sogenannten Verunglückungen sind auf die vollständige Nichtachtung und Verachtung des Menschenlebens und auf die niedrigsten Beweggründe der Habsucht zurückzuführen, welche das kapitalistische System auszeichnen, oder richtiger: brandmarken. Kirchen, Theater, Mieth-Wohnhäuser, öffentliche Gebäude jeder Art werden möglichst billig, mit dem einzigen Gedanken an möglichst hohen Profit hergestellt. Der Erbauer — Baumeister wie Unternehmer — denkt nur an seinen persönlichen Vortheil. Betrachte man die hohen Miethkasernen, in die so viele menschliche Wesen eingezwängt sind, — wie steht es um die Vorrichtungen für die Gesundheit und Bequemlichkeit der Bewohner? Die dünnen Wände, das gebrechliche Balkenwerk, die ganze liederliche Bauart beweisen, daß bei dem Bau an die Gesundheit und Sicherheit der Bewohner nicht gedacht wurde. Diese Miethkasernen wurden ja ausschließlich zu dem Zwecke gebaut, den Eigenthümer zu bereichern. Was liegt an den Miethern?

Um zu der Brooklyner Katastrophe zurückzukehren, so ist bekannt, daß die vornehmen Theaterbesucher, welche die theueren Plätze inne gehabt hatten, zum größten Theile mit heiler Haut davon kamen, während das plebejische Publikum der billigen Plätze das Hauptcontingent zu den Opfern lieferte. Blos für die Sicherheit Derer war gesorgt worden, die wohlgefüllte Geldbeutel hatten. In der Musik-Akademie äußerte Dr. Durvea sich folgendermaßen: „Wen traf das Unglück am härtesten? Den armen Mann. Diejenigen, welche auf der Galerie waren, von der nur eine schmale Treppe herabführte, so daß die Möglichkeit der Rettung fast aufgegeben wurde. Meine Frau, die unten in einer Loge saß, konnte sich retten, aber mein Söhnchen, das mit seinen paar Groschen Taschengeld auf die Galerie gegangen war, um sich das Schauspiel anzusehen, mußte elendiglich umkommen. Es ist dasselbe System, welches die armen Auswanderer in die Waggons zunächst der Maschine steckt, damit sie im Falle eines Zusammenstoßes zuerst verunglücken und mit ihren Leibern die Insassen der anderen Waggons decken. Wenn Ihr Eure Theater nicht so bauen könnt, daß sie auch dem Armen Sicherheit bieten, dann laßt den Armen überhaupt nicht in Eure Theater! Er ist doch auch ein Mensch. Und er verlangt ja nichts umsonst. Er braucht und fordert keinen Luxus, allein was er zu fordern ein Recht hat, ist Sicherheit! Beobachtung der nothwendigsten Vorsichtsmaßregeln, wie sie dem reichen Mann gegenüber als selbstverständlich gelten. Ich bin der Letzte, der da Lust hat, eine Klasse gegen die andere zu hetzen, aber das sage ich: wenn ein Mensch der Gesellschaft wenig zu geben hat, so hat die Gesellschaft ihm entweder für dieses Wenige etwas Gutes zu geben, oder sie darf es nicht nehmen."

Die Tragödie von Brooklyn kann sich jeden Moment in anderen Städten wiederholen. So lange die Habsucht Baumeisterin ist, müssen wir auf solche Menschenhekatomben gefaßt sein.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

IV.

„Das allumfassende Sein ist einzig. In seiner Selbstgenugsamkeit hat er nichts neben oder über sich. Ihm ein zweites Sein zugesellen, hieße es zu dem machen, was es nicht ist, nämlich zu dem Theil oder Bestandstück eines umfangreicheren Ganzen. Indem wir unsern einheitlichen Gedanken gleichsam als Rathmen ausspannen, kann nichts, was in diese Gedankeneinheit eingehn muß, eine Doppelheit an sich behalten. Es kann sich aber dieser Gedankeneinheit auch nichts entziehn. ... Das Wesen alles Denkens besteht in der Vereinigung von Bewußtseinselementen zu einer Einheit. ... Es ist der Einheitspunkt der Zusammenfassung, wodurch der untheilbare Weltbegriff entsteht und das Universum, wie es schon das Wort besagt, als etwas erkannt wird, worin Alles zu einer Einheit vereinigt ist."

Soweit Hr. Dühring. Die mathematische Methode: „Jede Frage ist an einfachen Grundgestalten axiomatisch zu entscheiden, als wenn es sich um einfache .... Grundsätze der Mathematik handelte" — diese Methode wird hier zuerst angewandt.

„Das allumfassende Sein ist einzig". Wenn Tautologie, einfache Wiederholung, im Prädikat, dessen was im Subjekte schon ausgesprochen worden — wenn das ein Axiom ausmacht, so haben wir hier eins vom reinsten Wasser. Im Subjekt sagte uns Herr Dühring, daß das Sein Alles umfaßt, und im Prädikat behauptet er unerschrocken, daß alsdann Nichts außer ihn ist. Welch' kolossal „systemschaffender Gedanke"!

Systemschaffend in der That. Ehe wir sechs Zeilen weiter sind, hat Herr Dühring die Einzigkeit des Seins vermittelst unsres einheitlichen Gedankens in seine Einheit verwandelt. Da das Wesen alles Denkens in der Zusammenfassung zu einer Einheit besteht, so ist das Sein, sobald es gedacht wird, als einheitliches gedacht, der Weltbegriff ein untheilbarer, und weil das gedachte Sein, der Weltbegriff einheitlich ist, so ist das wirkliche Sein, die wirkliche Welt, ebenfalls eine untheilbare Einheit. Und somit „haben die Jenseitigkeiten keinen Raum mehr, sobald der Geist einmal gelernt hat, das Sein in seiner gleichartigen Universalität zu erfassen."

Das ist ein Feldzug gegen den Austerlitz und Jena, Königgrätz und Sedan vollständig verschwinden. In ein paar Sätzen, kaum eine Seite, nachdem wir das erste Axiom mobil gemacht haben, haben wir bereits alle Jenseitigkeiten, Gott, die himmlischen Heerschaaren, Himmel, Hölle und Fegefeuer sammt der Unsterblichkeit der Seele abgeschafft, beseitigt, vernichtet.

Wie kommen wir von der Einzigkeit des Seins zu seiner Einheit? Indem wir es uns überhaupt vorstellen. Sowie wir unsern einheitlichen Gedanken als Rahmen um es ausspannen, wird das einzige Sein in Gedanken ein einheitliches, eine Gedankeneinheit; denn das Wesen alles Denkens besteht in der Vereinigung von Bewußtseinselementen zu einer Einheit.

Dieser letzte Satz ist einfach falsch. Erstens besteht das Denken ebensosehr in der Zerlegung von Bewußtseinsgegenständen in ihre Elemente, wie in der Vereinigung zusammengehöriger Elemente zu einer Einheit. Ohne Analyse keine Synthese. Zweitens kann das Denken, ohne Böcke zu schießen, nur diejenigen Bewußtseinselemente zu einer Einheit zusammenfassen, in denen oder in deren realen Urbildern diese Einheit schon vorher bestand. Wenn ich eine Schuhbürste unter die Einheit Säugethier zusammenfasse, so bekommt sie damit noch lange keine Milchdrüsen. Die Einheit des Seins, beziehentlich die Berechtigung seiner Gedanken-Auffassung als einer Einheit, ist also gerade das, was zu beweisen war, und wenn Herr Dühring uns versichert, er denke sich das Sein einheitlich und nicht etwa als Doppelheit, so sagt er uns damit weiter nichts, als seine unmaßgebliche Meinung.

Wenn wir seinen Gedankengang rein darstellen wollen, so ist er folgender: „Ich fange an mit dem Sein. Also denke ich mir das Sein. Der Gedanke des Seins ist einheitlich. Denken und Sein müssen aber zusammen stimmen, sie entsprechen einander, sie „decken sich". Also so ist das Sein auch in der Wirklichkeit einheitlich. Also giebt's keine „Jenseitigkeiten." Hätte Herr Dühring aber so unverhüllt gesprochen, statt uns obige Orakelstelle zum Besten zu geben, so lag die Ideologie klar zu Tage. Aus der Identität von Denken und Sein die Realität irgend eines Denkergebnisses beweisen zu wollen, das war ja gerade eine der tollsten Fieberphantasien — eines Hegel.

Den Spiritualisten hätte Herr Dühring, selbst wenn seine ganze Beweisführung richtig wäre, noch keinen Zoll breit Gebiet abgewonnen. Die Spiritualisten antworten ihm kurz: die Welt ist auch für uns einfach; die Spaltung in Diesseits und Jenseits existirt nur für unsern specifisch irdischen, erbsündlichen Standpunkt; an und für sich, d. h. in Gott, ist das gesammte Sein ein einiges. Und sie werden Herrn Dühring auf seine beliebten andern Weltkörper begleiten und ihm einen oder mehrere zeigen wo kein Sündenfall stattgefunden, wo also auch kein Gegensatz zwischen Diesseits und Jenseits besteht und die Einheitlichkeit der Welt Forderung des Glaubens ist.

Das Komischste bei der Sache ist, daß Herr Dühring, um die Nichtexistenz Gottes aus dem Begriff des Seins zu beweisen, den ontologischen Beweis für das Dasein Gottes anwendet. Dieser lautet: Wenn wir uns Gott denken, so denken wir ihn uns als den Inbegriff aller Vollkommenheiten. Zum Inbegriff aller Vollkommenheiten gehört aber vor Allem das Dasein, denn ein nicht daseiendes Wesen ist nothwendig unvollkommen. Also müssen wir zu den Vollkommenheiten Gottes auch das Dasein rechnen. Also muß Gott existiren. — Genau so raisonnirt Herr Dühring: Wenn wir uns das Sein denken, so denken wir es uns als einen Begriff. Was in Einem Begriff zusammengefaßt, das ist einheitlich. Das Sein entspräche also seinem Begriff nicht, wäre es nicht einheitlich. Folglich muß es einheitlich sein. Folglich giebt es keinen Gott u. s. w.

Wenn wir vom Sein sprechen, und bloß vom Sein, so kann die Einheit nur darin bestehn, daß alle die Gegenstände, um die es sich handelt — sind, existiren. In der Einheit dieses Seins, und in keinen andern, sind sie zusammengefaßt und der gemeinsame Ausspruch, daß sie alle sind, kann ihnen nicht nur keine weiteren, gemeinsamen oder nicht gemeinsamen, Eigenschaften geben, sondern schließt alle solche von der Betrachtung vorläufig aus. Denn sowie wir von der einfachen Grundthatsache, daß allen diesen Dingen das Sein gemeinsam zukomut, auch nur einen Millimeter breit entfernen, so fangen die Unterschiede dieser Dinge an vor unsern Blick zu treten — und ob diese Unterschiede darin bestehn, daß die einen weiß, die andern schwarz, die einen belebt, die andern unbelebt, die einen etwa diesseitig, die andern etwa jenseitig sind, das können wir nicht daraus entscheiden, daß ihnen allen gleichmäßig die bloße Existenz zugeschrieben wird.

Die Einheit der Welt besteht nicht in ihrem Sein, obwohl ihr Sein eine Voraussetzung ihrer Einheit ist, da sie doch zuerst sein muß ehe sie eins sein kann. Das Sein ist ja überhaupt eine offne Frage von der Gränze an, wo unser Gesichtskreis aufhört. Die wirkliche Einheit der Welt besteht in ihrer Materialität, und diese ist bewiesen nicht durch ein paar Taschenspielerphrasen, sondern durch eine lange und langwierige Entwicklung der Philosophie und der Naturwissenschaft.

Weiter im Text. Das Sein, wovon Herr Dühring uns unterhält, ist „nicht jenes reine Sein, welches sich selbst gleich, aller besondern Bestimmungen ermangeln soll, und in der That nur ein Gegenbild des Gedankennichts oder der Gedankenabwesenheit vertritt". Nun werden wir aber sehr bald sehn, daß Herrn Dühring's Welt allerdings mit einem Sein anhebt, welches aller innern Unterscheidung, aller Bewegung und Veränderung ermangelt und also in der That nur ein Gegenbild des Gedanken-Nichts, also ein wirkliches Nichts ist. Erst aus diesem Sein-Nichts entwickelt sich der gegenwärtige differenzirte, wechselvolle, eine Entwicklung, ein Werden darstellende Weltzustand; und erst nachdem wir dies begriffen, kommen wir dahin, auch unter dieser ewigen Wandlung „den Begriff des universellen Seins sich selbst gleich festzuhalten". Wir haben also jetzt den Begriff des Seins auf einer höheren Stufe, wo er sowohl Beharrung wie Veränderung, Sein wie Werden in sich begreift. Hier angekommen, finden wir, daß „Gattung und Art, überhaupt Allgemeines und Besonderes die einfachsten Unterscheidungsmittel sind, ohne welche die Verfassung der Dinge nicht begriffen werden kann". Es sind dies aber Unterscheidungsmittel der Qualität; und nachdem diese verhandelt, gehn wir weiter: „den Gattungen gegenüber steht der Begriff der Größe, als desjenigen Gleichartigen, in welchem keine Artdifferenzen mehr stattfinden"; d. h. von der Qualität gehn wir über zur Quantität, und diese ist stets „meßbar".

Vergleichen wir nun diese „scharfe Sonderung der allgemeinen Wirkungsschemata" und ihren „wirklich kritischen Standpunkt" mit den Crudités, Wüstheiten und Fieberphantasien eines Hegel. Wir finden, daß Hegels Logik anfängt vom Sein — wie Herr Dühring; daß das Sein sich herausstellt als das Nichts, wie bei Herrn Dühring; daß aus diesem Sein-Nichts übergegangen wird zum Werden, dessen Resultat das Dasein ist, d. h. eine höhere, erfülltere Form des Seins — ganz wie bei Herrn Dühring. Das Dasein führt zur Qualität, die Qualität zur Quantität — ganz wie bei Herrn Dühring. Und damit kein wesentliches Stück fehle, erzählt uns Herr Dühring bei einer andern Gelegenheit: „Aus dem Reich der Empfindungslosigkeit tritt man in das der Empfindung, trotz aller quantitativen Allmähligkeit, nur mit einem qualitativen Sprung ein, von dem wir ... behaupten können, daß er sich unendlich von der bloßen Gradation einer und derselben Eigenschaft unterscheide". Dies ist ganz die Hegel'sche Knotenlinie von Maßverhältnissen, wo blos quantitative Steigerung oder Abnahme an gewissen bestimmten Knotenpunkten einen qualitativen Sprung verursacht, z. B. bei erwärmtem oder abgekühltem Wasser, wo der Siedepunkt und der Gefrierpunkt die Knoten sind, an denen der Sprung in einen neuen Aggregatzustand — unter Normaldruck — sich vollzieht, wo also Quantität in Qualität umschlägt.

Unsre Untersuchung hat ebenfalls versucht bis an die Wurzeln zu reichen, und als die Wurzel der wurzelhaften Dühringschen Grundschemata findet sie — die „Fieberphantasien" eines Hegel, die Kategorien der Hegel'schen Logik, erster Theil, Lehre vom Sein, in streng althegel'scher „Abfolge" und mit kaum versuchter Verschleierung des Plagiats!

Und nicht zufrieden damit, seinem bestverleumdeten Vorgänger dessen ganze Schematik vom Sein zu entwenden, hat Herr Dühring, nachdem er selbst obiges Beispiel von sprungweisem Umschlagen der Quantität in die Qualität gegeben, die Gelassenheit, von Marx zu sagen: „Wie komisch nimmt sich nicht z. B. die Berufung (Marx's) auf die Hegel'sche konfuse Nebelvorstellung aus, daß die Quantität in die Qualität umschlage"!

Konfuse Nebelvorstellung! Wer schlägt hier um, und wer nimmt sich hier komisch aus, Herr Dühring?

Alle diese schönen Sächelchen sind also nicht nur nicht vorschriftsmäßig „axiomatisch entschieden", sondern einfach von Außen, d. h. aus Hegel's Logik hineingetragen. Und zwar so, daß in dem ganzen Kapitel auch nicht einmal der Schein eines inneren Zusammenhangs figurirt, soweit er nicht auch aus Hegel entlehnt ist, und daß das Ganze schließlich in ein inhaltloses Spintisiren über Raum und Zeit, Beharrung und Veränderung ausläuft.

Vom Sein kommt Hegel zum Wesen, zur Dialektik. Hier handelt er von den Reflexionsbestimmungen, deren innern Gegensätzen und Widersprüchen, wie z. B. positiv und negativ, kommt dann zur Causalität oder dem Verhältniß von Ursache und Wirkung, und schließt mit der Nothwendigkeit. Nicht anders Herr Dühring. Was Hegel Lehre vom Wesen nennt, übersetzt Herr Dühring in: logische Eigenschaften des Seins. Diese bestehen aber vor allem im „Antagonismus von Kräften", in Gegensätzen. Den Widerspruch leugnet Herr Dühring dagegen radikal; wir werden später auf dieß Thema zurückkommen. Dann geht er über auf die Causalität und von dieser auf die Nothwendigkeit. Wenn Herr Dühring also von sich sagt: „Wir, die wir nicht aus dem Käfig philosophiren", so meint er wohl, er philosophire im Käfig, nämlich dem Käfig des Hegel'schen Kategorienschematismus.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Doktor beider Rechte. Der Vorsitzende der Juristencommission, der Abgeordnete Miquel, ist von der juristischen Fakultät der Universität Berlin zum Ehren-Doktor beider Rechte ernannt worden. Die gesammte liberale Partei wird darin eine Glorifizirung des bekannten Justizcompromisses sehen, und sie

hat Recht darin; wir jedoch sehen darin eben nur ein neues Zeugniß, daß die Wissenschaft sich in den Dienst der die Tagesfrömmung beherrschenden Partei, nicht in den der Wahrheit stellt. Wir wissen aus vielen Beispielen, daß auch die „akademische" Freiheit eine akademische Phrase ist wie viele andere, daß es ferner genug Männer der Wissenschaft giebt, die, ohne der juristischen und geschäftlichen Begabung des Herrn Doctor juris zu nahe zu treten, vom sittlichen Standpunkt eine solche Ovation nicht billigen würden.

— Mordspatriotische Jugenderziehung. Damit die Jungen schon beim Eintritt in die Schule die nöthige militärische Vorbildung mitbringen, hat irgend ein Patriot ein recht zeitgemäßes Mittel erfunden, was wohl an Wirksamkeit dem weiland Nürnberger Trichter gleichkommen mag. In der Stadt der Intelligenz ist nämlich ein Bilderbuch für die zarteste Jugend erschienen, in welchem jeder Buchstabe ein Blatt hat, worauf sich verschiedene, aber zumeist nur militärische Gegenstände darstellende Abbildungen befinden, die entweder einfach mit ihrer Benennung oder mit einem „gereimten Sprüchwort" versehen sind. Da ist B durch „Bombe", G durch „Granate", „Grenadier", „General", F durch „Füsilier", „Flinte", „Franzosen", Z durch „Ziethen" dargestellt ꝛc. — Sehr treffend im Sinne des herrschenden Systems

— Hoffnungsvolle Jugend aus der „besseren" Gesellschaft. Die in Frankfurt a. M. erscheinende „Deutsche Reichspost", ein nichts weniger als sozialistisch gesinntes Organ, bringt in ihrer Nr. 1 vom 3. Januar d. J. folgende Correspondenz:

„Aus Nassau. Wie die Roheit der Jugend auch in den höheren Ständen unter der Aegide der liberalen Aera einreißt, davon gab es dieser Tage in Wiesbaden ein trauriges Exempel. Einige Schüler des dortigen gelehrten Gymnasiums machten dieser Tage eine Partie („Bummelschlag" nach dortiger Technik) nach einem benachbarten Dorfe und nahmen beim Weggehen des Wirthes Säge mit und sägten damit eine Partie Obstbäume an oder ab; einer aus dem Chor beschmutzte außerdem die Fronte des Gymnasiums, indem er mit Tinte gefüllte Gläser hinanwarf. Drei sind deshalb relegirt, andere anderweitig bestraft, und dazu gehörten Grafen und Freiherren. Uebrigens scheinen vielfach die Behörden nicht die früher hier gewöhnliche Strenge und Umsicht anzuwenden, um solchen Frevlern auf die Spur zu kommen. So wurden in einem Orte einem Privatmanne Nachts 20 Obstbäume abgesägt, das Amt aber, dem davon Anzeige gemacht, bemühte sich nicht heraus, sondern überließ es der Ortsbehörde, ob etwas zu erforschen sei."

Wenn die jungen Grafen und Freiherren anderer Leute Obstbäume absägen und so recht schlagend darthun, wie sie es jetzt schon mit der „Heiligkeit des Eigenthums" halten, so können voraussichtlich daraus recht geriebene „Gründer" erwachsen, deren Begriffe vom Eigenthum bekanntlich auch sehr eigenthümliche sind! Und diese selben Leute geben trotz alledem und alledem den Ton an, sie führen das Regiment, spielen sich als die Vertreter des Volkes auf u. s. w. u. s. w. Glücklicherweise ist die Morgenröthe einer neuen Zeit angebrochen, einer Zeit, die nicht mehr grenzenloses Elend mit frevelhaftem Uebermuthe vereinigt, sondern beides beseitigen und das Wohlergehen Aller sichern will. — In derselben Nummer der „D. R.-P." finden wir eine Correspondenz aus Stuttgart, die recht erfreulich gegen die oben mitgetheilte absticht. Es heißt da über den „obligaten Sylvesterjubel", daß „von gröberen Excessen und bösartigen Ausschreitungen der durch das aber bekannt gewordene Abstimmungsresultat der Stichwahl erregten Menge Nichts bekannt geworden" sei. (Es ist damit der eingestandenermaßen nur durch die Unterstützung der Deutsch-Conservativen herbeigeführte „Sieg" Lautenschläger's über unseren Parteigenossen Dr. Dulk gemeint, der seit der ersten Wahl 1800 neue Stimmen gewann. Wir können's da der „R.-P." nicht verdenken, wenn sie verzweiflungsvoll ausruft: „Wie viel giebt dieses Ereigniß zu denken!" Die Stuttgarter „Wähler" und „Umstürzler" oder vielmehr „die erregte Menge" hat sich also trotz ihrer „Niederlage" ordnungsmäßig verhalten, und auch noch in der Sylvesternacht! Sollte man's für möglich halten und klingt es nicht wie ein Mährchen aus 1001 Nacht?! Nun, wir richten stets unser Hauptaugenmerk darauf, unseren Gegnern Respekt abzuzwingen.

— Wahl-Angelegenheiten. In der „Chemnitzer freien Presse" lesen wir folgende Mittheilung: „Die Liberalen merken, daß ihre Sache anfängt faul zu werden und daß ihnen der Boden unter den Füßen weicht. Sie wenden deshalb alle möglichen Manöver an, um die sozialistischen Wähler irre zu führen. So wird uns eben mitgetheilt, daß in Gablenz ausgesprengt worden ist, die Wahlhandlung dauerte bis Abends ½9 Uhr. Wir machen nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß jeder Wähler, der seinen Zettel bis Abends 6 Uhr nicht abgegeben hat, seines Wahlrechtes verlustig geht."

— Der in Mainz erscheinenden „Volksstimme" entnehmen wir Folgendes: Die Demokraten zu Köln beschämen die hiesigen, indem sie sich nun des Bestimmtesten für den sozialdemokratischen Reichstagscandidaten, Herrn Drechslermeister Bebel aus Leipzig erklärt haben. — Die Demokraten in Schwaben stimmen desgleichen überall da, wo die Verhältnisse ihnen keine andere Wahl lassen, als entweder mit den Sozialisten oder den „Preußen", so heißen dort die Nationalservilen, zu gehen, für den Sozialisten. Sie wählen Männer, keine Memmen, schreibt der Stuttgarter „Beobachter".

— Die Bremer Wählerversammlung vom 4. Januar, in der der nationalliberale Candidat Mosle sprechen sollte, ging, wie die verschiedensten Zeitungen berichten, in die Brüche, weil Mitglieder desselben eine regelrechte Bureauwahl forderten. Man hatte nämlich, wie das ja öfter zu geschehen pflegt, im nationalliberalen Wahlcomité vorher einen Präsidenten gewählt und war mit dieser fertigen Thatsache vor die Wählerversammlung getreten. Dahingestellt lassen wir, ob nur Sozialisten ihre Mißbilligung darüber durch dringende Forderungen einer Bureauwahl ausgesprochen haben: kennzeichnend aber ist, daß der Versammlung eine Resolution unterbreitet werden sollte, die dahin ausging: — eine Billigung des Compromisses auszusprechen.

— Ein Versuch, den Sozialismus zu vernichten! Die „Weißenfelser Morgenpost" sucht in einem Artikel, „Ein Wort vor der Wahl", ein absprechende Kritik der sozialdemokratischen Partei. Wir sagen absichtlich, sie versucht es blos, gelungen ist es ihr freilich nicht, denn ihre Argumente sind so lahm und haltlos, daß sie gewiß selbst sich nicht der Hoffnung hingiebt, ihre denkenden Leser zu überzeugen. Aber das ist ja auch wohl der Zweck des betreffenden Aufsatzes gar nicht, es ist eben „ein Wort vor der Wahl" und seine Bestimmung ist damit genügend klar gestellt: es gilt unserer Partei Stimmen zu entziehen zu Gunsten der nationalliberalen.

Der der sozialdemokratischen Partei gemachte Vorwurf der Leichtfertigkeit und Unkenntniß in Fragen der Volkswirthschaft dürfte kaum von den Lippen eines Menschen kommen, der unsere zahlreichen sachgemäßen und streng wissenschaftlich gehaltenen größeren Werke wie die kleineren Broschüren, als auch die einschlagenden Aufsätze in den Parteiorganen aufmerksam gelesen und verfolgt hat. Auf sie verweisend können wir uns jetzt eine besondere Apologie oder Vertheidigung an dieser Stelle ersparen.

Nur ein Moment, das die Sozialdemokratie vernichten soll (durchaus nicht ein Originalgedanke der „Morgenpost"), heben wir hervor. Es betrifft die abfällige Kritik Bebel's über Luther im Gegensatz zu der begeisterten seitens Lassalle's. Gegen die verschiedenen wirklich bedeutenden Leistungen Luther's als Sprachbildner und Schriftsteller haben gewiß auch wir nichts einzuwenden, aber für Beurtheilung seines politischen Charakters führen wir nur zwei Thatsachen an. Trotz seines Eifers für die Heiligkeit der christlichen Ehe gewann derselbe es über sich, Philipp von Hessen, der verheirathet war, mit einer Maitresse morganatisch zu trauen, d. h. sie ihm als Neben- oder Kebsweib kirchlich zuzusprechen. Ferner: In einer seiner politischen Flugschriften finden sich folgende Aeußerungen: „Den aufsässigen Bauer soll man erschlagen wie einen tollen Hund, und an anderer Stelle: „daß 2 mal 2 gleich 4 ist weißt Du aus Deiner Vernunft, so aber die von Gott eingesetzte Obrigkeit sagt, 2 mal 2 ist 5, so sollst Du es „gläuben" auch wider Deine Vernunft!" Ob derartige Worte aus dem Munde eines Führers einer großen Bewegung geeignet sind, die Bewegung in nüchternen, vernünftigen und gesunden Bahnen zu erhalten oder nicht, darüber sind wir keinen Augenblick in Zweifel. Die Gestalt Luther's ist schon so stark von der protestantischen Sagenbildung schön gefärbt und verklärt, daß sie fast schon auf des Piedestal eines Heros und über das menschliche Maß der Beurtheilung hinausgerückt ist. Unsere von Protestanten verfaßten Geschichtswerke über die Reformation sind fast alle Tendenzschriften und verfallen in den entgegengesetzten Fehler, welchen der unparteiische Geschichtsforscher an den verhetzenden katholischen Schriften zu tadeln findet.

Obige beide Aeußerungen kennzeichnen den beschränkten politischen Gesichtskreis Luther's zur Genüge. Wir glauben jedoch aus den deutschen und lateinischen Werken Luther's noch viel mehr ebenso unhaltbare Aussprüche beibringen zu können. —

Von einer Lächerlichkeit, die sich selbst richtet, ist der Schluß des „Wortes vor der Wahl", durch welchen der Sozialismus verdächtigt wird, die Reaktion zu befördern! Dies ist eine Thätigkeit der Partei der Compromisse, nicht der unseren.

— Die Kehrseite der Medaille. „Utopien!" schallten ja tagtäglich die Vorwürfe gegen den Sozialismus, der auch außer den nächsten Zielen des Tages so kühn ist, weiter ausschauende Pläne immer im Auge zu behalten! So oft muß man nun die durch jahrelange Gedankenarbeit und Beobachtung der thatsächlichen Verhältnisse gewonnenen Gesichtspunkte für das ganze Streben unserer Partei mit diesem einen Wort abgethan sehen, daß es eine nicht unerquickliche Abwechselung ist, wenn die Hamburger „Reform" den Parteigenossen Hartmann und Geib vorwirft, daß sie nur die thatsächlichen politischen Verhältnisse der Gegenwart zum Gegenstand der Kritik machen und diese hauptsächlich behandeln. Daß wir keine Augenblickspolitik treiben, sagt Jedem, der sehen und hören kann, das Programm der Partei deutlich genug, und die Hamburger „Reform" hat oft genug unsere für die Zukunft in Aussicht genommenen Ziele als „leere Ideale" und „Utopien" abzufertigen gesucht. Wenn ferner die fortschrittliche „Reform" behauptet, nur da, wo Fahnenflucht des Liberalismus eingerissen sei, habe die Sozialdemokratie Gelegenheit, Boden zu fassen, so verweisen wir nur auf jede beliebige fortschrittliche Versammlung, wo die Referenten aus dem Compromiß und ähnlichen ja so zahlreichen Verleugnungen ihrer Prinzipien durch die Liberalen Nutzen ziehen; nur eben nicht mit derselben Berechtigung, wie der Sozialismus, der dem Fortschritt selbst gar manchen Verrath am Prinzip nachzuweisen in der Lage ist. Kennzeichnend für die Abneigung gegen Compromißparteien, welchen die Fortschrittler vorgeben, ist aber auch die interessante Thatsache, daß sie in Altona dem Reichsobercompromißmacher Lasker ihre Stimme geben. Und daneben verkünden sie mit Emphase: „Wenn es sich um prinzipielle Fragen der öffentlichen Freiheit handelt, dann ist ein jedes solches Zusammengehen ein Verrath an der eigenen Sache!" Sieh da, sieh da, Timotheus! Wer ist nun der Verräther an der eigenen Sache? — Richtet Euch nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Thaten, sagte jener Herr Pastor.

Antwort eines Deutschen auf Gustav Rasch's „Deutsche Flüchtlinge in London".

Unter diesem Titel veröffentlichte Dr. Karl Schaible am 12. November im „Vorwärts" eine Erwiderung auf meinen am 30. Juli im „Volksstaat" gedruckten Artikel „Deutsche Flüchtlinge in London", nachdem er drei Monate hindurch ganz still geschwiegen. Bevor ich ihm darauf antworte, will ich doch an eine Geschichte erinnern, welche Schaible und Blind gegen Karl Vogt in Scene setzten und die Beide vollkommen charakterisirt. Damals wie heute muß Schaible in den Riß treten, wo Blind sich unmöglich gemacht hat. Die Geschichte ist folgende:

„Blind hatte Ende Mai oder Anfang Juni 1859, während des italienischen Krieges, in London ein anonymes Flugblatt drucken lassen: „Zur Warnung", worin Karl Vogt der Bestechung durch bonapartistische Gelder angeklagt und als bonapartistischer Preßagent in Deutschland denunzirt wurde. Um Verbreitung wurde gebeten. Dies Blatt, gedruckt in der Druckerei von J. Hollinger in London, wurde in dem, in derselben Druckerei gedruckten deutschen Blatt „Das Volk" von dem noch stehenden Originalsatz abgedruckt. Liebknecht sah in dieser Druckerei den Correkturabzug mit Correkturen in Blind's Handschrift und sandte das Flugblatt der „A. A. Z.", die es im Juni abdruckte.

Darauf verklagte Vogt die A. A. Z. wegen Verleumdung; diese Zeitung verlangte Beweise von Liebknecht; dieser wandte sich an Blind, und dieser erklärte, er habe an der Sache gar keinen Antheil.

Vogt drehte nun die Sache so, als sei Marx, der hinter Liebknecht stehe, der Urheber des Flugblattes. Es entstand nun eine Polemik zwischen Marx und Blind in der „A. A. Z." — Marx wies durch eidliche Aussage (affidavit) des Setzers Vögele,

Herr v. Puttkammer.

Dem ehemaligen Leser des „Volksstaat" dürfte die Puttkammer-Affaire noch in frischer Erinnerung und dem Leserkreise des „Vorwärts" im Allgemeinen soviel davon bekannt sein, daß Herr v. Puttkammer, ein Mann der „besseren" Stände, der als Offizier seine Rechte durchzusetzen versuchte, zu guter letzt für einen Querulant, für einen gemeingefährlichen, unheilbaren Wahnsinnigen erklärt wurde und zwar von „Rechtswegen". Es wird dem Leser dieses auch bekannt sein, daß v. Puttkammer die verschiedensten Irrenhäuser bewohnte, aus einem derselben entsprang und nun seit Jahr und Tag in Zürich wohnt, von seinen Bekannten seines liebenswürdigen Wesens und seiner hohen geistigen Begabung wegen geschätzt und geachtet. In den früheren „Volksstaat"-Artikeln hatten wir eine Lebensskizze des Hrn. v. Puttkammer gegeben, seine Kämpfe mit den verschiedenen Behörden geschildert und uns auf die Mittheilung von Thatsachen beschränkt — in der Erwartung, sie würden von irgend einer Seite eine Berichtigung erfahren. Sie ist nicht erfolgt. Es lag trotz alledem die Möglichkeit nahe, daß v. Puttkammer zur Zeit seiner Einsperrung doch an Geistesstörung gelitten. Dagegen sprach aber einmal seine geistige Frische, die Klarheit und Schärfe seines Urtheils unmittelbar nach seiner Flucht, welche die ärztliche Annahme von „unheilbarem Blödsinn" über den Haufen warf, dann aber auch sein ruhiges Leben in Zürich, das gute Zeugniß, welches Bürger und Behörden ihm über sein Betragen ausstellen. All diese Fakta berechtigten wohl zu der Annahme, daß man einen völlig gesunden Menschen in's Irrenhaus gesperrt, um ihn, der beharrlich nach Recht schrie, für immer stumm und todt zu machen. Es gab in dem Puttkammerschen Drama viele Personen und Behörden, die wohl wünschen konnten, ihn endlich beseitigt zu sehen, denen es sogar sehr willkommen sein mußte, wenn der unbequeme, wohl auch „gefährliche" Mensch gerade in einem Irrenhause sein Grab fand, doch schlossen wir von vornherein Behörden von dem Verdachte aus, an dem Meuchelmorde, der hier verübt schien, bewußt mitgewirkt zu haben, wenn wir auch über die Leichtfertigkeit, mit der hier und da zu Werke gegangen war, erstaunen mußten. Eine bestimmte Person mußte es geben, die den Stein in's Rollen brachte, darum drehte sich Alles in der Affaire; daß der Stein das Ziel so überraschend leicht und schnell erreichte, dazu trug wesentlich der bereits betonte Umstand mit bei, daß v. Puttkammer gewissen Kreisen sehr unbequem geworden war und daß diesen nichts willkommener sein konnte, als ihn auf irgend eine Weise los zu werden.

Das Erkenntniß des Berliner Kammergerichts vom 13. Sept. 1875, wonach v. Puttkammer für unheilbar geisteskrank oder blödsinnig erklärt wird, giebt uns darüber klaren Aufschluß. Der Held ist der frühere Kreisrichter Friebel in Köpenick bei Berlin, wo v. Puttkammer früher wohnte. Er erscheint im Erkenntniß gewissermassen als der Regisseur, wenn auch nicht als der Oberregisseur. Er sammelt gegen Puttkammer das Material, er unterbreitet es den Aerzten, er urtheilt zuerst über seinen Geisteszustand, sein Urtheil wird von den Aerzten bestätigt, er betreibt das Blödsinnigkeitsverfahren, er arbeitet rastlos daran und ruht nicht eher, als bis Herr v. Puttkammer glücklich im Irrenhause ist. Wir fragten uns nach den Motiven dieses erstaunlichen Eifers, die Gesellschaft von einem „gemeingefährlichen" Individuum zu befreien. Man könnte sie auf Abneigung gegen v. Puttkammer zurückführen, der über diesen Kreisrichter den Behörden Unregelmäßigkeiten u. a., die Fälschung eines Gerichtsprotokolls u. s. w., berichtet hatte. Etwas Bestimmtes läßt sich aber einstweilen noch nicht behaupten. Noch fehlen uns unwiderlegbare Beweise, und bis wir im Besitze derselben sind, wollen wir mit unsern Urtheil zurückhalten. Die Menschenfreundlichkeit des Herrn Friebel könnte auch auf andere Motive zurückgeführt werden, indeß vorerst wollen wir noch schweigen und nur bemerken, daß Herr Friebel inzwischen den Justizdienst verlassen und gut besoldeter Stadtrath in Berlin geworden ist. Ein Bruder von ihm, ein bis dahin obskurer Marinearzt, wurde, wenn wir nicht irren, Leibarzt des Kronprinzen.

Ehe wir nun dem rothen Faden folgen, den wir in dem Erkenntniß gefunden, dürfen wir wohl des besseren Verständnisses wegen für diejenigen Leser des „Vorwärts", denen die „Volksstaat"-Nummern mit den Artikeln über v. Puttkammer nicht zu Gesicht gekommen sind, noch eine möglichst gedrängte Skizze der Affaire geben.

Herr v. Puttkammer, 1819 geboren, war im Jahre 1849 Premier-Lieutenant im Garde-Husaren-Regiment in Potsdam. Gegen den ausdrücklichen Wunsch des Königs trat er als Freiwilliger in die schleswig-holsteinische Armee und machte als Rittmeister und Escadronschef den Krieg gegen Dänemark mit. Ueber seine militärische Befähigung, sowie über sein dienstliches und gesellschaftliches Verhalten haben wir im „Volksstaat" die vorzüglichsten Atteste seines Vorgesetzten veröffentlicht. v. Puttkammer wurde nie aus der schleswig-holsteinischen Armee entlassen, doch mußte er das Land verlassen, da er nicht dänischer Unterthan werden wollte. Nach Preußen zurückgekehrt, waren alle Bemühungen, eine Stellung in der Armee zu finden, vergeblich. An „allerhöchster Stelle" konnte man ihm seinen Eigensinn nie verzeihen. 1852 wurde er zum Landtags-Abgeordneten gewählt (er gehörte der liberalen Partei an) und darauf erfolgte denn auch seine Ernennung in die Landwehr als Premierlieutenant (3. Bataillon Schneidemühl des 14. Landwehr-Regiment). Im November 1852 wurde er zum Rittmeister und Escadronschef ernannt. Auch aus seiner Landwehrzeit haben wir sehr gute Atteste und warme Anerkennungen seines Betragens und seiner militärischen Befähigung veröffentlicht. Anlaß zum Conflikt gab eine ganz unbedeutende Angelegenheit. v. Puttkammer hatte aus dem Regiments-Depot einem armen kranken Landwehrmann ein Paar alte ausrangirte Stiefeln anweisen lassen, deren Tagwerth 6 Sgr. betrug.

Dieses eigenmächtige Vorgehen fand die ernsteste Rüge der Vorgesetzten und führte zu einer längeren Correspondenz, in deren Verlaufe v. Puttkammer erklärte, die Stiefelgeschichte sei ja nicht einmal das Porto werth, das dafür bisher schon verwendet worden. Hätte er Unrecht gethan, so würde er die 6 Sgr. dem Regimente bezahlen u. s. w. Die Folge war, daß er wegen Subordinationsverletzung vor ein Kriegsgericht gestellt wurde.

Nun entwickelte sich ein origineller Kampf: v. Puttkammer war als eifriger Freund der Landwehr bekannt und auf der anderen Seite als Feind der Linie und ihres servilen Geistes. Die Mitglieder des Kriegsgerichts, das über ihn urtheilte, gehörten der Linie an. Vergeblich protestirte der Angeklagte dagegen. Auf seine Beschwerden an den König wurde ein neues Kriegsgericht eingesetzt, das ihn in contumaciam zu achtmonatlicher Festungshaft verurtheilte. Ein Ehrenrath der Linie wurde berufen, um über die Ausstoßung v. Puttkammer's aus der Landwehr zu beschließen. Neue Proteste seitens v. Puttkammer's. Ein Landwehr-Ehrenrath wählte — v. Puttkammer

also durch gerichtliches Dokument, nach, daß dieser Vögele und Hollinger das Flugblatt gesetzt, welches in Blind's Handschrift geschrieben gewesen sei. — Blind beredete Hollinger zu der falschen Erklärung: das Flugblatt sei nicht bei ihm, H., gedruckt, und Blind sei nicht der Urheber; Blind beredete ferner mit Hollinger den Setzer Wiehe zu der ebenfalls falschen Erklärung, er habe seit elf Monaten bei Hollinger gearbeitet und könne dessen Aussage bestätigen. Gestützt hierauf erklärte Blind die Behauptung, er sei der Verfasser des Flugblattes, für eine platte Unwahrheit. Die „A. A. Z." schloß hiermit die Polemik."

„Marx antwortete durch ein gedrucktes Cirkular in englischer Sprache, worin er obige Aussage Blind's und seiner Zeugen für eine Lüge mit Vorbedacht (a deliberate lie) und Blind selbst für einen absichtlichen Lügner (a deliberate liar) erklärte. (London, 4. Februar 1860.) Blind schwieg. Aber am 8. Februar erklärte oben erwähnter Setzer Wiehe, im Gegensatz zu seiner früheren Erklärung, vor dem Friedensrichter zu Bowstreet an Eidesstatt:

1) er sei nicht elf Monate bei Hollinger beschäftigt gewesen;

2) er habe nicht bei Hollinger gearbeitet, als das Flugblatt „Zur Warnung" erschien;

3) er habe damals von Vögele gehört, daß dieser und Hollinger das Flugblatt zusammen setzten, und daß das Manuskript in Blind's Handschrift war;

4) er selbst habe später den noch stehenden Satz für den Abdruck im „Volk" umbrochen;

5) und gesehen, wie Hollinger den von Blind's Hand corrigirten Correkturabzug an Liebknecht gegeben und Hollinger gleich darauf sein Bedauern aussprach, dies gethan zu haben;

6) die frühere Erklärung habe er auf Hollinger's und Blind's Zureden unterschrieben, Ersterer habe ihm Geld versprochen und Blind habe gesagt, er werde sich dankbar zeigen.

Marx ließ diese Dokumente abschriftlich in verschiedenen Kreisen cirkuliren. Das zog. Am 15. Februar 1860 erschien im „Daily Telegraph" die Erklärung Schaible's: „Dies Flugblatt stammt von mir her, und auf mir haftet die Verantwortlichkeit." Schaible schickte diese Erklärung an Marx, der ihm antwortete, sie ändere nichts, weder an Blind's Erschleichung falscher Zeugnisse, noch an Blind's krimineller Verabredung (Conspiracy im engl. Recht) zur Erschleichung von Wiehe's Unterschrift für das geschmiedete falsche Schriftstück.

Was soll man von einem solchen Benehmen sagen? Soll man sich mehr wundern über die platte und nichtswürdige Beschuldigung gegen Karl Vogt, oder über die perfide Art und Weise, wie dieselbe von Blind in Scene gesetzt wurde, oder über den Knechtssinn Schaible's, der sich dazu hergab, mit seiner Erklärung diese Perfidie zu decken? Ich weiß es nicht. Möge sich der Leser selbst daraus sein Urtheil bilden!

Jedenfalls will ich „dem Deutschen", der sich zum Vertheidiger seiner Landsleute aufwirft, die ich gar nicht angegriffen habe, auf seine perfide, gemeine und durch und durch lügenhafte, heuchlerische Erklärung eine kurze und bündige Antwort geben. „Von den Deutschen in London" habe ich in meinem Artikel „Deutsche Flüchtlinge in London" gar nicht gesprochen, sondern „von einem halben Dutzend früherer politischer Flüchtlinge in London", welche ehemals Republikaner waren und heute, den Großmachtskitzel im Kopfe und die Preußenseuche im Leibe, Realpolitiker geworden sind und ihre früheren politischen Ueberzeugungen in die Rumpelkammer geworfen haben. Ich nenne solche Leute „Renegaten" und spreche ihnen meine Verachtung aus, die um so größer ist, wenn sie, wie hier, dann wieder ihr Renegatenthum ableugnen und beschönigen wollen.

Selbst von dem ärgsten Chauvinisten in Preußen habe ich nicht so auf Frankreich und das französische Volk schimpfen hören, wie von Schaible in London. Alle vom Grafen Chaudordy in seinem bekannten Rundschreiben an die europäischen Kabinette über die grausame Kriegführung zusammengestellten Thatsachen waren nach seiner Meinung Erfindungen und Lügen; die siebenunddreißig „zur Strafe" verbrannten Ortschaften „französische Aufschneidereien"; im Gegentheil, die Franzosen hatten sich nach seiner Behauptung derartiger Grausamkeiten schuldig gemacht. Die Bevölkerung des Elsaß sei deutsch und müsse mit Gewalt germanisirt werden, falls sie in Güte nicht wolle. Und welche Quelle gab Schaible mir für alle diese tollen Behauptungen an? Eine englische Zeitung, von der Jedermann in England weiß, daß sie zu Anfang des Krieges von Bismarck für preußische Interessen gewonnen wurde! Und alles das brachte Schaible in einer so brutalen Manier und mit solchem Geschrei vor, daß es ganz unmöglich war, mit ihm in vernünftiger Weise zu conversiren und ich mehrmals im Begriff stand, ihn aufzufordern, mich zu verlassen. „Paris müßte zerstört werden", schrie er damals ebenso wie Blind später bei einem Erguſse seines Franzosenhasses. Ueber Schaible und sein Renegatenthum habe ich übrigens später häufig in Paris mit Herrn Louis Blanc, mit dessen verstorbener Gemahlin und mit dessen Neffen gesprochen. Sie waren ebenso empört über Schaible wie ich.

„Nicht ein Wort hatte Schaible für seinen hingerichteten Kampfgenossen; als ich mit ihm von der Hinrichtung Neff's in Emendingen sprach, wiederholte ich ihm noch einmal, daß ich dessen Hinrichtung gerade im „Volksstaat" gelesen hatte, und er versuchte mir von seinen Examensarbeiten in Woolwich zu erzählen." Schaible leugnet diese Unterredung, indem er behauptet, er sei damals in Wildungen gewesen. Er war nicht in Wildungen, sondern in London. Vielleicht war er in Wildungen gewesen, und wendet jetzt diesen Kniff an, um sein Alibi zu beweisen. Die Unterredung war mündlich so, wie ich geschildert habe, und fand in meiner Wohnung statt. Wer sich solcher Dinge schuldig gemacht hat, wie Schaible in der Geschichte mit Karl Marx, bei dem kann man sich auch über solche Kniffe nicht wundern. Ob Schaible einen Beitrag für den Denkstein der in Baden Hingerichteten gegeben hat, wie er behauptet, das thut nichts zur Sache und hat selbstverständlich mit meiner Behauptung nichts zu thun.

Schaible hält mir vor, ich wisse nichts von dem Leben der Deutschen in London. Ich habe schon einmal wiederholt, ich habe in meinem Artikel vom 30. Juli von „den Deutschen in London" gar nicht gesprochen, sondern von einem halben Dutzend deutscher Flüchtlinge, zu denen er gehört, die ehemals Republikaner waren und die heute die Bismarck'sche Politik anbeten. Ob Ruge diesen Gesinnungswechsel mit 75 Jahren durchmacht, ist wahrhaftig für ihn kein Lob, und was Ruge ehemals geleistet und geduldet hat — ich erkenne dies gewiß an — ist ganz gleichgültig. Ich nenne solche Männer, wie Ruge und Kinkel, welche so für ihre Ueberzeugung gelitten und diese Ueberzeugung heute mit der nationalliberalen Livree vertauscht haben, mit um desto größerem Recht „Renegaten an ihrer eigenen Ueberzeugung". Das Leben der Deutschen in London, ihre Clubs, Vereine und Versammlungen habe ich vor zwölf Jahren bei einem dreimonatlichen Aufenthalt in London hinreichend kennen gelernt; bei meinem jetzigen Aufenthalt in London hatte ich gar keine Luſt, diese Studien zu wiederholen, um nicht auch in London von der Preußenseuche angeekelt zu werden. Dies sagte ich auch Schaible, als er mich zum Besuch des deutschen Clubs einlud, und er erwiderte mir: „Sie haben ganz Recht. Selbst ich sitze dort in der Ecke, in der ich einst den Club stiftete. Die Preußen aus der Gesandtschaft führen dort das große Wort."

Ueber das, was Schaible zu Blind's Vertheidigung sagt, will ich mit ihm nicht richten. Wenn Blind das, was ich über ihn gesagt habe, nicht gefällt, so mag er sich selbst vertheidigen. Daß derselbe sich längst zu den nationalliberalen Anschauungen bekehrt hat, ist ja notorisch. Ich wiederhole Alles, was ich in dem Artikel „Deutsche Flüchtlinge in London" von ihm gesagt habe. Er übertraf in seinen heftigen und brutalen Aeußerungen über Frankreich, über das französische Volk, über die Vergewaltigung der Bevölkerung in Lothringen und im Elsaß und in Anerkennung der Bismarck'schen Wirthschaft Schaible noch bei Weitem. Niemals war in seinem Hause von seinem Stiefsohne Ferdinand die Rede. Wenn Schaible behauptet, „ich verläumde den Gastfreund, beschmutze die Familie", weil ich vor zwölf Jahren zuweilen bei Blind gegessen habe und mich heute über seine Gesinnungsänderung äußere, so ist dieser Vorwurf zu abgeschmackt, um darauf ein Wort zu erwidern. Die Phrase, daß Blind heute noch Frankreich und Deutschland verschlossen sei, ist ein Stück Schaible'scher Phantasie. Blind hat sich an dem Badenser Aufstande des Neunundvierziger Jahres betheiligt und ist gleich mir und Hunderten von deutschen Flüchtlingen im Juni 1849 aus Frankreich ausgewiesen worden. Zu behaupten, daß heute noch in Frankreich ein Beschluß der Pariser Polizeipräfektur aus dem Jahre 1849 in Gültigkeit sei, oder daß nach der stattgehabten Amnestie Jemand, der sich an den badischen Aufständen der Jahre 1848 und 1849 betheiligte, deshalb in Deutschland Gefahr laufe, ergriffen und gerichtet zu werden, ist lächerlich. Gefällt sich Blind in der Rolle eines Verbannten, so mag er sie weiter spielen. Es berechtigt ihn nichts dazu, als sein eigner Geschmack.

Ich denke nun mit der Schaible'schen Antwort auf meinen Artikel „Deutsche Flüchtlinge in London" aufgeräumt zu haben. Ueber die englische Küche und das englische Leben, zu dessen Vertheidiger sich Schaible aufwirft, verweise ich ihn an Heinrich Heine, dessen Urtheil ich wohl kein Wort hinzuzufügen brauche. Gefällt er sich darin, Freiligrath's politische Charakterlosigkeiten während des französisch-preußischen Krieges zu lobhudeln, so nimmt mich dies bei seiner eigenen politischen Charakterlosigkeit nicht Wunder. Die Aeußerung des Redakteurs des „Alsacien" zu mir in Straßburg ist wiederum eine Erfindung. Ich kenne weder den „Alsacien", noch seinen Redakteur, bin auch niemals auf dem Bureau des „Alsacien" und seit drei Jahren überhaupt selbstredend gar nicht in Straßburg gewese Von dieser Dreistigkeit im Lügen hat Schaible wohl die glänzendsten Beweise abgelegt, als er allen Zeugenaussagen und Aktenstücken zuwider plötzlich in der Vogt'schen Geschichte erklärte, nicht Blind, sondern er sei der Verfasser des von Blind veröffentlichten Flugblattes.

Die gemeinen Witze, womit Schaible hie und da seine Antwort ausstattet, wie „bummelnder Kapitalist" u. s. w. gehören in eine Kneipe untersten Ranges, nicht in die Rechtfertigung eines unschuldig gekränkten Märtyrers, der er sein will — ich übergehe sie deshalb achselzuckend mit Stillschweigen —; nur auf eine perfide Verdächtigung will ich antworten. Er fragt mich, weshalb ich nicht im vergangenen Sommer mit dem Fürsten von Montenegro in's Feld gezogen sei und die Schweiz dem Schlachtfeld vorgezogen habe? Ich antworte darauf: „Weil mich im Juni in Paris eine Bluterhitzung und eine Beinhautentzündung befiel, welche Uebel bekanntlich Niemand gestatten, einen Feldzug mitzumachen. Daß er den Fürsten von Montenegro, natürlich nur um meine Beziehungen zu demselben zu verdächtigen, für einen Despoten erklärt, ist wieder eine Probe seiner reichen Erfindungsgabe. Daß Nikolaus Petrowitsch, als er, nach dem Tode seines Onkels Danilo, von dem Volke zum Wladika gewählt, aus Paris, wo er seine Bildung und Erziehung genossen hatte, nach Montenegro zurückkehrte, die theokratisch-despotische Verfassung aufhob und aus eigenem Antriebe dem kleinen Lande eine Verfassung gab, nach der die ganze Souveränetät dem Volke und der Landesversammlung und ihm selbst nur die Executive zusteht, daß er die Todesstrafe aufhob, daß er das Kirchenvermögen für Bildungszwecke anwies und das Nationalvermögen dem Lande zurückgab, während er selbst ein armer Mann wurde, daß er seitdem durch Errichtung von 64 Schulen, Lehrer- und Mädchenbildungsanstalten „der Erleuchter seines Namens" geworden ist, davon weiß Schaible gar nichts, oder er will nichts davon wissen, um mich wegen meiner Beziehungen „zu einem despotischen Fürsten" zu verdächtigen.

Hiermit erkläre ich nun die Polemik gegen Schaible und Genossen für geschlossen. Ich hoffe binnen Kurzem in „meinen französischen Schlupfwinkel", wie Schaible Paris nennt, zurückzukehren und werde ihm meine Rückkehr anzeigen. Wenn es ihm dann gelüstet, „kann er die sechszehn Stunden Entfernung" zurücklegen und von mir jede persönliche Genugthuung erhalten, welche er will. Aber ich werde vergebens darauf warten.

Gustav Rasch.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 4. Januar. Die Nothlage ist auch in der Schweiz noch immer eine furchtbare. Wie groß die Arbeitslosigkeit ist, ergiebt das Faktum, daß im Kanton Neuenburg zu einer Knechtsstelle nicht weniger als achtzig Bewerber sich gemeldet haben. Eine grelle Illustration der Segnungen „unserer Industrie". Eine noch grellere liefert die „Tagwacht" vom Schlachtfelde der Industrie, um das „Risiko" des Arbeiters ein wenig zu veranschaulichen. Sie schreibt:

„Bei Gebr. Sulzer in Winterthur verlor am 4. Dezember ein Zimmermann einen Finger. — Am gleichen Tage gerieth dort einem Arbeiter der Arm in das Getriebe eines Krahnen und wurde zerrissen — in Folge mangelhafter Einrichtung. Seither ist Abhilfe getroffen, weil diesmal mit dem besten Willen die Schuld nicht auf den Arbeiter zu schieben war. — In Airolo verunglückten in Folge Einsturzes im Tunnel-Eingang wieder zwei Arbeiter, und ein dritter wurde getödtet."

Wir können das Register noch um einen schrecklichen Fall vermehren. In der Zündhölzchenfabrik bei Bulle (Freiburg) wurde „einer der tüchtigsten Arbeiter", wie die Blätter melden, beim Schmieren des Räderwerks von einer Einzahnung ergriffen, zerdrückt und todt herausgehoben. Warum trug er eine Blouse — so rufen entrüstet die Blätter und fragen, ob man nicht gut thue, die weite und bequeme Blouse durch ein anderes Kleid zu ersetzen, das fester am Leibe anläge und daher den mit dem Räderwerk betrauten Arbeitern weniger gefährlich wäre?

---

zum Vorsitzenden. Wieder greift man zur Linie. Auf Befehl des stellvertretenden Bataillons-Commandeurs v. Buddenbrock wurde v. Puttkammer, der damals Landrath war, verhaftet, um den illegal geschaffenen, über ihn nicht competenten Ehrenrath der Linienoffiziere anzuerkennen. Vergeblich forderte v. Puttkammer den Staatsanwalt Leske in Schneidemühl zu seinem Schutze wegen dieser rechtswidrigen Freiheitsberaubung auf. Herr Leske that, wie uns Herr v. Puttkammer mittheilte, nichts, was diesen bewog, über ihn Beschwerde zu führen. „Man hat ihn doch wohl nicht gefressen", schreibt uns Herr v. Puttkammer, „da er ja Kammergerichtsrath ist." Herr Leske ist übrigens auch einer der Richter des Herrn v. Puttkammer, die das erwähnte Kammergerichtserkenntniß über ihn fällten. — Es würde uns zu weit führen, wollten wir alle diese Kämpfe den Lesern vorführen, die obigen Andeutungen mögen genügen, sie zeigen, daß v. Puttkammer's Beschwerden über die Militärbehörden durchaus nicht krankhafter Reizbarkeit entsprangen, sondern ursprünglich Akte der Nothwehr waren. Wenn sich ihr Charakter im Laufe der Zeit änderte, so ist das natürlich; aus dem Angegriffenen mußte bei den zahllosen Rechtsverletzungen der Gegner mit Nothwendigkeit ein Angreifer werden. Herr v. Puttkammer erblickte, was noch beiläufig erwähnt sein mag, seinen Hauptgegner im Kriegsministerium. Die bekannte Abneigung des Chefs desselben gegen die Landwehr und seine Unthätigkeit, den zu seiner Kenntniß gebrachten Rechtsverletzungen gegenüber, mußte wohl v. Puttkammer in den Glauben versetzen, daß die Gewaltmaßregeln im Kriegsministerium gebilligt wurden.

Am 4. April 1859 wurde v. Puttkammer in das zweite Landwehraufgebot gegen seinen Willen versetzt, und auch diese Maßregelung war ungesetzlich. Nach vorheriger völliger Verabschiedung hatte er eigentlich gar keine Landwehrdienstpflicht zu thun, gab aber seine Wahl im ersten Aufgebote zu. Im Jahre 1837, wo er eine 19jährige Dienstzeit hinter sich hatte und darunter eine 7jährige im zweiten Aufgebot, die zweite Aufgebotszeit längst abgedient. (Er war damals 40 Jahre alt.) Im ersten Aufgebote aber wollte und konnte er bleiben wie § 18 des Gesetzes vom 12. September 1814 bestimmt.

Wer da weiß, wie in und vor der Conflikts-zeit mit dem preußischen Recht umgesprungen ward, der darf sich nicht wundern, daß v. P. in seinen Kämpfen trotz klarem Rechte erlag. Man könnte es naiv finden, daß v. Puttkammer sich überhaupt noch Hoffnungen machen konnte, sein Recht zu erstreiten. Aber der Kampf war ihm von vornherein aufgedrungen, und es ist bei seinem stark ausgeprägten Rechts- und Ehrgefühl begreiflich, daß er alle Instanzen erschöpft, an den nominellen Souverän des Staates, den König-Kaiser, sich wendet, als die Behörden ihm sein Recht versagen. Es ist nur logisch, wenn er von dem König-Kaiser, bei dem er kein Gehör findet, an die Volksvertretung mit seinen Beschwerden sich wendet — bis jetzt freilich ebenfalls erfolglos —, wie es auch logisch ist, daß er jetzt seine Klagen vor den obersten Souverän, vor das Volk, bringt. Nicht leicht wird ein Mensch, dem so schnöde im Leben mitgespielt, so streng im Leben die Grenzen einhalten, welche die herrschende Gesetzgebung gezogen, wie es v. Puttkammer gethan. Ist „Gemeingefährlichkeit" bei ihm angenommen worden, so läßt sich ihm doch nicht ein einziger Fall gewaltthätiger Hilfe nachweisen! Aber wir greifen unserer Darstellung vor.

(Fortsetzung folgt.)

— In ganz Deutschland sind 1874 von 8,515,041 Wählern 5,259,155 giltige Stimmen abgegeben; davon haben sich 37,519 zersplittert, oder konnten nicht bestimmten Parteien zugezählt werden. Auf jeden der 397 Abgeordneten sind im Durchschnitt 13,247 Stimmen gekommen, welche sich folgendermaßen vertheilten:

1)	Auf je 1 Abg. der	Fortschrittspartei	9,778 Stimmen
2)	" " " "	Nationalliberalen	10,429 "
3)	" " " "	deutschen Reichspartei	11,125 "
4)	" " " "	Protestpartei	13,107 "
5)	" " " "	Polen	14,234 "
6)	" " " "	Centrumspartei	15,445 "
7)	" " " "	Conservativen	16,221 "
8)	" " " "	liberalen Reichspartei	18,672 "
9)	" " " "	Volkspartei	28,908 "
10)	" " " "	Partikularisten	31,850 "
11)	" " " "	Sozialdemokraten	37,748 "

— Abgekürztes Verfahren. Die Münchener „Neuesten Nachrichten" enthielten in ihrer letzten Nummer folgende fettgedruckte Mahnung: „In den nächsten Tagen werden die Wahlaufrufe und dergleichen der verschiedenen Parteien an den Straßenecken angeschlagen werden; um Jedermann vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, theilen wir mit, daß nach den Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuchs derjenige, welcher fremde Anschläge unbefugt aus Bosheit oder Muthwillen vernichtet, wegnimmt oder unlesbar macht, mit Geld bis zu fünf Thaler bestraft wird." Wie nun der „Vossischen Zeitung" ein Telegramm aus München vom 6. Januar meldet, sind die Wahlaufrufe der ultramontanen Partei diesmal in ganz besonderer Weise gegen Beschädigung geschützt. Die Polizei hat nämlich einfach das Anschlagen derselben verboten.

— Ein frommer lutherischer Gründer, mit Namen Quistorp, ist von den Berliner Gerichten seiner merkurialen Gepflogenheiten wegen zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. „Bete und arbeite" predigen die Mucker den Arbeitern!! Herr Quistorp war ein frommer Mann und sitzt nun doch im Zuchthaus. Der Herr sei seiner Seele gnädig!

— Die Speisekarten zweier Bastillen giebt Paul Lossau im Feuilleton der „Berliner Freien Presse", die der Pariser Bastille nach dem 1715 erschienenen Werke: Die französische Inquisition oder die Geschichte der Bastille von Konstantin de Renneville, welche folgendermaßen lautet:

Sonntag: Suppe, Rindfleisch, 4 kleine Pasteten, Braten. Montag: Dasselbe; statt der Pasteten Bohnen oder Linsen. Dienstag: Dasselbe; statt des Bratens Wurst oder Schweinefüße oder Cotelettes. Mittwoch: Dasselbe; statt der Pasteten eine Mehlspeise. Donnerstag: Wie Montag. Freitag: Einen halben Karpfen, einiges Gemüse, Eier. Sonnabend: Wie sonst; statt der Pasteten Geflügel. Dazu immer abwechselnd dünnen Wein, und außerdem war besser situirten Gefangenen eine Selbstbeköstigung zu verschiedenen Preisen überlassen, von welcher bei obiger Kost allerdings nur sehr „hohe" Gefangene Gebrauch machten.

Dagegen die Speisekarte einer Woche aus Plötzensee, der „Bastille" bei Berlin:

Sonntag, Morgens: Kaffeesuppe (1/2 Liter); Mittags: Weißkohl „mit Fleisch" (1 1/4 Liter); Abends: Mehlsuppe (1 Liter). Montag: Mehlsuppe (3/4 Liter); Erbsen; Kartoffelsuppe. Dienstag: Mehlsuppe; Reis „mit Fleisch"; Brodsuppe. Mittwoch: Kaffeesuppe; Bohnen; Hafergrütze (gen. „sanfter Heinrich"). Donnerstag: Mehlsuppe; saure Kartoffeln „mit Fleisch"); Grütze (gen. „blauer Heinrich"). Freitag: Kaffeesuppe; ein Gemisch von Bohnen, Graupen, Kartoffeln u. s. w.; Brodsuppe. Sonnabend: Mehlsuppe; Linsen; Kartoffelsuppe.

Welcher Abstand zwischen der ersten und zweiten Speisekarte ist, leuchtet ein; weniger dagegen leuchtet ein, weswegen die Humanität des dritten Viertels im 19. Jahrhundert in dieser Beziehung so weit hinter der des ersten Viertels im 18. Jahrhundert zurücksteht. Man reitet doch sonst so gern bei jeder Gelegenheit das stolze Paradepferd der „Humanität" und weiß sich ihrer nicht genug zu rühmen; aber es ist die alte Geschichte, die sich in der heutigen politisch-sozialen Gesellschafts-„Ordnung" allerorts wiederfindet: Man hat überall schöne Phrasen und überall eine jammervolle Wirklichkeit.

Ja wohl, „fort mit der gefährlichen Blouse!“ — Den Gesetzmachern zuzurufen, daß jede weitere Verschleppung des Fabrikgesetzes ein Verbrechen ist, das fällt natürlich Niemandem ein. Hoffentlich steht die schweizerische Demokratie bald so fest auf eigenen Füßen, daß sie auf die Gesetzgebung einen größern Einfluß erlangt, als sie ihn jetzt leider besitzt. Das neue Jahr berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Die „Tagwacht“ zeigt an, daß der „Grütlianer“ von jetzt ab zweimal per Woche erscheint und daß der Abonnentenkreis der beiden offiziellen Arbeiterorgane gegenwärtig auf 10,000 geschätzt werden könne, was wiederum auf einen Leserkreis von 50,000 schließen lasse. Zu diesen offiziellen Blättern hat sich in Genf als französisches Organ des schweizerischen Arbeiterbundes „Le Précurseur“ gesellt, Joh. Ph. Becker ist Redakteur und die sehr gut gehaltene Probenummer berechtigt zu den besten Erwartungen. Der Arbeiterbund wird nun in der französischen Schweiz einen schneidigen Vorkämpfer haben.

Außer den offiziellen Blättern sind in diesen Tagen noch einige Lokalblätter in den Kreis der Parteiorgane getreten, so der „Freie Glarner“ und das „Aargauische Wochenblatt“. Neben der Erweiterung der Presse entfalten die Parteigenossen noch ein rühriges Leben. Bei der Feier der Zürcher Landsgemeinde wurde ein fast durchweg sozialistisches Programm als Zielpunkt für die Zürcherische Demokratie aufgestellt. — Im Aargau haben die Parteigenossen eine Reform der Verfassung im Sinne der Sozialdemokratie formulirt und in Bern ist, gleichfalls von den Parteigenossen ausgehend, eine Verfassungsrevision angebahnt.

Von den Erfolgen der Genfer Genossen bei den letzten Großrathswahlen haben wir bereits früher berichtet, wir hoffen bald über Kämpfe wegen sozialistischer Forderungen aus dem Genfer Großen Rathe Mittheilung machen zu können. — Wir haben bei Berührung der sozialdemokratischen Presse vorhin des „Pädagogischen Beobachters“ vergessen, eines in entschieden sozialdemokratischem Sinne redigirten Schulblattes. Es ist Organ der Zürcher Volksschule und war bisher mit dem Winterthurer „Landboten“ verbunden, vom 1. Januar erscheint das Blatt selbständig, sein Inhalt ist gediegen; allen Schulfreunden sei es bestens empfohlen. Der „Landbote“ selbst wird in einer der Sozialdemokratie durchaus freundlichen Weise redigirt, hoffentlich wird der bevorstehende Rücktritt seines talentvollen Redakteurs keine Aenderung in der Tendenz des Blattes nach sich ziehen.

So lassen sich die Dinge sehr gut an: unsere Hoffnung ist wohl begründet, daß die schweizerische Sozialdemokratie in nicht zu ferner Zeit sich zu einem, die Landesgeschicke wesentlich bestimmenden Faktor entwickelt haben wird.

Kiel, 7. Januar. Am 5. d. M. hatten wir hierselbst eine Versammlung im Englischen Garten einberufen, welche so zahlreich besucht war, daß alle Plätze besetzt waren; es konnten wohl gegen 5000 Personen anwesend sein. Tagesordnung war: „Der Liberalismus und der Sozialismus“. Nachdem das Büreau gewählt, worin Herr Stark und Herr Schröder als Vorsitzende und Unterzeichneter als Schriftführer fungirten, erhielt Herr Molkenbuhr aus Altona als Referent das Wort zur Tagesordnung und entledigte sich seiner Aufgabe in gediegener Weise; er wurde öfter durch Beifallsrufe unterbrochen und am Schluß forderte er die Anwesenden auf, am Wahltage, den 10. Januar, ihre Stimme dem Arbeitercandidaten Herrn Oldenburg zu geben. Ferner erwähnte er, daß der jetzige Abgeordnete Dr. Hänel sich nicht rühmen könne, etwas für das arbeitende Volk geschaffen zu haben, er habe auch den Willen dazu nicht gehabt. Hierauf forderte der Vorsitzende zur Interpellation auf, worauf sich aber kein Gegner zum Wort meldete. Darnach sprach Herr Stark einige Worte über das Militär-Gesetz, ferner Herr Meyer über die liberale Partei. Da nun am selben Tage seitens der Liberalen eine Versammlung im Colosseum stattfand, wo Herr Dr. Hänel sich seinen Wählern vorstellte, und ihnen plausibel zu machen suchte, wie er im Fall einer Wiederwahl allerlei Gutes schaffen werde, so hatten sich hierauf einige unserer Parteigenossen dorthin begeben, um in der von uns berufenen Versammlung über die Vorgänge im Colosseum Bericht zu erstatten. Nachdem dies geschehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Mit sozialdemokratischen Gruß

J. Pöhlsen.

Schalke (Westfalen), 1. Januar. („Sie tranken heimlich ihren Wein und öffentlich predigten sie Wasser.“) Heute tagte hier in der Tonhalle eine Versammlung der Centrums-Partei, für welche auswärtige Redner angemeldet und auch erschienen waren. Als die Versammlung eröffnet war, ergriff ich das Wort zur Geschäftsordnung und fragte, ob das eine Vereinsversammlung wäre oder eine öffentliche Volksversammlung, da man vorging, ohne ein Büreau zu wählen. Ich erhielt den Bescheid, es sei eine öffentliche Volksversammlung der Centrumspartei und die Redner seien schon eingezeichnet. Jedenfalls hatten die Herren ihr Büreau schon fertig mitgebracht. Sofort ergriff auch Einer das Wort, um den Compromiß bei den Justizgesetzen als liberale Feigheit und erbärmliche Handlungsweise in gebührender Weise zu geißeln. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung ergriff ein gewisser Redakteur Stader aus Frösen das Wort und begann seinen Vortrag in etwas einfältiger Weise, verfiel sodann in die Lachen erregende Komik eines drolligen Spaßmachers, schließlich aber erregte er mir die tiefste Verachtung, denn jedes seiner Worte war ein Faustschlag der Wahrheit in's Gesicht, und er warf mit Schmutz und Unrath derartig um sich, daß er den Herrn v. Unruh noch übertraf. Als der saubere Herr mit seinem Schimpf-Lexikon fertig war, meldete sich Herr Winner aus Ueckendorf zum Wort, was ihm natürlich versagt wurde, denn in dem Bewußtsein, der Versammlung die haarsträubendsten Lügen aufgebunden zu haben, mußten die Herren auch eine Widerlegung sorglichst verhüten. — Nach diesen Beiden nahm ein Bürger aus Schalke, Namens Zimmersbach, das Wort, indem er noch einmal wiederkaute, was eben erst vorgebracht worden war, nur mit dem Unterschiede, daß Redner gar keinen Candidaten empfahl. Hierauf ergriff Herr Stoffel zum zweiten Male das Wort und begann mit einer bestialischen Wuth auf die Sozialdemokraten zu schimpfen, womit er auch bei den Dunkelmännern einen ungetheilten Beifall erntete, indem er sich consequent nur auf alte, längst abgethane Lügen stützte, und im Namen Gottes die Leute, die lediglich für Recht und Wahrheit kämpfen, nach Herzenslust verlästerte. Großen Beifall erntete dieser Redner mit dem Ausspruch: „es seien immer Knechte und Mägde, Herren und Sklaven gewesen, und das müsse auch ferner fortbestehen“; da klatschte das fanatisirte Volk in die Hände und versprach damit gleichsam dem Redner, auch ferner willig in seiner Sklaverei bleiben zu wollen. — Schließlich sei noch erwähnt, daß diese Männer des Centrums ihren Candidaten in folgenden Worten empfahlen: „Herr Burghart, von Gottes Gnaden Freiherr von Schorlemer-Alst.“

Julius Westerkowsky.

Brandenburg, 31. Dezember. Seit meinem letzten Schreiben ist hier Vieles vorgekommen, was mir mittheilenswerth scheint, über Manches werden Sie sogar staunen. Daß der hiesige Arbeiter-Wahlverein geschlossen ist, habe ich bereits mitgetheilt; zahlreiche Haussuchungen haben stattgefunden, ohne jedoch große Beute zu liefern, ja man will sogar wissen, daß nach Rückkehr der betreffenden Beamten von dieser Jagd denselben sehr unwirsch gesagt worden sei: „Sie hatten zwar Auftrag, mir staatsgefährliche (!) Papiere zu bringen, aber die alte Zeitungsmakulatur und das sonstige Zeug, was Sie da gebracht haben, hätten Sie den Leuten gerne lassen können.“ Ist es nun schon unbegreiflich, wie man mitten in der Wahlperiode zum Reichstag einen Wahlverein schließen kann, so ist die Art und Weise, wie man hier diese Schließung den Betheiligten zur Kenntniß bringt, geradezu unerhört. Statt den Betheiligten, wie sonst üblich, die erfolgte Schließung schriftlich anzuzeigen, macht man hier Folgendes: In einer Volksversammlung erbittet der überwachende Beamte vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort, nachdem er dasselbe erhalten, ruft er eine Anzahl Namen auf, das heißt, hält einen förmlichen Appell ab wie ein Unteroffizier über seine Musketiere, und nachdem theilweise die Aufgerufenen, den Grund dieses Manövers nicht kennend, antworten, erklärt er im Auftrage der Staatsanwaltschaft, daß der Wahlverein geschlossen sei; ist das nicht originell? — Aber es kommt noch besser. Seit 14 Tagen schon hält die ganze hiesige Polizei Rundgang in allen Fabriken und Werkstellen, läßt sich einen oder mehrere Arbeiter rufen und erklärt denselben nun in Gegenwart der Prinzipale, daß der Wahlverein geschlossen sei und sie ferner nicht mehr Mitglieder desselben sein dürfen; dabei sind die gerufenen Arbeiter häufig gar nicht Mitglieder des Wahlvereins. Ist das nicht haarsträubend, ist das nicht eine indirekte Wahlbeeinflussung, ein vollständig ungesetzlicher Einschüchterungsversuch? Warum sucht man die Leute nicht in ihren Privatwohnungen auf, wenn man zu bequem ist oder nicht Zeit genug hat, das Alles schriftlich zu machen? Warum, frage ich nochmals, sucht man die Arbeiter bei der Arbeit auf? Liegen noch nicht genug Arbeiter auf dem Straßenpflaster? Warum, frage ich, thut man dies überhaupt, da es sich gesetzlich gar nicht rechtfertigen läßt, denn bei der ganzen Schließung kommen vor der Hand nur Ordner und Leiter in Betracht, nicht aber einfache Mitglieder? Ja ja, es ist kaum glaublich, was man hier Alles versucht, um den Sozialismus zu bannen. Dem Lokalinhaber, Herrn Fuchs, bei dem wir Versammlungen abhalten, hatte man schon alle möglichen Versprechungen gemacht, wenn er nur sein Lokal nicht hergeben wolle. Und da man sieht, daß das nicht hilft, sucht man ihn auf alle mögliche Art zu chikaniren; so umstellt man z. B. Abends nach 10 Uhr sein Haus von allen Ecken mit Polizei, und hat der Mann zufällig noch einige Freunde bei sich, mit denen er sich im Familienkreise unterhält, so müssen diese beim Fortgehen sich gefallen lassen, von den aus den Verstecken hervorspringenden Polizisten angehalten und nach ihren Namen gefragt zu werden. Die Freiheit des Brandenburger Bürgers, sieht man, hängt vom Willen der heiligen Hermandad ab. — Aber wir Sozialdemokraten vergessen das nicht, was man uns thut, davon haben sich die Herren am letzten Sonnabend überzeugen können. Einige Herren, die sich selbst zum Wahlcomité ernannt, hatten zum Sonnabend Abend 7½ Uhr eine Wählerversammlung in eines der größten hiesigen Lokale einberufen und dazu alle liberalen Wähler Brandenburgs und der Umgegend eingeladen. Die Sozialdemokraten nun meinten aber, daß auch sie liberal seien, und zogen in Schaaren zum Versammlungslokale; so kam es nun, daß dasselbe bei Eröffnung der Versammlung mindestens zum ⅞ Theil mit Arbeitern gefüllt. Man hatte sich den Herrn Hausmann, bisherigen Reichstagsabgeordneten des Westhavelländischen Kreises, und den Herrn Kreisgerichtsrath Klotz aus Berlin kommen lassen und wollte nun wie gewöhnlich den Vormund des Volkes spielen. Diesmal hatte man aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Das Volk verlangte energisch Bureauwahl, und erklärte Herr Lühnsdorf aus Pritzerbe, daß er nur dann auf eine ruhige Diskussion hoffe, wenn die Versammlung selbst ihr Bureau wähle; die Herren, die jetzt im Bureau wären, hätten nur schon zu häufig bewiesen, daß sie unter Diskussion und Interpellation ein „Frage- und Antwortspiel“ verstehen, worauf sich ein vernünftiger Mann nicht einlassen könne. Herrn Rackow, welcher ebenfalls das Wort erbat, um, wie er uns später mittheilte, den Vorschlag zu einem combinirten Bureau zu machen und so eine ruhige Diskussion zu sichern, wurde einfach das Wort nicht ertheilt, und zwar mit der jedenfalls nur der Feigheit entsprungenen Antwort des Herrn Astrot: „Herr Rackow ist Gegencandidat und kann folglich hier unter keinen Umständen das Wort erhalten.“ Selbstverständlich wurden die Arbeiter durch solche Antwort noch mehr in ihrem Verlangen nach Bureauwahl bestärkt, und da die Herren dies nicht wollten, schlossen sie lieber die Versammlung.

Erfurt, 2. Januar. Wie andere liberale Volksvertreter, so denkt auch der Vertreter unseres Kreises, Herr Dr. Lucius, nicht eher an seine Wähler, als bis er wieder gewählt sein will. Am 22. Dezember, nach dreijähriger Abwesenheit, legte derselbe seinen Rechenschaftsbericht vor seinen Wählern ab über seine Thätigkeit in der abgelaufenen Legislaturperiode des deutschen Reichstags. Nach unserer Meinung bedurfte es gar nicht so vieler Worte, wir hätten es ihm geglaubt, wenn er blos sagte, daß er allen Vorlagen der Regierung zugestimmt habe. Bei dem Compromiß der Justizgesetze wußte er nicht genug den Opfermuth der Liberalen zu rühmen, diese Männer verdienten eher Anerkennung als Spott und Hohn, bedauerte — was die Arbeiter besonders beherzigen mögen — daß das Contraktbruchgesetz nicht zu Stande gekommen sei; hier müßte etwas in nächster Zeit geschehen, diese Frage dürfe nicht ignorirt werden. Auch zeigte sich der Herr Abgeordnete als begeisterter Anhänger der indirekten Steuern, welches uns nicht verwundert, denn Fürst Bismarck, für dessen Intimus Herr Dr. Lucius bekanntlich gilt, ist ja auch Gegner der direkten und für Einführung der indirekten Steuern; namentlich ist es nun die Tabaksteuer, auf die es der Herr Volksvertreter abgesehen hat, diese könnte eine Erhöhung vertragen. So ging es fort, Militärgesetz, Landsturmgesetz ꝛc. seien alles Errungenschaften, auf die das Volk stolz sein könnte. Nach Schluß des Vortrages frug Genosse Klute an, ob es erlaubt sei, dem Herrn Abgeordneten prinzipiell entgegen zu treten, welches aber echt „liberal“ verweigert wurde. Nun interpellirte Genosse Seifert: wie sich der Herr Dr. Lucius zum Impfzwang verhalten habe. Derselbe antwortete: der Impfzwang habe wohl etwas Gehässiges an sich, er sei aber nur Laie auf diesem Gebiet und habe, da das Impfen nur in einzelnen Fällen schädlich gewesen, für denselben gestimmt. Nun frug Genosse Klute: warum Dr. Lucius immer gegen die Bewilligung von Diäten an Reichstagsmitglieder gestimmt habe. Herr Lucius meinte, daß bei einem solchen Wahlsystem, wie das zum deutschen Reichstag, ein solcher Census bestehen müsse. Auf die weitere Frage Klute's: warum der Herr Dr. Lucius so sehr für indirekte Steuern sei, da er doch wissen müsse, daß dieselben am meisten auf den Schultern des arbeitenden Volkes lasteten, entgegnete er, daß dieses schon durch Produktion und Consumtion geregelt würde, eine Antwort, die der Herr Dr. Lucius etwas besser erläutern müßte. — Bei dieser Gelegenheit können wir uns nicht versagen, einen Beitrag zur stehenden Rubrik „Gewendeter Pöbel“ zu liefern. Schon bei der Frage, die Genosse Seifert stellte, erhob sich ein Lachen bei den Herren Liberalen, als ob bei einer so ernsten Sache etwas zum Lachen wäre, es zeugt eben von ihrer geistigen Hohlheit; als vollends Klute sprach, erhob sich ein Tumult und Rufe: Raus! schmeißt ihn raus! der gehört bei seine Lumpen im deutschen Kaiser (dies ist nämlich unser Verkehrslokal) ertönten, und hat Schreiber dieses einen solchen gebildeten Flegel, welcher noch glaubte, eine große Heldenthat zu verüben, in die Schranken der Ordnung verwiesen. In gewissem Sinne können wir mit solchen Ausbrüchen der Roheit zufrieden sein, sie beweisen den geistigen Verfall unserer Gegner. — Unsere Wahlbewegung ist in vollem Gange, und sind wir auch zu wenig Optimisten, um auf einen Sieg zu rechnen, so haben wir doch Dank der unermüdlichen Agitation Klute's gute Fortschritte gemacht, wenn auch die Gegner alle Anstrengungen machen, unserer Sache durch Verweigern von Lokalen, Schmähartikel in der Presse u. s. w. einen Damm entgegenzusetzen suchen. Die aufgeklärten Arbeiter werden auf alles Dieses und besonders auf die Thätigkeit des Herrn Dr. Lucius am 10. Januar die Antwort geben.

Vocke.

Wiesbaden, 6. Januar. Heute wurde dem Vorstand des Allgemeinen deutschen Töpfervereins bekannt gemacht, es würden ihm 30 Prozent am Lohn abgezogen oder er müsse aufhören! Wir bitten daher, den Zuzug nach Wiesbaden fern zu halten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, dies zu veröffentlichen.

Jos. Schweis, Dotzheimerstraße 30.

Schneeberg, 7. Januar. Gestern fand hier eine Volksversammlung statt, in welcher Herr Demmler aus Geyer über das Thema „Die parlamentarische Thätigkeit des Reichstags“ zu Aller Zufriedenheit referirte. Der Saal war dicht gefüllt und meldete sich diesmal auch ein Gegner zum Wort. Er suchte den Referenten in einigen Punkten zu widerlegen, z. B. meinte er, daß das Kriegshandwerk noch verbessert werden müßte. Natürlich brach die Versammlung in lautes Gelächter aus; ebenso auch, als er behauptete, die Löhne seien auf eine unbeschreibliche Höhe gelangt und bis dato sei es noch nicht möglich gewesen, dieselben auf ihren Standpunkt zurückzuführen, welchen Umstand Redner auch als Ursache der heutigen Geschäftskrisis hinstellte. Selbstverständlich drückte man dem Referenten durch solche Kundgebungen die Waffe in die Hand, sich siegreich zu vertheidigen. Jene Einwendungen wurden auch in einer vortrefflichen Entgegnung widerlegt. Als man zum Schluß ein dreimaliges Hoch auf Herrn Liebknecht ausbrachte, versprachen die Versammelten, thatkräftig für die Wahl unseres Candidaten einzutreten.

Aus Roßwein theilt man uns unterm 6. Januar mit: Die hier am 5. Januar abgehaltene Volksversammlung, in der Herr Burkhardt aus Leipzig referirte, hat allgemein einen guten Eindruck gemacht; selbst der Kleinbürgerstand war sehr darüber erfreut, denn im allgemeinen Gespräch hört man oft sagen: „Ich habe bisher nichts auf die Sozialdemokratie gehalten, aber Der hat mir die Augen aufgethan.“ Herr Burkhardt hat sich allgemeinen Ruf errungen, und wünschen Alle ihn bald wieder eine Versammlung abhalten zu sehen. Zwar ist ihm ein Gegner entgegengetreten, dieser konnte indeß gegen Burkhardt nichts ausrichten.

Itzehoe, 8. Januar. Vom 1. Dezbr. 1876 bis 1. Jan. 1877 sind an Unterzeichneten folgende Gelder eingeliefert worden: Itzehoe d. H. Walther M. 11,15, do. d. denselben 35,00, Itzehoer Ortsverein 15,00, Krempe 9,00, Barzfleeth 7,80, Ebdelack 7,00, Lunden 7,50, Wilster 12,00.

J. Clasen,
Kassirer des Centralwahlcomités.

Briefkasten

der Redaktion. F. F. in Halberstadt: Besten Dank für Ihre Bereitwilligkeit, mit der Sie etwaige Aufträge von uns besorgen wollen, wir haben der Zeit keine dergleichen. Geiser weiß nichts von den Volksstaatnummern, die Sie in seinen Händen glauben. Unsere besten Wünsche und Grüße. — W. St. in Königsberg: Man erstatte uns nur Bericht von den aufgelösten Versammlungen, die zum Zwecke der Wahl berufen wurden; wir haben nichts erfahren. — Herrn B. . . . . in Lauf, Amt Bühl: Für derartige Annoncen öffnen wir unsere Spalten nicht.

der Expedition. Carl Müller in Frankfurt: Jean Battenfeld theilt uns mit, daß ein in Folge Ihrer Aufforderung von ihm an Sie gesandter Brief retour ging, da Sie keine Wohnung angegeben. Battenfeld's Adresse ist: Grüner Weg 3½ in Cassel. — Ph. Damberger in Ober-Florsheim: Der Kalender wurde von uns wie gewöhnlich unter starkes Streifband gelegt. Agitationsnummern konnten wir nicht beilegen, da selbige total vergriffen und weitere noch nicht fertig sind.

An Geib in Hamburg: Der Erlös für Nr. 9 und 10 des „Wähler“ folgt wegen Porto zusammen.

Burgdamm. B. Bennborf.

Quittung. A. Wnk Niemes Ab. 2,60. Wahlcomité hier Ann. 4,20. Schuhmachergewerkschaft hier Ann. 1,20. Rdiph Hannover Ann. 0,90. Khn Niederspaar Schr. 2,50. Arbeiterverein Hüttenberg Ab. 9,84. Kls Magdeburg Ab. 25,30. Dckmnn Kiel Ab. 3,90. Dvbfl. Jena Ab. 3,00. Mttmr Traunstein Ab. 6,00. W. Crl St. Johann Ab. 8,80 u. 63,30. Hrtmnn Mainz Ab. 12,60. Hmfch Uebigau Ab. 2,50. S Frbr Cosel Ab. 6,00. Zhtmr Darmstadt Ab. 26,50. Brnhrdt Mittweida Ab. 10,65. Brn Heidenheim Ab. 4,00. Schmdt Römerstadt Ab. 16,19. Arbeiterverein Agram Ab. 7,94. Hrmr Wien Ab. 3,20. Zmstn Wiesbaden Ab. 1,83. Aug. Lnschlgr Limbach Ab. 5,00. Krstn Thonberg Ab. 12,00. R. Wgnr Wien Ab. 14,00. A. Krhl Quedlinburg Ab. 2,00. Ems Ab. 1,20. Exped. der „Tagwacht“ Zürich Ann. 1,20. C. Lbsch Jägerndorf Ab. 20,00. Administration der Arbeiterwochenchronik Pest Ab. 9,76. A. Ptrn Admont Ab. 1,54. Wtzl Steyr Ab. 4,81. Arbeiterfortb.-Verein der Anstreicher in Wien Ab. 1,63. M. Mhrs Hanau Ab. 12,90. H. Bmbs Graz Ab. 4,88. Kl. hier Ann. 3,20, Schr. 2,00. Mnkwtz hier Ab. 4,20. Münch Zittau Schr. 11,10. P. Plkrdz Ab. 1,40.

Wahlfonds.

Rchtr hier 1,40. Liste Nr. 97 durch Quenzel 8,00.

Anzeigen ꝛc.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Sonnabend, den 13. Januar: Vortrag von Herrn Dr. Lindner.

Altona. Sonnabend, den 13. Januar, Abends 8½ Uhr in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [50]

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 6. Sonntag, 14. Januar. 1877.

Das Wahlresultat

läßt sich im Augenblick, wo wir dies schreiben, noch nicht übersehen (die vor Schluß der Redaktion bekannt gewordenen Ergebnisse finden sich auf der letzten Seite zusammengestellt). Eins steht aber bereits fest: daß die Sozialdemokratie nicht nur neue Sitze erobert, sondern auch einen erheblichen, in manchen Orten wahrhaft großartigen Zuwachs an Stimmen aufzuweisen hat. Von besonderer Wichtigkeit sind die Erfolge in Berlin, Nürnberg, Magdeburg, Dresden und anderen großen Städten.

Hervorzuheben ist ferner das Fiasko der Fortschrittspartei, deren „Rückgang" durch die tönenden Wahlreden gelegentlich der Justizgesetze nicht aufgehalten werden konnte. Fort mit diesem Cadaver! Der ehrliche Fortschrittler werde Sozialdemokrat, der Rest scheere sich zu den Nationalliberalen.

Der Wahlkampf war im Ganzen ein sehr lebhafter; unsere Organisation und die Opferwilligkeit der Genossen haben sich auf's Glänzendste bewährt.

Ueberall boten die sozialdemokratischen Candidaten und Agitatoren den Gegnern offen und ehrlich die Stirn; nur selten wurde der Handschuh aufgenommen, und in keinem Redetournier zogen die Vertreter unserer Prinzipien den Kürzeren. Die Gegner beschränkten sich fast ausschließlich auf Versammlungen hinter verschlossenen Thüren, und ihre Hauptagitationsmittel waren in Ermangelung der Gründe: Beeinflussungen jeder Art, und die Waffen der Lüge und Verleumdung. Die Schmutzschrift des saubern Herrn v. Unruh wurde in allen Wahlbezirken, in denen Sozialisten kandididirten, massenhaft verbreitet. Umsonst. Das Volk ist nicht auf den Leim des fünffachen Gründers und seiner Mit-Theiler gegangen.

Für den Fall namhafter Erfolge der sozialdemokratischen Partei stellten die Reptilienblätter der verschiedenen Schattirungen eine politische Reaktion, Repressivmaßregeln in Aussicht.

Nun — ärger als die politische Reaktion schon ist, kann sie nicht werden; den angedrohten Repressivmaßregeln sehen wir mit größter Seelenruhe entgegen; die Strafgesetznovelle, für welche die liberale Bourgeoisie jetzt reif geworden sein dürfte, mag unsertwegen in zweiter und verbesserter Auflage durchgehen — wir wissen, daß es nicht der moralische Bankerott der Sozialdemokratie ist, der auf diese Weise konstatirt wird.

Hoch die Sozialdemokratie!

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

V.

Wir kommen jetzt zur Naturphilosophie. Hier hat Herr Dühring wieder alle Ursache mit seinen Vorgängern unzufrieden zu sein. Die Naturphilosophie „sank so tief, daß sie zur wusten, auf Unwissenheit beruhenden Afterpoesie wurde" und „der prostituirten Philosophasterei eines Schelling und ähnlicher, im Priesterthum des Absoluten kramender und das Publikum mystificirender Gesellen anheimgefallen" war. Die Ermüdung hat uns aus diesen „Mißgestalten" gerettet, aber sie hat bisher nur der „Haltlosigkeit" Platz gemacht; „und was das größere Publikum betrifft, so ist für dasselbe bekanntlich der Abtritt eines größeren Charlatans oft nur die Gelegenheit für einen kleinern, aber geschäftserfahrenen Nachfolger, die Produktionen jenes unter einem andern Aushängeschild zu wiederholen." Die Naturforscher selbst verspüren wenig „Lust zu einem Ausflug in das Reich der weltumspannenden Ideen" und begehen daher lauter „zerfahrene Voreiligkeiten" auf theoretischem Gebiet. Hier muß dringend Rettung geschaffen werden, und glücklicher Weise ist Herr Dühring zur Stelle.

Um die nun folgenden Enthüllungen über die Entfaltung der Welt in der Zeit und ihre Begränzung im Raum richtig zu würdigen, müssen wir wieder auf einige Stellen in der „Weltschematik" zurückgreifen.

Dem Sein wird, ebenfalls im Einklang mit Hegel (Encykl. § 93), Unendlichkeit — was Hegel die schlechte Unendlichkeit nennt — zugeschrieben und nun diese Unendlichkeit untersucht. „Die deutlichste Gestalt einer widerspruchslos zu denkenden Unendlichkeit ist die unbeschränkte Häufung der Zahlen in der Zahlenreihe. ... Wie wir zu jeder Zahl noch eine weitere Einheit hinzufügen können, ohne jemals die Möglichkeit des Weiterzählens zu erschöpfen, so reiht sich auch an jeglichen Zustand des Seins ein fernerer an, und in der unbeschränkten Erzeugung dieser Zustände besteht die Unendlichkeit. Diese genau gedachte Unendlichkeit hat daher auch nur eine einzige Grundform mit einer einzigen Richtung. Wenn es nämlich auch für unser Denken gleichgültig ist, eine entgegengesetzte Richtung der Häufungen der Zustände zu entwerfen, so ist doch die rückwärts fortschreitende Unendlichkeit eben nur ein voreiliges Vorstellungsgebilde. Da sie nämlich in der Wirklichkeit in umgekehrter Richtung durchlaufen sein müßte, so würde sie bei jedem ihrer Zustände eine unendliche Zahlenreihe hinter sich haben. Hiermit wäre aber der unzulässige Widerspruch einer abgezählten unendlichen Zahlenreihe begangen, und so erweist es sich als widersinnig, noch eine zweite Richtung der Unendlichkeit vorauszusetzen."

Die erste Folgerung, die aus dieser Auffassung der Unendlichkeit gezogen wird, ist, daß die Verkettung von Ursachen und Wirkungen in der Welt einmal einen Anfang gehabt haben muß: „eine unendliche Zahl von Ursachen, die sich bereits an einander gereiht haben soll, ist schon darum undenkbar, weil sie die Unzahl als abgezählt voraus setzt". Also eine Endursache erwiesen.

Die zweite Folgerung ist „das Gesetz der bestimmten Anzahl: „die Häufung des Identischen irgend einer realen Gattung von Selbständigkeiten ist nur als Bildung einer bestimmten Zahl denkbar". Nicht nur die vorhandene Zahl der Weltkörper muß in jedem Zeitpunkt eine an sich bestimmte sein, sondern auch die Gesammtzahl aller in der Welt existirenden kleinsten selbständigen Theile der Materie. Letztere Nothwendigkeit ist der wahre Grund, warum keine Zusammensetzung ohne Atome gedacht werden kann. Alle wirkliche Getheiltheit hat stets eine endliche Bestimmtheit und muß sie haben, wenn nicht der Widerspruch der abgezählten Unzahl eintreten soll. Nicht nur muß aus demselben Grund die bisherige Anzahl der Umläufe der Erde um die Sonne eine bestimmte, wenn auch nicht angebbare, sein, sondern alle periodischen Naturprozesse müssen irgend einen Anfang gehabt haben, und alle Differenzenbildung, alle Mannichfaltigkeiten der Natur, die einander folgen, müssen in einem sich selbst gleichen Zustand wurzeln. Dieser kann ohne Widerspruch von Ewigkeit her existirt haben, aber auch diese Vorstellung wäre ausgeschlossen, wenn die Zeit an sich selbst aus realen Theilen bestände und nicht vielmehr blos durch die ideelle Setzung der Möglichkeiten von unserm Verstand nach Belieben eingetheilt würde. Mit dem realen und in sich unterschiedenen Zeitinhalt hat es eine andre Bewandtniß; diese wirkliche Erfüllung der Zeit mit unterscheidbar gearteten Thatsachen und die Existenzformen dieses Bereichs gehören eben, ihrer Unterschiedenheit wegen, den Zählbaren an. Denken wir uns einen Zustand, der ohne Veränderungen ist und in seiner Sichselbstgleichheit gar keine Unterschiede der Folge darbietet, so verwandelt sich auch der speciellere Zeitbegriff in die allgemeinere Idee des Seins. Was die Häufung einer leeren Dauer bedeuten solle, ist gar nicht erfindlich. — Soweit Herr Dühring, und er ist nicht wenig erbaut von der Bedeutung dieser Entdeckungen. Er hofft zunächst, daß man sie „mindestens nicht als eine geringfügige Wahrheit ansehn" wird; später aber heißt es: „Man erinnere sich der höchst einfachen Wendungen, mit denen wir den Unendlichkeitsbegriffen und deren Kritik zu einer bisher ungekannten Tragweite verholfen haben ... die durch die gegenwärtige Verschärfung und Vertiefung so einfach gestalteten Elemente der universellen Raum- und Zeitauffassung."

Wir haben verholfen! Gegenwärtige Vertiefung und Verschärfung! Wer sind wir, und wann spielt unsre Gegenwart? Wer vertieft und verschärft?

„Thesis. Die Welt hat einen Anfang in der Zeit, und ist dem Raum nach auch in Gränzen eingeschlossen. — Beweis: Denn man nehme an, die Welt habe der Zeit nach keinen Anfang, so ist bis zu jedem gegebnen Zeitpunkt eine Ewigkeit abgelaufen, und mithin eine unendliche Reihe auf einander folgender Zustände der Dinge in der Welt verflossen. Nun besteht aber eben darin die Unendlichkeit einer Reihe, daß sie durch successive Synthesis niemals vollendet sein kann. Also ist eine unendliche verflossene Weltreihe unmöglich, mithin ein Anfang der Welt eine nothwendige Bedingung ihres Daseins, welches zuerst zu beweisen war. — In Ansehung des Zweiten nehme man wiederum das Gegentheil an, so wird die Welt ein unendliches gegebenes Ganzes von zugleich existirenden Dingen sein. Nun können wir die Größe eines Quantums, welches nicht innerhalb gewisser Gränzen jeder Anschauung gegeben wird, auf keine Art als nur durch die Synthese der Theile, und die Totalität eines solchen Quantums nur durch die vollendete Synthese oder durch wiederholte Hinzusetzung der Einheit zu sich selbst gedenken. Demnach, um sich die Welt, die alle Räume erfüllt, als ein Ganzes zu denken, müßte die successive Synthese der Theile einer unendlichen Welt als vollendet angesehn, d. i. eine unendliche Zeit müßte, in der Durchzählung aller coexistirenden Dinge, als abgelaufen angesehen werden, welches unmöglich ist. Demnach kann ein unendliches Aggregat wirklicher Dinge nicht als ein gegebenes Ganzes, mithin auch nicht als zugleich gegeben angesehn werden. Eine Welt ist folglich der Ausdehnung im Raum nach nicht unendlich, sondern in ihre Gränzen eingeschlossen, welches das Zweite (zu beweisen) war".

Diese Sätze sind buchstäblich kopirt aus einem wohlbekannten Buch, welches im Jahr 1781 zuerst erschien, und betitelt ist: Kritik der reinen Vernunft, von Immanuel Kant, wo männiglich sie nachlesen kann im ersten Theil, zweite Abtheilung, zweites Buch, zweites Hauptstück, zweiter Abschnitt: Erste Antinomie der reinen Vernunft. Herrn Dühring gehört hiernach lediglich der Ruhm, den Namen: Gesetz der bestimmten Anzahl, auf einem von Kant ausgesprochenen Gedanken geklebt und die Entdeckung gemacht zu haben, daß einmal eine Zeit war, wo es noch keine Zeit gab, wohl aber eine Welt. Für alles Uebrige, also für Alles was in Herrn Dühring's Auseinandersetzung noch einigen Sinn hat, sind „Wir" — Immanuel Kant, und die „Gegenwart" ist nur 95 Jahre alt. Allerdings „höchst einfach"! Merkwürdige „bisher ungekannte Tragweite"!

Nun stellt aber Kant obige Sätze keineswegs als durch seinen Beweis erledigt auf. Im Gegentheil; auf der gegenüberstehenden Seite behauptet und beweist er das Entgegengesetzte: daß die Welt nach der Zeit keinen Anfang und nach dem Raum kein Ende habe; und darin setzt er gerade die Antinomie, den unlösbaren Widerspruch, daß das Eine ebenso beweisbar ist, wie das Andere. Leute von geringerem Kaliber wären vielleicht dadurch etwas bedenklich geworden, daß „ein Kant" hier eine unlösbare Schwierigkeit fand. Nicht so unser kühner Verfertiger „von Grund aus eigenthümlicher Ergebnisse und Anschauungen": was ihm von Kant's Antinomie dienen kann, schreibt er unverdrossen ab und wirft den Rest bei Seite.

Die Sache selbst löst sich sehr einfach. Ewigkeit in der Zeit, Unendlichkeit im Raum, besteht schon von vorn herein und dem einfachen Wortsinne nach darin, nach keiner Seite hin ein Ende zu haben, weder nach vorn oder nach hinten, nach oben oder nach unten, nach rechts oder nach links. Diese Unendlichkeit ist eine ganz andre als die einer unendlichen Reihe, denn diese fängt von vorn herein immer mit Eins, mit einem ersten Gliede an. Die Unanwendbarkeit dieser Reihenvorstellung auf unsern Gegenstand zeigt sich sofort, wenn wir sie auf den Raum anwenden. Die unendliche Reihe, in's Räumliche übersetzt, ist die von einem bestimmten Punkt in bestimmter Richtung in's Unendliche gezogene Linie. Ist damit die Unendlichkeit des Raums auch nur entfernt ausgedrückt? Im Gegentheil, es gehören allein sechs von diesem einen Punkt in dreifach entgegengesetzten Richtungen aus gezogne Linien dazu, um die Dimensionen des Raums zu begreifen; und dieser Dimensionen hätten wir hiernach sechs. Kant sah dies so gut ein, daß er seine Zahlenreihe auch nur indirekt, auf einem Umweg, auf die Räumlichkeit der Welt übertrug. Herr Dühring dagegen zwingt uns zur Annahme von sechs Dimensionen im Raum, und hat gleich nachher nicht Worte der Entrüstung genug über den mathematischen Mysticismus von Gauß, der sich nicht mit den gewöhnlichen drei Raumdimensionen begnügen wollte.

Auf die Zeit angewandt, hat die nach beiden Seiten endlose Linie oder Reihe von Einheiten einen gewissen bildlichen Sinn. Stellen wir uns aber die Zeit als eine von Eins an gezählte, oder von einem bestimmten Punkt ausgehende Linie vor, so sagen wir damit von vorn herein, daß die Zeit einen Anfang hat: wir setzen voraus, was wir gerade beweisen sollen. Wir geben der Unendlichkeit der Zeit einen einseitigen, halben Charakter; aber eine einseitige, eine halbirte Unendlichkeit ist auch ein Widerspruch in sich — das gerade Gegentheil von einer „widerspruchslos gedachten Unendlichkeit". Ueber diesen Widerspruch kommen wir nur hinaus, wenn wir annehmen, daß die Eins, mit der wir anfangen die Reihe zu zählen, der Punkt, von dem aus wir die Linie weiter messen, eine beliebige Eins in der Reihe, ein beliebiger Punkt in der Linie sind, von denen es für die Linie oder Reihe gleichgültig ist, wohin wir sie verlegen.

Aber der Widerspruch der „abgezählten unendlichen Zahlenreihe"? Wir werden im Stande sein ihn näher zu untersuchen, sobald Herr Dühring uns das Kunststück vorgemacht haben wird, sie abzuzählen. Wenn er es fertig gebracht hat von $-\infty$ (minus Unendlich) bis Null zu zählen, dann mag er wiederkommen. Es ist ja klar, daß, wo auch immer er anfängt zu zählen, er eine unendliche Reihe hinter sich läßt und mit ihr die Aufgabe, die er lösen soll. Er kehre nur seine eigne unendliche Reihe $1+2+3+4\ldots.$ um und versuche, vom unendlichen Ende wieder nach Eins zu zählen; es ist augenscheinlich der Versuch eines Menschen der gar nicht sieht, worum es sich handelt. Noch mehr. Wenn Herr Dühring behauptet, die unendliche Reihe der verflossenen Zeit sei abgezählt, so behauptet er damit, daß die Zeit einen Anfang hat; denn sonst könnte er ja gar nicht anfangen „abzuzählen". Er schiebt also wieder als Voraussetzung unter, was er beweisen soll. Die Vorstellung der abgezählten unendlichen Reihe, mit andern Worten, das weltumspannende Dühring'sche Gesetz der bestimmten Anzahl, ist also eine contradictio in adjecto, enthält einen Widerspruch in sich selbst, und zwar einen absurden Widerspruch.

Es ist klar: die Unendlichkeit, die ein Ende hat, aber keinen Anfang, ist nicht mehr und nicht weniger unendlich, als die, die einen Anfang hat, aber kein Ende. Die geringste dialektische Einsicht hätte Herrn Dühring sagen müssen, daß Anfang und Ende nothwendig zusammengehören, wie Nordpol und Südpol, und daß, wenn man das Ende wegläßt, der Anfang eben das Ende wird — das eine Ende, das die Reihe hat; und umgekehrt. Die ganze Täuschung wäre unmöglich ohne die mathematische Gewohnheit mit unendlichen Reihen zu operiren. Weil man in der Mathematik vom Bestimmten, Endlichen ausgehn muß, um zum Unbestimmten, Endlosen zu kommen, so müssen alle mathematischen Reihen, positive oder negative, mit Eins anfangen, sonst kann man nicht damit rechnen. Das ideelle Bedürfniß des Mathematikers ist aber weit davon entfernt, ein Zwangsgesetz für die reale Welt zu sein.

Uebrigens wird Herr Dühring es nie fertig bringen sich die wirkliche Unendlichkeit widerspruchslos zu denken. Die Unendlichkeit ist ein Widerspruch, und voll von Widersprüchen. Es ist schon ein Widerspruch, daß eine Unendlichkeit aus lauter Endlichkeiten zusammengesetzt sein soll, und doch ist dies der Fall. Die Begrenztheit der materiellen Welt führt nicht weniger zu Widersprüchen als ihre Unbegrenztheit und jeder Versuch, diese Widersprüche zu beseitigen, führt, wie wir gesehen haben, zu neuen und schlimmeren Widersprüchen. Eben weil die Unendlichkeit ein Widerspruch ist, ist sie unendlicher, in Zeit und Raum ohne Ende sich abwickelnder Prozeß. Die Aufhebung des Widerspruchs wäre das Ende der Unendlichkeit. Das hatte Hegel schon ganz richtig eingesehn, und behandelt daher auch die über diesem Widerspruch spintisirenden Herren mit verdienter Verachtung.

Gehen wir weiter. Also, die Zeit hat einen Anfang gehabt. Was war vor diesem Anfang? Die in einem sich selbst gleichen, unveränderlichen Zustand befindliche Welt. Und da in diesem Zustand keine Veränderungen auf einander folgen, so verwandelt sich auch der speciellere Zeitbegriff in die allgemeinere Idee des Seins. Erstens geht es uns hier gar nichts an, welche Begriffe sich im Kopf des Hern Dühring verwandeln. Es handelt sich nicht um den Zeitbegriff, sondern um die wirkliche Zeit, die Herr Dühring so wohlfeilen Kaufs keineswegs los wird. Zweitens mag sich der Zeitbegriff noch so sehr in die allgemeinere Idee des Seins verwandeln, so kommen wir damit keinen Schritt weiter. Denn die Grundformen alles Seins sind Raum und Zeit, und ein Sein außer der Zeit ist ein ebenso großer Unsinn, wie ein Sein außerhalb des Raums. Das Hegel'sche „zeitlos vergangne Sein" und das neuschelling'sche „unvordenkliche Sein" sind rationelle Vorstellungen verglichen

mit diesem Sein außer der Zeit. Darum geht Herr Dühring auch sehr behutsam zu Werke: eigentlich ist es wohl eine Zeit, aber eine solche, die man im Grunde keine Zeit nennen kann: die Zeit besteht ja nicht an sich selbst aus realen Theilen und wird blos von unserm Verstand nach Belieben eingetheilt — nur eine wirkliche Erfüllung der Zeit mit unterscheidbaren Thatsachen gehört dem Zählbaren an — was die Häufung einer leeren Dauer bedeuten soll, ist gar nicht erfindlich. Was diese Häufung bedeuten soll ist hier ganz gleichgültig; es fragt sich, ob die Welt, in dem hier vorausgesetzten Zustand, dauert, eine Zeitdauer durchmacht? Daß nichts dabei herauskommt eine solche inhaltlose Dauer zu messen, ebensowenig wie dabei, in den leeren Raum zwecklos und ziellos hinauszumessen, das wissen wir längst, und Hegel nennt ja auch, gerade wegen der Langweiligkeit dieses Verfahrens, diese Unendlichkeit die schlechte. Nach Herrn Dühring existirt die Zeit nur durch die Veränderung, nicht die Veränderung in und durch die Zeit. Eben weil die Zeit von der Veränderung verschieden, unabhängig ist, kann man sie durch die Veränderung messen, denn zum Messen gehört immer ein von dem zu messenden Verschiedenes. Und die Zeit, in der keine erkennbaren Veränderungen vorgehn, ist weit entfernt davon, keine Zeit zu sein; sie ist vielmehr die reine, von keinen fremden Beimischungen afficirte, also die wahre Zeit, die Zeit als solche. In der That, wenn wir den Zeitbegriff in seiner ganzen Reinheit, abgetrennt von allen fremden nnd ungehörigen Beimischungen erfassen wollen, so sind wir genöthigt, alle die verschiednen Ereignisse, die neben und nach einander in der Zeit vor sich gehn, als nicht hieher gehörig bei Seite zu setzen und uns somit eine Zeit vorzustellen, in der Nichts passirt. Wir haben damit also nicht den Zeitbegriff in der allgemeinen Idee des Seins untergehn lassen, sondern wir sind damit erst beim reinen Zeitbegriff angekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Moral der dritten Lesung. Unter diesem Titel bringt die Berliner „Volkszeitung" einen Artikel, der treffend hervorhebt, was von den Gründen einer dreimaligen Lesung der Gesetzesvorlagen im Reichstag zu wissen, von dem Verhalten der Volksvertreter bei allen drei Lesungen zu verlangen ist. Es soll die wiederholte Lesung Anlaß geben zu einer gründlichen Bekanntschaft der Abgeordneten mit den zur Beschlußfassung unterbreiteten Gesetzesvorlagen. In der That aber sahen wir bei dem Compromiß wieder, daß die dritte Lesung besonders für die Nationalliberalen dazu da zu sein scheint, nicht ihr Urtheil zu klären und zu festigen, sondern ihnen nur als eine Gelegenheit gilt, ihre Auseinandersetzungen über das, was sie für gut und recht halten, für die Praxis zu widerrufen und ihre früheren Aeußerungen für nur theoretische zu erklären. Die angeführte Zeitung schließt mit den treffenden Worten, die wir nicht zögern, vollständig zu unterschreiben:

„Um der Moral dieser Geschichte noch die Krone aufzusetzen, treten die Herren jetzt noch vor die deutsche Nation hin und behaupten: wir haben zwar in der zweiten Lesung Ansichten geäußert, aber haben es gar nicht ernst gemeint, dafür einzustehen! Wir haben bereits in der zweiten Abstimmung uns vorbehalten, in der dritten davon abzufallen!"

Während wir dieses schreiben, geben wir uns der Hoffnung hin, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes in umfangreichster Weise seine Mißbilligung bei den diesmaligen Wahlen am 10. Dezember ausgesprochen haben wird.

— Aussicht auf Vermehrung der Ausgaben für „Kriegs-Culturzwecke". Dem „Pfälzer Kurier" wird von hier geschrieben: „In militärischen Kreisen soll viel davon die Rede sein, den hiesigen Platz, der wegen seiner Lage am Rhein und Neckar, in der Nähe der französischen Grenze, von strategischer Bedeutung ist, mit Festungswerken zu versehen. Wir wissen nicht, ob Mannheim sich zu einer rheinischen Festung eignen würde, und ob es nothwendig ist, uns zur Erhaltung des Friedens und zu unserer Sicherheit noch mehr zu rüsten; aber daß der erste Spatenstich zu Vorwerken und Wällen für unseren Handel und unsere Industrie von verhängnißvollen Folgen sein würde, liegt auf der Hand, und wir können deshalb auch nicht glauben, daß unsere Regierung geneigt sein möchte, zur Ausführung des gedachten militärischen Projektes die Hand zu bieten." Ja, wenn aber die gedachte Befestigung „im nationalen Interesse" für nothwendig erkannt wird, wie dann, reichsfreundlicher Kurier?

— Zur Briefstieberei. Die nationalliberale „Weser-Zeitung" enthält folgende Zuschrift: Das nach Frankreich correspondirende Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, Briefe gut zu verschließen, indem zwei Briefe des Unterzeichneten, die hier gut verschlossen abgegeben, dem Empfänger in Frankreich eröffnet abgeliefert sind und dem Letzteren auf seine Reklamation einfach die Antwort geworden ist: „Diese Briefe wären in Deutschland geöffnet worden!" Commentar überflüssig.

— Der Säbel haut! Der „Fr. Ztg." wird unterm 6. d. aus Marburg geschrieben: „In der jüngsten Neujahrsnacht hat in dem nahen Dorfe Ockershausen eine blutige Säbel-Affaire stattgefunden. In einem dortigen Tanzlokal hatten nämlich sechs Jäger von der hiesigen Garnison mit umgeschnalltem Hirschfänger getanzt und durch das Gebaumel der letzteren die übrigen Tänzer belästigt. Diese forderten deshalb die Jäger auf, ihre Seitengewehre während des Tanzens abzulegen und da Letztere sich dessen weigerten, so hielt der Wirth es für das Gerathenste, zur Vermeidung von Raufereien die Jäger aus seinem Lokale auszuweisen. Hierüber erbittert, geriethen dieselben auf dem Heimweg nahe vor dem Dorfe mit einem Bauernburschen in Streit, und als auf dessen Hilferuf sein Bruder und noch ein Bauer herbeieilten, zogen die Jäger blank, spalteten dem Letzteren den Schädel, so daß derselbe in der hiesigen Klinik seinen Wunden erlegen ist, und verletzten auch die anderen Beiden schwer." — In China dürfen die Soldaten außer Dienst nicht mit Waffen erscheinen; — ach, was sind wir doch gegen diese Barbaren für eine „cultivirte" Nation!

— Ein beachtenswerthes Bekenntniß aus dem Munde des nationalliberalen Gymnasialdirektors Eben in Birkenfeld in Oldenburg ist werth, daß wir von ihm Akt nehmen. Es lautet: „Es ist nicht zu bestreiten, daß die nationalliberalen Reichstagsabgeordneten gesündigt, dies muß denselben aber nur unter vier Augen vorgehalten, nicht aber in die Oeffentlichkeit gebracht werden." S' ist erstaunlich, was der Herr Gymnasialprofessor für erfolgreiche Studien in der Logik gemacht hat! Die Sünden der Volksvertreter, deren Thätigkeit doch die „öffentlichste" Angelegenheit ist, die man sich denken kann, dürfen nur in traulicher Unterhaltung und unter vier Augen denselben vorgehalten werden! Wenn wir bedenken, welchen Einfluß die Direktion eines Gymnasium auf Geistes- und Charakterentwicklung der ihr anvertrauten Zöglinge ausüben kann, so möchten wir wohl fragen, was soll aus diesen Knäblein werden? Was für Männer, was für Bürger, wenn sie in ihr späteres Leben derartige Anschauungen über Bürgerpflichten und Bürgerrechte mitbringen?

— Tessendorf an der Arbeit. Auf Requisition des Berliner Stadtgerichts fand gestern Vormittag in der Expedition der „Berliner Freie Presse" seitens eines Polizeibeamten die Confiskation der Bebel'schen Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage von 1874 bis 1876" statt. Es wurden nur 12 Exemplare beschlagnahmt, da bereits die zweite Auflage vorbereitet wurde. — Zweck: zu beweisen, daß wir Wahlfreiheit haben.

— Von Zeit zu Zeit hört man die Schwarzen gern! Nämlich wenn man sich ein wenig amüsiren will und zusehen, wie sie, besonders in ihren Wahlaufrufen, ihre schwarzen Grundsätze, mit einigen freiheitlichen und volksthümlichen Phrasen gewürzt, dem arglosen Volke als gesunde Speise auftragen. Vor uns liegt im Augenblick der Wahlaufruf der „Duisburger Volkszeitung" für ihren Candidaten v. Schorlemer-Alst. Mit Recht heben sie hervor, daß der 10. Januar in einem ziemlich langen Zeitraum der einzige Tag ist, an welchem das Volk spricht, mit Recht sind sie überzeugt, daß manches Bestehende aufgehoben werden, manches Neue geschaffen werden muß. Sie verurtheilen ebenso wie wir, nur aus zum großen Theil anderen Gründen, den Culturkampf. Sie constatiren den Verfall von Handel und Gewerbe, die gedrückte Lage der Arbeiter, die stete Erhöhung der Steuern — aber die Sache hat auch ihre Kehrseite. „Der christliche Charakter der Schule wird täglich mehr gefährdet, indem man der Kirche, der Mutter der Schule, ihren Einfluß auf dieselbe schmälert!

Wir stehen keinen Augenblick an, zuzugeben, daß die Kirche zur Entwicklung unseres Schul- und Erziehungswesens beigetragen hat; wir meinen aber, die Einrichtung von Schulen sei einerseits älter als die christliche Kirche, und erlauben uns auch andererseits die Warnung, den kirchlichen Einfluß, besonders den der Klöster, nicht zu überschätzen. In dem Werke von Professor Georg Voigt über das Zeitalter der Reformation erhalten wir dafür die vollgiltigsten Belege. Ungeheuer groß aber und nicht zu übersehen ist der faktische Schaden, den die wissenschaftliche Bildung der Geister durch kirchliche Machtgebote, durch Gewaltmaßregeln, als da sind Tortur und Scheiterhaufen, erfuhr: dadurch ist gewiß die Verstandesentwicklung der Menschheit nicht gefördert, sondern Jahrzehnte zurückgeworfen worden. Wie viele Forscher nach Wahrheit sind die blutigen Opfer des kirchlichen Fanatismus geworden; wie mancher große, fördernde Gedanke ist sicher auch verschwiegen worden aus Furcht vor dem rächenden Arm der Inquisition und der Gewaltthätigkeit ihrer Organe!

Daß auch das Licht, welches die consequentesten Forscher der Gegenwart der Menschheit zu Nutz und Frommen anstecken, den geistlichen Herren unserer Tage nicht gefällt, ist eine offenkundige Thatsache, für die Gründe anzuführen nichts Anderes hieße, als Wasser in's Meer tragen. Aber der Wahlaufruf der Duisburger Klerikalen selbst giebt uns einen vollgiltigen Beweis dafür, wenn er in einem Athem die beiden sich ausschließenden Forderungen aufstellt: „Freiheit des Unterrichts, — Erhaltung der christlich-confessionellen Schulen." Entweder ist der Unterricht auch frei vom Zwange jeder Confession, oder die Freiheit des Unterrichts hat ein bedenkliches Loch!

Wir sind auch sehr überzeugt, daß die Kirche wohl den Begriff der Freiheit recht sehr modifiziren und beschränken würde, wenn sie das Glück haben sollte, wieder in eine neue Machtphase einzutreten in unserem Staatsleben.

Aus diesen Gründen: weil die Klerikalen es mit der Freiheit nicht ernst und ehrlich meinen, ist ein gewaltiger Unterschied zwischen uns und ihnen zu constatiren, der auch nicht dadurch getilgt wird, wenn Jene aus taktischen Gründen, um die Stimmen des Volkes zu fangen, volksfreundliche Phrasen drechseln, noch auch dadurch, daß wir nicht gegen sie stimmen, weil sie Ultramontane sind (wir sind eben keine Culturkämpfer im Bismarck'schen Sinne), und vernünftige Vorschläge, aus ihrer Mitte gemacht, uns ebenso lieb sind, als wenn sie von irgend einer andern Seite kommen.

— Dem wollen wir uns widersetzen! In der „Süddeutschen Post" lesen wir: In der „Augsburger Abendzeitung" läßt der Abgeordnete Völk eine Reihe von Artikeln zur Rechtfertigung des Compromisses von Stapel. Bei der zweiten Lesung sprach der „schwäbische Heiland" ganz anders. Er erzählte einen drastischen Fall, den bekannten Fall des Herrn von Gerlach, und sagte dann: „Wenn Sie, meine Herren, die Preßvergehen nicht vor die Schwurgerichte verweisen und auf jene Rechtsauffassung eingehen, nach welcher Herr von Gerlach vor ein Gericht, ich weiß nicht wo in Polen, gestellt worden ist, — wenn Sie, meine Herren, diese beiden Grundsätze componiren, so wird in Zukunft jedes periodische und nicht periodische Preßprodukt, es wird ein Theil unserer Kunstwerke der Rechtsprechung von 3 oder 5 Männern in irgend einem Winkel von Deutschland, den die Verwaltung heraussuchen kann, unterworfen sein. „Dem wollen wir uns widersetzen!" sagte Völk mit ungeheurem Muthe, „Wir haben es nicht für möglich gehalten, daß man derartige Dinge machen könne!" fügte Völk mit vornehmem Aplomb hinzu. Und am Ende im entscheidenden Momente hat Völk selbst die bewußten beiden Grundsätze componirt und damit der Presse den Strick um den Hals gedreht! „Dem, meine Herren, wollen wir uns widersetzen!"

— Das seiner Zeit von uns berichtete polizeiliche Verbot des Anschlagens von klerikalen Wahlaufrufen in München hat die Ultramontanen zur Beschwerdeführung veranlaßt, weil sie, und mit Recht, in solchem Verfahren eine schwere Beeinträchtigung der Freiheit der öffentlichen Meinung sehen. Als Gründe des Ukases wurden „Entstellung von Thatsachen", „Angriffe auf die Regierung" u. dgl. m. angegeben. Ueber den Erfolg der Beschwerdeführung geben wir uns keinen Illusionen und eitlen Hoffnungen hin.

— Nachträgliches über den Wahlkampf. Aus Breslau, 7. Januar, schreibt man der „Frankfurter Zeitung": Der Kampf ist auf der ganzen Linie entbrannt, das Feldgeschrei bilden die Namen der Candidaten, die sich um die Ehre bewerben, Breslau im Reichstag zu vertreten. Je näher der Tag rückt, an dem die große Schlacht entschieden werden soll, um so größere Dimensionen nimmt die Agitation an, um so erregter wird auch die Bevölkerung. Vierzehn von den kämpfenden Parteien

Herr v. Puttkammer.

(Fortsetzung.)

v. Puttkammer wandte sich, Recht suchend, an den Thron an den obersten Kriegsherrn. Er erhielt Gnade, d. h. Erlaß seiner Strafe, und seine — Entlassung. Dafür konnte ein Mann wie er nicht dankbar sein. Die Strafe hatte er nicht verdient, die Gnade mußte nur wie Hohn seine Bitterkeit steigern. Die königl. Kabinetsordre, welche seine Entlassung aussprach, war nicht contrasignirt, also verfassungswidrig und ungiltig. v. Puttkammer protestirte dagegen, fuhr fort seine Titel zu führen und als das Kriegsministerium gegen ihn klagend einschritt, hatte er die Genugthuung, daß das Gericht ihn zur Führung der Titel berechtigt erklärte. Die königl. Kabinetsordre führte zu neuen Conflikten; v. Puttkammer fuhr fort, sein Recht zu fordern, aus dem Kabinet des Königs erhielt er den Bescheid, daß seine Petitionen hinfort unbeantwortet bleiben würden; er bezeichnete diesen Bescheid als eine — neue Verfassungsverletzung. Jedem Preußen stehe das Petitionsrecht verfassungsmäßig zu, und solle dieses Recht keine Farce sein, dann müsse auf jede Petition auch ein Bescheid ertheilt werden. — Immer weiter spann sich der Conflikt, v. Puttkammer wandte sich noch einmal, und zwar nach dem durch seine Entlassung herbeigeführten Tode seines Vaters, an den König, setzte ihm in warmen Worten auseinander, daß ihn das Verfahren der Militärbehörden des Vaters und der Anstellung beraubt und ihn an den Bettelstab gebracht. Wiederholt forderte er eine neue Untersuchung — sein Recht. Ein Gnadengeschenk aus der königlichen Chatoulle war die Antwort hierauf; v. Puttkammer schickte es sofort zurück, da er nicht gebettelt, sondern nur sein Recht gefordert. — Weiter wurde Herrn v. Puttkammer die Pension als schleswig-holsteinischer Offizier verweigert. Nach unendlichen Anstrengungen bei allen möglichen Behörden, die ihm wieder eine Menge Feinde zuzogen, gelang es ihm, seine Pensions-Ansprüche durchzusetzen.

Der Schwiegervater des Fürsten Bismarck besaß große Güter, die an die Familie Puttkammer gefallen wären. Im Jahre 1867 wurden sämmtliche hinterpommersche Lehngüter gegen ungemein billige Ablösung in festes Eigenthum verwandelt. Frau v. Bismarck, die bei der Erbauseinandersetzung fast leer ausgegangen wäre, erhielt gegen eine kleine Ablösung drei Güter*) und Herr v. Puttkammer ging bei dem Handel leer aus. Nun fand er aber nachträglich eine alte Urkunde, eine feierliche Erklärung Friedrich Wilhelms II., wonach die große Mehrzahl dieser hinterpommerschen Güter und auch das des Schwiegervaters des Herrn v. Bismarck Erbeigenthum im vorigen Jahrhundert geworden waren. Das Gesetz von 1867 konnte sich auf die Puttkammer'schen Güter nicht mehr erstrecken, die Frau des Reichskanzlers sie auch nicht erwerben — weder durch Ablösung noch durch Erbschaft. Da Friedrich Wilhelm II. sein königliches Wort für sich und seine Erben gegeben, daß an diesen Eigenthumsverhältnissen nicht gerüttelt werden sollte, wandte sich v. Puttkammer, da ihm keine andere Instanz blieb, mit seiner Klage wieder an den König bez. den Kaiser und erinnerte ihn an das Wort seines Vorfahren.

Inzwischen hatte ihn ein Schwindler, v. Köller, um sein eigenes Gut gebracht; v. Köller saß mit seinem Raube in Berlin nnd hätte noch festgehalten werden können, wenn die Staatsanwaltschaft sofort den Anträgen v. Puttkammer's entsprochen und die Verhaftung bewirkt hätte. Als der Verhaftsbefehl endlich erlassen wurde, war v. Köller über alle Berge.

Das Puttkammer'sche Gut Damerkow, das auf den Namen des h. Köller übergegangen war, stand zur Subhastation, v. Puttkammer hätte es leicht wieder erwerben können, da beging das Gericht Bütow, wenn wir nicht irren, das „Versehen", ihm über die eingetragenen Gläubiger unrichtige Angaben zu machen. Das „Versehen" setzte ihn außer Stand, rechtzeitig ein Abkommen zu treffen, bez. das nöthige Geld zu beschaffen. Das Gut ging Herrn v. Puttkammer durch das „Versehen" des Gerichts verloren.

Wir könnten noch ganze Nummern des „Vorwärts" füllen, wenn wir über die Kämpfe des Herrn v. Puttkammer mit Militär- und Civilbehörden eine auch nur halbwegs vollständige Skizze liefern wollten. Die Leser müssen sich mit unseren Andeutungen begnügen. Ein Moment in der Geschichte müssen wir noch an dieser Stelle erwähnen. Herrn v. Puttkammer war eine Urkundenfälschung vorgeworfen worden. Ein Brief von ihm giebt uns darüber folgenden Aufschluß:

„Hier zunächst über die Fälschungsgeschichte das Genaueste. Es war diese Geschichte für Friedel der Punkt, den er gescheit benutzte, um davon auszugehen. Also: Mein Bruder hatte mir, von einer Forderung, die er an mein früheres, in Subhastation, Röller's Schulden an Zinsen halber, befindliches Gut Damerkow hatte, eine Summe von circa 750 Thlr., die er mir verschuldete und nicht bezahlen konnte, abcedirt; ich aber hatte meiner Berliner Wirthin — für Logis und Kost ꝛc. während jener traurigen Zeit — eine Rechnung von einigen Hundert Thalern zu bezahlen. So bot ich ihr an, die Forderung an Damerkow ihr dafür abzutreten, wenn sie mir weiteren Kredit gäbe, resp. baar herauszahlte, was sie dadurch mehr erhielte. Sie war damit einverstanden. Doch gebrauchte sie bald darauf, ehe ich noch formell cedirt hatte, Geld, und dachte daran, die Forderung, die sehr sicher war, aber erst beim Kaufgelder-Vertheilungstermin ausgezahlt werden konnte, gegen Baar weiter zu verkaufen. Eine Frau von Rohr, angeblich Dame, aber in der That Dirne, die im Hause wohnte, vermittelte bei einer ihrer angeblichen Verwandten, einer Frau von Rochow, auch angeblich Dame, von der ich wußte, daß sie Wuchergeschäfte machte, für meine Wirthin einen Verkauf der Forderung an Damerkow. Meine Wirthin verlangte nun die Cession derselben direkt an Frau von Rochow von mir. Ich kam dem bei einem Rechtsanwalt nach, erhielt von meiner Wirthin Quittung und war also ex nexu. Indeß traute ich der Sache nicht, weil die Rohr durchaus die beiden Cessionsinstrumente haben wollte, um sie der Rochow zu bringen. Ich ging daher mit denselben selbst zu Letzterer nebst Vollmacht meiner Wirthin zur Empfangnahme der Valuta. Aber diese Rochow empfing mich mit der Erklärung, daß sie augenblicklich kein Geld hätte. Ich war natürlich ärgerlich über diese Betrügerei — anders ließ es sich gar nicht bezeichnen — und gab die Papiere nicht heraus. Es ist klar, daß, wollte meine Wirthin nun anderweit die Forderung verkaufen, diese Rochow „cediren" mußte, dann meine Cession auf sie galt und war gar nicht ungeschehen zu machen. Doch gab es noch eine Art, aus der Klemme zu kommen: meine Wirthin mußte warten und die Rochow mußte die Forderung auf ihren Namen erheben lassen, das Geld aber meiner Wirthin sicherstellen. Die Rochow war

*) Von Mitgliedern der Petitionscommission des Reichstags ist mir auf's Bestimmteste versichert worden, keins dieser Lehnsgüter sei in den Besitz der Familie Bismarck übergegangen. Ich fühle mich verpflichtet, dies hier mitzutheilen. Dieser Punkt muß aufgeklärt werden.

W. Liebknecht.

abgehaltene Versammlungen — innerhalb eines Zeitraums von 3 Tagen — mehr kann Niemand verlangen. Wenn den Sozialisten kein anderes Verdienst beigemessen werden könnte, das eine müßte man ihnen lassen, sie gehen den anderen Parteien mit dem besten Beispiele voran, und ihnen wird es zu verdanken sein, wenn man mit Stolz auf die starke Betheiligung an den Wahlen wird hinweisen können. Die Sozialdemokraten haben seit Monaten hier ihre Fahnen mit der Devise: „Auf zur Wahl" entfaltet und es kann nicht mehr geleugnet werden, daß die Massen, welche sich um diese Fahnen schaaren, immer ansehnlicher werden. Von der Partei der Auchdemokraten kann man dies nicht behaupten. Der „alte Stein" hat in gestern abgehaltener Versammlung ein klägliches Fiasko gemacht. Man hätte wohl erwarten dürfen, daß der genannte Candidat, der bei den Nationalliberalen persona gratissima ist und der, wie schon früher erwähnt, in den letzten Jahren sich als alles Andere eher, denn als Demokrät bewiesen, über die Stellung, welche er zu den im Vordergrunde stehenden politischen Fragen einnehme, sich des Weiteren verbreiten würde. Doch er wies nur darauf hin, daß er 40 Jahre Breslauer Bürger, im Jahre 1848 sich „gewisse" Verdienste erworben habe, daß er treu stehe zu Kaiser und Reich, treu ergeben sei und mit inniger Liebe dem „großen Staatsmanne" anhänge. Im Uebrigen sei seine Parteistellung bekannt. Was will man noch mehr? Aber den anwesenden Sozialisten — und auch Anderen — genügte es nicht. Von zwei Führern derselben interpellirt, ob auch er die weiteren Lohnherabsetzungen für gerechtfertigt hielte (in dem von ihm redigirten Blatte war dies geschehen), antwortete Herr Stein, daß er nicht antworten wolle; er verzichte darauf, von den Sozialisten gewählt zu werden, ja er würde es nicht einmal gern sehen, wenn es geschehe. Uebrigens verlief die Versammlung sehr stürmisch, und zwar waren es die Fortschrittler, die durch wüstes Schreien und Toben die sozialistischen Redner am Weitersprechen hinderten.

— Bezüglich der Genfer Großrathswahlen schreibt uns Gesinnungsgenosse Steinberg: „Genf, 8. Januar. Ueber die gegenwärtig in schweizerischen Arbeiterkreisen so vielbesprochenen Genfer Großrathswahlen ist seitens des Bürger Wilhelm in Genf auch im „Vorwärts" eine Correspondenz erschienen, deren übertrieben optimistische Darstellungsweise auf das gebührende Maß zurückgeführt werden muß, sollen die genannten Wahlen nicht in falschem Lichte erscheinen und zu falschen Schlüssen führen. Am meisten wunderte mich bei jener Correspondenz, daß der Verfasser so weit ging, diesen „Erfolg" der Genfer Arbeiter zum Sporn für die deutschen Sozialisten zu machen. Die ganze Genfer Wahlaffaire wurde nämlich von Seiten der Comités des Grütli- und landespolitischen Vereins mit dem Comité der Radikalen bei einem Glase Wein ganz gemüthlich abgemacht in der Weise, daß die Radikalen sich verpflichteten, für 12 Arbeiterkandidaten zu stimmen, wofür die Arbeiter als Aequivalent etwa 100 Arbeiter wählen mußten — und so geschah es. Schreiber dieses, der von dieser Manipulation nichts wußte, fragte ein Mitglied des Grütlivereins, wie es denn käme, daß gar keine Versammlung abgehalten würde, während doch Arbeiterkandidaten aufgestellt seien? — O, das ist nicht nöthig, wir erhalten 12 Sitze, das ist schon abgemacht! war die Antwort. Also das Resultat agitatorischer Thätigkeit oder bedeutenden Klassenbewußtseins der Genfer Arbeiter sind diese Wahlen nicht. Die Radikalen fühlten die Sessel wanken — eine Folge ihres „Culturkampfes" — und die Arbeiter mußten als Stütze dienen, wofür sie dann 12 Gnadensitze erhielten (denn „aus Gnade sind wir gewählt", gestand selbst der jetzt zum Großrath avancirte Bürger Hoferer ein). — Wie also kommt Wilhelm zu dem Schlusse, die Genfer Wahlen den deutschen Sozialisten als Sporn zu empfehlen? Zwischen der Wahlagitation der Sozialisten in Deutschland und dem Wahlcompromiß der Arbeiter in Genf besteht doch ein kleiner Unterschied." — Eines eigenen Urtheils über die Angelegenheit enthalten wir uns vorläufig noch.

— Um die „Christenfreundlichkeit" Rußlands, wegen der Europa jetzt beständig vor der Eventualität eines Krieges steht, richtig zu beurtheilen, muß man sich nach der Behandlung umsehen, welche die Christen in Rußland selber erfahren. Und da können wir diesmal einen Zeugen aufrufen, der um so unverdächtiger ist, als es das stockrussische Blatt „Golos" selbst ist, das über die Behandlung der römisch-katholischen Unterthanen in Rußland einige Mittheilungen macht. „Es werden", so schreibt das genannte Blatt, „in diesem Augenblicke viele Personen von dem Staatsprokurator des Warschauer Gerichts verfolgt. Man forsche jetzt denjenigen nach, welche unter der Anklage stehen, daß sie ihre Kinder nach dem Ritus der römischen Kirche haben taufen lassen. Auf sie beziehe sich die Abtheilung 190 des Strafgesetzbuches, welche den Eltern sowie den Vormündern verbiete, ihre der orthodoxen (griechischen) Kirche angehörigen Kinder und Mündel in einer andern Kirche taufen zu lassen, bei Strafe von acht bis sechszehn Monaten Gefängniß. Außer diesen Verurtheilungen sind noch anderestrenge Maßregeln in Aussicht genommen. Beispielsweise kann der Staat sich der Kinder dieser Eltern bemächtigen und sie anderen Verwandten oder auch Freunden zur Erziehung im russisch-orthodoxen Glauben übergeben." — Und ein solcher Staat wagt es, der Türkei Intoleranz gegen die Christen vorzuwerfen?

— Der Redakteur des Münchener „Zeitgeist", Parteigenosse Ernst, ist vom Münchener Schwurgericht wegen Preßvergehen zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Von unseren Frennden in Glarus in der Schweiz geht uns folgender Brief zu, den wir auch jetzt noch zum Abdruck bringen:

Geehrte Redaktion des „Vorwärts"!

In Betreff der Justiggesetze, welche in der letzten Session, bei der dritten Lesung, von unseren liberalen Reichstagsabgeordneten durch Compromisse mit der Regierung glücklich (!!) zu Stande gebracht wurden, sieht sich der deutsche Arbeiterverein genöthigt gegen eine solche Feigheit entschieden zu demonstriren. Er beschließt daher von nun an solchen Gesetzfabrikanten statt Ehre, Spott und Hohn zu Theil werden zu lassen. Wir sehen nun deutlich, daß solche Männer wie sie in der letzten Legislaturperiode im deutschen Reichstag vertreten, resp. von liberaler Seite, sich mehr und mehr dem Absolutismus zuneigen, statt die deutsche Volksfreiheit hoch zu halten. Wir erklären, das Brandzeichen „Volksverrath" möge jetzt auf Ihrer Stirne prangen, daß sie als die Aussätzigen unter dem deutschen Volke gekennzeichnet sind. Der deutsche Arbeiterverein Glarus anerkennt den Muth und die Energie der sozialistischen Reichstagsabgeordneten für dasjenige, was sie unter den schwierigsten Verhältnissen der Reaktion zu leisten im Stande waren. Wir ersuchen daher, unsere Brüder in Deutschland am 10. Januar den Volksverräthern zu zeigen, daß es das wahre Volk endlich satt hat, solchen Volksverräthern die Ausübung seiner Rechte anzuvertrauen. Der 10. Januar soll es bezeugen, daß das deutsche Volk denken gelernt hat, und statt Volksvertretern, wie sie die letzten Jahre in der Mehrzahl boten, wahre Volksvertreter wähle, und diese finden wir einzig und allein bei der Sozialdemokratie. Darum auf! Deutsche Brüder, thut Eure Schuldigkeit, wir Deutschen in der Schweiz werden keinen Arbeiter als einen unabhängigen, intelligenten Arbeiter betrachten, der nicht seine Stimme einem sozialistischen Candidaten giebt. Darum Glück auf! zum 10. Januar.

Glarus, 7. Januar 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Im Namen aller deutschen Mitglieder unserer Sektion
Der Vorstand.

Correspondenzen.

Berlin, 9. Januar. Vergangenen Sonntag fand im Volksgarten auf dem Gesundbrunnen eine höchst interessante Versammlung statt. Conservative, Gewerkvereinler, Fortschrittler und Sozialdemokraten füllten den großen Saal und tauschten in streng parlamentarischer Ordnung ihre Meinung aus. Der Vorsitzende, Genosse Greifenberg, beobachtete die strengste Unparteilichkeit und große Umsicht in der Leitung. Genosse Bernstein leitete die Verhandlungen ein durch einen Vortrag über „Gesetzgebung und Moral". Die Versammlung konnte dem interessanten Vortrage entnehmen, daß die sogenannte Fortschrittspartei auch hier wieder zeige, daß sie ihren Beruf verfehlt, daß sie sich viel besser zum Comödienspiel eigne, als zu einer freiheitlichen Gesetzgebung. Sie halte z. B. so sehr darauf, daß der Sohn den Vater beerbe; das Erbrecht sei ihr heilig; sie schimpfe so unermüdlich auf die Sozialdemokraten, weil diese anders über das Erbrecht urtheilen und Grund und Boden und alle Arbeitsmittel ebenso von der Vererbung ausgeschlossen wünschen, wie heute z. B. die Post, die öffentlichen Straßen, die Telegraphen bereits ausgeschlossen sind. So heilig ihr indeß das Erbrecht sei, so vermöge sie es doch, unserm Wahlkreise gerade den Advokaten Dr. Banks eindringlich zu empfehlen, gegen welchen in dieser Beziehung so schwere Bedenken vorliegen. Genosse August Keitel nahm hierauf das Wort zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung: „Der Bericht des Dr. Banks." Er theilt der Versammlung mit, daß Dr. Banks seinen Bericht schon in mehreren lichtscheuen Versammlungen gehalten. Er frage: Weshalb so lichtscheu? Weshalb verkriechen sich diese Helden hinter verschlossene Thüren? Weshalb können sie nur vertrauensselige, blasirte Jasager gebrauchen? Weil es um ihre Sache so überaus kläglich bestellt ist, daß der leiseste Hauch einer Opposition ihuen schon große Gefahren bereitet. Genau das Gegentheil sei bei den Sozialdemokraten der Fall. Diese lassen die Flammen der Begeisterung leuchten, sie stellen ihr Licht nicht unter den Scheffel; diese fürchten keine Opposition. Sie suchen die Oeffentlichkeit, sie fordern die Opposition heraus. Und worauf gründet sich dieser auffallende Unterschied? Es handelt sich hier nicht um engherzige Sonderinteressen! Die Sache der Sozialdemokratie ist eine gute, ihr gehört die Zukunft; sie ist die Sache des ganzen Volkes. Keitel ging nunmehr auf den Bericht des Dr. Banks selbst ein. Derselbe enthält aber durchaus nichts von Abhilfe für die überaus traurige, wirthschaftliche Lage, nichts von Beseitigung oder Minderung der erdrückenden Militärlast, nichts von Hebung unseres traurigen Volksschulwesens. Es spiegelte sich in dem Bericht die ganze Jämmerlichkeit der sogenannten Fortschrittspartei ab. Dies um so deutlicher, als der Vortragende den Halbheiten und Inconsequenzen dieser Partei die Gediegenheit der Sozialdemokratie in allen Punkten, welche hier zur Sprache kamen, gegenüber stellte. Der Referent kam zu dem Schluß, daß das Gebahren dieser Ritter von der traurigen Gestalt nur eine Antwort verdiene, nämlich am 10. Januar mit einer glänzenden Majorität geschlagen zu werden. Die Debatte, welche sich den Vorträgen anschloß, beschäftigte sich zunächst mit den als Damm gegen den Sozialismus aufgerichteten Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen. Nachdem mehrere Redner ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß Arbeiter so verblendet sein können und sich verrätherisch gegen ihre eigenen Standes- und Leidensgenossen gebrauchen lassen, betrat der conservative Stadtverordnete, Herr Diersch die Tribüne. Derselbe erinnerte in seinem Auftreten nicht wenig an Reinecke Fuchs. Sehr glatt und geschmeidig suchte er sich einzuschmeicheln. Er lobte den feinen Anstand und Takt der Versammlung. Von den vielerwähnten Roheiten fände er zu seiner großen Ueberraschung nicht die Spur. Allmählich änderte sich jedoch der Ton. Man müsse sich fragen, was von den Versprechungen der „Führer" erfüllt sei, und wie lange man noch werde warten müssen. Haben denn die Sozialdemokraten die Menschenliebe gepachtet?! Es giebt auch noch bei anderen Parteien Menschenliebe, deshalb versuchen Sie es einmal mit dem Geh. Commerzienrath Borsig. (Schallendes Gelächter der Versammlung.) Meine Herren, ich habe ja nur zu Denen gesprochen, die für Herrn Borsig stimmen wollen. Mit diesen Worten war das Latein dieses Schlaubergers zu Ende. Genosse Gutheit berichtete hierauf, daß dieser Herr Commerzienrath vor längerer Zeit „seinen Leuten" billigen Coaks überlassen, daß er hierin ein Wahlmanöver erblickt und sich auch richtig nicht getäuscht habe. Mit der Menschenliebe dieses Herrn müsse es indeß nicht allzuweit her sein, denn er befolge den Grundsatz, Arbeiter über 40 Jahr nicht mehr zu beschäftigen! Herr Diersch sah denn auch bald ein, daß er sein Netz umsonst ausgeworfen, er drückte sich. In seinem Schlußwort hob der Referent noch ganz besonders hervor, daß die gewaltigen sozialen Mißstände nur durch Beseitigung ihrer Ursachen zu heben seien. Die Sozialdemokratie habe diese Ursachen bereits erkannt und tritt energisch für deren Beseitigung ein, und je schneller der Reichstag eine sozialdemokratische Majorität erlangt, desto schneller gelangt das Volk zu gesunden wirthschaftlichen und politischen Zuständen. Die Versammlung resolvirte zum Schluß einmüthig, für die Wahl W. Hasenclever's kräftig zu agitiren.

Naumburg a. S. Freitag am 6. Januar hielten wir eine sehr gut besuchte Volksversammlung ab, worin Herr Zwiebler aus Buckau bei Magdeburg seine Candidatenrede hielt. Die 1½stündige Rede, die öfters durch stürmische Bravo's unterbrochen wurde, fand die allgemeine Zustimmung der Versammlung und wurde schließlich folgende Resolution angenommen: Die heute in Knörichs Garten tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Zwiebler vollständig einverstanden nnd verspricht mit allen gesetzlichen Mitteln für dessen Candidatur eintreten zu wollen. — Sonnabend den 7. Januar gingen Parteigenosse Jagemann und Unterzeichneter nach Altenburg a. S., dem größten Dorfe unseres Wahlkreises, um dort durch gemüthlichen Verkehr für unsere Sache zu wirken; unsern Zweck hatten wir auch schon zur Genüge in einem der dortigen Lokale erreicht, waren aber noch mit den Leuten im besten Gespräch begriffen, als wir auf einmal einen Gensdarmen, der ganz leise und unbemerkt hinter uns getreten war, bemerkten. Wir zogen dann weiter in ein anderes Lokal, saßen aber da noch nicht lange, als der Jünger der heil. Hermandad wiederum erschien, sich einen Schoppen geben ließ und dann den Wirth beiseite nehmend fragte, wir wären wohl Vertreter Zwiebler's. Als darauf dem Manne die Zeit zu lange zu werden schien, und er auch keine staatsgefährlichen Umtriebe entdecken konnte, so verließ er das Lokal, um noch eine gute halbe Stunde vor der Thür zu lauschen und für uns den Ehrenposten zu machen. Im Uebrigen haben unsere Gegner noch in den letzten Tagen keine so rege Agitation von uns erwartet und schreien daher Ach und Weh! Wir aber gehen mit guter Zuversicht der Wahl entgegen und hoffen sogar, trotzdem wir in unserem Kreise so gut wie gar keine Geldmittel zur Verfügung hatten, mit dem liberalen Rittergutsbesitzer Rohland in die engere Wahl zu kommen.

Mit Gruß R. T.

Lesum-Burgdamm. (18. hannoverscher Wahlkreis.) Hier fand am 3. Januar a. c. eine Volksversammlung statt, in welcher L. Henke aus Bremen über die Tagesordnung: Die bisherige Thätigkeit des deutschen Reichstages und die Erwartungen des Volkes, referirte. Daß Redner zur Zufriedenheit der Anwesenden sich seiner Aufgabe aufs Beste erledigte, bekundete der am Schlusse des Vortrages gespendete Beifall. Obschon die Gegner den Vortrag durch öfteres Oho-Rufen unterbrachen und ihren Interpellationsmuth durch eine bedeutende Menge Grog u. s. w. aufzuwärmen oder zu „begeistern" suchten, zogen sie es doch vor, bei der öffentlichen Aufforderung zur Interpellation seitens des Vorsitzenden, zu — schweigen. Im Uebrigen wird die große Sozialistenschau am 10. Januar auch hier ein günstiges Resultat zu Tage fördern. Es wurde eine Resolution, dahingehend, am Tage der Wahl nur für Kaufmann W. Bracke in Braunschweig energisch einzutreten, angenommen. Eine Tellersammlung ergab 4 Mark. B.

Wiesbaden, 1. Jan. Genossen der deutschen Arbeiterbewegung! Durch Familienverhältnisse gezwungen, sehe ich mich veranlaßt, Deutschland Lebewohl zu sagen und nach Amerika auszuwandern. Aus einem Wirkungskreis, in dem man schon seit Jahren thätig war, gerissen zu werden, erregt immer wehmüthige Empfindungen. Doch ist es ja gleich, ob man hier oder wo anders ist, wenn man nur für die gerechte Sache kämpft. Ich sage deshalb allen Genossen und Freunden bei meiner Abreise „Glück auf!" und erlahmet nicht für die Sache des arbeitenden Volkes zu kämpfen und fest zu stehen in dem Kampfe, den das enterbte Volk für sein Recht aufgenommen hat und auch glücklich zu Ende führen wird. Denn fallen muß die Herrschaft des Kapitals, die seit Jahren den Volksgeist in Fesseln geschlagen hat. Lebet wohl, Genossen, geht voran muthig und ausdauernd in dem Kampfe, dann ist der Sieg gewiß! Mit sozialistischem Gruß

Christian Zollinger.

Kirchhain, 9. Januar. Zu unserer Ueberraschung rief heute die nationalliberale Partei eine Volksversammlung hier ein, wovon wir telegraphisch unsern Parteigenossen B. H. Schneider von Marburg in Kenntniß setzten, und errang derselbe über die beiden referirenden Professoren einen glänzenden Sieg errang und unter Hochrufen auf unsern Candidaten Hrn. Heinrich Lauer die Versammlung geschlossen wurde. — Herr Schneider wurde von dem größten Theil der Anwesenden zum Bahnhof gebracht und unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie reiste derselbe ab.

J. A. J. Wagner.

Stuttgart, 3. Januar. (Durch Zufall etwas verspätet.) Endlich sind die Wahlen zum württembergischen Landtag vorüber und das Ergebniß allgemein bekannt. Die Wahlen haben nun diesmal eine starke ultramontane Partei in die Kammer gebracht. Für die sozialistische Partei war besonders von Wichtigkeit die Stichwahl, die in hiesiger Stadt zwischen unserem Candidaten Dr. Dulk und dem nationalliberalen Candidaten, Rechtsanwalt Lautenschläger entschied. Dr. Dulk hat 4716 Stimmen erhalten, Lautenschläger 6900, letzterer ist demnach gewählt. Aber dennoch können wir dieses Ergebniß als einen großen Erfolg verzeichnen und als ein solcher wird er auch auf gegnerischer Seite empfunden. Ja bis in die höchsten Kreise hat diese Wahl großes Aufsehen gemacht und so schreibt denn ein vielgelesenes süddeutsches Blatt, der „Schwarzwälder Bote": „Stuttgart, den 3. Januar. S. M. der König hat gutem Vernehmen nach seinen Minister des Innern, Herrn v. Sick, zum besonderen Vortrag über die hiesige letzte Abgeordnetenwahl befohlen. In der That verdient diese Wahl die hohe Aufmerksamkeit der kgl. Staatsregierung. Sie konstatirt, daß in der Residenz der Sozialismus immer weitere Kreise zieht. Bei der letzten Reichstagswahl erhielt der Sozialist Fleischmann 1977 Stimmen, heute Dr. Dulk 4716. Dabei erwäge man, daß vor 3 Jahren die Zahl der Arbeiter hiermit größer war als gegenwärtig." Hinzufügen

---

sehr bereit, hierauf einzugehen und erklärte mir: ich würde ja wohl Alles bestens arrangiren, sie ginge auf Alles ein und gäbe mir plein pouvoir für sie zu handeln, wie ich es am Besten hielte. Leider, um meiner Wirthin Cessionskosten zu sparen, handelte ich albern und faßte die letztere Eventualität in's Auge, schickte an meinen Rechtsanwalt Fitzau in Bütow die beiden Dokumente, informirte ihn und überließ ihm das Weitere. Leider protestirte bei der Kaufgelderbelegung Jemand gegen die Forderung. Das ist nämlich so ein Kniff, um zurückstehende Forderungen zur Hebung zu bringen: es kostet nämlich nichts. Nun schrieb der Rechtsanwalt an die Rochow, bat um Vollmacht, um die Sache reguliren zu können und um — Kosten-Vorschuß. Die Rochow sah keinen großen Gewinn, Kosten obenein und schrieb mir nun: sie ließe sich auf nichts weiter ein. Empört darüber, nahmen meine Wirthin und ich nun die Rochow vor, die uns in die Patsche gebracht. Meine Wirthin war gern bereit, den Kostenvorschuß zu geben, wenn nur die Rochow die Vollmacht geben wolle. Da lachte die Rochow und meinte, die würde sie schon schaffen. Ich gab ihr ein gedrucktes Prozeß-Vollmachts-Blankett und bald darauf brachte sie mir das zurück, unterschrieben „von Rochow", auch einen Brief von der Rochow an den Rechtsanwalt Fitzau. Beides schickte ich diesem. Aber es hatte meine Wirthin nicht sogleich das Geld übersendet, und da schrieb Fitzau nun nochmals deshalb an die Rochow. Diese erwiderte ihm aber: Sie wisse von nichts, habe weder Vollmacht, noch Briefe für ihn geschrieben, wolle mit der Sache gar nichts zu thun haben und meine: „daß eine Fälschung vorliegen müsse." Fitzau sprach über die Sache, ein anderer, mir feindlicher Rechtsanwalt verlangte vom Bütower Gericht offizielle Denunziation und diese erfolgte dann auch in Berlin beim Stadtgericht. Ich war inzwischen — die Sache spann sich lange hin und die Forderung ging meiner Wirthin verloren — nach Köpenick gezogen, wo Friedel requirirt wurde, mich zu vernehmen. Ich habe nun die Ansicht, daß keine Fälschung vorlag, abgesehen davon, daß eine Unterschrift unter ein Blankett keine „Urkunde" macht. Letztere entstand erst mit der Ausfüllung des Blanketts durch Fitzau. Ob der Brief eine „Urkunde" war, weiß ich so wenig als das, was er enthielt, er war versiegelt. Aber war eine Fälschung begangen, so hatte selbige offenbar die Rochow geleistet. (Forf. folgt.)

möchte ich noch, daß auch die Volkspartei theilweise für Dr. Dulk gestimmt hat. Die Wahl bot auch noch in anderer Hinsicht Manches Interessante. Beim ersten Wahlgang hatte auch ein Büchsenmacher und Hofgürtler Stähle einige Tausend Stimmen erhalten, welcher ein stockreaktionäres Programm aufgestellt hatte und dem die Nationalliberalen noch viel zu freisinnig waren. Er konnte, seiner religiösen Richtung nach, auf die Stimmen der Pietisten Stuttgarts rechnen (deren es leider noch ziemlich viele giebt). Zum Glück fiel er durch und so wurde unsere Residenz nicht in die unangenehme Lage versetzt, sich im Landtag durch einen Mann vertreten lassen zu müssen, der als protestantischer Fanatiker die Herrschaft der Kirche im Staat angestrebt hätte. Wenn die sozialistische Partei, wie vorauszusehen, im gleichen Maße, wie bisher, wächst, dürfte für die nächste Landtagsperiode die Wahl eines Sozialisten in Stuttgart gesichert erscheinen. Württemberg, das seither der sozialen Bewegung ziemlich fern zu stehen schien, tritt jetzt mit doppeltem Eifer auf den Kampfplatz und wird nicht hinter dem Norden zurückbleiben. Glück auf zu den Reichstagswahlen! In Stuttgart tritt unserem Candidaten Hillmann gegenüber der nationalliberale Kammerpräsident v. Hölder als Gegner auf, ein Mann, der einstens im Reichstag das große Wort gelassen aussprach „der Krieg ist der höchste Staatszweck."

Kempten, 3. Januar. (Unsere Gegner.) Eine heiße Schlacht war es, die gestern unsere noch so junge Partei dem Liberalismus lieferte. Es handelt sich darum, den Gegner in seinem Lager aufzusuchen. Ein kleiner Theil unserer Genossen begab sich daher Nachmittags 2 Uhr in den Kornhaussaal, der bereits von Landleuten (es war Markttag) dicht gefüllt war. Völk, die nationalliberale „Frühlingslerche" zwitscherte, nachdem sich der liberale Professor Sorgel selbst zum Vorsitzenden gemacht hatte, etwa eine Stunde, aber in so verzagter Weise, wie wir ihn noch nie gehört haben. Zwar pries er Kaiser und Reich überaus an, aber er mußte gleichwohl gestehen, daß sein Wahlkreis in Gefahr sei und er sprach es offen aus, wenn er nicht mehr im Allgäu gewählt werde, so werde er sich in's Privatleben zurückziehen. Hierauf meldete sich Genosse Tauscher zum Wort, erhielt aber vom Vorsitzenden den Bescheid, er werde es erst in der Abendsitzung erhalten, worauf dieser nach einer Lobrede auf Völk und einem Hoch auf den Kaiser in jeder parlamentarischen Regel hohnsprechender Weise die Versammlung schloß. — Sofort war die Absicht der Liberalen klar. Sie wollten erstens Tauscher in der Nachmittagsversammlung nicht zu Worte kommen lassen, damit ihnen kein Bauer abwendig gemacht werde, und zweitens weil sie sich zu schwach fühlten, um am Nachmittage das zu vollführen, was sie am Abend, zu ihrer Schande sei es gesagt, wirklich auszuführen den traurigen Muth hatten. — Sofort nach Beendigung der Volksversammlung wurde liberaler Kriegsrath gehalten und was da beschlossen wurde, mögen unsere Gesinnungsgenossen aus Nachfolgendem ersehen: Schon um 5 Uhr wußten unsere Gesinnungsgenossen in Kottern, daß es am Abend auf einen liberalen Coup abgesehen sei. Man ließ nämlich Meister (unter Andern einen gewissen Leitner), von denen man überzeugt war, daß sie sich zu gefügigen Werkzeugen für den Liberalismus gebrauchen lassen, auf das Comptoir kommen und gebot ihnen, mit aller liberalen Mannschaft zur Versammlung zu eilen. Weiters wurde der ganze Troß der liberalen Spießbürgerschaft aufgeboten. Dadurch, daß man die Versammlung zuerst im kleinen Saale anberaumte, in letzter Minute aber dennoch den großen nahm, gelang es den Liberalen, da die Arbeiter nicht mehr vordringen konnten, die Tribüne vollständig zu umringen. Hinter der Tribüne hatten die liberalen Korryphäen Posto gefaßt und von dort aus wurden, wie unsere Gesinnungsgenossen von der Gallerie aus sehen konnten, mit einem weißen Taschentuche dem liberalen Helden die Signale gegeben. Man hatte ferner beschlossen, in der Abendversammlung Tauscher zuerst das Wort zu ertheilen, ihn eine Zeit lang sprechen zu lassen und dann durch Tumult denselben mundtodt zu machen, worauf dann Völk seine Lobrede auf das Reich halten und die Versammlung ohne weitere Diskussion geschlossen werden sollte. Trotzdem so die Lage für unsere Partei eine äußerst schwierige war, nahm sie den Kampf auf. Tauscher erhielt das Wort zuerst und sprach in begeisterter Weise zunächst über die Gründung des deutschen Reiches, dann über die Reichsverfassung, das allgemeine Wahlrecht, das Haftpflicht- und andere Gesetze. Eine halbe Stunde lang wurde er ruhig angehört, ja oftmals mit Beifall belohnt, doch jetzt schien letzterer Umstand den Liberalen gefährlich zu werden. Denn als er auf die Lasten zu sprechen kam, welche die liberale Reichstagsmehrheit dem deutschen Volke aufgehalst hat, begann ein planmäßig geleiteter Tumult, der sich in immer kürzeren Pausen wiederholte, trotzdem der Redner die Versammlung aufforderte, die Redefreiheit zu achten und auch aus der Versammlung die Rufe „Reden lassen" ertönten. Nur mit Mühe konnte er in seinem Vortrage fortfahren, indem er noch die Justizgesetze (unter fortwährender Unterbrechung) beleuchtete und als er dem Dr. Völk vorhielt, er habe seine Ueberzeugung gewechselt, indem er 1866 von Bismarck sagte, er wolle seinen Mund durch Aussprechen dieses Namens nicht beschmutzen, während er heute denselben Namen beweihräuchere, obwohl er noch derselbe stolze Junker sei, wie damals und der Freiheit des Volkes ein Bein stelle, wo er könne; als der Redner ferner Völk nachwies, daß er für die Erhöhung der indirekten Steuern gestimmt, obwohl die Liberalen den Arbeitern Anno 69 versprochen, für eine Verminderung derselben zu wirken, da brach der von den Liberalen längst vorbereitete Tumult los, der es Tauscher unmöglich machte, weiter zu sprechen. Trotzdem Völk sich selbst den Anschein gab, als wolle er die Redefreiheit wahren, indem er abwehrend that, dabei aber beim Verlassen der Tribüne das Unglück hatte nach aller Länge zu Boden zu stürzen, nahmen die Ausbrüche von Roheit ihren Fortgang und Tauscher erklärte schließlich, er halte es unter seiner Würde, vor einer solch illiberalen Versammlung weiter zu sprechen. Unsere Leser sehen, daß die Liberalen thaten, was Schnetzer aussprach: „Was ist's, wenn der Kerl kommt, so pfeifen und trampeln wir so lange, bis er herunter geht." Von dem Blödsinn, den Völk nun losließ, und von den weiteren Roheiten der „Liberalen" als Tauscher sich nach Völk zum Wort meldete, will ich schweigen; die Leser kennen ja diesen Völk — und — dieses „Volk".

Annaberg-Buchholz, 6. Januar. Im 21. Wahlkreis ist endlich auch die Bombe geplatzt. Am 4. d. eröffneten die Liberalen den Reigen; es stellte sich ihr Candidat in der Person des Holzschleiferei- und Gutsbesitzers Holzmann in Breitenhof in Bahl's Restaurant Abends 8 Uhr den Wählern vor. Wir waren natürlich auch zur Zeit auf unserem Posten. Kurz nach 8 Uhr eröffnete ein Herr Böhme die Versammlung. Als Vorsitzender war Buchhändler Rudolf aus Annaberg schon gewählt, wogegen wir auch nichts einwendeten, da wir doch begierig waren, so einen Jasagemann einmal zu hören. Derselbe schickte u. a. die Bemerkung voraus, daß er darauf verzichten müsse, in einzelnen Fragen Parteistellung zu nehmen. Das könne kein Abgeordneter, bevor er im Reichstag wäre. Darauf sprach oder las er vielmehr etwas über Schutzzölle oder Freihandel, dann über die Compromißmacherei, der er die vollste Anerkennung zollte, und auch über die Eisenbahnfrage. In Bezug auf diesen letzten Punkt kann jedoch heute noch Niemand klug werden, was er wollte. Die anderen Parteien vermied er ängstlich, vorzugsweise die unsrige, weil er vielleicht Gegner fürchtete. Schließlich kam er dann noch auf des Reiches Macht und Herrlichkeit zu sprechen, wobei die Bourgeois in ein Jubelgeschrei ausbrachen, daß der Redner sofort aufhören konnte. Wir sehen getrost der Wahl entgegen, da außer der Compromißpartei auch noch Conservative uns gegenüberstehen und es uns nur zum Vortheil und zur größten Freude gereicht, wenn die Ausbeuter einander zerfleischen.

Plauen, 6. Januar. Gestern hielt Neisser aus Bremen hier seine Candidatenrede. Der Pratersaal, der 2000 Menschen faßt, konnte die Menge nicht aufnehmen und Viele mußten vor der Thür wieder umkehren. Neisser's Vortrag war ein hochwissenschaftlicher meisterhafter, der von allen Zuhörern mit Respekt und Begeisterung aufgenommen wurde. Obgleich das Gerücht verbreitet war, einige Leipziger liberale Größen machten Plauen unsicher, so wagte doch kein Gegner Opposition zu machen. Die Versammlung hat überhaupt bei Allen den besten Eindruck hinterlassen und Plauen ist für uns wohl gewonnen. Sie verlief ohne jede Störung, was unserm Publikum nur zur Ehre gereicht. Die angezeigte Tellersammlung wurde von dem überwachenden Herrn Stadtrath verboten, es wurden uns aber dennoch 41 M. freiwillig zur Deckung der Unkosten gespendet.

Das Arbeiter-Wahl-Comité.

Langensalza, 4. Januar. Heute Abend 7½ Uhr tagte hier eine Wählerversammlung mit der Tagesordnung: Die nächste Reichstagswahl. Referent Reichstagscandidat Herr Wilhelm Bock aus Gotha. Die Versammlung wurde um 8 Uhr eröffnet, da jedoch unser Referent nicht erschienen war, wurde, nachdem das Bureau gewählt, die Versammlung auf ¾ Stunden vertagt. Zum Vorsitzenden wurde Herr Maurer, zum Schriftführer Herr Braun gewählt. Durch ein um 8½ Uhr eingehendes Telegramm wurde uns mitgetheilt, daß Bock krank sei, worauf Freund Hochheim das Referat übernahm und zu Aller Zufriedenheit sich seiner Aufgabe entledigte. Es sprachen außer obigem Referenten Hochheim noch Hofmann und Braun. Die Versammlung verlief unter großer Begeisterung und wurde um 10¾ Uhr geschlossen unter der Versicherung, daß Alle für Bock stimmen würden.

Dresden. Den Schneidergehilfen Deutschlands zur Nachricht, daß sich der Verkehr und unentgeltliche Arbeitsnachweis nicht mehr bei F. A. Taggesell, sondern bei Chr. Selk, Große Brüdergasse 12 part. befindet.

Die Verwaltung.

Auf Obiges bezugnehmend erlaube ich mir, alle zureisende Gehilfen hierdurch ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß ich allen Anforderungen Genüge zu leisten stets bereit sein werde. Für gute Speisen und Getränke, sowie gute und billige Beherbergung ist bestens gesorgt. Die Parteiblätter liegen aus.

Achtungsvoll

Chr. Selk, Herbergswirth.

NB. Alle Parteiblätter werden freundlichst um Abdruck ersucht.

Wahl-Resultate.

Cöln: Bebel 1783.

Fürth: Löwenstein 2580, Marquardsen 1540.

München 1. u. 2.: Pröbstl und Kiefer 4300.

Breslau 1: Bäthke 4279, Stein (Fortschr.) 3708, Lasker 3953, Weinhold (ultr.) 1861.

„ 2: Kräcker 4356, Hänel (Fortschr.) 4127, Bennigsen (Lib.) 3794, Ballestrem (ultr.) 1266.

Mannheim: 1874 Sozialisten 826, 1877 Sozialisten 1440, ohne Umgebung.

Dresden (Altstadt): Bebel 6;937, engere Wahl mit dem Nationalliberalen.

Dresden (Neustadt): Liebknecht Majorität, Wahlresultat des Bezirks noch nicht bekannt.

Hannover: Fritzsche 5547, Wühlborn (Lib.) 5915, Brühl (Partik.) 9297, Hurzig (Fortschr.) 113.

Frankfurt a. M.: Frohme 3509, Holthof 4919, Varrentrapp 4612.

Hanau bis jetzt sehr gut.

Berlin 1.: Stichwahl zwischen Fortschrittler und Liberalen.

„ 2.: Baumann 4500, Fortschr. u. Liberal. 3000.

„ 3.: Rackow 5000, Stichwahl.

„ 4.: Fritzsche Majorität von 2000 Stimmen.

„ 5.: Kapell 2000, Duncker gewählt.

„ 6.: Hasenclever 9597 von 19,122 abgegeb. Stim.

Barmen: Hasselmann 11,435, Preyl (Lib.) 7486, Schorlemer-Alst (Ultr.) 2911, Bürgers (Forschr.) 2832. Engere Wahl zwischen Hasselmann und Preyl.

Gotha: Bock 2285, Hopf (Lib.) 1114, Ausfeld (Fortsch.) 1786.

Magdeburg: Stichwahl zwischen Bracke und v. Unruh.

Greiz und 5 Ortschaften: Blos 1348, Oppenheim 963, Dietel 507.

Zeitz: Zwiebler 983, Rohland 818, Wurmb 232.

Gera: Hasenclever 935, Träger 1561, Birnbaum 814.

Königsberg: Bebel 2065, Dieckert 4405, Hoffmann 3105, Reichensberg 244.

Halberstadt: Kapell 896, v. Bernuth 1246, Schulze-Delitzsch 298, Konofsky 76.

Braunschweig (Stadt): Bracke 6113, Bode 5121.

Braunschweig (Umgegend): Bracke 1052, Bode 1596.

Nürnberg: Fortschritt 9918, Grillenberger 9988, Conservativ 823.

Hamburg 1.: Möring 12,134, Geib 8962.

Hamburg 2.: Bauer 12,818, Hartmann 11,968.

Ottensen: Stöhr 1550, Beseler 176, Selig 426.

Altona: Hasenclever gewählt.

7. sächs. Bezirk.

Riesa	Rauert	346	Richter	306	Schaller 41
Meißen	„	962	„	932	„ 89
Großenhain	„	595	„	122	„ 537
Naundorf	„	64	„	40	„ 21

9. sächs. Bezirk.

Freiberg und Umgegend Fritzsche 2638, Oelschlägel (conf.) 1270, Penzig (lib.) 2215.

10. sächs. Bezirk.

Aus 7 größeren Plätzeu: Burckhardt 2060, Niethammer 2481, Walther 1091.

11. sächs. Bezirk.

Grimma	Hablich	147	Günther	394
Wurzen	„	632	„	599
Bennewitz	„	36	„	19
Deuben	„	35	„	30
Hoburg	„	43	„	24
Liebtitz	„	29	„	31
Gieren	„	32	„	41
Reichenbach	„	41	„	8
Wermsdorf	„	130	„	195

12. sächs. Bezirk (Leipzig Stadt).

Bebel 5248, Hänel 1753, Stephani 10,754.

13. sächs. Bezirk (Leipzig Land).

Demmler 9027, Findel 1504, Wolf 3913, Haberkorn 1744.

14. sächs. Bezirk.

Groitzsch	Geiser	339	Scharf	186	Heinrich	39
Lausigk	„	206	„	98	„	32
Lunzenau	„	414	„	46	„	41
Pegau	„	104	„	269	„	78
Penig	„	582	„	58	„	282
Wechselburg	„	99	„	1	„	37
Borna	„	50	„	300	„	330
Borna (Altstadt)	„	3	„	14	„	30
Rochlitz	„	244	„	116	„	281

16. sächs. Bezirk (Chemnitz).

Most 12,080, Duncker 6593, Böttcher 3181.

17. sächs. Bezirk.

Meerane / Glauchau	Bebel 8652	Beck 4594

18. sächs. Bezirk.

Motteler 9406, Händel 5381, Walther 1431.

19. sächs. Bezirk.

Liebknecht 5041, Uhlmann 4119.

20. sächs. Bezirk.

Aus 8 größeren Orten: Wiesner 910, Brockhaus 411, Höfer 46.

22. sächs. Bezirk.

Elsterberg Auer 435 Tritschler 94 Dietel 79.
Reichenbach „ 5312 Gegner 4890.

23. sächs. Bezirk.

Oelsnitz	Reißer	433	Mensel	199	Krause	191
Pausa	„	290	„	44	„	24
Plauen	„	1321	„	1208	„	185
Mühltroff	„	164	„	20	„	147
Langenbach	„	10	„	30	„	35
Thierbach	„	24	„	28	„	14
Schönberg	„	9	„	20	„	13

Briefkasten

der Expedition. Hirsch Moritzdorf u. B. Richter in Thorn: Wir haben Ihre Reklamation der Post zur Recherche übergeben.

Quittung. Enj Neuschönefeld Ab. 6,25. Schlz Hamburg Schr. 100,00 Hlngl Nordhausen Ab. 8,53. C. Pfch Hannover Ab. 100,00. Grbnstn Liudenau Schr. 14,50. Omr hier Ab. 0,60. Knf Ab. 3,90. Ph. Rckr Wien Ab. 5,00. Grßr Wien Ab. 3,25. Brtl Mähr. Schönberg Schr. 6,40. Jg. Rchnfld Bonnhab Ab. 3,20. Gzndnr Königstein Ab. 3,00. Mhlr hier Ab. 0,80. C. Bltt St. Louis Ab. 3,93.

Wahlfonds.

Von D. in Sch. 31,86. Durch Buchdrucker Schenk in folgenden Offizinen gesammelt Liste 18 3,40, Liste 16 Reclam 1,40, Liste 15 Frezer 0,80, Liste 14 Engelhardt 2,50, Liste 9 Polz 2,08, Liste 2 Metzger u. Wittig 4,20, Liste 12 Hunderstund u. Pries 1,10, Liste 8 B. C. Teubner 2,68. Durch Ramm 0,50, d. Walter Connewitz 0,50, Liste 61 Kunschmann 2,00, d. Zwoboda Liste 56 2,90, Liste 6 5,65, Rchtr hier 1,00, Makulatur 0,60, von einem alten Husaren 1,00.

Zwoboda, Connewitz: Die beiden Quittungen stehen in Nr. 3 des „Vorwärts".

Peter Krebs, Kassirer des Centralwahlcomités, Ulrichsgasse 60.

NB. Wer noch Listen und Gelder für den Wahlfonds in Händen hat, wird ersucht, sie abzuliefern. D. D.

Von Dr. M. aus Breslau habe ich in 3 Raten (200, 100 und 100) vierhundert Mark zu Wahlzwecken erhalten.

W. Liebknecht.

Anzeigen 2c.

Leipzig. Sonntag, den 14. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im „Thüringer Hof":

Große öffentl. Böttcher-Versammlung.

Tagesordnung: Bericht über den Congreß.

Die Herren Meister sind eingeladen. Der Einberufer. [60

Leipzig. Reichstagswahlcomité.

Montag, den 15. Januar, Abends 8 Uhr:

Sitzung

im Arbeiterbildungsverein. Pünktliches und allseitiges Erscheinen nothwendig. Der Vorsitzende. [50

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Montag, den 15. Jan., Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstr.):

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Kassenbericht und Soziale Rundschau.

D. V. [60

Soeben ist erschienen:

Aus den Ruinen

von

Nimrud und Olympia.

Herausgegeben von G. R.

Der Ertrag des Schriftchens wird dem Wahlfond überwiesen.

Preis 10 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: F. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bauby, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 7. Mittwoch, 17. Januar. 1877.

Parteigenossen und Freunde!

Binnen 14 Tagen müssen alle Stichwahlen stattfinden. Nicht weniger als 24 unserer Candidaten sind in die engere Wahl gebracht worden. Um ihren Sieg zu einem vollendeten zu machen, bedürfen wir des Geldes mehr als je. Sammelt daher auf's Neue sofort für den Wahlfonds und sendet alle entbehrlichen Agitationsmittel umgehend an August Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Die erste Quittung erfolgt in nächster Nummer.

Hamburg, 14. Januar 1877.

Das Centralwahlcomité
der Sozialdemokratie Deutschlands.
Hartmann. Brasch. Geib.
Derossi. Auer.

Die Wahlen.

Das Gesammtresultat läßt sich noch immer nicht übersehen und wird auch, wenn diese Nummer zur Presse geht, noch nicht bekannt sein. Was seit dem Druck der vorigen Nummer eingegangen ist, findet sich auf Seite 3 und 4 zusammengestellt.

Der glorreiche „Rückgang" der Sozialdemokratie hat die Masse unserer Gegner sehr unangenehm überrascht. Nicht so die Führer, die nun den gewünschten Vorwand haben, mit den letzten Resten von Liberalismus und Schamgefühl zu brechen.

In der „Magdeburger Zeitung" lesen wir folgenden Erguß aus Berlin (d. d. 11. Januar):

„Das Resultat unserer (der Berliner) wie der Reichstagswahlen überhaupt macht in allen politischen Kreisen ungeheueres Aufsehen. Die sozialdemokratische Partei, in ihren Agitationen bisher viel zu wenig beachtet und in ihrer Kraft unterschätzt, darf von sich rühmen, an Erfolgen alle übrigen Parteien überholt zu haben. Diesem wichtigsten Moment der gestrigen Wahl gegenüber treten die andern Erscheinungen, so interessant sie an sich sind, weit zurück. Wir wissen seit gestern, durch brutale (!) Thatsachen belehrt, daß die große liberale Partei des Reiches, wenn ihr die Zukunft gehören soll, von Stunde ab zu ungewöhnlichen Anstrengungen entschlossen sein muß. Sie steht vor ganz neuen Aufgaben, die sie nur löst, wenn sie aus ihrer bisherigen Apathie sich herausreißt und wieder überall die Führung übernimmt. Ob und wie viel die Liberalen aus der gestrigen Wahl gelernt haben, wird sich bei den Nachwahlen zeigen, die weit und breit nöthig werden. Bei ihnen sind die Sozialdemokraten noch zurückzuschlagen, wenn die Liberalen über eine gemeinsame Aktion einig werden, und die Verständigung wird erzielt werden, so wahr die Gefahren, die aus einer andauernden Entfremdung erwachsen müßten, mit Händen zu greifen sind. Schwerlich wird die Centrumspartei geschwächt und die conservative Partei noch mehr wie bisher zerrieben worden sein, die Gegner der Liberalen erscheinen also theils in alter Stärke, theils numerisch kräftiger auf dem Kampfplatze. Unter diesen Umständen sind die Nachwahlen, deren wir im deutschen Reiche vielleicht 60—70 haben werden, von geradezu ausschlaggebender Bedeutung für die Zusammenstellung des neuen Reichstages. In Berlin hätten die Nachwahlen vermieden werden können, wenn das Wahlcomité der Fortschrittspartei weiser und der befreundeten Partei gegenüber etwas bescheidener operirt hätte. In Wahlkreisen anderer Städte war man gleich ungeschickt und thöricht vorgegangen. Es muß unverzüglich eine Verständigung erzielt werden, denn wir hören, daß die Nachwahlen in spätestens 14 Tagen vor sich gehen sollen. Für die Reichsregierung ist es von größter Wichtigkeit, so früh wie möglich zu wissen, mit was für einem Reichstag sie zu verhandeln hat."

So die „Magdeburger Zeitung", mit deren Auffassungs- und Redeweise die der übrigen gegnerischen Blätter genau übereinstimmt; nur daß die Verblüfftheit über die Erfolge der Sozialdemokratie hier und da noch komischer zum Ausdruck kommt.

Also „durch brutale Thatsachen" sind die Herren „belehrt" worden! So? Wir bezweifeln's. Sonst würden die Herren nicht davon faseln, daß die liberale Partei „wieder überall die Führung übernimmt." Zum „Nehmen" gehört die entsprechende Kraft. Und der 10. Januar hat gerade gezeigt, daß die Kraft fehlt. Es ist wahr, zunächst hat hauptsächlich die Fortschrittspartei — dieses Ding, das nicht Fisch und nicht Fleisch — die Zeche bezahlen müssen. Wie stets die Mittelparteien in Zeiten des scharfen Kampfes, ist sie zwischen den zwei Mühlsteinen der prinzipiellen Gegensätze zerrieben worden. Allein die Herren Nationalliberalen vergessen, daß auch sie Mittelpartei sind und das Schicksal der Fortschrittspartei erleiden müssen, wenn sie sich nicht dazu verstehen — selber Mühlstein zu werden; und, da sie, in Folge des ökonomischen Antagonismus, sich nicht der Sozialdemokratie anschließen können, so müssen sie Regierungspartei werden, Regierungspartei sans phrase, knoblochduftende Partei Bismarck. So heischt es die unerbittliche Logik der Thatsachen.

Wenn Fürst Bismarck seinem Versprechen gemäß wieder mit der Strafgesetznovelle kommt, wird er sich keinen zweiten Korb holen. Und wenn ein beliebiger parlamentarischer Fühlhornausstrecker beim nächsten Diätenantrag auf ein Schachergeschäftchen mit dem allgemeinen Stimmrecht hindeutet, wird auch die leiseste, verschleiertste Anspielung verständnißinniges Gehör finden.

Das wissen wir. Wir wissen, daß unsere Wahlerfolge von den Männern der „Flinte schießt- und Säbel haut"-Staatsraison zu reaktionären Zwecken werden ausgenützt werden und — wir werden diese nothwendige Frucht unserer Siege zu tragen verstehen.

Und nun frisch zu den Stichwahlen!

Der 10. Januar hat gezeigt, daß es nur zwei Parteien in Deutschland giebt: die Partei der politischen und ökonomischen Zwingherren, „die eine reaktionäre Masse", und die Partei der politisch und ökonomisch Geknechteten.

Dort das Kapital, hier die Arbeit!

Gegen uns alle Parteien der besitzenden Klasse.

Für uns das Volk, so weit es seine Interessen begriffen hat.

Auf zum Kampf!

Auf zu neuen Siegen!

Vorwärts!

Zu den Genfer Wahlen.

Zürich, 25. Dezember 1876.

So viel sich heute erkennen läßt, sind bei den letzten Integral-Erneuerungswahlen im Kanton Genf Parteigenossen und darunter Mitglieder der internationalen Arbeiterassoziation in ein Bündniß mit der dortigen radikalen Partei getreten, welches Bündniß den Zweck hatte, einerseits den „Radikalen", welche sonst sehr wahrscheinlich unterlegen wären, durch die Stimmen der Arbeiter zum Siege zu verhelfen, andererseits eine Anzahl Arbeitervertreter in den Großen Rath zu bringen.

Es ist uns nichts bekannt, daß die Arbeiter, resp. diejenigen Führer derselben, welche mit den Führern der Radikalen diesen Handel abgeschlossen haben, außer einer Anzahl von Rathssesseln auch noch etwelche Conzessionen in prinzipiell-sachlicher Richtung (Anbahnung einzelner vorläufiger sozialpolitischer Reformen) von der radikalen Partei sich ausbedungen hätten.

Der Erfolg besteht sonach einzig darin, daß neun, resp. elf Vertreter der Arbeiter, die den Herren Radikalen genehm waren, in den Großen Rath gewählt wurden, während die Arbeiter dafür nicht weniger als präzis 100 Stück Radikalen zu den ersehnten Sesseln verhelfen mußten. Freilich ist es bei der den Arbeitern überhaupt nun einmal noch eigenen übermäßigen Bescheidenheit und Selbstgeringschätzung recht wohl denkbar, daß auch schon ein so unverhältnißmäßig geringer Erfolg eine der Arbeiterbewegung indirekt förderliche Ermuthigung unserer dortigen Freunde zur Folge hatte. Ebenso möglich aber und gerade unter den schweizerischen Verhältnissen weit wahrscheinlicher ist, daß durch solche Wahl-Allianzen — wenigstens soweit sie nicht vor allem auf sachlichen Conzessionen der alliirten Parteien beruhen — die schweizerischen Arbeiter in der traurigen Gewohnheit, dem modernen Mastbürgerthum die gebratenen Kastanien aus dem Feuer zu holen, nur bestärkt werden und so der Zukunftsboden für eine selbständige Arbeiterpartei erst recht verdorben wird.

Man wird vielleicht einwenden, daß bisher auch anderwärts, und zwar speziell auch in dem Wirkungskreise der Urheber dieser Zeilen (im Kanton Zürich) von der Arbeiterpartei die gleiche Haltung eingenommen wurde und die Arbeiter fast immer und überall ganz unbedingt die Demokraten unterstützten. Dagegen wollen wir nicht etwa geltend machen — was sich übrigens geltend machen ließe — daß eine vor allem auf der Bauernschaft und nicht auf der Bourgeoisie beruhende Demokratie, wie die zürcher demokratische Partei, in der That einer solchen Unterstützung von Seiten der Arbeiterschaft weit eher würdig ist, als jene blöde Bourgeois-Sippe, welche sich als „radikale Partei" des Kantons Genf aufspielt und deren höchstes Ideal in dem „Kulturkampf"-Schwindel besteht. Nein, die Sozialdemokratie wäre überhaupt keine Partei der Zukunft, keine Partei des stetigen Fortschritts, wenn sie in dieser oder jener Beziehung bei den Anschauungen ihrer kurzen Vergangenheit stets fort verbleiben müßte. Im Gegentheil: Es wird auch für die politische Arbeiterbewegung in der Schweiz das Zeichen der Reife erst in der noch fehlenden Selbständigkeit und darin bestehen, daß unter völliger Loslösung von allen Parteigruppen, die nicht wesentlich sozialistischer Natur sind, eine sozialdemokratische Arbeiterpartei der Schweiz sich bilden wird.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend erklären wir:

1. Der durch ein Telegramm in der „Tagwacht" und durch eine Correspondenz im „Vorwärts" gefeierte „Sieg" scheint uns doch wohl ein solcher nur für die sogenannte „radikale" Genfer Bourgeoispartei zu sein, während für die Arbeiterbewegung im besten Falle nur ein sehr bescheidener Erfolg verbleibt.

2. Unseren werthen Genfer Bundesgenossen zu Liebe wollen wir zwar annehmen, daß doch wenigstens Letzteres der Fall sein werde, halten es aber jedenfalls an der Zeit, daß endlich überall auch in der Schweiz die Arbeiter als eine selbständige politische Partei auftreten, und wenn sie sich an den Wahlen betheiligen, dies immer nur mit Grund eigener Vorschlagslisten thun mögen.

3. Dabei gilt es mit allen Mitteln der Propaganda die Erkenntniß zu verbreiten, daß auch in der Schweiz vorläufig noch sehr wenig daran liegt, da und dort einige Sessel in den Vertretungskörpern zu erlangen, sondern vielmehr Alles nur darauf ankomme, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken, sie durch das Exerzitium der politischen Aktion wie durch andere Mittel an ein Zusammenwirken zu gewöhnen, das Solidaritätsgefühl zu steigern und so immer mehr vorerst diese inneren Vorbedingungen zu schaffen, damit die Arbeiterbewegung dereinst im Stande sei, politische Macht zu erobern. Ferner gilt es ja auch wohl nach Ansicht unserer Genfer Genossen vor allem das Referendum (Verwerfungsrecht) und die Initiative (Vorschlagsrecht), wo diese Volksrechte sich in Uebung befinden, zu benützen, und wo dieselben nicht anerkannt sind, ihre Einführung zu erkämpfen, um damit auch ein gerechteres und vernünftigeres Wahlsystem, das System der Proportionalvertretung, an Stelle der heutigen Majoritäten-Vertretung zu etabliren und übrigens das Repräsentativsystem überhaupt mehr und mehr von seiner heutigen Bedeutung herabzudrücken.

4. Kurz: wir — die wir sonach im Allgemeinen ganz entschieden für ein energisches Eingreifen in die politisch-soziale Entwickelung des Volkslebens sind und stets als die wünschbarste Wirksamkeit der Internationalen diejenige betrachten, welche sich mitten im Volke — Alles für und (wo möglich) Alles durch das Volk — zur Geltung bringen will, wir wollen einfach eine selbständige Arbeiterpartei, die nicht so sehr ihre ganze Glückseligkeit in Augenblicks-Erfolgen sieht, sondern in der stetigen Fortentwicklung des Volksbewußtseins ihr Heil erblickt. Dabei sind uns auch diejenigen Genossen, die für vollständige Enthaltung von der Tagespolitik auftreten, und glauben wir mit ihnen in vielen anderen Punkten brüderlich zusammenwirken zu können, bis eine wohl nicht zu ferne Zeit uns wohl auch in der Frage der tagespolitischen Aktion — sei es nach dieser oder jener Seite hin — geeinigt haben wird.

Mag man uns — so schließen wir — dafür „Bakuninisten" schelten; lieber wollen wir — gäbe es keine andere Wahl — so etwas wirklich sein, als noch länger mithelfen, daß die schweizerische Arbeiterbewegung — bewußt oder unbewußt — als der Schubkarren dieser oder jener Bourgeoispartei mißbraucht werde.

Namens mehrerer Mitglieder des Internationalen Arbeitervereins Zürich:
K. Kachelhofer. J. Franz.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

(Schluß des Artikels V.)

Alle diese Widersprüche und Unmöglichkeiten sind aber noch pures Kinderspiel gegen die Verwirrung, in die Herr Dühring mit seinem sich selbst gleichen Anfangszustand der Welt geräth. War die Welt einmal in einem Zustand, in dem absolut keine Veränderung in ihr vorging, wie konnte sie aus diesem Zustand zur Veränderung übergehn? Das absolut Veränderungslose, noch dazu, wenn es von Ewigkeit in diesem Zustand war, kann durch sich selbst unmöglich aus diesem Zustand herauskommen, in den der Bewegung und Veränderung übergehn. Es muß also von Außen her, von außerhalb der Welt, ein erster Anstoß gekommen sein, der sie in Bewegung setzte. Der „erste Anstoß" ist aber bekanntlich nur ein andrer Ausdruck für Gott. Der Gott und das Jenseits, die Herr Dühring in seiner Weltschematik so schön abgetakelt zu haben vorgab, er bringt sie beide hier, verschärft und vertieft, selbst wieder in die Naturphilosophie.

Ferner. Herr Dühring sagt: „Wo die Größe einem beharrlichen Element des Seins zukommt, wird sie in ihrer Bestimmtheit unverändert bleiben. Dies gilt ... von der Materie und der mechanischen Kraft". Der erste Satz giebt, beiläufig gesagt, ein kostbares Beispiel von der axiomatisch-tautologischen Grandiloquenz des Herrn Dühring: Wo die Größe sich nicht verändert, da bleibt sie dieselbe. Also die Menge der mechanischen Kraft, die einmal in der Welt ist, bleibt ewig dieselbe. Wir sehen davon ab, daß, soweit dies richtig, in der Philosophie Descartes dies schon vor beinahe dreihundert Jahren gewußt und gesagt hat, und daß in der Naturwissenschaft die Lehre von der Erhaltung der Kraft seit zwanzig Jahren allgemein grassirt; daß Herr Dühring, indem er sie auf die mechanische Kraft bezieht, sie keineswegs verbessert. Wo aber war die mechanische Kraft zur Zeit des veränderungslosen Zustands? Auf diese Frage verweigert uns Herr Dühring hartnäckig jede Antwort.

Wo, Herr Dühring, war damals die sich ewig gleichbleibende mechanische Kraft und was trieb sie? Antwort: „Der Ursprungszustand des Universums, oder deutlicher bezeichnet, eines veränderungslosen, keine zeitliche Häufung von Veränderungen einschließenden Seins der Materie, ist eine Frage, die nur derjenige Verstand abweisen kann, der in der Selbstverstümmelung seiner Zeugungskraft den Gipfel der Weisheit sieht". — Also: Entweder ihr nehmt meinen veränderungslosen Urzustand unbesehen hin oder ich, der zeugungsfähige Eugen Dühring, erkläre euch für geistige Eunuchen. Das mag allerdings Manchen abschrecken. Wir, die wir von der Zeugungskraft des Herrn Dühring schon einige Beispiele gesehn haben, können uns erlauben, das elegante Schimpfwort vor der Hand unerwidert zu lassen und nochmals zu fragen: Aber, Herr Dühring, wenn's gefällig ist, wie ist das mit der mechanischen Kraft?

Herr Dühring wird sofort verlegen. In der That, stammelt er, „die absolute Identität jenes anfänglichen Gränzzustandes liefert an sich selbst kein Uebergangsprincip. Erinnern wir uns jedoch, daß es mit jedem kleinsten neuen Gliede in der uns wohlbekannten Daseinskette im Grunde eine gleiche Bewandtniß hat. Wer also in dem vorliegenden Hauptfall Schwierigkeiten erheben will, mag zusehn, daß er sie sich nicht bei weniger schein-

baren Gelegenheiten erlasse. Ueberdieß steht die Einschaltungsmöglichkeit von allmählig graduirten Zwischenzuständen, und mithin die Brücke der Stetigkeit offen, um rückwärts bis zu dem Erlöschen des Wechselspiels zu gelangen. Rein begrifflich hilft freilich diese Stetigkeit nicht über den Hauptgedanken hinweg, aber sie ist uns die Grundform aller Gesetzmäßigkeit und jedes sonst bekannten Uebergangs, so daß wir ein Recht haben, sie auch als Vermittlung zwischen jenem ersten Gleichgewicht und dessen Störung zu gebrauchen. Dächten wir uns nun aber das so zu sagen (!) regungslose Gleichgewicht nach Maßgabe der Begriffe, die in unsrer heutigen Mechanik ohne sonderliche Anstandnahme (!) zugelassen werden, so ließe sich gar nicht angeben, wie die Materie zu dem Veränderungsspiel gelangt sein könnte". Außer der Mechanik der Massen gebe es aber auch noch eine Verwandlung von Massenbewegung in Bewegung kleinster Theilchen, aber wie diese erfolge, „dafür haben wir bis jetzt kein allgemeines Prinzip zur Verfügung und wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn diese Vorgänge ein wenig in's Dunkle auslaufen".

Das ist Alles, was Herr Dühring zu sagen hat. Und in der That, wir müßten nicht nur in der Selbstverstümmelung der Zeugungskraft, sondern auch im blinden Köhlerglauben den Gipfel der Weisheit sehn, wollten wir uns mit diesen wahrhaft jammervollen faulen Ausflüchten und Redensarten abspeisen lassen. Aus sich selbst, das gesteht Herr Dühring ein, kann die absolute Identität nicht zur Veränderung kommen. Aus sich selbst giebt es kein Mittel, wodurch das absolute Gleichgewicht in Bewegung überzugehn vermag. Was giebt's denn? Drei falsche faule Wendungen.

Erstens: Es sei ebenso schwer von jedem kleinsten Gliede in der uns wohlbekannten Daseinskette zum nächsten den Uebergang nachzuweisen. — Herr Dühring scheint seine Leser für Säuglinge zu halten. Der Nachweis der einzelnen Uebergänge und Zusammenhänge der kleinsten Glieder in der Daseinskette macht eben den Inhalt der Naturwissenschaft aus, und wenn es dabei irgendwo hapert, so denkt Niemand, selbst nicht Herr Dühring, daran, die vorgegangne Bewegung aus Nichts zu erklären, sondern stets nur aus der Uebertragung, Verwandlung oder Fortpflanzung einer vorgängigen Bewegung. Hier aber handelt es sich eingestandner Maßen darum, die Bewegung aus der Bewegungslosigkeit, also aus Nichts entstehn zu lassen.

Zweitens haben wir „die Brücke der Stetigkeit". Diese hilft uns freilich rein begrifflich nicht über die Schwierigkeit hinweg, aber wir haben doch ein Recht sie als Vermittlung zwischen der Bewegungslosigkeit und der Bewegung zu gebrauchen. Leider besteht die Stetigkeit der Bewegungslosigkeit darin, sich nicht zu bewegen; wie also damit Bewegung zu erzeugen ist, bleibt geheimnißvoller als je. Und wenn Herr Dühring seinen Uebergang vom Nichts der Bewegung zur universellen Bewegung noch so sehr in unendlich kleine Theilchen zerlegt und ihm eine noch so lange Zeitdauer zuschreibt, so sind wir noch keinen Zehntausendstel Millimeter weiter vom Fleck. Von Nichts können wir nun einmal ohne Schöpfungsakt nicht zu Etwas kommen, und wäre das Etwas so klein wie ein mathematisches Differential. Die Brücke der Stetigkeit ist also nicht einmal eine Eselsbrücke, sie ist nur für Herrn Dühring passirbar.

Drittens. So lange die heutige Mechanik gilt, und diese ist nach Herrn Dühring einer der wesentlichsten Hebel zur Bildung des Denkens, läßt sich gar nicht angeben, wie man von der Bewegungslosigkeit zur Bewegung kommt. Aber die mechanische Wärmetheorie zeigt uns, daß Massenbewegung unter Umständen in Molekularbewegung umschlägt, (obwohl auch hier Bewegung aus andrer Bewegung hervorgeht, nie aber aus Bewegungslosigkeit) und dies, deutet Herr Dühring schüchtern an, könnte möglicherweise eine Brücke bieten zwischen dem streng Statischen (Gleichgewichtlichen) und Dynamischen (sich Bewegenden). Aber diese Vorgänge laufen „ein wenig in's Dunkle aus". Und im Dunklen ist es, wo Herr Dühring uns sitzen läßt.

Dahin sind wir gekommen mit aller Vertiefung und Verschärfung, daß wir uns stets tiefer in stets verschärften Blödsinn vertieft haben und endlich anlanden, wo wir nothwendig anlanden müssen — „im Dunkeln". Das aber genirt Herrn Dühring wenig. Gleich auf der nächsten Seite hat er die Stirn zu behaupten, er habe „den Begriff der sich selbst gleichen Beharrung unmittelbar aus dem Verhalten der Materie und der mechanischen Kräfte mit einem realen Inhalt ausstatten können". Und dieser Mann bezeichnet andre Leute als „Charlatans"!

Zum Glück bleibt uns bei all dieser hilflosen Verirrung und Verwirrung „im Dunklen" noch ein Trost, und der ist allerdings herzerhebend: „Die Mathematik der Bewohner andrer Weltkörper kann auf keinen andern Axiomen beruhen, als die unsrige"!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Briefstieberei. Der „Reichsanzeiger" schreibt: „In der Sitzung des deutschen Reichstags vom 15. Dezember v. J. wurde von dem Abgeordneten Liebknecht bei Gelegenheit seiner Aeußerungen über die angebliche Verletzung des Briefgeheimnisses ein Brief aus Ratingen vom 4. Januar v. J. verlesen, welcher die Beschlagnahme eines im August 1874 in Ratingen zur Post gelieferten Briefes an Wilhelm Zengerly in Düsseldorf zum Gegenstande hatte. In Betreff dieses Briefes ist, wie die vom General-Postamt angestellten Ermittelungen ergeben haben, s. Z. in vollständig gesetzmäßiger Weise verfahren worden, indem der Untersuchungsrichter die Beschlagnahme des Briefes angeordnet und persönlich ausgeführt hat." So der „Reichsanzeiger". Wir bringen einfach den in der betreffenden Reichstagssitzung von Liebknecht verlesenen Brief aus Ratingen zum Abdruck:

„Ratingen, den 4. Januar 1876.

Zu der Ihrerseits vertretenen Angelegenheit betreffs Verletzung des Briefgeheimnisses auf der Post erlaube ich mir Ihnen Nachstehendes mitzutheilen. Am 12. August 1874 meldete man mir, daß in meiner Wohnung mehrere Herren beschäftigt seien, Haussuchung zu halten. Ich ging hin und fand allda die Herren Landgerichtsrath Schlinck, Staatsprokurator Rieth und einen Gerichtsschreiber aus Düsseldorf, wovon Erstgenannter mir eröffnete, man vermuthe Gegenstände des Mainzer Katholikenvereins bei mir. Ich war nämlich Buchhalter des Herrn Gustav Linden hier, der zeitweise die Geschäfte des Mainzer Katholikenvereins hier besorgte. Es wurde nun auch wirklich ein Packet mit Broschüren und sonstigen nebensächlichen Gegenständen bei mir vorgefunden und mitgenommen. Ein anderes Packet, enthaltend Correspondenzen nnd Geschäftsbücher, hatte ich kurz vordem mit nach Düsseldorf genommen und daselbst im Hause meiner Mutter, der Wittwe O. Custodis, niedergelegt. Auf die Sicherheit der Post vertrauend, bat ich sofort in einem Expreßbriefe meinen Freund Zengerly in Düsseldorf, das Packet von meiner Mutter wegzuholen. Ich warf den Brief in den Eisenbahnkasten der Bergisch-Märkischen Eisenbahn hier, damit er Abends um 6 Uhr abgehen solle, jedoch erreichte derselbe seine Adresse nicht. Die vorgenannten Herren erfuhren nämlich durch eine Denunziation des damaligen Stationsvorstehers Steinjann, daß ich einen Brief abgegeben hatte. In Folge dessen stiegen sie in's Postcoupé des Zuges und ließen sich daselbst den Brief aushändigen. Noch an demselben Abend wurde das genannte Packet durch den Polizeikommissar bei meiner Mutter geholt und entnahm man demselben Stoff zu einer Klage gegen den Freiherrn E. v. Bouverot zu Düsseldorf und den Kaufmann G. Linden hier. Bei der Verhandlung vertrat der Staatsprokurator Rieth das öffentliche Ministerium, derselbe hatte meinen Brief bei den Akten und erzählte den ganzen Hergang, wie ich Ihnen denselben heute auseinandersetze. Ich bemerke noch, daß der Brief in keiner Weise äußerlich als von mir gekennzeichnet war, sondern vielmehr den Geschäftsstempel des Herrn Gustav Linden führte. Ich theile Ihnen dieses mit, damit Sie ganz nach Ihrem Befinden Gebrauch davon machen, und bin selbstredend bereit, jede einzelne der angeführten Thatsachen zu verbürgen. Alphons Custodis."

Der Leser sieht nun, was es betreffs des Briefgeheimnisses in Deutschland heißt: „in vollständig gesetzmäßiger Weise verfahren." — Und was sagt der „Staatsanzeiger" zu den zahlreichen anderen, noch weit flagranteren Fällen, die Liebknecht vorgebracht?

— Das goldene Zeitalter. Mit wenig Witz und viel Behagen macht der „Hamb. Correspondent" von dem glückseligen Deutschland eine Schilderung, die so lustig anzuhören ist, daß einem ordentlich, wenn man zufällig nicht in Preußisch-Deutschland wäre, das Wasser im Munde zusammenlaufen muß, und es wird wohl nöthig sein, dem massenhaften Fremdenzuzug einen Damm entgegen zu setzen, wie es das freundnachbarliche Rußland zu thun liebt, damit nicht etwa „Ideen" mit in's Land kommen.

Aus dem lustigen Leitartikel erfahren wir, auf welchen Standpunkt man sich stellen muß, um den vortheilhaftesten Blick auf die deutschen Verhältnisse werfen zu können. Im Reichstag wurde einmal vorgeschlagen, die politischen Verhältnisse mit dem Kopf zwischen den Beinen zu betrachten; es wäre wohl interessant, zu erfahren, welche Bedingungen die Sehorgane des Leitartikelers im „Hamburger Correspondent" also gestimmt haben, daß er eitel Glanz und Sonnenschein auf der deutschen Landschaft leuchten sieht!

„Im Uebrigen spielt in Preußen traditionell der Finanzminister die erste Rolle." Eine Summe der Weisheit! Wir wollen aber doch daran erinnern, daß es neben einem gewissen Gewaltigen manchmal recht gefährlich ist, eine Rolle spielen zu wollen. Es gibt mimische Künstler, die nicht sowohl auf ein gutes Zusammenspiel den größten Werth legen, sondern die mit aller Macht auffällig hervorleuchten wollen und so natürlich den vollkommensten harmonischen Eindruck des Kunstgebildes unmöglich machen. Und dieser Große, den wir meinen, sagt oft wie der „weiße Mann" zu den Indianern, seinen „rothen Kindern": „Hebt Euch weit weg von mir, Ihr seid mir zu nahe, oder ich muß Euch treten!" — Wundern muß es uns, daß bei seinem wirklich beneidenswerthen Optimismus der Artikelverfasser doch in Aussicht stellt, der Abschluß des Finanzministers werde „in Folge der wirthschaftlichen Krisis sich weniger glänzend gestalten, als im Vorjahr!" Das glauben wir sehr gern! Nicht erfindlich ist uns aber, wie der Herr Camphausen ein Recept componiren soll, durch welches er mehr Geld erhält, ohne die landesübliche Steuerschraube in erhöhte Thätigkeit zu setzen! Es setzt diese Hoffnung des „Hamburger Correspondent" wirklich eine wahrhaft erstaunliche Zuversicht auf den Erfindungsgeist der hohen Herrschaften voraus. Wir glauben freilich, daß dem Tausendkünstler Camphausen selbst dieses Problem ziemlich unlösbar erscheinen wird.

Daß es aber nöthig sein wird, mehr Geld zu schaffen, zeigt der vergnügt und gewiß mit einem zufriedenen Schmunzeln niedergeschriebene Satz, dessen Wahrheit für Jedermann erwiesen ist: „In stiller Arbeit ist die Vervollkommnung aller militärischen Einrichtungen unausgesetzt betrieben worden. Auch die Zweifel an der Concurrenzfähigkeit unserer Infanteriewaffe und unserer Geschütze im Vergleich mit dem neuerdings verbesserten Material anderer Staaten haben sich als unbegründet erwiesen! Halleluja, „Hosianna! Aber — nichts umsonst! Nicht blos der Krieg, sondern auch die Vorbereitungen zum Kriege kosten überall viel Geld, heidenmäßig viel Geld: Volk, thue die Beutel auf: sieh Deine prachtvolle Armee, da muß Dir doch das Herz vor Freuden hüpfen und tanzen, wozu ja der knurrende Magen aufspielen kann! Du hast Hunger? — „Die Armee ist im befriedigendsten Zustande!" Handel und Gewerbe liegen lahm! — „Aber Mensch, höre doch, die Armee ist im befriedigendsten Zustande!" — Unsere Lage gegen das Ausland ist unklar! — „Kreuzelement, aber die Armee ist im befriedigendsten Zustande!"

„Unser ‚Abschluß' in Philadelphia hat viel Staub aufgewirbelt, vielleicht zu viel. Das mag Herr Reuleaux vertreten." Wie zart, wie delicat! Unser „Abschluß" in Philadelphia! das ist wunderbar sinnig und fein! Der Abschluß Strousberg's! wie köstlich klingt doch das! Man meide ja zu starke Ausdrücke, wie „Niederlage", „Pleite" ꝛc. Einmal erzählte uns Einer von einem Erhängten und nannte ihn „den sanft Entschlafenen!" Aber gegen Einen müssen wir wirklich bitterböse werden, das ist der unglückliche Reuleaux, der hat vielleicht den „Abschluß" in Philadelphia in Unordnung gebracht mit seinem vernichtenden Urtheil!

Aber der Handelsminister und der Landwirthschaftsminister werden schon helfen! „Der gegenwärtige Staat vernachlässigt die „wahren Interessen" der Arbeiter nicht!" Diese Wahrung der Interessen bestehen nämlich darin, daß er es dem Kapitalisten möglich macht, die Meinung der Arbeiter irre zu führen, die politische Mitthätigkeit der Arbeiter möglichst auf Null zu reduziren, die Arbeiter gegen alle Ausbeutung wehr- und rechtlos zu machen! Diese wahren Interessen werden treulich gewahrt! Hoch „unser" gegenwärtiger Staat! Glücklicher Arbeiter! Vortreffliche Regierung! Wie sind wir alle so zufrieden, so fröhlich, wir guten Deutschen, im kindlichen Vertrauen auf unsere Berliner Vorsehung, von der alles Gute kommt! Wie wird uns das Herz geschwellt von den seligsten Gefühlen, von Dankbarkeit und Stolz, von Muth und Patriotismus, ja wir selbst wären vor lauter Wohlbehagen beinahe versucht, den Spendern aller dieser guten und vollkommenen Gaben reumüthig zu Füßen zu fallen und um Verzeihung zu bitten, daß wir dieselben so oft verkannt und unterschätzt haben. „Wenn's nur wahr wäre!" Wir treiben auch Politik, nach Bismarck's eigener Aussage „wie die Entenjagd von Bülte zu Bülte", die Gewerbe liegen darnieder, die Mordwerkzeugfabrikanten machen allein Geschäfte, die „Vagabunden" nehmen an Zahl in Schrecken erregender Weise zu, kurz von dem Paradiese ist hienieden keine Spur zu finden und ist dasselbe gewiß eine Sylvesterabendphantasie von einem eigentlich zum Dichter geborenen Redakteur, der demnach in seiner jetzigen Stellung als Vertreter und Lehrer der öffentlichen Meinung seinen Beruf verfehlt hat!

— Die „Vossische Zeitung" vom 11. Januar theilt mit: „Eine wichtige Entscheidung in Bezug auf die Straffreiheit von Gerichtsreferaten wurde am Mittwoch von der Hilfs-Criminal-Abtheilung des Kammergerichts gefällt. Beim Schwur-

---

Herr v. Puttkammer.

(Fortsetzung.)

„Nun war mir die Sache natürlich scheußlich und der Gedanke, mit zwei Dirnen mit adeligen Namen auf der Anklagebank erscheinen zu sollen, grauenhaft. Denken Sie nur den Skandal. Da fiel mir bei, daß ich ja als pensionirter Offizier gar nicht vor die Civilgerichte in Straffachen gehöre, sondern vor's Kriegsgericht, wo Ausschluß der Oeffentlichkeit ist und die Dirnen nicht mit erscheinen konnten. Ich erklärte also Friedeln schriftlich, daß ich auf seine Vorladung, weil sie in Folge civilrichterlicher Requisition erlassen sei, mich nicht gestellen könne, ich gehöre vor's Militärgericht. Er drohte mit Sistirung, ich lachte; er ließ mich per Exekutor holen und ich schwieg vor ihm wie ein Stock.

„Aus der Untersuchung wurde nichts, ich verlangte sie darauf, um meine Ehre zu reinigen. Doch wurde der Geh. Sanitätsrath Prof. Dr. Liman, der mich nie gesehen hat, veranlaßt, zu erklären, ich sei geisteskrank, und darauf wurden die Akten reponirt. Vergeblich habe ich wiederholt die Untersuchung gefordert. Nichts, man schwieg. Natürlich wußte man, daß gegen mich dabei nichts herauskommen könne, denn daß ich solche Fälschung nicht begehen würde und könne, konnte sich jeder dumme Junge sagen; ich hatte nicht das mindeste Interesse zur Sache, denn ich habe meine Quittung von meiner Wirthin, und — fälschen, ich? Na, das wäre alberner als albern. In Bütow hat daran auch Niemand gedacht, die Handschrift hat auch wohl ergeben, daß dabei eine Frau im Spiel sein müsse. Leider ist die Rohr todt."

Das Erkenntniß des Kammergerichts giebt uns einen Auszug aus dem Protokoll, welches Herr Friedel über die Vernehmung v. Puttkammer's entwarf.

„Der Angeschuldigte, mit dem Gegenstande seiner Vernehmung bekannt gemacht und zur Aussage der Wahrheit ernstlich ermahnt, beantwortete alle an ihn gerichteten Fragen mit einem eigenthümlichen Wiegen des Kopfes (Schütteln, Herr Kreisrichter!), wobei er das Gesicht verzerrte und sonderbare, einem leisen Brummen ähnliche Töne ausstieß. Selbst auf die Fragen nach seinen Personalien geberdete v. Puttkammer sich in der geschilderten Weise und es gelang mit großer Mühe nur einmal eine Antwort aus ihm herauszubekommen, als es ihm der Untersuchungsrichter vorhielt, ob es sich mit seiner Ehre als Kavalier und Offizier vertrüge, einer ehrenrührigen Bezichtigung gegenüber zu schweigen? Er antwortete: „Ich könnte die ganze Sache mit einem Paar Worten aufklären, aber ich will um des Prinzips wegen auch diese Verfolgung ertragen." Auf die Frage, ob die verfälschten Schriftstücke von ihm herrühren, antwortete er nicht und wurde er, nachdem alle Vorhaltungen erschöpft waren, entlassen.

„Die Gerichtspersonen (!) haben sodann registrirt, daß sie der Ansicht seien, daß v. Puttkammer gemüthskrank sei und des Vermögens ermangele, die Folgen seiner Handlungen zu überlegen."

Die „Gerichtspersonen" bestehen aus dem — Einzelrichter Friedel!

„Außerdem", so fährt das Erkenntniß fort, „hat der Richter, Kreisrichter Friedel, eine Registratur über die Erscheinung und das Benehmen des v. Puttkammer bei Gelegenheit eines andern Termins hinzugefügt, worin es heißt:

„Sein Gesichtsausdruck sei ein schlaffer, wie man ihn in Irrenanstalten nicht selten beobachte. Der Blick seines Auges sei zumeist stier und ausdruckslos, mitunter unheimlich und stechend. Die Pupillen seien auffallend erweitert und reagirten träge, die Worte würden ungleich gesprochen, bald bullernd vorgestoßen, bald stotternd verlangsamt. Die Mundwinkel zucken bisweilen. Die Haltung sei eine forcirt militärische, sein Benehmen schroff und herausfordernd, zugleich lauernd und verschlossen. Er höre es gern, wenn man auf seine militärische Charge und seinen Adel hinweise."

Wir möchten zunächst Herrn Friedel fragen, wo er denn eigentlich seine auffallenden Studien im Gebiete der Psychiatrie gemacht? Sein Gutachten ist übrigens 10 Bogen stark und hat bei seinen Unterbeamten großes Aufsehen gemacht. Hat er für seine Studien Lehrgeld bezahlt, dann kann er es sich getrost zurückzahlen lassen, seine Schilderung von der Erscheinung von Puttkammer's enthält so unversöhnliche Widersprüche, daß sie auf den ersten Blick unglaubwürdig erscheint. Doch weiter!

„Dem Untersuchungsrichter gegenüber und wie aus den Vorakten hervorgehe, stelle sich v. Puttkammer als ein Opfer einer doppelten politischen Kabale der preußischen Regierung dar. Er meine, er sei noch jetzt schleswig-holsteinischer Offizier, nie habe er entlassen werden können, Usurpatoren seien die preußisch-österreichischen Commissarien (1857) gewesen, nur der Gewalt sei er gewichen; unablässig habe er für sein gutes Recht gekämpft und werde dies bis zum Lebensende thun. Er wisse zwar, daß seine Proteste vom König ein- für allemal zurückgewiesen und vom Kriegsminister nicht mehr angenommen würden, das thue aber nichts, er kämpfe um des Prinzips willen."

Herr v. Puttkammer bestreitet diese ihm in den Mund gelegten Aeußerungen. Aber wenn er sie auch wirklich gethan hätte, dann läge darin doch nichts Unsinniges, und zwar um so weniger, als uns der hohe Gerichtshof selbst erzählt, daß es Herrn v. Puttkammer gelungen sei, seine Pensionsansprüche als schleswig-holsteinischer Offizier durchzusetzen.

„Als zweite Katastrophe bezeichne v. Puttkammer den Verlust seines Vermögens, Subhastation des Ritterguts Damerkow, die ebenfalls widerrechtlich geschehen und wogegen er nicht wieder um des Prinzips halber ankämpfe."

Bei dieser Subhastation hatte ihm das Gericht falsche Angaben über die Höhe der eingetragenen Schulden gemacht und ihn dadurch außer Stand gesetzt, rechtzeitig alle Gläubiger zu befriedigen. Das Gut, welches den Namen des Herrn v. Köller führte und v. Puttkammer einigen Ersatz für die schweren Verluste gewährt hätte, die ihm der Schwindler zugefügt, ging ihm jetzt verloren.

„Von diesen Ereignissen her datirte das unaufhörliche Queruliren, das längst zu einer fixen Idee, ja zum vermeintlichen Lebensberuf bei ihm geworden. Wie ein rother Faden ziehe sich seitdem ein fortwährender Kampf mit den verschiedensten Behörden durch sein Leben."

Hat sich denn Herr Friedel überzeugt, daß Herr v. Puttkammer Unrecht hatte? Erst dann könnte doch von „Queruliren" und einer „fixen Idee" die Rede sein. In dem Pensions-

gericht zu Wrietzen wurde in der Zeit vom 29. Juni bis 1. Juli gegen den Altsitzer Kerkow eine Anklage wegen Blutschande verhandelt, welche mit dessen Verurtheilung zu sechs Jahren Zuchthaus und sechsjährigem Ehrverlust endete. Ueber diese Verhandlnng veröffentlichte die „Wrietzener Zeitung" einen Bericht, in welchem mit Bezug auf die von dem Angeklagten begangenen Handlungen demselbeu die Epitheta „entmenschte Creatur", „Scheusal" beigelegt worden waren. Auf den von dem Verurtheilten wegen dieser Ausdrücke gestellten Strafantrag verurtheilte das Kreisgericht zu Wrietzen den angeklagten Redakteur Hintze zu 30 M. ev. 1 Woche Gefängniß. Auf die von demselben eingelegte Appellation erkannte der Kammergerichtshof abändernd auf Freisprechung, weil dem Zeitungsredakteur bei Aufnahme eines Gerichtsreferats der § 193 des Strafgesetz-Buchs zur Seite stehe und die Absicht des Angeklagten, den Kerkow zu beleidigen, nicht als vorhanden anzunehmen sei."

Also scheint man stellenweise doch dafür zu halten, daß man die Dinge beim rechten Namen nennen darf.

— Ein wahres Wort. Der im 5. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreise aufgestellte Appellationsgerichtsrath Hall in Kiel, für den auch die Fortschrittspartei stimmen wird, hat sich in gegebener Veranlassung über einige wichtige Fragen des öffentlichen Lebens verbreitet und unter andern folgende hochbeherzigenswerthe Worte geschrieben: „Die Verhandlungen über die Justizgesetze haben uns recht deutlich gezeigt, daß im Hause Niemand weiß, wer am Tisch des Bundesraths Koch oder Kellner ist. Aber täuschen wir uns darüber nicht, es wird noch viele Kämpfe kosten, ehe wir eine wirklich parlamentarische Regierung erreichen. Zu dem Ende thut es vor Allem Noth, daß die neuen Provinzen (denn bei den Altländern ist das conservative Prinzip zum Theil noch sehr mächtig) wirklich freisinnige Männer in den Reichs- und Landtag entsenden."

— Der „Berliner Freien Presse" entnehmen wir folgende Notiz: „Die hiesige Börse feierte den außerordentlichen, „unerwarteten" Sieg des Sozialismus durch eine kleine Panik. Der 10. Januar hat sich also selbst ein Denkmal in den Coursberichten gesetzt".

— Frommer Wunsch. Die „Vossische Zeitung" schreibt aus Berlin: „Die Zahl der Wähler, welche am vorgestrigen Wahltag ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten, weil sie in der Wählerliste nicht verzeichnet standen, betrug in einzelnen Wahlbezirken 6 bis 8 pCt. der eingeschriebenen Wähler. Aus manchen Häusern, in welchen notorisch 20 bis 25 Wähler wohnen, waren nur 6 bis 8 Wähler eingetragen, in einem Falle fehlte sogar der Hauswirth selbst in der Wählerliste und konnte daher sein Wahlrecht nicht ausüben. Das Auslegen der Listen zu Jedermanns Einsicht unter Hinweisung auf die Einspruchsfrist hat sich wiederholt als unzureichend herausgestellt, um jenen Mangel zu beseitigen. Es wird Aufgabe der Behörden sein, einen besseren Modus zu finden, um für die Folge das erste Alinea des § 8 des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869 in umfassenderer Weise zur Ausführung zu bringen.

— Die „Vossische Zeitung" schreibt aus Berlin: „Auf dem Platze sind die Sozialdemokraten. Wenn sie nicht ihre Massenversammlung gehabt hätten, äußerlich hätte man vom Wahltage nichts gemerkt. Und an Agitationskosten sparen sie erheblich durch den Eifer Aller für die gemeinsame Sache. Für die Vertheilung der Stimmzettel an den 367 Wahllokalen Berlins haben sie keinen Pfennig bezahlt. Das haben lauter Freiwillige besorgt." Für uns ist eben die Politik kein Geschäft!

— Unfall-Statistik. Im Monat Dezember v. J. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig

37 Todesfälle
5 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten,
8 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen und
460 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbslosigkeit prognosticiren läßt, zusammen

510 Unfälle angemeldet.

Von den 37 Todesfällen ereigneten sich 25 in dem Steinkohlenbergwerk „Windbergschacht" des Potschappeler Aktien-Vereins, 2 in Baugeschäften und je 1 in einer Färberei, einer Brauerei, einer Schieferdeckerei, einer Eisengießerei, einer Maschinen- nnd Gasapparatenfabrik, einer Lehmgrube, einer Leim- und Knochenmehlfabrik, einem Stahl- und Eisenwerke, einer Schiffsbau- und Reparaturwerkstatt und einem Braunkohlenwerk.

Die 5 lebensgefährlichen Beschädigungen vertheilen sich auf eine Brauerei, eine Papierfabrik, eine Dachdeckerei, eine Kesselschmiede und ein Steinkohlenwerk, während von den 8 Invaliden je 2 auf Maschinenbauanstalten und Eisengießereien und je 1 auf eine Malzfabrik, eine Spirituosenfabrik, eine Schneidemühle, eine Brauerei, eine Baumwollspinnerei und -Weberei und ein Steinkohlenwerk kommen.

— An die rechte Schmiede gehen! Wie bei vorigem Wahlturnus, so hat auch diesmal in Heilbronn Einer Bismarck gewählt, wozu die „Frankfurter Zeitung" bemerkt, daß Dieser jedenfalls das Richtige getroffen hat, von der richtigen Ansicht ausgehend, daß die Compromißler doch thun, was Er will, und es sei folglich gescheidter, gleich den Meister zu wählen, anstatt der Gesellen und Handlanger.

— Aus Cassel, 11. Januar, erhalten wir in Bezug auf den Artikel über die Angelegenheit Pfannkuch-Nippold folgende Zuschrift: „Die von Ihnen herausgegebene Zeitschrift „Vorwärts" brachte vor einiger Zeit die Nachricht, daß wir dem Literaten Nippold 150 Mark geboten hätten, wenn derselbe gelegentlich einer Disputation mit Herrn Pfannkuch den Sieg davon tragen würde. Wir müssen Ihnen daher vor allem mittheilen, daß uns Herr Nippold gänzlich unbekannt ist und daß diese Aeußerung auf einer Unwahrheit beruht. Wir bitten daher, dies zur Steuer der Wahrheit berichtigen zu wollen.

Achtungsvoll Gebr. Gotthelft."

— Ueber den Siegesabend in Berlin schreibt der „Börsen-Courier": „Wer gestern die Vereinigung der Sozialdemokraten da draußen, wo es zum Monument des Kreuzberges hinaufgeht, einige Aufgebote der „Sozialisten-Bataillone" am Abend der Wahl auf Tivoli gesehen hat, der konnte immerhin einen kleinen Vorgeschmack von ihrer Bedeutung und von ihrer Stärke erhalten. Es waren nach polizeilicher Schätzung nicht weniger als zweiundzwanzigtausend Mann dort versammelt, zweiundzwanzigtausend Mann, die Stunden lang geduldig auf die Mittheilung der Ergebnisse des Wahlkampfes harrten und die dann mit einem wahren Fanatismus, mit Hurrahrufen und mit dem Gesang der Arbeiter-Marseillaise die Resultate der Wahlen, die ihnen den Sieg verkündeten, begrüßten. Bis spät in die Nacht hat man in den umliegenden Straßen, hat man in den benachbarten Gegenden genug verspürt von der Lebenskraft der Sozialdemokratie. Beinahe bis zum frühen Morgen zogen Schaaren und Trupps, meist fünfzehn bis zwanzig Mann zählend, heimwärts, ihrem Triumphgefühl meist durch Absingung des sozialistischen Kampfliedes, eben jener „Arbeiter-Marseillaise", Luft machend. Nirgends ist es übrigens zu der leisesten Unordnung oder selbst nur zu einer Caramboulage zwischen den heimwärtskehrenden Sozialisten und den Wächtern der öffentlichen Sicherheit gekommen." — Der „Börsen-Courier", der sonst immer auf uns schimpfte, ist nun recht anständig geworden. So wird es noch mehreren gehen!

— Der „Vorbote" von Chikago schreibt über die Arbeitslage in Amerika nach dem „Labor Standard": Schuhmacher. Berichte aus den östlichen Staaten stellen das Geschäft als ständig dar, während es im Westen besser gehen soll. In Lynn, wo weniger Menschen arbeitslos sind, als im Jahre zuvor, sind die strikenden Arbeiter für denselben Lohn zur Arbeit zurückgekehrt. Die Löhne sind ringsumher 10 Prozent niedriger als 1875. In Baltimore ist's Geschäft gut, aber viele sind arbeitslos. In Cleveland giebts verhältnißmäßig wenig Schuhmacher und doch ist dort keine ständige Arbeit. Auch in Chicago stehen die Löhne niedriger als voriges Jahr. In Philadelphia hat eine Firma 50 Arbeiter im Staatsgefängniß zur Arbeit gegen einen Hundelohn in Pacht genommen. Auch nicht übel!

Cigarrenmacher. Die Lage hat sich wenig verändert, an einigen Orten beginnt es sich zu beleben, bessern Lohn giebt's aber nicht. In New-York sind viele Cigarrenarbeiter beschäftigt, aber während sie früher 15,18 und 20 Dollars bekamen, erhalten sie jetzt nur 9 Dollars die Woche. Da hilft kein anderes Mittel als Eintritt in die Union Nr. 144. In Bridgeport ist Alles beschäftigt, aber auch jede Stelle besetzt. In Brantfort, Ont., gehts schlecht. In Rom, N.-Y., geht das Geschäft und Alle sind in Arbeit. In Keokuk, Jowa, gewährt das Geschäft den Trämps keine guten Aussichten. In Fort Wayne, Ind., sind keine Stellen offen und die Boße (Gesammtheit der Arbeitgeber) sprechen davon, 1 Dollar per Tausend abzuziehen. Die Cigarrenmacher von Philadelphia und New-Haven haben das Werk der Vereinigung begonnen. Mochten ihre Anstrengungen erfolgreich sein und bald überall nachgeahmt werden.

Möbelindustrie. In der Stadt New-York ist nicht die Hälfte der Möbelarbeiter beschäftigt. Die Löhne sind niedriger als letztes Jahr. In Wilmington, Del., sind die Löhne 10 bis 20 Prozent niedriger als im Jahr 1875. Mayer in Chicago hat die Löhne 10 bis 33 Prozent reduzirt. In Virginia City, Nevada, geht das Geschäft ziemlich, aber die Löhne sind niedrig und sehr viele Arbeiter sind ohne Beschäftigung.

Seiden-, Baumwoll- und Wollfabrikation. Den Seidenwebern Paterson's sind die Löhne um 10—25 Prozent reduzirt worden. Den Webern in Hoppers Seidenfabrik in Newark sind die Löhne auch so reduzirt worden, daß die besten Arbeiter höchstens 6 bis 9 Dollars, Arbeiterinnen 4—5 D. und Kinder D. 1.50—2.00 per Woche erwerben können.

Bergbau. Aus den meisten Kohlendistrikten Pennsylvaniens wird gemeldet, daß die Kohlenkönige beschlossen haben, die Kohlenproduktion für einige Zeit einzustellen. Schon sind dadurch 35—40,000 Arbeiter brodlos geworden. Aber noch mehr Gruben werden nachfolgen, so daß sich die Zahl der Arbeitslosen noch bedeutend steigern wird. Zu solchem Barbarismus, der die Arbeiter schlechter als das Vieh behandelt, führt die kapitalistische Produktionsweise und nur die genossenschaftliche Arbeit, wie wir Sozialisten sie erstreben, ist im Stande, die Arbeit unabhängig zu machen und jedes Arbeitenden Existenz zu sichern.

— Zum Culturkampf. Unser Glauchauer Parteiorgan schreibt: Am 1. d. M. Vormittag wurde unser Redakteur H. Eisengarten vor Gericht gefordert und über ein in der Nr. vom 24. Oktober v. J. abgedrucktes „Eingesandt" verhört. Statt daß er nun, wie er erwartet hatte, fortgelassen wurde, machte man ihm die Eröffnung, daß er sofort, „um Collisionen zu vermeiden", in Gewahrsam zu marschiren habe. So brachte er denn, zur größeren Ehre der Gerechtigkeit, bei trockenem Brote und einem kühlen Trunke, in der Nacht auf einem Strohsacke ohne Kopfkissen liegend, in Gesellschaft eines lieblich duftenden Kübels 24 Stunden zu und wurde heute Vormittag als ehrlicher Mann entlassen, obgleich er erst wie ein Spitzbube behandelt worden war. Ehe er jedoch die „Freiheit" erhalten konnte mußte das übrige Redaktions-, Expeditions- und theilweise das Setzerpersonal sich ebenfalls verhören lassen.

Correspondenzen.

Hamburg, 11. Januar. Die gestern in Hamburg-Altona stattgehabte Reichstagswahl verlief ohne alle Störung bei sehr lebhafter Betheiligung. Durch pöbelhafte Roheiten haben sich die Cuxhavener Liberalen hervorgethan, welche unsere dort postirten Parteigenossen nach einem beim Wahlcomité eingelaufenen Telegramm zu erschlagen drohten, die sozialistischen Plakate und Stimmzettel zerrissen und mit sonstigen Pöbeleien nicht zurückhielten. Es wurde die Behörde von diesen Roheitsakten sofort in Kenntniß gesetzt. Ueber das Wahlresultat sind wir zur Zeit (Abends 8 Uhr) noch ununterrichtet.

Die „Börsenh." erzählt, daß in vielen Gegenden des 3. Wahlkreises von „leicht zu errathender Hand" nachgemachte Wahlzettel der liberalen Partei vertheilt worden, auf denen der Name des liberalen Candidaten entweder: Dr. Wolffson (mit Weglassung des Vornamens) oder: Dr. J. Wolffson gedruckt stand, die also ungültig waren. Wir glauben an diese Mittheilung nicht. Es ist ein geschicktes Wahlmanöver unserer Gegner. Auch im zweiten Wahlkreise war die Mähr verbreitet, daß falsche Stimmzettel für Hartmann ausgetheilt worden seien. Trotz der größten Mühe konnte es uns aber nicht gelingen, einen solchen Stimmzettel zu erwischen. Was die Agitation der Zünftler anbelangt, so war dieselbe eine äußerst lebhafte. Reiche Bourgeois sahen wir mit Stimmzetteln von Haus zu Haus laufen. Equipagen fuhren die Wähler herbei. In den Wirthschaften herrschte ein reges Leben. Einzelne Bäcker, Fleischer, Metzger und Krämer versprachen Lebensmittel an ihre Nachbaren zu liefern, wenn sie für Bauer und Möring stimmen wollten. Frauen und Kinder begleiteten den Vater und Gatten an die Wahlurne. Die Straßen waren reich belebt. Fahnen flatterten in allen Farben vor den Wahllokalen. „Heiße Würstchen"-Verkäufer verkauften „Bauer"- und „Hartmann-Würste". Kinder sangen die Marseillaise. Das Resultat der Wahl ist den Lesern des „Vorwärts" bekannt.

Hamburg, im Januar. In Sachen der deutschen Plimsollfrage erhalten wir folgende Zuschrift, die wir den mit dem Schiffsbau bekannten Lesern nicht vorenthalten wollen: „Zur Plimsollfrage." Unter dieser Ueberschrift erschien in der Nr. 28 des „Vorwärts" ein Artikel von dem Schiffszimmerer H. Brandt unterzeichnet, welcher von der unsoliden Bauart mehrerer Schiffe handelte. Es stand als erster Fall verzeichnet ein neuer Dreimast-Schooner „Durango", bei dem Schiffbaumeister Herrn Dreyer am Reiherstieg erbaut, welcher sich schon im Hafen so begeben haben sollte, daß der Metallbeschlag hinten und vorn

---

falle hat sich bereits ergeben, daß v. Puttkammer durchaus in seinem Rechte gewesen.

Er selbst habe an demselben Tage (6. April 1870) darüber geäußert: „Ich will Niemand beleidigen, aber bedenken Sie, wie ich seit Jahren verfolgt werde — meine Existenz ist hin! Ich bin ein verlorener Mann, wer nimmt mich in meinen Jahren? Niemand riskirt es mit mir und ich kann mich Niemand fügen, ich kann Niemand gehorchen. Ich kann nicht anders, ich muß schreiben, ich muß mir Luft machen, ich bin selbst manchmal erstaunt, daß ich so etwas schreibe; bei ruhigem Blut würde ich es nicht thun. Aber ich kann meine Schriftstücke nicht zum zweiten Male durchlesen, ich werde dann immer heftiger und erregter. Ich weiß manchmal faktisch nicht, was ich schreibe, so aufgeregt bin ich."

Wir fragen Herrn Friedel, ob Herr v. Puttkammer diese Aeußerung zu Protokoll erklärt hat? Sie scheinen uns den Stempel der Erfindung so deutlich an der Stirn zu tragen, daß auch das blödeste Auge sie herausfinden kann. Sie stehen mit dem „verschlossenen" Wesen des Hrn. v. Puttkammer, mit seiner ganzen Vergangenheit in so unversöhnlichem Widerspruch, daß man wirklich die Kühnheit des Herrn Friedel anstaunen muß, mit der er seine plumpen Erfindungen zu Markte trägt. Auch die Leichtgläubigkeit des Gerichtshofes müßten wir bewundern, wenn wir es nur mit Erzählungen des Herrn Friedel und nicht mit einem Protokoll zu thun hätten. Gegen Herrn Friedel hatte v. Puttkammer mehrfache Beschwerden geführt, er nahm also keinen unbefangenen Standpunkt ein und mußte deshalb schon an Glaubwürdigkeit verlieren.

„Außerdem, wird hervorgehoben, messe er — v. Puttkammer — seinen eigenen Erlebnissen eine übertriebene Wichtigkeit bei, bringe sie mit der hohen Politik in Verbindung, behaupte, daß die Verfolgungen, denen er ausgesetzt sei, vom Kriegsminister herrührten, welcher ihn mit allen schleswig-holsteinischen Offizieren los sein wolle, damit das Militärbudget entlastet werde. Aber er habe sich schon beim Abgeordnetenhause und beim Reichstage beschwert."

Das ist naiv oder plump erfunden, Herr Friedel! Das Militärbudget sollte erst mit den Pensionen belastet werden! Herr Friedel hatte sich weiter die Mühe genommen, über Herrn von Puttkammer in Schleswig-Holstein Erkundigungen einzuziehen, wo dieser einmal einen Streit mit einem Verwandten, einem General v. Puttkammer, gehabt. Aus einer einfachen Injurie machte Herr Friedel eine Staatsaktion und registrirte eine „Herausforderung". Der General v. Puttkammer ist nicht, wie Herr Friedel meint, Vorsitzender der v. Puttkammer'schen Familiengenossenschaft gewesen, ist auch nie durch Herrn v. Puttkammer gefordert worden.

Ob das Gericht sich wohl von der Richtigkeit dieser Angaben Friedel's überzeugt hat? Wir bezweifeln es und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie in der Hauptsache falsch sind.

„Zum Zwecke der Feststellung der Zurechnungsfähigkeit war der Stabsarzt Dr. Rieck mit der Exploration des Gemüthszustandes des v. Puttkammer beauftragt. Etwa auch von dem diensteifrigen Herrn Friedel? Gehörte zur Exploration nicht ein Gerichtsarzt, ein Kreisphysikus?"

„In Folge eines deshalb in der v. Puttkammer'schen Wohnung gemachten Besuches, bei welchem er die Ehefrau des Provokaten gesprochen hatte, erhielt Dr. Rieck von Letzterem einen Brief, worin derselbe unter der Drohung, sofort sich zu beschweren, das Betreten seiner Wohnung ihm untersagte."

War das nicht durchaus correct gehandelt?

„Zugleich beschwerte er sich bei der Gerichts-Commission zu Köpenick über die ganze Maßregel, indem er die schrecklichen Folgen auf den Gesundheitszustand seiner Frau hervorhob und dabei sagte:

„Ich habe meinen Vater dadurch jäh verloren, den ein Herzschlag unmittelbar nach empfangener Kunde über die meine Ehre vernichtende Kabinetsjustiz vom 23. Februar 1861 tödtete. Ich werde mir nun nicht auch noch das Letzte mit der Resignation früherer Jahre rauben lassen, das Leben meiner Gattin ꝛc. —"

Mit der Kabinetsjustiz meint er die Allerhöchste Kabinetsordre vom 23. Februar 1863, durch welche das kriegsgerichtliche Erkenntniß, welches ihn zu acht Monaten Festungshaft verurtheilte, bestätigte, die Strafe aber erlassen wurde und statt der vom Ehrengerichte ausgesprochenen Dienstentlassung die Versetzung in den Ruhestand erfolgte."

Dieses Faktum soll v. Puttkammer's Gesundheitszustand kennzeichnen! Wir erinnern die Leser daran, daß die Kabinetsordre nicht contrasignirt war, die Versetzung in den Ruhestand also thatsächlich nur ein Akt der Kabinetsjustiz war.

Daß dieser Ausdruck Richtern der siebziger Jahre entsetzlich klingen und als Beweis des Wahnsinns gelten kann, darf Niemand befremden. Gut wäre es aber doch gewesen, wenn der Gerichtshof die Kabinetsordre und die preußische Verfassung sich näher angesehen hätte. Im Uebrigen finden wir in dem Schreiben Puttkammer's auch nicht ein Wörtchen, das auf Wahnsinn schließen ließe.

„Nachdem Provokat noch verschiedene seinen Zustand kennzeichnende Eingaben eingereicht hatte, worin insbesondere gesagt war: „es wäre eine Narrheit, ihm ein Verbrechen zuzutrauen" und „er verbäte sich, von einer Untersuchung wegen Urkundenfälschung gegen ihn zu sprechen, noch dazu unter Anführung eines Aktenzeichens", und da eine persönliche Exploration durch einen Sachverständigen nicht zu ermöglichen war, wurde auf Grund der vorliegenden Schriftstücke ein Attest des gerichtlichen Physikus, Professor Dr. Liman, extrahirt, welcher sich dahin aussprach:

> daß v. Puttkammer sich in einem Zustande krankhafter Störung seiner Geisteskräfte befinde — und zur Zeit der That befunden habe, durch welche seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen werde.

Auf Grund dieses Attestes ist das weitere Verfahren gegen v. Puttkammer eingestellt. Der Provokat hat aber auch in Beziehung auf dieses Gutachten erklärt, es involvire Lüge, Verleumdung und anderweite strafbare Vergehen." —

(Fortsetzung folgt.)

Falten geworfen habe. Ich hätte nun von einem tüchtigen Schiffszimmerer, wie es der Herr Verfasser Brandt sein will, gedacht, daß derselbe den Ursachen des Fehlers besser nachgeforscht hätte, da, wenn unsolide Arbeit verfertigt wäre, die Schuld nur uns treffen könnte, indem sämmtliches Material nach Vorschrift und in guter Qualität geliefert worden ist. Wenn nun der Kupferbeschlag Falten warf, was ich durchaus nicht bestreiten will, so will ich dem Herrn Brandt doch in kurzen Worten zu zeigen suchen, wodurch dieselben entstanden sind. Das Schiff war nahe an 2 Jahre im Bau begriffen und schließlich total ausgetrocknet; nachdem es nun so weit fertig und tüchtig kalfatert war, ist es nicht unmöglich, daß nach dem Stapellauf durch das Aufquellen des trockenen Holzes sich einige Falten im Kupferbeschlag einstellten. Aber von einer unsoliden Bauart kann hier durchaus nicht die Rede sein. Wenn nun der Verfasser des Artikels in Nr. 28 dieses Blattes in dem Wahne sich befinden sollte, daß ich zu Gunsten unserer Arbeitsgeber diese Erklärung abgebe, so diene demselben folgendes zur Notiz: Ich bin Mitglied des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Vereins, welchem Brandt nicht mehr anzugehören scheint, sonst müßte er wissen, daß derselbe sich die Aufgabe gestellt hat, alle unsoliden Arbeiten auf das schärfste kritisiren, aber auch alle ungenauen oder unwahren Mittheilungen, die doch schließlich wieder auf uns selbst zurückfallen würden, strenge zurückzuweisen.

Herm. Behrs, Schiffszimmermann am Reiherstieg.

Essen, 8. Januar. Eine imposante Volksversammlung fand gestern Morgen 11 Uhr im Essener Odeum statt. Man erwartete den Reichstagscandidaten Herrn Wilhelm Hasselmann hier. War schon bei dessen Anwesenheit vor einigen Wochen das Lokal zum Erdrücken voll, mußten schon Hunderte damals unverrichteter Sache und ohne in den Saal hineinkommen zu können, wieder nach Hause gehen, so übertraf doch die gestrige Versammlung alle bisher dagewesenen. Kopf an Kopf standen die Arbeiter, um den Vorträgen der einzelnen Redner zu lauschen, und sich hierdnrch zu stärken zum bevorstehenden Kampfe. Tausende standen vor der Thür des Saales, sich vergeblich bemühend, in denselben hineinzugelangen. Leider war der Reichstagscandidat Herr Hasselmann verhindert, der Versammlung beizuwohnen. Pflichten seinen Wählern in Barmen-Elberfeld gegenüber hatten ihn zurückgehalten. An seiner Stelle traten die Herren Seelig und Strumpen aus Essen auf. In einem längeren Vortrage geißelte Herr Seelig das Flugblatt der liberalen Partei, wies schlagend nach, daß die in demselben gegen die Sozialdemokraten gerichteten Pfeile zurückprallen und diejenigen treffen, von denen sie ausgegangen seien. Lug und Trug seien die Waffen der liberalen Stiefelküsser. Herr Gützlow, der zur Vertheidigung seiner Partei und speziell des Flugblattes eingeladen war, hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Nachdem Herr Seelig unter rauschendem Beifall geendet, ergriff Herr Strumpen das Wort. Er entschuldigte zunächst das Ausbleiben des Herrn Hasselmann und ging hierauf zu einer Kritik der verschiedenen Parteien über. Mit derben Worten, fortwährend durch Beifallsbezeugungen unterbrochen, ließ er die liberale Partei und deren Vertreter im gesetzgebenden Körper Spießruthen laufen und wies schlagend nach, daß die liberale Partei niemals für die Arbeiter eingetreten sei, auch niemals für die Arbeiter eintreten werde, weil in dieser Partei dieselben Leute, dieselben Ausbeuter sitzen, wie in der andern Partei. Hier sagten die anderen Parteien, sie wollten wohl für die Arbeiter eintreten, aber sie hätten nicht die Macht dazu, und wo diese Parteien die Macht haben, da thun sie nichts für die Arbeiter. Redner schloß mit einem Hoch auf den Arbeitercandidaten Herrn Hasselmann, in welches die Versammlung stürmisch einstimmte. — Wie stark diese Versammlung besucht war, läßt sich daraus ermessen, daß, trotzdem das angesetzte Entrée von 10 Pf. nicht erhoben wurde, die freiwillige Sammlung einen Betrag von über 30 Thlr. ergab.

Mergelstetten, 8. Januar. (Der Culturkampf gegen den Sozialismus.) Man schreibt uns: Ich erlaube mir einige Zeilen an Sie zu richten, wie in hiesiger Gegend Sozialisten gemaßregelt werden. Ich stand in Arbeit in Heidenheim bei Schramm und Kern auf der Jacquard-Weberei und wurde am 4. November wegen Mangel an Arbeit entlassen. Seit dieser Zeit bin ich brotlos; überall, wo ich nach Arbeit suche, werde ich zurückgewiesen mit der Bemerkung: Sie sind Sozialist, einen solchen können wir nicht brauchen. So haben mir Mehrere in's Gesicht gesagt. Ich bin nämlich Leser des „Vorwärts", der „Süddeutschen Volkszeitung" und der „Neuen Welt", und versäume nicht, diese Blätter auch Andere lesen zu lassen, damit die Wahrheit verbreitet werde. Durch diese lange Arbeitslosigkeit bin ich mit Frau und Kindern in das größte Elend getrieben worden, aber nichts wird mich von der gerechten Sache abbringen, und sollte ich dem Hungertod preisgegeben sein!

Mit sozialdemokratischem Gruß
Andreas Geißler, Mergelstetten, O.-A. Heidenheim, Württemberg.

Das sind die geistigen Waffen unserer Gegner.

Bernburg, 12. Januar. Aus unserm Wahlkreise haben wir von vielen Wahlbeeinflussungen zu berichten, worüber auch schon die nöthigen Schritte eingeleitet sind; schon vor der Wahl sind uns polizeilicherseits viel Schwierigkeiten in den Weg gelegt, so z. B. sind uns in Bernburg 7000 Flugblätter beschlagnahmt, weil der Verfasser nicht angegeben sei, und nun auch schon sieben Mann mit einem Strafmandat à 30 Mrk. beglückt worden. In Ballenstedt ist den Flugblättern das gleiche Schicksal widerfahren, sogar auch einer zweiten Serie, denn wir hatten wieder andere nachdrucken lassen, wo das Comité unterschrieben war, sind in Ballenstedt beschlagnahmt. In Sondersleben sind den Tag vor der Wahl zwei von unseren Leuten nach dem Bürgermeister geführt und ihnen die Flugblätter weggenommen worden, weil die nicht eingetragene Genossenschaft unterzeichnet ist, aber am Tage nach der Wahl uns schon wieder zugestellt und frei gegeben, nun war ja auch die Wahl vorbei und der Kreis vor den bösen Sozialdemokraten gerettet. In Schackstedt ging es nicht besser, unsere Leute sind von den Schulzen mit Hunden und Knüppeln aus dem Dorfe getrieben worden, ohne Flugblätter oder Stimmzettel verbreiten zu können. In Freckleben hat der Schulze die Stimmzettel weggenommen und besudelt und eingerissen dann wieder zurückgegeben; in Güsten ist es polizeilich verboten, Stimmzettel zu verbreiten. In Hecklingen haben die Bauern und Inspektoren die Arbeiter wie die Schafe zur Wahlurne geführt, ihnen den liberalen Zettel in die Hand gedrückt und gesagt, „wenn Ihr Dr. Kraaz nicht wählt, seid Ihr morgen aus der Arbeit entlassen. So und ähnlich ist es im ganzen Harzkreis gewesen. Da haben die Gensdarmen unsere Leute, die Stimmzettel verbreitet haben, aus den Städten gebracht. Aehnliche Fälle haben wir auch von Bernburg zu verzeichnen. Fabrik-Inspektoren sind vorausgegangen und haben sich an die Urne gestellt, bis ihre Arbeiter alle gewählt hatten und dann erst das Lokal verlassen, auch selbst im Wahllokal noch agitirt. Ein gewisser Herr hat den Arbeitern Bier massenhaft gegeben, die Körbe der Brezelmädchen ausgekauft, sogar Wein angeboten, und so die Arbeiter als Stimmvieh benutzt. Auch die Presse wurde uns versagt. Am Montag vor der Wahl sollte hier noch eine öffentliche Wählerversammlung stattfinden, aber in letzter Stunde wurde uns das Lokal entzogen, und noch viel anderes mehr. Deshalb werden wir die Hauptpunkte dem Hohen Reichstag überweisen und die Wahl beanstanden müssen, denn wenn das so ruhig hingehen sollte, müßte es doch wahrlich kein Gesetz mehr geben. Das Wahlergebniß ist bis jetzt für Otto Kapell 2891, Kraaz 4403. Einige Orte sind noch nicht angegeben. V.

Wenn die Thatsachen, die hier gemeldet sind, die die Kampfweise der Herren Liberalen brandmarken, durch Zeugen festgestellt werden, so muß entschieden und nachdrücklich protestirt werden. A. d. R.

Hainichen am Wahltage. Anschließend an unsern Bericht in Nr. 2 d. Bl. können wir nicht unterlassen über die Wahlagitation hierorts weiter zu berichten. Am 4. Januar fand wiederum eine Volksversammlung hier statt, zu welcher unser Candidat, Herr Fritzsche, erschienen war. Als Tagesordnung hatten wir aufgestellt: 1) Was wollen die Sozialdemokraten und was wollen die Liberalen? 2) Der neueste Verrath der liberalen Partei am Volk im Reichstage. — Schon vor Beginn der Versammlung hatten sich zahlreichen Zuhörer eingefunden und war der Saal bei Eröffnung gedrängt voll, so daß Hunderte wieder umkehren mußten. Unser Candidat, Herr Fritzsche, entledigte sich seiner Aufgabe auf das Glänzendste, so daß am Schluß seines Vortrags allgemeiner Beifall erfolgte. Nach Aufforderung des Vorsitzenden an die Versammlung, resp. die Gegner, das Wort zu ergreifen, meldete sich ein hier in Condition stehender Schriftsetzer Namens Christian von Rheim zum Wort für unsern Candidaten, forderte die Anwesenden auf, nicht für einen Conservativen, noch für einen Liberalen zu stimmen, da letzteres vielfach zu Verräthern am Volk geworden, sondern ihre Stimme nur dem Candidaten der Sozialdemokratie zu geben. Im weiteren Verlaufe zog derselbe gegen das Lehrlings-Unwesen zu Felde, was leider zur Folge hatte, daß v. Rheim von seinem Prinzipal gemaßregelt wurde, es wurde ihm die Arbeit gekündigt. — Am 9. Januar fand noch eine Versammlung statt. In derselben erläuterte Advokat Broda aus Leipzig die Stellung der verschiedenen Parteien im Reichstag, betonte besonders, daß er auf Seite der Reichsfreunde stehe, denen das Vaterland am Herzen liege und lobte hauptsächlich die Segnungen des deutschen Reichs, welches so fest sei, das keine Macht im Stande wäre, dasselbe zu zerstören; zog besonders gegen die Sozialdemokraten, die offenbaren Reichsfeinde, welche den Umsturz Alles Bestehenden wollten, los. Er kam auf das Thema des „Theilens" zu sprechen und behauptete, daß Bebel, Liebknecht und Consorten als Wortführer der Sozialdemokraten dies offenbar ausgesprochen, erklärte sich auch für einen „Arbeiter" und rieth den Arbeitern an, sich nicht von den Sozialdemokraten verführen zu lassen, indem doch die Arbeiter ein ganz erträgliches Leben führten und den Kapitalisten nicht zu beneiden brauchten, da dieselben sehr große Sorgen und Lasten zu tragen hätten — wenn auch die Kapitalisten eine bessere Lebensweise führten und oftmals schwelgten, sollten die Arbeiter dieselben bedauern, da sie sich nicht ruhig schlafen legen könnten, während bei den Arbeitern das Gegentheil der Fall sei, indem sie für jede gelieferte Arbeit den verdienten Lohn erhielten! Diese naive Erklärung eines nationalliberalen „Aucharbeiters" rief den größten Unwillen unter den anwesenden Arbeitern hervor. Er empfahl die Candidatur Penzigs sehr warm, man solle nur nicht einen Sozialdemokraten wählen; darauf erfolgte als Antwort ein stürmisches Hoch auf Fritzsche.

Kopenhagen. Das Kriminalgericht hat den Führer der dänischen Sozialdemokraten, Brix, wegen Preßvergehens und Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

— Nachstehendes ging uns Sonnabend früh ½9 Uhr mittelst Eilbriefs zu und konnte demnach nur noch in einem geringen Theile der Auflage Platz finden:

„Parteigenossen!

Ein Wahlkampf, so heiß, wie wohl in keinem anderen Kreise, ist hier im Wupperthale entbrannt. Trotzdem wir auf unseren Genossen Hasselmann 11,435 Stimmen vereinigten, mit welchem Ergebniß wohl in jedem anderen Kreise der Sieg entschieden gewesen wäre, müssen wir noch eine engere Wahl bestehen, indem drei gegnerische Candidaten 13,240 Stimmen insgesammt erhielten. Die Fabrikanten bieten jetzt an Gegenagitation das Aeußerste auf und nur die unermüdlichste Arbeit unsererseits kann uns den Sieg verschaffen. Daran soll es nicht fehlen; aber ein Umstand bedrängt uns, es sind die Geldmittel jetzt völlig erschöpft und die Arbeiter können hierorts in Folge der Geschäftsstockung nur wenig leisten. Wir wenden uns daher an die Genossen mit der Bitte, uns möglichst rasch mit Geldern auszuhelfen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Das Arbeiterwahlcomité:
Fr. Harm. Joh. Mühlhausen.

NB. Gelder sind zu senden an die Adresse von Herrn Zoll, Barmen, Westen 33."

Wahlresultate.

Bestimmt gewählt sind von unserer Partei, so weit sich das Resultat bis jetzt — Montag Vormittag — übersehen läßt: Auer, Bebel, Blos, Demmler, Fritzsche, Hasenclever (zweimal), Liebknecht, Most, Motteler und Stöhr; wahrscheinlich sind gewählt Oldenburg und Wiemer.

Zur Stichwahl kommen, so weit wir es bis jetzt übersehen können, in Sachsen: Geiser, Bebel, Burckhardt, Fritzsche, Nauert, Neißer; in Nürnberg: Grillenberger; in Offenbach: Liebknecht; in Schlesien: Bäthke, Kräker, A. Kapell; in Thüringen: Bock, Grillenberger; in Rheinland: Hasselmann, Audorf, Rittinghausen; in Holstein: Walther; in Berlin: Rackow; bei Berlin: Dietzmann; Bracke (Braunschweig).

Bisher bekannte offizielle Wahlresultate:

12. sächs. Wahlkreis. Bebel 5220; Stephani 10776; Hänel 1757.

13. sächs. Wahlkreis. Demmler 9420; Wolf 4502; Haberkorn 2859; Findel 1863.

14. sächs. Wahlkreis. Geiser 3868; Heinrich 5366; Scharf 3789.

18. sächs. Wahlkreis. Motteler 10971; Händel 5116; Walter 1752.

19. sächs. Wahlkreis. Liebknecht 7012; Uhlmann 6576; zersplittert 9.

22. sächs. Wahlkreis. Auer 8140; Dietel 4694; Tritzschler 3048.

Altona: Hasenclever 11205; Lasker 10871; Röthing 150; zersplittert 26.

Gotha: Bock 6154; Hopf (lib.) 4950; Ausfeld 4611.

Gießen: Liebknecht 1431; Rabenau 9167; Zimmer 2513.

Offenbach: Liebknecht 5300; Dernburg 9891; Rache (ult.) 4676; Schlosser (conf.) 288; Röthing 22; zersplittert 43.

Briefkasten

der Redaktion. Mehrere Russen: Wird berücksichtigt.

der Expedition. Zöhrer in Koltermoor, Harder in Ellerbeck, Kels in Neustadt, Bildungsverein Bröpingen: Reklamationen sind hiesiger Hauptpost behändigt.

Quittung. Wörlng hier Ab. 1,60. Bigk Riesa Ab. 0,60. Frnk hier 0,60. H. u. B. hier Ab. 8,00. Mllr Leisnig Schr. 4,70. Ufrt Weimar 3,00 Schr., 2,50 Ab. Brbm Gotha Schr. 2,50. Gßlr Offenburg Schr. 4,50. Hrbg Würzburg Schr. 8,50. Esch Kopenhagen Schr. 15,00. Stlzmllr Zell Schr. 4,55. Fdlr Oederan Schr. 3,25. Pngrl Augsburg Ab. 10,00. Mr Esringen Schr. 2,90. Stmpn Essen Schr. 1,40. Bnsd Dortmund Schr. 18,27. Flschr Hainichen 2,30. Gff Eisenach Schr. 4,50. Rtr Regen 8,90. Klrsch Forste Schr. 8,11. Slk Dresden Ann. 4,50. Hmmnn Alfeld Schr. 2,00. Hnngen Bern Ab. 2,48. J. Phl Mähr.-Schönberg Ab. 4,85. Prtz Meidling-Wien Ab. 16,15. Hpt Wien Ab. 4,86. Brtrm hier Ab. 17,50. H. Exner Wien Ab. 4,80. Wß Pegau Schr. 5,95. Rst Potsdam Ab. 2,90. Sattlerverein Dresden 1,50. St. Irmjnz Straßburg Ab. 1,60. Srwn Lüneburg Ab. 5,00. J. Mrtn Schmölln Ab. 6,05. Brkhrdt Ab. 0,55. Lchltnr Meeran Tirol Ab. 5,01. Klmtsch Salzburg Ab. 0,57. Rmz Wien Ab. 10,00. Stcklbrg Lyon Ab. 4,00. Verein der Tischler Wien Ab. 4,85. Eltsch Neuschönefeld Ab. 2,40 u. 2,95. Klwrt Cannstadt Schr. 2,25.

Wahlfonds.

Aus der Restauration von B. 1,35.

Anzeigen 2c.

Hamburg. Donnerstag, den 18. Januar, bei Herrn Hübner, gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitgliederversammlung der Töpfer und Berufsgenossen.

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage des Töpfergewerks. 2. Der Ausschluß der Collegen in Wiesbaden. [70

Es ersucht alle Mitglieder zu erscheinen G. Klaws.

Dresden. **Verein der Sattler und Berufsgenossen.** Sonntag, den 21. Januar 1877, im Schillerschlößchen:

Concert und Ball.

Anfang 5 Uhr.

Karten vorher 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg. sind zu entnehmen beim Kaufmann Hrn. Reimann, vis-à-vis dem Albert-Theater, beim Restaurateur Hrn. Peters am See und beim Herbergswirth Herrn Taggesell, Gerbergasse 20. [3,00

Leipzig. Donnerstag, den 18. Januar, Abends 8½ Uhr, bei Michaelis, Windmühlenstraße 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die verflossene Reichstagswahl und die Erfolge der Sozialdemokratie. Der Agent. [60

Leipzig. **Bürgerverein.** Mittwoch, den 17. Januar, Abends 8 Uhr: **Sitzung** im „Thüringer Hof".

Alle Mitglieder müssen erscheinen. [40

Leipzig. **Eine Waschfrau** vom Lande sucht Wäsche zum waschen und plätten. Adressen sind niederzulegen unter H. W. in der Exped. d. Bl. [60

Leipzig. **Gewerkschaft ger Holzarbeiter.** Sonnabend, den 20. Januar, Abends 8 Uhr im Thüringer Hof, Burgstraße:

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Centralisation und Decentralisation, Referent Taute. 2. Die bevorstehende Generalversammlung und Vereinigung, Referent Wilke. 3. Verschiedenes.

Angesichts der wichtigen Tagesordnung werden die Holzarbeiter Leipzigs zu zahlreicher Betheiligung aufgefordert. [1,20

Aufnahme in die Gewerkschaft erfolgt jeden Sonnabend.

Der Vorstand.

Im Namen des Centralwahlcomités für den 10., 11., 12.. 13. und 14. sächsischen Wahlkreis sagen wir hierdurch allen Partei- und Gesinnungsgenossen für ihre Thätigkeit und Opferwilligkeit, welche dieselben bei der eben vollendeten Wahlcampagne bewiesen haben, unsern wärmsten Dank. Der Sieg im 13. Kreis beweist, daß durch vereintes Wirken Großes erreicht wird, und hoffen wir, daß bei den ausstehenden Stichwahlen „Alle Mann an Bord" sind.

Im Namen des Centralwahlcomités:
Chr. Hadlich.

☞ **Zur gef. Beachtung!** Wegen der Feiertage und der unumgänglich nöthigen Wahlarbeiten sind wir mit der „Neuen Welt" etwas ins Hintertreffen gekommen. Wir bitten die Abonnenten um Entschuldigung und versprechen gleichzeitig, die Sache ehemöglichst in Ordnnng bringen zu wollen.

Die Verlagshandlung.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hatz, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 8. Freitag, 19. Januar. 1877.

Parteigenossen!

Sorgt für Geldmittel zu den engeren und Nachwahlen!

Aus nur wenigen Orten sind bis jetzt Abrechnungen für Dezember eingegangen, freiwillige Beiträge nur aus einzelnen.

Sendungen sind zu richten an A. Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

10. Januar.

Das war ein herrlicher Siegestag
Wohl in dem deutschen Volke,
Der Freiheit Sonne bricht hervor,
Verscheucht der Knechtschaft Wolke.

Berlin und Hamburg, Altona,
Breslau und Dresden, Bremen,
Auch Braunschweig braucht sich dieses Tags
Fürwahr noch nicht zu schämen.

Von Nord und Süd und West und Ost,
Aus Dorf und Stadt die Runde,
Allüberall, es strömt herbei
Die frohe Siegeskunde.

Das „kleine Häuflein", wie es wächst —
Das Kind erwächst zum Manne,
Wer ist so stark, daß er heut' noch
Den Geist der Freiheit banne?

Und vorwärts, vorwärts geht der Kampf,
Kein Ruhen gilt, kein Rasten,
Wir stehen zu der Fahne treu,
Die einmal wir erfaßten.

Nicht Waffenstillstand giebt's; der Sieg,
Der ganze kann nur frommen,
Bis daß das Volk zu seinem Recht,
Zur Freiheit ist gekommen.

Die Wohlfahrt Aller ist das Ziel,
Gerechtigkeit für Alle
Das Fundament, worauf beruht
Der Zukunft Freiheitshalle.

Drum auf, o Volk, und halte fest
Und treu zu unsren Fahnen,
Es gilt zu deinem eignen Wohl
Den Weg jetzt weiter bahnen.

(Braunschw. Leuchtkugeln.)

24 Stichwahlen!

Bei 24 Stichwahlen kommen sozialistische Candidaten in Betracht; 24 Siege können wir noch erfechten.

Daß unsere Gegner alle ihre Kräfte daran setzen werden, dies zu verhindern, ist selbstverständlich; aber auch wir wollen unsere volle Kraft einsetzen, den Sieg an unsere Fahnen zu fesseln.

Die Bestürzung im gegnerischen Lager ist groß, benutzen wir dieselbe und nehmen, indem wir uns bis zum Aeußersten anstrengen, bei den engeren Wahlen Position auf Position.

Wir fordern Viel, sehr Viel von unsern Parteigenossen, aber die Sache, für welche wir die ganze Thatkraft, die ganze Opferwilligkeit fordern, ist groß und hehr, sie ist die Sache der Menschheit.

Für diese Sache Alles einzusetzen ist Pflicht jedes Mannes.

Deshalb auf mit aller Kraft an's Werk!

Nach dem 10. Januar.

Vernichtend wie der Blitzstrahl ein morsches Gebäude, so hat der 10. Januar die Berliner „Fortschritts"-Partei getroffen; es war ein Todesstoß, den der Sozialismus dem „Fortschritt" ertheilte, von welchem es keine Erholung, keine Rettung mehr giebt.

Und wie wiegte man sich in Sicherheit, wie zweifellos erschien im gegnerischen Lager ein „glänzender Sieg", wie entfernt galt die Gefahr einer Niederlage: — so schlummert der Unbedachte am Abgrunde und erwacht erst, wenn er in denselben hineinstürzt. Aber das Faule, das Falsche gehört in den Abgrund der Vernichtung und das Berliner Volk kann sich gratuliren, sich endlich einmal von dem lastenden Alpe des „Fortschritts" befreit zu haben. Noch wird es sich dessen kaum bewußt sein, auch kann eine vorübergehende, in Folge des sozialistischen Sieges eintretende Reaktion den Schein des Gegentheils wachrufen: aber die günstigen Folgen desselben können und werden nicht ausbleiben, sobald die Bevölkerung Berlins sich selbst und der soeben mit vollster Ueberzeugung gewählten Fahne treu bleibt.

Im „fortschrittlichen Lager" sucht man sich noch zu trösten, wenn auch hinter diesem Bemühen die pure Verzweiflung sich nur schlecht versteckt; man macht sich selbst den Vorwurf, nicht voll und ganz seine Schuldigkeit gethan zu haben, man preist himmelhoch die „Organisation" der Sozialdemokratie; doch das sind Alles nur gesuchte Ausreden, die das Eine verdecken sollen, das allerdings furchtbare Bewußtsein, seine Existenz und was mehr ist, seine Existenzberechtigung, verloren zu haben, die nur in der Wahrheit und in dem Rechte des Prinzips und seiner Vertretung nach Außen hin beruht.

Die Fortschritts-Partei hat sich in beiden Beziehungen nicht bewährt. Nicht nur ihre Prinzipien waren und sind unzureichend oder falsch, sondern sie selbst ist denselben obendrein noch in den verschiedensten Fällen untreu geworden. Die Fortschritts-Partei hatte vergessen, daß auch in dem politischen Leben das Shakespeare'sche Wort gilt: „Vor allen Dingen bleib Dir selber treu!" Wir haben ihr zu wiederholten Malen politische Charakterlosigkeit und Heuchelei nachgewiesen, und ist es denn da so wunderbar, wenn das zum Bewußtsein erwachende Volk sich von ihr lossagt und die Führung seiner Angelegenheiten in der Oeffentlichkeit ehrlichen, consequenteren und darum würdigeren Männern anvertraut?

Also nicht sozialistische „Minir-Arbeit", nicht politische Urtheilsunfähigkeit der großen Masse hatten am 10. Januar der „Fortschritts"-Partei in Berlin und damit im ganzen Lande eine Niederlage bereitet, sondern die Wahrheit und Gerechtigkeit der sozialistischen Forderungen und Grundsätze. Die Sache anders darzustellen ist Schwindelei und noch mehr: es ist eine Beleidigung all' der 34,000 Wähler, welche am letzten Wahltag ihre Stimme für einen Sozialisten abgegeben haben, indem sie dadurch zu unmündigen, urtheilslosen Leuten gemacht werden, die, einem oberflächlichen Eindrucke folgend, sich bei der Wahl hätten verleiten lassen. Es scheint uns sogar unklug, jetzt, wo es sich noch um verschiedene Stichwahlen handelt, in der Weise zum Volke zu sprechen, es könnte schaden und die Herren Fortschrittler mögen aus dieser unserer wohlgemeinten Warnung ersehen, wie tief wir von der Sicherheit und Wirksamkeit unserer Sache überzeugt sind, da wir sie sonst jedenfalls nicht hindern würden, sich beim Volke noch mehr zu compromittiren.

Die Reaktion — und darauf kommen wir ein andermal noch des Näheren zu sprechen — jubelt selbstredend über diesen Sturz des hauptstädtlichen Fortschritts-Götzen, sie hofft auf eine um so schnellere „Umkehr"; — nun, wir werden ihr diese Freude schon verderben, trotz Polizei und Tessendorff. Haben wir gegen diese, vielleicht auch mit diesen so viel vertragen können, so werden wir jetzt gewiß auch noch Größeres erreichen; Zufriedenheit stellt sich bei uns erst mit ganz errungenem Ziele ein und da unser Ziel mit der naturnothwendigen Entwickelung auch immer weiter geht, so ist unser Streben ein unendliches.

Die Reaktion mag sich von der Gewalt Rettung erhoffen, die immer ihre einzige Stütze war: sie kann, wie schon oben gesagt, einen augenblicklichen Rückschritt, eine Freiheitsverkürzung herbeiführen, aber das Volk wird „auf der Wacht" sein und wir werden es warnen.

Zeigt sich aber in der That die Reaktion, dann wollen wir einmal sehen, wer sich mit aller Kraft gegen dieselbe auflehnen und ob der Liberalismus noch irgendwelche Widerstandsfähigkeit haben wird. Man drohte dem Volke mit der Reaktion, falls es sozialistisch wählte, aber warum that man es? Weil man sich sagte, daß ein Sieg des Sozialismus allen Mittelparteien ein Ende machte; daß es dann nur zwei Parteien gäbe, die des Sozialismus und der Reaktion, und daß der „Fortschritt" dann in die letztere ebenso sehr hineingehörte, wie die Conservativen. Das ist das bekannte Wort von der „großen reaktionären Masse".

Aber weiter! Wir zweifeln nicht, daß die Reaktion kommen wird: hat sie denn der Sozialismus verschuldet? Sie könnte nicht kommen, wenn es dem Liberalismus Ernst wäre um einen Widerstand gegen dieselbe; aber sie muß und wird, wenn auch nur auf kurze Zeit, kommen, weil der Liberalismus nicht widerstehen kann, und, was die Hauptsache ist, gar nicht widerstehen will.

Der Liberalismus selber also ist Schuld an einer hereinbrechenden Reaktion; den Sozialismus dafür verantwortlich machen, heißt geradezu den Sachverhalt auf den Kopf stellen.

(Berliner Freie Presse.)

Ein Brief aus Nordamerika.

Aus Columbia (dem zu keinem Staat gehörigen Bundesdistrikt der vereinigten Staaten, in welchem die Bundeshauptstadt Washington liegt) vom 18. Dezember wird uns geschrieben:

Der Süden der Vereinigten Staaten besitzt im Gegensatz zu dem Norden manche interessante Verschiedenheit, namentlich Vieles, was für die Kenntniß der hiesigen sozialen Zustände wirklich lehrreich ist, so daß es sich in der That lohnt, diesen Zuständen in der sozialistischen Presse Beachtung zu schenken. Denjenigen Lesern des „Vorwärts", welche Amerika nicht aus eigener Anschauung kennen, mag deshalb das folgende immerhin Neues bieten.

Es sind bereits 10 Jahre verflossen, seitdem Präsident Lincoln jene Befreiungserklärung erließ, die den Negern die ersehnte Freiheit verheißt und damit den Sklavenbaronen den Kapitalzins reduzirte. Nur ein kleiner Zeitraum liegt zwischen uns und der Zeit, wo der Secessionskrieg seine Beendigung fand und dem siegenden Norden die Macht gab, die versuchte Trennung des Staatenbundes zu verhindern. Friede und Eintracht ist seit jenen Ereignissen noch nicht wieder eingekehrt; der Neger ist noch nicht in der Achtung der Weißen gestiegen, der Racenhaß noch so vorherrschend, daß an ein Zusammengehen der Weißen und Schwarzen vorläufig noch nicht zu denken ist.

Der ganze Süden hat eine vorwiegend ackerbautreibende Bevölkerung. Im Vergleich zu dem Norden ist die Industrie nur schwach entwickelt und findet sich nur in den größern Städten, unter welchen selbst die größte, nämlich New-Orleans, der Stadt Cincinnati an Einwohnerzahl und industrieller Bedeutung nachsteht. In Städten zweiten Ranges finden sich nur vereinzelt Fabriken. Hingegen ist die Erzeugung von Baumwolle, Zucker, Reis 2c. außerordentlich verbreitet. Gewaltige Plantagen dehnen sich über die Staaten aus und werden von Negern bearbeitet. Es ist übrigens eine Thatsache, daß wirklich nutzbringende Arbeit fast nur von den Schwarzen verrichtet wird, die sich den klimatischen Einflüssen auch widerstandsfähiger zeigen wie die Weißen. Aber auch hier zeigte es sich, daß eine unwissende Masse mit leichter Mühe zu beherrschen ist. Nur dadurch ist es ja erklärlich, daß die Neger eine Stellung im Staate einnehmen, die ihrer Anzahl durchaus nicht entsprechend ist. Bei alledem, daß sie die verschiedensten Professionen betreiben, giebt es doch nur äußerst Wenige, welche Besitzer eigener Geschäfte sind; fast Alle, mit verschwindenden Ausnahmen, befinden sich im Dienste der Weißen, die den gesammten Geschäftsverkehr in der Hand haben. In den südlichen Hafenstädten findet man die Produkte des Landes in riesigen Waarenhäusern gelagert und zum Versandt bereit; Waaren, welche, einen ungeheuren Werth repräsentirend, den Kapitalisten fortwährend bereichern, während Diejenigen, welche durch ihre Arbeit dieselbe erzeugt, in Lumpen einhergehen und in elenden Baraken hausen. Trotzdem die allgemeine Armuth im Süden keine so große ist wie im Norden, sind die Neger doch noch verlumpter hier. Fälle, wo Letztere mit 4—5 Dollars die Woche eine ganze Familie von 6—8 Köpfen ernähren, sind gar nicht selten.

Der Neger ist dem Wortlaut des Gesetzes nach allerdings frei, frei gleich dem weißen Lohnsklaven. Es steht ihm frei, wem er sich verkauft, nur muß er mit dem angebotenen Kaufpreis zufrieden sein. Und leider ist er es. Kaum mit den nothwendigsten Bedürfnissen versehen, verharrt er in seiner Gleichgültigkeit und empfindet wenig das Gefühl nach Verbesserung seiner Lage. Ihm genügt es, nicht mehr von der Peitsche bedroht zu sein; Beanspruchung einer Gleichstellung in der Gesellschaft liegt ihm fern. Dennoch fühlt er instinktiv, daß seine Race eine verächtliche Stellung einnimmt, und — was ihm zur hinlänglichen Aufklärung über seine Lage mangelt, das besorgt der Weiße durch rohe Behandlung ihm gegenüber. Man hört hier sehr oft die lächerliche Redensart: „We don't like to be ruled by the niggers, this country belongs to the white man." („Wir lieben nicht von den Niggers [verächtlicher Ausdruck für die Schwarzen] regiert zu werden, dies Land gehört dem Weißen an."), ohne dabei zu bedenken, daß erst durch die Anwendung der schwarzen Arbeitskraft der Süden wohn- und urbar gemacht werden konnte, und dieselbe auch vorläufig noch eben den Lebensgenuß Vieler bedingt.

Schon während der Beendigung des Bürgerkrieges gelangte die republikanische Partei zur Herrschaft. Es war natürlich, daß die Neger Anhänger derselben wurden, da sie es war, die die Sklaverei aufhob. Die Republikaner aber hatten durch diesen Zuwachs ein vorläufiges Uebergewicht über die demokratische Partei erhalten und richteten ihr besonderes Augenmerk auf den Süden, wo die Neger in vielen Theilen eine beträchtliche Majorität bilden. Schaaren von Politikern und heutegierigen Hallunken wanderten nach dem Süden, mit der alleinigen Absicht, Geld zu machen. Ich sage absichtlich „alleinige", denn durch Arbeit den Lebensunterhalt verdienen, davon kann bei jenen Creaturen keine Rede sein, da sie ohne Ausnahme nach Aemtern haschen, die einen unzweifelhaften Gewinn versprechen und ihnen somit die Möglichkeit verschaffen, ein üppiges Leben zu führen. Um letzteres aber zu können, war hauptsächlich die Hülfe der Neger nöthig, welche durch das soeben erlangte Stimmrecht und durch die noch frische Erinnerung an die erlittene Schmach der Sklaverei ihre natürlichen Bundesgenossen wurden, da sie die eigentlichen Motive jener nicht begriffen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Herren der republikanischen Partei nicht deshalb die Sklaverei aufhoben, weil ihnen dieselbe mit der Civilisation nicht vereinbar erschien, oder aus purem Menschlichkeitsgefühl; die einfache Thatsache, daß Republikaner, die früher im Norden lebten, nach dem Kriege aber dem Süden sich zuwendeten, die Neger gleich dem eingebornen Südländer hassen, ist ein hinreichender Beweis, daß Alles, nur kein Mitgefühl für eine mißhandelte Menschenklasse sie dazu bewog. Allerdings verschweigt man die wahren Beweggründe, aber der persönliche Verkehr des Schreibers dieses mit sogenannten hervorragenden Vertretern beider Parteien bestätigte die von ihm längst gehegte Ansicht, daß die Abschaffung der Sklaverei keine Lösung einer civilisatorischen Zeitfrage war, die edleren Motiven entsprang, sondern daß die Konkurrenz des Kapitals zwischen dem Norden und Süden die Abschaffung einer fluchwürdigen Institution herbeiführte. Immerhin mag aber die Thatsache als eine Errungenschaft angesehen werden.

Ein Jeder besitzt ein gewisses Dankbarkeitsgefühl dem gegenüber, dem er seine Freiheit verdankt. Das gilt auch von dem Neger. Die republikanische Partei gab ihm die Freiheit, folglich ist er Anhänger derselben, nichts natürlicher als das. Schade nur, daß dieses Anhänglichkeitsgefühl sich in solch verkehrter Weise bethätigt. Begriffe der Neger, daß er weder von der republikanischen, noch der demokratischen Partei Etwas zu erwarten hat, so würde das frevelhafte Spiel bald aufhören.

Bei Anlaß der soeben beendeten Wahlcampagne ließ sich recht beobachten, mit welch raffinirten Mitteln die Bourgeoisparteien kämpfen. Das Volk der Vereinigten Staaten wird nicht durch die von ihm erwählten Vertreter regiert, sondern steht unter der Herrschaft politischer Beutejäger, die beiden Parteien angehören, und die Wahl dieses oder jenes Kandidaten zu Stande bringen, wogegen Letzterer entsprechende Gegendienste,

bestehend in Verleihung fetter Aemter oder Belohnung durch ansehnliche Summen, zu leisten haben. Nicht das Volk also, sondern die besitzenden Häupter der Parteien herrschen. Der Norden ist vorwiegend republikanisch, der Süden ist ausschließlich demokratisch mit Ausnahme der Neger. Da diese aber in einigen Staaten, wie Mississippi, Louisiana und St. Carolina, die Mehrheit bilden und fast ausschließlich der republikanischen Partei angehören, so ist es klar, daß nur mit Hülfe des schwarzen Votums ein demokratischer Candidat Aussicht auf Erwählung hätte. Die Weißen wissen dies und drohen den Neger sofort zu entlassen, falls er für besagte Partei stimmen sollte. Dieser, so in die Enge getrieben, verspricht nun Alles. Der Wahltag kommt und — er stimmt republikanisch. Aber auch dieser Eventualität sucht man vorzubeugen, indem man selbst den Nigger an die Polls*) schleppt, ein demokratisches Ticket (Billet, Stimmzettel) in die Hand drückt und sich so vergewissert, daß demokratisch gewählt wird. Natürlich ist die Gegenpartei auch wachsam, aber oft vermag sie solche Gewaltstreiche doch nicht zu verhindern und überdies treibt sie es womöglich noch ärger. Sollten sich aber dennoch Einige durchaus widerspenstig zeigen, dann hält man ihnen die Whiskyflasche unter die Nase und wie viele vermögen diesem Versuche zu widerstehen!

Ein sich großdünkender Demokrat erzählte mir, daß er am Wahltage von Morgens 6 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr bereits 23 Schwarze für seine Partei geangelt habe. Derselbe entließ folgenden Tages drei Schwarze, welche mit einem republikanischen Ticket gestimmt hatten. — So ein amerikanisches Wahlvoll im Süden bietet einen grotesken Anblick. Ehe dieselben geöffnet werden, sieht man schon die Beamten (!) beider Parteien herumschwärmen, bewaffnet mit Bills (Todtschläger) und Revolver, und mit der unvermeidlichen Whiskyflasche versehen. Desgleichen haben sie einen genügenden Vorrath Wahlzettel ihrer resp. Partei zur Hand. Mit Adleraugen spähen sie dann nach den herannahenden Wählern, laufen ihnen schon auf 100 Schritt entgegen, halten sie fest und lassen sie nicht eher los, bis sie versprochen, das „beste Ticket" zu wählen. Selbstverständlich geht es bei solchen Gelegenheiten selten ohne blutige Schlägereien ab und schon mancher Wahltag hat den oder jenen das Leben gekostet. Die letzte Wahl aber ist über alles Erwarten ziemlich ruhig verlaufen, wenngleich dennoch der Revolver hin und wieder thätig eingreifen mußte. Dies erregt um so mehr Verwunderung, wenn man die Hetzartikel gegen die Neger in Zeitungen gelesen hat. In einer englischen Zeitung von Charleston wurden unter anderm täglich alle diejenigen Handwerker, Händler u. s. w. namhaft gemacht, welche Demokraten seien, und den Lesern plausibel gemacht, daß sie jedem Andersdenkenden die Kundschaft entziehen müßten. In Versammlungen wurde dasselbe gesagt. Ueberall, wohin man kam, hieß es: Republikaner oder Demokrat. Die Erlangung einer Stelle war deshalb von der politischen Gesinnung abhängig. Auch die spießbürgerlichen Deutschen in Charleston glaubten der Welt zeigen zu müssen, welch' wichtige Rolle sie zu spielen berufen seien. Sie veranstalteten nämlich eine Massenversammlung, um ihrer demokratischen Gesinnung Ausdruck zu geben. Der Zufall ließ mich derselben beiwohnen. Und was sah ich? — eine lächerlich ausgestattete Bühne mit einem „Die Wacht am Rhein" darstellenden Bilde im Hintergrunde. Was „Die Wacht am Rhein" mit unsern politischen Verhältnissen in Amerika eigentlich zu thun hat, habe ich bisher noch nicht zu ergründen vermocht. Eminente Redner, sog. distinguirte Personen, machten sich auf ihren Sesseln breit und betrachteten das Auditorium. (In Amerika herrscht bei Versammlungen die Sitte, daß sich eine Anzahl Personen um den Präsidenten und Redner gruppirt jedenfalls nur, um angeglotzt zu werden.) Und diese lasen ihre langweiligen Reden herunter. Einer derselben glaubte jedenfalls zu einer Versammlung von Nationalliberalen zu sprechen. Er sagte nämlich: „So lange noch ein Tropfen Blut durch unsere Adern rollt, wollen wir, die Nachkömmlinge Hermanns, auf Seiten des Rechtes stehen!" Was diese Herren unter Recht verstehen, dafür möge die Thatsache dienen, daß sie die Sklaverei als ein nothwendiges Uebel betrachten. Unter den anwesenden Amerikanern, von welchen etliche deutsch verstanden, versicherte dem Schreiber dieses einer nach Schluß der Versammlung, daß die ganzen gehaltenen Reden too mooh dutch (zu sehr deutsch)*) seien. Uebrigens ließ sich von vornherein nichts Besseres erwarten. Wie können servile Spießbürger von dem sittlichen Gefühl des Rechtes durchdrungen sein. Erwähnt sei obiger unbedeutender Vorfall nur, um das Wesen der hiesigen besitzenden Klasse zu kennzeichnen. An Anmaßung und Brutalität gegen die Unterdrückten giebt die amerikanische Bourgeoisie der europäischen nichts nach, wenngleich sie ihre Autorität in anderer Weise geltend macht. Analog den Zuständen Europas ist ihr der Schutz des Gesetzes unter allen Umständen gewiß. Gleichheit vor dem Gesetz ist eine Phrase. Und wenn man nicht den Farbenunterschied — es giebt auch schwarze Richter — hervortreten läßt: der Geldsack triumphirt stets. Als im verflossenen September ein armer Teufel in einem Riot (Aufruhr, Tumult) in Charleston um's Leben kam, da erachtete man es kaum für nothwendig, eine Untersuchung anzustellen; als aber bald darauf in eben derselben Stadt bei gleicher Gelegenheit ein reicher Geldprotz dasselbe Schicksal hatte, da erhob sich ein allgemeines Geschrei, und schon seit Wochen findet ein Inquest (Enquête, Erhebung) statt.

Amerika bietet deshalb in Bezug auf Europa in seinen sozialen Verhältnissen ein getreues Ebenbild. Der Racenhaß und der Nationalitätshaß ergänzen sich einander. Ersteres mit seinen republikanischen, wie Letzteres mit seinen monarchischen Institutionen sind nicht für das arbeitende Volk geschaffen. Wir wollen uns deshalb bemühen, den außer Amerika lebenden Arbeitern dieses Land zu zeigen wie es ist, nicht wie es in der Vorstellung erscheint. Der Kampf um den täglichen Lebensunterhalt ist hier erst mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden, größer, wie Mancher in Europa sie sich träumt, und doch ist der permanente Aufenthalt in diesem Lande trotz seiner Nachtheile, trotz seiner Mängel und Fehler in Vergleich mit dem reaktionären Europa, in mancher Beziehung erträglicher, zumal auch die amerikanischen Arbeiter mit voller Energie an der Befreiung ihrer Klasse arbeiten und zur Erreichung dieses Zweckes den Sturz der Kapitalherrschaft als eine unerläßliche Bedingung betrachten. Erst dann wird Amerika den Menschen eine frohe Stätte und eine sichere Zukunft bereiten. R. J.

*) Ort, wo gestimmt wird. Eigentlich heißt Poll die namentliche Abstimmung selbst.

*) Dutch, eigentlich der englische Ausdruck für „deutsch", oder genauer holländisch, weil die Holländer derjenige deutsche Stamm sind, mit dem die Engländer als Seevolk hauptsächlich verkehrt haben; die Amerikaner gebrauchen das Wort in geringschätzigem Sinne von den Deutschen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zu den Reichstagswahlen. Es sind nunmehr die Ergebnisse von 380 Reichstagswahlen bekannt. Endgültig sind gewählt: 29 Conservative, 105 Nationalliberale, 28 Mitglieder der deutschen Reichspartei, 11 Polen, 19 Mitglieder der Fortschrittspartei, 95 Klerikale, 10 Sozialdemokraten, 6 Elsässer Autonomisten, 3 Anhänger der Elsässer Protestpartei, 8 keiner Fraktion Angehörende, unter letzteren 4 Partikularisten. Bei den 66 engeren Wahlen, welche erforderlich sind, kommen in Betracht: 48 Nationalliberale, 24 Sozialdemokraten, 15 Conservative, 14 Mitglieder der Fortschrittspartei, 14 Klerikale, 9 Mitglieder der deutschen Reichspartei und 8 Partikularisten bezw. Polen.

— Ueber die Oeffentlichkeit der Stimmzählung am Tage der Wahl. Da durch verschiedene Vorfälle die Frage, ob die Ermittelung des Wahlergebnisses am Tage der Wahl öffentlich sei oder nicht, vielfach wieder zweifelhaft geworden scheint, muß dieselbe an der Hand der bestehenden Bestimmungen abermals geprüft werden. Eine Unklarheit ist überhaupt nur insofern möglich, als § 9 des Reglements vom 29. Mai 1870 uncorrekter Weise sagt: „Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr geschlossen" ꝛc. Daraus glaubt man schließen zu dürfen, daß die Bestimmungen in § 9 des Gesetzes vom 31. Mai 1869: „die Wahlhandlung ist öffentlich" sich nur auf die Zeit von 10 bis 6 Uhr beziehe, und daß die Worte: „sowie die Ermittelung des Wahlverfahrens" lediglich auf die erst vier Tage nach der Wahl stattfindende amtliche Zusammenstellung des Wahlresultates Bezug habe. Es ist diese Deduktion unrichtig. Denn, wenn die Wahlhandlung nur bis 6 Uhr dauert, sind Wahlhandlung und Abstimmung vollständig identisch. Es würde dann die Bestimmung des § 17 des Reglements: „Um 6 Uhr Nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen", den Erfolg haben, daß irgend auf die Wahl bezügliche Handlungen nicht mehr vorgenommen werden dürften, die Wahlhandlung wäre eben abgeschlossen und beendet. Dies steht aber in unvereinbarem Widerspruche mit den sonstigen Vorschriften des § 17 und denjenigen des § 18, die sich auf Dinge beziehen, welche überhaupt erst nach 6 Uhr vorgenommen werden können. Namentlich zeigt die Vorschrift, daß die erst bei der nach 6 Uhr möglichen Ermittelung der Wahlresultate anzulegende Gegenliste „beim Schlusse der Wahlhandlung von dem Wahlvorstande zu unterschreiben" ist, mit welcher inneren, logischen Nothwendigkeit der Begriff „Wahlhandlung" über den Zeitpunkt von 6 Uhr Nachmittags erstreckt werden müsse. Die Dinge stehen eben so, daß im § 9 des Reglements statt: „Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und endet um 6 Uhr Nachmittags" es heißen müßte: „die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr und wird die Abstimmung um 6 Uhr geschlossen". Dann stehen alle Bestimmungen des Wahlgesetzes und des Wahlreglements unter sich vollkommen im Einklang. Im § 9 des Gesetzes wird in diesem Falle durch den Begriff „Wahlhandlung", für welche die Oeffentlichkeit vorgeschrieben ist, das gesammte Verfahren, einschließlich der Ermittelung am Tage der Wahl bezeichnet und es beziehen sich die Worte: „sowie die Ermittelung des Wahlverfahrens sind öffentlich" auf die amtliche Festsetzung, welche gemäß § 26 des Reglements am vierten Tage nach dem Wahltermine stattzufinden hat. Es harmoniren so § 17 und 18 des Reglements vollständig mit allen sonstigen Vorschriften. Läßt man aber eine andere Deutung zu, so kommt man zu dem vollkommenen Unsinn, daß dem Wahlvorsteher Dinge „beim Schlusse der Wahlhandlung" (und der Abstimmung) also um 6 Uhr zugemuthet werden (Unterzeichnung der Gegenliste und des Protokolls nach § 18 des Reglements), die er um diese Zeit thatsächlich in keiner Weise zu leisten im Stande ist, da alsdann Protokoll und Gegenliste noch nicht vorhanden sein können. Dem Gesetzgeber darf eine Absurdität nicht zugemuthet werden und jede Interpretation, bei der dies nothwendig ist, muß absolut verworfen werden. („Frkf. Beobachter".)

— Zu den Stichwahlen. Der „Reichsanzeiger" publizirt die Vorschriften für die engeren Wahlen. Die engere Wahl hat der Wahlvorsteher zu veranlassen, sobald sich bei der Ermittelung des Wahlergebnisses, diesmal am 14. Januar, herausgestellt hat, daß eine absolute Majorität nicht erreicht worden ist. Der Termin für die engeren Wahlen ist von dem Wahlcommissar festzusetzen und darf nicht länger hinausgeschoben werden, als höchstens 14 Tage nach der Ermittelung des Ergebnisses der Wahl. Auf die engere Wahl sind diejenigen zwei Candidaten zu bringen, welche bei der ersten Wahl die meisten Stimmen erhalten haben; haben mehrere eine gleiche Stimmenzahl, so entscheidet das Loos, welche zwei auf die engere Wahl kommen. In der acht Tage vor dem Wahltermin zu veröffentlichenden Bekanntmachung sind die beiden Candidaten, unter denen zu wählen ist, mit dem Hinweise zu benennen, daß alle auf andere Candidaten fallenden Stimmen ungültig sind. Die engere Wahl findet auf denselben Grundlagen und nach denselben Vorschriften statt, wie die erste. Es werden die bei der ersten Wahl festgestellten Wählerlisten unverändert angewendet; auch bleiben die Wahlbezirke, Wahlvorsteher und Wahllokale unverändert. Eine etwa nothwendige Aenderung derselben ist öffentlich bekannt zu machen. Tritt bei der engeren Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das von der Hand des Wahlvorstehers zu ziehende Loos. Da am 14. Januar die amtliche Feststellung der Wahlergebnisse stattfindet, so sind die engeren Wahlen bis spätestens den 28. Januar zu veranlassen. Bei der Stichwahl darf jeder, der in der Wählerliste steht, wählen, gleichviel ob er bei der ersten Wahl gewählt hat oder nicht.

— Zu den Stichwahlen. Es ist selbstverständlich, daß im Allgemeinen bei den Stichwahlen unsere Parteigenossen dort, wo der eigene Candidat nicht selbst mit zur Wahl kommt, dem Candidaten der politisch am nächst stehenden Partei ihre Stimmen zuwenden müssen, wenn sie es überhaupt für nothwendig halten, sich an der Wahl zu betheiligen. Die Nothwendigkeit müssen unsere Parteigenossen an den einzelnen Orten selbst erwägen. Wir haben hier nur in einem Falle in Uebereinstimmung mit der Parteileitung ein abweichendes Urtheil abzugeben.

In Berlin kommt nämlich der nationalliberale Herr von Forckenbeck in zwei Kreisen mit Fortschrittsleuten in die engere Wahl, mit dem Herrn Kreisgerichtsrath Klotz und mit dem Herrn Doktor Max Hirsch. Wir fordern unsere Berliner Parteigenossen nun auf, in dem zweiten Berliner Wahlkreise für Klotz und gegen Forckenbeck, im ersten Wahlkreise aber unter keinen Umständen für Dr. Max Hirsch zu stimmen. Der Grund für diesen Vorschlag liegt auf der Hand. Ein Mann, der wie Dr. Max Hirsch die Arbeiter an der Nase herumzuführen sucht, ein Mann, der unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit den Arbeiter noch mehr von dem Drucke des Kapitals abhängig machen will, ein Mann, der die bewußten sozialistischen Arbeiter auf das Schmachvollste verleumdet hat, ein Mann, der also mit den heiligsten Gefühlen des Volks ein frevles Spiel

Wer ist der größte Sozialist?

(Melodie: „Was ist des Deutschen Vaterland?")

Wer ist der größte Sozialist?
Ist's Hasselmann, der Bourgeois frißt?
Der solche That verrichten kann,
Fürwahr, er ist der rechte Mann.
O nein, o nein, o nein, o nein,
Der Sozialist muß größer sein!

Dann ist es doch der Bebel wohl?
„Daß ihn nur bald der Teufel hol!" —
So klingt der Gegner laut Geschrei,
Drum glaube ich, daß er es sei.
O nein, o nein ꝛc.
Der Sozialist muß größer sein!

Gewiß ist es der Liebeknecht?
Der hat so oft sich ja erfrecht,
Dem Stephan, ja dem Bismarck gar
Zu krümmen ein, ja selbst drei Haar'.
O nein, o nein ꝛc.
Der Sozialist muß größer sein!

Wer ist der größte Sozialist?
O sag es endlich, wer es ist!
Ist's Hasenclever, überall
Genannt „Petroleumgeneral"?
O nein, o nein ꝛc.
Der Sozialist muß größer sein!

Ist's Mott'ler oder ist es Geib,
Die schonen weder Kind noch Weib
In wilder Communisten-Wuth,
Wie Wein schmeckt ihnen Menschenblut.
O nein, o nein ꝛc.
Der Sozialist muß größer sein!

Dann ist's gewiß der grimme Most,
Der fürchterlich sich drob erboßt,
Daß noch die Welt nicht auf den Kopf
Gestellt ist wie ein Henkeltopf.
O nein, o nein ꝛc.
Der Sozialist muß größer sein!

Ist's Fritzsche denn, ist's Bracke wohl,
Der jüngst den liberalen Kohl
So jämmerlich versalzen hat,
Daß jetzt die ganze Welt schon satt?
O nein, o nein ꝛc.
Der Sozialist muß größer sein!

O sag' es endlich, sag' es schnell,
Ist's Blos, ist's A., ist's O. Kapell,
Ist's Vahlteich, ist's der Reimer gar,
Wer ist es aus der wilden Schaar?
O nein, o nein ꝛc.
Der Sozialist muß größer sein!

Dann sicher ist's der Tölkerich,
Vor dem so mancher Feind erblich,
Der einstens im Concerthaussaal
Die Bourgeois schlug in großer Zahl!
O nein, o nein ꝛc.
Der Sozialist muß größer sein!

So nenne endlich mir den Mann,
Der sich des Namens rühmen kann!
Der stolz und hoch das Haupt erhebt,
Vor dem die ganze Welt erbebt!
Wer ist, wer ist, wer ist, wer ist,
Wer ist der größte Sozialist?

Der Tessendorff, er ist der Held,
Der schlägt sie Alle aus dem Feld,
Er stürmte stolz, er stürmte kühn
Des „Fortschritts" Burg, die Stadt Berlin.
Er ist, er ist, er ist, er ist
Der allergrößte Sozialist!

—r.

— Die gegnerischen Blätter werden anständig. So schreiben die „Bremer Nachrichten" Folgendes:

„Am Mittwoch, den 10. Januar, Abends, hatte sich vor dem Lindenhofe am Domshof und auf dem Rolandsmarkte eine solche Menschenmenge angesammelt, daß ein Theil der Polizeimannschaft schließlich gegen die Ausschreitungen Einzelner, welche durch Schreien und Toben sich bemerkbar machten, vorgehen mußte. Die Polizei säuberte binnen zehn Minuten den Domshof, und als die Menge sich nach dem Marktplatz drängte, wurde sie auch dort angehalten, sich zu vertheilen. Dem Vernehmen nach wurden vierzig bis fünfzig Personen, die sich widerspenstig zeigten, arretirt, indeß noch während der Nacht ein großer Theil derselben vorläufig entlassen. Die Behörde ging bei alledem mit möglichster Schonung zu Werke. — Die Masse bestand übrigens zum größten Theile aus halb erwachsenen Lehrjungen und anderen müssigen jungen Leuten, die eben kein anderes Interesse als die Neugierde zusammengeführt hatte. In der Rembertistraße und den umliegenden Straßen sind übrigens keinerlei Unruhen vorgekommen, so daß die zahlreichen Polizisten und Nachtwachebeamten, sowie die in der Alfes'schen Reitbahn einquartirte Compagnie Soldaten glücklicherweise keine Ursache hatten, gegen irgend Jemand einzuschreiten."

Vor Jahren hätte man unbedingt den Sozialdemokraten den Krawall in die Schuhe geschoben. Jetzt sagt man die Wahrheit, weniger aus Wahrheitsliebe als aus Furcht. Dies ist auch ein nicht zu unterschätzender Erfolg der letzten Wahlschlacht.

— Vorschlag zur Güte. Als Benjamin Franklin noch ein kleiner Junge war, fand er es sehr langweilig und mit seinem guten Appetite nicht vereinbar, daß sein Vater stets vor dem Essen weitläufige Tischgebete verrichtete und die Speisen segnete. Eines Tages, als er dabei war, wie man die Vorräthe für den Winter einsalzte, sagte er zu seinem Vater: — Ich dächte, Vater, es wäre am rathsamsten, Du segnetest jetzt, wo Alles beisammen ist, die ganzen Speisen ein für allemal, dann sparen wir später die Zeit beim Mittagessen.

— Aus Neu-Caledonien. Den neuesten Nachrichten aus San Francisco zufolge sind neulich zwölf französische Communisten von der Straf-Colonie Noumea in Neu-Caledonien an Bord eines Schlepp-Dampfers entkommen. Ein Kriegsschiff holte indeß das Fahrzeug ein und nahm zehn Flüchtlinge gefangen; die übrigen zwei sprangen über Bord und ertranken.

— Unser Berliner Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse", bringt folgende bezeichnende Annonce: „Den Herren Prof. v. Treitschke, v. Unruh, Franz Duncker und Franz Mehring für ihre geistige Vernichtung der Sozialdemokratie unsern verbindlichsten Dank. Das sozialistische Central-Wahl-Comité".

treibt — ein solcher Mann darf unter keinen Umständen mit Hülfe von Arbeitern in den Reichstag kommen.

— Den extremen Elementen gehört der Kampfplatz! Dieser Anschauungsweise wird auch von dem „Hamburger Correspondent“ gehuldigt, indem er schreibt: „Nicht der liberale Parteiführer, sondern der Vertrauensmann der Regierung ist von demjenigen Theil der Berliner Wähler auf's Schild gehoben worden, der sich von der Fortschrittspartei losgesagt und den Entschluß gefaßt hat, der Sozialdemokratie so wirksam wie immer möglich zu begegnen. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß es die Extremen sind, welche sich in aufsteigender Linie bewegen und daß der Zeitpunkt herannaht, in welchem wir überhaupt keine andere Wahl als die zwischen beiden Extremen haben werden.“ — Wir freuen uns selbstverständlich über solche Einsicht, da dieselbe geeignet ist, den Kampfplatz zu klären. Jetzt ist die Fortschrittspartei zwischen den Extremen zermalmt worden, bei den nächsten Wahlen kommt der Nationalliberalismus, die verkörperte politische Halbheit, an die Reihe.

— Drei interessante engere Wahlen zum Reichstage werden stattfinden. In Essen und Aachen kommen zwei Centrumsmänner, Forçade de Biaix und von Biggeleben in die engere Wahl mit zwei christlich-sozialen, katholischen Arbeitercandidaten, dem Redakteur Stötzel und dem Caplan Laaf; in Essen giebt unsere Partei den Ausschlag. In Reichenbach-Neurode findet die Stichwahl statt zwischen unserem Parteigenossen A. Kapell, der 5829 Stimmen, und dem klerikalen Fabrikbesitzer Eduard Franz, der 4811 Stimmen erhielt. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zur letzteren Stichwahl: „Hier steht der liberale Herkules am Scheidewege.“ Wir aber sagen: „Der liberale Herkules wird sich auf den reichsfeindlich schwarzen Weg begeben, er findet dort doch mindestens einen Vertreter des Kapitals.“ — Die Arbeiter aber, so hoffen wir, werden ohne Hülfe des Liberalismus den frömmelnden Kapitalismus schon aus dem Felde schlagen.

— In einem lächerlichen Flugblatte, welches die Fortschrittspartei vor den Wahlen gegen uns herausgegeben hat, und welches eine Anzahl Käseblätter ohne Quellenangabe abdrucken, heißt es zum Schlusse: „Wer also die Reaktion will, der stimme für die communistischen Candidaten; wer sie nicht will, der stimme gegen dieselben“. Die Fortschrittspartei hat überhaupt am tollsten gegen uns geschimpft. In einem andern Flugblatt derselben, welches in mehreren 100,000 Exemplaren verbreitet wurde, wird der sozialistische Staat zuerst mit der Caserne, dann mit dem Zuchthause verglichen. Der Lohn für dieses lächerliche und elende Gebahren der Fortschrittler ist nicht ausgeblieben — sie sind am 10. Januar in den Dreck gefallen.

— Zur Berliner Wahl. Eingeschriebene Wähler sind ca. 171,500. Davon haben giltige Stimmen abgegeben 80,435. Es haben erhalten: Fortschrittspartei 32,188, Sozialdemokratie 31,576, Nationalliberalen 11,641, Handwerkerpartei 3961, ultramontane und conservative Partei, sowie zersplittert 1070.

— Die Furcht vor dem rothen Gespenst, welches in allen gegnerischen Zeitungen spukt, hat wieder einmal vor den Wahlen einen recht bezeichnenden Ausdruck gefunden in einer Notiz, die (wahrscheinlich aus der bekannten Fabrik journalistischen Blödsinns in Berlin stammend) zum Schrecken aller alten Weiber männlichen und weiblichen Geschlechts, mit wahrem Wohlbehagen von den Herren Preßlakaien abgedruckt wird. Da dieselbe neben dem unvermeidlichen Blödsinn auch ein gut Stück unfreiwilliger Wahrheit enthält, möge sie hier wortgetreu folgen: — „Wenn man einen Blick auf die Wahlagitation der verschiedenen Parteien wirft, so begegnet man der Wahrnehmung, daß die Sozialdemokratie die größte Rührigkeit und Thätigkeit entwickelt. In fast allen Wahlkreisen werden von den Aposteln der Sozialdemokratie Volksversammlungen veranstaltet, in denen die Zustände des Reichs und der Gesellschaft als überaus trostlose hingestellt werden und der Masse der Bevölkerung vorgepredigt wird, daß sie Rettung für die Gesellschaft nur in dem Anschluß an die Sozialdemokratie zu suchen habe. Es ist leider nur zu wahr, daß die Versprechungen der sozialdemokratischen Führer meistens auf fruchtbaren Boden fallen, und so kommt es nicht selten vor, daß Wahlversammlungen, die von Fortschrittlern und Nationalliberalen zusammenberufen waren, von der sozialdemokratischen Partei auseinandergesprengt wurden. Es ist dies natürlich meistens nur die Folge der Lauheit und des Indifferentismus, den die übrigen Parteien bei den Wahlen an den Tag legen, was wiederum daher rührt, daß die ganze sozialdemokratische Bewegung von jeher von der Presse und den politischen Parteien zu leicht genommen und zu oberflächlich behandelt worden ist. Es scheint nichts geholfen zu haben, daß bei den Wahlen zur zweiten Legislaturperiode des Reichstages die in der That bedenkliche Thatsache hervortrat, daß die Zahl der bei den Wahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen sich auf nahezu 400,000 belief, denn es läßt sich schon jetzt übersehen, daß diese Zahl bei den bevorstehenden Reichstagswahlen sich mindestens auf das Doppelte erhöhen wird. Geht es in dem Maße weiter, so wird die sozialdemokratische Partei in einem Jahrzehnt vielleicht am stärksten im Reichstage vertreten sein. Was dies für das Reich und die Gesellschaft bedeuten werde, braucht nicht weiter auseinandergesetzt zu werden, da die sozialdemokratischen Umsturzpläne nicht blos gegen das Reich und die Grundlagen der heutigen Staatsordnung gerichtet sind, sondern die ganze gesittete Gesellschaft aus den Fugen gerathen müßte, wenn die Lehre der Sozialdemokratie zum Gesetz erhoben werden sollte. Es ist daher die Pflicht eines jeden patriotischen Wählers, in seinem Kreise dahin zu wirken, daß nur solche Personen in den Reichstag geschickt werden, welche in Gemeinschaft mit den Regierungen der Zersetzung der heutigen Gesellschaft durch die sozialistischen Irrlehren entschieden entgegenzuwirken entschlossen sind.“ — — —

Soweit der erwähnte Waschzettel. Unsere Leser ersehen daraus zweierlei: Erstens, daß die sozialdemokratische Partei von den Feinden des wahren Volkwohls gefürchtet und gehaßt wird, weil diese Feinde den Zeitpunkt, wo die sozialistischen Abgeordneten die Mehrheit im Reichstage bilden werden, schon ganz nahe herangekommen sehen (vergl. hiermit die liberale Phrase vom „Rückgang“!) und zweitens ersehen unsere Leser daraus, wie wir ihnen freilich schon unzählige Male an Beispielen gezeigt haben, daß unsere ehrenwerthen Herren Gegner von der Presse sich nicht entblöden, uns mit den Waffen der gemeinsten Verdächtigung und gröbsten Unwahrheit hinterrücks anzugreifen, indem sie längst widerlegte, alberne Vorwürfe gegen uns vorbringen — Vorwürfe, an die sie selbst nicht glauben. Freilich, uns in offenem Kampfe mit redlichen Waffen entgegenzutreten, dazu fehlt ihnen der Muth, weil ihnen das fehlt, was dem Manne Muth verleiht, — das erhebende und stärkende Bewußtsein, eine vernünftige, eine gute und gerechte Sache zu vertheidigen. Deshalb greifen sie uns mit solchen niederträchtigen Waffen an, und deshalb rufen wir mit Lassalle: „Tod dieser Presse!“

— Ueber unsern Sieg in Chemnitz schreibt unser dortiges Parteiorgan: „Unsere Gegner in Chemnitz sind nicht mit Ehren unterlegen, daher kann man nicht erwarten, daß wir diesem fliehenden Feinde „eine goldene Brücke“ bauen. Sie haben mit den schändlichsten Mitteln gekämpft, wir erinnern nur an die gefälschten „Citate“, welche im „Chemnitzer Tageblatt“ veröffentlicht wurden, und zwar nach Aussage des zweiten Vorsitzenden des liberalen Wahlcomités offiziell von diesem Wahlcomité selbst. Das liberale Wahlcomité wollte den Sieg seiner Sache erkämpfen um den Preis seiner Ehrlichkeit, um den Preis seiner Ehre, es hat diesen Preis in die Wagschale geworfen; schimpflich wäre der Sieg gewesen, der dadurch errungen wurde; Schmach und Schande bedeckt jetzt die Fälscher, da sie geschlagen sind. — Man entschuldige das Comité nicht damit, daß es vielleicht die Citate für echt gehalten und nur Einem die Fälschung zur Last falle. Als Adv. Harnisch die „Citate“ in Gablenz vorlas, wurde ihm und dem ganzen liberalen Comité von Most gesagt, daß diese „Citate“ gefälscht seien. Man wußte also genau, was man that, als man kurz vor der Wahl das erbärmliche Manöver entrirte. Daß durch dieses Taschenspielerkunststückchen ein volkreicher Wahlkreis nicht in die Hände falscher Spieler fiel, daran trägt nur der gesunde Sinn des Volkes und die Rührigkeit der Sozialdemokratie, welche den falschen Spielern auf die Finger klopfte, das Verdienst.“ — Wir bringen diese Notiz, um zu zeigen, mit welchen elenden Mitteln unsere Gegner vielfach gekämpft haben. Desto bedeutsamer aber sind deshalb unsere Siege.

— Dem Bundesrathe ist seitens des Direktoriums des deutschen Apothekervereins eine begründete Eingabe in Betreff des Verkaufs von Geheimmitteln übersandt worden, worin hervorgehoben wird, daß das Publikum gegen hohe Preise oft sehr werthlose, sogar schädliche Mittel erhält und nicht nur deutsche Geheimmittel-Fabrikanten das Publikum auf maßlose Weise ausbeuten, sondern auch aus Frankreich und England sogenannte Specialitäten in großer Menge eingeführt und dafür nicht unbedeutende Summen gezahlt werden. Deshalb wird beantragt: 1) in Betreff der Bewilligung zur Zubereitung von Geheimmitteln einheitliche, für das ganze Deutsche Reich geltende Bestimmungen zu erlassen; 2) in Zukunft kein Geheimmittel zum öffentlichen Verkaufe zuzulassen, welches nicht vorher von dem Reichs-Gesundheitsamte begutachtet worden ist und endlich 3) die in den verschiedenen deutschen Ländern genehmigten Geheimmittel einer Revision zu unterwerfen und den als werthlos oder schädlich befundenen den öffentlichen Verkauf zu versagen.

— Die „Nassauische Volkszeitung“ bringt folgendes „Eingesandt“ aus Schierstein, 7. Januar:

„Wenn man, wie in letzterer Zeit so häufig von Akten der Roheit und des Uebermuths liest, so ist man, namentlich wenn die Excedenten den unteren Volksschichten oder der Landbevölkerung angehören, leicht geneigt, die Ursache in dem Mangel an genügender Schulbildung zu suchen. Anders werden indessen wohl die meisten Leser denken über die neulich gebrachte Notiz wegen muthwilliger Zerstörung einer Anzahl Obstbäume an der Wiesbaden-Dotzheimerstraße, wenn sie erfahren, daß die Thäter Schüler höherer Lehranstalten und Söhne angesehener Eltern sind, die vielleicht seiner Zeit berufen erscheinen, ehrenvolle Stellungen im Staatsleben zu bekleiden, ja sogar Recht zu sprechen über ähnliche Vergehen gegen das Eigenthum.

„Was den verursachten Schaden betrifft, so dürfte derselbe sich denn doch etwas höher berechnen als 500 Mark, mit welcher Summe derselbe in Nr. 301 Ihres Blattes annähernd bezeichnet wird. Einsender dieses hat sich durch Augenschein überzeugt, daß 14 Bäume das Opfer des Bubenstreiches geworden sind, indem sie theils ganz abgeschnitten, theils derart angeschnitten wurden, daß sie entfernt werden müssen. So sind z. B. auf einem Grundstücke „an der Eiche“ (dem Vernehmen nach einem Herrn L. in Sch. gehörend) ein Birnbaum im Alter von cv. 80—90 Jahren, sowie ein Apfelbaum im Alter von ca. 25—40 Jahren, beide von erheblicher Tragfähigkeit, total zerstört worden, die wohl allein einen Werth von 500—600 Mark repräsentiren.

Die Untersuchung ist eingeleitet und werden die Uebelthäter ihrer gerechten Strafe hoffentlich nicht entgehen.“

— Nicht einmal mit der Scheere verstehen sie richtig umzugehen, die Scheerenredakteure des „Leipziger Tageblattes“. Drucken sie da in der letzten Dienstagsnummer unter der Ueberschrift: „Wie die Berliner sozialdemokratische Presse über die Wahlen denkt“ einen langen Artikel ab, in dem es u. A. heißt: „Es läßt sich heute nicht mehr verheimlichen und nicht mehr umschreiben — ein starker Prozentsatz der Bevölkerung des deutschen Reichs huldigt sozialistischen Ideen, lebt und webt in den Utopien der Sozialdemokratie“. Also ein sozialdemokratisches Blatt soll die Prinzipien der Sozialdemokratie Utopien genannt haben! Dem unglücklichen Scheerenredakteur ist es passirt, daß seine Scheere zu weit schnitt und den von der „Berliner Freien Presse“ abgedruckten Artikel eines gegnerischen Blattes mit abschnitt. Herr Hüttner muß sich entweder eine selfacting — eine selbst schneidende — Scheere anschaffen, oder muß seine Scheere besser dressiren, oder er muß Unterricht im Schneiden nehmen — bei wem? das besagen verschiedene Annoncen in seinem Blatt. — Derselbe Hüttner läßt in einer Heulmeierei über „das Ergebniß der Reichstagswahl im Leipziger Landkreis“ folgenden Blödsinn passiren: es ist vorgekommen, „daß, wie z. B. in der Liebertwolkwitzer Gegend geschehen, sogar größere Gutsbesitzer den Sozialisten wählten, weil ihnen von den Agitatoren vorgeredet worden, die Butter werde theurer werden, falls mehr Sozialisten in den Reichstag kämen“. Wo war die Scheere? Warnm hat sie nicht diesen haarsträubenden Blödsinn, und diese sehr unpolitische (Herr Hüttner!) Beleidigung der „größeren Gutsbesitzer“ weggeschnitten? Warum nicht? Je nun — der Hüttner denkt nicht, und die Scheere lenkt. —

— In Folge der Wahlsiege unserer Partei in Berlin geht uns folgende Zuschrift aus Italien zu:

„An die Mitglieder der Redaktion und Administration des „Vorwärts“

Fossano bei Torino, 13. Januar 1877, 9 Uhr Morgens.

Die Zeitung „Il Secolo“ bringt mir die telegraphische Nachricht über die Ergebnisse der in Berlin stattgehabten Reichstagswahlen. — Als aufrichtiger Anhänger der sozialdemokratischen Prinzipien beeile ich mich, meine große Freude über diese Ergebnisse dem „Vorwärts“ auszudrücken. Bravo! Ihr Sieger! Bravo! die andern Sozialisten, die in die Stichwahl kommen, wenn sie auch bei derselben zum Theil unterliegen sollten.

Herzlich wünsche ich den sozialdemokratischen Candidaten einen entschiedenen Sieg über ihre Gegner.

Mit brüderlicher Liebe und Hochachtung

A. St.“

— Die „Droits de l'Homme“, das radikale Blatt in Paris, ist vor einigen Tagen zum vierzehnten Male verurtheilt worden. Auf sechs Monate Gefängniß und 3000 Frcs. Geldbuße lautete die letzte Verurtheilung wegen verschiedener berechtigter Angriffe auf die Pariser Polizei.

— Die Türken scheinen es darauf angelegt zu haben, die Diplomatie im Allgemeinen, und die russische Diplomatie insbesondere lächerlich zu machen. Ignatieff und Gortschakoff stehen wie die — undiplomatischsten aller Vierfüßler am Berg des türkischen non possumus, und die russischen Riesenarmeen, welche die Türkei zum Frühstück verspeisen sollten, sind im russischen Schnee und Koth stecken geblieben. Ein ritterlicher Versuch des Fürsten Bismarck, die russischen Gönner und Freunde durch einen nach Constantinopel gerichteten „kalten Wasserstrahl“ aus ihrer fatalen Situation zu befreien, ist an dem Nichtverständniß der Türken für solche geniale Staatsstreiche kläglich gescheitert und die Ignatieffs und Gortschakoffs stehen mehr als je am Berg.

Ueber den gegenwärtigen Stand der orientalischen Frage schreibt uns ein competenter Beurtheiler in einem Privatbrief: „Wenn die Türken Fuß bei Mal halten, so ist's mit Rußland bald alle. Die allgemeine Wehrpflicht hat die russische Armee noch weit mehr desorganisirt, als ich erwartete, während die Türken nie in so guter Verfassung waren, dabei haben sie nach der englischen die beste und stärkste Panzerflotte der Welt. Geht's also los — und geht's nicht los, so giebt's eine neue Revolution in Constantinopel: und dann geht's erst recht los —, so könnte Euer Antrag auf Wiederherstellung Polens eine eigenthümliche Aktualität (Zeitgemäßheit) bekommen.“

— Fritzsche vor der 7. Criminaldeputation. Parteigenosse Fritzsche, einer unserer Berliner Sieger, hatte sich am 13. ds. zu verantworten über eine angeblich aufreizende Rede, die er am 20. Oktober v. J. vor 2000 Zuhörern gehalten hatte. Der Staatsanwalt glaubte den aufreizenden Charakter derselben constatiren zu müssen. Der Gerichtshof konnte aber, nach Fritzsche's längerer Selbstvertheidigung, den Beweis für die Anklage nicht als erbracht erachten.

— Von unserem Parteigenossen Demmler erhält das Leipziger Wahlcomité folgende Zuschrift:

„Schwerin, 12. Januar.

Ich danke dem so überaus thätig gewesenen Comité der sozialdemokratischen sächsischen Partei für die große Pflichttreue und Rührigkeit, welche dasselbe bei den Wahlen an den Tag gelegt hat; vor allen Dingen aber danke ich den Parteigenossen des 13. Wahlkreises sammt und sonders, daß sie so tapfer und unerschrocken zur Fahne gestanden und durch ihre Einmüthigkeit mir den so glänzenden und höchst erfreulichen Sieg über die drei Candidaten der gegnerischen Parteien verschafft haben. Sein Sie vorläufig der Dolmetscher meiner dankbaren demokratischen Gesinnungen für das Vertrauen, welches die Wähler mir geschenkt haben. Weiter wird es mir aber eine große Freude sein, von Berlin aus zu denselben zu kommen, um ihnen persönlich zu danken.

A. Demmler.“

Correspondenzen.

Flensburg, 12. Januar. Am Sonntag, den 7. Januar fand hier im Flensburger Tivoli eine von der liberalen Partei einberufene Wählerversammlung statt, wozu alle deutschen und reichstreuen Wähler eingeladen waren. Weil auch wir Sozialisten uns zu den deutschen Wählern rechneten, waren auch wir recht zahlreich erschienen. Kreisgerichtsrath Gottburgsen eröffnete die Versammlung, theilte mit, daß man ihn beauftragt habe, den Vorsitz zu führen und den Dr. Rommel als Stellvertreter. Zunächst machte der gnädige Herr Kreisgerichtsrath darauf aufmerksam, das nur deutsche und reichstreue Wähler eingeladen wären, ausgeschlossen wären die Reichsfeinde, das heiße, um dieselben gleich beim Namen zu nennen, die Dänen und die Sozialdemokraten. Unser Candidat, Herr Brückmann, aus Altona bat zur Geschäftsordnung um's Wort: Geschäftsordnung gibt es bei uns nicht, gab der Herr Kreisgerichtsrath in seiner hohen Weisheit zurück. Wer sind Sie? Sind Sie hier wahlberechtigt? Nein, dann sind Sie auch nicht eingeladen. — Ich bin der Candidat der Arbeiterpartei des zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreises und bitte zur Geschäftsordnung um's Wort, war die Antwort des Herrn Brückmann. Raus, Maul halten, Bureau wählen, wurde durcheinander geschrien. Im Nu war der Kreisgerichtsrath im Schiff des Saales, stellte sich vor Brückmann hin mit den Worten: Ich verbiete Ihnen den von mir gemietheten Saal. Zugleich sahen wir auch Herrn Dr. Rommel auf der Tribüne mit erhobener Rechten den Laskerknüppel schwingen, die Kopfbedeckung auf, in den Saal schreiend, wenn die Sozialdemokraten nicht den Saal in fünf Minuten geräumt und verlassen haben, werden sie aufgeschrieben. Die Diener des Gesetzes natürlich, wenn es heißt, die Sozialdemokraten raus, waren auch nicht faul, um gleich zu expediren, die Herren Bourgeois faßten mich sogar beim Arm, um mich hinauszuführen, als wenn sie als Vertreter des Geldsacks Wunder was für Rechte hätten. Da unser Candidat Herr Brückmann unter den gegebenen Umständen den Saal verlassen mußte und auch wir nicht weiter Lust verspürten, uns längrr mit den Nationalmiserabeln abzugeben, verließen wir mit Herrn Brückmann den Saal. Noch sei bemerkt, daß ein Inhaber eines hiesigen Kleidermagazins in der betreffenden Versammlung anwesend war, welcher sich äußerte, den Sozialdemokraten müsse man das Maul breit schlagen! Merkt Euch das, Ihr Arbeiter Flensburgs, so geht man mit dem arbeitenden Volke um!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Heinrich Mahlke.

Die Parteiorgane, besonders das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ und „Die rothe Fahne“ werden um Abdruck gebeten.

Hannover. Schon seit Monaten war es eine tagtägliche Frage: was für einen Candidaten stellt die Arbeiterpartei zur nächsten Reichstagswahl auf? Diese Tagesfrage ist nun am 16. Dezember beantwortet worden; mit welcher Spannung die Proklamation des Arbeitercandidaten Meister erwartet wurde, davon gab der von ungefähr 2000 Personen gefüllte Saal das beste Zeugniß. Nachdem in üblicher Weise das Bureau gewählt war, erhielt Herr Meister das Wort. Derselbe führte aus, wie wichtig der 10. Januar 1877 für das Volk sei, es solle an diesem Tage zu Gericht sitzen über diejenigen, welchen sie ihr Wohl und die Förderung ihrer Interessen anvertraut; ob dieselben das Wohl des gesammten Volks gewahrt und gefördert

haben, müsse zuvor geprüft werden, und da finde man denn heraus, daß die maßgebendste Partei, die nationalliberale, stets nur das eigene Ich gewahrt, somit ihre Aufgabe nicht erfüllt habe. Die Nationalliberalen haben diesmal Herrn Senator Wülbern aufgestellt, einen Mann, welcher in seiner Candidatenrede selbst erklärt habe, es sei ihm nicht möglich, vom wissenschaftlichen Standpunkt über die soziale Frage zu sprechen, somit selbst erkärt: ich bin nicht fähig zum Reichstagsabgeordneten, bin jedoch bereit, ein Opfer zu bringen. Die zweite Partei, die deutsch-hannoversche, welche bis jetzt stets siegreich aus dem Wahlkampf hervorging, hat ihren vor anderthalb Jahren gewählten Vertreter wieder aufgestellt, Herrn Brühl, der es vorzog, lieber den Sitzungen der evangelischen Landessynode, statt denen des Reichstags beizuwohnen. Jetzt haben sich im Verlauf von zehn Jahren die Verhältnisse geändert, und müsse nothwendig ein Jeder selbst nach dem härtesten Schicksalsschlage mit frischer Kraft suchen, sich auf den Standpunkt der Thatsachen zu stellen und von diesem aus sein Interesse zu wahren, ferner hätten die Führer der deutsch-hannoverschen Partei selbst Herrn Dr. Behrens noch vor anderthalb Jahren erklärt, auf sozialem Gebiet wollen wir dasselbe, was die Sozialdemokraten wollen; daß dieses nicht wahr, sondern blos gesagt worden, um die Arbeiterstimmen zu ködern, beweise das Verhalten des Herrn Dr. Behrens in Holstein, wo er mit den Conservativen Hand in Hand geht, um die Sozialdemokraten zu bekämpfen. Daß die Arbeiter nach einiger Prüfung keinem von den oben angeführten Candidaten ihre Stimme geben können, sei wohl klar. Redner empfahl nun den Arbeitercandidaten Herrn F. W. Fritzsche aus Berlin, welcher das Wort nahm und nun von der Versammlung freudig begrüßt wurde. Derselbe gab eine scharfe Kritik der seitherigen Volksvertreten und der von ihnen geschaffenen Gesetze. Redner führt zunächst an, wie die Staatsformen sich stets nach den Besitzverhältnissen regeln, dies sehen wir bei jedem einzelnen Gesetz, welches aus dem letzten Reichstag hervorging. Das Hilfskassengesetz sei nur für den Arbeiter gemacht und man habe nicht einmal den Grundsatz dabei berücksichtigt: das Privateigenthum ist unantastbar, da man das Eigenthum der Arbeiter (die Kassen) unter die Vormundschaft der Polizei gestellt hat; warum? Damit der Arbeiter sich niemals als freier Staatsbürger fühlen kann, sondern das Abhängigkeitsgefühl in ihm erhalten bleiben soll. Beim Haftpflichtgesetz springt der Unterschied noch klarer vor Augen, da man bei Verunglückung auf der Eisenbahn, welche auch von Besitzenden benutzt wird, der Verwaltung es überlassen hat, den Beweis zu bringen, daß sie oder ihre Beamten keine Schuld an dem Unglück tragen; dagegen bei Unglücksfällen in Bergwerken u. s. w. der Arbeiter den Beweis liefern muß, daß die Verwaltung die Schuld trifft, welches in den meisten Fällen fast unmöglich sei. Sodann habe man viele Gewerke, z. B. das Baugewerk, gar nicht in's Haftpflichtgesetz aufgenommen. Diese zweierlei Gesetze haben wir dem Fortschritt und Liberalismus zu verdanken. Jede Schranke, welche dem Kapital entgegenstand, wurde von ihnen niedergerissen. Dazu wurde das Aktiengesetz geschaffen. Das Militärgesetz erweitert die Ungleichheit, indem der Nichtbesitzende drei Jahre, der Besitzende ein Jahr zur militärischen Ausbildung herangezogen wird. Nach der Statistik sei die Lebensdauer eines Arbeiters 30 Jahre, die eines Reichen 65 Jahre, somit müsse der Arbeiter den zehnten Theil seines Lebens dem Militärdienste opfern, während der Reiche nur den sechzigsten Theil seines Lebens zu opfern brauche. — Es würde zu weit führen, wollte ich den ganzen Vortrag nur auszugsweise wiedergeben. Zum Schluß wurde Herr F. W. Fritzsche einstimmig von der Versammlung mit großer Begeisterung als Candidat des 8. hannoverschen Wahlkreises anerkannt. — Es folgten nach dieser ersten Versammlung im Ganzen noch sieben in den verschiedenen Theilen der Stadt, zu denselben war wiederholt Herr Fritzsche anwesend; einmal Herr Pfannkuch, welcher uns ebenfalls mit einem sehr guten Referat erfreute, nur bedauerten sämmtliche Parteigenossen, daß die Versammlung in Folge zu späten Einberufens so schwach besucht war. In den übrigen Versammlungen hatte Herr Meister die Referate und waren dieselben fast sämmtlich gut besucht. Die letzte am 9. Januar abgehaltene muß ich jedoch noch in Kürze erwähnen. Dieselbe war von über 3000 Personen besucht und der Saal bis zum letzten Platz dicht gefüllt; trotz der starken Hitze ging nicht ein Mann vom Platz und war die Begeisterung für unsern Candidaten so groß, daß wir getrost dem kommenden Tag entgegensehen konnten. Die Tagesordnung lautete: „Unsere Gegner im Kampfe um die Gesetzgebung, erstens die nationalliberale Partei, zweitens die deutsch-hannoversche Partei." Nachdem Herr Meister seinen Vortrag beendet, erwarteten wir wohl, daß sich Gegner zur Interpellation dieser Tagesordnung eingefunden hätten, doch nicht ein Laut der Gegenrede wurde hörbar. Unsere Gegner wagen es hier nicht, an die Oeffentlichkeit zu treten, denn sie sind sich nur zu sehr bewußt, daß sie dadurch immer mehr Dumme zur Aufklärung gelangen ließen; ihre eigenen Versammlungen finden nur hinter verschlossenen Thüren statt, und doch wird die Zahl ihrer Anhänger immer kleiner und die Zahl der Arbeiterpartei wächst mit Riesenschritten. Dies hat nun am besten der 10. Januar bewiesen, wo auf den Arbeitercandidaten F. W. Fritzsche 5547 Stimmen fielen, also 1149 mehr als vor anderthalb Jahren; der nationalliberale Candidat bekam 5915 Stimmen, der Candidat der Deutsch-Hannoveraner 9297 Stimmen, und zuletzt 113 Stimmen der Candidat der deutschen Fortschrittspartei, welche erst in letzter Stunde am 9. Januar Abends das erste Lebenszeichen von sich gab und den Herrn Zuckerfabrikdirektor Hurzig als ihren Candidaten proklamirte. (Obige Stimmenzahl kann noch eine kleine Aenderung erfahren, doch das Resultat steht gleich.) So können wir nun mit Zufriedenheit zurückblicken und mit frischer Kraft auf's Neue für die nächste Wahl vorarbeiten.

St. Johann-Saarbrücken. Zu den Reichstagswahlen waren im hiesigen Wahlbezirk drei Candidaten aufgestellt: der geheime Bergrath Pfähler aus Sulzbach als Candidat der nationalliberalen, oder besser gesagt der „reichstreuen" Partei, Dechant Schneider von St. Johann als Candidat der Ultramontanen, und Genosse Hackenberger aus Pforzheim als Candidat unserer Partei. Von den Genannten wurde, wie dieses unter hiesigen Verhältnissen, wo die Abhängigkeit der Arbeiter von ihren Brodgebern eine so große ist, wo der Liberalismus durch einen zahlreichen Beamtenstand vertreten und durch Krieger- und ähnliche Vereine künstlich am Leben erhalten wird, nicht anders zu erwarten war, der geheime Bergrath Pfähler, ein compromißlicher Schönredner, mit (soweit bis jetzt, 12. Januar Abends, die Wahlresultate bekannt sind) 7775 Stimmen gewählt. Der Candidat der ultramontanen Partei erhielt 4299, und Genosse Hackenberger 323 Stimmen. Wenn nun auch die Anzahl der auf den Candidaten unserer Partei vereinigten Stimmen noch eine geringe ist, so liefert diese Wahl doch den Beweis, daß auch hier, wenn schon unter den ungünstigsten Verhältnissen, recht fleißig agitirt worden ist. Letzteres giebt auch die liberale „St. Johanner Zeitung" zu, indem sie constatirt, daß unsere Partei, „wenn auch resultatlos, so doch offenbar ziemlich lebhaft für ihren Candidaten agitirt habe." Erfreulich ist es, daß in einigen Ortschaften des Wahlkreises, sowie in zwei Saarbrücker Wahlbezirken (dem zweiten und dritten) Genosse Hackenberger mehr Stimmen bekam, als der ultramontane Candidat. Daß die Arbeiterbevölkerung unseres Wahlkreises endlich zum Bewußtsein ihrer Klassenlage gelangt ist, das ist es, was uns mit Freude erfüllt und uns die Ueberzeugung giebt, daß mit der Zeit unsere ganze Gegend sich zu den Prinzipien der Sozialdemokratie bekennen wird. Das Elend unter den arbeitenden Klassen ist hier groß, sehr groß, und eine tüchtige Agitation müßte von unzweifelhaftem Erfolg sein. Das wissen aber auch unsere Herrn Polizisten und Bürgermeister, deshalb dürfen hier keine Volksversammlungen abgehalten werden, deshalb wird sogar der Wirth, welcher, um etwas zu verdienen, es sich beikommen läßt, sein Lokal behufs Abhaltung einer sozialistischen Versammlung herzuleihen, mit einer beträchtlichen Geldstrafe belegt. Nützt aber alles nichts! Sie werden wiederkommen, die Sozialdemokraten, immer wieder kommen werden sie und — steter Tropfen höhlt den Stein. Darum haltet hoch die rothe Fahne Genossen von Saarbrücken und Umgegend! Haltet hoch die rothe Fahne Ihr Sozialisten allerwärts!

Rosenheim bei München, 11. Januar. (Wie die Liberalen siegen.) Die Wahl ist günstig für die Liberalen ausgefallen, während wir nur 84 Stimmen erhielten. Es fanden aber die ärgsten Umtriebe statt, noch weit ärger wie früher. Wir haben eine allgemeine, freie, direkte Wahl, sagen unsere Liberalen; wir sagen Nein und tausendmal Nein. Die Liberalen sagen, die Sozialisten achten das Gesetz nicht; wir sagen, unsere Gegner treiben Spott mit unserem Reichstagswahlgesetz. Das Folgende bestätige diese Behauptung. Ich ging mit einigen Genossen am Nachmittag des Wahltages nach Kalbermoor, da ich die gesetzwidrige Bauernfängerei in Rosenheim nicht mehr mit ansehen konnte; jedoch in Kalbermoor war es noch um 100 Proz. ärger. Höret und staunet. Am Tage vor der Wahl sagte Herr v. Ripen zu den Fabrikarbeitern: Wer nicht liberal wählt, wird sofort entlassen. Herr Inspektor Dietz und noch einige Fabrik-Paschas stellten sich nun vor das Wahllokal. Ein jeder ruhiger Bürger, der seine Stimme abgeben wollte, gerieth oft mit genannten Paschas in Conflikt und mußte sich mit Gewalt losreißen, wenn er sozialistisch wählen wollte. Einem Genossen kam dies ungerecht vor und wies derselbe deshalb Herrn Dietz auf das Gesetz hin. Herr Dietz antwortete jedoch, er kenne da kein Gesetz. Als sich nun auch zwei Genossen hinstellten, um Zettel anzubieten, und die Paschas sahen, daß sie kein Geschäft mehr machen konnten, stellte sich Herr Dietz unter die Thüre des Wahlzimmers und nahm den Wählern die Kieferzettel aus der Hand mit den Worten: Dumme Teufel! das ist ja der richtige nicht; schaut, das ist ja gleich, Steuern müßt ihr bei den Sozialisten auch zahlen, wählt den Bermühler! Das ist stark, werden sich die Leser denken, und doch ist das noch lange nicht das Aergste. Die Liberalen gingen her, packten ihre Opfer rechts und links, suchten ihnen die Taschen aus, nahmen ihnen die Zettel und drangen ihnen Bermühlerzettel auf. Trotz alledem und alledem hofften aber unsere Genossen auf den Sieg. Da auf einmal kam ein Zug, förmlich Gefangener (ungefähr ein halbes Hundert), lauter bleiche, hohläugige Männer; voraus, rechts und links und hintennach Aufseher der Fabrik. Diese bleichen Männer, die mit ihrer Arbeitskraft auch ihren freien Geist verkaufen mußten, wählten denn auch mit treuer Folgsamkeit den von Herrn von Ripen ihnen gegebenen Bermühler. Nun war der Sieg der Liberalen gesichert und erhielten dieselben 49 Stimmen mehr als Kiefer. — Wir haben aber recht deutlich gesehen, daß, wie unser Programm es besagt, die ökonomische Abhängigkeit die Mutter aller Knechtschaft ist.

Plauen i. V. (Wahlbericht.) Die Wahlschlacht im 23. Wahlkreis ist geschlagen. Es wurden im Ganzen 18766 Stimmen abgegeben, davon fielen auf unsern Candidaten Max Reisser in Bremen 4923, auf den conservativen Finanzrath Meusel in Dresden 4624 und auf den liberalen Advokat Krause in Dresden 4121. Die liberale Partei, die während des ganzen Wahlkampfs kein Mittel unbenützt ließ, die fortwährend Lügen und Verleumdungen in der gemeinsten Art gegen uns schleuderte, hat diesmal eine Niederlage erlitten, von der sie sich so schnell nicht wieder erholen wird. Unsere Arbeiter in Plauen und den übrigen Städten haben gezeigt, daß sie ihre Klassenlage erkannt haben, und wenn wir die ländliche Bevölkerung mehr gewonnen haben, dann wird in Zukunft uns Niemand den Sieg streitig machen können. Am 27. Januar wird wahrscheinlich in unserm Wahlkreis die Stichwahl zwischen unserm Candidaten Max Reisser und dem conservativen Finanzrath Meusel stattfinden. Darum müssen wir unsere Truppen auf's Neue concentriren, sie auf's Neue mit Munition ausrüsten, damit wir am 27. Januar auch diesen Gegner aus unserm Wahlkreis vertreiben können. Deshalb Genossen im 23. sächs. Wahlkreis, arrangirt sofort Versammlungen in den wichtigsten Ortschaften und setzt Euch mit dem unterzeichneten Central-Wahlcomité in Verbindung.

Mit bestem Gruß

Das Central-Wahlcomité.
Friedrich Forbiger, Hoferstraße 92.

Offizielle Wahlresultate.

7. sächs. Wahlkreis: Nauert 5237, Richter 7053, Scheller 1704, zersplittert 25.

11. sächs. Wahlkreis: Hadlich 3332, Günther 7807, zersplittert auf Burckhardt und Nauert 249.

20. sächs. Wahlkreis: Wiemer 4928, Brockhaus 3838, Höfer 1901, zersplittert 30 (Stichwahl).

22. sächs. Wahlkreis: Auer 8140, Dietel 4694, Trützschler 3048.

23. sächs. Wahlkreis: Neißer 4923, Meusel 4624, Krause 4121 (Stichwahl).

Darmstadt-Großgerau: Most 2910, Büchner (Fortsch.) 4672, Welker (nl.) 3679, Rieger (cons.) 466, Wambold (ult.) 333.

I. Braunschweiger Wahlkreis: Bode (nl.) 10160, Bracke 9212, Veltheim (Agrarier) 626, zersplittert 7.

II. Braunschweiger Wahlkreis: Bracke 3094, Kuntzen (nl.) 10123.

Erlangen-Fürth: Löwenstein 4458, Marquardsen (nl.) 7768, Sensburg (Fortsch.) 1282, Haas (cons.) 997, Jörg (ult.) 288, zersplittert 41.

Dessau: Geiser 2332, Träger 810, Cuny 10023.

Bielefeld: Pfannkuch 2164, Marcard (ult.) 5377, Bodelschwing (cons.) 4990, Kisker (l.) 3469.

Bautzen: Keller 1427, Graf Stollberg (ult.) 1830, Reich (cons.) 8951.

5. württ. Wahlkreis: Motteler 1775, Ritter (Volkspartei) 9283, Lenz (nl.) 7897, Graf v. Bissingen 263.

Oldenburg: Trillhose 434, Becker 4980, Ahlhorn (Fortsch.) 3770.

Lennep-Mettmann: Nicht, wie früher gemeldet', Stichwahl zwischen Techow und Audorf, sondern Techow (nl.) mit 56 St. über absolute Majorität gewählt.

Bitterfeld-Delitzsch: Ramm 1361, Thilo (frei-kons.) 8613.

Potsdam (Kreis Osthavelland): Lossau 1076, Wulfsheim 5038, Parisius 3582, Windthorst 139, zersplittert 18.

Anm. zum 11. Wahlkreis. Im Jahr 1874 erhielt Bebel, allerdings ohne jedwede Agitation, 845 Stimmen in diesem Kreis und obgleich das „Dresdner Journal" mit einer gewissen Genugthuung meinte, „trotz der angestrengtesten Agitation sei es uns nicht gelungen, die Majorität zu gewinnen," so können wir konstatiren, daß nur der dort aufgestellte Candidat im Kreis thätig war und 12—14, allerdings immer gut besuchte Versammlungen abgehalten hat, es ist somit der schlagendste Beweis geliefert, daß unsere Landbevölkerung recht wohl einsieht, welche Partei für ihre Interessen am entschiedendsten eintritt und daß die Schlagwörter, „Aufhebung des Privat-Eigenthums, Abschaffung der Ehe ꝛc." auch dort nicht mehr verfangen, nnd als eitel Humbug betrachtet werden. Wir sind überzeugt, daß dieser Kreis für uns gewonnen werden kann.

Briefkasten

der Redaktion. R. in R.: Ihre Karte ist an Herrn Hasselmann gesandt worden. — J. G. in D.: Die Jagdgesetze in den verschiedenen Staaten sind verschieden; wir würden Ihnen rathen, dort zu einem tüchtigen Gesetzeskundigen zu gehen. — Wichtige Briefe für mich bitte ich bis zum 23. Januar zu adressiren: Redaktion der „Neuen Offenbacher Zeitung", Offenbach a. M. W. Liebknecht.

der Expedition. P. Kn. Wertheim: Nr. 104, 5 u. 6 d. B.-St. heute per Kreuzband der Post übergeben. Kosten 40 Pfg. nebst Porto. Sendung in Briefmarken erbeten. — A. Grabler, N. a. H.: Wegen Credites müssen Sie sich an den P.-Vorst. in Hamburg wenden. N. W. kann nachgeliefert werden. Preis siehe N. W., die per Kreuzband folgt. — Christof Backhaus, Erbach im Rheingau. Unter dieser Adresse sind am 30. Dec. 76 bestellte 2 Kalender abgegangen, laut Controle im Spesenbuch franco.

Quittung. Lst hier Ab. 18,75. K. Nnwl Smederewo Schr. 10,60. Verein der Spengler Wien Ab. 6,40. Pls Prag Ab. 0,95. W. C. St. Johann Ab. 1,25. Schndlr hier Ab. 1,80. Erbnstn Lindenau Schr. 9,64. Thm hier Ab. 1,70. Gewerkschaft der Schneider Wien Ab. 8,33. Wnt Niemes Ab. 3,89. Schmnn Frankfurt Schr. 3,60. Htmnn hier Schr. 2,20. Grd Stötteritz Ann. 1,30, Schr. 1,00. Endlr Dessendorf Ab. 5,99. Pfrdnr Brambach Ab. 1,60, Schr. 11,90. Drp Verden Ab. 9,00. Trffrth Diepholz Ab. 1,00. Wllhn hier Ab. 1,80, Schr. 1,25. Ullrch hier Ab. 300,00. Prlp Brünn Ab. 5,00. Klwrt Cannstadt Schr. 0,90. Wlck hier Ab. 4,50. Arbeiterbildungsverein hier Ann. 3,90. Schstr Dresden Schr. 2,80. Bbr Stockholm Ab. 8,45. Fr. Flürmnn Bremerhafen Schr. 36,94. Zgr. hier Ab. 0,80 u. 1,25. Mkn Düsseldorf Ab. 14,60. Mlr Mannheim Ab. 25,00. J. Kchnrthr Hof Ab. 16,36. Ldng Flensburg Ab. 21,60. Arbeiterbildungsverein Linz Ab. 4,84.

Fond für Gemaßregelte.

Von Dr. T. hier 10,00.

Wahlfonds.

B. Dr. K. M. Framersbach 5,00. A. A. das. 1,00. M. F. das. 1,00. Liste 90 d. M. Otto hier 4,95. M. S. hier 4,20. Aus Rehbach d. Trost 1,30. Liste 19 d. Walter 1,00. Von J. Künzel 1,00. Von D. in Schw. 31,86. Aus Oetsch d. Hecht 1,20. Aus der Hänschen Fabrik in Gohlis Liste 7 2,40. Liste 3 d. Förster 6,65. Von E. Künzel 10,00. B. F. hier 120,00. B. Lrnz u. W. Thonberg 2,00. Durch Dttrch, Neusellerhausen: Riege Gemüthlichkeit Liste 24 2,00, v. Mitgl. d. Gemeindevereins Liste 23 3,20. Ein alter 48. u. 49. Kämpfer Mannheim 1,00.

Für das Central-Wahl-Comité:
Peter Krebs, Kassirer.

NB. Wer noch eine Forderung an das Central-Wahl-Comité zu machen hat, muß dieselbe bis spätestens Montag, den 22. Januar, bei Obigen einreichen.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts"

Leipzig. Freitag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr: **Sitzung der Commission zur Begründung eines Verkehrslokals.** Eintheilung der entstandenen Unkosten. Da dies die letzte Sitzung, so werden alle Mitglieder ersucht, zu erscheinen.

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.** Sonnabend: Vortrag von Hrn. Wittich. Unser Stiftungsfest wird Sonnabend, den 10. Februar in der „Tonhalle" abgehalten. [40

Nächsten Sonntag, Abends 8 Uhr, wird im Vereinslokal eine

Gesellige Zusammenkunft

stattfinden. Die Mitglieder werden zu zahlreicher Betheiligung höflichst eingeladen. Der Vorstand. [1,50

Leipzig. **Metallarbeitergewerkschaft.** Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 Uhr: **Versammlung** in der Restauration von Jul. Menzel, Am Täubchenweg. T.-O.: Gewerkschaftliches. Aufnahme neuer Mitglieder.

London. **Zur Beachtung!** Der **Communistische Arbeiter-Bildungs-Verein** hält seine regelmäßigen Sitzungen jeden Sonnabend und Montag Abend um 9 Uhr Marshall Street, Golden Square W. Nr. 38.

Briefe u. s. w. sind zu richten an den Sekretair: J. Boß, 14 Portland Street, Polano St. W.

Die Abonnenten des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" in London werden aufgefordert, für das laufende Quartal keine Abonnements-Gelder zu zahlen, ohne dafür eine gedruckte und mit dem Vereinsstempel versehene Quittung zu verlangen. Wer bis dato schon bezahlt hat, wird gebeten, eine solche nachzufordern. [1,20

Der Obige.

Zwickau. **18. sächs. Wahlkreis.** Sonntag, den 21. Januar, von Nachmittags 3 Uhr an

Großes Wahlsiegfest

in den Räumen des „Deutschen Hauses".

Concert. Festrede gehalten von Herrn Wittich aus Leipzig. Massengesang. Abends Ball.

Jedermann hat Zutritt. Entrée 30 Pf. Damen die Hälfte.

Das Central-Wahlcomité. [360

Sonntag, den 21. Januar, im „Alten Kuhberg", an der Schnurgasse:

Allgemeiner Festball

der Tischler Cölns und Umgegend.

Anfang: 8 Uhr. — Entrée 75 Pf., Damen frei. — Kassenpreis erhöht.

Es ladet ergebenst ein Das Festcomité. [210

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hatz, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1189 Charlotte Str.
Chicago: A. Hansermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrall Street.
London: Baudis, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 9. Sonntag, 21. Januar. 1877.

Klassengegensätze.

Was war das immer für ein Geschrei noch vor kurzer Zeit, wenn wir Sozialdemokraten auf den Kampf hinwiesen, den die verschiedenen Klassen der Gesellschaft Jahrhunderte lang mehr oder minder heftig geführt haben, den sie jetzt in verschärfter Weise noch führen und den sie so lange führen werden, bis die Klassen überhaupt verschwunden sind, bis an die Stelle der Klassenherrschaft das Prinzip der Gleichheit Aller getreten sein wird.

Was war das für ein Geschrei! Es gibt keine Klassen in Deutschland — die Sozialdemokraten belügen das Volk, indem sie künstlich die Klassengegensätze hervorzurufen suchen — so konnte man es in allen liberalen und conservativen Zeitungen im tollen Wirrwar durcheinander fortwährend vernehmen.

Lassalle hat eine Bourgeoisie für Deutschland gewissermaßen erfunden, blos um seinen Anschauungen Bahn zu verschaffen, lautete es ferner — es giebt in Wirklichkeit aber nur politische Parteien, welche in die öffentliche Arena eintreten.

Schulze-Delitzsch ermahnte ja bekanntlich die Arbeiter, sich als Klasse von den politischen Dingen vollständig fern zu halten, als einzelne Personen sich aber der Fortschrittspartei anzuschließen.

Und durch die ganze Zeit geht der Versuch, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu unterdrücken, die Klassen in einzelne Individuen aufzulösen.

Daß dies aber am allerwenigsten bei den herrschenden Klassen möglich ist, dort wo die Vorrechte jegliche Verbindung der Individuen bedingen, dort, wo trotz des ewigen Concurrenzkampfes der gemeinsame Trieb der größtmöglichsten Ausnutzung der Arbeitskraft alle Handlungen vorzeichnet, dies haben unsere Politiker und Nationalökonomen sehr schnell eingesehen, deshalb suchten sie auch mit erhöhtem Eifer im Interesse der herrschenden Klassen das Klassenbewußtsein der sogenannten niederen Schichten der Bevölkerung zurückzuhalten. Das beste Mittel aber hierzu schien ihnen darin zu liegen, daß sie überhaupt jegliches Klassenwesen wegleugneten.

Die Macht der Thatsachen ist aber auch über solches Treiben Herr geworden.

Schon bei den letzten Reichstagswahlen im Jahre 1874 schlossen sich die verschiedensten Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokraten zusammen — es standen die Parteien des Besitzes der Partei der Besitzlosen gegenüber. Doch gab man dieser Thatsache noch nicht den entsprechenden Ausdruck.

Jetzt hingegen, nach den Reichstagswahlen von 1877, ist die Zunge gelöst, jetzt haben Angst und Furcht die Klugheit von früher besiegt und in allen Tonarten und bei allen politischen Parteien klingt es: „Der Kampf der Klassen ist entbrannt: hie Bürgerthum (Bourgeoisie), hie Proletariat!"

So lesen wir in der „Lübecker Eisenbahnzeitung", einem weit verbreiteten liberalen Blatte, folgenden bezeichnenden Satz:

„Die Sozialdemokraten haben die Wähler im Jahre 1874 aufgeweckt, und wenn früher die Wahlen zum Parlamente noch mit 400 bis 500 Stimmen schleppend vollzogen wurden, so zeigt sich jetzt eine mehr als verzehnfachte Theilnahme am öffentlichen Leben; diese eben soll durch die Wahlen erweckt und befördert werden. Die Wahlcomités haben es auf beiden Seiten verstanden, diesen Zweck zu erreichen. — Daß, sobald dies geschieht, das Bürgerthum sich stärker zeigt, als die Sozialdemokratie, versteht sich bis jetzt noch von selbst. Wir sagten das „Bürgerthum"; mit diesen Worten bezeichnet die „Nationalzeitung" jetzt die nationalliberale Partei und die Fortschrittspartei zusammen und das „Bürgerthum" — nicht die Partei — ist es, welches hier siegte, weil es richtig in den Kampf geführt wurde,"

„Hie Bürgerthum, hie Proletariat"! Der Kampf der Besitzlosen mit den Besitzenden ist entbrannt — deutlich redet so die vorstehende Notiz.

Und wenn man unter „Bürgerthum" die liberalen Parteien versteht — desto besser, dann ist plötzlich Alles klar geworden. Die conservative Partei vertritt lediglich die Interessen des Grundbesitzes, die liberalen Parteien vertreten lediglich die Interessen des mobilen Kapitals, des Industrie- und Handelskapitals, und die Sozialdemokratie vertritt die Interessen der Arbeit und der mit dieser verbundenen Interessen des gesammten Volkes.

So wird die Situation immer klarer. Nach und nach verschwindet das besondere Interesse für die Herrschaft des Grundbesitzes, da dieser mehr und mehr mobilisirt und zerstückelt wird und so von einer Hand in die andere geht. Die Herrschaft des Grundbesitzes kann nicht aufrecht erhalten werden, sie ist in Wirklichkeit schon gefallen, so daß der Besitzer von Grund und Boden im Wesentlichen auf einer Stufe mit dem Kapitalbesitzer jetzt steht.

Die Herrschaft des Kapitals in Staat und Gesellschaft aber steht jetzt in höchster Blüthe, so daß sich an derselben schon etliche welke Blätter befinden; einige rauhe Stürme können die Blüthe zerstören.

So brauste am 10. Januar ein solcher kräftiger Sturmwind durch die deutschen Gauen und rüttelte mächtig an dem blühenden Baume des Kapitalismus.

Schrecken ist unter die bestürzten Gärtner und Pfleger des Baumes gefahren, sie laufen umher und suchen nach Stützen und in ihrer Angst verrathen sie das Geheimniß, daß der Baum in Wahrheit gar nicht wurzelt im Boden des Volkes, im Boden des Rechtes sondern im Boden einer Klasse, im Boden des Mammons.

Klarheit, immer größere Klarheit muß werden. Im politischen Leben werden gegenüberstehen: Aeußerste Reaktion und volle Freiheit — im sozialen Leben aber: Capitalismus und Arbeit.

Und die Vertreter dieser Richtungen heißen:
Bürgerthum (Bourgeoisie) und Proletariat.

National-Oekonomisches.

Von J. Dietzgen.

III.

Für die Volkswirthschaft ist das Verständniß des Geldes gleichsam eine geheime Feder, welche uns einen unerwarteten Ein- und Ueberblick erschließt. Wie der heilige Augustinus an der Dreifaltigkeit, so haben die Nationalökonomen von jeher an der geheimnißvollen Natur des Geldes herumspekulirt. Und ein wahres Geheimniß ist diese Natur. Sie ist wie ein Taschenspieler, der den Ring unter seinem Hute je nach Belieben in einen Ball, in ein Ei, in ein Spiel Karten oder in ein Kaninchen umsetzt. Geld ist ein Magiker, der auf dem Tisch des Boutikers Gold in Kaffee oder Zucker, in Zitz oder Leinewand, in Eisen oder Stiefelwichse, in eines und alles verwandelt. Jedes Ding hat seine speziellen Eigenschaften: ist es kalt, dann ist es nicht warm, ist es schwarz und rund, dann ist es nicht weiß und eckig, ein Stück Geld aber ist ein viereckiger Kreis. Wer das Geld, der hat die Quadratur des Zirkels erfunden. Ein Beutelchen mit Gold oder ein Läppchen Papier, dem von Staatswegen die Thalerzahl Fünfhundert aufgedrückt ist, verkörpert die Wünschelruthe, die eine ganze Familie für Jahr und Tag mit Essen und Trinken, mit Strümpfen und Schuhen und hundert andern Nippsachen versorgt. Solcher Zauberei gründlich auf die Finger gesehen zu haben, ist eine unsterbliche sozialdemokratische That des Parteigenossen Marx.

Kaum giebt es ein gemeineres, trivialeres Ding wie das Geld ist; aber gerade weil es uns stündlich durch die Hand geht, vergessen wir leicht, wie weit der Kopf von seinem Verständniß entfernt ist. Weil uns das Geld beständig im Gesicht liegt, ist der Blick so weit abgestumpft, daß es einer speziellen Beleuchtung bedarf, um uns erst wissen zu machen, wie hinter dem blinkenden Scheine eine unerkannte Wahrheit verborgen liegt. Und die größten Finanziers und Geldspekulanten kennen wohl am wenigsten von der Wissenschaft ihres Abgotts. Vielleicht sagt ihnen der Instinkt, daß solche Kenntniß eine sozialdemokratische Tendenz hat. Zwar soll die Wissenschaft auf einer höheren Warte stehen, als auf der Zinne der Partei. Doch bemühen wir uns ja auch beständig darzuthun, daß die Sozialdemokratie nur nominell eine Partei, in der That aber die Sache der Kultur, die Sache der Menschheit ist. Also muß sie auf höchster Zinne, auf dem Gipfel der Wissenschaft stehen.

Der Pastor verlangt, daß wir sein augenscheinlich Gebäck von Mehl und Wasser nicht für ein Gebäck, sondern im Gegentheil für wahrhaftig Fleisch und Blut ansehen. Aehnlich aber, mit mehr Recht, verlangt die ökonomische Wissenschaft, daß wir das Ding, welches die Funktion des Geldes besorgt, nicht für ein Ding, nicht für ein mechanisches Instrument, sondern für ein geistiges Band zu nehmen wissen, welches den wirthschaftlichen Beruf ausübt, die vereinzelten Menschen genossenschaftlich zu umschlingen. Geld ist eigentlich ein sozialdemokratisches oder communistisches Ei, das die gute Mutter Natur der Bourgeois-Wirthschaft heimlich in's Nest legte. Die Fabrikationen verschiedenster Produkte, die Theile der nationalen Arbeit werden mittels des Geldes gleichsam verbrüdert. An der Verbrüderung haben die Sozialisten bekanntlich ein großes Wohlgefallen; daß aber in der Geldwirthschaft die Brüderlichkeit nur mysteriös versteckt und also schmählich kastrirt ist, bedarf der Enthüllung und Publikation, und berechtigt uns, wider diese Wirthschaft entschieden zu agitiren.

Der Bauer will sein Korn und seine Butter nur zum winzigsten Theile selbst genießen; er will, wenn er gedroschen und gebuttert hat, auf den Markt und dort sein Produkt zu Geld machen. Wie ihm, ergeht es den anderen Leuten. Männiglich muß Geld haben. Wozu das? Warum bleibt nicht jeder bei sich, schafft was er bedarf und verzehrt sein eigenes Produkt? Weil der Mensch von Natur kein Privatwirth, sondern zur Volkswirthschaft geboren ist. Er muß, sofern er etwas Menschenwürdiges erreichen will, mit andern Menschen sich wirthschaftlich verbrüdern. Solche Verbrüderung ist ein unumgängliches Erforderniß aller Kultur. Schon der Barbar macht seinen Anfang damit. Seine Horde ist eine politische Verbrüderung zu wirthschaftlichen Zwecken, und an der Grenze, wo die Nationchen zusammenstoßen, beginnt er den Tauschhandel, d. h. er treibt vertrackte Brüderlichkeit und verkappte Genossenschaft. Wo der Barbar, der bisher weder Werth, noch den Werthmesser oder das Geld kennt, zu seinem Nachbar Barbar sagt, ich gebe mein Pferd, das ich zuviel habe, für deine zwei Ochsen, die dir überzählig sind, wo man also übereinkommt, daß zwei Ochsen und ein Pferd den gleichen Werth haben, da mit andern Worten hat der Barbar A. zum Barbaren B. gesagt: Komm her Bruder, wir wollen keine Barbaren, sondern ein einig Volk von Brüdern sein. Deine, meine und Anderer Arbeit sei eine Arbeit, wenigstens sofern eine, daß nicht gefragt sei, was für ein besonderes Stück dieser oder jener gemacht, ob Pferd, Ochse, Weizen oder Käse. Aus dem Bedürfniß wirthschaftlicher Verbrüderung geht der Tauschhandel hervor. Wo Austausch der Produkte stattfindet, da hat sich bereits eine allgemeine Produktivgenossenschaft und ein nationaler Consumverein ohne alle Statuten gebildet. Im barbarischen Tauschhandel steckt schon der künftige Communismus, die brüderliche Arbeit. Nur das Bewußtsein der Barbaren ist vernagelt. Statt daß sie sich selber klar zu einander sagen: Laßt uns gemeinschaftlich arbeiten, sagen sie, ein Ochse soll werth sein 100 Käse, oder ein halbes Pferd, oder acht Malter Weizen ꝛc. Das heißt also: Ochsen, Käse, Pferde, Weizen sollen nur verschiedene Stücke von derselben einen nationalen oder brüderlichen Arbeit sein. Die klare Idee der sozialdemokratischen Brüderlichkeit ist beim Tauschhändler unklar im „Werthbegriff" versteckt. Ein Ding hat Tauschwerth, heißt mit anderm Worte, es ist ein Stück vertrackt-communistischer oder nationaler Arbeit. Wo es heißt: ein Pferd ist soviel werth wie zwei Ochsen, eine Löwenhaut wie zehn Ochsen, ein Pfeilbogen wie ein Viertel Ochse u. s. w., da werden die Ochsen zu Repräsentanten der Commune, und wird auf solche Art die beliebteste, couranteste Waare in Geld verwandelt, in jenes geheimnißvolle Ding, welches Eines und Alles ist.

Seit Adam Smith sein berühmtes Werk vom Reichthum der Nationen schrieb, ist die Redensart von der „Theilung der Arbeit" in Aller Mund. Daß aber, wo Schmied, Schuster, Bauer ꝛc. die nationale Arbeit in verschiedene Gewerbe theilen, daß da auch die gesammte Arbeit der Nation eine organisirte Einheit ist, das ist keinem Bourgeois begreiflich und Geld und Werth sind ihm deshalb verschlossene Begriffe. Um diese ökonomischen Dinge zu verstehn, muß man Sozialdemokrat werden, man muß begreifen, daß die wirthschaftliche Verbrüderung der Menschen eine Naturnothwendigkeit ist, welche, man mag es wissen oder nicht, wollen oder nicht wollen, sich überall in den Handel und Wandel hineindrängt. Auch in der heutigen schlechten Geldwirthschaft steckt der Sozialismus, aber nur wie der Geist im Brummkessel, er will beschworen sein, bevor er sich zeigt.

Seit undenklichen Zeiten ist das Geld bekannt, aber so bekannt wie heute ist es nie gewesen, die Geldwirthschaft hat sich aus der Naturalwirthschaft entwickelt und entwickelt sich ferner immer riesiger noch. Naturalwirthschaft ist Barbarenwirthschaft. Man ackert sein Korn, spinnt seinen Flachs, baut seinen Tabak, man macht alles selbst, bleibt zu Haus und verkehrt mit Niemand. In solcher Wirthschaft giebt es keinen sozialen Commers, keinen Sozialismus und keine Demokratie. Am Ende des Jahres findet sich vielleicht etwas, was zuviel in der Haushaltung, was zuviel in der Haushaltung, was auf den Markt gebracht und gegen andern überflüssigen Trödel ausgetauscht wird. Und wie hier in der Haushaltung, so war es jüngst unter den Nationen. Der Handel beschränkte sich auf das Ueberflüssige und Ueberschüssige und rührte sich hauptsächlich an den Grenzen, wo Stämme und Nationchen aneinanderstoßen.

Aus dieser Naturalwirthschaft sind wir mit vollen Segeln in die Geldwirthschaft eingelaufen, aus der Barbarei in die Civilisation. Doch ist die Civilisation oder Bourgeoiswirthschaft noch lange die Cultur nicht, sondern nur eine Etappe dazu. Der Zweck der Humanität fordert, daß der Mensch zur Arbeit seinen Verstand mitbringt, daß er die Arbeit suchte möglichst produktiv zu machen, daß sie mit wenig Mühe in kurzer Zeit viel leiste. Das Mittel dazu ist die soziale Verbrüderung, wo jedem eine spezielle Aufgabe zugewiesen, also die Arbeit getheilt ist. Es ist eine Verbrüderung, wenn die Holzarbeiter sich theilen in Zimmerleute, Stellmacher und Tischler, Letztere sich wieder theilen, so daß dieser Fabrikant nur Fenster, jener nur Thüren, ein Dritter nur Stühle fertigt; wo sich weiter die Stuhlmacher theilen ꝛc. ꝛc. Kurz, die wachsende Theilung ist in der That eine wachsende Verbrüderung der Arbeit. Immer weniger also können sich die Menschen ihre Produkte direkt erarbeiten, müssen zusehen, wie immer mehr ihr wirthschaftliches Leben durch den Taschenspieler Geld in eine unverständliche Heimlichkeit verwandelt wird. Im Dunkeln ist gut munkeln und im Trüben gut fischen, denkt der Bourgeois. Aber wir Sozialdemokraten haben ein Interesse daran, der Gaunerei aufzupassen und den Prozeß klar zu machen.

Wem ist zu danken, daß von der Naturalwirthschaft also die Menschen glücklich bis zur Geldwirthschaft gekommen? Wo sind die „genialen Staatsmänner", die den Gang frühzeitig begriffen und eingefädelt haben? Bisher war die Entwicklung ein roher, mechanischer Naturprozeß, welcher die Menschheit schob. Erst wenn die Sozialdemokraten an's Regiment kommen, wird Plan und Geist dazu gebracht. Erst das demokratische Verständniß, daß wirthschaftliche Verbrüderung die Grundbedingung aller Cultur ist, soll Hefe in die Bewegung setzen. Aber auch inzwischen noch geht der Teig voran. Schon sehen wir im internationalen Verkehr an Stelle der Geldwirthschaft ein Anderes treten, das von Tag zu Tag sich geltender macht. Es ist bekannt: wer sich ein Schiffchen Kaffee von Java kommen läßt, der zahlt seine Schuld nicht mit Mark und Pfennigen, auch nicht mit wirklichen, sondern nur mit nominellen holländischen Gulden und Cents. Er kauft sich ein Wechselchen. Amsterdam zieht auf London und London auf Amsterdam. Produkte im Werth von Millionen werden ausgetauscht, ohne daß deshalb ein Geldstückchen hin- und hergeht. Abstrakte Zahlen besorgen den Austausch der Lebensmittel. In Zukunft vertritt die Buchwirthschaft mehr und mehr die bisherige Funktion des Geldes. Wer allerdings den Blick nur auf das Nächste richtet und nicht das Talent hat, damit auszuschweifen, wird darin, daß verschiedene Conti's sich durch Zahlen ausgleichen, die Geld bedeuten, keine Abwendung von der Geldwirthschaft sehen. Er wird behaupten, daß immerhin Gold und Silber zum Ausgleich erfordert ist. Das allerdings, aber auch in immer kleinerem Maße. Der Produkten-Austausch zwischen Land und Land ist zehntausendmal größer, wie der Geldbetrag ist, welcher zur Saldirung der Bilanz hin- oder hergeschafft wird. Der nationalliberale Philosoph des Unbewußten, E. v. Hartmann, der kein sozialdemokratischer Zukunftsträumer sein will, sagt wörtlich: „Die freie Assoziation wird die Zukunft von selbst hervorbringen, wenn man auch noch nicht genau sagen kann, mit welchen Mitteln und Wegen. In dieser Phase wird die wirkliche Auszahlung von Geld durch die allgemeine Einführung der Buch-

wirthschaft ebenso überflüssig gemacht werden, als in der gegenwärtigen der Naturalientausch durch Geldwirthschaft überflüssig gemacht wird."

Es ist leicht erkennbar, daß die komplizirteste Wirthschaft total ohne Geld, durch einfache Buchung ausgeführt werden kann. Aber nicht zu leugnen ist anderseits, daß die Thaler, die Pfunde Sterling, die Franks und Dollars in den Geschäftsbüchern nicht nur abstrakte Zahlen sind, sondern auch reelles Gold hinter sich haben. Daß für die Waaren, welche Deutschland von Frankreich empfängt, andere Waaren den Austausch besorgen, ist wohl Thatsache, aber nicht Bedingung. Bedingung ist, daß der Käufer seinen Kauf mit Geld, d. h. mit Gold zahlt. Und dazu noch sind die Momente nicht rar, wo der Verkäufer so hartnäckig auf seiner Bedingung besteht, wie Shylok auf einem Pfund Menschenfleisch.

Wir sind also wieder angekommen bei dem Widerspruch, daß Geld eine Waare ist, wie jede andere, und zugleich auch eine Waare ist, wie keine andere. Gerade wie dem Pastor sein Gebäck, das schmeckt und riecht wie Gebackenes und ist es doch nicht. Wenn der Gang der Bourgeoiswirthschaft so ziemlich in Ordnung, dann ist Waare Geld und Geld ist Waare. Gegenwärtig aber kann man viel Waare haben, wofür kein Geld zu lösen, während Gold und Silber die einzige, von Allen gesuchte Waare ist. Dieses Geheimniß findet seine Auflösung in unserer heutigen schlechten wirthschaftlichen Verbrüderung. Gold und Silber sind nur so lange Geld, als in diesen Metallen der verhexte Sozialismus steckt. Erlösen wir ihn, machen wir ihn flüssig durch eine planmäßige Organisation der gesammten Volkswirthschaft, dann werden die Eisenbahnschienen nicht mehr jahrelang unverkäuflich herumliegen. Wir werden planmäßig produziren. Alles wird allzeit gelten, alle Waaren werden Geld sein und das Gold wird seine geheimnißvolle Universal-Natur verlieren.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das Blatt der preußischen Regierung, die „Provinzial-Correspondenz", bringt einen höchst merkwürdigen Satz über die Reichstagswahlen. Nachdem sie zuerst die bürgerliche Gesellschaft (Bourgeoisie) von dem Sozialismus bedroht sieht, nachdem sie die guten Elemente des deutschen Bürgerthums zum Kampfe gegen den Sozialismus aufgerufen, fährt sie folgendermaßen fort:

„Möge aber ferner der staatserhaltende Sinn und Geist der Mehrheit des Volkes sich auch darin bewähren, daß sie nicht blos die Sozialdemokraten zurückweisen, sondern ebenso sehr die vermeintlich „gemäßigten Demokraten" der Fortschrittspartei, welche ihren radikalen Genossen bewußt oder unbewußt die Wege bahnen und die „goldenen Brücken bauen". Wer dazu helfen will, die Gefahren der Zukunft zu beschwören, der wird alle seine Kräfte dafür einsetzen, die Zahl derjenigen Abgeordneten zu mehren, welche durch ihre Ueberzeugung und bisherige politische Haltung sichere Bürgschaft dafür geben, daß sie im Einvernehmen mit der Regierung des Kaisers dem Treiben der Volksverführer wirksam zu wehren entschlossen sind."

Die arme unschuldige Fortschrittspartei! Daß sich der Sozialismus aus den Verhältnissen nach und nach entwickelt hat, ist allerdings recht, an diesen Verhältnissen aber ist die Fortschrittspartei ebenso unschuldig als die conservative. Im Uebrigen sehen wir die „Strafgesetznovelle" aus den letzten Zeilen hervorleuchten — weiß aber das Blatt der preußischen Regierung nicht, daß die lebendige Strafgesetznovelle, Herr Tessendorf, durch seinen Eifer den Sozialismus gefördert hat? Druck erzeugt Gegendruck, und somit sehen wir der papiernen Strafgesetznovelle, die dem nächsten Reichstage sicher vorgelegt wird, mit Ruhe entgegen.

— Der preußische Finanzminister Camphausen, berühmt geworden durch sein bekanntes Recept, hat im Abgeordnetenhause am vorigen Dienstag eine Uebersicht über die Finanzverhältnisse gegeben, welche nicht sehr tröstlich für das Land klang. Von dem hochgeschraubten Tone früherer Finanzreden desselben Herrn wich diese letztere bedeutend ab. Der Schluß besonders aber klang höchst merkwürdig. „Wir wollen hoffen, daß es uns gelingen wird, die Einnahmen des Staates zum Wohle desselben verwenden" — also nur hoffen!

— Bei der Präsidentenwahl im preußischen Abgeordnetenhause sind die Fortschrittler vor den Nationalliberalen zu Kreuze gekrochen, damit aus ihren Reihen der erste Vicepräsident gewählt werde. Nach dieser Buße haben die Nationalliberalen nun auch den „gezähmten" Fortschrittler, den Abgeordneten Klotz zu diesem Posten gewählt. Die „Frankfurter Zeitung" spöttelt mit Recht über diesen Vorfall: „Der Fortschritt beginnt Buße zu thun ob seiner Wahlsünden, die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhause sieht ihn bereits auf dem Wege nach Canossa, auf dem er die Gnade der Nationalliberalen wieder erhalten soll. Wie der „kranke Mann" im Osten wurde der durch die Reichstagswahlen hart auf den Sand gesetzte Fortschritt mit einem Ultimatum seitens des Nationalliberalismus bedacht; die „regierte" Partei wird eine regierende und schreibt ihre Bedingungen vor. Diese lauten kurz: Die Heißsporne des fortschrittlichen Centralwahlcomités hinter die Front, wo sie Urfehde zu schwören haben: der rechte Flügel nimmt die Führung, übt die Polizeiaufsicht über die Richter, Parisius und Genossen und dafür erhält die Fraktion einen Präsidialsitz für eines ihrer Mitglieder, das aber nicht hinter der Front hervorgeholt werden, also nicht Hänel heißen darf. So das Ultimatum und die Fortschrittler sind keine Türken. Herr Hänel erklärt sich bereit, das Opfer zu bringen und zu sein, Herr Klotz, der den Wahlfeldzug nur im Train mitgemacht, wird den Nationalen präsentirt und von ihnen präkonisirt, die Presse aber stimmt den alten Canon von der großen liberalen Partei, von der Gemeinsamkeit ihres Ursprungs und die Solidarität ihrer Interessen an." — Wir sagten schon längst vor der Reichstagswahl in einem Leitartikel „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!"

— Wie äußerst mangelhaft die Wahllisten bei den Reichstagswahlen hergestellt sind, beweist der Umstand, daß in Berlin der Staatsminister a. D. Delbrück, in Hamburg der preußische Gesandte und der so sehr bekannte Direktor des Stadttheaters, Herr Pollini, in den Listen fehlten und ihres Wahlrechts verloren gingen. Wenn so etwas aber auf den Höhen der Gesellschaft zu finden ist, wie mag es da erst in den Tiefen aussehen.

— Das wüste Geschrei nach Reaktion ist bis in die fortschrittlichen Kreise gedrungen. Selbst die „Vossische Zeitung", welche gemeiniglich neben einem gewissen Anstand auch noch ein gewisses Maß von Freiheitsliebe besitzt, deutet auf eine Beschränkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts hin. Sie ist nämlich sehr betroffen von unseren Wahlerfolgen in Berlin und sagt: „Die Sozialdemokraten werden durch eine augenblickliche Conjunktur begünstigt und haben sie auszubeuten verstanden. Daß ihnen die Fortschrittspartei am ersten zum Opfer fällt, ist erklärlich, denn diese hat in den großen Städten den meisten Anhalt und dort finden auch die Sozialdemokraten die größte Menge unzufriedener Arbeiter, die sie in die Wahlschlacht führen können. Wie gut aber die Sozialdemokraten zu operiren und das freie Wahlrecht für sich zu benutzen verstehen, beweisen sie, indem sie sich die sächsischen Fabrikdistrikte, wie die schlechten Agrarverhältnisse in anderen Landestheilen zu unterwerfen wissen. Wenn sich die politischen Parteien nicht der Schwäche schuldig machen wollen, sich hinter ein beengendes Wahlrecht zurückzuziehen, so müssen sie sich eben rühren und im Gebrauch des allgemeinen Wahlrechtes üben." — Schüchtern und verschämt allerdings ist diese Sprache, aber es tönt daraus der Wunsch hervor: „Wenn die besitzenden Klassen nicht mehr in der Lage sind, bei dem allgemeinen gleichen Wahlrecht die Gesetzgebung zu beherrschen, dann muß eben dieses Wahlrecht beschränkt werden." Reaktion also überall!

— Fromme Wünsche. Die preußischen Kreisbehörden haben an die Ortsbehörden die Aufforderung erlassen, bezüglich der am 10. Januar stattgehabten Listen Erhebungen über Richtung und Zahl der religiösen Confessionen anzustellen. Daran knüpft die „Vossische Zeitung" den frommen Wunsch, lieber festzustellen, wie viele von den verschiedenen Ständen und Kategorien ihr Wahlrecht ausgeübt, und wie viele freiwillig darauf verzichtet haben. Dagegen haben wir schwere Bedenken: wir meinen, sieht man es einem abgegebenen liberalen oder sonstigen Wahlzettel nicht an, ob er freiwillig in die Urne gelangte, so dürfte es noch viel schwieriger sein, zu constatiren, wie viele freiwillig sich der Stimmabgabe enthalten haben. Uns wäre es noch bei Weitem interessanter, die Zahl der durch allerlei Druck für „kapital"-liberale Abgeordnete von den ökonomisch unfreien Wahlberechtigten erzwungenen Stimmen zu erfahren, da würden sicher ganz merkwürdige Aufklärungen herauskommen über die Rezepte, wie man volksfeindliche Abgeordnete „macht"! Wir unseres Theils werden eifrig bemüht sein, alle derartigen Betrügereien und Gewaltstreiche in gebührender Weise an den Pranger zu stellen, damit das Volk inne werde, wer seine Rechte wahrt und wer sie mit Füßen tritt. Und wahrlich, sie haben ein hübsches Arsenal von Anlockungs- und Abschreckungsmitteln, von denen die Herren Gegner auch in ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht haben. Da haben wir den unteren Beamten gegenüber allerlei Denunziation, den Arbeitern gegenüber Entlassung aus der Arbeit, den Handwerkern Entziehung der Kundschaft; an Verlockungen, Schenkungen und Begünstigungen von der rohsten Art in Gestalt von Bier, Wein ꝛc. bis hinauf zu der feinsten, intriguantesten Zuwendung von Vortheilen, oft so fein, daß sie eben noch an der Klippe des Strafgesetzbuches vorbei laviren. Das wäre uns eine wirklich wünschenswerthe Erhebung, und das Volk könnte zu seinem Nutz und Frommen gar manches daraus lernen für jetzt und die Folgezeit.

— Die reaktionäre Werbetrommel wird in allen Zeitungen der Liberalen und sonstiger Sozialistenfresser, in den Lagern der Börsenjobber, Fabrikanten und anderer Gruppen, die sich bei den bestehenden Verhältnissen auf Volkskosten wohl befinden, geschlagen zum neuen Streit gegen die „Umsturzpartei", die so freventlich begehrt, statt ungerechter, unnatürlicher Verhältnisse große Neugestaltungen zum Besten Aller anzubahnen. Wir fürchten uns nicht, nur heran, ihr Herren, auch gegen Eure geeinte Macht fürchten wir uns nicht. Wir haben von je und je gewußt, daß wir auf unsere eigenen Mittel angewiesen sind im Kampfe für die Rechte des Volkes. Durch Euer Zusammenschließen wird nur die Situation klarer, der Kriegsschauplatz übersichtlicher! Das Uebrige thut zu unseren Gunsten zum Theil Ihr selbst mit unseliger volksfeindlicher Gesetzgeberei, mit Eurer ganzen Art und Weise des Kampfes, der allen Begriffen von Recht und Gerechtigkeit, von Wahrheit und Menschenliebe widerspricht!

Und Ihr, Parteigenossen, ruht und rastet nicht, bis die alte Schlange der Lüge, der Gewalt, der Ungerechtigkeit erliegt, bis die Gegner in ohnmächtiger Wuth vergeblich an den Säulen des wirklichen Rechtsstaats rütteln, wie jetzt an dem von uns gelegten Grundstein!

— In Mainz haben die Liberalen am 11. Januar geflaggt auch befanden sich an den öffentlichen Gebäuden Fahnen über den Sieg des „Demokraten" Oechsner vor. Beschämt hat man die Fahnen wieder einziehen müssen, da erst eine Stichwahl über die Herren Oechsner und Moufang entscheidet.

— Zum Preßpiratenthum. Wenn zwei alte Freunde in Streit gerathen, so plaudern sie ihre gegenseitigen Fehltritte aus. So sagt die Leipziger „Deutsche Allgemeine Zeitung" über die Fortschrittler: „Man taxirt eine Partei wesentlich mit nach ihren Preßorganen und eine Zeitung nach ihren Redakteuren. Wenn eine solche den Mund so voll nimmt von „Gesinnungstüchtigkeit", wie das erklärte Organ der hiesigen Fortschrittspartei, die „Leipziger Volkszeitung", so müssen auch ihre Redakteure in dieser Beziehung stich- und schußfest sein. Nun liegt vor uns ein Circular (datirt: Leipzig, Herbst 1876), worin den Zeitungen eine „Deutsche Universal-Correspondenz" angeboten wird, welche (wir citiren wörtlich) „in der Lage ist, ihre politischen und wirthschaftlichen Artikel „entschieden oder gemäßigt freisinnig, mehr oder weniger conservativ, und ganz objektiv, ohne alle Tendenz" zu liefern" — „je nach der Farbe der einzelnen Blätter" — heißt es an anderer Stelle. Dieses Circular ist unterzeichnet: Arnold Perls, Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung", Wilhelm Busch, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung." — Eine schöne Literaten-Gesellschaft, die sich aber unter den Nationalliberalen in noch größerer Anzahl befindet.

— Das Reichs-Oberhandelsgericht hatte, wie die „Carlsruher Zeitung" berichtet, jüngst in einem Gründerprozeß zu verhandeln, wobei recht klar hervortrat, wie schamlos das Publikum ausgebeutet worden ist. Fünf Firmen vereinigten sich zur Erbauung einer Eisenbahn, reichten bei den betr. Regierungen ein Exposé ein, worin die Anlagekosten auf 9,000,000 M. veranschlagt waren und erhielten darauf die Staatsgenehmigung. Nunmehr vereinigten sie sich zu einer Aktiengesellschaft und erklärten, das ganze Kapital sei eingezahlt, während sie nichts gethan hatten, als daß jede Gründerfirma sich mit ihrer Rate in ihren Büchern belastete. Darauf schlossen dieselben mit einer Baugesellschaft den Vertrag, daß diese 20 pCt. unter dem absichtlich sehr hoch gehaltenen Anschlag den Bau

Herr v. Puttkammer.

(Fortsetzung.)

Bedarf diese Art Exploration irgend eines Commentars? Kann sie überhaupt durch eine gesetzliche Bestimmung gerechtfertigt werden? Weder der Stabsarzt noch der Professor haben Puttkammer je gesehen, Beide erklären ihn für verrückt, ganz wie Herr Friedel, der Wunderdoktor, es — vorausgesehen! Hätten wir nicht ein amtliches Aktenstück, das Faktum schwarz auf weiß vor uns, wir würden eine solche wissenschaftliche Heldenthat, wie sie hier vorliegt, für unmöglich halten.

„Inzwischen hatte sich aus den vielfachen Wahrnehmungen, welche der Kreisrichter Friedel zu Köpenick über das Auftreten des v. Puttkammer vor Gericht und seine Correspondenzen an die verschiedensten Behörden, welche mehr und mehr einen drohenden Charakter annahmen, gemacht hatte, bei demselben die Ueberzeugung befestigt, daß v. Puttkammer an unheilbarem Größen-, Verfolgungs- und Querulantenwahnsinn leide und daß derselbe sich als gemeingefährlich darstelle."

Was dieser Herr Friedel für einen merkwürdigen Scharfblick besaß!

„In einer Zusammenstellung vom 7. März 1871 (die erwähnte 10 Bogen lange) hatte er ausführlich die ihm bekannten Momente dargestellt und seine Auffassung näher begründet und demnächst ein Attest des Stabsarztes Dr. Rieck erfordert, welcher aus den ihm bekannten Schriftstücken sich dahin ausspeach, „daß der Rittmeister a. D. v. Puttkammer an Querulanten- und Verfolgungswahn leide, die Gemeingefährlichkeit der Angriffe evident (?) und eine Untersuchung des Gemüthszustandes desselben dringend geboten sei."

Nicht wahr, es ist wunderbar, wie merkwürdig scharf dieser Kreisrichter Friedel blickte! Wozu verlangte denn Dr. Rieck noch eine Untersuchung? Er hat sich wohl nur falsch ausgedrückt und die amtliche Blödsinnigkeitserklärung, wie sie wohl seinem Freunde Friedel vorschwebte, gewünscht. Warum zögerte Herr Rieck wohl mit seinem Atteste, bis die wissenschaftliche Autorität Liman sich geäußert? Hatte er Zweifel? Schämte er sich?

Auf Grund seines Attestes vom 13. März 1871 wurde bereits am 14. März 1871 als interimistischer Curator der Hauswirth Friedel's, der Kaufmann Liese, eingesetzt und gegen v. Puttkammer richtig das Blödsinnigkeitsverfahren eingeleitet. Die Kreisgerichtscommission Köpenick, d. h. Herr Friedel wieder, wurde mit der Ausführung der betreffenden Gerichtsbeschlüsse beauftragt und die Bestellung eines fiskalischen Anwalts vorbehalten. Nach der Prozeßordnung Tit. 38 § 4 muß einem solchen Verfahren immer ein Antrag eines fiskalischen Anwalts vorausgehen, so bleibt uns dieser Gerichtsbeschluß etwas unverständlich.

„Der Curator Liese beantragte nach seiner Verpflichtung mit Rücksicht darauf, daß v. Puttkammer in Beziehung auf die bevorstehende Kaiserkrönung Drohungen ausgestoßen habe, und um wo möglich durch entsprechende Behandlung Heilung herbeizuführen, die Unterbringung desselben in eine Irrenanstalt zu bewirken."

Was für Drohungen hatte v. Puttkammer ausgestoßen und vor wem? Darüber schweigt das Erkenntniß. Wie kam nun aber der interimistische Curator ad hoc processum, der noch nicht das geringste legale Fundament dazu besaß, zu solchen Anträgen? Herr Friedel, der die Ernennung des Herrn Liese, wie man uns mittheilt, in Vorschlag gebracht, hatte einen trefflichen Curator gefunden, was bei seinem uns nachgerade kaum noch wunderbaren Scharfsinn kaum noch befremden darf. — Herr v. Puttkammer hatte ja auch Familie!!!

„Zugleich wurde unterm 17. März 1871 zum Zwecke der Sicherstellung seines Vermögens das königliche Kriegsministerium ersucht, die fälligen Pensionsraten zur Asservation des Gerichts behufs Verwendung für den Provokaten einzusenden."

Also Brachlegung der Familie! Sie ergiebt sich mit Nothwendigkeit aus dieser Maßregel. Auf welche Gesetzesstelle stützte man sich hierbei wohl? Wir wissen keine, ein Prozeß schwebte ja noch gar nicht. Dr. Rieck machte am 24. März einen neuen Versuch, v. Puttkummer in seiner Wohnung zu sprechen, wurde aber angeblich abgewiesen. v. Puttkammer weiß von diesem Besuche nichts. Durch Herrn Friedel's Bemühungen war er bereits am 6. März aus seiner alten Wohnung ermittirt worden, und zwar wieder durch die Gerichts-Commission Köpenick, deren Chef bekanntlich Herr Friedel war. An demselben Tage zeigte v. Puttkammer dem Gerichte an, daß seine Wohnung Berlin, Mittelstraße 5, sei.

„Das königliche Kreisgericht machte hierauf dem königlichen Landrathsamte unterm 24. März 1871 von der Einleitung des Blödsinnigkeitsverfahrens mit dem Anheimgeben Mittheilung, im „landespolizeilichen Interesse" die Ueberführung nach der Charité zu veranlassen."

Da Herr v. Puttkammer doch immer noch seine Familie hatte, suchen wir auch hier vergeblich nach einer gesetzlichen Begründung.

Bereits unterm 22. März 1871 hatte der zum fiskalischen Anwalte bestellte Rechtsanwalt Stubenrauch eine Provokation gefertigt, in welcher er in Beziehung auf die Details im Wesentlichen auf die Mittheilungen des Kreisrichters Friedel nebst den Beilagen Bezug nimmt und den Dr. Rieck als Sachverständigen vorschlägt, während der Curator auf den Professor Dr. Westphal sich berufen hatte."

Es kommt hier wesentlich darauf an, wann die Klage des Rechtsanwalts Stubenrauch dem Gerichte präsentirt und wann sie dem Provokaten behändigt worden ist, ob vor oder nach dem 24. März. Auffallend finden wir hier, daß der fiskalische Anwalt Sachverständige vorschlagen darf.

Inzwischen wurde aus Untersuchungsakten des Kreisgerichts Berlin auch noch ein neuerdings abgefaßter Drohbrief bekannt, in welchem er sich über die Nichtanerkennung seiner ihm verkümmerten Rechte seiner militärischen Stellung beklagt und dabei sagt:

„Da ich seit 10 Jahren vergeblich darum gebeten habe, so muß ich grobe Keile anwenden, um zu treiben.

„Diese stehen mir glücklicherweise mehrfach und in großer Schwere und Schärfe zur Verfügung. Sehe ich, daß ich in Güte nicht zum Ziele komme, so werde ich mit mächtigen Hieben sie antreiben, so daß Deutschland, ja Europa erdröhnen möchten und der Eclat ein großartiger sein müßte! Indeß eben dazu kann man es nicht gut kommen lassen! Geht man nun aber irgendwie gegen mich vor, wie hier anscheinend, so muß ich am Ende mein Werk beginnen und dann ist kein Halten mehr. — Ich trete über so haarsträubende Dinge die Beweise der Wahrheit an und werfe deren Aufdeckung damit ins Publikum, daß nicht blos Herr v. Roon, sondern noch andere Männer von hohem Rang ruinirt sind."

Es muß hier zunächst in hohem Maße befremden, daß das Erkenntniß aus einem Briefe einzelne Stellen herausreißt. Jedenfalls wäre zur Charakteristik v. Puttkammer's, die durch Mittheilung der obigen Briefstellen doch beabsichtigt wird, die

herstelle und erst je nach Vorrücken des Baues von ihnen Zahlung erhalte. Die Gründer aber brachten die vollen 9 Mill. Mark Aktien auf den Markt zum Paricurse, gewannen also die 20 pCt. — etwa 1,200,000 Mk. — und die Zinsen der noch nicht bezahlten Baukosten. Natürlich hatte die Baugesellschaft für ihre Gefälligkeit einen absonderlich großen Nutzen und daran participirten nochmals die Gründer, welche jene Baugesellschaft bildeten. Man kann wohl sagen, daß auf diese Art die Eisenbahn 2,400,000 bis 3,000,000 Mk. zu theuer war, und die natürliche Folge war, daß dieselbe zu Grunde ging und die Aktionäre ihr ganzes Geld verloren. — Wir wären der „Carlsruher Zeitung" für obige Mittheilungen sehr dankbar, wenn sie auch die Namen der Gründer angegeben hätte; denn daß das Volk an allen Ecken und Enden betrogen und bestohlen wird, ist schließlich weltbekannt geworden, weniger bekannt aber sind die Volksbetrüger und Diebe. Also die Namen, die Namen!

— O, welche Lust, Soldat zu sein! Das „Mannheimer Tageblatt" veröffentlicht unterm 10. Januar folgendes Eingesandt: „Mannheim, 5. Januar 1877. Wer heute an der Fettviehhalle vorüberging, konnte Zeuge sein, wie ein jugendlicher Sekondelieutenant ganz ungenirt vor allen Zuschauern die Soldaten mit der flachen Klinge prügelte. Es waren fünf Mann, welche in voller Feldausrüstung, wahrscheinlich zur Strafe, hier exerciren mußten, und so oft sie dabei in die Nähe des Herrn Lieutenants kamen, zog dieser seine Klinge und hieb wie wüthend auf sie ein. Der bei dieser Abtheilung fungirende Unteroffizier leistete im Stoßen und Boxen der betreffenden Soldaten sehr Erkleckliches. Es ist kein Wunder, wenn durch solche Behandlung jungen Männern entweder alles Ehrgefühl genommen oder solche zum Selbstmord getrieben werden." — Dazu fügt das „Mannheimer Tageblatt" hinzu: „Wir haben keinen Anstand genommen, diese Einsendung zu veröffentlichen, nachdem uns die darin enthaltenen Thatsachen durch mehrere Zeugen bestätigt worden sind".

In demselben Blatte lesen wir: „Ein Rekrut der 10. Compagnie des hiesigen Leibgrenadier-Regiments — Joh. Ph. Keäner von Mistenfelden — legte sich heute früh zwischen 5 und 6 Uhr in selbstmörderischer Absicht bei der hiesigen Rheinbrücke auf die Schienen und wurde durch den heranbrausenden Zug sofort getödtet".

— Arbeiter-Entlassungen. Aus Steyr schreibt man unterm 6. d. M.: In der Werndl'schen Waffenfabrik werden in der nächsten Zeit gegen 2000 Arbeiter entlassen werden, da die gegenwärtige Arbeiterzahl, momentan wenigstens, nicht genügende Verwendung findet. Um jedoch diese Maßregel für die Betreffenden so wenig als möglich fühlbar zu machen, hat die Fabrik-Direktion es jedem Arbeiter anheimgestellt, freiwillig auszutreten, und denen, welche von diesem Antrage Gebrauch machen, eine Reise-Auslagen-Vergütung bis zu 30 Meilen und einen Zehrungsbeitrag von je 5 fl. zugesichert. Sollte sich binnen einer bestimmten Frist nicht die genügende Anzahl freiwillig Austretender gemeldet haben, so finden die Entlassungen der Ueberflüssigen ohne Reise- und Zehrgeld statt. Man hofft durch diesen Vorgang der Nothwendigkeit einer sonst durch die Zeitumstände gebotenen und für so Viele gewiß empfindlichen Maßregel enthoben zu werden. — Wenn die Waffenfabriken feiern müssen, so ist das nicht etwa ein Vorzeichen für den Frieden, im Gegentheil beweist dieser Umstand, daß zum Losschlagen alles fix und fertig ist. Unser „glückliches" Deutschland hat schon vor längerer Zeit seine Waffenfabrikation einschränken müssen, da es bewaffnet ist bis an die Zähne; nun scheint auch Oesterreich soweit zu sein. Wahrlich wir leben in einem glorreichen Jahrhundert.

— Liberale Wahlagitation. Aus Pforzheim wird uns mitgetheilt, daß Angehörige der dort hausenden nationalliberalen Partei den leichtgläubigen Bauern aus Huchenfeld Wahlzettel für den liberalen Candidaten Jolly in's Haus tragen ließen, mit dem Bemerken, diesen Zettel müßten die Bauern bringen, dann bekämen sie Streu. Schöne Illustration des gleichen freien Wahlrechtes! Daß diese elende Intrigue von Erfolg war, beweist der Umstand, daß unser Candidat statt früher 80 Stimmen diesmal 12 bekam. Auch hörten wir, daß dem reichstreu wählenden Bauern am Sonntag vor dem Wahltage „Wahlwein" zum Besten gegeben worden sei.

— Infamie der schweizerischen Regierung. Der „Vossischen Zeitung" entnehmen wir folgende Notiz: „Das Fräulein Dombrowska, welches bekanntlich ein Attentat auf den russischen Gesandten in der Schweiz ausgeübt hat, ist an Rußland ausgeliefert worden. Die Nachricht von ihrer bevorstehenden Auslieferung soll sie in grenzenlose Verzweiflung versetzt haben. Sie flehte, sie überall, nach Frankreich, Belgien, England oder irgendwo anders hin, nur nicht nach Rußland zu senden. Allseitig erfährt das Verhalten Berns in der Frage die entschiedenste Verurtheilung. Man sagt, wenn die Unglückliche wirklich geisteskrank ist, so ist sie es durch haarsträubende Rechtsbeugungen geworden, so dürfe sie auf den Schutz Anspruch erheben, den alle politischen Verbrecher genießen. Bern hätte die Kosten ihrer Verpflegung im Irrenhause anstandshalber bezahlen müssen. Das Buch, welches die Dombrowska hier veröffentlichte: „Un des crimes du gouvernement russe" hat eine sehr starke Verbreitung gefunden. Sein Inhalt ist von keiner Seite widerlegt worden.

— Die sozialistische Presse der Schweiz. „Tagwacht" und „Grütlianer" haben gegenwärtig etwa 10,000 Abonnenten, was auf 50,000 Leser schließen läßt, in Genf giebt seit Anfang dieses Jahres Joh. Phil. Becker „Le précurseur" heraus, der die Arbeiter der französischen Sprachgruppe mit den Bestrebungen des schweizerischen Arbeiterbundes bekannt machen und sie für dieselben gewinnen soll, die Arbeiter im Kanton Glarus haben den „Freien Glarner" zum Parteiorgan gemacht und die Aargauer das „Wochenblatt". In Bern ist die „Arbeiterzeitung" Organ der deutschen Jurassier, die Föderation besitzt außerdem ein französisch geschriebenes Blatt. Der „Pädagogische Beobachter", ein mit dem „Landboten" bisher verbundenes sozialdemokratisches Schulblatt, das sich einer trefflichen Redaktion erfreut, ist seit dem 1. Januar ein selbständiges Blatt geworden. In den Kreis der sozialdemokratischen Blätter dürfen wir auch wohl den „Landboten" selbst einreihen. Wenn er auch kein ausgesprochen sozialistisches Programm besitzt, so hat er doch in allen Fragen, welche die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen betraf, in bahnbrechender Weise Stellung genommen. Wir wollen nun den Abonnentenkreis der genannten Blätter auf ca. 20,000 veranschlagen und gelangen dann zu einem Leserkreis von circa 100,000 — ein Resultat, auf das die schweizerische Sozialdemokratie mit berechtigtem Stolze zurückblicken darf. Bei einem solchen Aufschwunge scheint uns die Zeit nicht so fern zu sein, in der die Sozialdemokratie einen wesentlichen Einfluß auf die Bundesgesetzbung ausüben wird. Für Familienunterhaltung sorgt die „Neue Welt", welche an die Schweiz eine bedeutende Anzahl Exemplare abgiebt.

— Bei der russischen Hauptarmee sieht es sehr lustig aus. 500 Offiziere haben sich beim Großfürsten Nikolai, dessen Krankheit von einer auf ihn abgefeuerten russischen Kugel herrührt, zur Audienz gemeldet und dort die Bitte ausgesprochen, entweder Krieg zu führen oder die Armee in die Winterquartiere zu legen. Der Großfürst drohte, die Offiziere erschießen zu lassen, worauf der Sprecher erwiederte, daß der sofortige Tod ihnen lieber sei, als die verzehrenden Unbilden des jetzigen Lagerlebens. Jetzt merkt man auch die Ursache der plötzlichen Friedensliebe unseres Erbfreundes.

— Feldmarschall von Manteuffel, persona gratissima am preußischen Hofe will in russische Dienste treten. Er wird wahrlich auch nicht im Stande sein, russische Rubel aus der Erde zu stampfen und eine Fuselquelle für die Armee zu entdecken.

— Obgleich wir mit dem verstorbenen Würkert nicht ganz auf demselben Standpunkt stehen, so wollen wir auf Wunsch nachfolgenden Aufruf doch veröffentlichen, da Würkert für die Freiheit und das Volkswohl schwer gelitten hat:

„Aufruf. Am 10. Januar war es ein Jahr, daß unser unvergeßlicher Ludwig Würkert gestorben. Das Andenken eines solchen Mannes muß von allen freidenkenden und wahrheitsliebenden Menschen in Ehren gehalten werden. Obwohl er sich selbst in vielen Herzen das schönste Denkmal gesetzt hat, so ziert doch sein Grab auf dem Friedhofe zu Leisnig noch kein solches. Unglückliche Verhältnisse, welche die hinterbliebene Gattin des theuren Verblichenen leider getroffen haben, sind daran schuld; ein Umstand, der von allen Freunden Würkert's auf's Tiefste beklagt wird. Die in Leisnig lebenden Freunde haben daher beschlossen, aus ihren Mitteln ein würdiges Grabdenkmal für unsern Würkert herstellen zu lassen. Zu diesem Behufe hat sich bereits ein Comité gebildet, welches bereit ist, auch Geldbeiträge von allen auswärtigen Verehrern des Dahingeschiedenen entgegenzunehmen. Wer das verdienstvolle Wirken Würkert's gekannt hat und zu würdigen weiß, der wird gewiß nicht verfehlen, sein Scherflein für ein würdiges Grabdenkmal beizusteuern. Freunde und Förderer der Aufklärung und freien Volksbildung! Wir haben die Pflicht, ein beredtes Zeichen der Dankbarkeit, Verehrung und Liebe für einen Mann zu geben, der sein ganzes Leben lang ein echter Menschenfreund und Wohlthäter war, der unerschütterlich für Aufklärung, Recht und Freiheit gekämpft und gelitten hat. Wir müssen ihm ein Grabdenkmal setzen, damit die Feinde der Aufklärung und Freiheit sehen, daß man seine Verdienste zu würdigen und zu ehren weiß. Darum steure Jeder nach Möglichkeit bei; Keiner, der Sinn für die höchsten und heiligsten Güter der Menschheit, für Licht, Recht und Freiheit hat, bleibe zurück! Jede Gabe, auch die Kleinste, ist willkommen! Beiträge wolle man gütigst an Herrn Rechtsanwalt Dr. Ficker in Leisnig (Königr. Sachsen) senden, welcher seinerzeit öffentlich darüber quittiren wird. — Die Redaktionen aller freisinnigen Blätter werden gebeten, diesen Aufruf nachzudrucken."

— Der erste Vorsitzende des Bundes der Tischler und Berufsgenossen, Ferdinand Weidemann, wurde am Sonntag den 7. Januar in Crefeld angeblich wegen Majestätsbeleidigung verhaftet und am Montag den 8. Januar nach Düsseldorf transportirt.

Correspondenzen.

Hamburg. (Die Schlacht am Großneumarkt.) Am Tage der Wahl war hierselbst ein, wenn auch reges Leben und Treiben, dennoch aber überall die musterhafteste Ordnung vorherrschend. Während Hunderte von Equipagen der Anhänger Möring's und Bauer's den letzten Wähler zur Wahlurne schleppten und durch Drohungen von Kundschaftentziehung u. s. w. kleine Handwerker oder Händler gegen bessere Ueberzeugung gezwungen wurden, für die ihnen unsympathischen Candidaten der Börsianer oder Zopfianer ihre Stimmen abzugeben, — gingen die Mitglieder der Arbeiterpartei ruhig der Wahlagitation ihrerseits nach, und sie hat das erhebende Bewußtsein, daß wer für ihre Candidaten seine Stimme abgab, dieses aus vollster Ueberzeugung, nicht aber deshalb that, weil ihn sein Hauswirth einschüchterte oder er sich irgendwie andern persönlichen Vortheil aus seiner Stimmenabgabe versprach. Schon an der musterhaften Haltung der Plakatträger der Arbeiterpartei und ihrem anständigen Aussehen gegenüber den Agitatoren der Bauerianer, konnte man ersehen, daß die Arbeiter sich voll bewußt waren, daß die Reichstagswahl ein politischer Akt, zu welchem man mit der größten Ruhe schreitet, und daß Jedem der Gedanke an irgend welchen „Exzeß" völlig fern war. Das Arbeiter-Wahlcomité hatte zur Verkündigung des Wahlresultats zwei Versammlungen anberaumt und war für den ersten Wahlkreis als Mittelpunkt das „Englische Tivoli" und für den zweiten Wahlkreis „Klett's Gesellschaftsgarten" gewählt worden. Die Neugier, das Resultat der Wahlen zu erfahren, ist eine zu natürliche, und so hatten sich denn Tausende an den betreffenden Orten eingefunden. Da die Versammlungen der Behörde angemeldet waren und ein starker Andrang des Publikums vorauszusehen war, so hatte man starke Abtheilungen Constabler commandirt, um die Passage der Werftstraße z. B. freizuhalten. Am Sedanfeste oder bei anderen Gelegenheiten, welche eine starke Ansammlung des Publikums herbeiführen, besteht die höchst vernünftige Anordnung, für eine gewisse Zeit den Wagen- und Omnibusverkehr zu verlegen. Wäre dies für eine oder zwei Stunden in der Werftstraße geschehen, das Publikum wäre ruhig des Weges gegangen und nach Bekanntwerden des Wahlresultates hätte sich die wirklich harmlose Menge zerstreut. Die Constabler aber gingen mit gezogenem Säbel vor jedem Omnibus einher, mit Gewalt durch die in der engen Straße sich mühsam bewegenden Gruppen Bahn brechend. Bald wurde die Werftstraße an beiden Endpunkten ganz für das Publikum gesperrt und dadurch die Verwirrung noch gesteigert. Bei „Klett's Gesellschaftsgarten" ging es verhältnißmäßig ruhig ab; auf dem Großneumarkt jedoch entstand eine förmliche Schlacht. Die Constabler verfolgten die Fliehenden mit gezückter Waffe bis in die Schlachter- und Marktstraße, verwundeten viele Leute (sogar Frauen) und fuchtelten in den benachbarten Straßen Bürgern, die ruhig vor ihrer Hausthür standen, mit dem Säbel vor der Nase herum. Auch auf St. Georg, wo im Versammlungslokal durch den starken Andrang die Veranda und das Entree beschädigt wurden, sahen sich plötzlich die Herren Wächter der Ordnung zu gewaltsamem Einschreiten veranlaßt. Es liegen uns über diese Vorfälle viele Klagen vor und zumeist von Leuten, die gar nicht zur sozialdemokratischen Partei gehören. Man frage nur einen Bewohner des Großneumarktes und der Umgegend, welches Urtheil man über das Einschreiten der Ordnungswächter zu hören bekommt. Die Ansammlung auf dem Großneumarkt war nicht ärger als bei schönem Wetter zur Domzeit, und hätte man das Publikum frei cirkuliren und die Constabler bei Muttern gelassen, so wären weder Verhaftungen noch Verwundungen vorgekommen. — Wenn nun trotzdem wiederum die Blätter wie „Correspondent", „Reform" ꝛc. versuchen, den Sozialdemokraten die Schuld an den beklagenswerthen Vorfällen beizumessen, so ist das die alte Taktik der Verleumdung, welche man von jener Seite schon gewohnt ist, wogegen wir jedoch auch dieses Mal wieder protestiren müssen. Wohl standen manchem Arbeiter die Thränen in den Augen, als er vernahm, daß wieder über alle Mühen und Opfer die brutale Macht des Kapitals den Sieg, wahrscheinlich den letzten, davon getragen, aber Keiner dachte auch nur im Entferntesten daran, irgend welchen Tumult zu erzeugen! Und wahrscheinlich wird der „Correspondent" den Beweis für seine Behauptung schuldig bleiben, daß Personen insultirt wurden, „von denen man vermuthete", daß sie gegen die sozialdemokratischen Candidaten gestimmt hätten. Wer die Haltung der Arbeiter am Wahltage beobachtet, der kann ihnen gewiß, welcher Partei er angehöre, seine Achtung nicht versagen. Wenn man aber die heruntergekommenen Gestalten der Bauer'schen und Möring'schen Plakatträger beobachtete, auf welche ihre Auftraggeber gerade nicht Ursache hatten, stolz zu sein, so liegt der Gedanke sehr nahe, daß sie nach vollendetem Tagewerke noch zu anderen Dingen sich gebrauchen ließen. Jedenfalls aber kann die Hamburger Sozialdemokratie mit allem Fug und Recht jede Beschuldigung, daß sie die vorgefallenen Verhaftungen und Verwundungen verschuldet, in das Reich der Lüge und Verleumdung zurückweisen!

Leipzig, 11. Januar. Ueber die Art, wie gegnerische Blätter Berichte zusammenlügen, davon liefert die „Dresdener Zeitung" ein Beispiel, das durch Abdruck im geistesverwandten „Leipziger Tageblatt" weitergetragen, die bekannte Rundreise durch die nationalliberale Presse machen wird. Der Bericht lautet:

„Dresden, 9. Januar. Im Diana-Saale am Jagdweg sprach am Montag Abend der sozialistische Candidat für Altstadt Dresden, Drechslermeister August Bebel, gegen das Kapital,

---

vollständige Wiedergabe am Platze gewesen. Im Uebrigen erscheint es uns auch mehr als fraglich, ob hier ein Drohbrief vorliegt. Ueber „so haarsträubende Dinge" will v. Puttkammer „die Beweise der Wahrheit" antreten, und zwar auf dem Wege der Presse. Liegt darin eine Drohung? Schlimmstenfalls wäre die Drohung doch nur als ein Akt der Nothwehr zu betrachten. Vor dem Eclat, der durch seine Veröffentlichungen entstehen mußte, schreckt er zurück, nur wenn man den Versuch, ihn mundtodt zu machen, fortsetzen will, dann gedenkt er zum letzten Mittel zu greifen, seine Sache vor das Forum der Oeffentlichkeit zu bringen.

Ferner sagt er:

„Die Kriegsgerichte gegen den Herrn Kriegsminister und andere hohe Offiziere und Beamte wurden seit langer Zeit hintertrieben.

„Se. Maj. der Kaiser, von mir wiederholt mit Entschiedenheit angegangen, als er nur noch König von Preußen war, gemäß § 103, Thl. II. des Mil.-Strfg. Allerhöchste Befehle zu erlassen, hat auf meine dringenden Denunziationen Nichts erfolgen lassen. Nunmehr habe ich daher wegen Justizverweigerung Beschwerde erhoben beim Bundesrathe des deutschen Reichs und event. werde ich die Angelegenheit vor den Reichstag bringen."

Sodann:

„Das Bundeskanzleramt werde bestätigen müssen, daß seine strafgerichtlichen Verfolgungs-Anträge gegen den Kriegsminister v. Roon vorlägen u. s. w."

„Er habe schon eine Klage gegen den Kaiser als Beamten auf Anerkennung seiner Civilrechte bereit liegen, die er nach erfolgter Demobilmachung anstrengen werde. Es wäre ja doch möglich, daß der Kaiser dem Rechte ohne Weiteres Folge gäbe, um Herrn v. Roon zu retten vielleicht." Er schließt: „Jetzt habe ich genug erduldet. Nun, wie gesagt, ist es genug, was ich hinnahm. Ist der offene Kampf unvermeidlich, bin ich bereit dazu."

(Fortsetzung folgt.)

Heirathsgesuche politischer Damen.

Die Conservative:

In einem künft'gen Ehestand
Zeig' ich kein allzuweit Gewissen,
Ich werde, bin ich auch galant,
Mich stets zu conserviren wissen.

Die Ultramontane:

Wenn mir's die heil'ge Kirch' erlaubt,
Möcht' ich nach einem Manne fragen,
Der allen meinen Worten glaubt;
Auch lieb' ich's, stets mich schwarz zu tragen.

Die Nationalliberale:

Ich folg' zu jedem Siegesschmause
Dem theuern Gatten mit Behagen;
Und ist derselbe nicht zu Hause,
Werd' ich auch „ja" zu Allen sagen.

Die Fortschrittlerin:

Mir paßte dieses Eheleben:
Ich würde immer (beim Bekleiden)
Gleich meinem Mann mir Mühe geben,
Mit neuster Mode fortzuschreiten.

Die Sozialistin:

Durch dick und dünn bis in das Grab
Folg ich dem Mann, dem ich's versprochen,
Ich theile mit ihm was ich hab',
Auch kann ich mit Petroleum kochen.

Kurt Mook.

— Wahlcuriosum. Der von den Conservativen aufgestellte Amtsrath Dietz bei Landsberg sandte an einige Personen, von denen es notorisch ist, daß sie der nationalliberalen oder der Fortschrittspartei angehören, eine Anzahl Stimmzettel mit dem Namen des Amtsraths Dietz und folgendes Schreiben: „Himmelstädt, — Dezbr. 1876. Ew. Wohlgeboren erlaube ich mir im Anschlusse eine Quantität Stimmzettel zur Reichstagswahl mit der ebenso ergebenen als freundlichen Bitte zu übersenden, solche gütigst an Ihre Freunde und Bekannte, welche mir ihre Stimme zu geben gesonnen sind, vertheilen zu wollen. Zu Gegendiensten gern bereit, bin ich achtungsvoll ergebenst Dietz, königlicher Amtsrath." Hierauf soll nun ein Empfänger wie folgt geantwortet haben: „Ew. Hochwohlgeboren danke ich für die freundliche Aufmerksamkeit — und wenn ich selbst ja auch keinen Gebrauch von den Stimmzetteln machen kann, so habe ich sie doch sicheren Männern übergeben. Auf Ihre gütige Versicherung, daß Sie zu Gegendiensten gern bereit sind, eingehend, erlaube ich mir, Ihnen anliegend einige Stimmzettel für Hrn. Admiralitätsrath Jacobs mit der Bitte zu überreichen, diese ebenfalls an sichere Leute geben zu wollen. Hochachtungsvoll N. N."

welches das Kleingewerbe tödte. Nachdem er in ¾stündiger Rede die Pariser Commune verherrlicht hatte, tauchte, wie ein Phantom, auf der Rednertribüne ein Mensch mit einem spitzen schwarzen Hute auf, der mit fürchterlichen Geberden eine schwarze Fahne schwang, dann verschwand er plötzlich, wie er gekommen. Ein anderer Redner, Herr Cohn, welcher dem Abg. Most für seine treffliche Organisation der Streiks in Dresden den Dank des Vaterlandes zu votiren suchte, rief eine ungeheure Aufregung hervor. Herr Redakteur Kayser stellte mit Mühe für einen Augenblick die Ruhe wieder her, als aber der vorgenannte Redner anfing auszuführen, daß die Nationalliberalen und die Conservativen doch etwas auf dem Reichstage genutzt hätten, da war kein Halten mehr und die Versammlung löste sich in ein tumultuarisches Durcheinander auf."

Der hier in einer für die Masse der Philister so gruselich machenden Weise geschilderte Vorgang war folgender: Nachdem Bebel seinen Vortrag unter stürmischem Beifall geendet und den Tisch, von dem er gesprochen, verlassen hatte, sprang plötzlich, wie eine Katze, ein junger schlanker Mann in spitzem Calabreserhut auf denselben und forderte durch einen hocherhobenen Stock — aus dem der Lügencorrespondent der „Dresdener Zeitung" eine schwarze Fahne macht — die Massen zur Ruhe auf. Statt der Ruhe entstand ein Sturm des Unwillens, da man den drohend dastehenden Mann für einen gewaltthätigen Ruhestörer hielt. Zwei Dutzend Hände griffen zugleich nach ihm und brachten den sich verzweifelt wehrenden vom Tisch herunter, wo sich denn herausstellt, daß man es mit einem — Irrsinnigen zu thun hatte, und zwar dem Sohn einer sehr angesehenen Dresdener Familie. Nicht ohne lebhafte Aufregung wurde der Irrsinnige fest umarmt und von ein paar geheimen Polizisten zum Saal hinausgebracht, worauf die Ruhe wiederkehrte. — Wie dieser Vorgang verlogen dargestellt wird, so auch der zweite mit Herrn Cohn: Der Genannte ist in Dresdener Volksversammlungen eine wohlbekannte Persönlichkeit, da er stets das sehr undankbare Geschäft übernimmt, die Fortschrittspartei gegen die Sozialisten zu vertheidigen. Es fiel Herrn Cohn nicht im Traum ein — wie der Correspondent der „Dresdener Zeitung lügt — die Nationalliberalen und Conservativen zu loben, auch konnte Bebel nicht allein die Ausführungen des Opponenten unter allgemeinem Beifall der Versammlung widerlegen, er beantwortete auch noch in längerer Ausführung eine schriftlich eingereichte Interpellation betreffend seine Stellung zu dem Reichseisenbahnprojekt, worauf die Versammlung in bester Stimmung und größter Ordnung geschlossen wurde. So werden Berichte in nationalliberalen Blättern wahrheitsgetreu zusammengelogen.

Mülsen St. Niklas, 11. Jan. (19. sächs. Wahlkreis.) Der Sieg ist in unserem Ort errungen. Liebknecht erhielt gestern 278 Stimmen, Uhlmann 129 Stimmen. Der Kampf war diesmal ungemein lebhaft auf beiden Seiten, nur mit dem Unterschied, daß die Gegner in ihrer Verzweiflung zu theilweise sehr unsauberen und kleinlichen Mitteln griffen. So suchte man z. B. eine Versammlung dadurch unmöglich zu machen, daß zwei Wirthe uns ihre Säle nicht zur Verfügung stellten; da wollte Gerber am 8. Januar seine Kindtaufe abhalten, Petzold fürchtete, daß seine Rohrbänke durchgetreten werden könnten, wie ihm dies 1871 passirt ist, wo das liberale Comité eine Versammlung einberufen hatte und so gründlich von Carl Hirsch heimgeschickt wurde, daß ihr Candidat nur 70 St. erhielt ꝛc. Dennoch gelang es uns am 8. Januar Abends 8 Uhr eine Volksversammlung bei Wilh. Donat abhalten zu können. Dieselbe mochte von ca. 400 Personen besucht sein. Auf der Tagesordnung stand: 1) Die Thätigkeit des Reichstags in der vergangenen Legislaturperiode und die Aufgabe des Volks zur Reichstagswahl am 10. Januar. 2) Die Stellung der Arbeiter zur orientalischen Frage. Als Referent erschien unser Reichstagsabgeordneter Hr. W. Liebknecht aus Leipzig mit Herrn Reinhold aus Callnberg und einem Stollberger Genossen, während der Gegen-Candidat, Herr Uhlmann aus Stollberg, angeblich wegen einer Parteiversammlung in Oelsnitz, unserer Einladung nicht Folge gab. Nachdem Herr Reinhold den Vorsitz übernommen hatte, begann Herr Liebknecht seine Rede, die gleich wie man in einem Spiegel sein Bild wiederfindet, jedem Arbeiter seine Leiden, sein Denken und Fühlen vergegenwärtigte. Die Versammlung nahm hierauf folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Volksversammlung mißbilligt entschieden die russenfreundliche Politik der Reichsregierung in der orientalischen Frage, erklärt sich mit der Haltung ihres Vertreters im Reichstage, Herrn W. Liebknecht, einverstanden und verspricht am 10. Januar entschieden für seine Wiederwahl einzustehen." Diese Versammlung hatte eine so gute Wirkung, daß selbst die Gegner erklärten: „Wir haben gar nichts gegen seine Ausführungen einzuwenden, aber wer nicht ganz roth ist, muß für Uhlmann stimmen." Es wurden auch von den Gegnern ganze Fässer Bier zur Verfügung gestellt. Aber Alles umsonst — im eignen Lager der Liberalen entstand Revolution. Namentlich waren es die hellen Köpfe der gewesenen Soldaten, welche gleich in der Versammlung ihren Kameraden zuraunten: Was? Wie? einen Mann, wie den Uhlmann, sollen wir wählen, der, gleichwie die Liberalen es gethan haben, auf Verlangen auch für eine Verlängerung der Dienstzeit auf 10 Jahre stimmen würde? Nein, niemals! Und so kam es, daß der Gegenkandidat Uhlmann diesmal 61 Stimmen weniger, Liebknecht dagegen 40 Stimmen mehr erhielt als im Jahre 1874.

NB. Auf mindestens 100 gedruckten Uhlmann-Stimmzetteln stand oben: Reichstagswahl-Stimmzettel. Das ist wohl auch ein Name?

Innsbruck. Die Arbeitsvermittlungs-Sektion des Holzarbeiter-Fachvereins ersucht sämmtliche Fachcollegen, soviel wie möglich den Zuzug nach Innsbruck zu vermeiden, indem nur dadurch der Concurrenz, namentlich unter den Tischlern, Einhalt geboten werden kann. Denn bei dem gegenwärtigen Geschäftsgang, wo die Arbeitgeber die Löhne um ein Drittel herabgesetzt und die Indifferenten, welche sich nicht herbeilassen, dem Fachverein beizutreten, kum ihre Klassenlage kennen zu lernen, erschweren schon ohnehin, uns zu behaupten. Damit Collegen ersuchen wir Euch, unsere Ermahnung zu beachten. — Zugleich geben wir bekannt, daß die Arbeitsvermittlung am 1. Februar 1877 in Kraft tritt. Dieselbe wird täglich von 8—9 Uhr Abends und Sonntags von 10—11 Uhr Vormittags im Vereinslokale, Gasthaus zum Blumauer, Hofgasse Nr. 5, in Thätigkeit sein. Alle zugereisten Fachcollegen ersuchen wir freundlichst, sich an die Arbeitsvermittlung zu wenden.

Für die Sektion: Georg Möhling.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Zu den Reichstagswahlen.

An alle sozialistischen Wahlcomités ergeht hiermit die dringliche Aufforderung, sofort das amtlich festgestellte Ergebniß der Reichstagswahlen in den einzelnen Kreisen an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III, behufs Anfertigung einer Wahlstatistik zu berichten.

Bis zur Feststellung des Wahlergebnisses durch das Sekretariat des sozialistischen Centralwahlcomités werden wir mit der Mittheilung der offiziellen Wahlresultate innehalten.

Die definitiv gewählten Abgeordneten, nach ihrer Parteistellung geordnet.

Conservative (sämmtlich in Preußen gewählt. 30 resp. 31).

Graf Moltke (Memel). v. Batocki (Fischhausen). v. Tettau (Heiligenbeil). Graf Udo v. Stolberg (Rastenburg). v. Goßler (Goldap). v. Staudy (Lötzen). Graf Dohna-Finkenstein (Rosenberg-Löbau). v. Gordon (Schwetz). v. Jagow (Westpriegnitz). v. Grävenitz (Ostpriegnitz). v. Wedell-Malchow (Prenzlau). Landrath v. Gerlach (Köslin). v. Bethmann-Hollweg (Ober-Barnim). v. Levetzow (Königsberg N.-M.). v. Waldaw-Reitzenstein (Sternberg). Graf Kleist (Guben-Lübben). Landrath v. Manteuffel (Luckau). Frhr. v. Maltzahn-Gültz (Demmin-Anklam). v. Schöning (Pyritz). Flügge (Naugard). v. Wödtke (Cammin). Graf Kleist (Belgard). v. Busse (Neustettin). v. Colmar (Czarnikow). v. Rabenstein (Guhrau). v. Seydewitz (Rothenburg i. Sch.). Clauswitz (Liebenwerda). v. Helldorf (Wittenberg). v. Nathusius-Ludom (Minden i. W.). v. Kleist-Retzow (Herford). — Außerdem wird als „konservativ" gemeldet: Sachsen (1) Reich (Bautzen).

Deutsche Reichspartei. (28.)

Wichmann (Pr.-Holland). Graf Arnim-Boytzenburg (Ruppin). v. Brandt (Friedeberg). Uhden (Crossen). Kette (Bülow). v. Behr-Schmoldow (Stralsund). v. Unruhe (Bomst). Graf Maltzan (Militsch). Graf Frankenberg (Strehlen). Herzog von Ratibor (Landkreis Breslau). Fürst Carolath (Grünberg). Staatsminister Dr. Falk (Lübben). Graf Bethusy-Huc (Kreutzburg). v. Lüderitz (Stendal). Dietze (Calbe). Thilo (Bitterfeld). Staatsminister Dr. Friedenthal (Langensalza). Dr. Lucius (Erfurt). Graf Otto Stolberg (Goslar). Oberpräsident v. Ende (Marburg). Stumm (St. Wendel). Ackermann (Tharandt). v. Schwarze (Stadt Dresden rechts der Elbe). v. Varnbüler (Cannstadt). Fürst Hohenlohe-Langenburg (Crailsheim). von Schmidt (Blaubeuren). Freiherr v. Nordeck zur Rabenau (Gießen). Günther (Oschatz).

Zwischen Nationalliberalen und deutscher Reichspartei stehend. (7.)

v. Bonin (Genthin). Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst (Forchheim). Graf Luxburg (Schweinfurt). v. Huber (Heilbronn). Schlomka (Stolp-Lauenburg). Dr. Ernst (Siegen). Richter (Meißen).

Nationalliberale. (94.)

Bieler (Graudenz). Appell.-Ger.-R. v. Puttkammer (Sorau). Dr. Dohrn (Ueckermünde). Kolbe (Randow-Greiffenhagen). v. Vahl (Greifswald). Generaladvokat v. Puttkammer (Fraustadt). Reinecke (Sagan-Sprottau). Dr. Braun (Glogau). Quoß (Hainau-Goldberg). v. Bunsen (Hirschberg). v. Forckenbeck (Wolmirstedt). v. Benda (Wanzleben). v. Bernuth (Oschersleben). Sombart (Eisleben). Dr. Müller (Sangerhausen). Wölffel (Querfurt). Götting (Nordhausen). Dr. Wachs (Tondern). ten Doornkat-Koolmann (Emden). Dr. Petersen (Aurich). Ober-Trib.-R. Struckmann (Diepholz). Precht (Verden). Römer (Hildesheim). Albrecht (Osterode). v. d. Brelie (Celle). v. Reden (Lüneburg). Grumbrecht (Harburg). Laporte (Stade). v. Bennigsen (Lehe). Dr. Oetker (Hofgeismar). Dr. Bähr (Kassel). Dr. Wehrenpfennig (Fritzlar). Dr. Harnier (Eschwege). Dr. Gleim (Hersfeld). Dr. Thilenius (Dillenburg). Dr. Techow (Lennep-Mettmann). Dr. v. Schulte (Duisburg). v. Beughem (Wetzlar). v. Treitschke (Creuznach). Pfähler (Saarbrücken). Frhr. v. Stauffenberg (München I.). Jordan (Landau). Schmidt (Zweibrücken). Buhl (Homburg). Völk (Immenstadt). Dr. von Schauß (Hof). Feustel (Bayreuth). Marquardsen (Erlangen-Fürth). Pabst (Rothenburg). Frühauf (Löbau). Stephani (Leipzig Stadt). Dr. Gensel (Mittweida). v. Hölder (Stuttgart). Dr. Schröder (Friedberg). Eduard Wadsack (Alsfeld). Martin (Bensheim). Heyl (Heppenheim-Worms). Bamberger (Bingen). Lenz (Oldenburg). Becker (Oldenburg). Krüger (Weimar). Dr. Sommer (Eisenach). Dr. Slevoigt (Jena). Möller (Boitzenburg). Webmeyer (Schwerin). Julius Wiggers (Güstrow). Pogge-Roggow (Malchin). Pogge-Blankenhof (Mecklenburg-Strelitz). Heilig (Constonz). Gerwig (Bondorf-Donaueschingen). Hebting (Instetten-Waldshut). Plüger (Lörrach). Morstatt (Ettenheim-Lahr). Bär (Offenburg). Eisenlohr (Karlsruhe). Scipio (Mannheim). Dr. Blum (Heidelberg). Kiefer (Sinsheim). Bode (Braunschweig-Blankenburg). Kuntzen (Wolfenbüttel). Koch (Gandersheim). v. Cuny (Dessau). Dr. Kraaz (Bernburg). Forkel (Coburg). Wagner (Sachsen-Altenburg). Rückert (Meiningen). Dr. Lasker (Saalfeld). Valentin (Schwarzburg-Sondershausen). v. Dücker (Schaumburg-Lippe). Dr. von Bunsen (Waldeck). Möring (Hamburg I.). Bauer (Hamburg II.). Dr. Wolffson (Hamburg III.). Mosle (Bremen). Klügmann (Lübeck).

Zwischen Nationalliberalen und Fortschrittspartei stehen (10).

Schmidt (Stettin). Spielberg (Halle). Rohland (Naumburg). Löwe (Bochum). v. Bockum-Dolffs (Hamm). Groß (Speier). Zinn (Kaiserslautern). Baumgarten (Rostock). Bolza (Germersheim). Wulfsheim (Potsdam).

Fortschritt (17).

Panneck (Neidenburg). Franke (Ragnit). v. Saucken-Julienfelde (Gumbinnen). Hillmann (Oletzko). Duncker (Berlin). Allnoch (Namslau-Brieg). Dr. Hänel (Kiel). Schulze-Delitzsch (Wiesbaden). Hilf (Diez). Berger (Dortmund). Herz (Ansbach). Eysold (Pirna). Schwarz (Balingen). Wiggers (Rostock). Hoffmann (Schwarzburg-Rudolstadt). Hausmann (Lippe-Detmold). Träger (Reuß j. L.).

Demokrat (Volkspartei) (1).

Payer (Reutlingen in Württemberg).

Sozialdemokraten (10).

Fritzsche (4. Berlin). Hasenclever (6. Berlin). Hasenclever (Altona). Demmler (Landbez. Leipzig). Most (Chemnitz). Bebel (Glauchau). Motteler (Zwickau). Liebknecht (Stollberg). Auer (Kirchberg). Blos (Reuß ä. L.).

(Fortsetzung und Endresultat der engeren Wahlen folgt in nächster Nummer.)

Parteigenosse Hasenclever hat die im 6. Berliner Wahlkreise auf ihn gefallene Wahl zum Abgeordneten angenommen. Es findet deshalb in Altona eine Neuwahl statt.

Wähler des 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreises!

Der erste Wahlkampf ist vorüber, wir haben gesiegt, leider aber mit einer so geringen Majorität, als daß wir uns mit Stolz des Sieges freuen könnten. Die Gewißheit des Erfolges hatte eine Lauheit zur Folge, deren sich kein Sozialdemokrat schuldig machen darf.

Durch den großartigen und ruhmvollen Sieg, welchen unsere Parteigenossen in der Kaiserstadt errungen, wird uns glücklicherweise Gelegenheit geboten werden, unsere alterprobte Energie und Thätigkeit aufs Neue zu bezeigen und unseren deutschen Brüdern allerorts zu beweisen, daß wir auch heute noch verstehen, einen glänzenden Wahlsieg zu erringen.

Der von uns gewählte Reichstagsabgeordnete W. Hasenclever ist im 6. Berliner Wahlkreis gleichfalls gewählt und wird in jenem Wahlkreis das Mandat annehmen, weshalb wir eine Neuwahl vornehmen müssen.

Zwar wissen wir wohl, daß wir abermals Opfer von Euch verlangen, wo aber ist jemals eine große Idee ohne Opfer zur Durchführung gebracht? Gedenkt aller der Märtyrer, welche bereits für unsere Sache im Kerker geschmachtet, und Ihr werdet gewiß noch einmal mit allen Kräften in den bevorstehenden Wahlkampf eintreten.

In erster Linie ist es nöthig, daß wir Geld und zwar in kürzester Zeit beschaffen, da unsere Mittel durch die so sehr ungünstige Agitation in den verschiedenen Wahlkreisen völlig erschöpft sind.

Es werden zu diesem Zwecke Sammellisten im unterzeichneten Bureau ausgegeben und insbesondere alle diejenigen Freunde unserer Sache, deren Verhältnisse es nicht erlauben, offen für uns einzutreten, aufgefordert, sich an diesen Sammlungen thatkräftig zu betheiligen. Alle diejenigen, deren Verhältnisse es außerdem erlauben, uns einen zeitweiligen Vorschuß zu geben, mögen sich gleichfalls baldigst melden.

Ferner werden im Bureau, wie in allen öffentlichen Versammlungen die Namen derjenigen, welche sich am Wahltage in der Stadt oder auf dem Lande thätig bezeigen wollen, aufgenommen.

Ganz besonders erwarten wir von allen erprobten Wahlagitatoren, welche bei der letzten Wahl müssig waren, daß sie diesmal auf dem Posten sind, es gilt unsere Ehre zu retten! Es gilt zu beweisen, daß wir des Namens: die Avantgarde des Sozialismus würdig sind.

Das Altonaer Arbeiter-Wahlcomité.
Altona, Gr. Bergstr. 27.

An die Gesinnungsgenossen des Teltow-Beeskow-Storkower Kreises.

Hiermit zur Nachricht, daß, laut amtlichen Berichts, nicht ich, sondern der fortschrittliche und nationalliberale Candidat auf engere Wahl kommen, und findet dieselbe am 26. Januar statt. Ich fordere nun die Gesinnungsgenossen allerorts im Kreise auf, **Sonntag**, den **21. Januar**, in Berlin, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Vogel, Alexanderstr. 31, zu einer Conferenz zu erscheinen. Tagesordnung: Wie verhalten wir uns bei dieser Stichwahl im Teltower Kreise?

Der Wichtigkeit der Sache halber erwarte ich eine recht rege Betheiligung.

Zum Schluß theile ich gleichzeitig noch das Stimmenergebniß mit. Abgegeben wurden sozialistische Stimmen: 1874 1456 St.; 1877 2608 Stimmen.

Mit Gruß und Handschlag
E. Dietzmann, Berlin, Waßmannstr. 6.

Briefkasten

der Redaktion. M. H. in Mannheim: Das betr. Werk beziehen Sie aus der dortigen Buchhandlung billiger, als durch unsere Vermittelung, wobei noch das Porto darauf geschlagen werden müßte. Vielleicht können Sie das Werk auch antiquarisch beziehen; es wäre billiger, neu ist es ziemlich theuer. — F. R. in Biberstein bei Siebenlehn: Wer es beim jetzigen Stand der Dinge der Mühe werth hält zu stimmen, thue es für W. Zweite Frage wird schon erledigt sein, wenn Sie dies lesen. — A. P.: So wie Sie den Artikel auffassen, ist derselbe doch nicht zu verstehen. Wir wissen wohl, daß es auch unter den Kaufleuten Ehrenmänner gibt. — F. R. K.: Bei Erwiderungen auf Grund des Preßgesetzes muß der Erwiderung derselbe Platz und dieselbe Raumlänge gestattet werden.

der Expedition. Loges in Hannover: Ihre Annonce für Sonnabend, den 13. Januar, erhielten wir erst am 17., Mittags 12 Uhr. — P. Krowiarz in Osnabrück: Ihre Annonce kam für Nr. 8 zu spät. — Fichtler, Mrsbrg: Nr. 1 folgt per Kreuzband. Postabonnenten erhalten sonst Reklamirtes stets von der Post. — F. Lemke, Baarden: Niemand kann zur kirchlichen Trauung gezwungen werden. Wenn Civilgetraute schließlich selber noch zur Kirche gehen, so ist das ihre Sache. Gesetzlich zwingt sie Niemand dazu, das kann auch der Pfarrer nicht! Also, zu Hause geblieben, dann braucht's kein Ringewechseln und keinen Kirchensegen, wenn der Standesbeamte einmal sein Wort gesprochen hat.

Die Quittung über die dem Wahlfonds im Dezbr. und Januar zugegangenen Gelder erfolgt erst in der Mittwochsnummer. Die Wahlbewegung hat unerwartet viel Arbeit verursacht, daher die Verspätung.

Quittung. Rb Groß-Zschocher Placate 0,75. Zsch Neu-Reudnitz Ab. 12,50. Rttmnnr u. Comp. München Ab. 60,00, Schr. 1,50. Ptz Prag Ab. 0,80. W. Knk Frankfurt Ab. 3,90. Ulrch Ulm Schr. 10,00. Gmbl Frankfurt 3,50. Tischler-Verein Cöln Ann. 2,10. Lgs Hannover Ann. 0,60. Zhthnr Darmstadt Schr. 14,50. Dtrch Erfurt Ab. 30,00. Psch Hannover Ab. 30,00. Arbeiterverein Haard Ab. 3,58 u. 9,60. Lschk hier Ab. 0,55. Thm hier Ab. 1,25. A. Fnk hier Ab. 1,80. Zmstn Wiesbaden Ab. 0,50. Ktsky Wien Ab. 1,60 Rschk Labian Ab. 1,50. Kpfr hier Ab. 2,40. Brn Graz Ab. 4,85. Schlgl daselbst Ab. 8,09. Schrmr Lübeck Ab. 7,30. Brdmr Wandsbeck d. Gb Schr. 9,00. Omr Magdeburg Ab. 3,00. Lchltnr Steyr Ab. 4,85. Exped. d. „Dresdn. Volksbote" Dresden Ab. 120,00. Arbeiterverein Gloggnitz Ab. 6,40. Schwr Hittisau Ab. 1,20.

Wahlfonds.

Von einer Wette d. Hmr hier 1,00, v. Stnrt hier 1,00, v. Schneiderwerkstatt Schäfer hier 1,25, v. Club „Morgenroth" hier 15,00, v. Bchbndr Stäger hier 4,06, für Rudolph Erfurt 1,00. — Liste 11 d. E. Hoffmann 9,90, Liste 8 d. Jansen 3,00, Liste 5 d. Pezoldt 31,30.

Für das Central-Wahl-Comité:
Peter Krebs, Kassirer.

Anzeigen ꝛc.

Altona. Sonnabend, den 20. Januar, Abends 8½ Uhr in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [50

Leipzig. Reichstagswahlcomité.
Montag, den 22. Januar, Abends ½9 Uhr:
Sitzung im Arbeiterbildungsverein.
Die Mitglieder des Wahlcomités des 13. Wahlkreises sind eingeladen. Der Vorstand. [0,80

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Montag, den 22. Januar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof, Burgstraße: Versammlung.
Gäste willkommen. D B. [0,40

Avis für Zimmerleute!

Da wir Altonaer Zimmerer seit dem 2. Januar von unseren Meistern und Arbeitgebern ausgeschlossen sind, dieweil wir auf den uns von obengenannten Herren vorgelegten Lohntarif nicht eingehen konnten, bitten wir vor allen Zuzug zu warnen und Dieses so viel wie möglich zu verbreiten.

Altona, den 16. Januar 1877. (3a)
Die Commission. [50

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Bandik, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 10. Mittwoch, 24. Januar. 1877.

Die rothe Reaktion

macht sich jetzt überall geltend. Die Erfolge der Sozialdemokratie, die uns noch lange nicht genügen, wirken auf die Gemüther unserer Gegner, wie die rothe Farbe auf das bekannte gehörnte Thier.

In wilder Wuth stürzt sich der Gehörnte, nach dem bekannten Gedichte, in die Fluth, aus welcher der Widerschein des Morgenroths emporleuchtete und in der er noch obendrein sein eigenes Bild erblickte — „der Ochs ersoff, doch giebt es hie noch manches Stück von solchem Vieh".

Alles schreit, und natürlich auch der Liberalismus, nach Verschärfung der Strafparagraphen gegen freisinnige Aeußerungen, nach Polizeimaßregeln gegen unsere Partei, nach Beschränkung des Wahlrechts; ja sie rufen selbst in ihrer blinden Wuth nach dem Säbel, welcher der rothen Canaille den Garaus machen soll. —

Gleichen nun die Liberalen, welche derartiges Geschrei erheben, nicht wirklich dem Gehörnten? Ist es möglich, daß diese Leute in blinder Wuth ihre eigenen Schöpfungen nicht wieder erkennen? Was war das in den 60er Jahren für ein Gejammer über Polizeimaßregeln, die gegen den Liberalismus gerichtet waren; was war das für ein Lamento über die Abhängigkeit des Richterstandes und über die unerhörte Strenge der Gesetze, wenn einmal ein liberaler Redakteur zu 25 Thalern Geldbuße wegen Ministerbeleidigung verurtheilt wurde; was war das für ein stolzes, freiheitsvolles Auftreten, wenn die Herren Liberalen die Rechtsgleichheit des ganzen Volkes proklamirten!

Und jetzt — das gerade Gegentheil!

Die rothe Reaktion ist eingezogen in das deutsche Reich, ihr erster Bannerträger aber ist der Liberalismus.

Uns kann es recht sein. Wir wissen, daß uns erneute Verfolgungen bevorstehen, daß diese Verfolgungen eine stärkere Färbung annehmen, daß die Denunciationen gegen uns noch mehr zur Mode werden, wir wissen, daß man die Vermessenheit besitzt, durch Gewaltmaßregeln eine große Idee vernichten zu wollen.

Diese kleinlichen reaktionären Menschen! Die Weltgeschichte ist unverstanden zu ihren Häupten dahingerauscht, sie wollen nicht wissen, daß lediglich die wüsten Verfolgungen das Christenthum unter die Massen gebracht haben; sie wollen nicht wissen, daß die Verbrennung von Huß der Reformation mehr Vorschub geleistet hat, als die schneidige Klinge des Schwedenkönigs. Sie wollen nicht wissen, daß aus der Bastille, in welcher man Rousseau's und Voltaire's Ideen einzusperren gedachte, die Flamme der großen französischen Revolution, durch die das liberale Bürgerthum entstanden ist, emporschlug.

Diese Kurzsichtigen! Nur immer zu, Ihr rothen Reaktionäre, Ihr könnt uns, unserer Idee keinerlei Schaden zufügen, das Volk wird mit um so größerer Liebe an der weltbefreienden Idee des Sozialismus hängen, es wird um so begeisterter für dieselbe eintreten, je mehr Ihr sie verfolgt

Nur immer zu! Wir fordern Eure kindischen Verfolgungen gerade zu heraus im Bewußtsein unseres Rechts, im Bewußtsein der Volkskraft, welche das Recht für und für schützen wird wider die Gewalt.

„So sehr Ihr schmäht, so sehr Ihr droht —
Es glühet fort das Morgenroth!"

Die „Germania" über die Sozialdemokratie.

Wir wollen unsern Lesern einen Artikel nicht vorenthalten, den das Hauptblatt der Clerikalen nach den Wahlen über die sozialistische Bewegung bringt. Jedermann weiß, daß prinzipiell die Rothen die schärfsten Gegner der Schwarzen sind, trotz alles Gefaſels von der Verbindung dieser Antipoden. Der Artikel berührt uns um so angenehmer, da die Clerikalen beschlossen haben, unter keinen Umständen bei den Stichwahlen für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Die Ausführungen der „Germania" lauten:

„Grundlegend ist, namentlich in Deutschland, der weitverbreitete Irrthum, welcher Sozialdemokratie und Pöbel identificirt. Dieser Irrthum macht nicht nur jede gerechte und billige Beurtheilung des Sozialdemokratismus unmöglich, sondern schließt auch die Möglichkeit aus, ihn mit denjenigen Waffen, mit welchen ihm beizukommen ist, zu bekämpfen. Es ist sehr merkwürdig, daß eine geistige Richtung, welche sich zwischen uns, in unserer unmittelbarsten Nähe, in den Straßen, ja in den Häusern, die wir bewohnen, ausgebildet, die in öffentlichen Versammlungen und in Tagesblättern ihre Ziele verkündet hat, die bereits einen so bedeutenden Theil des Volkes beherrscht, daß sie allen übrigen politischen Richtungen zusammengenommen fast gleichberechtigt bei den Wahlen entgegengetreten ist, — daß sie und ihr Wesen einer so durchaus falschen Auffassung unterliegen können, wie dies thatsächlich geschieht. Wäre in dieser Beziehung allein von dem „Liberalismus" die Rede, so würde die bei ihm beliebte Kampfesweise des Todtschweigens oder Entstellens alles ihm Mißliebigen die weit verbreitete Unwissenheit erklären; aber auch in anderen, ehrlicheren Kreisen ist die gleiche Unkenntniß vorhanden. So schreibt z. B. die „Kreuz-Zeitung" am Tage nach den Wahlen:

„Nicht nur die Stimmenzahl, welche die Vertreter der Sozialdemokratie davongetragen haben, ist von Bedeutung. Es hat sich auch herausgestellt, daß diese Partei am besten organisirt war und in gesetzlichen Formen geräuschlos und sicher operirte; ihre Agenten, theilweise in feiner Kleidung, mit Cylinderhut, hatten durchaus kein „Proletarier"-Aussehen, und Alles war so in ihrer Hand, daß sie früher als Andere die Zusammenstellung der Nachrichten aus den einzelnen Wahlbezirken beendet hatten und von dem Schlußergebniß unterrichtet waren."

„Es geht daraus hervor, daß die „Kreuzzeitung" bis jetzt sich die Sozialdemokraten als einen ungeoroneten Haufen zuchtloser, dem Gesetze hohnsprechender, in Lumpen gekleideter Menschen vorgestellt hat, und die Consequenz einer solchen Vorstellung konnte denn auch nur eine mitleidige Verachtung sein. In gleicher Unwissenheit befand sich wohl Lasker, wenngleich schon von einer Ahnung der Wahrheit durchzogen, als er sich erbot, die Sozialdemokraten mit dem Knüttel todtzuschlagen, und auch der berühmte Staatsmann wußte offenbar nicht, mit welchem Gegner er zu thun hat, als er in Bezug auf die Sozialdemokraten wegwerfend erklärte: „Die lasse ich einfach todtschießen". Hunderttausende oder richtiger Millionen lassen sich nicht einfach todtschießen und noch weniger von Lasker-Simson mit dem Knüppel erschlagen; sie lassen sich überhaupt nicht von einer lediglich materiellen Gewalt niederwerfen, sondern es müssen zn ihrer Ueberwindung Waffen anderer Art in Anwendung kommen. Männer, die sich für eine Idee zusammengethan und erhoben haben, können siegreich nur mit geistigen Waffen bekämpft werden.

„Vor allen Dingen hat die sozialdemokratische Partei mit dem Pöbel nicht mehr gemein, als die „Liberalen"; wahrscheinlich werden sie sogar behaupten, daß eiae solche Gemeinschaft bei ihnen noch geringer sei. Nichtsthuer, Bettler, Säufer, Schläger oder wohl gar Verbrecher gegen das Eigenthum sind unter den Sozialdemokraten nicht in größerer Zahl vorhanden als unter den Anhängern anderer politischer Richtungen. Sie sind nicht der „Abschaum des Volkes", sie sind nicht Lumpen und Taugenichtse, nicht Petroleurs und Brandstifter, nicht Communisten, die sich gleich den Gründern mit fremdem Eigenthum bereichern wollen; es sind Männer zumeist, aber nicht ausschließlich aus dem Arbeiterstande, unter intelligenten, zum Theil hochbegabten Führern, alle tief, ja leidenschaftlich den Druck verkehrter gesellschaftlicher Verhältnisse empfindend und entschlossen, alle ihre Kraft einzusetzen, um die Gesellschaft auf gerechteren Grundlagen neu aufzubauen.

„Pöbelherrschaft, Communismus, Sozialdemokrotie Commune sind für sehr Viele, eben weil sie sich um die Begriffe, denen diese Bezeichnungen zukommen, nicht gekümmert haben, Schlagwörter von derselben Bedeutung; aber sie irren in Bezug auf die Bedeutung und die Verwandtschaft der Begriffe.

„Was mit dem Pöbel zusammenhängt, hat keinen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie. Wer die Versammlungen der letzteren besucht, muß sich davon überzeugen. Die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter sind, wie ihre Arbeitgeber bestätigen, fleißig und nüchtern; sie hören mit begierigen Ohren die Lehren ihrer (falschen) Apostel und lesen eifrig die (falschen) Evangelien ihrer zahlreichen Parteiblätter. Sie sind ein an sich durchaus achtungswerthes Element, nur in einem grundstürzenden Irrthum befnngen.

„Ebenso haben Communismus (im extremen Sinne) und Sozialdemokratismus nichts mit einander gemein. Nicht den unvernünftigen Gedanken einer Theilung des vorhandenen Eigenthums oder der Abschaffung des Eigenthums überhaupt verfolgen die Sozialdemokraten, sondern sie wollen der Ausbeutung Vieler durch Einzelne vorbeugen, und zwar durch Einrichtungen, welche Allen die gleichen Vortheile bieten.

„Auch ist es unrecht, was nur zu oft ohne die geringste Nachforschung geschieht, die Gräuelthaten, welche in Paris unter der Herrschaft der Commune verübt sind, den Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben. Nicht der geringste Beweis ist geliefert worden, daß diese Unthaten von der Commune ausgegangen sind. Um nicht zu weit abzuschweifen, soll nur darauf verwiesen werden, daß die Commune und ihre Anhänger monatelang die Bank von Frankreich mit allen ihren Beständen und sehr viele andere Geldinstitute in ihrer Gewalt hatten und nicht einen Heller aus denselben entnahmen; und ferner, daß für die Verbrechen des durch die Abwesenheit jeder geordneten Gewalt entfesselten wirklichen Pöbels nicht eine Quasi-Obrigkeit, welche kaum über irgendwelche Machtmittel zu gebieten hatte, und noch weniger eine hinter ihr stehende Partei verantwortlich gemacht werden können."

Wir sagten ja schon vor einigen Tagen, daß alle Gegner anständiger würden!

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

VI.

Im weiteren Verlauf kommen wir nun auf die Theorien von der Art und Weise, wie die jetzige Welt zu Stande gekommen ist. Ein universeller Zerstreuungszustand der Materie sei schon die Ausgangsvorstellung der ionischen Philosophen gewesen, seit Kant aber besonders habe die Annahme eines Urnebels eine neue Rolle gespielt, wobei Gravitation und Wärmeausstrahlung die allmählige Bildung der einzelnen festen Weltkörper vermittelten. Die mechanische Wärmetheorie unserer Zeit gestatte die Rückschlüsse auf die früheren Zustände des Universums weit bestimmter zu gestalten. Bei alledem kann „der gasförmige Zerstreuungszustand nur dann ein Ausgangspunkt für ernsthafte Ableitungen sein, wenn man das in ihm gegebne mechanische System zuvor bestimmter zu kennzeichnen vermag. Andernfalls bleibt nicht nur die Idee in der That äußerst nebelhaft, sondern der ursprüngliche Nebel wird auch wirklich im Fortschritt der Ableitungen immer dichter und undurchdringlicher; ..... vorläufig bleibt noch Alles im Vagen und Formlosen einer nicht näher bestimmbaren Diffusionsidee", und so haben wir „mit diesem Gasuniversum nur eine höchst luftige Conception".

Die Kantische Theorie von der Entstehung aller jetzigen Weltkörper aus rotirenden Nebelmassen war der größte Fortschritt, den die Astronomie seit Kopernikus gemacht hatte. Zum ersten Male wurde an der Vorstellung gerüttelt, als habe die Natur keine Geschichte in der Zeit. Bis dahin galten die Weltkörper als von Anfang an in stets gleichen Bahnen und Zuständen verharrend; und wenn auch auf den einzelnen Weltkörpern die organischen Einzelwesen abstarben, so galten doch die Gattungen und Arten für unveränderlich. Die Natur war zwar augenscheinlich in steter Bewegung begriffen, aber diese Bewegung erschien als die unaufhörliche Wiederholung derselben Vorgänge. In diese, ganz der metaphysischen Denkweise entsprechende Vorstellung, legte Kant die erste Bresche und zwar in so wissenschaftlicher Weise, daß die meisten von ihm gebrauchten Beweisgründe auch heute noch Geltung haben. Allerdings ist die Kant'sche Theorie bis jetzt noch, streng genommen, eine Hypothese. Aber mehr ist auch das Kopernikanische Weltsystem bis auf den heutigen Tag nicht, und nach der spektroskopischen, allen Widerspruch zu Boden schlagenden Nachweisung solcher glühenden Gasmassen am Sternenhimmel, hat die wissenschaftliche Opposition gegen Kant's Theorie geschwiegen. Auch Herr Dühring kann seine Weltkonstruktion nicht ohne ein solches Nebelstadium fertig bringen, rächt sich aber dafür, indem er verlangt, man soll ihm das in diesem Nebelzustand gegebne mechanische System zeigen, und indem er, weil man dies nicht kann, den Nebelzustand mit allerhand geringschätzigen Beiwörtern belegt. Die heutige Wissenschaft kann dies System leider nicht zur Zufriedenheit des Herrn Dühring kennzeichnen. Ebensowenig vermag sie auf viele andre Fragen zu antworten. Auf die Frage: warum haben die Kröten keine Schwänze? kann sie bis jetzt nur antworten: weil sie sie verloren haben. Wenn man nun aber sich ereifern wollte und sagen, das sei alles im Vagen und Formlosen einer nicht näher bestimmbaren Verlustidee und eine höchst luftige Conception, so kämen wir mit dergleichen Anwendungen der Moral auf die Naturwissenschaft keinen Schritt weiter. Dergleichen Mißliebigkeiten und Aeußerungen der Verdrießlichkeit kann man immer und überall anbringen, und ebendeßwegen sind sie nie und nirgends angebracht. Wer hindert denn Herrn Dühring, selbst das mechanische System des Urnebels auszufinden?

Zum Glück erfahren wir jetzt, daß die Kant'sche Nebelmasse „weit davon entfernt ist, sich mit einem völlig identischen Zustand des Weltmediums oder, anders ausgedrückt, mit dem sich selbst gleichen Zustand der Materie zu decken." Ein wahres Glück für Kant, der zufrieden sein konnte, von den bestehenden Weltkörpern zum Nebelball zurückgehn zu können, und der sich noch nichts träumen ließ von dem sich selbst gleichen Zustand der Materie! Beiläufig bemerkt, wenn in der heutigen Naturwissenschaft der Kant'sche Nebelball als Urnebel bezeichnet wird, so ist dies selbstredend nur beziehungsweise zu verstehn. Urnebel ist er, einerseits, als Ursprung der bestehenden Weltkörper und andrerseits als die frühste Form der Materie, auf die wir bis jetzt zurückgehn können. Was durchaus nicht ausschließt, sondern vielmehr bedingt, daß die Materie vor dem Urnebel eine unendliche Reihe andrer Formen durchgemacht habe.

Herr Dühring merkt seinen Vortheil hier. Wo wir, mit der Wissenschaft, beim einstweiligen Urnebel einstweilen stehn bleiben, hilft ihm seine Wissenschaftswissenschaft viel weiter zurück zu jenem „Zustand des Weltmediums, der sich weder als rein statisch im heutigen Sinne der Vorstellung, noch als dynamisch" — der sich also überhaupt nicht — „begreifen läßt. Die Einheit von Materie und mechanischer Kraft, die wir als Weltmedium bezeichnen, ist eine sozusagen logisch-reale Formel, um den sich selbst gleichen Zustand der Materie als die Voraussetzung aller zählbaren Entwicklungsstadien anzuzeigen".

Wir sind offenbar den sich selbst gleichen Urzustand der Materie nach lange nicht los. Hier wird er bezeichnet als Einheit von Materie und mechanischer Kraft, und dies als eine logisch-reale Formel u. s. w. Sobald also die Einheit von Materie und mechanischer Kraft aufhört, fängt die Bewegung an.

Die logisch-reale Formel ist nichts als ein lahmer Versuch, die Hegel'schen Kategorien des Ansich und Fürsich für die Wirklichkeitsphilosophie nutzbar zu machen. Im Ansich besteht bei Hegel die ursprüngliche Identität der in einem Ding, einem Vorgang, einem Begriff verborgenen, unentwickelten Gegensätze; im Fürsich tritt die Unterscheidung und Trennung dieser verborgenen Elemente ein und ihr Widerstreit beginnt. Wir sollen uns also den regungslosen Urzustand vorstellen als Einheit von Materie und mechanischer Kraft, und den Uebergang zur Bewegung als Trennung und Entgegensetzung Beider. Was wir damit gewonnen haben, ist nicht der Nachweis der Realität jenes phantastischen Urzustands, sondern nur dies, daß man ihn unter die Hegel'sche Kategorie des Ansich fassen kann, und sein ebenso phantastisches Aufhören unter die des Fürsich. Hegel hilf!

Die Materie, sagt Herr Dühring, ist der Träger alles Wirklichen; wonach es keine mechanische Kraft außer der Materie geben kann. Die mechanische Kraft ist ferner ein Zustand der Materie. Im Urzustand nun, wo nichts passirte, war die Materie und ihr Zustand, die mechanische Kraft, Eins. Nachher, als etwas vorzugehn anfing, muß sich also wohl der Zustand von der Materie unterschieden haben. Also mit solchen mystischen Phrasen und mit der Versicherung, daß der sich selbst gleiche Zustand weder statisch noch dynamisch, weder im Gleichgewicht noch in der Bewegung war, sollen wir uns abspeisen lassen. Wir wissen noch immer nicht, wo die mechanische Kraft in jenem Zustand war, und wie wir ohne Anstoß von Außen, d. h. ohne Gott, von der absoluten Bewegungslosigkeit zur Bewegung kommen sollen.

Vor Herrn Dühring sprachen die Materialisten von Materie und Bewegung. Er reduzirt die Bewegung auf die mechanische Kraft als ihre angebliche Grundform, und macht es sich damit unmöglich, den wirklichen Zusammenhang zwischen Materie und Bewegung zu verstehn, der übrigens auch allen früheren Materialisten unklar war. Und doch ist die Sache einfach genug. Die Bewegung ist die Daseinsweise der Materie. Nie und nirgends hat es Materie ohne Bewegung gegeben, oder kann es sie geben. Bewegung im Weltraum, mechanische Bewegung kleinerer Massen auf den einzelnen Weltkörpern, Molekularschwingung als Wärme oder als elektrische oder magnetische Strömung, chemische Zersetzung und Verbindung, organisches Leben — in einer oder der andern dieser Bewegungsformen oder in mehreren zugleich, befindet sich jedes einzelne Stoffatom der Welt in jedem gegebnen Augenblick. Alle Ruhe, alles Gleichgewicht ist nur relativ, hat nur Sinn in Beziehung auf diese oder jene bestimmte Bewegungsform. Ein Körper kann z. B. auf der Erde im mechanischen Gleichgewicht, mechanisch in Ruhe sich befinden; dies hindert durchaus nicht, daß er an der Bewegung der Erde wie an der des ganzen Sonnensystems theilnimmt, ebenso wenig wie es seine kleinsten physikalischen Theilchen verhindert, die durch seine Temperatur bedingten Schwingungen zu vollziehen, oder seine Stoffatome, einen chemischen Prozeß durchzumachen. Materie ohne Bewegung ist ebenso undenkbar wie Bewegung ohne Materie. Die Bewegung ist daher ebenso unerschaffbar und unzerstörbar wie die Materie selbst; was die ältere Philosophie (Descartes) so ausdrückt, daß die Quantität der in der Welt vorhandenen Bewegung stets dieselbe sei. Bewegung kann also nicht erzeugt, sie kann nur übertragen werden. Wenn Bewegung von einem Körper auf einen andern übertragen wird, so kann man sie, soweit sie sich überträgt, aktiv ist, ansehn als die Ursache der Bewegung, soweit sie übertragen wird, passiv ist. Diese aktive Bewegung nennen wir Kraft, die passive Kraftäußerung. Es ist hiernach sonnenklar, daß die Kraft ebenso groß ist wie ihre Aeußerung, weil es in Beiden ja dieselbe Bewegung ist, die sich vollzieht.

Ein bewegungsloser Zustand der Materie erweist sich hiernach als eine der hohlsten und abgeschmacktesten Vorstellungen, als eine reine „Fieberphantasie". Um dahin zu kommen, muß man das relative mechanische Gleichgewicht, worin sich ein Körper auf dieser Erde befinden kann, sich als absolute Ruhe vorstellen und dann es auf das gesammte Weltall übertragen. Das wird allerdings erleichtert, wenn man die universelle Bewegung auf die bloße mechanische Kraft reduzirt. Und dann bietet die Beschränkung der Bewegung auf bloße mechanische Kraft noch den Vortheil, daß man sich eine Kraft als ruhend, als gebunden, also augenblicklich unwirksam vorstellen kann. Wenn nämlich die Uebertragung einer Bewegung, was sehr oft vorkommt, ein einigermaßen verwickelter Vorgang ist, zu dem verschiedne Mittelglieder gehören, so kann man die wirkliche Uebertragung auf einen beliebigen Augenblick verschieben, indem man das letzte Glied in der Kette ausläßt. So z. B. wenn man eine Flinte ladet und sich den Augenblick vorbehält, wann durch Abziehen des Drückers die Entladung, die Uebertragung der durch Verbrennung des Pulvers freigesetzten Bewegung sich vollziehen soll. Man kann sich also vorstellen, während des bewegungslosen, sich selbstgleichen Zustandes sei die Materie mit Kraft geladen gewesen, und dies scheint Herr Dühring, wenn überhaupt etwas, unter Einheit von Materie und mechanischer Kraft zu verstehn. Diese Vorstellung ist widersinnig, weil sie auf das Weltall einen Zustand als absolut überträgt, der seiner Natur nach relativ ist, und dem also immer nur ein Theil der Materie gleichzeitig unterworfen sein kann. Sehen wir jedoch selbst hiervon ab, so bleibt immer noch die Schwierigkeit, erstens, wie die Welt dazu kam, geladen zu werden, da sich heutzutage die Flinten nicht von selbst laden, und zweitens, wessen Finger dann den Drücker abgezogen hat? Wir mögen uns drehn und wenden wie wir wollen, unter Herrn Dühring's Leitung kommen wir immer wieder auf — Gottes Finger.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein famoses Mittel gegen das überhandnehmende Massenelend. Berliner Zeitungen schreiben: „Den Polizeibehörden sind auf's Neue verschärfte Weisungen zugegangen, um das Unwesen der Bettelei und Landstreicherei zu unterdrücken. Jede beim Betteln betroffene, sich arbeitslos umhertreibende oder der Landstreicherei verdächtige Person ist ohne Ausnahme aufzugreifen und der Polizeibehörde des Ergreifungsortes vorzuführen. Ebenso sollen Herbergen ꝛc., in denen sich loses Gesindel aufzuhalten pflegt, recht häufig, namentlich des Morgens und Abends, revidirt und vorgefundene Landstreicher zur Haft gebracht werden. Das einfache Fortweisen von Bettlern und Landstreichern über die Grenze des Polizeibezirks soll nicht stattfinden." — Obwohl diese Worte eines Commentars wohl kaum bedürfen, um den Massen die „Herrlichkeit" der heutigen Verhältnisse und die „Moralität" der „jetzigen Weltordnung" in einem recht eigenthümlichen Lichte erscheinen zu lassen, drängt den Einsender Dieses angesichts solcher Thatsachen dennoch das Gefühl innerster Entrüstung, die ihn über die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse ergreift, an die mitgetheilte Notiz einige Betrachtungen zu knüpfen: Derjenige also, welcher durch die infolge des herrschenden Schwindelsystems allenthalben eingerissene Geschäftsstockung brodlos geworden, der Proletarier, dem es nicht vergönnt ist, seine Arbeitskraft zu verwerthen — selbst nicht gegen einen Hungerlohn — ist, wenn er, um doch sein trauriges Dasein zu fristen, zum letzten Mittel, zum Bettelstabe greift, ein „Landstreicher", er gehört zu dem „losen Gesindel, gegen das man die Polizei antreibt, das man hinter Schloß und Riegel setzt, um unserer heutigen Gesellschaft den trostlosen Anblick ihrer unzähligen Opfer zu ersparen. Ja, es ist ein recht famoses Mittel gegen das Massenelend, daß man diese unglücklichen Opfer auf die eine oder die andere Weise bei Seite schafft. „Aus den Augen, aus dem Sinn" heißt es auch hier, und all das unsägliche Elend, das hinter den eisenbeschlagenen Thoren der Gefängnisse und Zuchthäuser eingeschlossen ist, das sieht man nicht — wenigstens die „gute Gesellschaft", die Bourgeoisie, ihre Complicen und Schleppenträger sehen es nicht, oder wollen es doch wenigstens nicht sehen — weil es ihnen unbequem ist. Andere aber sehen es und haben es schon längst erkannt, daß eine solche Wirthschaft an der eigenen Fäulniß und Verderbtheit zu Grunde gehen muß, und diese andern sind wir, die Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie hat das Verdienst, mit klarem Verstande erkannt zu haben, an welchen Gebrechen die heutige Gesellschaft krankt, sie darf sich rühmen, mit nimmer ermüdendem Eifer die einmal gewonnene Erkenntniß unter die Massen der Enterbten, der Verfolgten und Mißhandelten verbreitet zu haben, sie kann von sich sagen, daß es ihren Bestrebungen gelingen wird, all die himmelschreienden Ungleichheiten, welche man mit den tönenden Namen „göttliche Weltordnung", „Harmonie der Interessen", „Freiheit der Arbeit" ꝛc. zu beschönigen und zu bemänteln sucht, zu beseitigen, weil sie mit den Gründen, aus denen diese unnatürlichen Verhältnisse entstehen, auch die Mittel kennt, mit denen die Heilung dieser Krebsschäden herbeigeführt werden kann. Möge die scheinheilige Gesellschaft von heute auch noch so ängstlich bemüht sein, das durch ihre Schuld erzeugte fortwährend zunehmende Elend zu verbergen und den Augen der Welt dadurch zu entziehen, daß sie die dem Druck der Noth Erliegenden von der Oeffentlichkeit abschließt, es kann nicht ausbleiben, daß diese wirthschaftlichen Verhältnisse sich selbst aufheben und neue Formen nöthig machen, welche den Forderungen der Menschlichkeit und Menschenwürde mehr entsprechen, als es die gegenwärtigen thun. Sch.

— „Deutsche Sünden". Unter dieser Bezeichnung brachte jüngst die „Straßburger Zeitung" eine Correspondenz aus dem Elsaß, 8. Januar, die sehr bezeichnend ist für dortige Zustände und deshalb hier einen Platz finden mag. Was die Deutsch-Conservativen unter „religiös" verstehen, wissen unsere Leser ja zur Genüge, und die diesbezüglichen Auslassungen thun diesem Stimmungsberichte keinen Eintrag. Die Correspondenz lautet:

„Bei der gegenwärtigen Wahlbewegung kommt es so recht an den Tag, wie wenig eigentlich das sog. Reichsland geistig mit dem deutschen Reiche verbunden ist. Leider muß unserer Regierung und den das Reich vertretenden Deutschen, Beamten und sonstigen Eingewanderten ein Theil der Schuld an diesen Zuständen beigemessen werden. Als 1871 das Elsaß an das deutsche Reich kam, freuten sich die deutsch-gesinnten Elsässer besonders deshalb, weil sie von der Verbindung mit Deutschland für ihre Heimath einen heilsamen, religiösen und sittlichen Einfluß erwarteten und eine Stärkung für mannhaftes, charakterfestes und strebsames Bürgerthum. Diese Erwartung war gewissermaßen ein Trost sogar für diejenigen Elsässer, die ungern ihre französische Nationalität verloren. Wie wenig aber das Elsaß unter der gegenwärtigen Regierung sich einer Förderung der Zustände zu erfreuen hat, ist längst bekannt geworden. Ebensowenig ist das Verhalten der meisten Beamten und des größten Theiles der aus Deutschland Eingewanderten dazu angethan, die Sittlichkeit zu heben oder dem deutschen Namen Achtung zu erwerben. Die meisten Beamten geben durch Irreligiosität und Genußsucht in Stadt und Land viel Anstoß. Es schneidet dem Landmann in's Herz, wenn er sieht, wie die „Neuen Herren" halbe und ganze Nächte mit Prassen zubringen! Denn er weiß wohl, daß ihnen dieses nur durch ihre unverhältnißmäßig hohen Gehälter möglich ist, und daß diese Gehälter dem Ertrage der Steuern des Landes entnommen sind, wobei er in hohem Grade betheiligt ist. Verächtlich blickt der Straßburger Bürger auf die aus Deutschland importirten und von Deutschen gepflegten „Narren"- und „Karnevals-Gesellschaften", die schon mehrere Winter hindurch sich breit machen. Man merke, daß die „Straßburger Zeitung" ein offiziöses, von der Regierung unterstütztes Blatt ist, worin die Regierung ihre Erlasse bekannt giebt. Was in solcher Weise dem Elsaß von Deutschland geboten wird, verachtet der ehrbare Straßburger Bürger gründlich, und selbst in den niederen Volksklassen zuckt man die Achseln darüber; es kommt zuletzt noch dahin, daß deutsch gesinnte Elsässer sich dieser ihrer Gesinnung schämen müssen."

Auch wir verurtheilen energisch den stets von den zahllosen Gemeinheiten begleiteten Karnevalunfug, freilich aus anderen Gründen als die Conservativen. Unter dem Regimente der „verkommenen" Franzosen hat man also noch nichts von dieser mittelalterlichen Kulturblüthe gewußt — erst vom Volke der Dichter und Denker haben sie dieselben kennen gelernt. Nun ja, in Deutschland florirt der Karneval!

— Ueber die Berliner Wahlen läßt sich die „Frankfurter Zeitung" noch schreiben: „In den ersten Tagen wirkte der Wahlausfall in unseren Bürgerkreisen eben so niederschmetternd, wie in Dresden, wo am Abend des 10. Januar auf dem Hofball selbst den königlichen Trompetern der Athem eine Zeit lang stille stand, als Bebel's und Liebknecht's relative Siege in beiden Wahlkreisen der sächsischen Hauptstadt bekannt wurden. Man rechnete im ersten Schreck 40—50 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete zusammen. Nun hat man sich schon beruhigt und glaubt sich noch mehr beruhigen zu dürfen, nachdem die „Volkszeitung" den guten Leuten erklärt hat, daß es unter den 31,494 Wählern sehr viele giebt, welche gar nicht zu den Sozialdemokraten gehören, da sie weder Lassalle noch Carl Marx gelesen haben. Die „Volkszeitung" hat sehr recht. Wäre ich aber Herr Fritzsche oder Herr Hasenclever, so würde mich ihre Entdeckung äußerst befriedigen, da sie der sozialdemokratischen Partei noch bessere Aussichten eröffnet. Während die wohlgenährten Hoflakaien unisono für Herrn von Forckenbeck stimmten, haben viele hungernde Subalternbeamte, ja selbst Schutzleute, die für 2 Mark Tag über zu Pferde Wache halten müssen, Stimmzettel für Fritzsche oder Hasenclever abgegeben."

— Die „Vossische Zeitung" theilt mit: „Der Abgeordnete v. Schorlemer-Alst hat das Präsidium des landwirthschaftlichen Hauptvereins für Westfalen niedergelegt. Die Regierung wollte nicht ein so einflußreiches Institut in der Oberleitung eines prononcirten „Reichsfeindes" sehen." — Vielleicht findet Herr Friedenthal einen besseren, „brauchbareren" Mann!

— Zur Empfehlung des Dr. Max Hirsch zum Reichstagsabgeordneten sagte in einer Wählerversammlung zu Berlin Franz Duncker wörtlich: „Man hat versucht, den Dr. Max Hirsch zu verdächtigen, indem man ihm sozialdemokratische Neigungen zuschreibt; ihm, der zuerst die Arbeiterkreise gegen die zersetzenden Einflüsse der sozialdemokratischen Agitationen organisirt hat; ihm, der zuerst das harmonische Zusammenwirken aller Gesellschaftsklassen auf den Schild erhob, der sich diese Aufgabe zum Lebenszweck machte!" — Unsere Berliner Parteigenossen werden sich diesen Lobgesang des Herrn Duncker merken und am Tage der Stichwahl dem Harmonieapostel, der den Arbeitern Sand in die Augen streut, zu seinem Durchfall gratuliren.

— Ein braver Fortschrittsmann. Der Freund des Professor Hänel, der an zwei Orten durchgefallene Professor Seelig aus Kiel, der zur Linken der Fortschrittspartei gehört, empfiehlt seinen Wählern, bei den Stichwahlen für den deutsch-conservativen Grafen Holstein und gegen Reimer, dann für den national-conservativen Professor Beseler und gegen Stöhr zu stimmen. Ein netter, braver Fortschrittler das, dem man einen Krebs auf den Rücken malen müßte mit der Devise: „In hoc signo vinces!" (In diesem Zeichen wirst du siegen!)

— Politische Bildung unserer Gegner. Laut Bericht des „Drsdener Journals" nahm Bebel das Reichstagsmandat für

Herr v. Puttkammer.

(Fortsetzung.)

Alle diese Sätze gehören dem vorerwähnten „Drohbriefe" an. Wir finden darin nicht den geringsten Anhalt, um v. Puttkammer für verrückt zu halten. Den Kriegsminister betrachtete er als seinen Hauptgegner in den militärischen Kämpfen, er hatte die Einsetzung des Kriegsgerichts gefordert, seine Beschwerden auf die Bestimmungen der Verfassung und der Militärgesetzgebung gestützt und glaubte, da auf so begründete Beschwerden kein Bescheid erfolgte, an ein Hintertreiben der Kriegsgerichte. Ob seine Annahme richtig war, das entzieht sich unserer Beurtheilung, jedenfalls lag aber eine solche Annahme nahe.

„Als der Dr. Rieck einen abermaligen Versuch gemacht hatte, den Imploraten in seiner Wohnung zu sprechen, erhielt er einen von Berlin, den 1. April 1871 datirten Brief von ihm, worin er ihn der Theilnahme an dem Vergehen des Köpenicker Gerichts-Commissarius bezichtigte und obwohl er selbst früher die Gültigkeit der Ehrengerichte als Ausnahmegerichte bestritten hatte, ihn bedrohte, das ehrengerichtliche Verfahren gegen ihn zu beantragen und sich zugleich zum Duell bereit erklärte."

Das Erkenntniß vermengt hier zwei durchaus verschiedene Angelegenheiten. Herr v. P. hatte die Ehrengerichte in einem speziellen Falle zurückgewiesen und seine Zurückweisung auch so begründet, daß von einer Einsetzung eines Ehrengerichts Abstand genommen wurde. Hier handelte es sich aber um Dr. Rieck, der Stabsarzt, also Militär war und dem die härtesten Vorwürfe gemacht wurden.

„Der Curator Liese räumte in einem zufolge Verfügung vom 3. April am 4. April 1871 anberaumten Termine die Behauptungen der Provokation als richtig ein und wiederholte den Antrag auf Unterbringung des v. P. in eine Irrenanstalt."

Es drängt sich hier zunächst die Frage auf, wenn durch Insinuation der Klage die Litispendenz der Sache eingetreten ist. — Ein Klagebeantwortungstermin mit 24 Stunden Frist in einer so hochwichtigen Sache, in der das bürgerliche Leben eines Menschen auf dem Spiele stand, das erscheint uns etwas stark und um so stärker als Liese v. Puttkammer nie gesehen und sich nie überzeugt hatte, ob die Angaben des Herrn Friedel auch auf Wahrheit beruhten.

Mit dem Ersuchen um Aufnahme des nach dem Atteste des Dr. Rieck als gemeingefährlich bezeichneten Geisteskranken wurden 30 Thlr. aus der (gesetzlich executionsfreien) Pension des Herrn v. Puttkammer an die Direktion der Charité in Berlin gesandt, Herr v. P. auch von der Köpenicker Polizei dorthin abgeliefert.

„Die Einleitung des ganzen Verfahrens auf Blödsinnigkeitserklärung, die Unterbringung in der Charité, die Beschlagnahme und Verwendung seiner Militärpension sind für v. Puttkammer die Veranlassung zu einer endlosen Reihe von Beschwerden, Remonstrationen und Gesuchen mit den gröbsten Schmähungen gegen alle dabei betheiligten Personen geworden."

Das ist richtig und für jeden unbefangenen Leser auch sehr begreiflich. Wir konstatiren hier nur, daß das Gericht, wenn auch ohne es zu wollen, selbst ein Motiv für die „Drohbriefe" und die leidenschaftliche Korrespondenz bei Einleitung des Verfahrens giebt, während sie früher ohne Angabe eines Motivs zur Beurtheilung des Geisteszustandes des Herrn v. Puttkammer verwerthet wurden.

„Namentlich behauptete er fortwährend, daß das Kgl. Stadtgericht in Berlin die competente Behörde sei und nicht das Königl. Kreisgericht, da er von Köpenick nach Berlin verzogen gewesen sein will, während seine Ehefrau in Köpenick eine selbstständige Wohnung habe und er von dieser abgemeldet sei. In einer seiner neuesten Eingaben hat er behauptet, am 28. März 1871 Mittelstr. 5 Wohnung genommen zu haben. Dort ist er persönlich aber nie angetroffen worden."

„Nach der Unterbringung des Provokaten in die Charité siedelte auch seine Ehefrau nach Berlin über."

Bekanntlich war v. Puttkammer bereits am 6. März nach Berlin übersiedelt, polizeilich war er aber erst am 28. März gemeldet worden.

„Auch ein Attest des Professor Dr. Westphal vom 18. April 1871 erklärte den Provokaten im Sinne des Gesetzes für blödsinnig. Da derselbe ihn aber zugleich für unheilbar erklärte und eine Gemeingefährlichkeit nicht annahm, so erfolgte, bevor eine Feststellung des Gemüthszustandes des v. Puttkammer geschehen konnte, unterm 10. Mai 1871 seine Wiederentlassung aus der Charité, wonächst auch der Professor Dr. Westphal die Betheiligung an der Feststellung des Gemüthszustandes des v. Puttkammer ablehnte."

Ein höchst sonderbarer Passus! Es herrscht ein eigenthümliches Dunkel über die Vorgänge innerhalb der Charité.

Der fiskalische Anwalt hatte Dr. Rieck als Sachverständigen vorgeschlagen, der Kurator den Dr. Westphal. Beide hatten von Puttkammer für blödsinnig und zwar für unheilbar erklärt. Reichten denn diese Erklärungen nicht aus, um das Verfahren abzuschließen? Wie kommt es, daß v. Puttkammer aus der Charité entlassen werden konnte und was bedeutet es, daß auch Professor Dr. Westphal die Betheiligung an der Feststellung des Gemüthszustandes ablehnte? Er hatte ihn ja schon konstatirt!

Ist es nicht merkwürdig, daß das Gericht über eine der wichtigsten Partien des Prozesses nicht unterrichtet ist? v. Puttkammer wurde auf Befehl des Direktors der Charité, Dr. Esse, entlassen, weil er ihn für völlig gesund erachtete.

„Der fiskalische Anwalt Justizrath Stubenrauch, der seine Provokation auch noch durch neuere Mittheilungen des Königl. Kriegsministerii ergänzte, berief sich auf den Dr. Lehnerdt als Sachverständigen."

Wir fragen: Mit welchem gesetzlichen Rechte?

„An Stelle des Kaufmanns Liese wurde nach Uebersiedlung der Familie v. Puttkammer nach Berlin der Bruder des Imploraten, Kreisrichter, jetzt Appellationsgerichtsrath v. Puttkammer zu Colmar zum Kurator bestellt."

Eine wunderbare Maßregel! Liese wohnte in Köpenick, der Bruder des Imploraten in — Fraustadt.

„Derselbe beantragte die Anberaumung eines neuen Klagebeantwortungstermines, weil die Provokation gar nicht dem Kurator mitgetheilt war."

Giebt es wohl etwas Merkwürdigeres? — Die Sache war also noch gar nicht einmal litispendent und schon hatte v. P. als Geisteskranker in der Charité gesessen und schon war Vermögens-Sequestration u. s. w. erfolgt! Dem Anfange der Geschichte aber ist dieser Verlauf durchaus entsprechend.

(Fortsetzung folgt.)

Glauchau wieder an, daher wird in Dresden-Altstadt keine Stichwahl erforderlich sein. — Das politisch hochgebildete Journal weiß also nicht, daß trotz der Mandatannahme in Glauchau trotzdem mit Bebel Stichwahl vollzogen werden muß! Die Herren vom „Dresdener Journal" sollen sich ihr Lehrgeld wieder geben lassen von da, wo sie „Publizistik" gelernt haben!

— Der Staat ist in Gefahr! Wie haben sie immer über Roheit der ungebildeten Klassen geschrien und geschrieben, die jetzt rufen: „Einen Skandal! einen Skandal! Ein Königreich für einen Skandal!" Das war das Leitmotiv der Taktik der geehrten Herren liberalen Gegner in Nürnberg: aber siehe da, der erwünschte Skandal blieb aus! Wie unnöthig war das Consigniren von Truppen in die Kasernen, um die „Ordnung" aufrecht zu erhalten, event. „das Vaterland zu retten." Ebenso geschah es in Bremen, wo man auch schon alles Mögliche befürchtet zu haben scheint, aber ebenso überflüssig war auch dort diese Maßregel, die uns ein Beweis ist, wie man die Macht unserer Partei fürchtet, wie man aber auch immer noch ihre Tendenzen nicht versteht.

— Maßregelungen. Aus Oberschlesien schreibt man der „Kreuzzeitung": Am 2. Januar sah man über 50 Wagen mit Möbeln und Hausgeräthen gefüllt durch Groß-Strehlitz ziehen. Jene Möbel gehörten den armen Leuten, die auf den Dominien in der Umgegend gearbeitet hatten und zum größten Theil wegen der Wahl am 20. Oktober v. J. entlassen worden waren, weil sie nicht nach dem Willen ihrer Herren und Brodgeber gewählt, sondern nach ihrem Gewissen gestimmt hatten.

— „Staatshilfe". In Elbing ist ein großes Unglück geschehen, die Wohnungen standen am 14. d. M. zum großen Theil noch unter Wasser, als die Kälte hinzukam, um die Bewohner zu peinigen. Wir haben bei früherer Gelegenheit gesehen, wie „schnell" unser Staat seinen verunglückten Unterthanen beispringt: auch diesmal hat der landwirthschaftliche Minister Friedenthal „schon" Vertrauensmänner berufen zu einer „Besprechung". Als die großen Ueberschwemmungeu im Lande unseres „verkommenen Erbfeindes" waren, dauerte es keine Woche und Beschlüsse zu sofortiger Hülfe wurden nicht nur gefaßt, sondern auch sogleich ausgeführt! Doppelt giebt, wer schnell giebt! Freilich, bei so großartigen Ausgaben für Kriegs-Kulturzwecke muß man in Deutschland fürsichtiglich prüfen und den Groschen hundertmal umdrehen, ehe man ihn ausgiebt!

— Wir erhalten aus den Reichslanden folgende Zuschrift: „Die „Metzer Zeitung" meldet, daß von 7202 eingeschriebenen Wählern sich nur 3393 an der Reichstagswahl betheiligt haben. Von diesen 3393 stimmten 3258 für den bei seiner neulichen Wiederwahl zum Bürgermeister der Stadt von der Regierung nicht bestätigten französisch gesinnten Exbürgermeister Paul Bezanson. Prüfen wir die angeführten Zahlen, so finden wir, daß von 7202 Wahlberechtigten mehr als die Hälfte sich jeder Abstimmung enthalten haben, und daß von denen, die wählten, nur (und zwar im günstigsten Falle) 135 liberal — d. h. preußisch-liberal — gewählt haben können. Trösten wir uns damit, daß wahrscheinlich keine Arbeiter darunter waren; diese 135 Stimmen werden wohl größtentheils von Beamten geliefert worden sein. Wir nehmen an, daß von der großen Anzahl derer, die nicht wählten, die Meisten sich der Abstimmung enthielten, weil sie die Unfähigkeit der Regierungspartei zur Herbeiführung besserer Zustände einsehen und weil sie mit den Bestrebungen der wahren Volkspartei, der sozialistischen Arbeiterpartei, noch unbekannt sind. Es wäre vielleicht anzurathen, die Agitation auch auf Lothringen auszudehnen. Sch.

— Die Türken lassen sich nicht verblüffen, sie kennen die russische Ohnmacht besser, als Rußland selbst; sie wissen, wie faul es im russischen Hauptquartier steht. Sie wissen auch ferner, daß die Einigkeit der Großmächte nur eine scheinbare ist, und daß die meisten derselben eine Theilung der Türkei deshalb nicht wollen, weil sie glauben, bei dem Raub zu kurz zu kommen. Der große Rath der Türkei hat alle Vorschläge der Großmächte abgelehnt — die Conferenz geht resultatlos auseinander. Die Türkei aber, bis an die Zähne gewaffnet, hört mit großer Gemüthsruhe dem Brummen des russischen Bären zu, der so viele Läuse im Pelz hat, daß er vor lauter Jucken und Kratzen nicht von der Stelle kommen kann. Dem großmäuligen Gebahren des Meister Braun ist die gegenwärtige Situation wohl zu gönnen.

— Culturblüthe der amerikanischen Bourgeoisie. Newyork wird gegenwärtig durch eine Skandalgeschichte in Bewegung gesetzt, welche in der That selbst in dieser skandalreichen Stadt wohl nicht leicht ihres gleichen finden dürfte. Der Held derselben ist keine geringere Persönlichkeit, als Hr. James Gordon Bennett, der Eigenthümer des „Herald", besser bekannt als Polo-Spieler, Dauerläufer und Sportsman im Allgemeinen. Wie bekannt, war Hr. Bennett bereits seit längerer Zeit mit einer jungen Dame aus Baltimore, Miß May, verlobt und die Hochzeit war auf den 4. Januar festgesetzt. Miß May's Brautstaat war von Paris hier angelangt und erregte den Neid und die Bewunderung der ganzen feinen Welt und Hr. Bennett hatte für die Hochzeitsreise über den Ozean auf dem Dampfer „Russia" zwei Kajüten mit fast fürstlicher Pracht einrichtea lassen. Das junge Paar wollte einige Wochen in Paris und London zubringen und dann nach Amerika zurückkehren. Der Gedanke war schön, aber es kam anders. Es scheint, daß Hr. Bennett angesichts des bevorstehenden Ehestandes nicht, wie so viele junge Leute dies thun, seine lockere Lebensweise fahren ließ und etwas solider wurde, sondern daß er im Gegentheil toller drauf los lebte, als je. Namentlich in der letzten Zeit tauchten allerlei höchst skandalöse Geschichten auf. Dies mag wohl auch schließlich Miß May zu Ohren gekommen sein und sie mit Befürchtungen für ihre Zukunft an der Seite eines so extravaganten Gatten erfüllt haben — genug, das Verlöbniß wurde noch in der zwölften Stunde abgebrochen, wie es heißt, auf gegenseitiges Einverständniß. In wie weit auch die Familie der Miß May mit dem Arrangement der Angelegenheit einverstanden war, ist nicht bekannt geworden, wohl aber ist es eine Thatsache, daß gestern Nachmittag ein Bruder der Dame Herrn Bennett gerade vor dem Gebäude des „Union-Club" mit einer Peitsche einige Hiebe versetzte und ihn zu Boden warf. Einige herbeieilende Mitglieder des Union-Clubs haben dem Skandal ein Ende gemacht. Bennett wird unter den obwaltenden Umständen noch eine Zeit lang sein Junggesellenleben fortsetzen müssen, was ihm seine Mittel auch erlauben.

— Wahlcuriosum. Aus Neurode, wo Kapell und der klerikale Fabrikant Franz sich in der Stichwahl befinden, schreibt man: „Kurz vor Schluß des Wahlaktes stürzte ein Mann, athemlos vom schnellen Lauf, in das Zimmer und brachte nur mühsam die Worte: „Ach, Sie entschuldigen, ach, Sie verzeihen!" vor. Der Wahlvorsteher, welcher dem Abgehetzten das Sprechen erleichtern zu müssen glaubte, fragte nun: „Wie heißen Sie?" — „Ach! — Ach! — Sie entschuldigen — Sie verzeihen — ich — ich — habe für — Kapell einen Stimmzettel abgegeben und — und — es war nicht der richtige. Geben Sie mir den wieder, ich will für Franz stimmen." Allgemeines Gelächter belehrte den Renmüthigen, daß es hier keinen Rückgang mehr gebe."

— In Zürich haben unsere Parteigenossen zu Geldsammlungen für die in Deutschland stattfindenden Stichwahlen aufgefordert. Bravo!

Correspondenzen.

Ottensen. Am 8. Januar fand hierorts eine Volksversammlung statt, welche so zahlreich besucht war, daß die Räume des Burmeisterschen Lokales die Menge nicht fassen konnten. Die Tagesordnung lautete: Candidatenrede des Herrn Max Stöhr aus Berlin. Dieser entledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise. Er begann damit, daß er seine beiden Gegenkandidaten einer scharfen Kritik unterzog. Der Redner ging dann dazu über, das sozialistische Programm zu erklären, das er für das seinige anerkannte. Er versprach, daß er, falls er gewählt würde, im Reichstage für eine Novelle zum Haftpflichtgesetz, für eine progressive Einkommensteuer, für Volkswehr (zunächst für einjährige Dienstzeit) für ein freies und gutes Unterrichtsgesetz und überhaupt für das Wohl der Gesammtheit eintreten werde. Rauschender Beifall belohnte den Redner. Als der Vorsitzende hierauf zur Interpellation aufforderte, meldete sich Herr Lehrer Wolf von hier zum Wort. Derselbe brachte so ergötzliche Sachen vor, daß es sich der Mühe lohnt einige davon anzuführen. Er erklärte, daß er dem Herrn Max Stöhr seine vollste Anerkennung zolle, aber gegen dessen Prinzipien sei, denn die Sozialdemokraten wollten nur, daß alles Eigenthum an den Staat übergehe und Hasenclever Reichskanzler und die übrigen Abgeordneten Minister würden! Der Redner erklärte ferner, daß die Presse viel zu frei sei (!!) und durch das milde Strafgesetzbuch ein großer Schlendrian herbeigeführt sei; ferner erklärte Redner, daß wir es der liberalen Partei zu verdanken hätten, daß die Schule auf den Standpunkt gekommen sei, daß jedes (?) Kind einen ordentlichen — Unterricht erhalte. Ferner, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage nichts gethan hätten. Mit dem Militärgesetz erkläre er sich einverstanden, er könne nicht glauben, daß die Versammlung für die Verweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte sei. Hrn. Max Stöhr fiel es natürlich nicht schwer, solch confuses Zeug zu widerlegen. Jedoch hiemit war der Herr Wolf noch nicht zufrieden, hauptsächlich des Vorredners Aeußerungen über die Volksschule verschnupften ihn. Daß 4000 Lehrerstellen in Deutschland unbesetzt seien, bestritt er einfach. Im Uebrigen seien die Schulen in einem guten Zustande, denn in jeder Schule sei ein Globus, eine Wandtafel, ein Stück Kreide und ein Schwamm (Schallendes Gelächter) und der Unterricht sei ein guter. Als der Herr hierauf gefragt wurde, ob es auch zum guten Unterricht gehöre, wenn er den Kindern erzähle, daß die Sozialdemokraten keine Religion besäßen und den lieben Gott absetzen wollten. Da sprang Herr Wolf auf und erklärte, daß er ganz empört sei, so etwas zu hören, die Aussagen seien entstellt oder erlogen, auch hätten die Kinder ihn erst darnach gefragt. — Unterzeichneter bestätigte jedoch Vorstehendes und brachte noch mehrere Beispiele bei. Herr Wolf erklärte hierauf, daß er nie wieder in einer Volksversammlung sprechen werde, er sei gründlich „belehrt" (oder kurirt, nicht wahr, Herr Wolf?) worden. Nachdem noch eine Resolution, dahingehend, für die Candidatur des Herrn Max Stöhr einzutreten, mit allen gegen eine Stimme angenommen worden war, wurde die Versammlung geschlossen. Eine Tellersammlung ergab M. 119.14. J. Schmidt.

Gera. (Ein Wort an die Arbeiter.) „Die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen", so ist ein Artikel überschrieben, der die Runde durch die nationalliberalen Blätter macht und merkwürdiger Weise mit einer Wahrheit beginnt, die auch wir Arbeiter uns zu Herzen nehmen dürfen: „Im Politiktreiben der Massen — zu denen wir hier auch die Gebildeten und Gebildetsten rechnen — spielt das kurze Gedächtniß, welches dabei bewiesen wird, eine überaus große Rolle." Ja, wie käme es denn sonst, daß sich noch so viele von uns im Schlepptau der Fortschrittspartei befänden, nachdem diese uns vor drei Jahren genau dasselbe Kunststückchen vorgemacht hat wie diesesmal: vor der Wahl provozirt sie irgend einen Streit mit der nationalliberalen Partei und nach derselben? — Nun da vertragen sie sich eben wieder; wie könnten sich denn ein paar so gute, alte Freunde um einer solchen Kleinigkeit willen trennen; kompromittirt haben sich ja Beide und was der Fortschrittspartei dabei noch fehlt, das holt sie jetzt reichlich nach, wie aus nachstehendem, der „Magdeb. Ztg." entnommenen Artikel zu ersehen ist:

„Im Abgeordnetenhause hat sich soeben eine Thatsache vollzogen, die in ihrer weitgehenden Bedeutung, obwohl äußerlich nur durch Namen bezeichnet, die allgemeine Beachtung verdient. Die nationalliberale Fraktion ging in ihren kürzlichen Berathungen, betreffend die Wahl des Präsidenten, Vicepräsidenten 2c. von der Ueberzeugung aus, daß ein Pactiren mit der Fortschrittspartei à tout prix nicht nur nicht rathsam, sondern geradezu unehrenhaft sein würde. Da aber Spaltungen innerhalb der Fortschrittspartei in sehr ernsten Debatten derselben zu Tage getreten, hielt man es für angebracht und im Interesse der liberalen Sache (in Anbetracht des Wahlausfalls zum Reichstage), den Versuch zu machen, die ruhiger denkenden Elemente innerhalb der Fortschrittspastei zu unterstützen. Vertrauensmänner sondirten die Stimmung der letzteren Partei und brachten derselben in vertraulicher Weise die Ansichten der nationalliberalen Fraktion zur Kenntniß. Der Fortschritt zeigte ein weitgehendes Entgegenkommen, erkannte die begangenen Fehler an und ging auf ein ihm gestelltes Ultimatum ein."

Und was bezweckt diese Verbindung? so werdet ihr fragen. Arbeiter! lest die nachstehenden, dem erst angeführten Artikel entnommenen Zeilen:

„Mit einem Worte, es ist nothwendig, daß man sich in Deutschland zwischen zwei Dingen entscheidet: entweder wir müssen das allgemeine gleiche Wahlrecht wieder abschaffen — was, nachdem dasselbe einmal eingeführt worden, ebenso schwierig wie gefährlich ist; oder es muß eine durchaus veränderte Auffassung der Pflicht, zu wählen, durchdringen. Die abermalige Constatirung der Stärke der deutschen sozialdemokratischen Partei wird erneuten Anlaß geben, die Möglichkeit auch anderweitiger Gegenwirkung, als vermittelst des Stimmzettels, wieder zu erwägen."

Wem von euch nun noch nicht die Augen aufgehen, wer von Euch nun noch nicht weiß, wohin er sich zu wenden hat, dem ist in seinem Leben nicht zu helfen; denn hier liegt doch wohl der Beweis klar zu Tage, daß beide Parteien eins und beide Reaktionäre vom reinsten Wasser sind. Ein wirklich liberaler Mann wird sich von einem solchen Gedanken mit Abscheu wenden und wird auch mit denen nicht mehr politisch zusammen gehen können, die solche Gedanken entwickeln. Darum rufe ich euch Arbeitern, die ihr euch noch nicht entschließen konntet mit uns zu gehen, zu: Werft die Ketten der Bevormundung von euch, werdet freie, politisch-selbstständige Männer, unterrichtet euch über die wahren Ziele und Zwecke unserer Partei und ihr werdet über drei Jahre bei der Wahl ein besseres Gedächtniß beweisen. — Wir aber, Parteigenossen, wollen uns nicht durch Drohungen einschüchtern lassen, sondern im Bewußtsein der Berechtigung unserer Forderungen der Zukunft mit Ruhe ins Auge sehen.

Altenburg, 14. Januar. Wir haben die Wahlschlacht verloren. Im andern Fall wäre sofort Jeder von uns, triumphirend wie jener Grieche vom Schlachtfeld von Marathon, mit der Siegeskunde zum Telegraphenamt gelaufen und hätte zusammenbrechend noch die Depesche überreicht: „Freut Euch, Genossen, wir haben gesiegt!" Wir siegten nicht, aber wir sind mit Ehren unterlegen. So weit die Wahlergebnisse vorliegen, hat es der bisherige Vertreter, Appellations-Gerichts-Präsident Dr. Wagner, dessen Titel der Herzog Neujahrs um das Wort „Vice" zu kürzen geruhte, auf gegen 7000 Stimmen gebracht, unser Candidat Stolle hat etwa halb so viel erhalten, und der Conservative fiel gründlich durch. Es ist für jeden Candidaten lebhaft agitirt worden, so brachte die „Altenburger Zeitung" bisweilen seltsame Lobsprüche auf Herrn Wagner, der ein bewährter Mann sein sollte, ein leutseliger, ein bekannter Mann! Wahrhaftig, es schien, als müßten die Blinden in Altenburg seinen Tritt kennen. Die Conservativen bezahlten seitenlange Annoncen, die in Jämmerlichkeit mit den liberalen Wahlaufrufen wetteiferten. Wir agitirten vornehmlich in Versammlungen, so daß solche während der letzten 14 Tage vor der Wahl fast täglich, mitunter mehrere an einem Tage, stattfanden. In Altenburg sind uns bnrch liberale Beeinflussungen alle größeren Lokale versperrt, und sind wir auf den Gasthof zum Rautenkranz beschränkt, dessen Saal etwa 150—200 Menschen faßt. Die letzte, überwiegend von Fremden besuchte Versammlung fand am 6. d. statt, und hatte ich über die Reichstagswahl zu referiren, wobei ich die Wahlaufrufe unserer Gegner musterte, ihre Thätigkeit im Reichstage beleuchtete, sowie unsere Bestrebungen klarlegte und die Wahl Stolle's empfahl. Nach mir sprach noch Genosse Müller von hier, und fand sein Vortrag, der von vielen humoristischen und satyrischen Anspielungen begleitet war, wiederholten Beifall. Am 7. fuhren Müller und ich nach Löbichau, um an Stelle Stolle's, der mit Versammlungen in Zehma und Gößnitz beschäftigt war, zu referiren. Schon beim Eintritt in's Versammlungslokal tönten uns Droh- und Spottrufe entgegen. Anwesend waren etwa 200 Mann, darunter 30—40 „Gebildete", wozu ich zwei Pastoren, Lehrer, Ortsvorsteher, Besitzer u. s. w. zähle. Nachdem Genosse Ulrich aus Ronneburg zum Vorsitzenden gewählt worden war, ergriff ich das Wort, wurde aber nach 10 Minuten durch Gelächter und Geschrei unterbrochen, das selbstverständlich von der Minorität Gebildeter ausging, die kleinen Leute betrugen sich durchweg anständig. Ein Appell an die „Intelligenz" dieser Leute brachte mir noch 10 Minuten Ruhe, dann brach der Lärm verstärkt los. Vor uns lehnte in der ersten Reihe ein betrunkener Mensch, der Grimassen schnitt. Ihm wurde von hinten ein Glas Bier gereicht, das er über seinem Haupte schwang, und konnte er auch nicht festen Schrittes vor uns hintreten, so konnte er doch noch vor die Tribüne taumeln und mir zubrüllen, daß mich Niemand hören wolle. Da man bei dem Tumult kaum sein eigenes Wort verstehen konnte, verließ ich die Tribüne, worauf Ulrich noch einen Versuch machte, aber bald niedergebrüllt wurde. Dasselbe Schicksal hatte Müller. Nun sprang Jemand vor, der mit etwas comödienhaften Gestikulationen erklärte, daß wir hier keinen Boden fassen würden, da ich die Existenz Gottes bestritten hätte, woran hier Jeder glaube. Ihm zu repliziren war unmöglich, da heftiges Gebrüll unsere Worte erstickte. Es war ein Heidenlärm, wie ihn Dante in seiner „Hölle" beschreibt. Unter solchen Umständen schloß Ulrich die Versammlung, doch fanden wir zu unserer Genugthuung später im Gespräch mit den Arbeitern, daß diese solches Gebahren entschieden verurtheilten. Dies war die erste sozialistische Versammlung in Löbichau, und auch sie hatte ihre Vortheile. Ein Bericht in der „A. Z." nennt diesen Tumult eine der wohlthuendsten Scenen. Ja doch! Man weiß ja, daß eine große Anzahl Wörter im liberalen Lexikou die Bedeutung ändert, so heißt z. B. Lüge Wahrheit, Volksbetrug Liberalismus, so wird nun auch ekelhaft mit wohlthuend übersetzt. Derselbe Bericht, auf die Unwissenheit spekulirend, hebt mit gesperrter Schrift hervor, ich hätte gesagt, es gäbe keinen Gott und die Kinder würden durch den Religionsunterricht geradezu verdorben. Ebenso wird in einem andern Bericht über einen Vortrag Klute's in Ronneburg augenfällig hervorgehoben, daß Klute an der Existenz Gottes gezweifelt hätte. Das Zeitungsgeschwister braucht ihn als Mittel zum Zweck! Nette Gesellschaft! — Auf der Rückfahrt von Löbichau stiegen wir in Gößnitz aus und hatten noch Gelegenheit, Stolle's Candidatenrede zu hören. Sein fließender und glänzender Vortrag wurde mit allseitigem Beifall aufgenommen, und war diese Versammlung für uns nach dem Löbichauer Tumult eine wahrhaft wohlthuende Scene. Nach Stolle berichtete Müller kurz über Altenburger Verhältnisse, und er fand reichen Beifall. — Einige Tage vor der Wahl zeigte der städtische Verein an, daß Herr Präsident Wagner, M. P. (nach englischem Muster Abkürzung von member of parliament, Mitglied des Parlaments, über seine parlamentarische Thätigkeit Bericht erstatten werde, und freuten wir uns schon auf den Spaß. Da erließ noch im letzten Augenblick Herr Wagner, M. P., eine Annonce, worin er angab, wegen Heiserkeit nicht sprechen zu können, und so wurden wir um ein Vergnügen, die „Altenburger Zeitung" um einen Artikel und das Parlamentsmitglied um eine große Ovation gebracht. Wie man hört, wird aber doch Herr Wagner, M. P., noch später seine Rede halten. Seit der Wahlbewegung macht sich in der „Altenburger Zeitung" ein Versifex bemerkbar, der uns in komischen Reimen anbellt und uns damit stets sehr amüsirt. Auch den liberalen Wahlsieg hat er in der „Altenburger Zeitung" in völlig angemessener, d. h. in schulknabenhafter Weise besungen und hoffen wir, unserer Heiterkeit und des Profits der „Altenburger Zeitung" wegen, diesen postum laureatum (lorbeergekrönten Dichter) noch oft solche komische Poesie vomiren zu sehen.

Haben wir diesmal an manchen Orten einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, so erwarteten wir doch eine regere Wahlbetheiligung seitens der Arbeiter. Leider giebt es unter ihnen noch viel Gleichgültige, aber es darf nicht so bleiben. — Parteigenossen! wir haben noch lange nicht genug gethan. Also vorwärts! Besucht Alle unsere Versammlungen und bringt viel Fremde mit. Ermahnt auch die Arbeiter, möglichst nur in den Lokalen zu verkehren, wo unsere Blätter ausliegen. Heute kann ich mittheilen, daß der „Vorwärts" bei Ackermann zur Geraischen Linde ausliegt; das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" bei Fischer, Spiegelgasse; die „Berliner Freie Presse" in Stadt Breslau, Bergstraße. Weiteres hierüber nächstens. Schließlich noch unsern Dank den Parteigenossen, die am Wahltage und vorher sich durch verschiedene Dienstleistungen nützlich machten.

Es fielen Stimmen auf Appellationsgerichts-Präsident Wagner (lib.) 12,904, Freiherr v. Hardenberg (conserv.) 1404, Gärtner Stolle 4489. — Wir haben also 542 Stimmen mehr als bei voriger Wahl errungen, immer aber noch zu wenig für unsere

Erwartungen. Doch konnten wir auf den meisten Dörfern, sowie in der Stadt Altenburg selbst nicht genug agitiren, weil keine geeigneten Versammlungslokale zu erlangen waren. Hoffentlich geht es nächstes Mal besser."

a. Dresden-Altstadt, 19. Jan. Je näher der Tag der Stichwahl zwischen Bebel und Mayhoff rückt, desto rühriger wird die Partei des letztgenannten um die Sozialdemokratie und ihren Candidaten zu sich herab in den Koth zu ziehen und für sich Propaganda zu machen. Nicht genug, daß sie ihre staatsverbessernden Grundsätze preiset und goldene Berge verspricht, die Fortschrittler und Conservativen über Nacht zu ganz vorzüglichen Menschen stempelt, die unmöglich Vaterlandsverrath begehen und Bebel wählen können — nein, sie muß vor allen Dingen klar machen, wer eigentlich diese Sozialdemokraten sind und was sie anstreben, was aus dem Staate werden wird, wenn in Altstadt, wie vorauszusehen, Bebel aus dem Wahlkampfe mit Majorität der Stimmen hervorgeht. Das Rührendste ist, daß sie selbst in den „höheren" Kreisen ihrer Sache nicht sicher sind und glauben belehren und warnen zu müssen, wie die gestern und heute per Post erfolgte massenhafte Versendung einer Brochüre („Die Sozialdemokraten, was sie den Wählern versprechen und was sie halten") an Häuserbesitzer, Kaufleute 2c. darthut. Sieht es so aus? Wahrlich, ein gründlicheres Armuthszeugniß hätten sich die Leute nicht ausstellen können, sie fürchten sich und trauen sich selbst nicht mehr. Ueber den Inhalt der erwähnten Brochüre lassen Sie mich schweigen, „heilloser Quatsch" würden die „Dr. Nachrichten" sagen und „es ist doch Papier" bemerkte ein Genosse jener Partei — damit genug. Ein gefundenes Essen für die Leutchen ist es, wenn sich irgend eine Roheit ereignet, denn „die hat ein Sozialdemokrat begangen und Roheiten werden allgemein werden, wenn Ihr Bebel wählt." Am letzten Sonntag Abend hat ein Mann auf der Prager Straße im Vorbeigehen einer Dame mit seiner Cigarre absichtlich das Kleid angebrannt — „das war ein Sozialdemokrat und nun wählt noch Bebel" schreien sie. Nächstens sehen sie es einem an der Nase an, ob man Sozialist ist oder ihr Parteigenosse, denn die „Dr. Nachr." sagen von dem Strolche, „er trug dunklen Rock, Cylinderhut 2c. und war gut gekleidet." — Wie weit ist es gekommen, daß man mit solchen Waffen kämpfen muß! —

Bautzen, 15. Januar. Die Wahlagitation im hiesigen dritten sächsischen Wahlkreise begann im November vorigen Jahres, am 19. Nov. tagte eine Besprechung in Bischofswerda, welche von den Genossen der drei Hauptorte des Kreises besucht war. Aus Mangel an Referenten hierorts mußten wir uns größtentheils auf private Agitation, vermittelst Flugschriften, beschränken, aus welchen Gründen auch nur fünf Volksversammlungen im benannten Kreise stattgefunden haben, zwei in Bautzen, eine in Camenz und zwei in Großröhrsdorf. In vier derselben referirte der sozialistische Candidat Hugo Keller aus Görlitz, und in der einen des letztgenannten Ortes Genosse M. Kayser aus Dresden. Die letzte Versammlung in Bautzen fand am 7. Januar statt, welche besonders gut besucht war, in derselben hielt Genosse Keller seine Candidatenrede. Redner entledigte sich seines Vortrages in klarer und verständlicher Weise, wofür ihn am Schluß desselben großer Beifall zu Theil wurde. — Endlich kam der 10. Januar, von den besten Hoffnungen beseelt hatten wir uns Tags vorher behufs Ueberwachung der Wahllokale organisirt, so daß in jedem der fünf Bezirke mindestens ein Genosse vertreten war. Die Wahlbetheiligung in Bautzen war im Verhältniß zu 1874 eine schwache, jedoch sind wir — im Hinblick auf das Wenige, was von den Parteigenossen gethan werden konnte — trotzdem mit dem Resultat zufrieden. Es sind im Ganzen 12,858 Stimmen gegen 14,570 vom Jahre 1874 abgegeben, davon fielen auf Herrn Reich (conservativ) 8951, auf Graf Stollberg (ultramontan) 1830 und auf Genossen Keller 1427 Simmen, die übrigen zersplittert und ungültig. Im Jahre 1874 fielen im hiesigen Kreise auf Sozialisten 984 Stimmen, also diesmal ein Zuwachs von 443 Stimmen. Ich muß hierzu noch bemerken, daß 39 Stimmen auf den Namen Heinrich Keller gefallen sind, welcher Umstand wohl durch ein Versehen der Dresdener Genossen hervorgegangen ist. Ganz besonders ist hervorzuheben die Regsamkeit und der Eifer unserer Genossen in Camenz und Bischofswerda, sowie die anerkennenswerthe Opferwilligkeit der Bautzener Gesinnungsgenossen. Auch war man hierorts durch eine ganz besondere merkwürdige Ansicht des Herrn Bürgermeisters bemüht, die Wahl unseres Genossen Keller zu beeinträchtigen, indem derselbe von einem Wahllokal zum andern wandelte und den betreffenden Wahlvorständen seine Ansicht dahin äußerte, „daß möglicherweise könnten Stimmzettel vorkommen, welche auf H. Hugo Keller in Görlitz lauteten, dieselben seien nach seiner Meinung für ungültig zu erklären," — und warum? Man höre und staune! „weil auf den Zetteln nicht besonders bemerkt ist, welches Görlitz gemeint sei, indem es mehrere Görlitz gebe, z. B. sei in Sachsen und auch in Schlesien noch ein Ort, welche denselben Namen hätten." Und siehe da, dieser Einfall blieb nicht erfolglos, im vierten Bezirk ging man wirklich auf den Leim, nur der Herr Amtshauptmann v. Salza, welcher das Wahlergebniß als Commissar zu prüfen hatte, konnte sich mit der erwähnten Ansicht nicht einverstanden erklären, und so mußte man sich, wenn auch mit schwerem Herzen, doch zufrieden geben. Ein solches Vorgehen, wie das unsers Herrn Bürgermeisters, kennzeichnet so recht die Kampfweise unserer Gegner, zeigt, mit welchen Waffen man gegen die Wahrheit anzukämpfen wagt. Wir werden uns aber nicht beirren lassen, am allerwenigsten durch verzweiflungsvolle Berichte über die Sozialdemokratie von Seiten der Handels- und Gewerbekammer Zittau, welche in jüngster Zeit als Kampfmittel gegen uns erschienen, worin zu besonnener Gegenwehr gegen die sozialistische Propaganda in der Oberlausitz aufgefordert wurde. Wir begrüßen es mit Freuden, wir werden auf dem Platze sein, denn wir scheuen bekanntlich die Oeffentlichkeit nicht, wir sind ferner im Voraus überzeugt, daß dadurch dem Volk erst recht die Augen aufgehen werden. — Zum Schluß sagen wir Genossen Keller unsern besten Dank für die wirksame Vertretung unseres Prinzips, sowie allen Freunden der guten Sache, welche uns, speziell das Arbeiter-Wahlcomité materiell unterstützt haben. A. K—e.

Stuttgart, den 15. Januar. Von den Gesetzesüberschreitungen, welche, wie es heißt, eine Anfechtung der soeben erfolgten Reichstagswahlen in mehreren Wahlkreisen und so auch einen Protest gegen die Wahl Hölders sozialistischerseits begründen sollen, kann ich vorläufig einige kuriose Fakta mittheilen, für welche sich Zeugen gemeldet haben. In Obersielmingen (1. Wahlkreis) giebt der Träger der sozialdemokratischen Stimmzettel an, verhaftet, vor den Schultheiß geführt und auf einen Gewerbeschein inquirirt worden zu sein, weil er „mit Drucksachen hausire". Die Berufung auf § 9 des Wahlgesetzes trug dem sozialistischen Schlosser die denkwürdige Antwort ein: „Ich frag' nach dem Gesetz nichts — ich bin der Schultes!" Das Stehen vor dem Wahllokal wurde dem Mann auch nach der Vernehmung untersagt und mußte er, um nicht dingfest gemacht zu werden, sich aus dem Orte entfernen. Aehnlich ging es in Untersielmingen einem Glaser, mit der Variante, daß, als er verlangte bei Eröffnung der Wahlurne gegenwärtig zu sein, ihm nur zwischen sofortiger Verlassung des Orts und Verhaftung durch den Landjäger die Wahl gelassen worden. In mehreren Orten seien sozialistische Stimmzettelträger durch Gemeinderäthe, die zugleich Wahlvorstände waren, ihrer Partei wegen geschmäht, und wo das zur Entfernung nicht hinreichte, bedroht worden. In einem Orte werden 24 Stimmen aus der Urne für Hillmann angegeben, während gegen 50 Parteigenossen des Orts bezeugen wollen, für ihn gestimmt zu haben. In Bothnang habe ein Gemeinderath und Wahlvorsteher geradezu einen Stimmzettel mit dem sozialdemokratischen Namen zerrissen und dem Wähler einen anderen für Hölder gegeben. Die Urne selbst sei hier auch niemals geschlossen und nichts als eine Blechbüchse gewesen, in die und aus der man jederzeit nach Belieben hinein- und herauszuthun im Stande gewesen. Auch in Scharnhausen sei jedesmal bei Abgabe eines Stimmzettels der Deckel herumgeklappt worden. In Untertürkheim haben die Regierungsstimmzettel im Wahlzimmer neben der Wahlurne ausgelegen, bis der Träger der sozialdemokratischen Stimmzettel auch die seinigen daneben zu legen verlangt habe; alsdann seien sie nach, den Worten des Schultheiß, „sogleich entfernt worden". In Birkach habe der Polizeidiener ausgeschellt, daß auf dem Rathhaus Stimmzettel zu haben seien und in eigener Person habe er sie dann auch vertheilt. — Es wird viel Muth der meist abhängigen Arbeiter und viel Zähigkeit der sozialdemokratischen Partei aufgewendet werden müssen, um aus solchen und ähnlichen Dingen auch nur ein einigermaßen entsprechendes Resultat zu erzielen. Daß die Regierung ihrerseits gesonnen ist, mit der äußersten Zähigkeit gegen die als Macht hier bereits gefürchtete Partei vorzugehen, zeigt die Behandlung der in der Stuttgarter Wählerversammlung verhafteten Arbeiter. Die Bürgschaft für ihre Entlassung wurde zureichend befunden, aber der Staatsanwalt hat gegen die Entlassung Protest eingelegt — und die seit 10 Tagen Eingesperrten haben nun weitere Muße, die Entscheidung der Kreisregierung in Ludwigsburg abzuwarten."

(„Frankf. Ztg.")

Zu den Reichstagswahlen.

Die definitiv gewählten Abgeordneten, nach ihrer Parteistellung geordnet.

(Schluß.)

Centrum (90 resp. 93).

Dr. Pohlmann (Heilsberg). Borowski (Allenstein). v. Ludwig (Glatz). Graf Chamaré (Frankenstein). Graf Ballestrem (Oppeln). Dr. Franz (Kosel). v. Schalscha (Gleiwitz). Prinz Edmund Radziwill (Beuthen). Pfarrer Ebler (Kattowitz). Geistlicher Rath Müller (Pleß-Rybnick). v. Wallhofen (Ratibor). Graf Nayhauß-Cormons (Leobschütz). Graf Praschma (Falkenberg). Graf Fr. Stolberg-Stolberg (Neustadt i. Schl.). Horn (Neiße). Strecker (Heiligenstadt). Windthorst (Meppen). von Gerlach (Osnabrück). v. Schorlemer-Alst (Tecklenburg). Frhr. von Landsberg-Velen (Recklinghausen). Freiherr v. Landsberg-Steinfurt (Beckum). Freiherr von Wendt (Höxter). Freiherr v. Heeremann (Münster). Freiherr v. Brencken (Paderborn). Peter Reichensperger (Olpe). Schröder (Lippstadt). Herrlein (Fulda). Dr. Lieber (Lahnstein). Graf Stollerg-Brauna (Neuwied). Freiherr v. Hertling (Koblenz). Stadtgerichtsrath Kochann (Ahrweiler). v. Grand-Ry (Cochem). Bernards (Stadt und Kreis Düsseldorf). Grütering (Rees-Mörs). Perger (Cleve-Geldern). Pfafferott (Kempen). von Kehler (Glaubach). Dr. August Reichensperger (Krefeld). v. Thimus (Neuß-Grevenbroich). Schenck (Stadt Köln). Mencken (Kreis Köln). Dr. Rudalphi (Bergheim). v. Kesseler (Bonn). Lingens (Siegburg). Hamm (Mühlheim). Franssen (Schleiden-Malmedy). Dr. Bock (Eupen). Graf Alfred Hompesch (Düren). v. Fürth (Geilenkirchen). Graf Ferdinand Hompesch (Bittburg). Dr. Majunke (Stadt und Kreis Trier). Dieden (Saarburg). Haanen (Merzig). Maier (Hohenzollern). Freiherr v. Pfetten (Aichach). Karl von Aretin (Ingolstadt). Freiherr v. Soden (Wasserburg). v. Miller (Weilheim). Dr. Ratzinger (Rosenheim). Seneftrey (Traunstein). Freiherr v. Ow (Landshut). Graf Preysing-Moos (Straubing). Dr. Krätzer (Passau). Arbinger (Pfarrkirchen). Freiherr von Hafenbrädl (Deggendorf). Lang (Kelheim). Brückl (Regensburg). Dr. Lindner (Neustadt in d. Oberpfalz). Rußwurm (Amberg). Triller (Neumarkt). Datzl (Neuenburg a. W.) Dr. Jörg (Augsburg). Graf Fugger (Dillingen). Merkle (Kaufbeuren). Maier (Donauwörth). Ludwig v. Aretin (Illertissen). Freiherr von Horneck-Weinheim (Bamberg). Frank (Kronach). Stöckl (Eichstedt). Hauck (Aschaffenburg). Graf v. Schönborn (Kitzingen). Freiherr zu Franckenstein (Lohr). Freiherr von Habermann (Neustadt in Unterfranken). Freiherr v. Zu-Rhein (Würzburg). Leonhardt (Aalen). Graf Bissingen (Biberach Waldsee). Graf Constantin Waldburg-Zeil (Rabensburg). Lender (Baden). v. Bodmann (Tauberbischofsheim). Graf Galen (Vechta). — Hospitanten.

Hannoversche Partikulariſten (3).

Dr. Nieper (Nienburg). Graf Bernstorff (Uelzen). v. Adelebsen (Göttingen).

Württembergische Partikulariſten (6).

v. Bühler (Hall). Knagg (Böblingen). Diefenbach (Gmünd). von Heim (Geislingen). Stälin (Calw). Wirth (Freudenstadt).

Aus Elsaß-Lothringen (15).

Klerikal: Winterer (Altkirch-Tann). Guerber (Gebweiler). Simonis (Rappoltsweiler). Protestpartei: Dolfuß (Mühlhausen). Abel (Diedenhofen). Bezenson (Metz). Jannez (Saargemünd). Germain (Saarburg). Autonomiſten: Grad (Colmar). Rad (Molsheim-Erstein). Bergmann (Straßburg). North (Straßburger Landkreis). Nessel (Hagenau). Schneegans (Zabern). Heckmann-Stintzy (Schlettstadt).

Polen (14).

Dzialowski (Neustadt Westp.). Graf Adam Sierakowski (Pr. Stargardt). Leo v. Czarlinski (Konitz). v. Turno (Posen). Graf Kwilecki (Samter). Dr. v. Zoltowski (Buk). Prinz Roman v. Czartorysti (Kröben). Dr. v. Komierowki (Schrimm). Graf Zoltowski (Wreschen). Magdzinski (Krotoschin). Fürst Ferdinand Radziwill (Adelnau). Graf Skorzewski (Wirsitz). v. Kozlowski (Inowrazlaw). v. Rogalinski (Gnesen).

Däne (1).

Krüger (Hadersleben).

Engere Wahlen.

Hasselmann in Elberfeld-Barmen 14,245; Prell (nat.-lib.) 14,485 Stimmen. Leider ist somit Hasselmann trotz der ungemeinen Stimmenzahl mit geringer Minorität unterlegen.

Holthoff (Demokrat) in Frankfurt a. M. 10,323; Dr. Varrentrapp (nat.-lib.) 7344.

Oechsner (liberal-conservativ-demokratisch) in Mainz 10,875; Moufang (clerikal) 9976.

Rittinghausen in Solingen 10,636; Jung (national-lib.) 7453 Stimmen. Parteigenosse Rittinghausen somit mit großer Majorität gewählt.

Briefkasten

der Redaktion. G. in Hamburg: Für die Mittwochsnummer zu spät.

Quittung. Rb Gr.-Zschochrr Ab. 5,45. Klfld Pest Ab. 2,00. Crl St. Johann Ab. 1,25. Hpt Berbisdorf Schr. 3,00. Plst Wüstegiersdorf Schr. 2,40. Dtrch Erfurt Schr. 3,40. Gth Meiningen Schr. 5,65. Ottrbch Stuttgart Schr. 2,00. Frnk Stuttgart Schr. 1,80. Bttchr Wärbzig Schr. 1,75. Klfch Uelzen Schr. 1,20. Arbeiterverein Yverdon Ab. 4,00. Mhrs Hanau Ab. 2,40. Adminiſtrat. d. Arbeiterwochenchronik Pest Ab. 9,75. Nmz Wien Ab. 10,52. Sls Hissingen Ab. 7,50. F. Zrgbl Crimmitschau 66,68. C. Mlr Glauchau Ab. 59,00, Schr. 3,00. Exped. d. Hamburg-Altonaer Volksblatts Hamburg Ab. 300,00. Hckl Lichtenau Schr. 1,95. Sattlerverein hier Ann. 0,50. Lmp Hannover Ann. 0,90. Arbeiterwahlcomité Bochum Ann. 1,00 ℳ

Wahlfonds.

Durch Th. Burckhardt: Liste Nr. 9 von 12 Xylogr. M. 100,00; Liste Nr. 8 C. B. 1,00; Sch. 0,50; A. B. 1,00; R. M. 1,00; H. M. 1,00; F. B. 1,00; Club d. r. B. 10,00; J. H. 1,00; H. B. 3,00; W. St. 2,00; E. R. 3,00; O. R. 3,00. — Von 4 Schlossern (4,00, aus der Kreller'schen Cigarrenfabrik 1,60; von Arbeitern der Druckerei Hundertstundt u. Pries 2,00; von C. Schulze 0,50; von Arbeitern der Buchbinderei von Legel 2,25; von Setzern und Maschinenmeistern des Bibliographischen Instituts Reudnitz-Leipzig 5,25.

Für das Central-Wahl-Comité:
Peter Krebs, Kassirer.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Bochum. Wahlverein.
Sonntag, den 28. Januar, Nachmittags 2 Uhr, im Saale des Herrn Florian, am Moltkenplatz:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl eines neuen Geschäftsführers. 2. Innere wichtige Angelegenheiten. [70

Nachmittags 4 Uhr:

Allgemeine große Volksversammlung.

Tagesordnung: Abfertigung verschiedener lügnerischer Blätter.
Jedermann ist freundlichst eingeladen.
(F40) Das Arbeiterwahlcomité. [60

Cöln. An die Abonnenten und Leser des „Vorwärts" und „Neuen Welt".

Da unser Genosse Joh. Bismann die Colportage genannter Blätter mit dem 1. Januar d. J. abgegeben, so hat die unterzeichnete Expedition dieselbe übernommen, und werden Abonnements auf den „Vorwärts" zu 1 M. 85 Pf. pr. Quartal, 65 Pf. pro Monat und auf die „Neue Welt" in Nummern oder Heften zu 1 M. 35 Pf. pr. Quart. jederzeit entgegengenommen. Ebenso wird gebeten, die rückständigen Abonnementsgelder an Herrn Bismann, Ehrenstraße 53, zu entrichten, da nur denjenigen Abonnenten weiter geliefert werden kann, welche ihre rückständigen Abonnementsgelder entrichtet haben.

Die Expedition der „Cölner Freien Presse".
Filzengraben 1. [130

Dresden. Abonnements für den „Vorwärts" nehmen jeder Zeit an: Peters, Am See 16; Schlüter, Expedition des „Volksboten"; Colporteur Uhlig, Wettinstr. 24 IV; Herwig, Große Schießgasse 7 IV; Kobitzsch, An der Frauenkirche 6 u. 7.

Die Zeitungs-Commission. [50

Dresden. Der Arbeiterbildungsverein feiert Sonntag, den 28. Januar 1877, Nachmittags 4 Uhr, sein

XVI. Stiftungsfest

bestehend in Festactus, Commers und Ball in den Räumen des Schillerschlößchens, wozu Freunde und Genossen von Nah und Fern hiermit herzlichst eingeladen sind. Die Festrede hält Herr Direktor Klemich. (F. 80)

Eintrittskarten für Mitglieder und deren Gäste sind à 30 Pfg. vorher im Vereinslokal, Palmstraße 20 part., zu entnehmen. [3,00

Leipzig. Deutscher Böttcher-Bund.
Unter heutigem Datum sind die Statuten des Bundes genehmigt.
Den 19. Januar 1877. F. Holtmann, Vorsitz. [50

Leipzig. Donnerstag, den 25. Januar, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Referenten: Schiffel und Petzold. Der Agent. [60

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof:

Oeffentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Discussion der Statuten. 2) Anträge zur Generalversammlung. Zahlreiches Erscheinen erwartet D. V. [0,70

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Mittwoch: Vortrag von Hrn. H. [0,30
Sonnabend: Ordentliche Generalversammlung.

Lindenau. Arbeiter-Verein.
Nächsten Freitag Versammlung in der Restauration zum goldenen Stern. Tagesordnung: Dringende Vereinsangelegenheiten. [0,50
Um das Erscheinen aller Mitglieder wird dringend gebeten. D. V.

Avis für Zimmerleute!

Da wir Altonaer Zimmerer seit dem 2. Januar von unseren Meistern und Arbeitgebern ausgeschlossen sind, dieweil wir auf den uns von obengenannten Herren vorgelegten Lohntarif nicht eingehen konnten, bitten wir vor allen Zuzug zu warnen und Dieses so viel wie möglich zu verbreiten.

Altona, den 16. Januar 1877. (8b)
Die Commission. [90

Ich empfehle mich den Parteigenossen zu allen in mein Fach einschlagenden Arbeiten, als Töpfer und Ofensetzer und verspreche prompte u. reelle Bedienung. Auch empfehle ich meine weißen, braunen, grauen und gelben Kachelöfen. [1,50
Hannover. (F. 160) H. Lampel, Schlägerstraße Nr. 10a.

Zur gefälligen Beachtung!

Erlaube mir die Herren dramatischen Dichter und Literaten bei vorkommenden Drucksachen auf meine Buchdruckerei aufmerksam zu machen. Bei elegantester Ausstattung werde stets billigst berechnen. 1,50] A. Thomas, Buchdruckerei in Langensalza in Thür.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanfermann, 396 Division Street.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 11. Freitag, 26. Januar. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Februar zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist in Gefahr.

I.

Durch den Ausfall der Wahlen sind unsere Gegner, wie wir in voriger Nummer bemerkt haben, vollständig aus dem Häuschen gerathen — die rothe Reaktion blüht und gern und freudig will man opfern das erste Recht des Volkes, das allgemeine, gleiche Wahlrecht auf dem Altar der Macht.

Daß Fürst Bismarck, der Verleiher dieses Rechtes, darüber nicht untröstlich ist, versteht sich von selbst; man kommt ihm eben nur entgegen.

Bei Gelegenheit der Berathung der Strafgesetznovelle hielt Bismarck bekanntlich seine Donnerrede gegen die Sozialdemokratie, und als man ihm trotzdem die verschärften Strafparagraphen nicht bewilligen wollte, bemerkte er, daß er später andere Vorschläge machen würde, von denen er hoffe, daß sie mehr Beifall finden würden.

Daß diese „anderen Vorschläge" zur Gesetzgebung einen Widerspruch in der Bismarckrede bekundeten, liegt auf der Hand; er selbst mußte wenig Vertrauen haben auf seine schon gemachten Vorschläge: bessere Volksschulen, Diskussion mit den Sozialdemokraten und Verbreitung der sozialistischen Presse, damit man ihre Nichtsnützigkeit kennen lerne.

Aber auf einen Widerspruch mehr oder weniger in jener Rede kommt es gar nicht an; es kommt vielmehr darauf an, welche anderen Vorschläge Fürst Bismarck der Gesetzgebung gegen die Sozialdemokratie machen wollte.

Das Strafrecht und die Polizei sind nicht geeignet, Eindruck zu machen; sollte er aber deshalb nicht vielleicht eine Aenderung der Verfassung im Auge gehabt haben?

Wie ist das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den deutschen Reichstag entstanden?

Fürst Bismarck hat es bei Gründung des Norddeutschen Bundes, seinen Lehrmeister Louis Bonaparte nachahmend, gegen den scheinbar ihm noch feindlichen Liberalismus geschaffen — er hatte dies allerdings nicht nöthig. Der Liberalismus war ja schon zu Kreuze gekrochen und ein Reichstag, auf Grund des Dreiklassenwahlsystems zusammengesetzt, hätte dem Herrn von Bismarck ebenso devot gedient, als die Majorität des jetzigen Reichstages.

Aber Bismarck hatte sich nun einmal geirrt und das napoleonische System war ihm zu lockend — auch konnte er in der Eile bei Gründung des Bundes nicht alle in den Einzelstaaten bestehenden Wahlrechte berücksichtigen und so entstand das allgemeine Wahlrecht.

Einsichtige conservative und liberale Freunde des Herrn von Bismarck warnten damals und verglichen den „großen" Politiker mit dem Göthe'schen Zauberlehrling, der die Geister, welche er gerufen hatte, nicht wieder los werden konnte.

Es geht nun aus dem ganzen Verhalten des Fürsten Bismarck wohl zur Genüge hervor, daß er nicht aus Freiheitsdrang oder um den Forderungen der Arbeiterklasse gerecht zu werden, dies Wahlrecht erließ, sondern daß er dabei nur das Interesse der conservativen Regierung im Auge hatte.

Wenn aber nun das Interesse eben dieser Regierung, da das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht der Freiheit und der Demokratie sich immer mehr förderlich zeigt, nach Bismarck's Ansicht es erheischt, dieses Wahlrecht noch mehr zu beschränken oder ganz aufzuheben, wer wagte dann zu zweifeln, daß eben dieser selbe Herr von Bismarck Vorschläge hierzu machen würde?

Zielten nun darauf seine dunklen Worte hin? Wird er einen Antrag auf Verfassungsänderung schon dem nächsten Reichstage einbringen? Die Möglichkeit ist vorhanden, doch noch lieber wird er sehen, wenn aus der Mitte des Reichstags selbst ein solcher Antrag eingereicht wird. Zunächst allerdings wird man sich von Seiten der Reaktion mit einer Beschränkung des Wahlrechts begnügen.

Das Wahlrecht zum Reichstage ist aber schon sehr beschränkt durch das Wahlgesetz selbst und durch die thatsächlichen Verhältnisse noch mehr. Ist das Wahlrecht allgemein? Nein! Gesetzlich sind alle diejenigen, welche selbst oder deren Familien Unterstützungen aus Staats- oder Gemeindemitteln erhalten, vom Wahlrecht ausgeschlossen; thatsächlich alle diejenigen, welche nicht in die Wahllisten eingetragen sind. Daß ein wohlhabender Mensch leichter die betreffenden Schritte zum nachträglichen Eintragen seines Namens in die Listen thun kann, als ein Tagelöhner, liegt auf der Hand — so ist also schon die Allgemeinheit zu Gunsten der Reichen beschränkt. Nehmen wir dazu das Verbot des Stimmrechts des Militärs, aber das Recht gewählt zu werden, so ist die Gleichheit zu Gunsten der Generale und hohen Offiziere beschnitten. Daß man aber den Wahltag, wie es in Frankreich immer geschieht, nicht auf einen Sonntag verlegt, möchte auch wohl die Gleichheit sehr zu Ungunsten der Lohnarbeiter beeinträchtigen.

Direct ist die Stimmabgabe allerdings — ist sie aber auch geheim? Scheinbar und gesetzlich angeordnet wohl; die vielen Maßregelungen der Arbeiter aber haben uns gezeigt, was wir von dem „Geheimen" zu halten haben, besonders so lange die Wahlvorstände an den einzelnen Urnen lediglich aus der herrschenden Gesellschaft zusammengesetzt sind.

Also haben wir schon ein sehr beschränktes Wahlrecht. Man kann aber dasselbe von einem längeren Aufenthalt am Orte noch abhängig machen, man kann einen bestimmten Steuersatz feststellen und so langsam nach und nach wieder den Geldsack an Stelle des allgemeinen Menschenrechts setzen — man ist dann bald wieder bei dem Classenwahlsystem, dem Ideal unserer Bourgeoisie angelangt.

Aber nicht nur die damalige Rede des Herrn Bismarck und die jetzigen reactionären Bestrebungen aller Parteien lassen in uns die Befürchtung wach werden, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht in Gefahr sei, nein, auch in der Zwischenzeit haben sich Stimmen erhoben aus dem liberalen Lager, die darauf hindeuteten. Längst vor den letzten Wahlen deutete in den „Preußischen Jahrbüchern" der Abg. Wehrenpfennig dies an.

Er will zunächst strenge Strafbestimmungen als Gegengewicht gegen die Coalitionsfreiheit der Arbeiter und, falls es dem Socialismus gelingen sollte, eine mächtige Partei im Reichstage zu bilden, möchte er die Axt an die Wurzel der ganzen Bewegung, an das allgemeine und gleiche Wahlrecht legen.

Wenn nun auch die Wurzel des Sozialismus und somit der sozialistischen Bewegung bekanntlich anderswo zu suchen ist, als in dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, so ist dasselbe doch die beste Waffe im Kampfe für die Ausbreitung der sozial-demokratischen Grundsätze und das Entreißen derselben wäre eine schwere Schädigung für uns und für die friedliche Entwickelung des ganzen Volks- und Staatslebens.

Das Fieber, die Axt an den Baum des allgemeinen Wahlrechts zu legen, ist nun überall eingerissen; es werden schon positive Vorschläge gemacht. Einen, den die „Kreuzzeitung" bringt, der aber von mehreren conservativen und liberalen Blättern bejubelt wird, wollen wir unsern Lesern nicht vorenthalten. Der geniale Vorschlag lautet:

„Als Unterlage nehmen wir die bisherige Steuerklasseneintheilung, nur nehmen wir mehr als die bisherigen drei Klassen, also z. B. deren sechs, und geben jedem Insassen der ersten Klasse 6 Stimmen, der zweiten 5 u. s. w. bis zur sechsten mit je 1 Stimme. Dies die Unterlage. Nun treten aber dieser Qualität des rohen Besitzes folgende Eigenschaften rangerhöhend (wenn der Ausdruck hier paßt) hinzu: 1) wer verheirathet ist, also eine Familie begründet hat, 2) wer gedient hat, 3) wer eine autoritative Stellung inne hat, wie z. B. als Bürgermeister, Pfarrer, Richter 2c., 4) wer einen Grundbesitz von einer gewissen Größe besitzt: wer eine dieser Eigenschaften besitzt, erhält für jede derselben zu den Stimmen, die er vermöge seiner Steuerstufe in sich vereinigt, noch eine hinzu. Z. B. Einer, der in der vierten Steuerstufe stände und als solcher 3 Stimmen hätte, würde, wenn er Bürgermeister oder Pfarrer oder Richter 2c. wäre, 1 Stimme mehr, also 4 bekommen; wäre er außerdem verheirathet und hätte gedient, so erhielte er sogar sechs Stimmen."

Eine Besprechung dieses Vorschlages werden wir in nächster Nummer folgen lassen. Die Ungeheuerlichkeit springt sofort in's Auge; man sieht, daß durch die Resultate der letzten Wahlen eine große Anzahl von Menschen das Bischen politischen Verstand und das Bischen politische Ehre, welches sie noch besaßen, vollends verloren hat.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

(Schluß des Artikels VI.)

Von der Astronomie geht unser Wirklichkeitsphilosoph auf die Mechanik und Physik über und beklagt sich, daß die mechanische Wärmetheorie in einem Menschenalter seit ihrer Entdeckung nicht wesentlich weiter gefördert worden sei, als wozu Robert Mayer sie selbst nach und nach gebracht. Außerdem sei die ganze Sache noch sehr dunkel: wir müssen „immer wieder erinnern, daß mit den Bewegungszuständen der Materie auch statische Verhältnisse gegeben sind, und daß diese letzteren an der mechanischen Arbeit kein Maß haben ..... wenn wir früher die Natur als eine große Arbeiterin bezeichnet haben und diesen Ausdruck jetzt streng nehmen, so müssen wir noch hinzufügen, daß die sich selbst gleichen Zustände und ruhenden Verhältnisse keine mechanische Arbeit repräsentiren. Wir vermissen also wiederum die Brücke vom Statischen zum Dynamischen, und wenn die sogenannte latente Wärme bis jetzt für die Theorie ein Anstoß geblieben ist, so müssen wir auch hier einen Mangel anerkennen, der sich am wenigsten in den kosmischen Anwendungen verleugnen sollte".

Dies ganze orakelhafte Gerede ist wieder nichts als der Ausfluß des bösen Gewissens, das sehr wohl fühlt, daß es sich mit seiner Erzeugung der Bewegung aus der absoluten Bewegungslosigkeit unrettbar festgeritten hat und sich doch schämt, an den einzigen Retter zu appelliren, nämlich an den Schöpfer Himmels und der Erden. Wenn sogar in der Mechanik, die der Wärme eingeschlossen, die Brücke vom Statischen zum Dynamischen, vom Gleichgewicht zur Bewegung, nicht gefunden werden kann, wie sollte dann Herr Dühring verpflichtet sein, die Brücke von seinem bewegungslosen Zustand zur Bewegung zu finden? Und damit wäre er dann glücklich aus der Noth.

In der gewöhnlichen Mechanik ist die Brücke vom Statischen zum Dynamischen — der Anstoß von Außen. Wenn ein Stein vom Gewicht eines Centners zehn Meter hoch gehoben und frei aufgehängt wird, so daß er in einem sich selbst gleichen Zustand und ruhenden Verhältniß dort hängen bleibt, so muß man an ein Publikum von Säuglingen appelliren, um behaupten zu können, daß die jetzige Lage dieses Körpers keine mechanische Arbeit repräsentire, oder ihr Abstand von seiner früheren Lage an der mechanischen Arbeit kein Maß habe. Jeder Vorübergehende wird Herrn Dühring ohne Mühe begreiflich machen, daß der Stein nicht von selbst da oben an den Strick gekommen ist, und das erste beste Handbuch der Mechanik kann ihm sagen, daß, wenn er den Stein wieder fallen läßt, dieser im Fallen ebensoviel mechanisches Werk leistet als nöthig war, ihn die zehn Meter hoch zu heben. Selbst die einfache Thatsache, daß der Stein da oben hängt, repräsentirt mechanisches Werk, denn wenn er lange genug hängen bleibt, reißt der Strick, sobald er in Folge chemischer Zersetzung nicht mehr stark genug ist, den Stein zu tragen. Auf solche einfache Grundgestalten, um mit Herrn Dühring zu reden, lassen sich aber alle mechanischen Vorgänge reduziren, und der Ingenieur soll noch geboren werden, der die Brücke vom Statischen zum Dynamischen nicht finden kann, so lange er über hinreichenden Anstoß verfüge.

Allerdings ist es eine harte Nuß und bittre Pille für unsern Metaphysiker, daß die Bewegung ihr Maß finden soll in ihrem Gegentheil, in der Ruhe. Das ist ja ein schreiender Widerspruch, und jeder Widerspruch ist, nach Herrn Dühring, ein Widersinn. Nichtsbestoweniger ist es eine Thatsache, daß der hängende Stein eine bestimmte, durch sein Gewicht und seine Entfernung vom Erdboden genau meßbare, in verschiedner Art — z. B. durch direkten Fall, durch Herabgleiten auf der schiefen Ebene, durch Umdrehung einer Welle — beliebig verwendbare Menge von mechanischer Bewegung vertritt, und eine geladene Flinte ebenfalls. Für die dialektische Auffassung bietet die Ausdrückbarkeit von Bewegung in ihrem Gegentheil, in Ruhe, durchaus keine Schwierigkeit. Für sie ist der ganze Gegensatz, wie wir gesehn haben, nur relativ; absolute Ruhe, unbedingtes Gleichgewicht giebt es nicht. Die einzelne Bewegung strebt dem Gleichgewicht zu, die Gesammtbewegung hebt das Gleichgewicht wieder auf. So sind Ruhe und Gleichgewicht, wo sie vorkommen, das Resultat einer beschränkten Bewegung und es ist selbstredend, daß diese Bewegung an ihrem Resultat meßbar, in ihm ausdrückbar, und aus ihm in einer oder der andern Form wieder herstellbar ist. Mit einer so einfachen Darstellung der Sache darf aber Herr Dühring sich nicht zufrieden geben. Als guter Metaphysiker reißt er zwischen Bewegung und Gleichgewicht zuerst eine in der Wirklichkeit nicht existirende, gähnende Kluft auf und wundert sich dann, wenn er keine Brücke über diese selbstfabrizirte Kluft finden kann. Er könnte ebensogut seine metaphysische Rozinante besteigen und dem Kant'schen „Ding an sich" nachjagen; denn das und nichts Anderes ist es, was schließlich hinter dieser unerfindlichen Brücke steckt.

Aber wie steht's mit der mechanischen Wärmetheorie und der gebundenen oder latenten Wärme, die für diese Theorie „ein Anstoß geblieben" ist?

Wenn man ein Pfund Eis von der Temperatur des Gefrierpunkts und bei Normalluftdruck durch Wärme in ein Pfund Wasser von derselben Temperatur verwandelt, so verschwindet eine Wärmemenge, die hinreichend wäre, dasselbe Pfund Wasser von 0° bis auf 79$^{4}/_{10}$ Grad des hunderttheiligen Thermometers, oder um 79$^{4}/_{10}$ Pfd. Wasser um einen Grad zu erwärmen. Wenn man dies Pfund Wasser auf den Siedepunkt, also 100° erhitzt und nun in Dampf von 100° verwandelt, so verschwindet, bis das letzte Wasser in Dampf verwandelt ist, ein fast siebenfach größere Wärmemenge, hinreichend, um die Temperatur von 537$^{2}/_{10}$ Pfd. Wasser um einen Grad zu erhöhen. Diese verschwundene Wärme nennt man gebunden. Verwandelt sich durch Abkühlung der Dampf wieder in Wasser und das Wasser wieder in Eis, so wird dieselbe Menge Wärme, die vorher gebunden wurde, wieder frei, d. h. als Wärme fühlbar und meßbar. Dies Freiwerden von Wärme beim Verdichten des Dampfs und beim Gefrieren des Wassers ist die Ursache, daß Dampf, wenn er auf 100° abgekühlt, sich erst allmählig in Wasser, und daß eine Wassermasse von der Temperatur des Gefrierpunkts nur sehr langsam sich in Eis verwandelt. Dies sind die Thatsachen. Die Frage ist nun: was wird aus der Wärme, während sie gebunden ist?

Die mechanische Wärmetheorie, nach der die Wärme in einer nach Temperatur und Aggregatzustand größeren oder geringeren Schwingung der kleinsten physikalisch thätigen Theilchen (Moleküle) der Körper besteht, einer Schwingung, die unter Umständen in jede andre Form der Bewegung umschlagen kann, erklärt die Sache daraus, daß die verschwundne Wärme Werk verrichtet hat, in Werk umgesetzt worden ist. Beim Schmelzen des Eises ist der enge, feste Zusammenhang der einzelnen Molekule unter sich aufgehoben und in lose Aneinanderlegung verwandelt; beim Verdampfen des Wassers auf dem Siedepunkt ist ein Zustand eingetreten, worin die einzelnen Moleküle gar keinen merklichen Einfluß auf einander ausüben und unter der Einwirkung der Wärme sogar in allen Richtungen auseinander fliegen. Es ist nun klar, daß die einzelnen Moleküle eines Körpers im gasförmigen Zustande mit einer weit größeren Energie begabt sind als im

flüssigen, und im flüssigen wieder mehr als im festen Zustande. Die gebundene Wärme ist also nicht verschwunden, sie ist einfach verwandelt worden und hat die Form der molekularen Spannkraft angenommen. Sobald die Bedingung aufhört, unter der die einzelnen Moleküle diese absolute oder relative Freiheit gegen einander behaupten können, sobald nämlich die Temperatur unter das Minimum von 100°, beziehungsweise 0° herabgeht, wird diese Spannkraft losgelassen, die Moleküle drängen sich wieder aneinander mit derselben Kraft, mit der sie vorher auseinander gerissen; und diese Kraft verschwindet, aber nur, um als Wärme wieder zu erscheinen und zwar als genau dieselbe Quantität Wärme, die vorher gebunden war. Diese Erklärung ist natürlich eine Hypothese wie die ganze mechanische Wärmetheorie, insofern Niemand bis jetzt ein Molekül, geschweige ein schwingendes, je gesehen hat. Sie ist eben deswegen sicher voller Mängel wie die ganze noch sehr junge Theorie, aber sie kann wenigstens den Hergang erklären, ohne irgendwie mit der Unzerstörbarkeit und Unerschaffbarkeit der Bewegung in Widerstreit zu kommen, und sie weiß sogar genau von dem Verbleib der Wärme innerhalb ihrer Verwandlung Rechenschaft zu geben. Die latente oder gebundene Wärme ist also keineswegs ein Anstoß für die mechanische Wärmetheorie. Im Gegentheil bringt diese Theorie zum ersten Mal eine rationelle Erklärung des Vorgangs fertig, und ein Anstoß kann höchstens daraus entstehn, daß die Physiker fortfahren, die in eine andre Form von Molekularenergie verwandelte Wärme mit dem veralteten und unpassend gewordenen Ausdruck „gebunden" zu bezeichnen.

Also repräsentiren die sich selbst gleichen Zustände und ruhenden Verhältnisse des festen, tropfbarflüssigen und gasförmigen Aggregatzustandes allerdings mechanisches Werk, insofern das mechanische Werk das Maß der Wärme ist. Sowohl die feste Erdkruste wie das Wasser des Ocean, repräsentirt in seinem jetzigen Aggregatzustand eine ganz bestimmte Quantität freigewordner Wärme, der selbstredend ein ebenso bestimmtes Quantum mechanischer Kraft entspricht. Bei dem Uebergang des Gasballs, aus dem die Erde entstanden, in den tropfbar-flüssigen, und später in den großentheils festen Aggregatzustand, ist ein bestimmtes Quantum Molekularenergie in Wärme umgesetzt und in den Weltraum ausgestrahlt worden. Die Schwierigkeit von der Herr Dühring in geheimnißvoller Weise munkelt, existirt also nicht, und selbst bei den kosmischen Anwendungen mögen wir zwar auf Mängel und Lücken stoßen — die unsern unvollkommnen Erkenntnißmitteln geschuldet — aber nirgendswo auf theoretisch unüberwindliche Hindernisse. Die Brücke vom Statischen zum Dynamischen ist auch hier der Anstoß von Außen — Abkühlung oder Erwärmung, veranlaßt durch andre Körper, die auf den im Gleichgewicht befindlichen Gegenstand einwirken. Je weiter wir in dieser Dühring'schen Naturphilosophie vordringen, desto unmöglicher erscheinen alle Versuche die Bewegung aus der Bewegungslosigkeit zu erklären oder die Brücke zu finden, auf der das rein Statische, Ruhende aus sich selbst zum Dynamischen, zur Bewegung kommen kann.

Hiermit wären wir dann den sich selbst gleichen Urzustand für einige Zeit glücklich los. Herr Dühring geht zur Chemie über, und enthüllt uns bei dieser Gelegenheit drei bis jetzt durch die Wirklichkeitsphilosophie gewonnene Beharrungsgesetze der Natur, wie folgt:

1) Der Größenbestand der allgemeinen Materie, 2) der der einfachen (chemischen) Elemente und 3) der der mechanischen Kraft sind unveränderlich.

Also: die Unerschaffbarkeit und Unzerstörbarkeit der Materie sowie ihrer einfachen Bestandtheile, soweit sie deren hat und der Bewegung — diese alten, weltbekannten Thatsachen, höchst ungenügend ausgedrückt — das ist das einzig wirklich Positive, das uns Herr Dühring als Resultat seiner Naturphilosophie der unorganischen Welt zu bieten im Stande ist. Alles Dinge, die wir längst gewußt. Aber was wir nicht gewußt haben, ist: daß es „Beharrungsgesetze" und als solche „schematische Eigenschaften des Systems der Dinge" sind. Es geht uns wieder wie oben bei Kant: Herr Dühring nimmt irgend welche allbekannte Schnurre, klebt eine Dühring'sche Etikette darauf, und nennt das: „von Grund aus eigenthümliche Ergebnisse und Anschauungen ... systemschaffende Gedanken ... wurzelhafte Wissenschaft".

Doch wir brauchen deswegen noch lange nicht zu verzweifeln. Welche Mängel auch die wurzelhafteste Wissenschaft und die beste Gesellschaftseinrichtung haben mögen, Eins kann Herr Dühring mit Bestimmtheit behaupten: „Das im Universum vorhandene Gold muß jederzeit dieselbe Menge gewesen sein und kann sich ebensowenig wie die allgemeine Materie vermehrt oder vermindert haben". Was wir uns aber für dies „vorhandene Gold" kaufen können, das sagt Herr Dühring leider nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ueber die „glücklichen" Zustände, welche in Preußen herrschen, gab bei der Budgetdebatte im Abgeordnetenhause der klerikale Abg. Röckerath ein anschauliches Bild, aus welchem wir besonders vorführen, daß im Jahre 1875 in der unteren Klasse 239,330 Exekutionen wegen rückständiger Steuer vollstreckt und davon 124,196 fruchtlos ausgefallen seien; in der höheren Klasse sind 97,516 Exekutionen vollstreckt und fruchtlos sind ausgefallen 27,909. Im Ganzen vollstreckt 403,456, fruchtlos **161,531!!!** Wer nun weiß, daß der Exekutor manchmal die armseligsten Mobilien pfänden muß, der kann das große Elend, welches aus obigen Zahlen uns anglotzt, annähernd ahnen.

— Die Ultramontanen lernen manchmal von uns. Bei Berathung des Budgetpostens in Bezug auf die Ruhmeshalle erklärte Windthorst: „So lange ein Arbeiter hungert — und es hungern jetzt viele — bewillige ich keinen Groschen zu Luxusausgaben, wie dieses eine ist." — Vor circa zwei Jahren schloß der Parteigenosse Hasselmann im Reichstage eine Rede mit fast denselben Worten — man sieht, daß aus den Ultramontanen noch etwas werden kann, daß heißt, so lange sie im Kulturkampf sich befinden.

— Hoch das „freie" Wahlrecht, das eigentlich nicht erst abgeschafft zu werden braucht, sondern an manchen Orten in der Praxis schon abgeschafft ist. In der „Westfälischen freien Presse" lesen wir: „Dortmund, 15. Januar. (Sozialistischer Arbeiter-Wahlverein.) In überfülltem Lokale des Arbeiter-Wahlvereins beim Gastwirth Rellensmann auf dem Berge wurden gestern Nachmittag die am 10. Januar im Wahlkreis Dortmund Mittheilungen der stattgefundenen Ungesetzlichkeiten resp. Wahlbeeinflussungen durch das Büreau entgegengenommen und von den Schriftführern niedergeschrieben. Das gesammte Material ist so reichhaltig, daß die Hälfte desselben schon genügt, die Wahl anzufechten. Der Vorstand des Wahlvereins wird deshalb einen Protest gegen die Gültigkeit der Wahl des Herrn L. Berger beim Reichstag einreichen. Vor Allem haben die Freunde des Herrn Berger in Hörde sich ausgezeichnet. Wie willenlose Sklaven wurden dort die Arbeiter von ihren Meistern (Aufsehern) zur Wahlurne geführt. Vor den Wahllokalen aber hatten sich die Herren mit einer Namensliste ihrer Arbeiter in der Hand aufgestellt, und kontrollirten gewissenhaft oder zählten die Häupter ihrer Lohnsklaven, nachdem dieselben vorher mit Stimmzettel für Berger versehen worden waren. Keiner dieser Aermsten durfte es wagen, vor dem Wahllokal einen Stimmzettel von den dort stehenden Arbeitern, welche Zettel für Tölcke, den Kandidaten der Arbeiter, anboten, entgegenzunehmen. Um aber ihrer Sache ganz sicher zu sein, waren unter andern Personen an der alten evangelischen Schule, in welcher sich zwei Wahllokale befanden, ein paar postirt, welche die Opfer „humaner" kapitalistischer Produktionsweise bis vor den Tisch des Wahlvorstehers führen mußten, um sich zu überzeugen, daß auch der Zettel für Berger seinen Bestimmungsort erreichte. Sodann hat der Bürgermeister in Schwerte sich hervorragend ausgezeichnet, indem derselbe die Arbeiter, welche vor dem Wahllokal mit Stimmzettel für Tölcke standen, einfach verhaften ließ." — — — Hinausweisen der Arbeiter aus den Wahllokalen um 6 Uhr Abends und Auszählungen der Stimmen hinter verschlossenen Thüren, sind zahlreich zu verzeichnen. Ferner sind die Arbeiter von den sogenannten „Gebildeten" nicht allein mit Prügeln bedroht, sondern haben auch solche empfangen. Nach der am Sonntag erfolgten offiziellen Verkündigung waren im Stadt- und Landkreise Dortmund im Ganzen 25,356 wahlberechtigte Einwohner, davon haben gestimmt 22,917. Die Stimmen vertheilen sich wie folgt:

Berger-Horchheim (lib.)	11587
Berger-Witten (lib.)	45
Schröder (ultr.)	7244
Tölcke	3563
Richter (Fortsch.)	379
Zersplittert	87
Ungültig	70

Die absolute Majorität beträgt **11,464**, mithin ist Berger mit ganzen **163** Stimmen Sieger geworden.

Neben dieser Handhabung des sogenannten freien Wahlrechts gehen immer noch Hülferufe der liberalen Presse her, welche gegen dasselbe agitiren. Man motivirt diese Wünsche meistens mit der „politischen Unreife des Volkes", natürlich der „niederen Klassen." Wo aber haben denn die Herren Gegner ihre politische Reife bewiesen? Steht nicht ihr Abgott Bismarck in dem wohlverdienten und durch eigenes Geständniß bestätigten Renommé, von der so wichtigen Nationalökonomie, von Volkswirthschaft wenig zu verstehen? Und wie der Herr, so meist auch die Knechte! Die wenigen Gescheidten haben gewußt; zu ihrem und ihrer Klasse persönlichen Nutzen und Vortheil und auf Kosten des Volkes volkswirthschaftliche Mißgeburten von Gesetzen zu Tage zu bringen, unter deren Fluch die Nation seufzt. Was thun sie denn für die politische Bildung des Volks, sie, die für Volksbildung überhaupt so wenig übrig haben? Nichts, gar nichts!

— Liberale Zeitungsschreiber. Wir haben ein liberales, stark in Culturkampf machendes Blatt vor uns, die Nummer 14 der in Münster erscheinenden „Westfälischen Provinzial-Zeitung". In einem „Leitartikel", überschrieben: „Die Bedeutung der Reichstagswahlen" heißt es da u. A.: „Aber daß die Sozialdemokraten so viele neue Sitze erobern, daß sie in verdoppelter Anzahl in den Reichstag zurückkehren würden, dies hätte doch Niemand erwartet" u. s. w. Auf der zweiten Seite aber wird unter Berlin, den 15. Januar, berichtet: „— — die Sozialdemokraten haben Aussicht, nur sieben Sitze zu erhalten und es erscheint sehr zweifelhaft, ob bei den 16 engeren Wahlen, in denen die Sozialdemokraten den Nationalliberalen oder Fortschrittlern gegenüberstehen, mehr als der vierte Theil den Sozialdemokraten zufallen wird" ꝛc. Dieser letzte Artikel schließt: „Das Wahlresultat darf daher, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Wahlsiege, als ein zufriedenstellendes betrachtet werden". Was doch so ein gedankenloser Culturkampf-Redukteur in einem Athem sich gegenseitig widersprechendes Zeug zu Tage fördern kann! Auch ein „Held des Geistes"!

— Sozialdemagogen nennt uns die fortschrittliche „Volkszeitung". Wir finden nun in einem nationalliberalen Parlamentsbericht, welcher von der Präsidentenwahl des preußischen Abgeordnetenhauses handelt, folgende niedliche Stellen: „Innerhalb der Fortschrittspartei standen sich eine friedliche und eine kriegerische Richtung gegenüber. Die letztere, durch die demagogischen Heißsporne geführt, wollte an Hänel festhalten und wollte, statt den Nationalliberalen nachzugeben, lieber eine Coalition mit den Ultramontanen versuchen. Hätte diese Ansicht gesiegt, so hätte die Fortschrittspartei sich damit wohl ihr eigenes Grab gegraben. Zum Glück gewann innerhalb der Partei die verständigere Ansicht die Oberhand; man beschloß Herrn Hänel fallen zu lassen, und statt seiner Herrn Klotz zu präsentiren, welcher den Nationalliberalen „genehm" war." — Und zum Schluß heißt es: „Wir wollen nun hoffen, daß dieser Vorgang dazu beitragen möge, ein besseres Verhältniß zwischen den beiden großen liberalen Fraktionen wieder anzubahnen. Dazu ist aber nothwendig, daß die Fortschrittspartei sich nicht wieder von der demagogischen Berliner Clique dominiren läßt." — Die „Volkszeitung" gehört natürlich auch zur „demagogischen BerlinerClique", sie mag sich das merken — ihr lügnerisches Treiben hat allerdings einen scharfen demagogischen Beigeschmack.

— Ein reizendes Geschenk hat uns unser „Erbfreund" gemacht. Die Rinderpest, welche in Schlesien, Berlin und Altona auftritt, ist aus Rußland nach Roßbach bei Beuthen übertragen worden. Die Sozialisten in Holstein aber können dem Erbfreund noch zu besonderen Dank verpflichtet sein, da der Rinderpest wegen in mehreren Orten die Versammluagen verboten werden.

— Das Reichsgesundheitsamt hat den Physikus Herrn Dr. Hirt, Privatdocent an der Breslauer Universität, nach England auf Reisen geschickt, um Studien über die Krankheiten der Arbeiter anzustellen. Aber warum in die Ferne schweifen, wo das „Gute" so nahe liegt? Das Reichsgesundheitsamt hätte sich doch gewiß weit bequemer über die Krankheiten der Arbeiter informiren können, wenn es z. B. in Oberschlesien Studien über den Hungertyphus anstellen ließe, der ja ganz ausschließlich eine Arbeiterkrankheit ist. Nach Art tüchtiger Hauswirthe sollte man erst den berghohen Unrath vor dem eigenen Hause beseitigen ehe man sich um den Schmutz der Nachbarn bekümmert.

— Märchen hat wieder einmal geflunkert. Der „Correspondent für Buchdrucker" schreibt: „Nach der „Vossischen Zeitung" hat Dr. Max Hirsch in einer Berliner Wählerversammlung sich wie folgt geäußert: Er (Hirsch) habe nicht nur daran gearbeitet, den Frieden zwischen Kapital und Arbeit herzustellen, sondern es sei ihm dies auch zum Theil thatsächlich gelungen, z. B. mit dem Einigungsamte der Berliner Buchdrucker. — Abgesehen davon, daß ein solches Einigungsamt gar nicht existirt, so ist uns auch sonst nichts davon bekannt, daß Hr. Dr. Hirsch in irgend einer Weise sich um die Einigung der Buchdrucker bekümmert hätte, wir haben vielmehr Grund zu der Vermuthung, daß er das Gegentheil gethan, was bei der Stellung des Ge-

Herr v. Puttkammer.

(Schluß statt Fortsetzung.)

Ehe wir in der Darstellung der Ereignisse fortfahren, wollen wir noch auf die Unterschiede aufmerksam machen, welche nach dem Landrecht zwischen Wahnsinn und Blödsinn bestehen. Nach § 27 Tit. 1 Theil I L. R. heißen Rasende und Wahnsinnige diejenigen, welche des Gebrauchs ihrer Vernunft gänzlich beraubt sind. Nach Paragraph 28 sind Blödsinnige diejenigen, welchen das Vermögen mangelt, die Folgen ihrer Handlungen zu überlegen. Es frägt sich, wie sich die beiden Kategorien von einander unterscheiden. Rasende und Wahnsinnige sind ohne Vernunft; wer die Folgen seiner Handlungen nicht zu überlegen vermag, ist auch unvernünftig und wenn sich diese Unvernunft auf alle seine Handlungen erstreckt — im Sinne des Gesetzes blödsinnig. Ohne Vernunft sind also beide Kategorien, und das unterscheidende Merkmal beider dürfte nur in der Gemeingefährlichkeit zu suchen sein, die bei den Rasenden und Wahnsinnigen in der Regel vorhanden ist, bei den Blödsinnigen aber in der Regel fehlt. Die Juristen im Ließ'schen und Puttkammer'schen Prozeß sehen sich ärztlichen Gutachten gegenüber, welche den Provokaten, um mit Prof. Meyer zu reden, nur für partiell verrückt erklären, d. h. die betreffenden Personen sollen verrückt, dabei aber auch wieder gesund sein können. Die Juristen suchen diese Art Verrücktheit mit den Bestimmungen des Landrechts zu vereinbaren. Sie folgern: Schon im Gegensatz zu den Wahnsinnigen des § 27 sei den Blödsinnigen nicht gänzlicher Mangel des Verstandes abzusprechen. Es genügt ihnen von diesem Gesichtspunkte aus, wenn einem Menschen auch nur in einem einzigen Punkte das Vermögen abgesprochen wird, die Folgen seiner Handlungen zu überlegen. Er kann im Uebrigen ganz gesund sein, sich durch scharfes Denken auszeichnen, nach dem Gesetze ist er als — blödsinnig zu erachten. — Das ist offenbar eine eigenthümliche Auslegung des Landrechts. Sie hätte einen Sinn, wenn die Vormundschaft, welche über einen solchen Blödsinnigen verhängt wird, auch nur eine partielle wäre. Sie erstreckt sich aber auf das gesammte Handeln. Der Blodsinnige wird aus der bürgerlichen Gesellschaft vollständig ausgeschlossen, und das setzt auf der anderen Seite doch wieder mit Nothwendigkeit die Annahme voller Vernunftslosigkeit voraus.

Fahren wir nun mit unseren Auszügen aus dem Erkenntnisse fort.

„Der Bruder des Herrn v. Puttkammer bestritt," wie das Erkenntniß ausführt, „die Behauptung der Provokation, suchte sie im Einzelnen zu widerlegen und gab nur zu, daß Provokat in hohem Grade und durch geringfügige Ursachen erregbar sei und leicht in Anschauungen und Handlungsweisen verfalle, die man im täglichen Leben als Excentricitäten bezeichne, und daß dies zeitweise in so hohem Grade hervortrete, daß seine Zurechnungsfähigkeit, wenn nicht ausgeschlossen, so doch jedenfalls gemindert erscheine, daß daher objektiv strafbare Handlungen ihm nicht zugerechnet werden könnten. Den Mangel der civilrechtlichen Geschäftsfähigkeit stellte er in Abrede und nahm auf das Gutachten eines alten Bekannten des Provokaten des Dr. Höppner Bezug."

Wir vermögen nicht zu beurtheilen, in wie weit der Bruder des Herrn v. Puttkammer dem Gerichte als Beamter entgegen gekommen ist. Sein Zeugniß, daß sich auf langes Zusammenleben gründete, wiegt aber das des Doktors Friedel in reichstem Maße auf, und es ist von um so höherer Bedeutung, als der Appellationsgerichtsrath v. Puttkammer keine Ahnung von der Dehnbarkeit der vorerwähnten Landrechtsartikel besitzt und die verminderte Zurechnungsfähigkeit durchaus nicht als Beweis für den Blödsinn annahm. Das Kammergerichtserkenntniß eilt sehr flüchtig über diesen leichten Punkt hinweg und registrirt nur: „aber auch der Bruder hatte keinen Einfluß auf den Provokaten." Als ob es sich darum gehandelt hätte, auf diesen irgend einen Einfluß zu üben! „Derselbe weigerte sich hartnäckig, auch aus dessen Händen seine Militärpension in Empfang zu nehmen, so daß der vorhandene Betrag schließlich aus schonender Rücksicht auf den Gemüthszustand des Provokaten an die Militär-Pensionskasse zur Auszahlung zurückerstattet wurde, nachdem Provokat deshalb verschiedene Prozesse gegen das deutsche Reich vergeblich angestellt hatte."

Man hätte unseres Erachtens die „schonende Rücksicht" am besten dadurch geübt, daß man Herrn v. Puttkammer in Frieden gelassen hätte. Thatsache ist hier, daß der Provokat einen Erfolg erzielte, er hatte es bestritten, daß seine Pension von irgend einer Behörde mit Beschlag belegt werden könnte, und seiner Auffassung mußte schließlich Recht gegeben werden. Das Gericht will dieses Faktum zwar nicht anerkennen, indem es bemerkt, daß die vom Provokaten angestrengten Prozesse vergeblich gewesen sind. Wir behaupten aber, daß die Zurückweisung dieser Prozesse nur aus dem Grunde, weil gegen den Kläger das Blödsinnigkeitsverfahren eingeleitet worden war, erfolgt ist.

Der Bruder des Provokaten „legte schließlich, nachdem er angezeigt, daß ein schriftlicher Verkehr mit seinem Bruder bei dessen Geistesbeschaffenheit zu den Unmöglichkeiten gehöre, die Kuratel nieder und wurde im weiteren Verlaufe des Verfahrens Rechtsanwalt Gerlach zum Kurator verpflichtet."

Wir bemerken hierzu, daß Herr v. Puttkammer sich gegen seinen Kurator consequent ebenso ablehnend verhielt wie gegen das Blödsinnigkeitsverfahren im Allgemeinen. Die „Geistesbeschaffenheit" darf natürlich nicht, wie man aus dem Wortlaute des Erkenntnisses entnehmen könnte, auf Geisteskrankheit zurückgeführt werden, sondern nur auf die große Erregtheit des Herrn v. Puttkammer, über deren Ursachen die Leser hinlänglich unterrichtet sind.

Am 13. Juni 1871 war das Stadtgericht Berlin um Abhaltung des Explorationstermins ersucht. Am 23. September 1871 erschienen Gerichtspersonen und Aerzte in seiner Wohnung Mittelstraße 5, die Wirthin erklärte: der Rittmeister v. Puttkammer wohne bei ihr, sei aber seit einigen Tagen nicht zu Hause gewesen und habe bei seinem letzten Dortsein ausdrücklich erklärt, er werde zum Termin erscheinen. „Er selbst protestirte in einer weitläufigen Eingabe gegen das ganze Verfahren, weil es zu Unrecht eingeleitet sei und erklärte, es ignoriren zu wollen."

Gericht und Aerzte, welche sich bisher als so aufmerksame Leser gezeigt, sagen uns auffallender Weise nichts Näheres über diese Eingaben. Da sie sich mehr oder weniger auf juristischem Boden bewegte, hätte sie doch eine schneidige Waffe gegen v. Puttkammer gebildet, wenn sich daraus — seine Blödsinnigkeit hätte folgern lassen.

nannten zu Hrn. Franz Duncker, einem der Unterzeichner des „Entweder — Oder", übrigens nicht überraschen kann."

— Aus Netzschkau wird uns geschrieben: „Die Geschäftskrisis macht sich hier in der Weberbranche immer fühlbarer. Nicht allein, daß viele Webstühle seit geraumer Zeit ganz leer stehen, jetzt werden selbst alte Arbeiter abgelohnt und ganze Weberfamilien sind brodlos. Dieser faule Geschäftsgang gab nun hiesigen sowie Reichenbacher Fabrikanten Gelegenheit, ihre Wuth über die Reichstagswahl auszulassen, indem sie einestheils Parteigenossen ohne Arbeit lassen, anderntheils auch die Stirne hatten, zu ihren Arbeitern zu sagen: Lassen Sie sich Arbeit von Auer geben. Es hilft den Herren aber Nichts. In unserem materialistischen Zeitalter hat sich eben das Wort: „Noth lehrt beten", in: „Noth lehrt sozialistisch wählen", umgewandelt! — Arbeit und Brot verlangt der Hungernde, Steine werden ihm geboten!

— Freie Wahl. In Atzenbach (Wahlkreis Waldshut, badisches Oberland) wurden in der Aktien-Spinnerei die Arbeiter am Wahltag auf das Bureau gerufen, wo ihnen der Direktor Trescher ein Langes und Breites über die Erhabenheit des Nationalliberalismus vormachte und die Arbeiter aufforderte, für den liberalen Candidaten Hebting, Weinhändler aus Freiburg, zu stimmen. Damit sie aber gewiß waren, daß die Arbeiter für den liberalen Candidaten stimmten, stand ein Controleur und der Meister außen vor der Thür des Wahllokals und händigte ihnen die Hebting-Wahlzettel ein, und innerhalb der Thüre stand der Direktor, welcher aufpaßte, daß seine Stimmzettel ja abgegeben wurden. — Nun, infolge solchen Verfahrens ist es den Liberalen möglich geworden, ihren Candidaten durchzubringen.

— In dem böhmischen Eisenwerk des Dr. Strousberg, Schatzlor, striken 700 Arbeiter wegen Nichtbezahlung des Lohnes. Diese verfluchten aufgehetzten Arbeiter, wie können sie wohl wegen solcher Lappalie sofort den Strike proklamiren: sie würden doch viel braver sein, wenn sie ihren edlen Arbeitgebern gegenüber tüchtig Hunger litten und dennoch flott darauf los arbeiteten.

— Zur Arbeiterbewegung in Italien. Der italienische Buchdruckerverband hat durch sein Centralcomité ein Schreiben an das Parlament gerichtet, in welchem um Erlaß eines Gesetzes zur Regelung der Lehrlings- resp. Kinderarbeit petitionirt wird. Als Grundlage werden folgende Bestimmungen empfohlen: 1) Aufnahme der Lehrlinge nicht unter 14 Jahren und nur gegen Beibringung eines ärztlichen Gesundheits-Attestes sowie eines Befähigungsnachweises; 2) Arbeitszeit in den ersten 2 Jahren nicht über 8, in den folgenden Jahren nicht über 10 Stunden täglich bei mindestens 2stündiger Mittagsruhe; 3) Verbot jeglicher Nacht- und Sonntagsarbeit; 4) Eintheilung der Arbeitszeit derart, daß den Lehrlingen der Besuch von Privatschulen ermöglicht werde.

— Auf der Conferenz zu Konstantinopel kam ein höchst interessanter Zwischenfall vor. Der französische Gesandte von Chaudordy ließ eine lange Tirade über die Gräuel von Bulgarien los; der türkische Minister Edhem Pascha aber warf dem Herrn als Erwiederung die Dragonaden, die Bartholomäusnacht und die Versailler Gräuel gegen die Commune vor. Man sieht also, daß der Türke als Regierungsvertreter mit großem Rechte zu den französischen Regierungsvertreter sagen konnte: „Seht, wir Wilden sind doch bessere Leute". Die französische Regierung als Vertreterin einer hochcivilisirten Nation hat jedenfalls durch die Ermordung der Communemitglieder und deren Anhänger eine viel ruchlosere That begangen, als die türkische Regierung als Vertreterin einer halbcivilisirten Nation durch die Gräuel in Bulgarien. Gut war's, daß Edhem Pascha dem französischen Moralprediger solche treffende Antwort gab; der Vertreter der Republik, deren Boden noch von dem Blute der hingemordeten Brüder dampft, hatte wahrlich kein Recht zu irgend einer Moralpredigt.

— In Petersburg sind kürzlich wieder massenhaft Verhaftungen vorgenommen worden. Man will wieder communistischen Verschwörungen auf die Spur gekommen sein. — Bei der Stellung Rußlands der Türkei gegenüber sind solche Vorkommnisse allerdings und glücklicherweise äußerst unbequem.

— Der frühere verantwortliche Redakteur des „Volksstaat", Jakob Marbach, ist wegen diverser Preßvergehen zu vier Monaten Gefängniß und 200 Mark Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

— Aus Gent erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Internationale Arbeiter-Assoziation.
Abtheilung Gent (Belgien).

Glückwunsch an die deutschen Brüder!

Durch den „Vorwärts" haben wir den Bericht empfangen von Euren großen Siegen. Die ganze arbeitende Bevölkerung von Gent gab im lauten Jubel seiner Freude Ausdruck. Am Abend des 15. Januar hatte die Gent'sche Abtheilung der internationalen Arbeiter-Assoziation eine große Manifestation; mehr wie 5000 Arbeiter nahmen Theil an derselben. Die große Menge begab sich, mit der rothen Fahne an der Spitze, nach dem riesenhaften Parnassus-Saal, wo eine Massenversammlung stattfand. Das Wahlresultat wurde aus dem „Vorwärts" in vlämischer Sprache übersetzt und der Versammlung mitgetheilt; bei den sozialistischen Candidaten, die eine große Zahl von Stimmen erhalten hatten, brach stürmischer Beifallsjubel los. Der Referent E. van Bevieren sprach über das Wirken der deutschen Sozialdemokratie und sagte, daß der Weg, auf welchem die Brüder in Deutschland marschiren, auch für die Arbeiter Belgiens der beste sei. Folgende Resolution wurde unter donnerndem Applaus angenommen: Die Arbeiter von Gent, auf einem Meeting versammelt, erklären sich mit dem Wirken der Sozialdemokratie in Deutschland einverstanden und wünschen, daß sie fortfahren möge, die Vorleuchterin auf der Bahn der Menschenbefreiung zu sein! Wir Arbeiter Belgiens wollen uns beeifern, dem Beispiel der deutschen Brüder zu folgen und hoffen, sobald wir das allgemeine Stimmrecht erobert haben, auch mit der Bourgeoisie hier den Kampf zu bestehen. Die Versammlung wurde geschlossen unter tausendfachem Hochruf auf den Sozialismus und die deutschen Brüder.

Gent, 17. Januar 1877.

Mit sozialdemokratischem Handschlag und Gruß
Im Namen der Gent'schen Abtheilung der internationalen Arbeiter-Assoziation:
Paul de Witte. Paul Verbauwen.
Eduard Anseele. Edmond van Beveren.

— Wir erhalten folgende Mittheilung aus Lissabon, d. d. 14. Januar 1871:

„Genossen! Der Centralrath der Arbeiterpartei nimmt Theil an allen sozialistischen Arbeiteraffoziationen, dergestalt, daß am 2., 3. und 4. kommenden Monats der erste sozialistische Arbeitercongreß in Lissabon stattfinden wird.

Brüderlichen Gruß!

Im Namen des Centralcomités:
Azedo Gueeco."

— Verurtheilungen und Prozesse. Unser Chemnitzer Parteiblatt schreibt vom 22. Januar: Die Wahlen sind vorüber, die Reaktionäre geschlagen — nun werden wir aber wieder geschlagen. Heute Vormittag wurde unser Mitredakteur Max Kegel wegen des von ihm verfaßten Gedichtes „Leichenpfändung" („Raketen" vom 30. Juli) zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Dieselbe Strafe traf wegen desselben Gedichts den damals verantwortlichen Redakteur Bruno Looff. Im Urtheil waren als strafmildernd die allerdings „eigenthümlichen Umstände" hervorgehoben, die bei der betreffenden Pfändung obgewaltet haben. Es ist von Kegel sofort Einspruch erhoben worden. Zu derselben Zeit hatte heute Wahlteich in Mittweida Termin wegen angeblicher „Majestätsbeleidigung" und „Richterbeleidigung", welche Verbrechen er in einer Rede begangen haben soll, die er in einer hiesigen Volksversammlung über die weltberühmten Urtheile gegen Saevecke gehalten. Wie man aus der betreffenden Rede Majestäts- und Richterbeleidigung herausfinden konnte, ist uns Sterblichen unbegreiflich, doch — wir werden ja sehen. — Das ist aber noch nicht Alles, denn gleichzeitig trafen heute Vormittag Vorladungen ein für Franz Petzold zu einer Vernehmung, und für Kegel zu einer öffentlichen Gerichtsverhandlung, die am 3. Februar Nachmittags 3 Uhr gegen ihn stattfindet in der charakteristischen Klagsache des „gesammten Personals" von J. C. F. Pickenhahn. Hoffentlich erscheinen auch die Ankläger, damit man wenigstens sieht, mit was für Leuten man es zu thun hat, und wer die Arbeiter sind, welche sich an der kriminellen Kulturarbeit gegen die Sozialdemokraten betheiligen.

Correspondenzen.

Berlin, 18. Januar. Die Erfolge unserer Partei bei der Wahl hat ganz Berlin in eine Aufregung versetzt, welche theilweise jetzt noch anhält. Berlin ist seit dem 10. Januar für die Fortschrittspartei verloren und gehört von nun an der Sozialdemokratie. Was ich Ihnen in meiner vorigen Correspondenz über den voraussichtlichen Ausfall der Wahlen mittheilte, hat sich vollständig erfüllt. In zwei Wahlkreisen, den 4. und 6. haben wir gesiegt, und im 3. wollen wir siegen, zum 26. ds., dem Termin der Stichwahl. Nur in einem einzigen, dem 5. Wahlkreise brachte die Fortschrittspartei ihren Candidaten Duncker durch, in den übrigen drei Kreisen, den 1., 2. und 3. kommt sie in die engere Wahl. Im 1. steht dem „großen" Max Hirsch Forkenbeck gegenüber, im 2. Klotz ebenfalls Forkenbeck und im 3. Rackow dem Nürnberger Bezirksrath Herz. Max Hirsch fällt im 1. Wahlkreis durch, weil hier die Sozialdemokraten ausschlaggebend sind, im 2. dürfte Klotz gewählt werden und im dritten unser Parteigenosse Rackow. Wenn er auch jetzt bei der Stichwahl unterliegen sollte, dann ist immer noch Aussicht, ihn bei der Nachwahl durchzubringen, da Herz bereits anderswo gewählt ist und angenommen hat und bei dieser Annahme beharren wird. Im Ganzen sind hier von 171,000 eingeschriebenen Wählern 80,000 Stimmen abgegeben worden. Wir bekamen 32,000, die Fortschrittler 32,000, die Nationalliberalen 11,000, Zünftler 4000, Ultramontane und Conservative 1000 Stimmen. Bei der vorigen Reichstagswahl hatten wir 13,000 Stimmen zu verzeichnen, so daß die Anhänger der Sozialdemokratie um mehr als 140 pCt. gewachsen sind. Das genaue Stimmenverhältniß der einzelnen Wahlkreise ist folgendes:

1. Wahlkreis: für Most 1173, v. Forkenbeck 3074, Hirsch 2721 und Birberg (Zünftler) 629.

2. Wahlkreis: für Baumann 3960, Klotz 5305, v. Forkenbeck 4305, Bierberg 403, Schorlemer-Alst 104.

3. Wahlkreis: für Rackow 3991, Herz 5828, v. Forkenbeck 1589, Brandes 1089, Schorlemer-Alst 100.

4. Wahlkreis: für Fritzsche 10,769, Eberty 7001, v. Forkenbeck 92, Brandes 1132, Schorlemer-Alst 188.

5. Wahlkreis: für O. Kapell 2032, Duncker 4465, v. Forkenbeck 401, Bierberg 289, Schorlemer-Alst 91.

6. Wahlkreis: für Hasenclever 9569, Banks 6856, Borsig 2180, Brandes 344, Schorlemer-Alst 101.

Am besten hat der 4. Wahlkreis für uns gewählt, indem Fritzsche über 2000 Stimmen Majorität erhielt. Der heftigste Wahlkampf war im 6. Die Gegner, wohl im Voraus bewußt, daß es ein Kampf um ihre Existenz war, griffen in ihrer Verzweiflung zu den schlechtesten Waffen. Flugblätter der gemeinsten Art, voll der abscheulichsten Verleumdung und Lüge wurden massenhaft verbreitet, die Arbeiter zu beeinflussen gesucht, kurzum kein Mittel, und mochte es noch so niedriger Natur sein, unterlassen. Noch in zwölfter Stunde bewerkstelligte man die Candidatur Borsig's, um wenigstens eine Stichwahl herbeizuführen und hierbei calculirte man nicht so schlecht. Man wollte auch denjenigen Wählern Gelegenheit geben, ihre Stimmen auf einen Gegner Hasenclever's zu vereinigen, welche nimmermehr einen Banks gewählt hätten, weil dessen Hamburger Erbschaftsgeschichten auch hier bereits ruchbar geworden waren. Die Candidatur des Geheimen Commerzienraths Borsig schien außerdem noch dadurch recht wirksam zu sein, als er einer der größten Arbeitgeber Berlins ist, vielleicht der größte, und seine Fabriken im 6. Wahlkreis liegen. Auch die Polizei arbeitete in einer auffallenden Weise gegen uns. Ich war selbst am Mittwoch früh, dem Wahltag, Augenzeuge, wie von den Gegnern bezahlte Personen mit einem spitzigen Instrument von Haus zu Haus gingen, um von den Anschlägen den Namen Hasenclever auszukratzen. Polizeichikanen an den verschiedensten Stellen kamen vor. Jetzt nach der Wahl sucht man an den Arbeitern die kleinlichste Rache zu nehmen. Bei Schwarzkopf (Filiale) wurden 15 Mann entlassen, mit dem Bemerken, sich bei Hasenclever Arbeit geben zu lassen. Bei Borsig in der Seehandlung wurden Lohnabzüge gemacht mit demselben Bemerken, wem's nicht gefalle, der solle zu Hasenclever gehen. Doch damit schaden sich nur die Gegner selbst. Das Berliner Proletariat läßt sich durch elende Machinationen nicht vom Wege zur Gerechtigkeit und Freiheit abbringen, es wird muthig weiter zu kämpfen wissen. Zur Stichwahl zum 26. ds. ist unsere Parole: Halb Berlin muß unser sein, und zur künftigen Reichstagswahl: Ganz Berlin muß unser sein!

C. U.

Dortmund, 16. Jan. (Situationsbericht.) Vorläufig ist hier die Wahlhandlung als beendet zu betrachten, da schwerlich im hiesigen Kreise trotz der massenhaften und unerhörten Wahlbeeinflussungen eine Neuwahl stattfinden wird. Die Agitation war von sämmtlichen Parteien die lebhafteste, welche bis jetzt dagewesen ist, und wir können, wenngleich der lebhafte Wunsch vorhanden war, unsern Kandidaten Tölcke wenigstens in die engere Wahl zu bringen, dennoch mit dem Resultat zufrieden sein. Bei der vorigen Reichstagswahl 1874 erhielt Tölcke nur 1227 Stimmen im Stadt- und Landkreis Dortmund, während er diesmal es auf 3563 Stimmen brachte, mithin ein Zuwachs von fast 200 Prozent erreicht wurde. Das vorige Mal erhielt er Stimmen in Dortmund 805 — und diesel Mal 1610. — Auf dem Lande wurden 1874 nur 422 Stimmen abgegeben, diesmal haben wir vom Lande 400 mehr gewonnen. Die übrigen Parteien haben sich eigentlich gar keines Zuwachses zu erfreuen. Der Kompromissethäter L. Berger erlangte nur eine Majorität von 163 Stimmen, ein klägliches Resultat! und welcher Mittel mußten sich die Nationalliberalen bedienen, um nur mit Ach und Krach durchzukommen! Die Ungesetzlichkeiten und Wahlbeeinflussungen gegen die Wählerschaft, aber namentlich gegen die armen Bergleute auf dem Lande sind fast grenzenlos; so daß von den beiden Oppositionsparteien fast gleichzeitig beschlossen wurde, die Wahl anzufechten. Das Häuflein Fortschrittspartei, 379 Stimmen, hat sich blamirt, und sitzt im Mauseloch. — Die ehemaligen, so großmäuligen Liberalen aber sind Angesichts der Erfolge, welche die Arbeiterpartei erreicht, wie vor den Kopf geschlagen, und schleichen einher wie begossene Pudel! ihr Gewissen, wenn ein solches vorhanden, schlägt, denn sie sind dennoch nicht sicher, daß die Wahl für ungültig erklärt werden könnte. — In den zahlreichen Versammlungen, welche wir vom Dezember bis zur Wahl abgehalten, und welche sich des besten Zuspruchs erfreuten, haben trotz wiederholter Einladung zur Diskussion die Gegner es nicht gewagt uns gegenüber zu treten. Nunmehr lassen dieselben aber ihren Zorn die armen Bergleute fühlen; mit welchem Erfolg wird die Zukunft lehren. An denjenigen Orten, wie in Marten, Aplerbick, Solde, Horde ꝛc. ꝛc., wo ein fester Stamm von Parteigenossen sich gebildet hat, haben zahlreiche Kündigungen stattgefunden. Die auf diese Weise arbeitslos gemachten Bergleute wandern nun umher und predigen das Evangelium der Sozialdemokratie. So wird die Zahl der Agitatoren durch die Gegner selbst vermehrt und gerade Dasjenige großgezogen, was die mit Blindheit Geschlagenen unterdrücken und vernichten wollen! —l.

Marburg, 15. Januar. Die Wahl ist vorüber, die sozialdemokratische Partei ist im hiesigen Wahlkreise der großen Uebermacht der Gegner erlegen. Es hatten sich Nationalliberale, Conservative und Fortschrittler geeinigt und den Regierungspräsidenten v. Ende in Kassel als Candidaten aufgestellt (welcher

---

„Eine Auskunft des Einwohner-Meldeamts ergab, daß v. Puttkammer am 8. März 1869 nach Gräfenberg in Böhmen abgemeldet, seitdem aber nicht wieder angemeldet war. Ein neuer auf den 1. Dezember 1871 anberaumter Explorationstermin wurde gleichfalls frustrirt, indem der Verwalter des Hotel garni, Mittelstraße 5, Namens Kubig, erklärte, der Rittmeister v. Puttkammer sei Tags vorher ohne Angabe wohin verzogen." — Das Erkenntniß giebt uns kein Datum der polizeilichen Auskunft, sie scheint aber im September oder November 1871 ertheilt zu sein. Wir lassen ein polizeiliches Attest vom 4. August 1876 folgen:

„ad 14,022,276. Der pensionirte Rittmeister Waldemar v. Puttkammer war nach Inhalt der eingegangenen Meldung vom 31. März 1871 bis zum 1. Mai 1874 Mittelstraße 5 bei Herbst angemeldet."

Auch bei der Anzeige des Hausverwalters erhalten wir kein Datum! Herr v. Puttkammer besitzt übrigens eine Bescheinigung der Polizei darüber, daß seine Meldung bereits am 24. März erfolgt ist, worauf er namentlich seinen Einwand begründete, daß nur das Stadtgericht Berlin zur Führung des Prozesses competent sei.

„Durch das geflissentliche Verhindern einer Untersuchung seines Gemüthszustandes, und da die Irrenanstalten sich weigerten, den unheilbaren Kranken aufzunehmen, verstand es Provokat, das Verfahren Jahre lang fruchtlos hinzuziehen, bis endlich in Folge neuerer Drohungen, welche die Gemeingefährlichkeit des Provokaten zu ergeben schienen, auf Anregung des Königl. Kammergerichts das Königl. Polizeipräsidium sich veranlaßt sah, den Provokaten als Polizeigefangenen in die Charité unterzubringen."

Durch Attest des Prof. Dr. Westphal vom 22. November 1873 wurde er abermals für unheilbar blödsinnig erachtet und am 6. Dezember 1873 nach der städtischen Irrenpflegeanstalt übersiedelt, dessen Dirigent, Dr. Ideler, sich in einem Atteste vom 23. Dezember 1873 dahin aussprach, daß der Rittmeister v. Puttkammer als geistesgestört zu erachten sei und von Wahnvorstellungen beherrscht werde. Da er ihn nicht als gemeingefährlich erachtete, erfolgte am 25. Dezember 1873 die Entlassung zu seiner Ehefrau."

Hatte Dr. Ideler die Angelegenheit des sog. Provokaten studirt?

„Da seitens der Ehefrau keine Schritte zur Unterbringung gethan oder auch nur beabsichtigt wurden, so erhielt nach mehreren Monaten der Stadtphysikus Dr. Knoblank seitens des Königl. Polizei-Präsidiums den Auftrag, den Zustand des v. Puttkammer einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen, deren Resultat die Feststellung der Gemeingefährlichkeit des letzteren, zwar nicht in Ansehung des augenblicklichen Verhaltens, wohl aber der Möglichkeit bez. Wahrscheinlichkeit gemeinschädlicher Aeußerungen der Wahnideen des Kranken gewesen ist. In Folge dessen wurde v. Puttkammer im April 1874 anderweitig in der Irrenanstalt des Dr. Edel in Charlottenburg untergebracht."

Das augenblickliche Verhalten v. Puttkammer's läßt eine Gemeingefährlichkeit nicht annehmen, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen! Deshalb muß er dann wieder in eine neue Irrenanstalt. — Und weiter! Besaß denn die Ehefrau eine Pflicht, ihren Mann irgendwo unterzubringen? War sie denn dazu überhaupt aufgefordert worden?

„Während seiner Detention in der städtischen Irrenpflegeanstalt hat am 11. Dezember 1873 der Explorationstermin mit dem Provokaten stattgefunden."

— Folgenden Steckbrief enthält der „D. Reichs-Anz.": „Graf Gebhard Friedrich Ludwig Adam von Blücher, geboren zu Gottaun, Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, zuletzt Badinspektor der Soolbäder-Aktiengesellschaft zu Kreuznach, gegen welchen wegen Betrugs gerichtlicher Vorführungsbefehl erlassen ist, und welcher außerdem der Urkundenfälschung dringend verdächtig, ist flüchtig. Sämmtliche Polizeibehörden werden ersucht, den Graf ꝛc. von Blücher im Betretungsfalle zu verhaften und auf dem kürzesten Wege unter sicherer Bedeckung mir vorführen zu lassen. Simmern in Rheinpreußen, den 11. Januar 1877 Der königliche Staatsprokuratur."

vuch gewählt worden), die Partikularisten und Ultramontanen Kaufmann Majerus aus Marburg und die Sozialdemokraten den Gutsbesitzer Leuner aus Niederwalgern. Die Kampfweise der Gegner ist den Parteigenossen ja überall bekannt, Beeinflussung der Wirthe betreffs der Lokale, Lüge, Verleumdung und gefüllte Geldsäcke, außerdem eine genügende Portion Feigheit. Nirgends im Wahlkreise war es uns möglich, mit denselben in Versammlungen in offenen Kampf zu kommen, außer in unserer Nachbarstadt Kirchhain. Dort, wo sie allen Boden bereits verloren, suchten sie noch am letzten Abend vor der Wahl Bauernfängerei zu treiben, doch rechtzeitig benachrichtigt eilte ich dorthin und traf denn zu meinem größten Erstaunen die Hauptagitatoren der vereinigten Conservativ-Liberal-Fortschrittlichen. Professor Westercamp aus Marburg erhielt vom Vorsitzenden das Wort mit unbeschränkter Redefreiheit und dann sollte jeder weitere Redner 15 Minuten sprechen. Derselbe erging sich nun eines Langen und Breiten über unsre Reichsherrlichkeiten, lobte Kaiser, Bismarck und unsre treffliche Armee, schimpfte in gewohnter Weise auf die Sozialdemokratie. Seine Partei gönne jedem Menschen was ihm gehöre, die Arbeiter möchten sparen, sie, die Professoren, seien auch Arbeiter u. dergl. Quark mehr. Er betonte, er sei auf keinen gelehrten Vortrag vorbereitet, worauf ihm von Hunderten aus der Versammlung trefflich entgegengerufen wurde: dies ist traurig genug, wenn ein Professor keinen gelehrten Vortrag zu halten im Stande ist. Nun, diesen Weisheitskrämer führte ich in den nächsten 15 Minuten so glänzend ab, daß ihm jede weitere Lust zum Redeturnier verging. Alsdann kam Professor E. . . (?) aus Marburg an die Reihe, ein Held, welcher schon so manchmal weidlich hinter verschlossenen Thüren über uns geschimpft. Was hatte derselbe in seinem Stoß Akten zur Widerlegung der Sozialdemokratie? Dieselben wollten die Ehe abschaffen; Beweis: die Rede Hasselmann's im Reichstage und einige Citate von Bracke über diesen Punkt. Es war mir ein Leichtes, unter dem allgemeinen Beifall der Versammlung nachzuweisen, daß unter unsern heutigen sozialen Verhältnissen bei den Arbeitern in Stadt und Land die Ehe thatsächlich vernichtet und bei den Reichen nur ein Geld- und Spekulationsgeschäft sei. Dann wollten die Sozialdemokraten die Religion vernichten; Beweis: daß vor einigen Jahren ein hervorragender Sozialist im Rathhaussaale zu Marburg erklärt habe, „er sei Atheist, ein Gotteslängner". Auch mit diesem akademischen Bürger wurde ich in einigen Redegängen soweit fertig, daß der Vorsitzende erklärte: Es ist Zeit, daß die Versammlung geschlossen wird, warum? Dem Fuchs hingen die Trauben zu hoch. Kirchhain hat auch durch seine treffliche Haltung an demselben Abend sowohl, als am nächsten Tage bewiesen, daß es getrost in den Reihen der Arbeiterbewegung marschiren kann. Ueberhaupt ist die Wahl lehrreich; die Landbevölkerung hat bei der vorigen und diesmaligen Wahl die meisten Stimmen der Sozialdemokratie gegeben. Sind wir auch unterlegen, so haben wir doch muthig und ehrlich gekämpft, und wird die Zeit nicht mehr ferne sein, wo bei geregelter Agitation und Organisation der Wahlkreis uns gehören wird. V. H. Schneider.

PS. Die Marburger Gesinnungsgenossen sagen hiermit unserm Freund Hempe in Frankfurt a. M. ihren innigsten Dank für seinen ausgezeichneten Vortrag, den er im hiesigen Rathhaussaale gehalten hat. D. O.

Erfurt, 13. Januar. Den Parteigenossen resp. Lesern des „Vorwärts" ist bekannt, daß ich im Monat November v. J. 26 Tage ohne einen ersichtlichen Grund in Zeitz inhaftirt wurde. Jetzt kommt eine „Anklage" und findet die Verhandlung am 26. Januar in Zeitz statt. Majestäts-, Bismarck- und Bürgermeister-Beleidigung ist der Anklage zu Grunde gelegt, deren That ich mir jedoch nicht bewußt bin. In Teuchern hielt ich am 3. November v. J. einen Vortrag, bei dieser Gelegenheit soll das „Verbrechen" begangen sein. — Wollen's abwarten, was darnach kommt. F. Klute.

Zu den Reichstagswahlen.

Engere Wahlen.

Grillenberger in Nürnberg erhielt 12,089 Stimmen, der fortschrittliche Gegencandidat 12,625. Somit ist trotz der riesigen Anstrengungen unserer braven Parteigenossen in Nürnberg unser Candidat unterlegen.

In Altona-Iserlohn siegte in der Stichwahl Kreuz (liberal) über Overweg (freiconservativ). Klerikale und Sozialdemokraten stimmten vielfach für ersteren.

W. Bock in Gotha hat 6050 Stimmen erhalten, der liberale Gegencandidat 6809. Auch in Gotha also sind die Unseren trotz großer Anstrengung unterlegen. Die auf Bock vereinigten Stimmen bilden aber für jene Gegend einen großen Erfolg unserer Sache.

Ausschluß sämmtlicher Maurer und Zimmerer Altonas.

Die gute Organisation der Maurer und Zimmerleute, sowie die Opfermüthigkeit der Arbeiter Deutschlands im Allgemeinen, brachten es vor drei Jahren fertig, daß das boshafte Mittel der Arbeitsausschließung, durch welches man den Bauarbeitern Hamburgs alle mit so großen Opfern erzielten Errungenschaften mit einem Schlage vernichten wollte, schmählich scheiterte. Nach kaum drei Jahren muß es noch allen Maurern und Zimmerlenten frisch im Gedächtniß sein, welche schamlosen Anforderungen die resp. Meister und Bauübernehmer an ihre Gesellen stellten. Einmüthig wiesen die Arbeiter dieses freche Ansinnen zurück. Der Kampf, welcher nun folgte, war ein harter; 22 Wochen bedurfte es, um die Ausschluß-Meister eines Besseren zu belehren, 22 Wochen lang wurde die gesammte Bevölkerung durch die Provocation der Arbeitgeber in Handel und Gewerbe geschädigt. So große Opfer auch dieses kostete, so waren doch diejenigen der vereinigten Arbeitgeber geradezu unberechenbar. Erst als mehrere dieser Waghälse schwer an ihrem Gute geschädigt, und der Meisterbund als solcher nicht im Stande war, die nicht so reich Begüterten davor zu bewahren, kamen Viele zur Besinnung. Es konnte ja auch nur im Interesse der großen Meister liegen, die kleinen Meister bei ihrer geringen Widerstandsfähigkeit (weil ihr Geldsack nicht so groß) schutzlos zu lassen und dadurch deren Concurrenz zu beseitigen. Einige Meister schauten diesen Herren hinter die Coulissen, sahen das Ungerechte dieses Vorgehens ein und betheiligten sich nicht an dem Ausschluß. Dieselben schützten sich und ihre Arbeiter vor Schaden und stiegen in der Achtung bei der gesammten Bevölkerung.

Nach so schlimmen Erfahrungen, die die Ausschlußmeister durch reinen Uebermuth machen mußten, ließen sie die Arbeiter unter besseren Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen, als sie dieselben verlassen mußten. Man hätte nun denken sollen, daß Erfahrungen auch solche Leute klug machen; aber dies scheint nicht der Fall bei der Altonaer Bauhütte zu sein. Bei der energischen Haltung der Bauarbeiter Hamburg und Altonas, dem Ausschluß gegenüber, sollte es den Arbeitgebern in Altona, Ottensen und Umgegend doch einleuchten, daß es besser für beide Theile sei, in friedlichen Einvernehmen zu leben, um so mehr, da von Seiten der Maurer und Zimmerer in Altona, Ottensen und Umgebung seit einigen Jahren auch nicht die geringste Miene gemacht worden ist, neue Forderungen an die Meister zu stellen.

Bei der letzten Auszahlung des Lohnes nun im alten Jahre erklärten aber plötzlich die einzelnen Bauhutten-Meister ihren Gesellen: Wer für die, von der Bauhütte aufgestellte Lohntabelle weiter arbeiten wolle, der könne bleiben; die damit jedoch nicht einverstanden wären, seien hiermit entlassen.

Und Warum? Weil sie sich weigerten, einen Tarif anzuerkennen, nach welchem für 1877 die Arbeitszeit verlängert und Verkürzung der Löhne und Klassifizirung derselben eingeführt werden sollte.

In einer vorhergehenden Generalversammlung der Maurer und Zimmerer in Altona, Ottensen und Umgegend wurde dieses Ansinnen der Bauhütte einstimmig zurückgewiesen, worauf nun der Ausschluß erfolgte, um die Gesellen durch Hunger mürbe zu machen.

Die Zahl der Ausgeschlossenen ist eine beträchtliche, alle Tage kommen neue Kameraden hinzu, und leider sind es meistentheils Familienväter.

Maurer und Steinhauer Deutschlands! Ihr wißt, welche Rolle die Meister Hamburgs seiner Zeit spielten; solches soll nun von den Meistern Altonas nachgeäfft werden. Ihr wißt, daß das Einkommen der Meister in den letzten 5—6 Jahren sich verviersacht hat, und unsere Löhne sich nur um einen Bruchtheil, infolge heißer Kämpfe in den größeren Städten und der guten Organisation der Maurer und Zimmerer, gebessert haben.

Jene Herren begnügen sich nicht mehr mit der Einführung von Arbeitsbüchern, Entlassungsscheinen, Werkstellen-Ordnungen ꝛc., sondern sie geberden sich wie die Sklavenhalter, welche den Arbeitern den letzten Rest des Selbstbestimmungsrechts nehmen wollen.

Wir appelliren nun an den brüderlichen Sinn aller Bauarbeiter Deutschlands, diesem Treiben der Arbeitgeber in Altona ihre Mißbilligung zu zeigen. Dies können wir am besten dadurch ausdrücken, wenn wir den Ausbeutergelüsten mit allen uns gesetzlich zustehenden Mitteln ruhig und ernst entgegentreten, und keine Opfer scheuen, um unserer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen.

Einstimmig haben die Maurer und Zimmerer in Altona, Ottensen und Umgegend beschlossen, wenn die Meister ihnen den Kampf aufbürden würden, den Fehdehandschuh aufzunehmen, und nicht eher zu ruhen, als bis die Meister ihr unzeitgemäßes Ansinnen zurückgezogen und unter den alten Abmachungen, welche für die Bauhandwerker Altona's u. s. w. maßgebend sind (die Lohntabelle von 1875 wurde zum Unterschiede der für 1877 von den Meistern und Gesellen gemeinsam berathen), weiter arbeiten lassen.

In erster Linie handelt es sich darum, den Zuzug fernzuhalten. Die Altonaer Meister werden sich alle Mühe geben, um mit den täuschendsten Versprechungen Leute heranzuziehen, welche an unserer Stelle die Arbeit machen sollen. Wir erwarten, daß sich Niemand von Euch dazu verleiten läßt, zudem es sich ja nur um Aushilfe handeln könnte. — Aber dieses Eine genügt nicht, wir müssen auch unsere Genossen mit Geldopfern unterstützen, wenn sie überhaupt aushalten sollen. Haltet daher überall Zusammenkünfte ab, um Euch wegen freiwilliger Sammlungen zu verständigen. Wir wissen wohl, daß es gegenwärtig viele Arbeitslose giebt, welche selbst nichts haben; aber wenn nur Diejenigen, welche arbeiten, ihr Scherflein dazu beitragen, wird es möglich sein, unsere Kameraden vor dem Untergange zu retten. Bedenken wir, daß es nicht nur gilt, die sogenannte „Altonaer Bauhütte" zu bekämpfen, sondern die Mitglieder derselben sind auch Mitglieder des „Norddeutschen Baugewerk-Vereins", sowie Letzterer dem sich jetzt in ganz Deutschland breit machenden „Verband deutscher Baugewerksmeister" angehört. Hier haben wir es also mit den Mitgliedern einer „Vereinigung" zu thun, die Ihr größtentheils Alle kennt, unter deren Druck Ihre Alle leidet — und deren höchster Zweck die Unterdrückung der Arbeiter ist.

Kameraden, wir appelliren nicht nur an Euer Mitleid, sondern ebenfalls an Euer Verständniß. Bedenkt, wenn Altona fällt, kommen bald andere Städte an die Reihe; siegt hingegen Altona, so kommt es Allen zu Gute.

Die Altonaer Kameraden haben das Versprechen gegeben: „Fest zu halten für die Gemeinsamkeit"; möge die Gemeinsamkeit dieselben denn auch vor dem Hunger zu schützen suchen.

NB. Wegen planmäßigerer Uebersicht der Unterstützungsfrage wolle man alle Gelder an den Bundes-Kassirer des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes, H. Walther, Jacobikirchhof 29, Hamburg, unter dem Vermerk: „Für die ausgeschlossenen Maurer", senden.

Die Adresse des Unterstützungs-Comité's der vereinigten Maurer in Altona ist:

gr. Westerstraße Nr. 28.

Hamburg, im Januar 1877.

Mit brüderlichem Gruß

Der Ausschuß des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes.

Oeffentliche Quittung.

Für den Wahlfond hat A. Geib in Hamburg seit dem 28. November erhalten:

Altona v. K. 3,00; Halle d. Rödiger 12,00; London d. J. Morf v. C.-Arb.-B.-V. 36,30; do. 40,80; Bremerhaven vom Verbrüderungsfest d. Fellermann 40,15; Hamburg v. Verbrüderungsfest der Tischler 40,72; do. v. Werner's Möbelfabrik d. Kurfus 12,00; do. v. E. A. P. 6,00; Ulm d. L. Reisbach 15,00; London v. Valentine Wolff 19,27; Freden v. einer Kindtaufe d. F. Barhten 1,30; Danzig d. E. Dyck Liste 3274: 21,00; Genf v. Société allemande d. Roth u. Wilhelm 624,51 nebst 80,64 u. 48,38; Groß-Auheim d. Bergmann 6,00; Merseburg d. M. Fichtler 0,70; Minden i. W. Liste 3523: 1,00; Liste 3526: 1,75; Liste 3527: 2,80; Düsseldorf d. N. N. 6,00; Gaislingen v. J. B. 5,00; Chemnitz Liste 4 d. Knof 4,10; Heilbronn d. G. Kittler 1,00; Berlin Cig.-F. v. Schrader d. Sommer 40,00; do. Cig.-Arb. David 1.50; Reiherstieg Liste 3572 durch Schilling 1,00; Kaufbeuren Liste 2167: 2,00; Lauenburg d. Voß Tellersammlung 10,75; Oggersheim d. Queva 1,40; Frankfurt a. M. v. L. Opificius 15,00; Schwabach v. F. Muscat 7,00 u. 3,00; Heidelberg d. J. Nething 10,00; Hamm u. Horn d. Koch 5,50; von 1 Parteigenossen aus der bayer. Vorderpfalz 50,00; Ursprung d. Andig 2,50; München v. Schneidermstr. Hedl 10,00; Leipzig Liste 3981: 4,50; Bremerhaven d. H. R. Kaht 3,15; Kaufbeuren Liste 2165 d. Neuhauser 2,76; Lechhausen Liste 1248: 3,20 (darunter 1,20 von 16 regelmäßigen Steuerzahlern); Pegau Liste 1271 d. Weiß 1,90; Stockholm v. Posnanski 2,00; do. v. sozial. Mitgliedern d. deutschen Vereins 17,78; Oberutzwyl v. Weidenauer 1,20; Delmenhorst Eisner f. B. u. J., Hamb., 6,00; Wiesbaden Liste 3522 d. Wieger 2,00; Stelling Liste 3400: 3,35 u. Liste 3398: 5,70; Deuben v. Genossen in Weißig 1,70; Lambrecht d. A. Richter 2,20; Mannheim d. F. J. Ehrhardt 100,00; Bergedorf Liste 83 d. Wiese 3,50; Groitzsch Listen 1236, 1241, 1242: 11,64; Worms d. Oswald 0,55; Mutterstadt d. J. Schmalbach 5,00; Baden-Baden Liste 2348: 1,20; Dresden Liste 2512: 10,25; Pegau Listen 1267, 1270, 1273 u. 1274: 4,88; Straßburg i. E. von Parteigenossen d. E. Schilde 52,46; Heidelberg v. Weihnachtsfest der Schuhmacher d. Burger 6,00; Hohenfelde v. Werner's Tischlerw. d. Markmann 8,15; Löbau v. Parteigenossen d. Böhmer 3,15; Treuen v. Parteigenossen d. Auer 5,00; Breslau v. Dr. K. d. Just 3,00; Leipzig v. Club „Morgenroth" 15,00; do. Liste 3995 d. Jansen 6,45 u. Liste 3997: 1,65; do. Weihnachtsfest v. Arb.-B.-V. 16,00; do. v. Dr. T. 10,00; do. Liste 1035 v. Dohne in Volkmarsdorf 4,00; do. Liste 3998 d. Müller 3,95; do. d. Fink 16,70; Ebersdorf Liste 20,88: 0,20; Osnabrück vom Arbeiter-Sängerbund 100,00; Harburg d. D. Steffens 100,00; Verden d. A. Müller 36,80; Kalk d. W. Eckert 30,00; Basel v. deutschen Verein d. Hofmann 32,25; Wandsbeck d. J. Jahncke 9,00; Mainz v. J. M. Hirsch 15,00; Berlin v. Dr. Stamm 5,00; Bautzen v. Sch. 5,00; Vorst v. H. Raves 1,40; Chicago v. Roeder u. Schranz 7,00; Schwerin v. Hofbaurath Demmler 50,00; Hürben v. S. Fischer 2,00; Berlin v. R. Pastor 5,00; Dresden v. Hochgürtel 3,00; Linden v. Arbeitern d. M. W. d. Karbe 14,41; Kiel d. C. Starck 100,00; Neumünster d. Plambeck 50,00; Treuen d. L. v. A. Pomper 9,00; Harzburg v. Arb.-G.-V. 10,00; do. v. W. 3,00; Heilbronn v. d. Parteigenossen d. Kittler 9,20; Fulda v. A. Klagas 1,00; v. St. ges. 1,73; d. H. Fuchs 1,27; do. v. Kircherapp 3,00; Werdau v. Volks-V. 10,00; Darmstadt d. A. Feuchtmann 30,00; Husum d. J. Koopmann 8,00; Reutlingen d. C. Walz Ueberschuß v. Christbaumfeier 20,00; Mannheim v. d. Partei-G. d. Königshausen 40,00; Bruchsal v. Franz Fischer 2,00; Erfurt v. N. N. 10,00; Apolda d. J. Dorn 9,50; Rostock ges. v. 14 Buchdr. d. B. Boese 6,00; Berlin v. Herm. Dewitz 20,00; Augsburg d. Endres v. F. M. 2,00; do. v. G. St. 0,50; Danzig v. Za. 5,05; Berlin A. 10,00; do. v. C. A. 300,00; Leipzig d. H. Jansen 17,50; do. Liste 3985 d. Kaiser 3,80; do. d. Benneroitz 1,50; Jarotschin v. Joh. Blum 3,00; Oldendorf b. Melle v. Parteig. d. G. Hartmann 12,00; Saarbrücken vom verlorenen Posten d. L. Struttmann 17,30; Frankfurt a. M. v. E. Lehm 3,00; do. v. G. S. d. A. Sabor 10,00; do. von A. Sabor 15,00; Tönning d. A. Lange 12,00; Dortmund von A. Kretzschmar 1,50; Pforzheim v. L. S. 2,00; Stuttgart von Th. K. 20,00; do. v. d. Parteig. d. Wannenwetsch 100,00; Düsseldorf v. Hugo Wiskoff, Rentner, 5,00; Geislingen v. J. B. 5,00; Amsterdam v. X. Y. Z. 50,00; Harstedt d. C. Grope 18,65; Brandenburg v. Cig.-Arb. d. Köhler 28,00; Osnabrück v. d. Pionier d. L. Himmermann 50,00; Biberach v. Gesinnungsgenossen d. Bopp 4,00. (Schluß folgt.)

Briefkasten

der Redaktion. B. in Göppingen: Keinen Originalbericht erhalten; nehmen von Ihnen gern Correspondenzen entgegen. — E. R. in Minden: Uns nicht erinnerlich. — A. K. in Kempten: In Nr. 6 stand schon ein Bericht über die Versammlung. — A. G. in H.: Der Verleger und Redakteur der eingegangenen „Friedens- und Freiheitspost" heißt John Reitenbach in Plicken bei Gumbinnen. — E. H. in Ottensen: Für die Freitagsnummer zu spät eingetroffen.

Den Herrn Tischler P. Müller fordere ich hiermit auf, den Sammelbogen (von der Parlamentswahlkasse) Nr. 3918 mir einschicken zu wollen.

Parteigenossen ersuche ich den P. Müller auf die Notiz aufmerksam machen zu wollen.

P. Hundt, Agent für Barmbeck, Hamburg per Adresse Herr Schuldt, Uhlenhorst, Canalstraße Nr. 32.

Quittung. Bchhm hier Ab. 2,00. Hllr Ab. 8,80, Schr. 6,65. Kbtzsch Dresden Ab. 95,00. Arb.-Bild.-Ver. Dresden Ann. 3,00. Brnkmnn Hemme Ab. 6,00. Jgr Stockum Ab. 4,70. Knn hier Ab. 1,80. Grmm Frankfurt Schr. 4,55. Grbnsln Lindenau Schr. 3,45. Ws Christophsgrund Ab. 6,40. W. C. St. Johann Ab. 1,25. Krschm Dortmund Ab. 1,00. Lmp Hannover Ann. 0,60. Rdlph Hannover Ann. 2,30. Ufrt Weimar Schr. 2,75. Gewerkschaftsverein der Eisen- und Metallarbeiter Wien Ab. 10,00. Mrplvcs Neusatz Ab. 2,43. Schd Hauptstuhl Ab. 3,00. Smbdr Elstra Schr. 2,70. Bkl Dresden Schr. 3,00. A. Rrg Mauche Ab. 2,65. Schndnbch Brunndöbra Schr. 3,00. Exp. der „Wahrheit" Breslau Ab. 1000,00. Fr. Engl Reudnitz Ab. 121,50.

Erh. d. Brückmann v. Tondern 9,00. Flensburg Leibing. Vom Parteigenossen H. Fchs i. Fulda 3,00 f. Wahlagitation erh. J. Jodrs

Wahlfonds.

Vom Gemeindeverein Lindenau d. Nitzschmann 6,00. Lindenauer Schuhmacher-Gewerkschaft 9,94. Bibliogr. Institut Reudnitz-Leipzig v. Setzern u. Maschinenmeistern 5,25. Von Parteigenossen in Thonberg 6,00. Von Cigarrenarbeitern der Fabrik Cichorius 4,80. Von C. hier 3,00. F. i. Leutsch 5,75. Z. S. L. L. M. P. B. 2,00. Kunzia hier 2,20. Aus der Fabrik v. D. u B. 6,30. Sch. u. Sch. 6,20. Geschwister Gotthard hier 3,00. Blüthners Fabrik d. B. 8,25. Liste 35 d. Kst Plagwitz f. Hßlm Wahl 6,05. G. Hckl Lichtenau 4,50.

Wir bitten die Parteigenossen, weitere Sammlungen für den Wahlfonds vorzunehmen und die noch ausstehenden Listen schleunigst abzuliefern, die Stichwahlen erfordern große Opfer.

Für das Central-Wahl-Comité:
Peter Krebs, Kassirer.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterbildungsverein Leipzig 34,70. Für Parteizwecke von S. in B. 200,00. Unter der Devise „Die Wuth der Fortschrittler und National-Servilen erheischt zur Stichwahl eine weitere Rate von 200,00 D. M."

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Cöln. Fachverein der Tischler Cölns und Umgegend.
Generalversammlung.
Tagesordnung: Endgültige Besprechung über die Auflösung des Fachvereins. [0,

Mitgliedskarten sind nach § 7 der Statuten vorzuzeigen.

Der Vorstand.

Hannover. Alle diejenigen Parteigenossen, welche noch Wahlutensilien im Besitz oder sonst noch Geschäfte mit dem Wahlcomité abzuwickeln haben, werden ersucht, bis zum 28. Januar die Sachen bei mir in Ordnung zu bringen. (F. 161) 60]
H. Rudolph, Vorsitzender des Wahlcomités,
Mittelstraße Nr. 11.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Sonnabend, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, in der Restauration von Jul. Menzel, Täubchenweg: **Versammlung.**
Tagesordnung: Gewerkschaftliches. [0,40

Avis für Zimmerleute!

Da wir **Altonaer Zimmerer** seit dem 2. Januar von unseren Meistern und Arbeitgebern ausgeschlossen sind, dieweil wir auf den uns von obengenannten Herren vorgelegten Lohntarif nicht eingehen konnten, bitten wir vor allen Zuzug zu warnen und Dieses so viel wie möglich zu verbreiten.

Altona, den 16. Januar 1877. (3c)
Die Commission. [90

Notiz!

Herr Buchbinder Jansen, Unternehmer und Verfertiger der **Einbanddecken** zur „Neuen Welt", hat uns trotz wiederholter Reklamationen mit der Lieferung der Decken im Stich gelassen, was wir, um den zahlreichen Reklamationen zu begegnen, hiermit bekannt zu machen uns gezwungen sehen.

Leipzig, 23. Januar 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 12. Sonntag, 28. Januar. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Februar zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist in Gefahr.

II.

Sehen wir uns den großen Rabbiner der „Kreuzzeitung" näher an, wie er lieblich schmunzelnd sein langes Wahlrechtbeschneidungsmesser schwingt.

Gewiß ist es, daß ihm der kühne Schnitt gelingen muß, denn hinter ihm stehen und führen seine Hand all' die ängstlichen conservativen und liberalen Philister, welche ganz Deutschland schon in einer großen Petroleumpfanne braten sehen.

Als Unterlage seiner Beschneidungsversuche hat nun der Kreuzzeitungsrabbiner die bisherige preußische Steuerklasseneintheilung erkoren; doch will er sie dem christlichen Grundsatze der Dreitheiligkeit entgegen in eine sechstheilige umwandeln, so daß die Wähler der ersten Klasse sechs Stimmen, der zweiten Klasse fünf Stimmen und so weiter, der sechsten Klasse eine Stimme bei den Reichstagswahlen haben soll.

Nun will unser Rabbiner aber nicht allein den „rohen Besitz" (Bravo!!!) gelten lassen, sondern er will andere Eigenschaften „rangerhöhend" hinzufügen. Der Verheirathete soll eine Stimme mehr haben als der Unverheirathete. Sehr gut! Da hätten wir schon das theilweise, allerdings indirekte Stimmrecht der Frauen. Weshalb aber derjenige, der nur verlobt ist, nicht auch eine Stimme mehr haben soll, das ist uns unergründlich.

Der Kreuzzeitungsrabbiner fügt allerdings erläuternd hinzu, „der also eine Familie begründete hat", doch wissen wir, daß auch viele unverheirathete Männer, die ihre Mutter, Brüder, Schwestern bei sich haben, eine Familie gegründet haben, und umgekehrt kommt es auch vor, daß Unverheirathete Kinder besitzen. Wo ist nun die Grenze?

Dann soll eine Stimme mehr haben derjenige, welcher Soldat war. Auch sehr gut! Wer das Soldatenleben kennt, wer da weiß, in welch hohem Maße die politische Bildung bei den Soldaten gepflegt wird, der muß dem genialen Wahlrechtsbeschneider unbedingt zustimmen. Rechts um! Links um! Gewehr auf! Achtung — präsentirt das Gewehr! — herrliche „rangerhöhende" Beigaben zur Ausübung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts.

Ferner soll „rangerhöhend" wirken jede autoritative Stellung, z. B. die Stellung eines Bürgermeisters, Pfarrers, Richters 2c. 2c. — aber giebt es denn überhaupt einen Menschen, der keine autoritäte Stellung hätte? Der Kaufmann seinen Commis, der Fabrikant seinen Arbeitern, der Geselle den Lehrlingen gegenüber; und wir sozialistischen Schriftsteller besitzen eine geistige autoritative Stellung solchen jammervollen Wahlrechtsbeschneidern gegenüber; und es müßte uns deshalb, wenn man den rohen Besitz nicht walten lassen will, mindestens ein Dutzend Stimmen zuertheilt werden, wenn der Kreuzzeitungsmann eine erhielte.

Und zuletzt will der geniale Wahlrechtsverbesserer den Besitz einer gewissen Fläche an Grund und Boden rangerhöhend wirken lassen. Merkwürdig — derselbe Mann, der die Wirkung des rohen Besitzes paralysiren will durch moralische Momente, kommt nun in seiner reaktionären Anwandlung dazu, die Macht des rohen Besitzes noch durch den rohen Besitz zu erhöhen!

Wie würden sich die Herren Fabrikanten bedanken, die meist viel mehr „Besitz" haben, als die Krautjunker, wenn einige Morgen Heide oder Torfmoor die Wahl zur Gesetzgebung beeinflussen könnten; wie würde das Laskerchen zetern, wenn er und Seinesgleichen von den Grundbesitzern niedergestimmt werden sollten — also diese reaktionäre Weisheit wird schwerlich realisirt werden.

Sehen wir uns den Vorschlag übrigens ernst an, so ist das Dreiklassenwahlsystem doch noch vernünftiger — denn wenn bei demselben auch die Ochsen des Gutsbesitzers mitwählen, so kommen uns diese Thiere, aufrichtig gesagt, manchmal gescheiter vor, als die rothen Reaktionäre; und wenn bei dem Kapitalisten auch die 20-Markstücke bei dem Klassenwahlsystem mitwählen, so haben dieselben doch noch besseren Klang, als das Blech, welches man jetzt aus lauter Angst vor den Sozial-Demokraten schwätzt.

Wenn nun auch der Vorschlag des Kreuzzeitungsrabbiners wohl kaum in Betracht gezogen wird, so werden doch ähnliche Vorschläge kommen, an welche sich die Reichsregierung und der Reichstag anlehnen — man wird versuchen, das allgemeine Wahlrecht erheblich zu beschneiden.

Eine Schmach aber ist es, wenn man die Pflichten des Reiches, so die allgemeine Wehrpflicht, dem gesammten Volke auferlegt, Pflichten, welche die unteren Schichten bedeutend mehr drücken, und wenn man dann die Rechte des Volkes beschneidet zu Gunsten der oberen Schichten.

Und thut man dies gar unter der Maske der Gerechtigkeit, der Moralität und des Christenthums, so ist man ein perfider Heuchler, weil durch die Beschneidung oder erst recht durch die Aufhebung des allgemeinen gleichen Wahlrechts das arbeitende Volk zur Gewalt angetrieben wird. Man will eben von Seiten der rothen Reaktion die rothe Revolution, um mit Kanonen und Säbeln die Gesetze diktiren zu können.

Volk, hüte dich!

Aus Großbritannien.

Glasgow, 17. Januar 1877.

Am Neujahrstag hat der Vicekönig oder vielmehr Vicekaiser von Indien, Lord Lytton, zu Delhy die Königin Victoria von England offiziell als Kaiserin von Indien proklamirt. Um auf die bei der Ceremonie anwesenden Prinzen und Völker einen ehrfurchtgebietenden Eindruck von der Macht, dem Reichthum und der Herrlichkeit Großbritanniens auszuüben, wurde ein verschwenderischer Luxus entfaltet, der für den glanzvollen Tag die Bagatelle von 600,000 Pfd. St. (12,000,000 Mark) kostete. Diese Ausgabe für eine elende Formsache wurde in einem Augenblicke gemacht, wo abermals eine indische Hungersnoth im Anzuge ist. Die durch die Mißernte betroffenen Provinzen Madras und Bombay haben eine Bevölkerung von 26 Millionen, wovon 1 Million bereits an den durch die Regierung veranstalteten Aushilfsarbeiten in Verwendung genommen ist. Man „hofft", daß die Krisis bis Ende April vorüber ist; denn wie ein liberales Blatt sich ausdrückt, „die kaiserliche Regierung ist glücklicherweise vollständig vorbereitet, sie (die Krisis) zu überwältigen, da sie unglücklicherweise zu viel Erfahrung in dieser Art von Calamitäten in Indien gehabt hat". — Ein herrliches Kaiserbild müßte diese pomphafte Proklamations-Scene geben mit den verhungernden Hindus im Hintergrunde: **„Ave Caesar, sterbend begrüßen wir dich!"**

Am Schlusse des Jahres 1876 haben die Liberalen Londons in den stattgefundenen Neuwahlen für den Volksschulrath der Hauptstadt einen entschiedenen Sieg über die Partei der englischen Hochkirche erfochten. Die fortschrittliche Majorität des Londoner Volksschulraths hatte nämlich ihre Aufgabe ziemlich ernst genommen und in dreijähriger Thätigkeit nicht weniger als 220 Schulen zu bauen beschlossen, von denen die Mehrzahl bereits ausgeführt und mit Lehrern und Schülern (diese 220 Schulen sollen 182,000 Kinder fassen) besetzt sind. Der Schulrath hat gegenwärtig 1380 Lehrer und 1790 Assistenten (aus den Reihen der Schüler genommen) in Verwendung und ist daher gezwungen, die Einwohner ziemlich hoch für Schulzwecke zu besteuern. Daß seine Thätigkeit in Errichtung von Schulen nicht überflüssig ist, geht aus der Thatsache hervor, daß selbst nachdem die in Errichtung begriffenen Schulen vollendet sein werden, noch immer über 100,000 Kinder in London ohne alle Schulräumlichkeit sein werden. Da der Londoner Schulrath auch verfügt hat, daß in den von ihm geleiteten Schulen, um keiner besonderen Confession den Vorzug zu geben, Religionsunterricht überhaupt nicht ertheilt, sondern blos von den weltlichen Lehrern „die großen Wahrheiten der Bibel" gelehrt werden sollen, so waren es hauptsächlich die verschwenderische Wirthschaft mit der daraus folgenden hohen Besteuerung der Bürger und die Gottlosigkeit, welche von der Kirchenpartei der liberalen Majorität des Volksschulraths (welche sich die „Schulrathspartei" nennt) zum Vorwurf gemacht wurde. Diese Anschuldigungen wußte die Schulrathspartei jedoch so erfolgreich zu entkräften, daß sie bei den stattgefundenen Wahlen ihre sämmtlichen 34 Kandidaten durchgebracht hat. Die neugewählten 19 Schulrathsmitglieder von der Kirchenpartei vereinigen eine Stimmenzahl von 197,437, während die liberalen 34 Schulrathsmitglieder mit zusammen 463,897 Stimmen gewählt erscheinen, somit eine Majorität von 266,460 repräsentiren.

An Steuern für Volksschulzwecke hatten die Haushälter Londons in den letzten 6 Jahren durchschnittlich 30 Pfennige pro 20 Mark jährlichen Miethzinses zu entrichten, während der Regierungsbeitrag für jedes die Volksschule besuchende Kind im Jahre 1875 11 Mark betrug.

Die fortschrittliche Majorität des Londoner Volksschulrathes ist übrigens auf eine sehr praktische Idee verfallen, die Schulsteuer für die Bevölkerung zu vermindern, wo nicht ganz aufzuheben. Sie hat nämlich ihre Aufmerksamkeit auf die Masse von Vermächtnissen und Schenkungen für Armenerziehung gerichtet, welche gegenwärtig zu ganz anderen, entgegengesetzten Zwecken verwendet werden, als es von den Spendern beabsichtigt wurde. Hauptsächlich sind es die reichen Zünfte Londons, welche seit Decennien die ihnen vermachten Summen aufhäufen, ohne sich auch nur die geringsten Skrupel über die Ausführung des Willens der freigebigen Erblasser zu machen. Die meisten dieser Gilden sind so reich, daß ihre Funktionäre mit dem besten Willen nicht einmal die Interessen der gesammelten Kapitalien jedes Jahr zu verbankettiren im Stande sind. Trotzdem die corrupten Siegelbewahrer jener Schätze Niemanden Einblick in ihre Wirthschaft gestatten, ist es dem vom Schulrathe im Jahre 1875 ernannten Comité doch gelungen, ziemlich umfangreiche Daten zu sammeln und zu constatiren, daß die für Volkserziehung gemachten Schenkungen innerhalb des Londoner Schulbezirks allein an Interessen jährlich die Summe von 223,000 Pfd. St. (4,460,000 M.) abwerfen, eine Summe, welche, auf den richtigen Zweck angewendet, nicht blos die Steuern für die Volksschulen vollständig decken, sondern noch einen Ueberschuß von 65,000 Pfd. St. ergeben würde. In den meisten Fällen sind Anstalten, welche für Arme errichtet waren, im Laufe der Zeit in Institute für die Sprossen der Bourgeoisie umgewandelt worden. In andern wieder ist allerdings ein kleiner Theil des Geldes für den testirten Zweck überwiesen, allein der weitaus größere „Rest" spurlos in den weiten Taschen und Magen der christlichen Verwalter verschwunden. „Charterhouse" z. B., nach den Originaldokumenten „eine Schule zur Erziehung und Erhaltung armer Kinder und Studenten", ist ein großartiges Haus geworden, in welchem die bloße Ernährung armer Kinder als Beschimpfung angesehen würde. Dasselbe ist der Fall mit St. Paul's und zum sehr großen Theil mit Dulwich Collegium. — Die Besitzungen, welche Sir John Caß in Hackney hinterlassen, werfen mindestens jährlich 80,000 Mark ab. Die gewöhnlichen Elementarunterrichtskosten mit 40 Mark jährlich pro Kind veranschlagt, würden die hinterlassenen Werthe des Sir John Caß für 2000 Kinder Unterricht gewähren. Die aus diesen Mitteln erhaltene Schule in Aldgate hat aber nicht mehr als zwischen 300 und 400 Kinder. Daß in diesen pro forma gemachten „Ausweisen" zudem noch Hunderte von Pfunden unter „Gebetbücher für Lehrlinge", „Bibeln für arme Kinder" figuriren, versteht sich von selbst. Der größte Theil der Barmherzigkeit, welchen die Bourgeoisie dem von ihr gebrandschatzten und geplünderten Proletariat angedeihen läßt, besteht ja in dem „Wort, das aus dem Munde Gottes kommt" und in Anweisungen auf den Himmel. — Daß die Schulrath-Majorität in Aufgreifung der Frage Erfolg haben wird, ist kaum zu erwarten. Etwas wird jedenfalls gethan werden, da die Sache schon zu sehr die öffentliche Aufmerksamkeit erregt hat. Um aber alle die gegenwärtig verzettelten Summen ihrem legitimen Zwecke zuzuführen, bedürfte es einer vollständigen, radikalen Reinigung des Wespennest's, in das da gestochen worden. Und dazu sind die „Radikalen" von hier und heute viel zu beglaceehandschuhte Leute.

A. Sch.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Eine conservative Rede. Im preußischen Abgeordnetenhause sagte am 20. Januar nicht etwa des Jahres 1777, sondern 1877 der Abgeordnete v. Meyer-Arnswalde: „Ich kann die Klagen über das zu feste Anziehen der Steuerschraube, die hier laut geworden sind, als gerechtfertigt nicht anerkennen. Wenn ein Steuerdruck bei diesen Staatssteuern lebhaft empfunden wird, so kommt es meist daher, daß die Censiten in der Regel ihre Communalsteuer zu diesen Steuern hinzurechnen. Die Leute unterscheiden eben nicht zwischen Staats- und Communalsteuern. Dazu kommt dann noch der Umstand, daß das Prinzip, wonach die Communalsteuern erhoben werden, ein höchst ungerechtes genannt werden muß, so daß der § 10 der Kreisordnung, auf dem dasselbe beruht, einer Abänderung dringend bedarf. Man sagt, von 420 Mark, dem Einkommen der untersten Stenerstufe, könne eine Familie eigentlich gar nicht leben. Das ist aber ganz und gar nicht wahr. Mit 420 Mark kann eine Familie sehr wohl leben und auskommen. Ein Beweis für diese Behauptung ist für mich z. B. die große Menge verheiratheter Invaliden, die mit Einrechnung ihrer Pension 8 bis 9 Thaler monatlich haben und damit ihre Familien ganz gut und mit einer zumTheil rührenden Sorgfalt ernähren. Es haben diese Leute dann noch den großen Vorzug, daß sie bei diesem Leben weniger auf Abwege gerathen können und den Versuchungen nicht so ausgesetzt sind. Ein fernerer Beweis für meine Behauptung ist die erfahrungsmäßige Thatsache, daß eine kleine Familie auf dem Lande für 420 M. jährlich sehr wohl in Pension zu bringen ist und ganz gut leben kann. Schließlich kann ich indeß dem Vorredner nur darin vollkommen zustimmen, daß die direkten Steuern für die unterste Stufe entschieden aufzuheben und durch Erhöhung der indirekten Steuern zu ersetzen sind." — Ein Commentar zu diesen Worten ist nicht nöthig.

— Der klerikale „Zauberlehrling". „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!" — so ruft der Klerikalismus in Deutschland in Bezug auf die Stichwahlen in Essen und Aachen, wo den Centrumsmännern katholische Arbeitercandidaten entgegenstehen. Eine hübsche Illustration hierzu bietet ein Erlaß, den das katholische Pfarrkapitel zu Aachen gegeben hat. Derselbe lautet: „Die von Seiten des hiesigen Arbeitervereins vom h. Paulus seit einiger Zeit hervorgerufene Erregung eines großen Theiles unserer Pfarrangehörigen aus dem Arbeiterstande veranlaßt uns zu nachstehender Erklärung: Obgleich wir fortwährend die aufrichtigste Theilnahme für die Verbesserung der physischen und moralischen Lage der Arbeiter und ihrer Familien hegen und in jeder unserer amtlichen und sozialen Stellung angemessenen Weise nach wie vor in Wort und That für das Wohl der Arbeiter einzutreten bereit sind, so fühlen wir uns dennoch verpflichtet, gegen die Art und Weise, wie der genannte Verein dieses Ziel erstrebt, zu protestiren, indem dieselbe, wie dies bereits vor Jahren durch den hochwürdigsten Herrn Erzbischof dem Vorstande des Vereins ausdrücklich erklärt worden ist, gegen christliche Grundsätze vielfach verstößt, und die Gefahr nahe liegt, daß die Arbeiter der Sozialdemokratie, welche doch bekämpft werden soll, in die Arme geführt werden. Aachen, den 17. Januar 1877. Das katholische Pfarrkapitel der Stadt. — Wir sagten schon längst, daß auch die katholischen Arbeiter nach und nach zum Bewußtsein kommen würden! Inzwischen hat jedoch der Aufruf seine beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt.

— **Als strafbares Wahlmanöver**, so schreibt man der „Volkszeitung", qualifizirt sich wohl folgender von dem Gutsbesitzer Schoen in Chrost in Oberschlesien kurz vor der Reichstagswahl erlassene Wahlukas: „Da die in meinem Dienst stehenden Leute es für ein Unrecht betrachten, einem königstreuen Manne die Stimme zu geben, so sollen sie bei der Wahl nicht erscheinen. Das Gleiche gilt den Beamten." — Strafbar gewiß ist das Manöver, ob es aber auch bestraft wird?

— Humanität auf dem Rückzuge. Der Eisenbahnbaumeister Bothe in Altwasser war vom Handelsminister angewiesen worden, die entlassenen Bergleute auf der im Bau befindlichen Bahnstrecke Dittersbach-Glatz zu beschäftigen. Zugleich sollen die Grubenverwaltungen beauftragt worden sein, diese Verfügung den Bergleuten bekannt zu machen. Wie nun der klerikalen „Schlesischen Volkszeitung" aus bester Quelle gemeldet wird, ist wegen der sozialistischen Wahlerfolge Contreordre erfolgt.

— Die infamen Verleumdungen, welche die Arbeiter von Elberfeld-Barmen in den letzten Tagen durch die conservative und liberale Presse erdulden mußten, werden selbst der Berliner „Volkszeitung" zu arg. Sie erhält eine Mittheilung vom 20. Januar aus Elberfeld, die also lautet: „Die Berichte über die hier aus Anlaß des Ergebnisses der Stichwahl stattgehabten Exzesse sind, wie ich Ihnen versichern kann, aus welchen Gründen sei dahingestellt, weitaus übertrieben. Im Wesen beschränkt sich die Affaire auf eine Scandalscene, wie sie hier nicht gerade zu den Seltenheiten gehört. Auch die „blanke Waffe", die dabei eine Rolle spielte, darf man nicht allzu tragisch nehmen. Jedenfalls ist die Geschichte des Lärms, den man darum geschlagen, auch nicht entfernt werth." — Kann man sich nun eine, größere Infamie denken, als darin liegt, daß man von Seiten elender Soldschreiber eine ganze Arbeiterbevölkerung der Sucht nach Exzessen zeiht! Pfui! über diese Jammerbuben!

— Ueber die diesjährigen Reichstagswahlen in Elsaß-Lothringen schreibt man uns aus Straßburg: „Die Wahlen im Reichslande am 10. Januar d. J. haben überall sogleich absolute Majoritäten ergeben und wären vielleicht nur in einigen Bezirken des Unter-Elsaß Stichwahlen erforderlich gewesen, wenn die Sozialdemokratie sich auch dieses Mal an der Wahlbewegung hätte betheiligen wollen, in welchem Falle sie dann mit einigen Hundert Stimmen höchst wahrscheinlich den Ausschlag für einen Candidaten der Bourgeois oder Klerikalen hätte geben können. — Im Allgemeinen sind auch diese Wahlen, wie die im Jahre 1874, ein Zeugniß politischer Unreife und Zerfahrenheit, wie es nach der Lostrennung der drei Arrondissements von dem früher streng centralistisch verwalteten französischen Empire nicht anders zu erwarten war, da auch die deutsche Diktatur nachher in demselben kaiserlichen Sinne nach ihrer Manier weiter wirthschaftete und eine andere aufklärende und organisirende Agitation in keiner Weise zuließ. — Das spezielle Resultat der Wahlen ist: sechs Autonomisten (im Unter-Elsaß), sechs Protestler (zwei in Ober-Elsaß und vier in Lothringen) und drei Klerikal-Protestler (in Ober-Elsaß). Davon sind die letzten neun ohne Gegencandidaten mit fast voller Stimmenzahl (gegen einige Hundert wahrscheinlich von eingewanderten deutschen Beamten abgegebenen Stimmen bei über 10,000 sonstigen Stimmenden) gewählt. Im Ober-Elsaß und Lothringen scheint danach das Auftreten der Abgeordneten im vorigen Reichstage durch fast einheitliche Wiederwahl derselben oder Gleichgesinnter vollständig gebilligt und anerkannt zu sein. Anders verhält es sich im Unter-Elsaß, welches im vorigen Reichstage durch zwei Protestler und vier Klerikal-Protestler, fast alle mit bedeutenden Majoritäten gewählt, vertreten war, von denen kein Einziger wiedergewählt wurde und nur einzelne bei der diesmaligeu Abstimmung starke Minoritäten aufzuweisen hatten. Die an deren Stelle mit größtentheils nur schwachen Majoritäten gewählten Abgeordneten sind sämmtlich Alt-Elsässer und gehören vielleicht außer den beiden für Straßburg Stadt und Land gewählten, die geradezu als regierungsfreundlich bezeichnet werden müssen, d. h. auf Grund ihres Programms Alles machen werden, was und wie es die deutsche Regierung will, der neugebildeten Partei an, welche die Bildung einer Autonomie für Elsaß-Lothringen anstrebt, aber über das Wesen und die Form derselben noch im Unklaren ist, sowie die Protestler darüber nicht klar zu sein scheinen, wohin sie mit ihrem Protest eigentlich wollen. Unter beiden Bourgeois-Parteischattirungen sind weder hervorragende Kapazitäten noch bedeutende Charaktere. Die drei Klerikal-Protestler sind Pfaffen und durch ihr Auftreten im vorigen Reichstag genügend als Ultramontane gekennzeichnet. Die Protestler bestehen aus reichen Fabrikanten, Gutsbesitzern, Geschäftsleuten und abgetretenen Maires, die Autonomisten aus drei in Amt und Würden eingesetzten Bürgermeistern und einem vielgewandten Publizisten. Von den beiden Regierungsfreunden ist der eine Direktor der Handelskammer, dessen Name auf dem Titel eines Buchs über ein neues Eisenbahn-Tarifsystem als Verfasser gedruckt ist, der andere Direktor der von der Regierung subventionirten Boden-Kredit-Bank. — Wenngleich eine ausgesprochene Wahlenthaltung nicht vorgekommen ist, so war doch die Betheiligung bei den Wahlen eine sehr laue, nur in einigen Bezirken fanden sich kaum zwei Drittel der eingeschriebenen Wähler bei der Wahlurne ein, in den meisten noch weniger, in mehreren kaum die Hälfte. Die vorherige öffentliche Agitation war ganz unbedeutend, Wählerversammlungen fanden nur wenige oder gar keine statt, nur einzelne Wahlvereine oder Wahlausschüsse machten sich bemerkbar, das Uebrige wurde durch Zeitungsreclamen in den subventionirten oder sonst beeinflußten Tageblättern abgemacht. Wahlaufrufe der Protest-Candidaten wurden von der Polizei beanstandet, und wenn auch nicht unterdrückt, doch so weit gehemmt, daß sie die rechte Zeit verfehlten und dadurch theilweise unwirksam waren. Ueberhaupt sind die schwachen Majoritäten für die Regierungsfreundlichen und Autonomisten im Unter-Elsaß nur durch die lange vorbereitete geheime Agitation der deutschen Beamten, Bürgermeister und Lehrer zu Stande gekommen, die mit allen kleiulichen Mitteln auf die Arbeiter, Kleinbürger und Bauern in jeder nur möglichen Weise beeinflussend wirkten und selbst in geschlossener Masse für die regierungsfreundlichen und autonomistischen Alt-Elsässer stimmten. Wie die Klerikalen allerorts, so auch hier operiren, ist ja bekannt.

— Hüben wie drüben. Der „Vossischen Zeitung" schreibt man aus Wien, 22. Januar: Das berühmte Wort des Herrn Finanzministers „Es wird schon besser werden", hat in der allerneuesten Zeit eine Modifikation erhalten. „Es ist schon besser geworden!" sagte vergangene Woche der Herr Finanzminister de Pretis, als ihm der Ausweis über die Steuergebahrung in Wien vorgelegt wurde. Diesem Ausweise zufolge wurden im Wiener Stadtbezirke im Jahre 1876 nicht weniger als 74,635 Steuer-Exekutionen, darunter 34,609 Pfändungen vorgenommen, während 1875 an Steuer-Exekutionen 80,101, darunter an Pfändungen 45,507 Fälle, vorgekommen. Ein sehr bescheidenes Gemüth kann wirklich eine Art Besserung wahrnehmen, gerade sehr tröstlich ist die Wahrnehmung jedoch nicht, wenn man sich erinnert, daß in den Sechziger-Jahren höchstens 20,000 Pfändungen jährlich vorkamen.

— Aus Paris. Nachdem Arthur Ranc, der wegen seiner Theilnahme an der Commune in contumaciam zum Tode verurtheilte Freund Gambetta's und Mitarbeiter der „Republique française" in einer Zuschrift an das Brüsseler „Echo du Parlament" erklärt hat, daß er zwar den Schritt, welchen die Pariser Deputirten bei dem Ministerpräsidenten zu Gunsten der Communards unternommen, im Allgemeinen nur billigen kann, für seine Person aber außer Stande sein würde, von einer eventuellen Begnadigung Gebrauch zu machen, bemerkt die „Republique francaise" zur Erläuterung dieser Erklärung, die dem Charakter Ranc's alle Ehre macht: „Die Verurtheilung des Herrn Ranc ist unter ganz besonderen Umständen erfolgt. Er war eben von dem Rhonedepartement zum Abgeordneten gewählt worden, er hatte schon seit vielen Monaten einen Platz im Pariser Gemeinderathe eingenommen. Die Militärjustiz hatte in mehreren Fällen, die durchaus dem seinigen glichen, unwandelbar freisprechende Erkenntnisse gefällt, dazwischen war aber der 24. Mai gekommen und nun wurde Herr Ranc, nachdem eine elende Presse ihn feig denunzirt und verleumdet hatte, verurtheilt. Seine Absicht ist nach wie vor, sich, wenn erst der rechte Augenblick gekommen sein wird, der Justiz seines Landes zu stellen."

— Bei der Präsidentenwahl in Nordamerika sind auf die verschiedenen Candidaten insgesammt 8,425,977 Stimmen abgegeben worden. Nun rechnet aber der Chicagoer „Vorbote" heraus, daß in Nordamerika nicht einmal 6,000,000 Wähler vorhanden sind, daß also 2,500,000 Stimmen in die Wahlurne hineingeschwindelt worden seien. Meisterin in dieser colossalen Fälschung der Wahl ist diesmal die demokratische Partei, die für ihren Candidaten (Tilden) 4,290,187 herausgerechnet hat, während der Candidat der Republikaner (Hayes) es nur auf 4,042,726 gebracht hat. Wenn man bedenkt, daß diese Wahlfälschungen die herrschenden Klassen gegeneinander und trotz der schärfsten gegenseitigen Controle verübt haben, so kann man sich ungefähr vorstellen, wie gefälscht und betrogen worden wäre, wenn die Arbeiter Nordamerika's in den Wahlkampf gegen ihre Bedrücker eingetreten wären. Was aber in Amerika wahrscheinlich ist, das ist auch anderswo möglich; und wer weiß, ob sich nicht hier und da bei unsern Reichstagswahlen ein günstigeres Resultat für die Arbeiterpartei herausstellen würde, wenn es uns möglich wäre, unsere Gegner, welche die Wahlhandlung ausschließlich zu leiten haben, schärfer zu überwachen, nicht zu gedenken der unehrlichen Wahlmanöver seitens unserer Gegner und der geradezu schamlosen Wahlbeeinflussungen, wie unter Hunderten z. B. die folgende eine ist, über die aus Altenessen also geschrieben wird: „Trotzdem bei der Reichstagswahl das allgemeine, direkte Wahlrecht eingeführt ist, so wissen die „liberalen" Herren doch auf dieselbe einzuwirken. Auf Zeche Neu-Amalie wagte es der Steiger B. sogar, öffentlich zu erklären, daß sämmtlichen Arbeitern, welche nicht „liberal" gewählt, gekündigt würde. Aber wie konnte man denn wissen, wer nicht „liberal" gewählt hatte? Sehr einfach: Der Wahlvorsteher war ein Schichtmeister der Zeche, der Protokollführer ein Steiger, und die „liberalen" Wahlzettel waren durch ihre Farbe kenntlich. Sobald nun ein Arbeiter nicht den richtigen, d. i. den ihm bestimmten Wahlzettel abgab, machte der Protokollführer, welcher seitens des Wahlvorstehers verständigt war, ein Zeichen in der Wählerliste, und das Verzeichniß der „Reichsfeinde" war fertig. Obschon der genannte Steiger Arbeiterentlassungen angekündigt, so glauben wir doch nicht, daß die Zechenverwaltung das jetzt noch aus diesem Grunde thun wird."

Correspondenzen.

Ottensen, 23. Jan. Mit welchen Mitteln einige Anhänger der nationalliberalen Partei für die Candidatur des Professor Beseler die erhaltene Stimmenzahl aufzubringen vermochten, wird man aus nachstehendem Bericht ersehen. Unterzeichneter, sowie noch drei andere Parteigenossen, wurden vom hiesigen Arbeiterwahlcomité, welchem wir uns am Wahltage zur Disposition gestellt hatten, nach dem von Pinneberg ca. 2 Stunden entlegenen Dorf Haßloch hinbeordert, um daselbst für die Candidatur Max Stöhrs agitatorisch thätig zu sein. Im Wahllokale angekommen, übernahm es der älteste von uns, als wahlberechtigter Staatsbürger, hineinzugehen, um der Wahlhandlung mit beizuwohnen, so lange, bis er unsererseits abgelöst werden sollte, währenddem nahm der andere vor dem Lokal Stellung, um jedem eintretenden Wähler unsere Stimmzettel zu verabreichen. Der Dritte, ein geborner Haßlocher, und ich unternahmen nun die Privat-Agitation, um eher fertig zu werden jeder in einer Hälfte des Ortes. Kaum hatten wir damit begonnen, so bemerkten wir, daß derjenige, welcher im Lokale sein sollte, außerhalb desselben stand, seiner Aussage nach wurde er gleich nach seinem Eintritt in das Lokal von dem gesammten Wahlvorstand mit der Bemerkung: „Wir lassen uns nicht überwachen" aus dem Lokal hinausgewiesen. Unter anderm kam ich auf einen Bauernhof, woselbst zwei Arbeiter mit Holzspalten beschäftigt waren. In demselben Augenblick wo ich den Leuten die Bedeutung der Reichstagswahl klar machen und Stimmzettel anbieten wollte, erschien der liberale Arbeitgeber, Bauer und Gastwirth zugleich, mit den Worten „Watt will de Knecht denn hier?" worauf die Arbeiter erwiderten: „O, wie schüllt wählen." Jetzt war es Zeit zu gehen, denn der gestrenge Herr nahm sofort eine liberale Haltung an, und trieb mich vom Hofe mit den Worten: „Wenn see nich gliek moken datt see von mien Hof kohm, denn smieht ick ihn runner." — Es sollte aber noch besser kommen. Nach diesen Vorgängen sah ich mich nach einem Arbeiter um, durch welchen ich zu dem Wahlresultat kommen wollte. Einen solchen hatte ich den auch gefunden, bezeichnete ihm den Ort wo ich das Resultat entgegen nehmen wollte. Von diesem Orte aus wurde ich gegen 6 Uhr gewahr, daß meine Collegen an mir, zum Wahllokal zu, vorübergingen, um gleichfalls das Wahlresultat zu holen. Nach einigen Minuten vernahm ich einen starken Wortwechsel zwischen meinen Collegen und mehreren andern; erstere wurden von Knechten, welche meiner Ansicht nach zu diesem Zweck betrunken gemacht worden sind, angegriffen und aus dem Dorf gejagt. Ich blieb trotzdem auf meinem Posten und harrte ungeduldig auf das Resultat. Gleich nach diesem Ereigniß vernahm ich starke Fußtritte und Gespräch, und ehe ich noch frühzeitig fortkommen konnte, stand derselbe Trupp Knechte vor mir, welcher unsere Genossen ver-

Die Hilfsmittel der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

(Von einem Nordamerikaner.)

Das Gebiet der Vereinigten Staaten ist beinahe so groß als ganz Europa, die Fruchtbarkeit und die Ertragsfähigkeit desselben ist höher und sowohl durch natürliche, als durch künstliche Mittel der Communikation sind alle Theile dieses großen Landes sich nahe gebracht.

Wir haben keine entlegenen Colonien zu vertheidigen; wir liegen zwischen zwei Weltmeeren; unser Land ist ganz und gar in der gemäßigten Zone gelegen und kein Reich in der Welt hat eine solche Varietät von Klimaten, des Bodens, von Wäldern und Prairien, Früchten und Produkten, Mineral- und Vegetabilien-Schätzen aufzuweisen, als die nordamerikanische Republik. Unser Boden, unser Klima, sind denjenigen Europas so bedeutend überlegen, daß wir mehr als das Doppelte an Nahrungsmitteln produziren und mehr als das Doppelte der Bevölkerung Europas zu unterhalten vermöchten.

Wenn unser Land so durchweg und so gut angebaut wäre als England, so vermöchten wir die Bevölkerung des ganzen Erdballs zu ernähren und zu bekleiden.

Wenn unser Land so dicht bevölkert wäre wie England, so würden wir eine Bevölkerung von 1200 Millionen haben — mehr als die gegenwärtige Gesammtbevölkerung der Erde.

Wenn unser Land so dicht bevölkert wäre als Massachusetts (einer der dem Boden nach unfruchtbarsten Staaten der Union), so würde unsere Bevölkerung 513 Millionen stark sein.

Die Ausdehnung unserer äußeren Küstenlinien beträgt 5120 Meilen; zählen wir dazu aber die zahllosen Einschnitte, Buchten ꝛc., so haben wir einen Küstenumfang von 33,663 Meilen.

Der Mississippi und seine Zuflüsse allein haben eine Küstenlänge von 35,664 Meilen und unsere ganze See- und Fluß-Küstenlinie beträgt nicht weniger als 122,784 Meilen.

Kein Land der Welt hat im Innern ein so großartiges Netz von schiffbaren Gewässern aufzuweisen, deren Dampf-Tonnenzahl die des ganzen Europa bei weitem übertrifft. Und Europa wird es niemals zu einer solchen Wohlfeilheit der Schiffahrt bringen wie wir.

Wir besitzen mehr tiefe, umfangreiche und sichere, allen Fluthen zugängliche Häfen als ganz Europa; wir besitzen mehr Bauholz als Europa; wir haben 6000 Meilen Kanäle bereits vollendet; wir haben seit 1838 nicht weniger als 33,698 Meilen Eisenbahnen gebaut, mehr als die ganze übrige Welt, und haben auch ein weiter ausgedehntes Telegraphennetz aufzuweisen.

Wir besitzen weit reichere Mineralschätze als Europa. Unsere Kohlenlager sind zweiunddreißigmal umfangreicher und mächtiger als die von England, Schottland und Irland. Unsere Goldminen sind die reichhaltigsten der Welt und die neuentdeckten Goldlager werden als unerschöpflich gepriesen. Auch unsere Silberlager sind die reichsten und auch Eisen ist im Ueberfluß vorhanden. Dasselbe ist von unseren Kupfer- und Quecksilber-Bergwerken zu sagen.

Pfui! über Berlin!

Ein entrüsteter Leipziger läßt in der Zeitschrift „Im neuen Reich" seiner Galle über den Ausfall der Reichstagswahlen in folgender Weise freien Lauf:

„Daß in der Reichshauptstadt Berlin zwei Sozialdemokraten siegreich aus der Wahlurne hervorgingen, das ist der wundeste Punkt. In diese Wunde müssen wir den Finger legen, mag es auch noch so sehr schmerzen. Und da sagen wir offen: daß in Berlin gar viele tüchtige Männer, Berühmtheiten aller Art wohnen, haben wir immer gewußt und wollen und können wir auch jetzt nicht wegleugnen. Daß weiter, sobald die Berliner Einwohnerschaft als Einheit auftritt, als Gesammtheit thätig ist, daß insbesondere bei politischen Kundgebungen des Berlinerthums nichts Kluges herauskommt, war uns auch nicht unbekannt. Für so bodenlos hohl und erbärmlich haben wir aber die Masse der Berliner Staatsbürger nicht gehalten, daß wir an einen glänzenden Sieg der Sozialdemokraten in ihren Kreisen hätten glauben können, an den Sieg einer Partei, welche den Sturz des Reiches, den Untergang der deutschen Nation auf ihre Fahne schreibt. Wir haben darauf nur eine Antwort: ein lautes Pfui. Und wenn es wahr ist, daß gar viele Wähler nur zum Spaße, um die Liberalen zu ärgern, den Namen des sozialdemokratischen Candidaten in die Wahlurne warfen, um sich, wie der Wiener sagt, „eine Hetz" zu machen, so ist das doppelt erbärmlich und rufen wir ein doppeltes Pfui. Wir Leipziger haben das Recht, die Berliner Wählerschaft von oben herab mit gründlicher Verachtung anzusehen. — Bei uns ist die Hochburg des Sozialismus; hier hat derselbe seine ältesten und eifrigsten Anhänger, hier besteht wirklich eine gutgeschulte, ernste sozialdemokratische Partei, mit allen Kampfmitteln vertraut, in der politischen Agitation rührig und geschickt. Und dennoch haben wir sie vollständig geschlagen und einen glänzenden Sieg über sie errungen, weil Leipzigs Bürger das Wahlrecht als eine Ehrenpflicht betrachten und die politische Thätigkeit als die ernsteste Sache in der Welt ansehen. Was aber Berlin betrifft, so besitzt jeder Ameisenhaufen einen besseren politischen Takt als die vornehme Hauptstadt des Reiches. Heute schon die Mittel zu erwägen, durch welche der Wiederkehr einer ähnlichen politischen Schande, wie sie die jüngsten Reichstagswahlen über Deutschland gebracht haben, vorgebeugt werden kann, ist nicht an der Zeit. Zuerst müssen wir an der Hand statistischer Untersuchung erfahren, welche Kreise von dem Krebsschaden des Sozialismus bereits ergriffen wurden, ob in der That die meisten Anhänger desselben aus Arbeitern bestehen, welche Arbeitszweige demselben am meisten zuneigen, ob die Theilnahme des gebildeten und halbgebildeten Proletariats im Wachsen begriffen ist u. s. w. Aber schon heute haben wir die Ueberzeugung, daß die Bekehrung der Sozialdemokraten — und gerade die Ehrlichen unter ihnen sind bekehrungsfähig — nicht erst bis zum Vorabend der nächsten Wahlen verschoben werden darf, soll nicht der Ausgang der letzteren noch schmachvoller für die Zukunft des Reiches ausfallen."

Gut gebrüllt, Leipziger Löwe! Das Dümmste bei der Geschichte ist nur, daß du nicht einmal ein Mäuslein durch dein Brüllen erschreckst.

— Das Wahlcuriosum, daß in der Umgegend von Berlin bei der letzten Reichstagswahl mehrfach Stimmen für Mitglieder des Königshauses abgegeben worden sind, wird noch curioser durch die Thatsache, daß in dem Dorfe Eichstädt, Kreis Osthavelland, zwei Stimmzettel mit der Aufschrift: „Der Kaiser und König" deshalb für ungiltig erklärt wurden, weil aus denselben nicht deutlich hervorgehe, wer damit gemeint sei!

folgt hatte. Resultatlos kamen sie zurück und übten nun, gemäß liberalem Auftrag, an meinem Körper Revanche. Kurz darauf, als wohl jeder seine Schuldigkeit gethan hatte, gelang es mir, unter Zurücklassung meiner Kopfbedeckung, zu entkommen. Ich kam darauf zu einem Arbeiter, welcher mir eine alte Mütze und einen Stock schenkte. Von da aus kam ich in ein an der Kieler Chaussee gelegenes Haus, wo der Sammelplatz für unsere in den umliegenden Dörfern thätigen Parteigenossen war. Einer von unserer Abtheilung erschien erst später, aber leider mit einer blutenden Wunde am Hinterkopf, die er in Haßloch von Knechten mit einem scharfen Instrument erhalten hatte. Wie die Stimmung in Haßloch ist, werden die Leser daraus ersehen, daß Max Stöhr 9 und Beseler 84 Stimmen erhielt. Wohl mögen die liberalen Helden am 10. Januar Abends über ihre begangene Heldenthat triumphiren, die darin bestand, daß sie dem Gesetze Hohn sprachen.

Schalke, 15. Januar. Die Wahlschlacht ist geschlagen und können wir mit dem Resultat zufrieden sein, besonders wenn wir das Stimmergebniß von 1874 und das der diesmaligen Wahl vergleichen. Im Kreise Bochum wurden 1874 339 sozialistische Stimmen abgegeben, wohingegen jetzt die Zahl derselben sich auf nahezu 2000 vermehrt hat. Bedenkt man dabei, wie wenig Versammlungen wir hier abhalten konnten aus Mangel an Rednern, so verdient unser Fortschritt ein doppelt großartiger genannt zu werden. Es würde uns zu weit führen, wollten wir sämmtliche Vorgänge des 10. Januar hier schildern, die blutigen Affairen von Herne, die Püffe und Stöße von Gelsenkirchen, die Arretirungen von Witten u. s. w., unsere Aufgabe sei eine andere. Kameraden! wir dürfen nicht glauben unsere Thätigkeit habe mit der Wahl ein Ende, nein, mit verdoppelten Anstrengungen müssen wir kämpfen für unser unveräußerliches Recht.

Wir wollen zusammentreten,
Ein ernst Gebet zu beten!
Ein Kraftgebet: Erlösung aus der Noth!
Das Sturmgebet der Arbeit, für ihr Brot!

Ja, Kameraden, lasset uns zusammentreten, fest, Mann an Mann, der Verein ist gegründet, der Arbeiter-Wahlverein, nur an uns liegt es, denselben stark nnd fest zu machen. Die Versammlung, welche zu diesem Zweck anberaumt wird ist in dieser Nummer annoncirt.

Mit brüderlichem Gruß
Das Arbeiter-Wahlcomité.

Memel. Dienstag, den 2. Januar 1877 hat sich in dem hiesigen Börsenraum der Reichstagskandidat der Fortschrittlerpartei, Herr Dr. Dolle, Gutsbesitzer aus Insterburg, seinen Wählern vorgestellt. Die Versammlung hat um 3 Uhr Nachmittags stattgefunden. Zu welchem Zwecke von dem geehrten Wahlcomité solch eine Tagesstunde bestimmt worden, ist mir völlig unbekannt. Nicht um den Arbeitern das Besuchen der Versammlung unmöglich zu machen, denn einerseits ist dem hochgeehrten Wahlcomité genau bekannt, daß ein großer Theil Memeler Arbeiter durch den herrschenden Arbeitsmangel in Stand gesetzt ist, zu jeder Tageszeit einer Versammlung beizuwohnen, — andererseits die meisten hiesigen Arbeiter, Dank dem jetzigen „Volksschulen"-System, so hoch gebildet sind, daß sie vom Dasein eines sogenannten „Herrenhauses" keine Ahnung haben und auch daher nicht das geringste Interesse an den liberalen Ansichten des Herrn Dolle. Ungeachtet des Berichtes des hiesigen „Dampfbootes", daß die Versammlung zahlreich besucht war, wurde letztere von höchstens 100 Personen besucht, keineswegs wie für eine Stadt von über 20,000 Einwohnern und für eine Versammlung der einzigen hiesigen politischen Partei. Wenn aber die Besucher der Versammlung in quantitativer Hinsicht viel zu wünschen übrig ließen, so doch nicht in qualitativer. „Wenig, aber gut," konnte man mit vollem Recht sagen, die Versammelten anschauend. Es waren lauter gut genährte und hübsch gekleidete Kaufleute und Gutsbesitzer. Diese prachtvolle Harmonie wurde nur durch 5—6 im Hintergrunde der schönen Gruppe stehenden litthauen'schen Landsleute unterbrochen. Nach den gewöhnlichen Formalitäten ertheilte der Vorsitzende Herrn Dolle das Wort. Der Redner erklärte nach einer nicht unbegründeten Mittheilung, daß er sich nicht besonderer Rednergabe erfreue, der Versammlung, daß er Gutsbesitzer sei und folglich das Recht habe — auf das Zutrauen der Versammelten zu rechnen, denn seine Interessen als Gutsbesitzer seien zweifellos solidarisch mit den Interessen der Versammelten (!). Nach einer längeren und ermüdenden Auseinandersetzung der Prinzipien der Fortschrittlerpartei ging der Redner zu seinen Ansichten über die Sozialdemokratie über. Er behauptete, daß das auf der Welt herrschende Unrecht unverkennbar sei, doch aber kann er mit den Sozialdemokraten nur in ihrem politischen Streben übereinstimmen (sehr liebenswürdig, nicht wahr?); was aber die von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen wirthschaftlichen Reformen anbetreffe, sei er ein entschiedener Gegner derselben. (Niemand hat daran gezweifelt, liebenswürdiger Herr Dolle.) Jedoch gestand Redner ein Gesetz gegen die Sozialdemokraten ablehnen zu wollen. Mit der Aufforderung an diejenigen, die die Prinzipien der Fortschrittlerpartei billigten, ihm ihre Stimme zu geben, schloß der Redner seinen Vortrag, nach dem „Memeler Dampfboote" unter lang anhaltendem Beifall (von 2—3 Sekunden). Veranlaßt durch die von Herrn Lampe aufgeworfene Frage, wie sich Herr Dolle zu verhalten gedenkt, im Fall die Sozialdemokratie im Reichstag beantragen werde, den Arbeitern zur Gründung von Produktivgenossenschaften eine Unterstützung aus Staatsmitteln zu gewähren, antwortete Herr Dolle, er würde es aufs entschiedenste abweisen; — deutlich genug gesprochen! Da sehen wir, was wir von den Fortschrittlern erwarten können! —

Jarocin (Prov. Posen), 18. Januar. Parteigenossen! Seit zwei Jahren bin ich hierorts für die Verbreitung unserer Prinzipien unermüdlich thätig; in dieser Zeit habe ich in der hiesigen Umgegend 78 Exemplare Parteischriften verbreitet. Das Partei-Organ (Vorwärts) wird hier fleißig gelesen, wenns nicht anders gehen will, so bestelle ich es für mein Geld in dem Orte, wo es noch nicht gelesen wird. So ist es auch gekommen, daß ich für Pleschen und Kosmin erst am 16. Januar bestellt habe. Es fängt auch hier an zu tagen. Die Berichte im „Vorwärts" wegen der Wiederherstellung meines Vaterlandes Polen leisten hierbei die besten Dienste. Parteigenossen! Hätten die Mächte zu jener Zeit Polen nicht zertheilt, — dann wäre heute Europa frei von Kriegsbefürchtungen. So wie heute, so standen auch damals die Magnaten und Erzbischöfe dem arbeitenden Volke gegenüber, so daß sie Rußland um Hülfe baten und Polen verkauften, um nur ihre selbstsüchtigen Zwecke zu fördern.

Mit Gruß J. B.

Camenz, 16. Januar. Der Wahlkampf brachte auch bei uns wieder rühriges Leben unter die Genossen. Sonnabend den 6. Januar fand nach längerer Pause wieder eine größere, vorzüglich von der Landbevölkerung gut besuchte Volksversammlung statt. Unser Reichstagscandidat, Herr Hugo Keller aus Görlitz, welcher als Referent erschienen war, erläuterte in 1¾stündiger, gediegener Rede das sozialistische Programm, unterzog die heutigen Verhältnisse einer herben Kritik und definirte die Stellung der Sozialisten zu den anderen Parteien. Lebhafter Beifall belohnte Redner am Schlusse seiner Ausführungen. Eine für unsern Candidaten sich aussprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Gegner meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Wort. — Das Ergebniß der Wahl in hiesiger Stadt war folgendes: Rittergutsbesitzer Reich (nationallib.) 321, Hugo Keller 231 und Graf Stolberg (ultr.) 30 Stimmen, ein Ergebniß, welches unseren Erwartungen nicht ganz entsprach. Ein großer Theil der hiesigen wahlberechtigten Arbeiter hat, theils aus Furcht in Ungnade zu fallen, theils aus Trägheit, welche in den resignirten Ausruf: „es nützt ja doch nichts", Ausdruck findet, vom Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht. Doch können wir dessenungeachtet mit dem Wahlresultat noch zufrieden sein, denn während die Liberalen seit der Wahl von 1874 Stimmen eingebüßt, haben wir Fortschritt zu verzeichnen. — Darob auch großer Aerger unter den Nationalliberalen. Sie sehen, daß auch hier der Sozialismus mehr und mehr an Boden gewinnt und machen verzweifelte Anstrengungen, das errungene Gebiet uns wieder streitig zu machen. Verleumdung und Entstellung unserer Prinzipien im hiesigen Lokalblättchen, verbunden mit Maßregelung von Genossen sind die Waffen, mit denen sie kämpfen. Doch werden sie uns dadurch nicht entmuthigen, sondern trotz Lokalsperre noch mehr anspornen, mit noch größerem Eifer durch Verbreitnng der sozialistischen Presse für unsere Ideen thätig zu sein. Vorwärts! durch Kampf zum Sieg ist die Losung, die uns zum Ziele führen wird. G. T.

Coburg, 15. Januar. Ohne Mittel bei der großen Verdienstlosigkeit konnten wir diesesmal mit unserer Agitation zur Reichstagswahl erst sehr spät beginnen und mußten uns dazu auf kleine Lokalitäten beschränken. Wir hielten drei Versammlungen in der Stadt Coburg und fünf auf dem Lande ab. Dieselben waren immer gut besucht und es zeigte sich auch ein besseres Verständniß als vor drei Jahren. Wo wir früher angebrüllt wurden, hörten uns diesmal die zahlreichen Anwesenden ruhig an, und gaben in vielem Beifall. Den besten Erfolg erzielten wir mit unserer einmaligen Versammlung in unsern Nachbarstädtchen Neustadt, wo Bock bei der Wahl mit 161 Stimmen gegen den Candidaten unserer Gegner, Justizrath Forkel, der nur 144 Stimmen erhielt gesiegt hat. Dagegen haben wir in Coburg nur 131. Das war nach den Hindernissen, die uns die Gegner verursachten, nicht anders zu erwarten. In Folge Bankrottes verschiedener Fabriken sind auch sehr viel wahlberechtigte Arbeiter von hier weggezogen. Während der liberale Candidat Weber das vorige Mal im ganzen Lande 5019, und in der Stadt Coburg allein 1000 Stimmen erhielt, hat der jetzige Candidat es in der Stadt Coburg doch nur auf 872, im ganzen Lande auf 4392 Stimmen gebracht bei einer Gesammtzahl von 11,000 Wahlberechtigten. Bock hat im Ganzen 461 Stimmen erhalten. Der Justizrath Forkel hat es zu guterletzt aber auch selbst mit einem Theil seiner eigenen Partei verdorben, denn er hat in der „Coburger Zeitung" auf eine Anfrage eine Erklärung über die Justizgesetze abgegeben, daß er den Weg, auf dem diese zuletzt zu Stande kamen, für eine „Schädigung des Ansehens des Reichstags halte. Ein Theil seiner Wähler meinte freilich, daß wäre gar nicht sein Ernst, er wolle nur Fortschrittsstimmen damit gewinnen. Ein anderer Theil hat's ihm aber sehr übel genommen und gemeint, er sei ein Achselträger. F. G.

* **Frankfurt a. M.** Auch hier hat der 10. Januar den „Rückgang" des Sozialismus recht schlagend bewiesen, denn die Zahl der sozialistischen Stimmen (3509) betrug über 1100 mehr als vor drei Jahren! Uebrigens ward eine Stichwahl zwischen dem nationalliberalen Kandidaten Dr. Varrentrapp (4642) und dem Demokraten Holthof (4919) erforderlich. Die liberalen „Ritter des Geistes" haben das ganze Vorrathsmagazin ihrer bekannten Liebenswürdigkeiten ausgekramt, sie haben in unzähligen Inseraten auf längst gewohnte „anständige" Weise die Schrecklichkeit unserer Partei dargestellt und vor uns gewarnt — allein der Liebe Müh' war umsonst und bleibt es voraussichtlich auch bei der Stichwahl! Irgend ein genialer Kopf war auf den echt liberalen Gedanken gekommen, Stimmzettel für unseren Candidaten Frohme, mit der Schreibweise „Fromme" anfertigen zu lassen, die dann als ungültig aus der Wahlurne hervorgegangen wären. Glücklicher Weise wurde dieser Bubenstreich rechtzeitig entdeckt und verfehlte die gewünschte Wirkung. Die „Neue Frkf. Presse", das hiesige liberale Organ, das gleich einem Jupiter seine (Geistes-) „Blitze" gegen die Sozialisten schleudert, brachte noch am Abende vor der Wahl ein „Eingesandt" (?), das zu Nutz und Frommen aller jener „Theiler" hier ein Plätzchen finden möge. Dieses „Eingesandt" behandelt in Form eines Zwiegesprächs zwischen „Herrn Hampelmann und dem Frankfurter Wähler" den Candidaten der demokratischen, Fortschritts-, ultramontanen und sozialdemokratischen Partei, um natürlich schließlich einzig und allein dem der liberalen Partei die Siegespalme zuzuerkennen. Die auf die Sozialdemokraten bezügliche Stelle lautet wortgetreu:

> Hampelmann: Sozialdemokrate? Bei dem Wort falle mer gleich die Pariser Petroleuse, die spanische Carthagenaleut' unn unser Bierkrawaller ein. Das is e' bös Sort Mensche. Dene ihr Programm kenn' ich. Zuerst wolle se theile, unn zwar so lang theile unn sich mäte, bis es nix mehr zu theile gibt. Dann soll jeder deutsche Bürger mit seine Händ für den Staat arweite. Unn wenn er den Tag üwer geschanzt hat, soll er Abends e halb Kilogramm Brod kriege unn e Viertel Worst als Lohn. Deß nenne die Herrn Sozialiste „Vertheilung von Genußmitteln". Für den Genuß dank ich! Geld, Hauseigenthum, Ackerbesitz, Ehefraue, Familie, Erbschafte, Wage unn Pferd, Capitalie, Hypotheke, Alles des soll in dem „Reich der Sozialisten" nit mehr existire. Was die Narre sich doch einbilde? Glaawe die wirklich, daß e Mensch der sein' fünf Sinne beisamme hat, auf den Leim geht? „Frohme such' dir ein anneres Königreich, Frankfurt is zu — gescheid für dich", sagt Hampelmann! „Losser'sch Frohme."

Man sieht, daß die „N. Frkf. Pr." als einzigen Grundsatz die Spekulation auf die Dummheit anerkennt. Und da wir nun nicht annehmen können, daß solch ein Geschreibsel aus der Feder eines halbwegs vernünftigen und wissenden Menschen geflossen ist, so müssen wir dasselbe als eine zwar nicht beispiellose, sondern vielmehr gewohnte Niederträchtigkeit bezeichnen. „Und mit solchem Gesindel muß ich mich herumschlagen," sagte einst ein großer Feldherr!

Würzburg, im Januar. Vor zwei Jahren lag die ganze Organisation bei uns in Scherben und drohte die politische Arbeiterbewegung vollständig einzuschlafen. Nur mit äußerster Anstrengung war es den bis auf kaum 20 Mann zusammengeschmolzenen Sozialisten möglich, die Reste zu sammeln und die schon entmuthigten Freunde von Neuem in den Kampf zu führen. Wer derartige Katastrophen mit durchlebte, weiß welch bedeutende Opfer an Geld und Kraft erforderlich sind, um einen fast verlorenen Platz wieder zu gewinnen. Nachdem es gelungen war, die Reihen zu festigen, mußte ein neues Band geschaffen werden, welches alle unsere Gesinnungsgenossen umschlingen und dieselben zugleich mit geistiger Nahrung versehen sollte, und so traten denn wieder die opferwilligsten Genossen zusammen, constituirten sich als Preßcomité und brachten durch freiwillige Steuern die Kosten für die nöthige Zahl der Probenummern auf. Wir mußten die ganze Misère durchmachen, die eine Zeitungsgeburt bei dem Proletariat mit sich bringt, können jedoch auch mit Freuden auf die mühevollste, aber gelungene Arbeit des letzten Halbjahres zurückblicken. Hauptsächlich der Existenz unseres Blattes ist es gutzuschreiben, daß wir, obwohl vom Hamburger „Centralwahlcomité der Sozialisten Deutschlands" wenig berücksichtigt bei der diesmaligen Reichstagswahl statt der im Jahre 1874 abgegebenen 720 Stimmen 1440, also gerade die doppelte Zahl erhielten. Gewiß ist ein Resultat von 1440 Stimmen kein glänzendes, aber sicher beachtenswerth, da uns gegenüber nicht nur die siegreichen Ultramontanen sondern auch die hier eben so gut wie allerwärts mit dem verächtlichsten Mitteln kämpfenden „Liberalen" und zum Ueberfluß noch die sich „Volkspartei" nennenden Altliberalen standen. — An den Genossen liegt es, nun dafür zu sorgen, daß die nächsten 3 Jahre unsere Zahl wieder verdoppelt werde, was namentlich durch Verbreitung unserer Blätter und Broschüren, vor Allem aber durch opferwillige Agitation gefördert werden kann und muß. Thuen daher namentlich unsere Genossen in den Gewerkschaften, die ja erst in der zweiten Kampflinie stehen, ihre Pflicht, indem sie das Abonnement auf den „Volksfreund" nicht nur selbst per Anfang Februar recht zahlreich erneuern, sondern auch alle ihre Freunde und Collegen anfeuern, dasselbe zu thun. Mögen unsere Freunde nie vergessen, daß die Presse der beste Agitator ist und daß die große Masse der Arbeiter uns nur darum ferner steht, weil sie nicht genügend über ihre eigene Lage und unsere Bestrebungen unterrichtet ist. Wir haben jetzt ungefähr 600 Abonnenten auf unsere Parteiblätter. 180 Abonnenten auf die „Neue Welt" und werden außer 600 Kalendern 4—5000 Broschüren verbreitet haben. Das Alles genügt jedoch nicht, wir Alle müssen die ganze Kraft, die uns zur Verfügung steht, aufbieten, um den Gegnern zu beweisen, daß auch wir Arbeiter Würzburgs d. h. eines der schwärzesten Plätze Deutschlands, es satt haben, immer die Häute zu liefern, aus welchen andere Leute Riemen schneiden. Darum auf, Ihr, die Ihr Euch noch immer scheu zurückhaltet und höchstens die Versammlungen besucht, thut Eure Pflicht gegen Euch selbst, indem Ihr Euch an dem Kampfe für Eure Befreiung betheiligt und dadurch unsere Opfer nutzbringend nicht für uns, sondern für unsere Kinder, nicht nur für die Gegenwart, sondern für die Zukunft macht. Wie wir bis jetzt unsere Stirne nicht beugten unter all den Verfolgnngen und Stürmen, so müssen wir auch erhobenen Hauptes weiter streiten in dem Riesenkampf für die Befreiung der Arbeit, für die Gleichberechtigung Alles dessen, was Menschenantlitz trägt. — Unsere gewerkschaftliche Organisation umfaßt die Gewerkschaften der Metallarbeiter, Schneider, Schuhmacher, den Bund der Tischler, das Gewerk der Zimmerer und den Deutschen Cigarrenarbeiterverein. Also auch diese Seite der Bewegung kann zufriedenstellend genannt werden und ist nur zu wünschen, daß die Arbeiter dieser Branchen recht zahlreich sich den vorhandenen Organisationen anschließen. Darum nochmals: Thue jeder Genosse seine Pflicht, sorge vor allem jeder für die weiteste Verbreitung unserer Blätter und Broschüren und bald werden wir, den norddeutschen Brüdern ebenbürtig, auf den Kampfplatz treten können und unsere Stimmen nicht mehr nur ein Tausend zählen. C. F. Rick.

Karlsruhe, 20. Januar. Unser Wahlresultat ist bekannt: Dreesbach 600; gewählt Commissar Eisenlohr (nationalliberal) mit 8252, Freiherr v. Marschall 7452 Stimmen. Im 7. Wahlbezirk fanden sich zwei Stimmzettel, auf denen der gedruckte Name Eisenlohr durchstrichen und an Stelle dessen „Marschall" hingeschrieben war. Diese Zettel wurden für gültig erklärt. — Im 13. Wahlbezirk aber fanden sich auch zwei Stimmzettel, auf denen ebenfalls „Eisenlohr" durchstrichen und mit „Dreesbach" ersetzt worden war, diese — wurden für ungültig erklärt!!! Vielleicht roch den parfumirten Herren das Papier zu sehr nach — „Petroleum". — In dem Dorfe Beierthein wurde ein Militär, ein Zahlmeister, zur Wahl zugelassen, was doch ganz und gar gegen das derzeitige Wahlgesetz verstößt!!! — Das Wahlgesetz bestimmt, daß als Wahlurne ein verschlossenes Gefäß dienen soll, um etwaigen Stimmzettel-Vertauschungen vorzubeugen. Wie wurde aber hier diese Vorschrift inne gehalten? Man höre! In Rüppur diente ein sogenannter Sechster (Getreidemaaß) als Wahlurne und war nicht einmal mit einem Deckel geschlossen. Dasselbe war in Harfeld der Fall, wo eine Suppenschüssel ohne Deckel als Wahlurne hingestellt war. Heute schöpft vielleicht die ehrsame Frau Bürgermeisterin Hirsebrei aus demselben Topfe, der noch kürzlich in seinem hohlen Bauche das große Geheimniß von des Reiches Treue barg. 's ist halt wunderlich! — In allen Wahllokalen waren Abgeordnete der feindlichen Parteien vertreten. Stimmzettel waren ebenfalls daselbst vorhanden und wurden den Wählern an der Thür durch Diener des Gesetzes in strammer Haltung mit majestätischem Anstand offerirt, ja, deren aufopfernde Vorsorge ging zum Theil so weit, daß sie ihnen (den Wählern) „höflich wie sonst nie" die Thür öffneten und so lange ihre Ergebenheitsversicherungen betheuerten, bis sie sich überzeugt hatten, daß der betreffende Wähler auch den richtigen Zettel abgegeben hatte. In Mühlburg opferte sich der Polizeidiener förmlich für das Wohl seiner „Unterthanen" auf, welche über solche Güte ganz gerührt gewesen sein sollen. Auf hochweisen bürgermeisterlichen Gnaden-Erlaß vertheilte nämlich der Dorf-Lictor Wahlzettel von Haus zu Haus. Nun sage noch Einer, daß die verehrlichen Behörden sich nicht um des Volkes Wohl kümmern!

Wie die Arbeiter zur Wahl herangezogen wurden, lehrt uns ein Vorgang, der in einer hiesigen Nähmaschinenfabrik sich abspielte. Der Herr Direktor ließ seine getreuen Arbeiter in der Fabrik am Schluß der Arbeitszeit sich versammeln. Ein Fäßlein edlen Gerstensaftes verehrte er ihnen auf „generöse Weise". Derweil aber die Arbeiter tranken, hielt er ihnen eine wohleinstudirte Rede, die in dem Schlußsatz gipfelte: „Wählt, lieben Brüder, unsern Eisenlohr!" Als aber verhallt waren die helltönenden Worte von des Reiches Treu u. s. w., nahm Einer von dem Bureau der betr. Fabrik des Redners Stelle ein. Mit pristerlicherlicher Würde schaute er im Kreise umher, ein tiefer Seufzer quoll von seiner Lippe und das Auge senkte sich demüthig auf die auf der Brust gefaltet ruhenden Hände, als sei er, der fromme Mann, im stillen Gebet versunken. Plötzlich erhob sich aber aus seinem Munde ein Brausen, so stark, daß den Anwesenden die Ohren gellten — und das will bei einem Schlosser viel sagen. — Als man bange lauschte, woher dieser Aufruf stamme — siehe, da vernahm man eine monotone Jeremiade über die Sittenverderbniß der Jetztzeit. Die Kirche wanke in ihren Grundfesten — der Pfeiler seien zu wenige. Darum mehr Pfeiler herbeigeschleppt! Ein solch mächtiger Pfeiler, an dem sich die weinende Mutter Kirche stützen könne,

sei — Adolf Freiherr v. Marschall. Wählt darum, lieben Brüder, unsern Marschall, auf daß er sei des gottlosen deutschen Reiches getreuer Bote, ein Feldmarschall unter den Kämpen der Kirche!" Unendliche Bravos erschallten. Die Rede hatte gezündet. Von nun an hieß es unter diesen Arbeitern: „Wählt Marschall, unsern Glaubenshort!" — Der Direktor hat sich aber bereits über seine damalige Niederlage getröstet: sein Eisenlohr hat ja die Siegespalme davongetragen! K. E.

Zu den Reichstagswahlen.

Engere Wahlen.

Essen. Bei der Stichwahl siegte Stötzel (christlich-sozial) gegen Forcade de Biaix.

Zittau. Pfeifer (nat.) gewählt gegen Fortschritt.

Danzig. Rickert gewählt gegen den klerikalen Gegner.

9. schleswig-holst. Wahlkreis (Oldenb.-Plön). Reimer 4823, Graf Holstein (cons.) 11,416.

9. badischer Wahlkreis. Casimir Katz (Centrum) gesiegt über den Nationalliberalen.

Aachen. v. Biegeleben (Centrum) gesiegt über Caplan Laaf (christlich-sozial).

In Sachsen sind bei der diesmaligen Reichstagswahl 318,672 Stimmen abgegeben worden, von denen 74,330 auf die nationalliberalen, 44,326 auf die fortschrittlichen, 37,745 auf die deutsch-konservativen, 124,579 auf die sozialdemokratischen Candidaten und 37,692 auf die Candidaten der deutschen Reichspartei fielen.

Wir geben in Folgendem eine Zusammenstellung der von der sozialdemokratischen Partei in Württemberg erreichten Stimmenzahl nach den Wahlkreisen. Es erhielten im 1. Wahlkreis: Hillmann 4646; 2. Wahlkr.: Hillmann 1600; 3. Wahlkr.: Hillmann 142; 4. Wahlkr.: Hillmann 42, Bebel 28, zusammen 70; 5. Wahlkr.: Motteler 1775; 10. Wahlkr.: Motteler 1150; 11. Wahlkr.: Bahlteich 254; 14. Wahlkr.: Hillmann 188; 17. Wahlkr.: Hillmann 93; ferner in Weildorf bei Haigerloch in Hohenzollern: Motteler 46; zusammen 9964 Stimmen.

In Rheinland und Westphalen haben 42,698 Wähler ihre Stimmen zu Gunsten der Sozialisten abgegeben. Dieselben vertheilen sich wie folgt: Frick (Minden) 700, Pfannkuch (Herford) 421 und (Bielefeld) 2166, Klein (Hagen) 1686, Kuhl (Bochum) 1646, Tölcke (Dortmund) 3563 und (Altena) 1579, Bebel (St. Köln) 1773 und (Ldkr. Köln) 713, Audorf (Lennep) 3648, Haffelmann (Elberfeld) 11,435, (Düsseldorf) 604 und (Essen) 3062, Rittinghausen (Solingen) 6123, Kuhl (Duisburg) 3474 und Weidemann (Crefeld) 102 Stimmen. Nehmen wir die im Kreise Solingen am 19. Januar noch hinzugekommenen 4509 Stimmen, sowie die 2811 Stimmen, welche am 18. Jan. bei der Stichwahl in Elberfeld-Barmen hinzugekommen, so erhalten wir in Summa 50,018 Stimmen, welche in beiden Provinzen sich auf sozialistische Candidaten vereinigten.

An die deutschen Zimmerleute.

Kameraden allerorts! In Altona ist am letzten Löhnungstage des Jahres 1876 ein brutaler Akt vollzogen, ein Akt des Egoismus und der krassesten Habgier, indem die vereinigten Bau-, Maurer- und Zimmermeister Altonas sämmtliche Zimmerleute und Maurer von der Arbeit ausgeschlossen. Dieser Arbeitsausschluß, durch welchen zusammen 4000 Maurer und Zimmerleute arbeits- und brotlos sind — darunter meistens Familienväter — ist hervorgerufen durch die gewinnsüchtige Absicht: mehr Geld durch die Ausbeutung der betreffenden Gesellen herauszupressen. Die „Herren" Meister, welche unter dem Namen „Altonaer Bauhütte" einen Verein bilden — Zwecks besserer Ausbeutung der Gesellen —, legten den Gesellen einen neuen Lohntarif vor, nach welchem im Jahre 1877 die Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich verlängert, und der Lohn — indem er in verschiedene Klassen getheilt ist — reduzirt werden soll.

Auf diesen Lohntarif sind unsere Altonaer Kameraden nicht hineingefallen, und die Folge davon war — der Arbeitsausschluß, ein bei den Meistern in letzterer Zeit sehr beliebtes Mittel, um sich der alten Gesellen, die oft 20—30 Jahre bei ihnen arbeiteten, zu entledigen. Das sind die „Herren", die fortwährend vom „Frieden" zwischen Kapital und Arbeit faseln, die aber jede schlechte Geschäftszeit, welche hauptsächlich die Arbeiter drückt, sofort benutzen, um dieselben mit Krieg zu überziehen und sie immer mehr und mehr materiell zu ruiniren. Heuchelei ist es, wenn diese Herren vom Frieden zwischen Kapital und Arbeit sprechen, während sie uns den Krieg erklären. Drei Jahre arbeiteten sie mit ihren Gesellen friedlich zusammen; da fällt es ihnen plötzlich ein, Lockout zu machen, die Arbeit einstellen zu lassen, um billigere Arbeitskräfte zu bekommen. Also wer vernichtet den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern? Die Herren „Arbeitgeber", die Altonaer Bau-, Maurer- und Zimmermeister!

Durch diesen Ausschluß will man unsere Kameraden durch Hunger zwingen, sich billiger zu verkaufen; mit Altona will man den Anfang machen, um nachher seitens der Baugewerkvereine dieselben Experimente in allen Städten Deutschlands zu machen.

Deutsche Zimmerleute, seid auf der Wacht! haltet vor allen Dingen den Zuzug aller Maurer und Zimmerer nach Altona ab. Lasse sich Niemand für Altona anwerben, um hier Arbeit zu nehmen, denn es wäre eine widernatürliche Handlung, wenn der Arbeiter auf solche Weise gegen das Interesse seiner Arbeitsbrüder, gegen sein eigenes Interesse verstoßen würde.

Wie die „Herren" Maurer- und Zimmermeister ihrem schmachvollen Werk — dem Arbeitsausschluß — die Krone aufzusetzen verstehen, beweist folgende in der „Baugewerkszeitung" veröffentlichte Notiz:

„In Altona ist wegen Differenzen über Lohn und Arbeitszeit zwischen den Mitgliedern der Altonaer Bauhütte und ihren Gesellen die Arbeit eingestellt worden. Wir bitten die Mitglieder sämmtlicher Baugewerkvereine um ihre Unterstützung dadurch, daß sie die von Altona möglicherweise ankommenden Gesellen nicht in Arbeit nehmen und so viel wie möglich die nicht beschäftigten Gesellen nach Altona dirigiren.

Der Vorstand der Altonaer Bauhütte.
Adolph Braun, Zimmermeister,
Vorsitzender."

Also hier durch diese Notiz werden die Gesellen einer Arbeitseinstellung beschuldigt, während doch in Wahrheit die Meister diejenigen sind, welche durch den Arbeitsausschluß die Arbeit eingestellt haben. Dann wird aufgefordert, die ausgeschlossenen arbeitslosen Gesellen nicht in Arbeit zu nehmen. Also eine vollständige Verrufserklärung derjenigen Gesellen, welche sich nicht auf Gnade oder Ungnade der Ausbeutungssucht dieser „Herren" überliefert haben. Und das nennt man freie Arbeiter? Lohnsklaverei ist es, Sklavenjoch, in welchem sich der Arbeiter befindet.

Dann werden seitens dieser „Herren" folgende Inserate in allen gelesenen Blättern Deutschlands erlassen: „Gesucht in Altona von den Mitgliedern der Bauhütte circa 200 Maurergesellen, circa 200 Zimmergesellen, bei einem Tagelohn von Mk. 0,40 bis Mk. 0,46 pro Stunde. Der Lohn von Mk. 0,40 ist nur ausnahmsweise für die wenig tüchtigen Gesellen ausgesetzt. Die Altonaer Bauhütte."

So! nachdem die alten Arbeiter beseitigt sind, sollen neue herangezogen werden, damit die alten für immer arbeitslos bleiben.

Zimmerleute Deutschlands! Unterstützt uns in diesem Kampfe für Recht und Wahrheit nach Kräften, veranstaltet überall freiwillige Sammlungen behufs Unterstützung der Altonaer Kameraden, und sendet diese an unseren Kassirer des deutschen Zimmerer-Gewerkes, August Kapell in Hamburg, St. Pauli, 2. Bernhardtstraße 39. Laßt Euch durch obige Inserate nicht nach Altona locken, sondern nochmals: Haltet den Zuzug unter allen Umständen fern. Euch Altonaer Meister aber rufen wir zu: „Ihr wollt den Kampf! Gut! Ihr sollt ihn haben."

Mit kameradschaftlichem Gruß
Der Vorstand
des deutschen Zimmerergewerbes.

Hamburg. im Januar 1877.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um schleunigen Abdruck gebeten.

Oeffentliche Quittung.

(Schluß.)

Für den Wahlfond hat A. Geib in Hamburg seit dem 28. November erhalten:

Paderborn v. Buchdruckern d. Heideck 5,00; Augsburg d. Endres v. 6 Büchsenmonteuren 2,20 und v. Weißgerbern 2,00; Frankfurt a. d. O. d. Schuhmacher Kettelhack 18,10; Mauche b. Alt-Kloster v. Rörig 10,00; Linden b. Hannover d. Georg Kuhlmann 5,05; Schleswig d. H. Schlichting 40,00; Stuttgart v. Pfund u. Frey 10,00; Werben b. Heydekrug v. M. Naujock 3,00; Potsdam d. F. H. 11,50; Zittau v. Parteig. d. F. Nenke 5,40; Gera b. A. Teucher 42,00; Harburg d. Steffens v. den Arbeitern in H. C. Meyer's Kammfabrik 50,00; do. v. Genossen d. Buchhop 50,00; Giengen a. d. B. v. 4 Parteig. d. Köpf jr. 10,00; Goldap i. Ostpr. v. M. Simmat 1,00; Berlin zur Stichwahl in Reichenbach-Neurode v. F. N. 12,00; Wiesbaden v. F. Günster 3,00; N. N. v. N. 150,00; Merseburg v. Fichtler u. Baumgarten 1,40; Zürich v. deutschen Arbeiterverein 120,00; Greiffenberg Liste 3288: 0,70; Lüneburg v. Geerßen d. G. Böttcher 18,00; Glauchau d. G. Schwerdtner Liste 2427: 6,75; Liste 2430: 6,30; Liste 2431: 8,30; Liste 2433: 4,75; Liste 2435: 2,12; Liste 2439: 3,20; Liste 2440: 2,90; Liste 2437: 8,67; Liste 2429: 6,75 u. Liste 2433 zweite Rate 9,15; München v. Exped. d. „Zeitgeist" 1,00; Hohenwestedt v. Genossen d. Albrecht 6,50; Nowawes v. J. Rogler 3,00; Kopenhagen v. L. A. u. H. G. „Wenig, aber mit Liebe" 5,00; Hersfeld v. G. Wolf 3,00; Geestendorf d. J. Krentz ges. 10 00; Guben v. F. Augustin 1,50; Aachen v. Parteig. d. M. Hilger 7,00; Wurzen v. A. Fleischer 15,00; Freden d. C. Proetzsch 3,25; Berne v. Cig.-Arb. d. Chr. Hansen 4,15; Neuschönefeld v. Karl Brocks 1,50; Karlsruhe d. W. Hasenacker 15,00; Cöthen d. Aug. Keinstedt 12,00; Minden i. W. d. G. Siepert 10,00; Heide v. J. Brüning 25,00; Lüneburg aus der Müller'schen Korbmacherwerkstätte d. Hinze 3,00; Barmbeck v. Arbeitern der Richter'schen Fabrik 7,55; Hamburg: 6,50 v. den German u. Slovaken; 0,18 v. H. Niemann; 0,15 v. H. Jungk; 5,00 v. H. Garve; 6,30 v. den Tischlerges. bei Ahlers; 3,00 v. Meincke; 6,00 v. E. G.; 6,90 v. Mathiessen's Tischlerwerkstatt d. Mack; 5,00 ges. bei H. Laue; 7,40 aus der Tischlerwerkstatt v. F. Schwarz; 15,00 v. Gerwin's Fabrik, St. Pauli; 3,60 v. der Eisengießerei v. Reuter d. J. E. Grewe; 2,00 v. H. S.; 4,00 v. H. G. F. u. B.; 53,95 Ueberschuß v. Stiftungsfest der Drechsler u. Berufsgenossen; 50,00 v. Verein der Drechsler u. Berufsgenossen d. Burmeister; 3,10 v. R. Maassen; 16,50 v. Dührhop's Bau d. H. Sander; 3,20 Liste 3 d. Belm; 3,00 v. einer Hochzeit d. Wetzel; 8,00 d. Frau Engelmann; 11,20 v. A. Bieler; 16,30 v. der Tischlerwerkst. Vogt u. Grote d. Schulz; 5,15 v. Neidhardt's Tischlerwerkst. d. Meffle; 7,40 v. Annecke's Tischlerwerkst.; 4,90 1. Rate v. Liste 3923 d. Wetzel; 10,00 v. F. Y. Z.; 0,50 v. H.; 21,17 v. den Cig.-Arbeitern aus der Fabrik von Justus; 10,20 v. Liste 3735 B. B.; 9,35 v. Matthies' Tischlerwerkst. d. Mack; 12,60 v. Liste 50; 16,00 v. Liste 45; 0,50 v. Liste 44; 1,00 v. Liste 43; 6.05 v. Liste 42,00; 3,00 v. A. B. Cohn'schen Cig.-Fab.; 13,50 v. Tischlerwerkst. Richers d. Schlichting; 5,00 v. Tischlern u. Stellmachern in Grum's Wagenfabrik; 10,50 v. Maurer Borchert; 2,50 v. Soloclub d. Borchert; 8,53 v. C. F. W. Trautwetter; 13,75 d. Bremer, Ueberschuß einer Tellers. der Zimmerer; 6,55 auf Liste 3737 v. der Tischlerwerkst. Sanne, Uhlenhorst; 12,20 auf Liste 20; 10,95 v. Werner's Möbelfabrik d. Radlof; 1,00 v. W.; 1,00 v. C. E.; 3,00 v. Batten's Cig.-Fabrik d. N. Spanier; 5,30 d. Bergau; 6,32 v. Kränzchen der Liedertafel „Lassallea"; 3,30 ges. v. Brenner; 10,00 v. Silvanus; 1,20 vom Club Sparsamkeit; 0,50 Ertrag einer Wette; 31,10 auf Liste 3942 d. Reimers; 10,55 auf Liste 3739 v. Engel's Tischlerwerkst.; 1,30 auf Liste 3953 d. Messer; 16,00 v. Reisig's Cig.-Fab. St. Pauly d. Kaschel; 32,00 Ueberschuß v. der Tischlerversammlung d. Tegethof; 3,00 d. Hille; 1,00 d. H. W.; 11,34 in einer Privatges. ges. d. C. Blume; 21,86 v. Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Vereins-Ball d. W. G. Nagel; 87,20 v. den Arbeitern in Meyer's Stockfabrik d. Mentzel; 50,00 v. Meyer's Cig.-Fab. d. J. Dierks; 6,00 d. D. H.; 4,00 v. N. N.; 8,65 auf Liste 3822 d. Eggers; 13,00 auf Liste 3738; 15,00 v. Görl, Brandt, Peters I. u. II, Matthes; 3,60 aus der Eisengießerei v. Reuter d. J. W. Greve; 1,50 v. H. Lobstedt; 2,00 v. W. H.; 3,00 v. M.; 6,20 v. Bed's Tischlerwerkst.; 7,50 v. Tischler-Privatvergnügen am Sylvesterabend d. Tegethof; 13,00 auf Liste 4008 d. Schrader; 19,90 v. Bäthge's Cig.-Fab.; 13,00 v. F. Schwarze's Tischlerwerkst.; 4,50 auf Liste X, 2. Rate; 15,00 v. Ernst D.; 4,65 auf Liste 3823 v. Salzen; 88,66 v. Verein der Drechsler, Schirmmacher und verwandter Berufsgenossen d. Mentzel u. Burmeister; 80,00 v. Frauen- u. Mädchen-Verein d. Frau Eggers; 4,70 v. J. L. M. W.; 111,97 v. Gipser-Verein d. Behnke; 9,00 v. der Schuhmacherwerkst. Rensch d. Wetzel; 39,00 Ueberschuß der Tellersamml. Tischlerverf. d. Tegethof; 500,00 v. der Unterstützungskasse des deutschen Zimmerergewerks d. A. Jalandt; 10,00 v. L. C.; 18,00 Ueberschuß der Tellers. der Zimmerer-Vers.; 154,00 v. den Buchdruckergehilfen Hamburg-Altona-Ottensen d. W. Dietz; 3,00 v. A. R.; 6,00 v. J. u. M.; 6,00 v. G. H.; 4,00 v. T. H.; 3,00 v. M.; 0,50 v. Ungenannt; 3,00 v. H. S.; 1,50 v. J. Reismann; 1,00 v. Kuß; 5,40 auf Liste 239 d. Lützow; 1000,00 v. Arbeiterwahlcomité; 1678,31 v. do. d. 1 Sparkassenbuch d. Korkamp; 9,30 v. Warneck's Cig.-Fab.; 6,00 v. den vereinigten Instrumentenmachern; 6,20 v. A. Meyer; 1,00 v. Joh. Degen; 9,30 v. den Rockschneidern bei Kiemer; 4,50 v. der Mus'schen Tischlerwerkst. d. G. Ludwig, Uhlenhorst; 2,00 v. Jacob; 1,00 v. Jockmantel; 5,00 auf Liste 3737 v. Sanne's Tischlerwerkst., Uhlerhorst; 7,50 v. Malucke's Tischlerwerkst. d. Suhr; 20,00 v. „Hoch die Sozialdemokratie"; 3,00 v. N. N.; 1,50 v. H.; 3,50 v. der Tischlerw. Pusch u. Sohn d. Dencker; 6,55 aus Werner's Tischlerwerkst., Hohenfelde; 2,75 auf Liste 4192 d. Dencker; 15,00 v. Ilgner's Cig.-Fab. d. Mühlhausen; 8,30 auf Liste 39,40 d. Seyffarth; 3,70 u. 1,20 d. Bünger; 3,00 v. Tischlerwerkst. v. Knief u. Otto; 8,00 v. der Tischlerwerkst. Hock u. Spangenberg; 8,50 v. Dührhop's Bau d. H. Sander; 9,00 v. H. Künker's Cig.-Fab.; 1,00 v. C. E.; 5,50 v. der Schneiderwerkst. H—n; 10,00 v. Kronenwerth's Schneiderwerkst.; 6,10 v. den Arbeitern bei Boldt u. Vogel d. Striegar; 22,80 ges. d. Böhme; 4,00 v. den Korbm. in Peter's Fabrik d. Tewes; 3,00 v. H. E.; 2,00 v. W. H.; 4,20 v. mehreren Reepschlägern d. Hansen; 15,40 d. Schlüter v. Röla's Bau, Billwärder, Neuenbeich; 7,00 v. der Tischlerw. Fitschen u. Klensang d. Beyer; 2,00 v. Bauch; 7,00 v. Arbeiter-Frauen- u. Mädchen-Verein; 6,30 v. den Klempnern u. Berufsgenossen d. Stoffel; 12,40 auf Liste 73 d. May; 30,00 v. den Kürschnern d. Wilcke; 10,00 v. Wrieth's Cig.-Fab. d. F. Schröder; 2,40 v. Gerds u. Schröder's Schneiderwerkst. d. Pein; 4,20 d. Uhlhorn; 10,65 v. der Korbmacherwerkst. Müller, St. Pauly, d. Hönisch; 20,00 zweite Rate v. Meyer's Cig.-Fab. d. Diercks; 13,80 aus Sieberg's Fabrik d. Deter's; 4,80 v. G. W. Lütkens; 2,20 v. Stelling; 15,00 Liste 4186 erste Rate d. Schultz; 1,00 v. Zimmermann J. Franck; 5,50 v. Tischlerw. Haning d. Haasler. Altona: 6,50 d. Fels v. Tischlerw. Mahlmann; 19,15 v. Holst's Cig.-Fab.; 24,00 Verbrüderungsfest der Tischler d. Petersen; 50,00 v. Seilern u. Reepschlägern d. Herwig; 10,30 d. Biehl; 64,45 Ball der Schuhm. d. Weißbach; 3,00 v. P. Martienssen; 6,00 v. Glüssendorff's Schneiderw. d. Carlson; 2,00 d. Lüthjohann; 45,47 v. Arbeitern bei Strecker; 1,00 v. C. F. d. Brückmann; 3,00 v. O. Heylmann; 25,90 auf Liste 3795 d. J. Krohn.

Unterstützungsfonds.

Altona 30,24 v. Ball der Schuhmacher d. Opitz; Gelenau d. Weber aus Herold 1,35; Buntenthor-Steinweg d. Reinebach 3,70; Apenrade d. Gladewitz 0,30; Ursprung d. Ardig 1,00; Bremerhaven v. Wolfersdorf 3,00; München v. Frau A. Weylandt 20,00; Crimmitschau d. F. Böttger 7,30; Lübeck v. der Weihnachtsfeier d. Schröder 16,41; Hersfeld v. G. Wolf 6,00; Reutlingen d. E. Moser 11,42; Altona v. Dehncke's Cig.-Fab. 2,00; Glauchau d. G. Schwerdtner 1,00.

Agitationsfonds.

Lorsch d. J. Degen 4,30; Neustadt a. H. d. Guth 0,25.

Etwaige Reklamationen wolle man entweder an C. Derossi Hamburg, Pferdemarkt 37 III, oder direkt an den Unterzeichneten senden.

Hamburg, 22. Januar 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. Jckln Meerane: Benutzen Sie die übrigen Exemplare der „Fackel" zur Agitation.

Quittung. Srbrn Liège Ab. 4,04. Drschr Karlsruhe Schr. 10,50. Wbr Oettingen Ab. 1,00. Zpf Bischofsgrün Ab. 4,80. Brnr Zwickau Schr. 7,60. Deutscher Arbeiterverein Solothurn Ab. 2,50. Rfn Bankendorf Schr. 3,95. Pnngr Bremen Ab. 14,00. Mnl Klingenthal Schr. 3,40. Durch Erfurt Schr. 5,70. Rschmnn Wöhrden Ab. 2,50. Bst St. Ingbert Ab. 8,00. Krtschmr Dortmund Schr. 4,60. Bhm Oberndorf Schr. 2,60. Lnk Pieschen Ab. 15,00. Fachverein der Tischler Cöln Annr. 0,70. Hpt Reims Ab. 4,00. Gthl Schweidnitz Ab. 3,10. Wgnr Böhm. Aicha Ab. 4,88. Mrz Frankfurt a. M. Schr. 2,70. Brnhrdt Hirschberg Schr. 8,00. Wnkmüller Pforzheim Schr. 1,70. Lgs Hannover Annr. 2,10. Hns Frankfurt Annr. 0,80. Slbrhrn Eglingen Ab. 12,60, Schr. 9,00. Knl Frankfurt Ab. 12,00. Bllstn Mülheim Ab. 9,00. Schlg Burgau Schr. 3,30. Grd Stötteritz Ab. 16,00. Fhrmnn Bischofswerda Ab. 3 00, Schr. 2,00. Mr Bern Ab. 7,50. Strk Kiel Schr. 8,00. Hfsnr Mainz Ab. 22,00. Srwn Lüneburg Ab. 12,70. Brnnmr Göppingen Ab. 8,00, Schr. 8,85. Pchlr Böslau Ab. 0,98. Krschlt Freiburg 1,35. Rtr Zwiesel Schr. 3,80. Zpf Bischofsgrün Schr. 0,65. Arlt Lückendorf Schr. 5,00.

Anzeigen 2c.

Altona. Sonnabend, den 27. Januar, Abends 8½ Uhr in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. D. Reimer. [50

Frankfurt a. M. **Avis für Sattler!** Allen Collegen hierdurch zur Kenntniß, daß hier seit Oktober v. J. ein Fachverein für Sattler besteht. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend Kl. Eschersheimer Str. 26 statt, der Arbeitsnachweis befindet sich Kornblumengasse 4 im Fremdenverkehr. P. Heinz, z. Z. Vorsitzender, Graupeng. 30 II.

NB. Die hier früher bestandene Mitgliedschaft, der Verein der Sattler u. Berufsgenossen, ist noch polizeilich geschlossen. (F122) D. O. [80

Leipzig. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.** Montag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstraße): **Versammlung.** Tagesordnung: Vortrag von Witt. Gäste willkommen. D. V. [40

Leipzig. Dienstag, den 30. Januar, Abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof":

Oeffentliche Versammlung des Allgem. deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes und des deutschen Zimmerer-Gewerkes.

T.-O.: 1) Abrechnung; 2) Der Ausschluß der Altonaer Bauhandwerker.

NB. Aufnahme neuer Mitglieder findet in jeder Versammlung statt. [60

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.** Nächsten Dienstag beginnt ein neuer Cursus in der einfachen Buchführung. Auch auf unsern Zeichnenunterricht (im technischen und Freihandzeichnen) machen wir besonders aufmerksam, der in letzter Zeit sehr viele neue Vorlagen angeschafft, der Unterricht einer bewährten Kraft anvertraut ist.

Der Zeichnenunterricht findet jeden Sonntag Nachmittag von 1—3 Uhr statt.

Zu dem Unterricht in der französischen Sprache für Fortgeschrittenere (Plötz, Elementar-Grammatik, Ende des 2. Theils) werden noch einige Theilnehmer gesucht. Dieser Unterricht findet jeden Donnerstag Abend von 8—9 Uhr statt.

Dem Turnunterricht kann jederzeit beigetreten werden, ebenfalls der Stylistik nnd Redeübung, sowie der stenographischen Sektion. —

Unser 16. Stiftungsfest wird Sonnabend, den 10. Februar in der Tonhalle gefeiert.

Monatlicher Beitrag 60 Pfg. Aufnahme jeden Abend 8½ Uhr im Vereinslokale Ritterstraße 43 II. [1,80

Leipzig. **Leipziger Bürgerverein.** Mittwoch, den 31. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung im Thüringer Hof. [40

Gäste willkommen. Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandtz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 13. Mittwoch, 31. Januar. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate Februar u. März zu 1,10 werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Hohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Unsere Siege und ihre Folgen.

Der liberale Rachedurst gehet umher wie ein brüllender Leu und sucht seine Opfer. Folgender Fall aber ist doch speziell kennzeichnend für den Edelsinn der Herren Gegner. Männer, die trotz allen materiellen Drucks den Muth finden, ihren politischen Ueberzeugungen einen vollkommen gesetzlich erlaubten Ausdruck zu geben, werden, wenn sie irgend von einem liberalen „Herrn" ökonomisch abhängig sind, wenn auch nicht geradezu todtgeschlagen, so doch wenigstens auf das Empfindlichste geschädigt. Wirklich, diese Art des Kampfes kann ja fast selbst dem verbohrtesten Lobhudler des Bestehenden eine leise Sehnsucht nach dem mittelalterlichen Faustrecht einflößen! Wir geben das betreffende Aktenstück, aus dem alle Thatsachen sich leicht herausschälen lassen:

„Entlassungsschein.

Der Arbeiter Friedrich Wilhelm Zink ist als Bergarbeiter vom 2. Januar 1872 bis zum 23. Januar 1877 auf hiesiger Grube Numero 371 beschäftigt gewesen. Derselbe ist nach Kündigung entlassen wegen sozialdemokratischer Agitation auf den Werken. Er empfing einen Schichtlohn von 2 Mark 30 Pfgn. Dies bescheinigt der Wahrheit gemäß

Grube 371 bei Römle, den 23. Januar 1877.

Photogen- und Paraffinfabrik A. Riebeck, Weißenfels.
D. Schaefer."

Abgesehen von der Rücksichtslosigkeit, mit der bei den noch weit und breit herrschenden Vorurtheilen, bei dem allgemeinen Haß der Arbeitgeber einem Parteigenossen nicht nur sein Brot genommen, sondern ihm auch erschwert wird, neuen Unterhalt zu finden, ist dieses Verfahren auch vollkommen ungesetzlich*). Ungesetzlichkeiten sind aber bei den sogenannten „Vertheidigern des Rechts, der Ordnung, der Bildung und guten Sitte" so an der Tagesordnung, daß sich ganze Nummern unseres Blattes mit der einfachen Aufzählung der Thatsachen füllen ließen. Wir verweisen nur auf die schamlosen, wahrhaft empörenden Wahlbeeinflussungen, die in Unmassen ausgeübt worden sind! Mit dem Gesetz kann man uns nicht zu Leibe, da muß die willkürliche Gesetzwidrigkeit, in vielen Fällen die brutale Gewalt, der Laskerknüppel hilfreich eintreten.!

Und wo werden solch brutale Gewaltmaßregeln gegen unsere Gesinnungsgenossen angewendet? Da, wo dieselben ein gesetzlich gewährleistetes Recht ausüben, wo sie vollkommen in den Schranken des Erlaubten ihren Ansichten Ausdruck verleihen und das thun, was sie, und mit Recht, für ihre Pflicht halten!

Das ist die Freiheit der politischen Ueberzeugung im deutschen Kaiserreiche! So bestraft man die gesellschaftlichen Parias, die die Freiheit, welche nach glorreicher Herstellung der Einheit in Deutschland als gesichert angesehen ward, für Ernst nahmen. Die Reaktion schlachtet so ihre Opfer massenweis, wenn sie danach streben, ihre Lage auf vollkommen loyalem Wege zu verbessern. Und dieses wird nicht das letzte Opfer sein, ganze Hekatomben wird man auf dem Altar des Kapitals hinschlachten und sich verbluten lassen. Die Parforcejagd auf das sozialistische Rothwild hat begonnen und wir verhehlen uns nicht: sie wird nicht so gleich wieder aufhören! Aber diese wahnsinnige Wuth zeigt offen und klar die Verlogenheit der Priester des Evangeliums der „Freiheit durch die Einheit"; sie drückt den Stachel der Noth, den Dorn der Erbitterung immer tiefer in die Herzen des Volkes; nicht die sogenannten sozialistischen Führer predigen „Haß und Verachtung", die Ordnungsmänner selbst sind es, welche nicht nur mit den Ueberzeugungen und Gefühlen, sondern mit den Menschenleben ein so frevelhaftes Spiel treiben, und nicht blos mit dem Leben eines Einzelnen, sondern ganzer Familien!

Wir wissen, daß wir uns von jener Seite auf das Schlimmste gefaßt machen dürfen. Aber trotz alledem und alledem wird der Muth des kräftigen deutschen Volkes nicht gebrochen werden! Sie wollen das Land „pacificiren", beruhigen, aber sie werden es eher ruiniren, sie werden die Ruhe des Todes hervorbringen. Zunächst aber wird der Aufschrei der Nation furchtbar zum Himmel dröhnen und tausend und abertausend Flüche werden entsendet werden gegen die, welche jedes menschliche Gefühl mit Füßen treten, welche nichts davon wissen wollen, daß es Menschenrechte giebt, die nicht ungestraft in's Gesicht geschlagen werden!

Mit unsäglicher Wehmuth stellen wir angesichts dieser furchtbaren Thatsachen fest, daß eine Jahrtausende lange Culturarbeit fast umsonst gewesen ist, daß alle fortschreitende Entwickelung, statt der Gesammtheit zu Gute zu kommen, vom Egoismus und Eigennutz Einzelner benutzt worden ist, um die formell abgeschaffte Sklaverei nur in noch grasserer, schamloserer Gestalt auftreten zu lassen.

Oft und dringlich genug ist auch von den extremsten Gegnern des Sozialismus der Mahnruf laut geworden, daß man andere, zeitgemäßere Verhältnisse anzubahnen suchen soll; vergeblich ist er verhallt! „Sein Schicksal schafft sich selbst der Mann", und so hat das Volk von „oben" und von den regierenden Parteien rein gar nichts zu erwarten. Diese Leute haben zum Theil nicht die Fähigkeit, zum andern Theil nicht den guten Willen, dem Elend zu steuern.

So sieht sich denn das Volk ganz allein auf seine eigene Kraft, auf seine eigenen Hilfsquellen angewiesen. Die Massen haben das zum größten Theil begriffen: der Ausfall der letzten Wahlen hat es uns auf das Glorreichste bewiesen! Der bedeutende Mehrbetrag an sozialistischen Stimmen hat es laut verkündet, Keiner kann diesen Ruf überhören.

Das Verständniß seiner Lage hat das Volk also vor allen Dingen glänzend bewährt, indem es seine Mißbilligung ausdrückt über die Art und Weise, wie gewirthschaftet wird.

Aber das Volk ist auch mit rührender und erhebender Bereitwilligkeit zu unsäglichen Opfern aller Art für das für Recht Erkannte eingetreten. Das kleine Häuflein ist gewachsen von Jahr zu Jahr zu einem mächtigen Heer, unsere letzte Heerschau hat die Begeisterung gewaltig gesteigert, das haben die erneuten großartigen Opfer bewiesen, welche bei Gelegenheit der Stichwahlen gebracht wurden, wo ein Arbeiter-Candidat in Betracht kam.

Diese Opferfreudigkeit, diese nicht einzuschüchternde Unerschrockenheit ist es aber auch, welche den endlichen Sieg des Rechtes wider das Unrecht, der Wahrheit gegen die Lüge, dem Gesammtvortheil gegen den Einzelnutzen herbeiführen werden und herbeiführen muß. Auf unserer Seite ist das Recht, wir wollen Verhältnisse schaffen, bei denen Allen wohl werde; der Egoismus des Kapitals vermehrt von Tag zu Tag die Zahl Derer, welche sich selbst, ihren Familien und kommenden Generationen schuldig sind, bessere Verhältnisse zu schaffen: die sind alle unsere Bundesgenossen und die Ironie der Weltgeschichte zeigt sich darin, daß gerade die Gegner diesen Zuzug in unser Lager treiben!

So wachsen auch von Tag zu Tag unsere berechtigten Hoffnungen auf endlichen Sieg und der Tag rückt immer näher heran, wo die allgemeine Menschenliebe dem Egoismus seine Waffen abnehmen und ihn unschädlich machen wird.

*) § 113 der Gewerbeordnung für das deutsche Reich lautet: „Beim Abgange können die Gesellen und Gehilfen ein Zeugniß über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern, welches auf Antrag der Betheiligten und wenn gegen den Inhalt sich nichts zu erinnern findet, von der Gemeindebehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen ist. Dieses Zeugniß ist **auf Verlangen der Gesellen und Gehilfen** auch auf ihre Führung auszudehnen.

Das liberale Simmelsammelsurium,

das durch den Compromiß in Sachen der Justizgesetze ganz außer Rand und Band gerathen schien, freut sich einmal wieder einen Punkt gefunden zu haben, in dem die Interessen sich begegnen. Der feindseligen Worte sind genug gewechselt — jetzt heißt's nunmehr „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich". Gilt es doch der Abwehr einer „gemeinsamen Gefahr"; der Abwehr des Anpralls der sozialdemokratischen Massen. Nationalliberalismus und Fortschritt scheuen sich zwar beide noch, offen mit der Sprache herausgehen und zu bekennen, daß sie im Grunde genommen nur ein Herz und eine Seele sind, in Wirklichkeit ist aber der ganze Zweck des Spiels, der auf der Bühne des politischen Lebens noch fortgespielt wird, leerer Schein, berechnet auf die Uneingeweihten. Die Wissenden stehen bereits lächelnd, wie die sprüchwörtlichen Auguren*), zusammen und kennen nur noch die eine gemeinschaftliche Sorge um die „staatliche Ordnung". So wenigstens nennen sie es, in Wirklichkeit liegt ihnen nur am Herzen die Klassen- und Kapitalsherrschaft, die sie als Bevorzugte nicht missen wollen, mögen sie sich nun zur nationalliberalen Schattirung bekennen oder zum „Fortschritt". Sind sie doch sogar einig in Berlin, also da, wo die gegenseitige Eifersucht am härtesten entbrannt war. Die Compromiß-Zeitung Dernburgs und die compromißgegnerische „Tante" wissen nicht Worte genug zu machen, wenn es gilt, sich gegen die Zumuthung sozialdemokratischer Neigungen zu verwahren. Mit dieser Verwahrung am entschiedensten vorgegangen zu sein, danach streben sie alle, und das ist das Stichwort, mit dem sie Beide ihr Bourgeois-Publikum zur Nachfolge zu verleiten suchen. Par nobile fratrum — ein sauberes Brüderpaar.

Wer etwa noch naiv genug an prinzipielle Spaltungen zwischen den „mehr" oder „weniger" liberalen Parteiformationen glauben wollte, hat volle Gelegenheit, sich eines Besseren zu belehren, wenn er sich die „Brüder" im Lichte der neuesten Vorkommnisse im preußischen Landtage ansieht. Von feindlichen Brüdern spürt man da blutwenig, obwohl es zu einem Aufeinanderplatzen von Gegensätzen wahrhaftig an Gelegenheit nicht gefehlt hätte. Das Steckenpferd (wessen? sagen wir der Regierung) der Ruhmeshalle, das sich dem Abgeordnetenhause freilich diesmal mit einem 6 auf 4½ Mill. herab geminderten Kostenanschlag präsentirte, war so ein Anlaß. Der Fortschritt, der seiner Zeit bei Gelegenheit der ersten Vorlage desselben Projekts sich abwehrend verhalten zu sollen glaubte, glaubt diesmal bei der Reduktion der Kosten von 6 auf 4½ Mill. (einer Reduktion, die sicher illusorisch ist, da die „Nachforderungen" gar nicht ausbleiben können) sein Ja geben zu müssen und erkärte durch den Mund noch dazu eines Windhorst seine Einwilligung. Der „Fortschritt" scheint sich die Sache sehr gründlich überlegt zu haben, so gründlich, daß er nicht einmal mehr Zeit fand, sich daran zu erinnern, daß die heutigen Zeiten gerade nicht danach angethan sind, Ausgaben, welche man schlechthin zu den „überflüssigen" zu zählen befugt ist, zu billigen. Er scheint nicht Zeit gefunden zu haben, sich für die Ueberschwemmten der Nogat-Niederung zu erwärmen. Windhorst-Onkel hat seine Zeit sicherlich besser verstanden, als er der Fortschrittspartei die Sorge abnahm, für die Elbinger Niederung und gegen die Luxusausgabe der Ruhmeshalle eine Lanze zu brechen. Der „Fortschritt", wie man ihn in der nach ihm benannten Partei versteht, besteht eben nur darin, daß man sich bemüht, wenigstens einigermaßen Fühlung mit den Regierenden und mit der „regierten" brüderlichen Partei zu halten. Es thut ersichtlich den Herren von der Fortschrittspartei längst leid, mit dem Bruder Nationalliberalismus so liebloſe Worte, wie sie aus Anlaß des Compromisses gefallen, gewechselt zu haben.

Man soll uns nicht den Vorwurf machen können, vorschnell und ungerecht geurtheilt zu haben. Zu dem Zwecke wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß innerhalb fortschrittlich gesinnter Kreise Berlin's vielfach ausdrücklich betont wird, Windthorst Neffe sei zu der Befürwortung der Ruhmeshallen-Vorlage nicht bevollmächtigt gewesen. Die arme Partei! Von all den Fortschrittlern, die mit anhörten, wie Windthorst-Bielefeld „pro" loslegte, hat danach wohl ein Jeder im Verlauf der Diskussion so starke Brustbeklemmungen gehabt, daß er körperlich außer Stande war, den Parteigenossen zu berichtigen! Das nennt man Pech. Wiedervorkommenden Falls wünschen wir, freilich ohne Hoffnung auf Erfüllung, recht gute Besserung. Ingleichen scheint die Fortschrittspartei vom Unglück noch anderweit und zwar insofern verfolgt zu sein, als Ihr — vermuthlich — die Berichte aus der Nogat-Niederung gar nicht, oder doch zu spät zugegangen sind, als daß von dieser Seite das Haus und die Regierung an ihre Pflicht den armen Betroffenen gegenüber hätte erinnert werden können! Die Verbindung zwischen dem Nogatlande und der Fortschrittspartei scheint wirklich eine sehr schlechte zu sein.

F. H.

*) Priester des alten Roms, die über die Thorheit der Menge lachten, welche noch an ihre Lehren glaubte.

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Correctur des Wahlrechts.** Angesichts der vielen Vorschläge zur „Correctur des Wahlrechts" bringen wir einen solchen, der leider schon einmal vergeblich gemacht wurde. Wir meinen die Anwendung von Couverts. Wir lassen darüber die „Frankfurter Zeitung" sprechen: „Einzig und allein abhelfen kann den Mißbräuchen nur die Einführung amtlicher Couverts, in welche die Zettel gelegt werden sollen. Bezügliche Anträge sind im deutschen Reichstage und in der französischen Nationalversammlung schon gestellt, leider aber nicht angenommen worden. Wir machen, eben aus den Reichstagswahlen heraustretend und unter dem frischen Eindrucke des schlimmen Spiels materiell einflußreicher, herrschsüchtiger Coterien stehend, von neuem darauf aufmerksam, überzeugt, daß einzig die Einführung der Couverts die Freiheit des Wählers gehörig zu sichern vermag. Wenn nämlich der Staat einem jeden stimmenden Bürger ein Exemplar amtlicher Couverts, welche alle dasselbe Format und dieselbe Farbe haben, auch undurchsichtig sein müssen, einhändigt, dann ist der Stimmzettel vor jeder Neugierde des Bureaus „gedeckt", dann hört die offiziöse Kontrole auf. Es ist alsdann ganz gleichgiltig, welches Format der Stimmzettel habe, von welcher Farbe er sei, ob die List dieses oder jenes Merkmal an ihm angebracht habe. Eine ehrliche Partei braucht sich einer unehrlichen gegenüber weder durch Ausgabe von Doppelzetteln, noch durch die Anwendung von Nähmaschinen*) zu schützen. Der Bürger, welcher vom Bureautisch ein Couvert genommen hat, würde einfach abseits den Stimmzettel derjenigen Partei, für deren Candidaten er stimmen will, oder ein eigenes Blatt Papier in das Couvert legen und dieses Couvert in die Urne werfen Die Einführung der Couverts hätte auch noch einen anderen eminenten Vortheil. Die Abgabe zweier Zettel durch denselben Wähler wäre unmöglich gemacht, da man blos ein jedes Couvert, welches mehr als einen Zettel enthält, zu kassiren braucht, um den Unfug wirkungslos zu machen, während jetzt zu fürchten ist, entweder daß das Büreau bei Betrachtung des Zettels, der in die Urne geworfen wird, nicht nur zu konstatiren suche, daß nur ein Zettel vorhanden sei, sondern daß es auch aus der äußeren Erscheinung des Zettels die Partei erkennen wolle, — oder daß trotz aller Vorsicht durch Einlage zweier Zettel das Scrutinium gestört werde."

Wir könnten die Aufzählung der Arten und Weisen, wie man das geheime Wahlrecht zur Illusion macht, aus Mittheilungen unserer Parteigenossen aus allen deutschen Gauen in's Massenhafte steigern, aber es sind das Thatsachen, die allerorts so offenkundig sind, daß wir uns weitere Ausführungen füglich sparen können. In dem von uns citirten Aufsatze bespricht die „Frankfurter Zeitung" die Vorlage zu einer Verbesserung des Wahlrechts für Belgien seitens des Ministers Malou. In dieser Arbeit wird der Couvert-Vorschlag abgethan mit den nackten Worten: „Die genaue Untersuchung dieser Frage lehrte, daß wir nicht eine Garantie erhielten, sondern eine Gefahr schüfen."

*) In Frankfurt drückte die nationalliberale Partei vor drei Jahren den unteren Beamten Zettel in die Hand, deren Rand ausgezähnt war, was einen Wähler veranlaßte, seinen demokratischen Zettel mit Hilfe einer Nahmaschine entsprechend zu „modifiziren". Ein Nähmaschinenfabrikant stellte damals mit köstlichem Witz der demokratischen Partei für ähnliche Vorkommnisse sein Magazin zur Verfügung!

Warum lassen die Motive Malou's diese Belehrung nicht auch zur öffentlichen Kenntniß gelangen? Man will eben die Kontrole beim Wahlakt nicht aus den Händen geben. Das scheint uns des Pudels Kern zu sein, hier wie dort.

— Sozialistentod. Eine jedenfalls sehr raffinirte Methode, unserm Abgeordneten Liebknecht bei der Stichwahl Abbruch zu thun, wird der „Frankfurter Zeitung" aus dem Kreis Offenbach berichtet. Am 12. Januar, also zwischen der ersten und der engeren Wahl, gründete sich eine Krankenunterstützungskasse mit 106 Mitgliedern, die in ihren Statuten zwei „eiserne", für die Dauer des Bestehens der Kasse geltende Paragraphen aufweist:

1) Jeder Sozialdemokrat ist von vornherein von der Mitgliedschaft ausgeschlossen.
2) Ein Mitglied, welches der sozialdemokratischen Partei beitritt, verliert seine Ansprüche an die Kasse.

Diese beiden, ganz besonders für die Wahlen gemachten Bestimmungen sind zwar recht feindlich gemeint, aber wir sind sehr neugierig, wie die Herren die Herzen und Nieren ihrer Mitglieder auf sozialdemokratische Gesinnung prüfen können, und nach welchen gesetzlichen Bestimmungen man den betreffenden Mitgliedern ihre Ansprüche an die Kasse verweigern will. Also ein Schlag in's Wasser!

— Die Fortschrittspartei im preußischen Landtage hat beschlossen, für die Geldforderung der Regierung zum Baue der „Ruhmeshalle" zu stimmen. — Ein schöner Fortschritt! „Thuet Buße in Sack und Asche!" haben die Nationalliberalen den Fortschrittlern zugerufen, und siehe da, die Männer der „Demokratie" kriechen zu Kreuze.

— Die allgemeine Wehrpflicht. Vor etwa einem halben Jahre wurde in der Schweiz ein Gesetzesentwurf vorgelegt, welcher diejenigen Staatsangehörigen, die nicht aktiven Militärdienst leisten konnten, zu einer sogenannten Militärersatzsteuer heranziehen sollten. Die Schweiz erwehrte sich dieser Auflage. Jetzt wird in „maßgebenden Kreisen" dieser Plan auch in Deutschland besprochen. Wir wiesen seiner Zeit darauf hin, daß es uns wundern solle, wenn Tausendkünstler Camphausen immer mit einem Ueberschuß der Finanzen seine Rechenschaftsberichte abschließen sollte, ohne von neuem die Steuerschraube anzuziehen: hier hätten wir den Beweis für unsere seiner Zeit geäußerten Bedenken. Dieser Steuervorschlag hat nun auf den ersten Blick allerlei Bestechendes. Diejenigen, welche nicht mit Leib und Leben dem Vaterlande dienen, sollen wenigstens durch Geldleistungen ein Aequivalent beitragen. Sehen wir uns nun die Leute an, welche von dieser Abgabe getroffen würden. Schätzbar ist uns das Zugeständniß, daß noch Viele, welche zwar körperlich tüchtig sind, nicht herangezogen werden können, wegen der bedeutenden Mehrkosten. Nun, wir haben oft betont, daß die allgemeine Wehrpflicht, obgleich sie Gesetz ist, eben gar nicht bei uns zur Durchführung gelangt. Eingestandenermaßen, selbst von militärischen Capacitäten eingestanden in den Organen der militärischen Fachleute, ist dies nur möglich bei einer allgemeinen Volkswehr. Fest steht, daß der größere Kostenaufwand nur dadurch verringert werden könnte, wenn man statt der dreijährigen eine kürzere, etwa einjährige Präsenzdienstzeit festsetzte. Vor einigen Jahren hatte sich im Landtage der Kriegsminister von Würtemberg anheischig gemacht, selbst den ungeschicktesten Rekruten in 1¼ Jahr zu einem vorschriftsmäßigen Soldaten zu machen: es ginge also, wenn man nur wollte, und es müßte möglich sein (wenn nicht andere Gründe vorlägen), die auf dem Papier stehende allgemeine Wehrpflicht zu einer Thatsache zu machen. Die in Vorschlag gebrachte Art und Weise, wenigstens Alle zu Militärleistungen heranzuziehen, wie sie jetzt von uns nach dem Schweizer Gesetz kopirt wird, ist eben blos eine fiskalische Ausnutzung der Volkskraft. Man heuchle nicht eine allgemeine Wehrpflicht, man stelle jeden physisch Tauglichen ein, aber verkürze die Präsenzzeit des Dienstes, dann wird eine Steuervermehrung nicht nöthig werden und unsere Staatsentwickelung hätte damit zugleich einen bedeutenden Fortschritt in der Wahrung des Volksbesten zu verzeichnen. Diese Ersatzsteuer ist eben eine reine Mäkelei und Krämerei, durchaus aber nicht der Ausfluß eines solchen Gerechtigkeitssinnes der „maßgebenden Kreise" gegenüber den Staatsbürgern, die mit ihrer Person zu militärischen Leistungen herangezogen werden. Diese angebliche Rücksicht auf die wirklich zum Dienst Eingezogenen, wie andererseits der Umstand, daß die Republik der Schweiz dieselbe Einrichtung seiner Zeit für gut gehalten habe, werden natürlich von den Leuten, welche für diesen Vorschlag Sympathie hegen, als Mäntelchen benutzt werden, die Maßregel zu empfehlen. Ist aber eitel Dunst, diese erheuchelte Rücksichtnahme und Gerechtigkeit. Also: gesteht die Lüge der allgemeinen Wehrpflicht zu und führt sie thatsächlich durch, dann bleiben wir verschont von einer neuen Steuer, von der wir nicht einmal die Garantie haben, daß ihr Ertrag denen zu Gute kommt, gegen die sie eine thatsächliche Ungerechtigkeit, wenn nicht beseitigen, so doch mildern soll.

— Eine Mahnung aus Paris, der „Vossischen Zeitung" entnommen, ist der Beachtung werth, da dieselbe etwas bestätigt, was seitens der Arbeiterpresse oft behauptet, aber ebenso oft als Uebertreibung bezeichnet wird: Die Pariser Tapezierer haben in einer Versammlung beschlossen, sich jeder Betheiligung an der Ausstellung zu enthalten, da ihnen die großen Modewaarenhandlungen das Geschäft verderben, sie also die bedeutenden Ausstellungskosten nicht einsetzen können. Man glaubt, daß noch andere Geschäftstreibende, z. B. Schirmfabrikanten, dem Beispiele nachfolgen werden, da auch diese unter der Conkurrenz besagter Modewaarenhandlungen zu leiden haben. Zugleich ist hierin auch eine Kundgebung, wo nicht ein Vorgehen gegen die großen Modewaarenhandlungen zu erblicken, welche nach und nach alle Geschäftszweige an sich ziehen, die eigentlichen Erzeuger und kleineren Gewerbtreibenden vernichten und zu einfachen Lohnarbeitern herabdrücken. Es giebt heutzutage kaum noch eine Waare, welche nicht in den bezeichneten Handlungen zu ermäßigten, oft wirklichen Schleuderpreisen feilgeboten würde. Gold- und Silberwaaren führen dieselben schon längst; zum letzten Neujahr fügten sie u. A. noch eingebundene Bücher hinzu; und zwar zu billigeren Preisen als in den Verlagshandlungen selbst. Wenn es so fortgeht, giebt es in Paris innerhalb eines oder zweier Jahrzehnte weder kleinere noch mittlere Geschäfte noch selbständige Gewerbtreibende mehr. Etliche 20 oder 30 große Modewaarenhandlungen haben alle Kundschaft an sich gezogen und Fabrikanten und Handwerker sind ausschließlich von ihnen abhängig und müssen sich jeden Preis gefallen lassen. Jedenfalls droht die mit allen, selbst den unglaublichsten Mitteln bis auf's Aeußerste getriebene Concurrenz gar manche trübe Folgen mit sich zu bringen.

— Sozialistenkolonie. Mit dieser Ueberschrift bringt der „Hamburgische Correspondent" Folgendes:

„In dem Kopenhagener „Socialdemokrat" vom 14. Januar wird von den dänischen Parteiführern ein Aufruf zur Bildung und Errichtung einer sozialistischen Colonie in den Vereinigten Staaten veröffentlicht. Von den Theilnehmern wird verlangt, daß sie nicht über 50 Jahre, daß sie arbeitstüchtig und noch nicht bestraft sind; ferner wird verlangt, Anerkennung der Hauptprinzipien des Sozialismus, sowie Anerkennung der Pflicht der Colonie, die aus derselben hervorgehenden Kinder zu erziehen, „wenn die Eltern selbst dies nicht wollen"; leichtere Wiederauflösung der Ehe, gemeinschaftliche Bearbeitung des Grundbesitzes, Ordnung der Arbeit durch Commissionen, Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen, Versorgung der Arbeitsunfähigen u. s. w. Außerdem werden von den Theilnehmern die auf circa 400 Kr.*) für jeden Erwachsenen (über 18 Jahre) berechneten Mittel für die Ueberreise, zur Erwerbung des Grund und Bodens und Beschaffung des nothwendigen Lebensunterhalts für die erste Zeit verlangt, wobei Frauen mit 230 Kr., jedes Kind unter 12 Jahren mit 50 Kr., vom 12. bis zum 18. Jahre mit 120 Kr. berechnet werden. Für diesen Preis wird gewährt: freie Ueberfahrt pr. Dampfer und Eisenbahn bis zu dem neuen Lande des Glücks „Kansas", sowie gleicher Antheil an dem von der Colonie erworbenen Grundeigenthum. Bei der Einschreibung, welche vor dem 14. Februar geschehen muß, sind für Erwachsene 10 Kr. und für Kinder 5 Kr. zu bezahlen, ferner am 1. März ein Viertel und 8 Tage vor der Einschiffung der Rest des obigen Betrages. Anträge sind an den Hauptvorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Kopenhagen zu richten." — Ob das Projekt zur Ausführung kommen wird, ist noch sehr zweifelhaft, sicher ist nur so viel, daß ein arbeitsamer, arbeitsfähiger und unbescholtener Familienvater, im Besitze eines Baarvermögens von 1000 Mark (denn auf so viel beläuft sich ja der festgesetzte Preis für eine Familie, wenn man ein Ehepaar mit zwei Kindern als Durchschnitt annimmt), denn doch Gescheidteres thun kann, als nach Kansas zu gehen, um dort unter der Direktion einer Commission Urwälder auszurotten und somit von vornherein seinem eigenen freien Willen zu entsagen. Kansas ist ein zwar fruchtbares aber noch vollständig wildes Land im fernen Westen der americanischen Union, im Sommer sehr heiß, im Winter streng kalt und für an das europäische Klima Gewöhnte wenig geeignet. Wer außerdem die haarsträubenden Berichte über die noch neuerdings von den wilden Indianerstämmen in Kansas an den Weißen verübten Greuel gelesen, der wird sich zweimal bedenken, ehe er nach dort geht. Falls das Projekt übrigens wirklich zur Ausführung kommen sollte, wird dasselbe zweifelsohne ein ebenso trauriges Ende nehmen, als der s. Z. von Frankreich aus in's Werk gesetzte gleichartige Colonisations-Versuch in Louisiana, welcher ein so schreckliches Ende nahm, daß die kläglichen Reste der Theilnehmer nach wenigen Jahren arm und elend nach Frankreich zurückkehrten, nachdem der größte Theil in den unermeßlichen Wildnissen des „neuen gelobten Landes" gestorben und verdorben war."

So der „Hamburgische Correspondent". Daß die sozialistischen Ideen sich im Kleinen nicht vollständig verwirklichen lassen, braucht uns der „Hamburgische Correspondent" nicht zu sagen. Wir kennen die traurige Geschichte der Owen'schen und Cabet'schen Colonien. Allein um ein derartiges Experiment handelt sich's hier auch gar nicht. Eine Anzahl Sozialisten, der Verfolgungen müde, wollen auswandern und sich gemeinschaftlich ansiedeln, wie das von Seiten deutscher Demokraten vor und nach 1848 wiederholt geschehen. Die Zahl der dänischen Sozialisten, welche sich an dem Unternehmen betheiligen wird, ist natürlich eine sehr geringe und die Hoffnung gewisser Zeitungen, das Land werde auf diese Weise von der „Sozialistenpest" befreit werden, wird sich also nicht erfüllen: an Stelle der paar Dutzend, die auswandern können, schafft die bürgerliche Gesellschaft sehr bald ein paar tausend neuer Proletarier.

Albern ist die Andeutung, mit 1000 Mark könne sich eine Familie in Europa ökonomisch unabhängig machen. Die Herren Großkapitalisten würden dem unglücklichen Utopisten, der mit einer so winzigen Summe ein Geschäft anfinge, in wenig Wochen den letzten Pfennig aus der Tasche geholt haben — Dank der (die Herren Großkapitalisten) allein selig machenden „freien Conkurrenz"

— Das Programm der tschechischen Gesinnungsgenossen (S. Correspondenz aus Prag) lautet:

Wir erklären, daß wir immer und überall die ausgedehnteste Freiheit und gesellschaftliche Gleichheit aller Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens anstreben wollen.

Wir erklären, daß wir anerkennen, daß nur dann mit Erfolg für die Menschenrechte gekämpft werden kann, wenn alle Arbeiter im Staate ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens einen festen Bund bilden werden; wir erkennen aber zugleich, daß vorher, ehe dieser Bund wird gebildet werden können, jede Nationalität in sich selbst organisirt sein muß, worauf erst zur gänzlichen Verbindung Aller wird geschritten werden können.

Wir erklären, daß wir diese Organisation durch eine jede, dem Gesetze nicht zuwiderlaufende Art durchzuführen trachten werden, wobei wir aber nie von den Prinzipien der Sozialdemokratie abweichen werden, sondern mit Hilfe dieser Prinzipien die heiligen Rechte des Volkes durch Wort und Schrift verfechten werden.

Da wir die Fach- und Bildungsvereine als höchst wichtig und nützlich betrachten, weil sie sehr geeignet sind, das Selbstbewußtsein unter der Arbeiterschaft zu verbreiten und sie zur Erkenntniß ihrer Menschenwürde zu bringen, so wollen wir nach Kräften zur Errichtung und Verbreitung solcher Vereine beitragen.

Wir erklären aber zugleich, daß sich unsere Thätigkeit nicht hierauf allein beschränken darf.

Auf Grund des vorhergehenden erklären wir als die ersten Punkte unserer nächsten Thätigkeit folgende Forderungen, welche wir durch alle gesetzlichen Mittel anstreben werden:

1. Allgemeines Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften, für alle Landes-, Bezirks- und Ortsvertretungen für alle unbescholtenen Bürger, welche das 21. Lebensjahr erreicht haben.

2. Vollständige Preßfreiheit, Abschaffung des Zeitungsstempels, der Caution und Freigebung der Colportage.

3. Vollständiges und freies Vereins- und Versammlungsrecht ohne Beschränkung seiner Benützung.

4. Gleichberechtigung in Benützung aller politischen Rechte ohne Berücksichtigung des Standes, der Religion, der Nationalität mit alleiniger Rücksicht auf das vollendete 21. Lebensjahr und Unbescholtenheit.

5. Völlige Sicherung der persönlichen und Vermögensfreiheit.

6. Einführung unabhängiger Schwurgerichte für Verschulden aller Art aus der Mitte des Volkes mit Zulassung aller wahlberechtigter Bürger.

7. Unentgeltlicher und obligatorischer (zur Pflicht gemachter) Unterricht in allen Volks- und Bürgerschulen, und unentgeltlicher Unterricht in allen höheren Bildungsanstalten.

*) Wir wissen nicht, welche Münze gemeint ist; in unseren Handbüchern befindet sich keine mit Kr. beginnende dänische Münze; es muß ungefähr, wie aus der späteren Berechnung hervorgeht, so viel sein wie 1 Reichsmark. R. d. V.

Herr v. Puttkammer.

II.

(Fortsetzung.)

Wir kommen zum Erkenntniß selbst. Die Ausführungen, durch welche der Gerichtshof den Einwand der mangelnden Competenz widerlegt, übergehen wir. Herr v. Puttkammer begründete ihn vornehmlich durch den Beweis, daß er in Berlin seine Wohnung hatte. In seinem Urtheile bezieht das Gericht sich wesentlich auf die Gutachten des Dr. Lehnerdt und des Medizinal-Collegiums. „Es kann fraglich erscheinen," führt das Erkenntniß aus, „ob bei der Uebereinstimmung dieser beiden in ihrer Entwickelung näher dargestellten Gutachten und da außer dem Dr. Rieck und dem Stadtphysikus Dr. Koblank anerkannte Autoritäten, wie Prof. Dr. Westphal, Prof. Dr. Linan und Dr. Ideler übereinstimmend und zwar zum Theil nach vorhergehender Beobachtung und wiederholt den Provokaten für geisteskrank erklärt haben, es auch nur eines Wortes noch zur Begründung der Entscheidung bedurft hätte."

Das Gutachten des Dr. Höppner wird „als in sich widersprechend dargestellt. Es verkenne die rechtlichen Begriffe. Der Sachverständige hätte selbst angenommen, daß in einigen Momenten (bei Abfassung der Schriftstücke) die Folgen einer durch Erregung hervorgerufenen krankhaften zeitweisen Störung seiner Geistesthätigkeit zu erkennen sei. Er findet auch eine „verminderte Zurechnungsfähigkeit" — d. h. also nicht völlige Freiheit des Willens — in der Art und Weise, wie Provokat sich hinreißen lasse, meint aber, das Vermögen, die Folgen seiner Handlungen zu überlegen, mangele dem Provokaten nicht gänzlich. Wenn er darauf aber erklärt, daß abgesehen von dem Gesagten die Untersuchung eine Geisteskrankheit nicht ergeben habe und dem Provokaten das Vermögen, die Folgen seiner Handlungen zu überlegen, nicht mangele, so liegt entweder schon ein formeller Widerspruch darin, daß dem Provokaten das Ueberlegungsvermögen einmal gar nicht, ein anderes Mal nicht gänzlich abgesprochen — also auch nicht gänzlich gelassen wird — oder es ist die Erklärung, Provokat ermanaele nicht der Fähigkeit, die Ueberlegung auch nur in dem Sinne zu verstehen, daß das Ueberlegungsvermögen doch nicht gänzlich mangele, aber auch nicht ganz resp. nicht immer vorhanden sei. — Dann aber mußte der Sachverständige nach den gesetzlichen Bestimmungen den Provokaten für blödsinnig erklären. Geisteskrank und doch nicht geisteskrank kann Provokat nicht zu gleicher Zeit sein." Wir erinnern die Leser daran, daß Dr. Höppner sein Gutachten dahin abgegeben, daß Provokat im Augenblicke des Briefschreibens nicht immer Herr seiner selbst sei und sich von seiner Erregung hinreißen lasse, im Uebrigen aber völlig gesund sei. Es liegt in seinem Gutachten absolut kein Widerspruch, und wenn Dr. Höppner einen leisen Vorbehalt macht, so bezieht sich dies eben nur auf die Augenblicke großer Erregung. Zu beklagen bleibt freilich, daß Dr. Höppner sein Gutachten nicht klarer abgefaßt hat. Wie man sieht, stellt das Erkenntniß sich auf den Standpunkt, daß theilweise Geisteskrankheit Blödsinn sei — ein Standpunkt, der nicht entschieden genug bekämpft werden kann. Nach Dr. Höppner haben wir einen völlig gesunden Menschen, der in Augenblicken der Erregung eben erregt handelt und seine Worte und Ausdrücke nicht auf die Goldwage legt. Eine Geisteskrankheit stellt er entschieden in Abrede. Wir werden später sehen, daß das Gericht selbst vom Scharfsinn und der völlig ausreichenden Gesetzeskenntniß ja von einer rabulistischen Spitzfindigkeit des Provokaten spricht.

Wir hatten nicht ganz unrecht, wenn wir die Unterscheidung zwischen Wahn- und Blödsinnigen in der mehr oder weniger großen Gemeingefährlichkeit erblickten. Das Erkenntniß theilt uns, was wir vorhin übersehen hatten, mit, daß die Depression der Seelenkräfte als Blödsinn, die Exaltation und Wahnvorstellungen als Wahnsinn vom wissenschaftlichen Standpunkte erscheinen. Damit scheint uns unsere Folgerung in logischem Zusammenhange zu stehen. Wir würden die wissenschaftliche Auffassung gelten lassen, wenn sie eine allgemeine Depression als Blödsinn annehmen würde.

Das Erkenntniß fährt fort: „Es ist aber auch selbst für den Laien eine bekannte Thatsache, daß notorisch gesetzlich Blödsinnigen (vulgo Wahnsinnigen) keineswegs ein gänzlicher Mangel, die Folgen ihrer Handlungen zu überlegen beiwohnt, daß sie vielmehr häufig Handlungen begehen, deren Folgen sie sehr wohl zu überlegen im Stande waren und sogar sehr wohl überlegt haben, daß ihnen aber die volle Harmonie, das Gleichgewicht der Seelenkräfte fehlt. Auch eine partielle Störung der Geistesthätigkeit, die nur nach einzelnen Richtungen hin die Möglichkeit, die Folgen der Handlungen richtig zu überlegen, ausschließt, muß als Geisteskrankheit aufgefaßt werden und fällt unter den Begriff des Blödsinns im Sinne des § 28 cit."

Wenn noch etwas zur grellen Illustration der Blödsinns-Theorie dienen konnte, so ist es wohl diese Ausführung.

„Der Sachverständige hat selbst Aeußerungen des Provokaten angeführt, die mit den Aeußerungen gegen den Kreisrichter Friedel harmoniren und auf eine unzweifelhafte Unfreiheit des Willens hindeuten, daß er nämlich nicht anders könne als schreiben, daß er seine Schriftstücke nicht nochmals durchlesen könne, weil sie ihm dann nicht gefielen und daß er dann nicht anders könne als noch schärfer schreiben u. s. w."

Das Gericht befindet sich hier in einem beklagenswerthen Irrthum. Dr. Höppner hat nirgends behauptet, daß Provokat gegen ihn diese Aeußerung gemacht, sondern, wie wir schon früher ausgeführt, die Behauptungen Friedel's als baare Münze hingenommen und sie in seinem Gutachten berücksichtigt.

Im weiteren Verlaufe führt das Erkenntniß aus: „Es kann aber dabei nicht blos von verminderter Zurechnungsfähigkeit die Rede sein, welcher Begriff in der Wissenschaft meistens verworfen und auch von der Gesetzgebung im Strafrecht in Beziehung auf krankhafte Seelenzustände nicht anerkannt ist."

Also die Wissenschaft selbst ist nicht ganz einig über die Frage und das Strafrecht kennt keine Halb-, sondern nur Ganz-Blödsinnige — aber doch nirgends im Sinne unserer wissenschaftlichen Autoritäten! Aus den weiteren Ausführungen des Erkenntnisses dem Dr. Höppner gegenüber noch ein Paar Auszüge:

„Dem Gutachten muß es zum Vorwurf gemacht werden, was auch vom Königl. Medizinal-Collegium nicht unbeachtet geblieben ist, daß der Sachverständige sich darin, daß er die Handlungsweise des Provokaten als gerechtfertigt hinzustellen sucht, zu sehr

8. Einführung des zehnstündigen, allgemein gültigen Normalarbeitstags.

9. Abschaffung der Kinderarbeit und Beschränkung der Frauenarbeit in den Fabriken.

10. Völlige Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit in solchen Fabriken, in denen mit giftigen, der Gesundheit schädlichen Stoffen gearbeitet wird, und Einführung einer achtstündigen Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter in diesen Fabriken.

Diese Forderungen wollen wir zunächst in unserem Organ „Budoucnost“ (der Zukunft) verfechten und durch ihre Erfüllung wollen wir das materielle und geistige Wohl nicht nur des böhmisch-slavischen Volkes, sondern aller unter den herrschenden Staats- und Gesellschaftszustand leidenden Völker anstreben.

Das ist unser fester Vorsatz und Gedanke, von welchen wir nie abtreten werden.

Die Herausgeber der „Budoucnost“.

— Von einigen russischen Arbeitern und Studenten — darunter ein Augenzeuge — wird uns folgende „Berichtigung“ zugesandt:

„In den Nummern 39 v. J. und 1 ds. lesen wir zwei Notizen über Vorgänge in Rußland und Handlungen unserer Parteigenossen und Freunde, die theils faktisch unrichtig, theils falsch aufgefaßt wurden, wodurch eine möglicherweise unwillkürliche Beleidigung unserer Partei resp. unserer selbst entstanden ist. In Nr. 39 wird nach „russischen Blättern“ über die Kasankirchen-Demonstration berichtet und hinzugefügt, daß diese Demonstration entweder ein „Polizeistreich oder eine Kinderei“ war, und daß „jedenfalls die Leute keine Sozialisten waren.“ Dem gegenüber haben wir zu erklären (und unter Endesgefertigten befindet sich ein Augenzenge und Theilnehmer der Demonstration), daß die Affaire nicht von der Polizei, sondern von braven, tüchtig-sozialistischen Arbeitern, die im Kampfe mit den despotischen Gewalten in Rußland erprobt sind, vorbereitet, in Szene gesetzt und mit Hilfe der revolutionären Bewegung zugethanener „Studenten und Studentinnen“ durchgeführt wurde. Auf Berichte der Augenzeugen und Theilnehmer gestützt, erklären wir weiter, daß vor der Kasankirche am 6./18. Dezember weder „gezischt und getrampelt“ noch „krawallt“, sondern ein wohlgeordneter Vortrag gehalten wurde über die gegenwärtige Volkslage und die bisherigen Kämpfe um Freiheit und Sozialismus in Rußland. Es wurden die Märtyrer des Freiheitskampfes dem Volke in Erinnerung gebracht, die Namen unserer theuren Genossen Tschernyschewsky, Karakosow, der Dekabristen erwähnt und gefeiert. Der Arbeiter, der die rothe Fahne erhob, war kein Knabe (wie es die russischen polizeiergebenen Blätter lügen), sondern ein erwachsener Mann, der schon wiederholt politisch gemaßregelt wurde. Die Demonstration ist außerdem nach Ansicht der Theilnehmer, die auch die unsrige ist, als vorzüglich gelungen zu betrachten, da sie das größte Aufsehen unter der ganzen Bevölkerung machte und wiederholte sympathische Zustimmung bei den Zuschauern und zuhörenden Arbeitern gefunden, also zur Verbreitung unserer Prinzipien — der sozialistischen — beigetragen hat. Dank der musterhaften Disziplin haben wir auch einen noch nie dagewesenen Sieg über die Polizei und ihre Helfer (welche die Menge durch den Ruf: „Die Polen revoltiren!“ gegen die an der Demonstration Betheiligten aufhetzten) zu verzeichnen, indem die Wenigsten von den eigentlichen Veranstaltern in die Hände der Polizei fielen, die Meisten aber durch geschickte Vertheidigung und geleisteten Widerstand der Verhaftung entgangen sind. — Soviel über die Kasankirchen-Demonstration.

„In Nr. 1 ds. befindet sich weiter eine Notiz über Entdeckung einer geheimen Gesellschaft unter dem Namen „Krasny Walet“ und werden auch an diese Nachricht Bemerkungen wie in Nr. 39 geknüpft. Diese Geschichte mit dem „rothen Buben“ beruht einfach auf einen groben, unqualifizirbaren Witz reaktionärer Blätter, indem hier die Entdeckung einer Bande gemeiner Schwindler und Kartenhazardspieler unter obigem Namen absichtlich mit politischen Verhaftungen zusammengeworfen wird. Dies die faktischen Unrichtigkeiten. — Wir können nun nicht umhin, energisch dagegen zu protestiren, daß der „Vorwärts“ sich erlaubt, über Vorgänge in der russischen Bewegung ohne genügende Information seitens der Betheiligten und allein Competenten, sondern einzig und allein nach den Auslassungen notorisch reaktionärer Blätter, wie alle in Rußland erscheinenden es freiwillig oder unfreiwillig sind, zu berichten. Es erregt außerdem unser größtes Befremden, daß über Vorgänge und Handlungen unserer Parteigenossen der „Vorwärts“ sich ein solches, aller Solidarität der Interessen sozialistischer Parteien in verschiedenen Ländern hohnsprechendes Urtheil erlaubt, wie es in den qu. Notizen geschehen ist. Ein derartiges Verhalten ist unvereinbar mit der gegenseitigen Achtung, die Sozialisten von verschiedener Taktik und Nation einander schulden.“

So weit die Zuschrift — der Rest ist nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Hätten die Herren Verfasser die betreffende Notiz in Nr. 39 des „Vorwärts“ sich genau angesehen, würden sie das alberne Gerede, daß „der „Vorwärts“ sich erlaubt (!!) habe ꝛc.“, unterlassen haben. Der „Vorwärts“ braucht die „Erlaubniß“ der pseudonymen (jedoch nicht unbekannten) Herren „Arbeiter“ und „Studenten“ nicht, so wenig als er den Rath von Personen braucht, die ihrem eigenen Geständniß nach solche „Dummheiten“ begangen haben, daß ihnen nichts anderes mehr übrig bleibt, als sich ganz aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Wir sagten in Nr. 39 ausdrücklich: „Wenn der Vorgang so war, wie er erzählt wird —.“

Ob unser in jener Notiz ausgesprochenes Urtheil durch obige „Berichtigung“ alterirt ist, das mögen unsere Leser entscheiden.

— Die erste Nummer des „Gewerkschafter“, Organ für die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiter Oesterreichs, liegt vor uns und zeichnet sich ebensowohl durch tüchtigen Inhalt als durch gute Ausstattung aus. Möge das Blatt, welches zunächst zweimal monatlich erscheint, in der Arbeiterwelt die günstige Aufnahme finden, welche es verdient. Insbesondere erwarten wir auch von unseren deutschen Parteigenossen oder richtiger von unseren Parteigenossen im „deutschen Reich“, daß sie nach Kräften für die Verbreitung des neuen Organs unserer österreichischen Brüder sorgen.

Correspondenzen.

Prag, 20. Januar. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ist der Wahlspruch, den alle echten Sozialdemokraten nicht nur auf ihr Banner geschrieben haben, sondern nach welchem sie auch handeln, und welchen Wahlspruch auch wir mit Stolz anerkennen und zur Geltung zu bringen trachten. Aus diesem Grunde haben wir vor zwei Jahren zur Verfechtung der sozialistischen Prinzipien das Blatt „Budoucnost“ („Die Zukunft“) gegründet, welches dazu bestimmt ist, diese Prinzipien unter den böhmisch redenden Arbeitern zu verbreiten. Unser Programm, welches wir beilegen (S. Politische Uebersicht) ist freilich nicht sehr scharf ausgeprägt, daran trägt aber der Umstand Schuld, daß es in unserm lieben Oesterreich nicht anders möglich ist, da daselbst jeder freie Gedanke gleich im Keime erstickt wird. Ja, es gelang uns trotz aller Anstrengungen nicht, die Existenz dieses Blattes vollständig zu sichern, indem uns durch fortwährende Confiskationen seitens der Behörden (es wurden bereits 28, also über die Hälfte von den 55 erschienenen Nummern dieser Halbmonatschrift mit Beschlag belegt!) großer Schaden zugefügt wurde. Vielleicht interessirt sich dieser oder jener Leser des „Vorwärts“ für unser Blatt und wendet demselben einige Unterstützung zu. Die Adresse ist: „Administration und Expedition des „Budoucnost“, Wendische Gasse Nr. 93 III., Stiege II, Prag. X. Y. Z.

Nürnberg, 22. Januar. Der „Nürnberger Anz.“ schreibt: Gestern früh 11 Uhr spielte die Fortschrittspartei in der Turnhalle ihren letzten Trumpf aus. Es hatte sich eine ziemliche Anzahl Männer eingefunden, darunter nach unserer Schätzung 1/4—1/3 Sozialdemokraten. Nachdem Herr Dr. Beckh die Versammlung mit einigen einleitenden Worten eröffnet hatte, trat Herr Herz auf, von einem Theile der Versammlung mit Beifall begrüßt. Wir müssen gestehen, daß die Achtung, die wir bisher Herrn Herz zollten, durch seine Rede gründlich zerstört worden ist. Er beging gleich von vornherein die Taktlosigkeit, 10,000 Wähler in der unsinnigsten Weise zu beleidigen, indem er sagte, der 22. Januar werde für Nürnberg entweder ein Tag des Glücks und der Freude oder unauslöschlicher Schmach sein. (Natürlich großer Beifall vieler „denkender“ Männer.) Er goß sodann die Schale seines Zornes über die „Lauen“ aus, die das letzte Mal nicht gewählt haben ꝛc., und ritt zum Schlusse (um ein Bismarck'sches Bild zu gebrauchen) die „Stute Germania“ vor, indem er von dem mit dem Blute unserer Söhne und Brüder erkauften deutschen Reich erzählte, das natürlich der böse Grilleinberger sofort zertrümmern würde, und dergleichen Geistreichigkeiten mehr. Und um diese paar armseligen Gedanken herauszupressen, hatte der gute Mann, dessen Abtreten wüthend beklatscht wurde, sich noch Notizen gemacht!

Reutlingen, 20. Januar. Das Ergebniß der württembergischen Wahlen zum deutschen Reichstage steht ziemlich fest. Diesmal gelang es nur noch zwei Württemberger „Preußen“, gewählt zu werden, nämlich dem Kammergerichtspräsidenten v. Hölder und dem Gerichtshofdirektor v. Huber. Gaupp, der vom letzten Reichstag her noch bekannt ist als Mitglied der Justizcommission, ist gar nicht wieder aufgestellt worden. Er hat das Vertrauen seiner seitherigen Wähler durch sein Vorgehen verscherzt, und Elben bekam in letzter Stunde einen Regierungscandidaten, Finanzrath Knapp, gegenübergestellt, dem er in seinem alten 4. Wahlkreise mit circa 6000 Stimmen unterlag. Dagegen hat sich eine starke deutsche Reichspartei gemäßigter Schattirung gebildet, welcher Richtung vielleicht 9 der württembergischen Abgeordneten sich anschließen werden. Welche Stellung diese Männer im Reichstage einnehmen werden, ist noch nicht recht ersichtlich; Einige von ihnen sind stark partikularistisch gefärbt.

Im Uebrigen wurden noch 3 Ultramontane gewählt, die gleiche Zahl wie bisher, und 3 Demokraten, von denen Einer, Schwarz, schon seither Abgeordneter gewesen war. Dann Retter (der aus seiner Stichwahl wohl mit Majorität hervorgehen wird) und Rechtsanwalt Payer. Die Demokraten Württembergs haben ein dem sozialistischen sehr ähnliches Programm. Es ist klar, daß diese Demokraten mit der Zeit in's eine oder andere Lager getrieben werden: entweder ist es ihnen Ernst mit der Gleichheit, dann werden sie einsehen müssen, daß es eine wirkliche politische Gleichheit ohne soziale Gleichstellung nicht giebt, oder es ist ihnen nicht Ernst mit der Gleichheit, dann fallen sie eben mit den anderen reaktionären Parteien zusammen. Wir werden in wenigen Jahren die gleichen Parteischattirungen und selbst Parteinamen haben in Württemberg, wie im Norden, und dann wird es sich auch herausstellen, ob hinter der Demokratie Württembergs weiter nichts steckt, als die Fortschrittspartei des Nordens. Doch vielleicht kommt auch diese Partei zur Erkenntniß ihrer jetzigen Zwitterstellung und steht bei den nächsten Wahlen an unserer Seite.

Von sozialistischer Seite waren diesmal in fünf Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt: Motteler, Hillmann und Bahlteich. Wenn es auch nicht gelang, einen Kandidaten durchzubringen, so haben wir doch unsere Kräfte gemessen und gefunden, daß in einigen Wahlkreisen unsere Stimmen nach Tausenden zählen. Wenn man bedenkt, daß Württemberg kein so industrielles Land ist, wie z. B. Sachsen, und daß die Agitation noch neuen Datums ist, kann man für die nächste Reichstagswahl mit ziemlicher Sicherheit auf Erfolg rechnen. Vor der Hand gilt es aber auch hier im Süden, durch treffliche Organisation und unausgesetzte Agitation die vielgeschmähten und vielbekämpften, schließlich aber doch siegreichen und welterlösenden Ideen des Sozialismus im Volke zu verbreiten und zum Durchbruch zu bringen. Sachsen und die Reichshauptstadt geben uns ja ein glänzendes Beispiel. Die gegnerischen Gewaltmaßregeln werden auch in Württemberg den Sozialismus nicht zu ersticken vermögen. Große Ideen können nicht durch physische Gewalt unterdrückt werden, das hätte am deutlichsten Berlin unseren Gegnern gezeigt, wenn sie nicht mit Blindheit geschlagen wären.

Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ schreibt die Mißerfolge der nationalliberalen Partei außer der Frage der Gemeinrechtspflege nur den Reichsbahnen (die namentlich Elben erstrebt hatte) den wirthschaftlichen Verhältnissen zu, welche zu einer Beanstandung der herrschenden Wirthschaftspolitik hier und da geführt hätten.

Das offizielle Blatt ertheilt übrigens der in dieser Beziehung so anmaßenden Partei zum Schlusse noch den treffenden Verweis: „Keine Partei hat ein Vorrecht, national zu sein oder zu bestimmen, wer national ist.“ (Merkt Euch dies Regierungswort, Ihr Liberalen Deutschlands, sonst könntet Ihr bald aufhören, „persona grata“, „hoch oben“ zu sein, und dann ist es mit Eurer Herrlichkeit aus.)

Crefeld, 21. Januar. Sonntag, den 7. d. M., hielten wir im Saale des Herrn Schmidt auf „Sommerluft“ eine Volksversammlung ab. Als Referent war Herr Ferdinand Weidemann aus Hamburg erschienen, welcher in sehr klaren, verständlichen Worten betonte, wie nothwendig es für die Arbeiter sei, am Wahltage ihre Stimme einem der aufgestellten Arbeiterkandidaten zu geben, die von anderen Parteien sich unterscheiden, weil sie für die Gleichberechtigung aller Menschen eintreten, und am Tage der Wahl die Stimme eines jeden einfachen Staatsbürgers ebenso viel gelte, wie die Stimme des Fürsten Bismarck oder die Sr. Majestät des Kaisers. Der überwachende Polizeicommissar ermahnte resp. warnte den Referenten Weidemannn, Se. Majestät aus dem Spiele zu lassen, welchen Wink der Referent auch befolgte und sich im Rahmen des Gesetzes hielt, die Statistik zur Hand nahm und nachwies, wie das Gehalt vom höchsten Staatsbeamten bis zum Schullehrer herab gestellt ist. Er besprach und beleuchtete das Contraktbruchgesetz sowie die Justizgesetze. Nach Beendigung seiner klaren, begeisterten Rede sah sich der anwesende Polizeicommissar veranlaßt, ihn zu arretiren und nach Düsseldorf zu befördern, wo er noch in Haft sitzt. Die „Crefelder Zeitung“ veröffentlichte, Weidemann sei wegen grober Majestätsbeleidigung und wegen Aufreizung zum Klassenhaß angeklagt. Wir haben in seiner Rede gar keine Beleidigung vernommen, und muß ich konstatiren, daß selbst bei seiner Verhaftung wie bei Räumung des Lokales die Anwesenden sich musterhaft verhielten und ruhig entfernten.

Reichenbach i. V. Der hier nach den früheren Wahlen vorauszusehende Sieg der Sozialisten hat unsere Gegner arg verschnupft, so daß dieselben daran denken, den schon sehr hoch hängenden Brotkorb noch höher zu hängen, oder besser ganz weg zu thun. Einzelne der größten Firmen haben mit Maßregelungen begonnen, d. h. hervorragende Sozialisten brotlos gemacht. Dies geht jetzt allerdings sehr leicht, in einer Zeit der Geschäftslosigkeit, und darf man sich nicht wundern, wenn die Herren vom Kapital herausfühlen lassen, daß sie die Ernährer der Menschen seien und alle Welt zu Grunde gehen müßte, wenn sie nicht wären. In der That scheint dies jetzt so. Daß trotzdem sich der größte Theil der voigtländischen Arbeiter nicht leithammeln ließ, sondern selbständig wählte, ist als geistige That in einer so faulen Zeit zu betrachten und giebt Hoffnung und Vertrauen zu weiteren Schritten. Neben so vielen Unerträglichkeiten werden wohl auch die beliebten Maßregelungen noch mit fortgeschleppt werden müssen; aber die oftерwähnte „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit wird dadurch niemals geschaffen, vielmehr die Kluft zwischen diesen beiden nur erweitert.

-r. **Mainz**, 19. Januar. Unser Candidat Most erhielt bei dem ersten Wahlgange 1884 Stimmen, 500 mehr als im Jahre 1874; auch hier machen die Sozialdemokraten Fortschritte. — Bei der gestrigen Stichwahl siegten die vereinigten Liberalen über die Ultramontanen. Der Compromiß-Candidat Oechsner, Demokrat seligen Andenkens, ging als Sieger aus der Urne hervor. Abends, am Tage der Stichwahl, hatten die Liberalen Versammlung im „Heiligen Geist“, wo die Wahlresultate verkündet wurden. Am Schlusse der Versammlung brachte ein alter „Auch-Demokrat“ auf das deutsche Reich und seinen Kaiser ein Hoch aus. Dann zog man vor die Wohnung des „nationalliberal-demokratischen“ Candidaten, der nicht „niederreißen will, was Andere aufgebaut“, und sang die „Wacht am Rhein“. — Das Mäntelchen der hiesigen bürgerlichen Demokraten ist gefallen; sie haben sich als Nationalliberale vom reinsten Wasser entpuppt.

Mülheim a. Rh., 19. Januar. „Weidemann ist verhaftet!“ so schallte es theilnahmvoll am Tage der Wahl aus jedem Munde, denn während seines kurzen Hierseins hatte derselbe sich die größten Sympathien erworben, besonders bei den Kleinbürgern. Dies verdankte er hauptsächlich seinen ausgezeichneten Referaten in den letzten Versammlungen, wo er seine Candidatenrede hielt, und selbst Professor Endemann, der liberale Wortführer, ihm nicht entgegenzutreten wagte. — Mit den Erfolgen bei der Reichstagswahl können wir hier zufrieden sein. Im Ganzen erhielt unser Candidat Weidemann 635 Stimmen, der ultramontane Candidat Hamm 9890, und Bürgers, Appellationsgerichtsrath a. D., 7075 Stimmen. Zieht man nun in Betracht, daß wir zum erstenmale in's Feld zogen und nur im Kreise Mülheim agitiren konnten, dagegen die Hauptkreise Gummersbach und Wipperfürth, zwei Fabrikorte, liegen blieben, weil unsere Agitation etwas spät in Fluß kam, so ergiebt sich eine Stimmenzahl, wie sie sich sicher unsere Gegner nicht gedacht haben. Dies jedoch steht fest, daß im hiesigen Wahlkreis bei einer kräftigen Agitation ein Reichstagssitz zu erobern ist, wenn z. B. Gummersbach, wo eine durchweg protestantische Bevölkerung ist, die Arbeiter sich aber noch im Schlepptau der Liberalen befinden, einigermaßen bearbeitet würde. Es mag dies als ein Sporn zu neuer, kräftiger Agitation dienen. Von Zuwiderhandlungen gegen Wahlreglements und Beeinflussungen wissen wir auch ein Liedchen zu singen. In einem Bezirk wurden die Arbeiter colonnenweise zur Urne geführt, und blieben die Führer resp. Meister so lange dabei stehen, bis die Arbeiter die ihnen eingehändigten Stimmzettel abgegeben hatten. Zwei liberale Herren rissen vielen ihrer Arbeiter die Stimmzettel mit Weidemann's Namen aus der Hand und händigten denselben mit „Bürgers“ beschriebene ein mit den Worten: Den wählen Sie. Jedenfalls wird Protest erhoben, da dies hier Erzählte mit Zeugen bewiesen werden kann. Erfreulich hier am Orte ist, daß der „Culturkampf“ nicht mehr recht ziehen will, indem die Ultramontanen über 1500 Stimmen weniger hatten, wie bei der vorigen Wahl, und unsere Stimmen hauptsächlich den Klerikalen abgerungen sind.

Erfurt, 24. Januar. („Liberale Bildung.“) Mit welchen Waffen der Liberalismus gegen uns kämpft, ist bekannt, und wenn ich den Parteigenossen einen neuen Beweis liefere, so ge-

---

in dessen Anschauungen verliert und nicht genügend die Objektivität wahrt. Der Sachverständige findet es gar nicht so auffällig, daß der Provokat mit seinen maßlosen Anschuldigungen lediglich die Berücksichtigung seiner Gesuche und eine Untersuchung gegen sich herbeiführen will, die ihm zur Erlangung seines Rechts verhelfen soll.“ Das Gericht erinnert daran, daß Provokat „bereits in eine lange Reihe von Untersuchungen“ verwickelt gewesen, und daß er „den letzten Untersuchungen“ durch Competenzeinreden sich zu entziehen gesucht hat; endlich, daß seine Schreibweise „in diesem Verfahren“ „am wenigsten einen seinen Intentionen entsprechenden Zweck haben kann.“

Dieser Vorwurf ist doch höchst sonderbar. Bei allen anderen Gutachten haben wir die Objektivität und den Versuch vermißt, den Beschwerden v. Puttkammer's auf den Grund zu gehen. Dort hat das Gericht den Mangel nicht gefunden und hier, wo ein Arzt den Muth hat, auf Grund langjähriger Erfahrungen den mehr oder weniger leichtfertigen Gutachten seiner Vorgänger ein objektives entgegen zu setzen — findet man es zu wenig objektiv oder — zu sehr objektiv? — Warum hat wohl das Erkenntniß die endlose „Kette der Untersuchungen“ oder richtiger die endlosen Bestrafungen des Provokaten aufgezählt? Die Wirkung wäre für v. Puttkammer vielleicht eine vernichtende gewesen! Und ist es denn so verrückt, wenn sich Jemand, der sich im Vollbesitz seiner Geisteskräfte weiß, Untersuchungen entzieht, die darauf abzielen, ihn für blödsinnig zu erklären?

Die Verkehrtheit der Anschauung findet das Gericht wie das Medizinalcollegium darin, „von der Gnade Sr. Majestät Alles erhoffen zu wollen, während er sich grobe Verletzungen der Ehrfurcht und schuldigen Rücksicht gegen Sr. Majestät und die ärgsten Schmähungen der höchsten Würdenträger und treuesten Rathgeber der Krone zu Schulden kommen läßt.“ Die Erfahrung hat gelehrt, daß die besten Menschen nicht immer gute Musikanten und die treuesten Rathgeber der Krone nicht immer die dem Gesetz und der Verfassung schuldige Achtung besitzen!

(Fortsetzung folgt.)

schieht es nicht deshalb, um frühere Behauptungen zu bekräftigen, sondern den Vorwurf zurückzuweisen, als wären die Arbeiter resp. wir es, bei denen Roheit notorisch sei. Am 21. d. fand in Gräfenroda (Gothaer Wahlkreis) eine Versammlung statt, wo ein Pfarrer und ein liberaler Apotheker gegen meinen Vortrag mit Worten kämpften. Beide nahmen rechtzeitig Reißaus. Der Pfarrer hatte am 20. d. in genanntem Orte Vortrag gehalten gegen das „verwerfliche Bestreben der Sozialisten" und die evangelische Bevölkerung gewarnt, nicht dem Sozialisten Bock ihre Stimme zu geben, sonst müßten sie alle katholisch werden! Der Apotheker bekundete eine bewunderungswürdige Unwissenheit und Taktlosigkeit, weshalb ich darauf nicht eingehe. „Gegen die Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens." — Aber ein Dritter im Bunde hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Lasker'sche Theorie in der Praxis anzuwenden. Lange nach der Versammlung gehe ich arglos aus dem Lokal, nicht ahnend, daß es gefährlich sei, ohne Begleitung aus der Thüre zu treten. Plötzlich werde ich überfallen, niedergeworfen, mehrere wuchtige Hiebe auf meinem Kopf waren die Heldenthat eines „Gebildeten". Sobald wie möglich raffte ich mich auf, mehrere Arbeiter kamen hinzu, aber der Anhänger Lasker's war verschwunden. Die Entrüstung unter den dortigen Arbeitern war groß. Die Polizei hat Recherchen angestellt, ob mit Erfolg, ist zweifelhaft. Die Gründe für die letzte Behauptung sind bekannt. — Angesichts solcher Thatsachen faseln die liberalen Preßliteraten noch immer von sozialistischen Roheiten resp. Unbildung der Arbeiter. Die Liberalen spielen gern den Splitterrichter, ohne den Balken im eigenen Auge gewahr zu werden. F. Klute.

Zeitz, 16. Januar. (Bericht.) Die Wahl ist nun vorüber, und wenn wir auch kein glänzendes Resultat erzielt haben, so können wir doch bei so geringen Agitationsmitteln mit dem, was wir erreicht haben, zufrieden sein. Es wurden vier Versammlungen abgehalten, in denen Zwiebler referirte, und zwar in Naumburg, worüber die dortigen Genossen schon berichtet haben, bei uns hier in Zeitz, in Theißen und Droyßig. Alle diese Versammlungen haben einen glänzenden Verlauf für uns genommen. Auch die am Montag den 8. Januar in Teuchern abgehaltene Versammlung, von über 1000 Personen besucht war, zu welcher Stunden weit die Arbeiter gekommen waren, wie die in Aue abgehaltene haben gezeigt, daß der Arbeiter einsieht, daß nur durch den Sozialismus eine Besserung unserer Zustände herbeigeführt werden kann. Was nun speziell das Wahlresultat anbelangt, so hatten wir 1874 489 Stimmen, und Rohland über 1300 hier in unserer Stadt, diesmal hat sich dies aber wesentlich geändert, wir haben diesmal in unserer Stadt 983 Stimmen für Zwiebler, während Rohland 818 hatte und der conservative Candidat, Regierungspräsident v. Wurmb 232; auch die umliegenden Ortschaften haben gut gewählt, und ständen uns mehr Mittel zur Verfügung, so wäre ein noch ganz anderes Resultat erzielt worden; von allen Orten hat Weißenfels für uns ein ganz schlechtes Resultat geliefert und muß dort für die zukünftige Wahl mehr gethan werden.

Wechselburg (14. sächs. Wahlkreis). Obgleich der Raum des „Vorwärts" stets gemessen ist, so fühlen wir uns jedoch gedrungen, in kurzen Worten ein Bild über den Stand unserer Partei betreffs der Wahlbewegung zu geben. Sonntag, den 21. d. Mts., hatten wir eine Wählerversammlung, in welcher Motteler sprach. Tagesordnung: Die Reichstagswahl. Derselbe entledigte sich seines Auftrages so ausgezeichnet, daß Gegner zugestanden haben, nunmehr erst ein Bild von der Sozialdemokratie erhalten zu haben. Mehrfacher Beifall in der Versammlung, besonders aber der Zuwachs von Stimmen beweisen Obiges. Am 10. Januar hatten hier Geiser 99, Heinrich 37, Scharf 16 Stimmen. Bei gestriger Stichwahl erhielt Geiser 147 und Heinrich 55 Stimmen. Immerhin für unsern kleinen Ort ein günstiges Resultat. Da zumal das edle (?) Geschwisterpaar, Liberale und Conservative, verbündet gegen uns vorgingen.

Auerbach. Auch bei uns sind bereits zwei Parteigenossen infolge des Sieges unsers Candidaten Auer ein Opfer der Verfolgungswuth der liberalen Gegner geworden. Die Parteigenossen K. und Rudolph W., letzterer erst seit kurzer Zeit von Lengenfeld nach Auerbach gezogen, betheiligten sich besonders in der letzten Zeit in hervorragender Weise an der Wahlagitation, was ihren liberalen Arbeitgeber den Fabrikanten und Stadtrath Wunderlich, der auch dem liberalen Wahlcomité angehörte, so in Wuth brachte, daß gestern den 22. ds. beide aus der Arbeit entlassen wurden. Damit hat nun der Stadtrath Wunderlich seinen Liberalismus in praktischer Weise demonstrirt. Auch wird unser nunmehriger Reichstagsabgeordneter Auer von dem sehr gebildeten Herren Liberalen mit den Titeln: Bettler, Landstreicher 2c. beehrt was dieser nicht so hingehen lassen darf und Strafantrag stellen muß. W. wird nun, um den Maßregelungen zu entgehen, und gleichzeitig der Sozialdemokratie treu bleiben zu können, mit Weißwaaren und in dieses Fach noch einschlagenden Artikeln handeln, und werden die Parteigenossen von Nah und Fern ersucht, demselben, wenn er bei ihnen einkehrt, durch Abnahme seiner Waaren sein Fortkommen zu ermöglichen, damit er der Partei auch ferner ein treuer Genosse bleiben kann. Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Parteigenossen von Auerbach.

Stollberg, 22. Januar. Hier wurden bei der stattgehabten Reichstagswahl 21 — als nicht in den offiziellen Listen eingetragen — zurückgewiesen. Neun Zehntel davon waren Liebknechtswähler. Zu Beisitzern während der Wahlhandlung hatten wir von uns an jede der beiden Urnen je 1 Mann dem wohllöblichen Stadtrath in Vorschlag gebracht. Der Stadtrath fand es indeß nicht für rathsam, uns mit heranzuziehen — obgleich wir notorisch die stärkere Partei hier bilden. Gelegentlich bemerkten wir aber doch an der einen Bezirksstelle, daß der Glasermeister Schwarz (Mitglied des Uhlmann'schen Comités hier) zu wiederholten Malen Einsicht in die offizielle Wählerliste nahm und sich Notizen machte darüber, wer von den muthmaßlichen Uhlmannswählern noch zurück sei, damit er zu denselben gehe und sie zum Wählen für Uhlmann veranlasse. Der Mann von uns, welcher zur Ueberwachung der Wahl an dieser Stelle war, durfte nicht einmal in dem Zimmer, wo die Urne aufgestellt war, Platz nehmen. Erwähnter Herr Schwarz erfrechte sich sogar unmittelbar vor dem Wahllokal, Wählern, bei denen er Einfluß auszuüben vermochte, den Stimmzettel für Liebknecht abzunehmen, denselben zu zerreißen und die betreffenden Wähler zu veranlassen, Uhlmann zu wählen. — In Gablenz bei Stollberg erzählt man sich sonderbare Dinge. Wie es scheint, hat hier sogar ein Glas Schnaps gute Dienste geleistet. — In Oelsnitz schickte der Lehrer Herr Fleischer um 11 Uhr die Kinder nach Hause, sie sollten ihm die Stimmzettel für Liebknecht von ihren Eltern holen, er wolle für sie wählen gehen. Als die Kinder nun die Stimmzettel gebracht, behielt Herr Fleischer diese Liebknechtszettel und gab den Kindern Uhlmannszettel mit dem Bemerken, die Eltern der Kinder sollten diese Zettel hin zur Urne tragen. — In Lugau holte ein Kontroleur die Stimmzettel für Liebknecht wieder ab und gab Uhlmann'sche dafür. — Tanzmusik und Sauferei war an allen Orten in Aussicht gestellt, wenn die Arbeiter Uhlmann wählten. Viele mögen bethört worden sein, indessen bei der Mehrzahl ziehen dergleichen Mittel nicht mehr — auch die der Lüge und der Verleumdung nicht!

Friedrich Frenzel.

Dessau, 23. Januar. Der Wahlkampf ist nun beendet, es wurden im Ganzen im 1. Anhaltischen Wahlkreis 13,218 Stimmen abgegeben, davon fielen auf v. Cuny (nationalliberal) 10,032 auf unsern Candidaten Bruno Geiser 2365 und auf den fortschrittlichen Candidaten 824 Stimmen. Wie fast in allen Wahlkreisen, so haben auch hier am Tage der Wahl die liberalen Herren die Wahl als eine freie behandelt, das heißt wie sie überall die Freiheit verstehen. Obgleich wir hier in der Stadt Dessau über nichts in den Wahllokalen zu klagen haben, so doch desto mehr in anderen Orten. Am Tage der Wahl war Parteigenosse Klotz in Raguhn, um dem Wahlakt dort mit beizuwohnen, jedoch kaum hatte er das Wahllokal betreten, als selbiger von einem Herrn, der mit am Wahltisch saß, aufgefordert wurde, sofort das Lokal zu verlassen, widrigenfalls er durch Polizei hinausgeworfen werden würde. Als nun die Wahl vorbei war, ging Klotz abermals in das Lokal, um der Stimmenzählung mit beizuwohnen. Als selbigen der Wahlvorsteher gewahr wurde, hörte der Herr mit dem Zählen auf, und fragte, ob sämmtliche Anwesende Ortsangehörige seien; nun richteten sich Aller Augen auf Klotz und der Ruf erschallte: raus mit den Spionen! Gleich waren die Anwesenden mit Hilfe der Polizei beschäftigt, diesen hinaus zu bringen. Nun wundert sich jeder Mensch, daß wir in Raguhn nur 6 Stimmen erhalten haben, wohingegen wir bei der vorigen Wahl 50 Stimmen hatten und in Raguhn Sonntag vor der Wahl eine Versammlung war von circa 200 Mann, die die schönsten Hoffnungen versprach. Als in dem Dorfe Tarten bei der Zählung Geiser die Majorität hatte, sagte Förster Krieger gleich im Wahllokal zu den Leuten, die bei ihm im Busch arbeiten: weil Geiser die Majorität hat, sollen Euch 25 Pfg. per Tag abgezogen werden, was auch schon geschehen ist. In der Zuckerfabrik Klepzig hat ein Vorgesetzter mehrere Wähler zu sich citirt und gesagt: weil Ihr Geiser gewählt habt, könnt Ihr nächstes Jahr keine Arbeit mehr bekommen, und so an vielen Orten mehr. Das nennt die Welt noch eine freie Wahl! Ueber Dessau kann der „Anhaltische Staatsanzeiger" gar nicht fertig werden, daß die Sozialdemokraten seit der vorigen Wahl um 60 pCt. zugenommen haben, und das in einer Stadt, wo bereits Alles von Beamten abhängt! Noch Eins ist zu bemerken. Als am Tage vor der Wahl (so erzählte mir ein Fortschrittsmann) unser Candidat Geiser vor einer nahezu 1000 Mann starken Volksversammlung, in welcher auch viele Gegner anwesend waren, zu Aller Zufriedenheit sprach, hatten diese solche Angst bekommen, daß sie alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, damit die Fortschrittler v. Cuny wählten, sonst käme der Sozialdemokrat durch. Dadurch hat der Fortschrittsmann Träger in Dessau nur 55 Stimmen erhalten, wo bereits das Comité so stark war, und wir hatten 800 Stimmen. An uns liegt es nun, Parteigenossen, von neuem alle Orte zu bearbeiten und so bald als möglich ein Blatt zu gründen, damit wir diese elenden Verleumdungen, die man uns tagtäglich in's Gesicht schleudert, nicht immer so ruhig hinnehmen müssen. Wenn auch die Gegner tagtäglich ausposaunen, man wolle uns offen gegenüber treten, so ist das nur eine Phrase, denn so oft wie wir sie schon aufgefordert haben: die gelehrten Herren von Dessau hatten sich noch nie getraut, uns auch nur einmal gegenüber zu treten. Selbst der Reichstagsabgeordnete v. Cuni, von dem sie heute wieder schreiben, daß er das Programm der Sozialdemokraten so glänzend widerlegt hat, auch dieser erlaubte nur Fragen zu stellen bei einer Redezeit von 8 Minuten! Wenn auch unsere Gegner jetzt jubeln und schreiben, kein Land habe seine Reichstreue so bewährt wie Anhalt: Nützt alles nichts! Sie werden wieder kommen, die Sozialdemokraten, immer wieder kommen — und endlich siegen!

Wiesbaden. (Allgemeiner deutscher Töpferverein und Berufsgenossen.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Ausschluß hier beendigt und gescheitert ist, indem sich nicht Alle daran betheiligten und Einzelne zu Kreuze gekrochen sind, ich und noch ein College gemaßregelt. Es löste sich daher der Vorstand auf, und zwar durch das prinzipwidrige Betragen Einzelner. Deshalb ersuche ich so schnell wie möglich Vorschläge für einen neuen Vorort zu machen und mir zukommen zu lassen. Alles Nähere brieflich. Auch ersuche ich die Collegen, mir eine Stellung als Werkstattarbeiter zu besorgen, am liebsten auf Bauornamente.

Mit collegialischem Gruß

Jos. Schweis, Dotzheimerstr. 41.

Husum, 22. Jan. Zum Wahlfonds sind an freiwilligen Beiträgen eingegangen: 1. Rate durch Koopmann 37,59; 2 Volksversammlungen 16,71; d. Wagner (Bredstedt) 12,10; d. Drews (Tondern) 15,00; d. Bartels (Friedrichstadt) 18,00; d. Tychsen (Leck) 3,00; d. Hirschfeld (Husum) 11,50; 2. Rate d. Koopmann 9,90; d. Steensen 5,70; d. Baldauf 1,60; Sa. 131,10. Ausgaben: Für Agitation 25,40; Hirschfeld für Verbreitung der Stimmzettel 15,00; Versammlungslokal-Miethe 6,00; Stimmzettel und Flugblätter 60,00; Geld zur Unterstützung der engeren Wahlen 8,00; Brief- u. Packet-Porto, Ankleben der Plakate, Papier und Versammlungskosten 16,70; Sa. 131,10.

H. Steensen. J. Koopmann.

NB. Das „Hamb.-Altonaer Volksbl." wird um Abdruck gebeten.

Zu den Reichstagswahlen.

Engere Wahlen.

Dresden: Bebel 10,837, Mayhoff (nat.-lib.) 9920 Stimmen.
Berlin (3. Bez.): Herz 9809, Rackow 4940 Stimmen.
Breslau (Ostbez.): Lasker 9929, Bäthke 7816 Stimmen.
Breslau (Westbez.): Hänel 10,529, Kräker 7124 Stimmen.
Offenbach: Liebknecht 10,591, Dernburg (nationalliberal) 11,900 Stimmen.
Magdeburg: Bracke 6471, Unruh 10,430.
Hanau: Frohme 9640, Weigel (nat.-lib.) 10,015 Stimmen.
Freiburg-Waldkirch: Bücklin (nat.-lib.) 9643, Neumann (ult.) 9634 Stimmen.
Waldenburg: Kapell 7512, Fürst Pleß 9365 Stimmen.
Annaberg: Holtzmann (nat.-lib.) ca. 6000, Breckfeld (cons.) ca. 5000 Stimmen.
20. sächs. Wahlkreis: Wiemer mit ca. 6000 von Brockhaus mit ca. 8000 Stimmen geschlagen.
5. württembergischer Wahlkreis Eßlingen: Retter (Fortschr.) gewählt.
Freiberg: Penzig (nat.-lib.) 7134, Fritzsche 6491 Stimmen.

Briefkasten

der Redaktion. G. S. in Plagwitz: Ihre Bestellung besorgt die Expedition. Zu unserm Bedauern können wir zur Zeit von ihrer Einsendung keinen Gebrauch machen; Correspondenzen über Ortsverhältnisse wären uns jedoch sehr willkommen. — K. in Z.: Sendungen erhalten. Nächstens Näheres brieflich. Weitere Beiträge willkommen. — Z. Y. in Glarus: Unter Bezugnahme auf die im September Ihnen ertheilte Auskunft ersuchen wir Sie um Angabe Ihrer Adresse. — Philosophus quidam in Königsberg: Die Engels'schen Artikel über Dühring werden nach Veröffentlichung im „Vorwärts" als besondere Schrift herausgegeben werden. — Hrn. R. R., der mir die Wahlunregelmäßigkeiten aus Obergräfenhain bei Marsdorf gemeldet hat, wird gebeten so rasch als möglich seine Adresse an mich gelangen zu lassen. Geiser. — Hrn. C. M. in Schalke: Wenden Sie sich gefälligst an Herrn Dr. Specht in Gotha in der angeregten Angelegenheit.

der Expedition. Fritz Gr. Ff. a. M.: Schriften folgen. Kosten 4,55. Fehlen noch 1,60 für 1. Qu. der „N. W.". Cassa erbeten.

Die Parteigenossen aller Wahlkreise, in denen bei der soeben beendigten Reichstagswahl sozialistische Stimmen abgegeben wurden, ersuchen wir um schleunige Mittheilung der Ziffern, damit wir in den Stand gesetzt werden, eine vergleichende Wahlstatistik aufzustellen. Redaktion des „Vorwärts"

Quittung. N. Mrv Pancsowa Ab. 1,60. Brnr Zwickau Schr. 3,50. Maurer- und Steinhauerbund hier Ann. 0,60. Schltr Dresden Schr. 70,50. Mrtn Schmölln Ab. 2,25. Ullrich Offenbach Ab. 16,00. Mchn Düsseldorf Schr. 29,05. Expedition der „Fr. Presse" Cöln An. 1,30, Schr. 17,50. Rwr Cöthen Schr. 9,00. Suft Sorau Ab. 4,80. Lndmann Einbeck Schr. 1,10. Mllr hier Ab. 2,40. Schmdt Bischofsgrün Ab. 1,60. Drr. Brüssel Schr. 17,00.

Quittung. Nochmals (s. Nr. 6) 200 Mark für Wahlzwecke von Dr. M. erhalten und an das Centralwahlcomité in Hamburg (Geib) geschickt; von Rechtsanwalt F. in zwei Raten (à 150 M.) 300 Mark für Wahlzwecke erhalten und nach Wunsch des Gebers verwandt.

Leipzig. W. Liebknecht.

Wahlfonds.

Liste 47 d. F. Ulbrich 1,50. Liste 49 d. K. Zindler i. Sellerhausen 3,80. Gesammelt d. Cigarrenarbeiter Nitzsche 1,77 v. Vergoldergehilfen 2,00 d. Nitzschmann Ueberschuß v. der Wahl 1,00. In Nr. 11 des „Vorwärts" in der Quittung muß es heißen: Gemeindeverein Connewitz 6,00 statt Lindenau. Von der Cigarrenfabrik Lutterbeck u. Fiedler d. Roth 2,60. Hartm. Gohlis Familiensammlung 2,00. Club Morgenroth hier 0,50. Wtzlwl Erbach 1,50. Liste 95 d. Kst Plagwitz 0,50. C. Mr. Bern 8,06. Mbch Elstra von dortigen Gesinnungsgenossen 5,00. Nrt hier 3,00. H. 3,00.

Für das Centralwahlcomité: P. Krebs.

Hamburg. **Verein der Töpfer und Berufsgenossen.** Donnerstag, den 1. Februar 1877, bei Herrn Hübner, große Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Fortsetzung der letzten Tagesordnung. 2) Diskussion über die neue Gewerkschaftsfahne. [80

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ersucht alle Mitglieder am Platze zu sein G. Klaws.

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.** Mittwoch: Vortrag von Hrn. R — Sonnabend Vortrag von Herrn Melzer über Naturheillehre. [30

Leipzig. Donnerstag, den 1. Februar, Abends 1/2 9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 29:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die Resultate der Stichwahlen. Ref.: Kunschmann. Die direkte Gesetzgebung. Vortrag von Nauert.

Der Agent. [70

Leipzig. Mittwoch, den 31. Januar, Abends 1/2 9 Uhr, im Arbeiterbildungsverein:

Sitzung des Centralwahlcomités.

Tagesordnung: Bericht der Revisoren. [60

Die Mitglieder des Kreiswahlcomités sind dringend eingeladen.

Der Vorsitzende.

Parteigenossen

in Altenburg, Zeitz, Weißenfels, Eilenburg, Delitzsch, Bitterfeld, Apolda, Wurzen, Oschatz und Plauen

werden ersucht, Unterzeichneten Adressen von Holzarbeitern zukommen zu lassen, behufs Gründung von Mitgliedschaften für die Gewerkschaft der Holzarbeiter.

R. Willecke, Preußergäßchen 10 II. in Leipzig.

Sämmtliche Jahrgänge des „Demokratischen Wochenblattes" und des „Volksstaats" gebunden sind zu verkaufen. [90

C. Scherzer, Leipzig, Sternwartenstraße 11, 4 Tr.

Notiz für die Flensburger Parteigenossen.

Unterzeichneter empfiehlt sich den Parteigenossen und verspricht in jeder Beziehung prompte und reelle Bedienung. [1,20

Nord. St. Jürgen 193. **Bernh. Kutschbach**, Schneidermeister.

Marie, Sonntags-Nummer versp. Brief liegt Hauptpostamt Berlin. [30

Den Abonnenten der „Neuen Welt"

zur Nachricht, daß wir durch die unumgänglich nöthigen Arbeiten zu den Stichwahlen noch immer nicht im Stande waren, ganz auf's Laufende zu kommen. Die Ursache der Verzögerung wird uns gewiß entschuldigen. Heft I soll im Laufe dieser Woche bewältigt werden.

Leipzig, den 27. Januar.

Verlagshandlung u. Genossenschaftsdruckerei.

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verlag der „Berliner Freien Presse"

Zur Uebernahme von Druck-Aufträgen jeder Art und jeden Umfangs, als: Zeitungen, Zeitschriften, Werke, Broschüren, Statuten etc. empfiehlt sich die

Verlag des „Märkischen Volksfreund"

Allgemeine Deutsche

Associations-Buchdruckerei

(Eingetragene Genossenschaft)

unter Zusicherung prompter u. reeller Bedienung bei soliden Preisen. Dampfkraft-Betrieb a. Doppel-Schnellpresse. — Accidenzen jeden Genres: Karten, Circulaire, Avise etc.

Buchhandlung — Verlags-Buchhandlung — Sortiments-Buchhandlung

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lauermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Bandig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 14. Freitag, 2. Februar. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für die Monate Februar u. März zu 1,10 werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Aeuritzbeudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurienstr. 3, für **Hohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Deutsche Rechtszustände.

Vor dem königlich preußischen Kreisgericht zu Altona fand am 17. und 18. Januar eine sehr interessante und lehrreiche Verhandlung statt. Die Anklage lautete auf Körperverletzung, Sachbeschädigung und groben Unfug. Der Sachverhalt war nach dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt":

Im Frühjahr 1876 fanden in Ellerbeck (Holstein) zu verschiedenen Zeiten drei Volksversammlungen statt, die letzte am 9. April, in welcher der Sozialdemokrat Radenhausen aus Altona referirte. Diese Versammlurg wurde gestört durch den Brotmann Tabel in Rellingen, der im angetrunkenen Zustande das Wort verlangte, während Radenhausen noch sprach. Die Versammlung wurde aufgelöst und verschiedene Ellerbecker fanden sich jetzt veranlaßt, die dort anwesenden Sozialdemokraten durchzuprügeln, wobei die Parteigenossen Hasselbach und Schlosser Ehlers schlecht wegkamen; auch von Messern wurde Gebrauch gemacht. Wegen dieser Affaire saßen folgende Personen auf der Anklagebank: Tabel, Neumann, 2 Gebrüder Ostermann, 2 Gebrüder Cords, Heydorn, Hattje, Rettinghaus. Der erstgenannte Tabel erzählt, es seien dort drei Versammlungen abgehalten worden. In der ersten habe man von Fleisch, Speck, Schinken und Wurst gesprochen, Sachen, die von den Reichen gegessen würden, während die Arbeiter sich mit den Knochen begnügen müßten. In der zweiten Versammlung sei von den Steuern die Rede gewesen und gesagt worden, die Arbeiter müßten 90 Prozent aller Steuern zahlen, während man die Reichen frei ausgehen lasse. In der dritten Versammlung am 9. April habe Radenhausen von den Richtern gesprochen und gesagt, die Reichen bekämen immer Recht, die Arbeiter dagegen immer Unrecht. Solche Reden habe er, allerdings im angetrunkenen Zustande, stören wollen und so den ersten Anstoß zu dem Skandal gegeben. Einige Zeugen (es wurden 35 vernommen) sagten, sie hätten gehört, Tabel sei durch Geld dazu veranlaßt worden, den Skandal herbeizuführen. Alle Angeklagten leugnen, irgend Jemanden gemißhandelt zu haben. Die Beweisaufnahme stellt jedoch fest, daß nicht allein Faustschläge ausgetheilt, sondern auch Knittel und Messer gebraucht sind und mit Steinen geworfen worden ist. Bei dieser Gelegenheit ist in dem Marmorstein'schen Hause eine Leiste von einer Thür abgerissen und Fenster sind zertrümmert worden, doch fällt die Anklage wegen Sachbeschädigung fort, weil kein Strafantrag gestellt worden ist. Um vor Mißhandlung gesichert zu sein, wurden die auswärtigen Parteigenossen in Begleitung von Gensdarmen über die Grenze gebracht. Die Beweisaufnahme stellt folgende Angeklagte als Hauptattentäter fest: 1) Tabel, der als der Urheber des ganzen Skandals anzusehen ist. Gegen ihn werden 4 Monate Gefängniß beantragt. 2) Neumann, der sich an der Mißhandlung des Schlossers Ehlers und Tischlers Hasselbach betheiligt hat, wider ihn sind 3 Monate Gefängniß beantragt. 3) Die Gebrüder Ostermann, wider die ebenfalls 3 Monate beantragt sind. 4) F. Marmorstein, J. Marmorstein und Rettinghaus, die an der Mißhandlung Hasselbach's sich betheiligt haben, beantragt 2 Monate Gefängniß. Wider die übrigen Acht werden wegen groben Unfugs 14 Tage Haft beantragt. Der Staatsanwalt Buck hob als strafmildernd hervor: 1) daß keine schweren Körperverletzungen vorgekommen seien (Hasselbach und Ehlers haben Messerstiche erhalten, außerdem ist mit Knitteln geschlagen und mit Steinen geworfen worden!); 2) daß sich zwei Parteien schroff gegenüber gestanden hätten, die Sozialdemokraten und die Bauernpartei, welche letztere entschlossen gewesen sei zu verhindern, daß die Prinzipien der Sozialdemokratie, die ja ganz und gar verwerflich und verderblich seien, in dortiger Gegend verbreitet würden.

Die Veröffentlichung des Erkenntnisses wurde auf acht Tage, also bis zum 26. Januar, hinausgesetzt.

Demgemäß wurden die obenerwähnten Angeklagten am 25. Januar abermals vorgeführt. Zunächst wurde von dem Vorsitzenden Herrn Justizrath Jacobsen constatirt, daß die Angeklagten durch unwahre Reden gereizt worden seien. Ferner wurde die Anklage wegen Sachbeschädigung niedergeschlagen, weil ein Strafantrag dieserhalb nicht gestellt worden sei. Es wurde sodann erkannt: 1) wider Tabel wegen Mißhandlung und groben Unfugs 2 Monate Gefängniß, 2) Baumann wegen Mißhandlung und groben Unfugs 6 Wochen Gefängniß, 3) und 4) wider F. und J. Ostermann 6 Wochen Gefängniß, 5) wider Rettinghaus, weil nur das Zeugniß des 14jährigen Emil Schadendorf ihm gegenüberstehe, kostenlose Freisprechung, 6) wider Ramkesen wegen Körperverletzung mittelst eines gefährlichen Werkzeuges 2 Monate Gefängniß, 7) wider Marmorstein 6 Wochen Gefängniß, 8) wider den Vicevogt Krohn 2 Monate Gefängniß. Wider jeden der übrigen 8 Angeklagten wurde auf eine Haftstrafe von 14 Tagen erkannt.

Das der Prozeßverlauf nach dem Bericht des „Hamburg-Altonaer Volksblatts". Hätten wir, wo unsere Rechtszustände in's Spiel kommen, nicht längst uns zu wundern verlernt, so würden wir einfach erklären: unser Hamburger Parteiorgan ist das Opfer einer Mystifikation geworden; daß ein Staatsanwalt, daß ein Gerichtsvorsitzender die politische Parteistellung der Angeklagten und der durch dieselben Beschädigten als das Urtheil bestimmend oder wenigstens modifizirend bezeichnet haben könne, das ist einfach unmöglich.

Es ist aber nicht unmöglich, und der Bericht des „Hamburg-Altonaer Volksblatts", weit entfernt übertrieben zu sein, hat offenbar, und zwar aus naheliegenden preßgesetzlichen Gründen, die Thatsachen nicht in ihrer vollen Schroffheit wiedergegeben.

Genug: ein königlich preußischer Staatsanwalt erklärt es als „strafmildernd", daß die Beschädigten und Verletzten Sozialdemokraten sind, und daß die Angeklagten diese Sozialdemokraten nicht gleich todtgeschlagen haben. Und ein königlich preußisches Gericht entdeckt noch den weiteren strafmildernden Umstand, daß die Angeklagten durch die „unwahren Reden" der Sozialdemokraten gereizt worden seien. Unwahre Reden, d. h. sozialdemokratische Reden, oppositionelle Reden, die mit den landläufigen Reden der herrschenden Parteien nicht übereinstimmen. Nach dieser Argumentation ist jeder Staatsbürger vogelfrei, der nicht ordonnanzmäßig denkt und den verwerflichen und verderblichen Prinzipien „der Sozialdemokratie" oder anderen reichsfeindlichen Prinzipien huldigt.

Wir hoffen, daß unsere holsteinischen Parteigenossen den Prozeß vor die höhere Instanz bringen werden; wir müssen wissen, ob die Anschauungen des Staatsanwalts Buck und des Justizraths Jacobsen, sowie überhaupt des Altonaer Kreisgerichts die Sanktion des Appellationsgerichts und endgiltig des Obertribunalhofs erlangen. Mit Einem Wort: wir müssen wissen, ob es in Preußen zweierlei Gesetz giebt:

ein Gesetz für die Regierungsparteien
und ein Gesetz für die Oppositionsparteien;
ein Gesetz, das Ersteren Alles erlaubt,
und ein Gesetz, das Letztere der Gnade ihrer politischen Gegner überliefert.

National-Oekonomisches.

Von J. Dietzgen.

III.

(Fortsetzung.)

Darwin lehrt, wie die „rohe" Natur mechanisch, durch bloße Gewalt der Umstände zur höchsten Zweckmäßigkeit und Schönheit sich entwickelt. Dies mechanische Leben sehen wir allwärts und allzeit sich behaupten, auch beim Menschengeschlechte. Aber hier wird es am schwersten, dem Verständniß Eingang zu verschaffen.

Wie unterirdisches, vulkanisches Feuer, wie Wind, Wetter und Wasser unsere Erdkruste mechanischerweise und doch durchaus zweckmäßig gestaltet haben, so daß die Gewässer nicht in Pfützen herumstehen, sondern größtentheils in prächtigen Strömen dem Meere zufließen und also der Volkswirthschaft zu Verkehrsadern dienen, das versteht man; so etwas mag die Materie aus sich ohne irgend einen höheren Planmacher vollbringen.

Kommen wir nun an die Entstehung der Thierarten, so wird die vorhandene Zweckmäßigkeit und wunderbare Organisation den gottseligen Köpfen schon schwerer verständlich. Geradezu vernagelt aber stehen sie dem Menschenleben gegenüber. Und ist weiter endlich die körperliche Abstammung und die Gestaltung nach mechanischen Prinzipien auch hier anerkannt, dann sehen wir die extremen Freigeister noch wieder die Mechanik verkennen, wo es um den geschichtlichen Fortschritt, um Cultur oder Volkswirthschaft sich handelt.

Das nun ist charakteristisch für die Sozialdemokraten deutscher Schule: es sind radikale Materialisten, sie wenden das mechanische Prinzip auf Alles, auf den Menschengeist selber an; sie weisen nach, wie auch die sogenannte Volkswirthschaft nicht von denkenden Köpfen eingefädelt ist, sondern wie, umgekehrt, die gedankenlosen Geister von materiellen Verhältnissen zur sozialen Wirthschaft gedrängt wurden.

Die Wörter „mechanisch" und „materiell" verleiten zu Mißverständnissen, weil ihre Bedeutung vom herrschenden Sprachgebrauche nicht scharf begrenzt ist. Im engeren Sinne nennt sich nur das Schwere oder Wägbare „materiell", während der erweiterte Begriff alle Kräfte und Stoffe, wie sie die Sinne uns erschließen, Licht und Wärme, Riech- und Hörbares, als Materie bezeichnet. Seit die Naturwissenschaft alles, und alles auf Bewegung reduzirt, sind die Stoffe kräftig und die Kräfte stofflich. Wenn man sich darüber klar ist, und will nun die Wörter Stoff, Masse oder Materie auf das Wägbare einschränken, werden auch die radikalen Materialisten mit der Einschränkung einverstanden und keine Mißverständnisse möglich sein.

Es ist das materialistische Element im weitern Sinne, welches die positive Wissenschaft kennzeichnet und sie streng unterscheidet von allen Arten idealistischer Hirngespinnste. „Die Naturwissenschaft", sagt Liebig, „gründet sich auf Thatsachen", d. h. auf erfahrene Materie oder auf materielle Erfahrung. Eine solche Thatsache ist die wirthschaftliche Verbrüderung der Menschen. Ob man davon weiß oder nicht weiß, die Brüderlichkeit ist thatsächlich vorhanden, und Kenntniß dieser Thatsache allein ist es, welche Licht verbreitet über die ökonomischen Hauptstücke, über Werth, Geld, Kapital u. s. w.

Angenommen, ein Fischer und ein Jäger, jeder mit reicher Beute, begegnen sich und gehen einen Handel ein. Einer giebt zwei Lachse dem Andern für einen Rehbock. Rehbock und Lachse, Jäger und Fischer werden also gleichwerthig. Wenn nicht mit Worten, so ist doch mit dieser That gesagt, daß Fischerei und Jägerei wohl zweierlei Arbeit und doch von einer Art, daß es zwei Theile eines Ganzen, zwei Brüder eines Vaters sind. Werth oder Tauschwerth bezeichnet Brüderlichkeit. Lachse vertreten die Rehböcke und Rehböcke die Lachse. Soweit die Dinge Werth haben, steht eines für alle und alle für eines, da soll Freiheit und Gleichheit herrschen — leider nur unter den Produkten. Ob man nun für einen Bock zwei oder drei Lachse, oder für einen Lachs zwei oder drei Böcke zahlt, davon, von der Größe des Werths sei einstweilen abgesehen, um seine innere Natur leichter zu erkennen. Diese besteht einfach in der Bruder- oder Genossenschaft, welche die Menschen verschrobener Weise ihren Produkten beilegen, anstatt sie direkt communistisch zu bethätigen.

Der Götzendiener fertigt aus einem Stein sein Ebenbild, und was er sich nur durch seine eigene Arbeit erschaffen sollte, Glück auf der Jagd oder reiche Ernte, das machte er von dem steinernen Männchen abhängig. Denselben Götzendienst treibt man in der National-Oekonomie. Die klare Forderung der Sozialdemokraten nach Brüderlichkeit beim Werk und nach Gerechtigkeit bei der Vertheilung des Produkts, ist heute und von Alters her in die todten Dinge, in die Waaren und Werthe hineingeheimnißt. Nur wollen die liberalen, die modernen Barbaren den Götzendienst nicht verstehen und nicht davon ablassen.

Die Demokratie mit ihrem „gleichen Recht und gleicher Pflicht für Alle" war in der Menschenbrust vorhanden, lange bevor ein Gedanke daran in politischen Köpfen getagt hatte; die Sache war wirksam, lange bevor das klare Wort dafür gefunden war. Du bietest zu wenig, Du forderst zu viel, das heißt: Nachbar, sei gerecht; was mir, gelte Dir. Nachdem wir einig, daß unsere Arbeitsprodukte brüderliche Produkte sein oder Werth haben sollen, nachdem Fisch für Fleisch und Fleisch für Fisch gilt, handelt es sich nur noch um die Werthgröße, um Gerechtigkeit. Wenn des Einen Tagewerk 100 Pfund Fisch eingetragen, während der Andere einen 50pfündigen Rehbock erjagte, dann sind 1 Pfund Bock und 2 Pfund Lachs Aequivalente, d. h. eine gerechte Vertheilung oder Theile der Gerechtigkeit.

Gegen die Theorie, daß des Fischers und des Jägers Tagewerk Aequivalente oder gleiche Werthe seien, mögen sich viele Einreden machen lassen, und bekanntlich werden in der That auch von unsern Handelsleuten viele Einreden gemacht. Z. B. soll der Jäger seinen Bock in kurzer Zeit gepirscht haben, während der Fischer vom grauen Morgen bis in die tiefe Nacht über den Netzen gehangen und deshalb der Meinung ist, daß ein 6stündiges Tagewerk einerseits und ein 12stündiges anderseits kein gleicher Werth, keine brüderliche Gerechtigkeit sei. Aber, meint der Jäger, die Gerechtigkeit fordert nicht nur Abschätzung der Zeit, auch meine größere Strapaze will berechnet sein. Und ferner: heute zwar habe ich in wenigen Stunden einen Bock erjagt, aber vielleicht morgen gebrauche ich 3 mal 6 Stunden dazu, so daß demnach meine heutige 6stündige Arbeit soviel werth ist, wie deine 12stündige. Dieser Art mögen die Beiden noch viel hin und her reden, und schließlich eine Durchschnitts-Jagd, einen Durchschnitts-Fang, einen Normalarbeitstag und die verschiedensten Umstände in Rechnung bringen. Unter allen Umständen aber bleibt klar, daß wie spitz und in welcher Weise man auch den Werth kalkuliren mag, er doch nichts weiter sein kann, wie ein verschobener Ausdruck für wirthschaftliche Brüderschaft und allgemeine Gerechtigkeit.

Unbewußte sozialdemokratische Tendenzen sind es, welche die Menschen zum Austausch ihrer Produkte treiben. Sie kommen auf den Markt gewissermaßen mit dem Vorhaben, sich dort nachträglich denselben Vortheil zu verschaffen, als wenn sie vorher communistisch gearbeitet hätten. Trifft dort Jäger und Fischer mit dem Viehzüchter, Weinproduzenten, Kleidermacher, Kornbauer 2c. zusammen, wird so die Gesellschaft größer, dann wird Tausch und Handel lebhafter. Alle suchen Brüderlichkeit und Gerechtigkeit. Aber die Sache bekommt jetzt größere Haken. Die wirthschaftliche Tausch-Verbrüderung unter Zweien war eine Kleinigkeit. Doch wie nun unter den Vielen? Es findet sich bald, daß die Waaren nicht so gleichberechtigt sind, wie sie sein möchten. Es kommen Dinge, die von Jedermann und allzeit begehrt werden und andere sind höchst selten gefragt. Für seinen Wein will der Winzer Fische und Korn, Fleisch und Holzschuhe erhandeln, und dagegen allen Kameraden, die ihm damit dienen, einen gerechten Theil seines Tranks überlassen. Leider ist die Kameradschaft schlecht organisirt. Der Winzer mögen zuviel, der Wein zu reichlich und des Korns und der Kornbauern zu wenig sein. Auch hat die Gesellschaft kein Comité gebildet, das in fruchtbaren Zeiten für eine künftige Theuerung besorgt ist. Die in den Werth gesteckte brüderliche Gerechtigkeit ist deshalb nicht nur den Schwankungen des Marktes unterworfen, sondern häufig nnd zeitweise ganz und gar in Frage gestellt. Die Freiheit und Gleichheit, die unter den Produkten sein soll, ist nicht, oder wenigstens mit vielen Umständen verbunden vorhanden. Der Wein läuft herum und bietet seine Dienste an, aber er wird diesmal nicht in die Commune aufgenommen. Dagegen ist Korn allgemein begehrt. So entstehen unter den Produkten privilegirte Klassen. Da giebt es Parias und Fürsten, und zuletzt einen Kaiser mit Krone und Zepter, das ist das Gold, das ist das Geld.

Damit der chinesische Kaiser von seinen Unterthanen nicht mehr als gottbegnadeter übernatürlicher Pontifex angestaunt,

sondern mit dem gemeinen Manne auf denselben Etat gesetzt werde, dürfen sie nur die Reihenfolge der Prinzen, Fürsten, Grafen, Barone, Mastbürger 2c. beachten, bis hinab zum ordinären Plebs. Aus dieser Stufenleiter geht hervor, daß der Unterschied zwischen dem Geringsten und Höchsten nur ein gradueller ist. Und was im chinesischen, gilt auch im ökonomischen Reich. Auch hier ist Kaiser und Unterthan von derselben gemeinen Abstammung. Jede Waare, jeder gemeine Werth hat den Marschallstab im Tornister. Jede Waare, jeder Werth ist, je nachdem er mehr oder minder kourant, gefordert oder tauschbar, je nachdem ist er mehr oder minder hoffähig, steht er dem Gelde, steht er dem Kaiser nah. In der That haben schon die verschiedensten Waaren die höchste Würde bekleidet. Hier dienten Felle, dort Taback, und bei den Patriarchen gar Ochsen, Rinder und Schafe als Zahlungsmittel.

Wir haben gesehen, wie der Tauschwerth, den die Produkte annehmen, nur ein unbeholfener Ausdruck für das dem rohen bürgerlichen Menschen noch unbewußte Bedürfniß einer communistischen Wirthschaft ist. Weil er von der sozialdemokratischen Brüderlichkeit und Gerechtigkeit noch keinen Begriff, deshalb keine Gesellschaft constituirt hat, die ihren Produktenbedarf nach Art, Zahl und Maß bestimmt, darum hat er, wie der Götzendiener sein Heil in den Stein, so die Demokratie in den Tausch, in den Handel verlegt; er sucht sie auf dem Markt. Aber dort findet sich, daß, weil die Erzeuger keine Demokraten, auch ihre Erzeugnisse es nicht sein können. Eine chinesische Rangordnung hat sich unter den Produkten eingestellt. Je nachdem ein Artikel dem Bedarf der Commune entspricht, je nachdem ist er gesucht, hat er Geltung; und das Geld ist der von der Commune allzeit und allerwärts gesuchte Artikel. Aus dem unerkannten communistischen Bedürfniß einer brüderlichen gerechten Wirthschaft entstand der Tauschwerth, aus dem Werth das Geld; und wer nun das Geld, der hat die bürgerliche Gesellschaft in der Tasche, der hat ihre Gerechtigkeit und Brüderlichkeit im Sack.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen, sagte man einst von den französischen Machthabern. Auf unsere deutschen findet das Wort natürlich keine Anwendung, wie z. B. nachstehende hochamtliche Mittheilung des „Leipziger Tageblatt“ (vom 25. d.) zeigt:

„Die sächsische Staatsregierung hat sich veranlaßt gefunden, den Gemeindevorständen und Ortspolizeibehörden die bezüglich der Ueberwachung öffentlicher Volksversammlungen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen einzuschärfen. Es soll insbesondere künftig von jeder derartigen Versammlung durch den aufsichtführenden Beamten ein Bericht eingesendet werden. Veranlassung zu diesen Anordnungen scheinen das starke Anwachsen der Sozialdemokratie und der Umstand gegeben zu haben, daß betreffs der Ueberwachung der Versammlungen bisher sehr verschiedenartige Grundsätze zur Anwendung gelangten. Es handelt sich hier nicht um reaktionäre Maßregeln, sondern um gewissenhafte Handhabung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften.“

Nein — es handelt sich hier nicht um reaktionäre Maßregeln, bei Leibe nicht; im Gegentheil: um liberale Maßregeln, ganz im Geist unserer Nationalliberalen. Bei dieser Gelegenheit fällt uns ein, daß das „Leipziger Tageblatt“ wie ein Fischweib — wir bitten die ehrlichen Fischweiber um Verzeihung und hoffen, daß sie uns nicht einen Beleidigungs- oder gar Verleumdungsprozeß an den Hals hängen, weil wir sie mit — Hüttner, — Leonhardt und Consorten verglichen haben — also nicht wie ein Fischweib, nein wie das „Leipziger Tageblatt“, das in dieser Kunst unübertroffen ist, auf den „Vorwärts“ schimpft, weil wir behauptet, das allgemeine Wahlrecht sei in Gefahr. Das sei nicht wahr, die Liberalen würden für dasselbe einstehen. Beweis: der dunkele Vortrag eines dunkelen Tageblattredakteurs Namens Podeck. Besagter Podeck liest wohl sein eigenes Blatt nicht, was ihm freilich nicht zu verdenken. Sonst müßte er darin vor der Wahl nicht ein- sondern zehnmal die Drohung gelesen haben, daß, fielen die Wahlen zu Gunsten der Sozialdemokraten aus, Reaktionsmaßregeln die nothwendige Folge sein würden. Und daß die „Reaktion“ sich zunächst am allgemeinen Wahlrecht probiren würde, hat er ebenfalls in seinem „Tageblatt“ lesen können. Daß aber zu Reaktionsmaßregeln die Zustimmung der Nationalliberalen erforderlich ist, dürfte Podeck's Bescheidenheit doch wohl kaum in Abrede stellen. Und die Bereitwilligkeit der Nationalliberalen? Hat Herr Podeck die Justizgesetze vergessen? Er hat sie vergessen? Gut, die Leutchen haben ein kurzes Gedächtniß. Nun, dann lese er den Erguß seines (Podeck's) Parteichefs Wehrenpfennig in den „Hamburger Nachrichten“:

„Es sei nicht genügend, sagt derselbe, sich in einen Kampf mit den Sozialisten, Ultramontanen und anderen Reichsfeinden während der Wahlagitation einzulassen und die großen Massen in der übrigen Zeit ihren Verführern zu überlassen. Es würde sich in Zukunft darum handeln, die Massen zu gewinnen durch Schriften, Vorträge und dergleichen mehr, um auf diese Weise die Verführten wieder zur Vernunft zu bringen. Der Mittelstand habe den Abgrund kennen gelernt, der zu schließen sei, was nicht mit äußeren Mitteln, mit Gensdarmen, Staatsanwälten, auch nicht durch „plötzliche Beseitigung des allgemeinen Wahlrechtes“ geschehen könne, sondern durch eine Heilung, die aus den Ständen komme, deren Mangel an Energie und Eintracht das Uebel verschulde. Die gegenwärtige Session des Landtages und die kommende des Reichstages biete den Liberalen Gelegenheit, die Schritte zu berathen, die gegen die Verwilderung (!) zu thun seien. Wenn das nicht geschehe, so stehe zu befürchten, daß die Reaktion, von der die Sozialisten und Ultramontanen sprechen, wirklich einbräche, indem die besitzenden Klassen aus einfachem Selbsterhaltungstriebe die Regierung zu reaktionären Maßregeln drängen würden.“

So Herr Wehrenpfennig, der also nur gegen eine „plötzliche Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts“ ist. Verstanden Herr Podeck?

— Eine neue Steuer soll dem deutschen Volke bescheert werden — eine sogenannte Wehrsteuer. Ueber die Natur dieser Steuer läßt sich vorläufig nur soviel sagen, daß alle deutschen Staatsbürger — Pardon! Unterthanen wollten wir sagen —, welche aus irgend welchem Grunde für untauglich befunden werden, den Kommisrock zu tragen, mit einer Abgabe belegt werden sollen, deren niedrigster Satz auf 6 Mark und im Durchschnitt auf 21 Mark pro Kopf und Jahr zu stehen kommen soll. Im Ganzen hofft man mit dieser Steuer 30 bis 40 Millionchen Mark aus dem Volke herauszuschlagen — natürlich nur zum Wohle des deutschen Reichs. Wer das Letztere etwa nicht glauben will, der gehe zu den Nationalliberalen, die werden es ihm haarklein auseinandersetzen, daß von den riesigen Summen, welche das deutsche Volk alljährlich an Steuern aufzubringen hat, auch nicht ein Pfennig unnütz ausgegeben wird. Zahlen, zahlen und immer wieder zahlen, aber auch hübsch das Maul gehalten — das ist das uralte aber leider noch immer neue Lied.

— Das Rezept des Finanzministers Camphausen zur Hebung der deutschen Industrie, welches bekanntlich auf nichts mehr und nichts weniger als auf die Aushungerung der Arbeiterklasse hinauslief, hätte seine Wirkung nicht verfehlt, wenn man den Worten desselben Financiers, die derselbe jüngst im preußischen Abgeordnetenhause gelassen aussprach und nach welchen für die deutsche Industrie die Zeit der schweren Noth nun bald vorüber sein dürfte — wenn man diesen Worten Glauben schenken könnte. Angesichts der Thatsachen gehörte aber ein starker Köhlerglaube dazu, obige Prophezeihung Camphausen's ernst zu nehmen. So können wir heute berichten, daß auf der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn 300 Mann, und zwar die ältesten, entlassen worden sind, dergestalt, daß sie ihre durch langjährige Einzahlungen erworbenen Ansprüche an die Pensionskasse verlieren. — Der Kündigung von 200 Bergleuten auf der Zeche „Helene Amalie“ in Westfalen folgen bereits neue Einschränkungen der Kohlenproduktion auf anderen Zechen. Auf „König Wilhelm“ werden ungefähr 100 Mann abgelegt und soll gestern die Kündigung erfolgt sein. Auch auf der Zeche „Hoffnung“ und „Saelzer-Neuack“ hat man eine Kündigung von etwa 50 Mann in Aussicht genommen, dieselbe soll jedoch noch nicht ausgesprochen, sondern einstweilen verschoben worden sein, bis sich, was kaum wahrscheinlich, die Aussichten und Preise gebessert haben sollten. Auf vielen andern Zechen wird nur an 4 bis 5 Tagen der Woche gefördert. Auf den Zechen in der Nähe von Mühlheim a. R. nehmen die Arbeiterentlassungen wahrhaft erschreckliche Dimensionen an. Allem Anscheine nach sind für das begonnene Jahr fast keine Lieferungsverträge mit den Zechen abgeschlossen worden. Zeche „Concordia“ in Oberhausen kündigte 200 Arbeitern. Die dort Bleibenden arbeiten die Woche nur drei Schichten bei einem Lohne von 25 Gr. Auf den meisten anderen Zechen geht es nicht besser. — Wir glauben gern, daß Herr Camphausen als Finanzminister im Addiren und Subtrahiren etwas los hat, von der ökonomischen Wirklichkeit aber scheint er entweder nichts verstehen zu wollen oder versteht er wirklich nichts.

— Sic transit gloria mundi. Die Berliner „Volks-Zeitung“, die, als sie den (in ihrer Weise geführten) Kampf gegen den Sozialismus begann, über 40,000 Abonnenten zählte, hat, wie wir aus sicherster Quelle erfahren, in diesem Quartal eine Auflage von nur 8000. Diese Zahlen legen beredtes Zeugniß ab für den „Rückgang“.

— Die Grenzverletzungen seitens unserer russischen „Erbfreunde“ nehmen kein Ende. Förmliche Treibjagden werden ungenirt veranstaltet auf Solche, die aus irgend einem Grunde Schutz auf preußischem Boden suchen, und Schüsse werden so häufig herübergesandt, daß die hart an der Grenze wohnenden Leute auf ihren Gehöften nicht mehr sicher sind. Das alles können sich die „Erbfreunde“ schon erlauben; wenn aber einmal eine „erbfeindliche“ französische Kugel das Malheur haben sollte, ihren Weg über die Grenze nach Preußen zu nehmen — von heute auf morgen wäre der frische, fröhliche Krieg fertig.

— Tessendorff, unser bester Agitator, ist nach längerer Ruhe wieder in Aktion getreten. Dienstag den 24. ds. Mts. nämlich stand die mit so vielem Aufwand in Scene gesetzte Anklage gegen die Parteigenossen: 1) Schriftsetzer August Heinsch, 2) Maurer Paul Grottkau, 3) Buchhalter Heinrich Rackow, 4) Buchdrucker Carl Friedrich Greiffenberg, 5) Drechsler Albert Baetke, 6) Schuhmacher Georg Wilhelm Hartmann, 7) Privat-Secretair Max Carl Derossi, 8) Buchhändler Max August Geib, 9) Sattler Ignaz Auer und 10) Cigarrenarbeiter Heinrich Braasch wegen Verletzung der §§ 8a und 16 des preußischen Vereinsgesetzes bezw. fortgesetzter Theilnahme an polizeilich geschlossenen Vereinen vor der bekannten 7. Deputation des Berliner Stadtgerichts zur Verhandlung, über welch' letztere wir in der nächsten Nummer ausführlich zu berichten gedenken. Natürlich konnte der wohlweise und „unabhängige“ Berliner Gerichtshof Tessendorf nicht zumuthen, umsonst seinen staatsanwaltlichen Bannstrahl gegen die sozialistischen Attentäter geschleudert zu haben und paßte er denn auch sein Urtheil, welches am 27. Januar publizirt wurde, im Wesentlichen den Anträgen Tessendorf's an. Danach wurde die Schließung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und des Berliner sozialistischen Arbeiterwahlvereins ausgesprochen und außerdem Genosse Heinsch zu 6 Wochen, Derossi zu 2 Monaten, Greiffenberg zu 1 Monat und Geib zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt. Die übrigen Angeklagten wurden auffälligerweise für schuldlos befunden und demgemäß freigesprochen.

— In Köln herrscht derzeit große Aufregung wegen der beabsichtigten Stadterweiterung, welche den Gegenstand verschiedener lebhafter Sitzungen der städtischen Behörden bildete. Es handelt sich um die Hinausschiebung der Festungswerke und die Ankaufung eines größeren Terrains. Der Oberbürgermeister war in Berlin gewesen, um dort Erkundigungen einzuziehen, und nach mehreren geheimen und andern Stadtverordnetensitzungen beriefen Männer aus der Mitte der Bürgerschaft eine Volksversammlung ein. Interessant dürfte unseren Lesern sein, daß in dieser unser Parteigenosse Rittinghausen nachwies, daß die alte Stadtumwallung Eigenthum der Stadt war und geblieben ist, daß dem preußischen Staate nur die Nutznießung davon überlassen worden sei und daß, sobald der Staat die Nutznießung aufgiebt, die alte Stadtbefestigung in das volle Eigenthum der Stadt zurückgehen müsse. Es handelt sich dabei um eine Belastung der Stadt mit einer Summe von 9 Millionen Mark. Ein Comité ist niedergesetzt, dem auch Rittinghausen angehört und welches die Sache in die Hand nehmen soll.

— Kaiserliche Wohlthätigkeit. Der Kaiser von Oestreich

Herr v. Puttkammer.

II.

(Fortsetzung.)

Das Erkenntniß findet es unbegreiflich („am auffälligsten“), daß Dr. Höpner einfach mit dem Provokaten davon ausgeht, „daß demselben wirklich Unrecht geschehen sei und er gewissermaßen mit Recht Remedur gegen die erlittene Unbill gesucht habe, ohne irgend darauf einzugehen, worin denn das Unrecht bestanden haben soll und wie sich dazu die Ideen und Zornesausbrüche des Provokaten in seinen Schriftstücken verhalten. Gerade in diesen falschen Vorstellungen und dem Verrücken der Thatsachen, wie sich die einzelnen Personen zu diesem Unrecht verhalten, liegt der klarste Beweis für die mangelnde Kraft des Provokaten, richtig zu erkennen und richtig zu urtheilen und dafür, wie wenig die Ansicht des Sachverständigen richtig ist; Provokat verfolge nur Rechte, die ihm wirklich zukämen u. s. w.“

Es ist auffallend, daß das Gericht bei keinem der früheren Gutachten fragt, worauf sich die Ansicht vom Unrecht des Provokaten stützt! Das Erkenntniß setzt uns nun selbst von der Idee des erlittenen Unrechts beim Provokaten in Kenntniß. Es habe sich von zwei verschiedenen Richtungen aus entwickelt, in militärischer und vermögensrechtlicher Beziehung. In militärischer Beziehung rekapitulirt es die Darstellung des Dr. Lehnerdt, geht jedoch der Frage, ob das Linien-Kriegsgericht und bez. der Linien-Ehrenrath competente Behörden v. Puttkammer's gewesen sind, aus dem Wege, erörtert auch nicht den Punkt, ob v. Puttkammer's Versetzung in das zweite Landwehraufgebot sich gesetzlich rechtfertigen ließ, es weicht auch der Frage aus, ob eine nicht contrasignirte Kabinetsordre für den Provokaten rechtsverbindlich sein konnte, und berührt mit keiner Silbe die auch von Dr. Höpner erwähnte gesetzwidrige Verhaftung v. Puttkammer's behufs Anerkennung des Linien-Ehrenraths.

„Wahrscheinlich ist er auch mit Ansprüchen auf Pension als schleswig-holsteinischer Offizier abgewiesen und richtet deshalb auch seinen Groll gegen den Fürsten-Reichskanzler. Wenn er mit einer Broschüre Europa zu erschüttern gedenkt, so zeigt dies seine Selbstüberschätzung und die Schwäche seines Urtheils.“

Hat der Gerichtshof so wenig Material besessen, daß er für einen Hauptzweig der Beschwerden v. Puttkammer's nur ein „Wahrscheinlich“ findet? Ist es ihm nicht bekannt, daß v. Puttkammer seine Pensionsansprüche auch durchsetzte?

„Wer mit dem Geiste militärischer Disziplin im preußischen Heere irgendwie bekannt ist, muß sich von vornherein sagen, daß ein Offizier, welcher so gegen seine militärischen Vorgesetzten und seinen obersten Kriegsherrn auftritt, in dessen Heere er über zehn Jahre gedient hat, nicht wohl seine gesunden Sinne haben kann.“

Wir kommen später noch auf diese hochinteressante Aeußerung zurück.

„In seinem ganzen Verhalten erkennt man, daß ihm elementare Begriffe seines Soldatenstandes verloren gegangen und daß es reine Hirngespinste sind, wenn er Personen verantwortlich machen will, gegen welche eine bestimmte Schuld nie bezeichnet, viel weniger nachgewiesen ist, und zwar für Dinge, welche die natürlichen Folgen eigener Handlungen sind.“

Die Hirngespinste würden doch noch erst zu beweisen sein.

In vermögensrechtlicher Beziehung ist das Bild, das uns gegeben wird, auch ein unvollständiges. Wir vermissen darin namentlich die Lehnguts-Affaire. Wir werden nur von der Köller'schen Angelegenheit unterrichtet und auch hier läßt die Schilderung viel zu wünschen übrig.

„Im November 1865 denunzirte, wie das Erkenntniß erzählt, v. Puttkammer gegen Köller wegen Wechselfälschung. Er hätte Wechsel des Grafen v. Sierstorpff gefälscht, ihn durch Vorspiegelung eines großen Vermögens zu einem Scheinverkauf des Gutes Damerkoff bewogen und darauf 10,000 Thaler eintragen lassen. Köller ließ ihn, gerade als er näher vernommen werden sollte, zum Schuldarrest bringen. Warum nicht trotzdem seine Vernehmung erfolgte, wird nicht angegeben.

„v. P. behauptete später auch die Unterschlagung einer Obligation von 3000 Thlr. durch Köller, das Erkenntniß findet aber den Thatbestand einer strafbaren Handlung nicht nachgewiesen. Er fügt hinzu: „Die Verkürzung kann aber theils in Aufnahme von Geld auf das Gut, theils in Veräußerung von Holz u. dgl. bestanden haben, namentlich soll das Inventar für 2000 Thlr. verkauft sein. v. Puttkammer selbst gab an, daß er damals wegen Auflösung einer Verlobung habe auf Reisen gehen wollen und deshalb dem Köller die Verwaltung seines Gutes und die Ordnung seiner Verhältnisse habe übertragen wollen.“

Aufklärend bemerken wir, daß die Obligation in gar keinem Zusammenhange mit der „Verkürzung“ steht. Das Inventar ist allerdings auch verkauft worden und zwar, während die Sequestrations-Commission, welche den Verkauf verhindern sollte, in einem Nachbardorfe von Damerkow ihren Kaffee einnahm. Als sie auf dem Gute eintraf, war das Inventar in der Zwischenzeit schon fortgeschafft. — Ob der Sequestrations-Commission ein Vorwurf gemacht werden kann, das lassen wir dahingestellt. Herr v. Puttkammer hat es gethan.

„Nachdem verschiedene Zeugen in Berlin über die Wechselfälschung vernommen waren, erfolgte im März 1866 (also fünf Monate nach der Denunziation) die Vernehmung des Grafen Sierstorpff, welcher die Wechselfälschung bestätigte. (Hätte dieser Zeuge nicht zuerst vernommen werden müssen?) Die Staatsanwaltschaft beantragte nun wegen Wechselfälschung, Betrug und Unterschlagung gegen Köller die Erlassung des Haftbefehls und die Führung der Voruntersuchung.“ (War diese denn nicht schon geführt?)

„Die Verhaftung wurde von der Rathskammer abgelehnt, und als nach Fortführung der Voruntersuchung endlich im November 1866 (also nach Jahr und Tag!) der Haftbefehl wegen Wechselfälschung erlassen wurde, war Köller längst nach England gegangen.“

Wir glauben, daß bei einem so schleunigen Verfahren auch dem lammfrommsten Menschen die Geduld ausgegangen wäre!

„Inzwischen war auf Antrag des Bruders des Provokaten die Sequestration von Damerkow eingeleitet und es ist demnächst die Subhastation des Gutes erfolgt, bei welcher Provokat wohl leer ausgegangen sein mag.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Arbeitsmann.

Was macht den Menschen glücklich
In jeder Noth?
Was macht uns Alle fröhlich
Bei trock'nem Brod?
Die Arbeit ist's alleine,
Die Arbeit, die ich meine:
Schwielige Hand — gebräunt' Gesicht — —
Arbeitsmann! deß' schäm' dich nicht! —

Wer kann mit dir sich messen?
Arbeitsmann!
Sei stolz und freu' dich dessen,
Da Niemand es ja kann!
Du bist der Menschheit Perle!
Dein ist die Welt, die Erde! — —
Schwielige Hand — gebräunt' Gesicht — —
Arbeitsmann! deß' schäm' dich nicht! —

hat den Arbeitslosen von Penzing und Rudolfsheim ein Geschenk von 1000 fl. gemacht. Mit Hilfe des kaiserlichen Geschenkes wurden einige Arbeiten von der Gemeindevorstehung von Penzing ausgeführt, die jedoch nur wenige Tage dauerten, nach deren Ablauf den Arbeitern ein sehr kärglicher Lohn ausbezahlt wurde, der eben von dem kaiserlichen „Geschenke" bestritten war; die Arbeiter aber waren nun so arbeitslos wie früher. Unter den Arbeitern war, ob mit Recht oder Unrecht, vermögen wir nicht anzugeben, die Meinung verbreitet, die Arbeit werde noch fortgesetzt, sie begaben sich deshalb etwa 120 Mann stark am 15. d. M. vor das Gemeindehaus in Penzing und verlangten Arbeit. Die Antwort wurde ihnen durch die Sicherheitswache gegeben, welche drei „Tumultuanten" verhaftete und in das Landesgericht einlieferte. Die „Tumultuanten" sollen sich sehr gefreut haben, als sie erfuhren, daß sie auf einige Zeit unentgeltliche Wohnung und Kost erhalten; sie hatten ja blos deshalb „tumultuirt", weil sie nicht wußten, wie sie Wohnung und Kost zahlen sollten; nun sind sie wenigstens von dieser Sorge befreit.

— Mit Freuden bringen wir nachstehende Zuschrift zum Abdruck:

An unsere Brüder in Deutschland!

Zu Eurem Wahlkampfe wünschten wir Euch die besten Erfolge und jetzt, da uns in der Ferne das Resultat Eurer Kämpfe und Opfer bekannt wurde, rufen wir Euch begeistert zu: Bravo! Wir wissen jetzt, wie groß die Armee des Sozialismus in Deutschland ist, und die imposante Stärke derselben erfüllt uns mit den besten Hoffnungen für die Zukunft. Wir leben auch in sehr schwierigen Verhältnissen. Inmitten des nationalen Kampfes müssen wir dafür kämpfen, daß das Volk nicht auch die wahre Freiheit vergesse. Wir mußten inmitten des Kanonendonners die rothe Fahne der Sozialdemokratie hochhalten, und nur das einzige thut uns weh, daß sich unsere deutschen Brüder, unsere Lage und die Verhältnisse, in denen wir uns befinden, nicht kennend, in ihren Organen gegen die Befreiung des serbischen Volkes vom schamlosen türkischen Joche aufgelehnt haben.*) Nicht die russische czaristische Autokratie wollen wir stärken, oder gar die czaristische Knute anbeten, nein! Was wir thaten ist einzig und allein darauf gerichtet, eine jede Tyrannei, besonders den feudalistischen türkischen Staat zu vernichten. Und wenn's morgen gilt, die czaristische Despotie zu vernichten, so wären wir die ersten, die an der Arbeit sein würden. Die volle Gerechtigkeit gegen Alle und Jeden kann man nur bei der Sozialdemokratie finden, und deshalb sind wir fest überzeugt, daß uns unsere deutschen Brüder nicht mißverstehen würden. Denn wir haben gleiche Prinzipien und gleiche Bestrebungen. Was Ihr wollt, das wollen wir auch — unser gemeinsames Endziel ist die Umgestaltung der heutigen Gesellschaft, der kapitalistischen Produktionsweise, d. h. der Ausbeutung der Arbeiter durch einzelne Parasiten. Demzufolge müssen wir zusammengehen; welcher Nationalität aber ein Jeder von uns angehört, das geht uns nichts an.

Die wirkliche Volkspartei der ganzen Welt bilden die Sozialisten aller Länder; die Sozialisten aller Länder und Völker müssen solidarisch wirken und handeln. Erleidet die sozialistische Partei eines Landes eine Niederlage, so ist dies zugleich eine Niederlage der sozialistischen Parteien aller Länder und umgekehrt; siegt die sozialistische Partei eines Landes, so ist das ein Sieg der Sozialisten aller Länder; und eben darum folgten wir Eurem Wahlkampfe mit so gespannter Aufmerksamkeit. Jetzt wissen wir, woran wir sind; jetzt wissen wir, daß unsere deutschen Brüder ihre Schuldigkeit gethan haben, und in Eurem Siege, Brüder, feiern wir auch unseren Sieg. Das sozialistische Prinzip hat in Deutschland glänzend gesiegt, und somit haben auch wir gesiegt. Euch aber gehört der Ruhm des Sieges, und deshalb rufen wir begeistert: Hoch das sozialistische Prinzip! Hoch die sozialistischen Arbeiter Deutschlands! Zugleich hegen wir die Hoffnung, daß Ihr in drei Jahren noch weit bedeutendere Siege erfechten werdet, und mit Euch auch wir. Denn in Deutschland ist das sozialistische Heer schon imposant groß; in Frankreich, England, Italien, bei uns und auch in den anderen Ländern wird es mit jedem Tag größer, es wird also in der kürzesten Zeit kommen, daß es uns möglich sein wird, auf die Gestaltung der Dinge bestimmend einzuwirken.

Zuletzt rufen wir Euch noch einmal zu: Hoch unsere Brüder in Deutschland! und verpflichten uns zugleich, unsere Pflicht als Sozialisten zu thun.

Werschetz, den 18. Januar 1877.

Mit sozialistischem Gruß und Handschlag
Im Namen und Auftrage aller Sozialisten
der serbischen Nationalität aus dem unteren Banat:
Lazar Nancsits, Wasa Wischnyity.
Kosta Lerrasz.

*) Das ist ein Irrthum. Wir haben blos die Serben davor gewarnt, sich von der russischen Diplomatie und deren Werkzeugen mißbrauchen zu lassen. Das Resultat des sog. „serbischen Befreiungskampfes" wurde einfach von uns vorausgesehen. R. d. V.

— Anläßlich seiner Wahl im Solinger Kreise hat Parteigenosse Rittinghausen in Köln folgendes Dankschreiben erlassen:

Köln, den 20. Januar 1877.

Werther Herr Rautenbach!

Indem ich Ihnen meinen herzlichen Dank für die rasche Mittheilung der Siegesnachricht darbringe, ersuche ich Sie, unsern Freunden in Solingen meine innigste Anerkennung der höchst umsichtigen Thätigkeit auszudrücken, mit der sie diese für unsere Partei so wichtige Wahlangelegenheit betrieben haben. Es war für mich ein wahrer Genuß, mit den lebhaften, praktischen — und ich darf hinzufügen — geistesfrischen Arbeitern des Kreises Solingen in nähere Berührung zu kommen.

Ich bin überzeugt, daß die Uebereinstimmung und das gute Einvernehmen in Bezug auf unsere Prinzipien bei uns immer fortdauern werden; jedenfalls wird man mir nie den Vorwurf machen können, unserer hehren Sache nicht stets mit ganzer Seele gedient zu haben.

Mit freundschaftlichem Händedruck für Sie und alle dortigen Bekannten

Ihr
Rittinghausen.

— Wahlsieg in Reichenbach-Neurode (Schlesien). Parteigenosse Kapell 6657, Franz (ultr.) 6167 Stimmen.

Correspondenzen.

Wien, 20. Januar. Das Proletariat hatte in letzter Zeit theils blos Niederlagen aufzuweisen, Paris, Karthagena, oder wenigstens einen Stillstand in der Bewegung zu verzeichnen, der bedenklich aussah, wie in Rußland und in unserem lieben Oesterreich. Die deutschen Parteigenossen hingegen schreiten von Sieg zu Sieg, von Triumph zu Triumph, allenthalben verbreitet der dröhnende Tritt der deutschen Arbeiterbataillone Angst und Entsetzen, nicht nur in Deutschland. Man sieht auch hier wieder deutlich, daß auch die Bourgeoisie international zu fühlen versteht, sobald sich's um den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie handelt. Die Wuthausbrüche der Wiener Journale sind ergötzlich. Man liest nichts mehr, als vom revolutionären Berlin, vom Berliner Petroleum, von der Berliner Commune: Das „Neue Wiener Tageblatt" brachte einen Leitartikel, betitelt. „An der rothen Spree", wo natürlich Zeter und Mordio geschrien wird über den Untergang der Cultur und Freiheit, der nun drohe, schließlich meint aber das „Tageblatt", Fortschrittler und Nationalliberale hätten diese Niederlagen verhindern können, wenn sie nur den Schein einer parlamentarischen Unabhängigkeit bewahrt hätten! — Ein nettes Pröbchen der politischen Moral des Liberalismus. Seid unanständig wie Ihr wollt, aber bewahrt den Schein des Anstandes. Andere Blätter bedauern, daß Bismarck nicht rücksichtsloser gegen dir Sozialdemokraten vorging, die auch von der Regierung unterschätzt wurden — „kein Ausweg bleibt übrig als die Reaktion — und da sind die freiheitsfeindlichen Sozialdemokraten Schuld". „Den Sozialdemokraten schlechterdings müssen alle Unterschiede der politischen Parteistellung gegenüber verschwinden, alle anderen Parteien, Klerikale, Agrarier, Nationalliberale, Fortschrittler wollen sämmtlich das Bestehende erhalten, sie alle müssen sich verbinden gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie!" „Nimmer darf es dahin kommen, daß die rothe Fahne zur Reichsfahne wird, daß eine Aera Bebel-Liebknecht-Hasenclever über Deutschland hereinbricht! Das muß mit allen Mitteln verhindert werden!"

Sie sehen, die guten Leutchen sind ganz aus dem Häuschen, dennoch geben sie sich einer großen Selbsttäuschung hin. Sie vergleichen das lammfromme Wien mit dem rothen Berlin. Wie würden sie erschrecken, wenn es hier unter denselben Bedingungen und Freiheiten zur Wahl käme, wie in Deutschland. Die innere Stadt ausgenommen, würde ganz Wien sozialdemokratisch wählen. Wir würden den Brüdern draußen im Reich zeigen, daß wir nicht unwürdig sind, Parteigenossen zu heißen. Die Bourgeoisie freilich glaubt, wenn sie den Nothschrei des arbeitenden Volkes erstickt, so daß er nicht mehr zu hören ist, sei das Volk auch beruhigt und befriedigt. In Wien dürfte die Bürgeoisie eine ähnliche Ueberraschung erleben wie in Berlin.

Bismarck soll ein Gesetz bezüglich Einschränkung des Wahlrechtes in Petto haben, heißt's in einer Correspondenz der „Neuen Freien Presse"; daß er wüthend ist, läßt sich denken, seine Politik erlebt Niederlage auf Niederlage, dem Sedan in Philadelphia ist das Sedan in Berlin, in der eigenen Residenz gefolgt, die Reichsfeinde triumphiren in der Reichshauptstadt! Von einem solchen Rückgang der Sozialdemokratie kann man nur wünschen, daß er in immer schnellerem Tempo vor sich gehe. Und er wird es auch. Der Sieg der deutschen Proletarier kann nur ein Sporn sein für die andern Länder, es ihnen gleichzuthun, den Vorkämpfern des Proletariats!

Ich würde ihnen eingehender über die Haltung der hiesigen Journale berichten, aber der genaue Bericht über sämmtliche Wahlen fehlt noch, und an diesen werden die Blätter wohl auch ihre Commentare knüpfen.

London, Januar. (Zu den Reichstagswahlen.) Das Resultat der Wahlen, speziell der Erfolg der Sozialisten hat auch in der englischen Presse allgemeines Erstaunen, verbunden mit unverkennbarer Bestürzung, hervorgerufen. Dieses Ereigniß wird von den betreffenden Blättern sehr verschiedenartig besprochen. Der „Daily Telegraph" hielt in dieser Beziehung in einem längeren Artikel eine Lobrede über diejenigen Parteien, welche den Sozialisten feindlich gegenüberstehen; namentlich — heißt es in diesem Artikel — sind es die Conservativen und Liberalen, welche die „most respectable" Partei bilden, während die Sozialdemokraten „so weit heruntergesunken sind, daß dieselben gezwungen mit den Ultramontanen Hand in Hand gehen". Zum Schluß windet sich der Artikelschreiber aus seinem Versteck hervor und greint wie ein altes Weib über den von Niemand geträumten Sieg der Sozialisten in der Metropole des deutschen Reichs, verordnet aber zu gleicher Zeit in einem Quacksalberton ein Rezept, um die weitere Ausbreitung der sozialistischen Idee zu verhindern, und dieses Mittel besteht darin, Bismarck und Gortschakoff in gegenseitig freundlichen Beziehungen zu erhalten, indem, weil auch in Rußland der Sozialismus anfängt unter das Volk zu bringen, diese beiden Herren mit vereinter Macht zu wirken haben werden, um diesen der menschlichen Gesellschaft äußerst gefährlichen Feind zu unterdrücken. — Der „Weekly-Dispatch", eine wöchentliche Zeitschrift, keineswegs aber ein sozialistisches Blatt, ist jedoch ganz anderer Ansicht und bringt unterm 21. Januar einen Artikel, welcher zwar nicht gänzlich von Widersprüchen frei, aber bemerkenswerth genug ist, um hier möglichst wortgetreu wiedergegeben zu werden. Der Artikel beginnt in folgender Weise: „Daß die verschiedenen Gesellschaftsschichten Deutschlands nicht in den schönen und friedlichen Beziehungen zu einander stehen, als wie bisher gewöhnlich geglaubt wurde, davon haben die Reichstagswahlen einen unwiderlegbaren Beweis geliefert. Durch den bedeutenden, außergewöhnlichen Erfolg, welchen die Sozialdemokraten in dieser Wahlperiode errungen haben, ist die politische Welt in die größte Bestürzung gerathen. — Thatsächlich hat diese Partei zehn Sitze erobert und wird wahrscheinlich bei den folgenden Stichwahlen noch mehrere Triumphe zu verzeichnen haben. In den Wahlkreisen, in welchen die sozialistischen Candidaten nicht siegten, ist dennoch für dieselben eine Stimmenzahl abgegeben worden, welche hinlänglich die bedeutend wachsende Stärke der Partei bestätigt. Dieser Erfolg ist ein um desto bezeichnender, indem von Oben herab beschlossen wurde, den Sozialismus entschieden auszurotten. Es muß bemerkt werden, daß die deutsche Regierung zu den willkürlichsten Maßregeln griff, die Vereine der Sozialisten auflöste und die Leiter derselben einkerkerte. Sogar die sozialistischen Mitglieder des Reichstags waren nicht ausgenommen von diesen strengen Verfolgungen, und Einige derselben hatten noch in letzter Zeit für ihre Ueberzeugung zu leiden.

Dies ist jedoch nicht alles. Da, wo die Organisation durch die eigeumächtigsten Polizeimaßregeln beeinträchtigt, die Arbeiterversammlungen auf alle nur erfindbare Weise hintertrieben wurden, stellte sich heraus, daß man einen Umstand übersah, dem gegenüber selbst die Regierung sich ohnmächtig erwies. Das war das grenzenlose Elend, welches in den unteren Klassen mit auflösender Gewalt um sich griff. Die Nothlage der Arbeiter, die Polizeiverfolgungen, die größten Schwierigkeiten, um Versammlungslokale aufzutreiben, das äußere Band der Organisation durch Regierungsbefehl aufgelöst — alle diese, eine Partei nothwendig aufreibenden Umstände führten in den maßgebenden Kreisen zu der Annahme, die sozialistische Idee müßte nun vollständig unterworfen, zum mindesten aber in rapidem Rückgange begriffen sein. Zu dem größten Erstaunen der Welt steht diese Partei in einer Kraft und Größe da, wie noch nie zuvor. Die Sozialisten rächten sich für die erlittene Unbill durch die Besitznahme der hervorragendsten Wahlbezirke des deutschen Kaiserreichs.

Eine derartige Erscheinung darf daher in Zukunft nicht mit der gewohnheitsmäßigen Gleichgiltigkeit behandelt werden. Eingestanden muß werden, daß die arbeitende Klasse schon zu lange und zu viele Bedrückungen erleiden mußte. In dem Druck übertriebener Steuerlast, im Darniederliegen der Industrie liegt der ungeheure Krebsschaden, welcher keineswegs durch die Gewalt beigelegt oder verbessert, auch nicht durch den Scheinglanz militärischer Erfolge vergessen gemacht werden kann. Nur der kluge und vorsichtige, radikal-liberale Reformer kann Hoffnung haben, den sozialistischen Agitator geistig zu entwaffnen. (Wie haißt?) — Deutschland befindet sich in einer kritischeh Lage, mehr als allgemein angenommen wird.

Keineswegs können die Wahlen, soweit die anderen Parteien in Betracht kommen, zu der Hoffnung berechtigen, irgend eine durchgehende Verbesserung zu bewerkstelligen. Die Ultraconservativen erhielten mehrere Sitze, die Fortschrittler haben fast gänzlich den Grund verloren, und die nationalliberale Partei kann nicht mehr die Macht und Stärke aufweisen, wie es vordem der Fall war. Dennoch prahlt die Regierung, im Besitze einer entschiedenen Majorität (Jasager) zu sein."

Der Artikel schließt mit der Bemerkung, daß für Diejenigen, welche verstehen, zwischen den Zeilen zu lesen, das Resultat der Reichstagswahlen eine fruchtbringende Warnung für die Zukunft sein wird.

P. Baudiß.

Königsberg i. Pr., 24. Januar. Am 22. d. M. fand hier eine von dem Reichstagswahl-Comité der vereinigten Demokraten und Sozialdemokraten einberufene öffentliche Versammlung statt, in welchem das Verhalten beider Parteien zu der am 27. d. M. festgesetzten Stichwahl zwischen dem fortschrittlichen Candidaten Rentier J. Dickert und dem nationalliberal-conservativen Candidaten, Stadtkämmerer Hoffmann besprochen werden sollte. — Die sich geltend machenden zwei verschiedenen Anschauungen wurden in der sehr zahlreich besuchten Versammlung eingehend erörtert. Alle Redner waren darin einig, daß, wenn ein Demokrat oder Sozialdemokrat sich bei der Stichwahl betheilige, er nur Dickert wählen könne; es entspann sich nun jedoch eine lebhafte Debatte darüber, ob überhaupt eine Betheiligung bei der Wahl stattfinden solle oder nicht. Für Betheiligung an der Wahl sprachen die Demokraten Oberlehrer Prengel, Kaufmann Rapp und Glasermeister Störmer, indem sie zugleich für Dickert eifrig plaidirten; für Wahlenthaltung und zwar aus prinzipiellen Gründen sprachen der Demokrat Buchhändler Braun und die Sozialdemokraten Rekitzki, Pinnow und Arnoldt. — Zum Schluß wurde Jedem überlassen, zu thun, was er im vorliegenden Falle für richtig halte, denn ein bindender Beschluß würde bei Einzelnen nur zu leicht einem Gewissenszwang ähnlich scheinen.

Breslau, 26. Januar. Die auf gestern Abend 8 Uhr nach Wiesner's Concertsaal ausgeschriebene Wählerversammlung war so überaus zahlreich besucht, daß nicht nur schon lange vor 8 Uhr die weiten Räume überfüllt waren, sondern auch mehr als 2000 Menschen, da selbst Hausflur und Hof mit Menschenmassen angefüllt waren, wieder umkehren mußten, ohne irgendwo einen Platz finden zu können. Selbst der Schießwerdersaal hätte gestern nicht ausgereicht, um diese Menschenmassen aufzunehmen. Herr Maximilian Schlesinger geißelte als erster Redner in wahrhaft vernichtender Weise die Taktik der Gegner im jetzt entbrannten Wahlkampfe. Seine Ausführungen fanden den ungetheiltesten Beifall, ein Zeichen, daß alle Verdächtigungen und Verläumdungen gegen uns bei der Breslauer Bürgerschaft keinen Anklang mehr finden. Hierauf entwickelte der Candidat für den Westbezirk das Programm der Arbeiterpartei unter der größten Aufmerksamkeit der Versammlung. Er wies namentlich noch besonders nach, daß die Interessen der Kleingewerbtreibenden und niederen Beamten mit den Interessen der Arbeiter identisch sind. Die lebhafte Zustimmung der Versammlung läßt erwarten, daß die Abstimmung am 26. zu unseren Gunsten ausfallen wird. — Der übergroßen Hitze wegen, die im Lokale herrschte, mußte die Versammlung auf 10 Minuten vertagt werden. Nach Wiederaufnahme erhielt das Wort Herr Bäthke und widerlegte unter dem Beifallssturm der Anwesenden die Vorwürfe, die gegen die Forderungen der Arbeiter gerichtet werden. Hierauf ergriff Herr Reinders das Wort, setzte die Wichtigkeit des Wahlaktes auseinander und forderte zu reger Betheiligung am Wahltage auf,

---

Drum auf! du Mann zur Arbeit,
Du bebst ja nie zurück!
Auf! auf! zur wahren Freiheit! —
Dann findest du dein Glück! —
Mit stolzem Ruf' erhebe dich:
„Ich bin „„Arbeiter""! Kennt ihr mich?"
Schwielige Hand — gebräunt' Gesicht — —
Arbeitsmann! deß' schäm' dich nicht! —

J K.

— Heiteres von ernstem Ort. Nähere Freunde des würdigen Präsidenten unseres (des österreichischen) Abgeordnetenhauses, so berichtet die „Neue Fr. Pr.", bemerkten während der letzten parlamentarischen Pause, daß er nachdenklicher als je umherging und offenbar wichtige Dinge im Schilde führte. Man glaubte anfangs die durch den ungarischen Ausgleich so häufig auftauchenden Gerüchte von Ministerkrisen als Grund jener tiefen Sorgen annehmen zu sollen, indessen zeigte sich heute erst die wahre Ursache des langwöchentlichen Nachdenkens. Es hatte Herrn Dr. Rechbauer schon oft gewurmt, daß die schwarzbefrackten Diener des Abgeordnetenhauses selbst von Mitgliedern des Parlaments mit den Erwählten des Volkes verwechselt wurden, ja daß sogar bei Abstimmungen das wohlfrisirte Haupt eines solchen Dieners irrthümlicherweise einmal mitgezählt worden war. Um derartige inconstitutionelle Verwirrungen ein für alle Mal zu beseitigen, ließ heute Herr Dr. Rechbauer die Diener des Hauses mit breiten weißen Schärpen geschmückt im Saale erscheinen. Die braven Diener sahen jetzt zwar nicht Volksvertretern, wohl aber einem Beamten der Entreprise (Begräbnißgesellschaft) frappant ähnlich und alle Deputirten waren im höchsten Grade überrascht, plötzlich die ernsten Vertreter der Leichenbestattungsgesellschaft im Hause Posto fassen zu sehen. Als aber die neue Erscheinung erklärt war, brachen alle Abgeordneten in ein herzliches und so anhaltendes Gelächter aus, daß die Diener flugs die Schärpen abnahmen und nun wieder wie gewöhnliche Menschen ohne Mandat und Diäten aussehen. Es war aber Einer, dem's zu Herzen ging, daß jetzt nicht mehr die Schärpe hing, und Herr Dr. Rechbauer ordnete daher an, daß die Diener von nun an mit weißen Rosetten auf den Fräcken zu erscheinen haben. Dies geschah auch, und die neugeschmückten Diener wurden jetzt von Uneingeweihten für die Mitglieder eines Ballcomités angesehen, welche direkt in den Saal gedrungen, um hier ihre Einladungen an den Mann zu bringen. Nach und nach wird hoffentlich die neue Cocarde jedoch anerkannt. Damit wird diese parlamentarische Toilettenfrage vorläufig zur Zufriedenheit Aller gelöst sein, so daß künftig kein Diener des Abgeordnetenhauses wird fürchten müssen, etwa mit einem Deputirten, welcher ein Mißtrauensvotum von seinen Wählern erhalten hat, verwechselt werden zu können. Im französischen Parlament tragen die Diener stählerne Ketten um den Hals, welche nach Art der altdeutschen Rathsketten über die Brust herabfallen; dies bildet jedenfalls ein verläßlicheres Merkmal als Schärpe und Rosette.

---

worauf die Versammlung kurz vor 11 Uhr mit einem vom Vorsitzenden ausgebrachten und von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommenen dreimaligen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen wurde.

Labiau i. Ostpr., 18. Januar. In unserem Wahlkreise Labiau-Wehlau sind bei der letzten Reichstagswahl am 10. d. M. folgende zwei empörende Wahlbeeinflussungen vorgekommen: 1) Der Amtsvorsteher und Standesbeamte Riebensahm auf Loebertshof ließ kurz vor der Wahl durch den Arbeitsmann Meyhöfer und durch den Kämmerer Fischer den anderen auf seinem Gute befindlichen Arbeitern sagen: „Derjenige, der einen von den „Herumtreiberzetteln" zur Wahl bringe, sei sofort frei und brodlos." Unter den „Herumtreiberzetteln" verstand Herr Riebensahm die mit dem Namen „Hasenclever" versehenen Wahlzettel. Da die Arbeiter von Loebertshof nicht gegen ihre Ueberzeugung stimmen wollten, andererseits aber fürchteten, mit ihren Familien plötzlich exmittirt zu werden, so enthielten sie sich der Wahl. 2) Auf dem Domainen-Vorwerk Viehhof bei Labiau übergab Inspektor Hilgendorf sämmtlichen Arbeitern des Gutes Wahlzettel, die auf den Grafen Schlieben-Sanditten lauteten und äußerte hierbei laut und nachdrücklich: „Wer einen anderen als den Grafen wählt, dem geht es schlecht." Trotzdem fand sich der Gespannknecht Neumann mit einem vorschriftsmäßig zusammengefalteten Wahlzettel, der den Namen Hasenclever enthielt, im Wahllokal ein. Hier fragte ihn der als Wahlvorsteher fungirende Domainenpächter Rosenau nach dem Namen, der sich auf dem Wahlzettel befinde, und als er hierauf den Namen Hasenclever zur Antwort erhielt, verlangte er einen Wahlzettel mit dem Namen des Grafen Schlieben auf Sanditten. Neumann holte einen solchen aus der Westentasche hervor und diesen spedirte dann Herr Rosenau in die Wahlurne. — So werden bei uns in Ostpreußen die Resultate der Reichstagswahlen gemacht! — Den Herrn Staatsanwalt in Wehlau i. Ostpr. fordern wir jedoch hierdurch auf Grund der obigen Thatsachen auf, im Hinblick auf die §§ 107, 108 und 339 des deutschen Strafgesetzbuchs auf, gegen die Herren Riebensahm auf Loebertshof, Inspektor Hilgendorf auf Viehhof und Domainenpächter Rosenau die strafrechtliche Verfolgnng eintreten zu lassen.

Alle Preßorgane, die dafür sind, daß in Preußen Recht und Gesetz herrsche, werden ersucht, diese Correspondenz zu veröffentlichen.

Naumburg, 23. Januar. (Ein gesetzeskundiger Bürgermeister.) Eine Depesche aus Zeitz rief mich am 8. Januar zu der dort stattfindenden Volksversammlung als Referent, weil Herr A. Zwiebler zur Diskussion mit dem Herrn Bürgermeister in Schönebeck abberufen war. Obgleich ich sehr unwohl, und auch nothwendige Arbeit fertig schaffen mußte, gebot mir doch die Pflicht, daselbst zu erscheinen. Parteigenosse O. machte die Bemerkung, daß hierselbst eine solche starkbesuchte Versammlung noch nicht gewesen sei. — Herr Otto eröffnete die Versammlung und behielt bei der Büreauwahl den Vorsitz, es waren jedoch viele große Grundbesitzer, Lehrer, u. a. selbst der Schwager des Herrn Reichstagsabgeordneten hiesigen Wahlkreises, Rittergutsbesitzer Jacob aus Deuben, anwesend. Stimmen verlangten Zwiebler sprechen zu hören, Freund Vogt beruhigte dieselben und ich erhielt das Wort. Ich kritisirte die Parteien im Allgemeinen und legte das Programm der Sozialdemokratie ausführlich vor. Lebhafter Beifall wurde mir zu Theil. Nachdem mein Vortrag mit der größten Ruhe und Gespanntheit aufgenommen, wurde zur Interpellation aufgefordert, aber Niemand meldete sich. Hierüber ergriff ich nochmals das Wort und sagte, es sei Pflicht, Andersdenkende zu widerlegen. Aus der Versammlung hörte ich rufen: „Herr Jacob hat das Wort!" Derselbe gab die Antwort, sich nicht hierzu gemeldet zu haben. — Nochmals schilderte ich die Art der Vertretung des Reichstagsabgeordneten Herrn Rohland, der noch nie einen Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage erstattet, selbst der brieflichen Einladung der Naumburger Bürger vor drei Jahren nicht Folge geleistet habe, wie es doch die Sozialisten ihren Wählern gegenüber gethan hätten. — Hierauf wurde folgende Resolution mit allen gegen 3 Stimmen angenommen: „Die heute hier tagende Wählerversammlung ist mit den Prinzipien der Sozialdemokratie einverstanden und verspricht mit allen gesetzlichen Mitteln für die Candidatur des Herrn A. Zwiebler einzutreten." — Hierauf wurde ein Antrag zur Tellersammlung gestellt und von der Versammlung mit großer Begeisterung angenommen, hierzu auch zwei Personen gewählt und nun die Versammlung geschlossen. Jetzt trat der Herr Gensdarmerie-Wachtmeister, mit dem Gesetzbuch in der Hand, vor mich und machte mir bekannt, der Referent müsse sich 3 Tage vor einer Versammlung bei der Behörde melden, dieses sei nicht geschehen. Natürlich war die Antwort, das ganze Vereins- und Versammlungsgesetz enthalte einen derartigen Paragraphen nicht; der Gensdarm las mir aber nun wirklich einen Paragraphen vor, den ich indeß keineswegs so verstehen konnte, er gab mir aber die Antwort: Seien Sie froh, daß es so glatt abgegangen ist. — Fünf Minuten mochten vergangen sein, als ich wieder aufgefordert wurde, mit dem Gendarm beim Herrn Bürgermeister zu erscheinen, der mir die Fragen stellte: Wer sind Sie? Haben Sie Legitimation? — Ja wohl, Landwehr-Militärpaß! — Nicht genügend: Reisekarte. — Als ich andeutete, mein Landwehrpaß habe überall Giltigkeit gehabt, wurde derselbe entrollt, und der Herr B. fand, daß ich wohl ein leidlicher Vaterlandsvertheidiger gewesen sei, denn ich habe verschiedene Gefechte hierin verzeichnet und bin als Invalide ohne Pension entlassen worden. — Nun glaubte ich entlassen zu sein, es gab aber noch etwas: Parteigenosse Otto stand und hielt die Tellersammlung in der Hand; da sagte der Herr B. mit barschem Tone zunächst: Diese Dummheit! (mit Hinweis auf die Tellersammlung). Ich bemerkte, daß es nach dem Gesetze vollständig gerechtfertigt sei, indem dieses der Obertribunalsbeschluß genehmige. Sehr entrüstet sagte mir Herr B., ich solle den Beschluß vorlegen. Ich entgegnete, ich könne nicht sämmtliche Gesetzbücher bei mir führen, würde aber den betreffenden Paragraphen von Naumburg senden; auch erwähnte ich, daß es wohl in der Funktion des Herrn B. läge, selber solche Beschlüsse zu kennen. Da rief er mir entgegen: Verstocktheit! Unfehlbarkeit! nur Er — meine es ehrlich. — — Hier empfahl ich mich und in aller Ruhe wünschte ich dem Herrn Bürgermeister wohl zu schlafen. — — —

J. K.

Erklärung.

Ich habe schon öfters, ehe ich meine letzte vierwöchentliche Strafe antrat, allerlei Irrthümer im Publikum verbreiten gehört über die von mir vom 16. Febr. bis zum 23. März in hiesiger Caserne verbüßte Strafe. Deswegen sehe ich mich veranlaßt, den Grund derselben hiermit zu öffentlicher Kenntniß zu bringen.

Vorausschicke ich, daß es eine militärische und keine Civilbestrafung war, um die es sich handelt.

Um einem Freunde und Kameraden von 1870/71 zu seinem Rechte zu verhelfen, erlaubte ich diesem, bei einer dahin gehenden Eingabe auch meinen Namen nebst mehreren anderen zu unterzeichnen, um den Inhalt der betr. Eingabe zu bestätigen. Nun wurde ich nebst zwei anderen verklagt, vom Civilgericht wurde die Untersuchung eingeleitet und vom Kriegsgericht das Urtheil gesprochen.

Am 7. Dezbr. 1875 früh 8 Uhr erhielt ich Ordre, am andern Morgen 11 Uhr mich in der Casernenwachtstube zu melden, um das Weitere zu gewärtigen. Nun mußte ich aber eine geschäftliche Reise nothwendigerweise antreten, um nicht bedeutende persönliche Verluste zu haben. Deshalb schrieb ich an den Herrn Feldwebel, daß ich mich auf Geschäftsreisen befinde und bat um Aufschluß über die Angelegenheit. In der Schweiz erhielt ich briefliche Mittheilungen von Bekannten über die Sache und kehrte nach 9wöchentlicher Abwesenheit zurück, um eine etwaige Strafe anzutreten. Am 15. Februar, Mittags 11¾ Uhr angelangt, wurde ich am 16. Morgens von einem Polizeisergeanten verhaftet und zur Caserne geführt, woselbst mir das Kriegsgericht eröffnete, daß ich wegen „gemeinschaftlicher Eingabe" 14 Tage Mittelarrest zu verbüßen habe. Nach deren Verlauf erhielt ich die Nachricht, daß ich auf Antrag des Königl. Landwehrbezirks-Commandos in Untersuchungshaft zu verbleiben hätte. Nach 7tägiger Untersuchung wurde ich beschieden, daß ich wegen „Nichtbefolgung eines erhaltenen Dienstbefehls" und wegen „subordinationswidrigen Benehmens im schriftlichen Verkehr mit einem Vorgesetzten" 19 Tage Mittelarrest antreten müsse. Von den 7 Tagen Untersuchungsarrest wurden 4 als Mittelarrest gerechnet, so daß ich also im Ganzen 36 Tage meist bei Wasser und Brod abzubrummen hatte. Krank wurde ich entlassen und mußte auch noch das Opfer von allerlei Verleumdungen werden.

Meine letzte Strafhaft, aus der ich am 17. Jan. entlassen wurde, wird nebst ihren Gründen und näheren Umständen den Lesern des „Vorwärts" (früher „Volksstaat") bekannt sein und bedarf keiner weiteren Bemerkung.

Coburg, den 26. Jan. 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß — Jul. Heymann.

Oeffentliche Quittung.

Seit dem 22. Januar habe ich für den Wahlfonds erhalten:

Delmenhorst d. F. Friedrichs 20,00; Altenburg ein Baustein zum Ganzen v. Buchdruckern d. F. Hammel 19,00; Göppingen d. Bronnenmayer auf 3 Listen 10,00; Schaffhausen v. deutschen Verein d. Haacke 16,12; Mannheim v. Henz' Baugeschäft d. Hang 3,00; desgleichen von der Schreinerversammlung betreff. Ball 3,00; Pirna d. Ernst Schlegel 9,26; Neundorf v. G. Röder 6,96; Flensburg v N. Johannsen's Cig.-Fabr. d. Quistorf 6,40; do. v. H. P. 10,40; Zell i. W. d. Paul Stelzen, Müller 9,75; Schwedt a. O. v. 4 Genossen d. Th. Leonhardt 3,35; Sorau d. R. Jank 20,00; Buer b. Melle v. F. Köhler 3,15; Bremen v. d. Cig.-Fab. Biermann u. Sch. d. G. Stickan 12,00; Hückeswagen v. A. Lehmann 3,00; Kaiserslautern v. J. Strohauer 5,00; Lehe v. Pb. Krebs 3,50; Greiz d. Frz Enders 30,00; Lechhausen auf Listen d. Lichtensteiger 10,00; Eilenburg v. W. R. Sperling 9,00; do. v. den Maurern in W. d. Klotzsch 3,00; Warnsdorf i. Böhmen von Genossen: „Was unsere Brüder gewinnen, gewinnen wir mit" 9,60 (6 Gulden östr. W.); Offenburg i. Baden v. C. Geck 5,00; Zürich v. Schlosser-Fachverein d. Kindlimann 16,12; Vevey v. deutschen Verein d. Schrader 8,06; Pforzheim v. Freunden u. Genossen d. Th. Meid 14,00; Bielefeld v. Arbeitern der Schmidt'schen Fabrik d. W. D. 7,00; Lößnitz d. M. Nötzel 3,00; Lüneburg d. G. Böttcher 7,40; Stötteritz d. E. Grube ges. v. F. Hofmann 2,63; do. d. O. Richter 8,35; do. v. Gustav Bierling 2,00; Einbeck v. F. Kiel 4,30; Brandenburg a. H. Tuchfabrik Tivoli 4,00; Naumburg a. S. d. J. Kosky 16,20; Ottweiler v. N. Kohl 2,50; Cöln v. den Gästen der Frau Koch d. H. Weidengesch 18,05; Harburg v. den Arbeitern der Gaiser'schen Oelfabrik d. Steffens 14,05; Königsberg v. Borowski 10,00; Wiesbaden d. J. C. Stück 10,00; Reutlingen d. H. Kiene 20,00; Lübeck d. H. Bruhn 91,78; Gießen d. W. Lohrey 50,00; Ahrensburg Liste 780 d. H. Stäcker 7,20; Staßfurth d. H. Niehoff 8,00; Glarus v. deutschen Verein d. F. M. 16,12; Konstanz d. J. Pönitz 5,20; Burkhardsdorf Liste 2633 d. G. Görner 5,05; Aalen d. D. 15,00; Neustadt bei Stolpen v. Wählern d. 8. sächs. Wahlkreises d. H. Börner 3,00; Elberfeld v. J. Wimmers 3,00; Cöln v. den Bildhauern u. Tischlern bei Ballenberg d. Overhage 9,40; Edderitz d. G. Hobusch 13,00; Verden d. Ad. Müller 25,00; Gera v. Arbeitern der mechan. Weberei v. Wittmer u. Schönherr d. Teumer 6,25; Oberlahnstein v. J. Schumacher 2,50; Weimar v. Parteigenossen d. A. Hänsgen 9,00; Meeraue d. F. Voigt 30,00; Gößnitz d. J. G. Hüttig 6,00; Krotenlaida ges. d. Fritz Pohle 4,00; Baden-Baden Liste 2349 d. J. Kusters 10,00; Iserlohn d. L. Copalle 13,21; Annaberg-Buchholz Liste 2400 d. Wetzel 10,30; Bernburg d. C. Bopel 2,10; Neuenkirchen b. B. v. R. J. Köster 3,00; Nobitz b. Altenb. v. Arbeitern 4,50; Delitzsch d. W. Krausch 9,00; Olten v. deutschen Schuhm. d. Bender 8,06; Zürich v. Smöclub b. Huttelmeyer d. Schnelle 15,00; St. Gallen v. Allgem. Arbeiterbild.-V. 32,25; Luzern v. deutschen Verein d. H. Kruse 24,19; Friedrichshagen b. P. d. W. Thieme 2,40; Weimar v. einigen Gesinnungsgenossen d. Hänsgen 3,00; Goldlauter d. C. Weiß 5,00; Zeitz d. Sandvoß 1,35; do. d. Lötzsch 0,50; do. d. G. Graul 1,70; do. d. Müller v. Küchler's Cig.-Fab. 4,65; Wannen b. W. d. Joh. Schwarze 5,00; Carlsruhe v. Gesinnungsgen. d. H. Bräutigam 2,85; Hastedt d. C. Grope 14,65; Achim d. S. Müller 30,00; Wörbzig v. einigen Arbeitern d. Zuckerfabrik Gerlebock 3,30; Coblenz v. Heinrich Dörrstein 8,05; Jessen b. Meißen ges. d. Ernst Köhler 4,00; Bremerhaven d. H. R. Kaht 60,00; Zellerfeld v. H. Schirmbeck 5,10; Oggersheim d. J. Queva 8,10; Hohenfelde v. Werner's Tischlerw. d. Markmann 6,25; Wieda d. Fr. Täuber 3,00; London v. C. Arb.-Bild.Verein d. Theod. Koll 102,00; v. einem Parteigenossen aus der Vorderpfalz 100,00; Brunndöbra auf Listen d. Louis Schneider 15,60; Regensburg durch Dantzer 0,85; Neumünster i. d. Schweiz v. einer Arbeiterversammlung in Oerliken d. R. Seibel 8,00; Zug v. einem Genossen d. R. Seibel 6,50; Zeitz v. Krüger's Cig.-Fab. d. J. Schlüter 3,60; Theissen d. Drahotta 4,50. Hamburg: 5,00 v. Schmüser's Cig.-Fabr.; 6,45 zweite Rate auf Liste 4186 d. Schultz; 1,65 v. Süllau; 7,20 auf Liste 2 v. Rehbein's Tischlerw. d. Niederer; 1,00 v. N. N.; 5,30 auf Liste 4189 d. Kreuzfeldt; 6,80 auf Liste 3739; 2,00 v. N. N.; 13,70 erste Rate auf Liste 252 d. G. U.; 10,60 zweite Rate auf Liste 4008 d. Schrader; 3,00 v. Ephraim's Werkst.; 4,65 v. Sanne's Tischlerw.; Uhlenhorst, d. H. Griebel; 4,75 v. Heinr. Tunke; 6,00 v. Heymann's Möbelwerkst.; 1,00 v. F. A. Glaser; 1,00 v. Zwischenberger; 4,60 aus der Wirthschaftskasse v. Eskelson; 4,00 v. einigen Tapezierern; 6,00 v. J. E. C. Erber's Schneiderwerkst.; 26,00 auf Liste 4183 d. Richter; 11,50 auf Liste 4182 d. Störmer von Parteifreunden, Stadtdeich; 25,00 auf Liste 4181 d. Störmer v. Parteifreunden; 13,80 auf Liste 4190 d. Weilenmann; 6,00 v. den Parteigenossen auf Steinwärder d. Kerl.

Für den Unterstützungsfonds erhielt ich:

Eilenburg v. W. R. Sperling 3,00; Leipzig v. A.-Bild.-V. d. Hablich 34,70; Annweiler v. G. Seebach 1,00.

Für den Agitationsfonds erhielt ich:

Wilster d. Brückmann 15,00; Burg do. 8,90; Kellinghusen do. 10,00.

Hamburg, 27. Januar 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. R. S. in Lübeck: Es ist erlaubt, die Composition der Lieder aus der „Neuen Welt" abzuschreiben.

der Expedition. J. C., rheinischer Bauer: Ihre Reklamation ist der Post übergeben und lautet auf Abonnenten in Ingelheim. Wir müssen doch den Ort angeben, wo das Blatt reklamirt wird. — Osnabrück: Annonce Montag Mittag zu spät eingetroffen

Die Gesinnungsgenossen zu Wertheim am Main (Baden) werden ersucht, eine zuverlässige Adresse zu senden an W. Blos, Hamburg, Amelungstraße 6, Redaktion des „Hamburg-Altonaer Volksblatt".

Der Bildhauer Theodor Blodowsky aus Berlin wird ersucht, seine Adresse sofort einzusenden und bitte ich die Parteigenossen, denselben darauf aufmerksam zu machen.

Güstrow. Otto Wollschläger, Schuhmacher.

Quittung. Kischbch Flensburg Ann. 1,20. Kpfr hier Ab. 0,80. Arb.-Bild.-Ver. Neutitschein Ab. 6,56. Strsfr Wien Ab. 1,64. Hmmr Pirna Schr. 5,00. Müll Mülheim Schr. 4,35. Egltr Weißenburg Schr. 4,90. Mrlck Eßlingen Schr. 12,50. Mntl Schalke Ann. 0,40. Wckbckr u. Gldnr Metz Ab. 3,00. Grbnstn Lindenau Ab. 16,00 u. 19,35, Schr. 12,00. Arbeiterver. das. Ann. 1,30. Schneidergewerksch. hier Ann. 8,00. J. Frnz Zürich Ab. 50,00. Bntgn Wiesbaden Ab. 28,07. Stlzl Teplitz Ab. 3,20. Hmpr Hannover Ann. 1,50. Wtt hier Ann. 2,80. W. Gnthr Großenhain Ab. 30,43. Schlgl Graz Ab. 8,26. Rdlwsky Jarotschin Schr. 4,80. Hmmtzsch Uebigau Ab. 0,90. Kpp Richeu Ab. 1,70. F. Prbstl München Schr. 1,14. Lgs Hannover Ann. 1,90. Bttchr hier Ab. 4,80 u. 3,00. J. Nhl Kirschbaum Schr. 20,00. Müll Mannheim Ab. 40,00. Knstmnn Erlangen Ab. 19,10. Kndrth Regen Schr. 1,65. Lndngr Wien Ab. 4,96. Arbeiter-Bild.-Verein Loeben Ab. 5,37. Arbeiter-Bild.-Verein Kindberg Ab. 1,98.

Wahlfonds.

Von einigen Buchbindern gesammelt 4,50. Connewitz d. Schenk Liste 10 1,60, Liste 11 1,40. Bauersachs Liste 51 4,10. Bennewitz Liste 6 1,00. Krzr hier ges. in Gohlis 7,40. Arbeiterverein Plagwitz d. Quenzel 1,21.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Hannover. Vereinigte Gewerkschaften.
Sonntag, den 4. Februar, in Winkler's Hotel:
Unterhaltung. (F. 162)
Anfang 4 Uhr. — Dieses allen Parteigenossen zur Nachricht. [1,50
Das Comité.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 3. Februar, im Lokale des Herrn Boge, Mittelstraße Nr. 11: [60

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag und Diskussion. Der Vorstand.

Den Parteigenossen zur Kenntniß, daß in nächster Zeit das Wahl-Siegesfest stattfindet und ersuchen wir für die größtmögliche Verbreitung zu sorgen, auch sich rechtzeitig mit Karten versehen zu wollen. Karten sind in den Versammlungen und bei Rudolph zu haben. Das Nähere wird noch bekannt gemacht. Das Comité. (F. 161) [1,50

Linden vor Hannover. Den Mitgliedern und Freunden der (F. 210)

Liedertafel „Fidelitas"

zur Nachricht, daß unsere Vereins-Maskerade Sonnabend, den 3. Febr., im Meier'schen Lokale, Limmerstraße, stattfindet, wozu Freunde eingeführt werden können. Karten sind bei allen Comitémitgliedern zu haben. Der Vorstand. [2,40

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 3. Februar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Saal):

Große Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Diskussion der Statuten. 2) Anträge. 3) Agitation. 4) Urabstimmung. [80
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Leipzig. Sonntag, den 4. Februar, Vormittags Punkt 10½ Uhr, im Saale des Arbeiterbildungsverein, Ritterstraße 43 II.:

Versammlung.

Alle Diejenigen, welche sich für das Lokalblatt „Fackel", Volksorgan für Leipzig und Umgegend, interessiren, werden hierzu dringend eingeladen. Der Einberufer. [70

Volkmarsdorf. Arbeiterverein.
Montag, 5. Februar, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1) Bericht des Vorstandes; 2) Abrechnung des Kassirers; 3) Abrechnung des Bibliothekars; 4) Wahl des Vorstandes 2c.; 5) Stiftungsfest betr.; 6) Bibliothek betr.
Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.
1,00] Der Vorstand.

Ein begabter Knabe, mittellos, 14 Jahr alt, mit sehr guter Handschrift, sucht per Ostern 1877 eine Stelle als Druckerlehrling oder in einer Expedition unserer Parteipresse. Offerten nimmt dankend entgegen
W. Otto, Webermeister in Hohenstein, Oberlungwitzerstraße.

!Tessendorff!

Viele Parteigenossen wünschen den bewährten Förderer unserer Wahlsiege naturgetreu portraitirt zu sehen.
Wer verhilft uns zu der Photographie?
Echt garantirtes Bild würde gern bezahlen
Die Redaktion der „Neuen Welt".
Leipzig, Färberstr. 12, II.

Den Abonnenten der „Neuen Welt"

zur Nachricht, daß wir durch die unumgänglich nöthigen Arbeiten zu den Stichwahlen noch immer nicht im Stande waren, ganz auf's Laufende zu kommen. Die Ursache der Verzögerung wird uns gewiß entschuldigen. Heft I soll im Laufe dieser Woche bewältigt werden.

Leipzig, den 27. Januar.

Verlagshandlung u. Genossenschaftsdruckerei.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12, II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Laufermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 15. Sonntag, 4. Februar. 1877.

Das Wahlresultat

läßt sich nun übersehen. Die genauen Ziffern über die jetzige Stärke der Parteien im Reichstag liegen allerdings noch nicht vor, werden aber in nächster Nummer veröffentlicht werden können. Die Sozialdemokratie hat 13 Sitze erlangt — 10 am 10. Januar, 3 in den Stichwahlen — also 4 mehr als bei den Wahlen von 1874. Die Gesammtzahl der für unsere Candidaten abgegeben Stimmen läßt sich noch nicht feststellen; gewiß ist, daß sie, auch wenn wir den bei den Stichwahlen für unsern Candidaten erzielten Stimmenzuwachs nicht ausschließlich auf Rechnung unserer Partei setzen, mindestens 600,000 beträgt.

Die einzige Partei, welche außer der sozialdemokratischen, einen Fortschritt aufzuweisen hat, ist die conservative — die sogenannte „Volkspartei", die blos lokaler Natur ist, ebenso die „Partikularisten", rechnen wir nicht zu den Parteien — sie hat einige 20 Sitze gewonnen, während die Nationalliberalen und Fortschrittler an dreißig (falls das noch unbekannte Resultat zweier Stichwahlen den Nationalliberalen günstig ist: 28) Sitze verloren haben (die Fortschrittler 3, die Nationalliberalen den Rest). Die „Volkspartei" hat 4 Abgeordnete, statt des früheren 1, und die „Partikularisten" haben gleichfalls 3 Sitze mehr. Centrum und Polen sind genau auf dem alten Stande geblieben. Die 15 Elsaß-Lothringer lassen sich in keine der eigentlichen Parteien einfügen.

Der Schwerpunkt des Reichstags ist, wie man sieht und wie die Conservativen triumphirend vermelden, „nach rechts verschoben" worden, was uns Sozialdemokraten sehr gleichgültig ist, da das Ja, welches ein Nationalliberaler auf Befehl des Fürsten Bismarck spricht, sich in seiner Wirkung nicht von dem Ja unterscheidet, welches der Conservative aus eigenem Antrieb spricht.

Wenn man bedenkt, daß die Vertreter der Sozialdemokratie auch im neuen Reichstag nur eine winzige Minorität bilden, und daß höchstens ein Zehntel der gesammten Wählerschaft für sozialdemokratische Candidaten gestimmt hat, so kann man auf den ersten Blick nicht recht begreifen, warum unsere Wahlerfolge den herrschenden Klassen und Parteien so in die Glieder gefahren sind und ihnen einen fast komischen Schreck eingejagt haben. Bei genauerer Prüfung erscheint der Schreck freilich sehr wohl begründet.

In der heurigen Wahl haben die Gegner ihr Möglichstes gethan, um unsere Partei zu erdrücken. Jeder, der den Wahlkampf mitgemacht hat, wird uns beipflichten, wenn wir sagen, daß seitens der Gegner weit planvoller und intensiver gearbeitet worden ist als je zuvor. Beeinflussungen durch die Behörden, durch die Arbeitgeber, reiche Kunden u. s. w. sind stets vorgekommen, aber niemals so massenaft wie diesmal. „Massenhaft" ist nicht genügend — die Beeinflussung von Oben war allgemein, und es wurde in der offensten, rücksichtslosesten Weise zu Werke gegangen.

Das „Wahlgeheimniß" hat sich vollständig illusorisch erwiesen; die Vorschriften des Wahlreglements erfüllen ihren Zweck durchaus nicht, oder, wenn sie ihren Zweck erfüllen, ist es nicht der, die Geheimheit des Votums zu sichern. Es gibt keine zwei Sorten „weißes" Papier, die einander an Farbe ganz gleich wären; die eine spielt in's gelbliche, die andere in's bläuliche ꝛc. Und wie groß ist nicht die Verschiedenheit in Bezug auf Dicke, Glätte, Festigkeit des Papiers. Dazu kommt, daß über das Format der Wahlzettel keine Bestimmung vorliegt. Kurz, in den meisten Fällen ist es den Mitgliedern der herrschenden Klassen, welche die Wahllokale besetzt halten, ein Leichtes, trotz Abwesenheit der im Wahlreglement erwähnten „äußeren Kennzeichen", den Wahlzetteln anzusehen und anzufühlen, ob sie den Namen des „richtigen" Candidaten enthalten oder nicht. Es wird eine der nächsten Aufgaben unserer Vertreter im Reichstag sein, diesen Mißstand zur Sprache zu bringen und für die Einführung von Wahlzettel-Couverts zu wirken.

Thatsache ist, daß unsere Gegner die Mangelhaftigkeit des Wahlreglements auf's schaamloseste ausgenutzt und dadurch einen Druck ausgeübt haben, dem zu widerstehen es eines hohen Grades von Energie und Opferwilligkeit bedurfte.

Und das war nicht das Schlimmste. Ueberall, wo die Sozialdemokratie ernsthaft sich an dem Wahlkampf betheiligte und Aussicht auf Sieg hatte, wurden Flugblätter und Flugschriften, die unsere Partei infam verläumdeten, über unsere Bestrebungen und unsere Wortführer die lächerlichsten und niederträchtigsten Lügen ausposaunten, zu Hunderttausenden verbreitet. Kein Wirthshaus, keine Hütte, die von dieser Schmutzliteratur verschont geblieben wäre.

Und trotzdem diese Zunahme sozialdemokratischer Wähler!

Das ist, was unsere Gegner verblüfft, erschreckt hat. Methodischer beeinflussen, unverschamter lügen, systematischer die Lugen verbreiten, als sie es diesmal gethan haben, das können sie einfach nicht; und was sie gethan haben, es war umsonst, hat nicht verhindert, daß wir 75 Prozent mehr Wähler auf unserer Seite haben, als vor drei Jahren.

Nur in einer Provinz sind diese Machinationen nicht wirkungslos gewesen: in Holstein. Dort hat die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen nicht zugenommen, vielleicht sogar abgenommen, und einer der beiden Wahlbezirke, die wir 1874 erobert, ist uns verloren gegangen. Dies mag bedauerlich sein, wird aber Niemand wundern, der die dortigen Verhältnisse kennt. Man lese nur die Schilderungen in Liebknecht's „Zur Grund- und Bodenfrage". Die ostholsteinischen Landarbeiter sind in Wahrheit Leibeigene, mit denen die Grundbesitzer, wie mit ihrem sonstigen „Eigenthum", „machen können was sie wollen". Nach der Wahl von 1874, die für uns so günstige Resultate lieferte, rächten sich die Grundbesitzer durch zahlreiche, grausame Maßregelungen für die erlittene Niederlage, den ausgestandenen Schreck. Die Maßregelungen haben fortgedauert bis in die neueste Zeit, und vor den Wahlen hieß es: wir haben Euch mit Ruthen gezüchtigt, weil Ihr 1874 die Frechheit hattet, von Eurem Wahlrecht freien Gebrauch zu machen; wir werden Euch mit Skorpionen züchtigen, wenn Ihr Euch abermals an uns vergeht!

Und Tausende der unglücklichen, ihren „angestammten" Gutsherren auf Gnade und Ungnade überlieferten Landsklaven konnten ihr Ohr der Drohung nicht verschließen — der Hunger thut weh, namentlich der Hunger der Kleinen, die um Brot schreien, und die Aussicht, mitten im Winter mit Frau und Kind, des Obdachs beraubt, auf die Straße geworfen zu werden, läßt auch ein starkes Mannesherz nicht ganz unerschüttert.

Unsere Feinde werden sich bald überzeugen, daß man durch Drohungen wohl ein paar Tausend Leibeigene von der Wahlurne fernhalten, den Sozialismus jedoch ihnen nicht aus der Brust reißen kann.

Was unsere Gegner aber am meisten erschreckt hat, das sind die unerwarteten Stimmenzahlen, welche in den großen Städten und — Holstein abgerechnet — auf dem flachen Lande für unsere Candidaten abgegeben worden sind. Berlin, Hamburg, Dresden, Altona, Bremen, Braunschweig. Chemnitz, Offenbach, Nürnberg, Hanau, Barmen, Elberfeld, Breslau, kurz die meisten Centren der Intelligenz und der Industrie haben durch Majoritäten oder „kolossale Minoritäten" für den Sozialismus Zeugniß abgelegt; und die Bauernbevölkerung hat fast überall die lebhafteste Empfänglichkeit für die Lehren des Sozialismus bekundet.

Wir übertreiben nicht, wenn wir sagen: mit wenigen Ausnahmen, die in den wirthschaftlichen Zuständen begründet sind, hat der Sozialismus überall Wurzel gefaßt, wo der Boden geschickt bearbeitet und guter Samen ausgestreut wurde. Nirgends vermochten die Gegner uns in ehrlichem Kampf zu überwinden. Die Orte, in denen wir wenig oder keine Stimmen haben, sind fast ausnahmslos solche Orte, in die wir bisher entweder aus Mangel an agitatorischen Kräften, oder weil man uns durch allerlei Kniffe, zum Theil durch offene Gewaltthat, die Abhaltung von Versammlungen, überhaupt die Agitation unmöglich machte, nicht vor das Volk hintreten konnten.

Uns wie unseren Gegnern hat die letzte Wahl gezeigt, daß die sozialistische Propaganda unwiderstehlich, und daß die Macht der für uns sprechenden Thatsachen weit größer ist, als die Macht der gegen uns in's Feld geführten Lügen.

Die Gegner gestehen ihre moralische Niederlage, ihren geistigen Bankerott auch ein, indem sie sich ängstlich mit der Frage beschäftigen, durch welche Abänderungen der heutigen Gesetze die sozialistische Bewegung einzudämmen oder ihr wenigstens momentan die Spitze abzubrechen sei. Beschränkung des Wahlrechts, Strafgesetznovelle, Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 7 Jahre d. h. Hinausschiebung der schon jetzt heillos gefürchteten nächsten Reichstagswahl bis zum Jahre 1884 (und hilft Bismarck bis dahin, dann hilft er vielleicht auch weiter!) — das sind Strohhalme, nach denen die Versinkenden in ihrer Angst greifen. Mögen sie thun, was sie nicht lassen können. Die sinnlosen Anstrengungen der Ertrinkenden führen bekanntlich den Tod nur um so sicherer und rascher herbei.

Auch wir werden thun, was wir nicht lassen können, und schließen mit den Worten, die wir unseren Gegnern schon früher einmal zuriefen:

Thut Euer Schlimmstes, es wird unser Bestes sein.

Amerikanische Arbeiter-Verhältnisse.

In den Nummern 2, 3 und 4 des „Labor Standard" von diesem Jahre theilt ein ungewöhnlich wohlunterrichteter Mitarbeiter (unter dem angenommenen Namen Midleton) Thatsachen über das „Truckſystem" mit, welches in Neu-England, besonders in der Baumwoll-Industrie, ausgedehnt sich eingenistet hat. Wir fassen dieselben kurz zusammen, indem wir ihre Glaubwürdigkeit verbürgen.

Hiernach sind bereits die Mehrzahl der Spinn- und Web Fabriken in folgender Weise eingerichtet. Der Eigner — häufiger ein Rattenkönig reicher Familien, welche auch die Gesetzgebung beherrschen, als ein einzelner Mann — besitzt ein ganzes Stadtgebiet an einer Eisenbahn. Hier duldet er keine andern Gebäude, als die seinigen, kein anderes Grundstück als seine eigenen, keine Einwohner als seine Helfershelfer und seine Arbeiter. Ihm gehören die Kirchen und die Geistlichen, die Schulen und die Lehrer, die öffentlichen Gebäude und die Gemeindebeamten, die Wirths- und Kosthäuser sammt den Wirthen. Ihm gehört natürlich auch das riesige Fabrikgebäude und sämmtliche Arbeiterwohnungen; ihm die Kaufladen des Ortes — in der Regel nur einer für jede Firm — und die Verwalter derselben, welche auch zugleich die Postmeister sind. Das Aussehen der Ortschaft ist mehrentheils freundlich und für Durchreisende bestechend — aber welche Hölle inwendig! Die Arbeiter bekommen Geld kaum je zu sehen. Durch die Niedrigkeit der Löhne einerseits, durch die Preise der Miethen, der Kost in den Kosthäusern, der Waaren in den Läden, welche alle nach vollem Belieben vom Eigner festgesetzt werden, ist dafür gesorgt, daß hübsch Alles Null für Null beim Arbeiter aufgeht, sollte man ihm selbst mit doppelter Kreide anschreiben müssen, oder die Löhne zweckmäßig herabsetzen. Die Arbeitszeit ist 13 (dreizehn) Stunden täglich, selbst für Frauen und ältere Kinder. Sollte der Arbeiter sich gegen irgend eine dieser Unbilden auflehnen, so muß er den Ort sogleich verlassen, und wird schwerlich in einer ähnlichen Fabrik Annahme finden; einer Familie werden ihre Hausgeräthe vor die Thür gesetzt, und die Polizei swedirt sie über das Gebiet des Eigners. Es wird ihnen zwar gnädig erlaubt, ja zugemuthet, in eine der vorhandenen Kirchen zu gehen und ihre Kinder in die vorhandenen Schulen zu schicken; sie dürfen auch bei Staats- und Unionswahlen für die Candidaten stimmen, welche ihnen anbefohlen werden, sowie Bittschriften unterschreiben, wodurch die Gesetzgebung zu Gunsten der Herren beeinflußt werden soll. Allein wehe ihnen, wenn sie sich dessen weigerten, oder Versammlungen im eigenen Interesse abhalten, oder Gewerkschaften stiften wollten! Verdächtige Briefe oder Zeitungen werden auf dem Postamt unterschlagen oder thunlichst verspätet; verdächtige Arbeitsleute, welche geheime Agitatoren sein könnten, werden so überwacht, daß sich kein Arbeiter getraut, in ihrer Gesellschaft gesehen zu werden, geschweige denn ihnen ein Nachtquartier zu geben, oder Briefe mit ihnen zu wechseln, oder Arbeiterzeitungen zu halten. Beschwerden bei den Staatsbehörden sind erfolglos, bei der Gesetzgebung kommen sie kaum noch vor. Die Knechtschaft ist so vollständig, daß alle Widerstandsversuche unmöglich genannt werden müssen, weil eben nur die feigsten und hilflosesten Arbeiter am Orte bleiben — und an solchen fehlt es niemals in genügender Menge.

Nach diesem Muster werden nun vollends die übrigen Fabriken von Neu-England eingerichtet werden. Während des letzten Jahres ist dies nahezu in Fall River, einer Stadt von 40,000 Einwohnern, gelungen. Bald werden die noch übrigen Spinn- und Web-Städte wie Lawrence, Lowell, Manchester ꝛc. folgen; denn da dort von Anfang an fast aller Grund und Boden den Gründern gehört hat, ist der Schritt leicht, und für die Austreibung widerspenstiger Arbeiter ist bereits gesorgt. So lösen wir hierzulande die vertrackte soziale Frage. Und das in genau demselben Lande, worin vor 30 Jahren noch das Paradies der Lohnarbeiter, und der gute Wille der Arbeitgeber vorherrschend war, die Lohnarbeiter immer höher zu heben.

In Pennsylvanien werden demnächst zwölf Kohlengräber auf einmal gehängt. Dies ist eine andere amerikanische Art, die soziale Frage zu lösen, welche mit der obigen jetzt verbunden wird. Diese zwölf sind von den Geschwornen des Mordes eines Beamten und der Verschwörung zum Morde anderer schuldig gefunden worden und die Verschwörer sollen sich „Molly Maguires" genannt haben, und zu ihnen sollen alle 50,000 Kohlenarbeiter Pennsylvaniens diesseits der Alleghanies gehören. Um sie zu verhaften und zu prozessiren, wurde die ganze Staats-Miliz der umliegenden Grafschaften aufgeboten (voriges Jahr) und ein Mitverschworner durch Zusicherung der Straflosigkeit (und wessen sonst?) zum Staatszeugen erkauft. Wir wissen nicht, ob und inwieweit die Zwölf schuldig sind; aber das wissen wir, daß, wenn sie es sind, die Kohlen-Lords mit ihren Helfershelfern es zehnfach sind. Diese engen, abgelegenen Gebirgsthäler Pennsylvaniens, in denen fast allein die Anthrazitkohle sich findet, waren längst dem Truckſystem verfallen; allein seit einigen Jahren sind die unglücklichen Opfer desselben von dem Mitgefühl und der Kenntnißnahme ihrer Lage seiten der Außenwelt gänzlich abgeschnitten und durch die bestochene Tagespresse widerstandslos verleumdet worden. Unglücklicherweise besteht diese Arbeiterschaft von Anfang an fast blos aus der verkommensten irischen und deutschen Klasse; das Truckſystem hat nach und nach alle Bestandtheile vertrieben, welche eine vernünftige Widerstandspolitik hätte leiten und rohe Gewaltthaten verhüten können. Seit Jahren war das Kohlengeschäft in immer weniger Hände — drei Compagnien, welche fast zugleich die Eisenbahnen und die Märkte beherrschen — vereinigt worden, und diese drei Compagnien waren verschworen, um die Kohlenpreise ein bis zwei Dollars höher zu erhalten, als nöthig — mit andern Worten die Consumenten um jährlich 20—25 Mill. Dollars zu beschwindeln, die Produzenten aber um nicht weniger. Sobald der Marktpreis der Kohlen zu sinken begann, hörten sie mit der Kohlenförderung auf, mitunter 3—4 Monate im Jahre, bis er eine ihnen genügende Höhe erreicht hatte. Dem Publikum und der großen Industrie, welche ohne ihre Kohlen nicht bestehen konnte, machten sie weiß, die Schuld der Kohlentheuerung läge an den Arbeiter-Ausständen. Diese Ausstände wurden aber durch ihre eigenen Werkzeuge angestiftet, vergebens boten die vernünftigeren Arbeiter Jahr für Jahr eine gleitende Skala von Löhnen an, welche sich nach den Marktpreisen richten, ihnen aber gestatten sollte, in guten Zeiten Ersparnisse für die schlechten zurückzulegen. Schließlich blieb ihnen, da so viele Verräther in ihrer Mitte waren, nichts übrig, als eine höchst geheime Verschwörung zu stiften, um mit den Verräthern fertig zu werden. Man muß, wie der Schreiber dieses, an Ort und Stelle gewesen sein, die einst so reizenden, jetzt von Kohlenstaub und Grushalden vollständig schwarzen, engen Thäler, die düstere Stimmung der Männer und Weiber, die verkummerte, durch schwere Arbeit von fast Kindesbeinen auf verkrüppelte freudlose Jugend und die auf den Kirchhöfen registrirten zahlreichen Menschenopfer jedes Alters und Geschlechts kennen gelernt, man muß die fruchtlosen Versuche mit erlebt haben, dieser an die Scholle gebundenen Bevölkerung von seiten der Arbeiterpartei von außerhalb Hülfe zu bringen; man muß die durch fast gänzlichen Mangel an Erziehung verwahrloste, aus den hilflosesten Familien sich rekrutirende Bevölkerung genauer kennen und wissen, daß Alles ringsum durch den allgewaltigen Einfluß des Kapitals gegen sie verschworen ist, um zu begreifen, daß Verzweiflung oder stumme Ergebung ihre vorwiegende Stimmung ist. Einen Begriff von der Entmenschung dieser Kohlen-Lords, welche für die geschilderten Zustände verantwortlich sind, gibt die Thatsache, daß die Unglücksfälle in den Minen im Verhältniß zur Arbeiterzahl noch zahlreicher als in England sind, obwohl die Anthrazitkohle bei weitem weniger explosive Gase, Stickgase und brüchig Hangendes erzeugt und obwohl vor zwei Jahren die Arbeiter von der Legislatur ein leidliches Ge-

setz zum Schutz ihres Lebens in den Gruben erlangt hatten. Soeben wieder ist durch Umgehung dieses Gesetzes seiten der Eigenthümer ein schlagendes Wetter im Stande gewesen, eine Reihe von Gruben in Brand zu setzen, eine Anzahl Menschenleben zu zerstören und Tausende von Arbeitern brodlos zu machen.

Zum Schlusse müssen wir mittheilen, daß ganz in demselben Verhältnisse, wie die Arbeitslosigkeit andauert und zunimmt, die ehemals so glänzende Wohlthätigkeit verschwunden ist und immer mehr verschwindet. Der früh eingetretene und andauernd kalte Winter hat die arbeitsuchenden Arbeiter aus dem Freien vertrieben und genöthigt, die Arbeitshäuser (eine hierzulande erst neuerdings von England geborgte Einrichtung) ja, die Strafanstalten aufzusuchen. Familien, deren Häupter das nicht konnten, legen sich ruhig zum Verhungern hin, oder der Versorger begeht ein Verbrechen, um sich ins Zuchthaus zu retten und den Seinigen einige Unterstützung zu sichern. Die Unterstützung ist kärglicher als je vorher und gerade groß genug, um den Hungertod zu verlängern. Nirgends, aber auch nirgends, eine größere öffentliche Anstrengung, um der Noth durch Arbeitgewährung zu nützlichen Zwecken eine Schranke zu setzen. Binnen einem Jahre sind in der Stadt Newyork drei Krösusse verstorben, jeder auf nahe 100 Millionen Vermögen geschätzt, und keiner von ihnen hat die Nothleidenden bedacht; alle drei haben vielmehr im Testamente dafür gesorgt, daß das Vermögen ungetheilt beisammen bleibt. Vormals war es stehender Trost des Volksaberglaubens, daß hierzulande alle großen Vermögen beim Tode des Erwerbers zersplittert und großentheils an wohlthätige Stiftungen vermacht würden; auch diese Erscheinung wird immer seltener. Und was sagt nun die Presse dazu? — Nicht ein Wort der Verurtheilung, wohl aber schmeichelt sie in hündischer Weise dem Talent, welches so riesige Reichthümer in einer Hand aufzuspeichern verstanden habe. „Gehet hin und thut desgleichen!“ ist ihre Nutzanwendung für die Jugend. Und dies ist kein Hohn, keine Ironie, nein, es ist ernst gemeint! Und doch weiß diese Presse, wieviel Thränen, unbezahlter Schweiß, ja Blut an den Reichthümern dieser Krösusse hängt, ja wieviel große straflose Verbrechen das eine der drei Vermögen aufgebaut haben. Aber die Zeiten sind einmal vorbei, da noch eine Tagespresse gegen Gott Mammon Zeugniß abzulegen wagte.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Schande Europa's. Seit die Türkei das diplomatische Netz, welches man ihr überwerfen wollte, um sie hülflos zu machen, mit einem kräftigen Ruck zerrissen und Rußland den Handschuh vor die Füße geschleudert hat, ist die Situation auf einmal viel friedlicher geworden. Der russische Bramarbas ist plötzlich sehr kleinlaut geworden, nichts hat ihm ferner gelegen, als aus schnöden Eroberungsgelüsten die Ruhe Europa's stören zu wollen, er ist blos mißverstanden, verleumdet worden und so weiter. Es erinnert uns das an eine Anekdote, die im Jahr 1849 spielt. Ein würtembergischer Demokrat, der sich in den Ruf eines potenzirten Marat gesetzt hatte, in Wirklichkeit aber ein sentimentaler Philister war, unfähig einen Tropfen Hühnerblut, geschweige denn Menschenblut zu vergießen, hatte während der badischen Reichsverfassungskampagne eine Requisition bei einem berüchtigten Reaktionär vorzunehmen. Tapfer präsentirt er sich im Hause desselben, einen Schleppsäbel an der Seite, ein paar Pistolen im Gürtel; und folgender Dialog entspinnt sich:

„Sie haben sofort meinen Leuten, die draußen warten, die zwei besten Pferde in Ihrem Stall einzuhändigen!“

Reaktionär ruhig: „Ich kann keine Pferde entbehren.“

„Sie geben die Pferde oder — ich erschieße Sie! (ein Pistol wird präsentirt.)“

Reaktionär, der seinen Mann offenbar durchschaute: „Gut, dann schießen Sie!“

„Was, Sie erschießen! Sie sind keinen Schuß Pulver werth! Behalten Sie Ihre beiden Pferde!“

Sprach's, steckte die ungeladene Pistole wieder in den Gürtel und marschirte fort, ohne die Pferde, aber mit dem beseligenden Gefühl, kein Menschenleben auf dem Gewissen zu haben.

Nun, ganz so harmlos, wie dieser gutmüthige Schwabe, ist das offizielle Rußland zwar nicht, an dem guten Willen zum Schlimmen fehlt's da gewiß nicht, aber — die Pistole ist nicht geladen, die Mobilisation ist mißlungen, die Armee genügt weder der Zahl noch der Ausrüstung nach der zu lösenden Aufgabe und steckt obendrein im Morast. Die Türken dagegen sind schlagfertig. Was bleibt da zu thun übrig? Der Bramarbas muß die Fühlhörner einziehen. „Sie (die Türken) sind keinen Schuß Pulver werth. Behalten Sie Ihre elenden Pferde“ (Bosnien, Serbien, Herzegowina, Bulgarien u. s. w.).

Daß es aber den Türken überlassen blieb, dem russischen Bramarbas den Mund zu stopfen, daß keine der civilisirten Mächte Enropa's, das deutsche Reich eingeschlossen, die Courage hatte, dem frechen Skandalmacher Ruhe zu gebieten, das ist, nun ja, das ist eben „die Schande Europa's.“

Ob es nicht doch zum Kriege kommen wird? Sehr möglich. Aber nur dann, wenn das deutsche Reich sich mit Rußland offen zu einem Angriffskrieg verbündet. Und daran wird jetzt in Petersburg und Berlin stark gearbeitet. Die neuen Krieg-in-Sicht-Artikel gegen Frankreich sind das Akkompagnement (die Begleitung) der betreffenden Verhandlungen.

— Bekehrt. Die „Magdeburger Zeitung“, die weiland mit am lautesten das Angstlied vom „Rückgang“ der Sozialdemokratie pfiff, und wiederholt in ihren Spalten den Sozialismus „tödtete“, pfeift jetzt aus einer anderen Tonart und erzählt ihren Lesern Wunderdinge von der „ungemeinen Thätigkeit“ der so oft von ihr selbst todtgeschlagenen Sozialdemokraten. Sie schreibt u. A.:

„Die regelmäßig am politischen Leben theilnehmenden Sozialisten werden auf 100,000 veranschlagt. Eben so viele Exemplare ihrer Blätter werden abgesetzt. Die Summen, welche das Abonnement aufbringt, und die Beiträge zu Agitationsreisen berechnen sich jährlich auf 800,000 M. Im Jahre 1869 gab es nur 6 sozialdemokratische Blätter, jetzt bereits 47 und zwar 32 politische, darunter 3 Witzblätter, und 13 Gewerkschaftsorgane. Neben der periodischen Presse bedient man sich als erfolgreicher Waffe des Vertriebes größerer und kleinerer, aber stets billiger Schriften sozialistischen Inhalts. Durch den allgemeinen deutschen Arbeiterverein wurden in Berlin hergestellt: 96,000 Lassalle'sche Schriften, in Leipzig 253,700 einzelne Gedichte und eine Gedichtsammlung in starker Auflage, in Braunschweig 198,700 Exemplare Schriften, 40,000 einzelne Gedichte und zwei Gedichtsammlungen. Außerdem wurden in Berlin, München, Nürnberg, Chemnitz, Zürich und anderen Orten 73,500 Broschüren, 55,500 einzelne Exemplare Gedichte, 7 Gedichtsammlungen in Auflage von 60,000 Exemplaren und 24,000 Protokolle gedruckt. Die Expedition des sozialdemokratischen Blattes „Vorwärts“ vertreibt 163 Schriften, darunter mindestens 150 reine Parteischriften, und das Verzeichniß der Bracke'schen Buchhandlung in Braunschweig weist eine lange Reihe Schriften gleichen Inhalts auf. Außerdem sind die bekannten Lassalle'schen Schriften bereits in vierter und fünfter Auflage erschienen 2c. 2c.“

Genug. Es ist manchmal amüsant, das Bild zu betrachten, welches die Gegner von uns entwerfen. Was diesen das meiste Kopfzerbrechen verursacht, ist die finanzielle Lage unserer Partei. Woher haben die Sozialdemokraten das Geld zu den Wahlen bekommen? Ja, woher? Gestohlen haben wir's nicht; es sind lauter „ehrliche Arbeitergroschen“, nicht ein einziger ist das Produkt einer „Theilerei“, wohl aber mußten sie sämmtlich vor den Händen der privilegirten „Theiler“ von heute gerettet werden. Und das war nicht leicht — wie unseren Gegnern ja sehr wohl bekannt ist.

— Ueber eine unerhörte Wahlbeeinflussung wird der „Neuen Offenbacher Zeitung“ aus Seligenstadt das Folgende berichtet:

„Es existirt hier in Seligenstadt eine Kartoffelmehl-Fabrik, in der 18—20 wahlberechtigte Männer in Arbeit stehen. Diese Leute erhalten bei einem Normalarbeitstage von 14 Stunden 1 Mk. 70 Pfg. Arbeitslohn und müssen dabei unaufhörlich centnerschwere Körbe mit Kartoffeln schleppen. Der Tag der Stichwahl rückte heran, wo zwischen dem reichsliberalen Candidaten Fritz Dernburg und dem Arbeitercandidaten Wilhelm Liebknecht abgestimmt werden sollte. Nun höre und staune man: Sämmtliche Arbeiter wurden in den Maschinenbau gerufen, wo der Maschinenführer Andreas Steuger, ein Mensch, der auch schon empfunden hat, wie es thut, unter der Knute eines gestrengen und gewaltthätigen Herrn leben zu müssen, sich majestätisch erhob und auf einem alten Kasten folgenden Ukas seines gestrengen Herrn verkündete: „Ein jeder Arbeiter, welcher zum Wählen geht, kann um halb 12 Uhr gehen, d. h. wenn er Dernburg wählt; wer dagegen nicht wählen will, muß bleiben; wählt aber Jemand Liebknecht, bemerkte er drohend, der wird heute Abend — —“. Am Schlusse der Verkündigung dieses Ukases machte er noch bekannt, daß am Abend ein Fäßchen Bier getrunken werde. Auch sind etliche Arbeiter von dem Haushofmakler erinnert worden, daß sie ja nicht gegen den Willen des großmächtigen und gestrengen Herrn Verwalter stimmen sollten, denn man würde erfahren, wer anders gestimmt hätte.“

So die „Neue Offenbacher Zeitung“. Fürwahr unsere Gegner verstehen zu „agitiren“. Nur verlange Niemand von ihnen, daß sie im offenen ehrlichen Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu Felde ziehen.

— Ein Provokationchen. In Stuttgart wurde am 17. v. M. in einer geschlossenen sozialistischen Versammlung eine Comitésitzung für Wahlprüfungen angesagt und zwar unter Anwesenheit der Polizei. Am folgenden Tage fanden die Mitglieder des Comités das bestimmte Lokal in- und auswendig starrend von Polizei! Heiter angeregt durch dieses Schauspiel verließen die Genossen den Ort, welcher von den Dienern der Gerechtigkeit noch bis halb 12 Uhr besetzt gehalten wurde. Die Herren brachten übrigens, laut öffentlicher Erklärung, ihre Sitzung an einem andern Orte zu Stande. Nun hatte schon Dr. Dulk in jener geschlossenen Sitzung den Vorschlag gemacht, bei ungesetzlichen Störungen durch die Polizei diese aus dem Lokal zu weisen oder ein anderes aufzusuchen. Da setzte nun der Staatsanwalt ein und klagte Dr. Dulk wegen Aufreizung zum gewaltsamen Widerstand an! Gegen ein paar früher eingezogene „Umstürzler“, die noch immer in Gewahrsam sind, hat sich auch endlich ein Angriffspunkt gefunden: die auf sie losstürzenden Nationalliberalen haben nämlich Stühle zerbrochen, und deshalb werden die Angegriffenen der „Sachbeschädigung“ angeklagt! Es ist kostbar, wie die Gegner, insonderheit die Herren Nationalliberalen, sich täglich immer mehr blamiren! Uns kann's recht sein: die Grundlosigkeit ihrer Angriffe und die Haltlosigkeit im Innern ihrer Partei wird das Volk wirksamer belehren und für uns gewinnen, als wir es mit noch so viel Agitatoren im Stande wären!

— Ein Reichsfreund und Gesellschaftsretter. Herr Fritz Brentano, Redakteur der ultrabismärckischen „Badischen Landeszeitung“, Exredakteur des ditto „Mainzer Tageblatt“, ein fanatischer Vertheidiger der durch die Sozialisten bedrohten Bollwerke der Civilisation: Familie und Eigenthum, ist so eben verhaftet worden, weil er in einem Mannheimer Bordell, wo er Studien à la Unruh machte, eine gefälschte Urkunde versetzt hatte. Vivat sequens! Es wird an Nachfolgern nicht fehlen, wie es an Vorgängern nicht gefehlt hat. Die Zahl der großen und kleinen Jules Favre, Giskra und ähnlichen Ordnungsgelichters ist Legion. Wenn sie alle in's Zuchthaus kämen, würde die Zahl der Zuchthäuser verhundertfacht werden müssen. —

— Zum Zeugnißzwang! Aus Posen wird unterm 23. Januar gemeldet: Dr. Kantecki, der Chefredakteur des „Kuryer Poznanski“, der jetzt seit Monaten im Gefängniß sitzt, weil er sich weigert, eine Zeugenaussage darüber zu machen, von wem er das berufene, von allen Parteien im Reichstage verurtheilte Rescript der Oberpostdirektion in Bromberg in Sachen der muthmaßlichen Briefe Lebochowski's erhalten habe, hat neuerdings wieder an das hiesige Kreisgericht eine Eingabe gerichtet, welche der „Kuryer“ in polnischer Sprache mittheilt. In der Rückübersetzung lautet dieses Schriftstück wie folgt:

„Das königliche Kreisgericht hat mir in seiner Verfügung vom 5. d. M. erklärt, daß es mich so lange im Gefängniß zu halten gedenke, als ich kein Zeugniß ablege. Da ich, wie ich schon öfter gesagt habe, dies Zeugniß niemals ablegen werde, so würde der in dieser Sache gegen mich gerichtete Zwang sich in lebenslängliches Gefängniß verwandeln. Obgleich § 312 der Kriminalordnung nicht bestimmt, wie lange die Strafe für die Zeugnißverweigerung dauern soll, so kann man nach meiner Ansicht dennoch annehmen, daß diese Strafe gesetzlich normirt worden ist, da, wie ich mich erinnere, in früheren Fällen dieser Art die preußischen Gerichte eine bestimmte, näher bezeichnete Strafe den widerstrebenden Zeugen festsetzten und sie nach Verbüßung dieser Strafe in Freiheit setzten. Ich erlaube mir daher die ergebenste Bitte: das königliche Kreisgericht möge mich benachrichtigen, wie lange es mich gefangen zu halten beabsichtigt, da, wie oben gesagt, ich ein Zeugniß nicht ablegen kann und nicht ablegen werde.“

Das königliche Kreisgericht hat hierauf folgenden Bescheid ertheilt, den die „Posener Zeitung“ nach dem „Kuryer“ übersetzt:

„Auf Ihre Eingabe vom 19. d. M. erwidern wir, wie folgt: Wie Ihnen bereits aus der Verfügung vom 5. d. M. bekannt ist, handelt das hiesige Gericht nur im Auftrage des kaiserlichen Oberpost-Direktors in Bromberg und kann auch nicht im Allgemeinen über die Frage entscheiden, ob zur Erzwingung des Zeugnisses es nöthig war, Sie gefangen zu nehmen, noch auch darüber, wie lange die durch § 312 der Kriminalordnung nicht vorgezeichnete Gefängnißstrafe dauern soll. Mit Ihren Anträgen und Anfragen haben Sie sich an den Oberpostdirektor in Bromberg zu wenden. gez. Groß.“

Wir brauchen diesen Schriftstücken nichts hinzuzufügen: sie sprechen für sich selbst. (Voss. Zeitung.)

Herr v. Puttkammer.

II.

(Fortsetzung.)

Das Gericht hätte, wenn man von Bütow gehörig referirt, wissen müssen, daß Provokat leer ausgegangen, es hätte auch zu seiner Kenntniß kommen müssen, was während der Sequestrationsreise geschehen, und es wäre ihm nicht unbekannt geblieben, daß v. Puttkammer das Gut in der Subhastation durch ein „Versehen“ des Gerichts Bütow verlor.

Auffallenderweise findet das Gericht in der Köllerschen Affaire die Verhältnisse nicht aufgeklärt, die Untersuchungsgsakten müßten darüber doch wohl hinlänglichen Aufschluß geben. Es theilt einen Brief Köllers vom 18. Dezember 1865 und einen von diesem selbst verfaßten Zeitungsartikel mit, worin v. Puttkammer in gemeinster Weise angegriffen und Köller als das Opferlamm bezeichnet ward. Wir begreifen nicht, warum die Staatsanwaltschaft und die Anklagekammer trotz dieser Mohrenwäsche Köllers doch seine Verhaftung beschloß! Das Gericht meint: „Auf diese Mittheilungen des 2c. Köller ist natürlich kein weiteres Gewicht zu legen. Wären sie wahr, so würde sich dadurch allerdings Vieles erklären.“ — Aber zu welchem Zwecke werden sie denn überhaupt im Erkenntnisse aufgeführt, sollen sie ein zweifelhaftes Licht auf den Provokaten werfen, oder die Saumseligkeit der Behörden beschönigen?

„Anstatt sich zu sagen, daß an eine Benachtheiligung nächst Köller lediglich er selbst die Schuld trage, weil er den Scheinvertrag geschlossen, weil er, anstatt selbst die Verwaltung seines Besitzes zu führen, sich lieber entfernt hat — wofern dadurch überhaupt der Vermögensverfall verhindert wäre — und lieber 5400 Thaler zu opfern und das Gut zu retten, als Alles Preis zu geben — häuft er die gröbsten Schmähungen auf die zu seinen angeblichen Verlusten in gar keiner Beziehung stehende Staatsanwaltschaft und den Assessor Kampfmeyer und greift in derselben frivolen Weise die Landschaft und das Kreisgericht Bütow an.“

Der Uneingeweihte könnte hiernach annehmen, als ob v. Puttkammer wegen des Scheinvertrages, wegen seiner Abreise und gewisser Unterlassungssünden die Staatsanwaltschaft und die Bütower Behörden verantwortlich gemacht hätte. Das hat er aber nie gethan, sondern nur Beschwerde über den schleppenden Justizgang und das Versehen geführt, die ihm die Möglichkeit raubten, einen Bruchtheil seines Vermögens zu retten.

Weiter führt das Erkenntniß aus: „Er, der die peinlichste Rücksicht auf sein Recht und seine Ehre fordert, greift in der rücksichtslosesten Weise, keine Autorität und kein Ende des Instanzenweges kennend, die Ehre Anderer an. (Doch nur da, wo er Anhaltspunkte findet!) Das aus allen Eingaben hervorgehende gänzliche Aufgehen in diesen Standpunkt der Alleinberechtigung des Ichs zeigte bei einem gebildeten Menschen unzweifelhaft einen krankhaften Zustand der Geistesthätigkeit, da ihm sonst gar nicht verborgen sein konnte, daß von einer Schuld der von ihm mit Beschwerden und Beleidigungen verfolgten Personen gar keine Rede ist. Dasselbe Bild ergiebt das Verhalten des Provokaten in dem vorliegenden Verfahren und in den verschiedenen von ihm angestellten Prozessen. Nirgends ist er im Stande, trotz seines Scharfsinns (!!), den Inhalt der Gesetze objektiv zu betrachten, sondern er findet stets nur das darin, was für seine falschen Vorstellungen paßt, und ist außer Stande, sachlich richtig seine Angelegenheiten vor Gericht zu vertreten.“

Wodurch ist die letztere Behauptung erwiesen worden? Wir halten hier fest, daß das Gericht selbst v. Puttkammer's Scharfsinn und die peinlichste Rücksicht auf sein Recht und seine Ehre anerkannt.

„Wenn Dr. Höpner freilich die Unterbringung des Provokaten in dem Irrenhause als ein demselben geschehenes Unrecht bezeichnet, welches irgendwie sein Verhalten rechtfertigen könnte, so läßt sich mit ihm darüber weiter nicht rechten.“ Warum denn nicht? Das Gericht muß doch wohl in der Lage sein, das beurtheilen zu können! Es entschuldigte die Einsperrung folgendermaßen: „Das Königl. Medizinal-Collegium ist aber ebenso wie Dr. Lehnerdt auch der Ansicht, daß das Benehmen (des Provokaten?) nicht das eines verständigen Menschen gewesen ist.“ — Das ist eine wunderbare Entschuldigung! „Wurde er widerrechtlich detinirt, so war dies noch keine Veranlassung, jeder Exploration hartnäckig auszuweichen.“ — Es war aber doch jedenfalls Grund genug, um auf das allerentschiedenste gegen diejenigen Menschen und Behörden aufzutreten, welche ihn widerrechtlich in ein Irrenhaus gesperrt.

(Fortsetzung folgt.)

Elbflorenz.

Was seit zwei Menschenaltern gedankenloser Schönrednerei unzählige Mal über die Lippen und durch die Feder gegangen ist, am 26. Januar 1877 hat es sich als volle und ganze Wahrheit erwiesen. Die Stadt, welche nur in Hinsicht ihrer malerischen Lage und ihrer Kunstschätze als deutsche Rivalin der Mesdizäerresidenz betrachtet wurde, hat auch in Hinsicht der Tendenzen ihrer Bevölkerung eine ungeahnte Blutsverwandtschaft mit ihrer Schwester am Arno verrathen.

Nur in der Zeitfolge der Erscheinungen waltet ein bemerkenswerther Unterschied. Florenz hat seine turbulante sozialistische Periode gehabt, ehe das weichliche Regiment eines kunstliebenden Fürstengeschlechtes es zur ausschließlichen Stätte des Genusses machte. Dresden tritt in die Fußtapfen der toskanischen Freistadt, nachdem der Hof der polnischen Auguste seit mehr als 100 Jahren der Geschichte angehört.

Es wurde vor längerer Zeit in diesen Blättern darauf hingewiesen, daß die deutsche Handwerkerbewegung des Mittelalters, welche durch die Zünfte das Regiment in den Städten zu gewinnen trachtete und welche so viele Aehnlichkeit mit der heutigen Arbeiterbewegung aufwies, dem Vorgehen der Italiener ihren Anstoß verdankt; daß insbesondere das stolze Mailand, das auf seinen von Kaiser Friedrich dem Rothbart mit Salz bestreuten Trümmern sich mit ungebrochenem Muthe zur „Revanche“ bei Legnano erhob, in gewissem Betracht für das 12. Jahrhundert die nämliche Bedeutung hatte, wie die Pariser Commune für das neunzehnte.

Dieses Mailand hatte zahlreiche Schwestern in den gewerbfleißigen Binnenstädten des oberen und mittleren Italiens, in denen nicht, wie in den Seehandelsplätzen Venedig, Genua 2c. von vornherein das Kapital der Handelsaristokratie eine über-

— In Sachen des preußischen „Fonds des Staatsministeriums", vulgo Reptilienfonds, entspann sich im Abgeordnetenhaus ein Scharmützelchen. Notiren wir einige Ausfälle:

v. Saucken-Tarputschen: Nach den Beschimpfungen der Fortschrittspartei können wir diese Gelder nicht bewilligen. (Zur Beschimpfung anderer Parteien würden es die Herren wohl thun?)

v. Schorlemer-Alst: Die Reptilienpresse ist eine Pestbeule am Körper des Staates.

Eulenburg: Was dem Fortschritt recht ist, ist der Regierung billig! Man vergleiche die fortschrittlichen Preßerzeugnisse der Wahlperiode! (Zum Centrum:) Germania!

Virchow: Wir haben treu culturgekämpft und werden von den Reptilienblättern zum Dank Verbrecher geschimpft. Vergl. Magdeburger Zeitung.

Eulenburg: Da kann ich nix davor!

Windthorst: Ist dem Fortschritt schon recht, warum kämpft ultur.

Ilker: Wir bewilligen!

v. Schorlemer-Alst: Reptilienpresse keine Controle, sondern reine Corruption der Presse! Nationalliberalismus bei Wahlen von Regierung unterstützt!

Braun: Aber es gab conservative Landräthe!

Lasker und Meyer-Arnswalde (der einmal mit 420 Mark jährlich mit Weib und Kind zu leben versuchen mag), stimmen das Finale an. Mit Trommelwirbel und Paukenklang werden die „geheimen Fonds" mit 213 gegen 157 Stimmen bewilligt. Der Vorhang fällt, als ob nichts vorgefallen wäre.

— Eine Anzahl epaulettirter Zöglinge der Moltkeschen Bildungsanstalt vergnügte sich vor Kurzem in Tübingen während der Nacht und auf offener Straße durch unbändiges Lärmen, also in einer Weise, die durch das Gesetz verboten ist. Die Polizei verhielt sich aus guten Gründen ruhig und ließ die Herrchen ihrer Wege ziehen. „Erst durch die Provokation", so wird der „Frankfurter Zeitung" berichtet, „Eines aus dieser Gesellschaft: „Seht Euch diese Prachtkerls von Polizisten an!" bewogen, erlaubten sich die Letzteren, die Herren zu einem ruhigen Verhalten aufzufordern, worauf sie von einem der Offiziere die Antwort erhielten: die Polizei habe ihnen gar nichts zu sagen, nebst der Aufforderung an die Beamten, sich augenblicklich wegzubegeben, und der gleichzeitigen Drohung, sie im Weigerungsfall „über den Haufen zu stechen wie Hunde". Die Polizeibeamten erwiderten: sie ständen da zur Aufrechthaltung der Ordnung, in welche sich die Herren zu fügen hätten. Der Sprecher der Gesellschaft (der als der Lieutenant Schuster recognoszirt wurde) rief ihnen zu: man habe es mit Offizieren zu thun, worauf der eine Beamte erwiderte: der Offizier wie der Soldat, der Student wie der Handwerksbursche stehen unter dem Gesetze und müssen sich der Ordnung fügen. Das war für den Offizier das Signal, seinen Säbel zu ziehen mit dem Rufe: „Stecht sie nieder!" Dasselbe that auch ein anderer Offizier, und beide setzten ihre Waffe dem Polizeibeamten auf die Brust. Zwei andere Offizicre suchtelten mit dem Degen in der Luft herum. Mehrere Minuten blieben die Sicherheitsbeamten, wehrlos der bewaffneten Menge gegenüber, buchstäblich unter dem Damoklesschwert dieser Helden, worauf sie unter heftigen Schmähreden des Schuster, der die Beamten — wohl aus einem leichterklärlichen Mißverständnisse — beschuldigte, betrunken zu sein, ihre Waffen senkten und die Halsgefahr für die Wächter der Ordnung war vorbei, doch nicht ohne daß 3—4 Herren nochmals mit dem blanken Säbel und Schimpfworten auf sie eindrangen, während ein anderer Offizier bemüht war, sie zurückzuhalten, und den Beamten den Rath gab, sich zu entfernen und andern Tags die Sache zu melden. Die Bedrohten folgten diesem Rathe und gingen, noch beim Rückzuge von einem Offizier mit halb gezogenem Säbel und mit Worten bedroht. Wie man hört, haben die Polizeibeamten, die hier nur ihre Pflicht erfüllen wollten, woran sie in gröblichster Weise verhindert wurden, die Sache zur Anzeige gebracht. Das Resultat der Untersuchung ist bis jetzt nicht bekannt geworden und behalten wir uns vor, das Weitere darüber zu melden, sobald es bekannt wird."

Auf das Resultat der Untersuchung wird der Correspondent der „Frankfurter Zeitung" lange warten können. Es sind schon viel schlimmere Dinge von der „Blüthe der deutschen Nation" verübt worden und doch sind in der Regel die Untersuchungen im Sande verlaufen. Was den ganzen Vorfall aber erst und besonders beachtenswerth macht, ist der Umstand, daß nun erwiesen ist, welcher Sorte von Menschen gegenüber die Phrase vom „schutzlosen Schutzmann" zur Geltung gelangt.

— Die gesammte Staatsschuld Preußens, so lesen wir in den Zeitungen, beläuft sich Ende März ds. Js. muthmaßlich (!!) auf 1,058,550,471 Mrk., worunter 552,653,987 Mrk. an Eisenbahnschulden. Die Gesammtausgabe für die Staatsschuld beträgt überhaupt 64,128,000 Mrk., nämlich zur Verzinsung 45,124,811 Mrk. 20 Pf., zur Tilgung 17,213,140 Mrk. 5 Pf., für die unverzinsliche Schuld 3000 Mrk., an Renten 1,344,427 Mrk. 53 Pf., an Verwaltungskosten 442,621 Mrk. — Eine nicht mindere Beachtung verdienen einige Zahlen, die der ultramontane Abgeordnete Röckerath im preußischen Abgeordnetenhause gelegentlich der Budgetdebatte bei dem Kapitel Steuerrückstände zum Besten gab. Danach sind im Jahre 1875 in der untern Klasse 239,330 Exekutionen wegen rückständiger Steuer vollstreckt und davon 124,196 fruchtlos ausgefallen; in der höheren Klasse sind 97,516 Exekutionen vollstreckt und fruchtlos sind ausgefallen 27,909. Im Ganzen vollstreckt 403,456, fruchtlos 161,131!

— Die Erwerbsverhältnisse und der Wohlstand Dresdens sind in bedenklichem Rückgange begriffen. Im Jahre 1876 sind nicht weniger als 27,000 gerichtliche Exekutionen zur Eintreibung von Forderungen vorgenommen, und wie es scheint, ist diese Zahl noch im Steigen, da in den ersten vierzehn Tagen des diesjährigen Januar 1200 Exekutionen gegen 700 im Vorjahr vorgenommen sind, — eine Erscheinung, die auch die Zunahme der Sozialdemokratie erklärt. — Natürlich, da die sozialdemokratische Partei die Quellen des Elends verstopfen will!

— Einen alten Bekannten — „unsern" Stieber — den wir schier bald vergessen hätten, bringt uns die „Tagwacht" durch folgende, etwas dunkel gehaltene und an Stieber gerichtete Zeilen in Erinnerung:

„Wenn Sie über keine bessere Sorte von Geheimpolizei verfügen, als wie die Jammerexemplare, die sich jetzt namentlich in Bern herumdrücken, muß es Einem wahrhaftig um jeden Groschen, der für solche Subjekte ausgegeben wird, noch mehr leid thun als bisher.

Wie ist's? Gibt's zum Monat März vielleicht einen kleinen Rummel? So auf den achtzehnten etwa? Etwas rothe Fahne? So etwas, lieber Schwulitätsrath sollte man doch in Anbetracht des großen Kesseltreibens, das nun in Deutschland gegen die Sozialdemokratie veranstaltet werden soll, in Scene setzen."

— Ein Gemeinderath, wie er sein muß. Aus Lyon wird gemeldet, daß der dortige Gemeinderath 200,000 Frcs. für die Arbeiter bewilligt habe, welche unter der Krise gelitten hätten. Wo ist die deutsche Gemeindevertretung, die zu ähnlichem Thun auch nur den Willen hat? Ja, wenn es sich um glänzende Einzugsfeierlichkeiten, Schlachtfeste und sonstige Allotria handelt, da regnet es nur so die Tausende. Des werkthätigen aber ohne seine Schuld hungernden Volkes Noth zu lindern — pah, was geht uns das Pack an!

— In Dänemark sind die Gesellschaftsretter frisch an der Arbeit. Harald Brix, der Redakteur des sozialistischen Witzblatts „Ravnen" (Der Rabe), hat zu den vier Jahren Gefängniß für angebliche Majestätsbeleidigung noch 21 Monate Gefängniß für drei angebliche Polizei- und Fabrikantenbeleidigungen hinzubekommen, nebst einer Geldbuße von 1500 Kronen. Noch sechs Monate Gefängniß stehen ihm in Aussicht. Schade, daß Shakespeare nicht mehr lebt, dann könnte man ihm an den Kragen gehen wegen seines verbrecherischen Worts: „Es ist etwas faul im Staate Dänemark."

— Sozialistenkolonie. Was wir in Nr. 13 über die dänische sogenannte „Sozialistenkolonie" sagten, wird uns jetzt durch eine Zuschrift aus Kopenhagen voll bestätigt. Es handelt sich blos darum, eine Anzahl Parteigenossen, die durch die traurigen Zeitverhältnisse zur Auswanderung genöthigt sind, „über dem Wasser" in einer gemeinsamen Ansiedelung zu vereinigen, die, so weit dies durchführbar, nach sozialistischen Grundsätzen eingerichtet werden soll. Dagegen läßt sich nichts einwenden, so sehr wir es auch bedauern, daß tüchtige Parteigenossen die „alte Welt" verlassen. Hier ist Amerika, ein besseres Amerika, „das neue Amerika" des Dichters. Freilich, wir müssen's erst erkämpfen.

Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die in unsrer ersten Notiz erwähnten „Kr." nach uns freundlich gewordener Mittheilung Kronen bedeuten, und daß der Werth einer dänischen Krone 1 Mark 12 Pf. beträgt.

— Vorsicht. Aus Kopenhagen lassen sich Bourgeoiszeitungen berichten, „daß unter den „Führern" der dänischen Sozialdemokratie ein heftiger Zwiespalt ausgebrochen ist, welcher für die Partei verhängnißvoll werden könne. Der Redakteur des „Socialisten", Klein, ist vor Kurzem aus irgend einem Grunde aus der Partei ausgestoßen worden; um sich zu rächen, greift derselbe jetzt in Flugblättern, deren Inhalt nicht wiederzugeben ist (Warum nicht?), die bekannten Führer Pio, Geleff, Brix ꝛc. auf die heftigste Weise an. Da dies aber noch nicht die gewünschte Wirkung gehabt hat, so ist er auf ein anderes Mittel verfallen. Geleff ist augenblicklich auf einer Agitationsreise in Jütland begriffen. Klein folgt ihm von Stadt zu Stadt und macht in jeder von Geleff einberufenen Versammlung Mittheilung von skandalösen Vorgängeu im Vorstande der Partei, wodurch es ihm in der Regel gelingt, stürmische Auftritte hervorzurufen und den Zweck der Mission Geleffs, die Bildung von neuen sozialistischen Vereinigungen zu vereiteln."

Wir wissen aus Erfahrung, daß unsere Gegner schon manche Lüge über die innereu Parteiverhältnisse der deutschen Sozialdemokratie colportirten, um die Arbeiter zu verwirren und zu veruneinigen. Ob die Mittheilungen über die Zwistigkeiten innerhalb der dänischen Sozialdemokratie auf Wahrheit beruhen, wissen wir nicht, da uns darüber bis zur Stunde direkte Anzeige nicht gemacht worden ist. Natürlich hoffen wir das Gegentheil. Auf alle Fälle aber sind die obigen Angaben mit Vorsicht aufzunehmen, denn sie kommen aus Gegners Mund.

— Die Genossen Kayser in Dresden und Ulrich in Offenbach haben, jener auf unbestimmte Zeit, dieser vorläufig auf sechs Wochen die uns Sozialdemokraten stets zur Verfügung stehende Staatswohnung bezogen. Trotz liebenswürdiger Winke mit dem Zaunpfahl in nationalliberalen Denunziantenblättern wollten sie sich den Freuden des Stillebens nicht schon während des Wahlkampfes hingeben. Aber nach gethaner Arbeit ist gut ruhen.

— Die Neuwahl in Altona, wo bekanntlich Parteigenosse Hasenclever gewählt wurde, wegen gleichzeitiger Wahl in Berlin das Altonaer Mandat aber abgelehnt hat, ist auf den 15. Februar angesetzt. Die Altonaer werden auf dem Platze sein.

„Die Märtyrer der Commune in Neukaledonien. Bericht zweier Entwichenen von Paschal Grousset und Fr. Jourde."

Gemäß dem Beschluß des letzten Sozialistencongresses ist diese Schrift, welche die Versailler Ordnungsbanditen auf ewige Zeiten an den Schandpfahl nagelt, in's Deutsche übersetzt und von der Leipziger Genossenschaftsdruckerei unentgeltlich gedruckt worden (s. d. Annoncentheil.) Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt. Arbeiter Deutschlands, Gesinnungsgenossen! Ihr wißt, was Ihr zu thun habt! Die paar Pfennige, die Ihr gebt, werden die Noth Eurer heldenmüthigen Brüder und Vorkämpfer mildern, die sich jetzt in der Gewalt unbarmherziger Feinde befinden. Je mehr Exemplare Ihr kauft, desto mehe Elend wird gelindert werden. Thut Eure Schuldigkeit!

Correspondenzen.

Wien. Es wird seit Längerem von verschiedenen hiesigen Tagesblättern in alle Welt hinausgelogen, es herrsche hier unter den Schuhmachern Mangel an Arbeitskräften. Namentlich versuchen die angeblich „liberalen" und „demokratischen" Blätter „Vorstadtzeitung" und „Morgenpost" dadurch ihr Unwesen zu treiben, daß sie durch solche Vorspiegelungen Arbeiter aus allen Gegenden nach Wien locken, welche hier nicht nur keine Arbeit finden, sondern schließlich im größten Elende den verlockenden Ort zu verlassen gezwungen sind.

Diesen wahrscheinlich wohlberechneten unwahren Angaben unserer Bourgeoisblätter gegenüber sehen wir uns genöthigt — damit unsere auswärtigen Collegen nicht etwa dem falschen Rufe Folge leisten — Folgendes zu erklären: daß

1. die Beschäftigungslosigkeit, anstatt zu schwinden, von Tag zu Tag zunimmt, was wir mit Recht constatiren können, weil die bei uns eingeführte Unterstützung für Arbeitslose, wie dies die Monatsausweise der betreffenden Kasse ergeben, arg mitgenommen wird. Zahlen reden!

2. Diejenigen, welche sich in Condition befinden, oft genöthigt werden, zwei oder drei Tage in der Woche auszusetzen, und

3. bereits von Woche zu Woche in vielen Fabriken und Werkstätten Lohnverkürzungen vorgenommen werden.

Diese Umstände bringen wir nun den Schuhmachern allerorts zur Kenntniß und warnen daher jeden Arbeiter, der sich nicht vielleicht freiwillig dem größten Jammer preiszugeben beabsichtigt, vor Zuzug nach Wien.

Für den Ausschuß der Schuhmacher-Gewerkschaft:

Martin Kauba, Obmann. Stefan Hekmann, Schriftführer.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden ersucht.

Köln, 28. Januar. In einer Zusammenstellung der zu Gunsten der Sozialisten in Rheinland und Westfalen abgegebenen Stimmen, welche gegenwärtig die Runde durch die sozialdemokratische Presse macht, ist unter Anderem Köln (Stadt) mit 1773 und Köln (Landkreis) mit 713 Stimmen, welche auf den in beiden Kreisen aufgestellten Candidaten A. Bebel gefallen sind, verzeichnet. Wir können dies nun insofern berichtigen, als in Köln 1783 und im Landkreise Köln 1234 Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten gefallen sind. Ebenso ist noch zu bemerken, daß aus dem Kreise Kempen, in welchem seitens der Sozialisten Herr G. Schumacher aus Köln aufgestellt war, bis jetzt noch kein anderes Resultat vorliegt, als daß der Candidat der Ultramontanen mit großer Majorität gewählt sei. — Die zu Gunsten der Sozialisten in Rheinland und Westfalen abgegebenen Stimmen dürften also die Summe von 42,698, welche bis jetzt herausgerechnet waren, noch um Einiges übersteigen.

Dortmund, Wegen einer Rede, welche Parteigenosse Tölcke gelegentlich der Reichstagswahlagitation hier gehalten hat, ist derselbe in Anklagezustand versetzt worden. So revanchirt man sich für die Triumphe, welche die Sozialdemokratie gefeiert hat.

Gießen, 22. Januar. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß durch die Wahlbewegung die Ausbreitung der Partei wesentlich gefördert wurde. In Wieseck haben wir seit Anfang Dezember Mitglieder und haben dieselben bei der Wahl thatkräftig durch Verbreitung von Stimmzetteln und Aufrufen in einer Reihe von Gemeinden mitgewirkt. Die Zahl der dortigen Mitglieder beträgt bis jetzt 22, mit 8 Abonnenten des „Vorwärts". Am 21. d. M. traten in Altbuseck 8 Mitglieder bei und wurden 5 Abonnenten des „Vorwärts" gewonnen. Beide Orte besitzen

---

wiegende Bedeutung gewann. Bologna wetteiferte mit Mailand im trotzigen Sinne seines streitbaren Bürgerthums, einer auszeichnenden Eigenschaft, welche diesen beiden Städten bis auf den heutigen Tag geblieben ist und sie zu den unverdaulichsten Bissen für das neue Königreich Neapel, zum ewigen Heerde von Unruhen und Verschwörungen, namentlich solcher mit sozialistischem Beigeschmack, gemacht hat. Florenz, von einem minder kampflustigen Volke bewohnt, hat eine weniger blutbefleckte, aber darum nicht minder unruhige Vergangenheit. Es hatte seine Zunftbewegungen, ja wenn man so sagen darf, auch seine „Commune", das Produkt eines Aufstandes der „Wollkratzer", der übrigens eine unparteiischere Geschichtsschreibung, als die der Gegenwart, das Zeugniß eines billigen und gerechten Waltens nicht vorenthalten hat. Es raffte sich, als schon das Weltbankhaus der Medici eine an monarchische Gewalt streifende Machtstellung erlangt hatte, nochmals auf zu einem nur durch auswärtige Hilfe zu bemeisternden Widerstandsversuche unter der Leitung des sozialistischen Dominikanermönchs Savonarola (man könnte ihn den Lamenais des 15. Jahrhunderts nennen), der dem sterbenden Lorenzo die Absolution verweigerte, als dieser zögerte, der Republik die geraubten Freiheiten zurückzustellen.

Ja selbst als der kühne Staats- und Gesellschaftsreformer seine Auflehnung gegen die neue Ordnung der sich bildenden kapitalistischen Gesellschaft auf dem Scheiterhaufen gebüßt hatte, war der Freiheitssinn der Florentiner noch nicht gebrochen und es bedurfte des nochmaligen blutigen Einschreitens des deutschen Kaisers (Karl V.) im Jahre 1530, um den Freistaat auf die Dauer in die goldenen Fesseln der Medici zu schmieden.

An dieses alte sozialdemokratische Florenz hat schwerlich auch nur Einer von denjenigen gedacht, welche der sächsischen Hauptstadt mit Beilegung des italienischen Namens ein besonderes Compliment zu machen vermeinten. Aber die historischen Reminiscenzen lassen sich nicht willkürlich an einem bestimmten Punkte abbrechen. Eine lockt die andere hervor, und wenn der Prunk des augusteischen Hofes den Vergleich mit dem des großherzoglichen Florenz nahe legte, so müssen die Wahlen des Jahres 1877, in denen nun für beide Stadthälften zusammen den sozialistischen Candidaten die meisten Stimmen zugefallen sind, unwillkürlich die Erinnerung an das ältere Florenz wachrufen, jene industrielle Republik, deren Kraft im Kampf mit dem Kapital der Börse unterlag, deren Geschichtsbild aber aller Glanz des Medizäerhofs nicht zu verdunkeln vermocht hat, und dessen, einem tragischen Geschick erlegenen geistlichen Repräsentanten, die der wahren Bedeutung dieses Mannes unkundige Gegenwart sogar auf dem Reformationsdenkmale zu Worms einen Platz eingeräumt hat.

Geht jetzt nur hin, ihr Wohlgesinnten, und scheltet die alte, guelfische, reichsfeindliche Stadt, die einen Dante ob seiner kaiserlichen Gesinnung aus ihren Mauern trieb! Scheltet euch selbst, daß ihr dem Aufwiegler ein herrliches Monument errichtet und ihm vor kaiserlicher Majestät mit gehuldigt habt! Ja verwünscht den unglücklichen Einfall, die sächsische Hauptstadt durch jenen doppelsinnigen Beinamen mit der mittelalterlichen Commune in Beziehung gesetzt zu haben! Es hilft euch alles nichts mehr! Die Thatsachen haben eure Redefloskeln mehr als euch lieb zur Wahrheit gemacht. Dresden, die Residenz, hat sich als Industriestadt deklarirt und die Entwickelung der industriellen Gesellschaft wird auch ihr ferneres Schicksal bestimmen.

(„Chemn. Fr. Presse".)

— Eine feine Schmeichelei. Das „Leipziger Tageblatt" vom 31. Januar enthält folgende journalistische Perle: „In den amerikanischen Journalen erregt es viele Heiterkeit, daß die hochgelahrte und wirklich sehr gute „Gegenwart" Paul Lindau's in Berlin in einem Artikel „über den Wahlkampf in den Vereinigten Staaten" von dem demokratischen Präsidentschafts-Candidaten Filder (statt Tilden) spricht. Es sei dies etwa, wie wenn die „Nation" in New-York von einem Pißquark statt Bismarck spräche." — Welcher Schalk mag Herrn Hüttner dieses Kukuksei in's reichsfreundliche Nest gelegt haben? Wenn Pi— Pardon! wenn „Bismarck" davon erfährt, ist hoffentlich kein Strafantragsformular zur Hand.

einen guten Kern, welcher zu den besten Hoffnungen berechtigt. Weitere Orte werden hoffentlich folgen. O.

Essen, 28. Januar. Das Resultat der Reichstagswahl vom 10. Januar ist folgendes: Der Candidat der Ultramontanen v. Forcade erhielt 7828, der Candidat der christlich-sozialen Arbeiterpartei Herr Stötzel 6690, der liberale Candidat Herr Justizrath Gützloe 6636 und Genosse Hasselmann 3062 Stimmen. Das Resultat vom Jahre 1874 war folgendes: Der Kandidat der Ultramontanen v. Forcarde erhielt 14,709, der Liberale Derens 4300, Dreesbach (Sozialdemokrat) 1200 Stimmen. Die Sozialdemokratie hat also einen bedeutenden Zuwachs aufzuweisen, nämlich 1862 Stimmen. Bedenkt man, daß viele Arbeiter, die mit der Sozialdemokratie sympathisiren, diesmal dem christlich-sozialen ihre Stimme gegeben haben, weil Herr Stötzel mehr Aussicht hatte, in die Stichwahl zu kommen, so sind wir vollständig berechtigt zu sagen, die 3062 Stimmen, die Herr Hasselmann erhalten hat, hat er nur von geschulten Parteigenossen erhalten. Die letzte Wahl giebt uns überhaupt zu denken. Die liberale Partei hatte einen sehr freisinnigen und populären Candidaten aufgestellt und in Folge dessen 2330 Stimmen mehr erhalten wie vor drei Jahren, es haben also im Kreis Essen 9698 freisinnige Wähler ihre Stimme abgegeben, also 4198 mehr wie vor drei Jahren. Rechnen wir die beiden klerikalen Parteien (Bürgerpartei und christlich-soziale Arbeiterpartei) zusammen, so sehen wir, daß diese Partei 182 Stimmen verloren hat. Aber der Umstand, daß die Arbeiter mit der ultramontanen Bürgerpartei nicht mehr gemeinsame Sache machen wollen, ist ein vielversprechender Fortschritt. Die christlichen Arbeiter wollen sich nicht mehr länger von einem Millionär vertreten lassen, der nicht weiß, wo den Arbeiter der Schuh drückt, sondern sie stellten einen schlichten Arbeiter auf, einen Fabrikarbeiter, jetzt Redakteur der christlich-sozialen Zeitung hier in Essen. Wenn auch diese christlich-sozialen Arbeiter noch sehr weit von der Sozialdemokratie entfernt sind, so ist doch diese Emanzipation der Arbeiter ein nicht zu unterschätzender Fortschritt. Als die Arbeiter Miene machten, selbständig vorzugehen, geriethen die Ultramontanen im Lager der Bürgerpartei schier aus dem Häuschen; der ganze Klerus stand gegen die Arbeiter auf und wendete alle Agitationsmittel an, um die Arbeiter nicht siegen zu lassen. Ein Beweis, wie diese Leute gewillt sind, die Arbeiterfrage zu lösen; sie leiden noch nicht einmal, daß ein Arbeiter in den Reichstag geschickt wird. Das ist doch der furchtbarste Klassenhaß. Die bürgerlich-klerikale Partei haßt die Arbeiter, wenn dieselben als Klasse auftreten, mit dem Einzelnen liebäugelt sie, um ihn in ihr Netz zu locken. Indeß hat doch alles Schimpfen und Toben der Ultramontanen nichts gefruchtet, der Candidat der christlich-sozialen Arbeiterpartei ist in der Stichwahl mit dem bürgerlich-klerikalen siegreich aus der Wahlurne hervorgegangen. Herr Stötzel erhielt 11,636, Herr v. Forcarde 7660 Stimmen. Herr Stötzel ist also mit 3976 Stimmen Majorität gewählt. Die Sozialdemokraten haben sammt und sonders Herrn Stötzel gewählt. Alles in Allem ist zu constatiren, daß auch hier im Kreise Essen die Arbeiter endlich zum Klassenbewußtsein erwacht sind. W.

Oberingelheim (Rheinhessen), 16. Januar. Die hiesigen Reptilienblätter jubelten: „In unserm intelligenten Rheinhessen findet der Sozialismus keinen Eingang, wie überhaupt da, wo Bildung und gute Schulen sind, wie in Rheinhessen.“ Sie glaubten es, dachten aber nicht daran, daß gerade in den Ländern, wo wenig Bildung ist, der Sozialismus nur schwache Wurzel hat, und gerade bei einer intelligenten Bevölkerung die sozialistischen Ideen den leichtesten Eingang finden. Dies hat sich auch am 10. Januar gezeigt. Zwei Tage vor der Wahl stellten die Sozialisten im Wahlkreis Alzei-Bingen-Ingelheim, im Herzen Rheinhessens, einen eigenen Candidaten auf, Herrn Julius Prätorius aus Alzei, ohne vorher nur im Geringsten etwas gethan zu haben, und bei den gräßlichsten Verleumdungen und Schmähungen von Seiten der Reptilien gegen die sozialistischen Ideen bekam dennoch Herr Prätorius 150 Stimmen. Also 150 haben offen Farbe bekannt, aber zehnmal so viel würden bei einer Agitation gewählt haben, welche aus Furcht diesmal noch Herrn Bamberger ihre Stimmen gaben. So etwas ließen sich die Reptilien nicht träumen. Mancher erklärt, es sei ein neuer Geist im Anzug. Ja, so ist es. Obgleich der „Rheinische Beobachter“ die gräßlichsten Verleumdungen gegen den Sozialismus bringt, — so brachte er z. B. die drastische Aufforderung und Mahnnng: „Ihr Bauern wählt, wer sein Eigenthum geschützt sehen will, L. Bamberger!“ — trotz alledem ist das Mißtrauen gegen Bamberger und all' die Liberalen erwacht und wächst mit Riesenschritten. Man fängt an, dem Sozialismus Vertrauen zu schenken, man fürchtet nicht mehr das „Theilen“ und die sonstigen Märchen, die man uns hier vorgeschwindelt hat. Würde in Rheinhessen jetzt etwas zur Förderung der freiheitlichen Ideen von Außen her geschehen können, so stände es fest, daß bei der nächsten Wahl der sozialistische Candidat zum Reichstage gehörte.

Ein rheinhessischer Bauer
(früher „Reichsfreund“).

Naumburg a. S., 23. Januar. Die Reichstagswahl hat Alles geweckt und neues Leben ist erstanden. Eine Lauheit herrschte aber auch vor in Folge der steten Verfolgung, Maßregelung, Verweigerung der Lokale, wegen des Mangels an Geldmitteln, daß ich selbst bangte für das Resultat. Aber wider mein Erwarten trat eine rege Thätigkeit der Arbeiter ein; sie thaten ihre Schuldigkeit, so daß sich die Stimmenzahl mehr als verdoppelt hat. Deshalb Ihr Arbeiter Naumburgs, die Ihr von der Idee des Sozialismus durchdrungen seid und gesehen habt, das Resultate erreicht werden können, gewiß wird sich Jeder gesagt haben, hättest Du die drei Jahre gewirkt und kleine Opfer gebracht, so wäre unser Candidat Zwiebler als Sieger hervorgegangen. Zeitz hat zu Aller Zufriedenheit seine Schuldigkeit gethan, deshalb richte ich an alle Arbeiter Naumburgs den Mahnruf: zeiget künftighin, daß auch Ihr befähigt seid, etwas Tüchtiges zu leisten; leget Sammelbüchsen an in jeder Werkstatt und sollte es Pfennigweise geschehen, es wird bei den Wahlen im Jahre 1880 schöne Früchte tragen. Die nächste Wahl soll zeigen, daß der Sieg unser ist. Noch eins sei erwähnt: als in dem Lokal, wo ich mich postirt hatte, schon einige Stimmen abgegeben waren, erschien auch ein wohlbekannter Halbbauer. Der Herr Wahlvorsteher, ganz bestimmt diese Stimme für seine Partei vermuthend, warf den Zettel sofort in die Urne, ohne den Namen des Wählers in der Liste zu finden; er gehörte einem andern Wahlbezirke an! Wie nun den Zettel wieder herausbekommen? Wen haben Sie gewählt? Antwort: Präsident W.! Nun wurde die Urne geöffnet und zwei Zettel dem Halbbauer vorgehalten, mit der Frage: Ist es der? Nein! Darauf wurde der andere Zettel ausgehändigt und der Wähler in ein anderes Lokal gewiesen. Bei diesem Akte schüttelte ich den Kopf und erhielt deshalb von einem Commissionsmitgliede einen strengen Verweis, den ich nur um deswillen ruhig annahm, um nicht das Lokal verlassen zu müssen. So geht es zu bei den Wahlen, wenn die herrschenden Parte en allein die Wahlhandlung leiten. J. K.

Marienberger Wahlkreis. (Wahlresultat.) Dulke, Staatsanwalt in Marienwerder, (cons.) 628; Hausburg, Oekonomierath in Berlin, (lib.) 2155; Bader, Decan in Tiegenhagen, (ultr.) 886; Winter, Oberbürgermeister in Danzig, 1; Hurlemann, Maurer in Hamburg, (soz.) 175 Stimmen. Sa. 3845 Stimmen. Für den Sozialisten waren 1874 85 Stimmen abgegeben, also ist die sozialistische Stimmenzahl um 90 gewachsen ohne Agitation.

Wahlkreis Calbe-Aschersleben. Es laufen wiederholt Nachrichten ein über Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen das Wahlrecht ein. Als ein Parteigenosse die Urne einmal sehen wollte, sagte man ihm: Das geht Sie nichts an. Als er eine Zählung der Wähler angestellt hatte, wollte es ihn bedünken, es seien 15 weniger gewesen, als das verkündigte Resultat aufwies. — Auch hat der Fabrikant Silberschlach sich recht ausgezeichnet dadurch, daß er an's Wahllokal seinen Aufseher Badche als Aufpasser und Agitator hingestellt, ferner seine Arbeiter mit Bier und Branntwein vor und nach der Wahl traktirt dafür, daß selbige den Amtsrath Dietze wählen sollten und gewählt haben. In Nachterstedt wurden, wie man hört, die Arbeiter mit Bier und Cigarren zum Wahllokal getrieben mit der Drohung: wer Hurlemann wählt wird abgelohnt. Dergleichen Fälle sind viele vorgekommen. Man bringe nur alle vorgekommenen Ausschreitungen zur öffentlichen Kenntniß und es wird sich zeigen, daß die Sozialisten die Gesetze besser respektirt haben als die Herren Gegner. Zeugenmäßig festgestellte Vergehen werden an den Reichstag gebracht werden. Auch bitte ich den Parteigenossen in Calbe, mir den Ort noch einmal zu nennen, wo der Herr Kantor als Wahlvorsteher so kühn gewesen ist, unsere Stimmzettel für ungültig zu erklären, weil der Vorname des Candidaten statt Friedrich nur Fr. angegeben war auf dem Stimmzettel. Nun thue Jeder seine Schuldigkeit auch in dieser Hinsicht, dann ist es uns möglich, den Gegnern zu lehren, wie man Gesetze zu befolgen und nicht zu verhöhnen hat.

Fr. Hurlemann, Hamburg,
St. Georg, Kleiner Kirchweg Nr. 24.

Meerane, 28. Januar. Die Wahlschlachten sind geschlagen. Wohl mancher Ort unseres Kreises schlummert noch, aber eine rege Agitation kann Alles ändern. Das zeigt ganz deutlich unser Meerane, wo 1867, als hier Niemand an die Sozialdemokratie dachte, das ganze politische Leben gleich Null war. Bei Stadtverordnetenwahlen wurden nur bis zu 70 Stimmen abgegeben und fast schien es, als sollten die Bourgeois unter sich allein wählen. Da brachten die Reichstagswahlen ein frischeres Leben in die Massen; Bebel voran, zeigte uns den Weg, und jetzt pfeift der Wind aus einer anderen Gegend. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl wurden 1627 giltige Stimmen abgegeben, die Gegner brachten 16 und wir 14 Stadtverordnete in's Collegium; bei der jetzigen Reichstagswahl erhielt Bebel 2704, Beck (nationalliberal) nur 734 Stimmen. Daß unsere Arbeiter nur sozialistisch wählen, zeigen unsere vier Arbeiterbezirke. Es erhielten Stimmen

im 1.	Bezirk:	Bebel	547,	Beck nur	36,
„ 2.	„ :	„	464,	„ „	64,
„ 3.	„ :	„	468,	„ „	84,
„ 4.	„ :	„	471,	„ „	38.

In der innern Stadt, wo die Ausbeuter wohnen, erhielt Bebel die Minorität. Das muß uns eine Warnung sein, fest zusammenzustehen bei der kommenden Neuwahl, die durch die Annahme des Dresdner Mandats seitens unseres früheren Candidaten Bebel sich nothwendig gemacht hat. Natürlich werden wir bei der Neuwahl wiederum siegen, aber es gilt zu kämpfen, denn ohne Kampf werden unsere Gegner das Feld nicht räumen.

Erfurt, 31. Januar. Wahlresultat. Stimmberechtigt 27,333, Zahl der abgegebenen Stimmen 12,309, ungültig 53. Davon erhielten: Dr. Lucius 8438, O. Kapell 2838, Windthorst-Meppen 565, v. Müffling (cons.) 401, zersplittert 19 Stimmen. 1874 erhielten wir ca. 1400 Stimmen. Diesmal also über 100 Prozent mehr.

Wiesbaden. (Allgemeiner deutscher Töpferverein und Berufsgenossen.) Den Mitgliedern zur Notiz, daß meine brieflich angeordnete Urabstimmung über den Sitz eines neuen Vororts unverzüglich zu vollziehen ist trotz Gegenordre, da ich für die statutengemäße Leitung des Vereins nicht weiter aufkommen kann, wenn der Sitz noch länger hier verbleiben sollte. Was meine Bekanntmachungen durch den „Vorwärts“ anbelangen, so ist bis jetzt noch nichts daran geändert worden durch die Sachlage am hiesigen Orte; ich kann es durchaus nicht zugeben, daß der Vorstand hier länger verbleibt, und bitte auf alle Machinationen von anderer Seite keine Rücksicht zu nehmen.

Mit collegialischem Gruß
Jos. Schweis, Vorsitz., Dotzheimerstr. 41.

Aufruf.

Die eben beendeten Reichstagswahlkämpfe haben uns wieder einmal unsere Gegner in ihrer wahren Gestalt gezeigt. Maßregelungen sind an der Tagesordnung, und die Pflicht unser Aller ist es, überall womöglich rathend und unterstützend zur Seite zu stehen. In Adorf im sächs. Voigtlande (23. sächs. Wahlkreis) wohnt ein noch junger, kräftiger, dabei fleißiger und geschickter Muschelarbeiter Martin Zöllner. Er wurde gemaßregelt wegen seiner tüchtigen sozialistischen Thätigkeit während der Wahlbewegung. Ein biederer, unerschrockener Charakter, ist er für die Partei, wenn er am Platze bleiben kann, ein guter Vorposten im oberen Voigtlande. Wir fordern daher die Parteigenossen auf, Zöllner zu unterstützen, und zwar in der Weise, daß man ihm Aufträge giebt. Er verfertigt Muschelportemonnais, Manchettenknöpfe in ganzen Garnituren in einfachem Genre bis zur prachtvollsten Mosaikarbeit. Wollten die Parteigenossen hier und da zusammentreten und ein halbes oder ganzes Dutzend seines Fabrikates bestellen, so wäre ihm bald eine unabhängige Stellung geschaffen und die Partei hätte in Adorf, dem liberalen Hauptquartier im oberen Voigtlande, einen wackeren Vorposten erhalten. Bestellungen adressire man: Martin Zöllner, Muschelarbeiter, Adorf i. V., Sachsen.

Das Centralwahlcomité des 18. sächs. Wahlkreises.

NB. Wir bitten um Abdruck in den Parteiblättern.

Briefkasten

der Redaktion. F. E. in Zw: Ihre Vorlesungen werden Sie ohne Intervention der Polizei wohl nicht lange fortsetzen können. Das Beste ist, Sie wirken direkt für die Partei und suchen in Hamburg die Ernennung zum Parteiagenten zu erwirken.

der Expedition. A. D. B. Ezra: Die „Wage“ ist durch jede Buchhandlung und Postanstalt zu beziehen; Redaktion und Selbstverlag von Guido Weiß, Michaelkirchplatz 13, Berlin SO. Preis pro Quart. 4,50. Durch die Post bezogen frei in's Haus wahrscheinlich einige Groschen Zuschlag.

Die Expeditionen der verschiedenen Parteiblätter werden hiermit an den Congreßbeschluß erinnert, nach dem sie verpflichtet sind, regelmäßig ein Exemplar an die Beschwerdecommission zu senden, und demgemäß ersucht, der Post von jetzt ab je ein Exemplar für W. Frick, Bremen, Seemannsstraße 1, aufzugeben.

Quittung. Thmr hier Ab. 5,80. Fachver. d. Kleiderm. Steyr Ab. 3,20. Grl Zeitz Ann 0,90. Dttrch Erfurt Schr. 1,10. Thms Langensalza Schr. 1,50. Stlgmmller Zell Schr. 14,80. Zhtnr Darmstadt Schr. 15,50. Flr Schw.-Gmünd Ab. 10,00. Pfch Hannover Ab. 90,00; die letzte Sendung war nicht 30,00, sondern 70,00. Wlfch Zittau Schr. 8,25. Khn Niederspaar Schr. 6,00. Ebrt Zwickau Schr. 45,00. Brth Mainz Ab. 38,80. Frnff Sachsenhausen Ab. 25,20. Hr. Helmarshausen Schr. 2,50. Kch Oberdöbling Ab. 8,30. Ullrch hier Ab. 200,00. Lhmnn hier Ab. 2,20. Ehrlch hier Schr. 12,25. Grl St. Johann Ab. 1,67, Schr. 3,00. Hlngl Ab. 1 40. Wßlr hier Ab. 1,50. Kls Magdeburg Ab. 120,00. Glls Hochfelde Duisburg Ab. 3,50. Bttchr Gera Schr. 10,00. Schld Straßburg Ab. 5,50. Stll Schw.-Hall Ab. 10,05. Schrzr hier Ann. 0,90. Hfm Riesa Ab. 1,25.

Wahlfonds.

Von H. K. 5,00, d. Bennewitz 1,00, Liste 37 d. E. Künzel 1,10

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Sonnabend, den 10. Februar, feiern wir unser

XVI. Stiftungsfest

in der „Tonhalle“

bestehend in **Concert, Gesang, Festrede** vom Reichstagsabgeordnet J. Most aus Berlin und **Ball.**

Anfang Abends ½8 Uhr.

Freunde und Gönner des Vereins ladet freundlichst ein

8,60] Der Vorstand.

NB. Programme sind im Vereinslokal zu haben.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Sonnabend, den 3. Februar, Abends 8 Uhr, bei Jul. Menzel am Täubchenweg: **Versammlung.** Tagesordnung: Gewerkschaftliches. Der Bevollmächtigte. [40

Leipzig. Centralwahlcomité.

Mittwoch, den 7. Februar, Abends ½9 Uhr: **Sitzung** im Arbeiterbildungsverein.

Tagesordnung: 1) Bericht der Kassenrevisoren. 2) Berathung über die Agitation im 10., 11., 13. und 14. Wahlkreis.

Die Mitglieder des Kreiscomités sind hierzu dringend eingeladen.

Alle Diejenigen, welche noch Forderungen in Wahlangelegenheiten zu machen haben, müssen dies bis Mittwoch thun.

90] J. A.: Chr. Hadlich, Vorsitzender.

Thonberg. 13. Wahlkreis.

Die hiesigen Genossen laden zu ihrem heut stattfindenden **Wahlfeste** alle Wähler Demmlers, sowie Freunde der Arbeitersache freundlichst ein. Eintritt frei. [120

Eine Genossenschaftsdruckerei, die eine nachweisbar sich rentirende sozialistische Zeitung herausgibt, sucht ein Kapital von drei bis vier Tausend Mark für den Zeitraum eines Jahres aufzunehmen.

Schriftliche Offerten wolle man unter der Chiffre F. an die **Expedition dieser Zeitung** einsenden. [1,80

Marie, schrb. sogl. d. Stan—ky, zweimal bei u. gewesen. [30

Zur Notiz für Gesangvereine.

Da wir hier am Orte gesonnen sind, einen Arbeiter-Gesangverein zu gründen, so ersuche ich auswärtige Gesangvereine gefälligst um Uebersendung von Statuten. Auslagen vergütet (F. 830)

Zeitz, den 29. Januar 1877. [70

Hermann Graul, Besenstraße 1.

H. Fennemann, Duisburg,

wird abermals aufgefordert

„Neue Welt“

abzurechnen. Die Expedition des „Vorwärts“.

Die Parteigenossen werden um Vermittlung ersucht!

Polytechnische Schule

zu Langensalza.

Das Sommersemester beginnt am **9. April**, der unentgeltliche Vorbereitungscurs am **15. März.** Prospecte frei. (H.0349) [390

Dr. Kirchner, Direktor.

Soeben erschien:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und Fr. Jourde.

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Färberstraße 12/II.

Lissagaray, Histoire de la Commune de 1871

ist im **französischen** Original erschienen und vom Unterzeichneten zu 9 Mark zu beziehen. An Wiederverkäufer Rabatt.

Die **deutsche** Uebersetzung ist in Arbeit und wird in einigen Monaten erscheinen. Für Arbeiterkreise wird eine Ausgabe zu ermäßigtem Preise veranstaltet. [3,10

Braunschweig, 30. Januar 1877.

(2a) **W. Bracke jr.**

Elegante Einbanddecken

für die Neue „Welt“

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von **H. Jansen**, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hatz, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lantermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 16. Mittwoch, 7. Februar. 1877.

An alle Gesinnungsgenossen!

Zum Wahlfonds sind in kürzester Frist noch Gelder erforderlich, um die Nachwahlen in Altona, Glauchau-Meerane und Breslau unsererseits mit Erfolg betreiben zu können. Sendungen sind zu richten an August Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Die Reichstagswahlen.

Das Resultat sämmtlicher 397 Wahlen für den deutschen Reichstag ist nun bekannt. Gewählt sind: 39 Conservative, 32 Freiconservative, 146 Nationalliberale und Anhängsel, 33 Fortschrittler, 93 Centrumsleute, 13 Polen, 9 Partikularisten, 15 Elsaß-Lothringer, 4 Vertreter der „Volkspartei", 13 Sozialisten.

Um die „Bewegung" der Parteien, ihr Wachsthum und ihren Verfall klar zu überschauen, müssen wir die Zusammensetzung des neuen Reichstags mit der seiner Vorgänger vergleichen.

Im Reichstage des Norddeutschen Bundes (1867) zählten: die Nationalliberalen 97, die Conservativen 55, die freien Conservativen (im Allgemeinen den späteren Neuconservativen entsprechend) 40, das Centrum (unter welchem Namen sich damals altliberale und freiconservative Elemente vereinigten, z. B. Baumstark, Max Duncker, Sänger 2c.) 27, die Linke (Fortschritt) 19 Mitglieder, Sozialisten 7. Im ersten deutschen Reichstage gestaltete sich nach den Wahlen von 1871 das Parteiverhältniß wie folgt: Nationalliberale 116, Centrum (unter welchem Namen von jetzt an die Ultramontanen auftreten) 61, Conservative 53, Fortschrittspartei 45, Reichspartei 35 (später 36), liberale Reichspartei 28 (später 30), Polen 12, Wilde 23, darunter 1 Sozialdemokrat (6 Mandate waren in der Session erledigt). Die letzte Session des ersten Reichstages (1873) weist folgende Zahlen auf: Nationalliberale 115, Centrum 66, Conservative 50, Fortschrittspartei 45, deutsche Reichspartei 34, liberale Reichspartei 30, Polen 13, Wilde 23, darunter 1 Sozialdemokrat; erledigt 6. Nach den Neuwahlen von 1874 traten die Parteien in der ersten Session in folgender Stärke auf: Nationalliberale nebst Anhängsel (die ehemalige liberale Reichspartei u. s. w.) 170 (später 173), Fortschritt 47 (später 38 durch Absonderung der Gruppe Löwe), Centrum 94 (später 92), deutsche Reichspartei 31, Conservative 21, Polen 14, Sozialdemokraten 9. In der Session von 1875 zählten: Nationalliberale und Anhängsel 170, Fortschritt (ohne Gruppe Löwe — 10 —) 36, Centrum 93, deutsche Reichspartei 32, Conservative 20, Polen 13, Sozialdemokraten 9.

Nehmen wir die zwei im Reichstag am zahlreichsten vertretenen Parteien, die Nationalliberalen und Ultramontanen.

Die Nationalliberalen 1867: 97; 1871: 116; 1874: 170; 1877: 146.

Die Ultramontanen 1867: 27; 1871: 61; 1874: 93; 1877: 93.

Diese Zahlen sind äußerst lehrreich. Sie zeigen, daß Verfolgung die Parteien nur kräftigt, während anderseits die stärkste Partei, selbst wenn sie die herrschende ist und über die Staatsmaschinerie verfügt, zerbröckeln muß, sobald das Volk sich von ihrer Gemeinschädlichkeit zu überzeugen beginnt. Die Centrumspartei ist am mächtigsten gewachsen im Toben des Culturkampfs. Jetzt, wo der Kampf eingestellt ist und eigentlich nur noch zum Schein unterhalten wird, hat auch das Centrum keinen Zuwachs bekommen und präsentirt sich genau mit dem alten Bestand. Der Sozialismus, dessen Wachsthum in ähnlicher Weise künstlich beschleunigt wurde, hat — von seiner wissenschaftlichen Grundlage abgesehen — vor dem Ultramontanismus den Vortheil voraus, daß die Verfolgungen nicht eingestellt sind, und daß die Herren Tessendorff und Compagnie mit ungeschwächten Kräften für uns Propaganda machen. Recht deutlich tritt der Verfall der liberalen Parteien aus obigen Ziffern entgegen. Verglichen mit dem 1874 gewählten Reichstag haben sie im Ganzen 37 Mitglieder verloren: die Fortschrittspartei 3, die nationalliberale Partei nebst Anhängsel, einschließlich der „Gruppe Löwe", 34. Für diese Partei der politischen Heuchelei und der Prinziplosigkeit aus Prinzip war der 10. Januar 1877 allerdings ein Volksgericht. Der Januar 1880 wird noch unerbittlicher sein, daher der charakteristische, das schlechte Gewissen der Herren so recht deutlich verrathende Vorschlag, die Legislaturperiode des jetzigen Reichstages um vier Jahre zu verlängern, also sie sieben Jahre dauern zu lassen, statt der verfassungsmäßigen drei.

Unsere Gegner fangen zum Theil an, sich des Zetergeschrei's zu schämen, in das sie nach Bekanntwerden der sozialistischen Wahlerfolge ausbrachen, und wollen nun gar so thun, als seien sie keineswegs überrascht worden und hätten auch nie an neue Reaktionsmaßregeln gedacht. Am komischsten geberdet sich in dieser Beziehung die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung"; nachdem sie noch Tags zuvor mit der ihr eigenen Schamlosigkeit das Denunziationsgeschäft gegen unsere Partei ausgeübt, schreibt sie am 1. d. M.:

„Der „Vorwärts" läutet aus Leibeskräften Sturm, signalisirt das unmittelbare Hervorbrechen der rothen Reaktion, die Aufhebung jeglicher Freiheit, insonders des allgemeinen Wahlrechts, der Vereins- und Preßfreiheit 2c., und führt als Grund seiner Behauptung die Furcht und Bestürzung an, die seiner Aussage zufolge über die Siege des Sozialismus unter den besitzenden Klassen, unter den Liberalen und weiß Gott wo sonst noch herrschen sollen. Der „Vorwärts" liebt es, mit sehr grellen Farben aufzutragen, und das soll ihm auch unbenommen sein; er wird aber ehrlich genug sein, zuzugestehen, daß es viele Kreise gegeben hat, die über die Erfolge der Sozialdemokratie gar nicht überrascht, die vielmehr verwundert sind, daß sie nicht noch bedeutender waren. Man kann dem „Vorwärts" zum Ueberfluß versichern, was er ja ohnehin schon genau weiß (!), daß die Staatsleitung Deutschlands und Preußens auch unter der Zahl der Nichtüberraschten und Nichtüberrumpelten sich befindet, daß man das Wachsthum der sozialistischen Partei da zu genau verfolgt hat, als daß man nicht längst Warnungszeichen hätte aufziehen sollen. Allein da die Gefahr sich nun doch geringer herausgestellt hat, als man glaubte annehmen zu sollen, so läßt es sich ja ermöglichen, dem festina lente*) Rechnung zu tragen. Ueberhaupt lieben Staatsmänner, die von ihrem Metier wirklich etwas verstehen, ernste und heikle Fragen dilatorisch (!) zu behandeln und abzuwarten, ob die allgemeine Vernunft nicht von selbst, ohne Anwendung schärferer Mittel, zum Durchbruch gelangen wird."

So die „Norddeutsche", mit deren Schreibweise wir uns hier nicht befassen wollen. Wir möchten ihr blos die Frage vorlegen, woher sie, als Organ, das nach den bestimmtesten amtlichen und nichtamtlichen Erklärungen, ja nach der kategorischen Aussage des Fürsten Reichskanzlers selbst, außer jeder Beziehung zu Regierungskreisen und speziell zur „Staatsleitung Deutschlands und Preußens", d. h. des Fürsten Bismarck steht, ihre Information über die geheimsten Ansichten und Absichten der „Staatsleitung Deutschlands und Preußens", d. h. des Fürsten Bismarck bekommen hat? Die gute „Norddeutsche" hat eben wieder einmal geflunkert. Was die Ansichten und Absichten des Fürsten Bismarck betrifft, so schmeicheln wir uns, dieselben ebenso gut zu kennen, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Daß der genannte geniale Staatsmann sich um unsere Sache ein unbezahlbares Verdienst erworben hat, ist von uns wiederholt, ja schon im Reichstag, dankend hervorgehoben worden, allein bis heute haben wir nicht zu entdecken vermocht, daß er auch nur das ABC der sozialistischen Strebungen begriffen, das Wesen der sozialistischen Bewegung erfaßt habe. Kurz, daß Fürst Bismarck für uns agitirt, in Wirklichkeit unser bester Agitator ist, steht fest, daß er aber die Wirkungen seiner Agitation so richtig vorausgesehen habe, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" behauptet, wird Niemand uns einreden. Doch lassen wir das. Es soll uns lieb sein, wenn unsere leitenden Staatsmänner wirklich ganz unbemerkt von dem „staatsmännischen" Geist erfüllt worden sind, welchen die „Norddeutsche Zeitung" ihnen zuschreibt. Richtiger, es sollte uns nicht lieb sein, denn auf dem bisherigen Weg kommen wir schneller zum Ziel, gelangt „die allgemeine Vernunft" rascher „zum Durchbruch".

Doch wir können unbesorgt sein. Der Vater der Strafgesetznovelle wird sein Versprechen, dieselbe wieder dem Reichstag vorzulegen und mit Hülfe des „rothen Gespenstes" durchzudrücken, unzweifelhaft erfüllen, wenn auch nur „dilatorisch", zu deutsch: wann es ihm paßt.

Und die „allgemeine Vernunft"! Arme Norddeutsche, hast Du die ultima ratio des preußischen Monarchen vergessen? Wir kennen Staatsmänner, für die noch heute die ultima ratio (der Krupp'schen Gußstahlkanonen) mit der „allgemeinen Vernunft" zusammenfällt.

Die „Reptilienblätter" mögen sich noch so sehr dagegen verwahren, daß Reaktionsmaßregeln geplant werden — die Logik der Thatsachen ist stärker als der Wille der Menschen. Die politischen Gegensätze werden sich schärfer und schärfer zuspitzen, und, so lange nicht vollkommene Freiheit herrscht, so lange es Unterdrücker und Unterdrückte giebt, wird mit dem Gegendruck von unten nach oben auch der Druck von oben nach unten sich vermehren — so lange vermehren, bis die Maschine den Dienst versagt oder der Dampfkessel platzt. So war es, so ist es, so wird es sein.

*) Eile mit Weile.

Der politische Kampf in den Vereinigten Staaten.

Columbia in Südkarolina, 13. Januar.

Die bangeste Ungewißheit in Betreff der künftigen Gestaltung der Dinge lastet gegenwärtig auf dem amerikanischen Volke. Ist es die Unentschiedenheit der Frage, ob Hayes oder Tilden als Präsident installirt werden soll, oder die Ahnung, daß ein Ende der wirthschaftlichen Krisis vorläufig nicht abzusehen ist? Jedenfalls sind die ehemaligen sanguinischen Hoffnungen bedeutend gesunken, nachdem man immer mehr einzusehen beginnt, daß die Prosperität eines Landes nur in gewisser Beziehung von dem Siege einer Partei abhängt; eine Annahme, die im besagten Falle aber hinfällig ist, da beide Parteien durch und durch corrumpirt sind und nicht den mindesten Anspruch auf das Vertrauen des Volkes besitzen. Mit dem Volk, von welchem hier die Rede ist, kann natürlich nur die Masse gemeint sein, welche noch jeder Einsicht in die heutigen Staatsverhältnisse ermangelt; eine Masse, die ihre Stimmen auf zwei Männer vereinigt, von denen jeder im Falle seiner Wahl ganz bestimmt nur sein, d. h. das Interesse der herrschenden Klasse berücksichtigt, niemals aber den Leiden des Volkes die gebührende Aufmerksamkeit schenken wird. Und leidet denn das Volk? Eine Frage, die eigentlich gar keiner Beantwortung benöthigt. Man blicke nach den Industriestaaten des Ostens, wo ein grauenhaftes Elend herrscht, oder nach den westlichen und südlichen Ackerbaustaaten, wo in gleichem Maße die Armuth schrecklich zu Tage tritt. Dazu kommen speziell im Süden noch die provozirten Staatswirren, die vollends jede Hoffnung auf einen auch nur momentanen Aufschwung der Geschäfte im Keime ersticken. Was in letzterer Zeit in den Staaten Louisiana, S.-Karolina und Florida sich ereignete, war die nothwendige Folge des amerikanischen Regierungssystems, wie solches in den letzten zwölf Jahren der Herrschaft der republikanischen Partei zur Geltung kam. Auf eine dauernde Lebensfähigkeit kann solche Wirthschaft nicht rechnen; ebensowenig aber kann eine Wendung zum Besseren eintreten, so lange beide Parteien das eigentliche Volk im Schach halten. Es ist „der Kampf um die Beute", der sich jetzt in der Union abspielt, nicht ein Läuterungsprozeß des amerikanischen Volkes, wie von den großen Blättern der anglo-amerikanischen Presse, dem New-Yorker „Herald" und der „Times" lügnerisch versichert wird. Man sieht, wie Betrügereien von den höchsten wie von den niedrigsten Beamten verübt werden, die Presse deckt sie auf und theilt sie bis in die kleinsten Details mit; damit aber glaubt sie ihre Aufgabe erfüllt zu haben, denn die Entrüstung des Volkes darf und soll nicht wachgerufen werden. Es müssen wahrscheinlich noch ganz andere Ereignisse eintreten, viel überwältigenderer Natur, ehe die Geduld des Volkes wirklich zu Ende geht.

Die Arbeiterklasse im Besonderen verhält sich alledem gegenüber gleichgiltig. Natürlich machen die sozialistischen Arbeiter eine Ausnahme, aber ihre Zahl ist noch gering und folglich ohne jeden Einfluß auf das Getriebe der Staatsmaschine. In einem kürzlich erschienenen Artikel des „Vorwärts", „Die Nationalwahlen in der Union", wurde des Näheren ausgeführt, weshalb die amerikanischen Arbeiter noch nicht die achtunggebietende Stellung einnehmen, die ihnen gebührt. Schreiber dieses schließt sich dem vollkommen an, er hat auch die Ueberzeugung, daß eine der Ursachen die ist: daß sich die Thätigkeit der Arbeiter zu ausschließlich auf die einzelnen Vereine beschränkt, statt den Gegnern mit praktischen Maßregeln entgegen zu treten und ihre Handlungen zu vereiteln. — Die Frage, ob „politisch oder gewerklich" das ersehnte Ziel zu erreichen ist, mag Manchen noch als eine offene erscheinen, für den mit hiesigen Verhältnissen Bekannten ist sie bereits entschieden; es ist nothwendig, die herrschende Klasse auf den Boden bekämpfen, wo sie dem arbeitenden Volk entgegentritt. Bei der letzten Wahl haben Millionen ihre Stimmen denen gegeben, welche ihre erklärten Feinde sind; und gerade diejenigen, welche schon in Vereinen organisirt sind, haben ein ganz erhebliches Contingent dazu gestellt. Anderseits kann als positiv angenommen werden, daß Arbeiter ganz passiv geblieben sind, aber eben diese Unthätigkeit macht die herrschende Klasse sich zu nutze.

Bei der letzten Wahl wurde mit einer wahren Erbitterung gekämpft. Die Redner beider Parteien versuchten mit der ganzen Kunst der Beredsamkeit, ihrer resp. Partei zum Siege zu verhelfen. Und so wie das Volk die Blätter mit Eifer las, ebenso aufmerksam lauschte es den Rednern. Die ungeheure Aufregung, welche sich aller Gemüther bemächtigte, zeigte jedem Unbefangenen, mit welchem Interesse das Volk den Regierungswechsel verfolgt. Dabei kommt nicht in Betracht, welcher Art derselbe ist, nur das Vorhandensein des allgemeinen Interesses möge constatirt werden.

Wenn wir nun die Ereignisse des Centennialjahres, das mit der Präsidentenwahl seinen Abschluß fand, überblicken, so machen wir die Wahrnehmung, wie die amerikanische Bourgeoisie sich in ihren Positionen eher befestigt hat, als daß sie gewichen ist. Nennenswerthe Erfolge seitens der Arbeiter sind leider nicht zu verzeichnen. Die Industriearbeiter des Nordens sowohl wie die ländlichen Arbeiter der Reis- und Zuckerplantagen des Südens mußten sich bedeutende Lohnherabsetzungen gefallen lassen, ihre Vereinigungen waren machtlos gegenüber dem Kapital. Auch ist die amerikanische Bourgeoisie so gut organisirt, wie vielleicht nirgends. In den kleinsten Orten in allen Staaten hat sie ihre Agenten und Headquarters (Hauptquartiere). Während der letzten Wahl hatte der Schreiber Dieses Gelegenheit, ihre Agitatoren in elenden Negerdörfern anzutreffen, beschäftigt damit, sich der Mitwirkung der Neger zu versichern. Man kalkulirt sehr richtig, daß zur Erreichung des Zweckes das Volk gewonnen werden muß, deshalb muß die Agitation dasselbe bei seinen Neigungen anfassen. Der äußere Prunk versagt seine Wirkung nicht, große Kosten werden nicht gescheut, handelt es sich doch darum, die Staatsgewalt zu erhalten und hierzu ist die politische Aufregung nöthig. Nüchterne, besonnene und berechnende Charaktere wenden sich mit Ekel von solchen Schauspielen ab, aber es hilft ihnen nichts, wollen sie den Feind erfolgreich bekämpfen, so müssen sie dessen Kampfesweise acceptiren, freilich nur insoweit, als man die Masse aufrüttelt und bewegt, sich mehr den öffentlichen Angelegenheiten zuzuwenden. Lernet von den Gegnern, lernt wie es möglich ist, daß die Gegner ihre Macht erhalten. Schweifet nicht in die Ferne, sondern kämpft auf dem realen Boden der wirklichen Verhältnisse. Urtheilt nicht so geringschätzend über die politische Macht, sie ermöglicht es eben einer geringen Zahl, die Masse niederzuhalten. Hat der Arbeiter erst begriffen, daß er seine Aufmerksamkeit mehr auf den Staatsorganismus richten muß, natürlich ohne den Kampf auf sozialem Gebiet auch nur im geringsten zu vernachlässigen, so werden sich bald praktische Erfolge zeigen, die von nicht zu unterschätzender Wirkung für die gesammte amerikanische Arbeiterklasse sein werden.

R. J.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Die schwarz-rothe Schlange". Herr Ternburg, der bei der Stichwahl vom 23. Januar im Offenbach-Dieburger Kreis mit Ach und Krach und nichts weniger als mit Ehren über Liebknecht siegte, hat an sein Wahlcomité folgendes telegraphische Bulletin gerichtet: „Berlin, den 26. Januar 1877. Herzlich freudigen Dank den Wählern, welche auch diesmal für

des Reiches Freiheit (!) und Wohlfahrt so tapfer eintraten und der schwarzrothen Schlange auf den Kopf traten. Dernburg."

Die „schwarzrothe Schlange" sind die 10,550 Wähler, welche am 23. Januar 1877 durch ihre Abstimmung bekundet haben, daß sie mit der elenden Heuchlerpartei, die von „Freiheit und Wohlfahrt" spricht, in Wirklichkeit aber die Freiheit verräth und die Wohlfahrt des Volkes zu Grunde richtet, nichts mehr zu thun haben wollen. Wenn man bedenkt, daß der ganze Regierungsapparat für die Candidatur des Hrn. Dernburg in Bewegung gesetzt, und daß von Seiten der nationalliberalen Herren Bourgeois mit beispielloser Frechheit gelogen, gefälscht, bestochen und eingeschüchtert wurde, so sind wir zu der Annahme berechtigt, daß weitaus die Mehrheit der Wahlberechtigten des Offenbach-Dieburger Kreises über diese Partei der politischen Heuchelei und Niedertracht endgültig den Stab gebrochen hat. Und die Majorität des Volkes in seinem Wahlbezirk nennt Herr Dernburg eine „Schlange"!

Der Anstand und die Bildung des Herrn Dernburg stehen auf gleicher Stufe mit seinem persönlichen Muth. Im December vorigen Jahres von Liebknecht zu einer öffentlichen Disputation vor den Wählern herausgefordert, „drückte er sich" (oder „kneifte", wie der Studentenausdruck lautet) mit — wahrem Heroismus, und vor der Stichwahl getraute er sich gar nicht in seinen Wahlkreis zu kommen, weil Liebknecht dort war, und er diesem nicht hätte ausweichen können. Wiederholt schrieben ihm seine Wähler, er möge doch kommen, sein Ausbleiben mache einen schlechten Eindruck — umsonst, der tapfere Dernburg war durch keine menschliche Macht aus seinem heldenmüthig vertheidigten Berliner Dachsbau herauszutreiben. Und dieser — Dernburg wagt es, nach seinem durch die unlautersten, gemeinsten, zum Theil ungesetzlichsten Mitteln, nicht erkämpften, sondern erschlichenen Wahlsieg, 10,550 ehrliche Männer in dieser Weise zu beschimpfen! Das kennzeichnet den Mann, das kennzeichnet seine Partei. Die Züchtigung wird nicht ausbleiben. Und die „schwarzrothe Schlange" — doch theilen wir erst eine Notiz mit, welche das „Leipziger Tageblatt" vor einigen Tagen brachte. Es hieß da:

„Leipzig, 26. Januar. Bei der Stichwahl im Wahlkreise Offenbach-Dieburg siegte, wie bereits gemeldet, der nationalliberale Candidat Chefredakteur Dernburg in Berlin mit 12,250 Stimmen gegen Schriftsteller W. Liebknecht in Leipzig, Sozialdemokrat, der 10,550 Stimmen erhielt. Dernburg steht an der Spitze des leitenden Blattes der nationalen Partei in Deutschland, der „National-Zeitung"; Liebknecht ist die Seele des Moniteurs der Sozialdemokratie, des „Vorwärts". Es standen sich also hier das nationale und das reichsfreundliche (wörtlich! Liebknecht wird sich gegen das ihm aufoktroyirte „reichsfreundliche Prinzip" sicherlich mit Nachdruck verwahren) Prinzip in ihrer schärfsten Verkörperung gegenüber, und das in einem Kreise mit dichter Arbeiterbevölkerung! Liebknecht war selbst in Offenbach, um seine Wahl gründlich zu betreiben. Dennoch unterlag er. Das ist ein höchst bedeutsamer Sieg. Wie die „National-Zeitung" mittheilt, hatten in Folge getroffener Verabredung und auf ausdrückliche Aufforderung des nicht zur Stichwahl gelangten ultramontanen Candidaten Kaufmann Racké zu Mainz die Ultramontanen für den sozialdemokratischen Candidaten gestimmt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dies ultramontan-sozialistische Bündniß von dem Bischof v. Ketteler von Mainz ausdrücklich approbirt worden ist; wie auch die Sozialdemokraten in Mainz für den dort in der Stichwahl unterlegenen ultramontanen Candidaten Domcapitular Dr. Moufang stimmten. Das Bündniß zwischen dem Mainzer Bischofsstuhl und der sozialistischen Umsturzpartei hat daher noch nicht einmal den Erfolg für sich gehabt."

Dies die Notiz. Falsch, wenn nicht geradezu gelogen ist, daß Liebknecht „in einem Kreise mit dichter Arbeiterbevölkerung" unterlegen sei. Im eigentlichen Offenbacher Kreis, der eine „dichte Arbeiterbevölkerung" hat, siegte Liebknecht mit großer, in vielen Orten mit erdrückender Majorität; sogar in der Stadt Offenbach hatte er bei der Stichwahl eine namhafte Majorität. In dem nicht industriellen Odenwald, dem Dieburger Kreis, hatte dagegen Dernburg eine ausschlaggebende Majorität, die er aber hauptsächlich nur denjenigen Orten verdankt, in welche die sozialdemokratische Agitation noch nicht eingedrungen, oder aus denen sie durch die brutalsten Gewaltthätigkeiten und erbärmlichsten Kniffe ferngehalten worden war.

Was endlich das „Bündniß der Schwarzen und Rothen" betrifft, so ist es in diesem, wie in jedem andern Fall ein nationalliberales Lügenmärchen. Der Versuch wurde gemacht, ein Bündniß mit den „Schwarzen" zu schließen, aber nicht von den „Rothen" sondern von dem Wahlcomité des Hrn. Dernburg, das sich vor der Stichwahl an Hrn. Kadler, Redakteur der angeblich ultramontanen „Starkenburger Provinzialzeitung", des einflußreichsten Organs der Odenwälder Katholiken, wandte, und ihn, den vorher mit Koth beworfenen Schwarzen, um Unterstützung im Kampf gegen den Rothen bat, eine Zumuthung, die natürlich mit einem ebenso wohlapplizirten als wohlverdienten Fußtritt von Hrn. Kadler zurückgewiesen wurde. Und das erfrecht sich von „schwarzrother Schlange" zu reden! Daß die Katholiken, die übrigens in Hessen hundertmal liberaler (ohne Gänsefüßchen) sind, als die Nationalliberalen, zum Theil lieber für einen Mann stimmten, der ein Gegner aller Ausnahmegesetze ist, als für einen, der die Ausnahmegesetze gegen die Katholiken hat machen helfen, war sehr natürlich, und indem Herr Racké ihnen den Rath gab, dies zu thun, handelte er einfach im Interesse seiner katholischen Wähler. Der Rath wurde indeß von vielen derselben nicht befolgt, z. B. in Großsteinheim und sonstigen katholischen Orten stimmten die Katholiken nicht für Liebknecht; hier und da sogar gegen ihn und für Dernburg, z. B. in Heusenstamm. Mindestens 1600 der Wähler Racké's enthielten sich, wie die „Starkenburger Provinzialzeitung" ausgerechnet hat, der Stimmenabgabe — der beste Beweis, daß die Behauptung, Bischoff Ketteler, überhaupt der katholische Klerus, habe für Liebknecht gewirkt, eine infame Verleumdung ist, so infam, wie die andere Behauptung, in Mainz hätten „die Sozialisten" laut des „ultramontan-sozialistischen Bündnisses" für Moufang gestimmt. Hätten die Wähler Racké's bei der Stichwahl „geschlossen" für Liebknecht gestimmt, so wäre schon diesmal Herr Dernburg unterlegen. Nun, was jetzt nicht gelang, wird in drei Jahren geschehen. Im Januar 1880 wird die Majorität des Offenbach-Dieburger Kreises (auch wenn er zerrissen werden sollte) das thun, was 24 deutsche Wahlkreise schon jetzt gethan haben, nämlich der schwarz-weiß-rothen Schlange auf den Kopf treten.

— Ein Reichsfreund und Gesellschaftsretter. (Berichtigung.) Nicht Redakteur der „Badischen Landeszeitung", sondern Redakteur der ebenfalls nationalliberalen „Mannheimer Zeitung" ist der Eigenthumsfanatiker und Ehe-Vertheidiger Brentano, der neulich als Fälscher in einem Bordell verhaftet wurde, als er Studien à la **Anruh** machte. Ob er in diesen seinen Studien das Original erreicht, lassen wir vorläufig dahingestellt. Leicht ist's nicht. Herr **von Anruh** hat auf diesem Gebiet Großes geleistet und gilt mit Recht für eine Autorität ersten Ranges, was ja auch seiner famosen Broschüre anzusehen und allenfalls sogar anzuriechen. Man glaube nicht, daß wir scherzen. Beileibe nicht. Die Collegen des Herrn **von Anruh** wissen wundersame Dinge von ihm zu erzählen. Als Kenner der geheimsten Bordellgeheimnisse und als Zotenreißer steht er unerreicht da. Selbst die „Gartenlaube" singt seinen Ruhm. In Nr. 22 des Jahrganges 1869 heißt es in einer Schilderung der „Zusammenkünfte deutscher Volksvertreter":

„Alles sitzt unter dem Taxus und hört den losen Hennig oder **Anruh** Geschichten erzählen, von denen die meisten im Buchhandel nur in **versiegelten Exemplaren** ausgegeben werden würden."

Und dieser **Anruh** — —. **Der Rest ist zwar nicht Schweigen, aber etwas, das sich nicht in Worten ausdrücken läßt.**

— Folgenden Wahlprotest enthält der „Frankfurter Volksfreund" in seiner Nummer vom 1. Februar:

„Protest

gegen die Wahl des nationalliberalen Dr. Weigel von Cassel. Die Motive dieses Protestes sind: Erwiesene Wahlfälschungen und Wahlbeeinflussungen.

Näheres folgt, soweit wir es für praktisch halten, in nächster Nummer dieses Blattes.

Hanau, den 28. Januar 1877.

Das Reichstagswahlcomité der Sozialdemokratie.
J. A.: Matthes Daßbach.

Erklärung. Dem vorstehenden Proteste des Reichstagswahlcomités der Sozialdemokratie für den Kreis Hanau-Gelnhausen-Orb gegen die Wahl des nationalliberalen Dr. Weigel von Cassel schließe ich mich an. — Zugleich erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß die Agitation gewisser Nationalliberaler gegen mich gipfelte in der gemeinsten Schurkerei und Büberei.

Bockenheim, den 28. Januar 1877.

Karl Frohme."

Wir können dem hinzufügen, daß auch in dem Nachbarwahlkreise Offenbach die moralisch verwerflichsten und gesetzlich strafbarsten Mittel angewandt worden sind, um die Stichwahl zu Gunsten des „liberalen" Dernburg zu beeinflussen und zu fälschen. Und wie in diesen beiden Wahlkreisen, so haben die Gegner der Sozialdemokratie überall die letzten Restchen von Scham und nicht minder die Achtung vor dem Gesetz über Bord geworfen um die verhaßten Sozialdemokraten zu „schlagen". Zu schlagen? Nein, wir sind nicht geschlagen, selbst da nicht, wo wir unterlegen sind. Es ist in Wahrheit ein großer Triumph unserer Sache, daß die sonst uneinigen Gegner gezwungen waren, sich zu vereinigen, um uns zu bekämpfen und daß sie trotz ihrer Vereinigung noch der Niedertracht und Ungesetzlichkeit die Hand reichen mußten, um einige wenige Stimmen mehr in die Urnen zu bekommen. Nun, hoffentlich werden die Wahlprüfungen Licht in das Dunkel der Wahlumtriebe bringen; an Beweismaterial wird es nicht fehlen.

— Die Reichstagswahlen haben die interessante Thatsache zu Tage gefördert, daß die Gewerkvereinsmitglieder (Hirsch-Duncker) in der Mehrzahl für sozialistische Candidaten gestimmt haben, und zwar, wie kaum erwähnt zu werden braucht, gegen den ausdrücklichen Befehl des bekannten „verdienstvollen" Anwalts. In Magdeburg z. B. wurde ihnen strikte aufgegeben, bei der Stichwahl für Herrn v. Unruh zu stimmen, sie stimmten aber, wie die „Berliner Freie Presse" mitzutheilen in der Lage ist, frischweg für Bracke. Aus dieser Haltung der Gewerkvereinsmitglieder in politischen Fragen ergiebt sich, daß die meisten derselben lediglich der Unterstützungskassen, resp. ihrer zu denselben gezahlten Gelder halber den Gewerkvereinen angehören. Ein sehr loser Kitt!

— Höchst überflüssig. Die conservative „Deutsche Reichspost" brachte in ihrer Nr. 23 vom 28. Januar einen Leitartikel, welcher die Schwierigkeit der Entscheidung der Conservativen bei den Stichwahlen behandelte. Der betr. Herr Verfasser ist bitterböse über die Liberalen und Fortschrittler, ja, er hält sich nicht „für verpflichtet, einem jüdischen Fortschrittsmann die Stimme zu geben, nur damit der Sozialdemokrat nicht gewählt werde"; er „würde vielmehr gar nicht stimmen". Die liberale Partei darf im zweiten Wahlgange von den Conservativen „nie unterstützt werden", da sie „nur Haß und Hohn" für dieselben hat. — In Nr. 26 vom 1. Februar nun folgt eine Art Entgegnung, betitelt: „Das Wesen der Stichwahl". Der langen Rede kurzer Sinn ist: „Alles, nur keinen Sozialdemokraten". Der Herr hätte sich die Mühe ganz und gar ersparen können, dies noch weitschweifig auseinanderzusetzen und zu rechtfertigen. Das bekannte Wort von der „einen reaktionären Masse" ist zwar nicht mehr neu, aber doch recht zeitgemäß. Wir aber wollen dafür sorgen, daß diese Erkenntniß in immer weitere Kreise dringt! Denn sie allein bahnt den Weg zur Besserung.

— Ueber den muthmaßlichen Beginn des Reichstags liegen jetzt drei Lesarten vor; zum 22., 24. oder znm 27. Februar. Da aber der preuß. Landtag mit seinen Arbeiten vor dem 1. März sicher nicht zu Ende kommen kann, so werden Reichstag und Landtag wieder eine Zeit lang neben einander tagen.

— Ein Vorschlag zur preußischen Ruhmeshalle. Bei der preußischen Ruhmeshalle, für welche demnächst das preußische Abgeordnetenhaus des Dreiklassenwahlgesetzes 4½ Millionen bewilligen wird, sollten auch die militärischen Strafmittel — Sandsack, Bock und Prügel ihren Platz finden; wir schlagen vor, dieser Sammlung noch eine Kette und einen Strick beizufügen.

Der Leitfaden der „Dienstkenntniß" bei der Vorbereitung zum Offiziersexamen („Organisation und Dienst der Kriegsmacht des deutschen Reiches", von Ferd. Baron v. Lüdinghausen gen. Wolff, Berlin 1872) enthält außer anderem interessanten bei dem Kapitel der Disciplinarstrafen für Gemeine und Unteroffiziere, S. 347, wörtlich folgenden Passus:

„Sind auf dem Marsche, im Lager oder sonst außer der Garnison oder dem Cantonnement den örtlichen Umständen nach Arreststrafen gegen Unteroffiziere und Gemeine nicht vollstreckbar, so tritt an die Stelle derselben Entziehung der gewohnten Be-

Die Verhandlungen des türkischen Großen Rathes

vom 3. Muharrem 1294 (18. Januar 1877).

Um sich mit einem Schlage der europäischen Diplomatie zu entledigen und freie Hand gegen Rußland zu gewinnen, berief die türkische Regierung zu Anfang des Jahres eine Art Notablenversammlung, in der die höchsten Würdenträger, Muselmänner, Christen und Juden, vereinigt waren, und legte ihr die Frage vor: Annehmen oder ablehnen? — nämlich die Conferenzbeschlüsse. Die einstimmige Antwort war: Lieber den Tod als die Schande! Wir theilen nachstehend einen von der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" veröffentlichten Bericht der denkwürdigen Sitzung mit:

Nach Verlesung der geschichtlichen Darstellung der Ereignisse in Bosnien und Bulgarien gab der Großwessier noch einige Erläuterungen dazu. Hierauf ergriff Subhi Pascha das Wort und sagte: „Falls angesichts dieser Erläuterungen der Krieg unvermeidlich wäre, so ist es möglich, daß wir dabei etwas verlieren; wenn wir aber die beiden Vorschläge annehmen, so werden wir nicht etwas, sondern das ganze Reich verlieren."

Der Großwessier berichtet nun über ein Telegramm, welches er von dem englischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten erhalten hatte; ferner über die Correspondenz, die er mit den europäischen Mächten über die Verleihung der Constitution geführt hatte; nach Verlesung der darauf bezüglichen Papiere erläuterte er noch, aus welchen Gründen die Conferenz gebildet wurde, und welche Verhandlungen mit derselben stattgefunden hatten.

Nach Verlesung eines von den Mächten vorgeschlagenen Entwurfs einer Organisation der Provinz Bulgarien ergriff der Großwessier abermals das Wort, um anzuzeigen, daß nach Abweisung der Conferenzvorschläge dieselben auf zwei Vorschläge beschränkt wurden.

Sami Pascha (Minister ohne Portefeuille): Nach Zurückweisung der nachtheiligen Vorschläge sind die in denselben enthaltenen Nachtheile diesen beiden Vorschlägen wieder einverleibt worden, und ihre Annahme ist daher auf keine Weise zulässig.

Großwessier: Die Annahme dieser beiden Vorschläge würde die Regierung des Reiches nach Europa, den Sitz der hohen Pforte nach Pera verlegen. Eben deshalb sind sie nicht angenommen worden. Hierauf hat die Conferenz eingewilligt, daß in der gemischten Commission auch Beamte der hohen Pforte Mitglieder sein konnten.

Chodscha-Nassuhi: Wie dem auch sein möge, die Annahme dieser Vorschläge würde dem Reich eine unheilbare Schwindsucht verursachen; auch mit dieser Modifikation sind die Vorschläge unannehmbar.

Der Großwessier und einige Minister erwiderten, daß auch der Ministerrath den Vorschlag mit der erwähnten Modifikation erörtert und als unannehmbar befunden habe. Diese Antwort sei auch den Delegirten bereits offiziös mitgetheilt worden; nachdem die General-Versammlung ihren Beschluß gefaßt haben wird, soll diese Antwort auch offiziell mitgetheilt werden.

Ruschdi Pascha (Ex-Großwessier): Dem Vernehmen nach hätten die Delegirten diese modifizirten Anträge annehmen müssen; aber sie haben sie nicht angenommen. Meiner Meinung nach hätte man den betreffenden Vorschlägen eine Vorrede beifügen sollen, in welcher die in Zukunft daraus entstehenden Schwierigkeiten widerlegt werden; aber ich finde eine solche Vorrede nicht; die Delegirten suchen nur Unheil im Reich anzustiften, und in Zukunft werden noch größere Schwierigkeiten daraus hervorgehen.

Subhi Pascha: Wenn es ihre Absicht ist, uns eine Wohlthat zu erweisen, so mögen sie lieber diese Wohlthat den armen Polen, die noch weit mehr als wir des Mitleids würdig sind, erweisen. Unser Grundgesetz verbürgt uns diese Wohlthaten; sie mögen diese Vorschläge für die ihrer Herrschaft unterworfenen Staaten in Anwendung bringen.

Großwessier: Diese Worte werden unsere Gegner nicht zum Schweigen bringen, gleichwie der Verbrecher dadurch nicht straflos wird, wenn er vor Gericht erklärt: irgend ein Anderer habe dasselbe Verbrechen begangen.

Ruschdi Pascha: Wir würden finanziell und politisch benachtheiligt werden. Wenn wir jetzt auch so in Bosnien verfahren, ja wenn wir es auch auf Bosnien und Bulgarien ausdehnen, weshalb bestehen sie nicht auch auf der Ausführung der Vorschläge in Charput? Die Absicht ist klar, man will dort die Reichsregierung in Verwirrung bringen und an anderen Orten die Einwohner auf Abwege führen. Theilt man die osmanischen Staaten in 12 Theile, so sehen wir, daß ehedem Oesterreich davon zwei Theile und Rußland drei Theile an sich gerissen hat; aber wir sehen jetzt in den abgerissenen Theilen keine Schwierigkeit, keinen Nachtheil; wir sehen die Schwierigkeiten der in unseren Händen gebliebenen sieben Theile in den beiden auf Serbien und Montenegro entfallenden Theilen, weil diesen beiden Theilen eine unabhängige Verwaltung verliehen ist. Anatoliens Einkünfte müssen darauf verwendet werden, um die von diesen beiden Theilen von Zeit zu Zeit angezettelten Aufstände zu dämpfen. Und mit der Zeit dürften diese Schwierigkeiten nur noch zunehmen. Werden diese beiden Vorschläge angenommen, so werden jene Provinzen (Bosnien, Bulgarien) ein zweites Serbien werden.

Nassuhi: Sehr gut; wenn wir nun diese beiden Vorschläge zurückweisen, was dürfte dann geschehen?

Großwessier: Wenn wir diese Vorschläge zurückweisen, wird die Conferenz auseinandergehen, aber nicht alle Mächte werden mit uns Krieg führen. England und Frankreich bleiben neutral und mengen sich in nichts. Blos Rußland, welches ursprünglich diese Vorschläge auf's Tapet brachte, wird Krieg führen. Oesterreich kann sich auf seine 17 Millionen slavischer Unterthanen nicht verlassen, und wenn die Magyaren es zulassen, wird es gerade, wie im Anfang der vorliegenden Frage, Rußland unterstützen, vielleicht in Gemeinschaft mit Rußland uns den Krieg erklären; es ist auch wahrscheinlich, daß es in Bosnien und Herzegowina einrückt; Serbien und Montenegro werden nicht müßig zuschauen; Rumänien wird sich nicht von ihnen absondern; auf etwaige Unterstützung vom Auslande dürfen wir nicht rechnen. Ueberlegen wir also, was unsere Lage in diesem Falle sein wird, und welchen Gefahren wir entgegengehen.

Subhi Pascha: Die österreichischen Slaven sind nicht sehr stark; von dieser Seite haben wir nicht so viele Nachtheile zu erwarten. Jedoch dürfte es nach den Erklärungen Ew. Hoheit zweckmäßig sein, unsere Kräfte zu kennen.

Chodscha Omer: So lange dieser Grund nicht gelegt ist, kann man noch nichts sagen.

Vier Chodschas weisen die Vorschläge in heftigen Ausdrücken zurück. Einer von ihnen, Chodscha Nassuhi, sagt: „Wir müssen auf Gott vertrauen und Krieg führen."

Nedschib Effendi: Dazu gehört Macht.

Nassuhi: Wir haben die Macht.

Großwessier: Auch ich bestätige, daß dazu Macht gehört. Der Herr Kriegsminister ist hier; sollte ich mich irren, so wolle er mich verbessern. Wir haben 5—600,000 Soldaten unter den Waffen; durch die Bemühungen Sr. Majestät haben wir auch

dürfnisse an Tabak, Bier oder Branntwein, verbunden a) beim mittleren Arrest: mit Heranziehung zu beschwerlichen Dienstverrichtungen, oder mit täglich einstündigem Anbinden an eine Wand oder an einen Baum (letzteres jedoch nur bei Gemeinen); b) beim strengen Arrest mit täglich dreistündigem Anbinden wie ad. a., unter Gewährung einstündiger Ruhe nach 1½ Stunden.

Das Anbinden des Arrestaten geschieht — auf eine der Gesundheit desselben nicht nachtheilige (!) Weise und möglichst nicht vor Augen des Publikums — in aufrechter Stellung, den Rücken nach der Wand oder dem Baum gekehrt, dergestalt, daß der Arrestat sich weder setzen noch niederlegen kann."

S. 354: „Eine Beschwerde über eine Disciplinarstrafe darf erst nach deren Vollstreckung angebracht werden".

S. 355: „Der Befehlshaber der Besatzung einer Festung, eines offenen Ortes oder Bezirkes, welche in Belagerungszustand erklärt sind, hat alsdann das Recht, Sträflinge in der 2. Klasse des Soldatenstandes mit einer Strafe bis zu 40 Stockschlägen zu bestrafen".

O deutsches Volk, wie weit hast du es gebracht!

— Unfall-Statistik. Im Monat Januar c. wurden bei bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig

12 Todesfälle,
2 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten,
5 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität des Verletzten erwarten lassen und
418 Unfälle, aus welchen sich für die Damnificaten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt.

zusammen 437 Unfälle angemeldet.

Von den 12 Todesfällen ereigneten sich je 2 beim Verladen von Eisenbahngütern, beim Eisenbahnbau, in Steinkohlenwerken und je 1 in einer Fayencefabrik, einer Eisengießerei und Maschinenfabrik, einer chemischen Fabrik, einer Papierfabrik und einem Steinbruche.

Die 2 lebensgefährlichen Beschädigungen entfallen auf seine Brauerei und ein Walzwerk, während

die 5 Invaliden sich auf eine Eisengießerei, eine Maschinenbauanstalt, eine Farbholzmühle, eine Spinnerei und eine Mühlsteinfabrik vertheilen.

— „Liberal". Die „Droits de l'homme" in Paris sind infolge der letzten gegen sie erhobenen Anklagen zur Suspendirung (Unterdrückung des Erscheinens) auf 6 Monate und der Gerant des Blattes zu drei Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Unter dem reaktionären Ministerium wurde das treffliche Blatt zwar vielfach gemaßregelt und bestraft, aber man schritt nicht zu einem so brutalen Streich. Dieser war dem Ministerium des „liberalen" Herrn Simon vorbehalten.

— Zum Candidaten für die Nachwahl im 17. sächsischen Wahlkreise ist von den Sozialisten Kaufmann W. Bracke jr. in Braunschweig proklamirt.

— In unserem Bericht über den Berliner Prozeß ist angegeben, daß die Schließung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgesprochen worden sei; es könnte dies leicht zu Mißverständnissen führen, und wir bemerken deshalb, daß sich dieser Beschluß, der beiläufig erst in erster Instanz gefaßt ist, nur auf Preußen bezieht.

— Im 3. Berliner Wahlkreise findet definitiv eine Nachwahl statt, da Herz abgelehnt hat. v. Sauken-Tarputschen ist seitens der Fortschrittler aufgestellt. — Ebenso finden, früheren Mittheilungen entgegen, in Breslau zwei Nachwahlen statt, da sowohl Lasker als auch Hänel dort abgelehnt haben.

— Wir erhalten aus Wien folgende Zuschrift:

Parteigenossen Deutschlands!

Wir senden Euch zu den nunmehr abgeschlossenen Reichtagswahlen und zu Euern dabei errungenen glänzenden Erfolgen unsere herzlichen Glückwünsche; Eure rastlose Thätigkeit, Eure Opferwilligkeit und Begeisterung haben bei uns den lebhaftesten Widerhall und die größte Bewunderung hervorgerufen.

Seid überzeugt, daß wir auch trachten werden, durch Ausdauer und unermüdliche Propaganda die Sache der Sozialdemokratie zu fördern. Es lebe die sozialdemokratische Partei Deutschlands! Es lebe die Sozialdemokratie aller Länder!

Für die Wiener Parteigenossen:
Emil Reinthal. Jos. Marschall. Franz Harth.

Correspondenzen.

Hanau, 26. Januar. (Allgemeiner Agitationsbericht.) Wenig oder gar nichts haben die Parteigenossen seither von Hanau gehört. Wir wollten nicht den kostbaren Raum unseres Parteiorgans mit Versammlungsberichten in Anspruch nehmen, aber ganz zu schweigen wäre doch auch nicht am Platze. So wollen wir denn nach vollbrachtem Wahlkampf in kurzen Umrissen den dreimonatlichen heißen Kampf in etwas beleuchten. Vor allem bedenke man die Schwierigkeit des Terrains in unserem Wahlkreise. Gebirg und Thal, wenn auch keine tyroler und steyrische, erschwerten uns die Agitation. Wir hatten es mit dem sogenannten Vogelsberg zu thun, der, wenn auch im Sommer ein ganz romantisches Hochland, im Winter bei ewigen Regengüssen doch immerhin für uns Thalbewohner (Mainthal) ganz anstrengende Forcetouren abgab. Doch Scherz bei Seite, und wenden wir uns dem eigentlichen Gegenstande zu, den wir behandeln wollen. Die Gegner fühlten diesmal, daß es ernst werden sollte, das Phlegma, welches unsere Bourgeoisie auszeichnet, ward von ihnen überwunden und hatten wir uns an vielen Orten mit denselben herumzuschlagen. Auch wurde eine gewisse Taktik von ihnen befolgt, die darin bestand, immer dahin zu gehen, wo wir kurz vorher gewesen waren. Man machte sich die Sache von dieser Seite sehr leicht, man nahm eine Schmähschrift, las dieselbe den Versammelten vor und beschwor dann in kurzen Worten die Wähler, um Gotteswillen nicht mit den gottlosen Sozialdemokraten zu wählen. Ueberhaupt beschränkte sich die Agitation der Nationalliberalen nur darauf, unsere Partei als diejenige zu bezeichnen, die kein festes Eheband, keine Familie, kein Eigenthum und keinen Herrgott wollte. Auch die Pariser Commune mußte herhalten; unsere Forderungen könnten nur durch gewaltsame Aktion verwirklicht werden. Das Schönste, was die Nationalmiserabeln noch zu guterletzt vollbrachten, war: daß sie im ganzen Wahlkreise Plakate anschlagen ließen, durch welche sie die Wähler vor uns warnten und uns als Wölfe im Schafspelze bezeichneten. Es ist zum Platzen! Arme Arbeitsleute als Wölfe im Schafspelze zu bezeichnen. Die Kampfesweise war wie überall eine ganz niederträchtige. Was die Fortschrittler anbetrifft, so hatten diese Leute wieder eine andere Maxime. Ihnen war die Rede von Franz Duncker, welche derselbe in Chemnitz gehalten hatte, das beliebteste Agitationsmittel. Was diese Rede an Verdrehungen, falschen Schlüssen und falschen Darstellungen leistet, wissen die Parteigenossen. Diesem Phrasenbrei gegenüber, vor vorurtheilsvollen Massen ausgekramt, hat derjenige, welcher keine Sozialdemokraten hinter sich hat, eine schwere Stellung. Doch haben wir es trotz alledem zur engeren Wahl gebracht. Nun hieß es nochmals hinaus und erobern was sich erobern ließ. Nochmals eine zehntägige heiße Campagne, in welcher wir aber von den Parteigenossen in Frankfurt kräftig unterstützt wurden. Die Gegner, den Ernst der Situation wohl fühlend, boten alles auf, um zu siegen; keine Mittel wurden gescheut. „Verleumde kühn, es bleibt doch etwas hängen" war jetzt ihre Parole. So erfrechte man sich noch in den letzten Tagen, unserem Candidaten die gemeinsten Verdächtigungen an den Hals zu werfen. Belehrend für den Unparteiischen muß es sein, daß diese Geister niemals auf eine sachliche Widerlegung eingehen, weder in Schrift noch im Wort, höchstens daß sie irgend einen Satz aus einer Rede oder einer Schrift herausgreifen und demselben eine falsche Deutung geben, das ist die ganze Kunst ihrer Fechtweise. Der Fortschrittspartei nochmals zu gedenken, so ist zu erwähnen, daß die leitenden Elemente bei der Stichwahl eine eigenthümliche Rolle spielten, der Kampf zwischen Fortschritt und Nationalliberalismus hatte den äußersten Höhepunkt erreicht und Jedermann glaubte, daß ein Zusammengehen dieser Elemente unmöglich sei. Aber o Wunder! Bei der Stichwahl boten diese Leute Alles auf, daß keine Stimme für den Dr. Weigel verloren ging. Wir täuschten uns darüber auch keinen Augenblick, und so stimmten diese Herren Mann für Mann für einen Candidaten, den sie selbst als einen Erzreaktionär bezeichnet hatten. Wir wissen es ja — alle andern Parteien sind uns gegenüber eine einzige reaktionäre Masse. Die Fortschrittspartei hat uns geschadet, das Volk ist eben noch nicht klar über die Tendenz dieser Partei; der Radikalismus wird bis jetzt noch etwas gefürchtet und so gelang es diesen Leuten, durch Laviren zwischen den Parteien ein kleines Häuflein zu vereinigen, welches aber groß genug war, bei der Stichwahl den Ausschlag zu geben. Wir brauchen uns zwar nicht zu schämen, denn die Stimmenzahl, welche sich auf unseren Candidaten vereinigte, war respektabel genug, um den Nationalliberalen das Bewußtsein beizubringen, daß sie einen faulen Sieg erfochten haben. Bedenkt man nebenbei, was den Gegnern für Vortheile zu Gebote standen, welche Einschüchterungen man sich erlaubt hat, bedenkt man, daß nur die politische Unkenntniß den Ausschlag gegeben, so ist der Sieg erklärlich. Aber überall, wo einigermaßen politisches Leben vorhanden war, hatten wir glänzende Majoritäten zu verzeichnen. Beispielsweise Hanau, Bockenheim, Orb, Großauheim ꝛc. Als leuchtenden Punkt unter den Landgemeinden müssen wir Dörnigheim erwähnen, das bis jetzt bei allen Wahlen fast ausschließlich sozialistisch gestimmt hat, 212 gegen 21. In ähnlichem Sinne sind noch viele Orte zu verzeichnen, so Fechenheim und Enkheim-Bergen, überhaupt können wir mit dem Resultat zufrieden sein. Nur im Vogelsberg, wo die Leute noch sehr tief in geistiger Abhängigkeit dahinleben, stellte sich das Verhältniß schlecht, obwohl die Leute dort nicht zu verdammen sind; es ist eben die abgeschlossene Lage, welche einen regen Verkehr mit denselben ausschließt, Schuld daran. Die Stimmenzahl, welche sich auf unseren Candidaten C. Frohme bei der Stichwahl vereinigte, war 9635, auf Dr. Weigel 10,015. Die Nationalliberalen aber können sich selbst sagen, daß nur vermöge ihrer günstigen Stellung uns gegenüber der Sieg erfochten wurde, und sie werden sich gestehen: noch einen solchen Sieg und wir sind verloren! — Wir hatten auch nicht die Mittel, welche nöthig sind, um mit Erfolg zu wirken; die Gegner aber hatten Geld, gute Positionen und die geographische Lage zu ihren Gunsten. Wir hatten nichts als Begeisterung für die Wahrheit. Und diese wird einstens siegen trotz alledem.

Minden i. W. Nachdem bereits von vielen Orten Berichte über die Reichstagswahl erschienen sind, dürfte es wohl an der Zeit sein, daß auch von hier etwas mitgetheilt wird, da es andernfalls scheinen könnte, als ob wir nichts gethan hätten, bez. schon wieder eingeschlafen wären. Bei der Agitation waren wir allerdings lediglich auf uns angewiesen, und da uns die Mittel fehlten, so mußten wir uns auf private Agitation legen. Es verging denn auch kein Sonntag, wo wir nicht verschiedene Nachbarorte für uns zu gewinnen suchten. Wenn wir diesmal auch noch nicht eine erhebliche Stimmenzahl zu verzeichnen haben, so hat unsere Mühe sich doch verlohnt, indem wir es ziemlich auf die doppelte Stimmenzahl gebracht haben. Vor drei Jahren (1874) hatten wir etwas über 350 Stimmen auf unsern Candidaten, Herrn Otto Kapell, vereinigt, wogegen wir bei der diesmaligen Wahl 700 Stimmen für Herrn W. Frick erhalten haben. Es fällt dieses Resultat um so schwerer in die Wagschale, wenn man bedenkt, daß wir blos drei Volksversammlungen zu diesem Zweck haben abhalten können. Als unsere Gegner erfuhren, daß wir im Stillen thätig waren, darüber mußte natürlich brav geschimpft werden. Hierin suchten sich die Käseblättchen „Mindener Zeitung" und „Minden-Lübbecker Kreisblatt" förmlich zu überbieten. Alle die alten Phrasen kamen wieder zum Vorschein. — Wie fast überall, so kamen auch hier bei der Wahl verschiedene Ungehörigkeiten vor. An vielen Orten wurden bei Schluß resp. Feststellung des Wahlergebnisses die Wähler aus dem Lokal gewiesen. An einem Orte, in Hahlen, ist es sogar vorgekommen, daß der Wahlvorsteher unsere Parteigenossen beim Arm gefaßt und hinausgedrängt hat. Trotz aller Wählerei ist es den Liberalen doch nicht gelungen, ihren wieder aufgestellten Herrn General z. D. v. Etzel durchzubringen. Der von der conservativen Partei aufgestellte Gutsbesitzer v. Nathusius auf Ludom ist mit einer absoluten Majorität von 59 Stimmen gewählt. — Bemerkenswerth ist noch, daß im hiesigen Wahlkreis 13,347 Stimmen abgegeben sind gegen 8405 im Jahre 1874. Es beginnt also auch hier zu tagen.

Mit Gruß S.

Bremen. (Bericht.) Auch hier kann die Partei mit frohem Muth in die Zukunft blicken, denn die Stimmenzahl für unsern Candidaten hat sich mehr als verdoppelt. Vor drei Jahren brachten wir auf unsern damaligen Candidaten C. W. Tölcke aus Iserlohn 3139 Stimmen; bei dieser Wahl erhielten wir auf unseren jetzt schon über vier Jahre unter uns weilenden Candidaten Fr. Wilh. Frick 6760 Stimmen; damit sind wir in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse sehr befriedigt. Die gegnerischen Zeitungen haben schon seit Jahren Alles aufgewendet, um unser Werk zu zerstören, aber seit einem halben Jahre sind wir hier im Besitz einer täglich erscheinenden Zeitung, und unsere Redakteure pariren jeden Hieb und geben denselben mit verdoppelter Kraft wieder, und klopfen dem Herrn Finger so recht auf die Finger, und erinnern den Herrn Drelemann manchmal an die Jahre 1848 und folgende. Auch andere Redakteure ärgern sich, daß ihre Abonnentenzahl stets abnimmt, wogegen diejenige unseres Organs „Bremer Freie Zeitung" in stetem Wachsen begriffen ist. — Für unsern Reichstagscandidaten F. W. Frick hätten wir sicher noch einige tausend Stimmen mehr erhalten, wäre die Lage der hiesigen Arbeiter nicht so traurig, denn hier sind in den letzten Jahren 8 bis 10,000 Personen fortgezogen und haben in den kleinen Landstädten und Dörfern ein Unterkommen gefunden; viele standen nicht in den Wählerlisten und hatten versäumt, dieselben nachzusehen, viele Andere wieder hatten Armenunterstützung bekommen und konnten nicht wählen, Andere gingen nicht hin zum Wahllokal, um nicht aus der Arbeit zu kommen. Unsere fleißigen Arbeiter sieht man jetzt den ganzen Tag vergeblich nach Arbeit suchen; ein Glück, daß der Winter sehr gelind ist. Mit den Bauhandwerkern sieht es hier am traurigsten aus, denn es haben bis jetzt 38 Bauunternehmer ihre Insolvenz angezeigt und viele werden noch folgen. Diese bringen sich und sämmtliche kleinen Meister zum Ruin. In 20 bis 30 Straßen stehen die meisten Häuser unvollendet da, und aus den fertigen sind die Bewohner bei Nacht ausgerückt und von hier verzogen. Ferner liest man jeden Morgen 4 bis 6 Insolvenzanzeigen von Wirthen, Handwerkern, Arbeitern. Wie das noch enden wird, ist nicht abzusehen. — Von Selbstmorden wußte man früher hier wenig, sie kamen selten vor, aber jetzt beinahe jeden Tag einer und manche Tage auch zwei. In den Ladenfenstern der Bäcker und Fleischer werden die Scheiben eingedrückt und Waaren entwendet. Pferdeschlächtereien kannte man bisher hier nicht, aber jetzt giebt es deren 10 bis 12. Durch diese langanhaltende Krisis und die Pleiten geht hier der Handwerker- und Mittelstand total zu Grunde, und das sind die Früchte des Wirthschaftssystems der Bourgeoisie!

Sonneberg. Das genaue Resultat der Wahl im 2. Meininger Wahlkreis ist: Lasker 7785, Grillenberger 4842, Schwaine 1007 Stimmen.

Goldkanter, 27. Jan. Bei der am 28. Dezember vorigen Jahres stattgefundenen Ersatzwahl zum Gemeinderath, bei wel-

---

Waffen. Aber die jetzige Kriegführung ist von der ehemaligen weit verschieden; z. B. ehemals genügten 150 Patronen für jedes Gewehr; jetzt genügen nicht einmal 1500 Patronen. Aber auch diese kommen aus Amerika; es ist möglich, daß sie nicht ankommen, oder auch, daß sie unterwegs dem Feinde in die Hände fallen. Geld haben wir nicht; der Werth des Papiergeldes ist Jedermann bekannt. Darüber werden wir wohl noch besonders berathen. Die Pforten der Anleihen aber sind verschlossen, und zur Heeresverwaltung gehört Geld.

Rauf Bey (Sohn des verstorbenen Rifat Pascha): Wir fürchten den Krieg; aber wenn wir diese Vorschläge annehmen, so wird das Resultat der Tod sein. Ein Fieberkranker kann genesen, aber von der Schwindsucht kann man nicht genesen. Was aber diese Herren vorschlagen, ist Schwindsucht; man muß lange rothe Lichter anzünden, wollene Mäntel anziehen und zur Rettung unserer Ehre eine Antwort geben. (Bravo! von verschiedenen Seiten.)

Großwessier: Gleichwie eine Zeitlang in Frankreich ein Paar Stiefel 27,000 Franken kosteten, so kann es auch uns ergehen; ein Kaime vor 20 Piastern kann auf 700 Piaster steigen; die Brotläden werden geschlossen, das Volk ist hungrig, überall Verwirrung, Kinder bestürmen die Regierung. Da ist es möglich, daß Einer zum Andern sagt: Siehe da, wohin man uns gebracht hat; die Conferenzvorschläge beschränkten sich im Ganzen auf die Ueberwachung einiger Vilajets; wir haben sie zurückgewiesen; was ist aus uns geworden?

Ruschdi Pascha: Was Ew. Hoheit gesagt haben, ist sehr richtig. Aber das Leben eines Volkes, eines Staates ist die Unabhängigkeit; nehmen wir ihre Vorschläge an, so ist unsere Unabhängigkeit dahin, und ohne dieselbe kann ein Staat nicht leben.

Cheirullah Effendi (Scheich ül Islam): Was Ew. Hoheit gesagt haben, ist richtig; auf diese Weise können wir es nicht annehmen.

Der vorige Scheich ül Islam: Es ist unsere Pflicht, diese Vorschläge nicht anzunehmen, da unsere Unabhängigkeit vernichtet wird.

Abedin Bey (Börsencommissär): Um ihre Ehre zu retten, verlangen 40 Millionen Osmanen den Krieg. Befehlen Sie, wir sind zu jedem Opfer bereit; die Geister unserer Märtyrer hören unsere Berathungen an; es bedarf nicht vieler Worte; wir müssen ablehnen.

Ruschdi Pascha: Ja, man muß ablehnen; ohne Unabhängigkeit kann ein Staat nicht leben.

Großwessier: Wenn wir ihre Vorschläge annehmen, geht unsere Unabhängigkeit verloren?

Alle miteinander: Ja, ja, sie geht verloren.

Großwessier: Aber es bedarf einer Erläuterung, damit auch Diejenigen, welche anderer Meinung sind, begreifen, warum unsere Unabhängigkeit verloren geht.

Subhi Pascha: Wenn die Verwaltung eines Staates in fremde Hände übergeht, so ist dies die Einleitung zu einer Conföderation. (Im Türkischen: Konfederassion.)

Die Ulema (gleichzeitig): Mengen wir uns in die Angelegenheiten ihrer mohammedanischen Unterthanen? Auch wir wollen ihre Einmengung nicht; wir Alle weisen sie zurück.

Nassuhi Effendi: Wenn ein unabhängiger Staat seine Hand nach der Unabhängigkeit eines andern Staates ausstreckt, vernichtet er dessen Unabhängigkeit. Es ist also nothwendig, daß wir nicht annehmen.

(Schluß folgt.)

— Ein interessanter Rechtsfall. In Frankfurt ereignete es sich, daß ein Kaufmann, der gegen eine alleinstehende Dame klagbar werden mußte, keinen anderen Zeugen für seine Behauptungen finden konnte, als seine Frau, die zur Zeit der zu bezeugenden Thatsache allerdings noch nicht die Seine war. Nun konnte dieselbe freilich in ihrer Eigenschaft als „Verwandte des Klägers" nicht zur Vernehmung zugelassen werden. Da ließ sich der Kaufmann — scheiden und so ward der Gattin freie Hand gegeben, wodurch denn auch nun der Prozeß gewonnen worden ist. Kläger wird übrigens seine Zeugin nächstens wieder heirathen. (Frkf. Ztg.)

— In Gotha erschien kurz vor der Stichwahl eine Wahlkarte, eine förmliche Landkarte, welche je nach der vorherrschenden politischen Richtung der Bewohner die Bezirke und Ortschaften roth (sozialdem.), blau (fortschrittl.) und braun (nationallib) colorirt zeigte. Wir wären begierig, eine derartige Karte von ganz Deutschland zu sehen: wir würden eine neue recht erfreuliche Illustration zu unserem „Rückgang" haben, von dem man übrigens zu reden sich bei den Gegnern allmählich abzugewöhnen scheint.

---

cher die 1. Klasse 1, die 2. Klasse 2 und die 3. Klasse 1 Ersatzmann zu wählen hatte, siegten unsere Gesinnungsgenossen in der 2. und 3. Klasse. Bei der am 7. Januar stattgehabten Ersatzwahl zum Gemeinde-Kirchenrath für hier und Heidersbach siegten unsere Candidaten ohne Ausnahme. Bei der Reichstagswahl fielen hier auf A. Kapell 102, Lucius 60, v. Müffling (conservativ) 25 Stimmen. In Heidersbach A. Kapell 77, Lucius 19. In Suhl A. Kapell 264, Lucius 674, v. Müffling 10 Stimmen. Bei der vorigen Wahl erhielt Yorck hier 33, in Suhl 80 Stimmen. Wie gewöhnlich, so schickte auch diesmal der hiesige Schulze die Stimmzettel für Lucius durch den Gemeindiener in den Häusern umher.

Sorau. Das amtlich festgestellte Wahlresultat des Wahlkreises Sorau in der Lausitz ist folgendes: Der Wahlkreis zählt 19,477 Wahlberechtigte, von welchen 12,077 das Wahlrecht ausgeübt haben. 11,953 Stimmen sind für gültig, 124 für ungültig erklärt worden. Von diesen erhielt der nationalliberale Appellationsgerichtsrath v. Puttkammer zu Naumburg a. d. S. 6643, Otto Kapell in Hamburg 3661, Graf v. Brühl in Pförten 1559, v. Kleist-Retzow 33, Baron v. Wackerbarth in Linderode 13, Baron v. Buddenbrock in Klein-Dölzig 8, Vogel v. Falckenstein in Dölzig 4 u. s. w.

Breslau. Die auf den 30. Januar in Wiesner's Lokal einberufene Volksversammlung lieferte wiederum den Beweis, wie mächtig der Zuwachs ist, den unsere Partei in Breslau in den letzten Tagen erhalten hat. Obgleich der Beginn der Versammlung auf 8 Uhr angesetzt war, so waren die großen Räumlichkeiten doch schon bald nach 7 Uhr so gefüllt, daß kein Mensch mehr Platz finden konnte. Der geräumige Hof und Hausflur, sowie der hinter dem Lokal befindliche Garten waren Kopf an Kopf gedrängt voll und immer noch strömten ungeheure Menschenmassen dem Versammlungslokale zu, in der Hoffnung, irgend einen Platz finden zu können. Ohne zu übertreiben, kann man sagen, daß 3—4000 Menschen des großen Andrangs wegen wieder umkehren mußten. Selbst die Einberufer nebst dem Referenten wären gar nicht in das Lokal gelangt, wenn nicht einer von ihnen durch ein Fenster an der Bühne sich Eingang verschafft hätte, der dann den Einlaß der andern durch ein Hinterpförtchen bewerkstelligen konnte. Die Tagesordnung der Versammlung lautete: „Die Unregelmäßigkeiten der letzten Reichstagswahl. Herr M. Schlesinger beleuchtete das Treiben der Liberalen bei der letzten Reichstagswahl auf Grund des angesammelten Materials in treffender, den Liberalen aber keineswegs schmeichelhafter Weise. In wahrhaft empörender Weise haben die Liberalen aber auch verstanden, die geheime Wahl durch Anlegung der zweiten Wahllisten zur öffentlichen zu machen. Das ganze Thun und Treiben dieser Ordnungshelden, das Drohen mit Arbeiterentlassung der Arbeiter, das Anbieten von Geld, um Stimmen für die Liberalen zu gewinnen, das Führen der Arbeiter zur Wahlurne, und alle die schon in diesem Blatte aufgeführten Kunstgriffe, um die Majorität nicht zu gewinnen, sondern theils zu erschleichen, theils durch Drohungen zu erzwingen, fanden die richtige Würdigung von Seiten des Referenten. Nicht endenwollender Beifall bekundete, daß die ruhige, ordnungsliebende Bürgerschaft von Breslau diese Taktik der Liberalen verabscheut. Kräcker und Schuhmacher hielten noch kurze Ansprachen, in denen sie baten, sich durch diese Machinationen nicht irre führen zu lassen, und bei der in Kürze wiederum nothwendig werdenden Nachwahl auf's Neue den alten Muth und Opferwilligkeit zu bewahren. Eine Resolution, das Reichskanzleramt von der Führung doppelter Listen in Kenntniß zu setzen, und das Verbot derselben zu verlangen, fand einstimmige Annahme. Unter donnernden Hochs auf die Sache der Arbeiter, die sozialdemokratische Partei, die der Vorsitzende ausbrachte und von der Versammlung mit Hochrufen auf die Candidaten erwidert wurden, wurde die Versammlung geschlossen. (Wahrh.)

Pforzheim, 24. Januar. Der Wahlkampf hier — Jolly Excellenz, unser nationalliberaler Exminister, contra den ehrenwerthen Vollblutbourgeois Herrn Millionär Katz — welch beide Herren die Stichwahl durchmachen mußten, war heiß. Die nationale Reaktion war sehr thätig und kein Mittel blieb unversucht, um für die verflossene Excellenz Stimmen zu werben; allein trotz Entlassungs-Androhungen, trotz Freibier und ditto Wein gelang es nicht, für Jolly mehr Stimmen, als er am 10. Januar gehabt, zu erzielen. Schon gegen 4 Uhr gestern, als noch keine Böllerschüsse auf Gemeindekosten knallten, war man überzeugt, daß Katz durchkam und daß der Champagner der Pforzheimer Herren Liberalen vergeblich kaltgestellt worden war. Man wartete bis 7 Uhr, da kam das amtliche Resultat, daß Jolly glänzend mit etwa 1600 Stimmen — Minorität durchgefallen war. In hiesigen Kreisen wurde boshafter Weise ein Bild colportirt, welches, anknüpfend an das zweifelhafte Gleichniß eines Nationalliberalen, das Jolly als Hund, der die Katze (Katz) verspeist, schildert, die Flucht Jolly's mit eingeklemmter Ruthe darstellt. Die glorreiche Reichsregierung hat mit der Niederlage Jolly's einen weiteren Beweis ihrer Unpopularität erhalten!

Annaberg-Buchholz, 29. Januar. Die Wahlen in unserm Wahlkreis sind nun auch vorüber und ist leider ein liberaler Candidat aus der Urne hervorgegangen. Wir unsererseits konnten mit einer gründlichen Agitation nicht vorgehen, weil uns dazu die nöthigen Geldmittel und die dazu gehörigen agitatorischen Kräfte fehlten, wir waren also fast gänzlich auf Lokalagitation, die uns noch dazu durch die Pöbelhaftigkeit der sogenannten Gebildeten vereitelt wurde, angewiesen; trotzdem haben wir 800 Stimmen auf unsern Candidaten Wiemer vereinigen können Wir haben aber dennoch die Genugthuung, an denjenigen Orten, wo wir Versammlungen abhielten, fast überall die Majorität über sämmtliche Gegner erhalten zu haben, so z. B. in Frohnau, Königswalde, Mildenau, Steinbach, Buchholz, Sehma u. a. m., was für den gesunden Sinn unserer Bevölkerung spricht. Die liberale Partei hat bei der Wahl ihren Schandthaten die Krone aufgesetzt. So z. B. waren an vielen Orten Plakate angeklebt mit den Worten: „Wähler, hütet Euch vor Sozialdemokraten; Holzmann muß gewählt werden." Trotzdem wollen uns diese zweifelhaften Ehrenmänner bei der Stichwahl beschuldigen, für einen Reaktionär gewonnen gewesen zu sein, da wir für Breitfeld gestimmt hätten, was wir für eine infame Lüge erklären, da bei uns eine Verabredung in keiner Hinsicht stattgefunden hat; es war vielmehr jedem Einzelnen freigestellt, ob er für Diesen oder Jenen stimmte. Daß Viele möglicherweise für die Conservativen gestimmt haben, daran sind die Liberalen mit ihrer Bauernfängerei selber schuld, denn mit Phrasen und Bestechungen läßt sich kein besonnener Arbeiter oder Kleinbürger gewinnen, um so weniger, als Breitfeld als ein Freund der Arbeiter bekannt ist; so hat er bis jetzt trotz der Geschäftskrise noch keine Arbeiter entlassen. Schließlich noch unseren braven Gesinnungsgenossen, die trotz aller Machinationen unserer Fahne treu blieben, unsern besten Dank.

Das Wahlcomité für Annaberg-Buchholz und Frohnau.

P. S. An alle Partei- und Gesinnungsgenossen des Obererzgebirges richten wir hiermit die Bitte, mit uns so schnell wie möglich in Verbindung zu treten behufs Abhaltung von weiteren Volksversammlungen, damit die Agitaton von neuem wieder frisch betrieben werden kann. Ueberhaupt ersuchen wir die Genossen von Schneeberg, Eibenstock und Schwarzenberg, kräftig mitzuwirken. Briefe und etwaige Unterstützungsgelder sind zu senden an Karl Heinrich Schüler in Frohnau.

Alle Arbeiterorgane werden hiermit um Abdruck dieser Correspondenz gebeten.

Schneeberg. Zu den vielen Ortschaften, wo Wahlbeeinflussungen gegen uns stattgefunden, ist auch Schneeberg mit Umgegend zu rechnen. Wir würden bedeutend mehr Stimmen auf unsern Abgeordneten Liebknecht vereinigt haben, wenn den Gegnern eben nicht jedes Kampfesmittel recht gewesen wäre. Dazu kam noch, daß in Schneeberg allein gegen 60 Liebknechtwähler in der Wählerliste nicht verzeichnet waren, während von der Gegenpartei nur 3 nicht eingetragen waren. In Neustädtel wurden den Bergleuten auf den Gruben von Seiten der Offizianten Uhlmannzettel aufgedrungen, natürlich mit den nöthigen Ansprachen. Ein einflußreicher Fabrikant der Stadt Aue that das Gleiche. Zu alledem kam noch, daß sich auch die löbliche Polizei gegen uns verschworen zu haben schien, indem sie einem Parteigenossen das Austragen von Stimmzetteln untersagte, weil er im Gesicht nicht gut aussah. Wir schickten sogleich einen zweiten, welchem es aber nicht besser erging, da er ein Ausländer sei, bei einem dritten lag ein ähnlicher Grund vor. Und so wie in Schneeberg ist es auch in vielen andern Orten zugegangen. Kann es da Wunder nehmen, wenn die Stimmenzahl, die auf unsern Abgeordneten fiel, diesmal nicht so groß war?

Berlin, 3. Februar. Am 1. März findet hier die Verhandlung gegen die Schuhmacher-Gewerkschaft statt. Unter Anklage stehen Bock (Gotha) Seidemann, Klein und Unterzeichneter. Die Hauptbelastung hat Staatsanwalt Tessendorf darin gefunden, daß die bekannten sozialdemokratischen Agitatoren Most, Bernstein, Bock, Klinghard und Unterzeichneter in öffentlicher Schuhmacherversammlung politische Vorträge gehalten haben und am Schluß stets die Anwesenden aufgefordert, sich der Schuhmacher-Gewerkschaft anzuschließen. Also erklärt der große Staatsretter die öffentliche Versammlung mit der Gewerkschafts-Versammlung für identisch. Wir wollen den 1. März abwarten.

C. Szimmath.

Heide, 31. Jan. Für die Centralwahlkasse sind ferner noch eingegangen: Aus Hemme durch Walther 25,00; Wesselburen d. Walther 12,00; Stelle d. Peters 16,00; Tiebense d. Holst 4,00; Tiebense v. Johannsen 1,00.

Heinr. Off.

Wahlergebnisse.

In Folge unserer Aufforderung, amtliche Resultate der Wahlen mitzutheilen, schreibt man uns aus

Forst, 1. Februar. Betreffs der Zusammenstellung der Wahlstatistik theile ich Ihnen folgendes Zahlenverhältniß von den Jahren 1874 und 1877 mit. Ein näherer Bericht betreffs der Agitation unsererseits und seitens der Gegner folgt nächster Tage. Im Jahre 1874 waren im Ganzen abgegeben 10,327 Stimmen. Davon erhielten: v. Puttkammer 6547, Otto Kapell 1677, Graf v. Brühl 1048, Hugo Polke 842, Dr. Joh. Jacoby 155. Im Jahre 1877 waren im Ganzen abgegeben 11,982 Stimmen. Davon erhielten: Otto Kapell 3752, v. Puttkammer 6581, Graf Brühl 1559. Die übrigen zersplitterten sich. — Noch ist zu bemerken, daß sich bei der letzten Wahl die Gewerkvereinler ins liberale Lager treiben ließen.

Ferner aus **dem 1. nassauischen Wahlkreis.** Die Candidaten Schmidt (soz.), Brünig (nat.-lib.), Sensburg (Fortschr.), Waldersdorf (ultr.) erhielten beziehungsweise folgende Stimmenzahlen: Höchst 387, 1752, 507, 1252; Hochheim 3, 1341, 175, 1160; Homburg 11, 1436, 301, 404; Stadt Rödelheim 140, 117, 155, 22; Königstein 202, 650, 578, 1970; Usingen 11, 2007, 1113, 868; Idstein 1134, 713, 1783; in Summa erhielt also Schmidt (soz.) 756, Brüning 8637, Sensburg 3542, Waldersdorf 7459 Stimmen. Ueber die engere Wahl die genauen Zahlen nächstens.

Würzburg, 1. Februar. Bezugnehmend auf die Aufforderung im „Vorwärts" um Uebermittelung des amtlichen Wahlresultats gebe ich Ihneu Namens des Wahlvereins des arbeitenden Volks am Orte dasselbe hiermit kund: Wahlkreis Würzburg soz. 1441, Volksp. 329, ultr. 6331, lib. 4443, Lohr soz. 21, Aschaffenburg soz. 27, Kitzingen soz. 5, Neustadt a. S. soz. 3. Eingeschriebene Wähler im Wahlkreis Würzburg 17,437, abgegebene Stimmen 12,544, der Stimme enthalten 4893. Im Jahre 1874 erhielten wir im Wahlkreis Würzburg 720 Stimmen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Wilh. Seubert.

Briefkasten

der Redaktion. H. in M.: Ihr Aufruf ist durch die vorige Nummer erledigt. — J. M. in Bremen: Ihre Berichte werden aufgenommen. Betreffs des Preises wenden Sie sich direkt an Scherzer. — H. in Sonneberg: Die Karte vom 15. d. haben wir nicht erhalten; Resultat in heutiger Nummer.

der Expedition. C. M. Schlke: Ganz unmöglich; hier viel Leidensgefährten. Was soll ans gesandten 40 Pf. werden? — Hg. Frbrg i. B.: Bei erster Anfrage waren Stimmzettel nicht zu beschaffen. Nach Abgang der Depesche erhielten wir solche zufällig, deshalb depeschirten wir, daß Sie nicht dort drucken lassen sollten und sandten dann Packete, das Sie mit 3,55 Porto wieder zurücksandten. — H. Schl. Celle: P. T. ist auch in Brl. getessendorfft. Mehr wissen wir nicht.

Aufforderung. Laut Beschluß der Sozialisten-Versammlung vom 28. Januar d. J. ergeht die Aufforderung an den Herrn Michael Chares, Schlosser, gebürtig aus Ostpreußen, hier, sowie in Altstadt-Waldenburg seinen Verpflichtungen nachzukommen, womöglich bis Ende Februar d. J., falls wir gezwungen wären, andere Schritte zu thun. Wir ersuchen alle Parteigenossen, die vielleicht mit genanntem Chares in Berührung kommen sollten, ihn auf dieses aufmerksam zu machen.

Alle Partei-Organe werden gebeten, Vorstehendes abzudrucken.

Waldenburg in Sachsen, den 1. Februar 1877.

Die Agenten: Otto Oertel, Mittelstadt.
Mac Lohr, Altstadt-Waldenburg.

Für eine sozialistische **Genossenschaftsdruckerei** wird ein sofort zu begebendes **Darlehen** von 1500 bis 2000 Mark gesucht. Hypothekarische Sicherheit vorhanden. Offerten sind an **August Geib, Hamburg,** Rödingsmarkt Nr. 12 zu senden.

Quittung. Wien Ab. 5,00. Rw Altona Ab. 28,45. Knk Frankfurt Ab. 8,00. Cnrd Dargun Schr. 1,40. Krtschmnn Dortmund Ab. 1,80. Mhnr Zeitz Schr. 8,00. Brnng Delitzsch Ab. 5,60. Bttchr hier Ab. 0,80. Brtrm hier Ab. 1,60. Spckrmnn Drevenack Ab. 0,80. Rpp Rottweil Ab. 1,20. Frnhlz Loebersdorf Ab. 2,66. Br hier Ab. 1,20. Grstmr München Schr. 11,75. Sgl Aue Schr. 8,50. Hbsch Gröbzig Schr. 1,50. Erg Gablenz Schr. 2,00. A. Brnr Zwickau Schr. 6,20. H. Strbl daselbst Ab. 108,20. Pchltnr Judenburg Ab. 1,00. Arbeiterbildungsverein Judenburg Ab. 1,99. Rtzmr Wien Ab. 5,31. Lnghnrch Nürnberg Schr. 1,50. Stll Schwäb. Hall Schr. 7,20.

Wahlfonds.

Durch Neukirchner hier Liste 92 2,50. Aus der Buchbinderei von H. S. gesammelt durch W. 4,40.

Alle Diejenigen, welche noch im Besitz von Sammellisten sind werden ersucht, dieselben bis nächsten Sonnabend an P. Krebs, Ulrichsgasse 60 abzuliefern.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Cöln. Donnerstag, den 8. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Erkelenz, Kämmergasse 18:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Neuwahl einer Zeitungscommission. Um zahlreiches Erscheinen der Gesinnungsgenossen ersucht

Der Einberufer. [70

Frankfurt a. M. Abonnements auf die Parteiblätter „Vorwärts", „Neue Welt", „Rothe Fahne" u. s. w. werden zu jeder Tageszeit angenommen.

(2a) **W. Knoke,** Kl. Eschenheimerstr. 45. [45

Leipzig. Donnerstag, den 8. Februar, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die direkte Gesetzgebung. Referent Nauert.

Der Agent. [70

NB. Die Parteikarten sind vorzuzeigen.

Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin.

Eingetragene Genossenschaft.

Der Unterzeichnete macht hierdurch bekannt, daß die Antheil- oder Interimsscheine für im **November** und **Dezember** 1876 geleisteten Einzahlungen am heutigen Tage versandt sind.

Beim etwaigen Nichteintreffen bitten wir zu reklamiren. Die in Berlin wohnhaften Mitglieder ersuchen wir, die betreffenden Scheine in unserem Büreau abzufordern.

Gleichzeitig machen wir wiederholt darauf aufmerksam, das laut Generalversammlungsbeschluß von 1876 die monatlichen Beiträge nicht 50 Pfennig sondern 1 Mark betragen.

Neue Antheilscheine werden täglich in unserem Büreau [6,60

Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a

ausgegeben.

Der Vorstand:
F. W. Fritzsche. Heinr. Rackow.

Compagnon-Gesuch. Zu einem indnstr. Unternehmen (Patent) wird ein stiller od. thätig. Theilnehmer, im letztern Fall am liebsten Schlosser oder Modelltischler mit ungefähr 6000 M. gesucht. Entspr. Reingew. Offerten unter W. J. 1789 postl. Berlin, Gesundbrunnen. (F. 40) [1,20

Soeben erschien:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und Jr. Jourde.

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Färberstraße 12/II.

Lissagaray, Histoire de la Commune de 1871

ist im **französischen** Original erschienen und vom Unterzeichneten zu 9 Mark zu beziehen. An Wiederverkäufer Rabatt.

Die **deutsche** Uebersetzung ist in Arbeit und wird in einigen Monaten erscheinen. Für Arbeiterkreise wird eine Ausgabe zu ermäßigtem Preise veranstaltet. [3,10

Braunschweig, 30. Januar 1877.

(2a) **W. Bracke jr.**

Verantwortlicher Redakteur: **W. Liebknecht** in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 17. Freitag, 9. Februar. 1877.

Utopisten

nennen uns die Gegner, wenn sie „anständig" sein wollen. „Es mag Alles ganz hübsch sein, was die Sozialdemokraten als ihr Ziel hinstellen, aber es läßt sich nicht verwirklichen. Die Sozialdemokratie steht in der Luft, was sie erstrebt sind Hirngespinste." Das hört man tausend und tausendmal sagen. Nun, unbegründeter kann kein Vorwurf sein als dieser. Und auch hier passirt unseren Gegnern, daß sie ihre eigenen Fehler uns in die Schuhe schieben. Bei den letzten Wahlen hat es sich recht deutlich gezeigt, daß gerade wir es sind, die, als echte „Realpolitiker" nur auf den Thatsachen fußen, während umgekehrt die Gegner, soweit sie eine Widerlegung versuchen, zu den phantastischsten Utopien ihre Zuflucht nehmen.

Wie wurde von unserer Seite agitirt?

Wir schilderten das herrschende System, kritisirten die politischen und sozialen Zustände, zeigten die treibenden Kräfte in Staat und Gesellschaft — und fragten die Wähler einfach: ob sie sich unter dem herrschenden System wohl fühlten. Da dies von je hundert kaum einer mit gutem Gewissen bejahen konnte, so hatten wir die weitere Aufgabe nachzuweisen, daß es in der Hand des Volkes liege, das herrschende System im Interesse des Volks abzuändern; daß eine Abänderung, wenn die Mehrzahl des Volks sie nachdrücklich verlange, ohne Gewaltthätigkeit sich vollziehen werde; daß Gewaltthätigkeit überhaupt nicht im Wesen des Sozialismus liege, der ja ein prinzipieller Protest gegen jegliche Gewaltthätigkeit sei — ausgenommen wo sie zur Vertheidigung nothwendig.

Das war deutlich, das Alles ließ sich an der Hand der, Jedem sicht- und fühlbaren Verhältnisse, an der Hand der Geschichte und der Statistik sehr leicht auch dem wenigst entwickelten Hirn klar machen, und verfehlte darum fast nie seine überzeugende Wirkung.

Was hatten die Gegner, so weit sie überhaupt zu antworten wagten, auf unsere Ausführungen zu erwidern? Einfach nichts. Nicht eine der von uns in's Feld geführten Thatsachen konnten sie bestreiten, höchstens behaupten, wir färbten zu schwarz, wir übertrieben.

Das war Alles. Und dann flüchteten sie sich in die lächerlichsten Utopistereien. Die traurige Lage der Kleinproduzenten (der Kleinbürger und Kleinbauern), die Noth der Arbeiter — das seien blos vorübergehende Erscheinungen, hervorgerufen durch ein zufälliges Zusammentreffen ungünstiger Momente, das Handwerk werde sehr bald wieder einen goldenen Boden haben, das arbeitende Volk in Stadt und Land sehr bald wieder auf einen grünen Zweig kommen, es sei nicht richtig, daß das Großkapital die „kleinen Leute" verzehre, die Zahl der kleinen Geschäftsleute habe sich in den letzten Jahrzehnten vermehrt, die „freie Concurrenz" gleiche dem Schwert des Achilles, das die Wunden, welche es schlug, wieder heilte, die „Harmonie der Interessen", welche nur momentan gestört sei, werde sich unfehlbar auf's Glänzendste bethätigen u. s. w.

Es konnte unseren „Agitatoren" natürlich nicht schwer fallen, das völlig Unbegründete dieser Behauptungen nachzuweisen, zu entwickeln, daß die gegenwärtige ökonomische und politische Krise, das allgemeine Uebelbefinden der Massen nicht etwas Zufälliges ist, sondern in dem Wesen der heutigen Gesellschafts- und Staatseinrichtungen wurzelt, und daher nicht „vorübergehender" Natur ist, so lange diese Staats- und Gesellschaftseinrichtungen dauern; daß also, wer die gründliche Beseitigung der herrschenden Nothstände wolle, auf die Beseitigung des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems hinwirken müsse.

Auch das war an der Hand der Wissenschaft und der Verhältnisse so leicht klar zu machen, daß die Wirkung nur selten verfehlt ward.

Und dann waren die Gegner aus ihrer letzten Position geworfen, sie hatten höchstens noch, in Ermangelung von Argumenten, einige der famosen „Petroleum"-Bomben abzufeuern, welche die Eigenschaft haben, uns niemals zu treffen, dafür aber desto greller die Unwissenheit der Schützen zu beleuchten.

Niemand wird in Abrede stellen, daß der heurige Wahlkampf da, wo ein „geistiger Kampf" stattfand, in dieser Weise verlaufen ist. Selbst von Seiten erbitterter Gegner ist uns die Anerkennung gezollt worden, unsere Agitation habe sich diesmal vorwiegend auf sachlichem Gebiete bewegt und von Maßlosigkeiten frei gehalten.

Unsere Gegner haben zu ihrem Schaden erfahren, daß wir auf dem Boden der Thatsachen stehen, und daß ihnen derselbe mehr und mehr unter den Füßen weggezogen wird — und das ist es, was ihnen einen so heillosen Schreck eingejagt hat.

An uns ist es nun, den Gegnern mehr und mehr den Boden zu entziehen, ihn Zoll um Zoll ihnen abzuringen.

Wir sind nicht, wie man uns albernerweise vorwirft, von unseren Wahlerfolgen berauscht. Die Eingeweihteren wissen, daß das Resultat so ziemlich unseren Berechnungen entsprochen hat. Es hat auch für uns einige „Ueberraschungen" gegeben — welche Campagne brächte keine? — allein im Großen und Ganzen hatten wir unsere Kräfte und die der Gegner so ziemlich richtig kalkulirt. Unsere Siege, weil erwartet, konnten uns nicht in den Kopf steigen. Wir sehen am Beispiel unserer Gegner, daß es sehr unklug und schädlich ist, sich Illusionen hinzugeben, sich über die Verhältnisse, über die eigenen und gegnerischen Kräfte zu täuschen. Diesen Fehler wollen wir vermeiden. Wir wägen kühl die Menschen und Dinge. Wir wissen, welch' colossale Uebermacht uns gegenübersteht, wir wissen aber auch, daß, und mit welchen Mitteln diese Uebermacht auf unsere Seite gedrängt werden kann. Der 10. Januar 1877 und die Stichwahlen haben uns an 650,000 Stimmen gebracht. Die vereinigten Gegner mögen die achtfache Zahl aufzuweisen haben. Vielleicht noch mehr. Gut. Die noch im feindlichen Lager befindlichen Millionen des arbeitenden Volks müssen wir gewinnen. Das ist das Problem. Und ein lösbares Problem. Verbreiten wir unsere Grundsätze rastlos; lassen wir uns nicht wegdrängen von dem Boden der Thatsachen und der Wissenschaft, auf dem wir unüberwindlich sind. Unser Triumph ist nur eine Frage der Zeit; und in unserer Hand liegt es, den Zeitraum abzukürzen. Je größer die Summe der Arbeit, die wir in die sozialdemokratische Bewegung stecken, desto rascher sind wir am Ziel.

Im Kampf lernt sich der Kampf. Die jüngste Wahlcampagne hat uns um manche Erfahrung bereichert. Die gewonnenen Erfahrungen — deß dürfen die Gegner versichert sein — werden wir benutzen, Fehler, die wir begangen, das nächste Mal zu vermeiden suchen, unsere Organisation, unsere Propaganda kräftigen, und — uns schon jetzt auf die nächste Wahl vorbereiten.

Oder wird das allgemeine Wahlrecht uns genommen werden?

Wir zerbrechen uns den Kopf nicht damit, die Absichten unserer Feinde zu errathen. Es geschehe was da wolle, wir werden unsere Schuldigkeit thun. Durch politische Mundtodtmachung wird das Volk nicht unmündig gemacht. Der nicht ausgedrückte Gedanke und Wunsch hört darum nicht auf, Gedanke, Wunsch zu sein — er gewinnt im Gegentheil nur an Stärke durch die Unterdrückung. Es ist eine alte, tausendmal wiederholte und von den Hohen der Erde noch immer nicht verstandene Wahrheit, daß durch Gesetze eine historische Bewegung nicht aus der Welt geschafft werden kann. Die Gesetze, die man etwa gegen uns schmiedet, sie werden uns höchstens zu einer anderen Kampfweise zwingen.

Wir sagten: auf dem Boden der Wissenschaft und der Verhältnisse sind wir unüberwindlich. Wohlan, die Wissenschaft kann keine Gewalt der Welt uns rauben, und die Verhältnisse werden ja gerade durch unsere Gegner von Tag zu Tag günstiger für uns gemacht. Unsere Feinde können nichts mehr thun, was nicht zu unserem Nutzen ausschlagen müßte. Sie mögen sich wenden und drehen wie sie wollen: sie sind und bleiben unsere besten Agitatoren.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

VII.

„Von der Mechanik in Druck und Stoß bis zur Verknüpfung der Empfindungen und Gedanken reicht eine einheitliche und einzige Stufenleiter von Einschaltungen." Mit dieser Versicherung erspart es sich Herr Dühring, über die Entstehung des Lebens etwas Weiteres zu sagen, obwohl man von einem Denker, der die Entwicklung der Welt bis auf den sich selbst gleichen Zustand zurück verfolgt hat, und der auf den andern Weltkörpern so heimisch ist, wohl erwarten dürfte, daß er auch hier genau Bescheid wisse. Im Uebrigen ist jene Versicherung nur halb richtig, so lange sie nicht durch die schon erwähnte Hegel'sche Knotenlinie von Maßverhältnissen ergänzt wird. Bei aller Allmähligkeit bleibt der Uebergang von einer Bewegungsform zur andern immer ein Sprung, eine entscheidende Wendung. So der Uebergang von der Mechanik der Weltkörper zu der der kleineren Massen auf einem einzelnen Weltkörper; ebenso der von der Mechanik der Massen zu der Mechanik der Moleküle — die Bewegungen umfassend, die wir in der eigentlich sogenannten Physik untersuchen: Wärme, Licht, Elektricität, Magnetismus; ebenso vollzieht sich der Uebergang von der Physik der Moleküle zu der Physik der Atome — der Chemie — wieder durch einen entschiednen Sprung, und noch mehr ist dies der Fall beim Uebergang von gewöhnlicher chemischer Aktion zum Chemismus des Eiweißes, den wir Leben nennen. Innerhalb der Sphäre des Lebens werden dann die Sprünge immer seltner und unmerklicher. — Es ist also wieder Hegel, der Herrn Dühring berichtigen muß.

Den begrifflichen Uebergang zur organischen Welt liefert Herrn Dühring der Zweckbegriff. Dies ist wieder entlehnt aus Hegel, der in der Logik — Lehre vom Begriff — vermittelst der Teleologie oder Lehre vom Zweck, vom Chemismus zum Leben übergeht. Wohin wir blicken, stoßen wir bei Herrn Dühring auf eine Hegel'sche „Erudität", die er ganz ungenirt für seine eigene wurzelhafte Wissenschaft ausgibt. Es würde zu weit führen, hier zu untersuchen, in wie weit die Anwendung der Vorstellungen von Zweck und Mittel auf die organische Welt berechtigt und angebracht ist. Jedenfalls führt auch die Anwendung des Hegel'schen „inneren Zwecks", d. h. eines Zwecks, der nicht durch einen absichtlich handelnden Dritten, etwa die Weisheit der Vorsehung, in die Natur importirt ist, sondern der in der Nothwendigkeit der Sache selbst liegt, bei Leuten, die nicht vollständig philosophisch geschult sind, fortwährend zur gedankenlosen Unterschiebung bewußter und absichtlicher Handlung. Derselbe Herr Dühring, der bei der geringsten „spiritistischen" Regung andrer Leute in ungemessene sittliche Entrüstung geräth, versichert „mit Bestimmtheit, daß die Triebempfindungen in der Hauptsache um der Befriedigung willen geschaffen worden sind, die mit ihrem Spiel verbunden ist." Er erzählt uns, die arme Natur „muß immer wieder von Neuem die gegenständliche Welt in Ordnung halten", und daneben hat sie noch mehr als eine Angelegenheit zu erledigen, „die von Seiten der Natur mehr Subtilität erforderlich macht, als man gewöhnlich zugesteht." Aber die Natur weiß nicht nur, warum sie dies und jenes schafft, sie hat nicht nur Hausmagdsdienste zu verrichten, sie hat nicht nur Subtilität, was doch schon eine ganz hübsche Vervollkommnung im subjektiven bewußten Denken ist, sie hat auch einen Willen; denn die Zugabe zu den Trieben, daß sie nebenbei reale Naturbedingungen: Ernährung, Fortpflanzung u. s. w. erfüllen, diese Zugabe „dürfen wir nicht als direkt, sondern nur als indirekt gewollt ansehen." Wir sind hiermit bei einer bewußt denkenden und handelnden Natur angekommen, stehen also schon auf der „Brücke" zwar nicht vom Statischen zum Dynamischen, aber doch vom Pantheismus zum Deismus. Oder beliebt es Herrn Dühring etwa, auch einmal ein wenig „naturphilosophische Halbpoesie" zu treiben?

Unmöglich. Alles was uns unser Wirklichkeitsphilosoph über die organische Natur zu sagen weiß, beschränkt sich auf den Kampf gegen diese naturphilosophische Halbpoesie, gegen „die Charlatanerie mit ihren leichtfertigen Oberflächlichkeiten und sozusagen wissenschaftlichen Mystifikationen", gegen die „dichtelnden Züge" des Darwinismus.

Vor allen Dingen wird Darwin vorgeworfen, daß er die Malthus'sche Bevölkerungstheorie aus der Oekonomie in die Naturwissenschaft übertrage, daß er in den Vorstellungen des Thierzüchters befangen sei, daß er mit dem Kampf ums Dasein unwissenschaftliche Halbpoesie treibe, und daß der ganze Darwinismus, nach Abzug des von Lamarck Entlehnten, ein Stück gegen die Humanität gekehrte Brutalität sei.

Darwin hatte von seinen wissenschaftlichen Reisen die Ansicht nach Hause gebracht, daß die Arten der Pflanzen und Thiere nicht beständige, sondern sich verändernde sind. Um diesen Gedanken zu Hause weiter zu verfolgen, bot sich ihm kein besseres Feld als das der Thier- und Pflanzenzüchtung. Grade hiefür ist England das klassische Land; die Leistungen andrer Länder, z. B. Deutschlands, können nicht entfernt einen Maßstab abgeben für das in dieser Beziehung in England Erreichte. Dabei gehören die meisten Erfolge den letzten hundert Jahren an, so daß die Konstatirung der Thatsachen wenig Schwierigkeiten macht. Darwin fand nun, daß diese Züchtung künstlich, an Thieren und Pflanzen derselben Art, Unterschiede hervorgerufen hatte, größer als diejenigen, die bei allgemein als verschieden anerkannten Arten vorkommen. Einerseits war also die Veränderlichkeit der Arten bis auf einen gewissen Grad nachgewiesen, andrerseits die Möglichkeit gemeinschaftlicher Vorfahren für Organismen, die verschiedene Artcharaktere besaßen. Darwin untersuchte nun, ob nicht etwa in der Natur sich Ursachen finden, die — ohne die bewußte Absicht des Züchters — dennoch auf die Dauer an den lebenden Organismen ähnliche Veränderungen hervorrufen mußten, wie die künstliche Züchtung. Diese Ursachen fand er in dem Mißverhältniß zwischen der ungeheuren Zahl der von der Natur geschaffenen Keime, und der geringen von wirklich zur Reife gelangenden Organismen. Da nun aber jeder Keim zur Entwicklung strebt, so entsteht nothwendig ein Kampf ums Dasein, der nicht bloß als direkte, körperliche Bekämpfung oder Verzehrung, sondern auch als Kampf um Raum und Licht, selbst bei Pflanzen, noch sich zeigt. Und es ist augenscheinlich, daß in diesem Kampfe diejenigen Individuen am meisten Aussicht haben zur Reife zu gelangen und sich fortzupflanzen, die irgend eine, noch so unbedeutende, aber im Kampf ums Dasein vortheilhafte individuelle Eigenthümlichkeit besitzen. Diese individuellen Eigenthümlichkeiten haben demnach die Tendenz sich zu vererben, und wenn sie bei mehreren Individuen derselben Art vorkommen, sich durch gehäufte Vererbung in der einmal angenommenen Richtung zu steigern; während die diese Eigenthümlichkeit nicht besitzenden Individuen im Kampf ums Dasein leichter erliegen, und allmälig verschwinden. Auf diese Weise verändert sich eine Art durch natürliche Züchtung, durch das Ueberleben der Geeignetsten.

Gegen diese Darwinsche Theorie sagt nun Herr Dühring, der Ursprung der Vorstellung vom Kampf ums Dasein sei, wie es Darwin selbst eingestanden habe, in einer Verallgemeinerung der Ansichten des nationalökonomischen Bevölkerungstheoretikers Malthus zu suchen und demgemäß auch mit allen denjenigen Schäden behaftet, die den priesterlich Malthusianischen Anschauungen über das Bevölkerungsgedränge eigen sind. — Nun fällt es Darwin gar nicht ein zu sagen, der Ursprung der Vorstellung vom Kampf ums Dasein sei bei Malthus zu suchen. Er sagt nur: seine Theorie vom Kampf ums Dasein sei die Theorie von Malthus, angewandt auf die ganze thierische und pflanzliche Welt. Wie groß auch der Bock sein mag, den Darwin geschossen, indem er in seiner Naivetät die Malthus'sche Lehre so unbesehn acceptirte, so sieht doch Jeder auf den ersten Blick, daß man keine Malthus-Brille braucht, um den Kampf ums Dasein in der Natur wahrzunehmen — den Widerspruch zwischen der zahllosen Menge von Keimen, die die Natur verschwenderisch erzeugt, und der geringen Anzahl von ihnen, die überhaupt zur Reife kommen können; einen Widerspruch, der sich in der That größtentheils in einem — stellenweise äußerst grausamen — Kampf ums Dasein löst. Und wie das Gesetz des Arbeitslohns seine Geltung behalten hat, auch nachdem die malthusianischen Argumente längst verschollen sind, auf die Ricardo es stützte — so kann der Kampf ums Dasein in der Natur ebenfalls stattfinden, auch ohne irgend welche malthusianische Interpretation. Uebrigens haben die Organismen der Natur ebenfalls ihre Bevölkerungsgesetze, die bis jetzt noch so gut wie gar nicht untersucht sind, deren Feststellung aber für die Theorie von der Entwickelung der Arten von entscheidender Wichtigkeit sein wird. Und wer hat auch in dieser Richtung den entscheidenden Anstoß gegeben? Niemand anders als Darwin.

Herr Dühring hütet sich wohl auf diese positive Seite der Frage einzugehn. Statt dessen muß der Kampf ums Dasein immer wieder vorhalten. Von einem Kampf ums Dasein unter bewußtlosen Pflanzen und gemüthlichen Pflanzenfressern könne von vornherein keine Rede sein: „in genau bestimmtem Sinne ist nun der Kampf ums Dasein innerhalb der Brutalität in soweit vertreten, als die Ernährung durch Raub und Verzehrun

erfolgt." Und nachdem er den Begriff: Kampf ums Dasein, auf diese engen Grenzen reduzirt, kann er über die Brutalität dieses von ihm selbst auf die Brutalität beschränkten Begriffs seiner vollen sittlichen Entrüstung freien Lauf lassen. Diese sittliche Entrüstung trifft aber nur Herrn Dühring selbst, der ja der alleinige Verfasser des Kampfs ums Dasein in dieser Beschränkung und daher auch allein dafür verantwortlich ist. Es ist also nicht Darwin, der „im Gebiet der Bestien die Gesetze und das Verständniß aller Naturaktion sucht" — Darwin hatte ja grade die ganze organische Natur mit in den Kampf eingeschlossen — sondern ein von Hrn. Dühring selbst zurechtgemachter Phantasiepopanz. Der Name: Kampf ums Dasein, kann übrigens dem hochmoralischen Zorn des Hrn. Dühring gern preisgegeben werden. Daß die Sache auch unter Pflanzen existirt, kann ihm jede Wiese, jedes Kornfeld, jeder Wald beweisen, und nicht um den Namen handelt es sich, ob man das „Kampf um's Dasein" nennen soll oder „Mangel der Existenzbedingungen und mechanische Wirkungen", sondern darum, wie diese Thatsache auf die Erhaltung oder Veränderung der Arten einwirkt. Darüber verharrt Herr Dühring in einem hartnäckig sich selbst gleichen Stillschweigen. Es wird also wohl vorläufig bei der Naturzüchtung sein Bewenden haben.

Aber der Darwinismus „produzirt seine Verwandlungen und Differenzen aus Nichts". Allerdings sieht Darwin, wo er von der Naturzüchtung handelt, ab von den Ursachen, die die Veränderungen in den einzelnen Individuen hervorgerufen haben, und handelt zunächst von der Art und Weise, in der solche individuelle Abweichungen nach und nach zu Kennzeichen einer Race, Spielart oder Art werden. Für Darwin handelte es sich zunächst weniger darum, diese Ursachen zu finden — die bis jetzt theilweise ganz unbekannt, theilweise nur ganz allgemein angebbar sind — als vielmehr eine rationelle Form, in der sich ihre Wirkungen festsetzen, dauernde Bedeutung erhalten. Daß Darwin dabei seiner Entdeckung einen übermäßigen Wirkungskreis zuschrieb, sie zum ausschließlichen Hebel der Artveränderung machte und die Ursachen der wiederholten individuellen Veränderungen über der Form ihrer Verallgemeinerung vernachlässigte, ist ein Fehler, den er mit den meisten Leuten gemein hat, die einen wirklichen Fortschritt machen. Zudem, wenn Darwin seine ideellen Verwandlungen aus Nichts produzirt, und dabei „die Weisheit des Züchters" ausschließlich anwendet, so muß hiernach der Züchter seine nicht bloß vorgestellten, sondern wirklichen Verwandlungen der Thier- und Pflanzenformen ebenfalls aus Nichts produziren. Wer aber den Anstoß gegeben hat, zu untersuchen, woraus denn eigentlich diese Verwandlungen und Differenzen entstehen, ist wieder Niemand anders als Darwin.

Neuerdings ist, namentlich durch Häckel, die Vorstellung von der Naturzüchtung erweitert und die Artveränderung gefaßt als Resultat der Wechselwirkung von Anpassung und Vererbung, wobei dann die Anpassung als die ändernde, die Vererbung als die erhaltende Seite des Prozesses dargestellt wird. Auch dies ist Herrn Dühring wieder nicht recht. „Eigentliche Anpassung an Lebensbedingungen, wie sie durch die Natur geboten oder entzogen werden, setzt Antriebe und Thätigkeiten voraus, die sich nach Vorstellungen bestimmen. Andernfalls ist die Anpassung nur ein Schein und die alsdann wirkende Kausalität erhebt sich nicht über die niederen Stufen des Physikalischen, Chemischen und pflanzlich Physiologischen." Es ist wieder der Name, der Hrn. Dühring zum Aergerniß dient. Wie er aber auch den Vorgang bezeichnen möge: die Frage ist hier die, ob durch solche Vorgänge Veränderungen in den Arten der Organismen hervorgerufen werden oder nicht? Und Herr Dühring gibt wieder keine Antwort.

„Wenn eine Pflanze in ihrem Wachsthum den Weg nimmt, auf welchem sie das meiste Licht erhält, so ist diese Wirkung des Reizes nichts als eine Kombination physikalischer Kräfte und chemischer Agentien, und wenn man hier nicht metaphorisch sondern eigentlich von einer Anpassung reden will, so muß dies in die Begriffe eine spiritistische Verworrenheit bringen." So streng gegen Andere ist derselbe Mann, der ganz genau weiß, um wessen Willen die Natur dies und jenes thut, der von der Subtilität der Natur spricht, ja von ihren Willen! Spiritistische Verworrenheit in der That — aber wo, bei Häckel oder bei Hrn. Dühring?

Und nicht nur spiritistische, sondern auch logische Verworrenheit. Wir sahen, daß Herr Dühring mit aller Gewalt darauf besteht, den Zweckbegriff in der Natur geltend zu machen: „Die Beziehung von Mittel und Zweck setzt keineswegs eine bewußte Absicht voraus". Was ist nun aber die Anpassung ohne bewußte Absicht, ohne Vermittelung von Vorstellungen, gegen die er so eifert, anders als eine solche unbewußte Zweckthätigkeit? Wenn also Laubfrösche und laubfressende Insekten grüne, Wüstenthiere sandgelbe, Polarlandthiere vorwiegend schneeweiße Farbe haben, so haben sie sich diese sicher nicht absichtlich, oder nach irgend welchen Vorstellungen angeeignet; im Gegentheil lassen sich die Farben nur aus physikalischen Kräften und chemischen Agentien erklären. Und doch ist es unläugbar, daß diese Thiere, durch jene Farben, dem Mittel, in dem sie leben, zweckmäßig angepaßt sind, und zwar so, daß sie ihren Feinden dadurch weit weniger sichtbar geworden. Ebenso sind die Organe, womit gewisse Pflanzen die sich darauf niedersetzenden Insekten fangen und verzehren, dieser Thätigkeit angepaßt, und sogar zweckmäßig angepaßt. Wenn nun Herr Dühring darauf besteht, daß die Anpassung durch Vorstellungen vermittelt sein muß, so sagt er nur mit andern Worten, daß die Zweckthätigkeit ebenfalls durch Vorstellungen vermittelt, bewußt, absichtlich sein muß. Womit wir wieder, wie gewöhnlich in der Wirklichkeitsphilosophie, beim zweckthätigen Schöpfer, bei Gott angekommen sind. „Sonst nannte man eine solche Auskunft Deismus und hielt nicht viel davon (sagt Herr Dühring); jetzt aber scheint man sich auch in dieser Beziehung rückwärts entwickelt zu haben."

Von der Anpassung kommen wir auf die Vererbung. Auch hier ist der Darwinismus, nach Herrn Dühring, vollständig auf dem Holzwege. Die ganze organische Welt, behaupte Darwin, soll von einem Urwesen abstammen, sozusagen die Brut eines einzigen Wesens sein. Die selbständige Nebenordnung gleichartiger Naturproduktionen ohne Abstammungsvermittlung sei für Darwin gar nicht vorhanden und er müsse daher mit seinen rückwärts gekehrten Anschauungen sofort am Ende sein, wo ihm der Faden der Zeugung oder sonstigen Fortpflanzung reißt.

Die Behauptung, Darwin leite alle jetzigen Organismen von Einem Urwesen her, ist, um uns höflich auszudrücken, eine „eigene freie Schöpfung und Imagination" des Herrn Dühring. Darwin sagt ausdrücklich auf der vorletzten Seite der Origin of Species, 6. Auflage, er sehe „alle Wesen nicht als besondere Schöpfungen, sondern als die Nachkommen, in gerader Linie, einiger weniger Wesen" an. Und Häckel geht noch bedeutend weiter und nimmt „einen ganz selbständigen Stamm für das Pflanzenreich, einen zweiten für das Thierreich" an und zwischen beiden „eine Anzahl von selbständigen Protistenstämmen, deren jeder ganz unabhängig von jenen aus einer eigenen archigonen Monerenform sich entwickelt hat" (Schöpfungsgeschichte S. 397). Dies Urwesen ist von Hrn. Dühring nur erfunden worden um es durch Parallele mit dem Urjuden Adam möglichst in Verruf zu bringen; wobei ihm — nämlich Herrn Dühring — das Unglück passirt, daß ihm unbekannt geblieben, wieso dieser Urjude durch Smith's assyrische Entdeckungen sich als Ursemit entpuppt; daß die ganze Schöpfungs- und Sündfluthgeschichte der Bibel sich erweist als ein Stück aus dem altheidnischen, den Juden mit Babyloniern, Chaldäern und Assyrern gemeinsamen religiösen Sagenkreise.

Es ist allerdings ein harter, aber nicht abzuweisender Vorwurf gegen Darwin, daß er sofort am Ende ist, wo ihm der Faden der Abstammung reißt. Leider verdient ihn unsere gesammte Naturwissenschaft. Wo ihr der Faden der Abstammung reißt, ist sie „am Ende". Sie hat es bisher noch nicht fertig gebracht, organische Wesen ohne Abstammung zu erzeugen; ja noch nicht einmal einfaches Protoplasma oder andere Eiweißkörper aus den chemischen Elementen herzustellen. Sie kann also über den Ursprung des Lebens bis jetzt nur soviel mit Bestimmtheit sagen, daß er sich auf chemischem Wege vollzogen haben muß. Vielleicht aber ist die Wirklichkeitsphilosophie in der Lage, hier abhelfen zu können; da sie über selbständig nebengeordnete Naturproduktionen verfügt, die nicht durch Abstammung unter einander vermittelt sind. Wie können diese entstanden sein? Durch Urzeugung? Aber bis jetzt haben selbst die verwegensten Vertreter der Urzeugung nichts als Bakterien, Pilzkeime, und andere sehr ursprüngliche Organismen auf diesem Wege zu erzeugen beansprucht — keine Insekten, Fische, Vögel oder Säugethiere. Wenn nun diese gleichartigen Naturproduktionen — wohlverstanden organische, von denen ist hier allein die Rede — nicht durch Abstammung zusammenhängen, so müssen sie oder jeder ihrer Vorfahren da, „wo der Faden der Abstammung reißt", durch einen aparten Schöpfungsakt in die Welt gesetzt sein. Also schon wieder beim Schöpfer und dem was man sonst Deismus nennt.

Ferner erklärt Herr Dühring es für eine große Oberflächlichkeit von Darwin „den bloßen Akt geschlechtlicher Composition von Eigenschaften zum Fundamentalprinzip der Entstehung dieser Eigenschaften zu machen". Dies ist wieder eine freie Schöpfung und Imagination unseres wurzelhaften Philosophen. Im Gegentheil erklärt Darwin bestimmt: der Ausdruck Naturzüchtung schließe nur ein die Erhaltung von Veränderungen, nicht aber ihre Erzeugung (S. 63). Diese neue Unterschiebung von Sachen, die Darwin nie gesagt, dient aber dazu, uns zu folgendem Dühring'schen Tiefsinn zu verhelfen: „Hätte man im innern Schematismus der Zeugung irgend ein Prinzip der selbständigen Veränderungen aufgesucht, so würde dieser Gedanke ganz rationell gewesen sein; denn es ist ein natürlicher Gedanke, das Prinzip der allgemeinen Genesis mit dem der geschlechtlichen Fortpflanzung zu einer Einheit zusammenzufassen und die sogenannte Urzeugung aus einem höheren Gesichtspunkt nicht als absoluten Gegensatz der Reproduktion, sondern eben als eine Produktion anzusehn". Und der Mann, der solchen Gallimathias verfassen konnte, genirt sich nicht, Hegel seinen „Jargon" vorzuwerfen!

Doch genug der verdrießlichen, widerspruchsvollen Quängelei und Nörgelei, mit der Herr Dühring seinem Aerger über den kolossalen Aufschwung Luft macht, den die Naturwissenschaft dem Anstoß der Darwin'schen Theorie verdankt. Weder Darwin noch seine Anhänger unter den Naturforschern denken daran, die großen Verdienste Lamarck's irgendwie zu verkleinern; sind sie es doch gerade, die ihn zuerst wieder auf den Schild gehoben haben. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß zu Lamarck's Zeit die Wissenschaft bei weitem noch nicht über hinreichendes Material verfügte, um die Frage nach dem Ursprung der Arten anders als anticipirend, sozusagen prophetisch beantworten zu können. Außer dem enormen Material aus dem Gebiet der sammelnden wie der anatomischen Botanik und Zoologie, das seitdem angehäuft, sind aber seit Lamarck zwei ganz neue Wissenschaften entstanden, die hier von entscheidender Wichtigkeit sind: die Untersuchung der Entwicklung der pflanzlichen und thierischen Keime (Embryologie) und die der, in den verschiedenen Schichten der Erdoberfläche aufbewahrten, organischen Ueberreste (Paläontologie). Es findet sich nämlich eine eigenthümliche Uebereinstimmung zwischen der stufenweisen Entwicklung der organischen Keime zu reifen Organismen und der Reihenfolge der nach einander in der Geschichte der Erde auftretenden Pflanzen und Thiere. Und gerade diese Uebereinstimmung ist es, die der Entwicklungstheorie die sicherste Grundlage gegeben hat. Die Entwicklungstheorie selbst ist aber noch sehr jung, und es ist daher unzweifelhaft, daß die weitere Forschung die heutigen, auch die streng darwinistischen Vorstellungen von dem Hergang der Artenentwickelug sehr bedeutend modificiren wird.

Was hat uns nun die Wirklichkeitsphilosophie über die Entwicklung des organischen Lebens Positives zu sagen?

„Die . . . Abänderlichkeit der Arten ist eine annehmbare Voraussetzung." Daneben gilt aber auch „die selbständige Nebenordnung gleichartiger Naturproduktionen, ohne Abstammungsvermittlung". Hiernach sollte man meinen, die ungleichartigen Naturproduktionen, d. h. die sich ändernden Arten stammten von einander ab, die gleichartigen aber nicht. Dies stimmt aber auch nicht ganz; denn auch bei sich ändernden Arten dürfte „die Vermittlung durch Abstammung im Gegentheil erst ein ganz sekundärer Akt der Natur sein". Also doch Abstammung, aber „zweiter Klasse". Seien wir froh, daß die Abstammung, nachdem Herr Dühring ihr so viel Uebles und Dunkles nachgesagt, dennoch endlich durch die Hinterthür wieder zugelassen wird. Ebenso geht es der Naturzüchtung, denn nach all der sittlichen Entrüstung über den Kampf um's Dasein, vermittelst dessen die Naturzüchtung sich ja vollzieht, heißt es plötzlich: „Der tiefere Grund der Beschaffenheit der Gebilde ist mithin in den Lebensbedingungen und kosmischen Verhältnissen zu suchen, während die von Darwin betonte Naturzüchtung erst in zweiter Linie in Frage kommen kann". Also doch Naturzüchtung, wenn auch zweiter Klasse; also mit der Naturzüchtung auch Kampf um's Dasein und damit auch priesterlich-malthusianisches Bevölkerungsgedränge! Das ist Alles, im Uebrigen verweist uns Herr Dühring auf Lamarck.

Schließlich warnt er uns vor dem Mißbrauch der Worte Metamorphose und Entwickelung. Metamorphose sei ein unklarer Begriff und der Begriff der Entwickelung nur soweit zulässig, als sich Entwickelungsgesetze wirklich nachweisen lassen. Statt beider sollen wir sagen „Komposition", und dann sei Alles gut. Es ist wieder die alte Geschichte: die Sachen bleiben wie sie waren und Herr Dühring ist ganz zufrieden, sobald wir nur die Namen ändern. Wenn wir von der Entwickelung des Hühnchens im Ei sprechen, so machen wir Konfusion, weil wir die Entwicklungsgesetze nur mangelhaft nachweisen können. Sprechen wir aber von seiner Komposition, so wird Alles klar. Wir werden also nicht mehr sagen: dies Kind entwickelt sich prächtig, sondern: es komponirt sich ausgezeichnet, und wir dürfen

Die Verhandlungen des türkischen Großen Rathes

vom 3. Muharrem 1294 (18. Januar 1877).

(Schluß.)

Großwessier: Bisher haben wir bloß Rußland in Betracht gezogen; dies ist nicht so sehr gefährlich; aber es haben sich sechs Mächte in die Angelegenheit eingemengt. Zwar wird aus unserer Ablehnung kein allgemeiner Krieg entstehen, aber die öffentliche Meinung Europas ist gegen uns eingenommen. Bekanntlich ist die öffentliche Meinung die stärkste Macht; es ist also wohl darauf zu sehen, daß dieselbe nicht beunruhigt werde.

Dschemil Pascha: Im Gegentheil, wenn wir in der Wahrung unserer Ehre einig sind, wird die öffentliche Meinung auf unserer Seite sein.

Abedin Bey: Wir sind darauf stolz, daß sechs Gesandte auf einmal abreisen; denn es ehrt die Osmanen, daß sie ihnen allen gleichzeitig Antwort neben. Es gereicht uns zur größeren Ehre.

Scheik Fehmi Effendi: Es ist gewiß sehr schlimm, die öffentliche Meinung in Aufregung zu versetzen; aber wir haben ihnen immer unsere Meinung ohne Aufregung aufrichtig gesagt; sie aber haben es nicht angenommen und bestehen auf ihren Meinungen. Wenn wie daher im Vertrauen auf die Gnade Gottes diese Vorschläge verwerfen, um Gerechtigkeit zu üben und unsere Ehre und Unabhängigkeit zu wahren, so werden wir doch schließlich die öffentliche Meinung auf unserer Seite haben.

Großwessier: Wir sind hier nicht allein. Auch die nichtmohammedanischen Unterthanen haben in dieser Frage ihre Rechte so gut wie wir. Das Grundgesetz hat ihnen ganz dieselben Rechte verliehen wie uns. Sie mögen also auch reden.

Sava Pascha (Direktor des kaiserlichen Lyceums, Grieche): Es ist gesagt worden, daß die gleichzeitige Abreise von sechs Gesandten die öffentliche Meinung trüben werde. Aber wissen Sie, daß die Ehre aller Osmanen auf dem Spiele ist? Ich glaube, daß die Liebe oder der Haß gegen eine europäische Nation gleichbedeutend ist mit der Vertheidigung oder Vernichtung ihrer Ehre. Wir müssen unsere Ehre wahren und zu diesem Zwecke selbst unser Leben opfern. In diesem Falle wird die öffentliche Meinung Europas ohne Zweifel auf unserer Seite sein, und selbst die europäischen Regierungen müssen ihr gehorchen. (Allseitiges Bravo und Händeklatschen.)

Großwessier: Gewiß, die Ehre eines Staates ist die Ehre der Nation; ein Staat, eine Nation, die ihre Ehre nicht wahrt, verdient nicht den Namen eines Staates, einer Nation. Wenn wir unsere Ehre wahren, wird uns Alles gelingen. Unser Zweck ist, die Frage von allen Seiten zu betrachten.

Javer Pascha (Post- und Telegraphen-Direktor, Armenier): Abgesehen vom Staate, wenn mir persönlich solche Vorschläge gemacht würden, so weise ich sie zurück, geschweige denn, wenn einem Staate dergleichen geboten wird.

Enfiedschian Effendi (Vertreter des katholisch-armenischen Patriarchats): Unsere Väter, unsere Vorfahren sind hier begraben. Wir leben ruhig im Schatten dieses Staates. Da nun unser Land sich jetzt in dieser Lage befindet, so müssen wir alle einig sein, um unsere Ehre, unsere Achtung zu wahren; wir müssen nicht den Tod fürchten; die Opfer, die wir zur Wahrung unserer Ehre bringen, werden in der Geschichte mit Ruhm erwähnt werden. Unsere Gefahr ist im Innern, nicht im Ausland, und wenn wir uns gegenseitig nichts zu Leide thun, so ist auch diese innere Gefahr beseitigt. Gott hat jedem Staat eine gewisse Zeit bestimmt, kommt diese Zeit, so wird er mächtig. An uns ist es jetzt, im festen Zusammenhalten unser Vaterland, unsere Ehre zu vertheidigen und nichts zu verabsäumen. Sollte dieses große Reich zusammenbrechen, so werden die Katholiken es sich zum Ruhm anrechnen, unter dessen Trümmern begraben zu werden; mit Ehren sterben ist besser als ehrlos leben; um mit Ehren zu fallen muß man die Kugel nicht im Rücken, sondern in der Brust empfangen. Sie wissen, daß die religiöse Ueberzeugung eine Sache des Gewissens ist. Der Mohamedaner geht in die Moschee, der Christ in die Kirche; wenn es sich aber um die Vertheidigung des Vaterlandes handelt, so sind wir eins. Die Gebildeten beider Confessionen müssen sich bemühen, daß die Unwissenden den von außen kommenden Einflüsterungen kein Gehör schenken. Die Einmengung der Ausländer hat nur Unheil zum Zweck. Zum Beweis dessen möge dienen, daß einer ihrer Vorschläge die Tscherkessen nach Anatolien verlangt. Werden die Tscherkessen, die in Rumelien schädlich waren, in Anatolien nützlich sein? Wir sind darin einig, alle Vorschläge und jede Einmengung zurückzuweisen. Auch Ew. Hoheit, Herr Großwessier, ist unser Volk zu großem Danke verpflichtet; Sie sehen darauf, daß alle Bestimmungen des Grundgesetzes vollständig ausgeführt werden; deshalb haben Sie dafür gesorgt, daß wir zum ersten Mal mitberathen, bei einer Frage, welche unser gemeinsames Vaterland betrifft; jetzt ist es an uns, die dazu erforderliche Eintracht herbeizuführen. Auch wir lieben nicht die Russen. Wir haben uns eben so sehr wie Sie über die Hinterlist derselben zu beklagen. Wir müssen uns bemühen, einig zu sein, und alle Uebel zu beseitigen. Wir müssen einig sein und unser Vaterland vertheidigen, und dafür zu sterben bereit sein. Wollen wir die religiösen Streitigkeiten wieder hervorsuchen und uns gegenseitig zerfleischen, so werden wir zu unserm Nachtheil in der öffentlichen Meinung zu Grunde gehen. Bürgerkrieg heißt nicht das Vaterland vertheidigen. Wir dürfen nie vergessen, daß die öffentliche Meinung sich nie von dem Vaterland und von dem Rechte trennt. (Allseitiges starkes Bravo und Händeklatschen.)

Der Ober-Rabbiner: Auch die Juden sind bereit zu sterben, um die Ehre des Reiches zu wahren.

Ruschdi Pascha: Das heißt, Sie wollen Ihre Ehre nicht antasten lassen.

Alle gleichzeitig: So ist es, wir wollen unsere Ehre nicht antasten lasse. (Allseitiges Bravo.)

Sava Pascha: Nachdem die Diskussion sich so weit verlängert hat, sollte, was Gott verhüten möge, morgen ein Unglück sich ereignen, so wird die Verantwortlichkeit dieser Versammlung.....

Der Großwessier (ihn unterbrechend): Nein, es geschieht nicht aus Furcht vor Verantwortlichkeit, daß sich die Diskussion verlängert, sondern um die Frage zu erörtern.

Sava Pascha: Da eine Nation ohne Ehre nicht leben kann, so zieht die Nation es vor, jedes Opfer zur Vertheidigung ihrer Ehre zu bringen. Alle setzen ihr Vertrauen auf diese Versammlung; wir alle gehorchen Ihnen; auf jeden Fall müssen Sie dafür sorgen, daß unsere Ehre gewahrt bleibe.

Janko Skiades (Mitglied des Staatsraths): Nach Verlesung des Hatti Humajum, welcher die Verkündigung der Verfassung anzeigte, erörterte Ew. Hoheit in Ihrer Ansprache die

Hrn. Rühring Glück wünschen, daß er dem Schöpfer des Nibelungenringes nicht nur in edler Selbstschätzung würdig zur Seite steht sondern auch in seiner Eigenschaft als Komponist der Zukunft.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Die Moral der Reichstagswahlen" ist von einem Organ der sogenannten Fortschrittspartei, der „Dresdener Presse", glücklich entdeckt worden. Alles auf Erden muß seinen zureichenden Grund haben, und daß die Sozialisten so „überraschende" Siege erfochten und die vereinigten Fortschritts- und sonstigen Reaktionäre so schmähliche Niederlagen erlitten haben, daran ist nichts Anderes schuld als die verteufelte — Diätenlosigkeit. Man glaubt wohl, wir scherzen? Mit Nichten. In Nr. 27 des genannten Blattes (vom 3. Februar) heißt es in einem eigenen Leitartikel, betitelt „Die Moral der Reichstagswahlen", wörtlich: „Das Resultat der Reichstagswahlen hat allgemein überrascht und doch ist dasselbe vollständig erklärlich bei einem Wahlgesetz, welches trotz wiederholter Anträge des Reichstages, in gänzlichem Verkennen der Sachlage, Diätenlosigkeit aufrecht erhält. Es führt dies eine Lauheit der Wähler herbei, welche die Sozialdemokraten mit Geschick für ihren Vortheil ausnutzen, indem nicht gefragt werden kann: „Wen" wollen wir wählen, sondern: Wer will und kann, ohne seine Familie zu schädigen, für die Gesammtheit das Opfer bringen und sich wählen lassen. Auf diese Weise verringert sich die Zahl der Candidaten sowie der Wähler mehr und mehr, wie die diesmalige Wahl zur Genüge gezeigt hat, dadurch ist aber der vollgiltige Beweis geliefert, daß die Diätenlosigkeit keineswegs, wie man von Oben annimmt, das Correlat gegen allgemeines direktes Wahlrecht ist." — So wäre also das Räthsel gelöst und der halsstarrige Bismarck, der „in gänzlichem Verkennen" der Wunderkraft des Schulze'scheu Diätenantrags denselben schon sieben oder acht Mal in den Papierkorb des Bundesraths spedirt hat, wird nun wohl Vernunft annehmen und dem fortschrittlichen Bettelpatriotismus den Gefallen thun, durch diesen Bettel — ein paar lumpige tausend Thaler das Jahr — das Vaterland und — den Geldbeutel der Herren zu retten. Und der Artikel, in dem diese epochemachende Entdeckung der Welt mitgetheilt wird, ist, wie die Redaktion in einer Fußnote bemerkt, „von einem hervorragenden Mitgliede der deutschen Fortschrittspartei in Sachsen eingesandt". Wir können, und zwar ohne den leisesten Anflug von Ironie, versichern, daß es uns jetzt wenigstens in Bezug auf die Fortschrittspartei in Sachsen vollkommen klar ist, warum sie bei den Wahlen so schlechte Geschäfte gemacht hat.

— Die „geistigen Waffen" unserer Gegner. In der „Frankfurter Zeitung" vom vorigen Sonnabend lesen wir: „Vorgestern entwickelte sich in einem von Frankfurt nach Bockenheim fahrenden Wagen der Trambahn unter den Passagieren ein lebhaftes Gespräch über die Wahl in Bockenheim. Ein Eisenbahn-Assistent Schneider, der besonders eifrig war, entblödete sich nicht — wie uns von einem zuverlässigen Manne mitgetheilt wird — den Candidaten der Sozialdemokraten, Herrn Karl Frohme, in den gemeinsten Ausdrücken zu beschimpfen. Herr K. Frohme befand sich aber ebenfalls in dem Wagen. Er soll sich Herrn Schneider genannt und ihn dann in gemessener, anständiger Weise ersucht haben, solche beleidigende Invektiven zu unterlassen. Ob Herr Schneider ihn schon vorher gekannt, wissen wir nicht; aber er hielt nicht nur nicht mit seinen Schimpfereien ein, sondern er schlug sogar wüthend auf Herrn Frohme los. Die anderen Passagiere, die höchst entrüstet über das ganze Benehmen des Beamten waren, intervenirten und der wüthende Mensch mußte kurz vor Bockenheim den Wagen verlassen. Er lief nun voraus und hinter der Warte fiel er nochmals Herrn Frohme mit dem Regenschirme an. Hier soll er aber den Kürzern gezogen und einen tüchtigen Schlag erhalten haben. Unter den Passagieren befanden sich mehrere anständige Herren, von denen man vermuthet, daß sie entschiedene politische Gegner des Herrn Frohme sind; aber über das Benehmen des Herrn Schneider sollen sie doch so empört gewesen sein, daß sie sofort Herrn Frohme sich als Zeugen anboten und einige sogar in seiner Wohnung ihn aufsuchten, um ihr Bedauern über den schmählichen Vorfall ihm auszudrücken."

Nun, solcher „schmählichen Vorfälle" hat der diesmalige Wahlkampf sehr viele zu Tage gefördert. Und das ist nicht zum Verwundern. Bei der haarsträubenden Unwissenheit und der ebenso haarsträubenden Roheit sehr vieler unserer Gegner bleibt diesen, in Ermangelung von Vernunftgründen, nichts übrig als der Laskerknüppel, der freilich, wie das im vorliegenden Fall geschehen zu sein scheint, umgebreht werden kann.

— Die beste der Welten. Aus Darmstadt bringen verschiedene fortschrittliche Blätter, u. A. die Berliner „Volkszeitung" (d. d. 4. Februar) folgendes soziale Nachtstück:

„Eine kürzlich hier (in Darmstadt) durch den Bürgermeister Herrn Ohly veranlaßte Revision betreffs der Verpflegung der Bäckerlehrlinge und -Gesellen hat ein so trauriges Resultat ergeben, daß es der größten Sorgfalt und Strenge der Polizeiverwaltnngen auch an andern Orten bedürfen wird, um der Verwilderung der jüngeren Generation vorzubeugen. Hervorgerufen wurde diese Revision durch folgende Umstände: Beim Unterricht der Bäckerlehrlinge in der hiesigen obligatorischen Fortbildungsschule ergab sich nämlich wiederholt, daß die Knaben in der Schule nicht nur schliefen, sondern sogar auf die Bänke fielen und in Schlaf versanken, wenn man mit ihnen sprach. Bei näherem Befragen der Lehrlinge wegen dieser merkwürdigen (!) Erscheinung stellte sich heraus, daß von 9 die Schule besuchenden Lehrlingen ein einziger eine tägliche Schlafzeit (innerhalb 24 Stunden) von 6, ein Zweiter eine solche von 5, die Uebrigen nur eine solche von 2—3½ Stunden haben. Die Lagerstätte ist in der Regel ein mit Stroh gefüllter Sack, der in der Backstube auf die Erde, in die Backmulde oder auf die Wirkbank gelegt wird. Hieraus erklärte sich nicht allein die befremdende Müdigkeit der Lehrlinge und physische Unfähigkeit, dem Unterricht zu folgen, sondern auch der Umstand, daß öfter Bäckerlehrlinge am hellen Tage, den Korb mit Backwaaren neben sich stehend, auf Treppen und Fluren in der Stadt in tiefen Schlaf versunken gefunden wurden. Diese haarsträubenden Enthüllungen veranlaßten nun den Bürgermeister Ohly, die Polizeiverwaltung zu ersuchen, an einem Tage und zu einer bestimmten Stunde, wo die Bäckerlehrlinge und -Gesellen zu schlafen pflegen, sämmtliche Bäckereien der Stadt, hinsichtlich der Schlafstellen zu untersuchen. Das Ergebniß der Revision war gar sehr traurig. Bei 33 (von im Ganzen 45) Bäckermeistern fand man weder für die Gesellen noch für die Lehrlinge Betten. Die Leute schliefen auf mit Stroh oder Streu gefüllten Säcken, welche bei 30 Meistern in der Backstube auf der Erde oder auf die Backgeräthschaften wie Mulden, Trögen, Wirkbanken aufgelegt waren; beim 31. lagen die Strohsäcke in einer besonderen Schlafstube, beim 32., welcher 1 Lehrling und 3 Gehilfen beschäftigt, fand man ebenfalls eine besondere Schlafstube mit einer zweischläfrigen Bettstelle, in welcher 2 Mann auf einem Strohsack, die übrigen 2 auf den Backtrögen in der Backstube schlafend lagen. Aehnliche Zustände fanden sich fast durchgehend. Nur 7 Bäckermeister hatten entsprechende Schlafstuben und Betten. — Die infolge dessen erlassenen Anordnungen der Polizeiverwaltung stießen auf energischen Widerspruch, ein Beweis, wie wenig man auf die Heranziehung der Lehrlinge zu ordentlichen Menschen giebt. Aehnliche Zustände dürften sich auch anderwärts finden und wäre eine bezügliche Revision besonders in den großen Plätzen wohl in der Ordnung."

Aehnliche Zustände finden sich überall, und nicht blos in Deutschland. Vor etwa 10 Jahren berichtete Marx über die Lage der Londoner Bäcker ganz Aehnliches, nur vollständiger. Der Bericht der fortschrittlichen Blätter ist sehr unvollständig: er enthält nichts über die Morbilitäts- und Mortalitäts- (Krankheits- und Sterblichkeits-) Verhältnisse im Bäckergewerk, die notorisch geradezu haarsträubend sind. Die Herren Fortschrittler lieben es eben nicht, den Dingen auf den Grund zu gehn. Thäten sie dies, dann würden sie finden, daß gleichartige (wenn auch nicht immer so grell zu Tage tretende) Zustände in sehr vielen Gewerken bestehen, und daß in allen Fällen das heutige Arbeitssystem mit seiner Ausbeutung des arbeitenden Volks durch die Kapitalisten der Quell ist, dem diese Gräuel entspringen. Und hätten die Herren Fortschrittler das gefunden, dann mußten sie ja Sozialdemokraten werden, oder Sozialdemagogen, wie die Berliner „Volkszeitung", das Organ des berüchtigten Harmonie-Duncker's, sich auszudrücken beliebt, und mit der Ausbeuterei wäre es zu Ende. Statt dessen lupft man dann und wann einmal ein Eckchen des Schleiers, hütet sich aber wohl, ihn ganz abzuziehen, schimpft tapfer los auf die Sozialdemokraten und betreibt ruhig das Ausbeutergeschäft weiter, über dessen nothwendige Wirkungen man von Zeit zu Zeit philantropische Krokodilsthränen vergießt — die sich ja auch, da es zum Handwerk gehört, in Geld umsetzen lassen. Das ist fortschrittlich.

Bei dieser Gelegenheit unseren Gesinnungsgenossen die erfreuliche Mittheilung, daß unser Berliner Parteiorgan: die „Berliner Freie Presse" den Abonnentenstand der Berliner „Volkszeitung" überholt hat. Das Organ der Sozialdemokratie in Berlin mehr Abonnenten als das Organ der Fortschrittspartei: das spricht Bände und verkündet der Partei der politischen Heuchelei ihre Zukunft.

— Arbeiterelend. Die „Essener Zeitung" schreibt: „Unsere heimische Kohlenindustrie liegt sehr danieder. Neuerdings beginnen die Zechen mit Arbeiterentlassung und Einschränkung der Förderung. Auf Zeche „Tremonia" ist etwa 100 Mann, auf „Ver. Dorstfeld" 80, auf dem Dortmunder Kohlenbergwerk „Luise Tiefbau" durch die Betriebseinstellung der Zeche „Wittwe u. Barop" etwa 300 und auf dem Essener Bergwerk „König Wilhelm" etwa 200 Mann gekündigt worden. Weitere Herabsetzung der Löhne soll auf vielen anderen Zechen in den nächsten Tagen durch Anschlag erfolgen." — Herrliche Aussichten das und namentlich, wenn man bedenkt, daß schon seit langer, langer Zeit die Löhne so niedrig geschraubt waren, daß es den armen Arbeitern nicht gelingen konnte, einen Pfennig für die Noth zu hinterlegen. Bedenkt man ferner, daß die Arbeitslosigkeit jetzt eine allgemeine ist, daß es selbst dem fleißigsten und geschicktesten Arbeiter nicht möglich ist, sonstwo ein Unterkommen zu finden und die Seinen vor Noth und Entbehrung zu schützen; — bedenkt man dies Alles, dann geht wohl Manchem ein Licht auf über das eigentlichste Wesen der heutigen Gesellschaft, über die „Herrlichkeit" im heiligen deutschen Reich und über die „göttliche Weltordnung"? Aber weshalb denn auch über solche „unangenehme" Erinnerungen nachdenken? Die brotlos gemachten Arbeiter werden, vom Hunger getrieben, betteln — oder Schlimmeres treiben müssen, und dann wird „unsere umsichtige und energische Polizei" derartige „Landstreicher" schon „unschädlich machen". Was liegt auch an dem gemeinen Volk? Mag es verelenden und verhungern; was liegt daran, so lange die „gute Gesellschaft" noch Alles in Hülle und Fülle hat? Mag der arbeitslose Proletarier sich auf den Gang in's Gefängniß vorbereiten, der schwelgende Bourgeois rüstet sich zu den Orgien des Karnevals!

— Die Früchte des Kulturkampfs. Bei Besprechung eines in Würzburg erschienenen Werkes über die „katholische Presse in Europa zu Neujahr 1877" bemerkt die sonst gut kulturkämpferische „Augsburger Allgemeine Zeitung": „Ueber die klerikale Presse Preußens spricht sich das Werk natürlich im höchsten Grade befriedigt und erfreut aus, und es hat in der That alle Veranlassung dazu, denn nirgend hat die klerikale Publizistik solchen Aufschwung genommen, als da, wo sich der eigentliche Heerd des Kulturkampfes befindet."

Sollte Fürst Bismarck wirklich der einzige Mensch sein, der dies nicht sieht? Oder hätten am Ende doch Diejenigen recht, die ihn für einen heimlichen Katholiken halten? „Er ist nicht mit Gold aufzuwiegen!" bemerkte vor anderthalb Jahren einer der Führer des Centrums, vergnügt sich die Hände reibend. Und wahrhaftig, der Mann hatte Recht. Und was gäbe er, und was gäben seine Genossen darum, wenn Fürst Bismarck nicht durch Hof- und sonstige Einflüsse zur Einstellung seiner Reklamepolitik für die Katholiken genöthigt worden wäre.

— Kulturkampf. Aus St. Wendel (Rheinprovinz) wird unterm 2. Februar gemeldet: „Herr Landrath Rumschöttel erläßt folgende Bekanntmachung: Am verflossenen Samstag sind gegen die in Marpingen stationirten Gensdarmen, während sie in Ausübung ihres Dienstes begriffen gewesen, von den dort versammelten Pilgern ꝛc. grobe Exzesse verübt worden. Nicht allein, daß die Gensdarmen verhöhnt und beschimpft worden, so ist auch mit Steinen nach ihnen geworfen und sind sogar Schüsse gegen sie abgefeuert worden. In Folge dessen habe ich die Gensdarmen unter Hinweisung auf § 28 ihrer Dienstinstruktion vom 30. Dezember 1820 angewiesen, erforderlichen Falls von der Waffe energischen Gebrauch zu machen. Hiernach möge sich Jeder, den es angeht, richten, damit er sich nicht selbstverschuldeter Gefahr aussetze." — — Im Anschluß an diesen landräthlichen Ukas ergehen sich natürlicherweise die regierungstreuen Blätter in langathmigen Jeremiaden über die Dummheit und Verblendung der bethörten Massen, die noch heute, im 19. Jahrhundert, an Muttergotteserscheinungen und Teufelsspuk glauben. Mit sichtlicher Genugthuung constatiren die ehrenwerthen Blätter, daß schon Verwundungen mit dem Bajonnet vorgekommen sind. Wie gesagt, diese „liberalen" Blätter sind regierungstreu. Bedenken sie denn auch, daß die von der Regierung im Verein mit der Kirche planmäßig geleitete soge-

---

Vortrefflichkeit dieses Grundgesetzes, und Sie fügten hinzu, daß Jedermann stolz darauf sein müsse, Unterthan eines Monarchen zu sein, der seinem Volk eine solche Verfassung schenkt. Gewiß, wir sind alle darauf stolz, Unterthanen eines solchen Monarchen zu sein; unser Volk ist stolz darauf, und daraus entspringt eben unsere Bereitschaft zu jedem Opfer, um die Ehre unseres Vaterlandes zu retten; das ist eben die Bedingung unseres Stolzes. Keiner von uns will Unterthan des Staates sein, wenn er nicht dessen Ehre und Unabhängigkeit vertheidigt oder nicht vertheidigen kann.

Großwessier: Ja wohl, ein Staat, der allen seinen Unterthanen Freiheit und Unabhängigkeit gewährt, muß selbst frei und unabhängig sein.

Ruschdi Pascha: Dieses Grundgesetz ist allerdings erst neulich verkündet worden; aber Se. Majestät hat schon in dem Thronbesteigungs-Hat die Verleihung der Freiheit versprochen. Damals gab es noch keine Conferenz, so wenig wie die jetzige schwierige Lage, d. h. die Verfassung wurde aus freiem Willen Sr. Majestät verliehen.

Der Vertreter des griechischen Patriarchen: Ich bin der Meinung Sava Paschas; ich nehme dessen Rede im Namen meiner Glaubensgenossen an.

Der Vertreter der Protestanten: Alle Unterthanen haben ihren Antheil an der Verfassung; wir alle sind dessen versichert; es ist kein Streit zwischen Mohamedanern und Nicht-Mohamedanern; wir sind alle Osmanli; Niemand hat sich in unsere Angelegenheit zu mengen. Wie Se. Hoheit der Großwessir bemerkte, ist die Sache sehr ernst, überstürzen wir nicht die Sache; die Ehre des Staates und der Nation antasten, das heißt unser Leben antasten; aber es giebt noch Mittel, die Sachen auf andere Weise zu erledigen; überlassen wir es den Ministern, damit sie unsere Ehre retten. (Von verschiedenen Seiten: Jene Zeiten sind vorüber.) (Man lacht.)

Halet Pascha (Handelsminister): Ich will unsere Ehre vertheidigen, aber ich stimme nicht für Blutvergießen. Wenn es moglich ist, über diese beiden Fragen noch auf eine andere Weise zum Abschluß zu kommen, so dürfte es noch besser sein. (Von allen Seiten Lärm und heftiges Schreien: „Das geht nicht, das geht nicht.")

Der Vertreter des armenischen Patriarchen: Es ist nothwendig, daß die Armenier ihre Meinung noch abgesondert abgeben. Der Patriarch ist krank nnd hat mich zu seinem Stellvertreter ernannt. Er sagte: So oft das osmanische Reich einen Mann verlangte, waren wir immer dabei, wir haben uns nie abgesondert; wir sind mit dabei; wir sind in jeder Beziehung einig; wir gehorchen dem Staate; wir sind einig mit unsern andern Mitbürgern; sind wir einig, so wahren wir unsere Ehre. (Allgemeines Bravo.)

Großwessier: Der Beschluß ist bekannt, das heißt der von der Conferenz gemachte Vorschlag einer Commission, möge sie zusammengesetzt sein wie sie wolle, ist verworfen. (Von allen Seiten: Ja wohl, ja wohl.)

Großwessier: Man sagt, die Gesandten werden abreisen, sie haben Modifikationen vorgeschlagen, aber auch diese sind nicht angenommen, das heißt sie sind unbedingt verworfen? (Von allen Seiten: Ja wohl, so ist es.)

Großwessier: Wer anderer Meinung ist, möge aufstehen.

Einige Sekunden lang erhob sich Niemand, und es herrschte allgemeines Schweigen.

Ibrahim Pascha: Weder hier noch draußen befindet sich irgend ein Unmännlicher, der anderer Meinung wäre. (Bestätigt von allen Seiten.)

Faik Pascha (Della Sudda, Pharmaceut) [sich erhebend]: Ich habe mich erhoben, aber nicht weil ich anderer Meinung bin. Wie der Vertreter der Protestanten sagte, ist es eine sehr ernste Frage. Jetzt weisen wir zwei Vorschläge zurück. Wenn die Vorschläge der von ihnen verlesenen Denkschrift angenommen werden, so wird kein Blut vergossen. (Von allen Seiten Lärm und Schreien: „Das geht nicht.")

Großwessier: Wie ich vorhin bemerkte, wollten sich die Delegirten damit zufrieden erklären, was ihnen von den Ministern offiziös mitgetheilt ist, so würden wir allem Anschein nach uns auf etwas einlassen, dessen Resultat noch unbekannt ist; da dürfte es besser sein, einen Krieg zu führen. Erörtern wir auch noch diese Frage.

Cheirullah Effendi: Dem Vernehmen nach sind auch die andern Fragen vom Uebel; weisen wir daher zunächst diese beiden Punkte zurück; später werden wir dann die andern Sachen erörtern. (Zeichen allgemeiner Zustimmung.)

Subhi Pascha: Die Minister haben beschlossen, der Conferenz die Constitution offiziell mitzutheilen. Wenn nun die Abänderung einiger Artikel nothwendig erscheint, heißt das nicht ihnen das Recht zur Einmischung geben?

Großwessier: Als vor vierzig Jahren der Hattischerif von Gülhane verkündigt wurde, waren die Gesandten zu dieser Feierlichkeit eingeladen; eine Abschrift desselben wurde ihnen amtlich mitgetheilt. Vor zwanzig Jahren wurde der Fermân, welcher die Ordnung innerer Angelegenheiten betraf, dem Friedensvertrag, welcher dem Krimkrieg ein Ende machte, einverleibt.

Subhi Pascha: Damals geschah es, weil wir nicht sicher waren, ob diese Befehle auch ausgeführt wurden; jetzt aber ist es anders. (Großes Geräusch.)

Damad Mahmud Pascha (Direktor des Artillerie- und Festungswesens): Weisen wir zunächst diese beiden Vorschläge zurück. Wenn später die Minister die Modifikationen in Erwägung ziehen, wird wieder eine Generalversammlung einberufen werden. (Nach allseitiger Bestätigung und Genehmigung löst sich die Versammlung auf.)

— Kindereien. In Dresden besteht ein in allen Farben schillerndes, aber, so weit es überhaupt eine Tendenz hat und man dies eine Tendenz nennen kann, partikularistisches, oder richtiger antinationalliberales Blatt, welches, weil leicht und pikant geschrieben, einen bedeutenden Leserkreis hat: die „Dresdener Nachrichten". Seit Langem unseren Nationalliberalen ein Dorn im Auge, sind die „Dresdener Nachrichten", weil sie die Candidatur des unglücklichen Mayhoff in Dresden nicht eifrig genug unterstützten, ihnen vollends verhaßt geworden. Wie dieser Haß sich äußert, zeigt folgende Notiz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung":

„In Dresden hat sich, wie aus einem Inserat des „Dresdner Anzeigers" hervorgeht, ein provisorisches Comité zu Gründung eines Anti-Nachrichten-Vereins gegründet. Das Comité erläßt eine Einladung für den 5. Februar Abends in Renner's Restaurant zu einer Versammlung aller Gesinnungsgenossen."

Es will uns fast scheinen, die Herren Nationalliberalen sind hier von einem Schalk genasführt worden, der für die „Nachrichten" Reklame machen will.

nannte Volkserziehung allein solche ungeheuerlichen Erscheinungen möglich gemacht hat? Denken die liberalen Blätter denn auch daran, daß sie selber ein guter Theil der Schuld trifft? Denken sie daran, daß nur bei einer durch den „Culturkampf" fanatisirten Bevölkerung solche Monstruositäten Boden finden konnten? Bedenken sie denn auch, daß sie selbst es in erster Linie sind, die durch beständiges Hetzen und Schüren die Phantasie jener armen, irregeleiteten Menschen bis zu einem solchen Grade erhitzten, und daß sie den zelotischen Pfaffen den Weg geebnet haben? Und wenn sie das Alles nicht bedenken, wenn ihnen bei ihrer notorischen Gedankenlosigkeit und Denkunfähigkeit diese Thatsache auch nie einleuchten wird, so sollten sie doch erwägen, daß sie zu allerletzt die Berechtigung haben, gegen „Volksverdummung" zu eifern, sie, die Haupt-„Macher" in diesem gesuchten Artikel.

— Die Fortschritte des Sozialismus in Nordamerika lassen sich gegenwärtig nur nach dem Stande der dortigen sozialistischen Presse bemessen. An Zahl zwar gering, können sich unsere amerikanischen Bruderorgane an Größe und Reichhaltigkeit des Inhalts mit jedem beliebigen amerikanischen Bourgeoisblatte messen, während sie an Gediegenheit des Gebotenen jene weit übertreffen. Neuerdings kündigt der „Chicagoer Sozialist" an, daß er bei dem alten Preise (20 Cents wöchentlich) täglich, das heißt 7mal statt 6mal die Woche, erscheinen werde. Wir wünschen der amerikanischen Bruderpresse natürlich besten Erfolg.

Correspondenzen.

*E **Gießen**, 28. Januar. Unserem Beispiele folgend, hatten auch die liberalen Wähler Versammlungen einberufen, und zwar fand die erste am 28. Dezember statt, in welcher der seitherige Abgeordnete Freiherr v. Rabenau seinen Wählern Rechenschaft ablegen sollte. Der „Rechenschaftsbericht" war mager genug und ging ungefähr darauf hinaus, daß noch Manches zu verbessern, noch nicht Alles vollkommen sei, jedoch würde dies mit der Zeit schon kommen; was der Herr v. Rabenau nicht ausführte, brachte Prof. Dr. Oncken zur Vollendung und der „Rechenschaftsbericht" war fertig. Da auch hier und da Seitenhiebe auf die Sozialdemokraten fielen, wurde von Seiten einiger Parteigenossen interpellirt und namentlich auf den Compromiß betr. die Justizgesetze hingewiesen. Dies ging nun den Herren Liberalen unter die Nase, wir aber kamen erst zu dem rechten Bewußtsein, wie das Volk „vertreten" wird, und Herr Prof. Dr. Oncken war ehrlich genug, zu erklären, er sei stolz auf das Zustandekommen der Justizgesetze. Herr Hofgerichtsadvokat Dr. Dittmar, welcher den Vorsitz führte, schloß nach einigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie die Versammlung, so daß eine Vertheidigung unmöglich wurde. — Am andern Tage hieß es in den Blättern, die Sozialdemokraten seien gründlich abgeführt worden, die Versammlung sei so zahlreich besucht gewesen, wie noch keine in Gießen, und Alle, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und einiger Herren anderer Richtung, hätten sich für die Wiederwahl des Freiherrn v. Rabenau ausgesprochen. Natürlich wurde von unserer Seite der ganze Bericht widerlegt und zwar in demselben Blatte. Aber auch in anderer Beziehung waren wir nicht müßig, sondern beriefen überall, wo es nicht bereits vorher geschehen war, Wählerversammlungen ein, so in Watzenborn, Leihgestern, Groß-Linden, Wieseck, Garbenteich, Hausen, Reiskirchen 2c., welche meistens gut besucht waren und wo auch die Anwesenden unserer Sache Verständniß entgegenbrachten. Daß es bei der Vertheilung der Stimmzettel und Wahlaufrufe mitunter unliebsame Scenen gab, läßt sich denken, denn in Ortschaften, wo die Sozialdemokratie noch gar nicht bekannt ist, wird mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln von Gendarmen, Bürgermeistern, Pfarrern 2c. gegen uns „gekämpft". Selbst die Schulmeister trugen liberale Stimmzettel aus und predigten von der Verkommenheit der Sozialisten, ohne zu bedenken, daß gerade diese es sind, welche die Verbesserung der Lage der Schullehrer vertheidigen, denn daß es hier mit dem Schulwesen nicht besser steht wie anderswo, hörte ich selbst von einem Lehrer aus einem Nachbarorte, der die 100 Kinder dieser Gemeinde ganz allein in „Pflege" hat. So kam es in Londorf vor, daß ein Parteigenosse bei der Vertheilung von Stimmzetteln zur Thür hinaus und die vor derselben befindliche Treppe hinuntergeworfen wurde, so daß derselbe eine nicht unerhebliche Verletzung an der Hand davontrug. Damit nicht genug. Ein Gendarm erklärte unserm Genossen, er werde ihn per Schub nach Gießen bringen. Nur der hinzugekommene Bürgermeister vereitelte dies, indem er unter dem Titel des Buches „Nieder mit den Sozialdemokraten" einen ganz und gar „reichsfreundlichen" Inhalt vermuthete, so daß es möglich war, die Vertheilung unserer Aufrufe und Stimmzettel in unmittelbarer Nähe der Zwingburg des Freiherrn v. Rabenau vorzunehmen. — Aus dem Berichte der übrigen Genossen, die vor dem Tage der Wahl thätig waren, geht hervor, daß der Boden nur ordentlich bearbeitet werden muß. Einige Tausend Wahlaufrufe mehr hätten uns noch förderlicher sein können, denn die Gegner hatten es in dieser Beziehung nicht fehlen lassen. 30—40,000 Stimmzettel müssen nach unserer Berechnung von den Liberalen verbreitet worden sein, die theils ausgetragen, theils in Couverts von 6—12 Stück den Häuserbesitzern zugeschickt wurden. Nun, sie haben auch den Sieg davongetragen, denn ihr Candidat v. Rabenau erhielt 9167 Stimmen, während auf Liebknecht 1431 (gegen 150 im Jahre 1874) und auf den conservativen Zimmer 2513 Stimmen fielen. Wir können mit dem Resultat vorläufig zufrieden sein, denn die Zahl der sozialistischen Stimmen hat sich beinahe verzehnfacht. Nimmt die Stimmenzahl ferner in demselben Verhältnisse zu (und dafür wird gesorgt), so ist in Zukunft Freiherr v. Rabenau der Mühe überhoben, den 1. hessischen Wahlkreis zu vertreten. — Die thatkräftige Unterstützung der in den Nachbarorten wohnenden Genossen hat uns zu diesem Resultat verholfen, so erhielt Liebknecht in Garbenteich 56, Heuchelheim 98, Lang-Göns 53, Leihgestirn 120, Lollar 51, Wieseck 120, Watzenborn-Steinberg 53, Alten-Buseck 84, Gießen 357 Stimmen. In Wieseck und Leihgestirn haben sich bereits Mitgliedschaften gegründet, der unter diesen herrschende Geist ist gut und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. „Vorwärts" und „Neue Welt" verschaffen sich immer mehr Eingang, man kommt auch hier bald zu der Einsicht, daß man lange genug an der Nase geführt worden ist. Ja, Ihr liberalen Reichsfreunde, Grubenbarone, Junker und kleinen Paschas, die schönen Tage von Aranjuez sind bald vorüber!"

Aus dem 19. sächsischen Wahlkreise. Die Wahlschlacht ist gewonnen, und müssen wir diesmal mit dem Resultat zufrieden sein. Die Gegner hatten das Aeußerste gethan, um uns aus dem Felde zu schlagen, aber sie hatten sich verrechnet. Ohne Hilfe von außen sind wir mit ihnen fertig geworden. Doch lassen wir das Vergangene. Ziehen wir die Lehren für die Zukunft. Wir dürfen nicht denken, unsere Thätigkeit habe mit der Wahl ein Ende, nein, mit doppelter Kraft müssen wir einstehen für die Agitation innerhalb der nächsten drei Jahre. Backern wir vorzugsweise solche Orte, welche für unsern Kreis von großem Nutzen sein könnten, damit unser Candidat bei späteren Wahlen mit desto größerer Majorität aus der Urne hervorgehe. Darum auf, Freunde und Gesinnungsgenossen des 19. sächs. Wahlkreises, beherzigt dies und schließt Euch der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands an, denn nur vereinigt können wir das Ziel erreichen. Vorwärts sei unsere Losung!

A. Frenzel in Stollberg.

An die sozialistischen Wähler des Calbe-Aschersleber Wahlkreises.

Parteigenossen! Die Wahl ist vorüber, Ihr kennt das Resultat. Das Kapital hat noch einmal über die Arbeit gesiegt. Mit welch' schmutzigen Mitteln der Sieg errungen, ist Jedem bekannt. Das arbeitende Volk hat sich noch einmal bethören lassen, ist noch einmal auf die Leimruthen gegangen, welche ihm von einer übermüthigen Bourgeoisie gelegt waren. Theilweise ist dies aus Unkenntniß geschehen, theilweise, und zwar zum größten Theile, ist es die Furcht vor Maßregelungen gewesen, welche zuwege brachte, daß ein großer Theil seine Stimme im Sinne und zum Vortheil der Ausbeuter abgab; dann existirt endlich ein großer Theil, welcher nicht denkt und sich förmlich als Stimmvieh zur Wahlurne treiben läßt. Dieser Theil der Arbeiter begriff nicht, daß er seine Macht den Unterdrückern Preis gegeben hat. Es war vorauszusehen, daß es so kommen würde und daß unsere Gegner noch einmal siegten. Viele von den Arbeitern haben geglaubt, daß es auf Wahrheit beruht, wenn im Aufrufe unserer Gegner geschrieben wird, der Amtsrath Herr Dietze hätte mit Nichtachtung seines eigenen Lebens bei der Wasserfluth hilfreiche Hand geleistet; sie wußten nicht, daß ihm nicht einmal die Stiefelsohlen naß geworden sind. Seine ganze Hilfe bestand nur darin, daß er einige Fuhren Brod geliefert hat, was, nebenbei gesagt, ihm nicht so schwer fiel, als wenn ein ausgebeuteter, ausgemergelter Arbeiter seiner Zuckerfabrik 10 Pf. zur Unterstützung nothleidender Arbeitsbrüder gab. Genießt doch der als mildthätig verschriene Amtsrath Dietze tagtäglich Staatsunterstützung in Form von Tausenden von Morgen spottbilligen Domänenackers; das überlegt die Masse nicht, sondern geht blindlings in's Garn solcher plumpen Bauernfängerei, am allermeisten in den Ortschaften, wo die Gutsbesitzer, Amtleute und Ortsvorsteher als getreue Schildknappen des Amtsraths Dietze mit dem Ochsenziemer regieren.

Wer will es auch diesen Leuten verdenken, daß sie alles benutzen, ob erlaubt oder unerlaubt? Wissen sie doch ganz genau, daß ihre Herrschaft nur noch von kurzer Dauer ist, daß die Arbeiter, immer noch zu nachsichtig, lieber Unrecht dulden, als selber etwas thun, was mit dem Namen Unrecht belegt werden könnte.

Ich bin überzeugt, die Wahl wäre besser ausgefallen, hätten wir mehr Mittel zur Agitation besessen. Können wir auch nicht stolz sein auf unser Resultat, so freuen wir uns doch mit unsern übrigen Parteigenossen Deutschland, die es fertig gebracht haben, die sozialistischen Stimmen von 400,000 (1874) auf nahezu 700,000 bei der jetzigen Wahl gebracht zu haben. Vor allem aber theilen wir die Freude mit unsern Parteigenossen, welche in der Metropole Deutschlands, in Berlin, trotzdem sie den meisten Verfolgungen und Beschränkungen seitens der Staatsgewalt und der Polizei ausgesetzt waren, es auf zwei Abgeordnete gebracht haben. Die Erfolge in Deutschland, das Wachsthum der Sozialdemokratie, wozu wir wenig oder nichts beigetragen, soll und muß für die Sozialdemokraten des Calbe-Aschersleber Wahlkreises ein Sporn sein, bei der nächsten Wahl die Stimmenzahl mindestens zu verdoppeln, denn dann kann es uns erst gelingen, den „mildthätigen" Amtsrath Dietze von dem Platze zu verdrängen, der ihm nicht gebührt. Soll dieses aber geschehen, so gehört dazu, daß wir uns nicht auf andere Hilfe verlassen und warten, bis für Calbe-Aschersleben etwas gethan werden kann, sondern dann müssen die Parteigenossen im Kreise selbst anfangen, Geldmittel zu sammeln und in der Agitation in noch größerem Maßstabe thätig sein, wie bisher, vor Allem aber muß unser Parteiorgan „Vorwärts" eifrig verbreitet werden, und damit darf nicht gewartet werden, bis die Wahlen vor der Thüre sind, sondern sofort muß der Anfang gemacht werden. Zu jeder Zeit muß der Kreis vorbereitet sein, einen Wahlkampf aufnehmen zu können. Es kann ja vorkommen, daß während der Legislaturperiode des Reichstags der Platz leer wird durch Absterben des Abgeordneten, oder durch Ablehnen aus diesem oder jenem Grunde, oder endlich durch Nachhausefschicken der Reichstagsabgeordneten seitens der Regierung, was wir natürlich bei dem jetzt zusammentretenden Reichstage nicht zu erwarten haben. Das ist alles möglich und schon dagewesen. Solche Fälle müssen uns aber immer vorbereitet finden.

Es muß der Kreis, Stadt wie Dorf, organisirt werden, hauptsächlich zunächst da, wo Stimmen für uns am Wahltage abgegeben sind. Es muß die Sympathie, welche augenblicklich durch die Wahl wachgerufen ist, auch wacherhalten und immer mehr wachgerufen werden. Wenn wir so ernstlich alle Mann an's Werk gehen, muß der Sieg uns gehören im Jahre 1880. Was hilft es, wenn sich einzelne Wenige aufopfern und durch ihre Opfer doch nichts erzielen, weil keine Organisation vorhanden ist? Es hat ja ein jeder sozialistische Wähler im Kreise nur noch einen Genossen im Laufe der drei Jahre zu überzeugen, wie wichtig es ist, im Reichstage nicht durch Ausbeuter, sondern durch Mitarbeiter vertreten zu sein. Darum auf und Hand an's Werk gelegt.

Zum Schlusse noch allen sozialistischen Wählern im Calbe-Aschersleber Wahlkreise meinen besten Dank; haben wir auch den Sieg noch nicht errungen, so haben wir doch mindestens gelernt, daß wir auf eigene Kraft zu bauen haben. Geloben wir uns, das, was wir gelernt, männiglich zu benutzen und zwar zur gehörigen Zeit, dann werden die Arbeiter des Calbe-Aschersleber Wahlkreises bei der nächsten Wahl stolz sein können, daß es ihnen endlich gelungen ist, einen Arbeiter-Abgeordneten in den deutschen Reichstag senden zu können.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Fr. Harlemann, Hamburg,
St. Georg, Kleiner Kirchweg Nr. 24.

Wahlergebnisse.

Flensburg. Bei der am 10. Januar stattgehabten Reichstagswahl fielen die Stimmen auf die verschiedenen Candidaten im ersten und zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreise wie folgt: Im ersten Wahlkreis fielen auf den Dänen Krüger-Bestoft 10694, auf den Nationalliberalen 2476 und auf Brückmann (Sozialist) 52 Stimmen. — Im zweiten Wahlkreis fielen auf den Nationalliberalen Professor Hinschius (Berlin) 5531, auf den Dänen Krüger-Bestoft 4531, auf den Conservativen Landrath Krupka 2238 und auf Brückmann (Sozialist) 954 Stimmen. Bei der Stichwahl im zweiten Kreise zwischen Hinschius und Krüger wurde Ersterer mit 6453 Stimmen gewählt. Die Dänen und Sozialisten enthielten sich der Abstimmung gänzlich.

Fürstenthum Reuß j. Linie. Stimmberechtigt 19500; Zahl der abgegebenen Stimmen 11372; ungiltig 50. Davon erhielten Träger (Fortschritt) 5953, Birnbaum (nationallib.) 3555, Hasenclever (sozial) 1844, zersplittert 20 Stimmen.

Also auf unserer Seite gegen 1874 über noch einmal so viel Stimmen. In Gera erhielt Träger 1565, Hasenclever 936, Birnbaum 814. In Hirschberg Hasenclever 136, Träger 95, Birnbaum 46. In Hohenleuben Hasenclever 96, Träger 86, Birnbaum 39. In Triebes Hasenclever 70, Träger 72, Birnbaum 37. Frankenthal bei Gera Hasenclever 51, Träger 38, Birnbaum 10. Weisendorf bei Zeulenroda Hasenclever 42, Träger 15, Birnbaum 3. Im ganzen Oberlande, außer Hirschberg, wurden nur 100 Stimmen für Hasenclever abgegeben.

Teltow-Beeskow-Storkower Kreis. Am 10. Januar erhielten Kiepert (nationall.) 4901, Wöllmer (fortschrittl.) 3835 Dietzmann (sozial) 2608, Lazarus (conserv.) 2476, v. d. Schulenburg in Ragow (altconserv.) 2228 Stimmen, zersplittert 83 Sa. 16131. Bei der Stichwahl am 26. Januar erhielten Kiepert 9400, Wöllmer 5900 Stimmen. Im Ganzen waren 15300 Stimmen abgegeben worden. 1874 hatten wir 1456 Stimmen, mithin 1877 1152 Stimmen mehr, und zwar ohne alle Agitation. Bei der Stichwahl haben sich die sozialistischen Wähler der Abstimmung enthalten.

Im **Niederbarnimer Kreise** erhielten Paul (conserv.) 6196, Dr. Mendel (fortschrittl.) 4533, Finn (sozial) 2855. Unsere Parteigenossen stimmten bei der engeren Wahl laut Beschluß der Bernauer Conferenz für den Fortschrittler. Das Resultat der engeren Wahl war folgendes: Dr. Mendel 8258, Paul 6610 Stimmen.

9. schlesischer Wahlkreis (Striegau-Schweidnitz.) Abgegeben 15494 Stimmen, ungiltig 49, bleiben 15445. Davon erhielten Graf Pückler (conserv.) 5316, Appellationsgerichtsrath Witte (liberal) 4804, Stadtpfarrer Simon (ultram.) 4305, Reinders (sozial) 1017, zersplittert 3 Stimmen. Engere Wahl zwischen Witte und Pückler. Resultat: Witte 7890, Pückler 7042 Stimmen. Die Ultramontanen wurden aufgefordert, für Graf Pückler zu stimmen, wir Sozialisten enthielten uns der Abstimmung.

Briefkasten

der Redaktion. Hrn. O. Schw. in Potsdam: Das betr. Gedicht ist uns nicht zugegangen, konnte also auch dem Papierkorb nicht verfallen. — C. P. in Bernburg: Hasenclever ist augenblicklich nicht hier, er hat vermuthlich das Stenogramm erhalten. Wir erwarten ihn im Laufe dieser Woche. Was das Andere betrifft, so habe ich vom Rechtsanwalt F. noch nichts gehört, werde ihn aber bei nächster Gelegenheit befragen. Haben Sie selbst an ihn geschrieben? Gruß W. L. — H. M. in Flensburg: Ob das Gesetz einen Zeitraum vorschreibt, innerhalb dessen eine Regierung oder ein Ministerium eine Beschwerde zu beantworten hat, wissen wir nicht; das genannte Behörden sich aber sehr viel Zeit lassen, weiß nicht nur alle Welt, sondern beweist auch Ihre Beschwerde. — L. in H.: Liebknecht's Adresse ist „Redaktion des Vorwärts"; oder (die Privatadresse) Braustraße 11, Leipzig.

der Expedition. H. Sch., Hannöv.-Minden: Die in unsern Blättern empfohlenen amerikanischen Parteiorgane sind deutsch gedruckt. 1 Dollar = 100 Cents. Heutiger Cours: 1 Dollar = M. 4,10.

Die Parteigenossen in Anhalt werden ersucht, sämmtliche für die Preßcommission bestimmten Briefe unter folgender Adresse zu senden:

An die Preßcommission.
Abzugeben an Herrn Restaurateur Förster.
Dessau, Fischergasse.

Quittung. Wß Pegau Schr. 3,90. Schnfr Remmingen Schr. 1,80. Brnr Zwickau Schr. 5,40. Rmnn Neundorf Schr. 6,90. Wlz Tübingen Schr. 15,40. Wsnbch Lorsch Schr. 2,70. Pungr. Bremen Schr. 5,50 u. 1,80. Hrm Elberfeld Schr. 0,40. Bnsch Dortmund Schr. 5,48. Jnk Sorau Schr. 12,30. Lng Helmstedt Schr. 1,40. Erbnstn Lindenau Schr. 10,96. Mllr hier Ab. 1,60 u. 0,50. Ullrch Berlin Ann. 1,20. A. Dtlr Jassy Ab. 8,00. Rpp Newyork Ab. 119,16. Wtt hier Ann. 0,60. Khn Mannheim Ab. 1,59. Wahlverein Hannover Ann. 0,80. Grd Stötteritz Ab. 4,00. Lmbrt Delft Ab. 2,50. Klntsch Sulzburg Ab. 1,08. Plz Prag Ab. 2,08. Zhtnr Darmstadt Schr. 12,60. Pfrtschnr Hohenstein Ab. 41,00. Bz Hamburg Schr. 20,00.

Anzeigen 2c.

Altona. Sonnabend, den 10. Februar, Abends 8½ Uhr in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [50

Harburg. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 10. Februar, Abends 8½ Uhr, in Geißler's Salon: [70

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Wahlangelegenheiten. 2) Protestangelegenheiten.
Zimmermann.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 10. Februar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof:

Oeffentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Berathung der Anträge zur Generalversammlung. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet D. V. [70

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 10. Februar:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Monats-Abrechnung, 2) Abrechnung des Wahlcomités (F161) Der Vorstand. [60

Gestern Mittag 2 Uhr beschenkte mich meine Frau mit einem gesunden Mädchen, das wir als erstes Kind am hiesigen Orte ins Dissidentenregister eintragen lassen. [1,50

Pegau, den 5. Februar 1877.

Gottl. Weiß, Restaurateur.

Für Männerchöre.

Im Verlage von Emil Sauerteig in Gotha ist zu einem Liedercyclus erschienen: [150

	Dichter:	Componist:	Part. m. 4 Stim.	4 Stim. o. Part.
Nr. 1. **Bundeslied.**	Otto-Walster	H. Stolle	0,65	0,45
Nr. 2. **Der wahre Mensch.**	L. May	C. Kreutzer	0,55	0,40
Nr. 3. **Republik.**	Hasenclever.	G. Scholz	1,50	1,10
Nr. 4. **Der Arbeitsmann.**	Al. Reymond	J. Scheu		
Nr. 5. **An Michel.**	A. Geib	M. Carl	0,75	0,60
Nr. 6. **Frühlingsgedanken**	F. Glochauer	G. Scholz	0,80	0,60
Nr. 7. **Sänger-Marsch.**	—	G. Scholz	1,50	1,00

Gegen Einsendung des Betrags erfolgt freie Zusendung.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchhandlung, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hah, 430 North 3rd Street.
J. Ball, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Zeuschmann, 206 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 18. Sonntag, 11. Februar. 1877.

Verrückte Schwärmerei

nannte Graf Eulenburg in der Sitzung des preußischen Landtags vom 6. d. die sozialdemokratische Bewegung. „Wenn wir nicht bei Zeiten der Ausbreitung dieser verrückten Schwärmerei entgegentreten, so werden wir mit Flinte und Säbel endigen.“ Wir? Wer? Das Wort ist vielleicht wahrer, als der Sprecher ahnt. Wir sehen aber, der Mann ist sich treu geblieben. „Die Flinte schießt, der Säbel haut“ — das ist noch immer sein „letzter Grund“, ja sein einziger. Freilich, es scheint ihm aufzudämmern, daß die Sache doch nicht so einfach ist, wie er sich eingebildet, und der Wunsch, den er äußerte, seines Amts bald enthoben zu sein, ist unzweifelhaft dem Gefühl (von Erkenntniß läßt sich da nicht reden) entsprungen, seinem Amte nicht mehr gewachsen zu sein.

Nicht ganz frei von Gewissensbissen ist, was er bezüglich seiner famosen Reichstagsrede sagte, an die er von Schröder-Lippstadt erinnert worden. Wir lassen die ganze Stelle nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung“ hier folgen:

„Der Vorredner (Schröder-Lippstadt) hat — ich weiß nicht, ob er Mitglied des Reichstags war (allerdings!) — sich gegen das gewandt, was ich im vorigen Jahre über die Sozialdemokratie vorzubringen Gelegenheit hatte. Entweder ist er nicht anwesend gewesen, oder hat nicht gelesen, was ich gesagt habe. Niemals ist es über meine Lippen und in meine Gedanken gekommen, die Sozialdemokraten als ein zusammengelaufenes Gesindel anzusehen, welches nichts anderes verdiente, als mit Säbel und Schießgewehr behandelt zu werden. (Rufe im Centrum: die Flinte schießt! der Säbel haut!) Was ich damals sagte, hatte eine Bedeutung, die heute vielleicht schon in einem ansprechenderen Lichte (!) erscheinen mag, als sie damals allgemein aufgenommen wurde. (Aha! Verstanden, Ihr Herren Nationalliberalen?) Ich führte damals aus, daß die Sozialdemokratie, ursprünglich vielleicht von ganz berechtigten sozialen Forderungen ausgehend, sämmtliche Institute des Staates, des monarchischen sowohl, wie jedes Staates überhaupt, aufheben will von Grund und Wurzel aus, und etwas Neues aufzubauen die Absicht hat; wovon kein Mensch (soll heißen: Graf Eulenburg nicht) in seinem Gehirn sich eine Vorstellung machen, und was nur immer als allgemeines Ideal aufgestellt werden kann. Ich habe gesagt, darin liegt die Gefahr, und wenn wir nicht bei Zeiten der Ausbreitung dieser verrückten Schwärmerei entgegentreten, so werden wir mit Säbel und Flinte endigen. Dies war meine Deduktion, und bei dieser Deduktion muß ich um so mehr bleiben, wenn ich sehe, wie sich die Sachen entwickelt haben. Behandeln wir doch diese Frage nicht so mit einzelnen Schlagwörtern oder glauben wir nicht, daß wir über dieses Schauspiel, das sich vor uns entwickelt, so mit leichter Mühe hinwegkommen werden! Die Frage liegt ungeheuer tief (also doch?), sie ist ein wirklicher Schaden unserer sozialen, staatlichen und parteilichen Zustände. Ich glaube, daß die Sozialdemokratie sich nicht herausgebildet hätte, wenn sie nicht ihren Ursprung geschöpft hätte aus anderen Parteien (Rufe: Namen!), deren Essenzen als Gift auf sie herabgeträufelt sind. (Heiterkeit.) Es ist mir gesagt worden von Seiten der Fortschrittspartei, ich sei der eigentliche Schöpfer der Sozialdemokratie, ich hätte sie vor sechs bis sieben Jahren nicht genug unterdrückt. Nun gut! Das ist eine Behauptung, die ich für absolut unrichtig halte, die aber auch nicht den geringsten Anklang sonst gefunden hat. Aber dabei bleibe ich stehen; wir sind dieser Bildung in unserem Staatsleben gegenüber zu der äußersten Vorsicht verpflichtet, und wozu noch mehr? Zum Zusammenschluß aller derjenigen Elemente im Staate, welche berufen und stark genug sind, den Staat als solchen, den monarchischen Staat, den christlichen (Ruf im Centrum: Culturkampf!) aufrechtzuerhalten und gegen seinen Umsturz zu schützen. Glauben Sie nicht, daß Sie durch Ihr ewiges Rütteln an der Rechtsbeständigkeit rite (ordnungsmäßig) zu Stande gekommener Gesetze, durch den ewigen Vorwurf, wir fänden am Culturkampf Freude und Leben, und durch diese fortwährende Erregung der Gemüther auf einem Felde, was ja so leicht zugänglich ist, — glauben Sie nicht, daß Sie auch den Sozialdemokraten die Wege bahnen?“ (Unruhe im Centrum.)“ —

In diesen „Deduktionen“ des Grafen Eulenburg ist nur Eins klar: nämlich daß der Graf Eulenburg nicht klar ist. In Einem Athem sagt er: die soziale Bewegung ist „eine verrückte Schwärmerei“ und: die soziale Bewegung „liegt ungeheuer tief“, „sie ist ein „wirklicher Schaden“ — was doch wohl aus gräflichem in proletarisches Deutsch übersetzt heißt: sie entspringt einem wirklichen Schaden —; warnt vor „Schlagwörtern“, er, der selbst auf das böse Schlagwort von der „verrückten Schwärmerei“ verfallen, und giebt sich die komische Mühe, den Ursprung der Sozialdemokratie, den er soeben in wirklichen Schäden gefunden, „aus anderen Parteien“ herzuleiten, „deren Essenzen als Gift auf sie herabgeträufelt sind“, und seine eigene Unschuld an der sozialdemokratischen Bewegung zu betheuern.

Wir gehen ohne Weiteres über diesen gräflichen Gallimathias hinweg, lassen den unglücklichen Staatsmann in dem Morast des Culturkampfs zappeln, und beschäftigen uns nur mit der „verrückten Schwärmerei“. Ist der Herr Graf sich der Tragweite, des Inhalts dieses Ausdruckes bewußt? Zugegeben, der Sozialismus sei eine „verrückte Schwärmerei“, hat der Herr Graf nicht gelernt, daß die moderne Wissenschaft über die alte Blut- und Eisenkur für „verrückte Schwärmerei“ — einmüthig den Stab gebrochen, dagegen Diejenigen, welche noch an die Blut- und Eisenkur glauben, als Opfer „verrückter Schwärmerei“ gekennzeichnet hat? Was würde der Herr Graf dazu sagen, wenn seine Heilmethode in den preußischen Irrenanstalten wieder eingeführt würde? (Ganz ist sie leider noch nicht aus denselben verschwunden!) Doch, wer weiß! Das will er vielleicht: die Million deutscher Sozialisten — denn so stark sind wir mindestens, wenn wir die Männer, die jetzt das Wahlrecht nicht haben, zu den sozialistischen Reichstagswählern hinzurechnen — die Million „verrückter Schwärmer“ wird in Irrenhäuser gesperrt und parirt sie da nicht Ordre, dann kommt das „Flinte-schießt-, Säbel-haut“-Rezept in Anwendung. Meinen Sie's so, Herr Graf? Doch nein, Sie haben gar nichts gemeint, Sie waren viel zu verwirrt, um etwas Bestimmtes gemeint haben zu können.

Aber Ihr neues geflügeltes Wort bleibt. Die „verrückte Schwärmerei“ wird Ihnen anhaften, so lange Ihr Name genannt werden wird, das Wort werden Sie nie los, so wenig wie jenes andere Wort, das Sie so gern abwaschen möchten, als wäre es das brennende, anklagende Blut eines Ermordeten.

„Verrückte Schwärmerei“, sagt der Graf, „verbrecherische Thorheit“ sagt der Fürst. Wem der beiden „genialen“ Staatsmänner gebührt die Palme?

Sehen wir nun zu, was die „verrückte Schwärmerei“, die „verbrecherische Thorheit“ ist.

Wir durchblättern die Zeitungen eines Tags.

„Kosel, 2. Februar. In dem von hier eine halbe Stunde entfernten Dorfe Dembowo herrscht seit voriger Woche der Fleckentyphus (Hungertyphus).“
(„Wahrheit.“)

„Waldenburg, 1. Februar. Unsere sozialen Verhältnisse gestalten sich immer besorgnißerregender; unheimliche und doch kräftige Gestalten durchziehen die Straßen; die Bettelei ist auf eine enorme Höhe gestiegen; Alles klagt über Arbeitslosigkeit und bitteres Elend; die Steuerlast ist auf's Höchste gespannt; außer den circa 400 Arbeitern, die durch Ausblasen des Hochofens in der Eisenschmelze brotlos geworden sind, giebt es noch eine bedeutende Zahl von Bergleuten, die wegen des schlechten Kohlenabsatzes entweder ganz entlassen, oder doch in ihrem Verdienste so geschmälert sind, daß sie die nothwendigsten Ausgaben für Miethe und Lebensbedarf nicht zu bestreiten im Stande sind; überall Noth, Klagen und bittere Unzufriedenheit; wir gehen einer schrecklichen Zukunft entgegen.“ („Germania.“)

„Aus Westphalen, den 5. Januar. Die Zahl der arbeitslos und somit brotlos werdenden Arbeiter wächst hier von einem Lohntag zum andern; so wurde im Laufe voriger Woche nicht weniger als 1227 Bergleuten gekündigt. Zeche Tremonia 100, Ver. Dorstfeld 80, König Wilhelm 200, und auf zwei Zechen wird der Betrieb zum 15. ds. ganz eingestellt werden —, Zeche Wittwe, zu Louise-Tiefbau gehörig, mit 300, und Zeche Nordstern mit 547 Mann Belegschaft —, so daß auch die Beamten entlassen werden müssen. Im ganzen Oberbergamtsbezirk Dortmund wird die Zahl der im verflossenen Monat entlassenen und im laufenden noch zur Entlassung kommenden Bergleute rund auf 6000 geschätzt, und daß diese Angabe nicht übertrieben sein wird, dafür zeugen obige Daten. Kaum besser daran sind noch die in Arbeit Bleibenden, da sie nur mit halber Kraft in Anspruch genommen werden und es somit in der Regel nicht über 30 bis 45 oder 50 Mark vierzehntägigen Verdienst zu bringen vermögen — ein Satz, der bei hiesigen Verhältnissen durch das Sprichwort: „Zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig“ treffend charakterisirt wird. Die Folgen sind jetzt schon: Zurückziehung etwaiger Sparcinlagen aus den bezüglichen Kassen, der Verkauf etwaigen kleinen Grundbesitzes, für die Sparkassen die Nothwendigkeit, ihren conservativen Charakter aufzugeben und bei Grundstücksversteigerungen selbst das Gebiet der Spekulation zu betreten und die betreffenden Besitzungen meistens zu allerdings spottbilligem Satze zu erwerben, um mit ihren hypothekarisch begründeten Forderungen nur nicht auszufallen, und endlich zunehmende Unsicherheit von Person und Eigenthum. Sie werden sagen, das ist stark aufgetragen, aber es ist nur wahrheitsgemäß: die Provinzialblätter berichten zahlreich darüber und bleiben unwiderlegt.“ („Weser-Zeitung“.)

„Aus Franken, 4. Februar. Ueber den Nothstand unter der Weberbevölkerung des Voigtlandes berichten die dorthin entsandt gewesenen Regierungscommissäre, Herr Medizinalrath Dr. Berr und Regierungsrath Dr. Papellier, grauenhafte Dinge. Da die Regierungscommissäre auf die ihnen gestellte Aufgabe nur zwei Tage verwenden konnten, so ist es selbstverständlich, daß ihre Beobachtungen, welche durchweg ganz persönliche sein sollten, sich nur auf wenige Ortschaften erstrecken konnten. Die amtlichen Nachrichten sowohl, als die aus den Correspondenzen oberfränkischer Zeitungen entnommenen, veranlaßten sie, direkt nach Hof und von da in Begleitung eines Bezirksamtmannes sofort nach dem 1143 Seelen zählenden Orte Leupoldsgrün, ungefähr zwei Stunden von Hof, zu fahren. Sie besuchten hier an 20 Weberfamilien, indem sie von den ihnen als ärmste bezeichneten zu den minder hilfsbedürftigen und den noch gut situirten aufzusteigen gedachten. Der Schluß, welchen sie sich aus diesen Besuchen, aus dem Betrachten der Wohnräume, dem Ausspähen der Nahrungsvorräthe, den Besprechungen mit den Familienangehörigen und den Bestätigungen oder Berichtigungen der Vorstände der Gemeinde und der Armenpflege zogen, war der, daß in diesem Orte zwar eine Anzahl hilfsbedürftiger Familien befindlich sei, Familien, welche schon seit Wochen nicht mehr die frühere ohnehin zum Aeußersten kärgliche Nahrung haben und von Tag zu Tag tiefer im Elende sinken, daß aber für sie die örtliche und weiterhin die Distriktsarmenpflege genügende Hilfe schaffen könne (?), da ihre Zahl im Verhältniß zu den in besseren Verhältnissen befindlichen Gemeindegliedern noch eine geringe ist. Weit schlimmere Mittheilungen erhielten die Commissäre von dem zufällig nach Leupoldsgrün gekommenen Bürgermeister von Konradsreuth. Konradsreuth ist ungefähr drei Viertelstunden von Leupoldsgrün entfernt und bedeutend größer als dieses. Es hat 1784 Einwohner. Der Besuch schon der ersten Häuser überzeugte die Commissäre, daß hier ein viel, viel traurigerer Zustand bestehe, als in Leupoldsgrün. Die Physiognomie der Familien im Allgemeinen war freilich dieselbe, wie die der ärmsten dort: In einem meist geräumigen und gut gehaltenen Zimmer der leerstehende oder gar schon zusammengelegte Webstuhl, eine große, augenscheinlich nicht blos für Mann und Frau, sondern auch für alle Kinder bestimmte, nur mit Lumpen oder höchstens einigen Resten von Bettstücken angefüllte Bettlade, nicht überall ein Tisch, selten mehr als ein Stuhl oder Schemel an der Wand, freilich nicht überall, das Schüsselbrett mit bemalten und sauber gehaltenen Tellern und Tassen. Der Vater in der dürftigsten Kleidung barfuß am Ofen stehend, die Mutter auf dem Schemel hockend, Lumpen auf Lumpen flickend, oder das jüngste Kind in der Hängemattenwiege schaukelnd. Die anderen Kinder, selten weniger als drei, häufig mehr als vier, theils auf dem Arm des Vaters, theils in der Bettlade oder auf dem Stubenboden kauernd. Eine recht traurige Verschiedenheit von der Situation in Leupoldsgrün bestand darin, daß bei den Armen in Konradsreuth die Stuben meist kalt, nirgends genügend warm waren, während dort mit ganz wenigen Ausnahmen die Temperatur keinen Mangel an Brennmaterial erkennen ließ. Diesem öden, kalten Aufenthalte entsprach die Stimmung der Bewohner, ihr Aussehen, die Mittheilung über ihre Ernährungsverhältnisse. In leise klagendem Tone, den nur manchmal die um ihre Kinder jammernde Mutter etwas stärker anschlug, beantworteten sie die an sie gestellten Fragen. Die Erwachsenen um Vieles noch bleicher und abgehärmter als das sonstige Aussehen der Weber, in fast allen Familien wenigstens ein krankes Kind, die jüngsten die deutlichen Spuren ungenügender Ernährung, die älteren die Spuren vorzeitiger und übermäßiger Anstrengung, nicht selten auch vernachlässigter Pflege in überstandenen Krankheiten zeigend. Jammervoll waren die Ergebnisse der Ausforschung über die Arbeits- und Ernährungsverhältnisse. Die armen Leute hatten meist seit mehreren Wochen gar keine Arbeit mehr, nachdem sie Wochen hindurch vor dieser Zeit nur mit Unterbrechungen beschäftigt waren. Ihre Vorräthe an Kartoffeln, fast dem einzigen Nahrungsmittel aller armen Weber, waren bei den Einen schon ganz, bei den Andern bis auf einen geringen Rest aufgezehrt. Es wurden Fälle constatirt, daß die Familien eine volle Woche keinen Bissen Brod, nur Kartoffeln gegessen haben. Die Wassersuppe wird ohne jede Spur von Fett bereitet; eine Frau erwiderte auf eine desfallsige Frage des Regierungscommissärs, daß sie froh sein müßten, wenn sie nur das nothwendige Salz zum heißen Wasser der Brodsuppe haben. Die Commissäre können sich nicht erinnern, daß von den vielen Kindern, die sie in den ärmsten Familien angetroffen haben, eines ein Stück Brod in der Hand gehabt hätte, selbst den jüngsten, schreienden wurde nicht eine Rinde zur Beruhigung gegeben. Denjenigen Familien gegenüber, welche ihre Kartoffelvorräthe bereits aufgezehrt hatten, lag die Frage nahe, wovon sie denn ihr und ihrer Kinder Nahrungsbedürfniß befriedigen. Hierauf erfolgte nach Zögern die Antwort, daß die Kinder „hinausgeführt“ (zum Betteln) würden, und daß der Mann, wenn er nach Hof hineingehe, um nach Arbeit zu sehen, „doch immer ein wenig was mit heimbringe.“ Und bei all' dem Elend kein Wort des Unmuths, nur die Hoffnung auf Besserwerden, der Wunsch nach Arbeit. Ein Mann in mittleren Jahren, den einer der Commissäre mit der Ansicht der Fabrikanten in Hof, daß die schlimmste Zeit vorüber sei, tröstete, erwiderte: „Gott gebe es; es ist gar so traurig, wenn man keine Arbeit hat und den ganzen Tag seinen Webstuhl so leer vor sich stehen sehen muß, es ist gerade, als wenn man ein schlechtes Gewissen hätte.“ Nicht der aus der Beschäftigungslosigkeit sich ergebende Verlust des Unterhaltes — der Mangel der lieb gewordenen Arbeit selbst war dem Manne für den Augenblick das Schwerste. Ueberhaupt muß bemerkt werden, daß alle die Leute, von welchen hier die Rede ist, nach den bestimmtesten Versicherungen der Mitglieder der Gemeindeverwaltung brave, fleißige, nüchterne Menschen sind, die gerne auch jede andere Arbeit verrichten würden. Leider ist kein anderer Erwerbszweig gegeben, zu dem sie übergehen könnten, namentlich sind die wiederholt angestellten Versuche, bei dem Eisenbahnbau Beschäftigung zu finden, fehl geschlagen. Wenn auch hier und da ein Weber angenommen wurde, so wurde er nach ein oder zwei Tagen wieder weggeschickt, da sich seine körperliche Kraft durchaus ungenügend erwies. Solcher Familien, die in so großer Noth sind, befinden sich in Konradsreuth 30 bis 40, eine Zahl, die immerfort aus der Reihe der jetzt noch um eine Linie besser Stehenden vermehrt wird. Ein großes Glück ist es, daß in Konradsreuth die edle Familie v. Staff-Reitzenstein lebt, welche mit Rath und That den Armen hilft und insbesondere Tag für Tag kräftige Suppe verabreicht. Der Gesundheitszustand im Ganzen ist zur Zeit noch nicht besorgnißerregend, doch legt die bei so vielen Menschen bis auf's Aeußerste beschränkte Nahrung die Gefahr nahe, daß epidemische Krankheiten, namentlich der Hungertypus, auftreten. Jetzt schon wird beobachtet, daß die Männer, welche immer wieder nach Hof gehen, um Arbeit zu suchen, von diesem sonst ja leicht zurückzulegenden Wege und wohl auch von der Depression stets vereitelter Hoffnung so angegriffen werden, daß sie einen mit fieberartigen Erscheinungen verbundenen Schwächezustand zeigen. Die Commissäre reisten, nachdem sie in Konradsreuth die für den Augenblick gebotenen Maßregeln getroffen und in Hof gemeinsam mit dem Bezirksamtmann, mit Fabrikanten und Aerzten über die weiter zu unternehmenden

Schritte Berathung gepflogen hatten, noch in der Nacht nach Münchberg, wo ihnen am andern Tage glücklicherweise über bessere Zustände berichtet wurde. Ein Dorf, nämlich Ahornberg (1149 Seelen), besuchten die Commissäre auch in diesem Distrikte, weil sie nach den ihnen gemachten Mittheilungen, die sie auch vollständig bestätigt fanden, hier ähnliche Zustände wie in Leopoldsgrün voraussetzen mußten."

(„Oberfränkische Zeitung".)

Genug! Das sind „gräuliche" Zustände, wird Jeder uns zugeben. Und wohlgemerkt: es sind Zustände, die sich nicht blos auf die hier erwähnten Oertlichkeiten beschränken, es sind Zustände, die aus allgemein wirkenden Ursachen, aus unserm gesammten Wirthschaftssystem entspringen, und folgerichtig nur durch Entfernung der Ursachen gehoben werden können.

Wohlan — diese Ursachen entfernen, solch' gräulichen Zuständen abhelfen wollen, das ist „verrückte Schwärmerei", „verbrecherische Thorheit".

Volk, urtheile! Volk, richte!

Begreifliche Unbegreiflichkeiten.

Unter die mit diesen Worten bezeichnete Kategorie gehört unter anderen die Salzsteuer. Schon vor mehr als dreißig Jahren äußerte sich Liebig in seinen Chemischen Briefen folgendermaßen über dieselbe: „Die Salzsteuer ist die häßlichste, den Verstand des Menschen entehrende und unnatürlichste aller Steuern auf dem Continente; aus ihr sieht man, daß in dem Instinkt eines Schafes oder Ochsen mehr Weisheit sich kundgiebt, als in den Anordnungen desjenigen Geschöpfes, welches seltsamer Weise häufig genug sich als das Ebenbild des Inbegriffs aller Güte und Vernunft betrachtet!"

Wie Professor Kopp in Gießen den Studenten bei seinen Vorlesungen über Krystallographie oft erklärte, daß er, durch Erfahrung belehrt, gar keine Kenntnisse bei ihnen voraussetze, so scheint es seinem Collegen Liebig ähnlich gegangen zu sein, wenn er den Regierungen nicht einmal den Instinkt eines Schafes oder Ochsen zutraut.

Fallen muß die Salzsteuer früher oder später, und es wird auch hier wieder der deutlichste Beweis geliefert werden, daß einerseits aller Fortschritt auf sozialem Gebiete den regierenden Klassen abgerungen werden muß, und andererseits, daß das Wesentliche einer guten Gesetzgebung nicht nur im Fabriziren von neuen Gesetzen besteht, sondern auch darin, anerkannten alten Unsinn zu beseitigen. Auch Robert Peel war einer der Letzten, die das Unheil der englischen Korngesetze einsahen, ein Unheil, das längst jedem englischen Arbeiter klar war, und der damaligen regierenden Partei gebührt blos das zweifelhafte Verdienst, die Aufhebung der Korngesetze hinausgeschoben zu haben, bis der Hunger vor der Thür stand. Das Salz, das einzige mineralische Produkt, das der Mensch zu seinem Unterhalt bedarf, liegt zu millionen und aber millionen Centnern oft in seltener Reinheit in der Erde vergraben; das war natürlich eine Goldgrube, die sich die Regierungen nicht aus den Händen nehmen ließen, denn Salz muß das ganze Volk haben, dabei muß etwas herauskommen, und sämmtliche Salzbergwerke und Salzsoolen wurden für Eigenthum der einzelnen Regierungen erklärt, das Monopol war damit eingeführt und ein Artikel, der — ich muß hier auf altes Geld zurückgreifen — höchstens einen Werth von dreißig Kreuzern per Centner hatte, wurde von den natürlich jederzeit um's Volkswohl besorgten Regierungen mit 4½ bis 5 Gulden verkauft, und jetzt, nach Aufhebung des Salzmonopols, ist es um kein Jota besser geworden, denn den gleichen Betrag, um welchen damals jede einzelne Regierung das Volk übervortheilte, erhebt das neue Reich unter einer etwas delikateren Form, die man Steuer nennt. Man erhebt jetzt in Deutschland 6 Mark von jedem Centner Salz, der zum menschlichen Genusse dient, so daß dieser Artikel dem Staate die Kleinigkeit von über 33 Millionen Mark jährlich einbringt.

Sehen wir nun nach, wer eigentlich die Zeche bezahlen muß. Physiologisch ist es längst erwiesen, daß pflanzenfressende Thiere zu ihrer Nahrung ein gewisses Quantum Salz bedürfen, welches die Fleischfresser meistens ganz entbehren können. Jeder weiß, wie begierig Kühe und Schafe an Allem lecken, was salzig schmeckt, und um dem Bauer die Haut nicht ganz über dem Kopfe zusammenzuziehen, hat man das Viehsalz unbesteuert gelassen; aber auch das liebe Vieh muß wissen, daß es eine fürsorgliche Allmacht giebt, die ihm Wermuth in sein Lieblingsgewürz hineinquacksalbert, da nach Vorschrift der Zollbehörde alles in den Handel kommende Viehsalz mit Wermuth und Eisenoxyd denaturirt, auf gut deutsch besudelt werden muß. Wo diese Denaturirung von den Zollbeamten gar zu gewissenhaft ausgeführt wird, da kommt es vor, daß das Vieh des bittern Geschmacks wegen das Salz nicht mehr frißt und die Bauern genöthigt sind, ihren Kühen versteuertes Salz zu geben, oder, wie es noch häufiger zu geschehen pflegt, sie lösen das Viehsalz in Wasser auf, lassen den zur Denaturirung dienenden Schmutz absetzen und benutzen alsdann das reine Salzwasser nicht nur im Stall, sondern auch an Stelle des versteuerten Salzes in der Küche.

Seitdem die Fleischpreise eine für den Arbeiter unerschwingliche Höhe erreicht haben, seitdem ist die vegetabilische Nahrung bei ihm weitaus in den Vordergrund getreten, und hier ist es vor allem die Kartoffel, welche ihm an Quantum das ersetzen muß, was ihm der Geldbeutel an Qualität versagt. Das muß der preußische Landtagsabgeordnete Herr v. Meyer aus Arnswalde ganz genau wissen, denn der sagte in der 5. Sitzung des preußischen Landtags, daß eine Familie mit jährlich 420 Mark ganz gut leben und auskommen könne. Sie edler Herr Von mit zwei Dutzend Ahnen, probiren Sie es doch selbst einmal!

Die Kartoffelnahrung bedingt im Wesentlichen den Salzconsum. Der Reichskanzler, der sehr für Beibehaltung der Salzsteuer wie aller indirekten Steuern schwärmt, da, wie er sagt, das Reich nicht verarmen darf, sollte einmal folgendes Experiment an sich selbst anstellen. Er nehme eine gekochte Kartoffel von etwa 100 Grammen und salze dieselbe mit 5 Gramm Kochsalz; hierauf nehme er ein gleiches Gewicht gekochtes Ochsenfleisch, das er ebenfalls mit 5 Gramm Salz präparirt, und beim Verspeisen dieser beiden Portionen wird er finden, daß die Kartoffel eher noch etwas mehr Salz ertragen könnte, während das Ochsenfleisch schon total versalzen ist. Nimmt er dann noch so eine Portion Ochsenfleisch, so wird er nahezu satt sein; aber bei der Kartoffel ruft der Magen: Immer mehr Kartoffeln her! immer mehr Salz her!

Natürlich wird man entgegnen: „Ha, die Arbeiter leben nicht blos von Kartoffeln!" Nun, Ihr Herren vom Kapital, das wäre Euer größtes Unglück; wenn dies der Fall wäre, dann hättet Ihr bald keine Arbeiter mehr. Sagt doch Liebig schon, wenn ein Arbeiter sich vierzehn Tage lang ausschließlich von Kartoffeln nähren würde, so hätte er nach vierzehn Tagen nicht mehr die Kraft, seine Kartoffeln zu verdienen!

Es unterliegt daher keinem Zweifel mehr, daß das arme Volk weitaus den Löwenantheil zu diesen 33 Millionen herbeischleppen muß, und hieraus allein wird auch das Unbegreifliche einer solchen Steuer begreiflich: die Herren am Ruder brauchen Geld, wollen aber die Zeche für ihren Reichsluxus nicht selber bezahlen; sie besitzen die Macht und diktiren dem ganzen Volk die Gesetze, wobei sie selbst am besten wegzukommen suchen.

Bedanken werden wir uns nicht dafür, wenn einmal diese Steuer zu Fall gebracht sein wird, dagegen werden wir mit Humboldt sagen: „In Deutschland braucht man hundert Jahre, um ein Unrecht zu erkennen, und abermals hundert Jahre, um es zu beseitigen."

Sozialpolitische Uebersicht.

— Unterstützungswohnsitz. Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: „Die gesetzgeberischen Aufgaben, welche den neuen Reichstag beschäftigen werden, machen in der Presse schon viel von sich reden. Unter Anderem wird eine Revision des Unterstützungswohnsitzgesetzes angekündigt. Dieselbe bildet bekanntlich einen Punkt des Programmes der „Steuer- und Wirthschaftsreformer", welches jetzt freilich fast verschollen ist, im vorigen Sommer aber gewaltigen Rumor machte. Und in der That, wenn irgend eine der agrarischen Beschwerden eine gewisse Begründung hat, so ist es die hier in Rede stehende. Das Unterstützungswohnsitzgesetz in seiner gegenwärtigen Gestalt kann den ländlichen Gemeinden allerdings einigen Grund zur Beschwerde geben. Nach seiner Bestimmung fällt der Unterstützungsbedürftige derjenigen Gemeinde zur Last, in welcher er nach vollendetem 24. Lebensjahre zuletzt zwei Jahre ununterbrochen seinen Wohnsitz hatte. Dies hat zunächst zur Folge, daß alle jungen Leute bis zum Alter von 26 Jahren im Falle der Unterstützungsbedürftigkeit der Heimathsgemeinde zugeschoben werden. So kann es vorkommen, daß ein Arbeiter, der bereits als Knabe von 14 Jahren in die Stadt gewandert ist, noch 10 bis 12 Jahre später im Unterstützungsfalle seiner ländlichen Heimathsgemeinde zugewiesen wird. Noch mehr aber: bei der Beweglichkeit der gewerblichen Arbeiterbevölkerung ereignet es sich nur zu häufig, daß auch nach vollendetem 24. Lebensjahre ein Arbeiter nicht zwei Jahre ununterbrochen an demselben Orte bleibt und daß er dann, wenn etwa die Arbeit schlecht geht, sich in seine alte Heimat zurückzieht, welche schließlich für ihn zu sorgen hat. Diesen Uebelständen wird wesentlich abgeholfen werden, wenn man die Aufenthaltsdauer für die Erwerbung des neuen Unterstützungswohnsitzes von 2 Jahren auf 1 Jahr und den Termin des vollendeten 24. Lebensjahres übereinstimmend mit dem Großjährigkeitstermine auf das vollendete 21. Lebensjahr herabsetzt. Nach den gegenwärtig durch die Presse laufenden Nachrichten steht nun allerdings eine Revisionsvorlage in Aussicht, doch heißt es, dieselbe werde sich auf die Verlegung des Termins vom vollendeten 24. auf das vollendete 21. Lebensjahr beschränken, von der Reducirung der Aufenthaltsdauer aber absehen. Dies wäre sehr zu bedauern. Von liberaler Seite wurde bereits bei der ursprünglichen Berathung des Gesetzes die einjährige Aufenthaltsdauer vertreten. Die Bestimmung von zwei Jahren ist lediglich eine Concession an die Kleinstaaten, welche ihrerseits sogar drei Jahre verlangten."

Nicht bloß auf dem Land, auch in den Städten zeigt sich die Absurdität, Ungerechtigkeit, ja Grausamkeit der heutigen Gesetzgebung betr. den Unterstützungswohnsitz. Es gibt nur ein radikales Mittel, um diesen Mißständen abzuhelfen, und das ist die Erklärung der Armenunterstützung zur Staatssache und die Einführung der im sozialistischen Programm geforderten Einen Steuer für Staat und Gemeinde. Damit fällt die ganze Frage des Unterstützungswohnsitzes weg; die Unterstützung ist Sache der Allgemeinheit, die Last vertheilt sich auf alle Steuerzahler und es ist für dieselben völlig gleichgiltig, wo der zu Unterstützende sich aufhält. Keine Gemeinde braucht dann noch zu fürchten, benachtheiligt zu werden. Jede andere „Lösung" ist eitel Pfuscherei.

— Ein wahres Wort ist dem Berliner Reptil erster Klasse, der „Post" entschlüpft. In einem Artikel über die Wahlen sagte sie neulich:

„Die Führer unserer politischen Parteien kümmern sich zu wenig um das Volk und glauben das Höchste gethan zu haben, wenn sie einmal einen Vortrag halten, oder bei einer Wahlversammlung einen Bericht erstatten."

„Sehr richtig" bemerken dazu in komischer Zerknirschtheit die nationalliberalen Blätter, welche die Aeußerung abgedruckt haben. Also, „die Führer unserer politischen Parteien", d. h. der herrschenden reaktionär-liberalen Parteien „kümmern sich zu wenig um das Volk". Ein schönes Geständniß. Jedoch nicht ganz wahr. „Zu wenig sollen sie sich um das Volk kümmern?" Wenn's gilt, das Volk auszusaugen und zu scheeren, dann kümmern sie sich nur zu viel um das Volk. Und wenn es gilt, etwas für das Volk zu thun, dann kümmern sie sich gar nicht um's Volk. —

— Ueber das Elend im preußischen Lehrerstande ist schon unsäglich viel geschrieben, gejammert und geschimpft worden; zur Besserung der jammervollen Verhältnisse hat man es, wie folgende von der „Pädagogischen Zeitung" mitgetheilte Thatsache zeigt, immer noch nicht gebracht. Der 71jährige Lehrer Sch. in J. bei Luckenwalde wurde zum 1. Oktober v. J. kurz vor dem Termine seines 50jährigen Amtsjubiläums mit — 115 Thlr. 20 Gr. jährlich pensionirt. In der Gemeinde J. hatte er 42 Jahre hintereinander gewirkt. Die Bitte, noch kurze Zeit länger im Amte bleiben zu dürfen, um sein wohlverdientes Jubiläum feiern zu können, wurde ihm im Kultusministerium mündlich gewährt, schriftlich aber bald darauf von der Regierung zu Potsdam abgeschlagen, ebenso seine Petition, das zum Leben und zum Sterben nicht ausreichende Ruhegehalt um etwas zu erhöhen. Von dieser Pension, die der Amtsnachfolger zu tragen hat, hat nun der alte Mann bis heutigen Tages keinen Pfennig erhalten. Sein Amtsnachfolger will die erste Rate am 1. Juli c., also dreiviertel Jahre nach seines Vorgängers Scheiden aus dem Amte zahlen. Die Gemeinde J. lehnte die vorschußweise Zahlung ab, „weil nichts in der Schulkasse sei", seine Eingabe an die Regierung zu Potsdam aber blieb ohne Antwort. Der alte Mann hat deshalb sein bischen Habe veräußern müssen und sucht jetzt hier in Berlin nach fünfzigjähriger Lehrerthätigkeit vergeblich nach einem andern Broterwerb. — Wenn der Mann noch nicht verhungert ist, so ist die offizielle preußische Kultur und Humanität gewiß nicht schuld daran. Schlimmer als einen alten Haushund, dem jeder halbwegs fühlende Mensch für treue Dienste das Gnadenbrod giebt, ist der treue Diener des Staats jedenfalls behandelt worden. Wie dergleichen Fälle, welche doch sicherlich geeignet sind, das Gemüth auch des zahmsten Staatsbürgers in regierungsfeindliche Aufregung zu versetzen, immer noch möglich sind, obgleich ja doch — nach Bismarck — der

Herr v. Puttkammer.

II.

(Fortsetzung.)

Noch eine Stelle! „Mit rabulistischer Spitzfindigkeit weiß er den Wortlaut der Gesetze für sich zur Geltung zu bringen und hätte bei seiner völlig ausreichenden Gesetzeskenntniß und nach den ihm auf seine Beschwerden gewordenen Bescheiden sich gar nicht verhehlen können, daß seine alles Maß überschreitenden Schmähungen gegen Beamte unrichtig sind, wenn er eben im Stande wäre, richtig zu denken. Vollends kennzeichnet sich sein Zustand in seinen endlosen Eingaben und Beschwerden über den Kreisrichter Friedel, über seine Internirung, über die Einziehung seiner Pension u. s. w. Der Dr. Ideler hat als erfahrener Irrenarzt ausgesprochen: Es genügt, nur seine Auslassungen über den (jetzigen) Stadtrath Friedel zu hören, um sich von dem Bestehen ausgeprägter Wahnideen zu überzeugen."

Dieser Dr. Ideler stellt alle Autoritäten mit seinem Ausspruche in den Schatten. Das will ein Arzt sein, der über den Geisteszustand eines Menschen zu urtheilen vermag! Wir registriren hier weiter nichts als die „rabulistische Spitzfindigkeit" und die „völlig ausreichende Gesetzeskenntniß."

Jetzt noch eine kurze Schlußbetrachtung!

Herr v. Puttkammer ist nach dem einstimmigen Urtheile aller Aerzte ein gebildeter Mensch, dessen Scharfsinn nach dem Erkenntniß bis zu rabulistischer Spitzfindigkeit in Auslegung der ihm wohlbekannten Gesetze entwickelt ist. Er ist weiter ein Mann, der die peinlichste Rücksicht auf sein Recht und seine Ehre fordert. Ihm sind, wie das Erkenntniß selbst zugestehen muß, zahlreiche Rechtskränkungen zugefügt. Seine Beschwerden, die bei seiner ausreichenden Gesetzeskenntniß und seinem Scharfsinn nicht gut ganz unbegründet sein können, schaffen ihm kein Recht. Vermögensschädigungen gesellen sich zu den gewöhnlichen Rechtskränkungen, welche speziell seine Ehre berühren, er wird bitterer in seinen Beschwerden, je weniger sie einen Erfolg erzielen, und das Ende vom Dinge ist: der Wunderdoktor Friedel taucht auf, sammelt Material und bringt das Blödsinnigkeitsverfahren in Gang. Eine so fein angelegte Natur wie Herr v. Puttkammer muß wohl ein solches Vorgehen auf das Tiefste empören, er leistet verzweifelten Widerstand, doch vergeblich ist sein Ringen, ohne jedes Recht wird er mehrfach internirt, bis es endlich gelingt, den Explorationstermin abzuhalten und ihn für blödsinnig zu erklären. Eine traurige Rolle spielen dabei im Allgemeinen die Sachverständigen. Nummer Eins: Herr Friedel, der medizinische Kreisrichter! Nummer Zwei: Dr. Rinck, der den vergeblichen Versuch machte, Herrn v. Puttkammer zu sprechen, dann der Autorität Prof. Dr. Limann den Vortritt läßt, welcher, ohne den Provokaten jemals gesehen zu haben, auf Grund der vorhandenen Schriftstücke krankhafte Störungen seiner Geisteskräfte constatirt. Dr. Rinck geht jetzt muthig einen Schritt weiter und erklärt — der Auffassung seines Freundes Friedel entsprechend — ohne den Provokaten gesehen zu haben, auf Grund der „bekannten Schriftstücke", daß Herr v. Puttkammer am Querulanten- und Verfolgungswahn leide, und daß „die Gemeingefährlichkeit der Angriffe desselben evident sei", und daß eine Untersuchung des Gemüthszustandes desselben dringend geboten sei. Darauf erklärt Prof. Westphal Herrn v. Puttkammer für unheilbar blödsinnig, aber nicht gemeingefährlich, während der Chef des Herrn Westphal, Dr. Esse, Herrn v. Puttkammer für gesund erklärte und aus der Charité entließ. Darauf wird Herr v. Puttkammer wieder (November 1873) von Professor Westphal für unheilbar blödsinnig erachtet, ihm schließt sich Dr. Ideler an. Darauf wird der Stadtphysikus Dr. Koblank aufgeboten, dieser — ohne Herrn v. Puttkammer je gesehen zu haben — gab sein Urtheil dahin ab, „daß die Gemeingefährlichkeit zwar nicht in Ansehung des augenblicklichen Verhaltens, wohl aber der Möglichkeit bez. Wahrscheinlichkeit gemeinschädlicher Aeußerungen der Wahnideen zu befürchten" sei. Herr Dr. Höppner, der alte Hausarzt des Herrn v. Puttkammer, weist die diesem nachgesagte Geisteskrankheit als unerwiesene Behauptung zurück und führt seinerseits aus, daß Herr v. Puttkammer durchaus nicht an Wahnideen leide, sondern wirklich sein Recht verfolge. Diesem bedenklichen Gutachten tritt wieder Dr. Lehnerdt gegenüber, er hat Herrn v. Puttkammer einmal gesehen. Sein Gutachten gipfelt in der Ausführung, daß es nicht auf die Menge der Prozesse, sondern auf den darin gegen die Beamten und Behörden angeschlagenen Ton ankomme. Das Medizinal-Collegium tritt ihm bei und in beiden Instanzen wird Herr v. Puttkammer als blödsinnig erklärt — trotz seines gerichtlich anerkannten Scharfsinns, seiner ausreichenden Gesetzeskenntniß und seiner rabulistischen Spitzfindigkeit! — Erwähnen wir noch, daß auch der Direktor des Charlottenburger Krankenhauses, Dr. Alte, Herrn v. Puttkammer als gesund erklärte, ebenso der Irrenarzt Dr. Ritterfeld. Dr. Höppner hatte geglaubt, seine Behauptung, v. Puttkammer befinde sich in seinem Rechte, würde zu einer eingehenden juristischen Untersuchung der v. Puttkammer'schen Vorgeschichte führen, kein Gutachten bringt juristische Beweise von der Schwachsinnigkeit v. Puttkammer's. Man hat sie wohl behauptet, aber nirgends in überzeugender Weise bewiesen. Das Gericht hat einen Berg von Material vor sich, man sollte meinen, die Last müßte Herrn v. Puttkammer erdrücken, aber der Berg gebar nur eine winzige Maus. Je weiter der Richter in seinem Erkenntnisse kam, um so haltloser wurde seine Stellung. Er kann den ehrenhaften Charakter v. Puttkammer's, ein hochwichtiges Moment, nicht bestreiten, er muß seiner Geisteskraft — wenn auch wider Willen — hohes Lob zollen, das verübte Unrecht zugeben, und man gewinnt beim Lesen des Erkenntnisses den Eindruck, daß es dem Kammergericht doch nicht so ganz leicht geworden, Herrn v. Puttkammer als blödsinnig zu erklären. Das Material schwindet ihm unter der Hand, es muß den Köller'schen Brief und seine Zeitungsartikel citiren und den Kern der Sache — das ganze Verfahren charakterisirend — bloslegen: „Wer als Offizier so vollständig die Elementarbegriffe der Disziplin vergessen kann, der kann nicht bei gesunden Sinnen sein!" Mit anderen Worten dasselbe, was wir früher im „Volksstaat" gesagt: „Wer beim Militär auf die Verfolgung verfassungsmäßiger Rechte bestehen kann, der gilt in den Augen des Volkes als verrückt!" Wie das Medizinal-Collegium verwerthet der Richter auch die Ehrfurchtsverletzung gegen den König!

(Schluß folgt.)

Ein Traum.

Wenn man in der Kerkerzelle
Auf das Lager nächtlich sinkt,
Wenn nicht mehr des Tages Helle
Zu dem müden Auge dringt:
Ach, dann werden die Gedanken
Und die Wünsche alle laut,
Und durchbrechen oft die Schranken,
Die die Wirklichkeit gebaut!

So sah ich auch jüngst im Traume
Freiheit, Gleichheit, Fröhlichkeit
Auf dem ganzen Erdenraume
Bei den Menschen weit und breit.

Kultusminister Falk kein dickfelliger Minister sein kann, begreifen wir wirklich nicht recht. Es kann doch wohl schwerlich der hohen preußischen Staatsmänner einziges Streben sein, für uns Reichs- und Regierungsfeinde unaufhörlich Propaganda zu machen!

— Eine Parallele. Das schweizerische Militärdepartement hat an die Waffen- und Abtheilungschefs und an die Commandanten der Armeedivisionen folgendes beachtenswerthe Kreisschreiben erlassen: „Es hat sich beim Instruktionsdienst unserer Truppen die Praxis eingeschlichen, in vorkommenden Fällen verschiedene Arten von Disziplinarstrafen zur Anwendung zu bringen, welche im Bundesgesetz über die Strafrechtspflege für die eidgenössischen Truppen vom 27. August 1851 nicht vorgesehen worden sind, so z. B. das außerordentliche Tragen des Tornisters oder des Mantelsackes, übermäßiges Marschiren, Verrichten von Arbeiten im Quartier, welche sonst den Truppen nicht zukommen, von eigentlich roher Behandlung anderer Art nicht zu sprechen. Ferner werden einzelne, an sich nach dem Gesetz zulässige Strafen in einer Weise ausgedehnt, welche nicht erlaubt ist. In letztere Kategorie gehört die Strafwache, welche blos durch den jeweiligen Postenchef und in beschränkter Dauer auferlegt werden darf. Ausschreitungen in den bezeichneten Richtungen können unter Umständen sogar der Gesundheit des Betroffenen nachtheilig werden, jedenfalls verletzen sie weit eher das Selbstgefühl des Mannes und reizen ihn zum Widerstand, als daß sie seine Besserung bewirken, was doch der Hauptzweck der Strafe sein soll. Wir sehen uns daher veranlaßt, zu verfügen: 1) es dürfen im Heer keine Disziplinarstrafen angewendet werden, welche im Militärstrafgesetz nicht vorgesehen sind, 2) die zulässigen Strafen sind im Sinne des Gesetzes selbst zu verhängen und nicht in einer schädlichen und daher unstatthaften Weise zu bemessen, 3) die Form der Bestrafung soll das Selbstgefühl des Fehlbaren möglichst schonen."

Wer, der kein Barbar ist, ist nicht einverstanden mit diesem Erlaß? Aber nun thue man mit uns einen Blick in das Soldatenleben, wie es bei uns im „hochcivilisirten" Deutschland in seiner ganzen Grauenhaftigkeit sich darstellt, und lese, was die „Berliner Freie Presse" über dieses Kapitel zu erzählen weiß.

„Thränenden Auges und blutenden Herzens", sagt das genannte Blatt, „besuchte uns kürzlich eine Mutter, deren Sohn zur Zeit in den Reihen der Vaterlandsvertheidiger steht, und übergab uns mehrere Briefe mit der Bitte, ihren Inhalt vor die Oeffentlichkeit zu bringen.

Wir thun das um so lieber, als die darin angegebenen Thatsachen wohl im Stande sind, über manche verzweifelte That, wie sie unter den Soldaten nur zu häufig vorkommt, ein erklärendes Licht zu werfen und weil wir hoffen, daß seitens der betreffenden Behörde sofort Abhilfe geschafft werden wird.

Den Briefen entnehmen wir folgende Stellen:

„Liebe Mutter!

Wenn man blos nicht so — — behandelt würde, Du kannst Dir so einen kleinen Begriff davon machen, denn unser Unteroffizier hat über einen Kameraden sein Seitengewehr entzwei geschlagen."

Und auf der folgenden Seite:

„Liebe Mutter!

Ich muß den Brief nochmals öffnen, denn ich habe schon wieder einen ganz geschwollenen Arm und daß ich, wenn es noch schlimmer wird, in's Lazareth gehen werde. So viel kann ich Dir sagen, daß Sklaven nicht anders behandelt werden, als wir hier"

Der zweite Brief lautet:

„Liebe Mutter!

Du schreibst, ob wir einig unter uns wären, da kannst Du nur ganz versichert sein, daß, wenn wir gefragt würden, wir Alle die Wahrheit sagen werden. Mit dem Seitengewehr schlug er mich und dann meinen Kameraden D. über den Rücken, und da brach es entzwei. Du kannst gewiß sein, daß wir einig sind. Die Schulter hat der Unteroffizier mir diesmal auch wieder zerschlagen. Liebe Mutter! Es wundert mich überhaupt, daß Du den Brief von meinem Freund F. noch nicht erhalten hast; es ist der, dessen Eltern in der Greifswalderstraße wohnen, den hatte ich am Mittwoch, als ich in's Lazareth kam, gebeten, für mich zu schreiben. Mein Arm war so dick wie eine Pauke bis zum Ellenbogen. Heute geht es schon wieder besser. Viele Grüße 2c."

Dem dritten Schreiben entnehmen wir folgenden Passus:

„Liebe Mutter!

Es geht mir gerade nicht vom Besten, denn der Unteroffizier hat mir den Arm wieder ganz dick geschlagen, viel schlimmer als das vorige Mal; es ist gar nicht zu beschreiben. Du kannst Dir so einen kleinen Begriff machen, wenn ich Dir schreibe, daß er vorigen Sonntag sein Seitengewehr über uns zerschlagen hat, und da kannst Du Dir wohl denken, daß ich des Lebens überdrüssig bin, denn in einer Sklaverei kann man nicht toller behandelt werden."

Das ist ein mehr als trauriges Bild, welches sich da vor unseren Augen entrollt, und eine solche Behandlungsweise erscheint kaum glaublich. Doch wir haben direkte Zeugen von der Wahrheit der Thatsachen: der Bruder des Gemißhandelten hat ihn bei einem Besuche noch in einem Zustande gefunden, der ihm Thränen der Scham und der Wuth entlockte, und ein Onkel desselben schildert seinen Besuch folgendermaßen:

„Am 31. Dezember v. J. reiste ich nach B., um meinen Neffen zu besuchen. Ich traf ihn gerade beim Waschen, wo er das Hemde ausgezogen hatte, und sah, daß die rechte Schulter gelb und blau war; das eine Schulterblatt war schwarz und mit Blut unterlaufen, und er selbst klagte noch sehr über Schmerzen und sagte, daß er an der Schulter schon acht Tage Revier gehabt habe: auch bemerkte ich noch auf dem ganzen Arme blaue Flecke, die nach meinem Gutachten vom Kneifen herrühren können. M. S."

Kann man sich Angesichts solcher Vorkommnisse — und sie sino keine seltene Ausnahme, im Gegentheil, sie sind häufig — noch wundern über die massenhaften Selbstmorde und Desertionen im deutschen Heere? Und muß es nicht jedes Menschen Pflicht sein, für Beseitigung einer Institution zu wirken, die, um überhaupt bestehen zu können, die Menschlichkeit und Menschenwürde verpönt, ja verpönen muß? Wir dächten ja!

— „Die Maschine schlägt den Arbeiter todt", lautet ein bekanntes englisches Sprüchwort. Ein treffendes Schlaglicht wirft hierauf folgende uns gewordene Nachricht: „Einen Umschwung in der Sammtfabrikation wird eine soeben der „Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert und Comp." in Frankenthal patentirte, von ihr erfundene Sammtfärbemaschine hervorbringen. Bisher wurde der Sammt nämlich von der Hand gefärbt, und war ein dazu eigens geübter Mann im Stande, pro Tag 60 Meter zu färben. Durch die neu erfundene Maschine können dagegen pro Tag mindestens 600 Meter gefärbt werden, die Farbezerreibung und Vertheilung wird viel gleichmäßiger vollzogen und ist überdies ein Mann in der Lage, vier Maschinen gleichzeitig zu bedienen und somit nahezu 2500 Meter Sammt besser zu färben, als dies bisher möglich war. Wir haben die Construktion dieser äußerst sinnreichen Maschine gesehen und finden in der nunmehr ermöglichten billigen Herstellung gefärbter Sammte einen nennenswerthen Fortschritt für die Fabrikation deutscher Sammte, welche durch diese Erfindung viel conkurrenzfähiger werden. Wie wir hören, sollen die Erfinder dieser Maschine die Absicht haben, sofort nach Vergrößerung ihres Etablissements den Bau mehrerer Sammtfärbemaschinen in Angriff zu nehmen, wenn ihnen nicht günstige Gelegenheit zum Verkauf ihres Erfindungspatentes geboten wird." Fragen wir nun, welche soziale Tragweite diese Erfindung haben wird, so ist die Antwort: da die Menge des zu färbenden Sammtes unabhängig von der Erfindung die gleiche bleiben wird, so werden von 40 Arbeitern 39 brodlos werden und die Fabrikanten die Löhne derselben zum Kapitalgewinn schlagen. So sinnreich diese Maschine ist, so wohlthätig sie in einer sozialistischen Gesellschaft wirken würde, so verderbenbringend ist sie in der heutigen Gesellschaft für die Arbeiter. („Volkswille".)

— Sind keine Staatsanwälte da? Einer der berüchtigtsten der berüchtigten Gummiartikel-Lieferanten, Herr F. W. Gärte, Hamburg, fährt fort, uns mit seinen unfläthigen Annoncen zu belästigen. Was die „Artikel" des Gärte und seiner Spießgesellen sind, wissen die Herren Staatsanwälte so gut wie wir. Daß der Verkauf dieser Artikel und die Aufforderung zum Kauf derselben unter das Strafgesetzbuch fällt, wissen sie ebenfalls so gut wie mir. Warum schreiten sie nicht ein? Jeder Hamburger Briefträger findet den Gärte; warum finden die Staatsanwälte ihn nicht? Und Sie, Herr Tessendorff! Haben Sie nicht Lust, dieses „Hühnchen" zu pflücken? Daß der Gärte in Hamburg wohnt, ist für Sie ja kein Hinderniß. Geib, Auer und Derossi wohnen auch in Hamburg, und doch — Sie verstehen uns schon. Oder sollten etwa Geib, Auer und Derossi „die sittlichen Grundlagen der Gesellschaft" mehr bedrohen als dieser Gärte? Selbst Sie werden das nicht behaupten. Also frisch auf zum fröhlichen Jagen auf die Gummiartikel-Hallunken, und, brauchen Sie ein Beweisstück, die uns zuletzt zugegangene Annonce steht Ihnen sammt Adresse 2c. zur Verfügung. Kann man entgegenkommender sein, Herr Tessendorff? Freilich, wundern werden Sie sich nicht. Was thut man nicht für seinen besten Freund?

— Nothstand in Frankreich. In einer Pariser Correspondenz des „Vorwärts", welche vor leichtsinnigem Wandern nach Frankreich warnte, wurde im vergangenen Jahr schon darauf hingewiesen, daß auch in Frankreich viele Geschäftsbrancher darniederliegen und unter der Arbeiterbevölkerung großer Nothstand herrsche. Seitdem hat sich dies im vollsteu Maße bestätigt. Namentlich aus Lyon, der Hauptindustriestadt, laufen trostlose Nachrichten ein. Der Pariser „Evenement" bringt folgende Correspondenz aus Lyon (d. d. 30. Januar): „Alle Welt spricht hier nur von der Krisis, die auf unserer wichtigsten Industrie (Seidenweberei) lastet. Eine Menge von Webstühlen ruht. Die Fabrikanten haben versprochen, nach Kräften für Abhilfe zu sorgen; so haben sie auch schon einen bedeutenden Theil der Arbeit, die sie sonst auf dem Lande besorgen ließen, in die Stadt verlegt, was für sie mit einer bedeutenden Mehrausgabe verbunden ist. Da indeß die Handelswelt glaubt, daß die Krise diesmal von längerer Dauer sein werde, so sinnt man auf wirksamere Mittel. Im Jahre 1848 setzte man eine Prämie für die Fabrikanten aus, welche sogenannte „Etoffes de Placard" herstellen wollten, d. i. Stoffe, welche speziell auf den exotischen (ausländischen) Geschmack oder sonst auf die Bedürfnisse fremder Länder berechnet waren; das hat aber bei den gegenwärtigen Verbindungen, welche die Moden von Paris aus im Nu über die ganze Welt verbreiten, keinen Werth mehr, und wäre sogar sehr gewagt. Man sieht sich also auf das doppelte Auskunftsmittel angewiesen, den Nothdürftigen in ihrer Wohnung Unterstützungen zu gewähren und den zahlreichen unbeschäftigten Seidenwebern irgendwelche Arbeiten zu verschaffen. Die Lyoner Seidenweberei beschäftigt nach den competentesten Schätzungen circa 35,000 Personen beiderlei Geschlechts. Ein Drittel davon sind Werkführer und diese können die Krise allenfalls aus eigenen Mitteln aushalten; ein zweites Drittel dürfte einstweilen anderweitig sein Brot finden, und es blieben dann also noch täglich 10 bis 12,000 Personen zu unterstützen. Der Gemeinderath hat am 3. d. M. 200,000 Francs votirt, nicht, wie die Blätter gemeldet haben, zur direkten Vertheilung unter die Armen, sondern für gewisse Erdarbeiten, die nicht dringlich waren und unter anderen Umständen unterlassen worden wären. Das ist aber nur eine sehr unzulängliche Hilfsquelle; nimmt man an, daß von jenen 12,000 Personen der Mann mindestens 1 Franc, die Frau 50 Centimen und das Kind 25 Centimen pro Tag brauchen, so ist has im Durchschnitt eine Ausgabe von 10,000 Francs täglich und 300,000 Francs monatlich, und die Krise kann sich noch sehr in die Länge ziehen. Es regte sich denn auch in unserer, wegen ihres Wohlthätigkeitssinnes berühmten Stadt die Privatinitiative von allen Seiten."

Nun, die „Privatinitiative" wird nicht viel nützen. Wenn obige Ziffern correkt sind (und da der Briefschreiber kein Interesse hat zu übertreiben — eher das Gegentheil — ist dies nicht zu bezweifeln), so stockt die Seidenweberei jetzt vollständig; die sämmtlichen, der Unterstützung bedürftigen Seidenweber aus Privatmitteln genügend zu unterstützen, ist aber einfach unmöglich. Und man muß bedenken, daß die Stockung des Industriezweigs, von dem Lyon wesentlich lebt, die in den übrigen Industriezweigen Beschäftigten, und namentlich auch das Kleinbürgerthum (Krämer und Handwerker) mehr oder weniger affizirt und in den Strudel der Krise hineinreißt. Seitens der Gemeinde könnte allerdings wirksame Hilfe geleistet werden, jedoch nicht durch schlechtbezahlte Erdarbeiten, zu denen die schwächlichen Weber durchaus nicht geeignet sind. Aber den reichen Bourgeois, welche die Verwaltung der Gemeinde in der Hand haben, wird es nicht einfallen, tief in den mit „Arbeitergroschen" gefüllten Geldbeutel zu greifen und einmal etwas Nennenswerthes für Die zu thun, denen sie ihren Reichthum verdanken. Die Arbeiter mögen sehen, wie sie durchkommen. Solche „Krisen" gehören eben zu unserer schönen „Gesellschaftsordnung". (Wie wir nachträglich erfahren, wird die Angelegenheit in den nächsten Tagen vor die französische Kammer gebracht, wohin sie auch gehört. Eine Interpellation hat bereits stattgefunden.)

— Der Reichstag ist auf den 22. ds. Mts. zusammenberufen.

— Die Nachwahl im Glauchau-Meeraner Bezirk wird am 22. ds. Mts. stattfinden. Die „reaktionäre Masse" hat dort den bekannten Birnbaum von Bischweiler als Durchfallcandidat aufgestellt. Eine vortreffliche Wahl. Wozu sind die Birnbäume denn da, als um geschüttelt zu werden?

— Seit Anfang dieses Monats erscheint in Halberstadt ein neues Parteiorgan unter dem Titel: „Halberstädter Freie Presse". Es ist das unseres Wissens der erste Zuwachs, welchen im Laufe dieses Jahres die sozialistische Presse zu verzeichnen hat. Das Blatt erscheint vorläufig monatlich zweimal und kostet vierteljährlich 50 Pfg. Wir wünschen der „Halberstädter Freien Presse" das beste Gedeihen.

Erklärung.

In Rasch's Abfertigung der „Antwort eines Deutschen 2c." (Schaible's) wird (Nr. 5 des „Vorwärts") von der gegen Karl Vogt erhobenen Anklage (daß er sich an Louis Bonaparte, resp. den „Rothen Prinzen", verkauft) als von einer „platten und nichtswürdigen Beschuldigung" gesprochen. Dr. Rasch hat offenbar die Marx'sche Schrift: „Herr Vogt" nicht gelesen, sonst müßte er wissen, daß die Beschuldigung weder „platt", noch „nichtswürdig", sondern durchaus begründet war, wie denn auch nach dem Fall des Empire die Beweise in den Tuilerien gefunden wurden.

(In den offiziell, im Auftrag der Französischen Regierung veröffentlichten „Papiers et Correspondance de la famille impériale" [„Papiere und Correspondenz der kaiserlichen Familie"] findet sich in der Rubrik der alphabetisch aufgezählten Empfänger bonaparte'scher Gelder unter dem Buchstaben V wörtlich:

„Vogt; il lui est remis en août 1859 40,000 Fr.

Zu Deutsch:

„Vogt; empfing im August 1859 40,000 Francs."

S. „Volksstaat" Nr. 31 v. J. 1871.)

Die Replik Rasch's wurde in meiner Abwesenheit veröffentlicht, und im Drang der Wahlagitation bis jetzt von mir übersehen.

Leipzig, den 7. Febr. 1877.

W. Liebknecht.

Und ich dacht', wie mag es heißen,
Dieses Land, in dem du bist?
(Denn ich wußte, daß in Preußen
All' das schwer zu finden ist!)

Und indem ich noch so stehe
Kommt des Wegs daher ein Mann
Von der Arbeit, wie ich sehe;
Diesen sprech' ich höflich an:
„Ach, Sie werden es verzeihen,
Daß ich Sie, als Fremdling hier,
Störe mit der Bitt', zu leihen
Ein paar Augenblicke mir.

Doch ich kann mir nicht versagen,
Da ich Vieles anders seh'
Als bei mir zu Haus, zu fragen,
Auf wess' Boden ich hier steh';
Welchen Gott man hier verehret,
Welcher Edle hier Regent,
Welchem Herrn das Land gehöret,
Das nicht Noth, noch Elend kennt?"

Lächelnd hört der Mann die Worte
Bis zu Ende an und spricht:
„Lieber Freund, an diesem Orte
Kennt man solche Dinge nicht:
Doch ich weiß, es steht zu lesen
In den Büchern, dick und alt,
Daß da Könige gewesen
Mit despotischer Gewalt.

Die geherrscht in diesem Lande,
(Und auch anderwärts, wie's heißt,)
Daß da Priester schlugen Bande
Um der Menschen freien Geist,
Faule Schlemmer das verpraßten,
Was vom Volk erworben war,
Und aus Klassen nur und Kasten
Einst bestand der Menschen Schaar!

Doch verschollen sind sie alle,
Ihre Zeit ist längst dahin,
Und wohin dein Blick auch walle
Herrscht jetzt Freiheit, Brudersinn!
Allen ist der Boden eigen,
Und kein Herr ist und kein Knecht;
Wer mit uns will Gutes zeugen,
Der genießt auch gleiches Recht!

Haben Fürsten nicht, Paläste,
Keinen Götzenaltar mehr,
Keine Mord- und Schlachtenfeste
Und kein ruhmgekröntes Heer!
Keine Kerker, keine Ketten,
Keine Grenzen — — Brüder nur
Wohnen jetzt auf diesen Stätten,
Auf der Erde goldner Flur!

Willst Du sein mit uns im Bunde,
Nun, so sei willkommen hier!" —
Froh wollt' ich ob dieser Kunde
Jauchzen, — — — doch da knarrt die Thür
Ganz in meiner nächsten Nähe,
Ich erwache, und — o weh!
An dem Fensterkreuz ich sehe,
Daß ich träumt' in — — Plötzensee!

Julius Heiland.

— Etwas aus dem „Staate der Intelligenz". Die Ergebnisse der letzten Volkszählung constatirten die Thatsache, daß etwa ein Zehntel aller männlichen Bewohner Preußens und ein noch größerer Prozentsatz weiblicher Bewohner im Alter von 10 und mehr Jahren ohne alle Schulbildung ist, ja nicht einmal lesen und schreiben kann. Unter den 18,576,801 über 10 Jahre alten Bewohnern des preußischen Staates befinden sich 2,260,277 Analphabeten (des Lesens und Schreibens Unkundige), also über 20 Proz., wovon 863,843 auf die männliche und 1,396,343 auf die weibliche Bevölkerung kommen. Am schlimmsten sieht es allerdings in der Provinz Posen aus mit 1,146,668 Einwohnern und 420,090 Analphabeten; dann folgt die Provinz Preußen mit 2,323,000 Einwohnern und 769,692 Analphabeten; dann Schlesien mit 2,797,050 Einwohnern und 392,406 Analphabeten; die Rheinprovinz mit 2,701,651 Einwohnern und 196,741 Analphabeten. In der Rheinprovinz ist der Unterschied zwischen den beiden Geschlechtern bemerkenswerth; denn während die Manner nur 65,442 unter sich zählen, denen die elementarische Schulbildung abgeht, erhöht sich diese Zahl bei den Frauen auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 131,293. Sogar in dem altpreußischen Stammlande, der Mark Brandenburg, bleibt nur zu viel zu wünschen übrig; denn von 2,255,965 Personen können 123,167 weder lesen noch schreiben, und selbst in Berlin, der „Metropole der Intelligenz", existiren unter 967,937 einschlägigen Personen 4108 männlichen und 9468 weiblichen Geschlechts ohne alle und jede Schulbildung.

Correspondenzen.

Geyer, 30. Januar. Nachdem nun wohl auf allen Punkten des weiten Kampfgebietes die Wahlschlacht ausgetobt und zu Gunsten der einen oder andern Partei entschieden ist, will ich die hauptsächlichsten Vorkommnisse des Kampfes in unserm 19. Wahlkreise berichten. Ich betrachte diesen Kampf als den härtesten, den wir hier seither bestanden haben, denn nie sind die Gegner so planmäßig und energisch in's Zeug gegangen als diesmal. Freilich, es war auch das erste Mal, daß wir wesentlich ohne äußere Unterstützung waren, weil wir auf eigenen Füßen stehen wollten. Der Sieg ist deshalb für uns um so bedeutungsvoller, er hat uns jedoch auch gelehrt, nie den Gegner zu unterschätzen. Den unvermeidlichen Fortschrittler Minkwitz hielten jedenfalls die Gegner selbst für abgenützt und stellten deshalb eine in der parlamentarischen Kampfbahn völlig unbekannte Größe, den Baumeister Uhlmann aus Stollberg, als ihren Candidaten auf. Derselbe hat denn auch mit einem Aufwand seiner Kräfte, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, für sich und den bedrohten Fortschritt gewirkt. Im Allgemeinen befolgte er ebenfalls die feige Taktik, entweder die Gegner zu seinen Versammlungen nicht zuzulassen, oder doch nicht zu Worte kommen zu lassen. Von den vielen von unserer Seite an ihn ergangenen Einladungen ist er nur einer einzigen (in Stollberg) nachgekommen, wo er von den Referenten Motteler und Franz jedenfalls so gründlich belehrt worden ist, daß ihm die Lust zu ähnlichen Stelldicheins vergangen sein mag. Er hatte es bei seiner Agitation hauptsächlich auf die Köderung des Kleinbürger- und Gewerbestandes, der hier noch ziemlich stark vertreten ist, abgesehen, indem er ihnen bessere, dem Zunftwesen analoge Einrichtungen versprach. Daß diese Stände einem eisernen, ökonomischen Gesetze zum Opfer fallen, scheint der gute Mann nicht zu wissen. Nun, wir werden bis zu den nächsten Wahlen die Luftschlösser dieses Herrn Baumeisters in den Köpfen unserer Kleinbürger gründlich zerstören. Wir haben aber auch gesehen, daß bei einer ungeschulten, politisch urtheilslosen Masse die Taktik der Gegner, uns in ihren Versammlungen nicht zu Worte kommen zu lassen, für uns sehr nachtheilig ist. Ein neuer Anlaß für uns, die Schulung der Massen uns recht angelegen sein zu lassen, unsre Organisation zu kräftigen und auszudehnen. Die Nothwendigkeit eines ständigen Agitators und eines Parteiblattes für hiesigen Kreis ist im letzten Wahlkampf recht klar zu Tage getreten und schon vielfach von uns erörtert worden. Die Gründung eines Lokalblattes wird unsre nächste Sorge sein. Auswärtige Agitatoren haben diesmal außer Motteler und Albert einmal in Stollberg und Ebert einmal in Grünhain nicht mitgewirkt. Wir sind also so ziemlich auf unsre eigenen Kräfte angewiesen gewesen. Das beliebte Manöver unserer Gegner, die Wirthe zu beeinflussen oder einzuschüchtern, haben sie diesmal ebenfalls an vielen Orten und leider auch öfters mit Erfolg angewandt. Dadurch sind uns freilich 5—6 Versammlungen vereitelt worden. Der Kampf war hier und in Stollberg, von wo bereits ein Bericht eingegangen ist, wohl am heißesten. Im Verleumden haben die Gegner Derartiges geleistet, daß oftmals den Philistern die Haare zu Berge gestanden haben mögen. Es hat aber glücklicherweise Alles nichts geholfen; sie sollen unser Joch — wie sie es nennen — nicht wieder abschütteln. Am Tage der Wahl herrschte bei uns eine wahre Hetzjagd auf den Straßen und vor den Wahllokalen. List, Ueberredung und nöthigenfalls auch ein geschickter Griff nach dem Liebknechtzettel wurden im ausgedehntesten Maße angewandt. Am besten haben die Bergarbeiter sich gehalten, denen wir hiermit unsern besonderen Dank abstatten; Dank auch den Stollberger, Thalheimer, Lößnitzer und Schneeberger Genossen. Ein spaßhafter Vorfall sollte die Gegner in Lößnitz retten, woselbst man den Wirth des Deutschen Hauses beeinflußt hatte, so daß derselbe noch in letzter Stunde sein Lokal absagte. Als unsere Leute ihm nun androhten, Klage zu erheben, da sie schriftliche Zusage von ihm in Händen hätten, verfiel man auf folgendes Auskunftsmittel, das allerdings eher einer alten Frau, als eines Mannes würdig ist: Eine Stunde ungefähr ehe die Versammlung beginnen sollte wurde die Wirthin plötzlich sterbenskrank, der herbeigerufene Arzt erklärte, daß die Kranke unfehlbar sterben würde, wenn die Versammlung stattfände. Unter solchen Umständen mußten wir natürlich von der Versammlung absehen, dafür marschirten wir aber in's Schießhaus und eine ungeheure Menschenmenge mit uns, um dort in gemüthlicher Unterhaltung für die Wahlen zu wirken. Unser Candidat, Herr Liebknecht, hat vom 2. bis 9. Januar Versammlungen abgehalten: den 2. in Thalheim, den 3. in Aue, den 4. in Lößnitz, den 5. in Oelsnitz, den 6. in Geyer und Niederzwönitz, den 7. in Würschnitz und Lugau, den 8. in Müllen, den 9. in Schneeberg. In Burkhardsdorf, Auerbach, Gernsdorf, Haßlau, Zschorlau, Schneeberg, Ursprung und Alberoda sprachen Demmler, Motteler und Albert in Stollberg, Ebert in Grünhain. Die Versammlungen haben fast durchgängig einen ungemein günstigen Verlauf genommen, und hätten die Fabrikanten ihre in der jetzigen geschäftslosen Zeit doppelt fühlbare Macht nicht überall auf so rücksichtslose Weise angewendet, so würden wir noch ein weit glänzenderes Resultat verzeichnen können. Wie wäre es sonst möglich gewesen, in Aue, wo wir einen so guten Stamm Parteigenossen haben, ein so geradezu für uns klägliches Resultat zu erzielen. Außer Aue hat noch Zwönitz (Stadt), Elterlein und Schwarzbach schlecht für uns gewählt, in ersterem Orte haben wir jedoch diesmal ca. 70 Stimmen mehr als 1874 erhalten. Mit Hilfe eines eigenen Parteiorgans wird es uns unstreitig gelingen, auch auf diesen schwachen Punkten Boden zu gewinnen und unser Banner siegreich dort auf die Zinnen zu pflanzen. Was die Gegner diesmal an Geld und sonstigen Anstrengungen aufgeboten haben, werden sie kaum je wieder leisten. Am Platze sollen sie uns aber stets finden. Dies gilt für uns wie überhaupt für ganz Sachsen; die Gegner haben, wie sie selbst sehr gut wissen, uns gegenüber ihre Siege mit den erbärmlichsten Mitteln und durch die Coalition aller offenen oder heimlichen volksfeindlichen Parteien errungen. — Mit Gruß und Dank an alle Genossen von Nah und Fern schließen wir mit einem herzlichen „Glückauf".

Quittung. Zur Agitation erhalten aus Vielau Mark 5,11, Auerbach 5,00, Ursprung 3,00, Schneeberg 24,00. Bericht und Rechnungsablage des Centralcomités erfolgt auf nächster Bezirksconferenz.

Darmstadt. (Allgemeiner Deutscher Töpferverein und Berufsgenossen.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Vorort zu Wiesbaden aufgelöst ist und daß die Kasse sich, bis ein neuer Vorort gewählt ist, in Darmstadt befindet. Es werden daher alle Bevollmächtigten ersucht, ihre Adresse sowie alle Gelder an Unterzeichneten zu senden. Alles Weitere brieflich.

Jos. Künzle, Revisor, Schützenstr. 8.

Altona. (Oeffentliche Quittung.) Zur Nachwahl in Altona sind von auswärts bei dem Unterzeichneten nachstehende Gelder eingegangen: Von Parteigenossen in Harburg 50,00; Kiel d. Stark 150,00; von Cigarrenarbeitern in Lübecke d. Münze 2,60; von Cigarrenarbeitern in Würzburg d. Spritzig 3,00; d. A. Grimm von Arbeitern aus Westerrade 3,50.

H. Lemsch.

Zur Nachwahl im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreise.

Unsere Gegner machen gewaltige Anstrengungen, um ihren Candidaten bei der Nachwahl durchzubringen. Sie trachten um so mehr danach, dieses Ziel zu erreichen, als damit thatsächlich unsere Partei aus der letzten Position, die sie in Schleswig-Holstein noch besaß, verdrängt sein würde. Da wir leider auch in Hamburg nicht das erreicht haben, was wir erreichen wollten, so würden die norddeutschen Bourgeois um so befriedigter auf die Thatsache hinweisen, daß es im Norden Deutschlands der Sozialdemokratie nicht gelungen sei, einen ihrer Candidaten in den Reichstag zu entsenden. Sie würden diesen ihren Sieg um so mehr ausbeuten, als sie Berlin und anderen Städten gegenüber sich damit brüsten würden, daß es ihren Anstrengungen gelungen ist, die sozialistischen Candidaten auf allen Punkten zu schlagen. Sie triumphiren denn auch schon im Voraus, indem sie meinen, die geringe Majorität, mit welcher Hasenclever diesmal im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreise gewählt wurde, leicht überholen zu können. Und in der That wird es, wir dürfen uns dies nicht verhehlen, unserer größten Anstrengungen bedürfen, um uns diese Position nicht entreißen zu lassen. Es ist unbedingt nöthig, daß Jeder seine volle Schuldigkeit bis zum letzten Augenblicke thue. Niemand darf sich am Wahltage abhalten lassen, an die Wahlurne zu treten, um seine Stimme für Georg Wilhelm Hartmann abzugeben. Lasse man sich durch Nichts abhalten, dieser Pflicht zu genügen. Weder Drohungen noch Versprechungen dürfen uns hindern, dem Candidaten der Arbeiterpartei zum Siege zu verhelfen. Kein Opfer darf gescheut werden und auch die Hamburger Parteigenossen müssen durch Rath und That ihren Brüdern im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreise Beistand leisten. Es bedarf aller Anstrengung zum Siege — das möge Niemand verkennen!

Aufruf an die Schuhmacher Deutschlands!

Collegen! Schon einmal nahmen wir Gelegenheit, Euch mitzutheilen, daß der Herr Cohn uns einen Lohnabzug von durchschnittlich 20 Proz. zu machen beabsichtigte, worauf wir, da die meisten von uns verheirathet, nicht eingehen konnten. Collegen! Wenn Ihr bedenkt, daß der Lohn bei Herrn Cohn so wie so nicht der höchste war, so daß derselbe im Durchschnitt 10—11 Mark nicht überstiegen, bei Denjenigen, welche Schoßarbeit machen, diese Höhe kaum erreicht hat, so werdet Ihr einsehen, daß wir uns eine weitere Reduktion nicht gefallen lassen konnten; wir haben daher beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis wir den alten Lohn wieder erhalten haben. Wir bitten daher den Zuzug von hier fernzuhalten und uns materiell zu unterstützen. Schnelle Hilfe thut noth, indem wir uns schon 14 Tage im Strike befinden. Etwaige Unterstützungen bitten wir an den Kassirer der Altonaer Gewerkschaft, Herrn Petersen, Altona, Bürgerstraße 91, Hof, Saal 10, zu senden.

Das Comité.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

An die Parteigenossen.

Durch die Annahme des Mandats für Dresden ist in meinem alten Wahlbezirk Glauchau-Meerane eine Neuwahl nöthig geworden, die Donnerstag, den 22. Februar, stattfinden soll. Parteigenosse W. Bracke ist als Candidat aufgestellt.

Diese Nachwahl verursacht dem Bezirk bedeutende Kosten und richte ich deshalb an alle Parteigenossen die Bitte, den 17. Bezirk durch Geldmittel kräftigst unterstützen zu wollen. Sendungen sind zu richten an **Hermann Franz**, Expedition der „Glauchauer Nachrichten", Glauchau.

Ueber die eingehenden Gelder wird Rechenschaft im „Vorwärts" abgelegt werden.

Leipzig, den 8. Februar 1877. **A. Bebel.**

An die Arbeiter-Gesangvereine!

Auf meine frühere Aufforderung zur Gründung eines deutschen Arbeiter-Sängerbundes haben sich bis jetzt 26 Vereine angemeldet und von mehreren Vereinen ist die Anmeldung noch in Aussicht gestellt; aber der größte Theil steht der Vereinigung noch gleichgiltig gegenüber. Der hauptsächliche Grund dazu ist in den partikularistischen Bestrebungen, welchen einzelne Mitglieder und Gesangmeister in solchen Vereinen huldigen, zu suchen und denen sich die anderen Mitglieder unterordnen. Die deutschen Arbeiter haben soeben durch ihr mannhaftes Auftreten die Aufmerksamkeit der ganzen europäischen Arbeiterbevölkerung auf sich gelenkt und überall freudige Zustimmung erhalten. Sollten die Arbeiter in dieser Sache die Gemeinsamkeit unterschätzen, welche von vielen Seiten als nothwenig anerkannt wird?

Ich fordere daher alle Männer-Gesangvereine nochmals auf, mir bis zum 1. März den Namen, Mitgliederzahl und eine Adresse ihres Vereins einzusenden, worauf die Einladung zum Congreß nebst Vorlagen an Programm, Organisation ꝛc. erfolgen soll.

Gotha. Mit Gruß Emil Sauerteig.

Wahlergebnisse.

Constanz. Im hiesigen Wahlkreise erhielt Liebknecht im Ganzen 43 Stimmen. 39 in der Stadt und 4 auf dem Lande.

Dresden-Altstadt. Genaues Resultat: Bebel 10,835. Mayhoff 9925 Stimmen.

Ludwigshafen. Das Resultat der Wahl im hiesigen Kreise ist für unsern Candidaten: 1716 Stimmen. Im Jahre 1874 erhielt der sozialistische Candidat nur 693 Stimmen. Also ein beachtenswerther Fortschritt ist zu verzeichnen.

Im **Adelnau-Schildberger** Wahlkreis (Posen) wurde 1 Stimme für Bebel abgegeben.

Elbing-Marienburger Wahlkreis (Westpreußen). Oekonomierath O. Hausburg-Berlin (liberal) 3986 Stimmen, Dekan Bader-Tiegenhagen (klerikal) 2904 Stimmen, Oberstaatsanwalt Dalcke-Marienwerder (conservativ) 2202 Stimmen, Maurer Fritz Hurlemann-Hamburg (sozialistisch) 182 Stimmen, zersplittert 8, ungültig 32, gültig 9282 Stimmen. — 1874 sozialistische Stimmen 34, davon 83 in Marienburg und 1 (Bebel) in Elbing; jetzt 105 Marienburg, 54 Elbing, 23 Landkreis ohne Agitation. Seither wurde stets ein conservativer Abgeordneter gewählt. Bei der Stichwahl erhielt der Liberale (Hausburg) aber über 10,000 Stimmen, der Klerikale (Bader) über 4600 Stimmen. Nur der vierte Theil der Bevölkerung ist katholisch.

Oeffentliche Quittung.

Für den Wahlfonds habe ich seit dem 28. Januar erhalten:

Preetz d. H. Sellmer 26,10; Göppingen v. d. Hutmachergesellschaft d. Bronnenmayer 12,00; Ahrensburg Liste 981 d. Hans Volckstedt 4,35; Mölln v. H. Peeck 1,00; Peine d. H. Bohne 7,00; Blotho v. Rabbenhausen d. H. Nolting 2,00; Ludwigshafen d. W. Seel 10,00; Eckernförde von einer Wählerversf. d. J. Reiß 12,00; Harburg v. Arbeitern d. B. u. Hertz'schen Eisengießerei d. Steffens 15,05; do. v. Arbeitern der Messerschmidt'schen Maschinenfabrik 10,30; do. v. d. Liedertafel Lassallea d. Zimmermann 50,00; Biel v. deutschen Verein 12,09; Ronsdorf d. Ernst Wilke 60,00; Wiesck d. Christian Döringer II 5,00; Plagwitz Liste 2030 d. C. Schröder 6,00; Vevey vom deutschen Verein d. eine Lotterie 8,06; A. v. J. B. 3,50; Forst d. Nitschke 20,00; Kirchberg i. S. durch W. Schubert 1,05; Löbau i. S. von einigen Parteig. d. E. Böhmer 2,35; Kirchheimbolanden d. A. Blümm 4,61; Kirchhain Liste 3363 durch J. Wagner 5,00; Bielefeld d. H. G. 18,20; Viersen Liste 3924 d. Leuf 3,00; Altenburg von einer Schneiderwerkst. d. Kamprach 5,00; Landshut von 5 Mitgliedern des aufgelösten Schuhm.-F.- u. K.-U.-V. d. Braun 2,00; Würzburg d. Mich. Schror 5,00; Cöln d. Jos. Gruber 20,00; Königsberg d. H. Arnoldt 15,35; Hellmarshausen d. Heinr. Heere 3,25; Stockholm von sozialistischen Mitgliedern des deutschen Vereins d. Posnanski (zweite Rate) 8,20; Süchteln v. Th. N. 1,00; Hechingen durch Aug. Steinborn 4,00 u. 1,50 für Broschüren; Hannover durch W. Knollmann 50,00.

Aus Hamburg: M. 1,00 von H. H., 3,98 von Peters' Korbmacherwerkstelle, Billwärderdeich, d. Wirckerling; 6,00 d. Hotze von drei Unbekannten; 5,20 auf Liste 12 d. Werner; 1,00 d. Colporteur Mohr; 3,70 d. Pohlmann; 8,90 Parlamentswahlkasse von Joh. Fuchs; 21,95 auf Liste 4187 von Justus' Cig.-Fabrik durch Jacobs; 40,00 von den Schiffszimmerern auf Reiherstieg d. Jürgensen; 8,42 Tellersammlung vom Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Verein Hamburg (vom selben Verein war die letzte Zahlung d. A.-F.- u. M.-V.); 4,80 von Heymann's Möbelwerkstelle; 13,10 auf Liste 3941 d. Eggers; 9,30 auf Liste 4196 d. Bräuer; 2,00 d. Emil Ramcke, St. Pauli; 3,00 vom Club Sparsamkeit; 3,10 zweite Rate der Liste 4192; 3,50 von Malern d. E. Meyer; 10,05 d. Rieck vom Schuhmacherball; 11,70 d. Eisenach do.; 1,67 d. Weißbach do.

Für den Unterstützungsfonds habe ich erhalten: Hamburg M. 1,00 von W. H.; Ottensen von Nölting's Cig.-Fabrik d. Kufs 10,00; Limmer von einer Tellers. d. G. Reichenbach 15,00; Brake d. H. Stüben 4,00; Werdau d. G. Reinike 3,05; Zeulenroda d. K. Daßler 3,50; Hanau d. M. Daßbach 20,00.

Hamburg, 7. Februar 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. „Warum kein Protest erhoben gegen verschiedene Wahlen?" fragen uns „mehrere Parteigenossen" aus Stuttgart. Warum nicht? Nun, an vielen Orten ist Protest erhoben, und an noch mehr Orten wird Protest erhoben werden. Vielleicht hilft die Anfrage dazu. — Parteigenossen in Rehden: die Correspondenz wird aufgenommen; den Artikel senden Sie uns. — B. Wechselburg: Natürlich wird Ihr Wunsch berücksichtigt. — Ein Abonnent in Wiesbaden: Die Sendung „Rh. Couriere" ist angekommen. Was soll damit geschehen?

der Expedition. C. Penig: „N. W." kostet pr. 1. Quartal 1877 nebst Porto 1,60. Geld in Marken erbeten. — Abonnent Wiesbaden: Der Jahrgang hat 18 Hefte. Jedes Heft kostet 30 Pfg., welche der Colporteur zu erheben berechtigt ist. Mehr nicht. In Wochennummern kostet die N.W. 1,20 pr. Qu. in Heften, also 18mal 30 Pfg. Weiteres im Briefkasten der Redaktion.

Da ich jetzt nicht mehr in Osterwieck a. H. bin, so möge man alle Briefe, „Wähler" u. dergl. Sachen an Karl Hempel, Osterwieck a. H., Sonnenklee 441, alle Gelder für Agitation an Herrn Paul Bayer in Hagen daselbst schicken.

Mit Gruß Richard Schulze.

Quittung. Hild Radworna Ab. 1,67. Okrt Heilbronn Ab. 3,20. Frmm Dessau Schr. 6,85. W. Crl St. Johann Schr. 15,10. Schnn Calbe Ab. 6,20. Rchnbch Limmer Ann. 0,80. Lblncht hier Ann. 2,10. Arbeiterbild.-Ver. Mürzzuschlag Ab. 0,99. Fdlr Brockau Schr. 1,00. Stpp Geyer Schr. 6,00. Rkrchnr hier Schr. 0,72. Reichstagswahlcomité hier Ann. 15,00. Exped. d. „Tagwacht" Ab. 0,75. Hbrtn hier Ab. 1,20. Gßmnn Dortmund Ab. 8,20. Lnd Hamburg d. A. G. Ab. 46,00. Hß Sonneberg Schr. 8,50. Rwr Cöthen Schr. 8,30. Bttchr das. Schr. 3,54. Kglmnn Hannover Schr. 8,00. Ppp Artern Schr. 1,60.

Wahlfonds.

Von einigen Schriftsetzern 0,60, von Bettin, Gohlis 1,00, durch Burchardt 10,00.

Ich fordere streng auf wer noch Sammellisten oder Geld für den Wahlfonds in Händen hat, sie an mich abzuliefern.

Peter Krebs, Ulrichsgasse 60.

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Montag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstraße): **Versammlung.** Tagesordnung: Neuwahl der Arbeitsnachweis-Commission. [50

Gäste willkommen. Der Bevollmächtigte.

Leipzig. Allgemeines Verkehrslokal. Mittwoch, den 14. Februar, Abends 8 Uhr: **Sitzung der Controlcommission im Thüringer Hof.**

Zu dieser Sitzung werden sämmtliche Gewerkschaftsvorstände eingeladen, Pünktliches und allseitiges Erscheinen nothwendig. [49

Der Obmann.

Limmer bei Hannover. Sonnabend, 10. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hengstmann: (F. 210) [80

Besprechung über ein Arbeiterfest und Gründung eines Wahlvereins.

Gesinnungsgenossen seid am Platze. H. Reichenbach.

London. Am Dienstag, den 13. Februar, feiert der Communistische Arbeiterbildungsverein im Lokale „Blue Post", Newman Str. sein

XXXVII. Stiftungsfest

bestehend in Ansprachen, Gesang und deklamatorischen Vorträgen.

Alle Gönner des Vereins sind hiermit freundlichst eingeladen.

Es wird dringend gebeten, vor 9 Uhr am Platze zu sein, damit nicht während den Ansprachen Störungen entstehen. 3,30] Das Comité.

Volkmarsdorf. Arbeiterverein. Montag, den 12. Februar, Abends 8½ Uhr, in Becker's Restauration (schiefe Ecke): **Versammlung.** Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Wittich über deutsches Städtewesen. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand. [50

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.

Von Georg Vollmar.

Preis pro Exemplar 15 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts".

Elegante Einbanddecken für die „Neue Welt"

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 930 North 2nd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lorsemann, 226 Division Street.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 19. Mittwoch, 14. Februar. 1877.

Der politische Dr. Eisenbart.

Motto: „Ei, schlagt die armen Leute todt,
Dann ist geendet alle Noth."

Die heutige herrschende Gesellschaft hat eine verzweifelte Aehnlichkeit mit dem politischen Dr. Eisenbart, und wenn sie das Rezept, welches der mystische Doktor ihr empfiehlt, nicht in Anwendung bringt, so mag ihr wohl der Gedanke vorschweben, daß das Mittel doch ein sehr verzweifeltes sei, weil die Todten nicht mehr arbeiten können und die Träger der herrschenden Gesellschaft dann die Arbeit selbst verrichten müßten.

Doch fort mit dem bitteren Spaße!

Die herrschende Gesellschaft schlägt die Armen nicht todt, aber sie verweigert denselben die Mittel, die geistigen, die leiblichen und die gesetzlichen Mittel, aus der Armuth, aus dem Elende herauszukommen.

Wir lesen da in den Zeitungen, daß im Regierungsbezirk Merseburg 177 unbesetzte Lehrerstellen sind, und ähnlich ist es im übrigen „gesegneten" Deutschland; wir lesen ferner, daß ein 71jähriger Schullehrer bei Luckenwalde nach fünfzigjähriger Dienstzeit 115 Thlr. 20 Gr. Ruhegehalt erhält, während man im preußischen Abgeordnetenhause den Rest der französischen Kriegscontribution für den Ausbau des Berliner Zeughauses bewilligt. Wie es mit der Elementarbildung in Preußen-Deutschland steht, das haben wir in der vorigen Nummer des „Vorwärts" erwähnt.

Während in Deutschland der Hunger mit wahrhaft erschreckender Heftigkeit wüthet, während er ansteckende Krankheiten erzeugt, während er ganze Arbeiterbevölkerungen dem langsamen Tode entgegenbringt, entläßt man überall in Deutschland immer und immer größere Schaaren von Arbeitern und reduzirt den Lohn — dies Verfahren hat denn doch eine ungemeine Aehnlichkeit mit dem Rezept des politischen Dr. Eisenbart.

Wir haben in voriger Nummer in dem Leitartikel: „Verrückte Schwärmerei" über verschiedene grauenhafte Vorfälle berichtet.

Anstatt irgend welche Hülfe zu leisten, hat der Staat nur ein Achselzucken; anstatt Brod reicht man ihnen ein „Mahnwort". So lesen wir ein solches von dem Landrath Dr. Bitter in Waldenburg in Schlesien, welches also lautet:

„Es ist in neuerer Zeit zu meiner Kenntniß gelangt, daß sich die auf den Gruben des Kreises „abgelegten" Bergleute um Theil nach der Rheinprovinz und Westfalen gewandt haben, um in den dortigen Revieren weitere Arbeit zu erlangen. Da nach den mir zugegangenen Mittheilungen auch in den letzteren Arbeitsentlassungen haben eintreten müssen, nehme ich Veranlassung, die arbeitslos gewordenen Bergleute im Kreise vor ihrer Uebersiedelung nach den genannten Provinzen eindringlich zu warnen und dabei ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Bemühungen um Erlangung von Arbeit in den Bergrevieren Westfalens und der Rheinprovinz vergeblich sein würden. Die Vorstände der betheiligten Ortschaften haben diese Verfügung auf geeignete Weise weiter zu veröffentlichen."

Welchen Zweck diese „eindringliche Warnung" hat, sagt uns der Herr Landrath nicht; Hunger in Schlesien, Hunger in Westfalen — gerade als ob derselbe in letzterer Provinz weher thäte. Wenn der Herr Landrath hinzugefügt hätte: „Ich bin in der Lage, den „abgelegten" Bergleuten von Staatswegen Arbeit und Brod zuzuweisen" — dann hätte das Mahnwort allerdings einen Sinn gehabt.

Im preußischen Abgeordnetenhause streitet man sich herum, wer der Vater des Sozialismus in Deutschland sei. Der Graf Eulenburg sagt: die Fortschrittspartei und die klerikale Partei; der fortschrittliche Abgeordnete Richter ruft: wir waren es nicht, der Vater war Graf Eulenburg selbst. Abgeordneter Windhorst aber sagt, der Liberalismus im Allgemeinen war der Vater, im Besonderen hat der Sozialismus noch einige andere Väter, die materielle Noth und das Unchristenthum. — Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie möchten sie sich aber Alle gern die Hand reichen — und lassen das Volk dabei hungern.

Sämmtliche deutsche Regierungen aber lassen die Sozialdemokratie verfolgen, deren schwerste Sünde ist, die Finger in die blutenden Wunden des Volks zu legen und dem politischen Dr. Eisenbart den Krieg zu erklären, indem sie an der Hand der Wissenschaft den Weg zeigt, auf welchem die Gesellschaft wandeln muß, um der Noth des Volkes zu steuern. Die Sozialdemokratie ist der verständige und wahrhafte Arzt der Gesellschaft — doch sind dieser die Quacksalber noch allzusehr an's Herz gewachsen und vorläufig triumphirt noch der Dr. Eisenbart.

Und wie lassen die Regierungen verfolgen!

Lesen wir. Die „Vossische Zeitung" schreibt aus Mecklenburg:

„Von den großherzoglichen Aemtern sind kürzlich die Schulzen angewiesen worden, die Verbreitung der Sozialdemokratie mit polizeilichen Mitteln zu hindern."

Arme Polizei, was man Dir alles zumuthet!? Soll vielleicht der Haselstock dabei eine Rolle spielen? Doch das ist gefährlich — solche Stöcke drehen sich oft von selbst um.

Am Mittelrhein macht man den Arbeitern bei der Noth noch durch allerlei Verordnungen das Leben schwer. So liest man eine Verordnung des Bürgermeisters von Bäsweiler:

„Es wird häufig darüber geklagt, daß die auf Gruben arbeitenden Leute beim Verlassen der Arbeit in die Heimath zurückkehren, ohne Gesicht und Hände gewaschen zu haben. Zur Warnung wird daher in Folge höheren Auftrags hierdurch bekannt gemacht, daß von jetzt ab alle diejenigen Grubenarbeiter, welche mit schwarzen Gesichtern und schwarzen Händen die öffentlichen Straßen und Ortschaften passiren, wegen groben Unfuges angeklagt und polizeigerichtlich bestraft werden."

Hier scheint man es auf die Klerikalen abgesehen zu haben — doch das ist gleich — das arbeitende Volk hungert inzwischen!

Der beste Arzt aber ist und bleibt immer noch „unser" Tessendorff! — Es war ein Allgemeiner Unterstützungsverband, der Reisegeld und Sterbegeld den Arbeitern auszahlte — Herr Tessendorff hat ihn für Preußen verbieten lassen — das Volk aber hungert; es war ein Zimmererbund, der eine Krankenunterstützungskasse besaß — Herr Tessendorff hat ihn aufheben lassen — die Arbeiter aber sind vielfach am Hungertyphus erkrankt; — es war ein Maurerbund, ein Tischlerverein, ja fast jede Corporation hatte eine Unterstützungsvereinigung — Herr Tessendorff hat sie alle verbieten lassen — er wollte die Sozialdemokratie vernichten; bei den Wahlen triumphirte dieselbe aber gerade in dem Wirkungskreise des Herrn Tessendorff. Durch die Vernichtung der vielen corporativen Vereine aber wird die Noth der betroffenen Arbeiter noch größer, weil ihre besser situirten Collegen durch Herrn Tessendorff gehindert worden sind, sie wirksam zu unterstützen.

Bei dem ersten größeren Prozeß, der sich in Berlin zur Unterdrückung der corporativen Vereine sozialistischer Richtung abspielte, wurde von einem der Angeklagten den Richtern zugerufen:

„Mögen Sie gegen die Sozialdemokratie ankämpfen, es wird Ihnen allerdings nichts nützen, aber auch Niemandem schaden; lassen Sie aber die gewerkschaftlichen Vereinigungen bestehen, — Sie schädigen sonst die Arbeiter in ihren materiellen Interessen und fördern die Noth im arbeitenden Volk."

Das Wort verhallte unbeachtet — Tessendorff siegte.

Die Noth aber wächst von Tag zu Tage! Die Noth tritt jetzt in einer gar unheimlichen Gestalt auf, sie grinst den Gesellschaftsrettern in das verblüffte Antlitz, alle Quacksalber erbleichen und selbst der Harlequin unter ihnen, der Dr. Eisenbart, der alle Armen todtschlagen will, um die Noth aus der Welt zu schaffen, hat augenblicklich seine Schellenkappe verloren.

Tritt aber kein größerer, sittlicherer Ernst ein in die heutige Gesellschaft bei Behandlung der sozialen Frage, gebraucht man die oben angegebenen Mittel weiter, so wird sich die Gesellschaft nicht zu wundern brauchen, wenn sie schnell, recht schnell dem Abgrunde entgegenrollt. Bei dieser Unheilsfahrt aber sitzt nach Gebühr und Recht der politische Dr. Eisenbart auf dem Bocke als Kutscher, und gar traurig erklingt das Geläute der Glöcklein an seiner Narrenkappe, gar traurig wie Todtengeläute.

Die Mißbräuche bei den Reichstagswahlen

haben einen unserer Gesinnungsgenossen zu folgenden, im allgemeinen sehr beherzigenswerthen Ausführungen veranlaßt:

„Der in dem Leitartikel Ihrer Nr. 15 ausgesprochene Gedanke, daß darauf hingewirkt werden muß, das Reichswahlzettel-Couverts eingeführt werden, genügt allein nicht. Es müssen vielmehr diese Couverts einheitlich für sämmtliche Wahlkreise von Reichswegen und auf Kosten des Reiches in genügender Zahl hergestellt werden. Mit Auflegen der Wahllisten muß es jedem Wahlberechtigten gestattet sein, sein Couvert abzuholen. Andere Couverts, wie die gelieferten dürfen von den Wahlvorstehern nicht angenommen werden. Es wäre das Abholen der Couverts für Viele Veranlassung, die Wahllisten durchzusehen, und würde die grenzenlose Mangelhaftigkeit der Wahllisten dadurch entschieden beseitigt werden.*)

„Außerdem wären noch viele andere Uebelstände aufzuräumen. In vielen Wahlbezirken bedient man sich allerlei obskurer Gegenstände zu Wahlurnen. Als besonders beliebt sind Suppenterinen, Punschbowlen ꝛc.; ja man hat sich sogar alter Hutschachteln und Kartoffelkörbe bedient. Dieser wirklich erbärmliche Zustand muß ebenfalls beseitigt werden. Was derartige Behälter für Sicherheit gewähren, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Sind wir denn, trotz der Milliarden, im sogenannten neuen deutschen Reich wirklich so arm, und haben wir die Wichtigkeit des Wahlaktes noch so wenig begreifen gelernt, daß wir die auch von dem Wahlgesetz verständigermaßen verschließbare Urne noch immer nicht überall zur Anwendung gelangen lassen?! Einsender Dieses bemerkte bei der letzten Wahl dem Wahlvorstand, daß eine Suppenterine doch wohl nicht gut als Wahlurne gelten könne, wurde aber von dem humanen Herrn hierfür zum sofortigen Verlassen des Wahllokals in brutaler Weise aufgefordert.

„Schließlich möchte ich noch einen Gedanken zur Erwägung anheimgeben. Sollte es nicht zu erreichen sein, daß die Reichstagsverhandlungen nach dem stenographischen Bericht, gewissermaßen als Gegenleistung, Jedem welcher sich an der Wahl betheiligt hat, vom Reichstage zugeschickt werden? Selbstverständlich würde es nicht leicht möglich sein, diese Arbeit rasch aufeinanderfolgend zu erledigen, würde auch nicht nöthig sein, es würde vielmehr ausreichen, wenn der Zeitraum von Session zu Session dazu benutzt würde. Freilich wenn wir ein sozialdemokratisches Staatssystem hätten, würden solche nicht mehr wie billige Forderungen nicht erst gestellt zu werden brauchen, und wäre dann wohl Zeit und das nöthige Kleingeld für derartige Leistungen in ausreichendem Maße vorhanden. Die Ausführung dieses Gedankens würde ebenfalls ganz bestimmt darauf hinwirken, daß eine ganz andere Betheiligung an den Wahlen erzielt würde."

Wenn die Reichsregierung wirklich ein Interesse daran hätte, die oft geradezu himmelschreienden Mißstände bei den Reichstagswahlen zu beseitigen; wenn ihr daran gelegen wäre, allen Wählern durch Verbreitung der stenographischen Berichte über die Reichstagsverhandlungen Einblick in das parlamentarische Treiben und Aufklärung über Staatsverwaltung und Gesetzgebung zu verschaffen — dann — ja dann würden die vorstehenden Vorschläge höchst wahrscheinlich baldigst zur Ausführung kommen. Aber nicht eher!

*) Ein Zwang für jeden Einzelnen, sich selbst ein Couvert zu holen, dürfte und könnte jedenfalls nicht geübt werden. Es wäre vielmehr nöthig, daß derartige einheitliche mit dem Reichsstempel versehene Couverts auch vor den Wahllokalen noch in Empfang genommen werden könnten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der „Gewerkverein" des braven Dr. Max Hirsch kann nun einmal das Flunkern nicht lassen; so schreibt er in seiner sittlichen Unverschämtheit: „Der sozialistische „Vorwärts", welcher schon zwei Tage vor der Stichwahl im ersten Berliner Wahlkreise dem Harmonie-Apostel Hirsch zu seinem Durchfall gratulirte, schweigt sich jetzt gründlich aus. Die Pille ist auch zu bitter. Noch am Wahltage selbst brachte der „Vorwärts" eine Berliner Correspondenz über die Stichwahlen, in welcher es u. A. heißt: „Im ersten (Wahlkreise) steht dem „großen" Max Hirsch Forckenbeck gegenüber, im zweiten Klotz ebenfalls Forckenbeck und im dritten Rackow dem Nürnberger Bezirksrath Herz. Max Hirsch fällt im ersten Wahlkreis durch, weil hier die Sozialdemokraten ausschlaggebend sind, im zweiten dürfte Klotz gewählt werden und im dritten unser Parteigenosse Rackow." Unsere Leser finden hier wiederum bestätigt, was die Herren Sozialdemokraten aus purer Scham nachträglich abzuleugnen suchen, nämlich daß dieselben gegen Dr. Max Hirsch gestimmt haben!" — Bekanntlich ließen in einer Versammlung im Kaisersaal zu Berlin kurz vor den Stichwahlen die Nationalliberalen den Abg. Most nicht zu Worte kommen, der die Stellung unserer Berliner Parteigenossen zu den Stichwahlen motiviren wollte. In Folge dessen erklärte Most, daß die Sozialisten im ersten Berliner Wahlkreise nicht für Forckenbeck stimmen würden. Dies weiß der „Gewerkverein", aber er verschweigt es, nicht aus „purer Scham", weil er keine Scham besitzt, sondern aus angeborener Frechheit und Lügenhaftigkeit. Die Stellung des „Vorwärts" zu der vorliegenden Frage war aber in folgender Weise ausgesprochen: Im ersten Berliner Wahlkreise enthalten sich die Sozialisten bei der Stichwahl der Abstimmung und im zweiten stimmen sie für Klotz; diese Stellung wurde auch von dem Centralwahlcomité der Partei getheilt. Auch dies weiß der „Gewerkverein" — doch es muß gelogen werden.

— Wie unsere Gegner agitiren. Die hinter uns liegenden Reichstagswahlen sind von der sozialistischen Arbeiterpartei nach Kräften ausgenutzt worden, um für ihre Grundsätze Propaganda zu machen und möglichst viele Abgeordnete in den Reichstags zu bringen. Sie hat also in dem Bestreben, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, vollkommen legal gehandelt. Nun sollte man glauben, daß gerade die Gegner der Sozialdemokratie, die ja Gesetz und Recht bis zum Ueberdruß im Munde führen, den meisten Anlaß hätten, die Sozialdemokratie in derselben legalen Weise zu bekämpfen, und nicht zu Kampfesmitteln zu greifen, die eines anständigen Gegners nicht nur unwürdig sind, sondern auch noch das Gesetz herausfordern. Das Letztere aber ist vielfach geschehen. Ueber einen Fall nur wollen wir heut berichten, der übrigens noch klar darthut, daß unsern Gegnern jedes und selbst das verabscheuungswürdigste Mittel recht ist, wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Man höre nur. Ein Arbeiter, Namens Olsen, welcher vom Centralwahlcomité der sozialistischen Arbeiterpartei nach dem 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise gesandt worden war, um Wahlaufrufe und Stimmzettel zu vertheilen, kam am 7. Januar Abends nach Hasselo, um nach vollbrachter Tagesarbeit dort zu übernachten.

„Nachdem ich mich", so berichtet Olsen dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt" wörtlich, „erkundigt hatte im Dorfe, wo ich am besten Logis erhalten konnte, wurde mir der Gastwirth Tim Behrmann empfohlen. Hier mußte ich zu meinem Erstaunen erfahren, daß eine Volksversammlung stattgefunden hatte seitens der Fortschrittspartei.

„Auf der Diele standen noch etwa 36 Landleute und inmitten derselben ein Herr (wie mir erzählt worden ist, ein Rechtsanwalt aus Pinneberg), welcher zu den Leuten sprach; unter Andern hob er hervor, daß es doch ein „Unding" sei, einen Arbeiter in den Reichstag zu schicken, denn derselbe wäre doch nicht fähig, Gesetze für das Volk zu machen. Dies könne nur ein wissenschaftlich gebildeter Mann, wie z. B. Professor Seelig. Die Bauern jubelten ihm natürlich zu. Ungefähr eine Viertelstunde hatte ich seine Redensarten angehört, dann erlaubte ich mir, an den Herrn die Frage zu stellen, ob es mir gestattet sei, ihm auf seine Ausführungen zu antworten. Der Herr erwiderte: „mit dem größten Vergnügen!" Ich führte nun aus, daß es nicht nöthig sei, einen Professor oder sonst irgend einen wissenschaftlichen Mann nach dem Reichstage zu schicken, die Männer aus dem Arbeiterstande hätten sich im Reichstag durchaus fähig bewiesen, an der Gesetzgebung theilzunehmen. Der betreffende Herr erwiderte mir jedoch: „Sie sind für mich gar nichts, sie sind zu dumm; ich will mit Ihnen gar nicht sprechen, denn wissen Sie: ich bin ein echter Preuße, ich bin Landmann, bin gewiß klüger als Sie, und ich vermag keine Gesetze zu machen und Sie auch nicht; ich bin mit Ihnen jetzt fertig.

„Darauf ging der Herr weg und ich sprach zu den Leuten, erzählte ihnen von den indirekten Steuern, von dem Militärsystem und hob noch verschiedene andere Fragen hervor. Bemerken muß ich, daß ich den Herrn bat, mich zu widerlegen, wir könnten ja gemüthlich darüber sprechen; er hatte dazu aber wohl keine Lust, denn er entfernte sich, und während meiner Ansprache an die Anwesenden hat der Herr wohl verschiedene

Leute an der Schenke aufgehetzt, denn mit einem Male drängten sich einige durch die Menge und kamen auf mich zu mit den Worten: „Dat's wol en Hasenclever, denn' wölt wie uns mal keupen", und sofort fielen sie über mich her. Nicht allein, daß sie mich mit meinem eigenen Stock geprügelt haben, sondern sie schlugen mit allem, was ihnen in die Hand kam, auf mich los, warfen mich zu Boden und traten mich mit Füßen.

„Nachdem sie so ungefähr 5 Minuten ihr Müthchen gekühlt hatten kam ich wieder auf und erstaunt sah ich, daß der Gensdarm ganz ruhig sich den Spaß ansah; es fiel ihm durchaus nicht ein, einzuschreiten, so daß ich ihn zu Hilfe rufen mußte; dann kam er aber auch und zwar mit den Worten: „Hinaus mit ihm!" Ich bat, daß ich doch meinen Hut und Stock mitnehmen dürfe. „Na! suchen Sie!" meinte er. Ich suchte auch, konnte leider nichts finden. „Na!" meinte dann wieder der Herr Gensdarm: „Hinaus mit ihm, ohne Hut und Stock." Und so wurde ich denn auf diese Art und Weise in's Genick gefaßt und ohne Hut auf die Landstraße geworfen.

„Das war aber nicht genug. Draußen wurde ich noch von einigen Bauern verfolgt und mit Knüppeln derart geprügelt, daß ich bewußtlos darniederlag. Wie ich wieder zu mir kam, bin ich nach Rugenbergen gegangen in bloßem Kopf; doch war ich froh, nach den Schlägen dort noch die Nacht schlafen zu können. Die letzten Schläge waren eben die schlimmsten, denn sie waren derartig, daß ich noch am Kopfe Wunden habe, trotzdem, daß 4 Wochen seit der Zeit verstrichen sind. Mein ganzer Körper war überhaupt blau und grün, welches die meisten Parteigenossen in Ottensen bezeugen werden. Ich habe jetzt noch Wunden am Kopf. Zu einer so flegelhaften Behandlung, wie ich sie habe in Hasselo seitens der Liberalen erdulden müssen, lassen sich jedoch die Sozialisten nicht hinreißen."

Ganz recht. Die Sozialisten lassen sich zu solch „flegelhafter Behandlung" der Gegner nicht hinreißen, weil sie wissen, daß sie als Oppositionspartei sich von vornherein unmöglich machen würden, wenn sie anders als unterrichtend und belehrend wirken wollten. Den Knüppel zu schwingen, das überlassen wir den Gegnern; er ist das letzte Beweismittel, welches sie in Ermanglung von besseren Gründen den sozialistischen „Irrlehren" entgegenzusetzen wissen. Dieser Umstand allein schon verbürgt den Sieg des Sozialismus. Sperrt uns ein, mißhandelt uns, erschießt uns — der Sozialismus siegt doch!

— Zur Sittlichkeit unserer Gegner. Im Februar des vergangenen Jahres erschien in Leipzig ein sogenanntes „Carnevalsblatt", das seines unfläthigen, zotigen Inhalts wegen von der Polizei mit Beschlag belegt wurde und den Verfassern oder Verbreitern einen Prozeß eintrug. Wir hatten das ekelhafte Machwerk längst vergessen, als uns vor einigen Tagen (26. Jan.) im „Tageblatt" folgende Notiz in die Augen fiel:

„Das vorjährige Carnevalsblatt „Fliegende Blätter", welches seiner Zeit bei der Polizei denuncirt und in strafrechtliche Untersuchung genommen wurde, wird auch heuer wieder erscheinen und nach kürzlich erfolgtem Rechtsspruche in der Lage sein, die Artikel mit Illustrationen, welche gewisse Leute „in ihrem sittlichen Gefühl" verletzt hatten, wieder buchstäblich abdrucken zu können. Daß noch weitere Erörterungen über den Handel, welcher ein ganzes Jahr in Anspruch genommen hat, in Aussicht stehen, ist sehr wahrscheinlich."

Also der ganze Schmutz wird uns „buchstäblich" abgedruckt, wieder aufgetischt werden! Und das „Leipziger Tageblatt", das fast in jeder Nummer ein Zetergeschrei über die Unsittlichkeit der Sozialdemokraten erhebt, bringt eine redaktionelle Empfehlung dieses Machwerkes, welches den Stempel des Unruh'schen Geistes so sichtbar an sich trägt, daß die Gerichte beinahe ein Jahr lang brauchten, ehe sie überzeugt werden konnten, daß das in dieser Beziehung sehr „liberale" Reichsstrafgesetzbuch nicht direkt verletzt sei. Wir gratuliren dem „Tageblatt" zu dieser Kraftleistung „im Interesse der öffentlichen Moral". Und wohl auch zu einem kleinen — Cadeau'chen, Herr Hüttner?

— Blüthen des Militarismus. Unsere Leser werden sich noch erinnern, daß vor 1½ Jahren bei einer militärischen Uebung auf der „Mainspitze" Projektile und sonstige Schießgefäße in großer Anzahl in das gegenüberliegende Dorf Kostheim geschleudert wurden und dort eine solche Verheerung anrichteten, daß dessen Bewohner sich plötzlich in ein von feindlichen Truppen attaquirtes Heerlager versetzt glaubten. Die von militärischer Seite eingeleitete Untersuchung nach der Ursache dieses „Bombardements im Frieden" hat, wie man hört, große Stöße von Akten aber keine Schuldigen zu Tage gefördert, und man scheint sich sogar der Pflicht enthoben zu glauben, den Bewohnern von Kostheim eine Entschädigung leisten zu müssen. Daß die hessische Regierung zum Schutze der hessischen Unterthanen erfolgreiche Schritte bei dem preußischen Militärfiskus unternommen, davon läßt sich gleichfalls nichts merken, und so bleibt den Geschädigten keine andere Wahl, als die Gerichte anzurufen. Diesen Weg haben nun einige Personen betreten, darunter der Vater eines jungen Mädchens, das derartig verletzt wurde, daß man lange ein Wiederaufkommen bezweifeln mußte. Diese letztere Klage, die schon in nächster Zeit vor den Mainzer Gerichten zum Austrag kommt, dürfte dem Militärfiskus allerdings ziemlich theuer zu stehen kommen, indem von den beeidigten Gerichtsärzten ein Gutachten erstattet wurde, welches dahin sich ausspricht, daß das junge Mädchen durch die erlittenen Verletzungen dauernd seines Gehörs verlustig sei. Die von dem Kläger beantragte Entschädigungssumme von 16,000 Mark erscheint nach Lage der Dinge durchaus nicht zu hoch gegriffen, und es ist zu wünschen, daß die Gerichte in solchen Fällen die Entschädigungen nicht zu knapp bemessen. Freilich kann auch die höchste Entschädigungssumme nicht wirklichen Ersatz für eine derartige Körperschädigung bieten, und für die ausgestandene furchtbare Angst bei dem Friedensbombardement kann man die Betroffenen auch nicht schadlos halten. Zudem hat die resultatlose Untersuchung wieder einmal zur Genüge bewiesen, daß der Militärstaat sich wenig um Gut und Blut seiner Angehörigen scheert und sie der Ungeschicklichkeit und frivolen Fahrlässigkeit seiner Werkzeuge schonungslos preisgiebt.

— Soldatentod. Aus Brieg wird unter'm 5. Februar geschrieben: „Am Freitag früh stürzte sich ein Soldat des 51. Regiments in die Oder und fand bald den gesuchten Tod. Schwermuth scheint das Motiv zur That gewesen zu sein." Schwermuth — in den besten jugendfrischesten Lebensjahren — natürlich! Unsere Soldaten suchen den Tod aus Furcht vor dem Leben — demjenigen Leben, das ihnen das „Vaterland", dessen „Stütze und Stolz" sie sind, in den Kasernen und auf den Exerzierplätzen gönnt.

— Beitrag zur Unfall-Statistik. Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat Dezember v. J. zur Anzeige:

27	Unfälle,	welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben,
5	„	in Folge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben,
24	„	welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden,
358	„	mit voraussichtlich nur vorübergehender Invalidität.
Sa. 414	Unfälle.	

Von den 24 Todesfällen treffen 7 auf Zuckerfabriken, 3 auf Mahlmühlen, 2 auf Oelfabriken, je einer auf eine Brauerei, Papierfabrik, Brennerei, Schneidemühle, Schwelerei, Brotfabrik, Maschinen-Reparatur-Anstalt, Destillation, Superphosphat- und Chemikalienfabrik, Porzellanfabrik, einen Landwirthschaftsbetrieb, Dampfdreschmaschinenbetrieb, Steinbruch, ein Baugewerk und eine Arbeiter-Vereinigung behufs Löschens und Entladens von Kohlenschiffen; von den 5 lebensgefährlichen Beschädigungen je eine auf ein Baugewerk, eine Mahlmühle, Schneidemühle, Maschinenfabrik und Preßhefen- und Spiritusfabrik; von den 24 Invaliditätsfällen 6 auf Zuckerfabriken, 3 auf Brauereien, 2 auf ein Puddel- und Walzwerk, je einer auf eine Blechwaarenfabrik, Papierfabrik, Brennerei, Mahlmühle, Waggonfabrik, Weberei, Spinnerei, Oelfabrik, Maschinenfabrik, Holzrouleauxfabrik, einen Steinbruch, Landwirthschaftsbetrieb und combinirten Mahl- und Schneidemühlenbetrieb.

— Von der Maffia in Sizilien werden unsere Leser schon gehört haben; dieselbe ist eine Verbindung von Leuten, die unaufhörlich mit der Regierung und den Gesetzen in blutigem Kriege leben und deren die Behörden durchaus nicht Herr zu werden vermochten. Nach den im Parlamente gegebenen Schilderungen der italienischen Minister sollten die durch die Maffia erzeugten Zustände auf der schönen Insel im Mittelmeere eine der korsischen Vendetta (Blutrache) ähnliche Erscheinung sein. In neuester Zeit gewinnt noch die Meinung an Gewicht, daß es sich hier um eine soziale Erhebung handelt. Das sizilianische Volk wurde allmälig von den zu seinem Schutz und der Förderung seiner Interessen Berufenen, das heißt von seinen Regierungen, vom Genuß der Güter, mit dem die Natur es beschenkt, hinweggedrängt. Das arme Volk hat in seinem stetig überhand nehmenden Elend jedes Vertrauen in die, oder überhaupt in eine Regierung verloren; die jetzige, welche ein Licht im Verhältniß zur Finsterniß der bourbonischen Wirthschaft darstellt, kommt verbessernd mit guten Absichten, die sich in Verbesserung der Gerichtspflege, Wegebau ꝛc. Luft machten, post festum (zu spät). Ja man darf sagen, daß wenn die Regierung mit dem Zauberstab einer Fee ausgestattet, augenblicklich zur Wirklichkeit machen könnte, was sie verspricht, sie dennoch nichts erreichen würde; die Dolche und Kugeln der Maffia sind eine düstere, großartige Logik aus Geschehenem, vor welchem alles Uebrige nunmehr in Schweigen versinkt. Die Maffia als einen Cooperativverband von Banditen aufzufassen, wird sich demnach mehr und mehr als Irrthum herausstellen. Die italienische Regierung erntet in Sizilien, was ihre Vorgänger und sie selber gesäet, und was der schließliche Lohn aller Regierenden sein muß, deren vornehmstes und eifrigstes Streben nicht auf die materielle Wohlfahrt und die wissenschaftliche Erziehung des Volkes gerichtet ist.

— Die Folgen der ganz unüberlegten und zwecklosen Demonstration in Kasan treten jetzt in dem am 30. v. Mts. begonnenen Processe zu Tage. Die Angeklagten bestätigen nur das über den Vorgang schon früher bekannt Gewordene, ohne irgend etwas wesentlich Neues hinzuzufügen, namentlich, daß eine rothe Fahne mit der Inschrift „Land und Freiheit" entfaltet und daß eine Anzahl von Polizeibeamten mißhandelt wurde. Nach der Entfaltung der Fahne zog eine Dame, eine Blondine, mit aufgelösten Haaren, der dicht gedrängten Schaar voraus und rief: Vorwärts, folgt mir! Diese Dame war die Kaufmannstochter, die Israelitin Felicia Issakowa Scheftel. Außer ihr sind noch angeklagt die Edelmannstochter Barbara Konstantinowa Iliaschenko, Hörerin der weiblichen medizinischen Kurse, die Beamtentochter Lydia Wassiliewa Nikolakajewskaja und die Majorstochter Sofia Iwanowa, ferner die Studenten der medizinisch-chirurgischen Akademie Gerwassi, Bibergall und Gurowitsch, der Student des Wegbau-Instituts Nadeshdin, der Schüler der kaiserlichen Akademie der Künste Popow, drei persönliche Ehrenbürger, drei Kleinbürger und drei Bauern. Aus den Verhandlungen ist durchaus nicht zu erkennen, ob die Demonstranten irgend einen groß angelegten Plan verfolgt haben. Die meisten derselben behaupten, nur zufällig auf den Platz gekommen zu sein und leugnen jede Gewaltthätigkeit gegen die Polizei. Nach einigen Zeugenaussagen wußten selbst die Anwesenden gar nicht, um was es sich eigentlich handelte. So erklärte ein Zeuge, daß ihm ein anwesender Stadtwächter auf die Frage, was los sei, geantwortet: „Die Studenten revoltiren." „Sind sie betrunken?" „Nein." „Weshalb revoltiren sie?" „Ich weiß nicht." Sehr bezeichnend ist die Aussage eines Zeugen, daß er unter den Demonstranten „polnische Typen" bemerkt habe; als man demselben die Angeklagten zeigte, behauptete der Zeuge jedoch, daß diese „mehr russisch" seien. Das brutale Verfahren der Polizei charakterisirt am besten die Aussage eines Zeugen mit Namen Rubalowsk. Auf die Frage eines Anwalts, welchen Eindruck es auf den Zeugen machte, als er die Verhaftungen sah; ob man solche Personen festnahm, auf welche speziell hingewiesen wurde, oder ob man dabei einfach nach dem Aussehen verfuhr, d. h. ob man solche nahm, die mehr dem Typus der studirenden Jugend entsprachen, antwortet der Zeuge: „Ja, nach dem Typus." Zeuge erinnert sich eines Vorfalls. Als eine Frau abgeführt wurde, versetzte ein junger Mensch demjenigen, welcher die Frau führte, einen Schlag. Alsbald wurde auf den jungen Mann eingehauen und er fiel zur Erde. Man richtete ihn bei den Haaren auf und führte ihn in's Polizei-Bureau ab. Das Schicksal der unglücklichen Leute ist natürlich im Voraus bestimmt. Hoffentlich läßt sich die revolutionäre Jugend in Rußland diese Affaire zum abschreckenden Beispiel dienen.

Correspondenzen.

Ottensen. (Verspätet.) Donnerstag den 25. Januar fand hierselbst eine außergewöhnlich stark besuchte Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die engere Wahl zwischen Beseler und M. Stöhr." Als Referenten waren die Herren Professor Beseler, Max Stöhr, A. Geib und R. Praast aufgestellt. Herr Professor Beseler hatte es aber für gut befunden, sich durch einen Brief zu entschuldigen, in welchem denn auch verschieden Gründe angegeben waren, weshalb er nicht in dieser Versammlung sprechen könne. Einer der Gründe war der, daß es ihm so lange die Arbeiter noch ihren „Führern" nachliefen, nicht möglich sei, in derartigen Versammlungen aufzutreten. Weil aber Stöhr an diesem Abend in einer Versammlung in Süllfeld sprechen mußte und Geib durch Krankheit zu erscheinen verhindert war, blieb, nur Praast als Referent übrig, der sich denn auch zur rechten Zeit eingefunden hatte und seine Aufgabe in zufriedenstellender Weise erledigte.

Praast äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Wenn die Sozialdemokratie in allen Orten so dastände, wie hier in Ottensen, so könnten wir zufrieden sein. Die sozialistische Idee werde sich Bahn brechen, und die Zukunft gehöre ihr. Redner legte klar, wie eine jede Partei, nachdem sie anfing stark zu werden, allen möglichen Verfolgungen ausgesetzt gewesen sei. So war es früher mit der liberalen Partei ebenfalls. Man warf derselben vor, sie wolle das Eigenthum abschaffen und sonstigen Unsinn mehr; nachdem sie aber das Heft in die Hand bekommen, schleudert sie ihrerseits der Sozialdemokratie dieselben Vorwürfe

Herr v. Puttkammer.

II.

(Schluß.)

Als wir diese Gründe fanden, da drängte sich uns ein lebhafter Protest gegen die Competenz „Königlicher" Behörden in einer Angelegenheit auf, in der die beleidigte Majestät eine so große Rolle spielt! Wir fragten uns, würden demokratische Behörden ebenso geurtheilt haben, würde das Bestehen auf Gesetz und Recht auch im demokratischen Volksheere als eine Ungeheuerlichkeit, als Geisteskrankheit aufgefaßt werden? Wir mußten die Fragen verneinen und indem wir aus dem Material das entfernten, was Tendenz als Felsblöcke hinzugewälzt, blieb von dem ganzen Berge nur Geröll übrig, mit dem zu beschäftigen — höchstens der Injurien-Richter ein Interesse hätte.

Das Gutachten Höppners wird zerpflückt; ein Unsinn sei es, so findet das Gericht, geisteskrank und doch nicht wieder geisteskrank zu sein! Aber kann man nicht den Spieß umkehren? Scharfsinn bis zu rabulistischer Spitzfindigkeit, im Gesetze wohl bewandert und doch geisteskrank zu sein, das erscheint uns noch unnatürlicher — aber es ist gesetzlich! Freilich wird bei Herrn v. Puttkammer bei allem Scharfsinn auch Schwachsinn behauptet, aber, wie wir gezeigt, nur behauptet. Wenn ein Advokat, wie v. Puttkammer es gethan, das Gesetz stets in seinem Sinne auslegt, dann ist das kein Schwachsinn, sondern ein völlig erlaubtes Verfahren. Herr v. Puttkammer aber vertrat sich in seinem Prozesse selbst. Kein Prozeß ist angeführt, in dem die behauptete Schwäche des Urtheils nachgewiesen worden, und so lange dies nicht geschehen, sind wir wohl berechtigt, seine Beschwerden in den Militär-Conflikten und in der Vermögens-Affaire sowie seine geharnischten Proteste gegen seine zweimalige Internirung als begründet anzuerkennen und seine Erfolge in der Pensions-Affaire, die Abweisung des Kriegsministeriums mit seiner Klage wegen Führung falscher Titel, die nochmalige Ausfertigung einer contrasignirten Kabinets-Ordre, die schließliche Anerkennung des Petitionsrechts an allerhöchster Stelle nicht als die Folgen seines Schwachsinns, sondern als Triumphe seiner unbeugsamen Energie und seines juristischen Scharfsinns aufzufassen.

Welcher Mensch vermag die Folgen seiner Handlungen stets zu überlegen. Er kann hundertmal falsche Schlüsse ziehen und braucht doch nicht geisteskrank zu sein. Und hier liegt, wenn wir das ganze Material sichten, thatsächlich nichts anderes vor, als daß v. Puttkammer in seinen Anklagen bitter geworden, vielleicht auch einmal irrthümlich eine falsche Adresse gewählt! Aber er soll ja auch an Selbstüberschätzung gelitten haben! Wir haben schon gezeigt, daß wir bei Herrn v. Puttkammer nur eine falsche Vorstellung gefunden haben und zwar die Annahme, die getreuen Räthe der Krone hätten Furcht vor einer Anklage wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte und vor der Macht der Presse. Aber wenn Herr v. Puttkammer hier wirklich zu einer falschen Annahme gelangt, darf sie als Beweis seines Blödsinns gelten? Hat seine Affaire übrigens Europa noch nicht erschüttert, so ist sie doch schon weit über die Grenzen Deutschlands hinausgedrungen und wir können gerade nicht sagen, das Deutschland dabei gewonnen hat.

Wäre Herr v. Puttkammer nicht aus dem Irrenhause entflohen, er gehörte noch heute zu den Lebendig-Todten. Er lebt jetzt in Zürich und während die deutschen Behörden ihn noch als blödsinnig betrachten, haben die schweizerischen ihn als einen durchaus gesunden Menschen erkannt.

Ueber sein Leben in Zürich haben wir die besten Nachrichten empfangen. Jedermann rühmt seine Liebenswürdigkeit und sein bescheidenes Wesen, doch ist er auch jetzt noch nicht von der Ueberzeugung zurückgekommen, daß ihm schmähliches Unrecht geschehen, daß man ihn widerrechtlich internirt, ihn im Vollbesitz des gesunden Menschenverstandes für blödsinnig erklärt und in ein Irrenhaus gesperrt hat. Er hatte eine Petition dem Reichstage unterbreitet, in der er seine Schicksale geschildert und um eine Untersuchung gebeten. Sie hat keine Gnade vor der Petitions-Commission gefunden, doch sind Liebknechts Vorstellungen nicht ohne Eindruck geblieben. Herr v. Puttkammer soll sich von competenten Aerzten untersuchen und seine Gesundheit constatiren lassen. Dann will man weiter mit ihm verhandeln. — Faktisch existirt nun aber gar kein Curatel, es ist kein Curator, kein Vormund bestellt, kann auch nicht bestellt werden, da sich Herr v. Puttkammer im Auslande befindet. Was die „competenten Aerzte" betrifft, so lassen notorisch die preußischen Gerichte Atteste von ausländischen Aerzten nicht gelten. Atteste aus der Schweiz hätten somit keine Gültigkeit. Würde Herr v. Puttkammer wieder klagen, dann müßte er, was seinen Gegnern ganz recht wäre, wieder anerkennen, daß er blödsinnig gewesen. Ob sich das bisherige Verfahren anfechten läßt? Die Competenz des Berliner Kreisgerichts läßt sich anfechten, Lehnert fungirte, da der Ehefrau die Bezeichnung eines Arztes nicht zustand, nicht competent, drittens wäre noch der Umstand zu beachten, daß die Gattin des Herrn von Puttkammer im ganzen Verfahren nicht gehört worden. Wir wagen indeß kein bestimmtes Urtheil abzugeben, bitten aber unsere juristischen Freunde, mit ihrem Rathe nicht zurück zu halten.

Die Angelegenheit ist durch unsere Veröffentlichungen in Fluß gekommen. Wir hoffen, daß es Herrn v. Puttkammer trotz aller Schwierigkeiten nun doch gelingen wird, sein Recht zu erlangen, das ihm so lange beharrlich verweigert worden.

C. Lübeck.

— Tout comme chez nous (Alles wie bei uns) dachten wir, als wir dieser Tage in einer nationalliberalen Zeitung Folgendes lasen: „Ein französisches Blatt übersetzt ein türkisches Kriegslied, das einen Ulema, Firzi Efendi, zum Verfasser hat und ein Echo des türkischen Kriegsenthusiasmus sein soll. Es lautet in Prosa: ‚Glücklich durch unsere Religion und durch unseren Staat ist unser Name in Aller Mund, wir sind der Gegenstand jeder Unterhaltung. Wir, das kriegerische Volk mit dem stets blutigen Säbel; wir, die Söhne der Helden, selbst Helden. (Dieser letzte Satz wiederholt sich als Refrain nach jeder Strophe.) Der Säbel des Krieges adelt tadelnswerthe Handlungen

entgegen. Die Liberale Partei sei für Censuswahlen, damit keine Arbeiter in den gesetzgebenden Körper hineinkämen. Pflicht eines jeden Arbeiters sei es aber, dahin zu wirken, daß die Arbeiter in jedem gesetzgebenden Körper vertreten seien. Die Wissenschaft und die Arbeiter müßten Hand in Hand gehen, wie dieses schon Lassalle gesagt habe, und müßten dann dahin streben, daß nur Männer in den gesetzgebenden Körper kämen, die ganz und voll die Interessen der Arbeiter vertreten. Mögen die Besitzenden wählen wen sie wollen, die Arbeiter aber müssen Solche wählen, die die Interessen der Arbeit vertreten, und einen Solchen hätten die Arbeiter Ottensens in dem Maschinenbauer Max Stöhr gefunden. Es sei deshalb Pflicht eines jeden Arbeiters, bei der Wahl für diesen Mann einzutreten.

Hierauf stellt ein Herr Lisenberg die Frage, ob Stöhr nicht anwesend sei. Als dieses verneint wurde, erhält derselbe das Wort, indem er seine Freude darüber ausspricht, schon einmal gegen Herrn Praast in einer Versammlung aufgetreten zu sein. Redner sucht verschiedene Punkte, die von Praast angeführt waren, z. bekritteln; u. a. hielt er sich darüber auf, daß Praast die Sozialdemokratie mit dem Christenthum verglichen habe, und führte aus, daß beide wohl nicht miteinander zu vergleichen seien, indem Jesus ein Bote des Friedens gewesen, wogegen die Sozialdemokraten, nach seiner Meinung, Boten der Vernichtung seien. (Heftiger Widerspruch.) Ferner wäre die liberale Partei für die Interessen des Volkes eingetreten und hätte die geistige Freiheit dem Volke mit erobern helfen. Freilich habe Praast gesagt, die Arbeiter müßten auf dem Wege der Wissenschaft vorgehen, aber nach seiner Meinung müsse man zuerst Bildung in das Volk bringen, damit es auch solche schwerwiegende Fragen, wie die soziale es sei, begreifen könne. Auf die Frage, ob denn die liberale Partei auch das durchgeführt habe, was sie früher auf dem Programm gehabt, antwortet Herr Lisenberg, daß man auch oftmals mit Abschlagszahlungen vorlieb nehmen müsse. Nachdem Redner noch verschiedene Punkte aus den Ausführungen des Herrn Praast berührt hatte, fragt er, welche Errungenschaften denn die Sozialdemokratie aufzuweisen hätte und, wenn die Sozialdemokratie auf rein wissenschaftlicher Basis beruhe, warum dann nicht mehr hervorragende Männer sich unter derselben befänden. Zum Schluß erwähnt Redner, die Sozialdemokraten mögen doch die Gesetze besser studiren, damit sie nicht immer mit denselben in Conflikt gerathen, die Polizei verfahre oftmals noch sehr milde (!?).

Herr Praast, der hierauf das Wort nimmt, bedauert zunächst, daß Herr Lisenberg sich gleich wieder als Denunziant gekennzeichnet habe, indem er der Polizei den Vorwurf mache, zu milde zu verfahren. Betreffs der Frage, weshalb denn nicht mehr hervorragende Männer unter den Sozialdemokraten sich befanden, erklärt Praast, daß Bamberger schon die Antwort auf diese Frage gegeben habe, indem dieser bei einer Gelegenheit gesagt habe, daß sich in keinem Lande mehr Sozialdemokraten unter den hervorragenden Männern befinden als in Deutschland. Auf die Frage, was denn die Sozialdemokratie für das Volk gethan hätte, wird von Praast bemerkt, daß dieselbe den politischen Sinn des Volkes geweckt habe, damit auch in den untersten Schichten der Bevölkerung die Verbesserung der gesellschaftlichen und politischen Zustände angestrebt werde. Schließlich bemerkt Redner noch, daß wir keine Revolution machen wollen und können, sondern auf dem Wege der Wissenschaft zu unserm Ziele gelangen wollen.

Es wird hierauf eine Redezeit von 10 Minuten angenommen. Kottkamp aus Hamburg fordert hiernach auf, sich lebhaft an der Wahl zu betheiligen.

Heerhold, der hierauf das Wort ergreift, erwidert Herrn Lisenberg, er hätte es nur auf die Führer der Sozialdemokraten abgesehen und die Prinzipien derselben beiseite gelassen. Im großen Ganzen sehe Redner dies nur als ein Wahlmanöver an. Wir werden uns aber nicht irre machen lassen und ruhig auf die Schriften Lassalle's weiter bauen.

Lisenberg, der noch zu einer Bemerkung das Wort nimmt, bedauert, daß man ihn als Denunziant angesehen habe; er habe die Sozialdemokraten nur warnen wollen, weil sie oftmals vorsichtiger vorgehen könnten, und wünscht in acht oder vierzehn Tagen in einer Versammlung mit Praast eine Disputation einzugehen. Als Tagesordnung möge man „Die sozialistischen Führer und ihre Presse" nehmen.

Praast freut sich, mit Lisenberg ein solches Gefecht ausführen zu können, und wünscht, die Versammlung möge sich ebenso taktvoll benehmen, wie es die heutige gethan habe.

Hinr. Molkenbuhr, } Schriftführer.
Julius Schmidt, }

Iserlohn. (An die Parteigenossen im Wahlkreise Altona-Iserlohn.) Der Wahlkampf ist beendigt. Wir haben eine Schlappe erlitten. Wir haben weniger Stimmen erhalten, wie vor drei Jahren. Es ist ein hartes Bekenntniß gegenüber den glänzenden Resultaten der Parteigenossen im übrigen Deuschland. Fragen wir uns nun, welches sind die Ursachen, daß wir hier weniger Stimmen erhalten haben, als bei der vorigen Wahl, so ist darauf vieles zu antworten. Zum allergrößten Theile war der Lokalmangel in Iserlohn daran schuld. Hier, wo der Heerd der Partei für unsern Wahlkreis sich befindet, war lange Zeit kein Lokal zu haben, es konnten darum auch keine Versammlungen stattfinden. Und auch unsere hiesige Lokalpresse leistete alles mögliche gegen uns, worin sich der „Iserlohner Kreisanzeiger" besonders auszeichnete. Einige eifrige Parteigenossen ließen kein Mittel unversucht, um ein Lokal zu bekommen, erst in der zweiten Hälfte des Monats Oktober vor. Js. gelang es ihnen, einen Wirth dahin zu bringen, daß er uns sein eben erst fertig gestelltes Lokal zur Verfügung stellte. Von der Zeit an haben wir erst regelrecht agitiren können. Herr Tölcke mußte indeß auch den Wahlkreis Dortmund bearbeiten und so konnten wir nicht viel Versammlungen abhalten, was uns ebenfalls bedeutende Stimmenverluste bereitet hat. Die Land- und theilweise auch die Fabrikbevölkerung in den kleinen Städten steht unseren Fragen gänzlich theilnahmlos gegenüber, da können wir nur durch unausgesetzte Aufklärnng in Versammlnngen wirken; das konnte aber bei letzter Wahl nicht geschehen. Unsere Gegner haben ferner kein Mittel unversucht gelassen, um uns auf alle mögliche Art zu schädigen und in unseren eigenen Reihen Unordnung zu bringen. Und leider giebt es noch immer unter den Arbeitern verkäufliche Seelen. Wie schon oben gesagt, haben wir erst seit Kurzem in Iserlohn ein Lokal zu unserer Verfügung. Aber dieses Lokal wird uns wieder verloren gehen, wenn wir hier nicht fest zusammen halten und keine Versammlung mehr abhalten. Bedenkt das Genossen!

Parteigenossen! Unser Prinzip, unsere Grundsätze stehen fest, an denen läßt sich nicht rütteln, sondern sie werden sich doch endlich (wenn wir nicht lässig sind) trotz aller Anfeindungen Bahn brechen und den Sieg erringen. Wir dürfen deshalb auch vor einem augenblicklichen Verluste nicht zurückschrecken, sondern müssen suchen die Position wieder zu gewinnen. Und das kann nur durch unausgesetzte energische Agitation geschehen.

Genossen! Wir wissen wohl, daß Maßregelungen an der Tagesordnung sind, daß auch hier die Ueberzeugung zum Verbrechen gestempelt wird, aber darum laßt Euch nicht abhalten. Wir verlangen nicht von denen, welche Maßregelung zu fürchten haben, daß sie öffentlich auftreten, aber im Geheimen kann man auch viel wirken, und das können Alle.

Deshalb ergeht an alle Genossen im ganzen Wahlkreise der Ruf: „Haltet Fühlung mit uns", sucht unsere Parteipresse und unsere Schriften überall zu verbreiten. Alsdann werden wir eine tüchtige, energische und erfolgreiche Agitation betreiben können. Und dann werden wir bei der nächsten Wahl ein ganz anderes Resultat erzielen.

Den Iserlohner Genossen erlaube ich mir den Vorschlag zu machen, bis zum Congreß einen „Broschüren-Verein" hierorts zu gründen, damit unsere Parteipresse „Vorwärts", „Westf. Fr. Presse" 2c. und die sozialistischen Schriften verbreitet würden. Ferner mache die hiesigen Genossen noch darauf aufmerksam, nur in solchen Wirthschaften zu verkehren, wo unsere Parteipresse gehalten wird. Es sind dies folgende Wirthe: D. Keune, am Bach, hält den „Vorwärts" und „Westf. Fr. Presse"; G. Rentzing, Friedrichstraße, hält den „Vorwärts"; Friedrich Brennscheidt, am Neuen Markt, hält „Vorwärts" und „Westf. Fr. Presse". Bei Herrn D. Keune am Bach, wo unser Verkehrslokal sich befindet, sind des Sonntags auch immer Parteigenossen anwesend.

L. K.

Rehden in Westpreußen, 9. Februar. Im Wahlkreise Graudenz-Straßburg sind 6 Stimmen für Herrn Bebel in Leipzig, und zwar sämmtlich am hiesigen Orte abgegeben worden. Wir würden es unbedingt auf die vierfache Höhe der Stimmen gebracht haben, wären nicht zu große Hindernisse zu überwinden gewesen. In unserer Kreisstadt Graudenz erscheint ein liberales Blatt, „Der Gesellige", von welchem in Rehden und Umgegend allein ca. 200 Exemplare gehalten werden. Kurz vor der Wahl brachte nun genanntes Blatt einen schmutzigen Artikel gegen die Sozialdemokratie und lobte den Reichstagsabgeordneten Bieler-Frankenhain über die Maßen. Ferner waren auch von Seiten der Liberalen Posten am Wahllokale aufgestellt, die den Arbeitern die für Herrn Bebel abzugebenden Stimmzettel mit solchen für Bieler umtauschten, indem sie vorgaben, es könnte sonst der polnische Candidat siegen, und daß ein paar Stimmen mehr ja doch nichts in der Arbeiter Lage änderte. Wie diese sechs Stimmen gewirkt, kann man aber daraus ersehen, daß der liberale „Gesellige" die Sozialdemokraten in fast keiner Nummer ungeschoren läßt. Jedoch verfehlt genanntes Blatt, das doch nur den klarsten Unsinn zu Tage fördert, hiermit ganz seinen Zweck, da die arbeitenden Klassen immer mehr bemüht sind, sich mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie vertraut zu machen. Unser Reichstagsabgeordneter, Herr Bieler, ist sogar von einem heilsamen Schrecken ergriffen, und um den Sozialisten auf die Finger sehen zu können, hat er den „Vorwärts" für dieses Quartal abonnirt. Unser kleines Häuflein wünscht dem Herrn gut Glück! Bange machen gilt nicht! denken wir aber. — An Partei-Blättern werden am hiesigen Orte zwei Exemplare des „Vorwärts" und ein „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund" gelesen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Parteigenossen von Rehden.

Essen, 5. Februar. Wie sehr die Thätigkeit des Herrn Hasselmann im Reichstage für das arbeitende Volk auch von den hiesigen Arbeitern anerkannt wird, davon zeugte gestern die massenhaft besuchte Versammlung, in welcher derselbe über das Thema: „Die gegenwärtige Nothlage, und wie ist derselben abzuhelfen", referirte

Redner wies in einer fünfviertelstündigen Rede in klarer und verständlicher Weise, wiederholt durch Beifallsbezeugungen unterbrochen, nach, daß die in Zeiten des Nothstandes von der herrschenden Partei angewandten Mittel zur Beseitigung desselben stets verfehlt gewesen seien. Ein wirklich durchgreifendes und praktisches Eingreifen derselben wäre schon aus dem einfachen Grunde nicht zu erwarten, weil das für die besitzende Klasse hieße, sich den Strick um den eigenen Hals legen, da man hierbei nothgedrungen auf sozialistische Bahnen lenken müsse und — gern oder ungern — ein Stück der sozialistischen Forderungen zu acceptiren genöthigt sei. — Nachdem der Redner noch eingehend die sog. Volksküchen, mit welchen auch die Stadt Essen demnächst beglückt werden solle, behandelt und einer scharfen Kritik unterworfen hatte, erledigte er den zweiten Theil der Tagesordnung: „Wie ist dem Nothstande abzuhelfen? Ein totales Unmöglichmachen dieser fortwährend wiederkehrenden und jedesmal in größerem Maßstabe auftretenden Nothstände sei zwar unter der heutigen Produktionsweise nicht denkbar, dazu bedürfe es einer Radikalkur: Beseitigung der planlosen kapitalistischen Produktionsweise und Ersetzung derselben durch Produktiv-Genossenschaften. Nur hierdurch allein würden die fortwährend wiederkehrenden Handelsstockungen endgültig beseitigt werden. Aber auch momentan wäre die Arbeitslosigkeit und deren nothwendige Folge, der gegenwärtige Nothstand, wesentlich zu heben; allerdings nicht durch „Volksküchen" und „Suppenanstalten", sondern dadurch, daß der Staat gerade jetzt mit Legung von Eisenbahnen, Kanälen, Chausseen u. s. w., deren gerade Deutschland noch viele — und zwar im Interesse der Gesammtheit — bedürftig sei, beginne. Aber gerade in flotten Zeiten habe man Eisenbahnen, Kanäle, Chausseen 2c. in Masse angelegt, während jetzt in dieser Beziehung allgemeiner Stillstand herrsche. Heranziehung der Arbeitslosen zu produktiver Arbeit, die in der Zukunft wiederum dem gesammten Volke zu Gute käme, wäre der einzig richtige Weg zur Hebung des heutigen Nothstandes.

Nachdem dem Redner stürmischer Beifall gezollt worden, sprachen noch die Herren Kuhl und Seelig über dasselbe Thema, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Nachmittags fand sodann ein gemüthliches Arbeiterfest, bestehend in Concert, deklamatorischen Vorträgen und Festrede statt, welch letztere von Herrn Hasselmann gehalten wurde und in welcher er namentlich der Frauen gedachte und sie aufforderte, ihre Kinder im sozialistischen Sinne zu erziehen, damit die spätere Generation eine Generation des Sozialismus werde.

(„Duisburger Freie Zeitung".)

Arnstadt. Die Agitation in unserem zersplitterten schwarzburger Wahlkreise war eine überaus mühevolle, aber trotzdem ließen unsere Parteigenossen den Muth nicht sinken. Schon seit Dezember waren wir bemüht, unsere zahlreichen Dörfchen mit Extrablättern, der „Thüringer freien Presse", mit Broschüren 2c. zu versorgen. Leider sind wir manchmal auf sehr harten Grund gestoßen, jedoch dies konnte uns nicht beirren, immer weiter und weiter zu agitiren; die erlittenen Schmähungen wurden leicht wieder abgeschüttelt. Auch die Unterherrschaft Sondershausen, Greußen, Ebeleben, Schernberg und Alles was d'rum und d'ran hängt, wurde von unserem Parteigenossen Pabst auf's Pünktlichste besorgt, welcher 10 Tage daselbst verweilte. Er hatte damals viel Schwierigkeiten zu überwinden, jedoch stiegen dieselben bei der zweiten Reise vom 1. bis 10. Januar auf das Unglaublichste. Es wurde ihm noch Parteigenosse Küllmer beigegeben; diese Beiden hatten denn im ganzen Distrikt der Unterherrschaft Wahlaufrufe und Stimmzettel zu vertheilen. Die „gebildeten" Herren glaubten, ihr Ländchen sei in Gefahr und arbeiteten uns mit allen Mitteln entgegen. Jedoch trotz all' ihrer Macht waren sie nicht mächtig genug, uns zu hindern, denn ganz erhebliche Resultate unsererseits sind zu verzeichnen. Pabst und Küllmer haben einen sehr schweren Stand gehabt, denn mit Rippenstößen und Fußtritten sind sie traktirt worden, ohne die verschiedenen Schmähungen und Drohungen, die sie sonst noch erduldeten. Hier in Arnstadt freilich durften die Verehrer des Sankt Valentin nicht so extrem vorgehen, denn die Sozialdemokraten sind ihnen aus dem Garne gewachsen, trotz der schändlichsten Verleumdungen des „Nachricht- und Intelligenzblattes". Am 7. Januar hatten wir hier noch eine Wählerversammlung, welche jeder Beschreibung spottete, denn so etwas hat man in Arnstadt noch nie gesehen. Um ½3 Uhr empfingen wir unseren Candidaten W. Bock am Bahnhofe. Die Folge der hier abgehaltenen Versammlung war ein glänzender Sieg für unsere Sache. Das Versammlungslokal, die Marienhöhe, war schon vor unserer Ankunft gedrängt voll. Es waren ungefähr 3000 Menschen dort versammelt, unter denen vorzüglich viele Landbewohner. Unser Candidat W. Bock wurde von der versammelten Menge mit Freuden begrüßt. Parteigenosse Hägerich eröffnete die Versammlung. Gewählt wurde zum Vorsitzenden Carl Hägerich, zum Schriftführer Unterzeichneter. Parteigenosse Bock entledigte sich seiner Aufgabe auf's vortrefflichste. Während des Vortrags wurde er mehrmals unterbrochen durch die stürmischen Bravo's, welche von Zeit zu Zeit laut wurden. Der Schluß des zweistündigen Vortrags endete mit einem donnernden Hoch auf den Arbeitercandidaten Wilhelm Bock aus Gotha. Der Vorsitzende Hägerich forderte hierauf zur Interpellation auf, aber Niemand meldete sich zum Wort. Parteigenosse Winckler empfahl noch nachträglich die Candidatur Bocks und wurde dieselbe einstimmig angenommen. Für den Wahlfonds wurden durch die Versammlung 31 Mark 25 Pfg. eingenommen. Trotzdem die Versammlung einen glänzenden Verlauf nahm und die Begeisterung sehr groß war, so wußten die Herren Liberalen doch einen schweren Druck auf die hiesigen Arbeiter auszuüben, denn das Wahlresultat ergab in Arnstadt bei dieser Wahl nur eine Stimmenmehrheit von ungefähr 100 Stimmen gegen die vorige Wahl. Im Ganzen erhielt unser Candidat W. Bock 1397 Stimmen, sonach 404 Stimmen mehr als vor 3 Jahren. Von Wahlbeeinflussungen können auch wir ein Liedchen singen, denn in verschiedenen Ortschaften existirt nichts weniger als ein geheimes und direktes Wahlrecht. Jedoch dies Verfahren der besitzenden Klasse dem Arbeiter gegenüber ist uns ja bekannt und bedarf weiter keiner genaueren Schilderung. Das Wahlresultat constatirt im Allgemeinen doch ein immer mächtiger werdendes Umsichgreifen der Sozialdemokratie. In Ortschaften, wo man uns früher noch gar nicht kannte, hat unser Candidat schon nennenswerthe Minoritäten erzielt. Wir werden also nicht auf

---

und macht mit dem Blinken seines Stahles die Geschichte erglänzen. Stets zum Kampfe bereit, bietet das Schlachtfeld uns ein Hochzeitsfest. Unsere Existenz ist der Krieg. Wir wissen freudig unser Leben zu opfern. Wir marschiren feurigen Muthes in die Schlacht, wo wir uns glücklich fühlen, den Tod zu finden und Märtyrer zu werden. Wenn wir einig sind, machen wir das ganze Menschengeschlecht von der Erde verschwinden. Der Kriegsstand ist unser Stand. Gott mit uns. Er steht uns bei. Vor uns geht der Prophet. Sie beide lenken unsere Arme. Seien wir von Eifer für unsere heiligen Traditionen beseelt, seien wir gehorsam gegen unsere Führer, aber stets brav und tapfer. Unsere ruhmvollen Vorfahren haben wie Löwen dieses Land erobert. Kommen wir ihnen nach und vertheidigen wir mit dem Säbel das Erbe, das sie uns anvertraut. Mögen Alle diese Wahrheit erfassen, daß wir durch Gottes Willen wieder Söhne unserer Vorfahren.'"

Ulema Firzi Efendi hat in diesem Liede einen solchen (ächten Mords-) Patriotismus, eine solche Begeisterung für das edle Handwerk der „Säbelhelden" zum Ausdruck gebracht, daß mancher unserer deutschen „Schlachtensänger" von ihm in diesen Beziehungen lernen könnte. Aber auch Derjenige, der nicht gerade von Patriotismus und Begeisterung für's Waffenhandwerk trieft, auch wir Sozialisten können aus diesem Liede lernen, daß der türkische Soldat der Ansicht ist, — „der Säbel des Krieges adele tadelnswerthe Handlungen und mache mit dem Blinken seines Stahles die Geschichte erglänzen." Bei uns, in Deutschland, wo die „Intelligenz" und der „Schulmeister" die Schlachten gewinnen, ist der Soldat natürlich anderer Ansicht.

— Wunder der Optik. Ein Wiener Physiker, Namens Dworzack, zeigt jetzt in Deutschland eine junge 18jährige Dame, die vollständig tadellos gewachsen ist und nur den einen Fehler hat, daß ihr, von der Mitte des Leibes an, der ganze Unterkörper fehlt, gerade als ob er mit einem scharfen Instrument abgeschnitten wäre. Das klingt unglaublich, aber ist Thatsache. Der Zuschauer erblickt auf dünner Tischplatte auf einem rothen Sammetkissen nur die lebende Büste erwähnter Dame. Jedem Anwesenden ertheilt das lebende menschliche Bruchstück bereitwilligst Antwort auf jede Frage. Der vierbeinige Tisch steht vollkommen frei; selbst zwischen Tischplatte und dem auf drei dünnen Stäbchen ruhenden Polster bietet dem Blick sich durchsichtiger Raum dar. Hierbei nun entsteht die Frage: wo bleibt der übrige Körper der Dame? und hierin beruht das bis jetzt ungelöste Räthsel der Erscheinung. So viel wir erfahren, hat ein Professor Robinson in London die Erfindung dieser optischen Täuschung gemacht, die mittels Reflektoren hervorgebracht wird. In Hannover, wo das Wunder zuletzt ausgestellt war, hat sich ein „Dorfschullehrer" zu folgendem poetischen Hungerergruß „an Fatimah" — so läßt das Halbmädchen, oder die Mädchenhälfte sich nennen — begeistern lassen:

Tscherkessin ohne Unterleib,
Du herrliche Augenweide,
Du in Hannover gezeigtes Weib,
Erlaub', daß ich dich beneide.

Bis an die Taille sieht Jedermann
An ganz untrüglichen Zeichen,
Daß du ein Weib; doch von da an
Hast du gar nichts dergleichen.

Du hast einen Kopf und einen Hals,
Eine Brust und Arme und Hände,
Dann folgt der Gürtel noch allenfalls,
Dann aber bist du zu Ende.

Und wenn mein Aug' dies Wunder sieht,
Dann denke ich: Um Gottes Willen,
Du hast gewiß keinen Appetit,
Und brauchst ihn auch nicht zu stillen.

Und da dich nie der Hunger plagt
Am Abend, Mittag und Morgen,
So hast du, mit einem Wort gesagt
Durchaus keine Nahrungssorgen.

Ich aber, ich bin ganz complet,
Habe Oberleib und Unter-;
Doch wenn es Mittags zu Tische geht,
So fehlt mir das Essen mitunter.

D'rum muß ich voll Neid dich immerzu
Anschauen als einer derer,
Die innig wünschen: „Ach wär' ich Du!"

Ergebenst Knapp, Dorfschullehrer.

hören zu kämpfen, bis wir endlich St. Valentin, den Schlußmacher, aus dem Sattel gehoben haben.

Mit sozialdemokratischem Gruß

R. Gläser.

Breslau, 21. Januar. Auf dem Armensünderbänkchen saß am 20. d. der Mitarbeiter der „Wahrheit", Genosse Fritz Glogauer, angeklagt auf § 131. (Falsche oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie falsch oder entstellt sind, verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen.) Er soll sich dieser schrecklichen That dadurch schuldig gemacht haben, daß er im Dezember 1874 aus Zürich das Buch „Heinrich Heine's Besuch im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" kommen ließ und unter Billigung des Inhalts verbreitete. Herr Referendar und Reservelieutenant v. Mark hat sich das großartige Verdienst um die Gesellschaft erworben, ihn deshalb zu denunziren, weil nach seiner Meinung die Opposition im Staate nur durch den Staatsanwalt niedergekämpft werden kann. Herr Glogauer vertheidigte sich in längerer Rede selbst, wies zunächst nach, daß eine eigentliche Verbreitung gar nicht vorliege, da er das Buch zugleich mit der Schrift „Daniel in der Löwengrube" für sich und einige Collegen bestellt, den Inhalt also vorher gar nicht gekannt habe. Auch seien in der ganzen Schrift keine Thatsachen, sondern nur subjektive Auffassungen des Dichters zu erkennen, die allerdings eine Majestätsbeleidigung involviren, für die man ihn aber nicht verantwortlich machen könne. Angeklagter will zu den einzelnen Stellen übergehen, weshalb die Tribüne geräumt werden muß. Stück für Stück wies nun G. nach, daß § 131 hier nicht zutreffe, so daß selbst der Staatsanwalt, Herr Warmbrunn, die Richtigkeit der Ausführungen zugestand und nur in einem Punkte, die Versorguug der Invaliden betreffend, die Anklage aufrecht erhält. Dagegen findet der Staatsanwalt in der Verbreitung des Buches das Vergehen des § 110 (Aufforderung zum Ungehorsam) in idealer Concurrenz mit Majestätsbeleidigung und beantragt daher eine Gefängnißstrafe von 9 Monaten. Aus der Stellung des Angeklagten als sozialdemokratischer Redner und Redakteur der „Wahrheit" gehe hervor, daß er dieses Buch, welches lediglich die „hirnverbrannten sozialistischen Lehren in der schmutzigsten Form wiedergebe," nur zu Agitationszwecken verbreitet habe, d. h. in der Absicht, Staatseinrichtungen verächtlich zu machen. Auch habe er gegen den Zeugen v. Mark die Worte fallen lassen: „Warum hätte ich denn sonst das Buch kommen lassen und gratis unter meine Freunde vertheilt?" (Diese Worte erklärt G. für erfunden.) Somit sei erwiesen, daß der Angeklagte eine Majestätsbeleidigung und Aufforderung zum Ungehorsam beabsichtigt und daß er auch falsche Thatsachen verbreitet habe, um Staatseinrichtnngen verächtlich zu machen. — Wieder ergreift Glogauer das Wort und weist zunächst entschieden den Vorwurf zurück, daß der Inhalt des Buches mit den sozialistischen Tendenzen etwas zu schaffen habe und überhaupt in seinem Sinne geschrieben sei. Trotzdem er schon mehr als hundert Reden gehalten habe, sei er noch niemals angeklagt worden, woraus hervorgehe, daß es ihm nicht um Verhetzung, sondern nur um Aufklärung zu thnn sei. Er kämpfe aus wissenschaftlicher Ueberzeugung, werde sich aber mit dem Herrn Staatsanwalt über die Berechtigung der von ihm verfochtenen Theorien auf keinen Kampf einlassen, da hier kein politischer Fechtboden sei. Wenngleich er den Kern des Buches billige, z. B. hinsichtlich der Militärfrage, so billige er doch keineswegs die Form, welche ja allein strafbar gefunden werden könne. Häufig handle es sich um poetische Redensarten, noch häufiger um reine Phantasiegebilde, die Niemand als baare Münze hinzunehmen brauche. Wäre irgend etwas in diesem Buche mit falschen Zahlen oder Trugschlüssen bewiesen, dann allerdings würde die Sache anders liegen. Die Schrift enthalte aber nur subjektive Aeußerungen eines Mannes, der durchaus kein Sozialist, sondern nur bürgerlicher Demokrat sei. Der Dolus könne ihm nirgends nachgewiesen werden, und deshalb bitte er, ihn freizusprechen. Nach langer Berathung des Gerichtshofes wurde das Urtheil verkündet, welches auf Freisprechung lautete. In den Motiven hatte sich der Gerichtshof im Wesentlichen den Ausführungen des Angeklagten angeschlossen.

Volkmarsdorf. Quittung. Einnahme des Kreiscomités für den 13. Wahlkreis. Conferenz Volkmarsdorf 3,84; vom Centralcomité 10,13; v. D. in S. 50,00; Versammlung Taucha 6,68; Versammlung Zwenkau 9,16; Versammlung Zschocher 1,21; Versammlung Schönau 2,22; Versammlung Miltitz 2,70, Versammlung Liebertwolkwitz 3,61; Versammlung Thekla 5,62; do. „Rieder mit den Sozialdem." 4,33; Versammlung Volkmarsdorf 9,95; do. do. „Rieder m. d. Sozialdem." 3,60; Versammlung Schönefeld 5,53; do. do. „Rieder m. d. Sozialdem." 6,45; Versammlung Sellerhausen 7,02; Sammelbogen Nr. 1 2,65; do. Nr. 15 2,05; do. Nr. 25 7,25; Sa.: 144,00. Sollten sich Fehler eingeschlichen haben, so bitten wir, sofort zu reklamiren. Einige der Genossen haben Sammelbogen, die von uns ausgegeben, an das Centralcomité abgeliefert, auch ist aus Versehen 1 Bogen von Stötteritz nach Hamburg gesandt. Mit bestem Gruß Dohne, Vorsitzender. Nagel, Kassirer.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse" in Berlin, Kaiserfranzgrenadierplatz 8a, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung	Mark	1. 50.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849		1. 50.
Bebel, A., Unsere Ziele. 6. Auflage		—. 25.
— — Bauernkrieg		2. —.
— — Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie (1874—76)		—. 30.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus		— 60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.		3 75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848		2. 25
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre		1. —.
— — C. Fourier		—. 30.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. In 5 Lief. à		—. 60.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94		2. —.
Becker, J. Ph., Wie und Wann?		2. 70.
— — Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift. (6 Jahrgänge, 1866—1871)		9. —
Bergmanns Tisch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874		—. 20.
Blos, W., Unser: Preßzustände		—. 20.
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866		—. 50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris		—. 40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793		—. 60.
Borutlau, Religion und Sozialismus		—. 50.
Brake, W., Der Lassalle'sche Vorschlag		—. 50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten		—. 15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager		—. 15.
Bürgerkrieg in Frankreich		—. 25
Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik		—. 15.
Civilehegesetz		1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen		20.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Sievers gegen Vogel v. Falkenstein		1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch. 40 Pf. gebd.		—. 60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lügen und vor Gericht 1871		1. 25.
Die Märtyrer der Commune		—. 30.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen		—. 15.
Dietzgen, National-Oekonomisches		—. 05
— — Die bürgerliche Gesellschaft		—. 10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 5 Kanzelreden		—. 20.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit		1. 50.
Disidentengesetz		—. 20.
Douai, Dr. A., ABC des Wissens für die Denkenden. 2. Aufl.		—. 15.
— — Antwort an den Bekenner des Theismus		—. 10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten		—. 25.
Dulk, A., Nieder mit den Atheisten		—. 25.
Ercarius, J. C., Kampf des großen und kleinen Kapitals		—. 25.
Einkommensteuergesetz		1. —.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte		—. 45.
— — Der deutsche Bauernkrieg		—. 50.
— — Soziales aus Rußland		—. 15.
Erinnerung an Herwegh		—. 10.
Freundt, F., Titanen und Pygmäen		4. 80.
Für die französischen Brüder		—. 15.
Für und wider die Commune		—. 15.
Geib, A., Der Normalarbeitstag		—. 15.
— — Gedichte	geb. broch.	—. 75. —. 50.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft		—. 50.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73		2. —.
— — Nachtrag von 1873—76		1. 20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)		1. 40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich		1. 50.
Gesindeordnung		1. 50.
Gespräch am Kachelofen		—. 50.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)		—. 40.
Hoult, Freie Gedanken (Gedichte)		—. 10.
Heyner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne		—. 60.
Herr v. Treitschke, der Sozialistentödter, und die Endziele des Liberalismus		—. 25.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Association 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit		—. 15.
— — Praktische Emanzipationswinke		—. 15.
— — Die Organisation der Massen		—. 25.
Hilfskassengesetz, 3 Hefte, à 0,15 M.		—. 45.
Hirsch, Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin		—. 15.
— — die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation		—. 20.
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)		—. 50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à		1. —.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung		—. 20.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag		—. 12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Association. Aus dem Französischen übersetzt von Kolosky		1. 25.
König, Schwarze Kabinette		—. 75.
Krasser, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)		—. 05
— — Ceterum censeo (Gedicht)		—. 05.
Kunst und Sozialismus		—. 15.
Lange, Arbeiterfrage		4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage		—. 15.
— — Ueber Verfassungswesen		—. 20.
— — An die Arbeiter Berlins		—. 10.
— — Offenes Antwortschreiben		—. 05.
— — Fichte's Philosophie		—. 25.
— — Arbeiterlesebuch		—. 30.
— — Arbeiterprogramm		—. 10.
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter		—. 15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz		—. 30.
— — Die Feste, die Presse rc.		—. 15.
— — Bastiat Schulze		—. 50.
— — Indirekte Steuern		—. 40.
— — Düsseldorfer Prozeß		—. 15.
— — Düsseldorfer Assisenrede		—. 20.
Leben und Thaten des Generals Jaroslas Dombrowski		—. 75.
Leipziger Hochverrathsprozeß.		3. —.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz		—. 20.
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie		—. 15.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen 2. Aufl.		—. 25.
— — Reichstagsrede 1874		—. 15.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.		—. 75.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)		—. 75.
Lommel, Jesus von Nazareth		—. 30.
— Johannes Huß		—. 30.
Luxus und Corruption. Von O. R.		15.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.		—. 25
— — Das Kapital. 2. Aufl.		9. —
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte		1. 50.
— — Herr Vogt		4. —.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.		1. 80.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.		—. 30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten		—. 60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:		
1. Heft: Gewerbeordnung		—. 25.
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz		—. 15.
— — Kapital und Arbeit		—. 50.
— — Bastille am Plötzensee		—. 60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.		—. 50.
— — Die Lösung der sozialen Frage		—. 40
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?		—. 30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte		—. 40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen		—. 30.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman		3. —
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle		—. 75.
— — Kranke Herzen		1. —.
Photographien: Auer, Bebel, Bracke, Blos, Demmler, Dietzgen, Engels, Feuerbach, Fritzsche, Geib, A. Gögg, Hasenclever, Hasselmann, Heyner, Heß, Herwegh, Hirsch. J. Jacoby, Lassalle, Lange, Liebknecht, Marx, Most, Motteler, P. Becker, Reimer, Rahlteich, Walster, York, Garibaldi, Blanqui, Courbet, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Leo Frankel, Marat Millière, Owen, Raoul-Rigault, Rossel, Baillant rc.; in Visitenkartenformat à		—. 25.
Photographien: Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit) à		—. 25.
— — in Kabinetformat à		—. 60
— — in Groß-Folio (Lassalle, Bebel, Liebknecht) à		8. —.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage		—. 10.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874		—. 25.
Protokoll des Stuttgarter Kongresses 1870		—. 15.
— — des Dresdener Congresses 1871		—. 20.
— — des Coburger Congresses 1874		—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1876.		—. 80
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873		—. 20
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten		—. 25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur		—. 50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes		—. 30.
Prozeß gegen Dr. H. Tauschinski und 31 Genossen in Graz wegen Religionsstörung und geh. soz.-dem. Verbindungen		—. 75.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland		1. —.
Quintessenz des Sozialismus		1. 20.
Rathgeber für Gewerbtreibende.		3. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen		—. 90.
„ Städteordnung		1. 40
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen, 5 Hefte		1. 80.
Rohleder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles		—. 30.
Rüdel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim		1. —.
Sack, Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit		—. 60.
Sauerteig, Für Männerchöre		
I. Bundeslied, 4 stimmig m. Partitur 0,65, ohne Partitur		—. 45.
II. Der wahre Mensch „ „ 0,55, „		—. 40.
III. u. IV. Republik u. d. Arbeitsmann 1,50, „		1. 10.
V. An Michel, 4stimmig m. Partitur 0,75, „		—. 60.
VI Frühlingsgedanken „ „ 0,80, „		—. 60.
VII. Sängermarsch „ „ 1,50, „		1. —.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.		—. 25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage		—. 20.
Schulze, C., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder	geb. broch.	—. 50. —. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten		—. 20.
Sozialistische Theaterstücke.		
Nr. 1: Ein Schlingel (die Rolle zu 5 Expl. M. 1.50) à		—. 35.
Nr. 2: Preßprozesse (die Rolle zu 7 Expl. M. 1.40) à		—. 25.
Nr. 3: Ein Opfer (die Rolle zu 20 Expl. M. 6.—) à		—. 40.
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls		2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Association		—. 10.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich		1. —.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie		—. 40.
Fahlteich, Der Deklamator. Heft 1, 2, 3 à		—. 15.
Verfassung des deutschen Reiches		—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol		—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874		—. 25.
— — für 1875		—. 25.
Volksstaat-Fremdwörterbuch	broch. gebd.	—. 50. —. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen		1. —.
Wagner, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung		—. 15.
Wahre Gestalt des Christenthums		—. 50
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze		—. 20
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften (4 Lief. à 50 Pf.)		2. —.
York, Die industrielle Arbeiterfrage		—. 25
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.		1. 60

Agenturen-Gesuch.

In Folge meiner Thätigkeit für die Wahl Grillenbergers von meinen Arbeitgebern den Herren Ungar u. Schneider entlassen, suche ich Agenturen in gangbaren Artikeln. Ich würde auf Commission, wie gegen Baar beziehen, und bitte Parteigenossen und Freunde unserer Sache, um gefällige Offerten. Aug. Paschold, Maler.

Gräfenthal b. Saalfeld, am Markt.

Briefkasten

der Redaktion. Mai in Mannheim: Der Bericht ist eingelaufen und schon in Satz gegeben. Einzelexemplare der alten Agitationsnummern mit dem Aufsatz: „Was wir wollen" sind nicht mehr zu haben, aber der Beweis, daß sie jahrelang unbehelligt blieben, ist leicht zu liefern. Erforderlichenfalls konnten die betr. Jahrgänge des „Volksstaat" dem Gericht zur Einsicht gegeben werden. — P. in Stuttgart: Mit der Erbschaft hat es allerdings seine Richtigkeit. Nur daß der Betreffende zum Glück noch am Leben ist und hoffentlich auch noch lange bleibt. —

der Expedition. H. L. Halberstadt: Bestellung folgt pr. Nachnahme. Reklamationen auf „B." übergeben der Hauptpost hier.

Der Cigarrenarbeiter **Fr. Fuchs** aus Delitzsch wird zur schleunigen Regelung der Parlamentswahlkassen-Gelder um seine Adresse ersucht. Parteigenossen, welche den Aufenthalt des Fuchs kennen werden gebeten, dessen Adresse an Unterzeichneten zu übersenden. (Porto wird vergütet.)

NB. Noch ist es Zeit, die betreffende Angelegenheit in Güte zu regeln. Adolph Kutzscher, Cigarrenarbeiter, gr. Karlstr. 56, 2. Etage, Ottensen.

Quittung. Exped. d. „Wahrheit" Breslau Ab. 838,84. Küst Saalfeld Ab. 3,00. G. Lnk Pieschen Ab. 15,00. Ptzsch Duisburg Ab. 3,00. Aug. Erb Hamburg Schr. 30,00. Zchrds Hermannstadt Ab. 5,00. Rtr Gelenau Ab. 3,76. Schlch Lüge Ab. 6,50. Mrtz Hanau Ab. 1,60. C. Brtl Mähr.-Schönberg Ab. 8,23. Blumth Amberg Ab. 3,00. Arbeiterverein Altschönefeld Schr. 2,50. Will hier Ab. 2,25. Brns hier Ab. 3,60. Schnzlr Budapest Schr. 4,86. S. Brth Mainz Ab. 80,00. Rdl Zwickau Ann. 3,60.

Wahlfonds.

Von der stenogr. und declamat. Section des Arbeiterbildungsvereins hier 1,50. Von Gesinnungsgenossen d. Willecke 2,00. Zwickau: Von vereinten Kräften durch K. 15,00. Liste 48 d. Sieber 2,25, Liste 35 d. Emil Ulbricht 1,15, Liste 7 d. Bruno Schrader 15,00.

Leipzig. **Gewerkschaft der Holzarbeiter.**

Sonnabend, den 17. Februar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof:

Oeffentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Berathung der Anträge zur Generalversammlung. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet D. V. [70

Mittwoch, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof:

Ausschußsitzung.

Alle am Platz. D. C. [30

Leipzig. **Reichstagswahlcomité.**

Mittwoch, den 14. Februar, Abends ½9 Uhr:

Sitzung

im Arbeiterbildungsverein. [60

Der Vorsitzende und Kassirer des Kreiswahlcomités sind dringend zu dieser Sitzung eingeladen. Der Vorsitzende.

Leipzig. Donnerstag, den 15. Februar, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: „Die Bedeutung der Presse", Vortrag v. B. Geiser. Fragekastendebatte. Der Agent. [70

NB. Die Parteikarten sind vorzuzeigen.

Osnabrück. Donnerstag, den 15. Februar, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Kuhlmann, Altemünze 21:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Verschiedenes.

70] P. Krowiarz.

Ottensen. Montag, den 26. Februar, in Burmeisters Salon:

Arbeiterfest

bestehend in **Concert** und **Ball** und arrangirt von den Sozialisten Ottensens, unter Mitwirkung des Ottenser „Gesangvereins" und des Quartetts „Lassalea". (F. 241)

Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Karten im voraus sind in den bekannten Wirthschaften und in allen Versammlungen zu haben für 1 Herrn nebst Dame 40 Pfennig (Kassenpreis 50 Pfg), Damenkarte à 20 Pfg. [8,60

Das Comité.

Aufforderung.

Alle Diejenigen, welche Photographien von Hakenberger zum Verkauf erhalten haben, werden ersucht, das Geld und die nicht verkauften Photographien an K. Bäumle, Genossenschaftsstr, einzusenden.

Pforzheim, den 8. Febr. 1877. [150

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Sandermann, 296 Division Street.
San Francisco: H. Enz, 413 O'Farrell Street.
London: Bardy, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 20. Freitag, 16. Februar. 1877.

Ein neues Buch!

R. Was haben die armen Reichsfreunde dermalen nicht auszustehen! In Dresden hat laut der „Köln. Zeitung" der königliche Stallmeister sein Personal bei der Reichstagswahl angewiesen, für den purpurrothen Drechslermeister Bebel zu stimmen — im Berliner Geheimrathsviertel wachsen Sozialdemokraten wie Brombeeren — unter'm herrlichen Kriegsheer mehrt sich die Nachfrage nach Lassalle's Schriften, und jetzt wirft gar noch das Verlags-Magazin in Zürich — die Stätte, wo der Reptilienjüngling Mathiä am Setzerkasten faullenzte, bis ihn der Schweidnitzer Patriot Tschischwitz aufschnupperte — ein Buch auf den Markt, dessen Aufschrift schon: **Neue Gedichte** von **Georg Herwegh** (herausgegeben nach seinem Tode)

Dies Volk, das einst aus Cäsar's Schüssel
Und Becher sich so gern erfrischt,
Und sich, wie Mommsen, seinen Rüffel
An Cäsar's Tischtuch abgewischt,

in üble Laune versetzen dürfte. Wohl bekomm's! Dank den Freunden, welche dem Dahingeschiedenen dies Denkmal gesetzt haben. Diese aus alten Zeitungsblättern und vergilbten Manuscripten zusammengetragenen, theilweise auch mit Tinte aus dem neuen „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" geschriebenen Strophen werden ihren Werth behalten und freie Herzen laben und stärken, wenn das „poetische" Gebell gegen den Erbfeind und das Geschrei der Culturkampf-Spatzen längst der überreichlich verdienten Vergessenheit anheimgefallen ist. Den circa 630,000 deutschen Männern, welche für die Candidaten der Sozialdemokratie gestimmt haben, hoffen wir eine Freude zu machen, wenn wir ihnen das prächtige Lied bei dieser Gelegenheit in Erinnerung bringen, das Herwegh im März 1873 für den „Volksstaat" geschrieben:

Achtzehnter März:

Achtzehnhundert vierzig und acht,
Als im Lenze das Eis gekracht,
Tage des Februar, Tage des Märzen,
Waren es nicht Proletarierherzen,
Die voll Hoffnung zuerst erwacht
Achtzehnhundert vierzig und acht?

Achtzehnhundert vierzig und acht,
Als Du Dich lange genug bedacht,
Mutter Germania, glücklich verpreußte,
Waren es nicht Proletarierfäuste,
Die sich an's Werk der Befreiung gemacht
Achtzehnhundert vierzig und acht?

Achtzehnhundert vierzig und acht,
Als Du geruht von der nächtlichen Schlacht,
Waren es nicht Proletarierleichen,
Die Du, Berlin, vor den zitternden, bleichen,
Barhaupt grüßenden Cäsar gebracht
Achtzehnhundert vierzig und acht?

Achtzehnhundert siebzig und drei,
Reich der Reiche, da stehst Du, juchhei!
Aber wir Armen, verkauft und verrathen,
Denken der Proletarierthaten —
Noch sind nicht alle Märze vorbei
Achtzehnhundert siebzig und drei.

Wem geht da nicht das Herz auf?

Und nun legen wir die Feder aus der Hand, um das Buch, das uns grad „warm" aus der Hand des Druckers gekommen, zu Ende zu lesen.

Keiner will der Vater sein.

Im bürgerlichen Leben kommt es häufig genug vor, daß ein Kindlein in die Welt gesetzt wird, von welchem Niemand der Vater sein will.

Aber auch im politischen Leben werden Kinder geboren, die Niemand als sein eigen anerkennen will; sie sind — nach den verschiedenen Ansichten — entweder zu mißrathen, oder zu wild und eigenartig, daß sich der öffentlichen Meinung gegenüber der Erzeuger genirt, seinen Namen zu nennen.

Der jüngste bislang nicht so sehr beachtete Sprößling der Zeitbewegung, der Sozialismus, ist herangewachsen und hat in Deutschland durch seine Verschiedenheit mit den älteren Kindern der Zeit, durch seine Eigenartigkeit das Staunen, den Haß und die Furcht derselben auf sich gelenkt.

Dieses Staunen, dieser Haß, diese Furcht, sie traten auch in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 9. Februar bei Berathung der geheimen Fonds für Preßzwecke hervor.

Alles rief wild durcheinander:

„Wo ist denn dieser so schnell gewachsene, so ungemein kräftig gewordene, rothe Junge denn eigentlich hergekommen?"

Und nun sollte der Vater an's Licht gezogen werden!

Schorlemer-Alst, Richter (Hagen), Graf Eulenburg, Miquel, v. Tschirsky, Wehrenpfennig, Windthorst und Andere mehr eilten zur Redeschlacht — keiner wollte der Vater sein.

Einige sagten, der preußische Staat habe das böse rothe Kind selbst aufgepäppelt in den Zeiten des Conflicts mit der Fortschrittspartei, um dasselbe gegen den Fortschritt aufzuhetzen; wieder andere sagten, der Staat habe keine Schuld, aber die Conservativen, das sind die gemeinsamen Väter und die klerikalen Pfaffen haben ihnen trotz Cölibat bei dem Akte geholfen. Nun aber erhoben sich der Staat, die Conservativen und Klerikalen und protestirten feierlich gegen die Vaterschaft und schrieen: „Wir kennen den wahren Jakob, das heißt den wahren Vater, das ist der Liberalismus, das ist die ganze moderne Wirthschafts-Bewegung, sie haben den rothhaarigen Burschen, den Sozialismus, gezeugt und groß gezogen."

Und so wogte die Redeschlacht hin und her und Keiner wollte der Vater sein; und die Presse führte eine ganze Woche bis auf den heutigen Tag den Kampf fort, protestirte, schimpfte und tobte und nimmermehr will Einer der Vater sein.

Der stramme Bursche aber, der Sozialismus, lacht laut auf über das jammervolle Gebahren und bedankt sich dafür, daß eine von diesen abgemergelten, kraft- und saftlosen Parteien sein Erzeuger sein soll.

Er ist offen genug, seine Eltern zu nennen, er kennt sie recht gut.

Der nüchterne büreaukratische Staat, der bocksbeinige Conservatismus, der faule, dickbäuchige Liberalismus und der augenverdrehende Klerikalismus — sie sind gleich unschuldig an seiner Geburt.

Der Zeitgeist ist sein Vater, die Wissenschaft ist seine Mutter und die Begeisterung ist seine Amme.

Der Fluch, welcher auf der Arbeit ruht und die Noth, sie helfen ihn nähren und unterstützen sein Wachsthum.

Und nun hervor, ihr Gegner allesammt, zu frischem, fröhlichen Kampfe — der Bursche fürchtet sich nicht vor aller Welt und wenn sie voller Teufel wäre: er ist ein legitimes Kind und seine Eltern sind ein gar mächtiges, unüberwindliches Paar!

Die schwarze Sorge

oder richtiger die rothe, die Angst vor dem Sozialismus, rathlose, hilflose Angst beherrscht seit einiger Zeit die Debatten des preußischen Abgeordnetenhauses. Sehr gut und treffend schreibt darüber die nicht sozialistische „Frankfurter Zeitung":

Post equitem sedet atra cura (hinter dem Reiter sitzt die schwarze Sorge — ein Vers des römischen Dichters Horaz) — es vergeht keine parlamentarische Verhandlung, ohne dieses horazische Bild in Erinnerung zu bringen. Mag ein Liberaler oder ein Ultramontaner das Wort ergreifen, mag Camphausen oder Eulenburg in die Debatte eingreifen, hinter jedem Redner aus dem Hause wie vom Ministertische steht die atra cura (die schwarze Sorge) in Gestalt der Sozialdemokratie. Es ist nicht mehr Gespensterfurcht, die auf den Gemüthern lastet, sondern die bestimmte Angst vor einer sichtbaren Gefahr, deren Größe ziffermäßig gemessen werden kann. Aber was thun diese trefflichen Archonten in ihrer Angst? Sie beschuldigen einander in den stärksten Ausdrücken, diese Gefahr großgezogen zu haben, der Eine macht den Andern, wieder ein Anderer Alle mitsammen für das Dasein der Sozialdemokratie verantwortlich — in wahrhaft babylonischer Sprach- und Schimpf-Verwirrung offenbart sich die vollkommenste Rathlosigkeit. In einem Haufen Phrasenspreu findet sich nur ab und zu ein Körnlein Wahrheit, das Vorurtheil überwältigt das Urtheil, die denunziatorische Leidenschaft erstickt die Kritik. Und woher das? Einfach, weil man thörichterweise die Frage stellt und immer wieder repetirt: Wer ist Schuld an der in in so gewaltigem Maße sich entwickelnden Macht der Sozialdemokratie, anstatt zu fragen und zu untersuchen: Was ist Ursache dieser Bewegung, was ihr Kern und was ist's, das sie so schnell und mächtig fördert? So wird, was Gegenstand ruhiger Erwägung sein, was dem Lande zum Heil gereichen könnte, Quelle endlosen Fraktionsgezänks und Veranlassung zur Erregung von Leidenschaften, die das Uebel vergrößern und in immer weitere Kreise tragen müssen. Es ist fürwahr hohe Zeit, daß dieser Art von Behandlung einer weltbewegenden Frage Einhalt geschieht, daß Boden gewonnen wird für die Erkenntniß, daß nicht Personen und Parteien, sondern daß es Zustände sind, in denen die soziale Bewegung wurzelt, und daß diese Zustände es ihr ermöglichen, reiche Nahrung aus den Wurzeln zu ziehen. Windthorst streifte einmal das, worauf es ankommt, mit der Bemerkung, Alles, was arm und unzufrieden sei, der Arbeiter wie der Bürger und Beamte sieht bei der Sozialdemokratie Zuflucht und Rettung, denn was heißt das anders als: Die Sozialdemokratie ist ein Produkt unserer politischen und wirthschaftlichen Zustände! Und daß sie als solches wohlberechtigt ist, daß sie nicht das Werk künstlicher Agitation, ihr also auch mit Mitteln nicht zu begegnen ist, mit denen man Agitationen bekämpfen zu können meint — wie lange wird man sich in parlamentarischen Kreisen noch dieser einfachen Logik verschließen? Prüft doch endlich einmal den Volksgeist auf die Eindrücke, die er von dem System eines verschleierten Absolutismus, von einer Aera der Kriegspolitik, von der Entmannung und Ohnmacht sogenannter Volksvertretungen in sich aufgenommen hat, prüft die materiellen und sittlichen Folgen jener manchesterlichen Volkswirthschaft, welche die Gesellschaft in ihre Atome auflöst und sie als Ganzes negirt, die Staat und Gesellschaft auseinanderreißt, in letzterer den Krieg Aller gegen Alle im Namen der Freiheit und Wohlfahrt proklamirt und den ersteren als Nachtwächter Feuer und Licht zu hüten anweist — prüft dieses Alles und es wird Anderes und Ersprießlicheres herauskommen, als das Stichwort: Ultramontanismus oder Culturkampf, als die Namen Bismarck oder Eulenburg, und nicht Krankheit, sondern Heilung wird man nennen, was als natürlicher Prozeß begriffen und gewürdigt wird. So lange man freilich, wie unsere Parlamentarier, nicht den Willen und den Muth hat, in den Kern der sozialen Fragen einzudringen und in verhängnißvoller Verblendung an der Form der sozialistischen Bewegung haftet, als ob sie sich mit dem Wesen decke, so lange wird man nichts Besseres als schales, unersprießliches Parteigezänk zu Wege bringen und schließlich dahin kommen, den Säbel anzurufen, daß er haue, die Flinte, daß sie schieße. Das Ende mit Schrecken, weil die Geister dem Schrecken ohne Ende erliegen — soll es wirklich Deutschland nicht erspart bleiben? Soll die Sprache der Thatsachen, sollen die besonnenen Mahnworte der Wenigen, die bis jetzt „was davon erkannt", was die Massen erfüllt und treibt, ungehört verhallen? „Gewöhne man sich endlich" — so schließt einer der Letzteren, Schäffle, seine Darstellung der Quintessenz der Sozialdemokratie — „an concretes Denken und Urtheilen in dieser ungeheuren Frage und entziehe man sie dem wüsten Einfluß der Schlagworte, der Vorspiegelungen, der Leidenschaften, der Vorurtheile, der Selbstbelügung und Denunziationen! Sonst gehen darob alle Stände mit der Civilisation zu Grunde." Sonst — wer kann die Verhandlungen der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. d. Mts. lesen, ohne an dieses furchtbare „Sonst" zu denken. Wohin man blickt, Schlagwort, Leidenschaft, Selbstbetrug, nirgends concretes Denken und Urtheilen; als ob der eherne, unerbittliche Gang der Geschichte sich auch durch Parteigezänk und impotente Opposition gegen ein paar Minister aufhalten lasse. Besser fürwahr noch die offene Erklärung des Bankerotts der Staatsweisheit, als diese Wechselreiterei auf einen Kredit hin, der längst nicht mehr vorhanden ist.

Katheder-Sozialismus und wirklicher Sozialismus.

Der sogenannte Kathedersozialismus trägt seinen schönen Namen sehr mit Unrecht. Wenn wir wenigstens nach dem neuesten Buch eines seiner Hauptvertreter, Professor Brentano's „Arbeitsverhältniß gemäß dem heutigen Recht" urtheilen dürfen, so ist er vom Sozialismus so weit entfernt, als z. B. die „Norddeutsche Allgemeine" von der „Berliner Freien Presse" — und in der That hat auch die erstere ihre „volle Uebereinstimmung" mit dem Buch erklärt. Trotz des letzteren Umstandes hat uns das Erscheinen desselben Freude gemacht; denn wir freuen uns immer, wenn uns unsere Gegner öffentlich Rede stehen; in dem Bewußtsein, daß wir, wie sich ein Regierungsorgan zweideutig ausdrückte, „mit Vernunftgründen nicht zu widerlegen sind." Das soll hier auch an dem vorliegenden Buch gezeigt werden.

Brentano spricht von der Entwicklung der Arbeiterfrage, von der wirthschaftlichen Grundlage derselben und von ihrer Lösung. Wir betrachten hauptsächlich den letzten Abschnitt. Hier nämlich präzisirt er seinen prinzipiellen Standpunkt, wobei er folgendermaßen etwa argumentirt.

„Die Geschichte zeigt uns, daß einzelne Völker und Volksklassen gewisse Kulturideen erzeugen, die nach und nach zum Gemeingut aller Völker werden; als das ideale Ziel der Entwicklung der Menschheit wird daher die höchste Vollendung Aller zu betrachten sein. Diese kann in nichts anderem bestehen, als der größtmöglichsten Vollendung jedes Einzelnen. Sie kann daher nie zu einer gleichen Ausbildung Aller, sondern nur zur größten Ausbildung der Anlagen eines Jeden führen. An dem Bestehen von Unterschieden unter den Menschen wird sich daher nichts ändern lassen. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist die Gleichberechtigung aller Gesellschaftsklassen zur Theilnahme an der Kultur. Soll die Menschheit im Ganzen aber jenem idealen Ziele näher kommen, so muß die Kultur fortschreiten. Dies kann nur geschehen bei Ungleichheit der Existenzbedingungen unter den Menschen. Die Sozialdemokraten, welche diese Ungleichheit aufheben wollen, gerathen also in Widerspruch mit jenem Endziel, der höchsten Kultur, und dies setzt ihren Bestrebungen die Grenze."

Ein ganzes Gewebe von Widersprüchen, Unklarheiten und Irrthümern, dessen vollständige Auflösung wir uns ersparen können, wenn wir die Hauptfehler bezeichnet haben. Ganz klar dürfte wohl Niemand der Ideengang Brentano's geworden sein; soviel aber scheint festzustehen: er nimmt ein gewisses, unverrückbares Ziel der Entwicklung der Menschheit an und findet, daß die Sozialisten an demselben scheitern müssen; und zwar, weil die höchste Kultur, welche jenes Ziel ist, nicht erreichbar ist bei der Gleichheit der Existenzbedingungen, welche die Sozialisten anstreben.

Nun an die Kritik!

Hätte Brentano gesagt: ich wünsche die höchste Kultur der Menschen vor allen Dingen; ich halte dieselbe nicht für erreichbar im sozialistischen Staat; ich bin daher ein Gegner der Sozialdemokratie, — so wäre, wenn sich auch gegen die einzelnen Sätze Vieles einwenden ließe, doch der Gedankengang ein logischer gewesen. So verfährt er aber nicht, sondern er sagt: die höchste Kultur ist das Ziel der Entwicklung, an dem nun einmal nichts geändert werden kann; die Sozialen wollen daran ändern, ich aber habe keinen Willen, also kann ich kein Sozialist sein. Er gehört demnach zu den Fatalisten, die bekanntlich vergessen, daß bei der Gestaltung der Zukunft ihr Wille ein maßgebender Faktor sein kann; sie berechnen die kommenden Ereignisse, ohne auf ihren persönlichen Einfluß Rücksicht zu nehmen, und aus dem Resultat, das natürlich die Wirkung dieses Einflusses nun nicht aufweist, schließen sie, daß derselbe vergeblich sein werde. Z. B. wenn Jemand argumentiren wollte, um 12 Uhr 30 Min. geht der Zug nach Potsdam, jetzt ist es zwar erst 11 Uhr, aber der Zug wird ohne mich abgehen; ich will daher nicht zum Bahnhof, denn es wäre ja doch umsonst, so würde man den Mann für verrückt halten, ich kann aber nicht finden, daß sich der Beweisgang Brentano's von diesem sich dem Wesen nach unterscheidet. Ein ganz anderer Fall wäre natürlich, wenn jener Reisende folgenden Monolog hielte: um 12 Uhr 30 Min. geht der Zug ab, ich möchte gern mit, indessen es ist schon 12 Uhr 25 Min., ich muß also bei der großen Entfernung vom Bahnhof darauf

verzichten. Das wäre zwar unangenehm, einwenden ließe sich aber nichts. Wenn Brentano ebenso verfahren wollte, hätte er sagen müssen: ich möchte zwar vor allen Dingen eine möglichst allgemeine Kultur, wenn auch eine weniger auf die Spitze getriebene; soviel ich mich aber auch anstrengen würde, diesen Wunsch zu befriedigen, es würde mir nicht gelingen, weil andere Umstände, welche eine höchste Kultur herbeiführen, unüberwindlich sind; ich muß mich daher, so leid es mir thut, in meinen Wünschen beschränken.

Es fragt sich nun, ob sich nicht für diese Art und Weise der Beweisführung Brentano's noch ein tieferer psychologischer Grund auffinden lasse, ob es wirklich nur Unklarheit ist, die ihn dazu verführt. Wir glauben einen zu finden. Brentano möchte für seinen Antisozialismus gern die Weltgeschichte verantwortlich machen; er hat nicht den Muth, zu sagen: Die sozialistischen Bestrebungen sind zwar berechtigt, ich aber kämpfe offen dagegen, weil ich andere Interessen vor Augen habe; er hat auch keine Lust oder nicht den Muth, sich offen auf unsere Seite zu stellen; er will seine Hände in Unschuld waschen und giebt daher dem Fatum alle Schuld. An dieses Fatum müßt ihr euch halten, Sozialdemokraten, an ihm euch rächen, nicht an mir!

Man könnte nun erwidern: die Art und Weise der Beweisführung Brentano's ist zwar unlogisch, indessen sollten die Sozialisten doch bedenken, ob ihren Bestrebungen nicht unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, die sie beim besten Willen nicht überwinden können. Niemand wird doch einer Sache seine ganze Thätigkeit opfern wollen, die von vornherein mit absoluter Gewißheit, oder selbst nur mit sehr großer Wahrscheinlichkeit als verloren betrachtet werden muß. Wie verhält es sich in dieser Beziehung mit dem sozialistischen Staat? Kann man ihm Lebensunfähigkeit oder rasche Vernichtung im Kampf um's Dasein heute schon prognosticiren? Ehe wir auf diese Frage näher eingehen, müssen wir erst einen anderen Irrthum Brentano's aufdecken, und zwar den wichtigsten.

Die Behauptung, im sozialistischen Staat sei eine Erhöhung der Kultur unmöglich, ist falsch und falsch jeder Satz des Beweises für dieselbe. Brentano's Gedankengang ist folgender: Die Erfahrung lehrt, daß es keinen Fortschritt in der Kultur giebt bei Gleichheit der Existenzbedingungen, wobei er sich auch auf Lange, einen wirklichen Sozialisten beruft. Nun wollen die Sozialdemokraten jede Ungleichheit der Existenzbedingungen aufheben. Also ist in ihrem Staat ein Fortschreiten der Kultur unmöglich. Der Grundfehler dieser Argumentation besteht darin, daß aus Erfahrungen, welche nur in nichtsozialistischen Staaten gemacht worden sein können, auf Zustände in sozialistischen ohne Rücksicht auf die veränderten Bedingungen geschlossen wird. Wenn nun die Umstände, welche dort bei Gleichheit der Existenzbedingungen ein Stillstehen der Kultur zur Folge haben, hier gerade fehlen? Das ist in der That der Fall, wie wir sehen werden. Warum nämlich ist nur bei Ungleichheit der Existenzbedingungen ein Fortschreiten der Civilisation möglich? Weil nur in diesem Falle, wie Brentano meint, es Leute geben kann, welche, materiell unabhängig gestellt, sich höheren Aufgaben, der Wissenschaft, der Literatur, der Kunst widmen und so jenen Fortschritt verwirklichen dürfen. Das ist ungefähr richtig für eine Gesellschaftsordnung, in der sich der Staat um nicht viel mehr bekümmert als Rechtspflege, Militär, Verkehrswesen und Unterricht, und es dem Ermessen und der Willkür der Einzelnen überläßt, ob hier und dort Jemand sich der Wissenschaft u. s. w. ergeben will. Im sozialistischen Staat wird das nicht dem Zufall überlassen bleiben. Da werden von denen, die Lust dazu haben, die Tüchtigsten auserwählt werden, ihr Leben den höheren Berufsarten zu widmen und für den Fortschritt der Kultur zu sorgen. Es tritt also ganz das Gegentheil ein von dem, was Brentano fürchtet. Dieser Fortschritt, bisher nach Brentano abhängig davon, ob ein Reicher eine wissenschaftliche oder künstlerische Thätigkeit ergreifen wollte, wird offenbar um so rascher von Statten gehen, wenn nicht mehr allein aus der geringen Zahl der pekuniär Unabhängigen, sondern aus allen die Jünger der Musen hervorgehen. — Durch den Umstand, daß so viele Reiche ihren von Brentano ihnen auferlegten Beruf nicht erfüllen, sondern nur sehr wenige, läßt derselbe sich nicht irre machen. Er entschuldigt es durch den Hinweis auf das Naturgesetz, nach dem eine Ueberproduktion von Keimen überall stattfinde. Hier zeigt sich wieder der Fatalist. Wir Menschen gehören doch auch zur Natur, haben bei der Anwendung der Naturgesetze ein Wort mitzureden und wollen eben nicht, daß in dem angegebenen Falle eine Ueberproduktion stattfinde.

Man bemerke, daß der angegebene Grund der einzige ist, den Brentano für die Erhaltung der Privilegien der Besitzenden anzuführen weiß. Logischerweise müßte er aber dann auch ganz zufrieden sein, wenn man gleich heute alles Privateigenthum kassirte und nur denjenigen ein größeres Vermögen ließe oder gäbe, welche Professoren, Künstler, Beamte sind oder werden wollen.

Es ist auffallend, daß Brentano nicht eine andere Folge der „Gleichheit der Existenzbedingungen" anführt, welche man oft verkünden hört, um eben jenen Beweis zu führen, daß das Fortschreiten der Civilisation gefährdet sei. Man liest überall die Behauptung, jedes Streben müsse im sozialistischen Staat, in welchem jene Gleichheit besteht, aufhören. Es wäre dies vielleicht richtig, wenn wirklich der einzige und höchste Zweck der Sozialisten auf diese Gleichmachung hinausliefe. Das ist nun keineswegs der Fall. Da aber Brentano immer nur von der Gleichheit der Existenzbedingungen redet, wenn er von den Zielen der Sozialdemokraten spricht, so könnte ein unkundiger Leser annehmen, daß es trotzdem so sei und könnte sagen: Brentano hat zwar in der Art seines Beweises für die Behauptung, daß die Kultur in ihrem Fortschritt gefährdet sei, Unrecht; die Behauptung selbst aber ist richtig. Bei der Widerlegung dieses Einwandes kommen wir auf einen Hauptmangel in Brentano's Auffassung der Arbeiterfrage. Er hat, wie es scheint, nicht die richtige Ansicht über die psychologische Entstehung derselben. Die Grundidee des Sozialismus ist keineswegs, eine absolute Verbesserung der Lage des Proletariats herbeizuführen, sondern eine Verbesserung im Verhältniß zu der Lage der besitzenden Klassen. Das scheidet die bloßen Arbeiterfreunde, zu denen jeder Kapitalist gehören kann und viele auch gehören, von den Sozialisten. Der Trieb, welcher jene bewegt, ist, abgesehen von egoistischen Gründen verschiedener Art, das Mitleid, das Gefühl, welches uns begeistert, ist das der Gerechtigkeit. Wir wollen, daß Jeder nach seinem Verdienst belohnt werde, Ihr wollt höchstens, daß die Arbeiter gut belohnt werden. Der Unterschied ist prinzipiell und deshalb werden die größten Wohlfahrtseinrichtungen und materiellen Verbesserungen doch den Sozialismus nicht ausrotten. Also wir wollen keineswegs die Gleichheit der Existenzbedingungen, wenn man unter diesem dunkelen Ausdruck, wie viele geneigt sein werden, versteht, daß Jeder ein gleiches Leben führt, keine Unterschiede in der Lebenshaltung mehr existiren, sondern wir wollen, daß jeder im Verhältniß zu der Mühe und Arbeit, die er hat, durch Genuß entschädigt werde. Daß eine solche Art der Gleichheit dem Fortschritt der Civilisation nicht hinderlich, sondern im Gegentheil sehr förderlich ist, bedarf keines besonderen Beweises.

Da wir jetzt das Ziel der sozialistischen Bewegung festgestellt haben, können wir auch auf die obige Frage, die damals aufgehoben wurde, zurückkommen, ob man dem sozialistischen Staat Lebensfähigkeit im Kampf um's Dasein mit anderen Staaten vindiciren kann. Fragen wir, was wird gesehen, wenn heute irgend ein Land sozialistisch organisirt wird. Zwei Hauptgefahren würden ihm drohen. Einmal die, von der Coalition der nichtsozialistischen Staaten, die eine Ansteckung fürchten, erobert zu werden, was eine Aufhebung der sozialistischen Einrichtungen natürlich zur Folge hätte; sodann zweitens die Auswanderung zweier wichtiger Faktoren: der guten Köpfe und des baaren Geldes. Gegen die erstere Gefahr giebt es nur ein Mittel, nämlich die internationale Verbreitung der sozialistischen Ideen und Verfassungen, und, wie die Sachen heute stehen, dürfen wir hoffen, daß wir zur rechten Zeit im Besitz dieses Mittels sein werden. Ernster ist die zweite Gefahr. Es steht zu befürchten, daß, noch ehe es zum sozialistischen Staat kommt, die Kapitalisten suchen werden, ihre heimischen Staatspapiere u. s. w. in Gold und Silber ꝛc. zu verwandeln und mit diesem sowie ihren ausländischen Effekten das Weite zu suchen. Dagegen ließe sich nichts machen; zwar würde die internationale Verbreitung des Sozialismus sie bald aus allen civilisirten Ländern vertreiben; nun, dann gingen sie in die halbcivilisirten und schließlich zu den Wilden. Bis sie aber der Sozialismus bei den Niamniam in Innerafrika, oder bei den Paguas erreicht — bis dahin hat es gute Wege. Aber wir brauchen uns deswegen nicht zu ängstigen: der Verlust wäre nicht groß. Der Verlust des Goldes und des Silbers würde nur im Falle einer ungünstigen Handelsbilanz des sozialistischen Staates unangenehm werden. Die Gefahr einer solchen ist indeß bei der besseren, zweckmäßiger organisirten und größeren Summe von Arbeit, welche in ihm geleistet wird, verringert. Im schlimmsten Falle müßten die sozialistischen Einwohner auf gewisse ausländische Produkte verzichten. — Ebenso würden beim Herannahen des Sozialismus Viele auswandern, welche von ihrer geistigen Ueberlegenheit einen ausgiebigeren Gebrauch in Staaten machen können, wo noch Ausbeutungs-Freiheit herrscht, als wo diese beschränkt oder aufgehoben ist.

Nun, auch diese Gefahr können wir abwarten: die Nachtheile, die wir dadurch in Bezug auf Industrie, Wissenschaft und den Wettkampf mit nichtsozialistischen Völkern erleiden könnten, würden durch den Umstand, daß bei diesen viele geistige Kräfte gar nicht aufkommen können, während bei uns keine so leicht durch die Ungunst der äußeren Verhältnisse vernichtet werden kann, wohl reichlich aufgehoben worden. — Soviel wir also sehen und aus diesen Andeutungen hervorzugehen scheint, läßt sich eine sichere, ernste, unabwendbare Gefahr für den sozialistischen Staaat nicht absehen, so daß wir hierdurch nicht abgehalten werden können, die soziale Sache zu verfolgen.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

„Vollkommen schülerhaft, überaus oberflächlich, ja oft ganz unqualifizirbar" nannte Windthorst im preußischen Abgeordnetenhause (Sitzung des 9. Februar) die Weise, in welcher die Tagespresse die Sozialdemokratie behandelt. Er hatte recht, wenn auch der Gegenvorwurf der Getroffenen, er selbst habe sich in seinen Bemerkungen über das Wesen der sozialdemokratischen Bewegung nichts weniger als gründlich gezeigt, nicht ganz aus der Luft gegriffen ist. Die Albernheit, welche die feindliche Presse in ihrer Polemik mit an den Tag legt, wird nur durch ihre haarsträubende Unwissenheit übertroffen. Die stupidesten Mährchen und Schlagwörter müssen seit Jahren herhalten. Sogar der, von der absolutesten Gedankenlosigkeit zeugende Petroleum-Blödsinn wuchert noch so üppig, wie im Sommer 1871. Man sagt: Lügen haben kurze Beine, aber die Dummheit hat leider sehr lange Beine, und wenn die Dummheit die Lüge auf den Arm nimmt, dann läuft auch die Lüge auf langen Beinen. Nun wissen wir zwar, daß der Satz: mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens, nur von Göttern gilt, die ihrer Mutter gegenüber ohnmächtig sind, zum Glück aber nicht von Menschen; und ferner wissen wir, daß mit einem Feind, der Geist und Kenntnisse hat, nicht so leicht fertig zu werden ist, als mit einem, der diese Requisiten nicht hat, allein trotzdem wünschen wir aufrichtig, daß unsere Gegner zunehmen mögen an Weisheit und Verstand; sie würden uns dann wenigstens mitunter eine angenehme Unterhaltung und Gelegenheit zu geistiger Gymnastik bereiten.

— Das heilige Eigenthum. Die „Frankfurter Zeitung" vom 10. d. enthält in ihrem lokalen Theil folgendes „Eingesandt":

„In den „Frankfurter Nachrichten" (Intelligenzblatt) findet sich folgende Lokalnotiz:

„Vorgestern wurde ein Mann, welcher zwei Laibe Brod aus einem Bäckerwagen am Liebfrauenberg gestohlen hatte, hierbei betroffen und festgenommen. Die Festnahme gelang dadurch, daß der Verfolgte in der Töngesgasse stürzte und sich hierbei stark am Kopf verletzte. Da sich herausstellte, daß er mit Frau und Kinder sich in größter Noth befindet und nur, um den Hunger der Seinigen zu stillen, das Brod entwendet hatte, wurde er vorläufig wieder entlassen."

„Dem gegenüber berichten wir als Augenzeugen: Am Montag den 5. ds. Mts., zwischen 10 und 11 Uhr, ging ein anständig gekleideter Mann in der Töngesgasse an einem Brodwagen vorbei. Der eigene Hunger und die große Noth seiner Familie bewogen ihn, sich etwas Brod anzueignen. Er besann sich aber, nahm es nicht mit, sondern legte es auf einen vorbeifahrenden Bierwagen. Der Lenker des Brotwagens mochte dieses entdeckt haben und lief dem davoneilenden Manne nach mit den Worten: Haltet ihn, er hat mich bestohlen. Auf dieses Geschrei stürzte der Nachtarbeiter Seyfried mit einer eisernen Stange aus dem Laden und schlug den Mann zu Boden. Der arme Mann, der arg verwundet war, blieb bewußtlos liegen, das Blut floß ihm aus Mund und

Ein Gegner über Ferdinand Lassalle.

Kreisrichter Dr. Arndt hielt im Essener Gewerbeverein einen Vortrag über Lassalle, dem wir denjenigen Theil entnehmen, welcher über die wissenschaftliche Thätigkeit des bedeutenden Mannes handelt. Der Vortragende sagte:

„Lassalle war von einer glühenden, leidenschaftlichen Seele und einer unbezwinglichen Willensstärke, er besaß eine Beredtsamkeit, in gleicher Weise hinreißend für die Gebildeten, wie die Massen; eine Unerschrockenheit, welche vor keiner Gefahr zurückbebte und ein stolzes Selbstgefühl, welches sich in keiner Lebenslage verleugnete. Derselbe Mann aber, welcher mit Ostentation den Stock Robespierres trug, der Apostel der Arbeiter, verkehrte mit Vorliebe in aristokratischen Kreisen, kleidete sich nach der neuesten Pariser Mode und war stolz darauf, die geschmackvollsten Gesellschaften zu geben. Wie aber auch immer die Beurtheilung seines privaten wie politischen Verhaltens ausfallen mag, so steht doch heute über jeden Zweifel erhaben fest, daß Lassalle gleich groß als Denker wie Gelehrter, gleich groß als Kenner der Philosophie der Griechen wie der Jurisprudenz der Römer, gleich groß in dem innigsten Verständniß der Philosophie der Deutschen wie der Nationalökonomie der Engländer, seinen Namen mit unauslöschlichen Buchstaben in die Annalen der Wissenschaft eingetragen hat.

„Lassalle war ursprünglich für den Handelsstand bestimmt, widmete sich indeß später mit durchschlagendem Erfolge dem Studium der klassischen und modernen Philosophie. Schon als Student gelang es ihm, sich die Bewunderung und innige Freundschaft der glänzendsten Namen deutscher Wissenschaft, Böckh's und Alexanders von Humboldt zu erringen. Mitten in seinen wissenschaftlichen Arbeiten wurde er durch die Bewegung des Jahres 1848, welcher er sich mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seines Wesens hingab, noch mehr aber durch eine Bekanntschaft mit einer hochgestellten Dame gestört, welche für sein ganzes Leben von maßgebender Wichtigkeit wurde. Als Jüngling von 19 Jahren lernte Lassalle die Fürstin Hatzfeld kennen, welche in der unglücklichsten Ehe mit dem Grafen Hatzfeld verbunden war. Aus bisher nicht aufgeklärten Motiven warf sich Lassalle zum Beschützer dieser Dame auf, welche ihm bis an sein Lebensende eine treue und hingebende Freundin geblieben ist. Nach jahrelangem, endlosem Mühen und Prozessiren gelang es Lassalle, der Fürstin ihre Freiheit und ihr Vermögen zu retten. Nachdem der leidige Prozeß beigelegt war, veröffentlichte Lassalle sein erstes großes wissenschaftliches Werk, „Die Philosophie Herakleitos des Dunklen von Ephesos", welches die höchste Bewunderung der Gelehrten erregte. Aus einzelnen Bruchstücken und Zeugnissen anderer Alten hatte er das System dieses merkwürdigen Philosophen zusammengestellt und mit der ihm eigenen Gewandtheit beleuchtet. Trotz des antiken Stoffes trägt das Werk vielfach einen ganz modernen Anstrich. Sechshundert Jahre vor unserer jetzigen Zeitrechnung hat Heraklit gelehrt, daß Nichts in der Welt ist, Alles vielmehr wird, und daß die Erde, wie die Menschheit in einem unaufhörlichen Prozesse des Werdens und Sichentwickelns begriffen ist. Da nun Alles, was ist, im Grunde nicht ist, indem es schon im nächsten Augenblicke ein Anderes wird, so ward auch der einzelne Mensch nicht geschaffen, um für sich zu sein und zu leben. Nicht der einzelne Mensch für sich, nur die Menschheit hat Wirklichkeit; die ganze Ethik, der ewige Grundbegriff des Sittlichen ist daher nach Herklit die Hingabe ans Allgemeine. Dem „Herakleitos" ließ Lassalle sein Hauptwerk „Das System der erworbenen Rechte" folgen, eine wissenschaftliche Schöpfung von bleibendem Werthe, welche vielleicht alle heutigen Rechtscompendien überdauern wird. Selbst Diejenigen, welche die von Lassalle gezogenen Consequenzen nicht gelten lassen wollen (z. B. der Ministerialdirektor Förster, der erste Kenner des preußischen Rechts), gestehen zu, daß sein Werk von einer ungemein tiefen Auffassung der römischen und germanischen Rechtsanschauungen wie von einer Fülle geistvoller und philosophischer Gedanken zeugt. Erworbene Rechte sind solche, auf welche kein Gesetz zurückwirken kann, d. h. welche der Einzelne sich so zu eigen gemacht hat, daß sie ihm ohne seinen Willen niemals, auch nicht durch einen Akt der Gesetzgebung, entzogen werden können. Lassalle zeigt nun historisch und dogmatisch, daß aus innerer logischer Nothwendigkeit kein erworbenes Recht existirt, daß vielmehr Alles, was uns heute als erworbenes Recht erscheint, sich erst im Laufe der Geschichte hierzu entwickelt hat. Die erworbenen Rechte bleiben sich nicht gleich, was bei den Römern als erworbenes Recht galt, war dies nicht bei den Germanen. Der Begriff der erworbenen Rechte ist im steten Wandel und Flusse begriffen. Der alte Römer konnte über seinen Nachlaß verfügen, wie er wollte; er konnte ihn in die Tiber werfen lassen, und seine Kinder hatten kein erworbenes Recht auf seinen Nachlaß, der alte Germane umgekehrt durfte überhaupt nicht über seinen Nachlaß verfügen, da dieser seiner Familie kraft wohlerworbenen Rechtes gehörte. An diese historischen und rechtlichen Ausführungen knüpft Lassalle die Bemerkung, daß der Zug der Weltgeschichte den Begriff der erworbenen Rechte immer mehr einenge, daß die Rechtssphäre des Einzelnen immer mehr und mehr zu Gunsten der Allgemeinheit beschränkt werde.

Hatten der „Herakleitos" und „Das System der erworbenen Rechte" einen streng wissenschaftlichen Charakter im Inhalt nicht minder als in der Darstellung, so beschritt Lassalle mit seiner nunmehr folgenden Schrift „Herr Julian Schmidt der Literarhistoriker" den Weg persönlicher Angriffe. Julian Schmidt, der bekannte Verfasser einer deutschen und einer französischen Literaturgeschichte, ist ein Mann von einer unbeschreiblichen Vielseitigkeit des Geistes, einer großen Gewandtheit der Darstellung, leider aber auch ein Mann von einem mitunter recht oberflächlichen Wissen. Er gibt sich den Anstrich, als sei er auf das Genaueste mit Allem vertraut, was die Wissenschaft auf irgend einem Felde geleistet, als verstehe er die antiken Philosophen ebenso wie die modernen, die Tragiker der Griechen nicht minder als die Shakespeare, Racine und Schiller der Neuzeit, als kenne er den Ursprung der römischen Geschichte so genau, wie die Uranfänge des Christenthums, und die moderne Rechtswissenschaft so gut wie die modernen Naturwissenschaften. Mit der Miene der überlegenen Intelligenz urtheilt Julian Schmidt über unsere Goethe und Schiller, Kant und Hegel ab, als seien dies Schulbuben, deren Aufsatzhefte er zu corrigiren habe. Dieser Mann war geradezu tonangebend in der Literatur geworden, sein Urtheil war maßgebend, seine Anschauungen bemächtigten sich der gebildeten Stände. Da erschien Lassalle's Schrift wie ein Blitz aus heiteren Himmelshöhen und erschlug den modernen Literarhistoriker. In dieser Schrift wurde auf das Unwiderlichste dargethan, daß Julian Schmidt die Bücher, über welche er zu Gerichte gesessen, theilweise gar nicht gelesen, theilweise nicht verstanden und daß seine Angriffe auf unsere deutschen Klassiker ihren Ursprung lediglich in seiner eigenen, verkehrten Auffassung derselben haben. Wie sehr man nun auch Lassalle in den Einzelheiten, welche er gegen Julian Schmidt vorbringt, Recht geben muß; wie sehr man sogar mit ihm sympathisiren kann, wenn er mit solcher Wärme und Begeisterung für die Geistesheroen des deutschen Volkes eintritt, so wird man doch nicht umhin können, die pamphletartige Form seiner Schrift als durchaus unpassend zu bezeichnen. Aber nicht blos Julian Schmidt, der ganzen öffentlichen Meinung und der gesammten Tagespresse warf Lassalle den Fehdehandschuh hin. „Die Julian Schmidt herrschen in der Literatur und der Presse, sie sind die Stimmführer in den Parlamenten und die Tonangeber in der Politik. Männer von dem Halbwissen und der Selbstüberhebung des Julian Schmidt führen die deutsche Nation am

Nase und er mußte in's Spital geschafft werden. Und dieses die Wahrheit.

„Woher nun jene falsche Darstellung im Intelligenzblatt? Ist solch eine Art von Rohheit nicht strafbar? Ergebenst M. F. S. T."

Strafbar? Wäre schön! Der Mann hat in seiner Begeisterung für die Heiligkeit des Eigenthums höchstens etwas zu viel Eifer entwickelt; und das ist eher verdienstlich, eines Ordens werth als strafbar. Aber eine liebliche Kultur-Idylle ist's doch, nicht wahr?

— Briefstieberei. In der Berliner „Volkszeitung" vom 9. d. ist Folgendes zu lesen: „Ueber eine Verletzung des Briefgeheimnisses beschwert sich wiederum der „Oredownik", ein polnisches Blatt. Wie im ersten Falle soll jetzt auch ein Brief aus Kosten aufgeschnitten angekommen sein, nur mit dem Unterschiede, daß dieser Brief zwar für die Redaktion bestimmt, aber an eine andere Adresse gerichtet war. Beide Briefe waren von derselben Person abgesendet worden. Der „Oredownik" nimmt an, daß der Brief auf dem Transporte von Kosten nach Posen absichtlich beschädigt sein muß, und gedenkt das Couvert diesmal der polnischen Fraktion einzusenden, da die damalige Klage beim Postamt nichts fruchtete, und so Material zu einer Interpellation an den Generalpostmeister zu geben." — (Von der früheren Beschwerde ist uns nichts bekannt geworden. Vielleicht ist ein Leser des „Vorwärts" im Stand, uns die betreffende Nummer des „Oredownik" zu verschaffen. R. d. V.)

Inzwischen hat der „Reichsanzeiger" sich abermals bemüßigt gefunden, für das bekannte Bibel- (auf dem Altar) - Dogma des unfehlbaren und unverletzlichen Post-Moltke eine Lanze zu brechen. Er schreibt: „Zur Beleuchtung der bei Verlustfällen von Briefen so häufig gegen die Postverwaltung erhobenen Beschuldigungen ist erst kürzlich in diesen Blättern über die Unterschlagung einer großen Anzahl von Briefen durch einen Handlungslehrling in Bielefeld Mittheilung gemacht worden. Schon wieder ist ein ähnlicher Fall in Erfurt vorgekommen. Auch hier hat ein für durchaus zuverlässig gehaltener Lehrling Monate hindurch unbeargwohnt die ankommende und abgehende Correspondenz seines Hauses in solchem Umfange unterschlagen, daß nach seiner Verhaftung noch mehrere Hundert unterdrückter Briefe bei ihm vorgefunden wurden. Der Verdacht hatte sich auf den jugendlichen Verbrecher erst gelenkt, als die Postbehörde des Ortes aus Anlaß einer bezüglichen Beschwerde darauf hingewiesen hatte, daß nach den begleitenden Umständen die Ursache des Abhandenkommens so vieler Sendungen nicht auf der Post, sondern in dem eigenen Dienstpersonale des geschädigten Hauses gesucht werden müsse." — Schade nur, daß weder Marx, noch Lübeck, noch Hirsch, noch Liebknecht, noch Reitenbach und wie die Bestieberten alle heißen mögen, ihre Briefe durch „Handlungslehrlinge" oder sonstige „Lehrlinge" besorgen lassen. Zwischen den „Handlungslehrlingen" und „Lehrlingen" des „Staatsanzeigers" und den Briefstiebern, gegen welche die Liebknecht'schen Reichstagsreden sich richten, besteht der sehr wesentliche Unterschied, daß jene auf Geld und Briefmarken fahnden, diese aber auf den geschriebenen Inhalt, und zwar auch blos dann, wenn vorauszusetzen, daß er von politischem oder richtiger von polizeilichem Interesse. Der „Lehrling" des „Staatsanzeigers" nimmt das Geld (und die Marken), „wo er es findet" (nach einem bekannten Vorbild), während der Briefstieber Liebknecht's eine sorgfältige Auswahl trifft und für Adressen und Handschriften eine sehr feine Nase hat. Wird es dem „Staatsanzeiger" endlich gelingen, diesen Unterschied zu kapiren? Es würde dem Ruf des höchsten amtlichen Blattes in Deutschland nicht schaden.

— Mit welcher Frechheit unsere „Herren" Gegner die Sozialdemokratie zu behandeln versuchen, mag man u. A. aus folgenden Zeilen einer in Pforzheim erscheinenden Wochenschrift, welche sich den für sie urkomischen Namen „Fortschritt" zulegt, ersehen. Es heißt da: „Man hat die Sozialdemokratie, seit die Strikes bei uns seltener geworden sind, vergessen; man wird jetzt unliebsam an sie erinnert. Man hat ihr Wesen nicht verstanden, man versteht es heute nicht. Sie ist der Ausdruck der Unzufriedenheit geistig verwahrloster Massen, in denen ein abgelebter politischer Radikalismus neuen Boden gefunden hat. Sie ist der Tummelplatz aller hirnlos radikalen Opposition gegen alles Bestehende, aber keineswegs haben ihre Führer und die Massen den wirklichen Muth zur Revolution. Sie ist die höchste Entwicklungsstufe des Raisonnirens, das geschürt wird durch wirkliche materielle Noth." — Und das beklagt sich, wenn wir einmal die Feuerzange hervorholen und derlei Gewürm anfassen.

— Eine infame Drohung. In der „Wandsbecker Ztg.", dem Ablagerungsorte unerhörten liberalen Schmutzes, ist wörtlich zu lesen: „Es ist ein triftiger Grund, selbst unter Zuhilfenahme spitzfindiger Formen, gegen den aufgestellten Candidaten Herrn Professor Karsten nicht denkbar, nachdem auch verschiedene conservative Politiker sich den bestehenden Verhältnissen gegenüber mit demselben einverstanden erklärt haben und lebhaft für seine Wahl eintreten. Diejenigen Personen, welche trotzdem in isolirter Stellung beharren, bekennen sich dadurch zu einer Gesinnung, welche nur als eine reichsfeindliche zu bezeichnen ist, womit diese Männer allerdings einen Vorwurf gegen sich herausfordern, welcher von schwer wiegender Bedeutung sein wird und zwar um so mehr, als er sich nur gegen sehr einzelne Personen richten dürfte, die selbstverständlich nach vollzogener Wahl sämmtlich allgemein bekannt sein müssen, weil eben nur eine geringe Zahl geneigt sein kann, eine derartige Verantwortung auf sich zu nehmen." — Aus dieser Drohung geht hervor, daß die Liberalen Jeden, der sich der Abstimmung enthält, maßregeln wollen! Daß sie es mit den Leuten, die für einen sozialistischen Candidaten stimmen, so machen, ist allgemein bekannt. Solche Seelenverkäuferei aber ist schmachvoll und niederträchtig.

— Ueber die Reichstagswahl im ersten Hamburger Wahlkreis hält der „Hamburgische Correspondent" eine interessante Betrachtung, in welcher er hervorhebt, daß im ersten Wahlkreise auf Geib 42,5 Proz. sämmtlicher abgegebenen Stimmen gefallen sei, was nur daraus erklärt werden könne, daß der Einfluß unserer Partei in dem wohlhabendsten Theile „der reichen Stadt" sich nicht mehr auf das eigentliche Arbeiterthum beschränke, sondern auch in den sogenannten „kleinbürgerlichen Kreisen" Eingang gefunden habe. Das Blatt findet dafür folgende Erklärung: „Wenn dieses Kleinbürgerthum nichtsdestoweniger in eine Strömung gezogen zu werden beginnt, mit welcher es durch kein erkennbares (?) Interesse verbunden ist, so kann das nur daraus erklärt werden, daß die innere Lebenskraft der Mittelklassen in der Abnahme begriffen ist und daß der Unterschied zwischen Arm und Reich auch innerhalb des selbständigen Bürgerthums zu einer unüberschreitbaren Schranke geworden ist. Das sollte man sich vor allem in den Kreisen Derjenigen gesagt sein lassen, welche die Wiederherstellung eines selbständigen Handwerkerstandes auf ihre Fahne geschrieben haben; während diese Herren nach einer schützenden Decke ausschauen, droht ihnen der Boden unter den Füßen weggezogen zu werden." — Wenn nur die Erkenntniß sich überall Bahn bräche, daß die innere Lebenskraft des Handwerkerthums — durch die Conkurrenz des Großkapitals — in Abnahme begriffen ist, dann würde überall das Handwerkerthum sich zu unserer Partei bekennen. Wenn aber, und dies sagen wir dem so gelehrten „Hamburgischen Correspondent", diese Abnahme kein erkennbares Interesse bildet, welches den Handwerker mit dem Arbeiter verbindet, dann allerdings giebt es niemals gemeinsame, erkennbare Interessen.

— Bei Kopenhagen, auf dem Norderfeld, fand am 5. d. eine von mehreren tausend Personen besuchte Volksversammlung statt, um die Frage der herrschenden Arbeitslosigkeit und die Mittel gegen dieselbe zu berathen. Auf Antrag von Louis Pio wurden folgende Resolutionen angenommen: 1) Die Versammlung erklärt, daß die herrschende Arbeitslosigkeit und der damit in Verbindung stehende Stillstand im Handel und Wandel einen solchen Grad erreicht haben, daß es unumgänglich nothwendig geworden ist, Maßregeln dagegen zu treffen. Da nun die bestehende gesellschaftliche Ordnung den Arbeiter hindert, selbst solchen durch die gegenwärtige Produktionsweise hervorgerufenen gesellschaftlichen Mißständen abzuhelfen, ist es Sache der Regierung und der Volksvertretung, diejenigen Mittel zu bezeichnen, welche diese beiden leitenden und gesetzgebenden Faktoren für zweckmäßig ansehen, den Druck, der so schwer auf den produzirenden Staatsangehörigen Dänemarks lastet, sofort zu beseitigen. 2) Um der Wiederholung solcher Mißstände in Zukunft vorzubeugen, beantragt die Versammlung, daß der Staat einen Betrag von 200,000 Kronen zur Unterstützung derjenigen Arbeitslosen bewilligt, welche nach Amerika auszuwandern und dort eine Colonie zu begründen wünschen, welche aber nicht die zur Reise und zur dortigen Niederlassung erforderlichen Mittel besitzen. — Es wurde alsdann eine Deputation gewählt, welche dem Conseils-Präsidenten und dem Präsidenten des Folkethings die beiden Resolutionen sofort überbringen sollte.

Was die gefaßten Beschlüsse betrifft, so können wir uns nur mit dem ersten derselben einverstanden erklären; der Plan, dem Nothstand durch Auswanderung abzuhelfen, beruht auf vollständig falschen Voraussetzungen, auf einem vollständigen Verkennen der Ursachen des herrschenden Nothstandes; statt das Uebel an der Wurzel zu packen, sucht man ihm aus dem Wege zu gehn. Ueberdies ist die geforderte Summe, im Vergleich mit dem erstrebten Ziel geradezu lächerlich gering.

Doch hören wir nun, wie es der gewählten Deputation erging. Der Präsident des Folkething erklärte einfach: „der Arbeitslosigkeit vermöge er sowenig als irgend ein anderer abzuhelfen; man lasse nicht arbeiten, blos um den Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, sondern nur wenn es nothwendig und zweckmäßig sei, den bedürftigen Arbeitern Unterstützung zu geben, liege nicht in der Macht des Folkething (des gesetzgebenden Körpers), die Deputation möge sich an die Regierung wenden." Und von seinem Standpunkt aus hatte der Mann ganz Recht. Der heutige Klassenstaat kann der Arbeitslosigkeit, dem Massenelend nicht steuern, aus dem einfachen Grunde, weil er auf Zuständen beruht, welche die Arbeitslosigkeit und Massenverarmung zur nothwendigen Consequenz haben. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und des Massenelends setzt die Beseitigung des Klassenstaates voraus, und den Herren Bourgeois kann man nicht zumuthen, daß sie freiwillig, aus reiner Menschenliebe, dem Klassenstaat, ihrem Staat das Lebenslicht ausblasen.

— Das Altonaer Arbeiter-Wahlcomité hatte sich, gestützt auf die Erfahrung und auf verschiedene Auslassungen mehrerer Wahlvorsteher des Landgebiets, veranlaßt gesehen, den Wahlkommissar des Kreises zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß denjenigen Leuten, welche gewillt sind, am Wahltage an den Urnen zu verbleiben, selbst wenn sie nicht im Bezirk wahlberechtigt sind, dies durch die Wahlvorsteher nicht untersagt werden dürfe.

Der Wahlcommissar und königliche Landrath Herr v. Levetzau hat sich daraufhin veranlaßt gesehen, nachfolgende Bekanntmachung wohl öffentlich zu erlassen, wie auch abschriftlich dieselbe dem Schriftführer des Arbeiter-Wahlcomités zuzustellen. Dieselbe lautet:

> Wandsbeck, 8. Februar 1877. Bekanntmachung. In gegebener Veranlassung mache ich die bei den bevorstehenden Reichstagswahlen fungirenden Herren Wahlvorsteher darauf aufmerksam, daß nach dem § 9 des Gesetzes vom 31. Mai 1869 die Wahlhandlung öffentlich ist und daß in Beachtung dieser Vorschrift jeder Person, einerlei ob dieselbe Wähler ist oder nicht — der Zutritt zum Wahllokal zu gestatten sein wird, soweit eben der Raum und die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung dies zulassen.
>
> Der Königliche Landrath
> gez.: W. v. Levetzau.

Abschriftlich vorstehende Bekanntmachung erhalten Sie statt Bescheides auf Ihre Vorstellung vom 3. d. M.

Der Königliche Landrath
W. v. Levetzau.

An den Herrn A. Hecht in Altona,
große Bergstraße 27.

— Die Nachwahl im dritten Berliner Wahlkreise findet den 21. Februar statt.

— In vielen, zum Theil sogar sonst wohlunterrichteten Zeitungen (wie z. B. der „Frankfurter Zeitung") wird Johann Jacoby als Candidat der Sozialdemokraten für die bevorstehende Nachwahl im dritten Berliner Wahlbezirk genannt. Man hätte wahrhaftig wissen müssen, daß Jacoby durch seine Ablehnung des vom 13. sächsischen Wahlbezirk ihm ertheilten Mandats (1874) sich von jeder Candidatur ausgeschlossen hat. Im dritten Berliner Wahlbezirk ist natürlich auch diesmal Rackow unser Candidat.

Erklärung.

Aus der in Nr. 18 des „Vorwärts" veröffentlichen Erklärung meines verehrten Freundes, des Reichstagsabgeordneten W. Liebknecht, überzeuge ich mich zu meinem Bedauern, daß die Anklage gegen Carl Vogt, sich an „den Verbrecher des zweiten Dezember" und an seinen nichtsnutzigen Vetter Napoleon Bonaparte (Jérome) verkauft zu haben, eine gerechte und wohlbegründete war. Die in den im Auftrage der französischen Republik veröffentlichten „Papiers et Correspondence de la famille impériale" enthaltene Notiz: „Vogt; il lui est remis en août 1859 40,000 Francs" läßt an der Richtigkeit dieser Anklage nicht zweifeln.

Ich hielt mich während der Jahre 1859 und 1860 behufs der Agitation gegen die österreichische und bourbonische Herrschaft in Italien auf und habe die Marx'sche Schrift: „Herr Vogt", die mir nur den Titel nach bekannt wurde, nicht gelesen.

Wien, den 12. Februar 1877.

Gustav Rasch.

Innere Parteiangelegenheiten.

Als Agenten des Vorstandes sind ernannt: Altbuseck: C. Ph. Becker, H. Wagenbach. Bracke i. O.: F. Brandes. Camburg i. S.-M.: H. Pfeifer. Ham und Horn: E. Lück. Kirchheimbolanden: A. Blüm. Mehlin: W. Moritz. Neukirchen b. Ch.: Aug. Behnisch. Offenbach a. M.: W. Kölsch, Fritz. Plagwitz: C. Schröder. Speyer: J. Häfner, C. Michalk. Waldenburg: O. Oertel, M. Lohr. Wieseck: H. Schreiner, W. Hildebrandt. Wolkenstein: Sailf.

Sollten während der Wahlbewegung Agenten angemeldet worden sein, deren Namen nicht veröffentlicht worden sind, so ersuchen wir die Parteigenossen uns davon in Kenntniß zu setzen.

Hamburg, den 10. Februar 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß
J. A.: C. Derossi. J. Auer.
Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

s **Altona**, 11. Februar. Den 15. d. M. findet hier die Neuwahl statt. Ein heftiger Kampf wird entbrennen, aber nicht ein Kampf zwischen zwei Parteien, sondern der Kampf einer Partei gegen die rothe Reaktion, welche sich unter dem Namen Anti-

---

Narrenseile; sie sind die Augen, durch welche die Gebildeten sehen, die Ohren, durch welche sie hören. Wie ein Zug von Kranichen sind die großen Geistesheroen des deutschen Volkes über unsern Häuptern dahingerauscht. Von der immensen geistigen Arbeit, von der innerlichen Weltwende, die sie vollbracht, ist Nichts auf uns gekommen. Wir feiern unsern Denkern und Dichtern Feste, aber lesen ihre Werke nicht und begnügen uns mit einem Ragout, welches ein Julian Schmidt uns vorzusetzen für gut findet. Unsere Presse, welche die Nation belehren und geistig heben sollte, ist in den Händen der Julian Schmidt zum Annoncengeschäft herabgesunken; anstatt dem Kanzelprediger zu gleichen, welcher das Wahre und Gute verkündet, gleicht sie dem Ausrufer, welcher Hoff'schen Malzextrakt und alte Kleider anpreiset." Dies etwa war es, was Lassalle wiederholt der deutschen Nation zurief, und jeder Scharfblickende wird in jenen Ausführungen, wie weit sie auch über das richtige Ziel hinausschießen, ein gutes Körnlein Wahrheit auffinden."

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Rauschet, Gesänge, und klinget, ihr Saiten,
Wecket ein hohes Bewußtsein mit Macht!
Möge der Wind zu den Hütten euch leiten,
Auf daß zu männlichem Thun angefacht
Der Mensch werde wieder,
Dess' Geist und dess' Glieder
In Banden noch sind!
Auf daß er sie sprenge
Im Kampfesgedränge
Und endlich der Welt höchste Güter gewinnt!

Freiheit vor Allem muß Jeder erringen,
Denn sie veredelt den Menschen zumeist!
Frei, wie die Vögel in Lüften sich schwingen,
Soll sich entfalten der menschliche Geist —
Und brechen die Schranken
Durch kühne Gedanken
In Wort und in Schrift!
Und kämpfen mit Klarheit
Für Recht und für Wahrheit,
Auf daß stets Verachtung die Lüge nur trifft!

Doch ohne Gleichheit kann niemals es geben
Wirkliche Freiheit für jedes Geschlecht,
Drum müssen Beides im Kampf wir erstreben,
Auf daß nicht ferner sei Herr und sei Knecht —
Und Nutzen nicht ziehe
Durch Fleiß und durch Mühe
Der Wucher allein!
Nein, daß nur gewähre
Noch Achtung und Ehre
Die Arbeit, die einzig soll Wohlstand verleihn!

Und um die Freiheit und Gleichheit sich winde
Brüderlichkeit als das knüpfende Band,
Welches die Eintracht der Völker begründe
Fernhin bis zu dem entlegensten Strand!
Daß Frohsinn nur walte,
Und nimmermehr spalte
Uns Mißgunst und Neid —
Und Jeder verübe
Nur Thaten der Liebe,
Und stets sei dem Nächsten zu helfen bereit!

Auf nun, ihr Männer, das Banner entrollet,
Ob auch umtobet uns Brandung und Flnth,
Ob auch im Sturme der Donner uns grollet,
Wir siegen dennoch durch Kühnheit und Muth!
Drum vorwärts, Genossen,
Die Reihen geschlossen
Zum Kampf und zum Streit!
Und Friede erst werde,
Wenn einst auf der Erde
Herrscht Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit!

Plötzensee, 10. Januar 1877. Julius Heiland.

— Eine Beschwerde ganz eigenthümlicher Art brachte in diesen Tagen die fromme „Kreuzzeitung" gegen die Sozialisten vor. Diese Kinder Belial's schmücken ihre Fingschriften und Aufrufe in neuerer Zeit häufig mit biblischen Ausiprüchen und verrathen überhaupt eine lästerliche Neigung, ihre gottlosen Bestrebungen in eine Art religiösen Gewandes zu kleiden. Die „Kreuzzeitung" vergießt über diesen Eingriff in die Privilegien der frommen conservativen Partei einige blutige Thränen, liefert aber komischerweise an einer anderen Stelle ihres Blattes ein drastisches Beispiel, wie man in ihrem eigenen Lager die Bibel auszunutzen pflegt. In dem Januarheft der „Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine" wurde nämlich das folgende auf Jesus Christus bezügliche Bibelwort frischweg zu Gunsten des „einzigen" Friedrich von Preußen annektirt: „Machet die Thore weit und die Thüren hoch, daß er einziehe, der König der Ehren!" — Also der Mann der beständigen Kriege und Eroberungen wird auf eine Linie mit dem milden Stifter der christlichen Religion gestellt. Die Aehnlichkeit ist etwas frappirend. Der große Nazarener mit dem liebevollen Herzen sprach das Wort: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht, denn ihrer ist das Himmelreich" — der „einzige" Friedrich dagegen trieb seine zaudernden „Jungens" mit den ermunternden Worten in die Schlacht: „Ihr Hunde, wollt Ihr denn ewig leben?"

---

sozialisten breit macht und aus einem politischen Sammelsurium besteht. Der Sammelsuriumscandidat ist der „fortschrittliche“ Professor Karsten aus Kiel; unter dem Wahlaufruf des Sammelsuriums steht neben dem fortschrittlichen Advokaten Jonas der conservative Graf Moltke. Welche Mittel unsere Gegner ergreifen, mag man daraus ersehen, daß ein Parteigenosse in einem kleinen Dorfe von zwei Ortsschulzen, einem Amtsschreiber und einem Polizeidiener bis zur Ohnmacht geprügelt wurde; der Versuch, ihn zum Fenster hinauszuwerfen, mißlang. Die Sache ist der Staatsanwaltschaft übergeben und haben sich der Wirth und die Wirthin des Hauses, in welchem jene Unthat geschah, freiwillig als Zeugen gemeldet. Während in den Aufrufen der rothen Reaktion die Arbeiter, die Sozialdemokratie und der Candidat derselben, Schuhmacher Hartmann, auf das Lästerlichste geschmäht werden, confiszirt man den sozialistischen Aufruf wegen Beleidigung des Advokatenstandes, die begangen sein soll, weil bei Besprechung der freien Advokatur behauptet wurde, daß die heutigen Advokaten es verständen, aus der Haut des Volkes Riemen zu schneiden. Der confiszirende Polizeimeister in Wandsbeck hat erklärt, von der Altonaer Staatsanwaltschaft den Auftrag erhalten zu haben; wer aber berechtigt den Staatsanwalt zu diesem Schritte? Das Preßgesetz wahrlich nicht. In demselben heißt es, daß ohne richterliche Anordnung eine Druckschrift wegen ihres Inhalts nur wenn das Vergehen des Hochverraths, der Majestätsbeleidigung, der Unzüchtigkeit darin enthalten ist, oder wenn dieselbe Jemanden auffordert, strafbare Handlungen zu begehen, oder wenn verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten öffentlich gegen einander angereizt werden, in beiden letzteren Fällen aber auch nur dann, wenn eine Verzögerung der Beschlagnahme das Vergehen unmittelbar zur Folge haben würde. — Was aber hat mit alledem eine Beleidigung der Advokaten zu thun? Eine richterliche Anordnung aber konnte wohl kaum vorhanden sein — wenigstens ist dies bei der Beschlagnahme nicht mitgetheilt — weil das Flugblatt des Sonntags ausgetheilt wurde und an demselben Tage die Beschlagnahme theilweise schon erfolgte. Einige Parteigenossen halten den Advokaten Jonas in Wandsbeck, den Fortschrittsmann mit den Krebsscheeren, für den Denunzianten. — Doch alle Anstrengungen unserer Gegner werden vergebens sein! Hamburgs und Ottensens Arbeiter werden hinter Altona stehen und sie werden am Wahltage mehr ausrichten, wie die von der Hamburger Börse bezahlten Agenten. Auch wir werden unsere ganze, volle Schuldigkeit thun — wir wissen, daß die Gesammtpartei Deutschlands auf den Riesenkampf sehen wird, der sich am 15. d. M. hier im Norden abspielt. Hie Kapital! ist der Kampfruf der Einen, hie Recht und Arbeit! der Kampfruf der Anderen. Ordnungspartei nennt sich das allgemeine Sammelsurium — auch die Versailler Henker nannten sich so; Umsturzpartei nennt man uns. Nun wohlan! Wir wollen die Götzenbilder, welche der Habgier, dem Neide, dem Betruge, der Rechtlosigkeit täglich geweiht werden, umstürzen — dazu soll der 15. Februar uns mithelfen!

Gelenau, 1. Februar. Die Wahlschlacht ist geschlagen und wir sind diesmal noch einmal unterlegen. Es erhielten bei der Wahl am 10. Januar unser Candidat Wiemer 4928, Dr. Brockhaus 3838, Gerichtsamtmann Höfer in Zöblitz 1901 Stimmen. Bei der Stichwahl am 23. Januar erhielt Wiemer 5886, Brockhaus 8617 Stimmen. Auf die den 20. Wahlkreis bildenden 7 Gerichtsamtsbezirke vertheilen sich die Stimmen wie folgt:

		Wiemer	Brockhaus
1.	Gerichtsamtsbezirk Ehrenfriedersdorf	1177	1078
2.	„ Zschopau	1624	1247
3.	„ Wolkenstein	868	1095
4.	„ Marienberg	382	754
5.	„ Lengefeld	507	988
6.	„ Zöblitz	706	1255
7.	„ Sayda	622	2200
	Summa:	5886	8617

Daß wir bei der Stichwahl unterlegen sind, ist kein Wunder, wenn man die Machinationen unserer Gegner in's Auge faßt, die erbärmlichen Mittel, welche unsere Herren Liberalen anwenden mußten, um uns den Sieg zu entreißen und unseren 20. Wahlkreis vor der „Schmach“, einen Sozialdemokraten in den Reichstag zu senden, zu bewahren. Auf welche Weise unsere Herren Fabrikanten in Thun, Gelenau, Zschopau, Wolkenstein und andern Orten mit Ausnahme einzelner Weniger ihren Liberalismus an ihren Arbeitern bewiesen, dafür ein Beispiel. In ihren Comptoiren wurden die stimmberechtigten Arbeiter aufgeschrieben, erhielten besondere mit Kanzleischrift geschriebene, also von allen anderen leicht zu unterscheidende Stimmzettel mit der Bemerkung, wer nicht diesen Brockhauszettel abgebe bei der Wahlurne, werde aus der Arbeit entlassen. Um nun genau zu wissen, wer dieser Weisung nachkommt oder nicht, wird ein Beamter der Fabrik hingestellt, der sich bei jeden Zettel abgebenden Arbeiter seine Anmerkungen macht; bei der Stimmenauszählung paßten dieselben wieder auf, ob die Zettel vorhanden waren, welche ausgehändigt wurden. Auf solche Weise sah sich mancher mit der edelsten Gesinnung für die Arbeitersache beseelte Arbeiter gezwungen den Stimmzettel für seinen Gegner in die Urne zu werfen. Aber fragen wir, ist das das freie Wahlrecht? Wäre es nicht ebenso gut, man entzöge den Arbeitern vollends das bischen Stimmrecht? Ferner wurde unserm Candidaten Wiemer die letzten zwei Tage vor der Wahl Schande und Brand, wo und wie man nur konnte, nachsagte. Natürlich wurde auf solche Weise bei manchem Arbeiter eine Abneigung gegen unsern Candidaten erzielt, welches man deutlich z. B. in Thum merkte; wo Wiemer am 10. Januar 202, Brockhaus 183 Stimmen erhielt, während am 23. Januar sich 145 Stimmen für Wiemer und 338 für Brockhaus ergaben. Dasselbe war auch in Jahnsbach der Fall wo man die Leute mit den landesüblichen lügnerischen Berichten über die Ziele des Sozialismus vor der Wahl Wiemers abschreckte. Soviel nur von unserer nächsten Umgebung, wo wir wenigstens in der Lage sind, derartigen Verleumdungen entgegenzutreten, aber leider giebt es noch sehr viel entfernt liegende Orte, wo jede Ungehörigkeit ungerügt hingeht. Wenn angesichts solcher Umstände sich unsere Gegner mit ihrem Siege brüsten, so gratuliren wir ihnen dazu. Mit viel mehr Zufriedenheit können wir auf das diesmalige Resultat blicken, wenn wir das von 1874 damit vergleichen, wo auf unsere Candidaten Tölcke und Liebknecht nicht ganz 2000 Stimmen entfielen. Haben wir nicht diesmal einen Stimmenzuwachs von 4000 Stimmen aufzuweisen trotz aller gegnerischen Machinationen? Ein Beweis, daß im Erzgebirge die Erkenntniß sich mehr und mehr Bahn bricht. Deshalb, Freunde von nah und fern, arbeitet rüstig vorwärts, der Sieg muß endlich uns gehören.

Heldberg, 2. Februar. Das Resultat der Wahl am hiesigen Ort war: von 163 Gesammtstimmen, welche abgegeben wurden, fielen 140 Stimmen auf den nationalliberalen Candidaten Dr. Rückert, 23 St. auf unseren Parteigenossen Carl Grillenberger. Voraussichtlich werden wir bei den nächsten Wahlen bessere Resultate erzielen. Wie es gekommen ist, daß an unserem Orte überhaupt von Sozialdemokratie die Rede ist, will ich kurz schildern. Es war im November v. J., als ich mit noch 4 Parteigenossen übereinkam, einen Lesezirkel zu gründen. Ich ließ durch Circulair unsere Gesinnungsgenossen auffordern, sich an einen bestimmten Abend in einem Bierlokal einzufinden, um über Gründung eines Lesezirkels zu sprechen. Unser Vorhaben war vom günstigsten Erfolg gekrönt, denn der Zudrang von Leuten war so groß, daß das Lokal nicht alle Besucher fassen konnte und ein Theil genöthigt war, wieder abzugehen. Die Polizei war, wie gewöhnlich in solchen Fällen, gut vertreten, aber dem ungeachtet machte ich in einer kleinen Ansprache meinem Herzen Luft und erläuterte den Zweck der Versammlung etwas genauer, und alles ging vortrefflich. Aber schon anderen Tages hatten wir den Zorn unserer Gegner zu verspüren, denn einem unserer Gesinnungsgenossen wurde ein kleines Kapital gekündigt und einem andern die Arbeit aufgesagt. Trotzdem aber geht unsere Agitation ungenirt ihren weiteren Gang, aber an Schmähungen und Roheiten, welche wir zu ertragen haben, fehlt es nicht. Am Wahltage thaten wir, was in unseren Kräften stand und hatten die Freude, die 23 oben erwähnten Stimmen auf unseren Candidaten zu erringen. Noch muß ich bemerken, daß wir am 2. Weihnachtsfeiertag eine Volksversammlung abhielten, in der Parteigenosse Güth aus Meiningen einen Vortrag über die Stellung der Arbeiter zur Reichstagswahl hielt. Der Vortrag fand guten Anklang, hauptsächlich bei den Landbewohnern. Ch. R.

R. **Münster i. W.,** 3. Februar. Die „Bildung der Liberalen“ gelangt auch hier mitunter zum eigenartigen Ausdruck, was bei den fortwährenden Schmähungen und Schimpfen des Reptils „Westfälische Provinzial-Zeitung“ kein Wunder ist. Wird doch den paar Hundert hiesigen Liberalen tagtäglich vorgejammert, daß die Sozialdemokraten so bald als möglich aus der Welt geschafft werden müßten, wenn nicht, wie nach den erstaunlichen Wahlresultaten zu schließen ist, die Sozialisten nach Verlauf eines Decenniums im Parlament überwiegend sein, wenn Staat und Kirche, Thron und Altar gerettet werden sollten. Was Wunder, wenn dann ein „gebildeter“ königlicher Eisenbahnbeamter beim Hören des Wortes Sozialdemokrat aufspringt und, nichtachtend, daß er sich in einem öffentlichen Schanklokale in anständiger Gesellschaft befindet, ausruft: „Wer ist hier Sozialdemokrat, der ist ein Schuft!“ Nicht genug damit, erklärte dieser Herr auf die Frage, „was er denn sei“, sich in die Brust werfend: „Ich bin Nationalliberaler!“ Als ihm ein Sozialist replizirt: „dann sind auch Sie ein Schuft!“ versuchte er den Staat zu retten, indem er wie besessen auf den Sprecher einschlug. Darüber wurden denn selbst die Leute des Centrums erbost und selbstredend wurde dieser kühne liberale Bahnbrecher einstimmig ver—bessert. — So geschehen zu Münster am Tage nach der Dresdener Stichwahl. Und bei solchen Vorkommnissen klagen unsre Gegner stets über die Roheiten, welche in Arbeiterkreisen vorkommen.

Altenburg, 6. Februar. Das Resultat der Reichstagswahl ist den Parteigenossen durch den „Vorwärts“ schon bekannt geworden. An Wahlumtrieben, Wahlbeeinflußung seitens unserer Gegner hat man in unserem Wahlkreise das möglichste geleistet; man könnte Hunderte von Fällen anführen, wo gegen das Wahlgesetz verstoßen worden ist. Das hindert aber unsere Gegner nicht, uns Sozialisten bei dem kleinsten Formfehler zu denunziren. — Am 28. Dezember vorigen Jahres begab ich mich und Parteigenosse Kirchner aus Schmölln nach Klosterlaußnitz und Muithensen, um daselbst vom Gastwirth Bittner das Lokal zu einer Volksversammlung zu miethen. Zufälligerweise saß der Ortsvorstand neben mir und hörte die Abmachung mit Bittner an, nahm auch die Anmeldung zu der Versammlung von mir mündlich entgegen, worüber ich Parteigenossen Kirchner aus Schmölln zum Zeugen habe. Außer dieser mündlichen Anmeldung beim Ortsvorstand habe ich die Versammlung noch schriftlich mit dem Vermerk: die Bekanntmachung erfolgt durch Plakate, beim Landrathsamt zu Roda angemeldet und bescheinigen lassen. Als ich und W. Stolle, der für unseren Wahlkreis aufgestellte Candidat, am 30. Dezember uns nach Klosterlaußnitz begaben, um die oben angedeutete Versammlung durch Plakate anzuzeigen, wurde mir, nachdem ich das erste Plakat angeheftet hatte, vom Amtsvorsteher bedeutet, daß ich das Plakat wieder entfernen müsse, er werde nicht dulden, daß die Versammlung stattfinde, weil dieselbe nicht angemeldet sei. Ich zeigte dem Herrn darauf die Bescheinigung vom Landrathsamt Roda, aber trotz Bescheinigung verbot der Amtsvorsteher die Versammlung und sagte, das Landrathsamt habe ihnen nichts vorzuschreiben. Die betreffende Versammlung trug mir nachträglich eine Strafe von 16 Mark 40 Pf. ein, weil ich an die nicht von der Ortspolizei dazu bestimmten Plätze Plakate angeschlagen haben soll. Um den Tag nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen, glaubte ich nichts besseres thun zu können, als von Haus zu Haus, von Stube zu Stube zu gehen und Wahlaufrufe und Stimmzettel für unserem Candidaten zu verbreiten, was mir eine zweite Strafe einbrachte, weil laut Strafmandat es schon das erste Mal zur Nachmittagskirche geläutet haben sollte. Die Strafe lautete wegen groben kirchlichen Unfugs auf 7 Mark 40 Pf. Ich habe für beide Mandate auf einzelrichterliche Entscheidung angetragen.

Eduard Risch.

Erfurt, im Februar. Quittung über die seit dem 20. Dez. v. J. für Genossen Rudolph eingegangenen Unterstützungen. Vom Tischlerbund hier durch Kummer 10,00; d. Bochert in Gotha 15,00; v. mehreren Bahnarbeitern d. Rabes hier 4,67; v. 7 Cigarrenarbeitern aus Uelzen d. Meyer 2,55; v. H. Pilster in Iserlohn 1,00; v. mehreren Parteigenossen Leipzigs d. Hablich 4,50; v. A. W. Arnstadt 5,00; d. C. A. Reichelt in Apolda 3,20; Erlös für das Gramannsche Festgedicht d. Stegmann hier 4,42; desgleichen aus Apolda d. Kühn 7,00; v. J. Köhler in Kleinkrotzen b. Hanau 1,00; d. B. Heß in Sonneberg 3,00; v. Tischlerbund hier 5,00; d. L. Hertel v. Parteigenossen in Bremen 12,00; v. d. Metallarbeiter-Gewerkschaft in Buckau bei Magdeburg d. Taute 6,00; d. Ufert aus Weimar 0,80; d. Ufert v. einen Parteigenossen 0,70; v. d. Metallarbeiter-Gewerkschaft Leipzig d. Ludwig 10,00; Metallarbeiter-Gewerkschaft Hamburg d. C. Deisinger 7,00.

Genosse Rudolph spricht hiermit seinen Dank für die Unterstützung aus, welche ihn von auswärtigen wie hiesigen Genossen zu Theil geworden. Die bedeutenden Curkosten ließen zur Erhaltung seiner Familie nicht viel übrig. Die Krankheit hat ihren Abschluß bisher noch nicht erreicht. Genossen, welche im Stande sind, noch etwas zur Unterstützung beizutragen, werden gebeten, dies zu thun. Die diesbezüglichen Gelder sind, wie früher, an Herrn Thomas Kühn, Riesenanger 6, zu senden. J. A.: F. H. Klute.

NB. Der „Bund“ und „Panier“ werden um Abdruck des Obigen gebeten.

Meldorf, 11. Februar. Den Parteigenossen im 5. schleswig-holsteinischen Wahlkreise hiermit zur Nachricht, daß wegen Uebersiedelung von H. Plath nach Hamburg Briefe Parteiangelegenheiten 2c. betreffend, an Unterzeichneten zu senden sind.

Hermann Müller, Cigarrenarbeiter.
pr. Adr.: Hrn. Peter Karstens.

NB. Das „Hamb.-Altonaer Volksblatt“ wird um Abdruck gebeten.

Minden i./W. (Quittung über die für die Reichstagswahl gesammelten Gelder.) Auf Liste Nr. 1 d. van Aken 1,75; Liste Nr. 2 d. E. Radel 3,80; Liste Nr. 3 d. F. Schlüter 8,40; Liste Nr. 4 d. F. Schlüter 3,65; Liste Nr. 5 d. R. Sinemus 2,75; Liste Nr. 6 d. F. Rahlmeier in Rehme 2,70; Liste Nr. 7 d. K. Beith 3,40; Liste Nr. 8 d. F. Schweizer 11,80; Liste Nr. 9 leer abgegeben; Liste Nr. 10 d. H. Fey 0,30; d. H. Steben in Bäbbenhausen bei Rehme 1,65.

Namens des Wahlcomités: Gottf. Siepert.

Herr Th. Hahn, Redakteur des „Vegetarianer“, Zeitschrift für volksthümliche Gesundheitspflege, sowie des „Impfgegner“, Zeitschrift gegen Impfung und Impfzwang, erbietet sich, allen deutschen Arbeitervereinen jene beiden Zeitschriften auf Verlangen gratis zugehen zu lassen. Adresse: Hr. Theodor Hahn, Waid b. St. Gallen, Schweiz.

Briefkasten

der Redaktion. L. Schultz, Berlin: Sie schicken eine „zweite Anfrage (eine erste ist uns nicht zugegangen): Warum ist im parlamentarischen Ehrenspiegel der pp. Sonnemann nicht genannt?“ Fragen Sie gefälligst Hrn. Franz Mehring, Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“, wie es ihm in seinem Frankfurter Prozeß ergangen ist. Oder haben Sie etwa Beweise? Dann her damit! Wir werden sie ungesäumt veröffentlichen. Haben Sie keine, nun dann können wir Ihnen nicht helfen. Sie wissen doch, daß es eine Ungerechtigkeit, ja geradezu eine Infamie ist, ohne Beweise einen Menschen zu verurtheilen und ihm die Ehre abzusprechen? — Die Adresse von W. Bock ist: Gotha, Mühlgrabenweg 3.

der Expedition. J. Brdt., Oelsnitz i. V.: Wenn Postabonnent, reklamiren sie bei dortiger Post. Wenn Porto deponirt wird, liefert dieselbe nach. Hier kostet die Nr. 10 Pfg. in Nachlieferung. Sendung in Briefmarken.

Quittung. Wß Pegau Ann. 1,50, Schr. 1,84. Wnds Ohligs Schr. 11,50. Krs Forste Schr. 1,80. Trp Reudnitz Ab. 10,00. Grbnstn Lindenau Schr. 13,36. Mlr Bockenheim Ab. 21,20. Erg Hoboken Ab. 300,00 u. 200,00. Irms Philadelphia Schr. 20,00. Lfrmnn Chicago Ab. 300,93. Wahlverein Hannover Ann. 1,00. Wdwß hier Ab. 0,60. F. Frnzl Stollberg Schr. 33,00. Krtschmr Dortmund Schr. 4,07. Ottrbch Stuttgart Ab. 1,60. Kirsch Forste Schr. 6,80. Schlr Frohnau Schr. 1,75. Hrng Schneeberg Schr. 2,40. Wlck hier Ab. 0,90. Brbm Gotha Ab. 20,00. Kls Magdeburg Ab. 11,70. Zhtmr Darmstadt Ab. 17,95. Fllrmnn Bremerhafen Schr. 30,00. Arbeiterbild.-Verein Neunkirchen Ab. 6,63. Schmdt Römerstadt Schr. 4,97. Jhnk Saarden Schr. 4,85. Schfr Lübeck Schr. 2,10. Jffw hier Ab. 1,80. Thm hier Ab. 0,90.

Wahlfonds.

Arbeiterverein Plagwitz durch O. 1,06.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimm. Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Altona. Sonnabend, den 17. Februar, Abends 8½ Uhr in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [50

Bielefeld. **Sozialdemokratischer Wahlverein.** Sonntag, den 18. Februar, Nachmittags 5 Uhr im Vereinslokal bei Kahle:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1) Rechnungslegung pro 1876. 2) Neuwahl des Vorstandes. (F43) **Der Vorstand.** [70

Genossenschaftstischlerei Cöln (Eingetr. Genossenschaft).

Samstag, den 17. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. Jonas, Streitzeuggasse 10a: (F. 67)

Generalversammlung.

Fortsetzung der vorigen Tagesordnung. [2,40

Erscheinen sämmtlicher Mitglieder nöthig.

Der Aufsichtsrath.

Korbmacher-Bund.

Sonnabend, den 17. Januar, Abends 8½ Uhr im Salon zum Roland 1, Jakobstraße Nr. 19:

Versammlung der Mitglieder von Hamburg-Altona-Ottensen.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. [80

F. Wirckeling.

„Die Neue Welt.“

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20. In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage über 30,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam daß zur Einführung der **„Neuen Welt“**

„Illustrirte Prospekte“

gratis versandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.

Die **Verbreitung der Prospekte** in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen **als bestes Agitationsmittel** dringend an's Herz gelegt.

Wir bitten bei Bestellung Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. **Plakate** zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und **Sammellisten** stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Die Parteipresse wird um gratis Weiterverbreitung dieser Annonce ersucht.

Für **Metallarbeiter** insbesondere **Dreher** 2c.

Berechnungen über das Gewindeschneiden

nebst

gründlicher Anleitung und Erklärung des Verfahrens.

Von **C. Baumann.**

Geprüft und empfohlen von Fr. Authenheimer, Direktor des Zürcherischen Technikums.

Preis für Parteigenossen M. 1,60, sonst M. 2,00.

Es empfiehlt sich vorherige Betrags-Einsendung in Briefmarken oder Bestellung per Postanweisung, da von hier aus mit Kreuzband-Nachnahme **nicht** versandt werden kann. — Bei **Partien** lohnender **Rabatt!**

Dieses Schriftchen, von dem nur noch ein kleiner Vorrath vorhanden, wird jedem Fachmann gewiß treffliche Dienste thun. (20

Volksbuchhandlung
5,10] **Zürich** (Schweiz, also Doppel-Porto!).

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Chicago: A. Ranfermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Enß, 618 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 21. Sonntag, 18. Februar. 1877.

Wägen, nicht zählen

soll man die bei wichtigen Veranlassungen abgegebenen Stimmen, um sich ein richtiges Urtheil über die Bedeutung derselben zu bilden, so verlangt es eine alte bewährte Regel, so verlangen es jetzt unsere Gegner, um dadurch die bei den jüngsten Reichstagswahlen von uns erzielten Stimmen, deren bedeutenden Zuwachs sie nicht so ohne weiteres hinweg disputiren können, wenigstens in ihrem Gewichte, in ihrer Bedeutung herabzumindern und zu schwächen.

Wägen, nicht zählen

wollen aber auch wir die Stimmen der Unsrigen sowohl, wie die der Gegner und mit dem Gewichte in der Hand eine freimüthige, leidenschaftslose Untersuchung anstellen, um das Resultat möglichst unparteiisch herauszucalculiren.

Freilich würden wir sofort und auf den ersten Blick den Kürzeren ziehen, wenn wir lediglich das Aeußere der Gegner zum Maßstab nähmen! Das Aeußere, wonach uns nach altgewohnten Anschauungen der gute Rock, der wohlgefüllte Geldbeutel, das behäbige, wohlgenährte Aussehen auf eine höhere Intelligenz, auf ein reiferes Urtheil schließen lassen soll. Da wären allerdings unsere Gegner im Vortheile, da sie zumeist bei ihren Genossen alle jene äußeren Attribute constatiren können, demnach auch die größere Gewichtigkeit ihrer Stimmen; denn das Gros unserer Genossen entbehrt gar sehr jener Kennzeichen, ob aber darum die Intelligenz, die Reife des Urtheils ihnen abgesprochen werden kann und darf, abgesprochen von den Gegnern, die einzig und allein das Wissen und Können für sich in Pacht genommen haben wollen, das ist eine andere und hier zumeist in Betracht kommende Frage.

Wir behaupten kühn und dreist: daß auf unserer Seite die geistige Ueberlegenheit vorhanden, daß unsere Genossen so schwer und mühselig es ihnen auch bei den gegebenen Verhältnissen geworden sein mag, relativ wenigstens über eine weit größere Summe von Intelligenz verfügen, als es bei dem Gros der Gegner der Fall ist.

Unsere Genossen, unter den drückendsten Verhältnissen aufgewachsen, fortwährend im Kampfe mit den größten Widerwärtigkeiten, suchen, so wie sie zu einigem Bewußtsein, zu reiflicherem Denken kommen, soviel es nur in ihren Kräften steht, die wahrgenommenen Lücken in ihrem Wissen zu ergänzen, sparen den mühselig im wahrhaften Sinne des Wortes im Schweiße ihres Angesichtes erworbenen Groschen, kargen sich das bischen der zur körperlichen Ruhe und Erholung bestimmten Zeit ab, um an ihrer geistigen Ausbildung zu arbeiten. Geschult und gereift in der Noth des Lebens gehen Jünglinge und Männer mit einem Ernste und einem Eifer daran, haben dadurch ein leichteres Verständniß, ein rascheres Auffassen und finden sich bald überall zurecht, wenigstens soweit es ihnen zur geistigen Existenz, als schlichten einfachen Männern der Arbeit überhaupt nöthig ist.

Sie bestreben sich zu lernen, zu unterrichten und beschränken sich keineswegs nur auf die einseitige Lektüre der Parteiblätter und Literatur, sie durchstöbern Alles von hüben und drüben, Alles was ihnen nur irgend zugänglich ist, bilden sich ein selbstständiges Urtheil und treten als selbständige, selbstdenkende Männer zur Wahlurne.

Diese Wähler wissen gar wohl, was sie sind, was sie sollen und was sie wollen. Sie hören und prüfen mit Ernst und Aufmerksamkeit die Ausführungen ihrer Vertrauensmänner und diese wissen gar wohl, unter welch' scharfer Controle sie stehen, daß es für sie kein Schielen mit den Gegnern, keine Hintergedanken, kein Privatinteresse geben darf, wenn sie nicht sofort des Vertrauens verlustig werden sollen.

Die Stimmen dieser Wähler, wenn auch vielleicht äußerlich für das verwöhnte bürgerliche Auge wenig Respekt einflößend, haben Saft und Kraft, repräsentiren Willen und Verstand und darum auch Gewicht! —

Wie ist es nun bei unsern Gegnern? Der Knabe, bis zum Jüngling herangereift, macht ein in wohleingetheilten Portionen genau präparirtes Studium durch, hierauf wird ihm eine bestimmte Brodthätigkeit zugewiesen, die ihm zu Gebote stehenden Erholungsstunden werden zumeist darauf verwandt, Geld und Gesundheit loszuschlagen, geist- und gemüthsvernichtende Allotria zu treiben, und wenn sich so ein zum Manne herangereifter Wähler „ausgetobt" hat, das bischen aus der Schulzeit angesammelte armselige Wissen zu einem Chaos durcheinander gerüttelt, statt ergänzt und vervollständigt, zum großen Theil verschwitzt, treibt er halb verlebt und blasirt in den Hafen der Ehe.

Nun sorgt er dafür, Haus und Hof in Ordnung zu halten, der Stadt und dem Gemeinwesen sich nützlich zu machen, was zumeist darauf hinausläuft, daß er Abends nach gethaner Arbeit Frau und Kind der Obhut der vier Wände, der Nachbarschaft, dem Strickstrumpf, der Dienstmagd überläßt, um in der Stammkneipe, am „Stammtisch" als „Stammgast" sein halb Dutzend „Stammseidel" und in gemüthlicher Gesellschaft sein ganz Dutzend Sozialdemokraten und sonstige Reichsfeinde zu vertilgen.

Seine geistige Nahrung hat ihm sein Lokalblättchen den Tag über schon wohl zubereitet vorgesetzt, da hat er sich gelabt an herz- und geisterfrischenden Carnevals- und sonstigen Stadtgeschichten, da hat er sich erfreut an irgend einer hochschwülstigen Rede irgend eines berühmten Parteischwätzers und als Extrazugabe findet er noch unter dem „Vermischten" sein „Allerlei" eine Blumenlese aus allerhand gegnerischen Blättern, die, willkürlich aus dem Zusammenhang gerissen, ihn „gruseln" und geistvolle Glossen und Witze machen läßt.

An Sonn- und Feiertagen hat er noch sein Wochenblättchen mit einer Auslese von Romanen und Novellen, populärem Firlefanz, und der intelligente Mann, der „gebildete" Wähler ist fix und fertig.

Es sind das wahrlich keine übertriebenen, willkürlichen Schilderungen, schlagt in den Schriften der gegnerischen Dichter und Schriftsteller nach und ihr werdet finden, daß wir dem „Dutzendwähler", dem Bierphilister, dem Gros des „intelligenten" Bürgerstandes noch gar sehr geschmeichelt haben. — Wir wollen ihn nicht im Theater, im Concert und bei seinen sonstigen Vergnügungen verfolgen, wir wollen ihn nicht in seiner Häuslichkeit aufsuchen, wir wollen hier überhaupt nicht ein Culturbild zeichnen, wir wollen nur im allgemeinen, in großen Strichen, den Mann mit der „gewichtigen Stimme" schildern.

Gehet hin in den Abendstunden in die Kneipen und hört und seht, welch' unsinnig bornirtes Geschwätz über Welt und Mensch da sich breit macht, mit welchem Wohlgefallen man da sein „gebildetes" Licht leuchten läßt. Was hört man da von dem „Kern des Volkes" für gedankenloses Zeug durcheinander schwätzen!

Von Selbstdenken ist da kaum was wahrzunehmen! Die dürftige, auf Leib und Seele zugeschnittene Tageslektüre versorgt unsere Gegner hinreichend, um ihnen das Selbstdenken zu ersparen, über die Schriften und Blätter der gegnerischen Parteien wird mit einem vornehmen Nasenrümpfen hinweggegangen — sie wissen doch Alles, Alles ganz genau nach ihrem Leibjournal — was sollen sie sich noch bemühen, und selbst hineinsehen, selbst hören und selbst denken? Sie erhalten schon Alles fix und fertig. Und da wundern sie sich, wenn wir ohne und gegen sie auch schon fertig werden?

Sie sollen aber auch die gegnerischen Stimmen gar nicht hören, es ist das ein Gift, das die Milch ihrer frommen Denkungsart in gährend Gift verwandeln könnte. — Das zu verhüten ist das Bestreben der Herren Parteileiter, und die „Parteigeleiteten" können sich sehr getrost auf ihre Führer verlassen, die keinen scharfen Luftzug auf sie kommen lassen.

Sie geben ihre Stimme ab und überlassen es getrost ihrer Vorsehung, den Führern, für sie zu sprechen und zu handeln. Man erzählt ihnen, daß es sich um Geld und Gut, um Leib und Seele handelt, sie sollen ihre Stimme steuern, um mit ihrem Gelde, mit ihren gesunden Leibern alle drohenden Gefahren der „Anarchie" zu bekämpfen.

Was wissen sie von der Noth der Zeit, vom hungernden und frierenden Volke, von den Mühsalen und Qualen der großen, großen Menge, von den Kämpfen und Sorgen um eine andere bessere, gerechtere Gestaltung der Dinge? Die Zeiten sind allerdings schlecht, vielleicht gar bitterböse, Haus und Fritz müssen sich auch weidlich quälen und plagen, und können nur mit Aufwand aller Kräfte nur noch einen kleinen Sparpfennig bei Seite bringen. Hierin gipfelt ihr ganzes Wissen von der Lage der Verhältnisse.

Und übrigens wird es auch da besser werden, „unsere Leute werden schon Abhilfe bringen" — — — das ist ihre Antwort. Ihre Parteiorgane hüten sich wohlweislich, etwas von dem gräßlichen Elend verlauten zu lassen, der Nothstand wird einfach hinweg geleugnet oder mit einigen billigen Phrasen abgethan.

Als wenn Thatsachen, Thatsachen, die zum Himmel schreien, mit dem Feigenblatte des Liberalismus zugedeckt werden könnten, um nicht zum Vorschein zu kommen!

So wird die Weltgeschichte den Herren Gegnern, den „intelligenten gewichtigen Wählern" zurechtgelegt! So wird ihnen das Urtheil über die beste der Welten in den Mund gelegt, und so sind sie beschaffen, unsere verehrten Herren Gegner, die selbstdenkende, urtheilsvolle Menge, die keine blaße Idee haben von den wirklichen und wahren Vorgängen in und um sich; so werden sie eines Tages aufstehen und ganz verwundert um sich blicken, wenn sie einige wesentliche Veränderungen in der besten der Welten werden wahrnehmen müssen.

Darum behaupten wir, so lange wir solche Gegner gegen uns haben, daß ihre Stimmen in der Wagschale nicht von sonderlicher Bedeutung sind, daß die Stimmen der Unsrigen etwas mehr in's Gewicht fallen.

Kommet zu unseren Versammlungen, leset unsere Tagesblätter und Schriften, zeiget uns, daß ihr durch eigenes Denken und Prüfen euch euer Urtheil bildet, und wir wollen dann, aber auch nur dann, eurer gegnerischen Stimme eine Bedeutung beilegen, eine Bedeutung, die heute und so lange ihr nur gedankenlos das aus euern Blättern zusammengelesene als selbstständiges Urtheil ausgebt — nicht vorhanden ist.

Selbst sehen und hören, selbst denken und urtheilen! Selbst ist der Mann, ob der Mann, der heute seine Stimme in die Wahlurne zu legen hat, doppelt und dreifach!

Katheder-Sozialismus und wirklicher Sozialismus.

(Schluß.)

Man erinnere sich, daß wir zu diesem Exkurs veranlaßt wurden durch die unphilosophische Methode Brentano's, wie er durch den Hinweis auf das unbewiesene Ziel der Entwickelung die Unmöglichkeit der Lösung der sozialen Frage in unserem Sinne darthun wollte. Hätte er diese Behauptung rechtfertigen wollen, so konnte es nur in einer nach Art dieses Exkurses verfahrenden Auseinandersetzung geschehen.

Wir haben gezeigt, daß ein Ziel der Entwickelung, an dem der Sozialismus scheitern muß, nicht existirt, wir diskutirten die Frage, ob der Fortschritt der Cultur durch den Sozialismus gefährdet sei, und kamen zu einem verneinenden Resultat; wir wollen aber jetzt Brentano fragen, ob er nicht lieber auf einen Fortschritt der Cultur verzichten würde, wenn diese immer nur einer Minorität oder wenigstens nicht Allen in ihrem vollen Maße zu Theil werden würde? Da er uns bei seinen fatalistischen Ansichten hierauf keine Antwort ertheilen kann, so wollen wir es selbst thun.

Die Beantwortung der Frage ist offenbar nicht leicht und es sind an ihr Manche gescheitert. Da sie eigentlich nur eine akademische ist — wir zeigten ja, daß wir niemals vor dieser Entscheidung praktisch zu stehen haben werden — so wollen wir sie so kurz als möglich machen. Es giebt, wenn wir von den Leuten absehen, welche hauptsächlich aus Gründen wirthschaftlicher Zweckmäßigkeit den sozialistischen Staat anstreben*), zwei Arten von Sozialisten, wenn man dieselben psychologisch betrachtet. Die einen gehören selbst zur unterdrückten Klasse und handeln in sehr berechtigtem egoistischen Interesse, wenn sie die gesellschaftlichen Zustände, welche diese Unterdrückung bewirken, zu ändern suchen; die anderen haben zwar selbst weniger zu leiden unter den gegenwärtigen Verhältnissen, aber sie sind erfüllt von dem Gefühl der Gerechtigkeit, dem starken Trieb, die Schwachen gegen die Starken zu unterstützen; dieser Trieb hat natürlich zur Grundlage das Mitleid mit den ersteren, ist aber, wie gesagt, viel mehr wie dieses und würde niemals durch eine bloße Besserung der Lage der unterdrückten Klasse befriedigt werden, sondern nur durch eine gerechte Lage.

Es fragt sich nun, ob es einen Punkt giebt, wo die unterdrückte Klasse, obgleich im vollen Bewußtsein ihres Zustandes, aufhören wird, ihre Befreiung zu wünschen? Träte ein solcher Zeitpunkt ein, so würde auch für diejenigen, welche nicht aus egoistischem, sondern altruistischem**), d. h. aus Gerechtigkeitsgefühl dieselbe erstrebt haben, nichts erübrigen, als sich zufrieden zu geben: man wird Niemandem gegen seinen Willen helfen wollen. (?) Ein solcher Zeitpunkt würde offenbar dann eintreten, wenn die Vortheile, welche eine ungerechte Vertheilung der Lebensgüter mit sich brächte, mindestens gerade so groß oder größer sein würden, als diejenigen, welche durch die gerechte Vertheilung für die Unterdrückten erlangt werden könnten; bei den letzteren ist nicht zu vergessen die Aufhebung des Kummers und Unmuths über die Ungerechtigkeit.

Wenn also z. B. durch den Sozialismus der Fortschritt der Civilisation gefährdet wäre, und es würde sich herausstellen, daß durch das Fallenlassen einer gerechten Vertheilung eine solche Vermehrung der Lebensgenüsse eintreten würde, die es ermöglichte, einem Jeden ein höheres Maß derselben zu Theil werden zu lassen, als er es bei gerechter Vertheilung jemals erlangen könnte, wenn dieser Ueberschuß so groß wäre, daß er bei den ungerecht Behandelten auch jede Spur von Mißmuth und Zorn hierüber ausgleichen oder beseitigen würde, so daß diese gar keinen anderen Zustand wünschen — dann freilich hätte der Sozialismus ein Ende (?) und zwar ein berechtigtes (?) und nothwendiges. (?) Aber dieser Fall ist eben einfach unmöglich, und wir sind vollkommen sicher, daß niemals das Fortschreiten der Cultur in dieser Weise abhängig sein wird von der Ungerechtigkeit. Die Gründe dafür sind oben zum Theil mitgetheilt; hier erwarten wir unsere Gegner, hier ist die Arena, auf der sie versuchen müßten, uns zu besiegen!

Und nun zurück zu Brentano.

Wir haben behauptet, daß er zu den Arbeiterfreunden gehört, die zwar Mitleid mit dem Arbeiter haben, das Gefühl der Gerechtigkeit aber nicht kennen oder ihm keinen Lauf lassen und deshalb, soviel sie auch für die Arbeiter thun würden, niemals die soziale Frage lösen werden. Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, dies speziell an dem Programme Brentano's zu zeigen. Es läuft derselbe, wie bekannt, hinaus auf die Gewerkvereine nach englischem Muster mit Einigungskammern und Schiedsgerichten.

Kann diese Einrichtung, darum handelt es sich, die Befreiung von der Macht des Kapitals bewirken, kann durch sie eine gerechte Vertheilung des Arbeitsertrags herbeigeführt werden?

Wer die Auseinandersetzungen Brentano's liest, wird, wenn er auch sonst die Geschichte und Erfolge der Gewerkvereine nicht kennt, mit „Nein" antworten. Die Coalition der Arbeiter vermag unendlich viel mehr als der Einzelne, kann aber nicht viel ausrichten gegen die Coalition der Arbeitgeber. Die Schieds- und Einigungsämter bedeuten keineswegs, wie ein Unbefangener aus ihrem Namen folgern könnte, eine freiwillige Einigung zwischen Gleichberechtigten, sondern sie bedeuten nur, daß es für zwei Parteien, die zwar ungleich an Macht sind, aber ihre gegenseitige Stärke durchaus genau kennen, vernünftiger und zweckmäßiger ist, Frieden vor dem Krieg zu schließen, als nach demselben. Deshalb brauchen die Friedensbedingungen noch lange keine gerechten zu sein, sondern sie sind der Ausdruck der beiderseitigen Machtverhältnisse. Der Schwächere stimmt wohl oder übel drückenden Bedingungen zu.

Daß die Arbeiter die Schwächeren sind, ist klar; sie können weder so lange feiern wie die Fabrikanten, noch sind sie, wie mehrfache Beispiele zeigen, während der Verhandlungen selbst der Schlauheit ihrer Gegner gewachsen.***) Wenn trotzdem eine

---

*) Und von solchen, welche aus dem Grunde Sozialisten sind, weil sie einsehen, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört, daß sie nichts gegen ihn werden ausrichten können und es, in ihrem eigenen Interesse, daher besser ist, sich demselben auszuliefern, anstatt in einem ungleichen Kampfe, dessen Ausgang unzweifelhaft ist, Vieles auf's Spiel zu setzen und großen allgemeinen Schaden herbeizuführen.

**) Altruistisch (Hauptwort: Altruismus), den Andern (lateinisch: alter) betreffend, für den Andern sorgend; im Gegensatz zu egoistisch, das Ich (lat.: ego) betreffend, für das Ich sorgend.

***) Dafür giebt eine Verhandlung, die unter Mundella selbst stattfand und von Brentano S. 273—274 erzählt wird, einen drastischen Beleg. Ein Arbeiter-Delegirter verlangte eine Lohnerhöhung von 1 Sh. = 1 M. auf ein Dutzend Strümpfe und meint, der Fabrikant könnte

Besserung der Lebenshaltung, wenn auch sehr langsam, herbeigeführt wird, so ist das nicht das Verdienst der Gewerkvereine, sondern dem Druck der öffentlichen Meinung zu verdanken, dem die Fabrikanten nachgeben müssen. Die öffentliche Meinung verlangt aber doch meistens nur die Abschaffung zu Tage liegender offener Mißstände; an dem Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit hat sie in England bis jetzt nicht gerüttelt.

Hauptsächlich aber sieht sie darauf, daß bei veränderten Conjunkturen der Arbeitslohn sich entsprechend verändert, ohne daß jedoch dabei das relative Verhältniß der Antheile des Arbeitgebers und -Nehmers am Gewinn sich modifizirte. Die Gewerkvereine sorgen auf diese Weise dafür, daß bei steigender Conjunktur in einem Gewerbe neben dem Gewinn des Fabrikanten auch der Arbeitslohn steigt; sie sind aber auch einverstanden, wenn er bei schlechter Conjunktur wieder herabgesetzt wird. Auch wird durch die Gewerkvereine eine Anpassung des Lohnes an den Werth des Geldes herbeigeführt, so daß die Arbeitgeber keinen Nutzen aus dem Billigerwerden derselben ziehen können.

Daß der Kampf ein ungleicher ist, kann Brentano nicht zugeben; er sieht in demselben nur einen Handel zwischen dem Waarenkäufer und -Verkäufer. In einem solchen Handel pflegt sich Niemand ungerecht bezahlen zu lassen, wenn er nicht durchaus Geld nöthig hat; auch kann er bei veränderter Conjunktur sein Angebot einschränken, so daß er auf keinen Fall einen Schleuderpreis anzunehmen braucht. Unzweifelhaft kommen die Gewerkvereine einem Waarenverkäufer näher, als der einzelne Arbeiter. Hierin besteht ihr Vortheil. Aber sie kommen ihm nicht gleich. Vor allen Dingen können sie das Angebot der Nachfrage nicht so anpassen, wie es ein Fabrikant thun kann. Derselbe erleidet im schlimmsten Falle einen Zinsverlust seines Kapitals; die Arbeiter verlieren, wenn sie die Arbeit einstellen, um keine Ueberproduktion zu veranlassen, das tägliche Brot. Die örtliche Anpassung, von der Brentano spricht, sowie die zukünftige, welche darin besteht, nur eine gewisse Zahl von Lehrlingen zu unterrichten, können diese momentane Anpassung nicht ersetzen.

Wenn wir aber auch zugeben, daß sich die Lebenshaltung durch das Wirken der Gewerkvereine verbessern kann, und nicht bestreiten wollen, daß es denselben mitunter gelungen ist, den offenen Kampf zwischen Fabrikant und Arbeiter zu beseitigen, so müssen wir uns vom sozialistischen Standpunkt aus doch gegen sie erklären. Denn, abgesehen davon, daß die durch sie herbeigeführte Verbesserung eine viel zu langsame, kaum sichtbare ist, können sie vor allen Dingen den Kampf selbst, der immer ein ungleicher sein wird, nicht aufheben. Der Sozialist will nicht, daß ein solcher Kampf zwischen einer starken Klasse und einer schwachen bestehe, mag derselbe auch nur am grünen Tisch ausgefochten werden; an seiner Grausamkeit verliert er deshalb Nichts. Obendrein hat diese Kampfesweise den Nachtheil, daß sie den Arbeiter zu dem Glauben verleitet, es sei ein Streit mit gleichen Waffen, am grünen Tisch könne keine Ungerechtigkeit sanktionirt werden, und sie so einschläfert.

Der Sozialist will keine mühsam erkämpfte, meist nur minimale, Aufbesserung der Lebenshaltung, die in gar keinem Verhältniß steht zum Wachsthum der Lebenshaltung der Arbeitgeber, sondern er will eine nach Verdienst zugemessene. Die Gewerkvereine können eine solche und sollen nach Ansicht ihrer Vertheidiger eine solche auch gar nicht herbeiführen. Die soziale Frage wird durch sie nimmermehr gelöst.

Wenn Brentano, wie es scheint, folgenden Satz des leider zu früh verstorbenen F. A. Lange acceptirt — er führt ihn als „treffend" wörtlich an — „Wer den Menschen wirklich im vollen Sinne des Wortes als Menschen anerkennt, darf nicht zweifelhaft darüber sein, auf welcher Seite er steht, wenn das Bewußtsein einer höheren Bestimmung in den Massen zum Durchbruch kommt. Es gilt für ihn nur, den Uebergang in den neuen Zustand zu erleichtern, die Kämpfe zu mildern und von den ewigen Gütern der Menschheit hinüberzuretten, was er vermag" — wenn Brentano aufrichtig derselben Meinung ist und danach

---

denselben auf den Consumenten abwerfen. Ja, wenn Nottingham das Monopol des Strumpfwirkergewerbes hätte, meint Mundella. Allein die französischen und deutschen Waaren werden auf den Tisch gesetzt. Unserm Freunde wird klar gemacht, daß zwei Drittel der Produkte in's Ausland gehen, daß, wenn wir durch Vertheuerung des Produkts um einen Shilling die Ausfuhr verlieren, drei Männer oder mehr da sein werden, um die Arbeit von Einem zu thun" u. s. w. Daß es aber noch einen dritten Weg giebt, nämlich den Shilling, anstatt auf den Consumenten, auf den Fabrikanten abzuwälzen, und daß dann die Ausfuhr nicht gefährdet sein würde, das freilich fiel weder dem Arbeiter noch Mr. Mundella ein. Darin aber steckt doch des Pudels Kern; darum dreht sich doch die soziale Frage.

handeln will, so überlasse er seine Gewerkvereinsideen Herrn Max Hirsch und bekenne sich von nun an offen zur sozialistischen Partei!

Die Mißbräuche bei den Reichstagswahlen.

Unter diesem Titel brachte der „Vorwärts" in Nr. 19 einige Vorschläge, auf welche wir uns folgendes zu erwidern erlauben. Was zunächst die Couverts betrifft, so ist es durchaus nicht nothwendig, daß dieselben einheitlich für sämmtliche Wahlkreise hergestellt werden, sondern es genügt vollständig, wenn nur jeder Wahlkreis seine bestimmten gleichmäßigen Couverts hat, welche versehen mit dem Siegel des Wahlcommissärs den einzelnen Gemeindevorständen oder Bürgermeistern in genügender Anzahl — vielleicht auf jeden Wähler zwei Couverts gerechnet — zugestellt und von denselben durch die Gemeindeorgane den Wählern, gleichwie es mit den Steuerzetteln geschieht, in's Haus geliefert werden. Vor dem Wahllokale könnte die zweite Hälfte der Couverts am Tage der Wahl zur eventuellen Benutzung bereit liegen. Stimmzettel dürften mit dem Couvert nicht gleichzeitig verabreicht werden. Würde man weiter noch die Bestimmung treffen, daß die Couverts vor Schluß der Wahllisten vertheilt werden müssen, so daß derjenige Wähler, welcher kein amtliches Couvert erhalten hat, dadurch erinnert würde, daß er nicht in der Wahlliste steht, und daß es für ihn gerathen sei, zu reklamiren, so dürfte allen gerechten Wünschen Genüge geschehen. Was die Wahlurnen betrifft, so ist es richtig, daß dazu hie und da gar sonderbare Möbel verwandt werden; indeß kommt ja auf die Urne nichts an, wenn nur Wahlvorstand nebst Beisitzer ehrliche Leute sind; ein Uebelstand aber ist, daß die Herren Wahlvorsteher in den seltensten Fällen soviel Contlanz besitzen, zu den Beisitzern Männer aus den verschiedenen concurrirenden Parteien zu nehmen. Würde letzteres allgemein üblich sein, so wäre allem Mißtrauen ein viel wirksamerer Riegel vorgeschoben, als mit den auf Reichscommando eingeführten Wahlurnen.

Was den letzten Vorschlag betrifft, jedem Wähler als „Gegenleistung" die stenographischen Verhandlungen des Reichstags zuzustellen, so ist derselbe einfach undurchführbar und deshalb auch undiskutirbar. Wohl aber zu empfehlen wäre, daß den Gemeinden auf Kosten des Reichs die stenographischen Berichte zugesandt und die ersteren angewiesen würden, diese Berichte in einer Weise auszulegen, daß allen Bürgern deren Einsicht ermöglicht wird.

Auf diese Weise wäre für alle Wähler die Möglichkeit gegegeben, sich über den Gang der Verhandlungen zu unterrichten, dadurch würden besonders die häufig so tendenziös entstellten Parlamentsberichte ihre Wirkung verlieren, während heute 99 Prz. der Wähler nicht im Stande sind, einen Einblick in die stenographischen Verhandlungen zu nehmen und in Folge dessen mit der häufig so gefälschten Kost der Parlamentsberichte in den verschiedenen Zeitungen vorlieb nehmen müssen. R. A.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Es heißt, dem Reichstag solle ein neues Vereinsgesetz vorgelegt werden. Unsertwegen zehn. Die vorhandenen Vereinsgesetze sind so schlecht, daß ein schlechteres nicht gemacht werden kann, und so gut wir bisher fertig wurden, werden wir's auch in Zukunft werden. Recht charakteristisch für die „Partei der politischen Heuchelei" ist, was das Fortschrittsorgan, die „Vossische Zeitung" zu dieser Frage bemerkt:

„Wenn man bedenkt, welche Motive noch vor kurzer Zeit von Halb- und Ganzoffiziösen vorgetragen wurden, um eine einheitliche Regelung des Vereinswesens in ganz Deutschland zu befürworten, so kann man sich der schlimmsten Befürchtungen nicht entschlagen. Soll wirklich das Vereinsgesetz nur dazu dienen, die in Preußen üblichen Beschränkungen der Vereinsfreiheit auf die übrigen Bundesstaaten zu übertragen, um die polizeiliche Ueberwachung und Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erleichtern, so wird es besser noch einige Zeit bei den bisherigen Zuständen sein Bewenden haben."

Die „Vossische Zeitung" hat ein sehr kurzes Gedächtniß. Es ist ihr offenbar ganz entfallen, daß die Fortschrittspartei im Sommer 1873 auf die bestellten „Nothschreie" aus Mecklenburg hin im Reichstag den Entwurf eines Reichs-Vereinsgesetzes einbrachte, das dem Manteuffel'schen fast wörtlich abcopirt war, und den Zweck hatte, „die in Preußen üblichen Beschränkungen der Vereinsfreiheit auf die übrigen Bundesstaaten zu übertragen". Wirklich, man wendet sich mit Ekel ab von solcher Doppelzüngigkeit. Beiläufig handelt es sich bei dem projektirten Vereinsgesetz nicht um eine Ausdehnung des preußischen Vereinsgesetzes auf das Reich, sondern um ein ganz neues Gesetz, das weit „wirksamer" sein soll, als das jetzige preußische Vereinsgesetz und die übrigen um kein Haar breit besseren sonstigen deutschen Vereinsgesetze. Nun — der Hexenmeister, dem es gelänge, den menschlichen Geist in dem Netz eines Vereinsgesetzes zu fangen, wäre der größte Wunderthäter aller Völker und aller Zeiten — Graf Eulenburg, der ernstlich an seine Demission denkt, hat jedenfalls die Entdeckung gemacht, daß er dieser Hexenmeister nicht ist. Es lebe sein Nachfolger! —

— Etwas für die hungernden Arbeiter! Es wird uns wahrscheinlich wieder zum Vorwurf gemacht, daß wir Klassenhaß erregten, wenn wir nachfolgende Notiz aus der „Kreuzzeitung" bringen. Wir trösten uns aber mit dem Gedanken, daß diejenigen allesammt, welche schwelgen, während das Volk hungert, den Klassenhaß selbst zur Genüge schüren, so daß wir nur die in zweiter Linie Schuldigen sein würden, wenn bei uns überhaupt von Schuld die Rede sein könnte. Doch nun zur Sache. Es veranstaltete nämlich aus Anlaß der ersten Kochkunst-Ausstellung, die kürzlich in Berlin stattfand, der dortige Hoftraiteur A. Huster ein Festessen, dem viele Notabilitäten anwohnten. Ein entzückter Referent der „Kreuzzeitung" schreibt über die Auswahl der Gerichte: „Die Suppe mit Purée von Artischocken war so vorzüglich, daß man nach der culinarischen Regel, eine gute Suppe biete allein fast einen Maßstab für die Beurtheilung eines guten Diners, gewiß sein konnte, ein solches vor sich zu haben; ein ganz besonders wohlfrappirter Madeira-Punsch leitete das Geplänkel in dem gastronomischen Kampfe erfolgreich ein, bis Hors d'oeuvre de nonveautés, für Auge wie Zunge gleich vielversprechend arrangirt, die Aufmerksamkeit auf sich lenkten; eine Mustergattung von Trüffeln du Périgord einte ihren Wohlgeschmack mit einem nennenswerthen 34er Portwein. Sodann erschien ein Sterlet, der Lieblingsfisch des Kaisers und Königs, welchen die Firma Achenbach in Moskau alljährlich übersendet à la russe, d. h. mit einer Champagner-Sauce von duftendem Wohlgeruche zubereitet und ringsum mit dem kleinkörnigen, dieser Störart eigenen Caviar garnirt; nicht minder vorzügliche Forellen aus dem Gardasee bekräftigen, gleichzeitig erscheinend, das gute Einvernehmen zwischen Rußland und Italien, während Steinberger Cabinet- und 68er Rauenthaler Bergauslese Deutschland mit beiden in passendste Verbindung brachten. Ein 64er Château Lafitte assistirte darauf einen mit Tomaten Lammrücken à la Westmoreland und einem à la favorite bereiteten Ziemer von einem Elenn, das noch vor Kurzem die Bjalystoker Waldungen durchstreift hatte. Hierauf folgte, von einem 69er Château Latour und St. Péray eingeführt, das schwerere Geschütz: Brüsseler Poulards à la Dauphin, wie man sie bei den „Trois frères provençeaux" in Paris nicht schmackhafter speisen kann; ausgezeichnete Cotelettes von Frischling à la Pompadour und eine Pastete von Sauerkohl mit Fasan. Galantine von indischen Vogelnestern (à Pfund 530 Mark) mit getrüffelter Farce stritt nun mit Austern au rocher de Cancal, deren jeder Caviarkörner sorgsam untergestreut waren, um den Vorrang und mit einer Ostender Langouste à la provençale, deren mit schwarzen Trüffelschnittchen abwechselnde weiße Scheiben auf der rothen Schale ein in seinen Farben nationales Gericht darstellten. 69er Château d'Yquem crême und Schloß Johannisberg begleitaten diesen Gang, Château Margaux und Monopole den folgenden, in welchem Wachteln, Schnepfen und schottische Rebhühner sich zusammenfanden, begleitet von einem englisch scharf bereiteten Salate. Es folgten Gemüse à la macédoine, die Spargel, von Vasen zierlich herabhängend, Schoten, Bohnen, Morcheln, Artischocken, deren Kernschale wiederum besonders gefüllt ward, während Roederer carte blanche und Heidsieck monopole das Geleite gaben. Bisquit à la diplomate und farcirte italienische Birnen leiteten den Schluß des Mahles ein, welchen mit diversen Käsen, Miniatur-Butterbrötchen, alle denkbaren Eisarten mit Croc en bouche und Dessert bildeten, ihnen zur Seite ein 1788er Malaga und ein dreihundertjähriger Est Est, die man genippt, geschlürft haben muß, um sie würdigen zu können." — So wird geschmaust, so wird geschwelgt und dann sagt man noch, daß auch die Sorge in den „besseren Schichten" der Bevölkerung Eingang gehalten habe. Doch das ist ja auch Nebensache — die Hauptsache ist: das Volk hungert und eine kleine Anzahl „bevorzugter" Menschen schwelgt. Noch wollen wir bemerken, daß wir es für unnöthig halten, die Fremdwörter in dem vorgeführten „Menu" zu übersetzen, da unsere Leser doch wohl kaum in die Lage kommen werden, jene Speisen und Weine zu bestellen.

Eine geschichtliche Berichtigung.

In dem Buche des Herrn Xavier Raspail (eines Sohns des berühmten greisen Sozialisten) „Ueber die Nothwendigkeit der Amnestie" Seite 51 liest man folgende Zeilen: „Beyssel ging zu Cluseret und machte ihm gerade heraus seine Eröffnungen. Er sagte ihm: „Wenn Sie das Eindringen von Truppen in Paris erleichtern wollen, so wird man Ihnen geben was Sie verlangen." Cluseret antwortete: „Ich werde viel zu gut von Bismarck und den andern bezahlt, als daß Sie mich kaufen könnten; es wird Ihnen nicht gelingen!"

Ein Freund des Bürgers Cluseret hat, durch diesen Passus bestimmt, darauf bestanden, Protest zu erheben gegen diesen Satz aus dem Werke des Herrn Xavier Raspail und sendet uns, um seinen Protest zu stützen, eine Notiz, welche zu veröffentlichen wir als unsere Pflicht betrachten. Anklagen von diesem Gewicht, welche die Geschichte morgen in ihre Blätter einträgt, machen eine Antwort nothwendig, da die Ehre eines Menschen sein kostbarstes Gut ist.

In jedem civilisirten Lande, fügt der Freund des Bürgers Cluseret hinzu, erfreut sich der Angeklagte des selbstverständlichen Rechtes, sich zu vertheidigen, und im Namen dieses Grundsatzes werden Sie es nicht von sich weisen, die Thatsachen, auf welche hier angespielt wird, wahrheitsgemäß zu berichtigen.

Niemals hat Cluseret Beyssel gesehen, noch auch Arohnson, und wenn Herr Thiers das Gegentheil geglaubt hat, so ist er das Opfer einer Täuschung.

Herr Thiers schickte die Generale Fogliardi, einen Schweizer, und Frappoli, einen Italiener, zu Cluseret.

Cluseret hat ersteren in Amerika kennen gelernt, wo derselbe bei der Armee des Nordens die Schweiz als Bundes-Oberst vertrat, und den zweiten in Italien, als er Adjutant Garibaldi's war.

Beide stellten sich in offner und loyaler Weise im Auftrage des Herrn Thiers vor, nicht um irgend etwas anzubieten, sondern um anzufragen, unter welchen Bedingungen man sich verständigen könnte.

Indem sie im Namen des Herrn Thiers sprachen, machten sie die Gründe geltend, die nach dessen Ansicht auf den Geist Cluserets den meisten Einfluß haben mußten. Hier sind ungefähr textgetreu ihre Worte:

„Wenn Sie Ihre Vertheidigung fortsetzen — und wir wissen, daß Sie es thun können — so wird früher oder später das Heer einziehen und Paris wird Sedan vergessen machen Sie setzen die stehenden Heere wieder in ihre frühere Machtstellung ein; der Führer des Heeres wird Herr und Meister sein, und ich werde die Autorität nicht besitzen, die Reaktion, die von dem Militär droht, zu verhindern."

Herr Thiers urtheilte richtig.

Fogliardi und Frappoli waren seiner Meinung.

Cluseret antwortete im Wesentlichen ungefähr wie folgt:

„Um in Paris einzuziehen, ist es nöthig, es mit Sturm zu nehmen. Da eben erwarte ich sie.... Die Kapitulards (Spitzname Derer, welche die Kapitulation von Paris abgeschlossen) verschreiten nicht zu einer Berennung. (Und in der That sind sie auch nicht dazu verschritten; sie haben sich durch eine Thür eingeschlichen, die ihnen der Verrath geöffnet hat.)

„Uebrigens handelt es sich nicht darum. Wir wollen ebenso wenig uns Frankreich aufdrängen, als wir uns Versailles unterwerfen wollen. Der Friede ist unterzeichnet, mögen die Versailler heimkehren, ihre Mandate niederlegen. Wir werden es ebenso machen, und Frankreich wird, ist es frei von jeder Fessel, durch neue Wahlen über seine Zukunft entscheiden."

Fogliardi sagte nichts. Frappoli stimmte zu. Die Scene spielte sich ab im Zwischenstock des Café Dorsay, wohin der General Cluseret die beiden Abgeordneten des Herrn Thiers bestellt hatte.

Am anderen Tage war Cluseret in Mazas (dem Gefängniß).

Eine andere Person besuchte ihn tagtäglich, ein Amerikaner Namens Mac Kean oder Mac Clean, ein Freund Washburne's, der ihn immerwährend mit Berichten über den Erzbischof unterhielt und ihm wiederholte: „You are worth a million of dollars." („Sie sind eine Million Dollar werth.) Das sind amerikanische Schwätzereien ohne jedes Gewicht. Mac Clean ist nicht als eine ernste Person aufzufassen.

Uebrigens bilden diese Thatsachen weder etwas Neues, noch ein Geheimniß. Sie sind Gegenstand einer offiziellen Mittheilung gewesen, welche von Cluseret der Commune in der Sitzung vom 21. Mai gemacht wurde, wo über ihn das Urtheil, und zwar einstimmig in freisprechendem Sinne, gesprochen wurde.

Und da ich einmal bei diesem Gegenstand bin, fügt der Urheber dieser Mittheilung hinzu, so will ich möglichst gründlich sein und etwas weit zurückgreifen.

Seite 944 des „Journal officiel" liest man in der zu Protokoll gegebenen Aussage des Herrn Generalprokurator Thourel:

„Ich hatte einen Strafantrag gegen Cluseret erlassen, dessen Verhaftung ich für nöthig hielt; er ist nicht verhaftet worden, weil er sich der Verhaftung zu entziehen wußte. Ich weiß nicht, ob er von den Preußen begünstigt wurde."

Was hatten die Preußen im Jahre 1870 in Marseille zu thun? Und wenn der Herr Generalprokurator, ein verständiger, ernster Mann, nichts weiß, warum spricht er von Dingen, die er nicht weiß?

Fahren wir fort mit unserem Citat:

„Ich beklagte mich gegen Gent darüber, daß er nicht Mittel und Wege gefunden, seine (Cluseret's) Verhaftung zu bewerkstelligen, da ich doch einen Verhaftsbefehl gegen ihn erlassen hätte. Gent sagte mir: „Ich hätte recht gern gesehen, daß er verhaftet worden wäre, weil ich eine Depesche von Gambetta erhalten habe, die mir aufgiebt, ihn verhaften und unter dem Schein eines Prozesses augenblicklich füsiliren zu lassen, weil er die Beweise in der Hand hätte, daß Cluseret ein preußischer Agent sei."

Ich bin überzeugt, daß in diesem Satz Herr Gent durch Herrn Thourel verleumdet ist. Gent ist es, der auf das Ersuchen Firmin's, gewesenen Maires von Celte, gewesenen Präsidenten der Südliga, dem Prokurator, der erschienen war, den auf der Präfektur verbliebenen Cluseret zu verhaften, den Befehl ertheilt, mit den Nationalgarden „der Mission Frankreichs" (?) wieder umzukehren, die gekommen waren, nicht ihn zu verhaften, sondern ihn zu füsiliren, und schon bis auf den Wagen, der den Leichnam auf den Kirchhof bringen sollte, alles vorbereitet hatten.

(Schluß folgt.)

Die derzeitigen traurigen Verhältnisse

werden durch folgende Scene, die sich im Berliner Kriminalbureau zugetragen hat, nnd die der „Volkszeitung" von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, treffend illustrirt:

An einem der letzten naßkalten, regnerischen Abende meldete

— Die Verfälschung der Lebensmittel. Die Uebel des herrschenden Produktionssystems, überhaupt der kapitalistischen Bourgeois-Wirthschaft äußern sich nach zwei Richtungen: einerseits in der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital und der daraus hervorgehenden Verarmung, Knechtung und körperlichen wie geistigen Verkrüppelung des Volks; anderseits in der Erzeugung und Verbreitung schlechter, verfälschter, gemeinschädlicher, gesundheitzerstörender Waaren. Die Verfälschung der Lebensmittel bildet eine stehende Rubrik unserer Presse. Den Zeitungen der letzten Tage entnehmen wir folgende zwei „Fälle“:

1) „In Sachen Lebensmittelverfälschung“, schreibt der „Westfälische Merkur, „haben die Gebrüder Stollwerck (kaiserliche Hof-Chokoladenfabrik) zu Köln sich veranlaßt gefunden, eine Anzahl Präparate, welche unter dem Namen „Chokolade“ verkauft werden, analysiren zu lassen. Die Herren Dr. Vohl in Köln und Apotheker Heinz in Duisburg, zwei anerkannte chemische Autoritäten und deklarirte Feinde der Lebensmittelverfälschung, unterzogen sich dieser Arbeit. Die Resultate waren unglaublich; von siebzehn Analysen ergaben neun das vollständige Fehlen von Cacao; nur gemahlene Cacaoschalen und Keime, Rindertalg, ordinäres, gebranntes Mehl und schlechter Zucker bildeten die Bestandtheile der sogenannten Block-, Suppen- und Bruch-Chokoladen. In zwei Fällen hatte übrigens Zusatz von 5 resp. 10 Prozent Schwerspath stattgefunden, abgesehen von der Beimischung vegetabilischer Farben. Die Analysen von zwei der „berühmten holländischen Puder-Cacaos“ der zwei bedeutendsten Firmen Hollands ergaben eine Beimischung von 10 resp. 12 Prozent werthloser Stoffe! Also: Warnung vor dem Ankaufe zu billiger Chokoladen!“ — Und wer bürgt uns dafür, daß die theuren nicht auch verfälscht sind?

2) „Das beliebteste Manöver (lesen wir in verschiedenen Blättern) bei der Verfälschung der Butter besteht darin, daß der Verkäufer ihr künstlich eine Quantität Wasser beimischt und dadurch das Gewicht vermehrt. Während eine gute Butter nie mehr als höchstens 10 Prozent Wasser enthalten darf, gelingt es den Betrügern, ihr künstlich einen Wassergehalt bis zu 25 Prozent zu geben. Sie können dann freilich das Pfund Butter, welches der redliche Nachbar mit 1 M. 50 Pfg. verkauft, mit 1 M. 40 Pfg. und noch billiger ablassen und haben doch noch einen betrügerischen Gewinn. Meistens machen sich die Händler bei dieser Butterfälschung noch eines anderen Vergehens schuldig, auf welches wir die Aufmerksamkeit unserer Hausfrauen noch besonders hinlenken wollen. Da die Butter durch das künstliche Einrühren des Wassers eine sehr weiße Farbe annimmt und also leicht als verfälscht erkannt werden kann, geben ihr oft die Händler durch ein höchst ekelhaftes Mittel die gelbe Farbe wieder, sie verwenden dazu in Urin aufgelöste Orleans. Glücklicherweise läßt sich so verfälschte Butter bei einiger Aufmerksamkeit leicht erkennen, Wenn eine intensiv gelbe Butter doch weiß und schaumig erscheint, wenn sie bei leichtem Drücken viel Wasser herausläßt, dann ist sie auf obige ekelhafte Weise verfälscht. Jede Hausfrau, welche eine solche Butter, gleichgültig ob auf dem Markt oder an anderm Orte, gekauft hat, ist moralisch verpflichtet, den Betrug zur Kenntniß der Polizeibehörde zu bringen, denn den Betrügern kann nur dann das Handwerk gelegt werden, wenn ihr Betrug entdeckt und mit der gesetzlichen Strafe geahndet wird.“

Nun, Dieser oder Jener, der es zu arg treibt, mag ja zu fassen sein. Aber es wäre thöricht, zu hoffen, daß durch polizeiliche Maßregeln dem Uebel abzuhelfen wäre. Die Waarenverfälschung ist eine nothwendige Folge der heutigen Bourgeois-Wirthschaft, und das herrschende System kann doch wahrhaftig nicht durch die Polizei beseitigt werden, die diesem System ja im Großen und Ganzen dienen muß. So lange die Klasse, welche die Arbeit ausbeutet und ein Interesse an der Herstellung verfälschter Waaren hat, sich im Besitz der Regierung und Gesetzgebung befindet, wird, mit der Ausbeutung der Arbeit, auch die Verfälschung der Waaren fortdauern.

— Spielzeug. Wem steigen nicht, wenn er an einem Spielwaarenlager vorübergeht, fröhliche Weihnachtserinnerungen auf? Und wer wundert sich nicht über die geradezu unbegreiflich billigen Preise? Erkundigen wir uns aber nach Ursprung und Herkunft dieser Spielwaaren, nach dem Verdienst und der Lebensweise Derer, welche sie verfertigen, dann hören wir auf, uns über die billigen Preise zu wundern, ein düsterer Schatten zieht über die heitren Erinnerungen, und Gefühle des Mitleids und Zorns erfüllen unsere Seele: des Mitleids mit dem lebendigen Spielzeug, das dieses todte Spielzeug anfertigt und von ihm langsam getödtet wird — des Zorns über die kalte Rücksichtslosigkeit, die Grausamkeit einer Gesellschaft, die solche Zustände erzeugt. In einem Blatt, das wohl noch nie von Sozialisten als Zeuge gegen die heutige Gesellschaft aufgerufen worden ist, im „Bazar“ vom 22. Dezbr. 1873 finden wir als „Weihnachtsplauderei“ folgende Schilderung der Spielwaaren-Fabrikation:

„— — Im deutschen Reichswald bei Nürnberg wurde schon um 1270 von den intelligenten Nürnbergern die Holzwaarenindustrie eingeführt, und zwar nach dem Beispiele der im Meining'schen gelegenen Orte, welche diesen Fabrikationszweig bereits betrieben, und deren berühmtester die Stadt Sonneberg ist.

„Unter den Tausenden von Spielzeug-Gegenständen, die in jährlich immer neuer und größerer Fülle auf den Markt kamen, war es u. A. schon damals die Arche Noah, welche das Auge der Kinder erfreute, und aus dem diese, da es zu der Zeit weder Bilderbogen noch Fibeln gab, ihre naturgeschichtliche Kenntniß von allerlei fremdem Gethier schöpften.

„Daß man selbst zu jener Zeit und trotzdem das Geld damals ungleich höheren Werth als heute besaß, schon über die Wohlfeilheit jener kunstlosen Holzschnitzereien sich baß verwunderte, geht aus einem Verslein in den alten Nürnberger Registern hervor, welches lautet:

Hundert und zwei Gethier fürwahr
Als man zählt 1270 Jahr,
Sind für acht Pfennige baar
Zu han im Krais Isar.

„Noch heute wie damals ist die Wohlfeilheit der Kinderspielwaaren nur dadurch erklärlich, daß die Holzschnitzer, Alt und Jung, unendlich emsig arbeiten und ebenso genügsam in ihren Ansprüchen an das Leben sein müssen, erklärlich ist auch die häufige Einkehr bitterer Noth, hier, wie in anderen Orten, wo um das tägliche Brod alle die Sächelchen gearbeitet werden, welche Millionen von Kindern zu erfreuen bestimmt sind.

„Ehrfurcht und Mitleid müssen dem ebenso häufigen als wohlfeilen Spott über die leichte Nürnberger Waare weichen, wenn wir nähere Daten über den aussichtslosen Fleiß, die staunenswerthe Geschicklichkeit der armen Arbeiter erfahren. In Sonnenberg oder den umliegenden Dörfern Judenbach, Steinheide, Hüttengrund u. s. w. verbraucht eine Arbeiterfamilie, aus fünf Köpfen bestehend, jährlich 130 Kubikfuß Nadelholz, und hat, wenn dieses zu Spielsachen verarbeitet ist, 150 bis 160 Gulden verdient. Eine solche Familie liefert beispielsweise in einer Woche einhundert Dutzend, gleich zwölfhundert Stück, Kindertrompetchen, der Arbeitslohn hierfür beträgt einen Thaler und zwanzig Silbergroschen. Die Familie muß mit sieben Silbergroschen auf den Tag leben; das kann freilich nur die rührende Genügsamkeit der armen Leute möglich machen; auch steht es thatsächlich fest, daß hier öfter ein heiterer Sinn zu finden, als bei manchen Arbeitern in großen Städten mit ungleich höheren Löhnen.

„Aus der Sonnenberger Gegend führt die durchlaufende Eisenbahn alljährlich 40,000 Centner Spielwaaren, und wie viele kleine Spielzeuge mögen dies sein, wenn man erwägt, daß die Meining'sche Forste allein 5000 Klafter Fichtenholz à 100 Kubikfuß feste Masse an die Fabrikanten liefern, und wenn man weiter bedenkt, daß z. B. zur Verfertigung von 4680 Dutzend Trompetchen oder 56,160 Stück à 1½ Pfennig nur 136 Kubikfuß Holz nöthig sind! Auch die mit dem Bemalen der Spielwaaren sich ausschließlich Beschäftigenden der Thüringischen Ortschaften liefern ihre Arbeit unglaublich schnell und billig; so z. B. kostet das Bemalen von 200 kleinen Holzkoffern, welche auf fünf Seiten zu gescheln hat, 200 Pfennige; hierzu liefert der Maler alle 8 oder 10 Farben, Firniß, Lack ꝛc. und bei alledem verdient ein Maler mit Weib und Kind in einem Tage 15 Silbergroschen. Aus dieser Thüringischen Gegend werden alljährlich allein für 30,000 Thaler Spielwaaren nach Amerika versendet. Im bairischen Isarkreis ist seit dem dreizehnten Jahrhundert Oberammergau und Berchtesgaden berühmt, besonders für feinere Sorten von Schnitzereien. Ebenso ist das Grödnerthal in Tirol wohlbekannt wegen der Zierlichkeit und Billigkeit seiner Erzeugnisse; dasselbe ist der Fall im Traunkreis in Oesterreich, in den Städtchen Ischl, Mollen und Hallstadt. In Oesterreich überhaupt zählt man 8000 Menschen, welche Spielzeuge schnitzen, und werden aus diesen Gegenden alljährlich an 20,000 Centner fertige Waare versendet.

„Sehr bedeutend, obwohl noch trauriger situirt als die Thüringer Spielwaarenindustrie ist diejenige des sächsischen Erzgebirges, woselbst und zwar im Gerichtsamte Saida im Jahre 1867 über 4600 Einwohner mit der Anfertigung von Spielwaaren beschäftigt waren, welche jährlich circa 90,000 Centner oder 4500 Klafter Holz verarbeiteten. Hier liefern selbst Kinder, die erst das vierte Lebensjahr überschritten haben, schon ihr kleines Arbeitspensum! Diese Mitverwendung der Kinder und eine umsichtig gegliederte Arbeitstheilung ermöglichen es, daß dort der Centner verarbeiteter Spielwaaren einen Durchschnittswerth von nicht mehr als 15 Thalern besitzt, und was das sagen will, begreift man, wenn man hört, daß von den kleinsten und leichtesten Sächelchen, deren 180 Stück Täßchen, Schüsselchen, Kännchen ꝛc. mit 4 Pfennigen, daß von denjenigen Schachteln, in welche die Waaren verpackt sind, 60 Stück für 28 Pfennige verkauft werden!

„Was die Arbeitstheilung anbetrifft, so macht selbst derjenige Arbeiter, welcher mehrere Verrichtungen vorzunehmen genöthigt ist, jederzeit einen Gegenstand erst in größerer Menge bis zu einem gewissen Stadium fertig, bevor er weitere Operationen vornimmt. In der Hauptsache lassen sich die Gruppen der Arbeiter in Dreher, Schnitzer, Blecharbeiter, Maler und Packer unterscheiden, doch zerfällt jede Gruppe wieder in eine große Anzahl von Unterabtheilungen. Das Holz wird von einer besonderen Klasse, den Holzhändlern, in den Auktionen der Forsten entstanden und dann von den Arbeitern nach Klaftern oder Blöcken, bisweilen sogar nach Scheiten gekauft. Nachdem dasselbe vorgerichtet, d. h. geschält und getrocknet ist, wird es zerkleinert, theils abgedreht, theils mit Sägen zerschnitten. Die wichtigste Aufgabe in der ganzen Fabrikation fällt den Drehern zu, und hier steht der Geschicklichkeit der Hand die durch Wasserkraft, neuerdings durch Dampf betriebene Drehbank zur Seite. Manches Drehwerk enthält 20 und mehr Arbeitsstellen, die der Besitzer nach halben und viertel Tagen, bei knappem Wasser sogar stundenweise vermiethet. Einzelne Artikel werden bereits von den Drehbänken aus marktgängig geliefert, die meisten aber wandern erst durch die Hände der Schnitzer und Maler.

„Das wenig beneidenswerthe Loos, welches die armen Anfertiger der „ordinären“ Spielwaaren trifft, zu bessern, und zwar dadurch, daß dem Arbeiternachwuchs in Zeichen- und Modellirschulen Gelegenheit gegeben wird, den Geschmack zu läutern und durch Herstellung mehr künstlerischer Waare höheren Handelswerth zu verleihen, ist leider trotz aller Bemühungen seitens der betreffenden Regierungen bisher von wenig Erfolg begleitet worden — die Arbeiter hängen eben zu zähe am Althergebrachten.

„Und dennoch wird die deutsche Spielwaarenindustrie auch an allen diesen Fabrikorten einen Läuterungsprozeß durchmachen müssen, soll sie nicht untergehen, denn immer dringender lautet der Ruf der Neuzeit: für unsere Kinder ist das Beste gerade gut genug; immer mehr bricht sich die Erkenntniß von der hohen Bedeutung des Spielzeuges in der Hand des Kindes Bahn. Ein Beweis dafür ist das „feine“ Spielzeug, dessen stets sorgfältigere Herstellung in Art und Form sich von Jahr zu Jahr mehr wirkliche künstlerische Kräfte zuwenden.“ —

Dies die „Weihnachtsplauderei“ des „Bazar“. Seitdem sind drei Jahre in's Land gezogen: der „Läuterungsprozeß“ ist gekommen in Gestalt der Geschäftskrise und hat die Löhne noch mehr herabgedrückt. Wie die Leute jetzt leben können, ist ein Räthsel für Jeden, der nicht auf derselben Stufe des Elends steht — genug: sie leben, wenn vegetiren leben genannt wird. Und die Kinder müssen erst recht mitarbeiten, trotz der Bestimmungen der Gewerbeordnung gegen die Kinderarbeit. Freilich die mangelhafte Ernährung untergräbt die zähesten Körperconstitutionen, die Bevölkerung wird immer schwächlicher, immer ungesunder, die Lebensdauer kürzer — doch was will das bedeuten? Unsere Kinder brauchen Spielsachen; daß die Arbeiter, welche die Spielsachen verfertigen, daran sterben, das geht die Gesellschaft nichts an. So will es die „Ordnung“ in dieser „besten der Welten“.

— Die Jugend der Nation wird durch den Militarismus vielfach ins Elend gestürzt und vernichtet. Nach dem im Kriegsministerium für den Monat Dezember 1876 zusammengestellten Hauptbericht über die Kranken des preußischen Heeres, des sächsischen und württembergischen Armeecorps betrug die Krankenzahl 7,1 Prozent der Effektivstärke. Die Zahl der unter militärärztlicher Behandlung Gestorbenen betrug 86. Die meisten Opfer forderte der Typhus, nämlich 22, worunter ein Fall von Flecktyphus (in Liegnitz). In nicht militärärztlicher Behandlung kamen außerdem noch 34 Todesfälle vor, davon 2 durch Krankheiten und 12 durch Verunglückung. Die Zahl der Selbstmorde betrug 21. Ferner kamen 2 Alkoholvergiftungen und 2 Schädelverletzungen, letztere außerhalb des Dienstes, in Guben und Ratibor vor. Im Ganzen hat das Heer somit 119 Mann durch den Tod verloren. Außer den Gestorbenen sind 82 als „invalide“, 386 als „dienstuntauglich“ und 128 „anderweitig“ abgegangen. — Ueber 7 Prozent Kranke in den kräftigsten Jugendjahren! 21 Selbstmorde in einem Monate! Man sieht, welche Blüthen der Militarismus in unserem herrlichen Deutschland treibt.

— Die Willkür hat gesiegt — aber nichts gewonnen. Am 15. d. erschien die letzte Nummer der „Menschenrechte“; allein phönixgleich wird das treffliche Blatt verjüngt wieder auferstehen als „Radical“, in dem auch die „Revolution“ Naquet's aufgehen wird. Die erste Nummer des neuen Blatts ist auf den 18. d. angekündigt. — Wenige Tage vor ihrer juristischen Erdrosselung hatten die „Menschenrechte“ zur Feier ihres ersten Geburtstags ein Bankett veranstaltet, welches zu einer wahrhaft großartigen Demonstration wurde. Ein Begrüßungstelegramm des „Vorwärts“*) fand begeisterte Aufnahme. Um uns etwas „anzuhängen“ und diesem Telegramm eine deutschfeindliche, wo nicht vaterlandsverrätherische Tendenz zu verleihen, wird geschrieben, Yves Guyot, der auf dem Bankett die Festrede hielt, habe sich entschieden deutschfeindlich ausgesprochen. Das ist einfach gelogen, in denunziatorischer Absicht gelogen. Guyot hat keine Aeußerung gethan, die so gedeutet werden könnte, und die „Menschenrechte“ waren — mit Ausnahme der „Revolution“ — vielleicht das einzige französische Journal, welches den Chauvinismus prinzipiell bekämpfte.

*) Ein beliebiger Quartaner oder Sparig schreibt darüber im „Leipziger Tageblatt“: „Bei dem Bankett traf ein Glückwunsch der deutschen Sozialdemokraten von der Redaktion des „Vorwärts“ in Leipzig ein. Das Leipziger Telegramm lautete: „Die Redaktion und Administration des Leipziger Sozialistenblattes „Vorwärts“ senden den „Droits de l'Homme“ ihre brüderlichen Grüße im Namen der deutschen Demokratie.“ Dabei ist dem Verfasser der Depesche der Schnitzer passirt, ses salutations fraternelles statt leurs salutations fraternelles zu sagen.“

Dem Verfasser der Depesche ist kein Schnitzer passirt, wohl aber dem beliebigen Quartaner oder Sparig das Malheur, sich colossal zu blamiren. In der Depesche kommt weder ses noch leurs vor — es heißt einfach (auf französisch): Brüderliche Grüße ꝛc. und dann folgen die Unterschriften. Der beliebige Quartaner oder Sparig hat die das Telegramm betreffende redaktionelle Notiz der „Droits de l'Homme“ mit dem Telegramm selbst verwechselt und den Beweis seiner französischen Schülerhaftigkeit an den Unrechten gebracht. Der ABC-Schütze aus Kleinparis, der den Redakteuren von Großparis französischen Sprachunterricht ertheilen will! Köstlich! Wenn der Bursche nur erst Deutsch könnte!

---

sich auf dem Kriminalbureau eine traurige Gestalt mit einem Paar alter Stiefeln in der Hand und wünschte dem diensthabenden Beamten vorgeführt zu werden. Vor diesen gebracht, entspinnt sich folgende Unterhaltung:

Commissarius: Was wollen Sie?

Bagabond: Ick melde mir mit die Stiefeln, die hab' ick jestohlen und nu bitte ick mir inspunnen zu lassen.

Com.: Wo haben Sie denn die Stiefeln gestohlen? — Die können höchstens auf einem Dunghaufen vor den Thoren gelegen haben. Die nimmt ja kein Mensch auf.

Bag.: Det is Allens recht jut! Aber ick habe ja jestohlen und will ingespunnt werden.

Com.: Ja lieber Mann! Wenn Sie nicht sagen können, von wem die Stiefeln gestohlen sind, so kann Ihrem Wunsche „von wegen des Inspunnens“ keine Folge gegeben werden.

Bag.: Na ick will et man jestehen: jestohlen habe ick die Stiebeln nich, ick habe se uf's Feld jefunden. Aberscht sehen Sie, Herr Kum'zar, wenn Euer wie ick nu schon drei Tage lang die Bänke im Asyl und Ochsenkopp jedrückt hat, — denn lejen kann man sich da nicht mehr, weil't zu vull ist — der sehnt sich och mal ene Nacht uf'n Strohsack zu schlafen, un da habe ick mir jedacht, du wirst sagen: ick habe die Stiebeln jestohlen!

Com.: Ja lieber Mann, dann nehmen Sie nur Ihre Stiefeln und gehen wieder nach dem Asyl.

Bag.: Also et is nischt, Herr Kum'zar? Na nischt vor unjut, denn muß ick et besser machen. Adjes ooch!

Nach Verlauf von etwa einer Stunde kam der Liebhaber eines Strohsacklagers wieder, diesmal statt der Stiefeln ein Vogelbauer aus Draht in der Hand tragend.

Bag.: Nu, Herr Kum'zar, bin ich wieder da, nanu werden Sie doch mir hierbehalten?

Com.: Kerl, sind Sie des Teufels? was bringen Sie denn nun?

Bag.: Ick habe 'nen Vogelbauer jestohlen und denke, dat Sie doch nun mit mir Erbarmen haben werden un mir hier behalten duhn.

Com.: Wo haben Sie denn das Vogelbauer gestohlen?

Bag.: Ja, det weeß ick ooch nich. Et war so beim Alexanderplatz.

Com.: Können Sie denn den Weg zu dem Laden, wo Sie das Bauer gestohlen haben, wiederfinden? Dann werde ich einen Beamten in Ihrer Begleitung hinschicken, damit der Bestohlene festgestellt wird.

Bag.: Na, Herr Kum'zar, heute kann ich nich mehr hinfinden, Sie werden mir schon hierbehalten müssen.

Dieser Wunsch wurde endlich erfüllt, und der Dieb findet die ersehnte Ruhe auf einem Strohsack in einer Zelle der Stadtvoigtei. Am anderen Morgen wurde mit Hilfe des Vagabonden ermittelt, daß das Vogelbauer einem Klempnermeister in der Landsbergerstraße von dem Ladeneingange gewaltsam abgerissen worden. Der Meister, mit der Veranlassung der Recherche bekannt gemacht, erklärte, von einem gegen ihn begangenen Diebstahl nichts zu wissen, und so wurde denn auch der Thäter, welcher sich nur eine Nacht des Strohsacklagers erfreuen konnte, wieder entlassen.

— Wunderthätiges Lächeln. In den 17. sächsischen Wahlbezirk soll jetzt bekanntlich der Bischweiler Birnbaum verpflanzt werden; es will aber nicht gehen, weil dort eine heftige Zuglust herrscht, die den Birnbaum so arg rüttelt und schüttelt, daß er nicht Wurzel fassen kann. Zum Beispiel in Mülsen St. Jakob wehte am Sonntag ein förmlicher Orkan, der allerlei nicht ganz saubere und nicht ganz wohlriechende Dinge auf dem Birnbaume hängen ließ; und der böse Sozialdemokrat Nauert erkühnte sich zu beweisen, daß an dem Birnbaum blos bittere, gesundheitsschädliche Holzbirnen wachsen, ja er entwarf ein förmliches „Sündenregister“ des Birnbaums. Jetzt geschah ein Mirakel, über welches das „Chemnitzer Tageblatt“ wie folgt berichtet: „Höchst interessant war es nun während der Aufzählung des Birnbaum'schen Sündenregisters diesen (Birnbaum'schen — Birnbaum!), den Mann der Wissenschaft (Holzbirnen), der Ruhe und Ordnung (Holzbirnen) zu beobachten! Mit stillem Lächeln wehrte er die giftigen Pfeile Nauert's ab, — ja er gewann es über sich, sie mit keinem Worte zu erwähnen.“ Hoffentlich ist Herr Birnbaum so gut und verräth seinen Mitgründern das Rezept seines wunderwirkenden „stillen Lächelns“. Wenn diese Wohlthäter der Menschheit auf der Anklagebank sitzen, können sie damit die „giftigen Pfeile“ der Herren Staatsanwälte abzuwehren, ohne nur den Mund aufzuthun. Wie manchem verkannten Biedermann wäre das „stille Lächeln“ ein paarmal hunderttausend Thaler unter Brüdern werth. Juckt Sie's nicht, Herr Birnbaum? Da ließe sich ein „Geschäft“ machen, anders als das Bischweiler-Spener'sche.

— Der „Dresdener Volksbote“ erscheint seit Kurzem in sehr vergrößertem Format; der Leserkreis ist so rasch im Wachsen begriffen, daß der „Volksbote“, der jetzt blos dreimal wöchentlich erscheint, sich wohl bald zu einem täglichen Blatt wird erweitern müssen.

Vom 1. März an wird für den 15. sächsischen Wahlkreis ein Lokalorgan, „Der Volksfreund“, vorläufig blos einmal wöchentlich, erscheinen, und zwar im Verlag der Chemnitzer Genossenschaftsbuchdruckerei.

Für Polen.

März 1846.

Das Lied vom Rhein — es klang so hell
Im Süden gestern noch und Norden;
Wie ist das Weiße doch so schnell
In Deutschland wieder schwarz geworden!

Wo stob er hin, der Sängerchor?
Und warum schweigt er heut so stille?
Ach! er erschien, ach! er verlor
Sich — immer nach der Herren Wille.

Was gestern Recht war für den Rhein,
Ist's heute nicht auch Recht für Polen?
Soll Polen nicht auch Polen sein,
Weil wir als Räuber mitgestohlen?

Ist Fürstenwort solch Lauberwort,
Daß es kann Tag in Nacht verkehren?
Sind Herz und Hirn bei uns verdorrt?
Und läßt Vernunft sich so entehren?

Vergaßet Ihr das Einmaleins,
Ihr unergründlich tiefen Denker,
Ihr Zionswächter unsres Rheins
Und jeder fremden Freiheit Henker!

O deutsches Volk, das hoffend drängt
Sich an der Reichen Zukunft Schwelle,
Was auch die Sterne Dir verhängt,
Sei nicht des Czaren Spießgeselle!

Horch auf den Sturm, der neu erbraust,
Auch Deine Frucht vom Baum zu schütteln,
Eh' eisige Barbarenfaust
Dich wird aus Deinen Träumen rütteln!

Tritt nicht, was Du bei Dir gesä't,
In fremdem Land mit Rosseshufen;
Nicht Deine eigne Majestät
In Völkern, die nach Freiheit rufen!

Du suchst Dich selbst aus tiefem Grund
Der harten Knechtschaft aufzuschwingen,
Willst Du Dein Joch zur selben Stund
Den Andern auf den Nacken zwingen?

Soll noch einmal im wilden Streit
Hinmorden unsrer Kinder Lanze
Die ewige Gerechtigkeit
Dem alten Gleichgewichtspopanze?

Weh über uns in solchem Krieg!
Wir wandeln keine Ruhmesbahnen.
Ich rufe: den Empörern Sieg!
Und jede Schmach auf deutsche Fahnen!

Georg Herwegh („Neue Gedichte“).

Correspondenzen.

Altona, 15. Feb. 9½ Abds. (Dep.) Stadt Altona Hartmann 9019, Karsten 7145. Land bis jetzt Hartmann 2770, Karsten 3227. Fehlen 34 Orte, die uns den Sieg wohl nicht mehr entreißen können. (Hartmann hatte also einen Vorsprung von 1415 Stimmen — 11,789 gegen 10,374.)

Im 17. **sächsischen Wahlbezirk** ist die Wahlagitation in vollem Gang. Von Sonnabend bis zum Mittwoch sind einige 20 Versammlungen angesetzt. Für Donnerstag den 22. Abends ist im Hauptort des Bezirkes, Glauchau, ein großes Siegesfest arrangirt, denn daß Bracke siegt, glänzend siegt, steht bombenfest.

Elberfeld, 13. Februar. Vor dem Polizeigericht wurde heute gegen 28 Personen verhandelt, welche wegen Theilnahme an den nach der letzten Reichstagswahl am 18., 19. und 20. Januar d. J. stattgehabten Ruhestörungen angeklagt waren. Dreizehn Personen erhielten eine vierzehn- resp. achttägige Gefängnißstrafe, während den Uebrigen Geldbußen auferlegt wurden. — Nicht ein Sozialdemokrat war unter den Verurtheilten. Wenigstens war Keiner derselben als solcher bekannt, da sonst der Staatsanwalt gewiß Bezug bei der Anklage darauf genommen haben würde.

Aufruf an die Schuhmacher Deutschlands.

Collegen! Schon vor mehr als dreißig Jahren ertönte in allen Gauen Deutschlands der Ruf nach Abschaffung der Zuchthaus- und Gefängnißarbeit, da die Kleinmeister und Gesellen schon damals die große Concurrenz darin erblickten, die besonders in unserem Geschäfte sehr schädlich auf die Kleingewerbtreibenden wirkte und nur den Großkapitalisten zu Gute kam, welche genügende Mittel besaßen, die erforderliche Kaution zu stellen, und die sich die Aufgabe stellten, die Gefangenen auszubeuten und billige Arbeit aus den Staats-Institutionen (Strafanstalten) zu beziehen, um dadurch die Kleinmeister vollständig concurrenzunfähig zu machen. Die deutschen Schuhmacher werden sich wohl schon darüber klar geworden sein, daß dem Handwerke eine große Schädigung dadurch zugefügt wird, daß die Strafgefangenen während ihrer Haft zu geringen Preisen an die Groß-Unternehmer verpachtet werden, so daß die Kleingewerbtreibenden, die, schon lange nicht im Stande mit der Großindustrie zu concurriren, vollständig zu Grunde gehen; und die Gesellen, welche der heutigen Gesellschaft in jeder Beziehung Rechnung tragen müssen (Steuerzahlen u. s. w.), werden dadurch arbeitslos und gezwungen, sich einen anderen Erwerbszweig zu suchen oder durch den schweren Druck der Arbeitslosigkeit solchen Anstalten zu verfallen.

Betrachten wir uns einmal einige solcher Strafanstalten etwas näher. In dem Königlichen Centralgefängniß zu Cottbus werden durchschnittlich 80 Mann mit der Schuhmacherei beschäftigt; der Unternehmer ist Feuchtenhauer u. Söhne in Berlin. Im Gefängniß kostet dem Unternehmer ein Mann 80 Pf. pro Tag, und dabei müssen die Gefangenen ihr bestimmtes Quantum monatlich liefern, sonst braucht der Unternehmer für den Mann nichts zu bezahlen; es sind jedoch die Einrichtungen so getroffen, daß ein Gefangener seine Aufgabe schaffen muß. Wenn der Gefangene sein sogenanntes Pensum monatlich fertig macht, bekommt er pro Tag 10 Pf. Arbeitsverdienst-Antheil, fehlen dagegen ein'ge Paar, so bekommt er gar nichts und obendrein Arrest für das faule Arbeiten. Die Beamten stehen stets zur Aufsicht da. — Im Gefängnisse zu Berlin werden die Gefangenen vom Schuh- und Stiefel-Fabrikanten Fürstenheim beschäftigt. — Im Zuchthause zu Brandenburg, wo durchschnittlich 50 Mann beschäftigt werden, sind nicht nur Stanzmaschinen, sondern sogar Maschinen zum Durchnähen vorhanden, so daß die Gefangenen blos das Einrichten und Ausputzen auszuführen haben. Solcher Anstalten sind im civilisirten Deutschland Hunderte und werden immer noch mehr gebaut.

Wenn nun gesagt werden sollte, daß die Gefangenen doch arbeiten müßten, ohne Beschäftigung könnten sie nicht sein, ihre Unterhaltungskosten müßten sie sich verdienen, indem sie dem Staate viel Geld kosten — so wird das jeder vernünftige Mensch zugeben, trotzdem Diejenigen, welche etwas besitzen, Gerichts- und Gefängnißkosten bezahlen müssen, infolge dessen umsonst arbeiten. Sache der heutigen Gesetzgebung muß es sein, die Unzuträglichkeiten, wie sie heute in den Königlichen Staats-Institutionen betrieben werden, abzuschaffen. Daß wir, freie Arbeiter und Kleinmeister, nicht der Concurrenz unterliegen müssen, dies haben wir als Staatsbürger zu verlangen. In dieser Angelegenheit haben die vereinigten Schuhmacher Berlins beschlossen, folgende Petition an den Hohen deutschen Reichstag zu richten:

„Da die Schuhmacher Deutschlands sich in gedrückter Lage befinden, die Arbeitslosigkeit sehr groß ist und das Kleingewerbe ganz darnieder liegt, so erlauben sich die Schuhmacher Deutschlands an den Hohen Reichstag des deutschen Reichs die Bitte zu stellen, daß durch Regelung resp. Abschaffung der Zuchthaus- und Gefängnißarbeit die für das Schuhmachergewerk geradezu erdrückende Concurrenz beseitigt werde.“

Die Schuhmacher Deutschlands haben schon zu wiederholten Malen petitionirt; die große Mühe und Arbeit wurde aber stets von der Petitionscommission in den Papierkorb geworfen, wohin meistens die Arbeiterpetitionen gelangen. Wir dürfen uns niemals mit solcher Würdigung zufrieden geben und uns nicht durch die Ausführungen einiger Reichstagsabgeordneten hinhalten lassen, die keine Idee von dem durch die Concurrenz der Groß-Industrie darniederliegenden Schuhmachergewerk haben und unsere Petitionen derartig beantworten, die Zuchthaus- und Gefängnißarbeit solle dann abgeschafft werden, wenn die deutschen Schuhmacher einen praktischen Vorschlag machten, womit die Gefangenen beschäftigt werden sollten, oder, wie auf die letzte Petition, welche von den Schuhmachern Deutschlands 1876 eingereicht worden ist, die beiden Reichstagsabgeordneten, Regierungsrath Jakobi (Liegnitz) und Dr. Moufang (Mainz) sich geäußert haben: „Das Schuhmachergewerk wird noch handwerksmäßig betrieben und so wird es auch immer bleiben, es hat ja noch einen goldenen (?) Boden!“

Auf die erste Aeußerung: „Womit sollen die Gefangenen beschäftigt werden?“ erlauben wir uns vorläufig den Vorschlag zu machen, daß, da heute Tausende von Schuhmachern ihrem Berufe entrissen werden, um jahrelang in den Kasernen Commißstiefel zu verfertigen, und manche Familie, wenn eine Mobilmachung eintritt, eine große Niederlage durch das Verlorengehen der Kundschaft erleidet u. s. w., deshalb ebensogut auch die Militärarbeit in den Zuchthäusern und Gefängnissen angefertigt werden könnte, wo der Profit dem Staate doppelt zu Gute kommt. Die große Concurrenz wäre dann beseitigt und damit die Kleinmeister und Gesellen wieder in die Lage versetzt, ihre Steuern bezahlen zu können, was heutzutage nicht der Fall ist, da der Großkapitalist den Profit in die Tasche steckt, die Meister und Gesellen aber zusehen läßt, wie weit sie es bringen.

Auf den Vorzug, den die Schuhmacher bis jetzt gehabt haben, daß die Hälfte Soldat wurden, wollen wir gern verzichten. Was die handwerksmäßige Produktion und den goldenen Boden anbetrifft, welches Beides unser Gewerbe haben soll, so überlassen wir dies dem Urtheile eines jeden Einzelnen. — Die traurige Erfahrung haben wir leider schon seit ziemlich langer Zeit gemacht, daß die Kleinmeister von Tag zu Tag immer mehr und mehr in die Reihen des Proletariats gedrängt und von den Großkapitalisten abhängig gemacht werden.

Die Noth und das Elend unter den Schuhmachern wird immer größer, die Concurrenz und Ueberproduktion immer schlimmer, Zuchthäuser, Gefängnisse, Correctionshäuser werden immer mehr gebaut. — Rücksichtslos und entblößt werden die Leute eingefangen; entkräftet, reduzirt und vielleicht mit leeren Taschen wieder nach einigen Monaten oder Jahren entlassen, wo dann dieselben nach kurzer Zeit wiederum solchen Anstalten verfallen müssen.

So geht es nun Jahr aus Jahr ein, und wir haben eine immer größere Concurrenz zu erwarten, darum der gerechte Ruf in allen Gauen Deutschlands: „Abschaffung der Zuchthaus- und Gefängnißarbeit, denn dieselbe hat bis jetzt das Wohl und die Interessen des Volkes nicht gefördert!“

Da wir in dem jetzigen Reichstage mehrere Abgeordnete haben, Hasenclever, Bebel, Liebknecht, Fritzsche, Most u. A. m., welche uns schon die Zusicherung gegeben haben, mit aller Energie für unsere Petition einzutreten, so ist es unsere Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß Tausende von Unterschriften an den Reichstag gelangen. Darum, Schuhmacher Deutschlands, ruft an allen Orten Versammlungen ein und diskutirt über diese Angelegenheit. Hauptsächlich bitten wir diejenigen Collegen, welche in den Städten wohnen, wo solche Strafanstalten existiren, uns statistisches Material zukommen zu lassen, welches wir ebenfalls dem Reichstage übermitteln werden. Unsere Parole muß von nun an lauten: „Petitioniren und Protestiren, so lange wie solche Ausbeutungs- und Concurrenz-Institute existiren!“ Wir dürfen niemals indifferent und müde werden, denn es gilt, die Ehre und die materielle Lage der Schuhmacher zu heben, und wenn wir auch mehrmals zurückgewiesen werden, so müssen wir mit noch größerem Muthe den Kampf von Neuem aufnehmen, denn durch Aerger und Noth, durch Kummer und Plage müssen wir ringend hindurch gehen, bis sich die Herren im Reichstage genöthigt fühlen, unserem Verlangen nachzukommen, denn dem Willen des ganzen Volkes ist keine Macht der Erde im Stande zu widerstehen.

Darum nochmals, Schuhmacher Deutschlands, zeigt, daß ihr kampffähig seid, und blickt muthig in die Zukunft! Die harte Schule des Leidens, des Elends und der Entbehrungen, die wir durchzumachen haben, die Verfolgungen und Einkerkerungen, denen wir ausgesetzt sind, — dies Alles muß uns ein neuer Sporn zu erhöhter Thätigkeit sein!

Hoch unsere Bestrebungen! Hoch die Männer der Arbeit! Tod der Noth und dem Müßiggang! Laßt uns werden ein einig Volk von Brüdern! Thun wir Alle unsere Schuldigkeit!

Im Auftrage der Schuhmacher Berlins:
Die Commission.

NB. Indem wir das Vorstehende den deutschen Schuhmachern zu beherzigen empfehlen, machen wir noch auf unser Blatt „Der Wecker“, Organ für die Schuhmacher Deutschlands, aufmerksam, welches die Interessen der Kleinmeister und Gesellen vertritt. Dasselbe erscheint jeden Sonnabend, kostet vierteljährlich nur 50 Pfennig und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.

Die Unterschriften müssen von jedem Einzelnen mit Tinte oder Bleistift auf weißem Papier selbst ausgeführt werden.

Sollten die Schuhmacher in den Städten, welche von Berlin nicht allzu weit entfernt sind, eine Agitation wünschen, so sind wir gern bereit, eine solche zu veranlassen, jedoch müssen wir rechtzeitig davon in Kenntniß gesetzt werden.

Zum Schluß bitten wir nochmals, um zahlreiche Unterschriften zur Petition.

Alle Briefe und Zusendungen von Unterschriften sind zu richten an
C. H. Szimmath, Berlin, Bergstr. 80, bei Dolz.

Abrechnung des Centralwahlcomités für den 10., 11., 12., 13. und 14. Wahlkreis.

Einnahme:

10.	Wahlkreis	Mark	137,50
11.	„	„	—
12.	„	„	1543,41
13.	„	„	471,78
14.	„	„	5,75
	Summa:	Mark	2158,44

Ausgabe:

10.	Wahlkreis.	Für Agitation	Mark	394,91
	„	An Drucksachen	„	154,00
11.	„	Für Agitation	„	15,53
	„	An Drucksachen	„	55,00
12.	„	Für Agitation	„	568,40
	„	An Drucksachen	„	253,09
13.	„	Für Agitation	„	360,51
	„	An Drucksachen	„	347,00
14.	„	Für Agitation incl. Stichwahl	„	342,70
	„	An Drucksachen	„	333,09
Gesammt-Verlege für Briefporto, Depeschen Kreuzbandsendungen ꝛc. für sämmtliche 5 Wahlkreise			„	98,48
		Summa:	Mark	2752,50

Bilanz:

Ausgabe	Mark 2752,50
Einnahme	„ 2154,44
Defizit:	Mark 598,06

Ch. Hadlich, Vorsitzender. **Peter Krebs**, Kassirer.
Geprüft und richtig befunden
Die Revisoren: **Robert Martin. C. Petzold.**

Obige Abrechnung ist veröffentlicht ohne Rücksicht auf das Kreiswahlcomité des 13. Wahlkreises, es hat dasselbe trotz mehrmaligen Auffordern verschmäht, mit uns vereint Rechnung zu legen.

Indem wir hiermit unsere Thätigkeit für abgeschlossen erachten, ersuchen wir die Parteigenossen aller Orten, dafür zu sorgen, daß von Zeit zu Zeit Volksversammlungen einberufen werden; es muß jetzt unsere Hauptaufgabe sein, zu organisiren und die Agitation für unsere Sache im Fluß zu erhalten, thue daher Jeder seine Pflicht und die Wahlresultate in 3 Jahren werden zeigen, daß unsere Mühe nicht vergeblich war. — Zuschriften und Anfragen wegen Abhaltung von Versammlungen sind zu richten an C. Petzold, Vorsitzenden des Agitationscomité, Burgstraße 25, oder Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12.

J. A. des Central-Wahlcomités
Ch. Hadlich.

Berichtigung.

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Lied an Fatimah in vorletzter Nummer den Berliner „Wespen“ entnommen und von dem hannöverschen Blatt blos abgedruckt war.

Die Jahrgänge 1873 — 1876 der „Wage“ sind (solid eingebunden) für 18 Mark zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. dieses Blattes.

Briefkasten

der Redaktion. M. K.: Die betreffende Notiz unter „Stadt und Land“ nicht zu finden; das Uebrige besorgt.

der Expedition. Frzl in Stollberg: Conto in Ordnung. Ann. folgt. — J. Vgl in Carlsruhe: Der ganze Jahrgang der N. W. hat 18 Hefte, jedes Heft kostet 30 Pfg. Senden Sie also M. 3,60 und 50 Pfg. Porto in Briefmarken.

Zur gef. Beachtung. Diejenigen Parteigenossen, an welche vorige Woche Postkarten, enthaltend eine Anfrage bez. des Wahlresultats, abgegangen sind und welche noch nicht geantwortet haben, werden ersucht, recht bald Bescheid nach Hamburg gelangen zu lassen, da gegen Ende Februar die genaue Zusammenstellung der Wahlresultate in dem Parteiorgan gebracht werden soll. Derossi.

Quittung. Crmr Penig Ab. 1,60. Bl Christophsgrund Ab. 3,30. Genossensch.-Tischl. Cöln Ann. 2,50. Duth Oberpeila Schr. 6,45. Kzl hier Ann. 1,00. H. u. B. hier Ann. 5,85. Trp Neudnitz Ab. 3,00. Kpp Rottweil Schr. 6,40. Albrz Eßlingen Ab. 13,50. Gsn Mülheim Ann. 0,60, Ab. 15,00. Hlngl Nordhausen Ab. 5,60 u. 9,54. Gs Brnnddr Schr. 1,20. Kls Jhnn Liezen Schr. 3,59. Arbeiterb.-Ver. Haßlau Ab. 6,96. Lbmnn Altona Schr. 2,20. Schwnd Schw. Hall Schr. 2,64. Hngk hier Ab. 1,20. Ldg Flensburg Ab. 0,80. Dpp Hofgeismar Ab. 2,50. Expedition der „Tagwacht“ Zürich Ab. 100,00. Grd Stötteritz Ab. 8,40. Ettl Apolda Ab. 8,40. Ufrt Weimar Schr. 1,25. Grdsn Lindenau Schr. 1,40. Erlnbrgr Nürnberg Ab. 965,00. Ull Mülheim Ab. 2,40. Snm Coburg Schr. 8,50. Kurk Linz Ab. 5,55. Hrbg Würzburg Ab. 12,00. Extrt Barmen Schr. 1,10. Walsr Obergräfenhain Schr. 1,80. Wß Pegau Schr 3,57. Mlr Leisnig Schr. 5,10. Mngr Meiningen Schr. 3,00.

Anzeigen ꝛc.

Flensburg. Arbeiter-Sängerbund.
Montag, den 26. Februar, Abends 7½ Uhr, im Lokale des Hrn. Ketelsen (Sansoucci):

Stiftungsfest

bestehend in **Concert, Gesang, Theater und Ball.** — Karten für Herren 50 Pfg., Damen 30 Pfg., sind an den bekannten Stellen zu haben. — Einführung ist gestattet. Um zahlreiche Betheiligung ersucht
(F. 120) Das Comité. [2,70

Hannover. Gesangverein „Ferdinand“. (F. 160)
Den Freunden zur Nachricht, daß unsere zweite Maskerade am Sonnabend, den 24. Februar im Saale des Herrn Meyr, Limmerstraße 24 (Linden) stattfindet, wozu freundlichst einladet
(2a) Das Comité.
Karten sind zu haben bei Hrn. Brandes, Wesselstraße 2 und H. Bruns, Fannystraße 28. [2,10

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Montag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstraße): **Versammlung.** Tagesordnung: Soziale Rundschau. Referent Hunse. — Gäste willkommen. [50
Der Bevollmächtigte.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Nächsten Mittwoch, Abends 8 Uhr, beginnt ein neuer Cursus in der dreifachen Buchführung (russisches System). Der Cursus wird nur 6—7 Wochen dauern und muß jeder Theilnehmer bereits die einfache Buchführung erlernt haben. Eine Extrasteuer wird hierfür nicht erhoben. Aufnahme jeden Abend von 8½ Uhr an im Vereinslokale Ritterstraße 43/II. Der Vorstand. [70

Weiße **Watte**, gut geglättet, in 4 gangbaren Sorten empfiehlt zu reellen Preisen à Dutzend 2 bis 5 Mark. [1,20
Friedrich Frenzel,
Rechte Brückenstraße, Stollberg in Sachsen.

„Neue Welt“, Heft II., 1877

ist versandtfertig. Wir bitten um rechtzeitige Feststellung des Bedarfs, da wir nur **festbestelltes** liefern werden.
Leipzig.
Die Verlagshandlung, Färberstraße 12/II.

Elegante Einbanddecken für die „Neue Welt“

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 22. Mittwoch, 21. Februar. 1877.

Höhere Rücksichten.

Aus „höheren Rücksichten" hat bekanntlich der deutsche Bundesrath beschlossen, der Einladung Frankreichs an das deutsche Reich zur Beschickung der Weltausstellung, die im nächsten Jahre in Paris stattfindet, nicht Folge zu geben.

Wir haben schon wiederholt erklärt, daß wir diesen Beschluß für einen höchst bedauerlichen halten, daß wir der Ueberzeugung sind, daß diese freiwillige Verbannung von dem großen industriellen Weltschauplatz schwer drückend auf der deutschen Industrie lasten wird — doch was nutzt unsere Warnung, sie wird von der Unfehlbarkeit, die nicht allein dem Pabste anklebt, unbeachtet gelasse

Nun, wir können's ertragen — ob es aber auch die heutigen Träger der deutschen Regierungen auf die Dauer ertragen können, ist eine zweite Frage.

Als der Bundesrath die ablehnende Antwort gab, stützte er sich auf die schwankende Haltung von Italien, Oesterreich, Schweden und Norwegen, da stützte er sich ferner auf den allgemeinen Mißmuth, der sich kundgab, weil die Weltausstellungen so schnell auf einander folgten und die betreffenden Regierungen nicht vorher sich mit den Nachbarregierungen verständigten.

Dieser Grund des Mißmuths ist berechtigt, wie wir auch schon früher zugegeben haben; die Weltausstellungen sind international und so sollten auch die Vorbereitungen von den verschiedenen Völkern gemeinsam berathen und betrieben werden.

Aber der vollendeten Thatsache gegenüber und in Anbetracht, daß die Franzosen nicht anders gehandelt haben, als vorher die Engländer, Oesterreicher und Amerikaner fallen all' die angegebenen Gründe in's Wasser, und nur die eine Frage ist maßgebend: Hat die deutsche Industrie, die deutsche Arbeit Nutzen, wenn die Pariser Ausstellung beschickt wird?

Und diese Frage wird von den meisten Industriellen, von allen Fachmännern und von allen wissenschaftlichen Autoritäten, Professor Reuleaux an der Spitze, mit Ja beantwortet.

Triumphe würde die deutsche Industrie nicht feiern, aber sie würde lernen können und darauf kommt es vorzugsweise an. Eine falsche Scham muß man es deshalb nennen, wenn man sich, wie es von Seiten einzelner Industrieller geschieht, deshalb gegen die Beschickung der Ausstellung erklärt, weil man nicht mit den Franzosen concurriren könne.

Nun, zur Henker, wenn wir noch nicht mit den großen Nachbarvölkern concurriren können, so wollen wir von ihnen lernen, daß wir baldmöglichst die Concurrenz mit Erfolg aufnehmen können.

Aber höhere Rücksichten haben den Bundesrath bestimmt!

Welche höheren Rücksichten?

Das sagt man nicht! Sagen wir es.

Der alte Franzosenhaß, die Rivalität im Militärismus ist es, vor welchen die Rivalität in den Künsten des Friedens zurückstehen muß.

Wo fortwährend die Drohung vorhanden ist, daß die Krupp'schen Kanonen die Stimme des Friedens, der Vernunft übertönen werden, da ist kein Raum für die Bestrebungen der Völker, mit Fleiß und regem Eifer an ihrer Culturentwickelung zu arbeiten.

Man wird entgegnen, daß Frankreich eben so sehr zur ewigen Kriegsdrohung beitrüge, als Deutschland. Nun gut! Aber zeugt davon denn die höfliche Einladung zur Weltausstellung? Liegt die Kriegsdrohung nicht vielmehr in dem Abschlagen der Einladung?

Deutet ein solches Verfahren die eminente Friedensliebe, deutet es auch nur die Kraft an, mit welcher unsere Patrioten fortwährend prunken?

Keins von Beiden. Die „höheren Rücksichten" können uns, können Demjenigen nicht imponiren und noch weniger gefallen, der weiß, aus welchem Borne sie quellen.

Ob der deutsche Reichstag auf die „höheren Rücksichten" Rücksicht nehmen wird? Wir glauben wohl, weil auch dort der furor teutonicus eine nicht seltene Erscheinung ist. Und das Schlimmste für den deutschen Bundesrath bei der ganzen Geschichte ist, daß Deutschland in der Frage ganz isolirt dasteht.

Italien hat zugesagt, die Weltausstellung zu beschicken; der deutsche Bundesrath blickte noch hoffnungsvoll auf Schweden, Norwegen und Oesterreich. Schweden und Norwegen haben beschlossen, der Einladung gleichfalls Folge zu leisten. Des hohen Bundesraths einzige Hoffnung blieb Oesterreich. Der Ausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses beschloß, die Ausstellung nicht zu beschicken — der deutsche Bundesrath war obenauf, und die Reptile gaben ihrem Franzosenhaß jubelnden Ausdruck.

Da geschah das Unerhörte. Das österreichische Abgeordnetenhaus war klüger als sein Ausschuß nnd beschloß mit 4/5 Majorität unter Zustimmung der Regierung gegen den Ausschuß die Beschickung der Weltausstellung zu Paris.

Deutschland steht nunmehr völlig isolirt da — und was das Schlimmste ist: ein derartiger Groll gegen Frankreich ist völlig ohnmächtig, ja er verzehrt den eigenen Leib.

Die deutsche Industrie ist krank, die deutsche Arbeit liegt darnieder — anstatt sie in die frische Luft zu senden, damit neues Leben ihnen eingehaucht werde, halten die „klugen" deutschen „Aerzte" sie zurück in der verpesteten Krankenstube!

Kluge Aerzte das! — Armes Deutschland!

Aus Großbritannien.

Edinburgh, 12. Februar 1877.

Das Parlament wäre also wieder eröffnet und somit manchem lange und schmerzlich verhaltenem Redewässerlein freier Lauf gegeben. Die sogenannte „Thronrede", deren Verlesung „Ihre Majestät" auch heuer wieder in höchst eigener Person vornahm, war diesmal außergewöhnlich armselig und unerquicklich. Nichtsdestoweniger ist in derselben eine „Vereinfachung und Verbesserung der Fabrikgesetze" und eine „Regulirung der summarischen Jurisdiktion der Magistratsrichter" versprochen, zwei Punkte, welche im parlamentarischen Programme der Gewerkschaftler stehen. Auch die Gesetzesvorlage bezüglich der Centralisirung des Gefängnißwesens in den Händen der Regierung soll diese Session wieder vor's Parlament gebracht werden, anknüpfend an welche Vorlage die Arbeiter nicht versäumen werden, ihren Wünschen bezüglich Regulirung der Gefängnißarbeit Nachdruck zu verschaffen.

Conservative wie Liberale haben übrigens heuer ausnahmsweise günstige Gelegenheit, die soziale Gesetzgebung im Innern durch Rodomontaden über die orientalische Frage zu vertrödeln und niederzuschwätzen.

Der Ausfall der Wahlen in Deutschland scheint übrigens auch den Führern der englischen Trades-Unions zu denken gegeben zu haben. In der „Industrial Review" (seit Neujahr hat der „Beehive" diesen Namen angenommen und seinen Preis verdoppelt) wurde schon einige Male darauf hingewiesen und die Haltung der deutschen Arbeiter den englischen zur Nachahmung empfohlen. Neuerlich nimmt dieses Blatt, indem es die Nachricht bringt, daß die gegenwärtigen Vertreter von Halifax und Newcastle-under-Lyme auf ihre Parlamentssitze zu verzichten gedenken, Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß dies der günstigste Moment sei, um zwei Arbeitervertreter in's Parlament zu bringen, indem an beiden Orten das Arbeiterelement den Ausschlag zu geben in der Lage wäre; besonders in Halifax sei die Arbeitermajorität ganz unbestritten und, wie der Leader des „Industrial Review" sagt, „wenn die Arbeiter selbst die Macht hätten, im ganzen vereinigten Königreich einen Ort zu wählen, an welchem die Schlacht zwischen Kapital und Arbeit geschlagen werden solle, ein besserer Platz als Halifax könnte nicht gefunden werden." Die Ursache, warum die Arbeiter Englands bis jetzt nicht mehr Vertreter ihrer Klasse in's Parlament gesandt, verstehen die Führer entweder nicht, oder lassen sie geflissentlich unberührt. Es ist einfach die, daß die Arbeiter trotz ihres entschiedenen Klassenbewußtseins bis jetzt noch nicht dahin gekommen sind, dieses Klassenbewußtsein durch Formirung einer selbstständigen, sozialpolitischen Partei offen zum Ausdruck zu bringen. So lange die „radikalsten" der Gewerkschaftsführer im Programm des Liberalismus das höchste des Erstrebenswerthen und Erreichbaren auch für die Arbeiter Großbritanniens finden, wird es ihnen nicht gelingen, den Arbeitern plausibel zu machen, daß es gerade Arbeiter sein müssen, die sie zu wählen haben. Daß man im englischen Parlamente für die Fabrik-Gesetzgebung Experten aus Arbeiterkreisen brauche, ist nicht wahr; die Herren Großfabrikanten, die dort sitzen kennen die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Arbeiter gerade so gut, wie diese selbst. Warum man Arbeiter im Parlamente braucht? Weil den besitzenden Klassen der Wille fehlt, Gesetze zu Gunsten des arbeitenden Volkes zu machen. Das getrauen sich aber die Herren Arbeiterführer nicht auszusprechen; anderseits haben die gegenwärtigen Vertreter der Arbeiter im Parlament, die Herren Macdonald und Burt, durchaus nichts gethan, was sie von den liberalen Volksvertretern gewöhnlichen Schlages vortheilhaft abstechen ließe. Besonders der erstgenannte ist sichtlich bemüht, den Kapitalparlamentlern abzulauschen, wie sie sich räuspern und wie sie sich spucken. Leider ist er bei seinen Copirversuchen immer so unglücklich, daß er sich trotz seiner Gelehrigkeit die Gunst seiner Vorbilder nicht zu erringen vermag. Daß zwischen Kapital und Arbeit, und folglich deren Vertretern ein tiefer, unversöhnlicher Gegensatz besteht, getraut sich Keiner auszusprechen. Wenn aber die Herren Arbeitervertreter im Parlament nichts Besseres zu thun wissen, als so harmonisch wie möglich mit den liberalen Wölfen zu heulen, was Wunder, daß die Arbeiter die brennende Nothwendigkeit von Arbeiterdeputirten nicht empfinden?

Die Herren Gewerkschaftsführer treiben die politische Heuchelei so weit, daß sie nun schon zweimal öffentlich gemeinsam mit den jungen Pfaffen Londons öffentliche Versammlungen abgehalten haben, „um dem heranwachsenden Klerus auf dessen Verlangen über das Wesen der Trades-Unions Vorträge zu halten," als ob diese Herren Seelenhirten nicht auch auf anderem Wege im Stande wären, sich die gewünschte Belehrung (wenn sie einer solchen überhaupt bedürfen) zu verschaffen. Es ist klar, daß es im Interesse der Pfaffen liegt, ihren Arbeiterpfarrkindern glauben zu machen, daß sie mit deren Gewerkschaftsführern auf vertrautem Fuße stehen; es kann das nur dazu beitragen, ihren Nimbus in den Augen der benebelten christlichen Heerde womöglich noch heller strahlen zu machen. Was aber die Gewerkschaftler ihrerseits von einer öffentlichen Assoziirung mit dem Pfaffenthum gewinnen wollen, ist für Unsereinen schwer erfindlich. Die englischen Gewerkschaften sind stark genug, ihre Stellung auch ohne den allerdings mächtigen Einfluß der hochkirchlichen Geistlichkeit und wenn nöthig, auch gegen diesen zu behaupten. Es kann dieser betrübenden Erscheinung leider nichts anderes zu Grunde liegen, als (da Religiosität in England das erste Erforderniß zur „Anständigkeit" ist) die Sucht der Herren Führer, in den Augen des goldenen Kalbes „anständig", parlaments- und gesellschaftsfähig zu erscheinen. Und durch den Wunsch allein sind sie es auch.

Sch.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Arbeit oder Brod! In einer der Vorstädte Berlins kam es den 15. d. M. Abends zu einer Zusammenrottung beschäftigungsloser Arbeiter. Die Polizeibeamten, welche die Leute vertreiben wollten, wurden mit dem Rufe empfangen: Arbeit oder Brod! Man sah, so berichtet unser Berliner Parteiorgan, mehrere verdächtige Gestalten, deren Hände nicht gerade Verwandtschaft mit Proletarierhänden zeigten, eifrigst unter dem Haufen wühlen; Niemand kannte sie, jedoch waren die von hungrigen Mägen gepeinigten Arbeiter halb und halb geneigt, ihren unverantwortlichen Provokationen Gehör zu schenken, und wer weiß, was geschehen wäre, wenn nicht etliche Sozialisten vorübergekommen wären und die Leute zum Auseinandergehen bewogen hätten. Es ist schon wiederholt bemerkt worden, daß sich bald hier bald dort höchst verdächtige Elemente zeigen und die mit Recht über die herrschenden Verhältnisse unzufriedenen Arbeiter zu Gesetzesübertretungen aufzustacheln suchen. Möge man sich vor diesen Kreaturen, deren bodenlose Niedertracht nur durch die raffinirte Bosheit ihrer Auftraggeber übertroffen werden kann, ernstlichst hüten. Sie sind die Werkzeuge derer, welche nichts sehnlicher wünschen, als daß die Beschäftigungslosen rebelliren, damit sich Polizei- und Militärgewalt einmischen und das Unheil einen ganz ungeheuerlichen Charakter annehme — damit im Trüben gefischt werden kann!!

— Roheit und Uebermuth der „Gebildeten". Das langjährige Leiborgan des Fürsten Bismarck, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", sagt in einem Artikel über die Entenzucht wörtlich: „Die Federn der Enten haben wenig Werth; sie können nur zu Betten für Knechte und Mägde verwendet werden, wenn sie erst weiter vorbereitet wurden." Dazu bemerkt unser Chemnitzer Parteiorgan: „Mit einer solchen Roheit und mit einer solchen cynischen Offenheit kann sich der Dünkel der „Auserwählten" kaum zur Zeit des Bauernkrieges geltend gemacht haben. Man mag daraus ersehen, in welchen Vorurtheilen die herrschenden Klassen befangen sind." — Ganz recht. Und dieselbe „Norddeutsche" beschuldigt uns der „Aufreizung" des Volks. Wir können dem sauberen Blatt versichern, der eine von ihm verübte Satz, den wir vorstehend abdruckten, ist „aufreizender" als alle je veröffentlichten Leitartikel aller sozialistischen Blätter zusammengenommen. Nur weiter so! Die Ernte wird ihr Attentat entsprechen.

— Auch ein Zeichen der Zeit. In Bauchköbel (bei Hanau) hat sich, wie verschiedene Blätter berichten, herausgestellt, daß die größere Anzahl von Mitgliedern des Kriegervereins für die Sozialdemokratie mehr Neigung hat, als für den Nationalliberalismus. Bei der nothwendig gewordenen Abstimmung darüber, ob die sozialdemokratischen Mitglieder auszutreten hätten oder der Verein aufzulösen sei, ergab sich eine so große Mehrheit für die Sozialdemokraten, daß die nationalliberalen Mitglieder sich genöthigt sahen, aus dem Verein auszutreten, während die Sozialisten den Beschluß faßten, den Verein fortzuführen und zu diesem Behufe alsbald einen Vorstand wählten. — Also fängt auch das sozialistische Gift an, auf die Kriegervereine herabzuträufeln, auf dieselben Kriegervereine, die doch dazu berufen sind, den (Mords-) Patriotismus zu pflegen ꝛc.! Da bleibt freilich schließlich nur noch Flinte, Säbel und Riesenkanone übrig, um die Anhänger der Bismarck'schen „verbrecherischen Thorheit" und Eulenburg'schen „verrückten Schwärmerei" unschädlich zu machen, denn nirgends ist man mehr vor ihnen sicher. Da aber auch dieses Mittel kaum noch durchführbar ist, so wäre gewiß wieder einmal eine „Sündfluth" nöthig, um die sündige Menschheit zu verderben und die paar Auserwählten des Herrn als Stammväter eines neuen besseren Geschlechts zu erretten!

— Welche „Schinderei" man mit dem Namen des großen Agitators Lassalle treibt, geht aus folgender Correspondenz hervor, die der liberal-conservative „Hamburgische Correspondent" sich aus Altona noch vor der Wahl schreiben ließ: „Dem bevorstehnden Wahlkampfe wird insofern eine besondere Beachtung geschenkt werden müssen, als diesmal die von der sozialistischen Partei abgefallenen Anhänger der rein Lassalleanischen Lehre für ihren Candidaten Röthing aus Leipzig alles Gewicht in die Wagschaale zu werfen bemüht sind, der im vorigen Wahlgange kaum einige hundert Stimmen auf sich zu vereinigen vermochte. Wenn die kürzlich stattgehabte Volksversammlung, in welcher Herr Röthing seine Candidatenrede und das Programm seiner Partei darlegte, den Zweck hatte, zugleich Heerschau über die Anhänger dieses Programms zu halten, so kann der spärliche Besuch der Versammlung den Candidaten über die Aussichtslosigkeit seiner Mitbewerbung gegenüber der compacten Masse, welche hinter seinem sozialistischen Concurrenten steht, nicht wohl getäuscht haben, wie denn auch der Schluß der Rede die Hoffnungslosigkeit eines für dieses Mal zu erringenden Erfolges hinlänglich durchschimmern ließ und mehr nur der Hoffnung Ausdruck gab, daß die durch die in Scene zu setzende Agitation in weitere Kreise getragene Lehre der zur Zeit noch numerisch schwachen Partei weitere Anhänger erwerben und namentlich dazu beitragen werde, die fälschlich sich Lassalleaner nennende, jedoch auf dem Boden der Internationale stehende Arbeiterpartei zu dem ursprünglichen Programm ihres Begründers zurückzuführen. Wer durch die seit langer Zeit hier tonangebende internationale Sozialistenpartei in den Volksversammlungen nicht nur an die ärgsten Invektiven gegen die liberalen Parteien gewöhnt und durch die alles Gefühl für Vaterland und die heiligsten Bande der Familien schmähenden Expectorationen angeekelt war, dem konnte die sachliche Behandlung der Gegensätze und die Hochhaltung der nationalen Einheit, wie sie in der Wahlrede des Candidaten Röthing und in noch entschiedenerer Weise in dem Vortrage des diesem folgenden Redners zum Ausdruck kam, nur wohlthuend sein, da dieser in höchst eindringlicher Weise die Vaterlands-

losigkeit der anderen sozialistischen Partei und ihre verbrecherische Mißachtung alles dessen, was den Menschen für heilig gilt, geißelte. Das Programm der Partei, das in dem ersten Punkte den auf die Herbeiführung und Befestigung der Einheit unter den deutschen Stämmen gerichteten Bestrebungen allen Beifall schenkt, verlangt ferner die Erweiterung des allgemeinen und direkten Stimmrechts auf alle Wahlen, die Communalwahlen eingeschlossen, und zwar vom 20. Lebensjahre an und plaidirt in seinem dritten Punkte statt für ein stehendes Heer für Einführung der Volkswehr nach schweizerischem Muster und schließt behufs Befreiung der Arbeit von dem überwältigenden Drucke des Kapitals mit der Forderung von Produktiv-Associationen mit Staatshilfe, weist aber alle anderen überschwänglichen Forderungen der internationalen Arbeiterpartei weit von sich. Da von den liberalen Parteien schon seit langer Zeit denjenigen Forderungen der Sozialisten, welche den Anspruch auf Verwirklichung zu erheben haben, alle Beachtung geschenkt ist und dem weiteren gesetzlichen Schutze der Interessen des Arbeiterstandes innerhalb der möglichen Grenzen, von vornherein jede Sympathie gewiß ist, so würde es immerhin erfreulich sein, wenn durch das Erstarken der antiinternationalen Arbeiterpartei mit ihrem zum Theil doch discutablen Programm der Boden für ein Vernehmen gefunden werden könnte, der für eine Verständigung mit den utopistischen Forderungen der internationalen Sozialisten von vornherein fehlt."

Wir haben den Verdächtigungen gegen uns, den Tiraden der „rein Lassalleanischen" Partei gegenüber nur eins zu bemerken: Lebte Lassalle noch und es besuchte ihn der Altonaer Correspondent des „Hamburgischen Correspondenten" und der Herr Röthing, so würde er bei guter Laune zu denselben sagen: „Aber Freunde, ich kann doch nicht Jedem eine Stallaterne in den Kopf hängen." — Bei schlechter Laune würde er ihnen aber seinen Bastiat-Schulze um die Ohren schlagen mit dem Zornesruf: „Habt Ihr nicht einmal dies gelesen?!"

— Aus Kempen in Posen wird uns mitgetheilt, daß in Oberschlesien zwei, in Mochbern bei Breslau eine Person durch Patrouillen und Posten, welche die verschiedenen Distrikte der Rinderpest wegen absperrten, erschossen worden sind. Der betreffende Mann bei Mochbern war taub und konnte deshalb den Ruf des Postens nicht hören.

— Aus Wiesbaden wird uns berichtet, daß ein Mühlenbesitzer denjenigen seiner Arbeiter, welche Schulze-Delitzsch ihre Stimmen geben wollten, einen halben Tag frei gab; einem Arbeiter, der frei herausjagte, daß er Jacoby gewählt habe, wurde ein halber Tag von dem Arbeitslohne abgezogen.

— Dänemark. Die in vorvoriger Nummer erwähnte Arbeiterdeputation hatte am 8. Februar eine Audienz beim Präsidenten des Ministeriums. Derselbe erwiderte auf die bekannten Anträge der Deputation, daß er bedaure, der in der That herrschenden Arbeitslosigkeit nicht durch die Vornahme verschiedener Bauten abhelfen zu können, nachdem der Reichstag den bezüglichen Regierungsanträgen kein Gehör geschenkt habe. Die Unterstützung Hilfsbedürftiger sei Sache der Communen und der Unterstützungsvereine, erst wenn diese nicht mehr im Stande seien, die Aufgabe zu bewältigen, könne die Staatskasse antreten, helfend einzuschreiten. Was sodann die Fortschaffung der überflüssigen Arbeitskraft durch Auswanderung anbetreffe, so würde er (der Minister) hierauf gern eingehen, wenn er mit den Antragstellern über die Voraussetzung einig sei, daß das Land übervölkert, so daß es der Bevölkerung nicht mehr hinreichende und hinreichend lohnende Arbeit zu schaffen vermöge. Das Land sei jedoch nicht übervölkert, wie die fortdauernde Einwanderung fremder Arbeiter beweise. Schließlich drückte der Minister die Hoffnung aus, daß die Arbeitslosigkeit bald beendet sein möge. — Also auch hier abgewiesen! Es war nicht anders zu erwarten. In den Aeußerungen des Herrn Ministers steckt viel Confusion. Erst erkennt er die Arbeitslosigkeit als bestehend an, dann leugnet er, daß das Land „übervölkert", das heißt, wie er selbst es definirt, außer Stand sei, der Bevölkerung ausreichende und ausreichend lohnende Arbeit zu schaffen. Wenn das Land im Stand ist, dann herrscht keine Arbeitslosigkeit; und wenn Arbeitslosigkeit herrscht, dann ist das Land auch außer Stand. Der Mann muß das Abspeisen mit leeren Redensarten noch lernen. Genug: die dänischen Arbeiter mögen forthungern!

— Ordnungsbestien. Nach einer Mittheilung der „Menschenrechte" (in einer der letzten Nummern) gelang es vor einigen Monaten dreizehn Deportirten in Neucaledonien sich eines kleinen Dampfers zu bemächtigen und zu entfliehen. Sie wurden aber von einem Kriegsschiff eingeholt und zurückgebracht. Gleich nach ihrer Ankunft ließ der Commandant der Insel Nouméa jedem der Unglücklichen vierzig Peitschenhiebe (coups de corde — eigentlich Hiebe mit einer Art Knute aus dünnen Stricken bestehend) ertheilen, und schickte sie dann vor das Kriegsgericht. Was dort aus ihnen geworden ist, wissen wir nicht. Die Sache soll in der Kammer zur Sprache gebracht werden. Dieser schmachvolle Vorgang liefert aber einen neuen Beweis dafür, daß die herrschende Klasse durch die Logik ihrer eigenen Ungerechtigkeit in die scheußlichste Barbarei zurückgeworfen wird.

— Die orientalische Frage ist durch den plötzlichen Sturz Midhat Pascha's, dem Rußland seine kolossale diplomatische Niederlage verdankt, keineswegs ihres drohenden Charakters entkleidet werden. Mag kommen was da wolle, Rußland, will es nicht sein ganzes Prestige (Zauber des Namens, Einfluß) verlieren, muß zum Krieg schreiten. Aber — die (türkische) Flinte schießt, der (türkische) Säbel haut! — Statt uns in Betrachtungen einzulassen, die wir doch, wie Bismarck sein letztes parlamentarisches Biergespräch, mit dem Geständniß schließen müßten, daß wir nichts wissen, geben wir nachfolgenden Auszug aus einem Privatbrief (von kundiger Seite):

„Die Midhat-Pascha-Intrigue (von Ignatieff vermittelst seines Verbündeten, des Vicekönigs von Egypten, in Szene gesetzt) wird wahrscheinlich bald einen von Rußland bestochenen Großwessir an's Ruder bringen und dann eine neue Revolution in Konstantinopel. Es wäre zu wünschen, daß dies rasch geschähe, die Russen können vor Mai nichts Entscheidendes anfangen und fänden dann eine resolute Regierung sich gegenüber, die weiß, was sie will. Midhat hat ein paar sehr gute Witze gemacht. Als er noch Vali (Civil- und Militärgouverneur) von Bulgarien war, kam der Hohenzoller Karl einmal nach Giurgewo, um dort seine paar Paradesoldaten zu inspiziren. Ein Adjutant Midhat's kam von Ruschtschuk herüber, brachte ihm Midhat's Complimente und bat ihn, ob er nicht auch der türkischen Garnison von Rustschuk die Ehre erweisen wolle, die Parade abzunehmen, zu der sie bereits aufgestellt sei. Karl ging herüber und fand — eine prächtige, wohldisziplinirte und ausgerüstete Truppe, gegen die seine Walachen wahre Jammerkerls waren. Mit ellenlangem Gesicht ging er wieder über die Donau. Ebenso jetzt auf der Conferenz, als Salisbury dem Midhat feierlich auseinandersetzte, Montenegro müsse doch eine Grenzberichtigung und einen Hafen haben. Oh, sagte M., dagegen habe ich nichts, ich bin ganz einverstanden, daß sie die Bocche di Cattaro bekommen. Salisbury, der von der Lage von Cattaro ungefähr soviel weiß, wie etwa der gelehrte Mac Mahon, theilte diese Nachricht ganz entzückt seinem Freunde Ignatieff mit. — Ja, sagte Dieser, aber die Bocche di Cattaro gehören ja Oesterreich!"

— Aus Teuchern wird uns mitgetheilt, daß Parteigenosse Otto wegen unerlaubten Collektirens (Tellersammlung) in einer Versammlung eine Strafverfügung von 15 Mark erhalten hat. Derselbe wird natürlich die richterliche Entscheidung anrufen. Das preußische Obertribunal hat nun schon zu wiederholten Malen entschieden, daß derartige Tellersammlungen nicht unter die Rubrik: „Unerlaubte Collekten" zu bringen seien. Wenn werden die preußischen Verwaltungsbehörden endlich einmal diesem Bescheid Rechnung tragen? Daß sie an Ansehen nicht gewinnen, wenn sie auf solchen Einwand sagen, sie kennen die Obertribunalsentscheidung nicht, versteht sich wohl von selbst. Allerdings fühlen wir uns nicht berufen, das Ansehen dieser Herren zu schützen, doch möchten wir unsere Parteigenossen vor überflüssige Scherereien bewahren.

— Aus Königsberg erhielten wir die Nachricht, daß unsere Parteigenossen Grigatis und Arnoldt als Vorsteher des dortigen sozialdemokratischen Vereins vom Stadtgericht freigesprochen sind und die Schließung des Vereins aufgehoben wurde.

— Vom Bundescomité des Schweizerischen Arbeiterbundes erhalten wir folgende Zuschrift:

Winterthur, 11. Februar 1877. Im Anfang des Monats Januar brachten Sie in Ihrem werthen Blatte eine Correspondenz, betreffend unsere sozialdemokratische Presse. Darin sind einige Unrichtigkeiten, die wir hiermit verbessern wollen.

Der „Freie Glarner" ist nicht das Organ der dortigen Arbeiter, sondern ein echt „liberales" Blatt. (Hier bemerken wir, daß Bürger J. H. Staub, welcher zum Redakteur der „Tagwacht" vorgeschlagen wurde, für dieses liberale Blatt schreibt. Seine Wahl wäre daher ein Rückschritt gewesen, und die Stimmgabe der Genfer Genossen kann nur auf Unkenntniß beruhen. Wir ersuchen das „Bulletin" der Jurassier, welches hieraus gegen die Person Bürger Greulich's Kapital schlug, von dieser Berichtigung Notiz zu nehmen.)

Ebenso gehört das „Aargauer Wochenblatt" der demokratischen Richtung des aargauischen Kulturkampfes an (hier giebt es nicht einmal eine demokratische Partei, geschweige denn eine sozialdemokratische); ein Arbeiterblatt ist es aber auch nicht. Es ist hier jedenfalls eine Verwechselung mit dem „Lenzburger Boten", von dem der „Landbote" schrieb, daß er „mit vollen Segeln zu den Sozialdemokraten hinüber schiffe". Also auch dieser kann ohne Weiteres noch nicht zu unserer Presse gezählt werden.

Der „Pädagogische Beobachter" ist allerdings in der Sache freundschaftlicher Weise geschrieben, das, kann man aber auch noch von anderen Lokalblättchen sagen, z. B. „Bülacher Wochenzeitung", „Winterthurer Volksblatt" u. s. w., in welche Klasse aber auch der „Lenzburger Bote" gehört.

Was nun den „Winterthurer Landboten" betrifft, so ist die Redaktion sozialdemokratisch, allein es ist zu brachten, daß die 6000 Abounenten und 20,000 Leser desselben zum kleinsten Theil Sozialisten sind. Der „Landbote ist eben ein verbreitetes Schweizerblatt, und den meisten seiner Leser ein unentbehrliches Tagblatt.

Hätte die „Tagwacht" 6000 Abonnenten statt nur etwa 2000, und könnte sie daher entsprechend mehr bieten, so würde die Sache schon ein anderes Gesicht haben, aber das ist eben nicht der Fall. Als Arbeiterblätter — denn eine Arbeiterpartei ist erst in der Bildung begriffen — können nur gelten: die „Tagwacht" in Zürich und der „Précurseur" in Genf, Organe des Arbeiterbundes; der „Grütlianer" in Winterthur, Organ der Grütlivereine; ferner die Vertreter der „anarchischen" Richtung: das „Bulletin", Organ der Jura-Föderation (in Souvillier), und die „Arbeiterzeitung" in Bern, welche keiner speziellen Organisation angehört.

Wir können daher noch nicht mit Stolz auf unsere Sache zurückblicken, abgesehen davon, daß es bei uns mehr als an jedem andern Orte heißt: „Schau vorwärts, Werner, und nicht hinter dich!" Mit parteigenössischem Gruß

Namens und im Auftrage des Bundeskomité des Schweizerischen Arbeiterbundes
Der Sekretär: Herter.

— Unser amerikanisches Parteiorgan, der täglich in Riesenformat erscheinende Chicago'er „Sozialist", besitzt seit Anfang dieses Monats ein Sonntagsblatt (in gleichem Format) betitelt: „Die Neue Zeit" Glück auf!

Correspondenzen.

Altona. Der Sieg ist trotz der Riesenanstrengungen, welche unsere Parteigenossen gemacht haben, wieder zweifelhaft geworden; unsere Gegner haben sich gleichfalls tüchtig gerührt und waren in der Wahl ihrer Mittel gerade nicht fein säuberlich. Das definitive Resultat ist: Hartmann 13,157 Stimmen, Carsten 13,099 Stimmen und auf Herrn Röthing fielen 96 Stimmen; es zersplitterten sich 31 Stimmen. Also Stichwahl zwischen Hartmann und Carsten. Ueber 85 Prozent der in den Wählerlisten Eingetragenen haben gestimmt. Nun gilt es noch einmal! Parteigenossen allerorts, thut jetzt Eure Pflicht für Altona, daß uns nimmer verloren gehen darf, thut sie in erhöhtem Maße. Geldsendungen nimmt das Wahlcomité, Adresse: Lensch, Holstenstr. 43 I, Altona, entgegen.

Aus Holstein, 6. Februar. Der 10. Januar war für das Proletariat Holsteins kein bedeutender Siegestag. 1874 hatten wir zwei Wahlsiege zu verzeichnen, jetzt nur einen. Der Grund dieses Rückschritts ist größtentheils, daß der Arbeiter in vielen Theilen unseres Landes nicht wählen kann, wen er will, sondern wählen muß, den er soll; und falls er dennoch einem Sozialdemokraten seine Stimme giebt, einfach fortgejagt wird. Diese elende Waffe unserer Gegner kann uns nicht abschrecken, sondern uns nur mit neuem Kampfesmuth erfüllen. Vor uns steht bereits ein neues Ziel, die nächste Reichstagswahl; ihr müssen wir wieder unsere ganze Kraft zuwenden, von neuem müssen wir unsere Mitmenschen aufrütteln, sie zum Bewußtsein ihrer Lage bringen und sie auffordern, mit uns an der Befreiung der Menschheit, an ihrer eigenen Befreiung thätig zu sein. J. B.

Aus dem 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise. Bei der Reichstagswahl am 10. Januar 1874 wurden im Ganzen abgegeben 15,400 Stimmen, von denen 176 Stimmen ungiltig waren. Es erhielten Stimmen: Reimer (soz.) 8098, Seelig (fortschr.) 6871, Rehder (Landespartei) 240, zersplittert waren 23 Stimmen. Am 10. Januar 1877 war die Zahl der Wähler 22,183, die Zahl aller abgegebenen Stimmen war 15,315, von denen 35 ungiltig waren. Es erhielten Stimmen: Graf von Holstein-

Eine geschichtliche Berichtigung.

(Schluß)

Ich sehe ab von dieser Ungeheuerlichkeit, die keinen Protest in einer Versammlung hervorrief, welche eine beträchtliche Zahl von Magistratspersonen in ihrer Mitte hatte, hervorrief: ich meine den Befehl, einen Menschen auf das einfache Wort eines andern hin zu erschießen, der zugleich Richter, Partei und Strafvollzieher ist.

Wenn Herr Gambetta wirklich, wie er sagte, die Hände voll Beweise hatte, warum veröffentlichte er sie nicht? Die moralische Verurtheilung wäre viel vernichtender gewesen, als die physische. Und schließlich schloß die eine die andere nicht aus.

Nun, hier sind Beweise: Sorbier, der Chefredakteur des „Peuple" („Volk") in Marseille schreibt:

„Eine der mit Verhaftung Cluserets beauftragten Gerichtspersonen befand sich eines Abends in einem Hause, wo auch ich war. Man sprach von den neuesten Ereignissen und der Betreffende erklärte, wenn auch in gemessenen Ausdrücken, daß Cluseret die Seele, das Rückgrat der Oktoberbewegung (während der Belagerung von Paris) gewesen sei; darauf kam er auf die Anklage zu sprechen, welche Gambetta gegen ihn geschleudert hatte und sagte, er habe die famosen Beweise in der Hand in Gestalt zweier Briefe von Cluseret.

„Ich kannte ihn als einen Ehrenmann, und sagte ich zu ihm ohne Umschweife:

„Sie suchen Cluseret, ich weiß, wo er ist; zeigen Sie mir seine Briefe, liefern Sie mir Beweise, und mit Hilfe einiger dieser Leute von der Bürgerwehr, die man so sehr fürchtet, führe ich Ihnen Cluseret an Händen und Füßen gebunden herbei."

„Darauf antwortete die Gerichtsperson:

„Ich habe nicht die Möglichkeit, Ihnen diese Briefe zu zeigen. — Man hat sie mir wieder abverlangt, — aber, wie es scheint, kennen Sie die Handschrift Cluserets. Können Sie mir vielleicht einige von ihm geschriebene Zeilen zeigen?"

„Sehr gern, kommen Sie morgen auf das Bureau des „Peuple", dort werde ich Ihren Wunsch erfüllen."

„Die Gerichtsperson kam zum Stelldichein, prüfte mit Muße verschiedene von der Hand Cluserets geschriebene Dokumente und nach vollendeter Prüfung rief er vor Zeugen aus: „Nein, das ist nicht die Handschrift der Briefe, welche ich in Händen gehabt habe."

„Was die in Frage stehende Gerichtsperson anlangt, so ist sie heute Abgeordneter für Marseille; man kann sich bei ihm erkundigen, es ist der Bürger Bouchet.

„Jetzt, fügt der Freund Cluserets hinzu, fragt es sich, ist es möglich, daß ein Mann, der bis zu einem Alter von 47 Jahren überall als ein Muster von Rechtschaffenheit galt, dessen streng sittlicher Lebenswandel in des Wortes strengster Bedeutung sich nicht einen Tag verleugnete, der stets arbeitete und knapp von dem lebte, was er verdiente, der Vermögen, Familie, Carrière, alle Neigungen und Beziehungen einer Sache geopfert hat, die nicht die seinige ist, — denn er hatte keinerlei Ursache, mit dem Platze, den ihn der Zufall seiner Geburt gegeben, unzufrieden zu sein — der 30 Tage auf seine alleinige Unterschrift hin, ohne Controle, über beinahe 20 Millionen verfügte und dabei nicht reich wurde, der die Gewissenhaftigkeit soweit trieb, im Ministerium den alten Kassirer beizubehalten und aus der persönlichen Kasse des Ministers — 40,000 Frcs. jährlich — alle Bedürfnisse des Ministeriums während der 30 Tage mit 1500 Francs bestritten hat (man kann diesen Kassirer fragen, der sicherlich kein Communard ist); wie ist es möglich, daß ein solcher Mann von heute auf morgen fähig werden soll, sich zu verkaufen? Ohne uns mit der politischen Frage, ohne uns mit den Ereignissen, welche den Rahmen dieser Vorgänge bilden, zu beschäftigen, überlassen wir es der öffentlichen Meinung, sich auszusprechen, und auf Grund der Thatsachen die Wahrheit festzustellen gegenüber einer so monströsen Beschuldigung, die für einen Mann von Herz bei weitem schmerzlicher ist, als die schmerzlichste Todesqual, die schmerzlichste Niederlage.

Der Abgeordnete Bürger Alfred Naquet hatte zuerst den Muth, die Spalten des von ihm geleiteten Blattes („Revolution") einer Widerlegung der elenden Verleumdungen zu öffnen, welche die Reaktion vermittelst der parlamentarischen Untersuchung gegen den General Bürger Cluseret vorbrachte. Die Verbannten der Commune von Marseille haben aus ihrer Asylstätte in Barcelona folgenden Brief an ihn gerichtet:

„Bürger Alfred Naquet!

Es sind Geächtete, die Ihnen hiermit ihren Dank aussprechen erstens für Ihre wahrhaft republikanische Haltung in der Kammer und in allen Commissionen, denen Sie angehört haben, und ferner dafür, daß Sie die Vertheidigung eines der Unsrigen aufgenommen haben, und zwar eines der hervorragendsten, muthigsten, eifrigsten, freimüthigsten Vertheidigers der Volkssache und deshalb zugleich eines der am meisten Verleumdeten.

Wir hatten Gelegenheit, uns ein Urtheil über den Bürger General Cluseret zu bilden, als er sich in Marseille an unsere Spitze stellte, um am 2. November 1870 die Commune zu proklamiren. Da haben wir ihn in der Nähe gesehen und er hat durch seinen Muth und seine Selbstverleugnung, von dem er uns zahlreiche Beweise gab, sich unsere Bewunderung und Hochachtung erworben.

Nein Bürger, das ist nicht der Mann, den Herr v. Bismarck oder sonst ein anderer hätte kaufen können; dieser 53jährige Veteran, welcher heute im Exil von seiner Hände Arbeit lebt, der — wir wissen es aus sehr guter Quelle — pflügen und graben muß, um sich ein Stück Brot zu erringen, da seine Feder ihm nicht genug einbringt, um davon leben zu können. Dieser unbesiegbaren Energie, dieser strengsten Gewissenhaftigkeit gegenüber war und ist alles Geld der Erde ohnmächtig.

Es ist ein Unglück, daß der Sohn des großen Raspail, den wir alle lieben und verehren, sich zum Echo solcher infamen Verleumdungen gemacht hat!

O, hätten wir doch Cluseret in Marseille gehabt, daß er unsere Erhebung vom 23. März 1871 hätte leiten können, welche am 4. April ein so beklagenswerthes Ende nahm und dessen Gelingen sicher für die Stadt Paris, und für ganz Frankreich vom höchsten Nutzen gewesen wäre . . . Durch die Vertheidigung dieses Mannes haben Sie sich Anspruch auf die

Waterneverstorf (cons.) 6940, Reimer (soz.) 4793, Selig (fortschr.) 2518, Hölk (nat.-lib.) 981, es zersplitterten sich 48. — Bei der engeren Wahl am 20. Januar wurden im Ganzen abgegeben 16,239 Stimmen, davon erhielt der Graf von Holstein 11,416 und Reimer 4823 Stimmen. — Nicht ist hier ein „Rückgang" zu constatiren, nur die Knute des Hungers war im Stande, den Arbeiter von der Wahl fern zu halten. Auf dem Gute Brodau wurde vor der engeren Wahl eine Schrift der Gutsherrschaft den Arbeitern vorgelesen folgenden Inhalts: Bei der ersten Wahl seien in dem Gute auf Reimer 98 Stimmen gefallen und auf die übrigen Candidaten nur 61, während in den Gütern Sierhagen und Hasselburg 30 resp. 28 auf Reimer und 139 resp. 60 auf die übrigen Candidaten gefallen seien; wenn solches wieder vorkommen sollte, würde den Land-Insten die Insten-Stelle entzogen, und mit der freien Medizin würde man auch nicht mehr so freigebig sein; mündlich wurde dem seitens des Holzvogts hinzugefügt: „Wer nicht wählt, wird als Sozialdemokrat angesehen." Dieses Machtgebot, welches für den Arbeiter gleichbedeutend mit „fügen oder hungern" ist, erfüllte denn auch seinen Zweck und erhielt Reimer bei der engeren Wahl im Gute Brodau 8, Graf Holstein 128 Stimmen. — Die Wahl soll eine freie sein — sie ist es auch, aber nur für unsere Gegner, uns verbot man sogar in der Gegend von Lütjenburg das Austragen von Stimmzetteln, und dem Unterzeichneten legte man eine Strafe auf von 10 Mark wegen Vertheilung von Flugblättern, obgleich er für den Vertrieb von Drucksachen 48 Mark Gewerbesteuer bezahlen muß. Aber wir leben in dem gelobten Lande — gelobtes Land? für wen? Für den Arbeiter? O weh!

Joh. Heinr. Haß.

K—l. **Schwerin**, 11. Februar. Das Ergebniß der Wahlen in Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz ist folgendes: 1. Kreis: Finn (soz.) 269, Möller (lib.) 11,396, von Bülow (cons.) 5243; 2. Kreis: Finn 2802, Wehmeyer (lib.) 9877, v. Wrisberg (cons.) 4520; 3. Kreis: Finn 169 (einschließlich der zersplitterten), Advokat M. Wiggers (fortsch.) 10,093, Justizrath Karrig 3892; 4. Kreis: Hofbaurath Demmler (soz.) 12, Pogge-Roggow (lib.) 8777, v. Pleffen (cons.) 6283; 5. Kreis: Finn 2742, Baumgarten (gewählt — liberal), Reichhoff (cons.) 3251; 6. Kreis: Hofbaurath Demmler 1809, Prof. J. Wiggers 6747, v. Bassewitz 4802; Mecklenburg-Strelitz: Finn (mit zersplitterte) 246, Pogge-Blankenhof (lib.) 8253, v. Dewitz (cons.) 1439. Stimmenzahl der Sozialisten 8049, Liberalen 65,373, Conservativen 35,250. Agitation haben wir nur im 2., 5. und 6. Wahlkreis betrieben. Im Ganzen hat sich unsere Zahl um circa 4000 vermehrt, also um 100 Prozent, ein Erfolg, der bei den mecklenburgischen Verhältnissen glänzend genannt werden darf, da man es sowohl auf dem Lande, wie in den Städten an direkten wie indirekten Wahlbeeinflussungen nicht hat fehlen lassen. Besonders stieß man sich daran, daß Herr Finn — nur ein Zimmerer ist. Behauptungen der blödsinnigsten Art wurden über ihn in Umlauf gesetzt. Das „Rostocker Tageblatt" hatte nämlich die Nachricht von der Verhaftung Finn's (natürlich erlogen) gebracht und daran die Bemerkung geknüpft, daß dieser an den vielen Rohheiten, die vor der Wahl verübt worden, schuld sei. Das saubere Blatt ist damals genügend gekennzeichnet worden, eine weitere Bemerkung darüber also überflüssig. Versammlungen, die wir zwecks Agitation abhielten, erfreuten sich nur im Anfange der Wahl eines ungestörten Verlaufes; es meldete sich selbst Niemand zum Wort gegen uns. Später nahm man sich Bismarck's Rezept zu Herzen, man suchte uns zu interpelliren, das scheiterte indessen höchst kläglich, denn „die Liberalen verfügten über keinen ausgebildeten Rednerstamm", wie ein Blatt jammerte. Was blieb anders übrig, als „energischer" vorzugehen? Durch Skandaliren bei der Büreauwahl machte die liberale Partei einen jeden Vortrag unmöglich. „Wir sind nicht gesonnen, das Büreau in sozialistischen Händen zu lassen, das hat lange genug gedauert!" so antworteten die Zeitungen auf die Beschuldigungen, daß die liberale Partei sich pöbelhaft betrage. Die Arbeiter suchten die Liberalen selbst durch ein besseres Beispiel zur Raison zu bringen. Sie verhielten sich in Versammlungen, in welchen liberale Größen sprachen, ganz ruhig. Sie hörten die „volkswirthschaftlichen" (!) Tiraden eines Wiggers, und den „frei-theologischen" Quark Baumgartens mit musterhafter Ruhe an. Es half alles nichts. Die Liberalen wollten Plebs bleiben und sie führten dieses edle Vorhaben auch durch. Unter solchen Umständen war es die höchste Zeit, ein Parteiorgan zu gründen; wir konnten ja nirgends und in keiner Weise mehr den Verleumdungen entgegentreten. Und das ist uns auch gelungen. Der „Mecklenburgische Arbeiterfreund" hat sich schon einen ansehnlichen Leserkreis erworben und hat gegründete Hoffnung, seine Abonnentenzahl immer mehr anwachsen zu sehen. Leicht ist uns das freilich nicht geworden. Nun erfreut er sich eines vierteljährlichen Bestehens, und vielleicht ist es sogar möglich, ihn in nicht allzu langer Zeit zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Die letzte Nummer des „Arbeiterfreund" brachte einen interessanten Erlaß eines mecklenburgischen Amtes an die Schulzen, der hier wohl mitgetheilt zu werden verdient. Derselbe lautet:

„Es wird in Folge höherer Anweisung Ihnen hierdurch aufgegeben, auf etwaige sozialistische Bestrebungen in N. sorgfältig zu achten und denselben rechtzeitig und mit Nachdruck entgegen zu treten, wobei bemerkt wird, daß sozialdemokratische Vereine und Versammlungen, abgesehen für Wahlen zum Reichstage (§ 17 des Reichsgesetzes de 31. Mai 1869), nicht erlaubt sind und die Betheiligung an solchen Vereinen und Versammlungen strafbar ist. Die Lösung etwaiger Zweifel hinsichtlich des von Ihnen einzuschlagenden Verfahrens ist bei dem Amte als Polizeibehörde, wenn Gefahr im Verzuge, mündlich bei dem Herrn Polizeibeamten vorkommenden Falls nachzusuchen.

Eine kurze Nachricht über Sozialdemokraten und ihre Ziele ist hier angeschlossen. In dieser Hinsicht wird auch auf den Brief „über die soziale Frage" im Hinstorff'schen Kalender für 1877 hingewiesen.

N., den .. Januar 1877.

Großherzogliches Amt.

An den Schulzen .... zu ...."

Diesem Erlaß ist eine „kurze Nachricht" über unser Wesen und unsre Prinzipien beigegeben, die nicht von „schlechten Eltern" ist. Da mir aber der Raum des „Vorwärts" zu kostbar ist, um mehreres aus der „kurzen Nachricht" zu geben, sei hier nur eine der auffallendsten Stellen kurz berührt. In derselben wird nämlich gesagt, die Sozialdemokraten wollen zwecks Umsturzes „sogenannte Arbeiterbataillone" bilden! — Was kann man mehr verlangen? Es wird sich bei der Revolution sehr schön machen, wenn rings um den rothen Uniformkragen die schwarze Aufschrift zu lesen sein wird: „—tes Arbeiterbataillon"! Und daran hat nur Lassalle schuld mit seinen Worten: „Hört ihr den dumpfen Schritt der Arbeiterbataillone?" Nun, es ist in Mecklenburg geschehen, und da ist mancher Eulenspiegelstreich zu entschuldigen.

An die mecklenburgischen Arbeiter richten wir schließlich die Aufforderung, unablässig für den „Arbeiterfreund" zu agitiren. Derselbe hat während seines kurzen Bestehens hinreichend bewiesen, daß er energisch für die Arbeiterinteressen eintritt. Seid nicht lässig, sondern „Vorwärts" sei Eure Parole. Bleibt nicht zurück hinter Euren Gesinnungsgenossen in den übrigen deutschen Ländern.

Pinneberg, 7. Februar. Am 22. Januar ist unser alter, treuer Parteigenosse Peter Heins nach längerem Siechthum verstorben. Es hatten sich zu der Beerdigung am 25. v. Mts., trotzdem wir uns mitten in der Wahlbewegung befanden, insbesondere viele alte Parteigenossen eingefunden, um den Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Heins war einer der ältesten und eifrigsten Parteigenossen hier am Platze und für die Verbreitung des „Vorwärts" u. s. w. sehr thätig. Er trat 1867 dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein bei und war bis zum letzten Augenblick ein treu bewährtes Mitglied der Partei. Mögen ihm alle Parteigenossen hierorts ein gutes Andenken bewahren.

H. Fahl.

Teff Tessin (Mecklenburg), 12. Februar. Auch hier kann die Partei mit frohem Muth in die Zukunft blicken, denn die Stimmen für unserm Candidaten, Hofbaurath Demmler aus Schwerin, haben sich seit dem Jahre 1874 im 6. Wahlkreise beinahe verdoppelt. Hier in Tessin haben wir unseren Gegnern viel Kopfschmerzen gemacht, denn im Jahre 1874 hatten wir 17 Stimmen für unserm Candidaten, aber diesmal waren wir besser auf dem Posten und haben es auf 219 Stimmen gebracht; die Nationalliberalen hatten 230 Stimmen, mithin 11 Stimmen mehr wie wir. Zu unseren Fortschritten haben unsere Gegner viel beigetragen, denn ihre Flugblätter waren voll von Lügen und Verdrehungen, so daß solchen Leuten, die noch nichts von den Sozialdemokraten gehört hatten, wirklich hätte angst und bange werden können. Aber Parteigenosse Carl Finn aus Berlin wußte alle Anschuldigungen glänzend zu widerlegen und dadurch wurden den Arbeitern die Augen geöffnet. Freilich haben die nationalliberalen Helden mit 11 Stimmen gesiegt, aber in drei Jahren wollen wir siegreich aus dem Kampfe hervorgehen. Nun lügt und verdreht nur immer zu, andere Waffen habt ihr ja doch nicht; wir aber lassen uns nicht mehr beirren. Euch aber rufe ich zu, ihr kleinen Handwerksmeister, die uns noch fern stehen, seht ihr denn noch nicht ein, daß Euch das große Kapital immer mehr zum Lohnarbeiter herabdrückt? Wollen wir unsere Lage verbessern, so müssen wir Mann für Mann einen Arbeitercandidaten wählen und eintreten in die Reihen der Sozialdemokratie.

H. K.

M. **Halberstadt.** Bei der Reichstagswahl wurden im Ganzen 11,519 Stimmen abgegeben von 28,000 Wahlberechtigten, und vertheilen sich dieselben folgendermaßen: Staatminister a. D. v. Bernuth 8313, v. Kunowsky 916, Schulze-Delitzsch 855, Otto Kapell 1376, die übrigen zersplitterten sich. Versammlungen, außer in Osterwieck, haben aus den bekannten Gründen nicht abgehalten werden können und war unsere Agitation nur allgemein eine private. Besonders hat das Resultat am hiesigen Orte die Gegner verblüfft, indem wir trotz der großen Wahlenthaltung 150 Stimmen mehr als vor drei Jahren erzielten, während v. Bernuth über 1000 weniger erhielt.

Der 4. Februar war ein Tag so recht für uns, und hatte es den Anschein, als sollte irgend eine große Versammlung oder dem ähnliches stattfinden. Es waren die Arbeiter aller Branchen im Festanzuge massenhaft erschienen, jedoch es war der Menge anzusehen, daß es ganz etwas besonderes sein müsse, was sie zusammenführte. So war es auch. Es galt, einem unserer besten Kämpfer das letzte Geleit zu geben. Am 30. Jan., Abends 5 Uhr, verunglückte der Zimmerer Theodor Simon beim Zulegen eines Daches und stürzte, erfaßt von einem starken Windstoß, 8 Meter tief hinunter und brach das Genick. Was der Dahingeschiedene seinen Mitarbeitern, und speziell der Arbeitersache war, geht daraus hervor, daß ihm ca. 700 Personen das Geleite gaben und hat Halberstadt ein solch großes Gefolge noch nicht gesehen. Auch war es keinem Priester erlaubt, dem mit Kränze reich geschmückten Sarg voranzugehen. Dies besorgte eine Musikkapelle und wurde sodann der Sarg unter den Klängen eines Trauermarsches der Erde übergeben. Tags zuvor wurde Genosse Voigt bei der Polizei vorgeladen und ihm anbefohlen, weder zu reden, noch das Tragen rother Fahnen zu gestatten, widrigenfalls die Polizei einschreiten würde, was demzufolge denn auch unterblieb. Das Andenken an den Verstorbenen wird nicht verblassen. Unser Genosse Th. Simon war ein bei Freund und Feind beliebter Mann, er hatte alle Eigenschaften, durch welche der Mensch sich die Achtung selbst des Gegners erzwingt. Möge ihm die Erde leicht sein.

Solingen. Am 30. v. M. tagte hierselbst eine sehr gut besuchte Sattlerversammlung mit der Tagesordnung: „Gründung einer Centralkrankenkasse und Zweck und Nutzen der Gewerksgenossenschaften." Referent: Herr Brachwitz aus Elberfeld. — Derselbe erledigte beide Punkte zur vollen Zufriedenheit der Versammlung. An der Debatte betheiligten sich vornehmlich die Herren Polinzki, Bastian und Krause; der letztgenannte wurde mit Beschaffung von Aufnahmematerial seitens des Centralvorstandes des deutschen Sattlervereins beauftragt; es ließen sich ungefähr 30—40 neue Mitglieder provisorisch aufnehmen. Hoffentlich werden die Sattler überall sich aus ihrer bisherigen Unthätigkeit aufraffen und Mitgliedschaften gründen.

Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 6. Februar, statt.

Seifert, Schriftführer.

Ronneburg, 12. Februar. Die Wahlen sind vorüber, und auch unser Kreis hat eine bedeutend größere Stimmenzahl auf den sozialistischen Candidaten vereinigt, als dieses im Jahre 1874 der Fall war. Durch alle nur irgend denkbaren Verleumdungen und Beschimpfungen unserer Partei mittelst ihrer Presse gelang es den Liberalen, die Landleute gegen uns zu hetzen, so daß dieselben an den meisten Orten mit großer Majorität für den liberalen Dr. Wagner stimmten.

So leichten Kampf, wie in den ländlichen Distrikten, besonders im Weststreise, hatten die Liberalen jedoch in Ronneburg nicht. Hier befolgten dieselben die Worte unseres Reichskanzlers, welcher bekanntlich den Liberalen es anempfahl, uns in den Versammlungen entgegenzutreten, damit das Volk von den bösen Lehren der Sozialdemokratie abwendig gemacht würde. Aber gerade diese Taktik war es, welche den Liberalismus hier vernichtete. Die erste derartige Versammlung war am 6. Januar, wo Freund Klute aus Erfurt über den Nutzen der Reichstagswahl referirte. Nach dem gediegenen Vortrage desselben wurde vom Vorsitzenden zur Interpellation aufgefordert, und richtig meldete sich auch ein hiesiger Lehrer, Herr Vogt, zum Wort. Von den Ansichten dieses Herrn will ich nur einige Proben anführen, die aber genügen, um zu zeigen, weß Geisteskind der Interpellant war. Wir leben, äußerte er, nicht in einer Zeit der Reaktion, wie der Herr Klute behauptete, sondern in einer viel zu großen Freiheitsepoche, und zwar beweise dies das bayerische ultramontane Blatt „Vaterland", welches täglich die größten Schandartikel gegen den deutschen Kaiser und Bismarck bringe. Ferner habe der Referent 1½ Stunde die Zeit mit aufreizenden Reden verbracht. Unsere Forderung einer Volkswehr sei Unsinn, wir haben ja eine Volkswehr, denn die Armee ist eine Wehr, und ist der Soldat aus dem Volke, nun da haben wir doch eine Wehr aus dem Volke. (Welche Logik!) — Die Ansichten des Herrn Lehrers wurden jedoch noch von zwei anderen Gegnern übertroffen, welche an unsinnigem Geschwätz das Höchste leisteten. Ja der eine der letzten beiden Interpellanten verging sich in solchen Beleidigungen gegen Klute, daß selbst der anwesende Bürgermeister aufstand und denselben zum Verlassen des Saales aufforderte. Da die drei Gegner unter dem stürmischen Beifall der Versammlung vom Referenten sowie vom Genossen Richter glänzend abgefertigt wurden, so zogen dieselben es vor, sich plötzlich sichtbar zu machen.

Die zweite Versammlung fand am 10. Februar statt. Tagesordnung lautete: „Der Rückgang der Sozialdemokratie." Freund Klute beleuchtete in einem kurzen, kernigen Vortrage, wie weit der Rückgang des Sozialismus sich erstreckt habe, und wie man an den 650,000 Stimmen denselben bemessen könne. Auch in dieser Versammlung traten einige Gegner auf, welche besonders wegen der Haltung unserer sozialistischen Abgeordneten bei Berathung der Verlängerung des Eisenzolles erbost zu sein schienen, und die Abstimmung unserer Vertreter (für Verlängerung) als Verrath am Volke bezeichneten.

Klute sowie Freund Richter legten jedoch das Grundlose dieser Behauptung klar, und der lebhafte Beifall zeigte deutlich genug, daß die Liberalen auch hier abgeblitzt waren. — Hierauf ergriff Herr Schuldirektor Rudolph das Wort, um seine Achtung vor der hohen Begabung des Herrn Klute auszudrücken, und bat denselben, in nächster Zeit einen Vortrag über die anzustrebende Volksbildung zu halten, was von Klute auch zugesagt wurde. — Um halb 12 Uhr wurde hierauf in begeisterter Stimmung die Versammlung geschlossen.

Hoffentlich treten in nächster Versammlung wiederum Gegner für den Liberalismus in die Schranken, damit doch dem Volke der Unterschied zwischen Sozialismus und dem ausbeutenden Liberalismus recht klar werde.

Dresden, 7. Februar. (Ketzerhetze.) Nr. 4 des „Vorwärts" von diesem Jahre erwähnte einer Justizaffaire, wie solche nur in Chemnitz möglich ist. Es war daselbst ein wissenschaftlicher Vortrag über die Entwickelung des Menschengeistes gehalten und der Vortragende, Lehrinstitutsdirektor Klemich, vierzehn Tage danach in seinem Wohnorte Dresden zur Haft gebracht worden, und zwar auf Requisition des Herrn Staatsanwalts v. Mangoldt in Chemnitz. Die Motivirung des Verhaftsbefehls war jedoch eine so unlogische und widersinnige, daß der bald darauf freigelassene Klemich eine Anklage gegen Mangoldt wegen Amtsmißbrauchs und Freiheitsberaubung erhob. Wir wünschten dem Beschwerdeführer damals im Interesse der Gerechtigkeit besten Erfolg, sagten aber gleich voraus, daß wir seine darauf hinzielende Hoffnung nicht theilen könnten, und — wir irrten uns nicht. Das Justizministerium hat diese Beschwerde an den Generalstaatsanwalt v. Schwarze abgegeben und dieser hat einen Beschluß gefaßt, in welchem in scharfsinniger Weise eine Masse Rechtfertigungsgründe für diese Verhaftung vorgeführt werden. Dieser Beschluß ist eine wahre Vertheidigungsschrift für Herrn v. Mangoldt, doch fehlt ihm etwas: nämlich alle jene Motive, die von Mangoldt zur Unterstützung seines Verhaftsbefehls vorgeführt worden waren und die Klemich als ungesetzmäßige angegriffen hatte, diese waren in dem generalstaatsanwaltlichen Beschluß gar nicht berührt worden, vielmehr sind darin nur neue Gründe zur Rechtfertigung der Verhaftung aufgezählt und damit der Beschwerdeführer abgewiesen worden. Eine Anklage gegen Klemich ist bis jetzt nicht erhoben worden und kann niemals erhoben werden, denn sie wäre, da sie wissenschaftlich anerkannte Lehrsätze angreifen müßte, eine Blamage für unsere Justiz. So respektirt man die persönliche Freiheit! Als besonders interessant heben wir aus dem generalstaatsanwaltlichen Beschluß hervor, daß nach demselben nicht behauptet werden könne: „daß bei der Motivirung der Verhaftung der Beamte in Wahrheit eine andere Ansicht als die kundgegebene gehabt haben könne." So nichtig diese Behauptung ist und so oft wir Gelegenheit haben uns vom Gegentheil zu überzeugen, so wollen wir nur darauf noch hinweisen, daß es darauf, ob ein Beamter wider besseres Wissen handelt, allein gar nicht ankommt. Der § 42 der Verfassung macht Staatsdiener für jede ihrer Dienstleistungen verantwortlich, also auch wenn Mangel an Vorsicht und Gewissenhaftigkeit, blinder Parteifer, religiöser oder sonstiger Fanatismus „Strebsamkeit" ꝛc. die Ursache zur Pflichtvergessenheit sind. Wenn der v. Schwarze'sche Grundsatz gelten soll (und er gilt faktisch), dann kann niemals ein durch Beamtenwillkür Geschädigter eine Anklage begründen. Uebrigens behauptet Klemich in seinen „Blättern für geistigen Fortschritt", es scheine ihm, als ob die Verhaftung, die ja erst am 22. Dezember erfolgte, während der Vortrag am 6. Dezember stattfand, mehr behufs Lahm[illegible] seiner agitatorischen Thätigkeit zur Reichstagswahl im so

---

Dankbarkeit und Zuneigung der Geächteten und der wahren Republikaner erworben.

Genehmigen Sie, Bürger, noch einmal unsere Danksagungen und die Versicherungen unserer brüderlichen Freundschaft.

Im Namen der Marseiller Geächteten, welche allesammt mit diesem Briefe einverstanden sind und in ihrem Auftrage:

Mariel, Mitglied der Versailler Commune.
Morel Edouard.
Gavard.
Fumel."

(Für den „Vorwärts" übersetzt aus der „Revolution" vom 30. November 1876.)

— Die in Berlin herrschende große Noth treibt die unglücklichen Leute häufig dazu, vollständig verdorbene Sachen zu genießen, um nur ihren Hunger zu stillen. So wurde kürzlich ein anscheinend dem Handwerkerstande angehöriger Mann beobachtet, der in der Stallschreiberstraße emsig bemüht war, hinter einem Eisengitter einen Haufen verdorbener, gekochter Kartoffeln hervorzulangen, die derselbe alsdann mit großem Heißhunger verzehrte. Wie lange mag der Mann wohl schon nichts mehr genossen haben, wenn er dieses verdorbene Nahrungsmittel mit so großer Hast verzehren konnte.

— Ein auffälliges Urtheil über die Sozialdemokratie giebt die konservative „Post" ab. Bei einer Besprechung der Berliner Nachwahl sagt sie: „Der Sozialdemokrat hat vor dem Berliner Fortschrittsmann wenigstens den Vorzug der Offenheit und Klarheit seiner Ziele voraus, während er ihm häufig in den Formen seiner Polemik und in dem Anstande seines Auftretens voransteht. Bei ihm begegnen wir Irrthümern, die aus einer falschen Bildung entspringen, dort frivoler Ueberhebung und einer Agitation wider besseres Wissen im Partei-Interesse". Gegen die „falsche Bildung", bemerkt hierzu unser Berliner Parteiorgan, wollen wir uns hier nicht wenden, die „Post" ist eben ein konservatives Organ; aber bei den uns sonst endlos gemachten Vorwürfen über Verschwommenheit unserer Ideen, Unklarheit über unsere Ziele, Roheit der Polemik u. s. w. glaubten wir Akt nehmen zu müssen von der Anerkennung des Gegentheils.

---

schen Sinne als aus anderen Gründen erfolgt sei. Wir wollen dies dahingestellt sein lassen, richtig ist nur, daß der nationalliberale Kaufmann Roth in Chemnitz bereits in der Debatte nach jenem Klemich'schen Vortrage seine Denunziation anbrachte, die auch noch in derselben Versammlung von Klemich als solche gekennzeichnet wurde. Letzterer wird sich nun an den sächsischen Landtag wenden und von diesem eine Aufforderung an den Justizminister zu erwirken suchen, gegen den Staatsanwalt von Mangoldt einzuschreiten und denselben in Anklagezustand zu versetzen. Wir denken aber, von den Zehnthalermännern wird nicht viel zu erwarten sein.

Mittweida, 9. Februar. Wir sind unterlegen! Diese drei inhaltschweren Worte trafen manchen Parteigenossen nach Bekanntwerden des Wahlresultats wie ein Donnerschlag. Viele wollten ihren Ohren nicht trauen, als die ersten Hiobsposten nach Mittweida und nach Chemnitz von den Liberalen in die Linde zu uns gelangten. Burgstädt und Limbach nebst ungefähr 40 zugehörigen Ortschaften, welche bei der vorigen Wahl durch erdrückende Majoritäten uns den Sieg verschafften, kamen diesmal mit circa 800 Stimmen Minorität an. Selbstverständlich müssen wir, da wir an ein Fortschreiten der sozialistischen Bewegung glauben, den Ursachen unserer Niederlage nachforschen. Die Hauptschuld trifft den Arbeiterstand im hiesigen Wahlkreise selbst. Während ein kleiner Bruchtheil stundenweit in die Versammlungen kam und unsere Leute dadurch stets in der Majorität waren, hielten es Andere nicht der Mühe werth, unsere Prinzipien näher kennen zu lernen, und sie wußten thatsächlich nur das von uns, was ihnen die Gegner erzählten. Und daß Letztere eifrigst bestrebt waren, uns in den Augen derartiger kurzsichtiger und denkfauler Gesellen zu diskreditiren, liegt auf der Hand. Die Folgen dieser elenden Verhetzung zeigten sich nur zu deutlich während der Wahlbewegung sowie am Wahltage selbst. Wir mußten oftmals von blutarmen, durch Hunger und Noth gebeugten Arbeitern die ungerechtesten Urtheile über uns mit anhören: „Der Kerl (unser Candidat) kann uns auch nichts geben, der bringt uns auch kein Brot in's Haus", sagten Viele, und in trauriger Verblendung wählten sie den Gegner. Andere Arbeiter waren bereits in den Versammlungen für uns gewonnen und mochten den festen Vorsatz haben, für uns zu stimmen; da traten unsere Gegner auf den Plan. Bei ihnen hieß es: Sein oder Nichtsein. Die „liberalen" Arbeitgeber wußten, daß ihre Arbeiter im Stande waren, Wahlteich das Uebergewicht zu verschaffen. Nachdem die guten Freunde in Stadt und Land, die sich bei der vorigen Wahl nachlässig gezeigt hatten, durch Citiren des rothen Gespenstes mit Mühe und Noth zur Wahl bewogen waren, wurde der natürliche Feind der Arbeiter hergenommen. Diesem galt es begreiflich zu machen, daß man bei der jetzigen schlechten Geschäftszeit nicht nöthig habe, Anhänger der Sozialdemokratie zu beschäftigen. Man drohte mit Arbeitsentlassung und überall, wo man konnte, drückte man den Arbeitern den Daumen auf's Auge. Selbstverständlich haben dieselben ihren Gensel zettel zur Wahlurne getragen, was natürlich nichts an der Thatsache ändert, daß man sie aus der Arbeit entläßt, wenn man sie nicht mehr brauchen kann. Die unverzeihliche Feigheit dieser Arbeiter läßt sich freilich in Etwas entschuldigen, denn ihre Existenz stand auf dem Spiele. Hätten aber alle in Lohn und Brot stehenden Arbeiter sich einschüchtern lassen, so hätten wir nicht 1000, geschweige denn 7328 Stimmen bekommen. Ueberhaupt werden wir gegen die Wahl protestiren, da die Stimmzettel für Gensel fett durchgedruckt waren, also mit sichtbaren Kennzeichen versehen waren. Unsere Parteigenossen, die hier in Mittweida mit in dem Wahlvorstand saßen, kennen z. B. viele Leute, die für Gensel stimmten, die aber ihrer ganzen sozialen Stellung nach für uns gestimmt hätten, wenn sie die auffällige Verschiedenheit der Stimmzettel nicht eingeschüchtert hätte. Trotzdem war das Resultat hierorts eines der besten: Wahlteich erhielt 871, Gensel 506 Stimmen. In Grünhainichen, mit einer starken Arbeiterbevölkerung, wo wir das vorige Mal 94 Stimmen hatten, haben wir diesmal nur 89 erhalten. Daß dort eine scharfe Kontrole ausgeübt wurde, kann man daraus ersehen, daß Nachmittags 2 Uhr freudestrahlenden Antlitzes ein Wahlvorstandsmitglied zu einem Bekannten äußerte: „Na, jetzt geht es bei uns gut! Wir haben kaum erst 2 bis 3 Wahlteichzettel 'rein, die Gensel'schen kennt man nämlich sehr genau, sie sind fett durchgedruckt." — Ob uns der Protest etwas nützen wird, bezweifeln wir. Wir werden es uns aber angelegen sein lassen, den Boden im hiesigen Wahlkreis noch besser zu bearbeiten wie bisher, und als Antwort auf die maßlosen Angriffe unserer Gegner, die sie in den Amtsblättern gegen uns führten und denen sie wohl auch den Sieg mit verdanken, werden wir vom 1. März an ein vorläufig wöchentlich einmal erscheinendes Blatt, „Volksfreund für den 15. Wahlkreis", herausgeben und in allen fünf Gerichtsämtern unseres Wahlbezirkes das Blatt energisch verbreiten. Stimmen haben wir überhaupt bei diesem Wahlgang nicht verloren, im Gegentheil noch gewonnen. Hier das offizielle Resultat: 1874 Wahlteich 7180, Gensel 6745; 1877 Wahlteich 7328, Gensel 9031. Aus dem letzten Resultat geht nun hervor, daß die Gegner Alles aufboten und eine viel größere Rührigkeit, als das vorige Mal entwickelten, um den verhaßten Sozialdemokraten aus dem Felde zu schlagen, und daß wir, wenn wir das nächste Mal siegen wollen, wenigstens 10,000 Stimmen haben müssen. Hoffentlich trägt die Niederlage etwas mit dazu bei, daß die Gesinnungsgenossen sich enger aneinander anschließen und besser auf dem Posten sind wie bisher, was im Interesse unserer Sache nur zu wünschen wäre.

Mit Gruß G. Gladewitz.

Treuen, Kreis Reichenbach. (Wahlbericht). Unserm Candidat J. Auer standen in unserm Wahlkreise zwei Candidaten, der Fabrikant Franz Dietel aus Wilkau bei Zwickau und Rittergutsbesitzer Conrad v. Trützschler gegenüber, und es haben alle Parteien ein hier noch nie dagewesenes reges Leben gezeigt. Dank der aufopfernden Agitation und infolge der allgemeinen Geschäftskrisis war das Resultat für uns sehr günstig. Kein Wunder, daß bei der Interessenjagd mitunter unsere liberalen Herren die Maske ihrer Volksfreundlichkeit verloren haben. Wüthend fallen sie jetzt mit Arbeitsmaßregelungen und Verleumdungen gemeinster Art über den wehrlosen Arbeiterstand her, wodurch sie aber natürlich am augenscheinlichsten ihre Schwäche den Arbeitern zu erkennen geben. Um den ferneren Beeinflussungen der liberalen Presse thatkräftig entgegen treten zu können, müssen in nächster Zeit die voigtländischen Parteigenossen ein selbstständiges Parteiblatt zu gründen suchen, damit ferner unsern Arbeitern gegenüber den Verunglimpfungen der gegnerischen Presse die Möglichkeit der Abwehr geboten ist und Aufklärung über unsere Grundsätze verbreitet werden kann.

Dessau, 5. Februar. Sonnabend, den 27. v. Mts. tagte in Ritter's Kaffeegarten eine öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Erfolge der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl", welche sehr gut besucht war. Auch waren in dieser Versammlung viele Gegner anwesend. Der „Anhaltische Staatsanzeiger" hatte sie auch genug aufgefordert, uns in allen Stücken entgegenzutreten. Ein Artikel besonders machte den Gegnern Vorwürfe, daß sie oft versprochen, uns entgegenzutreten, daß sie es aber niemals gethan hätten. Ein Priester meinte in dem Blatte, daß in der Schule zu wenig Religion gelehrt würde; das sei das Grundübel, in welchem die Sozialdemokratie Boden gefunden. Ein Zweiter will durch volkswirthschaftliche Schulen die Sozialdemokratie vertreiben, er schiebt England vor. Dort würde den Arbeitern mehr Wirthschaftliches gelehrt. Ein Dritter, wahrscheinlich Harmonieapostel, will uns aus der Welt schaffen dadurch, daß die Gutsbesitzer und Fabrikherren mit den Arbeitern mehr Hand in Hand gehen, sich mehr um das Wohl und Wehe der Arbeiter kümmern sollen. — In ein oder der andern Weise wurde fast in jeder Nummer geschrieben. In der Versammlung selbst aber meldete sich Niemand zum Wort. Sandmann und Hansen erläuterten die Tagesordnung zur Zufriedenheit aller und zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen beider Redner voll und ganz einverstanden, schleudert mit Entschiedenheit alle Verleumdungen unserer Gegner zurück und fordert zugleich alle Diejenigen, welche uns belehren und bekämpfen wollen auf, frei und offen uns entgegen zu treten."

Hier hat sich ein Agitationscomité gebildet und zwar aus folgenden Personen: Klotz, C. Hahn, C. Meißner, F. Schuhmann, W. Alter, F. Ludlei. Sämmtliche Briefe, die Agitation betreffend sind zu richten an E. Raebiger, Böhmische Gasse.

Haßloch in der Pfalz, 11. Februar. Wie die Parteigenossen aus den letzten Versammlungsberichten bereits gesehen haben werden, ist die Stimmung am hiesigen Orte für unsere Idee eine ausgezeichnete; den besten Beweis dafür lieferte uns der 10. Januar. Trotz allen Machinationen unserer Gegner, trotz der ungeheuren Fluth von Flugblättern — betitelt die Sozialdemokraten — womit man Haßloch überschwemmte, mußte man erfahren, daß die relative Stimmenmehrheit auf den sozialistischen Candidaten fiel; die ausgezeichneten Vorträge Dreesbachs hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Person Dreesbachs ist unter den Arbeitern hierselbst, trotz der gemeinen Beschimpfungen, welche die gegnerischen Wische von Zeitungen gegen ihn in's Feld führten, eine allgemein beliebte geworden. Wie uns der 10. Januar gezeigt hat, haben die Liberalen bereits allen Boden im hiesigen Orte verloren; von etwa 435 Stimmen, welche im Ganzen abgegeben wurden, fielen 87 auf Jordan, 20 auf Möhl (ultr.), 150 auf Herf (cons.) und 169 auf Dreesbach. Die beiden Letzteren traten in dieser Wahlschlacht zum ersten Mal auf den Plan. Die wenigen, gegenwärtig hier anwesenden industriellen Arbeiter halten sich jeder politischen Thätigkeit fern; sie schlummern eben noch. Die Agitation der Gegner gegen uns gipfelt natürlich in dem reinsten Blödsinn. So hat unlängst einer dieser Helden in einer Vereinsversammlung angerathen, keine sozialistischen Schriften zu lesen, und neulich hörte ich einen Schulmeister in einer hiesigen Wirthschaft erzählen, Dreesbach habe alle seine Reden, die er gehalten, auswendig gelernt. Als ob es nöthig wäre, Dinge, die man alle Tage wahrnimmt, erst zum Zweck einer Rede einzulernen. — Wir wollen unermüdlich den Kampf fortsetzen, bis es uns endlich gelingen wird, unsere Gegner, mögen sie heißen wie sie wollen, aus allen Positionen zu verdrängen. W. G.

Stuttgart. In Nr. 18 des „Vorwärts" finden wir die folgende Briefkastennotiz: „Warum kein Protest erhoben gegen verschiedene Wahlen?" fragen uns „mehrere Parteigenossen" aus Stuttgart. Warum nicht? Nun, an vielen Orten ist Protest erhoben, und an noch mehr Orten wird Protest erhoben werden. Vielleicht hilft die Anfrage dazu." Wir bemerken dazu, daß bis jetzt in Württemberg unseres Wissens allerdings nur im ersten Wahlkreise Protest erhoben ist, nach Lage der Dinge ein Protest höchstens noch aus den Wahlkreisen Canstatt und Gmünd kommen könnte, aus diesen Bezirken bei dem großen Uebergewicht der gegnerischen Stimmenzahl jedoch höchstens den Werth einer aktenmäßigen Feststellung der geschehenen Uebergriffe und Gewaltthaten haben würde. Immerhin möchten wir jedoch besonders die Freunde im Göppingen-Gmünder Kreise ersuchen, an das Reichstagspräsidium Wahlprotest einzusenden. Genügende Gründe sind vorhanden. Bezüglich der Wahl Payer's und Retter's haben wir keine Veranlassung, gegen dieselbe zu protestiren, die „reichsfreundlichen" Ungesetzlichkeiten sind durch die Niederlage der Candidaten Lenz und Geß gerächt, und was die uns von Anhängern der Volkspartei besonders im fünften Wahlkreis zwischen die Füße geworfenen Prügel betrifft, so sind dieselben größtentheils derart, daß sie nicht Gegenstand eines Wahlprotestes sein können. Hier wird es hauptsächlich Aufgabe unserer Parteigenossen sein, die bisherigen Hindernisse durch praktische Organisation unschädlich zu machen. („Südd. Volksstimme.")

Göppingen. Den Mitgliedern der „Sozialistischen Arbeiterpartei" und der „Gewerkschaften" zur Nachricht, daß wir hier bei Hrn. Rehna eine „Herberge" errichtet haben, welche am 11. Februar eröffnet wurde. Für anständiges Quartier, sowie preisentsprechende Speisen und Getränke ist Sorge getragen; auch sind jeden Abend eine Anzahl Genossen im Lokale. Der „Vorwärts", die „Süddeutsche Volkszeitung", der „Wecker" und das „Panier" sind nebst den Lokalblättern aufgelegt. Zu fleißiger Benutzung ladet ein

Das Comité.

Für den Lokal-Wahlfond in Saalfeld sind eingegangen und werden hier quittirt: Von den Arbeitern aus der Nähmaschinenfabrik Dittel durch A. Schmidt 3,85; von den Arbeitern in der Vogel'schen Nähmaschinenfabrik durch Jünger 9,46; von den Arbeitern von Echtermeier und Heinze durch Eichholz 2,70; von den Arbeitern der Nähmaschinenfabrik von Echtermeier und Heinze durch Baunach 2,65; von den Arbeitern aus der Drahtgewebefabrik durch Küchlein 0,40; von Stößel Bildhauer 1,25; von den Arbeitern aus der Nähmaschinenfabrik von Gebrüder Knoch durch Pinz 3,50; von den Arbeitern aus der Nähmaschinenfabrik durch Bley 5,20.

Die sozialistischen Abgeordneten

werden ersucht, sich Freitag, den 23. Februar, Nachmittags 2 Uhr, im Lesezimmer des Reichstags einzufinden.

Briefkasten

der Redaktion. Paul Obenauf: Wenden Sie sich an Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37.

Die Mitglieder des Kreiscomités für den 13. Wahlkreis ersuche ich dringend, Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Arbeiterbildungsvereins zur Revision der Wahl-Ausgaben zu erscheinen. H. Dohne.

Gustav Dantzer, Regensburg, Brief an Sie als unbestellbar zurückgekommen. Bitte Adresse anzugeben. J. Auer.

Quittung. Gesangverein Ferdinand Hannover Ann. 3,00. Hckrt hier Ab. 2,20. Arbeiterbund Flensburg Ann. 2,70. Sattlerverein Dresden Ann. 1,50. Bll Philadelphia Ab. 80,00. R. Smns Wien Ab. 1,16. Schmdt Würgsdorf Ab. 4,70, Schr. 3,60. Mhrs Hanau Ab. 3,20. Brn Heidenheim Ab. 6,00. Knitzk Waldenburg Schr. 17,00. Herm Elberfeld Schr. 1,80. Arbeiterbildungsverein hier Ann. 9,50. Ntschmnn Connewitz Ab. 2,40. Schlz hier Ab. 3,00. Rch hier Ab 1,20. Expedition d. „N. Offenbacher Ztg." Ab. 50,00, Photograph. 20,00. F. Bsch Altenburg Ab. 36,00. Brl Cannstadt 2,85. Crtz Türmitz 1,75. Rtmnnr München Schr. 19,50. Crl St. Johann Ab. 1,30. Ebrt Zwickau Schr. 29,75. Mür hier Ab. 1,20. Grbnstn Limbenau Schr. 19,94.

Wahlfonds.

Ulbrcht hier 0,65. Lhmnns Küche 0,25. Gls Brnndbrg 1,80. Von Parteigenosse Str. hier 3,00.

Leipzig. Donnerstag, den 22. Februar, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag von Motteler über die deutsche Reichsverfassung. Fragekastendebatte.

Der Agent. [60

Freunde und Parteigenossen, welche den Aufenthalt des Daniel **Keil** (Schuhmacher von Mosbach, Hessen) kennen, sind dringend um Angabe desselben ersucht. H. Reichhart. [120

(2a) Allg. Arbeiterbildungsverein St. Gallen.

Für **Metallarbeiter** insbesondere **Dreher** ꝛc.

Berechnungen über das Gewindeschneiden

nebst

gründlicher Anleitung und Erklärung des Verfahrens.

Von **H. Baumann.**

Geprüft und empfohlen von Fr. Authenheimer, Direktor des Zürcherischen Technikums.

Preis für Parteigenossen M. 1,60, sonst M. 2,00.

Es empfiehlt sich vorherige Betrags-Einsendung in Briefmarken oder Bestellung per Postanweisung, da von hier aus mit Kreuzband-Nachnahme nicht versandt werden kann. — Bei Partien lohnender Rabatt!

Dieses Schriftchen, von dem nur noch ein kleiner Vorrath vorhanden, wird jedem Fachmann gewiß treffliche Dienste thun. (2b)

Volksbuchhandlung

5,10] **Zürich** (Schweiz, also Doppel-Porto!).

Lissagaray, Histoire de la Commune de 1871

ist im **französischen** Original erschienen und vom Unterzeichneten zu 9 Mark zu beziehen. An Wiederverkäufer Rabatt.

Die **deutsche** Uebersetzung ist in Arbeit und wird in einigen Monaten erscheinen. Für Arbeiterkreise wird eine Ausgabe zu ermäßigtem Preise veranstaltet. [3,10

Braunschweig, 30. Januar 1877.

(2b) **W. Bracke jr.**

„Die Neue Welt."

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20. In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage über 30,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam, daß zur Einführung der **„Neuen Welt"**

„Illustrirte Prospekte"

gratis versandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.

Die **Verbreitung der Prospekte** in **Versammlungen**, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den **Gesinnungsgenossen als bestes Agitationsmittel** dringend an's Herz gelegt.

Wir bitten bei Bestellung Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. **Plakate** zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und **Sammellisten** stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.

Leipzig, Färberstraße 12/II.

Die Parteipresse wird um gratis Weiterverbreitung dieser Annonce ersucht.

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei Chemnitz ist soeben erschienen:

Alphabetisches Sachregister

zu

Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage

in den Jahren 1871 — 73 I. und II. Auflage, 1874 — 76 I. Auflage.

Preis: 6 Pfennig.

Das Sachregister wird sich jedem Besitzer obiger Broschüren als sehr nützlich erweisen, es ist unbedingt nothwendig für die Redner der Partei, da dieses Register das schnelle Nachschlagen ermöglicht. [360

Soeben erschien:

Die Märtyrer der Commune in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und **Jr. Jourde.**

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Färberstraße 12/II.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.

Von **Georg Vollmar.**

Preis pro Exemplar 25 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lauermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandit, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 23. Freitag, 23. Februar. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 l, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

„Le Socialisme contemporain en Allemagne".*)

Was das Sprüchwort von der Liebe sagt, das gilt von der Leidenschaft überhaupt: sie ist blind. Seit Marx exakt nachgewiesen, daß „der Reichthum der Nationen" aus dem arbeitenden Volke herausgebeutelt wird, ist den behäbigen Klassen das Blut zu Kopf gestiegen. Sie finden sich an ihrem empfindlichen „Haben" bedroht und können deshalb in ökonomischen Dingen ein vernünftiges Wort weder hören, noch sagen, noch schreiben. Lasker holt den Knüppel, Eulenburg Flinten und Säbel herbei. Andere benehmen sich anscheinend civilisirter, setzen eine mächtige Brille und eine akademische Perrücke auf, wollen die Wissenschaft umkehren und die Welt mit verkleideter Gelehrsamkeit dupiren. So vor Jahren Herr v. Sybel mit seinen „Lehren des heutigen Sozialismus und Communismus", und nun servirt das Septemberheft der „Revue des deux mondes" denselben Thee auf einem französischen Tabouret.

Monsieur Emil de Lavelaye mißhandelt den zeitgenössischen Sozialismus in Deutschland und speziell dessen „oeuvre principal", „das Kapital" von Karl Marx. Monsieur schreibt ernst und pathetisch und thut lammfromm, wie wenn er die Wahrheit auf dem Herzen trüge; aber Wolfsaugen lugen unter dem Schafpelz hervor. Wir haben es mit einem Advokaten zu thun, der nicht untersucht, sondern die Vertheidigung von Missethaten übernommen hat. Da trottet man natürlich auf krummen Wegen dahin; und wir müssen folgen, weil eben die wiederholte unablässige Verfolgung der Krummheit eine sozialdemokratische Pflicht ist.

Der neue v. Sybel beginnt, wie der alte, mit süßen Worten und kritisirt den Stil: „Das Kapital wird selbst vom Gegner als ein originelles und bemerkenswerthes Buch anerkannt." Aber „das Werk ist ein wahrer Kopfzerbrecher, weil es die Ausdrücke gegen allen Sprachgebrauch, in eigenmächtiger Weise verwendet." Nun mag, wenn des Kritikers Kopf besonders gebrechlich, das Buch in der That ein wahrer „casse-tête" sein; aber den Grund, den er dafür angiebt, daß Marx die Worte in eigenmächtigem Sinne gebrauche, hätte er nicht unterlassen sollen an einem oder mehreren eklatanten Beispielen nachzuweisen. Nachdem das in dem ganzen umfangreichen Artikel auch nicht einmal versucht ist, können wir über diesen seinen Vorwurf mit dem Manne weiter nicht rechten.

„Das Kapital ist ein schlagendes Beispiel vom Mißbrauch der deduktiven Methode", heißt es weiter; „es geht von gewissen Axiomen aus, die widerspruchslos feststehen, deren Wahrheit unbezweifelt sein soll. Daraus zieht es seine Consequenzen und kommt so bei Schlüssen an, die es für unwiderlegliche Resultate der Wissenschaft ausgiebt. Nichts ist verführerischer als diese Methode, welche die besten Geister irre leitet. In den moralischen und politischen Wissenschaften bezeichnen die Ausdrücke niemals pünktlich die unendlichen Schattirungen der Wirklichkeit. Die Mathematiker können allein das, weil sie nur über das Abstrakte spekuliren, was unabänderlich fest bestimmt ist. In der Oekonomie, wie im Moralischen und Politischen dienen die Definitionen dazu, eine Idee von den Sachen zu geben, die man bespricht; aber man kann sie nicht pünktlich genug umschreiben, um daraus bindende, unzweifelhafte Consequenzen zu ziehen.... Das Beste ist, man nimmt die Worte im gebräuchlichen Sinne und bedient sich konkreter Ausdrücke und vermeidet möglichst abstrakte Wörter, welche Mißverständnisse und unnöthige Diskussionen veranlassen. So beginnen jeden Tag von neuem die Debatten über das, was man unter Kapital und Rente zu verstehen hat. Könnte man nicht für Kapital einfach sagen: Proviant, Maschinen, Werkzeuge und Geld, oder für Rente, Einkommen oder Ertrag aus Ländereien. Das würde ein wenig länger, aber auch um soviel klarer sein. Bossuet und Pascal wendeten die vagen und abstrakten Worte nicht an, obgleich sie alles klar und deutlich heraussagten. Die Sprache des 17. Jahrhunderts würde genügen, um die meisten Mißverständnisse und müßige Diskussionen in der politischen Oekonomie zu beseitigen, und um Bücher wie „Das Kapital" unmöglich zu machen."

Ja wohl, der Herr hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Wenn man das 19. in das 17. Jahrhundert zurückschrauben könnte, so wäre ihm und der Sache seiner Klienten wohl gedient. Man dürfte sich dann nicht mehr den Kopf zerbrechen über die verteufelten Sozialisten und deren ökonomische Subtilitäten. — Zur Zeit des Bossuet und Pascal wußte man nicht viel von Kapital und Lohnarbeit. Proviant wurde durch Zehnten herbeigeschafft und für Weiteres sorgten „unzweideutige" Frohndienste ganz fürtrefflich. Das war noch eine Welt nach dem Herzen Gottes, und die rechte Oekonomie für die französischen und deutschen Herren v. Sybels. Unterdessen aber haben „Proviant, Werkzeuge, Maschinen und Geld" eine Umwandlung in der Art und Weise ihres Gebrauchs erfahren. Man überläßt nicht mehr diese ökonomischen Güter seinen Leibeigenen, Hörigen und Halfen, mit der Bedingung, dafür dem Küchenmeister der Burg oder des Klosters das Material anzufahren, sondern man geht hin und kauft sich „freie Männer", die selbst keine „Proviante, Werkzeuge, Maschinen und Gelder" haben, läßt sie schaffen und übermacht ihnen vom Produkt soviel, daß sie dabei vegetiren, häuft aber daneben den „Nationalreichthum" in's Unermeßliche.

Diese also veränderten, in moderner Weise behandelten „Proviante, Werkzeuge, Maschinen und Gelder" fordern nunmehr einen neuen Namen und belieben sich „Kapital" zu nennen. Das Wort ist diesmal nicht nur ein wenig kürzer, sondern auch präziser. Also, verehrtester Herr! ist nicht nur die Sprache Bossuets und Pascals, nicht nur die des 17. Jahrhunderts, sondern auch die sozialistische Sprache des 19. klar, verständlich und zutreffend. Daß sie die Köpfe zerbricht, liegt noch weniger an den gebrechlichen Köpfen, als an der behäbigen Situation ihrer Träger. Wir leben in einem kritischen Moment: Gefahr macht Angst und Angst kopflos.

Auch was der gelehrte Herr über den Unterschied der moralischen, politischen und ökonomischen gegenüber den mathematischen Wissenschaften sagt, ist unzutreffend, und bedarf diese Bourgeois-Gelehrsamkeit einer sozialistischen Zurechtweisung. „In den moralischen, politischen und ökonomischen Wissenschaften bezeichnen die Ausdrücke niemals pünktlich die unendliche Schattirung der Wirklichkeit, die Mathematiker können allein das, weil sie nur über das Abstrakte spekuliren." Aber, lieber Herr! alle Wissenschaft, auch die moralische, politische und ökonomische spekulirt auf das Abstrakte, alle wollen nur „abstrakte" Gesetze der „unendlich schattirten Wirklichkeit" ermitteln. Nicht die Mathematiker allein, auch die Chemiker, Physiker, Botaniker, Zoologen und Astronomen bestimmen die Wirklichkeit pünktlich (avec précision). Anderseits ist nichts bekannter, als daß gerade die mathematischen „Definitionen" eines Punktes oder einer geraden Linie „nur eine Idee von der Sache geben", aber selbst keine Wirklichkeit haben. Wohl ist die Mathematik durchaus präzis, aber sie ist es nicht allein; und wenn man von den moralischen, politischen und ökonomischen Wissenschaften dasselbe nicht rühmen kann, so begründet sich das einfach damit, daß letztere bislang noch keine Wissenschaften im kategorischen Sinne geworden waren. Erst der „Socialisme en Allemagne" giebt den Ausdrücken „Gutes", „Böses", „Kapital", „Werth" 2c. die längst verlangte wissenschaftliche Schärfe, welche die unendliche Schattirung der Wirklichkeit fest, wie einen mathematischen Punkt bezeichnet.

Der gelehrte Kritiker darf das nicht anerkennen, weil er eben ein Advokat derjenigen Oekonomie ist, welche den Dualismus nicht nur in der Wissenschaft verewigen, sondern auch in der Praxis den Unterschied zwischen der arbeitenden und der genießenden Klasse unabänderlich erhalten möchte. Die Sicherheit der wissenschaftlichen Methode will man der Mathematik allein zuschreiben, will um Moral, Politik und Oekonomie Nebel machen, um speziell und zugleich die Lehren des Sozialismus diskreditiren zu können. Warum sollte man in der Oekonomie nicht, wie überall, vom Feststehenden ausgehn? Welcher Forscher baut nicht auf die Resultate seiner Vorgänger. Wo bliebe der langweilige Schulmeister, der mit dem Anfang anfangen, der Nichts voraussetzen wollte. „Marx gründet sein System auf Principien, welche von den höchsten Autoritäten des Fachs, Adam Smith, Ricardo, de Tracy 2c. formulirt wurden." Und doch ist es „durchaus ein deduktives System, welches auf Definitionen und Hypothesen gegründet ist". Warten wir ab, Monsieur de Lavelaye wird uns ein besseres, ein induktives System bauen, welches auf keine Autoritäten, sondern ganz neu auf reine Thatsachen d. h. rein auf die interessirten Vorurtheile der Behäbigen gegründet ist.

„Die 830 enggedruckten Seiten des Marx'schen Werkes haben nur einen Zweck: nachzuweisen, daß das Kapital nothwendigerweise das Resultat der Ausbeutung, (der „Spoliation") ein räuberisches Produkt ist." „Eigenthum ist Diebstahl!" Obgleich Marx zuweilen bittere Worte für die Fabrikanten und Finanziers hat, so will er doch den Personen nicht übel. Was er angreift ist das System; wenigstens sagt er so: „es handelt sich hier um die Personen nur, heißt es in seiner Vorrede, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den Einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag." Man sieht, fährt Monsieur fort, Marx macht sich hier zum Organ der materialistischen Doktrinen, welche heute so sehr verbreitet sind, welche die Freiheit und Verantwortlichkeit der Individuen und der Gesellschaften bestreiten. Alle Ereignisse, alle individuellen Thaten sind nur ein „Prozeß" fataler Gewalten. Den Einfluß, welchen der Schriftsteller hoffen darf zu bewirken, ist ein sehr bescheidener, denn, sagt Marx, „auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen, noch wegdekretiren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern." Obgleich, meint Herr v. Lavelaye, gegen diesen unlogischen Fatalismus viele Einreden zu machen sind, so enthält er doch eine gute Lehre für die revolutionären Utopisten und Enthusiasten, welche heute, wie im 18. Jahrhundert sich der Hoffnung hingeben mit einigen Gesetzen alle Leiden der Gesellschaft abschaffen und mit einem Dekret das goldene Zeitalter auf der Erde einführen können."

Das ist nun die ewige Manier aller Süßholzraspler: loben und tadeln zugleich, dabei aber klug zurückhalten und nie speziell herausagen, was und wieviel denn eigentlich an der Sache zu verurtheilen, und was und wieviel davon anzuerkennen ist. Die „materialistische Doktrin" behauptet, daß der geistige „freie Wille" an die Körperlichkeit gebunden, mit dem Individuum an die Gesellschaft, mit der Gesellschaft an die Erde, mit der Erde an den Himmel und an die Welt befestigt, daß Alles mit einander verbunden und von einander abhängig ist. Aber damit kann durchaus nicht die „Freiheit und Verantwortlichkeit der Individuen und Gesellschaften" geleugnet sein, sondern es wird dieser Freiheit nur der phantastische Charakter benommen. Mit seinen „freien Willen", z. B. kann der Mensch laufen und schrittgehen, wie es ihm gut dünkt, und ist also vorkommenden Falles für das Tempo, ob er läuft oder geht, durchaus verantwortlich. Aber trotzdem ist er ganz und gar nicht verantwortlich, eine übermäßige Strecke abzulaufen. Er kann nicht laufen und gehen, so viel er will, sondern ist gezwungen, größtentheils gemächlich zu wandeln und darf sich eine Anstrengung nur ausnahmsweise erlauben. Das heißt, der Mensch ist nur in sehr beschränktem Maße frei und verantwortlich. Der „freie Geist" bewegt die Materie nur soweit, wie er sich den Naturgesetzen, welche die Bewegung mechanisch regieren, vorher acommodirt hat. Weil die Expansion des Wasserdampfes ein „Prozeß fataler Gewalten" ist, so kann unser Einfluß über denselben nur ein sehr „bescheidener" sein; und auch wenn wir dem Naturgesetz dieser Bewegung auf die Spur gekommen, können wir seine naturgemäßen Entwicklungsphasen weder überspringen, noch wegdekretiren. Hier, wie im Prozeß der Geschichte, wie überall, bleibt unsere „Freiheit und Verantwortlichkeit" nur eine sehr beschränkte, ohne daß deshalb ihr Vorhandensein geleugnet wäre. Dem utopistischen Kritikus thut es leid, daß die Hauptkerle, die „Schriftsteller", nicht hoffen sollen, den Prozeß fataler Naturgewalten enthusiastisch überflügeln zu können. Sie sollen, so hoffen dürfen, einen mehr als bescheidenen, einen unbescheidenen Einfluß zu gewinnen. Da hat glücklicherweise nun das Bleigewicht der materiellen Wirklichkeit dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Hoffentlich werden Zeit und Verhältnisse mir gestatten, in einem folgenden Artikel an den speziell ökonomischen Einreden unseres Widersachers die Wissenschaftlichkeit der Sozialdemokratie weiter zu erhärten.

J. Dietzgen.

*) Der gegenwärtige Sozialismus in Deutschland.

Zinsfuß, Löhne und Preise.

Newyork, 25. Januar 1877.

Wohl in keinem Lande mit Großbetrieb verarmt der Mittelstand so rasch, als in den Vereinigten Staaten. Die Zahl der kleinen Grundbesitzer hat sich — wenn die festgestellten Thatsachen in den östlichen Staaten für das übrige Land gleicherweise gelten dürfen — seit dem Krach um mindestens eine Million vermindert. Wer eine auch noch so geringe Schuldenlast auf seinem Grundstücke liegen hat, macht sich darauf gefaßt, es vom Sherif (Gerichtsvollstrecker) versteigert zu sehen. Die Zwischenhändler, Ladeninhaber, Wirthe, Trödler, Hausirer decken kaum noch die laufenden Kosten, und selbst in den belebtesten Geschäftlagen sieht man häufig binnen einem Jahre ein- oder zweimal die Firma wechseln. Natürlich sind die Miethen auf die Hälfte im Durchschnitt gegen früher gesunken, und bei Grundstückverkäufen aus freier Hand, welche ausnehmend selten geworden sind, wird oft noch weit weniger als die Hälfte des früheren Werthes erzielt. Das Fallen der Werthe erstreckt sich ebenso auf alle anderen Scheinwerthe, mit fast einziger Ausnahme der öffentlichen Schuldscheine. Es bedarf einer Erklärung, weshalb gerade diese noch nahezu ganz ihren alten Werth behaupten, obwohl die Unionsschuld 21 Hunderte von Millonen, und die der Staaten und Gemeinden zusammen kaum weniger beträgt. Wir dürfen die Erklärung dieses Räthsels darin suchen, daß die Zinsen dieser Schuld von der arbeitenden Bevölkerung aufzubringen sind, an deren ungeschwächter Steuerkraft das Volk nicht sobald zu zweifeln beginnt. Da aber diese Steuerkraft augenscheinlich auf die Hälfte von früher gesunken ist, so daß bereits vielfach die Steuern haben ermäßigt werden müssen, und von Jahr zu Jahr geringere Erträge liefern, so kann es nicht ausbleiben, daß auch die Zinsen der öffentlichen Schulden, und mit ihnen der Zinsfuß überhaupt, auf die Hälfte der früheren Höhe herabgedrückt werden müssen. Dann werden wir europäische Preise aller Waaren bekommen. Denn es ist bekanntlich der Zinsfuß, welcher die Lebensmittelpreise regelt. Je höher der durchschnittliche Zinsfuß, desto höher die durchschnittlichen Preise gewohnter Lebensmittel — ein Satz, welcher zwar in alt-civilisirten Ländern mehrerlei Einschränkungen erleidet, für neu-civilisirte aber vollauf gilt.

Es ist ein Trost in dieser trostarmen Zeit, daß unsere Kapitalisten und die hochnäsigsten Glieder des Mittelstandes vor Sorgen und Rathlosigkeit nicht mehr wissen, wo aus noch ein. Da haben sie nun eine Unmasse von Grundeigenthum durch die Enteignung der kleinen Käufer sich an den Hals geworfen, zwar zu einem Spottpreise, aber die noch immer viel zu hohen Steuern fressen nicht nur allen Reinertrag, sondern auch bei dem schlechten Eingehen der Miethen oder Zinsen vom Roh-Ertrag den größten Theil auf. Da haben sie eine Unmasse von papiernen Scheinwerthen am Halse, welche höchst schwer verkäuflich oder versetzbar sind, und dann nur zum halben oder

Viertels-Nennwerthe, weil sie nicht höhere Zinsen tragen. Da giebt es Millionäre, welche von Niemanden, der ihre Lage kennt, mehr etwas geborgt bekommen, weil sie nichts von ihren Scheinwerthen mehr in Baar umsetzen können, und Tausende, welche früher ein nahezu fürstliches Einkommen hatten, bezahlen auch die kleinste Schuld nicht mehr, um ihren Rest Baargeld zum Lebensunterhalt aufzubewahren — wodurch natürlich der Mittelstand noch mehr leidet. Da erlauben sich die Begüterten die schäbigsten Streiche, um aus der allgemeinen Verlegenheit Vortheil zu ziehen und schlagen gleichgültig die Geschäfts- und Manneshre in die Schanze. Kein Wunder, daß die vielgerühmte Wohlthätigkeit des Amerikaners kaum noch in schwachen Spuren zu finden ist. Kein Wunder, daß die Herren Gesetzgeber im Congreß wieder mit Diebstahl im Großen beschäftigt sind, wobei beide Parteien im brüderlichen Einverständniß handeln. Das eine Plänchen ist Staatshilfe für eine neue (südliche) Eisenbahn nach Californien (etwa 200 Millionen), das andere Verwandlung der unverzinslichen Unionsschuld, welche in Greenbacks besteht, in eine verzinsliche, mittelst welcher dieses Papiergeld durch lauter Silbergeld ersetzt werden soll (300 Millionen).

Viel zur Noth unserer Lohnarbeiter trägt auch die Getreide- und Lebensmittelausfuhr nach Europa infolge der Befürchtung eines europäischen Krieges bei, durch welche unsere Lebensmittelpreise im Vergleich zu den Löhnen viel zu hoch gehalten werden. Zugleich wird dadurch das Interesse der kleinen Ackerwirthe dem der städtischen Arbeiter noch mehr entfremdet, das Herabsinken dieser Klasse in den doch unausbleiblichen Bankrott und das Emporkommen der Arbeitspartei verzögert. Sollte sich's aber herausstellen, daß Rußland wirklich außer Stande ist, die Kriegs-Furie loszulassen, so würde hierzulande die Entwicklung der sozialen Organisation viel rascher fortschreiten. Es ist förmlich kelhaft zu sehen, wie allgemein bei uns auf einen recht allgemeinen europäischen Krieg spekulirt und sich gefreut wird. Käme dieser nicht zustande, so würde der Bankrott zahlreicher Großhandelshäuser, Eisenbahnen und Farmer den Arbeitern billige Lebensmittel liefern und die soziale Propaganda stärken — die Löhne haben ohnehin den tiefsten möglichen Stand fast allerwärts erreicht.

Der große Fortschritt der Sozialdemokratie in Deutschland, welchen die Reichstagswahlen beweisen, ist zum ersten Male unsern großen Zeitungen der Kenntnißnahme werth erschienen. Sie brachten eine lange telegraphische Depesche darüber, welche unsern hiesigen Parteigenossen wie ein Regenbogen nach der Sintfluth willkommen war, und verübten Leitartikel à la Vogel Strauß, um ihren Lesern zu versichern, daß das Bismarck'sche Regiment dadurch noch nicht erschüttert sei — wie bedenklich auch für seinen Nachfolger das Wachsthum unserer Partei werden könne. Das gab natürlich erst recht Stoff zum Lachen — eine wahre Wohlthat in dieser trüben Zeit. Der Eifer unserer Agitatoren wird durch diese Nachricht, deren verbürgte Einzelheiten wir begierig erwarten, gewiß angefeuert werden.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Fortschrittler im 3. Berliner Wahlkreise hatten am vergangenen Sonntag eine Wählerversammlung im Louisenstädtischen Theater anberaumt. Um nun keine Andersgläubigen hineinzulassen, weil die Herren das Licht der Wahrheit scheuen, war am Eingange zum Lokal eine Wache aufgestellt, die Jeden, der nicht bourgeoismäßig gekleidet, als petroleumverdächtig zurückgewiesen. So erging es einer Abtheilung von 12 Arbeitern, die vergeblich Einlaß begehrten; diesmal hatte sich aber die Sicherheitswache verrechnet, denn diese zwölf waren Gewerkvereinler und bis dato gute Fortschrittler, denen nach solcher Behandlung klar wurde, wozu die Fortschrittspartei die Arbeiter gebraucht, und die nun wohl wissen werden, welchen Weg sie zu wandeln haben.

— Der Nothstand in Berlin und die Versammlungen am 18. Februar 1877. Unter diesem Titel führt die „Berliner Freie Presse" vom 20. Februar aus, wie nach preußischem Landrecht Theil II Tit. 19 § 2 das Recht der Unterthanen auf Arbeit anerkannt werde, wie von den gesetzgebenden Körperschaften die Gelder zu allerlei größeren Bauten und Arbeiten angewiesen seien, wie aber trotz alledem eine Menge derselben, ungeachtet ihrer dringlichen Nothwendigkeit für das Gesammtwohl, immer noch nicht in Angriff genommen worden seien. An sieben verschiedenen Orten in den größten Lokalen der Stadt wurden an genanntem Tage unter massenhaftem Zusammenlauf von Menschen diese Fragen diskutirt und eine Resolution einstimmig gefaßt, daß die betreffenden, bereits verwilligten Gelder in der beschlossenen Weise verwendet werden sollten, und zwar ungesäumt, da es sich darum handele, auf diese Weise den Hunger des Volkes zu beschwichtigen, den es jetzt hat und dessen Stillung nicht aufgeschoben werden könne; daß die Verhandlungen über fernere dem Gemeinwohl höchst nothwendige öffentliche Arbeiten, wozu die Mittel bewilligt seien, endlich in den betreffenden Körperschaften zum Abschluß gebracht und die Ausführungen in Angriff genommen werden sollten. Von verschiedenen Rednern wurden die außerordentlich zahlreichen, daher gehörigen Thatsachen beigebracht. Ferner, wie man leider eine Menge öffentliche Arbeiten ohne plausible Gründe auf die lange Bank schiebe; so z. B. laute auf eine Anfrage, wann der Abschlußbau der Schöneberg-Charlottenburger Verbindungsbahn beginne, die Antwort: das Projekt für einen Bahnhof sei noch nicht fertig! Drei Jahre stehe dies schon aus, das Projekt dürfe aber in drei Jahren nicht mehr fehlen; und dergleichen Dinge waren zahllos in Bereitschaft. Viele Arbeiten wurden wegen Conflikten zwischen Stadt und Staat, die noch nicht ausgeglichen seien, aufgeschoben. Andere geradezu sicherheitspolizeilich nothwendige Bauten habe man noch nicht angefangen, weil das Expropriationsgesetz nicht gestatte, den zu Expropriirenden kürzere Termine zu stellen: da möge man ein neues, besseres dekretiren, man verstehe ja sonst das Dekretiren aus dem Fundament. In erschöpfendster Weise hat man alles Einschlägige besprochen, und die „Berliner Freie Presse" stellt noch weitere, eingehende Mittheilungen in Aussicht, von denen wir dann auch Notiz nehmen müssen. Heute genüge dieser Auszug.

— Conservative Geständnisse. In der „Deutschen Reichspost" vom 16. Februar behandelt eine Correspondenz „aus Sachsen" die Neuwahl in Glauchau, wo „alle reichstreuen Parteien wie ein Mann" für Prof. Birnbaum stimmen sollen. Es heißt da u. A.: „Ihr (nämlich der Fortschrittler) Verhältniß zur sozialen Frage ist genau dasselbe, wie das der Nationalliberalen. Wo es darauf ankommt, dieser Frage gegenüber Stellung zu nehmen, wählen sie mit Begeisterung jeden Geldsack, der ihnen präsentirt wird. . . . . Für uns ist innerhalb des schroffen Gegensatzes zwischen einem kleinen Haufen liberaler Ausbeuter und einer gewaltigen Masse sozialdemokratischer Ausgebeuteter kein Platz." Nachdem man sich über den „alten geübten Durchfallcandidaten" Birnbaum lustig gemacht, heißt es weiter: „Uns gilt der Eine wie der Andere (Bracke und Birnbaum) als Gegner auf Tod und Leben. Der Unterschied ist nur der, daß der Nationalliberalismus eine absteigende, die Sozialdemokratie ohne allen Zweifel eine aufsteigende Macht darstellen, die einzige, mit der wir für die Zukunft ernstlich zu rechnen haben." Doch wirklich? Wenn aber die Herren glauben, daß sie mit ihrer „Entrüstung" über den „Geldsack" und die „Ausbeutung" noch Gimpel zu fangen vermögen, so haben sie wohl die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Denn bekanntlich giebt es zwischen einem liberalen und einem conservativen „Geldsack" keinen Unterschied. Zu was die Flunkerei?

— „Keinem Sozialdemokraten Arbeit!" — so nennt im „Westfälischen Telegraph" ein Biedermann das wirksame Mittel, dem ruchlosen Treiben der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Wir wollen weiter kein Wort über dieses bestialische Mittel verlieren; die Versailler Ordnungsbanditen, welche ihre Gegner in Masse erschießen ließen, sind immerhin human zu nennen gegen den Menschen, der seine Gegner langsam verhungern lassen möchte. — Die Dummheit des betreffenden Menschen aber ist noch größer als seine Bestialität; durch eine solche Maßregel würde das Volk noch mehr zum Sozialismus hingeführt — dem ganzen Volke aber keine Arbeit geben, hieße selbst verhungern. Der betreffende Biedermann allerdings hätte für seinen Vorschlag, für „sein wirksames Mittel" den Hungertod reichlich verdient.

— Zum Kapitel der Haft Unschuldiger. Wie nothwendig und dem Rechtsgefühl der Gegenwart entsprechend die von unseren Abgeordneten angeregte Entschädigung unschuldig Bestrafter war, wird durch einen neuen, auch nach einer andern Seite lehrreichen Fall belegt. Der „Frankfurter Zeitung" schreibt man aus Marienwerder unterm 14. Februar:

„In der ganzen Provinz und über deren Grenzen hinaus erregte die am 24. Oktober vorigen Jahres vor dem hiesigen Schwurgericht stattgehabte Verhandlung wider den Inspektor Franz Palmowski aus Schönwalde wegen vorsätzlicher Brandstiftung nicht geringes Aufsehen. Am 13. Oktober 1868 brannte das Wohnhaus des dem ꝛc. Palmowski in Eichwalde gehörigen Gutes nieder, den Verdacht der Brandstiftung lenkte Palmowski damals auf den polnischen Flüchtling Bettlejewski, und derselbe wurde trotz fortwährender Betheuerung seiner Unschuld auf Grund der Aussage des mehrfach genannten Palmowski und weiter gegen ihn erbrachter Indicien (ein angetretener Alibibeweis gelang ihm nicht vollständig) am 6. März 1869 wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Die Strafe hat er am 19. März 1869 angetreten. Obwohl B. verurtheilt war, bezeichnete die Volksstimme doch einen Andern als Brandstifter, die Stimme wurde lauter und lauter und erregte endlich die Aufmerksamkeit des Gensdarmen Schitteck, welcher Erkundigungen einzog, die dahin führten, daß am 24. Oktober v. J. der ehemalige Besitzer Palmowski auf der Anklagebank saß unter der ihm zur Last gelegten Beschuldigung, jenen Brand im Jahre 1868 selbst angelegt zu haben. — Zu dieser Verhandlung war auch der Züchtling B. als Zeuge vorgeladen und erschienen. Die umfangreiche Beweisaufnahme lieferte gegen P. ein Netz gravirender Umstände, aber er selbst bestritt, die That verübt zu haben. Die Geschworenen erlangten aus dem geführten Indicienbeweise nicht die volle Gewißheit der Schuld des Angeklagten und sprachen ihr „Nichtschuldig" aus, worauf er freigesprochen wurde. Die Beweisaufnahme hatte aber zur Evidenz dargethan, daß B. in jener Brandnacht in Wessolowo und nicht in Eichwalde gewesen. Der im Jahre 1869 nicht vollständig gelungene Alibi-Beweis wurde hier ausreichend geführt. Da aber gegen ihn ein rechtskräftiges Erkenntniß vorlag, so mußte er wieder nach Graudenz zurückgeführt werden. Die Geschworenen reichten aber unter Darlegung des aktenmäßigen Sachverhaltes bei dem König für B. ein „Gnadengesuch" ein, dem der Schwurgerichtshof beitrat. Wie die „Königsberger Hart. Zeitung" hört, hat dieses Gesuch Erfolg gehabt und ist B. am 9. Februar c. aus der Strafanstalt zu Graudenz, wo er 8 Jahre zugebracht, in seine Heimath Neuhof bei Gollub entlassen worden. Sein sehnlichster Wunsch, seinen alten Vater noch einmal zu sehen, ist erfüllt."

Und damit basta! Dem Rechte ist genug gethan!

— Wahlprotest aus Stuttgart. Wir bringen nachstehenden Protest zum Abdruck, da derselbe in knapper Form so ziemlich alle Beeinflussungen enthält, welche ähnlich in fast allen Wahlkreisen vorgekommen sind.

„An das Präsidium des hohen deutschen Reichstages.

In Folge vielfacher ungehöriger und ungesetzlicher Beeinflussungen der Wähler und Beeinträchtigung derselben in ihren politischen Rechten bei der am 10. Januar im 1. Württembergischen Wahlkreise (Stuttgart Amt und Oberamt) stattgefundenen Reichstagswahl sieht sich das ergebenst unterfertigte Wahlcomité der sozialdemokratischen Arbeiterpartei veranlaßt, hierdurch gegen die Bestätigung der Wahl des Rechtsanwalts Julius v. Hölder bei dem hohen Reichstage Protest einzulegen und um Annullirung der Wahl zu bitten mit Rücksicht auf nachfolgende am Wahltage vorgekommene Ungesetzlichkeiten.

In dem Orte Leimfelden versuchte nach Aussage unseres Delegirten Schauer der dortige Polizeidiener, ihn, der mit Vertheilung der Stimmzettel für den Gegencandidaten betraut war, vom Wahllokal zu vertreiben. Als Schauer trotzdem nicht wich, sah der Polizist gleichgiltig zu, wie Schauer Mittags von einer Rotte Bauern daselbst vertrieben und bis nach dem nächsten Orte verfolgt wurde.

In Mußberg wollte der Polizeidiener desgleichen unsern Delegirten Ottenbacher vom Wahllokal wegtreiben. Vor dem Wahlzimmer stand der Polizeidiener, riß den Wählern die Hillmann'schen Zettel aus der Hand, öffnete sie und händigte ihnen Hölder'sche ein. Bei der Stimmenzählung nach Schluß der Wahl wurde Ottenbacher die Anwesenheit im Wahllokale zur Controle verweigert und derselbe ausgewiesen.

In Ober-Sielmingen wurde unser Delegirter Pfeifer vom Landjäger verhaftet, weil er, der nur Stimmzettel vertheilte, mit Drucksachen hausire. Er wurde zum Schultheiß transportirt. Pfeiffer's Berufung auf das Reichswahlgesetz veranlaßte den Schultheiß zu der Antwort: „Er frage nichts nach dem Gesetz, er sei Schultheiß, wenn Pfeifer nicht sofort das Dorf verlasse, werde er eingesteckt."

In Unter-Sielmingen passirte ganz dasselbe, wie in Ober-Sielmingen und wurde auch da die Vertheilung der Stimmzettel verhindert. In Ober-Sielmingen begann die Wahl überdies statt um 10 erst um 11 Uhr und zwar wegen eines vorher stattgehabten Leichenbegängnisses.

Aus Scharnhausen berichtet unser Delegirter Fink, daß ihn, als er Abends 6 Uhr in's Wahllokal kam, um die Stimmenzahl zu erfahren, ein Beisitzer angefahren: „Wie können Sie so naseweis und keck sein und hier beiwohnen. Sie bekommen heut Abend doch noch Schläg'." Ein zweiter Wahlbeisitzer drohte in gleicher Weise. Der Schultheiß stimmte alledem zu und gab den Beiden recht. Auch war in diesem Orte, wie noch in vielen anderen die Urne nicht verschlossen.

Als der Delegirte Sam in Bothnang der Stimmenzählung anwohnen wollte, wurde er zurückgewiesen, weil er „nicht daselbst

Eine Culturstudie.

(Aus der „Frankfurter Zeitung".)

A corsaire corsaire et demi. Ein norddeutsches Blatt liefert zur rechten Zeit eine Glosse zu dem Federkrieg der Teutonen und Gallier. Es citirt Auslassungen der „Preußischen Jahrbücher", einer Zeitschrift, die wir zwar nicht der „Revue des Deux Mondes" gleichstellen möchten, die aber sicherlich in deutsch-nationalen Kreisen, wo man Wehrenpfennig's Gedanken für tief und von Treitschke's Stil für klassisch hält, über sie gestellt wird. Die „Preußischen Jahrbücher" schrieben im Frühjahr 1875, in jener denkwürdigen Zeitphase, welche auf den Namen „Krieg in Sicht" getauft ist, daß Deutschland den sich still vorbereitenden Allianzen zuvorkommen müsse, und sie fügten dann, damit über die Bedeutung des Wortes kein Zweifel walte, hinzu: „Das klingt ziemlich kriegerisch und ist doch nur der einfachste Ausdruck des gesunden Menschenverstandes. . . . Friedrich der Große", lautet das zur Unterstützung des Gesagten aus der Geschichte herbeigeholte Exempel, „Friedrich der Große sah den dritten schlesischen Krieg lange voraus, aber er brach in Sachsen erst ein, als das Netz der europäischen Verschwörung nicht mehr anders zu zerreißen war. Wann für uns der Augenblick gekommen sein wird, wo wir Frankreich die Wahl zwischen Abrüstung oder Krieg stellen, kann nur der Reichskanzler mit Hilfe Moltke's entscheiden."

Mit dieser Hindeutung auf einen kommenden Krieg, die zugleich dessen Befürwortung ist, war der Artikel des Prinzen Joinville in der „Revue des Deux Mondes" gleich im Voraus quitt gemacht. Joinville hatte nur von Allianzen gesprochen, die „Preußischen Jahrbücher" sprachen von Allianzen und von unvermeidlichem Krieg — „auf einen Corsar anderthalben." Nur die Eifersucht kann es dem französischen Admiral vorwerfen, daß er, ein neuer Fritjof, die nordische Ingeborg umwarb. Ohne Zweifel ist es beider Völker Recht, Allianzen zu suchen, nur sollte dann auch jedes dieses Recht gelten lassen und, wenn es davon Gebrauch macht, nicht das andere heuchlerisch der Friedensstörung anklagen. Ungleich verdienstlicher freilich würde es sein — darüber kann noch weniger ein Zweifel walten — wenn die intelligenten Männer, welche vor ihrer Nation das Wort führen, den Frieden befestigen, statt zum Krieg antreiben, und nicht so lange vom Wolf reden wollten, bis er kommt.

Eine trübe Perspektive eröffnet sich uns beim Einblicke in die Blätter dieser Zeitschriften, der „Revue des Deux Mondes", und der „Preußischen Jahrbücher". Wo wir das vorurtheilsfreie, versöhnende Urtheil der Gelehrten suchen, die hier ihre Essays niederlegen, vernehmen wir Schlachtrufe, welche, sind die Laute auch etwas artikulirter, an das kriegerische, nicht ganz sonore Geschrei unserer halbwilden Ahnen erinnern. Die Geschichte ist für diese Schriftsteller nicht die Geschichte des Geistes, der die ursprüngliche Roheit überwindet und sich von der Scholle entfesselt, sondern die Apotheose eines Zeitalters schwachen Denkens und brutaler Leidenschaft; sie ist für sie nicht die reiche Geschichte der Menschheit, deren Glieder die wachsende Erkenntniß und die Besiegung der niederen Triebe immer enger verkettet, sondern die armselige Geschichte eines einzelnen Stammes, der verwünscht und todtschlägt, was nicht gleiche Haut- und Haarfarbe zeigt.

In der „Revue des Deux Mondes" veröffentlicht Herr Charles Louandre einen Aufsatz über das historische Studium in Frankreich, welcher große Beherrschung des Fachliteratur und, soweit er sich innerhalb der wissenschaftlichen Grenzen bewegt, gesundes Raisonnement verräth. Hätte sich der Autor damit begnügt, die Geschichtschreibung der Franzosen zu charakterisiren, so würde er nicht blos seinem Lande, sondern auch der Wissenschaft selbst einen Dienst geleistet haben. Aber wozu schrieb Herr Charles Louandre eine gelehrte Abhandlung? Nach ihren letzten Seiten zu urtheilen, möchte man meinen, sie sei nur zu Papier gebracht, um Deutschland zu verkleinern, und fast drängt sich die Frage auf, ob, wenn der pseudonyme Militär Paul Merruau der Prinz Joinville ist, der Historiker Charles Louandre, sein unmittelbarer Nachfolger in dem Hefte der „Revue", der Graf von Paris sei. Herr Charles Louandre hat die neuesten Arbeiten der Franzosen auf dem Gebiete der Geschichte gewürdigt und findet, daß der Reichthum geschichtswissenschaftlicher Werke, die seine Heimat zu Tage gefördert habe, erstaunlich sei, — „und wir können", so heißt es nun wörtlich, „den Brukterern, Tenkteren, Chamaven und anderen germanischen Stämmen, welche sich weigern, an den Kämpfen des Friedens theilzunehmen, sagen: Ihr habt uns besiegt, indem Ihr uns überraschtet, wie die Legionen des Varus, beinahe unbewaffnet. Aber unsere Kraft ist nicht erlahmt. Sie ist lebendiger denn je, und in diesen schönen Studien, auf die Ihr so stolz seid, deren Monopol Ihr Euch zuschreibt, sind wir Eure Vorgänger in der Vergangenheit, Eure Rivalen in der Gegenwart, vorausgesetzt, daß wir nicht Eure Meister sind." Diesem stolzen Ausspruche folgt die begütigende Versicherung: „Wir suchen Eure Berühmtheiten nicht herabzusetzen; Ihr habt solche, die groß genug sind, daß wir uns vor ihnen verneigen, aber für die unseren verlangen wir den Rang, der ihnen gebührt und den Ihr ihnen hartnäckig versagt." Doch bei dieser Unparteilichkeit bleibt es nicht lange; es folgt ein Register von französischen Gelehrten, mit denen sich in ihren Fächern angeblich kein Deutscher vergleichen kann, und dann steigert sich die Darlegung des Herrn Charles Louandre zu der patriotischen Ekstase: „Wir anerkennen, daß Ihr uns in einer gewissen Gattung unstreitig überlegen seid, um was wir Euch aber gar nicht beneiden. Ihr seid geduldig, Ihr lest alle unsere Bücher, auch diejenigen, die wir nicht lesen; Ihr spionirt sie aus, wie es zu Euren Gewohnheiten paßt und die Spionage gebührt Euch . . .: Die französische Seite wird unter Eurer Hand ein deutsches Buch, und so gebt Ihr unsere Ideen weiter, hütet Euch dabei aber wohl, zu sagen, woher Ihr sie genommen habt. Die Theorie vom latrocininm honestum (dem erlaubten Diebstahl), welcher bei den Germanen, Euren Vorfahren, einen Theil der nationalen Erziehung ausmachte, wie Tacitus lehrt, wird von Euch unseren Philologen, Archäologen, Orientalisten gegenüber im Großen praktizirt, und habt Ihr diese unbarmherzig ausgeplündert, so organisirt Ihr die Verschwörung des Stillschweigens . . . Das Kaiserreich hat Euer Piedestal erhöht, indem es Euch zur Mitarbeit am „Leben Cäsar's" herbeizog, Euch dekorirte und reichlich mit Pensionen belohnte, wie es das bei Mommsen und Anderen that; aber wir machen uns jetzt frei von dieser Vormundschaft und werden nicht mehr, wie wir es so lange und in so naiver Weise gethan haben, unsere eingeborenen Götter am Fuße des Idoles Irmensul aufopfern."

(Schluß f.)

ansässig" sei. Er ging, einen Bothnanger Wähler zu holen, als er aber wieder kam, war die Urne bereits ausgeleert, dieselbe war überdies den ganzen Tag unverschlossen. Ein Gemeinderath, Mitglied des Wahlvorstandes, zerriß einem Wähler den Hillmann'schen Zettel und händigte ihm einen solchen für Hölder ein. Auch wurden daselbst, wie überhaupt in den meisten Orten des Oberamtes Stuttgart die Hölder'schen Zettel durch Polizeidiener in die Häuser gebracht.

In Birkach hat nach Aussage unseres Delegirten Kraus der Polizeidiener ausgeschellt, daß Wahlzettel auf dem Rathhaus zu haben sind, derselbe hat auch solche Hölder'sche ausgetheilt und einem Arbeiter vor dem Wahllokal seinen Zettel aus der Hand genommen und geöffnet.

Ensch und Daniel Kloth sagen aus, das ihnen in Bolanden verboten worden sei, der Zählung beizuwohnen, weil sie nicht daselbst ansässig seien.

Schönleber und Morlock bezeugen, daß in der Vorstadt Berg der Beisitzer Kettner vom Wahllokal Hölder'sche Stimmzettel herunter gebracht und vertheilt hat. Ein nicht in der Liste befindlicher Wähler, der mit einem Hölderzettel in das Lokal kam, wurde nachträglich eingetragen und durfte stimmen.

Im Vororte Gablenberg verbrannte die Wahlliste kurze Zeit vor der Wahl. Ohne darüber etwas zu veröffentlichen, wurde eine neue Liste hergestellt, die in Folge ihrer Mangelhaftigkeit massenhafte Abweisungen von der Wahlurne veranlaßte.

Im Wahllokal Krähenschule in Stuttgart attakirte der Polizeidiener jeden, „ob er denn auch wahlberechtigt sei". Im Wahllokale Rentenanstalt Stuttgart öffnete der Wahlvorsteher dem Arbeiter Hanse den Stimmzettel.

In dem hier gekennzeichneten Geiste war das Benehmen der Behörden mit wenigen Ausnahmen im ganzen Wahlkreise. Eine annähernde ziffermäßige Schätzung über den dadurch dem Gegencandidaten Hillmann verursachten Stimmenverlust ist darum gar nicht möglich und ausreichende Remedur nur durch Neuwahl zu schaffen.

Für das Wahlcomité der sozialdemokratischen Partei.
C. Arnold, L. Reusch, G. Wannenroth;
Cigarrenmacher.

— Aus Kempen wird uns ferner mitgetheilt, daß am 14. d. M. wieder ein 12jähriger Knabe von einem Soldaten, der behufs Fernhaltung der Rinderpest auf Posten stand, bei Gr. Machbern (Kreis Breslau) erschossen worden ist. Bei diesem Falle scheint nicht allein ein unglücklicher Zufall Schuld zu sein. Der Soldat zielte nämlich auf den Hund des Knaben und traf letzteren selbst. Es ist gewiß eine strafbare Unvorsichtigkeit, daß der Soldat auf den dicht neben den Knaben laufenden Hund schoß.

— Den Gläubigen fehlt der — Glaube. Die conservative „Deutsche Reichspost" bringt in ihrer Nummer 36 vom 13. Februar eine Correspondenz aus Pforzheim, die sich mit den Reichstagswahlen in Berlin und Hamburg beschäftigt. Es heißt da u. A., daß die Hamburger Liberalen im zweiten Bezirk allein 60,000 Mark für Parteizwecke ausgegeben haben, da der liberale Candidat dem Sozialdemokraten gegenüber aber nur 850 Stimmen Mehrheit erhielt, „jeder Stimmzettel dieser Mehrheit unter Brüdern 70 Mark 60 Pfg. kostet". Natürlich ist die „Reichspost" von solch einem faulen Siege nicht sehr erbaut, sie gesteht zu, „daß im Kampfe zwischen Liberalismus und Sozialismus die größere Macht der Idee unbestreitbar auf Seiten des Sozialismus ist, daß, wenn der Kampf zwischen diesen beiden Richtungen lediglich auf sie allein beschränkt bliebe, dem Sozialismus der schließliche Sieg bleiben müßte." Der betreffende Artikel schließt mit dem Troste: „Uns scheint es, es stünde bedenklich um unser Reich, wenn sie (die Liberalen) dessen einzige Stütze wären." Nun, wir haben wirklich nicht die mindeste Veranlassung, dem „Reich" darum zu grollen, wenn wenn es an Stelle der morsch gewordenen liberalen „Stütze" sich eine conservative einsetzt, was doch die „Reichspost" etwas verschämt zu verstehen giebt, dieselbe „Reichspost", welche jüngst in einem Leitartikel ausführte, „daß nichts der von Gott gewollten Individualität, d. h. Verschiedenheit aller Individuen in der geschaffenen Welt, weniger entspricht, nichts die thörichte Doktrin der Sozialisten von der Gleichheit aller Menschen mehr begünstigt hat, als die unbedingte Gleichberechtigung aller Staatsbürger nach dem jetzigen Wahlgesetze." — Doch fahren wir weiter fort im Texte! In derselben Nummer der „Reichspost" wird sich zu wiederholten Malen bitter beklagt über die atheistischen Vorträge unseres Genossen Dr. Dulk in Stuttgart. Dieses conservative Klagelied schließt folgendermaßen: „Der Einsender nimmt keinen Anstand zu bekennen, daß er angesichts solcher und ähnlicher Vorkommnisse an der Zukunft unseres Volkes verzweifelt; unsere ganze Zeit und Gesellschaft treibt unaufhaltsam dem Abgrunde zu, und diese Bewegung wird nicht eher stille stehen, als bis Alles in Trümmern liegt. Dixi et salvavi animam meam (Ich hab's gesagt und meine Seele gerettet)." Daß mit diesem „Abgrunde" die Sozialdemokratie gemeint ist, geht aus dem ganzen Artikel unzweideutig hervor. Nun, ein großer Dichter sagte einmal, daß neues Leben aus den Ruinen blüht. Wenn auch die Leute von der „Reichspost" davon nichts wissen wollen, so sind ihnen ja die Pforten des Himmelreiches geöffnet. Einem solch hoffnungslosen Pessimismus aber sich hinzugeben, paßt doch für sie wahrlich nicht. Lebt denn der „alte Gott" etwa nicht mehr?

— Unterthanenklassen. Wie oft hat man von den liberalen Oekonomen hören können, daß es gar keine Klassen in der Bevölkerung gebe. Die Königin von England, resp. ihre Minister sind anderer Ansicht, wie folgende Antwort auf eine Adresse des Parlaments beweist: „Ich danke Ihnen aufrichtig für Ihre loyale und unterthänige Adresse. Ich baue mit Zuversicht auf ernste Erwägung der Maßregeln, die man Ihnen unterbreiten wird, und ich werde stets bereit sein, mich Ihnen in dem Bestreben, die Glückseligkeit und Wohlfahrt aller Klassen meiner Unterthanen zu fördern, anzuschließen." — In England ist nämlich Manches schon dem blödesten Auge sichtbar, was man in Deutschland aus Unwissenheit oder persönlichen Interesse noch zu leugnen sucht.

— Ferdinand Weidemann aus Hamburg, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Tischler und verwandter Berufsgenossen, wurde bekanntlich in Crefeld Anfangs Januar während der Wahlagitation wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaftet und nach Düsseldorf transportirt. Das Gericht erster Instanz hat Weidemann freigesprochen; doch wurde, da der Staatsanwalt appellirte, auf Antrag des Letzteren Weidemann in Haft behalten, bis zum neuen Termin. Da gar kein genügender Grund zu einer Verurtheilung wegen Majestätsbeleidigung vorliegt, wird unser Freund gewiß auch in zweiter Instanz freigesprochen werden. Wer aber entschädigt ihn dann für die unschuldig erlittene Haft? — Uns ist noch besonders befremdlich, daß dasselbe Gericht, welches von Weidemann's Unschuld vollständig überzeugt sein mußte, da es denselben freisprach, dem Antrage des Staatsanwalts stattgab, den Weidemann noch ferner bis zum Appellations-Termin in Haft zu halten.

— Dr. Johann Jacoby soll, wie die „Frankfurter Zeitung" mittheilt, bedenklich erkrankt sein.

— Parteigenosse Bock in Gotha ist am 20. d. M. wegen Beleidigung eines Pfaffen zu 150 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängniß und in die Kosten verurtheilt worden, und zwar, wie nicht unerwähnt bleiben darf, in contumaciam — weil er zwei Minuten zu spät zur Verhandlung eintraf.

— Der alte Abgeordnete Gerlach ist überfahren worden und am 19. Februar an der bei dem Unfall erhaltenen Kopfwunde verstorben. Die Mitglieder des preußischen Herrenhauses ehrten sein Andenken durch Aufstehen von ihren Sitzen.

— Die „Neuen Gedichte von Georg Herwegh" sind in Berlin auf Befehl des Polizeipräsidiums mit Beschlag belegt worden.

Correspondenzen.

Dresden. Nachdem die Wahlen vorüber, erachte ich es für meine Pflicht, den Genossen in Deutschland ein Gesammtbild der Wahlbewegung und der Erfolge in den ersten acht sächsischen Wahlkreisen zu geben. Schon im Juni vergangenen Jahres fand eine Conferenz von Delegirten aus den ersten acht sächsischen Wahlkreisen statt, die sich eines guten Zuspruchs zu erfreuen hatte. Leider entspricht der Erfolg, mit Ausnahme des vierten, fünften und siebenten Wahlkreises, nicht unseren Erwartungen. Im ersten Wahlkreis (Zittau) haben wir sogar einige hundert Stimmen weniger als bei der vorigen Wahl erhalten. Das lag aber an lokalen Verhältnissen in Zittau. Unser eigentlicher Boden ist Zittau und Umgegend; nun hatte man diesmal dort einen Zittauer, den Buchdruckereibesitzer Fränkel, als Candidaten aufgestellt; dieser that sehr arbeiterfreundlich, verhielt sich auch der sozialistischen Agitation gegenüber in seinem Blatte, der „Zittauer Morgenzeitung", anständig. Deshalb gingen uns also Stimmen verloren, die auf Fränkel fielen. Wir hatten bei der Stichwahl die Entscheidung in der Hand und Schreiber dieses bedauert es trotzdem, daß unsere Genossen nicht Fränkel zum Siege verhalfen, da es uns vor allem hätte darauf ankommen müssen, den „erbgesessenen" Abgeordneten, einen der servilsten Nationalliberalen, Rittergutsbesitzer Dr. Pfeiffer, zu verdrängen. — In Löbau haben wir gar keine Stimmen erhalten, es fehlte an jeder Verbindung. Zittau und Löbau sind nun zwei Kreise mit starker Hausindustrie; es herrscht dort großes Elend, es fehlt aber an agitatorischen Kräften wie an Geld. Diese Kreise sind zu gewinnen, wenn dort gearbeitet wird; mit Dresden existirt eine zu schlechte Bahnverbindung, als daß von da aus viel geschehen könnte. — In Bautzen-Kamenz haben wir ein halbes Tausend Stimmen mehr erhalten, als vor drei Jahren, die wenigen Industrieorte ergaben meist Mehrheiten für den sozialistischen Candidaten, aber zu diesem Kreise gehört der größte Theil der sogenannten „wendischen" Dörfer, wo allein der Regierungseinfluß maßgebend ist, weshalb in diesem Kreise immer ein sächsischer Regierungscandidat gewählt werden wird — und ein solcher ist der gewählte Rittergutsbesitzer Reich „auf" Biela, dessen Candidatur schon zweifelhaft geworden war, weil er in einem Vergnügungsverein Maitre de Plaisir ist und man noch nicht wußte, wo Ersatz gefunden werden sollte — wenn Reich im Reichstage sitzen sollte. Doch Ersatz muß sich ja gefunden haben, denn Reich wurde aufgestellt und — gewählt. Die Nationalliberalen und Fortschrittler stimmten einmüthig für Reich. Der frühere Abgeordnete war „Excellenz" von Nostiz-Wallwitz, Minister des Innern — unsere höchste Instanz für „Ausweisungsangelegenheiten". Die vielen Rekursentscheidungen in Ausweisungsangelegenheiten mußten wohl der Excellenz die Zeit rauben, so daß sie es aufgab, doppelt gesetzgeberisch thätig zu sein, — einmal durch Einfluß auf den Bundesrath und als Abgeordneter. — Das schlechteste Resultat hatten wir im achten Wahlkreise, Pirna ꝛc., wo wir circa 800 Stimmen verloren, d. h. wir erhielten ca. 750 und hatten vor drei Jahren ca. 1550 Stimmen. Es wurde im Ganzen in diesem Kreis wenig agitirt, gute Kräfte waren gerade vor den Wahlen fortgezogen; wir in Dresden brauchten unsere Kräfte für uns, trotzdem brachten wir Opfer an Geld. Der Kreis hat sehr wenig Industrie, und so kam es, daß der Wahlkampf hauptsächlich zwischen Conservativen und Fortschrittlern geführt wurde, wobei Letztere siegten. — Höchst überraschend war das Resultat im siebenten Wahlkreis (Großenhain-Meißen-Riesa). Dort stiegen unsere Stimmen um ca. 3000. Genosse Nauert, der erst in letzter Stunde aufgestellt worden war, hatte wacker gearbeitet und mit ihm unsere Großenhainer und Meißner Genossen. In Riesa, einem Orte, wo Versammlungen abzuhalten unmöglich ist, erhielten wir die absolute Mehrheit, in Großenhain die meisten Stimmen, in Meißen wieder die absolute Mehrheit. — Als Curiosum verdient erwähnt zu werden, daß gegen den Candidaten und früheren Abgeordneten Prof. Richter aus Tharandt, der freiconservativ ist, ein Nationalliberaler Namens Scheller candidirte. Ludwig-Wolff förderte die Candidatur Richter's und veranlaßte die Gewerkvereinler sogar, für Richter auf den Dörfern in Versammlungen zu agitiren; die Gewerkvereinler haben sich dadurch in Großenhain gänzlich todt gemacht. Ludwig-Wolff, Bürgermeister in Großenhain, ist so „beliebt", daß das dortige Bürgerthum, eben weil Ludwig für Richter eintrat, mehrere hundert Stimmen für Scheller abgab, während Richter eine klägliche Stimmenanzahl erhielt. Richter konnte mit Recht ausrufen: „Gott bewahre mich vor diesem Freund!" Wird in diesem Wahlkreis in den bevorstehenden drei Jahren tüchtig agitirt, so ist dessen Eroberung in der Zukunft nicht ausgeschlossen. — Der sechste Wahlkreis (Plauenscher Grund — Dresden Land) erfüllte unsere Erwartungen nicht. Wir haben wohl mehr Stimmen erhalten, aber der Candidat der Conservativen, Ackermann, hat über 2000 Stimmen Mehrheit behalten. Die Dörfer um Dresden, die sich seit 1874 in der Einwohnerzahl meist verdoppelt haben, ergaben erdrückende Mehrheiten für unseren Candidaten Auer, während wieder die Gegenden, wohin noch keine Bahn führt und die gänzlich unter Regierungseinfluß stehen, Mehrheiten für Ackermann abgaben. Aber die Bergarbeiter haben nicht so gestimmt, wie wir erwarteten, die Mehrheiten waren zu gering. — dort wirkte der ganze Apparat der Offizianten, um die Stimmen für unsern Candidaten zu verringern. Und die Bergarbeiter sind so abhängig und fühlen sich in Folge der Knappschaftsbanden so gedrückt, daß sie ihrer Ueberzeugung nicht gehörigen Ausdruck gaben. — Im vierten Wahlkreis (Neustadt-Dresden) war das Resultat für die herrschenden Kreise sehr überraschend — für uns nicht. Es hat in ganz Sachsen Erstaunen hervorgerufen, daß wir im Neustädter Theil die Mehrheit davontrugen, doch konnte dies nur deshalb geschehen, weil man die Entwickelung von Dresden nicht gehörig beobachtete. Dresden-Neustadt hat ungeheuer an Einwohnerzahl zugenommen, und sind das meist Arbeiter und Kleinbürger gewesen. Dort candidirt und ist seit zehn Jahren gewählt worden das alter ego (andere Ich) der sächsischen Regierung, der General-Staatsanwalt Schwarze, in neuester Zeit vom österreichischen Kaiser geadelt. Es fehlte nicht viel und v. Schwarze hätte kein Mandat gehabt. Unsere Stimmen wuchsen um 2500, die v. Schwarze's nur um einige Hundert, und mit nur 1400 Stimmen Mehrheit siegte derselbe, für den die Fortschrittler aus Freundschaft für die Regierung stimmten, und die Nationalliberalen stimmten auch für denselben, war doch v. Schwarze einer der Faiseurs beim Justizcompromiß. In den Industriedörfern Pieschen, Neudorf und Umgegend war die Mehrheit für unseren Liebknecht erdrückend; Verwunderung erregte es, daß in Kötzschenbroda, in der Lößnitz ꝛc. — Orte, in denen sich Villa an Villa reiht — Liebknecht die Mehrheit erhielt. Es ist dies nur zu erklärlich, dort stimmte der gesammte Kleinbürgerstand für uns, weil in solcher Gegend der Kleinbürger die Aermlichkeit seiner Existenz doppelt fühlt. Die Bauern stimmten zur Hälfte für Liebknecht, trotz aller Beeinflussungen durch die Gemeindevorstände. Aber gerade die Städte Radeberg, Radeburg, Augustusbad und Umgegend und die prachtvoll gelegenen Elbdörfer gaben den Ausschlag für Schwarze. In den Städten lassen sich keine Versammlungen abhalten; so ist in Radeberg absolut kein Saal zu erhalten, in den Elbdörfern halten die Villenbesitzer die Kleinbürger noch ganz in Abhängigkeit, und die Arbeiter, meist in Dresden beschäftigt, konnten am 10. Januar, da in Folge des Winters die Kahnverbindung gestört war, meist nicht bei Zeiten zur Abstimmung zu Hause sein. Der Kreis bietet trotzdem große Hoffnungen, da nach Neustadt noch eine dritte Brücke gebaut wird, ferner da durch die in der Nähe von Neustadt entstehende Kasernenstadt sehr viel Kleinbürgerthum und Arbeiter herübergezogen werden, — überhaupt wird dort stark gebaut und ist auf eine bedeutende Vermehrung der arbeitenden Volkskreise zu rechnen, während die Rentiers, Pensionäre ꝛc. immer mehr in die Elbdörfer gedrängt werden.

Das geistige Leben Dresdens concentrirt sich aber in der Altstadt — auf die Altstadt lenkten wir unsere ganze Kraft und, wie unsere Genossen ja schon erfahren haben, mit Erfolg. Noch steht Dresden unter dem Eindrucke, den die Wahl Bebel's hinterließ: die Nationalliberalen schimpfen wie die Rohrsperlinge, die Fortschrittler fangen von neuem zu arbeiten an, indem sie Vortragsabende veranstalten — ohne Diskussion — Diskussion vertragen die Herren nicht, da ziehen sie den Kürzeren. Als vor der Wahl ihr Candidat, der frühere Abgeordnete Minckwitz, öffentliche Versammlungen abhielt, wo nur „Fragen" gestattet waren — gelang es dennoch mehreren Genossen und vorzüglich Kayßer und Klemich, Minckwitz auf den Sand zu setzen, und selbst unser Amtsblatt schrieb: „Die Fortschrittler halten Versammlungen — für die Sozialdemokraten." — Die Conservativen, obwohl sie, da sie den nationalliberalen Candidaten Mayhoff unterstützten, mitgeschlagen wurden, schmunzeln, weil sie denken, nun werde das nächste Mal ein Conservativer der Candidat der vereinigten „Ordnungsmänner" sein — ja sie haben schon, wie ihre Blätter schreiben, einen Candidaten in Aussicht, und man munkelt, es sei der Exminister v. Friesen — doch wir wollen es abwarten. Wir kämpfen einfach fort, — vorläufig agitirt der Staatsanwalt mit für uns. Kayser sitzt gegenwärtig, dann schweben 4 Monate Gefängniß, neulich wurden ihm 12 Wochen 5 Tage zudiktirt wegen Beleidigung eines Referendars und angeblicher „Anmaßung eines öffentlichen Amtes", außerdem befindet sich noch ein Prozeß in der Schwebe. So werden die Kayser'schen Handlangerdienste — Kayser wurde neulich von hiesigen Blättern „Handlanger Bebel's" genannt — belohnt.

Sehr erfreulich ist der Aufschwung des „Volksboten". Seit Anfang Dezember wird derselbe hier gedruckt und in Folge der Wahl Bebel's kam eine so starke Abonnentenzunahme, daß derselbe gegen früher im doppelt größeren Format erscheint. Wir haben hier viel Arbeit vor uns — wir haben aber einen guten Boden: Arbeiter, die, wenn sie sich überhaupt mit öffentlichen Fragen beschäftigen, nur zu uns gehören — hier muß also nur gerüttelt werden — ein freisinniges Kleinbürgerthum, das in Folge unserer ökonomischen Entwickelung bis zum Kinn im Wasser steht, und einen intelligenten Bauernstand. Für uns heißt's aber immer: „Vorwärts!"

Leipzig. Sonnabend den 10. Februar feierte der hiesige Arbeiter-Bildungsverein sein 16. Stiftungsfest. Obgleich wir mit Genugthuung constatiren können, daß alle vom Verein veranstalteten Festlichkeiten seitens der Mitglieder und Freunde desselben zahlreich besucht werden, so übertraf doch das dies-

---

— Der Glaube an den persönlichen Teufel ist noch nicht verschwunden; selbst die Gelehrten der „Provinzial-Correspondenz", des halbamtlichen Organs der preußischen Regierung, geben sich den Anschein — vielleicht aber auch nur, um politische Bauernfängerei zu treiben — als ob sie an den persönlichen Teufel glaubten. In einem Leitartikel gegen die Sozialdemokratie heißt es nämlich wörtlich:

„Ebenso wie der Gesellschaft, haben die Sozialdemokraten aller Religion Feindschaft erklärt. Auf eine Anklage wegen Gotteslästerung erwidert ihr Blatt: „„Als ob Gott, der bekanntlich gar nicht existirt, noch gelästert werden könnte!"" — „„Wenn für unsere Bestrebungen Nutzen daraus entstünde,"" versichert der Sozialdemokrat Hasenclever, „„u :n wir getrost die Hand des Teufels annehmen.""

Ganz abgesehen davon, der Satz, den Hasenclever in einer Versammlung zu Berlin einmal gesprochen und der sich auf die angebliche Verbindung der Rothen und Schwarzen und auf das allgemeine gleiche Wahlrecht, aus der Hand des Herrn von Bismarck empfangen, bezog, völlig aus dem Zusammenhange gerissen ist, hat derselbe doch nur eine bildliche Bedeutung. „Das Gute mag herkommen, von wem es will; es wird nimmermehr schlecht werden, wenn nur die Empfänger gut bleiben" — das ist der einfache Sinn jener Worte, der aber auch in der betreffenden Rede hinzugefügt worden war, selbstverständlich, um von der Hetzerei betreibenden „Provinzial-Correspondenz" todtgeschwiegen zu werden. Alle Lokalblättchen fallen nun gleichfalls auf den persönlichen Teufel herein und deduciren an dem obigen Ausspruche die Gottlosigkeit Hasenclevers. Der „Westfälische Telegraph" ist ganz entrüstet und schreibt folgendermaßen:

„Der bekannte Parteiführer Hasenclever — leider ein Westfale — sagt: „„Wenn für unsere Bestrebungen Nutzen daraus entstünde, würden wir getrost die Hand des Teufels annehmen."" Muß da nicht jeder wohldenkende Mensch ausspucken und sich schämen, daß es in unserem Lande eine derartige Partei geben kann?"

Gegen die Klerikalen ist der Kulturkampf eröffnet worden — wäre es nicht gescheidter gewesen, denselben zunächst gegen die „Provinzial-Correspondenz" zu eröffnen, welche das Möglichste im Volksverdummungshandwerk leistet? Merkwürdig genug ist nur, daß die „Provinzial-Correspondenz" oft genug auf höheren Befehl gegen den Aberglauben (Marpinger Wunderglauben) zu Felde zieht und nun selbst den persönlichen Teufel an die Wand malt. — Und das schämt sich nicht einmal!

jährige Stiftungsfest alles bis jetzt Dagewesene, die weiten Räume der Tonhalle waren buchstäblich bis zum letzten Winkel von Festgenossen gefüllt, und mag allerdings der Umstand mit dazu beigetragen haben, daß Genosse Most nach jahrelanger Haft zum ersten Mal wieder in Leipzig als Redner auftreten durfte, gab es doch eine Zeit, wo dies seitens der hiesigen Behörde nicht gestattet wurde. — Das Bildungswesen unsrer Zeit bildete das Hauptthema der Festrede und verstand es der Redner vortrefflich, geeignete Vergleiche zwischen unseren Volks- und sogenannten höheren Schulen zu ziehen. Das Vereinswesen der Jetztzeit kritisirend wies Redner darauf hin, daß die Arbeitervereinigungen, in welcher Form sie auch erscheinen, von hoher Bedeutung für die Kulturentwickelung eines Volkes seien, obgleich noch die mannigfaltigsten Schwierigkeiten und Hindernisse aus dem Weg zu räumen wären. — Ein Ball, an welchem sich die meisten Anwesenden betheiligten, vereinigte dieselben bis zum frühen Morgen. Von den Arbeiterbildungsvereinen zu Hamburg und Dresden liefen Glückwunschtelegramme ein, die freudig begrüßt wurden.

Dem zur Vertheilung gelangten Jahresbericht des Vereins entnehmen wir folgendes: Es wurden von 23 Vortragenden 70 Vorträge gehalten. Diskussionen fanden 16 statt. Unterricht wurde ertheilt in der deutschen, französischen, englischen und russischen Sprache, Stylistik und Redeübung, im Schönschreiben, Rechnen, Buchführung und Wechselkunde, doppelte Buchführung, Stenographie, Gesang, Turnen und Zeichnen. Die Bibliothek des Vereins zählt 2040 Bände. Vermehrt hat sich die Bibliothek in diesem Jahre um 97 Bände. Außerdem besitzt die stenographische Sektion eine Sammlung von 69 stenographischen Büchern und Broschüren. Das Archiv enthält 415 Schriften verschiedenen Inhalts. Im Lesezimmer liegen 49 Zeitungen aus. Die Mitgliederzahl betrug durchschnittlich pro Monat 359. Die laufende Nummer am Schlusse des Jahres war 946. Die am meisten betheiligten Berufszweige waren die Schriftsetzer mit 81, Schlosser 72, Tischler 73, Schneider 73, Schuhmacher 57, Kaufleute 55 ꝛc. Von außerdeutschen Staaten gehören dem Verein als Mitglieder an: 14 Russen, 9 Oesterreicher, 3 Schweizer, 1 Ungar, 1 Türke und 1 Rumänier. Die Bilanz der Kasse ist folgende: Einnahme Mrk. 3883,45, Ausgabe Mrk. 3535,87, mithin Ueberschuß Mrk. 347,58.

Aus dem Vorstehenden läßt sich erkennen, daß der Verein auch in diesem Jahre Fortschritte gemacht hat, möge er auch ferner in so erfreulicher Weise gedeihen und wachsen.

Naumburg a. S. Wie überall, so suchen auch hier unsere politischen Gegner in kleinlicher Weise ihrem Aerger über das siegreiche Fortschreiten und Wachsen unserer Partei Luft zu machen. So wurde kurze Zeit nach der Wahl der Frau eines unserer Parteigenossen, der sich bei der Wahlbewegung anerkennenswerth hervorgethan hatte, eine Aufwartung bei einem pensionirten Militär gekündigt. Mir erging es nicht besser. Schon seit Jahr und Tag ertheile ich stenographischen und anderen Unterricht auch an Militärs. Da brachte mir kürzlich ein mir unbekannter Militär einen Brief, worin der Schreiber in kurzem andeutete, daß er durch Umstände gezwungen, den französischen Unterricht bei mir nicht mehr fortsetzen könne. Dieser Brief sah gerade so aus, als ob der Herr Oberst hinter dem Schreibenden gestanden und ihm den Brief in die Feder diktirt hätte. Der Umstand, daß der Schreiber des Briefes erst nach Tische bei mir gewesen und von da in das Bureau gegangen, berechtigt mich wohl zu dieser Annahme. Später erfuhr ich, den Leuten sei streng untersagt, je wieder meine Wohnung zu betreten, da ich nicht nur als Sozialist, sondern auch als sozialdemokratischer Agitator bekannt sei. Die Zeit, die für andere Zwecke bestimmt und wo es mir hauptsächlich darum zu thun war, den Leuten das richtig begreiflich zu machen, was sie lernen wollten, war zu kurz, um sie mit sozialistischer Agitation auszufüllen, und mit ein paar hingeworfenen Redensarten kann man Leute sicher nicht überzeugen. Hütet sie nur ja recht sorgsam, die euere letzte Stütze sind und bewahrt sie vor der sozialistischen Ansteckung! Je mehr ihr den Sozialismus verfolgt, je schneller wird dies geschehen; ihr bewirkt mit eurer Verfolgung nur das Gegentheil von dem, was sie bezwecken soll. Auch auf dem flachen Lande tagt es schon! Die Lawine, einmal im rollen, reißt unaufhaltsam Alles mit sich fort, und so wird auch die Landbevölkerung durch die sozialen Zustände mit fortgerissen werden. Aber wundern kann man sich nicht genug, daß ihr noch immer glaubt, durch so kleinliche Kniffe, wie die obigen, eine Idee bannen zu können: Druck erzeugt doch ganz natürlich Gegendruck und es ist nur die Frage, welche Sache Wahrheit und Recht für sich hat, um sagen zu können, welche Partei endlich siegen muß!

Holday (Ostpreußen), 18. Februar. Allenthalben hat sich unsere Partei bei der letzten Wahl eines erfreulichen Zuwachses zu erfreuen gehabt; von überall liefen beim „Vorwärts“ Siegesberichte ein. Es wurde alle unsere Spannkraft aufgeboten, um dem Gegner den Sieg streitig zu machen. Unser litthauisches Ostpreußen hat leider in dieser Hinsicht nichts oder doch wenig Erfreuliches zu bieten. Es ist bisher von allen politischen Treiben unberührt geblieben. Kein Wunder also, wenn das Volk hier zum größten Theil nicht einmal wußte, wozu das „Zettelabgeben“ denn eigentlich da sei, obgleich die Steuer immer höher und die Lage der Bevölkerung immer trauriger wird. Hier sorgen schon die Liberalen und Conservativen dafür, daß das Volk über die Wichtigkeit des Wahlaktes unaufgeklärt bleibt. Das Murren über die schlechten Zeiten wird immer lauter und das Verlangen nach besseren Einrichtungen immer dringender, so daß der Sozialdemokratie es nicht sehr schwer fallen dürfte, Ostpreußen zu erobern. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn hier eine baldige Agitation eröffnet würde. Auch frißt sich das Muckerwesen wie ein Krebsschaden in den untersten Schichten der Bevölkerung weiter und dürfte bei weiterem Vorschreiten unser Streben etwas erschweren. Die Gegner berathen auch schon hier über die Mittel, das rothe Gespenst zu unterdrücken. Am 15. d. Mts. hielt ein Pfaffe zum Besten — des Waisenhauses einen Vortrag über Ferdinand Lassalle, worin letzterer und unser Parteistreben arg mitgenommen wurde. Trotz alledem fängt es auch hier schon an zu tagen. Durch Unterzeichneten sind schon eine Anzahl Brochüren verbreitet, sowie 5 Abonnenten für die „Neue Welt“ gewonnen; auch der „Vorwärts“ circulirt. Bald wird hier auch eine geschlossene Parteimitgliedschaft auftauchen und energisch für unsere Prinzipien eintreten. Bei der Reichstagswahl sind ca. 10 mit dem Namen eines Sozialdemokraten „beschriebene“ Stimmzettel in die Wahlurne gelangt, haben jedoch keine Aufnahme in das Protokoll gefunden. Bei der künftigen Wahl dürfte sich die Anzahl verzehnfachen.

M. S.

Itzehoe, 18. Januar. (Abrechnung über die Wahlagitation im 3. schlesw.-holst. Wahlkreis) Einnahme: Von Itzehoe erste Rate 92,70; Maree d. W. 2,65; St. Margrethen 17,00; Brunsbüttel d. W. 14,10; Beidenfleth 12,00; Itzehoe zweite Rate 30,00; Burg 21,00; Kellinghusen 50,00; Eddelack 16,25; Lunden 11,50; Krempe 13,10; Itzehoe dritte Rate 72,75; Itzehoe d. Walther 11,15: Wilster 12,00; Itzehoe vierte Rate 15,00; Itzehoe d. Walther 35,00; Borsfleth 7,30; Itzehoe v. Johanna Lüt 46,15; Itzehoe fünfte Rate 34,00; Itzehoe v. A. U. 20,00; Hamburg d. Geib 135,00; Itzehoe sechste Rate 60,58; Hamburg d. Geib 50,00; v. Walther 1,40. Summa: 780 M. 63 Pf.

Ausgabe: An Walther 86,70; Matthäi 7,50; Brückmann 12,70; Walther 33,00; Matthäi 6,00; Walther 127,60; do. 15,00; am Tage der Wahl 41,10; an Walther 47,00; Kreutzberg 42,90; Walther 118,50; Möller, Buchdrucker 21,90; am Tage der Stichwahl 48,40; an Kreutzberg 48,00; Walther 39,85; Wahlcomité Itzehoe 20,00; Wahlcomité Kellinghusen 30,00; für Porto, Fracht, Broschüren und Schreibmaterial 98,90. Summa: 844 M. 15 Pf.

Einnahme 780 M. 63 Pf.
Ausgabe 844 „ 15 „
Defizit 63 M. 52 Pf.

Das Central-Wahlcomité: J. Clasen.

Oeffentliche Quittung.

Für den Wahlfonds habe ich seit dem 8. Februar erhalten: Harburg v. Schiffszimmerern d. Jürgensen 20,00; Neundorf d. G. Röder 2,50; Hannover d. H. Rudolph 30,00; desgleichen d. F. Wucherpfennig 30,00; do. d. Rudolph 10,50, und zwar: 5,50 v. K., A., K., M., R. K. R. F., R. M. H.; 0,50 v. A. L.; 3,00 v. Flügge u. 1,50 v. B.; Solingen Ueberschuß der Wahlkasse d. R. 30,00; Wellingdorf v. Maurer J. Arp 10,00; Artern v. Theodor Poppe 6,00; Muskau v. Moritz Wagner 10,00; Hof v. Albrecht Knott 10,00; Geislingen v. Ungenannt 5,00; Bremen v. Verschiedenen d. Rohwer 4,00; Leipzig d. H. Jansen 6,50; do. v. Buchbindern d. Jansen 8,00; do. Liste 2103: 0,45; do. Liste 3990: 3,80; Chaux de Fonds v. Wilhelm Geloch 4,03; Sandkathen b. Plön 4,50; Steinwärder v. Nagel's Korbmacherwerkstelle 10,18; do. d. Scholz v. d. Guanofabrik 25,00; Zürich v. Carl Bürkly 16,00; Sühlen Liste 4391: 1,00; Ottensen v. Bergmann's Cigarrenfabrik 12,00; Montigny v. C. Lemoisne 1,00; Kleiner Grasbrook v. Parteigenossen d. Peter 10,50; Rendsburg d. C. Loßmann 100,00; Halle a. d. S. d. Carl Stamm 20,00; Bornheim Liste 4362 d. Fleischmann 14,44; Braunschweig d. die Expedition des „Braunschw. Volksfreund“ für Glauchau-Meerane erste Rate 147,05; Lesum Liste 4354 d. Benndorf 5,25; Stollberg Liste 1403: 3,00; do. Liste 1397: 1,46; Schedewitz d. W. Schräpfer 9,80; do. d. A. Werner 9,00; do. d. W. Herget 5,01; do. d. L. Kunz 3,00; do. d. L. Schweigert 2,00; do. d. K. Schwarz 3,35; Iserlohn Liste 4250 d. Tölcke 27,65; Königsberg v. C. Grigatis 15,00; Leukersdorf d. Moritz Uhlig 3,00; Rahden v. Cigarrenmacher W. Braun 5,00; Mühlhausen i. E. v. 5 Sozialisten 5,00; Werdau gesammelt v. Arbeitern bei Werdau 7,40; Aschersleben Liste 4347 d. Klingenhöfer 11,85; Plotho Liste 4377 d. Peters 4,00; Klein-Steinheim gesammelt beim Vereinswirth Heßer 1,63; do. gesammelt am Tage der Stichwahl im „Deutschen Kaiser“ 3,25; do. gesammelt d. die Musik F. A. Jäger 1,50; Augsburg d. Endres v. Z. 2,00, v. D. 0,50, v. M. 0,50; Fm. v. B. 20,00; Gnissau d. Schacht 0,70; Langenbielau d. Kühn 3,00; Lechhausen Saldo der Listen 1249 u. 1250: 5,00; Ronsdorf d. E. Wilke 15,00; Gräfrath v. einem Parteigenossen d. L. Schaub 100,00; Bernburg d. Th. Vopel 7,00; Einsiedel Liste 2710: 3,40 und Liste 2711: 1,90; Malente d. J. H. Wiese 6,01; (von den in voriger Quittung aus Königsberg quittirten 15,35 sind: 8,90 aus einer Werkstatt, 2,00 von 4 Parteigenossen und 4,45 von Parteigenossen).

Aus Hamburg: Liste 4194 d. N. D. 19,20; v. H. Voß 2,10; v. M. Schultz 3,00; „Hartmann muß siegen“ 3,00; „Karsten muß durchfallen“ 1,50; Liste 4192 dritte Rate 2,60; v. F. W. Trautvetter's Cig.-Fab. 4,17; v. N. N. 3,00; 2,20 aus Peters' Korbmacherwerkstelle; 5,00 auf Liste 4208 d. Michael; 100,00 v. der Gewerkschafts-Agitationskasse hier d. Mentzel; 9,00 v. Labage u. Oelke's Schneiderwerkstelle; 5,00 v. Schemmel's Cig.-F.; 0,50 v. Bonatter; 9,50 auf Liste 4207; 2,00 v. Peters' Korbmacherwerkstelle, Grünerdeich; 8,90 auf Liste 4197 d. H. Breuer; 4,00 aus einer kleinen Gesellschaft d. Tegtmeyer; 5,00 v. S. J. L.; 7,55 aus Knicks Tischlerwerkstelle; 2,85 auf Liste 42,06, erste Rate; 5,20 auf Liste 252, d. G. U.; 26,65 auf Liste 4188 d. Reimers.

Für den Unterstützungsfonds gingen ein:

Groß-Auheim d. B. 6,00; Altenburg v. Ungenannt d. Thurm 3,00; Apenrade d. Gladewitz 0,30; Gnissau d. Schacht 0,25; Leipzig gesammelt auf dem Stiftungsfest des A.-B.-Vereins d. L. Witt 55,30.

Hamburg, 17. Februar 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Expedition. G. Br. in Heidenheim: Per Ende 1876 saldiren noch M. 1,60 zu Ihren Lasten.

Quittung. Dnkr Bremen Ann. 1,50. Grd Stötteritz Ab. 4,00, Schr. 9,91. Dngd hier Ab. 2,40. N. Mrcv Pancsowa Ab. 6,46. St. Pück Weißkirchen Ab. 7,50, Schr. 1,12. Rsch Hajos Ab. 8,22. Mnch Zittau Schr. 16,80. Knk Frankfurt Ab. 10,00. G. Bzlr Stuttgart Ann. 2,40, Ab. 30,50, Schr. 41,20. Fchtlr Merseburg Schr. 3,54. Mür Plauen Schr. 1,45. Wlf Lauten-Weschnitz Schr. 1,10. Dmbrgr Worms Schr. 3,90. Bm Halle Schr. 0,30. Br Jena Schr. 3,00. Lhrg Lommatzsch Schr. 4,20. Lhmnn Pforzheim Schr. 6,64. Bhm Lautenthal Ann. 1,00. Trffrth Diepholz Ab. 1,05. Gew. d. Eisen- u. Metallarbeiter Wien Ab. 5,00. Lgs Hannover Ann. 3,90. Rottmnnr München Ab. 60,00. Btichr Ab. 6,05. Engl Neudnitz Ab. 25,65. Schlz hier Ab. 3,00. Rdgr Halle 15,00. Wßg Goldlauter Ab. 15,80. Brung Delitzsch Ab. 3,60. B. Grsr Barmen Schr. 13,00. L. Glzwsk Wien Ab. 3,26. Jhnk Gaarden Schr. 2,75. Lrntz Mosbach Schr. 1,70.

Wahlfonds.

Von Dr. P. hier 3,00. Arbeiterverein Plagwitz d. Quenzel 3,00. Schafkopfsclub Eidam Thonberg 1,80. C. M. Dresden 1,70. B. Grsr Barmen 2,00. F. Krn Buda-Pest 4,93.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmte Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Altona. Sonnabend, den 24. Februar, Abends 8½ Uhr in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [50

Leipzig. Verkehrslokals-Commission. Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 10½ Uhr, im „Thüringer Hof“ Burgstr. 20:

Außerordentliche Sitzung.

Zu dieser Sitzung sind sämmtliche Gewerkschaftsvorstände und die Parteiagenten dringend eingeladen. Pünktliches und allseitiges Erscheinen sehr nothwendig. Der Obmann. [80

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, 24. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. Boge, Mittelstraße Nr. 11:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag von Herrn Eilenberg über die Emancipation des Arbeiterstandes im 19. Jahrhundert. [80

Der Vorstand.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß das

Wahl-Siegesfest

am **10. März** in den Sälen des Hrn. Karten stattfindet, bestehend in **Concert und Ball, Festrede**, gesprochen von dem Reichstagsabgeordneten des 4. Berliner Wahlkreises Hrn. **F. W. Fritzsche.**

Karten sind zu haben bei Rudolph und Loges und in allen Versammlungen. (F 161) Das Fest-Comité. [2,70

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 24. Februar, Abends 8 Uhr: [60

Versammlung

bei Menzel, Restaurateur, Am Täubchenweg.

Tagesordnung: Gewerkschaftliches. Aufnahme neuer Mitglieder.

Ottensen. Am Montag, den 26. Februar, in Burmeisters **Salon**, arrangirt von den Sozialisten Ottensens, unter gefälliger Mitwirkung des Ottensener „Gesangvereins“ und des Quartetts „Lassalle“:

Arbeiterfest

bestehend in **Concert und Ball.**

Festrede gesprochen von Hrn. **Max Stöhr.**

Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Karten im Voraus für Herren nebst Dame à 40 Pfg. (Kassenpreis 50 Pfg.), Damenkarte à 20 Pfg. sind bei den Comité-Mitgliedern und in den bekannten Wirthschaften zu haben.

Es bittet aus besonderen Gründen um recht zahlreiche Betheiligung 4,20] (8a) Das Comité.

Ein intelligenter Mann, in Dresden wohnhaft, welcher nachweislich seit wenigstens 1 Jahr der sozialdemokr. Partei angehört, wird zu **Abschriften** gesucht. Offerten **X. Y. 12** Clausthal postlag. [90

Dem reisenden Publikum empfehle ich meinen **Gasthof.** Billige und gute Speisen und Getränke, sowie ausgezeichnetes Logis sichere ich jedem Reisenden zu. (F. 40) [1,50

Wittwe **Hermann Duncker**, Besitzerin d. Gasthofs z. Stadt Mannheim, Bremen, Sögestraße 27.

Ein politisch und ökonomisch mehrfach gemaßregelter Parteigenosse, in den kaufm. Buchführungen erfahren, der französischen und englischen Correspondenz mächtig, auch literarisch befähigt, **sucht Stellung.** Adr. sagt die Exped. d. Bl. [1,20

Statistische Tafel

der

sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage.

Eine genaue Zusammenstellung der Gesammtresultate (sozialistische und gegnerische Stimmen) derjenigen Wahlkreise, in welchen bei dem diesjährigen Wahlgange sozialistische Candidaten aufgestellt waren, unter Einschluß der engeren Wahlen zwischen Sozialisten und Candidaten anderer Parteien.

Für 20 Pf. zu beziehen vom Verleger August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg, an den alle Bestellungen zu richten sind.

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complett

kann **erst mit Ende März d. J.** versandt werden. Mehrere Nummern sind total vergriffen und ist Nachdruck nicht eher möglich, da unsere neue Maschine früher nicht eintrifft und laufende Aufträge unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen.

Wir empfehlen also lieferbar wie oben angegeben:

Die Neue Welt.

Erster Jahrgang, 1876, complett.

Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. franco.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit“.

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstr. 12. II.

Soeben erschien:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und **Fr. Jourde.**

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.
Färberstraße 12/II.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Zur

Grund- und Bodenfrage

von **Wilhelm Liebknecht.**

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hatz. 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lansermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Eng, 418 O'Farrell Street.
London: Bandit, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 24. Sonntag, 25. Februar. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Revolution.

Es ist wichtig, genau zu wissen, was eine Revolution ist. Vieles wird so genannt, was es nicht ist; Vieles ist auch Revolution, was nicht so genannt wird. Das Wesen der Sache ist eine bedeutende Sinnesänderung großer Volksmassen, welche zu Verfassungsänderungen führt, gleichviel ob sie von gewaltsamen Erscheinungen begleitet ist oder nicht. Dagegen giebt es sehr gewaltsame Umwälzungen bestehender Ordnungen oder Gewalten, welche deswegen mit Unrecht Revolutionen genannt werden, weil dabei gar keine Aenderung in der Denkweise der davon betroffenen Volksmassen stattfindet.

In Spanien und Spanisch-Amerika sind sogenannte Revolutionen beinahe so häufig als die Leipziger Messen; es handelt sich aber dabei nur um den Wechsel der Staatsoberhäupter und einzelner Maßregeln; das arbeitende und steuerzahlende Volk bleibt gleichgiltig dabei, und eine Sinnesänderung desselben ist nicht zu bemerken; das sind Staatsstreiche. Dagegen war die deutsche Volksbewegung im Jahre 1848 (zum Unterschiede von der 1830er) wirklich eine Revolution, weil sie die politische Theilnahmlosigkeit der Massen zuerst und für immer brach und Millionen den Gesichtskreis erweiterte, Hunderttausende mit Thatkraft erfüllte.

Die Nationalwahl von 1856 in den Vereinigten Staaten, bei welcher Fremont nur durch Wahlbetrug um die Präsidentschaft kam, war trotz ihres durchaus friedlichen Verlaufs eine wirkliche Revolution; denn binnen fünf Monaten wurden fast zwei Millionen Stimmgeber aus Freunden oder Duldern der Negersklaverei zu Feinden derselben gemacht, was dann sieben Jahre später zur Aufhebung derselben führte.

Das auffälligste Kennzeichen einer wirklichen Revolution ist eine weitverbreitete sittliche Veredlung des Volksgeistes. Noch bei allen solchen ist die übereinstimmende Beobachtung gemacht worden, daß die Anzahl der Verbrechen sich verminderte, gewisse gemeine Verbrechen, wie Diebstahl, Raub, Mord aus niederen Beweggründen und Betrug, fast gänzlich aufhörten; daß Selbstmorde kaum mehr vorkamen, daß weniger Menschen wahnsinnig wurden; daß Philister gemeinsinnig, Geizhälse freigebig, Feiglinge muthig, Selbstsüchtlinge aufopferungsfähig wurden; daß das Kartenspiel nahezu aufhörte, und alle frivolen Vergnügungen ernsterem Zeitvertreib wichen; daß düstere, menschenfeindliche Gemüther wiederum Lebensluft bekamen und Taugenichtse gebessert wurden. Und diese Versittlichung dauerte so lange, bis die Revolution verpfuscht, bis ihr Fehlschlag oder ihre Nutzlosigkeit erkannt war.

In Zeiten wirklicher Revolution wird aus einer Vielheit von Menschen gleichsam eine einzige Person, mit einem Geiste, einem Willen. Alle Einzelnen ordnen ihre Sonderziele einem gemeinsamen, höheren unter. Sie streifen ihre Kleinlichkeit, ihre Selbstsucht, ihre geistige Beschränktheit wie mit einem Zauberschlage ab; ein Jeder steckt den Andern mit plötzlicher Begeisterung für den gleichen Zweck an. Die Dümmsten werden lernbegierig, Alle lernen neue Wahrheiten mit einer nie geglaubten Schnelle; die in der Erziehung verkümmerten Geister treiben neue Blüten und setzen neue Frucht an; uralte Vorurtheile scheinen alle Macht verloren zu haben. Die Bevölkerungen großer Länder oder Landestheile schreiten wie mit einem Ruck geistig weiter vorwärts, als vorher in Jahrhunderten. Und bei jeder echten Volksbewegung auch kleineren Maßstabes zeigen sich dieselben Erscheinungen in minderem Grade. Man hat diese Erscheinungen dämonisch genannt, womit gemeint ist, daß neue, für gewöhnlich verborgene Kräfte von gewaltiger Wirkung überraschend und alle Berechnung störend hervorbrechen. In der That, ein wirklich revolutionäres Volk in seiner begeisterten Willenseinheit giebt das erhabenste Schauspiel, welches ein Menschenauge überhaupt sehen kann, und wer solcher Bewegungen mehrere miterlebt hat, kann nie mehr am unablässigen Fortschritt der Menschheit verzweifeln, wird auch wohl sehr schwere Volksaufgaben für möglich halten und sie als Faktoren in die Berechnung der Zukunft einsetzen.

Es gilt, verschiedene Irrthümer zu bekämpfen, welche mit dem Begriff Revolution verbunden werden. Manche glauben, daß Hungersnoth im Stande sei, Revolution zu erzeugen. Dies ist ein durch alle Geschichte widerlegter Irrthum, welcher wohl daher stammt, daß zur Zeit der ersten französischen Revolution eine Hungersnoth drohte, und daß hier und da sogenannte Brotkrawalle vorgekommen sind. Aber jene französische Hungersnoth kam nicht wirklich zum Ausbruch, und alle bekannten Brotkrawalle endeten mit der Theurung und der größten Noth. Ein wirklich Hunger leidendes Volk macht keine Revolution, sondern verfällt widerstandslos seinem Schicksal. Der Schreiber dieses hat sich mehrfach durch den Augenschein von dieser Wahrheit überzeugen können. Geschichtliche Beispiele, welche sie beweisen, sind leider sehr häufig.

Eine drohende Hungersnoth und bereits eingetretene große Theuerung der Lebensmittel mag den Ausbruch einer schon durch andere Ursachen bedingten Revolution beschleunigen und die Bewegung erfolgreich machen — aber das ist auch Alles. Seit dem Bestehen der Eisenbahnen und Dampfschiffe sind so furchtbare und weitverbreitete Theurungen und Hungersnöthe, wie sie z. B. in Ostindien vor ein paar Jahren und wieder in diesem Jahre vorkommen, wenigstens in der civilisirten Welt kaum mehr denkbar.

Eine andere, aber verwandte Erscheinung ist hier künftig, zum Theil schon jetzt möglich. Die Löhne der arbeitenden Bevölkerung vermögen allmählig so tief zu sinken, daß selbst bei mäßigen Lebensmittelpreisen und genügenden Vorräthen die Ernährung großer Bevölkerungen immer elender wird, ein langsames massenhaftes Verhungern herbeiführt und beim geringsten Stocken der gewohnten Beschäftigung die Hungerpest und plötzliche Hungertode in großer Zahl verursacht. In kleinerem Maßstabe erleben wir dies schon jetzt in allen civilisirten Ländern. Ganze Familien legen sich ruhig zum Sterben hin, weil sie zu stolz sind, um die öffentliche Mildthätigkeit anzurufen, oder weil sie unter lauter gleich armen Nachbarn wohnen, oder weil sie gradweise zu sehr geschwächt worden sind, um überhaupt noch Kraft zu irgend einem rettenden Schritt aufzubieten. In solchen Fällen ist keine Spur von revolutionärem Geiste zu beobachten.

Diejenigen Revolutionäre also — es giebt deren auch in den Vereinigten Staaten — welche von der zunehmenden Verarmung und der Hungersnoth ein Erwachen des revolutionären Geistes erwarten, sind in einem grausamen Irrthume befangen. Die Irländer sind gewiß kein feiges Volk, eher das Gegentheil; dennoch verhungerten 1846 deren eine halbe Million, und zwei weitere Millionen wanderten aus, — genug Leute, um alle Soldaten, welche England gegen sie hätte schicken können, durch einen allgemeinen Aufstand zu erdrücken, und zugleich mit der Unterdrückung des Landes der Noth ein Ende zu machen.

Ein anderer Irrthum, dessen in diesen Blättern schon mehrfach gedacht wurde, ist der, als ob Volksredner und Volksschriftsteller eine Revolution machen könnten. Es läßt sich aus aller Geschichte nicht ein einziger Fall der Art anführen. Solche Männer mögen eine Revolution vorbereiten, oder wenn sie zum Ausbruche gekommen ist, an die Spitze der Bewegung treten — die unerläßliche Bedingung aber zum Ausbruche ist noch jederzeit von den Gegnern der Bewegung geliefert worden und hätte immer vermieden werden können. Zahlreiche Beispiele aus der römischen und englischen Geschichte beweisen, wie durch rechtzeitiges Nachgeben eine herrschende Klasse eine ihr gefährliche Volksbewegung nicht nur unschädlich machen konnte, sondern sogar zum eignen Vortheil wendete.

Die arbeitende Menschheit erträgt, wie es eine berühmte Stelle in der Unabhängigkeitserklärung der Union ausdrückt, lieber jeden Druck, bis er gänzlich unerträglich wird, als daß sie ihm durch eine Verfassungsänderung steuern sollte. Und eben weil dies den herrschenden Klassen durch ihre Geschichtsprofessoren gar wohl bekannt, versuchen sie nur gar zu gern, das Dampf-Ventil bis auf den Gefahr-Punkt zu belasten, anstatt ein wenig Dampf auf einmal herauszulassen. Ueber diesen Irrthum brauchen wir also kein Wort mehr zu verlieren.

Einen dritten Irrthum wollen wir aufdecken, der gar nicht genug bekämpft werden kann. Derselbe besteht in dem Glauben, als ob irgend eine zukünftige Revolution erfolgreich sein könne, welche nicht international wäre. Da die Ursache des Elends in allen civilisirten Ländern dieselbe ist, das international verbündete Kapital mit seiner planlosen, ausbeutenden Produktionsweise und seinem Anhängsel von Helfershelfern, so kann nur ein gemeinsames Handeln des arbeitenden Volkes aller dieser Länder dem Drucke ein Ende machen. Geschähe ein Versuch dazu in einem vereinzelten Volke, so würde er, wenn die herrschende Gewalt dort ihn nicht bewältigen könnte, von der Kapitalistenklasse aller anderen Völker zugleich unterdrückt werden, wie dies schon vorgekommen ist. Oder bliebe dieses eine aufständische Volk gegen die Coalition siegreich, so wäre dies blos in dem Falle denkbar, daß die herrschende Klasse in den Nachbarländern selbst durch eine drohende Volksbewegung gelähmt wäre, und daß das siegreiche Volk dieser Bewegung überall zu Hilfe käme.

Da nun die heutige sozialdemokratische Volksbewegung überall international gestimmt ist und dasselbe Programm im Auge hat, also eben dadurch ihren Verzicht auf eine revolutionäre That bis dahin, wo sie überall eine Volksmehrheit gewonnen hat, klar ausspricht; da sie überall blos wissenschaftliche Waffen führt, eine sittliche Wiedergeburt des Volksgeistes predigt und, sobald sie damit bei einer großen Mehrheit Erfolg hat, auf die Dauer nicht länger verkümmert werden kann, also eine gewaltsame That dann nicht mehr nöthig hat: so sollten die Gegner ihre jetzige zwecklose Kampfesweise ändern.

Wir wollen ihnen unsere Achillesferse enthüllen. Man stehle uns unser Programm! Man entschließe sich, gegen mäßige Entschädigung in irgend einem größeren Staate alles Kapital an den Staat auszuantworten, das Lohnsystem durch das Genossenschaftswesen zu ersetzen und die beste allgemeine Volkserziehung einzuführen. Die anderen Großstaaten würden bald dem gegebenen Beispiele folgen müssen — und es wäre jeder künftigen gewaltsamen Revolution vorgebeugt. Ja, die bloße Ankündigung, daß man es thun wolle, begleitet von den ersten entscheidenden Schritten dazu, würde der sozialdemokratischen Agitation allen Wind aus den Segeln nehmen.

Man folgt ja in Deutschland so gern chinesischem Vorbilde — nun in China hat schon ein-, wenn nicht zweimal, der Staat alles Grundeigenthum in den Gemeindebesitz zurückgenommen; und in Japan haben noch ganz neulich die Daimios, die Adeligen und Kapitalisten alle ihre Vorrechte freiwillig dem Staatsoberhaupte ausgeantwortet und selbst ihre Personen ihm zu Reformzwecken zur Verfügung gestellt. Sollten die Daimios der „Nation der Denker und Dichter" hinter den Japanesen zurückstehen wollen? Es sind freilich „Christen" mit Gänsefüßchen — das ändert die Sache!

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

VIII.

„Man erwäge, . . . was zu unserm naturphilosophischen Abschnitt an positiver Erkenntniß gehöre, um ihn mit allen seinen wissenschaftlichen Voraussetzungen auszustatten. Ihm liegen zunächst alle wesentlichen Errungenschaften der Mathematik und alsdann die Hauptfeststellungen des exakten Wissens in Mechanik, Physik, Chemie, sowie überhaupt die naturwissenschaftlichen Ergebnisse in Physiologie, Zoologie und in ähnlichen Forschungsgebieten zu Grunde."

So zuversichtlich und entschieden spricht sich Herr Dühring aus über die mathematische und naturwissenschaftliche Gelehrsamkeit des Herrn Dühring. Man sieht es dem mageren Abschnitt selbst nicht an, und noch weniger seinen noch dürftigeren Resultaten, welch Wurzelhaftigkeit positiver Erkenntniß dahinter steckt. Jedenfalls braucht man, um die Dühring'schen Orakel über Physik und Chemie zu Stande zu bringen, von der Physik nichts zu wissen als die Gleichung, die das mechanische Aequivalent der Wärme ausdrückt, und von der Chemie nur dies, daß alle Körper sich eintheilen in Elemente und Zusammensetzungen von Elementen. Wer zudem, wie Herr Dühring S. 131, von „gravitirenden Atomen sprechen kann, beweist nur damit, daß er über den Unterschied von Atom und Molekül gänzlich „im Dunkeln" ist. Atome existiren bekanntlich nicht für die Gravitation oder andere mechanische oder physikalische Bewegungsformen, sondern nur für die chemische Aktion. Und wenn man gar das Kapitel über die organische Natur liest, so kann man bei dem Leeren, sich widersprechenden, am entscheidenden Punkt orakelhaft finnlosen Hin- und Hergerede, und bei der absoluten Nichtigkeit des Schlußergebnisses schon von vornherein sich der Ansicht nicht erwehren, daß Herr Dühring hier von Dingen spricht, von denen er merkwürdig wenig weiß. Diese Ansicht wird zur Gewißheit, wenn man zu seinem Vorschlag kommt, in der Lehre von dem organischen Wesen (Biologie) fernerhin Komposition zu sagen statt Entwicklung. Wer so etwas vorschlagen kann, beweist, daß er von der Bildung organischer Körper nicht die geringste Ahnung hat.

Alle organischen Körper, mit Ausnahme der allerniedrigsten, bestehen aus Zellen, kleinen, nur durch starke Vergrößerung sichtbaren Eiweißklümpchen mit einem Zellenkern im Innern. In der Regel entwickelt die Zelle auch eine äußere Haut und der Inhalt ist dann mehr oder weniger flüssig. Die niedrigsten Zellenkörper bestehen aus Einer Zelle; die ungeheure Mehrzahl der organischen Wesen ist vielzellig, ein zusammengehöriger Komplex vieler Zellen, die, bei niedrigeren Organismen noch gleichartig, bei den höheren mehr und mehr verschiedene Formen, Gruppirungen und Thätigkeiten erhalten. Im menschlichen Körper z. B. sind Knochen, Muskel, Nerven, Sehnen, Bänder, Knorpel, Haut, kurz alle Gewebe aus Zellen entweder zusammengesetzt, oder doch entstanden. Aber allen organischen Zellengebilden, von der Amöbe, die ein einfaches, die meiste Zeit hautloses Eiweißklümpchen mit einem Zellenkern im Innern ist, bis zum Menschen, und von der kleinsten einzelligen Desmidiacee bis zur höchst entwickelten Pflanze, ist die Art gemeinsam, wie die Zellen sich vermehren: durch Spaltung. Der Zellenkern schnürt sich zuerst in der Mitte ein, die Einschnürung, die die beiden Kolben des Kerns trennt, wird immer stärker, zuletzt trennen sie sich und bilden zwei Zellenkerne. Derselbe Vorgang findet an der Zelle selbst statt, jeder der beiden Kerne wird der Mittelpunkt einer Ansammlung von Zellstoff, die mit der anderen durch eine immer enger werdende Einschnürung zusammenhängt, bis zuletzt beide sich trennen und als selbständige Zellen fortleben. Durch solche wiederholte Zellenspaltung wird aus dem Keimbläschen des thierischen Eies, nach eingetretener Befruchtung, nach und nach das ganze fertige Thier entwickelt, und ebenso beim erwachsenen Thier der Ersatz der verbrauchten Gewebe vollzogen. Einen solchen Vorgang eine Komposition, und seine Bezeichnung als Entwicklung „eine pure Imagination" zu nennen, dazu gehört doch sicher Jemand, der — so schwer das auch heutzutage anzunehmen ist — von diesem Vorgang gar nichts weiß; hier wird ja eben nur, und zwar im buchstäblichsten Sinn entwickelt, komponirt aber ganz und gar nicht!

Ueber das, was Herr Dühring im Allgemeinen unter Leben versteht, werden wir weiter unten noch etwas zu sagen haben. Im Besonderen stellt er sich unter Leben Folgendes vor: „Auch die unorganische Welt ist ein System sich selbst vollziehender Regungen; aber erst da, wo die eigentliche Gliederung und die Vermittlung der Cirkulation der Stoffe durch besondere Kanäle von einem inneren Punkt und nach einem an ein kleineres Gebilde übertragbaren Keimschema beginnt, darf man im engeren nnd strengeren Sinne von eigentlichen Leben zu reden unternehmen."

Dieser Satz ist im engeren und strengeren Sinn ein System sich selbst vollziehender Regungen (was das auch immer für Dinger sein mögen) von Unsinn, selbst abgesehen von der hülflos verworrenen Grammatik. Wenn das Leben erst anfängt, wo die eigentliche Gliederung beginnt, dann müssen wir das ganze Häckel'sche Protistenreich und vielleicht noch viel mehr für todt erklären, je nachdem der Begriff von Gliederung gefaßt wird. Wenn das Leben erst da beginnt, wo diese Gliederung durch ein kleineres Keimschema übertragbar ist, so sind mindestens alle Organismen bis zu den einzelligen hinauf, und diese eingeschlossen, nicht lebendig. Ist die Vermittlung der Cirkulation der Stoffe durch besondere Kanäle das Kennzeichen des Lebens, so müssen wir außer den obigen noch die ganze Oberklasse der Cölenterata, allenfalls mit Ausnahme der Medusen, also sämmtliche Polypen und andere Pflanzenthiere aus der Reihe der lebenden Wesen ausstreichen. Gilt aber gar die Cirkulation der Stoffe durch besondere Kanäle von einem innern Punkt für das wesentliche Kennzeichen des Lebens, so müssen wir alle diejenigen Thiere für todt erklären, die kein Herz, oder auch die mehrere Herzen haben. Dazu gehören außer den Vorerwähnten noch sämmtliche Würmer, Seesterne und Räderthiere (Annuloida und Annulosa, Hurley's Eintheilung), ein Theil der Krustenthiere (Krebse) und endlich sogar ein Wirbelthier, das Lanzetthierchen (Amphioxus). Dazu sämmtliche Pflanzen.

Indem also Herr Dühring unternimmt, das eigentliche Leben im engeren und strengeren Sinne zu kennzeichnen, gibt er vier einander total widersprechende Kennzeichen des Lebens an, von denen das eine nicht nur das ganze Pflanzenreich, sondern auch ungefähr das halbe Thierreich zu ewigem Tode verdammt. Wahrhaftig, Niemand kann sagen, er habe uns angeführt, als er uns „von Grund aus eigenthümliche Ergebnisse und Anschauungen" versprach!

An einer andern Stelle heißt es: „Auch in der Natur liegt allen Organisationen von der niedrigsten bis zur höchsten ein einfacher Typus zu Grunde" und dieser Typus ist „schon in der untergeordnetsten Regung der unvollkommensten Pflanze in seinem allgemeinen Wesen voll und ganz anzutreffen". Diese Behauptung ist wieder „voll und ganz" Unsinn. Der allereinfachste Typus, der in der ganzen organischen Natur anzutreffen, ist die Zelle; und sie liegt den höchsten Organisationen allerdings zu Grunde. Dagegen finden sich unter den niedrigsten Organismen eine Menge, die noch tief unter der Zelle stehen — die Protamöbe, ein einfaches Eiweißklümpchen, ohne irgend welche Differenzirung, eine ganze Reihe anderer Monere und sämmtliche Schlauchalgen (Siphoneen). Diese sind sämmtlich mit den höheren Organismen nur dadurch verknüpft, daß ihr wesentlicher Bestandtheil Eiweiß ist und sie demnach Eiweißfunktionen vollziehen, d. h. leben und sterben.

Weiter erzählt uns Herr Dühring: „Physiologisch ist die Empfindung an das Vorhandensein irgend eines, wenn auch noch so einfachen Nervenapparates geknüpft. Es ist daher das Charakteristische aller thierischen Gebilde, der Empfindung, d. h. einer subjektiv bewußten Auffassung ihrer Zustände fähig zu sein. Die scharfe Grenze zwischen Pflanze und Thier liegt da, wo der Sprung zur Empfindung vollzogen wird. Diese Grenze läßt sich so wenig durch die bekannten Uebergangsgebilde verwischen, daß sie vielmehr grade durch diese äußerlich unentschiedenen oder unentscheidbaren Gestaltungen erst recht zum logischen Bedürfniß gemacht wird." Und ferner: „Dagegen sind die Pflanzen gänzlich und für immer ohne die leiseste Spur von Empfindung und auch ohne jede Anlage dazu."

Erstens sagt Hegel, Naturphilosophie § 351, Zusatz, daß „die Empfindung die differentia specifica, das absolut Auszeichnende des Thieres ist". Also wieder eine „Crudität" Hegel's, die durch einfache Annegation von Seiten Herrn Dühring's in den Adelstand einer endgültigen Wahrheit letzter Instanz erhoben wird.

Zweitens hören wir hier zum ersten Male von Uebergangsgebilden, äußerlich unentschiedenen oder unentscheidbaren Gestaltungen (schönes Kauderwelsch!) zwischen Pflanze und Thier. Daß diese Zwischenformen existiren; daß es Organismen gibt, von denen wir platterdings nicht sagen können, ob sie Pflanzen oder Thiere sind; daß wir also überhaupt die Grenze zwischen Pflanzen oder Thiere nicht scharf feststellen können — das macht es für Herrn Dühring gerade zum logischen Bedürfniß, ein Unterscheidungsmerkmal aufzustellen, von dem er im selben Athem zugibt, daß es nicht stichhaltig ist! Aber wir brauchen gar nicht auf das zweifelhafte Gebiet zwischen Pflanzen und Thieren zurückzugehen; sind die sensitiven Pflanzen, die bei der leisesten Berührung ihre Blätter falten oder ihre Blumen schließen, sind die insektenfressenden Pflanzen ohne die leiseste Spur von Empfindung und auch ohne jede Anlage dazu? Das kann selbst Herr Dühring nicht ohne „unwissenschaftliche Halbpoesie" behaupten.

Drittens ist es wieder eine freie Schöpfung und Imagination des Herrn Dühring, wenn er behauptet, die Empfindung sei psychologisch an das Vorhandensein irgend eines, wenn auch noch so einfachen Nervenapparats geknüpft. Nicht nur alle Urthiere, auch noch die Pflanzenthiere, wenigstens ihrer großen Mehrzahl nach, weisen keine Spur eines Nervenapparates auf. Erst von den Würmern an wird ein solcher regelmäßig vorgefunden, und Herr Dühring ist der erste, der die Behauptung aufstellt, jene Thiere hätten keine Empfindung, weil keine Nerven. Die Empfindung ist nicht nothwendig an Nerven geknüpft, wohl aber an gewisse, bisher nicht näher festgestellte Eiweißkörper.

Uebrigens werden die biologischen Kenntnisse des Herr Dühring hinreichend charakterisirt durch die Frage, die er sich nicht scheut, Darwin gegenüber aufzuwerfen: „Soll sich das Thier aus der Pflanze entwickelt haben?" So kann nur Jemand fragen, der weder von Thieren noch von Pflanzen das Geringste weiß.

Vom Leben im Allgemeinen weiß uns Herr Dühring nur zu sagen: „Der Stoffwechsel, der sich vermittelst einer plastisch bildenden Schematisirung (was in aller Welt ist das für ein Ding?) vollzieht, bleibt stets ein auszeichnender Charakter des eigentlichen Lebensprozesses."

Das ist alles, was wir vom Leben erfahren, wobei wir noch gelegentlich der „plastisch bildenden Schematisirung" knietief im sinnlosen Kauderwälsch des reinsten Dühringjargons stecken bleiben. Wenn wir also wissen wollen, was Leben ist, so werden wir uns wohl selbst näher danach umsehen müssen.

Daß der organische Stoffwechsel die allgemeinste und bezeichnendste Erscheinung des Lebens, ist seit 30 Jahren von psychologischen Chemikern und chemischen Physiologen unzählige Mal gesagt und hier von Hrn. Dühring einfach in seine eigene elegante und klare Sprache übersetzt. Aber das Leben als organischen Stoffwechsel definiren, heißt das Leben definiren als — Leben; denn organischer Stoffwechsel oder Stoffwechsel mit plastisch bildender Schematisirung ist eben ein Ausdruck, der selbst wieder der Erklärung durch das Leben bedarf, der Erklärung durch den Unterschied von Organischem und Unorganischem, d. h. Lebendem und Nichtlebendem. Mit dieser Erklärung kommen wir also nicht vom Fleck.

Stoffwechsel als solcher findet statt auch ohne Leben. Es gibt eine ganze Reihe von Prozessen in der Chemie, die bei genügender Zufuhr von Rohstoffen ihre eigenen Bedingungen stets wieder erzeugen und zwar so, daß dabei ein bestimmter Körper Träger des Prozesses ist. So bei der Fabrikation von Schwefelsäure durch Verbrennung von Schwefel. Es erzeugt sich dabei Schwefeldioxid, SO_2, und indem man Wasserdampf und Salpetersäure zuführt, nimmt das Schwefeldioxid Wasserstoff und Sauerstoff auf und verwandelt sich in Schwefelsäure, H_2SO_4. Die Salpetersäure gibt dabei Sauerstoff ab und wird zu Stickoxid reduzirt; dies Stickoxid nimmt sogleich wieder aus der Luft neuen Sauerstoff auf und verwandelt sich in höhere Oxide des Stickstoffs, aber nur um diesen Sauerstoff sofort wieder an das Schwefeldioxid abzugeben und von Neuem denselben Prozeß durchzumachen, so daß theoretisch eine unendlich kleine Menge von Salpetersäure hinreichen sollte, um eine unbeschränkte Menge von Schwefeldioxid, Sauerstoff und Wasser in Schwefelsäure zu verwandeln. — Stoffwechsel findet ferner statt bei dem Durchtritt von Flüssigkeiten durch todte organische und selbst durch unorganische Membranen, sowie bei Traube's künstlichen Zellen. Es zeigt sich hier wiederum, daß wir mit dem Stoffwechsel nicht vom Fleck kommen; denn der eigenthümliche Stoffwechsel, der das Leben erklären soll, bedarf selbst wieder der Erklärung durch das Leben. Wir müssen es also anders versuchen.

Leben ist die Daseinsweise der Eiweißkörper, und diese Daseinsweise besteht wesentlich in der beständigen Selbst-Erneuerung der chemischen Bestandtheile dieser Körper.

Eiweißkörper ist hier verstanden im Sinn der modernen Chemie, die unter diesem Namen alle dem gewöhnlichen Eiweiß analog zusammengesetzten Körper, sonst auch Proteinsubstanzen genannt, zusammenfaßt. Der Name ist ungeschickt, weil das gewöhnliche Eiweiß von allen ihm verwandten Substanzen die lebloseste, passivste Rolle spielt, indem es neben dem Eidotter lediglich Nahrungssubstanz für den sich entwickelnden Keim ist. So lange indeß über die chemische Zusammensetzung der Eiweißkörper noch so wenig bekannt, ist dieser Name immer noch besser, weil allgemeiner, als alle andern.

Ueberall, wo wir Leben vorfinden, finden wir es an einen Eiweißkörper gebunden, und überall, wo wir einen, nicht in der Auflösung begriffenen Eiweißkörper vorfinden, da finden wir ausnahmslos auch Lebenserscheinungen. Unzweifelhaft ist die Gegenwart auch anderer chemischer Verbindungen in einem lebenden Körper nothwendig, um besondere Differenzirungen dieser Lebenserscheinungen hervorzurufen; zum nackten Leben sind sie nicht erforderlich, es sei denn soweit sie als Nahrung eingehen und in Eiweiß verwandelt werden. Die niedrigsten lebenden Wesen, die wir kennen, sind eben nichts als einfache Eiweißklümpchen, und sie zeigen schon alle wesentlichen Lebenserscheinungen.

Worin aber bestehen diese überall, bei allen lebenden Wesen gleichmäßig vorhandenen Lebenserscheinungen? Vor Allem darin, daß der Eiweißkörper aus seiner Umgebung andere geeignete Stoffe in sich aufnimmt, sie sich assimilirt, während andere, ältere Theile des Körpers sich zersetzen und ausgeschieden werden. Andere, nicht lebende Körper verändern, zersetzen oder kombiniren sich auch im Lauf der natürlichen Dinge; aber dabei hören sie auf das zu sein, was sie waren. Der Fels, der verwittert, ist kein Fels mehr; das Metall, das oxidirt, geht in Rost über. Aber was bei den todten Körpern Ursache des Untergangs, das ist beim Eiweiß Grundbedingung der Existenz. Von dem Augenblick an, wo diese ununterbrochene Umsetzung der Bestandtheile im Eiweißkörper, dieser andauernde Wechsel von Ernährung und Ausscheidung aufhört, von dem Augenblick an hört der Eiweißkörper selbst auf, zersetzt sich, d. h. stirbt. Das Leben, die Daseinsweise des Eiweißkörpers besteht also vor Allem darin, daß er in jedem Augenblick er selbst und zugleich ein anderer ist; und dies nicht in Folge eines Prozesses, dem er von Außen her unterworfen wird, wie dies auch bei todten Körpern der Fall sein kann. Im Gegentheil, das Leben, der durch Ernährung und Ausscheidung erfolgende Stoffwechsel ist ein sich selbst vollziehender Prozeß, der seinem Träger, dem Eiweiß, inhärent, eingeboren ist, ohne den es nicht sein kann. Und daraus folgt, daß wenn es der Chemie jemals gelingen sollte, Eiweiß künstlich herzustellen, dies Eiweiß Lebenserscheinungen zeigen muß, mögen sie auch noch so schwach sein. Es ist freilich fraglich, ob die Chemie auch gleichzeitig das richtige Futter für dies Eiweiß entdecken wird.

Aus dem durch Ernährung und Ausscheidung vermittelten Stoffwechsel als wesentlicher Funktion des Eiweißes und aus der ihm eigenen Plasticität leiten sich dann alle übrigen einfachsten Faktoren des Lebens ab: Reizbarkeit — die schon in der Wechselwirkung zwischen dem Eiweiß und seiner Nahrung eingeschlossen liegt; Kontraktibilität — die sich schon auf sehr niedriger Stufe bei der Verzehrung des Futters zeigt, Wachsthumsmöglichkeit, die auf niedrigster Stufe die Fortpflanzung durch Theilung einschließt; innere Bewegung, ohne die weder Verzehrung noch Assimilation der Nahrung möglich ist.

Unsere Definition des Lebens ist natürlich sehr ungenügend, indem sie, weit entfernt alle Lebenserscheinungen einzuschließen, sich vielmehr auf die allerallgemeinsten und einfachsten beschränken muß. Alle Definitionen sind wissenschaftlich von geringem Werth. Um wirklich erschöpfend zu wissen, was das Leben ist, müßten wir alle seine Erscheinungsformen durchgehen, von der niedrigsten bis zur höchsten. Für den Handgebrauch sind jedoch solche Definitionen sehr bequem und stellenweise nicht gut zu entbehren; sie können auch nicht schaden, so lange man nur ihre unvermeidlichen Mängel nicht vergißt.

Doch zurück zu Herrn Dühring. Wenn es ihm im Bereich der irdischen Biologie einigermaßen schlecht ergeht, so weiß er sich zu trösten, er flüchtet in seinen Sternenhimmel.

„Es ist nicht erst die besondere Einrichtung eines empfindenden Organs, sondern schon die ganze objektive Welt, welche auf die Hervorbringung von Lust und Schmerz angelegt ist. Aus diesem Grunde nehmen wir an, daß der Gegensatz von Lust und Schmerz, und zwar genau in der uns bekannten Weise, ein universeller sei und in den verschiedenen Welten des Alls durch wesentlich gleichartige Gefühle vertreten sein müsse .... Diese Uebereinstimmung bedeutet aber nicht wenig; denn sie ist der Schlüssel zu dem Universum der Empfindungen ... Uns ist mithin die subjektive kosmische Welt nicht viel fremder, als die objektive. Die Konstitution beider Reiche ist nach einem übereinstimmenden Typus zu denken, und hiermit haben wir die Anfänge zu einer Bewußtseinslehre, die eine größere als bloß terrestrische Tragweite hat."

Was verschlagen ein paar grobe Schnitzer in der irdischen Naturwissenschaft für den, der den Schlüssel zu dem Universum der Empfindungen in der Tasche trägt? Allons donc!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Fortschrittliche Kundgebung über die Nothlage der niederen Klassen. Am 18. Januar hielt auch der Fortschritt eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Was kann und soll der Staat gegen den gegenwärtigen Nothstand der Arbeiter thun?" Die Partei des Abgeordnetenhauses war eingeladen und viele „bedeutende Mitglieder" hatten ihr Erscheinen zugesagt. Max Hirsch war erster Redner und wies darauf hin: Er und seine Partei wären keine Schwärmer für Staatshilfe, ihre Parole sei ja „Sparen und Selbsthilfe". Der Drang der Verhältnisse hat aber selbst Märchen darüber belehrt, was es mit dem Sparen des unbeschäftigten Arbeiters für eine Bewandniß hat: er habe den Muth nicht (als wenn das je seine starke Seite gewesen wäre!), den Arbeitern das Sparen anzuempfehlen. So fordert

Eine Culturstudie.

(Aus der „Frankfurter Zeitung".)

(Schluß.)

Der französische Essayist hätte guten Grund, sich dagegen zu wahren, daß die Deutschen die Wissenschaft als ihr Monopol ansehen, wenn die Leute in Deutschland, welche dergleichen prätendiren, die Nation wären; glücklicherweise sind es nur unwissende Schreier und eine Anzahl Professoren, denen der Doktorhut zur Narrenkappe geworden, welche fremdes Verdienst so sehr verkennen. Etwas keck schon wird Herr Charles Louandre, wenn er, trotzdem er sich vor deutschen Größen zu verneigen behauptet, die Franzosen in der Gelehrsamkeit möglicherweise die Meister der Deutschen nennt, und nicht blos die Billigkeit, sondern der Verstand verläßt ihn, wo er die deutschen Männer der Wissenschaft als Spione bezeichnet. „Bücher ausspioniren" — diese Wendung ist neu. Wenn ein Bildungsfeind sie erfunden hätte, müßte man denselben einen beschränkten, dabei aber nicht ganz witzlosen Menschen heißen. Sollte aber hinter dem Wort des französischen Gelehrten Esprit gefunden werden, dann wären die Leser der „Revue des Deux Mondes" um ihren Geschmack fürwahr nicht zu beneiden. „Bücher ausspioniren", das ist nun einmal das Metier der Gelehrten; wer es nicht treiben will, thut gut, sich nach einem andern umzusehen. Was aber soll man erst dazu sagen, wenn Herr Charles Louandre die deutschen Gelehrten als eine organisirte Bande von Dieben schildert? Das übersteigt alle Begriffe.

Die Bructerer, Tenkterer und Chamaven — wie uns der Mitarbeiter der „Revue" mit einem Archaismus nennt, der nicht gerade glücklich ist, weil diese Stämme an den Grenzlinien des Keltenthums spaziren gehen —, diese germanischen Stämme haben in der That Berühmtheiten, welche groß genug sind, daß die ganze Welt sich vor ihnen verneigt. Ist etwa Kant deshalb ein großer Denker, weil er Cartesius kannte? Soll etwa Strauß deshalb nichts gelten, weil die Franzosen Renan besitzen? Herr Charles Louandre citirt den Cujacius. Das ist weit hergeholt; am Ende müssen wir gar den alten Carpzovius aufmarschiren lassen. Doch nein, wir haben ja in unserm Jahrhundert Savigny. Er citirt Littré; daneben setzen wir mit Gelassenheit Jacob Grimm.

Sind Niebuhr und Eichhorn, Schlosser und Ranke, Mommsen und Curtius, so verschieden in der Methode und Darstellungsweise, nicht originale Historiker; haben sie die französischen Geschichtsschreiber geplündert und ihre Seiten zu Büchern aufgebauscht? Hat Alexander von Humboldt sein Wissen blos entlehnt und Helmholtz nichts weiter gethan, als daß er die Sitzungsberichte der französischen Akademien exploitirte.

Es ist beinahe lächerlich, daß wir derlei Fragen stellen müssen. Ihre Fortsetzung würde uns zwingen, Herrn Charles Louandre darüber zu interpelliren, ob der deutsche Dichterfürst seinen Faust aus dem Französischen übersetzte und Beethoven seine Symphonieen aus Paris holte. Lächerlich ist es, zu verkennen, wie Vieles beide Völker einander schulden. Göthe las Rousseau, Schiller studirte Racine; Vattel, der französisch schrieb, stand auf den Schultern Wolffs, Guizot verdankt seiner Kenntniß des Deutschen Vieles und Herr Cousin hätte ohne das Studium unserer Philosophen den Franzosen wenig zu sagen gewußt. Unter den Leuchten derselben Disziplin steht oft der Name eines Franzosen neben dem eines Deutschen. Hervorragende Schriftsteller der einen Nation haben ihren Ruhm darin gesucht, Dollmetsch der anderen zu sein; Börne unter den Deutschen, Edgar Quinet in Frankreich. Wir sind die Schüler der Franzosen und sie die unsern. Wenn die Partie ungleich ist, so ist sie es wohl nur insofern, als wir ihre Klassiker besser kennen, als sie die unsern, und jeder gebildete Deutsche französisch zu lesen versteht, während noch nicht der hundertste geschulte Franzose deutsch kann.

Wenn in Zukunft kein französischer Kaiser mehr deutsche Gelehrte an cäsaristischer Hantirung Theil nehmen läßt, so bedauern wir das nicht im mindesten. Nur den Irrthum sei es gestattet zu corrigiren, daß wir in dem „Leben Cäsars" jemals eine große That, welche unsere Nation verherrlichen half, erblickt haben. In Deutschland erzählt man sich davon eine Anekdote. Ein Vater kam zu Mommsen, um ihn zu fragen, ob er seinem Sohn das Buch Napoleon III. als Weihnachtsangebinde schenken solle. Wie alt ist der Sohn? fragte Mommsen. Zwölf Jahre, antwortete der Vater. Dann ist er schon zu alt dafür, erwiderte Mommsen. Von deutschen Gelehrten liegen hohe Schichten von Bettelbriefen in den Tuilerien; das erfüllt uns mit Scham. Aber wäre dem so, wenn nicht der Franzosenkaiser das Möglichste gethan hätte, die Charaktere zu verschlechtern?

Wir wenden uns an die billiger denkenden Franzosen und sagen ihnen: man darf gegen des Besiegten Vorwürfe nicht zu empfindlich sein, aber Einsicht und Gerechtigkeit verlangen, daß der nationale Wetteifer sich nicht in freche Verunglimpfung verkehre. Alles in Allem spricht der gebildete Deutsche achtungsvoller von den französischen Leistungen, als es umgekehrt geschieht. Die Teutomanen, welche gegen die französische Sprache, die französische Wissenschaft und Kunst zetern, gelten auch hierzulande für Narren. Und in jedem denkenden Kopfe in Deutschland, in jedem politischen Geiste ist tief eingegraben die Erinnerung, welche keine Zeit auslöschen wird, die Erinnerung, daß die Begeisterungsfähigkeit und initiative Kraft des französischen Volkes den Feudalstaat in Trümmer schlug, auf deutschem Boden die vielen hundert Königlein, diese deutschen rois fainéants, abthat und ganze Volksklassen von einem Joche erlöste, von welchem wir uns noch lange nicht selber zu erlösen vermocht hätten. Diese That wiegt manche Unbill auf und die Dankbarkeit, die sie begründet hat, ist bleibend.

Wann werden wir endlich Alle, hier wie dort, begreifen, daß der Geist der Menschheit Einer ist, vielfarbig erscheinend im Prisma der Geschichte, wie der Sonnenstrahl im prismatischen Glase? Wann werden wir die schöne Blume nicht mehr schmähen, weil keines ihrer Blätter dem andern ganz gleich ist? Wann

er nun von Commune, Staat und Reich Hilfe. Zunächst beantragte er, eine Nothstandscommission einzusetzen. Die Communen, die keinen Kredit zu Ausführung von Arbeiten für die Arbeitslosen hätten, müßten solchen vom Staat erhalten; der Staat, der ja der „größte Arbeitgeber" sei, dürfe keine Arbeiter entlassen — und so brachte der Anwalt der Gewerkvereine eine Menge, wie wir annehmen wollen, gut gemeinte Vorschläge, bis ihm seine Heiserkeit nicht weiter zu sprechen erlaubte. Dazu fügt der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung" die Bemerkung: daß das Volk im Ganzen zu hoch belastet, daß ein unverhältnißmäßiger Theil des Staatseinkommens für unproduktive Zwecke verwandt wird und dadurch die Staatsverwaltung dem Pauperismus Vorschub leistet, ahnte Herr Hirsch nicht einmal. Auch habe er sicher den Militäretat nicht studirt, da er in der zweijährigen Dienstzeit eine durchschlagende Ersparniß sehe. Vernünftig war der Gedanke Hirsch's, „eine Statistik der Arbeitslosen" aufzustellen.

Lustig ist übrigens der Zorn der biedern Tante, die jetzt ihren Max nicht mehr als den Ihren anerkennen will, darüber wird sie aber seitens der „Nationalzeitung" bedeutet, daß es ein Unding sei, ihn, den Abgeordneten des ersten Berliner Wahlkreises im Reichstage von der Fortschrittspartei zu trennen. Ja sogar zu einem verkappten Sozialisten hat ihn die biedere Tante gestempelt. Wir jedoch glauben, sie hat in diesem Falle viel zu schwarz, wollte sagen viel zu roth gesehen! —

Ihm folgte der Sprecher Saucken-Tarputschen, der die Gelegenheit benutzte, sich einmal zu blamiren, indem er warnte „vor künstlich übereilten Hilfsmitteln": der Nothstand sei eine „soziale Krankheit, welche ihre Zeit ausdauern müsse," und ferner: „die Genesung müsse auf natürlichem Wege von innen heraus erfolgen." Ein der Versammlung beiwohnender Arbeiter, dem diese Stillung des Hungers „von innen heraus" bedenklich schien, meinte zu der schönen Ausführung dieser „zuwartenden" Kurmethode: „da sollen wohl erst ein paar Tausend Arbeiter verhungern!" Nachdem Eberty eine sehr allgemein gehaltene, gewiß rhetorisch recht hübsche Rede vom Stapel gelassen hatte, ging die Versammlung auseinander, und in kummervollem Schweigen zogen die Meistinteressirten, die Arbeiter, ihres Weges davon.

Die „Vossische Zeitung" vom 20. Februar berichtet mit Emphase, daß von dem Vorstand des Berliner Baumarktes, dem sich der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister angeschlossen habe, eine Petition an das Staatsministerium gerichtet worden ist, man solle die beschlossenen Bauten in Berlin schleunigst aufnehmen. Daraus sehen wir jedenfalls nur, daß die Noth auch in diesen Kreisen sich geltend macht, nicht aber, daß eine plötzlich übermäßig menschenfreundliche Gesinnung gegen die Arbeiter hier ihren Einzug gehalten hat.

— Bankerott eines „Selbsthilfeinstituts". Unter'm 14. Februar ist die Gräfrather Volksbank (eingetragene Genossenschaft) fallit erklärt worden. Dieses Institut ist in gleicher Weise verwaltet und ebenso zu Grunde gegangen, wie die Düsseldorfer Gewerbebank. Der Bankerott wird wieder der Ruin vieler kleineren Leute und Handwerker werden. Die Leitung seit der Gründung hat ein Heinrich Schulte-Heuthaus gehabt, der im Oktober 1875 noch zu gleicher Zeit Direktor der Ornamentfabrik war und dessen Thun und Handeln man bei dieser Gesellschaft entlarvte und vor das gerichtliche Forum brachte, so daß er flüchtig und dieserhalb steckbrieflich verfolgt wurde. Er ging nach Bendlikon-Kirchberg bei Zürich, es wurde ihm jedoch schließlich der Aufenthalt dort untersagt, und er ist mit seinem und Spiethoff's Freunde, Wilhelm Sprick, Sparkassen-Rendant der Gräfrather Volksbank, welcher im Dezember mit einer Unterschlagung von über 300,000 Mark durchging und ebenfalls steckbrieflich verfolgt wird, wie man sagt, nach Südamerika durchgegangen.

— Zur Behandlung politischer Gefangener, schreibt der „Dresdener Volksbote": „Bei einem Besuche, den ein Freund Kayser's, der gegenwärtig im Gefängniß über die Segnungen deutscher Freiheit nachdenkt, kürzlich abstattete, wurde Kayser dem Besucher im Empfangzimmer in der Landhausstraße 11, vorgeführt. Der Herr Gerichtsrath Siebdrath fand es angemessen, innerhalb fünf Minuten dreimal das Zimmer, worin Kayser mit dem Besucher weilte, zu passiren. Beim dritten Male ließ der Herr Gerichtsrath den ruhig ihre Geschäfte besprechenden Herren sagen, sie möchten ihre Unterredung unterbrechen. Nicht genug, daß man Jemandem politischer Verbrechen halber die Freiheit entzieht, man sucht auch noch durch kleinliche Chikane die „Strafe" zu verschärfen."

— Noth überall! Der „Vossischen Zeitung" schreibt man aus Paris, 17. Februar: „Die Lyoner Seidenarbeiter sind nicht allein in Noth, sondern auch die Stockung in der Seidenfabrikation ist keine vereinzelte Erscheinung. Auch die Sammet-Industrie stockt und im Departement der Isère, wo diese Industrie Haupterwerb ist, stehen die Webstühle still, in manchen Orten bereits seit zwei Monaten. Kaum besser steht es mit der Leinenindustrie. In Elboeuf gehen die Geschäfte so flau, daß die namhaftesten Fabrikanten der Stadt zusammentraten, um die Ursachen der Krisis, die sich fühlbar mache, zu erforschen; nicht besser steht es in Roubaix. Die metallurgische Industrie hat auch sichtbar mit Schwierigkeiten zu kämpfen. So hat die Gesellschaft Cail u. Co., die in früheren Jahren so hohe Dividenden vertheilte, diesmal deren keine gegeben. Wenn die Werkstätten dieser Gesellschaft und die im Creuzot nicht augenblicklich mit den großen Arbeiten für die Bauten der Industrieausstellung beschäftigt wären, so hätten sie bereits eine namhafte Anzahl von Arbeitern entlassen müssen. In den Kohlenbassins des Nord und des Pas de Calais hat die Verminderung des Kohlenbedarfs auch die Verminderung der Arbeitstage und Arbeitsstunden nach sich gezogen. Das „Journal des Mines" meldet, daß auch in den Kohlengruben des Südens in Folge der Flaue in den Fabriken jener Gegend die Arbeitsnoth steigt; indeß geht es hier verhältnißmäßig noch besser als im Norden. Der „Ami du Peuple", der in Douai erscheint, meldet, daß die große Gesellschaft von Bully-Grenay den Lohn um 10 pCt. herabgesetzt, einen Theil der Arbeiter entlassen und die Arbeit am Montag abgeschafft habe. Auch das „Echo du Nord" klagt, daß manche Gesellschaften Hunderte von Arbeitern entlassen hätten. Bis jetzt ist die Noth jedoch noch lokalisirt. Während die Lyoner Webstühle feiern, sind alle Eisenwerke im Departement der Aude noch in voller Thätigkeit und mit Arbeit überhäuft. Auch die Mehrzahl der Industriezweige des Südens leidet noch nicht.

— Hans Blum läßt wieder von sich hören! Die „Leipziger Volkszeitung" macht eine Mittheilung, welche „unser" Hänschen (denn wir haben ihn uns schon so oft „gekauft") recht schlagend und scharf charakterisirt. Der Redakteur der genannten Zeitung hatte sich ein Versehen, einen Verstoß gegen § 8 des Preßgesetzes zu Schulden kommen lassen. Von diesem Umstande hatte Hänschen, wie die „Leipziger Volkszeitung" sagt, in seiner Vertrauensstellung als Rechtsanwalt Kunde erhalten. Nun trieb ihn wahrscheinlich sein bedrängtes Gewissen und verletztes Gerechtigkeitsgefühl, den Redakteur zu denunziren! Der ehrenwerthe Herr ist nun bekanntermaßen selbst auch Redakteur, und zwar der bekannten „Grenzboten"; trotzdem hat ihn nicht einmal das Gefühl der Collegialität abgehalten, diesen Dienst eines Denunzianten zu leisten. Wir sehen, der Student der Menschenrechte von einst macht recht erfreuliche Fortschritte und nimmt zu an Weisheit und Verstand und Wohlgefallen bei den praktischen Gegnern aller Menschenrechte! Wir möchten wissen, ob Hänschen bei dem Gedanken an seine Vergangenheit nicht die Schamröthe auf die Stirne tritt!

— In Paris soll sich zur Gründung eines sozialistischen Arbeiterblattes nach deutschem Muster eine Genossenschaft gebildet haben, welche jedes Paktiren mit der radikalen Bourgeoisie von sich weisen will. Der Preßfonds ist auf 20,000 Francs fixirt und soll durch 400 Antheilscheine à 50 Francs, von denen 5 Francs sofort und 1 Francs monatlich einzuzahlen sind, aufgebracht werden.

— Die herrschende Geschäftsstockung hat auch in Rußland massenhafte Arbeiterentlassungen zur Folge gehabt; so wird z. B. aus Moskau gemeldet, daß in den meisten dortigen Fabriken dem größten Theile der Arbeiter die Arbeit hat gekürzt werden müssen. Natürlich ahmt die russische Regierung dem erbfreundlichen Deutschland nach und kümmert sich den Teufel um die Nothlage der Arbeiterklasse.

— 17. sächs. Wahlbezirk. (Telegr.) Glauchau, 23. Februar, Morgens 7 Uhr: Bis jetzt Bracke 10,131, Birnbaum 7983 Stimmen; es fehlen noch 26 Orte mit ca. 1800 Wählern.

— Das Resultat der am 21. Februar im 3. Berliner Wahlkreise stattgehabten Nachwahl ist: Rackow (soz.) 5784 Stimmen, v. Saucken (fortschr.) 8643 Stimmen, Dr. Burg (national-lib.) 1567 Stimmen, Brandes (Zünftler) 722 Stimmen, zersplittert und ungültig 45 Stimmen. Mithin ist v. Saucken mit 291 Stimmen Majorität gewählt. Die Sozialisten können gleichwohl mit der auf ihren Candidaten gefallenen Stimmenzahl vollständig zufrieden sein, zumal es sich gezeigt hat, daß der „Fortschritt" auf der Retirade begriffen ist.

— Durch den Tod des Abgeordneten Gerlach, der auch diesmal für den Reichstag von dem Bezirk Osnabrück, den er auch vorher schon vertreten hat, wiedergewählt worden war, ist in genanntem Wahlkreise eine Neuwahl nöthig geworden.

---

werden wir einsehen, daß es für die Civilisation keinen größeren Triumph gäbe, als die innere Versöhnung Frankreichs und Deutschlands?

Unter der Erd'.

Auch tief im Schooß der Erde giebt es Lieder,
Und fleiß'ge Männer sind es, die sie singen,
Wenn sie auch wehmuthsvoll, auch traurig klingen,
Es sind doch Lieder, warm und voll und bieder.

Ich sah der Männer Werk, und immer wieder
Seh' ich im Geist sie in die Schachte dringen, —
Hör' ihre Minen springen und — sie singen —
Und kaum, ach! zwing' ich eine Thräne nieder!

Ihr halbes Leben in der ew'gen Nacht,
Umringt von tausend, tief versteckten Schrecken,
Oft sich ihr Grab selbst wühlend tief im Schacht.

Und ob sie Schatz auch über Schatz entdecken,
Doch zwinget sie der Armuth harte Macht,
Ihr Elend könnt' des Steins Erbarmen wecken!

— Der Sultan ist verrückt — es lebe der (neue) Sultan! Durch alle Zeitungen geht die Nachricht, daß der derzeitige Sultan — seit ein paar Monaten Nummero 3 — schon nach so kurzem Regiment an Gehirnerweichung leidet. Das muß wohl in der Familie liegen! Ob man dem jetzigen Sultan in der anmuthigen Stille von Dolmabaghtsche oder an irgend einem anderen Aufbewahrungsorte für abgenutzte, geisteskranke türkische Herrscher sein Quartier anweisen wird? Ob die selbstschneidende Scheere seinen Lebensfaden abschneiden wird? Die Zukunft wird's ja lehren: jedenfalls muß es sehr unangenehm sein, auf dem Thron am goldenen Horn zu sitzen, wo die Luft so gefährlich ist, daß die Gehirne sich erweichen, wo die Scheeren den Herrschern die Länge ihrer Regierungszeit bestimmen!

Correspondenzen.

Budapest, 14 Februar. Genossen Deutschlands! Von den innigsten Sympathien geleitet und jene heilige Bande anerkennend, welche uns gegenseitig verbinden, erlauben wir uns, die Schuhmacher Budapest's, Euch, Ihr deutschen Genossen, zu Euren errungenen Wahlsiegen ein „Glück auf" aus Ungarn zuzurufen. Mögen Eure Bestrebungen immer mehr mit Erfolg gekrönt werden, denn Euer Sieg ist der unsrige.

Aller Augen sind heute auf Euch gerichtet, und mit Recht. Jedem Verdienst seine Krone. Heiß war zwar Euer Kampf gegen einen überlegenen Feind, doch Euer tapferer Kampf gab Euch 700,000 Stimmen. Obzwar wir in Ungarn von solchen Siegen nichts wissen, sind wir doch bemüht, auch jederzeit jenes große Band zu festigen, das die Arbeiter aller Länder verbindet. Wenn uns auch Schlagbäume trennen und wir verschiedene Sprachen sprechen, für unsere Bestrebungen sind dies keine Hindernisse, und gerade durch Euren Wahlsieg wurden so manchem die Augen geöffnet, der die edlen Prinzipien der Arbeiter verhöhnte. Mit Stolz sehen wir auf Euch, wie Ihr trotz Verfolgungen immer an Terrain gewinnt, da jede Maßregel nur eine größere Agitation und höhere Erkenntniß hervorbringt. — Wir wünschen Euch zu den zwei bevorstehenden Nachwahlen eben so den Sieg, wie Ihr ihn früher errungen, und senden Euch 3 fl. zum Wahlfonds; es ist dies zwar nur eine Kleinigkeit, jedoch sie ist gerne gegeben, weil wir wissen, daß der Zweck der Bestimmung, ob früher oder später, auch uns von Nutzen sein wird.

Nun Genossen! deutsche Brüder! unsern Brudergruß und Glück auf!

Im Namen der Schuhmacher Budapest's:
Franz Korn.

London, 3. Februar. Communistischer Arbeiter-Bildungs-Verein. Allgemeiner Bericht. Es wird gewiß vielen Lesern des „Vorwärts" nicht uninteressant sein, einmal etwas Spezielles über den Stand des hiesigen Communistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins zu erfahren. Wir geben daher in Nachstehendem einige Daten aus der letzten Jahresbilanz mit dem Bemerken, daß dieselbe im Vergleich zu früheren eine hervorragend günstige zu nennen ist. Namentlich ist im letzten Jahre der Absatz an Broschüren und Zeitungen bedeutend gestiegen. So hatte der „Vorwärts" bei Ablauf des 4. Quartals 1876 60 Abonnenten. Desgleichen hatte die „Neue Welt" deren 40, welche durch eine Commission besorgt wurden. Außerdem wird letztere noch durch eine hiesige Buchhandlung vertrieben. Broschüren wurden verkauft für ca. 400 M. Die Zahl der Mitglieder war am 1. Januar 79 Mann. Neu traten hinzu bis zum 31. Dezember 1876 120 Mann. Ein großer Theil hiervon ist jedoch während derselben Zeit wieder abgereist und ausgetreten. Am 1. Januar d. J. hatte der Verein 102 zahlende Mitglieder. Die ordentlichen Mitgliedsbeiträge betrugen ca. 1300 M. Die Extrabeiträge, welche dem Verein zu Gute kamen, beliefen sich ebenfalls auf beträchtliche Summen. Erwähnt sei noch, daß für die deutsche Reichstagswahl, trotz der obwaltenden Arbeitslosigkeit, von der die Deutschen hierselbst am meisten betroffen werden, ca. 300 M. aufgebracht wurden. Soviel über die letzte Jahresbilanz des Vereins. Hoffentlich werden wir im nächsten Jahre noch weit günstigere Resultate berichten können. — Nun noch Einiges in Bezug auf die stattgehabten deutschen Reichstagswahlen. Die Bestürzung, welche der Ausfall derselben in der hiesigen Presse hervorgerufen hat, ist in Deutschland schon durch eine frühere Correspondenz gemeldet und wollen wir deshalb auch nicht mehr näher darauf eingehen. Nur wollen wir nicht unterlassen, den deutschen Parteigenossen unsere innigste Freude über ihre Erfolge kundzugeben. Wenn auch mancher von den hiesigen Genossen gehofft hat, daß mehr Sitze errungen würden, so sagen sich doch alle: Die Gesammtzahl der für sozialdemokratische Candidaten abgegebenen Stimmen beweist, daß während der letzten drei Jahre in Deutschland tapfer gewirkt worden ist und der Sozialismus trotz aller Polizeichikanen und Regierungsmaßregelungen bedeutende Fortschritte gemacht hat. Und darum nur vorwärts auf der betretenen Bahn und frohen Muthes weiter agitirt, bis der Sieg ein vollständiger wird. Ja, möchten doch nur erst die Arbeiter aller Länder mit gleicher Energie sich aufraffen, dann würde die Zeit nicht mehr ferne sein, wo die Erlösungsstunde der Arbeit aus den Banden des Kapitals geschlagen hat!

Zum Schluß machen wir noch alle nach London reisende Parteigenossen darauf aufmerksam, daß sich unser Vereinslokal 38 Marshall Street Golden Square im Westend befindet, wo regelmäßig jeden Sonnabend und Montag neue Mitglieder aufgenommen werden. Der Eintritt kostet für Solche, welche keinem sozialistischen Verein bis dato angehörten, 8 Pens. Der durchschnittliche Beitrag 3 Pens. Dafür werden in Krankheitsfällen 5 Schilling pro Woche an Unterstützung gezahlt. Ferner wird gegen einen geringen Extrabeitrag Gesang- und englischer Sprachunterricht ertheilt; auch steht allen Mitgliedern eine reichhaltige Bibliothek von ca. 500 Bänden zur unentgeltlichen Benutzung zu Gebote. Namens des Vereins:

J. Voß, correspondirender Sekretair.

Lehe (19. hannoverscher Wahlkreis), 6. Febr. Wie überall, so hat auch hier der Sozialismus seit 1874 bedeutend an Boden gewonnen. Bei der vorigen Wahl wurden für den Sozialisten 200 und einige Stimmen abgegeben, wogegen wir diesmal 1072 Stimmen auf unsern Candidaten vereinigten. In Lehe hatten wir das letztemal 13 Stimmen, diesmal 284. Wenn man nun die Bevölkerung und die große Ausdehnung des Wahlkreises in Betracht zieht, ist das Resultat ein glänzendes zu nennen. Versammlungen fanden statt in Lehe, Geestendorf, Wulsdorf, Altenbruch und Otterndorf. Ueber die beiden letzten Versammlungen muß ich Einiges berichten, weil da Gegner gegen uns auftraten. In Altenbruch war zum erstenmale eine sozialdemokratische Versammlung sehr gut besucht, so daß der Saal die Menge nicht zu fassen vermochte. Nachdem ich gesprochen, sprach ein liberaler Gegner, der die gewöhnlichen Angriffe vorbrachte, wie Theilen, Weibergemeinschaft, Petroleum u. s. w. Es war mir natürlich ein Kleines, diesen Unsinn zurückzuweisen; fast die ganze Versammlung erklärte sich mit meinem Vortrag einverstanden, selbst der dortige Ortsvorsteher erklärte mir, daß er von meinem Gegner etwas Anderes erwartet hätte, er sei ja gar nicht auf meinen Vortrag eingegangen. Jedenfalls hat dieser Gegenredner erst etwas auswendig gelernt und glaubte nun, daß ihm ein Sozialist nicht Rede und Antwort stehen könne. Es war eine Freude, mit anzusehen, wie nach Schluß der Versammlung die Leute Stimmzettel und Flugblätter forderten; hätten wir da eine Organisation, so würden noch größere Resultate erzielt worden sein. — Von hier ging's nach Otterndorf. Auch diese Versammlung war glänzend besucht, so daß ich mich förmlich zur Tribüne durchkämpfen mußte. Auch hier hatten die Liberalen Alles aufgeboten, um die Versammlung zu stören, was natürlich an der taktvollen Haltung der Arbeiter scheiterte. Nachdem der Einberufer die Versammlung eröffnet, wurde von liberaler und sozialistischer Seite ein Vorsitzender vorgeschlagen; trotzdem die Liberalen blos den vierten Theil zu ihren Anhängern zählten, erklärten sie, der Liberale sei gewählt. Um ihnen nun zu beweisen, daß sie ganz und gar in der Minorität seien, forderte der Einberufer die Sozialisten auf, zur einen Seite zu treten, die Liberalen zur anderen. Obgleich nun die Letzteren einsehen mußten, daß sie nur die Minorität waren, wurde von mir der Vorschlag gemacht, um zu verhindern, daß die Versammlung aufgelöst würde, von beiden Seiten Vorsitzende zu wählen. Nun konnte ich endlich beginnen. Nachdem ich ausgesprochen, meldete sich der Herr Pastor und sagte, jedenfalls um seinen Worten mehr Nachdruck zu geben, in salbungsvollem Tone: daß ich es gut verstanden hätte, den Leuten den Sozialismus in ansprechender Weise vorzupredigen; aber die Sozialdemokraten wollten ganz etwas anderes. Nun kamen die verschiedenen Verdächtigungen: der Herr Pastor wollte uns mit Auszügen aus der Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten" beweisen, daß die Sozialdemokraten Theilen, Weibergemeinschaft u. dergl. mehr einführen wollten. Sie seien die leibhaftigen Teufel, und derartige Ehrentitel erhielten wir mehrere, die wir nicht erwartet hätten aus dem Munde eines frommen Pastors zu hören. — Unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie und den Arbeitercandidaten gingen die Arbeiter auseinander.

Nun noch Einiges von Lehe. Die hiesigen Sozialisten beabsichtigten in nächster Zeit einen Ball abzuhalten — nun dagegen, sollte man meinen, könnte kein Mensch etwas einwenden —: aber weit gefehlt! der Ball wurde verboten, und zwar deshalb, weil eine Festrede gehalten werden sollte. Ich ließ die Festrede fallen und machte eine neue Eingabe; aber, o weh! jetzt wurde mir mitgetheilt, daß ein politischer Verein keinen Ball abhalten dürfe!! Da ich indeß keinen Gesetzesparagraphen finden kann, der dies besagt, habe ich eine Eingabe an die königliche Landdrostei in Stade gemacht. Die Folge wird lehren, ob man höheren Ortes derselben Meinung ist, wie der Herr Kreishaupt

mann. — Am Sonntag den 4. Februar hielten wir eine gut besuchte Volksversammlung ab, in welcher Genosse Frick referirte. Als Beweis, daß hier der Sozialismus im „Rückschritt“ begriffen ist, muß ich konstatiren, daß wir keine Versammlung abgehalten haben, in welcher unser Verein keine neuen Mitglieder erhielt. Mit sozialdemokratischem Gruß

Philipp Krebs.

Celle, 12. Februar. Wir haben lange nichts von uns hören lassen, sind aber jetzt gezwungen, unsern Parteigenossen einmal die Lage hier zu illustriren. Wir hielten hier am 6. November 1876 eine Volksversammlung ab, wo Herr Otto Reimer aus Altona referirte. Während der Versammlung ging der Antrag ein zu einer Tellersammlung zur Deckung der Kosten; wie der Vorsitzende hierüber abstimmen lassen wollte, verbot der überwachende Polizei-Commissar Reising dieselbe. Herr O. Reimer glaubte, er hätte kein Recht dazu, nahm hierauf seinen Hut und forderte die Anwesenden auf, ihm nur etwas hinein zu werfen, welcher Aufforderung auch Folge geleistet wurde. Da trat der obengenannte Beamte vor und confiszirte den Inhalt des Hutes, 10 Mark, strengte hierauf eine Anklage auf unerlaubte Tellersammlung an, welche nach Polizei-Verfügung eine Strafe von 20 Mark zur Folge hatte. Hiergegen reichte O. Reimer Berufung ein und ward zum 12. d. Mts. Termin angesetzt. Da O. Reimer aber abgehalten war, hier zu erscheinen, wurde dieserhalb die Berufung nach § 363 des Strafgesetzbuchs verworfen. Am 2. d. Mts. wurden dem Colporteur H. Schleiß 6 Exemplare „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage von 1874 bis 1876“ von der hiesigen Polizei beschlagnahmt. Am 11. d. Mts. hielten wir in Westencelle eine Volksversammlung ab, als Referent war Herr Kokoski aus Braunschweig anwesend und hat dort einen recht guten Eindruck auf die Einwohner gemacht. Den 12. d. Mts. sollte hier in Celle Volksversammlung abgehalten werden, wo Herr Kokoski ebenfalls referiren sollte. Die Versammlung wurde schon am 9. angemeldet und Bescheinigung ertheilt. Doch o Wunder! Am 12. Morgens gegen 11 Uhr bekam der Einberufer H. Wichtendahl nachfolgende Zuschrift:

Celle, 12. Februar 1877.

Mit Bezug auf die von Ihnen auf heute Abend 8 Uhr im Lokale des Gastwirths Künneke, Neustadt angezeigte Versammlung gereicht Ihnen zum Bescheide, daß dieselbe nicht stattfinden darf, da die unterzeichnete Behörde die Ueberzeugung gewonnen hat, daß es sich um eine Fortsetzung der agitatorischen Thätigkeit der durch Urtheil des Königlichen Stadtgerichts zu Berlin vom 24. v. Mts. für den Umfang des Preußischen Staatsgebietes geschlossenen „sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands“ handelt.

Kgl. Polizei-Direktion:
v. Arnim.

An den Herrenkleidermacher
Hrn. H. Wichtendahl, hier.

Es war uns auf diese Weise unmöglich gemacht, noch eine Bekanntmachung zu erlassen, daß die Versammlung nicht stattfände. Zu der anberaumten Stunde sammelten sich von allen Seiten der Stadt, sowie von den nächstliegenden Dörfern eine große Masse von Arbeitern. Wie diese vernahmen, weshalb die Versammlung nicht stattfinden solle, war man allgemein entrüstet, jedoch zerstreuten sich die Arbeiter in ruhiger und ernster Weise. Der Saal war besetzt von drei Schutzleuten und wurde Jedem untersagt, einzutreten, sie gingen sogar so weit, die Benutzung der Kegelbahn zu verbieten. Wir werden uns jedoch durch Willkür einzelner Beamten unser bischen Versammlungsrecht nicht ganz und gar nehmen lassen, sondern werden Beschwerde gegen diese Maßregel einlegen und vom Resultat derselben berichten. Im übrigen können wir den Parteigenossen mittheilen, daß wir unsere Stimmenzahl mehr als verdoppelt haben, trotzdem man sich schon der Hoffnung hingegeben hatte, hier den Sozialismus todt gemacht zu haben. W. S. H. H.

Eisenach, 4. Februar. (Wahlresultate.) Von 17,663 Wahlberechtigten haben in unserem Kreis 10,472 gewählt und 10,472 giltige Stimmzettel abgegeben — 127 Stimmzettel waren ungiltig. Es erhielten: Rechtsanwalt Dr. Sommer (nationallib.) 6793, Cremer, Redakteur der „Germania“ (ultram.) 1413, W. Liebknecht 1167, v. Rotenhan (christlich-conserv.) 550, Eugen Richter (fortschr.) 501 Stimmen. Auf Bebel fielen 37 Stimmen, und zwar in dem Dorfe Oechsen im Eisenacher Oberland. Die dortigen Parteigenossen, die wir nicht kennen, bitten wir hiermit, uns ihre Adresse zukommen zu lassen, damit wir mit ihnen in Verbindung treten können und weitere Zersplitterung verhütet werde. — Daß wir hier keine größere Stimmenzahl erzielten, hat in Folgendem seinen Grund. Unsere Wahlzettel waren noch einmal so groß als die Sommer'schen, letztere von leichtem Papier, so daß auch auf der Rückseite die Schrift zu lesen war; man brauchte gar nicht in der Nähe zu sein, um die Stimmzettel zu unterscheiden. Als Wahlvorsteher fungirten die Herren Fabrikbesitzer Arzberger, Fabrikbesitzer Dietel, Fabrikbesitzer Roth, ein Faktor aus der v. Eichel nnd Kramer'schen Spinnfabrik Namens Schellenträger, Inspektor der Aktienziegelei Pollmann u. a. m., so daß sich die Kleinbürger und besonders die Lohnarbeiter bei der heutigen Geschäftskrisis fürchteten, unsere Zettel abzugeben. Ein großer Theil derselben hat deshalb gar nicht gewählt. Die nächsten Ortschaften um Eisenach haben für uns durchschnittlich gut gewählt, z. B. das Dorf Farnroda, wo viele Drechsler wohnen, welche für Ruhlaer Pfeifenfabrikanten arbeiten. Auf den Sommer'schen Zetteln, die ihnen aufgenöthigt wurden, strichen aber Viele den Namen Sommer aus, schrieben Liebknecht darunter und deshalb wurden alle diese Zettel für ungiltig erklärt. (Dagegen sollen die Genossen protestiren! Es ist nicht ungesetzlich, auf einem Stimmzettel einen Namen auszustreichen und durch einen anderen zu ersetzen. R. d. „V.“) In Kreuzburg und Bacha hatte Giffey Versammlungen abgehalten und war auch der Verlauf ein guter. Anders war es in Lengsfeld, wo viele Juden wohnen: der dortige Landrabbiner Kroner war der Sprecher für den Reichsverein und hatte die Ausführungen Giffey's in's Lächerliche gezogen. Im Lengsfelder Bezirk hatte Liebknecht 27 Stimmen. Wegen Beeinflussung der Wirthe konnten wir in Dermbach, einem nicht unbedeutenden Orte, keine Versammlung abhalten. In einem großen Dorf, Unterellen, begab sich der dortige Pfarrer Ritter mit Rotenhan'schen Stimmzetteln in's Wahllokal und sprach aus: wer Liebknecht wähle, bekomme kein Land mehr von ihm in Pacht — ein würdiger „Nachfolger Christi“! In einem andern Dorf, Etterwinden, hatte der Bürgermeister den Befehl ausgegeben, wer Liebknecht wählen wolle, müsse sich bei ihm in eine Liste eintragen. Trotz all dieser Machinationen hat unser Candidat doch 212 Stimmen mehr als 1874; wir sind natürlich keineswegs mit dem Resultat zufrieden, aber an uns hat es nicht gefehlt. Hätten wir rechtzeitig Exemplare der gegnerischen Stimmzettel zu sehen bekommen, so hätten wir die unsrigen kleiner angefertigt, am Wahltage war es zu spät.

Für das Arbeiter-Wahlcomité
Der Agent: Carl Simon, Sandgasse.

Eisenach. Diesmal haben wir wiederum 300 Stimmen Zunahme zu verzeichnen. Bericht folgt. In Thüringen können wir mit unserem „Rückgang“ überhaupt zufrieden sein.

Weimar. In den 169 Ortschaften unseres ersten Weimarischen Wahlkreises ist außer in Stadt Apolda fast gar kein industrielles Proletariat; von den für unsern Candidaten abgegebenen Stimmen können wir zwei Drittel auf die Landbevölkerung rechnen. Die Zunahme ist erfreulich; der Wahlkreis ist wegen seiner großen Ausdehnung schwer zu bearbeiten. 105,000 Einwohnern, 23,740 Wählern, war das von unsern Gegnern systematisch eingepaukte „Theelen“ nicht so leicht aus dem Kopfe zu bringen. Dennoch ist's uns durch angestrengte Agitation möglich geworden, diese Zunahme zu erzielen. In 35 Ortschaften hat Ufert gesprochen, in den meisten dieser Orte sind für uns Majoritäten erzielt. Auffälligerweise wirkten diejenigen Wähler diesmal eher gegen Ufert, die 1874 für Jacobi wirkten. Beweis, daß man sich über Jacobi's Stellung zur Sozialdemokratie täuschte. Wollte ich den Raum des „Vorwärts“ nicht zu sehr in Anspruch nehmen, so würde ich ganz heitere Geschichten zum Besten geben können. Hier nur soviel: In den Orten, wo einmal die Landleute die Wahrheit unserer Grundsätze erkannt hatten, schickten sie die Reichsvereinler ganz gehörig heim. Die Liberalen theilten die Justizamtsbezirke in Reichsvereine, in einigen stellte sich der Gerichtsamtmann an die Spitze, ließ die Gemeindevorstande mehrmals zusammenkommen und schärfte ihnen auf's nachdrücklichste ein, ja gegen Ufert zu wirken. Seine Amtsstellung benutzte er zur politischen Agitation. Einem denkenden Ortsvorstand war diese Wirthschaft denn doch zu bunt — sie erinnert lebhaft an die preußische Landrathswirthschaft und an die sind sind unsere Bürgermeister doch noch nicht gewöhnt — und äußerte: „Das war keine Wahl, das war eine Wahlerpressung.“

Gesammtresultat: 1874: 22,764 Wahlberechtigte, 9331 wählten, 6552 Bojanowski (nationalliberal), 2731 Jacobi, 37 ungültig und zersplittert.

1877: 23,740 Wahlberechtigte, 12,014 wählten, 8531 Krieger (nationalliberal), 3385 Ufert, 98 ungültig und zersplittert.

35 Stimmen von den ungültigen gehören noch uns, folglich 3420 Stimmen insgesammt; Rückgang bei den verzweifeltsten Anstrengungen unserer Gegner circa 700.

Der weiteren Ausbreitung des Reichsvereins traten wir mit dem Wahlverein in den Weg. Was unsere Agitation bisher nicht vermochte, das haben unsere Gegner fertig gebracht. Solche Aufregung hätten wir nicht schaffen können. Unbezahlbare Agitatoren, die Herren Pfaffen, Schulmeister, Bürgermeister 2c.

Frankenhausen in Thüringen. Von der sogenannten Unterherrschaft, Schwarzburg-Rudolstadt (Königsee-Stadt Ilm) war Parteigenosse Wilhelm Ufert aus Weimar als Candidat noch in letzter Stunde aufgestellt, damit nur die Parteigenossen noch ihre Stimme abgaben. In Königsee sollen 59 Stimmen für ungültig erklärt worden sein, weil der Wahlvorsteher statt Ufert Ufert gelesen. Wie ist das möglich? Im ersten Weimarischen Wahlkreis ist kein einziger gedruckter Stimmzettel von demselben Papier, demselben Druck für ungültig erklärt worden und in Königsee liest man das U für ein N! Wer darüber näher unterrichtet ist, mag die Angelegenheit im „Vorwärts“ oder in der „Thüringer Freien Presse“ besprechen. Auch möchten wir hierdurch bitten, alle für die Sozialisten (ein Theil ist auf Bracke gefallen) in unserm Kreis abgegebenen Stimmenzahlen, behufs der Wahlstatistik an C. Derossi, Pferdemarkt 37 II., Hamburg, einzusenden.

Heidelberg. Die Wahlen sind nun vorüber, und wir brauchen uns nicht zu beklagen, wenn es auch in unserm 12. badischen Wahlkreis hätte besser ausfallen können, wenn eine planmäßig organisirte Agitation betrieben worden wäre. Wir eröffneten im November die Agitation mit Aufstellung unseres Reichstagscandidaten Genosse Dreesbach aus Düsseldorf, und waren die von uns einberufenen Volksversammlungen im Saale des „Faulen Pelz“ immer sehr stark besucht, wo Herr Dreesbach zur allgemeinen Zufriedenheit referirte und öfter durch laute Beifallsbezeugungen unterbrochen wurde. Am 5. Januar waren bei der im obigen Saale gehaltenen Candidatenrede sehr viele Gegner anwesend, aber keiner hatte den Muth, gegen ihn aufzutreten; dazu hatten wir noch den Candidaten der nationalliberalen Partei, Herrn Dr. W. Blum brieflich eingeladen, welcher aber vorzog, nicht zu erscheinen. Die am 7. einberufene nationalliberale Wählerversammlung gab betreffendem Herrn Dr. W. Blum Gelegenheit, nun seinen Muth zu zeigen, indem er seinen Wählern Rechenschaft ablegte, um wieder gewählt zu werden. Mit dem Compromisse, meinte der Herr, sei er nicht in allen Punkten einverstanden, doch, um das liebe Ganze zu erreichen, habe er doch dafür gestimmt, und bemerkte er noch mit gehobener Stimme: Ich bin ein großer Verehrer des Fürsten Bismarck. Die anwesende Landbevölkerung, welche sehr großen Tabakbau hat, tröstete er damit, daß die Tabaksteuer für jetzt noch nicht erhöht sei, und sollte sie kommen, dann würde sie nur denjenigen treffen, welcher raucht, und Herr Bismarck sei ja auch ein großer Verehrer einer guten Cigarre. Nun mußten natürlich auch die bösen Sozialdemokraten herhalten, die das Eigenthum und die Ehe aufheben wollen, was einige Parteigenossen zu einem kräftigen Oho! veranlaßte, und der gute Mann zog vor, mit dem Thema über die Sozialdemokratie abzubrechen. — Tags darauf war unsere erste Aufgabe, das Landvolk mit Wahlaufrufen und Stimmzetteln unserer Partei zu versehen, aber da gab es manchen harten Kampf. Im Orte Sandhausen z. B. wurden die zwei Parteigenossen vom Ortspolizisten vor den Bürgermeister geführt, wo sie eine Legitimation vorzeigen mußten und dann von dem gelehrten Herrn zu wissen bekamen, daß die Stimmzettel schon vom Polizisten in jedes Haus getragen würden, sie, unsere Genossen, machten die Bauern ganz verrückt (!). Wir könnten noch viele Stücklein erzählen, wenn der Platz im „Vorwärts“ nicht so kostbar wäre. Als nun der ersehnte 10. Januar kam, hörte man überall sagen, ich wähle Niemand als Dreesbach; aber in allen Fabriken und auf der Bahn wurde den Arbeitern frei und offen verkündet: wenn ihr Dreesbach wählt, werdet ihr aus der Arbeit entlassen, dazu kam noch, daß unsere Stimmzettel viel kleiner wie die der Liberalen waren. So kam auch ein Fall vor, wo ein Hotelbesitzer Namens St..... seinen Knecht geführt brachte und commandirte: „Hier nehmen Sie einen Stimmzettel von Blum! Wo bleibt hier der Strafgesetzparagraph? Um 3 Uhr war trotzdem noch große Bestürzung im liberalen Lager; im Wahllokal „Prinz Max“ wurden die eingeschriebenen Wähler, größtentheils Hausbesitzer, zusammengeholt, um ihre Blum'schen Zettel abzugeben, so daß, kaum glaublich, circa 3000 Stimmzettel von uns verschleißt worden waren und wir es bei Auszählung der Stimmen in Heidelberg Stadt auf 130 Stimmen brachten, Landbezirk 48; vor drei Jahren hatten wir 64, also bereits zwei Drittel mehr. Noch ein Stück von Humanität verdient bekannt zu werden: Im Wahllokal neues Schulhaus wurde unser Parteigenosse J., welcher der Stimmenzählung beiwohnen wollte, vom Wahlvorsteher, Stadtrath Otto Kühn, hinausgewiesen trotz Berufung auf § 9, des Wahlgesetzes, mit den Worten: er kenne keinen § 9 und hinter ihm wurde die Thüre verschlossen. Das alles soll aber ein Sporn sein für die Arbeiter Heidelbergs zur Vorbereitung auf die nächste Reichstagswahl; nur dann wird es möglich sein, einen Mann in den Reichstag zu senden, der nicht zu allen Wünschen der Regierung Ja und Amen sagt. — Darum Arbeiter, die Ihr unserer Bewegung noch fern steht, tretet ein in unsere Reihen und kämpfet mit, denn vereinzelt sind wir nichts, vereinigt alles.

E.

Oschatz, den 17. Februar. Sonnabend, den 17. Februar, Abends 8 Uhr, hatten wir in Oschatz eine öffentliche Sozialistenversammlung einberufen, in welcher Herr Hablich aus Leipzig das Referat übernommen hatte mit der Tagesordnung: „Die Wahlresultate.“ Herr Hablich löste seine Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der zahlreich besuchten Versammlung, das bewies die mehrmalige Unterbrechung durch Zeichen des Beifalls. Als Herr Hablich geendigt hatte, erging sich ein Herr Brock, ein Herr aus der „gebildeten Klasse“ der Menschheit in Ausdrücken der gemeinsten Art gegen einen geachteten Arbeiter, und nur Herrn Hablich und dem Vorsitzenden hat dieses Individuum es zu verdanken, daß er nicht fühlbar zurecht gewiesen und etwas unsanft an die frische Luft gesetzt wurde. An Euch, Arbeiter von Oschatz, richte ich die Bitte, tretet ein in die Reihen derer, die für ihre Freiheit kämpfen und abonnirt auf sozialistische Blätter, denn dadurch werdet ihr am besten belehrt. Sonst verlief die Versammlung ruhig.

J. A.: A. O.

Rixdorf. (Abrechnung des Teltower-Beeskower-Storkower Wahlkreises.) Einnahme: Auf der Conferenz bei Merkel 4,00; von Tempelhof 5,50; durch Tellersammlungen bei Huth 12,55; aus Köpenick durch Schmidt 54,00; auf der Conferenz bei Vogel 2,85; Rixdorf durch Hofstädt 7,90; Engelhardt 4,45; Graefeld 2,60; Müller 4,20; Dausacker 0,50; Albrecht 0,50; Mebes 3,00; Thinath 8,25; Günther 3,00; F. Meyer 11,00; E. Alber 2,00; F. Neuhaus 2,00; H. B. 3,00; Ernst Goris 3,00; Illmer 0,50; Jäckel 1,50; Kelling 5,00; Schulz 3,70; Lehmann aus Teltow 12,10; Brunke aus Friedenau 2,00; Stuckenbruck aus Nowaweß 12,00; Meyer aus Wilmersdorf 1,05. Sa.: 172 M. 15 Pf.

Ausgabe: Für Plakate und Annoncen 47,55; zur Agitation 49,60; Ausgaben für Porto 10,45; Alte Schuld an Vogt in Wilmersdorf 30,00; für Schreibmaterial 0,50. Sa.: 138 M. 10 Pf.

Einnahme 172 M. 15 Pf.
Ausgabe 138 „ 10 „

Bleibt Kassenbestand 34 M. 5 Pf.

F. Zunk, Ziethenstraße 32.

Briefkasten

der Redaktion. Canis familiaris in Coburg: Der Vorsteher unserer Druckerei läßt Sie fragen, ob Sie etwa geneigt wären, eine Correktorstelle zu übernehmen? Wir könnten Sie plaziren. — K—l in Schwerin: Ihre Correspondenz befindet sich in Nr. 22.

Quittung. Rchnbch hier Ab. 3,00. Exped. d. „Fackel“ hier Schr. 12,00. Kl hier Schr. 0,60. Brmnn Frankfurt Schr. 1,35. A. Ob Hamburg p. Lnd Ab. 46,00. Schtr Dresden Schr. 13,00. Knsk Palwlauken Ann. 1,00. Gnsch Grabow Schr. 3,00. Mür Achim Ab. 14,00. Kls Magdeburg Ab. 9,15. Mr Schwedt Schr. 9,00. J. Celle Schr. 11,55. Hfnr Mainz Ab. 20,20. Knl Frankfurt Schr. 16,00. Schrm Lübeck Ab. 4,50. Exped. des Hamb.-Altonaer Volksblatts Ab. 600,00. Lz Halberstadt Schr. 3,15. Svr Hamburg Schr. 2,04. Br Ulm Schr. 1,45. Strzing Karlsruhe Ab. 22,50. Irms Philadelphia Schr. 5,00. Olv hier Ab. 1,20. Mj Hamburg Ann. 1,50. Fr. Kupp Straßburg Ab. 3,00. Smn Coburg Ab. 6,30. Mrtn Schmölln Ab. 7,45. Schlr Frohnau Schr. 7,27. Arbeiterver. Bollmarsdorf Ann. 2,20.

Wahlfonds.

Von den Arbeitern der Cigarrenfabrik Cichorius 8,00. Durch Emil Ullbricht 3,12.

Anzeigen 2c.

Leipzig. **Verein „Fackel“.**
Sonntag, den 25. Februar, Vormittags 10½ Uhr, im Lokal des Arbeiterbildungsvereins (Ritterstraße 43, II.):

Versammlung.

Tagesordnung: **Wichtige Besprechung.** [70

Der Vorstand.

Leipzig. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**
Montag, den 26. Februar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstraße):

Versammlung.

Tagesordnung: Soziale Rundschau. Referent H. Hunse. [69
Gäste willkommen. D. V.

Leipzig. **Gewerkschaft der Schuhmacher.**
Montag, den 26. Februar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof: **Versammlung.** [50

Tagesordnung: Vortrag. (F 195)
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. D. V.

Ottensen. Am Montag, den 26. Februar, in **Burmeisters Salon**, arrangirt von den Sozialisten Ottensens, unter gefälliger Mitwirkung des Ottensener „Gesangvereins“ und des Quartetts „Lassallea“:

Arbeiterfest

bestehend in **Concert** und **Ball**.
Festrede gesprochen von Hrn. **Max Stöhr.**
Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Karten im Voraus für Herren nebst Dame à 40 Pfg. (Kassenpreis 50 Pfg.), Damenkarte à 20 Pfg. sind bei den Comité-Mitgliedern und in den bekannten Wirthschaften zu haben.
Es bittet aus besonderen Gründen um recht zahlreiche Betheiligung
4,20] (85) **Das Comité.**

Ottensen. In Rücksicht auf die bevorstehende Stichwahl ist **Altona** ist das am 26. Februar angezeigte **Arbeiterfest** bis zum **12. März** verschoben worden. Die vorher gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit. J. A.: G. Stegen. [40

Reudnitz. Montag, den 26. Februar, Abends ½9 Uhr, im Saal der **„Weißen Taube“** (Feldstraße):

Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Die Begründung eines Arbeitervereins. (Statutenberathung.) [60

Verlobte: [120
Frieda Klima geb. Henkuhs,
Bruno Moje.
Schwerin i. Mecklenb. (F 280) Hamburg.

Stellungsgesuch. Ein **bewährter Parteigenosse**, in Folge seiner Bethätigung bei der Agitation durch unerhörte Maßregelung außer Brot, wünscht bei einem Lokalblatte entweder in der **Redaktion** oder **Expedition** einen Posten. Suchender ist mehrerer Sprachen mächtig und vollständig selbständig in der kaufmännischen Buchführung. Gefällige Offerten unter X. X. an die Expedition d. Bl. zu senden.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hatz, 650 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 25. Mittwoch, 28. Februar. 1877.

Des sächsischen Bußtages wegen müssen Annoncen für die Sonntagsnummer schon Donnerstag Morgens bis 9 Uhr in unsern Händen sein, sonst können sie keine Aufnahme finden. Die Exped. d. „Vorwärts".

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Klötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Ueber Ursprung und Wesen der Sozialdemokratie

hielt Freitag vor acht Tagen Herr Regierungspräsident von Wurmb, ehemaliger Polizeipräsident zu Berlin, und dem größeren Publikum bekannt durch die Affaire Hessels, zu Wiesbaden einen Vortrag, der, wie die „Nassauische Volkszeitung" bemerkt, „ebenso sorgfältig ausgearbeitet als inhaltsreich und zu weiterem Nachdenken veranlassend" war.

„Der Redner — wir folgen dem Referat des genannten Blatts — gab zunächst einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über das Zutagetreten sozialistischer Ideen vom spartanischen Staate bis auf Thomas Morus. Hieran schloß sich eine prägnante (gedrungene) Darstellung der seit dem sechszehnten Jahrhundert zur Geltung gelangten nationalökonomischen Systeme, des Merkantilsystems, des Agrarsystems, des Freihandelssystems, denen man in neuester Zeit als viertes, jene zu ersetzen bestimmtes System, das der Sozialdemokratie, des Rechtes der freien Arbeit, hinzufügen wollte. Dies führte den Redner dazu, das Auftauchen und allmähliche Heranwachsen der sozialdemokratischen Ideen zu verfolgen. Mit der „Utopia" des Thomas Moore beginnend schilderte er in kurzen Zügen die fast gleichzeitigen Bewegungen der deutschen Bauern und die mit chiliastischen (das „tausendjährige Reich" betreffenden) Vorstellungen vermischten Erscheinungen der Wiedertäufer. Damit verschwinden sozialistische Ideen fast ganz aus dem deutschen Leben und der deutschen Literatur. Um so lebhafter setzt sich, zunächst in Schriften, die Bewegung in Frankreich fort: Morelly, J. J. Rousseau, Cabet (!) bereiten den Boden für St. Simon, Fourier, Proudhon, die der Vortragende in der Verschiedenartigkeit ihrer Ideen und Bestrebungen scharf zu charakterisiren wußte. Aus dem raschen Verfall der von diesen Männern ausgehenden Bewegungen, sobald die Leiter derselben vom Schauplatz ihrer Thätigkeit abgetreten, glaubte der Vortragende im Jahre 1862 sozialistischer Bewegung jeglicher Art nur kurzen Bestand prophezeien, sie von der Persönlichkeit des jeweiligen Leiters abhängig machen, ihr namentlich in Deutschland keinerlei Aussicht auf Erfolg versprechen zu dürfen. Allein gerade das Jahr 1862 wurde für den Sozialismus von der größten Bedeutung. Es ist das Geburtsjahr der Internationale, die am 5. August auf einem Verbrüderungsfest in London gegründet wurde (! die Internationale Arbeiter-Assoziation wurde am 28. Sept. 1864 gegründet) und in diesem Jahre hielt Lassalle seine ersten Vorträge in Berlin.

„Unter Napoleon wurde die Internationale in Paris großgezogen. Er benutzte (!) sie „merkwürdigerweise" gegen die Bonrgeoisie. In nothwendig gewordenen (!) Prozessen wegen Theilnahme an einer nicht anerkannten Gesellschaft wurde gegen ihre Mitglieder sehr glimpflich (?) verfahren. Die Folge (!) war der Aufstand der Commune im Jahre 1871. Der Vortragende gab von dieser lehrreichen (!) That der Internationale ein lebendiges und getreues Bild.

„In Deutschland bestanden noch im Frühjahr 1870 drei sozialistische Parteien: erstens die Lassalleaner, die sich wieder in zwei, die weibliche und die männliche Linie schieden. Sie waren unabhängig von der Internationale, Gegner des Strike und verlangten für den Arbeiter die Hilfe des Staates. Zweitens die von Anhängern der Internationale gegründete, das sogenannte Nürnberger Programm verfolgende Partei der sozialdemokratischen Republik, hauptsächlich in Sachsen. Sie predigte den Strike (!) und die Selbsthilfe (!). Drittens die bourgeois-sozialistische Partei, gegründet von den Fortschrittsmännern Duncker, Virchow, Schultze-Delitzsch, mit Musterstatuten. (Armer Hirsch-Duncker und Consorten!) Ihr Organ ist die „Volkszeitung". Heute ist diese Dreitheilung nur noch von historischem Werth. Schon Herr von Schweitzer hatte dem Vortragenden versichert, die Schultze-Delitzsch, Duncker 2c. arbeiteten nur für die Internationale. Das haben die letzten Wahlen bewiesen, wo einestheils die Fortschrittspartei unter der Arbeiterbevölkerung keine Anhänger gefunden, anderntheils die Sozialdemokratie sich ganz von der Fortschrittspartei losgesagt hat (!).

„Die Wahlen haben ferner bewiesen, daß unter der deutschen Sozialdemokratie eine tiefgehende Spaltung nicht mehr existirt. Sie ist allen Gegnern gegenüber einig und festgeschlossen. Ihr drohendes Anwachsen hat mancherlei Vorschläge zur Besserung hervorgerufen. Man verlangt siebenjährige Reichstagsperioden, Abschaffung der direkten und geheimen Wahl, zwei Kammern, Ausdehnung des preußischen Vereinsgesetzes über das ganze Reich. Der Vortragende verspricht sich von allen diesen Maßregeln wenig oder gar keinen Erfolg und begründet diese Ansicht in schlagender Weise. Auch Schule und Erziehung möchten nicht im Stande sein, das Uebel mit der Wurzel auszurotten.

„Die Geschichte der Commune giebt dem Vortragenden die Mittel, drei Punkte hervorzuheben, wodurch dem deutschen Reiche die nächste und unmittelbarste Gefahr von der Sozialdemokratie bevorstche. Erstens: die ganze deutsche Sozialdemokratie ist einig und gehorcht der Internationale. Das Erste beweisen die Wahlen, das Zweite die Verbindung deutscher Sozialisten mit der Commune und die im Conseil général (?) seinerzeit abgedruckten Dokumente. Zweitens: In den Straßenkämpfen zu Paris fraternisirte die Armee mit dem Volke. Die Frage scheint berechtigt, ob wir der deutschen Armee ganz sicher sind, und wenn wir es noch sind, ob wir es bleiben werden. Die Art der sozialdemokratischen Agitation läßt keinen Zweifel übrig, daß ihre Ideen auch bereits in der Armee Anhang gefunden haben und noch mehr finden werden. Drittens: Aus der Reihenfolge der Ereignisse in Paris erkennen wir, daß die Führer der Internationale erst allmählich mit ihren wahren Plänen hervortreten. Ein Gleiches geschieht bei der Agitation in Deutschland. Die sozialistischen Agitatoren hüten sich wohl, den ganzen Umfang ihrer Ziele sofort zu offenbaren. Sie wählen die jedesmal eindrucksvollsten ihrer Forderungen aus und ködern damit die Menge.

„Zum Schlusse beantwortet der Vortragende die Frage: Was ist gegenüber dieser Gefahr zu thun? Nur geistige Waffen sind anzuwenden, polizeiliche Maßregeln würden zu nichts führen. Man kläre das Volk über die Endziele der Sozialdemokratie auf. Man stelle ihm vor, was das Menschendasein sein würde, wenn Güter- und Frauengemeinschaft eingeführt, das Erbrecht abgeschafft, Kunst und Wissenschaft aus der Welt entfernt seien. So und nur so allein wird es das Wahnsinnige der sozialistischen Irrlehren begreifen.

„Zu diesem Zwecke aber müssen, um den gefährlichsten Feind des modernen Staates zu bekämpfen, alle sonstigen politischen und religiösen Spaltungen beseitigt werden und alle Kräfte sich renmüthig wider die Sozialdemokratie richten."

Dies das Resumé des Vortrags, der im „Alterthumsverein", also einer „gelehrten" oder gar „wissenschaftlichen" Gesellschaft gehalten und „mit lebhaftem Beifall" aufgenommen wurde. Mag sein, daß der Bericht der „Nassauischen Volkszeitung" in manchen Einzelheiten ungenau ist, immerhin läßt sich daraus erkennen, wie die soziale Bewegung sich im Kopf eines preußischen Polizei- und Regierungspräsidenten abspiegelt. Daß Herr von Wurmb von Polizeimaßregeln nichts hält, verräth eine größere Selbsterkenntniß, als wir ihm zugetraut hätten, und daß er für den Kampf gegen uns „nur geistige Waffen" befürwortet, ist sicherlich sehr lobenswerth; aber noch lobenswerther würde es gewesen sein, wenn der Herr Polizei- und Regierungspräsident von den empfohlenen „Waffen" auch Gebrauch gemacht hätte. Unter Bekämpfung „mit Waffen des Geistes" ist doch unzweifelhaft eine wissenschaftliche Bekämpfung verstanden, d. h. der Nachweis, daß entweder die Grundlagen des Sozialismus, oder die Schlußfolgerungen, oder die Grundlagen und Schlußfolgerungen des Sozialismus falsch sind — ein Nachweis, der natürlich voraussetzt, daß der Nachweisende die Grundlagen und Schlußfolgerungen des Sozialismus erkannt und begriffen hat. Das hat aber unser Herr Polizei- und Regierungspräsident entschieden nicht gethan. Einen Theil der Unrichtigkeiten und schiefen Urtheile, sowie sämmtlichen Blödsinn, der ihm in den Mund gelegt wird, wollen wir auf Rechnung des Reporters setzen; aber es bleiben, wenn wir dem Herrn Reporter das Menschen- und mehr als Menschenmögliche aufhalsen, doch noch so viel Unrichtigkeiten und schiefe Urtheile übrig, daß wir befugt sind zu erklären: Herr v. Wurmb hat nicht die blasseste Ahnung von den Prinzipien des Sozialismus und von der sozialdemokratischen Bewegung. Und Herr v. Wurmb ist königlich preußischer Polizei- und Regierungspräsident! Wem fällt bei diesen „Waffen des Geistes" nicht das berühmte Wort Oxenstierna's ein?

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

IX.

Wir enthalten uns, Pröbchen zu geben von dem Mischmasch von Plattheit und Orakelhaftigkeit, kurz von dem simplen Kohl, den Herr Dühring seinen Lesern fünfzig volle Seiten zu genießen giebt, als wurzelhafte Wissenschaft von den Elementen des Bewußtseins. Wir citiren nur dies: „Wer nur an der Hand der Sprache zu denken vermag, hat noch nie erfahren, was abgesondertes und eigentliches Denken zu bedeuten habe." Danach sind die Thiere die abgesondertsten und eigentlichsten Denker, weil ihr Denken nie durch die zudringliche Einmischung der Sprache getrübt wird. Allerdings sieht man es den Dühring'schen Gedanken und der sie ausdrückenden Sprache an, wie wenig diese Gedanken für irgend eine Sprache gemacht sind und wie wenig die deutsche Sprache für diese Gedanken.

Endlich erlöst uns der vierte Abschnitt, der uns, außer seinem zerfließenden Redebrei, wenigstens hie und da etwas Greifbares über Moral und Recht bietet. Gleich im Anfang werden wir diesmal zu einer Reise auf die anderen Weltkörper eingeladen: die Elemente der Moral müssen sich „bei allen außermenschlichen Wesen, in denen sich ein thätiger Verstand mit der bewußten Ordnung von triebförmigen Lebensregungen zu befassen hat, in übereinstimmender Weise ... wiederfinden ... Doch wird unsre Theilnahme für solche Folgerungen gering bleiben ... Außerdem bleibt es aber immer eine den Gesichtskreis wohlthätig erweiternde Idee, wenn wir uns vorstellen, daß auf andern Weltkörpern das Einzel- und das Gemeinleben von einem Schema ausgehen muß, welches ... nicht vermag die allgemeine Grundverfassung eines verstandesmäßig handelnden Wesens aufzuheben oder zu umgehen."

Wenn hier ausnahmsweise die Gültigkeit der Dühring'schen Wahrheiten auch für alle andern möglichen Welten an die Spitze, statt ans Ende des betreffenden Kapitels gestellt wird, so hat das seinen zureichenden Grund. Hat man erst die Gültigkeit der Dühring'schen Moral- und Gerechtigkeitsvorstellungen für alle Welten festgestellt, so wird man um so leichter ihre Gültigkeit auf alle Zeiten wohlthätig erweitern können. Es handelt sich aber hier wieder um nichts Geringeres als um endgültige Wahrheit letzter Instanz. Die moralische Welt hat „so gut wie diejenige des allgemeinen Wissens ihre bleibenden Prinzipien und einfachen Elemente", die moralischen Prinzipien stehn „über der Geschichte und über den heutigen Unterschieden der Völkerbeschaffenheiten ... Die besonderen Wahrheiten, aus denen sich im Lauf der Entwickelung das vollere moralische Bewußtsein und sozusagen das Gewissen zusammensetzt, können, soweit sie bis in ihre letzten Gründe erkannt sind, eine ähnliche Geltung und Tragweite beanspruchen, wie die Einsichten und Anwendungen der Mathematik. Echte Wahrheiten sind überhaupt nicht wandelbar ... sodaß es überhaupt eine Thorheit ist, die Richtigkeit der Erkenntniß als von der Zeit und den realen Veränderungen angreifbar vorzustellen." Daher läßt uns die Sicherheit strengen Wissens und die Zulänglichkeit der gemeineren Erkenntniß nicht dazu kommen, im besonnenen Zustande an der absoluten Gültigkeit der Wissensprinzipien zu verzweifeln. „Schon der dauernde Zweifel selbst ist ein krankhafter Schwächezustand und nichts als der Ausdruck wüster Verworrenheit, die bisweilen in dem systematischen Bewußtsein ihrer Nichtigkeit den Schein von etwas Haltung aufzutreiben sucht. In den sittlichen Angelegenheiten klammert sich die Leugnung allgemeiner Prinzipien an die geographischen und geschichtlichen Mannichfaltigkeiten der Sitten und Grundsätze, und gibt man ihm die unausweichliche Nothwendigkeit des sittlich Schlimmen und Bösen zu, so glaubt sie erst recht über die Anerkennung der ernsthaften Geltung und thatsächlichen Wirksamkeit übereinstimmender moralischer Antriebe hinaus zu sein. Diese aushöhlende Skepsis, die sich nicht etwa gegen einzelne falsche Lehren, sondern gegen die menschliche Fähigkeit zur bewußten Moralität selbst kehrt, mündet schließlich in ein wirkliches Nichts, ja eigentlich in etwas, was schlimmer ist als der bloße Nihilismus ... Sie schmeichelt sich, in ihrem wirren Chaos von aufgelösten sittlichen Vorstellungen leichten Kaufes herrschen und dem grundsatzlosen Belieben alle Thore öffnen zu können. Sie täuscht sich aber gewaltig: denn die bloße Hinweisung auf die unvermeidlichen Schicksale des Verstandes in Irrthum und Wahrheit genügt, um schon durch diese einzige Analogie erkennbar zu machen, wie die naturgesetzliche Fehlbarkeit die Vollbringung des Zutreffenden nicht auszuschließen braucht."

Wir haben bis jetzt alle die pompösen Aussprüche des Herrn Dühring über endgültige Wahrheiten letzter Instanz, Souveränetät des Denkens, absolute Sicherheit des Erkennens u. s. w. ruhig hingenommen, weil die Sache doch erst an dem Punkte zum Austrag gebracht werden konnte, wo wir jetzt angelangt sind. Bisher genügte die Untersuchung, in wie weit die einzelnen Behauptungen der Wirklichkeitsphilosophie „souveraine Geltung" und „unbedingten Anspruch auf Wahrheit" hatten; hier kommen wir vor die Frage, ob und welche Produkte des menschlichen Erkennens überhaupt souveraine Geltung und unbedingten Anspruch auf Wahrheit haben können. Wenn ich sage: des menschlichen Erkennens, so sage ich dies nicht etwa in beleidigender Absicht gegen die Bewohner anderer Weltkörper, die ich nicht die Ehre habe zu kennen, sondern nur weil auch die Thiere erkennen, aber keineswegs souverain. Der Hund erkennt in seinem Herrn seinen Gott, wobei dieser Herr der größte Lump sein kann.

Ist das menschliche Denken souverain? Ehe wir Ja oder Nein antworten, müssen wir erst untersuchen, was das menschliche Denken ist. Ist es das Denken eines einzelnen Menschen? Nein. Aber es existirt nur als das Einzeldenken von vielen Milliarden vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Menschen. Wenn ich nun sage, daß dies in meiner Vorstellung zusammengefaßte Denken aller dieser Menschen, die zukünftigen eingeschlossen, souverain, im Stande ist die bestehende Welt zu erkennen, sofern die Menschheit nur lange genug dauert und soweit nicht in den Erkenntnißorganen und den Erkenntnißgegenständen diesem Erkennen Schranken gesetzt sind, so sage ich etwas ziemlich Banales und zudem ziemlich Unfruchtbares. Denn das werthvollste Resultat dürfte dies sein, uns gegen unsre heutige Erkenntniß äußerst mißtrauisch zu machen, da wir ja aller Wahrscheinlichkeit nach so ziemlich am Anfang der Menschheitsgeschichte stehn, und die Generationen, die uns berichtigen werden, wohl viel zahlreicher sein dürften als diejenigen, deren Erkenntniß wir — oft genug mit beträchtlicher Geringschätzung — zu berichtigen im Falle sind.

Herr Dühring selbst erklärt es für eine Nothwendigkeit, daß

das Bewußtsein, also auch das Denken und Erkennen, nur in einer Reihe von Einzelwesen zur Erscheinung kommen könne. Dem Denken jedes dieser Einzelnen können wir nur insofern Souverainetät zuschreiben, als wir keine Macht kennen, die im Stande wäre, ihm im gesunden und wachenden Zustand irgend einen Gedanken mit Gewalt aufzunöthigen. Was aber die souveraine Geltung der Erkenntnisse jedes Einzeldenkens angeht, so wissen wir Alle, daß davon gar keine Rede sein kann, und daß nach aller bisherigen Erfahrung sie ohne Ausnahme stets viel mehr Verbesserungsfähiges als Nichtverbesserungsfähiges oder Richtiges enthalten.

Mit andern Worten: die Souverainetät des Denkens verwirklicht sich in einer Reihe höchst unsouverain-denkender Menschen; die Erkenntniß, welche unbedingten Anspruch auf Wahrheit hat, in einer Reihe von relativen Irrthümern; weder die eine noch die andre kann anders als durch eine unendliche Lebensdauer der Menschen vollständig verwirklicht werden.

Wir haben hier wieder denselben Widerspruch, wie schon oben, zwischen dem nothwendig als absolut vorgestellten Charakter des menschlichen Denkens, und seiner Realität in lauter beschränkt denkenden Einzelmenschen, ein Widerspruch, der sich nur im unendlichen Progreß, in der für uns wenigstens praktisch endlosen Aufeinanderfolge der Menschengeschlechter lösen kann. In diesem Sinn ist das menschliche Denken ebensosehr souverain wie nicht souverain und seine Erkenntnißfähigkeit ebensosehr unbeschränkt wie beschränkt. Souverain und unbeschränkt der Anlage, dem Beruf, der Möglichkeit, dem geschichtlichen Endziel nach; nicht souverain und beschränkt der Einzel-Ausführung und der jedesmaligen Wirklichkeit nach.

Ebenso verhält es sich mit den ewigen Wahrheiten. Käme die Menschheit je dahin, daß sie nur noch mit ewigen Wahrheiten, mit Denkresultaten operirte, die souveraine Geltung und unbedingten Anspruch auf Wahrheit haben, so wäre sie auf dem Punkt angekommen, wo die Unendlichkeit der intellektuellen Welt nach Wirklichkeit wie Möglichkeit erschöpft und damit das vielberühmte Wunder der abgezählten Unzahl vollzogen wäre.

Nun gibt es aber doch Wahrheiten, die so feststehn, daß jeder Zweifel daran uns als gleichbedeutend mit Verrücktheit erscheint? Daß zwei mal zwei vier ist, daß die drei Winkel eines Dreiecks gleich zwei Rechten sind, daß Paris in Frankreich liegt, daß ein Mensch ohne Nahrung Hungers stirbt u. s. w.? Also gibt es doch ewige Wahrheiten, endgültige Wahrheiten letzter Instanz?

Allerdings. Wir können das ganze Gebiet des Erkennens nach altbekannter Art in drei große Abschnitte theilen. Der erste umfaßt alle Wissenschaften, die sich mit der unbelebten Natur beschäftigen und mehr oder minder einer mathematischen Behandlung fähig sind: Mathematik, Astronomie, Mechanik, Physik, Chemie. Wenn es Jemandem Vergnügen macht, gewaltige Worte auf sehr einfache Dinge anzuwenden, so kann man sagen, daß gewisse Ergebnisse dieser Wissenschaften ewige Wahrheiten, endgültige Wahrheiten letzter Instanz sind; weßhalb man diese Wissenschaften auch die exakten genannt hat. Aber noch lange nicht alle Ergebnisse. Mit der Einführung der veränderlichen Größen und der Ausdehnung ihrer Veränderlichkeit bis ins unendlich Kleine und unendlich Große hat die sonst so sittenstrenge Mathematik den Sündenfall begangen; sie hat den Apfel der Erkenntniß gegessen, der ihr die Laufbahn der riesenhaftesten Erfolge eröffnete, aber auch die der Irrthümer. Der jungfräuliche Zustand der absoluten Gültigkeit, der unumstößlichen Bewiesenheit alles Mathematischen war auf ewig dahin; das Reich der Kontroversen brach an, und wir sind dahin gekommen, daß die meisten Leute differenziren und integriren, nicht weil sie verstehn was sie thun, sondern aus reinem Glauben, weil es bisher immer richtig herausgekommen ist. Mit der Astronomie und Mechanik steht es noch schlimmer, und in Physik und Chemie befindet man sich inmitten der Hypothesen wie inmitten eines Bienenschwarms. Es ist dies auch gar nicht anders möglich. In der Physik haben wir es mit der Bewegung von Molekülen, in der Chemie mit der Bildung von Molekülen aus Atomen zu thun, und wenn nicht die Interferenz der Lichtwellen eine Fabel ist, so haben wir absolut keine Aussicht, jemals diese interessanten Dinger mit unseren Augen zu sehn. Die endgültigen Wahrheiten letzter Instanz werden da mit der Zeit merkwürdig selten.

Noch schlimmer sind wir dran in der Geologie, die ihrer Natur nach sich hauptsächlich mit Vorgängen beschäftigt, bei denen nicht nur nicht wir, sondern überhaupt kein Mensch dabei gewesen ist. Die Ausbeute an endgültigen Wahrheiten letzter Instanz ist daher hier mit sehr vieler Mühe verknüpft und dabei äußerst sparsam.

Die zweite Klasse von Wissenschaften ist die, welche die Erforschung der lebenden Organismen in sich begreift. Auf diesem Gebiet entwickelt sich eine solche Mannichfaltigkeit der Wechselbeziehungen und Ursächlichkeiten, daß nicht nur jede gelöste Frage eine Anzahl neuer Fragen aufwirft, sondern auch jede einzelne Frage meist nur stückweise, durch eine Reihe von oft Jahrhunderte in Anspruch nehmenden Forschungen gelöst werden kann; wobei dann das Bedürfniß systematischer Auffassung der Zusammenhänge stets von Neuem dazu nöthigt, die endgültigen Wahrheiten letzter Instanz mit einer überwuchernden Anpflanzung von Hypothesen zu umgeben. Welche lange Reihe von Mittelstufen von Galen bis Malpighi war nöthig, um eine so einfache Sache wie die Cirkulation des Bluts bei Säugethieren richtig festzustellen, wie wenig wissen wir von der Entstehung der Blutkörperchen, und wie viel Mittelglieder fehlen uns heute noch, um z. B. die Erscheinungen einer Krankheit mit ihren Ursachen in rationellen Zusammenhang zu bringen! Dabei kommen oft genug Entdeckungen vor wie die der Zelle, die uns zwingen, alle bisher festgestellten endgültigen Wahrheiten letzter Instanz auf dem Gebiet der Biologie einer totalen Revision zu unterwerfen, und ganze Haufen davon ein für alle Mal zu beseitigen. Wer also hier wirklich echte, unwandelbare Wahrheiten aufstellen will, der wird sich mit Plattheiten begnügen müssen wie: Alle Menschen müssen sterben, alle weiblichen Säugethiere haben Milchdrüsen u. s. w.; er wird nicht einmal sagen können, daß die höheren Thiere mit dem Magen und Darmkanal verdauen und nicht mit dem Kopf, denn die im Kopf centralisirte Nerventhätigkeit ist zur Verdauung unumgänglich.

Noch schlimmer aber steht es mit den ewigen Wahrheiten in der dritten Gruppe von Wissenschaften, der historischen, die die Lebensbedingungen der Menschen, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Rechts- und Staatsformen mit ihrem idealen Ueberbau von Philosophie, Religion, Kunst u. s. w. in ihrer geschichtlichen Folge und ihrem gegenwärtigen Ergebniß untersucht. In der organischen Natur haben wir es doch wenigstens mit einer Reihenfolge von Hergängen zu thun, die sich, soweit unsre unmittelbare Beobachtung in Frage kommt, innerhalb sehr weiter Grenzen ziemlich regelmäßig wiederholen. Die Arten der Organismen sind seit Aristoteles im Ganzen und Großen dieselben geblieben. In der Geschichte der Gesellschaft dagegen sind die Wiederholungen der Zustände die Ausnahme, nicht die Regel, sobald wir über die Urzustände der Menschen, das sogenannte Steinalter, hinausgehn; und wo solche Wiederholungen vorkommen, da ereignen sie sich nie genau unter denselben Umständen. So das Vorkommen des ursprünglichen Gemeineigenthums am Boden bei allen Kulturvölkern und die Form seiner Auflösung. Wir sind daher auf dem Gebiet der Menschengeschichte mit unsrer Wissenschaft noch weit mehr im Rückstand als auf dem der Biologie; und mehr noch: wenn einmal ausnahmsweise der innere Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Daseinsformen eines Zeitabschnitts erkannt wird, so geschieht es regelmäßig dann, wenn diese Formen sich schon halb überlebt haben, dem Verfall entgegen gehn. Die Erkenntniß ist hier also wesentlich relativ, indem sie sich beschränkt auf die Einsicht in den Zusammenhang und die nothwendigen Folgen gewisser, nur zu einer gegebnen Zeit und für gegebne Völker bestehenden, und ihrer Natur nach vergänglichen Gesellschafts- und Staatsformen. Wer hier also auf endgültige Wahrheiten letzter Instanz, auf echte, überhaupt nicht wandelbare Wahrheiten Jagd macht, der wird wenig heimtragen, es seien denn Plattheiten und Gemeinplätze der ärgsten Art, z. B. daß die Menschen im Allgemeinen ohne Arbeit nicht leben können, daß sie sich bisher stets eingetheilt haben in Herrschende und Beherrschte, daß Napoleon am 5. Mai 1821 gestorben ist u. s. w.

Nun ist es aber merkwürdig, daß gerade auf diesem Gebiet die angeblichen ewigen Wahrheiten, die endgültigen Wahrheiten letzter Instanz u. s. w. uns am häufigsten begegnen. Daß zwei mal zwei vier ist, daß die Vögel Schnäbel haben, oder derartiges wird nur der für ewige Wahrheiten erklären, der mit der Absicht umgeht, aus dem Dasein ewiger Wahrheiten überhaupt zu folgern, daß es auch auf dem Gebiet der Menschengeschichte ewige Wahrheiten gebe, eine ewige Moral, eine ewige Gerechtigkeit &c. die eine ähnliche Geltung und Tragweite beanspruchen wie die Einsichten und Anwendungen der Mathematik. Und dann können wir mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß derselbe Menschenfreund uns bei erster Gelegenheit erklären wird, alle früheren Fabrikanten ewiger Wahrheiten seien mehr oder weniger Esel und Charlatans, seien alle im Irrthum befangen gewesen, hätten gefehlt; das Vorhandensein ihres Irrthums und ihrer Fehlbarkeit aber sei naturgesetzlich und beweise das Dasein der Wahrheit und des Zutreffenden bei ihm, und er, der jetzt erstandene Prophet, trage die endgültige Wahrheit letzter Instanz, die ewige Moral, die ewige Gerechtigkeit, fix und fertig im Sack. Das Alles ist schon so hundertmal und tausendmal dagewesen, daß man sich nur wundern muß, wenn es noch Menschen giebt, leichtgläubig genug, um dies nicht von Andern, nein von sich selbst zu glauben. Und dennoch erleben wir hier wenigstens noch einen solchen Propheten, der denn auch ganz in gewohnter Weise in hochmoralischen Harnisch geräth, wenn andre Leute es ableugnen, daß irgend ein Einzelner die endgültige Wahrheit letzter Instanz zu liefern im Stande sei. Solche Leugung, ja schon der bloße Zweifel ist ein Schwächezustand, wüste Verworrenheit, Nichtigkeit, aushöhlende Skepsis, schlimmer als der bloße Nihilismus, wirres Chaos und was dergleichen Liebenswürdigkeiten mehr sind. Wie bei allen Propheten, wird nicht kritisch-wissenschaftlich untersucht und beurtheilt, sondern ohne Weiteres moralisch verdonnert.

Wir hätten oben noch die Wissenschaften erwähnen können, die die Gesetze des menschlichen Denkens untersuchen, also Logik und Dialektik. Hier aber sieht es mit den ewigen Wahrheiten nicht besser aus. Die eigentliche Dialektik erklärt Herr Dühring für reinen Widersinn, und die vielen Bücher, die über Logik geschrieben worden sind und noch geschrieben werden, beweisen zur Genüge, daß auch da die endgültigen Wahrheiten letzter Instanz viel dünner gesäet sind als Mancher glaubt.

Uebrigens brauchen wir uns keineswegs darüber zu erschrecken, daß die Erkenntnißstufe, auf der wir heute stehen, ebensowenig endgültig ist, als alle vorhergegangenen. Sie umfaßt schon ein ungeheures Material von Einsichten und erfordert eine sehr große Specialisirung der Studien für Jeden, der in irgend einem Fach heimisch werden will. Wer aber den Maßstab echter, unwandelbarer, endgültiger Wahrheit letzter Instanz an Erkenntnisse legt, die der Natur der Sache nach entweder für lange Reihen von Generationen relativ bleiben und stückweise vervollständigt werden müssen, oder gar an solche, die, wie in Kosmogonie, Geologie, Menschheitsgeschichte schon wegen der Mangelhaftigkeit des geschichtlichen Materials stets lückenhaft und unvollständig bleiben werden — der beweist damit nur seine eigne Unwissenheit nnd Verkehrtheit, selbst wenn nicht, wie hier, der Anspruch auf persönliche Unfehlbarkeit den eigentlichen Hintergrund bildet. Wahrheit und Irrthum, wie alle sich in polaren Gegensätzen bewegenden Denkbestimmungen, haben absolute Gültigkeit eben nur für ein äußerst beschränktes Gebiet; wie wir das eben gesehn haben, und wie auch Herr Dühring wissen würde, bei einiger Bekanntschaft mit den ersten Elementen der Dialektik, die grade von der Unzulänglichkeit aller polaren Gegensätze handeln. Sobald wir den Gegensatz von Wahrheit und Irrthum außerhalb jenes oben bezeichneten engen Gebiets anwenden, wird er relativ und damit für genaue wissenschaftliche Ausdrucksweise unbrauchbar; versuchen wir aber, ihn außerhalb jenes Gebiets als absolut gültig anzuwenden, so kommen wir erst recht in die Brüche; die beiden Pole des Gegensatzes schlagen in ihr Gegentheil um, Wahrheit wird Irrthum und Irrthum Wahrheit. Nehmen wir als Beispiel das bekannte Boyle'sche Gesetz, wonach bei gleichbleibender Temperatur das Volumen der Gase sich umgekehrt verhält wie der Druck, dem sie ausgesetzt sind. Regnault fand, daß dies Gesetz für gewisse Fälle nicht zutraf. Wäre er nun ein Wirklichkeitsphilosoph gewesen, so war er verpflichtet zu sagen: das Boyle'sche Gesetz ist wandelbar, also keine echte Wahrheit, also überhaupt keine Wahrheit, also Irrthum. Damit hätte er aber einen weit größeren Irrthum begangen als der im Boyle'schen Gesetz enthaltene war; in einem Sandhaufen von Irrthum wäre sein Körnchen Wahrheit verschwunden; er hätte also sein ursprünglich richtiges Resultat zu einem Irrthum verarbeitet, gegen den das Boyle'sche Gesetz mit sammt dem Bischen Irrthum, das an ihm klebte, als Wahrheit erschien. Regnault, als wissenschaftlicher Mann, ließ sich aber auf dergleichen Kindereien nicht ein, sondern untersuchte weiter und fand, daß das Boyle'sche Gesetz überhaupt nur annähernd richtig ist, und besonders seine Gültigkeit verliert bei Gasen, die durch Druck tropfbar-flüssig gemacht werden können, und zwar sobald der Druck sich dem Punkt nähert, wo die Tropfbarkeit eintritt. Das Boyle'sche Gesetz erwies sich also als richtig nur innerhalb bestimmter Grenzen. Ist es aber absolut, endgültig wahr innerhalb dieser Grenzen? Kein Physiker wird das behaupten. Er wird sagen, daß es Gültigkeit hat innerhalb gewisser Druck- und Temperaturgrenzen und für gewisse Gase; und er wird selbst innerhalb dieser noch enger gesteckten Grenzen die Möglichkeit nicht ausschließen einer noch engeren Begrenzung oder veränderter Fassung durch künftige Untersuchungen.*) So steht es also um die endgültigen Wahrheiten letzter Instanz z. B. in der Physik. Wirklich wissenschaftliche Arbeiten vermeiden daher regelmäßig solche dogmatisch-moralische Ausdrücke wie Irrthum und Wahrheit, während diese uns überall entgegentreten in Schriften wie die Wirklichkeitsphilosophie, wo leeres Hin- und Herreden uns als souveränstes Resultat des souveränen Denkens sich aufdrängen will.

Aber, könnte ein naiver Leser fragen, wo hat denn Herr Dühring ausdrücklich gesagt, daß der Inhalt seiner Wirklichkeitsphilosophie endgültige Wahrheit sei, und zwar letzter Instanz? Wo? Nun, zum Beispiel in dem Dithyrambus auf sein System (S. 13), den wir im II. Artikel theilweise ausgezogen. Oder wenn er in dem oben citirten Satz sagt: Die moralischen Wahrheiten, soweit sie bis in ihre letzten Gründe erkannt sind, beanspruchen eine ähnliche Geltung wie die Einsichten der Mathematik. Und behauptet nicht Herr Dühring, von seinem wirklich kritischen Standpunkt aus und vermittelst seiner bis an die Wurzeln reichenden Untersuchung bis zu diesen letzten Gründen, den Grundschematen vorgedrungen zu sein, also den moralischen Wahrheiten Endgültigkeit letzter Instanz verliehen zu haben? Oder aber, wenn Herr Dühring diesen Anspruch weder für sich noch für seine Zeit stellt, wenn er nur sagen will, daß irgend einmal in nebelgrauer Zukunft endgültige Wahrheit letzter Instanz festgestellt werden können, wenn er also ungefähr, nur confuser, dasselbe sagen will wie die „aushöhlende Skepsis" und „wüste Verworrenheit" — ja dann, wozu der Lärm, was steht dem Herrn zu Diensten?

Wenn wir schon mit Wahrheit und Irrthum nicht weit vom Fleck kamen, so noch viel weniger mit Gut und Böse. Dieser Gegensatz bewegt sich ausschließlich auf moralischem, also auf einem der Menschengeschichte angehörigen Gebiet, und hier sind die endgültigen Wahrheiten letzter Instanz grade am dünnsten gesäet. Von Volk zu Volk, von Zeitalter zu Zeitalter haben die Vorstellungen von Gut und Böse so sehr gewechselt, daß sie einander oft geradezu widersprachen. — Aber, wird Jemand einwerfen, Gut ist doch nicht Böse, und Böse nicht Gut; wenn Gut und Böse zusammengeworfen werden, so hört alle Moralität auf, und Jeder kann thun und lassen was er will. — Dies ist auch, aller Orakelhaftigkeit entkleidet, die Meinung des Herrn Dühring. Aber so einfach erledigt sich die Sache doch nicht. Wenn das so einfach ginge, würde ja über Gut und Böse gar kein Streit sein, würde Jeder wissen, was Gut und was Böse ist. Wie stehts aber heute? Welche Moral wird uns heute gepredigt? Da ist zuerst die christlich-feudale, aus früheren gläubigen Zeiten überkommene, die sich wesentlich wieder in eine katholische und protestantische theilt, wobei wieder Unterabtheilungen von der jesuitisch-katholischen und orthodox-protestantischen bis zur lax-aufgeklärten Moral nicht fehlen. Daneben figurirt die modern-bürgerliche und neben dieser wieder die proletarische Zukunftsmoral, so daß Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft allein in den fortgeschrittensten Ländern Europas drei große Gruppen gleichzeitig und neben einander geltender Moraltheorien liefern. Welche ist nun die wahre? Keine einzige, im Sinn absoluter Endgültigkeit; aber sicher wird diejenige Moral die meisten, Dauer versprechenden, Elemente besitzen, die in der Gegenwart die Umwälzung der Gegenwart, die Zukunft, vertritt, also die proletarische.

Wenn wir nun aber sehn, daß die drei Klassen der modernen Gesellschaft, die Feudalaristokratie, die Bourgeoisie und das Proletariat jede ihre besondere Moral haben, so können wir daraus nur den Schluß ziehn, daß die Menschen, bewußt oder unbewußt, ihre sittlichen Anschauungen in letzter Instanz aus den praktischen Verhältnissen schöpfen, in denen ihre Klassenlage begründet ist — aus den ökonomischen Verhältnissen, in denen sie produziren und austauschen.

Aber in den obigen drei Moraltheorien ist doch Manches allen Dreien gemeinsam — wäre dies nicht wenigstens ein Stück der ein für allemal feststehenden Moral? Jene Moraltheorien vertreten drei verschiedene Stufen derselben geschichtlichen Entwicklung, haben also einen gemeinsamen geschichtlichen Hintergrund, und schon deshalb nothwendig viel Gemeinsames. Noch mehr. Für gleiche oder annähend gleiche ökonomische Entwicklungsstufen müssen die Moraltheorien nothwendig mehr oder weniger übereinstimmen. Von dem Augenblick an, wo das Privateigenthum an beweglichen Sachen sich entwickelt hatte, mußte allen Gesellschaften, wo dies Privateigenthum galt, das Moralgebot gemeinsam sein: Du sollst nicht stehlen. Wird dies Gebot dadurch zum ewigen Moralgebot? Keineswegs. In einer Gesellschaft, wo die Motive zum Stehlen beseitigt sind, wo also auf die Dauer nur noch höchstens von Geisteskranken gestohlen werden kann, wie würde da der Moralprediger ausgelacht werden, der feierlich die ewige Wahrheit proklamiren wollte: Du sollst nicht stehlen!

Wir weisen demnach eine jede Zumuthung zurück, uns irgend welche Moral-Dogmatik als ewiges, endgültiges, fernerhin unwandelbares Sittengesetz aufzudrängen, unter dem Vorwand, auch die moralische Welt habe ihre bleibenden Prinzipien, die über der Geschichte und den Völkerverschiedenheiten stehn. Wir behaupten dagegen, alle bisherige Moraltheorie sei das Erzeugniß, in letzter Instanz, der jedesmaligen ökonomischen Gesellschaftslage. Und wie die Gesellschaft sich bisher in Klassengegensätzen bewegte, so war die Moral stets eine Klassenmoral; entweder rechtfertigte sie die Herrschaft und die Interessen der herrschenden Klasse, oder aber sie vertrat, sobald die unterdrückte Klasse mächtig genug wurde, die Empörung gegen diese Herrschaft und die Zukunftsinteressen der Unterdrückten. Daß dabei im Ganzen und Großen für die Moral sowohl, wie für alle andern Zweige der menschlichen Erkenntniß ein Fortschritt zu Stande gekommen ist, daran wird nicht gezweifelt. Aber über die Klassenmoral sind wir noch nicht hinaus. Eine über den Klassengegensätzen und über der Erinnerung an sie stehende, wirklich menschliche Moral wird erst möglich auf einer Gesellschaftsstufe, die den Klassengegensatz nicht nur überwunden, sondern auch für die Praxis des Lebens vergessen hat. Und nun ermesse man die Selbstüberhebung des Herrn Dühring, der mitten aus der alten Klassengesellschaft heraus den Anspruch macht, am Vorabend einer sozialen Revolution der künftigen, klassenlosen Gesellschaft eine ewige, von der Zeit und den realen Veränderungen unabhängige Moral aufzuzwingen! Vorausgesetzt selbst — was uns bis jetzt noch unbekannt — daß er die Struktur dieser künftigen Gesellschaft wenigstens in ihren Grundzügen verstehe.

Schließlich noch eine „von Grund aus eigenthümliche" aber darum nicht weniger „bis an die Wurzeln reichende" Enthül-

---

*) Seit ich Obiges niederschrieb, scheint es sich bereits bestätigt zu haben. Nach den neuesten, von Mendelejeff und Bogusky mit genaueren Apparaten angestellten Untersuchungen zeigten alle echten Gase ein veränderliches Verhältniß zwischen Druck und Volumen; der Ausdehnungskoefficient war bei Wasserstoff bei allen bisher angewandten Druckstärken positiv (das Volumen nahm langsamer ab, als der Druck); bei der atmosphärischen Luft und den anderen untersuchten Gasen fand sich für jedes ein Nullpunkt des Drucks, so daß bei geringerem Druck jener Koefficient positiv, bei größerem negativ war. Das bisher noch immer praktisch brauchbare Boylesche Gesetz wird also einer Ergänzung durch eine ganze Reihe von Specialgesetzen bedürfen.

lung: In Beziehung auf den Ursprung des Bösen „steht uns die Thatsache, daß der Typus der Katze mit der zugehörigen Falschheit in einer Thierbildung vorhanden ist, mit dem Umstande auf gleicher Stufe, daß sich eine ähnliche Charaktergestaltung auch im Menschen vorfindet ... Das Böse ist daher nichts Geheimnißvolles, wenn man nicht etwa Lust hat, auch in dem Dasein der Katze oder überhaupt des Raubthiers etwas Mystisches zu wittern.“ Das Böse ist — die Katze. Der Teufel hat also keine Hörner und Pferdefuß, sondern Krallen und grüne Augen. Und Göthe beging einen unverzeihlichen Fehler, wenn er den Mephistopheles als schwarzen Hund, statt als ditto Katze einführt. Das Böse ist die Katze! Das ist Moral, nicht nur für alle Welten, sondern auch — für die Katze!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Thronrede, welche der Kaiser am 22. d. M. im weißen Saale zur Eröffnung des Reichstages abgelesen hat, berührt auch — allerdings recht sanft! — die mit Rücksicht auf ihre Ausdehnung und Tiefe unerhörte Nothlage der Industrie und des Handels in Deutschland. Der Kaiser las: „Leider dauert die gedrückte Lage, in welcher Handel und Verkehr sich in den letzten beiden Jahren befunden haben, bei uns wie in anderen Ländern noch heute fort. Die unausgesetzten Erwägungen der verbündeten Regierungen über die Mittel, derselben abzuhelfen, haben mir nicht die Ueberzeugung gegeben, daß die inneren Zustände des Deutschen Reichs einen wesentlichen Antheil an den Ursachen der Uebelstände haben, die in allen anderen Ländern gleichmäßig gefühlt werden; die Aufgabe, augenblicklichem und örtlichem Mangel an Beschäftigung arbeitsuchender Kräfte abzuhelfen, liegt den einzelnen Staaten näher als dem Reich. Insoweit der Wiederbelebung des Verkehrs ein Mangel an Vertrauen auf die zukünftige Sicherheit der Rechtszustände innerhalb Deutschlands etwa im Wege steht, werden Sie mit mir solche Besorgnisse für unbegründet halten. Die Organisation des Reichs und der gesunde Sinn des deutschen Volks bilden eine starke Schutzwehr gegen die Gefahren, welche anarchische Bestrebungen der Sicherheit und der regelmäßigen Fortwickelung unserer Rechtszustände bereiten könnten.“

Daß dem Kaiser das arbeitslose, hungernde Volk leid thut, steht also fest; warum sollte es nicht? Daß aber die deutsche Regierung nichts, auch gar nichts für das hungernde Volk thun wird, ist durch diese Worte der Thronrede, die einzigen, welche der Kaiser der Volksnoth gewidmet hat, gleichfalls unumstößlich festgestellt. Dem französischen Volk, bei dem der Nothstand zwar auch vorhanden, aber doch lange nicht so schlimm ist, wird es voraussichtlich etwas besser gehn, als uns — — die republikanische Regierung von Frankreich hat den gesetzgebenden Körperschaften eine Vorlage gemacht, welche einen Kredit von einer halben Million Francs verlangt zur Bestellung von Seidenstoffen bei den Lyoner Fabriken. In gleicher Weise sind von den Gemeindevorständen vieler Städte Nothstandskredite für die nothleidenden Seidenarbeiter in Lyon bewilligt worden. Auch gegenüber der Noth in anderen Industriebezirken Frankreichs wird die französische Regierung, nachdem sie einmal das Alphabet der Staatsunterstützung begonnen hat, mit hilfreichem Eingreifen nicht zurückhalten könnne. Somit wäre im republikanischen Frankreich die Pflicht des Staats, dem arbeitenden Volke bei dem Einbrechen ungewöhnlicher Nothstände beizuspringen und das Recht des Arbeiters auf Arbeit und Existenz anerkannt; das preußische Landrecht hat bekanntlich ebenfalls diese Anerkennung in sehr unzweideutige und die heutige Regierungspraxis beschämende Worte formulirt; im kaiserlichen Deutschland steht diese Anerkennung aber nur auf dem Papier des Landrechts, während die Praxis nur Versicherungen des Mitleidens und Worte, aber keine Thaten kennt. Volk, hilf Dir selbst — dann wird die Regierung Dir helfen — müssen!

— Was sich die Gegner erzählen. „Mit der ominösen Zahl von dreizehn Mitgliedern kommen die Sozialdemokraten in den Reichstag“, sagt die „Magdeburger Zeitung“ zum Entsetzen aller alten Weiber vom starken Geschlecht, die sich durch eine solche Zahlenkabalistik gruseln machen lassen. Ferner wissen sie ganz genau, daß unsere Leute ein Cartell mit den Bourgeoisdemokraten geschlossen haben, welches beiden Theilen gestattet, von dem anderen so viel Stimmen zu „leihen“, als ihnen noch zu den ihren nöthig sind, um einen selbstständigen Antrag zu stellen. Die Demokraten hätten, weiß die „Magdeburgerin“ ferner, darin jedoch eine Clausel durchgesetzt, nach welcher die „Betheiligung beim Antragstellen nicht präjudiziell für die Abstimmung sein soll.“ Es ist das eine lustige Gepflogenheit von Lasker u. Co., die Anträge stellen und nach donnernden Reden für, hintennach bei der verhängnißvollen dritten Lesung, wenn nicht schon eher, dagegen stimmen. Diese Taktik hat ein klerikaler Abgeordnete des preußischen Landtages dahin formulirt: „sie reden grün und stimmen blau.“ Am Ende dieses Orakelspruchs tröstet man sich denn auch mit der Hoffnung: „Wenn also die Anhänger Lassalle's Anträge über Eigenthum, Familie, Ehe ꝛc. einbringen, so werden die Bourgeoisdemokraten denselben eine Anleihe von 2 Stimmen geben, aber gewiß nicht für die Anträge selbst stimmen.“ Da käme es also vor der Hand noch nicht zum „Theilen von Weib, Hab und Gut.“ Die „Magdeburgerin“ wird durch dieses Cartellmärchen gewiß manchem Gegner, der bis in die tiefste Seele erschrocken war über die Zunahme unserer Abgeordnetenzahl, einen schweren Stein vom Herzen genommen haben und die panische Furcht vor Mord und Todtschlag wird wohl ein wenig gewichen sein — aber im Hintergrund steht doch immer noch die Befürchtung, daß die böse, böse Frage trotzdem zur Diskussion kommt!

— Die Interpellation des Abgeordneten v. Komierowski im preußischen Abgeordnetenhause in Sachen des Redakteurs Kantecki, welche auf die Tagesordnung vom 23. ds. gesetzt war, hat folgenden Wortlaut:

„Der Redakteur des „Kuryer Poznanski“, Dr. Kantecki, befindet sich seit dem 29. November 1876 in Haft beim königlichen Kreisgericht zu Posen; die Inhaftirung erfolgte und dauert fort, weil Dr. Kantecki in Folge einer Requisition des kaiserlichen Oberpostdirektors zu Bromberg zur zeugeneidlichen Vernehmung darüber aufgefordert, von welcher Person ihm die Mittheilung über den Inhalt der vom Oberpostdirektor zu Bromberg in Nr. 213 des „Kuryer Poznanski“ vom 10. September 1876 erwähnten, die Beschlagnahme von Briefen S. Eminenz des Cardinal-Erzbischof v. Ledochowski betreffenden Verfügung zugegangen ist, zwar bezeugt und beschworen hat, daß ihm diese Nachricht nicht von einem Postbeamten zugegangen ist, sonst aber sich geweigert hat, die betreffende Person zu bezeichnen. Der Unterzeichnete erlaubt sich königliche Staatsregierung um Auskunft zu ersuchen: 1) Ist der vorliegende Fall zur Kenntniß der königlichen Staatsregierung gelangt? 2) Ist die königliche Staatsregierung geneigt, geeignete Maßnahme zu Gunsten des inhaftirten Dr. Kantecki zu treffen?“

Der Gegenstand der Interpellation ist unsern Lesern hinlänglich bekannt. Unterstützt ist sie aus den Reihen des Centrums und der Fortschrittspartei. Nach einigem ergebnißlosen Hinundherreden wurde diese Sache für erledigt erklärt.

— Mobilmachung gegen den Sozialismus! Das stehende Heer hat man der Gesammtbevölkerung mit aller Gewalt entfremdet und von ihr isolirt; manhat ein sogenanntes allgemeines und gleiches Wahlrecht, aber nicht für den Soldaten, der seine 3 und mehr Jahre aktiv dient; unbedingten Gehorsam darf keine Gesellschaft ihren Obern schwören: der Fahneneid jedoch wird dem Kaiser geleistet und nicht auf die Verfassung, so daß die Regierung die Verfassung vermittelst eines Befehls des obersten Kriegsherrn brechen kann, ohne daß die verfassungstreuen Staatsbürger, — wollte sagen „Unterthanen“ auch nur irgend ein Schutzmittel haben. Nun, die Nation gewöhnt sich, wie es scheint, an dies alles! Ein Zeugniß, daß man in der Gesammtheit sehr wenig über diese Frage denkt, beweist die Bahn, welche die entlassenen Militärs einschlagen, sowie sie in Militärvereine sich kristallisiren. Der durch den Dienst subordinationsgewöhnte Geist macht diese zu Kämpfern gegen das Volk in dem politischen Leben. Aus Mecklenburg meldet man, daß der Kriegerverein der Stadt Tressin beschlossen hat, wegen Unverträglichkeit der sozialdemokratischen Grundsätze und Ziele mit denen der Kriegervereine die Anhänger der Sozialdemokratie von sich auszuschließen. Ein Cirkular fordert die Mitglieder zu einer Erklärung über ihre politische Stellung auf, um auf Grund solcher Erklärungen die Ausscheidungen vornehmen zu können. Ein solche Vergewaltigung an der Meinungsfreiheit des Einzelnen ist wirklich unerhört, aber sie wird in „maßgebenden Kreisen“ gewiß mit größter Genugthuung gebucht. In Hessen predigt man die gleiche „heilige Pflicht“, die „auf die Schädigung des Bestandes des deutschen Reiches gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen, sozialistenfreundliche Mitglieder aus dem Tempel hinaus zu werfen und in den Vereinigungen ihre Kameraden über die „Irrlehren“ der Sozialdemokratie „aufzuklären“! Eine Resolution dieses Inhalts wurde in Gießen am 16. Februar in einer Generalversammlung des dortigen Kriegervereins gefaßt und folgendermaßen begründet: Der Kampf gegen den Sozialismus innerhalb und außerhalb des Vereins sei mit aller Kraft aufzunehmen, und zwar

„in Erwägung, daß aus der Parteipresse der Sozialdemokratie zur Genüge hervorgeht, daß ihr Bestreben nicht als dahingehend bezeichnet werden kann, unter Anerkennung des Bestandes des deutschen Reiches als solchem, an dem Ausbau und Weiterbau der Einrichtungen desselben, nach ihren Anschauungen und Grundsätzen zu arbeiten;

„in Erwägung, daß vielmehr ihr Bestreben dahin gerichtet ist, den Bestand des deutschen Reiches selbst zu schädigen und dasselbe und seine Einrichtungen zu verhöhnen, dem deutschen Volke und dem Ausland gegenüber herabzusetzen;

„in Erwägung endlich, daß die Sozialdemokratie in diesem Bestreben Irrlehren verbreitet, welche die Grundlagen des gesammten staatlichen Lebens erschüttern.“

Blödsinn, eitel Blödsinn ist es, was wir da für gesellschaftsfeindliche Pläne in die Schuhe geschoben bekommen! Was die Herren Gegner kränkt, ist unsere Wahrheitsliebe, die sich nichts vorflunkern läßt und nicht Schein für Sein nimmt, die uns die Dinge bei dem rechten Namen nennen läßt, die uns nöthigt, den Dingen auf den Grund zu gehen; was sie kränkt ist ferner in neuester Zeit namentlich das Wachsen und fröhliche Gedeihen der Partei, das wir eben dem erwachenden Gerechtigkeitssinn, dem schärferen Urtheil der Gesammtheit, dem wachsenden Zusammengehörigkeitsgefühls des Volkes zu verdanken haben. Auch vor der Mobilmachung dieser Armee unserer Feinde fürchten wir uns nicht im geringsten; im Gegentheil, es erfüllt uns mit Freude, daß die Kriegervereine über die sozialistischen „Irrlehren aufklären“ wollen, da wird sich ja zeigen, wie weit in denselben wirkliche Aufklärung gefördert wird: ob man die Schmutzflecke der gegnerischen Verleumdung beseitigen und den Sozialismus in seiner reinen, wahren Gestalt erkennen wird! Geistigen Kampf haben wir nie gescheut und brauchen ihn nun und nimmermehr zu scheuen, und so sehen wir denn auch den Angriffen unserer in den Kriegervereinen organisirten Gegner ruhig entgegen: diejenigen in ihren Reihen, welche es mit dem Sichaufklären ernst nehmen, werden früher oder später doch die Unsrigen werden. Und nun heran! Vorwärts zum Kampf! Zeigt, Ihr Mitbürger, daß Euch der Militärismus nicht Willen und Urtheil ganz genommen hat, Dinge, die für unsern Kampf so nöthig sind, wie Kanonen und Mausergewehre in der Feldschlacht!

— Der verloren geglaubte Sohn kehrt wieder! Die „Vossische Zeitung“ hatte, wie wir neulich mittheilten, Max Hirsch der geheimen sozialistischen Gesinnung beschuldigt. Dagegen erhebt der zu einem verkappten Sozialisten Gestempelte in einem Schreiben Protest. Er stehe vollkommen auf dem Boden der Fortschrittspartei mit der Devise der Selbsthilfe und des Schultze-Delitzsch'schen Spar- und Kreditkassensystems. Die staatliche Commission habe er einzusetzen vorgeschlagen, „um den übertriebenen Angaben der Sozialisten über die Zahl der Arbeitslosen entgegenzutreten“ ꝛc.; die Commune und den Staat habe er wegen der „außerordentlichen“ Nothlage heranzuziehen für nöthig gehalten ꝛc. ꝛc. Die Tante wird wohl nun nicht mehr ihren Max in falschem Verdacht haben; sie erwidert auch gar nichts, sondern behält sich Begründung ihres frühern Urtheils vor. Wir werden hören und staunen! Natürlich waren es besonders die Forderungen Hirsch's, welche etwas annähernd Vernünftiges enthielten, die ihn in den Augen der „Vossischen“ zum Sozialisten stempelten.

— Die arbeitslosen Bergarbeiter im Dortmunder Revier haben an das königl. preußische Ministerium für Handel und Gewerbe folgende Petition gerichtet:

„Seit Anfang des vorigen Jahres hat sich die Geschäftskrise vorzüglich auch in hiesiger Gegend in der Montan-Industrie sehr bemerkbar gemacht.

„Ihren Anfang nehmend mit bedeutenden Lohnreduktionen auf verschiedenen Zechen und Ausfall der sonst üblichen wöchentlichen Schichten sind seit 3 Monaten Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung, deren Ende noch nicht abzusehen und welche schon jetzt die Zahl von 6000 überschritten haben und fortwährend im Wachsen sind.

„Die Noth der bei dem allgemeinen Arbeitsmangel abgelegten Bergleute macht sich jetzt bereits in einer Weise fühlbar, welche weder durch die Privatwohlthätigkeit, noch durch die Hilfe der Communalbehörden gelindert, geschweige beseitigt werden kann.

„Die Unterzeichneten, zum größten Theil Familienväter, sehen einer trostlosen Zukunft entgegen; ohne jegliche Arbeit und Verdienst sind dieselben außer Stande, weder ihren Privatverpflichtungen, noch den Pflichten der Gemeinde gegenüber, in welcher sie als steuerzahlende Bürger wohnen, Genüge leisten zu können. Unter solchen Verhältnissen werden außer ihnen eine große Anzahl kleinerer und größerer Geschäftstreibenden, Kaufleute, Bäcker, Metzger ꝛc. ꝛc., in Mitleidenschaft gezogen und auch deren Ruin unfehlbar herbeigeführt.

„Wohl ist es uns bekannt, daß in dem letztverflossenen Jahre an verschiedenen Orten unseres Vaterlandes durch außergewöhnliche Naturereignisse die Einwohner schwer haben leiden müssen und gegenwärtig sich noch Tausende in bedrängter Lage befinden, welche der Hilfe ebenso bedürftig sind als wir; aber der ersten Noth ist bei ihnen schon theilweise Widerstand geleistet worden, auch scheint dieselbe nicht so intensiv zu sein wie in hiesiger Gegend.

„Daß bei der gegenwärtigen Sachlage im hiesigen Kohlenrevier es großer Mittel bedarf, um dauernd zu helfen, davon sind wir überzeugt; aber wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß die königl. Regierung unseres Landes im eigenen Interesse Alles aufbieten wird, was in ihren Kräften steht, um geeignete Maßnahmen zu treffen, einer allgemeinen Verarmung vorzubeugen. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, richten wir die Bitte an die königl. Regierung:

sobald als möglich durch Ausführung öffentlicher Bauten ꝛc. der arbeitslosen Bevölkerung Gelegenheit zu bieten, wieder bei ehrlicher Arbeit ihr Brod zu verdienen.

Dortmund, im Februar 1877.

Das Comité der arbeitslosen Bergleute.“

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe heißt Achenbach. Es ist das derselbe Achenbach, der im Vereine mit dem Finanzminister Camphausen die geniale Entdeckung machte, daß der darniederliegenden Industrie nur durch Erhöhung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne aufzuhelfen sei. Welchen Erfolg die Petition haben wird, ist daher unschwer vorauszusehen, wobei noch ganz unberücksichtigt bleiben soll, daß ein Militärstaat, wie Preußen einer ist, seinen Staatszweck in ganz anderen Dingen sucht, als in der Förderung des allgemeinen Wohls.

Nicht minder trübe wie in Deutschland nehmen sich die Arbeitsverhältnisse in Oestreich aus. In Wien allein z. B. beträgt die Zahl der arbeitslosen Arbeiter 11,000, während 18,000 nur halbe Tagesarbeit haben. Zu der ersten Kategorie gehören insbesondere Manufaktur-, Holz- und Ledergalanterie-Arbeiter, Schlosser, Anstreicher, Vergolder, Maurer; zu der letzteren Eisenarbeiter aller Branchen, Schuhmacher, Schneider, Goldarbeiter, Buchdrucker. Während in den Jahren 1872—1873 etwa 10,000 Tischlergehilfen arbeiteten, sind jetzt wenig mehr als 3000 beschäftigt.

— § 77 der preußischen Gesindeordnung gab neulich in Merseburg wieder einmal einem Kreisrichter Anlaß, einem wegen Mißhandlung durch ihre Herrschaft klagbar gewordenen Mädchen Genugthuung — zu verweigern. Eine Großmagd hatte die Zeit verschlafen und wurde in brutalster Weise geschimpft und geschlagen; aber, wie gesagt, Rechtsschutz findet sie eben nicht, denn der bewußte § 77 lautet: „Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in solchem von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt (wo ist die Grenze zwischen geringen und erheblichen Thätlichkeiten?) so kann es keine gerichtliche Genugthuung fordern.“ Neulich meldeten wir schon einen solchen Fall, wir halten aber für nöthig, immer von neuem auf die Mängel unsrer Gesetze hinzuweisen, selbst auf die Gefahr hin, den Vorwurf zu hören, wir wiederholten immer die alten Klagen: so oft eben dieselben Ungerechtigkeiten vorkommen, so oft werden wir dieselben Klagen erheben müssen, denn durch Todtschweigen werden die Mißstände nicht aus der Welt geschafft!

— Man schreibt uns aus Königsberg: Gestern, Freitag, den 23. d. M., Vormittags wurde an Dr. Joh. Jacoby eine Steinoperation vollzogen, die glücklich ausgeführt wurde. Ob jedoch der 72jährige Patient im Stande sein wird, die Folgen der Operation zu überwinden, bleibt abzuwarten. Die Operation wurde durch Professor Dr. med. Schönborn mit Hilfe von zwei Assistenzärzten vollzogen. Außerdem waren Dr. Moeller, Dr. Hay und Dr. Rosenstock dabei. Man fand und förderte zu Tage: einen Stein von der Größe einer Wallnuß und 16 — sechszehn — kleinere Steine. In letzter Nacht hat Jacoby gefiebert und schlecht geschlafen.

— Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Zuschrift ersucht: Glarus, den 22. Februar 1877.

In Nr. 22 Ihres geschätzten Blattes befindet sich eine Zuschrift des Schweizerischen Arbeiterbundes in Winterthur, welches mich zu folgender Erklärung zwingt:

Es ist allerdings richtig, daß der „Freie Glarner“, wie derselbe gegenwärtig bedient wird, niemals unter die sozialdemokratische Presse gezählt werden kann. Dagegen vollkommen unrichtig ist die Behauptung, stelle sie wer da wolle, daß ich jemals für ein Blatt in liberalem Sinne oder entgegen dem sozialdemokratischen Prinzipe geschrieben habe. Auch ist meine Betheiligung am „Freien Glarner“ schon seit Ende September vorigen Jahres gleich Null. Meine letzten Artikel, die ich für jenes Blatt geschrieben, waren eine Serie Leitartikel über ein eidgenössisches Fabrikgesetz, die kaum am dritten Abschnitt angelangt und das Haftpflichtgesetz behandelnd durch meine Abberufung unterbrochen wurden. Ich erkläre also in dieser Richtung die Zuschrift des Bundescomité als eine auf Unkenntniß der Sache beruhende und hinsichtlich meiner prinzipiellen Haltung vollkommen unrichtige. J. Heinrich Staub.

— Nach dreizehnmonatlicher Haft ist der frühere Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse“, Müller, am 23. Februar aus dem Landesgefängniß Zwickau entlassen worden. Es ist für unser Chemnitzer Parteiorgan hierdurch der seltene Fall eingetreten, daß sich gegenwärtig nur zwei seiner Redakteure, Looff und Saeveke, in Kriegsgefangenschaft befinden; doch lange wird diese Freude nicht dauern, denn Kegel und Wiemer sind verurtheilt und über Bahlteich und Petzold schwebt das Damoklesschwert der Anklagen.

— Wie die Berliner Zeitungen melden, ist das Urtheil des Kieler Gerichts gegen Liebknecht (2 Monate Gefängniß für „Beleidigung“ des deutschen Heeres) vom Obertribunal bestätigt worden, und zwar schon am 31. Januar 1877. Dem Verurtheilten ist sonderbarerweise noch keine Mittheilung zugegangen.

— Unter dem Titel: „Neues Remscheider Volksblatt“ wird in Remscheid in kurzer Zeit ein neues Parteiorgan erscheinen.

Correspondenzen.

Barmen-Elberfeld, 22. Februar. (Abrechnung über die Wahl.) Wenn wir Sozialisten hierorts auch nach hartem Kampfe nicht gesiegt haben, so liefert doch der Umstand, daß wir sowohl

als die Gegner weit über 14,000 Stimmen erzielten und der Compromißcandidat aller übrigen Parteien, die Ultramontanen eingeschlossen, nur 240 Stimmen mehr erhielt als Hasselmann, den überzeugenden Beweis, daß die Genossen ihr Möglichstes gethan haben.

Wir unterlagen hauptsächlich, weil die grenzenlose Arbeitslosigkeit Tausende von Arbeitern so entmuthigt hatte, daß sie aus Furcht vor Entlassung sich von Fabrikanten und Werkmeistern zur Wahlurne führen ließen und gegen ihre eigene Ueberzeugung stimmten. Wir hoffen jedoch bei rastloser Agitation, die Scharte im nächsten Wahlkampfe gänzlich wieder auszuwetzen.

Allen Parteifreunden in Deutschland, welche uns im Wahlkampfe unterstützten, den herzlichsten Dank. Hier folgt die Quittung der zur engeren Wahl eingesandten Gelder: Berlin Mrk. 300,00; Hamburg erste Rate 300,00; zweite Rate 400,00; Niederrad von Kempf 3,00; Essen von Straßner 16,90; Parteifreund in Greifswald 1,50; Melle bei Osnabrück von A. Säcken 2,5; K. Varnhagen 4,65; Leipzig von Frau Noab 2,00; Rheda von H. Kreutzkamp 12,00; Lübeck von H. Brucher 50,00; Paris von Carl Hirsch 22,40; Dessau von Rätiger 2,50; Düren von Fabry 4,50. Summa Mrk. 1121,50.

Das Arbeiter-Wahlcomité.

Solingen. Die vereinigten Messerschleifer erklärten am 15. d. M. der Firma J. A. Henkels den Strike. Die Gründe, welche den betreffenden Verein zu diesem Entschluß veranlaßten, sind folgende: Anfangs Dezember v. J. mußten auf Kündigung der Firma J. A. Henkels 11 Schleifer ihre Arbeit in dem Henkel'schen Etablissement einstellen, theils wegen des schlechten Geschäftsgangs, theils weil sie einen unmoralischen Lebenswandel geführt haben sollten. An und für sich läßt sich gegen diese Maßregel nichts einwenden, da es ja jedem Arbeiter angenehm ist, nur mit ordentlichen Menschen zusammen zu arbeiten. In letzter Zeit bemerkte man jedoch, daß dieser Kündigung andere Motive zu Grunde lagen, als die angegebenen. Die Firma J. A. Henkels begann nämlich in letzter Zeit Meister anzustellen, welche für Tagelohn arbeiteten, und erlaubte denselben, die Arbeiter, welche vor Weihnachten aus moralischen Rücksichten entlassen worden, wieder als Gehülfen anzunehmen. Man sieht hieraus deutlich, daß die Bestrebungen genannter Firma darauf hinauslaufen, die Grundlagen des Messerschleifer-Vereins zu untergraben, indem sie sich für die Folge unabhängig von den Beschlüssen der vereinigten Messerschleifer zu stellen sucht, und zwar dadurch, daß sie vor und nach eine Tagelohn-Schleiferei einrichtet, welche es ihr möglich macht, sich für die Folge den Strikes zu entziehen und die Preise zu drücken. Wenn die Bestrebungen dieser Firma durchgingen, so würde es nicht lange dauern, und die Firma J. A. H. würde sämmtliche Messer im Tagelohn oder solcher Accordarbeit schleifen lassen, die ganz und gar die Bestrebungen der Messerschleifer, nur nach geregelten Preisen zu arbeiten, durchkreuzen würde. Und nicht lange würde es dauern, und andere hiesige größere Fabrikanten würden auf der betretenen Bahn folgen. Es droht hierdurch nicht allein den Arbeitern eine große Gefahr in Betreff der Preisherabsetzung und vollständigen Knechtung unter die Laune des Fabrikanten: auch die kleinen Fabrikanten, welche heute noch in gleichem Rechte mit den größeren stehen, würden für die Folge nicht mehr die Concurrenz dieser Großfabrikanten, welche durch die Tagelohnarbeit billiger fabriziren, ertragen können und unfehlbar zu Grunde gehen. Man sieht also, daß der Messerschleiferverein, will er das Interesse seiner selbst, sowie aller Arbeiter und kleinen Fabrikanten wahren, vollständig gezwungen war, zum Strike zu greifen und die unangenehmen Vorkommnisse desselben auf sich zu nehmen. Es ist deshalb Pflicht jedes Arbeiters, mit aller Kraft für den günstigen Ausfall dieses Strikes einzutreten.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

Braunschweig, 20. Februar. Nach mehr als anderthalbjähriger Voruntersuchung ist gegen den Chef der Herzoglich Braunschweigischen Landes-Lotterie-Verwaltung, Hermann Wolff, die Anklage wegen Betruges von der Herzoglichen Staatsanwaltschaft in Braunschweig erhoben worden. Herr Wolff ist auf freiem Fuße und sein Name paradirt nach wie vor auf den Braunschweigischen Lotterie-Loosen. — Für Diejenigen, welche in der Braunschweigischen Lotterie spielen, sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß die Braunschweigische Lotterie nur dem Namen nach noch unter Herzoglicher Direktion steht. Das Institut ist seit mehreren Jahren an Privatpersonen verpachtet, welche dabei Millionen verdient haben und unter der Firma „Herzogliche Landes-Lotterie-Direktion" ihre Geschäfte betreiben.

Altenburg, 20. Februar. Herr Präsident Wagner, der Vertreter Altenburgs im Reichstag, hat heute die lange angekündigte Rede über seine parlamentarische Thätigkeit gehalten, sie bietet jedoch zu wenig Merkwürdiges, um hier genauer erörtert zu werden. Der Herr begann zunächst mit einer für ihn freilich nothwendigen, an unsern Ohren aber wirkungslos vorüber rauschenden Rechtfertigung des Justizgesetzcompromisses, erstaunte, wie überhaupt jemand etwas gegen denselben haben könne und versicherte später, daß Deutschland jetzt so mächtig sei, jedem seiner Staatsangehörigen im Auslande Sicherheit verschaffen. Im Allgemeinen drückte er sich anständig aus, brachte keine gehässigen Angriffe gegen uns vor, wie früher Birnbaum, sprach aber ungefähr so, wie Demosthenes, ehe er ein Redner war. Nun, es ist nicht jedermann's Sache, auf freiem Felde seinen Redefluß zu üben, oder Versuche zu machen, mit seinem Organ das Tosen des Meeres zu übertönen. Wir machen dem Herrn nur seine Parteistellung zum Vorwurf und deshalb bekämpfen wir ihn, halten ihn aber sonst für einen Ehrenmann. — Trotz unserer neulichen Warnung gefährdete Meister Hämmerlein (Advokat Hammer, Martel u. s. w.) wieder seine Praxis, da er die übliche Reihe von Worten wie Nägel anzubringen suchte. Der liberalen Taktik gemäß war diese Versammlung vom städtischen Verein in die Hand genommen und wurden nur Reichstreue eingeladen, um jeder Diskussion vorzubeugen. Dadurch aber zeigen die Liberalen offen, daß sie ihre Sache für faul halten, daß sie uns fürchten, und wenn hier Wagner mit der liberalen Kampfweise nicht einverstanden sein wollte, so müßte er jedermann frei und offen Rede stehen. Das hat er nicht gethan und das werfen wir ihm vor!

Parteigenossen! Aus vorstehendem Bericht seht Ihr, daß wir es hier mit Feiglingen zu thun haben, die ihre Sache nicht offen zu vertheidigen wagen. Weil sie es verstanden, uns jedes größere Lokal zu versperren, haben sie mehr Anhang als wir. Der Altenburger Zeitungskalchas warnt vor uns, schimpft auf uns, druckt alle Hetzartikel gegen uns nach und wir besitzen kein Mittel zur Vertheidigung. Parteigenossen, das darf nicht ferner sein! Wir haben uns gesagt, daß die Zunahme um 500 Stimmen ein nennenswerther Fortschritt ist. Nächstesmal müssen wir siegen und uns schon jetzt durch Gründung eines Blattes einen überall hindringenden Agitator schaffen. Benutzen wir die Spannung, welche noch von der Wahl her herrscht! Alle Kräfte werden wir ansetzen müssen, unser Blatt einzubürgern; geschieht das, so stehen wir zur nächsten Wahl anders da! Also vorwärts! Bei dem guten Geist, bei 4500 Wählern müssen wir mit energischem Vorgehen unser Ziel erreichen. Aber auch Jeder muß zu Opfern bereit sein! Wir haben, um das nöthige Geld zusammenzubringen, Schuldscheine nach folgendem Muster drucken lassen:

Schuldschein Nr....

für den Fond zur Herausgabe einer sozialdemokratischen Zeitung.

Von Herrn . . . . . .

ist uns zur Kostendeckung bei Herausgabe einer Zeitung ein Betrag von Mark . . . . als Darlehn bewilligt und baar ausbezahlt worden unter der ihm wohlbekannten Bedingung, daß eine Verzinsung wie Rückzahlung nur bei sich einfindender Rentabilität des Unternehmens successive stattfinden wird.

Altenburg, den . . . . Das Comité: . . . .

Wir wissen, daß Jeder sein Möglichstes thun wird. Nach Pfennigen darf diesmal nicht gezeichnet werden, es müssen Mark sein!

Genossen! Was nie begonnen wird, wird nie erreicht! Ein Sturm der Begeisterung muß die Arbeiter erfassen! Nicht wahr? Ihr habt gelesen, wie in der großen französischen Revolution jeder Mann die Waffen ergriff, wie Greise die Jünglinge anfeuerten, Jungfrauen ihre Schmucksachen opferten! Wie? Wenn wir wollen, ernstlich wollen, sollten wir in Altenburg, wo die Leute nicht mehr so dumm sind, nicht unser Ziel erreichen? Und es giebt ja hier auch noch Männer von 48, die sich jetzt der Sache fern halten, für die sie früher eifrig stritten. Diese auch müssen wir um unser Banner sammeln! Denn sicher sind sie nicht Alle so! Wenn sie sehen, wie ihre einstige große Göttin, die Freiheit, die sie einst angebetet, verjüngt aufersteht, so werden sie wieder zu ihr stehen.

Ja, Genossen! Wir siegen! Im Lande Thomas Münzer's muß der Sozialismus seinen Triumph feiern, wir dürfen nur unsere Kraft einsetzen. Und wenn es wirklich einige giebt, die das Gelingen bezweifeln, wohlan, zeigen wir ihnen, was für ein Vertrauen wir in unsere Kraft setzen, durchdringen wir sie mit unserer Kraft.

Unser Blatt soll möglichst bald erscheinen! Alle Parteigenossen unseres Herzogthums, Alle, die den Fortschritt der Menschheit ernstlich wollen, mögen uns nach ihren Vermögen Geld auf obige Scheine leihen. Redaktion und Expedition werden gratis besorgt. Genossen! Gebe Keiner zu wenig. Gelder sind zu senden an den Kassirer Franz Nitzsche, Nikolaikirchhof 27. Briefe an W. Thiemann, Markt 8.

Und nochmals, Parteigenossen! Jetzt wollen wir uns geloben, den faulen Liberalismus aus Altenburg auszurotten, bei der nächsten Wahl lösen wir unser Gelöbniß ein. Und nun vorwärts, Genossen! Thue Jeder das Seine!

Hugo Grunwald.

NB. Der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund" wird um sofortigen Abdruck gebeten.

Aus dem 14. sächsischen Wahlkreis. Die Wahlen sind vorüber und war das Gesammtresultat am 10 Januar, Geiser 3868, Heinrich 5367 und Scharf 3787 Stimmen. Bei der Stichwahl zwischen Geiser und Heinrich, wo unsererseits etwas mehr agitirt wurde, erhielt Geiser 6824, Heinrich 8226 Stimmen. Es haben also die vereinigten Gegner, welche mit aller Macht gegen uns vorgingen, ihren Heinrich mit nur 1402 Stimmen Majorität durchgebracht. Parteigenossen, mit Zufriedenheit können wir auf den beendeten Wahlkampf zurückblicken, denn die 1402 Stimmen gehören bei guter Agitation in 3 Jahren uns! Kämpfen wir rastlos weiter, so ist der Sieg nächstesmal unser. Sämmtliche Städte unseres Kreises haben mit erfreulichen Ziffern das Wachsen unserer Partei bewiesen, nur die Stimmabgabe der Landbevölkerung, welche sich noch immer von den Theilungslügen bethören läßt, war mangelhaft. Wo die wirklichen Theiler zu suchen sind, zeigt folgendes Vorkommniß, wovon wir die Mittheilnng der „Dresdener Nachrichten" beifügen:

„Zu dem Vermögen des Erbgrafen von Schönburg ist vor dem Appellationsgericht zu Zwickau der Concurs eröffnet worden. Derselbe hat geradezu unglaubliche Resultate ergeben. Wie man jetzt, wo sich der Concurs seinem Ende nähert, erkennt, belaufen sich die Schulden des Herrn Erbgrafen auf 1,800,000 Mark, denen Aktiva im Betrage von 3000 Mark gegenüber stehen. Davon werden nicht einmal die Prozeßkosten gedeckt. Vor ungefähr 3 Jahren wurde der Herr Erbgraf bereits einmal durch einen ersten hiesigen Advokaten „arrangirt". Damals betrug seine Schuldenmasse 1,200,000 österreichische Gulden. Der Herr Erbgraf, mit einer Fürstin von Windischgrätz vermählt, lebt nämlich in Graz. Nachdem der hochbetagte Vater des verschwenderischen Grafen erkannt hatte, daß sein Sohn ein unverbesserlicher Schuldenmacher sei, hat er, wie wir aus vorzüglicher Quelle vernehmen, unter Zustimmung des Lehnsherrn und der sonstigen Verwandten, ein Testament gemacht, wodurch der Erbgraf enterbt und der zweitgeborne Sohn zum Universalerben eingesetzt ist. Nach der Verfassungsurkunde genießen die Fürsten und Grafen von Schönburg das Recht, über das bürgerliche Erbrecht hinausgehend, derartige Testamente abzufassen, sobald nur gewisse äußerliche Bedingungen erfüllt sind. Dem 85jährigen Grafen von Schönburg liegt natürlich die Ehre und Zukunft seines Hauses am Herzen: die Gläubiger des enterbten Erbgrafen werden freilich ein verdutztes Gesicht machen."

Dieser edle Herr war der Erbe des Schlosses Rochsburg zwischen Lunzenau und Penig, sowie eines Schlosses in Glauchau u. s. w. Die angegebene Schuldsumme begreift natürlich nur die Gläubiger in sich, die sich gemeldet haben; es dürfte noch viele geben, die dabei nicht mitgezählt sind, da der Herr Erbgraf in verschiedenen hiesigen Kassen nicht nur, sondern auch bei einzelnen Landleuten enorme Summen zusammen zu borgen geruht haben. Das ist die Gleichheit vor dem Gesetz, daß diese Herren gesetzlich ihren Gläubigern ein Schnippchen schlagen können. — Eine weitere Benachtheiligung des Publikums geschieht derzeit durch den sich vollziehenden Auflösungsprozeß des nach Schulze-Delitzschs Recept von Baudirektor Fröhner gegründeten Spar- und Creditvereins, der sehr weit verzweigt ist und unter andern auch von dem Wechselburger Creditverein 90,000 Mark erborgt hat, wovon nicht einmal Zinsen gezahlt sind; ob das Kapital abgetragen wird, ist sehr unbestimmt. — Das sind zwei Pröbchen von der brutalen, wirklichen Theilerei, die die Bourgeoisie ausübt!

Darmstadt. (Allgemeiner deutscher Töpferverein.) Es ist den Mitgliedschaften des Vereins bekannt, daß in Wiesbaden seit dem 4. Januar ein Strike ausgebrochen ist, da aber bis jetzt die meisten Mitgliedschaften ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, so bitte ich dringend, die Unterstützungen, sowie Mitgliederbeiträge einzuschicken. Die Vereinskasse ist erschöpft. Ueber den Streit im Vorstande muß die nächste Generalversammlung entscheiden, da eine Verständigung noch nicht erzielt ist. Ferner bitte ich nochmals die Mitgliedschaften, Vorschläge für den Vorort so bald wie möglich bei mir einzuschicken.

Jos. Kienzle, Revisor, Schützenstr. 8.

Briefkasten

der Expedition. G. Lchtbrg Solingen: Cassa erbeten. Netto M. 11,00. Porto 50 Pfg.

Quittung. Schuhmacher-Gewerkschaft hier Ann. 0,60. Ldng Flensburg Ab. 0,80. Hff Mühltroff Schr. 1,20. Hckr hier Ab. 3,20. Hckrt Connewitz Ab. 5,25. Mür Brckwede Schr. 7,50 Rb Cottbus Schr. 9,80. Red. d. Budoknost Prag Ab. 3,10. Stml Furtwangen Ab. 0,80. Rlnd München Schr. 2,00. Wf Christophsgrund Ab. 9,05. Mrc Gospodjinci Ab. 3,30. Arbeiterbildungsverein Mürzzuschlag 2,31. Endrs Augsburg 100,00. Ellnr Frankfurt Schr. 51,20. Hß Sonneberg Schr. 8,75. Wgnr Neustadt Ab. 4,40. Gtz Oelsnitz Schr. 4,00. Fchnr Mühlheim Schr. 6,55. Krnk Bielefeld Schr. 3,00.

Herrn Ph. Zollinger, Bijouteriewaaren-Fabrikant, Große Sandgasse 25 in Frankfurt a. M., fordere ich, da derselbe auf an ihn gerichtete Briefe nicht mehr zu antworten beliebt, auf diesem Wege auf, meinem brieflich mitgetheilten Verlangen ungesäumt nachzukommen.

F. Pröbstl, München.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Hackbl Lößnitz d. L. 1,39.

Wahlfonds.

Von E. hier 1,50, v. Scatspiel b. L. d. H. 0,70.

Leipzig. Donnerstag, den 1. März, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Wahlagitation im 17. sächsischen Wahlkreis und die liberale Presse. Referenten Liebknecht und Bauert. [90

Der Einberufer.

Leipzig. Dienstag, den 27. Februar, Abends 8 Uhr im „Gosenthal":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Wie befreien wir uns von der Preßcorruption. Referent Geiser.

Der Einberufer. [80

Osnabrück. Donnerstag, den 1. März, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Kuhlmann, Alte Münze 21:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung. Wahl eines Agitations-Comités. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

P. Krowiarz. [70

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. März d. J. beginnt ein neues Monatsabonnement auf

Die Fackel.

Volksorgan für Leipzig und Umgegend.

Dieses seit dem 1. Januar d. J. vorläufig wöchentlich dreimal erscheinende Blatt vertritt auf Grund des sozialistischen Programms die Interessen des arbeitenden Volkes nach jeder Richtung. Es enthält in jeder Nummer einen gediegenen Leitartikel, eine gutgewählte politische Uebersicht, die wichtigsten Lokalnachrichten, Theaterrecensionen, Correspondenzen aus der Umgegend, Berichte über die Gemeinderathssitzungen, die Standesamtsnachrichten, den Eisenbahnfahrplan rc.; ebenso ist im Feuilleton für eine wirklich gute Unterhaltungslektüre gesorgt. Inserate, welche bei dem großen Leserkreise des Blattes von ausgezeichneter Wirksamkeit sind, werden pro Petitzeile nur mit 10 Pf. berechnet. Abonnementspreis pro Quartal 1 M. 60 Pf., für Monat März 60 Pf. incl. Bringerlohn. Zu zahlreichem Abonnement, sowie zur Einsendung von Inseraten fordern auf

Redaktion u. Expedition der Fackel.

Leipzig, Kl. Fleischergasse 15 part.

NB. Abonnements werden von allen Postanstalten, in unserer Expedition, bei unseren Colporteuren, sowie in den bekannten Filialen entgegengenommen.

Statistische Tafel

der

sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage.

Eine genaue Zusammenstellung der Gesammtresultate (sozialistische und gegnerische Stimmen) derjenigen Wahlkreise, in welchen bei dem diesjährigen Wahlgange sozialistische Candidaten aufgestellt waren, unter Einschluß der engeren Wahlen zwischen Sozialisten und Candidaten anderer Parteien.

Für 20 Pf. zu beziehen vom Verleger August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg, an den alle Bestellungen zu richten sind.

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complett

kann erst mit Ende März d. J. versandt werden. Mehrere Nummern sind total vergriffen und ist Nachdruck nicht eher möglich, da unsere neue Maschine früher nicht eintrifft und laufende Aufträge unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen.

Wir empfehlen also lieferbar wie oben angegeben:

Die Neue Welt.

Erster Jahrgang, 1876, complett.

Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. franco.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit".

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von

Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hatz, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Erb, 413 O'Farrell Street.
London: Baubitz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 26. Freitag, 2. März. 1877.

Der Zusammentritt des dritten deutschen Reichstags

entlockt dem „Hamburger Correspondent", einem der intelligentesten und folglich auch anständigsten Bourgeoisorgane Deutschlands, sehr melancholische Betrachtungen. „Die Verhältnisse", so macht das reichstreue Blatt seinem gepreßten Herzen Luft, „unter denen die Thätigkeit des dritten deutschen Reichstags ihren Anfang nimmt, gewähren in eine nicht eben rosenfarbig aussehende Zukunft den Ausblick, und der ernste gedämpfte Ton, durch welchen die diesmalige Thronrede ausgezeichnet ist, kann als getreuer Ausdruck einer weit verbreiteten Stimmung bezeichnet werden. Ueber dem gesammten Welttheile hängt eine drohende Kriegswolke — schwerer und undurchsichtiger als irgend eines der Gewölke, welche in den letzten Jahren über uns hinweggezogen sind. Deutschland ist — wie die Thronrede auch dieses Mal ausdrücklich hervorhebt — nicht direkt engagirt und bis jetzt von keiner Seite bedroht, es nimmt an der Erdgegend, deren politische Neugestaltung den Gegenstand allgemeiner Sorge bildet und anscheinend unvermeidlich geworden ist, keinen unmittelbaren Antheil und hat in ihr keine eigenen Interessen zu vertreten. Nichtsdestoweniger stehen auch die deutschen Staatsmänner unter dem Eindruck, daß eine Entscheidung bevorstehe, welche auch für sie präjudizirlich werden (eine Zwangslage schaffen) und das Einvernehmen mit den Nachbarmächten stören könne, dessen Fortbestand nach dem Zeugniß der Thronrede bis jetzt unverändert geblieben ist. Daß wir von allen Seiten umworben und als die geborenen Schiedsrichter in dem Widerstreit russischer und österreichisch-ungarischer Orient-Interessen bezeichnet werden und daß, wenn es zum Aeußersten kommen sollte, ein entscheidendes Wort von deutscher Seite kaum versagt werden kann — gerade das macht die Schwierigkeit der Situation aus; im Hintergrunde dieser Situation aber lauert dieselbe französische Gefahr, die vor drei und vor sechs Jahren vorhanden war und durch die im Osten Europas herrschenden aggressiven Stimmungen erheblich näher gerückt worden ist.

„Hand in Hand mit der politischen Verlegenheit im Orient geht eine wirthschaftliche, die über alle Theile Europas verbreitet ist, auf uns aber mit verdoppelter Schwere lastet. Es wird nächstens vier Jahre her sein, daß der auf den französischen Krieg folgende Zustand allgemeiner Prosperität und allgemeinen Vertrauens in sein Gegentheil umschlug, und noch immer läßt das Ende der damals ausgebrochenen Krisis sich nicht absehen. Tausende fleißiger Hände harren der Beschäftigung, die Aufgabe, „einem zeitweisen und örtlichen Mangel an Beschäftigung" abzuhelfen, wird selbst von der höchsten Stelle des Reichs anerkannt. Diesseits wie jenseits des Ozeans stockt der Absatz und befindet die Industrie sich in der Lage des Königs Midas, der inmitten goldener Schätze Hunger litt. „Mangel an Vertrauen" hält die Wiederbelebung des Verkehrs mit eherner Gewalt nieder, Arbeiter und Arbeitgeber schieben einander wechselseitig die Verantwortung dafür in die Schuhe, daß wir in den Ruf gekommen sind, ebenso schlecht als preisverderbend zu produziren, und daß die Zahl der uns erschlossenen fremden Märkte eher ab- als zunimmt. Zu alledem hat die eben geschlossene Wahlperiode den Beweis geführt, daß Unzufriedenheit und Begehrlichkeit (!) des vierten Standes durch den Druck der wirthschaftlichen Lage nur gefördert worden sind und daß die Zahl derer, welche allein vom gewaltsamen Umsturz des Bestehenden das Heil erwarten (so!), unaufhaltsam zunimmt.

„Zum ersten Male seit Aufrichtung des Reiches thut die Thronrede der Gefahren Erwähnung, welche der bestehenden Rechtsordnung durch anarchische Bestrebungen bereitet werden. Noch sind die Parteien, welche bisher Träger der nationalen Idee und ihrer praktischen Verwirklichung waren, in der Lage, bei richtiger Benutzung der Umstände das Heft in Händen zu behalten und „die wichtigen Aufgaben", welche uns gestellt sind, „im Einklang mit den verbündeten Regierungen in Erledigung zu bringen" — daß es mit dem Einfluß und Credit dieser Parteien rückwärts geht, wird aber nachgerade von allen Seiten zugestanden. Die „vorgeschrittenen" Elemente des Liberalismus scheinen, nachdem sie ihren ursprünglichen Boden an die Sozialdemokratie verloren haben, um alle Haltung gekommen und dabei angelangt zu sein, mit ihren sozialistischen Conkurrenten den Wettkampf (?) aufnehmen zu wollen; der Nationalliberalismus fühlt sich mehr und mehr nach Rechts gedrängt, — einer Verständigung zwischen ihm und den conservativen Mächten der Gesellschaft steht der (von der diesmaligen Thronrede mit Stillschweigen übergangene) Kirchenstreit aber noch immer als unüberwindliches Hinderniß im Wege. Die Zahl der von den Conservativen eroberten Wahlsitze ist größer, als seit einer langen Reihe von Jahren — ob die conservative Sache von diesem Umstande Vortheil zu ziehen wissen wird, ist nichtsdestoweniger höchst fraglich, denn es fehlt jede innere Einheit, jeder leitende Gedanke. — Desto kecker und zuversichtlicher geberden sich die Parteien der systematischen Opposition, — allen zuvor die Männer des Centrums, welche mit allen feindlichen Elementen zu paktiren, bei jeder Verlegenheit der Regierung ihre Rechnung zu finden wissen und auf dem bequemen Schemel eines abgeschlossenen, von einer unerschütterlich ergebenen Wählerschaft getragenen Programms dasitzen und der kommenden Dinge harren." —

So weit der „Hamburger Coresspondent." Das Ende des Artikels ist dem echt nationalliberalen Bestreben gewidmet, den Anfang des Artikels umzustoßen; und der Verfasser bringt es auch glücklich fertig, sich am Schluß die „ruhige Sicherheit" anzueignen, „welche aus der kaiserlichen Thronrede zu uns spricht."

Nun — Niemand ist verpflichtet, Logik zu haben, könnte man ein bekanntes Wort Hegel's modifiziren. Für uns haben blos die Zugeständnisse des Artikelschreibers Interesse. Also, obgleich wir die „gebornen Schiedsrichter" (unglückliche Nachbildung des unglücklichen „geborenen Präsidenten" Simson) sind, so „kann doch unter Umständen ein entscheidendes Wort von deutscher Seite kaum versagt werden", und dann haben wir Frankreich auf dem Hals.

Unsere wirthschaftliche Lage ist ebenso trostlos wie die politische. Die Krisis, die sich überall fühlbar macht, lastet auf Deutschland „mit verdoppelter Schwere" (warum? hütet der Verfasser sich zu sagen); und die deutsche Industrie ist vollständig in Verruf gekommen.

Um das Maß des Uebels zu füllen: die sämmtlichen liberalen Parteien sind bankrout, mit ihrem Einfluß geht es rückwärts, und die conservativen Parteien sind nicht besser gestellt, es fehlt ihnen „jede innere Einheit", „jeder leitende Gedanke"! Ein erbauliches Bild, das uns da entrollt wird. Wahrhaftig, mehr können wir von unseren Gegnern nicht verlangen; das bischen obligates Geschimpfe und Denunziren („Begehrlichkeit des vierten Standes", „gewaltsamer Umsturz des Bestehenden" 2c.) nehmen wir gern mit in Kauf.

Welches Zeugniß aber, so fragen wir zum Schluß, stellen sich die Anhänger eines Systems aus, das ihrem eigenen Geständnisse nach auf politischem wie auf wirthschaftlichem Gebiet Schiffbruch gelitten hat? Oder will man etwa behaupten, das System sei für seine Früchte nicht verantwortlich? Die Bismarck'sche Blut- und Eisenpolitik und die Camphausen-Achenbach-Bleichröder'sche Wirthschaftspolitik sind nur ein Zwillingsbaum aus einer und derselben Wurzel; die orientalische Frage, die Geschäftskrise, der Rückgang unserer Industrie, kurz der beispiellose politische und ökonomische Nothstand, welcher seit Jahren herrscht, sind die bitteren Früchte dieses Zwillingsbaums. Und wer den Baum will, der muß auch die Früchte hinunterwürgen, koste es was es wolle. Wer hingegen die Früchte nicht will, der muß die Axt an die Wurzel legen, an welcher der schädliche Zwillingsbaum emporgewachsen ist.

Die Wurzel aber ist die heutige Gesellschaftsordnung mit ihrer Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital.

An diesem Punkt gilt es, den Hebel anzusetzen, wie die Sozialdemokratie lehrt. Nur die Sozialdemokratie kann uns von Zuständen befreien, deren Erbärmlichkeit der Artikelschreiber des „Hamburger Correspondenten" zwar begriffen hat, deren Beseitigung zu fordern oder gar anzustreben ihm aber Klarheit und Muth fehlen.

Nochmals die Mißbräuche bei den Reichstagswahlen.

Gestatten Sie mir, mit Rücksicht auf die Erwiderung in Nr. 21 des „Vorwärts", betreffend „Die Mißbräuche bei den Reichstagswahlen", den Raum Ihres geschätzten Blattes nochmals in Anspruch zu nehmen. Bei näherer Betrachtung kann es doch wohl nicht genügen, wenn die Wahlzettelcouverts von jedem Wahlkreise selbst hergestellt, und mit dem Stempel des Wahlcommissärs versehen, jedem Wahlberechtigten durch die Organe der Gemeindebehörden zugestellt werden.

Es läßt dieses Verfahren voraussetzen, daß die ganze Vorbereitung des Wahlaktes möglichst in der Hand der Behörden bleiben soll. Ich bin der Meinung, daß der Wahlcommissar nicht immer ein Landrath oder eine ähnliche Behörde sein soll, und daß die Aufstellung der Wahllisten nicht den Bürgermeistern allein zu überlassen ist. Schon das Ueberlassen der Beschaffung und Abstempelung der Couverts, sowie das Zustellen derselben durch Polizeidiener oder ähnliche Personen entspricht dem Prinzip des allgemeinen Wahlrechts sehr wenig. Die Couverts müssen aber jedenfalls in reichlicherem Maße, als wie etwa zwei Stück pro Wähler vorhanden sein. Es erscheint mir die Beschaffung der Couverts von Reichswegen in großen Quantitäten schon deshalb das allein richtige, weil diese Couverts für immer zu gebrauchen sind und nicht von dem jeweiligen Wahlcommissar abhängen. Es wird die Bemerkung der Redaktion in Nr. 19, daß die Couverts am Wahltage selbst im Wahllokal noch in genügender Zahl zur Benutzung ausgelegt sein müßten, als sehr richtig anerkannt. Wenn nun der Einsender erwähnter Erwiderung bemerkt, daß durch das Zustellen der Couverts alle diejenigen, welche nicht mit Couverts bedacht werden, daran erinnert würden, daß sie nicht in den Wahllisten vermerkt seien, so verspreche ich mir hiervon gar keinen Erfolg, da mir diese Erinnerung zu unbestimmt erscheint und man auch am wenigsten versäumen würde, Denjenigen Couverts zuzustellen, welche man aus Parteirücksichten nicht an der Wahl theilnehmen lassen möchte. Einsender der Erwiderung wird wohl mit mir der Ueberzeugung sein, daß vor der letzten Wahl gewiß jeder bekannte Sozialdemokrat sein Couvert erhalten haben würde, auch wenn er nicht in der Wahlliste gestanden.

Mit Bezug auf die Wahlurnen bemerke ich, daß, abgesehen von jeder denkbaren Zusammenstellung des Wahlvorstandes, die Wahlhandlung selbst vor jeder Möglichkeit äußerer Einwirkung geschützt sein muß, und dies kann eben nur der Fall sein, wenn die von dem Gesetz verständigermaßen vorgesehene, verschlossene Urne zur allgemeinen Anwendung gelangt. Was nun den angeregten Vorschlag betreffs Zusendung der stenographischen Verhandlungen des Reichstags an jeden Wähler betrifft, so will ich mich bemühen nachzuweisen, daß dieser Vorschlag sehr wohl diskutirbar und auch ausführbar ist.

Angenommen, die Reichsregierung schreibt vor jeder Session für jeden Wahlkreis eine Submission auf Herstellung der stenographischen Parlamentsberichte in so und so viel 1000 Exemplaren aus, welche von dem Unternehmer an jeden Wahlbezirk in entsprechender Anzahl abzuliefern sind, wenn diesem Unternehmer die Zeit von Session zu Session zur Herstellung der Berichte gelassen wird; gewiß wird jede Druckerei in der Lage sein, die Ausführung zu übernehmen. Wir haben ja beispielsweise Zeitungen, welche diese Berichte täglich in ihre Spalten aufnehmen. Ich behaupte sogar, daß größere Druckereien in der Lage sind, für ganze Regierungsbezirke den Bedarf in der angegebenen Zeit zu decken. Die Beförderung von den einzelnen Wahlbezirken an die Adressaten resp. Wähler würde wohl auch nicht allzugroße Schwierigkeiten bereiten. Oder hat Einsender der Erwiderung vielleicht den Kostenpunkt für unerschwinglich gehalten? Dann muß ich ihm bemerken, daß für gewisse Kreise die, wenn es gut geht, demnächst herrenlos werdende Pfründen gewisser Domstifte nicht mal aufgewandt zu werden brauchten, um den besagten Zweck zu erreichen.

Daß nur sehr wenig Wähler von der Auslegung der Parlamentsverhandlungen in dem Gemeindehause Nutzen ziehen würden, liegt meiner Ansicht nach aus verschiedenen Gründen auf der Hand; aber auch ebenso sehr scheint mir die Behauptung, daß heute wohl 99 Prozent der Wähler nicht im Stande sein sollten, sich einen richtigen Einblick in die Parlamentsverhandlungen zu verschaffen, über das Ziel geschossen zu sein. Wer sich die Mühe machen will und sieht sich die Parlamentsberichte der verschiedenen Parteiblätter etwas näher an, der wird sehr wohl ein ziemlich getreues Bild erhalten. Es giebt zudem ja auch fast kein öffentliches Lokal, wo nicht verschiedene Parteiblätter gehalten werden. Aber abgesehen von alledem hält es Einsender dieses für eine ganz besondere Pflicht der Regierung, ihren Staatsbürgern Rechenschaft abzulegen über ihr Thun und über die Thätigkeit der vom Volke gewählten Vertreter, und dürfen für diesen Zweck weder Mühen noch Kosten gescheut werden.

J. P.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Staatsmännische Studien. Man schreibt uns aus Wien: „Soeben erfuhr ich von einem kleinen Abenteuer, das dem Sohne — eines berühmten Staatsmannes und selbst Staatsmann in spe, während seiner Anwesenheit hier (passirte und natürlich in der „guten" Gesellschaft eifrig colportirt wird. Der junge Graf (ich glaube er führt diesen Titel) saß mit zwei Genossen aus der Geburtsaristokratie in einem Kabinet bei Sacher, dem „feinsten und nobelsten" Restaurant Wiens, welches unter anderem auch dadurch merkwürdig ist, daß der bekannte „Demokrat" und Sozialistenfresser Anton Langer sich dort täglich einen Champagnerrausch holt. Dort saßen die drei Aristokraten und im Zimmer daneben eine Anzahl von Finanzaristokraten resp. Börsenjobber, aber nicht allein, sondern in Damengesellschaft. Stach dieselbe den Blaublütigen in die Augen oder wurde ihnen ihre Einsamkeit langweilig, oder hatten sie schon zu viel Alkoholdunst im Kopfe, kurz, sie beschlossen, die Damen zu sich hereinzubringen — es wurde gelost und Graf — erhielt das ehrenvolle Amt, die Nachbarinnen zu entführen. Er war jedoch nicht so glücklich, wie Paris seiner Zeit mit der schönen Helena, er stieß auf Widerstand. Darob in seinem gräflichen Herzen empört, wollte er seine hohe Abkunft beweisen und begann zu schimpfen und zu toben und unanständig zu werden, endlich wurden Ohrfeigen ausgetheilt — nach der einen Version hätte der „Graf" eine solche zuerst empfangen, nach der andern zuerst ertheilt, und schließlich fanden sich die drei Helden zerdroschen und zerfetzt auf dem Straßenpflaster wieder, wo sich ein mitleidiger Fiaker ihrer erbarmte und die glorreich Verwundeten vom Kampfplatze fortschaffte." Das Bürschchen kann es noch weit bringen; jedenfalls qualifizirt es sich trefflich zum Gesellschaftsretter gegen die „unsittlichen" und „rohen" Sozialdemokraten.

— Die deutschen Volksschullehrer haben an den Rohheitsstatistiker Friedrich Harkort zu dessen 84. Geburtstage eine Adresse erlassen, von der uns namentlich der Schlußpassus interessirt: „Hochverehrter Herr! Nur den einen Wunsch bringen wir. Möge Ihre Lebenssonne den Niedergang so lange verzögern, bis Sie geschaut haben, um was Sie ein Menschenalter gekämpft: ein freiheitliches Unterrichtsgesetz für Preußen."

Charakteristisch ist es für die „freiheitliche" Entwicklung in Preußen, daß man den Kampf für ein freiheitliches Unterrichtsgesetz ein ganzes Menschenalter kämpfen muß. Beiläufig geht dieser Glückwunsch von der richtigen Erwägung aus, daß bis zur Erreichung dieses Kampfpreises noch eine gute Weile Zeit vergehen, also auch, wenn der Wunsch sich erfüllt, die Lebenssonne Harkort's noch lange nicht untergehen wird. Wie jetzt die Luft weht, sind für freiheitliche Gesetze die Vorbedingungen durchaus nicht gegeben.

— Ein Denunciantengenie. Ein solches in seinem Redaktionsbureau zu haben ist die „Dresdener Zeitung" so glücklich. Gelegentlich einer Besprechung des Prozesses Rudolf Meyer schreibt das wackere Organ nämlich wörtlich: „Die Verurtheilung des Dr. Meyer veranlaßt eine Mittheilung an uns, daß dieselbe Verleumdung wider den deutschen Reichskanzler in einer Versammlung in der hiesigen Tonhalle von dem Reichstagsabgeordneten Liebknecht völlig ungerügt öffentlich ausgesprochen worden ist. Der anwesende Polizeibeamte hörte die verrätherische Beschuldigung, daß Bleichröder den deutschen Reichskanzler bestochen habe, mit größter Gemüthsruhe an. Wenn die Sache sich wirklich so verhält, so verdient dieser Beamte eine scharfe Rüge."

Kostbar fein ausgedacht, wirklich; mit indianerhafter Schlau-

heit wirft man sich auf den nachlässigen Beamten, um natürlich die angebliche Schuld Liebknecht's in einem desto grelleren Lichte erscheinen zu lassen. Nur schade, daß die Thatsache umgedreht und entstellt werden mußte, um dem ganzen Kriegsplan eine thatsächliche Operationsbasis zu geben. Wir constatiren hiermit, daß Liebknecht in der betreffenden Versammlung gar nicht gesagt: Bismarck hat das und das gethan, sondern vielmehr: „Bismarck ist öffentlich beschuldigt worden, das und das gethan zu haben und hat bis dato noch nicht geklagt." Und so standen die Dinge damals thatsächlich. Bekanntlich hat die Klagerhebung ziemlich lange auf sich warten lassen. Beiläufig ist trotz des bis jetzt glücklich geführten Prozesses das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen. Herr v. Diest-Daber wird demnächst ebenfalls vor Gericht erscheinen und es fragt sich, ob der Herrn Tessendorff die Sache so leicht machen wird, wie sein Vorgänger Talchau und (Revuen-) Meyer. Diese auf Winkelzüge gegen Liebknecht gerichtete Denunciation zeigt wieder einmal recht deutlich, daß es auf ehrlichem geradem Wege allemal unmöglich ist, unserer Sache zu schaden.

— Die Berliner Arbeiter sozialistischer Richtung — und diese bilden, wenn man von dem Hirsch-Duncker'schen Nachtrab der Fortschrittspartei absieht, so ziemlich die Gesammtheit der Berliner Arbeiterschaft — haben sich in einer imposanten Kundgebung gegen das zusehende Verhalten der Reichs- und Communalbehörden gegenüber dem furchtbaren Nothstande, welcher die Arbeiter Deutschlands jetzt heimsucht, ausgesprochen. In äußerst zahlreich besuchten und Sonntag den 18. Februar abgehaltenen Volksversammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß die Folgen einer unerhört schwindelhaften Gründerperiode in Verbindung mit der durch eine beständige Kriegsgefahr und sonstige politische Wirren erzeugten Unsicherheit auf wirthschaftlichem Gebiete sich in einer stündlich furchtbarer auftretenden Krise allenthalben, namentlich auch in Berlin offenbaren, welche Tausende und Abertausende von fleißigen und strebsamen Menschen zwischen Hungertuch und Bettelstab stellte, ja bereits Unzählige in die Arme des Verbrechens oder zum Selbstmord getrieben hat;

„in fernerer Erwägung, daß dieser krasse Nothstand endlich beseitigt werden muß, wenn nicht Hungertyphus und ähnliche Epidemien beträchtliche Volkskreise ergreifen, resp. hinraffen sollen;

„in weiterer Erwägung, daß es des Volkes unwürdig wäre, wenn es durch Almosen oder unproduktive Nothbauten oder dergleichen zwischen Leben und Sterben hingehalten würde;

„und endlich in Erwägung, daß die Behörden des Reiches, des preußischen Staates und der Stadt Berlin sich im Besitze ganz beträchtlicher Fonds zur Schaffung zahlreicher öffentlicher Bauwerke befinden, die seither unbegreiflicher Weise gar nicht oder nur ganz spärlich ihren Zwecken zugewendet worden sind,

„erklärt die im Lokale des (folgt für jede Versammlung der betreffende Ort) am Sonntag den 18. Februar tagende, circa (folgt die betr. Zahl) Köpfe starke Volksversammlung, welche ihr Bureau beauftragt, hiervon den betreffenden öffentlichen Behörden und Verwaltungskörpern Mittheilung zu machen:

„1) Das Reichskanzleramt ist verpflichtet, alle zu Bauten verwilligten Gelder schleunigst ihren Zwecken zuzuführen, event. dem deutschen Reichstage ein Gesetz betreffs Vornahme weiterer Arbeiten, nöthigenfalls unter Aufnahme einer größeren Anleihe, vorzulegen; insbesondere hat das Reichskanzleramt Sorge zu tragen, daß endlich das Parlamentsgebäude, für welches seit Jahren 25 Millionen Mark bereit liegen, in Angriff genommen wird.

„2) Der deutsche Reichstag hat in seiner Eigenschaft als Volksvertretungs- und Gesetzgebungskörper die Reichsregierung zu veranlassen, daß sie ungesäumt alle jene Werke ausführen läßt, welche sich als nothwendig herausgestellt haben.

„3) Die preußische Regierung hat dem durch das preußische allgemeine Landrecht (2. Theil, Titel 19, § 2) anerkannten Recht auf Arbeit dadurch Geltung zu verschaffen, daß sie, ohne die Winkelzüge und endlosen Wege des Bureaukratismus zu beschreiten und dadurch die Sache zu verschleppen, nichts unterläßt, was dem arbeitslosen Theile des Volkes Beschäftigung zu verschaffen geeignet ist. Wege-, Brücken-, Kanal- und Eisenbahnbauten dürften dabei in erster Linie in Betracht zu ziehen sein.

„4) Der Magistrat und das Stadtverordneten-Collegium von Berlin, welche schon seit langem über die Schöpfung einer großen Anzahl von absolut nothwendigen Institutionen und über sonstige bauliche Unternehmungen unterhandeln und sich größtentheils bereits im Besitze der hierzu erforderlichen Mittel befinden, werden daran gemahnt, endlich die Berathungen zum Abschlusse zu bringen und handelnd vorzugehen."

— Hüben wie drüben. In der habsburgischen Kaiserstadt herrscht die Noth in ebenso erschreckendem Maße, wie in der hohenzollernschen; Nothstandsversammlungen und Massendeputationen werden dort wie hier in's Leben gerufen und die einschlägigen Fragen werden vielfach erörtert. So auch im Gemeinderath von Wien. Wir heben nur ein paar treffliche Gedanken aus den gepflogenen Unterhandlungen heraus. Einer der Herren wies darauf hin, daß durch allerlei öffentliche Bauunternehmungen ganzen Klassen der nothleidenden Bevölkerung gar nicht gedient ist. Sehr wahr! Wir haben selbst gesehen, wie arme, an eine sitzende Lebensweise gewöhnte Weber beim Straßen- und Bahnbau durch diese ganz entgegengesetzte Thätigkeit gar bald genöthigt waren, diese Art Arbeit aufzugeben, weil ihnen die nöthige Kraft fehlte, die Strapazen der neuen Beschäftigung auszuhalten. Nun bilden aber Weber und andere Manufakturisten den größten Theil der Brot- und Arbeitslosen, also ist die Maßregel eine halbe und könnte nur ein Glied in einer organisirten Arbeitsertheilung seitens der Commune sein. Und in der That scheint man sich lediglich auf Bauunternehmungen beschränken zu wollen, wenigstens hört man von Maßregeln auf anderen Gebieten wenig. Die Beschäftigung an Bauten würde auch die Arbeiter anderer, besonders feinerer Branchen demoralisiren und ihre Erwerbsfähigkeit in ihrem eigentlichen Gebiet gefährden. Ferner berührte man den Umstand, daß selbst in Zeiten der Noth ganze Paläste mit Pariser Arbeiten ausgestattet wurden, und nicht nur von Privaten, sondern selbst solche Aufträge seien nach außen, nach Rumänien, Rußland und Italien z. B., ertheilt worden, die aus dem Säckel der Steuerzahler bezahlt worden seien. Der „Gewerkschafter", dem wir diese Angaben entnehmen, äußert, ein Mittel, welches die Herren übersehen hätten, sei ein Gesetz, welches die Arbeitszeit in allen Fabriken und Werkstätten auf vorläufig 8 Stunden herabsetzt. Daß dies sehr vernünftig wäre, ist keine Frage, es würden eben mehr Arbeiter aller Branchen beschäftigt und der Noth in umfangreicherer Weise gesteuert werden können: aber der „Gewerkschafter" macht eben die Rechnung ohne die Fabrik- und Werkstättenbesitzer, ohne die Bourgeoisie, die direkt ja die Noth noch nicht empfindet. Geht es ihr an den Hals, so muß das Geld der Steuerzahler ihre faulen Bahn- und Aktienunternehmungen unterstützen: bei der Noth der Arbeiter steht die Sache aber „ganz anders!" Uebrigens wurde in einer der Nothstandsversammlungen in Berlin in der Societätsbrauerei, in der Genosse Baumann referirte, ebenfalls der Normalarbeitstag bezeichnet als eine Vorlage, die schnellmöglichst dem neuen Reichstag vorgelegt werden müsse.

— Der Kampf gegen den Sozialismus wird, wie bei uns in Deutschland, so auch in Oesterreich mit ungeschwächten Kräften fortgeführt. Nicht genug damit, daß die österreichischen Arbeiter durch Verbot fast sämmtlicher, selbst der harmlosesten Organisationen nahezu mundtodt gemacht sind, geht die österreichische Regierung gegen die dortige Arbeiterpresse in einer Weise vor, die geradezu komisch genannt werden könnte, wenn die unausgesetzten Verfolgungen derselben den Arbeitern nicht das letzte Mittel raubten, ihre Stimme in dem allseitigen Interessenkampfe zur Geltung zu bringen. Wir übertreiben nicht, wenn wir mittheilen, daß vom „Arbeiterfreund" in Reichenberg und der „Gleichheit" in Wien jede Nummer infolge von Confiskationen verschiedener Artikel fast zur Hälfte in weißer Gestalt erscheint. Zur Abwechselung erfolgt dann auch einmal die Confiskation einer ganzen Nummer, wie das erst jüngst der letzten Nummer (8) der „Gleichheit" passirt ist. Aber immer nur zu so! Die Vergewaltigung ist ja noch immer das letzte und dazu auch sehr rasch abgebrauchte Mittel gewesen, mit welchem die Vertreter alter Anschauungen und brutaler Interessen neu aufkeimenden humanistischen Ideen entgegengetreten sind. Je nachdrücklicher die Gegner des Sozialismus sich dieses letzten Mittels bedienen, je besser für den Sozialismus, denn je eher sind sie am Ende ihres Lateins.

— So agitirt man. Wie wir durch unser Breslauer Parteiorgan, die „Wahrheit" erfahren, waren auf den Abend vor der Neuwahl nicht weniger als sechszehn Volksversammlungen anberaumt. In den vier Tagen vor der Wahl wurden im Ganzen siebenunddreißig Versammlungen abgehalten. Bravo!

— Auch der Gemeinderath von Marseille hat sich jetzt entschlossen, dem Beispiele des Gemeinderaths von Lyon folgend, die arbeitslosen Lyoner Arbeiter zu unterstützen — mit 10,000 Frcs. baar; außerdem wird er für 1½ Mill. öffentliche Bauten ausführen lassen, um die Versailler Arbeiter zu beschäftigen. Man sieht daraus, daß die französische Bourgeoisie nicht ganz so herzlos und auch nicht ganz so dumm ist, wie die deutsche.

— In der vom Birnbaum'schen Comité einberufenen Wählerversammlung, welche am 21. Febr. in Meerane statt hatte, machte Liebknecht auf mehrere Fälle von Beeinflussung und Maßregelung durch Arbeitgeber aufmerksam, und nannte u. A. die Firmen: Straff u. Sohn und L. Thieme u. Compagnie. Der anwesende Vertreter der ersteren konnte nicht in Abrede stellen, daß Arbeiterinnen, welche Abends zuvor die von sozialdemokratischer Seite einberufene Volksversammlung besucht hatten, deshalb gemaßregelt worden waren, wollte jedoch sonderbarerweise darin keine Wahlbeeinflussung erblicken, weil — die Arbeiterinnen ja nicht das Wahlrecht hätten! (Uebrigens versicherte er, daß diese Maßregel zurückgenommen sei.) Ein Vertreter der Firma Thieme u. Comp. leugnete Alles und forderte Liebknecht zum Widerruf auf, der selbstverständlich nicht erfolgen konnte, da Liebknecht nur gesagt hatte, was ihm von zuverlässigen Personen mitgetheilt worden.

Am Sonntag erhielt Liebknecht folgenden Brief:

Meerane, 24. Februar 1877.

Herrn Reichstagsabgeordneten Liebknecht
Leipzig.

Wir erachten es für unsere Pflicht, Sie von der gegen eine Aeußerung von Ihnen gerichteten Erklärung unserer sämmtlichen Arbeiter und Angestellten in Kenntniß zu setzen, was denn durch Ueberreichung eines Exemplares des hiesigen „Wochenblattes" geschieht.

In wie fern Sie Veranlassung nehmen werden, auf Grund dieser Erklärung auch Ihrerseits die uns angethane Beleidigung zu sühnen, bleiben wir zu erfahren gewärtig und zeichnen

Ergebenst
L. Thieme u. Comp.

Darauf antwortete Liebknecht:

Herrn L. Thieme u. Comp.
in Meerane.

Die „Erklärung Ihrer sämmtlichen Arbeiter und Angestellten" kann mich um so weniger zur Zurücknahme des von mir Gesagten bestimmen, als die nämliche Nummer des „Meeraner Wochenblatts", welche die „Erklärung Ihrer sämmtlichen Arbeiter und Angestellten" bringt, eine ähnliche, den gleichen Zweck verfolgende Erklärung der „Wahlberechtigten aus der mechanischen Weberei der Herren Straff u. Sohn" enthält, welch letztere Erklärung sich jedem aufmerksamen Leser sofort als Vertuschung der Wahrheit kennzeichnet.

Was ich in der Wählerversammlung vom 21. d. in Bezug auf Ihre Fabrik sagte, war mir von durchaus zuverlässiger Seite mitgetheilt worden. Ich habe seitdem genauere Nachforschungen angeordnet, deren Resultat ich spätestens binnen 14 Tagen erwarte. Ergiebt sich, daß ich falsch berichtet war, so werde ich nicht anstehen, dies öffentlich zu erklären. Ergiebt sich das Gegentheil, so werde ich diesen, wie zahlreiche andere Fälle von Beeinflussung durch Arbeitgeber oder deren Agenten unnachsichtlich vor das Tribunal der öffentlichen Meinung ziehen und im Reichstag zur Sprache bringen.

Leipzig, den 26. Februar 1877.

Ergebenst
W. Liebknecht.

Die in obigem Brief erwähnten zwei Erklärungen lauten:

Erklärung.

Die Unterzeichneten erklären hiermit an Eidesstatt, daß weder von den Inhabern der Firma L. Thieme u. Co. persönlich, noch von irgend Jemand in deren Auftrage Versuche gemacht worden sind, betreffs unserer Stimmenabgabe für die Wahl eines Reichstagsabgeordneten einen Einfluß oder gar einen Druck auf uns auszuüben.

Die von Herrn Liebknecht in der Versammlung des Städtischen Vereins in Bezug auf die Firma L. Thieme u. Co. gethane Aeußerung erklären wir somit für unwahr.

Meerane, den 23. Februar 1877.

Sämmtliche Arbeiter und Angestellte im Geschäfte
L. Thieme u. Co.

Unterschriften deponirt.

Entgegnung.

Als Entgegnung auf die von Herrn Liebknecht in der am 21. d. M. in Härtel's Saale stattgefundenen öffentlichen Wählerversammlung ausgesprochene Anschuldigung, eine unerlaubte Wahlbeeinflussung auf uns von Seiten unserer Herren Arbeitgeber

---

Die Uhren-Fabrikation in den Vereinigten Staaten Amerikas
oder
Maschinenarbeit gegen Handarbeit.

(Auszüge aus einer Rede, gehalten in dem Amphitheater des Primary College von la Chaux de fonds Dienstag, den 14. November 1876, durch Herrn Favre-Perret, Mitglied der Internationalen Jury von Uhren bei der Ausstellung in Philadelphia und einen der Schweizer Commissäre in den Vereinigten Staaten.)

Herr Arnold-Grotjean, Präsident der Handelskammer, kündigte an, daß Herr Eduard Favre-Perret, Mitglied der Internationalen Jury von Uhren bei der Philadelphiaer Ausstellung freundlichst eingewilligt habe, in la Chaux de fonds die Rede zu wiederholen, welche von ihm in Locle und Neufchatel über die Lage der Uhren-Industrie in den Vereinigten Staaten gehalten wurde.

Die Handelskammer würde gern gesehen haben, wenn sie im Stande gewesen wäre, einige Erzeugnisse der amerikanischen Uhren-Verfertigung vorzulegen, allein es war nicht möglich. In einigen Tagen wird eine Auswahl von 12 amerikanischen Uhren in der Horologcial-Schule (Schule für Uhrmacher) ausgelegt werden, die Jedermann zur Einsicht dienen werden.

Herr Grotjean fügte dann hinzu, daß er nach Verlesung der Redner gern jede Frage beantworten würde, die ihm vorgelegt werde.

Hierauf folgte der Vortrag Favre-Perret's:

Meine Herren! Ich muß damit anfangen, Ihnen mitzutheilen, daß Sie nicht einen Redner vor sich haben, sondern einen Fabrikanten, und als solcher bitte ich um Nachsicht. Ich werde Ihnen Auskunft geben, welche leider nicht günstig ist, und zwar über die Schweizer Uhren-Industrie gegenüber der amerikanischen. Ich werde Ihnen von Thatsachen sprechen, welche ich gesehen habe und wie ich dieselben aufgefaßt habe. Offenheit ist hierin nothwendiger als alles andere, denn durch Verbergen der schlechten Seiten einer schwierigen Lage kann man nicht dahin gelangen, sie zu bessern.

Es ist natürlich, meine Herren, daß ich Ihnen nicht einen vollständigen Bericht meiner Beobachtungen bei der Philadelphiaer Ausstellung bieten werde, dieselben werde ich in einem Berichte an den Bundesrath darlegen. Ich werde mich darauf beschränken, über amerikanische Uhrenverfertigung zu sprechen und dieselbe mit unserer eigenen und derjenigen unserer Nachbarstaaten zu vergleichen. Ich werde Ihnen mehr in Zahlen sprechen, Zahlen, wissen Sie, haben ihre eigene Beredsamkeit. Seit lange hörten wir hier von amerikanischer Concurrenz, ohne es zu glauben. Die Zweifler — und es waren deren viele — verneinten die Möglichkeit einer so schnellen und wichtigen Concurrenz. Heute sind wir durch Beweise gezwungen, die Existenz einer solchen von bedeutender Tragweite anzuerkennen. Wir haben die Beweise unter unseren eigenen Augen, wir haben die amerikanischen Fabriken gesehen und wir haben uns von deren Leistungsfähigkeit genau überzeugen können. — Wir haben die amerikanischen Fabriken in derselben Weise behandelt, wie die Fabriken der Nachbarstaaten, an deren Zukunft wir anfangs nicht glauben wollten und welche heute eine ernste Concurrenz bieten. Ich beziehe mich auf Besançon, Bienne, St. Imier, Morat, Schaffhausen. Wir müssen diese Beispiele in Betracht ziehen und keine Anstrengungen sparen, uns auf dem Niveau unserer Rivalen zu halten und uns nicht von denselben überbieten lassen, wie es in den verflossenen Jahren der Fall war. Bevor wir zu der Uhren-Fabrikation der Vereinigten Staaten übergehen, lassen Sie uns in einigen Zeilen die Fabrikation in Besançon untersuchen, welche wie Jedermann weiß, bis an's Ende des letzten Jahrhunderts zurückzuführen ist. Sie wurde durch eine Colonie von Neufchatellern gegründet. Besançon produzirte

1845	54,000	Uhren,
1855	192,000	„
1865	296,000	„
1875	420,000	„

Heute versieht Besançon den großen Markt Frankreichs und bereitet sich vor, mit den anderen europäischen Märkten zu concurriren.

Wohlan, meine Herren, wir sind auf demselben Wege, was die Vereinigten Staaten betrifft. Lange Zeit war Amerika der Hauptmarkt für unsre Uhren, Amerika war so zu sagen unsre Milchkuh. Heute müssen wir uns ernstlich vorbereiten, mit den Amerikanern zu kämpfen auf dem Felde, wo wir bis heute die Herren waren. Einige von Ihnen werden Herrn Dennison kennen, welcher sozusagen der Vater der amerikanischen Uhren-Fabrikation war. Herr Dennison reiste durch den Kanton Neufchatel, studirte unsre Fabrikationsweise, suchte sich von Allem zu unterrichten und nahm von der schwachen Seite unsrer Industrie sorgfältige Kenntniß. Nach seiner Rückkehr in Boston errichtete er eine Fabrik in Boston, die Bostoner Uhren-Gesellschaft. Dies war 1854. Das Kapital, kaum 100,000 Dollars, wurde mehr durch Kapitalisten als durch praktische Geschäftsleute gezeichnet. Im Anfange beschäftigte sich die Gesellschaft blos mit den rohen, skelettartigen Bewegungstheilen und war auf deren Fertigstellung für den Markt bedacht. — Schlagwerk, Balanciers, Juwelen 2c. wurden aus der Schweiz importirt. Nach und nach erweiterte die Fabrik ihre Operationen und erzeugte noch andere Theile. Trotz dieses Fortschrittes entsprach diese Betriebsweise nicht dem amerikanischen Charakter, welcher ungern das Kapital fast unfruchtbar liegen läßt, und so verließen die Kapitalisten die Fabrik und sie fallirte 1856.

Ein anderer Amerikaner, Herr Robins, den Sie auch, meine Herren, gekannt haben, als er mit uns in Handelsverbindung stand, vermuthete gute Spekulation und kaufte die ganze Fabrik einschließlich der Werkzeuge für 75,000 Dollars. Ein Jahr darauf übertrug er sie mit 145,000 Doll. an eine neue Gesellschaft, welche sich als die „Amerikanische Uhren-Gesellschaft" (A. Walch Co.) mit 200,000 Doll. Kapital incorporirte. Das Kapital wurde bald ungenügend und auf 300,000 Dollars vor dem Secessions-Kriege gebracht. Dieser Krieg, welcher geeignet schien, ein solches Unternehmen zu zerstören, war im Gegentheil zu dessen Heile ausgefallen. Amerika setzte eine Million Soldaten auf den Kriegsfuß und da Jeder eine Uhr brauchte, so war große Nachfrage auf dem Uhren-Markt. In dieser Conjunktur, welche für unsere Industrie eine günstige werden konnte, verfehlten wir, unser eignes Interesse zu erkennen. Statt gute Uhren den Amerikanern zu schicken, wurde der größte Ausschuß dahin gesandt.

Ja, wäre es thunlich gewesen, das bloße Räderwerk dorthin zu schicken, so wäre dies hier auch als genügend erachtet worden. Die Amerikaner jedoch arbeiteten nach einem ganz anderen Plan; die Gesellschaft vergrößerte ihre Aufgabe und stellte bald eine bessere gewöhnliche Uhr her als die Schweizer Uhren waren. Nach einigen Jahren und vom Patriotismus begünstigt, genoß die amerikanische Uhr eines besseren Rufes, während die unsrigen

betreffend, erklären wir hiermit der Wahrheit gemäß, daß wir in keiner Weise beeinflußt worden sind und die Herren Straff und Söhne einigen Arbeiterinnen der Ordnung halber nur in Folge ihres früheren Verlassens der Arbeit gekündigt, inzwischen aber auf erfolgtes Ansuchen die Kündigung wieder aufgehoben haben.

Die Wahlberechtigten aus der mechanischen Weberei der Herren Straff u. Sohn.

— Die Expedition der „Berliner Freien Presse" hatte sich am Sonnabend, den 24. Februar, des Besuches einer Anzahl Polizeibeamter zu erfreuen, die sich angelegentlich nach der dritten Lieferung des „Glöckner im Exil" erkundigten. Da den Abgesandten Teffendorf's natürlich die verlangte Auskunft nicht ertheilt wurde, machten sich die Herren selber an die Arbeit und durchstöberten die Lokalitäten genannter Expedition, ohne auch nur ein Exemplar der gesuchten Druckschrift finden zu können. Und da sie nicht fanden, was sie suchten, so gingen sie wieder.

— Das amtlich ermittelte Ergebniß der Nachwahl im 17. sächsischen Wahlkreis (Glauchau-Meerane) ist: Bracke 10,763, Birnbaum 8966.

— Gegen Bebel ist ein Bismarck'scher Strafantrag (Nr. zweitausend und —?) eingelaufen; die angebliche Beleidigung des Leichtsbeleidigten soll in der Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags ꝛc," verübt worden sein.

— Wir erhalten folgende Zuschrift:

Prag, 26. Februar 1877.

Werthe Genossen!

Mit Spannung folgten wir dem Wahlkampfe in Deutschland und mit Freude erfüllt uns Euer Erfolg. Ihr habt ganz Eure Pflicht gethan und der Erfolg Eurer Anstrengungen ist glänzend. Euer Erfolg ist unser Erfolg; Euer Sieg, durch den wir der Verwirklichung der sozialistischen Idee um ein Bedeutendes näher gerückt sind, ist unser Sieg. Ehre den Sozialisten Deutschlands! Hoch die Vereinigung der Proletarier aller Länder!

Im Namen der tschechischen Sozialisten:

August Horec. Lad. Zapotocky. Franz Maracek. Joseph Bernaschek. Anton Treska. Anton Kos. Joseph Praus.

Offenes Schreiben an die Redaktion des „Vorwärts" zu Leipzig.

Die geehrte Redaktion hat kürzlich, gleichwie früher diejenige des am 1. Oktober v. J. geschlossenen „Volksstaat", vermittelst einer Reihe von Artikeln im „Vorwärts", dem Publikum über die mir durch verschiedene preußische Behörden und Beamte wiederfahrenen — — — berichtet. Dabei ist ganz klar dargethan, wie es möglich gemacht werden konnte, mich durch gerichtliches rechtskräftiges Erkenntniß, welches indeß ex falsa causa (wegen falscher, unrichtiger Ursache) der Nullität (Nichtigkeit) anheimfällt, für einen Blödsinnigen erklären zu lassen, obgleich ich ein solcher nicht bin und nie war. Ich hebe hervor, daß, weil ich beim Beginn des betreffenden Gerichtsverfahrens zu Berlin wohnte, ich die Competenz des Berliner Kreisgerichts bestritt und diejenige des Stadtgerichts dortselbst behauptete, mich vor jenem dann auch gar nicht weiter ausließ. Die Competenz wurde aber festgehalten und ich wurde, ungehört, verurtheilt, weil das Berliner Polizeipräsidium amtlich zu den Akten erklärt hatte, daß ich in Berlin seit dem Jahr 1869 polizeilich nicht angemeldet worden sei. Dies ist, wie zwei von mir inzwischen beschaffte Dokumente, sogar eine Bescheinigung des Berliner Einwohner-Meldeamts, beweisen, ein falsum, daher: „falsa causa" und — darum: „Nullität des betreffenden Erkenntnisses", wie ich vorher es angab!

Für die Bemühungen der so hilfsbereiten Redaktion in Betreff meiner schwierigen Sache habe ich zunächst hier meinen wärmsten Dank zu sagen, obschon all' dergleichen, was in meinem Interesse geschieht, ja offenbar völlig vergeblich ist. Denn, wenn der Graf zu Eulenburg, welcher neulich im Abgeordnetenhause zu Berlin, zu fast allgemeinster Genugthuung, erklärte: er hoffe, mit dem Abgeordneten Schröder, daß er seinen Posten bald würde verlassen können, noch immer preußischer Minister ist, obgleich meine Gattin in einer Petition an die Abgeordneten vom 12. Juni 1875, wovon Abschriften an des Königs Wilhelm Majestät und an das preußische Staatsministerium, gleichwie an den bezeichneten Grafen selbst gelangt sind, diesen geradehin als „einen ordinären Verbrecher" in Betreff meiner — denunzirt hat, — — dann ist's wahrlich stark faul dort im preußischen Staate. Uebrigens hat der berühmte Professor Dr. Rudolph Virchow jenes ihm von mir anvertraute Schriftstück vom 12. Juni 1875, welches ich der Redaktion gelegentlich in Abschrift zur Veröffentlichung werde zugehen lassen, im Originale zurückbehalten, und selbst meine Erklärungen an die Fortschritts-Fraktion, deren Vorstand er mit bildet, dahin: „daß ich dies Stückchen veröffentlichen und dem Staatsanwalt melden würde," hat den Herrn Professor nicht einmal vermocht, eine Beilegung des Geschehenen nachzusuchen. So werde ich ihn denn behandeln, wie er es verdient. — Ist nun wohl auf die förmlich vernichtenden Angriffe aller Art, welche ja in Masse die Artikel des „Volksstaat" und des „Vorwärts" enthalten, auch nur von irgend einer Seite irgend welche Abwehr oder auch nur die kleinste Bemerkung erfolgt? — Nein. — Selbst die öffentlichen Blätter aller Farben, schweigen sie nicht durchaus bei solchen erdrückenden, zerschmetternden Anklagen, wie sie in meiner Sache das sonst von den Gegnern so aufmerksam gelesene Organ der Sozialdemokratie, vor welcher man doch wohl jetzt einigen Respekt bekommen hat, wider die Staatsgewalt in dem vermeintlichen Rechtsstaat par excellence — scharf genug ausdrückt? — Die Steine könnten reden, meine hohe Staatsregierung aber mit ihrem ganzen Gefolge jeglicher Art — schweigt dennoch in diesem schmählichen Falle, und mein erhabener Herr sogar, der, allgemein, nnd mit Recht, für so gerecht erachtete König Wilhelm, Kaiser von Deutschland, hat leider bisher auf alle meine devoten Gesuche um Applanirung der heikelen Angelegenheit, wozu ich gern bereit bin, oder um strengste öffentliche Untersuchung derselben, mit Namhaftmachung der dabei schuldigen und mir also regreßpflichtigen Staatsdiener, mich, gleich Allerhöchst seinen Behörden, nach wie vor, ohne Bescheidung zu lassen geruht. Und doch giebt mir die preußische Verfassungsurkunde, zweifellos, ein garantirtes Recht darauf, Bescheidung zu erhalten. — Ich habe inzwischen noch nicht einmal meinen vorletzten Schachzug gethan, die Broschüre nämlich ist noch nicht herausgegeben, welche das ganze Verfahren gegen mich von Anfang bis zu Ende klar- und bloßstellt und genau und grell beleuchtet. Denn ich möchte zuvor erst sehen, wie Abgeordnetenhaus und Reichstag in Berlin definitiv dasjenige erledigen, was ich ihnen überwiesen habe. Allerdings weiß ich bereits, daß ich von dorther auch nicht viel erwarten darf, denn die eine meiner Petitionen wurde zunächst völlig unbefugt in den Akten vergraben — ich hörte noch nicht, durch wessen Freundlichkeit —, zwei andere sollen gar nicht mit der Post, der ich sie hier in der Schweiz übergeben habe, eingetroffen sein — ich entdeckte noch nicht, wer sie unterschlug — und die angebliche Erledigung der letzten Petition an's Abgeordnetenhaus scheint nur fingirt zu sein, — wie und warum? das ist noch nicht ganz aufgeklärt. — Wahrlich, es geschieht immerhin Außerordentliches von allen Seiten, um mich todtzuschweigen und zu beseitigen und mich in Vergessenheit zu bringen. Ich hoffe aber, daß das nicht gelingen wird. Denn nimmer werde ich ablassen, die Anerkennung meines schwer verletzten staatsbürgerlichen Rechts und meiner frivol in den Koth getretenen Manneshre zu erstreben, bis solche entweder vollauf erfolgt ist oder sich das Grab über mir schließt. Ich gehe langsam und geduldig, aber unaufhaltsam und rastlos vor und auf mein Ziel los. — Damit das große Publikum, welches mir seine Sympathieen so überraschend vielfach und herzlich zu erkennen gegeben hat, so daß mir sogar anonyme Geldsendungen zugingen, jedoch fortan auch stets beurtheilen könne, wie ich meine Sache führe, indeß ich für „blödsinnig" gelte, möchte ich den ferneren Kampf mit der mir gegenüberstehenden furchtbaren Macht, der preußischen Beamtenhierarchie in den Polizei- und Justiz-Ressorts — ganz öffentlich führen. Ich wollte daher an alle diejenigen Stellen daheim, von wo ich auf meine Vorstellungen und Bitten nicht beschieden wurde und so auch an meinen, vielleicht nicht richtig über mich informirten und mir sonst so gnädig gewesenen Landesherrn, den ehrwürdigen deutschen Kaiser, submissest — offene Schreiben richten und darauf auch offene Bescheidungen vermittelst der Zeitungen und — wenn auch nicht expreß an mich gerichtet, so doch für's Publikum — mir zu erheischen erlauben. Erfolgten solche Bescheidungen alsdann nicht, so dürften diejenigen öffentlich verurtheilt ein, welche, selbigen Interpellationen und Provokationen gegenüber, das Publikum durch Schweigen darüber aufklären, was alles an mir gefrevelt worden ist. — Ich bitte die verehrliche Redaktion des „Vorwärts" sehr angelegentlich, mir dabei wie bisher hilfreich sein zu wollen und sonach die erwähnten offenen, stets nur kurz sein sollenden Schreiben des „Blödsinnigen" in ihrem vielgelesenen Blatte Spalten aufzunehmen. — Der Abdruck dieses längeren offenen Schreibens im „Vorwärts" würde mir und dem Publikum ein Zeichen sein können, daß meine Absicht bestens und treulich gewürdigt wird. — Schließlich will ich hier aber noch die Zuversicht aussprechen, daß alle deutschen öffentlichen Blätter, welche sich zu der anständigen, ehrlichen und freien, nicht servilen und feilen, Presse rechnen, ihr Lesepublikum wahrhaft von dem allen in Kenntniß setzen werden, was der ihnen sonst nicht behagende „Vorwärts" von mir, dem schlimmen, unheilbaren und gemeingefährlichen — „Blödsinnigen der preußischen Staatsgewalt", — demnächst enthält.

Zürich, den 22. Februar 1877.

Waldemar von Puttkammer,
Königl. Preuß. Rittmeister und Landwehr-Escadronführer ꝛc.

Correspondenzen.

Altona. Der Ausschluß der Arbeiter bei Kohn ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Weißbach, Bevollmächtigter der Schuhmachergewerkschaft.

Braunschweig, 22. Februar. Trotz unserer Wahlniederlage können sich die Gegner ihres Sieges nicht freuen. In der Stadt hatten wir die große Majorität und nur die Landbevölkerung gab den Ausschlag zu Gunsten der Liberalen. Stolz können unsere Gegner auf ihren Sieg nicht sein, denn es waren nur 147 Stimmen über die absolute Majorität, mit denen der liberale Candidat gesiegt hat. Sie rüsten denn auch zu neuen Kämpfen und fordern Alle, welche treu zu Kaiser und Reich stehen, auf, sich schon jetzt um das „liberale" Banner zu schaaren. Angesichts dieser Rührigkeit der Gegner müssen auch wir unsere Schuldigkeit thun und alle Kraft daran setzen, daß im Jahre 1880 ein Sozialiast Braunschweig im Reichstag vertritt. Ohne Kampf kein Sieg! L. Bose.

Braunschweig, 26. Februar. Am Sonnabend Abend wurde Bracke zur Feier seines Sieges in Glauchau-Meerane von fünf Gesangvereinen (Liederhalle, Einigkeit, Harmonia, Gutenberg und Lassallia) ein Ständchen gebracht. Obwohl keine Bekanntmachung erfolgt war, hatten sich doch an 2000 Personen eingefunden. Der ganze geräumige Hofraum und Diele, Speicher- und Haus-Treppen waren dicht besetzt und massenhaftes Publikum hatte sich auf der Straße gesammelt. Kokosky hielt eine kurze Ansprache, die mit einem Hoch auf Bracke schloß, der seinerseits den Versammelten seinen Dank aussprach und sie aufforderte, ihrerseits in ein Hoch einzustimmen auf die braven und tapfern Arbeiter von Glauchau-Meerane, die trotz des auf sie von den Gegnern geübten Druckes, trotz des Elends, das auf ihnen lastet, in so glänzender Weise sich als Männr bewährt haben. In dieses Hoch auf unsere Brüder in Glauchau-Meerane stimmten die Versammelten begeistert ein.

Mannheim, 30. Januar. (Gesammtbericht.) Die Agitation wurde Ende September von Genosse Dreesbach eingeleitet. Derselbe begann zu Haßloch mit gutem Erfolg am 24., unterstützt von Ehrhardt, wie auch am 25. zu Dürkheim, am 26. hielt Dreesbach der Partei zu Mannheim einen gelungenen Vortrag, am 28. war eine Volksversammlung zu Neustadt, den 29. in Lamprecht mit ebensoviel Beifall. Versammlungen zu Weidenthal und Ellmstein wurden uns durch Lokalschwierigkeiten und bürgermeisterliche Gesetzesunkenntniß vereitelt. Den 20. Oktober zu Neustadt hatte eine glänzend besuchte Versammlung statt, in welcher das bekannte liberale Beweismaterial: Brüllen, Knüppel ꝛc. in's Feld geführt wurde, trotzdem für uns von großem Vortheil. Den 3. in Edenkoben versuchte der dortige Bürgermeister Dreesbach eine Standrede zu halten. Den 7. fand in Neustadt Fortsetzung der am 2. Oktober aufgelösten Versammlung statt; der liberale Generalstab war vollzählig am Platze, aber die Replik von Dresbach, Ehrhart und einigen anderen schmerzte so, daß er bald das Feld räumte. Den 8. Oktober fand Dreesbach's Vortrag, unterstützt von Ehrhart ꝛc. allgemeinen Beifall. Den 9. in Frankenthal hielt Dreesbach die erste Versammlung seit drei Jahren ab mit sehr gutem Verlauf. Den 10. in Mannheim referirte Dreesbach über die Reichstagswahlen, Ehrhart über den letzten Sozialistencongreß. Den 11. in der Holzarbeitergewerkschaft Ludwigshafen fand Dreesbach ungetheilten Beifall; desgleichen am 16. in der Mannheimer Schneidergewerkschaft sowie in den Volksversammlungen am 15. in Oggersheim, 17. in Darmstadt, 18. in Speyer, 19. im Schreinerbund zu Mannheim, 20. in Frankenthal, 21. in Mannheim, 22. in Mutterstedt, 24. in Heidelberg, 25. und 28. in Karlsruhe, 30. in Constanz, 1. November in Göppingen, 4. in Reutlingen, 5. in Emingen, 6. in Eßlingen, 8. in Stuttgart, 9. ebendaselbst beim Schreinerbund, 11. Volksversammlung und 12. zum Stiftungsfest des Tischlerbunds war er Festredner, 14. in Pforzheim, 15. in Karlsruhe. Nach so angestrengter Thätigkeit war derselbe sehr angegriffen und mußte eine Pause eintreten lassen. Den 21. war Dreesbach in Offenbach, den 22. in Ludwigshafen mit ungeschwächter Energie wieder thätig. Den 25. in der Mannheimer Vorstadt Schwetzengergärten, den 26. in Külferthal und Mai in Speyer, den 27. Dreesbach und Mai in Speyer, den 28. Dreesbach und Koch in Oggersheim, den 29. Dreesbach wieder in Speyer, um den liberalen Maulhelden, voran dem dortigen Redakteur v. Vangerow, den Beweis zu liefern, daß er sich durch Brüllen nicht mundtodt machen lasse; die Gegner bezeichneten Dreesbach's dortiges Auftreten als musterhaft. Daran reihten sich Versammlungen zu Lemprecht und Haßloch, die ebenfalls, wie die vorangehenden, sehr gut verliefen. Vom 3. Dezember ab war Dreesbach im Offenbacher Wahlkreise thätig; am 16. fand wieder in Mannheim stark besuchte Volksversammlung statt, in der Dreesbach die nationalliberale Presse hiesigen Orts sowie die sogenannten Mannheimer Demokraten tüchtig geißelte. Den 17. fand in Weinheim eine guten Erfolg versprechende Versammlung von Dreesbach, unterstützt von Eisenhauer, statt. Am 17. war in Mannheim unsere Weihnachtsbescheerung, die eine Menschenmasse auf den Gambrinuskeller zusammenführte, wie dies noch nie zuvor dagewesen war; die Opferwilligkeit der Mannheimer Arbeiter bez. Parteigenossen hat am genannten Tage herrliche Früchte getragen. Den 20. referirte Dreesbach in Landau vor größtentheils „gebildetem" Auditorium, die Versammlung verlief trotz der verschiedenen, den heutigen Liberalismus kennzeichnenden Vorkommnisse sehr zu unsern Gunsten. Die Vers. am 21. in Neustedt war lokaler Verhältnisse halber schwach besucht, desto ausgezeichneter jedoch verlief die Versammlung in Elmstein, woselbst Dreesbach seine Candidatenrede hielt; es war dies die zweite Versammlung, die in genanntem Orte stattfand. In Ludwigshafen erfolgte nunmehr die Proklamirung des Candidaten für den Wahlkreis Speyer-Frankenthal; nach einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag von Dreesbach wurde derselbe von Ehrhart zum Candidaten unter rauschendem Beifall vorgeschlagen. Den 23. Dezember fand auch zu Mannheim eine sehr interessante Versammlung statt, einberufen von der sogenannten Mannheimer Demokratie. Zur angesetzten Zeit war denn auch der Badener Hof von den Sozialisten buchstäblich besetzt; als nunmehr die Auchdemokraten triumphirend angezogen kamen, war es ergötzend, die Grimassen zu sehen. Gleich bei der Eröffnung verlangte

---

überall in Mißkredit waren. Das Kapital wurde auf 750,000 Dollars gebracht und die Operationen der neuen Gesellschaft nahmen immense Verhältnisse an. Während der folgenden Jahre ging der Handel so gut, daß überall neue Uhren-Fabriken entstanden. Jedermann wollte Uhren machen. Heute giebt es an 11 Fabriken. Die Waltham-Gesellschaft beschäftigt an 900 Arbeiter und fertigt ungefähr 425 Werke pro Tag. Die Gesellschaft vermehrte wiederum ihr Kapital im Jahre 1872. Heute ist es 1,500,000 Dollars, außer 300,000 Dollars Reservefonds oder 9 Millionen Francs Kapital. Die Uhrenfabrik ist eine wahre Macht, es giebt keine solche in Europa. Wir haben sie in all ihren Einzelheiten gesehen, wir haben die splendide Organisation bewundert. Ihre Werkzeuge arbeiten so regelmäßig, daß alle einzelnen Theile einer Uhr ausgetauscht werden können und zwar vermittelst einer einfachen brieflichen Mittheilung, ohne daß man nöthig hätte, andere Theile der Uhr mitzuschicken. Die Frage ist oft aufgeworfen worden, ob die Amerikaner die Nachfrage ihrer Märkte befriedigen können. Ja, sie können es, wir sind vom amerikanischen Markt vertrieben, ich nehme davon die complicirten Uhren aus, in welchen wir die Ersten sind und hoffentlich bleiben werden. (Schluß folgt.)

— Johannes Scherr. In Nr. 3 Jahrgang 1877 der „Deutschen Dichterhalle", die sich mehr durch gutes Papier, als durch gute Gedichte empfiehlt, steht ein Aufsatz von Johannes Scherr, der folgenden Passus enthält:

„Ich weiß nicht, ob es Anderen auch so ergehen wird, aber mich hat von der Elendigkeit und Unhaltbarkeit unserer gesellschaftlichen Zustände diese Lebensbeschreibung eines deutschen Poeten eindringlicher überzeugt, als alle die grellen, krassen, immer zur Hälfte, oft zu zwei Dritteln verlogenen Schilderungen, welche die gewerbsmäßigen, „„vor Bezahlung"" reisenden und predigenden Agitatoren vom „„sozialen Elend"" entwerfen."

Im Jahre 1848 war Scherr Abgeordneter in der würtembergischen Kammer; er sollte als Feind der Regierung 1849 verhaftet werden. „Durch einen Polizeidiener rechtzeitig gewarnt, gelang es ihm aus Stuttgart in die Schweiz zu entkommen." (Dichterlexikon S. 271.) Johannes Scherr ist gegenwärtig Professor der Geschichte in Zürich, Mitarbeiter der Leipziger „Gartenlaube", gleichwohl „von der Elendigkeit unserer gesellschaftlichen Zustände überzeugt", schreibt er „vor Bezahlung" „oft zu zwei Dritteln verlogene Schilderungen". Wahrlich, der Mann verdiente es seinerzeit, durch einen „Polizeidiener" gerettet zu werden.

— Leibeigene. Nach offiziellen Angaben betrug am 1. Januar d. J. die Zahl der noch nicht aus der Robotpflicht abgelösten ehemaligen Leibeigenen der 37 Gouvernements Rußlands, in denen seit 1861 das Emanzipationsgesetz gilt, immer noch 2,007,854. Im Ganzen wurden bis jetzt 5,413,345 Leibeigene (nur die Familienhäupter gezählt) zu landbesitzenden, freien Bauern gemacht, darunter 639,636 mit Unterstützung durch den Staat.

— Alte Zeitung. In der Universitätsbibliothek zu Heidelberg wurde ein fast ganz vollständig erhaltener Jahrgang einer gedruckten Zeitung aus dem Jahre 1609 aufgefunden. Der Titel dieser bis jetzt ältesten bekannten deutschen Zeitung, vielleicht eine der größten typographischen Seltenheiten neuerer Zeit, lautet buchstäblich folgendermaßen:

Relation:
Aller Fürnemmen und gedenkwürdigen
Historien, so sich hin vnnd wider
in Hoch vnnd Nieder-Teutschland, auch
in Frankreich, Italien, Schott- vnd Engelland
Hiffpanien, Hungern, Polen, Siebenbürgen,
Wallachey, Moldaw, Türkey ꝛc. Inn
diesem 1609. Jahr verlauffen
vnd zutragen möchte.
Alles auff das trewlichst wie
ich solche bekommen vnd zu wegen
bringen mag, in Truck verfertigen will.

— Schnitzer. Als die „Neue Frankf. Presse" nach dem Durchfall ihres Frankfurter Candidaten zur Reichstagswahl ihren schmerzlichen Gefühlen Ausdruck gab, ist ihr etwas Menschlich's passirt. Indem sie hofft, daß es ihrer Partei bald gelingen werde, in den von der Demokratie seither beherrschten Kreisen dem Licht und der wahren Freiheit zum Siege zu verhelfen, war daselbst statt dessen zu lesen: . . zum Sturze zu verhelfen!

— Universität in Australien. Die Universität von Port-Adelaide (Hafen- und Hauptstadt der englischen Colonie Südaustralien, am Torreusflusse) hat soeben das Fest ihres einjährigen Bestehens gefeiert. Die Zahl der Studirenden beträgt 14, worunter 7 Damen sind! —

Mai das Wort zur Geschäftsordnung, um die Wahl eines Bureau zu verlangen, diese „unverschämte Forderung" jedoch brachte die angeblichen Volksmänner so außer Fassung, daß sie fürchterlich brüllten, darnach trat der Candidat derselben, das Schooßkind der Mannheimer Philister, Herr v. Feder, in die Arena, um zu erklären, daß er schon zweimal hereingefallen und nunmehr am Abgrunde des dritten Falles stehe. Ihm wollte Mai entgegnen, allein der Skandal von jener Seite mehrte sich derart, daß der Landtagsabgeordnete Schneider die Gelegenheit wahrnahm, die Versammlung zu schließen, die Sozialisten zogen ab, und wer dem nicht nachkam, wurde schließlich auf unsanfte Weise transportirt; dann ging die Pauke des Candidaten von neuem los. Den 24. Abends referirte Dreesbach noch zu Friesenheim unter allgemeinem Beifall, den 26. Ehrhart und Mai in Mutterstedt und Dreesbach in Neustadt mit gutem Erfolg. Es folgten nunmehr noch einige Versammlungen zu Heidelberg und Karlsruhe. Mittwoch den 27. Dezember wurde Mai auf Frankenthaler Requisition verhaftet, nnd zwar wegen des ersten und letzten Artikels der Agitationsnummer; man hielt ihn vier Wochen gefangen und ließ ihn nach der Wahl frei, um ihn an das Schwurgericht zu verweisen; man war jedenfalls der Meinung, uns dadurch großen Nachtheil zu bereiten, allein daß wir dies gehörig und mit Erfolg benutzten, ist natürlich. Eine der glänzendsten Versammlungen zu Mannheim fand Freitag den 29. Dezember, von uns einberufen, statt, in derselben sollte das Treiben unserer Afterdemokraten gekennzeichnet werden. Ehrhart referirte über verschiedene Vorgänge, worauf Dreesbach ebenso gelungen über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der Compromiß im Reichstage" sprach. — Von den Versammlungen, die von genanntem Tage bis zur Reichstagswahl stattfanden, sind als besonders beachtenswerth hervorzuheben eine von Dreesbach abgehaltene zu Mundenheim, die ausgezeichnet verlief, eine von Ehrhart in Laumersheim. Auf letzterer versuchte ein Stud. med. zu interpelliren; er hielt seine eingeochste Rede schon vor der Versammlung am Biertisch; bei der Versammlung war das Latein des Herrn zu Ende und er erging sich in allen rednerischen Luftspringen über alles Mögliche und Unmögliche. Eine fernere Versammlung zu Friesenheim wurde, da die Anzeige Samstag um 4 Uhr auf Sonntag um 3 Uhr Nachmittags, also eine Stunde zu spät erfolgte, vereitelt, was jedoch nicht verhinderte, daß sich die gesammte Arbeiterschaft dortselbst um ihren Candidaten sammelte und dieser in ungebundenem Gespräch seine Bestrebungen auseinandersetzte. Am 6. Januar hatte Herr Julius Schulze sich die Sozialdemokraten als Zielscheibe seiner Redepfeile auserlesen, derselbe war der Meinung, es seien die Sozialisten nicht vertreten, allein Ehrhart lieferte ihm, obwohl man demselben die Redezeit beschränkte, den Beweis, daß es jedem Arbeiter ein Leichtes ist, die verleumderischen, nach Denunziation riechenden Anschuldigungen der Gegner zurückzuweisen. Nun mag der bescheidene Julius die Erfahrung gemacht haben, daß in der Pfalz, und namentlich da wo wir Boden gefaßt, für ihn kein Weizen blühe. Montag den 8. Januar hatte die hohe Geistlichkeit von Speyer eine Volksversammlung nach Mundenheim berufen, in der sie glaubte den Rahm von Dreesbach's erfolgreicher Thätigkeit abzuschöpfen, allein Ehrhart und Eisenhauer gaben ihnen verschiedene Denkzettel, die sie noch am 10. Januar spürten. An genanntem Tage hatte auch Dreesbach wieder eine sehr gute Versammlung zu Speyer. Am 9. Januar sollte nunmehr in Ludwigshafen unserer Agitation die Krone aufgesetzt werden, die dortige Versammlung war zum Erdrücken besetzt; bei seinem Eintreten wurde Dreesbach mit stürmischem Beifall empfangen; er verstand es denn auch, in anderthalbstündiger fließender Rede die Anwesenden zu fesseln; der anwesende bisherige Vertreter des Kreises hatte ob dieser Stimmung nicht den Muth, das Wort zu ergreifen, dafür jedoch ein Schulmeisterlein namens Haberkam, der vorgab, schon vor Jahren in einer sachsischen Stadt den Genossen Bebel abgefertigt zu haben. Wessen Geisteskind derselbe war, das zeigten Dreesbach und Ehrhart der Versammlung so deutlich, daß er das Gelübde gethan haben soll, niemals mehr vor öffentlich versammeltem Volke aufschneiden zu wollen.

Ziehen wir nunmehr die Summe unserer unermüdlichen Agitation zusammen, so können wir wohl mit den Resultaten zufrieden sein; können wir auch nicht wie die Brüder im Norden Tausende aufmarschiren lassen, so müssen doch die Verhältnisse hierorts berücksichtigt werden. Doch haben wir bereits in verschiedenen Orten der Pfalz relative, theilweise auch absolute Majoritäten erzielt. In dem Kreis Neustadt-Landau erhielt Dreesbach 879 Stimmen, im Jahre 1874 gar keine. Im Wahlkreise Speyer-Frankenthal Dreesbach 1780, im Jahre 1874 752. In Mannheim Bebel 1684, im Jahre 1874 1040. Heidelberg hat seine Stimmenzahl ebenfalls mindestens verdoppelt, Karlsruhe erzielte 600 Stimmen. Unser Wirken brachte uns somit über 5000 Stimmen; schaffen wir so fort, so muß die Zukunft unser sein. Vor der Wahl schon erließen die Liberalen eine Anzahl von Flugblättern, die die erbärmlichsten Schmähungen wider uns enthielten; nun sie das Resultat sehen, können sie heulmeiern in allen Tonarten; der „Pfälzer Kurier" verlangt schon heilsame Mittel gegen die Kanaille. Ueber Wahlbeeinflussungen wird allerwärts geklagt, auch wir hätten deren eine Unmasse aufzuzählen. Mögen sich jetzt einstweilen unsere Gegner ob ihrer Pyrrhussiege freuen. Mit Maßregelungen hat man auch bereits den Anfang gemacht. — Nun denn, Genossen, auf zu neuem Kampf uad zum Sieg.

Mit sozialistischem Gruß

F. A. des Agitationscomités der Pfalz und Baden:
F. J. Ehrhardt, J. 1, Nr. 17.

NB. Abrechnung erfolgt auf dem nächsten Arbeitertag.

Mannheim. (Eine Literatenperle der herrschenden Klassen.) Die hiesige Strafkammer beschäftigte sich am Freitag, den 9. Februar mit einem Falle, der, obwohl im „Vorwärts" schon angedeutet, doch des Interessanten genug bietet, um noch einmal erwähnt zu werden. Es hatte sich nämlich einer der greulichsten Sozialistenfresser, ein gewisser Fritz Brentano, der schon eine Reihe von Jahren als getreuer Satrape an dem Bismarck'schen Triumphkarren gezogen, wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Es schien dem liberalen Parteiführer (jetzigen Reichstagsabgeordneten) Kiefer als Staatsanwalt schwer zu fallen, einen jahrelangen, getreuen Mitkämpen der Gerechtigkeit zu überliefern. Fritz Brentano war Redakteur und angeblicher Besitzer des hiesigen „Neuen Mannheimer Anzeiger", den der Volksmund ob seines literarischen Diebstahls den Namen Bärenzeitung beigelegt hat. Brentano ist verheirathet, war fruher Schauspieler und hatte vor Antritt seiner hiesigen Stelle eine solche in Mainz inne mit 2200 Thlr. Gehalt. Er wurde bis zu seinem 23. Lebensjahr dreimal zu mehrmonatlichem Gefängniß wegen Diebstahls, im Jahre 1863 sogar zu 2 Jahren Zuchthaus wegen wiederholt groben Diebstahls verurtheilt. — Er druckte für die Rheinische Creditbank Schuldscheinformulare und behielt sich einige derselben zurück, um in betrügerischer Weise davon Gebrauch zu machen. Den Anfang mit dem Betrug machte er bei einem Frl. Schröder, der Vorsteherin einer hiesigen „Wirthschaft" die ihm schon verschiedene Darlehne gemacht hatte. Brentano füllte zu diesem Zweck eines der obigen Formulare auf die Summe von 830 Mark 19 Pfg. aus und ließ sich die Summe von 320 Mark als Vorschuß aushändigen. Ein Beweis, auf welche Weise dieser saubere Patron zarte Bande zu würdigen weiß. Obwohl Brentano versuchte, sein intimes Verhältniß zu vorbemerkten Hause in Abrede zu stellen, so belehren uns doch Briefe, die bei der Verhandlung zur Verlesung gelangten, hinlänglich hierüber. Zu seiner Vertheidigung machte Brentano geltend, daß er seit 14 Jahren nicht mehr (gestohlen) bestraft. (Welches Wunder bei 2200 Thlr. Gehalt?) Ferner, daß seine Arbeiter ihn mit dem fälligen Lohn drängten, sowie seine verzweiflungsvolle pekuniäre Lage. Bemerkenswerth sind die Beschuldigungen Brentano's gegen den früheren Besitzer F. Schneider, welchen er als Schwindler und Betrüger hinstellt. In der That ist es auch ein sonderbares Geschick, das auf betr. Unternehmen ruht. J. Schneider, ein dunkler Ehrenmann, der sich vom rothesten Jakobiner bis zum schwärzesten Reaktionär umgewandelt hat, stand vor Jahresfrist vor demselben Gericht, angeklagt der falschen Versicherung an Eidesstatt, um dadurch Vermögensvortheile zu erzielen. Derselbe verfügte jedoch über einen großen Geldbeutel, es gelang ihm, seine Freisprechung zu erwirken. Der Staatsanwalt ergriff Rekurs, der allerdings die Freisprechung bestätigte. Die öffentliche Meinung jedoch war anderer Ansicht. Letzterer Umstand veranlaßte denn auch J. Schneider, sein seitheriges Mannheimer Paradies zu verlassen. Derselbe ist jetzt Eigenthümer und Herausgeber der offiziösen „Straßburger Zeitung". Daraus ist zu ersehen, weß Geisteskinder die Vertreter der heutigen Ordnung sind. — Der geschorne Brentano hat übrigens versprochen, bei dem Gantverfahren näheres über besagten Schneider der Oeffentlichkeit zu übergeben, und werde ich mich beeilen, sobald die verschiedenen dunklen Thaten offiziell constatirt sind, sie dem „Vorwärts" zu übermitteln. Wie ich schon anführte, der reiche Schneider ist noch im Ansehen und macht noch die öffentliche Meinung. Fritz Brentano ist zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt. Die Herren Richter nahmen mildernde Umstände an. —

Zwickau. Wenn wir der Verpflichtung, den Parteigenossen über die Wahlagitation in unserm Wahlkreis Bericht zu erstatten nachkommen, so soll dies in Berücksichtigung des erklärlichen Stoffandranges bei der Redaktion d. Bl. in gedrängtester Kürze geschehen. Wir hielten während der Wahlbewegung 40 Versammlungen ab, die fast alle gut besucht und 1/3 davon überfüllt waren. Referenten waren die Genossen Hasenclever in einer Versammlung, dann Motteler, Mehlhorn, Nauert, Ebert, Stolle und mehrere Genossen aus dem Agitationscomité.

Das immermehr sich verbreitende Verständniß und die gerechte Würdigung des sozialistischen Prinzips sowie der selbstverständlich in der schmutzigsten Weise geführte Kampf der Gegner erwarb uns das gewiß zufriedenstellende Resultat 1874: Motteler 8941, Streit (liberal) 7531; 1877: Motteler 10,971, Händel (liberal) 5116, Walter (fortschrittlich-conservativ) 1752. Also die Gegner haben bei aller Anstrengung und Anwendung der verwerflichsten Mittel einen Rückgang von 663 Stimmen, wir aber einen Zuwachs von 2030 Stimmen zu verzeichnen. Zahlen sprechen, nur ist der Umstand zu beachten, daß unsere Gegner in ihrer Versumpfung weder hören noch sehen. Ist uns auch recht. Die Agitation für die immer weitere Ausbreitung der sozialistischen Idee ist sofort wieder aufgenommen worden und wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Das Central Wahlcomité des 18. sächsischen Wahlkreises.

Glauchau, 21. Februar (Politische Maßregelung.) Gestern Vormittag wurde unser Parteigenosse Julius Seifert, beschäftigt in der Leuschner'schen Fabrik, durch den Procurist Rueff entlassen, weil er — sozialistischen Ideen huldigte. Ein eigenthümliches Zusammentreffen (?) fügte es, das Tags vorher in einer Volksversammlung in Niederlungwitz Fabrikbesitzer Seidel behauptet hatte, im 17. Wahlkreis sei noch kein Arbeiter seiner politischen Ansichten halber gemaßregelt worden, worauf Seifert erwiderte, daß dies doch vorgekommen sei. — Auf solche Art und Weise verlangt das auf seinen Geldsack pochende Großkapitalistenthum, daß der Arbeiter sich nur ihm physisch unterwerfe und ausbeuten lasse, sondern auch geistig soll der Arbeiter geknechtet werden. Für die elenden paar Lohnpfennige soll der nach dem Gesetz freie deutsche Staatsbürger dem Geldsack auch noch seinen Charakter, seine Männlichkeit verkaufen. Es wurde Seifert mitgetheilt, daß er dableiben könne, wenn er von seinen Ideen ablassen wolle, worauf derselbe mannhaft erwiderte, daß er seine Gesinnung nicht verkaufe und daß es gleichgiltig sei, in welchem Geschäft er verhungere. (Glauchauer Nachr.)

Glauchau. Zur Unterstützung der Nachwahl gingen bei uns ein: 70,00 vom Wahlcomité Dresden durch J. J. Peters; 10,00 aus Leipzig von einem ehemaligen Anhänger Birnbaum's; 3,00 von einem Freunde unserer Sache durch C. Preezich in Freeden; 1,00 von Adolph Schulze aus Schwez; 1,00 von Reinhold Wiedemann in Lauban; 3,09 von Carl Schumann aus Limbach gesammelt; 10,00 von C. Münch aus Zittau; 40,00 von den Parteigenossen Bielefelds durch H. Kuhlmann; 4,30 von den Cigarrenarbeitern der Fabrik Benslow u. Sohn in Berlin durch F. Bohnstedt; 17,00 von den Parteigenossen Leipzigs durch H. Jansen; 1,00 von B. R. in Leipzig; 5,00 von F. R. in Berlin; 6,00 von L. M. in Nürnberg; 3,00 vom Verein Glauchau; 4,00 zweiter Beitrag eines ehemaligen Anhängers von Birnbaum; 3,00 von F. T. Glauchau; 3,00 von St. Glauchau. Summa: 184,39.

Die Exped. der „Glauchauer Nachrichten".

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben sich betreffs ihrer Thätigkeit in der laufenden Session verständigt. Sie werden u. A. ein Arbeiterschutzgesetz und ein Gesetz zum Schutz der Wähler und zur Garantie der Wahlfreiheit (gegen Beeinflussungen seitens Beamter und Arbeitgeber) beantragen.

Die Expeditionen aller Parteiblätter werden gebeten, während der Dauer der Session je 2 Exemplare an das Bureau des Reichstags zu senden.

Berichtigung.

In dem Aufsatz „Le Socialisme contemporain en Allemagne" ist am Ende des ersten Absatzes zu lesen für Tabouret (ein niedriger Sessel) Cabaret = Thee- oder Kaffeebrett.

Briefkasten

der Redaktion. Den Parteigenossen in Frdbrg.: Das Bilderbuch ist der Druckerei übergeben; ich habe die Veröffentlichung auf's Wärmste angerathen. Eine geschäftliche Entscheidung steht mir nicht zu. W. L. — Dr. Ph. P. in Rheinau: Wollen Sie uns nicht gefälligst den Inhalt der Abhandlung kurz angeben. — K. in Düsseldorf: Ihrem freundlichen Wink, für den wir herzlich danken, ist Folge geleistet. — J. S. in Erbach i. Odenwald: Theuer finden wir das Millot'sche Geschichtswerk nicht, auch ist dasselbe nicht werthlos, doch glauben wir, daß es derzeit etwas veraltet sein durfte. Die Arndt'sche Geschichte der Revolution giebt annähernd zuverlässige Thatsachen mit Dokumenten in schöner Sprache, ist aber vom strengen monarchistischen Standpunkt geschrieben und demgemäß gefärbt. Das beste Handbuch ist wohl noch immer das Mignet'sche.

K. in W.: Sendung erhalten. Quittung erfolgt von Parteiwegen.

Für Red. d. „Vorwärts": W. Liebknecht.

der Expedition. Wahlverein Ottensen: Ihr Depot für Annoncen ist bereits um 12,10 M. überschritten; wir müssen daher um Geldsendung ersuchen.

Die Parteicolporteure werden freundlichst ersucht, Ihre genauen Adressen an mich gelangen zu lassen.

Hagen i. Westf. Carl Klein.

pr. Ad.: Wilh. Deitelhoff, Bergstr.

Quittung. Dr. Wzgr Paris Schr. 4,00. Arbeiterbild.-Verein hier Ann. 3,60. Lthld hier Ab. 1,80. Exnr Wien Ab. 1,62. Stffns Harburg Ann. 0,70. Mhrhnn Barmen Ab. 200,00. Frch Königsberg Schr. 5,65. Kllwrt Cannstadt Schr. 4,60. Fchverein der Manufakturarbeiter b. Zwickau Ab. 3,28. Br Gießen Ab. 8,00. Knzlmnn Reutlingen Schr. 1,65. Gr Osnabrück Ab. 10,20. Linschlgr Herlasgrün Schr. 3,80. Lz Halberstadt Schr. 2,20. Rhwr Bremen Schr. 11,00. Rß Marburg Schr. 7,00. Rngr Aßgersdorf Schr. 3,20. Brbm Gotha Ab. 14,20. Hch Frankfurt Ab. 21,20. Bdng Mühlheim Schr. 2,25. Krß Straßburg Schr. 2,22. Wlck hier Ann. 0,80. Hhn Kleinzschocher Ab. 0,60. Bhmr Löbau Ab. 2,00. Wahlverein Limmer Ann. 0,40. Schlgl Graz ab. 15,00 Strk Kiel Ann. 1,00. Lgs Hannover Ann. 0,10. Schrdr hier Ann. 0,60. Flschr Kleinzschocher Ab. 12,00. Wbr Oettingen Ab. 1,00. Rdgr Halle Ab. 8,00. Drp Verden Ab. 8,00. Vr Bockenheim Ab. 7,00. Grth Aachen Schr. 6,98.

Wahlfonds.

Von T. Görlitz d. Ißlb u. B. hier 19,70. Arbeiterver. Plagwitz d. Quenzel 0,70.

Anzeigen 2c.

Altona. Sonnabend, den 8. März, Abends 8½ Uhr, in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [50

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 3. März, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Boge, Mittelstraße 11:

Geschlossene Versammlung.

Tagesordnung: 1) Abrechnung. 2) Anträge von Meister Schröder u. s. w. (F 161) Der Vorstand. [70

Kiel. Sonnabend, den 3. März, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten": (F. 182)

Oeffentliche Sozialisten-Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jeder Gesinnungsgenosse wird ersucht zu erscheinen.

70] Chr. Starck.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 3. März, Abends 8 Uhr: Versammlung. Am Täubchenweg, Restauration von Jul. Menzel. Tagesordnung: Gewerkschaftliches. [40

Leipzig. Donnerstag, den 1. März, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Wahlagitation im 17. sächsischen Wahlkreis und die liberale Presse. Referenten Liebknecht und Nauert. [90

(2b) Der Einberufer.

Limmer. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 3. März, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Hengstmann: Oeffentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag. (F 198) D. V. [40

Sonntag, den 4. März

Wahl-Sieges-Fest

im

Salon „Germania" zu Sellerhausen

unter

Mitwirkung des Gesangvereins „Frohsinn" aus Stötteritz und den Sängern des Arbeiter-Bildungs-Vereins in Leipzig.

Festrede vom Reichstagsabg. Motteler. Der Vertreter unseres Wahlkreises, Herr Demmler, hat sein Erscheinen bestimmt zugesagt.

Billets sind zu haben für Herren 30 Pf., für Damen 20 Pf. beim Castellan Lehmann, Arbeiter-Bildungs-Verein, Herrn Grude, An der Papiermühle zu Stötteritz, Herrn Dohne, Volkmarsdorf, sowie in meinem Lokal Scharr, Restaurateur.

Eröffnung: 4 Uhr. Anfang: 4½ Uhr.

Die Freunde der Arbeitersache ersuche ich, ein schönes Fest versprechend, dem von Herrn Scharr veranstalteten Feste so zahlreich wie möglich beizuwohnen. H. Dohne. [540

Meinen Freunden und Fachgenossen in München herzliches Lebewohl! Otto Schröder, Schneider. [60

Freunde und Parteigenossen, welche den Aufenthalt des Daniel Keil (Schuhmacher von Mosbach, Hessen) kennen, sind dringend um Angabe desselben ersucht. H. Reichhart. [120

(2b) Allg. Arbeiterbildungsverein St. Gallen.

Filialexpedition betr.

Vom 1. April an ist die Filiale für die Parteiblätter in Thonberg anderweitig zu vergeben. Parteigenossen, welche gesonnen sein sollten, dieselbe zu übernehmen, werden ersucht, sich mit uns ins Einvernehmen zu setzen.

Leipzig. Die Exped. des „Vorwärts".

Soeben erschien:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und Jr. Jourde.

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.
Färberstraße 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hatz, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lantermann, 296 Division Street.
San Franzisco: J. Fritz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandly, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 27. Sonntag, 4. März. 1877.

Die Wahlbeeinflussungen und Maßregelungen,

wie solche seitens verschiedener Behörden und Arbeitgeber während der letzten Wahlen ausgeübt wurden, sollen zur Kenntniß des Reichstages gebracht werden, und richten wir deshalb an Jedermann, der im Stande ist, unter entsprechender Zeugenschaft, genau und verläßlich zu berichten, die dringende Aufforderung, schleunigst die Einzelheiten der betreffenden Fälle wahrheitsgetreu und unter Vermeidung jeder Uebertreibung mittheilen zu wollen an

Die Redaktion des „Vorwärts".
Leipzig, Färberstraße 12, II.

Angabe der Zeugen ist beizufügen. Eile thut noth!

Ueber die soziale Bedeutung der Sonntagsfrage.

Die Geschichte lehrt uns, daß gewisse Religionsübungen, -Ceremonien und -Gebräuche aus äußeren Bedürfnissen und Nothwendigkeiten hervorgegangen sind und nur die Hülle für durchaus praktische Bestimmungen des materiellen Lebens bilden. Die häufigen Waschungen sind im Orient eine sanitäre (d. h. aus Gesundheitsrücksichten getroffene) Maßregel, ebenso die Beschneidung, ebenso das Verbot Schweinefleisch zu genießen bei den Juden.

Die meisten Gesetzgeber haben für nöthig gehalten, den für vortheilhaft, ja nothwendig erkannten gesetzlichen Bestimmungen eine besonders bindende Kraft zu verleihen dadurch, daß sie dieselben auf die „göttliche" Autorität zurückführten. Im Islam ist deshalb der Koran nicht nur Quelle der Religionslehren, sondern auch des Rechtes und aller seiner Institute und Anschauungen. Wir haben ja sogar noch in unserer eigenen Gesetzgebung Paragraphen, welche es mit dem Gottesbegriff zu thun haben: wir haben die ganzen Verfügungen im Auge, welche den Eid betreffen. Da glaubt man eben durch Beziehung auf die vorgestellte Gottheit der Forderung der Gerechtigkeit einen größeren Gehorsam, eine größere Bereitwilligkeit zu sichern und die Rechtsverhältnisse auf einen festeren Boden zu stellen. Die Praxis beweist aber, daß dieser Zweck eben nicht oder nur sehr mangelhaft erreicht wird.

Die Zeugenanrufung der Gottheit hindert faktisch nicht, daß eine Unwahrheit gelobt oder beschworen wird: die Meineide sind nichts so seltenes; absolute Sicherheit für die Wahrheit einer Aussage, eines Versprechens geben sie also nicht; das einfache Gelöbniß ist für den wackern und braven Menschen bindend genug, der religiöse Schwur für den, der täuschen will, auch nur ein leicht zerreißbares Band. Geradezu eine Fessel, ein Gewissensdruck aber ist die Nöthigung zum Eide für den, der sich zur Annahme eines persönlichen Gottes nicht verstehen will und kann.

Die Worte der Genesis, des ersten Buches Mosis, welche vorschreiben: „Sechs Tage sollst du arbeiten, doch am siebenten Tag sollst du ruhen", formuliren ebenfalls ein auf physische Gesetze und Bedürfnisse zurückzuführendes Gebot der Natur und der Vernunft, dem man eben, um seiner Erfolge sicher zu sein, in der Theokratie (Verschmelzung von geistlicher und staatlicher Organisation eines Volkes, hier des Judenthums) einen religiösen Hintergrund gab.

Aus diesen Gründen haben die „Frommen" in Norddeutschland in öffentlichen Volksversammlungen die Initiative ergriffen zu einer neuen Erörterung der Sonntagsfrage in ihrer sozialen Bedeutung. Der Referent, Herr Hofprediger Baur aus Berlin, war nun so verständig, zu seiner Auseinandersetzung über das Thema sich eine sicherere Basis zu wählen, als sie die jüdische Legende giebt in dem Beispiel „des Herrn", der auch nach sechstägiger Schöpfungsstrapaze den siebenten Tag sich zum Ruhetag erkoren habe. Ein tüchtiger Mediziner, Dr. Paul Niemeyer, mit seiner preisgekrönten Schrift „Die Sonntagsruhe vom Standpuntte der Gesundheitslehre" war es, dessen Forschungen den Leitfaden für die Betrachtung der einschlagenden Verhältnisse in der Gegenwart darboten. Die verschiedensten Berufskreise: Handarbeiter, Verwaltungsbeamte, Briefträger ꝛc., musterte der Redner und zeigte, wie mangelhaft die angebliche Sonntagsruhe in der That den in Frage stehenden Leuten gesichert sei. Der Sonntag sei der Tag der Menschheit — und damit giebt der Redner zu, daß es Klassen giebt, deren Wochentagsdasein eben kein menschenwürdiges ist. Daß ihnen auch der Sonntag nicht gehört, ist ja eben die Klage des Referenten.

Mit der Sonntagsfrage hänge eng zusammen die schädliche Einrichtung der Lohnauszahlung am Sonnabend Abend, welch- Einkäufe erst am Sonntag möglich mache und solche dadurch vertheure. Sich selbst zu helfen sei dem arbeitenden Volk nicht möglich, also müsse der Staat kräftig eingreifen und dasselbe vor der Willkür (natürlich: des Kapitals) schützen. Diese Volkssache müsse auch das Volk betreiben.

Und in der That, ohne Unterbrechung alle Tage arbeiten ist ein Ding der Unmöglichkeit; die nicht eingehaltene Sonntagsruhe wird eben naturgemäß an einem andern Tage nachgeholt. Auch für die geistige Entwicklung ist ein voller Tag der Ruhe nothwendig.

Die Sozialdemokratie aber sieht in der Regelung der Sonntagsfrage, wie es in der betreffenden Versammlung Parteigenosse Auer zum Ausdruck brachte, nur einen Theil der nothwendigen Umgestaltungen des sozialen Lebens; in dieselbe Kategorie gehörten für uns: Verbot der Kinderarbeit, aller der Gesundheit und Sittlichkeit nachtheiligen Familienarbeit u. s. w. So ist uns natürlich diese eine Forderung untrennbar von den anderen gleich wichtigen und verwandten. Dieser Auffassung gemäß lautete die vom Genossen Auer vorgeschlagenen Resolution:

„Die Versammlung erkennt an, daß ein großer Theil unserer sozialen Schäden darauf zurückzuführen ist, daß unserm arbeitenden Volke die Wohlthat einer normalen, möglichst fest begrenzten Arbeitszeit und besonders der Sonntagsruhe vielfach — auch in Hamburg — vorenthalten wird.

„Die Versammlung erkennt an, daß es darum die Pflicht aller sei, denen das Wohl des arbeitenden Volkes am Herzen liegt (ohne Unterschied der Partei), zunächst dem Volke die Sonntagsruhe wieder zu sichern und deshalb der Sonntagsarbeit entgegenzutreten. Freie Vereinigungen mit gegenseitiger Verpflichtung haben erfahrungsmäßig sich für die Zustände der Gesammtheit als nicht ausreichend erwiesen. Daher ist ein Einschreiten des Staates und der Gemeinden zu Gunsten einer normalen Arbeitszeit nachdrücklichst zu fordern. In dieser Ueberzeugung beschließt die Versammlung:

„1) Durch eine an den hohen Senat gerichtete Eingabe zunächst gegen die Sonntagsarbeit vorstellig zu werden.

„2) Demnächst eine neue Versammlung zur Berathung einer Zuschrift an den Reichstag bezüglich Einführung eines Arbeiterschutzgesetzes (Normalarbeitstag) stattfinden zu lassen.

„3) Die Ausarbeitung eines Entwurfs beider Eingaben (an Senat und Reichstag) überweist die Versammlung einer Commission von 8 Personen, in der 4 Personen aus den Reihen der Arbeiterpartei und je 2 Personen aus den Reihen der Einberufer und der liberalen Partei Sitz haben sollen. Die Wahl der Commissionsmitglieder erfolgt durch die Versammlung."

So steht denn in Aussicht, daß diese Grund- und Fundamental-Frage einmal an der öffentlichsten Stelle zur Diskussion gelangt. Wir geben uns bei den bestehenden Zahlenverhältnissen der Parteien keinerlei zu kühnen Hoffnungen hin, aber durch Behandlung dieser Frage an der genannten Stelle wird die Aufmerksamkeit von neuem auch in sonst für derartige Gegenstände gleichgiltigen Gesellschaftskreisen wachgerufen, und die öffentliche Meinung wird die reaktionären Elemente nöthigen, endlich den Forderungen der Gerechtigkeit und der Vernunft Folge zu leisten und der Culturentwicklung einen freieren Fortschritt möglich zu machen, indem sie es aufgeben, dem Vorwärtsstreben allerlei Hemmschuhe anzulegen.

Die erste Frucht

unserer wahrlich noch kaum nennenswerthen Erfolge bei den jüngsten Reichstagswahlen beginnt sich bereits bemerkbar zu machen. Es ist nicht viel, eigentlich noch blutwenig, es ist nichts weiter, als daß unsere Gegner, nachdem sie bislang zum großen Theil unsere Bestrebungen entweder vornehm-hochmüthig ignorirt oder durch allerhand Nadelstiche und Hetzereien niederzudrücken gesucht haben, nunmehr diesen Bestrebungen einige Beachtung zuwenden.

So wenig das auch ist, so ist es immerhin doch schon Etwas! und die natürliche Folge unserer unablässigen, unverdrossenen Thätigkeit.

Jahrelang haben wir unermüdlich und mit dem Aufwand aller Kräfte an der Seite eines nur kleinen Fähnleins von Gesinnungsgenossen in Wort und Schrift gekämpft, haben, fortwährend gehetzt und verfolgt, die größten Verunglimpfungen ertragen, und nachdem wir ungeachtet aller Hindernisse es endlich dahin gebracht, die träge Masse aus dem Schlafe zu rütteln und zu ermuntern, fängt es an, sich in deutschen Landen ein wenig zu rühren und zu regen.

Wohl ist dieses Rühren und Regen uns noch keineswegs günstig, es zeigt sich dabei alles eher als ein Wohlwollen für unsere Bestrebungen, — aber es ist immerhin eine Regsamkeit erwacht, ein gewisses Interesse erweckt, worauf wir mit einiger Befriedigung blicken dürfen.

Die von uns in Fluß gebrachte Frage — heute bereits die brennende Frage des Tages — wird zwar nicht mit Ruhe und Objektivität besprochen und behandelt, aber sie wird zum mindesten nicht mehr ganz ignorirt!

Allerdings glaubt noch der überwiegend große Theil unserer Gegner, diese etwas in den Vordergrund getretene Frage durch drastische Mittel zur Lösung — vielmehr zum Schweigen zu bringen. Vorläufig erachten sie sich nur unnöthig alarmirt und etwas unsanft aus ihrer Ruhe gebracht, grollen uns darob, schlagen Lärm, erklären „das Vaterland in Gefahr" und möchten am liebsten nach der Polizei rufen, wollen bald das Wahlrecht beschränkt, bald verschärfte Maßregeln gegen Presse und Versammlungsrecht in Anwendung gebracht haben; sie sehen in ihrer Verblendung nur die Führer, die Personen, mit denen sie schon fertig werden wollen, — nicht aber die Sache selbst. Als wenn die Frage auf künstlichem Wege entstanden, als wenn sie überhaupt auf diesem Wege aufrecht zu erhalten wäre, wenn sie nicht in sich selbst die Existenzfähigkeit besitzen sollte? Nicht die Führer der Bewegung, nicht deren größere oder geringere Befähigung haben die Frage angefacht, sie hat sich aus sich selbst, aus den gegebenen Verhältnissen mit zwingender, historischer Gewalt entwickelt und mit elementarischer Macht Bahn gebrochen! Die Personen sind auch nur ein Produkt derselben und nichts weiter als die Ausrufer, die Verkünder der mit sicheren Schritten herannahenden neuen Zeit, sie haben nur die Fahne derselben in die Hand genommen, marschiren voran und rufen der Gesellschaft zu: „Vorwärts"!

Und darum „Revolutionäre", „Umstürzler", „Rothe"? Weil wir das Signal geben der mit Riesenschritten herannahenden neuen Zeitepoche? Eine gar armselige, wenn nicht gar böswillige Logik das! Als wenn derjenige, der Risse und Sprünge in einem morsch gewordenen Gebäude rechtzeitig wahrnimmt, die Bewohner vor dem drohenden Zusammensturz warnt und ihnen räth, sich vorzusehen und zeitig anderwärts unter sicheren Schutz zu begeben, der Aufwiegler und Umstürzler wäre! Wir sind es nicht, die das alte Gemäuer zum Zusammenstürzen bringen, wir würden, wenn es in der That noch auf gesunder, kräftiger Grundlage ruhen sollte, gar vergeblich daran rütteln!

Aber als Warner sind wir ihnen unbequem geworden und so möchten sie uns am liebsten zum Schweigen bringen. Sie möchten den Lärm unserer Signale mit ihren „ehernen Zungen" übertönen, uns das Lied vom „Säbel haut und Flinte schießt" vorsingen, und wo man haut und schießt, da giebt es Revolution und rothes Blut, ergo: sind wir die Revolutionäre, die Rothen!

Doch es beginnt auch im Lager unserer Gegner zu tagen, nicht alle sind es mehr, die so sprechen und denken, es giebt schon so manche, die die Löcher und Risse im Staatsgebäude wahrgenommen haben wollen und wir bemerken bereits bei so manchem ein ernstes Nachdenken, hier und da ein bedenkliches Stirnrunzeln und Kopfschütteln, ein verschämtes Lispeln, „daß etwas faul sei im Staate" und daß man darüber so ohne weiteres nicht hinweggehen könne. Ja es werden bereits Stimmen laut, „daß etwas geschehen müsse."

Zwar meinen diese Wenigen, welche sich einer bessern Einsicht nicht wohl verschließen können und wollen, mit einem Ausbessern, einem künstlichen Stützen des Gebäudes sei es gethan und werde den bereits gar zu laut gewordenen Klagen und Beschwerden abgeholfen — aber, obgleich wir darin keine Hilfe zu sehen vermögen, so sei es darum! Verhindern können wir's ja doch nicht. Also frisch an's Werk und beginnt mit euren Versuchen. Liegt doch darin zum wenigsten einiger guter Wille. Aber Eile thut noth! Ueberall bei unseren Nachbarn sehen wir die Werkmeister daran gehen zu verstopfen und zu verkleistern, sie sind bereits in voller Thätigkeit, nur ihr, ihr habt noch gar viele Theorien auszukramen, und vom Gedanken bis zur That ist bei euch ein gar weiter Schritt.

Unsere Aufgabe ist es, unbeirrt von allen Anfeindungen auf die Mängel und Gebrechen hinzuweisen, zur Abhilfe anzueifern und anzuspornen, und da sich die Erkenntniß von der Unhaltbarkeit der Dinge schon ziemlich Bahn gebrochen und immer mehr erweitert und ausgebreitet hat, so hoffen wir auch, wenn auch nur langsam und allmählig, aber jedenfalls friedlich und freundschaftlich unter einander die Frage zum Austrag zu bringen. Eurer leidenschaftlichen, ungemüthlichen Sprache wollen wir eine ruhige, sachliche Antwort entgegenbringen. Vorläufig wollen wir uns daran genügen lassen, die Sache überhaupt zur Diskussion gebracht zu haben. Unsere Genossen, welche sich von Tag zu Tag vermehren, wissen diesen kleinen Erfolg zu würdigen und werden unermüdet weiter arbeiten, um mit uns zum Ziele zu gelangen.

Genossen, die Arbeit ist gethan — frisch an die Arbeit!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Reichstag ist acht Tage zu früh einberufen! Mit dieser Sentenz schließt die „Vossische Zeitung" eine Betrachtung über die Geschäftslage der beiden eine Zeit lang nebeneinander tagenden gesetzgebenden Körper, des preußischen Landtages und des Reichstags. Sie reflektirt, daß die in beiden Körperschaften sitzenden Abgeordneten nicht in allzugroße Verlegenheit kommen dürften, da die Vorlagen, welche man dem Reichstage zu übermitteln gedenke, keineswegs soweit gefördert seien, daß ihre Unterbreitung eher als in acht Tagen erfolgen könne. Die Spezialetats seien ebenfalls noch nicht dem Reichstage übermittelt, ohne die — sie behandeln ja den nervus rerum, die Geldfrage — ersprießliche Erörterungen äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich. Für die Herren, welche zugleich im preußischen Landtage sitzen, ist freilich Material genug zur Beschäftigung vorhanden, die nur zum Reichstag Entsandten, „die ohne eine solche Nebenbeschäftigung in Berlin sich aufzuhalten genöthigt sind, ist die Geschäftslage minder angenehm." Für die Festsetzung des Einberufungstermins zum Reichstag wäre es freilich für die immer noch (trotz Schulze-Delitzsch) diätenlosen Abgeordneten angenehmer, wenn sie nach Fertigstellung aller nöthigen Vorarbeiten erfolgte.

— Wahlwehr. Gelegentlich eines Banquets in Karlsruhe machte ein begabter, strebsamer Anwalt Namens Mittel den glorreichen Vorschlag, eine Wahlwehr zu bilden, in der Weise, wie man Feuerwehren, Wasserwehren ꝛc. habe. Die erläuternden Beispiele beweisen, wie das neuerfundene Wort grammatisch und sachlich zu verstehen ist: man ist versucht, sich eine Organisation (mit oder ohne Mausergewehr, Karabiner oder Revolver?) darunter vorzustellen, die unliebsamen Elementen verwehrt, ihr Wahlrecht auszuüben, auf daß das freie Wahlrecht noch freier werde! Der Gedanke ist so herrlich, daß wir vorschlagen möchten, dem, der ihn ausgeheckt, ein Plätzchen in der großen Ruhmes-Walhalla zu reserviren, zu deren Herstellung ja neulich das Abgeordnetenhaus sein pflichtschuldiges „Ja" gesagt hat, mit einziger Ausnahme des Senfft von Pilsach, des conservativsten der Conservativen, der angesichts der Nothlage diese große, zu einem absolut unproduktiven Zweck ausgegebene Ausgabe beanstandete.

— **Der Despotismus des Kapitals.** Man schreibt uns aus dem 22. sächsischen Wahlkreis: „Die Wahlschlacht ist vorüber und der Sieg blieb diesmal auf unserer Seite. Mit 8140 Stimmen siegte unser Candidat gegen den liberalen Candidaten mit 4694 und den conservativen mit 3048 Stimmen. Der Kampf war auch hier, wie überall, ein äußerst erbitterter, und ist die Wuth der geschlagenen Gegner eine grenzenlose; besonders auf liberaler Seite. Da nun aber trotz aller Wuth an dem Wahlresultat nichts mehr zu ändern ist, so suchen sich unsere Gegner auf andere Weise zu rächen und so haben sie denn in Reichenbach und Netzschkau und auch an anderen Orten eine Anzahl von bekannten Parteigenossen außer Arbeit geschickt und mit weiteren Maßregelungen gedroht. So z. B. hat in Reichenbach einer der größten dortigen Fabrikanten von seinen Arbeitern ein von der Gemeindebehörde beglaubigtes Attest verlangt, in welchem bestätigt war, daß Inhaber kein Anhänger der Sozialdemokratie sei; ein anderer Fabrikant legte seinen Arbeitern einen Bogen vor, auf welchem sie erklären mußten, welcher Partei sie angehören. Wer da weiß, welche Noth und welches Elend gerade jetzt unter den Webern in hiesiger Gegend herrscht und wie es geradezu ein Unglück für einen Arbeiter ist, wenn er jetzt seine Arbeit verliert, der wird es begreiflich finden, daß, durch den Hunger nnd die in Aussicht gestellte Noth geschreckt, mancher Arbeiter sich als Gegner der Sozialdemokratie bekannte, der sonst mit Leib und Seele für unsere Ideen eingetreten. Daß aber mit solchen Gewaltmitteln nichts ausgerichtet, im Gegentheil die Erbitterung nur gesteigert und manchem Arbeiter, der bis jetzt noch an die „Humanität" der „Herren" glaubte, die Augen geöffnet wurden, deß können unsere Gegner allerorts versichert sein."

Aehnliche Berichte laufen von allen Seiten ein. Es zeigt sich eben wieder einmal so recht augenfällig, daß der Despotismus des Kapitals an Brutalität, Menschenverachtung und Herzlosigkeit keiner anderen Form des Despotismus nachsteht, ja eher noch sie übertrifft. Wie wir in letzter Nummer bereits meldeten, werden unsere Abgeordneten im Reichstag ein Gesetz zum Schutze der Wahlfreiheit beantragen, und dann wird sich Gelegenheit bieten, die massenhaften Wahlbeeinflussungen, Maßregelungen aus politischen Gründen u. s. w. zur Sprache zu bringen, und die Urheber verdientermaßen an den Pranger zu stellen. Es ist nun Sache der Parteigenossen, die sozialistischen Abgeordneten mit dem betreffenden Material zu versehen. (Siehe die Aufforderung am Kopfe des Blattes.) An anderer Stelle veröffentlichen wir einige Schriftstücke, welche die oben erwähnten Vorgänge im 22. sächsischen Wahlbezirke detailliren und beleuchten.

— **Schulze-Delitzsch** hat mit seinen Gründungen zur „Lösung der sozialen Frage" entschiedenes Unglück. Nicht genug damit, daß die bösen Thatsachen schon längst ihr verurtheilendes Verdikt über die Spar-, Credit-, Consum-, Rohstoff- und sonstigen Vereine abgegeben haben, vergeht noch zum Ueberfluß fast keine Woche, wo nicht bald dieser oder jener Verein fallirte, oder dieser oder jener Leiter eines der genannten Vereine es vorzöge, mit den ihm anvertrauten Geldern das Weite zu suchen, anstatt sie ehrlich zu verwalten. So schreibt man z. B. unterm 22. Februar aus Stuttgart:

„Große Aufregung erregt in dem benachbarten Cannstatt und auch in hiesigen Kreisen das plötzliche Verschwinden des Commerzienraths Paul Krauß, Vorstand der Spar- und Vorschußbank, der das seiner Leitung anvertraute Institut, wie sich heute herausstellt, um ganz colossale Summen betrogen hat. Bis jetzt ist ein Defizit von nahezu 250,000 Mark constatirt. Das Defizit wurde durch Fälschungen verdeckt; über den Aufenthalt des früher hochangesehenen Commerzienraths Krauß, der steckbrieflich verfolgt wird, ist noch nichts Bestimmtes bekannt. Nach Privatbriefen soll sich derselbe nach Madrid begeben haben. Eine große Anzahl von unbemittelten Leuten sind durch den gewissenlosen Beamten um ihre sauren Ersparnisse betrogen worden."

So sehr auch die genasführten und betrogenen Theilhaber an den Schulze'schen Gründungen zu beklagen sind — der Sozialismus kann bei sothaner Entwicklung der Dinge nur profitiren.

— **Ueber die Folgen der wirthschaftlichen Krisis** in Böhmen entnehmen wir einem confiscirten Artikel des Reichenberger „Arbeiterfreundes" folgende Mittheilungen:

„Tausende von Arbeitern hat die schon so lang anhaltende Geschäftsstockung in dem industriereichen Nordböhmen unbarmherzig auf's Pflaster geworfen; Tausende von Familien sind dem größten Elende preisgegeben; Hunderte von Kleingewerbtreibenden wurden ihrer Selbständigkeit beraubt und sehen einer hoffnungslosen Zukunft entgegen; Hunderte von Famlien haben die Heimat, die sie ja längst nicht mehr als wahre Heimat betrachten konnten, da die Bande, die sie an dieselbe fesselten, durch das grausame Proletarierschicksal schonungslos zerrissen wurden, verlassen, um sich in Brasilien oder Australien ein neues Heim zu gründen — oder, wie vielfach bewiesen, einem noch schrecklicheren Schicksale entgegen zu gehen. — Mag nun auch der Hoffnungsstern, der den Armen jenseits des Oceans leuchtete, einen trügerischen Schein verbreitet haben, mag auch die Wirklichkeit der gemachten Vorstellung nicht entsprechen, so ist doch der Eifer, mit dem sie einem „Vaterlande", das ihnen nur Noth und Elend bot, den Rücken kehrten und einer unsicheren Zukunft freudig entgegeneilten, sehr leicht erklärlich. Setzt doch der Spieler oft sein Alles auf eine Karte."

— **Die Freiheit der politischen Ueberzeugung der Arbeiter.** Die vereinigten Vorstände der Stadtberner Sektionen des Schweizer Arbeiterbundes bringen in einer Beilage der „Tagwacht" Folgendes: „Aus der mechanischen Seidenstoffweberei Simon und Lindt in Bern wurden am 5. Februar zwei Arbeiter entlassen, weil sie Mitglieder des Schweizerischen Arbeiterbundes und als solche natürlich auch für denselben thätig sind, dabei aber immer die Einrichtungen der Simon-Lindt'schen Fabrik nicht nur in nicht absprechender, sondern im Gegentheil anerkennender Weise besprochen haben, obgleich schwere Mängel zu rügen seien, z. B. die Ventilation. Beide sind Familienväter und lange Zeit in dem Etablissement beschäftigt, und sie fühlen natürlich diese Maßregel sehr empfindlich. Zur Motivirung ihres Vorgehens machten ihre „Herren" geltend, sie hätten nicht nur in ihrem, sondern in aller Arbeitgeber Interesse so gehandelt; man sei von deren Seite mit vielen Verbesserungen ꝛc. ꝛc. vorgegangen. Zunächst suchte nun der Parteivorstand die Sache auf gütlichem Wege wieder auszugleichen, jedoch blieb dieser Versuch erfolglos und zwar durch Schuld der „Herren", speziell des Direktors Lindt. Sieben resp. vier Jahre lang war man mit den Leistungen der beiden Gemaßregelten zufrieden; nachträgliche Ausstellungen sind also nur eine Ausrede, da ja vorher ganz bestimmt ausgesprochen wurde, nur der Umstand, daß die Betreffenden Mitglieder des Arbeiterbundes seien, habe die Maßregel veranlaßt. Dann setzt das Flugblatt auseinander, wie die Bestrebungen unserer Partei in erster Linie die thatsächliche Handhabung der bestehenden Gesetze, die dem Volke verbrieft seien, zum Ziele haben, und fordert schließlich alle Vorurtheilsfreien auf, erst zu prüfen und dann zu urtheilen.

— Der frühere Redakteur des „Volksstaat", **Rindt**, ist am 27. Februar aus dem Leipziger Bezirksgerichtsgefängniß entlassen worden, nachdem er daselbst eine Haft von fünfzehn Monaten verbüßt hatte. Wir heißen Parteigenossen Rindt hiermit herzlichst willkommen.

— **Unsere Breslauer Genossen** sind bei der am 27. Februar stattgehabten Stichwahl zwar den vereinigten Gegnern, die natürlich kolossale Anstrengungen gemacht haben, wieder unterlegen, aber in ehrenvollster Weise, indem sie wieder 300 bis 400 Stimmen gewonnen haben. Parteigenosse Kräcker hat 7467 Stimmen gegen 9345 des Fortschrittlers Bürgers und Genosse Bäthke 7810 gegen 9045 des Nationalliberalen Molinari erhalten. 15,000 standhaft ausharrende sozialistische Reichstagswähler, das ist das über alle Erwartung glänzende Ergebniß der Wahlcampagne in Breslau.

Der Despotismus des Kapitals.

Die in der sozialpolitischen Uebersicht der heutigen Nummer erwähnten Schriftstücke, die sämmtlich im Annoncentheil der Reichenbacher Lokalblätter veröffentlicht worden sind, lauten wie folgt:

Bitte.

In Folge des sozialistischen Wahlsieges im 22. Kreise haben einige freisinnige Arbeitgeber mehrere Arbeiter, welche bei der Wahl thätig waren, außer Arbeit gesetzt und damit deren Familien dem Hunger preisgegeben, da in der jetzigen Zeit Arbeit nicht zu beschaffen ist. Wir ersuchen alle Freunde unserer Sache, Unterstützungen jeglicher Art im Consumverein und bei bekannten Sozialisten abzugeben und bitten diejenigen Herren Arbeitgeber, welche die Arbeiter als Menschen achten und ihnen politische Gesinnung gestatten, für Unterbringung der Gemaßregelten, welche gut und fleißig arbeiten, nach Möglichkeit gefl. Sorge tragen zu wollen.

Für das Central-Wahlcomité.
Rob. Müller.

Erklärung.

Herr Robert Müller hat in den beiden hiesigen Blättern vom 3. Februar wiederholt in einer anmaßenden, verletzenden Weise, unter dem Mantel der Humanität gegen hiesige Arbeitgeber sich ausgesprochen, was Unterzeichnete veranlaßt, hierauf Folgendes zu erklären.

Die hiesigen Arbeitgeber betrachten diese Einmischung weniger als Gefühlssache, sondern hauptsächlich als Parteimanöver in seiner Stellung als Agitator der Sozialdemokratie.

Genannter bezahlter Agitator scheint allerdings keinen Begriff zu haben, mit welchen Schwierigkeiten der Arbeitgeber in geschäftsloser Zeit zu kämpfen hat. Wenn der Arbeitgeber durch fortdauernden Mangel an Beschäftigung und gewiß nicht zu seiner Freude, Arbeiter ablohnen muß, so beansprucht er dieses Recht ohne Einmischung eines Agitators der Sozialdemokratie unbedingt nur für sich, und wenn unter den abgelohnten Arbeitern Sozialdemokraten sich befinden, ja selbst für den Fall, daß dann diese vorerst abgelohnt werden, kann man dies nicht unnatürlich finden. Es ist ja bekannt, daß die Sozialdemokratie gegen die Interessen der Arbeitgeber arbeitet, begreiflich ist es dann wohl auch, daß diejenigen Arbeiter, welche genannter Partei angehören und deren Ziele anstreben, also eine feindliche Stellung gegen ihre Arbeitgeber einnehmen, nicht verlangen können, von diesen in arbeitsloser Zeit, wie die jetzige ist, mit großen Opfern noch bevorzugt zu werden.

Auch hier behält sich der Arbeitgeber vollständige Freiheit in seinem Handeln vor und ist sich bewußt, daß er den Arbeiter als Mensch mehr achtet, als die Agitatoren der Sozialdemokratie, welche, ohne die den Arbeitern in Aussicht gestellte Hülfe schaffen zu können, nur Unzufriedenheit unter sie bringen. Worte stillen den Hunger nicht, und wenn solche noch so glänzend geschrieben sind. Der Arbeitgeber hat und wird auch ferner, soweit es in seinen Kräften steht, gerne Opfer bringen und wird auch, sollte der Mangel an Arbeit noch größer werden, was Gott verhüten möge, zeigen, daß er dann mehr zu thatsächlicher Hülfe beitragen wird, als die Führer der Sozialdemokratie.

Mehrere Arbeitgeber.

Berichtigung.

Obwohl von Seiten des soz. Central-Comité auf das charakterlose Gebahren einiger Arbeitgeber, Sozialisten ihrer Gesinnung wegen außer Arbeit zu setzen, in der schonendsten Weise und Nichtnennung der betreffenden Namen, 3 Wochen nach der That mit einer Bitte für die Gemaßregelten vorgegangen wurde, haben sich doch mehrere zartfühlende, gute und fromme Arbeitgeber veranlaßt gesehen, dagegen eine nichtserklärende Erklärung loszulassen, welche von Unwahrheiten strotzt und mich persönlich derart betrifft, daß ich verichtigen muß.

Ich hätte mich wiederholt in einer anmaßenden, verletzenden Weise, unter dem Mantel der Humanität gegen hiesige Arbeitgeber ausgesprochen, dies sei weniger Gefühlssache, vielmehr Parteimanöver. Dies ist unwahr. Ich habe stets maßvoll und anständig die Herren Arbeitgeber behandelt, wie sie selbst wiederholt zugestanden, und betrachte mein Einmischen als Pflichtsache; es wäre mir lieber, wenn es nicht sein müßte. Als bezahlter Agitator werde ich aufgeführt, wie werden sich die Herren gefreut haben, dieses, ihr Geistesprodukt, zum ersten Male gegen meine Person auf's Papier geklekst zu haben, jede alte Frau weiß, daß ich in Geldsachen reine Hände habe und trotz vieler Zeitopfer keine Bezahlung annehme, daß ich blos während der Wahlbewegung Brod für meine Familie bekam und nach wie vor gern arbeite und gering lebe. Die Einsender wissen das als Männer nicht und deshalb imputiren sie mir ihre Gefühle, wonach zur Arbeit fürs Allgemeine man nur von Gelderwerb getrieben werden kann.

Lächerlich ist der Vorwurf, ich hätte keinen Begriff, mit welchen Schwierigkeiten der Arbeitgeber in geschäftsloser Zeit zu kämpfen hat. Man hört und sieht dies ja täglich und fühlt es persönlich mit. Aber mit Herabsetzung der schon geringen Löhne, mit harter Behandlung und dergl. werden diese Schwierigkeiten auch gar nicht beseitigt. Sind wir nun einmal mit unserm Gewerbe dahin gekommen, daß von Verdienst keine Rede mehr sein kann und der Lohn nur noch als capitalistischer Gnadenbrocken zu betrachten ist, damit das Volk nicht ganz verhungert, so ist man als Arbeiter wohl berechtigt, den Arbeitgebern zuzurufen wie ich dies bereits gethan habe: Thut Euch keinen Schaden, Ihr könnt den Verfall nicht aufhalten, wir können nicht leben, Ihr geht zu Grunde und hinterher trifft uns noch die Schuld, wegen der täglichen Bankerotte. Mag aus uns werden was will. Solche Arbeiter betteln und weinen nicht im Comptoir, machen also dem Arbeitgeber das Herz nicht schwer. Mit Mannesmuth erwarten sie ihr Schicksal mit dem Vorsatze, daß, wenn nicht durch Arbeit jeglicher Art Brod erworben werden

---

Die Uhren-Fabrikation in den Vereinigten Staaten Amerikas
oder
Maschinenarbeit gegen Handarbeit.
(Schluß.)

Anno 1860 produzirten die amerikanischen Gesellschaften blos 15,000 Uhren, 1863 100,000, heute produziren sie 250,000 und diese Zahl kann leicht verdoppelt werden, wenn die Krisis, welche dort sowohl als hier herrscht, zu Ende geht. Denn wir wollen nicht vergessen, daß, wenn auch mehrere Fabriken während der Krisis geschlossen wurden, die Werkzeuge und die Arbeiter noch da sind, um die Arbeit nöthigenfalls wieder aufzunehmen. Auch dürfen wir nicht die großen Zölle und Frachten außer Acht lassen, die ungefähr 25 bis 30 Prozent betragen, und welche uns jede Möglichkeit benehmen, den Kampf wieder aufzunehmen. Und da wir nun die Produktionsziffern der Vereinigten Staaten kennen, so können wir leicht mit Hilfe der offiziellen Berichte eine Rechnung von der Uhren-Consumtion dieses Landes geben. Wir sandten nach den Vereinigten Staaten: 1864 169,000, 1865 226,000, 1866 262,000, 1867 207,000, 1868 209,000, 1869 206,000, 1870 330,000, 1871 342,000, 1872 366,000, 1873 204,000, 1874 187,000, 1875 134,000 Uhren. Im Jahre 1876 werden wir kaum 75,000 Uhren hingeschickt haben, oder seit 1872 ein Defizit von 300,000 Uhren. Was für ein Verlust für die Schweiz und besonders für Neufchatel! denn dieses Defizit betrifft hauptsächlich unsern Kanton, und wir können uns leicht vom Faktum überzeugen. 1875 lieferte Chaux de fonds 106,000 Uhren oder Werke; im vorhergehenden Jahre lieferte es das Doppelte, es beträgt somit das Defizit für Chaux de fonds allein 4,000,000 Francs, für Locle, Neufchatel ꝛc. ungefähr dieselbe Zahl im Verhältniß.

Wir haben gesehen, daß der Versandt unserer Waaren bedeutend abgenommen hat. Sollen wir die Ursache der Krisis zuschreiben? Natürlich können wir dies in vielen Beziehungen, das kann nicht geleugnet werden. Aber die amerikanische Concurrenz trägt noch mehr dazu bei. Die Amerikaner haben bereits angefangen ihr Fabrikat nach Europa zu schicken; in England verkaufen sie jährlich 20,000 bis 30,000 Uhren. Die amerikanische Uhr fängt an, vom englischen Markte sowohl die schweizer Uhr als die englische Uhr zu verdrängen. Die Amerikaner begannen für ihr Fabrikat Nachfrage in Indien und Australien zu schaffen und dann vermöge ihrer mächtigen Exporthäuser England zu betreten. In Moskau und Petersburg haben sie bedeutende Zweighäuser errichtet. Sie halten es nicht geheim und sagen es laut, sie suchen uns erst aus ihrem eigenen Lande zu jagen und dann mit uns auf eigenem Boden zu conkurriren, wenn unsere Trägheit und unser blindes Vertrauen ihnen freies Feld lassen.

Ich gestehe offen, daß ich an der Möglichkeit dieser Conkurrenz gezweifelt habe. Aber nun habe ich es gesehen — ich habe es gefühlt — und bin über die Gefahr erschrocken, welche unsere Industrie bedroht. Ich bin nicht der Einzige, der so denkt. Die „Société Internationale" hat einen Delegirten zur Nachforschung abgeschickt und sein Bericht ist wie der meinige. Bis jetzt dachten wir Amerika von Europa abhängig. Wir sind getäuscht. Die Amerikaner werden uns ihr Fabrikat schicken, da wir ihnen nicht unseres schicken können. Ihr Import beschränkt sich nicht blos auf Uhren, andere europäische Erzeugnisse sind gleich unserem bedroht. Amerika sendet bereits baumwollene Stoffe nach England, welches bis jetzt in diesem Artikel alle Weltmärkte beherrschte. Anno 1840 verfaßte die amerikanische Regierung die erste Statistik ihrer Fabrik-Erzeugnisse, sie betrugen 198,000,000 Dollars, 1850 betrugen sie eine Milliarde, 1860 1,885,000,000 und 1870 4,200,000,000 Dollars. Nicht alle diese Produkte werden im Innern der Vereinigten Staaten verkauft, ein großer Theil wird exportirt. Nichtsdestoweniger sind vom 30. Juni 1874 bis zum 30. Juni 1875 die Importe größer als der Export. Wir fragen uns, ob die Amerikaner an ihren Preisen festhalten werden. Ich antworte: Ja! sie können, denn wenn sie einen guten Nutzen auf ihre bessere Qualität erzielen, so können sie auf die geringeren Qualitäten von Uhren mit einem kleineren Nutzen fürlieb nehmen.

In Amerika wird Alles mit der Maschine gemacht, hier machen wir Alles mit der Hand. Wir zählen in der Schweiz 40,000 Arbeiter, wovon jeder durchschnittlich 40 Uhren pro Anno macht; in den Vereinigten Staaten ist der Durchschnitt 150 Uhren. Also produzirt die Maschine 3½ bis 4 Mal mehr als der Arbeiter. Wir müssen nun die Frage zu lösen suchen: wie können wir aus der Schlinge, in die wir gerathen sind, herauskommen? Heute, selbst ohne Maschinen, können wir die 1,600,000 Uhren nicht los werden, welche unsere Arbeiter erzeugen können. Wie wird es sein, wenn wir Maschinen einführen, welche dreimal unsere Produktion vermehren? Wir müssen entweder die Zahl unserer Hände vermindern und Maschinen einrichten, oder an unserm Systeme hängen und darauf gefaßt sein, unsere Industrie schwinden zu sehen.

Meine Herren, ich kann das Mittel nicht angeben, ich kann blos Ihre Aufmerksamkeit auf das Uebel lenken, Sie müssen die Heilung finden. Indeß glaube ich, daß es gut sein wird, für unsere Mechaniker zu thun, was wir für unsere Uhrmacher gethan haben, nämlich Schulen zu gründen. Sie müssen nicht verzweifeln, Sie müssen das Feld nicht verlassen, wir müssen uns im Gegentheil zum Widerstande rüsten und den verlorenen Grund wieder gewinnen. Wenn Amerika uns seine Pforten verschließt durch Zölle und hohe Spesen, so ist uns doch wenigstens die Hilfsquelle gelassen, gegen dasselbe auf europäischen Märkten zu kämpfen. — (Hier gab der Redner einen Auszug von dem Berichte des Herrn Hirsch (Direktor des Observatoriums) an den Staatsrath nach der Ausstellung von 1867. Dieser Bericht bezeichnete bereits die Gefahr, die der Schweizer Uhren-Industrie drohte.)

Dann begann der Redner wieder: Hätte die Philadelphia-Ausstellung fünf Jahre später stattgefunden, so wären wir gänzlich vernichtet worden, ohne zu wissen, woher oder wie der schreckliche Schlag gekommen wäre. Wir glaubten Herren der Situation zu sein, als wir wahrlich auf einem Vulkane uns befanden. Und heute müssen wir hart kämpfen, wenn wir nicht auf allen Märkten der Welt den Conkurrenzfabriken begegnen wollen. Bespöttelten wir nicht anfangs Besançon? Und jetzt versorgt Besançon Frankreich und exportirt überdies seinen Ueberschuß. Wir fragen uns, ob, wenn wir die Uhrenpreise reduziren, wir den Verkauf in demselben Maße vermehren können. Wenn der Verkauf nicht zunimmt, was wird aus uns werden? Wir werden einen enormen Vorrath haben und eine fortwährende Stockung. Die Zölle betragen ungefähr 25 Proz., wie Sie wissen. Lange Zeit hegten

kann, es auf irgend eine andere Weise beschafft werden muß. Unrichtig ist die Behauptung, die Gemaßregelten hätten sich unter den wegen Mangel an Beschäftigung abgelohnten Arbeitern befunden. Thatsächlich wurden nach der Wahl außer ganz gemeinen Ausfällen von mehreren Fabrikanten, von einem der größten, 4 Familienväter von hier und aus Netzschkau mit dem Bedeuten entlassen, „daß er, obwohl gegen die Arbeit der Betreffenden nichts zu sagen sei, doch dieselben entlasse, da er sein Wort halten müsse".

Unsinnig ist die Redensart: die Sozialdemokraten wünschten eine Bevorzugung von Seiten der Arbeitgeber.

Die Sozialdemokratie arbeitet gegen das Interesse der Arbeitgeber, wenn solches darin besteht, mit allen Mitteln sobald als möglich Millionär zu werden, dann auf die Industrie zu pfeifen und den Raub in einer schönen Gegend zu verprassen, solche wünschen wir zum Teufel, je eher, je lieber, während humane Arbeitgeber, die sich wirklich bestreben, den Arbeiterstand zu heben, hochgeachtet werden. Eine Anzahl solcher gehört der sozialistischen Partei als Mitglieder an. Die Unzufriedenheit soll von den Agitatoren herkommen. In Wirklichkeit gab es Thränen und Seufzer, Uneinigkeit und Flüche, also Unzufriedenheit lange vor den sozialistischen Agitatoren. Der unzufriedene, unersättliche Kapitalismus ist es, welcher dieselbe durch die Noth erzeugt, dafür predigt er: Seid zufrieden. Das ist die Zufriedenheit eines bekannten Borstenthiers, das sich im Schlamme wälzt. Die Sozialdemokratie sammelt und organisirt die Unzufriedenen zu einer Macht, um damit den Kapitalismus zu brechen, sie predigt den Massen Vernunft und Sittlichkeit und verhütet nichtsnutzige Gewaltthaten. Die Arbeiter, welche vor einigen Jahren in Bielitz und Königshütte Fabriken demolirten, waren keine Sozialisten. Worte stillen den Hunger nicht, ist sehr richtig, und deshalb mögen die Herren Arbeitgeber ihren schönen Versprechungen recht viele gute Thaten folgen lassen. Das walte Gott! Welche Ursache hatten aber die Herren, unserer einfachen Bitte gegenüber sich so zu ereifern? Entweder sind die „Mehrere Arbeitgeber" solche, die die Arbeiter als Menschen achten, und ihnen die politische Gesinnung gestatten und dann konnten sie nur unsere Anerkennung herauslesen, oder sie sind es nicht, und dann nützen alle Phrasen von Menschenachtung, Humanität und Harmonie der Interessen nichts, dann ist man gezwungen, die lammfrommen Schafsmasken herabzunehmen und ein anderes Gesicht zu zeigen. R. Müller.

Erklärung.

Der von Unterzeichneten in den hiesigen Dienstagsblättern Herrn Robert Müller gemachte Vorwurf einer anmaßenden, verletzenden, unter dem Mantel der Humanität vollführten Einmischung in hiesige Arbeitgeber- und Arbeiterverhältnisse bleibt eine unumstößliche Wahrheit.

Wir unterlassen, auf die beliebten, zum großen Theile höchst unanständigen Ausdrücke der Berichtigungsschrift zu entgegnen und geben vielmehr jedem unparteiisch Denkendem, welcher beide Aufsätze gelesen hat, anheim, sich selbst ein Urtheil zu bilden, auf welcher Seite die Wahrheit ist.

Mehrere Arbeitgeber.

Die matte „Erklärung"

mehrerer Arbeitgeber in den letzten Blättern erklärt, daß meine Berichtigung in zweckdienlicher Weise gewirkt hat, mit unzweifelhafter Gewißheit.

Das Prädikat „höchst unanständig" nehme ich von dieser Seite als ehrenvolle Auszeichnung an. Besser grob und wahr, als fein und verlogen.

Jeder unparteiisch Denkende muß erkennen, daß es hier zweierlei Wahrheit giebt, Arbeiterwahrheit, welche menschenwürdiges Dasein für Alle will und Arbeitergeberwahrheit, die Reichthum für den einen und Armuth für den andern Theil bezweckt.

R. Müller.

Innere Parteiangelegenheiten.

Zu Agenten des Vorstandes sind ernannt worden: Eberstadt: L. Glos; Harzburg: H. Breustedt; Heidelberg: J. Küchler; Marienberg: Aug. Schonherr; Reichmannsdorf: Aug. Wiedemann; Schloßchemnitz: Jul. Lange, H. Vieweg.

Hamburg, 27. Februar 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: C. Deroffi. J. Auer.

Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

Celle. In dem Bericht in Nr. 24 des „Vorwärts" ist irrthümlich von 10 Mark die Rede, welche der Polizeibeamte confiszirt haben soll; statt 10 Mark muß es heißen: 10 Pfennig.

Eutin, 22. Februar. (Wahlbericht.) Unsere auswärtigen Parteigenossen glauben gewiß, daß unsere Gegner mit dem Wahlsieg auch auf unsere Gesinnungen Einfluß ausgeübt hätten, weil wir bisher keinen Bericht eingesandt haben. Die Gründe für diese Verzögerung sind jedoch anderer Art und ist gerade das Gegentheil der Fall. Unser Wahlresultat ist freilich kein so erfreuliches und keineswegs unseren Erwartungen entsprechendes, denn dasselbe beträgt für den ganzen 1. oldenburgischen Wahlkreis nur 1675 Stimmen für Reimer, wovon 1446 auf unser Fürstenthum, 199 auf Oldenburg und 30 auf Birkenfeld kommen. Auf Lorenz dagegen fielen 8520 Stimmen, und zwar hier im Fürstenthum 2765, in Oldenburg 1755, in Birkenfeld 4000. Unsere Niederlage ist freilich groß, zumal hier im Fürstenthum Lübeck bei der vorigen Wahl 1874 nahezu noch einmal so viel Stimmen für unsern Candidaten abgegeben wurden. Doch ist dieser Verlust leicht erklärlich, wenn man Folgendes in Erwägung zieht. Durch die vorige Wahlagitation wurden die Arbeiter hier sowohl wie im 1. schleswig-holsteinischen Wahlkreis zum erstenmal aus dem Schlafe gerüttelt und vom Strudel der Wahlbewegung mit fortgerissen, ohne Klarheit über Zweck und Ziele der Sozialdemokratie zu erlangen; sie glaubten jedoch mit Zuversicht, durch die Wahl Reimer's in kurzer Zeit in das Land der Verheißung einziehen zu können. Dies war die Situation nach der vorigen Wahl, und ein aufgeklärter Sozialist konnte für dieselbe nur ein wehmüthiges Kopfschütteln haben. Es ist jedoch in diesen drei Jahren durch Agitation, Verbreitung von Broschüren und Parteiblättern gelungen, auf beiden Punkten die Hälfte der vorigen Wähler für immer zu gewinnen, hier über 1400 und im 9. Kreis über 4000, und dies ist eine viel bessere Garantie für die zukünftigen Erfolge unserer Partei, wie die vorige Wahl. Wir haben jetzt eine feste Grundlage für den Sozialismus im östlichen Holstein. Unsere Thätigkeit war aber auch für die Gegner ein Sporn; sie waren aus ihrer Ruhe gerüttelt, und daher kam es, daß auch sie diesmal Alles aufboten, um Reimer eine Niederlage zu bereiten, was ihnen denn auch durch allerlei Machinationen, als Drohungen, Versprechungen und geradezu strafbare Wahlbeeinflussungen jeder Art, besonders auf den adeligen Gütern des 9. Kreises, gelungen ist.

Die Wahlhandlung selbst giebt uns hier noch zu verschiedenen Beschwerden Anlaß. Im 2. Wahlbezirk Eutin wurde unserm Parteigenossen, dem Glaser Sommer, der Aufenthalt im Wahllokal untersagt, weil er nicht Wähler im selbigen Bezirk war. Vom Unterzeichneten ermuntert, trat Sommer mit dem Gesetz in der Hand zum zweitenmal in das Lokal und berief sich nun bei der Aufforderung des Wahlvorstehers, das Lokal zu verlassen, auf § 9 des Gesetzes. Es traf sich aber, daß gerade ein Wähler unserer Richtung kam, um seine Stimme abzugeben, und da er erfuhr, um was es sich handelte, blieb er da bis 1 Uhr Mittags, und Sommer blieb zum Stimmzettelausgeben vor dem Lokal. Die Herren hatten sich also verrechnet, ihr Auftreten war nur zu unserm Nutzen, und statt einem Mann hatten wir jetzt deren zwei bei der Wahlhandlung. — Unser Unglück war es noch, daß gerade Holztag war. Der einzige Tag in der Woche, wo die Leute es frei haben, sich Holz zu holen, ist gerade der Mittwoch, und diese Zeit wollte Jeder gern benutzen, deshalb hatten wir den Tag nur wenige Kräfte zur Verfügung. Später langten noch die Parteigenossen Ehlers und Steffens von Tissau an, um dem Herrn Wahlvorstand zu zeigen, was Wahlgesetz und gleiches Wahlrecht, sowie dessen öffentliche Handhabung bedeuten. Ehlers, ein alter Parteigenosse und fester Charakter, ließ sich nicht einschüchtern, obgleich ihm die Herren mit Arretirung drohten und auch einen Polizisten aufforderten, solche zu vollziehen. Ehlers berief sich auf § 9 des Wahlgesetzes, wonach die Wahlhandlung öffentlich sei, und stellte es dem Polizisten anheim, mit ihm zu thun, was ihm gut scheine. Darauf große Aufregung des Wahlvorstandes und allerlei Bemerkungen wurden gemacht. Schließlich mußte der Polizist höhern Orts Raths erholen, und das Resultat war, daß die Herren — Unrecht hatten.

In Siblin hat der Wahlvorstand ebenfalls niemand länger im Wahllokal geduldet, als nöthig war, um die Stimmen abzugeben. In Neudorf ist die Wahlhandlung nicht nach Vorschrift eröffnet worden. Es wurden nämlich die Beisitzer gar nicht durch Handschlag verpflichtet, und schon vor dem Anfang wurden Stimmzettel angenommen. Erst darnach las der Wahlvorsteher Gesetz und Reglement vor. Wie er an die Stelle kam, wo es heißt: „Die Wahlurne muß bei Beginn der Handlung leer sein", forderten einige Arbeiter ihn auf, dieselbe zu zeigen, und als der Vorstand sich weigerte, dies zu thun, da nahm sich einer unserer Gesinnungsgenossen das Recht und blickte hinein, worauf sich der Wahlvorstand als beleidigt erklärte und die Sache höheren Orts anzuzeigen versprach. Bis jetzt haben wir aber noch nicht erfahren können, ob die Anzeige erfolgt ist oder nicht. — Es ist jedenfalls charakteristisch, daß Leute die Wahlhandlung zu leiten haben, welche sich gar nicht um Gesetz und Reglement kümmern und ihre Autorität an dessen Stelle setzen. Es ist deshalb nothwendig, daß der Arbeiter, welcher so selten zum Wahlvorstand zugelassen wird, stets ein wachsames Auge habe.

Für das Arbeiter-Wahlcomité
H. F. Schröder.

NB. Die Abrechnung folgt nächstens.

Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" wird um Abdruck gebeten.

Brandenburg, 18. Februar. (Bildung der Gebildeten.) Heute erfolgte im Haberland'schen Restaurant eine Duellforderung, und zwar wurde der Handlungsreisende Friedrichs von dem Kürassier-Einjährigen Ottens gefordert. Das Duell sollte Montag den 19. in der Nähe des Forsthauses „Görden" stattfinden und waren als Waffen Pistolen bestimmt. Als Sekundanten waren auf dem Kampfplatz Buchhandlungs-Gehülfe Strohtmann und der Sec.-Lieut. des 35. Regiments, Niemeyer, erschienen und außerdem der Geforderte Friedrichs. Der die Forderung veranlaßt habende Einjährige Ottens vom 6. Kürassier-Regiment hatte sich nicht gestellt. Ein charakteristischer Zufall: Am gleichen Tage beleidigte ein Einjähriger des 35. Regiments Böttger (Referendar) in einer Schankwirthschaft den sich dort aufhaltenden Bürger Buchbindermeister Friedländer ohne jegliche Veranlassung in gröblicher Weise. Selbstverständlich ist seitens des Friedländer eine sofortige Anzeige bei dem General-Commando erfolgt und steht hoffentlich eine strenge Bestrafung bevor, damit die jugendlichen Heißsporne sich etwas abkühlen.

Delitzsch. Das Resultat der Wahl in unserm Wahlkreise hat für uns gegen früher 503 Stimmen mehr ergeben, wir können also zufrieden sein und werden alles thun, um zu immer besseren Erfolgen zu gelangen. Unsere Aufgabe ist nun, die Agitation in unserem Kreise sofort wieder aufzunehmen. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß kurz vor der Wahl eine planmäßige Agitation sowie die Gewinnung von Parteigenossen in den einzelnen Städten nicht mehr möglich ist; ferner ist in Betracht zu ziehen, daß unser Kreis einer der ausgedehntesten ist: er hat über 300 Ortschaften und darunter nur sechs kleine Städte. Diese Thatsache beweist wohl zur Genüge, wie nothwendig die unausgesetzte Agitation ist. — Also auf an's Werk! Suchen wir zunächst in unseren Nachbarstädten Parteigenossen zu gewinnen, sowie unserem Organ Eingang zu verschaffen, das wird uns für die nächste Wahl in materieller sowie agitatorischer Beziehung Erleichterung schaffen. Noch sei bemerkt, daß wegen Verweigerung der Lokale nur in Delitzsch, Eilenburg und in Brehna Versammlungen stattfinden konnten. Die Versammlung, welche am 8. Januar in Delitzsch stattfand, war äußerst zahlreich besucht und ein großer Theil der Besucher bestand aus Landleuten, die die Rede des Herrn Ramm mit allgemeinem Beifall aufnahmen; zwei Gegner meldeten sich zum Wort: ein Herr Kunze und der Schuldirektor Nibeker. Letzterer pflichtete Herrn Ramm in vielen Stücken zwar bei, er danke aber Gott, eine Religion zu haben, während er im sozialistischen Staat nur eine Räuberhöhle erblicken könne. Herrn Ramm fiel es nicht schwer, den Herrn Schuldirektor mit Erfolg zu widerlegen, und hatte gerade diese Versammlung sehr gut für uns gewirkt. H. W.

Dresden, den 27. Februar. Die letzte Parteiversammlung bietet ein besonderes Interesse. Der seit Kurzem hierher übergesiedelte, unsern Lesern durch seine Artikel in den Parteiblättern bekannte Parteigenosse Vollmar sprach über das auch im „Vorwärts" von ihm behandelte Thema: „Die Waldverwüstung und deren Folgen". In gründlicher Weise wies er nach, daß das übermäßige Abholzen des Waldes die schlimmsten Folgen nach sich zöge. Der Wald ziehe Feuchtigkeit an und gebe sie in geregelter Weise in Quellen ꝛc. wieder ab; er sei der Regulator der Witterung, dann auch dünste er den uns so unentbehrlichen Sauerstoff aus und ziehe den Kohlenstoff an, welcher durch Verwesung von Thierleichen, Speiseresten, Excrementen u. s. w. massenhaft entsteht. Er schütze auch die Agricultur und verschiedene Industrien, indem er durch Rückhaltung der Wassermengen Hochwasser verhindere. — Je mehr dagegen an die Waldabholzung gegangen wird, desto unregelmäßiger gestaltet sich die Witterung und so kommt es, daß im Sommer oft die gewaltigste Hitze und Dürre herrscht, daß die Culturpflanzen verbrennen und der Boden ausdörrt, während die Gewitter und Hagelschauer, wenn sie auftreten, bei fehlendem Waldschutz die größten Verheerungen anrichten; Dämme, Eisenbahnen und menschliche Wohnungen werden durch eintretendes Hochwasser zum Frühjahr in die größte Gefahr gebracht. Groß ist aber namentlich die Gefahr für den Humus (Culturboden) bei eintretendem Hochwasser. Derselbe wird hinweggeschwemmt und so der Boden auf Zeit zuweilen gänzlich unergiebig. Auch der unter dem Humus befindliche Boden, Kies, Spath ꝛc. kommt dann in's „Gehen" und Erdrutsche, Bodensenkungen ꝛc. bleiben nicht aus. Redner findet in dem heutigen Egoismus der herrschenden Klassen und deren Habgier die Ursache von der planlosen Bewirthschaftung auch des Waldes. Die Waldbesitzer schlagen beliebig Wald weg und haben dabei nur das „Verdienen" im Auge. Die jüngsten grünen Stämme werden nicht geschont, sondern neben den reifen ausgewachsenen Stämmen ausgerottet. Die heutige Gesellschaft giebt dem Waldbesitzer das Recht dazu, nicht allein sein Privateigenthum zu gebrauchen, sondern auch zu mißbrauchen und ob für die kommenden Generationen ein Schaden aus der übermäßigen Waldabholzung erwachse, sei dem Geldspekulanten ja gleichgiltig. Indessen verkennt Redner nicht, daß die Forsten, welche den Regierungen gehörten, durchschnittlich pfleglicher gehalten würden und auch der übergroßen Waldentholzung Seiten der Privatbesitzer durch Gesetze eine gewisse Grenze in den meisten Staaten gezogen werde. An einzelnen Beispielen weißt nun Redner dieses nach. — In idealer Beziehung, fährt nun Redner fort, hat die Entholzung des Waldes den Nachtheil, daß sie den Gesunden sowohl als den Kranken jene Spazirgänge entzieht, welche zu den gesündesten Erholungen gehören. Vollmar schloß mit einigen Hinweisen auf die Länder Dalmatien, Griechenland, Algier ꝛc., in welchen früher die reichste Vegetation gewesen, jetzt aber durch die großen Entwaldungen der Boden verkümmert und nicht mehr so fruchtbringend sei und meinte, daß im sozialistischen Collectivstaate die Ausbeutung und schlechte Bewirthschaftung des Waldes nie möglich sein werde. — Die darauf folgende Debatte bot wenig Neues. An derselben betheiligten sich außer dem Vortragenden die Genossen Paschky, Klemich, Stuhr, Koch u. A. — Der Abend gehörte zu den lehrreichsten, deren sich die hiesige Mitgliedschaft erfreute.

Meerane, 23. Februar. Den Parteigenossen wird schon bekannt sein, welch günstiges Resultat wir bei der Wahl erzielt

---

wir die Hoffnung, daß sie reduzirt würden, doch wir können nicht darauf zählen. Amerika braucht alle seine Ressourcen, besonders in gegenwärtiger Lage, und ob Demokraten oder Republikaner am Ruder sind, so können wir nicht auf eine Ermäßigung der Eingangszölle hoffen. Wir müssen uns also an den Gedanken gewöhnen, Amerika zu verlieren.

Es wurde gesagt und wiederholt, daß die Amerikaner nicht die ganze Uhr herstellen und daß sie von der Schweiz in mehreren Theilen der Uhr abhängen. Das ist ein Irrthum. Die Waltham-Gesellschaft fertigt die ganze Uhr von der ersten Schraube bis zum Gehäuse und Zeiger. Es würde den Amerikanern auch schwer werden, unser Erzeugniß zu gebrauchen, so groß ist die Regelmäßigkeit, so genau die Präzision, mit welcher ihre Maschinen arbeiten. Sie schreiten zur Regulirung der Uhr, so zu sagen, ohne sie gesehen zu haben. Wenn die Uhr dem Monteur übergeben wird, so übergiebt ihm der Vormann zugleich die bezügliche Haarfeder, und die Uhr ist regulirt. (Sensation unter den Zuhörern.) Das habe ich gesehen, meine Herren! Ich verlangte vom Direktor der Waltham-Gesellschaft eine Uhr vom 5. Grade. Ein großer Kasten wurde nur geöffnet; auf's Geradewohl nahm ich eine Uhr und befestigte sie an meiner Kette. Der Direktor ersuchte mich, ihm die Uhr zwei bis drei Tage zu lassen, um ihre Bewegung zu beobachten, und ich erwiderte: „Im Gegentheil, ich will sie tragen, um eine genaue Idee Ihres Erzeugnisses zu haben."

In Paris richtete ich meine Uhr nach einem Regulator auf dem Boulevard und am sechsten Tage sah ich, daß sie 32 Sekunden variirte. Und diese Uhr ist vom 5. amerikanischen Grade, kostet 75 Francs (Werk ohne Kapsel). Bei meiner Ankunft in Locle zeigte ich die Uhr einem der ersten Monteurs, welcher um Erlaubniß bat, sie abzunehmen, mit anderen Worten, sie in Stücke zu zerlegen. Ich wollte sie indeß zuerst beobachten, und Folgendes ist das von mir notirte Resultat: „hängend — tägliche Variation 1½ Sekunden, Veränderung in verschiedenen Lagen 4—8 Sekunden, in geheizten Räumen war die Abweichung unwesentlich." Nachdem ich sie dermaßen beobachtet hatte, gab ich die Uhr dem Monteur, welcher sie zu sich nahm. Nach einigen Tagen kam er zu mir, und zwar mit folgenden Worten: Ich bin ganz verblüfft, das Resultat ist unglaublich, es würde Niemand eine solche Uhr unter den 50,000 von den unsrigen finden.

Die Uhr, meine Herren, wählte ich zufällig, ich wiederhole es, aus einer Menge heraus. Sie sehen, daß die amerikanische Uhr der schweizer vorzuziehen ist. Ich bin fertig, meine Herren, und habe Ihnen nur von Dingen, die ich gesehen habe, gesprochen. Wir müssen diese traurige Erfahrung uns zu Nutze machen und unser Erzeugniß verbessern. Es fehlen uns nicht die kompetenten Männer, und sie müssen an die Arbeit gehen.

Großer Beifall folgte dem Redner, als er die Tribüne verließ."

Ob es der schweizer Uhren-Industrie gelingen wird, den Conkurrenzkampf, in dem die Amerikaner bereits solche Vortheile errungen haben, siegreich zu bestehen, wenigstens sich zu behaupten? Wir wissen es nicht. Es hängt davon ab, ob die schweizer Industriellen die Intelligenz und die Mittel besitzen, die Uhrenfabrikation den Bedürfnissen der modernen Großproduktion mit Maschinenarbeit anzupassen. Die Bourgeois-Oekonomie ist unerbittlich. Wer sich ihren Gesetzen nicht fügt, wird erdrückt. Das Großkapital revolutionirt einen Industriezweig nach dem anderen; sobald es, erfolgreich, in einen Industriezweig eingedrungen ist, hat für dessen Bereich auch die Todtenglocke der patriarchalischen Kleinproduktion geschlagen, mag dieselbe noch so kunstfertig sein, die Arbeitslöhne noch so sehr herabsetzen, die Arbeitstheilung noch so weit treiben. Und bei Lichte betrachtet ist das ja auch gut, denn die Großproduktion ist viel produktiver als die Kleinproduktion, erzeugt viel mehr „Nationalreichthum". Das Schlimme ist blos, daß die heutige Privat-Großproduktion die Arbeiter zu Sklaven macht, die Kleinproduzenten ruinirt, und den Nationalreichthum in den Taschen einiger Weniger, d. h. der Herren Großkapitalisten sich auffammeln läßt. Das Ziel des Sozialismus ist es, durch vernünftige und gerechte Organisation der Gesellschaft diesen Uebeln abzuhelfen, und die möglichst zu steigernde Großproduktion so zu organisiren, daß ihre Früchte der Gesammtheit zu Gute kommen und nicht blos einer winzigen Minderheit.

haben, von den Kämpfen aber, die wir zu bestehen hatten, macht sich niemand einen Begriff. Unsre Gegner waren sehr gut organisirt; alle nur denkbaren Vortheile und Mittel standen ihnen zu Gebote. Nachdem zuvor die Presse (zwei täglich erscheinende Blätter) ihr Möglichstes gethan, wurden auch noch oft an einem Abend 3—6 Versammlungen abgehalten, die aber alle kläglich ausfielen, da wir, sobald uns Kenntniß von einer Versammlung wurde, am Platze waren. Das verwerflichste Agitationsmittel unserer liberalen Helden war aber die Beeinflussung der Fabrikarbeiter, so daß diese vielfach gegen ihre Ueberzeugung handelten. Unter anderm gaben etliche ihre Unterschrift zu einem liberalen Flugblatt her, hätten sie sich geweigert, so wäre die Entlassung aus der Arbeit die sichere Folge gewesen. Eine Firma, Straff u. Sohn, hatte Arbeiter entlassen, welche eine Volksversammlung, in der Liebknecht Referent war, besucht hatten. Der Sieg war unseren Gegnern so sicher, daß sie fest glaubten, eine Majorität von Tausenden zu erlangen, aber sie hatten sich getäuscht. Von ihrer Niederlage werden sich die Liberalen nie erholen. Unbeschreiblich aber war der Jubel unsrer Leute, als sie die Gewißheit vom errungenen Siege erlangten, alles drängte sich in den großen Saal des Bairischen Hofes, in dem eine Abendunterhaltung stattfand; das Gedränge auf den Straßen war unbeschreiblich, überall freudige Zurufe, kein Wirthshaus war leer, es war ein Festtag für den Arbeiter im besten Sinne des Wortes. Die Meeraner sozialistischen Wähler haben ihren alten guten Ruf bewahrt, denn es fielen auf Wilhelm Bracke 2678, auf Birnbaum 1530 Stimmen. Franz Resch.

Plauen i. V. Nachdem unserm ersten Aufruf, die Angelegenheit unseres Parteigenossen Martin Zöllner, Muschelarbeiter in Adorf betreffend, zufolge sich unsere auswärtigen Parteigenossen so sehr für denselben einzutreten bemüht haben, daß derselbe jetzt zahlreiche Bestellungen auf Muster erhalten hat, sehen wir uns verpflichtet, im Namen Zöllner's hierdurch unsern besten Dank auszusprechen. Leider ist aber unser Genosse Zöllner nicht im Stande, die Bestellungen auszuführen, weil ihm dazu die nöthigen Geldmittel fehlen, da derselbe als früherer Lohnarbeiter jetzt die Rohstoffe sofort bezahlen muß. Wir hatten uns bereits einmal an unseren Parteivorstand in Hamburg um 300 Mrk. Vorschuß für Zöllner verwendet, leider ist aber der Vorstand nicht befugt gewesen, auf das Gesuch einzugehen. Nun haben wir zwar hier schon alles aufgeboten, um für Zöllner die erforderlichen Geldmittel aufzutreiben, leider aber ohne Erfolg, da die Zahl unserer direkten Anhänger noch eine schwache ist und größtentheils aus armen Webern besteht, auf denen die lang anhaltende Geschäftskrisis mit ihrer ganzen Wucht lastet. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, noch einmal mit der Bitte an alle unsre auswärtigen Parteigenossen heranzutreten, freiwillige Sammlungen für Zöllner zu veranstalten und dieselben an das unterzeichnete Comité einzusenden, damit auf diese Weise ihm sein Fortkommen ermöglicht wird. Zöllner verpflichtet sich durch sein Ehrenwort, eingehende Gelder binnen Jahresfrist an die betreffenden Mitgliedschaften und Freunde zurückzuzahlen. Deshalb, Parteigenossen allerorts, thut was in Euern Kräften steht; es würde unsern Gegnern in Adorf eine große Freude bereiten, wenn unser gemaßregelter Parteigenosse abermals und sicher vergebens bei ihnen um Arbeit nachsuchen müßte.

Das Comité.

C. A. Wolf, Vors., Herm. Brückner, Kassirer,
Joh. Bauer, Schriftführer.

Alle Gelder sind zu senden an Herrmann Brückner, Forststraße C 53 L., Plauen i. V.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Erfurt. Die Handhabung des preußischen Vereins- und Versammlungsgesetzes hat schon oft zu Klagen Anlaß gegeben, und in der That sind diese Klagen in den meisten Fällen nur zu sehr begründet. Für heute sei nur erwähnt, daß in den meisten Distrikten des Geltungsbereiches des genannten Gesetzes die Polizei den Frauen den Zutritt zu öffentlichen Versammlungen verweigert, ohne nur im leisesten dazu berechtigt zu sein. Der § 8 (ad a und Schluß) beziehen sich ausschließlich auf politische Vereine, nicht aber auf Versammlungen und würde bei jede richterliche Entscheidung zu Gunsten dieser Behauptung erkannt werden müssen. Das Berliner Polizei-Präsidium hat bereits erkannt, daß die Bestimmungen des gedachten Paragraph sich nur auf politische Vereine anwenden ließen; analog hat die hiesige Polizeiverwaltung auf meine diesbezügliche Vorstellung erkannt. Es wäre empfehlenswerth, wenn dke Gesinnungsgenossen überall dort, wo sie unter den preußischen Vereins- und Versammlungsgesetzen gestellt sind, die Polizei in dem Falle, wo sie Vereine und öffentliche Versammlungen als identisch betrachtet, auf das Irrige ihrer Gesetzhandhabung aufmerksam machen und falls dieses fruchtlos bleibt, bei den höheren Verwaltungsbehörden Beschwerde führten.

Aehnlich wie mit dem Vereins- und Versammlungsgesetz geht es mit dem Begriff der „öffentlichen Collekte". In fast unzähligen Fällen ist durch richterliches Erkenntniß (auch des preuß. Ober-Tribunals) entschieden, daß die Sammlung zur Deckung der Tageskosten, selbst in öffentlichen Versammlungen, nicht unter dem Begriff „öffentliche Collekte" zu stellen sein.

Hier machte uns die Polizei vor längerer Zeit ebenfalls „plausibel", daß dies (wie erwähnt) „öffentliche Collekte" sei und wurde ich dieserhalb mit 2 Mark Geldbuße bestraft. Auf meine Berufung sprach mich das Polizeigericht frei. Inzwischen hatten wir auf unsere Beschwerde bei dem Minister des Innern den Bescheid erhalten, daß die Polizei dahier angewiesen sei, die Tellersammlung zu gestatten. Jetzt lese ich wieder von einer Beurtheilung des Gesinnungsgenossen Otto in Teuchern. Wann wird nun die einheitliche Anschauung bei den Behörden eintreten, oder ist es wahr, was ein Polizei-Commissaris in Z. sagt: „In der Provinz Sachsen sind darüber andere Bestimmungen." Alle Anerkennung für solche juristische Fähigkeiten.

F. H. Klute.

Bücherschau.

Politische Gründer und die Corruption in Deutschland von Dr. Rudolph Meyer. Leipzig. Verlag von E. Bidder. 1877.

Unter diesem Titel ist anfangs dieses Jahres ein Werk von dem bekannten Schriftsteller über volkswirthschaftliche Verhältnisse, Dr. Rud. Meyer erschienen. Wir können nicht umhin, von dieser interessanten Erscheinung Akt zu nehmen und einige Betrachtungen anzustellen über den Ideenkreis, in dem sich dieses Werk bewegt. Wie in alle Lebensverhältnisse der Geldbesitz als ausschlaggebende Macht eingreift, der jedes Hinderniß, das sich ihm in den Weg stellt, beseitigt, so scheut er sich auch nicht, gesetzlich bestehende Einrichtungen, ja Sitte und Recht bei Seite zu schieben oder zu Boden zu treten, wo dieselben seiner Sucht nach steter Machterweiterung einen Damm entgegensetzen. Der Besitz giebt an sich schon eine erweiterte Macht- und Rechtssphäre: was dem Reichen für erlaubt gilt, ist es nicht für den Armen, auch beim Unrechtthun hat der Reiche mehr Chancen für Straflosigkeit, als der Arme. Das Sprüchwort von den kleinen Dieben, die man hängt, und den großen, die man laufen läßt, ist ein altes und wohl noch heutigen Tages vollgiltiges Sprüchwort. Ganz natürlich, denn der Besitzende hat die Möglichkeit, an Kläger oder Zeugen, die gegen ihn auftreten, Rache zu nehmen u. s. w. eben durch seine materielle Ueberlegenheit. Einen sehr großen Vortheil genießt der Reiche schon an der Ueberschätzung, mit welcher die öffentliche Meinung ihn betrachtet: da wird Rücksicht genommen auf die „hohe gesellschaftliche Position" und nicht selten, dieser zu Liebe, die sogenannte Gleichheit vor dem Gesetz zur Illusion gemacht. Man trägt im Falle eines Vergehens Bedenken, zu klagen u. s. w. Mit diesen von selbst dem Begüterten in den Schooß fallenden Vortheilen ist dieser aber noch lange nicht zufrieden. Nicht genug, daß sein Besitz ihm eine freiere Bewegung innerhalb der durch Gesetze geregelten Gesellschaft gewährt: er strebt auch darnach, aus dem rein gesellschaftlichen Element seinen Einfluß in präzisirter Form in die politische Sphäre zu tragen. Das Kapital suchte sich, um es kurz zu sagen, in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten zu sehen, um von dort aus die als feste Norm geltenden Einrichtungen und Gesetze nach seinen, den kapitalistischen, Klasseninteressen zu modifiziren und seine Schranken zu erweitern.

Wie unsere Partei immer und allezeit betont hat, ist die politische Freiheit untrennbar von der ökonomischen, wenn sie nicht eine schmähliche Lüge sein soll: das gleiche allgemeine Wahlrecht ist verbrieft; die letzten Wahlen haben gezeigt, daß auch dieses Recht ein Stück Papier und nichts weiter ist; kapitalistische Gewalt schickt die von ihr ökonomisch abhängigen Glieder des Volkes zur Urne, um gegen das eigene Interesse und zu Gunsten seiner Bedrücker zu stimmen. So ist es denn natürlich, daß auch die politische Macht, das Kapital, immer mehr und mehr anwächst, bis schließlich selbst die wichtigsten und folgenschwersten Vorgänge an der Börse „gemacht" werden. „Mein Sohn erlaubt's nicht, daß Krieg wird, er giebt kein Geld," sagte die Mutter Rothschild's, als sie von Kriegsgerüchten hörte. In dieser Anekdote spricht sich deutlich die bereits sehr weit gediehene Macht des Kapitals aus. In dem Falle einer Kriegsverhinderung kann die Gesammtgesellschaft noch von Glück sagen; wie aber nun, wenn einmal umgekehrt die Börse einen Krieg für nöthig hielte? Aus Amerika hören wir ja jetzt, daß die Geschäftswelt einen Krieg in Europa erhofft. Die Presse steht dem Kapital natürlich zur Verfügung und durch einige Hetzartikel in Zeitungen des eignen Landes, in käuflichen Blättern des Auslandes wird Stimmung gemacht im Parlament, durch ein paar patriotische Floskeln von der gekränkten Ehre der Nation, die ein Winkelblatt des Auslandes „beschmutzt und vernichtet" habe — und der schönste casus belli ist da! Wäre ein solcher Verlauf nicht sehr leicht möglich? Wer wollte nun leugnen, daß einzelne wenige, z. B. Lieferanten und dergleichen Leute, im Kriege eine gefundene Gelegenheit sehen, sich zu bereichern? Wer bürgt dafür, daß man nicht einmal geradezu Kriege auf Aktien führt, wenn die fast allen bestehenden Gesetzen schon jetzt spottende Geldmacht des Uebergewicht erlangt, wenn sie Minister stürzt, die Regierungen selbst tyrannisirt?

Wie sich dieser Prozeß, in dem der Geldsack sich zu einem, womöglich zum einzigen, politischen Faktor gestaltet, zu einem die Interessen einer weitaus größeren Mehrheit bedrückenden, ja fast vernichtenden, davon haben wir auch in Deutschland in den letzten Jahren die traurigsten Beweise erlebt. Die einschlagenden Vorgänge und Manipulationen, sowie ihren Zusammenhang mit den großen politischen Ereignissen unterzieht nun Dr. R. Meyer einer eingehenderen Betrachtung. Wiewohl von einem anderen, zum Theil gegensätzlichen politischen Standpunkt ausgehend, stimmen wir ihm in vielen Punkten zu; freilich will uns bedünken, daß das Bild über Wesen und Ziele des Sozialismus, welches sich Herr Meyer macht, nicht recht lebenswahr und portraitgetreu ist. Als ein Beitrag zur Schilderung des öffentlichen Lebens jedoch, als ein Mahnruf gegen gewisse Verirrungen ist dieses Werk nur mit Anerkennung und — nebenbei — einer gewissen Schadenfreude zu begrüßen. wt.

Briefkasten

der Redaktion. A. in Leipzig: Wir dächten, es liege doch auf der Hand, warum unsere Gegner die Devise haben: Die Stimmen wägen, nicht zählen. Vergleichen Sie doch die abgerundeten Gestalten der Mehrzahl dieser Herren Bourgeois mit den mageren, oft ausgehungerten Gestalten fast aller Arbeiter, und Sie werden begreifen, daß die Herren Bourgeois beim Wägen der Stimmen sehr gut wegkämen; jeder der biedern Entbehrungslohn-Märtyrer würde durchschnittlich für 2 zählen. — „Junger Parteigenosse" in Mecklenburg: Wir sollen Ihnen im Briefkasten sagen, „wie man am besten agitirt". Wir können Ihnen nur wiederholen, was wir vorhin einem auf ein bairisches Landstädtchen verschlagenen Glauchauer auf dieselbe Anfrage schrieben: In Bezug auf das Agitiren lassen sich keine bestimmten Regeln geben. „Haben Sie etwas zu sagen, und sagen Sie es!" (Have something to say, and say it!) war die Antwort eines berühmten englischen Redners, als ein junges Parlamentsmitglied ihn fragte, wie er es anfangen solle, um ein tüchtiger Redner zu werden. Aehnlich rathen wir Ihnen: Machen Sie sich unsere Grundsätze klar, und bringen Sie sie an den Mann! Das Wie? ist Ihre Sache. — H. in U.: Dühring lebt gegenwärtig als Privatdocent in Berlin. — Parteigenosse in E.: Das Geschreibsel Ihres Pfäffchens gegen die Sozialdemokraten ist nicht einmal original; es ist Abschreibsel. Für sein fettes Gehalt hätte das Männlein sich wenigstens die Mühe nehmen sollen, etwas Selbstständiges zu liefern, statt den unglücklichen Schuster zu plündern. Uebrigens fragen Sie diesen würdigen Nachfolger Christi doch einmal, mit welchem Recht Jemand, der mit 4200 Mark jährlichen Einkommens nicht zufrieden ist, ehrlichen Arbeitern einen Vorwurf daraus machen kann, daß sie mit dem zehnten Theil und oft weniger, nicht zufrieden sind und eine Besserung ihrer Lage erstreben. Statt über seine armen Mitmenschen zu schimpfen, möge er sich bemühen, ihre Noth zu lindern. Das ist jedenfalls „christlicher" als sein jetziges Gebahren, das ihn moralisch wie geistig in gleich ungünstigem Lichte erscheinen läßt. — W. Otto in Teuchern: Lesen Sie denn den „Vorwärts" nicht? Antwort auf Ihre Frage ertheilt Ihnen die Nr. 22, nehmen Sie sich nur die Mühe, dieselbe noch einmal durchzusehen. — R. Bl. in Budapest: Können Ihnen leider keine Adresse angeben. — Gesinnungsgenosse in Leipzig: In Bezug auf die Betheiligung der Sozialdemokratie an den sächsischen Landtagswahlen sind unseres Wissens noch keine Beschlüsse gefaßt. Bringen Sie die Sache in der Parteiversammlung vor. — Die Zahl der bei der heurigen Wahl abgegebenen sozialistischen Stimmen ist noch nicht festgestellt, und kann auch seitens der Partei nur annähernd festgestellt werden. Die genaue Ziffer werden wir erst durch die offizielle Statistik erhalten. Ob die Schätzung Geib's (560,000) oder des „Vorwärts" (600,000) die richtigere ist, wird sich dann zeigen. —

der Expedition. Chr. Wß Goldlauter: Nota war dem Kreuzband des „Vorwärts" beigelegt, da Sie dieselbe verlangten. — Dickmann, Kiel: Ist richtig. — H. K. in Schw.: Am 19. Jan. 15 Mark Druckconto erhalten.

Quittung. Schps hier Ab. 0,60. Wjck Dresden Ab. 1,60. Wß Goldlauter Ann. 0,90, Schr. 0,30. Hmtzsch Uebigau Ab. 1,70. Mttg Altona Ab. 0,60. Arbeitersängerbund Kiel Ann. 1,50. Lnd Hamburg d. A. Gb Ab. 100,00. Rtr Gelenau Schr. 12,00. Kbtzsch Dresden Ab. 94,35. Rw Altona Ab. 22,40. Brn Heidenheim Ab. 10,00. Stbrhrn Eßlingen Ab. 13,43, Schr. 6,60. Spth Zella Schr. 5,18. Ott Eisenberg Schr. 3,00. Mch Glarus Schr. 8,28. Fndsn Meuselwitz Schr. 4,18. J. Frnz Jägerndorf Schr. 6,00.

Wahlfonds.

Von Setzern der Fischer und Wittig'schen Officin 8,25.

In Nr. 24 befindet sich ein Druckfehler, es muß heißen: Julius Cichorius 3,80 statt 3,00.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Kiel. Arbeiter-Sänger-Bund.

Am **Montag**, den 5. März, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten":

Abendunterhaltung u. Ball

bestehend in Gesang, Concert und Theater. (F. 181)

Herrenkarte 60 Pfg., Damenkarte 20 Pfg. sind zu haben an den bekannten Stellen. **Das Comité.** [240

Leipzig. Allgemeiner Deutscher Schneider-Verein.

Montag, den 5. März, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstraße): [0,50

Versammlung.

Gäste willkommen. **D. V.**

Gesucht sofort ein tüchtiger Korbmacher auf Gestellarbeit bei (2a) **Hermann Marx**, Saarbrücken. [0,60

Peter Krebs, Ulrichsgasse 60, hier,

verspricht **Rauchern gutes Kraut zu billigem Preis.** [1,20

Ein politisch und ökonomisch mehrfach gemaßregelter Parteigenosse, in den kaufm. Buchführungen erfahren, der französischen und englischen Correspondenz mächtig, auch literarisch befähigt, **sucht Stellung.** Adr. sagt die Exped. d. Bl. (3b) [1,20

Alle Diejenigen, welche dem in Offenbach verstorbenen

Otto Schütte

noch schulden, wollen ihre Schuld binnen 14 Tagen durch Sendung an den Unterzeichneten ordnen, da ich andernfalls auf Grund eines von Schütte erhaltenen Auftrages die Beträge eintreiben müßte, wodurch Kosten entstehen. (2a)

Auch alle Diejenigen, welche bei mir selbst im Rückstande sind, ersuche ich dringend um Ordnung der Beträge. [2,70

Braunschweig, März 1877. **W. Bracke jr.**

Elegante Einbanddecken

für die „Neue Welt"

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von **H. Jansen**, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken

Statistische Tafel

der

sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage.

Eine genaue Zusammenstellung der Gesammtresultate (sozialistische und gegnerische Stimmen) derjenigen Wahlkreise, in welchen bei dem diesjährigen Wahlgange sozialistische Candidaten aufgestellt waren, unter Einschluß der engeren Wahlen zwischen Sozialisten und Candidaten anderer Parteien.

Für 20 Pf. zu beziehen vom Verleger August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg, an den alle Bestellungen zu richten sind.

„Die Neue Welt."

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20. In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage über 30,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam daß zur Einführung der „Neuen Welt"

„Illustrirte Prospekte"

gratis versandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.

Die **Verbreitung der Prospekte** in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen **als bestes Agitationsmittel** dringend an's Herz gelegt.

Wir bitten bei Bestellung Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. **Plakate** zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und **Sammellisten** stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Soeben erschien:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und Jr. Jourde.

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.
Färberstraße 12/II.

Des sächsischen Bußtages wegen dürfte einzelnen Abonnenten vorliegende Nummer um einen Tag zu spät zugegangen sein.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lauermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Bandig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 28. Mittwoch, 7. März. 1877.

Ist es Schlechtigkeit oder Unwissenheit?

(Avis für die „Vossische Zeitung".)

Obige Frage muß man so häufig stellen, wenn man die Herren Gegner über die soziale Frage disputiren und die tollsten Behauptungen aufstellen hört.

Ist es Schlechtigkeit oder Unwissenheit, so fragen wir, durch welche die „Vossische Zeitung", die doch sonst noch ziemlich anständig ist, geleitet wurde, in der ersten Beilage (Nr. 39) einen Artikel über die Sterblichkeitsverhältnisse der Berliner Arbeiter loszulassen?

Man wird versucht, das Motiv in der Schlechtigkeit zu suchen, da sich die Spitze des Artikels gegen den Sozialismus richtet, und dennoch wird wohl die Unwissenheit den Ausschlag gegeben haben, da die Schlechtigkeit mit solcher grotesken Tölpelei, wie wir sie hier vorfinden, wohl selten gepaart ist.

Führen wir nun zunächst den Artikel in der Hauptsache vollständig vor. Derselbe lautet:

„Das Sterblichkeitsverhältniß der Berliner Arbeiter-Bevölkerung soll nach den Auslassungen in verschiedenen in letzter Zeit abgehaltenen Versammlungen erheblich ungünstiger, als das der Gesammtbevölkerung der Residenz sein, so daß 1874—1875 84 Prozent aller Mitglieder der Gewerks-Krankenkassen erkrankt 2,5 Prozent in der Charité u. s. w. Aufnahme finden mußten und beinahe 2 Prozent gestorben seien. Obwohl die Lage der Arbeiter im ganzen Lande nicht besser sei, so hätten doch weder „Nationalliberale" noch „Fortschrittler" zur Besserung irgend etwas gethan. In der Residenz sei die wirthschaftliche Lage derartig, daß sich von 1874 bis 1875 noch 75,037 Arbeiter der Krankenkassen zu Hause verpflegen konnten, von 1875—1876 sei diese Zahl auf 69,000 zurückgegangen. Diesen Auslassungen gegenüber erscheint es an der Hand der statistischen Ergebnisse von allgemeinem Interesse, der angeregten Frage näher zu treten, deren wirthschaftliche Bedeutung von selbst in die Augen fällt. Es mag bemerkt werden, daß die zwangsweise den Gewerkskrankenkassen zugehörende Bevölkerung, die ihrer gewerblichen Stellung nach aus Gesellen, Fabrik-, Lohn- und Tagearbeiter und Arbeiterinnen besteht, der Zahl nach vier Fünftel der Gesammtheit der „Arbeitnehmer" der Hauptstadt umfaßt. Speziell das Sterblichkeitsverhältniß der Berliner Arbeiterbevölkerung zur Gesammtbevölkerung betreffend, so erhellt aus den Akten der Gewerbskrankenkassen und sonstigen amtlichen Ermittelungen, daß in der dreijährigen Periode von 1874—1876 72,271 „Erkrankungen" auf 92,690 Arbeitnehmer kamen.

„Es kommt nun aber ein und dieselbe Person öfter vor, so daß in den Listen nur „Erkrankungen" und Krankheitsfälle registrirt sind. Nach den amtlichen Ermittelungen beträgt die Zahl der Erkrankungen jährlich in dem dreijährigen Zeitraum von 1874 bis 1876 incl. 72,271 bei der Durchschnittszahl von 92,690 Arbeitnehmern im Alter von 16—60 Jahren. Von diesen wurden, was bezüglich der wirthschaftlichen Lage dieser Bevölkerungsgruppe von Wichtigkeit ist, 69,943 Erkrankte in der eigenen Wohnung verpflegt, also 96,6 Proz. aller Erkrankten; 2328 war die häusliche Pflege versagt und diese mußten Aufnahme in den Spitälern suchen, also 3,32 Prozent der Erkrankten. Von den in der eigenen Wohnung Gepflegten erfreuten sich 1036 des Trostes, daß ihnen liebende Hände die Augen für immer zudrücken konnten; 905 beschlossen in den Spitälern ihr Leben, meist in Folge von Verletzungen in der Fabrik, Werk- und Arbeitsstätte, die in vielen Fällen den unmittelbaren Tod zur Folge hatten. Die Gesammtsumme der Sterblichkeit beziffert sich demnach auf 1932 Arbeitnehmer der obigen Gruppe von 92,690 Mitgliedern oder auf 20,21 pro Tausend. Dies gewonnene Resultat mit dem einer dreijährigen Durchschnittsperiode vor einem Decennium und mit der Gesammt-Sterblichkeit der hauptstädtischen Gesammtbevölkerung verglichen — ist überraschend. Für den Vergleich liegen vorzügliche ältere Arbeiten ausgezeichneter, wissenschaftlicher Kräfte vor.

„Nach einer derselben betrug die statutenmäßige Mitgliederzahl der Gewerkskrankenkassen von 1861 bis 1863 59,000 p. a. Die Zahl der in den Wohnungen Gestorbenen 1122, die der in den Spitälern 1021: also in Summa 2143 oder 1,30 Prozent der Lebenden = 12,45 pro Tausend. Es hatte sich also die Sterblichkeitsziffer dieser Bevölkerungsgruppe um 7,78 pro Mille gesteigert. Gewiß ein beachtenswerthes Faktum, welches höchst mißlich wäre, wenn nicht eben die Sterblichkeit der Gesammtbevölkerung gleichen Schritt damit gehalten hätte. Die letztere betrug nach den amtlichen neuesten Ermittelungen des statistischen Büreaus von 1861 bis 1863 28,06—26,72—29,79 pro Tausend, stieg dann auf 30,78—33,83—41,23 in den folgenden Jahren, ermäßigte sich wieder in den folgenden drei Jahren auf 28,66—34,70—30,38 und beträgt seit den letzten 10 oder 11 Jahren 34 pro Mille; ist also von der dreijährigen Periode von 1861 bis 1863 incl. bis 1865 auf 5 Prozent per Mille gestiegen. Die Differenz der Sterblichkeit der Arbeiter gegen die der Gesammtbevölkerung beträgt also 1,99 pro Mille, was in Anbetracht der vielen Todesfälle durch äußere Gewalt, oder in deren Folge (1,30 Prozent) gewiß günstig zu nennen ist. Noch günstiger ist das Ergebniß des summarischen Vergleiches beider Bevölkerungsgruppen für die Arbeiterbevölkerung, denn sie befindet sich in einem zweifachen Vortheil. Einmal beträgt die Sterblichkeit der Totalbevölkerung 14,60 pro Mille mehr und zweitens ist die Lebensdauer der Altersklassen entschieden günstiger. Letztere beträgt bei der Arbeiterbevölkerung 39,43 Jahre, bei der Totalbevölkerung 30,14 Jahre. Diesen amtlichen und wissenschaftlich festgestellten Ermittelungen nach erscheint die Sterblichkeit der Arbeiterbevölkerung wohl nicht geeignet, ferner noch als Agitationsmittel benutzt zu werden."

Unsere aufmerksamen Leser werden nun wohl sofort gefunden haben, wo der wahrhaft haarsträubende Fehler liegt, der das für die Arbeiterbevölkerung so „glänzende Schlußresultat" zu Tage fördert.

Für den Statistiker der „Vossischen Zeitung" und für sämmtliche gedankenlose Redakteure, welche jene Notiz nachdruckten, müssen wir den Fehler noch besonders aufdecken.

„Die Lebensdauer beträgt bei der Arbeiterbevölkerung 39,43 Jahre, bei der Totalbevölkerung 30,14 Jahre" — so sagt unser Statistiker; ob er den Unsinn wohl gleich merken wird, wenn wir folgende Gegenbehauptung aufstellen: „Die Lebensdauer beträgt bei den Rentiers und Partikuliers 60,50, bei der Totalbevölkerung 30,14"?

Unser Schlauberger hat nämlich bei der Arbeiterbevölkerung die Kinder bis zu 16 Jahren nicht mitgerechnet, während dieselben bei der Gesammtbevölkerung mitgezählt sind. Er erklärt selbst, daß die von ihm angegebenen statistischen Wahrnehmungen sich auf Arbeiter von 16—60 Jahren erstrecken. Daß bei diesen das Durchschnittsalter 39½ Jahre ist, zeigt gerade kein günstiges Verhältniß, da die Sterblichkeit progressiv nach unten, nach den Kinderjahren zunimmt und bei den Kindern der Arbeiter aus naheliegenden Gründen eine ganz besonders große ist.

Will man aber Vergleiche hierzu anstellen, so muß man der Totalbevölkerung nicht die Arbeiterbevölkerung von 16 Jahren an entgegenstellen, sondern die Arbeiterbevölkerung mit ihren Familien und Kindern; dann würde der Statistiker gefunden haben, daß das Durchschnittsalter der Berliner Arbeiterbevölkerung nicht 39½, sondern ein Geringes über 28½ Jahre beträgt.

Will der Herr Statistiker der „Vossischen Zeitung" nun aber seinen Vergleich „ohne die Kinder" machen, so kann er doch nur eine Parallele ziehen zwischen den 16—60jährigen Arbeitern und den gleichen Altersklassen anderer Stände, und da können wir ihm gleichfalls dienen.

Die Prediger in Berlin werden durchschnittlich 59 Jahre alt, die übrigen höheren Beamten und reichen Leute 54, die Kaufleute 46 — die Lohnarbeiter aber 39 Jahre alt; wir rechnen dann gleichfalls vom 16. Lebensjahre an, in welchem meistens die Berufswahl eintritt.

Noch Eins wollen wir bemerken.

Die bodenlose Oberflächlichkeit und Unwissenheit in jenem Artikel der „Vossischen Zeitung" zeigt sich auch noch in der Ansicht, daß man es bei einem Vergleiche der Sterblichkeit der Totalbevölkerung und der Sterblichkeit der Arbeiterbevölkerung mit zwei verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu thun habe. Als wenn die Arbeiterbevölkerung nicht schon in der Totalbevölkerung enthalten sei?

Will man Vergleiche anstellen — dies erwähnen wir nochmals —, so möge man die Sterblichkeit der Arbeiterbevölkerung zu der Bevölkerung der anderen Klassen, bei Beiden die Kinder bis 16 Jahren mitgerechnet, oder bei Beiden dieselben nicht mitgerechnet, feststellen, und man wird jedesmal ein für die Arbeiterklasse ungünstiges Verhältniß herausfinden.

Ob nun wohl die „anständige" „Vossische Zeitung" von unserer Richtigstellung Notiz nehmen wird?

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Stern des Reichskanzlers ist sichtlich im Erbleichen. Der Bundesrath hat bei der Entscheidung über den Sitz des Reichsgerichts gegen die preußische Anschauung des Reichskanzlers entschieden und mit Majorität gegen Berlin für Leipzig gestimmt. Ebenso ist die Stimmung in Bezug auf die Eisenbahndifferenzen zwischen Sachsen und Preußen überall zu Gunsten Sachsens umgeschlagen — man erblickt nämlich in allen Maßnahmen Preußens Hegemoniegelüste. Daß das Auftreten des Reichskanzlers solches Mißtrauen gerade nicht abschwächt, dürfte zur Genüge bekannt sein. — Auch der sonst so devote Reichstag ist ärgerlich auf seinen Herrn und Meister, auf den Fürsten Bismarck, weil man ihn 14 Tage zu früh einberufen hat. Es ist aber auch eine merkwürdige Ironie des Schicksals, daß der Reichstag zum erstenmale seit seinem Bestehen in der ersten Sitzung beschlußfähig war, darauf aber wegen Mangel an Vorlagen zweimal — einmal auf 3 Tage, das anderemal auf 8 Tage — nach Hause geschickt werden mußte. Manchen parlamentarischen Heißsporn unter den Neugewählten sahen wir bei dieser Wahrnehmung ein entsetzlich langes Gesicht machen und hörten ihn einen Fluch murmeln, der zum Gegenstand den Namen eines „großen" Mannes hatte.

— In die Commission des Reichstags, welcher zunächst die Petitionen zugehen, ist natürlich ein Arbeitervertreter, ein Sozialdemokrat, wieder nicht gewählt. Bekanntlich werden im deutschen Reichstage die Bitten, welche aus dem Volke kommen, immer recht stiefmütterlich behandelt, während die Vorlagen, welche von Oben kommen, sich der besten Aufnahme zu erfreuen haben. Man fürchtete, daß ein Sozialdemokrat in der Petitionscommission den Hecht im Karpfenteiche abgegeben und dem alten Schlendrian ein Ende gemacht haben würde, deshalb stand man ab von der Wahl eines solchen. Das Volk aber mag aus allen solchen Vorkommnissen ersehen, was es von seinen Bourgeoisvertretern zu halten hat, die nach oben devot, nach unten brutal auftreten.

— Musterhafte Finanzminister. In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 1. März vertheidigte Finanzminister Camphausen gelegentlich einer untergeordneten Rechnungsangelegenheit des preußischen Staatsschuldenwesens sich gegen die von Lasker in der Sitzung vom 13. Februar ausgesprochene Behauptung, daß die während des „Milliardensegens" von dem Minister eingehaltene Finanzpolitik, wofür freilich auch das Abgeordnetenhaus reichlich die Mitverantwortung trage, nicht zum Segen des Landes ausgeschlagen sei. Herr Camphausen kam jedoch nicht über den Nachweis hinaus, daß die rasche und umfassende Tilgung der preußischen Staatsschulden in jener Zeit dem preußischen Staate „viel Zinsen erspart" und derselbe somit vom finanziellen Standpunkte aus „ein gutes Geschäft gemacht habe." „Bei den Operationen im Reiche", so fügte Herr Camphausen hinzu, „haben denn doch zuerst die Herren, denen die Reichsfinanzverwaltung obliegt und die Finanzminister sämmtlicher Partikularstaaten dafür einzustehen und es wird wohl verzeihlich sein, wenn ich damals nicht klüger gewesen bin, als alle diese Herren."

Ein sehr schlechter Trost für das deutsche Volk, daß „alle diese Herren", Herr Camphausen an der Spitze, nicht „klug" genug waren, die von jedem halbwegs in staats- und volkswirthschaftlichen Dingen erfahrenen Privatmann vorausgesehenen und vorausgesagten Folgen der Reichsfinanzpolitik zu erkennen. Hätte das Volk in Deutschland etwas zu sagen, so würde es die von Herrn Camphausen eingestandene Unfähigkeit seiner großen und kleinen Finanzminister nicht „verzeihlich" finden und „allen diesen Herren" begreiflich machen, daß derjenige Staatsbeamte, welcher das öffentliche Interesse schädigt, in jedem Falle für den angerichteten Schaden verantwortlich ist, gleichviel ob böser Wille oder Kopflosigkeit die Schuld trägt.

— Die Einnahmen des Reichs für das nächste Etatsjahr sind wie folgt veranschlagt: Zölle und Verbrauchssteuern (indirekte Steuern) 253,527,080 M., Wechselstempelsteuer 6,914,000 Mark, Post- und Telegraphie 11,709,636 M., Eisenbahnen 9,940,000 M., Bankwesen 1,550,000 M., verschiedene Verwaltungseinnahmen 8,960,907 M., Reichs-Invalidenfonds 27,987,067 Mark, Ueberschüsse aus früheren Jahren 11,528,565 M., Münzwesen 10,200,000 M., Zinsen aus belegten Reichsgeldern 6,175,000 M., außerordentliche Zuschüsse 96,988,009 M., Matrikularbeiträge 97,361,428 M.

— 5,130,096 Mark verlangt die Reichsregierung für das nächste Jahr mehr als früher zu Militärzwecken. 105 neue Hauptmannsstellen, Garnisonbau und Errichtung von Unteroffizierschulen sind die Gründe der Mehrforderung. Und dies geschieht Angesichts des Nothstandes und Angesichts der Rathlosigkeit der Regierungen, dem hungernden Volke Hilfe zu bringen!

— Neue Anleihe! Wozu? Dumme Frage. — Wozu anders, als zum Ausbau des neuen deutschen Reichs, pardon, wollte sagen: zum Ausbau des Militarismus. Dem Bundesrathe und dem Reichstage wird binnen Kurzem eine Regierungsvorlage zugehen, eine Anleihe, betreffend die neue Kasernirung des deutschen Reichsheeres.

— „Eile mit Weile". Der preußische Ministerrath hat vor einigen Tagen in Bezug auf den Nothstand eine Sitzung gehabt. Wohl bekomm's den Nothleidenden.

— Welche Unregelmäßigkeiten und Wahlbeeinflussungen bei den Wahlen zum deutschen Reichstage vorgekommen sind, davon giebt folgender Antrag der ersten Abtheilung des Reichstags eine treffliche Illustration:

„Der Reichstag wolle beschließen:

dem Herrn Reichskanzler das bezüglich der Wahl im 2. Anhaltischen Wahlkreise am 21. Februar hier eingegangene „Protokoll" mit der Aufforderung zugehen zu lassen, in Betreff der darin unter Nr. 3., 6. und 7. behaupteten Thatsachen, wonach

1) der Ortsschulze in Freckleben die durch den Pantoffelmacher Fricke daselbst zur Vertheilung bestimmten Stimmzettel für Otto Kapell fortgenommen, deren Herausgabe verweigert und solche erst nach geraumer Zeit in unbrauchbarem Zustande zurückgegeben haben soll,
2) nach dem Zeugnisse von Ernst Germer in Aderstadt in Plötzkau, trotz des Protestes mehrerer Wähler, die Oeffentlichkeit bei Feststellung des Wahlergebnisses ausgeschlossen worden sein soll,
3) nach dem Zeugnisse von Gottl. Röder in Neundorf in den Dörfern Amersdorf und Wermsdorf die auf den Namen Otto Kapell lautenden Stimmzettel von den Polizeidienern aus allen Häusern geholt und dafür Stimmzettel für Kraaz abgegeben sein sollen,

die Feststellung derselben und event. wenn deren Richtigkeit sich ergeben sollte, die Rektifizirung der betheiligten Beamten veranlassen, auch den Reichstag von dem Resultate der getroffenen Einleitungen in Kenntniß setzen zu wollen.

Berlin, den 26. Februar 1877.

Die I. Abtheilung.

Albrecht (Osterode), Vorsitzender. v. Kehler, Berichterstatter."

Die erste Abtheilung des Reichstages hätte jedenfalls richtiger gehandelt, wenn sie anstatt des Wortes Rektifizirung das Wort: Bestrafung zu setzen verlangte. Was heißt denn eigentlich Rektifizirung? Die Beamten auffordern, das nächste Mal die Sache richtiger zu machen. Für manchen Beamten mag das ein Wink sein, später etwas vorsichtiger zu sein, für Manchen eine Ermunterung, weil die Bestrafung ausgeblieben

ist und eine bloße Rektifizirung grober Vergehen, groben Mißbrauchs der Amtsgewalt ohne Bestrafung leicht zu der Vermuthung Anlaß geben könnte, die Rektifizirung sei nicht sonderlich ernst gemeint. Deshalb muß, wenn obige Angaben auf Wahrheit beruhen, eine energische Bestrafung eintreten.

— Einzige Rettung! Die „Deutsche volkswirthschaftliche Correspondenz" schreibt unter vorstehender Ueberschrift: „Nothstandsbauten stehen volkswirthschaftlich auf einer Stufe mit Volksküchen und Armensuppen; sie lindern einigen Hunger, verbannen den Nothstand aber nicht. Durchgreifende Rettung kann uns nur ein Systemwechsel bringen. Die Regierung muß mit dem Manchesterthum theoretisch und praktisch brechen; sie muß erklären, daß fortan nationale Wirthschafts-Politik getrieben werden soll. Diese Erklärung, besiegelt durch entsprechenden Ministerwechsel, wird das Land electrisiren, alle Widerstandskraft anspannen, alle erstorbene Hoffnung neu beleben und mit einem Schlage wieder Arbeit und Verkehr schaffen. Ohne diese geistige und moralische Galvanisirung des gelähmten Wirthschaftskörpers sind alle anderen Nothstandsmaßregeln von geringem Werth; ja vielleicht insofern sogar schädlich, als sie die tödtliche Krankheit offiziell anerkennen und dadurch die allgemeine Angst und Lähmung nur noch steigern. Was von den Todten auferweckt werden muß, ist das Vertrauen. Das volkswirthschaftliche Vertrauen heißt in Deutschland aber nicht — Camphausen-Achenbach." — Der vorstehende Erguß eines Schutzzöllnerblattes verdient deshalb Beachtung, weil in dürren Worten erklärt wird, daß nur ein Systemwechsel Hilfe schaffen könne. Wir treten dieser Ansicht durchweg bei, jedoch mit der Bemerkung, daß der Systemwechsel in wirthschaftlichen Dingen nicht den schutzzöllnerischen Großindustriellen zu Gute kommen darf, sondern der Arbeiterklasse und der Gesammtheit und dies geschieht nur, wenn der Systemwechsel die radikale Aenderung der Produktionsweise bedingt, wenn dieselbe aus den capitalistischen Banden erlöst wird.

— Furcht. Kinder, welche sich fürchten, schreien gewöhnlich laut aus, daß sie sich nicht fürchten. Die Regierung mag sich bei der „Nordd. Allg. Ztg." bedanken, wenn man die Ansicht erhält, sie fürchte sich vor der Sozialdemokratie. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreit nämlich, daß die Regierung vor der sozialistischen Bewegung auch nicht eine Spur von Furcht habe, wie denn dieses Wort überhaupt nicht in dem Katechismus des jetzigen Kabinets zu finden sei. Dagegen meint das Blatt, dem Liberalismus dürfte ein Bischen bleiche Furcht gar nicht schaden, er würde sich dann der Aufgabe entschlagen, „nach immer mehr Freiheit zu schreien, an den Maßregeln und Personen der Regierung ohne Unterlaß herumzunörgeln und deren Autorität aus Leibeskräften zu schmälern." — Weßhalb freut sich denn die „Nordd. Allg. Ztg." über die Furcht der Liberalen? Doch nur, um von denselben neue Strafgesetze gegen die Sozialdemokraten zu erhalten. Weshalb wünscht aber die Regierung neue Strafgesetze? Natürlich, lediglich aus purem Heldenmuth.

— Folgende Wahlen zum Reichstage sind, da rechtzeitige Proteste gegen die Legalität derselben eingegangen sind, der Kommission zur näheren Prüfung überreicht worden: Hammacher (10. schlesw.-holst. Wahlkreis), Spangenberg (1. hannov.), Grumbrecht (17. dito), Dr. Löwe (5. arnsberger), Berger (6. dito), Weigel (8. kasseler), Hölder (1. Württemberg), Dr. Bürlin (5. Baden), Eisenlohr (10. dito), Blum (12. dito), Bode 1. braunschweiger), Hasenclever (6. Berlin), Schmidt (4. stettiner), Schlomka (1. cösliner), Frhr. v. Skorzewski (2. bromberger), Frhr. v. Kozlowski (4. dito), Witte (9. breslauer), v. Schalscha (4. oppelner), Götting (1. erfurter), Heckmann-Stintzky (6. elsaß-lothringer), v. Tettau (5. königsberger), Beseler (5. schleswig holsteiner), v. Nathusius-Ludom (1. mindener), Richter (1. sächs.), Auer (22. dito), Hebting (3. badischer), Bergmann (8. elsässischer).

— Das Wahlgesetz und die Militärpersonen. In Berliner Blättern lesen wir: „Die Wahlprüfungs-Commission des preußischen Abgeordnetenhauses hat sich in ihrer letzten Sitzung über ein sehr wichtiges Prinzip geeinigt, welches auch in das Präjudizien Verzeichniß aufgenommen werden soll. Nach Artikel 71 der Verfassungsurkunde und der entsprechenden Bestimmung im § 4 der Wahlverordnung soll auf jede Vollzahl von 250 Seelen ein Wahlmann gewählt werden. Nachdem nun durch § 49 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 bestimmt ist, daß die Wahlberechtigung der aktiven Militärpersonen sowohl in Betreff der Reichsvertretung als der einzelnen Landesvertretungen ruhen soll, so ist in Frage gekommen, ob bei der Berechnung der für die Anzahl der zu wählenden Wahlmänner entscheidenden Seelenzahl die Militärbevölkerung außer Betracht zu lassen oder mitzuzählen sei. Der Magistrat der zum 6. Potsdamer Wahlbezirke gehörigen Stadt Spandau hat sich für die erstere Alternative entscheiden zu sollen geglaubt, und die Stadt, welche eine Civilbevölkerung von 23,177, eine Militärbevölkerung von 3711 Seelen hat, lediglich in 16 Urwahlbezirke mit 92 Wahlmännern getheilt, während bei Mitzählung der Militärbevölkerung 107 Wahlmänner, mithin 15 mehr gewählt werden mußten. Dieses Verfahren ist durch einen Protest angefochten. Die Wahlprüfungscommission hat sich nach eingehender Erwägung dahin entschieden, daß die Außerachtlassung der Militärbevölkerung der Verfassung und dem Wahlgesetze nicht entspreche. Sie ist dabei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß die Militärbevölkerung, wenngleich das Wahlrecht der aktiven Militärs ruhen solle, durch die zu wählenden Abgeordneten in derselben Weise vertreten werde, wie die Civilbevölkerung, daß ferner nach der klaren und unzweideutigen Bestimmung der Verfassung lediglich die Bevölkerungszahl zu Grunde gelegt werden solle, ohne daß eine Untersuchung der Frage, ob einem Theile dieser Bevölkerung das Wahlrecht auch nicht einmal im Prinzip abgesprochen, sondern nur ein „Ruhen" desselben bestimmt sei. Demgemäß hat die Commission das Prinzip dahin festgestellt: „bei Berechnung der Anzahl der für einen bestimmten Bezirk zu wählenden Wahlmänner nach Maßgabe der Seelenzahl ist die Militärbevölkerung mitzuzählen." In Consequenz dieses Prinzips beantragt die Commission, sämmtliche in der Stadt Spandau vorgenommenen Wahlmännerwahlen zu kassiren, da bei einem gesetzmäßigen Verfahren des Magistrats eine ganz andere Bildung der Urwahlbezirke hätte stattfinden müssen, mithin auch das Resultat der Urwahlen anders hätte ausfallen können. In Folge dessen wird auch die Wahl des gewählten Abgeordneten, Grafen Königsmark, ungiltig. Wir sehen uns um so mehr veranlaßt, dies Präjudiz mitzutheilen, als die entschiedene Frage für alle Garnisonorte praktisch ist." — Ganz gut. Aber was nützt es den Soldaten, daß sie mitgezählt werden, wenn sie nicht mitwählen dürfen? Der Beschluß der Wahlprüfungscommission des preußischen Landtags ist eine jämmerliche Halbheit: Entweder betrachte man die Soldaten als Nullen, die nicht wählen dürfen, und dann zählen sie auch nicht; oder man betrachte sie, wie das recht und billig ist, als vollberechtigte Staatsbürger, dann zählen sie nicht blos, sondern wählen auch.

— Aus der Rumpelkammer. Der Landesausschuß der sächsischen Fortschrittspartei hat das abgetragene (aber nicht verwachsene) Parteiröckchen aufbügeln und etwas zurechtflicken lassen, und repräsentirt sich dem Publikum mit folgendem „Entwurf eines Programms der deutschen Fortschrittspartei":

„§ 1. Die deutsche Fortschrittspartei erkennt für sich die Nothwendigkeit an, die bestehende Verfassung des Deutschen Reiches als Ausgangspunkt jeder weiteren Entwickelung festzuhalten. Sie betont aber gleichzeitig das Bedürfniß der Fortentwicklung derselben im entschieden freiheitlichen Sinne. Die Partei will insbesondere alle Angelegenheiten, welche, dem Wesen des Bundesstaates entsprechend, allgemeine Reichsangelegenheiten genannt werden müssen, der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Reichsgewalt überwiesen sehen. Die Ausführung derartiger Gesetze jedoch, sowie die Handhabung der Verwaltung soll den einzelnen Staaten zufallen, auch sind innere Angelegenheiten der Einzelnstaaten, bez. Gemeinden, Gegenstand ihrer Selbstregierung.

§ 2. Die Partei wird hierbei geleitet von den Grundsätzen: Der verfassungsmäßig ausgesprochene Wille des Volkes ist das oberste Gesetz des Staates. Jedem Staatsbürger gebührt bei gleichen Pflichten gleiches Recht. Die Aufgabe der Staatsgesetzgebung ist die Wahrung der Ordnung, Sitte und Sicherheit im öffentlichen Leben. Eine parlamentarische Regierungsform mit Verantwortlichkeit ihrer Organe soll den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen. Mit Verwerfung des Zweikammersystems soll allenthalben eine einheitliche Volksvertretung bestehen, hervorgegangen aus allgemeinen direkten Wahlen, die weder durch Verweigerung von Diäten, noch durch Verkümmerung des Vereins- und Versammlungsrechts beeinträchtigt werden dürfen.

§ 3. Getreu diesen Grundsätzen und in Anwendung derselben betrachtet es die Partei als ihre Aufgabe, zu wirken für Erreichung wahrer Volksbildung durch gute Volksschulen für jeden Reichsangehörigen; Trennung der Kirche von Staat und Schule; bei voller Glaubens- und Gewissensfreiheit Unterordnung der religiösen Gemeinschaften unter die Staatsgesetze; Berücksichtigung der physischen und geistigen Anforderungen des Militärwesens schon in den Schulen; daraus hervorgehend Verkürzung der Dienstzeit im Heere, sowie Herabsetzung der Präsenzziffer desselben. Auch verlangt die Partei die Unabhängigkeit des Vorzuges kürzerer Militärdienstzeit von den Vermögensverhältnissen des Einzelnen. Sie erstrebt die Einführung solcher Steuern, die mehr als bisher die wahre Leistungsfähigkeit der Steuerzahlenden berücksichtigen; für das gesammte Reich wirksame Regelung und Förderung der Hülfs- und Unterstützungskassen; die Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung. Nach innen und außen verlangt sie ferner die Befolgung einer gerechten Handelspolitik. — Wie die Partei aber die Verwendung von Staatsgeldern auf Unterhalt und Beeinflussung der öffentlichen Presse verwirft, nicht minder als die Aufrechterhaltung, bez. Einführung des Zeugnißzwanges, so will sie alle Preß- und politische Vergehen im ganzen Reiche von Schwurgerichten verhandelt sehen.

§ 4. Von diesem Standpunkt ausgehend, ist die Fortschrittspartei bereit, im Interesse einer heilsamen, organischen Entwickelung des Vaterlandes den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, Zugeständnisse zu machen in Bezug auf das Maß ihrer jeweiligen Forderungen, jedoch nur insoweit, als die Zugeständnisse Nichts mit den Partei-Grundsätzen Unverträgliches enthalten oder herbeiführen. Die Bereitwilligkeit jedoch zur Verzichtleistung auf bereits freiheitliche Gesetze und Einrichtungen erachtet sie als mit ihren Grundsätzen durchaus unvereinbar."

„Herr! Dunkel ist der Rede Sinn!" — möchte man nach Lesen jener Paragraphen den Fortschrittlern zurufen. Es wird etwas im Kulturkampf gemacht, aber doch wieder den Schwarzen geschmeichelt; es sollen bessere Steuerverhältnisse eintreten, aber fragt nur nicht, auf welche Weise; der Militarismus soll verringert, aber schon in die Schulen verpflanzt werden; die Parteigrundsätze sollen aufrecht erhalten, aber den Zeitverhältnissen Rechnung getragen werden u. s. w.

Mit einem Worte: Verschwommen ist das Programm, wie die Partei, der es gehört, „die weder Fleisch noch Fisch ist, ein widerlich Gemisch ist."

— Bourgeoishumanität. Das „Panier" theilt mit, daß in dem Stahlwerke des Hüttenbesitzers v. Girnauth mit Neujahr eine Lohnreduktion von 10 Proz. eingetreten, nun aber noch ein Abzug von 10 Pfennig von der Mark bestimmt sei, dazu werden in willkürlichster Weise bei den kleinsten Versehen Geldstrafen verhängt. Ueber einen solchen Abzug von 1 Mark beklagte sich ein Arbeiter, der wegen eines Vorfalls in seiner Familie sich ein Wenig verspätet hatte: er meinte, das was ihm dann bliebe, würde nicht zum Lebensunterhalt langen. Darauf erhielt er die denkwürdige Antwort: „Schmelzt mit Nierenfett statt mit Butter! Jetzt habt ihr noch Kartoffeln, in 2 Jahren werdet ihr die Schalen fressen!" Der Herr prophezeit sehr gut, wenn — nur wenn die Arbeiter nicht endlich überall einsehen, daß sie sich zusammenschließen müssen in Gewerkschaften und ihre Solidarität der Interessen nicht nur fühlen und kennen, sondern auch praktisch dieselbe zum Ausdruck bringen.

— Ein Geburtstags-Lesefrüchtchen. In einer Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom Februar des Jahres 1849 finden wir folgende Notiz:

„Charakteristik Harkort's. Der größte Mann unseres Kreises, der Generalsekretär der Contrerevolution Herr Friedrich Harkort von Harkorten, hat, wie Sie wissen, die rothe Erde wieder betreten, um für seine Wiederwahl zu agitiren. Ehe Herr Harkort sich wählen läßt, wäre es nicht passend, daß er über folgende angenehme Geschichte nähern Aufschluß gäbe.

„Als der sehr populäre Landrath Gerstein verstorben war, beschlossen eine Anzahl kleiner Bürger und Arbeiter, ihm ein Denkmal zu setzen. Herr Harkort trat an die Spitze dieser Bewegung oder Collekte, und es flossen, wie gesagt, meistens aus Beiträgen der Arbeiter und kleinen Bürger, bis an achthundert Thaler in die Hände des Herrn Friedrich Harkort. Aber das Denkmal erschien nicht. Herr Harkort zog die Sache in die Länge und verschwand eines schönen Morgens.

Das preußische Regiment.

In unserer Zeit der Erfolgsanbeterei thut es einem wirklich wohl, eine feste, scharf ausgesprochene Mannesmeinung über die Dinge zu vernehmen. Dazu bietet der Prozeß gegen den Redakteur der „Frankfurter Zeitung" und der Kunstschriftsteller Ludwig Pfau Gelegenheit in der Vertheidigungsrede des letzteren, der in einem Artikel über die Münchener Kunstausstellung in der „Frankfurter Zeitung" die deutschen Mittelfranken gewarnt hatte, sich auch auf dem Gebiete der Kunst die preußische Schablone aufnöthigen zu lassen: dabei hatte er den Ausdruck „preußisches Regiment" gebraucht, ein Wörtlein, welches dem preußischen Ministerium Anlaß gab, sich beleidigt zu fühlen und klagbar zu werden. In dieser Vertheidigungsrede äußert sich der Angeklagte folgendermaßen:

„Jeder, der eine Idee von dem grammatikalischen und literarischen Werth der Worte hat, weiß, daß die Begriffe „Ministerium, Regierung und Regiment" durchaus nicht identisch sind, sondern der folgende immer einen umfassenderen und abstrakteren Sinn hat, als der vorhergehende. Schon bei dem Worte Regierung, das vor allem eine staatliche Funktion bezeichnet, muß man nicht nothwendig an die zufällig vorhandenen Minister denken; das Wort Regiment aber, in politischem Sinne gebraucht, bezeichnet nicht die jeweilige Regierung, sondern den Modus des Regierens, das System; es entspricht dem französischen Ausdruck Regime, den ich auch bereits geschrieben hatte und nur wegen seiner größeren Fremdartigkeit in Regiment verwandelte.

Im Uebrigen muthet sich das preußische Ministerium doch zu viel zu, wenn es das politische Regiment Preußens auf seine Schultern zu laden begehrt. Dieses Regiment, das mit dem großen Kurfürsten anfangt und mit dem Fürsten Bismarck leider noch nicht aufhören wird, hat ganz andere Faktoren als ein paar Minister, die wohl seine Trabanten sein können, aber nicht seine Urheber sind. Da ist die geschichtliche Entwicklung, die staatliche Tradition, die gebräuchliche Rechtsordnung und das allgemeine Volksbewußtsein; da ist Heer, Bureaukratie und Landesvertretung, was alles viel wichtigere Faktoren eines politischen Regiments sind, als die paar Minister von heute oder gestern.

Ich bin gewohnt für gebildete Leute zu schreiben, welche es lieben, die weggelassenen Mittelglieder zwischen den Zeilen zu lesen, und die ganz gut verstehen, daß ich dieses Regiment ein preußisches nenne, weil in der That die Politik, die uns heute regiert, keine deutsche, sondern eine preußische ist. Und warum sollte ich denn der Reichspolitik nicht den Namen geben, der ihr zukommt? Sind denn nicht der deutsche Reichskanzler und der preußische Premierminister ein und dieselbe Person? und wird Jemand behaupten wollen, der Fürst Bismarck habe als Reichskanzler andere Prinzipien und andere Ziele, als die, welche er als preußischer Staatsminister bethätigt? Das heutige Deutschland ist mit einem Wort nichts als ein vergrößertes Preußen, und jede legislatorische und gesammtstaatliche Maßregel der Reichspolitik zeigt nur das Bestreben, diese Verpreußung immer gründlicher durchzuführen. Dies kann nun einem Bewohner Pommerns oder Brandenburgs sehr erbaulich scheinen, erbaut uns andere aber nicht im Geringsten, und darum sprach ich von preußischem Regiment. Nicht den und nicht jenen, das Preußenthum selber klage ich an, und zwar deshalb, weil sich seine Hegemonie nicht mit dem begnügt, was ihm mit Recht zukommt, sondern weil es in das Heiligthum unseres Stammeslebens dringt, unseren Herd entweiht, unsere Penaten zerbricht, und seine unschönen Götzenbilder an die Stelle unserer wohlgeformten Hausgötter setzt. (Der Präsident ermahnt den Angeklagten zur Mäßigung.)

Die Reichseinheit, welche uns als eine fest verbundene nationale Macht dem Ausland gegenüberstellt, haben auch wir von ganzem Herzen gewollt; wir brachten zur Herstellung derselben jedes Opfer, und legten ohne Widerstreben die nationale Führung in die Hand Preußens, als des mächtigsten und in militärischen Dingen fähigsten Staates. Aber wir wollen nicht, unter dem Vorwand der Reichseinheit und allen Versprechungen zum Trotz, unsere guten, durch eine lange redliche Freiheitsarbeit erkämpften Gesetze gegen schlechte preußische vertauschen. Wir hatten eine Verfassung, eine Vertretung, welche den Schlüssel der Staatskasse führte, schon zu einer Zeit, wo man in Preußen noch Jahrhunderte lang mit dem Stock regierte, und nun sollen wir zum Dank für unsere nationalen Opfer einer Gesetzgebung unterliegen, welche in Wahrheit mit der Vertheidigung und Machtstellung des Vaterlandes nichts zu thun, sondern nur den Zweck hat, das ganze innere Deutschland den alten Gewaltmaximen des preußischen Systems zu unterwerfen. Die Einheit nach außen mag zu Zeiten nothwendiger sein, als die Freiheit nach innen, aber die Freiheit ist jeder Zeit wichtiger, als alle Glorie der inneren Einrichtungen. Eine solche Politik ist keine Politik der Einheit, sondern der Zwietracht; und die Gemeinschaft, die man in Eisen bindet, ist nicht die dauerhafteste.

Eine Beleidigung kann nur das sein, was von allen anständigen Leuten für ehrenrührig gehalten wird, wo also das Ehrenrührige nicht in der Beurtheilung der Handlung, sondern in der Handlung selber liegt. Aber auch schon deshalb kann ein dialektisches Urtheil keine Beleidigung enthalten, weil es die moralische Schuld des Beurtheilten nicht implizirt. Es ist mir nie eingefallen, zu behaupten, die Vertreter des preußischen Regiments hätten das Bewußtsein oder gar die Absicht, uns zu schädigen, ich glaube im Gegentheil, daß die Minister dieses Systems ihre Pflicht gegen Gott, König und Vaterland auf's beste zu erfüllen meinen, nur erlaube ich mir, in Betreff des Vaterlands anderer Meinung zu sein wie sie, und diese Meinung auszusprechen. Dies aber stellt eine rechtsstaatliche Regierung jedem Bürger frei, und wenn sie eine Antwort für nöthig hält, so antwortet sie der Presse durch die Presse, selbst wenn ihr nicht die Hilfsmittel eines Reptilienfonds zur Verfügung stehen. Es ist freilich bequemer, statt durch triftige Gegenbeweise mit Hilfe des Staatsanwalts zu antworten, aber es ist auch minder staatsmännisch. Solche Tendenzprozesse sind nichts als politische Ketzerverfolgungen; sie stellen sich, ob sie wollen oder nicht, auf den Standpunkt der heiligen Inquisition, die sich einbildet, die Bücher zu widerlegen, indem sie sie verbrennt und die Menschen zu bekehren, indem sie sie mißhandelt. (Präsident: Ich muß Sie erneut zur Ordnung rufen.)

Angekl.: Ich bin angeklagt, weil ich eine Kritik geübt habe, wenn man mir nicht erlaubt, dieselbe zu begründen, so ist die Vertheidigung unmöglich.

Präsident: Ich werde Sie in der sachlichen Ausführung nicht beschränken, sondern muß Sie nur darauf aufmerksam machen, daß Sie sich nicht Ausschreitungen beleidigender Natur hingeben sollen.

Angeklagter: Ich habe durchaus nicht die Absicht, zu beleidigen, aber die mir auferlegte Beschränkung illustrirt am besten die Natur dieser Art von Prozessen.

Sollten jedoch in der heutigen Zeit allgemeiner geistiger Verwirrung Urtheile für Thatsachen gelten mögen, nun gut: so will ich den Beweis der Wahrheit antreten.

Was den ökonomischen Ruin betrifft, so ist das eine Thatsache, deren Wahrheit so offenkundig ist, daß sie Niemand zu leugnen wagen wird. Ich weiß wohl, daß gegenwärtig die Erwerbsquellen überall in's Stocken gerathen sind, aber bei der heutigen Solidarität aller wirthschaftlichen Verhältnisse hat auch Deutschland seinen Schuldantheil an der allgemeinen Kalamität. Denn die Art und Weise, wie die Leiter der großen Finanzoperationen des neuen Reichs diese zu Ende führten, konnte wahrlich nicht von ersprießlichen Folgen sein. Wenn Deutschland nur halb so viel Geschick im Ausgeben der Milliarden ge-

„Aber Herr Harkort beabsichtigte keineswegs diese 800 Thaler ohne alle Entschädigung an sich zu ziehen. Im Gegentheil. Er ging nach Belgien und zahlte seine Schuld bei Heller und Pfennig zurück. Nicht in Gold und Silber, sondern in Schriften; nicht in harten Thalern, sondern in klingenden Phrasen und Lebenserfahrungen; nicht in preußischen Treforscheinen, sondern in Lügen und Verleumdungen über die französische Republik. Mit einem Worte: Herr Harkort schrieb seine „Briefe an die Meister und Arbeiter in Berg und Mark".

„Diese noblen Flugblättchen waren doch wahrhaftig wohl lumpige 800 Thaler werth!

„Trotzdem giebt es niedrige Seelen, welche mit dieser Zahlungsweise nicht einverstanden sind. Sie verlangen, der große Mann solle seine 800 Thaler in gangbarer Münze und preußisch Courant zurückzahlen, und sind schamlos genug, ihn in den Wochenblättchen seiner Heimath direkt dazu aufzufordern!"

Sollte dieser Harkort etwa dieselbe Person sein, wie jener famose „Roheitsstatistiker" gleichen Namens, dessen 84jährigen Geburtstag unsere liberale Bourgeoisie zu einem nationalen „Ereigniß" aufzupuffen sich abquält?

— Unfall-Statistik. Im Monat Februar c. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig

13 Todesfälle,
3 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten,
8 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen, und
395 Unfälle, aus welchen sich für die Beschädigten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt,

zusammen 419 Unfälle angemeldet.

Von den 13 Todesfällen ereigneten sich je 2 in Steinkohlenwerken und Gußstahlfabriken und je 1 in einer Papierfabrik, einer Mineralwasserfabrik, einer chemischen Fabrik, einer Baumwollenweberei, einer Feilenfabrik und Dampfschleiferei, einer Brauerei, einer Eisensteingrube und einem Dampfsägewerk.

Von den 3 lebensgefährlichen Beschädigungen entfallen 2 auf Kalksteinbrüche und eine auf eine Argentanfabrik, während von den 8 Invaliden je 2 auf Brückenbau und Maschinenfabriken und Eisengießereien und je 1 auf eine Baumwollspinnerei und Weberei, eine Eisenbahnwagenräder- und Achsenfabrik, eine Eisen- und Stahlwaarenfabrik und auf Hafenbau kommen.

— Die Agitation der dänischen Arbeiter zur Erwirkung von Maßregeln gegen den Nothstand sind doch nicht ganz fruchtlos geblieben. Das Ministerium sah sich veranlaßt, bei dem Reichstag die Bewilligung von 1 Million Kronen (= 1,200,000 Mark) zu beantragen, „um denjenigen Communen, welche Veranstaltungen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit und des Druckes der Theuerung ergreifen wollen, unter billigen Bedingungen Darlehen geben zu können." Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses beantragte dagegen, die erwähnte Summe unter sämmtlichen Communen des Landes im Verhältniß zur Einwohnerzahl zu vertheilen, um als Zuschuß zu „der Kasse der Armen" oder in Kopenhagen, wo diese Institution nicht vorhanden ist, nach der Bestimmung der Communalverwaltung und unter ihrer Verantwortlichkeit verwendet zu werden. Zu bemerken ist hierbei, daß Unterstützungen aus „der Kasse der Armen" nicht als Armenunterstützungen betrachtet werden und folglich der Rechtsstellung der Empfänger hierdurch kein Eintrag geschieht. Am Freitag und Sonnabend beschäftigte sich der Folkething (Reichstag) mit der Angelegenheit. Der Antrag des Ministeriums, den Communen Nothstandsdarlehen zum Gesammtbetrag von 1 Million Kronen zur Verfügung zu stellen, wurde mit 53 gegen 4 Stimmen angenommen; die von dem Finanzausschusse beantragte Bewilligung der 1 Million Kronen zur Vertheilung an die Kassen der Armen nach Verhältniß der Einwohnerzahl der Communen wurde, trotz der Erklärung des Ministerpräsidenten, dieselbe nicht annehmen zu wollen, mit 45 gegen 27 Stimmen genehmigt. 27 Abgeordnete fehlten bei der Abstimmung, und einer enthielt sich der Abstimmung.

— Am Schandpfahl! Der Notiz über unsere Wahlniederlage in Altona fügen die Bourgeoisblätter den Satz bei (z. B. „Leipziger Tageblatt" vom 3. März): „Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, unter der Führung Röthing's, hat die Wahl des nationalen Candidaten wirksam unterstützt."

— Dienstag, den 27. Februar, Nachmittags ½3 Uhr beschloß der Reichstag fast einstimmig, das Strafverfahren in dem bekannten Kieler Denunzianten-Prozeß gegen Liebknecht für die Dauer der Session aufzuheben; 20 Stunden später, Mittwoch den 28. Februar, Vormittags 10½ Uhr, langte in der Expedition des „Vorwärts" ein mit dem Stempel des Kieler Kreisgerichts versehenes und an Liebknecht adressirtes Schriftstück an, dessen Inhalt nur vermuthet werden konnte, dessen Annahme aber mit Rücksicht auf den Tags zuvor gefaßten Reichstagsbeschluß verweigert werden mußte. — Wir sind neugierig, was das Kieler Kreisgericht nun thun wird. Jedenfalls hat Liebknecht so viel Respekt vor einem Reichstagsbeschluß und eine so hohe Meinung von der Würde des Hauses, daß er seinen brennenden Wunsch, sich von den Strapazen der Wahlagitation auszuruhen, wenn auch schweren Herzens zurückdrängen und — das Weitere abwarten wird.

— Parteigenosse Eisengarten, Redakteur der „Glauchauer Nachrichten", ist wegen Beleidigung der Priester in erster Instanz zu 4½ Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Erklärung.

Der „Stuttgarter Beobachter" bringt (in Nr. 46 vom 24. Februar und in Nr. 51 vom 2. März) folgende redaktionelle Notizen:

„Eine alte Verleumdung.

Das „Deutsche Volksblatt" vom 27. Februar legt auch einmal wieder die längst widerlegte Liebknecht'sche Verleumdung auf, daß Karl Vogt unter dem Pack gewesen sei, welches aus den Tuilerien Stipendien erbettelt habe, und verräth durch diese heillose Wiederaufwärmung alten Kohls nur, daß es wirklich zu der Partei der Dunkelmänner gehört, welche mit unauslöschlichem Hasse Den verfolgen, der einst: „Köhlerglauben und Wissenschaft" geschrieben hat."

„Carl Vogt und das „Deutsche Volksblatt".

Letzteres will den Vorwurf, eine alte längst widerlegte Verleumdung gegen Jenen neu aufgelegt zu haben, energisch zurückweisen. Dabei begegnet ihm aber das große Mißgeschick, sich hinsichtlich der Behauptung, daß Vogt Geld in den Tuilerien erbettelt habe, auf eine Erklärung von Gustav Rasch zu berufen, die in einem ganz bestimmten Ton abgefaßt sein und im „Vorwärts" gestanden haben soll. Die Wahrheit ist ist, daß eine solche Erklärung von Gustav Rasch niemals im „Vorwärts" gestanden hat, sondern dort im Gegentheil erwähnt ist, daß Rasch die betreffende gegen Vogt erhobene Anklage als eine „platte und nichtswürdige Beschuldigung" bezeichnet habe. Mit solchem Leichtsinn also geht das Volksblatt vor, indem es derartige schwere Beschuldigungen sich zu eigen macht. Wird es sich nun bequemen, sich schuldig zu bekennen, daß es leichtfertig die alte Liebknecht'sche Verleumdung wieder in Curs gesetzt hat?" —

Die Ungezogenheit, mich der „Verleumdung" zu beschuldigen, wird nur durch die Unwissenheit und Leichtfertigkeit des Schreibers obiger Notizen übertroffen. Unwissenheit: denn er hat keine Ahnung von dem gegen Vogt vorliegenden Anklage- und Beweismaterial, sonst würde er entweder mit seiner Sympathie für Herrn Vogt zurückhaltender, oder mit dem Epitheton „Pack" sparsamer gewesen sein. Leichtfertigkeit: denn er hat übersehen, daß G. Rasch in Nr. 20 des „Vorwärts" vom 16. Februar (also 14 Tage vor Veröffentlichung der letzten der 2 „Beobachter"-Notizen) mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Deutlichkeit erklärt, er habe sich zu seinem Bedauern überzeugt, „daß die Anklage gegen Carl Vogt, sich an den Verbrecher des 2. Dezember und an seinen nichtsnutzigen Vetter Napoleon Bonaparte (Jerome) verkauft zu haben, eine **gerechte** und **wohlbegründete** war."

Und wenn die (jetzige) Redaktion des „Beobachter", mit der ich wahrhaftig keinen Streit gesucht habe, sich die Mühe nehmen will, das betreffende Material zu studiren, statt, ohne Kenntniß desselben, blind in den Tag hinein zu poltern, so wird sie zu der nämlichen Ueberzeugung gelangen. Oder — tant pis pour elle (um so schlimmer für sie).

Leipzig, den 4. März 1877. W. Liebknecht.

Correspondenzen.

Paris, 25. Februar. Hier tritt die Arbeitslosigkeit immer mehr zu Tage, trotzdem sich die radikal-republikanischen Bourgeoisblätter alle Mühe geben, die wahre Sachlage zu vertuschen. Hätten wir hier, wie das in Deutschland der Fall ist, Journale, welche die Arbeiterinteressen vertreten, es würde noch so manches Andere bekannt werden, was bekannt gemacht zu werden verdiente. So z. B. hätte sich längst herausgestellt, daß die Arbeitslosigkeit in Lyon schon seit November vergangenen Jahres anbauert, während erst jetzt, wo nichts mehr vertuscht werden kann, darüber gesprochen wird. Aber unsere radikalrepublikanischen Bourgeoisblätter waren bestrebt, den Glauben an die vortheilhaften ökonomischen Verhältnisse unter der republikanischen Regierungsform so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Benützen doch ohnedies die monarchisch-klerikalen, kurz alle reaktionären Blätter jede Gelegenheit, um den Arbeiter zu überzeugen, daß er in einer Republik nicht besser, am Ende sogar schlechter gestellt ist, als in einer Monarchie. Und namentlich sind es die bonapartistischen Blätter, welche nicht genug darauf hindeuten können, daß während des zweiten Kaiserreichs jeder Arbeiter „sein Huhn im Topfe" hatte. Wenngleich dieses Manöver von dem aufgeklärten Theil des französischen Arbeiterstandes verachtet wird, so kann es doch nicht fehlen, daß Tausende und Abertausende, die jetzt Noth und Hunger leiden, dadurch angeregt werden, an die Zeiten zurückzudenken, wo sie sich besser befanden als jetzt, namentlich da die bonapartistische Propaganda mit besonderer Nachsicht von der am Ruder sitzenden, dem Namen nach republikanischen Regierungspartei geduldet wird. Also dem Selbsterhaltungstrieb der republikanischen Bourgeoisie haben wir es zu verdanken, daß man mit Besprechung der Nothlage in Frankreich so lange wie möglich zurückgehalten hat. Dann kommt noch hinzu, daß mit Ausnahme der Sozialisten jeder Franzose, er mag einer Partei angehören welcher er will, von der zweifelhaften Tugend der Vaterlandsliebe derartig beherrscht ist, daß er die gegenwärtigen herzlich schlechten Verhältnisse so lange vertuscht, bis sie ihm über den Kopf gewachsen sind; dann wird aber auch radikal losgeschlagen. Wenigstens ist dieser Weg bis dato immer von dem französischen Volke verfolgt worden. — Doch zurück zu der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Nicht allein in Lyon, auch hier in Paris, in Havre, Marseille, ja im ganzen Lande steht es um die Arbeitsverhältnisse schlecht. Die Privatmildthätigkeit thut zwar vieles, auch haben die Munizipalräthe mehrerer Städte bedeutende Summen votirt, man hält Bälle, giebt Concerte ꝛc. Aber was will das alles besagen, wo es sich um Beseitigung eines allgemeinen Nothstandes handelt? Da sind doch die vor kurzem in Berlin abgehaltenen sieben Volksversammlungen mehr werth. Da ist doch frisch von der Leber weg gesprochen und klargelegt worden, wie vor der Hand zu helfen wäre.

Altona. Der letzte Wahlkampf ist hier ausgefochten; wir sind unterlegen. Der Candidat der Misch-Maschpartei, Herr Karsten erhielt 14,237, während auf Hartmann 12,803 Stimmen fielen. Wie uns mitgetheilt wird und wie auch der „Hamburgische Correspondent" bestätigt, haben in Altona die Wahlvorsteher gegen die Weisung der Regierung gehandelt und die Wahllisten bei der letzten Wahl noch geändert, so daß viele Personen, welche in den Listen standen und die am 10. Januar und 15. Februar gestimmt hatten, zurückgewiesen wurden, weil sie Armenunterstützung empfangen haben sollen. Ein Fall liegt z. B. folgendermaßen: Der Sohn eines eingetragenen Wählers verunglückte als Lehrling und wurde durch einen Armenarzt behandelt, in Folge dessen wurde der Vater zurückgewiesen. Die hiesigen Parteigenossen werden schon deßhalb einen Protest einreichen, damit im Reichstage obige Frage eine prinzipielle Behandlung erfahre.

Helsenkirchen, 27. Febr. Es ist hier, wie der „Ess. Vz." mitgetheilt wird, die traurige Nachricht verbreitet, daß in letztverflossener Woche auf dem Wiehagen im wirklichen Sinne des Wortes ein Arbeiter — Pole — Hungers gestorben ist, eine Frau und 7 Kinder in drückendster Noth hinterlassend.

Breslau, den 28. Februar. Das Resultat der gestrigen Nachwahl zum Reichstage ist, obwohl wir nicht als Sieger hervorgegangen sind, für uns dennoch glänzend ausgefallen. Wir haben an Stimmenzahl gewonnen, während die „Liberalen" verloren haben. Dabei arbeiteten die Gegner wieder mit allen, auch den unmoralischsten Mitteln. Die Majorität verdanken sie

---

zeigt hätte, als Frankreich im Anschaffen derselben, so würde es heute weniger schlimm um uns stehen. Ueberhaupt beweist in ökonomischen Dingen die Reichspolitik keine übermäßige Fähigkeit. So zeigt z. B. die Nichtbeschickung der Pariser Ausstellung eine bedauerliche Gleichgiltigkeit den gewerblichen Interessen gegenüber. Denn was man hier auch in negativem Sinne vorbringen mag, so viel steht fest, daß alle übrigen Nationen die Beschickung für nöthig erachteten und daß die große Mehrzahl der deutschen Sachverständigen derselben Meinung war. Ein Staat aber, in welchem selbst in solchen Dingen der Einzelwille entscheidet, steht finanziell auf unsicherem Grunde, denn wenn es einen Punkt im Staatsleben giebt, wo der Einzelne immer unwissend und unmächtig ist, so ist es gerade die ökonomische Frage, die sich nicht durch Machtsprüche entscheiden läßt. Und wenn sich eine Regierung als allweise und allmächtige Vorsehung geberdet, die keinen Widerspruch zu hören und keine Kritik zu ertragen hat, dann kann sie sich nicht beklagen, wenn sie auch als Vorsehung behandelt, und für den Landschaden verantwortlich gemacht wird. Zu diesen Umständen kommt noch als schlimmster der alle Lebenssäfte aufzehrende Militarismus, und in seinem Gefolge das allgemeine Gefühl der Unsicherheit, das keine wirthschaftliche Thätigkeit aufkommen läßt, und das so lange nicht aufhören wird, als das bestehende System sich nicht ändert. Die Politik der Reaktion, welche heute in Europa herrscht und welche von der menschlichen Solidarität der Völker nichts weiß, welche auf der einen Seite die ideellen Aufgaben, auf der andern die ökonomischen Bedingungen des Staates ignorirt, deren Grundlage der nationale Egoismus, deren erstes und letztes Argument die Kanone und deren Steuer die Willkür eines Einzelnen ist — eine solche Politik kann nur wie ein Alp auf der ganzen civilisirten Welt liegen und muß schließlich zum Kriege Aller gegen Alle führen. Daß unter solchen Umständen der Handel stockt, die Werkstätten feiern und der Kredit stirbt, darüber können die sich wundern, die da glauben, die heutige Welt, mit ihren tausendfach verschlungenen Interessen, lasse sich noch durch die Gewalt der Bajonette und durch die Knebelung des freien Worts regieren.

Was den sittlichen Ruin betrifft, so habe ich einen klassischen Zeugen, nämlich den Reichskanzler in Person, welcher seiner famosen Strafnovelle als Empfehlungsschreiben die Motivirung mitgab: Die Verwilderung habe in den letzten Jahren so zugenommen, daß die alten Strafmittel nicht mehr ausreichen. Natürlich, in einem Lande, wo eine dotirte Reptilienpresse die öffentliche Meinung corrumpirt, und der redliche Publizist durch den Zeugnißzwang zur Brechung seiner Ehrenpflicht angehalten wird, wie soll da die Sittlichkeit gedeihen? Den verderblichsten Einfluß haben die traurigen Rechtszustände. Unsere Gesetzgebungen haben es im ganzen nichtfreien Europa soweit gebracht, daß selbst ein geschulter und urtheilsfähiger Mann beim Aussprechen der Wahrheit nicht mehr weiß, ob er sich in den Schlingen des Gesetzes gefangen hat oder nicht. Kein Rechtsgelehrter von Fach und Beruf vermag mehr zu sagen, was eine Verfolgung nach sich ziehen, was eine Verurtheilung herbeiführen kann, und was nicht. Das erste Gericht spricht einen Beklagten frei von Schuld, und die zweite Instanz sperrt ihn ins Gefängniß. Wenn die Richter selber nicht mehr wissen, was recht oder unrecht ist, wie soll der Laie noch erkennen, was er zu thun und zu lassen hat? Es ist ein Beweis des herabgekommenen Volksbewußtseins, daß nicht Jedermann einen solchen Zustand als eine sittliche Ungeheuerlichkeit empfindet. Müssen solche Zustände nicht eine Rechtsunsicherheit erzeugen, welche die Grenzen von Recht und Unrecht verwischt, das Rechtsbewußtsein im Volke untergräbt, und die Achtung vor allen staatlichen Institutionen, vor allen sozialen Einrichtungen zerstört? Wozu soll denn die Tugend noch frommen, wenn das, was alle anständigen Menschen für recht und billig halten, vom Gesetze gestraft, wenn der edelste Patriot, welcher die höchsten und heiligsten Güter der Nation vertheidigt, zu gemeinen Verbrechern in's Spinnhaus geschickt wird? Wie soll da die bürgerliche Tüchtigkeit, die erste Bedingung zum Gedeihen des Staats, nicht abnehmen, wo jeder freie Mann das Damoklesschwert eines dehnbaren Gesetzes in seinem Nacken fühlt, das ihn jeden Augenblick zu treffen bereit ist, nicht weil er etwas Strafwürdiges begangen, sondern weil sein Freimuth den Machthabern mißfallen hat? Ist es da ein Wunder, daß allgemeine Klage erschallt über das Sinken der öffentlichen Moral? So schieben im deutschen Reichstag die Parteien eine Verantwortlichkeit für soziale Zustände einander zu, die sie durch ihre Gesetzgebung doch selber verschuldet haben und man könnte diesen Herrn mit einer Parodie der Göthe'schen Verse zurufen: Wollt ihr immer weiter schweifen? Seht, das Schlechte liegt so nah!

Was den intellektuellen Ruin betrifft, so geht dieser mit dem sittlichen stets Hand in Hand. Schon der Umstand, daß die alles verschlingende Kaserne den Anforderungen eines rationellen Unterrichtswesens keine Mittel übrig läßt, wäre kulturschädlich genug, selbst wenn die Abwesenheit der idealen und ethischen Motive im Staatsleben nicht ein allgemeines Verkommen von Charakter und Intelligenz zur Folge haben müßte. So haben wir denn auch auf den letzten internationalen Ausstellungen eine schlechtere Rolle gespielt als je vorher; und unsere einst berühmten Lehranstalten sind nur noch Dressirschulen für die Examina des Freiwilligen und des Staatsdieners. Auf den Universitäten herrscht die dumpfe Atmosphäre des Brodstudiums, und eine traurige Mittelmäßigkeit fängt an, auf den Lehrstühlen sich breit zu machen, die früher von Forschern und Denkern eingenommen wurden.

Was schließlich die Freiheitshatze betrifft, so ist dieser mein Prozeß der beste Beweis, wie es mit der freien Meinungsäußerung in Deutschland bestellt ist. Ein solcher Prozeß ist in einem freien Lande nicht möglich; doch hat man ihm wenigstens ein gesetzliches Mäntelchen umgehängt, wenn auch ein fadenscheiniges. Aber andere Verfolgungen kommen vor, wo sich die Behörde nicht einmal mehr die Mühe des Bemäntelns giebt. Alle Tage werden Versammlungen aufgelöst unter den nichtigsten Vorwänden, im flagrantesten Widerspruch mit den Bestimmungen des Gesetzes, und ohne daß irgendwo Rechtshilfe zu finden wäre. Angesichts solcher Thatsachen kann es nicht geleugnet werden, daß sich ein Theil der Nation im Zustand der Rechtslosigkeit befindet. Ist es ein Wunder, wenn da die Sitten verwildern, wo die ausübenden Organe die Gesetze selber nicht achten? Soll ich noch an die jüngsten Großthaten der Justizgesetzgebung erinnern, an Bestimmungen, die selbst von den Getreuen des preußischen Regiments, in offenem Reichstag, nicht nur al reaktionäre, sondern als unsittliche verdammt wurden? Soll i an die von der Nation mit Entrüstung aufgenommene Stra gesetznovelle erinnern, welche ihr Urheber den Wurm nennt, d niemals stirbt? Wenn das keine Verfolgung der Freiheit g nannt werden darf, und wenn man in solcher Verfolgung ke System erblicken soll, dann haben die Worte ihre Bedeutu verloren, und selbst die deutsche Sprache und der deutsche G danke sind nur noch Kostgänger des Reptilienfonds!"

Wir haben dem nichts hinzuzufügen und erinnern nur an Wort Jacob Grimms, eines der Göttinger Sieben, welche Amt als Professoren niederlegten, als der König von Hann die Verfassung wieder aufhob. Derselbe sagte ungefähr: „M Herren, es ist nicht genug, daß es Leute giebt, die die Wahr erkennen, die gut und böse unterscheiden können, sondern muß es solche geben, die ungescheut und ohne äußere Rück nahme ihre Meinung aussprechen und ihre Handlungsi darnach einrichten." — Ludwig Pfau ist zu 100 Mark Geldb verurtheilt worden.

den Doppellisten. Bald am Nachmittage wurden massenhaft Dringlichkeitsdepeschen versandt, um die Wähler heranzuziehen. Die Liberalen haben also keinen Partei-, sondern nur Stimmviehsieg errungen, denn der größte Theil der Herbeigerufenen kümmerte sich wenig um Politik. Ein großer Theil des Kleinbürgerthums ist geradezu gepreßt worden, für die Liberalen zu stimmen. Man denke sich, ein Kleinbürger, der die Absicht hat, mit uns zu stimmen, wird, ehe er zur Wahl geht, in den ersten Stunden des Nachmittags mit dem Besuch eines Liberalen beglückt, für den er dann und wann etwas gearbeitet hat. Der Liberale überreicht dem Kleinbürger eine Dringlichkeitsdepesche. Dieser stellt sich indifferent, Jener spricht ihm zum Herzen im Sinne der Flunkereien der liberalen Presse. Die Frau des Kleinbürgers hört das Gespräch an und bekommt ein Gruseln vor den bösen Sozialdemokraten. Sie bearbeitet nun im Bunde mit dem Liberalen ihre stärkere Ehehälfte, um den Sozialdemokraten den Sieg streitig machen zu helfen. An einer andern Stelle macht man eine kleine Bestellung, begleicht eine Rechnung oder stellt Arbeit oder auch neue Kundschaft in Aussicht, vergißt aber auch nicht die Dringlichkeitsdepesche an den Mann zu bringen. Wenn dies Alles nichts hilft, droht man mit Entziehung der Kundschaft oder stellt andere für das Geschäft unseres Kleinbürgers ungünstige Chancen in Aussicht. Auf diese und ähnliche Art und Weise sind die Stimmen für die Liberalen erpreßt oder erschlichen worden. Die Arbeiter hingegen werden auf alle mögliche Art und Weise verhindert, ihr Staatsbürgerrecht auszuüben. Nicht nur, daß man in größeren Werkstätten, wie z. B. bei der „Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn", den Arbeitern keine Zeit gegeben hat, um wählen zu können, drohte man auch den Arbeitern mit Entlassung, falls sie für die Arbeiterkandidaten zu stimmen erklärten. Ein anderer Grund unserer Niederlage ist darin zu suchen, daß die große Arbeitslosigkeit Tausende von Arbeitern so weit entmuthigt hatte, daß sie sich von Fabrikanten und Werkführern beeinflussen ließen und gegen ihre eigene Ueberzeugung stimmten. Bei der nächsten Reichstagswahl werden wir hoffentlich trotz der von den Gegnern beliebten Mittel ein für uns siegreiches Resultat erringen. Das Lokal, in welchem das Wahlresultat verkündet wurde, war wiederum so zahlreich besucht, daß auch der große Garten von Menschen angefüllt war. Ja selbst auf der Straße wogte eine ungeheure Menschenmasse auf und ab, wodurch unsern Berichterstattern aus den Wahllokalen der Eintritt ungeheuer erschwert wurde, so daß wir erst gegen 9 Uhr das Resultat vollständig zusammenstellen konnten.

(„Wahrheit".)

Stuttgart. Berichtigung. Im Wahlprotestabdruck (Nr. 23) haben sich folgende kleine Fehler eingeschlichen: 1) der Ort heißt Leinfelden, nicht Leimfelden; 2) der Arbeiter, dem der Stimmzettel in der Rentenanstalt geöffnet wurde, heißt Haase, nicht Hanse; 3) der Unterzeichner des Protestes heißt Wannewetsch; nicht Wannegroth.

Gg. Baßler.

Frankfurt, 1. März. Zu dem gestern im Leinwandhaus beendigten Einjährigfreiwilligen-Examen hatten sich 45 junge Leute gemeldet. Im Termin erschienen acht nicht. Von dem Rest bestanden 17, während 20 durchfielen, darunter acht, deren schriftliche Arbeiten so mangelhaft waren, daß sie gar nicht zum mündlichen Examen zugelassen wurden. — Ein schöner Beitrag zur Bildung der Gebildeten.

Plauen i. V., 1. März. Das Ergebniß der Reichstagswahl am 10. Januar im 23. sächsischen Wahlkreise war bekanntlich: Neißer (soz.) 4923, Meusel (cons.) 4624, Krause (lib.) 4121 Stimmen. Da Stichwahl nothwendig war, wurde dieselbe vom Wahlcommissar sofort nach der Auszählung auf Sonnabend den 27. Januar, ein für die Arbeiter günstiger Tag, festgesetzt. Mehrere Tage später jedoch wurde die Stichwahl auf Freitag den 26. Januar eingeschrieben. Wer mag sagen, um wie viele Stimmen uns schon diese Veränderung gebracht hat? — Nach Bekanntwerden des obigen Resultates war durch den ganzen Wahlkreis das Feldgeschrei allen denkenden und geistig aufgeklärten Freunde der Arbeiterpartei: „Alles aufbieten, um zu siegen!" Man war zu der Annahme berechtigt, die Liberalen und Fortschrittler würden mit den Conservativen doch nicht so durch Dick und Dünn gehen, wie man hie und da vermuthete, weil sie sich in unseren Bourgeoisblättern heftig bekämpft hatten. Man glaubte, ein Theil derselben würde sich auf unsere Seite schlagen. Da ferner nicht die Hälfte der Wähler sich am Wahlakte betheiligt hatte, so konnte man hoffen, durch eine rege Agitation unsererseits, namentlich auf den Dörfern, würden noch eine Menge Stimmen für uns erworben werden. Unsere eignen Kräfte reichten jedoch hierzu nicht aus, und es vergingen acht werthvolle Tage, ehe von außen Rednerkräfte ankamen und eine Volksversammlung abgehalten werden konnte. Als nachher Alles so recht in Fluß gebracht war, standen wir vor dem Wahltage und in den meisten Dörfern konnte nur wenig agitirt werden. Inzwischen gelobten die Gegner in unserm Amtsblatte sich gegenseitig die treuesten Handlangerdienste. Die Liberalen brachten täglich die ekelerregendsten Schmähartikel gegen uns, und in Aufrufen wurden die Conservativen aufgefordert, gegen die Sozialisten zu stimmen. Jeder wahre Volksfreund war entrüstet über dieses niedrige Treiben, und wir erhielten dadurch Stimmen von Leuten, wo wir's nicht ahnten. — Eine wahrhaft wilde Agitation, gleichviel, ob sie mit dem Gesetz in Einklang stand oder nicht, entfalteten die Gegner am Wahltage selbst. Da wurden den ländlichen Arbeitern die Meusel'schen Zettel aufoktroyirt und unter der Androhung gemeinschaftlich in's Wahllokal geführt: „Wenn Ihr Meusel nicht wählt, büßt Ihr die Arbeit ein." In einem Ort gab's Freibier, im andern bekam der Wähler 12 Pf. Da hieß es: „Wenn Ihr Meusel nicht wählt, dann dürft Ihr Eure Hunde nicht ohne Maulkorb mehr herumlaufen lassen und Ihr müßt die schlechten Wege alle sofort bauen." Die Gemeinden haben sich zuvor durch den Vorstand geeinigt, daß Niemand Neißer wähle, und die Wirthe waren häufig nicht zu bewegen, uns einen Saal zur Versammlung zu geben. Da wurde, außer in Plauen und einigen andern Orten, nirgends Einer der Unsrigen zum Verbleiben an der Wahlurne, am wenigsten zur Stimmenzählung zugelassen. Es würde zu weit führen, den Unfug, der gegen die Wahl unseres Candidaten verübt worden ist, hier wiederzugeben. Auffallend war diesmal die heftige Opposition, die uns häufig von Schulmeistern gemacht worden ist. Die Opponenten möchten wir aus verschiedenen Gründen noch einmal zu Lehrer Sack in die Schule schicken. Der dunkelste Punkt unseres Wahlkreises war wieder der Amtsbezirk Markneukirchen. Er ergab für Neißer nur 62 und für Meusel 1139 Stimmen. Für diese „rühmliche Ausnahme" wurden aber auch die dortigen Wähler von unserm Amtsblatt tüchtig belobt. Hoffentlich werden ihnen auch noch die Augen aufgehen. Das Gesammtresultat war Neißer 5599, Meusel 120 Stimmen. Vor 3 Jahren hatten wir 2020, am 10. Januar 877 4923, bei der Stichwahl am 26. Januar 5599 Stimmen. Obgleich wir diesmal noch unterlegen sind, so zeigen doch die vorstehenden Zahlen, daß wir seit drei Jahren große Fortschritte gemacht haben und daß der voigtländische Boden ein günstiger ist für die Sache der wahren Volksfreiheit. Unermüdlich wollen wir daher weiter ringen und kämpfen und uns strammer organisiren, damit wir in drei Jahren mit unsern voigtländischen Brüdern in Greiz und Reichenbach ein gemeinschaftliches Wahlsiegesfest feiern können.

Das Centralwahlcomité des 23. sächs. Wahlkreises.
Fr. Forbriger, Hofer Straße 92.

Nachtrag. Bezüglich der Errichtung eines Parteilokalblattes ersuche ich die Gesinnungsgenossen des 22. und 23. sächsischen Wahlkreises, entweder Herrn Robert Müller in Reichenbach oder mir ihre Entschließung brieflich zukommen zu lassen. D. O.

Heide (5. schleswig-holsteinischer Wahlkreis). An die Centralwahlkasse sind noch eingegangen: Aus Brunsbüttel durch Walther von Uterstadt 6,00. Aus Lunden von P. Schick 40,00. Aus Heide von Sch. 5,00. Aus Heide von Gramsdorf 2,00.

Heinrich Otto.

Dresden. (Verein der Sattler und Berufsgenossen.) Hierdurch sei den Mitgliedern zur Kenntniß gebracht, daß sich in Elberfeld, Gera und Döbeln Mitgliedschaften unseres Vereins constituirt haben. Die neugewählten Beamten, welche vom Vorstand bestätigt wurden, sind folgende: in Elberfeld R. R. Türksheim, Vertrauensmann, Ohligsmühlenstr. bei Wirth Peter Tyring; Carl Freitag, Kassirer, Caristr. 41, Verkehrslokal bei Friedrich Harm, Bachstr. 65. In Gera Wilh. Diekmann, Vertrauensmann; H. Jäger, Kassirer, beim Sattler Mai; Verkehrslokal „Gasthof „Zur goldenen Sonne". In Döbeln, wo die Reiseunterstützung von jetzt ab schon ausgezahlt wird, ertheilt bis auf Weiteres jede Auskunft Hugo Kretzschmar, beim Sattlermeister Ihle. In Solingen, wohin schon die nöthigen Utensilien geschickt wurden, kam die Mitgliedschaft nicht zu Stande, da sämmtliche dort arbeitenden Collegen (3—400) entlassen wurden. Noch vor wenigen Wochen suchten die dortigen Fabrikanten fast in allen größeren Orten Deutschlands Sattler unter Zusicherung dauernder und lohnender Beschäftigung, und jetzt, ganz plötzlich, hieß es, die Arbeit sei zu Ende, und ohne vorherige Kündigung wurden die aus ganz Deutschland hingekommenen Arbeiter entlassen Aber auch dort, wie fast überall, sind es die Collegen selbst, welche sich schädigen. Nach eingeholten Mittheilungen hat man dort fast regelmäßig des Sonntags und Wochentags halbe Nächte hindurch gearbeitet. Da ist es freilich kein Wunder, wenn jetzt schon wieder eine Anzahl feiernder Sattler herumziehen. Werden dieselben aber nicht bald zur Einsicht kommen? Nach uns aus Hannover zugegangenen Mittheilungen sind auch dort die Zustände sehr traurig. Die Meister erlauben sich dort Uebergriffe gegen Recht und Humanität, wie sie schlimmer nicht zu denken sind. Die Ursache mag hier vorzüglich die sein, daß nach Hannover mehr Fremde als anders wohin ihr Ziel nehmen, da es an verschiedenen Reiserouten liegt. Der Vorstand richtet daher im Interesse der dortigen, sowie überhaupt jedes einzelnen Collegen an Reisende das Ersuchen, Hannover so viel als möglich zu meiden. Außerdem werden noch sämmtliche Vertrauensmänner erinnert, die Resultate der Abstimmung, ob, wo und wann die diesjährige Generalversammlung stattfinden soll, baldigst und spätestens bis zum 18. März an Unterzeichneten einzusenden. Die Nothwendigkeit einer Generalversammlung ist in den versandten Briefen klar dargelegt worden und spricht der Vorstand den Wunsch aus, daß jeder Einzelne die Mittel und Wege, die er für geeignet hält, unsere Organisation zu kräftigen, zu Anträgen formulirt und rechtzeitig an den Vorstand einsendet, damit sie den übrigen Mitgliedschaften zur Diskussion und Begutachtung unterbreitet werden können. Ferner ergeht auch an die Collegen solcher Städte, wo noch keine Mitgliedschaften unseres Vereins bestehen, die Aufforderung, zur Beschickung der Generalversammlung durch Delegirte. Freunde der Arbeitersache, welche Gelegenheit haben, mit Collegen unseres Berufs zusammenzukommen, werden ebenfalls ersucht, dieselben zum Anschluß an den Verein der Sattler und Berufsgenossen zu bewegen, resp. behufs Gründung von Mitgliedschaften sich mit Unterzeichnetem in Verbindung zu setzen. Die Interessen aller Arbeiter, gleichviel welcher Branche sie angehören mögen, sind ja solidarisch und kommt zuletzt jede Arbeitervereinigung auch jedem Einzelnen zu Gute. Hauptsächlich von Breslau, Görlitz, Posen, Danzig, Königsberg u. s. w., sowie im Süden von Nürnberg, Augsburg, Karlsruhe, Mainz, Darmstadt u. s. w. erwartet der Vorstand eine Betheiligung im Kampfe für unsere heiligsten Rechte! Ihr Collegen daselbst könnt es nicht leugnen, daß Eure Lage eine unhaltbare, trostlose und elende ist. Darum schließt Euch uns an. Beherzigt endlich den Ruf, der schon so unzählige Male an Euch erging. Ihr seid uns willkommen!

Mit collegialischem Brudergruß
Otto Hammer, Vorsitzender, Trompeterstr. 19, III.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten werden sich Mittwoch (den 7. ds. Mts.) Abends 8 Uhr bei Gustavus, Dresdener Straße, in der Nähe der Prinzenstraße, Berlin, zur Berathung eines Arbeiterschutzgesetz-Entwurfs ꝛc. versammeln. —

Die zahlreich an uns ergehenden Einladungen zu Volksversammlungen u. s. w. veranlassen uns zu der Erklärung, daß unsere Redaktionspflichten, an deren Erfüllung wir durch die Wahlagitation längere Zeit hindurch vielfach gehindert worden sind, uns jede auswärtige Agitation bis auf Weiteres unmöglich machen.

W. Hasenclever. W. Liebknecht.

Briefkasten

der Redaktion. Anonymus in Leipzig: Es ist unerläßlich, daß Sie die Anonymität fallen lassen. — W. H. in London: Die Todesanzeige berührt das Parteiinteresse zu wenig und ist im Uebrigen auch viel zu lang gehalten, als daß wir sie anders als in Inseratenform veröffentlichen könnten. — Pf. in Cassel: Die Sonntagsnummer war fertig, als Ihre Correspondenz eintraf. — G. Gl. in Schellenberg: Der „Vorwärts" bringt Gedichte nur ausnahmsweise, und eine solche Ausnahme können wir mit Ihrem Gedicht zu unserm Bedauern nicht machen. — Wir bitten den Verfasser des Stuttgarter Wahlprotestes um Angabe seiner genauen Adresse. — J. B. in Plauen: Nr. 37 giebt Ihnen Auskunft betreffs des ersten Berichtes. Ihren zweiten Bericht haben wir zurückgestellt, da uns noch ein dritter zur Verfügung stand.

der Expedition. F. K. u. E. Sch.: Jedes Exemplar Nachlieferung der „Neuen Welt" kostet 10 Pfg. Das Porto auf 3 Nummern kostet 10 Pfg.

Quittung. Irms Philadelphia Schr. 20,00. Kchrthr Hof Ab. 17,85. S. Brth Mainz Ab. 49,25, 12,90, Schr. 1,45. Mhrs Hanau Ab. 10,40. Müllr Magdeburg Ab. 3,00. Krchnr Reudnitz Ann. 0,60. Mnn Königswalde Schr. 2,15. Schmdt Sorau Schr. 9,05. Kchrthr Hof Ab. 10,60. Stpp Geyer Ab. 6,00. Whrht Sulzbach Schr. 3,10. Rhr Mühlhausen Schr. 1,90. Hrbg Würzburg Ab. 21,00, Schr. 19,25. Lrzn Tondern Schr. 1,55. Fschr Biberstein Schr. 4,00. Smmr Mundenheim Schr. 2,55. Schlr Frohnau Schr. 8,49. Brkhrdt hier Ab. 0,60. Grbnstn Lindenau Ab. 20,70, Schr. 13,88. Jnsn hier An. 24,10. Lgs Hannover Ann. 3,00. Rdgr Halle Schr. 0,90. Th. Kll London Ab. 182,60 Psch Hannover Schr. 10,00. Btchr Gera Schr. 23,00. Brndt Mittweida Ab. 12,00. Schnzlr Pest Schr. 9,72. Czrkn Steinamanger Ab. 1,64. Hrm Elberfeld Schr. 4,00. Müllr Mannheim Ab. 25,00. Schld Straßburg Ab. 8,50. Hffnr Mainz Schr. 17,15. Kls Magdeburg Ab. 150,00. Pzld Glauchau Schr. 1,00.

Der Parteigenosse Conditor Hermann Bosnansky aus Breslau, der sich jetzt in Kopenhagen aufhalten soll, wird ersucht, seine Adresse sofort an A. Matthes in Hannover, Neue Straße 45 abzugeben, da es sich um sein Zeugniß in einem Prozesse handelt.

Wahlfonds.

Ein donnerndes Hoch den Wählern Bebel's d. R. Müller 1,00, v. S. hier 1,00, v. R. Gohlis 0,50.

Großenhain. Sonntag, den 11. März, findet in den Sälen des Gesellschaftshauses

Großes Wahlfest

statt. Dasselbe besteht in Instrumental-Concert, Festrede gehalten vom Reichstagsabgeordneten J. Most aus Berlin, deklamatorischen Vorträgen und Gesang von den Sängern des „Arbeiterbildungsvereins. Hierauf Ball.

Gesinnungsgenossen von nah und fern sind hierzu freundlichst eingeladen. (F.130) Das Fest-Comité. [3,60

Sonnabend, den 10. März, Abends 8 Uhr, im Gesellschaftshause:

Große Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Stellung des Kleinbürgers und der Sozialismus. Referent Herr Reichstagsabgeordneter J. Most aus Berlin.
(F. 130) Die Agenten. [0,70

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein.
Donnerstag, den 8. März, Abends 8½ Uhr, bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 87:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Schluß-Bestimmung über die neue Fahne. 2. Diskussion über unsere gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse. [80
G. Klaws.

Hannover. Sonnabend, den 10. März, in den Sälen des Hrn. Narten:

Großes Wahl-Siegesfest

bestehend in Concert und Ball. Festrede, gesprochen von dem Reichstagsabgeordneten d. 4. Berl. Wahlkr. Hrn. F. W. Fritzsche.

Anfang: 8½ Uhr Abends.

Karten zu Concert 25 Pf., zum ganzen Fest 75 Pf. sind bei H. Rudolph und Loges und in allen Versammlungen zu haben.
(F 161) Das Fest-Comité. [330

Lindenau. Arbeiter-Verein.
Sonntag, 11. März, Nachmittags 3 Uhr, im „Gasthof zum Deutschen Haus":

Dritte Stiftungsfeier

bestehend in Instrumental- und Vokalconcert, Festrede (gehalten vom Reichstagsabgeordneten W. Blos) und Ball.

Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu herzlichst eingeladen. Karten sind von sämmtlichen Mitgliedern des Vereins, sowie Mittwoch, den 7. und Sonnabend, den 10. März im Arbeiterbildungsverein und Donnerstag, den 8. März in der Sozialisten-Versammlung (Thüringer Hof) zu haben. Das Festcomité. [360

Leipzig. Donnerstag, den 8. März, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau, Ref.: Hadlich.
Der Agent. [60

Gesucht sofort ein tüchtiger Korbmacher auf Gestellarbeit bei (25) Hermann Marx, Saarbrücken. [0,60

Alle Diejenigen, welche dem in Offenbach verstorbenen
Otto Schütte
noch schulden, wollen ihre Schuld binnen 14 Tagen durch Sendung an den Unterzeichneten ordnen, da ich andernfalls auf Grund eines von Schütte erhaltenen Auftrages die Beträge eintreiben müßte, wodurch Kosten entstehen. (25)

Auch alle Diejenigen, welche bei mir selbst im Rückstande sind, ersuche ich dringend um Ordnung der Beträge. [2,70
Braunschweig, März 1877. W. Bracke jr.

Wichtig für jeden Geschäftsmann u. Gewerbsgehilfen!

Bei Sturm u. Koppe in Leipzig erschien und durch die Exped. des „Vorwärts" zu beziehen: [660

Rathgeber für Gewerbtreibende. Inhalt: 1) Deutsche Sprachlehre, z. Selbststudium für diejenigen, welche in der Rechtschreibung nicht fest sind. 2) Briefsteller, welcher über 400 Briefmuster für die Gewerbtreibenden und außerdem alle nur denkbaren Verträge, Dokumente, Geschäftsaufsätze, Klagschriften ꝛc. enthält, die bei dem Gewerbstande vorkommen. Es ist dadurch Jedem leicht gemacht, seine schriftlichen Arbeiten nach diesen Mustern anzufertigen. 3) Buchhaltung. 4) Fremdwörterbuch. 5) Samml. von Gelegenheitsgedichten. 6) Die für Gewerbtreibende wissensnöthigsten Reichsgesetze. 7) Notizen über Gold-, Silber- u. Papiergeld, mit Werthangabe des Geldes aller Staaten. 8) Das neue Maaß- u. Gewichtssystem von Deutschland und allen Staaten der Erde. 9) Brief-, Packet- und Depeschen-Portotarif. 10) Statistische Uebersicht aller Länder der Erde. 11) Ortsbeschreibung der vorzüglichsten Städte von Deutschland, Oestreich, der Schweiz ꝛc. 12) Reiserouten durch Deutschland, Oestreich, die Schweiz ꝛc. 13) Der Schnellrechner beim Ein- und Verkauf. 14) Das Reichsstrafgesetzbuch. 3. verb. Aufl. Pr.: br. 4 M. geb. 4½ M.

„Die Neue Welt."

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.
Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20.
In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage über 30,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam daß zur Einführung der „Neuen Welt"

„Illustrirte Prospekte"

gratis versandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.

Die Verbreitung der Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen als bestes Agitationsmittel
bringend an's Herz gelegt.

Wir bitten bei Bestellung Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. Plakate zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und Sammellisten stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Statistische Tafel

der

sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage.

Eine genaue Zusammenstellung der Gesammtresultate (sozialistische und gegnerische Stimmen) derjenigen Wahlkreise, in welchen bei dem diesjährigen Wahlgange sozialistische Candidaten aufgestellt waren, unter Einschluß der engeren Wahlen zwischen Sozialisten und Candidaten anderer Parteien.

Für 20 Pf. zu beziehen vom Verleger August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg, an den alle Bestellungen zu richten sind.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Sanfermann, 296 Division Street.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Raubitz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 29. Freitag, 9. März. 1877.

Beendet ist der Wahlkampf.

Wenn wir jetzt auf die Resultate der letzten Stichwahlen zurückblicken, so finden wir, daß unsere Gegner, erschreckt und verblüfft über unsere ersten Erfolge bei den Hauptwahlen, sich trotz der verschiedensten sich entgegenstehenden Parteigruppirungen zusammengeschaart haben, um in geschlossener Reihe wie ein Mann gegen uns aufzutreten, — alle Partei-Interessen haben sie in den Hintergrund gedrängt, alle Farben haben sich durcheinandergemischt, um uns, um die drohende Ueberfluthung der menschenbefreienden Idee, „Anarchie" nennen sie es, nicht aufkommen zu lassen.

Unnatürliche Bündnisse wurden geschlossen, um dieses vorgesteckte Ziel zu erreichen, — und sie haben es erreicht; aber die Minoritäten, die wir ihnen dabei entgegenzustellen vermochten, legen Zeugniß davon ab, daß ihnen der Sieg nicht leicht geworden, und so dürfen wir diese Niederlage als eine ehrenvolle bezeichnen.

Aber immerhin eine Niederlage! Sollen wir darum den Muth sinken lassen, sollen wir uns sagen, daß wir gegen die vereinigten Gegner vergebens kämpfen, daß wir gegen eine so geschlossene Macht nicht aufzukommen vermöchten? Mit nichten!

In dieser unnatürlichen Allianz verschiedener sich sonst bekämpfender Parteien liegt gerade die Schwäche unserer Gegner, liegt unsere Stärke, die uns in der Folge noch zu so manchem Siege führen wird.

Drei bis vier Parteien sind es, die ganz verschiedene Ziele im Auge haben, die keineswegs den geringsten ihrer Parteizwecke aufzugeben willens sind und die, so wie sie ihre Arbeit gegen uns gethan, sofort auseinandergehen, um in ihrem speziellen Interesse thätig zu sein. Hierin stehen sie sich so schroff als möglich gegenüber, hierin sind Compromisse nur in wenigen, seltenen Fällen denkbar; — aber da sie abwechselnd gezwungen waren, bei den Wahlen eigene Candidaten im Stiche zu lassen, so ist im Grunde keine Partei unter ihnen aus dem Kampfe gestärkt hervorgegangen, es ist dabei nur eine bunte Karte von Parteifarben zum Vorschein gekommen und keine Partei von besonderm Belang.

Bei den Arbeiten im Reichstage werden die Geister der vereinigten, gegen uns thätig gewesenen Parteien aufeinanderplatzen, werden sich unsere Herren Gegner unter einander zerfleischen.

Im Reichstage sehen wir schon heute lauter Minoritäten, keinen einheitlichen, regierungsfähigen Gedanken, soweit das überhaupt parlamentarisch erforderlich; — an regierungswilligen Gedanken fehlt es den Nationalliberalen allerdings nicht, insofern es ihnen nur darauf ankommt, alles gutzuheißen, was ihnen zugemuthet wird. Und was wird ihnen nicht alles zugemuthet, und wie wird ihnen von gegnerischer Seite diese schon mehr „polizeiwidrige" Willfährigkeit vorgehalten?

Es können uns daher derartige Allianzen nicht auf die Dauer von wesentlichem Nachtheile sein, keineswegs sind sie geeignet, uns zu entmuthigen, und müssen wir nur mehr als je an unserer Devise festhalten, welche da heißt: „Vorwärts!"

Nach und nach werden wir, wenn wir uns nur selbst treu bleiben und unentwegt unsere Ziele im Auge behalten, noch so manchen unserer heutigen Gegner in unserem Lager sehen, wenn er erst, angeekelt von dem beständigen Hadern und Kämpfen, sich über die Unhaltbarkeit so mancher eingewurzelter, verrotteter Einrichtung klar geworden, wenn er erst unseren Ideen näher treten, sie vorurtheilfrei zu betrachten sich gewöhnen wird. —

Darum sehen wir in unserer neuesten Niederlage durchaus keinen Anlaß zu einer Entmuthigung, so wenig wie wir bei unseren ersten Erfolgen zu einem vorzeitigen Triumphgeschrei uns erheben vermochten.

Unsere Aufgabe ist eine gar ernste, der Weg, den wir noch zurückzulegen haben, ein schwerer und mit so manchen Mühseligkeiten verknüpfter; die kleinen unscheinbaren Vorkommnisse des Tages, oft von so manchen Bitternissen getrübt, lassen sich oberflächlich betrachtet kaum recht wahrnehmen, aber im Zusammenhange genommen, bleibt es dem kundigen Auge nicht verschlossen, daß wir mit Sieg und Niederlage stündlich an Terrain gewinnen, daß wir langsam, aber sicher unserm Ziele näher kommen.

Und so begrüßen wir auch unsere jüngste „Niederlage".

„Le socialisme contemporaine en Allemagne".

II.

Monsieur Emile de Laveleye ist ein beliebter und weit bekannter Schriftsteller, ein Freigeist und Demokrat; aber einer von der fatalen Sorte, welche die Freiheit und Demokratie nicht ganz, sondern nur bis zu einer gewissen Grenze erstreben. Es ergeht ihm wie seinem vielleicht ein paar Gänge weiter geschrittenen Collegen Dühring, welchem unser Parteigenosse Engels jüngst so prächtig dargethan, wie das permanente und absolute Naturgesetz der Bewegung in beschränkten Köpfen immer einen Anfang und ein Ende haben muß. Darum sind die gemäßigten sogenannten bürgerlichen Demokraten gemeinschädlich, weil sie als Fürsprecher der Bewegung einen Einfluß gewonnen, den sie anderseits benutzen, um der wahren, einzig erfolgreichen Wucht eines unbegrenzt bewegten Volkes sich entgegen zu stemmen.

„Zunächst gilt es, die Ideen dieses seltsamen Buches: „Das Kapital", ohne Versuch der Widerlegung zu enthüllen; denn nur, wenn man die Theorie in ihrer Gesammtheit erfaßte, kann man die Sophismen begreifen, auf welchen sie beruht."

„Marx stützt sich auf die größten ökonomischen Autoritäten, A. Smith, Ricardo, de Tracy, Bastiat und die Legion ihrer Anhänger. Man weiß, wie die Physiokraten allen Reichthum von der Natur ableiteten. Dagegen reagirte A. Smith und stellte die Arbeit dar als einzige Quelle und als allgemeines Maß des Werths. . . . . Beinah alle Oekonomen bis herab auf Herrn Thiers behaupten, daß das Eigenthum legitimerweise nur von der Arbeit abstammen könne."

Diesen Autoritäten und ihrer allgemeinen Anerkennung wird sich Monsieur de Laveleye widersetzen. „Wenn man in der That diese Prämissen zuläßt, beweist Marx mit einer unwiderleglichen Logik, daß das Kapital ein geraubtes Produkt ist. Wenn alle Werthe einzig von der Arbeit herrühren, dann muß der Reichthum auch ausschließlich den Arbeitern zukommen. Wenn Arbeit die einzige legitime Quelle des Eigenthums ist, dann müssen auch die Arbeiter alleinige Eigenthümer sein. Marx giebt seiner Beweisführung eine speziell wissenschaftliche Form, obgleich dieselbe nach meiner (Monsieur de Laveleye's) Meinung absolut falsch ist."

Es folgt nun eine eingehende Darstellung zwischen Gebrauchs- und Tauschwerth. „Wo Theilung der Arbeit regiert, regiert der Tauschwerth. Weil Niemand das produzirt, was er selbst gebraucht, so muß Jeder verkaufen, um wieder einkaufen zu können. Da nun alle Produkte zu Waaren werden, ist es ein Hauptpunkt zu wissen, was denn eigentlich den Werth dieser zu Tausch und Verkauf bestimmten Objekte ausmacht. Marx mit Smith und Ricardo antwortet ohne Bedenken: die Arbeit allein ist es." Monsieur gesteht zu, daß „das Kapital" eine Verbesserung der Werththeorie einführte, indem es nicht die zufällige, sondern die gesellschaftlich nothwendige Durchschnittsarbeit als Werthmaß darstellt. „Nicht die Arbeitszeit, welche dieser oder jener Schneider auf die Anfertigung eines Kleidungsstücks zufällig verwendet, nicht die zwei oder drei Tage, welche man vor der Einführung der Nähmaschine zur Herstellung eines Hemdes bedurfte, sondern die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit, der eine Tag vielleicht, der gegenwärtig allgemein und durchschnitlich dazu erfordert ist, bestimmt den Werth des betreffenden Produkts."

„Aber auch diese verbesserte Theorie, welche die Arbeit zur Quelle des Werths macht, ist ein completter Irrthum," wie das Monsieur de Laveleye sofort zu beweisen verspricht. Inzwischen, so versichert er, „mangelt, wie allen Abstraktionen auf sozialem Gebiet, so auch dem „Durchschnitt" die wissenschaftliche Schärfe ganz und gar. In der Wirklichkeit hat jede Art der Arbeit ihren eigenen Werth und ihren besonderen Charakter. Oder ist die Arbeit eines Maurers genau soviel werth, wie die eines Schreiners, eines Malers, Ciseleurs oder einfachen Handlangers? Gewiß nicht! Und wie könnte man sie vergleichen, wenn nicht mittels des Lohnes, den jeder Arbeiter empfängt? Man muß doch zugeben, daß aller Lohn dem Werthe der effektiven Arbeit vollkommen angepaßt ist. Und doch ist es gerade das, was Marx bestreitet. Er stellt sich mit Rodbertus vor, daß, ob auch die Arbeit produktiver wird und also eine immer wachsende Zahl nützlicher Dinge zeugt, der erzeugte Werth doch stets derselbe bleibt. Wenn in der That einzige Quelle des Werths die durch Zeit bemessene Arbeit ist, dann repräsentiren auch eine größere Zahl von Gegenständen, die in bestimmtem Zeitraume fabrizirt sind, allesammt nicht mehr Werth, wie vorhin eine kleinere Zahl, zu deren Herstellung dieselbe Zeit erfordert war. Marx gelangt also durch eine durchaus logische Verknüpfung seiner Abstraktionen zu dem sonderbaren Resultat, daß alle Erfindungen der Wissenschaft, alle Vervollkommnungen der Industrie mehr Nützlichkeiten schaffen, ohne die Summe der Werthe zu erhöhen."

Hier ist der Zweifel erlaubt, ob für solche Mißverständnisse der böse Wille, oder der schmale Horizont des Kritikers verantwortlich zu machen ist. Ist es bei gutem Willen auch noch möglich zu verkennen, daß ein größeres Quantum Arbeit die Produkte vertheuert, oder, was nur dasselbe, daß in der Industrie jede Ersparniß an Arbeit den Preis des Machwerks vermindert? Wem kann es unbekannt sein, daß sich die „Nützlichkeiten" oft verdoppeln und verdreifachen, ohne den Werth auch nur zu steigern, und wie muß ich umgekehrt oft den Werth verdoppeln, um nur dieselbe „Nützlichkeit" zu kaufen. Das Viertel Eier kostet nicht immer gleich viel. Also wäre das Resultat, das Monsieur aus der Werththeorie folgert, nicht so „sonderbar", wie es in der That sonderbar ist, daß er die eigenen Schlußfolgerungen seinem Widersacher unterschiebt.

Marx lehrt: „Für jeden einzelnen Kapitalisten existirt das Motiv, durch erhöhte Produktivkraft der Arbeit die Waare zu verwohlfeilern;" und: „der Werth der Waare steht in umgekehrtem Verhältniß zur Produktivkraft der Arbeit." Gelingt es, die Leistungsfähigkeit der Arbeit zu verdoppeln und von einer Waarenart stündlich 2 Stück herzustellen, wo bisher die Arbeitsstunde durchschnittlich nur 1 Stück produziren konnte, dann sinkt der Werth der einzelnen Waare auf die Hälfte — nota bene der neu produzirte Werth. Daß das Rohmaterial, welches als alter Werth in die Produktion eingegangen, wo es sich verdoppelt, auch doppelt zu berechnen, ist selbstverständlich. In solcher Weise können Erfindungen und Wissenschaft die Nützlichkeiten nur vermehren, ohne die „Summe der Werthe" zu erhöhen. Dabei aber ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß auf andere Weise die „Summe der Werthe" sehr merklich zunimmt. Und sie thun das in der That, und Marx ist der Letzte, der es leugnet, vielmehr der Erste, der diese Art und Weise klar aufdeckt.

Monsieur de Laveleye weiß das, er hat „das Kapital" studirt und schildert den Hergang folgendermaßen:

„Nach Marx präsentirt sich der künftige Kapitalist mit etwas Geld versorgt auf dem Waarenmarkt. Zunächst kauft er dort Maschinen, Werkzeuge und Rohstoffe, und kauft dann, um seine Sache in Gang zu bringen, die Quelle des Werths, die Arbeitskraft. Nun setzt er den Arbeiter in Thätigkeit. Mittels der Maschinen und Werkzeuge läßt er ihn die Rohstoffe in Fabrikate verwandeln, welche er demnach theurer verkauft, als ihre Fabrikation gekostet hat. So erhält er den erhöhten Werth oder Mehrwerth."

Herr v. Laveleye weiß also, wie man die „Nützlichkeiten" vermehrt, ihren Preis verringert und dabei die Erfindungen der Wissenschaft und alle Vervollkommnungen der Industrie dazu benutzt, mittels Ausbeutung der möglichst billig gekauften Arbeitskraft die „Summe der Werthe" zu erhöhen. Obgleich nämlich eine Erfindung auch in Stand setzt, 24 Stück einer Waare mit derselben Arbeit zu fabriziren, die bisher nur 12 verfertigte; obgleich diese 12 denselben Werth gehabt haben, der jetzt in 24 steckt, obgleich also die Summe der Werthe, welche ein Tagewerk fördert, dieselbe blieb, so ist dennoch durch „Vermehrung der Nützlichkeiten", die gern benutzte Gelegenheit gegeben, den Mehrwerth zu erhöhen und nach Zahlung der Produktionskosten einen größeren Theil der Werthe aufhäufen zu können. Und zwar folgendermaßen:

„Marx explizirt nur das Ricardo'sche Lohngesetz, wenn auch mit andern Worten. Dem englischen Oekonomen nach hat der Lohn die Tendenz, sich durchschnittlich dem zu nähern, was unumgänglich erfordert ist, die Arbeiter am Leben und an Anzahl zu erhalten. Fällt der Lohn unter das Niveau, dann gehen die Mindestbegünstigten im Elend unter, bis wieder Mangel an Angebot den Lohn auf die normale Höhe bringt. Steigt der Lohn zu hoch, dann vergrößert das übermäßige Verdienst die Zahl der Arbeiter, bis das größere Angebot den Preis auf das normale Maß herabgesetzt hat. Der Mittelpreis für die Unterhaltung des Arbeiters, variabel nach Land und Sitte, constituirt den natürlichen Preis der Arbeit" . . . . „Um also den erforderlichen Tagesunterhalt eines Arbeiters nebst Familie zu produziren, bedarf es keines ganzen Tagewerks. Marx unterstellt, daß 5 oder 6 Stunden genügen. Wenn demnach der Arbeiter für sich arbeiten könnte, würde er seinen Unterhalt in einem halben Tag gewinnen und den Rest des Tages könnte er der Muse oder dem Ueberflüssigen widmen. Der antike Sklave, der sich im Mittelalter in den Leibeigenen verwandelte, hat sich in der heutigen Gesellschaft zum „freien" Arbeiter emporgeschwungen. Weil er sich nicht zugleich das Eigenthum zu erringen gewußt hat, ist er gezwungen, in die Dienste derjenigen zu treten, welche die Erde und die Instrumente der Produktion besitzen. Diese fordern nun, daß er den ganzen Tag, 12 Stunden oder mehr für sie arbeite, und stecken das, was die Arbeit mehr leistet, wie den nothwendigen Unterhalt des Arbeiters, als Nettoprofit in ihre Tasche."

Monsieur de Laveleye versteht also vollkommen, was Marx sagt, wenn es, wo von der Maschinerie und großen Industrie die Rede ist, wörtlich heißt: „Gleich jeder andern Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit soll sie (die Maschinerie und große Industrie) Waaren verwohlfeilern und den Theil des Arbeitstages, den der Arbeiter für sich selbst braucht, verkürzen, um den andern Theil seines Arbeitstags, den er dem Kapitalisten umsonst giebt, zu verlängern. Sie ist Mittel zur Produktion von Mehrwerth."

Demnach wäre also das, was Monsieur „sonderbar" findet, völlig aufgeklärt. Die Waaren werden wohlfeiler durch erhöhte Produktivkraft. 24 Stück gelten eventuell soviel wie 12 gegolten haben. Die Summe der Werthe eines Tagewerks vergrößert sich nicht, und doch vergrößert sich riesig die Summe der Werthe, welche in die Kapitalistentasche fließt, welche accumulirt, und die man Reichthum der Nationen oder Nationalreichthum zu nennen beliebt. Bleibt nur noch unaufgeklärt, ob es dem bösen Willen oder der interessirten Verblendung geschuldet ist, daß der gelehrte Demokrat es ein „sonderbares Resultat" nennt, wenn alle Erfindungen der Wissenschaft, alle Vervollkommnungen der Industrie mehr Nützlichkeiten schaffen, ohne die Summe der Werthe zu erhöhen.

„Der Marx'sche Fundamentalirrthum sitzt in der Idee, die er sich vom Werth macht." Die fundamentale Wahrheit dagegen, welche der große Kritiker und begrenzte Demokrat anstatt dieser Idee einzusetzen hat, soll in einem folgenden Artikel unserer näheren Betrachtung unterbreitet sein.

J. Dietzgen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der „Culturkampf" naht seinem Ende. Es giebt wohl keinen unnatürlicheren Kampf, als den der Staat gegen die Kirche führt. Die Kirche ist doch so eigentlich berufen, dem Staate willfährige „Unterthanen" zu erhalten und der Staat hat deshalb die eigenste Pflicht, die Kirche zu schützen und zu ehren. Beide aber fügen sich großen Schaden zu, wenn sie sich der Hegemonie wegen in den Haaren liegen. Das hat nun endlich auch der „große" Staatsmann Lasker eingesehen — Windthorst wußte es schon längst. Lasker wünscht eine Revidirung der Maigesetze; er will sich mit der Kirche versöhnen. Der preußische Staat wird dem Lasker'schen Wunsche nicht lange widerstehen wollen und so werden wir bald erleben, das Lasker und Windthorst, Falk und Ledochowsky sich den Bruderkuß geben. Uns wäre dies sehr erwünscht; größere Klarheit würde es bringen und die Arbeiter, die jetzt zum Beispiel in Essen den christlich-sozialen Stötzel gewählt haben, sie würden Hasselmann wählen. Von dem Augenblicke an, wenn sich die Clericalen mit der Regierung vertragen, von dem Augenblicke an gehört die rheinische Arbeiterbevölkerung uns. Und sollte Lasker an dem Frieden zwischen Staat und Kirche schuld sein, so erhält er das Ehrendiplom von unserer Partei.

— Die Ueberweisung der Akten in Sachen der Wahl Hasenclever's an die Wahlprüfungscommission hat im 6. Berliner Wahlkreise, so schreibt unser Berliner Parteiorgan, eine erklärliche Aufregung hervorgerufen. Wir wollen daher unsern Lesern den bisherigen Verlauf dieser Angelegenheit mittheilen. Der Abtheilung, welche sich zunächst mit dieser Wahl zu beschäftigen hatte, war eine Beschwerde von 19 Wählern aus der Perlebergerstraße (Moabit) überwiesen, aus welcher hervorging, daß eine Wählerliste in ein falsches Wahllokal gerathen sei, wodurch die betreffenden Wähler ihres Wahlrechts verlustig gingen. Die Abtheilung hat nun solche Wahlen, bei denen Unregelmäßigkeiten vorgekommen, welche von Einfluß auf die Wahl gewesen sein könnten an die Wahlprüfungscommission zu verweisen und diese erst schlägt dem Reichstage vor, die Wahl für gültig zu erklären oder zu kassiren; ehe es aber dahin kommt, können noch Wochen vergehen. Unserer Ansicht nach kann aber die Wahl gar nicht kassirt werden, oder es müßten sämmtliche Berliner und auch viele andere Wahlen dasselbe Schicksal erleiden. Die Verheftung der betreffenden Liste ist nämlich vor Auslegung der Wählerlisten geschehen; es stand aber jedem Wähler das Recht zu, nachzusehen, ob er auch in die amtlichen Wählerlisten eingetragen sei, und nöthigenfalls zu reklamiren. Wir wissen nun, daß einem der Unterzeichner des in Rede stehenden Protestes rechtzeitig mitgetheilt wurde, daß er in der Liste nicht eingetragen sei. Weshalb reklamirte er nicht? Weshalb nahmen die übrigen Protestler keine Einsicht in die Wählerliste? Sie haben sich dadurch selbst des Rechtes, zu protestiren, begeben. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch Folgendes mittheilen: Ein Mitglied des sozialistischen Wahlcomités begab sich geraume Zeit vor Auslegung der Wählerlisten nach dem Rathhause und nahm dort mit verschiedenen hervorragenden Magistratspersonen, welche mit dem Wahlwesen zu thun hatten, Rücksprache über sorgfältige Anfertigung der Wählerlisten und frühzeitiger Feststellung des Wahltableaus ꝛc. Einer dieser Herren bemerkte beiläufig, daß die Wahl im 6. Wahlkreise sehr leicht kassirt werden könne, weil viele Wähler sich in die Listen dieses Wahlkreises hätten eintragen lassen, ohne daß sie wirklich dort wohnten. Also damals schon, lange vor der Wahl, suchte man nach Gründen, welche die Kassirung der Wahl herbeiführen könnten. Es giebt dies sehr viel zu denken! — Uebrigens können wir versichern, daß wir einer etwaigen Neuwahl getrost entgegensehen; wir würden dann mit erdrückender Majorität siegen.

— Das Haus für den Reichskanzler, das frühere Radziwill'sche Palais, kostet dem deutschen Reiche ein nettes Sümmchen. Man verlangt neuerdings vom Reichstage 525,000 Mark Umbaukosten, nachdem man schon einmal 450,000 Mark für den Umbau bewilligt hatte. Das Palais selbst kostete 6 Millionen Mark, Umbaukosten 1 Million = 7 Millionen. Dabei verlangt man noch immer neue Summen für das Militär — und in Preußen sind an 4000 Schullehrerstellen unbesetzt. Glückliches Land!

— Petroleure. Es ist schon oft hervorgehoben worden, daß den Anhängern und Vertheidigern des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems bei Bekämpfung der Sozialdemokratie meistens das Malheur passirt, uns ihre eigenen Sünden und Verbrechen vorzuwerfen. Die Zerstörer der Familie, die Schänder der Ehe, die Verächter des Eigenthums klagen uns der Absicht an, Familie, Ehe und Eigenthum aufheben zu wollen; die rücksichtslosen, unerbittlichen Feinde der Bildung und Sittlichkeit werfen uns Barbarei und Immoralität vor u. s. w., u. s. w. Die blutdürstigen Gewaltmenschen, die im Frühjahr 1871 in Paris 40,000 sozialistische Proletarier niedergemetzelt haben, erfrechen sich, von der Grausamkeit und Rohheit des Proletariats und der Sozialisten zu reden. Und wem gellt nicht noch das wahnsinnige Petroleum-Lied in die Ohren? Wohlan! Jetzt ist es an den Tag gekommen, wer die „Petroleure" sind. In den Pariser Correspondenzen der letzten Tage befindet sich folgende Notiz: „Ungeheures Aufsehen erregt schon jetzt der Brandversicherungs-Prozeß, der gegen den Sohn des früheren Maires des ersten Arrondissements von Paris, Prieur de la Comble, am 8. und 9. März vor dem hiesigen Schwurgericht stattfinden wird. Der Angeklagte ist beschuldigt: 1) sein Mobiliar bei der Compagnie Phönix für 200,000 Francs versichert, 2) vier große Kisten mit Kostbarkeiten, Wäsche ꝛc., kurz allem Werthvollem, was in seiner Wohnung war, fortgeschickt, 3) sodann seine Möbel an neun Stellen mit Petroleum bestrichen und angezündet zu haben. Er war eben im Begriff, Morgens fünf Uhr nach dem Bahnhof zu fahren, als ihn der Hausmann benachrichtigte, daß es bei ihm brenne. Die herbeigeeilte Feuerwehr entdeckte sowohl den Petroleumanstrich, als die großen blechernen Kannen, die das Petroleum enthalten hatten, und würde den Angeklagten sofort verhaftet haben, wenn er ihnen nicht durch seinen Orden der Ehrenlegion so großen Respekt eingeflößt hätte. Im Laufe der Untersuchung hat sich herausgestellt, **daß in der blutigen Maiwoche 1871 sowohl das Haus, in welchem der Angeklagte wohnte, als das seines im Concurs befindlichen Vaters, sowie das Haus des Advokaten und endlich das des Concursverwalters mit Petroleum abbrannten.** Der Concurs wurde niedergeschlagen und der Angeklagte erhielt 50,000 Francs Entschädigung von der Stadt Paris. **Wegen dieser Brände wurden mehr als 50 Personen summarisch erschossen und vielleicht eben so viele von den Kriegsgerichten zum Tod oder zur Deportation verurtheilt, theilweise auf die Denunciationen des Angeklagten hin.** Niemand zweifelt, daß er auch damals der Brandstifter war."

Dies die Notiz. Wir behaupteten von Anfang an — und Lissagaray's treffliche, nicht warm genug zu empfehlende „Geschichte der Pariser Commune" hat dies nach allen Richtungen hin bestätigt —, daß die Pariser Commune von dem Rechte der Nothwehr nur in sehr beschränktem Maaße Gebrauch gemacht, daß sie nach Eindringen der Versailler die privaten und öffentlichen Gebäude in einer Weise geschont habe, die oft kaum den Interessen der Vertheidigung entsprachen, und daß ein großer, ja der größte Theil der abgebrannten Gebäude 1) von den Versaillern im Kampf, 2) von Feinden der Commune aus politischen Gründen (das „Stadthaus", Hôtel de ville — wurde erwiesenermaßen von den Bonapartisten eingeäschert, um Massen compromittirenden Materials aus der Welt zu schaffen), und 3) von Privatpersonen aus persönlichem Eigennutz, zur Erlangung hoher Assekuranzgelder in Brand gesteckt worden sei. Man sieht wie voll und ganz wir recht gehabt haben. Der respektable Bourgeois und Ordnungsfreund Herr Prieur de la Comble ist sicherlich nicht der Einzige gewesen, dessen Eigenthumssinn in dieser Art sich bethätigt hat. Wir werden seiner Zeit über den Prozeß des Ehrenmanns berichten und bitten die gegnerischen Blätter, einstweilen die Frage zu studiren: was ist ein Petroleur? Und wer sind die Petroleure? Wie fatal aber ist's, daß die geistvollste, bestfundirte Lüge schließlich doch „kurze Beine" hat (mit denen sie freilich oft sehr weit laufen kann) und daß der Todtenwurm der heutigen Gesellschaft: die Wahrheit, sich durch Alles hindurchbohrt. —

— Die „verkommenen" Franzosen. Wie haben unsere Culturhelden immer auf die Franzosen geschimpft, wie haben sie sich aufgebläht in ihrer „germanischen Tugend" und das „verkommene Franzosengesindel" verachtet, wie bramarbasirend vertheidigen sie die Ablehnung des deutschen Bundesraths auf die höfliche Einladung der französischen Regierung zur Pariser Weltausstellung — und nun gehen sie, diese ächten Culturhelden, sogar betteln bei den Franzosen. Man lese nur folgende Notiz im liberalen „Pforzheimer Beobachter":

„Auch in der Ferne finden die Bestrebungen, den hiesigen Nothstand zu lindern, die größte Theilnahme, die sich, wie Nachstehendes beweist, auch werkthätig zeigt. Aus Paris wurden von der Firma Louis Grub 1270 Francs als Beisteuer an den Stadtrath eingesandt. Wie aus dem Schreiben ersichtlich, ist diese Summe das Resultat einer von genannter Firma zu Gunsten der hilfsbedürftigen Pforzheimer Arbeiter in Paris unternommenen Collecte, bei der ausschließlich nur an diejenigen Pariser Häuser appellirt wurde, die mit unserm Platze in den früheren „blühenden" Zeiten in lebhafter Geschäftsverbindung standen und wie in dem Schreiben besonders betont ist, haben alle „gern" gegeben. An die genannte Firma ist seitens des Herrn Oberbürgermeisters sofort zur Vermittlung an alle Geber ein Dankschreiben abgesendet worden. An der Sammlung sind mit Beträgen verschiedener Höhe im Ganzen 33 Firmen betheiligt. Gewiß wird dieser großherzige Zug nicht verfehlen, hier allenthalben die Gefühle innigster Freude und Dankbarkeit hervorzurufen."

Aus Mitleid steuern jetzt die Franzosen, denen man zwei Provinzen und fünf Milliarden genommen hat, dazu bei, das Elend in Deutschland zu mildern. O über das verkommene Pack, daß es versucht, in Deutschland moralische Eroberungen zu machen!

— Der große Krach in Cannstatt. Durch die Schwindeleien des durchgegangenen Commerzienraths Krauß und die leichtsinnige Controle des Verwaltungsrathes veranlaßte Zusammensturz der Cannstatter Gewerbebank macht begreifliches Aufsehen, nicht blos in Würtemberg. Der bisher nachgewiesene Verlust beträgt nicht weniger als circa 300,000 Mark, die genaue Ziffer werden wir wohl aus den Berichten der Generalversammlung ersehen, welche Sonnabend, den 3. März, stattfand, und auf deren Tagesordnung der Antrag auf Liquidation der Gesellschaft stand. Der Beherrscher der Bank, der durchgebrannte Commerzienrath war ein richtiger Nationalliberaler und drei Viertel von Cannstatt lag vor ihm auf dem Bauche. Jede Oppositiou wurde unmöglich gemacht, jeder Opponent von dem gedankenlosen Anhange der Finanzgröße in den Bann gethan. So regieren die Liberalen aber nicht blos in Cannstatt, sondern überall, wo sie das Heft in Händen haben. Unser Stuttgarter Parteiorgan erhält über den Fall folgende Zuschriften:

„Cannstatt. Unser Paul Krauß, welcher der hiesigen Spar- und Vorschußbank ein Deficit von ca. 300,000 Mark hinterließ, wußte sich sehr populär zu machen, stets wurde den Vereinen mit vollen Händen gespendet, um sofort als Ehrenmitglied zu prangen, stets abwechselnd im Bürgerausschuß und Gemeinderath war er eine unentbehrliche Persönlichkeit der Cannstatter. Wie bei allen solchen Schwindlern wußte auch unser Commerzienrath den Mantel der Religion umzuhängen, um desto sicherer seine Nebenmenschen zu betrügen. Als unsere Stadtkirche renovirt wurde, stifteten verschiedene gute Christen einige gemalte Fenster, worauf der Name des betreffenden Stifters für alle Zeiten prangen muß. Von diesen guten Seelen ist auch unser Paul Krauß, und sehen wir seinen Namen in der Kirche als den großen Wohlthäter Cannstatts prangen. Man ist aber allgemein der Meinung, daß dieses Fenster heraus müsse oder doch wenigstens der Name des rechtmäßigen Stifters eingezeichnet werde. Wann werden doch solche Wohlthäter überflüssig werden?"

In einer zweiten Zuschrift heißt es:

„Der raffinirte Betrug in der Cannstatter Handwerkerbank verleitet Manchen zu dem Ausrufe: „Jetzt werd' ich auch Sozialdemokrat!" Andere sagen: „Warum hat die Sozialdemokratie nicht längst vor diesen Schwindelbanken gewarnt?" Aber nur langsam. Wie die Sozialdemokraten fortwährend den heutigen Militärismus verurtheilen, welcher das Volk aussaugt und der Produktion die Axt an die Wurzel legt, wie immer dem Volke bei jeder Gelegenheit der Kapitalismus ausgelegt, daß er all' und jeden Nationalreichthum einsacke, so brandmarken wir die Einrichtungen von Hirsch-Duncker, daß dieser Harmonie-Dusel das arbeitende Volk nicht errette."

Eine nette Gesellschaft, so sieht man wieder einmal, saugt sich an dem arglosen Busen des bethörten Handwerkerthums satt und groß.

— Hohe Strafe. Der Secondelieutenant Fuß des 9. Infanterieregiments zu Würzburg, welcher den Einjährigen Freiwilligen v. Lutzenberger durch fortgesetzte Chikanen zum Selbstmorde trieb, wurde am 28. Februar vom Militärbezirksgerichte Würzburg zu acht Tagen Stubenarrest verurtheilt. — Wenn ein Soldat einem Offizier eine Ohrfeige giebt, erhält er mindestens einige Jahre Festung mit Zwangsarbeit.

Erklärung.

Seit dem Wahlkampfe, sowie während desselben, finde ich in der gegnerischen Presse wiederholt Angriffe gegen mich, welche meine Thätigkeit als kaufmännischer Leiter an der früheren Produktivgenossenschaft Stehfest & Co. in Crimmitschau betreffen sollen. Der Umstand indeß, daß ich liberale Blätter, wie das „Leipziger Tageblatt", den „Fränkischen Kurier" ꝛc., nicht für direkt berichtigungsfähig hielt, hat mich veranlaßt, es bei meinen schriftlichen und mündlichen Erklärungen während und nach der Wahl bewenden zu lassen.

Neuerdings nun hat es die sonst im Ruf der Anständigkeit stehende „Vossische Zeitung" in Berlin die Notiz gebracht, „der Grund, weshalb ich in meinem sächsischen Wahlkreise nicht (!) wiedergewählt sein solle, sei in dem Umstande zu suchen,

„Anarchische Bestrebungen."

Die Sozialdemokratie hat im deutschen Reiche einen bedeutenden Fortschritt gemacht. Nicht etwa die 13 Abgeordneten meinen wir, die vermöge des allgemeinen Stimmrechts erzielt wurden; da wären uns die starken Minoritäten der Partei fast ebenso wichtig, und wir hätten uns nach unserer Anschauung von der herrschenden ökonomischen Doktrin und der überdem noch dazu kommenden Stockung in Gewerbe und Handel eher zu verwundern, daß nicht weit mehr Vertreter der Partei aus den Urnen hervorgegangen sind. Nein, der entschiedenste Fortschritt, den die „Sozialdemokratie" gemacht hat, besteht in ihrer offiziellen Anerkennung.

Das Diplom, so ihr ausgefertigt worden, lautet zwar nicht besonders schmeichelhaft. „Anarchische Bestrebungen" sind jedenfalls verdammenswerth, insofern man darunter die Tendenz begreift, alle gesellschaftliche Ordnung zu vernichten und das Chaos herzustellen. Indessen haben Titel von jeher ihre Schicksale gehabt. 1848 wurde die entschiedene Bewegungspartei mit dem Namen der „Wühler" belegt, worauf die „Wühler" mit den „Heulern" antworteten. Die reaktionären Gelüste, wie sie sich damals besonders in der „Kreuzzeitung" Luft machten, bewirkten nur, daß die Männer der Bewegung sich mit Vorliebe selbst „Wühler" nannten und sich mit Lust dazu bekannten, die Kloaken der Vergangenheit, den gesammten Niederschlag von 1815, einmal gründlich aufzuwühlen.

Ein viel früheres Exempel von der Wandlung einer Titelbedeutung sehen wir in der Geschichte des niederländischen Aufstandes gegen die spanische Despotie. Geusen, Habenichtse, arme Schlucker, nannten die Gesättigten die Partei der Befreiung. Was aber thaten die so Beschimpften? Sie alle, der Adel mit inbegriffen, legten einen Sack als Parteizeichen an und auf ihrer Hutmedaille stand die Legende: „Treu bis zum Bettelsack!" Das nördliche Niederland oder Holland blieb dieser Devise treu und der wahre Gueux war nach 80jährigem Kriege Spanien selbst, das sich von diesem Schlage nie wieder erholt hat.

Umgekehrt gehen die Dinge gegenwärtig in Frankreich zu. Die Reaktion, der die Republik ein Pfahl im Fleische ist, die unter einer solchen Staatsform nicht hoffen kann, ihre Schäfchen weiter zu scheeren, der Herzog v. Broglie, Herr Buffet u. s. w., gab sich selbst den wohltönenden Namen: Partei der „moralischen Ordnung". Wie rasch ist diese „moralische Ordnung" ein Gegenstand der Verachtung und des Gelächters geworden! Alles was sich das französische Volk nur Drückendes, Peinigendes, Verderbliches, Unheilbringendes vorstellen kann, der Verlust jeder persönlichen Freiheit, der Sicherheit in den öffentlichen Zuständen, die Angst vor der Zukunft, Alles ist in dem einen Ausdruck angesammelt: „moralische Ordnung", worunter nichts mehr verstanden wird als Unmoralität und Unordnung, auf Griechisch „Anarchie". Und was besonders zu bemerken ist, die Verfassung der letzten deutschen Thronrede haben durchaus keine Ursache, mit der Partei der „moralischen Ordnung" in Frankreich zu sympathisiren. Im Gegentheil, es liegt auf der Hand, daß die Republik, also die angebliche „Anarchie" in Frankreich, für den Frieden unendlich günstiger ist als ein orleanistisches Königthum oder eine neue bonapartische Kaiserei. Ging ja doch der letzte offiziöse Zeitungssturm gegen orleanistische Zetteleien und vermeintliche Kriegspläne.

So ist also das deutsche Reich durch die Gewalt der Umstände zum Gegner der „moralischen Ordnung" und zum Gönner der republikanischen „Anarchie" geworden, oder, die Sachen mit dem richtigen Namen belegt, zum Freunde der Republik und zum Gegner der Monarchie.

Was ist denn „Ordnung", und was ist „Unordnung"? Je nach der Erklärung dieser beiden Begriffe können die Anarchisten ganz anderswo zu finden sein, als wo man gewöhnlich sie vermuthet, und es kann sich herausstellen, daß angeblich „anarchische Bestrebungen" auf Ordnung im höchsten und besten Sinne ausgehen.

Sind unsere wirthschaftlichen Zustände in Ordnung? Wären sie es, so entfiele ein ganzer Passus der Thronrede. Diese könnte ja dann nicht die obwaltende Stockung der Produktion und des Handels anerkennen, noch viel weniger den Ausspruch thun, daß Deutschland im Punkt der Stockung das allgemeine Schicksal theile. Demnach liegt ein europäischer Zustand vor, der zugegebenermaßen „nicht in der Ordnung" ist. Macht Frankreich noch zum Theil eine Ausnahme, die aber mit der abnehmenden Consumtionskraft der übrigen Welt nothwendig mehr und mehr schwinden muß, so tritt dafür Nordamerika ein. Wir leben also in wirthschaftlicher Stockung und folglich Unordnung. Worin besteht denn der Defekt, der gerade inmitten des „industriellen Aufschwunges" alle Schwingen lähmte? Das ist doch eine wohlaufzuwerfende Frage. Aus Nichts wird Nichts, und hier ist gerade aus dem vielgerühmten Etwas, aus dem reichen Viel, das trostlose Nichts hervorgegangen.

Oesterreich mit seinem Schwindel und Krach kann jetzt nicht mehr verantwortlich gemacht werden für die allgemeine Stockung. Oesterreich besaß das Kapital gar nicht, dessen Papierzeichen auf den Börsenmarkt drückten. Deutschland hatte Kapitale, schwamm im Gelde, und zuletzt haben sich Deutschland und Oesterreich vor der gemeinsamen Noth nichts mehr vorzuwerfen. Der österreichische Galgenhumor sagt bereits: „Wir haben Deutschland fünf Milliarden vorgegeben und jetzt haben wir es doch eingeholt."

Worin liegt die Möglichkeit einer solchen Ausgleichung? Wie ist es denkbar, daß Achilles nicht weiter kommt als die Schildkröte? Da ist doch etwas, und zwar etwas sehr Wichtiges und Wesentliches „nicht in der Ordnung"; da muß ein Faktor der Unordnung mitten im wirthschaftlichen Prozesse unausgesetzt thätig sein, dem weder mit großem noch mit kleinem Kapital beizukommen ist, dem aber beizukommen die unabweisliche Aufgabe aller Staatskunst und Staatsmannschaft ist.

Ueberſetzt man Unordnung in „Anarchie", so leben wir in „anarchischen Zuständen", was die Wirthschaft, Produktion und Consumtion betrifft, und die Bestrebungen, solche Zustände aufrecht zu erhalten, sind offenbar Bestrebungen der „Anarchie" oder „anarchische Bestrebungen". Man braucht wahrlich nicht auf ein formales System der Sozialistik vereidet zu sein, man braucht die ganze künftige Gestaltung des gesellschaftlichen Haushalts nicht fix und fertig in der Tasche zu tragen, um die Richtigkeit vorstehender Argumentation einzuräumen, und es giebt bereits Schaaren von herzlich conservativen Leuten, die an dem Problem wahrer wirthschaftlicher Ordnung sich redlich abmühen, die sogar auf dem Katheder nicht ganz freigeblieben sind von „anarchischer" Ansteckung.

Das ist keine Frage, die auf die Spitze des Schwertes gestellt werden kann, wie man auch auf die Zauberkraft des „hauenden Säbels" sich verlassen mag. Auch eine neue conservative Majorität kann an dieser Sachlage nichts ändern; wir können uns vielmehr eine ächt conservative Anschauung denken, die weitherziger, verständnißfähiger und hilfsbereiter wäre, als die verbissene, verbohrte und verstockte Partei der ehemaligen Gothaer.

Sollte aber unter „Conservativ" verstanden werden, die Forderungen der Zeit im Stillschweigen ersticken, Knebel und Handschellen anlegen, die Debatte selbst todtschlagen: so müßten wir mit zahlreichen Anderen abwarten, was der Dampf im Kessel anfangen würde, wenn das Ventil geschlossen wäre. Dann allerdings wären anarchische Zustände vorhanden, und das letzte Mittel, herauszukommen, wäre zuletzt wieder die — Anarchie.

(„Wage.")

daß die von mir gegründete und geleitete Produktivgenossenschaft ꝛc. ꝛc. im Monat August vorigen Jahres ihre Zahlungsunfähigkeit erklären mußte."

Daß ich in meinem alten Wahlkreise und zwar mit über 4000 Stimmen Majorität (— gegen 1600 Majorität 1874 —) wiedergewählt wurde, scheint der „Vossischen Zeitung" unbekannt, dürfte aber dennoch beweisen, daß die Absichten meiner liberalen Verleumder gründlich fehlschlugen und daß diese widerlegt sind. Es dünkt mir trotzdem im Interesse der Wahrheit und unserer Sache geboten, Folgendes noch zur öffentlichen Kenntniß zu bringen:

Liberale Wortführer des 18. sächsischen Wahlkreises haben einige Subjekte „gewonnen", welche sich als frühere Genossenschafter herbeiließen, mich im Annoncentheile verschiedener Amtsblättchen des Wahlkreises der Unredlichkeit zu beschuldigen und für den Sturz der Genossenschaft verantwortlich zu erklären.

Die gesammte liberale Presse hat meine sämmtlichen Gegenerklärungen, sowie diejenigen anderer Genossenschafter in unserer Presse und in Dutzenden öffentlicher Versammlungen consequent todtgeschwiegen, die gegnerischen Angriffe jedoch in verschiedenen Lesarten bei der Nachwahl im 17. sächsischen Wahlkreis (Bebel — Bracke) gegen mich ausgespielt, um dem Gründer Birnbaum die Wege zu ebnen, mich als „Gründer" zu brandmarken und die Wähler zu nasführen.

Die Geschäftsantheile unserer Genossenschaft sind nur an Mitglieder übertragbar und niemals öffentlich käuflich, nie an der Börse notirt gewesen. Von einer Gründung zu reden, wie die Liberalen gethan, ist also abgeschmackt.

Thatsache dagegen ist, daß unsere Genossenschaft von liberalen Gegnern seit ihrem Bestehen durch Ehr- und Creditabschneiderei der frechsten Art erwiesenermaßen untergraben und endlich erwürgt wurde.

Thatsache ist ferner, daß ich seit 3 Jahren nicht mehr Vertreter der Genossenschaft bin.

Thatsache ist weiter, daß die Genossenschaft in den letzten 3 Jahren (und zwar mindestens 1½ Jahre nach meinem Abgang) durch täuschende Referenzen verschiedener renommirter Bankhäuser und Referenzbureaus in Berlin — und zwar durch liberale Schwindler — große Verluste gehabt und allein im letzten Geschäftsjahr (1876) nahezu 15,000 Mark verloren hat.

Thatsache ist ebenso, daß ich jederzeit und mit aller Energie von jeder Verbindung mit Berlin abgerathen habe.

Thatsache ist endlich, daß alle Geschäftsverbindungen laut Statut jederzeit nur mit Genehmigung des Aufsichtsrathes und des benannten Gesellschafters eingegangen wurden, und

Thatsache ist letztlich, daß bei meinem Abgang die Genossenschaft (laut juristischem Generalversammlungs-Protokoll von 1874) noch vollständig solvent und lebensfähig war.

Die Arrangeure des Wahlmanövers haben durch Gründung eines Verleumdungsfonds ihre Strohmänner gewonnen und sichergestellt. Ihre Handlanger in der liberalen Presse sind nach meinen bisherigen Erfahrungen in mehrfachen mit Geldstrafen erledigten Prozeßfällen durch weitere Strafanträge so wenig erreichbar, als frühere Strohmänner dieser Clique, welche behördlich als Vagabunden und unauffindbar bezeichnet wurden.

Dies zugleich zur Kennzeichnung der Quellen, aus denen heutzutage auch „anständige Blätter" schöpfen gehen, wenn es gegen den Sozialismus operiren hilft.

Leipzig, den 5. März 1877. J. Motteler.

(Die befreundete Presse wird um Abdruck gebeten!)

Correspondenzen.

Hamburg, 1. März. (Stephan und die Presse.) Diejenigen Leipziger, welche sich für den dermaligen vielgepriesenen Generalpostmeister des deutschen Reiches, Ehrendoktor der Universität Halle, Excellenz Heinrich Stephan aus Stolp in Hinterpommern interessiren, haben in Kürze Gelegenheit, einer gewiß recht interessanten Verhandlung des Disziplinarhofes in Leipzig wider den Postsecretär Klinck aus Ottensen beizuwohnen. Sie finden dort die beste Veranlassung, sich ein unparteiisches Urtheil über den pp. Stephan und sein Verhältniß zur Presse zu bilden. Immerhin aber rathen wir Jedermann, der jener Verhandlung beizuwohnen gesonnen ist, zuvor die diversen liberalen Phrasen der „Geschichte der Preußischen Post" von Heinrich Stephan, damals (1859) Geheimer Postrath, die in dem stenographischen Berichte des preußischen Herrenhauses enthaltenen Reden des Pairs, Heinrich Stephan, über die Presse aus Anlaß der Aufhebung der Stempelsteuer und endlich die „schwarzen Kabinette" von Emil König zu lesen, vom Redakteur Kandecki gar nicht zu reden. Die Gattin des angeklagten Postsecretär Klinck füllt nämlich ihre freie Zeit, ohne daß sich ihr Gatte darum kümmert oder es ihr gar wehrt, mit Arbeiten für Journale und Zeitungen aus. Unter Anderm soll sie etliche — wohlverstanden aber von der Staatsanwaltschaft völlig unbeanstandete — Artikel über Postverhältnisse geschrieben und das auch nicht einmal geleugnet haben. Weil diese Dame nun aber die Gattin eines Postsecretärs ist, und Schriftstellerei seitens der Postsecretärfrauen zufällig noch nicht als Ehescheidungsgrund in die dermalige deutsche Gesetzgebung mit aufgenommen ist; weil ferner der derzeitige Generalpostmeister Jungpreußendeutschlands in den Artikeln auffallenderweise für sich gerade keine Schmeichelei fand (denn dann Bauer ist das ganz was andres), deshalb ist vor der Disziplinarkammer in Schleswig die Anklage gegen den Postsecretär Klinck, den unschuldigen Gatten der postmißliebigen Schriftstellerin, erhoben und in rührend toleranter Weise nichts Geringeres, als dessen Entfernung vom Amte beantragt worden. Leider aber hat jener Disziplinarhof Herrn Klinck dieser Tage freigesprochen, trotz der großen Mühe, welche sich der als öffentlicher Ankläger, alias Staatsanwalt, fungirende würdige Sohn eines aus der Zeit der Demagogenverfolgungen hinreichend bekannten Juristen, jetzigen Geheimen Oberpostrathes, Dr. juris, sogar außerordentlichen Professors beider Rechte, gab, trotz der wenig schmeichelhaften Urtheile jenes Herrn über die Presse, insbesondere über die von Emil König mit unsäglichen Opfern gegründete, seit Aufhebung der Stempelsteuer und Zeitungskautionen vom Buchdrucker Haverlandt in Berlin an sich gebrachte „Deutsche Post". Da die Verhandlungen des Leipziger Disziplinargerichtshofes öffentliche sind, so steht wohl ein recht zahlreicher Besuch zu erwarten; den Termin werden wir s. Z. bekannt machen. — Die Disziplinarkammern werden seitens des Herrn Ehrendoktors jetzt mehrfach mit Anklagen wegen Beamten- oder Beamtenfrauenschriftstellerei in Bewegung gesetzt. Auch gegen den Postsecretär Obst in Hamburg ist seit längerer Zeit die Disziplinaruntersuchung im Gange und bezieht derselbe schon längere Zeit keinen Gehalt. Herr Klinck ist auch bereits seit September v. J. auf Wartesold gesetzt. — Und angesichts solcher Thatsachen ließ man unlängst durch die Reptilienpresse ausposaunen, das Verbot, daß Postbeamten nicht schriftstellern dürften, sei seitens des genialen Postchefs aufgehoben. Hoch lebe die Preßfreiheit der Postbeamtenfrauen. K.

s. **Altona**. Nachdem wir unsere „Niederlage" erst ruhig übersehen können, nachdem sich auch unsere Aufregung etwas gelegt hat, so ist es mit der „Niederlage" lange nicht so schlimm, wie man vielfach meint. Die Mittel, welche unsere Gegner anwandten, haben das allgemeine gleiche Wahlrecht derart beeinträchtigt, daß dasselbe für eine große Anzahl Männer gar nicht da war. Die Beeinflussungen auf dem Lande waren geradezu haarsträubend; es haben uns alte brave Arbeiter versichert, daß sie mit schwerem Herzen, blos um in dieser schlechten Zeit ihre Arbeit zu behalten, für Karsten gestimmt hätten, da bei der Verschiedenheit der Stimmzettel ihre Arbeitgeber genau gewußt hätten, wie sie stimmten. — Acht Personen sind vom Wahlvorstand des 32. hiesigen Stadtbezirks dem Staatsanwalt angezeigt worden, weil sie ihre Stimmen abgeben wollten, aber in irgend einer Form Armenunterstützung genossen haben sollen. Diese Leute aber haben den 10. Januar und den 15. Februar gestimmt, sie stehen in der Liste. Nach dem Entscheid der Kgl. Regierung sind sie deshalb auch wahlberechtigt — sie brauchen sich in keinem Falle zu ängstigen, da eine Verurtheilung nicht erfolgen kann; eher wird der Wahlvorstand verurtheilt, der die Listen „geändert" hat. — Professor Karsten hat folgendes kostbare Dankschreiben an seine Wähler erlassen, aus dem hervorgeht, weß Geistes Kind auch dieser „ehrenwerthe" Professor ist. Das Machwerk lautet:

„Die feste Entschlossenheit und der patriotische Eifer der reichstreuen Wähler war mir aus eigener Anschauung bekannt und erfüllte mich mit der höchsten Achtung für die Einsicht und männliche Energie der Wählerschaft. Daß daher der Sieg bei dieser Wahl nicht fehlen werde, hoffte ich. Der Erfolg hat aber alle Erwartungen übertroffen. Der 8. schleswig-holsteinische Wahlkreis kann stolz auf diesen glänzend durchgeführten Prinzipienkampf sein. Mir bleibt nur übrig, mit meinem wärmsten Danke die Versicherung auszusprechen, daß ich nach besten Kräften meine Schuldigkeit erfüllen werde. G. Karsten."

Ein netter „Prinzipienkampf"! Auf der einen Seite: Fortschrittler, Liberale, Nationalliberale, Conservative, Klerikale, Agrarier und — „reine Lassalleaner" (es ist traurig, daß der Name des großen Mannes also gemißbraucht wird!), auf der anderen Seite die sozialistische Arbeiterpartei. Bei uns war es ein Prinzipienkampf — Hartmann war der Candidat der prinzipientreuen Sozialdemokraten, Sie, Herr Karsten, aber waren, wie aus obiger Zusammenstellung hervorgeht, der Candidat eines prinzipienlosen Misch-Masches. Wohl bekomm diesem Misch-Masch-Candidaten der Reichstagssitz — er verliert ihn das nächste Mal sicher wieder.

Altona, den 4. März. Der Carneval der Altona-Hamburger, schreibt mir ein Freund aus Cöln, der sich am 1. März zufällig in Hamburg aufhielt, scheint von den Nationalservilen auf den 1. März verschoben worden zu sein, denn die Wagen, Fahnen und dergleichen, mit denen man die Stadt für Professor Karsten durchzieht, die Karstenembleme lassen die des feinsten Cölner Carnevals weit hinter sich. Es fehlen nur noch die Karstennarrenkappen. Dabei treten viele dieser Leute frech und herausfordernd gegen andere Parteien auf. Es hat den Anschein, als befänden sich viele in einem Delirium tremens oder seien von der Tarantel gestochen. Es sollte mich nicht wundern, wenn sich hier und da eine Keilerei entspänne. Die Geldmittel, die die Nationalservilen für Wagen, Fahnen, für Agitation ꝛc. aufgewendet haben, sollen alle Begriffe übersteigen. Eben war ich Augenzeuge, wie in der Bergstraße ein Karstenstandartenträger in Cylinder, langen Reiterstiefeln ꝛc. nur dem taktvollen Auftreten einiger Sozialisten zu danken hatte, daß er nicht die besten Prügel erhielt. Lobend muß ich auch das besonnene Auftreten der betreffenden Polizeibeamten bei dieser Gelegenheit erwähnen.

Essen, 1. März. Die Arbeitslosigkeit in Westfalen nimmt immer größere Ausdehnung an. Nicht allein, daß gegen 8000 Arbeiter feiern, auch viele kleine Handwerker sind ohne alle Beschäftigung. In den größeren Städten sind Volksküchen etablirt, in denen eine ganze Portion zu 20 Pf., eine halbe zu 10 Pf. verkauft wird; aber was verschlägt das, wenn die meisten obendrein ohne alle Baarmittel sind. Die Städte und größeren Gemeinden suchen durch Anleihen Geld zu Straßen- und anderen Bauten zu schaffen, um, so viel es geht, der Arbeitslosigkeit abzuhelfen, und seitens des Staates wird der Bau der Eisenbahn von Dortmund nach Oberhausen in Angriff genommen werden. Wenn jedoch nicht rasch umfassende Maßregeln ergriffen werden, so wird wohl nur der Hungertyphus die Armen von ihrer Noth erlösen.

Cassel. Jedem Leser des „Vorwärts" werden beim Lesen der Situationsberichte aus den verschiedenen Kreisen die sich wiederholenden Klagen aufgefallen sein, die darüber laut wurden, daß die Gegner mit unlauteren, schmutzigen Waffen gekämpft haben. Aber wie verhält sich die Sache eigentlich? In den Kreisen, in welchen die Sozialdemokratie auf dem Kampfplatz erschien, lautete das Feldgeschrei einfach: Hie Kapital, hie Arbeit! Da aber, abgesehen von einigen Ausnahmen, nicht einmal die Führer der gegnerischen Parteien das wirkliche Wesen der Sozialdemokratie kennen resp. kennen wollen, wieviel weniger konnten da die Sparigs, Kutschbachs ꝛc. den Wahlkampf mit der Sozialdemokratie wagen, als in der, von der „Liberalen Centralfabrik für reichstreue Bedientengesinnung", in Firma Lasker-Braun-Wehrenpfennig, vorgezeichneten Art und Weise? Deswegen können die Parteigenossen allerorts beruhigt sein, denn es ist in allen Kreisen seitens der Gegner so ziemlich gleichartig agitirt worden. Ueberall waren es dieselben Gedanken, ja fast dieselben Worte, die man von den Gegnern hören konnte. Das ist die traurige Signatur unserer, jedes selbständigen Denkens baaren, liberalen Sippschaft. Wie die liberalen Größen zweiten und dritten Ranges die vermeintliche Arbeiter- resp. liberale Sache der Sozialdemokratie gegenüber vertreten, davon lieferte den hiesigen Parteigenossen der, auch den Lesern des „Vorwärts" noch in gutem Gedächtniß stehende, geistig „hochbegabte" liberale Zeitungsredakteur Kutschbach den herrlichsten Beweis. Gewitzigt durch das Fehlschlagen seines Auftretens im Thalia-Theater, geht der Famulus Dr. Hestermann's jetzt vorsichtiger zu Werke und gründet die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei", die Kriegervereinler und Mitglieder der „Patriotischen Vereinigung" zu den Ihrigen zählt, verbreitet Einladungskarten, vergaß aber, daß auch solche in die Hände der Sozialdemokraten kommen würden. Montag den 26. Februar hielt der kampfesmuthige Salonredner einen Vortrag über die Entwickelung der Sozialdemokratie. Es hatten sich ungefähr 30 Sozialdemokraten eingefunden. Nach Beendigung des Vortrags wurde auf eine diesbezügliche Anfrage Pfannkuch das Wort über den Vortrag verweigert. Auf eine weitere Anfrage Pfannkuch's, ob die Sozialdemokraten als bloße Zuhörer wieder erscheinen dürften, wurde dasselbe bereitwilligst zugestanden. Doch die Todten reiten schnell. Nachdem die Sozialisten sich entfernt hatten, wurde berathen, wie man sich dieselben vom Halse schaffen könnte; selbst der Vorschlag wurde gemacht, Pfannkuch zu schreiben, die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei" habe sich im Laufe der Woche so vermehrt, daß das Lokal nicht mehr genüge, in Folge dessen die Sozialisten keinen Platz mehr finden könnten. Dies war aber doch der, zwölf Mann starken Versammlung zu stark, und faßte man deshalb folgenden Beschlug: Da Herr Kutschbach mit dem Studium der sozialen Frage noch keine wesentlichen Fortschritte gemacht hat, wird sich die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei" nicht eher auf Diskussionen einlassen, bis ihre Kopfzahl mindestens ebenso stark ist, als die der Sozialisten, um nöthigenfalls den hochgebildeten, aber sich nicht ausdrücken könnenden Herrn Kutschbach kräftigst in gewohnter liberaler Weise unterstützen zu können.

Der ehemalige „Literat", jetzige Rechtsconsulent Nippold, fast sämmtlichen Parteigenossen, seiner traurigen Thätigkeit wegen innerhalb der Sozialdemokratie noch bekannt, wurde hier unlängst von der Strafkammer des hiesigen Kreisgerichts wegen falscher Denunziation, als im zweiten Betretungsfalle, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Ein Commentar für die Richtigkeit der Ansicht Pfannkuch's, mit einem Menschen wie Nippold nie über die soziale Frage zu diskutiren.

Mienburg a. d. S., 1. März. Wiewohl wir seit langer Zeit vom hiesigen Parteileben nichts haben verlauten lassen, so ist mir jetzt um so mehr Gelegenheit geboten, das Versäumte nachzuholen. Trotz unserer Bemühungen ist es uns nicht einmal gelungen, in unserem Orte die Majorität auf unsern Candidaten, Otto Kapell, zu vereinigen. Uns wundert das auch gar nicht, weil wir wissen, welche kolossalen Beeinflussungen bei der Wahl stattgefunden haben. Nur ein mich persönlich betreffender Fall möge hier Erwähnung finden. Ich stand damals beim Oberamtmann Gutknecht hier in der Zuckerfabrik in Arbeit,

---

Der Republikaner. Volkskalender auf das Jahr 1877. Herausgegeben von Reinhold-Ruegg. Winterthur, Bleuler-Hausheer u. Co.

Von allen schweizerischen Volkskalendern, welche uns zum neuen Jahre begrüßt haben, steht der „Republikaner" obenan, da er fest und entschlossen auf die Höhe der Zeit tritt, indem er der alten Methode bequemen Schlendrians entsagt, welche dem Volke nichts zu bieten weiß als eine Reihe von trivialen Bauernregeln, Ammenmärchen, grausen Mordthaten u. dgl.; er behandelt in frischem, freiem Tone die wichtigsten, tiefgehendsten Fragen der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit in einer Reihe von geist- und herzerquickenden Artikeln, welche durchweg in gemeinverständlicher Sprache geschrieben, den Leser in hohem Grade interessiren und unterhalten, wie der vortreffliche, an beherzigenswerthen Winken reiche Aufsatz „Ueber das Volkstheater in der Schweiz" von Vögelin, „Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung" von Curti, „Ueber berufliche Fortbildung des Arbeiterstandes" von Autenheimer, „Straßen und Eisenbahnen" von Hohl, die vortrefflichen Abhandlungen aus dem Gebiete der Naturkunde von Wettstein, die anziehend und pietätvoll geschriebenen Biographien des gedankentiefen Philosophen Albert Lange von Bleuler und des edlen für Volkswohl begeisterten Pfarrers Lucius Michel von Rüegg, die mit köstlichem Humor geschriebene „Lustige Fahrt" des Patrioten und „Weinmusikanten" Becker u. a. Der Herausgeber, Reinhold Rüegg, ein talentvoller, witziger Kopf, ist einer der hervorragendsten schweizerischen Journalisten der jüngeren Generation und als Redakteur des in Winterthur erscheinenden „Landboten", des Hauptorgans der Züricher Regierung, seit Jahren ein eifriger Vorkämpfer der zeitgemäßen humanen Ideen, welche bei der vor einigen Jahren erfolgten Verfassungsänderung im Kanton Zürich zur Herrschaft gelangt sind. Wir empfehlen den vortrefflichen Kalender als einen wahren Volksfreund auch im deutschen Reiche allen Denjenigen, welche Herz und Interesse für die volksthümlichen Bestrebungen der Gegenwart haben. A. C.

— Spaßige Leute. In der großen amerikanischen Republik giebt es ein paar sonderbare Käuze, welche die „Segnungen" kaiserlichen Regiments auf die Vereinigten Staaten ausdehnen möchten. In Chicago wurde vorigen Herbst ein Blatt gegründet, das für die Erhebung des Präsidenten zum Kaiser wirkt. Diesem Blatt ist seitdem ein weiteres in Neworleans unter dem Titel „The Empire" (das Kaiserreich) gefolgt. Dasselbe forderte am 24. Dezember den Präsidenten auf, sich zum Diktator zu erklären. An der Spitze des Blattes ist Grant's Medaillon-Bild, mit Lorbeeren umkränzt, welches die Inschrift trägt: „Ulysses I., Imperator" Ulysses ist nämlich der Vorname Grant's, und Imperator heißt auf Deutsch: Kaiser. Der alte Ulysses war ein sehr schlauer Geselle, und wir wollen dem neuen Ulysses, der seinem Vorbild freilich nicht gleichkommt, wünschen, daß er wenigstens schlau genug sein möge, nicht auf diesen kaiserlichen Leim zu gehen. Sollte er sich beikommen lassen, den Amerikanern eine Kaiserposse vorspielen zu wollen, so würden ihm daraus recht unangenehme Folgen erwachsen. Falls es bei der Komödie bliebe, würde er als Idiot in's Narrenhaus, und falls die Komödie durch Blutvergießen zur Tragödie gemacht würde, als gemeiner Verbrecher an den Galgen befördert werden. Und das von Rechtswegen. (Seit Obiges geschrieben worden, ist der neue Präsident Hayes in das Weiße Haus eingezogen, und Ulysses — ist ausgezogen, wie es für einen ruhigen, seiner fünf Sinne mächtigen Bürger sich schickte.)

— Der wahre Grund der Hungersnoth! Der Generaldirektor des statistischen Bureaus, Dr. Hunter, der von der englischen Regierung nach Indien geschickt worden ist, hat eine vortreffliche Entdeckung gemacht, hinter der sich die herrschenden Klassen verstecken können, wenn man dem derzeitigen Wirthschaftssystem den Vorwurf macht, daß sie die regelmäßig wiederkehrende Nothlage der Völker, besonders der niederen Schichten, verschulden. Die sämmtlichen Leute, welche dies behaupten, sind arg auf dem Holzwege. Die Hungerjahre in Indien wenigstens kehren „mit der Nothwendigkeit eines Naturgesetzes alle 11 Jahre wieder", und zwar üben hier ihren Einfluß — die Sonnenflecke! Wenn nämlich, nach Hunter, die Sonne am wenigsten Flecke hat, so ist die Hitze so groß, daß Ansammlungen von Wolken nicht möglich sind, und somit eine gräßliche Dürre und in Folge desselben Hungersnoth eintritt! — Doch Scherz bei Seite! Angenommen, dieses Gesetz wäre bewiesen, so erwächst eben für die Regierung und für die Gesammtheit die Verpflichtung, diesem durch elementare Kräfte bewirkten Elend mit Mitteln der Wissenschaft, mit ökonomischen Vorkehrungen zu begegnen.

— Herr Franz Duncker, der große „Volksmann", hat sich kürzlich im Reichstag wegen einer „wichtigen Reise" entschuldigen lassen. Die Sache ist aber die: Herr Duncker nahm sein Freikärtchen zur Hand und fuhr nach Altona auf Wahlagitation. Macht es ein Sozialdemokrat ähnlich, dann zetert die halbe Welt darüber, aber ein Fortschrittsmann — ja Bauer das ist ganz was anders!

als mir plötzlich am Tage vor der Wahl der Bescheid wurde, ich solle am andern Tag nicht wieder kommen. Ich wollte natürlich die Ursache meiner plötzlichen Entlassung wissen und wandte mich an den Inspektor. Dieser sagte mir: Ja, ich bin nicht schuld, meinetwegen könnten Sie hier bleiben, aber der Herr hat es befohlen, Sie hätten immer Vorträge gehalten und stehen einmal in dem Geruche, Sozialist zu sein. Nun könnte ich zwar solche Leute auf das Reichswahlgesetz verweisen, aber um Weitläufigkeiten zu vermeiden, trägt man lieber den Schaden. Doch das ist noch nicht Alles. Vor ungefähr drei Wochen wurde ich und Genosse L. Koppehl mit einer polizeilichen Haussuchung erfreut. Es handelte sich um Wahlaufrufe, welche wir verbreitet haben sollten. Ich muß auch constatiren, daß die Polizeibeamten bei mir eine reiche Ausbeute gemacht haben. Außer einer Anzahl von Wahlaufrufen fühlten sich die Diener des Gesetzes auch bewogen, mir meine sämmtlichen Exemplare des „Vorwärts", sowie mehrere Nummern des „Hamburg-Altonaer Volksblattes" mit Beschlag zu belegen, welche, nachdem wir schon Termin vor der Kreisdirektion Bernburg gehabt haben, mir noch nicht zurückerstattet worden sind.

August Schauer.

Glauchau, 2. März. (Agitationsbericht vom 17. Wahlkreis.) Der durch die Wahl Bebel's in Dresden für unsern Wahlkreis nothwendig gewordenen Neuwahl ging ein Wahlkampf voraus, wie ihn der 17. Wahlkreis seit dem nun zehnjährigen Bestehen des allgemeinen Wahlrechts noch nicht gesehen hat. Von Seiten unserer Gegner wurde diesmal alles aufgeboten, um uns den Sieg streitig zu machen. Hatten sie in früheren Wahlkämpfen uns gegenüber sich mit sogenannten Nothcandidaten begnügt und demzufolge an der Agitation nicht thätigen Antheil genommen, weil sie meinten, es nütze ihnen doch nichts, so rechneten sie diesmal ganz bestimmt darauf, bei dem nun eingetretenen Personenwechsel die Oberhand zu gewinnen, weil sie meinten, die Wähler des 17. Wahlkreises hätten nur für die Person Bebel's gestimmt, nicht aber für die Parteiprinzipien, welche derselbe vertritt. Alle Kniffe und Ränke wurden in's Feld geführt, um uns den Sieg zu entreißen; da wurde den Wählern vorgeredet, Bebel sei durch das Dresdener Mandat zu stolz geworden, um die armen Weber des 17. Wahlkreises noch ferner vertreten zu wollen und er hätte uns demzufolge das Mandat vor die Füße geworfen. Die lächerlichsten Behauptungen wurden aufgestellt, die niedrigsten und verwerflichsten Mittel angewandt, Bedrohungen und Einschüchterungen seitens verschiedener „Arbeitgeber" gegen ihre Arbeiter waren an der Tagesordnung; Entlassungen wurden in Aussicht gestellt, wenn Bracke Sieger würde; mit der Hungerpeitsche wollte man die Arbeiter zwingen, für den liberalen Gründerprofessor Birnbaum zu stimmen, aber die Arbeiter haben bis auf wenige Ausnahmen ihr einziges politisches Recht gewahrt und sich durch die niedrige Kampfesweise der sogenannten „Ordnungspartei" nicht irre machen lassen. Welche Furcht und welchen Ekel sie vor dem Volke, von dem sie doch gewählt sein wollten, hatten, bewiesen die Arrangements ihrer Versammlungen. Eine halbe Stunde früher, bevor dem „gemeinen" Volk der Zutritt gestattet war, wurden die Säle von ihnen besetzt und dann dem später eingelassenen „Pöbel" einige bescheidene Winkel angewiesen. Daraus konnten sich die Arbeiter schon ein Bild machen, wie sie erst behandelt werden würden, wenn jene „Herren" den Wahlkreis erobert hätten. Nun wir haben jenen Helden auch in solchen Versammlungen ganz respektable Schlappen beigebracht. Ganz anders war es dagegen in unsern Versammlungen. Da wurde das gleiche Recht für Alle hochgehalten. Die erste von uns einberufene Versammlung fand am 7. Februar in Langenursdorf statt; in derselben sprachen Mehlhorn und Nauert. Sonnabend den 10. war große Versammlung in Glauchau, wo Liebknecht referirte; zur selbigen Zeit sprachen Bebel und Bracke in Meerane. Den 11. waren Versammlungen in Bernsdorf und St. Egidien, Ref. Bebel. Mülsen hatte an diesem Tage gegnerische Versammlung, hier wurde der Birnbaum das erste Mal von Nauert derb geschüttelt. Weiter fanden unsererseits Versammlungen statt in Dürrenuhlsdorf und Falken (Mehlhorn und Seifert). Am 12. lieferte Bebel in Meerane dem Prof. Birnbaum das zweite Treffen. Am 16. in Rothenbach (Nauert), Schlunzig (Albert und Seifert), Langenhursdorf (Wiemer), Oberwiera (Mehlhorn). Am 17. in Glauchau (Bebel und Bracke), Niederwinkel (Mehlhorn). Am selbigen Abend bearbeitete Nauert Herrn Birnbaum zum zweiten Mal in Hohenstein, in Ziegelheim wirkte Wiemer. Am 18. Versammlung in Tirschheim (Motteler), Mülsen (Bebel und Bracke); Nachmittags trat in Oberlungwitz Nauert Herrn Birnbaum zum dritten Mal gegenüber; Abends waren zwei Versammlungen in Lichtenstein, die eine von uns, die andere von den Gegnern; hier war der ganze liberale Generalstab zusammengekommen. Es waren anwesend Professor Birnbaum, zwei Chemnitzer Professoren, Kellerbauer und Rühlmann, sowie Kaufmann Roth, Chemiker Böhme aus Wittgensdorf und Sparig aus Leipzig, während unsererseits Liebknecht, Bebel und Bracke erschienen waren, und dennoch schrieben die „liberalen" Blätter, wir hätten unsern ganzen Generalstab zusammen getrommelt. In Hohndorf und Neudörfel waren diesen Abend ebenfalls gut besuchte Versammlungen, in welchen Mehlhorn und Seifert wirkten. Aehnlich wie in Lichtenstein war's am 19. in Waldenburg. In Niederlungwitz wurde denselben Abend den Gegnern von Wiemer, Albert, Seifert und Mehlhorn der Standpunkt richtig klar gemacht, während Vahlteich in Wermsdorf referirte, hier war es ein Pfäfflein, das die Versammlung erheiterte; dasselbe erzählte nämlich den andächtigen Zuhörern, daß es vier Parteien gäbe: und zwar die conservative, die baue auf den lieben Gott, die liberale, die baue auf den Geldsack, die ultramontane, die baue auf den Papst, und die sozialdemokratische, die baue auf den Teufel! Am 20. war unsererseits Versammlung in Rödlitz, Ref. war Mehlhorn. Die Gegner tagten in Glauchau, daselbst waren Nauert und Wiemer am Platze. Liebknecht sprach in Meerane. In Hohenstein Bebel und Bracke. Am letzten Abend vor dem Wahltag wurde auf allen Punkten heiß gekämpft. Meerane wurde abermals von den Birnbaumschen angegriffen, aber von Bracke und Liebknecht siegreich vertheidigt. Die Versammlung, welche für Gersdorf anberaumt war, wurde durch allerlei „reichstreue" Streiche vereitelt, bei welcher Gelegenheit der Bergdirektor Dannenberg und der bewußte Sparig Außerordentliches geleistet haben. Erfreulicher verlief die Versammlung in Lichtenstein, woselbst Vahlteich referirte, desgleichen die in Thurm, wo Motteler sprach; in Gesau wirkte Nauert mit gutem Erfolg. Die Gegner hatten noch einmal ihr Glück versucht, aber vergeblich, um so größer ist nun ihr Haß gegen die Arbeiter, und namentlich ist ihnen unsere Parteiorganisation und unsre Presse ein Dorn im Auge. — Arbeiter und Bürger des 17. Wahlkreises! Ihr habt im verflossenen Wahlkampf den Werth einer festgeschlossenen Organisation sowohl als auch den Werth und die Macht der Presse kennen gelernt; stärkt diese Kampfesmittel durch massenhaften Beitritt zur sozialistischen Arbeiterpartei, denn nur durch einiges, festgeschlossenes Zusammenhalten vermögen wir etwas auszurichten. Aber auch die Presse muß gestärkt und verbreitet werden, darum wirkt soviel Ihr könnt für Verbreitung des „Vorwärts" und der „Glauchauer Nachrichten".

Mit sozialistischem Brudergruß

Das Centralwahlcomité des 17. Wahlkreises.

Zeitz. (Abrechnung über die zur Reichstagswahl hier eingegangenen Gelder.) Durch W. G. 0,90; G. Sch. 0,50; Spieler b. W. Sch. 0,53; in Aue 0,30; A. B. 0,30; C. D. u. Th. 3,50; Fabrik v. Krgr. 8,50; Küchl. H. 3,30; Frtg. 1,63; Nfr. 1,15; Bd. 0,75; G. Sch. 0,50; Sndr. 2,00; Pndrf in Nißma 1,00; C. Drht in Th. 4,80; L. Ltsch. 10,90; Vgtm. 3,30; G. Grl. 3,35; L. Ltsch. 0,50; R. Sndh. 3,05; G. Schn. 0,20; A. Krse 3,30; W. Knze. 6,05; Hft. 0,15; Erlös v. 2 D. Kind. 2,50; Tellersamml. in Theißen 12,56; Drösig 6,70; Aue 4,14; Sa. der Einnahme: 81,36. Ausgabe: Annoncen 19,30; Agitation 36,85; Drucksachen 16,75; Depeschen, Porto u. Schreibmaterial 7,18; Sa. 80,08. Bleibt 1,28.

Für richtig befunden:

Das Arbeiterwahlcomité.

---

19. sächsischer Wahlkreis.

Den Genossen allerwärts zur Nachricht, daß Sonntag, den 18. d. M. Bezirksconferenz in Lößnitz, und zwar Vormittags 11 Uhr gedachten Tages stattfindet. Das Lokal ist bei Herrn Hackebeil. Tagesordnung: 1) Abrechnung des Centralcomités; 2) Gründung eines Parteiblattes für den 19. Wahlkreis.

Wegen der großen Wichtigkeit vorstehender Tagesordnung erwartet eine allseitige und zahlreiche Betheiligung.

Das Centralcomité:

J. A.: Carl Demmler, Vorsitz. Ernst Schletter, Schriftf.

An die Gesinnungsgenossen in Hannover!

Die hinter uns liegenden Wahlen haben den Beweis geliefert, daß unsere Bemühungen für Ausbreitung der sozialistischen Prinzipien nicht ohne Erfolg waren. Ist es uns doch gelungen, in unserm Wahlkreise in 1½ Jahren 1200 Anhänger für unsere Partei zu gewinnen, wie das der 10. Januar gezeigt hat. Dieses Resultat ist eine gute Bürgschaft für die Zukunft, und es muß uns gelingen, schon bei der nächsten Wahl einen vollständigen Sieg zu erkämpfen, doch nicht ohne Arbeit! Da nun nicht jeder Einzelne von uns die Fähigkeit besitzt, die Prinzipien, welche er anerkennt, mündlich zu lehren und zu vertheidigen, so müssen wir nach einem Mittel suchen, welches diesen Ausfall an Kräften ersetzt, und ein solcher Ersatz ist die Presse. Darum Genossen, muß es unsere Hauptaufgabe sein, dafür zu sorgen, daß jedes Quartal neue Abonnenten für den „Vorwärts" und die „Neue Welt" gewonnen werden, es ist das nicht zu viel von Euch verlangt. Mit Lust und Liebe zur Sache, wird es Euch leicht werden, unserer Parteipresse mehr und mehr Leser zu gewinnen. Genossen! Bedenkt, je mehr Leser der „Vorwärts" und die „Neue Welt" haben, je mehr Aufklärung verbreitet wird, je mehr werden unsere Reihen gestärkt. Je stärker unsere Reihen aber sind, je mehr Mittel bekommen wir, um kräftig agitiren zu können, und je eher gehen wir auch siegreich aus dem nächsten Wahlkampfe hervor. Ferner ist es für uns Pflicht, dafür zu sorgen, daß der „Vorwärts" in jedem Wirthschaftslokal ausliegt; es sollte daher niemals ein Glas Bier getrunken werden, ohne daß nach dem „Vorwärts" gefragt wird; hält der Wirth den „Vorwärts" nicht, so sucht man ihn zu überzeugen, daß er denselben halten muß, da in seinem Lokal meistens Arbeiter verkehren und diese nur den „Vorwärts" lesen wollen. Ist der Wirth jedoch nicht dazu zu bewegen, so trinken wir künftig unser Bier in einer anderen Wirthschaft, wo der Wirth entweder schon Abonnent ist, oder es sofort wird. Diejenigen Wirthe, welche jetzt schon den „Vorwärts" halten, veröffentlichen wir untenstehend. Genossen! Also nochmals! Ein Jeder sorge für neue Abonnenten des „Vorwärts". Abonnements werden entgegengenommen von sämmtlichen Zeitungscomité-Mitgliedern, von den Colporteuren, sowie in allen Versammlungen.

Beschwerden wegen nicht pünktlicher Zustellung wolle man in das Beschwerdebuch eintragen, welches bei Herrn Gastwirth Matthes, Neue Straße, und bei Herrn Gastwirth Boje, Mittelstr. 11, ausliegt.

Die Zeitungscommission: Ad. Schmidt.

Namen der Gastwirthe und Straße: Michelmann, Artilleriestraße; Wurster, Am Bahnhof; Bode, do.; Frie, Gr. Packhofstr. 9; Wittmuß, Osterstr.; Struckmann, Breitestr.; Tischlerherberge, Braunschw. Str.; Narten, Hildesheimer Str.; Thielemann, Gr. Barlinge; Niemann, Warmbüchenstr.; Kreie, Pahrenwalder Str.; Werner, do.; Gebr. Bausch, Engelbosteler Damm; Kiefert, Lilienstraße; Ohlendorf. Nordfelder Reihe; Vogt, do.; Bartels, Hainholzer Str.; Otte, do.; Michel, do. 7; Apel, Andertensche Wiese; Böppelmann, Hagenstr.; Müller, Knochenhauerstr. 45. Bartling, do. 59; Habenicht, Ballhofstr.; Kellermann, Kreuzstr. 10; Meier, Neue Str. 9; Matthes, do. 45; Wwe. Willig do. 22; Ebeling, Rothe Reihe; Seegers, Gr. Duvenstr. 5; Boje, Mittelstr. 11. Linden: Loges, Ihmebrücke (Keller); Pinkenburg, Limmerstr. 28; Held, do. 26; Wwe. Meier, do. 24; Pipo, do. 20; E., do. 19; Höcht, do. 17; Tegtmeier, Blumenauer Str. 17; Ringe, Nieschlagstr. 16; Arnemann, do. 17; Bode, Posthornstr. 19; Blume, Falkenstr. 62; Raabe, Todtengang (im „Holländer"); Krake, Deisterstr. 31; Otto, Göttinger Str. 58; Bolze, Ricklinger Str. 43; Sohns, do. 47; Göbert, Stärkestr.

Einladung zum Congreß.

Auf Anregung mehrerer Arbeiter-Gesangvereine, einen deutschen Arbeiter-Sängerbund zu gründen, was auch von vielen Gesangvereinen für nothwendig anerkannt worden ist, beruft die unterzeichnete Arbeiter-Liedertafel hiermit einen Congreß

zum 1. und 2. April d. J. nach Gotha.

Die Sitzungen beginnen Sonntag, den 1. April, Vormittags 11 Uhr, in Hartmann's Restauration.

Gesangvereine, welche einen Delegirten nicht entsenden können, wollen ihre Mandate einem Nachbar-Verein übertragen, oder dieselben an die Buchhandlung von Emil Sauerteig in Gotha einsenden, damit für Vertretung gesorgt wird.

Gesangvereinen, welchen keine Tagesordnung, Statutenentwurf ꝛc. zugesandt ist, mögen sich an vorstehende Adresse wenden.

Wir erwarten, daß alle Arbeiter-Gesangvereine auf dem Congreß vertreten sind.

Also auf zum Congreß!

Die Arbeiter-Liedertafel in Gotha: Emil Sauerteig, Vorsitzender.

— Am Freitag (9. d.) wird im Reichstag der polnische Abgeordnete v. Komierowski wegen der Kantecki'schen Zeugnißzwang-Affaire interpelliren. Inzwischen hat der Oberpostdirektor von Bromberg diese Gelegenheit zur Sammlung frischer Lorbeeren benutzt: er verlangt nämlich von den ihm untergestellten Beamten die Versicherung auf Ehrenwort, daß sie der Redaktion des „Kurjer Poznanski" die betreffende Verfügung nicht haben zugehen lassen. Die raffinirteste moralische Folter. Es wird immer schöner. Und Herr Stephan?

Briefkasten

der Redaktion. M. H. in Frankenthal: Jetzt leben wir im Monat März, und Sie schicken einen Bericht ein über eine Versammlung, die im Januar stattfand? Bei einer Partei, die auf beständigem Kriegsfuße lebt, muß auf den Schlag der Hieb unmittelbar folgen. Bericht also veraltet. — R. R. in Heldburg: Ihr Eingesandtes ist von zu geringem allgemeinem Interesse; darum zurückgelegt. — Correspondent in Großenhain: Wir können unsern Lesern nicht zumuthen, jetzt noch Agitationsberichte zu lesen, welche bis auf Anfang Dezember vergangenen Jahres zurückgreifen. Dasselbe gilt von den Berichten, welche die Wahlagitation vor dem 10. Januar behandeln. — Den Einsender der Brandenburger Correspondenz in Nr. 27 ersuchen wir um Angabe seiner Adresse.

Quittung. Bhm Oschatz Schr. 1,50. Glschwrk Wien Schr. 3,24. Wrgs Wien Schr. 19,79. Rch Füßen Schr. 1,60. Gnthr Großenheim Ann. 4,60, Schr. 21,95. Trsch Kronstadt Schr. 8,25. Drbg Gießen Ab. 4,00. Drsdch Mannheim Schr. 2,10. Uffmnn Schlagenwald Schr. 3,60. Exped. d. „Fackel" hier Ab. 6,00. Lhmnn hier Ab. 1,60. Hckl Berlichingen Ab. 0,70. Hngr Rybnick Ab. 1,40. Oertl Kellinghusen Ab. 0,90. Trst Kleinzschocher Ab. 1,80. Albtz Eßlingen Ab. 9,10. Endrs Augsburg Schr. 12,00. Schltr Dresden Schr. 20,00. Wpptz Ruß Ab. 5,10. Bsch Altenburg Ab. 13,80. Mnk Düsseldorf Ab. 14,40. Zhtnr Darmstadt Ab. u. Schr. 45,14. Klnzsch Salzburg Ab. 1,82.

Wahlfonds.

Von Fritz Rummel 0,50.

Anzeigen ꝛc.

Altona. Sonnabend, den 10. März, Abends 8½ Uhr, in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [50

Cöln. Sonntag, den 11. März, Morgens 10½ Uhr, bei Hrn. Erkelenz, Kämmerergasse 18: (F. 69)

Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung des Central-Wahlcomités des Stadt- und Landkreises Cöln.

Die Genossen des Landkreises werden um Vertretung ihrerseits ersucht. [0,90

Der Einberufer.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 10. März, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstr.):

Allgemeine Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Die Generalversammlung; 2) Delegirtenwahl; 3) Verschiedenes. — Angesichts der wichtigen Tagesordnung müssen die Mitglieder alle erscheinen. Der Vorstand. [80

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 10. März, Abends 8 Uhr: Versammlung. Am Täubchenweg, Restauration von Jul. Menzel. Tagesordnung: Abrechnung. Gewerkschaftliches. [40

Lindenau. Arbeiter-Verein. Sonntag, 11. März, Nachmittags 3 Uhr, im „Gasthof zum Deutschen Haus":

Dritte Stiftungsfeier.

Festreden gehalten von den Herren Hofbaurath Demmler und Redakteur W. Blos, Reichstagsabgeordnete.

Karten sind zu haben Mittwoch, den 7. und Sonnabend, den 10. März im Arbeiterbildungsverein, sowie Donnerstag, den 8. März, in der Sozialisten-Versammlung. Das Festcomité. [300

Entbindungs-Anzeige.

Ein kräftiger Junge wurde uns geboren. [0,90

Halle a./S., den 6. März 1877. Hugo Rödiger und Frau.

Soeben erschien:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und Jr. Jourde.

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.
Färberstraße 12/II.

„Die Neue Welt."

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20.
In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage über 30,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam daß zur Einführung der „Neuen Welt"

„Illustrirte Prospekte"

gratis versandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.

Die Verbreitung der Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen als bestes Agitationsmittel

dringend an's Herz gelegt.

Wir bitten bei Bestellung Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. Plakate zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und Sammellisten stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: H. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1139 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: W. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Sutz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 30. Sonntag, 11. März. 1877.

†

Johann Jacoby.

Dienstag den 6. März, Abends 6¾ Uhr, starb zu Königsberg der greise Kämpfer für Freiheit und Recht, unser Parteigenosse, Dr. Johann Jacoby, im 72. Lebensjahre an den Folgen einer Steinoperation.

Der klassische Denker und heldenmüthige Kämpfer, der für seine Ueberzeugung Verfolgungen und Kerker nicht scheute, führte sich durch die Schrift: „Vier Fragen eines Ostpreußen" (1843) in das politische Leben ein.

Im Jahre 1848 wurde er von der Nationalversammlung zum Mitglied einer Deputation gewählt, welche dem Könige von Preußen über die Lage des Landes Aufklärung geben sollte. Als der König diese Deputation nicht anhören wollte, rief Jacoby ihm das berühmt gewordene Wort zu:

„Es ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!"

Nachdem die sogenannte bürgerliche Demokratie, welcher Jacoby angehörte, immer mehr in Zerfall gerathen war, schloß der schon grau gewordene Freiheitskämpfer sich der Sozialdemokratie an.

Ein Gegner der männermordenden Schlachten, ein Freund der Culturentwicklung, that er den denkwürdigen Ausspruch:

„Für den künftigen Kulturhistoriker wird die Gründung des kleinsten Arbeitervereins von größerer Bedeutung sein als der Schlachttag von Sadowa."

Wir verlieren in Jacoby einen der besten Parteigenossen, das Volk verliert in ihm einen seiner edelsten Freunde.

Das Begräbniß findet heute Vormittags 11 Uhr in Königsberg statt.

Die Reichstagsabgeordneten Fritzsche und Most werden unsere Partei bei dem Begräbniß vertreten; die Berliner Genossen entsenden außerdem noch eine Deputation nach Königsberg.

Die Blätter der Fortschrittspartei reden bei ihren heuchlerischen Betrachtungen von der „Vereinsamung", in welche der theure Todte in politischer Hinsicht in letzter Zeit gerathen sei — Jacoby wollte eben mit den politischen Waschweibern nichts mehr zu thun haben, er war ein ganzer Mann und stand deshalb auch nur zu Männern und dem großen, arbeitenden Volke.

Sein Andenken wird deshalb auch allen Männern und dem arbeitenden Volke stets heilig sein.

Ein Kind der freien Concurrenz.

Die gegenwärtige Nothlage ist geeignet, recht objektiv die Strikes und ihre Berechtigung zu besprechen. Niemand wird zu behaupten wagen, daß wir den arbeitslosen Arbeitern jetzt Arbeitseinstellung predigen wollten, jetzt wo der „Arbeitsausschluß" in ganz Deutschland organisirt oder nichtorganisirt in fürchterlicher Weise grassirt.

Aber auch die Arbeiter selbst werden mit viel größerer Objektivität diese Frage der Prüfung unterziehen können, da ihr Blick jetzt gewiß nicht durch sogenannte „Erfolge" getrübt ist.

Gleiches Recht — diese Phrase führt die liberale ökonomische Schule immer im Munde, gleiches Recht in wirthschaftlicher Beziehung.

Deshalb keine Staatshilfe für irgend eine Gesellschaftsklasse; die freie Bewegung allein ist die Triebfeder alles Schaffens, alles Thuns, und einzig und allein ist es gerecht, wenn man jedem Einzelnen überläßt, die Werthe, welche er besitzt, zu dem höchstmöglichsten Preise an den Mann zu bringen.

Stellen wir uns einmal auf diesen liberal-ökonomischen Standpunkt und fragen: wie ist es aber möglich, daß man den Arbeiter, welcher seine Waare — die Arbeitskraft — recht theuer verkaufen will, gerade von der Seite, die dieses hohe Verwerthen der Waare im Allgemeinen als obersten Grundsatz aufstellt, so verdammt?

Hierdurch wird doch das gleiche Recht selbst von der national-ökonomischen Wissenschaft mit Füßen getreten.

Woher kommt aber diese Mißachtung des gleichen Rechts?

Wir wollen gar nicht behaupten, daß dieselbe lediglich aus Parteinahme für die Kapitalmacht entstehe, vielmehr glauben wir, daß die eigentliche Klarlegung der Sachlage noch vielfach fehlt, und daß dadurch hauptsächlich solche Ungerechtigkeit entsteht.

Da nämlich der einzelne Arbeiter den Concurrenzkampf mit dem Kapital nicht mit der Aussicht auf den allergeringsten Erfolg aufnehmen kann, so verbindet sich die Klasse der Arbeiter vielfach zum Angebot ihrer Waare und sucht den Preis der Arbeitskraft so hoch als möglich zu stellen. Hierbei wollen wir aber sofort bemerken, daß wir wohl wissen, daß selbst im günstigsten Falle die Folgen des ehernen ökonomischen Lohngesetzes im Allgemeinen durch eine erhöhte Preiserzielung für die Waare Arbeitskraft nicht beseitigt werden können, daß vielmehr das eherne Lohngesetz nur eine Schwenkung auf kürzere oder etwas längere Zeit zu Gunsten der Arbeiter machen kann.

Wenn nun bei dem geregelten, vereinigten Angebot die Waare Arbeitskraft nicht nach dem Wunsche der Besitzer verkauft werden kann, so kommt es vor, daß dieselben ihre Waare überhaupt nicht verkaufen und den Strike erklären.

Darob entsteht großes Lamento und der höchst merkwürdige Vorwurf, daß die Arbeiter durch das Zurückhalten ihrer Waare von dem öffentlichen Markte die Nationalwohlfahrt, ja die gesammte Menschenwohlfahrt gefährdeten.

Hier stehen wir an dem kitzlichen Punkte.

Ist beispielsweise durch Ueberproduktion irgend einer Waare die Produktion derselben gehemmt und für eine Zeit lang lahm gelegt und somit die allgemeine Wohlfahrt ernstlich bedroht, so sind allerdings die Besitzer solcher überproduzirten Waaren in den meisten Fällen gezwungen, dieselben zu niedrigerem Preise loszuschlagen. Sind aber Einzelne trotzdem in der Lage, die Krisis abwarten zu können, und verbinden sie sich dann zu gemeinsamem Handeln, so nimmt ihnen Niemand übel, wenn sie die Waare zurückhalten, um später einen höheren Preis für dieselbe zu erzielen.

Daß aber gerade so, wie bei dem Strike der Arbeiter, durch das Zurückhalten der Waare die Produktion und somit der National- und der allgemeine Wohlstand geschädigt werden, ist doch selbstverständlich, und trotzdem fällt es keinem National-Oeconomen der liberalen Schule oder sonst einem den herrschenden Klassen angehörenden Menschenkinde ein, für Unrecht zu erklären, daß überhaupt nicht die Waare zu jedem, selbst dem niedrigsten Preise losgeschlagen wird.

Hieraus geht hervor, daß nicht mit gleichem Maße gemessen, daß es nur den Arbeitern verdacht wird, wenn sie ihre Waare so theuer als möglich verkaufen wollen.

Aber das muß jeder rechtliche Mensch zugestehen, daß die Berechtigung der Strikes, nämlich die Arbeitskraft so hoch als möglich zu verwerthen, gerade in der liberal-ökonomischen Anschauung von der freien Concurrenz liegt; ja, das muß Jeder zugestehen, daß der Strike ein Kind, ein ureigenes Kind der freien Concurrenz ist, welches allerdings seiner Mutter manchmal unbequem wird.

Würde die freie Concurrenz verschwinden, würde das Kapital nicht in derselben den Haupthebel seiner Ausbreitung und Macht sehen, dann könnten folgerecht auch keine Strikes entstehen, dann regelte sich unter anderen friedlicheren Bedingungen die ganze Produktion, als jetzt, wo die Menschheit in wirthschaftlichen Dingen sich fortwährend auf dem Kriegsfuße befindet.

Da wir Sozialdemokraten nun diese friedlicheren Bedingungen der Produktion herbeiführen wollen durch Umänderung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische, da wir das System der freien Concurrenz und des Kampfes um das Mein und Dein überhaupt brechen wollen, so sind wir selbstverständlich als Gegner solcher Concurrenz, als Gegner solchen Kampfes, im Prinzip auch Gegner aller Strikes.

So lange aber der Concurrenzkampf an allen Ecken und Enden noch tobt, halten wir auch die Strikes für vollständig berechtigt und eventuell für nothwendig, indem sie hin und wieder der übergroßen Anmaßung des Kapitals Schranken setzen. Zur endgültigen Erlösung der Arbeit vom Drucke des Kapitals tragen sie allerdings, wenn auch noch so oft siegreich, an sich nichts bei; sie erschüttern ja das heutige Wirthschaftssystem nicht im Geringsten, aber sie sind wohl dazu angethan, die Mannen der Arbeit zusammenzuschaaren, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mehr und mehr auszubilden und dadurch die Streiter für höheren Lohn und anderweitige bessere Arbeitsbedingungen zu Kämpfern für die Menschheit heranzuziehen.

Zum Schlusse wollen wir noch den übrigen Gegnern der Strikes den Rath geben, daß sie den alten Zankteufel, die Xantippe, freie Concurrenz genannt, aus der Welt schaffen mögen, dann wird das kleine Teufelchen, der Strike, keine Nahrung mehr finden und mit seiner Mutter zur Hölle fahren.

Die Gesellschaft ein Organismus.

I.

Die Menschengesellschaft ist durch ihre geschichtliche Entwickelung bestimmt, ein Organismus zu werden, und zwar zunächst das einzelne Volk, dann die Gesammtheit der Völker, zuletzt die ganze Menschheit.

Es kann mit dem Ausdruck Organismus sehr viel gemeint sein, aber auch sehr wenig.

Der Baum ist ein Organismus, aber auch jedes seiner Blätter (und seiner Blüthen und Früchte, welche bloß umgewandelte Blätter sind) ist — obwohl ein Glied am Baume — doch zugleich ein Organismus für sich; ja, jede einzelne Zelle dieser Blätter, des Holzes und der Rinde ist nicht blos ein noch geringeres Glied des Baumorganismus, sondern wieder ein kleiner Organismus für sich. Jedes einzelne Thier ist ein Organismus, aber ebensosehr ist es jede seiner Gliedmaßen und — sie alle durchkreuzend, jede ihrer Verrichtungen, also das Gerippe, die Muskel-, Sehnen- und Bindegewebe, das Nervennetz, Adernetz; ja jeder Blutstropfen (Blutkügelchen), jede Zelle im kleinsten Maßstabe. Hinwieder giebt es Thiergesellschaften, welche Organismen bilden, wie z. B. die der Korallen, der Ameisen und Bienen.

Welchen von diesen weitverschiednen Organismen (Körperschaften) ist nun die Menschengesellschaft ähnlich oder gleich zu nennen, oder aber erst noch zu gestalten? — Gewiß keinem einzigen; denn der Mensch ist eben, je mehr er gesellig lebt, desto weniger eine Pflanze oder ein Thier. Und die Reihe der in der Geschichte bestandenen Gesellschaften ist wieder so verschieden unter einander und von derjenigen Form, welcher die zukünftige Gesellschaft entgegenstrebt, daß man noch sehr wenig von ihr weiß, wenn man bloß weiß, daß sie ein Organismus zu werden bestimmt ist. Es ist aber dennoch ein großer Fortschritt, wenn ein Professor der Volkswirthschaft (Herr Schäffle in Wien) in die Wissenschaft den Begriff des Organismus einführt. Denn, was gewöhnlich sich Volkswirthschaft nennt, betrachtet jedes Volk als eine Summe von Einzelwesen, beinahe als einen Haufen von Sandkörnern, deren Zusammengehör zufällig ist. Es fällt ihr gar nicht ein, zu untersuchen, was für eine Art Einzelwesen die Menschen sind, welche die Gesellschaft zusammensetzen; worin sie von einem Haufen Sandkörner verschieden, warum sie das, was sie sind und leisten, ein jeder bloß durch alle anderen sind und leisten; was die Folgen sein müssen, wenn diese Einzelwesen jedes sich gegen alle andern spröde wie Sandkörner verhalten; endlich warum fast alle ökonomischen Lehrsätze in Widerspruch stehen mit Geschichte, Naturwissenschaft und Sittlichkeit. Sie vermißt sich erklären zu wollen, wie der Nationalreichthum entsteht, und sie ist blind gegen die geschichtliche Wahrheit, daß mit dem Wachsen des Reichthums Einzelner der Volksreichthum abnimmt. Sie nennt das Spiel zwischen Angebot und Nachfrage ein eisernes, göttliches Naturgesetz, und sie drückt beide Augen zu vor der naturwissenschaftlichen Thatsache, daß das in der Menschenwelt noch immer herrschende Recht des Stärkern diesem Gesetz des Angebots und der Nachfrage eine Nase drehen muß. Sie spricht von der Freiheit des Vertrags zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer — die Heuchlerin — obwohl sie weiß, daß alle Grundbedingungen der Freiheit dabei fehlen — das gleiche Anrecht am Boden, den Arbeitsmitteln und Allem, was nicht die Arbeit des Einzelnen geschaffen hat. Diese Volkswirthschaftslehre sollte Einzelwirthschaftslehre, oder noch besser Volksverwüstungslehre heißen.

Mit dem guten Willen jedoch, die Menschengesellschaft zu begreifen und planen als einen Organismus, ist sehr wenig gewonnen. Denn ein solcher ist sie immer gewesen, aber in sehr verschiedener Weise, und noch niemals — auch nur entfernt — ihrem Begriffe gemäß. Vergleicht man sie z. B. mit dem Organismus eines Bienenstocks, oder eines Ameisenvölkleins, oder gar eines Baumes, so mag man immerhin zahlreiche Aehnlichkeiten zwischen diesen und der Menschengesellschaft, wie sie sein sollte, auffinden; aber es bleiben dabei noch mehr Unterschiede, und zwar gewaltige, verborgen. Da der Mensch nur mit dem Menschen verglichen werden kann, so kann sich der Begriff des menschlichen Gesellschafts-Organismus nur einerseits aus dem Begriffe des Menschen, und andrerseits aus den stufenweisen Fortschritten ergeben, welche die Gesellschaft in der Geschichte gemacht hat.

In der Stahl-Gerlach'schen Staatsweisheit spielt der Begriff des Organismus eine große Rolle. Weil das preußische Volk in der unbeschränkten Alleinherrschaft von Gottes Gnaden heranerzogen worden ist, so kann alle weitere Entwicklung nur vom Throne ausgehn — thut sie das, so ist sie organisch (christlich-germanisch), denn sie ist dann aus vergangenen Zuständen naturwüchsig entstanden. Thut sie das nicht, so ist sie willkürlich und eine Auflehnung gegen die preußischen Naturgesetze. Diese Weisheit wäre ganz folgerecht, falls nachgewiesen wäre, daß das preußische Volk seinen Verstand und Willen, kurz seine gesammte Gehirnthätigkeit dem König in Verwahrung gegeben und auf eigene Einsicht und eigenen Willen in allen allgemeinen Angelegenheiten für immer verzichtet hätte. Denn im menschlichen Körper haben die einzelnen Glieder auch keinen eigenen Verstand und Willen, außer insoweit das Gehirn ihnen beides gestattet. Gesetzt aber, der König dankte freiwillig ab, damit das Volk seine erlangte Reife zur Selbstregierung beweisen könne — was doch nicht ganz unmöglich ist — so würde diese Art Weisheit dies nicht organische Fortentwicklung nennen und damit ihre Heuchelei beweisen.

Die Schweiz ist, Alles in Allem, das bis jetzt freieste, menschlichste Gemeinwesen. Stellt sie nun etwa denjenigen Organismus dar, in welchen die Geschichtsentwicklung der Menschheit die Völker der Zukunft hineindrängt? Man darf dies verneinen, ehe man noch das Wesen dieses Organismus untersucht hat. Denn da soviel wenigstens von vorn herein feststeht, daß der Mensch unter allen bekannten Wesen das freieste ist und immer freier zu werden bestimmt ist und da wir in der Schweiz noch keine Anstalten getroffen finden, um die Geistesknechtschaft der Abergläubischen, die Leibesknechtschaft der Lohnarbeiter und Enterbten und deren Folgen von Grund aus zu verhüten, so ist die Schweiz nicht der geforderte Organismus.

Diese beiden Beispiele können uns lehren, daß alle bisherigen Gesellschafts-Organismen, wenn man sie mit denen in der Thier- und Pflanzenwelt vergleicht, ihren Namen sehr wenig verdienen. Selbst die Organisation eines Baumes ist weit vollkommener als die beste menschliche. Jedes Blatt (und ebenso jedes andere Gebilde am Baume) genießt voll diejenige Freiheit, deren es fähig ist — es wiederholt die allgemeine Gestalt und den Bau der Blätter dieser Art Bäume in verschiedener Weise, so daß nicht zwei einander völlig gleich sind. Es waltet darin ein unverbrüchliches Gesetz, aber in der endlosen Mannichfaltigkeit seiner Ausführung können diese Einzel-Lebewesen sich ihrer Selbstheit erfreuen. Jedes dieser Blätter (und ebenso der Aeste, Zweige, Blüthen, Samen, Früchte, Wurzeln ꝛc.) ist ganz so sehr des Baumes wegen da, dem sie seine Nahrung fertig machen, als dieser ihretwegen da ist. Je mehr Blätter er ansetzt, desto mehr wächst er selber; je besser er wächst, desto mehr gewinnen alle seine Gebilde. Er setzt keinen Ast, keinen Zweig, kein Blatt an, ohne ihm genügend Säftezufluß und Entwicklungsraum, Licht, Luft und Sonne zu lassen, und keines seiner Glieder nimmt sich von alledem mehr, als es verarbeiten und

dadurch wieder ihm zugute kommen lassen kann. Und ganz ähnlich mit allen Naturorganismen.

Die menschlichen Gesellschafts-Organismen haben bisher alle nach einer von zwei Seiten hin gefehlt und sind dadurch zu Grunde gegangen. Entweder sie haben das menschliche Einzelwesen fast nur als Mittel zum Zwecke des Ganzen behandelt — so nicht nur die Alleinherrschaften, sondern ebensosehr die alten hellenischen und römischen Völkerherrschaften — oder sie haben den Staat überwiegend als Mittel zu den Zwecken der Einzelmenschen behandelt — so die amerikanische Union, die Schweiz, Großbritanien und deren Nachahmer. Das Ergebniß war aber in beiden Fällen dasselbe; es gewann dabei bloß eine Minderzahl der Staatsglieder Entwicklung ihrer Anlagen und Bedürfnisse — bald eine etwas größere, bald eine kleinere Minderzahl. Durch Schaden gewitzigt, fiel die Gesellschaft immer aus der einen von beiden Ausschreitungen in die entgegengesetzte. Die Aufgabe der zukünftigen Gesellschaft kann also gar keine andere sein als die, beide Ausschreitungen zu vermeiden, die beiden Gegensätze zu versöhnen, wie sie in jedem Naturorganismus versöhnt sind, und dadurch einen Menschen-Organismus zu erzeugen, welcher seines Namens werth ist.

Da die Freiheit des Menschen nur gradweise von der aller anderen Naturwesen verschieden ist, obwohl ihre Leistungen so sehr über die der letzteren sich erheben, daß sie ihm und seinen Gebilden den unablässigen Fortschritt zum Gesetz machen, so muß vom menschlichen Gesellschafts-Organismus in noch höherem Grade als von jedem natürlichen gelten, daß die größtmögliche, stets wachsende Freiheit aller Einzelglieder Bedingung ist, wenn der Organismus gedeihen soll. Der Staat der Zukunft — warum ihn nicht den communistischen nennen? — wird also jedem seiner Bürger einen weit größeren Spielraum der Freiheit geben müssen und geben können, als jeder bisherige; und eben dadurch wird er bisweilen mehr zu leisten im Stande sein als jeder bisherige. Dies folgt also mit Nothwendigkeit aus den Begriffen vom Menschen und vom Organismus. Denn da jeder Einzelmensch durch Sprache, Erziehung und aufgehäuften Gesammtreichthum befähigt werden kann, die geistigen Schätze seiner Zeitgeossenschaft in sich wiederzuerzeugen, abzuspiegeln und in besondrer Richtung zu vermehren, so wird dadurch der geistige und äußere Reichthum der Gesammtheit in nie erlebter Weise vermehrt werden, ebendamit aber auch ihre eigene Freiheit und Leistungskraft.

Das Glück des Menschen besteht in seiner stets wachsenden Freiheit vom äußeren Zwange, von Vorurtheil und von Selbstbestimmungs-Ohnmacht. Es hat wohl noch nie ein Mensch gelebt, der von allen drei Hindernissen seiner Freiheit nach Maßgabe des zeitgenössischen Fortschritts befreit gewesen wäre. Und doch ist diese gleichmäßige Befreiung nach allen drei Richtungen möglich und steten Wachsthums fähig. Es giebt durchaus kein organisches Hinderniß dagegen, daß jeder Mensch sich den Beruf wähle, nach welchem hin seine Anlagen und Neigungen ihn drängen, daß er in der Gattenwahl vollste Befriedigung finde, und daß er seine leiblichen und geistigen Lieblingsgenüsse nach Maßgabe des auf ihn entfallenden Antheils pflege. Diese drei Richtungen erschöpfen sein Bedürfniß nach Freiheit vom äußerm Zwange. Wohl Niemand wird es als Zwang empfinden, daß er als Mann oder als Weib, daß er von gerade diesem Elternpaare, gerade zu dieser Zeit und unter gerade diesen äußeren Verhältnissen geboren ist. Nur was anders möglich wäre, aber schwer oder gar nicht von ihm zu ändern geht, wird als Zwang empfunden. Wenn also die Gesellschaft allen äußeren Zwang beseitigt, welcher freieste Wahl des Berufs, des Gatten und der vernünftigen Bedürfnisse verhindert, so hat sie für das stets wachsende äußere Glück des Einzelnen, also für seine und ihre eigene wachsende Freiheit gesorgt.

Es ist auch kein organisches Hinderniß denkbar, welches Vorurtheile und Willensschwäche jedes Einzelne zu überwinden unmöglich machte. Es mag hier und da mehrere Geschlechter-Folgen erfordern, um durch verbesserte Erziehung eine ungünstige Gehirnbildung zu verbessern. Aber so gewiß aus irgend einer Affenart Menschen und aus rohen Urmenschen die heutigen Culturmenschen haben entstehen können, so gewiß kann jede Gehirn Mißbildung von heutzutage vermenschlicht werden, und zwar weil jeder Mensch sein Dasein als ein Thier beginnt, was bei Millionen ein Aufsteigen zu den höchsten Zielen nicht hindert, innerhalb eines, höchstens weniger Menschenleben.

Die Schwierigkeiten bei Erstrebung eines solchen Gesellschafts-Organismus sind groß genug; allein sie werden gewöhnlich überschätzt. Man darf nie außer Acht lassen, daß die Menschheit ihre jetzige hohe Stufe erstiegen hat trotz weit größern Hindernissen; daß sie sich nach Zahl und Grad vervollkommnet hat, obschon die Gesellschaft immer barbarisch war, und noch heute halb-barbarisch ist; endlich daß der Anfang zum Einverständniß aller Culturvölker gemacht ist, daß die Gesellschaft ein vollkommener Organismus im Sinne der Freiheit jedes Einzelnen zu werden hat.

Sozialpolitische Uebersicht.

— 168,200,000 Mark. Das dem Bundesrath vorgelegte Anleihegesetz für Kasernirungszwecke hat folgenden Wortlaut: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, diejenigen außerordentlichen Geldmittel, welche für das Jahr 1877 und für die folgenden Etatsjahre nach Maßgabe des Reichshaushaltsetats zur Durchführung der allgemeinen Kasernirung des Reichsheeres, sowie zur Erstattung der vom Königreich Sachsen seit dem 1. Januar 1868 und von Würtemberg seit dem 1. Januar 1872 für Kasernementseinrichtungen aus Landesmitteln bestrittenen Ausgaben erforderlich werden, bis zur Höhe von 168,200,000 Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen und zu diesem Zweck im Jahre 1877/78, sowie in den folgenden Etatsjahren in dem Nominalbetrage, wie er zur Beschaffung des in dem Jahresetat jedesmal veranschlagten Bedarfs erforderlich sein wird, eine verzinsliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni 1868 zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzanweisungen auszugeben." — Die Kasernirung entfremdet bekanntlich den Soldaten immer noch mehr dem Bürgerthum und befördert den Militarismus, welcher jetzt schon dem Wohlstande der Nation die tiefsten Wunden schlägt.

— Der Zeugnißzwang scheint in Preußen epidemisch werden zu wollen. Wie in Culm und Posen, so soll, wenn die Zeitungen recht berichten, jetzt auch in Berlin eine Zeugnißzwangtragödie inscenirt werden, und zwar durch den Polizeipräsidenten v. Madai. Der Held des Stückes ist diesmal ein Reporter, welcher mehreren Zeitungen einen, angeblich nur durch Indiskretion zugänglichen Tagesbefehl des Commandeurs der Schutzmannschaft mitgetheilt hatte. Herr v. Madai war so artig, dem Reporter hiervon brieflich Mittheilung zu machen und ihm zugleich ein einfaches Mittel an die Hand zu geben, wie er der drohenden Tortur entgehen könne: er brauche nur „baldgefälligst den Namen des Gewährsmannes resp. des betreffenden Beamten mitzutheilen"; thut er das nicht innerhalb acht Tagen, so wird das peinliche Verfahren eingeleitet.

— Thatsachen sprechen. Wer es noch nicht glauben will, daß die Fortschrittsorgane „Vossische Zeitung" und „Volks-Zeitung" regierungsfähig sind und die Grenze „erlaubter" Opposition bilden, dem können wir erzählen, daß dieser Tage dem Primaner eines kgl. Gymnasii das Lesen des „Vorwärts" und der „Berliner Freien Presse" und überhaupt sozialdemokratischer Organe streng untersagt wurde, während man das Abonnement auf jene beiden „fortschrittlichen" Zeitungen — wie man eben jenem Primaner auf seine Frage bekundete — widerspruchslos gestattet hätte. — Man muß doch gewaltige Angst haben, daß das „Gift der Weltverbesserung" auch in den jugendlichen Gemüthern der besser situirten Klassen um sich greift.

— Zur Altonaer Stichwahl. Ein Arbeiter, der jetzt schon dreiviertel Jahre in Altona wohnt, war von Hamburg aus dahin gezogen. Zweimal hatte er mitgewählt, weil er ordnungsmäßig in die Wahllisten eingetragen war. Jetzt bei der Stichwahl wurde er an der Wahlurne zurückgewiesen. Warum? In Altona hatte er keinerlei Armenunterstützung erhalten. Ja warum? Vernehmt: Vor fast einem Jahre, als er noch in Hamburg wohnte, hatte er, als er im Winter ohne Arbeit war, freie Medicamente für sein krankes Kind bekommen! Das sogar war ausspionirt worden! Abgesehen davon, daß wir es in jedem Falle für ungesetzlich halten, daß ein Wahlvorsteher eingetragene Wähler zurückweist, giebt das in Altona eingeschlagene Verfahren den Arbeitern viel zu denken.

Im heutigen Staat kann also der Arme nicht einmal die Hilfe der auf Staatskosten ausgebildeten Aerzte umsonst erhalten, wenn er nicht die Schmach auf sich laden will, das wichtigste bürgerliche Ehrenrecht zu verlieren. Ja, weitergehend, wenn du einen reichen Mann, der dich an den Bettelstab gebracht hat, verklagen willst, wenn dir das Geld fehlt, um den Advokaten und dem Gerichte den verlangten Vorschuß zu leisten, und du dir vom Gerichte deine Armuth bescheinigen läßt, so wärest du analog der Auffassung der Altonaer liberalen Wahlvorstände, deines Wahlrechtes verlustig, wie du es bereits wirst, wenn dir das Schulgeld für deine Kinder erlassen wird. Nach der Altonaer Auffassung würde selbst der Landwehrmann, der aus dem Kriege mit dem eisernen Kreuze zurückkehrt, sich des höchsten Ehrenrechtes beraubt finden, wenn seine Frau während seiner Abwesenheit von der Gemeinde Unterstützung empfangen hat. — Bei der Wahlprüfung im Reichstage muß diese Frage zur Entscheidung gebracht werden.

— Falscher Schluß. Der Jubel der Herren Mischmaschler in Altona ist so groß, daß sie vollständig aus dem Häuschen sind. So schreibt einer der Herren den „Itzehoer Nachrichten" einen Bericht, in welchem es heißt: „Daß „das Bollwerk der Sozialdemokratie im Norden Deutschlands" erstürmt und besiegt worden ist, wird und muß eines tiefen Eindruckes, und wir hoffen zum Heil und Segen unserer Arbeiterbevölkerung, nicht verfehlen." — Wir hegen dieselbe Hoffnung. Der tiefe Eindruck, den die elende Handlungsweise vieler unserer Gegner bei der Wahlagitation auf die Arbeiter gemacht hat, wird nicht verfehlen, das Klassenbewußtsein derselben noch mehr zu heben und die „Niederlage" später in einen Sieg zu verwandeln.

— Heroismus. Mit welcher Lebhaftigkeit und Energie der Wahlkampf in Altona geführt wurde, davon mögen nachfolgende Thatsachen den Beweis liefern. Mittags wurden die Altonaer Wähler, welche als Schauerleute am Grasbrook-Quai beschäftigt waren, von ihren Collegen abgelöst. An einer Stelle, beim Schiff „Gellert", ereignete sich leider das Unglück, daß der Schauermann Johann Steen, wohnhaft Finkenstraße, Altona, als er vom Perron des Quais auf's Schiff springen wollte, fiel und einen doppelten Beinbruch erlitt. Seine Collegen wollten ihn sofort zum Arzt tragen, Steen aber bestand darauf, trotz seiner Schmerzen zur Wahlurne gebracht zu werden und erst seine Stimme abzugeben. Es geschah denn auch und erst dann ließ sich der Verunglückte den ersten Verband anlegen. — Ein ähnlicher Fall ereignete sich am 15. Februar. Ein Mann, dem am 14. Februar beide Beine abgenommen wurden, verlangte unter allen Umständen, seine Stimme für Hartmann abzugeben und man trug ihn zur Wahlurne. — Dies beweist, mit welchem Ernst viele Männer ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger ausüben.

— Alberne Lügnerei. Ein Berliner Correspondent der „Königsberger Hartung'schen Zeitung" schreibt: Der Wahlsieg der liberalen Parteien in Altona, der im hiesigen sozialdemokratischen Lager große Verstimmung hervorgerufen hat, wird zum großen Theil den Bemühungen des Abgeordneten Duncker verdankt, der in verschiedenen Volksversammlungen den sozialdemokratischen Agitatoren persönlich entgegentrat. Speziell mit dem früheren Abgeordneten Reimer, der bei der diesmaligen Wahl von dem Grafen Holstein geschlagen worden ist, ließ er sich in eine lebhafte Diskussion über Ziele und Wege der Sozialdemokratie ein, in welcher sein Gegner unterlag. — Die Versammlung fand im „Englischen Garten" statt; die lebhafte Diskussion beschränkte sich darauf, daß Duncker fünfviertel Stunden sprach, und daß unserem Parteigenossen Reimer nur eine Redezeit von 10 Minuten bewilligt wurde. Und dies Verfahren nennt der liberale Correspondent einen Duncker'schen Sieg. Wohl bekomm's dem „Ehrenduncker".

— Zur Nachahmung empfohlen. Des Staatsbürgers Pflicht ist es nicht allein, auf Beseitigung von Schäden und Gebrechen hinzuarbeiten, welche er im Staate vorfindet — in nicht geringerem Grade hat er auch sein Augenmerk zu richten auf das, was in der Commune geschieht oder unterlassen wird. Ja gerade die gegenwärtigen Communen sind es recht eigentlich, welche weit mehr als der Staat den Egoisten und Strebern aller politischen Schattirungen als Schlupfwinkel dienen, von welchen aus sie ihren Standesvorurtheilen fröhnen und ihrem Eigennutz zum Schaden des Gemeinwesens dienen können. Das haben unsere Genossen in Mainz recht wohl begriffen, und darum haben sie, weil auch sie nicht zufrieden sind mit der Art, wie ihre Gemeindevertretung das Gemeinwohl zu fördern trachtet, energisch ihre Stimme erhoben. Doch hören wir, was der „Frankfurter Zeitung" hierüber aus Mainz unterm 6. März berichtet wird:

„Die Sozialdemokraten sind unermüdlich; für die erst im Oktober stattfindenden Ergänzungswahlen zu der Stadtverordnetenversammlung treten sie jetzt schon in die Agitation. Gestern Abend haben sie im „Heilig-Geist" eine gut besuchte Volksversammlung abgehalten, bei welcher diese Wahlen als erster Punkt

Ein pädagogisches Buch.

> Wohl neun Zehntel der pädagogischen Literatur gehören in den Papierkorb, um der allgemeinen Anerkennung des werthvollen Zehntels Raum zu geben. Adolf Douai.

Eine Schrift, welche gewiß unter das letztere Zehntel gehört, ist der „Grundriß der Erziehungs- und Unterrichtslehre" von Dr. Friedrich Dittes (Leipzig, Julius Klinkhardt), und da anzunehmen ist, daß dieses Buch jeden denkenden Menschen, hervorragend aber jeden Vater interessiren muß, weil er hier eine Fülle von wichtigen Belehrungen findet, so wollen wir die Gesinnungsgenossen auf dasselbe aufmerksam machen. Die Erziehung der Jugend ist ja eine so wichtige Sache, beinahe nirgends im Volke findet sich ein richtiges Verständniß dafür, und doch kann aus einer durchgreifenden Veränderung unserer Schulen nur dann etwas werden, wenn ein solches Verständniß allgemein geworden ist.

Man sieht und hört oft genug die Eltern in Opposition gegen die Schule und dadurch zum Theil wieder verderben, was dort genützt wird. Aber auch die Lehrer selbst werden mit mehr Lust und mehr — Sorgfalt ihr Werk leisten, wenn sie bei einem Theil der Eltern pädagogischen Sinn voraussetzen dürfen. Wie wichtig dieser ist, wollen wir an einigen Aeußerungen Douai's aus seinem ausgezeichneten Schriftchen „Kindergarten und Volksschule" zeigen. Er sagt: „Schon der gewöhnliche Sprachgebrauch macht einen Unterschied zwischen ‚Erziehen' und ‚Abrichten', indem er letzteren Ausdruck auf die einseitige Ausbildung einer Anlage anwendet und auch bei Thieren gebraucht, ersteren aber ausschließlich für den Menschen zurückbehält, und auch bei diesem nicht von einer Erziehung zum Schuhmacher, Schneider, Turner, Fechter oder sonstigen Berufsmenschen spricht, wohl aber von einer Erziehung zu selbständigem Forschen, Denken, Wollen, Schaffen, besonders aber von sittlicher Erziehung. Schon die Ableitung des Wortes ‚Erziehung' macht diese zu einer Thätigkeit, bei welcher nichts dem Wesen des Menschen Fremdes in denselben hineingetragen, sondern das in ihm von der Natur Gesetzte in ihm und aus ihm heraus entwickelt werden soll; während die Ableitung des Wortes ‚Abrichtung' einen fremden Willen setzt, welcher die natürliche Anlage und Neigung des Abzurichtenden vergewaltigt. Die traurige Thatsache, daß nur zu oft sich Erziehung nennt, was bloße Abrichtung ist, ändert nichts daran, daß zwischen beiden ein gewaltiger Unterschied besteht, und an der gebieterischen Forderung der Pädagogik, daß beim Menschen alles Abrichten wegfallen sollte."

Nun! das Verständniß für Erziehung verlangt pädagogischen Sinn, und solchen Sinn zu wecken, dazu ist unser oben angezeigtes Buch ganz geeignet. Der Verfasser, kein Sozialist, dies zeigt schon die ganz eigene Stellung, welche er zur Religion einnimmt, aber ein denkender Erzieher, ein, bis auf eben angeführten Punkt, vollständig vorurtheilsfreier Lehrer und ein vollendeter Kenner des menschlichen Wesens, behandelt hier in wissenschaftlich-populärer Weise die Erziehung vom frühesten Kindesalter bis in die Schule, welche selbst aber vielfach mit hereingezogen, ihr Wesen, ihre Ziele, ihre Lehrmittel und Methoden sich erläutert finden.

Das Buch ist für Fachleute geschrieben und bereits in pädagogischen Unterrichtsanstalten eingeführt, aber glaube man nur ja nicht deshalb, daß es trockene Vorschriften über die Behandlung der Kinder durch den Lehrer enthalte; nein, es ist eine allseitige, auf das wirkliche Wesen des menschlichen Geistes und Körpers begründete und in der verständlichsten Weise gegeschriebene Erziehungslehre, welcher Eingang in die weitesten Kreise zu wünschen ist. Und sind, oder sollen wir Eltern nicht auch Fachleute in der Erziehung sein?

Der „Grundriß ꝛc." behandelt in Abschnitten zuerst (auf 42 Seiten) die physische Erziehung. Dieser Abschnitt für sich kann als das Beste bezeichnet werden, was an derartigen Arbeiten in so gedrängter Kürze existirt. Man sieht, wie werthvoll es ist, wenn sich verschiedene Fachleute, wie hier der Arzt und der erfahrene Erzieher, zu gemeinsamem Werk entschließen.

Die folgenden Abschnitte über die geistige Erziehung zeigen dann zunächst die Grundbedingungen und die Entwicklung des geistigen Lebens, ferner die intellektuelle und moralische Erziehung, die Gemüthsbildung und endlich die religiöse Erziehung. Dieser letzte Abschnitt ist der einzige, an dem es wohl Vieles zu kritisiren gäbe. Der Verfasser glaubt nämlich, die Religion nicht ganz aufgeben zu sollen. Zwar will er jeden priesterlichen Einfluß aus der Schule verbannt wissen und die Religion selbst soll nach freier Richtung verändert, aber immerhin hält er sie für ein nothwendiges Attribut der Menschheit.

Wenn man bedenkt, daß dieser „Grundriß" als Lehrbuch in den Lehrerseminarien eingeführt ist, dann wird man geneigt, selbst diese Ansicht als einen Fortschritt zu bezeichnen. Zudem nimmt dieser Abschnitt dem Buche, man möchte sagen nur quantitativ etwas von seinem Werthe, denn während die Ausführungen über die übrigen Geisteseigenschaften vielfach ineinandergreifen und nothwendig als Ganzes zusammengefaßt werden müssen, so aber auch für sich ein ganzes Bild von allen natürlichen menschlichen Eigenschaften und deren erziehlicher Behandlung geben, steht der Abschnitt über religiöse Erziehung für sich als letzte Abhandlung, beinahe ohne jede Beziehung zu dem Uebrigen, selbst zu der moralischen Erziehung; und das Fehlen der sonst durch das ganze Buch so wohlthuend sich hinziehenden Logik, das Fehlen der verständlichen, volksthümlichen Beweisführung des Verfassers in diesem Kapitel zeigt deutlich genug, daß es ihm Schwierigkeiten machte, der Religion einen Platz zu finden. Man kann also diesen Abschnitt sich ganz gut wegdenken und das Buch ist immer noch ein vollständig Ganzes.

Die wichtigsten Theile bleiben die über: intellektuelle Erziehung, Gemüthsbildung und moralische Erziehung, aus welchen wir einige Stellen allgemeinen Inhalts zum Beweise des Gesagten anführen wollen.

Ueber Werth und Wesen der intellektuellen Bildung spricht sich der Verfasser wie folgt aus:

„— Ist sonach allerdings das Streben nach äußerer Wohlfahrt ein starker Antrieb zur Ausbildung des Geistes, so wird letztere doch immer sehr einseitig und dürftig ausfallen, wenn man sie ausschließlich oder vorzugsweise nach ihrer materiellen Nützlichkeit bemißt. Man sieht es dann auf eine möglichst große Summe von Kenntnissen ab, die aber recht ‚praktisch' sein, d. h. möglichst bald Brot bringen sollen."

„— Das Lernen wird Hauptsache, das Denken Nebensache. Wenn man in den Volksschulen mehr Wissensstoff anhäuft, als die Kinder zu bewältigen, d. h. selbstthätig zu durchdringen und zu verarbeiten im Stande sind, so werden die Früchte für's Leben, selbst die materiellen, viel dürftiger ausfallen, als man nach der Menge der Aussaat erwarten möchte. Und wenn die Studien auf den höheren und höchsten Schulen fast ausschließlich im Er

auf der Tagesordnung standen. Die Majorität der derzeitigen Stadtverordnetenversammlung gefällt den Sozialdemokraten durchaus nicht, und sie finden Alles, was durch dieselbe in den letzten Jahren geschehen ist, nicht den wirklichen Bedürfnissen der hiesigen Bevölkerung entsprechend, sondern nur zum Vortheil einzelner bevorzugter Klassen geschaffen. Man habe nahezu 200,000 M. für die Restauration des Theaters ausgegeben, aber eine gleiche Summe für Erbauung eines Schulhauses für zu hoch befunden. In alten, nothdürftig verbesserten Magazinen, in welchen die Fußböden cementirt seien, erhielten die Kinder Schulunterricht; fast wochenlang hätten die Schüler einzelner Klassen aus Mangel an Schulbänken sich auf den flachen Boden setzen müssen und Andere hätten mehrere Monate Ferien bekommen, da man keine Lokale, um sie unterzubringen, gefunden. Die sozialdemokratischen Redner haben hiermit den brennendsten Punkt erfaßt und einen wunden Fleck unserer städtischen Verwaltung berührt. Wenn sie auch in etwas grellen Farben aufgetragen, so ist leider ein großer Theil der beregten Klagen nur zu gerechtfertigt und verdient sowohl der Wichtigkeit, als der Art und Weise wegen, wie diese Frage in maßgebenden Kreisen behandelt wird, öffentlich besprochen zu werden. Nachdem man schon lange allseitig anerkannt hat, daß die bestehenden Schullokale den Bedürfnissen nicht mehr entsprechen, ist in voriger Finanzperiode, auf Pression der dem Stadtverordnetencollegium angehörenden Schulmänner, beschlossen worden, ein neues, geräumiges, den heutigen Wünschen entsprechendes Schulhaus zu bauen und wurde die nöthige Summe in's Budget aufgenommen. Trotz wiederholter Versicherung des Bürgermeisters, daß die Pläne ihrer Vollendung entgegen gingen, war von der Ausführung dieses Beschlusses noch nicht das Geringste zu sehen und zur allgemeinen Ueberraschung waren in dem vorvergangene Woche den Stadtverordneten vorgelegten Budget für dieses Jahr für den Schulbau keine Gelder vorgesehen. Hierüber interpellirt, wurden Antworten ertheilt, aus denen man den Eindruck gewinnt, daß man von gewisser Seite sucht, den früher gefaßten Beschluß über Bord zu werfen. Dieses Bestreben und die Gründe hierfür wurden von den sozialdemokratischen Redner beleuchtet und besonders scharf gegeißelt — und zwar mit großem Recht — daß eine so wichtige Angelegenheit in solcher Art behandelt wird. Mit der Besprechung solcher Fragen gewinnen die Versammlungen der Sozialdemokraten an Interesse; ob es ihnen auch gelingen wird, sich einige Plätze bei den Stadtverordneten zu erringen, muß die Erfahrung erst lehren, da bei der Gemeinderathswahl durch eine Bestimmung mit dem Unterstützungswohnsitz im Wahlgesetz die Sozialdemokraten fast durchgehends von der Wahl ausgeschlossen waren."

Vertreter in die Verwaltungskörper der Communen hineinzubringen, ist den Sozialdemokraten bei dem gegenwärtigen beschränkten Gemeindewahlrecht nur hier und da möglich, und vorläufig auch nebensächlich. In der Hauptsache genügt es, das Volk auf die wunden Flecke auch im Gemeindeleben aufmerksam zu machen; die guten Früchte solchen Thuns wird die Zeit schon reifen.

— Der Ulmer Gemeinderath erläßt im „Anzeigeblatt von und für Ulm" unter'm 6. März folgende kuriose Bekanntmachung:

„Aufforderung, betr. das Vergehen des Bettels.

Da das zur großen Belästigung gewordene Betteln insbesondere seitens durchreisender Handwerksgesellen und Arbeiter durch die gesetzlich zulässigen Strafmittel nicht vermindert wird, so sehen sich die städtischen Collegien zu der dringenden Aufforderung an die Bürger- und Einwohnerschaft veranlaßt, Gesuche um Unterstützung stets abzulehnen und die um Unterstützung an das Fremdenbureau des Stadtpolizeiamts zu verweisen, auf welchem jeder Bedürftige angemessene Unterstützung aus der öffentlichen Armenkasse erhält.

Die Hausbesitzer sind insbesondere ersucht, durch geeigneten Anschlag am Hauseingang letztere Anordnung zur Kenntniß zu bringen, wobei denselben anheimgestellt wird, gleichzeitig auch den Eintritt in ihr Anwesen zum Zweck der Nachfrage um Arbeit zu untersagen, welche meist nur den Deckmantel für das Betteln giebt.

Nachdem sich viele Durchreisende 8—14 Tage hier auf dem Bettel herumtreiben und der Stadtkasse durch die Strafe der Bettelvergehen eine tägliche Ausgabe von 20 Mark erwächst, wird sich die Einwohnerschaft gewiß veranlaßt sehen, auch ihrerseits dem Bettel in hiesiger Stadt nachdrücklich zu begegnen."

Es ist nur anerkennenswerth, wenn der Ulmer Gemeinderath sich bereit erklärt, jeden Bedürftigen angemessen zu unterstützen; er überschreitet aber ganz entschieden seine Befugnisse und schädigt obendrein die Arbeiter, wenn er den Ulmer Hausbesitzern anräth, das Betreten ihres Anwesens zum Zwecke der Nachfrage nach Arbeit zu untersagen. Die Tausende und aber Tausende von Arbeitern, welche in Folge der Geschäftskrise gegenwärtig gezwungen sind, Deutschland von Ost nach West, und von Nord nach Süd zu durchstreifen — sie thun dies nicht um zu betteln, sondern um Arbeit zu suchen. Das weiß jedes Kind und sollte auch der verehrliche Gemeinderath von Ulm wissen.

— Berichtigung. Wie die „Bromberger Zeitung" aus guter Quelle mittheilt, beruht die Nachricht des „Kuryer Poznanski", welche wir in der vorigen Nummer brachten, daß der Oberpostdirektor zu Bromberg seine Beamten auf Ehrenwort gefragt habe, ob sie die betreffende Verfügung dem erwähnten Blatte hätten zugehen lassen, auf einem Irrthume.

— Aus England kommt die Nachricht, daß ein in den Kohlendistrikten Süd-Yorkshire und Derbyshire ausgebrochener Lohnstreit dadurch beigelegt worden sei, daß sich die Besitzer und Arbeiter über eine Lohnherabsetzung von 5½ Prozent geeinigt hätten. Für dieses fette Zugeständniß an die Besitzer haben die Arbeiter das magere Versprechen erhalten, daß die Löhne wieder erhöht werden würden, sobald der Gang des Geschäfts es erlaube. Da werden die Arbeiter wohl lange warten können. Uebrigens berühren die Abmachungen nahezu 40,000 Arbeiter.

Correspondenzen.

Hamburg, 27. Februar. Wie schon vielfach bekannt, wurde ich bei meiner nothwendigen Thätigkeit als Candidat zu den Reichstagswahlen für die Kreise Mühlheim-Wipperfürth und Gummersbach, sowie Crefeld, in einer zu diesem Zwecke anberaumten Volksversammlung in letztgenannter Stadt verhaftet, nach dem damaligen Bericht der „Crefelder" und „Kölnischen Zeitung" wegen schwerer Majestätsbeleidigung und Aufreizung der verschiedenen Klassen zu Haß und Verachtung (§ 130). Wer nun weiß, daß sich unser Kampf nicht gegen Personen, sondern gegen Systeme richtet, der kann sich auch denken, daß ich nicht so leicht geneigt sein konnte, Se. Majestät den Kaiser, einen ebenso ehrwürdigen, wie alten und ergrauten Herrn, zu beleidigen; trotzdem fand der königliche Polizeikommissar, nachdem ich sagte, „daß vom menschlichen Standpunkte aus Se. Majestät nichts weiter sei, als jeder andere Mensch", eine Beleidigung heraus. Nachdem ich meinen Vortrag beendet und alsdann die Anwesenden durch Kundgebungen meine Ansicht theilten, erklärte der königliche Beamte die Versammlung für geschlossen und zu mir gewandt sagte er: „Sie sind verhaftet!" Solches geschah am 7. Januar; am 9. Januar wurde ich nach Düsseldorf transportirt, einige Tage später kam ich zum Untersuchungsrichter, welcher dann dieses furchtbare Verbrechen untersuchte. Wieder zurückgeführt in die Anstalt, saß ich nun volle 5 Wochen, ohne irgend etwas zu erfahren; dann wurde ich am 12. Februar vor die königliche Zuchtpolizeikammer gestellt und von der angeblichen Majestätsbeleidigung freigesprochen. Nachdem nun meine Unschuld festgestellt und ich durch den übergroßen Amtseifer des Herrn Commissars 5 Wochen lang meiner Freiheit beraubt war, glaubte ich genug gebüßt zu haben; doch der Herr Staatsprokurator dachte anders. Er legte Appell ein und ich wurde in die mir bekannte Behausung zurückgeführt, bis ich dann am 19. Februar gegen Caution von 400 Mark entlassen wurde, und habe ich jetzt in einigen Wochen vor der dortigen Appellkammer meine Unschuld noch einmal zu beweisen. Den Parteigenossen zu Düsseldorf, sowie namentlich den Genossen von Mühlheim a. Rh. für die bewiesene Theilnahme meinen herzlichsten Dank.

Indem ich mir vorbehalte, die Behandlung der dortigen Untersuchungsgefangenen, das Auftreten der Beamten den Gefangenen gegenüber, sowie die Bildung eines königlichen Polizei-Sergeanten und die gerichtliche Verhandlung selbst näher zu beschreiben, schließe ich für heute mit der Bemerkung des „Düsseldorfer Anzeigers" über die Gerichtsverhandlung:

Der Sozialdemokrat Ferdinand W. aus Hamburg u. s. w., angeklagt wegen Majestätsbeleidigung, wurde von dieser Anklage freigesprochen, weil die königliche Zuchtpolizeikammer eine Beleidigung Sr. Majestät nicht zu erblicken vermochte, sondern nur eine Ehrfurchtsverletzung.

NB. Den Genossen in den verschiedenen Städten für die entsandten Grüße meinen besten Dank.

Ferd. Weidemann.

Apenrade, 6. März. Ein hiesiger Cigarren-Fabrikant, Namens J. P. Junggreen, ein echter dänischer Patriot, hat in dem gleichfalls dänischen, in Hadersleben erscheinenden Blatte „Freja" nachstehendes Fabrikat geliefert. Nachdem er auf die außerordentlichen Fortschritte der Sozialdemokratie seit der Reichstagswahl im Jahre 1874 aufmerksam gemacht, legt er also los: „Die Bedeutung, welche die Regierung dieser Sache widmet, ist genugsam aus der „Provinzial-Correspondenz" sowie aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu ersehen. Welcher Schreck über die mächtigen Fortschritte der Sozialdemokratie die nichtsozialistische Bevölkerung erfaßt hat, beweist das Zusammenwirken der anderen Parteien bei der Nachwahl, um die Wahl eines sozialistischen Candidaten zu verhindern. 650,000 mündige Deutsche haben ihre Stimmen abgegeben für eine Partei, welche die Gegenwärtigkeit Gottes vernichtet (!!), welche die größtmögliche Neuigkeit (!!) des Erdenlebens aufstellt, die einen Umsturz der ganzen heutigen Gesellschaft beabsichtigt (!). Wenn es so fortgeht mit der Entwickelung dieser Partei, wie bisher, so kann sie zur nächsten Reichstagswahl groß genug werden. Es ist gewiß Keiner, der bezweifelt, daß die Regierung noch im Stande ist zu verhindern, daß die Sozialisten den Versuch (!) machen, ihre Ideen auf dem Wege der Revolution (!) zu verwirklichen. Wenn die Sozialdemokratie in Deutschland gleiche Fortschritte macht in Zukunft, wie in den letzten drei Jahren, so kann die Zeit kommen, wo der Militarismus sich gegen Staat und Gesellschaft wendet!" — Hierauf berührt der Schreiber die in Vorschlag gebrachten Kasernenbauten u. dgl. und sagt dann: „Dies beweist, wenn das Erwähnte wahr ist, zur Genüge, daß die Regierung sich der Gefahr wohl bewußt ist. Wenn ein solches Mittel indeß helfen soll, so müßte die Dienstzeit im deutschen Heere so lang sein, bis der Soldat vollständig entfremdet wird den Ideen und Gedanken, die er von Hause mitgebracht hat und welche in der bürgerlichen Gesellschaft Platz gewonnen; aber dies ist sie nicht. Militärwesen und Disziplin! das ist nothwendig, um das Heer zusammen zu halten." ... „Obgleich die Sozialdemokratie in Deutschland größere Fortschritte macht, wie in irgend einem anderen europäischen Lande, so wäre es doch leicht, sie zu bekämpfen. Allein meine Ideen (!) über die Ursache (!) und deren Bekämpfung würden wohl wenig Beifall (!!) finden bei den Staatsadvokaten (!!!)" ... „Es ist erfreulich, daß die gesellschaftsauflösenden Elemente auf unsere nordschleswigsche Bevölkerung so wenig Einfluß üben, ungeachtet dessen, daß die Sozialisten es nicht haben an Agitation fehlen lassen (??) und ungeachtet dessen, daß Pio und Consorten in Kopenhagen sich nicht schämten (!!) unsere Arbeiterbevölkerung aufzufordern, einem deutschen Sozialdemokraten ihre Stimmen zu geben. Aber die Ursache ist die warme Liebe (!) zum Vaterlande, angesichts der Erinnerung der Volkes-Vorzeit (!). Dies ist es, was unser Volk unempfindlich für die sozialistische Bewegung gemacht hat, und hoffe ich, daß es mit Gottes Hilfe (!!) stark genug ist, um Alles zurückzuweisen, was es von anderer Seite in's Verderben bringen kann (!!)." — Nachdem der Fabrikant über seine Vaterlandsgedanken geplaudert hat, schließt er mit folgendem Aufruf: „Aber an dich, mein armes, hartgeprüftes Volk, will ich fort und fort die Aufforderung richten: Halte fest an Dem, was dein inneres Wesen ausmacht, laß nicht das Zeichen, das Gott der Herr selbst auf dich gesetzt hat, ausgewischt werden und halte fest an dem Glauben, daß der Mensch etwas Anderem und Höherem nachzustreben hat, als essen, trinken und sterben (!!!)."

Soweit die salbungsvolle Muckerei. Eins hat der gute Herr Junggreen vergessen, nämlich „Amen" zu sagen. Wenn er als Cigarrenfabrikant nicht besser ist, denn als Artikelschreiber, dann mag es sehr wenig sein, was er der Welt nützt. Denn sollte man es für möglich halten, daß ein solches Machwerk dem Gehirn eines im 19. Jahrhundert lebenden Menschen entspringen könnte? Doch diese Herren fürchten das mächtige Anwachsen des Sozialismus und in ihrer Angst machen sie die lächerlichsten Versuche, um ihn zu unterdrücken. Aber weil sie die Wahrheit, welche in dem Sozialismus liegt, einsehen, suchen sie den Arbeiter in den fadenscheinigen Mantel der „christlichen Liebe" zu hüllen.

Daß unsere Sache hier in Nordschleswig nicht so fortgeschritten ist, wie sie es sein sollte, haben wir der allgegenwärtigen Polizei zu verdanken, denn entweder war sie direkt oder indirekt Schuld daran, daß wir nicht agitiren konnten. Direkt hat sie uns insofern gehindert, daß sie die angemeldeten Versammlungen einfach verbot, wozu sich immer leicht ein Vorwand fand, oder sie hielt das Lokal für zu klein oder zu niedrig ꝛc. und indirekt hinderte sie uns dadurch, daß sie die Wirthe beeinflußte. Aber trotz alledem und selbst dann, wenn es dem Herrn Junggreen gelingen sollte, eine Militärdienstzeit von 40 Jahren zu erwirken, soll die hiesige Bevölkerung von den „gesellschaftauflösenden Ideen nicht verschont bleiben. Dafür werden wir sorgen. M. N. Andresen.

Limmer bei Hannover. Auf die Erfolge in unserm Wahlkreise können wir trotz unserer Niederlage mit Stolz zurückblicken, freilich hätte das Resultat ein besseres sein können, aber der Umstand, daß die Agitation erst mit Aufstellung unseres Candidaten H. Meister und zwar im Dezember, also sehr spät begann, machen unsere Niederlage sehr leicht erklärlich. Die wenigen an verschiedenen Orten von uns einberufenen Volksversammlungen waren gut besucht, auch haben die betreffenden Orte ein gutes Stimmenresultat zu verzeichnen, das beste Resultat hat aber Limmer aufzuweisen, denn von 308 abgegebenen Stimmen fielen 187 auf unsern Kandidaten Meister, 120 Stimmen vertheilten sich auf die beiden gegnerischen Candidaten und eine Stimme wurde für F. W. Fritzsche aus Berlin abgegeben; gewiß ein gutes Resultat. Mögen die Arbeiter aller übrigen Ortschaften sich unsern Ort zum Vorbild nehmen, damit sie bei der nächsten Wahl zum deutschen Reichstage nicht hinter den Arbeitern Limmers zurückstehen. Im Ganzen vereinigten wir auf unsern Candidaten Meister 824 Stimmen, mit welchem Ergebniß wir für's erstemal zufrieden sein können, namentlich wenn wir bedenken, wie wenig in unserm ausgedehnten Wahlkreise agitirt worden ist. Bei der nächsten Wahl jedoch müssen wir ein noch besseres Resultat erfechten, das können wir aber nur, wenn wir organisirt sind, wenn alle Hand ans Werk legen. Darum auf Ihr Arbeiter alle, schließt Euch unseren Reihen an, nur dann können wir siegen. Die Limmer Arbeiter werden aufgefordert, sich dem hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein anzuschließen, das Vereinslokal befindet sich bei E. Hengstmann, woselbst jeden Sonnabend Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung stattfindet; das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf., monatlicher Beitrag 10 Pf. Also auf Arbeiter, helft uns für unsere Prinzipien kämpfen. H. S.

Breslau, 5. März. Mit der am 27. Februar stattgehabten Nachwahl in den beiden Breslauer Wahlkreisen hat der Wahlkampf für Schlesien für dieses Mal sein Ende erreicht. Noch vor einem Jahre waren die Sozialisten Schlesiens ein verschwindend kleines Häuflein und die Zielscheibe des Spottes ihrer Gegner. Das sollte sich ändern. Im Frühjahr vorigen Jahres wurde hier die „Wahrheit" gegründet. Durch die unerwartet rasche Abonnentenzunahme unsres anfangs wöchentlich nur einmal herausgegebenen Organs und durch dessen alsbald nothwendig gewordenes tägliches Erscheinen wurden die gegnerischen Blätter

---

lernen der vorgeschriebenen Wissensmasse bestehen: so darf man sich nicht wundern, daß aus diesen Anstalten verhältnißmäßig außerordentlich wenig produktive Talente hervorgehen, die sich über eine handwerksmäßige Betreibung ihres Berufes zu hervorragenden Leistungen erheben und dem allgemeinen Culturfortschritte dienen. Wo die geistigen Kräfte fast ausschließlich zur Aneignung großer Massen positiven Wissens verbraucht werden, muß natürlich die selbständige und produktive Geistesthätigkeit höchst nothdürftig ausfallen, eben weil dazu die Kräfte und mit ihnen die Triebe und Neigungen fehlen."

„— In Betracht solcher Mißverhältnisse gewinnen die Anklagen, welche man nicht selten gegen die intellektuelle Bildung zum Lobe der Gemüths- und Charakterbildung erhebt, einen gewissen Schein von Wahrheit. Wenn freilich die Geistesbildung schlecht, d. h. durch den Egoismus beschränkt und durch den Mechanismus gelähmt ist, so hat sie schon an und für sich wenig Werth; und wenn diese Mistgestalt von Intelligenz noch den übrigen Richtungen wahrhaft menschlicher Entwickelung im Wege steht, so wird sie positiv nachtheilig. Aber das Uebel liegt dann nicht in der intellektuellen Bildung überhaupt, sondern in deren Verkehrtheit und außerdem in der Vernachlässigung der sonstigen Erziehungsaufgaben. Aechte und mit der gesammten menschlichen Entwickelung in Harmonie stehende Geistesbildung ist nie ein Uebel, sondern stets ein Gut und zwar ein sehr großes. Sie steht mit der Moralität keineswegs in Widerstreit, ist vielmehr eine unentbehrliche Leuchte und Dienerin des sittlichen Willens. — Bildung ist nicht Anhäufung von Wissensschätzen, nicht todte Gelehrsamkeit, sondern Entwickelung der geistigen Vermögen zu realen und lebendigen Kräften, Ausgestaltung der natürlichen Anlagen zu einer harmonischen Persönlichkeit, zu einer Persönlichkeit, welche das Wahre denkt, das Gute will, welche vor Allem Verständniß und Empfänglichkeit hat für die allgemein menschlichen Angelegenheiten. Nur wenn die Bildung dies ist, hat sie unbedingten Werth."

(Schluß folgt.)

— Den Nothstand in Berlin suchen einige Blätter zu leugnen oder zu verringern, so die „Vossische Zeitung", ein sonst ziemlich vernünftiges Blatt. Jetzt tritt aber sogar die „Nationalzeitung" hervor und schreibt: „Es wird uns in glaubhafter Weise versichert, daß die Zahl der unbeschäftigten, vergeblich Arbeit suchenden Arbeiter ganz außerordentlich groß sei und daß in vielen Tausenden von Arbeiterfamilien die Einschränkung des Verbrauchs längst die Grenze überschritten habe, jenseits welcher die Gesundheit und die Arbeitskräfte durch Entbehrung des zum Unterhalt Nothwendigem gefährdet erscheinen."

— Ein königliches Wort unseres Kaisers. Von der letzten „Hofcour" (zu deutsch: Hof-Hof — denn cour heißt Hof) im königlichen Schloß zu Berlin erzählt man sich, nach der „Vossischen Zeitung", in Abgeordnetenkreisen: „Als dem Kaiser bei derselben der Abgeordnete Fabrikbesitzer Schlieper aus der Grüne bei Iserlohn vorgestellt wurde, fragte er sofort: „„Bei Ihnen steht es mit der Industrie wohl sehr schlecht?"" Der Abgeordnete bestätigte, daß man in Westfalen sehr übel daran sei; worauf der Kaiser erwiderte: „„Nun, Nothstand herrscht augenblicklich überall, in der ganzen Welt!"" So die „Vossische Zeitung". Was Herr Schlieper geantwortet, wird nicht gesagt; vielleicht war er durch den Strahlenglanz königlich-kaiserlicher Majestät zu verblüfft, um überhaupt etwas sagen zu können. Für die Hungernden und Verhungernden aber ist es unzweifelhaft ein großer Trost, daß das Volk in der „ganzen Welt" hungert und verhungert. Solamen miseris socios habere malorum, sagten schon die alten Römer (ein Trost ist's den Unglücklichen, Genossen des Unglücks zu haben).

— Beitrag zur Unfallstatistik. Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat Januar 1877 zur Anzeige: 14 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben, 3 Unfälle, in Folge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben, 22 Unfälle, welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 332 Unfälle, mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Sa. 371 Unfälle. — Von den 14 Todesfällen treffen 4 auf Zuckerfabriken, 2 auf Bergwerke, je einer auf eine Brauerei, Schneidemühle, Spinnerei, Eisengießerei, Brennerei, einen Schleppschifffahrtsbetrieb, Steinbruch und Landwirthschaftsbetrieb; von den 3 lebensgefährlichen Beschädigungen je eine auf ein Baugewerk, eine Mineralöl- und Paraffinfabrik und eine Kunstwollfabrik; von den 22 Invaliditätsfällen 5 auf Zuckerfabriken, 5 auf Brauereien, je 2 auf Holzschneidereien und Landwirthschaftsbetriebe, je einer auf ein Baugewerk, Puddel- und Walzwerk, eine Schneidemühle, Spinnerei, Schiffbauerei, Papierfabrik, Steinhauerei und einer combinirten Mahl- und Schneidemühlenbetrieb.

unangenehm überrascht. So verfloß das Jahr 1876. Die Gegner fühlten das Schwinden ihres Einflusses über die ihnen bisher blindlings ergebenen Massen. Man sann auf Mittel, sich im Besitz der Macht zu halten. Die Fortschrittspartei wagte es wieder, große Versammlungen einzuberufen. Herr Professor Hänel aus Kiel, ihr Candidat, hielt vor 4000 Breslauern seine Candidatenrede, die unter dem Eindrucke des bei Berathung der Justizgesetze soeben abgeschlossenen Compromisses sehr „antinationalliberal" ausfiel. Unser Candidat Kräcker interpellirte Hänel. Das behagte den Gegnern nicht. Die Frager sind immer unbequem, zumal wenn viele Hunderte ihnen Beifall klatschen. Die Gegner fingen an derart zu skandaliren, daß der fortschrittliche Leiter der Versammlung seinen Freunden zurufen mußte, sie sollten doch nicht vergessen, daß „der Anstand das Privilegium der liberalen Parteien" sei. — In einer zweiten von 2000 Personen besuchten Versammlung stellte sich der andere fortschrittliche Candidat, Herr Dr. Stein, vor. Maximilian Schlesinger und unser zweiter Candidat Bäthke sprachen über eine Stunde, während die liberaler Redner nur eine halbe Stunde sprachen. Aergerlich, daß drei Viertel der Anwesenden auf die Seite der Sozialisten traten, rief der fortschrittliche Candidat unmuthig aus: „Von den Sozialdemokraten will ich nicht gewählt sein!" Hier war es, wo sich die Fortschrittspartei mit ihrem „Appell an das Volk" Witz gekauft hatte, denn es wurde in den später abgehaltenen Versammlungen, die vorwiegend von Arbeitern besucht waren, nie wieder eine Diskussion eröffnet, sondern die Versammlung, sobald die letzte Silbe dem fortschrittlichen Munde entflohen war, geschlossen. Schlauer gingen die Nationalliberalen und die Ultramontanen zu Werke, die in geschlossenen Versammlungen mit vorher dazu bestimmten Rednern operirten; die Ultramontanen hatten sogar einen Christlichsozialen auf die Tribüne geschickt. Wir Sozialisten waren rührig, in Breslau und in der Provinz. Schwierigkeiten aller Art, von denen der Mangel an geeigneten Versammlungslokalen keine der geringsten war, hatten wir zu überwinden. So kam endlich der 10. Januar, der große Tag der Heerschau heran. Es wurden in Schlesien für unsere Candidaten 21,792 Stimmen abgegeben, die auf unsere Genossen August Kapell, Kräker (4356), Bäthke (4088), Reinders, Fischer, Just, Otto Kapell fielen, außerdem hatten Johann Jacoby 10 und Bebel 6 Stimmen in Orten, wo wir nicht einmal Gesinnungsgenossen vermutheten. Aug. Kapell war im Kreise Waldenburg und im Kreise Reichenbach-Neurode, also zweimal, und Bäthke und Kräcker in je einem der beiden Breslauer Kreise zur Stichwahl gekommen, Letztere sogar mit der relativ größten Zahl aller abgegebenen Stimmen. Also vier Stichwahlen, außerdem 264 sozialistische Stimmen im Brieger Kreise, der Pforte Oberschlesiens, und an 500 oben nicht mitgezählte Stimmen in Rawitsch und Umgegend, einem polnischen Wahlkreise, das war das Ergebniß jenes Tages. Wir freuten uns, jedoch mit Maß; wir wußten, die größte Arbeit lag noch vor uns. Bei den Stichwahlen standen uns in Breslau Hänel (fortsch.) und Lasker (nat.-lib.), in Waldenburg Fürst von Pleß (cons.) und in Reichenbach-Neurode Franz (ultr.) gegenüber. Jetzt wurde auf beiden Seiten eine große Rührigkeit entfaltet, die von Seiten der Anständigen eine anständige, von Seiten der „privilegirt Anständigen" aber eine „privilegirt „—anständige"" war. Die nationalliberalen Bismarckanbeter ohne Phrase und die fortschrittlichen Bismarckanbeter mit Phrase hatten sich in Breslau vor dem 10. Januar zu allgemeiner Belustigung die größten Kränkungen zugefügt; jetzt vergaßen die soeben noch feindlichen Brüder, daß sie sich kurz vorher noch die Augen ausgekratzt; sie begriffen nicht, wie sie sich je hatten entzweien können; ja sie waren mit einem Schlage von der Nothwendigkeit ihres Zusammengehens überzeugt. Die Ultramontanen waren in eigenthümlicher Lage. Im Eulengebirge war der Sozialist ihr Gegner, in Waldenburg sollten sie zwischen A. Kapell und dem Fürst von Pleß, in Breslau zwischen Bäthke und Lasker und zwischen Kräcker und Hänel entscheiden. So weit sie nicht direkt interessirt waren, nahmen sie als Partei keine bestimmte Stellung, sondern überließen den einzelnen katholischen Wählern die Entscheidung. Das Resultat der Stichwahlen ist bekannt. Wir fielen in Waldenburg und in Breslau durch, siegten hingegen im Eulengebirge, die braven schlesischen Weber hatten ihre Schuldigkeit gethan. An Wahlunregelmäßigkeiten hat es nicht gefehlt. Von gegnerischer Seite bediente man sich der unlautersten Mittel, besonders viel Einfluß wurde durch Führung von Doppellisten geübt. Unsere Lokalpresse constatirte eine größere Zahl von Unregelmäßigkeiten und eine große Volksversammlung wollte das hiesige Wahlresultat durch Protest anfechten. Die Herren Hänel und Lasker beugten dem durch ihr Abdanken vor. Die Breslauer mußten noch einen Wahlgang machen. Wir verdoppelten unsere Anstrengungen.

In Breslau hatten wir von Neujahr bis zum 10. Januar 23 Versammlungen abgehalten, von da ab bis zum 26. Januar 43, und in der Zeit zwischen der zweiten und dritten Wahl 74. Außerdem mußten wir noch unsere Redner zu den Versammlungen in der Provinz abgeben; Unterstützung wurde uns von auswärts erst in den letzten drei Tagen vor der Nachwahl durch Hasenclever und A. Kapell, die in auch von Gegnern zahlreich besuchten Wählerversammlungen unter allgemeinem Beifall referirten. Bei dem dritten Wahlgange hatten wir nur noch eine compakte Geldsackspartei uns gegenüber. Die Ultramontanen verzichteten auf die Aufstellung eigener Candidaten. Die Fortschrittler wären zwar gar zu gern selbständig vorgegangen, sie konnten es nicht verwinden, daß sie am 10. eine Schlappe erlitten und den Osten Breslau's an die Nationalliberalen verloren hatten, sie grollten diesen darob und hätten diesem Groll gern Luft gemacht; doch sie ließen sich gut zureden und lernten verstehen, daß der „gerechten" Sache des Kapitals nur durch einen Compromiß der liberalen Zwillingsbrüder zum Siege zu verhelfen sei. Nun wurde ein großes Geschäftchen abgeschlossen; die Krämerseelen können eben auch im politischen Kampfe ihren Charakter nicht verleugnen; die Fortschrittler verschacherten ihre Stimmen im Osten an die Nationalliberalen und diese verschacherten als Gegensatz ihre Stimmen im Westen an jene. Jetzt ging man noch eine Zeit lang vergeblich auf die Suche nach „geeigneten" Candidaten, endlich fand man, was man brauchte, in den Personen der Herren Leo Molinari, Kaufmann, Consul und Commerzienrath in Breslau und Heinrich Bürgers, Schriftsteller, Excommunist und Landtagsabgeordneter in Berlin. Mit wahrem Heldenmuthe hielten diese beiden Herren in einer „Karten"-Versammlung ihre Candidatenreden, in denen sie es bewunderungswürdig verstanden, sich an der Erörterung der brennenden Tagesfragen vorbeizudrücken. So standen die Sachen. In der einen Wagschale lag die große Macht der Besitzenden, in der andern der Opfermuth, die Hingebung und Ueberzeugungstreue des sozialistischen Proletariats. Der Abend des 27. Februar brachte uns die Gewißheit, daß das Proletariat die beiden Breslauer Reichstagssitze nicht erobert hatte. Ruhig und würdig nahmen wir dieses Faktum hin. Noch einmal war das Kapital Sieger geblieben. „Aber fragt mich nur nicht wie!" — — 930 Stimmen waren den Liberalen in den letzten vier Wochen verloren gegangen, während wir in derselben Zeit 162 Stimmen noch erobert hatten. Ist uns in Schlesien auch nur ein Reichstagssitz zugefallen, so können wir doch mit Genugthuung auf den letzten Wahlfeldzug zurückblicken; am 10. Januar hatten wir 21,792 Stimmen und 4000 Abonnenten auf die „Wahrheit", am 27. Februar hatten wir 33,315 Stimmen und 9000 Abonnenten auf die „Wahrheit"! Hierbei ist zu constatiren, daß wir von den 33 schlesischen Wahlkreisen nur in 8 mit Candidaten aufgetreten waren.

Zum Schlusse sei als Beweis unseres rastlosen Vorwärtsstrebens noch die Thatsache mitgetheilt, daß heute in Breslau die Gründung eines sozialistischen Arbeitervereins beschlossen worden ist, der es sich zur Aufgabe machen wird, für die weiteste Verbreitung der sozialistischen Ideen an dem Orte, wo die Gebeine Lassalle's ruhen, kräftig zu agitiren.

Mit sozialistischem Gruß

Alexander Schlesinger.

Meiningen. Es wird wohl mancher Parteigenosse geglaubt haben, daß hier die Parteibewegung eingeschlummert sei, da es schon lange her ist, seit der letzte Bericht erfolgte. Doch dem ist nicht so. Wenn die Agitation auch mit schwacher Kraft fortgeführt wird, denn zahlende Mitglieder hatten wir bis 1. Januar fast gar nicht mehr, so hatten wir uns doch an der Wahlcampagne betheiligt, und haben auch wir ein kleines Resultat aufzuweisen. Während Liebknecht im Jahre 1874 blos 1 Stimme erhielt, gewannen wir am 10. Januar für Grillenberger 614 Stimmen. Wir hätten aber ganz sicher 1000 Stimmen mehr für unseren Candidaten erzielt, wenn ein von uns erlassener Aufruf durch unliebsame Verzögerung nicht um zwei Tage zu spät zur Vertheilung gelangt wäre. Aber leider verhielt sich die große Mehrzahl wieder vollständig indifferent, denn von über 1700 Wahlstimmen erhielt Grillenberger 101 und der liberale Candidat Dr. Rückert aus Sonneberg 630 Stimmen. Am besten hat Salzungen und Umgebung gewählt. In Salzungen wurden abgegeben für

	Grillenberger:	Dr. Rückert:
	177	257
Leimbach	17	17
Wildbrechtroda	27	20
Kloster Allendorf	35	9
Dorf Allendorf	34	20
Langenfeld	63	40
Kaltenborn	19	16
	372	379
Heldburg	23	134
Meiningen	101	630
„ Umgebung	118	
	614	

Von 13,897 abgegebenen giltigen Stimmen erhielt Dr. Rückert 12,620 und Schriftsteller Eugen Richter in Berlin 609 Stimmen. Wir können also immerhin mit dem Ergebniß zufrieden sein und hoffen bei der nächsten Wahl eine größere Stimmenzahl zu erhalten. Natürlich war die Wahl auch mit großen Opfern verknüpft. Die ganze Wahlagitation kostet mir mit Schriften 196 Mark, davon erhielt ich durch Tellersammlung und freiwillige Beiträge 46 Mark, so daß mir noch 150 Mark zu zahlen bleiben. Es wäre wohl ein Leichtes, das Defizit zu decken, aber leider haben wir hier keine opferfreudigen Parteigenossen, ausgenommen die Salzunger, welche mich einigermaßen unterstützen.

Guth.

Straßburg i. E. Die Stadterweiterung von Straßburg, welche die Niederlegung des größten Theils der hiesigen Wälle bedingt, ist schon lange ein Hoffnungsanker vieler Arbeiter in dieser schweren Zeit gewesen. Jeder Arbeiter, der hierher kam, hoffte durch fleißige Arbeit wenigstens ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Aber die Enttäuschung blieb nicht aus. Die Arbeit wurde durch den Fiskus in Vertretung der Stadt einer Gesellschaft übergeben. Winkopp, Serschke und Walther heißen die Unternehmer. Dieselben haben die Arbeiten um mehrere Prozente billiger übernommen, als andere Unternehmer, und führten dann ein Arbeitssystem ein, wie es schlechter nicht gedacht werden kann. Nachdem bekannt geworden war, daß bei Akkordarbeit 4 Mark täglich verdient werden könnten, kamen viele Erdarbeiter hierher, hauptsächlich Italiener. In Wahrheit stellen sich aber die Verdienste der Erdarbeiter per Tag nur auf 1,20, 1,50, 1,60—1,80, der höchste Satz ist 2,50; aber nur sehr wenige, und zwar nur Italiener, erhalten ihn, warum, das wissen die Götter. Das Gros der Arbeiter verdient 1,60, was hier in Straßburg bei den notorisch theuren Lebensmittelpreisen, wo die höheren Beamten ein Drittel Gehaltszulage bekommen, viel zu wenig ist. Aber da wird vielleicht mancher fragen, existirt denn in Straßburg keine unabhängige Zeitung, welche sich der Arbeiter annimmt? Doch, es ist eine da, sie nennt sich sogar selber unabhängig, und der Redakteur derselben, Herr Schneegans, sitzt sogar im Reichstage als Abgeordneter von Zabern. Aber dieser Publicist schreibt in seinem „Elsässer Journal", daß Tausende von Arbeitern reichlichen Verdienst bei der Erdarbeit haben. Ich glaube nicht, daß Herr Schneegans sich an der rechten Quelle nach den Arbeitsverhältnissen in Straßburg erkundigt hat, sonst hätte sein Blatt von einem reichlichen Verdienst der Erdarbeiter nicht fabeln können. Das „Elsässer Journal" alterirte sich neulich auch darüber, daß eines unserer Organe, die „Berliner Fr. Presse", die naive Meinung habe, ein Abgeordneter müsse die Prinzipien seiner Wähler nur einzig und allein vertreten, sonst sei er unmöglich für seine Wähler. Dazu meint das Organ des Herrn Schneegans, ein richtiger Abgeordneter dürfe nicht blos nach unten schauen, sondern auch nach oben. Das sagt dieselbe Zeitung, deren Redakteur sich bei Uebernahme der Redaktion einen Sohn von 1789 nannte. Nun, ein Sohn von 1789 ist er, aber ein ungerathener. Doch genug von diesem Republikaner; sein Benehmen im Reichstage wird vielleicht Diesem oder Jenem die Augen blenden, aber ein Arbeitergegner ist er doch. Doch ein Gutes haben die Zustände hier: es gehen vielen Arbeitern die Augen auf und sie schieben sammt und sonders die Hauptschuld an den hiesigen Mißständen der Regierung zu. Das wird zur Folge haben, daß bei der nächsten Reichstagswahl hier in Straßburg anders gestimmt werden wird als zeither, denn den meisten deutschen Arbeitern und hauptsächlich auch den Bahnhofsarbeitern, die 2 Mark täglich verdienen, ist des deutschen Reiches Herrlichkeit gründlich verleidet worden.

Franz Siegle.

Bremen. Allen Collegen zur Nachricht, daß wir von jetzt ab unser unentgeltliches Arbeitsnachweisungsbureau selbst leiten. Geschäftsstunden von 12½ bis 1½ Uhr Mittags und von 8½ bis 10 Uhr Abends im Lokal: Hankenstraße 25, bei Herrn Lahmeier. Wir ersuchen alle reisenden Collegen, hiervon Notiz zu nehmen und dortselbst zu verkehren, indem für ein billiges und gutes Nachtquartier, sowie gute Speisen und Getränke bestens gesorgt ist.

Der Bevollmächtigte der Schneidergewerkschaft.

Briefkasten

der Redaktion. H. in Mühltroff: Wir wissen von keinem Bericht; die Quittung senden Sie gefälligst noch einmal; an M. Reissen wenden Sie sich doch direkt, er ist Redakteur der „Bremer Fr. Presse"; die stenographischen Berichte über die Reichstagsverhandlungen, deren Preis uns unbekannt ist, bestellen Sie bei der Post.

der Expedition. Töpferverein Hamburg: Ihr Annoncendepot ist um 1,80 überschritten; ersuchen um Geldsendung.

Ich ersuche den Cigarrenarbeiter **Kilian Benn** von Froschhausen, mir, wichtiger Angelegenheiten halber, seine genaue Adresse anzugeben.

Heinr. Braun, Cigarrenmacher in Groß-Steinheim.

Quittung. Rdgr Halle Ann. 0,90. Lhmnn Ab. 3,00 u. 28,60. Wahlcomité Cöln Ann. 1,50. Frkn Düsseldorf Schr. 10,80. Otto Teuchern Schr. 3,60. Schdwtz Töthen Schr. 13,20. Schrmr Lübeck Ab 4,50. Kchnrthr Hof Ab. 5,83. Frnknbrgr Wien Ab. 1,65. Administration der Arbeiterwochenchronik Pest Ab. 33,00. Ullrich hier Ab. 100,00. Arbeiterverein Reudnitz Ann. 0,60. Rttmnnr München Ab. 30,00. Smtr Königsberg Schr. 10,00. Flrmnn Bremerhafen Ab. u. Schr. 35,00. Expedition der Fr. Presse Cöln Ann. 0,70, Schr. 20,50. Mckn Düsseldorf Ab. 6,50. Knk Frankfurt Schr. 12,00. Strk Kiel Ab. 40,90. Brnr Zwickau Schr. 19,00. Stc Wien Ab. 1,81. Lndr Markersdorf Ab. 3,30. Wbr Oettingen Schr. 2,40.

Anzeigen 2c.

Zur Beachtung!

Abonnements auf den „Vorwärts" und die „Neue Welt", Bestellungen auf Schriften, sowie alle Geldsendungen und Annoncen sind **nur** an die Expedition, hingegen Berichte und Correspondenzen **nur** an die Redaktion des betreffenden Blattes zu adressiren

Leipzig, im März.

Die Redaktion u. Expedition.

Leipzig. **Montag**, den 12. März, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof:

Oeffentliche Schneider-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Gewerkschaften. Referenten Ramm und Werner. 2. Neuwahl der Arbeitsnachweis-Commission. 0,70] Aug. Zipfel.

Reudnitz. **Arbeiterverein.** (F961)

Montag, den 12. März, Abends 8½ Uhr, in der Restauration „Zur weißen Taube": [60

Oeffentliche Versammlung.

Tagesord.: Vortrag üb. d. Landgemeindeordnung. Ref.: H. Ramm.

Ein politisch und ökonomisch mehrfach gemaßregelter Parteigenosse, in den kaufm. Buchführungen erfahren, der französischen und englischen Correspondenz mächtig, auch literarisch befähigt, **sucht Stellung.** Adr. sagt die Exped. d. Bl. (3c) [1,20

Bei **E. Bidder** in Leipzig erschien und ist durch die Expedition des „Vorwärts" zu beziehen:

Politische Gründer

und die

Corruption in Deutschland

Von

Dr. Rudolph Meyer.

Preis 4 Mark.

Der bekannte Sozialpolitiker giebt in diesem seinem neuesten Werke eine **Geschichte der Corruption in Deutschland**, welche die Unhaltbarkeit des Bismarck'schen Systems darthun soll und in der Forderung einer **Beseitigung desselben sammt seinem Träger** gipfelt. [450

„Die Neue Welt."

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20. In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage über 30,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam daß zur Einführung der **„Neuen Welt"**

„Illustrirte Prospekte"

gratis versandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.

Die **Verbreitung der Prospekte** in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen **als bestes Agitationsmittel** dringend an's Herz gelegt.

Wir bitten bei Bestellung Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. Plakate zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und **Sammellisten** stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Soeben erschien:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und **Ir. Jourde.**

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.
Färberstraße 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hoh, 660 North 3rd Street.
J. Boll, 1120 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Bauermann, 74 City bourne ave.
San Franzisco: F. Sch, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 31. Mittwoch, 14. März. 1877.

Zur Beachtung!

Abonnements auf den „Vorwärts" und die „Neue Welt", Bestellungen auf Schriften, sowie alle Geldsendungen und Annoncen sind **nur** an die Expedition, hingegen Berichte und Correspondenzen **nur** an die Redaktion des betreffenden Blattes zu adressiren.

Leipzig, im März.

Die Redaktion u. Expedition.

Bismarck'sche Politik.

Die „St. Petersburger Zeitung" führt in einem längeren Artikel den mutmaßlichen weiteren Gedanken der deutschen auswärtigen Politik aus und kommt zu dem Schlusse, daß die Intimität zwischen Rußland und Deutschland im wesentlichen darauf beruht: daß ersteres, indem es freie Hand für seine Eroberungspläne im Orient erhält und damit indirekt den österreichischen Nachbar schwächt, gleichzeitig Letzterem in die Hände arbeitet, da der „große Staatsmann" nur auf die passende Gelegenheit warte, die durch die z. Z. französische Einmischung bei Nicolsburg unterbrochene Arbeit, einen Theil Oesterreichs in's große deutsche Vaterland einzuverleiben, wieder aufzunehmen.

Darum sei auch der inzwischen in Oesterreich vollzogene Dualismus, die Zweitheilung des Reiches vom deutschen Kanzler mit Freuden begrüßt worden, indem mit dem Ausscheiden Ungarns aus der Gesammtmonarchie die in Aussicht genommene Annexion der deutsch-österreichischen Provinzen um ein bedeutendes erleichtert werde.

Da aber auch große Männer gewissen bestimmten Naturgesetzen unterworfen sind und der gegenwärtige Leiter der deutschen Politik bei seinem vorgerückten Alter und seinem ohnehin schon etwas zerrütteten Gesundheitszustand, im besten Falle nur noch etwa 10 Jahre politischer Thätigkeit vor sich haben kann, so dürfte er, wenn es an die Krönung des Gebäudes gehen sollte, sich schon etwas beeilen.

In solcher Weise wird die gegenwärtige Haltung Deutschlands in der Orientfrage vom genannten russischen Blatte ungefähr erklärt. —

Wir würden indeß kaum Anlaß genommen haben, von diesen mehr oder weniger zutreffenden Aeußerungen Notiz zu nehmen, wenn wir nicht schon häufiger Gelegenheit gefunden hätten, einen ähnlichen Gedankengang in verschiedenen Variationen bei ganz verschiedenen Veranlassungen wahrzunehmen; zumeist begegnen wir in Oesterreich selbst ab und zu derlei Ansichten und wenn wir uns richtiger ausdrücken sollen: Befürchtungen; so erst kürzlich bei der Gründungsfeier des „akademischen Lesevereins" in Wien, wo der ehemalige deutsche Reichs- und österreichische Staatsminister, der gegenwärtige Lordoberrichter Ritter von Schmerling, der eminenteste Vertreter des österreichischen Gesammtstaatsgedankens, die Jugend vor einem Liebäugeln und Hinüberschielen der Czechen nach Moskau, der Deutschen nach Berlin eindringlich warnte.

All das klingt gar wenig tröstlich für die nächste Zukunft. Wohin wir blicken, nichts als Kasernen, Waffen, Rüstungen, Schrecken, Krieg und Vernichtung! Heute stehen wir vor einem unabsehbaren Menschenmorden im Orient, demnächst schon vielleicht ist dasselbe jammervolle Schauspiel in unserer nächsten Nachbarschaft im Osten — und da vermuthlich auch unsere westlichen Nachbarn bei solch blutigem Spiel nicht werden ruhig bleiben wollen, so haben wir auch dort ähnliches zu gewärtigen.

Das also wäre die gerühmte Zukunft, welche die mannichfachen Wunden, die uns erst die jüngste Vergangenheit so tief empfindlich geschlagen, heilen und vernarben machen soll?

Wir bluten noch aus tausend Wunden, der Staatskörper ohnehin innerlich durchfressen und zerrüttet, von den letzten übermäßigen Anstrengungen geschwächt, ja erschöpft, soll sich noch mit dem schweren Rüstzeug allerhand Mordwaffen umpanzern und in der krankhaft zitternden Hand das Beil schwingen, um einerseits die heraufbeschworenen Gefahren abzuwehren, andererseits auf neue Abenteuer auszugehen.

Aber das „ist der Fluch der bösen That", so erklärt es uns der Dichter, und der berühmte Stratege giebt den Commentar dazu, indem er ganz richtig sagt: daß die Eroberungen weniger Monate zu einer bewaffneten Wachsamkeit eines halben Jahrhunderts nöthigt.

Wohin das führen muß, das kann heute keinem logisch denkenden Menschen mehr zweifelhaft bleiben. Die Entfesselung der Kriegsfurie, indem sie das beste Blut des Volkes aufsaugt, den materiellen Wohlstand auf Decennien hinaus vernichtet, muß Roheit und Verwilderung der Sitten bewirken und alle Errungenschaften der Cultur in ihren Grundfesten erschüttern. Statt einer organischen Entwickelung müssen wir einem völligen Verfall entgegengehen. —

Würde aber die Presse, anstatt superkluge Leitartikel und Raisonnements, statt aus dem Reptilienfond geschöpfte Berichte zu bringen, die sie dann im vorgeschriebenen Sinne zu zerlegen hat, sich einfach darauf beschränken, nichts weiter als Thatsachen, nackte Fakta verzeichnen, einfache Berichte aus dem wirklichen staatsökonomischen und gesellschaftlichen Leben dem Publikum in treuer und ungeschminkter Weise vorlegen und es demselben überlassen, sich selbst daraus sein Bild zu machen, sein Urtheil zu bilden über die Zustände und die zu gewärtigenden Folgen, so würden wir bei dem gesunden Sinne der im Volke herrscht, bald in der Lage sein, uns unser Geschick nach eigenem besseren Ermessen zu gestalten.

In kurzer Zeit würde es sich zeigen, auf welcher Seite das Volk seine Freunde zu suchen habe, ob da, wo auf naturgemäße, organische Entwicklung hingearbeitet wird oder dort, wo es auf ewigen Zank und Streit mit allerhand Nachbarschaften, Ländergier und Zerrüttung aller Verhältnisse abgesehen ist.

Aber „das Vaterland muß nun einmal größer sein", wie es in Bezug auf Frankreich weiland Napoleon I. gehalten, und — „Napoleon war ein ehrenwerther Mann!"

Die Gesellschaft ein Organismus.

II.

Das Maß von Freiheit des Einzelnen in der heutigen Gesellschaft ist äußerst gering selbst unter den Culturvölkern. Das Vorurtheil herrscht noch in gewaltiger Ausdehnung und Tiefe, sowohl das religiöse, als das politische und soziale. Die Wissenschaft hat sie alle drei widerlegt, aber die herrschenden Klassen haben ihren Vortheil davon, sie am Leben zu erhalten und zu stärken. Das Gehirn der Menschheit wird künstlich verhindert, ihren ganzen Körper zu durchgeisten; ja ganze Gehirngegenden werden gegen die übrigen als Betäubungsmittel verwendet. Ganze Gelehrtenklassen sind lediglich dazu vorhanden, um alte religiöse, politische und soziale Vorurtheile zu verbreiten, größtentheils gegen besseres Wissen der Verbreiter. Sie lassen sich zu diesem fluchwürdigen Beginnen mißbrauchen, weil sie anders ihren Lebensunterhalt zu finden sich nicht getrauen. Wäre also „die Wissenschaft und ihre Lehre" wirklich „frei", d. h. dürften die wissenschaftlichen Männer als Körperschaft entscheiden, welche Lehren der Vergangenheit nach der dermaligen Erkenntniß falsch, schädlich und der Verbreitung durch Schule und Volksbildungsanstalten unwürdig sind, und was dagegen dermalen feststeht, oder mehr oder minder wahrscheinlich ist, also in die Volkserziehung eingebürgert werden sollte — welchen ungeheuren Fortschritt gäbe dies, und zwar binnen wenigen Jahren!

Die Unfreiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre kommt also daher, daß das leibliche Dasein der Gelehrten und Lehrer nicht vom Urtheile der Fachmänner und Sachverständigen abhängt, sondern von der Vergünstigung mächtiger Leute. Und die Freiheit von allen knechtenden Vorurtheilen kann dem Volkskörper nur dadurch gesichert werden, daß es außer dem Volke selbst keine Macht giebt, sowie daß die Volksmehrheit begreift und verordnet, daß die Wissenschaft und ihre Lehre durch ihre Vertreter Macht über das leibliche Dasein dieser Vertreter haben sollen.

Eben diese Sorge um das leibliche Dasein ist es, welche die Willensohnmacht und Charakterlosigkeit, also die sittliche Unfreiheit verschuldet. Jedermann weiß oder ahnt, daß er in der Welt nicht vorwärts kommen kann, wenn er die wissenschaftlich erkannten Sittengesetze seines Zeitalters befolgt, sondern nur, wenn er der Welt glauben macht, daß er sie befolge, im Uebrigen aber so handelt, daß sein Dasein sichergestellt und seine Begierden und Leidenschaften möglichst befriedigt werden. Die Heuchelei ist allmächtiges Lebensgesetz unserer bürgerlichen und staatlichen Gesellschaft geworden; die Treue gegen die bessere Ueberzeugung wird fast ausnahmslos grausam bestraft durch Hunger, Mißachtung und Einflußlosigkeit; die Untreue wird belohnt durch Reichthum, Ansehen und Macht. Daß darunter der sittliche Volksgeist nicht noch weit mehr leidet, als es der Fall ist, sondern den Alpdruck dieses inneren Zwiespaltes abzuschütteln und die sittliche Freiheit zum allgemeinen Lebensgesetz zu machen sucht, ist der stärkste aller denkbaren Beweise dafür, wie sehr Recht die Sozialdemokratie mit ihrer Behauptung hat, die Culturvölker würden sofort einen höhern Grad der Sittlichkeit erlangen, wenn sie allgemein das Mittel kennten, wie das leibliche Dasein eines Jeden sofort auch ohne Heuchelei sichergestellt werden kann.

Die äußerliche Unfreiheit, der Kampf um das Dasein unter künstlich erschwerenden Umständen, die Sorge um das tägliche Brot im weitesten Wortsinne ist also der Punkt, wo der Hebel zur Befreiung und wahren Organisation der Menschheit angesetzt werden muß. Der Geist ist das Geschöpf des Körpers, die leibliche Daseinsweise bestimmt die geistige — oder mit anderen Worten: die Produktionsweise bestimmt die Religion, den Staat, die Gesellschaft, den sittlich-geistigen Zustand der Völker — Brot ist Freiheit! Wer uns nachweist, wie die möglichst sorgenfreie leibliche Existenz eines Jeden sichergestellt werden kann, der hat uns zugleich gelehrt, wie jeder Mensch geistig und sittlich frei, und dadurch die Völker und ihr Bund Organismen der vollkommensten Art werden können. Und dieser Nachweis ist geliefert.

Es ist mehr als dieses nachgewiesen. Organismen entstehen nicht aus dem Nichts, noch aus dem Unorganischen. Von Disteln kann man keine Feigen lesen. Vollkommenere Organismen bilden sich stufenweis aus weniger vollkommenen hervor. Wäre die Menschheit, wäre jedes Volk, wären insonderheit die Culturvölker nicht schon in gewissem Maße Organismen, so hätten sie kein Bedürfniß nach Vervollkommnung derselben. Das, was in der organischen Welt erst noch werden und sich auswickeln will, ist immer vorher schon im Keime angelegt und angedeutet. Wollen wir den zukünftigen Gesellschafts-Organismus studiren, so müssen wir die stufenweisen Fortschritte der Produktionsweise und Gesellschaftsformen studiren und untersuchen, welche neuen Keime künftiger Entwickelung durch die bestehenden Verhältnisse naturwüchsig entstanden sind.

Alles, was vereinte Anstrengung der Menschen planmäßig ermöglichen soll, muß vorher sich naturwüchsig bewährt und organisch sich vorbereitet haben. Die herrschende Produktionsweise muß schon nachweislich sich selbst ihr Grab gewühlt und ihre Nachfolgerin erzeugt haben. Die wirklichen Erzeuger aller Güter müssen schon die Keime zukünftiger Organisationen geschaffen und ihren gesellschaftlichen Beruf für die Zukunft ahnen und erstreben gelernt haben. Die politische Macht, durch das allgemeine Stimmrecht angedeutet und erleichtert, muß schon innerhalb des Bereichs aller wirklichen Produzenten liegen, so daß nur noch die zweckmäßige Anwendung dieses verbürgten Rechts den wirklichen Machtbesitz zu verbürgen braucht. Die wachsende Gefährdung des leiblichen Daseins für die Millionen, welche Folge der bestehenden Produktionsweise und Ursache des geistigen und sittlichen Rückschritts der Völker ist, muß in diesen Millionen lebhafte Besorgnisse für die eigene Zukunft, Ekel vor der allgemeinen Heuchelei und den Willen zur Rettung der wahren Menschlichkeit erweckt haben. Alle diese Keime der werdenden Entwickelung sind heutzutage schon sichtbar.

Kein Gelehrter und kein Kapitalist wäre je Erfinder des Gedankens geworden, daß in demselben Maße, wie durch Maschinerie und Chemismus die Arbeit produktiver gemacht wird, die Stundenzahl des Arbeitstags vermindert werden müsse; vielmehr predigen alle Gelehrten und Staatspfaffen das Gegentheil. Die Arbeiter aber opferten lieber einen Theil ihres Lohns, um dieses Verlangen als unerläßliche Grundlage jedes weiteren Fortschritts durchzusetzen. Welche Weisheit! Die ersten Produktions-Maschinen wurden auf Betrieb zünftiger Handwerksmeister von Obrigkeitswegen zerstört; später ahmten Arbeiter, welche durch Maschinen in Masse brotlos gemacht wurden, diese Maßregel lange und oft nach. Wodurch nun ist es dahin gekommen, daß die Arbeiter die Maschinen nirgends mehr zerstören, auch wo sie könnten? Wer hat ihnen gelehrt, daß die Maschinen zwar im Besitz von Privateigenthümern ihre Todfeinde, aber in einer bessern Zukunft ihre Erlöser zu werden bestimmt wären, also die gegenwärtige Noth um ihrer Nachkommen willen zu ertragen? Kein Gelehrter — sondern ihre eigene Weisheit.

Die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, dieses schändliche Unrecht, wurde und wird von Gelehrten und Staatspfaffen vertheidigt, von den Arbeitern aber mit unnachgiebiger Folgerichtigkeit bekämpft und — soweit sie jetzt abgeschafft ist — durch ihr Verdienst abgeschafft. Und doch war, besonders im Beginn dieser Unmenschlichkeit, der augenscheinliche Vortheil auf Seiten des Vaters, welcher Frau und Kinder in die Fabrikssklaverei verkaufen und dadurch die Einnahme der Familie steigern konnte. Wer lehrte diese verwahrlosten Arbeiter menschlich und weise, anstatt gierig sein? Wer sonst als ihr eigner gesunder Menschenverstand?

Die Gewerkschaften — wie allgemein und bitter, und mit welchem Aufwande von „ökonomischer Weisheit" sind sie bekämpft worden und werden es noch! Und ihre Ausstände, wie handgreiflich wurde doch bewiesen, daß sie ein wahnsinniges Gebahren und zum Schaden aller Theile wären! Und doch, wie weise ist der Gedanke, daß der Arbeiter seine Menschenrechte in dieser kapitalistischen Welt nur behaupten könne, wenn er — selbst unter bedeutenden Opfern — in der Vereinigung aller Berufsgenossen seine Schutzwehr suche, seine Würde als freier Mensch, sein nothdürftiges Einkommen und die Möglichkeit geistiger Fortbildung bewahre. Und so fort durch die Reihe der Arbeiter-Forderungen, bis zur Stiftung der internationalen Arbeiterverbrüderung gegen die Kriege mit Waffen und Handels-Mitbewerb, zur endlichen Abschaffung der Lohnarbeit und der Forderung, daß die allseitige Befreiung der arbeitenden Menschheit nur durch diese selbst, und zwar zunächst durch ökonomische Unabhängigkeit mittels großer Produktivgenossenschaften und staatlichen Betriebskapitals errungen werden müsse!

Was die Studirten bei diesen weisen Rathschlüssen geholfen haben, das besteht doch überwiegend in der Erforschung des Wegs, welchen die Arbeiterbevölkerungen schon naturwüchsig eingeschlagen hatten, und in dem Nachweise seiner innern Wissenschaftlichkeit, in dem geschichtlichen Studium aller vergangenen Produktionsweisen, um das nothwendige Hervorgehen jeder aus der vorhergehenden, und der zukünftigen aus der bestehenden zu beweisen. Erst seitdem Marx diesen Weg bahnbrechend betreten hat, ist es möglich worden, die Arbeiter und die unbefangenen Gelehrten so vieler Völker auf ein Programm zu vereinigen, d. h. dessen Sieg in nicht weiter Ferne zu sichern.

Es kann hinfort nie mehr von einem Organisationsplane für die Culturvölker die Rede sein, welcher im Gehirn eines Einzelmenschen entsprungen wäre. Die Arbeiter mit Kopf und Hand aller Völker im gemeinsamen Rathe allein können wissen, wie die Menschheit in Zukunft bis in alle Einzelheiten hinein organisirt sein soll. Die Herren Gelehrten sollten uns mit ihren Rezepten für das Gemeinwohl verschonen. Sie sollten anstatt dessen sich in Fachgenossenschaften vereinigen, um den internationalen Handarbeitern die Bruderhand zu reichen. Sie sollten — so lange sie zu abhängig von den bestehenden Gewalten sind, um dies offen zu thun — wenigstens die leiblichen Interessen ihrer Fachgenossen pflegen, und zwar in internationaler Verbindung. Sie sollten die Beschwerden, welche ihr leibliches Dasein unter den herrschenden Mächten erduldet, offen und entschieden vor die Oeffentlichkeit bringen; sie sollten die Thatsache statistisch feststellen, daß ihre Wissenschaft, ihre Kunst, ihre Technik, kurz ihr Beruf, ebenso sehr ein Stiefkind der herrschenden Gewalten ist, als jedes Fach der Handarbeiter. Ganz besonders sollten die Volkslehrer und Beamten es thun.

Der Organismus der Culturvölker wird nicht blos in einzelne verschiedensprachige und örtlich abgegrenzte Völker sich gliedern, welche politisch durch ewigen Frieden und ein Weltschiedsgericht geeinigt und in allen Culturinteressen verbrüdert sind, sondern es wird — wie durch alle Gliedmaßen des Menschenkörpers — gleichsehr ein Netz von Berufsgenossenschaften sich verästeln, welche die Produktion und Consumtion aller Glieder und Zellen durch wissenschaftliche und künstlerische Berechnung friedlich ver-

einbaren. Ebenso gut, wie im Staate die streitigen Berufsinteressen schon heutzutage vereinbart werden können, ebenso gut — oder vielmehr bei weitem besser, weil jeder Einzelmensch, jede Genossenschaft, jedes Staatsganze in nie erlebtem Maße frei sein wird — können die Genossenschafts-Parlamente das leibliche Dasein aller dieser Blutkörperchen, Zellen, Gewebsnetze und Gliedmaßen der Menschheit zu einem Organismus von immer wachsender Vollkommenheit ausgestalten. An Reichthum dazu wird es ja nicht fehlen, und an Wissen und Können noch weniger.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ueber Johann Jacoby wird eine ausführliche Biographie in der „Neuen Welt" erscheinen. Hier mögen über das öffentliche Leben des seltenen Mannes zunächst nur einige Notizen Platz finden. Am 1. Mai 1805 geboren, trat er politisch und publizistisch zuerst durch seine epochemachende Broschüre: Vier Fragen eines Ostpreußen (1843) hervor. Diese Schrift zog ihm den Prozeß wegen Hochverrath zu. Vom Berliner Kriminalgericht zu dreijähriger Festungsstrafe verurtheilt, sowie zum Verlust der Nationalkokarde, wurde er vom Kammergericht freigesprochen. Im Jahre 1845 gab er zwei Flugschriften heraus, betitelt: „Preußen im Jahre 1815", und „das königliche Wort Friedrich Wilhelm's III." Wegen dieser Schrift zu 2½ Jahren Festungsstrafe verurtheilt, sprach ihn das Ostpreußische Tribunal frei. Im Jahre 1848 war Jacoby Mitglied des Vorparlaments in Frankfurt a. M. und des Fünfziger Ausschusses, dann der Deutschen und der Berliner Nationalversammlung; als Mitglied der Deputation sprach er das berühmt gewordene Wort: „Es ist eben ein Unglück ꝛc." Nach Auflösung des Rumpfparlaments begab er sich nach der Schweiz, stellte sich aber, wegen Hochverraths angeklagt, in Königsberg und wurde nach siebenmonatlicher Untersuchungshaft freigesprochen. Im Jahre 1864 traf ihn die Verurtheilung zu 6 Monat Gefängniß wegen einer Wahlrede, das nächste Jahr brachte ihm noch wegen einer inkriminirten Stelle in seiner Biographie Heinrich Simon's eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen. Im Jahre 1849 vertrat Johann Jacoby den 4. Berliner Wahlkreis in der aufgelösten zweiten Kammer, in den Jahren 1863—1870 den zweiten Wahlkreis, anfänglich der Fortschrittspartei zugehörig, alsdann alleinstehend. Während des französisch-deutschen Krieges ließ ihn Vogel von Falckenstein auf die Festung Lötzen bringen. Im Jahre 1874 für Leipzig von unserer Partei in den deutschen Reichstag gewählt, lehnte er ab. Sein letztes Wort im Abgeordnetenhause sprach er am 16. Januar 1869, als er seine Ablehnung des Etats motivirte.

— Europa der Spielball des Serails. Die Türkei weiß, daß die europäischen Mächte sich selbst das Weiße im Auge nicht gönnen, daß dieselben durchweg beute- und ländergierig sind, deshalb kümmert sie sich auch nicht um Rathschläge und Meinungen einer einzelnen Macht und spielt mit ganz Europa Fangball. Oder um ein besseres Bild zu gebrauchen: Europa sitzt auf einem Pulverfaß und muß ruhig sitzen bleiben — gefällt es dem Türken, die Lunte anzulegen, sofort steht Europa in Brand, gefällt es ihm noch nicht, so verzehrt Europa die Angst, daß es dem Türken einmal gefallen könne. Das sind herrliche Zustände und nicht am Wenigsten Schuld daran hat die preußisch-deutsche Annexionspolitik der letzten Jahrzehnte.

— Reichsgericht. Zum ersten Male hat Fürst Bismarck dem Reichstag eine Vorlage zugehen lassen, gegen deren Annahme er im Bundesrathe seinen Einfluß geltend gemacht hatte. Den Motiven zu dem Gesetzentwurfe, welcher das Reichsgericht nach Leipzig verlegen will, glaubt man es in ihrer gleichsam schüchternen Düftigkeit anzumerken, daß die Verfasser mit ihren Gründen, weshalb denn nun gerade Leipzig (und nicht Berlin, das mit keiner Silbe erwähnt wird), gewählt werden soll, nicht an die Oeffentlichkeit treten wollen. — Im Reichstage wird die preußische Minorität des Bundesraths für Berlin eintreten. Die Debatten dürften deshalb sehr interessant werden.

— Antwort auf eine Beschwerdeschrift in Bezug auf Unregelmäßigkeiten bei der Reichstagswahl im sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreise:

„Schleswig, den 5. März 1877.

Von dem Königlichen Ministerium des Innern ist uns eine von Ihnen in Gemeinschaft mit Reichstagsabgeordneten unterm 13. Dezember v. J. dem Reichskanzler mit der Bitte um abhülfliche Maßnahmen übermittelte Eingabe des F. Wegener und Genossen in Ottensen zur geeigneten weiteren Veranlassung zugefertigt worden, worin die Betreffenden beschwerend zur Anzeige bringen, daß bei Aufstellung der Wählerlisten für die letzten Reichstagswahlen im Kreise Pinneberg zufolge einer den Gemeindevorstehern von dem Landrathe des Kreises ertheilten Weisung unverheirathete Personen überhaupt oder doch Dienstboten von der Aufnahme in die Listen ausgeschlossen und bezügliche Reklamationen von den Wahl- (richtig Gemeinde-) Vorstehern zurückgewiesen seien.

Mit Beziehung hierauf unterlassen wir nicht Ihnen mitzutheilen, daß auf eine Beschwerde gleichen Inhalts, welche von denselben Personen gleichfalls unterm 13. Dezember v. J. auf telegraphischem Wege hierher gerichtet ward, denselben unterm gleichen Tage von hier aus eröffnet worden ist, daß es den vermeintlich unrichtig aus den Wählerlisten Ausgelassenen überlassen bleiben müsse, dawider gemäß § 3 des Wahlreglements an zuständiger Stelle zu reklamiren und daß die Entgegennahme solcher Reklamationen eingeschärft sei.

Eine unmittelbare Einwirkung auf die Aufstellung der Wählerlisten konnte der Zeit, nachdem die Auslegung bereits am 10. f. M. begonnen hatte, diesseits nicht mehr ausgeübt werden.

Dagegen wurde gleichzeitig dem Landrathe des gedachten Kreises die Anweisung ertheilt, nicht nur wegen der angeblich stattgehabten ordnungswidrigen Zurückweisung von Reklamationen das Erforderliche wahrzunehmen, sondern auch die eingehenden Reklamationen in Uebereinstimmung mit einer in anderer Veranlassung demselben bereits gemachten Eröffnung zu entscheiden, die ihrem wesentlichen Inhalte nach dahin gerichtet war, daß nach unserer Auffassung Dienstboten, Handwerksgesellen und andere Personen in ähnlicher Lebensstellung vorausgesetzt, daß sie überall ein eigenes Domicil besitzen können, im Zweifel am Orte ihres Dienst- oder Arbeitsverhältnisses als domicilirt und folgeweise nach Maßgabe der § 1 und 7 des Gesetzes vom 31. Mai 1869 als wahlberechtigt anzusehen seien.

Da die letztere Beschwerde demnach die geeignete Berücksichtigung bereits gefunden hatte, so hat die uns später zugegangene, an das Reichskanzleramt gerichtete Eingabe desselben Inhalts uns zu weiteren Anordnungen in gleicher Richtung keinen Anlaß geben können, wovon Sie hierdurch in Kenntniß gesetzt werden.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.
W. Rumohr.

An die Herren Reichstagsabgeordneten
Hasenclever und Genossen
in Berlin."

Wir freuen uns, daß zum Mindesten im Prinzip gegen den Herrn Landrath entschieden worden ist; das nächste Mal werden die Dienstboten und Handwerksgesellen nicht so große Last haben.

— „In der sozialistischen Gesellschaft geht die Wissenschaft unter" — diesen Ausspruch muß man so oft von an und für sich verständigen Menschen hören. Selbst Professor Brentano zu Breslau befürchtet es, deshalb hauptsächlich wendet er sich dem Sozialismus nicht zu. Daß aber in der heutigen Gesellschaft durch Noth und Elend eine ungeheure Summe des Wissens zu Grunde geht, will man nicht wissen. Wir lesen in der „Vossischen Zeitung" folgenden sehr bezeichnenden Aufruf:

„Trauriges Geschick eines Philosophen. Ein genialer Mann, welcher als Schüler in Berlin nach einem nur halbjährigen Aufenthalte in Prima das Abiturientenexamen mit dem Prädikate gut bestand, später nach Prag übersiedelte und dort eine recht wohlhabende Dame heirathete, vertraute sein ganzes Vermögen einem Banquier an. Beim Wiener Krach verlor er Alles bis auf den letzten Pfennig. Durch energische schriftstellerische Thätigkeit und den allmählichen Verkauf seiner Mobilien fristete er mit seiner Frau bis jetzt zwar das Leben, wenn auch gegenwärtig sehr kümmerlich, ist aber nach dem Eintritte eines hartnäckigen Blasenleidens körperlich so gebrochen, daß er ein neues Werk, auf welches ihm sein freundlicher Verleger in Leipzig bereits Vorschuß gegeben, nur schwer wird vollenden können. Wir appelliren an das gute Herz des Berliners zu Gunsten eines hochgebildeten, äußerst bedrängten Mannes. Die Stuhr'sche Buchhandlnng, Unter den Linden 61, ist in der Lage, nähere Mittheilung zu machen und nimmt Beiträge an. Prof. Philipp Spiller."

In einer sozialistischen Gesellschaft, in welcher der Schwindel und selbstredend auch Noth und Elend fehlen, braucht ein „genialer Mann" nicht für sich betteln zu lassen. Die Gesammtheit hält ihn und ohne äußere verderbliche Einflüsse kann er seinem Genius die Schwingen verleihen. Und ganz abgesehen davon. Die Summe der geistigen Kraft ist auch bei einem gesunden Volke bedeutend größer, als bei der heutigen elenden und corrupten Gesellschaft.

— Nothstand — Hungertyphus! In einer amtlichen Verfügung der Regierung zu Oppeln (Oberschlesien) finden wir, daß in den Kreisen Beuthen, Kattowitz und Pleß bis vor Kurzem 1555 Erkrankungen an der Typhusepidemie (Flecktyphus) vorgekommen sind; unter denselben beträgt jetzt schon die Zahl der Todesfälle 151. Die königliche Regierung sagt, daß die Krankheit hauptsächlich durch Entbehrung der nothwendigsten Nahrungsmittel entstehe! Wir werden die Verfügung in nächster Nummer dem Wortlaute nach bringen.

— Zur Lage der niederen Beamten. Aus Köln ist dem Reichstage eine Petition zugegangen, durch welche 217 Post- und Telegraphenbeamte die für diese Beamtenkategorien schon längst in Aussicht gestellte Erhöhung der Gehälter in Erinnerung bringen. Es heißt in dieser Petition:

„Auf unsere Petition vom Jahre 1874 erhielten wir von hoher Stelle den Bescheid, daß unsere Angelegenheit im Auge behalten werden sollte; auf die von 1875 wurde uns eröffnet, daß unsere Sache dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung unterbreitet sei (J.-Nr. II 206 v. 29. 12. 1875). Aber bis jetzt ist zu unserer Besserstellung noch nichts geschehen, im Gegentheil scheint es uns, daß das Aufrücken in höhere Gehälter seit der Bewilligung des Wohnungsgeld-Zuschusses viel mehr in die Länge gezogen wird.

„Die anhaltende Theuerung aller Lebensmittel und der Wohnungsmiethe hat eine solche Höhe erreicht, daß es uns nicht möglich ist, von dem geringen Einkommen das Allernöthigste anzuschaffen. Der anstrengendste Dienst bei Tag und Nacht erfordert, daß dem Körper kräftige Nahrungsmittel zugeführt werden, welche wir jedoch leider entbehren müssen, was daher Krankheiten und frühes Ableben znr Folge hat. Haben wir doch schon vor Eintritt in den Verkehrsdienst eine langjährige Dienstzeit beim Militär zurückgelegt, oder sind in Folge der Strapazen der Feldzüge oder durch schwere Verwundungen vor dem Feinde invalide geworden, was uns wohl berechtigen durfte, eine angemessene Versorgung zu erhalten; dieselbe mangelt uns aber ganz besonders hier in Köln und Deutz, und sind daher auch so viele etatsmäßige Unterbeamtenstellen mit Bürgern besetzt, die aber, sobald sich ihnen eine andere Beschäftigung bietet, den Postdienst sofort wieder verlassen.

„Das gewährte höchste Gehalt von 1350 Mark beziehen nur einige der ältesten Unterbeamten, welche bereits über 30 Jahre im Verkehrsdienste fungiren. Die Zahl dieser ist aber eine sehr kleine, weil nur wenige ein so hohes Dienstalter erreichen und schon früher pensionirt werden müssen, da wir bei dem unausgesetzt anstrengenden Dienste mit den härtesten Entbehrungen zu kämpfen haben.

„Bis jetzt ist eine definitive Feststellung der Gehälter für Unterbeamte nach den Dienstjahren nicht bekannt, und anscheinend nur nach Gutdünken der nächsten vorgesetzten Behörde geordnet, und zwar ungefähr in folgender Abstufung: Mit 1—2 Jahren Verkehrsdienst Mrk. 810, 2—5 Jahren 900, 6—7 Jahren 975, 7—10 Jahren 1035, 10—15 Jahren 1080, 15—20 Jahren 1140, 20—30 Jahren 1200.

„Nun haben wir noch Abzüge zu erdulden, als: Postarmenkasse, Wittwen- und Kleiderkasse ꝛc., die jüngeren Unterbeamten haben sogar noch 9 Mark monntlich zur Vervollständigung ihrer Kaution zu entrichten, so daß denselben im günstigsten Falle von ihrem Gehalte nur noch 18 Thaler monatlich für ihre Familien verbleiben. Dabei die enorme Wohnungsmiethe, indem für zwei große Zimmer 270—330 Mark gezahlt werden müssen u. s. w."

Das Schicksal der Petitionen im Reichstage ist bekanntlich fast immer — der Papierkorb. Dazu kommt in diesem Falle, daß der Generalpostmeister Stephan über das Petitioniren seiner Unterbeamten Ansichten hat, die häufig in Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen die Petenten zum Ausdruck gelangen. Alles in Allem also werden die niederen Post- und Telegraphenbeamten sich weiter abquälen und hungern müssen.

— Ein erschossener Wilddieb. Im November 1874 wurde im Jagdrevier des Freiherrn v. Bösselager bei Menden, so schreibt unser Westfälisches Parteiorgan, der Maurer B. aus

Ein pädagogisches Buch.

(Schluß.)

Mit dieser Definition der Bildung können auch wir Sozialisten vollkommen einverstanden sein, um so mehr, wenn wir damit zusammenhalten, wie der Verfasser die Aufgabe der Volksschule auffaßt. „Nur eine Allen gemeinsame Volksbildung — so sagt er — ist im Staude, das gegenseitige Verständniß und das hierauf beruhende Zusammenleben und Zusammenwirken der Glieder eines Gemeinwesens zu begründen und zu erhalten, nicht aber die frühzeitige Verfolgung von Sonderinteressen und die hieraus entstehende egoistische Verengung des Denkens und Strebens. Daß die letztere Geistesrichtung den Einzelnen nicht nur ungeschickt und abgeneigt macht, seine Pflichten als Mensch und Staatsbürger zu erfüllen, sondern ihm selbst zum Nachtheile gereicht, lehrt die Erfahrung. Denn bei geistiger Erstarrung und Beschränktheit geräth der Mensch inmitten des vielgestaltigen und wechselvollen Lebens leicht in Verhältnisse, in denen er sich weder zu rathen noch zu helfen weiß; sein Schicksal wird stets mehr das Werk seiner Umgebung und zufälliger Ereignisse, als seiner eigenen Thaten sein. Vollends das Streben nach sittlicher Veredlung, nach dem ewig Wahren und Guten, nach menschlicher Vollkommenheit und Würde, das Gefühl seiner höchsten Bestimmung wird ihm in der Tretmühle der Alltäglichkeit abhanden kommen. Die allgemeine Menschen- und Bürgerbildung also ist die eigenthümliche Aufgabe der Volksschule, und vermöge dieser eigenthümlichen Aufgabe ist die Volksschule eine selbstständige, von keiner anderen Schule abhängige Bildungsanstalt."

„Allerdings wird sie, indem sie ihre Aufgabe löst, zugleich zur Vorbildungsanstalt für höhere Schulen. Allein nur ein kleiner Theil der Volksschüler geht in höhere Schuten über, und die letzteren können nicht verlangen, daß die Volksschule blos ein Hilfsinstitut für sie sei."

Aus dem Abschnitt über moralische Erziehung wollen wir folgenden Satz wiedergeben: „Der sittliche Werth oder Unwerth einer bestimmten Person beruht auf dem Verhältniß, in welches sich dieselbe zu den menschlichen Gütern und Uebel stellt. Es ist unsittlich, ein geringes Gut einem höheren vorzuziehen, oder durch Scheu vor einem kleineren Uebel ein größeres herbeizuführen; es ist sittlich, alle Dinge nach ihrem wahren Werthe zu schätzen und der richtigen Werthschätzung der Dinge gemäß zu leben. In dem letzteren Satze ist die oberste moralische Norm (das höchste Moralprinzip) ausgesprochen, und je nachdem der Wille eines Menschen der wahren Werthschätzung der Dinge entspricht oder widerstreitet, ergeht über ihn eine sittliche Billigung oder Mißbilligung. Es ist Pflicht des Menschen, die Summe der Güter und des durch sie bewirkten Glückes möglichst zu vermehren, die Summe der Uebel und der durch sie bewirkten Leiden möglichst zu vermindern."

„Wollte aber hiebei ein Jeder nur im eigenen Interesse handeln (Egoismus), so würde das oberste Moralprinzip verletzt werden und an die Stelle desselben die Unsittlichkeit treten. Denn es käme dann eine falsche Werthschätzung zur Geltung. Zwar kann es bei unbefangener Weltansicht nicht zweifelhaft sein, daß einem jeden Individuum seine Kräfte zunächst um seiner selbst willen verliehen sind. Und wenn nur jeder einzelne Mensch in rechter Weise für sich selbst sorgte, so wäre für die ganze Menschheit bestens gesorgt. Allein hierbei ist die Rücksichtnahme des Einen auf den Anderen keineswegs ausgeschlossen, sondern vielmehr geboten. Im Allgemeinen steht ja doch der Mensch dem Menschen wesensgleich und ebenbürtig gegenüber; dieselben Bedürfnisse, dieselben Kräfte, dieselbe Bestimmung, dieselben Rechte hat die Natur Allen verliehen. Schon dieses thatsächliche Verhältniß fordert zur allgemeinen Menschenachtung auf. Wir dürfen uns nicht prinzipiell über unsern Nächsten erheben, denn wir sind seines Gleichen, und er theilt unsere Würde. Auch für ihn giebt es Güter und Uebel, wie für uns; auch er strebt jenen nach und diesen entgegen, wie wir; auch er hat das Recht, seine Kräfte zu entwickeln und zur Geltung zu bringen, wie wir. Nur einem entarteten und gegen die thatsächlichen Weltverhältnisse (soll wohl heißen: gegen gerechte Weltverhältnisse) verblendeten Menschen ist es möglich, sich allein als Person und Zweck, seine Mitmenschen aber blos als Sachen und Mittel zu betrachten; nur ein solcher ist geneigt, den eigenen Vortheil auf fremde Kosten zu erwirken; nur die Engherzigkeit beschränkt sich auf die Familie oder Gemeinde; nur bornirte Volksthümelei setzt den Nationalhaß an die Stelle der Humanität."

„Wie aber der natürliche Verstand zur allgemeinen Menschenachtung, so treibt das natürliche Gefühl zur allgemeinen Menschenliebe. Jedes unverdorbene Herz empfindet fremdes Glück als eigenes Glück, fremdes Leid als eigenes Leid, und daher ist ihm das Wohlthun und Helfen ein Bedürfniß. Ueberdies zeigt sich im Zusammenleben der Menschen, wie vielfach das Wohl und Wehe jedes Individuums mit dem Wohl und Wehe der Gesellschaft verknüpft ist. Wo aber die persönlichen Interessen mit denen der Gesammtheit im Widerstreit stehen, da ist Entsagung und Aufopferung Pflicht des Individuums; denn das Wohl der Gesammtheit ist ein größeres Gut, als das des Einzelnen; das Unheil der Gesammtheit ein größeres Uebel, als das des Einzelnen."

Wie man sieht, zeigt der Verfasser sehr oft sozialistische Tendenzen, er erkennt auch an, daß die oben aufgestellte sittliche Norm in vielen Menschen nur mangelhaft zur Durchbildung kommt, und die sozialen Verhältnisse verdorben sind.

„Bei den höchst verwickelten und vielfach verderbten Zuständen der gegenwärtigen Gesellschaft ist es allerdings äußerst schwierig, alle irreleitenden Einflüsse von dem aufwachsenden Geschlecht abzuhalten; um so ernster ist aber für den Erzieher die Aufgabe, seine eigene Weltansicht schlicht und rein zu erhalten und mindestens im nächsten Lebenskreise des Kindes jeder Sache und jeder Person den Werth beizulegen, der ihr gebührt."

Sehr charakteristisch spricht sich Dittes auch über die sogenannte höhere Bildung des weiblichen Geschlechtes aus, er sagt: „Bisher litt die höhere Bildung der Mädchen an eben so großen, ja noch größeren Mängeln, als die höhere Bildung der Knaben. Während die letztere allgemach gar zu praktisch, d. h. zu sehr auf raschen Erwerb abzielend, also egoistisch geworden ist, hat sich in die erstere viel Schein und Blendwerk eingeschlichen. Und so ist aus einem kläglichen Gemisch von schönen Redensarten, conventionellen Manieren und Abfällen etlicher Wissenschaften, Sprachen und Künste eine sogenannte „höhere Töchterbildung" entstanden, die nur dazu bestimmt scheint, allerlei Gebrechen des Leibes, das anspruchsvolle und selbstsüchtige Wesen, die Genußsucht und Neigung zum Luxus, dem Eigensinn und die Eitelkeit, die praktische — Untüchtigkeit und Arbeitsscheu, die Oede und den Unfrieden des Gemüths zu verhüllen.

Die Eigenschaften, welche den Werth und das Glück des Weibes begründen und es befähigen, seinen Beruf als Gattin, Mutter und Hausfrau zu erfüllen, oder nöthigenfalls sich selbst eine befriedigende Existenz zu gründen, nämlich Gesundheit des Leibes, praktische Tüchtigkeit, ein gesunder Menschenverstand, ein edles, dem Wohle anderer sich hingebendes Herz, ein bescheidener Sinn und ein heiteres Gemüth, sind bei dieser höheren Töchterbildung auffallend vernachlässigt worden; es hat derselben an Einfachheit, Natürlichkeit, strenger Zucht und praktischer Zweck

Holzen von Förstern des Herrn v. Böselager durch drei Schüsse getödtet. Die Förster behaupteten, daß der Wilddieb, während ein zweiter mit der Ausweidung eines erlegten Rehes beschäftigt gewesen sei, mit seinem Gewehre „im Anschlage" gestanden habe, was für sie genügende Veranlassung gewesen sei, den Mann „aus Nothwehr" zu erschießen. Der „Wilddieb" wurde nach vorheriger Erkundigung beim Untersuchungsrichter und mit Zustimmung des „hochwürdigsten Bischofs" Herrn Dr. Konrad Martin in Paderborn — als „Selbstmörder" auf dem Kirchhofe zu Menden in der Reihe der „armen Sünder" beigescharrt. — Reklamationen der Angehörigen des B. blieben erfolglos. Dagegen wurde — nicht etwa gegen die Förster — sondern gegen einige, der Theilnahme an dem „Jagdfrevel" des B. verdächtige Personen eine Untersuchung eingeleitet und mit großem Eifer, jedoch ohne Erfolg, betrieben. Demnächst wurden drei in jener Untersuchung eidlich vernommene Männer wegen Meineides in Anklagestand versetzt; sie waren seit Monaten verhaftet. Die Sache sollte kürzlich vor dem Schwurgericht in Hagen verhandelt werden, wurde jedoch vertagt, weil ein Zeuge nicht erschienen war. Und die „Moral von der Geschichte"? Gegenstand: ein einfältiges Reh. Der „Wilddieb" wird erschossen und mit „hoher obrigkeitlicher und geistlicher Bewilligung" als „Selbstmörder" begraben. Die ihres Ernährers beraubte Familie fleht vergebens um sein „ehrliches" Begräbniß. Die beiden Förster gehen unbehelligt ihrem „Beruf" nach, dagegen sitzen drei bis dahin unbescholtene Männer unter der Beschuldigung des Meineides Monate lang hinter Schloß und Riegel. Und das Alles um — ein Reh!

— Arbeit und Brod den arbeitslosen Arbeitern — giebt es eine berechtigtere Forderung, welche gegenwärtig an den Staat gestellt werden könnte? Aber was thut der Staat gegenüber dieser Forderung, die vernehmlich genug seitens der durch die herrschende Krisis auf die Straße geworfenen Arbeiter erhoben wird? — Nichts; er rührt nicht den kleinen Finger und thut, als ob die Nothlage gar nicht vorhanden wäre, als ob sie ihn gar nichts anginge. Gut, wir find's zufrieden; wird doch der Masse der Arbeiter dann um so eher klar werden, daß der heutige Staat nicht gewillt ist, sich mit ihrem Wohl und Wehe zu beschäftigen. Inzwischen wollen wir eine weitere Kundgebung aus Arbeiterkreisen registriren. Es sind diesmal die westfälischen Arbeiter, welche weit über 10,000 arbeitslose Genossen in ihrer Mitte zählen, die ihre Ansicht über die Aufgaben des Staates in folgenden Sätzen aussprechen: 1) Umwandlung der jetzigen kapitalistischen Produktionsweise mit ihrer planlosen, verderblichen „freien Concurrenz" in Produktiv-Genossenschaften der Arbeiter, ermöglicht durch Staatshülfe; bis dahin 2) sofortige Beschäftigung der brodlosen Arbeiter bei ohne Verzug in Angriff zu nehmenden Staatsbauten, namentlich von Eisenbahnen, Kanälen und Straßen, und 3) verlangen die westfälischen Arbeiter, „daß die sonstigen Vorschläge der Arbeiterpartei" durchgeführt werden." Enthalten sind diese Forderungen in einem Aufrufe, den die Genossen Tölcke, Stützer und Schlänstedt in der „Westfälischen Freien Presse" an die Arbeiter, Bürger und Bauern Westfalens im Auftrage einer am 18. Februar in Iserlohn stattgehabten Volksversammlung gerichtet haben.

— Das neueste Cirkular des Verbands sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter bringt folgende Mittheilung: In der am 28. Januar d. J. abgehaltenen zweiten constituirenden Generalversammlung des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zur Eintragnng in das Genossenschaftsregister wurden die den anwesenden Genossen bekannten Statuten im Allgemeinen nicht geändert. Als Verbandsorgan gilt vom 1. April ab der in Leipzig erscheinende „Vorwärts"*), und zwar bis zur nächsten Generalversammlung. Der Generalversammlung ist die Bestimmung der Verbandsorgane vorbehalten. Der Bericht über den Stand des Verbandes war befriedigend. Als erster Vorsitzender wurde Genosse Ebert in Zwickau, als Stellvertreter Albin Schmiedel in Cainsdorf gewählt. Hoffentlich wird die Prüfung, bez. Genehmigung der Statuten nicht lange auf sich warten lassen, so daß allen Genossen durch Behändigung derselben binnen kurzem Rechnung getragen werden kann. Ob die Genossen nach der Genehmigung der Statuten nochmals eine Generalversammlung wünschen, ist Sache der Genossen selbst, und hat nicht der Vorstand, sondern nur die Controlcommission — selbst wenn es auf Antrag der Mitglieder geschieht — das Recht, die Generalversammlung einzuberufen.

Verbandsgenossen! Bisher habt Ihr treu und muthig zur Fahne der Solidarität, der Bruderliebe gestanden, und Ihr werdet es auch in Zukunft thun, das hoffen wir. Wenn es je eine Zeit gab, welche mahnend an Euch herantrat, daß Ihr Euch zusammenschaaren sollt zu einem Bund, der mächtig, zu einer Kette, die stark, zu einer Hilfskasse, die fähig ist, Euch in vorkommenden Fällen zu schützen, so ist es gewiß die jetzige Zeit, welche Euch laut in's Ohr ruft: Seid einig! Denn vereinigt seid Ihr Alles, vereinzelt Nichts!

Unter heutigem Datum hat die Controlcommission, durch 5 Delegirte vertreten, eine Bücher- und Kassenrevision bei dem Vorstande in Zwickau vorgenommen und soweit Alles in bester Ordnung befunden. Die Einrichtung war derart, daß der erste Vorsitzende im Besitz des Verbandsmaterials, der Kassirer im Besitz der Kasse und Genosse Ebert im Besitz der Geschäftsbücher war, weil derselbe bislang immer noch die eigentliche Geschäftsleitung besorgte.

Lugau-Würschnitz, den 28. Januar 1872.

Für die Controlcommission:
Friedrich Schramm, Geschäftsführer.

*) Sämmtliche Obleute ohne Ausnahme sind gehalten, vom 1. April 1877 an den „Vorwärts" zu halten und w rd zunächst 1 Mark vergütet, resp. haben die Obleute diesen Betrag auf der vierteljährlichen Abrechnungstabelle in Rubrik der Lokalausgaben in Abzug zu bringen.

— Ein wahnsinnig gewordener Communistenfresser. Wie aus Petersburg vom 28. Februar geschrieben wird, hat der Chef der geheimen Polizei, Potapow, welcher die Nihilisten und Communisten in Rußland unter seine besondere Obhut genommen hatte und bekanntlich im vorigen Herbst als Begleiter des Zaren auf dessen Reise nach der Krim im Wahnsinn verfiel, seine Dienstwohnung bereits verlassen, d. h. derselbe ist als unheilbar anzusehen.

— Unser Offenbacher Parteiorgan, die „Neue Offenbacher Tageszeitung" bringt eine Erklärung Liebknecht's, die wir hier zum Abdruck bringen, weil es sich um eine Verläumdung handelt, die von der ganzen Reptilien- und reptilisirten Presse kolportirt wird:

„Lieber Herr Ulrich! Sie schicken mir die (nationalliberale) „Offenbacher Zeitung" vom 25. Februar nebst Ihrer Widerlegung der darin enthaltenen Liebenswürdigkeiten.

Sie haben der „Offenbacher Zeitung" zu viel Ehre angethan. An dem Artikel: „Deutsche und französische Sozialdemokraten" ist sie so unschuldig, wie ein neugeborenes Kind; sie hat ihn aus dem bekannten Reptiliensumpf fix und fertig zugestellt erhalten und bloß am Schluß einigen Originalschmutz hinzugeklext. Oder hat sie auch diesen Schmutz vielleicht aus Berlin bezogen, jedoch nicht aus der allgemeinen Gosse, sondern aus einer Privatpfütze? Ist möglich! Und gleichgültig.

Nun zu dem „Vorwärts"-Telegramm an die „Droits de l'Homme" (Menschenrechte).

Was zunächst den „groben Sprachschnitzer" betrifft, so existirt derselbe nur in den Schädeln einiger deutsch-chauvinistischer Knownothings (Nichtswisser). Der angebliche Schnitzer ist von der Redaktion der „Droits de l'Homme" selbst begangen und besteht darin, daß „Redaktion und Administration" als grammatikalische Einheit aufgefaßt sind, was einem deutsch-chauvinistischen Knownothing schlechtes Französisch erscheinen mag, aber für einen französischen Nicht-Knownothing gutes Französisch ist, und jedenfalls die Verfasser des „Vorwärts"telegramms nichts angeht.

Und jetzt die Hauptsache:

Daß das Banket der „Droits de l'Homme" einen französisch-chauvinistischen Charakter getragen habe — Lüge!

Daß das Telegramm des „Vorwärts" eine ungünstige Aufnahme gefunden habe — Lüge!

Daß Guyot eine französisch-chauvinistische Rede gehalten habe — Lüge!

Und so fort: Lüge! Lüge!

Die „Droits de l'Homme" waren bis zu ihrer gewaltsamen Unterdrückung, mit Ausnahme der „Revolution", das einzige französische Blatt, das den Chauvinismus systematisch bekämpfte, und für die Verbrüderung des deutschen und des französischen Volkes eintrat. Die beiden Hauptredakteure, Lacroix und Guyot (welch letzterer die Bankettrede hielt) sind übrigens dem deutschen Publikum durch ihre vorzügliche, den Geist der Wissenschaft und reinsten Humanität athmende Schrift: Étude sur les doctrines sociales du Christianisme bekannt, die unter dem Titel: „Die wahre Gestalt des Christenthums" in das Deutsche übersetzt worden ist.

Auf die Freundschaft solcher Männer bin ich stolz.

Wenn ich einmal mehr Zeit habe, werde ich mit der „Offenbacher Zeitung" ein Wörtchen über Patriotismus, Internationalität ꝛc. reden. Für heute nur soviel: International sind unsere Gegner (einschließlich der „Offenbacher Zeitung") so gut wie wir. Der Unterschied ist bloß: unsere Sympathien gehören den freiheitliebenden, edlen, ehrlichen Menschen aller Länder, und die Sympathien unserer Gegner gehören den — anderen Leuten aller Länder. Das ist Alles. Vide z. E. die „deutschen Bettelpatrioten in den Tuilerien", unter denen kein einziger Sozialdemokrat, wohl aber so mancher Freund der „Offenbacher Zeitung" zu erblicken ist. Oder will die „Offenbacher Zeitung" in Abrede stellen, daß die ganze Bourgeoisie Deutschlands ein halbes Menschenalter hindurch vor dem infamen Blut- und Eisen- (und Koth-) Empire des Decemberschlächters Louis Bonaparte auf dem Bauch gelegen hat, während wir (und insbesondere auch ich — S. d. Affaire Vogt) es waren, die gegen dieses schmachvolle Treiben protestirten und für die Ehre und das Interesse Deutschlands eintraten?

Aber non olet pecunia, das Geld riecht nicht, ist die Maxime des international-liberalen Geldprotzenthums: Das Geld riecht nicht, „man nimmts, wo mans findet", seien es französische 20-Francsstücke, preußische Reptilienthaler, oder meinetwegen auch „Rubel auf Reisen".

Und damit genug und — zu viel für die „Offenbacher Zeitung". Ich werde gleich nach Schluß der Session dem Redakteur derselben und seinem Berliner Patron Gelegenheit geben, vor versammeltem Volk die Frage zu verhandeln, wer die Ehre und das Interesse Deutschlands geschädigt hat und fortwährend schädigt, die Partei des „Vorwärts" oder die Partei der „Offenbacher Zeitung"

Juckt der „Offenbacher Zeitung" das Fell schon vorher, so braucht sie es blos zu sagen. Es kann ihr stets gedient werden. — — Und juckt Anderen das Fell, so haben sie's ebenfalls bloß zu sagen.

— Georg Odger, Schuhmacher, oft genannt als einer der hervorragendsten englischen Arbeiterführer, ist am Sonntag in London gestorben. Bei der letzten englischen Reformbewegung vor etwa zehn Jahren spielte er eine bedeutende Rolle. Im Jahre 1820 im Süden Devonshire's von armen Eltern geboren, ernährte er sich sein Leben lang vom Handwerk und verdankte alles, was er an politischem und sonstigem Wissen sich zu eigen gemacht hatte, lediglich seinem Fleiße und seiner Ausdauer. In die Oeffentlichkeit trat er schon im Jahre 1849, als die Schuhmacher sich gegen die Einführung von Maschinen in ihr Gewerbe sträubten und er ihnen das Thörichte dieses Widerstandes durch Schrift und Wort zu Gemüthe führte. Zehn Jahre später finden wir ihn als einen der thätigsten Führer der Gewerkvereine, die bedeutend kampfesmuthiger sind als die von Hirsch in Deutschland verleiteten, und im Jahre 1863 bekleidete er den Posten eines Secretärs des Londoner Gewerkrathes, in welcher Eigenschaft er mit sämmtlichen Gewerkvereinen des Landes in inniger Verbindung stand und keinen geringeu Einfluß auf deren Beschlüsse ausübte. Bedeutender noch war die Rolle, die er in der Reformbewegung zu Anfang der sechziger Jahre spielte und in der sein Name unter den Volksführern und Fürsprechern für eine Ausdehnung des Wahlrechts als einer der hervorstechendsten genannt wurde. Die Reformbewegung selber war erfolgreich und die Ausdehnung des Wahlrechtes eine bedeutende. Odger selber aber vermochte doch nicht in das Unterhaus zu gelangen, obwohl er sich dreimal — darunter zweimal in Londoner Wahlbezirken — um einen Sitz beworben hatte. Odger gehörte auch eine Zeit lang der Internationale an und bekannte sich in den letzten Jahren zum Sozialismus. Er starb an den Folgen einer schleichenden und schmerzlichen Krankheit.

— Parteigenosse Klute ist am 5. d. M. wegen Majestäts- und Bismarckbeleidigung zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

— In Reichenbach (Schlesien) sind 26 Parteigenossen angeklagt worden, die ein Flugblatt verbeitet haben, in welchem ein Verstoß gegen § 130 (Haß und Verachtung erregen, zu Gewaltthätigkeiten anreizen) enthalten sein soll.

---

mäßigkeit gefehlt. Und so haben denn viele Mädchen nicht einmal begriffen, wozu sie denn eigentlich in der Welt seien, was allerdings in der That bei manchen modernen Damen sehr zweifelhaft ist. Der Schaden wird nun mehr und mehr offenbar und vielfach zeigt sich ein reger Eifer für Verbesserung der weiblichen Bildung. Man erkennt, daß bisher in der Bildung wie in der Lebensstellung beider Geschlechter ein zu großer, das Maß des Natürlichen weit überschreitender Gegensatz bestanden hat."

„Ob man die Kinder auch nach ihren äußeren Lebensverhältnissen, nach Stand, Vermögen und Bildungsgrad ihrer Eltern, trennen solle, ist eine pädagogische Streitfrage, die nur nach concreten Verhältnissen entschieden werden kann. Es wäre jedenfalls sehr erfreulich, wenn alle Kinder einer Gemeinde, ja eines Volkes, bis zu einem gewissen Alter eine gleiche, möglichst allseitige und vollkommene Ausbildung erlangen könnten, und man muß dieses Ziel mehr und mehr zu erreichen streben. Leider sind aber bei unseren sozialen Verhältnissen, welche von der Pädagogik nicht beliebig geändert werden können, die nothwendigen Vorbedingungen zu einer solchen allgemein gleichen Jugendbildung fast in keiner größeren Gemeinde vorhanden, und es ist daher nothwendig, daß den Kindern armer Eltern durch öffentliche Mittel ein regelmäßiger Schulbesuch ermöglicht werde. Jedenfalls muß die Erziehung nach Möglichkeit darauf hinarbeiten, die spannenden Gegensätze zwischen verschiedenen Volksschichten zu mildern und in dem aufwachsenden Geschlechte das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu begründen."

Die wenigen angeführten Stellen mögen zeigen, in welchem Geiste der „Grundriß der Erziehungs- und Unterrichtslehre" geschrieben ist; sie empfehlen das Buch, welches gegenwärtig in der 5. Auflage erscheint und bei einer Seitenzahl von 230 einen Preis von Mk. 2,75 hat, gewiß hinreichend.

Zum Andenken an Johann Jacoby.

„Ich komme nicht, um dich zu preisen,
Du Mann des Volks, du Widerpart
Der Politik von Blut und Eisen,
Durch die die Welt in Eisen starrt.

„Ich poche laut an deine Grube
In heißem Zorn mit einem Schwert,
Und fluch' der deutschen Kinderstube,
Daß sie bis heute dein nicht werth.

„Du Mann, der schlicht und unverdrossen,
Stets kämpfend für des Volkes Heil,
Der Lüge durch das Herz geschossen
Der Wahrheit unentwegten Pfeil."

Da klang's wie Geisterstimme leise:
„Du junger Streiter laß mich ruhn,
Denk, daß einst sprach der große Weise:
„„Sie wissen ja nicht, was sie thun!""

Kurt Mook.

— Ein sauberes Kleeblatt. In der letzten Nummer des „Gewerkverein" lobt Herr Dr. Max Hirsch den Herrn Röthing seines Renegatenthums halber und erzählt, daß der Renegat Herr Küster aus der Schweiz zurückgekommen sei und sich in Pötzensee gestellt habe. Hirsch-Röthing-Küster — ein herrliches Kleeblatt.

— Zur Heiligkeit der Ehe. Man hat eine Bibel aufgefunden, in welcher sich von Luthers eigener Hand folgende Widmung befindet:

O Gott, durch deine Güte,
Bescheer' uns Kleider und Hüte,
Auch Mäntel und Röcke,
Feite Kälber und Böcke,
Im Stalle glatte Rinder,
Viel Weiber, wenig Kinder.
Denn kein lieber Ding auf Erden
Als Frauenlieb', wem sie mag werden.

Die katholische „Germania" hält sich über den Vers in etwas entrüsteter Weise auf. — Das „Bayreuther Tageblatt", ein ächter Kulturkämpfer, vertheidigt die Vielweiberei nun mit folgenden Worten:

„Daß der große Reformator die Frauen liebte, verhehlte er nie, das wird aber in den Augen eines braven Mannes ihn nicht kleiner machen, denn — wie er bekanntlich selbst zu sagen pflegte: „„Wer nicht liebt Wein, Weiber und Gesang der bleibt ein Esel sein Leben lang.""

„Viel' Weiber!" — gewiß nicht übel, aber wo bleibt da die Heiligkeit der Ehe?

— Ein merkwürdiges Aktenstück. Der Herzog Carl von Braunschweig erließ nach seiner Vertreibung folgende Proklamation:

„Zugeständnisse Sr. königl. Hoheit des Herzogs von Braunschweig an seine Unterthanen.

Wir Carl, von Gottes Gnaden souverainer Herzog von Braunschweig und Lüneburg erklären und befehlen:

1. Die Konskription ist aufgehoben.
2. Jeder ist Wähler und die Vertreter des Volks werden in Zukunft von der Mehrheit der Bewohner des Herzogthums gewählt.
3. Das Schwurgericht wird eingerichtet.
4. Die Zehnten und Herrendienste werden um die Hälfte des Werths ablösbar gemacht.
5. Se. königl. Hoheit erklärt, seine Domainen mit dem Volke theilen zu wollen.
6. Alle Hoheitsrechte werden verkauft.
7. Alle Güter der Aristokratie werden confiscirt und an den Meistbietenden zu Gunsten der armen Klasse verkauft.
8. Die Gemeinden sollen das Recht haben, ganz nach ihrem Willen, ihre Richter, ihre Vorsteher und ihre Geistlichen zu wählen und zu besolden.
9. Die ganze Armee wird aufgelöst, um dem Volke zu beweisen, daß man Vertrauen zu ihm hat, daß man nicht durch den Schrecken herschen will
10. Die Familien der armen Klasse sind von allen Steuern, welcher Art immer, befreit.

Frankfurt a. M., den 26. Nov. 1830.

Carl, Herzog."

— Eine eigenthümliche Illustration zu der Phrase vom „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte", so schreibt der Münchener „Zeitgeist", lieferte die letzte Schwurgerichtssitzung, in welcher ein Verbrechen gegen die Sittlichkeit verhandelt wurde. Junge Mädchen, die kaum der Töchterschule entwachsen sind, sowie feuchtohrige Jungen strömten gegen den Zuhörerraum, nachdem die Beschränkung der Oeffentlichkeit gegen Schluß der Verhandlung aufgehoben wurde. Man beachte, daß trotz der gerade nicht gelinden Temperatur dieses Publikum, das nach Beginn der Verhandlung den Saal räumen mußte, auf dem Gange vor dem Saale ausharrte, bis der Zutritt zur Verhandlung wieder gestattet wurde. Dieses beinahe krankhafte Haschen nach den sogenannten Pikanterien, das durch die Sensationssucht einer gewissen Presse noch angefacht wird, wirft ein keineswegs günstiges Bild auf unsere sittlichen Zustände. Und dennoch „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte"?

— Die Dunckersche „Volkszeitung" bedauert in süßlichfrechem Tone den Abgeordneten Hasenclever, daß er sein unantastbares Altonaer Reichstagsmandat aufgegeben und das Berliner angenommen habe, welches er nun auch noch verlieren würde. Zunächst sei hier bemerkt, daß mit ziemlicher Sicherheit jetzt zu sagen ist, daß die Wahl im 6. Berliner Wahlkreis für gültig erklärt werden wird. Dann aber bemerken wir, daß Hasenclever als Person für ein Reichstagsmandat nicht eine Nickelmünze giebt, daß er den Verlust eines Sitzes nur der Partei halber bedauert, ob er oder ein anderer Genosse ihn verliert, ist gleichgültig. Für den kindisch-eitlen Dr. Max Hirsch und für den geckenhaft in rothlich-schimmerndem Affenjammetjäckchen daher stolzierenden Franz Duncker wäre allerdings der Verlust des Mandats ein trauriges Ereigniß.

— **Arbeitsausschluß.** In Delmenhorst bei Bremen sind einzelne Cigarrenarbeiter wegen Agitation für die Partei aus der Arbeit entlassen worden, weshalb sämmtliche Arbeiter einiger Fabriken die Arbeit eingestellt haben. Zuzug ist abzuhalten.

Frick. Reißer.

— „Thüringer Volksblatt" — unter diesem Titel ist in Meiningen ein neues Parteiblatt erschienen, dem wir gutes Gedeihen wünschen.

Correspondenzen.

Karlsruhe, 26. Februar. Ein hiesiger, schon längere Zeit arbeitsloser Buchbinder versuchte heute Morgen sich und zweien seiner Kinder mittelst Erstechens das Leben zu nehmen. Der Unglückliche und die Kinder wurden verwundet in das städtische Spital gebracht und man zweifelt an dem Aufkommen des erstern, da er sich den Stich unter dem Herzen beibrachte. Verzweiflung über anhaltende Verdienstlosigkeit und deren schwere Folgen wird als Anlaß der That angegeben.

Schwabach. Vergangenen Sonntag, den 4. März, hatten wir, nachdem hierselbst seit mehreren Jahren die Agitation fast ganz geschlummert hatte, eine ausgezeichnet gut besuchte Volksversammlung. Flur, Treppe und Bodenraum, von welch' letzterm Luftlöcher in den Saal hinabführen, waren mit Menschen besetzt, welche dem gediegenen Vortrage unseres Parteigenossen Carl Grillenberger aus Nürnberg lauschten. Die Tagesordnung lautete: Die Bestrebungen der Sozialdemokratie und die verflossenen Reichstagswahlen. Der Referent besprach in anderthalbstündiger glänzender Rede die oben erwähnte Tagesordnung und erntete allgemeinen Beifall. Hätten wir vor der Wahl eine solche Versammlung abhalten können, so hätten wir statt 55 wohl viermal so viel Stimmen an hiesigem Orte für unseren Candidaten bekommen. Bei der Wahl 1874 wurden in unserem ganzen Wahlkreise 5 Stimmen abgegeben, diesmal waren es doch 149, obwohl keine Versammlung oder Agitation stattfand; und wenn uns die Nürnberger Genossen, wie sie es uns versprochen, mit Rednerkräften unterstützen, so wollen wir es unseren Liberalen und Fortschrittlern zur nächsten Wahl schon warm machen.

Georg Feil.

Halle. Eine musterhafte Polizei nach preußischer Art besitzt unsere Stadt. Gegen unsern dortigen Genossen Restaurateur Rödiger regnet es förmlich Strafmandate, und zwar meistens wegen — Duldens von Gästen über die Polizeistunde hinaus. Während viele andere Lokale geöffnet sein können, so lange es beliebt, werden bei R. fast regelmäßig jeden Abend polizeiliche Revisionen angestellt, und falls man 10 Minuten nach 11 Uhr noch einen Gast antrifft, wird ohne Rücksicht mit Strafe vorgegangen. Auf Grund einer siebenmaligen Bestrafung der angegebenen Art führt nun die Polizeiverwaltung Klage gegen R. und beantragt Entziehung der Conzession zum Schankbetrieb, glaubt sich auch zu der Behauptung berechtigt, daß bei R. die Völlerei gefördert wird, ohne dafür aber irgend einen anderen Beweis zu haben. Bis jetzt hat das Verwaltungsgericht zu Merseburg dem Antrage nicht entsprochen, was hoffentlich auch später nicht geschehen wird, da ein triftiger Grund nicht vorhanden ist. Wieder eine treffliche Illustration zum Kapitel vom „Rechtsstaate" bildet die Sache jedoch, wenn man sieht, daß die Polizei für das nächtliche Treiben in anderen Lokalen nicht so offene Augen hat, resp. duldet, daß in denselben viel später sich noch Gäste befinden, während sie gegen unseren Genossen Strafmandate in Höhe von zusammen 117 Mark im Laufe eines halben Jahres erlassen hat, weil er seine anständigen Gäste nicht um 11 Uhr hinauskomplimentirt. Es lebe der preußische „Rechtsstaat"!

Jork, 11. März. Auch hier ging die letzte Reichstagswahl nicht ohne jede Denunziation vorüber. Unser Parteigenosse Hugo Schmidt, welcher bei der Wahlagitation mit gutem Erfolg wirkte, wurde am 12. Januar auf Requisition der königlichen Staatsanwaltschaft zu Sorau verhaftet. Derselbe befand sich am 6. März auf der Anklagebank wegen Beleidigung des Triebler Bürgermeisters und Verstoß gegen § 130 des Strafgesetzbuchs. Der Staatsanwalt begehrte 8 Monate Gefängniß, der Gerichtshof war aber anderer Ansicht und erkannte im letzten Falle auf Freisprechung, hingegen im ersten Falle auf 3 Monate Gefängniß.

Zittau. Die Wahlen haben trotz unsrer Anstrengungen nicht den Erfolg für uns ergeben, welchen wir erwartet haben. 1874 hatten wir über 1500 Stimmen, und 1877 etwas über 1200 Stimmen, wir haben also 300 Stimmen eingebüßt. Es wurden neun Volksversammlungen abgehalten, wovon zwei auf Zittau und sieben auf die größern Orte kommen, welche alle sehr gut besucht und vom besten Geist beseelt waren. Wir hatten zwei Gegner, Dr. Pfeifer (nat.-lib.) und Fabrikbesitzer Fränkel (fortsch.) Dem letzteren hatten wir's besonders zu danken, daß die Wähler des ersten sächsischen Wahlkreises in eine Aufregung versetzt wurden, wie das hier noch nie der Fall war. Die Fortschrittler und Nationalliberalen bekämpften sich heftig, uns gegenüber aber bildeten sie „eine reaktionäre Masse". Alle möglichen Verleumdungen wurden Tag für Tag in Zeitungen und Flugblättern gegen uns geschleudert, auch in Versammlungen ging's über die bösen Sozialisten her, besonders wenn die Gegner merkten, daß von diesen keiner anwesend war. Neben den Kämpfen mit unsern politischen Gegnern hielten auch die Behörden scharfen Auslug nach uns. So wurden zwei unsrer Genossen zu 15 Mark Geldbuße und in die Kosten verurtheilt, weil sie während der Wahlagitation auch Kalender verkauft hatten; da aber selbstredend Geld nicht vorhanden war und die Exekution ebenso selbstredend fruchtlos ausfiel, wurden ihnen drei Tage Gefängniß zuerkannt, die sie denn auch abgebüßt haben. Aber trotz unsrer Niederlage und allen Verfolgungen hat uns der Muth nicht verlassen; freudig kämpfen und streiten wir weiter, und gewonnen haben wir trotz alledem in der öffentlichen Meinung diesmal mehr als vor drei Jahren, das haben die zwei Volksversammlungen, welche wir nach der Wahl abgehalten haben, zur Genüge bewiesen. Genosse Keller (Görlitz) unterstützte uns nach Möglichkeit, was wir dankend anerkennen. Unsre „Zittauer Nachrichten" leisten seit der Wahl ungemein viel Scheerenarbeit, alle Schundartikel, die sie aus andern Blättern gegen uns Sozialdemokraten nur aufgabeln kann, werden gebracht und die sogenannte „Oberlausitzer Dorfzeitung" geht als würdige Nachbarin voran. In einem Herzenserguß derselben vom 3. März heißt es wörtlich: „der sozialistische Zukunftsstaat soll am besten sich unter einem Schweinestall vorstellen lassen." Auch der Reichstagsabgeordnete und Parteigenosse Fritzsche wird darin auf sehr gemeine Weise angegriffen. Nun immer zu so, wenn die Gegner so weiter kämpfen, werden ihre Waffen bald stumpf sein. Die Arbeitslosigkeit, die Noth und der Kummer werden dadurch noch beseitigt, denn wenn der Oberlausitzer Handweber die Woche jetzt 3 Mark verdient, so kann er sich glücklich schätzen gegen die vielen Hunderte, die gar nichts verdienen. Ihr Herren Gegner mit dem Fischgehirn, gebt Mittel und Wege an, wie der Arbeiterstand sich aus diesem Elende heraus winden kann, mit dem bloßen Geschimpfe auf die Sozialdemokraten werdet ihr nichts gewinnen.

F. Renke, Agent.

Lambrecht, 27. Februar. Die geistigen Waffen unserer Herren Arbeitgeber hier bestehen in Denunciationen und Maßregelungen. Als Belege mögen folgende Beispiele dienen. Am 7. September fand im Saale des Herrn L. Jung eine stark besuchte Volksversammlung statt, in der als Referent A. Dreesbach anwesend war, mit dessen gediegenem Vortrag die Versammlung vollständig einverstanden war. Am Schlusse der Versammlung veranlaßte der Vorsitzende A. Richter eine Tellersammlung, wogegen die anwesende Polizei nichts einzuwenden hatte. Da nun aber einige von den Fabrikanten sahen, daß die Stimmung für den Arbeitercandidaten günstig war, wußten sie ihrem Unmuthe nicht anders Luft zu machen, als daß sie eine Denunciation wegen unerlaubten Collektirens bei der Staatsanwaltschaft einreichten, worauf A. Richter vom Landgericht zu Neustadt a. d. H. zu 20 Mark event. 6 Tagen Haft, H. Schiedanz und Ph. Ohler zu je 15 Mark event. 4 Tagen Haft verurtheilt wurden. Auf von den Beklagten erhobene Berufung erfolgte jedoch Freisprechung seitens des Bezirksgerichts Frankenthal. Das vorläufige Ende dieses Liedes ist, daß der oberste Gerichtshof auf die Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft hin den Prozeß an die erste Instanz zu anderweitigen Verfahren zurückverwiesen hat. Ferner fand am 7. November 1876 bei dem Vertrauensmann sowie bei dem Kassirer der Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter eine Haussuchung statt, wobei die Bücher der Genossenschaft mit Beschlag belegt und der gesammte Ausschuß in Anklagezustand versetzt wurden, weil er einem Verein, der politische Tendenzen verfolge, präsidire. Es fand auch ein Verhör mit 22 ausgetretenen Mitgliedern statt, ohne aber das gewünschte Resultat zu liefern. Auf mehrmaliges Ersuchen gab uns das Gericht endlich das Kassenbuch zurück, alle sonstigen Bücher und Schriftstücke befinden sich noch in den Händen des Gerichts.

Nach der Wahl, welche hier und in der Umgegend die Mehrheit für Dreesbach ergab (hier erhielt Dreesbach 201, Jordan, nationalliberal, 186, Herf, conservativ, 24, Moehl, ultramontan, 54 Stimmen), wußten die Fabrikanten nichts besseres zu thun, als sofort Maßregelungen vorzunehmen, welche in erster Reihe A. Richter und Ph. Ohler getroffen haben. Ersterer ist Familienvater. Weitere Maßregelungen sind angedroht, so daß sich die Genossenschaft wahrscheinlich hier auflösen wird. Die Fabrikanten bilden sich ein, sie könnten dadurch die Bewegung hier lahm legen, was ihnen aber nicht gelingen wird.

Eberstadt. Wie bekannt ist, war hier in unserem Wahlkreis Herr J. Most als Candidat aufgestellt, aber noch kurz vor der Wahl durfte man sich kaum getrauen, den Namen Most auszusprechen, ohne verhöhnt zu werden, da auf einmal änderte sich die Sache. Am 7. Januar wurde hier eine Volksversammlung abgehalten, in welcher Parteigenosse Fleischmann aus Frankfurt referirte und wobei es den hiesigen Arbeitern wie Schuppen von den Augen fiel und es ihnen klar wurde, in welcher Lage sie sich befinden. Von unsern Gegnern hatten sich viele in dieser Versammlung eingefunden, aber nicht Einer getraute sich nur ein Wort zu entgegnen. Der Erfolg dieser Versammlung war, daß für unsern Candidaten 140 Stimmen abgegeben wurden; bei der Wahl 1874 hatten wir 38 Stimmen. Damit aber noch nicht genug, sofort traten einige unerschrockene Arbeiter zusammen und forderten die übrigen Arbeiter zur Gründung einer Mitgliedschaft auf; natürlich bieten die Gegner jetzt alles auf, um uns zu verdrängen, was ihnen aber nicht gelingen wird.

Briefkasten

der Redaktion. M. B. in Groß-Steinheim: Die betr. Briefe sind uns nicht zugegangen. — H.: Ihr Artikel „Ueber Produktion im Großen und Kleinen" ist nicht zu verwerthen. — B. in Bernburg: H. hat nicht so reizbare Nerven, wie Herr v. Bismarck. Bei einer so offenkundigen Verläumdung, wie das „Bernburger Wochenblatt" sie gegen H. schleudert, ruft derselbe den gesunden Sinn des Volkes als Richter an. Im Uebrigen bedankt er sich auch dafür, sich mit allerlei Preßgesindel herumzuschlagen.

der Expedition. Uh in C.: Ja — Preis bekannt. Bitte freundlichst möglichst genaue Angaben über Gesammtzahl in Web- und Spinnereien beschäftigter Kinder und Erwachsener beiderlei Geschlechts vermitteln zu helfen. Dauer der Arbeitszeit, Lohnverhältnisse, Krankheit, Sterblichkeit, Durchschnittsbedürfnisse für Familien und Einzelne thunlichst angeben. In Werdau, Zwickau, Meerane regen Sie schleunigst dasselbe an. Eilt, wegen der Arbeiterschutzgesetze. — Gesandtes wird bestens verwendet. Freundlichen Dank.

Quittung. Rschr Zittau Schr. 4,30. Lkf Wien Ann. 3,00. Mhrs Hanau Ab. 1,60. Strm u. Kppe hier Ann. 6,60. Brtl M. Schönberg Ab. 8,23. Btchr Cöthen Schr. 1,12. Altr Mainz Schr. 0,60. Kls Buckau Schr. 4,65. Hrfrt Hohenstein Schr. 1,20. Rhwr Bremen Schr. 30,96. Rmz Wien Ab. 20,00. J. Lmbrd Paris Ab. 48,00. Grd Stötteritz Ab. 8,40. Bnch Saalfeld Ab. 20,00. Gr Osnabrück Ab. 8,50. Stfwts Neusatz Ab. 1,32. Rchtr Fischendorf Schr. 0,90. Zchrds Hermannstadt Schr. 11,20. Hch Frankfurt Ab. 19,40. Kppl Schwarzenbch Schr. 2,65. Ott Teuchern Schr. 6,08.

Wahlfonds.

Von F. aus Leutsch Liste 100 4,00.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Leipzig. Arbeiter-Bildungs-Verein.

Sonntag, den 18. März, veranstalten wir im „Hotel de Pologne" eine [210

Abendunterhaltung

wozu Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden.

Anfang: 7 Uhr.

Am letzten Montag hat ein **Cursus in der Literaturgeschichte** begonnen, sich dafür Interessirende können am Montag Abend 8 Uhr noch beitreten. — Auf unsern Zeichnenunterricht machen wir nochmals aufmerksam, derselbe findet jeden Sonntag von 1—3 Uhr statt. Aufnahme jeden Abend von 8½ Uhr an Ritterstr. 43 II. Beitrag monatlich 60 Pf. [60

Leipzig. Donnerstag, den 15. März, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag über das Armen- und Heimatsgesetz. Referent J. Motteler.

Der Agent. [60

Leipzig. Montag, den 19. März, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag über die Pariser Commune, kritisch-historische Skizze nach Lissagaray. Referent W. Liebknecht.

90] Der Einberufer.

Osnabrück. Donnerstag, den 15. März, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Kuhlmann, Altemünze 22:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag. Verschiedenes. Referent Herr Kühn aus Osnabrück.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht [80

P. Krowiarz.

Ottensen. Donnerstag, den 15. März, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's Salon, 1. Treppe:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Wie wollen wir uns hier in Ottensen organisiren. Sämmtliche Parteigenossen ersuche ich zu erscheinen [0,70

F. Heerhold.

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complett

kann erst mit Ende März d. J. versandt werden. Mehrere Nummern sind total vergriffen und ist Nachdruck nicht eher möglich, da unsere neue Maschine früher nicht eintrifft und laufende Aufträge unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen.

Wir empfehlen also lieferbar wie oben angegeben:

Die Neue Welt.

Erster Jahrgang, 1876, complett.

Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. francs.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit".

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Statistische Tafel

der

sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage.

Eine genaue Zusammenstellung der Gesammtresultate (sozialistische und gegnerische Stimmen) derjenigen Wahlkreise, in welchen bei dem diesjährigen Wahlgange sozialistische Candidaten aufgestellt waren, unter Einschluß der engeren Wahlen zwischen Sozialisten und Candidaten anderer Parteien.

Für 20 Pf. zu beziehen vom Verleger August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg, an den alle Bestellungen zu richten sind.

Soeben erschien:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und Jr. Jourde.

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.
Färberstraße 12/II.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.

Von **Georg Vollmar.**

Preis pro Exemplar 15 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 32. Freitag, 16. März. 1877.

Zur Beachtung!

Abonnements auf den „Vorwärts" und die „Neue Welt", Bestellungen auf Schriften, sowie alle Geldsendungen und Annoncen sind **nur** an die Expedition, hingegen Berichte und Correspondenzen **nur** an die Redaktion des betreffenden Blattes zu adressiren.

Leipzig, im März.

Die Redaktion u. Expedition.

Die Privilegien des Kapitals.

Um die Verhältnisse, in denen der Arbeiter lebt, richtig würdigen zu können, ist es nöthig, die Vorrechte in's Auge zu fassen, welche das Kapital in der heutigen Gesellschaft genießt.

Wir wollen versuchen, dies im Nachstehenden an Beispielen klar zu machen.

Gehen wir deshalb von der Annahme aus, indem wir die heutige Krisis völlig bei Seite setzen und uns in eine günstige Arbeitslage hineindenken, daß die Einnahme eines Arbeiters durchschnittlich 300 Thlr. das Jahr beträgt, welche Annahme die thatsächlichen Verhältnisse auch in den besseren Zeiten noch um ein bedeutendes übersteigt, und daß der Zinsfuß 5 Proz. sei, so finden wir durch einfache Regeldetrie, daß, um 300 Thlr. zu erlangen, bei einem Zinsfuß von 5 Proz. 6000 Thlr. Kapital nöthig sind. Hieraus folgt, daß eine Person, welche 6000 Thlr. besitzt, mit einem Arbeiter, dessen jährliche Einnahme 300 Thlr. beträgt, auf gleichem Fuße steht; jedoch mit dem Unterschiede, daß während die Genüsse beider gleich, die Anstrengungen verschieden sind, insofern als ersterer für seine Einnahmen nichts thut, letzterer für seine Einnahme arbeiten muß. Nehmen wir an, daß die Einnahme von 300 Thlr. nöthig ist zur Bestreitung der Lebensbedürfnisse, welche wiederum nicht anders, als durch Arbeit erzeugt werden können, so folgt, daß für den Unterhalt eines Kapitalisten mit 6000 Thlr. die Arbeitskraft einer Person erforderlich ist und da er selbst nicht arbeitet, die Gesellschaft für ihn einen Arbeiter stellen muß, der die Arbeit zu seiner Unterhaltung verrichtet. In aufsteigender Linie haben wir dann für einen Kapitalisten von 60,000 Thlr. 10 Arbeiter, von 600,000 Thlr. 100 Arbeiter, von 6,000,000 Thlr. 1000 Arbeiter oder mit andern Worten: Ein Kapitalist mit 6 Millionen Thalern hat unter den bestehenden sozialen Verhältnissen das Privilegium, die Arbeitskraft von 1000 Personen zu absorbiren.

Nimmt man an, daß von dem vorhandenen Nationalvermögen auf jeden Kopf der Bevölkerung 1000 Thlr. kommen würden (wie solches vor Jahresfrist für Dänemark ermittelt worden ist), so haben wir für einen Staat von 40 Millionen Einwohnern, unter gleichartigen Verhältnissen situirt, das Nationalvermögen gleich 40,000 Millionen Thaler, welche zu 5 Proz. 2000 Millionen Thaler Zinsen einbringen, die von der arbeitenden Bevölkerung jährlich aufgebracht werden müssen.

Ermitteln wir nun die Anzahl der arbeitsfähigen Personen. Daß wir hierbei Kinder und Greise ausschließen müssen, versteht sich von selbst.

Nach den statistischen Angaben über die Bevölkerungs-Verhältnisse verschiedener civilisirter Staaten, ergiebt sich, daß die Anzahl der Personen unter 15 und über 70 Jahren ungefähr $^4/_{10}$ und von 15 bis 70 Jahren $^6/_{10}$ der Gesammtbevölkerung beträgt. Da von den letzteren die Hälfte dem weiblichen Geschlechte angehört, welche nicht als Arbeiter betrachtet werden dürfen, so bleiben $^3/_{10}$ der Gesammtbevölkerung als Arbeiter übrig (der Ausdruck „Arbeiter" hier in seiner großen Allgemeinheit genommen). Rechnet man hiervon noch ab die Krüppel, Kranken und Kapitalisten mit $^1/_{20}$, so bleibt $^1/_4$ der Gesammtbevölkerung zur Arbeit, körperliche sowohl als geistige, übrig; auf eine Bevölkerung von 40 Millionen also 10 Millionen Männer.

Die Einnahme dieser 10 Mill. Arbeiter, jede mit 300 Thlr. gerechnet, beträgt demnach 3000 Millionen Thaler. Das Kapital beansprucht, wie wir oben gesehen haben, eine Steuer von 2000 Millionen Thalern; mithin ist also eine Gesammtproduktion nöthig von 5000 Millionen Thalern.

Mit andern Worten: Das Kapital nimmt von der gefertigten Arbeit nahezu die eine Hälfte und läßt dem Arbeiter die andere Hälfte. Ein ganzer Arbeitstag zerfällt also in zwei Hälften, wovon Dem, der arbeitet, nur die Eine gehört.

Zum Glück für den Arbeiter werden die obigen 2000 Millionen Thaler Werthe nur zum kleinsten Theile aufgespeichert; theilweise dienen sie auch als Ersatz der durch Natur- oder sonstige Ereignisse herbeigeführten Vermögensbeschädigungen; ein großer Theil aber verfällt der Consumtion. Die obigen Verhältnisse lassen sich auch so auffassen, daß für 5000 Millionen Thaler Werthe produzirt werden, wovon 3000 Millionen Thaler von den Produzenten und 2000 Millionen Thaler von den Kapitalisten consumirt werden. Oder, würde das Kapital auf seine extraordinären Genüsse verzichten, so wäre nur $^3/_5$ der Arbeitskraft oder Arbeitszeit nöthig, um dem Arbeiter die Stellung zu sichern, welche er heute einnimmt; bei derselben Arbeitszeit aber wie heute würde seine Einnahme im Verhältniß von 3 zu 5 steigen, also von 300 auf 500 Thaler.

Die große Steuer, welche das Kapital auf die Produktion legt, hat nicht nur die Beeinträchtigung des Arbeiters zur Folge, sondern ist auch die Ursache, daß die Arbeitszeit falschen Zielen zugewendet wird. Der Arbeiter ist an der falschen Direktion seiner Kräfte nicht schuld. Das Kapital giebt der Arbeitskraft die Richtung, in welcher sie zu wirken hat, und wie wir aus dem Obigen entnehmen können, geschieht dies hauptsächlich in der Richtung kostspieliger Genüsse, in der Unterhaltung nutzloser Geschöpfe und Ausführung zweckloser Pläne. Die menschliche Arbeitskraft, welche z. B. nöthig ist, um Luxusthiere aller Art zu unterhalten, wäre besser angewendet für die Unterhaltung der Armen. Die menschliche Arbeitskraft, welche erforderlich ist, fremde Weine und Delikatessen aller Art aus entfernten Ländern und Welttheilen zu holen, wäre zum mindesten vorläufig besser angewendet in der Gewinnung unentbehrlicher Lebensmittel. Die Arbeitskraft, welche aufgewendet wird, um den Launen und Capricen hoher Herrschaften zu genügen, wäre besser angewendet in der Pflege und Unterstützung kranker Personen. Wie weit die Lenker der Arbeitskraft sich von der Bahn des Nützlichen und Nothwendigen entfernen können, davon legen u. a. die Pyramiden Egyptens noch heute Zeugniß ab. Um diese Grabstätten ehemaliger Könige aufzuführen, war die Arbeitskraft von Tausenden und Abertausenden von Sklaven nöthig, die, wenn in richtige Bahnen gelenkt, zur Verschönerung des Daseins dieser Tausende hätte dienen können.

Das Kapital hat auch noch seine Sklaven und baut heute noch Pyramiden, wie es die Pharaonen thaten, wenn auch nur von kurzer Dauer, aber nicht minder unter Vergeudung der Arbeitskraft des Volkes. —

Aus vorstehenden Angaben aber ersieht man, wie das Kapital die Arbeitskraft ausbeutet, wie in Wirklichkeit die Produkte der Arbeitskraft von anderen Mächten getheilt werden.

Betrachtet man nun aber noch, daß bei vorstehenden Angaben nur mit einem Zinsfuße von 5 Prozent gerechnet, daß aber der Kapitalgewinn durchweg ein bedeutend höherer ist, weil neben den Zinsen noch die sogenannte Risikoprämie florirt, dann stellt sich die Aufspeicherung des Nationalreichthums verbunden mit der Consumtion der Kapitalisten und Unternehmer noch bedeutend höher, so daß man leicht erkennen kann, wie vernichtend die Privilegien des Kapitals auf die Stellung der Arbeiter wirken müssen.

Die Gesellschaft ein Organismus.

III.

Es ist kaum glaublich, daß es Männer von Geist und Wissenschaft geben sollte, welche den communistischen Staat allen Ernstes für eine Kasernen-Wirthschaft und für das Ende der Freiheit und des Fortschritts halten sollten, anstatt ihn als die endliche Erfüllung aller Weissagungen eines goldnen Zeitalters zu begrüßen. Wir nehmen lieber zur Ehre der Menschheit an, daß solche entweder die gesellschaftliche Frage nicht gründlich untersucht haben, oder aus Mangel an sittlichem Muthe ihren geheimen Beifall durch offene Verkleinerung der communistischen Wissenschaft verbergen. Wir dürfen ihnen aber schlechterdings keine Entschuldigung, keinen Vorwand für ein solches Gebahren lassen. Für jeden Staatsangehörigen besteht die Verpflichtung, die Gesetze seines Landes zu kennen; für einen Wissenschaftler ist es vollends eine Schande, den Stand der zeitgenössischen Wissenschaft nicht wenigstens in den Umrissen zu überblicken; für staatswissenschaftlich Gebildete bleibt es endlich eine unauslöschliche Schmach, gar keine Kenntniß von dem wissenschaftlichen Lehrgebäude des Communismus — der Lehre vom zukünftigen Gesellschafts-Organismus, sondern vielmehr die aller abgeschmacktesten Vorurtheile darüber zu besitzen.

Könnte es wirklich im Lichte unsers Jahrhunderts einer Gesellschaft ehrlich Arbeitender einfallen, die Freiheit beschränken, die wirkliche Wissenschaft und die wirkliche Kunst verkümmern, oder als Luxus gänzlich beseitigen, ja nur die Handarbeit über die Kopfarbeit stellen zu wollen? Könnte wirklich die sozialistische Arbeiterverbrüderung so unsinnig sein zu meinen, daß ihr Zukunftsstaat durchgesetzt werden möchte, ohne den Beifall aller denkenden und rechtlichen Menschen, die Gerechtigkeit und Vernunft ihrer Sache zu Bundesgenossen zu haben? Ist nicht schon ihre Absicht der Völkerverbrüderung, durch welche der Barbarei der Völkerkriege und des tödtlichen Völkermitbewerbs auf dem Weltmarkte gesteuert werden soll und wird, eine Bürgschaft des wahrhaft fortschrittlichen Geistes dieser Arbeiter? Ist nicht ihre Forderung einer allgemeinen gehobenen Volkserziehung eine weitere Bürgschaft desselben? Ist es nicht nicht ihr fester Entschluß, der schimpflichen Herrschaft des Geldsacks überall ein Ende zu machen? Wo in aller Welt könnten die wirklichen Vertreter der Wissenschaften und Künste einen zuverlässigern Bundesgenossen im Kampfe gegen die Mammons-Herrschaft finden als unter den sozialistisch gesinnten Arbeitern? Wer ist so sehr durch die Natur der Verhältnisse darauf angewiesen, selbst zu denken, selbst zu forschen, sich selbst geistig und sittlich weiter zu bilden, und ebendarum die Wissenschaften und Künste zu ehren und schätzen, als eben diese Arbeiter? Und ist nicht endlich ihre Idee des allgemeinen selbstherrlichen Genossenschaftswesens das Ei des Columbus für die Lösung aller schwierigen Aufgaben der Zukunft?

Jeder selbstdenkende Wissenschaftler und Künstler wird wenigstens im Stillen sich diese Fragen so wie wir beantworten. Entwickeln wir aber diese Idee des allgemeinen Genossenschaftswesens etwas weiter! Es soll jeder nützliche und fortschrittliche Beruf durch freie Vergesellung seiner Vertreter sich ausschließlich selbst Gesetze geben; die streitigen Fragen zwischen den verschiedenen Berufen sollen friedlich von Zeit zu Zeit durch die Abgeordneten der Vertreter vereinbart werden; es soll kein berechtigter Beruf durch irgend welchen Einspruch von außen vergewaltigt werden können. Und da die Vertreter jedes Berufs international organisirt sein werden, so sollen die Beschlüsse der Genossenschaften von keiner Staatsgewalt anders als durch friedliche Vereinbarung abgeändert und Gesetze werden können. Wie wäre dieses Alles möglich ohne eine starke Bethätigung der Wissenschaft und Kunst?

Man wird diesen Gedanken bei genügender Ueberlegung durchaus billigen müssen, aber man wird vielleicht einwenden, daß es dann keine Behörde gebe, um endgültig zu entscheiden, welche Berufe und Genossenschaften berechtigt und zu dulden seien, und welche nicht. Geben wir dies einmal zu. Wer wagt es zu glauben, daß sich eine Genossenschaft der Prostituirten, oder der Diebe, oder der Räuber, oder der Falschmünzer u. s. w. bilden werde, um am Tageslichte berufliche Anerkennung zu finden? — Gewiß Niemand. Aber würden sie nicht im Stillen ihr Gewerbe forttreiben? — Nur, wenn der Volksgeist sie dazu ermuthigte, welcher aber vielmehr mit Argus-Augen darüber wachen wird, daß Niemand anders als durch redliche Arbeit seinen Unterhalt finde. Dieser selbe Volksgeist aber wird auch den Pfaffen das Handwerk legen, und zwar von vorn herein überall außer vielleicht in angelsächsischen Ländern, sowie in einigen katholischen Winkeln. Er wird es ohne alle Gewalt durch das Gewicht der öffentlichen Meinung thun; es wird Niemand mehr Theologie studiren, Niemand mehr eines Seelsorgers bedürfen, es wird jeder Geistliche, der sich nicht anderweit nützlich zu machen sucht, als ein Müßiggänger in allgemeine Mißachtung verfallen. Die Schule endlich, welche ganz von den Vertretern des Lehrberufs verwaltet wird, und nur Wissenschaft als Belehrungsquelle anerkennt, wird dem heranwachsenden Geschlecht begreiflich machen, daß die allein wahre Religion in freier Sittlichkeit bestehe. Und so mit allen heutigen Berufsarten, welche verkleideter Müßiggang und Vorwand bloßer Ausbeutung sind. Soviel können wir unsern Gegnern versichern, daß die sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft eine geistige Befreiung großer Volksmassen nicht nur voraussetzt, um überhaupt Aussicht auf Sieg zu haben, sondern auch naturwüchsig erzeugt. Aus dem arbeitenden Volke selbst entspringt in unserm reaktionären Zeitalter mit Naturnothwendigkeit ein geistiges Wachsthum, welches die Nußschalen des anerzognen Aberglaubens und des nationalen, religiösen und beruflichen Vorurtheils ohne alle Anstrengung sprengt. Einige Züge dieses geistigen Wachsthums der Arbeitermassen haben wir schon im letzten Artikel berührt; was dazu noch fehlt, dafür lassen wir den Druck von Seiten unserer gegnerischen Mächte sorgen. Man sieht also schon aus dem Erwähnten, daß der sittliche und selbstdenkende Geist, welchen der Sozialismus der Arbeiter großzieht, alle Befürchtungen zerstreut, welche betreffs der Vielregiererei, der Vergewaltigung berechtigter Interessen unter dem Communismus gehegt werden mögen.

Und wie wird es mit der Vergütung jeder Art Arbeit gehalten werden? — Nun, sie wird nicht von Staats wegen verordnet, sondern ebenfalls zwischen den Berufsarten vereinbart. Für das heranwachsende neue Geschlecht ist eine Schwierigkeit hierbei überhaupt nicht vorhanden; denn jeder Mensch wird zugleich wissenschaftlich, künstlerisch und in mehrseitiger körperlicher Geschicklichkeit wohlerzogen sein, so daß eine Verschiedenheit der Ansprüche an's Leben nur innerhalb enger Grenzen denkbar bleibt. Für das erste Geschlecht aber wird die Arbeitsvergütung sich nach Angebot und Nachfrage richten, nur daß es von selbst Niemandem, geschweige allen Vertretern eines einzelnen Berufs, einfallen würde, Forderungen zu stellen, welche vielen Streit erregen könnten. Wenn einmal erst mit der ganzen Vergangenheit gebrochen ist, wenn die große Mehrzahl der Stimmfähigen — und zwar gleichzeitig bei mehreren Völkern — sich entschlossen hat, einen vernünftigen und gerechten Gesellschafts-Organismus zu begründen, alle Ausbeutung unmöglich und die Wissenschaft, Kunst und die vernünftigen leiblichen Bedürfnisse zu Richtschnuren aller Gesetze zu machen; wenn der Grundsatz einmal anerkannt ist, daß außer den Arbeitsunfähigen Niemand ohne ehrliche Arbeit soll leben dürfen: dann wird sich die unbekehrte Minderheit geduldig fügen, wenn sie nicht vielmehr durch den großartigen sittlichen Aufschwung der Völker bekehrt wird.

Wir sind überzeugt, daß, wenn der friedlichen Propaganda der sozialistischen Idee keine gewaltsamen Hindernisse entgegengeworfen werden, der Uebergang in den Zukunfts-Organismus ohne alle Erschütterung stattfinden könnte; ja, daß selbst eine so oft entsetzlich mißhandelte Arbeiterbevölkerung wie die Pariser alle Rachegedanken gegen die Meuchelmörder von 1848 und 1871 auf dem Altare des Vaterlands und der Menschlichkeit opfern würde. Andrerseits wird der keimende neue Gesellschafts-Organismus mit derselben spielenden Leichtigkeit alle Fesseln sprengen, welche etwaige Staatsthorheit ihm anzulegen versuchen mag, wie schwache Baumwurzeln, ja zarte Moose und Algen Felsen sprengen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Fürst Bismarck hat am letzten Sonnabend eine an Pikanterien reiche Rede über den Reichstag ausgegossen, deren Quintessenz die Klage darüber war, auf wie schwachen Füßen doch das „Reich" stehe und wie wenig Vertrauen man auf dessen kräftige Entwicklung setzen könne; ja, wie schon gegenwärtig die Funktionen der Reichsregierung still stehen würden, wenn nicht der Reichskanzler auch zugleich preußischer Ministerpräsident und dadurch im Stande wäre, wenigstens den mächtigsten Particularismus in Deutschland einigermaßen den Reichszwecken unterzuordnen. Uebrigens sind wir der Meinung, daß der mächtige preußische Particularismus dem Reichskanzler nicht so sehr mißfällt, da er demselben durchaus nicht zu Leibe geht.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt über das Debut des Reichskanzlers folgendermaßen: „Das Auftreten des Reichs-

— Arbeitsausschluß. In Delmenhorst bei Bremen sind einzelne Cigarrenarbeiter wegen Agitation für die Partei aus der Arbeit entlassen worden, weshalb sämmtliche Arbeiter einiger Fabriken die Arbeit eingestellt haben. Zuzug ist abzuhalten. Frick. Reißer.

— „Thüringer Volksblatt" — unter diesem Titel ist in Meiningen ein neues Parteiblatt erschienen, dem wir gutes Gedeihen wünschen.

Correspondenzen.

Karlsruhe, 26. Februar. Ein hiesiger, schon längere Zeit arbeitsloser Buchbinder versuchte heute Morgen sich und zweien seiner Kinder mittelst Erstechens das Leben zu nehmen. Der Unglückliche und die Kinder wurden verwundet in das städtische Spital gebracht und man zweifelt an dem Aufkommen des erstern, da er sich den Stich unter dem Herzen beibrachte. Verzweiflung über anhaltende Verdienstlosigkeit und deren schwere Folgen wird als Anlaß der That angegeben.

Schwabach. Vergangenen Sonntag, den 4. März, hatten wir, nachdem hierselbst seit mehreren Jahren die Agitation fast ganz geschlummert hatte, eine ausgezeichnet gut besuchte Volksversammlung. Flur, Treppe und Bodenraum, von welch' letzterm Luftlöcher in den Saal hinabführen, waren mit Menschen besetzt, welche dem gediegenen Vortrage unseres Parteigenossen Carl Grillenberger aus Nürnberg lauschten. Die Tagesordnung lautete: Die Bestrebungen der Sozialdemokratie und die verflossenen Reichstagswahlen. Der Referent besprach in anderthalbstündiger glänzender Rede die oben erwähnte Tagesordnung und erntete allgemeinen Beifall. Hätten wir vor der Wahl eine solche Versammlung abhalten können, so hätten wir statt 55 wohl viermal so viel Stimmen an hiesigem Orte für unseren Candidaten bekommen. Bei der Wahl 1874 wurden in unserem ganzen Wahlkreise 5 Stimmen abgegeben, diesmal waren es doch 149, obwohl keine Versammlung oder Agitation stattfand; und wenn uns die Nürnberger Genossen, wie sie es uns versprochen, mit Rednerkräften unterstützen, so wollen wir es unseren Liberalen und Fortschrittlern zur nächsten Wahl schon warm machen.
Georg Feil.

Halle. Eine musterhafte Polizei nach preußischer Art besitzt unsere Stadt. Gegen unsern dortigen Genossen Restaurateur Rödiger regnet es förmlich Strafmandate, und zwar meistens wegen — Duldens von Gästen über die Polizeistunde hinaus. Während viele andere Lokale geöffnet sein können, so lange es beliebt, werden bei R. fast regelmäßig jeden Abend polizeiliche Revisionen angestellt, und falls man 10 Minuten nach 11 Uhr noch einen Gast antrifft, wird ohne Rücksicht mit Strafe vorgegangen. Auf Grund einer siebenmaligen Bestrafung der angegebenen Art führt nun die Polizeiverwaltung Klage gegen R. und beantragt Entziehung der Conzession zum Schankbetrieb, glaubt sich auch zu der Behauptung berechtigt, daß bei R. die Völlerei gefördert wird, ohne dafür aber irgend einen anderen Beweis zu haben. Bis jetzt hat das Verwaltungsgericht zu Merseburg dem Antrage nicht entsprochen, was hoffentlich auch später nicht geschehen wird, da ein triftiger Grund nicht vorhanden ist. Wieder eine treffliche Illustration zum Kapitel vom „Rechtsstaate" bildet die Sache jedoch, wenn man sieht, daß die Polizei für das nächtliche Treiben in anderen Lokalen nicht so offene Augen hat, resp. duldet, daß in denselben viel später sich noch Gäste befinden, während sie gegen unseren Genossen Strafmandate in Höhe von zusammen 117 Mark im Laufe eines halben Jahres erlassen hat, weil er seine anständigen Gäste nicht um 11 Uhr hinauskomplimentirt. Es lebe der preußische „Rechtsstaat"!

Forst, 11. März. Auch hier ging die letzte Reichstagswahl nicht ohne jede Denunziation vorüber. Unser Parteigenosse Hugo Schmidt, welcher bei der Wahlagitation mit gutem Erfolg wirkte, wurde am 12. Januar auf Requisition der königlichen Staatsanwaltschaft zu Sorau verhaftet. Derselbe befand sich am 6. März auf der Anklagebank wegen Beleidigung des Triebler Bürgermeisters und Verstoß gegen § 130 des Strafgesetzbuchs. Der Staatsanwalt begehrte 8 Monate Gefängniß, der Gerichtshof war aber anderer Ansicht und erkannte im letzten Falle auf Freisprechung, hingegen im ersten Falle auf 3 Monate Gefängniß.

Zittau. Die Wahlen haben trotz unsrer Anstrengungen nicht den Erfolg für uns ergeben, welchen wir erwartet haben. 1874 hatten wir über 1500 Stimmen, und 1877 etwas über 1200 Stimmen, wir haben also 300 Stimmen eingebüßt. Es wurden neun Volksversammlungen abgehalten, wovon zwei auf Zittau und sieben auf die größern Orte kommen, welche alle sehr gut besucht und vom besten Geist beseelt waren. Wir hatten zwei Gegner, Dr. Pfeifer (nat.-lib.) und Fabrikbesitzer Fränkel (fortsch.) Dem letzteren hatten wir's besonders zu danken, daß die Wähler des ersten sächsischen Wahlkreises in eine Aufregung versetzt wurden, wie das hier noch nie der Fall war. Die Fortschrittler und Nationalliberalen bekämpften sich heftig, uns gegenüber aber bildeten sie „eine reaktionäre Masse". Alle möglichen Verleumdungen wurden Tag für Tag in Zeitungen und Flugblättern gegen uns geschleudert, auch in Versammlungen ging's über die bösen Sozialisten her, besonders wenn die Gegner merkten, daß von diesen keiner anwesend war. Neben den Kämpfen mit unsern politischen Gegnern hielten auch die Behörden scharfen Ausblug nach uns. So wurden zwei unsrer Genossen zu 15 Mark Geldbuße und in die Kosten verurtheilt, weil sie während der Wahlagitation auch Kalender verkauft hatten; da aber selbstredend Geld nicht vorhanden war und die Exekution ebenso selbstredend fruchtlos ausfiel, wurden ihnen drei Tage Gefängniß zuerkannt, die sie denn auch abgebüßt haben. Aber trotz unsrer Niederlage und allen Verfolgungen hat uns der Muth nicht verlassen; freudig kämpfen und streiten wir weiter, und gewonnen haben wir trotz alledem in der öffentlichen Meinung diesmal mehr als vor drei Jahren, das haben die zwei Volksversammlungen, welche wir nach der Wahl abgehalten haben, zur Genüge bewiesen. Genosse Keller (Görlitz) unterstützte uns nach Möglichkeit, was wir dankend anerkennen. Unsre „Zittauer Nachrichten" leisten seit der Wahl ungemein viel Scheerenarbeit, alle Schundartikel, die sie aus andern Blättern gegen uns Sozialdemokraten nur aufgabeln kann, werden gebracht und die sogenannte „Oberlausitzer Dorfzeitung" geht als würdige Nachbarin voran. In einem Herzenserguß derselben vom 3. März heißt es wörtlich: „der sozialistische Zukunftsstaat soll am besten sich unter einem Schweinestall vorstellen lassen." Auch der Reichstagsabgeordnete und Parteigenosse Fritzsche wird darin auf sehr gemeine Weise angegriffen. Nun immer zu so, wenn die Gegner so weiter kämpfen, werden ihre Waffen bald stumpf sein. Die Arbeitslosigkeit, die Noth und der Kummer werden dadurch noch beseitigt, denn wenn der Oberlausitzer Handweber die Woche jetzt 3 Mark verdient, so kann er sich glücklich schätzen gegen die vielen Hunderte, die gar nichts verdienen. Ihr Herren Gegner mit dem Fischgehirn, gebt Mittel und Wege an, wie der Arbeiterstand sich aus diesem Elende heraus winden kann, mit dem bloßen Geschimpfe auf die Sozialdemokraten werdet ihr nichts gewinnen.
F. Renke, Agent.

Lambrecht, 27. Februar. Die geistigen Waffen unserer Herren Arbeitgeber hier bestehen in Denunciationen und Maßregelungen. Als Belege mögen folgende Beispiele dienen. Am 7. September fand im Saale des Herrn L. Jung eine stark besuchte Volksversammlung statt, in der als Referent A. Dreesbach anwesend war, mit dessen gediegenem Vortrag die Versammlung vollständig einverstanden war. Am Schlusse der Versammlung veranlaßte der Vorsitzende A. Richter eine Tellersammlung, wogegen die anwesende Polizei nichts einzuwenden hatte. Da nun aber einige von den Fabrikanten sahen, daß die Stimmung für den Arbeitercandidaten günstig war, wußten sie ihrem Unmuthe nicht anders Luft zu machen, als daß sie eine Denunciation wegen unerlaubten Collektirens bei der Staatsanwaltschaft einreichten, worauf A. Richter vom Landgericht zu Neustadt a. d. H. zu 20 Mark event. 6 Tagen Haft, H. Schikedanz und Ph. Ohler zu je 15 Mark event. 4 Tagen Haft verurtheilt wurden. Auf von den Beklagten erhobene Berufung erfolgte jedoch Freisprechung seitens des Bezirksgerichts Frankenthal. Das vorläufige Ende dieses Liedes ist, daß der oberste Gerichtshof auf die Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft hin den Prozeß an die erste Instanz zu anderweitigen Verfahren zurückverwiesen hat. Ferner fand am 7. November 1876 bei dem Vertrauensmann sowie bei dem Kassirer der Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter eine Haussuchung statt, wobei die Bücher der Genossenschaft mit Beschlag belegt und der gesammte Ausschuß in Anklagezustand versetzt wurden, weil er einem Verein, der politische Tendenzen verfolge, präsidire. Es fand auch ein Verhör mit 22 ausgetretenen Mitgliedern statt, ohne aber das gewünschte Resultat zu liefern. Auf mehrmaliges Ersuchen gab uns das Gericht endlich das Kassenbuch zurück, alle sonstigen Bücher und Schriftstücke befinden sich noch in den Händen des Gerichts.

Nach der Wahl, welche hier und in der Umgegend die Mehrheit für Dreesbach ergab (hier erhielt Dreesbach 201, Jordan, nationalliberal, 186, Herf, conservativ, 24, Moehl, ultramontan, 54 Stimmen), wußten die Fabrikanten nichts besseres zu thun, als sofort Maßregelungen vorzunehmen, welche in erster Reihe A. Richter und Ph. Ohler getroffen haben. Ersterer ist Familienvater. Weitere Maßregelungen sind angedroht, so daß sich die Genossenschaft wahrscheinlich hier auflösen wird. Die Fabrikanten bilden sich ein, sie könnten dadurch die Bewegung hier lahm legen, was ihnen aber nicht gelingen wird.

Eberstadt. Wie bekannt ist, war hier in unserem Wahlkreis Herr J. Most als Candidat aufgestellt, aber noch kurz vor der Wahl durfte man sich kaum getrauen, den Namen Most auszusprechen, ohne verhöhnt zu werden, da auf einmal änderte sich die Sache. Am 7. Januar wurde hier eine Volksversammlung abgehalten, in welcher Parteigenosse Fleischmann aus Frankfurt referirte und wobei es den hiesigen Arbeitern wie Schuppen von den Augen fiel und es ihnen klar wurde, in welcher Lage sie sich befinden. Von unsern Gegnern hatten sich viele in dieser Versammlung eingefunden, aber nicht Einer getraute sich nur ein Wort zu entgegnen. Der Erfolg dieser Versammlung war, daß für unsern Candidaten 140 Stimmen abgegeben wurden; bei der Wahl 1874 hatten wir 38 Stimmen. Damit aber noch nicht genug, sofort traten einige unerschrockene Arbeiter zusammen und forderten die übrigen Arbeiter zur Gründung einer Mitgliedschaft auf; natürlich bieten die Gegner jetzt alles auf, um uns zu verdrängen, was ihnen aber nicht gelingen wird.

Briefkasten

der Redaktion. M. B. in Groß-Steinheim: Die betr. Briefe sind uns nicht zugegangen. — H.: Ihr Artikel „Ueber Produktion im Großen und Kleinen" ist nicht zu verwerthen. — B. in Bernburg: H. hat nicht so reizbare Nerven, wie Herr v. Bismarck. Bei einer so offenkundigen Verläumdung, wie das „Bernburger Wochenblatt" sie gegen H. schleudert, ruft derselbe den gesunden Sinn des Volkes als Richter an. Im Uebrigen bedankt er sich auch dafür, sich mit allerlei Preßgesindel herumzuschlagen.

der Expedition. Uh in C.: Ja — Preis bekannt. Bitte freundlichst möglichst genaue Angaben über Gesammtzahl in Web- und Spinnereien beschäftigter Kinder und Erwachsener beiderlei Geschlechts vermitteln zu helfen. Dauer der Arbeitszeit, Lohnverhältnisse, Krankheit, Sterblichkeit, Durchschnittsbedürfnisse für Familien und Einzelne thunlichst angeben. In Werdau, Zwickau, Meerane regen Sie schleunigst dasselbe an. Eilt, wegen der Arbeiterschutzgesetze. — Gesandtes wird bestens verwendet. Freundlichen Dank.

Quittung. Rschr Zittau Schr. 4,80. Ltt Wien Ann. 3,00. Mhrs Hanau Ab. 1,60. Strm u. Kppe hier Ann. 6,60. Brtl M. Schönberg Ab. 8,23. Bttchr Cöthen Schr. 1,12. Altr Mainz Schr. 0,60. Kls Buckau Schr. 4,65. Hrfrt Hohenstein Schr. 1,20. Rhwr Bremen Schr. 30,96. Nmz Wien Ab. 20,00. J. Lmbrd Paris Ab. 48,00. Grd Stötteritz Ab. 8,40. Bnch Saalfeld Ab. 20,00. Gr Osnabrück Ab. 8,50. Stfwts Neusatz Ab. 1,32. Rchtr Fischendorf Schr. 0,90. Zchrds Hermannstadt Schr. 11,20. Hch Frankfurt Ab. 19,40. Kppl Schwarzenbch Schr. 2,65. Ott Teuchern Schr. 6,08.

Wahlfonds.

Von F. aus Leutsch Liste 100 4,00.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.
Die Expedition des „Vorwärts".

Arbeiter-Bildungs-Verein.

Leipzig. Sonntag, den 18. März, veranstalten wir im „Hotel de Pologne" eine [210

Abendunterhaltung

wozu Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden.
Anfang: 7 Uhr.

Am letzten Montag hat ein **Cursus in der Literaturgeschichte** begonnen, sich dafür Interessirende können am Montag Abend 8 Uhr noch beitreten. — Auf unsern Zeichnenunterricht machen wir nochmals aufmerksam, derselbe findet jeden Sonntag von 1—3 Uhr statt. Aufnahme jeden Abend von 8½ Uhr an Ritterstr. 43 II. Beitrag monatlich 60 Pf. [60

Leipzig. Donnerstag, den 15. März, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag über das Armen- und Heimatsgesetz. Referent J. Motteler. Der Agent. [60

Leipzig. Montag, den 19. März, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag über die Pariser Commune, kritisch-historische Skizze nach Lissagarey. Referent W. Liebknecht.
90] Der Einberufer.

Osnabrück. Donnerstag, den 15. März, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Kuhlmann, Altemünze 22:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag. Verschiedenes. Referent Herr Kühn aus Osnabrück. [80
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht P. Krowiarz.

Ottensen. Donnerstag, den 15. März, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's Salon, 1. Treppe:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Wie wollen wir uns hier in Ottensen organisiren.
Sämmtliche Parteigenossen ersuche ich zu erscheinen [0,70
F. Heerhold.

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complett

kann erst mit Ende März d. J. versandt werden. Mehrere Nummern sind total vergriffen und ist Nachdruck nicht eher möglich, da unsere neue Maschine früher nicht eintrifft und laufende Aufträge unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen.

Wir empfehlen also lieferbar wie oben angegeben:

Die Neue Welt.

Erster Jahrgang, 1876, complett.

Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. franco.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit".

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.
Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Statistische Tafel

der

sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage.

Eine genaue Zusammenstellung der Gesammtresultate (sozialistische und gegnerische Stimmen) derjenigen Wahlkreise, in welchen bei dem diesjährigen Wahlgange sozialistische Candidaten aufgestellt waren, unter Einschluß der engeren Wahlen zwischen Sozialisten und Candidaten anderer Parteien.

Für 20 Pf. zu beziehen vom Verleger August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg, an den alle Bestellungen zu richten sind.

Soeben erschien:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und **Jr. Jourde.**

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.
Färberstraße 12/II.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.

Von **Georg Vollmar.**

Preis pro Exemplar 15 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts".

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verlag der „Berliner Freien Presse"

„Märkischen Volksfreund" Verlag des

Zur Uebernahme von Druck-Aufträgen jeder Art und jeden Umfangs, als: Zeitungen, Zeitschriften, Werke, Broschüren, Statuten etc. empfiehlt sich die

Allgemeine Deutsche

Associations-Buchdruckerei

(Eingetragene Genossenschaft)

unter Zusicherung prompter u. reeller Bedienung bei soliden Preisen. Dampfkraft-Betrieb a. Doppel-Schnellpresse. — Accidenzen jeden Genres: Karten, Circulaire, Avise etc.

Buchhandlung Sortiments- Buchdruckerei

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Sanermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baubitz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 32. Freitag, 16. März. 1877.

Zur Beachtung!

Abonnements auf den „Vorwärts" und die „Neue Welt", Bestellungen auf Schriften, sowie alle Geldsendungen und Annoncen sind **nur** an die Expedition, hingegen Berichte und Correspondenzen **nur** an die Redaktion des betreffenden Blattes zu adressiren.

Leipzig, im März.

Die Redaktion u. Expedition.

Die Privilegien des Kapitals.

Um die Verhältnisse, in denen der Arbeiter lebt, richtig würdigen zu können, ist es nöthig, die Vorrechte in's Auge zu fassen, welche das Kapital in der heutigen Gesellschaft genießt.

Wir wollen versuchen, dies im Nachstehenden an Beispielen klar zu machen.

Gehen wir deshalb von der Annahme aus, indem wir die heutige Krisis völlig bei Seite setzen und uns in eine günstige Arbeitslage hineindenken, daß die Einnahme eines Arbeiters durchschnittlich 300 Thlr. das Jahr beträgt, welche Annahme die thatsächlichen Verhältnisse auch in den besseren Zeiten noch um ein bedeutendes übersteigt, und daß der Zinsfuß 5 Proz. sei, so finden wir durch einfache Regeldetrie, daß, um 300 Thlr. zu erlangen, bei einem Zinsfuß von 5 Proz. 6000 Thlr. Kapital nöthig sind. Hieraus folgt, daß eine Person, welche 6000 Thlr. besitzt, mit einem Arbeiter, dessen jährliche Einnahme 300 Thlr. beträgt, auf gleichem Fuße steht; jedoch mit dem Unterschiede, daß während die Genüsse beider gleich, die Anstrengungen verschieden sind, insofern als ersterer für seine Einnahmen nichts thut, letzterer für seine Einnahme arbeiten muß. Nehmen wir an, daß die Einnahme von 300 Thlr. nöthig ist zur Bestreitung der Lebensbedürfnisse, welche wiederum nicht anders, als durch Arbeit erzeugt werden können, so folgt, daß für den Unterhalt eines Kapitalisten mit 6000 Thlr. die Arbeitskraft einer Person erforderlich ist und da er selbst nicht arbeitet, die Gesellschaft für ihn einen Arbeiter stellen muß, der die Arbeit zu seiner Unterhaltung verrichtet. In aufsteigender Linie haben wir dann für einen Kapitalisten von 60,000 Thlr. 10 Arbeiter, von 600,000 Thlr. 100 Arbeiter, von 6,000,000 Thlr. 1000 Arbeiter oder mit andern Worten: Ein Kapitalist mit 6 Millionen Thalern hat unter den bestehenden sozialen Verhältnissen das Privilegium, die Arbeitskraft von 1000 Personen zu absorbiren.

Nimmt man an, daß von dem vorhandenen Nationalvermögen auf jeden Kopf der Bevölkerung 1000 Thlr. kommen würden (wie solches vor Jahresfrist für Dänemark ermittelt worden ist), so haben wir für einen Staat von 40 Millionen Einwohnern, unter gleichartigen Verhältnissen situirt, das Nationalvermögen gleich 40,000 Millionen Thaler, welche zu 5 Proz. 2000 Millionen Thaler Zinsen einbringen, die von der arbeitenden Bevölkerung jährlich aufgebracht werden müssen.

Ermitteln wir nun die Anzahl der arbeitsfähigen Personen. Daß wir hierbei Kinder und Greise ausschließen müssen, versteht sich von selbst.

Nach den statistischen Angaben über die Bevölkerungs-Verhältnisse verschiedener civilisirter Staaten, ergiebt sich, daß die Anzahl der Personen unter 15 und über 70 Jahren ungefähr $^4/_{10}$ und von 15 bis 70 Jahren $^6/_{10}$ der Gesammtbevölkerung beträgt. Da von den letzteren die Hälfte dem weiblichen Geschlechte angehört, welche nicht als Arbeiter betrachtet werden dürfen, so bleiben $^3/_{10}$ der Gesammtbevölkerung als Arbeiter übrig (der Ausdruck „Arbeiter" hier in seiner großen Allgemeinheit genommen). Rechnet man hiervon noch ab die Krüppel, Kranken und Kapitalisten mit $^1/_{20}$, so bleibt $^1/_4$ der Gesammtbevölkerung zur Arbeit, körperliche sowohl als geistige, übrig; auf eine Bevölkerung von 40 Millionen also 10 Millionen Männer.

Die Einnahme dieser 10 Mill. Arbeiter, jede mit 300 Thlr. gerechnet, beträgt demnach 3000 Millionen Thaler. Das Kapital beansprucht, wie wir oben gesehen haben, eine Steuer von 2000 Millionen Thalern; mithin ist also eine Gesammtproduktion nöthig von 5000 Millionen Thalern.

Mit andern Worten: Das Kapital nimmt von der gefertigten Arbeit nahezu die eine Hälfte und läßt dem Arbeiter die andere Hälfte. Ein ganzer Arbeitstag zerfällt also in zwei Hälften, wovon Dem, der arbeitet, nur die Eine gehört.

Zum Glück für den Arbeiter werden die obigen 2000 Millionen Thaler Werthe nur zum kleinsten Theile aufgespeichert; theilweise dienen sie auch als Ersatz der durch Natur- oder sonstige Ereignisse herbeigeführten Vermögensbeschädigungen; ein großer Theil aber verfällt der Consumtion. Die obigen Verhältnisse lassen sich auch so auffassen, daß für 5000 Millionen Thaler Werthe produzirt werden, wovon 3000 Millionen Thaler von den Produzenten und 2000 Millionen Thaler von den Kapitalisten consumirt werden. Oder, würde das Kapital auf seine extraordinären Genüsse verzichten, so wäre nur $^3/_5$ der Arbeitskraft oder Arbeitszeit nöthig, um dem Arbeiter die Stellung zu sichern, welche er heute einnimmt; bei derselben Arbeitszeit aber wie heute würde seine Einnahme im Verhältniß von 3 zu 5 steigen, also von 300 auf 500 Thaler.

Die große Steuer, welche das Kapital auf die Produktion legt, hat nicht nur die Beeinträchtigung des Arbeiters zur Folge, sondern ist auch die Ursache, daß die Arbeitszeit falschen Zielen zugewendet wird. Der Arbeiter ist an der falschen Direktion seiner Kräfte nicht schuld. Das Kapital giebt der Arbeitskraft die Richtung, in welcher sie zu wirken hat, und wie wir aus dem Obigen entnehmen können, geschieht dies hauptsächlich in der Richtung kostspieliger Genüsse, in der Unterhaltung nutzloser Geschöpfe und Ausführung zweckloser Pläne. Die menschliche Arbeitskraft, welche z. B. nöthig ist, um Luxusthiere aller Art zu unterhalten, wäre besser angewendet für die Unterhaltung der Armen. Die menschliche Arbeitskraft, welche erforderlich ist, fremde Weine und Delikatessen aller Art aus entfernten Ländern und Welttheilen zu holen, wäre zum mindesten vorläufig besser angewendet in der Gewinnung unentbehrlicher Lebensmittel. Die Arbeitskraft, welche aufgewendet wird, um den Launen und Capricen hoher Herrschaften zu genügen, wäre besser angewendet in der Pflege und Unterstützung kranker Personen. Wie weit die Lenker der Arbeitskraft sich von der Bahn des Nützlichen und Nothwendigen entfernen können, davon legen u. a. die Pyramiden Egyptens noch heute Zeugniß ab. Um diese Grabstätten ehemaliger Könige aufzuführen, war die Arbeitskraft von Tausenden und Abertausenden von Sklaven nöthig, die, wenn in richtige Bahnen gelenkt, zur Verschönerung des Daseins dieser Tausende hätte dienen können.

Das Kapital hat auch noch seine Sklaven und baut heute noch Pyramiden, wie es die Pharaonen thaten, wenn auch nur von kurzer Dauer, aber nicht minder unter Vergeudung der Arbeitskraft des Volkes. —

Aus vorstehenden Angaben aber ersieht man, wie das Kapital die Arbeitskraft ausbeutet, wie in Wirklichkeit die Produkte der Arbeitskraft von anderen Mächten getheilt werden.

Betrachtet man nun aber noch, daß bei vorstehenden Angaben nur mit einem Zinsfuße von 5 Prozent gerechnet, daß aber der Kapitalgewinn durchweg ein bedeutend höherer ist, weil neben den Zinsen noch die sogenannte Risikoprämie florirt, dann stellt sich die Aufspeicherung des Nationalreichthums verbunden mit der Consumtion der Kapitalisten und Unternehmer noch bedeutend höher, so daß man leicht erkennen kann, wie vernichtend die Privilegien des Kapitals auf die Stellung der Arbeiter wirken müssen.

Die Gesellschaft ein Organismus.

III.

Es ist kaum glaublich, daß es Männer von Geist und Wissenschaft geben sollte, welche den communistischen Staat allen Ernstes für eine Kasernen-Wirthschaft und für das Ende der Freiheit und des Fortschritts halten sollten, anstatt ihn als die endliche Erfüllung aller Weissagungen eines goldnen Zeitalters zu begrüßen. Wir nehmen lieber zur Ehre der Menschheit an, daß solche entweder die gesellschaftliche Frage nicht gründlich untersucht haben, oder aus Mangel an sittlichem Muthe ihren geheimen Beifall durch offene Verkleinerung der communistischen Wissenschaft verbergen. Wir dürfen ihnen aber schlechterdings keine Entschuldigung, keinen Vorwand für ein solches Gebahren lassen. Für jeden Staatsangehörigen besteht die Verpflichtung, die Gesetze seines Landes zu kennen; für einen Wissenschaftler ist es vollends eine Schande, den Stand der zeitgenössischen Wissenschaft nicht wenigstens in den Umrissen zu überblicken; für staatswissenschaftlich Gebildete bleibt es endlich eine unauslöschliche Schmach, gar keine Kenntniß von dem wissenschaftlichen Lehrgebäude des Communismus — der Lehre vom zukünftigen Gesellschafts-Organismus, sondern vielmehr die aller abgeschmacktesten Vorurtheile darüber zu besitzen.

Könnte es wirklich im Lichte unsers Jahrhunderts einer Gesellschaft ehrlich Arbeitender einfallen, die Freiheit beschränken, die wirkliche Wissenschaft und die wirkliche Kunst verkümmern, oder als Luxus gänzlich beseitigen, ja nur die Handarbeit über die Kopfarbeit stellen zu wollen? Könnte wirklich die sozialistische Arbeiterverbrüderung so unsinnig sein zu meinen, daß ihr Zukunftsstaat durchgesetzt werden möchte, ohne den Beifall aller denkenden und rechtlichen Menschen, die Gerechtigkeit und Vernunft ihrer Sache zu Bundesgenossen zu haben? Ist nicht schon ihre Absicht der Völkerverbrüderung, durch welche der Barbarei der Völkerkriege und des tödtlichen Völkermitbewerbs auf dem Weltmarkte gesteuert werden soll und wird, eine Bürgschaft des wahrhaft fortschrittlichen Geistes dieser Arbeiter? Ist nicht ihre Forderung einer allgemeinen gehobenen Volkserziehung eine weitere Bürgschaft desselben? Ist es nicht nicht ihr fester Entschluß, der schimpflichen Herrschaft des Geldsacks überall ein Ende zu machen? Wo in aller Welt könnten die wirklichen Vertreter der Wissenschaften und Künste einen zuverlässigern Bundesgenossen im Kampfe gegen die Mammons-Herrschaft finden als unter den sozialistisch gesinnten Arbeitern? Wer ist so sehr durch die Natur der Verhältnisse darauf angewiesen, selbst zu denken, selbst zu forschen, sich selbst geistig und sittlich weiter zu bilden, und ebendarum die Wissenschaften und Künste zu ehren und schätzen, als eben diese Arbeiter? Und ist nicht endlich ihre Idee des allgemeinen selbstherrlichen Genossenschaftswesens das Ei des Columbus für die Lösung aller schwierigen Aufgaben der Zukunft?

Jeder selbstdenkende Wissenschaftler und Künstler wird wenigstens im Stillen sich diese Fragen so wie wir beantworten. Entwickeln wir aber diese Idee des allgemeinen Genossenschaftswesens etwas weiter! Es soll jeder nützliche und fortschrittliche Beruf durch freie Vergesellung seiner Vertreter sich ausschließlich selbst Gesetze geben; die streitigen Fragen zwischen den verschiedenen Berufen sollen friedlich von Zeit zu Zeit durch die Abgeordneten der Vertreter vereinbart werden; es soll kein berechtigter Beruf durch irgend welchen Einspruch von außen vergewaltigt werden können. Und da die Vertreter jedes Berufs international organisirt sein werden, so sollen die Beschlüsse der Genossenschaften von keiner Staatsgewalt anders als durch friedliche Vereinbarung abgeändert und Gesetze werden können. Wie wäre dieses Alles möglich ohne eine starke Bethätigung der Wissenschaft und Kunst?

Man wird diesen Gedanken bei genügender Ueberlegung durchaus billigen müssen, aber man wird vielleicht einwenden, daß es dann keine Behörde gebe, um endgültig zu entscheiden, welche Berufe und Genossenschaften berechtigt und zu dulden seien, und welche nicht. Geben wir dies einmal zu. Wer wagt es zu glauben, daß sich eine Genossenschaft der Prostituirten, oder der Diebe, oder der Räuber, oder der Falschmünzer u. s. w. bilden werde, um am Tageslichte berufliche Anerkennung zu finden? — Gewiß Niemand. Aber würden sie nicht im Stillen ihr Gewerbe forttreiben? — Nur, wenn der Volksgeist sie dazu ermuthigte, welcher aber vielmehr mit Argus-Augen darüber wachen wird, daß Niemand anders als durch redliche Arbeit seinen Unterhalt finde. Dieser selbe Volksgeist aber wird auch den Pfaffen das Handwerk legen, und zwar von vorn herein überall außer vielleicht in angelsächsischen Ländern, sowie in einigen katholischen Winkeln. Er wird es ohne alle Gewalt durch das Gewicht der öffentlichen Meinung thun; es wird Niemand mehr Theologie studiren, Niemand mehr eines Seelsorgers bedürfen, es wird jeder Geistliche, der sich nicht anderweit nützlich zu machen sucht, als ein Müßiggänger in allgemeine Mißachtung verfallen. Die Schule endlich, welche ganz von den Vertretern des Lehrberufs verwaltet wird, und nur Wissenschaft als Belehrungsquelle anerkennt, wird dem heranwachsenden Geschlecht begreiflich machen, daß die allein wahre Religion in freier Sittlichkeit bestehe. Und so mit allen heutigen Berufsarten, welche verkleideter Müßiggang und Vorwand bloßer Ausbeutung sind. Soviel können wir unsern Gegnern versichern, daß die sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft eine geistige Befreiung großer Volksmassen nicht nur voraussetzt, um überhaupt Aussicht auf Sieg zu haben, sondern auch naturwüchsig erzeugt. Aus dem arbeitenden Volke selbst entspringt in unserm reaktionären Zeitalter mit Naturnothwendigkeit ein geistiges Wachsthum, welches die Nußschalen des anerzogenen Aberglaubens und des nationalen, religiösen und beruflichen Vorurtheils ohne alle Anstrengung sprengt. Einige Züge dieses geistigen Wachsthums der Arbeitermassen haben wir schon im letzten Artikel berührt; was dazu noch fehlt, dafür lassen wir den Druck von Seiten unserer gegnerischen Mächte sorgen. Man sieht also schon aus dem Erwähnten, daß der sittliche und selbstdenkende Geist, welchen der Sozialismus der Arbeiter großzieht, alle Befürchtungen zerstreut, welche betreffs der Vielregiererei, der Vergewaltigung berechtigter Interessen unter dem Communismus gehegt werden mögen.

Und wie wird es mit der Vergütung jeder Art Arbeit gehalten werden? — Nun, sie wird nicht von Staats wegen verordnet, sondern ebenfalls zwischen den Berufsarten vereinbart. Für das heranwachsende neue Geschlecht ist eine Schwierigkeit hierbei überhaupt nicht vorhanden; denn jeder Mensch wird zugleich wissenschaftlich, künstlerisch und in mehrseitiger körperlicher Geschicklichkeit wohlerzogen sein, so daß eine Verschiedenheit der Ansprüche an's Leben nur innerhalb enger Grenzen denkbar bleibt. Für das erste Geschlecht aber wird die Arbeitsvergütung sich nach Angebot und Nachfrage richten, nur daß es von selbst Niemandem, geschweige allen Vertretern eines einzelnen Berufs, einfallen würde, Forderungen zu stellen, welche vielen Streit erregen könnten. Wenn einmal erst mit der ganzen Vergangenheit gebrochen ist, wenn die große Mehrzahl der Stimmfähigen — und zwar gleichzeitig bei mehreren Völkern — sich entschlossen hat, einen vernünftigen und gerechten Gesellschafts-Organismus zu begründen, alle Ausbeutung unmöglich und die Wissenschaft, Kunst und die vernünftigen leiblichen Bedürfnisse zu Richtschnuren aller Gesetze zu machen; wenn der Grundsatz einmal anerkannt ist, daß außer den Arbeitsunfähigen Niemand ohne ehrliche Arbeit soll leben dürfen: dann wird sich die unbekehrte Minderheit geduldig fügen, wenn sie nicht vielmehr durch den großartigen sittlichen Aufschwung der Völker bekehrt wird.

Wir sind überzeugt, daß, wenn der friedlichen Propaganda der sozialistischen Idee keine gewaltsamen Hindernisse entgegengeworfen werden, der Uebergang in den Zukunfts-Organismus ohne alle Erschütterung stattfinden könnte; ja, daß selbst eine so oft entsetzlich mißhandelte Arbeiterbevölkerung wie die Pariser alle Rachegedanken gegen die Meuchelmörder von 1848 und 1871 auf dem Altare des Vaterlands und der Menschlichkeit opfern würde. Andrerseits wird der keimende neue Gesellschafts-Organismus mit derselben spielenden Leichtigkeit alle Fesseln sprengen, welche etwaige Staatsthorheit ihm anzulegen versuchen mag, wie schwache Baumwurzeln, ja zarte Moose und Algen Felsen sprengen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Fürst Bismarck hat am letzten Sonnabend eine an Pikanterien reiche Rede über den Reichstag ausgegossen, deren Quintessenz die Klage darüber war, auf wie schwachen Füßen doch das „Reich" stehe und wie wenig Vertrauen man auf dessen kräftige Entwicklung setzen könne; ja, wie schon gegenwärtig die Funktionen der Reichsregierung still stehen würden, wenn nicht der Reichskanzler auch zugleich preußischer Ministerpräsident und dadurch im Stande wäre, wenigstens den mächtigsten Particularismus in Deutschland einigermaßen den Reichszwecken unterzuordnen. Uebrigens sind wir der Meinung, daß der mächtige preußische Particularismus dem Reichskanzler nicht so sehr mißfällt, da er denselben durchaus nicht zu Leibe geht.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt über das Debut des Reichskanzlers folgendermaßen: „Das Auftreten des Reichs-

kanzlers hat einen so ungünstigen Eindruck im Parlamente und vor größeren Publikum gemacht wie selten eine seiner früheren Reden. Als er im Dezember vorigen Jahres denselben Abgeordneten, der gestern seinen Zorn erfahren mußte, wegen seiner Interpellation in Bezug auf Rußland cavaliermäßig abfertigte, war der Eindruck auch weit über die Fortschrittspartei hinaus ebenfalls ein sehr mißfälliger. Indessen dem großen Diplomaten glaubte man Nachsicht auf einem Gebiete schenken zu müssen, auf dem der damalige Interpellant wohl selber dem Fürsten Bismarck die Superiorität oder wenigstens ein großes Geschick einräumt. Auf finanziellem Gebiete wird doch wohl ein Mann, wie Richter-Hagen, ein Wort mitsprechen können. Und er that dies gestern in der ruhigsten Weise und in der objektivsten Form, während auf der Seite des Kanzlers eine übel angebrachte Gereiztheit aus jedem Worte sprach. Und worüber zeigte sich der große Mann so äußerst formlos pikirt? Der jetzt von Eugen Richter vorgeschlagene Finanzplan wird in der Hauptsache von den Nationalliberalen, also von der Leibgarde des Fürsten, gebilligt." — Wir möchten den Reichskanzler übrigens beruhigen. Wenn die Nationalliberalen auch heute noch den Richter'schen Reformplan billigen, sie werden sich schon bis zur dritten Lesung ändern. Der Reichskanzler hat ja auch bis dahin noch Zeit genug, seine kleinen und großen Batterien spielen zu lassen. Also nicht ängstlich, Herr Reichskanzler, die „Nerven" sind unnöthig!

— Ein parlamentarischer Duckmäuser. Am vorigen Sonnabend behandelte der Herr v. Bismarck den Abgeordneten Richter (Hagen) in einer Weise, die dicht an das Außerachtlassen parlamentarischer Höflichkeit streifte. Fürst Bismarck kennt seine Leute; er weiß, daß er die ärgsten Schreier nur einmal ordentlich unterducken muß, dann werden sie seine Lobsinger. So auch der Abgeordnete Richter (Hagen). Fürst Bismarck stand bis jetzt ziemlich allein mit seiner früher geäußerten Ansicht, daß die Sozialdemokraten Schuld hätten an der betrübenden wirthschaftlichen Lage; jetzt aber, nachdem er ordentlich geduckt worden ist, stimmt ihm Richter (Hagen) bei. Dieser saubere Herr schimpfte auf eine sehr gemessene vernünftige Rede, die der Abgeordnete Kapell in Bezug einer Interpellation betreffs Abänderung der Gewerbeordnung hielt, in der pöbelhaftesten Weise geschützt durch sein Reichstagsmandat (sonst ist der Herr ein notorischer Feigling), auf die Sozialdemokraten, legte sich glatt auf den Bauch vor Bismarck und bemerkte schweifwedelnd: „Die Sozialdemokraten sind mindestens ebensoviel als die Gründer an dem gegenwärtigen Nothstande Schuld!" — Hier muß einem unwillkürlich das Bamberger'sche Wort einfallen: „Hunde sind wir doch!"

— Eine Steigerung der Ausgaben um 25 Millionen Mark steht dem deutschen Reiche in diesem Jahre bevor. Die indirekten Steuern sollen erhöht werden. Einführung einer Börsensteuer, die selbstverständlich von den Börsenbaronen auf das Volk abgewälzt wird, Erhöhung der Tabaksteuer, die das arbeitende Volk mehr belastet, als die Vornehmen — diese beiden Einnahmequellen sollen erschlossen werden. Armes ruhm- und sieggekröntes Deutschland!

— Eine Zwickmühle. Die durch Uebersendung einer auf offener Postcorrespondenzkarte ausgesprochene Beleidigung ist nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 15. Februar 1877 als öffentliche Beleidigung auf Grund des § 200 des Strafgesetzbuchs zu bestrafen. — Wir sind der Meinung, daß die Postbeamten die Correspondenzkarten nicht lesen, daß sie ferner aus dem Inhalte nichts mittheilen dürfen, und daß die Correspondenzkarten vom Absender durch die Post auch nur in die Hände des Adressaten gelangen. Ist unsere Meinung die richtige, dann ist der Obertribunalsbeschluß völlig unmotivirt, dann ist er juristisch nicht zu vertheidigen. Ist unsere Meinung hingegen in Bezug auf die Beförderung der Karten unrichtig, dann allerdings hat das Obertribunal Recht.

— Ein recht vernünftiger Antisozialist. In den „Itzehoer Nachrichten" äußert ein Correspondent aus dem Oertchen Meldorf seine Zufriedenheit über die Wahlsiege, welche die Partei der Ordnung in Schleswig-Holstein über den Sozialismus erfochten habe. Er fährt dann aber sehr nüchtern und verständig fort: „Die soziale Frage ist damit allerdings noch nicht beseitigt, und wenn auch in ganz Deutschland die Sozialdemokratie bei den Wahlen geschlagen wird, so bleibt die soziale Frage noch immer ungelöst, und es wäre thöricht, dieselbe durch die Wahlsiege für abgethan anzusehen. Sie ist nicht, wie man manchmal hört, eine bloße Magenfrage, denn vor 3 Jahren, als die materielle Lage der Arbeiter die allergünstigste war, hatte die Sozialdemokratie — wenigstens in unserm Lande — mehr Anhänger, als jetzt, wo die Lage der Arbeiter immer mißlicher wird. Der Arbeiter, dem durch das Reichstagswahlgesetz die bürgerliche Gleichberechtigung garantirt ist, will mehr als Brot; er will auch sein Recht als Mensch und Bürger — und so lange ihm dasselbe nicht ganz und voll verbürgt ist, so lange wird er zu den andern Gesellschaftsklassen eine oppositionelle Stellung einnehmen. Das beste Mittel, den Arbeiterstand zu einem staatsfreundlichen Glied der Gesellschaft zu erziehen, ist das, daß man ihm in allen politischen und communalen Angelegenheiten sein volles Recht gleich den andern Klassen einräumt und im gesellschaftlichen Umgange ihm die gebührende Achtung zu Theil werden läßt." — Wir stimmen dem Correspondenten bei — aber merkt er nicht, daß dieses „volle Recht" und die „gebührende Achtung" in der heutigen Gesellschaft niemals dem Arbeiter gezollt werden und auch niemals gezollt werden können. Bei dieser Angelegenheit muß also doch wohl der Sozialismus den braven Wünschen des Correspondenten unter die Arme greifen.

— Ueber den Nothstand in den großen Städten Frankreichs schreibt ein Mitglied des Pariser Gemeinderaths an die Marseiller „Egalité": „Es ist überflüssig, es leugnen zu wollen: die Republik wird untergehen, wenn sie die Bedürfnisse der Masse nicht befriedigt. Gegenwärtig aber ist Arbeit das erste, unerläßlichste Bedürfniß. Alle Raisonnements hierüber sind gemacht und zugegeben: bei den Conservativen sowohl als den Revolutionären ergiebt man sich sehr wohl darein, die gegenwärtige, transitorische Republik hinzunehmen, aber was man nicht geduldig hinnimmt, ist der Mangel an Geschäften und Arbeit. Nichts vermag etwas gegen die Revolte des Magens. Ich habe soeben die Volksquartiere von den Höhen des Montmartre bis zu denen Bellevilles durchwandert; ich habe dabei mit uns zugethanen, intelligenten Arbeitern verkehrt, wovon ich die einen schon längst kannte, während ich den anderen durch einen der Linken angehörigen Deputirten vorgestellt wurde. Gestern habe ich auch noch besonders mit Geschäftsleuten in bedeutender Stellung und tüchtigen Industriellen gesprochen. Ich kann Ihnen versichern, die allgemeine Ueberzeugung ist also, und darf nicht gezögert noch Winkelzüge gemacht werden. Wenn die Regierung, wenn die Kammer nicht große öffentliche Arbeiten in's Werk setzt, wird die Republik keinen Bestand haben." — Der gegenwärtige Nothstand hat doch einen Vortheil: das Recht auf Arbeit wird von Elementen anerkannt, die bei normalen Verhältnissen sich wohl hüten, dies zu thun. Immer aber ist dies ein Fortschritt auf dem Wege des Sozialismus.

— Ueber die Kinderarbeit in Petersburg entnehmen wir der „Riga'schen Zeitung" einige Daten, welche deutlich zeigen, daß der Kapitalismus auch bereits in Rußland in vollster Blüthe steht. Es heißt da:

„Auf sämmtlichen Fabriken, Werkstätten und Handelsetablissements unserer Stadt arbeiten 22,029 Kinder in einem Alter von 10—15 Jahren, darunter 404 Knaben und 228 Mädchen von 10 Jahren, 803 Knaben und 249 Mädchen von 11 Jahren, 6002 Knaben und 1235 Mädchen von 12—13 Jahren, sowie 10,454 Knaben und 2454 Mädchen von 14—15 Jahren. Mit der Gesammtzahl der erwachsenen Bevölkerung der Stadt verglichen, ergeben obige Zahlen den Schluß, daß auf 29 Einwohner und zugleich auf je 19 erwachsene Männer, sowie auf je 68 erwachsene Frauen aus der städtischen Einwohnerschaft 1 arbeitendes Kind entfällt. Nach der Art ihrer Beschäftigung arbeiten von den oben beziffirten Kindern in Bäckereien, Conditoreien, Bierbrauereien und Tabaksfabriken 1008 (815 Knaben und 193 Mädchen), in Badstuben, Wäschereien und Friseurstuben 346 (208 Knaben und 138 Mädchen), in Webereien und Färbereien 1196 (780 Knaben und 416 Mädchen), in Etablissements, in denen Kleidungsstücke und überhaupt Toilettengegenstände verfertigt werden, 4782 (3112 Knaben und 1670 Mädchen); mit Beschaffung und Errichtung von Baumaterialien und Wohnungs-Inventar beschäftigen sich 2525 Kinder (2520 Knaben und 5 Mädchen); in den Werkstätten der Wagenbauer, Stellmacher und Sattler arbeiten 475 Knaben; es beschäftigen sich mit verschiedener Art von Metallarbeiten 1421 und mit dem Bau von Instrumenten 1133 Knaben; es arbeiten in Buchbindereien und Galanteriewerkstätten 319 Kinder (285 Knaben und 34 Mädchen), in Typographien, Lithographien und Schriftgießereien 240 Knaben, in chemischen Anstalten 18 Kinder (16 Knaben und 2 Mädchen); es beschäftigen sich mit Kunst- und Gemüsegärtnerei 27 Knaben; in kaufmännischen Etablissements sind 4153 Kinder (4136 Knaben und 17 Mädchen) beschäftigt, in Getränkehäusern 1688 (1680 Knaben und 8 Mädchen); als Dienstpersonal arbeiten 808 Knaben und 1664 Mädchen."

Man sieht, auch Rußland fängt an, für den Sozialismus reif zu werden.

— Die Frage des Frauenstimmrechts, welche von unseren deutschen Philistern nur von oben herab und meist frech-witzelnd behandelt wird, nimmt in Nordamerika mehr und mehr den Anlauf zu ihrer Lösung. So hatten sich im Monat Januar das dortige Repräsentantenhaus sowohl als der Senat mit der Frauenstimmrechtsfrage zu beschäftigen, und die Behandlung dieser Frage war denn auch eine ihren Zwecken entsprechende, d. h. das Frauenstimmrecht wurde von mancher Seite warm befürwortet. Fast von allen Staaten der Republik lagen das Frauenstimmrecht fordernde Petitionen vor, so vom Staate Wisconsin, im Ganzen von 213 Männern und 264 Frauen unterschrieben; ferner von Jowa, unterschrieben von 226 Männern und 449 Frauen; vom Distrikt Columbia von 310 Männern und 438 Frauen; von Ohio von 403 Männern und 425 Frauen; von Missouri von 132 Männern und 106 Frauen; von New Hampshire von 7 Männern und 15 Frauen; von Newyork von 370 Männern und 487 Frauen; von Vermont von 3 Männern und 7 Frauen; von Californien von 94 Frauen und 108 Männern; von Minnesota von 37 Männern und 25 Frauen; von Connecticut von 41 Männern und 23 Frauen; von Kansas von 90 Frauen und 109 Männern; von New Jersey von 66 Männern und 136 Frauen; von Massachusetts von 76 Männern und 127 Frauen; von Maine von 52 Männern und 76 Frauen; von Indiana von 43 Männern und 35 Frauen; von Illinois von 240 Männern und 239 Frauen; von Newyork von 216 Männern und 385 Frauen u. s. w.

Interessant ist eine Rede, welche Senator Sargent von Californien für das Frauenstimmrecht hielt; es mögen deshalb einige Stellen aus derselben hier Platz finden. Er sagte u. A.:

„Es ist unabweisbar nothwendig, daß jede erwachsene Person, welche gesunden Geistes und schuldlos vor dem Gesetze ist, das Recht haben soll, über öffentliche Angelegenheiten ihre Meinung auszudrücken. .... Einer Hälfte des Volkes der Vereinigten Staaten, welche durch die Verfassung als Bürger anerkannt sind, das Stimmrecht zu verweigern, ist ein Schimpf für das Land, wenn diejenigen, welche ausgeschlossen sind, mindestens den Grad der durchschnittlichen Intelligenz und Tugend der stimmenden Klasse besitzen. Ich behaupte, daß die Frauen der Vereinigten Staaten den Männern an Intelligenz ebenbürtig und an Tugend und guten Neigungen überlegen sind, und daß ihr Einfluß an dem Stimmkasten den Wahlen einen reineren Charakter und uns eine bessere Klasse öffentlicher Beamten geben würde. Dem Staate würden daher ihre Stimmen zum Vortheil gereichen... Die Bewegung wächst von Jahr zu Jahr. Sie hat die Grenze der Lächerlichkeit schon längst überschritten. Ernste Männer und Frauen des höchsten Charakters vereinigen ihre Anstrengungen, um den Grundsatz immer mehr herrschend zu machen, daß ohne das Recht der Vertretung auch keine Besteuerung stattfinden soll. Bereits in zwei Territorien der Vereinigten Staaten stimmen die Frauen. In manchen Staaten stimmen sie bei den Schulrathswahlen. Kansas und Michigan haben neulich dem Volke ihrer Staaten Verfassungszusätze unterbreitet, die das Stimmrecht den Frauen gewährten, und ein Drittheil der Stimmgeber warfen ihr Ja in die Wahlurne — obschon nur Männer stimmten. Vor zehn der fünfzehn Jahren noch würde ein solches Resultat außerordentlich gewesen sein."

So steht es um die Frage des Frauenstimmrechts in Nordamerika. Und bei uns? — Mit Ausnahme der Sozialdemokratie hat keine andere Partei, welche Einfluß auf das Volk ausübt und dessen Wohl zu fördern vorgiebt, diese Forderung in ihrem Programm. Und das nennt sich „Volk der Denker"!

— Um die Leiche Jacoby's reißen sich die verschiedensten Parteien, und die heulmeiern am meisten an seinem Grabe die

Eine zweite Rede von Ludwig Pfau.

In Untertürkheim bei Stuttgart wurde dem Dichter ein Bankett vor einigen Tagen wegen seiner bekannten Vertheidigungsrede gegeben. Er hielt bei demselben folgende Ansprache:

„Meine Freunde! Wenn ich schon wieder in der fatalen Lage bin, eine Rede halten zu müssen — eine Sache, die, wie Sie wissen, nicht zu meinen gewöhnlichen Amtsverrichtungen gehört —, so hoffe ich, daß Sie wenigstens keine sogenannte ‚Meisterrede' von mir verlangen; denn eine solche kann ich nur mit Beihilfe des Staatsanwalts liefern. Es geht mir, wie in der bekannten Geschichte jenem andern Deutschen, der mit seinem Herrn von Strolchen angefallen wurde, und der sich erst entschließen konnte, dieselben durchgebläut heimzuschicken, nachdem er einen tüchtigen Puff von ihnen erhalten hatte und dadurch — wie er sagte — ‚warm geworden' war. Aber wenn ich auch lieber bei Tisch unter Freunden eine schlechte Rede halte, als auf der Armensünderbank vor Gericht eine gute, so bin ich nichtsdestoweniger dem Staatsanwalt Dank schuldig für den aufmunternden Puff, den er mir angedeihen ließ. Hat mir doch das gerichtliche Turnier eine moralische Erquickung gewährt, nach der ich mich lange gesehnt. Seit unseren ruhmreichen Siegen durch Gottes Fügung, sammt all den freiheitlichen Herrlichkeiten, die das neue Reich uns gebracht hat, war mir gar übel zu Muthe. Die gedankenlose Erfolgsanbetung und der charakterlose Servilismus, die sich überall breit machten, hatten mir die Freude an der Nation und die Lust an der eigenen Gattung genommen. Alle literarische Arbeit war mir entleidet, denn so oft ich die Feder eintauchen wollte, sagte ich mir: wozu? für wen? Und die Gesinnungslosigkeit in Deutschland war mir um so schmerzlicher, als ich in Frankreich eine ganz andere Widerstandskraft erlebt hatte. Dort, wo ich mich, mit Ausnahme weniger Jahre, während der Dauer des Kaiserreichs aufhielt, fehlte es freilich auch nicht an Wohldienern und Ueberläufern, aber der Kern des Volks, alles was auf Ehrenhaftigkeit, Wissenschaftlichkeit und Humanität Anspruch machte, trotzte der Gewalt und blieb der Freiheit getreu. Während das Kaiserthum seine Gewaltsorgien feierte, konnte man sich in eine große, über das ganze Land verbreitete Gemeinde edler, für die geistige Erhebung der Nation thätiger Männer retten, wie in eine Oase, in welche die moralische Pestluft des Absolutismus keinen Zugang fand. — Wie ganz anders ist es in Deutschland! Eben die Vertreter der Wissenschaft und Bildung haben sich hier der Macht zu Füßen geworfen. Gerade Diejenigen, welchen die Pflicht zukommt, an der Spitze des menschlichen Fortschritts zu gehen und das heilige Feuer des befreienden Gedankens zu schüren — sie haben die Nation verrathen. Deshalb ist auch unser Fall so tief und unsere Genesung so langwierig. Aber aus der Tiefe des Volkes selber wird die Heilung kommen: Diejenigen, welche uns die leibliche Existenz durch ihrer Hände Arbeit bereiten, werden schließlich auch an den Bedingungen unserer geistigen Existenz arbeiten. Die gewaltige Strömung einer neuen Weltanschauung beginnt bereits ihre ersten, stürmischen Märzlüfte auszusenden. Auch in Frankfurt, der alten freien Reichsstadt, mit ihrer wackeren demokratischen Kerntruppe, habe ich einen Hauch dieses Geistes verspürt.

Als ich vor den Schranken des Gerichts stand, war es mir freilich eine persönliche Genugthuung, dem Gegner gleichsam Aug' in Aug' gegenüber zu stehen, und durch das sinnliche Mittel des gesprochenen Worts mein Herz zu entlasten. Aber was mich am meisten erhob, war die unerwartete Wirkung, welche der Prozeß hervorbrachte. Es war ein Zeichen, daß die Kraft des freien Worts noch nicht erstorben, daß die Gluth der Wahrheit und der Vernunft nicht auszulöschen ist, und daß es nur eines Hauches bedarf, um sie wieder zum Leben zu bringen. Es war ein Zeichen, daß die latente Freiheit wieder anfängt zu arbeiten. Darum, meine Freunde, nicht eine Rede wollen wir feiern, die ein Zufall ist und die nichts enthält, was wir nicht Alle wissen — nein! die Herzen wollen wir feiern, die sich dieser Rede erschlossen, den Geist der Freiheit wollen wir feiern, der wieder erwacht ist, nachdem die Machthaber ihn so wohl eingelullt glaubten.

Alles menschliche Heil beruht einzig auf der Erkenntniß der Wahrheit; die Wahrheit aber kann nicht gedeihen ohne die Freiheit, ohne das freie Wort in Presse und Versammlung. Keine Regierung, die nur das Gute und Rechte will, hat das freie Wort zu fürchten; jede Regierung aber, die einen Gensdarmen braucht, um der Erörterung den Mund zu schließen, verurtheilt sich selber. Darum ist das Maß der Freiheit im Staate das sittliche Kriterium einer Regierung. Darum ist die Freiheit das A und das O aller menschlichen Gemeinschaft; sie ist die Trösterin des Bewußtseins, wie sie die Gründerin der sozialen Wohlfahrt ist: sie ist die schönste, die höchste, sie ist die einzige Religion aller Vernünftigen — die Freiheit, sie lebe hoch!" —

Eine Verfügung der Regierung zu Oppeln in Bezug auf den Hungertyphus.

„Indem wir Euer ꝛc. mittheilen, daß die Zahl der von Mitte November v. J. ab amtlich angemeldeten Typhuserkrankungen im Bezirk, welche fast ausschließlich den Kreisen Beuthen, Kattowitz und Pleß angehören, bereits die Ziffer 1555 erreicht hat und daß darunter die Zahl der Todesfälle 151 beträgt, machen wir darauf aufmerksam, daß die Gefährlichkeit der unter obigen Todesfällen constatirten Form des Flecktyphus nicht sowohl in seiner hohen Mortalität, als vielmehr in der großen Ansteckungsfähigkeit und in der Langwierigkeit der Reconvalescenz besteht, so daß der günstige Verlauf der Krankheit durchschnittlich eine vierwöchentliche Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat. — Wir nehmen bei der anscheinend in Zunahme begriffenen Verbreitung der Epidemie aufs Neue Veranlassung, Euer ꝛc. aufzufordern, nicht nur den Ortspolizeibehörden die fortdauernd regste Aufmerksamkeit auf das Auftreten der Krankheit und auf die sorgfältigste Durchführung der gegen die Weiterverbreitung bestehenden Vorschriften und diesseits angeordneten Maßregeln wiederholt anzuempfehlen, sondern auch Ihr angelegentliches Bemühen darauf zu richten, daß, da Unzulänglichkeit des Verdienstes und hierdurch Entbehrung der nothwendigsten Nahrungsmittel notorisch zur Entstehung der Krankheit mitwirkt, dieser Ursache der Epidemie möglichst entgegengetreten wird. — Die Besorgniß einer Weiterverbreitung der Krankheit wegen unzureichender Verdienstquellen der arbeitenden Klasse liegt um so näher, als leider eine Verbesserung in den schon längere Zeit anhaltenden gewerblichen und commerziellen Stockungen des oberschlesischen Montan- und Industriebezirks nicht eingetreten ist und selbstredend die Wirkungen der Arbeitsbeschränkungen im Montan- und Industriedistrikt sich auf die weiteren Kreise erstrecken, deren Arbeitskräfte bisher im Berg-, Hütten- und Industriebezirk lohnenden Verdienst fanden. In dieser ernsten Lage haben wir es als einen besonders günstigen Umstand zu betrachten, daß der Provinzialausschuß uns in reichlichem Maße die Mittel gewährt hat, um 57,9 Kilometer = 7,7 Meilen Provinzial-Chausseen in den Kreisen Pleß, Rybnik, Ratibor, Neustadt und Oppeln zu bauen. Wir haben die erforderlichen Vorbereitungen getroffen, daß die Erdarbeiten in kürzester Frist in Angriff genommen werden können. Nach den Anmeldungen von Provinzial-Neubau-Prämien für Kreis-Chausseen pro 1877 steht der Anfang, bezw. die Vollendung von 183,2 Kilometern =

der edle Todte am meisten verachtete — die Waschweiber der Fortschrittspartei. Sie drängen sich um das Grab und nehmen es in Beschlag, sie reklamiren den strengen Republikaner und Sozialisten als einen der Ihrigen und wollen ihm ein Denkmal setzen. So haben sich in Königsberg am Tage der Beerdigung die Herren Graf, Hay, Michels, Möller, Rosenstock, Rühl, Ulrich und Weller zu einem Comité zur Veranstaltung einer Gedächtnißfeier des Verstorbenen zusammengethan, welches gleichzeitig Geldbeiträge von den Verehrern Jacoby's erbittet, um dessen Züge der Nachwelt in einer Marmorbüste zu vergegenwärtigen, die dem Königsberger Stadtmuseum einverleibt werden soll. Die Ueberschüsse, auf die man mit Sicherheit glaubt rechnen zu dürfen, beabsichtigt man zu einer Jacobystiftung zu verwenden, aus deren Zinsen jährlich einem strebsamen Handwerker zu seiner Ausbildung ein Reisestipendium und fleißigen Lehrlingen für hervorragende Leistungen Prämien bewilligt werden sollen. — Hätte Jacoby, der Sozialist, ahnen können, daß man mit einem Jacoby-Fonds solchen spießbürgerlichen Unfug treiben würde, er hätte sich vorgesehen und die Fortschrittshelden durch eine Verfügung von seiner Leiche verbannt. — Daß unsere Partei übrigens allein das Recht hat, Jacoby als den Ihrigen zu betrachten, geht aus folgendem Schreiben hervor, welches derselbe am 4. April 1872 an die Redaktion des „Volksstaat" richtete:

„Königsberg, 2. April 1872.

Geehrter Herr! Die Verhandlungen in dem Hochverrathsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Genossen bestimmen mich, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beizutreten. Sie haben wohl die Güte, einliegenden Betrag dem Ausschusse zu übermitteln und denselben zu ersuchen, mich fortan als Mitglied der Partei betrachten zu wollen.

Mit hochachtungsvollem Gruß Dr. Joh. Jacoby."

Ein Austritt Jacoby's aus der Partei ist nicht erfolgt; derselbe war bis zu seinem Tode Mitglied. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir einen Irrthum, der in voriger Nummer unseres Blattes sich befindet, berichtigen. Die „Vier Fragen eines Ostpreußen" sind nicht 1843, sondern 1841 erschienen.

— Vier Monate Gefängniß erhielt dieser Tage ein Setzer der Berliner „National-Zeitung", weil ihm das Malheur passirt war, daß durch sein Verschulden einige Druckfehler in der genannten Zeitung stehen geblieben waren, in welchen eine Majestätsbeleidigung enthalten war. Der Setzer betheuerte seine Unschuld und schützte ein Versehen vor, der Staatsanwalt aber fand es gerathener, böse Absicht vorauszusetzen, und daher die vier Monate.

— Parteigenosse Holzwarth ist am 9. März in Cannstatt verhaftet und dem Stuttgarter Criminalgefängniß überliefert worden. Holzwarth war verantwortlicher Redakteur der in Stuttgart erscheinenden „Süddeutschen Volkszeitung" und ist in dieser Eigenschaft mit einer Anzahl Anklagen und Verurtheilungen bedacht worden. Zum Ueberfluß ist er wegen „Wühlerei" aus Stuttgart auch noch ausgewiesen.

Correspondenzen.

Aus Italien. Endlich ist auch in Italien die sozialistische Bewegung auf einen festen Boden gestellt und verspricht eine rasche und siegreiche Entwicklung. Damit aber die Leser den vorgegangenen Umschwung vollständig verstehen, müssen wir auf die Entstehungsgeschichte des italienischen Sozialismus zurückgreifen.

Die Anfänge der Bewegung in Italien führen auf bakunistische Einflüsse zurück. Während bei den arbeitenden Massen ein leidenschaftlicher aber höchst unklarer Klassenhaß gegen ihre Ausbeuter vorherrschte, bemächtigte sich eine Schaar junger Advokaten, Doktoren, Literaten, Commis u. s. w., unter Bakunins persönlichem Commando, der Leitnug an allen Orten, wo ein revolutionäres Arbeiterelement hervortrat. Sie alle waren Mitglieder in verschiedenen Graden der Weihe, der geheimen Bakunistischen „Allianz", die den Zweck hatte, die gesammte europäische Arbeiterbewegung ihrer Führung zu unterwerfen und der Bakunistischen Sekte somit in der kommenden sozialen Revolution die Herrschaft zu erschwindeln. Das Nähere darüber findet sich ausführlich dargestellt in der Schrift: „Ein Complot gegen die Internationale" (Braunschweig bei Bracke).

So lange die Bewegung unter den Arbeitern selbst noch im Entstehen war, ging dies vortrefflich. Die tollen Bakunistischen Revolutionsphrasen erweckten überall den gewünschten Applaus; selbst die aus den früheren politisch-revolutionären Bewegungen herstammenden Elemente wurden vom Strom fortgeschwemmt und neben Spanien wurde Italien, nach Bakunin's eigenem Ausdruck, „das revolutionärste Land Europas". Revolutionär im Sinne des vielen Geschreies und der wenigen Wolle. Im Gegensatz zu dem wesentlich politischen Kampf, wodurch die englische, nach ihr die französische und zuletzt die deutsche Arbeiterbewegung groß und mächtig geworden war, wurde hier jede politische Thätigkeit verdammt, weil sie die Anerkennung des „Staats" in sich schließe, und „der Staat" der Inbegriff alles Bösen sei. Also: Verbot der Bildung einer Arbeiterpartei; Verbot der Erkämpfung jeder Schutzmaßregel gegen die Ausbeutung, z. B. des Normalarbeitstags, der Beschränkung der Weiber- und Kinderarbeit; Verbote, vor allem der Betheiligung an allen Wahlen. Dagegen Gebot der Agitation, Organisation und Conspiration für die zukünftige Revolution, die dann, sobald sie vom Himmel herabgeschneit kam, durchgeführt werden sollte, ohne irgend welche provisorische Regierung, unter vollständiger Vernichtung aller staatlichen und an den Staat erinnernden Einrichtungen, durch die bloße (im Geheimen von der Allianz dirigirte) Initiative der arbeitenden Massen — „aber fragt mich nur nicht wie!"

So lange die Bewegung, wie gesagt, in ihrer Kindheit war, zog dies Alles vortrefflich. Die große Mehrzahl der italienischen Städte steht noch immer so ziemlich außerhalb des Weltverkehrs, den sie nur in der Gestalt des Fremdenverkehrs kennt. Diese Städte versorgen die umliegenden Bauern mit Handwerkserzeugnissen und vermitteln den Verkauf der Ackerbauprodukte in größeren Kreisen; außerdem lebt der grundbesitzende Adel in ihnen und verzehrt dort seine Renten; endlich bringen die vielen Fremden ihr Geld dorthin. In diesen Städten sind die protestantischen Elemente wenig zahlreich und noch weniger entwickelt; dazu stark durchsetzt von Leuten ohne regelmäßige oder ständige Beschäftigung wie sie der Fremdenverkehr und das milde Klima begünstigen. Hier fand die hochrevolutionäre Phrase, die im Stillen auch wohl von Dolch und Gift munkelte, zunächst einen fruchtbaren Boden. Aber Italien hat auch Industriestädte, namentlich im Norden, und sobald die Bewegung unter den ächt proletarischen Massen dieser Städte Fuß gefaßt, konnte eine so dunstige Nahrung nicht mehr genügen, und ebensowenig konnten diese Arbeiter sich auf die Dauer bevormunden lassen durch jene gescheiterten jungen Bourgeois, die sich auf den Sozialismus geworfen, weil sie, in Bakunin's Worten, sich in einer „Carriere ohne Ausweg" befanden.

So geschah es. Die Unzufriedenheit der oberitalienischen Arbeiter mit dem Verbot jeder politischen d. h. jeder über leeres Geschwätz und über Verschwörungsschwindel hinausgehenden, wirklichen Thätigkeit wuchs von Tage zu Tage. Die deutschen Wahlsiege von 1874 und ihre die Vereinigung der deutschen Sozialisten erzielende Nachwirkung blieb auch in Italien nicht unbekannt. Die aus der alten republikanischen Bewegung hervorgangenen Elemente, die sich nur mit Widerwillen dem „anarchischen" Geschrei gefügt hatten, fanden mehr und mehr Gelegenheit, die Nothwendigkeit des politischen Kampfes zu betonen und gaben der erwachenden Opposition Ausdruck in dem Journal „La Plebe". Dies Wochenblatt, in den ersten Jahren seines Bestehens republikanisch, hatte sich bald der sozialistischen Bewegung angeschlossen, und sich von aller „anarchischen" Sektirerei so lange wie möglich fern gehalten. Als endlich in Oberitalien die Arbeitermassen ihren zudringlichen Führern über den Kopf wuchsen und eine wirkliche Bewegung an die Stelle einer phantastischen setzten, bot sich ihnen in der „Plebe" ein williges Organ, das von Zeit zu Zeit ketzerische Andeutungen über die Nothwendigkeit des politischen Kampfes verlauten ließ.

Wäre Bakunin am Leben geblieben, er hätte diese Ketzerei in seiner gewohnten Weise bekämpft. Er hätte den Leuten von der „Plebe" „Autoritarismus", Herrschsucht, Ehrgeiz u. s. w. angedichtet, allerhand kleinliche persönliche Klagen gegen sie erhoben und dies durch sämmtliche Organe der „Allianz" in der Schweiz, in Italien, in Spanien aber- und abermals wiederholen lassen. Erst in zweiter Linie hätte er dann nachgewiesen, daß alle diese Verbrechen nichts anderes seien als unvermeidliche Folgen jener Urtodsünde, der Ketzerei der Anerkennung der politischen Aktion; denn politische Aktion das sei Anerkennung des Staates, der Staat aber die Verkörperung des Autoritarismus, der Herrschaft, und folglich müsse Jeder, der politische Aktion der Arbeiterklasse wolle, consequenter Weise die politische Herrschaft für sich selbst wollen, sei also ein Feind der Arbeiterklasse — steiniget ihn! In dieser dem seligen Maximilian Robespierre abgelernten Methode besaß Bakunin eine große Gewandtheit, nur daß er sie allzu regelmäßig und allzu einförmig anwandte. Und dennoch war diese Methode noch die einzige, die wenigstens augenblicklichen Erfolg versprach.

Aber Bakunin war gestorben und damit war die geheime Weltregierung in die Hände des Herrn James Guillaume von Neuchatel in der Schweiz übergegangen. An die Stelle des in vielen Wassern gewaschenen Weltmannes trat ein engherziger Pedant, der den Fanatismus des schweizer Calvinisten auf die Lehre von der Anarchie anwandte. Der wahre Glaube sollte um jeden Preis durchgesetzt und der beschränkte Schulmeister von Neuchatel unbedingt als der Papst dieses wahren Glaubens anerkannt werden. Das „Bülletin der jurassischen Föderation" — die eingestandenermaßen kaum 200 Mitglieder zählt gegenüber den 5000 des schweizerischen Arbeiterbundes — wurde zum Staatsanzeiger der Sekte ernannt und fing an, die im Glauben Wankenden einfach zu „rüffeln". Aber die lombardischen Arbeiter, die sich als „oberitalische Föderation" constituirt hatten, waren nicht mehr gewillt, sich diese Vermahnungen gefallen zu lassen. Und als gar vorigen Herbst das jurassische Bülletin sich unterstand, der „Plebe" befehlen zu wollen, einen dem Herrn Guillaume mißliebigen Pariser Correspondent abzuschaffen, da war es mit der Freundschaft am Ende. Das Bülletin fuhr in seinen Verketzerungen der „Plebe" und der Oberitaliener fort. Aber diese wußten jetzt, woran sie waren; sie wußten, daß hinter der Predigt von der Anarchie und Selbstherrschaft der Anspruch einiger weniger Intriguanten steckte, die ganze Arbeiterbewegung dictatorisch zu commandiren. „Vier kleine sehr ruhige Zeilen Anmerkung haben dem Jura-Bülletin den Senf in die Nase steigen lassen, und es thut, als wären wir wüthend über es, da es uns doch blos erbaut hat. Wahrhaftig, man müßte sehr kindlich sein, um auf den Köder von Leuten anzubeißen die, krank vor Mißgunst, an alle Thüren klopfen, um mittelst der Verleumdung ein bischen Bosheit gegen uns und die Unsern zu erbetteln. — Die Hand, die seit langer Zeit umgeht, Unkraut nnd Streit säend, ist bekannt genug, als daß ihre jesuitischen (lojolesche) Umtriebe noch täuschen könnten." („Plebe" 21. Januar 1877.) Und in der Nummer vom 26. Februar werden eben diese Leute bezeichnet als „einige beschränkte anarchische und — ungeheuerlicher Widerspruch — zugleich diktatorische Köpfe"; der beste Beweis, daß diese Herren in Mailand vollkommen durchschaut sind und dort kein ferneres Unheil mehr anrichten werden.

Die deutschen Wahlen vom 10. Januar und der damit zusammenhängende Umschwung in der belgischen Bewegung — die Beseitigung der bisherigen politischen Enthaltungspolitik und deren Ersetzung durch die Agitation für allgemeines Stimmrecht und ein Fabrikgesetz — thaten den Rest. Am 17. und 18. Februar hielt die oberitalische Föderation in Mailand ihren Congreß ab. Die Beschlüsse enthalten sich jeder unnöthigen und unangebrachten Feindseligkeiten gegen die Bakunistischen Gruppen der italienischen Internationalen. Sie erklären auch die Bereitwilligkeit, den nach Brüssel berufenen Congreß zu beschicken, der eine Vereinigung der verschiedenen Fraktionen der europäischen Arbeiterbewegung versuchen soll. Aber sie sprechen gleichzeitig mit der größten Bestimmtheit drei Punkte aus, die für die italienische Bewegung von der entschiedensten Wichtigkeit sind:

1) daß zur Förderung der Bewegung alle sich darbietenden Mittel angewandt werden müssen — also auch die politischen;

2) daß die sozialistischen Arbeiter sich als eine sozialistische Partei zu constituiren haben, unabhängig von jeder anderen politischen oder religiösen Partei, und

3) daß der oberitalische Bund, unter Vorbehalt seiner eigenen Autonomie und auf Grundlage der ursprünglichen Statuten der Internationale sich als Glied dieser großen Verbindung betrachtet und zwar unabhängig von allen anderen italienischen Verbindungen, denen er indeß wie bisher, auch fernerhin Beweise seiner Solidarität geben wird.

Also: politischer Kampf, Organisation als politische Partei, und Trennung von den Anarchisten. Mit diesen Beschlüssen hat sich der oberitalische Bund endgültig von der Bakunistischen Sekte losgesagt und sich auf den gemeinsamen Boden der großen europäischen Arbeiterbewegung gestellt. Und da er den industriellsten Theil Italiens umfaßt — Lombardei, Piemont, Venetien — so können ihm die Erfolge nicht ausbleiben. Gegenüber der Anwendung derselben rationellen Agitationsmittel, die durch die Erfahrung aller andern Länder bewährt sind, wird die Klüngelei der Bakunistischen Wunderdoktoren rasch genug ihre Ohnmacht offenbaren, das italienische Proletariat aber auch im Süden des Landes bald das Joch von Leuten abschütteln, die ihren Beruf zur Führung der Arbeiterbewegung herleiten aus ihrer Stellung als verkommene Bourgeois.

k. **Wien,** 10. März. Besonders Neues giebt es gar nichts, das ewige Konfisziren der „Gleichheit" ist schon etwas Altes. Allerdings geschieht es in letzterer Zeit unter Umständen, welche keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die Absicht der Staatsanwaltschaft dahin geht, die „Gleichheit" materiell zu Grunde zu richten. Um es unmöglich zu machen, daß eine zweite Auflage jeder Nummer erscheine, verweigert der Staatsanwalt jede Auskunft über die inkriminirten Stellen so lange, bis der Bericht der Behörde über die Confiskation vorliege, obgleich derselbe nichts enthalten kann, als eine Auskunft über die Anzahl der vorgefundenen Exemplare. Die vorletzte Nummer der „Gleichheit" wurde Donnerstag beim Staatsanwalt eingereicht und erst Montag Nachmittag konnte der Redakteur erfahren, welche Stellen beanstandet seien. Bringt man einen Bericht über derlei Vergewaltigungen, so wird derselbe natürlich auch confiszirt, wegen § 303, Aufreizung zu Haß und Verachtung gegen die Behörden. Staatsanwalt Lienbacher sagte ja, Vieles werde deswegen confiszirt, weil es wahr sei. Als der Redakteur der „Gleichheit" den Wiener-Neustädter Staatsanwalt aufforderte, doch eine Anklage gegen die inkriminirten Artikel zu erheben, antwortete dieser mit naiver Offenherzigkeit: „davor werde ich mich hüten, denn ich weiß, Sie würden freigesprochen werden."

Schöne Zustände das!

Im Parlament führt man jetzt allerdings eine freiheitliche Komödie auf, indem ein Antrag von Foregger und Umlauft eingebracht wurde, welcher einige Erleichterungen für die Presse in Aussicht stellt. Aber selbst wenn derselbe angenommen werden sollte, was nicht ganz sicher ist, würde ihn das Herrenhaus verwerfen; und sollte selbst dieser Strick reißen, was jedoch durchaus nicht zu hoffen ist, dann würde man dem neugebackenen Gesetze ganz einfach die Sanktion verweigern. Es giebt ja in einem constitutionellen Staate der Hintelthürchen so viele, durch welche man dem Volkswillen entschlüpfen kann — womit ich nicht gesagt haben will, daß unser Abgeordnetenhaus den Volkswillen repräsentire.

18,3 Meilen Kreis-Chausseen in diesem Jahre in acht Kreisen des Bezirks, in denen gerade die Montan-Industriekreise gehören, in Aussicht. — Wir haben erfreulicher Weise zu constatiren, daß in zwei Kreisen in richtiger Würdigung des Ernstes der Situation unter Zurücksetzung anderer Rücksichten behufs Eröffnung größerer Arbeitsstätten zur Beschäftigung brachliegender Arbeitskräfte die Erdarbeiten bei Kreis-Chausseen baldigst begonnen werden sollen.

Wir sprechen hierdurch die Erwartung aus, daß in allen Kreisen des Bezirks, in denen größere Erdarbeiten bei Kreischausseebauten für dieses Jahr ohnehin beabsichtigt sind, mit deren Eröffnung ohne Verzug vorgegangen wird, sofern in den betreffenden Kreisen das Bedürfniß zur Beschäftigung der Arbeiterbevölkerung sich als ein dringliches erweist und die Bedenken, welche unter anderen Verhältnissen nicht ohne Grund für die Bauaufschiebung geltend gemacht werden könnten, der Nothwendigkeit gegenüber zurücktreten, einer arbeitsuchenden Bevölkerung die durch die Kreisvertretung ermöglichte Arbeitsgelegenheit in solchen Zeiten ohne Verzug zu gewähren, in denen auf anderen Erwerbsgebieten Arbeitseinschränkungen unvermeidlich sind.

Wir dürfen ferner erwarten, daß die Chausseebaukommissionen geeignete Maßnahmen treffen werden, wonach ein starkes Angebot von Arbeitskräften nicht etwa zum Nachtheil der Arbeitnehmer von gewinnsüchtigen Unternehmern ausgebeutet wird, daß vielmehr die Lohnsätze so regulirt werden, daß der Arbeiter sein Auskommen findet. — Wir wollen endlich mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse die Herren Landräthe auf die Bestimmungen der Verordnung vom 21. December 1846 bezüglich der Bildung von Krankenkassen und bezüglich der strengen Beaufsichtigung der sogenannten fliegenden Speise- nnd Schankwirthschaften aufmerksam machen und empfehlen in letzterer Beziehung, daß Speisewirthschaft- und Schankconzessionen von den Herren Landräthen nur an solche Personen gegeben werden, die sich den Bestimmungen der Chausseebaukommission über Preis und Beschaffenheit ihrer Waaren unbedingt unterwerfen. Wir setzen schließlich als selbstverständlich voraus, daß die Ortspolizeibehörden der Ueberfüllung der Wohnungen zum Unterkommen und zu den Schlafstätten der Arbeiter mit Rücksicht auf die derzeitigen Salubritätsverhältnisse entgegen treten werden."

Wir haben dieser vernünftigen Verfügung nichts hinzu zufügen.

— Wie die gegnerischen Zeitungen eine Berichtung bringen, geht aus einer Notiz des „Gmündener Volksfreund" in Bezug auf den Parteigenossen Motteler hervor. Nachdem das Blatt nämlich die Verleumdungen gegen Motteler wiederholt hat, bringt es einen kleinen Theil der Erklärung Mottelers aus unserem Blatte und — schweigt die Hauptsache todt. Nochmals also wird „ganz" verleumdet und nur „theilweise" berichtigt.

— Ein sozial-politischer Club für Leipzig. „In den Club sollen nicht solche Leute Aufnahme finden, die sich Be ehrung über die soziale Bewegung unserer Zeit verschaffen wollen, sondern nur die, welche in diesen Dingen zu Hause sind." So sagt das „Leipziger Tageblatt". Wie viele Personen aber wirklich in diesen Dingen zu Hause sind, das verschweigt das edle Blatt: es nennt nur als Koryphäen Professor Dr. Birnbaum, Rechtsanwalt Broda und Kaufmann Sparig. Daß diese drei Herren sich keine Belehrung über die soziale Bewegung verschaffen wollen, ist männiglich bekannt, deshalb gehören sie auch in den Tagesblättlichen Club: daß sie in diesen Dingen zu Hause sind — nun besser wär's für die Herren selbst, wenn sie mit diesen Dingen zu Hause blieben.

— Ein Missionärrischer! Ein Missionär von der Rheinischen Gesellschaft, mit Namen Büttner, hat Südafrika bereist und hat, wie verschiedene Blätter melden, den Stamm der Hereros eingehend studirt. Sein Urtheil über diesen Volksstamm faßt er in folgenden Worten zusammen: „Das unbewegliche Eigenthum Besitz Aller, das bewegliche so gut wie unbeschützt, kein Erbrecht für die Kinder, Strikefreiheit, keine Steuern, keine Polizei, Weibergemeinschaft, kein Eid, keine Treue, kein Gott." Die Zeitungen erklären, daß dieses Urtheil zugleich eine Anklage auf die Sozialdemokratie enthalte; wir erklären dem gegenüber, daß der Missionär Büttner seinem eingehenden Studium selbst das Urtheil gesprochen hat.

— „Ehrendurcher" hat in Altona, wohin er mit seinem Freikarchen gewallfahrt war folgenden löblichen Ausspruch gethan: „Warum wollen wir nicht zugassen, daß die Sozialdemokraten eine parlamentarische Fraktion im Reichstage bilden? — Weil, so lautet seine Antwort, die bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten ihr Mandat gemißbraucht haben; weil sie gar nicht den Willen haben, an der Lösung der Aufgaben des Reichstags mitzuarbeiten; weil sie die Tribüne des Reichstages als Agitationsmittel benutzen und endlich, weil die Ideen der Sozialdemokratie theoretisch unhaltbar — an sich unklar — und praktisch unausführbar sind." Die Sozialdemokraten haben allerdings nicht den Willen, die Aufgaben des Reichstags im bismarckisch-dunckerschen Sinne zu lösen.

Königsberg, 11. März. Punkt 12 Uhr war das Volk von Königsberg auf dem Universitätsplatze und in den umliegenden Straßen in unzähligen Massen erschienen; Deputationen der sozialistischen Partei Deutschlands, der Arbeiter Berlins, Breslaus, Hamburgs, Kölns, Braunschweigs und anderer Städte, der Arbeiterfrauen Berlins, der „Berliner Freien Presse", der „Frankfurter Zeitung", sowie Abgesandte der demokratischen Vereine von Berlin und von Frankfurt a. M., vom Königsberger Handwerkerverein, von der schwäbischen Volkspartei u. s. w. u. s. w. hatten sich vor dem Hause Jacoby's aufgestellt und hielten riesige Lorbeerkränze in den Händen. Die Arbeiterschaft präsentirte sich auf der ganzen Linie als das vorwiegende Element der Leidtragenden und nur ganz verschämt standen einige bürgerliche Demokraten und Mitglieder der „Fortschrittspartei" abseits. Die Letzteren hatten zwar zunächst die Absicht, bei Jacoby's Leichenbegängniß die erste Rolle zu spielen, da aber — wer weiß, durch welche unglücklichen Zufälligkeiten oder Mißverständnisse veranlaßt — das Begräbniß durch die jüdische Gemeinde unter den üblichen Ceremonien stattfand, und da dieselbe beschlossen hatte, nicht zu dulden, daß politische Reden am Grabe gehalten werden, sondern den Leidtragenden zu verstehen gab, daß sie sich begnügen sollten, etwaige Kränze unter ganz kurzen Erklärungen auf das Grab zu legen, so begnügten sich die Männer des „Fortschritts" damit, sich hinter dem Leichenwagen möglichst auffällig in den Vordergrund zu drängen. Etwa gegen 1 Uhr Mittags trug man einen einfachen schwarzen Sarg aus Jacoby's Wohnung. Derselbe war von Guirlanden, Kränzen, Blumen, Schleifen und Palmzweigen total verdeckt und wurde mit stummer Hochachtung empfangen. Langsam und feierlich, man möchte sagen lautlos, wälzte sich nun der breite Strom der ungezählten Volksmassen hinter dem Leichenwagen her durch die Straßen Königsbergs, in denen Tausende von Menschen sich aufgestellt hatten, so daß der Zug oft in's Stocken gerieth und sich den Eingang zum israelitischen Friedhofe geradezu erkämpfen mußte. Jedermann wollte eben noch einen Blick auf die Umhüllung des unvergeßlichen Todten werfen. Auf dem Friedhofe wurde zunächst die Leiche in eine Halle getragen, wo der Rabbiner Bamberger die Leichenrede hielt. Nach der Ansprache bewegte sich der Zug zum offenen Grabe, in welches sofort die Bahre mit der theuren Leiche unter sichtlicher tiefer Bewegung aller Anwesenden versenkt wurde.

In wenigen Augenblicken war das Grab mit feuchter Erde ausgefüllt und wölbte sich ein kleiner Hügel über demselben. Dann legten die Sozialisten und Demokraten ihre Kränze nieder, die bald einen Berg von Lorbeerreisern und rothen, schwarzroth-goldenen und weißen, mit allerlei, meist den Werken Jacoby's entnommenen Inschriften versehenen Schleifen bildeten. Einige hielten bei dieser Gelegenheit — zum sichtlichen Aerger der jüdischen Friedhofs-Administration — kurze Ansprachen, und zwar die Herren Most-Berlin, Kräcker-Breslau, Rackow-Berlin, Luce-Junkerken, Ender, Braun und Hermann Arnold-Königsberg, Ecks-Berlin, Theobald Rupp-Königsberg, Max Herbig-Marannenhof und Sonnemann-Frankfurt a. M. Dann ergriff noch einmal der Rabbiner das Wort, um den Begräbnißakt für beendet zu erklären. Das Volk trat den Rückweg an, tiefes Weh im Herzen.

Ober-Ingelheim (Rheinhessen), 20. Febr. Arbeiter in Rheinhessen! Es ist endlich Zeit, daß wir uns vereinigen, daß wir uns unserer Lage bewußt werden. Wohl wissen wir, daß wir gedrückt sind, wir wissen aber nicht, was die Schuld daran ist. Zwar sagen es uns die reichen Leute, wir hören es in der Kirche und in der Schule und auch der „Ingelheimer Beobachter" sagt es uns, daß dieses ewige Weltordnung sei. Wir glaubten es, weil wir Arbeiter nicht denken konnten. Doch die Zeit ist gekommen, wo auch die Ingelheimer Arbeiter selbst zu denken anfangen. Rheinhessen war bis dato von aller sozialistischer Agitation verschont geblieben, man kannte den Sozialismus nur dem Namen nach, und man war überzeugt, die „verführerischen Reden" der Sozialdemokraten könnten hier nicht den Sozialismus einbürgern. Aber was die Agitation nicht thut, besorgt die Noth. Mit Begeisterung wenden sich die rheinhessischen Arbeiter mehr und mehr dem Sozialismus zu. Aber ebenso traurig wie um die Arbeiter ist es auch um die Kleinhandwerker und Bauern bestellt, und namentlich die letzteren möchte ich fragen, ob sie sich die Frage noch nicht vorgelegt haben, wohin das Alles noch führen soll? Was bringen Euch die heutigen Verhältnisse und staatlichen Einrichtungen? Sehet Eure Steuerbücher nach! Rechnet alle Jahre Euren jährlichen Reingewinn an Eurem Gute nach! Findet Ihr da nicht mit jedem scheidenden Jahre gegen das vergangene weniger Profit? Sehet Ihr denn nicht, wie das große Kapital einen nach dem andern von Euch ruinirt? Auch Euch, die Ihr noch etwas habt, wird es unausbleiblich so ergehen. Darum auf, Alle, die Ihr im Elend schmachtet, auf und ringet nach einem menschenwürdigen Dasein. Arbeiter Ingelheims! Abonnirt auf den „Vorwärts", damit wir dem „Ingelheimer Beobachter" ein Paroli bieten können. Verkehrt in keiner andern Wirthschaft als da, wo der „Vorwärts" aufliegt. H. L.

Magdeburg. Sonnabend den 10. März fand in Schröder's Salon in der Alten Neustadt eine Volksversammlung statt, zu welcher der Reichstagsabgeordnete Kaufmann W. Bracke jun. aus Braunschweig eingeladen und auch erschienen war. Die Versammlung war derartig besucht, daß der Saal, welcher über 2000 Menschen zu fassen vermag, nicht den dritten Theil der herbeieilenden Männer aufnehmen konnte. Unter allgemeinem Beifall der Versammelten erledigte Herr Bracke in anderthalbstündiger Rede die aufgestellte Tagesordnung: „Die Geschäftskrisis und wer hat dieselbe verschuldet." — Am Sonntag den 11. März fand im Landhause zu Salbke eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher Zwiebler über die Forderungen der Sozialdemokraten unter Beifall der Versammelten sprach. Der Aufforderung, auf die „Magdeburger Freie Presse" zu abonniren, kamen mehrere nach und hat überhaupt die Versammlung dazu beigetragen, die Verleumdungen, welche stets gegen die Sozialisten geschleudert werden, ins rechte Licht zu stellen.

Aus dem 18. sächsischen Wahlkreis. (Zuschrift an den Reichstagsabgeordneten Motteler.) Sie forderten bei der Wahlagitation Ihre Wähler, resp. die hiesigen Arbeiter auf, Ihnen Bericht über die hiesigen Arbeitsverhältnisse zu senden. Als Ihr Wähler einestheils, sowie als Mitglied der von Ihnen gegründeten Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft, halte ich es für meine Pflicht, Ihnen einen solchen Bericht hiermit zuzusenden. An meiner Wahrheitsliebe werden Sie hoffentlich nicht zweifeln, obwohl Sie mich nicht persönlich kennen. Ich bin seit zehn Jahren hier am Ort als Selfaktor-Spinner beschäftigt und stehe seit circa acht Jahren in der Bewegung. Die Lage der Arbeiter, welche in den Vigogne Spinnereien beschäftigt sind, kenne ich genau bis in die kleinsten Details, und will ich zuerst über diese Kategorie berichten. Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß seit Einführung der Selfaktors die Nachfrage nach Spinnern seltener geworden ist. Auf die Spindelzahl, wo früher 6, ja sogar 12 Spinner beschäftigt waren, ist jetzt nur ein einziger beschäftigt. Die Lage der Spinner ist demnach eine bedeutend schlechtere geworden: doch detaiiire ich's genauer. Ein Selfaktor hat immer 480 Spindeln, ein einziger Spinner bedient oder beaufsichtigt deren immer 3, 4, ja auch 6, in selteuen Fällen nur 2. Insofern ist stets ein Massenangebot von Spinnern, so daß wenn einer gesucht wird, sich deren zehn, ja ohne Uebertreibung zuweilen noch mehr melden. Doch das ist es nicht allein, was die Lage des Spinners, insofern derselbe noch Gefühl hat, zu einer traurigen macht. An einem Selfaktor giebt es einen Ausleger und drei Andreher wenn Erwachsene, d. h. über 14 Jahre alte Arbeiter, oder sechs kleine, d. h. unter 14 Jahren alte Arbeiter thätig sind. Dieselben trifft man bunt durcheinander, Knaben und Mädchen, alt und jung an. Der Lohn eines Selfaktor-Spinners ist bei einer Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 8 Uhr, oder von Morgens 5 Uhr bis Abends 7 Uhr, im Durchschnitt 18 Mark pro Woche. Es wird gezahlt für 1000 Zahlen auf Cops gewunden, auf 2 Self. 1 Mrk., auf 3 Self. 80 Pf., auf 4 Self. 70 Pf. und auf 6 Self. 55 Pf. Ein solcher Selfaktor liefert pro Woche im Durchschnitt 7½ Tausend Zahlen. Zuweilen mehr, zuweilen weniger, je nach der Beschaffenheit des Materials. Besonders zu betonen ist folgendes: Wenn ein Spinner 3, 4 oder 6 Self. beaufsichtigt, so ist es unmöglich, daß derselbe alles übersehen könnte. Die Andreher, meistens Kinder und als solche noch leichtsinnig, arbeiten unregelmäßig, d. h. es kommen schlechte Faden in das Gespinnst, es werden schlechte Cops, der Spinner bekommt dafür Grobheiten, oftmals auch Lohnabzüge. Was geschieht nun? Der Spinner tritt strenger, oftmals gar tyrannisch gegen die Andreher auf, dieselben wieder werden infolge dessen die Feinde des Spinners und suchen diesen zu schädigen. So werden die Arbeiter gegen einander gehetzt, so werden schlechte Eigenschaften entflammt. Doch es kommt noch mehr dazu. Durch die schlechte Arbeit, welche in Wahrheit das Produkt der Kinderarbeit ist, wird der Käufer geprellt, und das Ende vom Liede ist Schädigung der Industrie. Doch auch dieses ist noch nicht das Letzte. Wenn man eine Zeitung zur Hand nimmt, so kann man finden, daß immer noch Arbeiter gesucht werden; aber nur Kinder und Mädchen, ganz selten ein Mann. Infolge unserer Produktionsweise arbeiten nur Kinder und Frauen, die Männer wird man bei solcher Arbeitsweise bald in die Zuchthäuser zu sperren haben, insofern dieselben nicht für den Militarismus gebraucht werden. Würde auf jeden Selfaktor ein Spinner verwandt, so würden infolge dessen nicht nur mehr Männer Arbeit finden, sondern es würde auch besser gearbeitet werden. Ferner würden dann keine Ausleger mehr gebraucht und das Mehr des Arbeitslohnes wäre gar nicht so bedeutend. Das wäre das Loos der Selfaktor-Spinner. Das der Handmaschinen-Spinner ist in Beziehung des Lohnes noch schlimmer. Dieselben verdienen im Durchschniti 3½ Thlr. pro Woche. Nun will ich noch die Wolfer und Droussirerinnen erwähnen. Das Loos derselben ist ein entsetzliches. Haben die Spinner und Andreher in ihrer Arbeitszeit Pausen, als da sind Frühstück, Mittag und Vesper, zusammen zwei Stunden, so ist es bei Letzteren anders. Dieselben arbeiten von früh 6 Uhr bis Abends 8 Uhr ohne jegliche Unterbrechung und haben dafür einen Durchschnittslohn von 8 Mark pro Woche. Die Arbeit ist höchst gefährlich und ungesund. Diese Arbeiter sind durchgehends Frauen. Sie werden schon sehr oft gehört und gelesen haben, daß einer Wolferin oder Droussirerin die Hand oder der ganze Arm weggerissen wurde, mitunter wurden auch die Kleider gepackt und die Unglückliche fand dann gewöhnlich ihren Tod. Hier kann ich nicht unterlassen, auf einen Punkt aufmerksam zu machen: oft stehen die Krempeln zu eng aneinander, so daß infolge dessen solche Unglücksfälle stattfinden. Weiter wäre es auch viel praktischer, wenn Mannspersonen zu jener Arbeit verwendet würden, weil die Kleidung derselben knapp anschließt, was zur Verhütung von Unglücksfällen wesentlich ist. Auch würde die Industrie davon profitiren. Durch Anstellen von männlichen Arbeitern zu Droussirern würden tüchtige Krempelmeister herangebildet werden und die weitere Folge wäre die bessere und genauere Leistung der Fabriken. Damit will ich von den Arbeitern in den Vigognespinnereien schließen und zu den Bukskinwebern übergehen. Die Bukskinweberei auf den Handstühlen ist zu Grabe getragen. Die Bukskinweber, welche seither immer noch ein erträgliches Loos hatten, werden demnächst alle in den Fabriken arbeiten müssen. Die Mehrzahl derselben hat immer gegen uns Front gemacht. Als Fabrikarbeiter werden dieselben bald Alle in unserm Lager zu finden sein. Haben dieselben bei der Hausarbeit immer noch einen Lohn von 16—18 Mark pro Woche gehabt, so haben sie als Fabrikweber höchstens 15 Mark, und das auch nur die besten, die weniger tüchtigen werden kaum 12 Mark pro Woche verdienen. Und eine große Zahl von ihnen wird gar keine Arbeit wieder bekommen. Auf den mechanischen Schaftstühlen hat man durchgehends Mädchen, und nur auf den Jaquardstühlen werden Männer angenommen. Es wird gezahlt auf den Schaftstühlen 80 Pf. für's Band, und auf den Jaquardstühlen 1 M. 10 Pf. für's Band.

Da ich, wie gesagt, die Weberei nicht genauer kenne, kann ich über diese weiter nichts schreiben. Später mehr.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen in Baden und der Pfalz.

In Uebereinstimmung mit den Genossen von nah und fern hat das hiesige Agitationscomité beschlossen, auf

Sonntag, den 25. März, einen Arbeitertag für Baden und die Rheinpfalz

nach Mannheim einzuberufen. Die Punkte, welche zur Tagesordnung gestellt werden, lauten: 1) Rechnungslage des auf dem vorjährigen Arbeitertage gewählten Comité. 2) Regelung der Agitation. 3) Besprechung über die eventuelle Gründung eines Parteiblattes. 4) Antrag an den Vorstand betreffs Abhaltung des nächsten Parteicongresses in Süddeutschland.

Parteigenossen! Die Wichtigkeit obiger Punkte erheischen es, daß alle Orte in der Pfalz und in Baden, in welchen wir Gesinnungsgenossen haben, für ihre Vertretung auf dem Arbeitertage Sorge tragen. Die Stimmen, die bei der verflossenen Reichstagswahl auf unsere Candidaten gefallen, beweisen uns, daß es auch hier unter den Arbeitern zu tagen anfängt, sie zeigen uns aber auch, daß nur dort auf Erfolg zu rechnen ist, wo eine gut organisirte, festgeschlossene Partei besteht. Nicht allein Wähler, sondern tuchtige, erprobte Mitarbeiter muß das Proletariat stellen, soll seine Idee, die Befreiung der Arbeit, zum Durchbruch kommen.

Der vorjährige Arbeitertag in Neustadt a. d. Haardt hat uns in manchen Orten, in denen bis dahin unsere Idee nicht gekannt oder verpönt war, die Stimmenmehrheit gebracht, im diesjährigen ist es unsere Aufgabe, die Wähler zu organisiren, um so die gewonnenen Stimmen werbend für die Zukunft anzulegen.

Deshalb auf nach Mannheim!

Stunde und Lokal wird durch den „Vorwärts" bekannt gemacht, alle Zuschriften sind an untenstehende Adresse zu richten.

Mannheim, 10. März 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Das Agitationscomité:

J. A.: August Dreesbach, G. m. l.

Briefkasten

der Redaktion. Berichterstatter in Friedberg: Berichte sind uns stets willkommen.

der Expedition. A. K. in Dresden: Geib's Liste ist die richtige. Spätere Ergänzungen sind dem „Vorwärts" zu entnehmen. — B. K. Wertheim: Die Adresse von Blos ist z. Z. Reichstagsgebäude Berlin. — Srg Hoboken: Ueberr. D. ist in 2 Raten à 135,00 Ihnen gutgebracht. — F. L. St. Louis: Bewußtes ist in Ordnung. — F. Steide Mz: Nein. Nur was im „Vorwärts" Nr. 19. empfohlen ist.

Quittung. Brkhrdt hier Ab. 3,00. Thm hier Ab. 1,95. Schrs Hannover Ann. 1,50. Arbeiterverein Haardt Ab. 3,25. Arbeiterverein Lindenau Ann. 6,60, Gttr hier Ab. 1,20. Krbs hier Ab. 0,60. L. Rngr Aggersdorf Ab. 5,42. Fdlr Neßchkau Schr. 1,15. Schwlb Gera Schr. 5,50. Knzlmnn Reutlingen Schr. 3,95. Achtr Altona Schr. 2,53. Mcknly Düsseldorf Schr. 7,24. Zmmrmnn Flensburg Schr. 1,80. Zpf Bischofsgrün Schr. 5,15. Grbnstn Lindenau Schr. 3,50. Hllr Klosterneuburg Ab. 2,01; die Sendung v. Jan. ist in 2 Posten i. Nr. 11 des „Vorwärts" quittirt. Gewerkver. der Holzarbeiter Graz Ab. 3,24. Expedition der „Wahrheit" Breslau Ab. 1000,00. Grllndrgr Nürnberg Ab. 200,00. Pffr Gießen Ab. 10,00. Dunstdt Berlin Ab. 4,60. Kls Magdeburg Schr. 11,75. Thsn Halle b. Grmr Ab. 81,85. Wf Christophsgrund Ab. 10,46. Wrnk Lautenburg Schr. 8,60. Krppntnr München Schr. 0,50.

Alle Briefe in Parteisachen für Plauen i. V. sind zu richten an die Adresse: F. Rudolph, Gartenstraße.

Wahlfonds.

Von Arbeitern der Heinz'schen Schneiderwerkstatt hier 2,75. Arbeiterverein Volkmarsdorf 25,00, Arbeiterverein Plagwitz b. L. 1,60.

Fonds für Gemaßregelte.

4,50 v. Arbeiterverein Lindenau incl. 50 Pfg. von Bornemann.

Anzeigen 2c.

Bis spätestens Ende März a. c. müssen alle Rückstände auf

Schriften, Neue Welt- u. Vorwärts-Abonnements

regulirt sein, dafern nicht Einstellung weiterer Lieferungen erfolgen soll. Inventur und Bücherabschluß, sowie die Nothwendigkeit eigene Verpflichtungen rechtzeitig zu erfüllen, machen dieses Verfahren nothwendig. Separatmahnungen werden wir also nicht mehr erfolgen lassen.

Die Expedition des Vorwärts u. Genossenschaftsbuchdruckerei.

Altona. Sonnabend, den 17. März, Abends 8½ Uhr, in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [50

Hannover. Sonntag, den 18. März 1877, in Winkler's Hotel:

Unterhaltung der vereinigten Gewerkschaften

bestehend in Concert, Vorträgen und Ball. Anfang: 4 Uhr.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht (F161) Das Comité. [180

Kiel. Sonnabend, den 17. März, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten": (F. 182)

Oeffentliche Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Berathung über ein Lokalblatt für Kiel und Umgegend.

Einem zahlreichen Erscheinen sieht entgegen [0,80

Chr. Stark.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Sonnabend, den 17. März, Abends 8 Uhr: Versammlung. Am Täubchenweg, Restauration von Jul. Menzel.

Tagesordnung: 1) Vortrag von Herrn Lienig über Lokalisirung der Kranken- und Gewerkschaftskassen; 2) Diskussion und Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. [70

NB. Montag, den 16. April: Generalversammlung bei Obigem

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complett

kann erst mit Ende März d. J. versandt werden. Mehrere Nummern sind total vergriffen und ist Nachdruck nicht eher möglich, da unsere neue Maschine früher nicht eintrifft und laufende Aufträge unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen.

Wir empfehlen also lieferbar wie oben angegeben:

Die Neue Welt.

Erster Jahrgang, 1876, complett.

Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. francs.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit".

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt". Färberstr. 12. II.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Statistische Tafel

der

sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage.

Eine genaue Zusammenstellung der Gesammtresultate (sozialistische und gegnerische Stimmen) derjenigen Wahlkreise, in welchen bei dem diesjährigen Wahlgange sozialistische Candidaten aufgestellt waren, unter Einschluß der engeren Wahlen zwischen Sozialisten und Candidaten anderer Parteien.

Für 20 Pf. zu beziehen vom Verleger August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg, an den alle Bestellungen zu richten sind.

Durch uns ist zu beziehen:

Die Quintessenz des Sozialismus.

68 Seiten Oktav. Preis M. 1,20.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 2. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 600 North 3rd Street.
J. Bell, 1189 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lauferman, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Gay, 418 O'Farrell Street.
London: Rudolph, 5 Hanman Street, Middlesex Hospital.

Nr. 33. Sonntag, 18. März. 1877.

Märzgedanken.

Achtzehnhundertsiebzig und eins,
Volk von Paris — da warst Du wie kein's
Sonst auf der Erde gewaltig groß,
Da rissest Du Dich von den Fesseln los —
Doch wie herrlich Du auch gestritten,
Wie entsetzlich Du auch gelitten;
Sie würgten Dich, die Söhne Kain's,
Achtzehnhundertsiebzig und eins.

Achtzehnhundertsiebzig und sieben,
Kämpfer des Märzen, wo seid Ihr geblieben?
Seid Ihr in Acht und Verbannung gestorben,
Seid Ihr in fremden Landen verdorben?
Hat man Euch Alle in Ketten geschlossen?
Hat man Euch Alle erwürgt und erschossen?
Ist kein Rächer übrig geblieben
Achtzehnhundertsiebzig und sieben?

Achtzehnhundertsiebzig und sieben,
Kämpfer des Märzen, wo seid Ihr geblieben?
Wohl ward Mancher in's Grab gesenkt;
Wohl von Elend und Kummer bedrängt,
Fanden Viele in Jammer und Noth
Fern von der Heimath erlösenden Tod —
Doch ein Rächer ist ihnen geblieben
Achtzehnhundertsiebzig und sieben.

Achtzehnhundertsiebzig und sieben,
Ja, ein Rächer ist Euch geblieben.
Wohl der Alten sind Viele nicht mehr;
Sehet der Jungen gewaltiges Heer —
Aus Osten und Westen, aus Süden und Norden
Nahen sie her, der Arbeit Kohorten,
„Freiheit und Brod" auf den Fahnen geschrieben
Achtzehnhundertsiebzig und sieben.

Achtzehnhundertsiebzig und sieben —
Habt Ihr's Euch tief in's Gedächtniß geschrieben?
Ihr Proletarier, Ihr die Enterbten,
Oeffnet die Herzen, die unverderbten,
Höret der Freiheit zündendes Wort,
Tragt ihre Fahnen von Ort zu Ort,
Bis Ihr die Noth und die Knechtschaft vertrieben
Achtzehnhundertsiebzig und sieben.

Achtzehnhundertsiebzig und sieben
Ihr Proletarier, lasset das Lieben,
Hasset das Unrecht, hasset das Schlechte,
Jagt sie zur Hölle, die finsteren Mächte,
Die Euch Recht und Freiheit gestohlen,
Die gierigen Raben, die diebischen Dohlen,
Und die Euch aus Arbeit und Brot vertrieben
Achtzehnhundertsiebzig und sieben.

Achtzehnhundertsiebzig und sieben
Fort mit den Schurken, fort mit den Dieben!
Noth und Elend woll'n wir bezwingen,
Freiheit und Arbeit woll'n wir erringen!
So wollen wir achten, so wollen wir lieben —
Wir, achtzehnhundertsiebzig und sieben —
Jene Helden jenseits des Rheins,
Achtzehnhundertsiebzig und eins.

Revolution und Revolutionäre.*)

Man nennt uns unaufhörlich Revolutionäre, und diese Benennung — man muß es wohl bekennen — wird vom größten Theile des Volkes in schlechtem Sinne aufgefaßt. Es gehörte sich indessen, die Bedeutung dieses Wortes zu verstehen und mit Verstand und Billigkeit darnach zu trachten, den wahren Sinn davon zu finden. Wer von Revolution spricht, der spricht deswegen noch nicht von Straßentumult, von blutigen Kämpfen oder Ausbrüchen der Leidenschaft. Die Revolution ist — nach unserer Ansicht — der Uebergang von einer Idee zu einer anderen, von einem veralteten Regierungssystem zu einem neuen. Sie ist die Umformung eines Volkes oder der ganzen Gesellschaft auf dem Wege der Bildung. Das ist die Bahn des Fortschritts.

Sie ist in der Natur der Menschheit selbst begründet und sie drängt sich der Menschheit auf, das eine Mal auf friedliche Weise, dann wieder durch plötzliche Eruptionen.

Die Revolutionen, Aeußerungen des Willens der Völker sind nichts anderes, als der Ausdruck eines zu Stande gebrachten Fortschrittes. Mit Unrecht hat man mit diesem Wort die Gedanken von Unordnung, Rache und Wiedervergeltung verbunden. Die Geschichte zählt in ihren Annalen große Revolutionen, die keinen Tropfen Blut gekostet haben und inmitten eines allgemeinen Friedens und einer völligen Sicherheit zu Stande gekommen sind. Das sind die Männer der Vergangenheit, welche die Revolution verlästern. Ohne Zweifel werden in den gewichtigen Augenblicken, in denen ein Volk sich seiner abgenützten Form entäußert, um sich in ein neues Gewand zu werfen, bedauernswerthe Ausschreitungen zum Nachtheil der Reformer immer zu vermelden sein. Aber wenn man auch diese Zügellosigkeiten verurtheilen muß, so ist es doch nicht mehr als billig, daß man auch die Ursachen in Rechnung bringt, welche sie veranlaßt haben und die zur Entschuldigung und Rechtfertigung dienen.

Wenn die Bedürfnisse der Völker nicht unaufhörlich vernachlässigt und unterdrückt, wenn deren gesetzmäßige Forderungen nicht fortdauernd abgewiesen worden wären, würde ihr Wille dann wohl oftmals nothwendig gehabt haben, sich mit Gewalt aufzudrängen, den Widerstand zu überwinden und die hindernden Schranken zu zerbrechen? Die leidenschaftlichen, unvermeidlichen Erschütterungen, welche in Augenblicken der Krisis sich über die Oberfläche der Gesellschaft fortpflanzen, würden sicherlich solch' traurige Folgen nicht haben, wenn die Forderungen und Begehren der Völker bei den Herrschenden ein willig Ohr gefunden hätten. Kommen da jemals Umwälzungen vor, wenn das Volk wahrhaft glücklich ist?

Diejenigen, welche sich am meisten über die Umwälzung beklagen, sind just die, welche dieselbe durch ihre Mißbräuche und Starrköpfigkeit hauptsächlich nothwendig gemacht haben.

Man muß sich dann verwundern, wenn die Klaue des unüberwindlichen Volkslöwen in den Augenblicken des Zorns die Hand seines Beherrschers mehr oder weniger gekratzt hat?

Ist es nicht just die Vermengung von einem bischen Kraft und Gewalt mit viel Gutmüthigkeit, welche große Männer sowohl als große Völker entstehen läßt? Würden ohne ein wenig Leidenschaft, die gerade Charakter und Geisteskraft verleiht, Männer und Völker nicht an innerlicher Stärke zu kurz ausschlagen, gerade so wie Goldmünzen ohne ein wenig „Alliage" (Legierung, Zusatz von anderen Metallen) auch keine Dauerhaftigkeit besitzen?

Ist die Natur selbst nicht von einem Experiment zum andern endlich dazu gekommen, ihr Werk zur Vollendung zu bringen? Wie oft hat sie selbst nicht heute vernichtet, was sie gestern hervorbrachte? Ist das Werk der allgemeinen Weltordnung nicht zu Stande gekommen durch eine Aufeinanderfolge von riesenhaften Umwälzungen?

In der gesellschaftlichen Ordnung sowohl als in derjenigen der Natur ist keine Erneuerung möglich ohne eine vorhergehende Krisis. Aus diesem unvermeidlichen, aber in gewisse Grenzen eingeschränkten Uebel geht das allgemeine Gute hervor.

Ueber die allgemeinen Vorurtheile erhaben, entledigt von besondern Leidenschaften, mit weitem Blick die logische Folge der Thatsachen und die stets vorwärtsführende Bahn, worauf die Menschheit sich bewegt, übersehend, betrachtet der Philosoph das Gesetz als abhängig von dem unvermeidlichen Schicksal und tröstet sich mit dem Gedanken: daß eine Stunde der Krisis ein Volk um ein Jahrhundert verjüngt.

Ueberlassen wir es also den beschränkten Köpfen, über vorbeigehende Unordnungen, welche die Umgestaltung kennzeichnen, schwächliche Klagelieder anzustimmen.

Sie erblicken das Uebel eines Tages, aber sie sind mit Blindheit geschlagen, wenn es darauf ankommt, das ewig dauernde Gute zu sehen, das daraus hervorgeht.

Solchermaßen ist es auch mit der sozialistischen Bewegung bestellt. Der Revolutionsgeist, dessen man uns beschuldigt, ist einzig und allein ein energisches Streben nach Verwirklichung unserer unwiderlegbaren Prinzipien und besteht nicht in blutigen Wirren und Kämpfen oder in gewaltthätigen Ausbrüchen wilder Leidenschaften, wohl aber in der Hebung und Bildung der enterbten Klassen, die früher oder später ohne unsere Propaganda gewiß mit mehr Gewalt und mehr Rachsucht dem wachsenden Elend ein Ende wird machen wollen.

Die Lehre vom Sozialismus ist also viel mehr ein Segen für die Menschheit — damit wir zu der Zeitepoche, die uns schon so lange vorschwebt, gelangen, in der die Arbeit, Kunst und Wissenschaft wahre Grundlagen aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein müssen.

*) Aus „De Vlaamsche Lantaarn". Wir bringen diesen Artikel, um zu zeigen, daß die Belgischen Sozialisten vollständig von der Bakunistischen Anarchie zurückgekommen sind und sich auf den Boden einer vernünftigen sozialdemokratischen Agitation gestellt haben.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Kein Recht auf Arbeit! Die deutschen Arbeiter machen wir auf eine amtliche Denkschrift aufmerksam, aus der die neueste ministerielle „Provinzial-Correspondenz" verschiedene Artikel mittheilt. Für heute bringen wir unsern Lesern nur folgenden Absatz, damit sie ersehen können, was die Arbeiter von der preußischen Regierung zu erwarten haben:

„Unter dem Druck des bestehenden Nothstandes und theilweise unter starker Uebertreibung desselben wird nun aber der Versuch gemacht, den Staatsgewalten die Schuld an dem Nothstande zuzuschreiben und dem Staat gegenüber ein sogenanntes Recht auf Arbeit in Anspruch zu nehmen. In diesem Sinne haben die Sozialdemokraten in Berlin und anderwärts Beschlüsse gefaßt und dieselben zur Kenntniß der Regierung gebracht. Dieser Anspruch und die darauf begründeten Agitationen fordern die Staatsregierung zur größten Vorsicht bei ihren weiteren Schritten auf. Ein Recht auf Arbeit gegenüber dem Staat bei Ausbruch einer geschäftlichen Krisis, wie sie in jedem industriell höher entwickelten Lande von Zeit zu Zeit in bald größerem, bald geringerem Umfange eintritt, ist entschieden nicht anzuerkennen. Die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen, wie die Ausführung von Bauten, welche andernfalls überhaupt nicht oder doch zu ganz anderer Zeit in Angriff genommen würden, müssen in hohem Maße bedenklich und gefährlich erscheinen. Sie würden sehr bald Ansprüche an den Staat hervortreten lassen, welchen derselbe in keiner Weise genügen könnte. Der schon jetzt laut gewordene Ruf nach Umgestaltung der ganzen bestehenden sozialen Ordnung würde nur um so stärker ertönen, je mehr die Regierung unter Aufgeben ihrer Grundsätze und scheinbar unter dem Drucke der in Volksversammlungen gefaßten Resolutionen sich nachgiebig erwiese."

Wir werden auf die amtliche Denkschrift noch zurückkommen. Besonders erhalten in derselben die Zimmerer und Maurer eine eigenthümliche Lektion.

— Der Reichstag hat nach der „Vossischen Zeitung" am 23. ds. Mts. eine interessante Sitzung gehabt, in welcher Theorie und Praxis des „Systems Bismarck" unter dreimaliger rednerischer Betheiligung vom Bundesrathstische aus selbst recht hell, aber gar nicht zu seinem Vortheil beleuchtet wurde. Die Interpellation des Abg. v. Komierowski wegen des in Haft befindlichen Redakteurs Dr. Kantecki, welcher dem Martyrium des Zeugnißzwanges unterliegt, bildete den ersten Gegenstand der Verhandlung und wurde vom Staatsminister Hofmann keineswegs zur Zufriedenheit der mannigfaltigen Elemente beantwortet, die sich zur Unterstützung der Interpellation zusammengefunden hatten (Polen, Centrum, Sozialdemokraten, ein Welfe, Fortschritt, Elsässer und der Däne Krüger). Dr. Kantecki befindet sich bekanntlich in Haft, weil er im „Kurjer Poznanski" eine Verfügung abdruckte, die der Oberpostdirektor zu Bromberg hinsichtlich der Beschlagnahme von Briefen Ledochowski's erlassen hatte. Obwohl Kantecki beschwor, daß ihm jene Mittheilung nicht von einem Postbeamten zugegangen sei, soll er so lange in Haft bleiben, bis er die Person bezeichnet, von welcher er, unter dem Schutz des Redaktionsgeheimnisses die Copie der Ober-Post-Direktionsverfügung erhielt. Die Frage nun, ob der vorliegende Fall zur Kenntniß des Herrn Reichskanzlers gelangt sei, verneinte Herr Hofmann, der Präsident des Reichskanzleramts, welcher äußerte, Fürst Bismarck erfahre als Reichskanzler die Sache offiziell erst durch die Interpellation, worauf von nationalliberaler Seite bemerkt wurde, es sei zu beklagen, daß der preußische Ministerpräsident, welcher anerkanntermaßen offiziell von der Sache wisse, dem Reichskanzler keine diesbezügliche Mittheilung gemacht habe. (Heiterkeit.) Generalpostmeister Stephan erregte den höchsten Unmuth der großen Majorität des Hauses, als er auszuführen suchte, es müsse vor allen Dingen darauf ankommen, durch den Zeugnißzwang in Erfahrung zu bringen, welcher Postbeamte das Amtsgeheimniß verletzt habe. Aus der Hofmann'schen Erklärung ging hervor, „daß der Reichskanzler in dieser Hinsicht dem pflichtmäßigen Ermessen der Verwaltungsbehörde nicht vorgreifen wolle, um nicht die Disziplin zu untergraben." Hr. v. Schorlemer-Alst deutete dies dahin, daß die Haft Kantecki's so lange fortdauern solle, als es der Postbehörde gefalle, obwohl der Inhaftirte, wie gesagt, beschworen hat, daß er die Mittheilung von keinem Postbeamten erhalten. Herr Stephan erklärte, er könne es nicht verantworten, daß von der Fortsetzung der Zwangsmaßregeln gegen Dr. Kantecki abgestanden werde. Das Postgeheimniß könne sonst nicht gewahrt werden (diese Behauptung wird mit Gelächter aufgenommen) und es müsse um der Ehre der deutschen Beamten wegen an der Maßregel festgehalten werden. Sogar der Abg. Wehrenpfennig fühlte sich nun berufen, gegen den Herrn Generalpostmeister ins Zeug zu gehen und dagegen zu protestiren, daß, angesichts der neuen, aber noch nicht ins Leben getretenen Justizgesetzgebung, die ihm zu Gute käme, ein Redakteur, der seine Ehrenpflicht erfüllt hat, in unabsehbarer Haft gehalten werde, um den Urheber einer That zu erkunden, die eventuell nicht einmal einen Criminalprozeß, sondern nur eine Disziplinaruntersuchung gegen den Thäter veranlassen würde. Die Unterstellung, als wollen die, welche hiergegen Protest erheben, den Eidbruch von Beamten begünstigen, wies der Redner mit gebührender Entrüstung zurück. Die Rede des Abg. Liebknecht zu derselben Sache (während welcher Fürst Bismarck in's Haus trat) war schon des Umstandes wegen von Bedeutung, weil Liebknecht selbst jene von Kantecki abgedruckte Notiz anonym zugesandt erhalten und veröffentlicht hatte. Zum Schlusse seiner Rede bemerkte Liebknecht, daß es Pflicht des Reichstags sei, den Schandfleck abzuwaschen, der in vorliegendem Falle an Deutschland hafte.. Nach dieser vielstimmigen Verurtheilung des Verfahrens der obersten Postbehörde fiel das vereinzelte Votum des Abgeordneten Standy zu Gunsten des von ihr eingehaltenen Verfahrens nicht in's Gewicht.

Es ist wahr, soweit der Zeugnißzwang behandelt wurde, war die Sitzung interessant; wenn doch nur die interessanten Sitzungen auch eine gründliche Aenderung des „Systems Bismarck" in Theorie und Praxis zur Folge hätten! Aber da liegt der Hase im Pfeffer. —

— Es kracht in dem Reich. In Folge einer nicht gerade schmeichelhaften Bemerkung des Fürsten Bismarck hat der Marineminister Stosch seine Demission gegeben. Auch die Herren Hofmann (Präsident des Reichskanzleramts) und Stephan sollen mit Demissionsgedanken schwanger gehn. Thatsache ist, daß Letzterer in der Kantecky-Affaire, und Ersterer bei dieser und anderen Gelegenheiten sich derartig compromittirt haben, daß sie kaum mehr möglich sind. Herr Hofmann brachte es am Dienstag fertig, im Reichstag so ausgelacht zu werden, wie noch Keiner ausgelacht worden ist. Wie man diesem Manne dieses Amt anvertrauen kann, ist geradezu unbegreiflich; er vermag keine zwei Sätze richtig zu construiren und aneinanderzureihen. Jedes Auftreten bedeutet für ihn ein Fiasko.

— Gründer und Gründergenossen — öffentliche und verschämte, haben viel Elend über Deutschland und die Welt gebracht. Wer dies leugnet, wer darüber den Mantel der Liebe deckt, wer die Mitschuld auf andere Elemente zu werfen wagt, um dadurch die Hauptmissethäter zu verstecken, der ist entweder ein Idiot oder er wird von den Gründern bezahlt. Diesen Satz mag sich der Abgeordnete Richter (Hagen) merken.

— Die Wahlprüfungscommission hat die Wahl des Abgeordneten Auer im 22. sächsischen Wahlkreise einer langen Prüfung unterzogen. Der Antrag der Beanstandung dieser Wahl wegen der dabei vorgekommenen Unregelmäßigkeiten gelangte nicht zur Annahme, vielmehr wurde beschlossen, neue Erhebungen über die Vorfälle, welche zum Proteste Anlaß gegeben haben, zu veranlassen. Abweichend von der herkömmlichen Praxis hat die Commission ihr Gesuch nebst den Akten nicht dem Kanzler zugehen lassen, sondern dem Präsidenten des Reichstages.

— Zur Wahl Hasenclevers. Wie wir erfahren, hat die Wahlprüfungscommission des Reichstags sich von der Unanfechtbarkeit der Wahl Hasenclever's im 6. Berliner Wahlkreise überzeugt. Das entscheidende Moment ist, daß das Versehen in der Wählerliste, welches den Anlaß zur Ungültigerklärung geben sollte, schon vor Auslegung der Wählerlisten begangen war. Uebrigens hat sich der angebliche Protest gegen die Wahl Hasenclever's bei genauerer Untersuchung als ein fortschrittlicher Schwindel erwiesen, welcher den Urhebern und Mitschuldigen seinerzeit noch einige heiße Minuten verursachen soll.

— Zum Kapitel der Bismarckbeleidigungen. Vor der 8. Kriminaldeputation des Berliner Stadtgerichts fanden am 14. März die Verhandlungen wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck gegen den Legationsrath a. D. Graf Hermann von Arnim und die Redakteure Gehlsen, Schellenberg und Talchau statt. Der Strafantrag lautete gegen Graf Arnim auf 5 Monate Gefängniß, gegen Schellenberg und Talchau auf eine Zusatzstrafe von 1 Woche Gefängniß und gegen Gehlsen auf 6 Jahre Gefängniß. Nach kurzer Berathung lautete das Urtheil gegen sämmtliche vier Angeklagte auf Schuldig der wiederholten Beleidigung des Fürsten Bismarck durch die Presse. Graf Arnim wurde zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, wobei als strafschärfend seine Stellung als Vertrauensperson gegenüber dem Reichskanzler, als strafmildernd sein Verhältniß zur Familie Arnim angenommen wurde. Schellenberg und Talchau wurden zwar auch für schuldig erklärt, aber mit Rücksicht darauf, daß sie in den früheren Prozessen wahrscheinlich nicht höher verurtheilt worden wären, wenn die heutige Sache damit verbunden war, von Strafe verschont. Gegen Gehlsen erkannte der Gerichtshof schließlich auf fünf Jahre Gefängniß und sprach außerdem die Unbrauchbarmachung der Artikel und die Publikationsbefugniß für den Fürsten-Reichskanzler aus. —

Ferner wurde am selbigen Tage der frühere Legationsrath von Loë wegen Bismarckbeleidigung zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt. — Bei Loë, Arnim und Gehlsen geht es übrigens den preußischen Gerichten so, wie den Nürnbergern, die auch keinen henkten, bevor sie ihn hatten.

— Zur Frage des Unterstützungswohnsitzes. Wie das „Mannheimer Journal“ schreibt, wurden demselben von einem Arbeiter aus einer niederrheinischen Eisengießerei, der mit Frau und Kindern seinen seitherigen Aufenthalt verlassen, um in Frankfurt sein Brot zu suchen, sehr traurige Schilderungen über die Noth gemacht, welche unter den Arbeitern der Eisenindustrie am Niederrhein herrscht. Der Genannte, der den Eindruck eines braven, rechtschaffenen Mannes machte, erzählte, daß, wie er ohne Mittel den verzweifelten Entschluß gefaßt und mit Weib und Kind, ohne Gewißheit auf ein anderweitiges Unterkommen, seinen Wohnsitz verlassen, so zögen am Niederrhein in gleicher Weise die Eisenarbeiter mit Frau und Kindern von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Die Gemeinden brächten dort übergroße Opfer, nicht um dieselben unterzubringen, sondern um dieselben in ihre Heimathgemeinden oder nach anderen Gemeinden fortzuschaffen. Man bringt große augenblickliche Opfer, um die dauernden Lasten des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes möglichst dauernd von sich entfernt zu halten. — Richtiger wäre es sicherlich, wenn der Unterstützungswohnsitz dort wäre, wo die Arbeitskraft des Betreffenden jahrelang ausgebeutet worden ist, so daß für die Nothleidenden auch diejenigen Fabrikanten, welche den Nutzen gezogen haben, mit aufkommen müßten. Die kleinen, armen Bauern-Gemeinden werden durch das Reichsgesetz betr. den Unterstützungswohnsitz ungebührlich belastet, die Städte und Fabrikgegenden, wo das liberale Fabrikantenthum blüht, werden dagegen entlastet. Sehr natürlich, weil der liberale Geldsack die „Volksvertretung“ beherrscht.

— Der Hunger auf der Straße. Das liberale „Braunschweiger Tagblatt“ schreibt: „Gestern Abend fand man auf der Echternstraße einen Arbeiter, welcher, völlig erschöpft, dort umgesunken war. Mehrere des Weges kommende Herren nahmen sich des Hilflosen an und geleiteten ihn zunächst nach einer Restauration, wo sie ihn durch Speise erquickten, denn der Hunger hatte den Unglücklichen zu Boden geworfen. Auf polizeiliche Veranlassung wurde der Fremde ärztlich untersucht und bis zu völliger Genesung nach dem herzoglichen Krankenhause geschafft.“ — Angesichts solcher Thatsachen ist es erbärmlich, wenn die liberale Presse noch immer über Vagabunden und Lumpen herzieht, die nicht arbeiten wollen; angesichts solcher Thatsachen ist es schmachvoll, daß nicht die ganze Intelligenz, die in einer Nation steckt, Anstrengungen macht, solchen Vorkommnissen durch Gesetze und Produktionsänderungen vorzubeugen. Bis jetzt ist in dieser Beziehung nur die Sozialdemokratie thätig.

— Unsere Gegner. Unter dieser Ueberschrift erhalten wir folgende Zusendung aus Karlsruhe: „Die „Badische Landeszeitung“ — Organ der Nationalliberalen (in Baden existirt eine Fortschrittspartei nicht) — ein Blatt, das an Gesinnungstüchtigkeit Alles, was bis jetzt dagewesen ist, übertrifft, hat durch ihren Wiener ☆ Correspondenten in Nr. 57 ihres Blattes vom 8. März hinter die Coulissen der oberen Zehntausend blicken lassen. Der Artikel, der uns das Agitiren für die Arbeitersache wesentlich erleichtert, folgt am Schlusse Dieses wörtlich. Cynischer (hündischer) ist noch nie über den Nothstand — den die „oberen Zehntausend“, wie die Landesbase selbst sagt und damit Klassenhaß provozirt — bekanntlich durch Ueberproduktion veranlaßten, geschrieben worden! — Im Jahre 1848 trugen die oberen Zehntausend, von denen damals Manche „auch Proletarier“ sein wollten, die größten schwarz-roth-goldenen Kokarden, „wenn nicht aus Herzensdrang, so doch aus Politik und Klugheit“, gerade wie der Wiener Correspondent dem Nothstand gegenüber meint. Schade für unsere Gegner, daß die Sozialdemokraten nicht mehr die dicke Zipfelkappe des deutschen Michels von 1848 tragen, um statt Gleichheit und Freiheit für Alle die sehr empirische Kur mit „blauen Bohnen“ zur Wiederherstellnng des Status quo ante durchmachen zu müssen; sie werden dann auch nicht in die Lage kommen, „Kettentragen“ für „liberal“ zu erklären, wenn achtundzwanzig Jahre nach der Kur verflossen sind!

Der obenerwähnte Artikel lautet wörtlich:

„Wien, 5. März. Gestern fand hier eine öffentliche Versammlung von Arbeitern statt, welche sich mit dem weltbeherrschenden Thema des Augenblicks, mit der Magenfrage, beschäftigte. Man hat in einem Antrage die Vorschläge zusammengefaßt, mit deren Hilfe man das allgemeine Elend, wenn schon nicht zu besiegen — wer vermöchte Das heute! — so doch zu lindern hofft. Die Arbeiter marschiren diesmal nicht unter der sozialistischen Fahne, sie schreiten gesenkten Hauptes unter dem Banner der Noth einher. Allerdings verlangen sie jene politischen Freiheiten, die heute zu den unerläßlichen Forderungen des modernen Staates gehören. Das freie Vereinsrecht, das allgemeine und direkte Wahlrecht, die Festsetzung des Normalarbeitstags, die Errichtung von eigenen Arbeiterkammern, die Verminderung der stehenden Heere — alle diese Forderungen wurden von der Versammlung besprochen und aufgestellt, aber sie wurden nicht in erste Linie gestellt, man rückte sie vielmehr bedeutend in den Hintergrund. Nicht um Vermehrung seiner Rechte ist es heute dem Manne mit dem Schurzfell zu thun, sondern um Arbeit und Erwerb. Nicht um die Errichtung einer neuen Weltordnung, nicht um den Umsturz der „tyrannischen Kapitals- und Sklavenwirthschaft“, sondern um die Ernährung seiner Familie, um das tägliche Brot für Weib und Kind handelt es sich heute, und es würde wie blutige Selbstverhöhnung klingen, wenn er etwa die Strophen der famosen Arbeiter-Marseillaise (?) anstimmen wollte, jenes Liedes, das dem betriebsamen Bourgeois so grell und drohend in's Ohr „Mann der Arbeit, aufgewacht, — Und erkenne Deine Macht! — Alle Räder stehen still, — Wenn Dein starker Arm es will!“ (?) Du lieber Gott, die Räder stehen ohnedies still, und anstatt sie anzuhalten, würde er heute gerne — ach wie gerne! — den starken Arm rühren, um sie wieder in Bewegung zu versetzen. Die Arbeiter verlangen also vor allem Anderen: Nahrung. Sie versteigen sich bei diesem Kapitel nicht zu der Träumerei von jenen Nationalwerkstätten, wie sie beispielsweise dem Gehirn Louis Blanc's entsprangen; sie halten sich vielmehr ängstlich in den Grenzen der thatsächlichen Verhältnisse und rathen ungefähr dasselbe an, was im Parlament und in der Presse schon des Oefteren in Vorschlag gebracht wurde. So sagt Punkt 2 des Antrags: „Die Inangriffnahme der beabsichtigten Bauten, Wege und Verkehrsstraßen ist sofort, mit Verhinderung aller bureaukratischen Verschleppungen, einzuleiten und hat für die rasche Durchführung die Staatsregierung den Anlaß zu geben und mit ihren Mitteln einzutreten. Die Verwaltungen der Eisenbahnen, insbesondere der vom Staate unterstützten, sind aufzufordern, ihre Bestellungen im Inlande zu machen. Der öffentliche Wohlthätigkeitssinn muß sich in der Würdigung und Unterstützung der heimischen Industrie bethätigen. Almosen sind zwar in einzelnen Fällen zu entschuldigen, grundsätzlich aber verwerflich.“ Ein weiterer Punkt der Arbeiter-Anträge besagt: „Das Kleingewerbe darf sich der Erkenntniß nicht verschließen, daß es im Großen und Ganzen dem Untergange bestimmt ist. Dagegen ankämpfen, hieße gegen die allgemeine fortschreitende Entwicklung kämpfen. Der Niedergang des Kleingewerbes hat sich beinahe schon überall vollzogen; es fristet hie und da noch ein Scheinleben. Die Kleinmeister sind in vielen Fällen Lohnarbeiter, wie die Fabrikarbeiter, und müssen daher vernunftgemäß mit diesen gemeinsame Ziele anstreben.“ Man merke wohl auf diese Schlußfolgerung und ziehe die richtigen Schlüsse daraus. Der Arbeiter sagt dem kleinen Bürgersmann: Bruder, wir haben ein gemeinsames Loos, wir leiden unter dem gemeinsamen Elend, machen wir also gemeinsame Sache. In der That bringen große Wirthschaftskrisen die Gefahr nahe, daß der Sozialismus in breiteren Volksschichten an Ausdehnung gewinnt, und man hat es bei den letzten Reichstagswahlen in Deutschland gesehen, auf welch fruchtbaren Boden die Propaganda der Hasenclever und Genossen gefallen ist. An die besitzenden Klassen, die oberen Zehntausend, die Regierenden, tritt daher die Mahnung heran, sich von den Zeichen der Zeit belehren zu lassen und Hilfe zu bieten, so rasch und weit es nur immer möglich ist, wenn nicht aus Herzensdrang und Güte, so doch aus Politik und Klugheit!“

— Das Ventil am Dampfkessel. In welcher Weise und mit welchen Mitteln die herrschenden Parteien den Kampf gegen uns führen, läßt sich am deutlichsten aus einem Beispiel ersehen, das der Wiener Reichstagsabgeordnete Dr. Kronawetter bei der Berathung der österreichischen Preßgesetz-Novelle anführte. Derselbe bespricht den § 17 des Preßgesetzes vom 17. Dezember 1862, welcher die Vorlage einer periodischen Druckschrift 24 Stunden vor dem Erscheinen derselben anordnet. „Diese Vorschrift“, äußerte fast wörtlich der genannte Abgeordnete, „hat oft schon zu den unerhörtesten Chikanen gegen mißliebige Parteien und ganz besonders gegen die sozialdemokratische Partei, der gegenüber kein Versammlungs- und Vereinsrecht Geltung zu haben scheint, geführt. Das Organ dieser Partei, die „Gleichheit“, ist neunmal erschienen und achtmal confiszirt worden. Die Partei hat, um die Kosten des Druckes und Papieres zu sparen, rechtzeitig 24 Stunden vor dem Erscheinen ein Exemplar vorgelegt, um zu sehen, ob die Behörde die Nummer innerhalb dieser Zeit confisziren werde. Die Behörde ließ die 24 Stunden ruhig verstreichen und wartete, bis der Druck begann, dann confiszirte sie das Blatt.“ — „Diese Organe“, fährt der Redner dann weiter fort, „sollten wie Ventile am Dampfkessel wirken, sie sollten es fördern, daß die Unzufriedenen sich ruhig aussprechen, und sie nicht zwingen, ihren Groll in sich hineinzuschlucken“ u. s. w.

Was ist nicht schon alles von diesem „Ventil am Dampfkessel“ gefaselt worden? Und dennoch, wohin wir blicken, giebt man sich Mühe, dieses Ventil zu schließen, gleichviel ob es in Form der Druckerschwärze oder der freien mündlichen Rede zur Erscheinung kommt. Der Prozeß in diesem schon vielcitirten Dampfkessel, der schon mehr einem Hexenkessel zu gleichen scheint, geht indeß ruhig vor sich, und mit wie ohne Ventil werden eines schönen Tages die Wände sich erweitern und zum Platzen kommen. — Aber so einfach und natürlich das Exempel auch ist, es will unseren Gegnern nicht einleuchten, die Lehren der Geschichte sind für sie nicht vorhanden, trotzdem daß gerade sie es sind, welche sich auf die Geschichtskenntniß so viel zu Gute thun und stets das Sprüchlein vom „Nichts gelernt und nichts vergessen“ im Munde führen.

— Es haben aber stets noch die herrschenden Klassen, denen es in ihrer Behaglichkeit zu wohl geworden ist, die Rolle des Vogel Strauß übernommen, freilich selten noch zu eigenem Nutz und Frommen. Wir entschlagen uns jeder Verantwortlichkeit, da wir innerhalb der engen Grenzen, in denen wir uns zu bewegen angewiesen sind, mit allem Freimuth ihnen zurufen, zu erwachen, Raum zu geben der neuen Zeit, der Idee, welche ein ruhiges und friedliches Zusammenleben der Gesellschaft herbeizuführen geeignet ist. Statt aber unserer Thätigkeit, wir wollen nicht sagen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen — das können wir von unseren Gegnern nicht erwarten — aber dieselbe wenigstens objektiv zu beurtheilen, überhäufen sie uns mit Vorwürfen und noch Schlimmerem — — schelten uns Idealisten oder, was weniger harmlos aussieht, klagen uns der Aufhetzerei an, be-

Die Vagabondage auf dem flachen Lande.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen wahrhaft haarsträubenden Artikel, der die Runde durch die ganze antisozialistische Presse macht und eins der elendesten Machwerke der Reptilienpresse ist. Wir können nichts dazu, wenn die Bourgeoispresse den Klassenhaß in solcher Weise schürt, sie hat die Folgen zu tragen. Der Artikel lautet:

„Jedem, der mit den Verhältnissen nur einigermaßen bekannt ist, wird die Erscheinung aufgefallen sein, daß die Zahl des arbeitsfaulen, geschäfts- und legitimationslos sich umhertreibenden Gesindels sich von Tag zu Tag in erschreckender Weise mehrt, und daß dasselbe für das Publikum, namentlich auf dem flachen Lande mehr und mehr eine Plage wird, deren es sich nicht erwehren kann.

Selbst die Polizei steht diesen Schwärmen von Strolchen machtlos gegenüber. Sie kann wohl erreichen, daß etwa täglich 1—2 pCt. zur Abwechslung und Erheiterung ihres Lebens freies Quartier und im Winter einen warmen Ofen im Haftlokal finden, aber dem Uebel irgendwie Schranken zu setzen, vermag sie nicht. Hier kann nur die Gesetzgebung helfen durch Ausrottung der Wurzeln dieses Uebels und Entziehung der Nahrung für sein Gedeihen.

Die bisherigen Mittel der Gesetzgebung: Haft für Vagabondage und Bettelei, erhöhte für den Rückfall, nützten nichts, und ebensowenig darf man erwarten, daß eine Verschärfung der Strafe wesentlichen Erfolg haben werde.

Die Bedrohten wissen sich, wenn sie nicht gar zu unerfahren und einfältig sind, solchen ihnen gesetzlich angedrohten Fährlichkeiten zu entziehen. Soll die Gesetzgebung in der That hier Wandel schaffen, so muß sie von Grund aus auf diesem sozialen Gebiete andere Bahnen betreten, als diejenigen sind, die, ohne Rücksicht auf das reale Leben, nur basirend auf den Principien der Humanität und der unbeschränkt freien Verkehrsbewegung, wesentlich dazu beigetragen haben, eine Menschengattung groß zu ziehen, welche die freie Bewegung nicht dazu ausnützt, sich lohnende Arbeit zu suchen, sondern um vom Publikum eine Bettelsteuer zu erheben und sich davon ein müheloses und liederliches Leben zu bereiten, und welche die ihnen entgegengebrachte Humanität nur als einen Freipaß betrachtet, um ihrerseits jede Sittenlosigkeit ungefährdet begehen zu können.

Man könnte hier einwenden, es sei die eigene Schuld des Publikums, das solche Erscheinungen unterstütze und durch Verabreichung von Gaben an diese Leute solche Gesellschaft unterhalte und fördere.

Ganz ohne Berechtigung ist dieser Einwand nicht, doch zutreffend nur mit erheblicher Einschränkung. Es können doch auch Fälle wirklicher unverschuldeter Bedürftigkeit vorkommen, in denen es eine tadelnswerthe Hartherzigkeit wäre, nicht zu helfen, und da in jedem einzelnen Falle die Untersuchung über die wirkliche Bedürftigkeit schwer und mühsam ist, so giebt vielfach der Einzelne seine Kleinigkeit, um nicht etwa die unverschuldete Bedürftigkeit hilflos von sich zu weisen.

So empfängt der Lump gleich dem Unglücklichen seine Gabe.

In den meisten Fällen jedoch, namentlich auf dem flachen Lande, wo überhaupt sich die wundeste Stelle befindet, an der dieses Schmarotzerthum seine Nahrung saugt, ist der Grund zum Geben ein anderer. Dort erscheinen solche Strolche in Haufen von 4—6 Mann, feste Eichstöcke oder knotige Dornstöcke in den Händen, und bitten im höflichsten Tone, aber in sehr drohender Haltung, die allein zu Hause befindliche Frau, Magd oder Tochter eines Gehöftes um Brod, Schinken, Wurst, Eier, Kleidungsstücke oder Geld, je nachdem das augenblickliche Bedürfniß vorliegt, oder eine Wiederverwerthung dieser Gegenstände Erfolg verspricht, und die Aermste giebt in der Regel aus purer Angst mehr und reichlicher als verlangt worden. Ja, selbst der etwa im Hause befindliche Mann scheut sich oft, solchen Leuten gegenüber die Gabe zu verweigern, da er weiß, daß ein Zündhölzchen, des Nachts unter sein Dach gehalten, ausreicht, ihn zu ruiniren oder doch ganz erheblich schwer zu schädigen.

Dieselbe Gefahr, die der Bürger der großen Stadt läuft, falls einmal die sozialdemokratische Masse, zur Gewalt kommend, Commune spielt, dieselbe Gefahr läuft der Bewohner des flachen Landes täglich, wenn auch nicht in der Cumulation des dort zur Erscheinung kommenden Massenausbruches, so doch vertheilt auf die einzelnen Tage des Jahres in alltäglich verabreichten Portionen.

Man darf überhaupt das Proletariat der großen Städte, die stehende Armee der sozialdemokratischen Propaganda, in keiner Weise trennen von diesen auf dem Lande fouragirenden Corps.

Fast alle diese auf dem Lande fouragirenden Truppen haben kürzere oder längere Zeit bei der disciplinirten sozialdemokratischen Armee gestanden und sind mit der Jauche sozialdemokratischer Lebensweisheit vollständig durchtränkt. Durch selbst gewollte Strikes, durch Conflikte mit den Arbeitgebern, durch Zuwiderhandlungen gegen die Strafgesetze oder auch durch Arbeiterentlassungen während industrieller Krisen sind sie nur zeitweise in Reserve versetzt; jeder Allarm vermag Hunderte und Tausende dieser Reserve nach einem tumultuarischen Sammelplatze zusammen zu bringen. Mittlerweile ernährt sich die Reserve nach ächt sozialistischem Grundsatz ohne Arbeit auf Kosten Anderer.

Der gefährliche Charakter dieser entlassenen Reserve aber liegt darin, daß sie wohl zur Agitation und Aktion, niemals aber zur Arbeit und Seßhaftigkeit zurückkehrt; denn die Luft zur Arbeit, schon früher vergiftet durch die Lehren der Führer, wird vollständig getödtet durch den Genuß des auf der Vagabondage erpreßten, nicht erarbeiteten Brodes, das, mit Branntwein zum Uebermaß getränkt, den letzten Funken der Menschenwürde auslöscht.

Unsere heutigen gesellschaftlichen Zustände zeigen uns: Mangel an guten und fleißigen Arbeitern, unlustige und ungenügend in ihrem Fache geschulte Gesellen, eine concurrenzunfähige Industrie, ein kümmerliches Pfuscherhandwerk und ein stets wachsendes, arbeitsfaules Proletariat.

Jeder gesunde Körper hat seine Schmarotzer in irgend welcher Form zu ernähren, und es würde allen Erfahrungen zuwiderlaufen, wenn ein großes Staatswesen von solchen Schmarotzerpflanzen ganz frei wäre. Aber die Ueberhandnahme der Schmarotzer ist stets ein Zeichen ungesunder Säfte und mangelhafter Pflege, und man kann bei Betrachtung der angeführten Erscheinungen zu keinem anderen Schlusse gelangen, als daß die Gesetzgebung der neueren Zeit, in der lobenswerthen Absicht zwar, die Circulation der Säfte und die Ernährung im Staatsorganismus zu fördern, durch falsche Griffe auch diejenigen un-

haupten, daß wir die Gemüther aufregen, und bedenken nicht, daß ein innerlich kraterartig arbeitender Körper, den man nicht dazu kommen läßt, aufzuathmen und sich frei zu bewegen, schon an sich selbst aufgeregt genug ist und nicht erst einer Anregung von Außen bedarf.

— Wir erhielten folgende Zuschrift:

„Glarus, den 11. März 1877.

An die Redaktion des „Vorwärts“ in Leipzig.

Werther Parteigenosse!

Wir können uns, Namens der unterzeichneten drei Vereine sozialdemokratischer Tendenz, nicht enthalten, der in Nr. 22 des „Vorwärts“ erschienenen, vom Bundescomité des Schweizerischen Arbeiterbundes unterzeichneten Zuschrift zur Steuer der Wahrheit und im wohlverstandenen Interesse der hiesiger Parteiverhältnisse zu entgegnen, weil jene Zuschrift gegen unsern Vorkämpfer und stets wackern Parteigenossen J. Heinrich Staub Auslassungen enthält, welche wir des Entschiedensten zurückweisen müssen und die nicht blos besser unterblieben wären, sondern unserer Partei sicher nur schaden können.

Bürger J. H. Staub, seit Neujahr 1872 in der hiesigen Arbeiterbewegung thätig, hatte sich nachher volle vier Jahre an der Spitze derselben befunden, und Verhältnisse, die wir hier nicht speziell anzuführen für nöthig halten, zwangen ihn, von der Oeffentlichkeit zurückzutreten. Allerdings war er von Anfang April bis Ende September vorigen Jahres als hervorragender Mitarbeiter am „Freien Glarner“ thätig gewesen und hatte als solcher, wohl bemerkbar, der sozialdemokratischen Tendenz vorgearbeitet. Seither ist Bürger Staub ohne irgendwelche publizistische Thätigkeit geblieben, hat aber stets, wenn es sich um die Interessen unserer Partei gehandelt, seine volle Pflicht gethan.

Am allermeisten muß es nun jedenfalls unsern Parteigenossen Bürger Staub schmerzen, wenn von einer Seite solche Angriffe erfolgen, von der er billig das Gegentheil hätte erwarten dürfen. Denn wer weiß, wäre vielleicht Bürger Staub gegnerischen Vorstellungen zugänglich gewesen, er hätte materielle Vortheile leicht erzielen können. Alle diejenigen literarischen Produkte, die im „Freien Glarner“ von ihm publizirt worden, tragen das Gepräge sozialdemokratischer Tendenz, und sicher ist, daß er gerade seiner Gesinnungstüchtigkeit halber schon manchen harten Kampf zu bestehen hatte. Gerade seine letzten Artikel über ein zu erlassendes eidgenössisches Fabrik- und Haftpflichtgesetz, welche vollständig im Sinne des Programms des Schweizerischen Arbeiterbundes geschrieben waren, trugen unserm Bürger Staub die Abberufung von der Mitarbeiterschaft des „Freien Glarner“ ein; es ist also um so ungerechter, ihn in irgend einer Weise dieser seiner Thätigkeit halber zu verdächtigen.

Die Richtigkeit dieser Erklärung bezeugen nach angehörter Klage des Bürgers Staub

Namens des Arbeitervereins Glarus:
Zweifel. Blume. Walcker.

Im Auftrage des Deutschen Arbeiter-Bildungsvereins:
Wilh. Hengst, Präsident. Eduard Mosche, Kassirer. Joseph Berton, Aktuar.

Im Auftrage des sozialdemokratischen Clubs Glarus:
Schenk. Brun. Adolph Menzig. Barth. Schuler.“

— Dr. Guido Weiß, Redakteur der „Wage“, ist am vergangenen Dienstag wegen Majestätsbeleidigung vom Berliner Stadtgericht zu drei Monaten Festungshaft verurtheilt worden.

— Am 13. d. M. wurde in Zweibrücken Genosse Mai vom Schwurgericht der Pfalz wegen angeblichen Verstoßes gegen §§ 130 und 131 des Reichsstrafgesetzbuchs, welches Verbrechen durch Verbreitung der Artikel „Was wir wollen“ und „Organisirt Euch“ mittels der Agitationsnummer begangen sein soll, zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt.

Sozialisten-Congreß.

Den Parteigenossen zur Mittheilung, daß der diesjährige Sozialisten-Congreß wahrscheinlich 8 Tage nach Pfingsten stattfindet. Nähere Mittheilungen werden erfolgen.

Correspondenzen.

Duisburg, 14. März. Die auf Sonntag den 11. ds. Mts. Morgens auf der Schützenburg anberaumte Volksversammlung hatte sich eines ziemlich guten Besuches zu erfreuen. Nachdem die Versammlung durch Herrn Kuhl eröffnet, ehrte dieselbe zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Dr. Johann Jacoby durch Erheben von den Sitzen. Herr Reichstagsabgeordneter Auer unterzog alsdann in einer fünfviertelstündigen Rede das Programm der Sozialdemokratie einer gründlichen Beleuchtung. Die Versammlung folgte den Ausführungen des Redners mit sichtlichem Interesse und belohnte denselben am Schlusse seines Vortrages mit lebhaften Bravorufen. Als zweiter Redner bestieg sodann Herr Hasselmann aus Barmen die Tribüne und referirte über das Thema: „Der gegenwärtige Nothstand und wie demselben abgeholfen werden kann“ zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden. Auch Hasselmann wurde am Schlusse seines Vortrages Beifall zu Theil. Die Versammelten erklärten sich durch Annahme einer Resolution mit den Ausführungen der Referenten vollständig einverstanden. — Das an demselben Tage Nachmittag vom Arbeiterwahlverein arrangirte und im selben Lokale abgehaltene Arbeiterfest war sehr zahlreich besucht. Herr Hasselmann hielt eine dem Feste angemessene gediegene Festrede. Leider war derselbe gezwungen, uns schon um 7 Uhr wieder verlassen zu müssen. Auer, der Nachmittags noch in Essen in einer Volksversammlung sprechen mußte, hatte sich durch die Anstrengungen, denen er sich unterziehen mußte, nicht abhalten lassen, auf dem Feste zu erscheinen, um eine Ansprache an die Festgenossen zu halten. Hatte Hasselmann namentlich an die Frauen sich gewendet, ihre Männer in dem Befreiungskampfe der Arbeit vom Kapital nach Kräften zu unterstützen, so ermahnte Herr Auer die Männer, in diesem Kampfe auszuharren trotz Verfolgung und Beeinflussung. Das Fest legte wiederum Zeugniß ab von dem tief sittlichen Geiste des Sozialismus.

Friedberg in der Wetterau. Friedberg gehört zum zweiten oberhessischen Wahlbezirk, welches ein durch und durch nationalliberaler Bezirk ist. Zwar haben bei der letzten Wahl die Conservativen sich auch gerührt, aber nur ganz geringen Erfolg gehabt. Vor einem Jahr hatten wir nur zwei Sozialdemokraten hier, welche sich vorerst ganz ruhig verhielten, da sie sich der furchtbarsten Verfolgungen ausgesetzt hätten, wenn sie als solche erkannt worden wären. Ich weiß nun eigentlich nicht, wie es gekommen, urplötzlich sind (ich will nicht zu hoch greifen) mindestens 300 offene Sozialisten und noch eine Masse geheimer in unserer kleinen Stadt (4000 Einwohner) aufgetaucht. Mag es eine sonstwie betriebene Agitation, die Verbreitung von sozialistischen Blättern, die arbeitslose Zeit gewesen sein, welche sie hervorgezaubert hat — kurz die Sozialisten sind zum Schrecken unsrer Gegner da, und ihre Zahl mehrt sich von Tag zu Tag. Ich muß eingestehn, daß ich vor einem Jahr noch einer der größten Sozialistenfresser war. Ich hatte damals das Wesen des Sozialismus noch nicht gekannt, ich hatte mir etwas schreckliches unter ihm vorgestellt, und nur durch Lesen von sozialistischen Blättern habe ich mich überzeugt, daß der Sozialismus nur das will, was viele Menschen wollen, deren Wollen aber mehr in einem dunklen Gefühl, als in bewußter Ueberzeugung begründet ist. Ich sprach oben von dem Schrecken der Gegner, und nicht mit Unrecht, denn da sie bei einer besonderen Gelegenheit (bei Gründung einer Arbeiterkrankenkasse) sahen, wie die Zahl der Sozialisten sich vergrößert hat, erließen sie einen Aufruf zur Bildung eines nationalliberalen Wahlvereins in hiesiger Stadt sowohl wie für den ganzen Wahlkreis, und nun merkten sie, daß es doch Viele giebt, die nicht in ihr Horn blasen. Auch machten sie schon Versuche, die Sozialisten aus verschiedenen Vereinen auszuscheiden; bei diesen Experimenten merkten sie aber erst recht, daß es jetzt schon zu spät ist. Am letzten Sonntag waren die Sozialisten in ihrem Stammlokal, wo sie Mittwochs und Sonntags ihre Zusammenkünfte haben, vergnügt zusammen, da kamen auf einmal 6—10 Menschen, die sich nationalliberal nannten, und störten die Anwesenden, so daß die Sozialisten die Räumlichkeiten verließen. Beim Hinausgehen derselben soll einer der Herren einen Sozialisten derart beleidigt haben, daß dieser in seinem Zorn sich hinreißen ließ, etwas zu sagen, wegen dessen ihn die Ruhestörer beim Gericht belangen wollen. Ueber den Ausgang der Sache werde ich, wenn es Ihnen angenehm ist (Wir bitten darum. D. R.), später berichten. Was diese Herren betrifft, so kann ich nur versichern, daß unter den hiesigen Sozialisten nicht Einer ist, der auf derselben Stufe stehen möchte, wie diese Menschen, welche sich nationalliberal nannten. Wenn die Nationalliberalen solche Menschen als ihre Vertreter und Fürsprecher hinaussenden wollen, so nützen sie nur den Sozialisten, denn selbstverständlich wurde jenes Auftreten in hiesigen Kreisen allgemein verurtheilt. Ueberhaupt werden durch solche Vorkommnisse viele Leute, die sich sonst um nichts gekümmert haben, jetzt aufmerksam und fragen, ja was wollen denn die Sozialisten eigentlich? Und das ist schon viel werth, denn durch Fragen wird man klug. Es wäre zu wünschen, daß einmal ein tüchtiger Agitator hierher käme, und daß mehr Parteiblätter in hiesiger Gegend verbreitet würden, mehr als es seither der Fall war, würde hier und auf dem Lande, wo es auch mächtig zu tagen beginnt, der Sozialismus Eingang finden. L. F.

Worms a. Rh., 12. März. Am 10. März fand dahier seit längerer Zeit wieder eine Arbeiterversammlung im „Großen Mann“ statt und war dieselbe über alles Erwarten gut besucht. Die Tagesordnung lautete: „Die Arbeiterbewegung und die Wahlen“, Ref. Herr Dreesbach aus Düsseldorf. In's Bureau wurden gewählt Herr Koch aus Mannheim als Vorsitzender und Unterzeichneter als Schriftführer. Referent sprach zunächst über die Wahlen im Allgemeinen, insbesondere über die Wahlen in Berlin, Elberfeld, Breslau, Offenbach u. s. w., er geißelte das Verhalten der liberalen Presse gegenüber der diesjährigen Reichstagswahl und wies die Verläumdungen und Schmähungen derselben gegen die Sozialdemokratie zurück. Er unterzog auch die heutige planlose kapitalistische Produktionsweise einer scharfen Kritik und wies nach, wie der Kleinhandwerkerstand immer mehr und mehr in die Reihen des Proletariats zurückgedrängt wird, und zeigte dann, daß nur durch Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe Abhülfe zu erhoffen sei. Die Versammlung zollte dem Redner allgemeinen Beifall. — Nach Dreesbach trat ein Gymnasiallehrer, Dr. Naumann, auf, um sich in einigen Punkten gegen die Ausführungen des Referenten zu wenden, er mußte aber, nachdem Dreesbach etliche Fragen präzis beantwortet hatte, zugestehen, daß die Sozialdemokratie das Richtige wolle. Der Vorsitzende Koch forderte die Versammelten hierauf auf, sich der Partei anzuschließen, welcher Aufforderung 28 Mann Folge leisteten. Eine Tellersammlung zur Deckung der Tageskosten ergab 6 Mrk. Nachdem dann noch der Wunsch ausgesprochen worden war, Dreesbach möge nur recht bald wieder einen Vortrag hierorts halten, und nachdem noch zum Abonnement auf den „Vorwärts“ eingeladen worden war, wurde die Versammlung geschlossen. Erwähnen will ich noch, daß sich der hiesige Rohstoffverein der Schuhmacher in Liquidation befindet. Herrn Schulze-Delitzsch wird es nicht angenehm sein zu erfahren, daß dadurch viele Kleinhandwerker arg geschädigt werden.

Ph. Damberger.

München, 9. März. Heute Nachmittag hat in der Redaktion des „Zeitgeist“ eine polizeiliche Haussuchung nach den Nrn. 219, 239, 240, 256 und 264 vom vorigen Jahre, sowie nach Manuscripten stattgefunden. Auf die Anfrage des Polizeibeamten nach dem Aufbewahrungsorte der Manuscripte deutete Herr Redakteur Kiefer auf den Ofen; dagegen wurden die Namen sämmtlicher Mitarbeiter, des Expeditors, sämmtlicher Setzer und Setzerlehrlinge zu Protokoll aufgenommen. Man vermuthet, daß gegen die Redaktion des „Zeitgeist“ strafrechtliche Untersuchung wegen einer Serie von Artikeln gegen Herrn Polizeirath Pfister eingeleitet und dabei der Zeugnißzwang in Anwendung gebracht werden soll.

Ulm. In Nr. 30 des „Vorwärts“ kann man lesen, daß der Ulmer Gemeinderath jedem Bedürftigen eine angemessene Unterstützung aus der öffentlichen Armenkasse giebt. Neugierig erkundigte ich mich, wie hoch wohl die „angemessene Unterstützung“ sei und erfuhr, daß dieselbe ganze 20 Pfennig betrage. O. Th.

Aus Schlesien, 11. März. Wenn eine Mittheilung des „Niederschlesischen Anzeigers“ richtig ist, hat das Einsperren von Redakteuren behufs Erzwingung ihres Zeugnisses auf unbestimmte Zeit ein Seitenstück in der Inhaftirung wegen Contraktbruches bis zur Rückkehr des Inhaftirten in sein früheres contraktliches Verhältniß gefunden. Das Blatt meldet nämlich aus Glogau: „Einem hiesigen Schuhmachermeister war ein Geselle davongelaufen, ohne die gesetzliche vierzehntägige Kündigung innegehalten zu haben, und bei einem anderen hiesigen Meister in Arbeit getreten. Der Geselle wurde wegen Contraktbruches beim Bezirksgerichte verklagt und dieses wies den Gesellen an, zu seinem Meister zurückzukehren, widrigenfalls er so lange eingesperrt werde, bis er die Verfügung des Bezirksgerichts beachte. Da der Geselle nicht zur Arbeit zurückgekehrt ist, befindet er sich nunmehr hinter Schloß und Riegel des hiesigen Gerichtsgefängnisses. Er wird dort so lange bleiben, bis er eingesehen haben wird, daß man die Gesetze respektiren muß.“ Würde diese Praxis auch an anderen Orten gestattet, so brauchte man kein Gesetz über die Bestrafung des Contraktbruches — aber es würde dabei vorkommen, daß ein willkürliches Aufgeben eines Arbeitsverhältnisses lebenslängliches Gefängniß zur Folge hätte. (Frankf. Ztg.)

Langensalza, 12. März. Bei der Wahl 1874 fielen im hiesigen Bezirk auf unsern Candidaten 198 Stimmen, 1877 dagegen erhielt er 757 Stimmen. Ich theile dieses günstige Resultat nachträglich nur deshalb noch mit, um daran die Bemerkung knüpfen zu können, daß dieser Stimmenzuwachs fast ohne jede Agitation erreicht worden ist, daß also die Fähigkeit zum Selbstdenken dem Volke noch nicht abhanden gekommen ist.

Schellenberg, 6. März. Auch am hiesigen Orte, hauptsächlich unter den Webern, sowie auf den umliegenden Dörfern unter den Holzarbeitern nimmt der Nothstand einen immer größeren Umfang an; die Löhne sind fabelhaft heruntergedrückt und wenn z. B. ein Weber jetzt die Woche über vollauf Arbeit hat, welches Glück nur Wenigen beschieden ist, so verdient er, indem er zwei Tage für den Fabrikanten (in der Form von Vorrichten ꝛc.) und fünf Tage für sich arbeitet (von Sonntagsfeiern kann natürlich keine Rede sein) 3—5 Mark wöchentlich. Die Zeit vor 2—3 Jahren, wo er noch 9—12 Mark verdiente und mit seiner Familie, im Vergleich zu seiner jetzigen Lage, noch ein flottes Leben führen konnte, war also eine goldene Zeit für ihn. Ein Glück für den Arbeiter ist es, daß er die Kunst zu leben oder, deutlicher ausgedrückt, zu vegetiren, besser versteht, als mancher hohe Beamte, der bei wöchentlich 150—200 Mark Einkommen immer noch darnach strebt, Gehaltserhöhung zu erringen wegen vermehrter Ansprüche, die das noble Leben an seinen Geldbeutel macht. Freilich, wenn der Arbeiter in Wort und Schrift ganz bescheiden durchblicken läßt, daß er auch wünscht, seine Lage zu verbessern, und in Versammlungen den praktischen Vorschlägen Gehör schenkt, da fallen diese Herren von der „satten Tugend“ sofort über ihn her: „Theiler, unzufriedene Sippschaft, die sich nicht mucksen darf, wenn sie nicht der Gefahr ausgesetzt sein will, mit Gewalt zu Paaren getrieben zu werden, unwissender, ungebildeter Pöbel, der, von gewissen Hetzern irregeleitet, durch das Streben nach Verbesserung seiner Lage nur immer weiter zurückkommt.“ So heißt es, wenn der Arbeiter, statt bei den Großkapitalisten, die trotz des Nothstandes in der Wolle sitzen, nur um eine elende Existenz zu bitten, vom Staate Rechte und Garantien fordert, damit in Zukunft derartigen Nothständen vorgebeugt und ihm eine sichere und bessere Existenz gewährleistet wird. Wie wir hören, sind auch am hiesigen Orte im Auftrage der Regierung durch die Vorsteher der Weberinnung Erhebungen über den Nothstand unter der hiesigen Weberbevölkerung gemacht worden; wir glauben, daß es bei den Erhebungen bleiben wird, warum? Diese Frage kann sich jeder selbst beantworten, welcher

---

gesunden Säfte die Ueberhand hat gewinnen lassen, aus denen das Schmarotzerthum des Sozialismus in allen seinen manigfachen Nuancen für seine Entwicklung nur zu reichliche Nahrung zieht.

Es gehört allerdings ein gewisser Grad von Kühnheit dazu, den landläufigen Ansichten zuwider auf die allgemeine Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, deren edle Motive nicht zu bestreiten sind, einen Stein zu werfen; und doch wird man gerade zur Revision dieser Gesetze schreiten müssen, falls man den krebsartig wachsenden Geschwüren am Leibe der Gesellschaft noch Einhalt und Heilung schaffen soll. Nicht als ob wir die Beseitigung ihrer Prinzipien wünschen; aber Schranken gegen den Mißbrauch müssen gezogen werden, und das bald.“

Soweit der Artikel. Was sollen wir dieser Schimpferei, dieser pöbelhaften Hetzerei hinzufügen? Nichts! Säe man nur in solcher Weise weiter, die Saat wird schon aufgehen.

— Ueber das bekannte Debüt des Fürsten Bismarck am Sonnabend im Reichstage schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Fürst Bismarck hätte sich das Geständniß, daß er überarbeitet und ermüdet sei, sparen können; nach Form und Inhalt verkündet seine Rede Müdigkeit und Schwäche. Die Sätze runden sich noch weniger als früher in seinem Munde, die Gedanken fügen sich nicht mehr organisch zusammen, auch die Polemik ist mehr gallig als geistreich. Wir hätten, offen gesagt, nicht an eine so schnelle Abnahme der Kräfte des Reichskanzlers geglaubt, wie sie uns in der letzten Rede entgegentritt, zumal es uns bedünken will, als habe der Fürst sich im letzten Jahre, was seine Theilnahme an den parlamentarischen Verhandlungen betrifft, in einer Weise geschont, die ihm jedenfalls zuträglicher sein mußte, als der constitutionellen Behandlung der Geschäfte des Reiches. Man schmeichelt dem Kanzler noch, wenn man seine diesjährige Etatsrede eine „Causerie“ nennt. Mit diesem Ausdruck verbindet man den Begriff des Frischen, des Anmuthenden, aber wir möchten den sehen, der in dieser Rede der gleichen zu entdecken vermöchte! Wir haben sie nicht einmal, sondern öfter gelesen, aber der Eindruck blieb immer derselbe unersprießliche, und wir dürfen Zehn gegen Eins wetten: wenn ein Conservativer nahezu eine Stunde so gesprochen hätte, der Spruch des Junker Wehrenpfennig und seiner Pagen würde lauten: Der Herr geht nicht gut und räthlich mit der Zeit des hohen Hauses um. So indeß, Bauer ist es ganz was anderes.“

— Zum Kapitel der Mordinstrumente. Am 11. April 1792 stellte ein Mitglied des Jakobinerclubs seinen Collegen einen Engländer und einen Franzosen vor, als die Erfinder einer verbesserten Kanone, mit welcher man in einer Minute 25 Schüsse abfeuern könne. Diese Ankündigung verfehlte nicht ihre Wirkung auf die Gesellschaft, und Desfieux stellte den Antrag, man möge die nöthigen Geldmittel votiren, um sich von der Wahrheit der Angabe zu überzeugen. Robespierre, der von den Vertheidigern der „Ordnung“ der „Wütherich der Revolution“ genannt wird, verlangte das Wort über diesen Antrag. Als der gefeierte Redner die Tribüne bestieg, herrschte tiefe Stille im Saale. Robespierre ist gegen den Antrag im Namen der Menschlichkeit, d. h. der Humanität. „Jede Erfindung“, sagte er, „welche die Vernichtung der Menschen zu beschleunigen hat, oder überhaupt Menschenleben vernichten soll, ist in meinen Augen eine beklagenswerthe Sache. Ich kann und werde nie einer anderen Ansicht huldigen, da ich im Prinzip ein Feind des Krieges bin. Im Spätsommer des Jahres 1791 ist zu mir ein Erfinder gekommen, um mir eine Büchse vorzulegen, weil ich ein leidenschaftlicher Pistolenschütze und gewissermassen Kenner bin, mit welcher man hinter einander 9 Schüsse abfeuern könnte. Ich wohnte in der Gasse Saintonge und in dem Garten meines Wohnhauses hat der Erfinder mit seiner Büchse die befriedigendsten Proben abgelegt. Ich habe diesen Mann“, fuhr Robespierre fort, „inständigst gebeten, seine mörderische Erfindung bei Seite zu legen und nie mehr davon zu sprechen, und er hat es gethan.“ Robespierre fuhr weiter fort: „Nebst den Rücksichten der Menschlichkeit bestimmen mich aber noch andere Gründe, dem vorliegenden Antrag entgegen zu treten. Wenn eine solche Erfindung auch im Stande wäre, den Völkern einen augenblicklichen Vortheil über die Despoten zu gewähren, so würden sich die Letzteren alsbald der Erfindung bemächtigen und sie würde in ihren Händen ein neues wirksames Werkzeug zur Unterdrückung der Menschheit werden. Diese Betrachtung des „Tyrannen“ Robespierre bestimmte am 11. April 1792 den Pariser Jakobinerclub, über den Antrag des Jakobiners Desfieux zur Tagesordnung überzugehen.

die Entwickelung des neudeutschen Reiches verfolgt und den ungeheuren Schlund kennt, in welchen die Mehrzahl der Steuern verschwindet.

Aufruf an sämmtliche Nagelschmiede Deutschlands!

Altona. Kameraden Deutschlands! Zwei Jahre sind bereits verflossen, daß unsere Organisation, das Band unseres Zusammenhangs in Hamburg-Altona, das den Schwerpunkt in Norddeutschland bildet, zerrissen ist. Was es heißt, wenn heute eine Gewerkschaft keine Organisation und Centralisation besitzt, wird wohl ein Jeder leicht begreifen können. Ein jeder Arbeiter einer solchen Gewerkschaft ist willenlos und der Spielball der Arbeitgeber. Kameraden! Euch Allen, oder doch wenigstens den Meisten ist unser Strike und auch unsere Niederlage in demselben bekannt. Unsere gerechte Forderung wurde von den Herren Arbeitgebern hohnlachend zurückgewiesen, wohl wissend, daß sie es uns bieten konnten, weil wir leider gerade den Augenblick wählten, welcher für sie günstig und für uns ungünstig war. (Es ist zu bemerken, daß nicht alle, sondern nur einige und zwar die bedeutendsten Meister Hamburgs unsre Forderung verweigerten und dadurch die Schuld an unserem Zwiespalt tragen.) Sie schämten sich auch nicht, die niedrige Rolle zu spielen, alle diejenigen Arbeiter, welche während des Strikes nothgedrungen in einem andern Erwerbszweige sich ihr Brod zu verdienen suchten, als Strikende zu denunziren, um uns dadurch einen vernichtenden Schlag beizubringen. Doch genug von dieser ordinären Handlungsweise der Meister, diese ist ja das Produkt der jetzigen wirthschaftlichen Verhältnisse. Gerade jetzt suchen die Meister den alten Zunftzopf unter den Gesellen wieder zu befestigen, weil sie wissen, daß das Zunftwesen unter den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen ein Ausbeutungsmittel ist und sie dadurch die Ausbeutung ihrer Arbeiter in ihrem ganzen Umfange vollziehen können.

Kameraden! Solltet ihr vielleicht einmal in einen solchen Kampf verwickelt werden, ihr werdet dasselbe Schicksal wie wir in Hamburg-Altona zu erleiden haben. Es soll damit nicht gesagt sein, daß dasselbe Schicksal allemal und überall eintrifft, aber das steht fest, daß eine Gewerkschaft, die so unbedeutend ist wie die unsrige, im Kampfe gegen die Arbeitgeber, gegen das Kapital unter den heutigen Gesellschaftseinrichtungen niemals den Sieg davontragen wird, namentlich, wenn sie ihr Heil in dem Zunftwesen sucht. Darum rufe ich euch zu: Laßt ab von dem alten Zunftsystem und schließt euch der deutschen Metallarbeiter-Gewerkgenossenschaft an, denn da ist es möglich, einen gegnerischen Angriff abzuwehren. Nur diese Organisation ist im Stande den Uebergriffen des Kapitals die Spitze zu bieten.

Kameraden! Bedenkt, daß auch unsere Gewerkschaft der gesammten Arbeiterklasse, die da alle Reichthümer und Werthe schafft, angehört und daß ihr euch trotzdem nicht einmal ein menschenwürdiges Dasein verschaffen könnt! Wollt ihr noch länger zusehen, daß ihr immer mehr und mehr den Wirkungen des Kapitals zum Opfer fallt und dadurch euch und eure Familie in unaufhörliches Elend versetzt? Nein, das könnt, das dürft ihr nicht, ihr müßt euch ermannen, euch aus dem tiefen Schlummer herausrütteln und es euch zur Pflicht machen, euer Recht zu schützen. Zeigt, daß ihr Männer seid, daß ihr noch den Muth besitzt, die Pläne jener wenigen Individuen zu vernichten, welche durch Müssiggang und Schwelgerei das verprassen und vergeuden, was ihr durch euren Fleiß erworben. Ihr könnt es, wenn ihr nur Hand ans Werk legt. Es ist euch das Mittel in die Hand gegeben, der Habsucht jener Elemente und dem so schwer auf euch lastenden Druck des Kapitals einen Damm entgegenzusetzen. Deshalb fordere ich sämmtliche Nagelschmiede auf, einzutreten in die deutsche Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft, um nicht länger der Ausbeutung wehrlos gegenüber zu stehen!

Mit Brudergruß und Handschlag

W. Schröder jr.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, obigen Aufruf abzudrucken.

An die Abonnenten und Leser der sozialistischen Organe von Kiel und Umgegend.

Bei herannahendem neuen Quartal fordern wir auf, die Bestellungen auf die Parteiorgane und besonders auf den „Vorwärts" nicht nur baldmöglichst zu erneuern, sondern auch dafür zu sorgen, daß möglichst viele neue Abonnenten gewonnen werden. Da wir hier am 10. Januar unterlegen sind, so müssen wir erst recht alle Kräfte anspannen, um der Sozialdemokratie mehr und mehr Terrain zu erobern. Die Parteigenossen müssen durch Wort und Schrift dahin arbeiten, daß die im Schlepptau der anderen Parteien befindlichen Arbeiter und Kleinbürger einsehen lernen, daß sie gegen ihr eigenstes Interesse handeln, wenn sie gegen uns sind. Und namentlich, wir betonen es nochmals, muß zum Abonnement auf den „Vorwärts" stets und überall aufgefordert werden, auch sind die sozialistischen Schriften nach Möglichkeit unter das Volk zu bringen. Das Abonnement auf die Parteiorgane, die „Neue Welt" und die Gewerkschaftsorgane ist bis spätestens zum 27. März zu erneuern. Abonnements nehmen entgegen die Herren Dikmann Neumann, Pölsen und Unterzeichneter. Ferner werden die Restanten erinnert, ihren Verpflichtungen bei dem Unterzeichneten schleunigst nachzukommen. Die Post nimmt zur Bestellungen gegen Vorausbezahlung an.

J. A. der Zeitungs-Commission:
Chr. Starck.

22. sächsischer Wahlkreis.

Am 2. Ostfeiertag findet in Treuen Nachmittags 2 Uhr in Schubert's Restauration (Langegasse) Conferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1) Abrechnung. 2) Die Maßregelung sozialistischer Arbeiter. 3) Gesuch der Parteigenossen in Plauen behufs Gründung eines Lokalblattes für das Voigtland.

Allseitiges und rechtzeitiges Erscheinen

Das Central-Comité.
J. A.: Rob. Müller.

Oeffentliche Quittung.

Für den Wahlfonds habe ich erhalten:

Lüneburg Liste 4260 d. B. 9,60; Harzburg v. N. N. 1,00; do. v. einigen Genossen 3,00; Reutlingen d. A. Kunzel 2,00; Neuenkirchen d. Köster Liste 4333: 7,00; Bremen v. Schlosserverein d. Lilienthal 30,00; Lübeck Cig.-Fab. Rose u. Schweighoffer d. Rehm 16,00; Braunschweig Exped. d. „Volksfr." zur Glauchauer Wahl 1. Rate 121,00; Altona v. Arb.-Bild.-Verein d. Jäger 3,00; Erfurt d. N. N. 3,91; Potsdam d. F. H. Liste 4340: 4,25; Sommerfeld v. Genossen 4,00; Plagwitz Liste 2035 d. Schröder 5,40; Heusenstamm v. Parteigenossen d. Schroth 5,00; Frankf. a. d. O. d. K. 17,00; Horst v. J. Geercken 13,10; Hannover d. H. Rudolph 100,00; Kellinghusen v. A. W. B. 20,00; Rheda i. W. v. 1 Fastnachtsgesellschaft 2,75; Lauenburg a. d. E. v. W. R. 50,00; Morgenroth (Antonienhütte) v. J. W. 2,50; Lübeck d. H. Bruhn 40,00; do. v. Buchdruckern ges. d. Krause 13,10; Sorau Liste 4326 d. J. 8,50; Bremerhafen v. E. H. 3,35; do. v. H. R. Kaht 2,00; Rehme d. Rahlmeyer 0.25; Bremen d. J. Rohwer „Br. Fr. Z." 1. Rate 47,30; Kleinkrotzenburg Liste 4406 d. Köhler 2,00; Leipzig v. P. Eckerlein 10,00; Bremen d. J. Rohwer 28,10; 35,30; 15,25; 42,50; 51,75; 90,85; 14,20 und 21,30; Berlin d. Fritzsche „trotz Tessendorff" 300,00; Lübeck v. Stüve u. Bollings Schneiderw. d. Geist 7,00; Hohenwestedt d. L. Albrecht 10,30; Wüstegiersdorf d. Paselt 15,00; Bremerhafen v. Schnelle 9,00; do. d. H. R. Kaht 5,50, Wismar ges. v. Heinke 3,50; Köpenick d. Schmidt 6,00; Oberpfannenstiel d. Traug. Gorner 5,00; Altendorff-Essen-Kronenberg Liste 4274: 19,40; Liste 4275: 31,45 d. Kalau; Peine Liste 4490 d. Bohne 7,30; Lehe d. P. Krebs 3,10; Jüterbogk Liste 4251 d. G. 4,28; Dessau v. Tapetenfabrik Schwarz d. Hausen 3,37; do. v. 5 Cig.-Arb. d. Hausen 12,13; Halle d. C. Stamm 20,00; Wilhelmshafen d. J. Hedke Maurer 16,15; Harzburg v. Genossen d. Wellner 5,50; Leipzig d. H. Jansen 13,40; Köln d. G. Schuhmacher v. L. 3,00; Ueberschuß der Worringer Volksver. 7,10; Berlin v. X. Y. Z. 3,00; Offenbach a. M. d. Georg Fritz 50,00; Oberhochstädt v. Peter Menz 4,00; Frankfurt a. M. v. Franz Birk 2,00; Leipzig d. C. Hablich 20,00; Berlin d. Auer v. S. D. 3,00; do. v. T. B. 10,00; do. v. M. B. 2,00; Schedewitz d. Albin Netzold 5,00; Flensburg v. Schuhmachern d. A. Fechner 16,90; M.-Gladbach d. H. Bröggen 4,00; Neu-Ysenburg v. J. Volle 10,00; Elmshorn Liste 716 u. 723 Philippsohn's Stiefelfabrik 16,85; Harburg v. d. Schiffszimmerern d. Groß 15,00; Winnemark d. H. Opelt 3,75; Schleswig Liste 4383 d. H. Schlichting 21,50; Neumünster d. D. Riz 50,00; Geestendorf Liste 4324 d. Krentz 8,65; Kappeln Liste 4308 d. Voß 10,50; Braunschweig Exp. d. „Volksf." 93,36; Luzern v. deutschen Verein d. Dieckvoß 12,33; Samaden v. Parteigen. d. O. Voigt 3,01; Basel deutscher Verein 13,70; Winterthur schweiz. Arbeiterbund d. G. Domm 24,19; Genf d. G. Wilhelm 16,12; do. J. Roth 52,41; Winterthur v. mehreren Genossen d. Pfeilmeyer 16,56; Zürich v. Smökclub d. H. Schnelle 8,00; Kassel Liste 4283 d. Meise 12,04; do. Liste 4282 Druckerei d. „Tagespost" d. Kaufmann 5,90; Schönwald d. Maurer G. Mallabar 6,00; Neundorf Liste 4330 d. Röder 3,10; Lübeck v. d. Bahnhofsarb. d. F. Steffen 28,00; do. d. Meyer 3,00; Labiau d. O. Kapell 3,20; Bremerhafen d. H. R. Kaht 4,50; do. v. R. 1,00; v. St. 0,50; v. Sch. 0,25; v. d. Schuhmacher-Gewerkschaft 2,05; Dresden v. Wahlcomité d. J. J. Peters 40,00; Kiel zwei Wettende (Prag u. Wilms) 2,50; Lockstedt L. M. 3,50; Wilkau ges. in Schmelzer's Restauration 6,30; do. ges. in einer Gesellschaft Niederwilkau 3,00; Hildesheim d. J. Oyen 6,90; Kirchheimbolanden 1,00; Lübeck v. Schröder 1,40; Husum d. Koopmann-Böttger 3,80; Bockenheim Liste 4356 d. Goll 17,83; do. v. Koch 3,00; Spandau d. G. 0,35; Kopenhagen d. Louis Pio 25,85; Dortmund Liste 4286 u. Tafeln 5,65; Ahrensburg Liste 982 d. H. Vollstedt in Kremerberg 6,25; Striegau Liste 4382 d. R. 1,30; Staßfurth d. Niehoff 6,00; Dresden Cig.-F. Lange u. Co. 5,35; do. Cig.-F. Donath u. Jasper 6,30; do. Cig.-F. Collenbusch 3,65; Fulda Liste 4323 d. Fuchs 5,75; Sonderburg Liste 3390 d. Petersen 3,50; 11,10 d. C. Lütgens in Uetersen auf Liste 4418; 25,10 d. Ziem in Uetersen auf Liste 4419; 14,00 d. J. W. v. Arbeitern aus Pinneberg; 3,00 v. C. Schröder; 8,10 v. M. Z. Uhlenhorst d. die Exped. d. „Volksblatt"; 13,40 v. Sanne's Tischlerwerkst. d. H. Griebel, Uhlenhorst; 30,05 d. Schulz, Steinwärder; 52,00 v. den Kesselschmieden Reiherstieg; 18,00 erste Rate von den Arbeitern der Thiemer'schen Nähmaschinenfabrik, Wandsbeck; 28,80 Tellersammlung auf d. Ball des Arb.-Frauen- u. Mädchen-Vereins, Barmbeck, d. Frau Cordes; 1,00 v. einem Barmbecker Arbeiter; 16,10 d. F. W. Schauer v. Gesinnungsgenossen zu Barmbeck; 19,00 d. A. Ruther ges. auf Kohs Bau, Barmbeck; 2,47 vom Turnverein Oberwürschnitz d. A. Arnold; 3,40 v. Turnverein Niederwürschnitz do.; 6,90 d. A. Arnold auf Liste u. 17,75 v. L. W. O. d. Arnold, Oberwürschnitz; 4,00 d. Ernst Pegeld in Plauen.

Aus Hamburg und dessen Vororten (vorzugsweise zur Stichwahl in Altona): 3,00 v. einem Mitgliede des Bildungsvereins; 3,00 v. Prechtel; 3,00 v. H. G.; 50,00 v. der Gewerkschafts-Agitationskasse d. Mentzel; 6,00 v. zwei Freunden der Partei d. C. Hillmann; 2,00 v. zwei Arbeitern A. M. u. J. E. K.; 2,00 v. H. u. W.; 7,90 auf Liste 4185 aus Justus' Cig.-Fabrik d. Ahrlung; 1,50 v. Schwichtenberg; 6,00 v. zwei Freunden in Billwärder a. d. Bille; 2,50 v. Jönson u. Kollmann; 14,60 aus der Tischlerw. v. Fitschen u. Klensang d. Werner; 3,00 v. B. in der Sternstraße; 1,00 v. Bröse; 7,50 „Nieder mit Karsten" aus Neidhardt's Tischlerw.; 0,50 „Hartmann muß siegen" v. G.; 2,00 v. einem gemüthlichen Zusammensein d. Sermatinger; 11,50 v. Marten's Tischlerw. d. Maaß; 60,00 v. Sandbagger-Verein d. W. Frünger; 2,00 v. Stapel's Fabrik d. Hermann; 9,50 1. Rate der Liste 4455; 10,80 v. Timecke's Tischlerw., Valentinskamp, d. Schwertfeger; 22,00 v. Ladage u. Oelke's Werkst.; 2,40 v. Schulz auf Liste 36; 22,40 auf Liste 4212 d. Gutter; 3,00 v. G. P. d. Prech; 8,05 v. Heymann's Möbelwerkst. d. Stoffert; 41,50 v. den Arbeitern der Baumgarten'schen Stockfabrik d. Burmeister; 3,00 v. R. S.; 1,50 v. einem stellenlosen Commis; 7,00 1. Rate der Liste 4451 d. Neumärkel; 3,00 v. den Arbeitern d. Kruse'schen Tischlerw., Kraienkamp; 2,00 v. N. N.; 0,50 v. J. K.; 3,00 v. W. H.; 7,00 v. unbekannter Fabrik; 6,50 v. Markmann u. W. de Porterre; 4,00 ges. in fideler Gesellschaft „ein einig' Volk von Brüdern" bei J. Kolle, Raboisen 33; 6,00 v. G. P. in Barmbeck u. W. H. in Hamburg; 7,00 v. den Klempnern d. L. Stoffel, Uhlenhorst; 4,10 v. der verbrannten Ecke der Amsink- u. Woltmannstr.; 2,00 v. Kartenclub d. L. Reiners; 5,00 v. G. Hagel, Hamm; 4,00 1. Rate der Liste 4187; 1,50 v. zwei Schustern; 13,10 v. Maurern, Zimmerern u. Arbeitsleuten auf Dührkoops Bau, Hohe Bleichen; 1,00 v. W. N. d. Garve; 8,80 v. der Malerw. der Reiherstieger Schiffswerfte u. Maschinenf.; 2,00 v. R. Walde; 1,00 v. H. Lindemann; 9,50 v. Mauerleuten auf Krickner's Bau, Mattentwiete; 3,00 v. Wulff; 2,00 v. J. L. u. M. L.; 1,50 v. C. W.; 2,00 v. M.; 7,50 aus Werner's Tischlerw.; 23,60 v. Arbeitern aus Bramfeld d. J. Möller; 2,50 v. „Auch ein Ordnungsfreund"; 5,00 v. Schemmels's Cig.-Fab.; 1,00 v. Aug. Schmöcker; 8,80 v. einer Schlosserw. d. Behrend; 0,50 v. L. C.; 1,50 v. C. P.; 10,00 d. F. Kiesewetter; 3,00 v. A. J., Röhrendamm; 9,00 erste Rate der Liste 4473; 3,50 erste Rate der Liste 4645; 1,40 Ertrag der Tellersammlung in der Versammlung vom 19. d. M. für „Erbauen gesunder und billiger Wohnungen", d. König; 3,00 v. Solo-Club „Hartmann soll's sein!"; 10,00 v. Liedertafel „Vorwärts" d. Mädge; 3,00 v. F. Günther, Borgfelde; 4,20 v. einer Ungenannten; 5,00 v. F. S.; 3,00 v. einer Cigarrenfabrik; 7,20 v. Michaelsen u. Sohn Werkstelle; 2,60 v. einem Parteigenossen, Klein-Grasbrook; 4,80 d. Tischler Hartig; 3,00 v. der Sch.'schen Kistenfabrik; 45,50 Liste 4209, erste Rate; 4,40 v. sämmtl. Arbeitern in Marten's Bau, St. Pauli; 1,70 Liste 4456; 7,00 Liste 3941, zweite Rate; 25,70 Liste 4625 d. Frau Schlumberger in Ham; 18,10 Liste 4470 d. Maire; 8,30 Liste 4485 v. Neumann's Pianofortefabr.; 4,50 Liste 4485 v. Möller's Pianofortefabr.; 6,60 Liste 4485 v. Häßler's Pianofortefabr.; 4,50 Liste 4485 v. Mehreren; 7,35 Liste 4646 d. W. Herbst; 169,70 v. Buchdruckergehilfen in Hamburg-Altona-Ottensen, und zwar auf Liste 1: 54,00; Liste 2: 17,00; Liste 3: 8,50; Liste 4: 11,00; Liste 5: 5,50; Liste 6: 12,00; Liste 7: 10,00; Liste 9: 4,60; Liste 10: 9,00; Liste 11: 7,50; Liste 12: 1,50; Liste 13: 1,50; Liste 14: 6,50; Liste 17: 2,60; Liste 19: 2,00; Liste 20: 6,50; Liste 21: 2,00; Liste 23: 3,50; Liste 25: 4,50. 10,70 Liste 4457 d. H. H.; 10,60 Liste 4476 d. E. Reepschläger; 13,50 Liste 4629 d. Doose; 15,00 Liste 248 d. Meyer v. Wrieth's Cig.-Fabr.; 12,36 Liste 4616 d. Richter; 16,50 Liste 4578 d. A. Fränzel; 10,30 Liste 4620 d. J. Lewien; 4,40 Liste 4504 d. Brockmann vom Club Liberté „daß Karsten reinfällt"; 0,50 Liste 4507 d. B.; 9,80 Liste 4666 d. C. Schuch; 6,00 Liste 4592 d. Maßmann; 24,40 Liste 4553 durch A. Brünner von Ernst's Bau, Besenbinderhaus; 4,20 Liste 4579 durch Juhle; Liste 4455 zweite Rate durch Pagel; 8,70 Liste 4566 von Arbeitern d. Berlin-Hamb. Eisenb.; 9,40 Liste 4683 d. R. Maire; 4,90 Liste 4472 d. A. Breuer; 151,15 Liste 4609 (35,50), 4611 (34,60), 4613 (27,25), 4614 (26,30), 4615 (8,50), 4466 (19,00) v. den Arbeitern der Meyer'schen Stockfab. d. P. v. d. Heide; 11,50 Liste 4548 d. C. Hinzpeter; 26,30 Liste 4547 d. C. Hinzpeter vom Bau gr. Allee 27, St. Georg; 7,50 Liste 3214 d. J. Haacker; 36,70 Liste 4543 u. 22,30 Liste 4544 v. den Gasarbeitern Hamburgs d. Reichel u. Lapp; 23,30 Liste 4684 d. Ahlers v. Steinmetzen u. Marmorarbeitern incl. v. Platz d. Hans. Baugesellsch.; 12,00 Liste 4539 d. A. Basedow; 20,45 Liste 4479 d. C. Heske; 5,50 Liste 4631 d. Frau F. Heske; 8,55 Liste 4685 v. Peins Kyperwerkst.; 26,00 Liste 4530 u. 41,75 Liste 4529 v. Eisenschiffbauern der Reiherstieg-Schiffswerfte; 23,25 Liste 4211 d. M. Göldner; 12,30 Liste 4731 u. 20,80 Liste 4195 v. Parteifreunden auf dem Stadtdeich d. Störmer; 4,00 Liste 4482 v. Stellmachern d. Grum'schen Fabrik; 10,75 Liste 4525 d. F. Lange; 6,00 Liste 4568 d. Drechsler Heinemann; 14,00 Liste 4210; 6,55 Liste 4667 d. Dommes v. Schöning's Tischlerw.; 24,40 Liste 4626 d. H. Voß in Hinck's Stuhlfabrik; 13,50 Liste 4518; 4,00 Liste 4682 d. Raffa v. Schmidt's Tischlerw.; 13,25 Liste 4535 d. M. Hribar; 33,70 Liste 4484 d. H. Günther v. den Tischlern der Reiherstieg-Schiffswerfte; 9,00 Liste 4450 aus der Wirthschaft Ecke Netz u. Brodschrangen; 16,85 Liste 3736 d. Robert Römer; 9,20 Liste 4565 d. Schiffszimmerer Meier; 23,00 Liste 4454 d. H. A. Töpfer; 13,60 Liste 4554 d. W. Grünwald; 17,50 Liste 4662 d. Lunau v. Menck's Bau; 9,50 Liste 4623 d. Fritz Myrau. (Schluß f.)

Briefkasten

der Redaktion. X. in Riemes: Ein Schreiben, wie das von Ihnen erwähnte, ist mir nicht zugegangen. W. L. — H. T. in Thonberg bei Leipzig: Maurermeister Uhlmann war mein Gegencandidat im 19. Wahlbezirk; er ist mir aber bei keiner Gelegenheit persönlich gegenübergetreten. W. L. — Dr. Ph. P. in Rheinau: Wir erinnern uns nicht, von Ihnen einen Aufsatz erhalten zu haben. — H. S. in O.: Empfangen. — G. in Seligenstadt: Ihr „Eingesandt" ist in der von Ihnen beliebten Form nicht verwendbar. — G. in Neuhaldensleben: Desgleichen. —

der Expedition. Fr. Mz Gl.-Corbtha: Ihre Reklamation ist der hiesigen Hauptpost übergeben. Der sächs. Bußtag fällt stets auf Freitag. S. Kopfnotiz „Vorwärts" Nr. 25.

Quittung. Strk Kiel Ann. 1,00. Kr hier Ann. 0,40. Dr. K. hier Schr. 15,00. Hhn Bockenheim Ab. 7,80. Khn Niederspaar Schr. 4,00. Verein Delnika Jetnota Wien Ab. 1,65. Khn Hainichen Schr. 0,90. Wlz Salmbach Schr. 4,50. Ottrbch Stuttgart Ab. 4,00. Arlt Lückendorf Schr. 3,50. Bnsch Dortmund Schr. 8,41. Zür Bilach Schr. 1,95. Pnngr Bremen Ab. 52,20. Krstn Thonberg Ab. 15,00. Brnkmnn Hemme Ab. 2,30. Rdgr Halle Schr. 15,00. Kchnrthr Hof Ab. 13,20, Schr. 11,00. Mrtn Hainichen Schr. 15,00. Stphn Dschetz Ab. 1,56. Glls Hochfeld Ab. 3,30. Kn Rentl. Ab. 10,00, Schr. 10,00. Lchtnbrg Solingen Schr. 11,50. Krsch Dresden Schr. 3,50. Andrs Elze Schr. 2,70. Bnsch Dortmund Schr. 1,85. Schmtz Gudow Schr. 4,00. Prds Meiningen Schr. 8,00. Zblr Dresden Schr. 8,00. Grm Hannover Schr. 4,30.

Aufforderung. Die Vorstände der deutschen Gewerkschaften, welche bis dahin Arbeitsnachweisungs-Bureaus und Verkehrslokale eingerichtet haben, werden hiermit ersucht, betreffs Bekanntmachung derselben, Plakate oder Adressen in genügender Anzahl dem Unterzeichneten einzusenden. Im Auftrage 28 hiesiger Gewerkschaften: C. Breuel. Hamburg, Paulstr. unter 40.

Wahlfonds.

Von B. Gr. Barmen 0,90; v. einer Person am Teufelsberg d. K. Hof 0,40.

Anzeigen 2c.

Bis spätestens Ende März a. c. müssen alle Rückstände auf

Schriften, Neue Welt- u. Vorwärts-Abonnements

regulirt sein, dafern nicht Einstellung weiterer Lieferungen erfolgen soll. Inventur und Bücherabschluß, sowie die Nothwendigkeit eigene Verpflichtungen rechtzeitig zu erfüllen, machen dieses Verfahren nothwendig. Seperatmahnungen werden wir also nicht mehr erfolgen lassen.

Die Expedition des Vorwärts u. Genossenschaftsbuchdruckerei.

Reudnitz. Nächsten Montag keine Versammlung, dafür Mittwoch. [20

Zwenkau. Sonntag, den 18. März, Nachmittags 3 Uhr, im Saale „Zum goldenen Adler":

Oeffentliche Arbeiterversammlung.

Tagesordnung: 1) Vortrag über die indirekten Steuern. 2) Gründung eines Arbeitervereins. Referent Herr Hablich. [0,60

(F 330) Der Einberufer.

Leipzig. Montag, den 19. März, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag über die Pariser Commune, kritisch-historische Skizze nach Lissagaray. Referent W. Liebknecht. 90]

Der Einberufer.

Kein Mensch

sollte es versäumen, den in Nürnberg erscheinenden

Freigeist mit dem humoristisch-satirischen Beiblatte: **Deutscher Reichs-Wau-Wau**

Preis: vierteljährlich zwei Mark

bei der Post zu abonniren. Er reißt religiösem, seit Jahrtausenden sorgsam gepflegtem Schwindel die Maske ab und bahnt für die Völker eine neue Lebensanschauung 2c. an, während im „Reichs-Wau-Wau" die Despotie, Schlechtigkeit, Dummheit 2c. empfindlich gegeißelt wird.

Inserate erhalten die wirksamste Verbreitung und kostet die Petitzeile 20 Pf.

Die Expedition des „Freigeist" in Nürnberg.
A. Weber.

Viel Feind viel Ehr'.

Folgende Schriften sind von den Volksfeinden verurtheilt:

Die Wunden Europas

(F 320) zu beziehen [300

Leipzig, Slavische Buchhandlung.

Le Catéchisme social

zu beziehen

Paris, Libr. du Luxemb. R. Touvnon 16 u. a. Buchhandl.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandit, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 34. Mittwoch, 21. März. 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;
Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. bei Teubert, Bornaischestr. 19; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost das.; für **Thonberg** bei Besch, Hospitalstr. 39/II. dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 l; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

„Die Quintessenz des Sozialismus."

Die zweite Auflage (dritter Abdruck) der bekannten Schrift ist nunmehr erschienen.

Der Verfasser ist aus seiner seitherigen Anonymität herausgetreten und nennt seinen Namen, der übrigens schon längst ein öffentliches Geheimniß war: Dr. A. Schäffle.

Schäffle war früher österreichischer Handelsminister und galt auf dem einschlagenden Gebiete als Autorität; um so mehr erweckt es Interesse, daß der Verfasser den Sozialismus mit völliger Objectivität beurtheilt und demselben in der Hauptsache auch Recht gibt.

Der Verfasser hat zur zweiten Auflage ein Vorwort geschrieben; nachdem er erklärt, weshalb er aus der Anonymität nunmehr herausgetreten ist, sagt er:

„Der Verfasser war 1874 und ist noch weit mehr heute der Meinung, daß an der gründlichen Verbesserung der volkswirthschaftlichen Organisation die besitzenden und gebildeten Klassen mindestens ebensosehr interessirt sind, als die Proletarier; denn bei der steigenden, in der Wahl der Mittel immer mehr rücksichtslosen Leidenschaftlichkeit der jetzigen gesellschaftlichen Erwerbskämpfe und bei der Unberechenbarkeit der Conjuncturen, der Krisen, der Speculationsabenteuer, die ganze Klassen erfassen, der öffentlichen und der privaten Schuldner, der Umwälzungen in Technik und Verkehr, sind die besitzenden Familien nicht sicher, ob sie nicht in der nächsten oder übernächsten Generation selbst in das Proletariat hinabsinken werden. Sie gerade sind im Eigenthum und im Familienleben durch die **bestehenden** Zustände bedroht.

„Deshalb sollte der Sozialismus, welcher auch dem gesellschaftlichen Stoffwechselprocesse der Produktion und des Umlaufes der Güter einen festen Kern anstaltlicher Organisation geben will, von allen Seiten einer ruhigen Erwägung unterzogen werden. Ich habe dies so gethan, daß ich die Hauptthesen hinstellte und erörterte, ohne die Vorstellungen über den etwaigen Uebergang zur Verwirklichnng des Sozialismus zu discutiren. Dieses Verfahren hielt ich für das Richtige, weil ich glaube, daß es sich für die öffentliche Discussion zunächst um die Berechtigung der Ideen des Sozialismus handelt. An die Möglichkeit der plötzlichen Verwirklichung des Sozialismus denken, so scheint mir, auch seine Führer nicht; eine solche Improvisation wäre wohl ein Verbrechen am Sozialismus selbst. Gehört ihm aber die fernere Zukunft, so wird sie ihm nur langsam, nach einer längeren Reihe innerer und äußerer Daseinskämpfe, und gewiß weit mehr durch den Prozeß der Selbstvernichtung der Capitale in der Concurrenz und durch Selbstzersetzung der herrschenden liberal-capitalistischen Gesellschaftsordnung, als durch den Sieg der Barrikade, weit mehr durch die Selbsterhaltungsnoth des ganzen Staates, als durch einen Gewaltstreich von unten zu Theil werden. Bis dahin hat es aber wohl noch gute Weile. Der Verfasser sucht daher jetzt, wie zur Zeit der Entstehung der Schrift, im Wesentlichen nur die Grundidee des Sozialismus, diese aber in aller Schärfe zur Discussion zu stellen. Daß das Publikum für die Art, wie er es thut, nicht unempfänglich ist, beweist der rasche Absatz dieser Abhandlung und ihres ersten Separatabdruckes.

Stuttgart, 23. Februar 1877. A. Schäffle."

Das Eigenthum also ist durch die bestehenden Verhältnisse bedroht, der Sozialismus aber will der Produktion und dem Handel einen festen Kern anstaltlicher Organisation geben, damit aus den bedrohlichen und schwankenden Verhältnissen sich vernünftige, möglichst constante entwickeln.

Die Selbstzersetzung der liberal-capitalistischen Gesellschaftsordnung und die Selbsterhaltungsnoth des Staates werden dem Sozialismus zum Siege verhelfen, der nach der Ansicht der liberal-conservativen Flachköpfe und Hetzer jegliche staatliche Organisation untergraben will!

Dr. Schäffle wird sich in den Herzen der vernünftigen Leute durch die Verkündigung solcher Wahrheiten ein Denkmal setzen — anbelfern aber werden ihn Selbstsucht und Gemeinheit.

Er mag sich aber trösten — die Wahrheit darf in unserer Zeit ungestraft nicht gesagt werden — und dennoch bleibt sie die Wahrheit.

Aus den Vereinigten Staaten.

New-York, letzten Februar 1877.

Der Präsidenten-Wahlstreit hat geendet, wie wir vorausgesehen, und wie jeder nicht völlig Parteiblinde voraussehen konnte, nur daß man sich dabei noch obendrein lächerlich gemacht hat. Die beiden Parteien im Congreß haben sich auf einen schiedsrichterlichen Spruch vereinigt, um die Untersuchung darüber, wer wirklich gewählt sei, noch vor dem 4. März zu Ende zu bringen, dem Tage, da die Amtseinführung des neuen Präsidenten stattzufinden hat. Das Schiedsgericht sollte aus je sieben Mitgliedern der beiden Häuser des Congresses und einem Richter des Oberbundesgerichts als Unparteiischem bestehen. Aber um einen wirklich Unparteiischen zu finden, hätte man ein Mitglied der Arbeiterpartei nehmen müssen; um wirklich dieses Gewebe beiderseitigen Betrugs zu klären, hätte man zwei Jahre Zeit geben müssen.

Das Schiedsgericht hat nun gerade soviel Staub aufgerührt, daß die Thatsachen vollends verdunkelt wurden, und dann entschieden, daß es kein Recht habe, wirklich zu untersuchen; daß man vielmehr die (gefälschten) amtlichen Wahlzeugnisse der drei streitigen Südstaaten als giltig anzuerkennen habe, das (ebenfalls gefälschte) Wahlzeugniß von Oregon aber nicht (weil es für die Demokraten lautet). Bei jeder einzelnen streitigen Abstimmung hatte der Oberrichter Bradley, ein Republikaner, den Ausschlag zu geben, der natürlich republikanisch ausfiel — in keinem einzigen Falle stimmte einer der übrigen Vierzehn gegen seine Partei, so skandalös das auch mitunter war. Und da dies nun vorauszusehen war, so machten sich die Demokraten dadurch lächerlich, daß sie vor der Entscheidung Vertrauen auf das Schiedsgericht heuchelten, und nach derselben es schimpflich herabwürdigten; die Republikaner aber, welche ihrer Sache im Voraus gewiß waren, dadurch, daß sie sich ehrlich stellten und die Würde eines solchen Verfahrens vertheidigten.

Hayes also heißt der neue Präsident von Kapitals Gnaden. Er ist auf das Versprechen hin aufgestellt worden, der amtlichen Corruption durch Schaffung eines unparteiischen, unbestechlichen Beamtenstandes zu steuern (die famose Idee des Herrn Karl Schurz, der dabei das preußische Beamtenthum zum Muster nimmt, und der sie wohl nun als einer der Sekretäre — Minister — auszuführen haben wird) und die Hartgeldwährung wieder einzuführen. Da die beiden gesetzgebenden Gewalten zwiespältig sind, läßt sich dieses Versprechen nur durch Bestechung einer Anzahl Demokraten durchführen.

Das neue Beamtenthum ist also von vornherein bestochen, die Auswahl kann nur zum Scheine nach der Fähigkeit und Würdigkeit erfolgen. Ebenso muß die Hartgeldwährung durch neue Bankvorrechte (Steuerfreiheit der Banken 2c.) erkauft werden. Das bethörte Volk erwartet von der endlichen Entscheidung der Präsidentenwahl ein Wiederaufleben der Geschäfte. Die unausbleibliche Enttäuschung muß also bald eintreten und überaus bitter ausfallen. Eine neue Parteibildung muß allgemeines Bedürfniß werden, so daß die Agitation der Arbeiterpartei nicht länger auf gar zu unfruchtbaren Boden fallen dürfte.

Die Arbeiterpartei bereitet zwei Gesuche an den Congreß vor, das eine verlangt ein Arbeits-Statistik-Amt, das andere eine Ansiedlung der brotlosen Arbeiter auf Unionsland mittels Unions-Unterstützung. Die Aussichten für beide Gesuche sind trübe; es ist zu erwarten, daß nicht einmal ein Congreßmitglied diese Gesuche einführen und befürworten werde — sie dürften also in den Papiekorb wandern. Als Pröbchen des Windes, welcher eben jetzt in den gesetzgebenden Behörden weht, erwähnen wir, daß vor der Legislatur des Musterstaates Massachusetts ein Antrag auf Beseitigung des vor kurzem erst so schwer errungenen und allerwärts mißachteten Zehnstunden-Gesetzes in aller Eile durchgedrückt werden sollte. Unsere wachsamen Parteigenossen erhoben aber rasch Einspruch, und die Folge ist, daß unter den Arbeitern dieses Staates eine Agitation begonnen hat, welche mit dem Verlangen eines Achtstunden-Gesetzes antworten und gleichzeitig durch Massenversammlungen in vielen Staaten unterstützt werden wird, in welchen das letztgenannte Gesetz lebhaft verfochten werden soll. Vielleicht daß dabei der Ball der Propaganda in's Rollen kommt.

Interessant ist, daß bei der Vernehmung Sachverständiger vor dem Ausschuß der Massachusetts-Legislatur einer der großen Fabrikanten bewies, daß die Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken zugleich eine Einschränkung der Arbeitszeit der Erwachsenen zur Folge haben müsse, und daß kürzere Arbeitszeit eher eine Lohnerhöhung als das Gegentheil bewirke. Dieses Geständniß, welches zu Gunsten langer Arbeitstage vorgebracht wurde, kann nicht verfehlen, den Arbeitern als Waffe gegen sie zu dienen.

Ein anderes Pröbchen unserer Regierungsweisheit ist, daß in einer Anzahl von Staaten Miene gemacht wird, die Bewilligungen für die Volksschule zu beschneiden, und daß dabei die protestantische Kapitalisten- und Universitäts-Sippschaft brüderlich mit der katholischen Klerisei Hand in Hand geht. Die Pädagogen fangen an Lärm zu schlagen, sind aber gänzlich einflußlos; sie sind es so sehr, daß ein Gesetzvorschlag, welchen die nationale Lehrerversammlung seit zwei Jahren vor dem Congresse liegen hat und welcher die Einnahmen aus öffentlichen Ländereien zur Schulung der Neger des Südens verwendet wissen will, noch nicht die mindeste Beachtung gefunden hat. Wenn irgend eine Maßregel nothwendig ist und an allen Vaterlandsfreunden Unterstützer findet, so ist es diese; allein es ist nicht die mindeste Aussicht auf Annahme derselben.

Als drittes Pröbchen der schrankenlosen Kapitalherrschaft sei erwähnt, daß in denselben drei Südstaaten (Louisiana, Floriba und Südcarolina), welche bei der Präsidentenwahl den Ausschlag gaben, jetzt von Unionswegen die demokratischen Staatswahlen so gut wie anerkannt sind, welche bis ganz vor kurzem durch Unionsmilitär umgestoßen werden sollten. Es hat also offenbar ein geheimer Handel stattgefunden. Die ehemaligen Sklavenbarone haben ihren Widerstand gegen die republikanische Präsidentschaft aufgegeben gegen das Zugeständniß, daß sie in ihren eigenen Staaten mit ihren Negern machen dürfen, was sie wollen. Die so lange mit Waffengewalt ihnen aufgedrungene Gaunerherrschaft republikanischer Beutelschneider mittels Negerstimmrechts wird ihnen preisgegeben; dafür haut künftig jeder Landestheil seine eigenen Juden mit gegenseitiger Bewilligung — und diese Juden sind die weißen und schwarzen Arbeiter.

Jetzt fehlen blos noch die gelben. Das heißt, sie fehlen zwar nicht ganz — in Californien giebt es deren schon an die Hunderttausend. Aber es fehlen die Millionen, welche erforderlich sind, um alle Arbeiter durch Hungerkur gehorsam zu machen. Der Congreß hatte auf die Klagen der californischen weißen Arbeiter hin eine Untersuchungs-Commission nach San Francisco geschickt, um zu ermitteln, ob der Vertrag mit China so verändert werden sollte, daß weitere Kuli-Einwanderung unmöglich würde. Die Commission hat nur die Zeugnisse von Arbeitgebern und Kuli-Importeuren angehört, und alle Anzeichen lassen schließen, daß dem Congreß abgerathen werden wird, diesen gelben Sklavenhandel zum Stocken zu bringen. Nirgends schreitet der Kapitalismus in gleicher Weise schamlos einher, als bei uns.

Der „Vorwärts" brachte in einer seiner Januar-Nummern „von einem Nordamerikaner" eine kurze Aufzählung der natürlichen Reichthümer unseres Bodens, ohne dazu eine Bemerkung zu machen. Die gemachten Angaben sind wohl fast alle nicht übertrieben — nur das Klima war als günstig hingestellt, was entschieden falsch ist. Ja, es ist wahr, die Union hat weit reichere Hilfsquellen als jedes andere Culturland, und eben deshalb herrscht hier der volksthümliche Aberglaube, daß unser Gemeinwesen sich leicht und schnell von jedem Schlage erholen und nur um so glänzendere Fortschritte machen müsse. Man merkt aber eben jetzt nichts von dieser Erholungskraft. Die Zahl der Bankerotte, Zwangsverkäufe, entdeckten Schwindeleien, Verbrechen, Arbeiterentlassungen, Hungertode, Selbstmorde, Wahnsinnsfälle und Verarmungsfälle der Mittelklasse nimmt seit 3½ Jahren rasch zu, und es ist keine Aussicht zum Anderswerden vorhanden. Was helfen alle natürlichen Bodenreichthümer gegenüber der Verwüstung, welche der Kapitalismus anrichtet?

Auch unsere amtlichen Aus- und Einfuhrlisten für die letzten drei Jahre beweisen unsere zunehmende Verarmung. Die Einfuhr hat in dieser Zeit stetig abgenommen — wir können vom Auslande fast nur noch zwei Drittel soviel kaufen als vorher; die Ausfuhr hat stetig zugenommen und übertrifft die Einfuhr um etwa ein Viertel, und unsere höchste frühere Ausfuhr um etwa ein Drittel — wir müssen die Zinsen unserer europäischen Verschuldung mit dem Ueberschuß unserer Erzeugnisse bezahlen, besonders mit Baumwolle, Getreide und Schlachtvieh, weil wir zu arm sind, sie selbst zu verzehren. Wir haben auch bereits durch Maschinerie und Arbeitstheilung, also durch Verminderung der Produktionskosten, es so weit gebracht, daß wir mit verschiedenen Baumwollwaaren England, mit einzelnen Seidenwaaren Lyon und Elberfeld, mit Uhren die französische Schweiz und den Schwarzwald, mit Kutschen die ganze Welt, mit Ackerbaumaschinen Großbritannien und Deutschland, mit feinen Stahlwaaren beide Länder, und mit einer Menge anderer Artikel die ganze Welt auf ihren eigenen Märkten unterbieten können. Unser jetziger Ehrgeiz ist, dies mit allen unseren Erzeugnissen zu thun und die Arbeiter der ganzen Welt, zugleich mit unseren eigenen, auszuhungern. Nur Schade, daß die übrige Welt nicht mehr genug Kaufkraft hat, um uns soviel Absatz zu sichern, als wir brauchen — die Natur hat dafür gesorgt, daß der Schwanz der Ziege nicht so lang wächst, daß sie darauf treten kann.

Ein neuer Ukas des Herrn Krupp.

Herr Alfred Krupp findet ab und zu das Bedürfniß, eine Proklamation an seine Arbeiter zu erlassen, in welcher er sich selbst mit der „wohlriechenden" Sauce des Eigenlobs begießt.

„Sein neuestes Wort an die Angehörigen seiner gewerblichen Anlagen" ist allerdings nur als Manuskript gedruckt und durch den Verfasser ausdrücklich beschränkt auf seine Angehörigen; wir hätten deshalb keinerlei Ursache, dieses „Wort" einer Besprechung zu unterziehen, doch hat die „Berliner Volkszeitung" die Indiscretion begangen und ein längeres Citat aus dem Manuskript gebracht.

Herr Krupp schimpft zunächst weidlich auf die Sozialdemokraten, dann giebt er den Katheder-Sozialisten und zuletzt den Herren Duncker-Hirsch einen derben Klaps, indem er die Handlungsweise der englischen Gewerkvereine verurtheilt und vor der Nachahmung des schlechten Beispiels warnt. Die gedankenlose Redaktion der „Volkszeitung" aber bespricht den Ukas in der wohlwollendsten Weise, trotzdem „Ehren-Duncker" mit seinen Anschauungen vor den Augen des Kanonenkönigs keine Gnade findet, und lediglich nur deshalb, weil Krupp die Sozialdemokraten noch mehr ausschimpft.

Auch Bismarck und Richter (Hagen) bekommen ihren Hieb weg und in diesem Falle können wir uns freuen.

Der praktische Herr Krupp kann sich nämlich nicht zu der Höhe der Anschauung der Herren Bismarck-Richter emporschwingen, daß die Sozialdemokraten die meiste Schuld an der Niederlage der deutschen Industrie oder doch ebensoviel Schuld an dem heutigen Nothstande hätten, als die Gründer.

Krupp sagt: „Die augenblickliche Noth hat ihre Hauptursache in den übertriebenen Unternehmungen der vergangenen Jahre."

Um dieses Satzes halber wollen wir übrigens Krupp das Geschimpfe auf die Sozialdemokratie verzeihen.

Ein Freund von uns, der kürzlich in Essen war, erzählte, daß Krupp gar nicht versuche, seine Arbeiter in geistiger und politischer Beziehung zu beeinflussen. — Wir möchten doch vor solchen gemüthlichen Auffassungen warnen. Nachstehender Schlußpassus, den auch die „Volkszeitung" bringt, muß doch wohl eines Anderen belehren.

Die „Volkszeitung" aber führt diesen Passus folgendermaßen ein: „Zum Schlusse ertheilt Herr Krupp folgende beherzigenswerthe Rathschläge."

Diese „beherzigenswerthen Rathschläge" lauten nun:

„Laßt Euch nicht blenden durch schöne Worte und erwartet das Heil nicht von solchen, die einen neuen, mühelosen Weg zur Volksbeglückung gefunden haben wollen. Die Angelegenheiten des ganzen Vaterlandes sollen Jedem wichtig und theuer sein, aber dazu hilft gar nichts das Kannegießern, das Schwatzen über politische Angelegenheiten, das ist nur den Aufwieglern willkommen und stört die Pflichterfüllung. Eine ernste Beschäftigung mit der Landespolitik erfordert mehr Zeit und tiefere Einsicht in schwierige Verhältnisse als Euch zu Gebote steht. Das Politisiren in der Kneipe ist nebenbei sehr theuer, dafür kann man im Hause Besseres haben. Nach gethaner Arbeit verbleibt im Kreise der Eurigen, bei den Eltern, bei der Frau und den Kindern. Da sucht Eure Erholung, sinnt über den Haushalt und die Erziehung. Das und Eure Arbeit sei zunächst und vor Allem Eure Politik. Dabei werdet Ihr frohe Stunden haben.

„Mit dem Laufe der Zeit, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, wird Alles besser. Wer zurückblickt in die Vergangenheit, muß sich überzeugen, daß große Fortschritte gemacht worden sind zum Besten Aller und vor Allem auch der arbeitenden Klasse. Schlechte Zwischenzeiten müssen durch treues Zusammenhalten der Arbeiter mit ihrem Arbeitgeber überwunden werden. Aber vor 50 Jahren lebte kein Arbeiter so gut in Nahrung, Wohnung und Kleidung als heute. Keiner wird tauschen wollen mit dem Loose seiner Eltern und Vorfahren.

„Was ich nun hiermit ausgesprochen habe, möge Jedem zur Aufklärung dienen und deutlich machen, was er zu erwarten hat von Handlungen und Bestrebungen im Dienste des Sozialismus. So sehr ich auch wünsche, daß meine Arbeiter statt der verführenden Schriften nur nützliche belehrende lesen, so kann ich doch Niemand dazu zwingen. Die Neigung zum Guten und Schlechten zeigt nur den Geist der Leser und kann nicht ohne Folgen bleiben. Jeder muß die Folgen seiner Handlungsweise tragen. Man erwärmt keine Schlange an seiner Brust, und wer nicht von Herzen ergeben mit uns geht, wer unseren Ordnungen widerstrebt, kann nicht im Kreise unserer Arbeiter bleiben. Denn wo mit Wohlwollen und Gerechtigkeit das Regiment geführt wird, muß auch Strenge gehandhabt werden gegen solche, die das gute Einvernehmen und den Frieden zum Nachtheile der großen Gemeinschaft stören wollen. Wie dies seither mein fester Wille gewesen, so ist dies auch eine ausdrückliche Bestimmung meines letzten Willens. Statt der zeitweise geübten Nachsicht wird daher auch, wie hier angekündigt, Strenge hier eintreten müssen, wenn die Ordnung dies fordert. Möge sich also Niemand durch bisher erfahrene Nachsicht verleiten lassen, auf unrechtem Wege zu beharren.

So schließe ich mit den besten Wünschen für Alle.

gez. Alfred Krupp."

Und diesen „Ukas" empfiehlt die „demokratische" „Volkszeitung"! —

„Die Arbeiter sollen keine Politik treiben" — der reine Schulze-Delitzsch! — „Mit der Zeit wird Alles besser" — der reine Manchestermann! — „Ich kann Keinen hindern daran, was er liest, aber wenn er etwas liest, was nicht nach meinem Geschmack ist, dann wird er entlassen" — die Freiheit der Knechtschaft und brutalen Gewalt; und auch diese empfiehlt die „demokratische" „Volkszeitung"!

Zum Schlusse wollen wir uns eine Bemerkung nicht versagen.

Herr Krupp erzählt nämlich in seinem Selbstberäucherungs-Manuscript, daß er Arbeiterwohnungen gebaut, Schulen ꝛc. ꝛc. gegründet und dadurch sich in eine Schuldenlast gesetzt habe, die abgetragen werden müsse — er will durch diese Mittheilung seine Arbeiter zu noch größerem Fleiße anspornen.

Nun aber fragen wir Herrn Krupp, ob es denn wahr ist, was schon oft ganz öffentlich behauptet wurde, ob er (Krupp) eine größere Summe (man spricht von 9 Millionen Mark) einstmals, als sein Geschäft noch nicht auf so festen Füßen stand, auf den Namen seiner Frau in die Bank von England eingezahlt hat?

Wenn dies wahr ist — und widerrufen hat Krupp die öffentliche Behauptung noch nicht —, so könnte ja Krupp von jener Summe die entstandenen Schulden leicht bezahlen — dadurch würde auch das Odium von ihm genommen, welches immer auf einem Geschäftsmanne ruht, der in schlechter Zeit seine Frau zwischen sich und seine eventuellen Gläubiger zu schieben versucht.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Nothstandsfrage. Als wir vor einiger Zeit in diesem Blatte davon gesprochen, daß sich, theilweise wenigstens, schon die Erkenntniß Bahn bricht, daß es wohl nicht gut länger mehr so bleiben könne und daß „etwas geschehen müsse", um der gegenwärtig so arg herrschenden Noth zu steuern, dem unsäglichen Elend und Jammer so vieler Tausende, die ohne Arbeit und Brot umherirren, zum mindesten vorübergehend abzuhelfen, so geschah es unter dem Eindrucke der vielfachen Erörterungen, die wir in den verschiedensten Blättern über diese Angelegenheit gefunden haben. Es ist uns zwar keinen Augenblick zweifelhaft gewesen, daß es sich hier nicht um eine durchgreifende Erkenntniß, um eine gründliche Abhilfe und Beseitigung der in unseren staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen vorhandenen Mängel handelt; aber wir glaubten, daß man sich dabei von einem natürlichen Gefühl der Theilnahme leiten lasse, wie es in Oesterreich und Frankreich der Fall ist.

Wir sagten damals: „Ueberall gehen bereits die Werkmeister daran, die wahrgenommenen Risse und Sprünge im Staatsgebäude zu verstopfen und zu verkleistern", und im Hinblick auf die bekannte deutsche Gründlichkeit meinten wir weiter: „Nur ihr, ihr habt noch gar viele Theorien auszukramen, und vom Gedanken bis zur That ist bei euch ein gar weiter Schritt."

Die Folge lehrt uns jetzt, daß wir uns hierin nicht geirrt, daß wir unsere Leute kennen und zu beurtheilen gewußt haben. Nicht nur sehen wir, daß von den allerlei schönen Worten und Phrasen bis zur effektiven Bethätigung der Weg nicht nur weit, sehr weit, sondern sogar unerreichbar; wir sehen heute schon, daß der sogenannte gute Wille unterwegs im Sumpfe stecken geblieben, daß Alles nur eitel Luft und Dunst gewesen.

Eine amtliche Denkschrift ist es, betitelt: „Ueber den gewerblichen Nothstand und die Staatshilfe", welche uns belehrt, daß ein staatliches Eingreifen in die gegenwärtige Krisis nicht thunlich sei, da es sonst den Anschein haben würde, als wenn man nur unter dem Drucke der in den Volksversammlungen gefaßten Beschlüsse und Resolutionen handle, und das — muß man beileibe zu vermeiden suchen. Natürlich, wer wird sich denn auch der Gefahr aussetzen, eine solche Schwäche zu zeigen und Menschen Gehör geben, die sich in „Volksversammlungen" äußern!

Solche Volksversammlungen scheinen überhaupt manchen Leuten nicht sonderlich zu Gesichte zu stehen, sich bei ihnen keiner sonderlichen Achtung zu erfreuen. Sagte doch erst jüngst der Reichstagsabgeordnete Richter (Hagen) mit einem gewissen verächtlichen Tone dem Abgeordneten Kapell, daß er sich von solchen „Volksversammlungsreden" nicht imponiren lasse u. dgl. mehr.

So wäre demnach amtlich die Nothstandsfrage als erledigt zu betrachten. Diese im vollsten Sinne des Wortes unglückliche Frage hat übrigens ein merkwürdiges Schicksal erfahren. Zuerst wollte man sie amtlich gar nicht als vorhanden betrachten, man versagte ihr die offizielle Anerkennung; dann, als sie sich gar zu aufdringlich machte, wollte man sie in einzelnen Kreisen studiren, diskutiren u. s. w., und schließlich — da man nicht unter dem Drucke der Volksversammlungsbeschlüsse handeln könne — wird ihr mit dürren Worten die Thüre zugeworfen!

Wenn nur in der That damit diese so traurige Frage beantwortet und abgethan wäre! Aber solch ein allgemeiner Nothstand ist ein gar aufdringlich Ding, und wenn man ihm noch so barsch die Thüre weist, er guckt doch mit seinen hohlen Augen, mit seinem blassen Geistergesicht zu eben dieser Thüre, ja zum Schlüsselloch hinein!

— Herr Eugen Richter hatte in der Reichstagssitzung vom 12. März die unkluge Frechheit, den Sozialisten Eingriffe in die Wahlfreiheit vorzuwerfen und er erzählte bei dieser Gelegenheit, in Altona sei von Reimer, dem Vertreter unserer Partei, durch Annonce im dortigen Parteiorgan, dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt" proklamirt worden: „Bei einem Krämer, der für Karsten stimmt, darf Niemand etwas kaufen." Wir sagten, es sei eine „unkluge Frechheit" gewesen. Und mit Recht. Denn es ist eine Thatsache, daß Beeinflussungen dieser Art Seitens der Partei- und Gesinnungsgenossen des Hrn. Eugen Richter bei der letzten Wahl zu Tausenden ausgeübt worden sind; und hätten sozialistische Wähler einmal den Spieß umgedreht, so wäre das sehr erklärlich und zu entschuldigen gewesen. Herr Eugen Richter hat aber, mit der ihm eigenen Unverfrorenheit etwas gesagt, was nicht wahr ist. Wie wir aus dem „Hamburg-Altonaer Volksblatt" ersehen, verhält sich die Sache wesentlich anders. In Nr. 23 des „Hamburg-Altonaer Volksblatts" schrieb Reimer über die Haltung der Kleingewerbtreibenden bei den Wahlen am 10. Januar und 15. Februar, daß sehr viele Höker, Destillateure und Krämer für unsern Candidaten in anerkennenswerther Weise gewirkt hätten. Mit Bezug hierauf hieß es zum Schluß: „so ersuchen wir alle unsere Gesinnungsgenossen, sich die Letzteren zu merken und dieselben bei Einkäufen stets zu berücksichtigen." Herr Eugen Richter hat also gelogen! Wir geben übrigens gern zu, daß wir auch mit der Annonce, so wie sie wirklich gefaßt war, nicht ganz einverstanden sind. Die politischen Partei-Gegensätze sollen nicht in den Privatverkehr und namentlich nicht in den geschäftlichen Verkehr mit hinübergetragen werden. Der betr. Annonce wurde denn auch auf Anordnung der Redaktion und des Parteivorstandes die weitere Aufnahme verweigert, und sie ist demzufolge nur einmal erschienen. Jedes anständige Blatt, daß die Richter'sche Lüge und Verleumdung gebracht hat, wird sich verpflichtet finden, von dieser unserer Berichtigung Notiz zu nehmen.

— Die Bourgeoissöhnchen zeigen sich mit jedem Jahre widerspenstiger, nämlich gegen die Wissenschaften. Aus allen Theilen Deutschlands laufen die Ergebnisse der Prüfungen zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst ein und geben von unserer Behauptungen ein schlagendes Zeugniß. So bestanden in Schleswig von neun Examinanden drei. In Schleswig-Holstein ist der Schulunterricht noch ein ziemlich guter. Das Verhältniß durchschnittlich ist, daß 25 Proz. der Examinanden bestehen, 75 Proz. aber fallen durch. Und da reden die „Vornehmen" immer von der Unbildung der Arbeiter?

— Prozeß Pfau. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Erkenntniß der Strafkammer in dem Prozeß gegen die Herren Pfau und Sack Berufung eingelegt. Die Strafe ist derselben also noch nicht hoch genug. Man will also augenscheinlich noch mehr Lorbeern einernten — Ludwig Pfau aber hat Gelegenheit zu einer dritten Rede.

Zur Frauenfrage.

Fräulein Auguste Schmidt aus Leipzig hielt kürzlich im Stadtverordnetensaale zu Dresden vor zahlreichem Publikum einen Vortrag über die „Berufsbildung der Frauen". Fräulein Schmidt unterschied 4 Punkte, welche bei der „wunderbaren Erscheinung" der Frauenfrage zu berücksichtigen seien. a) Frauen müssen erwerbsfähig gemacht werden, b) jede Frau muß einen Beruf vertreten, c) Arbeit für die Frau aus materieller und sittlicher Nöthigung, d) Vorbereitung zur Erwerbsfähigkeit.

Schon an diesen Aufstellungen ersieht man die Stellung der Vortragenden zur sozialen Frage, unter welche die Frauenfrage gehört; sie vertritt die Manchestertheorie. Am Dienstag verbreitete sie sich nur über den vierten Punkt: Vorbereitung zur Erwerbsfähigkeit der Frauen. Es hieße den Raum unseres Blattes verschwenden, wollten wir den Vortrag ausführlich reproduziren. Die Gedanken desselben reihten sich ungefähr folgendermaßen: Die Frauen seien heute keine rechten Mütter; unter Bällen und Vergnügungen ginge die Zeit dahin und die Verschwendung von Mitteln für diese Dinge sei groß. Die Tochter des Hauses werde nicht zur Arbeitsamkeit angehalten. — „Dienen lerne das Weib nach ihrer Bestimmung," denn darin bestehe ihre Herrlichkeit; wiederum solle die Tochter nicht zu sehr zur Arbeit angehalten werden, sonst sinke sie zur „gewöhnlichen Magd" herab. Klavierklimpern genüge nicht; wo Dienstboten im Hause die schwere Arbeit machten, könnte die Tochter von der Mutter in leichteren Arbeiten unterwiesen werden. Der Knabe und Jüngling müsse heute viele Schularbeiten machen, Abiturientenexamen ablegen und habe nimmer Ruhe; die Töchter aber verbrächten die Zeit mit Müßiggang und Tändelei. Wie beim Sohne, so müsse heute auch bei der Tochter der Vater fragen: Was willst Du werden? — Dreierlei Berufe scheinen der Vortragenden beachtenswerth: Wirthschafterin, Kindergärtnerin und Handarbeitslehrerin. Sie kritisirte alle drei Berufe ausführlich und legte bei allen den Grundsatz als Maßstab an: Keine Berufsstellung ohne tüchtige Vorbildung. — Die Frauen in der Industrie zu verwenden, sei ein sehr guter Gedanke. Als Telegraphistinnen und Postassistentinnen hätten die Frauen schon viel Bemerkenswerthes geleistet. Desgleichen finde sich die Frau recht gut im Handel fort, nur müsse sie gute Vorbildung dazu erhalten, gleich dem Kaufmannslehrling. Oft habe die geschickte Kaufmannsfrau in kritischen Fällen taktisch eingreifen können, wie überhaupt die Frau in die geschäftlichen Geheimnisse des Mannes eingeweiht werden solle. „Viele Schuld," ruft die Vortragende mit Emphase aus, „lege ich bei Betrachtung der jetzigen Geschäftsmisère der Unkenntniß der Frauen über die Vermögenslage der Männer bei. Hätten die sanften, nachgiebigen Frauen gewußt, wie es um ihres Gatten Vermögen steht — dann würden sie der heillosen Verschwendung bei Zeiten entsagt und sich Einschränkungen auferlegt haben; sie hätten eingelenkt und als verständige Frauen neben ihm gewirthschaftet."

Schließlich ist Vortragende noch für Heranziehung der Frauen zum Apothekerwesen und Buchhandel, in welchen beiden Fächern von Frauen Rühmliches theils bereits geleistet worden, theils noch zu erwarten stehe. Für die Wissenschaft blieben der Frau gleichfalls einige Fächer zur Berufsergreifung. Als akademisch gebildete Lehrerinnen könnten sie an Hochschulen angestellt werden — man solle der Frau nur nicht das Carrieremachen erschweren; als Aerztinnen leisteten die Frauen nicht minder Vorzügliches, es gäbe ja bereits weibliche Doktoren! Für die jungen Mädchen eignen sich — nach Fräulein Schmidt — die Geschichte, Sagen, Homerübersetzungen als Lehrmittel vortrefflich, wenn man schon von lateinischen Redeübungen absehen will.

Die Vortragende schloß ihren eigentlichen Vortrag — denn, was sie dann noch sprach, waren leere Redensarten — mit dem Ausspruch: „Die Frauenfrage ist mir nicht mehr eine Frage von den Rechten der Frau, sondern von deren Pflichten."

Unsere Leser und Leserinnen, so bemerkt unser Dresdener Parteiblatt, mögen hieraus ersehen, wie sich in den Köpfen der „gebildeten" Elemente die Frauenfrage gestaltet. Die Phrasen über die Vergnügungssucht der Frauen, über deren Müßiggang, über deren unzureichende Leistungen im Haushalt und in den Handarbeiten haben nur Anwendung auf die Frauen der wohlsituirten Stände. Die Mittel zur Abhilfe dieser Mißstände sind gleichfalls für diese Stände allein berechnet, wie Alles, was die Vortragende zu Tage gefördert hat, nur auf die besitzenden Klassen Bezug hat. Für die Millionen körperlich und geistig verkümmerter Frauen der untern Volksschichten hatte die Verfechterin der Frauenfrage kein Wort. Nicht erwähnte sie der miserablen Volksschulen, nicht gedachte sie der schlechten Ernährung und Erziehung der armen Frauen, nicht auch ging sie auf die heutige Produktions-Mißwirthschaft ein, zufolge welcher die Frau des Armen als Lastthier, als Arbeitsthier fort und fort zur Verwendung kommt. Von der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, von den physischen und moralischen Nachtheilen dieser Beschäftigungen für die Betroffenen, von dem Entweichen des Glücks aus der Familie des Armen durch eben jenen Kampf um's Dasein — von alledem hat die Vortragende gleichfalls kein Wörtchen gesagt. — Was ist nun solch ein Vortrag werth? — Absolut nichts! — Dieses Anfassen der Dinge mit Glacéhandschuhen ist übrigens allen Verfechtern der „besonderen" Frauenfrage eigen, denn, wenn sie den Dingen auf den Grund gingen, müßten sie gar bald gewahr werden, daß es, richtig verstanden, eine eigentliche Frauenfrage nicht giebt und nur eine „soziale Frage", welche, weil sie die Verhältnisse Aller berücksichtigt, den Klassenvertretern freilich nicht in ihr System paßt. Das Heranziehen der Frauen zu Berufszweigen endlich, sowie zu wissenschaftlichen Fächern, mag vom Standpunkte der Psychologie aus berechtigt sein, insofern die Frauen sicherlich die gleichen Geistesanlagen haben, wie die Männer. Dagegen ist der praktische Standpunkt der, daß die Frau heute dem Hause wenigstmöglich entfremdet werden soll, da ihre Theilnahme an der Arbeitsconcurrenz die schlimmsten materiellen Nachtheile für die arbeitenden Klassen und dadurch indirekt wieder für die Frau selbst mit sich führt. Es ist bekannt, daß Frauenarbeit billiger zu haben ist, als Männerarbeit, und daß in Folge dessen durch die Frauenarbeit die Arbeitslöhne der Männer bedeutend herabgedrückt werden. — Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß wir den von Fräulein Schmidt am Schlusse ihres Vortrages citirten Satz höchstens für das „obere Zehntausend" gelten lassen können; denn für die niederen Frauenklassen müßte er heute lauten: „Erleichtert der Frau ihre Pflichten und gewährt ihr endlich die Rechte, welche ihr gebühren."

— Von der „Großmuth" der Reichen im „Geben" macht Mancher sich keinen Begriff, darum möge ein Beispiel Aufklärung verschaffen: Da ist der Geheime Commercienrath Krupp in Essen; derselbe schenkte u. A. dem nun verstorbenen armen Sultan Aziz eine Kanone im Werthe von mindestens 60,000 Mk., ferner dem armen Schah von Persien, der einen mit Diamanten verzierten Säbel im Werthe von über Millionen trug, ebenfalls eine Kanone im Werthe von über 60,000 Mark. Das Alles sagt aber noch gar nichts gegen den allerneuesten Act der Großmuth des edlen Gebers, welcher darin besteht, daß bei der vom Essener Volksküchenverein veranstalteten Einsammlung von Geldzeichnungen der Herr Geheime Commercienrath nicht weniger denn ganze tausend Mark zeichnete. Freilich sind es auch keine Sultane oder Schahs, denen mit den 1000 Mark geholfen werden soll, auch ist Herr Krupp gegenwärtig so arm, daß er „blos" noch 15,000 Arbeiter beschäftigt. Und nun wird Jedem klar sein, welchen Cours die Aktien der Humanität solcher Herren haben.

— „Das preußische Regiment vor Gericht“ — die bekannte Rede von Ludwig Pfau vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M. (Inhalt: Vorwort, Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht. Anklageschrift. Rede Ludwig Pfau's. Gerichtsverhandlung) ist im Verlags-Magazin in Zürich (Preis 40 Pfg.) erschienen und durch alle Buchhandlungen (siehe Inserat) zu beziehen.

— „Der Styl ist der Mensch“! — Welche Culturblüthen die Bekämpfung der Sozialdemokratie in der liberalen Presse treibt, davon folgendes Beispiel. Die nationalliberale „Nürnberger Presse“ bringt folgende Notiz:

„Nürnberg, 6. März. Der Reichstagscandidat Baumann, Redakteur, Schneidergesell und Gott weiß was noch alles, hat, wie man mittheilt, heute seine Reise zur Verbüßung einer fünfmonatlichen Gefängnißstrafe wegen, wir wissen nicht welcher, im „Fürther Social-Demokraten“ begangener Gemeinheiten nach Amberg angetreten. — Solche Verurtheilungen haben wenigstens das Gute, daß so ein Bengel einmal im Leben ordentlich abgelaust und mit Seife abgerieben wird.“

Baumann ist bekanntlich wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden. Jenem liberalen Herzenserguß ein weiteres Wort hinzuzufügen würde nur von abschwächender Wirkung sein.

— Einen trefflichen Ausspruch that bei der Berathung wegen der Uebernahme der halbbankrotten Braunau-Walchener Bahn durch den Staat der Abgeordnete Kronawetter im österreichischen Abgeordnetenhause. Er sagte: „Ein geehrter Vorredner hat bemerkt, er begreife nicht, warum gerade die Vertreter der Stadt Wien sich gegen solche Sanirungsvorlagen wehren. Dieselben verstünden die Solidarität der Interessen nicht. Wollen Sie die Solidarität der gesammten Bevölkerung, so müssen Sie aufhören, der armen Bevölkerung, den arbeitenden Klassen das Wort: „Hilf dir selbst!“ zuzurufen..“ — Dies mag sich auch Schulze-Delitzsch merken. Dr. Kronawetter ist schon mehrfach für das allgemeine gleiche Wahlrecht eingetreten und vertritt sozialistische Anschauungen.

— Meeting zur Communefeier. In London findet Donnerstag den 22. d. Mts., eine von Deutschen, Engländern und Franzosen gemeinsam veranstaltete Feier der Commune in Cleve-Land-Hall durch ein großes öffentliches Meeting statt.

— Der Nothstand ist auch in die Kohlendistrikte von Charleroi (Belgien) in Folge von Arbeitslosigkeit eingezogen. Es wird in den Kohlenwerken nur noch drei Tage in der Woche gearbeitet. In dem Kohlenwerken Grand Bordi ist das Hochwasser in die Gruben gedrungen und hat etwa zwölf Arbeitern den Tod gebracht. Die Mehrzahl der Schächte ist überschwemmt. — Die Bourgeoisblätter faseln von Unruhen, die in Folge der schlechten Zeiten im Anzuge wären; sie wollen mit dieser frechen Lüge jedenfalls andeuten, daß ihr Klassenstaat auf der Wacht und bereit ist, den Arbeitern die in Belgien so beliebte Staatshilfe in Form von „blauen Bohnen“ zu Theil werden zu lassen, falls sich diese gegen die „göttliche Weltordnung“ vergehen sollten. Obgleich nun auch die belgischen Arbeiter dieser „göttlichen Weltordnung“ nicht sonderlich hold sind, so wissen sie doch auch, daß andere Mittel als Revolten angewendet werden müssen, um eine wahrhaft menschliche Weltordnung an Stelle der „göttlichen“ zu setzen. Also nicht so ängstlich, Ihr Herren Ausbeuter!

— Die Verfolgungen politischer „Verbrecher“ werden in Rußland en gros und mit grausamer Härte betrieben. Die „Verbrecher“ sind meist Solche, welche verbotene Druckschriften verbreitet haben, was einem in Rußland, wo bekanntlich alles verboten ist, was nicht erlaubt ist, sehr leicht passiren kann. Wegen eines solchen „Verbrechens“ standen kürzlich in Petersburg 67 Angeklagte vor Gericht, unter denen sich 17 Frauen befanden. Damit sind aber die Reihen der für politische Verbrechen Angeklagten und Inhaftirten noch nicht gelichtet. Gerüchtweise verlautet, daß auch die im vorigen Jahre für politische Angelegenheiten eingesetzte spezielle Abtheilung des Regierungs-Senats nicht unthätig geblieben und daß dort zwei ähnliche Prozesse verhandelt worden sind, über die jedoch kein Bericht in die russische Presse gedrungen ist. Vor anderthalb Jahren, im Juli 1875, richtete derselbe Gerichtshof über die Studenten Djakow und Sirjakow, sowie sechs andere Mitschuldige, die der Verbreitung verbotener Schriften angeklagt waren, welche den Zweck hatten, „das Volk zur Empörung und zum Umsturz der gegenwärtigen staatlichen Ordnung aufzureizen“. Ein Jahr vorher, im Juli 1874, wurde ebendaselbst ein ähnlicher Fall gegen Dolguschin, Papin und noch andere neun junge Leute verhandelt. Die Anklage lautet auf verbrecherisches Abfassen, Drucken und Verbreiten regierungsfeindlicher Proklamationen.

— Eine neue That des Herrn Dr. Rüder zu Leipzig. In der Sonntagsnummer des „Leipziger Tageblatts“ befindet sich folgende amtliche „Bekanntmachung“:

„Nach einer von Herrn Ch. Hablich dem Polizeamte erstatteten Anzeige beabsichtigt derselbe, auf Montag den 19. d. M. in den Saal der Tonhalle hier eine Volksversammlung zu berufen, als deren Tagesordnung er einen von Herrn W. Liebknecht zu haltenden Vortrag über die Pariser Commune, kritisch-historische Skizze nach Lissagarey, bezeichnet. Da nach der zeitherigen Redeweise des Herrn Liebknecht in derartigen Versammlungen zu besorgen steht, daß es bei diesem Vortrage auf eine Verherrlichung der verbrecherischen Thaten der Pariser Commune abgesehen ist, so verbieten wir hiermit das Abhalten der angekündigten Versammlung unter Androhung von Haftstrafe gegen die Theilnehmer an derselben auf Grund von § 5 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1850, wonach Versammlungen, deren Zweck es ist, Gesetzesübertretungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen, verboten sind.

Leipzig, am 17. März 1877.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder.“

Wir überlassen unseren Lesern, sich selbst einen Vers auf ein solches Verfahren zu machen.

Correspondenzen.

London, 13. März. Georg Odger, der begabteste und edelste Führer der Arbeiter Englands, ward verflossenen Sonnabend zu Grabe getragen. Nicht mit königlichem Schaugepränge, sondern auf eine viel würdigere Art ward dieser Kämpfer für Recht zur letzten Ruhestätte begleitet. Mit wahrer, tiefgefühlter Trauer folgten mindestens 15 bis 20,000 Menschen dem Sarge zu dem meilenweit entfernten Friedhofe. Nicht blos alle Trades-Unions (Arbeitervereine) Englands waren repräsentirt, sondern viele in der Politik und Wissenschaft berühmte Männer waren anwesend, um dem einfachen Arbeiter den Tribut der Hochachtung zu zollen; unter Anderen die Parlamentsmitglieder Sir Charles Dilke und Professor Fawcett, der berühmte Philosoph Herbert Spencer, Professor Beesley, Frederick Harrison u. s. w. Und wohl verdiente Odger die allgemein für ihn gefühlte Sympathie, denn selbst seine schlimmsten Gegner hätten es nie gewagt, seine unbestechliche Redlichkeit in Frage zu stellen. Wohl hätte er in Reichthum schwelgen können, wenn er der Sache des Volkes untreu wurde. An Anerbietungen dazu hat es nicht gefehlt. Er aber zog es vor, arm zu bleiben und sich bis an seines Lebens Ende von seiner Hände Arbeit, als Schuhmacher, zu ernähren, und nicht an seinen Mitarbeitern zum Verräther zu werden. Ja im größten Elende hätte er sein Leben beendigt, wenn nicht die Arbeiter Englands während seiner langwierigen Krankheit brüderlich für ihn gesorgt nnd ihn der Nahrungssorgen überhoben hätten. Georg Odger war einer der, leider, wenigen englischen Arbeiterführer, deren Gesichtspunkt sich weit über den engen Zunftgeist der englischen Trades-Unions erhob. Erhöhung der Arbeitslöhne und Herabsetzung der Arbeitsstunden waren für ihn nicht die höchsten Forderungen der Arbeiter, wie es leider bei den meisten Arbeitern hier der Fall ist. Nicht blos für das materielle Wohl der englischen Arbeiter allein, sondern für das Wohl der ganzen Menschheit schlug ihm ein warmes Herz in der Brust. Deshalb ist auch sein Einfluß kein lokaler, sondern ein weit über die Grenzen Englands hinausreichender geworden. Unter anderem hier ein Beispiel. Als während des amerikanischen Bürgerkrieges die englische Aristokratie auf dem Sprunge war, dem sklavenhaltenden Süden mit Englands ganzer Macht beizustehen, und die große amerikanische Republik zu zertrümmern hoffte, da war es hauptsächlich Odger, dessen unvergleichliche Beredtsamkeit von Südengland bis Nordschottland einen solchen Umschwung der öffentlichen Meinung zu Gunsten des Nordens von Amerika hervorrief, daß die eingeschüchterte Aristokratie es bei platonischen Wünschen für den Süden bewenden lassen mußte. — Ueberhaupt seit 30 Jahren hat Odger bei allen bedeutenden politischen und sozialen Bewegungen Englands sich thätig betheiligt. Ein von ihm verfaßtes, von englischen an französische Arbeiter gesandtes Manifest gab der Internationale ihre Entstehung, deren erster Präsident er war. — Zum Schluß noch eine Bemerkung über Odger aus persönlicher Erfahrung. 1870, als Gustav Flourens hier in London war, besuchte ich mit demselben Odger in Folge einer Einladung. Es war das erste Mal, daß ich in engerem Kreise mit ihm zusammentraf. Als Flourens und ich nachher nach Hause gingen, frug ich ihn, welchen Eindruck Odger auf ihn gemacht habe. „Mon cher“, erwiderte er mir, „c'est l'homme le plus clairvoyant et le plus généreux que j'ai jamais rencontré.“ (Das ist der hellsehendste und edelste Mensch, den ich je angetroffen habe.) Wenn man bedenkt, daß Flourens selbst einer der edelsten Menschen war, die je gelebt haben, und trotz seines etwas ungestümen Charakters ein sehr scharfer Beobachter, so mag man wohl sein Urtheil für maßgebend halten.

Mit sozialdemokratischem Gruß S. Kaufmann.

Hannover. 13. März. Am 10. ds. Mts. hielt der sozialdemokratische Wahlverein zu Hannover sein Wahlsiegesfest ab, welches von den Parteigenossen recht zahlreich besucht war. Aber wozu ein Wahlsiegesfest feiern, die Sozialdemokraten in Hannover sind doch im Wahlkampf unterlegen? so könnte wohl Mancher fragen. Nun ja, wir sind unterlegen; jedoch gestützt auf den guten Fortschritt, welche unsre Prinzipien hierorts seit anderthalb Jahren gemacht haben, sind wir wohl berechtigt, von einem Sieg zu sprechen. Sodann sind die Sozialisten auch nicht so engherzig, daß sie sich nur über den Sieg im engern Kreis freuten, sondern der Sieg, welchen die Sozialisten im gesammten Deutschland errungen, ist auch unser Sieg gewesen. Um nun den Freunden und Anhängern der Sozialdemokratie Gelegenheit zu geben, das freudige Gefühl, welches in jedes Einzelnen Brust lebt, auch offiziell zu bekunden, wurde vom hiesigen Wahlverein das Siegesfest veranstaltet. Das Fest verlief bestens und wurde dasselbe noch besonders durch die Anwesenheit unseres Reichstagscandidaten, jetzigen Reichstagsabgeordneten des 4. Berliner Wahlkreises, Herrn F. W. Fritzsche gehoben, welcher die Festrede übernommen hatte. Auf den Inhalt der Rede selbst will ich diesmal, um den Raum des „Vorwärts“ nicht zu oft zu benutzen, nicht näher eingehen. Nur bemerken will ich, daß von sämmtlichen Anwesenden sehr bedauert wurde, daß Herr Fritzsche nicht bis zum Schluß des Festes bei uns bleiben, sondern uns des Nachts um 12 Uhr wieder verlassen mußte, um den Sonntag Morgen in Gießen eine Volksversammlung abzuhalten.

T. A. Schmidt.

NB. Bei Veröffentlichung der Gastwirthe, welche auf den „Vorwärts“ abonnirt haben, sind folgende Namen noch hinzuzufügen: Wedemeyer, Gastwirth, Schaufelderstr. 33; Brüdern, Gastwirth, Grün- und Semmernstraßenecke.

Kiel, 13. März. Ueber den Rückgang der Sozialdemokratie in unserer Provinz, über welchen so viel gefaselt und gejubelt wird, bringt die „Schleswig-Holstein'sche Landeszeitung“ einen Artikel, in welchem sie meint, daß es mit dem Rückgange doch nicht so arg sei. Sie nimmt an, daß sich die Zahl unserer Anhänger nicht verringert und die Anhänger der Ordnungspartei vermehrt hat. Unsere Niederlage sei damit zu erklären, „daß Manche, die früher gleichgültiger zugesehen, jetzt durch die zunehmende Agitation und Hitze des Gefechts aufgerüttelt und mit ihren antisozialistischen Stimmzetteln an die Wahlurne getrieben worden sind.“ — Getrieben, das ist das richtige Wort! Wie Willenlose hat man die Wähler in die Equipagen und Bauern-Kaleschen zur Wahlurne gefahren. Und was haben die Landbauern erreicht? „Jetzt werden die Elbherzogthümer im Parlament vertreten durch vier Professoren, zwei Doktoren, und einen „Rath“, (außerdem durch einen holst. Grafen und einen dänischen Gutsbesitzer); wird sich aber unter diesen ein rechter Lehrer und Ausübender der Wahrheit und der Treue, ein geeigneter Arzt für die Schäden und Gebrechen unserer Zustände und Einrichtungen, ein eigentlicher Anrather der Volksrechte finden und bewähren?“ — Daß jene Herren für des Volkes Wohl nicht eintreten werden, ist wohl selbstverständlich; sie werden sich auch schon bald von selbst unbrauchbar machen, so daß das Volk zur Einsicht gelangt.

Rostock. In den Zeitungen wird laut Klage geführt über die Verwüstungen, welche das von unsren Junkern und sonstigen „Herren“ gehegte Wild anrichtet. In der Rempliner Begüterung z. B., welche den Erben des Herzogs Georg von Strelitz gehört, haben die Hirsche im vorigen Jahre auf der Feldmark des angrenzenden großherzoglichen Haushaltungsgutes Niendorf den Rapsschlag mehr als zur Hälfte, ein mit Bohnen ausgezeichnet bestandenes Feld total zerstört und den Kartoffelschlag so durchwühlt, daß auf langen Strecken keine Reihen wiederzufinden waren. Selbst die Gärten werden heimgesucht und die jungen Obstbäume abgeschält oder abgenagt. Bei Schnee und Frostwetter nehmen die Hirsche häufig ihr Nachtquartier im Dorf auf den Dungstätten oder in offenstehenden Ställen und Schuppen. Derlei Fälle zur möglichsten Publizität zu bringen, ist förmlich Pflicht, da man andererseits bestrebt ist, die desfallsigen Klagen als unberechtigt hinzustellen. Und wagt es der Geschädigte gar zur Büchse zu greifen, um sich vor Schaden zu bewahren, so harrt seiner eine harte Strafe. Bei jedem rechtlich Denkenden steht übrigens schon lange die Meinung fest, daß nur durch eine gründliche Revision der Forstgesetze der Kalamität begegnet werden kann. Damit wird es freilich noch seine guten Wege haben.

Gießen, 16. März. Die am 11. d. M. Nachmittags 4 Uhr stattgehabte Volksversammlung in Lony's Bierkeller war sehr zahlreich besucht. Außer den hiesigen Genossen hatten sich auch die benachbarten Ortschaften lebhaft betheiligt. Auf der Tagesordnung stand: „Der Aufruf der nationalen und liberalen Partei und die Beschlüsse des hiesigen Kriegervereins bezüglich der Sozialdemokratie.“ Ref. Reichstagsabgeordneter des 4. Berliner Wahlkreises F. W. Fritzsche. Derselbe wies die Angriffe der feindlichen Parteien mit aller Entschiedenheit zurück und erntete bei Beleuchtung der bestehenden sozialen und wirthschaftlichen Zustände allgemeinen Beifall. Keiner der anwesenden vielen Gegner wagte dem Redner entgegenzutreten. Nach Beendigung des anderthalbstündigen Vortrages fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute in Lony's Bierkeller tagende Volksversammlung stimmt den Ausführungen des Herrn Reichstagsabgeordneten Fritzsche vollkommen bei und weist die gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands gerichteten Vorwürfe seitens des nationalen und liberalen Vereins, sowie des hiesigen Kriegervereins, mit Entschiedenheit zurück und verspricht, wie bisher für die Rechte des arbeitenden Volkes einzutreten.“ — Auf allgemeinen Wunsch vieler hiesiger und auswärtiger Besucher der letzteren Versammlung ist eine weitere Volksversammlung in Aussicht genommen, worin das Programm und die Prinzipien der Sozialdemokratie zum Vortrag kommen sollen. Auf „Widerlegung“ der von uns verbreiteten „Irrlehren“ werden wir also noch zu hoffen haben. F. G.

Gotha. Wie von der gegnerischen Presse jede Kleinigkeit benutzt wird, die Sozialisten zu denunziren, darüber giebt uns eine Correspondenz im hiesigen „Tageblatt“ Auskunft. Das Blatt schreibt: „Die „Weimarische Zeitung“ enthält einen Artikel aus Eisenach vom 11. d. Mts., in welchem es heißt: In Gotha findet den ersten und zweiten Osterfesttag in Hartmann's Restauration wieder ein sozialdemokratischer Congreß statt, jedoch nicht einberufen vom Parteivorstande, sondern vom Vorsitzenden der Gothaer „Arbeiter-Liedertafel“, Volksbuchhändler E. Sauerteig, und handelt es sich diesmal um die Gründung eines „deutschen Arbeiter-Sängerbundes“. Durch denselben soll keineswegs „die alte beliebte Gemüthsduselei der sogenannten Sangesbrüder gefördert“, als vielmehr der sozialdemokratischen Sache und den sozialen Bestrebungen ein wesentlicher Dienst geleistet werden.“ Dem Eisenacher Correspondent ist bei seiner Denunziation, die uns nicht im Mindesten berühren kann, ein Unglück passirt. Er hat nämlich offen erklärt, daß in den Gesangvereinen die „alte beliebte Gemüthsduselei“ betrieben wird. Für dieses offne Geständniß besten Dank. Daß wir „Gemüthsduselei“ im Arbeiter-Sängerbund nicht betreiben wollen, ist ganz richtig; wir wollen dem Gesange eine volksthümliche Richtung zu geben suchen. Mögen die Arbeiter-Gesangvereine möglichst stark vertreten sein.

Leipzig, 17. März. Die hiesigen Fortschrittler hatten zu gestern Abend eine Versammlung in den großen Saal der Centralhalle berufen, durch welche die Mittel und Wege aufgesucht werden sollten, wie dem gegenwärtig, wie überall, so auch in Sachsen herrschenden Nothstande begegnet werden könnte. In der Versammlung, welche nur schwach besucht war, kamen natürlich die gegensätzlichen Parteianschauungen zur ausgiebigsten Geltung. Die Fortschrittler wollten den Klingelbeutel herumgehen lassen, während von sozialistischer Seite auf die Unzulänglichkeit der Privatmildthätigkeit hingewiesen wurde. Nach einer längeren lebhaften Debatte wurde der Antrag der Fortschrittler, ein Hilfscomité zu bilden, gegen 15 Stimmen angenommen, einstimmig dagegen acceptirte die Versammlung zwei Anträge von sozialistischer Seite, welche die Staatsregierung aufforderten, schleunigst Maßnahmen zu treffen, damit den arbeits- und brotlosen Arbeitern Arbeit verschafft werde. — Im Ganzen machte das Verhalten der Fortschrittler den Eindruck, als wollten sie die Gelegenheit benutzen, um für ihre Partei Propaganda zu machen, obgleich von ihnen wiederholt versichert wurde, sie möchten die ganze Angelegenheit nur vom rein menschlichen Standpunkt behandelt wissen. Ramm dagegen betonte sehr richtig, daß die Sache hätte ganz anders angefangen werden müssen, wenn die Einberufer andere als Parteizwecke im Auge gehabt hätten; man hätte, soweit Leipzig in Betracht käme, an die richtige Schmiede gehen müssen, und das wäre bis auf Weiteres die nationalliberale Partei, welche nicht allein die Majorität hierorts bilde, sondern auch die Kapitalien besäße. Doch mag dem nun sein wie ihm wolle, jedenfalls hat die Fortschrittspartei durch die gestrige Versammlung eher Einbuße erlitten, als an Ausbreitung gewonnen, und auch der Zweck, den Nothleidenden beizuspringen, dürfte gänzlich verfehlt sein, da das Hilfscomité, in welches gewählt zu werden die Sozialisten ablehnten — die Nationalliberalen waren gar nicht erschienen —, nur aus Fortschrittlern besteht.

Wahlkreis Merseburg-Querfurth. Auf Wunsch vieler Parteigenossen hiesigen Kreises theile ich nachträglich mit, daß im hiesigen Kreise 39 Stimmen auf Hofbaurath Demmler in Schwerin gefallen sind. K.

Reichenbach. Wenn die nothleidenden Arbeiter ihren Hunger mit Steinen statt mit Brod stillen könnten, dann hätte die nachfolgende Notiz, welche gegenwärtig die Runde durch viele sächsische Amtsblätter macht, mit ihrer Behauptung vollständig recht, daß der Nothstand im Voigtlande gar nicht so arg sei. Da aber, wie männiglich bekannt, die vermögenden Nichtarbeiter nicht nur Brod, sondern noch tausenderlei anderer Nahrungsmittel bedürfen, um ihren werthen Leichnam zu erhalten, so kann man ungefähr ermessen, welche Portion Frechheit dazu gehört, eine Thatsache leugnen zu wollen, vor welcher die herrschenden Klassen jetzt dastehn wie die Ochsen am Berge. Hier die Notiz:

„Obgleich ein eigentlicher Nothstand, wie derselbe in einigen größeren Zeitungen geschildert wird, in unserem Vogtlande noch nicht herrscht, sondern für Jeden, welcher arbeiten will, immer Beschäftigung sich findet, wenn er nur damit fürlieb nehmen will, so sind dermalen doch die Verdienste derart reduzirt, daß sie mancher Familie die äußerste Einschränkung gebieten, die für die Dauer unerträglich sein wird. Sind auch in unserer Stadt die Verdienste glücklicherweise noch nicht derart, daß sie für Familienväter sich nur auf 2—3 Mark wöchentlich belaufen, so ist dies leider in unserm benachbarten Mylau constatirt, wodurch sich Familienhäupter mit 3—4 Kindern gezwungen sahen, von letzteren die größeren in Stadt und Land nach Almosen auszusenden. Sehen wir uns dort eine Arbeiterfamilie bei ihrem Mittagstisch an, da finden wir eine kleine Schüssel Kartoffeln mit nur wenig Brod, wovon die sechsgliedrige Familie sich vielleicht den ganzen Tag ernähren muß. Wochenlang ist auf den Tisch nicht ein Stückchen Fleisch oder Butter gekommen

Sehr erwünscht wäre es daher, wenn sich die Lage unserer Arbeiterfamilien im bevorstehenden Frühling bessern möchte, entweder durch Hebung der Industrie oder durch communliche und fiskalische Bauten."

Mit Euren Wünschen bleibt uns vom Halse. Handelt lieber! T.

Aufgepaßt!

Zu dem Arbeitsausschluß der Maurer und Zimmerer in Altona ist seit dem 9. März auch noch ein neuer Ausschluß — im Nachbarort Altonas, Nienstedten — hinzugetreten. Daselbst sind sämmtliche Maurer, Zimmerer und Tischler seit dieser Zeit von der Arbeit ausgeschlossen und 74 Familien brodlos geworden. Der Arbeitsausschluß der Altonaer währt bereits seit dem 1. Januar d. J. und noch immer ist kein Ende abzusehen. Wir bitten unsere Parteigenossen allerorts, alles Mögliche anzuwenden, um den Zuzug von Maurern, Zimmerern und Tischlern von beiden Orten abzuhalten und, wenn irgend möglich, überall Versammlungen der Bauhandwerker einzuberufen, um die hiesige Sachlage denselben klar zu machen. Auch ersuchen wir die Redaktionen aller Arbeiterzeitungen, doch in ihren Blättern von diesen Ausschlüssen Notiz zu nehmen und vor Zuzug zu warnen, denn die vereinigten Bau-, Maurer- und Zimmermeister bilden einen Bruchtheil der hiesigen Kapitalmacht, und als solche versuchen sie hierselbst durch sozialen Krieg die Arbeiter zu schädigen. Die Ausschlußbarone bemühen sich auf's Eifrigste, in allen Städten durch ihre Agenten Bauhandwerker zu werben, und haben in ihren Bestrebungen bis jetzt leider in Magdeburg fruchtbaren Boden gefunden. Von dort arbeiten bereits in Altona Maurer und Zimmerer. Dies wäre aber nicht möglich gewesen, wenn unsere Parteigenossen in Magdeburg nebst unserer dortigen Parteipresse ihre Schuldigkeit gethan hätten. Ebenso sieht es in Schlesien, Berlin und neuerdings in Bremen aus; auf diese Orte werfen sich namentlich die Agenten der Ausschlußmeister, um von dort — wo meistens keine Bauarbeit augenblicklich ist — Leute herzulocken. Wir appelliren also nochmals an die Kameradschaftlichkeit aller Arbeiter und Parteigenossen und ersuchen sie, zur Abhaltung des Zuzugs ihre ganze, volle Schuldigkeit zu thun.

Die Arbeiter aller Gewerkschaften Deutschlands aber fordern wir auf, uns in diesem Kampfe auch materiell zu unterstützen.

Unterstützungen für die Maurer sende man an H. Walther in Hamburg, Jakobikirchhof 29.

Für die Zimmerer und Tischler an Aug. Kapell in Hamburg, St. Pauli 2, Bernhardtsstraße 39.

Mit brüderlichem Gruß

Der Vorstand und Control-Commission des deutschen Zimmerer-Gewerks.
Der Ausschuß des deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes.

NB. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, hiervon schleunigst Notiz zu nehmen.

Pfälzisch-Badischer Arbeitertag.

Sonntag, den 25. März, in Mannheim.

Tagesordnung: 1. Rechnungslage des im vorigen Jahre gewählten Agitationscomité.

2. Antrag an den Vorstand betr. Abhaltung des diesjährigen Parteicongresses in Süddeutschland.

3. Besprechung über die eventuelle Gründung eines Parteiblattes.

4. Regelung der zukünftigen Agitation.

Eröffnung präzis 11 Uhr Vormittags im **„Grünen Haus"**.

Die Delegirten werden an den Bahnhöfen Mannheim und Ludwigshafen abgeholt, Erkennungszeichen rothe Schleifen.

Der Zutritt ist nur Parteimitgliedern gegen Vorzeigung der Karte gestattet.

Abends 8 Uhr in demselben Lokal: **Abendunterhaltung.**

Das Centralagitationscomité.

An die Maler Deutschlands!

In höchstens 10 Wochen findet der nun schon so lang geplante Congreß der Maler-, Lackirer- und Vergolder-Gehilfen Deutschlands hier in Leipzig statt und wird es nun an Euch liegen, denselben würdig zu begehen, ihn für uns zu einem erfolgnißreichen zu machen durch rege Agitation, thatkräftiges Handeln und allgemeinste Betheiligung. Kein Ort, keine einigermaßen größere Stadt darf fehlen, in welcher Collegen in Arbeit stehen, und könnt Ihr Euch nicht durch eigene Delegirte vertreten lassen, so übertragt das Mandat auf einen Anderen. Ich richte nun an Euch, Maler-, Lackirer- und Vergolder-Gehilfen Deutschlands Namens der Congreß-Commission die Bitte, mir Adressen behufs Anknüpfung einer Correspondenz um Betheiligung am Congreß zukommen zu lassen, namentlich an die Collegen in Oldenburg, Schwerin, Stuttgart, Pforzheim, Nürnberg, Cassel, Dresden, Breslau und Danzig, um uns über die hauptsächlichsten Punkte einigen zu können, da die Zeit eilt. Also auf, zum Congreß nach Leipzig!

Briefe sind zu richten an G. Cousin, Alexanderstraße 28 III., Leipzig.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck gebeten.

Oeffentliche Quittung.

(Schluß.)

Für den Wahlfonds habe ich erhalten:

5,00 Liste 4509 d. W. Potthart; 6,40 Liste 188 d. H. Heine aus Knake's Bau, Eppendorfer Chaussee; 20,90 Liste 4567 d. A. Schäfer; 21,50 Liste 4643 gesammelt auf Krempien's Zimmerplatz; 2,30 Liste 4644; 15,75 Liste 4678 d. H. Höppner; 27,20 Liste 215 d. J. C. A. Krogmann; 28,35 Liste 4681 d. Dücker v. der Steinbrügger Brüderschaft; 10,85 Liste 4606 d. H. Koch; 2,30 Liste 4569 d. Maxamen; 10,10 Liste 4589 d. W. K.; 1,50 Liste 4599 d. Maxamen; 8,10 Liste 4587 d. Hoslin; 7,90 Liste 4588 d. Dreppelins; 15,00 Liste 4570 d. N. N.; 2,10 Liste 4573 d. Börs; 7,00 Liste 4605 d. Heinemann; 37,65 Liste 4572 d. Colporteur Thies; 5,75 Liste 4458 d. Bestmann; 8,00 Liste 4473 d. A. Becker zweite Rate; 11,10 Liste 4498 d. Haß; 6,24 Liste 4676 d. Müller; 8,80 Liste 4477 d. Colporteur Schultz; 22,10 Liste 4660 d. Joh. Weißler ges. in Barmbeck; 41,65 Liste 4584 d. Usbeck von Jansen u. Schmilinski's Fabrik, Steinwärder; 6,50 Liste 4517 d. L. B. X. von anderen; 19,25 Liste 4516 d. L. B. X. v. anderen; 1,95 Liste 4668 d. C. Durow; 3,80 Liste 4520 d. W. Sachloff; 8,50 Liste 4607 d. L. Reiners; 19,10 Liste 4528 d. H. Küßel; 18,30 Liste 4527 gesammelt in Gelbgießer-Werkstellen; 19,80 Liste 4679 d. Schmädeke; 31,00 Liste 4467 d. Franz Bergmann von einigen Segelmachern Hamburgs; 9,20 Liste 4468 d. Franz Bergmann; 5,50 Liste 4533 d. C. Marschauer; 8,00 Liste 4487 von Hamburg-St.-Pauli-Korkschneidern; 35,30 Liste 4486 d. Gastwirth J. Milker von mehreren Arbeitern der Berlin-Hamburger Bahn; 24,40 Liste 4471 d. H. Breuer; 6,90 Liste 4595 d. Rudemann; 21,75 Liste 4493 d. Harms; 2,10 Liste 4534 d. C. Bleines; 8,70 Liste 4495 d. J. H. Hahn; 3,20 Liste 4215 d. C. Pinnau; 26,50 Liste 4555 von Uhlendorf's Zimmerplatz; 13,40 Liste 4582 d. Lindenau, St. Pauli; 32,10 Liste 4675 v. Warburg's Schirmfabrik; 21,70 Liste 4213 d. M. Plett v. Grün-Deichern; 6,00 Liste 4601 d. Krohn; 6,60 Liste 4591; 15,05 Liste 4502 v. P. Hillermann's Platz, Röhrendamm; 15,75 Liste 4628 d. Maurer J. Klockmann; 20,60 Liste 4524 d. Lüders; 9,30 Liste 4522 d. Kalben v. Höltigs Zimmerplatz; 8,00 Liste 334 durch C. Timmermann; 12,50 Liste 4557 d. S.; 22,10 Liste 4481 d. H. W. Timme; 15,30 Liste 4465 d. H. Kay; 11,55 Liste 4562 d. Krahnstöver; 11,60 Liste 4561 d. Krahnstöver; 26,85 Liste 4618 d. Krahnstöver; 27,70 Liste 4483 d. H. Röhrs; 20,39 Liste 4664 d. R. Zimmerman; 20,60 Liste 4546 d. C. Waterstraat; 5,00 Liste 4513 d. Liebsch; 12,85 Liste 4603 d. G. W. Huhn; 7,65 Liste 4497; 15,90 Liste 4536 d. Warnholz; 6,00 Liste 4540 d. C. Grüneberg; 4,10 Liste 4622 v. einigen Mitgliedern des Bildungsvereins; 4,00 Liste 4597 d. Asche; 4,00 Liste 4494 d. Maurer J. Koop; 10,55 Liste 4452 d. H. P. Weimann; 7,00 Liste 4532 d. J. Degen; 11,32 Liste 4550 d. C. Sodemann; 5,30 Liste 4451 d. Neumärkel 2. Rate; 11,70 Liste 4677 d. Wesselowski; 12,00 Liste 4542 d. Schweit, ges. in Streit's Bau, Ritterstr.; 7,40 Liste 4665 d. Th. Ehlers b. Arndt u. Tepper; 1,55 Liste 4665 v. Geburtstag bei Schlösser; 6,50 Liste 4583 d. H. L.; 6,60 Liste 4598 d. O. Schlüter; 6,00 Liste 4661 d. Höckethier; 3,50 Liste 4688 d. Karberg; 11,40 Liste 4560 d. Wilh. Hübner; 4,50 Liste 4510 d. L. Höppner; 24,20 Liste 4523 d. Dittmer; 15,30 Liste 4594 d. Bünger; 16,50 Liste 4556 d. F. Blinde u. E. Dreves; 4,00 Liste 4655 d. H. Böckmann; 15,50 Liste 4469 d. P. F. Neven; 4,80 Liste 4478 d. R. Heß; 2,00 Liste 4541; 3,05 Liste 4480 d. E. Harms; 5,50 Liste 4521 d. Watermeyer, 1. Rate; 14,90 Liste 4627 1. Rate; 6,80 Liste 4563 1. Rate v. Kruse's Wagenfabrik; 9,55 Liste 4496 1. Rate d. G. U.; 4,50 Liste 4564 1. Rate v. Strunk's Eisengießerei; 8,50 Liste 4551 1. Rate; 2,55 Liste 4206 2. Rate; 3,30 Liste 4206 3. Rate; 8,40 Liste 4659 1. Rate; 5,45 Liste 252 3. Rate d. Schumacher; 5,00 Liste 4619 d. Pförtner; 1,50 Liste 4559 d. Schnorr; 4,00 d. Wittmeyer; 6,00 d. W. Querner, ges. bei Muß, Oberaltenallee; 21,35 d. H. Rath, v. den vereinigten Küpergesellen; 2,40 d. Carlson, ges. bei Burmester in Eimsbüttel; 0,50 d. H. Günther; 3,80 v. H. G.; 2,00 v. Ungenannt mit dem Wunsch, daß Hartmann siege. 9,70 aus Bade's Wirthschaft, St. Annenplatz; 6,00 v. B. aus K.; 3,00 v. einem Arbeiter; 1,10 v. einem Freunde d. die Redaktion des „Volksblatt"; 3,70 v. Club F . . . . a; 3,00 v. H. Praast; 1,00 v. L. Voigt; 3,00 v. B. B.; 8,60 d. C. Jenß; 5,00 d. H. Thoms v. einer Cigarren-Fabrik; 11,30 v. Knief's Tischlerw.; 2,50 v. Solo-Club „Maltha"; 6,00 v. 2 Parteifreunden d. C. Hillmann; 1,22 v. Club „Themis" d. Koch in Hamm; 0,25 v. St. E., Kopenhagen, d. Garve; 5,85 v. Paulsen's Cigarren-Fabrik d. Pasteels; 1,00 v. der Parteifreundin Maria K.; 15.00 v. Heinr. Burmester; 1,50 v. J. L. Chappuis und Ernst Fetscherin; 3,00 v. J. L.; 3,00 v. Richter; 3,00 v. F. Hurlemann; 1,90 v. Ludwig's Tischlerw. d. Wilken; 4,00 v. Thormählen's Werkst. d. Vogel; 8,15 v. Mahnke's Tischlerw. d. Suhr; 9,50 3. Rate aus der Maschinenfabrik v. Boldt u. Vogel d. Striegau; 2,00 „Ein von Hell Bekehrter"; 9,40 aus Heymann's Möbelfabrik d. Rief; 6,00 v. Club „Grillenscheucher", St. Pauli; 2,40 v. W. Schweggendiek; 2,50 v. mehreren Malern d. E. Meyer; 4,00 d. H. B.; 11,20 v. Erber's Werkstelle; 3,00 v. Wülffcken's Schuhmacherwerkst.; 4,90 v. Denne's Tischlerwerkst.; 2,50 v. Kerl's Tischlerwerkst.; 8,00 v. B. D.'s Tischlerwerkst.; 5,55 v. H. S.; 3,00 v. Soloclub „Unterm Dach"; 1,00 v. J. K.; 4,00 v. Paul's Tischlerwerkst. d. W. Gräfe; 20,00 v. Kronenwerth's Schneiderwerkst.; 5,50 v. K. N.'s Schneiderwerkst.; 5,00 aus der Cigarrenfabrik Brook 56, IV., d. H. Tappendorf; 3,00 v. Knief u. Otto's Werkst.; 4,50 v. Stubbe's Cigarrenfabrik; 6,50 v. E. Kroll's Werkst.; 1,00 v. J. S.; 1,00 v. J. H.; 1,30 v. Sechsundsechzig-Spielern; 6,50 v. Olbert's Werkst.; 2,30 v. Korbm. in Peter's Fabrik, grüner Deich; 29,05 v. F. S. Werkst.; 5,00 v. Zimmermnnn Carl Marquardt; 1,00 v. N. H.; 2,10 v. 5 Arbeitern; 4,50 d. Schoer ges. in den Wirthschaften v. Schöning u. Hohlers; 4,70 d. Uhlhorn; 6,00 d. W. B. v. Arbeitern des H. A. T.; 12,25 aus F. Schwartz' Tischlerwerkst.; 1,00 v. J. Winkelmann; 17,20 Liste 4680 d. Winnig; 3,00 v. F. S. R.; 1,00 d. Radders; 12,40 Liste 4500 d. J. Röther; 6,80 Liste 4545 d. H. Richter; 5,00 Liste 4508 v. den Tapezierern der Kraus'schen Werkst.; 10,00 v. Silvanus; 3,00 Liste 4499 d. Rosenbrook; 6,30 Liste 4526 d. Zwanziger; 2,30 Liste 4552 d. C. Fischer; 3,00 Liste 4563, 2. Rate, aus Kruse's Wagenfabrik; 5,55 Liste 4596 d. Meschner; 27,31 Liste 4663 d. Colporteur Zimmermann; 12,20 Liste 4698 d. A. Schäfer; 1,00 v. Kinde; 0,80 d. Kartenspiel; 3,00 Liste 4580 d. Röhl; 18,90 Liste 4600 d. H. Wichmann v. Mund's Bau; 0,50 Liste 4453; 14,20 Liste 4191 d. Fölsch; 7,20 Liste 4702 d. Eicke; 2,00 Liste 4701 d. Vogel; 2,45 Liste 4206 4. Rate, Werkstelle von Pusch u. Sohn; 6,80 Liste 4651 d. A. Eilzenhöfer; 24,90 Liste 4649 d. W. Berg; 1,00 Liste 4647; 18,75 Liste 4648 d. H. Möller; 6,10 Liste 4657 d. J. Temmel, Restauration, 2. Marktstr. unter 23; 4,50 Liste 4658 d. H. W. Haberland aus Hinsch's Werkst.; 4,00 Liste 4687; 2,00 v. R.; 0,50 v. Gelitz; 8,00 Liste 4187; 4,00 Liste 4656 d. Schuster; 2,15 Liste 79 d. Dehne; 2,25 Liste 4515 d. L. W. X. v. Sontag; 1,00 Liste 4551 2. Rate; 2,00 Liste 4590 d. Winter; 5,00 Liste 4586 d. Kohn; 3,30 v. H. Weber d. die Expedition des „Volksblatts"; 6,45 Liste 4604 d. Sengelmann; 2,50 Liste 4208 2. Rate d. Michael; 3,50 Liste 4621 2. Rate; 2,50 Liste 4624; 1,60 Liste 4700 d. H. Römer; 30,90 Liste 4501 d. A. Feddersen; 1,00 Liste 4549 d. Kruse; 9,60 Liste 4617 d. Meinhardt; 1,60 v. Nagelschmieden auf Burgfelde d. Gembris.

Für den Unterstützungsfonds habe ich erhalten:

8,20 d. Reimers in Winneberg; 1,70 d. Paselt, Wüstegiersdorf; 9,25 d. Behn v. Arbeiterball, Kellinghusen; 10,00 d. Boße, Lübeck; 16,26 v. F. Wiede, Neapel; 1,00 v. J. Jobst, Fulda; 0,50 d. Carl Krämer, Coburg.

Hamburg, 13. März 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Nachträgliche Berichtigung eines Druckfehlers.

In Nr. 20 des „Vorwärts" befand sich ein Gedicht von Herwegh: Achtzehnter März. In der letzten Strophe muß es anstatt: „Reich der Reiche" heißen: „Reich der Reichen"!

Für ein **strebsames, intelligentes Mädchen,** welches in der Schweiz als Lehrerin ausgebildet wird, werden leihweise gegen übliche Zinsen 1000 Mark gesucht. Auf Verlangen wird von dem Bruder des Mädchens Bürgschaft geleistet. Reverenzen durch W. Liebknecht, Braustraße 11. Gefl. Offerten nimmt die Expedition des „Vorwärts" entgegen.

Briefkasten

der Expedition. Fr. Stölle in Schw.-Hall: Vorwärts kostet ab hier Mk. 1,25 per Exemplar und Quartal vorausbezahlt. Porto zu Ihren Lasten. Auf 20 Exempl. 1 Freiexempl.

Quittung. Rdlph Zwenkau Ann. 0,50. Mrz Saarbrücken Ann. 1,20. Srg Hoboken Ab. 0,30. Trgr Dresden Ann. 1,60. Schr. 5,86. Hß Sonneberg Ab. 9,58. Exped. d. Hamb. Altonaer Volksblatts Hamburg Ab. 300,00. Hrm Elberfeld Ab. 6,60. Bckr Linden Schr. 4,00. Bbdr hier Ann. 4,50. A. Hbr Konstantinopel Ab. 2,50. Kndrth Regen Ab. 6,50, Schr. 10,00. F. Lnd d. Geib Hamburg Ab. 50,00. Klws Hamburg Ann. 10,00. Zkmtl Schr. 0,30. Brnhrdt Edlmnn Planitz Schr. 4,00. Frgrs Coesfeld Schr. 4,00 Mch Friedberg Schr. 0,30. Mttg Altona Ab. 20,00. Knzlmnn Reutlingen Schr. 1,75. Dhlr Frohburg Schr. 3.00. Klr Metz Schr. 2,60. Hckl Berlichingen Schr. 0,95.

Zur Beachtung!

Abonnements auf den „Vorwärts" und die „Neue Welt", Bestellungen auf Schriften, sowie alle Geldsendungen und Annoncen sind **nur** an die Expedition, hingegen Berichte und Correspondenzen **nur** an die Redaktion des betreffenden Blattes zu adressiren.

Leipzig, im März.

Die Redaktion u. Expedition.

Hamburg. Allgemeiner Deutscher Töpfer-Verein. **Donnerstag,** den **22. März,** Abends 8½ Uhr, bei Hrn. **Hübner,** gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Diskussion über unsere Arbeitsverhältnisse. 2. Verschiedenes. [0,70

Für weiteste Verbreitung ist zu sorgen. **G. Klaws.** (F. 143)

Leipzig. Donnerstag, den 22. März, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag über das Hilfskassengesetz. Referent: H. Schiffel. Der Agent. [60

Reudnitz. Mittwoch, den **21. März,** Abends 8½ Uhr, in der **„Weißen Taube"** (Feldstraße): (F. 261)

Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Das Freizügigkeitsgesetz. Ref. Hr. Lienig. [0,50

Stötteritz. Mittwoch, den **21. März,** Abends ½9 Uhr, im Gasthof **„Zum Löwen":** (F. 281)

Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Der Zweck der Presse und ihre Bedeutung für das arbeitende Volk. 2. Wie ist der gegenwärtig herrschende Nothstand zu beseitigen? [0,80

Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Einberufer.**

Ich suche zum 1. April oder später einen selbstständig arbeitenden **Buchbinder-Gehilfen,** welchen ich gegen Cautions-Stellung die ganze **Buchbinderei** übertragen kann. Auch bin ich nicht abgeneigt, dieselbe später ganz abzutreten. Anträge erbitte recht bald.

Culm a. W., Westpreußen.

A. W. Sachtleben's Buchhandlung.
2,10] (Anton Metz.)

Gleich nach den **Wahlen zum Reichstage** von der Königl. Eisenbahn-Direktion hier **entlassen,** habe ich — dem Wunsche meiner Freunde und Gesinnungsgenossen nachgebend — ein **Spezerei-Geschäft** am hiesigen Platze eröffnet.

Durch besonders günstige und direkte Bezugsquellen in die Lage versetzt, **zu äußerst billigen Preisen vorzügliche Waare** liefern zu können, hoffe ich daher auf recht lebhaften Zuspruch, und halte mich sämmlichen Freunden und Gesinnungsgenossen bestens empfohlen.

St. Johann, im März 1877. [3,00

Jacob Kable, Kronenstraße 487.

Abonnements-Bestellungen auf den **„Vorwärts", „Die Neue Welt", „Berliner Freie Presse"** sowie auf sämmtliche sozialistische Parteiblätter (2. Quart.) nimmt für **St. Johann-Saarbrücken** und **Umgegend** entgegen **Jacob Kable,** Kronenstraße 487. [0,40

Im **Verlags-Magazin** in **Zürich** ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

„Das preußische Regiment" vor Gericht.

Rede, gehalten von **Ludwig Pfau** zu seiner Vertheidigung vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M.

Preis 40 Pfg.

Inhalt: Vorwort. — Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht. — Anklageschrift. — Gerichtsverhandlung. — Rede Ludwig Pfau's. — Urtheil.

Abonnements-Einladung

pro 2. Quartal 1877.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20. In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage über 33,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Bei Postabonnements wolle man sich auf die Zeitungspreisliste 1875, Seite 64, Nr. 2577 berufen. — Heftlieferungen können bei der Post nicht bezogen werden. — Für Kreuzbandsendungen innerhalb des deutsch-österreichischen Postgebietes berechnen wir incl. Porto per Quartal 1 M. 60 Pf. Für Hefte oder Einzelnummern bitten wir bei Bestellung den Betrag in Briefmarken beizulegen.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam, daß zur Einführung der **„Neuen Welt"**

„Illustrirte Prospekte"

gratis versandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.

Die **Verbreitung der Prospekte** in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen **als bestes Agitationsmittel** dringend an's Herz gelegt.

Bei Bestellung ist die Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. **Plakate** zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und **Sammellisten** stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Die Parteipresse wird um Gratis-Abdruck dieser Annonce ersucht.

Bis spätestens Ende März a. c. müssen alle Rückstände auf

Schriften, Neue Welt- u. Vorwärts-Abonnements

regulirt sein, dafern nicht Einstellung weiterer Lieferungen erfolgen soll. Inventur und Bücherabschluß, sowie die Nothwendigkeit eigene Verpflichtungen rechtzeitig zu erfüllen, machen dieses Verfahren nothwendig. Seperatmahnungen werden wir also nicht mehr erfolgen lassen.

Die Expedition des Vorwärts u. Genossenschaftsbuchdruckerei.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lauffermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Baubig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 35. Freitag, 23. März. 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;
Convertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Taubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** ꝛc. bei Teubert, Bornaischestr. 19; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost das.; für **Thonberg** bei Besch, Hospitalstr. 39/II. dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; [illegible] ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. Grude, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Briefgeheimniß und Obertribunal.

Wir erhalten folgende interessante Zuschrift:

„Mit Bezug auf Ihre Bemerkung, betreffend das Erkenntniß des Obertribunals vom 15. Februar d. J., erlaube ich mir Ihnen mitzutheilen, daß Ihre Auffassung von der „öffentlichen Beleidigung" nach den zur Zeit bestehenden gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften nicht vollständig die angeregte Frage erledigen dürfte.

Die vom Reichskanzler auf Grund des § 50 des Reichsgesetzes vom 28. Oktober 1871 erlassene Postordnung enthält in ihren Ausführungsbestimmungen folgenden Satz:

„Postkarten mit Mittheilungen solchen Inhalts, welchem die Absicht der Beleidigung oder einer sonst strafbaren Handlung zu Grunde liegt, sind, insofern die Postbeamten dergleichen wahrnehmen, von der Postbeförderung auszuschließen, oder wenn die Karten bereits abgesandt sein sollten, dem Empfänger nicht zuzustellen, sondern als unbestellbar zu behandeln."

Hieraus folgt, daß die Postbeamten berechtigt sind, die Postkarten zu lesen. So wenig nun auch im Ganzen genommen die Beamten Zeit haben, sich um den Inhalt der Postkarten zu kümmern (in Wirklichkeit werden wohl blos die unbestellbaren Postkarten zur Ermittelung des Absenders besichtigt), so bleibt es doch widersinnig, wenn man den juristisch ungebildeten Beamten ein Urtheil darüber zumuthet, ob

„dem Inhalte einer Postkarte die Absicht einer strafbaren Handlung zu Grunde liege."

Gerade in den Händen dieser in politischer Unreife aufgewachsenen Beamtenklasse können solch dehnbare Bestimmungen leicht Unannehmlichkeiten sowohl für das schreibende Publikum, als auch in zweiter Linie für die Postverwaltung zur Folge haben.

Dagegen ist der zweite Theil Ihrer Bemerkung, daß nämlich ein Postbeamter über den Inhalt der durch seine Hände gegangenen Postkarten nichts aussagen dürfe, vollkommen zutreffend. — Wenn also (vorschriftsmäßig) eine Postkarte wegen des vorbezeichneten Inhalts als unbestellbar behandelt wird, so gelangt sie an den Aufgabeort zurück und wird in jedem Falle an den Absender zurückgegeben. Ist dieser nicht zu ermitteln, so wird die Karte unter Briefumschlag mit Begleitschreiben an die Ober-Postdirektion des Bezirks eingesandt und dort, wenn nach einer bestimmten Frist der Absender nicht zu ermitteln gewesen ist, von dem hiermit beauftragten „Ausschusse" verbrannt. Kein Beamter aber ist befugt, über den Inhalt der Karte (sei es auch zur Ermittlung des Absenders) etwas mitzutheilen.

Dagegen darf in den älteren preußischen Landestheilen dem Staatsanwalt über den Schriftwechsel einer Person in denjenigen Fällen jede Auskunft ertheilt werden, in welchen der Staatsanwalt den amtlichen Nachweis darüber beibringt, daß gegen diese Person eine strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet ist. So lange dieser Nachweis nicht geführt ist, darf kein Staatsanwalt, überhaupt Niemand von dem Inhalte einer an eine bestimmte Person gerichteten Postkarte in Kenntniß gesetzt werden. Wenn demnach von einem Staatsanwalte auf Grund einer Postkarte das Strafverfahren eingeleitet wird, so ist dies nur dadurch möglich, daß ein Postbeamter einen gesetzwidrigen Verrath begangen hat. In diesem Falle kann meines Wissens weiter nichts geschehen, als daß man bei der Oberpostdirektion die Bestrafung des Beamten im Verwaltungswege beantragt. Nach § 5 des Reichsgesetzes vom 28. Oktober 1871 ist Aussicht, daß die bestehenden mangelhaften und widersprechenden Bestimmungen über das Briefgeheimniß, welche sich durchweg nach den Landesgesetzen der einzelnen Bundesstaaten richten, von Reichswegen durch andre bessere ersetzt werden. Dieser § 5 lautet:

„Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Concurs- und civilprozessualischen Fällen nothwendigen Ausnahmen sind durch ein Reichsgesetz festzustellen. Bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes werden jene Ausnahmen durch die Landesgesetze bestimmt."

Ich bemerke noch, daß eine ausdrückliche Befugniß zum Lesen der Postkarten in der Postdienstanweisung nirgend ausgesprochen ist, daß jedoch noch andre Stellen sich finden, aus denen diese Befugniß geschlossen werden muß."

Aus Serbien.

Belgrad, im Februar alten Stils.*)

Ueber den Verlauf der großen Skupschtina**) kann ich Ihnen heute vorläufig Folgendes mittheilen. Der Gegenstand derselben war einzig und allein die Durchlesung der Friedensbedingungen, wie sie von Seiten der türkischen und serbischen Regierung vereinbart wurden, und die auf diese sich beziehende Frage des Fürsten an die Skupschtina: ob sie den Krieg oder den Frieden wolle? Die Antwort lautete: Frieden! Der Fürst ließ sich zum Schlusse noch also vernehmen: Ich habe den Frieden geschlossen. Ihr (die Deputirten) könnt jetzt gehen und Glück auf die Reise! Die Mehrzahl der Abgeordneten forderte einen Rechenschaftsbericht über den geführten Krieg, es wurde ihnen aber bedeutet, daß die Skupschtina schon geschlossen sei und sie hier weiter nichts zu schaffen haben.

Der Friede ist verkündet worden, aber er kehrt lange nicht in unser Land ein. Das Volk will wissen, warum man ihn in einen erfolglosen, verderbenbringenden Krieg hineingedrängt hat, wo die Staatsgelder hingekommen und wie man mit denselben manipulirt hat, wie soll es (das Volk) sich jetzt von dem materiellen Verluste erholen? u. s. w. Daß eine solche Meinung im Volke vorherrscht und immer drohendere Gestalt annimmt, ist der Regierung sehr wohl bekannt; daher läßt sie den Ausnahmezustand im Lande fortbestehen und bedient sich der Skupschtina, wie eines Prügeljungen: so heute um Frieden zu schließen, wie gestern den Krieg zu eröffnen. Die Skupschtina ist einfach das Spielzeug des Fürsten und der Regierung — sie hat deswegen auch ihr Vertrauen beim Volke eingebüßt. Und doch wird eher kein ordentlicher Zustand geschaffen werden, bis eine Skupschtina, vom Volke freigewählt, vollständiges Licht über das Verwaltungsgebahren während des Krieges verbreitet und zur Heilung des jämmerlichen Zustandes nöthige Maßregeln vorgeschlagen haben wird.

In einer Correspondenz des „Volksstaat" wurde s. Z. geschrieben, daß der serbische Befreiungskrieg von den nationalliberalen Ministercandidaten nur darum so feurig gewünscht wird, damit sie bei dieser Gelegenheit gute Geschäfte machen können. Das ist in Erfüllung gegangen: der Krieg ist beendet (?) worden, die Anleihen, Lieferungen, Einnahmen und Ausgaben zum Kriegszwecke sind auch zu Ende, und die volksbefreierische liberale Regierung ist regierungsmüde und sehnt sich nach einem Ablöser. Warum auch nicht? Man hat seine Schäfchen in's Trockne gebracht und die Verwaltung der leeren Kassen und die Verantwortung möge auf sich nehmen, wen's freut. Leider meldet sich Niemand für diese jetzt nicht mehr so einträgliche Stellung. In dieser Bedrängniß sieht sich das arme (!) liberale Ministerium bemüßigt, sich seine Lage, so gut es geht, zu erleichtern. Und wirklich, es ist nicht unglücklich in der Erfindung solcher Mittel. Es hat zur Verantwortung dem Fürsten das Volk und dem Volke gegenüber den Fürsten, „nach dessen Wunsch der Krieg geführt worden." Weiter wird der Ausnahmezustand insoweit aufgehoben, als er in dem direkten Kriegführen gegen die Türkei bestand — die Ausnahmegesetze gegen die Bevölkerung des Landes selbst bleiben aufrecht erhalten. Außer den offiziellen und offiziösen Ukas' und Meinungen darf Nichts weiter in die Welt dringen.

Ja, die Sozialisten sind damals Landesverräther genannt worden, als sie öffentlich und in der Skupschtina den Standpunkt vertraten, daß man wohl den leidenden und bedrängten Brüdern mit der angerufenen Hilfe entgegenzukommen verpflichtet ist, daß aber eine Aktion nur dann ersprießlich sein wird, wenn dieselbe von den Vertrauensmännern des Volkes und unter seiner steten Aufsicht geführt wird. Dem aber sollte die detailirte Bestimmung über das Ziel und seine Realisirung vorhergehen. Solchermaßen waren die Rathschläge der Communisten vor dem Kriege, wegen welcher ihnen seitens der liberalen Presse dies- und jenseits (in Serbien und Ungarn) die Namen Volks- und Landesverräther zu Theil wurden. Nun, wie es allerwärts bekannt, die Bewegung ging nicht in der von den „fürchterlichen" Communisten vorgeschlagenen Richtung und — wir sehen heute das regierungsmüde liberale Ministerium mit vollgestopften Säcken einerseits, und das kriegsmüde, dezimirte und verarmte Volk anderseits, welches nun Dezennien darben und sich plagen muß, bis es wieder in jene vor dem Kriege bestandene leibliche Lage kommt. Die „verrätherischen" Sozialisten haben ihre Bürgerspflicht, ja noch mehr gethan, indem sie auch eine bedeutende Freiwilligenzahl in diesem nicht in ihrem Sinne geführten Kriege besaßen, und so mehr gethan, als die Liberalen, welche schon über zehn Jahre die „serbische Befreiung und Einigung" im Munde führen. Obwohl an diesen Leuten auch dieser geschichtliche Akt vorbeigehen wird, ohne sie zu belehren, daß die ehrlichsten Menschen allein, wenn sie auch des Willens sind, nicht vermögen, die wichtigen gesellschaftlichen Fragen im Sinne des Volkswohles zu lösen; daß zu einer solchen Lösung vielmehr nur eine Partei fähig ist, deren Prinzipien den realen Verhältnissen entsprungen, deren Ziele rein und bestimmt vorgezeichnet sind und welche bei der Verwirklichung ihrer Ziele vereint und unter der gegenseitigen und allgemeinen Controle vorgeht.

*) Der Februar des griechischen Kalenders dauert ungefähr von Mitte Februar bis Mitte März unseres, des gregorianischen Kalenders.

**) Gesetzgebender Körper in Serbien.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Maßregel des Zeugnißzwanges gegen Dr. Kantecki hat nun auch von einem Fachmann, dem Staatsanwalt und Professor Fuchs in Breslau, eine Beurtheilung erfahren, die unwiderleglich darthut, daß bei dem jetzigen Stande der Angelegenheit das gesetzliche Material verbraucht und Dr. Kantecki demzufolge von Rechtswegen aus der Haft zu entlassen sei. Der Herr Staatsanwalt äußert sich folgendermaßen:

„Der Dr. Kantecki, bekanntlich Redakteur einer in polnischer Sprache erscheinenden Zeitschrift, befindet sich bereits seit dem November 1876 in gerichtlicher Haft, weil er sich weigert, denjenigen zu nennen, der ihm eine Verfügung der Oberpostdirektion in Bromberg, betreffend die Beschlagnahme von Briefen, mitgetheilt hat. Dr. Kantecki hat nicht abgelehnt, überhaupt als Zeuge in dieser Angelegenheit sich vernehmen zu lassen, er hat vielmehr, und zwar eidlich erklärt, daß diejenige Person, von der er jene Mittheilung erhalten habe, kein Postbeamter sei, daß er aber den Namen selbst nicht nennen wolle. Mit dieser Erklärung hat sich die Oberpostdirektion nicht zufriedengestellt, sondern das Kreisgericht in Posen ersucht, die gesetzlichen Zwangsmaßregeln gegen den Zeugen in Anwendung zu bringen. Es ist nun wahr, daß die Gerichte im Allgemeinen verpflichtet sind, auch den Requisitionen der Verwaltungsbehörden Folge zu leisten, soweit diese Requisitionen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen halten, und es ist ferner wahr, daß die Verwaltungsbehörden das Recht der Disciplin über ihre untergebenen Beamten haben und zum Zwecke der Feststellung disciplinarisch zu ahndender Vergehen auch Zeugen vernehmen lassen können unter denselben Voraussetzungen und mit denselben gesetzlichen Zwangsmitteln, wie sie für Justizsachen bestehen. Bei solcher Lage der Gesetzgebung war der requirirte Richter allerdings nicht im Stande, seinerseits dem Antrage der Oberpostbehörde entgegenzutreten. Allein es scheint uns der Umstand zu wenig beachtet worden zu sein, daß Dr. Kantecki bereits eidlich erklärt hat, er habe die in Rede stehende Mittheilung von einem Postbeamten nicht erhalten. Mit dieser eidlichen Erklärung, die so lange als richtig zu erachten ist, bis das Gegentheil erwiesen wird, scheint uns die Competenz der Oberpostdirektion, von dem Dr. Kantecki den Namen der betreffenden Person zu erfahren, mindestens sehr fraglich zu sein. Sie kann den genannten Zeugen so lange mit Zwangsmaßregeln verfolgen lassen, als sie durch ihn den Namen desjenigen zu erfahren hoffen darf, gegen den die objectiv unzweifelhaft begründete Disciplinaruntersuchung seitens der Postbehörde sich richten kann. Aber wenn die gedachte Behörde nicht Beweise beibringt, nach welchen die Angabe des Dr. Kantecki: die Person des Mittheilenden sei kein Postbeamter, als Unwahrheit erscheint, oder als solche wenigstens wahrscheinlich gemacht wird, dürfte gerade ihr Recht auf Namhaftmachung doch wohl bedenklich sein. Denn wenn nun in der That der Dr. Kantecki die betreffende Mittheilung nicht von einem Postbeamten, sondern z. B. von einem Justizbeamten erhalten hat — wo bleibt dann noch die Competenz der Oberpostdirektion zu dem Verlangen auf Benennung dieses Beamten? Dazu kommt, daß nach der abgegebenen eidlichen Erklärung des Dr. Kantecki — die der Generalpostmeister wunderlicher Weise als eine „rein negative" nicht für genügend erachten zu können meinte — er durch fortgesetzten Zwang, den Namen zu nennen gar noch in die Lage gebracht werden kann, einen Meineid zu bekennen. Die Sache liegt einfach so: entweder die eidliche Versicherung des Dr. Kantecki ist wahr, dann hat die Oberpostdirektor keine Legitimation mehr, den Namen des Mittheilenden im Wege des Zeugnißzwanges zu erfahren, oder jene Versicherung ist unwahr, und dann könnte das weitere Verfahren gegen den Dr. Kantecki im Grunde nur die Bedeutung haben, daß derselbe gezwungen werden soll, gegen sich selbst ein Verbrechen, nämlich einen Meineid zu bekennen. Ein solcher Zwang ist aber gesetzlich durchaus unzulässig. Abgesehen von diesen rechtlichen Erwägungen jedoch, sollte vom rechtspolitischen Standpunkte aus stets daran festgehalten werden, daß bei den Anwendung der gesetzlichen Rechtsmittel der angestrebte Endzweck mit dem Aufwande dieser Mittel in einem entsprechenden Verhältnisse stehen muß."

— Der Militarismus auf dem Rückgang. Ein Berliner Correspondent berichtet der „Schlesischen Volkszeitung": „Besorgnißerregend sind die überaus zahlreichen Lücken in den Lieutenantsstellen; 1876 waren 766 Stellen in Preußen unbe-

setzt, in Würtemberg ca. 59; zu den preußischen traten nun noch die 105 durch das Avancement fehlenden Lieutenants hinzu, also im Ganzen 871, für welche Zahl lange keine Aussicht auf Ersatz ist. Vielleicht zwingt die Noth zu dem Schritte, Unteroffiziere zu Lieutenantsstellen avanciren zu lassen; freilich laborirt der Unteroffiziersstand ebenfalls erheblich an Lücken, die auch die probeweise in Aussicht genommene Unteroffiziers-Vorschule nicht füllen wird. Noch drückender ist der Mangel an Aerzten; augenblicklich sind 283 Assistentenstellen unbesetzt; in Kürze stehen nur höchstens drei Fünftel der nothwendigen Zahl von Aerzten zur Verfügung. Hier thut vor Allem eine bessere pekuniäre und amtliche Stellung Noth."

Die bessere pekuniäre und amtliche Stellung, namentlich der Unteroffiziere, thut allerdings schon lange Noth, ob mit ihr aber etwas erreicht werden wird, ist freilich eine andere Frage. Uns scheint, als ob der Militärismus in seiner Entwicklung bereits auf dem Punkt angelangt wäre, auf den er anlangen muß, nämlich auf den Punkte des Stillstandes. Stillstand aber ist bekanntlich Rückgang. Freuen wir uns dieses Rückgangs!

— Zur Feier des 18. März, der wie ein Alp auf dem Gewissen der Machthaber lastet, hatten die Berliner Sozialisten eine Anzahl Volksversammlungen einberufen. Das Polizeipräsidium hatte gegen die Versammlungen nichts einzuwenden, verfügte aber, wie Berliner Blätter melden, daß die gesammten Polizeimannschaften für den 18. März dienstlich auf dem Platze sein sollten. Nun, die Polizei war auf dem Platze, sie gelangte aber — ob zum Leidweisen oder zur Freude ihres Chefs, wer kann das wissen — nicht zur Verwendung. Dafür hatten die Umstürzler, die bösen Sozialdemokraten gesorgt.

— Einige sehr beachtenswerthe Aufschlüsse giebt die vor längerer Zeit von Reichswegen angeordnete und nun endlich in ihren Ergebnissen vorliegende Untersuchung über den Umfang der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken. Die Untersuchung hat sich außer auf die eigentliche Fabrikarbeit und die Arbeit in Berg- und Hüttenwerken auch auf die Arbeit in solchen Werkstätten erstreckt, welche während der eigentlichen Betriebszeit und bei dem in dieser Zeit gewöhnlichen Umfange des Geschäfts mindestens 10 Personen (Arbeiter und Arbeiterinnen) beschäftigen; dagegen nicht auf die Arbeit in der Hausindustrie und im eigentlichen Handwerk. Die allgemeinen Ergebnisse sind folgende gewesen:

„In denjenigen Industriezweigen, auf welche die Erhebungen sich zu erstrecken hatten, sind nahezu 226,000 Arbeiterinnen im Alter von über 16 Jahren beschäftigt. Von diesen stehen etwa 24 Proz. im Alter von 16—18 Jahren, 42 Proz. im Alter von 18—25 Jahren, etwa 34 Proz. sind über 25 Jahre alt. Das Verhältniß der ledigen Arbeiterinnen zu den verheiratheten stellt sich so dar, daß von der Gesammtzahl der 16- bis 18jährigen etwa 0,5 Proz., von den 25jährigen 11,5 Proz. und von den übrigen Arbeiterinnen 55 Proz. verheirathet sind. Von der Gesammtzahl der Arbeiterinnen entfallen ferner auf Preußen 53 Proz., auf Sachsen 18, auf Baden und Hessen zusammen 9, auf Bayern 8, auf Württemberg und auf die mitteldeutsche Staatengruppe je 5, auf die norddeutsche Staatengruppe etwa 2 Proz. Werden die Ergebnisse der Volkszählung im Deutschen Reiche vom 1. Dezember 1871 einer Vergleichung zu Grunde gelegt, so gehört von der Gesammtzahl der weiblichen Bevölkerung in Preußen (rund 12,500,000 Köpfe) nicht ganz 1 Proz. dem Stande der Fabrikarbeiterinnen an, in Bayern (mit 2,500,000 Frauen und Mädchen) beträgt die gleiche Verhältnißzahl 0,75, in Sachsen (1,300,000) über 3, und in Württemberg (950,000) über 1 Proz. Vergleicht man die Zahl der in diesen vier Staaten beschäftigten Arbeiterinnen mit der Gesammtzahl der weiblichen Bevölkerung nach den zwei Altersklassen von 16—18 und von 18—25 Jahren, so stellt sich heraus, daß in Preußen bei einer Gesammtzahl der 16- bis 18jährigen weiblichen Personen von rund 690,000 über 4 Proz. zu den Fabrikarbeiterinnen gehören, in Bayern bei einer Gesammtzahl von 125,000: 2,5 Proz., in Sachsen bei einer Gesammtzahl von 75,000: 14, und in Würtemberg bei einer Gesammtzahl von 44,500 über 5 Proz. In der andern Altersklasse sind in Preußen von den 1,529,000 Frauen im Alter von 18—25 Jahren 3,5 Proz. in Fabriken beschäftigt, in Bayern von 290,500 Frauen über 2, in Sachsen von 166,500 etwa 11, in Würtemberg von 111,000 über 3,5 Proz. Von den sämmtlichen weiblichen Arbeitern ist mehr als die Hälfte, nämlich 128,500, in der Textilindustrie beschäftigt, und zwar über 63,000 in Preußen, etwa 12,000 in Bayern, über 30,000 in Sachsen, nicht ganz 8000 in Würtemberg, etwa ebenso viel in Baden, 700 in Hessen, 4500 in der mitteldeutschen und 1600 in der norddeutschen Staatengruppe. Die Cigarrenindustrie beschäftigt insgesammt 34,000 Arbeiterinnen. Den 226,000 weiblichen Arbeitern stehen 566,500 männliche Arbeiter gegenüber, so daß der ganze in Rede stehende Theil der Fabrikbevölkerung sich zu 72 Proz. aus Männern und zu 28 Proz. aus Frauen zusammensetzt. Die tägliche Arbeitszeit der Arbeiterinnen ist sehr verschieden. Durchschnittlich beträgt die wirkliche Arbeitsdauer 10 bis 11 Stunden; doch scheint besonders in der Textilindustrie eine Verlängerung bis zu 13 Stunden nicht selten zu sein. Der Wochenlohn schwankt durchschnittlich zwischen 5 und 8 M., geht aber je nach den Verhältnissen, sowie nach dem Grade der Geschicklichkeit bis zu 2 M. herunter und bis zu 19 M. hinauf; in den Watten- und Kunstwollfabriken Berlins sollen die Arbeiterinnen im Akkord wöchentlich selbst bis zu 24 M. verdienen.

Die Erhebungen über die Verhältnisse der jugendlichen Fabrikarbeiter haben ergeben, daß in den in Frage kommenden Industriezweigen nahezu 88,000 solcher jugendlichen Arbeiter beschäftigt sind. Hiervon fallen auf Preußen 47,500, also mehr als die Hälfte der Gesammtzahl, und etwa 1,8 Proz. der durch die Volkszählung vom Jahre 1871 in diesem Staate ermittelten 2,500,000 Personen im Alter von 12 bis 16 Jahren, auf Bayern 5600 oder 1,3 Proz. der Gesammtzahl von 437,000, auf Sachsen 17,000 oder 6,5 Proz. von insgesammt 257,000, auf Würtemberg 3000 oder 1,8 Proz. von 164,500 Personen des entsprechenden Alters. Von den jugendlichen Arbeitern gehören 24 Proz. der ersten Altersklasse — 12 bis 14 Jahre —, 76 der zweiten — 14 bis 16 Jahre — an, 60 Proz. sind Knaben und 40 Proz. Mädchen. In der Textilindustrie sind 34,000, also nahezu 40 Proz. der gesammten jugendlichen Fabrikarbeiter beschäftigt, und zwar in Preußen 14,500 (in den Bezirken Düsseldorf 3900, Aachen 1900, Breslau 1050, Frankfurt, Liegnitz und Köln je 900), in Bayern 3100, in Sachsen 10,500 (davon allein im Bezirke Zwickau nahezu 8000), in Würtemberg 1850, in Baden 2300, in den übrigen Staaten zusammen 1750. In den Berg- und Hüttenwerken sind 14,800 beschäftigt, in den Tabak- und Cigarrenfabriken ungefähr die gleiche Anzahl. Von den in den Berg- und Hüttenwerken beschäftigten hat Preußen allein 80 Proz., Sachsen 9 Proz. aufzuweisen, auf die übrigen Staaten fallen zusammen nur 11 Proz. Anders gestaltet sich das Verhältniß betreffs der in Tabak- und Cigarrenfabriken verwendeten jugendlichen Arbeiter: von diesen fallen auf Preußen 43 Proz., auf Baden 24, auf Sachsen 15, auf Hessen 6, auf alle übrigen Staaten zusammen nur 12 Proz. Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter (566500 Männer, 226000 Frauen, 88,000 jugendliche Arbeiter) beträgt 880,500. Die jugendlichen Arbeiter bilden davon den zehnten Theil. Der Wochenlohn der Arbeiter im Alter von 12 bis 14 Jahren schwankt in sehr weiten Grenzen zwischen 1 und 9 M., der der zweiten Altersklasse in nicht weniger bedeutenden Abständen zwischen 1 M. 50 Pf. und 13 M. 50 Pf.; er ist durchschnittlich auf 3 M. für die erste und auf 5 M. für die zweite Altersklasse anzunehmen. Der höchste Lohn scheint den jugendlichen Arbeitern in den Ziegeleien gewährt zu werden."

Nur einige wenige besonders augenfällige Fakta wollen wir aus obiger Statistik hervorheben. Zunächst ist constatirt, daß die Fabrikanten in ausgiebigster Weise die Frauen und Kinder zur Fabrikarbeit herangezogen haben, so zwar, daß die Arbeit von 2 Männern (566,500 Männer, 226,000 Frauen, 88,000 jugendliche Arbeiter) gedrückt wird durch die Concurrenz einer Frau oder eines jugendlichen Arbeiters. Welche nachtheiligen Wirkungen aber die Concurrenz der billigen Frauen- und Kinderarbeit auf den Stand der Löhne der erwachsenen männlichen Arbeiter ausüben muß und zwar zum Schaden der concurrirenden Frauen und Kinder selber, das beweisen die Hungerlöhne von 3 und 5 Mark und von 5—8 Mark, welche durchschnittlich wöchentlich den beiden Altersklassen der jugendlichen Arbeiter resp. den Frauen gezahlt werden. Um so besser freilich stehen sich die Herren Fabrikanten bei diesen erbärmlichen Arbeitslöhnen. Am ausbeutungsgierigsten haben sich die sächsischen Fabrikanten erwiesen, denn fast immer ist es Sachsen, welches nach der obigen Statistik in den verschiedenen Fällen die höchsten Prozentsätze an arbeitenden Frauen und Kindern aufzuweisen hat. Nicht unbeachtet bleiben darf ferner der Umstand, daß 67 Prozent der Fabrikarbeiterinnen verheirathet sind. Wer da weiß, welch' zersetzenden Einfluß die Fabrikarbeit der Arbeiter-Frauen und -Mütter auf das eheliche und Familienleben des Proletariats ausübt, der wird uns beipflichten, wenn wir meinen, daß die Gegner der Sozialdemokratie angesichts obiger Zahlen alle Ursache hätten, von wegen der Beseitigung der Familie und Ehe durch die Sozialdemokratie fernerhin zu schweigen. Thatsächlich wird durch die heutigen Arbeitsverhältnisse die Ehe aufgehoben und die Familie beseitigt, und gerade die Sozialdemokratie ist es, der die schwere Aufgabe zufällt, die Institutionen der Ehe und Familie auf vernünftiger Basis wieder herzustellen.

Und so haben denn die obigen Zahlen wiederum die Nothwendigkeit dargethan, daß an Stelle der heutigen unhaltbaren Zustände baldmöglichst bessere und dauernde Zustände treten müssen. Und daß dies geschieht, dafür wird der Sozialismus sorgen.

— Die Arbeitslosigkeitskeit im nördlichen Böhmen greift nach der „Gleichheit" so rapid um sich, daß die Bewohner mehrerer Dörfer, welche fast durchschnittlich Glasmaler, Glasschneider, Schleifer ꝛc. sind, schon Monate lang keine Arbeit haben. Kommt es einmal vor, daß Glashandelsleute in Steinschönau und Haiba, welche von der Arbeit anderer schon sehr reich geworden sind, etwas machen lassen, so ist es doch nicht möglich, bei der anstrengendsten Arbeit das nothwendigste zum Lebensunterhalt zu verdienen. Dazu kommt noch, daß man den Glasschneidern, Malern, Kuklern ꝛc., welche in die Categorie der Lohnarbeiter gehören, den Gewerbesteuerschein aufgebürdet, und da dieser nur von den Wenigsten bezahlt werden kann, so reist der Steuerexecutor von Teschen herum, um im Namen des Gesetzes den armen Leuten ihr Bischen Habe noch abzupfänden.

— Der Schweizer Nationalrath erledigte am 13. ds. die zwischen ihm und dem Ständerath bestehenden Differenzen über das auch von uns schon besprochene Fabrikgesetz. Es kamen zu Artikel 7 zwei Zusätze: „Der Fabrikbesitzer ist verpflichtet, über die gesammte Arbeitsordnung, die Fabrikpolizei, die Bedingungen des Ein- und Austrittes, die Auszahlung des Lohnes und über die Aufrechthaltung der guten Sitten und des öffentlichen Anstandes (letzterer Zusatz vom Walliser Montheys beantragt) eine Fabrikordnung zu erlassen. Wenn in einer Fabrikordnung Bußen angedroht werden, so dürfen dieselben die Hälfte des Taglohns des Gebüßten nicht übersteigen. Die verhängten Bußen sind im Interesse der Arbeiter, namentlich für Unterstützungskassen zu verwenden. Lohnabzüge für mangelhafte Arbeit oder verdorbene Stoffe fallen nicht unter den Begriff Bußen." Ebenso wurde bei Art. 8 an der vom Ständerath gestrichenen Bestimmung festgehalten, daß, bevor eine Fabrikordnung durch die Regierung genehmigt wird, den Arbeitern Gelegenheit geboten werden soll, sich über dieselbe auszusprechen. Bei den Bestimmungen über den Normalarbeitstag, die Sonntags- und die Frauenarbeit erfolgte Zustimmung zum Ständerath, der übrigens hier mit seinen Beschlüssen von den ersten des Nationalrathes nur unwesentlich abwich. Bei dem Kinder-Arbeits-Artikel wurde der Ausdruck „Confirmandenunterricht" durch „Religionsunterricht" ersetzt, für gewisse Industrien, wie Glasfabrikation ꝛc., sowie für solche, die nur periodisch betrieben werden, die Zulassung der Kinder zur Arbeit vor dem zurückgelegten 14. Altersjahre so wenig gestattet wie für die übrigen Fabriken und erklärt, daß sich der Fabrikbesitzer nicht mit Unkenntniß des Alters seiner Arbeiter oder des Unterrichts, welchen dieselben besuchen, entschuldigen könne. Das ganze Gesetz wurde mit 77 gegen 11 Stimmen genehmigt.

— Sozialismus in China. Mehr oder minder findet man die sozialistische Bewegung bei allen Völkern. In China ist dieselbe, wenn auch wenig öffentlich, so doch sehr ausgebildet. Ueber ganz China ist eine geheime sozialistische Gesellschaft verbreitet. Professor J. Neumann macht darüber folgende Angaben: „Die ‚Bruderschaft des Himmels und der Erde' spricht es unumwunden aus, daß sie sich vom höchsten Wesen dazu berufen hält, den furchtbaren Contrast zwischen Reichthum und Armuth aufzuheben. Die Inhaber der irdischen Macht und des Vermögens sind nach ihrer Ansicht unter denselben Ceremonien in die Welt gekommen und gehen auf dieselbe Weise hinaus wie ihre betrogenen Brüder, die Unterdrückten, die Armen. Das höchste Wesen wolle nicht, daß Millionen zu Sklaven einzelner Tausende verdammt werden. Vater Himmel und Mutter Erde haben nie und niemals den Tausenden ein Recht gegeben, das Eigenthum der Millionen Brüder zur Befriedigung ihrer Ueppigkeit zu verschlingen. Den Großen und Reichen war der Besitz ihres Vermögens vom höchsten Wesen nie als Sonderrecht verpachtet; es besteht vielmehr in der Arbeit und in dem Schweiße ihrer Millionen unterdrückter Brüder. Die Sonne mit ihrem strahlenden Antlitz, die Erde mit ihren reichen Schätzen, die Welt mit ihren Freuden ist gemeinschaftliches Gut, welches zur Bestreitung der Bedürfnisse von Millionen nackter Brüder aus den Händen der Tausende zurückgenommen werden muß. Die Welt soll endlich einmal von allem Druck und Jammer erlöst werden; dies muß mit Vereinigung angefangen, mit Muth und Kraft fortgesetzt und vollendet werden. Der edle Same der

Ueber den gewerblichen Nothstand und die Staatshilfe

bringt die neueste „Provinzial-Correspondenz" „nach einer amtlichen Denkschrift" folgende Artikel:

I. Die seit dem Jahre 1873 eingetretene rückgängige Bewegung, welche dem großen Aufschwung der gewerblichen Thätigkeit in Preußen gefolgt war und welche zunächst und vorzugsweise die Großindustrie, nach und nach aber auch das Kleingewerbe in fühlbarster Weise ergriffen hatte, hat in den letzten Monaten in einzelnen Landestheilen entschiedene Nothstände herbeigeführt. In einigen vorzugsweise industriereichen Bezirken hat sich die Lage neuerdings besonders dadurch in erheblichem Maße verändert, daß der Steinkohlenbergbau, welcher bis dahin in schwunghaftem Betriebe und in steigender Förderung verblieben war und besonders in den Jahren 1875 und 1876 eine bis dahin nicht gekannte Höhe der Produktion erreicht hatte, sich vorzugsweise in Folge des ungewöhnlich milden Winters zu einer sehr erheblichen Herabminderung der Förderung genöthigt sah. Besonders wurde der westfälisch-niederrheinische Bergwerksbetrieb dadurch betroffen, in welchem die Förderung im Jahre 1860 50 Millionen Centner, im Jahre 1873 dagegen 322 Millionen und im Jahre 1876 sogar 357 Millionen Centner betragen hatte und bis zum November 1876 Ueberschichten verfahren worden waren, seitdem aber ein plötzlicher Rückschlag eintrat, durch welchen bis Mitte Februar die Entlassung von 8000 Arbeitern herbeigeführt wurde und weitere Kündigungen in Aussicht genommen werden mußten. Die Staatsregierung hat den hierdurch entstandenen Verlegenheiten und Bedrängnissen von vornherein ihre volle Aufmerksamkeit gewidmet. Von Seiten des Handelsministers wurden alsbald umfassende Anordnungen getroffen, um den entlassenen Arbeitern die Aufsuchung anderweitiger Erwerbsquellen zu erleichtern, zunächst durch Bewilligung billiger Eisenbahnfahrt, durch Unterstützung aus den Gewerkskassen, durch Anstellung bei den Arbeiten der Staatsbahnen u. s. w. Für die einheitliche Leitung der Unterbringung wurde durch Concentrirung dieser Angelegenheit bei dem Oberbergamt Dortmund gesorgt. Auch den Regierungen wurde empfohlen, auf die Unterbringung der Arbeitsuchenden bei den Chausseeund Wegebauten und bei ländlichen Meliorationen hinzuwirken. Auf jede thunliche Weise wurde seitens der Staatsverwaltung dort und in allen anderen von dem Nothstande betroffenen Landestheilen Vorsorge getroffen, den entlassenen Arbeitern eine neue Thätigkeit zu verschaffen. Inwieweit von der gebotenen Gelegenheit überall Gebrauch gemacht wird, läßt sich noch nicht vollständig übersehen. Einstweilen steht es nicht außer Zweifel, ob der Bergmann in weitem Umfang gewillt sein wird, seine bisherige Thätigkeit mit Erdarbeiten zu vertauschen.

Für die Beurtheilung der Lage ist jedenfalls von großer Bedeutung, daß seitens des Staates kaum jemals eine so umfangreiche Bauthätigkeit entwickelt worden ist, wie in der letztverflossenen und gegenwärtigen Zeit. Im vorigen Jahre allein ist aus den der Eisenbahnverwaltung bewilligten Anleihen die Summe von 70 Millionen Mark verausgabt, und in den Monaten Januar und Februar d. J. abermals die Summe von 11 Millionen überwiesen worden. Innerhalb sechs Wochen sind neuerdings 66 Submissionen für Bauzwecke der Staatseisenbahnverwaltung ausgeschrieben worden. Es handelt sich dabei unter Anderem um 25 Millionen Kilogramm Schienen, 2 Millionen Kilogramm Kleineisenzeug, 621,000 Kilogramm eiserne Ueberbauten zu Brücken, 270,000 Stück Bahn- und Weichenschwellen, 5 Millionen Stück Mauersteine, 30,000 Kubikmeter Granitplatten, 146,550 Kilogramm Telegraphendraht, um Ausführung von 2,500,000 Kubikmeter Erdarbeiten u. s. w. Gegenwärtig hat die Verwaltung ferner noch die großartigen Brückenbauten bei Coblenz, bei Lauenburg über die Elbe und bei Bromberg über die Weichsel in Angriff genommen, daneben wird das laufende Jahr außerdem hohe Summen für den Eisenbahnbau erfordern, die begonnenen Hafenbauten werden fortgesetzt und die Betriebsmittel für die neuen Bahnen zu einem beträchtlichen Theil zur Ausschreibung gelangen. Die Bezugsquellen der Staatsverwaltung haben sich aber fast ausschließlich im Inlande befunden. Jedenfalls hat die Thätigkeit der Staatsverwaltung die Krisis auf allen Gebieten wesentlich gemildert und dieselbe nicht in derjenigen Schärfe wie in anderen Staaten zur Erscheinung gelangen lassen.

II. Unter dem Druck des bestehenden Nothstandes und theilweise unter starker Uebertreibung desselben wird nun aber der Versuch gemacht, den Staatsgewalten die Schuld an dem Nothstande zuzuschreiben und dem Staat gegenüber ein sogenanntes Recht auf Arbeit in Anspruch zu nehmen. In diesem Sinne haben die Sozialdemokraten in Berlin und anderwärts Beschlüsse gefaßt und dieselben zur Kenntniß der Regierung gebracht. Dieser Anspruch und die darauf begründeten Agitationen fordern die Staatsregierung zur größten Vorsicht bei ihren weiteren Schritten auf. Ein Recht auf Arbeit gegenüber dem Staat bei Ausbruch einer geschäftlichen Krisis, wie sie in jedem industriell höher entwickelten Lande von Zeit zu Zeit in bald größerem, bald geringerem Umfange eintritt, ist entschieden nicht anzuerkennen. Die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen, wie die Ausführung von Bauten, welche andernfalls überhaupt nicht oder doch zu ganz anderer Zeit in Angriff genommen würden, müssen in hohem Maße bedenklich und gefährlich erscheinen. Sie würden sehr bald Ansprüche an den Staat hervortreten lassen, welchen derselbe in keiner Weise genügen könnte. Der schon jetzt laut gewordene Ruf nach Umgestaltung der ganzen bestehenden sozialen Ordnung würde nur um so stärker ertönen, je mehr die Regierung unter Aufgeben ihrer Grundsätze und scheinbar unter dem Drucke der in Volksversammlungen gefaßten Resolutionen sich nachgiebig erwiese.

Die Staatsregierung wird allerdings die geplanten und bewilligten Bauten eifrig fortsetzen; hierzu sind die Weisungen ergangen, aber jede Ueberstürzung würde auch hier vom Uebel sein, weil bei der Unsicherheit über die Dauer der Krisis es sich nicht empfiehlt, die gesammte Bauthätigkeit auf ein Jahr zusammenzudrängen. Es würde dies auf's Neue ungesunde Zustände, Lohnsteigerungen u. s. w. zur Folge haben, während in den folgenden Jahren beim Mangel weiterer Arbeiten der Sturz um so sicherer sein würde. Es muß auch hier auf eine Reserve Bedacht genommen werden, welche auch für spätere Zeiten die Fähigkeit zur Hilfe darbietet. Außerdem wird nicht außer Augen zu lassen sein, daß in erster Linie nicht der Staat, sondern die Gemeinden und die weiteren Communalverbände dazu berufen sein würden, bei eintretenden Nothständen Veranstaltungen zur Unterstützung der Nothleidenden zu treffen. Die Communen sind auch besser im Stande, mit der erforderlichen Beschleunigung Zweckentsprechendes zu leisten, da sich in den engen Kreisen das

Bruderschaft darf nicht unter dem Unkraut erstickt werden; vielmehr ist es Pflicht, das Alles überschattende Unkraut zum Vortheil des guten Samens zu vernichten. Die Aufgabe ist freilich groß und schwierig, allein man bedenke, es kommt kein Sieg, keine Erlösung ohne Sturm und Kampf. Bis die größte Zahl der Einwohner aller Städte einer Provinz den Eid der Treue geleistet, mag jeder scheinbar den Mandarinen gehorchen, sich durch Geschenke mit der Polizei befreunden. Unzeitige Aufstände schaden dem Plane. Ist die größere Zahl der Einwohner in den Städten und in den Provinzen mit dem Bunde zur Einheit verschmolzen, dann sinkt das alte Reich in Schutt zusammen und man kann das neue auf den Trümmern des alten gründen. Die Millionen glücklicher Brüder werden einst die Gründer dieser segensvollen Ordnung an ihren Gräbern verherrlichen, eingedenk der großen Wohlthat, die ihnen zu Theil geworden: Der Erlösung aus den Fesseln und Klammern der verdorbenen Gesellschaft." — Wir haben es hier augenscheinlich mit der Uebersetzung einer Agitationsschrift zu thun. Entkleidet man dieselbe übrigens der religiösen Phrasen, so finden wir, daß die sozialistische Erkenntniß in China eine nicht geringe ist.

— Schon lange nicht dagewesen. Auf Requisition der Staatsanwaltschaft erfolgte am 19. d. M. die Confiscation der Nummer 33 des „Vorwärts". Anlaß zu der Confiscation gab das Gedicht an der Spitze des Blattes: „Märzgedanken", und soll durch dasselbe gegen den § 130 des Reichsstrafgesetzbuchs verstoßen worden sein.

— J. Audorf, Redakteur des „Hamburg-Altonaer Volksblattes" ist wegen angeblicher verleumderischer Beleidigung des Hamburger Staatsanwalts, begangen durch die Presse, zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden.

— Die „Dresdener Presse" läßt sich aus Berlin schreiben, man habe mir vorigen Montag (den 12. ds.) in der Budgetdebatte das Wort ertheilen wollen, ich sei aber nicht an meinem Platz gewesen. Nun hatte ich mich am Montag aber gar nicht zum Wort gemeldet, weil ich bei der dritten Berathung des Etats zu sprechen gedenke. Das sonstige Geflunker des Berliner Klatschmichels des genannten Dresdener Blattes ist von gleichem Stoff und Werth.

Leipzig, 18. März 1877. W. Liebknecht.

Correspondenzen.

Hamburg. Am 13. d. M. wurde in der Fabrik des Herrn Nagel auf Steinwärder wegen einer abermaligen Lohnreduktion von sämmtlichen dort arbeitenden (33) Korbmachern die Arbeit eingestellt, und fand in Folge dessen am 16. d. eine öffentliche Korbmacher-Versammlung zur Besprechung dieser Angelegenheit statt, wo folgende Resolution angenommen wurde: „Die am 16. März tagende öffentliche Korbmacher-Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Korbmacher in der Fabrik des Herrn Nagel einverstanden, und zwar aus folgenden Gründen: 1) Weil Herr Nagel, seit dem Rezept höhern Orts, so zu sagen der Tonangeber zu fast allen Lohnabzügen in der Korbmacherei gewesen ist. 2) Weil durch die Art und Weise, wie Herr Nagel diesen letzten Lohnabzug seinen Arbeitern gegenüber motivirte, indem er sagte: „Es ist doch besser, daß Sie etwas als gar nichts verdienen", constatirt ist, daß Herr Nagel auch das letzte Bischen Menschlichkeitsgefühl eingebüßt und sich als kalter Kapitalmensch gekennzeichnet hat. (Man bedenke, daß die Korbmacher bei Herrn Nagel ohnehin wöchentlich nur circa 10—11 Mark im Durchschnitt verdienten, so weit hatten es die beständigen Reduktionen schon gebracht.) Jeder vernünftig denkende Mensch wird sich sagen müssen, daß nach einem ferneren Abzuge von 10 Prozent es nicht mehr möglich ist, sich arbeitsfähig zu erhalten. Auf Grund obiger Ausführungen erklärt die heutige Versammlung, mit aller Kraft für die Strikenden einzutreten, und werden alle Arbeiter ersucht, ein Gleiches zu thun, da die wenigen Arbeitenden nicht im Stande sind, die 33 Strikenden auf die Dauer zu erhalten. — Etwaige Unterstützungen sind zu senden an H. Eckermann, Wilhelmstraße 20 II, St. Pauli.

J. A.: F. Wirkeling.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Hamburg. Eine nach Stadly's Etablissement am vorigen Freitag berufene Volksversammlung war von etwa 4000 Personen besucht. Herr August Geib hatte das Referat über die Tagesordnung: „Abschaffung der Sonntagsarbeit und Einführung des Normalarbeitstages" übernommen. Herr Hörig eröffnete die Versammlung, machte auf die vor drei Wochen abgehaltene Versammlung seitens der Christlich-Sozialen aufmerksam und ließ das Bureau durch einen zweiten Vorsitzenden und einen Schriftführer ergänzen. Hierauf ergriff der Referent Herr Geib das Wort. Er führte aus, daß es nothwendig sei, die Vorurtheile gegen die Beseitigung der Sonntagsarbeit und gegen den Normalarbeitstag zu zerstreuen. Die vor drei Wochen im selben Lokale tagende Versammlung habe die von den Sozial-Conservativen vorgeschlagene Resolution zurückgewiesen und so sahen sich die Sozialisten veranlaßt, selbstständig vorzugehen. Besonders gelte es, die Bedeutung des Normalarbeitstages zu besprechen. Er protestirt zunächst gegen die Insinuation, als handle es sich bei der Sozial-Demokratie wie bei den Sozial-Conservativen um die bloße Heilighaltung des Sonntags. Die Letzteren wollten sich allerdings durch die Heilighaltnng des Sonntags ein höheres Podium für die christlich-sozialen und religiösen Bestrebungen verschaffen. Die Sozial-Demokratie jedoch bezweckt damit die geistige und körperliche Kräftigung des Arbeiters, um ihn in seine Häuslichkeit, zu seiner Familie zurückzuführen. Es sei dies keine neue Forderung, vielmehr gelte es, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu präzisiren. Lange Arbeitszeit verurtheilt den Menschen zu allerlei Krankheiten, zum Siechthum und zu einem frühzeitigen Tode. Die Geschichte der ältesten Völker beweise, daß dieselben sich es angelegen sein ließen, Ruhepunkte in der Arbeit eintreten zu lassen. Das Prinzip der heutigen Wirthschaftslehre, so viel als möglich aus der Arbeit herauszuschlagen, ist derart schädlich, daß die Verfechter dieses Prinzips, insbesondere die Engländer, demselben durch gesetzliche Bestimmungen entgegentraten, die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit einführten und den Normalarbeitstag für die jugendlichen Arbeiter sanktionirten, so daß jetzt in England höchstens die Woche 60 Stunden gearbeitet wird. Das sei ein unbestreitbarer Vortheil; die englische Industrie hat sich in Folge dessen bedeutend gehoben, die Lage des Arbeiters verbessert, seine Leistungsfähigkeit erhöht, die überschüssigen Arbeitskräfte, welche die heutige Produktion absorbirt, zu einer regelmäßigeren Beschäftigung und die zügellose Produktion in geregeltere Bahnen gebracht. Die Arbeiterorganisationen sind zur Herbeiführung solcher Reformen nicht ausreichend; die Kämpfe, welche allenthalben um die Erringung einer kurzen Arbeitszeit stattgefundeu, beweisen zwar das Verständniß und die Energie, welche die Arbeiter zur Herbeiführung solcher Reformen auch in Deutschland haben, aber in Bezug auf die Gesetzgebung sieht es in Deutschland noch sehr trübe aus. Die Sonntagsarbeit werde durch sogenannte Ablaßzettel von den Polizeibehörden den Unternehmern erlaubt und es sei nicht in Abrede zu stellen, daß in dieser Beziehung eine Willkür eingerissen sei, die immer zu Ungunsten der Arbeitenden ausschlage. Dahin gehöre die Fortsetzung der Bauten am Sonntag, überhaupt fast alle Arbeiten der Handwerker und Fabrikarbeiter. Es handle sich keineswegs um eine Heilighaltung des Sonntages im Sinne der Temperenzler, sondern darum, Jedem die nöthige Erholung und Ruhe zu schaffen, sowie Zeit zu einem Vergnügen zu lassen. Was den Normalarbeitstag betreffe, so sei es Thatsache, daß die gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland, welche hier für die Kinder und jugendlichen Arbeiter vorhanden, nicht präzise genug gefaßt seien, mithin häufig übertreten würden und die Controle der Haus- und Fabrikindustrie werde durch die Behörden zudem lax gehandhabt. Redner beleuchtet nun alle Nachtheile der Kinderarbeit in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung, kritisirt die bezüglichen Bestimmungen des Gewerbegesetzes und beruft sich besonders auf das Zeugniß von Pädagogen, welche die Ansicht ausgesprochen, daß durch einen sechsstündigen Schulunterricht die geistige und körperliche Kraft eines Kindes vollständig in Anspruch genommen werde. Die Sozialdemokratie werde daher bei ihren Anträgen im Reichstage darauf dringen, daß die Kinderarbeit überhaupt verboten, für jugendliche Arbeiter aber der Normalarbeitstag nicht allein, sondern überhaupt für alle Arbeitenden eingeführt wird, denn der Mensch sei eben in allen Altersperioden in stetiger Entwickelung begriffen. Würde der Mensch von Jugend auf nicht überarbeitet und ausgebeutet, dann würde ein bei weitem höheres Durchschnittsalter, als 33 Jahre, erreicht werden. Die Unterwerfung des Arbeiters unter die Kapitalmacht bedinge, daß für ihn Schutzmaßregeln durch die Gesetzgebung ergriffen würden. Natürlich schließen solche Gesetze Ausnahmefälle bei außerordentlichen und dringenden Gelegenheiten und Naturereignissen nicht aus. Es sei aber gewiß, daß durch ein solches Gesetz 4 Mill. Arbeitende aller Branchen der Haus-, Fabrik- und Handwerksindustrie auf eine höhere Stufe gehoben werden würden. Die Industriellen sträubten sich zwar gegen die Einführung solcher gesetzlichen Bestimmungen, doch sei es sicher, daß über kurz oder lang Männer aller Parteien dafür ihre Stimme erheben würden. Daß sich eine solche Maßnahme für die industriellen Arbeiter auch als ein bedeutender Nutzen für die landwirthschaftlichen Arbeiter und die Beamten erweisen werde, sei feststehend. Redner beleuchtet nun die Ueberarbeitung der Postbeamten, Telegraphisten rc. durch deren Arbeit bedeutende Ueberschüsse für das Reich erzielt werden, bespricht dieser Thatsache und den Lohnreduzirungen gegenüber die Erhöhung der Botschaftergehalte, für die Bismarck so warm eingetreten und kritisirt die Haltung der „Provinzial-Correspondenz", welche noch immer die Lohnherabsetzungen empfehle. Es sei daher Pflicht des Arbeiterstandes, zur Besserung seiner Lage selbst Hand anzulegen, insbesondere dafür zu sorgen, daß Vertreter seiner Klasse die aufgestellten Forderungen in den gesetzgebenden Körpern geltend machen. Die von den Gegnern vertheidigte „persönliche Freiheit" sei in ihr Gegentheil umgeschlagen, sie bedeute die Anarchie und in ihren Consequenzen sei sie zur Willkür geworden, unter welcher der arbeitende Stand zur Knechtseligkeit herabsinke. Referent bespricht weiter die Maßnahmen, welche gegen die Arbeiter in Bezng auf die Einführung von Arbeitsbüchern und die kriminelle Bestrafung des Contraktbruches geplant werden, hebt nochmals die Bedeutung des selbstständigen Vorgehens der Arbeiter hervor und begründet nunmehr die zu fassende Resolution, indem er weiter ausführt, daß durch die Eingabe an den Hamburger Senat nnd an den Reichstag wenigstens das erreicht werden würde, daß die späteren Generationen auf den gegebenen Grundlagen weiter bauen können. In diesem Sinne bittet er die folgende Resolution aufzufassen, welche lautet:

Resolution.

Die Versammlung erkennt an, daß ein großer Theil unserer sozialen Schäden darauf zurückzuführen ist, daß unserem arbeitenden Volke die Wohlthat einer normalen möglichst fest begrenzten Arbeitszeit und besonders der Sonntagsruhe vielfach — auch in Hamburg — vorenthalten wird.

Die Versammlung erkennt an, daß es darum die Pflicht Aller sei, denen das Wohl des arbeitenden Volkes am Herzen liegt (ohne Unterschied der Partei) zunächst dem Volke die Sonntagsruhe wieder zu sichern und deshalb der Sonntagsarbeit entgegenzutreten. Freie Vereinigungen mit gegenseitiger Verpflichtung haben erfahrungsmäßig sich für die Zustände der Gesammtheit als nicht ausreichend erwiesen. Daher ist ein Einschreiten des Staates und der Gemeinden zu Gunsten einer normalen Arbeitszeit nachdrücklichst zu fordern. In dieser Ueberzeugung beschließt die Versammlung:

Eine Commission von 7 Personen zu wählen und dieselbe zu beauftragen:

1. Durch eine an den Hamburger Senat gerichtete Eingabe zunächst gegen die Sonntagsarbeit vorstellig zu werden und die Anstellung von Fabrikinspektoren zu empfehlen.

2. Durch eine Petition an den Reichstag die Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages in allen industriellen Etablissements und Werkstätten, sowie das Verbot regelmäßiger Arbeit der Kinder unter 14 Jahren in solchen Etablissements zu befürworten, endlich auch die Anstellung von Fabrikinspektoren für bestimmt abzugrenzende Bezirke zu fordern.

Barmen, 15. März. (Neger und Arbeiter.) Es geht doch Nichts über den Kastengeist im Wupperthale, so schreibt unser Bergisches Parteiblatt, das hat uns jetzt wieder die „Barmer Zeitung" bewiesen. Dieses Blatt will nämlich die „Arbeiter" aus den Pferdebahnwagen verbannt wissen, damit die „Feinen" und „Reichen" hübsch unter sich sind und nicht durch die Nähe eines Proletariers im Kittel genirt werden. Indem nämlich jenes Blatt die Behauptung aufstellt, daß Arbeiter den Raum der Pferdebahnwagen durch Mitbringen von Säcken zu sehr in Anspruch genommen hätten, fügt es hinzu: „Wir glauben, bei den engen Raumverhältnissen der jetzigen Wagen würde es bedeutend zweckmäßiger sein, besondere Arbeiterwagen — wie dies ja auch anfangs beabsichtigt wurde — einzuführen und diese zu bestimmten Stunden von den beiden Endstationen abfahren zu lassen." In Amerika hatten die früheren Selavenzüchter es einmal durchgesetzt, daß besondere „Niggerwaggons" auf den Pferdebahnen fahren mußten, damit die Farbigen immer daran sich erinnern sollten, daß sie Paria's und einst Sclaven gewesen seien. Ein Sturm der öffentlichen Meinung hat die „Niggerwaggons" beseitigt und Gleichberechtigung hergestellt. Und nun plant die „Barmer Zeitung" für die „weißen Sclaven" des Wupperthales dieselbe verletzende Einrichtung. Ein vortrefflicher Fortschritt.

Köln, 16. März. Nachstehende interessante Geschichte, die hier eine gewisse Sensation erregt und den bekannten Kölner „Klüngel" recht grell beleuchtet, dürfte auch für weitere Kreise des Interessanten genug bieten. Im Laufe dieser Woche führte der rühmlichst bekannte Kölner Männergesangverein im Stadttheater wiederholt die Kölnische Volksoper „Jan un Griet" auf. Diese auch in musikalischer Hinsicht meisterhaft arrangirte Oper hat die Geschichte Jan von Werth's, des bekannten Generals und Reichsgrafen, der im dreißigjährigen Kriege sich so „hervorthat", daß Kaiser Ferdinand ihn mit der Herrschaft Benatek in Böhmen beschenkte, zum Gegenstand. Jan, den auch W. Müller von Königswinter und Karl vom Rhein besungen, war früher Knecht auf dem sogenannten Kämpcheshof in Köln (Lehngut der Burg Schlenderhahn) und hatte als solcher der Magd „Griet" den Hof gemacht, die aber nichts von ihm wissen wollte. Die Oper behandelt nun diese Geschichte, theilt aber auch ganz vortreffliche Seitenhiebe aus, die nicht sowohl dem Jahre 1620, als dem Jahre 1877 gelten. So wird u. A. die Stadterweiterung, Pferdebahn, Gas- und Wasserleitung persiflirt, ganz besonders aber richtet sich die Spitze der Satyre gegen den jetzigen Besitzer der Burg Schlenderhahn, die etwa drei Stunden von hier entfernt liegt. Die früheren waren die Grafen von Frentz, zu denen Jan von Werth in naher Beziehung stand; jetzt ist die Burg in den Händen eines jüngst baronisirten jüdischen Bankiers, der vermöge seines enormen Reichthums in Köln sehr — rücksichtsvoll behandelt werden muß. Speziell führt ein Sohn des Barons, der in der Oper als „Flips von Schlenderhahn" figurirt, die Geschäfte auf dem weitgedehnten Gute, d. h. der junge Herr Baron lebt sehr flott, verschwendet sehr viel und kann auch nicht eben als Tugendmuster hingestellt werden. So beherbergte er u. A. im vorigen Herbst eine berühmte Drahtseilkünstlerin des Circus R. drei Tage und drei Nächte auf Burg Schlenderhahn, und soll dieses kleine Amüsement das kleine Sümmchen von 30,000 Mark verschlungen haben. Hierauf spielt nun eine Scene der Oper „Jan un Griet" an, in welcher die Kunstliebe des Herrn Barons für Theater und Ballet, für Circus und Pferde betont wird und in der es wörtlich heißt:

„Und bäumte sich der ‚Ocean',
Bezähmt ihn Flips von Schlenderhahn."

Was thut nun der alte Herr Baron und Millionär? Er kauft sofort noch während der ersten Aufführung sämmtliche noch vorhandene Textbücher für 450 Mark auf, läßt die Verfasser der Oper an die Kasse des Theaters zu sich rufen, — man hat viele Rücksicht zu nehmen, denn die Macht des Herrn Barons ist sehr

---

Maß des Bedürfnisses richtiger beurtheilen und mit besserem Erfolge die den Personen und Verhältnissen anzupassenden Mittel und Wege auffinden lassen, wie den Bedürftigen zu helfen ist, Gelegenheit zur Ausführung gemeinnütziger Arbeiten, namentlich an Wegebesserung, Kanalisations-Arbeiten, Wasserwerken und sonstigen Bauten, pflegt bei den Communen nicht zu fehlen, und Pläne zu solchen Anlagen von geringen Dimensionen lassen sich ohne großen Zeitverlust beschaffen, während dies bei größeren Staatsbauten der Regel nach nicht der Fall ist. Es liegt aber noch ein gewichtigerer Grund vor, von außergewöhnlichen Bauunternehmungen des Staats abzusehen. Die herrschende Krisis ist vorzugsweise durch die maßlose Steigerung der Produktion hervorgerufen, welche namentlich in der Periode von 1870 bis 1873 stattgefunden und dahin geführt hat, daß gegenwärtig die Produktionsfähigkeit der Industrie des Landes außer allem Verhältnisse zu dem vorhandenen Bedürfnisse steht, während andererseits in Folge der Erhöhung der Arbeitslöhne und der Materialienpreise eine Vergrößerung der Selbstkosten eintrat, die eine unverhältnißmäßige Vertheuerung der Produktion bewirkte und damit die Concurrenzfähigkeit unserer Industrie auf den Absatzmärkten beschränkte. Um für die neuen Unternehmungen und die ausgedehnten in Betrieb stehenden Werke die nöthigen Arbeitskräfte zu erhalten, trat in den erwähnten Jahren eine nie gekannte Nachfrage nach Arbeitern ein, und durch Anbieten hoher Löhne wurden solche aus entfernten Gegenden nach den Mittelpunkten der Industrie hingezogen. Das Zuströmen von Arbeitern nach den großen Städten des Landes und sonstigen Industrieplätzen nahm einen bedenklichen Umfang an. Es hatte den doppelten Nachtheil im Gefolge, daß dort durch die plötzliche Vermehrung der Bevölkerung ein erhebliches Steigen der Lebensmittelpreise eintrat, die sich nach und nach auch auf andere Landestheile übertrug, während anderntheils anderen Berufskreisen, namentlich der Landwirthschaft, die nöthigen Arbeitskräfte in bedenklicher Weise entzogen wurden.

Der nothwendige Ausgleich zwischen der Produktion und der Consumtion hat nunmehr begonnen. In diesem Ausgleich, in der Beseitigung der eingetretenen Ueberproduktion, sowie in der damit in Verbindung stehenden Zurückführung der Arbeitslöhne auf ein angemesseneres Maß ist das natürliche Heilmittel zur Gesundung der wirthschaftlichen Zustände zu erblicken. Die Ermäßigung der Arbeitslöhne wird nach allgemeinen wirthschaftlichen Gesetzen und Erfahrungen auch ein Herabgehen der Lebensmittelpreise nach sich ziehen. Vor Allem aber ist zu erwarten, daß die bei der Industrie entbehrlich werdenden Arbeiter wieder zu den früher von ihnen betriebenen Berufsarten zurückkehren und daß mit dem Aufhören des Zuflusses der Arbeitsuchenden nach den großen Städten und den sonstigen Industrieplätzen wieder eine angemessenere Vertheilung der arbeitenden Kräfte im Lande eintreten werde. In diesen Gesundungsprozeß einzugreifen, kann durchaus nicht als rathsam erachtet werden. Es würde die Rückbildung zu normalen Verhältnissen in ihrem natürlichen Verlaufe unterbrochen werden, wenn gegenwärtig durch außerordentliche Unternehmungen des Staates in den großen Städten oder in den Industriebezirken große Arbeitermassen in Thätigkeit gesetzt und dadurch für längere Zeitdauer an ihren jetzigen Wohnplätzen festgehalten werden sollten.

— Richter und Parisius sind bekanntlich gute Parteifreunde und haben sich während der Wahlbewegung durch ihre „Fortschrittliche Correspondenz" den wohlberechtigten Haß der Nationalliberalen und die Mißbilligung ihrer eigenen Parteigenossen zugezogen. Heute nun straft einer dieser Herren den andern Lügen. Herr Eugen Richter in seiner blinden Parteiwuth schreibt der „Bresl. Morgen-Zeitung": „Der würdige Eindruck, welchen die Uebereinstimmung aller selbstständigen Parteien — nur der Posener Polizeipräsident von Staudy stellte sich auf Seiten der Regierung — in dem Falle der Posener Interpellation der Regierung gegenüber macht, wurde nur durch das Auftreten des Sozialdemokraten Liebknecht gestört, welcher den Fall als zu einer Wahlagitationsrede für die Postbeamten geeignet erachtete." Ganz anders klingt, was Parisius in der „Breslauer Zeitung" sagt. „Der Abgeordnete Liebknecht — meint dieser Herr — müßte eigentlich dem Reichskanzleramts-Präsidenten Hofmann und dem Generalpostmeister Stephan zu besonderem Danke verpflichtet sein, — er erntete zum ersten Male im Reichstage Beifall, auch von anderen als Sozialdemokraten." Da auch der stenographische Bericht „Beifall" notirt, so hat Herr Eugen Richter stark übertrieben resp. entstellt. Ob danach die übrigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten, der unter dem Zeichen § in der „Breslauer Morgen-Zeitung" schreibt, glaubwürdig sind mögen Andere beurtheilen. (Wahrh.)

groß —, die neu gedruckten Textbücher enthalten die betreffenden Strophen nicht, bei der zweiten, dritten und vierten Aufführung durften die Strophen nicht mehr gesungen werden, kurz, man hatte die unangenehme Geschichte schnell aus der Welt geschafft. Köln aber schüttelt den Kopf und denkt: „Dem Geldsacke beugt sich Alles!“

Gotha. Die Reichstagswahl in unserm Bezirk ist für unsere Sache günstig ausgefallen. Im Jahre 1874 erhielten wir 1436 Stimmen, 1877 im ersten Wahlgang 6154, bei der Stichwahl am 22. Januar 8935, während der Nationalliberale 11,312 Stimmen erhielt. Vor der ersten Wahl am 10. Januar waren die Gegner zu siegesgewiß, und der Sieg wäre unser gewesen, wenn nicht der frühere Sozialdemokrat Dr. med. Kuntz in letzter Stunde den Fortschrittler Ausfeld aufgestellt hätte. Ausfeld kam nicht mit zur Stichwahl, und nun gingen die Fortschrittler wieder mit den Liberalen, nachdem sie erst aus dem liberalen Comité mit Entrüstung ausgetreten waren, als Hopf (nationalliberal) auf Anfrage erklärt hatte, daß er dem Compromiß ebenfalls mit zugestimmt hätte. Sie hüpften wie die Fräsche aus einer Pfütze in die andere. Dennoch hätten wir noch in der Stichwahl gesiegt, wenn nicht von Pfarrern, Schullehrern und Förstern in der bekannten Weise gegen uns operirt worden wäre. — Nicht unerwähnt kann bleiben, daß die hiesigen Arbeiter und bei der Stichwahl auch die von Erfurt, Arnstadt und anderwärts große Opferwilligkeit an den Tag legten, um uns den Sieg erringen zu helfen. Unsere Abrechnung schließt vorbehältlicher Richtigstellung mit 1602,90 Mark Einnahme und 1651,90 Mark Ausgabe.

Naumburg a. S. Sonnabend den 10. März hielten wir hier eine trotz nur einmaligen Annoncirens sehr zahlreich besuchte Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die gegenwärtige Nothlage der arbeitenden Bevölkerung und deren augenblickliche Abhilfe.“ Herr Klute (Erfurt) erledigte die Tagesordnung zu Aller Zufriedenheit, und verdienen wohl folgende Stellen seiner Rede hier hervorgehoben zu werden. Nachdem Redner die historische Bedeutung des Staates klargelegt und nachgewiesen hatte, daß derselbe sich blos aus dem gegenseitigen Erhaltungstriebe nach und nach organisirt habe, folgert er hieraus, daß der heutige Staat seine Aufgabe als solcher gänzlich verkenne, indem er sich in wirthschaftliche Dinge nicht einmischen wolle und sich somit gleichsam als eine Null dokumentire. Es sei die heiligste Pflicht des Staates, nicht blos auf politischem, sondern auch auf wirthschaftlichem Gebiete für die Gesammtheit und nicht nur für eine winzige Handvoll Menschen, die sich einbildeten der Staat zu sein, einzutreten. Während die große Masse des arbeitenden Volkes, die 96 Prozent der Bevölkerung, die Schlachten schlagen müsse, den Grundpfeiler des Staates bilde, führe ein kleiner Bruchtheil ein Wohlleben ohne Gleichen. Der Staat verdanke seine Existenz der Arbeit Aller, er sei deshalb auch verpflichtet, für dieselben einzutreten. Das Recht auf Arbeit wolle man aber nicht anerkennen, weil man fürchte, damit ein Stück Sozialismus anzuerkennen. Den Arbeitern Berlins und der großen Städte werde von der liberalen Presse zugemuthet, sich auf's Land als Bauernknechte zu verdingen. Es könne Keinem angesonnen werden, eine Arbeit, die er nicht gewöhnt sei, zu verrichten. Deshalb sei es Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß jedem Arbeiter in seiner, oder in einer seinem Berufe verwandten Branche Beschäftigung gesichert würde. — Nachdem noch ein Parteigenosse darauf hingewiesen, daß es in Naumburg Straßen gäbe, die so mangelhaft gepflastert sind, daß man beim Passiren derselben zur Nachtzeit Hals und Beine brechen könne, weist er auch darauf hin, wie schlecht der Staat beim Bau der Unstrutbahn die Arbeiter bezahle. Die Erdarbeiter daselbst erhalten nicht mehr als 14—15 Groschen pr. Tag, wovon sie dann eine Familie ernähren sollten. — Schließlich wird folgende zur Debatte gestellte Resolution einstimmig angenommen: „Wohl wissend, daß vom heutigen Staate eine durchgreifende Hilfe für das arbeitende Volk nicht zu erwarten ist, erklärt die heutige Volksversammlung, daß es wenigstens Pflicht des heutigen Staates ist, der augenblicklichen Kalamität, in seinem eigenen Interesse, durch Vornahme der dringendsten Arbeiten abzuhelfen.“ Nach Annahme obiger Resolution wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. T.

Großenhain, 13. März. Geraume Zeit ist es her, seit den Lesern des „Vorwärts“ von hier etwas mitgetheilt wurde, ja nicht einmal über die Wahl konnten wir etwas berichten und zwar, weil dieselbe all' unsre wenigen Kräfte vollständig in Anspruch nahm. Es würde wenig Interesse bieten, wie auch die Redaktion ds. Bl. meint, wollte man über die Vorkommnisse bei der Wahl, nachdem schon längere Zeit verflossen, noch schreiben. Was wir jedoch constatiren müssen ist: daß das Resultat der Wahl in unserem Kreise zwar ein sehr günstiges (Nauert soz. ca. 5200, Richter freicons. 7043, Scheller conserv. ca. 1800 Stimmen) aber für uns kein überraschendes war, es ist dasselbe nur die Folge einer rationellen Agitation. Wird man auf unsern Kreis insofern mehr Rücksicht nehmen, als man die weiter nöthig werdenden Kräfte zur Verfügung stellt, so wird man bei der nächsten Wahl noch wahrnehmbarere Erfolge verzeichnen können. Daß es an uns, die wir im Kreise wohnen, nicht fehlen wird, mag nachstehender Bericht beweisen. Zu Sonnabend, den 10. März hatten wir eine Volksversammlung einberufen, in welcher Genosse Most aus Berlin über: „Die Stellung des Kleinbürgerthums und der Sozialismus“, referiren sollte, jedoch nicht anwesend sein konnte, da er berufen wurde, der Beerdigung des „Altmeisters der Demokratie“, Joh. Jacoby, beizuwohnen. Trotzdem nun im Laufe des Nachmittags bekannt wurde, daß Most nicht komme, so hatten sich doch noch 6—700 Personen versammelt und war Hr. Georg Vollmar aus Dresden so gütig, den Vortrag zu übernehmen. Die äußerst gedankenreichen Ausführungen des Referenten lohnte reicher Beifall. Nach Vollmar sprach nur noch Genosse Geier von hier. Zu erwähnen ist noch, daß die Versammlung nach Aufforderung und kurzer Hindeutung auf die Thaten des verstorbenen Jacoby seitens des Vorsitzenden sich zu Ehren des Verstorbenen einhellig von den Sitzen erhob. Den Tag darauf, am 11. März, feierten wir ein Wahlfest, welches, trotzdem die Polizei, deren Chef der Bürgermeister und Durchfallscandidat des Leipziger Landkreises, Ludwig-Wolf, ist, die Führung öffentlichen Billetverkaufs verboten hatte, außerordentlich zahlreich besucht war. Alle Piecen dieses Festes, besonders die von Herrn Vollmar gehaltene ergreifende Festrede erfreuten sich lebhaften Beifalls. Unter anderem wurde auch von den Sängern des hiesigen Arbeiterbildungs-Vereins das von A. Douai für die „Neue Welt“ componirte Lied: „Die Arbeit“ vorgetragen. Ein Ball, der der beginnenden Fastenzeit wegen nur bis 12 Uhr Nachts andauern durfte, hielt die Festtheilnehmer in fröhlicher harmonischer Stimmung beisammen. Wir gewannen wieder eine Anzahl Parteigenossen. Der Nebenzweck des Festes, die Tilgung unserer Wahlschuld, wurde ebenfalls erreicht.

Erfreulicherweise mehren sich auch die äußeren Anzeichen, die uns den Beweis liefern, daß die Menschheit unablässig weiter auf der Bahn wahrer Cultur wandelt. Man hört jetzt sehr oft, daß der eine oder der andere Geistliche Bekehrungsversuche machen geht zu denen, die den „kirchlichen Segnungen“ entsagen und aus diesem Grunde sich nicht kirchlich trauen oder ihre Kinder nicht taufen lassen wollen. Man darf keineswegs glauben, daß diese Verkünder „christlicher Nächstenliebe“ sich etwa einer gewählten Ausdrucksweise bei ihren mündlichen Bekehrungsversuchen bedienen, auch fehlt, wenn alles nichts fruchten will, das Anathema nicht, aus dem sich allerdings ein „Gottloser“ nichts macht.

Die Wirren im städtischen „Credit- und Vorschußverein“, dessen Kassirer Stadtrath Franke bekanntlich durchbrannte, sind noch nicht zu Ende und werden wir gelegentlich Näheres hierüber berichten.

Meißen. Die Reichstagswahl am 10. Januar hat uns ein Resultat gebracht, mit welchem wir vorläufig zufrieden sein können; aber dennoch haben wir vielfach Leute getroffen, welche sich darüber gewundert haben, daß wir unsern Candidaten nicht durchgebracht haben, was aber lange nicht so leicht ist, wie es sich Mancher vorstellt. Wenn wir nicht anders vorgehen, wie wir bis jetzt vorgegangen sind, so wird auch bei der nächsten Wahl der Sieg für uns ein zweifelhafter sein. Wir können aber bei der nächsten Wahl siegen, wenn wir nur wollen. Um den Sieg aber zu erlangen, ist es vor allen Dingen nöthig, daß sämmtliche Gesinnungsgenossen Hand an's Werk legen. Diejenigen, welche nicht Gefahr laufen, gemaßregelt zu werden, sind hiermit dringend aufgefordert, unsere Versammlungen so viel als nur irgend möglich ist zu besuchen; gerade der mangelhafte Versammlungsbesuch ist die Ursache, daß wir so oft mit unserm Versammlungslokal wechseln mußten. Diejenigen hingegen, welche meinen, daß sie sich in den Versammlungen nicht sehen lassen dürfen, um nicht gemaßregelt zu werden, können ebenso gut aktive Mitglieder sein und ihren Verpflichtungen nachkommen; sie mögen sich nur an mich wenden und mir die Beiträge einhändigen, das Weitere wird sich dann finden. — Gesinnungsgenossen! Wir müssen eine rege Agitation entfalten; an allen Orten, wo es nur irgend angeht, müssen wir Versammlungen abhalten und unsere Grundsätze verbreiten, dann wird der Sieg in drei Jahren unser sein. Wenn eine große Anzahl Gesinnungsgenossen aber denkt, daß damit schon genug gethan ist, wenn sie am Wahltage ihre Stimmen abgeben und höchstens einmal eine Volksversammlung besuchen, so sind sie stark im Irrthum. Um unserer Sache zum Durchbruch zu verhelfen, bedarf es mehr! Wir müssen Opfer bringen und eine rege Agitation entfalten, denn eine kleine Zahl aktiver Mitglieder ist nicht im Stande, die nöthigen Geldm:ttel zu beschaffen, welche wir haben müssen, um den Wahlkreis gehörig bearbeiten zu können. Auch ist es höchst nothwendig, daß alle Genossen für die Verbreitung des „Vorwärts“ und der „Neuen Welt“ eintreten, denn unsere Presse ist ja das wichtigste Agitationsmittel, welches uns zur Verfügung steht. Darum nochmals, Hand an's Werk, Gesinnungsgenossen, Jeder nach seinen Kräften, damit in drei Jahren auch unser Wahlkreis von einem Sozialisten im Reichstage vertreten ist. T. Thieme.

Mügeln. Am 4. d. M. hatten wir hier eine Volksversammlung. Auf der Tagesordnung standen: Die Wahlresultate und das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Als Referent war Herr Th. Hadlich aus Leipzig erschienen, welcher durch einen 2½ Stunden langen Vortrag die Tagesordnung zur Zufriedenheit aller Anwesenden erledigte. — Nur noch zu bemerken ist, daß der Herr Bürgermeister die Versammlung nicht erlauben wollte und uns mit folgenden Worten zurückwies: „Was soll denn schon wieder eine Versammlung? Es ist doch genug, daß ich vor der Wahl eine erlaubt habe.“ Aber wir ließen uns nicht zurückschrecken und setzten unser Vorhaben durch. A. St.

Hamburg. (Oeffentliche Quittung.) Zur Neuwahl resp. Stichwahl in Altona sind bei dem Unterzeichneten von auswärtigen Parteigenossen nachstehende Gelder eingegangen: Aus Kiel durch Stark 150,00; Heide d. Heinr. Off 66,00; Hanau d. Daßbach 50,00; Bremerhafen d. Fellermann 5,00; Frankfurt a. M. d. H. Prinz 100,00; Mannheim d. A. Dreesbach 20,00; Magdeburg v. der Exped. der „Magdeburger Freie Presse“ d. W. Klees 90,00; Kiel d. Chr. Stark 100,00; Dresden d. B. Wückert 10,00; Kötzschenbroda bei Dresden d. E. Lehmann v. Bäckermstr. Franke 4,50; Schneidergef. 3,50 u. Schneidermstr. E. Lehmann 12,00; Geislingen zur Stichwahl v. J. B. 5,00; Calbe a. d. S. durch L. Schönian 11,00; Frankfurt a. M. d. F. Schwenk 12,20; Hastedt bei Bremen d. C. Grope 11,55; Flensburg d. Th. H. Leiding 25,00; Verden d. Adam Müller 28,25; Wald d. Hugo Wilms 3,00; v. F. Bouick, Ackerstr. 3A, 3,00; v. Cigarrenarbeitern aus Lübecke d. Münze 2,60; aus Kiel d. Oldenburg 5,45; v. Cigarrenarbeitern aus Würzburg d. Spitzig 3,00; v. Berliner Arbeitern d. Anders 500,00; v. Ch. Bauer in Offenbach 23,00; v. P. in Leipzig 1,50; v. Arbeitern aus Celle d. Heyer 24,35; v. den Arbeitern der Bergmann u. Jungmann'schen Cigarrenfabrik (Zollvereins-Niederlage) 10,35 d. Munderloh aus Oldenburg; O. 6,85 d. H. Pflughaupt aus Barmstedt; 1,50 d. H. Knoop; von der Liedertafel „Lassallea“ in Harburg 100,00 d. H. Holstmann; v. den Harburger Arbeitern 200,00; d. Haß in Neustadt 6,64; Potsdam v. drei Freunden d. F. Beyer 1,80; aus Barmen 40,00; Cainsdorf in Sachsen v. den sechs im Kloster 1,40; Limbach d. Carl Schumann 5,00; Preetz d. H. Sellmer eine Bogensammlung 16,58 und eine Tellersammlung 28,42; Düsseldorf d. A. Mackensy 4,50; (eine Postanweisung mit 28,85 habe ich erhalten, Ort und Name des Absenders war unleserlich geschrieben) aus Wolfenbüttel d. B. Wimmer 3,15; Niederrad d. Bernhard Kreckmann 6,00; Elmshorn d. C. H. Hamer, ges. auf sieben Listen 46,75; Segeburg d. F. Tödt 13,60; Mülheim a. d. R. d. H. U. 4,55; Kesselstadt bei Hanau v. Goldarbeitern d. W. Schäfer 6,00; Wittgensdorf d. Reinhard Gruner 7,15; Mülheim a. R. v. Wahlverein 16,37; Düsseldorf 2. Sendung d. Mackensy 3,00; Timmdorf v. J. Dose, J. Burmeister und Chr. Ehrich 3,50; Düsseldorf v. Schuhmachergewerk d. A. Mackensy 1,80.

H. Lensch, Holstenstr. 43 I.

Briefkasten

der Redaktion. Correspondent in Friedberg: Seien Sie unbesorgt, Ihr Name wird nicht genannt werden.

der Expedition. Heerhold in Ottensen: Die Annonce kam für die Mittwochs-Nummer zu spät. — Isaak L. in Königsberg i. Pr.: Ueber den Leipziger Hochverrathsprozeß giebt es nur die eine Schrift zu 3 M.

Quittung. Grbnstn Lindenau Schr. 23,03. Arbeiterverein Reudnitz Ann. 0,20. Bttl Mannheim Ann. 6,00. Frtn Paris Ab. 4,00. Rttmnr München Ab. 30,00, Schr. 13,84. A. Bstr London Ab. 4,00, Schr. 16,00. Wchtr Bludenz Ab. 7,52. Arb.-Bild.-Verein Massersdorf Ab. 3,17. N. Wsmr Anina Ab. 10,00. Brbm Gotha Ab. 9,00. Schlr Frohnau Schr. 4,80. Oppnhm Bremen Schr. 3,00. Krtzschmr Dortmund Schr. 9,70. Lhmnn Rendsburg 3,96. Hrmsdrf Gohlis Ab. 40,00. Lgs Hannover Ann. 1,00. Plnsk Dinglingen Ab. 1,00. Brnng Delitzsch Ab. 3,60. Mlr Mannheim Ab. 27,00. Kttl Apolda Ab. 50,00. Gtz Oelsnitz Schr. 4,20. Brng Nyborg Schr. 4,20. Bgntz Volkmarsdorf Schr. 4,50. Uhlmnn Crimmitschau Schr. 4,90. L. Königsberg Schr. 2,60. Trst Kleinzschocher Schr. 2,36. Mst Laibach Schr. 6,67. Brng Delitzsch Schr. 2,20.]

J. in Kirchhain N.-L.: Haben Sie das Schreiben vom 30. Dezember, sowie die Kreuzbandsendung vom 27. Februar erhalten. Auf Ersteres ist bis jetzt keine Antwort hier eingegangen. D. Hamburg.

Wahlfonds.

Vom Arbeiterverein Plagwitz 0,92.

Fonds für Gemaßregelte.

Von D. hier 3,00; von einem 48. und 49. Kämpfer in Mannheim 2,00.

Anzeigen 2c.

Altona. Sonnabend, den 24. März, Abends 8½ Uhr in Koppelmann's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. O. Reimer. [50

Frankfurt a. M. Den Lesern des „Vorwärts“, „Neue Welt“, „Rothe Fahne“, sowie aller sozialistischen Zeitungen zur Nachricht, das Abonnements zu jeder Tageszeit angenommen und pünktlich besorgt werden von 0,50] (3a) (F. 122) W. Knocke, Kl. Eschenheimerstr. 45.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 24. März, Abends 8½ Uhr, im Lokal des Hrn. Boge, Mittelstraße 11: (F. 161)

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Wichtige Vereinsangelegenheiten. [0,70

Der Vorstand.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 24. März, Abends 8 Uhr: Versammlung. Am Täubchenweg, Restauration von Jul. Menzel. Tagesordnung: Gewerkschaftliches. [0,50

NB. Montag, den 16. April: Generalversammlung bei Obigen.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 24. März, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstr.):

Allgemeine Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. [0,70

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Sellerhausen. Sonnabend, den 24. März, Abends 8½ Uhr, im Salon „Germania“:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Bestrebungen der Gegenwart in wirthschaftlicher, politischer und religiöser Beziehung. Referent Hermann Ramm aus Leipzig. Der Einberufer. [70

Ottensen. Freitag, den 23. März, Abends 8 Uhr, in Burmeister's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Aufhebung der hiesigen Volksschulen. Referent Herr Max Stöhr. F. Heerhold. [0,60

Osnabrück. Sonntag, den 25. März, Morgens 10½ Uhr, im Saale des Hrn. Kuhlmann, Altemünze 22: Oeffentliche Arbeiterversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. Verschiedenes. Referent Herr Kühn aus Osnabrück. [60

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht P. Krowiarz.

Den geehrten Abonnenten des „Vorwärts“ in Kleinzschocher zur Notiz, daß ich vom 1. April an Bestellungen auf den „Vorwärts“ übernehme. Franz Trost, Hauptstraße Nr. 10.

Abonnements-Einladung

pro 2. Quartal 1877.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20. In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage über 33,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Bei Postabonnements wolle man sich auf die Zeitungspreisliste 1875, Seite 64, Nr. 2577 berufen. — Heftlieferungen können bei der Post nicht bezogen werden. — Für Kreuzbandsendungen innerhalb des deutsch-österreichischen Postgebietes berechnen wir incl. Porto per Quartal 1 M. 60 Pf. Für Hefte oder Einzelnummern bitten wir bei Bestellung den Betrag in Briefmarken beizulegen.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam daß zur Einführung der „Neuen Welt“

„Illustrirte Prospekte“

gratis versandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.

Die Verbreitung der Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen als bestes Agitationsmittel bringend an's Herz gelegt.

Bei Bestellung ist die Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. Plakate zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und Sammellisten stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Die Parteipresse wird um Gratis-Abdruck dieser Annonce ersucht.

„Der arme Konrad“

Kalender für 1877

ist brochürt vergriffen.

Nur noch gebunden zu haben.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Bis spätestens Ende März a. c. müssen alle Rückstände auf

Schriften, Neue Welt- u. Vorwärts-Abonnements

regulirt sein, dafern nicht Einstellung weiterer Lieferungen erfolgen soll. Inventur und Bücherabschluß, sowie die Nothwendigkeit eigene Verpflichtungen rechtzeitig zu erfüllen, machen dieses Verfahren nothwendig. Severatmahnungen werden wir also nicht mehr erfolgen lassen.

Die Expedition des Vorwärts u. Genossenschaftsbuchdruckerei.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdr. Zeitl., 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 690 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bauditz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 36. Sonntag, 25. März. 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost das.; für **Thonberg** bei Besch, Hospitalstr. 39/II. dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. Grube, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Contra Stephan.

Dem Abgeordneten Liebknecht sind, anläßlich seiner in der Kantecki-Affaire gehaltenen Rede, aus Postbeamtenkreisen zahlreiche Zuschriften*) zugegangen, welche ein grelles Licht auf das Stephan'sche Musterregiment werfen. Eine derselben lassen wir nachstehend folgen:

Geehrter Herr!

In der Sitzung des Reichstages vom Dienstag den 13. d. M. hat der General-Postmeister Stephan bei dem Falle Kantecki gesagt, der Beamte, welcher das bekannte Cirkular der Ober-Postdirektion in Bromberg der Redaktion des „Kuryer Poznanski" in Abschrift mitgetheilt, habe sich einen Verrath an der Verwaltung, einen Eidbruch, einen Eingriff in die Justiz u. s. w. zu Schulden kommen lassen, in demselben Athem aber auch erklärt, der betr. Beamte könne auch aus jugendlichem Leichtsinne ohne Ueberlegung gehandelt haben.

Hierauf will ich mir erlauben, Ihnen, geehrter Herr, einiges mitzutheilen, was Herr Stephan gethan hat, und zwar nicht aus jugendlichem Leichtsinn, sondern mit Ueberlegung und Bewußtsein.

In dem Bericht über die Ergebnisse der Postverwaltung in den Jahren 1870 bis 1872 an den Kaiser, abgedruckt in Nr. 5 des „Deutschen Postarchivs" für 1875, einer Beilage des Postamtsblattes, nebenbei bemerkt öffentliche Blätter, keine Dienstgeheimnisse, sagt Herr Stephan am Schlusse der Seite 126 wörtlich folgendes:

„Die Uebergangsbestimmungen für die bei Erlaß des Reglements vorhandenen Beamten sind durchweg mit Schonung der bestehenden Verhältnisse getroffen worden."

Dieses angesichts der Thatsache, daß durch die bezeichneten Uebergangsbestimmungen, welche im Reichspostamtsblatt Nr. 1 pro 1871 abgedruckt sind, gegen Tausend Beamte um 3 bis 7 Jahre in ihrer Anciennität und ihrem Gehalte in Stillstand, und damit gegen ihre älteren und jüngeren Collegen, welche aus der gleichen Klasse hervorgegangen, zurückgesetzt, und zwar in der Weise, daß die älteren am meisten, die jüngeren am wenigsten betroffen sind.

Die Zurückgesetzten sind die damals vorhandenen noch nicht unkündbar angestellt gewesenen Post-Expedienten, welche zu Assistenten ohne Weiteres degradirt wurden. Hieraus mag auch erhellen, mit welcher Willkür verfahren werden kann, wenn der böse Wille vorhanden ist. Diese Zurücksetzung so vieler Beamten, welche nichts verschuldet hatten, war eine Compensation für Beförderung anderer Beamten, wofür damals Herr Stephan allgemein, auch im Reichstage, belobt wurde.

Durch die bezeichneten Uebergangsbestimmungen wurden die Anciennitäts- und Gehalts-Verhältnisse unter den betroffenen Beamten gänzlich verschoben, und zwar in der Art, daß vorzugsweise die jüngeren Beamten den älteren vorrückten. Im günstigsten Falle war es den älteren Expedienten nur möglich, den jüngeren gleich zu bleiben; in langen Stillstand wurden die älteren unbedingt versetzt.

Ferner heißt es auf Seite 127 Absatz 2 derselben Schrift:

„Die Eisenbahngelder wurden erhöht. (Wie allgemein!) Vom 1. November 1875 ab sind dieselben derart erhöht, daß z. B. Bahnpostschaffner anstatt früher, nur vor 1866, gegen 40, jetzt nur gegen 11 Mark monatlich erhalten, und zwar bei gleicher Leistung!"

Die Gehälter betr. will ich folgendes anführen:

Im Laufe des Jahres 1871 wurde eine Scala festgesetzt, womit den gerechten Anforderungen einigermaßen entsprochen wurde. Die Beamten konnten darnach berechnen, wie sie sich einzurichten hatten. Auch wurde dem Reichstage hiervon Mittheilung gemacht.

Diese Besserug dauerte aber nur für die Jahre 1872 bis 1874 Vom 1. Januar 1875 sind die Gehälter der Assistenten z. B. hinter diejenigen, welche vor 1866 gewährt wurden, zurückgeschraubt. Vor dieser Zeit erhielten diese Beamten, welche damals Expedienten genannt wurden, zwei Jahre nach Ablegung des Expedienten-Examens 350 Thlr. Gehalt und die erste, kündbare, Anstellung, nach ferneren zwei Jahren 400 Thlr. Gehalt und die zweite, unkündbare, Anstellung, und so weiter nach zwei Jahren 50 Thlr. mehr, bis der Satz von 550 Thlr. erreicht war. Jetzt erhalten diese Beamten, welche auf Grund desselben Reglements in den Postdienst getreten, denselben Anforderungen und mehr genügt, als die früheren Expedienten, auch selbst bereits Expedienten waren, seit 1871 aber Assistenten genannt werden, circa 4½ Jahre nach Ablegung des Examens, nach 9—10 Dienstjahren, die erste, kündbare Anstellung und 350 Thaler Gehalt! Auch erhalten dieselben, so viel berechnet werden kann, künftig nur von drei zu drei Jahren Zulage von je 50 Thlr.

Ueberhaupt weiß jetzt kein Beamter mehr, wann er Zulage oder Beförderung erhalten wird. Auch die unkündbare Anstellung blieb diesen Beamten bis jetzt entzogen, obgleich Beamte vorhanden sind, welche länger als 15 Jahre dienen, andere dagegen, und zwar aus derselben Klasse, bereits nach zehnjähriger Dienstzeit unkündbar angestellt sind. Erst jetzt, nach dem neuen Etat 1877—78 zu urtheilen, sollen diese Beamten auch feste Anstellung erhalten, doch werden nach ungefährer Berechnung bis dahin 10 bis 12 Jahre (nach Ablegung des Examens) vergehen, also etwa die dreifache Zeit als früher.

Hat nun Herr Stephan seinem Herrn und Kaiser die Wahrheit berichtet?

Es sind über diese Angelegenheiten viele Artikel in der in Berlin erscheinenden „Deutschen Post", sowie auch in anderen Blättern erschienen, welche Herrn Stephan bekannt geworden sein müssen; unzweifelhaft ist dies von denen des erstgenannten Blattes. Auch eine Deputation der Berliner Assistenten machte Herrn Stephan persönlich Vorstellungen. Diese sind aber schön angekommen; es ist denselben vergangen, ihren Versuch zu wiederholen. Diejenigen Berliner Assistenten, welche eine Petition an den Reichstag unterzeichneten, wurden nach allen Richtungen zerstreut. Im Interesse des Dienstes!

Nach dem erwähnten Berichte erhielt Herr Stephan das bekannte große Lob, welches in fast alle Zeitungen überging. Noch niemals ist seitens des Zehrstandes der Postverwaltung gegen den Nährstand derselben in solcher Weise verfahren worden. Doch das wird an der rechten Quelle nicht bekannt.

Daß unter solchen Verhältnissen alle Freudigkeit im Dienste verscheucht wird, ist natürlich. Woher soll die Lust dazu kommen, wenn den Beamten des Nährstandes an Gehalt und Anciennität gekürzt, dagegen das Gehalt Stephan's von 4500 auf 8000, das der beiden Direktoren von 3000 auf 5000 Thlr. erhöht wird? Dabei wird der Nährstand von dem Zehrstand so schroff und hart behandelt, wie nie vorher.

Von einigem, auch nur dem geringsten Gebundensein in den Anciennitäts- und Gehaltsverhältnissen bei der Postverwaltung ist gar keine Rede. Unter der Firma: „im Interesse des Dienstes" ist jede Willkür erlaubt, und wird seitens des Zehrstandes gegen den Nährstand in der ausgedehntesten Weise angewandt.

Ein Postbeamter und bitterer Feind Stephan's.

*) Avis für die Herren Stieber und Stephan: Die Originale sind bereits vernichtet; Haussuchung also verlorene Liebesmüh. Auch Zeugnißzwang nutzlos, da die Herren Correspondenten als gewiegte Praktikusse (erschrecken Sie nicht vor dem abscheulichen Fremdwort, Herr Generalpost- — nein eilfahrtbriefundpackbeiorderungsbetriebsmeister!) zu hohen Respekt vor der Heiligkeit der Bibel auf dem Altar hegen, als daß sie nicht die nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen hätten, um sich und uns die Annehmlichkeiten der Kanteckisirung zu ersparen.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

X.

Wir haben die Methode des Herrn Dühring schon mehrfach kennen gelernt. Sie besteht darin, jede Gruppe von Erkenntnißgegenständen in ihre angeblichen einfachsten Elemente zu zerlegen, auf diese Elemente ebenso einfache, angeblich selbstverständliche Axiome anzuwenden, und mit den so gewonnenen Resultaten weiter zu operiren. Auch eine Frage aus dem Bereich des gesellschaftlichen Lebens „ist an einzelnen einfachen Grundgestalten axiomatisch so zu entscheiden, als wenn es sich um einfache . . . Grundgestalten der Mathematik handelte." Und so soll die Anwendung der mathematischen Methode auf Geschichte, Moral und Recht uns auch hier mathematische Gewißheit verschaffen für die Wahrheit der erlangten Resultate, sie kennzeichnen als echte unwandelbare Wahrheiten.

Es ist dies nur eine andere Wendung der alten beliebten, ideologischen, sonst auch aprioristisch genannten Methode, die Eigenschaften eines Gegenstandes nicht aus dem Gegenstand selbst zu erkennen, sondern sie aus dem Begriff des Gegenstandes beweisend abzuleiten. Erst macht man sich aus dem Gegenstand den Begriff des Gegenstandes; dann dreht man den Spieß um, und mißt den Gegenstand an seinem Abbild, dem Begriff. Nicht der Begriff soll sich nun nach dem Gegenstand, der Gegenstand soll sich nach dem Begriff richten. Bei Herrn Dühring thun die einfachsten Elemente, die letzten Abstraktionen, zu denen er gelangen kann, Dienst für den Begriff, was an der Sache nichts ändert; diese einfachsten Elemente sind im besten Fall rein begrifflicher Natur. Die Wirklichkeitsphilosophie erweist sich also auch hier als pure Ideologie, Ableitung der Wirklichkeit nicht aus sich selbst, sondern aus der Vorstellung.

Wenn nun ein solcher Ideolog die Moral und das Recht statt aus den wirklichen gesellschaftlichen Verhältnissen der ihn umgebenden Menschen, aus dem Begriff oder den sogenannten einfachsten Elementen „der Gesellschaft" herauskonstruirt, welches Material liegt dann vor für diesen Aufbau? Offenbar zweierlei: erstens der dürftige Rest von wirklichem Inhalt, der noch in jenen zu Grunde gelegten Abstraktionen möglicher Weise vorhanden ist, und zweitens der Inhalt, den unser Ideolog aus seinem eigenen Bewußtsein wieder hineinträgt. Und was findet er vor in seinem Bewußtsein? Größtentheils moralische und rechtliche Anschauungen, die ein mehr oder weniger entsprechender Ausdruck — positiv oder negativ, bestätigend oder bekämpfend — der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sind, unter denen er lebt; ferner vielleicht Vorstellungen, die der einschlägigen Literatur entlehnt sind; endlich möglicher Weise noch persönliche Schrullen. Unser Ideolog mag sich drehen und wenden, wie er will, die historische Realität, die er zur Thür hinausgeworfen, kommt zum Fenster wieder herein, und während er glaubt eine Sitten- und Rechtslehre für alle Welten und Zeiten zu entwerfen, verfertigt er in der That ein verzerrtes, weil von seinem wirklichen Boden losgerissenes, wie im Hohlspiegel auf den Kopf gestelltes Konterfei der konservativen oder revolutionären Strömungen seiner Zeit.

Herr Dühring zerlegt also die Gesellschaft in ihre einfachsten Elemente, und findet dabei, daß die einfachste Gesellschaft mindestens aus zwei Menschen besteht. Mit diesen zwei Menschen wird nun axiomatisch operirt. Und da bietet sich ungezwungen das moralische Grundaxiom dar: „Zwei menschliche Willen sind als solche einander völlig gleich, und der eine kann dem andern zunächst positiv gar nichts zumuthen." Hiermit ist „die Grundform der moralischen Gerechtigkeit gekennzeichnet"; und ebenfalls die der juristischen, denn „zur Entwicklung der prinzipiellen Rechtsbegriffe bedürfen wir nur das gänzlich einfache und elementare Verhältniß von zwei Menschen."

Daß zwei Menschen oder zwei menschliche Willen als solche einander völlig gleich sind, ist nicht nur kein Axiom, sondern sogar eine starke Uebertreibung. Zwei Menschen können zunächst, selbst als solche, ungleich sein nach dem Geschlecht, und diese einfache Thatsache führt uns sofort darauf, daß die einfachsten Elemente der Gesellschaft — wenn wir für einen Augenblick auf die Kinderei eingehen — nicht zwei Männer sind, sondern ein Männlein und ein Weiblein, die eine Familie stiften, die einfachste und erste Form der Vergesellschaftung behufs der Produktion. Aber dies kann Herrn Dühring keineswegs conveniren. Denn einerseits müssen die beiden Gesellschaftsstifter möglichst gleich gemacht werden, und zweitens brächte es selbst Herr Dühring nicht fertig, aus der Urfamilie die moralische und rechtliche Gleichstellung von Mann und Weib herauszukonstruiren. Also von zwei Dingen eins: Entweder ist das Dühring'sche Gesellschaftsmolekül, aus dessen Vervielfachung sich die ganze Gesellschaft aufbauen soll, von vornherein auf den Untergang angelegt, da die beiden Männer unter sich nie ein Kind zu Stande bringen, oder aber wir müssen sie uns als zwei Familienhäupter vorstellen. Und in diesem Fall ist das ganze einfache Grundschema in sein Gegentheil verkehrt: statt der Gleichheit der Menschen beweist es höchstens die Gleichheit der Familienhäupter, und da die Weiber nicht gefragt werden, außerdem noch die Unterordnung der Weiber.

Wir haben hier dem Leser die unangenehme Mittheilung zu machen, daß er von nun an auf geraume Zeit diese beiden famosen Männer nicht wieder los werden wird. Sie spielen auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Verhältnisse eine ähnliche Rolle, wie bisher die Bewohner anderer Weltkörper, mit denen wir jetzt hoffentlich fertig sind. Giebt es eine Frage der Oekonomie, der Politik u. s. w. zu lösen, flugs marschiren die beiden Männer auf und machen die Sache im Nu „axiomatisch" ab. Ausgezeichnete, schöpferische, systemschaffende Entdeckung unseres Wirklichkeitsphilosophen! Aber leider, wenn wir der Wahrheit die Ehre geben wollen, hat er die beiden Männer nicht entdeckt. Sie sind dem ganzen 18. Jahrhundert gemein. Sie kommen schon vor in Rousseau's Abhandlung über die Ungleichheit 1754, wo sie beiläufig das Gegentheil von den Dühring'schen Behauptungen axiomatisch beweisen. Sie spielen eine Hauptrolle bei den politischen Oekonomen von Adam Smith bis Ricardo; aber hier sind sie wenigstens darin ungleich, daß sie Jeder ein verschiedenes Geschäft betreiben — meist der Jäger und der Fischer — und ihre Produkte gegenseitig austauschen. Auch dienen sie im ganzen 18. Jahrhundert hauptsächlich als bloßes erläuterndes Beispiel, und Herrn Dühring's Originalität besteht nur darin, daß er diese Beispielsmethode zur Grundmethode aller Gesell-

schaftswissenschaft und zum Maßstab aller geschichtlichen Bildungen erhebt. Leichter kann man sich die „strengwissenschaftliche Auffassung von Dingen und Menschen" allerdings nicht machen.

Um das Grundaxiom fertig zu bringen, daß zwei Menschen und ihre Willen einander völlig gleich sind und Keiner dem Andern etwas zu befehlen hat, — dazu können wir noch keineswegs jede beliebigen zwei Männer gebrauchen. Es müssen zwei Menschen sein, die so sehr von aller Wirklichkeit, von allen auf der Erde vorkommenden nationalen, ökonomischen, politischen, religiösen Verhältnissen, von allen geschlechtlichen und persönlichen Eigenthümlichkeiten befreit sind, daß von dem Einen wie von dem Andern Nichts übrig bleibt als der bloße Begriff: Mensch, und dann sind sie allerdings „völlig gleich". Sie sind also zwei vollständige Gespenster, beschworen von demselben Herrn Dühring, der überall „spiritistische" Regungen wittert und denunzirt. Diese beiden Gespenster müssen natürlich alles thun, was ihr Beschwörer von ihnen verlangt, und eben deßhalb sind ihre sämmtlichen Kunstproduktionen von der höchsten Gleichgültigkeit für die übrige Welt.

Doch verfolgen wir Herrn Dühring's Axiomatik etwas weiter. Die beiden Willen können der eine dem andern gar nichts positiv zumuthen. Thut der Eine dies dennoch und setzt seine Zumuthung mit Gewalt durch, so entsteht ein ungerechter Zustand, und an diesem Grundschema erklärt Herr Dühring die Ungerechtigkeit, die Vergewaltigung, die Knechtschaft, kurz die ganze bisherige verwerfliche Geschichte. Nun hat schon Rousseau, in der oben angeführten Schrift, grade vermittelst der beiden Männer das Gegentheil ebenso axiomatisch nachgewiesen, nämlich daß von Zweien A den B nicht durch Gewalt knechten kann, sondern nur dadurch, daß er den B in eine Lage versetzt, worin dieser den A nicht entbehren kann; was für Herrn Dühring allerdings eine schon viel zu materialistische Auffassung ist. Fassen wir also dieselbe Sache etwas anders. Zwei Schiffbrüchige sind auf einer Insel allein und bilden eine Gesellschaft. Ihre Willen sind formell völlig gleich und dies ist von Beiden anerkannt. Aber materiell besteht eine große Ungleichheit. A ist entschlossen und energisch, B unentschieden, träg und schlapp; A ist aufgeweckt, B ist dumm. Wie lange dauert's, so nöthigt A seinen Willen dem B erst durch Ueberredung, nachher gewohnheitsmäßig, aber immer unter der Form der Freiwilligkeit, regelmäßig auf? Ob die Form der Freiwilligkeit gewahrt oder mit Füßen getreten wird, Knechtschaft bleibt Knechtschaft. Freiwilliger Eintritt in die Knechtschaft geht durchs ganze Mittelalter, in Deutschland bis nach dem 30jährigen Krieg. Als in Preußen nach den Niederlagen von 1806 und 7 die Hörigkeit abgeschafft wurde und mit ihr die Verpflichtung der gnädigen Herren, für ihre Unterthanen in Noth, Krankheit und Alter zu sorgen, da petitionirten die Bauern an den König, man möge sie doch in der Knechtschaft lassen — wer solle sonst im Elend für sie sorgen? Es ist also das Schema der zwei Männer auf die Ungleichheit und Knechtschaft ebenso sehr „angelegt" wie auf die Gleichheit und den gegenseitigen Beistand; und da wir sie, bei Strafe des Aussterbens, als Familienhäupter annehmen müssen, so ist auch schon die erbliche Knechtschaft darin vorgesehn.

Lassen wir indeß alles das für einen Augenblick auf sich beruhn. Nehmen wir an, Herrn Dührings Axiomatik habe uns überzeugt, und wir schwärmten für die völlige Gleichberechtigung der beiden Willen, für die „allgemein menschliche Souverainetät", für die „Souverainetät des Individuums" — wahre Prachtkolosse von Worten, gegen die Stirner's „Einziger" mit seinem Eigenthum ein Stümper bleibt, obwohl auch er sein bescheidnes Theil daran beanspruchen dürfte. Also wir sind jetzt Alle völlig gleich und unabhängig. Alle? Nein, doch nicht Alle. Es gibt auch „zulässige Abhängigkeiten", aber diese erklären sich „aus Gründen, die nicht in der Bethätigung der beiden Willen als solcher, sondern in einem dritten Gebiet, also z. B. Kindern gegenüber, in der Unzulänglichkeit ihrer Selbstbestimmung zu suchen sind."

In der That! Die Gründe der Abhängigkeit sind nicht in der Bethätigung der beiden Willen als solcher zu suchen! Natürlich nicht, denn die Bethätigung des einen Willens wird ja grade verhindert! Sondern in einem dritten Gebiet! Und was ist dies dritte Gebiet? Die konkrete Bestimmtheit des einen unterdrückten Willens als eines unzulänglichen! Soweit hat sich unser Wirklichkeitsphilosoph von der Wirklichkeit entfernt, daß ihm, gegenüber der abstrakten und inhaltslosen Redensart: Wille, der wirkliche Inhalt, die charakteristische Bestimmtheit dieses Willens schon als ein „drittes Gebiet" gilt! Wie dem aber auch sei, wir müssen konstatiren, daß die Gleichberechtigung ihre Ausnahme hat. Sie gilt nicht für einen Willen, der mit der Unzulänglichkeit der Selbstbestimmung behaftet ist. Rückzug Nr. 1.

Weiter. „Wo die Bestie und der Mensch in einer Person gemischt sind, da kann man im Namen einer zweiten, völlig menschlichen Person fragen, ob deren Handlungsweise dieselbe sein dürfe, als wenn sich sozusagen nur menschliche Personen gegenüberstehn ... es ist daher unsre Voraussetzung von zwei moralisch ungleichen Personen, deren eine an dem eigentlichen Bestiencharakter in irgend einem Sinne Theil hat, die typische Grundgestalt für alle Verhältnisse, welche diesem Unterschiede gemäß in und zwischen den Menschengruppen ... vorkommen können." Und nun möge der Leser selbst die sich an diese verlegenen Ausflüchte anschließende Jammerdiatribe nachsehn, in der Herr Dühring sich dreht und windet, wie ein Jesuitenpfaff, um kasuistisch festzustellen, wie weit der menschliche Mensch gegen den bestialischen Menschen einschreiten, wie weit er Mißtrauen, Kriegslist, scharfe, ja terroristische, ingleichen Täuschungsmittel gegen ihn anwenden dürfe, ohne selbst der unwandelbaren Moral etwas zu vergeben.

Also auch wenn zwei Personen „moralisch ungleich" sind, hört die Gleichheit auf. Dann war es aber gar nicht der Mühe werth, die beiden sich völlig gleichen Mäuner heraufzubeschwören, denn es gibt gar keine zwei Personen, die moralisch völlig gleich sind. — Die Ungleichheit soll aber darin bestehn, daß die eine eine menschliche Person ist und die andre ein Stück Bestie in sich trägt. Nun liegt es aber schon in der Abstammung des Menschen aus dem Thierreich, daß der Mensch die Bestie nie völlig los wird, sodaß es sich also immer nur um ein Mehr oder Minder, um einen Unterschied des Grades der Bestialität resp. Menschlichkeit handeln kann. Eine Eintheilung der Menschen in zwei scharf geschiedene Gruppen, in menschliche und Bestienmenschen, in Gute und Böse, Schafe und Böcke, kennt außer der Wirklichkeitsphilosophie nur noch — das Christenthum, das ganz konsequent auch seinen Weltrichter hat, der die Scheidung vollzieht. Wer soll aber Weltrichter sein in der Wirklichkeitsphilosophie? Es wird wohl hergehn müssen wie in der christlichen Praxis, wo die frommen Schäflein das Amt des Weltrichters gegen ihre weltlichen Bocks-Nächsten selbst, und mit bekanntem Erfolg, übernehmen. Die Sekte der Wirklichkeitsphilosophen, wenn sie je zu Stande kommt, wird in dieser Beziehung den Stillen im Lande sicher nichts nachgeben. Das kann uns indeß gleichgültig sein; was uns interessirt, ist das Eingeständniß, daß, in Folge der moralischen Ungleichheit zwischen den Menschen, es mit der Gleichheit wieder Nichts ist. Rückzug Nr. 2.

Abermals weiter. „Handelte der Eine nach Wahrheit und Wissenschaft, der Andre aber nach irgend einem Aberglauben oder Vorurtheil, so ... müssen in der Regel gegenseitige Störungen eintreten ... Bei einem gewissen Grad von Unfähigkeit, Roheit, oder böser Charaktertendenz wird in allen Fällen ein Zusammenstoß erfolgen müssen ... Es sind nicht blos Kinder und Wahnsinnige, denen gegenüber die Gewalt das letzte Mittel ist. Die Artung ganzer Naturgruppen und Kulturklassen von Menschen kann die Unterwerfung ihres durch seine Verkehrtheit feindlichen Wollens im Sinne der Zurückführung desselben auf die gemeinschaftlichen Bindemittel zur unausweichlichen Nothwendigkeit machen. Der fremde Wille wird auch hier noch als gleichberechtigt erachtet; aber durch die Verkehrtheit seiner verletzenden und feindlichen Bethätigung hat er eine Ausgleichung herausgefordert, und wenn er Gewalt erleidet, so erntet er nur die Rückwirkung seiner eignen Ungerechtigkeit."

Also nicht nur moralische, sondern auch geistige Ungleichheit reicht hin, um die „völlige Gleichheit" der beiden Willen zu beseitigen, und eine Moral herzustellen, nach der alle Schandthaten civilisirter Raubstaaten gegen zurückgebliebene Völker, bis herab zu den Scheußlichkeiten der Russen in Turkestan, sich rechtfertigen lassen. Als General Kaufmann im Sommer 1873 den Tatarenstamm der Jomuden überfallen, ihre Zelte verbrennen, ihre Weiber und Kinder „auf gut kaukasisch", wie der Befehl lautete, niedermetzeln ließ, behauptete er auch, die Unterwerfung des durch seine Verkehrtheit feindlichen Wollens der Jomuden, im Sinne der Zurückführung desselben auf die gemeinschaftlichen Bindemittel, sei zur unausweichlichen Nothwendigkeit geworden, und die von ihm angewandten Mittel seien die zweckmäßigsten; wer aber den Zweck wolle, müsse auch die Mittel wollen. Nur war er nicht so grausam, die Jomuden noch obendrein zu verhöhnen und zu sagen, dadurch, daß er sie zur Ausgleichung massakrire, achte er ihren Willen grade als gleichberechtigt. Und wieder sind es in diesem Konflikt die Auserwählten, die angeblich nach Wahrheit und Wissenschaft Handelnden, also in letzter Instanz die Wirklichkeitsphilosophen, die zu entscheiden haben, was Aberglauben, Vorurtheil, Roheit, böse Charaktertendenz, und wann Gewalt und Unterwerfung zur Ausgleichung nöthig sind. Die Gleichheit ist also jetzt — die Ausgleichung durch die Gewalt, und der zweite Wille wird vom ersten als gleichberechtigt anerkannt durch Unterwerfung. Rückzug Nr. 3, der hier schon in schimpfliche Flucht ausartet.

Beiläufig ist die Phrase, der fremde Wille werde grade in der Ausgleichung durch Gewalt als gleichberechtigt erachtet, nur eine Verdrehung der Hegelschen Theorie, wonach die Strafe das Recht des Verbrechers ist; „daß die Strafe als sein eignes Recht enthaltend angesehn wird, darin wird der Verbrecher als Vernünftiges geehrt." (Rechtsphil. § 100, Anmerk.)

Hiermit können wir abbrechen. Es wird überflüssig sein, Hrn. Dühring in die stückweise Zerstörung seiner so axiomatisch aufgestellten Gleichheit, allgemein menschlichen Souveraineität u. s. w. noch weiter zu folgen; zu beobachten, wie er zwar die Gesellschaft mit zwei Männern fertig bringt, aber um den Staat herzustellen, noch einen Dritten braucht, weil — um die Sache kurz zu fassen — ohne diesen Dritten keine Majoritätsbeschlüsse gefaßt werden können, und ohne solche, also auch ohne Herrschaft der Majorität über die Minorität, kein Staat bestehn kann; und wie er dann allmählig in das ruhigere Fahrwasser der Konstruktion seines sozialitären Zukunftsstaats einlenkt, wo wir ihn eines schönen Morgens aufzusuchen die Ehre haben werden. Wir haben hinlänglich gesehn, daß die völlige Gleichheit der beiden Willen nur solange besteht, als diese beiden Willen nichts wollen; daß, sobald sie aufhören, menschliche Willen als solche zu sein, und sich in wirkliche, individuelle Willen, in die Willen von zwei wirklichen Menschen verwandeln, die Gleichheit aufhört; daß Kindheit, Wahnsinn, sogenannte Bestienhaftigkeit, angeblicher Aberglaube, behauptetes Vorurtheil, vermuthete Unfähigkeit auf der einen, und eingebildete Menschlichkeit, Einsicht in die Wahrheit und Wissenschaft auf der andern Seite, daß also jede Differenz in der Qualität der beiden Willen und in derjenigen der sie begleitenden Intelligenz eine Ungleichheit rechtfertigt, die sich bis zur Unterwerfung steigern kann; was verlangen wir noch mehr, nachdem Herr Dühring sein eignes Gleichheitsgebäude so wurzelhaft von Grund aus zertrümmert hat?

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Frage, wo der Reichsgerichtshof seinen Sitz haben solle, in Berlin oder Leipzig, beschäftigte den Reichstag in dieser Woche. Gegen die Stimmen der preußischen Regierung entschied bekanntlich der Bundesrath für Leipzig, aber der preußische Partikularismus gab sich noch nicht für geschlagen und bot Alles auf, um durch den Reichstag das Votum des Bundesraths umzustoßen. Unter normalen Verhältnissen wäre dies allerdings ein höchst überflüssiges Bemühen gewesen, denn man weiß ja, mit welcher Seelenruhe der Bundesrath Beschlüsse des Reichstags in den Papierkorb zu werfen pflegt. Aber in diesem Fall, wo die preußische Regierung auf Seiten des Reichstags gestanden hätte, wäre die Sache doch etwas anders gewesen. Da die Mehrheit der Reichstagsmitglieder notorisch für Leipzig war, so ging das Streben der preußischen Partikularisten zunächst dahin, die betreffenden Debatten bis hinter die Osterferien hinauszuschieben. Kommt Zeit, kommt Rath. In den Ferien konnte man dann den bekannten Beeinflussungs-Apparat spielen lassen. Diesem Plan entsprechend wurde die Vorlage des Bundesraths am vorigen Montag zwar — was anstandshalber sich nicht vermeiden ließ — auf die Tagesordnung gesetzt, aber nicht gleich zu erster und zweiter Lesung, wie das parlamentarischer Brauch ist, sondern nur zu erster Lesung. So wurden zwei Tage gewonnen.

Als Präsident v. Forckenbeck dann Dienstag ankündigte, er wolle die zweite Lesung am Mittwoch vornehmen lassen, erhoben

Ein Bild aus der heutigen Gesellschaft.

Am 29. Dezember v. J. standen vor dem Einzelrichter des Stadtgerichts München links der Isar der Photograph Hermann Mathaus und dessen Ehefrau unter Anklage wegen grober Vernachlässigung ihrer Kinder. Das Urtheil lautete damals gegen die Mutter der Kinder, Frau Wilhelmine Mathaus, auf 8 Wochen Gefängnißstrafe, gegen den minderschuldigen Vater Hermann Mathaus auf 40 Tage Gefängniß.

Gegen dieses Urtheil ergriff sowohl der k. Staatsanwaltschaftsvertreter als das Elternpaar die Berufung. Ersterer glaubte aus dem Ergebnisse der Verhandlung einen Mordversuch folgern zu sollen, dessen Aburtheilung nur dem Schwurgerichte zustehe; die verurtheilten Eltern befanden die ihnen auferlegte Strafe für zu hoch.

In Folge dieser beiderseitigen Berufung gelangte die Sache kürzlich am kgl. Bezirksgerichte München l. d. J. zur zweitinstanziellen Verhandlung. Der Andrang des Publikums hiezu war ein so großer, daß sogleich nach Eröffnung der Verhandlung die Thüren des bereits überfüllten Saales abgeschlossen werden mußten.

Das Elternpaar ist selbst erschienen. Herr Mathaus nimmt im Zwicker, Frack und Glacehandschuhen an der linken Seite seiner in eine blaue Mantille gekleideten Gemahlin auf der Anklagebank Platz.

Herr Mathaus giebt zunächst an, daß er aus Neustadt a. Hardt gebürtig, seit 1862 verheirathet, Vater von 7 lebenden Kindern und Besitzer des Hauses Nr. 1 an der Schwanthalerstraße sei, dessen Werth er auf 24,000 Gulden anschlägt. Seine Ehefrau Wilhelmine, geb. Schmidt, Rendantenstochter aus Wassertrüdingen, fügt bei, daß 4 Kinder sich im elternlichen Hause und 3 Kinder in auswärtiger Pflege befinden; 5 Kinder sind bereits gestorben.

Aus der Verlesung der Vorakten, welche die bereits früher berichteten Thatsachen in's Gedächtniß zurückruft, ergiebt sich, daß das Elternpaar bereits im Jahre 1874 wegen Vernachlässigung ihrer Kinder mit je 8 Thaler Geldbuße belegt worden ist. Als dann in Folge einer unterm 26. Juli v. J. erneut eingelaufenen anonymen Denunziation die k. Polizeidirektion die Behandlung der beiden jüngsten Kinder Otto und Frieda zum Gegenstand eingehender Untersuchungen und eines Antrags auf Strafeinschreitung gemacht hatte, erklärte sich das Bezirksgericht für incompetent, weil hier kein Mordversuch, sondern lediglich eine grobe und empörende Vernachlässigung der Kinder nachweisbar sei.

Die Verlesung der Vorakten nahm mehr als eine Stunde in Anspruch; das Publikum brach dabei oftmals in Ausrufe des Erstaunens und der Entrüstung über die einzelnen Vorkommnisse aus.

Aus dem Zeugenverhör mögen nur die gravirendsten Aussagen hier einen Platz finden: Walburga Schmidt, Schienenputzerin der Pferdebahn: Ich habe im Jahre 1874, als Herr Mathaus noch in der Hildegardstraße wohnte, etwa 3 Wochen in seinem Hause gewaschen. Die Mathaus'schen Eheleute gingen damals auf 3 oder 4 Tage auf's Land und übergaben mir den Otto und die Frieda einstweilen in Pflege. Frau Mathaus gab mir 29 Kreuzer und sagte: „Das muß ausreichen, sonst müssen Sie daraufzahlen." Der Volkssänger Huber sah nun in meinem Hause die Kinder und, da sie sehr zerschlagen waren, machte er Anzeige. Ich wurde dann zum Gerichtsarzt mit den Kindern geführt. Die Frieda sagte dann: „Liebe gute Wally, gelten's, ich darf schon bei Ihnen bleiben und nicht mehr heim zu Mama?"

Therese Frey, drei Monate hindurch Köchin bei Mathaus: Die Frau kam in der Frühe schon um halb 5 Uhr in die Kammer neben der Küche, wo Otto und Frieda schlafen mußten, und setzte diese in ein Schaff mit kaltem Wasser, daß ich vom Brunnen heraufholte. Wenn das Bad in der Frühe vorüber war, mußten die Kleinen nackt bleiben, bis sie an der kalten Luft getrocknet waren. Sie trugen ohnehin meistens unter dem Röckchen kein Hemd. Von einem Frühstück habe ich nichts gesehen; die Frau sprach wohl von Milch, aber gesehen habe ich keine. Vormittags mußten Otto und Frieda ganz allein und ohne alles Spielzeug in der leeren, kalten Kammer bleiben; Mittags wurden sie zur Herrschaft zum Essen geholt; sie bekamen nur etwas Suppe und hie und da Gemüse, niemals aber Fleisch. Otto und Frieda jammerten oft vor Hunger: „Theres, ich kann's nimmer aushalten!" Sobald sie ein Brodbröschen am Boden liegen sahen, fuhren sie darauf los und stritten sich darum; die ältere Schwester Eugenie nahm einmal dem Otto eine erhaschte Brodkrume ab und bemerkte: „Die brauchen nichts, sie haben erst gestern etwas gehabt!" Ich habe ihnen ein Loch in den Rock gemacht, wohin ich ihnen heimlich Fleischabschnitte und mein Abendbrod zusteckte. Frau Mathaus schlug, namentlich wenn ihr Mann nicht daheim war, den Otto und die Frieda fast alle Tage mit der Hundspeitsche blutig. Dem Otto bog sie einmal die Schultern so zurück, daß ich sagte: „Aber Sie brechen ihm ja das Kreuz!" „Das ist ja geturnt!" erwiderte darauf die Frau und bemerkte noch: „Sehen's, Theres, hat er nicht die reinsten Todtenaugen? Gelt, Otto, im Frühjahre gehst Du heim!" Und der Knabe antwortete traurig: „Ja, Mama, im Frühjahre geh' ich heim!" Die Mutter stieß den Knaben mit den Worten: „Geh' naus!" öfters so zur Thüre hinaus, daß er mehrmals mit dem Kopfe an den Boden hintaumelte. „Frieda," sagte sie ferner zum Mädchen, „halt' den Kopf g'rad!" Und wenn Frieda den Kopf gerade hielt, schlug sie dieselbe unbarmherzig mit der Hundspeitsche durch, daß das Blut herablief.

Polizeioffiziant Walch: Ich wurde durch einen anonymen Brief auf die schlechte Behandlung der Mathaus'schen Kinder aufmerksam gemacht und ging der Sache nach. Als ich in's Haus kam, lagen die zwei Kleinen am Boden in der leeren Kammer und zogen sich sofort furchtsam und scheu in eine Ecke zurück. Die Kinder sahen ungeheuer schmutzig und vernachlässigt aus. Frau Mathaus empfing mich sehr ungnädig und meinte: „Die Polizei hätte etwas Besseres zu thun, als sich um meine Kinder zu bekümmern!"

Karoline Geiger, Gürtlersfrau in Biberkorn: Ich habe sechs eigene und fünf Kostkinder; von Frau Mathaus habe ich drei gehabt. Frau Mathaus redete mich einmal am Bahnhofe an und sagte, sie werde im September entbinden, ob ich das Kind nicht in Pflege nehmen wolle? Ich sagte ja und erhielt dann den Gustav in Pflege, der schon drei Jahre bei mir ist. Wenn ich fragte, ob ich ihn einmal hereinbringen solle, sagte sie: „Lassen Sie ihn nur draußen, ich komme einmal unverhofft!" Sie ist aber nie gekommen. Wäsche hat sie mir erst geschickt, als milde Gaben für die Kinder kamen und die Polizei darauf drang. Bei andern Kindern schafften die gnädigen Fräulein (!!), die mir ihre Kinder anvertrauten, die nothwendigen Sachen her. Frau Mathaus ließ aber die Kopfbedeckung des Otto und der Frieda wieder zurückholen, so daß sie keine Hauben hatten. Als die Kinder ankamen, sind sie ganz lustig gewesen und wie der Tausend gesprungen.

Da die letztere Zeugin sich bemühte, ihre Aussage sehr zu Gunsten der Mathaus'schen Eheleute abzugeben, wurde sie vom k. Staatsanwalt Herrn Schnarz etwas schärfer in's Gebet genommen und auf mehreren Widersprüchen ertappt. Unter Anderm war sie durchaus nicht zu der Angabe darüber zu bewegen, wieviel Kostkinder ihr schon weggestorben seien; sie ließ sich nur soweit herbei, zu sagen: „Beiläufig a paar!"

Die Verhandlung wurde hier ausgesetzt. Das im hohen Grade entrüstete Publikum sammelte sich draußen im Gange an, um das Elternpaar mit Verwünschungen zu empfangen; da man jedoch Schlimmeres verhüten wollte, erlaubte der Herr Senatsvorsitzende, daß Herr Mathaus und dessen Frau noch im Saale verweilen durften, bis das Publikum durch die Gensdarmerie zerstreut war.

die preußischen Partikularisten. Widerspruch, der ihnen jedoch nichts nützte. Die Majorität stimmte für den Vorschlag des Präsidenten, und damit war eigentlich die Schlacht schon entschieden. In der Mittwochssitzung ergab die namentliche Abstimmung 213 für Leipzig, 142 gegen Leipzig und für Berlin. Die Sozialdemokraten stimmten für Leipzig, für welches Genosse Demmler, Vertreter des Leipziger Landkreises, in der Montagssitzung gesprochen hatte. Am Sonnabend, 24. d., findet die dritte, endgültige Lesung und Abstimmung statt. Wie viele der Herren Reichsboten an der Klippe der dritten Lesung verunglücken werden? Wir wagen keine Vermuthung. Es giebt nichts Unberechenbareres als die Gesinnungslosigkeit

— Unmittelbar nach Wiederzusammentritt des Reichstags werden die verschiedenen Vorschläge zur Abänderung der Gewerbeordnung, darunter auch der seitens der sozialistischen Abgeordneten ausgearbeitete Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes zur Debatte kommen.

— Von nationalliberaler Seite — so berichten Blätter dieser Richtung — namentlich von ehemaligen Mitgliedern der Justizcommission, wird aus Anlaß des Falles Kantecki folgender Gesetzentwurf vorbereitet:

„Gesetz betreffend die Anordnung einer Haft zur Erzwingung des Zeugnisses. § 1. Auf alle Strafsachen, welche nach den Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 vor die ordentlichen Gerichte gehören, finden die Bestimmungen der Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 über die Dauer der zur Erzwingung des Zeugnisses zulässigen Haft (§ 69) Anwendung. § 2. Dieselben Bestimmungen finden auf das Disciplinarverfahren wegen Dienstvergehen der Reichsbeamten mit der Maßgabe Anwendung, daß die Haft nicht über die Dauer von sechs Wochen hinaus angeordnet werden kann. Wenn jedoch eine vorsätzliche Verletzung der Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 11 des Gesetzes betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten vom 31. März 1873) in Frage steht, können die Disciplinarkammern und der Disciplinarhof eine längere Haft anordnen, jedoch nicht über die Dauer von sechs Monaten hinaus."

Sie kommen zwar etwas spät, die Herren Nationalliberalen, aber sie kommen doch. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß sie kommen, denn bereits pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß nur die kraft- und saftlose Haltung der nationalliberalen „Volksvertreter" die preußische Regierung in ihrem dem Gesetze nicht entsprechenden Verhalten ermuthigte. Uebrigens verlautet, daß der Oberpostdirektor von Bromberg, auf dessen Betreiben Kantecki gefangen gesetzt wurde, Urlaub auf längere Zeit erhalten habe. Man scheint also einlenken zu wollen.

— Die parlamentarische „Jungfernrede" unseres Parteigenossen Aug. Kapell wirbelt allerlei Staub auf. Der Magistrat der Stadt Neurode veröffentlicht gegenüber den Angaben Kapell's bezüglich des Hungertyphus in seinem Wahlkreise folgende Erklärung: „Gegenüber der Darstellung des Reichstagsabgeordneten Kapell in seiner parlamentarischen Antrittsrede theilen wir hierdurch mit, daß nach ärztlicher Auskunft und anderweitiger Ermittelung 1) seit wenigstens drei Monaten in hiesiger Gegend kein Fall von Hungertyphus, geschweige denn in Neuroda selbst allein 115 Sterbefälle durch denselben vorgekommen sind; 2) die Zahl der sonstigen Typhusfälle in der Stadt und in der Gegend überhaupt die Durchschnittszahl der Jahreszeit und der Gebirgskreise nicht übersteigt und 3) auch die Sterblichkeit weder bei Typhuskranken noch überhaupt in Neurode und Umgegend eine außergewöhnliche ist."

Gleichzeitig schreiben die katholischen Zeitungen: „In der Sitzung des Reichstags vom 12. März behauptete der im Wahlkreis Reichenbach-Neurode gewählte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kapell, „daß in seinem Wahlkreise fast alles ultramontaner Richtung sei und trotzdem sozialdemokratisch gewählt habe. Also mit der Religion, wie der Abg. Reichensperger meine, sei gegen den Sozialismus gar nichts auszurichten." Dem gegenüber ist Folgendes zu constatiren. Der Kreis Reichenbach ist zu sieben Achtel protestantisch, der Kreis Neurode zu neun Zehntel katholisch. Kapell hat seine Stimmen den Protestanten des Kreises Reichenbach zu verdanken, die Katholiken des Kreises Neurode, selbst die Weber in Volpersdorf, Kunzendorf, Ludwigsdorf, Schlegel, Königswalde haben mit geringen Ausnahmen ihre Stimmen dem Candidaten der Centrums-Fraktion, dem Fabrikanten Franz in Bielau, gegeben; nur das liberal angefressene Wünschelburg und die Protestanten und „Gebildeten" der Stadt Neurode haben Kapellianisch gewählt. Ebenso haben die Katholiken im Reichenbacher Kreise, auch die katholischen Fabrikarbeiter in Langenbielau und Peterswaldau, ihre Stimmen auf Herrn Franz vereinigt."

Kapell wird die Antwort auf diese Entgegnungen, denen man arges Mißvergnügen an der Nase ansieht, nicht schuldig bleiben. In Bezug auf den ersten Punkt können wir schon jetzt constatiren, daß Kapell nicht von der Stadt, sondern von dem Kreis Neurode gesprochen, und daß er nicht gesagt hat, es seien so und so viele Fälle von Hungertyphus dort vorgekommen, sondern er habe erfahren, daß sie vorgekommen seien. Die ihm zugegangene Nachricht war auch dem Inhalt nach ganz richtig, nur war der Ort falsch angegeben: einer amtlichen Verfügung der Regierung in Oppeln zufolge waren in den Kreisen Beuthen, Pleß und Kattowitz bereits Mitte November 1555 Hungertyphusfälle angemeldet, von denen 151 mit tödtlichem Ausgang endeten. Daß die Epidemie seitdem an Ausdehnung gewonnen hat, unterliegt keinem Zweifel. Nähere Details sind übrigens an anderer Stelle in der politischen Uebersicht der heutigen Nummer mitgetheilt, aber auch sie dürften kaum die ganze Größe des Unglücks zur Veranschaulichung bringen. Ob und inwiefern die Behauptungen des Magistrats von Neurode auf Wahrheit beruhen, das werden wir wohl bald ermittelt haben.

— Reichskanzlerische Consequenz. Nachstehende Zusammenstellung zweier Aussprüche Bismarck's mag den Beweis liefern, daß es Fürst Bismarck mit dem, was er sagt, nicht so genau nimmt. Am 1. Dezember 1874 äußerte sich der Kanzler also:

„Meine Thätigkeit im Reiche ist eine viel wirksamere, als im preußischen Staatsministerium; dort bin ich berechtigt, verfügend einzugreifen, ich habe ein Veto. Das habe ich in Preußen nicht; als Ministerpräsident bin ich nur ein ornamentales Glied, ich habe nur eine geschäftsordnende Leitung, aber durchaus keine Verfügung."

Am 10. März d. J. behauptete er dagegen:

„Ganz gewiß habe ich den Haupteinfluß, der mir zu üben gegönnt ist, nicht in der kaiserlichen Macht, sondern in der königlich preußischen Macht gefunden. Ich habe das Andere versucht, habe einige Zeit aufgehört, preußischer Ministerpräsident zu sein und habe mir gedacht, daß ich als Reichskanzler stark genug sei. Ich habe mich darin aber vollständig getäuscht. Nach einem Jahre bin ich reuevoll wiedergekommen und habe gesagt, entweder will ich ganz abgehen oder ich will im preußischen Ministerium wieder das Präsidium haben."

Passen diese Aussprüche zu einander nicht wie die Faust auf's Auge?

— Ueber den Nothstand in Rheinland-Westfalen enthält der „Hamburgische Correspondent" vom 20. März eine Correspondenz vom Niederrhein, aus welcher hervorgeht, daß nicht die Kohlen- und Eisenindustrie allein, sondern auch viele andere Industriezweige in den Rheinlanden darniederliegen. „Man würde sehr irren", heißt es in der Correspondenz, „wenn man glauben wollte, daß die übrigen Industriezweige in der Rheinprovinz sich unverändert der alten bekannten Blüthe erfreuen. Um sich von dem leider auch hier herrschenden Gegentheil zu überzeugen, braucht man sich nur an die Stätten der umfangreichen Seiden- und Sammetfabriken in Crefeld, Viersen u. s. w. zu begeben. Zwar ist dort die Fabrikthätigkeit noch immer im Gange, aber ein Blick in die Lagerhäuser zeigt, daß dieselben in einem Grade mit fertigen Fabrikaten angefüllt sind, die durch den täglichen Absatz nur in kaum bemerkbarem Umfange in Anspruch genommen werden, daß das Ende der Fabrikation nothgedrungen bald eintreten muß. Natürlich sträuben sich die Fabrikanten bis zum letzten Augenblick dagegen, ihre eingeübten Arbeiter zeitweilig zu entlassen, weil sie fürchten müssen, dieselben nach der Beendigung der jetzigen Krisis nicht wieder zu bekommen, aber wenn die gegenwärtige Absatzlosigkeit noch länger anhalten sollte, werden sie sich doch um ihrer Selbsterhaltung willen zu dem bedauerlichen Schritte gezwungen sehen. Gleichwie um den genannten Industriezweig steht es aber zur Zeit so ziemlich um alle übrigen im Rheinlande; alle Angehörigen derselben schauen sehnsüchtig, viele schon halb verzweifelt nach besseren Zeiten aus."

— Während der letzten Wahlcampagne fiel in einer Volksversammlung die Aeußerung: „Man möge die christliche Liebe doch mehr walten lassen bei dem Militär, und nicht mehr verlangen, als die Leute in Kräften hätten zu leisten, so daß es keine Ohnmächtigen oder gar Todten bei Paraden oder großen Leichenbegängnissen gebe, worüber man nachher schweige." Wegen dieser Aeußerung ist seitens der preußischen Militärverwaltung Anklage auf Verletzung des § 131 des Reichsstrafgesetzes erhoben worden. Wie uns versichert wird, sind in Berlin bei der Parade zu Ehren des Schahs von Persien und kurz darauf bei dem Leichenbegängniß eines Prinzen verschiedene Soldaten ohnmächtig geworden und mehrere derselben nachher gestorben. Wer über diese Vorgänge sowie über die „Verunglückungen" bei Gelegenheit der berühmten Dreikaiserparade genauen Aufschluß geben kann, wird ersucht, der Redaktion dieses Blattes Mittheilung zu machen, oder sich direkt an den Vertheidiger des Angeklagten, Advokat Dr. Fischer II. in Hannover, zu wenden. Der Verhandlungstermin ist auf den 31. d. M. angesetzt, also keine Zeit zu verlieren!

— Ueber die Typhusepidemie in Oberschlesien veröffentlicht das kaiserlich deutsche Gesundheitsamt einige Daten, welche auf seine Anordnung durch den Regierungsmedizinalrath Pistor in Oppeln ermittelt sind. Zunächst stellt Herr Pistor fest, daß bereits im August und September mehrere Erkrankungen am Fleckfieber in den Orten Janow und Zawodzie im Kattowitzer Kreise vorgekommen waren, von Ende Oktober und durch den November vermehrten sich die Fälle unter den meist dicht gedrängt, in schlechten ungesunden Wohnungen eingelegten Eisenbahnarbeitern an dem Kohlenstrang: Richthofenschacht-Kunigundenweiche; daß diese Menschen, meistentheils umherschweifendes Gesindel (!!), sich nicht besonders verpflegten und noch weniger irgend wie der Reinlichkeit, desto zahlreicher aber dem Bacchus im schlechtesten Schnaps Opfer brachten, wird Jeder begreifen, der diese Erdarbeiter, wo es auch immer sei, mit eigenen Augen kennen gelernt hat. Nimmt man hierzu die sattsam in der Fachpresse und in Broschüren geschilderten und für viele Plätze durchaus nicht übertriebenen oberschlesischen Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, die Landesgewohnheiten, die Witterungsverhältnisse, die mangelnde Arbeit und schlechte Ernährung, so sind alle Bedingungen zur Entstehung einer ernstlichen Typhusepidemie gegeben. Diese hat sich denn auch langsam aber sicher entwickelt und, wie die folgenden Zahlen beweisen, eine ziemliche Ausdehnung in den Kreisen Kattowitz und Beuthen gewonnen, freilich vorwiegend kleine Städte und Ortschaften befallen.

Hinsichtlich der Verbreitung stellt sich heraus, daß

1) im Kreise Kattowitz:

	erkrankten:	starben:	genasen:
vom 25./9. 76. bis 11./1. 77	453	48	341
bis zum 31./1. 77	198	12	100
vom 1. bis 21. Februar	173	23	184
vom 25./9. 76 bis 21./2. 77 Summa:	822	83	591

am 21./2. blieb ein Bestand von 148 Kranken, fast ausnahmslos am Flecktyphus leidend:

2) im Kreise Beuthen

	erkrankten:		starben:		genasen:	
	Unterleibs-typhus:	Fleck-typhus:	Unterleibs-typhus:	Fleck-typhus:	Unterleibs-typhus:	Fleck-typhus:
v. 21./11. 79 bis 20./2. 77	384	56	30	14	198	12
darunter im Januar c.	151	53	—	—	—	—
v. 20. b. 28./2. incl. nachträglicher Anzeigen aus Königshütte	227	84	17	12	152	41
Summa:	611	140	47	26	350	53

am 28./2. c. war ein Bestand von 214 Unterleibs- und 61 Flecktyphuskranken;

3) Kreis Pleß

	erkrankten:	starben:	genasen:
incl. Bestand am 31./1. 76 bis zum 31./1. 77	64	5	35
1./2. bis 28./2. 77	72	8	69]
Summa:	136	13	104

so daß am 28./2. c. Bestand blieben 19 Kranke. —

Mit welchen Mitteln die zunächst betheiligte Regierung zu Oppeln der Epidemie zu begegnen gedenkt, ist unsern Lesern aus Nr. 32 bekannt. Obgleich nun diese Mittel keinen andern Zweck haben als den der momentanen Hilfeleistung, so haben wir ihnen unsere Zustimmung doch nicht ganz versagt. Ganz entschieden mißbilligen aber müssen wir den Ton, in welchem sich das Reichsgesundheitsamt herausnimmt, von den hart betroffenen Arbeitern Oberschlesiens zu sprechen. „Meistentheils umherschweifendes Gesindel" solche Arbeiter zu nennen, welche gezwungen sind, bald hier, bald da Arbeit zu suchen — das kann nur Jemand, der unvernünftig genug ist, die Arbeiterklasse zu verachten, und dazu hat, glauben wir, das Reichsgesundheitsamt keinen Anlaß und auch kein Recht.

Nach weiteren amtlichen Mittheilungen sind im Kreise Beuthen 11, Gleiwitz 8, Kattowitz 19, Pleß 18, Groß-Strelitz 10 und Zabrze 2 Ortschaften vom Typhus heimgesucht.

— Staatsrettung in München. Die „Correspondenz Hoffmann" berichtet vom 19. März: „Eine am letzten Samstag von den Sozialdemokraten im „Unterpollinger" veranstaltete Volksversammlung, in welcher sehr aufreizende Aeußerungen fielen, ist auf Veranlassung des überwachenden Polizeikommissärs aufgelöst und die Arretirung dreier Theilnehmer, eines Schuhmachers aus Oesterreich, eines Schlossers aus Breslau und eines Drehers aus Leipzig, vorgenommen worden." — Daß doch die Polizei sich so leicht „aufreizen" läßt! Andere Menschen sind durch die „aufreizenden" Reden nicht „aufgereizt" worden. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn den aufreizbaren Beamten vor Eintritt in jede Volksversammlung ein niederschlagendes, nervenberuhigendes Tränkchen verabreicht würde. Wir machen den Vorschlag in allem Ernst. Jedenfalls würde die Befolgung desselben unserer Regierung sehr nützlich sein: sie würden viel Geld und — sonst noch etwas ersparen.

— Viel Lärm um nichts! Vor einigen Monaten hat sich in Kassel unter Führung der Redakteure eines Kasseler und eines Hamburger Blattes eine sogenannte „Neue, freie, deutsche Arbeiterpartei" gebildet, welche sich die Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Aufgabe gestellt. Von dieser „Partei" wird nunmehr ein zweiter zur eigentlichen Constituirung derselben bestimmter Congreß für den Juni dieses Jahres in Kassel ausgeschrieben. — Der „neuen — freien — deutschen Arbeiterpartei" wird es ähnlich gehen, wie den Messern ohne Heft und ohne Klinge — sie wird werden eine Armee ohne Offiziere und ohne Soldaten — ein paar Spielleute, die zum Sammeln blasen — kein Mensch weiß wem und zu welchem erreichbaren Zwecke — und die bald wieder ausgeblasen haben werden.

— Petroleure. Die Prozeßverhandlungen gegen den ordnungsfreundlichen Brandstifter, den Bourgeois Prieur de la Comble (s. Nr. 24 des „Vorwärts"), haben zwei Tage in Anspruch genommen, den 9. und 10. März, und mit der Verurtheilung des Angeklagten zu zehnjähriger Zwangsarbeit geendigt. Der Schuldbeweis wurde auf's Vollkommenste erbracht. Sonderbarer oder vielmehr nicht sonderbarerweise unterließen Richter wie Staatsanwalt, die Brandstiftungen zu berühren, welche Herr Prieur de la Comble im Mai 1871 auf Rechnung der Pariser Commune verübt hat, und für die ein halbes Hundert unschuldiger Menschen erschossen worden sind. Die Erschossenen waren ja Proletarier, und von Bourgeois-Richtern und einem Bourgeois-Staatsanwalt kann man doch nicht verlangen, daß sie sich in's Zeug legen, um die Commune zu ent- und einen Ordnungsmann zu belasten. Freilich, indem das Pariser Tribunal die Augen zudrückte, hat es sich zum Mitschuldigen des Brandstifters Prieur de la Comble gemacht, und sich jenen infamen Militärgerichten würdig an die Seite gestellt, welche die Ebene von Satory mit Blut gedüngt und Tausende und Abertausende auf die trockene Guillotine nach Neukaledonien geschickt haben.

— Communefeier in Frankreich. Am Jahrestage des Commune-Aufstandes vom 18. März 1871 waren in verschiedenen Pariser Vorstädten Banketts angesagt. Die Behörde verbot dieselben; doch soll es den Theilnehmern gelungen sein, sich unbemerkt in anderen Lokalen, als sie ursprünglich bezeichnet hatten, zusammenzufinden. In Avignon veranstaltete der republikanische Club ein Festessen, bei welchem der kürzlich gewählte Abgeordnete Saint-Martin den Vorsitz führte. — Die Commune lebt also trotz vieltausendfachen Todtschlags!

— Rußland ist in freiheitlicher Beziehung dem deutschen Reiche doch immer noch um eine Pferdelänge voraus. Von Petersburg wird jetzt z. B. die bezeichnende Thatsache gemeldet, daß zwei Vertheidiger der im letzten Moskauer Prozesse verurtheilten Sozialisten wegen der bei den Plaidoyers erfolgten

---

Die Vorführung der Entlastungszeugen war in quantitativer Beziehung sehr ergiebig, desto wirkungsloser jedoch in qualitativer Beziehung.

Das Publikum war unterdessen so massenhaft angefluthet, daß es im Gerichtssaale die Barrièren durchbrach, so daß sofort eine Anzahl von Personen verhaftet und zur Polizei abgeführt werden mußte. Dem außerhalb des Saales andrängenden Publikum gelang es, eine Thüre auszuheben.

Um 9¼ Uhr Abends ergriff der k. Staatsanwalt Herr Schnarz das Wort zur Begründung der Anklage. Herr Schnarz begründete die Anklage vorzugsweise auf die Angaben mehrerer Zeugen und auf das Gutachten des kgl. Medizinal- und Gerichtsarztes Herrn Dr. Martin, der sich kurz und bündig dahin aussprach: „Wenn man absichtlich und methodisch Kinder um's Leben bringen will, so muß man es so machen, wie es die Mathaus'schen Eheleute gethan haben." Herr Schnarz führte ferner aus, daß es den Mathaus'schen Eheleuten nicht an Verstand, an Kopf, sondern am Herzen gefehlt habe, ihre Erziehungsmethode sei nicht Kopflosigkeit, sondern Herzlosigkeit gewesen. Aus allen Gründen kam der k. Staatsanwalt schließlich zu dem wohlmotivirten Antrage: der Gerichtshof wolle die Berufung des Vertreters der Staatsbehörde am k. Stadtgerichte München links der Isar für begründet erklären und die Akten behufs Einleitung einer Untersuchung wegen Mordversuchs an den Untersuchungsrichter abgeben.

Der Vertheidiger, Herr Dr. Gotthelf, trat der Anklage entgegen, stützte sich vorzugsweise auf das Gutachten des von ihm während der Verhandlung herbeigerufenen Hydropathen Dr. Hacker, welcher die Absichtlichkeit der Wassermethodik der Mathaus'schen Eheleute, seiner jahrelangen Consultanten, in Abrede stellte, und beantragte schließlich Freisprechung.

Der Senat berieth sich eine volle Stunde und es war gerade Mitternacht, als er folgendes Urtheil fällte: Die Berufung der Mathaus'schen Eheleute wird verworfen, dagegen jener des Staatsanwalts-Vertreters des k. Stadtgerichts München l. d. J. stattgegeben, in Folge dessen das erstinstanzliche Urtheil vernichtet und die Untersuchung gegen die Mathaus'schen Eheleute wegen Mordversuches durch Uebergabe der Akten an die kgl. Staatsanwaltschaft eingeleitet.

Da die Mathaus'schen Eheleute eines Verbrechens verdächtigt sind, das mit einer Strafe bis zu 15 Jahren, also über 10 Jahre Zuchthaus zu bestrafen ist, so mußte auch auf ihre sofortige Verhaftung erkannt werden. Die Verhaftung wurde sofort vollzogen. Herr Mathaus nahm das Urtheil resignirt, aber todtenblaß entgegen, während Frau Mathaus äußerst erregt schien.

Aeußerung allzu liberaler Ansichten zufolge Ukases des Czaren aus Rußland verbannt wurden. Zu derselben Zeit wurden zahlreiche Anhänger der anti-christlichen Sekten nach Sibirien deportirt. — Leicht möglich, daß Deutschland dem guten Beispiele seines „besten Freundes" bald nacheifert.

— Unsere neuliche Mittheilung betreffs der Wahl Hasenclever's in Berlin hat sich nicht als richtig erwiesen. Am Mittwoch hat die Wahlprüfungs-Commission einstimmig beschlossen, den Antrag auf Ungültigkeitserklärung zu stellen. Die Sache kommt jedenfalls in einer der ersten Sitzungen nach den Ferien vor das Plenum; natürlich werden unsere Vertreter am Platze sein.

— Aus Darmstadt und Offenbach gehen uns Zuschriften zu, welche die betreffenden Orte als Sitz des nächsten Sozialisten-Congresses vorschlagen. — Wir glauben, unsere Correspondenten werden durch diese Mittheilung zufriedengestellt sein und von der Veröffentlichung der Briefe abstehen.

— Die Parteigenossen Hirsch, Burghard und Guteknecht standen am 1. März vor dem Stuttgarter Gericht unter der Anklage des Hausfriedensbruchs, welches Vergehen sie sich dadurch sollten zu Schulden haben kommen lassen, daß sie trotz Aufforderung eine liberale Wählerversammlung nicht verlassen hätten. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. — Polizei und Strafrichter — das also sind die „geistigen Waffen" der Liberalen, mit welchen sie den Sozialismus aus der Welt schaffen wollen. Fürwahr, die Waffen sind der Kämpfer würdig!

— Dr. Guido Weiß ist nicht, wie wir kürzlich irrthümlich mittheilten, wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Festungs- sondern zu Gefängnißhaft verurtheilt worden, was ein wesentlicher Unterschied ist.

— Der „Dresdener Volksbote", der schon seit Anfang dieses Monats in gegen früher bedeutend vergrößertem Formate erscheint, wird nunmehr seinen bisherigen Titel aufgeben und sich „Dresdener Volkszeitung" nennen. Der trefflichen Haltung des Blattes wird auch unter dem neuen Titel der Erfolg nicht fehlen.

Correspondenzen.

Berlin. (Wie das liberale Bürgerthum im Bunde mit der Polizei dem Nothstande zu steuern weiß.) „Es geht los, die Sozialdemokraten machen Revolution, die Kerle wollen die Freizügigkeit und freie Concurrenz nicht anerkennen," diese einfältigen Redensarten bildeten gestern, am 20. ds. das Tagesgespräch der sogenannten besseren Gesellschaft in der „Metropole der Intelligenz". Wie die Spitzbuben nach einem verübten Diebstahle vor jeder Schutzmanns-Uniform und vor Säbelgeklirr schon von Weitem erschrecken, so ergeht es unseren Bourgeois, wenn einige Arbeiter, die es nicht begreifen wollen, daß man, wenn man vom frühen Morgen bis zum späten Abend schwere Erdarbeiten verrichtet, von 1 Mark resp. 1 Mark 25 Pfg. täglich mit Frau und Kind leben kann, sich zu Excessen hinreißen lassen. Es war am 19. ds. Nachmittags, daß auf dem Alexanderplatz hierselbst „Arbeiterkrawalle" stattfanden, wobei der „hauende Säbel" seine Schuldigkeit that. Von der Anwendung der ebenfalls in großer Anzahl auf dem Kampfplatze erschienenen „schießenden Flinte" konnte um deswillen Abstand genommen werden. Der wahrheitsgetreue Thatbestand ist in Kürze folgender: Am Montag, den 19. ds., Nachmittags, wurde auf dem Alexanderplatze mit der Legung der Schienen für die nach Weißensee führende Pferde-Eisenbahn begonnen. Zu dieser Beschäftigung waren von den Unternehmern Arbeiter aus Schlesien, nach einer andern Version aus Polen herangezogen worden, die für 1 Mark bis 1 Mark 25 Pfg. täglich arbeiten wollten. Dies hatte bei den Berliner Arbeitern böses Blut erregt und einige forderten in ihrer Erregung die fremden Arbeiter auf, die Arbeit niederzulegen. Der zwischen den beiden Parteien geführte Streit ging bald in Thätlichkeiten über, so daß schon in den ersten Stunden des Nachmittags Schutzleute aus dem 16. Polizei-Revier nach dem Alexanderplatz beordert werden mußten. Diesen gelang es auch sehr bald, die Ruhe wieder herzustellen. In den späteren Nachmittagsstunden wurde die Ansammlung von Menschen, zu denen selbstverständlich Neugierige das Hauptcontingent stellten, eine größere. Gegen 7 Uhr Abends verlassen nämlich Fabrikarbeiter u. s. w. ihre Werkstätten, und ist um diese Zeit stets der Verkehr in den Straßen Berlins ein äußerst reger. In Folge dieser Menschen-Ansammlungen wurden bedeutende Verstärkungen aus den angrenzenden Polizei-Bureaus und vom Molkenmarkte beordert. Ein gut Theil skandalsuchendes Gesindel, wie es in großen Städten überall anzutreffen ist, das aber mit den betheiligten Arbeitern in keiner Weise in Verbindung stand, mag sich wohl auch unter der Menschenmenge befunden haben, denn, wie ich von gutunterrichteter Seite erfahren, empfing die auf mittlerweile mehr denn 1000 Personen angewachsene Menge die auf dem Platze erscheinenden Schutzleute mit Pfeifen und Schreien. Als die berittenen Schutzleute sich anschickten, den Platz mit blankem Säbel zu säubern, sollen sie mit Steinen geworfen und einer von den Schutzleuten vom Pferde gerissen und mißhandelt worden sein. Den gegen den einzelnen Schutzmann verübten Angriff vermochte mir mein Gewährsmann jedoch nicht zu verbürgen. Der Tumult nahm in Folge dessen immer größere Dimensionen an und erhielt noch neue Nahrung durch das Gerücht, es wären mehrere Menschen todtgeritten worden. Die armen Leute waren wohl nicht gerade todt aber „umgeritten" und wurden so schwer verletzt, daß ihre Ueberführung nach dem Krankenhause erforderlich wurde. Auch durch Säbelhiebe sind mehrere Personen schwer verletzt worden und soll auch die Schutzmannschaft nicht unversehrt aus dem Kampfe hervorgegangen sein. Als eine Abtheilnng des Kaiser-Alexander-Regiments erschien, war die Gesellschaft bereits gerettet. Es wurden einige 40 Personen verhaftet. Thatsächlich sollen am Dienstag früh die fremden Arbeiter wieder entlassen und an deren Stelle Berliner Arbeiter eingestellt worden sein. Die Hauptconcessionäre dieser „Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft" sind der königl. Commissionsrath Josef Lehmann und der fortschrittliche Stadtverordnete Berth. Letzterer dürfte den Lesern des „Vorwärts" nicht ganz unbekannt sein; anders ist es mit Ersterem. Dieser ist, soweit mir bekannt, nationalliberal und Patriot par excellence. Er muß sich ganz besondere Verdienste um das Vaterland erworben haben, denn ich kann mir nicht denken, daß Herr Lehmann, obwohl er sich Anno 1870/71 der verwundeten Soldaten (Landwehrleute) gegenüber, die das Unglück hatten, seine Micther zu sein, in ganz ähnlicher Weise wie jetzt gegen seine Arbeiter benahm, so erhielt er dennoch damals seiner patriotischen Thaten wegen den Commissionsraths-Titel und mehrere Orden. Doch halt, da fällt mir ja ein: Herr Lehmann war Militär-Lieferant und hierbei mag er sich wohl [die patriotischen Sporen geholt haben. Es ist ja auch anzunehmen, daß Jemand, der gegen einen armen Landwehrmann wegen rückständiger Miethe die Exmission beantragt, ohne Prozente mit dem Vaterlande Geschäfte macht, Herr Lehmann hätte nun deshalb anstatt eines „lumpigen Arbeiterkrawalls" viel lieber einen „frischen fröhlichen Erbfeinds- oder auch Erbfreunds-Krieg", um seinen Patriotismus von Neuem bethätigen zu können. — Aber nicht bloß liberale Privat-Unternehmer, die von der städtischen Verwaltung die Concession zur Anlegung einer neuen Pferdebahn erhalten, verfahren in der oben geschilderten Weise, der liberale Magistrat der deutschen Reichshauptstadt, der von den Berliner Arbeitern die Steuern sehr gut einzuziehen, bezw. zu pfänden weiß, zieht für die aus städtischen Mitteln ausgeführten Bauten polnische Arbeiter heran, weil — diese billiger sind. Wie ich soeben noch erfahre, versammelten sich am 20. ds. auf dem Hofe de Pumpstation für Canalisation, Schönebergerstraße 20—21 gegen 70 dem Arbeiterstande angehörige Männer, welche durch eine aus fünf Mann bestehende Deputation von der Bauverwaltung Arbeit verlangten und außerdem die Forderung stellten, die polnischen Arbeiter zu entlassen. Selbstverständlich gab auch hier der „hauende Schutzmannssäbel" den hungernden Arbeitern Antwort. Ueberraschenderweise sind hier Verhaftungen nicht vorgekommen. Auf dem Moritz- und Königsplatz sollen ebenfalls Arbeiter-Ansammlungen stattgegefunden haben und waren hierbei ebenfalls die betreffenden Wünsche an die Direktion der neu zu bauenden Pferdebahn gerichtet. — Zu dem morgigen kaiserlichen Geburtsfeste werden die großartigsten Vorbereitungen getroffen. Die Kosten für die Rathhaus-Illumination sollen sich allein auf viele Tausend Thaler belaufen. „Wir können eben nur produktive Bauten 2c. ausführen lassen", lautete der Bescheid des Berliner Magistrats auf die vielen Nothstands-Petitionen. — Nächstens berichte ich mehr.

Darmstadt, 19. März. Mit den Schulze-Delitzsch'schen Gründungen hat unser Land schon recht unliebsame Erfahrungen gemacht; die Geschichte des Consumvereins in Mainz und der Kreditkasse in Osthofen ist seiner Zeit genugsam in öffentlichen Blättern erörtert worden. Das Defizit der Erbacher Volksbank beträgt in Folge der Defraudationen ihres flüchtig gegangenen Rechners Volk 50,000 Mark. Zum Ausgleich des Verlustes sind einstweilen 60 Mark auf die einzelnen Mitglieder ausgeschlagen worden, welche leider meist dem ärmeren Stande angehören. Nunmehr ist von einer beträchtlichen Anzahl Genossen gerichtliche Klage gegen den Vorstand auf Deckung des Defizits erhoben worden, da er nicht, wie die Statuten bestimmt vorschreiben, von Zeit zu Zeit die Kasse, Werthpapiere, Bücher genau revidirt und so dem Rechner ermöglicht habe, das Institut in so kolossaler Weise zu bestehlen. Volk hat nämlich die Werthpapiere nur nach und nach, wie er Geld brauchte, versilbert, und eine gewissenhafte Controle hätte ihm dies unmöglich gemacht. Selbstverständlich ist man auf den Ausgang des Prozesses nicht wenig gespannt.

Flensburg, 19. März. (Abrechnung des Arbeiterwahlcomités für den zweiten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis.) Laut früherer Quittung im „Vorwärts" M. 122,95. Ueberschuß von einer Lusttour 154,57. Folgende Gelder sind vom 26. Oktober 1876 bis zum 8. Februar 1877 eingegangen: Von den Tischlern in 3 Raten 18,25; v. Johansens Cigarrenfabrik in 2 Raten 7,20; durch Schmidt 6,30; d. H. S. 3,00; d. F. N. 2,50; v. den Klempnern d. Rossini 6,00; freiwillige Sammlung d. Mahlke 10,69; v. Sager's Schneiderwerkstätte 35,15; v. Kutschbach 2,40; v. Hellwig 36,63; d. Nissen v. Cigarrenarbeitern 14,00; v. Helberg 1,50; v. P. Hansen 1,90; Liste Nr. 10 14,50; v. Centralwahlcomité 30,00; v. den Schneidern d. Raßmussen 11,00, 1,86, 100. Sa. 49,54.

Ausgabe für Stimmzettel, Wahlaufrufe und Plakate 320,00; für Broschüren 75,00; Kappelholz 27,00; Vertreibung von Broschüren, Wahlaufrufen und Stimmzettel 168,65; Hadersleben 30,00; an Brückmann für Agitation 187,15; Porto, Fracht und verschiedene Ausgaben 65,27. Sa. 873,07.

Ausgabe	M.	873,07
Einnahme	„	479,54
Defizit	M.	394,53

Für das Arbeiterwahlcomité:
Heinr. Mahlke.

Oeffentliche Quittung.

Für den Wahlfonds habe ich seit dem 15. März erhalten: Wüstegiersdorf Liste 4366 d. C. H. 19,72; Hildesheim d. Hampe 10,00; N. N. d. Geib 10.75; Liegnitz Liste 4259 d. Prasser 7,57; Wilster Liste 4363 u. 4492 d. T. 5,50; Heusenstamm d. P. Schrodt 0,25.

Aus Hamburg: 2,00 Liste 24 d. H. Neeser; 3,00 Liste 4209 2. Rate; 2,00 Liste 4627 2. Rate d. v. Hacht; 2,00 Liste 4697 d. Lückow; 16,05 Liste 4642 d. Eggers; 6,00 d. Möller von einem Ständchen der „Lassallea"; 2,88 d. Carlson von H. Weber; 1,00 auf Liste 4686 d. Fischer; 1,60 Liste 4674 d. Dencker (Werkstelle Pusch u. Sohn).

Für den Unterstützungsfonds habe ich erhalten:

Liegnitz d. Prasser 3,60; Halle a. d. S. aus einer Vergleichssache d. Jülhardt 6,00; Hamm-Horn d. F. Koch vom Volksfest 20,72; Bornheim d. F. Feist, ges. bei Vermählung von J. Herzog 1,50.

Hamburg, 21. März 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Für ein **strebsames, intelligentes Mädchen**, welches in der Schweiz als Lehrerin ausgebildet wird, werden leihweise gegen übliche Zinsen 1000 Mark gesucht. Auf Verlangen wird von dem Bruder des Mädchens Bürgschaft geleistet. Referenzen durch W. Liebknecht, Braustraße 11. Gefl. Offerten nimmt die Expedition des „Vorwärts" entgegen.

Briefkasten

der Redaktion. Rudolph in U. u. A.: „Dispositionsfähig" ist jeder Volljährige, dem nicht durch richterliches Urtheil, in Folge eines „entehrenden" Vergehens oder Verbrechens die sogenannten „bürgerlichen Ehrenrechte", d. h. das Wahlrecht, das Recht der Zeugenleistung u. s. w. aberkannt sind. — Die Frage der Reichstagscorrespondenz hat schon viel Kopfzerbrechens verursacht. Die Schwierigkeit liegt darin, daß unsere Abgeordneten in dieser Session sehr viel zu thun haben, und daß sie außerdem sämmtlich durch anderweite Berufsarbeiten stark in Anspruch genommen sind, so daß Keiner derselben bisher über die zur Leitung einer Reichstagscorrespondenz nöthige Zeit zu verfügen hatte. Nach den Osterferien wird es sich vielleicht machen lassen. — Auf die stenographischen Reichstagsberichte können Sie auf der Post abonniren.

der Expedition. P. Lock Bhfn: Die N. W. wird jede Woche Donnerstag zur Post gegeben, muß also rechtzeitig dort eintreffen.

Quittung. Metallarb.-Gewerkschaft hier Ann. 2,20. Gthl Schweidnitz Ab. 1,20. G. Lnk Pieschen Schr. 15,00. Sbrt Kassel Ab. 2,00. Drschl Lausigk Schr. 6,00. Schtlbn Kulm Ann. 2,30. A. Wllr Vordernberg Ab. 6,72. Schmdt Römerstadt Ab. 5,00, Schr. 20,19. F. Entz San Francisco Ab. 80,66. A. Schmdt Hannover Ab. 275,00. Pfrtzschnr Hohenstein Schr. 24,00. W. Knk Frankfurt a. M. Schr. 20,00. Schrtr Dürkheim Ab. 8,00. Tchrt Cottbus Ab. 5,70. Rchtr Oederan Schr. 2.30. Wnkmlr Pforzheim Schr. 1,70. Arbeiterbildungsverein hier Ann. 2,10. Grd Stötteritz Ab. 21,60. Arbeiterverein Stötteritz Ann. 0,80. Brggmr Seesen Ab. 28,90. Rttmnnr Münden Schr. 96,00. Br Borna Ab. 6,70. F. Ettl Brüssau Ab. 17,85. Mrtn Schmölln Ab. 10,25. Zhtnr Darmstadt Ab. 18,00, Schr. 11,40. Ehn Mülheim Ab. 4,00. Wnklr Oederan Schr. 4,00. Lhmnn Rochlitz Schr. 1,44. Hsn Husum Schr. 0,40. Rchl Mildenau Schr. 7,45. Lndr Neumarkt Schr. 17,75.

Anzeigen 2c.

Cöln a. Rh. Wir machen darauf aufmerksam, daß in diesen Tagen die noch rückständigen Abonnementsgelder für das 1. Quartal des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" eingeholt werden. Um den Abonnenten genannte Blätter nun regelmäßig zustellen zu können, ersuchen wir, das Abonnement für das 2. Quartal rechtzeitig, und zwar mit **Vorausbezahlung** des Betrages zu erneuern. Auch werden Monat-Abonnements zu 65 Pf. angenommen.
Expedition der „Kölner Freien Presse".
Filzengraben 1. [90

Frankfurt a. M. Den Lesern des „Vorwärts", „Neue Welt", „Rothe Fahne", sowie aller sozialistischen Zeitungen zur Nachricht, das Abonnement zu jeder Tageszeit angenommen und pünktlich besorgt werden von
0,50] (35) (F. 122) **W. Ruscke**, Kl. Eschenheimerstr. 45.

Hannover. Am 1. Osterfeiertag findet in den Sälen des Hrn. Narten, Hildesheimerstraße die
Geburtstagsfeier Ferd. Lassalle's
statt, bestehen in **Concert** und **Ball**. (2a) F. 161)
Anfang des Concertes Nachmittags 4 Uhr, des Balles 8 Uhr.
Karten sind in den Versammlungen und bei Rudolph und Loges zu haben. Die **Fest-Commission**: [2,40

Hannover. Unterzeichneter empfiehlt sich den Parteigenossen und Freunden zur **Anfertigung** von (2a) F. 161)
Frühjahrs- und Sommer-Kleidern.
Reelle und **prompte Bedienung garantirt.**
Auch suche ich zu Ostern einen **Lehrburschen** unter günstigen Bedingungen. H. Rudolph, Schneidermstr. [2,10

Kiel. **Vorläufige Anzeige des Arbeiter-Sängerbundes.**
Mittwoch, den **11. April**, zur (F. 181)
Geburtstagsfeier Ferdinand Lassalle's
Abendunterhaltung und Ball.
Näheres folgt. [2,10
Das Comité.

Leipzig. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**
Montag, den **26. März**, Abends 8 Uhr, im **Thüringer Hof** (Fremdenzimmer):
Versammlung.
Tagesordnung: Soziale Rundschau. Referent H. Sieber. [0,60
Gäste willkommen. D. V.

Reudnitz. **Montag**, den **26. März**, Abends 8½ Uhr, im Saale zur „**Weißen Taube**": [0,40
Allgemeine Versammlung.

Volkmarsdorf. **Arbeiterverein.**
Montag, **26. März**, Abends 8½ Uhr, in der Restauration des Hrn. **Becker** (schiefe Ecke):
Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag von Hrn. Dr. Müller über die atmosphärische Luft. Bericht über die letzte öffentl. Gemeindevertretersitzung.
Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.** [0,70

Durch die Buchhandlung des „Vorwärts" ist zu beziehen:
„Das preußische Regiment" vor Gericht.
Rede, gehalten von **Ludwig Pfau** zu seiner Vertheidigung vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M.
Preis: 30 Pf.
Inhalt: Vorwort. — Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht. — Anklageschrift. — Gerichtsverhandlung. — Rede Ludwig Pfau's. — Urtheil.

Elegante Einbanddecken
für die „Neue Welt"
sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von **H. Jansen**, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.
Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360
NB. **Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.**

Die
Glauchauer Nachrichten
sozialdemokratisches Tage- und Nachrichtsblatt für den 17. Wahlkreis,
erlauben wir uns beim Quartalwechsel in empfehlende Erinnerung zu bringen.
Die „**Glauchauer Nachrichten**" erscheinen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und gelangen Abends für den folgenden Tag zur Ausgabe.
Abonnementspreis: Bei allen deutschen Postanstalten Mark 1,50 ohne Bringerlohn pro Quartal.
Für Glauchau und durch die Filialen in **Waldenburg, Mülsenergrund, Lichtenstein-Callnberg, Hohenstein-Ernstthal** kann mit den „Nachrichten" gleichzeitig auf das **illustrirte Familienblatt** die
Neue Welt
abonnirt werden und erhalten die Leser der „**Glauchauer Nachrichten**" solche zu dem Ausnahmepreis von nur 80 Pfg. pro Vierteljahr frei ins Haus.
Die Aufmerksamkeit, welche von Seiten der Behörden und Privaten den „**Glauchauer Nachrichten**" hauptsächlich während und nach den letzten Wahlcampagnen geschenkt wurde und welche mit einem Pack Anklagen noch im besten Fluß gehalten wird, dürfte das Lesen derselben für Alle, welche sich für hiesige Verhältnisse und Personen interessiren, empfehlenswerth machen.
Bei dem ausgebreiteten Leserkreise, welchen sich die „**Glauchauer Nachrichten**" in so kurzer Zeit und hauptsächlich während der letzten Wahlen erworben, finden Inserate die entsprechendste Verbreitung. Dieselben werden die 4gespaltene Corpuszeile mit **6 Pfennig** berechnet.
Zu zahlreichem Abonnement einladend zeichnet
Achtungsvoll
Die Expedition der „Glauchauer Nachrichten".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mk. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Gutz, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 37. Mittwoch, 28. März. 1877.

Des Charfreitags wegen müssen Annoncen für die Sonntagsnummer schon Donnerstag Morgens bis 9 Uhr in unsern Händen sein, sonst können sie keine Aufnahme finden.

Die Exped. d. „Vorwärts".

Lebensdauer und Lebensstellung.

(Nochmals ein Avis für die „Vossische Ztg.")

Die „Vossische Zeitung" hat noch mit keinem Worte auf unsre schwere Anklage geantwortet, daß sie die Statistik gefälscht oder zum Mindesten mit bodenlosem Leichtsinne und leichtsinniger Gedankenlosigkeit behandelt habe — sie wird die Antwort auch schuldig bleiben, da ihre Behauptung, der Lohnarbeiter in Berlin erlange durchschnittlich eine längere Lebensdauer, als die durchschnittliche Lebenshöhe der Gesammt-Einwohner betrage, dem blödesten Auge schon als Widersinnigkeit erscheint.

Wir wollen nun einige statistische Daten dem jüngst in Berlin bei Theodor Grieben erschienenen Werk: „Die Ursachen der Krankheiten" von Dr. Eduard Reich, dem bekannten Hygieiniker, entnehmen, um unsern Lesern Beweismaterial zu liefern und womöglich der alten Tante Voß noch einmal das Gewissen pochen zu lassen.

Es braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden, daß Profession und Lebensstellung von hohem Einflusse auf die Lebensdauer der Menschen sind.

In jenen Gesellschaftsschichten, wo der regelmäßige Erwerb aufhört, wo das soziale Elend herrscht, zeigen sich naturgemäß die meisten Anlagen zu Erkrankungen, die meisten Sterbefälle. Jede Beschäftigungsweise, jede Profession dagegen hat ihre besonderen Krankheitsanlagen, denen der größte Prozentsatz der ihr Angehörigen zum Opfer fällt. Ueberblickt man die lange Reihe von Berufsarbeitern, so sind es namentlich die Schneider, bei denen ein sehr bedauerliches Krankheitsverhältniß sich zeigt; während es bei Zuckerbäckern nur 25, bei anderen Professionen im Mittel 46,6 beträgt, stellt es sich bei den Schneidern auf 67 Proz. Die Ursache dafür suchen Fachmänner zum Theile schon in dem Umstande, daß an und für sich kränkliche und schwache Menschen zu diesem Handwerk erzogen werden; daß aber auch die schlechte Körperhaltung, das viele Sitzen, der Mangel guter Luft zu diesem Verhältnisse beitragen, ist selbstverständlich. Eine eigene Erscheinung bei den Schneidern, hervorgerufen durch den feinen Wollenstaub, der beständig von den Stoffen auf die Haut fällt, ist die so häufig vorkommende Krätze. Die ärgsten Verwüstungen aber richtet unter ihnen die Lungenschwindsucht an. Bemerkenswerth sind bei den Schneidern die Folgen in psychischer und moralischer Hinsicht. Nach Glatter wurden vom Wiener Landesgericht zwischen 1859 und 1864 von 1000 Schneidern bestraft wegen Majestäts-Beleidigung 35, wegen Religionsstörung 7.9, wegen Diebstahls 56.1, wegen Veruntreuung 83.9, wegen Bankerotts 55.3 u. s. w. Man hat bei den Schneidern einen besonderen Leichtsinn constatiren wollen, der einen Hang zu eigenthumsgefährlichen Handlungen erzeuge. Noch viel schlechter sind die Krankheitsverhältnisse bei den Schneiderinnen, woran die immer mehr Verbreitung erlangende Nähmaschine nichts zu ändern vermochte.

Aehnliche Verhältnisse wie bei den Schneidern finden sich auch bei den Schustern, bei denen namentlich als Folge ihrer Arbeitsform häufige Magenleiden sich einstellen, denen 67 Proz. der Angehörigen jener Profession zum Opfer fallen. Auch bei den Schustern zeigen sich eigenthümliche psychische Störungen, welche sich bald als Anlage zur Poesie, bald als Hang zur religiösen Schwärmerei äußern. In den Irrenhäusern von Paris stellen die Schuster das zweitgrößte Contingent unter den aufgenommenen Professionisten. Man bringt diese Gemüthsstörungen mit dem Zusammendrücken der Leber durch die eigenthümlich gekrümmte Haltung beim Sitzen in Verbindung. Bei manchen dieser Professionisten äußern sich die Wirkungen der Lebensweise in einer stärkeren Entwicklung des cholerischen Temperaments; wenigstens muß man es so erklären, daß Schneider und Schuster als fanatische Verfechter neuer Ideen stets ein großes Contingent bei Revolutionen stellten.

Es würde zu weit führen, die besonderen Krankheitserscheinungen bei Webern, Färbern, Blei-, Phosphor-, Arsenik- und Glasarbeitern und den zahlreichen übrigen Professionisten, welche in dem von uns citirten Werke ihre Darstellung finden, zu verfolgen; hervorheben wollen wir nur noch die interessante Erscheinung, daß 26.3 Proz. der Bierbrauer und 23.3 Proz. der Bäcker an der Auszehrung zu Grunde gehen. Als die gesundeste aller Beschäftigungsarten erweist sich die Gärtnerei.

Unter den geistigen Arbeitern erfreuen sich die Geistlichen der längsten Lebensdauer. Nach einer statistischen Zusammenstellung gab es unter den Bischöfen, welche dem letzten Concil beiwohnten, 3 mit 96, zwei mit 90, 20 mit 80—85, 46 mit 75—80, 79 mit 70—75 Lebensjahren. Innerhalb der freien Professionen bilden Geistliche und Aerzte die äußersten Gegensätze in Bezug auf Lebensdauer; von den Letzteren erreicht kaum ein Drittel das 60. Lebensjahr. Was die eigentliche Gelehrtenwelt betrifft, lebten nach einer Berechnung von Madden von einer gewissen Anzahl mehr oder weniger berühmter Gelehrten im Durchschnitte Naturhistoriker 75, Philosophen 70, Juristen 69, Mediziner 68, Theologen 67, Philologen 66, Romanschreiber 62.5, dramatische und andere Schriftsteller 62, Dichter 57 Jahre. Das lustige Volk, das am Thespiskarren zieht, unterliegt durch leichten Lebenswandel zahlreichen Krankheitserscheinungen; Anstrengungen und Aufregungen aller Art rufen hier oft plötzliche gefährliche Gesundheitsstörungen hervor. Zu den Lastern der Musiker gehört die Trunksucht, und mancher Tonkünstler ward schon ein Opfer des Delirium tremens. Eigenthümlich ist die Erscheinung, daß viele Musiker schwerhörig oder taub werden. Ueberhaupt ist die Wirkung der Musik auf die Nerven nach Urtheilen erfahrener Aerzte eine höchst aufregende. Die Musik wirkt durch das Ohr auf Gehirn und Rückenmark, und dies um so bedeutender, je mehr das Nervensystem durch verschiedene äußere und innere Momente erregt wurde. Tänzer und Tänzerinnen fallen zumeist Herzleiden und der Lungenschwindsucht anheim.

Am Schlusse unserer Auseinandersetzungen müssen wir noch der Krankheiten erwähnen, die an fürstlichen Höfen herrschen. Daniel Langhans hat im Jahre 1770 in Bern ein Werk „Von den Krankheiten der Hofes- und der Weltleute" erscheinen lassen. Man findet unter den Inhabern der fürstlichen Throne zahlreiche Leiden, die meist dem Wohlleben entspringen.

Auffallend ist die seit Nero oft wiederholte Erscheinung, daß manche Fürstenfamilien zu Wahn- und Blödsinn disponirt sind. Man sucht den Grund für dieses geistige und physische Degeneriren in den Heirathen im engen Familienkreise.

Da, wo nun wirklich in den höheren Ständen in Folge des Uebergenusses Krankheiten und frühe Todesfälle entstehen, da haben doch die Betreffenden selbst die Schuld — bei den Nothleidenden aber ist die Gesellschaft der schuldige Theil.

Die Taktik unsrer Gegner.

Die bei der jüngsten Reichstagswahl für uns abgegebenen mehr als 600,000 Stimmen — ebenso aber auch die Vermehrung der Erwählten des Volks um die Zahl drei — haben unsre Gegner aus ihrer vornehmen Ruhe gestört.

Wie ein Ameisenhaufen, der durch den Stock eines Forschers aufgestöbert wird, so kommen uns unsre vereinigten Gegner vor — ein rathloses Hin- und Herrennen und dann in den störenden Stock Beißversuche, die vom Forscher in aller Gemüthsruhe abgewiesen werden!

Das Gute hat das Wahlresultat gehabt, daß die Gegner erkannt haben, ein vornehmes Todtschweigen unsrer Bewegung ist nicht mehr möglich, man muß uns auf unserm Gebiet aufsuchen, und dabei reguet es nun sozialistenfresserische Leit- und Hetzartikel in der gegnerischen Presse; eine Broschüre nach der andern wendet ihre stumpfe Spitze gegen uns und wird von denen, für die sie bestimmt sind, ungelesen in den Papierkorb geworfen — oder zu sonstigen nützlichen Zwecken verwendet.

So macht man neuerdings in Poesie und Prosa schlechte Witze über unsre Bestrebungen, man versucht sich sogar in Karrikaturen (z. B. Träume eines Sozialdemokraten 2c.). Alle diese Ergüsse aber sind treffliche Agitatoren für uns, da sie Jeden, der selbst denken kann, anekeln, indem nur seichte Behauptungen aufgestellt — nicht aber Gegenbeweise geliefert werden. So schreibt ein fortschrittlicher Scribifax in der „Dibaccalia" (Belletristische Beilage zum „Frankfurter Journal") Nr. 67 vom 8. März (und in anderen Blättern) in der allerschülerhaftesten, man kann sogar beinahe behaupten knabenhaften Weise über „die Poesie der Sozialdemokraten". Der Verfasser des werthvollen (sogar vor Nachdruck geschützten) Artikels bezweckt erstens durch ohne jeden Zusammenhang herausgegriffene Verse von Liedern aus dem Most'schen Proletarierliederbuch — uns lächerlich und dann zweitens dem Bierphilister gruselig zu machen.

So bezeichnet der „G. K."-Verfasser unser Liederbuch „als poetischer Canon, die lyrische Hauspastille der Sozialdemokratie", aus der er sich scheue, wegen des Staatsanwalts (nicht denunziatorisch!) größere Auszüge zu geben, während das Liederbuch in jeder Buchhandlung für 30 Pf. zu haben ist.

Das Most'sche Liederbuch soll, wie Jeder von uns weiß, einfach ein Volksliederbuch sein, das, sich an Volksmelodien anlehnend, unsere Ideen weiter verbreiten soll. Weiter nichts.

Abgesehen vom willkürlichen Herausgreifen kennt der Verfasser nichts von Geib's Gedichten, von Hasenclever „Liebe, Leben, Kampf," von Sallet u. v. a. und annektirt als Bourgeois-Dichter schlankweg Herwegh, sowie Freiligrath.

Daß Herwegh bis zum Tode Sozialist war und 1873 noch durch sein Gedicht „18. März", dem „Volksstaat" gewidmet, seine Gesinnungen dokumentirte, ist dem gebildeten fortschrittlichen Sozialistentödter natürlich nicht bekannt. Trotz der Annahme der Nationalbelohnung und trotz der „Trompete von Gravelotte" war Freiligrath gewiß nichts weniger als Bourgeois-Dichter.

Alles wollen die Herren mit ihrem famosen „Eigenthumssinn" für sich annektiren — so jüngst ja unsern Jacoby! — Das Schriftstellern, welches darin besteht, daß man die Philister, welche das Selbstdenken längst verlernt haben, bald einlullt, bald ihnen eine Gänsehaut über den Leib jagt, ist ja so leicht, so süß und — einträglich, und braucht man nichts dazu, als täglich dasselbe schöne Lied vom herrlichen Reich zu singen. — Mit solchen Gegnern sind wir genöthigt, uns herumzuschlagen! Bei unseren Gegnern allein ist Bildung, Sitte und Anstand — wenn man ihnen aufs Wort glaubt. Wenn nicht, kommt man freilich zu sehr verschiedenem Urtheil. Zum Zeitvertreib will ich hier durch einige Citate aus dem beim gut reichstreuen Lahrer Kalendermann seinerzeit erschienenen „Marschliederbuch", dessen Gedichte sämmtlich einen Schlachthausgeruch an sich haben, den Beweis für die Qualität der Dichtkunst unsrer Gegner erbringen, welch letztere sowohl mit Gramatik wie Versmaß, von Poesie gar nicht zu reden, auf dem Kriegsfuß stehen. Leider sind die Namen der „Dichter" der Nachwelt nicht überliefert worden — wohl aus falscher Bescheidenheit.

So singt einer im „Schützenlied" Nr. 11:

Ra tra Ra
Wir sind da
Wir die freien Jäger ja.
Reif und Ruf
Pfeif und Knuff 2c.

(Reif und Ruf grenzt ganz an's Richard Wagner'sche Wigala, Weia 2c. im Rheingold.)

Ferner treibt der Dichter des „deutschen Trost" offenbar Vielgötterei durch die Verse:

Deutsche Freiheit,
Deutscher Gott,
Deutscher Glaube ohne Spott,
Deutsches Herz und deutscher Stahl
Sind wir Helden allzumal.

weil er für Deutschland offenbar einen eigenen Gott in Anspruch nimmt.

Ebenso zeichnet sich der blühende Styl in „die wilde Jagd" aus:

Die Turkos, die Schurkos
Welch putziger Spaß 2c.

Mit dem Worte „Schurkos" hat der „G. K."-Verfasser den deutschen Sprachschatz ungemein bereichert.

Unklar ist der Rede Sinn in folgendem Verse des Liedes „Jahn":

„Uns soll nicht vergehen"
„Der Funken der Nacht"
„Bis einst der Freiheit Wesen"
„Zur Flamme ihn erfaßt" 2c.

Entfachter Funken der Nacht!!! Begreifen mag's, wer's kann!

Schöne Zierden der sogenannten deutschen Heldenlieder sind noch folgende:

„Kugelspritzen-Kultur" 2c.
„O du Deutschland" 2c.

(in diesem wird von einer klingenden Blech- — nein Bleikugel gesprochen!)

Genug.

Sonstige Fundgruben patriotischer Poesien lassen wir aus ästhetischen Gesundheitsrücksichten unberührt. Und die kirchlichen „Kernlieder", diese beredten Zeugnisse moderner Kultur, wollen wir mit dem Mantel nicht der christlichen, sondern der sozialistischen Bruderliebe bedecken.

Und das — wagt unser Proletarier-Liederbuch anzutasten?

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

(Schluß des Artikels X.)

Wenn wir aber auch mit Herrn Dührings flacher und stümperhafter Behandlung der Gleichheitsvorstellung fertig sind, so sind wir darum noch nicht fertig mit dieser Vorstellung selbst, wie sie namentlich durch Rousseau eine theoretische, in und seit der großen Revolution eine praktisch-politische, und auch heute noch in der sozialistischen Bewegung fast aller Länder eine bedeutende agitatorische Rolle spielt. Die Feststellung ihres wissenschaftlichen Gehalts wird auch ihren Werth für die proletarische Agitation näher bestimmen.

Die Vorstellung, daß alle Menschen als Menschen etwas Gemeinsames haben, und so weit dies Gemeinsame reicht, auch gleich sind, ist selbstverständlich uralt. Aber hiervon ganz verschieden ist die moderne Gleichheitsforderung; diese besteht vielmehr darin, aus jener gemeinschaftlichen Eigenschaft des Menschseins, jener Gleichheit der Menschen als Menschen, den Anspruch auf gleiche politische resp. soziale Geltung aller Menschen, oder doch wenigstens aller Bürger eines Staats, oder aller Mitglieder einer Gesellschaft abzuleiten. Bis aus jener ursprünglichen Vorstellung relativer Gleichheit die Folgerung auf Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft gezogen werden, bis sogar diese Folgerung als etwas Natürliches, Selbstverständliches erscheinen konnte, darüber mußten Jahrtausende vergehen und sind Jahrtausende vergangen. In den ältesten, naturwüchsigen Gemeinwesen konnte von Gleichberechtigung höchstens unter den Gemeindegliedern die Rede sein; Weiber, Sklaven, Fremde waren von selbst davon ausgeschlossen. Bei den Griechen und Römern galten die Ungleichheiten der Menschen viel mehr als irgend welche Gleichheit. Daß Griechen und Barbaren, Freie und Sklaven, Staatsbürger und Schutzverwandte, römische Bürger und römische Unterthanen (um einen umfassenden Ausdruck zu gebrauchen) einen Anspruch auf gleiche politische Geltung haben sollten, wäre den Alten nothwendig verrückt vorgekommen. Unter dem römischen Kaiserthum lösten sich alle diese Unterschiede allmählig auf, mit Ausnahme desjenigen von Freien und Sklaven; es entstand damit, für die Freien wenigstens, eine Gleichheit der Privatleute, auf deren Grundlage das römische Recht sich entwickelte, die vollkommenste Ausbildung des auf Privateigenthum beruhenden Rechts, die wir kennen. Aber solange der Gegensatz von Freien und Sklaven bestand, konnte von rechtlichen Folgerungen aus der allgemein menschlichen Gleichheit keine Rede sein; wir sahen dies noch neuerdings in den Sklavenstaaten der nordamerikanischen Union.

Das Christenthum kannte nur eine Gleichheit aller Menschen, die der gleichen Erbsündhaftigkeit, die ganz seinem Charakter als Religion der Sklaven und Unterdrückten entsprach. Daneben kannte es höchstens die Gleichheit der Auserwählten, die aber nur ganz im Anfang betont wurde. Die Spuren der Gütergemeinschaft, die sich ebenfalls in den Anfängen der neuen Religion vorfinden, lassen sich viel mehr auf den Zusammenhalt der Ver

folgten zurückführen als auf wirkliche Gleichheitsvorstellungen. Sehr bald machte die Festsetzung des Gegensatzes von Priester und Laie auch diesem Ansatz von christlicher Gleichheit ein Ende. — Die Ueberfluthung Westeuropas durch die Germanen beseitigte für Jahrhunderte alle Gleichheitsvorstellungen durch den allmähligen Aufbau einer sozialen und politischen Rangordnung von so verwickelter Art, wie sie bisher noch nicht bestanden hatte; aber gleichzeitig zog sie West- und Mitteleuropa in die geschichtliche Bewegung, schuf zum ersten Mal ein kompaktes Kulturgebiet und auf diesem Gebiet zum ersten Mal ein System sich gegenseitig beeinflussender und gegenseitig in Schach haltender, vorwiegend nationaler Staaten. Damit bereiteten sie den Boden vor, auf dem allein in späterer Zeit von menschlicher Gleichgeltung, von Menschenrechten die Rede sein konnte.

Das feudale Mittelalter entwickelte außerdem in seinem Schooß die Klasse, die berufen war, in ihrer weiteren Ausbildung die Trägerin der modernen Gleichheitsforderung zu werden: das Bürgerthum. Anfangs selbst feudaler Stand, hatte das Bürgerthum die vorwiegend handwerksmäßige Industrie und den Produktenaustausch innerhalb der feudalen Gesellschaft auf eine verhältnißmäßig hohe Stufe entwickelt, als mit dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts die großen Entdeckungen zur See ihm eine neue, umfassendere Laufbahn eröffneten. Der außereuropäische Handel, bisher nur zwischen Italien und der Levante betrieben, wurde jetzt bis Amerika und Indien ausgedehnt, und überflügelte bald an Bedeutung sowohl den Austausch der einzelnen europäischen Länder unter sich, wie den inneren Verkehr eines jeden einzelnen Landes. Das amerikanische Gold und Silber überfluthete Europa und drang wie ein zersetzendes Element in alle Lücken, Risse und Poren der feudalen Gesellschaft. Der handwerksmäßige Betrieb genügte nicht mehr für den wachsenden Bedarf; in den leitenden Industrieen der fortgeschrittensten Länder wurde er ersetzt durch die Manufaktur.

Diesem gewaltigen Umschwung der ökonomischen Lebensbedingungen der Gesellschaft folgte indeß keineswegs sofort eine entsprechende Aenderung ihrer politischen Gliederung. Die staatliche Ordnung blieb feudal, während die Gesellschaft mehr und mehr bürgerlich wurde. Der Handel auf großer Stufenleiter, also namentlich der internationale, und noch mehr der Welthandel, fordert freie, in ihren Bewegungen ungehemmte Waarenbesitzer, die als solche gleichberechtigt sind, die auf Grundlage eines, wenigstens an jedem einzelnen Ort, für sie Alle gleichen Rechts austauschen. Der Uebergang vom Handwerk zur Manufaktur hat zur Voraussetzung die Existenz einer Anzahl freier Arbeiter — frei einerseits von Zunftfesseln und andererseits von den Mitteln, um ihre Arbeitskraft selbst zu verwerthen — die mit dem Fabrikanten wegen Vermiethung ihrer Arbeitskraft kontrahiren können, also ihm als Kontrahenten gleichberechtigt gegenüber stehn. Und endlich fand die Gleichheit und gleiche Gültigkeit aller menschlichen Arbeiten, weil und insofern sie menschliche Arbeit überhaupt sind, ihren unbewußten aber stärksten Ausdruck im Werthgesetz der modernen bürgerlichen Oekonomie, wonach der Werth einer Waare gemessen wird durch die in ihr enthaltene gesellschaftlich nothwendige Arbeit.*) — Wo aber die ökonomischen Verhältnisse Freiheit und Gleichberechtigung forderten, setzte ihnen die politische Ordnung Zunftfesseln und Sonderprivilegien auf jedem Schritt entgegen. Lokalvorrechte, Differentialzölle, Ausnahmsgesetze aller Art trafen im Handel nicht nur den Fremden oder Kolonialbewohner, sondern oft genug auch ganze Kategorien der eignen Staatsangehörigen; zünftige Privilegien lagerten sich überall und immer von Neuem der Entwicklung der Manufaktur quer über den Weg. Nirgendwo war die Bahn frei und die Chancen für die bürgerlichen Wettläufer gleich — und doch war dies die erste und immer dringlichere Forderung.

Die Forderung der Befreiung von feudalen Fesseln und der Herstellung der Rechtsgleichheit durch Beseitigung der feudalen Ungleichheiten, sobald sie erst durch den ökonomischen Fortschritt der Gesellschaft auf die Tagesordnung gesetzt war, mußte bald größere Dimensionen annehmen. Stellte man sie im Interesse der Industrie und des Handels, so mußte man dieselbe Gleichberechtigung fordern für die große Menge der Bauern, die in allen Stufen der Knechtschaft, von der vollen Leibeigenschaft an, den größten Theil ihrer Arbeitszeit unentgeltlich dem gnädigen Feudalherrn darbringen und außerdem noch zahllose Abgaben an ihn und den Staat entrichten mußte. Man konnte andererseits nicht umhin zu verlangen, daß ebenfalls die feudalen Bevorzugungen, die Steuerfreiheit des Adels, die politischen Vorrechte der einzelnen Stände aufgehoben würden. Und da man nicht mehr in einem Weltreich lebte, wie das römische gewesen, sondern in einem System unabhängiger, mit einander auf gleichem Fuß verkehrender Staaten von annähernd gleicher Höhe der bürgerlichen Entwicklung, so verstand es sich von selbst, daß die Forderung einen allgemeinen, über den einzelnen Staat hinausgreifenden Charakter annahm, daß Freiheit und Gleichheit proklamirt wurden als Menschenrechte. Wobei es für den specifisch bürgerlichen Charakter dieser Menschenrechte bezeichnend ist, daß die amerikanische Verfassung, die erste welche die Menschenrechte anerkennt, in demselben Athem die in Amerika bestehende Sklaverei der Farbigen bestätigt: die Klassenvorrechte werden geächtet, die Racenvorrechte geheiligt.

Bekanntlich wird indeß die Bourgeoisie, von dem Augenblick an wo sie sich aus dem feudalen Bürgerthum entpuppt, wo der mittelalterliche Stand in eine moderne Klasse übergeht, stets und unvermeidlich begleitet von ihrem Schatten, dem Proletariat. Und ebenso werden die bürgerlichen Gleichheitsforderungen begleitet von proletarischen Gleichheitsforderungen. Von dem Augenblick an, wo die bürgerliche Forderung der Abschaffung der Klassenvorrechte gestellt wird, tritt neben sie die proletarische Forderung der Abschaffung der Klassen selbst — zuerst in religiöser Form, in Anlehnung an das Urchristenthum, später gestützt auf die bürgerlichen Gleichheitstheorien selbst. Die Proletarier nehmen die Bourgeois beim Wort: die Gleichheit soll nicht bloß scheinbar, nicht bloß auf dem Gebiet des Staats, sie soll auch wirklich, auch auf dem gesellschaftlichen, ökonomischen Gebiet durchgeführt werden. Und namentlich seit die französische Bourgeoisie, von der großen Revolution an, die bürgerliche Gleichheit in den Vordergrund gestellt hat, hat ihr das französische Proletariat Schlag auf Schlag geantwortet mit der Forderung sozialer, ökonomischer Gleichheit, ist die Gleichheit der Schlachtruf speciell des französischen Proletariats geworden.

Die Gleichheitsforderung im Munde des Proletariats hat somit eine doppelte Bedeutung. Entweder ist sie — und dies ist namentlich in den ersten Anfängen, z. B. im Bauernkrieg, der Fall — die naturwüchsige Reaktion gegen die schreienden sozialen Ungleichheiten, gegen den Kontrast von Reichen und Armen, von Herren und Knechten, von Prassern und Verhungernden; als solche ist sie einfach Ausdruck des revolutionären Instinkts, und findet darin, und auch nur darin, ihre Rechtfertigung. Oder aber, sie ist entstanden aus der Reaktion gegen die bürgerliche Gleichheitsforderung, zieht mehr oder weniger richtige, weitergehende Forderungen aus dieser, dient als Agitationsmittel, um die Arbeiter mit den eignen Behauptungen der Kapitalisten gegen die Kapitalisten aufzuregen, und in diesem Fall steht und fällt sie mit der bürgerlichen Gleichheit selbst. In beiden Fällen ist der wirkliche Inhalt der proletarischen Gleichheitsforderung die Forderung der Abschaffung der Klassen. Jede Gleichheitsforderung die darüber hinausgeht, verläuft nothwendig in's Absurde. Wir haben Beispiele davon gegeben und werden ihrer noch genug finden, wenn wir zu den Zukunftsphantasieen des Herrn Dühring kommen.

Somit ist die Vorstellung der Gleichheit, sowohl in ihrer bürgerlichen wie in ihrer proletarischen Form, selbst ein geschichtliches Produkt, zu derer Hervorbringung bestimmte geschichtliche Verhältnisse nothwendig waren, die selbst wieder eine lange Vorgeschichte voraussetzen. Sie ist also Alles, nur keine ewige Wahrheit. Und wenn sie sich heute für das große Publikum — im einen oder im andern Sinn — von selbst versteht, wenn sie, wie Marx sagt, „bereits die Festigkeit eines Volksvorurtheils besitzt," so ist das nicht Wirkung ihrer axiomatischen Wahrheit, sondern Wirkung der allgemeinen Verbreitung und der andauernden Zeitgemäßheit der Ideen des achtzehnten Jahrhunderts. Wenn also Herr Dühring seine berühmten beide Männer so ohne Weiteres auf dem Boden der Gleichheit kann wirthschaften lassen, so kommt dies daher, daß dem Volksvorurtheil dies ganz natürlich vorkommt. Und in der That, Herr Dühring nennt seine Philosophie die natürliche, weil sie von lauter Dingen ausgeht, die ihm ganz natürlich vorkommen. Warum aber sie ihm natürlich vorkommen — danach fragt er freilich nicht.

*) Diese Ableitung der modernen Gleichheitsvorstellungen aus den ökonomischen Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft ist zuerst dargelegt von Marx im „Kapital".

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Lage ist düsterer geworden, so meldet man der „N. Z." aus London. Es ist Ignatieff nicht gelungen, das englische Kabinet zu sich herüberzuziehen. Die Verhandlungen scheiterten an der Abrüstungsfrage. Rußland verweigert die bestimmte Zusage der Abrüstung und England verweigert ebenso bestimmt die Unterzeichnung des Protokolls, wenn nicht die Abrüstung zugesichert wird. Ignatieff ist nun wieder in Paris und wenn seine Gemahlin alle Schönheiten der französischen Hauptstadt besichtigt haben wird, tritt der Friedensgeneral die Reise in die Heimath an. Die Rüstungen haben inzwischen weder in Rußland noch in der Türkei aufgehört. Wenn sich die Nachricht bestätigen sollte, daß Midhat Pascha aus der Verbannung wieder an die Spitze der türkischen Verwaltung zurückgerufen wird, so wäre dies unter den jetzigen Verhältnissen für die Türkei von der allergrößten Wichtigkeit. — Also noch einige Wochen, dann donnern in Europa am Pruth und an der Donau die Kanonen trotz des Wortes, welches Moltke sprach: „Ohne den Willen Deutschlands fällt in Europa kein Schuß!" Oder sollte es im Willen der deutschen Regierung liegen, daß die Russen die Türkei mit Krieg überziehen?

— Die „Berliner Volkszeitung" ist einmal wieder recht voreilig; sie schreibt: Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat die Wahl des im sechsten Berliner Wahlkreise gewählten Abg. Hasenclever für ungiltig erklärt. Da 62 in der Perlebergerstraße wohnende Wähler, die in ihrem Proteste erklären, daß sie unter keinen Umständen für Hasenclever gestimmt haben würden, falls sie ihr Wahlrecht hätten ausüben können, ihres Wahlrechtes beraubt und Abg. Hasenclever nur mit einer Majorität von 21 Stimmen gewählt ist, konnte die Commission zu keinem andern Beschlusse als dem der Ungiltigkeit der Wahl Hasenclever's kommen." — Die Wahlprüfungscommission kann eine Wahl gar nicht für ungiltig erklären; sie kann nur bei dem Reichstag einen Antrag auf Ungiltigkeitserklärung stellen, und dies hat sie gethan. Wir glauben nun allerdings, daß der Reichstag diesem Antrage Folge geben wird. Die „Volkszeitung" schreibt von einer „Beraubung des Wahlrechts von 62 Wählern und verschweigt dabei, von wem die „Beraubung" ausging — das ist feig und perfid zugleich. Die Leser sollen glauben, daß die 62 antisozialistischen Wähler von den bösen Sozialdemokraten ihres Wahlrechts beraubt worden seien, und doch ist der Attentäter Niemand anders, als der wohlweise Magistrat der Stadt Berlin resp. dessen Beamten, welche durch Verheftung oder unrechte Versendung einer Liste solchen Schwabenstreich verübt haben, der den Berliner Wählern außer der Zeitverschwendung bei der Neuwahl einige tausend Mark Unkosten verursachen wird. In der Commission wurde übrigens bemerkt, daß so etwas nicht einmal in Krähwinkel vorkommen könne und daß der Referent in der betreffenden öffentlichen Sitzung des Reichstags dem Magistrat von Berlin einen Tadel auszusprechen habe. — Die Sozialdemokratie wird übrigens mit der gewohnten Kraft in den bevorstehenden Wahlkampf eintreten.

— Johann Jakoby, schreibt unser Schweizer Parteiorgan, hat auch an der Wiege der „Tagwacht" gestanden. Seine Rede vom 20. Januar 1870, die als Beilage zur „Tagwacht" erschien, veranlaßte das damalige Organisationscomité der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz (das die „Tagwacht" in's Leben rief) sofort an Jakoby einen zustimmenden Gruß (abgedruckt in Nr. 3 der „Tagwacht" 1870) zu senden. Darauf antwortete Jacoby:

„Geehrter Herr!

Für die von Seiten des Organisationscomité der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz an mich gerichtete Zuschrift vom 27. v. M. (Januar) sage ich Ihnen und den mitunterzeichneten Herren meinen aufrichtigen herzlichen Dank. Ihre Uebereinstimmung mit den in meiner Rede vom 20. Januar geäußerten Ansichten gereicht mir um so mehr zu freudiger Genugthuung, als diese Rede von anderer Seite mannigfache Angriffe erfahren. Lassen Sie uns unbeirrt auf dem Wege vorschreiten, den wir als den richtigen erkannt haben. Die Zukunft gehört uns.

Mit brüderlichem Gruß und Handschlag

Ihr Dr. Joh. Jakoby.

Daß Jakoby kein Mann der bloßen Phrase war, hat er zwar durch sein ganzes öffentliches Leben, besonders aber dadurch bewiesen, daß er zur Zeit der größten Verfolgung, als unsere Parteigenossen zu jahrelanger Kerkerhaft verurtheilt wurden, in einer öffentlichen Erklärung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands beitrat, der er bis zu seinem Tod angehörte.

— Infam. Vor wenigen Tagen starb in Paris ein Mann, dessen Name einst hochgeschätzt war als Mensch und als Mann der Wissenschaft: der Professor der Medizin Dr. Dolbeau. Als im Mai 1871 die Versailler ihre Blutorgien feierten und dem Moloch des Kapitals Hekatomben von Proletariern darbrachten, drang ein Haufe der gesellschaftsrettenden Menschenschlächter in das Hospital Beaujou ein, wo Dr. Dolbeau gerade Dienst hatte. „Sind verwundete Communards da?" „Nein!" sagen mit fester

---

Herr Professor Birnbaum-Bischweiler

im „Städtischen Verein" am 13. März 1877.

Seht mich an und neigt euch tief
Dem, der nicht blos „Geld macht" —
Ruhmgekrönt, ging's uns auch schief,
Kehr ich aus der Feldschlacht.
Arg hat uns der Feind verhöhnt
Ob der Prügelsuppe —
Mir, an Durchfall stets gewöhnt,
War sie wirklich — Schnuppe.

Wenn wir erst das nächste Mal —
Hübsch organisirt sind
Wenn, wie sich's gehört im Saal
Passend wir gruppirt sind
Dann wird, wer der Starke ist,
Es dem Gegner geigen
Und was eine Harke ist
Werd ich Bebeln zeigen.

Diesen hohlen Tröpfen da
Bin ich wohl gewachsen;
Zu den klaren Köpfen ja,
Zu den hellen Sachsen
Hab ich jederzeit gehört,
— Ein Gesellschaftspfeiler —
Und ich weiß, euch Wackre stört
Nicht der Fall Bischweiler.

Inne ward ich meiner Kraft —
Ich bin sonst nicht eitel —
Vollgestopft von Wissenschaft
Bin ich bis zum Scheitel.
Alles Wissen dieser Welt
Hat in meinem Hirn Raum —
Seht, von Hochgefühl geschwellt
Mich, den großen Birnbaum!

In Lassalle und Marx verehrt
Man gewalt'ge Meister
Ich beweis' euch, stockgelehrt,
Daß sie arme Geister.

Birnbaum reißt entzwei das Netz —
Ja, schon in der Windel
Hat das ehr'ne Lohngesetz
Er erkannt als Schwindel.

Birnbaum ist ein großes Licht —
In die hohle Blase
Er der Wahrheit Nadel sticht —
Da entweicht die Phrase.
Feuert auch der Feind voll List
Wider mich den Lugschuß —
Was er sagt und redet, ist
Blendwerk nur und Trugschluß.

„Unverfroren" Bebel sprach —
Als ein Luftgebäude
Wies ich seine Sätze nach
Und er machte pleite,
Hätte nicht voll Energie
Bracke dann gesprochen,
Um mir mehr als billig die
Jacke auszupochen.

Mit dem geist'gen Apparat
Fälschlicher Citate
Macht Herr Liebknecht wenig Staat -
Mir ist er Pomade.
In zu setzen auf den Sand,
Braucht man Sparig's Stirn kaum —
Ruhig schlägt ihn mit Verstand
Euer großer Birnbaum.

Zaget nicht vor jenem Troß —
Seht, der Lindwurmtödter —
Trabt dahin auf stolzem Roß,
Neben sich zwei Köter.
Wenn die Beiden ungestüm
Jenen Drachen packen,
Werden wir das Ungethüm
In die Sülze hacken.

Was der Sozialismus lehrt,
Ist verrucht und schändlich —
Daß man Schutz vor ihm begehrt,
Ist mir unverständlich.

Legt euch nur auf's Ohr und ruht
Mit den Zipfelmützen —
Gebt das Reich in meine Hut,
Ich will es beschützen.

Was ich sage, mach' ich wahr
Bis auf's letzte Jota;
Ihre Hülfe leihen da
Sparig mir und Broda;
Und daß man uns nicht vergißt,
Wird das Thun der Helden
Leonhardt, der Leibchronist,
Euch getreulich melden.

Deutschland ehrt den großen Mann
Durch Statuen und Büsten —
Klingen wird sein Name dann
Von der Nordsee Küsten,
Wo die Möve kreischt im Sturm,
Bis zum steilsten Firnsaum —
Und man preist als Schwert und Thurm
Den gewalt'gen Birnbaum.

Sprach's voll Stolz und salbungsvoll
Und wie Fluth am Ufer
Um ihn her das Tosen schwoll
Lauter Bravorufer.
Nur ein Sozialist voll Hohn
Murmelte im Scheiden:
„Warte nur, wir werden schon
Dir die Lust verleiden!"

Fürwitz schafft und Dünkel Leid —
Dich entgegenstemmen
Dem gewalt'gen Rad der Zeit
Und im Drehn es hemmen?
Alles Zappeln, alles Schrei'n
Helfen nicht dawider,
Und auch Dich, Professorlein,
Wirft es spielend nieder!

(Vorstehendes Gedicht ist der in Leipzig erscheinenden „Fackel" entnommen und bezieht sich auf eine Rede, welche Herr Prof. Birnbaum im „Städtischen Verein" zu Leipzig gehalten hat.)

Stimme die Krankenwärter. „Doch ja, hier ist Einer!“ Es war Dr. Dolbeau, der sprach und auf eins der Betten deutete. Die Versailler stürzten auf ihr Opfer los: einem Soldaten, der am 18. März, um nicht Brudermörder zu werden, zum Volk übergegangen und in den Kämpfen der vorhergehenden Tage verwundet worden war. Der dem Tod Geweihte erhebt sich — an Widerstand ist nicht zu denken —: „Ich stehe zu Diensten! Einen Augenblick!“ zieht, so schnell er vermag, seine Uniform an, und hinkt mit seinen Begleitern zu der Thür hinaus. Ein paar Sekunden darauf ertönt der helle Ruf: Vive la Commune! ein halbes Dutzend Flintenschüsse und ein tapferes Herz hatte aufgehört zu schlagen. Dr. Dolbeau that, als ob nichts geschehen sei. Aber die Krankenwärter zogen sich scheu vor ihm zurück wie vor einem Aussätzigen, und als er seine Vorlesungen an der Universität wieder aufnehmen wollte, trieben die empörten Studenten ihn aus seinem Hörsaal. Er mußte sich trösten mit der Gnade des Herrn Thiers. Neulich starb er, Niemand folgte der Leiche — ein Hund wäre mit mehr Achtung verscharrt worden. Die Unsterblichkeit, nach der er gestrebt, ist ihm aber zu Theil geworden, die Unsterblichkeit der Infamie.

— Parteigenosse und Reichstagsabgeordneter A. Kapell hat in der „Berliner Freien Presse“ bezüglich der Anfechtungen, welche seine Auslassungen über den Nothstand im Kreise Reichenbach-Neurode im Reichstage seitens des Magistrats von Neurode erfahren haben, folgende Erklärung erlassen:

„Erklärung.

Durch mehrere Zeitungen läuft unter der Ueberschrift „Offiziös“ die Nachricht, daß ich in der Reichstagssitzung vom 12. März d. J. behauptet hätte: „im Kreise Neurode herrschte der Hungertyphus in solch' erschreckender Weise, daß in der Stadt Neurode allein 125 Personen der Seuche erlegen wären“, daß jedoch die daraufhin angestellte amtliche Untersuchung das Gegentheil ergeben habe. Der Kreisphysikus habe erklärt: „es wäre in sechs Monaten kein Typhusfall mehr vorgekommen.“

Daraufhin erkläre ich, daß ich oben angeführte Aeußerungen nicht gethan, sondern nach dem amtlichen stenographischen Bericht der Sitzung wörtlich gesagt habe: „Ich habe aber vor wenigen Tagen erfahren, daß im Neuroder Kreise der Hungertyphus in solchem Grade aufgetreten ist, daß über 100 Menschen ihm schon erlegen sind.“

Hier ist von der Stadt Neurode nicht die Rede ebensowenig von 125 Personen, welche in der Stadt bereits der Seuche erlegen sein sollen. Ferner ist auch nichts von mir „behauptet“ worden, sondern ich sprach von einem „Erfahren“ durch andere Personen.

Die „offiziösen“ Angaben können also unbedingt nicht dem maßgebenden stenographischen Sitzungsbericht entnommmen sein, sondern nur Privat- oder Zeitungsnachrichten, sonst könnten sie nicht von Dingen sprechen, die ich gar nicht „behauptet“ habe.

Zur Sache selbst will ich noch hinzufügen, daß die Nachricht, welche mir zugegangen ist, keineswegs falsch war, sondern daß der Irrthum lediglich darauf beruht, daß die Person, welche mir Bericht erstattete, den Neuroder Kreis mit einem der oberschlesischen Kreise verwechselt hat. Es ist dieses eine Person, in deren Händen sich täglich die neuesten Nachrichten aus vielen Gegenden Deutschlands befinden.

Der Irrthum meinerseits durch eine Verwechselung bei der Nachricht war also wohl zu entschuldigen und nicht geeignet, „offiziös“ Dinge widerlegen zu lassen, die ich gar nicht „behauptet“ habe.

Ich bitte diejenigen Zeitungen, welche die offiziöse Nachricht gebracht haben, Vorstehendes zum Abdruck zu bringen.

A. Kapell,
Mitglied des deutschen Reichstages.“

Correspondenzen.

Paris. Meine Ansichten über den Stand der Arbeitsverhältnisse in Frankreich haben Bestätigung gefunden durch eine hiesige Correspondenz, welche ich in einem Marseiller Blatt vorfand. Es ließe sich noch Manches sagen über die ökonomischen Zustände in Frankreich — darüber aber vielleicht ein andermal. — Zu meiner Verwunderung habe ich bemerkt, daß ein Theil der deutschen Arbeiterblätter in der Weltausstellungsfrage für Mac Mahon gegen Bismarck Partei ergriffen hat. (Das ist wohl ein Irrthum. R. d. „V.“) Aber was haben wir Sozialisten, so frage ich, mit diesem Kapital- und Bourgeois-Unternehmen zu schaffen? Da fällt es an einem schönen Morgen dem „Bayard“ des neunzehnten Jahrhunderts ein, eine Pariser Weltausstellung auszuschreiben, und zwar zwei Jahre nachdem die Philadelphiaer halb Fiasko gemacht hat. Flugs sollen die Völker des ganzen Erdballes, weil Mac Mahon es so gewollt hat und weil die französischen Volksvertreter nicht gut dazu haben Nein sagen können, den lustigen Tanz mitmachen, trotz der schlechten Zeiten, trotz Arbeitslosigkeit und Geschäftsstockung, trotz Kriegsaussichten ꝛc. Aber wir wollen uns in dieser Frage nicht echauffiren, denn sie ist wesentlich eine Frage, welche die Bourgeoisie angeht. Dann kommt aber noch in Frage, wie sich die Franzosen verhalten hätten, wenn die Anregung zu der Weltausstellung von Deutschland ausgegangen wäre; und da glaube ich mit der Annahme nicht fehlzugreifen, daß den Deutschen der Korb nicht erspart geblieben wäre. Behandeln wir also die Weltausstellungsfrage als eine rein interne Bourgeoisangelegenheit, das ist nach meinem Dafürhalten das prinzipiell Richtige.

Berlin, 20. März. (Der 18. März in Berlin.) Mit unverkennbarer Befriedigung — wir gönnen ihnen die Freude — melden die Berliner „Freunde der Ordnung“, daß „der Besuch des Begräbnißplatzes der Märzgefallenen im Friedrichshain auch in diesem Jahre nur ein sehr spärlicher war.“ Nun? und nimmt das Wunder? Man hat heute Wichtigeres zu thun, in Berlin zumal, als den Vorkämpfern der Freiheit Todtenopfer zu bringen! Todtenopfer fordert die Zeit genug, freilich in einem ernsteren Sinne. Aber — andere Feste stehen vor der Thür, die der baalspriesterische Philister sich schmückt zu feiern, da Vergötterung ihm Bedürfniß der Seele ist. Und mit Recht! Es ist höchste Zeit, daß der Deutsche endlich daran denkt, seine „Großen“, deren er Hunderte — freilich von anderer Art — hat verhungern lassen, bei Lebzeiten zu ehren, wenn auch blos mit übelriechendem Weihrauch, nicht erst den Gestorbenen in Form von Gedenksteinen den schuldigen Dank nachträglich abzustatten. Besser freilich, man umkränzt die Stirn der Lebendigen bereits mit dem Lorbeer des Helden, man leiht dem Haupte der Lebendigen den Glorienschein des Heiligen: Vielleicht, daß auch sie selber, die Schaar der Götzendiener, ein schwacher Abglanz dieses Himmelslichtes zurückstrahlt, sie erleuchtend und wärmend. Dazu will es freilich schlecht passen, derer in scheinheiligen Worten zu gedenken, diejenigen in armseligem Schaugepränge zu feiern, die als Opfer für eine erhabene Idee gefallen sind. Ein goldnes Kalb muß die Welt von Zeit zu Zeit umtanzen können! Jene Idee aber, für welche heute die Freiheitsbajazzos nur in ihrer kastrirten Gestalt einzutreten gewillt sind, die Viele im Stillen, scheu und ängstlich in sich hegen, bis der goldene Tag der Freiheit heranbricht, die die Wenigsten fest genug stehen, allen Anfeindungen des Hasses und der Bosheit, der Verläumdung und Beschmutzung zum Trotz, immer und immer wieder hinauszurufen — die Idee ist unsterblich. Ihr Todten lebt noch! Was schadet's, wenn „der große Kranz, welcher sonst alljährlich in den Aesten der ehrwürdigen Linde von dem Berliner Arbeiterverein aufgehängt worden war, diesmal gefehlt hat.“ Daß trotzdem der Geist der Freiheit, die Sehnsucht nach Befreiung von aller Knechtung nicht erstorben ist, Ihr sagt es ja selbst — treibt Euch „Männer“ der Ordnung die Scham nicht die Röthe auf die Wangen! — Ihr sagt es ja, daß das Weib aus dem Volke es ist, das nicht vergessen kann noch will, daß man die Männer mit dem täuschenden Scheine der Freiheit ablohnt! Nun, wollt Ihr denn gar nicht sehen! Spricht das nicht deutlicher als sonst etwas, daß das Bewußtsein der Massen erwacht ist, die ihr heiliges Menschenrecht fordern. Ja, die Frauen, das Weib des „ungebildeten“ Proletariers, es verkündet es laut hinaus in die Welt für den, der hören kann und mag, daß es begriffen hat, auch für sie, die Parias, hat die Stunde der Erlösung geschlagen. An Stelle „des großen Kranzes“ sah man „einen mit rothen Camelien durchwundenen Lorbeerkranz mit rother seidener Schleife, darauf die Inschrift: „Gestiftet von den Arbeiterfrauen Berlins.““ Wie laut sie, ohne es zu fühlen, ihre eigene Schande verkünden! Das nennen sie dann wohl gar ein „großmüthiges Vergessen“! Nicht in dem blos, was er thut, mehr noch in dem, was er leidet, zeigt sich der Mann. Wir glauben es gern, daß „im Uebrigen Nichts auf die Bedeutung des Tages hindeutete.“ Sonst haben wir nun noch, aus dem Sinne der Ordnungsfreunde, aufrichtig zu bedauern, „daß die wenigen Besucher des Begräbnißplatzes sich vollkommen ruhig verhielten, so daß die zahlreich aufgebotenen Schutzleute keine Gelegenheit hatten (wie schade doch!), ihre Thätigkeit zu entwickeln.“ Haben ihnen diesmal wieder die bösen Sozialdemokraten die Freude verdorben! Wir haben eben — einiges gelernt und nichts vergessen, ihr Nachtwächter der Ordnung! Das schmerzt euch.

Hamburg. (Berichtigung.) Zu der Altonaer Stichwahl habe ich nicht, wie der „Vorwärts“ irrthümlich angiebt, 12,30 auf Liste 4731, sondern 23,25 auf Liste 4211 abgeliefert.

M. Göldner.

Delmenhorst. In Sachen des auch im „Vorwärts“ bereits erwähnten Strikes der hiesigen Cigarrenmacher haben sich einige kapitalistische Blätter Mühe gegeben, das Gerücht zu kolportiren, daß derselbe die Billigung und Unterstützung des Allgemeinen Deutschen Tabak- und Cigarrenarbeitervereins nicht gefunden habe. Die Absicht war die, den Arbeitern den Muth zu nehmen und ihnen zugleich die Sympathien ihrer Genossen zu rauben. Die allgemeine Urabstimmung, welche die Statuten des gedachten Vereins vorschreiben, hat nun stattgefunden und der Strike ist jetzt Sache des Vereins geworden; — damit fallen die lügnerischen Berichte der betreffenden Blätter in Nichts zusammen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Tabak- und Cigarrenarbeitervereins hat beschlossen, zunächst noch einen Sühneversuch anzustellen. Diesen führten zwei hiesige Mitglieder des Vereins und Herr C. Wode aus Verden aus. Die Arbeiter erklärten sich bereit, die Arbeit in der Bornemann'schen Fabrik wieder aufzunehmen, unter den Bedingungen, daß erstens ihre gemaßregelten Wortführer zugleich mit ihnen Aufnahme finden sollen, daß zweitens noch ein Tabaksausleser (Dübel) eingestellt und drittens der Werkmeister, der sich gegen die Sittlichkeit im Verkehr mit den weiblichen Beschäftigten schwer vergangen hat, entlassen werde oder wenigstens eine ernste Rüge empfange. Der hier wohnende Inhaber der Fabrik hat jedes Eingehen in die Forderungen der Arbeiter verweigert und somit alle weiteren Unterhandlungen abgeschnitten. Man sieht nun, auf welcher Seite die Streitlust ist. Gegen den betreffenden Meister ist übrigens bereits die gerichtliche Klage wegen unsittlicher Berührung der Frau eines der Arbeiter erhoben worden. Das Benehmen der Arbeiter ist ein durchaus ruhiges und die Berichte über stattgefundene Excesse sind einfach erlogen, ebenso wie die berichtete Inklagesetzung zweier Arbeiterfrauen wegen Bettelei.

Breslau, 20. März. Am Vorabende des 18. März fanden sich Tausende von hiesigen Parteigenossen mit ihren Familien in dem geräumigen Weiß-Saale zusammen, um sich gemeinschaftlich die bedeutungsvollen Frühjahrsereignisse der Jahre 1848 und 1871 in's Gedächtniß zu rufen. Die Festrede, die auch der Trauer unserer Partei über den jüngst erlittenen Verlust Johann Jacoby's Ausdruck geben sollte, war von Freund Fritzsche übernommen worden. Da Reichstagsgeschäfte ihn an seinem Besuche bei uns hinderten, trat Maximilian Schlesinger für ihn ein. Dieser begann seine Rede, indem er darauf hinwies, daß Johann Jacoby bereits wachte, als noch Alles schlief, daß er die Forderungen der Demokratie schon formulirte, als die Gedanken der Andern noch unklar und verworren waren. Redner entwarf den Anwesenden ein kurzes Bild von dem Leben und Wirken des so aufrichtig Betrauerten, „er sei ein Mensch gewesen und ein Mensch sein heiße Kämpfer sein.“ Redner sprach alsdann über das Jahr 1848, welches das deutsche Volk von dem Gefühle der Furcht und der unterthänigen Ergebenheit befreit, dem bisher allmächtigen Willen eines Einzelnen den Willen des Volkes gegenübergestellt und endlich die Freiheit des Denkens für Alle errungen habe. Die Commune-Erhebung, „das duftige Veilchen des März, für welches das französische Proletariat den blutigen Kriegslorbeer mit Freuden hinzugeben bereit war,“ sei das erste Grauen eines schönen Tages nach langer, unheimlicher Nacht gewesen. Man könne es schmerzlich bedauern, daß die Commune ein so blutiges Ende durch Henkershände gefunden, daß so viele Tausende der edelsten Kämpfer einen mehr oder weniger langsamen, qualvollen Tod erlitten, man dürfe aber nicht verkennen, daß derartige Katastrophen die Befreiung der leidenden und darbenden Menschheit beschleunigen. Vorträge des Gesangvereins Liberté, Sologesänge und Deklamationen einiger Genossen und die Töne einer ernsten Musik trugen zur Unterhaltung und Erhöhung der Festfeier bei.

Am 18. März referirte Unterzeichneter in einer Volksversammlung über die Bedeutung dieses Tages für das Proletariat aller Länder. Ich stellte dar, wie die vormärzlichen Ereignisse in Paris eine energische Intervention zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung nöthig gemacht hätten, und wie die Pariser Arbeiter bereits reif genug gewesen, diese Intervention selbstständig in die Hand zu nehmen. Auf geschichtliches Material mich stützend zeigte ich, was die Commune gewesen, was sie gethan, wie sie geendet. Herr Louis Cohn, der sich alsdann zum Worte meldete, war darüber empört, daß sein jugendlicher Vorredner den 18. März 1871, und nicht den 18. März 1848 zum Gegenstande seines Vortrags gemacht hatte. Der 18. März 1848 sei für das deutsche Volk ein Hauptfesttag. Man müsse die Zustände vor 48 selbst durchlebt haben, um die Freiheiten würdigen zu können, deren wir uns heute erfreuen. Der „jugendliche Vorredner“ antwortete, daß ihm, dem jungen Manne, und dem kämpfenden Proletariate, dessen Blicke über Deutschlands Grenzen hinausschweifen, das Jahr 1871 näher liege, als das Jahr 1848; wir wollen den Alten, den Vätern gern die Vergangenheit lassen, nehmen aber die Gegenwart und Zukunft für uns in Anspruch.

Am Nachmittage desselben Tages folgten 4000 Arbeiter der Bahre des Schmiedewerkführers der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Härtel, der sich selbst entleibt hatte, weil er sich nicht zum gefügigen Werkzeuge bei der Bedrückung der ihm unterstellten Arbeiter hergeben mochte. Freund Kräcker sprach am Grabe einige Worte. Heute tritt der dem Verstorbenen vorgesetzt gewesene Eisenbahn-Maschinenmeister dem hier cirkulirenden Gerüchte entgegen, daß eine abermalige Reduktion der Löhne in fraglicher Werkstatt beabsicht worden sei.

Die Mitgliederzahl des vor 8 Tagen gegründeten „Breslauer Arbeitervereins“, dessen Zweck es ist, „Aufklärung über die Bedeutung und Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung zu verbreiten,“ geht bereits in's vierte Hundert und steigt täglich.

Alexander Schlesinger.

Nürnberg. Das Volk hungert! sagten wir in unserer Nummer vom Dienstag (22. d.); das Volk verhungert, wenn nicht rasch, sofort Hilfe, Arbeit geschafft wird, setzen wir heute auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen hinzu. Sowohl Frauen vom Bürgerbund, als auch Krankencontroleure und Private haben sich die Mühe genommen, hilfsbedürftige Familien aufzusuchen, um sich von der Größe und Ausdehnung des Elends und der Würdigkeit der zu Unterstützenden zu überzeugen. Man würde es von Seite der Bourgeoisie einfach für „sozialdemokratische Uebertreibung“ erklären, wollten wir eingehende Schilderungen der angetroffenen Zustände geben. „Mein Mann hat seit einem halben Jahre, seit so und so viel Wochen, keine Arbeit, die Kinder sind krank, so daß auch ich nichts verdienen kann“, so hören wir die Frauen klagen, und trübsinnig, Selbstmordgedanken brütend, schleichen die Männer einher, die trotz des redlichsten Willens keine Arbeit finden können und hungern müssen trotz ihrer kräftigen Hände, hungern mit Frau und Kind. Keinen Tisch, keinen Stuhl, kein richtiges Bett, sondern Schwarten und Lumpen, oft nicht einmal das nöthigste Kochgeschirr findet man in solchen Haushaltungen; freilich wozu auch Kochgeschirr, wenn man nicht einmal blanke Kartoffeln hat, sie zu sieden, oder Holz, um ein wärmendes Feuer zu schüren. Krankheiten, schlimme, ansteckende Krankheiten sind unausbleiblich, und die Gesellschaft, die Leitung der Gesellschaft, welche hartherzig oder unwissend solchem Jammer gegenübersteht, wird für ihre Unterlassungssünden früh genug büßen müssen. Wir behaupten, daß die gesammte Armenpflege der Stadt Nürnberg selbst bei reichlichster Unterstützung durch Privatwohlthätigkeit nicht im Stande ist, auch nur den vierten Theil dieser Noth vorübergehend zu lindern. Denn es ist nicht das nackte Elend allein, welches Ursache zu Befürchtungen aller Art giebt. Tausende von hiesigen, früher leidlich situirten Arbeitern verdienen z. B. bei gleicher oder gesteigerter Arbeitsleistung knapp die Hälfte von dem, was sie früher bezahlt erhielten, dank der unsinnigen Doktrin, daß die Krisis nur durch Herabsetzung der Löhne beseitigt werden könne. Durch die allseitig zugestandene Ueberproduktion sind die Waarenlager überfüllt worden; das Volk ist kaufunfähig, in Folge dessen bleiben die Magazine gefüllt; dem Volk wird der Lohn verkürzt, es kann also noch weniger kaufen, darunter leiden nun sämmtliche Krämer, Wirthe, kleine Handwerker, kurz alle Diejenigen, welche direkt auf die arbeitende Bevölkerung angewiesen sind. Durch Bettelgelder und Almosen, selbst wenn sie allgemein und außerdem nicht in der nur zu bekannten Manier der Nürnberger Armenräthe zur Vertheilung gelangen, kann der Nothlage in Nürnberg nicht abgeholfen werden. Es ist dies nur möglich durch Arbeit, bei welcher auf längere Zeit größere Massen beschäftigt werden können. Solche Arbeiten wären in Nürnberg zur Zeit genügend vorhanden und auch die Mittel zur Aufführung dürften flüssig gemacht werden können, sofern die Stadtväter nur einigen guten Willen zeigen. Nivellirung der Insel Schütt, Einfüllung des Stadtgrabens vom Marthor zum Lauferthor, Ueberdämmung des Grabens am Mohrenthor, schleunigste Inangriffnahme der Kanalisation ꝛc. Und die Mittel? Nun, auf der königlichen Bank liegen die verschiedenen Hunderttausende der Stadtanleihe, welche mit 4½ Prozent verzinst werden müssen, während die Bank nur 2½ oder höchstens 3 Prozent dafür bezahlt. Die für den Stadtpark und für Restaurirung des Rathhaussaales reservirten Gelder wären gewiß zu den von uns benannten Zwecken besser angewendet, denn hoffentlich wird man in solch' trauriger Zeit nicht weitere Luxusausgaben, wie den jüngsten Gemäldekauf, machen wollen. Zuerst das Nothwendige, Nützliche — dann das Angenehme! Mag auch die preußische Regierung durch ihre offiziösen Sprachrohre das Recht auf Arbeit verneinen lassen, so darf

---

— Das Polizeipräsidium zu Breslau hat bei dem Ministerium des Innern die Feststellung einer Gesetzesvorschrift beantragt, welche den Begriff „Bier“ und die Bestandtheile dieses Getränks fixirt. Nach den in Breslau seitens der Sanitätspolizei angeordneten Untersuchungen der dort gebrauten Biere hat sich nämlich herausgestellt, daß zwar schädliche Substanzen, wie Strychnin und Pikrinsäure, nicht zur Verwendung gelangen, dagegen als Malzsurrogate Glycerin und Stärkezucker sehr häufig verwendet werden. Beide Surrogate kommen aber sehr oft verunreinigt, Stärkezucker mit Gyps, Glycerin mit flüchtigen Fettsäuren gemischt, in den Handel — und in das Bier. Es wird nun Sache der Gesetzgebung sein, festzustellen, ob außer dem aus Malz und Hopfen hergestellten Gebräu auch die mit Surrogaten fabricirten ähnlichen Flüssigkeiten den Namen „Bier“ führen dürfen. Wir empfehlen die ganze Angelegenheit der Aufmerksamt des Reichsgesundheitsamtes.

— Zu Kaisers Geburtstag. Da sage nochmals Einer, daß das deutsche Reich nicht auch auf dem Gebiete der Kunst die schönsten Blüthen treibt! Bei jeder „politischen“ Gelegenheit fließt z. B. der Quell der Poesie in reichster Fülle. So ist es denn natürlich, daß er zu „Kaisers 80. Geburtstag“ das ganze deutsche Reich überschwemmte. In einer großen Anzahl „reichsfreundlicher“ Blätter haben wir Hymnen auf den Heldengreis gefunden, die uns großes Vergnügen machten, aber den Preis hat die „Passauer Zeitung“ errungen, in welcher ein gewisser Graf folgendes köstliche Ghasel abschließt:

O deutscher Kaiser, Du Riese der Zeit,
Dir bleibt der Sitz im Paradiese der Zeit.
Wer ging, wie Du, so glücklich, tapfer
Durch hundert Schlachten am Spieße der Zeit;
Wer darf sich Deines Alters rühmen,
Dem wahren goldenen Bließe der Zeit?
Die Sieger des hehren Alterthumes
Verschwinden vor Dir im Kiese der Zeit;
Sie konnten nur tränken mit Feindesblute
Im wilden Gemetzel die Wiese der Zeit,
Doch du beherrschest mit weisem Szepter
Nach edlen Siegen die Krise der Zeit;
Drum wo nur ein wahrer Deutscher ist,
Er ruft: Es lebe der Riese der Zeit!

Wir freuen uns durch Abdruck dieses Gedichts unsern Lesern ein Vergnügen bereiten zu können. Auch diejenigen, welche da meinen, daß in der sozialistischen Gesellschaft die „wahre“ Kunst verschwinde, haben Recht — solche Kunstblüthen wird man dann „leider“ vermissen

dies eine humane Gemeindeverwaltung nicht hindern, ihre Steuerzahler zu beschäftigen, damit sie nicht der Massenverarmung verfallen. Also vor allen Dingen: statistische Erhebungen vornehmen, damit die Zahl der gänzlich Arbeitslosen so bald als möglich festgestellt werde. Und auch Private sollten mit Ausführung von Arbeiten gerade jetzt nicht zurückhalten. Es ist sehr wohlfeil, für die Nothleidenden in Oberfranken 20 Mark zu opfern, damit man in der „Zeitung" verherrlicht wird, am selben Tage aber die eigenen Arbeiter zu entlassen, brodlos zu machen, weil durch Arbeiten auf Vorrath das Kapital ein paar Prozent weniger abwirft. Daß bei den von uns vorgeschlagenen Arbeiten private Unternehmer nicht herbeigezogen werden sollen, ist selbstverständlich, ebenso müßten vor allem hiesige, resp. hier wohnende verheirathete Arbeiter berücksichtigt werden. Wir wollen hoffen, nicht in den Wind gesprochen zu haben; es ist wahrlich nicht Frivolität, daß wir die Nothstandsfrage angeregt, aber Niemand außer uns hat sich ja bis jetzt zum Sprachrohr der Elenden und Verlassenen hergegeben. Und da die Gesellschaft die Krisis verschuldet hat, so ist sie auch verpflichtet, Maßregeln gegen dieselbe zu ergreifen. Die erste Station aber, vor der mit diesem Verlangen Halt gemacht werden muß, ist die Gemeinde! (Nürnb.-Fürther Social-Demokrat.)

Nürnberg. Am Sonntag, den 18. März, fand eine Volksversammlung im „Sächsischen Hof" statt, welche trotz des ungemein schlechten Wetters ziemlich gut besucht war. Nachdem Herr Grillenberger in einstündigem Referat die Nothstandsfrage erörtert hatte und sich Niemand weiter zum Wort meldete, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Anbetracht:

daß in Folge der seit nunmehr vier Jahren ununterbrochenen geschäftlichen Krisis allenthalben in Deutschland unter dem Arbeiter- und mittleren Handwerkerstande eine Nothlage eingetreten ist, die für die allgemeine Wohlfahrt von bedenklichsten und folgenschwersten Wirkungen in Bezug auf Moral, Sittlichkeit, Volksgesundheit und Wohlstand sein wird;

in weiterem Anbetracht:

daß diese Krisis eine Folge staatlicher und gesellschaftlicher Operationen und Gesetze ist, die aufzuhalten oder abzuändern nicht von dem Willen und der Macht des Volkes abhing, erklärt die heutige Volksversammlung:

Es ist Pflicht sowohl der Gemeindevertretungen, wie des Staates, alle Mittel sofort in Anwendung zu bringen, die momentan der Grundursache der Noth, der Arbeitslosigkeit, mindestens einigermaßen zu steuern im Stande sind. Zu diesem Zweck sollen alle für die nächste Zeit bereits projektirten Bauten und öffentlichen Arbeiten, die geeignet sind, größere Arbeitermassen zu beschäftigen, schleunigst in Angriff genommen und diejenigen Zuchthausarbeiten, welche dem freien Arbeiter und Handwerker Concurrenz machen, sistirt werden.

Die Volksversammlung erklärt ferner: Es ist weitere Pflicht des Staates, mit Hilfe der Volksvertretungen auf dem Wege der Gesetzgebung zweckmäßige Maßregeln zu ergreifen, die die Krisis und die Nothlage zu beseitigen geeignet sind.

Die Versammlung ernennt ein Comité, welches beauftragt wird, diese Beschlüsse zur Kenntnißnahme an die richtigen Stellen zu bringen, dafür Sorge zu tragen, daß dieselben gehörige Beachtung finden und über den Erfolg seiner Schritte einer nächsten Volksversammlung zu referiren.

Das arbeitende Volk allerwärts wird aufgefordert, in ähnlicher Weise vorzugehen, damit dieser Agitation der in seinem Interesse gelegene und unter den heutigen Verhältnissen so nothwendigen Nachdruck nicht fehle.

Das Comité wird ermächtigt, allen anständigen Zeitungen, gleichviel welcher Partei, Mittheilung von diesen Beschlüssen zu machen."

Das Bureau der Versammlung erhielt den Auftrag, sich, mit dem Rechte der Cooptation, als Comité zu constituiren und weitere Schritte in Ausführung zu bringen.

Leipzig, 21. März. In nächster Zeit wird hier wieder einmal in einer von Mitgliedern der sozialistischen Partei einberufenen Volksversammlung eine Disputation stattfinden. Die Disputanten werden sein: von sozialistischer Seite Geiser und von Seite der Gegner der Führer der Fortschrittspartei in Leipzig, Reichstagskandidat für den 13. Wahlkreis, Herr Buchhändler Findel. Herr Findel hatte in einer vor der Wahl stattgehabten, von der Fortschrittspartei im 13. Wahlkreis einberufenen Wählerversammlung die sozialistische Partei angegriffen und die Geiser'sche Broschüre „Forderungen des Sozialismus" in den Kreis seiner kritischen Bemerkungen gezogen. Als Geiser, der zufällig in der Versammlung zugegen war, sich mit Herrn Findel sofort auseinandersetzen wollte, war dieser durch Unwohlsein genöthigt, die Debatte seinerseits abzubrechen. Auf den Wunsch der in der Versammlung anwesenden Sozialisten geschah nun die Forderung zur Disputation, die von Herrn Findel angenommen wurde. Arbeitsüberbürdung verhinderte Herrn Findel, noch vor der Reichstagswahl oder bald nach derselben den Kampf aufzunehmen; erst im Laufe dieses Monats übersandte er Geiser die Thesen, welche die Grundlage seiner antisozialistischen Ausführungen bilden sollen. Dieselben lauten:

1) Auch eine durchgreifende (radikale) Umgestaltung der Gesellschaft in politischer und wirthschaftlicher Beziehung kann nicht alle Uebel und Gebrechen, nicht das Uebel aus der Welt schaffen, sondern nur die soziale Lage verbessern.

2) Die gegenwärtige Taktik des Sozialismus steht im Widerspruch mit Aeußerungen Geiser's u. A., sowie mit dem Ziele des Sozialismus selbst.

3) Das absolute Gleichheitsideal des Sozialismus ist naturwidrig, jedenfalls mehr dem romanischen, als dem germanischen Volkscharakter angemessen.

4) Die Aufhebung des produktiven Privateigenthums, die Aneignung aller Arbeitsmittel seitens der Gesellschaft hebt das Individuum auf, zerstört alles individuelle Leben und damit allen sozialen Fortschritt. Diese sozialistische Forderung steht im Widerspruch mit dem Wesen der Gesellschaft und der Natur des Menschen.

5) Das Zukunftsideal des Sozialismus, die Staatsallmacht- und Gesellschaftswirthschaft, führt zum Absolutismus, zur allgemeinen Knechtschaft und zur Vernichtung aller Freiheit und steht somit im Widerspruch mit den Grundsätzen der Demokratie und der Wohlfahrt Aller.

6) Ohne die Lösung der religiösen Frage — Herausbildung eines sittlichen Ideals und einer ethischen Gemeinschaft als Ersatz für die unhaltbaren und verbrauchten Confessionskirchen — auch keine Lösung der sozialen Frage.

Diesen Thesen gegenüber wird Geiser folgende Sätze vertheidigen und beweisen:

1) Kein Sozialist hat jemals daran gedacht, „alle Uebel und Gebrechen" aus der Welt schaffen zu können; die sozialistische Partei will durch Gründung aller politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse auf unterschiedslose Gerechtigkeit die soziale Lage aller Menschen ihren Bedürfnissen und Arbeitsleistungen entsprechend gestalten.

2) Die Taktik der sozialistischen Partei ist mit innerer Nothwendigkeit aus den Verhältnissen hervorgegangen und hat die Grundsätze des Sozialismus in keiner Beziehung aus dem Auge verloren.

2) Ein „absolutes Gleichheitsideal" ist total widersinnig und in den modern-sozialistischen Grundsätzen und Ausführungen nirgends zu finden.

4) Die Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in unveräußerliches Gesellschaftseigenthum zerbricht die Fesseln, welche die bestehenden Eigenthums- und Erwerbsverhältnisse der Entfaltung aller individuellen Fähigkeitskeime angelegt haben. Ohne diese Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse ist ein stetiger Culturfortschritt in der Zukunft unmöglich.

5) Das Zukunftsideal des Sozialismus ist allgemeine Gerechtigkeit und allgemeine Freiheit in politischer und wirthschaftlicher, überhaupt in jeder Beziehung. Ohne den Sozialismus ist die Wohlfahrt Aller der fromme Wunsch gutmüthiger, gedankenunklarer Schwärmer — der Sozialismus ist die Demokratie.

6) Der Sozialismus hat das ethische Ideal, welches an Stelle religiösen Wahnes treten muß, in dem Streben der Gesammtheit für das höchste Wohl des Einzelnen längst gefunden.

Zwenkau, 19. März. Sonntag den 18. März hatten wir hier eine stark besuchte Versammlung, in welcher Herr Hablich aus Leipzig über die „Indirekten Steuern" und über „die Gründung eines Arbeitervereins" referirte. Dem gediegenen und lehrreichen Vortrage folgte rauschender Beifall, selbst anwesende Gegner gaben Herrn Hablich ihre Anerkennung kund. Nachdem der Redner noch die gegnerische Presse gegeißelt hatte, welche so oft die Arbeiter gegen die Sozialdemokratie aufhetzte, forderte derselbe die Anwesenden auf, die Arbeiterzeitungen zu lesen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. — Der Aufforderung des Vorsitzenden, der Gründung eines Arbeitervereins beizutreten, wurde sofort Folge geleistet, indem sich 42 Mann in die Liste einzeichneten. Ein Beweis, wie sehr die Worte des Herrn Sparig gefruchtet haben, indem derselbe den gesunden Sinn der Zwenkauer Wähler in einer Versammlung im Dezember anrief. — Zu bemerken ist noch, daß die Gegner noch vor sehr kurzer Zeit in Wort und Schrift faselten: Unter den friedlichen Bewohnern Zwenkau's ist kein Boden für die Sozialdemokratie.

--R.—

Danksagung.

Allen Parteigenossen für die so liebevolle Unterstützung, die vielfachen Arbeitsaufträge und die dazu eingegangenen erforderlichen Mittel, worüber später das Wahlcomité zu Plauen quittiren wird, sage ich meinen herzlichsten Dank. Insonderheit schulde ich dem edlen Genossen in Dresden Dank, welcher sofort nach Aufruf mit einem unverzinslichen Betrag von 100 Mark zu meinem Geschäftsbetrieb für mich eintrat, auch dem geehrten Arbeiterverein in Baden (Schweiz) statte ich hierdurch meinen innigsten Dank ab für die 8 M. 6 Pf., welche mir während der Wahlagitation durch Herrn Forbiger zu Theil wurden.

Adorf i. Voigtl., den 22. März.

Zöllner, Muschelarbeiter.

Briefkasten

der Redaktion. G. in Großenhain: Ihre Zweifel betreffs Aufnahme Ihrer Correspondenz werden bereits gehoben sein. Nur Geduld! — J. St. in München: Die Veröffentlichung der Briefe würde den beabsichtigten Zweck nicht erreichen, und zwar aus Gründen, die sich hier nicht erörtern lassen. — E. B. in Kiel: Wir können Ihrem Wunsche nicht nachkommen, weil Ihr Eingesandt nicht den geringsten Anhalt dafür bietet, was die beiden Betrüger mit der Partei zu schaffen haben. — H. W. in R.: Die Angelegenheit kann nur auf dem Verwaltungswege zum Austrag gelangen, wenden Sie sich daher an die Regierung in Schleswig. — G. St. in Geithain: Hausmann ist also in's „liberale" Lager desertirt? — lassen wir ihn laufen. —

der Expedition. C. H. Mrtg. Colditz: Senden Sie Kalender postwendend franko retour. Weiteres beschleunigen! —

K. in W.: Der Werthbrief ist z. Z. richtig eingetroffen.
W. Hasenclever und W. Liebknecht, Redaktion des „Vorwärts",
Ch. Hablich, Kassirer, J. Motteler f. d. Exped.

Quittung. Hrbg Würzburg Ab. 20,00. Ott Teuchern Schr. 4,50. Arbeiterverein Reudnitz Ann. 0,50. Strk Kiel Ann. 2,00. Schnbrg Hildesheim Ann. 1,00. Bttchr hier Ab. 3,15. Exped. der „Fackel" hier Schr. 10,68. Zimmrmnn hier Ab. 3,60. Fachverein der Kleidermacher Steyr Ab. 4,80. Exped. des „Hamburg-Alton. Volksblatts" Hamburg Ab. 300,00. Exped. der „Cölner Fr. Presse" Ab. 200,00. H. Lgs Hannover Ann. 20,60. Mcknty Düsseldorf Ab. 25,00. Hffnr Mainz Ab. 50,00. A. Strw Genf Ab. 8,06. R. Wlck hier Ab. 2,70. Strk Kiel Schr. 19,45. Schlz hier Ab. 4,00. Mnkwtz hier Ab. 2,40 u. 1,80. Br hier Ab. 1,80. Wlffr Herford Ab. 5,00, den Jahrgang 1876 können wir erst in 14 Tagen senden. Mrtn Schmölln Ab. 1,88. Kwr Geldern Schr. 3,50. Blkl Dresden Enbdt 3,00.

Wahlfonds.
Von Volksversamml. in Gautzsch 1,50.

Frankfurt a. M. Den Lesern des „Vorwärts", „Neue Welt", „Rothe Fahne", sowie aller sozialistischen Zeitungen zur Nachricht, daß Abonnements zu jeder Tageszeit angenommen und pünktlich besorgt werden von 0,50] (3c) (F. 122) **W. Knocke**, Kl. Eschenheimerstr. 45.

Hannover. Am 1. Osterfeiertag findet in den Sälen des Hrn. **Narten,** Hildesheimerstraße die

Geburtstagsfeier Ferd. Lassalle's

statt, bestehen in **Concert** und **Ball.** (2b) F. 161)

Anfang des Concertes Nachmittags 4 Uhr, des Balles 8 Uhr.

Karten sind in den Versammlungen und bei Rudolph und Loges zu haben. **Die Fest-Commission.** [2,40

Hannover. Unterzeichneter empfiehlt sich den Parteigenossen und Freunden zur **Anfertigung** von (2b) (F. 161)

Frühjahrs- und Sommer-Kleidern.

Reelle und **prompte Bedienung garantirt.**

Auch suche ich zu **Ostern** einen **Lehrburschen** unter günstigen Bedingungen. **H. Rudolph,** Schneidermstr. [2,10

Leipzig. Donnerstag, den 29. März, Abends 1/2 9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent: L. Werner.
Der Agent. [60

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Den 30. März (Charfreitag), **Vormittags 10 Uhr,** im **Lokale des Arbeiterbildungsvereins,** Ritterstr. 43, 2 Tr.:

Gesellige Zusammenkunft.

Den Mitgliedern zur Notiz, daß die nach Braunschweig durchreisenden Delegirten anwesend sind. Dieselben fahren 1 Uhr Mittag ab. 3,00]
Der Vorstand.

NB. Die Delegirten aus Sachsen und Süddeutschland werden ersucht, **rechtzeitig hier einzutreffen.**

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 31. März, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstr.):

Allgemeine Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Vortrag über die Hausindustrie. 2) Gewerkschaftliches. [80

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Ottensen. Am **Ostersonntag,** den **1. April,** findet in **Bürmester's Salon** [240

Großes Vokal- u. Instrumentalconcert

statt, arrangirt von den Sozialisten Ottensens. Karten im voraus à 30 Pf. für 1 Herrn nebst Dame (Kassenpreis 40 Pf.), Damenkarten à 15 Pf. sind in den bekannten Wirthschaften und in der Fettwaarenhandlung von Max Stöhr, Gr. Rainstr., zu haben. **Das Comité.**

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß wir die Interims- resp. Antheilscheine für bis zum 28. Februar d. J. geleistete Zahlungen versandt haben.

Bei etwaigem Nichteintreffen bitten wir zu reklamiren.

Die in Berlin wohnenden Mitglieder wollen dieselben in unserem Büreau abfordern.

Aufnahme neuer Mitglieder findet täglich in unserm Büreau, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a, statt.

Die Verwaltung
der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei zu Berlin.
Eingetragene Genossenschaft.
H. Rackow. [1,40

In dem am 1. April beginnenden neuen Quartal der

„Freien Glocken"

redigirt von Dr. **August Specht,**

kommt u. A. zur Veröffentlichung: „Die Entstehung des Lebens auf der Erde", „Aus dem Katechismus der neuen Weltanschauung" und verschiedene andere Artikel belehrenden, freireligiösen Inhalts. (2a)

Bestellungen nimmt jede Postanstalt oder Buchhandlung entgegen.

Preis pro Quartal 75 Pfg. [3,00

Leipzig. **R. E. Höhme,** Verlagsbuchhandlung.

Billigste Tageszeitung Berlins!

„Berliner Freie Presse"

mit der Illustrirten Sonntags-Gratis-Beilage **„Die Neue Welt"** erscheint sechsmal wöchentlich in Berlin und nehmen alle Postanstalten Deutschlands, sowie die unterzeichnete Expedition Abonnements entgegen.

Abonnements-Preis:

Beim Abholen von der Post: 4 M., — frei in's Haus: 4 M. 40 Pf per Quartal.

Inserate: pr. 4gesp. Borgis-Zeile 25 Pf., — Arbeitsmarkt nur 10 Pf.

Die „Berliner Freie Presse" ist in der Zeitungs-Preisliste für 1877 unter Nr. 540 eingetragen.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse".
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Abonnements-Einladung.

Mit dem **1. April** beginnt ein neues Abonnement auf

Die Fackel.

Volksorgan für Leipzig und Umgegend.

Dieses seit dem 1. Januar d. J. vorläufig wöchentlich dreimal erscheinende Blatt vertritt auf Grund des sozialistischen Programms die Interessen des arbeitenden Volkes nach jeder Richtung. Es enthält in jeder Nummer einen gediegenen Leitartikel, eine gutgewählte politische Uebersicht, die wichtigsten Lokalnachrichten, Theaterrecensionen, Correspondenzen aus der Umgegend, Berichte über die Gemeinderathssitzungen, die Standesamtsnachrichten, den Eisenbahnfahrplan 2c.; ebenso ist im Feuilleton für eine wirklich gute Unterhaltungslektüre gesorgt. Inserate, welche bei dem großen Leserkreise des Blattes von ausgezeichneter Wirksamkeit sind, werden pro Petitzeile nur mit 10 Pf. berechnet. Abonnementspreis pro Quartal 1 M. 60 Pf., für Monat März 60 Pf. incl. Bringerlohn. Zu zahlreichem Abonnement, sowie zur Einsendung von Inseraten fordern auf

Redaktion u. Expedition der Fackel.
Leipzig, Kl. Fleischergasse 15 part.

NB. Abonnements werden von allen Postanstalten, in unserer Expedition, bei unseren Colporteuren, sowie in den bekannten Filialen entgegengenommen.

Einladung zum Abonnement

auf das in Gotha erscheinende

Sonntags-Blatt.

Organ für die Freidenker Deutschlands.

Herausgegeben von **Dr. August Specht.**

Durch tüchtige geistige Kräfte unterstützt, hat sich das „Sonntags-Blatt" die Aufgabe gestellt, seine Leser mit den Resultaten der freien Forschung in Natur und Geschichte vertraut zu machen, die mit der Vernunft und Wissenschaft im Widerspruch stehenden religiösen Dogmen zu bekämpfen und die Weltanschauung des **freien** Menschenthums zu vertreten. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Menschheit nur durch eine positiv wissenschaftliche Bildung aus den Banden veralteter religiöser Satzungen befreit werden kann, wird das „Sonntags-Blatt" vornehmlich denjenigen Theil der Wissenschaft cultiviren, der sich mit der **Entstehung der Dinge** beschäftigt und daher Originalartikel über die Beschaffenheit und Entwickelung der Weltkörper, des Thier- und Pflanzenreichs, des Menschen und seiner Cultur 2c. 2c. bringen. Außerdem bringt jede Nummer des Blattes eine Wochenübersicht der wichtigsten Vorkommnisse auf kirchlichem und freireligiösem Gebiete, Besprechungen freisinniger Bücher 2c., so daß sich die Leser über alle Erscheinungen des geistigen Lebens genügend orientiren können.

Man abonnirt auf das in **Gotha erscheinende** „Sonntags-Blatt" bei allen Postanstalten und in allen Buchhandlungen zu dem vierteljährigen Preise von nur 75 Pfennig.

Gotha. **Stolbergsche Verlagsbuchhandlung.**

Abonnements-Einladung.

Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat.

Erscheint in **Nürnberg** wöchentlich dreimal (Dienstag, Donnerstag und Samstag) und kostet pro Quartal 1 M. 35 Pf. Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat und auf den 3. Monat besonders angenommen.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Briefträger entgegen.

☞ Namentlich die Partei- und Gesinnungsgenossen im nördlichen Bayern werden aufgefordert, recht lebhaft für die weiteste Verbreitung des einzigen, **wahrhaft demokratischen** Blattes in Ober- u. Mittelfranken, welches die Interessen des gesammten arbeitenden **Volkes** mit Energie vertritt, zu agitiren, damit noch in diesem Jahre die **tägliche** Herausgabe desselben ermöglicht wird.

Expedition des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat".
Nürnberg, Waizenstraße 12.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: L. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Bandly, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 38. Freitag, 30. März. 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Neudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Neudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost das.; für **Thonberg** bei Besch, Hospitalstr. 39/II. dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. **Grade, An der Papiermühle**; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

„Le socialisme contemporain en Allemagne."

III.

Wenn wir den wie vorstehend titulirten Artikel aus der „Revue des Deux Mondes" erst nach sechs Monaten zur Verantwortung heranziehen, und das noch mit Unterbrechungen, so diene zur Entschuldigung, daß es nicht der Artikel, nicht sowohl der vergängliche Gegner ist, um den es sich handelt, als das unvergängliche Werk des Genossen Marx, es handelt sich um Entdeckungen, welche zu popularisiren für die Sozialdemokratie allzeit opportun (zeitgemäß) ist. Dazu kommen proletarische Gepflogenheiten des Referenten, dem Geld und Muße fehlen, die Erscheinungen der Literatur aus erster Hand zu nehmen, zu kaufen und prompt hinterher zu sein.

Wir waren beim „Fundamental-Irrthum" angelangt, und fragt es sich nun, wo derselbe steckt, ob in den Köpfen des Monsieur de Laveleye und Consorten, oder im deutschen Sozialismus. Wir stehen nämlich vor der Frage, woher der Werth stammt, wie er entsteht, ob das Kapital oder die Arbeit ihn schafft. Die Gegner sagen: beide im Verein. Kapital und Arbeit zusammen erzeugen die Werthe. Gut! Aber das Kapital ist bekanntlich ein todtes Instrument, welches kein Leben hat und also auch keine Lebensmittel, keinen Profit oder „Mehrwerth" bedarf. Um die Frage nach dem Werth wissenschaftlich zu erledigen, will vor allem bemerkt sein, daß Privatinteressen ihrem Verständniß hinderlich im Wege stehen. Die Sache ist in der That nur insofern fraglich, als gefragt wird, wem gehört der Werth.

Um Werthe zu erzeugen, muß man arbeiten, und um arbeiten zu können, muß man Instrumente, Stoffe, Mittel, Dinge oder Werthe haben, welche mit vergangener Arbeit gewonnen wurden, aufgehäuft sind und Kapital genannt werden. Darüber ist kein Streit, das wissen die Sozialisten so gut, wie die Bourgeois. Um nun weiter arbeiten, um neue Werthe nach civilisirter Art erzeugen zu können, müssen Arbeiter und Kapital gemeinschaftlich an's Werk gehen. Was dabei aufgearbeitet wird, die verschlissenen Stoffe und die verschlissenen Kräfte, sind fort und fort zu ersetzen.

Das ist nicht fraglich: das Kapital muß leben, insofern darunter der Ersatz für alles Verschlissene zu verstehen ist, und die Arbeit muß leben, wenn irgend die Produktion fortgesetzt werden soll. Darüber ist kein Streit. Es fragt sich nur, wem gehört der Profit, wer soll den „Mehrwerth" genießen. Es handelt sich um den Gewinnst. Die kapitalistischen Interessenten behaupten, der Arbeiter sei zu unterhalten, und das Kapital habe zu profitiren. Die Sozialisten lehren klar und deutlich das Umgekehrte. Dem Arbeiter gehöre der Gewinn, und das Kapital, das todte Instrument, sei nur zu unterhalten. Nun tritt der Kapitalist hervor und zeigt, daß hinter dem todten Instrument ein lebendiger Kerl steht. Der Streit schwebt nicht um zwei Objekte, um Kapital und Arbeit, sondern um die Subjekte, ob die besitzende oder die arbeitende Klasse den Vortheil haben soll.

Wenn die Interessenten des Kapitals sich gegen die Lehre auflehnen, daß Arbeit die Werthe zeugt, dann handelt es sich bei ihnen nicht um Wissenschaft, sondern um Praxis. Als vormals die klassischen Forscher der Oekonomie die Natur des Werths untersuchten, da zur Zeit war die Arbeit kaum mehr, als ein passives Zubehör des Kapitals. Unterdessen ist die Arbeit erwacht, hat sich als lebendige, menschenwürdige Substanz kennen gelernt und findet sich berechtigt, die Sache umzukehren und das todte Kapital zu einer Accidenz (Zubehör) der lebendigen Arbeit machen zu wollen.

Wenn wir mit den Klassikern der politischen Oekonomie sagen: Arbeit schafft den Werth, so soll damit nicht verneint werden, daß die Kapitalien mitwirken. Es wird nur bestritten, daß der Besitzer als Besitzer mitwirkt. Ist er „Auch-Arbeiter", so mag er sich in Reih' und Glied stellen. Wir arbeiten dann künftig wie bisher, in Gemeinschaft mit dem Ding, welches sich Kapital nennt, mit Proviant, Rohstoff, Werkzeugen und Maschinen, theilen aber das Produkt anders, so daß dem Kapital nur die erforderliche Unterhaltung, und dem Arbeiter die menschenwürdige zu Theil wird.

Die Wortführer des Kapitals wollen die Wissenschaft umkehren, weil sie uns das Geheimniß der Profitmacherei verrathen hat. „Beinah alle Oekonomen", sagt Monsieur de Laveleye, „von Adam Smith bis auf Thiers, bekunden, daß die Arbeit den Werth erzeugt. Wenn man diese Prämisse zuläßt, wird Marx mit einer unwiderleglichen Logik darthun, daß Kapital das Produkt der ungerechten Ausbeutung ist." ... „Wenn man Marx liest, findet man sich eingezwängt zwischen den Rädern seiner stählernen Logik, man wird gleichsam die Beute eines Alps, weil, wenn man die Prämisse zugegeben hat, welche den zweifellosesten Autoritäten entlehnt ist, man den Consequenzen sich nicht mehr entziehen kann." ... „Wenn man die Theorie des Werths zugiebt, welche durch Smith, Ricardo, Bastiat und Carey so sehr verbreitet ist, dann sind wir verloren. Maurice Bloch hat versucht zu widerlegen, daß der Arbeiter seinen Unterhalt in einem Theile des Arbeitstages erzeugt, und der andere Theil des Tages vom Patron in Anspruch genommen wird; ... indessen ist diese von Marx constatirte Thatsache unbestreitbar. Der Prinzipal kann demjenigen, den er beschäftigt, nicht den vollen Werth, keine volle Entschädigung für das Produkt geben, welches geschafft wird. Denn wenn er das thäte, womit wollte er die Interessen des Kapitals und die Rente, womit Zahlung für sein Risiko und seine Bemühung leisten?" ... „Die Geschichte beweist es: immer mußte ein Theil der Arbeit zum Vortheil Dessen geleistet werden, der über die erforderlichen Arbeismittel disponirte; so war es in der Sklaverei, in der Leibeigenschaft, in der Hörigkeit, und so ist es bei der Lohnarbeit." ... „Das Faktum ist richtig, aber nicht mit ökonomischen Subtilitäten (Feinheiten) über den Mehrwerth läßt sich eine Vertheilung des Produkts angreifen, welche auf dem bürgerlichen Gesetz (des lois civiles) fußt ... Wollt ihr, daß der Produzent mit seinem ganzen Produkt gelohnt werde, so macht ihn zum Kapitalisten."

Richtig! das ist der wahre Vorschlag, das wollen auch die Sozialisten: der Arbeiter soll Kapitalist, der Kapitalist Arbeiter werden, und zwar in der Weise, daß die Instrumente der Arbeit, Erde, Maschinen, Rohstoffe 2c. aus dem Privatbesitz erlöst und in der Nationalökonomie placirt werden. Die Veränderung in der Lebenslage beider Klassen würde dabei so groß werden, daß der alte Name nicht mehr paßte. Die Kapitalisten und die Arbeiter lösten sich auf und würden demokratische Genossen. Diese einzige, nothwendige und verständige Lösung des Räthsels hat unser Franzmann nicht begriffen, darum will er die kleine Bauernwirthschaft favorisiren, predigt Bildung und Sparsamkeit, und verspricht: „Dann wird der Moment kommen, wo Alle Eigenthum haben, Alle vom Zins befreit sein werden, weil Jeder sein eigener Kapitalist ist."

Unterdessen aber, daß Monsieur sich dieser sanguinischen Hoffnung hingiebt, machen rund um ihn in aller Herren Ländern die Thatsachen den entgegengesetzten Weg. Im Fortschritt der landwirthschaftlichen und industriellen Entwicklung entfernen sich die Arbeiter und ihre Arbeitsmittel immer weiter von einander. Je mehr neue Kenntnisse und Wissenschaften die Menschen belehren, wie das Größte in kürzester Zeit zu leisten ist, um so mehr sind dazu concentrirte Kapitalien erfordert, um so unmöglicher wird der Kleinbetrieb, um so weiter rückt das Eigenthum von der Arbeit und die Arbeit vom Eigenthum. Aber Beides gehört zusammen. Ja wohl! Darum wird und muß die Zeit kommen, wo das Auseinanderrücken der feindlichen Brüder in sein Gegentheil umschlägt, wo Beide sich die Hand reichen, Arbeiter und Kapitalisten mit einander fraternisiren und die Theilung des Produkts in Unterhalt und Profit, sammt den „lois civiles" abschaffen. Alsdann wird möglich, was bis jetzt nur ein frommer Wunsch von Monsieur bleiben muß: „Eine große Menschenzahl besitzt die Erde und die Werkzeuge, kann in der eigenen Weinlaube sitzen und die Früchte genießen, welche fleißige Arbeit einem unverschuldeten Boden abringt."

Die nothwendige fortschrittliche Bewegung, die Anwachsung der kleinen zu großen Kapitalien, welche die Bauern und Handwerker ruinirt, wird, weil die Sache unbequem ist, links liegen gelassen. Das Fundamentalgesetz, das alle Oekonomen „von Adam Smith bis Thiers" anerkennen, das Gesetz, welches den Werth der Dinge von der Arbeit abhängig macht, die sie kosten, heißt „complexer und Fundamentalirrthum", ohne daß man dem System, das auf diesem Gesetze fußt und uns „zwischen die Räder seiner stählernen Logik zwängt", etwas Anderes als einige seichte Plattheiten entgegenzusetzen wüßte.

Sehen wir uns die „Thatsachen" an, mit welchen Monsieur beweisen will, daß der Werth nicht im Verhältniß zur Arbeit steht: „An einem Jagdtage erlege ich einen Rehbock und du einen Hasen. Sie sind das Produkt derselben Anstrengung in derselben Zeit. Werden sie auch denselben Werth haben? Fünfmal wird der Werth des einen größer sein, als der Werth des andern."

Wie wunderbar! daß dieser Franzmann, der, um zu verhüten, daß unsere Prinzipale den Profit nicht vorwegnehmen, auf den gescheiten Einfall geräth, den Arbeitern anzurathen, sie sollen mittels Fleiß und Sparsamkeit sich zu Kapitalisten machen — daß nun dieser kluge, wohlwollende Mann so unklug und leichtfertig ist, alle jene Nebenumstände zu übersehen, welche erst das Werthgesetz zur Geltung bringen. Kann er denn bestreiten, daß die Tannen schlanke Bäume sind, trotzdem recht viele Krüppel unter ihnen? Oder daß Monsieur ein talentvoller Gelehrter, trotz der vielen Schnitzer, die er diesmal gemacht? Ausnahmen vernichten die Regel nicht. Ob ich in der That einmal dieselbe Arbeitszeit dazu gebrauche, einen Hasen zu erjagen, während du einen Rehbock erlegst, so werde ich doch „durchschnittlich" oder im Allgemeinen fünf Hasen holen, während du einen Bock auftreibst.

Dazu noch erklären die Oekonomen ausdrücklich: das Werthgesetz kommt erst in der bürgerlichen Gesellschaft zu einem klaren Ausdruck, weil man hier erst lernt, die Produkte durch Arbeit willkürlich zu vervielfältigen. Nun ist das Jagen nach Hasen und Böcken noch kein bürgerlicher Erwerb, sondern eine Kavalierpassion. Sobald aber die Kavaliere, sammt Hasen, Rehböcken und Wildnissen vor der Cultur schwinden, wenn man sich dann verstehen muß, Wildprett zu züchten und zu cultiviren, dann wird nothwendig auch das Preisverhältniß zwischen Hasen und Rehböcken ein cultivirtes, jedes Stück wird nach der durchschnittlich darauf verwendeten Arbeitszeit berechnet werden.

Weitere „Thatsachen", welche das Werthgesetz widerlegen: „Weizen, der auf gutem Boden wächst, wird besser gezahlt und kostet weniger Arbeit, als dasselbe Kraut, welches auf geringen, unfruchtbareren Ländern gezogen wird; und das auch ‚durchschnittlich', regelmäßig und im Allgemeinen." „Butter verkauft sich zu 4 Francs pr. Kilogramm und ist doch das kostenlose Produkt der Krämer, wovon sich die Kuh nährt." So steht es geschrieben; und es wird mir schwer, auf diese gedankenlosen Einwendungen eine ernste Antwort zu geben. Daß Kräuter, wovon sich die Kuh nährt, ohne Kosten und Arbeit in Frankreich oder Deutschland „durchschnittlich" zu finden sind, ist einfach unwahr, und daß der gute Weizen, der auf fruchtbarem Lande wächst, dadurch mehr kostet, weil der Kapitalist das Monopol des guten Grund und Bodens hat, und also sich ein großes Stück Geld oder Arbeit für die Benutzung zahlen läßt, daß demnach der Weizen von gutem Boden dennoch mehr Arbeit kostet, wie schlechtes Kraut, das weiß jeder Bauer.

Monsieur will behaupten: „Der Werth kommt von der Nützlichkeit; wir schätzen die Sachen nach dem Vortheil, den sie bringen" ... „Der Nützlichkeit muß man noch als Werthbedingung die Rarität zufügen." — An diesem letzten Sätzchen muß Jedem einleuchten, der Augen hat zu sehen, daß unser Kritikus ein Fremder ist in Israel. Was heißt in unserer Zeit „Rarität"? Sobald die Forellen rar werden, treibt man künstliche Fischzucht, und wo ein Geschäftchen zu machen ist, da wird es gemacht. Keine Rarität und keine Nützlichkeit, nur die Kosten der Arbeit sind zu berechnen.

Sollte man doch glauben, Emile de Laveleye, der große Umkehrer der ökonomischen Wissenschaft, müßte wissen, daß die Gesetze der Nationalökonomie auf dem breiten Wege der Cultur und nicht in der Wüste Sahara zu suchen sind. Er erklärt: „Dasselbe Wasser, obgleich es nützlicher ist, wie Gold und Edelsteine, und doch gemeinlich keinen Werth hat, ist in der Wüste alle Millionen der Erde werth. Daraus folgt denn, daß der oft wiederholte Satz: Wasser hat keinen Tauschwerth, weil es keine Arbeit kostet, offenbar zweifelhaft ist." Wenn man nun die Finger dieses vernünftigen Herrn in einen Schraubstock klemmte und ihn also unvernünftig schreien machte, so würde deshalb seine Vernünftigkeit doch nicht zweifelhaft werden. Wohl aber berechtigen die trivialen Exempel zu dem Schluß, daß dem Manne die redliche Absicht fehlt, sich und seinen Klienten ein klares Verständniß der politischen Oekonomie beizubringen.

J. Dietzgen.

Der Kampf um's Dasein in der Menschenwelt.

I.

Wenn die Geschichtsschreibung und Geschichtskenntniß einen allgemeinen Nutzen haben soll, so muß sie nach Art der Naturforschung Gesetze der menschheitlichen Entwicklung erkennen, ihre innere Nothwendigkeit aufzeigen und also zugleich Warnerin vor den Einseitigkeiten der Vergangenheit und verläßliche Wegweiserin der Zukunft sein. Diese Aufgabe der Geschichte ist schon von solchen tüchtigen Denkern wie Herder, die beiden Humboldt und Hegel, begriffen, vom Letzteren auch angegriffen, aber erst seit Darwin und Carl Marx möglich geworden — geleistet ist sie noch nicht. Jene geistreichen Männer hatten blos ein Auge für die geistigen Errungenschaften der Einzelnen und der Völker; für sie hatten die leiblichen Lebensbedingungen, aus welchen dieselben hervorwachsen, wenig Bedeutung. Sie fanden nicht eben viel Schwierigkeiten dabei, eine Reihe geistiger Fortschritte in der Weltgeschichte nachzuweisen; sie mußten aber gekünstelte Erklärungsversuche machen, um das Hervorgehen jeder Entwicklungsstufe aus vorherigen denkbar zu zeigen. Besonders ist Hegel ein wahrer Tausendkünstler hierin. Es fällt ihm ganz leicht, z. B. das Christenthum als eine Verschmelzung und Ver

söhnung in höherer Einheit des alten Hellenen- und Judenthums zu erklären, und den preußischen Staat seiner Zeit als wesentliches Ziel und Ende aller Weltgeschichte. Wer in der Luft des „reinen Gedankens" baut und mit lauter Luftstoff, dem fügt sich bei lebhafter Einbildungskraft Alles leicht zum Ganzen. Man kommt dabei freilich über die Theologie nicht hinaus und wundert sich, wie diese „Offenbarung Gottes in der Geschichte" so ganz das Gegentheil der darin gesuchten „Zweckmäßigkeit" ist. Allein man fühlt sich immerhin wohlthätig durch einen gewissen Gerechtigkeitssinn berührt, welcher die Thaten und Unthaten der Vergangenheit nicht nach unsern heutigen Werthbegriffen mißt, in jedem alten Aberglauben noch eine Spur in's Dasein strebender Vernunft, in jeder alten Weisheit noch eine arge Beschränktheit nachweist, und aus dem Ganzen ein regelrechtes Drama in drei Akten mit zahlreichen Auftritten, welche innig zusammenhängen, gestaltet. Da erschienen in einem und demselben Jahre (1859) Darwin's „Ursprung der Arten" und Marx'ens „Kapital", welche keine Geschichtswerke sind, aber gleichsehr Bahnbrecher zu aller wahren ferneren Geschichtsschreibung. Der Erstere betritt den Weg einer wirklich erklärenden, naturgesetzlichen Geschichte der ganzen „Schöpfung", freilich nur in einem engen Rahmen, indem er, den Begriff der Schöpfung und des Zwecks der Weltentwicklung beseitigend, wie seine Vorgänger Göthe, Oken, Lamarck, St. Hilaire, mittels des inzwischen riesenhaft angewachsenen Thatsachenstoffes nachweist, daß eine materialistische Welterklärung schon jetzt möglich ist, welche wirklich befriedigt. Der Letztere zeigt, daß alle geistigen Leistungen aller Zeiten natürliche Gewächse des jedesmaligen Leibeslebens sind, und weist dies an der Geschichte der Produktion nach. Erst jetzt konnte Albert Hermann Lange seine verdienstliche Geschichte des Materialismus schreiben. Ueber diese behalten wir uns eine eingehende Beurtheilung für ein anderes Mal vor; mit dem, was wir unter obiger Ueberschrift auseinandersetzen wollen, haben wir nur den Zweck im Auge, den schädlichen und schändlichen Mißbrauch aufzuklären, welcher mit der Darwin'schen Theorie vom Kampfe um das Dasein von solchen Kulturhistorikern und Geschichtsphilosophen wie Frdr. von Hellwald, Hartmann und der Schopenhauer'schen Schule im Allgemeinen getrieben wird.

Diese Schule vertheidigt den Krieg als einen Theil des Kampfes um's Dasein, als nothwendig und nützlich, und mit dem Kriege auch die stehenden Heere, den Militarismus und Cäsarismus. Und warum nicht? — Hatte doch in den Narrenspielen des Mittelalters auch der Teufel seinen Advokaten. Unser Zeitalter hat es verlernt, sich über irgend etwas zu wundern: warum sollte es sich wundern darüber, wenn Kultur geschildert wird als etwas Kultur Zerstörendes? Es giebt keinerlei Wahnsinn, dessen nicht ein Professoren-Hirn fähig wäre.

Gerade das, was an der Darwin'schen Lehre eine unbewiesene Voraussetzung ist — die Malthus'sche Uebervölkerungsfurcht, die Annahme, daß von jedem Organismus zuviel Keime entspringen, als daß alle zur vollen Entwicklung kommen könnten, so daß nur die lebensfähigsten überleben, sich fortpflanzen und neue Arten bilden, wird als bewiesen hingenommen und zum Erklärungsgrund der Geschichte gemacht; alle entgegengesetzten Thatsachen werden vernachlässigt. Es giebt eine lange Reihe von Thatsachen, welche zeigen, daß, je größer die Fruchtbarkeit eines Lebewesens, desto größer in andern Hinsichten seine Verkümmerung ist; während umgekehrt bei einer reicheren Entwicklung aller Organe und ihrer Verrichtungen die Fortpflanzung sehr mäßig, und zuletzt sogar sehr schwer wird. Somit erscheint die übermäßige Fruchtbarkeit als ein Anzeichen beginnender Ausartung, wenn nicht gar baldigen Aussterbens. Sie ist nichts Normales und Durchgehendes, also für sich allein nicht ein genügender Erklärungsgrund aller Naturentwicklung.

Mehr noch: diese Lehre schmuggelt, vielleicht arglos, den Zweckbegriff wieder in die Naturforschung herein, den sie hinausgeworfen zu haben vorgiebt. Sie schließt nämlich so: „Jeder Vorzug, welchen ein Lebewesen vor andern seiner Art zufällig erwirbt, und welcher seine Anpassung an gegebne neue Daseinsbedingungen erleichtert, wird sich, wenn dauernd vererbt, in einer neuen und lebensfähigern, also vollkommneren Art oder Abart erhalten." — Allein jeder Vorzug hat einen entsprechenden Nachtheil im Gefolge und umgekehrt. Ein großes Thier ist z. B. unbehilflicher, ein kleines Thier gewandter. Die Vorzüge aber und Nachtheile müssen sich bei jedem Lebewesen die Wage halten, weil seine gegebne Lebenskraft — wie alle Kraft — nicht vermehrt oder vermindert werden kann, ohne daß alle seine Lebensbedingungen gleichsehr sich verbessern. In der Regel werden erworbne neue Vorzüge einer Art, auf Kosten der andern, ihre nachtheilige Kehrseite dadurch zeigen, daß die Einzelwesen dieser Art, weil sie alle die gleichen Lebensbedingungen haben, sich dieselben einander schmälern, was schließlich zu neuer Ausartung, oder zum Aussterben führt. Ein Naturwald z. B. aus lauter gleichartigen Bäumen wächst, weil dieselbe Nahrung ꝛc. von allen gleichsehr gesucht wird, langsam und stirbt einmal ganz aus, um einer andern Art Waldbäume, welche da ihre besondere Nahrung u. s. w. noch nicht erschöpft finden, Platz zu machen. Von Vorzügen also und von Vervollkommnung der Arten zu reden, ist mißlich.

Aber zurück zur Fruchtbarkeit. Es ist gewiß, daß fette, oder gar gemästete Thiere wenig oder gar keine Nachkommenschaft zeugen, und daß gefüllte Blüthen keinen Samen geben, während bei mäßiger Nahrung eine ziemliche Fruchtbarkeit fortbestehen kann, welche sich bei noch karger werdender Nahrung eine Zeit lang steigert, bis am Ende die Fruchtbarkeit mit der Nahrung zu Ende geht. Und wie Nahrung und mäßige Fruchtbarkeit nur innerhalb enger Grenzen neben einander bestehen können, so wird ganz allgemein das Darwin'sche Gesetz dahin vervollständigt werden müssen: daß die normale Fruchtbarkeit eines Lebewesens nur bei allseitiger Entwicklung aller seiner Organe und Verrichtungen gegeben, und dann immer mäßig ist, so daß in diesem Falle (wenn alle Lebewesen gleichzeitig sich allseitig entwickeln könnten) eine Entstehung neuer Arten unerklärlich wäre. Sie wird blos dadurch erklärlich, daß die Lebensbedingungen für jede Art gradweise verschieden günstig sind, und daß immer bei vielen dadurch eine einseitige Entwickelung bedingt wird, welche bei großer Nahrungsfülle zum raschen Aussterben, bei abnehmender Nahrungsfülle zu größerer Fruchtbarkeit, schließlich aber ebenfalls zum Aussterben führt. In dieser Vervollständigung des Darwinismus ist kein Zweckbegriff mehr vorhanden. Denn die zunehmende Fruchtbarkeit ist keine zweckmäßige Veranstaltung der Natur, etwa um eine bedrohte Art Lebewesen im Dasein zu erhalten, sondern einfach die Folge davon, daß deren Lebenskraft, wenn anderweit verkümmert, in der Fortpflanzung um so stärker fortdauert — weil vorhandene Kraft nicht vernichtet werden kann. Die große Fruchtbarkeit aber führt zum Aussterben der Art, so gut wie die Unfruchtbarkeit.

Wenn also die Natur selbst schon einer Uebervölkerung vorbeugt, so braucht sich kein Pfaff oder Philosoph darum ein graues Haar wachsen zu lassen. Geradezu unverschämt aber ist die Vertheidigung des Kriegs, welche sich auf zu fürchtende Uebervölkerung beruft; sie ist es doppelt, so lange eine Minderheit alle Lebensmittel monopolisirt, großentheils verwüstet, oder deren Vermehrung hindert. Sobald einmal die Armuth überall durch Gesetzgebung abgeschafft sein wird, wird es Allen immer wohler gehen; und wenn es dann der Menschheit so wohl geht, daß das Gleichgewicht zwischen Nahrung und Fortpflanzung, durch eine Ueberfülle der ersteren gestört wird, hört die stärkere Fortpflanzung von selbst und ohne alle unmenschlichen Mittel auf. In derselben Richtung muß das schon erwähnte Naturgesetz dadurch wirken, daß bei fortschreitender Verkürzung der Arbeitsstunden die geistigen Beschäftigungen Aller sehr überwiegen werden, daß also eine Einseitigkeit des Organismus eintritt, welche die Fortpflanzungskraft schwächt, wie ja erwiesen ist, daß die fleißigsten Denker und fruchtbarsten Geister wenig Kinder hinterlassen haben. Man darf sich an dieser letzteren Wahrheit nicht durch die Thatsache irre machen lassen, daß die protestantischen Geistlichen in der Regel eine fast unanständig große Kinderzahl haben — denn diese Klasse gehört ja nicht zu den fleißigsten Denkern und fruchtbarsten Geistern.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Reichstag vertagte sich, nachdem er in seiner Sitzung vom 24. März die Frage der Verlegung des Reichsgerichts zu Gunsten Leipzigs endgültig erledigt hatte, bis Dienstag den 10. April.

— In Bezug auf die Wahl Hasenclever's schreibt unser Berliner Parteiorgan unter Zugrundelegung der auch von uns in voriger Nummer erwähnten Notiz der Berliner „Volkszeitung" folgendes: „Die ganze Notiz der „Volkszeitung" ist das vollendetste Meisterstück einer Täuschung des Publikums. Zunächst hat die Wahlprüfungscommission des Reichstags gar nicht das Recht eine Wahl ungültig zu erklären. Die Commission hat nur einen Antrag auf Ungültigkeitserklärung zu stellen. Ferner ist es eine grobe Unwahrheit, daß 62 in der Perlebergerstraße wohnende Wähler protestirt hätten. Im Gegentheil hat sich die ganze Protest-Angelegenheit ziemlich sicher als ein gröblicher Betrug einiger fortschrittlicher „Größen" herausgestellt. Es haben nämlich nicht 62 Wähler einen Protest unterzeichnet, sondern nur 19. Von diesen 19 Protestlern haben aber 10 schriftlich erklärt, daß sie den Protest gar nicht selbst unterschrieben haben, sondern von fortschrittlichen „Führern" ihren Frauen und Töchtern die Unterschrift abgelockt sei; 6 andere haben nur in Folge falscher Vorspiegelungen die Unterschrift gegeben. Alle 16 erklären ferner, daß, wenn sie überhaupt gewählt hätten, sie unbedingt Hasenclever gewählt haben würden. Ja, man hat sich sogar erfrecht, hinter den Namen eines Werkführers, ohne dessen Wissen und Willen die Bemerkung zu setzen: „Im Namen aller übrigen 76 Wähler". Davon weiß der Mann Nichts. Er hat aber ebenfalls schriftlich erklärt, nur für Hasenclever zu stimmen. Alle diese Erklärungen der Protestler — und es ist festzuhalten: 19 haben nur protestirt und von diesen 19 haben sich 16 für Hasenclever schriftlich erklärt — sind der Mandatsprüfungscommission des Reichstages rechtzeitig eingereicht worden. Es ergiebt sich hiernach, daß die drei Protestler, welche sich nicht für Hasenclever erklärt, von seiner absoluten Mehrheit abgezogen, die 16 hingegen, die sich für ihn erklärt, hinzugerechnet werden müßten, wodurch sich seine ursprüngliche Majorität noch um 13 Stimmen erhöhen würde. Wenn nun die Mandatsprüfungscommission trotz alledem diese Wahl ungiltig erklären wird, geschieht das eben nach unserer Meinung keineswegs mit Recht. Wenn außerdem seitens der Mitglieder der Prüfungscommission behauptet wird, die Wählerlisten wären erst, nachdem sie bereits öffentlich zur Einsicht der Wähler ausgelegt, verheftet worden, so erlauben wir uns dies zunächst zu bezweifeln. Für das Verheften verdient der Magistrat jedenfalls eine scharfe Rüge. Wenn das auf einem ländlichen Wahlkreise vorkäme, so wäre es noch zu entschuldigen, in der Hauptstadt aber nicht." — Unsere Berliner Parteigenossen gehen schon, wie eine Annonce in der „Berliner Freien Presse" zeigt, mit aller Energie in den wahrscheinlich bevorstehenden neuen Wahlkampf.

— Das Briefgeheimniß im deutschen Reich wird trefflich illustrirt durch nachstehende Annonce in der „Königsberger Hartung'sche Zeitung" vom 24. d.:

„Die hiesige Königliche Staatsanwaltschaft belegt Briefe, die unter meiner Adresse auf dem hiesigen Postamte eingehen, mit Beschlag. Der Staatsanwalt Hecht läßt sie sich ausliefern und sendet sie mir erst, nachdem er sie geöffnet und durchgelesen — mit dem Siegel der Königl. Staatsanwalt verschlossen — zu. Diese Maßregel hat er als öffentlicher Ankläger in einem politischen Prozeß ergriffen, in welchem ich am 15. Februar d. J. in erster Instanz freigesprochen bin, und in welchem er die Appellation eingelegt hat.

Alle Diejenigen, die mit mir in Correspondenz stehen, bitte ich, hiervon Kenntniß zu nehmen.

Königsberg i. Pr., den 22. März 1877.

Hermann Arnoldt."

Eines Commentars bedarf es nicht. Unsere Abgeordneten werden dafür sorgen, daß dieser „Fall" im Reichstag zur Sprache kommt und die gebührende Beleuchtung findet.

— Zur Briefstieberei. Ueber einen bereits früher im „Vorwärts" und auch im Reichstag von Liebknecht erwähnten Fall schreibt man uns jetzt des Näheren: „Sollte das etwa Briefgeheimnißverletzung sein? Es war zur Blüthezeit des Kulturkampfes, im Mai 1876, als die Buchhandlung von Ed. Groppe in Trier die Bolanden'sche Broschüre „Der Pascha", an deren Confiskation damals noch Niemand dachte, an den Privatsecretär Herrn Cronymus in Prüm an der Eifel sandte. Die Post in Prüm gab die Schrift indessen nicht an den Adressaten ab, sondern lieferte sie mit dem Vermerk „Zur Durchsicht" dem Bürgermeister, als dem Chef der Polizei, aus.

Erinnerung an 1848.

In Baden fochten Männer
Einst für das Deutsche Reich,
Sie fochten für die Freiheit
Und Einheit auch zugleich.

Doch waren sie Rebellen,
Weil sie für Herrscher nicht,
Weil sie für's Volk nur stritten,
Nach eig'ner Wahl und Pflicht.

Es spieen die Kartätschen
In ihre Reihen Tod,
Es sank das deutsche Banner
In ihrem Blute roth.

Dann wurden die Gefang'nen
Standrechtlich füsilirt, —
Und Preußens Krieger haben
In Baden triumphirt.

Der diese Krieger führte,
Siegreich nach Helden-Art,
Prinz Wilhelm war's von Preußen,
Der später Kaiser ward.

Ein komischer Heiliger.

In Nummer 26 dieses Blattes haben wir eine Notiz gegen Johannes Scherr gebracht, weil derselbe behauptete, „die Agitatoren entwerfen immer zur Hälfte, oft zu zwei Dritteln verlogene Schilderungen vom sozialen Elend". Hören wir nun, welch ein Zukunftsbild derselbe Herr im Februarheft der Neuen Monatshefte laufenden Jahres vom sozialen Elend entwirft.

„Der deutsche Philister und Reichsbürger nach der liberalen Schablone hat die Augen verwundert aufgerissen, als die letzten Reichstagswahlen verriethen, wie gewaltig im Reiche der Sozialismus um sich gegriffen habe. Als ob es anders sein könnte! Wenn Herzoge, Fürsten, Grafen und Freiherren für gut fanden, unter die Gründer zu gehen, warum sollten Bürgersleute sich nicht veranlaßt sehen, unter die Sozialisten zu gehen? Jeder will eben „seine Fortune poussiren", wie es im Börsenjargon heißt. Der hochgelobte Industrialismus und die höhergelobte Großkapitalwirthschaft haben ja dafür gesorgt, daß der deutsche Bürgerstand schon halb und halb zur Mythe geworden ist. Seitdem jede Werkstatt zur „Fabrik", jeder Stümper zu einem „Geschäftsmann", jeder Pfuscher zu einem „Arbeiter" geworden, hat das Handwerk nicht nur seinen goldenen, sondern überhaupt seinen Boden verloren und ist das Bürgerthum nebst einem nicht kleinen Theil der Bauernschaft in den Mälstrom des geschäftlichen Schwindels hineingerissen worden. Der Strom wird weiterrauschen, denn jeder Unsinn, jeder Wahnwitz, jede Pestilenz muß seinen oder ihren Verlauf haben. So will es die bekannte „sittliche Weltordnung". Bald dürfte es der unfehlbaren Manchesterei, auf deren Leim man in Deutschland schon darum nicht hätte gehen sollen, weil sie aus England importirt war, bald dürfte es ihr leicht, sehr leicht werden, die Häupter ihrer lieben „Bourgeois" zu zählen. Denn wir sind ja auf dem jäh abfallenden Wege zu einer Zeit, wo es auch in Deutschland neben den „oberen Zehntausend", will sagen neben etlichen tausend Protzen nur noch Millionen von Proletariern geben wird. Genau zugesehen und alle Redensarten bei Seite gethan: es ist ja schon jetzt eine brutale Thatsache, daß das alte Europa wie das neue Amerika, Monarchien oder Republiken gleichviel, von den Millionendi—sponenten*) regiert werden.

Man hat der wilden Ausbeutungsgier Thor und Thür geöffnet, hat namentlich den Eisenbahnschwindel durch Ertheilung von Concessionen und staatlichen Subventionen förmlich prämiirt, hat eine geile Ueberproduktion in jeder Weise begünstigt und mittels der dadurch ermöglichten Pfuscherei die deutsche Arbeit vor aller Welt prostituirt, — kurz man hat den Kern der Nation, das arbeitsame, solide und patriotische Bürgerthum, worunter natürlich nichts von „Bourgeosie" verstanden sein kann, ausgehölt oder der Aushöhlung desselben wenigstens gleichgültig zugesehen, und jetzt wundert man sich, daß die Anhänger des Sozialismus oder, sans phrase, des Communismus, nach Hunderttausenden zählen. Sie werden — ihr mögt euch dagegen abzappeln, wie ihr wollt, pfiffig-gesetzgeberisch oder brutal-gewaltthätig — sie werden bald nach Millionen zählen und dann, ihr Herren Compromißkünstler, wird alle eure publicistische oder parlamentarische Liebesmühe umsonst sein. So etwas wie eine europäische „Commune" wird kommen, noch bälder vielleicht, als ihr fürchtet. Denn ihr fürchtet sie, sagt was ihr wollt. Durch die Maske eurer zur Schau getragenen Zuversicht auf die Festigkeit der Monarchie, die Disziplin des Heeres, die Vortrefflichkeit der parlamentarischen Gaukelei ꝛc. hindurch sehe ich die Blässe der Zukunftsfurcht auf euren Gesichtern. Ihr wißt ja auch wohl, es ist ein weltgeschichtliches Gesetz, daß von Zeit zu Zeit große Kataklysmen (Ueberschwemmungen, Bäder oder Klystiere? wie heißt? Hr. Scherr?) und Katastrophen eintreten müssen, um die verlumpte und verschlampte Menschheit im Fegefeuer ungeheurer Trübsal wieder reinzubrennen und wieder für eine Weile zu verjüngen."

Wahrlich Johannes Scherr redet gewaltig und nicht wie die Schriftgelehrten. Er hat einen starken Hang zum Propheten, wie der Schlußsatz dieses Citates zeigt. Bis seine Verkündigungen in Erfüllung gehen, wollen wir ihn einstweilen zu den kleinen Propheten zählen.

Seine Ausfälle gegen den Sozialismus abgerechnet, kramt er weiter nichts aus als — um eine beliebte liberale Phrase zu gebrauchen — „abgedroschene sozialistische Redensarten". Nur in Eines können wir uns nicht hineindenken, wie nämlich nach solch einer Scherr'schen Philippika die Rede eines sozialistischen Agitators beschaffen sein muß, um „zu zwei Dritteln verlogene Schilderungen vom sozialen Elend zu enthalten".

*) Lies: Millionendisponenten (Verfüger über Millionen). In dieser Worttheilung soll ein sehr feiner Witz stecken, den der Leser errathen möge.

Die Wissenschaft und der Sozialismus.

Während die Charlatane der Afterweisheit mit den bezahlten Agenten in Verunglimpfung und Beschimpfung des Sozialismus wetteifern, sieht ein Mann der Wissenschaft nach dem andern sich gedrungen, für den Sozialismus Zeugniß abzulegen. Die letzte Nummer der „Gleichheit" bringt wieder ein solches Zeugniß. Dr. Theodor Dantscher, Privatdozent der Rechts- und Staatswissenschaft an der Wiener Universität, sagte in einem seiner Vorträge, nachdem er den Begriff der Persönlichkeit geschichtlich entwickelt hatte:

„. . . . . Endlich muß darauf aufmerksam gemacht werden, wie gerade in unserer Zeit die Anerkennung des Begriffes der Persönlichkeit auf einem neuen Gebiete sich vorbereitet. Auch mit der Herausbildung des Begriffs der politischen Freiheit ist nämlich das Wesen der Persönlichkeit noch nicht erschöpft; die folgende Zeit wird den Begriff der Persönlichkeit auch auf dem Gebiete der Arbeit verstehen lernen. Wir alle haben schon die Ahnung, daß das Wesen der Persönlichkeit auf diesem Gebiete nach einer Umgestaltung dränge, daß es seiner Entwickelung entgegen arbeitet auf dem sogenannten sozialen Gebiete. Dafür sind schon viele Anzeichen vorhanden; in der letzten fran-

Auf eine später erfolgte Reklamation des Empfängers erklärte der Postmeister Arimond: 1) der Bürgermeister kenne die Broschüre nicht (!) und habe sie nie nennen hören. (!) Als Herr Cronymus aber auf seinem Eigenthumsrecht bestand und hinzufügte, der Bürgermeistereischreiber Michels habe ihm die bezügliche Mittheilung gemacht, und als dieser in Gegenwart des Postmeisters und Bürgermeisters dies zugeben mußte und hinzufügte, der Kreuzbandstreifen sei verkramt worden, sagte der Bürgermeister: „Die Schrift habe ich hier liegen, gebe sie aber nicht heraus, weil auf derselben steht: ‚Das Volk ist dazu da, um Steuern zu zahlen' ꝛc. Ich will Ihnen jedoch das Schriftchen bezahlen." Mit diesem Versprechen — ob die Zahlung erfolgte, wissen wir nicht — sei nun, meinte lachend der Postmeister Arimond, die Sache erledigt. Dies war jedoch nicht der Fall; denn bald darauf befaßte sich der Untersuchungsrichter mit derselben. Herr Literat W. Koch, damals in Trier, erhielt nämlich durch die betreffende Buchhandlung zufällig Kenntniß von der Sache und als Mitarbeiter der „Deutschen Post" in Berlin glaubte er der Angelegenheit, die offenbar eine Verletzung des Briefgeheimnisses enthielt, näher treten zu sollen. Vor Publikation derselben fragte er jedoch, um sich zu vergewissern, bei dem Postmeister in Prüm an. Dieser aber fühlte sich durch die offene Karte „beleidigt" und übergab die Sache zur weiteren Veranlassung der Oberpostdirektion in Trier. Postmeister Arimond gab an, durch ein Versehen sei die Schrift in die Hände der Ortspolizei gerathen, was aber nicht der Fall war, da die zeugeneidliche Vernehmung des Schreibers Michels constatirt hat, daß der Vermerk „Zur Durchsicht" auf der Adresse stand. Und was that das Gericht? Nichts! Es hat die Beleidigungsklage fallen lassen und die Sache war — „erledigt"! — Ja, ja, „die Briefe sind in den Händen der Postbeamten so sicher wie die Bibel auf dem Altar" sagt schön jener sprachreinigende Ehrendoktor.

— „Deutschland ist das freieste Land in Europa und wir haben das höchste Maß der Preßfreiheit," sagte ein nationalliberaler Durchfallscandidat und „Professor der (Unwissenheit in) Nationalökonomie und Landwirthschaft", den wir zur Strafe nicht nennen, während der verflossenen Wahlcampagne, und der komische Kautz steht mit diesem Ausspruch auch nicht allein. Zur praktischen Illustration des geflügelten Worts drucken wir ab, was die „Chemnitzer Freie Presse" an der Spitze ihrer Abonnementseinladung schreibt:

„Die sechs Jahre ihres Bestehens brachten der Redaktion mehr als fünfzehn Jahre Kerker. Von den Redakteuren der „Chemnitzer Freie Presse" haben zwei vor Kurzem nach jahrelanger Haft die Freiheit begrüßt, zwei schmachten auf Jahre hinaus im sächsischen Landesgefängniß, und zwei stehen schon wieder an der Schwelle des Kerkers."

Das ist die deutsche Preßfreiheit.

— Die Noth unter den Arbeitern in Westfalen und Rheinland hat eine Höhe erreicht, die geradezu mit Schauder und Schrecken den noch nicht verhärteten Menschen erfüllt. Selbst die nationalliberale „Rhein- u. Ruhrzeitung" schreibt in einer Weise, die man bei uns gewiß als Uebertreibung und Aufhetzerei hinstellen würde:

„Es ist zwar in Folge Anordnung der staatlichen Behörden eine strengere Ueberwachung der Bettelei eingetreten, aber wer da glaubt, dieselbe habe abgenommen, der irrt sehr. Die Bettler sind nur vorsichtiger geworden, sie wissen sich der Aufmerksamkeit der Polizei mehr zu entziehen. Es mag sein, daß die gewohnheitsmäßigen Bettler an Zahl abgenommen haben, dagegen hat die Zahl der wirklich bettelnden Personen in erschreckender Weise zugenommen. Junge, kräftige Leute gehen von Thür zu Thür und mag dies auch in anderen Zeiten empören, augenblicklich kann man es den Leuten nicht verdenken und wer einsichtsvoll genug ist, der muß sich sagen, die Leute können nicht anders. Sie wollen und können doch nicht verhungern, Arbeit können sie nirgends bekommen, viele unter ihnen sind schon seit Monaten arbeitslos und die Hilfe, welche die Armenkassen gewähren und gewähren können, ist unzulänglich, abgesehen davon, daß diese Hilfe noch lange nicht in allen nöthigen Fällen gewährt wird. Andere Personen, die sich scheuen, selbst die Mildthätigkeit Anderer in Anspruch zu nehmen, schicken ihre Kinder zum Betteln aus. Diesen wird auf solche Weise das Laster des Müßiggangs und der Vagabondage anerzogen und dadurch eine Entsittlichung der kommenden Generation herbeigeführt. Vom Betteln zum Stehlen ist nur ein Schritt und mancher, den die Noth zu dem ersteren getrieben hat, geräth auf dieser abschüssigen Bahn auch zu dem letzteren. Wer gezwungen ist, mit solchen Leuten umzugehen, wem wiederholt die Noth und der Hunger als Entschuldigung für Verbrechen entgegengehalten wird, dem drängt sich wohl das Gefühl auf, daß es die höchste Zeit ist, gründlich Hand anzulegen, um den Nothstand und die Arbeitslosigkeit zu vermindern und zu beseitigen."

So schreibt ein nationalliberales Blatt! Ja gewiß ist es die höchste Zeit, Hilfe zu leisten — aber anstatt dies zu thun, verfolgt man in empörendster Weise alle diejenigen Personen, vorzüglich die Sozialdemokraten, gerade weil sie in vernünftiger Weise Abhilfe schaffen wollen.

Wie wir nachträglich erfahren, hat man alle „auswärtigen" Arbeiter möglichst aus Westphalen und dem Rheinland entfernt, um den einheimischen Arbeitern Luft zu verschaffen. Das ist sehr — liberal, stimmt namentlich gar hübsch mit der gerühmten „Freizügigkeit" und hat den ferneren Vortheil, daß die „einheimischen" und „auswärtigen" separat, auf eigene Faust, Jeder an seinem Geburtsort — verhungern können. Lieb Vaterland, magst ruhig sein, das Geschlecht der Staatsmänner à la Camphausen und Achenbach ist noch nicht ausgestorben.

— Zur Frage der Aenderung der Statuten der Knappschaftskassen. Das Comité der arbeitslosen Bergleute hat an den Vorstand des Märkischen Knappschaftsvereins zu Bochum eine Eingabe gesandt, in welcher beantragt wird, eine Statutenänderung dahin vorzunehmen, daß in Anbetracht der unverschuldeten Arbeitslosigkeit der Bergleute dieselben von der Beitragzahlung zur allgemeinen Kasse für die Dauer der Arbeitslosigkeit entbunden werden, ohne ihre Rechte an die Kasse zu verlieren. In den Gründen heißt es, daß durch die gegenwärtige Geschäftskrise im Dortmunder Kohlenrevier allein mehr denn 8000 Bergleute ohne jeden Erwerb dem größten Mangel preisgegeben sind. Die natürliche Folge ist Entbehrung des zum Leben Nothwendigsten, Krankheiten verschiedener Art. Die Communalbehörden werden täglich von Hunderten arbeitsloser Bergleute mit Gesuchen um öffentliche Arbeiten bestürmt, ohne daß die Ersteren Hülfe gewähren könnten. Noch viel trauriger ergeht es aber den erkrankten Arbeitern. Das Knappschaftsstatut besagt, daß dieselben nur dann ein Anrecht auf Unterstützung haben, wenn sie in der Bergarbeit erkrankt oder arbeitsunfähig geworden sind. Wohl steht ihnen nach Austritt aus der Arbeit das Recht zu, ihre Beiträge zur Kasse weiter zu entrichten, um des Anrechts an dieselbe nicht verlustig zu werden; aber wie können sie ihre Beiträge aufbringen, wenn ihnen, wie gegenwärtig, jeder Erwerb fehlt? Arbeiter, welche 10, 15, viele sogar 20 Jahre ununterbrochen ihre Beiträge zur Kasse gezahlt, sind so innerhalb weniger Wochen ihres Anrechtes an dieselbe verlustig geworden, und dies ganz ohne ihr Verschulden. Hier befindet sich im Statut eine Bestimmung, durch welche Tausende schweren Nachtheil erleiden. Wie allgemein bekannt ist, besitzt die Kasse einen starken Fonds, und stellt das Comité deshalb im Namen der zahlreichen arbeitslosen Kameraden aus dem Dortmunder Kohlenrevier den Antrag: Sämmtliche abgelegten Bergleute, welche länger denn zwei Jahre der Knappschaftskasse als zahlungspflichtiges Mitglied angehört haben, in ihren bisherigen Rechten unentgeltlich bis zum 31. Dezember 1877 zu belassen. — Wir halten diesen Antrag für völlig gerechtfertigt bei den drakonischen Bestimmungen der Knappschaftskassen. Dieselben bedürfen überhaupt dringend einer allgemeinen Revision, da sie früheren Zeiten entstammen und den Stempel der Reaktion doch allzudeutlich an der Stirn tragen.

— Gelegentlich der Feier des 18. März fanden in Bern abermals schändliche Excesse der Polizei und des Ordnungspöbels statt. Wir warteten mit der Mittheilung, weil die Nachrichten sehr widersprechend waren. Es hat sich aber nun herausgestellt, daß unsere Parteigenossen (Bakunistischer Richtung) durchaus in ihrem Rechte waren, und daß sie auch nicht der entfernteste Vorwurf treffen kann. Wir erklären dies ausdrücklich, weil man gegnerischer Seits den Versuch macht, die Sache der Sozialisten, welche in Bern das Opfer eines pöbelhaften Attentats geworden sind, von der unsrigen zu trennen. —

— Wie wir erfahren, gedenkt unser dänischer Parteigenosse Pio noch in diesem Monat nach Amerika zu reisen, um dort der projektirten sozialistischen Colonie die Wege zu bahnen.

Es leben die Feinde! Die Polizei hat den Halberstädter Sozialdemokraten, wie wir nachträglich erfahren, zu ihrem Parteiorgan verholfen. Sie verbot ihnen nämlich die Verbreitung eines Aufrufs zur Reichstagswahl, und darauf erschien derselbe als Probenummer einer Zeitung, was nach dem Gesetz nicht beanstandet werden konnte. Aus der Probenummer ist nun eine wirkliche Zeitung entstanden.

— Die Jacoby'sche Begräbnißfeier wird ein sehr eigenthümliches Nachspiel erhalten; es soll nämlich über die sämmtlichen Redner eine Polizeistrafe verhängt werden. So will es wenigstens das „Berliner Tageblatt" wissen und wir glauben es gern.

— Bei der am Sonnabend, den 17. März, in Stuttgart stattgehabten Verhandlung gegen unsere Parteigenossen Hirsch, Burghard und Gutekunst, wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt", wurde Hirsch zu 4 Wochen und Burghard zu 3 Wochen Gefängniß und in die Kosten verurtheilt, Gutekunst dagegen freigesprochen.

— Auf verschiedene Anfragen haben wir zu erklären: Die Reichstagsreden unserer Abgeordneten werden laut Congreßbeschluß nicht im „Vorwärts" veröffentlicht, weil dieselben zu viel Raum einnehmen würden. — Die Nothwendigkeit einer sozialistischen Reichstagscorrespondenz wird allseitig anerkannt, und unsere Abgeordneten haben sich in Berlin wiederholt mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Sache hat aber sehr große Schwierigkeiten, die sich bisher nicht überwinden ließen. Es sind indeß die nöthigen Schritte gethan, um nach den Osterferien, wo die Session voraussichtlich sehr interessant werden wird, das Erscheinen regelmäßiger Reichstagsberichte wenigstens im Centralorgan zu ermöglichen. — Wer auf die offiziellen stenographischen Reichstagsberichte zu abonniren wünscht, hat sich an die Post zu wenden.

Warnung. Die Kautz'sche Verlagshandlung in München versendet Prospektusse eines Machwerks: Die Sozialdemokraten oder Blaues Blut im Volke. Geschichtlicher Zeitroman von einem Sozialdemokraten." Und zwar wird der sozialdemokratische Verfasser als „einer der hervorragendsten Führer der Sozialdemokraten" bezeichnet. Natürlich ist das schamlos gelogen, und wer auf den Leim geht, ist um sein Geld geprellt, und das musikalische Bierglas, welches er mit der „letzten" Lieferung (die Zahl der Lieferungen ist schlauerweise nicht angegeben) bekommt, wird eine Melodie spielen nach dem Text: Die Dummen werden nicht alle. —

Erklärung.

Bei einigen Parteigenossen ist der Gedanke aufgetaucht, daß ich im Interesse der Partei richtiger gehandelt haben würde, wenn ich das Reichstagsmandat für Altona angenommen und das für den Berliner 6. Wahlkreis abgelehnt hätte, da dann unserer Partei ein Wahlkreis doch sicher erhalten worden wäre, während jetzt beide Wahlkreise wieder verloren gehen können.

Zunächst bemerke ich, daß man nachher immer leicht einen guten Rath ertheilen kann; ferner erkläre ich, daß es mir persönlich angenehmer gewesen wäre, wenn ich meinen alten sicheren Wahlkreis hätte behalten können.

Aber im Partei-Interesse war es geboten, daß ich die Wahl in demjenigen Kreise annahm, in welchem ich die geringere Majorität hatte, und welcher bei einer eventuellen Neuwahl voraussichtlich die geringere Aussicht auf einen Sieg bot — und das war unzweifelhaft der 6. Berliner Wahlkreis.

Hätte ich für den 6. Berliner Wahlkreis abgelehnt, so glaube ich nicht, daß derselbe der Partei treu geblieben wäre; die Neuwahl wäre dann durch unsere Partei und durch mich veranlaßt gewesen — — dies verzeihen die Wähler nicht leicht.

Anders verhält es sich, wenn meine Wahl für ungültig erklärt wird, und zwar nicht etwa deshalb, weil unsere Partei bei derselben sich Uebergriffe oder Unrechtmäßigkeiten hat zu Schulden kommen lassen, sondern weil der hochlöbliche Magistrat der Hauptstadt des „deutschen Reichs" oder dessen Beamte durch Verheftung von Wahllisten eine Fahrlässigkeit an den Tag gelegt haben, wie sie nach dem Ausspruch eines Mitgliedes der Wahlprüfungscommission des Reichstags nicht in Krähwinkel, geschweige denn in Berlin vorkommen dürfte.

Die Antwort der Wähler des 6. Berliner Wahlkreises auf solche Fahrlässigkeit dürfte sehr leicht die Wiederwahl mit außerordentlicher Vermehrung der sozialistischen Stimmen sein.

Man glaubte allgemein in der Partei, daß in Altona-Stormarn bei der Neuwahl der Sieg uns nicht entrissen werden würde. Daß dies doch geschehen, daran sind die unerhörtesten Wahlbeeinflussungen schuld — der Kampf selbst aber war für uns deshalb von großem Nutzen, weil man an demselben deutlich ersehen konnte, wie in Zukunft überall dort sich die Kämpfe gestalten werden, wo das Klassenbewußtsein sich hoch entwickelt hat. Und wenn es uns dann gelingt, Siege zu erfechten und nach und nach eine größere Anzahl von Sitzen in den gesetzgebenden Körpern zu erobern, dann haben diese Siege eine entscheidende Bedeutung, weil die Majorität der bewußten Wähler hinter ihren Abgeordneten, hinter denen der sozialistischen Partei steht.

Es wird meiner Meinung nach noch mancher Wahlkreis eine ähnliche Feuerprobe wie Altona durchmachen müssen, und besteht er diese, wie Altona unzweifelhaft sie nach drei Jahren bestehen wird, dann, nach der Niederlage der vereinigten Antisozialisten, wird der Wahlkreis immer sozialistisch wählen.

Im Uebrigen haben der Parteivorstand, die Altonaer Parteigenossen und meine näheren Freunde sämmtlich meinen Entschluß gebilligt, das Berliner Mandat anzunehmen.

Ich für meine Person gebe, wie der „Vorwärts" schon einmal richtig bemerkte, nicht eine Nickelmünze für ein Reichstagsmandat, für die Partei aber werde ich selbstverständlich keine Mühe scheuen und bei einer etwaigen Neuwahl mit ganzer Kraft auch persönlich in den Wahlkampf eintreten.

Ich weiß, daß die Berliner Parteigenossen voll und ganz ihre Schuldigkeit thun werden, ich hoffe aber auch, daß die Parteigenossen in ganz Deutschland den Berlinern ihre thatkräftigste Unterstützung nicht versagen werden.

Leipzig, den 27. März 1877.

Mit bestem Gruß Hasenclever.

NB. Alle befreundeten Blätter werden um Abdruck gebeten.

---

zösischen Revolution haben diese Gedanken furchtbaren Ausdruck gefunden. Auch theoretisch versucht man auf alle mögliche Weise das Wesen der Persönlichkeit auf sozialem Gebiet zum Ausdruck zu bringen. Es entstehen soziale Theorien und Systeme, um die Bestimmung der Persönlichkeit im Gebiete des Erwerbes und der materiellen Güter zu erfüllen; einzelne politische Versuche sind auch schon gemacht worden. Auf theoretischem Gebiete wird nun diese Entwicklung der Persönlichkeit angestrebt zunächst im sogenannten Communismus; dieser erblickt im Eigenthum und der jetzigen Vererbungsweise des Besitzes die Quelle der wirthschaftlichen Ungleichheit — in anderer Weise versuchen es die sozialen Theorien. Zu diesen gehören alle Versuche, welche eine Organisation anstreben, damit die Arbeit das Individuum allein zu einem ihrem Maße und ihrer Arbeit entsprechenden Besitze führe — allein man ist auch an den Staat herangetreten, hat ihn um die Lösung des sozialen Problems angegangen, daß er diesen Begriff der Persönlichkeit verwirklichen solle. Man verlangt dies mittelst der sozialen Demokratie, darin liegt ein ganz anderer Gedanke als in der Republik; man verlangt nämlich vom Staate Hebung der niederen, nicht besitzenden Klasse. Auch dieser soll die Möglichkeit geboten werden, durch ihre Arbeit sich zu heben und zum Kapitalbesitze zu gelangen. Der Staat soll Unternehmer werden, er soll sein Kapital mit der Arbeitskraft der nicht besitzenden Klasse verbinden; der Staat könne nämlich den Unternehmergewinn dem Arbeiter geben, da er selbst ihn nicht braucht. Dies ist die Idee der Organisation der Arbeit. Oder man verlangt vom Staat, er soll zinslose Kapitalvorschüsse dem einzelnen geben; vorzugsweise soll Stoff für die Arbeit dem einzelnen gegeben werden. Der Staat soll solche Einrichtungen treffen, daß jeder im Verhältniß zu seiner Arbeitsfähigkeit auch Stoff bekomme, um die Arbeitsfähigkeit bethätigen zu können. Diesen Stoff bekommt er nun dadurch, daß der Staat ihm unverzinsliche Kapitalvorschüsse giebt, daß er diese durch seine Arbeit abarbeite und bezahle. Diese Idee ist die der Organisation des Credits und die soziale Demokratie ist es, welche die Verwirklichung dieser Ideen durch den Staat anstrebt. Während die Republik sich damit begnügt, das Wesen der Persönlichkeit in der Verfassungsform zum Ausdrucke zu bringen, die Freiheit und Gleichheit der Individuen herzustellen, allen das Stimmrecht einzuräumen, ist es bei der sozialen Demokratie anders. Diese geht so lange Hand in Hand mit der Republik, als es sich um die Verwirklichung des allgemeinen Stimmrechtes handelt; dann tritt eine Trennung ein, denn während die Republik mit der Erreichung einer solchen Verfassung ihr Ideal erreicht hat, hat die soziale Demokratie diese Verfassungsform nur angestrebt, um vermöge dieser die Herrschaft über die Staatsgewalt zu bekommen, sich in den Besitz der gesetzgebenden Gewalt zu setzen und mit dieser Herrschaft das soziale Problem zu lösen. Sie betrachtet die Verfassung nicht als Ideal, sondern als Mittel zum Zwecke. Wie eine neue Gesellschaftsform begann, indem die menschliche Gesellschaftsform aus der ständischen in die freie staatsbürgerliche Gesellschaftsordnung überging, so wird auch eine solche Veränderung in der Zukunft stattfinden: an die Stelle unserer jetzigen Staatsbürger-Gesellschaft wird eine neue Gesellschaftsform treten. Wir haben freilich noch keine Vorstellung, wie dieser Gedanke sich in concreto verwirklichen werde; wir wissen nur, daß eine Lösung kommen wird für das, was man mit der sozialen Frage bezeichnet."

— Es ist doch gut, wenn man König ist — dann hat man doch wenigstens das Recht, die Wahrheit zu sagen. Schloß da z. E. der König von Sachsen seine Geburtstagsrede an Kaiser Wilhelm mit den bedenklichen Worten: „Mögen Euere Majestät das auf blutigen Schachtfeldern gegründete deutsche Reich noch viele Jahre in ungestörtem Frieden und Wohlergehen regieren." Wie mancher Sozialdemokrat ist schon mit dem Strafrichter in Conflikt gekommen, weil er sich über den Ursprung des preußisch-deutschen Reiches ähnlich geäußert.

— Zum Culturkampf. Die „Steeler Zeitung" enthält folgende Mittheilung: „Heute (21. d.) Morgens ist von hiesigen (Steeler) Bürgern folgende Depesche an den Regierungspräsiden en Herrn Bitter zu Düsseldorf abgegangen: „„Steele beabsichtigt, am Geburtstage Sr. Majestät großartig zu flaggen. Wird dasselbe an den bevorstehenden Pfingstfesten auch gestattet sein? Rückantwort bezahlt. Im Namen vieler Bürger: Anton Luke."" Darauf erhielt der Unterzeichner heute Mittag folgende Antwort: „Gestellte Frage bleibt unbeantwortet. Regierungspräsident Bitter."

— Ein Radikalmittel. Mit Zustimmung ihres Staatsrathes erließ Ranavahmanjaka, Königin von Madagascar, ein Gesetz, wonach in allen Häfen ihres Reiches die Verkäufer von Spirituosen verantwortlich sind für Mordthaten und Verbrechen, welche in Trunkenheit verübt werden. Ein Schenkwirth wurde bereits gehenkt, weil er nicht sagen konnte oder wollte, wer den Branntwein lieferte, durch dessen Genuß ein Betrunkener einen Mord verübte.

— Eine ergreifende Illustration der augenblicklichen sozialen Lage finden wir im lokalen Theile der „Frankf. Zeitung". Da heißt es: „Verflossene Woche wurden 100 Bettler und eine große Anzahl obdachloser Dirnen bestraft." Das ist die „schwere Noth der Zeit" — Hunger und dann noch Gefängniß!

Correspondenzen.

(L) **Aus Galizien**, 17. März. (Ein Nihilisten-Prozeß.) Zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den russischen Nihilisten ist ein himmelweiter Unterschied. Obwohl die Einen wie die Anderen die Weltordnung anders und besser haben wollen, so sind die von den Einen und von den Anderen gebrauchten Mittel und gewählten Wege zur Erreichung des großen Zweckes ganz verschieden. Jedenfalls aber dürfte für die Leser des „Vorwärts“ interessant sein zu erfahren, daß gegenwärtig eben in Lemberg ein Criminalprozeß gegen vier Nihilisten im Zuge ist. Gestern hat die Schlußverhandlung gegen die seit zwei Monaten verhafteten jungen Männer begonnen und obwohl ungeachtet des Protestes ihres Vertheidigers Dr. Jackowski, die Verhandlung bei geschlossenen Thüren mit Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich geht, werde ich Ihnen morgen einen bündigen Bericht über dieselbe erstatten. Hier will ich nur erwähnen, um was es sich handelt. Die russische Gesandtschaft in Wien hat die österreichischen Behörden aufgefordert, nach Personen zu fahnden, welche sozialistische Druckschriften nach Rußland aus dem Auslande, namentlich aus der Schweiz, schmuggeln. Die österreichische Polizei hat natürlich mit beneidenswerthem Eifer dem Wunsche des guten Nachbars Genüge gethan. Nach vielem Suchen hat man vier junge Männer verhaftet, namentlich: den hiesigen Akademiker Herrn M. Pawlik (23 Jahre alt) und die aus der Schweiz hier angelangten russischen „Unterthanen“ Herrn S. Jastrzebski (21 Jahre, Sohn eines russischen Beamten, gewesener Hörer der Charkower Universität), A. Czerepakin (25 J., Mediziner aus Kijew) und A. Karatyjew (25 J., aus Odessa, gewesener Gemeindeschreiber). Die k. k. Staatsanwaltschaft klagt sie auf Grund der bei ihnen vorgefundenen Briefe des russischen Flüchtlings Professors Dragomanow aus Genf und des Redakteurs des sozialistischen Blattes „Wpiered“, Herrn Robert Dale, des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe, der Theilnahme an geheimen, der bestehenden „Ordnung“ schädlichen Vereinen, der Falschmeldung u. dgl. an. Die Verhandlung wird in polnischer Sprache geführt, da die drei Herren aus Rußland derselben aber nicht genug mächtig sind, antworten sie russisch.

— 21. März. „Viel Lärm um Nichts!“ Geheim wurde die Schlußverhandlung in dem Sozialistenprozesse durch drei Tage geführt und es zeigte sich endlich, daß die Angeklagten der österreichischen Regierung gegenüber nichts verschuldet haben und sich höchstens der Paßübertretung, Beleidigung der Polizeiwache, falscher Meldung u. s. w. schuldig erwiesen. Vorgestern wurde daher das Urtheil des k. k. Strafgerichts veröffentlicht. Der hiesige Akademiker Herr Pawlik wurde wegen Unterhaltung von Correspondenzen (hört!) mit bekannten Sozialdemokraten zu acht Tagen und die russischen Unterthanen HH. Jastrzembski und Czerepakin zu einem Monat einfachen Arrestes verurtheilt, Kurtyew aber wurde von aller Schuld freigesprochen. Der Letzte wurde gleich der Polizeibehörde übergeben, die ihn über die Grenze in der von ihm zu wählenden Richtung schaffen wird. Die zwei anderen russischen Herren werden auch gleich nach ausgestandener Arreststrafe Oesterreich zu verlassen gezwungen sein. So endete der große Nihilistenprozeß, aus dessen Verlauf wir erfahren haben, daß es in Oesterreich nicht erlaubt sei, mit Sozialdemokraten in Correspondenz zu treten.

s **Hamburg**, 25. März. Aus unserem Nachbarkreise Altona-Wandsbeck sind verschiedene interessante Sachen zu melden. So fand in Altona den 23. März vor dem dortigen Kreisgericht eine Verhandlung statt, in welcher der Staatsanwalt einen strafverschwerenden Grund darin fand, weil die Angeklagten Sozialdemokraten seien und, von Parteihaß geleitet, eine Schlägerei provozirt hätten. Die alte Geschichte! — Die Liberalen haben sich schnell nach der ersten Siegeshitze wieder abgekühlt, so daß man wohl behaupten kann, ein neuer Wahlkampf in Altona-Stormarn würde für dieselben nicht siegreich ausfallen. So hat ein Bauer mit Namen Wolgast aus Elmhorst bei Bargteheide am Tage der Stichwahl im Auftrage mehrerer Mitglieder des liberalen Agitationscomités sein Fuhrwerk gegen Entschädigung von 21 Mark zur Verfügung gestellt, ohne jedoch bis jetzt Zahlung erhalten zu haben. Zweimal hat er sich schon an den Kassirer des liberalen Agitationscomités, Herrn Lindemann in Wandsbeck, gewandt, dieser aber gab den Bescheid: „ihr Geld sei alle, sie hätten noch 1000 Thaler Schulden; vor der Wahl hätten sie Säcke voll gehabt, er müsse sich noch gedulden, damit durch Sammlungen, wozu das Landgebiet auch etwas thun müsse, Alle befriedigt würden.“ Der Bauer Wolgast hat darauf erklärt, daß er doch lieber für die Sozialdemokraten gefahren hätte, denn diese hätten am Abend, wenn sie einmal ein Fuhrwerk gebrauchten, gleich ihr Geld gezahlt und dem Kutscher noch ein gutes Trinkgeld gegeben. — In Wandsbeck ist Herr E. B. Richter gegen die Sozialdemokratie in einer öffentlichen Versammlung aufgetreten; er plaidirte für stramme Disziplin in der Armee in seiner bekannten Korporalsweise, dann für Beibehaltung der stehenden Heere u. s. w., so daß ein in der Wolle gefärbter Nationalliberaler den Vortrag hätte ebenso halten können. Sämmtliche liberalen und conservativen Zeitungen loben Herrn Richter, voran der „Hamburgische Correspondent“. Auch sprach der Redner sehr viel von „Wissenschaft“, „Versöhnung“, „Liebe zum Guten“ und dabei schimpfte er natürlich auf die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands in der bekannten Weise — er sprach vor Bourgeois und einigen Bräuerianern — und nahm dabei den Mund bedeutend voll, während er auf dem Parteicongreß zu Gotha so zahm, so schüchtern oder sagen wir es offen heraus, so feig war, daß er seine Ansichten nicht offen und frei zu vertreten wagte. Das Bräuer'sche Blatt sagt, daß die Versammlung größtentheils von Besitzenden und „qualifizirten“ Proletariern (?) (der Referent hat einmal von „qualifizirter Arbeit“, wie Lassalle sich ausdrückt, gehört) besucht gewesen sei; man habe ein Eintrittsgeld erhoben, um die gewöhnlichen Handarbeiter fern zu halten, „weil Richter bei diesen gewöhnlichen Handarbeitern nicht zu Worte hätte kommen können“. Das glauben wir wohl — gewöhnliche, das heißt einfache und vernünftige Arbeiter lassen sich von Renegaten nichts vorgaukeln. Die „gewöhnlichen“ Handarbeiter sind entschieden klüger, als die „qualifizirten“ Hanswurste einer obskuren Nergelclique. Herr E. B. Richter verübte zum Schlusse noch ein kleines Denunziatiönchen, indem er meinte, daß, wenn man dem Treiben der Sozialdemokraten (sozialistische Arbeiterpartei) nicht Einhalt geböte (mit Ketten und mit Banden, mit Pulver und Blei, Herr Richter?), „die Arbeiter auf Trümmern und Leichen ihr Ziel zu erreichen suchen könnten“. Also auch Herr Richter wollte seinen Zuhörern Gruseln erregen durch den Hinweis auf den Knüppel und die Petroleumflasche! Warum nicht die Schnapsflasche, Herr Richter? — Der Schnaps allerdings ist für einzelne Leute eine lieblichere Erscheinung, derselbe fördert auch mancherlei schöne Redeblüthen zu Tage. Doch verlassen wir den Richter, der in den „gewöhnlichen“ Arbeitern seinen Richter schon gefunden zu haben scheint. — Zum Schlusse wollen wir noch erwähnen, daß bei der letzten Wahl in Altona viele Wähler zurückgewiesen worden sind, weil ihre Kinder in die Armenschule gingen, oder weil der Armenarzt oder der Armenanwalt ihnen ein oder das andere Mal zur Verfügung gestanden hatte. Wenn aber das Wahlgesetz so ausgelegt werden soll, dann können auch diejenigen Leute nicht wählen, deren Söhne zum Studiren oder um das Jahr als Einjährig-Freiwillige absolviren zu können, aus Staats-, Provinzial- oder Gemeindemitteln Stipendien erhalten. Auch wird auf manchen Gymnasien und Realschulen einzelnen begabten Schülern das Schulgeld erlassen, so daß deren Eltern, analog den Vorgängen in Altona, gleichfalls von den öffentlichen Wahlen auszuschließen wären. Verfolgt man diese Angelegenheit in's Einzelne, so wird man sehr eigenthümliche Schlußfolgerungen ziehen müssen. Bei der Prüfung der Altonaer Wahl im Reichstage muß von Seiten der sozialistischen Abgeordneten diese Frage zu eingehender Erörterung angeregt werden.

Braunschweig. Gegen eine in Nr. 25 des „Vorwärts“ erschienene Correspondenz aus Braunschweig veröffentlicht ein Herr William Huch, Obergerichts-Advokat und Notar, eine „Braunschweig, den 7. März 1877“ datirte „Berichtigung“, die wir, da sie dem „Vorwärts“ nicht zugesandt wurde, zufällig in anderen Zeitungen, wo sie als bezahlte Annonce figurirt, gefunden haben. Der Verfasser der „Berichtigung“ ist zwar offenbar sehr aufgebracht, da er aber das in jener Correspondenz betreffs des Lotterie-Inspektors Wolff u. s. w. Gesagte eher bestätigt als widerlegt, so haben wir keinen Grund, weitere Notiz von der „Berichtigung“ zu nehmen. R. d. „V.“

Mannheim. (Berichtigung.) In der Notiz „Eine Literatenperle der herrschenden Klassen“ in Nr. 26 des „Vorwärts“ wurde anläßlich des Prozesses Brentano gesagt: „Es schien dem liberalen Parteiführer (jetzigen Reichstagsabgeordneten) Kiefer als Staatsanwalt schwer zu fallen, einen jahrelangen, getreuen Mitkämpen (den Lumpazius Brentano) der Gerechtigkeit zu überliefern.“ Dem entgegen erfahren wir aus bester Quelle, daß Oberstaatsanwalt Kiefer in dieser Sache voll und ganz seine Schuldigkeit gethan hat. was wir hiermit rückhaltlos constatiren.

Frankfurt a. M., 14. März. Der heutige „Volksfreund“ enthält Folgendes: Wir fordern Grundrechte! Für die Sonntag Vormittag, 25. März, im Saale des Schützenhofes zu Bornheim stattfindende große Volksversammlung, zu der alle freisinnigen Männer eingeladen sind, und in welcher die gegen den jetzt herrschenden Nothstand zu ergreifenden Maßregeln berathen werden sollen, schlagen wir folgende Resolution zur Besprechung und Beschlußfassung vor:

„In Erwägung, daß einem Volke, dessen politische Rechte nicht den ihm auferlegten Pflichten entsprechen, niemals die Verantwortung für die in Staat und Gemeinde ausbrechenden Mißstände auferlegt werden kann, diese Verantwortung aber thatsächlich stets durch die Gewalt der bestehenden, nicht durchgehends auf den Grundsätzen der Gleichheit und Gerechtigkeit beruhenden politischen und wirthschaftlichen Einrichtungen von dem arbeitenden Volke in materiellen Entbehrungen getragen wird, erwarten die unterzeichneten Wähler von dem Abgeordneten für Frankfurt a. M., Herrn Karl Holthof, daß er mit aller Kraft dafür im Reichstage eintrete, daß folgende politische Forderungen in der Reichsverfassung auf Grund des Art. 4 derselben, nach welchem die Gesetzgebung des Reiches für die Bestimmungen des Staatsbürgerrechts competent ist, als Grundrechte der deutschen Reichsbürger in einem besonderen Abschnitte gesetzliche Anerkennung finden, mit deren Inkrafttreten die entgegenstehenden Gesetze der Einzelstaaten auf Grund der Bestimmungen des Art. 2 der Reichsverfassung aufgehoben werden.

1) Jeder Deutsche, welcher das 20. Lebensjahr vollendet hat und im Vollgenuß seiner staatsbürgerlichen Rechte ist, hat in der Commune, wo er seinen Wohnsitz hat, das Stimmrecht für alle Gemeinde-, Kreis-, Provinzial-, Land- und Reichstagswahlen.

Für alle Wahlen sind die Eintheilungen nach Klassen (Klassenwahlen) und die Beschränkungen des Wahlrechts nach Maßgabe des Besitzes (Censuswahlen) aufgehoben.

Jede Wahl findet durch geheime, direkte und obligatorische Stimmabgabe statt.

2) Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Rede- und Preßfreiheit darf nicht durch besondere (Preß-) Gesetze beschränkt werden.

3) Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Niemand soll von Staatswegen zu einer kirchlichen oder religiösen Handlung gezwungen werden.

Demnach ist der religiöse Eid abgeschafft; an seine Stelle tritt die Wahrheitsversicherung, auf welche die gesetzlichen Bestimmungen über Meineid Anwendung finden.

4) Die Deutschen haben das Recht, sich in geschlossenen Räumen oder unter freiem Himmel zu versammeln. Einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht.

5) Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

Alle die Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränkenden Gesetze sind aufgehoben.“

Wir sind der Ueberzeugung, daß eine radikale Beseitigung solcher Krisen, wie sie in immer kürzeren Zeiträumen die Culturländer beider Erdhälften treffen, nur durch eine soziale Umgestaltung von Grund aus zu erreichen ist, halten aber dafür, daß auf dem Wege der Gesetzgebung durch eine umfangreiche Herabsetzung der Heerespräsenzziffern, mit welcher die Errichtung cantonaler Land- und Volkswehren zu verbinden wäre, durch Abschaffung der Besteuerung von Nahrungs- und gewohnheitsmäßigen Genußmitteln die Lasten der arbeitenden Volksmassen bedeutend zu erleichtern sind.

Um dem augenblicklichen überall im Deutschen Reich herrschenden Nothstande abzuhelfen, erwarten die Unterzeichneten als nützliche Maßregeln die schleunige Inangriffnahme derjenigen gemeinnützigen Bauten, für die öffentliche Mittel bereit gestellt sind, besonders von Straßen, Canälen und Eisenbahnen. Sollten diese Maßregeln zur Beseitigung der Noth nicht ausreichen, so sind ferner die bisher vernachlässigten ländlichen und kleinstädtischen Kranken- und Schulhausbauten in solcher Weise herzustellen, daß in den Schulgebäuden außer für die Lehrräume in würdiger Weise für öffentliche Bibliotheks-, Lese- und Vortragssäle gesorgt werde.

In den größeren Städten ist durch Abbruch der Casernen Raum und Material zu gewinnen, an deren Stelle wissenschaftliche und gemeinnützige Institute, öffentliche Gemeinde- und Bezirkshäuser zu setzen, den ihrer Dienstpflicht obliegenden Staatsbürgern dagegen ist in Bürgerhäusern Obdach zu geben, damit die dem Gemeinwesen schädliche Abschließung des Militärs beseitigt werde.

Wir wünschen, daß der Herr Abgeordnete für Frankfurt a. M. im deutschen Reichstag entschieden dagegen eintrete, daß den Gemeinden und Einzelstaaten empfohlen werde, die zur Abhilfe des Nothstandes erforderlichen Mittel auf dem Wege der verzinslichen Anleihen beizuschaffen. Hieraus würde dem arbeitenden Volke eine neue Steuerlast erwachsen.

Wir verlangen vielmehr Abschaffung des Systems der verzinslichen Staats- und Gemeindeschulden und erwarten, daß die deutschen Staaten noch stark genug sein werden, durch unverzinsliches, nach bestimmter Frist wieder einzuziehendes Staatspapiergeld und Einkommensteuerzuschläge sich und ihren Gemeinden zu helfen.

Franz Rohleder. Karl Frohme.

(Diese Resolution soll dem Abgeordneten für Frankfurt a. M. überreicht, den demokratischen und sozialdemokratischen Abgeordneten, dem Büreau des Reichstages und dem Bundesrathe in Abschrift mitgetheilt werden.)

Warnung.

Es treibt sich unter dem Namen Michaelis ein angeblicher Parteigenosse herum, der blos darauf ausgeht, die Parteigenossen auszubeuten. Derselbe giebt an, ein Schlosser aus Dresden zu sein. Da wir aber dessen Gebahren als Schwindel erkannt haben, so warnen wir, sämmtliche Unterzeichnete, hiermit alle Parteigenossen vor dem Michaelis.

W. Seel, Ludwigshafen. J. Schmalbach, Mutterstadt. W. Gerhold, Haßloch. W. Harfrich, Speier. Tob. Guth, Neustadt. Ant. Gabler, Neustadt. D. Klein. F. Gramann, Bevollmächtigter des Tischlerbundes, Ludwigshafen.

Gelegentlich des badisch-pfälzischen Arbeitertages wurde die Veröffentlichung obiger Warnung beschlossen.

Ludwigshafen, 25. März 1877. W. Seel.

Berichtigung.

Am Schluß der Notiz „Insam“ in der sozialpolitischen Uebersicht der letzten Nummer sind einige Worte ausgelassen, wodurch ein Sinn- und Stilfehler entstanden ist. Es muß heißen: Die Unsterblichkeit, nach der er gestrebt, freilich nicht die, nach der er gestrebt, ist ihm aber zu Theil geworden: Die Unsterblichkeit der Infamie.

Briefkasten

der Redaktion. S. in Agram: Leider veraltet. — O. L. in D.: Sommer ist aus Sondershausen — scheint also der Richtige.

der Expedition. F. F. Postmaster Berg Buffalo: Wir werden mit M. sprechen. — Loges Hannover: Die Aenderung der Geschäftsannonce von Rudolph kam leider zu spät.

Quittung. Erbnstn Lindenau Ab. 16,10. Krhl Quedlinburg Ab. 3,00. Sthr B. Aicha Ab. 15,00. Schffltr Schrobenhausen Ab. 1,60. Mskwty Stuttgart Schr. 3,25. Rttmnnr München Schr. 8,88. Arndt Königsberg Schr. 9,14. Stmnn Zittau Schr. 5,15. Brbm Gotha Schr. 5,95. Lhmnn hier Ab. 1,60. Orbg Gießen Schr. 8,40. Mlr Leisnig Schr. 4,80. Gldbrg Königsberg Schr. 4,58. Hffmnn Hirschberg Schr. 1,20. Stpp Geyer 6,75. Drp Verden Ab. 7,80. Hrhld Ottensen Ann. 36,00. Fschr Mylau Schr. 4,60. Am Ende Zschopau Schr. 32,90. Gr Osnabrück Ab. 8,90. Flr Schwäb. Gmünd Ab. 20,00. Albrtz Eßlingen Ab. 9,00. Strhr Kaiserslautern Schr. 4,00. S. Brth Mainz Ab. 50,00. J. Sch Wien Ab. 4,95. Wrgs Wien Schr. 10,00. Expedition der „Fackel“ hier Ab. 7,65. Ullrch hier Ab. 5,40. Lgs Hannover Ann. 1,30. Genossenschaftstischlerei Cöln Ann. 2,50. Trffrth Diepholz Ab. 1,00. Engl Reudnitz Ab. 14,60. Schrmr. Lübeck Ab. 6,90. H. Grmm Kopenhagen Ab. 4,04. Expedition des „Volksfreund“ Düsseldorf Ab. 12,00. Wß Goldlauter Ab. 9,45. Sbtzky Wien Ab. 3,96. J. Wchtr Bludenz Ab. 4,80. C. Müller Graz Ab. 7,09. Lhmnn Rendsburg Schr. 2,84.

Ich frage Herrn Lensch, Hamburg, ob ihm von Dessau zur Stichwahl in Altona Gelder eingesandt sind und wieviel?

Dessau, den 25. März. Ernst Räbiger.

Agitationsfond.

Wie ein preußischer Lehrer fortgesetzt den Tod seines Collegen Höfer rächt. Zur Nachahmung empfohlen. Mark 10,00.

Fond für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterverein Plagwitz b. L. 1,01.

Hannover. Am 2 Ostertag: Musikalische Abendunterhaltung und Vorträge bei G. Loges, Ihmebrückstraße 3. (F 161) [30

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 31. März, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. Boge, Mittelstraße Nr. 11: (F. 161)

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Meineke über „Die Wissenschaft und die Arbeiter“. Der Vorstand. [0,70

Volkmarsdorf. Sonnabend, den 31. März, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. Süße:

Einwohner-Versammlung.

Tagesordnung: Die Steuer- und Schulfrage. Referent Gemeinderathsmitglied Dohne.

Zahlreiches Erscheinen erwartet [0,90

Das geeinte Comité des Arbeiter- und Gemeinde-Vereins.

Genossenschaftstischlerei Cöln.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Samstag, den 7. April, Abends 8½ Uhr:

Generalversammlung

im Lokale des Herrn Jonas Streit, Zeuggasse 10a.

Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes. Alle Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. (F 65) Der Aufsichtsrath. [240

Todesanzeige.

Unsern Freunden die traurige Mittheilung, daß unser unvergeßlicher Freund und Gesinnungsgenosse

Anton Rieß

heute Mittag 12½ Uhr von seinen langen und schmerzlichen Leiden durch den Tod erlöst wurde. Das Begräbniß findet Freitag Nachmittag 4½ Uhr vom Sterbehause, Kreuzgasse 17a, statt. — Zu recht zahlreicher Betheiligung laden ein im Auftrage der hiesigen Sozialisten:

2,70] Fr. Harrendorf. G. Schumacher. M. Blankenhagen.

In dem am 1. April beginnenden neuen Quartal der

„Freien Glocken“

redigirt von Dr. August Specht,

kommt u. A. zur Veröffentlichung: „Die Entstehung des Lebens auf der Erde“, „Aus dem Katechismus der neuen Weltanschauung“ und verschiedene andere Artikel belehrenden, freireligiösen Inhalts. (2b)

Bestellungen nimmt jede Postanstalt oder Buchhandlung entgegen. Preis pro Quartal 75 Pfg. [3,00

Leipzig. R. E. Höhme, Verlagsbuchhandlung.

Bis spätestens Ende März a. c. müssen alle Rückstände auf

Schriften, Neue Welt- u. Vorwärts-Abonnements

regulirt sein, dafern nicht Einstellung weiterer Lieferungen erfolgen soll.

Inventur und Bücherabschluß, sowie die Nothwendigkeit eigene Verpflichtungen rechtzeitig zu erfüllen, machen dieses Verfahren nothwendig.

Separatmahnungen werden wir also nicht mehr erfolgen lassen.

Die Expedition des Vorwärts u. Genossenschaftsbuchdruckerei.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonder angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Hatz, 830 North 3rd Street.
J. Bell, 1139 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandtz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 39. Sonntag, 1. April. 1877.

Wegen der Osterfeiertage fällt die nächste Mittwochs-Nummer aus.

Die Redaktion des „Vorwärts".

Vorwärts!

I.

„Unsere Feinde können nichts mehr thun, was nicht zu unserem Nutzen ausschlagen müßte". So sagten wir neulich in einem Artikel über die Reichstagswahlen. Wir wollen das Wort jetzt erläutern.

Wäre der Sozialismus das, wofür die Beschränkten und Unwissenden ihn halten — die krankhafte Ausgeburt einer Anzahl krankhafter Gehirne — dann wäre die Sache sehr einfach: die „soziale Frage" würde in ein paar Irrenhauszellen aus der Welt geschafft, ohne daß es des unter allen Umständen höchst überflüssigen Verfolgungsapparats von Staatsanwälten, „unabhängigen" Richtern, Polizei und schließlich Soldaten bedürfte.

Da nun aber der Sozialismus, wie jeder Vernünftige und Unterrichtete weiß, nicht das willkürliche Erzeugniß einzelner Individuen, sondern das nothwendige Resultat der herrschenden Staats- und Gesellschaftsverhältnisse ist, so ergibt sich für jeden Denkfähigen, der das Verhältniß von Ursache und Wirkung kennt, daß die soziale Frage nur zugleich mit den herrschenden Staats- und Gesellschaftsverhältnissen aus der Welt geschafft werden kann. Und wenn die soziale Frage auf diese Weise aus der Welt geschafft ist, dann ist sie gelöst, dann ist der Sozialismus verwirklicht.

Doch das gerade wollen die Gegner nicht zugestehn. Sie glauben, aller Vernunft zum Trotz, die Wirkung von der Ursache lostrennen und jene vernichten zu können, während diese erhalten bleibt. Sie haben sich damit von vornherein eine unmögliche Aufgabe gestellt, und müssen natürlich scheitern.

Die Ursachen wirken fort, und die Wirkungen, weitentfernt durch die unsinnigen Bekämpfungsversuche geschwächt oder gar vernichtet zu werden, machen sich immer kräftiger geltend, weil bei der reißenden Entwicklung des modernen Kapitalismus, der Grundlage unseres heutigen Staats- und Gesellschaftslebens, die wirkende Ursache reißend an revolutionirender Kraft zunimmt.

Des verwirrenden Nebenwerks entkleidet und dem Dunste der Vorurtheile und Leidenschaften entrückt, ist das eine so einfache Wahrheit, daß jedes Kind sie begreift.

Jedes Kind — bisher aber noch keine Regierung. Der Spruch: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, ist — das wird jeder Geschichtskundige bestätigen — nur grausamer Spott in der Form plumper Schmeichelei; die berühmte Aeußerung Oxenstierna's würde dagegen trefflich zum Motto für unsere gewöhnlichen Geschichtsbücher passen, die ja wesentlich bloß die Geschichte derer sind, denen Gott ein Amt gegeben hat. So weit unser Blick zurückreicht, von der grauen Vorzeit bis in die Gegenwart, überall und in allen Perioden dasselbe Lied: die Bevorzugten oder sich für bevorzugt Haltenden strampeln mit Händen und Füßen gegen jede ihnen unbequeme Neuerung und — machen sich lächerlich. Freilich die Lächerlichkeit ist gar oft, ja meistens in Blut getaucht, was indeß die Lächerlichkeit nicht aufhebt. Man kann ein großer Verbrecher, ein Scheusal sein, und dennoch ein lächerlicher Tropf. Die Beispiele sind zahlreich wie Brombeeren.

Herrschende Personen und Klassen sind der Ausdruck, das Produkt der herrschenden Verhältnisse, aber nicht deren Urheber und Beherrscher. Mit der Umgestaltung der Verhältnisse verlieren sie die Bedingungen ihrer Herrschaft. Sie schwimmen mehr oder weniger geschickt im Strom der allgemeinen Entwicklung, der sie schließlich begräbt oder irgendwo auf den Sand wirft, aber durch keine Herrschergewalt der Herrschenden rückläufig gemacht werden kann. Der Strom fließt ruhig weiter, ob die Lenker des Staatsschiffs rechts oder links, nach hinten oder nach vorn steuern. Und fällt's ihnen ein, ihm gar den Weg zu verlegen — je nun, so ist das sehr schlimm für die Herren Wegeverleger und Wegelagerer.

Betrachten wir das römische Weltreich: sobald die Zersetzung der alten Gesellschaft einmal begonnen hatte, da war kein Aufhalten mehr. Mächtigere, mit unumschränkterer Gewalt ausgestattete Monarchen haben nie gelebt, als die römischen Cäsaren, und wie ohnmächtig waren sie! Nie hat die Ohnmacht des Individuums sich klassischer manifestirt.

Es waren talentlose Männer unter ihnen, und Männer von höchster Begabung; Schurken und edle Charaktere: und alle im Vollbesitz staatlicher Omnipotenz. Wohlan — ob Dummkopf oder Genie, ob Wicht oder Held, es war vollkommen gleichgültig für die allgemeine Entwicklung; die Auflösung des Römerreichs vollzog sich mit der ehernen Regelmäßigkeit des Schicksals, absolut unbeeinflußt durch den Willen der herrschenden Personen. Gegenüber der Logik der Thatsachen wurde die Omnipoteuz (Allmacht) der Herrscher zur kläglichsten Impotenz (Ohnmacht). So war es, so ist es (wer erinnert sich nicht der jüngsten Elegien des omnipotenten Fürsten Reichslanzlers?), so wird es sein.

Der Kampf um's Dasein in der Menschenwelt.

(Schluß des Artikels I.)

Verfolgen wir die Untersuchung weiter, um ein neues Naturgesetz der Bevölkerung und Menschenentwicklung zu entdecken, denn wir treten hier auf noch wenig betretenen Grund. Da der Mensch ein geistiges Wesen ist, so muß seine Geistesbildung auf seinen Organismus eine förderſame Einwirkung äußern, wenigstens innerhalb gewisser Grenzen. Wir finden dies in der Erfahrung bestätigt. Unter den langlebigen und gesundesten Leuten machen die Geisteshelden einen erstaunlich großen Verhältnißsatz aus; obwohl deren überaus viele zu allen Zeiten eines gewaltsamen, unnatürlich verfrühten Todes gestorben sind. Wir führen keine Beispiele an, weil es deren zu viele giebt, und weil die Lebensversicherungsgesellschaften am liebsten die gelehrte Klasse versichern, da es bei dieser das wenigste Wagniß giebt; während bekanntlich die geistig verwahrlosten Klassen die doppelte Sterblichkeit und größte Gesundheitsgefahr aufweisen. Es ist auch statistisch (z. B. aus den Kirchenregistern von Genf, welche 300 Jahre rückwärts greifen) nachgewiesen, daß mit der Geistesbildung der Klasse, des Volkes und Zeitalters die Lebensdauer und Gesundheit steigt. Es ist hieran nichts Unerklärliches. Wenn ein Uebermaß von Sorge, Furcht und Schrecken plötzlichen Tod nur zu oft im Gefolge hat, immer aber rasch altert und die Gesundheit untergräbt; wenn andrerseits die Heiterkeit schon nach dem allgemeinen Volksglauben das Leben verlängert, und wenn bekanntlich die weisesten Menschen unerschütterlich heiter und wohlgemuth sind, so sind diese und ähnliche Thatsachen ebensoviel Beweise, daß unser Leib sich blos dann ganz wohl befinden kann, wenn seine geistige Thätigkeit nicht verkümmert wird, daß also auch die Bevölkerung (innerhalb heilsamer Grenzen) und die leibliche Leistungsfähigkeit nur mit der Zunahme der Geistesausbildung wachsen kann. Mit andern Worten: die geistige Thätigkeit ist ein organisches Bedürfniß für jeden Menschen. Sie würde sich nie in der Geschichte entwickelt haben, wenn es nicht so wäre. Das Entstehen von Nerven und von Gehirn in der Thierwelt — und ohne eine solche hätte keine Pflanzenwelt sich entwickeln können — mußte, sobald eine Thierart den aufrechten Gang und die Möglichkeit von mannigfachen Stimmwerkzeugen durch ihre Lebensbedingungen erwarb (und zwar in einem ausnahmsweise günstigen Falle), eine wachsende geistige, freie Thätigkeit erzeugen, auch ohne daß die Natur einen Zweck verfolgte. Es entstand immer nur, was unter den veränderten Lebensbedingungen entstehen konnte, und die Veränderung derselben vernichtete immer weit mehr Lebewesen, als sich der Neuerung anpassen konnten. Nach dem Naturgesetz der Erhaltung der Kraft geriethen die wenigen Verschonten in den Besitz angemessener Organe und Verrichtungen. Die aufsteigende Stufenreihe der Lebewesen ist nur vom menschlichen beschränkten Gesichtspunkte aus eine Vervollkommnung, weil sie seiner Selbstsucht durch den Wahn schmeichelt, die Natur habe auf sein Entstehen hingearbeitet; von der naturwissenschaftlichen Betrachtung aus giebt es in der Natur blos gleichwerthige Entwicklung, und es ist der Mensch eher das Stiefkind der Natur, welches ihr ein Schnippchen schlägt und über den Kopf gewachsen ist, weil es ihre Gesetze erkennen und sie sich dienstbar machen gelernt hat.

Es kommt hier ein neues Naturgesetz in Betracht, das zuerst von Hegel voll gewürdigte Gesetz der Wechselwirkung. Wenn zwei Naturgesetze einander in die Hand arbeiten, so verstärkt sich die Gesammtwirkung nicht arithmetisch, sondern quadratisch. Wenn z. B. eine fast stets gleiche Windrichtung in einem Lande den Regenfall und Pflanzenwuchs verkürzt, so strahlt der stark besonnte Boden alle empfangene Wärme und Feuchtigkeit sofort wieder in die Luft aus, daß sie vom Winde entführt werden, und es entsteht steigende und sich ausbreitende Wüstenbildung. Wo dagegen regelmäßiger Regenfall den Boden dicht bewaldet, verdunstet die Bodenfeuchtigkeit nur langsam und regelmäßig und veranlaßt häufige Gewitter, also immer üppigeres Wachsthum. Ganz so beim Menschen. Einmal der Anfänge der Sprache mächtig, ist keine Schranke seiner geistigen Ausbildung mehr vorhanden, weil er seine Erfahrungen vererben, und weil jedes nachgeborne Geschlecht mit größeren Bildungsmitteln weiter arbeiten, die Naturgesetze listiger ausbeuten und beherrschen lernt. Der größten lähmenden Noth einmal durch die Anfänge des Denkens entwachsen, wird alle weitere Noth ein Sporn zum Fortschritt, wenigstens für Alle, welche etwas denken gelernt haben — anfangs freilich nur äußerst Wenige, aber mit jedem neuen Geschlechte vielfach Mehrere.

Das vierte unserer kulturgeschichtlichen Gesetze ist nun ein gemeinsames Ergebniß der drei erkannten. Es lautet: in der Urmenschheit sind die natürlichen Lebensbedingungen allein maßgebend, und alles Entstehende muß aus diesen erklärt werden; mit den Anfängen der Sprache entwächst der Mensch ganz allmählig dem bloßen Naturzwang, wird gradweise freier und lernt die Natur erkennen, beherrschen und zu seinen Zwecken veredeln. Indem er seine Lebensbedingungen frei sich anpaßt, und sich ihnen anpaßt, hört die Abstammung auf, einen übermächtigen Einfluß auf ihn zu üben, und es beginnt die Kultur, das Denken als neues menschliches Lebensgesetz. Zuletzt schreiten darin ganze Völker und Rassen soweit fort, daß sie allein die Erde bevölkern, sich alle von ihren Denkirrthümern befreien, also auch bewußtvoll alle schädlichen Einseitigkeiten des Leibes- und Geisteslebens abstellen, und alle wahrhaft glücklich werden können. Das goldne Zeitalter soll erst noch kommen — und bald!

Aus Südfrankreich.

Avignon, 23. März.

Die großartigen Erfolge der deutschen Sozialdemokratie haben auch mich angenehm überrascht, und längst schon hätte ich meiner Freude Ausdruck verliehen, wenn nicht mein tückisches Schicksal mir wiederum einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Ich habe Lyon seit einiger Zeit verlassen und befinde mich jetzt provisorisch in der alten Residenz so vieler „verunglückter" Päpste.

Wenn je das alte lateinische Wort: „tempora mutantur et nos mutamur in illis" (Die Zeiten ändern sich und wir ändern uns in ihnen) auf Wahrheit Anspruch machen darf, so ist es zweifelsohne der Fall hinsichtlich der Bewohner des Vaucluse-Departements und seiner Hauptstadt Avignon. Bei jedem Schritt, den man auf diesem alten Boden päpstlichen Exils thut, wird man unwillkürlich an die lange Schreckensherrschaft des Mittelalters erinnert. Folterkammern, Thürme, von denen die ketzerischen Protestanten zu Ehren Gottes und der Jungfrau Maria herabgestürzt wurden, sowie die Reste eines kürzlich aufgefundenen unterirdischen Ganges, der die ehemalige Wohnung der Päpste mit dem Nonnenkloster Villeneuve verband, legen heute noch lebhaft Zeugniß von der asketischen Moral unserer christlichen Vorfahren ab. Selbst noch im ersten Viertel unseres Jahrhunderts war hier der christlich-royalistische Fanatismus mächtig genug, um den Marschall Brune — einen Bonapartisten — straflos lynchen (durch Lynchjustiz massakriren) zu können! Doch seitdem ist manches anders geworden. Die Royalisten haben sich murrend in ihre Schlupfwinkel zurückgezogen, und das Morgenroth einer besseren Zukunft ist auch über die Fluren des Vaucluse hereingebrochen. Bei den jüngst hier stattgefundenen Parlamentswahlen ist es den unsäglichen Anstrengungen der Demokratie gelungen, Saint-Martin, den Ex-Redakteur der „Révolution" zum Deputirten zu wählen. Die conservative sowohl, als auch die „republikanische" Bourgeoisie hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Wahlsieg des radikalen Candidaten zu vereiteln. Doch vergebens. Trotz Arbeitsentlassungen, schmähenden Flugschriften und hirnverbrannten Drohungen gelang es St. Martin, mit einer Majorität von 605 Stimmen beide Gegner aus dem Felde zu schlagen. Das von den Herren Fabrikanten beliebte Mittel, ihre Lohnsclaven wegen sozialistischer und revolutionärer Gesinnung von der Arbeit zu entlassen, ist auch hier in großem Maßstabe angewandt worden. Unter anderen entließ ein gewisser Pascal nach der Wahl seine sämmtlichen Arbeiter, die für St. Martin gestimmt hatten. Dieser Pascal ist Großfabrikant, Philanthrop und Bourgeoisrepublikaner! Sie sehen, die Herren Bourgeois haben da ein ganz eigenthümliches Mittel, um der allgemein herrschenden Hungersnoth vorzubeugen, die schon ohnedies hinreichend durch die kapitalistische Produktionsweise bedingt wird. — Hätten wir hier nur eine Arbeiterpresse, wie bei Ihnen in Deutschland, es würden Sachen an's Tageslicht befördert werden, von denen das große Publikum keine Ahnung hat. — Das Vaucluse-Departement, das gegenwärtig im Parlament durch zwei Sozialisten: Naquet und St. Martin vertreten ist, gehört jedenfalls mit zu den besten in Frankreich. Die Landbevölkerung ist durchgängig republikanisch und würde sich entschieden zu sozialdemokratischen Prinzipien bekennen, wenn nur ein Organ vorhanden wäre, um die Landarbeiter über ihre wirklichen Interessen aufzuklären. — Die kleine kaum 30 Min. von Avignon entfernte Bauerngemeinde Velleron ist ein Muster demokratischer Gesinnungstüchtigkeit. Gestimmt wird dort nur für die Candidaten der äußersten Linken, getauft und kirchlich beerdigt gar nicht. Die Kirche steht selbstverständlich leer und wird höchstens von einigen Beamten, dem Küster und dem Pfaffen besucht. Die Bewohner Vellerons zeichnen sich im Uebrigen durch Arbeitsamkeit, Gastfreundlichkeit und Ehrlichkeit aus.

Der Jahrestag der großen proletarischen Revolution ist auch heuer an mehreren Orten Frankreichs gefeiert worden. Hier in Avignon wurde am 18. März im „Cercle Républicain" ein Banquet nebst Ball zum Besten der nothleidenden Arbeiter veranstaltet. Bei dieser Gelegenheit wurden auch mehrere Toaste auf die im Kampfe gegen die Versailler für die Republik gefallenen Communards, sowie auch auf die Völkerverbrüderung ausgebracht.

Nächsten Sonntag, den 25. März, findet in Bordeaux eine Nachwahl zur Nationalversammlung statt. Von der Demokratie sind zwei Candidaten aufgestellt: Louis Mie, Candidat der radikalen Partei (Farbe Ledru Rollin), und Castaing, Sozialist-Revolutionär. Ich halte den Sieg des Arbeitercandidaten leider für unwahrscheinlich, weil das Stadtviertel, in dem gewählt werden wird, großentheils von Bourgeois bewohnt ist. Der Wahlsieg Castaing's wäre aus zwei Gründen um so wünschenswerther: erstens weil er als Arbeitercandidat mehr Garantien für eine ernstliche Vertretung der Proletarierinteressen bietet, und zweitens weil die ohnehin dürftig-sozialistische und energielose äußerste Linke durch einen entschiedenen Revolutionär verstärkt werden würde. Während in Deutschland die Abgeordneten der Sozialdemokratie gewissermaßen an der Spitze der proletarischen Bewegung stehen, der sie als éclaireurs (Plänkler und Vortrab) vorangehen — sind wir hier in Frankreich fortwährend genöthigt, unsere 26 Deputirte der äußersten Linken zum Handeln anzutreiben. Mit anderen Worten: die Wähler sind hier radikaler als die Gewählten.

Gestatten Sie mir noch zum Schluß folgende ergötzliche Geschichte: „Napoleon IV.", genannt Velocipotassium der Langohrige, hat neulich ganz gemüthlich mit Frau Mama (Eugenie) Frankreich bereist. Um einer etwaigen Interpellation unserer bocksbeinigen Linken zu entgehen, behauptet zwar der salbungsvolle Jules Simon, daß man die Frau des Herzogs Audiffret Pasquier für Madame Eugenie gehalten und somit einer optischen Täuschung erlegen sei. Ich glaube indeß an keine optische Täuschung. Einer meiner intimen Freunde war am Avignoner Bahnhof, als die „hohe" Dame durchreiste, und behauptet aufs Bestimmteste, die langen Ohren des Kaiserbuben wahrgenommen zu haben.

Wäre 1869 der Rath Felix Pyat's befolgt worden, als er — ich glaube es war im „Rappel" — schrieb: „il ne faut qu'un peu de plomb pour tuer un homme, ... et dire que Bonaparte est vivant" (zu Deutsch: „ein wenig Blei genügt, um einem Menschen das Lebenslicht auszublasen, ... und dennoch

lebt Bonaparte), so hätten wir zwar heute weder das Vergnügen, die langen Ohren des Cäsarenknaben zu bewundern, noch die Annehmlichkeit, auf den Tribünen des Senats unser Nachmittagsschläfchen zu halten — die Erzählung der Maimetzeleien aber und des deutsch-französischen Krieges wäre vielleicht Klio (Muse der Geschichte) erspart geblieben, und die Republik wär heute wahrscheinlich eine lebende Thatsache, statt einer Larve, der sich alle reaktionären Parteien bedienen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Schande Europa's. Das Kriegsgewölk, zwischen dem dann und wann spöttisch ein Strahl der Friedenssonne hindurchscheint, hängt nach wie vor über uns; seit nun länger als anderthalb Jahren treibt die russische Diplomatie ihr schnödes Spiel mit der civilisirten Welt, und kein Staatsmann hat sich bisher gefunden, der das Zeug gehabt hätte, ein gebieterisches Stop thief! Haltet den Dieb auszurufen und — auszuführen. Wozu haben wir Staatsmänner? Wozu Regierungen, wenn sie uns nicht die nothwendigste Vorbedingung allen Fortschritts, allen Wohlergehens, den heißesten Wunsch sämmtlicher Völker: den Frieden zu erhalten und zu begründen wissen?

— Der Berliner Krawall und die Ursache zu dessen Entstehen sind noch in frischem Angedenken. Wie man weiß, verlangte eine Anzahl Berliner Arbeiter an Stelle der weit hergekommenen, aber für einen wahren Hungerlohn arbeitenden polnischen Arbeiter bei dem Bau einer Pferdeeisenbahn angestellt zu werden. Gewiß ein Verlangen, dem jeder Billigdenkende die Berechtigung nicht aberkennen wird. Aber größer als die Noth, welche überall die Arbeiter drückt, ist die Sucht der Kapitalisten nach Gewinn, denn kaum hat das Hungerdrama in Berlin sich abgespielt, so verlautet auch schon aus Dortmund — unser dortiges Parteiorgan, die „Westfälische Freie Presse", versichert dies ganz positiv —, daß am 20. März 30 Mann, welche bei den Erdarbeiten an der Westfälischen Bahn beschäftigt waren, aus der Arbeit entlassen und an deren Stelle 20 Polen eingestellt worden sind. „Der Grund hierfür, sagt die „Westfälische Freie Presse", könnte darin gefunden werden, daß die Polen billiger arbeiten wie die hiesigen Arbeiter, denn wie uns mitgetheilt wird, erhalten erstere 14 Sgr. pro Tag."

So also tragen die reichen „Mitmenschen", welche sich bekanntlich rühmen, ein Herz für die Leiden der Arbeiter zu haben, zur Linderung der herrschenden Noth bei. Merkt's Euch, Arbeiter!

— Staatsanwalt und Betrüger. Am 14. März stand vor dem Bezirksgericht zu Meißen der frühere besoldete Stadtrath und stellvertretende Bürgermeister Otto Franke aus Großenhain unter der Anklage, Gelder des Vorschuß- und Creditvereins in Großenhain, dessen Kassirer Franke war, und zwar in der Höhe von 62,004 Mk. unterschlagen zu haben. Aus den Verhandlungen wollen wir der Rede des Hrn. Staatsanwalts Hentzschel gedenken, und zwar um deswillen, weil uns seither unbekannt war, daß ein Staatsanwalt unter Umständen auch das Recht haben könne, sich zum Vertheidiger eines Verbrechens aufzuwerfen, das in seinen Folgen ganze Bevölkerungsklassen geschädigt hat.

Man höre nur, wie der Herr Staatsanwalt die Anklage wegen Betrugs begründete. Nachdem der Herr Staatsanwalt angeführt, in welch' unangenehmer Lage er sich befinde, als 20jähriger Bekannter und Freund des Angeklagten heute den Strafantrag stellen zu müssen, bemerkte derselbe, daß ein Fall vorliege, der mit Posaunentönen weit hinausgetragen worden sei und ein Aufsehen erregt habe, wie selten zuvor, in Wirklichkeit aber sei die Sache ja gar nicht so schlimm, als sie auf den ersten Blick erscheine, und es sei ja in der jetzigen Zeit gar nicht der einzige Fall, er weise nur auf Bankier Blachstein und Stadtrath Beck in Dresden hin, welche noch viel größere Betrügereien verübt haben. Ihm erscheine der Angeklagte nur als ein Opfer der ungünstigen Zeitverhältnisse, er sei in der Gründerperiode wie so viele, viele andere auch von dem verlockenden Börsenspiel und von der Spekulationswuth angesteckt worden, und er hätte diesen Lockungen um so weniger widerstehen können, weil er immer bedeutende Summen unter den Händen gehabt habe. Er glaube dem Angeklagten, wenn er sage, daß er bei den Börsenspekulationen nur die Absicht gehabt, seine nicht gerade glänzende Vermögenslage zu verbessern und er sei vollkommen davon überzeugt, daß, wenn die betreffenden Spekulationen günstig ausgefallen wären, der Angeklagte die entnommenen Summen der Kasse des Vorschuß- und Credit-Vereins wieder zugeführt haben würde. Besonders hob er noch hervor, daß der Angeklagte die Summen nicht der Kasse entnommen habe, um damit zu schlemmen und dieselben zu verprassen, sondern nur, wie schon erwähnt, um seine und die Lage seiner Familie zu verbessern. Die ganze Handlungsweise Franke's stellte der Herr Staatsanwalt nicht als verschiedene Vergehen hin, sondern als fortgesetzte Unterschlagung und Fälschung, und sei die Sache also nur ein fortgesetztes Verbrechen, welchem eine einheitliche Ursache zu Grunde liege und bat er den Gerichtshof, darnach zu urtheilen. Zum Schluß wies er auf die §§ im Reichsstrafgesetzbuch hin ((§ 246 und 267), führte an, daß weitere Entlastungsgründe (!!) nicht vorlägen, sondern daß die Ergebnisse der Hauptverhandlung mehr gegen, als für den Angeklagten sprächen, und betonte noch, daß Angeklagter durch sein Vergehen viele Arme um ihren letzten Sparpfennig gebracht und vielen bedeutende Verluste beigebracht habe.

Ob der Herr Staatsanwalt wohl eben so warme Worte der Vertheidigung gesprochen hätte, wenn es sich um einen Armen gehandelt hätte, der aus bitterster Noth zu einem Vergehen sich verleiten ließ? Wer kann das wissen!

Das Urtheil des Gerichtshofs lautete übrigens auf 5 Jahre Gefängniß und ist somit dem verletzten Recht seine Sühne geworden.

— Eine offiziöse Haß- und Verachtungspredigt. Im Correspondenzentheile der Nr. 36 unsres Blattes befand sich ein Bericht über die „Unruhen" in Berlin. An jene Thatsachen knüpft die „Norddeutsche Allgemeine" folgende gegen die Sozialdemokratie hetzende Reflexionen:

„Es war leicht vorauszusehen, daß die ungemeine Aufregung, in welche die arbeitnehmenden Klassen durch die diesmalige Wahlagitation versetzt sind, sich nicht so bald legen, sondern noch manche Nachwirkungen höchst unerfreulicher Art zu Tage fördern würde. Zählt man hierzu den faktisch existirenden Nothstand nicht weniger als die Art und Weise, in welcher der Nothstand von gewisser Seite theils zu kuriren versucht, theils geradezu ausgebeutet wird, so darf man wohl sagen, daß Arbeiter-Exzesse und Arbeiter-Krawalle so zu sagen in der Luft liegen.

„Die in einem Theile der deutschen Presse seit Jahren landläufige Verherrlichung der Revolution, die Glorifizirung der Pariser Commune und ihrer Gesinnungsgenossen in den verschiedensten Ländern hatten ersichtlich ihre Wirkung auf zahlreiche Kreise der Berliner Bevölkerung nicht verfehlt, wie jeder Besucher des Friedrichshains am 18. c. bezeugen wird. Erfahrungsmäßig steht es fest, daß an den Tagen selbst, die dem Gedächtniß dieser oder jener Revolution oder der Beweihräucherung dieses oder jenes sogenannten Volksmannes gewidmet sind, Exzesse fast nie vorkommen: ebenso gewiß aber lassen sie nie lange auf sich warten. In Berlin ging es freilich dieses Mal mit ganz besonderer Schnelligkeit: am 18. wurden die Barrikadenkämpfer des Jahres 1848 gefeiert, und schon am 19. fielen die Exzesse auf dem Alexanderplatz vor, deren Bewältigung der Sicherheitsbehörde nur um den Preis von zahlreichen Verhaftungen, Verwundungen 2c. möglich war.

„Wir begnügen uns, auf die unglaublich großen Massen verkommener zweideutiger Existenzen hinzuweisen, welche untermengt mit Bassermann'schen Gestalten immer bei solchen und ähnlichen Anlässen in Berlin sofort wie mit einem Zauberschlage in den Vordergrund treten. Wie weit diese nach Tausenden zählenden Massen organisirt sind und einer einheitlichen Leitung folgen, wird kaum mehr lange ein Geheimniß bleiben können."

Hierbei wird natürlich kein Haß- und Verachtungs- oder Hetzparagraph hilfreich eintreten, aber es ist gut, von Zeit zu Zeit zu zeigen, mit welchem Chauvinismus hier Partei- und Klassenhaß gepredigt wird. Verdächtiges Gesindel ist allerdings bei diesen Krawallen bemerkt worden, aber es soll den famosen „weißen Blousen" des Herrn Bonaparte, Lehrmeisters unseres „genialen" Staatslenkers, sehr ähnlich gesehen haben. Jedenfalls stand es dem „Volk" der „Norddeutschen Allgemeinen" näher, als uns.

— Die Dummheit ist doch nicht allmächtig. Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung": „Bekanntlich haben einige hessische Kriegervereine erklärte Anhänger der Sozialdemokratie ausgeschlossen und gleichzeitig an die deutschen Kriegervereine die Bitte gerichtet, in gleicher Weise zu verfahren. Der Vorstand des Großgerauer Kriegervereins spricht sich in der „Deutschen Kriegerzeitung" in sehr entschiedener Weise gegen ein solches Vorgehen aus, indem, statt durch Belehrung zu wirken, durch ein solches schroffes Verfahren nur der sozialistischen Agitation in die Hände gearbeitet würde. Wir entnehmen der betreffenden Publikation folgenden beherzigenswerthen Passus: „Da nun hoffentlich die größeren Vereinsfestlichkeiten, die Fahnenweihen, Denksteinenthüllungen u. dergl. in unserem Kreise alle glücklich überstanden sind, muß endlich der Schwerpunkt unserer Bestrebungen dahin verlegt werden, wo er uns mit Lapidarschrift vorgezeichnet ist, d. h. auf das Gebiet der Humanität, der thatkräftigen Kameradschaft und Hebung der Volksbildung, soweit unsere Kräfte hierfür ausreichen. Dadurch glauben wir unsere Vaterlandsliebe in wirksamerer Weise in Verein und Verband zu bethätigen, als durch geharnischte Resolutionen politischen Charakters, die ebenso rasch verpuffen, ohne eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, wie sonstiges Brillantfeuerwerk." — Vernünftig gesprochen. Wir fürchten (oder hoffen), für Viele zu vernünftig!

— Ein wahres Wort. In einem Vortrage, den vor einigen Tagen der Strafanstaltsdirektor Krohne in Kiel über die Ursachen der Zunahme der Verbrechen hielt, sagte derselbe: „Unwissenheit, materielle Noth, verwahrloste Erziehung und der Mangel eines sittlichen Haltes im Kreise der Familie sind die natürlichen Ursachen des Verbrechens. Dafür aber seien unsere sozialen Zustände verantwortlich zu machen; es ist statistisch erwiesen, daß die Provinzen mit armen und unwissenden Einwohnern mehr Verbrecher liefern, als die besser gestellten; am günstigsten sei es mit der Rheinprovinz und Schleswig-Holstein bestellt."

Mit anderen Worten und den Gedanken schärfer ausgedrückt: alle Verbrechen entspringen aus mangelhaften sozialen Zuständen. Wird die Noth, die Ungleichheit und die Unwissenheit aus der Welt geschafft, so ist die Ursache aller Verbrechen entfernt, und mit der Ursache muß folgerichtig auch die Wirkung aufhören. Wer anders als durch eine vernunftgemäße Organisation der Gesellschaft den Verbrechen steuern will, hat von dem Wesen der Gesellschaft und des Verbrechens keinen Begriff; und wer den Verbrechen steuern will, zugleich aber gegen Diejenigen eifert, welche die Gesellschaft vernünftig zu organisiren bemüht sind, ist ein Wirrkopf oder ein Heuchler.

— Ein Aufruf an das Judenthum seitens russischer Sozialisten ist vor kurzer Zeit erlassen worden. Da derselbe einen interessanten Beitrag zur Kritik der sozialen Bewegung in Rußland bildet, so möge er hier Platz finden:

„Edle Jünglinge Israels! Die Verhältnisse und Gesetze, wie sie jetzt bestehen, zwingen auch die Wohlmeinenden, die Wege der Finsterniß zu wandeln. Diejenigen, welche sich im Widerspruche mit ihrer Ueberzeugung auf die allgemeine Ordnung berufen, stehen nur in der Mitte zwischen den Feinden des Volkes und seinen Wohlthätern. Die Neutralen werden zuerst zermalmt werden. Aber die Völker beginnen die Wahrheit dieser Sachlage zu erkennen und über ein Kurzes wird auch Israel sie begreifen. Mit Augen, welche Feindschaft kunden und das Gemüth voll Zorn wird Israel seinen heuchlerischen Führern und Gelehrten Folgendes zurufen: „Eure Verbrechen sind wie ein Buch vor unsern Augen aufgerollt. Das Glück, mit dem ihr großthut, ist das Lösegeld unserer mühevollen Arbeit, das Lösegeld unserer Thränen. Der hohe Sitz, von dem aus Ihr auf uns herabschaut, ist errichtet aus dem Beinhaufen unserer Brüder, die durch Eure Niederträchtigkeit, Geschlecht für Geschlecht, in Noth und Jammer zu Grunde gegangen sind. Vom Schweiße des Volkes sättigt Ihr Euch, aus dem Marke unserer Knochen saugt Ihr Euch die Lebensgenüsse und uns laßt Ihr das Darben, die Armuth, die schwere Arbeit, allzuviel, um ertragen zu werden. Und nachdem Ihr Euer Gut gehäufet hattet, da verlegtet Ihr Euch auch auf die Völker ringsumher und Ihr waret wahnsinnig im Rausche der Gewalt. Da nagten Eure Sünden an unsern Knochen und Euere Verbrechen wurden uns zum Aussatze. Ihr habt auf unser Haupt den Sturm heraufbeschworen, durch Eure Schuld entbrannte gegen uns der Zorn des Pöbels und die Eifersucht der Gesetze und brannte fort bis zu dem Punkt, uns gänzlich zu vernichten." So wird Israel seine Mächtigen zu Gerichte laden und wir, die Freunde unseres (des russischen) Volkes und die Freunde aller Unterdrückten, wir werden vor allen Weltbewohnern Euch bezeugen, daß wir diese unsere und Euere Feinde geächtet haben. Euch Jünglinge, deren Gedanken noch lauter, in deren Herzen noch Gerechtigkeit ist, die Ihr in Wahrheit das Wohl des Volkes sucht, die Ihr Euch noch nicht verunreinigt habt durch Handel und Wandel, Euch rufen

Arbeiterverhältnisse in dem reconstituirten Süden.

Columbia, S. C., 8. März 1877.

Den Arbeiterzuständen in Amerika, unter welchem Namen man gewöhnlich die Vereinigten Staaten und hier wieder speziell den Norden versteht, ist schon öfter die nöthige Beachtung zu Theil geworden, weniger jedoch denen des Südens, der aus dem ehemaligen Conföderirten-Staatenbund bestehenden Landestheile, die in sozialer und politischer Hinsicht von dem Norden abweichen, in mancher Beziehung selbst ein abgeschlossenes Ganzes bilden.

Allerdings gehören sie alle dem amerikanischen Staatenverband an; sie haben ihre Vertreter im Capitol zu Washington, sie erkennen die Vereinigten-Staaten-Gesetze als Landesgesetze an, sie unterwerfen sich den Anordnungen des auch von ihnen erwählten Präsidenten, entrichten ihre Steuern und leisten der Nationalregierung Gehorsam. Dennoch macht sich keine solch' unbegrenzte Loyalität derselben gegenüber geltend, wie sie im Norden sich kundgiebt. Der Süden erfreute sich vor dem Secessionskriege einer ziemlichen Prosperität. Millionen Acker Land waren bebaut und brachten eine reichliche und lohnende Ernte, natürlich für den reichen Pflanzer, während sie jetzt brach liegen. Noch jetzt ist, wie beispielsweise in Richland County (S. C.), der einstige Wohlstand der Südländer zu erkennen, der einen ungefähren Begriff giebt, wie gewinnbringend die ehemalige Sklavenarbeit sich erwies.

Nach dem Secessionskriege begann eine vollständige Umgestaltung der Verhältnisse hinsichtlich des Arbeitsmarktes, da durch die Abschaffung der Sklaverei die „freie Arbeit" eingeführt wurde, und somit der Profit durch Zahlung von Löhnen bedeutend geschmälert worden ist. Erwägt man, welch ein bedeutender pekuniärer Verlust dadurch den Sklavenhaltern zugefügt wurde, so ist es eigentlich zu verwundern, daß der plötzliche Wechsel ohne bemerkenswerthe Folgen vor sich ging. Indeß, die Erbitterung hat augenscheinlich nachgelassen, daß sie gänzlich schwinden wird, ist vorläufig nicht anzunehmen. Hierbei ist zu beachten, daß durch die erlittene Niederlage der Racenhaß nur erneuerte Nahrung erhalten hat.

Zum Verständniß der Arbeiterlage im Allgemeinen ist es nöthig, den Umstand in's Auge zu fassen, daß man die „weiße und die schwarze Arbeitskraft" unterscheidet. Der Unterschied ist weit bedeutender als im Norden, wo ein Vergleich zwischen dem amerikanischen, irischen und deutschen Arbeiter stattfindet. Der weiße Arbeiter des Südens hat sich noch nicht zu der vernünftigen Ansicht emporgeschwungen, daß jeder Mensch als ein gleichberechtigtes Wesen in der menschlichen Gesellschaft zu gelten Anspruch hat, ohne Rücksicht auf Farbe, Nationalität oder Religion. Er betrachtet den Neger nicht als seinen Leidensgefährten, sondern glaubt den Racenunterschied berücksichtigen zu müssen. In Folge dessen nimmt er denn auch eine Sonderstellung ein und ein Zusammengehen findet nur da statt, wo die unmittelbaren gemeinschaftlichen Interessen es erheischen.

Diese Vorurtheile werden in der Zukunft noch einen gewaltigen Hebel in der Entwickelung der hiesigen Arbeiterbewegung bilden und die Agitation sehr erschweren. Ich sage absichtlich „Entwickelung", denn eine wirkliche Arbeiterbewegung existirt hier nicht. Dies erklärt sich vor allem aus der schwachen Bevölkerung und noch mehr aus der hier schwach vertretenen Industrie. Auch mag die heiße Temperatur das Ihrige beitragen, da es eine Thatsache ist, daß man Lernbegierde bei den hiesigen Elementen nur selten antrifft. Und doch bilden die Südstaaten einen wesentlichen Bestandtheil der Union, dem mit der Zeit jedenfalls eine größere Aufmerksamkeit zu Theil werden muß.

Wie schon erwähnt, ist der weiße und schwarze Arbeiter hier zu unterscheiden. Wie kommt es nun, daß dem so ist, sowie daß jede Race so abgeschieden lebt, trotzdem beide Racen in einem fortwährenden Verkehr zu einander stehen? Zunächst geben uns wohl die ehemaligen Zustände der Sklaverei eine passende Erklärung, wo die Neger sich in der vollständigen Gewalt der Weißen befanden, dann aber der plötzlich vollzogene Wechsel einer politischen Gleichstellung beider Racen, der natürlich von Seiten der Weißen gegen ihre früheren absolut Ergebenen in feindlicher Weise sich offenbaren mußte. Wäre der Neger im Durchschnitt besser gebildet, so würde er sich auch in seiner Lebensweise, seinem Benehmen und Umgang gefälliger zeigen, wie es denn eine Thatsache ist, daß wohlerzogene Neger eine weit bessere Behandlung erfahren, als die, welche jeder Erziehung ermangeln, und diese bilden die ungeheure Mehrzahl. Mag aber ein Schwarzer noch so gebildet sein — was freilich nur sehr wenige sind — nach den Begriffen der Weißen ist er immer ein Neger, was so zu verstehen ist, daß ihm kein Anspruch auf Gleichstellung in der Gesellschaft mit den Weißen zusteht. Selbst wenn der Neger durch Bekleidung eines wichtigen Amtes eine höhere soziale Stellung einnimmt, nie wird ein Weißer sich vollständig mit ihm einlassen.

Wenn also selbst der gebildete Neger den nothwendigen Umgang mit den Weißen entbehrt, wieviel mehr muß sich dieser Mangel dem stupiden gegenüber äußern, dem dadurch fast jede Gelegenheit genommen ist, sich zu einem brauchbaren Mitgliede der Gesellschaft zu machen? Und hier löst sich das Räthsel, warum der schwarze Arbeiter so tief unter dem weißen Arbeiter steht, nämlich weil er nicht in direktem Verkehr mit dem Letzteren steht, eine Annäherung aber zur Erweckung des Klassenbewußtseins geboten ist. Dennoch ist er nicht so willenlos, daß es ihm ganz abgeht. Die steten Reibungen zwischen den schwarzen Arbeitern und deren „Bossen" (Arbeitgebern) beweisen zur Genüge, daß die anscheinende staatsrechtliche Gleichheit noch lange keine Harmonie zwischen den Schwarzen und Weißen bedeutet. Um den vorhandenen Racenkampf aber besser zu illustriren, möge ein Artikel aus dem „Charleston News Courier" citirt werden, der wahrhaftig an Aufrichtigkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Nachdem dieses Blatt in der Einleitung die gegenwärtigen Zustände der Südstaaten einer Besprechung unterzieht, die natürlichen Rechte derselben hervorhebt und die Nothwendigkeit zu verstehen giebt, dem verödeten Süden durch Einwanderung, die sich bisher nur nach einem der Südstaaten gewandt, nämlich Texas, einen erhöhten Wohlstand zu geben, und daraus die Schlußfolgerung zieht, wie wenig in den übrigen Südstaaten eine nennenswerthe Emigration überhaupt zu erwarten steht, dann schließlich von sogenannten Problemen faselt, deren Lösung für die Prosperität des Landes von Wichtigkeit ist, fährt es folgendermaßen fort: „— Die Reisländer von Südcarolina, die an Fruchtbarkeit und Ergiebigkeit nicht ihres Gleichen haben; die gewaltigen Landstrecken des Südostens von Georgia, die Prairien Alabama's, die Sumpfstrecken Mississippi's, die Zuckerplantagen von Louisiana, welche einst mit großer Geschicklichkeit cultivirt waren, liegen zum großen Theil verödet und sind so kläglich bebaut, daß sie kaum einen hinreichenden Verdienst für die Bezahlung der Taxen ergeben. Das Land — hier speziell der Süden gemeint — besitzt eine fleißige und thätige Bevölkerung, die genügend Brodstoffe zum Bedarf der Nation baut, die reichlich Baumwolle verarbeitet und exportirt. Aber hier ist der

wir auf, in unsern Verein zu treten. Euch anzuschließen dem Heer der Krieger für das Wohl des Volkes, für das Wohl des ganzen Menschengeschlechts. Und also sprechen wir zu Euch: Bald werden alle Geschlechter der Erde sich vereinigen, die Proletarier aus allen Erdwinkeln werden zusammenwirken, um die Lohnarbeit zu beseitigen und den Moloch von seinem Thron zu stoßen. Die unterdrückte Race wird ihre Freiheit und Recht erringen, die soziale Revolution wird die rothe Fahne erheben und ihr Programm ist: Gemeinsame Arbeit, gemeinsamer Besitz, freier Bund aller Arbeiter, freie Conföderation aller Völker der Erde."

Unterzeichnet ist das Schriftstück: „Die dem Hause Israel Wohlgesinnten."

Correspondenzen.

Hannover, 22. März. (Zur Beachtung für Former und Eisengießer.) Werthe Genossen! Seit voriger Woche ist auch hier wieder das Camphausen'sche Rezept in Anwendung gebracht worden und das in ziemlich starker Form. In dem hiesigen Guß- und Walzwerk (früher Bernsdorf und Eichwede) begnügt man sich nicht mit 10 bis 12 pCt. Lohnabzug, sondern man hat an Accordsätzen 18—20 pCt. und den im Lohn Arbeitenden 1 Thlr. bis 1 Thlr. 5 Sgr. pro Woche abgezogen. In Folge dessen und da der Lohn ohnehin schon schlecht genug stand (im Durchschnitt 25 Sgr. pro Tag für Schlosser und Former) haben sämmtliche Former die Arbeit gekündigt, da es unmöglich ist, bei den hiesigen Verhältnissen mit einem solchen Lohnsatz auszukommen. Es wird deshalb gebeten, den Zuzug von Formern so viel wie möglich von hier fern zu halten.

Angesichts der oben angeführten Gründe ist es die Aufgabe aller Derer, die, soweit es noch nicht geschehen, sich der Metallarbeiter-Gewerkschaft anzuschließen, damit es uns endlich möglich wird, in geschlossenen Reihen den Uebergriffen unserer Gegner einen Damm entgegen zu setzen. Denn vereinigt sind wir alles, vereinzelt sind wir nichts.

J. A.: A. Deckert. F. Eichenberg.

Alle Arbeiterblätter werden gebeten, obiges in ihre Spalten aufzunehmen. Vorzüglich das „Panier".

Cassel, 23. März. Da der erste Grundsatz eines jeden Menschen der der Selbsterkenntniß ist, so erregt es unser aufrichtiges Bedauern, daß dieser Grundsatz von unseren Gegnern so wenig befolgt wird; aber doppelt bedauern wir, daß der traurige Ruhm, den sich ein Unruh, ein Treitschke, durch ihre Sozialistenfresserei errungen haben, Leute wie Kutschbach nicht zur Ruhe kommen läßt. Wenn wir sehen, welche verzweifelten Anstrengungen der liberale „Neue freie deutsche Arbeiterapostel" macht, den Ruhm und den Glanz der Namen Schulze, Unruh, Hirsch zu verdunkeln, so haben wir wenigstens das beruhigende Bewußtsein, seinerzeit alles gethan zu haben, um ihn von diesem Größenwahn zu heilen. Doch wem nicht zu rathen ist, dem ist auch nicht zu helfen. Der große Kutschbach, welcher schon vor drei Jahren — in Folge einer Reise in's Ausland — sich seiner meisten „sozialen Bücher" entäußerte, mußte vor den Wahlen, um mit Pfannkuch zu disputiren, die gewiß geringe Ausgabe von 3 Mrk. 30 Pf. machen, um durch Anschaffung diverser sozialer Broschüren seine Lücken im Begreifen des Sozialismus ausfüllen zu können. Was, Lücken sagen wir? Nein, nicht Lücken sind's, sondern eine bodenlose Unkenntniß auf dem Gebiete der Nationalökonomie ist es, welche Kutschbach die unglückliche Idee eingab, sich auf's Neue durch seinen jüngst erschienenen Aufruf „An das deutsche Volk zur Gründung einer neuen freien deutschen Arbeiterpartei" vor den deutschen Arbeitern, sowie vor allen Einsichtsvolleren unsterblich zu blamiren. Die jüngste Zeit ist zwar reich an Literatur zur Vernichtung der Sozialdemokratie, aber bis heute ist uns noch kein geistig ärmeres Machwerk zu Gesicht gekommen, als der von Herrn Kutschbach — im Auftrag des provisorischen Comités — verfaßte Aufruf „zum Beitritt zur neuen freien deutschen Arbeiterpartei, behufs erfolgreicher Bekämpfung der Sozialdemokratie." Da die Broschüre bereits signalisirt war, so waren wir auf deren Inhalt äußerst gespannt, wurden aber auch um so ärger enttäuscht. Denn nach den gehegten Voraussetzungen kann der Verfasser alles, aber nur keine Arbeiterpartei zu Stande bringen. Der Zweck der Broschüre ist nach dem Ausspruch des Verfassers eine Organisation aller „reichstreuen" Elemente zu schaffen, die der als mustergültig hingestellten sozialistischen ebenbürtig zur Seite stehe, resp. dieselbe überflügele. Weil der Verfasser aber auch weiß, daß heute fast ausschließlich nur die sozialistischen Arbeiter aufgeklärt und infolgedessen thatkräftig und opfermuthig sind, so kalkulirt er, solche Arbeiter muß ich auch haben, wie aber kriegen. Nichts leichter als dies. Die neue freie deutsche Arbeiterpartei wird einen ungeahnten Aufschwung nehmen, wenn die Massen von Arbeitern, denen der Terrorismus der Sozialdemokratie längst zuwider ist (wer lacht da?) und einen festen Rückhalt in einer Organisation haben, deren Hauptführer Kutschbach-Rippold sind. Da Kutschbach nun eingesehen hat, daß unter den Arbeitern Cassels keine Gimpel mehr zu fangen sind, so beabsichtigt er, auf unsern Dörfern den Bauernfang zu betreiben. Herrlich, unsere Parteigenossen auf den Dörfern brennen vor Begierde, unsern modernen Gesellschaftsretter würdig zu empfangen. Um die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu befestigen, und um die Arbeitgeber zum Beitritt zu bewegen, sollen die in der neuen freien deutschen Arbeiterpartei organisirten Arbeiter — wenn je die sozialistischen Führer einen Strike provoziren sollten — sofort zur Unterstützung der in der neuen freien deutschen Arbeiterpartei vereinigten Arbeitgeber verwandt werden. Max Hirsch hat zwar schon manchen possierlichen Bocksprung gemacht, aber das hat er denn doch noch nicht fertig gebracht. Der herrlichste Gedanke Kutschbach's, unstreitig durch die herzlichen Händedrücke der Abgeordneten Wehrenpfennig, Schulze, Lasker, die alle die Unterstützung versprochen, gezeitigt ist der Schluß der Broschüre: „Alles, was bis heute noch nicht sozialistisch angefressen ist" in einer strammen, der sozialistischen Organisation — daß bei uns, Dank Tessendorff, eine solche gar nicht existirt, scheint der große Denker gar nicht zu wissen — affenartig nachgeahmten Vereinigung zu organisiren. Wüßten wir nicht, daß dies Beginnen nutzlose Liebesmüh ist, wir würden Kutschbach für diese eine That ewig dankbar sein, denn der Kampf wäre für uns bedeutend vereinfacht.

Friedberg i. H., 24. März. Der Bericht des Herrn L. F., einer uns völlig fremden Persönlichkeit, leidet zum mindesten an Uebertreibung. Der sonstigen Unrichtigkeiten nicht zu gedenken, müssen wir nur constatiren, daß die Gründung der hiesigen Arbeiter-Krankenunterstützungskasse mit sozialistischer Agitation eben so wenig wie mit liberaler zu thun hatte; ferner daß diejenigen Herren, welche sich das eigenthümliche Vergnügen machten uns zu stören, gewiß nicht von den hiesigen Liberalen geschickt waren, denn das sind wir überzeugt, die Leiter des liberalen Wahlvereins dahier sind denn doch zu gebildet, um zu solchen Mitteln zu greifen. So wenig uns als Parteigenossen ein unüberlegter, wohl gar in angetrunkenem Zustande verübter Streich irgend eines sich Sozialist Nennenden aufgehalst werden kann, ebensowenig dürfen wir dies einer anderen Partei gegenüber zu thun uns erlauben, wenn wir nicht Beweise in der Hand haben. Das möge sich Herr L. F. merken. — Wir wollen und müssen mit ehrlichen, anständigen Waffen vor unsre Gegner treten; wer dann in dem Kampfe, mit solchen Mitteln geführt, geschlagen wird, gut, der unterliegt ehrlich. Möge man doch bedenken, daß wir einen Prinzipienkampf auszufechten haben, in dem Personen jedem denkenden Menschen gleich Null sein müssen; aber ausgekämpft wird er werden, das ist nun einmal Naturgesetz. — Darum rufen wir den Liberalen zu: „Raum Ihr Herren dem Flügelschlag freier Seelen." Den Sozialisten aber möge dieser Vorfall dazu dienen, mit Leuten, welche Skandal provoziren wollen, sich nie mehr einzulassen.

Im Auftrage der hiesigen Mitgliedschaft:
Lorenz Berg.

Mainz, 19. März. Die gestern abgehaltene Märzfeier verlief in wahrhaft würdiger und erhebender Weise. Die Lokalitäten der „Union" waren überfüllt. Die rothe Fahne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schwebte zu Häupten der Versammlung. Herr Jöst hielt die den Ursprung und die Bedeutung des Tages erläuternde Festrede, deren fesselnder Inhalt und schwungvoller Vortrag ungetheilten Beifall hervorriefen. Einen Sturm von Enthusiasmus erweckten die Worte eines kräftigen Veteranen der Freiheit, eines Barrikadenkämpfers von 1848, der hierauf die Tribüne bestieg, jene denkwürdigen Ereignisse schilderte und sie als Reflexlichter auf die Gegenwart wirken ließ. Weitere Reden und zahlreiche deklamatorische Vorträge wechselten sodann mit den musikalischen Leistungen des sozialistischen Arbeitergesangvereins ab, die sich durch gutgewählte Pièçen und präzise und gerundete Ausführung auf das Vortheilhafteste auszeichnet. Erst spät nach Mitternacht verabschiedeten sich die älteren Festgenossen. (Mainzer „Volksstimme".)

Coburg, 18. März. Wie an so vielen Orten des deutschen Reichs schließt auch hier der Wahlkampf mit einem Prozeß ab. In unserem Wahlaufrufe hatten wir hervorgehoben, daß durchschnittlich jeder Familienvater von 5 Köpfen 52½ Mark Reichssteuern zu zahlen hätte für Militär, Marine u. s. w. Da fand sich der Redakteur des „Sprechsaal" (Jakob Müller heißt der Mann) bewogen, zu erklären, daß das Uebertreibungen wären; er ging sogar so weit zu behaupten, Bebel habe „wissentlich" die Zahlen gefälscht, und sagte unter anderm: Da die Dummen nicht alle werden, so werde es schon noch Gimpel geben, die auf den Leim des sozialistischen Wahlcomités gehen werden. Wir erwiderten, er könne nicht lesen, trotzdem er Redakteur sein wolle, aber er belehre uns in der That, daß „die Dummen nicht alle werden". Nun ließ er einen Artikel in der „Coburger Zeitung" los, in welchem der Herr Müller maßlos schimpfte. Er nannte uns „Spießgesellen, die aus schmutzigen Quellen und von verkommenen Subjekten schöpften". Wir konnten den Wählern gegenüber uns dies nicht gefallen lassen und wurden klagbar gegen Müller. Am 14. d. M. fand Hauptverhandlung statt. Wir erklärten, daß die Quelle, aus welcher wir geschöpft, das Reichskanzleramt wäre, und fragten nun, ob etwa dies eine schmutzige Quelle sei? Der Unterzeichnete konnte dies um so sicherer fragen, da er den Etat für 1876 vom Parteigenossen Liebknecht sich hatte schicken lassen. Der Anwalt des Müller hatte Gegenklage erhoben, weil wir Müller als dummen Menschen hingestellt hätten, ferner, weil wir denselben als gesinnungslosen Menschen bezeichnet hatten; er entschuldigte Müller's Schimpferei damit, daß wir die Handwerker und Bauern hätten täuschen wollen. Die Zahlen konnten natürlich vom Anwalt des Müller nicht angefochten werden und wurden daher vom Richter als richtig anerkannt. Mit der Täuschung war es also nichts. Die Wandelbarkeit Müller's wies Unterzeichneter insofern nach, als er den Beweis erbrachte, daß Müller früher dem Arbeiterverein angehört hatte, nachdem Letzterer sich der sozialdemokratischen Partei schon angeschlossen hatte, und daß Müller an dem eingegangenen demokratischen „Coburger Volksblatte" Mittheilhaber und Mitarbeiter war. Also auch in diesem Punkte konnte der Richter die Gegenklage nicht berücksichtigen. — Nun kommt aber das eigentlich Charakteristische an der Sache. Trotzdem der Richter unsere Lesart als die richtige anerkannte, erklärte er, weil wir Müller öffentlich als dummen Menschen bezeichnet hätten, seien wir der Beleidigung für überwiesen zu erachten. Und doch hatten wir ganz dieselben Worte gebraucht, welche Müller uns gegenüber gebraucht hatte. Müller wurde zu einer Geldstrafe von 50 Mark und in die halben Kosten, wir dagegen in eine Geldstrafe von je 10 Mark und in die andere Hälfte der Kosten verurtheilt. Meine Mitverurtheilten sind Kempf, Seiler und Göpfert. — Ja, so geht es. Hätten wir von der obersten Reichsbehörde so gesprochen wie Müller, was hätte man mit uns gemacht? Müssen wir also noch, weil Müller nicht richtig zu lesen versteht und die zwei Spezies Addiren und Dividiren für denselben spanische Dörfer zu sein scheinen, 40 Mark bezahlen!

Th. Simon.

Mannheim, 26. März. Auf dem II. Pfälzisch-Badischen Arbeitertag wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und das Bureau beauftragt dieselbe sofort zu veröffentlichen.

Resolution:

In Erwägung, daß mit jedem Sozialistencongreß eine größere agitatorische Thätigkeit verbunden ist, die der Entwicklung des Sozialismus in der betreffenden Gegend nur förderlich sein kann;

in Erwägung, daß speziell in Süddeutschland eine solche Agitation nicht allein erwünscht, sondern geradezu nothwendig ist, um der Ausbreitung unserer Idee auch hier den gewünschten Erfolg zu verschaffen;

in fernerer Erwägung, daß alle Gründe, die für das Abhalten des Congresses in Gotha sprachen auch für Süddeutschland, speziell für Baden zutreffen (z. B. unser freies Vereins- und Versammlungsrecht), ein wiederholtes Tagen an einem und demselben Orte aber nicht thunlich erscheint, da die geographische Lage des Ortes auf die Beschickung des Congresses von Einfluß ist, spricht der Arbeitertag den Wunsch aus: „der nächste Sozialistencongreß möge in Süddeutschland stattfinden" und schlägt Mannheim als den geeignetsten Ort vor.

Diese Resolution soll sofort an den Vorstand der Partei, sowie an das Centralorgan „Vorwärts" und alle süddeutschen Parteiblätter behufs Veröffentlichung abgeschickt werden.

Im Auftrage des Bureaus:
Mai, Schriftführer.

Altenburg, 21. März. Unsere Versammlungen erfreuen sich jetzt einer lebhaften Theilnahme. Die letzte wurde am 19. März abgehalten, in der ich zum Gedächtniß der Pariser Commune-Erhebung einen Vortrag hielt, über den ich hier nicht berichten würde, wenn er nicht durch die Opposition eines Gegners einige Bedeutung erhalten hätte. Es waren nämlich mehrere Mitglieder des liberalen städtischen Vereins anwesend, deren Wortführer, Herr Kaufmann Wagner, mich zu widerlegen suchte. Er nannte zwar meinen Vortrag fließend und elegant, wohl aber weniger um mir ein Compliment zu machen, als vielmehr um anzudeuten, daß er noch fließender und eleganter zu sprechen gedenke, um mich ganz in den Schatten zu stellen. Er fuhr dann fort, im „Vorwärts" hätte er unsere Beschwerde über die Lokalsperre gelesen, da er aber annähme, daß es der liberalen Partei gelingen würde, uns durch Gegenübertreten in einer größeren Versammlung alle unsere Anhänger zu entreißen, wolle er seinen ganzen Einfluß aufbieten, uns ein entsprechendes Lokal zu verschaffen. Daß es nicht so leicht sei, mit uns fertig zu werden, zeigte ich dem Herrn in meiner Replik, worauf er erklärte, zu meiner Widerlegung kein Material mitgebracht zu haben und entfernten sich die Herren noch lange vor Schluß der Versammlung. Soviel aber steht fest: Diese Herren haben versprochen, uns ein größeres Lokal zu verschaffen und uns gegenüber zu treten. Ich habe den Herrn Wagner auch gleich beim Wort genommen und hoffe ich, nächstens über eine Disputation mit den Liberalen berichten zu können. Ob diese Herren aber nicht an ihrem Fiasko in dieser kleinen Versammlung sich begnügen werden? Ob sie wirklich versuchen werden, uns die 900 Wähler zu entreißen?

„Und setzen wir nicht das Leben ein,
Nie wird uns das Leben gewonnen sein!"

deklamirte der Herr Reichstagsabgeordnete Wagner neulich mit großer Emphase und sie klatschten ihm Beifall. Ob die tapferen und muthigen Herren vom städtischen Verein ihr Leben einsetzen, ob sie ihr Wort einlösen werden?

Hugo Grunwald.

Langenbielau, 26. März. (Prozeß.) Sonnabend, den 24. ds. stand vor dem Kreisgericht in Reichenbach Termin an wegen Verbreitung des Artikels aus der Agitationsnummer: „Was wir wollen".

Angeklagt waren im Ganzen 37 Personen. Die ersten 11 davon gehörten dem Arbeiterwahlcomité an und waren der Behauptung und Verbreitung wissentlich erdichteter und entstellter Thatsachen, 25 blos der Verbreitung und Ramm aus Leipzig der Verletzung des Preßgesetzes beschuldigt. Des letztern Vergehens waren auch alle übrigen angeklagt.

Außer § 131 sollte auch noch der Haß- und Verachtungsparagraph 130 verletzt sein.

Angelpunkt der Frage. Woher soll die Arbeitskraft erlangt werden, welche den durch den Krieg verlorenen Wohlstand wieder ersetzt? Jene Länder sind mit Sumpffiebern (malaria) geschwängert und können nicht durch weiße Arbeiter cultivirt werden. Der Neger wird sich nie (?) als ein betriebsamer Bürger bewähren, es sei denn daß seine Umgebung der Mehrzahl nach aus Weißen besteht. In jenen malarischen Regionen aber wird das nie der Fall sein. —

„In China und Japan giebt es heute Millionen geschickter Arbeiter, bereit und fähig zu arbeiten, die die ohnehin schon dichte Bevölkerung durch ihre Fortpflanzung noch mehr vermehren. Durch gelegentliche Schriften von Reisenden wird uns Kunde gegeben von deren Lebensweise, Geduld (!) und besonderen Eigenthümlichkeiten. Und ohne gerade Propheten zu sein, glauben wir die Hand des Allmächtigen zu erkennen (!), der uns im Laufe der Ereignisse jene Schaaren zuführt, um unser Land zu bevölkern. Hunderttausende dieser fleißigen Leute haben sich im Westen Amerikas niedergelassen. Sie sind mit der Anbauung von Zucker und Baumwolle vertraut, sie sind kräftig, arbeitsam und frugal (!) — ja sie schränken sich bis zum Aeußersten ein, sie verdrängen alle Arbeiter, wo immer sie sich niederlassen; und jetzt, da die chinesischen Thore für die sich Entfernenden geöffnet und die Schwierigkeiten beseitigt sind, ist es ihnen unbenommen, sich als treffliche Colonisten für unser Land zu bewähren.

„Es ist wahr, der Chinese ist hinterlistig und von verstecktem Wesen, möglicherweise aber nicht mehr als der übrige Rest der Menschheit, und die tägliche Erfahrung im Leben zeigt uns, daß das Herz des einen Menschen trügerischer gestaltet ist, wie das des andern. Ein natürlicher Trieb wird jede Amalgamirung (Vermischung) der afrikanischen mit jeder andern Race hindern und über kurz oder lang die Erstere gänzlich aus dem Lande verdrängen. Wer wird ihr folgen? Wird die Einführung der Mongolen in ihrer gemischten Reinheit (?) und ihrer halben Civilisation uns die bitteren Erfahrungen versüßen, welche wir seit den letzten zehn Jahren gemacht haben? Wir glauben nicht und befürchten ebenso wenig, daß sie dazu bestimmt sind, sich über unser Land zu ergießen, wie das seit Jahren im Norden von Seiten der Europäer geschah.

„Reiseverbindungen würden bald hergestellt sein durch die Bahn von San Francisco über New-Mexico nach Texas und New-Orleans. In kaum zwölf Monaten würde dieses zähe Volk die South-Pacific-Rail-Road construirt haben, und wenn diese vollendet, wäre jedes Hinderniß für die Emigration beseitigt. Der Chinese arbeitet besser (?) und billiger als der Neger. Der südliche „Planter" (Pflanzer) aber, dessen Aecker unbearbeitet sind, verlangt nichts als billige und fleißige Arbeiter. — Unser Volk (welches?) wird diese Probleme schon zu lösen wissen, wenn der Tag dazu kommt."

(Schluß folgt.)

— Ein patriotischer Buchbinder in Berlin brachte zu Kaisers Geburtstag folgendes Transparent:

„In Pappe und Kleister
Da bin ich wohl Meister,
Kann Deutschland im Kleinen
Durch Kleister vereinen.

Doch Wilhelm — mein Kaiser —
Der war noch viel weiser!
Er hat mich bemeistert,
Im Großen gekleistert.

Es half ihm der Bismarck, ein tapfrer Gesell,
Der rührte den Kleister und macht' das Modell.
Dann ging er an's Kleben und eh' wir's gedacht,
War unser lieb' Deutschland schon einig gemacht.

Hoch lebe mein Kaiser, mein Meister und Held,
Auch wenn es den Schwarzen so recht nicht gefällt.
Fest sein wie Eisen und munter bei 80 —
Ist auch nicht von Pappe — wahrhaftig das macht sich."

Die Vergleichung des deutschen Reiches mit einem Werke von Pappe und Kleister (bemerken dazu die „Braunschweiger Leuchtkugeln") ist etwas zweideutig. Ein boshafter Kopf könnte derselben leicht etwas anhängen, z. B. folgenden Vers:

Doch kommt 'mal ein Regen oder kommt ein Sturm,
Da sinkt oder stürzt der gekleisterte Thurm;
Die Macht und Herrlichkeit ist dann aus:
Man gründet kein Reich wie ein Kartenhaus.

Die Angeklagten waren bis auf Ramm und Bandt sämmtlich erschienen, der letztere war durch Krankheit verhindert.

Der Staatsanwalt, der übrigens bei Begründung der Anklage ziemlich sachlich blieb, beantragte gegen Kühn aus Langenbielau 6 und gegen Bandt aus Ernsdorf 3 Monate und gegen Ramm aus Leipzig 4 Wochen Gefängniß. Die 9 andern Comitémitglieder sollten je mit 6 eventuell 4 Wochen bedacht werden. Gegen 21 der Verbreiter wurden je 2 Wochen beantragt. Endlich sollte noch jeder je 1 Woche Haft wegen Vergehens gegen das Preßgesetz erleiden. Gegen die letzten 4 ließ der Staatsanwalt wegen mangelnden Belastungsmaterials die Anklage fallen.

Das Urtheil lautete Kühn 200 Mk. oder 25 Tage, Bandt 96 Mk. oder 12 Tage, Spielmann aus Peterswaldau 48 Mk. oder 6 Tage, Ramm 30 Mk. oder 3 Tage Gefängniß und gemeinschaftliche Tragung der Kosten. Alle übrigen wurden straf- und kostenlos freigesprochen. Die Confiskation der Flugblätter, die bereits im Dezember erfolgt war, wurde aufrecht erhalten, auch die Vernichtung der Formen und Platten wurde ausgesprochen.

Die Verurtheilung erfolgte blos auf § 131 während der § 130 als nicht verletzt angesehen wurde. Die Angeklagten vertheidigten sich selbst.

An demselben Tage kam noch ein zweiter Prozeß gegen 8 Bielauer zur Verhandlung, wegen eines zweiten Flugblattes, durch das ebenfalls § 131 verletzt sein sollte, es erfolgte aber Freisprechung und nur der Drucker wurde, weil die Druckfirma gefehlt hatte zu 10 Mark oder 3 Tagen verurtheilt.

Die ganze Verhandlung in beiden Sachen hat 6½ Stunde ununterbrochen gedauert.

Meerane, 20. März. Die liberale Heuchelei und Verlogenheit geht bis in's Aschgraue. Da bringen nun zum sechsten oder gar zwölften Male seit der letzten Wahl die liberalen Wochen- und Tageklatschen die infame Lüge: „die Sozialisten allhier hätten Listen in Umlauf gesetzt, in welchen die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sich durch Namensunterschrift verpflichten mußten, von gewissen Gewerbtreibenden und Kaufleuten, die bei der Wahl dem Professor Birnbaum ihre Stimme gegeben, nichts mehr zu kaufen u. dgl. m. Damit wollen die Klatschredakteure und ihre Helfershelfer doch nur den krassen Terrorismus beschönigen, welchen liberale Arbeitsherren und deren Zuchtmeister und Corporale jetzt mehr denn sonst gegen die Arbeiter aller Branchen in Anwendung bringen. Die schamlose Lüge von den betreffenden Listen zieht sich bis auf einen gewissen Mann zurück, der als Handelsmann und Auchdemokrat immer mehr und mehr sich seine Kundschaft entfremdete und die nächsten Nachbarn zu seinen Feinden machte, besonders bei der Reichstagsnachwahl. Seitdem heulmeiert nun dieser kleine Gernegroß, dieser Mastbürger in spe über „die Sozialen“, die seinen Ruin herbeiführten. Das Ganze sieht wie Schwindel aus. Die Vornehmen unter den Gründerpatrioten fühlen sich für den also Geschädigten zur Unterstützung verpflichtet und weiter hat's keinen Zweck. — Da das Märchen nicht mehr zieht, rathen wir den Fabrikanten, sich an Herrn Ehren-Richter in Berlin zu wenden. Vielleicht lügt der ihnen etwas Besseres zurecht — à la Altona.

Aus dem 19. sächsischen Wahlbezirk. In Lößnitz fand am Sonntag (18. März) eine gut besuchte Conferenz von Genossen unseres Wahlkreises statt. In derselben wurden die Abrechnung vom Centralwahlcomité und die Wahlagitationsberichte aus den einzelnen Ortschaften entgegengenommen. Aus den letzteren ging hervor, daß die Gegner hier wie anderswo das Aeußerste aufgeboten und nichts unversucht gelassen haben, um den Wahlsieg an sich zu reißen. Jedoch alle Machinationen sind an dem gesunden Sinne der Bevölkerung gescheitert, und wurde namentlich das tapfere Verhalten der Bergarbeiter rühmend hervorgehoben. Scharfer Tadel aber wurde ausgesprochen gegen die Lokalblättchen im Wahlkreise, die in der Verleumdung der Sozialdemokratie alles Mögliche geleistet haben. Diesen Verleumdungen stehe man machtlos gegenüber. Es wurde deshalb die Nothwendigkeit eines allgemeinen Zeitungsorgans allgemein anerkannt, schon deshalb, um den sozialistischen Wählern Gelegenheit zu geben, sich von diesen Amtsblättchen zu emanzipiren. Unter dem Titel: „Erzgebirgisches Volksblatt“ wird nun vom 1. Mai ab, vorläufig wöchentlich ein Mal, ein sozialistisches Blatt erscheinen, um dessen weiteste Verbreitung die Genossen des Wahlkreises ersucht werden. Dem neuen Kampfgenossen ein fröhliches „Glückauf“!

Großenhain. Am 18. März hielt der „Landwirthschaftliche Bezirksverein“ eine Versammlung ab, in welcher zunächst vom Rittergutspachter Naumann ein Vortrag über Viehversicherungswesen abgelesen wurde, sodann aber war unter der Ankündigung: „Anregung für die Bewohner in Stadt und Land, um in politischen und volkswirthschaftlichen Fragen, sowie bei Wahlen vereint vorgehen zu können,“ ein Vortrag des Rittergutsbesitzers Dr. Calberla angesetzt. Da Freunde der Landwirthschaft aus Stadt und Land Zutritt hatten, so hatten sich ziemlich zahlreich Anhänger der Sozialdemokratie eingefunden. Letzteres mochte wohl deshalb der Fall sein, weil Dr. Calberla während der Wahl zum ersten Male die Sozialdemokratie bekämpfen zu müssen glaubte. Herr Dr. Calberla glaubte die Aufstellung einer derartigen Tagesordnung durch das große Wachsthum der Sozialdemokratie, wie es ja die verflossene Wahl gezeigt hätte, erklären zu müssen, und ging dann sofort auf die Entstehung derselben ein. Diese Bewegung sei keiner früheren gleich zu achten und beschränke sie sich nicht nur auf die Magenfrage; deren Bestrebungen auf geistigem Gebiete unterscheiden sie von der Chartistenbewegung in England, sowie von denen früherer Zeiten. Auch die Entstehung der Pariser Commune werde fälschlich der Sozialdemokratie zugeschrieben. Trotzdem könne er die sozialistischen Tendenzen nicht anders als demokratische Umsturztendenzen bezeichnen, und stütze er sich dabei auf die vor circa 8 Tagen vom Sozialisten Kapell im Reichstage gehaltene Rede, der ja den schon mehrfach gebrauchten Ausdruck tabula rasa in Bezug auf Gesellschafts- und Staatsumformung gebraucht habe. Die Krisis habe der Sozialdemokratie allerdings Anhänger zugeführt, doch von einer schlechten Lage der Arbeiter könne nicht geredet werden; diese sei eine bessere wie früher, nur insofern könne man von einer Verschlechterung sprechen, als die Besserstellung der arbeitenden Schichten nicht gleichen Schritt gehalten habe mit der der höheren Schichten. Weitere Ursache der Verstärkung der Sozialdemokratie sei nicht, wie fälschlich angenommen würde, die Centralisirungssucht, wie sie im Reiche vorhanden sei — man finde jetzt allerwegen Centralisirungsversuche und sei dieselbe höchstens als Nebenursache zu betrachten. Hauptursache sei die Hast, mit welcher die Gesetze fabrizirt würden, dadurch werde das Vertrauen und die Achtung vor dem Gesetze geschwächt, und dann raube die weiter und weiter um sich greifende Religionslosigkeit dem Volke den Sinn für alles Ideale. (!!!) Besser als eine mündliche Agitation sei die durch die Presse; die sozialistische Presse umfasse circa 50 Zeitungen mit einem Leserkreis von circa 60,000. (?) Sie sei maßlos in der Kritik und werfe scharfe Streiflichter auf unsere Zustände. Auch die Presse, welche gegen die Sozialisten Krieg führe, sei maßlos in der Kritik, jedoch weniger gewandt und sehr oberflächlich. Man habe auch Vermittelung mit den Sozialisten gesucht; das neueste beachtenswerthe Werk in dieser Beziehung sei „Die Quintessenz des Sozialismus“, aber alles sei vergebens; das durch religiöse Verflachung entleerte Herz lasse viel befürchten. Ein Fortschritt in der Verwissenschaftlichung des Sozialismus sei nicht gemacht, seit Karl Marx sein „Kapital“ herausgegeben habe; an diesem Untergrund halte man fest, bleibe dabei stehen und deshalb werden die sozialistischen Prinzipien zum Dogma. (?) Redner behandelte dann die Frage: Schutzzoll oder Freihandel und glaubte hierbei — wie in seinem Aufrufe an die Wähler — die Arbeiter zu ködern, indem er betonte, sie müßten ein Schutzgesetz gegen die ausländischen Arbeiter, die die Concurrenz für sie unerträglich machten, verlangen ꝛc., er vergaß aber vollständig, seine Freunde — die während des Vortrags einmal zur Ruhe angehalten werden mußten; es schien diesen Herren nämlich langweilig zu werden — zur Organisation gegen die Sozialdemokratie aufzufordern.

Da auf den Vortrag eine Debatte folgte, so meldete sich unser Parteigenosse Geier zum Wort. Zunächst machte Geyer den Vortragenden darauf aufmerksam, daß sein Vortrag nichts weniger als objektiv gewesen sei, auch beweise die Benutzung der Worte: demokratische Umsturztendenz seine starke Parteilichkeit. Ferner habe Calberla seinen Vortrag im Geiste seines Wahlaufrufs gehalten, der gerade so, wie ein Vortrag eines Dr. Hermes in Berlin beweise, daß diese Herren Doktoren sich einen sozialdemokratischen Staat im Kopfe zurecht machten, daß ein solcher sich aber bei Weitem anders gestalten werde. Die Zuhörer spendeten hier den Worten Geier's ein lautes Bravo; dem Herrn Vorsitzenden schien das aber nicht zu behagen, denn derselbe verbat sich alle derartigen Beifallsbezeugungen. Gleichzeitig forderte er den Redner auf, zur Tagesordnung zu sprechen, sonst komme man auf politisches Gebiet und der Verein dürfe keine Politik treiben. Geier entgegnete, daß er auf dem Vortrage Calberla's fuße und sprach weiter. Wenn gesagt werde, „die Sozialdemokratie stehe nicht auf dem Boden der Thatsachen“, so sei das eine Unwahrheit; sie bewege sich erstens auf dem Boden der Gesetze und zweitens könnte er auch, wenn er wollte, den Beweis liefern, daß sie auf dem Boden der Thatsachen stehe; er brauche nur das Vorgehen der Sozialisten am Orte beleuchten. Der Vorsitzende unterbrach hier den Redner abermals und meinte, Redner sollte doch nicht zu weit auf das politische Gebiet gehen. Redner erwidert mit besonderer Betonung: daß er nur auf dem Vortrage fuße. Der Vorsitzende war aber aus naheliegenden Gründen nicht geneigt, den Redner so weiter sprechen zu lassen und forderte denselben auf, darüber zu sprechen: Wie er sich die Verbindung von Stadt und Land denke. Redner kam diesem Verlangen nach, um das Wort zu behalten, und wies darauf hin, daß die Interessen der Arbeiter in Stadt und Land gemeinsame seien, weil die heutige Produktionsweise beide gleich sehr ausbeute. Redner schloß dann mit einigen Citaten aus: „Die Forderungen des Sozialismus ꝛc. von B. Geiser.“ — Dr. Calberla replizirte kurz und meinte, daß die Worte „demokratische Umsturztendenz“ nicht aufreizend und ganz berechtigt seien. Man könne sich ja einen Umsturz auf friedlichem Wege vorstellen. Wenn er übrigens gewußt hätte, daß er die Ehre haben werde, Geier gegenüberzustehen, würde er sich besser mit Material versehen haben. Das von Geier citirte Schriftchen von Geiser sei nicht gut gewählt, da es viele Widersprüche enthalte. (!?) Geier wurde nun einer Erwiderung durch den Rittergutspachter Naumann überhoben, welcher den Schluß der Debatte beantragte mit der Motivirung: Man komme zu weit auf das politische Gebiet. Der Antrag wurde angenommen und die Versammlung geschlossen. Unter den den Saal Verlassenden aber hörte man vielfach von Ungerechtigkeit und Furcht der Gegner sprechen.

London, 25. März. (An die Parteigenossen und Abonnenten des „Vorwärts“ hierselbst.) Da das 1. Quartal d. J. abgelaufen ist und also von Neuem auf unser Parteiblatt abonnirt werden muß, so ersuchen wir die Leser desselben dringend, ihre Bestellungen sofort machen zu wollen. Selbige nimmt bis auf Weiteres entgegen: J. Busch, 79 Charlotte Street Fitzroy Squarre W.

Ferner diene zur Nachricht, daß von jetzt ab nur pränumerando (gegen Vorausbezahlung) die Zeitung besorgt wird.

Auch werden Diejenigen, welche noch für das 1. Quartal mit der Bezahlung im Rückstande sind, aufgefordert, ihren Verpflichtungen sofort nachzukommen. Mit Gruß

J. Boß, 79 Charlotte Street, Fitzroy Square, London W.

Briefkasten

der Redaktion. F. in B.: Ihrem Wunsch wird entsprochen werden. Im nächsten Quartal wird eine Reihe von erläuternden Artikeln über das Parteiprogramm veröffentlicht werden. Es wäre schon früher geschehen, wenn nicht die Redaktion in den letzten 5 Monaten durch Reichstag und Wahlkampf zu sehr abgelenkt worden wäre. —

Quittung. Hckr Connewitz Schr. 4,65. H. Imhf Paris Ab. 13,06. Irgns Crottdorf Ab. 8,20. Wndt Penzlin Ab. 2,30. Klmnn Königsberg Ab. 1,20. Rttmnnr München Schr. 17,20. Wßlr hier Ann. 0,60. Hlr Klosterneuburg Ab. 4,80. R. Grnr Mannheim Schr. 21,10. Bnk Saalfeld Ab. 15,00. Schfr Berlin Ab. 3,00. Wttmr Traunstein Ab. 6,00. Oertl Kellinghusen Ab. 10,40. Schmdt Hannover Ab. 209,00. Drtlt Turnitz Ab. 11,30. Pchlnr Judenburg Ab. 0,98. Bnsch Dortmund Schr. 6,66. E. Fy Hannover Ab. 2,10. Symnk Bautzen Ab. 1,00. F. Brnnr Graz Ab. 2,00.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Fr. J. Crottorf 0,50.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Zur Beachtung!

Abonnements auf den „Vorwärts“ und die „Neue Welt“, Bestellungen auf Schriften, sowie alle Geldsendungen und Annoncen sind **nur** an die Expedition, hingegen Berichte und Correspondenzen **nur** an die Redaktion des betreffenden Blattes zu adressiren.

Leipzig, im März.

Die Redaktion u. Expedition.

Alle Gelder

für die

statistische Tafel der sozialist. Wahlen

sind umgehend an **August Geib**, Hamburg, Rödingsmarkt 12, zu senden.

Die weiteste Verbreitung der statistischen Tafel liegt im Interesse der Partei!

C. O. Deeg,

Reudnitz-Leipzig, Seitenstraße 25,

empfiehlt sich zur **Abonnements-Annahme** auf den „Vorwärts“ „Fackel“ und „Neue Welt“ sowie bei Bestellungen aller sozialistischen Schriften für **Reudnitz-Leipzig** und Umgegend.

Elegante Einbanddecken

für die „Neue Welt“

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von **H. Jansen**, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

(F 320) zu beziehen [30

Abonnements-Einladung

pro 2. Quartal 1877.

Die Neue Welt.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Wöchentlich 1½ Bogen. Preis vierteljährlich Mk. 1,20.

In Heften à 30 Pfg.

II. Jahrgang. Auflage über 33,000.

Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an.

Bei Postabonnements wolle man sich auf die Zeitungspreisliste 1875, Seite 64, Nr. 2577 berufen. — Heftlieferungen können bei der Post nicht bezogen werden. — Für Kreuzbandsendungen innerhalb des deutsch-österreichischen Postgebietes berechnen wir incl. Porto per Quartal 1 M. 60 Pf. Für Hefte oder Einzelnummern bitten wir bei Bestellung den Betrag in Briefmarken beizulegen.

Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam daß zur Einführung der **„Neuen Welt“**

„Illustrirte Prospekte“

gratis versandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.

Die **Verbreitung der Prospekte** in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirthschaften und Familien wird den Gesinnungsgenossen **als bestes Agitationsmittel** dringend an's Herz gelegt.

Bei Bestellung ist die Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. **Plakate** zum Aushängen in öffentlichen Lokalen und **Sammellisten** stehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.

Leipzig, Färberstraße 12/II.

Wir empfehlen:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und **Fr. Jourde.**

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.

Färberstraße 12/II.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.

Von **Georg Vollmar.**

Preis pro Exemplar 15 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch uns ist zu beziehen:

Die Quintessenz des Sozialismus.

68 Seiten Oktav. Preis M. 1,20.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch die Buchhandlung des „Vorwärts“ ist zu beziehen:

„Das preußische Regiment“ vor Gericht.

Rede, gehalten von **Ludwig Pfau** zu seiner Vertheidigung vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M.

Preis: 30 Pf.

Inhalt: Vorwort. — Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht. — Anklageschrift. — Gerichtsverhandlung. — Rede Ludwig Pfau's. — Urtheil.

Es erschien:

Zur

Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: H. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Sutz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 40. Freitag, 6. April. 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April 1877 begann ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Oesterreich, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Convertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** 2c. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost das.; für **Thonberg** bei Besch, Hospitalstr. 39/II. dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I; für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. Grube, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Vorwärts!

II.

In Bezug auf die französische Revolution haben verschiedene Geschichtsschreiber die Frage aufgeworfen, ob die Revolution nicht durch eine energische und kluge Politik hätte vermieden werden können. Wenn man unter Revolution den gewaltsamen Ausbruch der elementaren Volkskraft, die gewaltsame Niederwerfung der bestehenden Staats- und Gesellschaftseinrichtungen versteht, dann läßt sich allerdings mit Ja! antworten. Hätte Ludwig der Sechzehnte oder seine Rathgeber der Bewegung, welche den dritten Stand, d. h. die ganze Nation mit Ausnahme der paarmal hunderttausend adeligen und geistlichen Privilegirten, vollkommen freien Spielraum gelassen und den anschwellenden Wogen ein hinreichend breites Fluthbett geschaffen, so wäre ein gewaltsamer Ausbruch unmöglich gewesen und — die Revolution hätte sich friedlich vollzogen. Versteht man dagegen unter Revolution nicht die zufällige Form, sondern das Wesen und den Inhalt der Umwälzung, so kann jene Frage nur lächerlich erscheinen. Vollziehen mußte sich die Revolution — keine Macht der Erde konnte es hindern; die einzige Wirkung eines gewaltsamen Hinderungsversuchs konnte die sein, daß die elementaren Kräfte sich gewaltsam ihre Bahn öffneten.

Ludwig der Sechzehnte und seine Rathgeber haben die „Milde" und die „Strenge" probirt; sie haben reformirt, sie haben reagirt, sie haben conspirirt — alles mit dem nämlichen Erfolg des absoluten Nichterfolgs. Die Reformen wurden zu Waffen in den Händen der Revolutionäre; die Reaktionsmaßregeln wurden es erst recht, und die Conspirationen richteten mit wahrhaft fatalistischer Regelmäßigkeit ihre Spitze gegen die Conspirateure (Verschwörer). Es ist die alte Geschichte: die menschlichen Entwickelungsgesetze lassen sich weder durch List noch durch Gewalt lahmlegen. Man muß sie erforschen und ihnen gemäß handeln — das ist das einzige Mittel, politisch-sozialen Katastrophen vorzubeugen, und Ludwig der Sechzehnte und seine Rathgeber hatten nicht das staatsmännische Zeug, dieses einzige Mittel zur Anwendung zu bringen.

Statt sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, statt die Revolution zu leiten und zu organisiren, trieben sie die schlimmste aller Politiken: Experimentalpolitik — ganz wie unsere heutigen Staatslenker dies gegenüber der sozialistischen Bewegung thun.

Jetzt, wie vor hundert Jahren, vollzieht sich eine großartige sozialpolitische Revolution. Und jetzt, wie vor hundert Jahren, zeichnen die leitenden Staatsmänner sich durch ein vollständiges Verkennen und Nichterkennen der Zeitbewegung aus.

Ein fortwährendes Schwanken zwischen Gehnlassen, schwächlichen Reformgelüsten, impotentem Repressionsrappel. Am Hofe des jungen Ludwig des Sechzehnten konnte die Noth- und Planlosigkeit nicht ärger sein. Ein gewissenhafter strenger Vergleich würde eher zu Ungunsten der heutigen Staatsmänner ausfallen. So weit wir dieselben beurtheilen können, müssen wir an die Fortdauer der Experimentalpolitik glauben. Man wird abwechselnd (vielleicht ein bischen heftiger als bisher) reformiren und reagiren, und das Resultat wird sein: beschleunigte Desorganisation.

Gleich den Franzosen vor der großen Revolution werden wir Sozialisten aus jeder Maßregel unserer Gegner Vortheil ziehn: Reformen liefern uns Hebelpunkte, um das Alte aus den Angeln zu heben; eine Repressionspolitik verleiht unserer Bewegung blos um so größere Intensität — liberale Gesetze liefern uns gesetzliche Handhaben, reaktionäre Gesetze stärken uns moralisch, weil sie den Bankrout der herrschenden Staatsmannsschaft verkünden; und etwaige Copien der Versailler Ordnungsparteipolitik, mit obligatem Satory und Neukaledonien — je nun das gäbe uns Märtyrer, und der alte Satz: Christenblut ist Christensamen, heißt in seiner neuesten Lesart: Sozialistenblut ist Sozialistensamen.

Die komischste Ausgeburt der herrschenden Rath- und Planlosigkeit ist aber unstreitig die Idee, den Sozialismus durch eine wissenschaftliche Polemik in Flugschriften und Zeitungsartikeln tödten zu wollen. Die Unglücklichen, die dieses Projekt ausheckten, bekunden dadurch recht drastisch, daß sie von der Natur des Sozialismus nicht die entfernteste Ahnung haben. Sonst mußte ihnen klar sein, daß sie sich auf ein Gebiet wagen, auf welchem der Sozialismus unüberwindlich ist.

Von zweien Eins: entweder meinen die Gegner es ernst mit der Wissenschaftlichkeit — gut, dann werden wir sie zum Sozialismus bekehren. Oder sie meinen es nicht ernst mit der Wissenschaftlichkeit — gut, dann proklamiren sie die geistige Impotenz ihres Staats- und Gesellschafts-Systems. In jedem Fall sind wir es, die den Gewinn haben.

Kurz — alle Wege führen heutzutage zum Sozialismus, und die thörichten Anstrengungen Derer, welche uns die Wege verlegen möchten, dienen nur dazu, uns schneller an's Ziel zu bringen.

Der Kampf um's Dasein in der Menschenwelt.

II.

Gehen wir nun zunächst etwas tiefer auf das erste unsrer Naturgesetze ein, das vervollständigte Darwin'sche, das Gesetz von der Erhaltung der Kraft auch im Organismus. Hiernach ist eine hochentwickelte Fortpflanzungsthätigkeit nicht ein Beweis des vollen Gedeihens eines Lebewesens, sondern ein Beweis, daß veränderte Lebensbedingungen ihm die reichliche Ernährung aller Organe außer den Geschlechtsorganen verkümmert haben. Wenn eine einzige Pflanzenart weite Bodenstrecken ganz allein besämt, so beweist dies einen für allseitige Entwicklung derselben kargen Boden; durch die Verstärkung der Fortpflanzungsthätigkeit tritt die Wechselwirkung ein, daß sie vielen andern, weniger fruchtbaren Pflanzenarten den Boden, die Luft und das Licht entzieht, daß aber auch für jede der zahlreichen Sämlinge die Nahrung sich mehr vertheilt, jeder immer einseitiger die Fortpflanzungskraft ausbildet, bis zuletzt die Nahrung für alle zu karg wird, und diese Pflanzenart örtlich ausstirbt. So hat der Verfasser die überaus fruchtbare canadische Distel, ein kaum vertilgbares gefürchtetes Acker-Unkraut, auf einem magern Boden sich jahrelang vermehren und dann plötzlich ganz von selbst aussterben sehen. Diejenigen Fische, welche eine überaus große Zahl von Eiern reifen, sind alle träge, von schlaffer Bewegungskraft, von sehr geringer Gehirnentwicklung, also dumm und nicht fähig, ihren Feinden zu entgehen; die Verkümmerung der Bewegungs- und Gehirnorgane hat die vorhandene Kraft auf das Geschlechtswesen übertragen, und die Verkümmerung selbst ist Folge veränderter Lebensbedingungen, unter welchen vielleicht die Nahrung ohne Kampf und Anstrengung gegeben war. Nadelholzbäume übertreffen, mit Ausnahme der Birke, alles Laubholz in Ausdauer auf dem ungünstigsten Boden, besonders der Polar- und Hochgebirgsgegenden; sie sind in Wurzeln und Blättern, Blüthenpracht und Zellengewebe des Holzes auf's Aeußerste verkümmert, sind aber dabei die fruchtbarsten, fortpflanzungsfähigsten aller Waldbäume. Und wenn die meisten Thiere der Gleichergegend bei der überreichen Nahrung nur ein Junges auf einmal, und selten mehrmals im Jahre werfen, ist es aus einer andern Ursache, als weil die Zeugungsfähigkeit verkümmert unter dem Nahrungsüberfluß?

Die Nutzanwendung unsers Naturgesetzes auf den Menschen ergiebt sich leicht und löst uns eine Anzahl von Räthseln. Die dunkelste Rasse, die ursprüngliche, die heiße Zone bevölkernde, hat nie massenhaft nach den mehr gemäßigten Erdgürteln sich ergossen, ist nie erobernd und weitersiedelnd aufgetreten, weil sie gewöhnlich Nahrungsüberfluß und keine Uebervölkerung hatte; sie hat nur spärliche Auswanderung aufzuweisen, veranlaßt durch vorübergehenden Nahrungsmangel. Die zahlreichste aller Rassen, die gelbe oder mongolische, zeigt bei den frühsten Volkszählungen in China, welche geschichtlich überliefert sind, vor etwa 3000 Jahren, nur eine mäßige Bevölkerung; erst seit etwa 300 Jahren ist sie auf überraschende Weise gewachsen, ganz im Verhältniß wie die Ernährung weniger üppig, die nothgedrungene Mäßigkeit größer wurde. Nicht über 2000 Jahre hinauf reichen die Berichte von jenen ungeheuren Mongolenschwärmen, welche erobernd und zerstörend westwärts drangen; denn erst seit jener Zeit nahm infolge der Bodenhebung des ganzen Asiens die Nahrungsmenge dieser Hirtenvölker allmählig ab, die Uebervölkerung trat ein und wurde zur massenhaften Auswanderung gedrängt, welche die arischen Völker fast ganz nach Europa zusammenzwängte. Arabien hätte weder vor 3000 Jahren solche Eroberungsschwärme aussenden können, wie die waren, mit welchen die Kalifen den halben damals bekannten Erdkreis eroberten und moslemisch machten; noch könnte es dies heute. Die Bodenhebung und Ausdörrung des Landes hatte um Muhamed's Zeit Uebervölkerung erzeugt. Die fortschreitende Wüstenbildung sowohl Arabiens als der Mongolei hat endlich der Uebervölkerung durch Nahrungsmangel einen Damm gesetzt. Eine eben solche ausgedehnte Bodenhebung hat alles Land in Nordamerika betroffen, welches zwischen den Felsengebirgen und der Sierra Nevada liegt, und wir können nunmehr die Zeit ziemlich genau berechnen, wann diese Erhebung begonnen haben mag. Denn von hier aus kamen nach allen Denkmälern und Traditionen die Azteken, welche, als sie um 1300 n. Chr. das dichtbevölkerte Mexiko eroberten, Hunderttausende von Kriegern gezählt haben müssen. Wenige Jahrhunderte allmähliger Wüstenbildung müssen genügt haben, eine Uebervölkerung zu erzeugen, welche so große Heere lieferte, und zwar auf einer Strecke, so groß wie Deutschland und Oestreich zusammengenommen, auf welcher heutzutage noch nicht 100,000 Menschen leben könnten. Die dortige Indianerbevölkerung nimmt jetzt nur noch ab, weil die Trockenheit zunimmt. Umgekehrt haben wir in Ungarn, wo Ueberfluß an Nahrung herrscht, eine ganz langsame Bevölkerungszunahme, welche durch nichts so genügend erklärlich wird, als durch eben diesen Ueberfluß; und gerade dort ist der ärmste Landestheil, die Slovakei, am dichtesten bevölkert.

Der Kampf um's Dasein spielt also schon in der alten und ältesten Geschichte, da der Mensch dem Thiere noch am meisten ähnelte, nur eine eingeschränkte Rolle — er wirkt nur vorübergehend und stoßweise. Es tritt schon frühzeitig ein dem Menschen allein eigenes, unser zweites Entwicklungsgesetz in Mitthätigkeit. Der Mensch fühlt immer selbstbewußter seine Erhabenheit über die Thier- und Pflanzenwelt und sucht sich immer stärker über sie zu erheben, zunächst durch Zähmung der Thiere und Pflanzen, durch Hirtenleben und Ackerbau, später durch eigne planmäßige Rassenveredlung und Benutzung der niedern Rassen als Mittel zu seinen eignen Zwecken. Mit diesen beiden Fortschrittsstufen ersteigt zugleich die Sprache die beiden höheren Stufen, welche die in der „Neuen Welt" erschienenen Artikel „Zur Urgeschichte" bei den Mongolen und Weißen gekennzeichnet haben. (Ja, es durfte dort die Vermuthung aufgestellt werden, daß schon die ersten Affenmenschen ihre Vorfahrenschaft, die Menschenaffenart, welcher sie entsprungen, ausgerottet haben, um nicht an ihre Abstammung erinnert zu werden.) Das begonnene Denken muß schon ziemlich fortgeschritten sein, wenn Speiseauswahl, Gattenwahl, Turnübungen für Leib und Geist allgemeines Gesetz werden können. Der Kampf um's Dasein ist also schon hier, vor aller Geschichtsschreibung, zugleich ein Kampf um die Beherrschung und Veredlung der Natur geworden. Allerdings sind die besonderen Vorzüge des Stammelternpaares der weißen Rasse (oder der verschiedenen Paare), welche sich nachher durch künstliche Zuchtwahl häuften und den neuen Rassen-Charakter zuwege brachten, als zufällig erworben anzusehen. Aber es findet schwerlich dabei ein Kampf um's Dasein mit andern Menschenrassen statt; die neue Rasse konnte sich nur befestigen, wenn sie ein für andere schwer angreifbares Gebiet lange Zeit behauptete (und sie hat es bis heutzutage behauptet). Bei der Auswanderung, welche nur aus Noth, aus Uebervölkerung, hervorgehen konnte, und mehrere Jahrtausende sich immer wiederholte, erscheint jede neue Mannschaft lebenskräftiger, die Rassenveredlung muß also unausgesetzt fortbetrieben worden sein. Jedes neue Volk, das aus der Wiege hervorbrach, erscheint mehr von seinem Selbstbewußtsein erfüllt, Herrscher über die Erde werden zu müssen, weil es allen andern überlegen ist. Trotzdem sind diese Auswandererschaaren schwach an Zahl, müssen lange Jahrhunderte hindurch mit Mongolenübermacht und mit schon ausgebreiteten nächstverwandten Völkern um ein Plätzchen kämpfen, und gerade die letztausgewanderten werden dadurch am weitesten westwärts gedrängt und erstarken durch diesen Kampf am meisten, weil sie mit immer mächtigern Reichen und einer immer kargeren Natur kämpfen müssen. Es tritt die Wechselwirkung ein, daß stufenweise mit der Aufgabe die Kraft wächst, und die stets wachsende Kraft sich kühnere Aufgaben zutraut. So wird allmählig Mann für Mann ein Held und ein Denker; der Freiheitsgeist verkörpert sich in ganzen Völkern; das Weib wird dem Manne gleichgeachtet und erzogen; die Arbeit adelt, und die Sklaverei verschwindet; kein Einzelner mehr beherrscht durch Vorzüge der Geburt eine Menschenherde; Jeder steht Jedem gleich und verläßt sich nur auf sich selbst. In dieser Verfassung lernen wir die germanischen Völker bei ihrem Erscheinen in der Geschichte und im ganzen ersten Jahrtausend unsrer Bekanntschaft mit ihnen kennen.

Es ist also die Noth nur dann ein treibendes Entwicklungsmittel, wenn sie eben noch überwunden werden kann, wenn der Versuch, mit Anstrengung aller Kräfte sie zu besiegen, nicht aussichtslos ist, weil ein genügender Kraftvorrath vorhanden ist und nur entwickelt zu werden braucht. Der Fortschritt steht ebensowohl still, wo die Noth aufhört, als wo sie für die Kraftquelle zu groß wird — die Wechselwirkung hört auf. Deshalb kehren zwei Erscheinungen in der Geschichte so oft wieder: die mit Stillstand auf errungener Fortschrittsstufe wachsende Abnahme der Fortschrittskraft bei allen Völkern und Volksklassen, welche die Arbeit von sich auf niedere Bevölkerungen oder Klassen abwälzen können, und das stete Mißlingen aller Aufstände unterdrückter Klassen, unter welchen keine Denkbildung verbreitet war. Dagegen ist das Gelingen eines stufenweisen Emporstrebens einer arbeitenden Klasse — aus Sklaverei zur bloßen Hörigkeit, aus Hörigkeit zur persönlichen Freiheit des Lohnarbeiters und vor

hier aus zur allseitigen Freiheit — an sich ein Beweis, daß die Denkbildung sich verallgemeinert und dieser Klasse volle Menschenrechte und stete Vervollkommnung verbürgt.

Denn daß die Denkbildung als Fortschrittsmittel mächtiger ist, als die Kenntniß von Thatsachen in auch noch so großer Fülle, das wird gerade durch die Geschichte bewiesen. In China und Japan, wo schon in vorgeschichtlicher Zeit, und wahrscheinlich früher als irgendwo, ein ausgiebiger Ackerbau Nahrung und Muße genug ließ, um Erfindungen vieler Art zu machen, also ein größeres Wissen zu verbreiten, und eine wohl mehrtausendjährige Sicherheit vor äußern Feinden keine Noth aufkommen ließ, konnte die Denkthätigkeit nur ausnahmsweise sich entwickeln. Die Folge war übermäßige Ehrfurcht vor den Leistungen der Vorfahren, der Glaube an deren Unübertrefflichkeit und ein solches Erlahmen des Denkens, daß sogar die höchst unvollkommene Sprache sich nicht weiter ausbildete, also wechselwirkend das weitere Denken erschwerte. Das reiche vorhandene Wissen und fleißige, geschickte Können entwickelte sich deshalb nie zur Wissenschaft und Kunst, die Civilisation nie zur Kultur, die einmal erlangte Bewältigung der Natur nie zur wachsenden Freiheit von ihr. Das übermäßig ausgebildete Gedächtniß verkümmerte die Vernunft. Auf dem Gegenpol haben wir die alten Hellenen, welche unter einem schönen Himmel und auf einem allseitig anregenden Boden, der aber einen Nahrungsüberfluß nie aufkommen, dagegen aber stete Gefahr vor äußeren Feinden bestehen ließ, von allen civilisirten Völkern lernten, deren todtes Wissen und Können durch eignes Denken zur wirklichen Wissenschaft und Kunst verschmolzen, läuterten und befruchteten und dadurch zuerst das Menschenthum erfanden und wenigstens jeden Bürger auf die höchste damals erreichbare Stufe erhoben. Die alten weißen Aegypter und ihre nächsten Nachbarn, die Araber, bieten eine eben solche Parallele. Jene mit ihrem reichen Wissensschatz, aber einem Denken, das nur im Geheimen von wenigen Auserwählten gepflegt werden durfte, weil selten die Noth dazu drängte, die Volkskraft wachzurufen, sind frühzeitig vertilgt, und ihr Wissen ist von ihnen selbst nicht zur Wissenschaft, ihr Können nicht zur wahren Kunst entfaltet worden; diese, von wachsender Noth zur Eroberung vieler Länder getrieben, lernen von allen und bilden in Spanien und Mesopotamien die Wissenschaft und Kunst der alten Welt zu neuem Leben fort, schaffen Kultur und hören damit erst auf, als sie wieder in die Wüsten verdrängt werden. Was bedarf es aber weitern Beweises für unsern Satz als die Thatsache, daß die Jesuiten aller Zeiten ihre Zöglinge mit Wissen überfüttert haben, um das selbstständige Denken nicht aufkommen zu lassen?

An dem Unglück der germanischen Völker, welches sie seit Eroberung des Römerreichs verfolgt, ist hauptsächlich das schuld, daß sie mit einer ausgearteten Kultur, mit der römisch-griechisch-christlichen, welche das Denken verpönte, in Berührung kamen und, bei ihrer großen Lernbegier und Ehrfurcht vor Kultur, lange Zeit das eigne Denken verlernten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Briefstieberei. In der (zu München erscheinenden) „Süddeutschen Presse" war vor einigen Tagen zu lesen: „Zur Affaire Ratzinger*) verlautet, daß der Redakteur des „Volksfreund", Herr Weltpriester Jinat, dieser Tage in Rosenheim gewesen ist, und daß das Ergebniß des Besuches in einem an die Adresse des Dr. Ratzinger gerichteten, ziemlich energischen Briefe bestand. Hinsichtlich der Beurtheilung des Falles muß man natürlich die weiteren Instanzen abwarten." Hierzu bemerkt der „Volksfreund": „Wir waren allerdings in Rosenheim und gaben auf der dortigen Bahnpost einen eigen geschriebenen Brief an die Adresse des Dr. Ratzinger ab, der ziemlich energisch war, insofern er offen aussprach, daß kein Parteigenosse sich auf den Standpunkt des königlichen Landgerichts in Tölz stelle und in seinem Wahlkreis nach wie vor das vollste Vertrauen auf ihn herrsche. Wissen möchten wir dagegen, ob königliche Postbeamte den Beruf haben, für liberale Blätter Spionirdienste zu leisten, und darum werden wir uns beschwerend an das königliche Oberpostamt wenden. Es ist nicht viel, wenn wir erwarten, daß Herr v. Pfretzschner für die Wahrung des Amtsgeheimnisses auch dann eintritt, wenn es Katholiken zu Gute kommt." — Es ist nicht viel, was der „Volksfreund" erwartet, aber doch vermuthlich zu viel.

*) Der dem Centrum angehörige Reichstagsabgeordnete Ratzinger wird von kulturkämpferischer Seite — ob mit Recht oder Unrecht, das wissen wir nicht — eines unsittlichen Attentats auf eine Kellnerin beschuldigt. R. d. V.

— Die Feier des Kaisergeburtstags in Mainz ist durch eine förmliche Schlacht beschlossen worden, die sich die „Stützen" der heutigen Ordnung unter einander lieferten. Es waren Hessen und Preußen, die ihre brüderliche Zuneigung durch Anwendung von Säbel und Bajonnet bethätigten. Der Skandal brach, wie das gewöhnlich der Fall zu sein pflegt, auf einem Tanzsaal aus, pflanzte sich dann auf die Straße fort und endete damit, daß 20—25 Soldaten mehr oder weniger erhebliche Verletzungen davongetragen haben. Da sich das „militärische Schauspiel" am andern Tage wiederholte, sah sich der Festungscommandant genöthigt, sämmtliche Mannschaften in den Kasernen zu consigniren. Man sieht, mit der deutschen Einheit und Einigkeit hat es noch seine guten Wege!

— Der Hungertyphus breitet sich immer mehr aus. Man nennt ihn aber Flecktyphus — das klingt nicht so schlimm. Selbst die Reptilienblätter können das Uebel nicht mehr wegläugnen. So schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

„Die Flecktyphus-Epidemie in Oberschlesien nimmt, wie aus den jüngsten Veröffentlichungen des Reichs-Gesundheitsamtes sowie aus übereinstimmenden Mittheilungen der schlesischen Lokalpresse hervorgeht, eine noch immer zunehmende Verbreitung und Heftigkeit an. In Beuthen sind laut Mittheilung des „Schweidnitzer Tageblatt" vom 22. d. M. beide Bürgermeister an der Seuche erkrankt und der Beigeordnete bereits gestorben, so daß die Stadt durch einen Regierungscommissar verwaltet werden muß. Im Kreise Pleß hat der königliche Landrath zur Bildung eines Nothstandscomités eingeladen, um die erforderlichen Geldmittel zur Linderung des durch die Typhus-Epidemie im Kreise hervorgerufenen Nothstandes (als ob nicht umgekehrt die Typhus-Epidemie erst eine Folge des Nothstandes wäre) aufzubringen. In ärztlichen Kreisen wird vielfach der Wunsch geäußert, daß eine sachverständige Enquête veranstaltet werden möge, um die noch nicht hinreichend ergründeten Ursachen aufzuklären, welche jenen äußersten Grenzwinkel Deutschlands seit Jahrzehnten zum wiederholten Ausbruchspunkte einer verheerenden Seuche machen, deren Auftreten im ganzen übrigen Deutschland nur sehr ausnahmsweise und sporadisch beobachtet wird."

Die „Norddeutsche Allgemeine", die hier den grauenhaftesten Nothstand zugeben muß, zetert bekanntlich mit am Lautesten gegen die Partei, welche für gründliche Abhilfe des Nothstandes wirkt!

— Wie man Krawalle macht. Donnerstag den 29. März wurde den Arbeitern des Maurermeisters Claus II. in Braunschweig plötzlich eröffnet, daß sie vom nächsten Tage an für denselben Lohn elf Stunden statt der bisherigen zehn zu arbeiten hätten; wer dieses nicht wolle, sei sofort entlassen. Unter den Arbeitern war schon einige Zeit vorher die Nachricht verbreitet, daß diese Maßregel von Ostern ab allgemein von den Meistern beabsichtigt sei. Wie leicht erklärlich erregte diese Nachricht allgemeinen Allarm unter der gesammten Arbeiterschaft; der größte Theil der Arbeiter legte die Arbeit nieder. Am Mittag des 28. sammelten sich am Bauplatz mehrere Arbeiter, um die trotz der härteren Bedingungen fortarbeitenden Collegen zur Einstellung der Arbeit zu bewegen. „Herr Claus II., so berichtet der „Braunschweiger Volksfreund", dem wir nun wörtlich folgen, requirirte darauf polizeiliche Hilfe. Als gegen Abend 6 Uhr auf dem Bau der Winkelmann'schen Instrumentenfabrik die Arbeiter Feierabend machten, blieben diese dort versammelt, um ihre Collegen zu erwarten. Es bildete sich hierauf ein Auflauf von mehreren hundert Personen, und waren es gerade die Frauen, welche am lautesten ihrem Unwillen Ausdruck gaben. Die Polizei schritt ein, ohne auf Widerstand zu stoßen. Zwei Personen, darunter ein junger Bursche, der mit dem Baugewerk in gar keiner Verbindung steht (über die Person des Anderen haben wir noch nichts erfahren), wurden nach dem Polizeiamt sistirt und dort entlassen. Die Aufregung über das Vorgehen des Maurermeisters Claus wurde noch dadurch gesteigert, daß er selbst, im Waisenhaus erzogen, es schnell zu Vermögen und Wohlstand gebracht hat, und es ihm deshalb besonders verargt wird, daß er gerade zuerst mit solcher Maßregel voranging.

„Das Vorgehen des Maurermeisters Claus II. wird vom (Braunschweiger) „Tageblatt" noch als ein Akt der Humanität hingestellt. Nur um den Lohn nicht herabsetzen zu brauchen, habe er die Arbeitszeit erhöht! Die Conkurrenz im Baufach sei so enorm, daß dadurch im Allgemeinen die Preise für Bauarbeiter herabgedrückt würden.

„Das ist eine nette Logik! Als ob die Verlängerung der Arbeitszeit nicht gerade noch die Conkurrenz erhöht, da sie die Zahl der arbeitslosen Arbeiter noch vermehrt. Hieraus erklärt sich die Aufregung der Arbeiter."

Man sieht, der Krawall war ein durchaus unvorbereiteter, und ausschließlich durch die Arbeitgeber provozirt. Vollkommen Recht hat der „Braunschweiger Volksfreund", wenn er hinzufügt, daß der „Auflauf" nur möglich war, weil leider die meisten Arbeiter noch nicht zum Sozialismus gelangt sind. Sie würden sonst einsehen, daß sie nur durch Einigkeit ihre Angelegenheiten fördern können, ein einmaliger Zusammenlauf aber immer noch keine Einigkeit bedeutet. Die Arbeiter bewirken dadurch nichts anderes, als daß sich Einzelne in's Unglück stürzen und der Polizei und Staatsanwaltschaft gute Arbeit schaffen. Wenn solche Krawalle friedlich verlaufen, so ist es dem Einfluß der sozialistischen Arbeiter zu verdanken, welche das Nutzlose und Zwecklose derselben einsehen. Ohne die Arbeiter zu verdammen, welche durch das Vorgehen der Arbeitgeber zu Tumulten getrieben werden, haben wir als Sozialisten, gerade weil wir Revolutionäre sind, das größte Interesse, solche Tumulte zu verhüten und, wo sie vorkommen, nach Kräften zu verhindern, daß sie einen ernsthaften Charakter annehmen. Durch Putsche wird blos den Feinden des unterdrückten Volks in die Hände gearbeitet. Die soziale Revolution (erschrecken Sie nicht, Herr Staatsanwalt! Heugabeln und Petroleum gehören nicht dazu!) ist nicht eine Frage des Willens, sondern eine Frage der Macht, der Organisation. Die kindlichen Schwärmer (s. das „Bulletin" der Jurassier) die uns deutsche Sozialisten, weil wir nicht putschen wollen, als Philister verurtheilen, und die da meinen, man brauche nur bei einer beliebigen Gelegenheit an einem beliebigen Ort ein rothes Läppchen aus der Tasche zu ziehen und „die soziale Revolution" zu proklamiren, mögen sehr gute Menschen sein, sind aber unzweifelhaft sehr schlechte (Revolutions-) Musikanten, die höchstens auf den Beifall der Herren Gesellschaftsretter von Profession zu rechnen haben. Seit Bileams Zeiten haben die Mauern der Zwingburgen nicht mehr die Eigenschaft, von der Musik lang- oder kurzohriger Schreier zusammenzustürzen.

— Die Lebensmittelverfälschung nimmt mit der steigenden Conkurrenz und der Entwickelung des Kapitalismus immer bedrohlichere Dimensionen an. Bei Gelegenheit der Berathung eines Postens im Reichshaushaltsetat für das „Gesundheitsamt" kamen erbauliche Dinge an's Licht. Und jeder Tag bringt neue „Enthüllungen". In den „Neuen Hessischen Volksblättern" vom 29. März findet sich z. B. folgende Notiz: „Darmstadt, 28. März. Das hiesige Polizeiamt sah sich veranlaßt, in jüngster Zeit in hiesigen Spezerei- und Colonialwaarenhandlungen eine größere Anzahl Proben der daselbst feilgebotenen Gewürze erheben und auf ihre Bestandtheile chemisch prüfen zu lassen. Es hat sich hierbei ergeben, daß 46 Prozent derselben (also beinahe die Hälfte) mit mineralischen Substanzen, sowie mit organischen Einmengungen zum Theil in bedeutendem Maße vermischt waren und fanden sich Zusätze von Schwarzmehl, Hülsenfrüchten und deren Schalen, Quarzstückchen und Stärkemehl; in zahlreichen Fällen blieb bei der Untersuchung Eisenoxyd (Ocker) als Hauptbestandtheil zurück. Das Polizeiamt beabsichtigt die Lebensmittel-Controle hiernach mit aller Energie fortzuführen und für die Folge gerichtliche Strafe zu erwirken. Das Publikum möge aber, nach obigen Ermittelungen, genau im Auge behalten, aus welchen Geschäften es seine betreffenden Waaren bezieht." — Leider können wir uns, aus den früher schon dargelegten Gründen, von Polizeimaßregeln nicht viel Gutes versprechen. Das Uebel liegt zu tief; es liegt an der Wurzel der heutigen Gesellschaft und kann nur mit dieser beseitigt werden.

— Zum Rückgang der schweizerischen Uhrenindustrie. Die „Amerikanische Schweizer-Zeitung" hält die von Herrn Favre-Perret angegebenen Ursachen des Niedergangs der schweizerischen Uhrenindustrie (S. Feuilleton des „Vorwärts" Nr. 26 u. 27) nicht für eine erschöpfende Erklärung, sondern will es rundweg aussprechen, „daß die Krisis von den Uhrenfabrikanten selbst heraufbeschworen wurde durch ihre Engherzigkeit und ihren Eigennutz dem Arbeiter gegenüber. Nicht allein die Thatsache, daß man in der Schweiz über 100 Personen braucht, um eine Uhr zu verfertigen, während dieselbe Arbeit in Amerika mit der Maschine verrichtet wird; nicht allein das Ergebniß, daß auf einen Schweizer Uhrenarbeiter blos 40 Uhren per Jahr kommen, während der amerikanische Arbeiter 150 per Jahr produzirt: auch nicht das Faktum, daß die Maschinen-Uhr besser ist als die gleiche Sorte Uhr von der Hand gearbeitet, nein; sondern auch die Unklugheit der Herren Schweizer Uhrenfabrikanten, sich die besten ihrer Arbeiter von Amerikanern wegnehmen zu lassen, um sich ja ein paar Franken Lohnerhöhung zu erspa-

Arbeiterverhältnisse in dem reconstituirten Süden.

(Schluß.)

So der Erguß eines tonangebenden Blattes im Süden, des bedeutendsten in den Golfstaaten, über die hiesigen Zustände. Mit dürren Worten wird hier darauf hingewiesen, wie den ruinirten Sklavenbaronen nur durch Einführung billiger Arbeitskraft das Vermögen gesichert werden kann. Das Lob des „frugalen und sich einschränkenden" Arbeiters steht diesem Sklavenorgan trefflich an, das, nebenbei erwähnt, seine Gesinnung noch stets feilgeboten hat. Im Uebrigen bezeichnet der Artikel genau die Anschauungen der hier machthabenden Klasse, die freilich trotz ihrer angeblichen „smartness" (Geriebenheit, Pfiffigkeit) das Eine nicht zu wissen scheint, daß, wenn der chinesische Arbeiter erst einmal hier ist, der Conkurrenzkampf sich bald zu Gunsten John Chinaman's*) entscheiden wird, mancher Kapitalist dann aber das Loos seiner Collegen in Californien zu theilen haben wird, was uns allerdings gleich bliebe, wenn der Arbeiter bei diesem Prozeß nicht ebenfalls verkommen müßte — der ehemals auch der Chinesen-Emigration zujauchzte, heute dieselbe aber unter allen Umständen verboten haben möchte (s. die Anti-Kulibewegung in Californien).

Es ist wahr, der Süden besitzt unermeßliche Hilfsquellen und bei einer rationellen Bebauung des Landes könnten weit mehr Produkte erzeugt werden; von welchem Theil der Union könnte aber nicht das Gleiche behauptet werden? Was nützen alle natürlichen Hilfsquellen den Menschen, wenn ihre Nutzbarmachung menschliche Arbeitskraft erfordert, diese aber nicht vorhanden ist? Hier aber ist sie vorhanden, und wenn der Herr Kapitalist kein Vielfraß wäre, so würden Millionen Menschen in allen Theilen des Landes beschäftigt werden können, statt daß sie jetzt in den großen Städten verkommen und die Zahl der „Paupers" (der Hilfslosarmen) erheblich vermehren. Das Gewimmer der Bourgeoispresse von „nichtgenügender Arbeitskraft" ist deshalb eitel Wind; sie weiß sehr gut, daß Arbeit in Hülle und Fülle da ist, trotzdem aber Tausende ohne das Nothwendigste ein freudenloses und erbärmliches Leben führen.

Ein Zeichen der Zeit ist es aber, daß die Chinesen-Importation auf der Tagesordnung steht, ungeachtet der nachtheiligen Wirkungen, die dieselbe für den amerikanischen Arbeitsmarkt mit sich bringen muß. Unter den, dem Schreiber dieses zu Gesicht gekommenen englischen Blätteru befindet sich denn auch nur eines, welches sich gegen die vorgeschlagene Importation ausspricht und die richtige Bemerkung hinzufügt: auch der Neger könne gebildet werden; die Unionsregierung müsse vor allen Dingen an die Besserstellung der einheimischen Arbeiter denken, ehe man der unbedachtsamen Importation von Chinesen das Wort redet. Solche Worte aber verhallen wie die Stimme des Predigers in der Wüste, und erst dann wird man den Schaden einsehen, wenn nicht mehr zu helfen ist.

Es liegt uns gewiß fern, dem Chinesen als Arbeiter gegenüberzutreten, wenn seine Existenz in Frage kommt; wenn er aber durch seine Bedürfnißlosigkeit dem weißen und schwarzen Arbeiter in der Conkurrenz den Arbeitsmarkt thatsächlich verschließt, so ist es Pflicht aller denkenden Arbeiter, jede Rücksicht fallen zu lassen und in dem Chinesen ein brauchbares Werkzeug in den Händen der Kapitalisten zu bekämpfen, da es sich einfach darum handelt, ob Derjenige, welcher noch einigermaßen Menschlichkeitsgefühl und Selbstachtung besitzt, seine Existenzfrage auf das Spiel setzen soll, oder ob der durch Jahrhunderte währende Finsterherrschaft an Geist und Körper gebrochene Chinese eine neue Stütze für die herrschende Klasse abgeben soll.

Leider giebt es hier noch eine Masse Arbeiter, welche aus Haß gegen den Neger die Pläne der Kapitalisten unterstützen und damit ihre eigenen Interessen schädigen. Eine totale Unkenntniß über das Wesen der heutigen Gesellschaft sowie über den wahren Charakter des Geldprotzenthums ist allgemein, deshalb nirgends ein bewußtes Handeln, kein solidarisches Zusammenwirken, kein systematischer Kampf um die gemeinschaftlichen Interessen.

Diese Thatsache bestätigte sich kürzlich auf's Neue in einem von den Longshoremen (Werftarbeitern) in Charleston (Süd-Carolina) versuchten Strike, der, abgesehen von einigen blutigen Köpfen, den Arbeitern auch absolut Nichts einbrachte. Die Letzteren sind, obwohl einem Vereine angehörend, der, gleichwie fast alle Arbeitervereine, der Nothwendigkeit entsprungen ist — sich über die anzustrebenden Ziele vollständig unklar; sie begreifen freilich, daß ihre Verbindung eine gewisse Schutzwehr gegenüber den Kapitalisten bildet, sind aber im Uebrigen von der angeblichen Harmonie zwischen Kapital und Arbeit vollständig überzeugt. Ein Traumgebild, das noch stets zu Unheil geführt hat. Heute wollen sie ihren Peinigern das Haus über dem Kopf in Brand stecken, morgen leisten sie Abbitte und lassen sich in ihrer Unterwürfigkeit in der gemeinsten Weise traktiren. Man lese nur die Strafpredigten, die ihnen nach der erlittenen Niederlage von der englischen Presse gehalten wurden; mit einer beispiellosen Frechheit wurde den Arbeitern plausibel gemacht, das Abhängigkeitsverhältniß des Arbeiters vom Kapitalisten müsse existiren!

Nach dem Vorhergehenden muß ein jeder Urtheilsfähige einsehen, daß die bestehenden Arbeiterparteien zu wenig mit den wirklichen Verhältnissen rechnen, und nach dem augenblicklich Nächstliegenden die ferneren, aber nothwendigen Folgen unbeachtet lassen. Kein Land der Welt aber ist so verschieden in Bezug auf Klima und Menschen wie die Union. Alle Nationalitäten, alle Berufszweige sind mehr oder minder vertreten und so sehr auch die politischen und sozialen Gewohnheiten differiren, die Anerkennung (richtiger Verehrung) des amerikanischen Regierungssystems bleibt sich gleich. Was weiß man im Norden, Süden oder Westen davon, daß im Osten eine winzige Zahl Arbeiter für die Rechte der Arbeit eintritt? Thätig muß in's Volksleben eingegriffen werden, die Sitten und Gewohnheiten müssen kennen gelernt, die Denkweise verstanden und danach die Anordnungen getroffen werden. Dies Kennen setzt eine stete Aufmerksamkeit sowie die Selbstbildung der Arbeiter voraus, welche die Vorhut der Arbeiterbewegung bilden. Noch wichtiger aber ist es, diese nothwendige Bildungsarbeit auf die Allgemeinheit auszudehnen, damit immer eine genügende Zahl intelligenter Streiter gesichert ist, die unbeschadet ihrer eigenen Tüchtigkeit doch nur im Interesse der Gesammtheit dieselbe verwerthen.

Einer gesunden Entwickelung der Arbeiterbewegung müssen also die Bedingungen gesichert sein, die sie ermöglichen, und

*) Collektiv-Spitzname der Chinesen, wie Michel der Deutschen, John Bull der Engländer u. s. w.; ausgesprochen wird's: Dschonn Tschainämänn — Hans Chinamann.

ren, tragen die wesentlichste Schuld an der Krisis." — Merkt's Euch, Ihr Herren, die Ihr nur für lange Arbeitszeit und niedrige Löhne schwärmt! bemerkt dazu die „Tagwacht". — Bei Untersuchung des „Rückgangs" der deutschen Industrie werden wir auf ähnliche Ursachen stoßen. Nach dem Camphausen-Achenbach'schen Rezepte werden nur Kuren à la Eisenbart gemacht: die Industrie wird concurrenzunfähig gemacht, der Wohlstand des Landes vernichtet.

— Wieder Einen hat die Nemesis beim Schopfe gepackt! Wer erinnert sich nicht des infamen Gesellschaftsretters Gallifet, des unterhaltenen Mannes seiner unterhaltenen Frau, dieser widerlichen Sumpfpflanze à la Richter, die aus der Kloake des zweiten französischen Kaiserreichs hervorgewachsen, — des Scheusals, das im kaltblütigen Hinmorden der gefangenen Communekämpfer von keinem Anderen erreicht worden ist? Wohlan, der als Vertheidiger der Familie und Ehe drapirte Louis seiner eigenen Frau, sitzt jetzt als Meuchelmörder im Gefängniß; und unter welchen Umständen hat er sein Verbrechen begangen? Lesen wir, was die Blätter darüber berichten. „In Paris ereignete sich vor ungefähr zwei Wochen eine Begebenheit, welche allenthalben die größte Sensation hervorrief. Es ist dies ein blutiges Eifersuchtsdrama und die Heldin desselben Niemend Geringeres, als die Schwester der Gemahlin des Präsidenten Mac Mahon, Madame de Beaumont. Dieselbe hatte ihren Gemahl verlassen und unterhielt seit geraumer Zeit ein Liebesverhältniß mit dem General Marquis de Gallifet, einem wegen seiner Grausamkeiten berüchtigten Haudegen. (Falsch! G. ist der feigste Schuft!) Auf einem Balle in der Großen Oper kam es zu einem Eklat. Madame de Beaumont, welche ihrem Verehrer bereits früher Grund zur Eifersucht gegeben hat, befand sich in einer Loge und betrachtete sich mit einer Freundin das bunte Gewoge des Opernballfestes. Da erscheint unverhofft der eifersüchtige Marquis in der Loge, zuckt auf seine Geliebte den Dolch und verwundet sie tödtlich an der rechten Brustseite. Die Aufregung, welche dieses blutige Ereigniß im Ballpublikum hervorrief, war derart, daß das Fest unterbrochen werden mußte. Es ist sehr fraglich, ob Madame de Beaumont ihrer Wunde nicht erliegen wird. Aus Rücksicht gegen Mac Mahon schweigt der ganze Chor der Pariser Journale über den blutigen Skandal, und nur „Le Radical", das ehemalige Organ Rochefort's, läßt sich darüber in folgenden Worten vernehmen: „Wir leben in sehr abenteuerlichen Zeiten. Wir haben diesmal von einem skandalösen Ereignisse zu berichten, welches stattgefunden hat in — Japan. Auf einem Balle in einem der Paläste des Mikado durchbohrte ein eifersüchtiger Amant (Liebhaber) mit dem Dolche den Busen seiner Schönen. Diese war eine der elegantesten Damen der Hauptstadt, lebte geschieden von ihrem Gemahl und zählte zu den nächsten Verwandten des Mikado. Ihr Othello ist als brutaler Gamaschenknopf berüchtigt. Die japanesische Presse schweigt darüber aus Courtoisie (höfischer Rücksicht)."

Ein schönes Sittenbild, welches sich uns da entrollt, nicht wahr? Die Schwägerin des obersten Staatsbeamten eine gemeine Dirne, und einer der Haupthelden der europäischen Ordnungspartei Maquerau (der verheirathete oder unverheirathete „Mann" einer Frau, die mit seiner Zustimmung von Prostitution lebt), Ehebrecher und Mörder! Das ist die „Moralität" der heutigen Gesellschaft.

Wie gefällt Ihnen die „pikante" Affaire, Herr von Unruh? Prächtig? Ihr höchstes Ideal erreicht? Was sind wir Sozialisten doch für unsittliche Menschen, daß wir in diese — reine Gesellschaft, die schmutzige Lehre der Gleichberechtigung und Humanität werfen, und diese schneeweiße Unschuld mit plebejischer Seife und Bürste besudeln wollen?

— Der Monstreprozeß wegen sozialistischer Propaganda in Rußland ist von dem Petersburger Gerichtshof in der üblichen Weise zum Abschluß gebracht worden. Mit Ausnahme von zwei wurden sämmtliche Angeklagte — 65 an der Zahl — schuldig befunden und zu Zuchthausstrafen je von 6 Wochen bis zu 10 Jahren, oder zur Verbannung nach Sibirien, oder zu Zwangsarbeit und Sibirien verurtheilt. Während die Petersburger Richter wegen Handlungen, die selbst in Deutschland nicht als Vergehen betrachtet würden, solche barbarische Strafen verhängten, fällten die Moskauer Richter in dem „Coeurbubenprozeß" gegen eine gemeine, zum Theil aus den „höchsten Ständen" rekrutirte Schwindlerbande, ein so mildes Urtheil, daß selbst ein russisches Blatt — der Petersburger „Herald" — von der Milde „überrascht" ist. — Der Kasankirchenprozeß hat noch nachträglich einige Opfer gefordert: zwei Advokaten, Bardowski und Nikludoff sind, weil sie in diesem Prozeß ihre Klienten nach Pflicht und Gewissen vertheidigten, ohne richterliches Urtheil nach Sibirien geschickt worden. Recht russisch das! Und dieses Rußland will in der Türkei den Reformator spielen! — (Anläßlich unserer Bemerkungen über den Kasankirchen-Krawall haben mehrere in der Schweiz lebende Russen eine Zuschrift an uns gerichtet, die wir in einer der nächsten Nummern veröffentlichen und besprechen werden. Für heute nur so viel, daß wir bei Beurtheilung der Handlungen nicht nach der Nationalität der Handelnden fragen, und daß wir in dem vorliegenden Fall nicht anders, höchstens noch strenger geurtheilt hätten, wenn der Schauplatz in Deutschland und die Aktoren und Aktricen Deutsche gewesen wären. R. d. V.)

— Am 29. März wurde Parteigenosse Weidemann aus Hamburg von der Zuchtpolizeikammer in Düsseldorf in zweiter Instanz von dem angeblichen Vergehen der Majestätsbeleidigung freigesprochen.

— Parteigenosse Neff gedenkt nach einer Mittheilung des Augsburger „Volkswille" nach sechsjähriger Abwesenheit den deutschen Boden wieder zu betreten. Wegen Ministerbeleidigung und wegen Aufreizung zu Haß und Verachtung von dem Augsburger Schwurgericht am 16. März 1871 zu einer längeren Freiheitsstrafe verurtheilt, zog Neff es vor, statt Gefängnißstudien zu machen, die Gastfreundschaft der Schweiz in Anspruch zu nehmen, von wo er nun nach Verjährung der Strafe zurückzukehren willens ist.

Innere Parteiangelegenheiten.

Zu Agenten des Vorstandes wurden ernannt für Barmbeck: Stoffel; Coburg: J. Seiler; Friedberg i. H.: J. Mateß, F. Jordes; Veddel: H. Gadow, A. Westphahl; Vieschen: E. Hanewald, R. Tümstein; Worms: H. Günther, L. Haas; Plauen: F. Rudolph, A. Hartenstein; Steinwärder: A. Schulz; Chemnitz: L. Müller; Schwabing: C. Götz; Oberriesenthal: Aug. Obst: Mannheim: Ph. Kosch, Buttle.

Hamburg, 27. März 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: C. Derossi. J. Auer.

Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

Aus Galizien, 29. März. Mit dem nahenden Frühling steigt auch das Elend der Arbeiter in Lemberg. Gegenwärtig sind über 3000 Maurer und Zimmerleute, welche in der größten Noth den Winter zubrachten, hoffend im Frühjahr Arbeit zu bekommen, beschäftigungslos. In derselben Lage befinden sich gegen 200 Tischlergesellen. In den letzten drei Jahren wurde hier viel gebaut. In den Jahren 1874 bis 1876 wurden 499 neue Bauten aufgeführt, also durchschnittlich über 165 Bauten jährlich. Für dieses Jahr sind im Bauamte nur 31 (!) Bauten angesagt, hierzu gehören auch Ueberbauten, größere Reconstruktionen u. dgl. Im Lemberger Gemeinderathe wurde schon diese Angelegenheit in Anregung gebracht und man hat beschlossen, an die Wiener Regierung sich zu wenden mit der Bitte, dieselbe möge die beabsichtigten Bauten eines Justiz-Palastes und des Statthalterei-Gebäudes schon in diesem Jahre und das baldigst beginnen, um den beschäftigungs- und brotlosen Arbeitern zu Hilfe zu kommen. Man bittet um gar nichts als um Arbeit, ob aber die Bitte, da es um polnische Arbeiter sich handelt, in Wien Berücksichtigung finden wird, ist abzuwarten. Auf die gegenwärtigen beklagenswerthen Verhältnisse unserer Tischlerarbeiter wirken außer dem obenerwähnten Umstande auch die politischen Verwirrungen. Nach Rußland exportirten jährlich unsere Tischler bedeutende Transporte von Möbeln ihrer Arbeit. Jetzt hat dies seit den Kriegsvorbereitungen in Rußland aufgehört, und selbst die der Lemberger Tischlergesellschaft in Rußland ausstehenden bedeutenden Forderungen sind nicht einzubringen. Nicht besser sieht es auf dem flachen Lande aus. In den Westkreisen Galiziens hat schon der Hungertyphus an vielen Orten Opfer gefordert, in den Ostkreisen richteten Ueberschwemmungen großen Schaden an, und die umsichgreifende Trunksucht und der jüdische Wucher bringt das Landvolk an den Bettelstab. Elend nur Elend unter den arbeitenden Klassen.

Aus der Schweiz, 28. März. Als ein weltbewegendes Ereigniß hat der Telegraph die neueste „polizeiliche Gesellschaftsrettung" in der Republik Bern am 18. März gemeldet. Mit Stolz verzeichnete die Bourgeois-Presse in der ersten Freude den Sieg, allmählig wurde sie stiller und jetzt spricht sie gar nicht mehr von dem Ereignisse. Die Arbeiter sind, das läßt sich nämlich nicht im geringsten bestreiten, vollständig in ihrem Rechte gewesen und die Polizei hat eine Gewaltthat verübt, die sich würdig den polizeilichen Heldenthaten unserer Nachbarn an die Seite stellt. Bei Beurtheilung des Ereignisses muß man streng den Rechtsstandpunkt in's Auge fassen. Im vergangenen Jahre war der gleiche Verein einer empörenden Mißhandlung durch die Berner Geldsack-Republikaner ausgesetzt, der Verein hatte es gewagt, in der Bundesstadt die rothe Fahne zu entrollen, das war sein Verbrechen gewesen. Die Gerichte hatten die Bourgeois, welche an dem vorjährigen Ueberfall Theil genommen, bestraft und das Recht der Arbeiter, eine rothe Fahne zu führen, ausdrücklich anerkannt. Nachdem sein Recht angezweifelt worden, nachdem die Bourgeois gedroht, das Tragen der rothen Fahne trotz alledem nicht zu dulden, war es Ehrensache des Vereins, bei der diesjährigen Märzfeier sich wieder derselben zu bedienen. Auf Angriffe des reichen Pöbels der Stadt war der Verein vorbereitet, und die Mitglieder, welche am Zuge Theil nahmen, erschienen deshalb nicht ganz waffenlos. An einen Angriff der Polizei selbst hatte man freilich nicht gedacht. Ruhig hatte sie den Zug nach dem Bahnhof passiren lassen, wohl in der leisen Hoffnung, daß ihr der süße Bourgeois-Pöbel Gelegenheit geben würde, neue Lorbeeren zu ernten und sich um das Vaterland verdient zu machen. Wider alles Erwarten blieben die Bourgeois jedoch anständig, und so mußte die Polizei denn selbst die Kastanien aus dem Feuer holen. Ohne jeden Anlaß fing sie den Skandal an, über dessen Verlauf der „Vorwärts" bereits berichtet hat. Die Frage ist eine allgemeine und sie berührt alle Arbeiterkreise in gleicher Weise. Mit aller Entschiedenheit muß der Berner Gewaltthat gegenüber der Rechtsstandpunkt gewahrt werden — was heute den bakunistischen Internationalen passirte, kann morgen den Arbeiterbund treffen. Heute nehmen die Berner Bourgeois an der rothen Fahne Anstoß, morgen erblicken sie vielleicht, wenn die Arbeiter schweigen, in den sozialistischen Lehren selbst eine Provokation und bedienen sich zu ihrer Abwehr, wie am 18. März, des stets gefügigen Polizei-Apparats. Wir begrüßen es mit Genugthuung, daß die Berner Sektion des Arbeiterbundes sich in der Frage sofort mit den Angegriffenen solidarisch erklärte. Nur das geschlossene Auftreten der gesammten schweizerischen Arbeiterpartei vermag zu imponiren und die Wiederkehr derartiger Staatsrettungen zu verhüten. Bleibt der Arbeiterbund dagegen unthätig, dann gewinnen die gemeinschaftlichen Gegner nur Muth zu neuen Heldenthaten. — Die Communefeier ist in allen Sektionen des Arbeiterbundes begangen worden. In Zürich und Genf sprach Most über die Bedeutung des Tages; mit Begeisterung wurden seine Reden aufgenommen. Wir machen die Genfer Genossen auf einen Bericht vom 21. März über ihre Feier in den „Baseler Nachrichten" aufmerksam. Er ist in hohem Maße gehässig gehalten und verräth einen jener bornirten oder gekauften Dummköpfe, die der sozialen Frage gegenüber nur flegelhaft schimpfen können. Der gute Mann schreibt: „Nach ihm (Most) betraten zwei feurige Communarden, von denen einer, was die guten Leute nicht wußten, im Solde der französischen Polizei steht, die Tribüne." Entweder hat der Correspondent unverschämt gelogen, oder die Wahrheit gesagt — in beiden Fällen haben die Genfer die Pflicht, sofort Ermittelungen anzustellen. Vielleicht sind sie inzwischen dem Correspondenten bereits zu Leibe gegangen. Im Uebrigen können wir nicht lebhaft genug unserem Befremden darüber Ausdruck verleihen, daß die radikalen „Baseler Nachrichten", welche sonst als anständig und sogar als arbeiterfreundlich gelten, so widerlichen Ergüssen wie der erwähnten Genfer Correspondenz Raum geben. — Die gesellschaftliche Noth nimmt einen immer bedrohlicheren Charakter an. Der Bundesversammlung liegt eine Eingabe vor, welche in Erwägung, daß die volkswirthschaftlichen Zustände der Schweiz für Tausende von Familien die Hoffnung ausschließen, durch Fleiß und Sparsamkeit zu einem dem Grade der heutigen Gesittung angemessenen Lebensbedarf zu gelangen, daß die Schweiz nicht soviel Holz und Brennmaterial erzeugt, als für den häuslichen Bedarf und die Gewerbe gebraucht wird, daß in Folge von Uebernutzung oder fehlerhafter Behandlung der schweizerischen Waldungen große Flächen guten Landes unbrauchbar geworden sind und viel größere an ihrer Fruchtbarkeit verloren haben ꝛc., die Gründung einer großen schweizerischen Colonie vorschlägt. Antragsteller ist der in Arbeiterkreisen bekannte Nationalrath Joos. Wir wünschen nur, daß er es nicht bei diesem Schritte bewenden läßt, sondern die Aufmerksamkeit des Volkes auch auf neuere soziale Reformen lenkt, welche es den Zurückbleibenden ermöglicht, ohne Neid den Auswandernden nachzublicken. Das Joos'sche Projekt dürfte sich lebhafter Unterstützung erfreuen. — Ueber die organisatorische Bewegung im Arbeiterbunde ein andermal.

Stuttgart, 28. März. Dr. Dulk's Vorträge über Religion, welche die „Deutsche Reichspost" neulich zu einem, in diesen Blättern wiedergegebenen, Angstschrei veranlaßten, haben heuer wie schon voriges Jahr bei unserm in Kirchenfrömmigkeit schwimmenden Publikum übles Aufsehen gemacht, obwohl die größeren Tagesblätter, um nicht anzustoßen, sich fast jeder Notiznahme entzogen. Der „Schwäbische Merkur", stets das feinfühligste Organ, wo es auf den herrschenden Wind zu passen gilt, ging selbst so weit, die Ankündigung eines solchen Vortrags („Die Göttlichkeit Jesu, widerlegt aus dem neuen Testament") als eine „verletzende" von seinen Inseraten auszuschließen; und das Heine'sche Wort: „Den Himmel überlassen wir den Spatzen" soll unsern Parteigenossen gelegentlich der Stichwahl, in welcher wir bei hiesiger Landtagswahl mit dem Nationalliberalismus concurrirten, um ein Tausend Stimmen gebracht haben. Die Reklame für den Atheismus Dulk's in der Presse besorgen daher lediglich die „frommen" Blättchen, evangelische und katholische, die im ganzen Lande herum ihr Wesen treiben, und die, ohne es mit der Wahrheit eben genau zu nehmen, eifrig den Teufel höllenschwarz und blutroth malen, daß es eine Freude ist. Ein wirklicher Widerstand dagegen seitens der Kirche ist bisher noch nicht aufgetaucht; und dürfte es derselben, bei dem ernst-wissenschaftlichen Gehalt der Vorträge*) auch gänzlich an Mitteln hiezu fehlen (wenn sie nicht die Polizei bewaffnet), so sehr die Vorträge auch die Wurzeln ihrer Existenz angreifen. Denn ohne irgend welche Zweideutigkeit schneiden sie mit haarscharfem Ernst in die Gegenwart ein, indem sie den Glauben an einen persönlichen Gott, sowie an ein persönliches Fortleben, radikal als Aberglauben geißeln, und als einen Quell der intellektuellen und moralischen Verkommenheit in der Gesellschaft darstellen; und insbesondre indem sie den Beweis der Inconsequenz, Vernunftwidrigkeit und — Unfähigkeit der herrschenden heutigen Kirche antreten. Das Letztere wie das Erstere hat die Vorträge zu einer für unsre Stadt ganz neuen

*) Die Substanz derselben ist niedergelegt in Dulk's Schriften „Stimmen der Menschheit", Leipzig 1876, und „Was ist von der christlichen Kirche zu halten?" Zürich 1877.

---

unter diesen steht vor allen an der Spitze die Verallgemeinerung des Wissens unter den Arbeitern. Wird derselben die nöthige Berücksichtigung zu Theil, dann wird ein rapiderer Fortgang in der Geschichte der Arbeiterbewegung zu verzeichnen sein mit der Garantie des unausbleiblichen Erfolges!

R. J.

— Wie Einer „Ehrendoktor" wurde. Heinrich Waldhuhn — so wollen wir den Chef einer Verwaltung eines bekannten, von China nicht weit genug entfernten Landes nennen — verfügte über ein Personal von Untergebenen so groß, wie ein „preußisches Armeecorps", ferner über einen Troß von Preßgesellen — 500,000 Teufel, treu im Dienste ihres Herrn und Meisters. — Heinrich Waldhuhn hatte unter seinen Satrapen einen, den er gern in seine Nähe ziehen und ihm einen höheren Titel — sagen wir beispielsweise „Geheimrath" — verleihen wollte. Sein Satrap jedoch zog es vor, zu bleiben, wo er war, denn da, wo er residirte, war der Weisen einer, dem hatte er sein Töchterlein vermählt und dieser Weise war, wie man bei uns zu sagen pflegt, Professor der Universität. Unser Professor war aber nicht allein weise, er war auch schlau, dabei ein braver Schwiegersohn; denn siehe er sprach zu den andern Weisen — alias Universitätsprofessoren: „Sehet Heinrich Waldhuhn, der größten einer in unserm Lande, der da regieret 60,000 Mann mit Strenge und List, auch wohl mit schönen Worten, je nachdem, sehet ihn, der da Bücher schreibt über Länder in Afrika, die er im Fluge sich angesehen, sehet ihn den Herkules, wie er ausmistet den Augiasstall der vom internationalen Schmutz besudelten Landessprache? Ist er nicht werth, daß wir ihn nennen einen der unseren, ihn aufnehmen als Ehrenmirza (Ehrendoktor)? Also geschah's. — Heinrich Waldhuhn wurde aus einem Schlauen zum Ehrenweisen, alias Ehrendoktor von H. ernannt. Aus Dank machte er seinen Satrapen zum — sagen wir Geheimrath und ließ ihn in H. — K.

— Eine Gottesstreiterin hat an den gottlosen Dulk folgende fromme Epistel geschrieben (S. die Stuttgarter Correspondenz in dieser Nummer):

„Nimmer länger kann ich Ihr Thun und Treiben mit anhören, ich wage die Frage an Sie zu richten, wie Sie überhaupt dazu kommen Gott zu verläugnen. Sie alter Mann mit grauem Haar, wissen Sie denn nicht welche furtbare Strafe Ihrer harrt, wenn auch nicht mehr auf dieser Welt, es gibt noch eine andere Welt, wo kein Mensch ungestraft bleiben wird, ein solcher Frevler und Gotteslästerer, wie Sie sind, am aller wenigsten. Gottes Langmuth ist unergründlich, aber er wird Sie dennoch strafen, wenn Sie auf dieser schmutzigen Bahn weiter schreiten. Denken Sie denn gar nicht welch gränzenloses Unheil und welchen Jammer Sie unter der Menschheit anstiften und schon angestiftet habt. Ja Elender Mensch der Sie sind, lachen Sie nur über mich, die Strafe des allmächtigen Gottes wird Sie treffen, so wahr ich hier sitze und diese Zeilen schreibe und sollte ich selbst sein Werkzeug werden. Der liebe Gott wird mich erhören und sein Volk von einem solchen Seelenmörder befreien. Sie Mensch, der Sie alles so gut wissen und kennen, retten Sie doch die Menschheit von dem Jammer und der arbeitslosigkeit, die wirklich über Sie herein bricht, thun Sie es, wenn Sie es können, ich kenne zwar die Gründe ganz genau, die Sie vorschieben um den Menschen begreiflich zu machen daß es keinen Gott gibt, lächerliche, niederträchtige Gründe sind es, und jeder Mensch, der auch nur ein klein wenig Verstand hat, findet heraus, daß Sie mit diesen sinnlosen Geschwätz nur Ihr eigenes Gewißen und Leben beschönigen und beschwichtigen wollen. Aber thun Sie was Sie wollen, sprechen Sie so viel Sie wollen, alles ist eitler Trug und Bosheit, der Teufel an den Sie auch nicht glauben den haben Sie in Ihrem Herzen und zwar so tief, daß es Ihnen armer Mensch zum verzeihen ist, wenn Sie nicht an Ihn glauben, denn in Ihrer jetzigen Gestalt sind Sie es ja selbst. Ja wahrhaftig Sie sind ein Schandfleck der Menschheit. Nach Jahrzehnten wird man noch von Ihnen sprechen, aber nicht wie Sie sich vorstellen als von einem gelehrten und aufgelehrten Mann. nein! als von einem verächtlichen Supiekt, daß nicht wehrt ist, das es Gottes Erdboden trägt. Ja Gottes Erdboden ist es auf dem Sie wandeln, jenem allein wahren, heiligen und barmherzigen Gott im Himmel, den Sie mit Ihrer frefentlichen Zunge lästern und verläugnen. Kehren Sie zurück von diesem fürchterlichen Weg noch haben Sie Zeit, wollen Sie aber in diesem Wege vort wandeln, so sag ich Ihnen, daß der Rächer sehr nahe ist, es schlägt Ihnen nicht jedes Herz entgegen, so wie ich denken noch viele Tausende und mit Freuden wird ein einziger sein Leben wagen, um Tausende vom Todte zu retten, Schlägt einmal die Stunde der Rache, so denken Sie an ein gewöhnliches Bürgermädchen, daß weder vom Fanatismus noch vom Gotteläugnen befallen ist. Ihr Betragen wird streng beobachtet, wenn Ihnen Ihr altes Leben noch lieb so ziehen sie sich zurück. Mein Entschluß ist ernst und fest."

Da in diesem christlichen Liebesbrief auch Grammatik und Orthographie fromm sind, so haben wir sie unverändert belassen.

Aufregung gemacht, weil zwar religiöse Aufregung hier seit Alters ihre reichen Heimaths- und Ablagerungsstätten hat, aber bisher immer nur in den Conventikeln und halbunterirdischen Gemeinschaften, die, vielleicht dutzendweis, in und neben der Kirche bestehen und oft in Privathäusern ihre geistlichen Orgien feiern, oder in musikalischen und rednerischen Festdarstellungen von Missionspredigern, welche Hunderte und Tausende in den großen Räumen der „Liederhalle" versammeln und zu Zeiten eine wahre Völkerwanderung vom Lande herein zu Wege bringen. Religiöse Freiheit jedoch auch im entgegengesetzten Sinne, das wollte unsern Frommen nicht in den Kopf, und erst durch einen hartnäckigen Kampf, in dem auch der hiesige „Beobachter" Partei nahm, mußte sich unser Genosse die Fortbenützung der „Liederhalle" sichern, des einzigen größeren Lokals der besitzenden Gesellschaft, das, wenigstens der Tendenz nach, außerhalb religiöser Parteistellung gehalten wird, obwohl es dem Sozialismus so gut wie die noch übrigen Lokale des „Bürgermuseums", des „Oberen Museums" und des „Königsbaus" verschlossen ist. Bei dieser Gelegenheit hat übrigens der „Beobachter" auch eine scharfe und nicht zaghafte Lanze für die Freigebung der Liederhalle auch an die sozialistische Richtung eingelegt, und die Existenz der Sozialdemokratie, ähnlich wie der, ebenfalls der Volkspartei angehörige, Rechtsanwalt unserer Genossen Hirsch, Burghard und Gutekunst es vor Gericht that, als eine prinzipiell und mit absoluter Nothwendigkeit in der heutigen Gesellschaft begründete verfochten. Dulk's Vorträge fanden trotz des Schreckens und des Abmahnens der Gläubigen keine Hinderung; sie begannen heuer mit etwa 300 Zuhörern und endigten mit etwa 1000, und das Auftreten eines Methodistenpredigers gegen Dulk's Atheismus — unter Ablehnung eines von dem Letzteren angebotenen öffentlichen Gespräch — sowie Dulk's mit ungeheurem Applaus aufgenommene Antwort darauf dienten nur, den errungenen Sieg der atheistischen Richtung in der öffentlichen Meinung zu befestigen. Aufrufe, Erklärungen, ein Schmerzensschrei in den öffentlichen Blättern, ob denn von den vielen Prälaten und Stadtpfarrern Stuttgarts keiner sich wage (so!), dem Dr. Dulk entgegenzutreten und die Ehre Gottes zu retten, blieben ohne Folge. Die fromme Presse des Landes, voran das mit mehr als 70,000 Abonnenten versehene „Evangelische Sonntagsblatt", schüttete ihr Füllhorn christlicher Liebe auf das Haupt des Ketzers; der „Schorndorfer Anzeiger", anknüpfend an die Nachricht, daß man auch in Hofkreisen endlich zum Bewußtsein der Lage gekommen sei, von einem Minister jedoch die Antwort erhalten habe, es lasse sich gesetzlich nichts dagegen thun, erinnerte an den seligen König Wilhelm, der auch einmal eine solche Antwort erhalten und darauf erwidert habe: ich will aber, mein Herr Minister, daß sich gegen solchen Unfug etwas thun lasse — und da sei es auch gegangen. Endlich that sich der evangelische Gesammt-Pfarrgemeinderath von Stuttgart zusammen und erließ eine schmerzerfüllte Ansprache, worin (ohne Nennung von Namen) das Ungeheuerliche der Verirrung gebührend betont und schließlich gefunden wurde, daß alle Frommen der Buße sehr bedürftig wären. Das Weitere ist abzuwarten. In den geschlossenen und öffentlichen Versammlungen machte Dulk zuweilen Mittheilung von den frommen Schriften und anonymen Briefen, die ihm in's Haus geregnet. Einen der letzteren, von einer hoffnungsvollen schwäbischen Charlotte Corday, erhalten Sie im Original.*)

*) Wir veröffentlichen das interessante Schriftstück im Feuilleton.

An sämmtliche Maurer und Steinhauer Deutschlands.

Kameraden! Jeder von Euch weiß, wie sich während der guten Geschäftszeit die Geldprotzen und ihre Preßbengel über den Strike geäußert haben; da konnte man täglich lesen und hören: Der Strike ist ein Diebstahl an dem Nationalreichthum, eine Unverschämtheit dem Brodherrn, resp. dem Meister gegenüber. Durch ein solches Lamento gelang es dann in der Regel der Bourgeoisie der Staatshilfe theilhaftig zu werden. Wo am Sonnabend auf dem Bau oder in der Werkstatt die Arbeit eingestellt wurde, da waren schon am Montag Morgen Soldaten commandirt, die verlassene Arbeit fortzusetzen. Konnten die Soldaten der Anforderung nicht genügen, so wurden alle guten Bürger aufgefordert, doch Nachsicht mit dem Arbeitgeber zu haben, bis die widerspenstigen Arbeiter zu der Erkenntniß gelangt wären, daß sie Unrecht gethen hätten. Gegenwärtig aber stehen die Sachen anders: jetzt striken gewissermaßen die Arbeitgeber, wo aber hört man, daß dieser Strike das Volk an den Abgrund des Elends bringt, ja schon gebracht hat? Die Bourgeoisie mit ihrem „warmen" Herzen sieht hunderttausende von Männern des arbeitenden Volkes arbeitslos, brodlos, obdachlos — aber thut sie etwas, um der Noth zu steuern? Das Gegentheil ist der Fall. So haben auch die Maurer- und Zimmermeister Altonas unsere Brüder, die Maurer und Zimmerer, auf das Straßenpflaster geworfen, weil sie den berüchtigten Klassenlohn und die verlängerte Arbeitszeit nicht angenommen haben. Mit Argusaugen hat die hohe Obrigkeit die Ausgeschlossenen überwacht, und als etliche von ihnen die Gesellen, welche an ihrer Stelle die Arbeit aufgenommen hatten, zu überreden suchten, die Arbeit wieder aufzugeben, wurden diese Kameraden am 12. März wegen Bedrohung der Arbeitenden zu Gefängniß verurtheilt: drei zu je vier, drei zu je sechs Wochen und einer zu zwei Monaten. So schmachten sie nun im Kerker und ihre Familien müssen mit dem Nothwendigsten von uns versorgt werden. Auch in Nienstädten und Umgegend haben die Maurer- und Zimmermeister einen Angriff auf die Ehre und Manneswürde unserer Kameraden gemacht; der von den Altonaer Meistern ausgeheckte Klassenlohn, verbunden mit Verlängerung der Arbeitszeit ist die Waffe, welche die Arbeiter schlagen soll, hoffentlich aber die Meister schlagen wird. Der Arbeitsausschluß hat sich somit von Altona nach Nienstedten ausgedehnt. 31 Maurer und 25 Zimmerer sind dort arbeitslos; sie werden aber nicht verhungern. Der Kampf in Altona-Ottensen und Umgegend, welcher bereits die geraume Zeit von zwölf Wochen dauert, wird trotz aller Verfolgung mit aller Energie weiter geführt; hierzu gesellt sich, wie berichtet ist, Nienstedten, in der Nähe Altonas. Nach diesen Plätzen ist der Zuzug strenge zu meiden. Unterstützungen sende man mit dem Vermerk: „Für die ausgeschlossenen Maurer" wie früher an H. Walther, Jacobi-Kirchhof 29, Hamburg.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Die Vereinigten Maurer von Altona-Ottensen und Umgegend.

Briefkasten

der Redaktion. R. O. in Reichenbach i. V.: Bei einem jährlichen Miethzins von 150,00 und darüber hat der Miethsvertrag eine gesetzliche Dauer von einem Jahre, d. h. wenn keine anderweitigen schriftlichen Abmachungen getroffen sind; bei einem jährlichen Miethzins von unter 150,00 hat der Miethsvertrag eine Dauer von einem halben Jahre. In den „Instruktionen für Vermiether und Abmiether in Miethkündigungs-Angelegenheiten im Königreich Sachsen von Dr. Röschke" heißt es ausdrücklich:

„Die Kündigung hat spätestens am 31. März oder 30. September zu erfolgen, wenn sie für den Schluß des nächsten Kalenderhalbjahres gelten soll. Es kann also in diesem Falle — bei einem Miethzinse von 150,00 und mehr — nur für zwei Termine, für den 1. April oder den 1. Oktober, nicht aber für den 1. Januar oder den 1. Juli gekündigt werden. Soll z. B. der Abmiether am 1. April des laufenden Jahres räumen, so müßte ein halbes Jahr vorher, spätestens am 30. September des vorigen Jahres, gekündigt werden; soll aber der Miethsmann am 1. Oktober ausziehen, so hätte die Kündigung spätestens am 31. März zu erfolgen. Der Vermiether kann aber nicht verlangen, daß der Abmiether am 1. Juli oder am 1. Januar räume, auch wenn er ihm ein halbes Jahr vorher gekündigt hätte, es sei denn, der Abmiether hätte für diese Termine die Kündigung ausdrücklich angenommen."

Bei einem jährlichen Miethzins von unter 150,00 gelten folgende Regeln: Die Kündigung hat spätestens am 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember zu erfolgen. Hier ist also die Kündigung nicht nur für den 1. April und 1. Oktober, sondern auch für den 1. Januar und 1. Juli zulässig.

P. K. in W.: Ihre erste Frage wird Ihnen das Parteisekretariat (Derossi oder Auer, Pferdemarkt 37, Hamburg) beantworten. Ihre zweite Frage lautet: „Warum haben Sie den Ausgang des „Reichsglocken"-Prozesses in Ihrem Blatte noch nicht besprochen? Denn daß Sie einmal denselben in ganz indirekter Weise mit drei Zeilen erwähnten, kann doch wohl nicht genügen und entspricht durchaus nicht Ihrer bisherigen Behandlung dieser Sache. Während Ihr Blatt bisher — mit der triumphirenden Einleitung: „ER hat noch nicht geklagt" — alle Herausforderungen der „Reichsglocke" getreulich berichtete, scheint es jetzt, nachdem der Prozeß für den Reichsgewaltigen günstig ausgegangen und angeblich dessen völlige Unschuld dargethan ist, über diesen Ausgang schweigen zu wollen. Es kann dieses Ihr Verfahren bei manchem Leser Ihres Blattes den Eindruck erwecken, als seien Sie nach dem Ausgang jenes Prozesses nicht mehr im Stande, Ihre Auffassung von dieser Affaire zu vertheidigen und wollen deshalb ganz leise den Rückzug antreten. Schon aus diesem Grunde würde es sich empfehlen, wenn Sie jenen Ausgang und die Art, wie der Prozeß geführt wurde, ein wenig kritisirten und die pomphaften Auslassungen der Reptilienblätter über diese Sache auf ihren wahren Werth zurückführten. — Ich hoffe, daß Sie diese Anfrage nicht ungünstig aufnehmen werden, denn sie geschah in der besten Absicht und ich wünsche, daß unsere Partei auch in dieser Hinsicht keine Schwäche zeige."

Ihr Wunsch wird nach jeder Richtung hin erfüllt werden. Wenn wir die Prozesse gegen die „Reichsglocke" bisher nur kurz erwähnten, so erklärt sich das daraus, daß diese Prozesse in einer Weise inscenirt und geführt wurden, welche zur Verdunkelung, nicht aber zur Aufhellung des Kernpunktes diente. Wir haben uns bemüht, Klarheit zu erlangen; allein ein abschließendes Urtheil wird erst möglich sein, nachdem Hr. v. Diest-Daber, auf den sich die „Reichsglocke" bekanntlich stützte, zur gerichtlichen Vorlage seines Anklagematerials veranlaßt worden ist. Es heißt, der Prozeß gegen ihn sei eingeleitet und werde bald zur Verhandlung kommen. Gedulden Sie sich also noch einige Zeit. Mehr können wir jetzt nicht sagen. Jedenfalls werden wir die Angelegenheit nicht aus den Augen verlieren. —

Anonymus in Düsseldorf: Sie schreiben uns: „Noch vor Kurzem gaben Sie, ohne redaktionellen Vorbehalt, einem Artikel Raum, welcher die Bakunistische Richtung als eine von der heutigen, auf Wissenschaft gegründeten, Sozialdemokratie streng zu verwerfende kennzeichnete. Dagegen sprechen Sie in jüngster Nummer gelegentlich der Erwähnung der Berner Bourgeois-Excesse „von unseren Parteigenossen (Bakunistischer Richtung)"! — Von welchen Parteigenossen ist hier die Rede? Oder besser gefragt: Sind die Bakunisten Parteigenossen derjenigen Sozialdemokratie, deren nicht nur deutsches, sondern auch internationales Organ der „Vorwärts" sein soll, oder ist nur der Verfasser jenes kleinen Artikels (im Autorenstyl) berechtigt von „unseren" (seinen) Parteigenossen (Bakunistischer Richtung) zu sprechen? Hierüber dürfte offizielle Aufklärung vielerseits erwünscht sein! Zum übrigen Inhalt des betr. Artikels wäre noch zu bemerken, daß die Bernerische Sektion des Schweizerischen Arbeiterbundes selbst ihre Sache von derjenigen der Bakunisten trennt, und solches daher gar nicht mehr von irgend einer „gegnerischen Seite" versucht zu werden braucht. — Der heutige sozialdemokratische Gesellschaftskörper ist schon kräftig genug, eine jetzt noch geringfügige Operation zu ertragen. Daher fort mit dem Bakunismus ehe sich ein chronisches Uebel aus ihm bildet."

Wir haben Ihnen hierauf zu bemerken: Man kann den Bakunismus sehr wohl verwerfen und die Bakunisten als Parteigenossen im weiteren Sinne, d. h. als Sozialisten anerkennen. Der Artikel und die Notiz, deren Sie erwähnen, widersprechen einander also keineswegs. Wir werden die Bakunistischen Irrlehren stets prinzipiell bekämpfen, aber den gemeinsamen Feind gegenüber auch niemals die Solidarität mit den sozialistischen Arbeitern verleugnen, die noch in diesen Irrlehren befangen sind. Was speziell die Vorgänge in Bern betrifft, so ist das Organ des Schweizer. Arbeiterbundes, die „Tagwacht", gleich uns, zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Schuld ausschließlich den Berner Behörden zuzumessen ist. (S. auch die heutige Correspondenz aus der Schweiz.) Und wir hielten uns um so mehr für verpflichtet, unsere Ueberzeugung in diesem Sinne auszusprechen, weil gewisse Organe der Bourgeoisie sich anläßlich jener Vorgänge bemüßigt gefunden hatten, der sozialistischen Arbeiterpartei auf Kosten der brutal mißhandelten Bakunisten ein höchst unerwünschtes Lob zu spenden. Schließlich noch die Versicherung, daß wir von unserer Organisation im Besonderen und der internationalen Arbeiterbewegung im Allgemeinen eine viel zu hohe Meinung haben, um an eine ernsthafte Gefahr durch den Bakunismus zu glauben, in welchem wir nur ein sehr vorübergehendes, durchaus nicht „chronisches" Uebel erblicken. —

H. Br. in Ushoren: Ihre Correspondenz kann erst dann zum Abdruck gelangen, wenn Sie den Beweis der Wahrheit für Ihre Enthüllungen auch vor Gericht zu erbringen im Stande sind. —

Herrn Ernst Räbiger in Dessau! Von Dessau ist mir kein Geld zugegangen. Es sind mir jedoch zwei Postanweisungen zugestellt ohne Angabe des Ortes; eine mit 28,35 und eine mit 3,00. Zu der ersteren haben sich bereits Genossen aus Penig gemeldet. Ist die Postanweisung mit drei Mark vielleicht von Dessau? Auf dem Abschnitt ist der Name unleserlich geschrieben, ich habe heraus gelesen: F. Bouick, Ackerstraße 3 A, und ist also auch quittirt. (Siehe Nr. 35 d. Bl.) Meine Adresse ist nicht Hamburg, sondern: H. Lensch, Holstenstr. 43, Altona.

Quittung. V. Arbeiterpartei hier Ann. 3,30. Wfring hier Ab. 1,60. J. Wrgs Wien Schr. 14,75. W. Rw Altona Ab. 37,40. C Wchrs Hamburg Ann. 3,00. W. Schltr Dresden Schr. 93,65. W. Mlr Mannheim Ab. 20,00. Rxkr Wien Schr. 5,60. F. Stcklbrg Avignon Ab. 4,80. H. Lngndrf Barmen Schr. 9,60. R. Mchls Chicago Ab. 6,00. Brn Heidenheim Ab. 5,00. Cln hier Ab. 1,80. Nmz Wien Ab. 20,00. Kst Rnvc Smederewo Ab. 4,80, Schr. 25,50. Schf hier Ab. 1,80, F. Wf Christophsgrund Ab. 10,00. Ptrsn Paris Ab. 34,20, Schr. 4,80. J. Dnkr Paris Ab. 8,00. Bchnr hier Ab. 1,20. Krtzschmr Dortmund Schr. 1,30. Nzschmn Ab. 2,20. Grd Stötteritz Ab. 8,80. Trst Klein-Zschocher Ab. 7,15. Gk hier Ab. 1,80. Rchnbch hier Schr. 2,30. Grtz Breslau Ann. 5,00. Stphn Werdau Schr. 40,00. Fürmnn Bremerhafen Ab. 20,00. Hffmnn Allstedt Ab. 1,80. Knl Düsseldorf Ab. 12,00. Hngr Bern Ab. 2,50. Srbrn Liège Ab. 4,04. Ptrn Admont Ab. 3,65. Arb.-Bild.-Verein Hüttenberg Ab. 1,32. Gnthr Großenhain Ann. 1,30, Schr. 17,64, Druck 70,00. Fschr Mylau Schr. 2,90. Gnznhn Alschwiel Schr. 1,00. Metallarbeitergew. hier Ann. 2,00. Kl. hier Schr. 1,10. Hmmzsch Dresden Ab. 2,20.

Agitationsfonds.

B. C. W. Berlin 30,00.

Hamburg. **Allgemeiner deutscher Töpfer-Verein.** Donnerstag, den 5. April, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Hübner, Gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Wahl des Vorstandes. — Alle Mitglieder müssen anwesend sein. G. Klaws. [70

Hannover. **Sozialdemokratischer Wahlverein.** Sonnabend, den 7. April, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. Boge, Mittelstraße Nr. 11: (F. 161)

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung und wichtige Vereinsangelegenheiten.
0,70] Der Vorstand.

Hannover. Gesangverein „Ferdinand". Den Mitgliedern zur Nachricht, daß von heute an unsere Uebungsstunden bei Hrn. Hünerberg, Röbelingerstr. 53, stattfinden.
1,20] (F. 160) Der Vorstand.

Leipzig. **Metallarbeiter-Gewerkschaft.** Sonnabend, den 7. April, Abends 8 Uhr: Versammlung. Am Täubchenweg, Restauration von Jul. Menzel.
Tagesordnung: Gewerkschaftliches. [0,50
NB. Montag, den 16. April: Generalversammlung bei Obigen.

Leipzig. **Agitations-Verein.** Sonnabend, den 7. April, im Lokale des Arbeiterbildungsvereins: Versammlung. [0,40
Tagesordnung: Wahl eines Vorsitzenden. D. V.

Leipzig. Für den Arbeiterbildungsverein wird per 1. Oktober bs. J. ein passendes

Vereins-Lokal

gesucht. Dasselbe muß 5—7 Zimmer, Saal, Küche und Keller enthalten. Offerten erbeten Ritterstraße 43 II. [0,60

Leipzig. Donnerstag, den 5. April, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Fragendiskussion. Der Agent. [50

Leipzig. Sonntag, den 8. April, findet im Saale des Hrn. Jakobi (Rosenthalgasse) ein

Kränzchen

statt, wozu wir hiermit zu zahlreichem Besuche freundlichst einladen.
Anfang 7 Uhr.
2,70] (2a) Club „Morgenroth".

Leipzig. Alle, die sich für den Bau eines größeren Vereinshauses, zugleich für die Genossenschaftsdruckerei geeignet, interessiren, werden ersucht, sich Sonnabend, Abend 8½ Uhr, zu einer Besprechung im Lokal des Arbeiterbildungsvereins einzufinden. [0,50

Ihre am 29. März stattgefundene eheliche Verbindung zeigen an
Bruno Geiser,
Alice Geiser
geb. Liebknecht. [120

(Unliebsam verspätet.)

Todes-Anzeige.

Ich mache allen meinen zahlreichen Freunden und Parteigenossen hierdurch bekannt, daß meine Frau, geb. Behrendt, hier am 25. Februar, Morgens ½2 Uhr, an den Folgen einer Herzkrankheit gestorben ist. Sie folgte mir vor 8 Jahren sammt Familie bereitwilligst in's Exil und mußte hier das Proletarierleben bis auf die Neige kosten, trotzdem ertrug sie alle Bedrängnisse geduldig. Sie hoffte auf bessere Zeiten, aber leider vergebens; in ihrem 34. Lebensjahre erlag sie dem gewaltigen Kampfe mit den heutigen Verhältnissen.

Es ist dies eine harte und schwere Prüfung für mich, aber dennoch werde ich rastlos weiter kämpfen für die Sache der Arbeit.

London, den 1. März 1877.

Wilh. Hoffmann,
9 Hayes court Soho London W.

Korkschneider

die tüchtig in ihrem Fach und solid sind, finden dauernde Beschäftigung in der Schlesischen Kork-Fabrik.
C. Rahmer. Breslau.
Reisekosten werden vergütet. (F 40) [800

Allen Freunden und Parteigenossen zur Notiz.

Da ich das (F. 160)

Photographische Atelier

von meinem Schwager C. H. Lüdeke übernommen habe, ersuche ich hiermit freundlichst Bestellungen auf Photographien von F. Lassalle und anderer Personen der sozialistischen Arbeiterbewegung, mir fernet zukommen zu lassen. In Visitkartenformat per Stück 15 Pfg.

C. Wichers,
3,00] Neuer Steinweg 97, Hamburg.

Geschäfts-Etablirung und Adresse-Veränderung.

Meinen werthen Genossen und Freunden zur Anzeige, daß ich soeben ein neues Buchhandlungsgeschäft unter der Firma:

J. Franz & Co.
Schweiz. Sortiments- u. Antiquariats-Buchhandlung
6. Rosengasse 6.

in hier etablirt habe.

Dieses Geschäft ist in jeder Beziehung als von der Volksbuchhandlung in Zürich, aus welcher ich mit 28. d. M. ausgetreten bin, vollständig getrennt zu betrachten und wolle man deshalb gef. genau darauf achten, daß Briefe ꝛc. für mich persönlich wie für dieses neue Geschäft von nun an einfach

J. Franz (resp. & Co.), Rosengasse, Zürich

zu adressiren sind.

Da dieses Unternehmen beabsichtigt, sich zu einem

Central-Sortiment

aller oppositionellen in gewissen Ländern zum Theil verbotener und ähnlicher Bücher

zu gestalten und zu diesem Zwecke neben späterem Eigen-Verlag den Verlag der Volksbuchhandlung in Zürich und des Verlagsmagazins Zürich, sowie auch der „Vorwärts"-Expedition in Leipzig und von W. Bracke in Braunschweig zum

Bezug aus einer Hand

zu vereinigen strebt, so dürfte hierauf mit Recht die Aufmerksamkeit aller Freunde einer die freiheitsfeindlichen Gewalten bekämpfenden Literatur zu lenken sein.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Zürich, den 31. März 1877. J. Franz.

Mit Bezug auf vorstehende Anzeige des Hrn. J. Franz empfehlen wir uns der geneigten Berücksichtigung und bemerken noch, daß in kurzer Zeit auch

Verzeichnisse

des oben erwähnten Central-Sortiments gratis und franco gegen frankirte Adressen-Einsendung zu haben sein werden. Man wolle nur gefl. einstweilen verlangen!

Lieferung durchaus nur gegen baar!

J. Franz & Co., Rosengasse 6, Zürich (Schweiz).

NB. 20 Pfg. Brief-Frankatur!!

Ebenda werden für alle bedeutenderen Städte Deutschlands und Oesterreichs Agenten gegen Provision gesucht. Nebenbeschäftigung für gewandte und verlässige Leute! (15,60) (2a)

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Gorge.
Chicago: A. Lautermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 41. Sonntag, 8. April. 1877.

Bismarck's Sturz.

Am 1. April — wohl ein unbeabsichtigter Aprilscherz — reichte Fürst Bismarck seine Entlassung ein und — erhielt sie. Vorläufig hat er „Urlaub auf ein Jahr", aber das ist nur eine Förmlichkeit, dieses Jahr wird nie endigen. Kein Zweifel, Fürst Bismarck hat abgewirthschaftet, und „wir Alle", die auf dem „Ast" saßen, liegen jetzt winselnd und wehklagend am Boden. Die Katastrophe war seit Langem vorauszusehen — nur daß sie so rasch kommen würde, konnte man nicht erwarten.

Den Anlaß bot die Affaire Stosch. In offener Reichstagssitzung äußerte sich Fürst Bismarck über den allgemein — und namentlich auch bei Hof — hochangesehenen Marineminister in einer diesen beleidigenden Weise, so daß Stosch nichts anderes übrig blieb als ein Demissionsgesuch. Damit war gewissermaßen die Kabinetsfrage gestellt: Entweder Stosch oder Bismarck. Der Kaiser entschied für Stosch und — Bismarck ging.

Daß aber der Kaiser, der bisher so fest zu Bismarck gehalten, in ähnlichen Conflikten bisher stets dessen Partei ergriffen hatte, jetzt plötzlich ihn fallen ließ, findet nur darin seine Erklärung, daß die Stellung des Reichskanzlers, als der Conflikt mit Stosch ausbrach, bereits untergraben war.

Verschiedene Ursachen haben mitgewirkt. Zunächst die immer deutlicher zu Tage tretende Thatsache, daß der Culturkampf, wesentlich Bismarck's persönliches Werk, ein kolossaler politischer Fehler war, durch den die Entwicklung des „Reichs" gehemmt, die Autorität der Regierung auf's Bedenklichste geschädigt worden ist. Dann die verkehrte wirthschaftliche Politik des Fürsten Bismarck, an deren Wirkungen Deutschland seit Jahren krankt: die Begünstigung des Gründungsschwindels und des Manchesterthums. Und endlich das Fiasko in der orientalischen Frage.

Die beispiellose Niederlage, die Rußland erlitten hat, ist gleichzeitig die Niederlage Preußisch-Deutschlands. Wir haben diesen Gegenstand früher so eingehend behandelt, daß es keiner näheren Ausführungen mehr bedarf. Genug: Fürst Bismarck sah sich außer Stande, seine Verpflichtungen gegen Rußland zu erfüllen, er mußte es im Stich lassen, und der russische Kaiser, der im Vertrauen auf das bismarckische Deutschland die orientalische Frage in Fluß brachte, hat natürlich allen Grund, dem Fürsten-Reichskanzler zu grollen, und „Väterchens" Wort gilt in dem Berliner Kaiserpalast zum mindesten ebenso viel wie in dem Petersburger.

Dazu kommt, daß Fürst Bismarck in den letzten Monaten fast ausgesucht Alles gethan hat, was ihn nach Oben und Unten in Mißkredit bringen mußte. Seine wunderlichen Reichstags-„Plaudereien" über das Reich, diese „organloseste politische Bildung", über Reichsministerien, direkte und indirekte Steuern verriethen eine solche Abwesenheit jeder Selbstbeherrschung, eine solche Rücksichtslosigkeit, ein solches Nichtverstehen und Nichtachten der Menschen und Dinge und eine solche Unkenntniß der einfachsten volkswirthschaftlichen Grundsätze, daß sogar die nationalliberalen Bauchrutscher, welche diese in den zurechtgemachten Berichten stark gemilderten — Genialitäten anhörten, sich mitunter kopfschüttelnd ansahen. Der Mann war offenbar müde und schwach geworden — hatte den Glauben an sich selbst verloren.

Nicht ohne Einfluß sind ferner die Reichsglocken-Prozesse und der Prozeß Arnim gewesen. Daß erstere nicht so ausgefallen sind, wie sie im Interesse des obersten Beamten eines großen Reichs hätten ausfallen müssen — das wird auch von Anhängern des Fürsten Bismarck zugegeben; und daß der Prozeß Arnim den Ruf seines Urhebers und der preußischen Richter gehoben habe, das wird der fanatischste Nationalliberale nicht zu behaupten wagen.

Ein eigenthümliches Zusammentreffen ist es, daß der richterlich todtgeschlagene Arnim auf dem Sterbebett die Kunde von dem Sturze seines besiegten Siegers empfangen hat. Nicht unmöglich, daß sich in der Freude des Triumphs eine Regung des — Mitleids einschleicht.

Unser Urtheil über den Reichskanzler braucht nicht gefällt zu werden. Man kennt es. Wir drehen den Mantel nicht nach dem Wind des Erfolgs oder Nichterfolgs — an den gestürzten Bismarck legen wir denselben Maßstab, den wir an den allmächtigen Bismarck gelegt. Den Eselstritt überlassen wir dem feigen Gesindel, das die Gewohnheit hat, den Mann, dem es gestern mit Hosiannah betäubte, heute das Kreuziget ihn! zuzubrüllen. Die Macht des Gewaltigen konnte uns nicht imponiren — die Ohnmacht des Gefallenen kann uns nicht entwaffnen.

Der Träger der Blut- und Eisen-Politik hat unsägliches Elend über Deutschland und die Welt gebracht, und, rafft ihn der Tod nicht vor der Zeit weg, so wird er dafür noch einem anderen Tribunal, als dem der Geschichte, Rechenschaft abzulegen haben. Aber wir wissen auch, daß Er nicht der einzige Schuldige, daß er, gleich den übrigen Menschenkindern, das Produkt der Verhältnisse ist. Freilich, das hebt die persönliche Verantwortlichkeit nicht auf.

Nicht blos ein Akt historischer Gerechtigkeit ist der Sturz Bismarck's, auch ein neuer augenfälliger, dem Dummsten einleuchtender Beweis der Ohnmacht des Individuums gegenüber der allgemeinen politischen und sozialen Entwicklung. Der Arm, welcher vermessen in die Speichen des Weltenrads griff, ist geknickt wie ein Strohhalm — die absolute Omnipotenz hat ihre absolute Impotenz eingestehn müssen. Das wird das Loos eines Jeden sein, der die Vorsehung in Menschengestalt spielen, die Geschicke der Völker nach seinen Launen lenken will.

Diejenigen, welche in Bismarck die Verkörperung alles Großen, die höchste Inkarnation des Menschengeistes erblickten, werden sich grausam enttäuscht finden. Das blinkende Idol ist über Nacht zerbrochen — und siehe da, es war von gewöhnlichem Thon.

Und „Bismarck ist das Reich!" dachten und schrieen die Nationalliberalen. Denken sie es noch? — —

Was nun? Es ist uns ziemlich einerlei. Unersetzlich ist Niemand; die Lücke wird ausgefüllt werden, obgleich es den Nachfolgern viel Mühe kosten wird, bis sie in das Chaos, welches der Bankerott Bismarcks gelassen hat, ein wenig Ordnung zu bringen vermögen. Man erinnere sich an das Chaos nach dem Bankerott Strousberg's. Beide Männer hatten mit einander gemein, daß sie Alles allein machen wollten. Bismarck war der politische Stroußberg.

Also die Nachfolger werden sich finden, haben sich vielleicht schon gefunden, und wir werden uns nicht verbessern.

Es war uns Ernst, als wir Bismarck für unseren besten Agitator erklärten. Wir bezweifeln, daß es einen Zweiten giebt, der das Talent, ja das Genie der Desorganisation in dem Grade besitzt, wie Fürst Bismarck es besessen und seit 14 Jahren bethätigt hat.

Schade um ihn! Er hätte uns noch viel nützen können!

Der Kampf um's Dasein in der Menschenwelt.

III.

Nachdem wir nun die Entwicklungsgeschichte der Menschennatur an Beispielen aus der Geschichte ableitend (induktiv) erforscht haben, wird wiederum an der Hand der Geschichte nachzuweisen sein, daß der Krieg nur im Alterthum ein nothwendiges Uebel war, um den allein fortschrittlichen Völkerstämmen Raum zur Ausbreitung und Weiterentwicklung zu geben, aber, sobald beides genügend erreicht ist, ein vermeidliches, sich selbst furchtbar rächendes Uebel wird, dessen gänzliche Beseitigung gerade von der wahren Culturgeschichte gefordert werden muß. Und mit ihm zugleich die der Sklaverei in jeder Abart, des Herrenthums und der Unterthänigkeit.

Das einzige bekannte größere Reich, welches nie für den Krieg organisirt war, nie erobernd aufgetreten ist, auch nie eigentliche Sklaverei, sondern nur freiwillige Unterthänigkeit gekannt hat — China — ist auch von allen das älteste und besteht noch. Es ist mindestens zweimal gänzlich erobert worden; aber die Eroberer sind von den Eroberten civilisirt und unschädlich gemacht worden, welche ihr nationales Leben fortgesetzt haben, als wäre nichts geschehen. Gerade Hellwald, der Kulturhistoriker, welcher im Uebrigen China leidlich gerecht und treu beurtheilt, hat diesen Zug des bevölkertsten aller Reiche nicht beachtet. Paßte ihm dies etwa nicht in seinen Kram? — Dagegen sind alle auf Eroberung berechneten Reiche der Geschichte ohne Ausnahme schmählich untergegangen, und die noch bestehenden tragen diese Bestimmung auf die Stirne geschrieben. Ist das nicht eine große Lehre?

Das erfolgreichste aller Erobervölker waren gewiß die Mongolen, welche zwischen 1200 und 1400 n. Ch. ganz Asien, halb Europa und Afrika besaßen. Wo sind sie heute? Der Russe Przewalski beweist uns, daß es kaum noch 5 Millionen von reiner Mongolenrace in ihrer Stammheimath giebt, und alle ihre Eroberungen sind längst ausgewischt. Nach ihnen kommen gleich die Araber, welche zwischen 700 und 1000 n. Chr. halb Europa, Asien und Afrika besaßen. Wo sind sie heute? Es sind deren nicht über 25 Millionen mehr vorhanden und sie haben aufgehört, für die Cultur etwas zu bedeuten. Die alten Römer waren nicht nur ein großes Eroberer- und Kriegervolk, sondern sie verstanden es zugleich, ihre Cultur zu verbreiten mit unwiderstehlicher Gewalt, und haben deshalb eine Geschichte von 1000, und in Byzanz von 2000 Jahren aufzuweisen. Wo sind sie heute? Es giebt keine Spur mehr von rein römischer Abstammung, und Italien war über ein Jahrtausend die Beute aller Eroberer und, ebenso wie Griechenland, das armseligste Land Europas.

Die Völker deutschen Stammes waren nicht nur immer die tapfersten aller Zeiten, so daß Deutschland das einzige Culturland der Welt ist, welches nie auf die Dauer erobert worden ist, sondern sie haben auch fast ganz Europa erobert, halb Amerika besiedelt und beherrschen heute den Erdkreis. Aber wie grausam hat sich das an ihnen gerächt! Deutschland selbst, die Urheimath der Race, seit sie sich vom arischen Stamme gelöst, ist das politisch unglücklichste aller Länder geworden, hat nie eine wirkliche Nationalität ausbilden können, seine Söhne sind die Büttel aller freiheitliebenden Völker gewesen und sind es in Rußland und Ungarn noch, sind als Lohnknechte vieler Despoten allgemein verhaßt worden, und im Osten Deutschlands, wo die gewaltsam germanisirten Slaven die Hauptmasse des Volkes bilden, entstanden die beiden Reiche Preußen und Oesterreich, auf deren Rechnung die elende Rolle zu schreiben ist, welche unser Volk seit dreihundert und mehr Jahren spielt. — Ist das nicht eine große Lehre?

Wie entsetzlich hat sich an Spanien seine Vertreibung der Mauren und seine Eroberung Amerikas gerächt, zwei der unmenschlichsten Blätter in der Geschichte! Das eigene Land war vorher ein großer Garten oder Acker, und ist jetzt eine halbe Wüste, das ärmste Land Europas. Seine amerikanischen Besitzungen sind ihm alle verloren bis auf Cuba, welches nächstens verloren gehen wird, und seine dorthin gebrachte Cultur ist bis auf die Wurzel verfault. Wo sind die Normannen geblieben, die tollkühnsten aller Eroberer? In der Heimath volksarm und arm, sind ihre Reiche auswärts alle bis auf die letzte Spur verwischt. In Egypten haben nach einander sechs Erobervölker die despotischen Herren versklavter Ureinwohner gespielt; die Ureinwohner sind noch vorhanden in bildungsfähigen Nachkommen und großer Zahl — die Herren alle, die Arier, welche zuerst das Reich gegründet, die Hykfos, die Perser, die Griechen, die Römer, die Araber sind ausgetilgt bis auf schwache Reste der Letztgenannten, und die Türken, die jetzigen Herren, werden bald Abschied nehmen.

Wir brauchen die lange Reihe der Erobervölker nicht weiter zu verfolgen. Wenn demnächst das Czarenthum in Rußland seiner Fäulniß erliegt, wird die Welt aus der Geschichte wieder einmal etwas lerneu.

Die Erobervölker vergangener Jahrhunderte hatten meist die Entschuldigung, daß sie von Noth getrieben das Waffenhandwerk ausübten. Damals galt es, Hammer oder Ambos sein. Der moderne „bewaffnete Frieden" dagegen, welcher sich mit dem römischen Sprichwort entschuldigt: si vis pacem, para bellum (wenn du den Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor), beweist seine Heuchelei schon durch die Entlehnung eines Wahrspruchs, den ein Volk von Räubern erfunden hat. Stete Kriegsbereitschaft hat ohne alle Ausnahme jedes Volk aller Freiheit, aller Culturfähigkeit beraubt und am Ende zum Aussterben des Volkes geführt. Die heutigen Culturvölker würden, wenn sie frei abstimmen dürften, ohne Ausnahme riesige Mehrheiten werfen für allgemeine Entwaffnung, Völkerschiedsgericht und Weltfrieden. Man darf keck die Machthaber auffordern, diese Probe einmal zu machen, und so lange sie dieselbe nicht anstellen, sie für überführt ansehen. Selbst in den Vereinigten Staaten hätte es 1861 nicht zum Bürgerkriege kommen können, wenn eine ehrliche freie Abstimmung in den Südstaaten erlaubt gewesen wäre. Die arbeitende Klasse jedes Volkes hat ein ausschließliches Bedürfniß des Friedens und muß künstlich verdorben und entsittlicht werden, um an Krieg und Vergewaltigung anderer Völker Behagen zu finden. Wer diese große Wahrheit noch nicht aus der Weltgeschichte gelernt hat, der hat sie umsonst gelesen und ist am wenigsten berufen, sie zu schreiben.

Wie bedeutend die fortschreitende Denkbildung der arbeitenden Massen die Gehirnentwicklung befördert und so die allgemeinere Denkbildung erleichtert und in steter Wechselwirkung steigert und berichtigt, dafür giebt es Beweise genug. Die arbeitenden Klassen lernen aus der Geschichte, und zwar gerade heutzutage immer besser und schneller, während die ausbeutenden Klassen täglich mehr das alte Sprichwort bewähren, daß „die Bourbons nichts lernen und nichts vergessen".

Wenige Beispiele werden dies zu bestätigen hinreichen. Die gelehrte und gebildete Welt Frankreichs hat noch immer nicht begriffen, daß die uneingeschränkte Centralisation ohne alles Gegengewicht die Ursache alles politisch-sozialen Unglücks von Frankreich ist; wenigstens hat sie dies nicht durch die That bewiesen. Die Pariser Arbeiter dagegen bewiesen in der Communebewegung, daß sie es begriffen hatten und mit der Einführung der Selbstregierung des Bürgers, zunächst in der Gemeinde und bei der Arbeit, den Chauvinismus, das Pfaffenthum und die nationale Ruhmsucht auf einzig wirksame Weise zu bekämpfen dachten. Karl Marx verdankt einige seiner neuen Lehren in der Volkswirthschaft dem eingehenden Studium der Bewegung der englischen Arbeiter. Ohne alle Hilfe von anderswoher, ja gegen den einmüthigen Widerspruch der Gelehrten, haben sie eine Reihe von Entdeckungen und Erfindungen in der Oekonomie gemacht. Daß sie Schritt für Schritt eine größere Verkürzung des Arbeitstages forderten und durchsetzten, was alle Gelehrten wahnsinnig nannten, welche Weisheit verräth es! Daß sie die Frauen- und Kinderarbeit erst beschränkt und schließlich beseitigt haben wollten, war sogar gegen den Vortheil des Vaters, welcher durch diese Arbeit sein Einkommen vermehren, seine Lage verbessern konnte. Wer lehrte diesen verwahrlosten Menschen, weise und menschlich sein?

Daß sie von selbst aufhörten, die Maschinen zu zerstören, auch wo sie es ungestraft konnten, obwohl diese ihnen das Brod wegnahmen, blos weil sie an das Kommen einer Zeit glaubten, da die höchstverbesserte Maschinerie gerade dem Arbeiter zugute kommen würde, beweist dies nicht gesundes Denken und weise Selbstbeherrschung? Daß sie die Abschaffung der Verschwörungsgesetze erzwangen und dann in der immer wachsenden Organisation von Gewerkschaften das Werkzeug des erfolgreichen Kampfes gegen die Kapitalherrschaft erkannten und benutzten, während alle Pressen, Kanzeln und Rednerbühnen darin eine Beschränkung der Vertragsfreiheit und den Ruin der englischen Industrie erblickten — welcher Erweis ihrer Denkkraft?

Daß sie nicht in größerer Zahl auf die Leimruthe der Rochdaler Pioniere gingen, sondern begriffen, die richtige Sparsamkeit sei die mit der eignen Arbeits- und Lebenskraft, und alle Arbeiter-Sparsamkeit bewirke Lohnverkürzung — welch tiefes Nachdenken setzt dies voraus! Daß sie die Anerkennung der Südstaaten der Union seitens der eigenen Regierung durch Drohung mit einer Revolution in England verhinderten, obwohl sie bei der Fortdauer des Unionskriegs noch länger Hunger zu leiden hatten — welche großartige Gesinnung in Folge klaren Denkens! Daß die internationale Arbeiterpartei sich allen Ernstes die Abschaffung des Krieges durch Völkerverbrüderung vornimmt, während die Professoren Krieg und Militarismus im Namen der Cultur vertheidigen — welche Denkreife bei Arbeitern so vieler Nationen, und welche Verkommenheit der Klassen, welche die „Bildung" gepachtet zu haben meinen! Genug hierüber!

Daß der Kampf um's Dasein in der Menschenwelt sich ganz anders als in der Thier- und Pflanzenwelt äußert, wird nunmehr nicht länger unerklärlich sein. In der Menschenwelt ist ein dichteres Zusammenrücken der Bevölkerung und ihre innigere Verbindung über den ganzen Erdkreis hin geradezu Bedingung aller Entwicklung des wahren Menschenwesens, Antrieb zu jedem Fortschritt und Ursache einer zunehmenden Fruchtbarkeit der

Erde und Ertragsfähigkeit der Arbeit. Auf einer gewissen Höhe der Entwicklung ist keine Race der andern mehr im Wege, sondern bedarf eine jede aller andern, um lauter wahre Menschen und mehr Lebensunterhalt zu schaffen. Und dies ist so, weil der Mensch die Natur seinen Zwecken dienstbar machen lernt, wobei er keine bisher erkannte Schranke findet.

Es braucht zuletzt nicht länger eine Race, eine Nation, ein Geschlecht, eine Klasse auf Kosten der anderen zu leben; vielmehr gedeihen alle immer besser, allseitiger und schneller, weil sie mit vereinten Kräften und in Wechselwirkung arbeiten. In der Thier- und Pflanzenwelt dagegen lebt immer eine Klasse, eine Ordnung, eine Art und Unterart, ja selbst ein Einzelwesen auf Kosten anderer. Nur ausnahmsweise kommt es vor, daß z. B. der einzelne Baum durch einen Haufen Bäume Schutz vor Sturm, Blitzschlag, Ueberschwemmung und Dürre findet, und dabei nicht zu sehr die allseitige Ausbildung seines Organismus theilweis zum Opfer bringen muß. Im Urwalde selbst wächst nie ein schöner, allseitig entwickelter Baum; das erfolgt nur, wenn er vereinzelt steht und dabei günstige Lebensbedingungen findet. Nur ausnahmsweise bilden Thiere Gesellschaften zu Schutz und Trutz, sowie zu gegenseitiger Entwicklung durch Arbeitstheilung. Dabei aber wird ihnen stets irgend ein Organ verkümmert, eine allseitige Ausbildung erschwert, und das Einzelwesen ist sofort hilflos und dem Untergange preisgegeben, wenn es vereinzelt wird.

Die zunehmende Fruchtbarkeit einer Pflanzen- oder Thierart ist so wenig ein Beweis ihrer zweckmäßigen Anpassung an veränderte Lebensbedingungen, einer weisen Fürsorge der Natur gegen das Aussterben, oder für die Erhaltung der Art, daß sie vielmehr den Beginn des Aussterbens anzeigt, der Vorläufer einer Erschöpfung aller Lebensbedingungen für die Art ist, weil dieselbe nicht länger sich allseitig ausbilden kann, sondern ihre Lebenskraft auf die bloße Fortpflanzung beschränkt findet.

Wenn diese neue Auffassung des Kampfes um's Dasein sich als richtig bewähren soll, so muß sie auch beim Rückwärtsschließen auf die Urgeschichte aller Lebewesen sich als das einfachste Erklärungsprinzip darstellen, und dahin verfolgen wir die Untersuchung jetzt, um damit die Reihe dieser Aufsätze zu schließen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Als Nachfolger Bismarck's (S. Leitartikel) nennt man Moltke, Camphausen, Delbrück, Manteuffel ꝛc. Nach andern Gerüchten soll eine Art (dreiköpfiges) Direktorium gebildet werden das den Posten einstweilen ausfüllen soll. Die verschiedenen einander widersprechenden Gerüchte spiegeln die herrschende Rathlosigkeit ab. Das Blut- und Eisensystem ist in der Person seines vornehmsten Vertreters bankrout geworden, und ehe die Aktiva und Passiva ermittelt und soviel Ordnung geschaffen ist, daß das Geschäft unter neuer Firma regulär wiederbeginnen kann, wird einige Zeit verstreichen. Möglich, daß der Reichstag, dessen Ferien am Dienstag endigen, nochmals auf einige Zeit nach Hause geschickt werden muß.

— Um des deutschen Reiches „Herrlichkeit" und „Größe" zu veranschaulichen, nur deshalb geben wir die nachstehenden Zahlen zum Besten. Es handelt sich um die Gelder, welche der jüngste Sprosse der deutschen „Wehrkraft", die Marine, dem Volke bereits gekostet hat. Die deutsche Marine besteht aus drei Gattungen von Schiffen: 1) aus sogenannten Schlachtschiffen, die wiederum in Panzerfregatten und Panzercorvetten zerfallen, von jenen sollten 8, von diesen 6 nach dem Flottengründungsplan von 1867 gebaut werden; 2) aus Kreuzern, die zum Schutze des Handels und zum Besuche der überseeischen Stationen bestimmt sind; diese sollten nach dem Plan von 1873 etwa die Zahl von 24 erreichen, darunter 9 gedeckte Corvetten, 9 Glattdeckcorvetten und 6 Kanonenboote; endlich 3) aus Avisos, deren Zahl auf 6 bestimmt war. Nur die Summen, welche der Bau von Panzerschiffen erheischt hat, seien hier angeführt: Panzerfregatte König Wilhelm mit 23 Geschützen: Baukosten 10,102829 M., Reparaturkosten bis Ende 1875 761,267 M.: Panzerfregatte Kronprinz mit 16 Geschützen: Baukosten 6,296,721, Reparaturkosten 569,320 M.; Panzerfregatte Friedrich Karl mit 16 Geschützen: Baukosten 6,453296, Reparaturkosten 1,569839 M.; Panzerfregatte Kaiser mit 9 schweren Geschützen: Gesammtkosten 8,15669 M.; Panzerfregatte Deutschland mit 9 Geschützen: 7,370374 M.; Panzerfregatte Preußen mit 6 Geschützen: 4,905674 M.; Panzerfregatte Friedrich der Große mit 6 Geschützen: 4,905674 M.; Panzerfregatte Großer Kurfürst mit 6 Geschützen: 3,794318 M.; Panzercorvette Hansa 3,665412 M. Für die übrigen seit dem Jahre 1874 begonnenen Panzercorvetten, deren Bau noch nicht vollendet ist, waren bis Ende 1875 rund 3¼ Mill. M. ausgegeben. Rechnet man dies zusammen, so werden nach Vollendung der im Bau begriffenen Corvetten unsere gepanzerten Schiffe, abgesehen von den gepanzerten Kanonenbooten und Monitors etwa ein Kapital von 70 Mill. M. repräsentiren.

Nicht wahr, das ist ein nettes Sümmchen? Und alle diese Millionen sind bis auf den letzten Pfennig aus dem Säckel des Volkes entnommen und vornehmlich aus dem Säckel des arbeitenden Volkes, das jetzt verzweifelt in die Zukunft schaut und nicht weiß, wie es den Hunger stillen soll. Aber Deutschland ist doch „herrlich" und „groß".

— Gewissen Leuten in gewissen Kreisen wird es gerade nicht angenehm sein, sich als Anstifter von Aufständen auf frischer That ertappt zu sehen. Das saubere Stückchen, auf welches wir anspielen, passirte in Berlin und wird hierüber aus Berlin also berichtet: „Am Mittwoch, den 21. März, also einen Tag vor Kaisers Geburtstag, kam ein fein 'gekleideter Mann nach dem Annoncen-Annahme-Bureau des „Berliner Intelligenz-Blattes" in der Kurstraße und gab daselbst Manuskript zu einer großen Annonce ab, deren Aufnahme er zum Donnerstag, den 22. März, verlangte. Der Inhalt dieser Annonce war ungefähr folgender: „1000 bis 1500 kräftige Arbeiter verlangt Stein, am Dönhofsplatz." Dem Expedienten des „Intelligenzblattes" war eine Firma Stein am Dönhofsplatz, die so viele Arbeiter beschäftigen konnte, nicht bekannt. Es wohnt daselbst weder ein Baumeister, noch ein Fabrikant dieses Namens und da der Auftraggeber eine speziellere Adresse nicht angeben wollte, so lehnte der Expedient die Aufnahme dieser Annonce ab. Der Fremde entfernte sich. Später stellte es sich heraus, daß man freches Spiel mit den Arbeitslosen treiben wollte. Sie sollten zu vielen Tausendnn nach dem Dönhofsplatze wandern, um, dort angekommen, sich genarrt zu sehen. Denn mit Stein war jedenfalls das Stein-Denkmal gemeint, das sich auf dem Dönhofsplatz befindet."

Verhält sich die Sache wirklich so, dann ist nur zu bedauern, daß der Elende, welcher offenbar den Säbel und die Flinte gegen die hungernden Arbeiter in Aktion gesetzt wissen wollte — unbekannt geblieben ist. Für den in die Geschichte der Krawalle Eingeweihten sind solche Vorkommnisse nichts Neues — das herrschende Staats- und Gesellschaftssystem braucht ja die „weißen Blousen".

— Die deutsche Fortschrittspartei hat die „Hauptzielpunkte", welche sie erstrebt, bekannt gegeben, und auch wir beeilen uns, dieselben hier mitzutheilen, da die meisten unsrer Leser seither wohl kaum gewußt haben, was die Fortschrittspartei als politische Partei eigentlich gewollt hat. Was die Fortschrittspartei also jetzt will, nimmt sich, in Sätzen formulirt, also aus:

„1) Auf bundesstaatlicher Grundlage die Kräftigung der Reichsgewalt und der parlamentarischen Rechte des Reichstages; ein für die Gesetzgebung und Verwaltung verantwortliches Reichsministerium; die Sicherung des Vollzuges der Reichsgesetze; ein Reichsgericht zur Schlichtung zwischenstaatlicher Streitigkeiten und zum Schutze der constitutionellen Rechte in den Einzelstaaten.

2) Erhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für die Reichstagswahlen; Gewährung von Diäten an die Reichstagsmitglieder; reichsgesetzlichen Schutz der Versammlungs- und Vereinsfreiheit.

3) Verminderung und gleichmäßigere Vertheilung der Militärlast durch Abkürzung der Dienstzeit, durch volle Ausführung der allgemeinen Wehrpflicht und durch Erleichterung der Bedingungen des Einjährig-Freiwilligendienstes für die technische Berufsbildung, jährliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch das Etatsgesetz.

4) Vertheilung der Steuerlast nach Maßgabe der Steuerkraft, daher möglichste Einschränkung der indirekten Steuern, insbesondere Aufhebung der Salzsteuer. Vereinfachung des Zolltarifs; fortschreitende Verminderung der die inländische Consumtion und Produktion schädigenden Grenzzölle unter Berücksichtigung unserer industriellen Verhältnisse. Jährliche Steuerbewilligung durch den Reichstag, deshalb vorläufige Beibehaltung der Matrikularbeiträge unter Annahme eines gerechtern Vertheilungsmaßstabes und bis zum Ersatz derselben durch eine direkte, quotisirte Reichssteuer.

5) Aufrechterhaltung der Freizügigkeit, der Gewerbefreiheit, der Coalitionsfreiheit. Förderung der allgemeinen und technischen Bildung der arbeitenden Klassen, insbesondere der Lehrlinge. Gesetzliche Anerkennung der auf Selbsthülfe begründeten Vereinigungen. Weitern Ausbau der wirthschaftlichen Gesetzgebung, insbesondere bezüglich des Schutzes für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter, der Frauen und Kinder, der Arbeitszeit der letztern, der Fabrikordnung, der gewerblichen Schiedsgerichte und Einigungsämter. Reform der Aktiengesetzgebung im Sinne einer strengern Verantwortlichkeit der Gründer und Gesellschaftsorgane sowie einer wirksamern Controle seitens der Aktionäre.

6) Ablehnung des Reichs-Eisenbahnprojekts. Festsetzung der im öffentlichen Interesse für die Anlage und den Betrieb der Eisenbahnen nothwendigen Bedingungen durch Reichsgesetze und Handhabung derselben durch Reichsbehörden mit unmittelbarer Exekutivgewalt.

7) Verbesserung der Reichs-Justizgesetze in Bezug auf die Aburtheilung der politischen und Preßvergehen durch Geschworene, den Zeugnißzwang und Gerichtsstand in Preßsachen, die gerichtliche Verfolgbarkeit der Beamten, die Entkleidung des Eides von confessionellen Formen und in Bezug auf die Ausdehnung des Beschwerderechtes gegen Versagung der Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft. Freiheit der Advokatur.

8) Individuelle Gewissens- und Glaubensfreiheit. Abgrenzung des Rechtsgebietes der Kirchen und Religionsgesellschaften gegenüber dem Staate durch Staatsgesetz. Daher allgemeine Gesetzgebung über die Religionsgesellschaften ohne Rücksicht auf einzelne Confessionen und ohne Bevorzugung bestimmter Kirchen, namentlich Feststellung der Bedingungen, unter welchen Religionsgesellschaften staatlich anerkannt werden und Corporationsrechte erhalten müssen. Allgemeinen, obligatorischen und unentgeltlichen Volksunterricht. Trennung der Schule von der Kirche.

9) Volle Durchführung des constitutionellen Systems in den Einzelstaaten."

So nehmen sich die „Hauptzielpunkte" aus, welche die deutsche Fortschrittspartei künftig zur Richtschnur ihres politischen Handelns machen will. Es ist zwar viel, was die Fortschrittspartei da will; aber ganz abgesehen davon, daß das Gewollte sich ganz anders ausnehmen müßte, um gut genannt werden zu können, so laborirt die Fortschrittspartei, außer an Verschwommenheit ihrer Forderungen, auch noch an dem Hauptfehler, daß es ihr nie Ernst war mit dem, was sie wollte. Aber ob „Hauptzielpunkte" oder nicht — die Fortschrittspartei bleibt Fortschrittspartei — das heißt die Partei der politischen Heuchelei und des verlogenen Phrasenthums.

— Herr Stephan hat an Kantecki auf eine Eingabe desselben eine lange Epistel gerichtet, in welcher er erklärt, „im Interesse der öffentlichen Ordnung und Disziplin sei es unbedingt erforderlich, daß alle Mittel, welche das Gesetz an die Hand giebt, angewendet werden, um den Beamten zu ermitteln, durch dessen Pflichtwidrigkeit" der bekannte und berüchtigte Erlaß der Bromberger Oberpostdirektion „unmittelbar oder mittelbar der Redaktion des „Kurjer Poznanski" zugänglich gemacht worden ist." „Er (Stephan) habe die betreffenden Untersuchungen von Neuem mit vollstem Nachdruck betreiben lassen." „Er (Stephan) werde die Untersuchung mit aller Kraft fortsetzen lassen" u. s. w. Also Herr Stephan hat an seinem bisherigen — Ruhm noch nicht genug. Und der arme Reichstag, was wird er nun thun? Die Loyalität wird ihm gar schwer gemacht.

— Ein neuer Zeugnißzwang in Sicht. Diesmal gilt's unserm Parteiorgan, der „Duisburger Freien Zeitung"; sie selber schreibt zur Sache: „Sämmtliche Setzer unserer Genossenschafts-Buchdruckerei hatten gestern (am 26. März) vor dem Untersuchungsrichter zu erscheinen, um über den mehrfach erwähnten Artikel: „Sind Sie reichsfreundlich oder reichsfeindlich?" zeugeneidlich vernommen zu werden."

— Unsere Feinde, die „Freunde", fahren rastlos fort, für die Sozialdemokratie Propaganda zu machen. Diesmal ist es die Braunschweiger Polizeidirektion, welche sich die Mühe genommen hat, den Arbeitern zu beweisen, daß sie eine Klasse sind, für welche im heutigen Klassenstaate Recht und Gesetz nicht vorhanden sind. Der Sachverhalt ist folgender: Auf den 31. März war ein Einigungscongreß der Gewerkschaft der Holzarbeiter und des Bundes der Tischler und Berufsgenossen nach Braunschweig berufen. Dieser Congreß nun wurde noch in letzter Stunde, nachdem die Delegirten bereits von allen Gegenden Deutschlands eingetroffen waren, seitens der Braunschweiger Polizeidirektion durch folgende Verfügung untersagt:

Johann Jacoby.

Am 2. April fand in Frankfurt eine Feier der Erinnerung an Johann Jacoby statt. Dr. Guido Weiß, der langjährige Freund des Verstorbenen, hielt die Gedächtnißrede. die sich zu einem meisterhaften Charakterbild gestaltete. Er begann mit der Schilderung des Winters von 1830—31, da Polen seinen Todeskampf mit zwei Feinden, den Russen und der Cholera, kämpfte. Preußen besetzte die ganze Grenze mit einer Truppenkette und ließ keinen Flüchtling herüber. Der Ober-Präsident Schön jedoch wollte zuerst Aerzte hinschicken. Der Erste, der diesem Ruf entsprach, war Dr. Johann Jacoby. Als er zurückkam, empfing ihn Schön mit Lobsprüchen für die tüchtigen Arbeiten, welche er unter den schwersten Umständen vollführt hatte. „Ich werde auch nach Berlin darüber berichten — sagte er — aber einen Orden, eine Auszeichnung, wissen Sie, können Sie nicht bekommen; Sie sind ein Jude." An Orden und Auszeichnungen lag dem Manne nichts, wie er ein paar Jahre später seinem Könige selbst offen erklärt hat. Aber es brachte ihn zum Nachdenken, wie es komme, daß ein Staatsbürger, der sich auszeichnet, unter einem Banne liege, der ihn unter jeden Andern hinunterstellt. In dieser Zeit fiel ihm die Broschüre des Geh. Regierungsrath Streckfuß in die Hand, eines feingebildeten Mannes, der in Bezug auf die Juden-Frage von jener kaltblütigen, naiven Ueberzeugung erfüllt war, daß diese von Gott gezeichnete Race nur dazu da sei, Paria-Dienste im Staate zu leisten. Auf diese Broschüre erwiderte Jacoby mit einer ersten Flugschrift, die sich durch Ruhe und Schärfe auszeichnete. Aber auch auf die Cholera kam er wenige Jahre später zurück. Ein Warschauer Arzt hatte erklärt, die Cholera sei eine unbedeutende Krankheit, und boshafte Bemerkungen über die deutschen Aerzte gemacht. Jacoby antwortete im „Staats-Anzeiger", wo der Angriff gestanden hatte. Als aber jener Warschauer neue Verdächtigungen gegen die deutschen Aerzte schleuderte, wurde Jacoby's Antwort nicht aufgenommen. Der Censor sagte Nein, dann der Ober-Präsident, dann das Ober-Censur-Collegium, dann der Minister Rochow. Jacoby ging an den König; es handelte sich ihm um die Handhabung des Gesetzes über die Censur, er wünschte die Gründe für den abschlägigen Bescheid von höchster Stelle zu hören. Statt dessen bekam er den Befehl, daß Dem weiter nicht Statt zu geben sei. Jacoby schrieb die ganze Sache nieder, konnte aber in Deutschland die Schrift nicht erscheinen lassen, fand selbst in der Schweiz auf eigene Kosten und Verantwortung keinen Verleger. Die Schrift wurde in Paris gedruckt. Die erzählte Thatsache an sich war geringfügig, aber er kämpfte gegen die anmaßende Vormundtschaft der Censur. So war Jacoby bis an sein Ende: was er für sein Recht erkannte, unermüdlich zäh festhaltend, nicht mit stummem Protest sich begnügend, sondern That auf That setzend und diese That wieder durch Schriften verbreitend. Das Jahr 1840 war indessen gekommen. Jacoby hatte in den letzten Jahren bereits sehr viel an der historischen Entwicklung in Preußen Theil genommen. Als damals der König nach Königsberg kam, um sich huldigen zu lassen, wollte er, der dortige Landtag möchte sich eine Gnade ausbitten. Da antwortete der Landtag: „Gieb uns unser Recht, erfülle das Versprechen, welches Dein Vater am 22. Mai 1815 als Lohn für Blut und Kampf und Noth aller Art gegeben hat!" Da erschien die Schrift: „Vier Fragen eines Ostpreußen". Das waren die Fragen: „Was wünschen die Stände? Was berechtigt sie? Was wurde ihnen geantwortet? Und was bleibt zu thun übrig?" Die letzte Frage wurde dahin beantwortet, man habe als Recht in Anspruch zu nehmen, was man bis jetzt nur als Gnade erbeten habe. Die Schrift wurde confiszirt. Sofort schickte Jacoby ein Exemplar an den König, bekannte sich als Verfasser und stellte sich gegen obige willkürliche Maßregel unter dessen Schutz. Die Antwort war der Befehl zur Erhebung einer Kriminal-Klage und ein bundestägliches Verbot der Schrift in Deutschland. Ueberall fanden Haussuchungen statt, 96 Zeugen wurden vorgeladen, Anklage wegen Aufregung zum Mißvergnügen, Majestäts-Beleidigung, Hochverrath erhoben. Letzteres gehörte nach einem Gesetz von 1835 zur Competenz des Kammer-Gerichts von Berlin, und so erklärte sich der Königsberger Kriminal-Senat für incompetent in Bezug auf den Hochverrath und verwies die ganze Sache an das Berliner Kammer-Gericht. Da dies nicht an den Hochverrath glaubte, so ging sie wieder nach Königsberg, und so mehrfach hin und her, bis das Kammer-Gericht durch einen Akt der Kabinets-Justiz damit betraut wurde. Nach anderthalbjähriger Untersuchung wurde auf 2½ Jahr Festung erkannt; aber der Appellations-Senat erkannte am 19. Januar 1843 auf völlige Freisprechung. Präsident v. Grolmann hatte das Urtheil verfaßt und darin anerkannt, daß der Tadel Jacoby's ein berechtigter sei und daß er nnr eine patriotische Pflicht erfüllt habe. Die Ausfertigung des Erkenntnisses wurde in allen Instanzen verweigert; nur durch Zufall gelangte Jacoby nach langen Jahren in dessen Besitz. Er hielt durch Flugschriften das Publikum fortwährend in Kenntniß von den einzelnen Phasen des Prozesses. Sie wurden confiszirt und mußten in's Ausland flüchten. Durch diese Erörterungen hat er wesentlich dazu beigetragen, daß die Existenz allgemeiner bürgerlicher Rechte zum Bewußtsein kam und sich eine liberale Partei in Preußen bildete. Die Frucht seiner ersten Verurtheilung war das Gesetz vom 29. März 1844, welches die Absetzbarkeit der Richter aussprach, an dessen Stelle später die Disziplinar-Gesetze gekommen sind. Seine folgenden Schriften mußten wiederum ihre Verleger im fernen Ausland suchen; auch wurde er abermals wegen Hochverraths in erster Instanz zu 2½ Jahr Festung verurtheilt, in zweiter vom Kammer-Gericht freigesprochen. Endlich kam das Jahr der lehrreichen Thorheiten, das Jahr 1848. Jacoby wurde in's Vorparlament berufen, stimmte für dessen Permanenz bis zum Zusammentritt des Parlaments und erklärte sich gegen den Austritt Hecker's und seiner Freunde; das war Alles. Es ist daher ein leeres Wort, zu sagen, wie Julian Schmidt: seine Politik im Vorparlament sei stets maßgebend für ihn geblieben. Er wurde in den Fünfziger-Ausschuß gewählt und trat dann in die Berliner National-Versammlung ein. In seiner Wahlrede vom 5. Juni 1848 bezeichnete er bereits als Hauptwerkzeug der Reaktion die Furcht der Besitzenden vor den Besitzlosen und als letztes Ziel nicht die politische, sondern die gesellschaftliche Reform. Am 3. November sprach er in einer Audienz zu Sanssouci die berühmten Worte: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" Er war selbst überrascht von der Wirkung dieser Worte, deren sich die Reaktion bemächtigte, um den reizbaren König persönlich für die damals inaugurirte Politik zu engagiren. Es folgte die Auflösung der National-Versammlung, wobei Jacoby mit dem Major Grafen v. Blumenthal eine heftige Scene hatte. Im Frühjahr 1849 hat er noch eine Rede in der zweiten Kammer gehalten, aber sein Herz war nicht mehr dabei.

(Schluß folgt.)

„Die für den 31. d. M. resp. 1., 2. und 3. event. 4. k. M. angemeldeten öffentlichen Versammlungen der Delegirten und Mitglieder der „Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands“ und des „Bundes der Tischler und verwandter Berufsgenossen“ sind ungesetzlich 1) nach § 1 des Gesetzes vom 16. November 1854 Nr. 58, weil dieselben von Arbeitervereinen, resp. Arbeiterverbrüderungen ausgehen und nach dem aufgestellten Programm sowohl wie nach den sonst kundgegebenen Tendenzen zur Verfolgung politischer resp. sozialistischer Zwecke dienen, 2) nach § 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 4. Juli 1853 Nr. 37, weil die angemeldeten Gewerkschaften zum Theil wenigstens auf Grund ergangener gerichtlicher Erkenntnisse als politische Vereine betrachtet werden müssen, und daher mit anderen Vereinen nicht — wie es beabsichtigt wird — in der Art in Verbindung treten dürfen, daß entweder der eine Verein den Beschlüssen und Organen des anderen unterworfen, oder mehrere solcher Vereine unter einem gemeinsamen Organe vereinigt werden. Unter diesen Umständen sehe ich mich veranlaßt, die angemeldeten Versammlungen, wie hierdurch geschieht, zu untersagen. Braunschweig, 30. März 1877. Herzogliche Polizeidirektion. E. Meyer.“

Auf eine Prüfung der Gründe, welche den Braunschweiger Meyer bewogen haben, den Congreß nicht zu gestatten, wollen wir uns hier nicht einlassen, weil der Schwerpunkt aller Polizeimaßregelungen, welche seither die Gewerkschaften betroffen haben, darin liegt, daß ihnen die freie Diskussion beliebiger Fragen — also auch Fragen politischen Inhalts — und die unbeschränkte Organisation verboten ist. Erst mit Beseitigung dieser Einschränkungen werden die Gewerkschaften vor Polizeimaßregelungen geschützt sein und frei aufathmen und sich entwickeln können. — Mitzutheilen wäre noch, daß die Delegirten in corpore nach Hamburg abgereist sind. Das Vereinigungswerk wird also trotz Meyer und Consorten zu Ende geführt werden.

— Die Abreise der Herren Pio und Geleff von Kopenhagen wird von der Bourgeoispresse als eine Flucht bezeichnet, mit dem Beifügen, daß die Genannten mit dem Gelde der Arbeiter auf's Unverantwortlichste umgesprungen seien. Wir haben Erkundigungen eingezogen, die indeß noch zu keinem positiven Resultate geführt haben. Unser Hamburger Parteiorgan sieht sich auf Grund erhaltener Mittheilungen veranlaßt, die Angaben der Bourgeoispresse im Wesentlichen für richtig zu erklären, und spricht die Ueberzeugung aus, daß Pio und Geleff von den Gegnern der Arbeiterpartei gekauft worden seien. Wir sind, wie schon gesagt, noch nicht in der Lage, ein bestimmtes Urtheil auszusprechen. So viel steht aber schon jetzt fest, daß das von uns sofort mißbilligte Colonisationsprojekt Pio's und Geleff's auch von der Masse der dänischen Arbeiter entschieden mißbilligt wird; daß zum Mindesten ein Theil der dänischen Sozialisten die Abreise Pio's und Geleff's als Fahnenflucht betrachtet; und daß das dänische Parteiorgan „Sozialdemokraten“ durch Pio und Geleff an den Rand des Bankrouts gebracht worden ist, von dem es nur durch die, sich in dieser Krisis herrlich bewährende Opferwilligkeit der dänischen Sozialisten gerettet werden konnte. Wir sagen: konnte, denn die Existenz des Blattes ist nach den letzten Nachrichten gesichert. Jedenfalls werden unsere Gegner finden, daß sie zu früh triumphirt haben, und daß die sozialdemokratische Bewegung in Dänemark, wie anderswo, nicht von einzelnen Personen abhängt, und weder durch die Unfähigkeit, noch durch den Verrath dieses oder jenes „Führers“ zu Grunde gerichtet werden kann.

Nachdem Obiges geschrieben war, erhielten wir nachstehende Correspondenz *), die im Wesentlichen alles das Schlimme bestätigt, was über die Führerschaft Pio's und Geleff's schon seit einiger Zeit von den Gegnern der Sozialdemokratie in Umlauf gesetzt worden war. Zu ihrer nicht geringen Ueberraschung wurden die Gegner aus der Correspondenz aber auch ersehen, daß die dänischen Arbeiter Herren der Situation geblieben sind. Und anders konnte es auch nicht kommen, denn noch immer wurden talentvolle aber charakterlose Streber, welchen es gelang, sich an die Spitze dieser oder jener Arbeiterorganisation zu schwingen, über kurz oder lang entlarvt und dann auch bei Seite geschoben. Die dänischen Arbeiter haben sich in den Personen geirrt, welchen sie die Leitung ihrer Angelegenheiten anvertraut hatten, nichts weiter. In Zukunft werden sie sich nicht irren, das ist das Gute bei der Sache. Doch hören wir, was unser Correspondent uns schreibt:

„Ich fühle mich gedrungen, den deutschen Parteigenossen Bericht zu erstatten über einen Vorgang, welcher sich vor einigen Tagen hierselbst abgespielt hat und welcher jeden ehrlichen Sozialisten mit Entrüstung erfüllen muß. Die „Führer“ der hiesigen sozialistischen Arbeiterbewegung, die Herren Louis Pio und Paul Geleff sind nämlich vorige Woche mit Hinterlassung von geleerten Kassen und einer riesigen Schuldenlast verschwunden d. h. sie fuhren per Schiff nach England, um sich von da voraussichtlich nach Amerika zu begeben. Man darf sich jedoch nicht dem falschen Glauben hingeben, als ob jene Herren nach Kansas reisen würden, um dort den auch im „Vorwärts“ erwähnten Auswanderungsplan zu realisiren. Bei Leibe nicht! Die Sache verhält sich folgendermaßen: Es ist bekannt, daß die dänische Arbeiterpartei ein Organ besitzt unter dem Namen „Social-Demokraten“; dieses Blatt ist Eigenthum von ca. 20 sozialistischen Fachvereinen, welche als Gratifikation den Herren Pio, Brix und Geleff das Nutznießungsrecht an dem Reingewinn des Blattes zugeeignet haben; einen etwaigen Ausfall wollten die Vereine tragen. Bei 6000 Auflage und einer Menge bezahlter Inserate mußte sich dieses Blatt vortrefflich rentiren und einen bedeutenden Ueberschuß abwerfen. Doch was zeigte sich? Als genanntes Blatt ca. 8000 Abonnenten zählte, wurden die Leser desselben vorigen Sommer plötzlich mit zwei Ueberraschungen beglückt: Erhöhung des Preises um 5 Oere (etwa 7 Pf.) wöchentlich, und: Errichtung einer Unterstützungskasse für verunglückte Abonnenten. Die Abonnentenzahl war seit dieser Zeit fortwährend im Sinken begriffen. Den verschiedenen Stimmen gegenüber, welche meinten, die „Führer“ bereicherten sich an der Bewegung, erklärte Pio kürzlich im „Social-Demokraten“: „An meinen Fingern klebt nicht ein Oere vom Geld der Arbeiter.“ Aber es kam anders.

„Im Herbst v. J. errichtete Pio die „Central-Buchdruckerei“, welche nach Verlauf von 3 Jahren und nachdem dieselbe bezahlt sein würde, an sämmtliche in derselben beschäftigte Arbeiter als Collektiv-Eigenthum übergehen sollte. Jetzt steht die Druckerei nach Verlauf von 18 Wochen seit der Errichtung vor dem Bankrout. Als nun die Einnahmen, welche der „Social-Demokrat“ ergab, nicht mehr ausreichten, um die Druckerei am Leben zu erhalten, wandte Pio sich an einige vermögende Fachvereine, um eine Anleihe zu erhalten; er bekam dieselbe im Betrage von im Ganzen 3000 Kronen — und verschwand damit! In der Kasse der Expedition waren über 400 Kronen, welche zum Ausbezahlen an die Arbeiter in der Druckerei bestimmt waren — Pio nahm dieselben und verschwand. Eine Masse Wechsel, von Pio ausgestellt, circuliren und sollen, wie man sagt, in diesen Tagen verfallen sein. Geleff giebt natürlicherweise Pio in Nichts nach und verschwand deshalb mit ihm. Der dritte der „Führer“, Harald Brix, sitzt, wie man weiß, im Gefängniß, über diesen läßt sich daher nichts sagen. Die ganze Verschwindungsaffaire ist überhaupt so verdächtig, daß man beinahe glauben möchte, die Polizei habe einen Finger mit im Spiel gehabt, um durch diesen Schlag die ganze Bewegung hier zu Lande lahm zu legen. Interessant ist's gewiß, daß auch „Morgenbladet“ (das Organ der „Vereinigten Linken“ — Bauerndemokraten) meint, es müßten andere Einflüsse dabei mitgewirkt haben.

„Wer die Verhältnisse hier kennt, wird zugestehen, daß diese Vorgänge die härtesten Schläge sind, welche eine Partei nur jemals treffen können, zum Glück sind sie zugleich auch eine Radikalcur und zwar insofern, als es mit dem Personencultus und der „Führer“-Abgötterei, welche bereits den höchsten Grad erreicht hatten, nun wohl auf immer ein Ende haben wird. Sofort, noch am Abend desselben Tages, als man Sicherheit über das Verschwinden der Herren Pio und Geleff hatte, traten die Repräsentanten der am Blatt participirenden Fachvereine zusammen und beschlossen beinahe einstimmig, das Blatt unter allen Umständen zu halten. Es wurden zur sofortigen Verwendung 400 Kronen vorgeschossen und 1600 Kronen sollen am 1. April hergegeben werden. Die „Central-Buchdruckerei“ wird möglicherweise in diesen Tagen für fallit erklärt werden. Es ist zu hoffen, daß dieser Schlag die Partei nicht allzusehr treffen wird.“

*) Leider zu spät für die vorige Nummer, die gerade zum Druck kommen sollte; weshalb wir das Ganze, um kein unvollständiges Bild zu geben, zurückstellten. R. d. V.

— Aus der „guten alten Zeit“. Zürcherisches Fabrikmandat von 1733. „Wir haben vernehmen müssen, daß unter Unsern Angehörigen solche sind, welche Pflicht und Treue gegen Uns, ihre von Gott gesetzte Obrigkeit, so vergessen, daß, nachdem sie zu allerhand genugsamer Arbeit sind erzogen worden, sie sich erfrechen, auf eine unverantwortliche Weise aus Unserm Lande zu gehen und dergleichen Hantirung, so bis dahin unter Gottes Wegen in Unserer Stadt und zu des gemeinen Landes Nutzen getrieben worden, treuloser Weise an andere Orte zu verziehen. Wir wollen hiermit solchen Personen das Burger- und Landrecht aufgekündet haben. Weib und Kinder sollen ihnen nachgeschickt und zu keinen Zeiten mehr als Burger oder Landeskinder angenommen werden. Auch behalten Wir Uns vor, an Ehre und Gut, mit gänzlicher Confiscation der im Land befindlichen Mittel und im Fall des Betretens wohl gar am Leib ernstlich zu strafen.

„Ferner wollen Wir bei gleicher Strafe verboten haben, Fremden und Ausländischen weder das Seiden-Kämblen, noch -Winden und -Weben, das Baumwollspinnen und anderes zu hiesigen Fabrikation Dienendes zu zeigen. Zu dem Ende sollen keine solche Kostgänger, die nicht Unsere eigene Angehörige sind, weder zur Kost, noch in Verdienst aufgenommen werden, um sie etwas dergleichen arbeiten zu lassen.“

Die Manchestertheorie war damals also noch nicht in Mode — aber unter allen Umständen haben die Herren es verstanden, das Volk ihrem Ausbeuter-Interesse dienstbar zu machen. („Tagwacht“.)

— Genügsam sind unsere Gegner in Bezug auf geistige Kost — das muß man ihnen nachsagen. Da amusiren sie sich z. B. seit Wochen an folgender Schnurre, die durch sämmtliche liberale und sonstige Reaktionsblätter geht:

„Rinjefallen. 1. Sozialdemokrat (zu einem Soldaten): „Sagen Sie 'mal, bunter Söldling, würden Sie wohl auf dem Volke schießen, wenn's losjinge?“ — Soldat: „Ick? Denk' nich' dran!“ — 1. Sozialdemokrat: Na, sehn Se, dat nenn' ick brav! Kellnähr! Bringen Se dem Manne noch 'ne Weiße mit'n Jilka! — 2. Sozialdemokrat: „Bringen Se ihm 'n Paar Würstchen dazu mit Meerrettig.“ — 3. Sozialdemokrat: „Roochen Se, Männecken? Cigarre jefällig?“ — Soldat: Ick bin so frei und stecke mir Die ein. Nach'm Essen werde ick Die roochen. (Er nimmt zwei Cigarren.) — 1. Sozialdemokrat (nachdem sich der Soldat den Mund gewischt): „Nu sagen Se, edler Sohn des Volkes, da Se nun Alles jlücklich verputzt haben, denken noch Viele wie Sie ins Jardecorps?“ — Soldat: „O ja, de janze Musik. Ick bin Pauke.““

Gut, und wenn sich das Alles nun wirklich so zugetragen hätte, wären die Sozialdemokraten dann die „Rinjefallenen“? Marschirt nicht das Regiment hinter der „Musik“ her? Und hätten wir mit der „janzen Musik“ folglich nicht die „janze“ Armee?

— Genügsam sind unsere Gegner in Bezug auf geistige Kost — das muß man ihnen nachsagen. Da amusiren sie sich z. B. seit Wochen an folgender Schnurre, die durch sämmtliche liberale und sonstige Reaktionsblätter geht:

„Rinjefallen. 1. Sozialdemokrat (zu einem Soldaten): „Sagen Sie 'mal, bunter Söldling, würden Sie wohl auf dem Volke schießen, wenn's losjinge?“ — Soldat: „Ick? Denk' nich' dran!“ — 1. Sozialdemokrat: Na, sehn Se, dat nenn' ick brav! Kellnähr! Bringen Se dem Manne noch 'ne Weiße mit'n Jilka! — 2. Sozialdemokrat: „Bringen Se ihm 'n Paar Würstchen dazu mit Meerrettig.“ — 3. Sozialdemokrat: „Roochen Se, Männecken? Cigarre jefällig?“ — Soldat: Ick bin so frei und stecke mir Die ein. Nach'm Essen werde ick Die roochen. (Er nimmt zwei Cigarren.) — 1. Sozialdemokrat (nachdem sich der Soldat den Mund gewischt): „Nu sagen Se, edler Sohn des Volkes, da Se nun Alles jlücklich verputzt haben, denken noch Viele wie Sie ins Jardecorps?“ — Soldat: „O ja, de janze Musik. Ick bin Pauke.““

Gut, und wenn sich das Alles nun wirklich so zugetragen hätte, wären die Sozialdemokraten dann die „Rinjefallenen“? Marschirt nicht das Regiment hinter der „Musik“ her? Und hätten wir mit der „janzen Musik“ folglich nicht die „janze“ Armee?

— Am Mittwoch hatten die sozialistischen Reichstagsabgeordneten in Berlin eine Conferenz, in welcher der, in sechs längeren Fraktions-Sitzungen von ihnen ausgearbeitete, Entwurf eines Arbeiter-Schutzgesetzes definitiv festgestellt wurde. Der Entwurf wird nun unverzüglich — die Beschaffung der nöthigen Unterschriften wird voraussichtlich keine Schwierigkeiten machen — als Antrag eingebracht und, allem Vermuthen nach, in den ersten Tagen nach Wiederbeginn der Session zusammen mit den übrigen Anträgen auf Abänderung des Gewerbegesetzes zur Diskussion gelangen. — Der Antrag auf Schutz der Wahlfreiheit wird ebenfalls gleich nach den Ferien eingebracht werden können.

— Der sozialistischen Presse ist in dem „Ostthüringschen Volksblatt“, welches seit dem 31. März in Gera vorläufig nur einmal wöchentlich erscheint, ein neuer Zuwachs geworden. Das Blatt wird redigirt von unserm bewährten Parteigenossen Karl Brätter in Gera, dessen Thätigkeit es unzweifelhaft gelingen wird, dem neuen Organe der Sozialdemokratie Achtung und einen großen Leserkreis zu verschaffen. — Ferner erscheint seit dem 1. April in Callnberg der „Volksfreund“ für Lichtenstein, Callnberg und Umgegend wöchentlich dreimal. Der „Volksfreund“ ist also neben den „Glauchauer Nachrichten“ jetzt das zweite sozialistische Organ im 17. sächsischen Wahlkreis. Nur weiter so im Gründen!

Correspondenzen.

Zürich, 27. März. Der hiesige deutsche Arbeiterverein sieht sich veranlaßt, den deutschen Gesinnungsgenossen einen Ueberblick über die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre zu geben, da deren Resultat nicht nur für die jetzigen Mitglieder als ein zufriedenstellendes bezeichnet werden kann, sondern auch als ein erfreuliches für die, welche früher Gelegenheit hatten, genanntem Vereine anzugehören und zwar in einer Periode, wo eine bedeutende Majorität weit eher reaktionären als den sozialistischen Grundsätzen huldigte.

Ein Jahr voller Arbeit ist dahin. Blicken wir zurück auf dasselbe und fragen wir: wie war dieses Jahr? Gewiß kann die vorgelegte Frage nicht günstig beantwortet werden. Geschäftsstockung, Lohnherabsetzung und Maßregelung waren an der Tagesordnung (erst kürzlich mußte eines unserer tüchtigsten Mitglieder wegen Maßregelung Zürich verlassen), und einen allgemeinen europäischen Massenmord in Aussicht, das sind die Segnungen, mit denen wir das alte Jahr beschlossen und in das neue eingetreten sind. Gewiß ein trostloses Bild!

Auf das innere Vereinsleben eingehend, ist ein ziemlich günstiges Resultat zu vermerken. Betrug die Mitgliederzahl im 1. Quartal 421, im 2. 384, im 3. nur 378, so stieg dieselbe im 4. auf 458 und am Schlusse des Jahres bestand unser Verein aus 525 Mitgliedern. Denselben verließen theils durch Abreise, theils durch Austritt und theils Ausschluß im 1. Quart. 73, im 2. 82, im 3. 72 und im 4. 67 Mitglieder. Den verschiedenartigen Berufen nach sind: 139 Schreiner, 64 Schlosser, 60 Schuhmacher, 31 Zimmerleute, 25 Schneider, 24 Spengler. 20 Maler, 19 Schmiede, 18 Sattler, 13 Glaser, 11 Maurer, Wagner und Buchbinder je 10, 7 Bäcker, 6 Korbmacher, Coiffeure, Mechaniker und Drechsler je 5, 4 Hafner, Uhrmacher, Schriftsetzer, Metzger und Gärtner je 3, Steinhauer, Lithographen, Vergolder, Strumpfwirker, Instrumentenmacher, Gerber, Kürschner und Kaufleute je 2, und 21 weitere Berufe, welchen je ein Mitglied angehört.

An Unterhaltung und Belehrung standen den Mitgliedern 28 Zeitungen, darunter 26 sozialistische, zu Gebote; die Bibliothek erhielt im verflossenen Jahre einen Zuwachs von 70 Bänden, so daß dieselbe jetzt 764 Bände aufweist.

Die Einnahmen betrugen 9548 Fr. 50 Cts.; die Ausgaben 8925 Fr. 26 Cts. Vereinssitzungen wurden 25 abgehalten, welche regelmäßig gut besucht waren, und manche interessante Debatten veranlaßten. Einige Beschlüsse mögen hier der Erwähnung verdienen.

Am letzten Congresse des schweizerischen Arbeiterbundes in Bern wurde von den Delegirten der deutschen Vereine beschlossen, zu den damals bevorstehenden Reichstagswahlen die in der Schweiz sich aufhaltenden Deutschen aufzufordern, die Parteigenossen in Deutschland nach Kräften zu unterstützen, und zu diesem Zwecke Antheilscheine à 25 Cts. auszugeben. Der deutsche Verein Zürich that hierbei seine Pflicht, indem in einer Generalversammlung mit überwiegender Majorität jedes Mitglied obligatorisch verpflichtet wurde, wenigstens einen Antheilschein zu nehmen. Das Resultat war, daß 682 Scheine entnommen wurden. Auch wurde der Ueberschuß einer Gesangaufführung und eines Ausfluges von zusammen 256 Fr. den Genossen in Deutschland zugesandt, um für die Wahlen agitiren zu können. Zu den Stichwahlen wurden noch weitere 150 Fr. nach Deutschland übermittelt.

Ferner beschloß der Verein in Verbindung mit dem Central-Ausschuß eine gemischte Gewerkschaft beiderlei Geschlechts in's Leben zu rufen, um auch denjenigen unserer Mitglieder, welche keine Gewerkschaft haben, Gelegenheit zu geben, sich einer solchen anzuschließen, wodurch die gegenseitigen Berufsinteressen gewahrt werden können.

Die Discussionsstunden, welche regelmäßig jeden Dienstag abgehalten wurden, waren durchschnittlich sehr gut besucht. Fragen verschiedenen Inhalts kamen zur Erörterung, Dank denjenigen Mitgliedern, welche oft Referate, mitunter über sehr wichtige Fragen, übernahmen und zur Zufriedenheit Aller erledigten. Möge auch in Zukunft ein Gleiches geschehen!

Als ein geistiges Aufblühen unseres Vereins ist noch der Vertrieb sozialistischer Schriften zu vermerken, welcher in letzter Zeit bedeutend zugenommen hat. Unser Augenmerk wird hauptsächlich auf diese Schriften gerichtet sein, da nur die Verbreitung einer gesunden, volksthümlichen Lektüre dazu beitragen kann, Aufklärung unter der großen Masse zu verbreiten!

Vergegenwärtigen wir uns noch schließlich die Resultate der Jahre 1875 und 1876. Gerade wie die Parteigenossen in Deutschland bei den Reichstagswahlen einen glänzenden Sieg erfochten, so hat auch unser Verein in diesen Jahren nicht umsonst gekämpft und zwar insofern, als der national-reaktionäre Verein von 1875 in einen international-sozialdemokratischen im Jahre 1876 umgewandelt ist. Wenn auch leider noch eine erhebliche Minorität Gegner unserer Bestrebungen ist, so öffnen die heutigen Verhältnisse auch diesen immer mehr und mehr die Augen und sie werden einsehen müssen, daß nur der Sozialismus die jetzigen Uebelstände beseitigen kann und auch wird.

Freunde, Brüder! Scheuen wir weder Arbeit noch Mühe, sage Keiner, es nützt ja doch nichts. Denken wir nicht, daß der Erfolg unsrer Sache augenblicklich wirken soll; wenn derselbe auch für jetzt noch unbemerkbar ist, er wird sich schließlich doch unfehlbar geltend machen. Erst säen und dann ernten. Möge doch jeder die wohlbekannten Worte beherzigen: „Strebe stets zum Ganzen, und kannst du selbst kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließe an's Ganze dich an.“ —

Und zum Schluß noch eins: zeigen wir nicht nur in den Räumen des Lokals, daß wir Sozialisten sind, sondern bei jeder Gelegenheit mit Wort und That bekennen wir muthig Farbe, damit wir nicht nur bei Freunden, sondern hauptsächlich bei unsern Feinden, unsern Gegnern, Achtung gebietend dastehen.

Ein Hoch der Sozialdemokratie aller Länder.

Der Vorstand
des deutschen Arbeitervereins Zürich.

Stockholm, 17. März. Bezugnehmend auf die letzten Vorgänge im „deutschen Verein“, wonach es uns nicht gestattet war, uns als sozialistisch gesinnte Mitglieder zu geriren, haben Unterzeichnete einen internationalen Pfeifenklub, mit einer wöchentlich erscheinenden Zeitung: „Die Pipe“ unter der Redaktion des Herrn C. Götter gegründet, und ersuchen alle Diejenigen, welche über die hiesigen Verhältnisse Auskunft haben wollen, sich an die Redaktion der „Pipe“, C. Götter, Traengsund 8 (Lundin) zu wenden.

C. Götter, H. Greller, S. Löwbeer, Fr. Gemballa,
H. Poznanski, H. Randow, Fr. Rennekamp,
Schreinert, Degen II., Brennert.

Mylau i. V. Als Weber fühle ich mich verpflichtet, Einiges über die Lage meiner hiesigen Fachgenossen zu berichten. Vor kurzer Zeit brachte das „Mylauer Wochenblatt“ einen Bericht über die Situation im Voigtlande. Es wurde da unter Anderm gesagt, daß es Arbeiterfamilien gäbe, welche nicht mehr im Stande seien, sich ein ordentliches Nachtlager zu erschwingen, sondern auf Hobelspänen schlafen müßten. Dieser Artikel nun hat unter einigen auf Eiderdaunen (Flaumfedern) ruhenden Arbeitgebern große Aufregung hervorgerufen und der Redaktion genannten Blattes üble Folgen gebracht; die Herren vom Kapital schämen sich eben, daß durch ihre Gewinnsucht solche Zustände hervorgerufen worden sind. Was werden nun aber jene Herren sagen, wenn ich öffentlich constatiren kann, daß Arbeiterfamilien nicht nur auf Hobelspänen, Tannenreißig und Laub schlafen, sondern daß dieselben oft ihren Kindern, die sie in Nachbarorte betteln schicken müssen, kein menschenwürdiges Nachtlager zu bereiten im Stande sind, so daß die Kinder thatsächlich auf der Stubendiele schlafen müssen? Was werden jene Herren sagen, wenn ich constatiren kann, daß es ehrliche Arbeiterfamilien giebt, welche nicht leichtsinnig Schulden zu machen vermögen (wie andere Bessersituirte) und deshalb Tagelang kein Brod auf dem Tisch haben? Und schließlich: was werden jene Herren thun, gegenüber der untenstehenden Resolution, welche am 11. März von 200 versammelten Webern einstimmige Annahme fand? Werden jene Herren die Noth, welche unter den Arbeitern resp. Webern herrscht, noch länger leugnen können und Männer, die die Wahrheit veröffentlichen, für ihren Freimuth in ihren Interessen zu schädigen suchen, wie es der Redaktion des eingangsgenannten Wochenblattes widerfahren ist?

Resolution
der am 11. März im hiesigen Meisterhause abgehaltenen Weberversammlung.

Die Versammlung erklärt: Durch die auf dem Gebiete der Weberei herrschende kapitalistische Großproduktion, welche ihre Arbeitskräfte wegen der Billigkeit und leichten Beweglichkeit vorzugsweise aus jugendlichen Elementen beiderlei Geschlechts bezieht, ist die hierorts stark vertretene Hausindustrie schwer geschädigt, und dadurch ein großer Theil braver und arbeitsamer Familienväter in eine erbärmliche Lage versetzt worden.

Schon seit Jahren hauptsächlich darauf angewiesen, sich aus Nachbarorten Arbeit und Verdienst zu holen, müssen dieselben unter der jetzigen Geschäftskrisis bitter leiden, da jeder Ort darauf bedacht ist, die geringe Beschäftigung seinen eigenen Angehörigen zu Theil werden zu lassen.

Es sind deshalb Viele durch wochenlange Arbeitslosigkeit in Noth und Elend gerathen und nicht im Stande, die zum Leben nothwendigsten Nahrungsmittel, geschweige denn die zu bezahlenden Steuern und Abgaben jeglicher Art zu erschwingen, oder die abgenutzten Kleidungs- und Wirthschaftsstücke zu ersetzen.

Die Versammlung beschließt: obige Erklärung dem Stadtgemeinderath zur Kenntniß zu bringen, mit der Bitte, derselbe wolle mit Rücksicht auf die von ihm letzthin erlassene Bekanntmachung betreffs der exekutivischen Beitreibung der rückständigen Steuern, vornehmlich mit Familienvätern Rücksicht üben, resp. ihnen die Steuern erlassen, weil, wenn eine Auspfändung wegen der rückständigen Steuern in Ausführung gebracht würde, nicht allein der Ruin der betreffenden Familien herbeigeführt, sondern auch eine bedauerliche Gleichgiltigkeit vieler braver Steuerzahler heraufbeschworen werden würde. Dagegen möge der geehrte Stadtgemeinderath den entstehenden Ausfall der Stadtkassen-Einnahmen auf andere Art und Weise zu decken suchen, sei es durch Ansuchen um eine staatliche Unterstützung, oder hohe Besteuerung solcher Fabrikanten, welche in unerhörtester Weise von früh 6 bis Abends 9 und 10 Uhr arbeiten lassen, während ein großer Theil von Hauswebern nichts zu thun hat.

Vorstehende Resolution ist dem Stadtgemeinderath übermittelt wurden, da ich aber bis Dato noch keinen Bescheid erhalten, so sei erwähnt, daß die oben geschilderten Zustände von der Ortsbehörde untersucht worden sind. Ob dieselbe aber die wirkliche Noth aus diesen Zuständen herausgefunden hat, sei dahingestellt.

F. F.

Erfurt, 5. April. Parteigenosse Rudolph ist gestern früh 6 Uhr gestorben. R. war einer der muthigsten Streiter für die Emanzipation des Proletariats. Wir werden in einer der nächsten Nummern eine kurze Biographie über denselben bringen.

F. K.

Bekanntmachung. Der vormalige Redakteur Herr Jakob Christian Marbach ist wegen der in Nr. 103 des „Volksstaat" vom vorigen Jahre und zwar in dem „Mainz, 22. August" überschriebenen Artikel enthaltenen Beleidigung des Herrn Dr. Ludwig Strecker in Mainz nach §§ 185, 186, 73 des Reichsstrafgesetzbuchs, sowie § 20 des Reichspreßgesetzes zu 200 Mark Geldstrafe und Tragung der Untersuchungskosten rechtskräftig verurtheilt worden, was in Gemäßheit des § 200 Abs. 2 des erstgedachten Gesetzbuchs hierdurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 26. März 1877.

Königliches Gerichtsamt im Bezirksgericht.
Abtheilung für Strafsachen.
Bieler.

Chemnitz. (Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft.) Den zureisenden Collegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge Augustusburgerstraße 54b befindet. Für gutes und billiges Getränk, sowie Speisen und Nachtquartier ist bestens gesorgt. „Pionier", „Grundstein" und „Chemnitzer Freie Presse" liegen aus.

Krell, Melzer, Knof, Maurer; Hempel, Otto, Löschner, Zimmerer; Herbergs-Aelteste.

Zürich. (Fachverein der Sattler und Berufsgenossen.) Wir halten es für unsere Pflicht, unseren Vereinsgenossen in Deutschland einen kleinen Bericht über unsern Verein zu erstatten.

Schon seit der Gründung unseres Vereins hatten wir Mühe, den hiesigen Collegen den Zweck und Nutzen der Vereinigung begreiflich zu machen. Wir hielten die Versammlungen regelmäßig ab; aber im Winter war unsere Mitgliedschaft immer ziemlich schwach. Dieses Frühjahr hielten wir nun eine öffentliche Sattler- und Tapezierer-Versammlung ab. Referent Moham legte in gutgewählten Worten die Mißstände der heutigen Kapitalherrschaft auseinander und führte an, wie dringend nothwendig die Organisation in Gewerkschaften, resp. Fachvereinen sei. Nachdem sich der Referent, sowie noch mehrere Mitglieder über die Nothwendigkeit eines gemeinschaftlichen Vorgehens der Sattler und Tapezierer und über die hiesige enge Verbindung beider Geschäfte ausgesprochen, erklärten die Tapezierer nach einer nochmaligen Besprechung unter sich, in nächster Versammlung unserer Vereinigung beizutreten.

Wir hatten uns denn auch in den nächsten Versammlungen einer zahlreichen Betheiligung der Tapezierer zu erfreuen, und wollen nun gemeinschaftlich vorgehen, damit wir es auch bald, wie die Tapezierer, zu einer 10stündigen Arbeitszeit bringen.

Der unentgeltliche Arbeitsnachweis, sowie das Verkehrslokal befinden sich nach wie vor im „Goldenen Stern", Tonhallenplatz, wohin auch Briefe und Adressen zu richten sind.

Der Vorstand des Fachvereins der Sattler und Tapezierer.

An die Parteigenossen in Anhalt und der Umgegend.

Parteigenossen! Um den Kampf für unsere gerechte Sache besser und nachhaltiger führen zu können als bisher, haben die Genossen mehrerer Orte Anhalts den Beschluß gefaßt, am 1. Juli d. J. eine Zeitung unter dem Namen „Anhaltischer Volksfreund" in Bernburg herauszugeben; es erfordern aber gleichzeitig unsere Verhältnisse hierorts die Gründung einer eigenen Druckerei, zu welchem Zwecke wir eine Genossenschaft in's Leben rufen wollen, um selbstständig und unabhängig von unseren Gegnern den begonnenen Kampf zu führen. Wir beabsichtigen nun Antheilscheine à 6 Mark, welche in Raten à 50 Pfennig bezahlt werden sollen, auszugeben, und glauben wir dadurch es Jedem möglich zu machen, an diesem gemeinnützigen Unternehmen Theil zu nehmen. Auch möchten wir die Genossen von Calbe, Staßfurt und Aschersleben ersuchen, uns hierbei nach Kräften zu unterstützen, da eine Presse in Anhalt auch für sie von großem Nutzen ist. Unterzeichneter ersucht deshalb alle Parteigenossen in Anhalt und der Umgegend, bis spätestens den 24. April mitzutheilen, wieviel Antheilscheine sie unterzubringen gedenken, damit dann mit der endgültigen Verwirklichung des Planes begonnen werden kann. Die bessersituirten Genossen werden gewiß ihre Schuldigkeit thun und mehrere Antheilscheine zeichnen.

Parteigenossen! Wenn wir bedenken, welche Opfer Anhalt schon gebracht hat, so werden wir vor einem derartigen Unternehmen nicht zurückschrecken. Es muß sich ein jeder Parteigenosse zur Pflicht machen, für Anhalt das vortheilhafteste Kampfesmittel, ein Organ, zu schaffen. Deshalb frisch auf! Thue Jeder seine Schuldigkeit!

Bernburg, im April.

J. A.: Chr. Bopel, Brahlenberg 1.

Aufruf an die Malergehilfen Deutschlands!

Allen Collegen hiermit zur Nachricht, daß wir dieses Jahr zu Pfingsten in Leipzig einen Congreß abhalten werden. Derselbe beginnt den 1. Feiertag 3 Uhr Nachmittags im „Thüringer Hof", Burgstraße. Collegen, welche sich an demselben betheiligen wollen, haben uns spätestens bis zum 6. Mai zu benachrichtigen, resp. ihre Vertreter anzumelden, ebenso diejenigen, welche keinen Delegirten entsenden können, damit wir für Vertretung sorgen können. Alle Collegen, welche bis dahin sich nicht angemeldet, können sich trotzdem betheiligen, haben aber ihr Mandat vom Congreß bestätigen zu lassen. Ebenso möchten die Herren Delegirten uns die etwaige Zeit ihrer Ankunft mittheilen. Die Mitglieder der Empfangscommission, an blauen Schleifen erkennbar, sind auf den Bahnhöfen anwesend. Zum Schluß ersuche ich nun noch einmal dringend die Collegen allerorts, meine Briefe umgehend zu beantworten, event. ihre Adressen bekannt zu geben. Letzteres gilt hauptsächlich von Dresden, Breslau, Königsberg, Kiel, Hannover, Braunschweig, Cassel, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, München. Es wird nämlich jetzt ein Congreß-Flugblatt mit näheren Details über den Zweck des Congresses u. s. w. ausgegeben, welches ich allen mir bekannten Adressen sogleich zustellen werde. Auch fordere ich die Collegen nochmals auf, recht zahlreich auf unser Fachorgan, den „Grundstein", zu abonniren. Derselbe erscheint in Hamburg und ist durch alle Postanstalten zu beziehen für nur M. 0,45 vierteljährlich incl. Bringerlohn. Also thut Eure Pflicht, Collegen! Euer Wahlspruch sei: „Auf zum Congreß nach Leipzig."

Alle Anfragen, sowie diesbezügliche Mittheilungen sind zu richten an

G. Cousin, Alexanderstr. 28/III, Leipig.

NB. Alle Arbeiterblätter werden hiermit dringend um Nachdruck ersucht!

Briefkasten

der Redaktion. Paul Grottkau, Berlin: Die gewünschte Adresse ist: Karl Bohne, Hohenstein-Ernstthal. — Kahl, Bremen: Nach sächsischem Gesetz können wir ohne Genehmigung der Polizeibehörde den Aufruf nicht veröffentlichen. —

der Expedition. X. X. Lauten-Weschnitz: 1,40 erhalten. Wie ist Ihr Name? Sie haben unter Ihrer Bestellung die Unterschrift vergessen. — J. Lmsn Mainz: Schein erhalten, sobald als möglich erfolgt Rückzahlung.

Quittung. Hrld Nadworna Ab. 1,63. Hartmnn Mainz Ab. 11,60. Exped. d. „Fackel" hier Ann. 0,70, Plkte 1,50. Hlr Elster Schr. 5,00. Ldwg hier 1,05. Slbrhrn Esslingen Ab. 13,02, Schr. 2,80. Hllngl Nordhausen Ab. 14,60. Esn Mühlheim Ab. 15,00. Jnk Sorau Schr. 11,12. Exped. d. „Wahrheit" Breslau Ab. 1566,66. Ptmnn Duisburg Ab. 4,80, Schr. 4,50. Lgs Hannover Ann. 0,60. Sbrt Kassel Ab. 3,00. Gesangverein „Ferdinand" Hannover Ann. 0,80. Grnwld Altenburg Schr. 1,50. Strk Kiel Ann. 3,00. Wß Pegau Schr. 9,70.

Flensburg. Arbeiter-Sängerbund. Sonnabend, den 14. April, Abends 7½ Uhr, im „Colosseum": (2a) (F. 120)

Abendunterhaltung

bestehend in Concert, Gesang, theatralischer Vorstellung und Ball. Karten für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg. sind zu haben bei Herren P. Lassen, Neustadt, Fuhr, Norderstr., Fries, Norderstr., Christensen, Norderstr. (Cigarrenladen), Zimmermann, Compagniestraße, Voß, Heiligergeistgang, Schmidt, Holm 829, Döll, Südermarkt (Cigarrenladen), Albrecht, Plankemai, Ralfs, Gr. Johstr. 1036. Einführung ist gestattet. Um zahlreiche Betheiligung ersucht

8,90] Das Comité.

Kiel. Arbeiter-Sängerbund. Mittwoch, den 11. April, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten" und

zur Geburtstagsfeier F. Lassalle's

Abendunterhaltung und Ball.

Karten für Herren 60 Pfg., Damen 20 Pfg. müssen im voraus gelöst werden an den bekannten Stellen und durch die Mitglieder. [8,30 Einführung ist gestattet. (F. 181)

Das Comité.

Leipzig. Montag, den 9. April, Abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof":

Oeffentliche Schneiderversammlung.

Tagesordnung: Vortrag von H. Ramm über gewerbliche Schiedsgerichte mit besonderen Bezug auf Leipzig. [0,70

Der Einberufer.

Leipzig. Sonntag, den 8. April, findet im Saale des Hrn. Jakobi (Rosenthalgasse) ein

Kränzchen

statt, wozu wir hiermit zu zahlreichem Besuche freundlichst einladen.
Anfang 7 Uhr.

2,70] (2b) Club „Morgenroth".

Reudnitz. Arbeiter-Verein. Montag, den 9. April, Abends 8½ Uhr, in der „Weißen Taube" (Feldstraße):

Versammlung.

Tagesordnung: Sozial-politische Rundschau. Referent Hablich.

0,70] Der Vorstand.

Gesuch.

Ein Lehrer, welcher in der auf 1848 erfolgten Reactionszeit aus dem Amte gemaßregelt worden und später zwar wieder eine geringe Stelle erhielt, den man aber nicht wieder hat aufkommen lassen, wünscht **Privatunterricht** in Leipzig zu ertheilen.

Im Besitze guter Zeugnisse ist er befähigt, nicht blos Unterricht in allen Elementarfächern, sondern auch in latein., französ. und griech. Sprache (vielleicht zur Vorbereitung auf Gymnasien oder Realschule) sowie im Clavierspiel und Gesang zu ertheilen. Gef. Adressen wolle man sub. F. A. in Leipzig, Expedition des „Vorwärts" aufgeben.

(Ich habe die Zeugnisse des mir von erprobten Genossen empfohlenen Mannes eingesehen, sie sind ganz vorzüglich; wie nach 1848 der junkerliche Absolutismus ihn nicht aufkommen ließ, so heute der nationalliberale Absolutismus; er hat sich nämlich des todeswürdigen Verbrechens schuldig gemacht, sich — obendrein noch privatim, aber die Aeußerung wurde weiter getragen — zu Gunsten der Sozialdemokratie auszusprechen. Jetzt steht der hartgeprüfte Mann bei vollster Arbeitskraft mit einer zahlreichen Familie erwerbslos da — denn die jämmerliche Volksschullehrerpension ist zu wenig zum Leben, und leider nicht zu viel zum Sterben. W. Liebknecht.)

Korkschneider

die tüchtig in ihrem Fach und solid sind, finden dauernde Beschäftigung in der

Schlesischen Kork-Fabrik.
C. Rahmer. Breslau.

Reisekosten werden vergütet. (F40) (25) [300

Bernhard Hauschild.
Galanterie- und Herrenkleider-Geschäft.
Leipzig, 60 Ulrichsgasse 60. (F212) [300

Alle Gelder

für die

statistische Tafel der sozialist. Wahlen

sind umgehend an **August Geib**, Hamburg, Rödingsmarkt 12, zu senden.

Die weiteste Verbreitung der statistischen Tafel liegt im Interesse der Partei!

Elegante Einbanddecken

für die „Neue Welt"

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.
(F 320) zu beziehen

Zu ermäßigtem Preis.

Bei **C. Grillenberger** in Nürnberg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Revolution zu Mainz
1792 und 1793.

Nach Quellen dargestellt von **Wilh. Blos.**
Reichstags-Abgeordneter u. Redakteur des Hamb.-Altonaer Volksblatts.

Preis: Für Arbeiter 50 Pf., in Partien von mindestens 12 Stück 30 Pf. Im Buchhandel 80 Pf., in Partien von mindestens 12 Stück 55 Pf. **gegen baar! Fest!** Gegen Franco-Einsendung von 60 Pf. in Briefmarken Franco-Versendung einzelner Exemplare.

Buchhandlung von C. Grillenberger.
Waizenstraße 12 und 14. [300

Der

Börsen- und Gründungsschwindel
in Deutschland

(Zweiter Theil von „Der Börsen- u. Gründungsschwindel in Berlin")
von

Otto Glagau

wird gleich nach dem Osterfest ausgegeben und hat folgenden Inhalt: 1. „Das Aktiengesetz und das Milliardengeschäft". 2. „Die Hebung der Industrie". 3. „Die Blüthe der Industrie". 4. „Der Triumph der Industrie". 5. „Starker Tabak". 6. „Es fehlt an Jod". 7. „Textil-Gründungen". 9. „Die Wohlthäter der Gesellschaft". 9. „Die Presse im Dienste der Börse und Gründer". 10. „Volkswirthe" und Gründer im Parlament". [4,80

Einladung zum Abonnement

auf die in **Dieburg** (Großherzogthum Hessen) bereits im 29. Jahrgang wöchentlich dreimal erscheinende

Starkenburger Provinzial-Zeitung

nebst dem **gratis** beigegebenen beliebten illustr. **Unterhaltungsblatt** (Sonntagsausgabe).

Getreu ihrer während achtundzwanzig Jahren erprobten Haltung, wird die „Starkenburger Provinzial-Zeitung" auch in Zukunft die Prinzipien der Wahrheit, des Rechts und der Freiheit im politischen, sozialen und religiösen Leben, frei von jeder Parteischattirung, vertreten. Alle wichtigeren Tagesfragen und Ereignisse werden in Leitartikeln besprochen.

Eine kurzgefaßte, aber vollständige Uebersicht der wichtigsten Weltbegebenheiten auf politischem, commerciellem und sozialem Gebiete hält Jeden auf dem Laufenden, dem Zeit und Bedürfniß zur Lectüre eines täglich erscheinenden Organs fehlen. Die Verhandlungen des Reichstags, der beiden Kammern des Landtags, der Schwurgerichte ꝛc. finden in gedrängter Kürze Aufnahme. Den lokalen Nachrichten aus dem Großherzogthum Hessen, insbesondere der Provinz Starkenburg, wird besondere Sorgfalt gewidmet und sind wir durch unsere nach verschiedenen Seiten hin angeknüpften Verbindungen in Stand gesetzt, unsere Leser eben so rasch als vollständig von Dem in Kenntniß zu setzen, was sich Wissenswerthes in dieser Richtung ereignet. Landwirthschaftliche Mittheilungen von unserem auf diesem Gebiete bewährten Mitarbeiter, die Preisnotirungen der wichtigsten Landesprodukte und die Geldcourse, sowie Originalberichte der Frankfurter Börse werden öfters mitgetheilt. Das Feuilleton findet sorgfältigste Berücksichtigung.

Abonnementsbestellungen werden von allen Postanstalten des In- und Auslandes gegen Vorausbezahlung des vierteljährlichen Abonnementsbetrags von **nur 1 Mark** entgegengenommen.

Kein zweites Blatt in Hessen hat bei solchem Umfang und so reichem Inhalt einen so niederen Preis.

Anzeigen, die in der Provinz Starkenburg und speciell im Kreise Dieburg ausgedehnteste und wirksamste Verbreitung finden, werden pro gespaltene Petitzeile mit nur 10 Pfg. berechnet.

Dieburg, im März 1877.

Die Expedition der „Starkenb. Prov.-Ztg."

Klemich's
Blätter für geistigen Fortschritt

(Offizielles Organ des Dissidenten-Bundes)

erscheinen im 4. Jahrgange in Dresden im Verlage vom Schuldirektor Oskar Klemich, und vertreten in allgemein verständlicher Form die neue naturwissenschaftliche Weltanschauung und sonach einen sittlich-atheistischen und sozialen Standpunkt, tragen in rücksichtsloser Rede einen glühenden Haß allen Institutionen entgegen, welche aus der Volksverdummung ein einträgliches Gewerbe machen, stellen dem Christenthum das freie Menschenthum gegenüber, bekämpfen die Staatslüge, den Volksaberglauben und das öffentliche privilegirte Scheinwesen, entblößen schonungslos die Schlupfwinkel der Heuchelei, analysiren den unsittlichen, die klaren Vorstellungen verwirrenden und verdunkelnden Glauben in jeder Gestalt und alles, was sich gegen Vernunft, Erfahrung und Logik aufbäumt.

Als Widersacher aller Staatsgötter registriren diese Blätter auch ferner chronologisch alle Ketzerprozesse, Impfvergiftungen, Eidesverweigerungen, kurz alle Vorkommnisse der modernen Inquisition. Wer uns bei diesem redlichen aufreibenden und gefährlichen Kampf unterstützen will; wer mit uns solche Pranger für die Bosheit als unentbehrliches Schutzmittel für die betrogene Menschheit betrachtet: der abonnire auf dieses ebenso nützliche wie billige Organ.

Diese Zeitschrift kostet vierteljährlich 1 Mark bei jeder Postanstalt, in jeder Buchhandlung und in der Redaktion:

Frau **Eugenie Klemich**,
Dresden, Schloßstraße Nr. 23.

Durch uns ist zu beziehen:

Die Quintessenz des Sozialismus.

68 Seiten Oktav. Preis M. 1,20.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Bansermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 42. Mittwoch, 11. April. 1877.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

Parteigenossen!

Von Euch mit der Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes im Reichstage betraut, halten wir es für unsere Pflicht, uns mit Euch über die nun vorzunehmenden weiteren Schritte, in und außer dem Reichstage, zu verständigen. Besonders erscheint es uns nothwendig, den Plan für die weitere Agitation und Organisation der Partei festzustellen.

Um dies mit Erfolg thun zu können, berufen wir, im Einverständniß mit Parteigenossen an vielen Orten, hiermit vom 27. bis 30. Mai einen Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands, nach Gotha.

Das Congreßlokal befindet sich im Gasthof zum

„Thüringer Hof".

Parteigenossen! Die großartigen Erfolge, welche wir bei den letzten Wahlen erzielten, haben gezeigt, daß die sozialistische Arbeiterpartei in Deutschland zu einer Macht und Stärke herangewachsen ist, gegen welche die reaktionären Gewalten vergebens ankämpfen. Unsere Partei noch mehr zu festigen und vor allem ihre einheitliche Entwicklung zu wahren und zu fördern, das soll die Aufgabe des bevorstehenden Congresses sein.

Wir erwarten deshalb, daß Ihr denselben zahlreich beschickt. Außerdem wird es sich empfehlen, daß Ihr über den bevorstehenden Congreß in Euren Versammlungen diskutirt, dessen Tagesordnung einer eingehenden Besprechung unterzieht und die Resultate Eurer Debatten in Gestalt von Anträgen vor den Congreß bringt.

Zutritt zu dem Congreß haben solche Parteigenossen, welche von einer Arbeiter- oder Volksversammlung zu Delegirten gewählt wurden.

Um die Vertretung nach einheitlichem System zu ermöglichen, wird bestimmt, daß nur die in einer und derselben Versammlung eines Ortes gewählten Delegirten auf dem Congreß Zutritt haben. Die Delegirten haben sich durch ein Mandat, welches von den Vorsitzenden und Schriftführern der Wahlversammlung unterzeichnet sein muß, zu legitimiren; außerdem ist es nöthig, daß der Vorsitzende der Wahlversammlung dem mitunterzeichneten J. Auer, Hamburg, Pferdemarkt 37, von der Wahl und dem Namen des Delegirten brieflich Kenntniß giebt.

Die vorläufige Tagesordnung des Congresses lautet:

1) Bericht der sozialistischen Reichstagsabgeordneten über ihre Thätigkeit in der ersten Session des Reichstags.
2) Bericht über Gang und Stand der sozialistischen Agitation in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Wahl vom 10. Januar 1877.
3) Die sozialistischen Organisationen in Deutschland.
4) Die Parteipresse.

Anträge zum Congreß sind spätestens bis zum 15. Mai an Auer zu senden, falls sie auf die definitive Tagesordnung des Congresses gesetzt werden sollen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. Auer. A. Bebel. W. Blos. W. Bracke jr. Demmler. F. W. Fritzsche. W. Hasenclever. A. Kapell. W. Liebknecht. Joh. Most. J. Motteler.

Die Sozialisten im Reichstag

können es den Gegnern nicht recht machen. Und das ist sehr betrübend — für unsere Gegner. Seit Antritt der Osterferien macht folgender journalistischer Sprößling des Geschäftspolitikers Eugen Richter seinen Rundgang durch die reichsfreundliche Presse:

„Wer Gelegenheit hatte, zur Zeit der Reichstagswahlen sozialdemokratischen Volksversammlungen beizuwohnen und die großen Worte zu vernehmen, welche die sozialistischen Volksbeglücker im Munde führten, der mußte von einiger Erwartung ob der Großthaten erfüllt sein, welche sie im Reichstage vollführen würden. Der Reichstag hat nun schon eine Hälfte seiner Session hinter sich, es haben große Kämpfe und Debatten stattgefunden, aber die Herren Sozialdemokraten haben sich auffallend still und zurückgezogen verhalten. Die ganze Thätigkeit der sozialdemokratischen Gruppe beschränkte sich darauf, daß Herr Rittinghausen einen Akt des Kölner Lokalpatriotismus erfüllte, indem er einen Antrag auf Zurückgabe eines Theiles der Festungswälle an die Stadt Köln stellte und dabei eine über Gebühr lange Rede hielt, Herr Kapell in einer Rede über die in der Grafschaft Glatz herrschenden ungünstigen Verhältnisse unwahre Dinge behauptete, welche durch den „Reichsanzeiger" widerlegt worden sind, während Herr Liebknecht bei Berathung des Falles Kantecki lediglich Bemerkungen wiederholte, die von den vorausgehenden Rednern schon vollständig zur Genüge gemacht worden waren, und Herr Demmler endlich bei Berathung der Reichsgerichtsvorlage einige spaßhafte Aeußerungen zum Besten gab. Bei der Berathung des Etats, von dem nur einzelne Theile einer besonderen Commissionsberathung überwiesen sind, ferner bei der Vorlage über Elsaß-Lothringen blieben die sozialistischen Abgeordneten stumm; Herr Liebknecht, der an einem Tage als Redner vorgemerkt war, fehlte, als ihm das Wort ertheilt wurde. Es scheinen sonach Diejenigen im Rechte gewesen zu sein, welche im Voraus der Meinung waren, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage eine wesentlich andere Haltung als unter ihren Parteigenossen und in den Volksversammlungen beobachten würden. Möglich, daß auf diese Haltung auch der Zuwachs, den die sozialistische Gruppe aus dem Kreise der Rentner erfahren, eingewirkt hat und daß die Herren Demmler und Rittinghausen ihren Parteigenossen begreiflich gemacht, es bedürfe im Parlament einer etwas größeren Mäßigung und Zurückhaltung. Herr Bebel ließ sich während des ersten Theiles der Session im Hause nur ganz selten sehen — er befand sich bekanntlich auf Geschäftsreisen — und nur bei der Abstimmung über das Reichsgericht war er am Platze. Aus sozialdemokratischen Blättern haben wir gesehen, daß die Abgeordneten dieser Partei selbst ein Bedürfniß fühlen, ihren Wählern eine Erklärung über ihre seitherige Passivität zu geben. Es stand da zu lesen, vor Ostern sei nicht viel Wichtiges (?) auf der Tagesordnung gewesen, nach Ostern erst komme das Wichtigere daran und die Sozialisten würden dabei gewiß ihren Mann stellen. Nun, man wird ja sehen, was es mit dieser Versicherung auf sich hat. Vorläufig steht die Sache so, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten auch von den verschiedenen wichtigen Commissionsberathungen ausgeschlossen sind. Das kommt einfach daher, daß sie nicht das geringste Verlangen zur Vertretung ihrer Gruppe in irgend einer Commission gestellt haben und daß der Reichstag nach einem früheren Vorgange natürlich keine Neigung hat, von sich aus die Berücksichtigung des einen oder andern Abgeordneten dieser Partei bei den Commissionswahlen zu beschließen. Herr Motteler war seiner Zeit in die Commission zur Berathung des Gewerbegesetzes gewählt worden, er erschien indessen nicht in einer einzigen Sitzung. Ein anderer sozialistischer Abgeordneter aber nahm kürzlich keinen Anstand, zu bemerken, daß er sich noch gar nicht mit den Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes bekannt gemacht habe."

Wenn Herr Eugen Richter die Feder in die Hand nimmt, setzt's einige Tintenklexe auf die Wahrheit. Daß Rittinghausen in Lokalpatriotismus gemacht — Tintenklecks. Daß Kapell unwahre Dinge behauptet — Tintenklecks. Daß Liebknecht in der Kantecki-Affaire nur von Vorrednern bereits Gesagtes wiederholt habe — Tintenklecks. Daß Demmler in der Reichsgerichtsdebatte einige spaßhafte Bemerkungen gemacht — Tintenklecks. Daß Liebknecht gefehlt, als er in der Budgetdebatte das Wort habe nehmen sollen — Tintenklecks.*) Daß Motteler in keiner einzigen Sitzung der Gewerbeordnungscommission, in die er gewählt worden, erschienen sei — Tintenklecks. Daß „ein anderer sozialistischer Abgeordneter" zugestanden, daß er sich mit den Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes noch gar nicht bekannt gemacht habe**) — Tintenklecks. Tintenklecks auf Tintenklecks. Das ganze Gesudel Eugen's des edlen Ritters (vom Rückwärts-Fortschritt) ein großer Tintenklecks.

Als Herr Richter von den „großen Worten" sprach, welche die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen im Mund geführt haben sollen, dachte er gewiß an sich selbst und seine fortschrittlichen Mit-„Volksbeglücker", die bekanntlich durch die Bank gewaltige Mundhelden sind und in „großen Worten" das Menschenmögliche leisten.

Die Stellung, welche wir Sozialdemokraten dem Reichstag gegenüber einnehmen, ist so oft aufunseren Partei-Congressen und in unserer Partei-Presse präzisirt worden, daß Herr Richter wissen muß, daß wir vom Reichstag weder Großes erwarten, noch dem Volk Großes versprechen können. Die „Großthaten im Reichstag" der sozialistischen Abgeordneten sind also nichts anderes als „Großthaten" im Lügen des fortschrittlichen Abgeordneten Richter. Doch lassen wir Das und Den.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind in den Reichstag geschickt worden, um die Interessen des arbeitenden Volks zu vertreten, und nicht, um den Gegnern des arbeitenden Volks zu gefallen. Sie haben in der Sessionshälfte vor Ostern gemäß einem Beschluß des letzten Parteicongresses, neben anderen Gesetzesvorlagen, ein Arbeiterschutzgesetz entworfen, dessen Ausarbeitung mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden war und eine längere Thätigkeit in Anspruch nahm, weil der Entwurf in den Rahmen der bestehenden Gewerbeordnung eingefügt und die gesammte internationale Fabrik- und Arbeits-Gesetzgebung berücksichtigt werden mußte.

Es handelte sich darum, ein Gesetz zu schaffen, das — ohne den sozialistischen Grundsätzen zu widersprechen — unter den heutigen Verhältnissen schon möglich ist. Daß dies kein leichtes Stück Arbeit war, davon kann sich Jeder überzeugen, wenn der — sehr umfangreiche — Entwurf vorliegt, was in den nächsten Tagen der Fall sein wird.

Unter allen Umständen steht so viel fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in Berlin die Hände nicht in den Schooß gelegt haben. Die Majorität des Reichstags wird bald — und schwerlich zu ihrem Vergnügen — gewahr werden, welche Bewandtniß es mit dem „auffallend stillen und zurückgezogenen" Verhalten unserer Abgeordneten hatte.

Sie haben gearbeitet, statt zu schwätzen und leeres Stroh zu dreschen.

Der Gesetzesentwurf unserer Abgeordneten — das sei dem Geschäftspolitiker Richter verrathen — wird der Reichstagsmajorität hundertmal mehr Verlegenheiten bereiten, als hundert der klassischsten „Brandreden" vermocht hätten. Mit ein paar hochtrabenden Phrasen und Gemeinplätzen läßt sich über diesen Entwurf nicht wegkommen. Er ist, wie gesagt, durchaus praktisch, und wer es ernst meint mit dem Wohl der arbeitenden Klassen, wer es ernst meint mit der Beseitigung allgemein anerkannter Schäden und Mißstände, muß dem Entwurf im Großen und Ganzen seine Zustimmung geben. Wer die Zustimmung verweigert, stempelt sich damit zum Gegentheil eines „Arbeiterfreunds". Es gilt Farbe zu bekennen.

Was das Reden betrifft — nun, Alles zu seiner Zeit. Die sozialistischen Abgeordneten haben geredet, wenn sie es für gut hielten, und werden reden, wenn sie es für gut halten — und man es ihnen erlauben wird. Ueberhaupt thun sie und werden sie thun, was ihnen gefällt, und nicht was den Gegnern gefällt. Ja, wir können dem Geschäftspolitiker Richter die Versicherung geben — ob man so gnädig ist, uns in „Commissionen" zu ziehen oder nicht —: unsere Abgeordneten und wir Sozialdemokratensinsgesammtwerden stets nach Kräften bestrebtsein, zu thun, was unseren Gegnern möglichst mißfällt, und sorgsamst Alles vermeiden, was ihnen gefallen könnte. Wir sind eben Sozialdemokraten, und Sozialdemokraten haben keinen Beruf, pour le roi de Prusse und dessen Finanzminister in spe zu arbeiten.

*) Da Herr Richter die betreffende Erklärung Liebknecht's kannte — wie aus einer anderen seiner Correspondenzen hervorgeht — so hat er hier mit Vorbedacht gelogen! In der erwähnten Correspondenz meinte er, sich entschuldigend, es habe geschienen, als wolle L. reden!

**) Offenbar ist dies die verlogene Aufwärmung des alten Lügenkohls, daß Bahlteich einmal gesagt, er habe das Hilfskassengesetz nicht ganz gelesen. Bahlteich erklärte dies sofort für eine Lüge. Was genirt das aber einen Richter? Und aus dem Hilfskassengesetz das Haftpflichtgesetz, aus Bahlteich „einen anderen sozialistischen Abgeordneten" machen — das ist eine Kleinigkeit für den Tintenklecks-Richter.

Der Kampf um's Dasein in der Menschenwelt.

IV.

Diejenige Verrichtung der Organismen, welche wir Wachsthum, oder Ernährung des Einzelwesens auf Kosten der Umgebung nennen, kommt schon in der unorganischen Welt vor und ist nichts Neues. In der Mutterlauge wachsen einzelne Krystalle auf Kosten der Lauge und andrer Krystalle mehr als andere, und zwar nicht durch Aneinanderschießen mehrer, sondern, da sie die gesetzliche Form aller Krystalle dieser Art bewahren, durch ein örtliches Ueberwiegen der Krystallisations-Ursachen. Ja, die Weltkörper wachsen auf Kosten kleinerer Weltkörper (Meteorite), welche in ihren Kraftbereich kommen. Die erste, die organische Urwelt kennzeichnende Thätigkeit oder Verrichtung, wie wir sie bei den „Protisten" beobachten können, ist also nicht ihr Wachsthum, sondern Fortpflanzung der Art. Wir sehn solch ein Urlebewesen — ein Klümpchen Schleim ohne alles Gefüge — wachsen auf Kosten seiner Umgebung, wenn es gedeihliche Nahrung findet, bis es zerreißt in zwei Wesen derselben Art, welche ein wenig weiter wachsen, um wieder zu zerreißen. Wir verfolgen hier die in der Reihe der Protisten aufsteigende Entwicklung nicht weiter; denn diese ist eine bloße Veränderung der Fortpflanzungsweise; es tritt keine neue Thätigkeit hinzu. Auf diesem Uebergangspunkt der sogenannten unorganischen in die sogenannte organische Welt, aus der Krystallbildung in die Zellenbildung, ist also (nach Hegel'scher Auffassung) ein Sprung vorhanden, welcher doch nur ein bloßer vermittelter Uebergang ist, und durch das erstmalige Auftreten einer neuen Stoffverbindung — des Eiweißes — aus vorhandnen Stoffen unter besonders günstigen Bedingungen vermittelt wird. (Wie freilich das Eiweiß zuerst gebildet werden konnte, das ist erst noch zu erforschen, indem wir selbst es künstlich bilden lernen). An dieser neuen Stoffverbindung äußert sich von da an die Krystallisationskraft als Zellenbildungskraft, welche zuerst blos als Fortpflanzungskraft eine eigenthümliche und neue Thätigkeit entwickelt. Alle weiteren Verrichtungen mittels weiterer Organbildung bei den Protisten treten erst später hinzu.

Jede weitere Ausbildung wird durch veränderte Lebensbedingungen erklärlich, weil wir dies künstlich an sehr verschiedenen Thier- und Pflanzenarten nachweisen können. Diese Veränderung kann entweder örtlich oder allgemein auftreten. Im Allgemeinen zieht die heutige Naturforschung vor, nur örtliche Veränderung der Lebensbedingungen zur Erklärung der Vorgänge vorauszusetzen, wenn sie nur irgend genügen, und zwar weil dies mehr erklärt. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß in seltnen Fällen auch ganz oder ziemlich allgemein solche Veränderungen in der Urzeit vorgekommen sein mögen. Es ist also denkbar, daß die Urbildung vom Eiweiß wieder aufhörte, nachdem überall die dazu nöthigen Urstoffe nur noch in Verhältnissen sich zusammenfinden konnten, welche nicht mehr Eiweiß ergeben. Damit wäre die Möglichkeit einer Urzeugung immerhin vorstellig gemacht. Von da an mußten also alle neuentstehenden Arten aus den zuerst vorhandenen, oder aus der einen allein vorhandenen durch Veränderung (örtliche) der Lebensbedingungen sich entwickeln. Dabei gingen die Einzelwesen, welche nicht einen diesen Bedingungen angemessenen Vorzug besaßen, oder nicht mehr genügendes Wachsthum gegeben fanden, massenhaft zugrunde. Die überlebenden bildeten eine neue Thätigkeit mittels neuer Organe aus, welche sich den neuen Bedingungen anpaßten — vermuthlich einfachste Bewegungsorgane, welche mehr Nahrung zu erlangen gestatteten. In dieser Weise fortfahrend vermannigfachte die Natur ihre Lebewesen ohne alle bewußte oder unbewußte Zweckthätigkeit. Jede neue gesetzliche Veränderung der Lebensbedingungen durch rein mechanische und chemische Ursachen blindwirkender Art zerstörte eine Ueberzahl von Lebewesen jeder Art, und nur die zufällig unbildungsfähigen erwarben mit neuen Organen allmählig neue Verrichtungen, womit sie sich ihrer Umgebung anpaßten und in geringer Zahl erhalten blieben. So kam zur Fortpflanzung und Bewegung die Verdauung, zu diesen dreien die Sensibilität (das Gefühl) zuerst ohne, dann mittels eines Nervengeflechts hinzu; bei der Weiterentwicklung der Pflanzen wurde das Gefühl und die Bewegungskraft verkümmert, und die vorhandne Kraft, welche nicht verloren gehen konnte, vermehrte die Fortpflanzungs- und Ernährungsfähigkeit, welche innerhalb enger Grenzen zugleich gedeihen konnten, sich aber gegenseitig verkümmern mußten, wenn die Lebensbedingungen die eine besonders begünstigten. Dasselbe Gesetz wirkte in der Thierwelt so, daß die Lebenskraft sich auf vier bis fünf Verrichtungen vertheilte, welche ihre Organgeflechte ausbildeten nämlich Fortpflanzung, Verdauung, Athmung, Blutbereitung und, Nervenleben. Einseitigkeit der Gunst der Lebensbedingungen verkümmerte auch wechselsweise die nichtbegünstigten Verrichtungen

auf Kosten der andern, weil die ererbte Lebenskraft nicht verschwinden konnte, bevor alle Lebensbedingungen zu ungünstig waren.

Wir hoffen, daß diese Umbildung des Darwin'schen Gesetzes in der kurzen Darstellung, welche wir hier geben, nicht mißverständlich sei. Wir haben hier noch zu erklären, was wir unter Zufall verstehen, weil wir uns dieses Ausdrucks öfters bedienen. Wie kann es in der Natur, wo Alles blind strengen Gesetzen folgt, noch Zufälliges geben? — so fragt man uns. Wir antworten in möglichster Kürze: für das Einzelwesen ist Alles zufällig, was für die Natur nothwendig ist. Das ist auch so ein Hegel'scher Widerspruch, welcher wirklich vorhanden und vernünftig ist. Die Grundstoffe sind ewig unveränderlich, die Grundkraft in allen ihren Verwandlungen ist es ebenfalls, und ihre unendliche Summe ist es nicht minder. Alles aber, was aus der Zusammenwirkung verschiedener Stoffe und Kräfte hervorgehen kann, ist endlich, veränderlich, ein Einzelwesen. Und die Mannichfaltigkeit dieser Einzelwesen ist schlechthin unendlich groß. Das ist das große allgemeinste Lebensgesetz der Natur. Weil also jedes Einzelwesen grabweise von jedem verschieden sein muß, so ist es für jedes derselben zufällig, in welchem Grade sich alle seine Daseinsbedingungen vereinigen, um ihm seine besondren und einzelnen Formen, Farben, Gewicht, Veränderungen und Daseinslänge ꝛc. zu verleihen. Daß die Natur gar keinen Zweck, bewußt oder unbewußt, verfolgen kann, zeigt sich eben in ihrer sichtlichen Gleichgültigkeit gegen alle Einzelwesen, welche jedes auf Kosten andrer leben, um wieder in ihrer Auflösung Stoffe und Kräfte für stets andere herzugeben; in ihrer massenhaften Vernichtung Einzelner, in der genauen Noth, mit welcher die wenigsten Einzelwesen der Vernichtung entrinnen, um sich langsam neuen Lebensbedingungen anzupassen, kurz in der Grausamkeit, wenn wir so sagen dürfen, alles Fortschritts in der Natur, welcher für sie selbst kein Fortschritt ist, da sie schließlich jedes Einzelwesen wieder in die allerersten Anfänge auflösen, jede, auch die höchste Entwicklung vernichten muß. Trotzdem hat jedes Einzelwesen immer genau soviel Willkür und Selbstgenuß, als es zu genießen fähig ist.

Das Gegentheil von dieser blinden Gesetzes- und Zufallswirthschaft, und zwar je länger desto mehr, ist der Mensch. Er kann dem Zufall nicht steuern, daß gerade er da und dann, und mit solchen Gaben und in solchen Lebensbedingungen geboren und erzogen wird, wie es für ihn der Fall ist. Aber er kann verhindern helfen, daß seine Nachkommen gleich ungünstig gestellt sind, und daß der Zufall die Menschenwelt blind beherrscht. Er kann die letztere mehr und mehr auf Vernunft begründen. Er kann sein Gehirn durch eignes Denken verbessern und seinen Kindern die bessere Gehirnverfassung, zusammt einer steigenden Erziehung, hinterlassen. Er kann sich mit seines Gleichen verbinden, und die überlieferten Erfahrungen der Vergangenheit dazu benutzen, um die Natur immer besser beherrschen und seinen Zwecken anpassen zu lernen. Nicht länger paßt ihn die Natur allgewaltig ihren Gesetzen an; er dreht mehr und mehr den Spieß herum und paßt sie sich an. Nicht mehr vererbt er blos die Vorzüge, welche veränderte Lebensbedingungen den überlebenden Einzelwesen zu erwerben gestatten; er schafft sich künstlich seine Lebensbedingungen und entwickelt so durch Wechselwirkung zwischen Geist und Natur sein Gehirnwachsthum und seine Naturmacht immer rascher und allseitiger. Er braucht nicht länger das Wachsthum einer seiner Naturthätigkeiten durch Verkümmerung aller übrigen zu erkaufen; er darf sie alle harmonisch ausbilden und in einer vernünftigen Menschengesellschaft durch volle Vermenschlichung jedes Einzelnen der Kampf um das Dasein für die Menschen mehr und mehr ein Ende machen. Und in dieser seiner zukünftigen Welt lebt kein Mensch mehr auf Kosten eines andern, sondern Jeder für Alle, und Alle für Jeden. Der Zufall spielt immer weniger eine Rolle, und Jeder wird seines Glückes Schmied.

Nur in der Menschenwelt also erlaubt die wissenschaftliche Begriffsschärfe von Vervollkommnung zu sprechen, wie es in ihr auch allein Zwecke giebt, unbewußte und bewußte. Die Schopenhauer'sche Afterweisheit hat von der verachteten Hegel'schen Afterweisheit noch viel zu lernen; denn diese hat wenigstens nie von „unbewußten Zwecken" gesprochen, diesem Messer ohne Klinge und Heft. Was sie „außer sich gerathene Vernunft in der Natur" nennt, ist trotz aller metaphysischen Hohlheit doch immer noch ein entschuldbarer, dichterisch bezeichnender Ausdruck. Und wenn Hegel findet, daß im wahrhaft denkenden (freilich nicht im blos metaphysisch spekulirenden) Menschen die Natur sich über sich selbst erhebt, einen Sprung in's Reich der Freiheit macht, der aber zugleich durch eine blos grabweise Entwicklung zustande kommt, so entspricht diese Bezeichnung weit mehr den wirklichen Thatsachen, als die Fabel von einer in der Natur zwar unbewußten, aber höchst weisen, im Menschen dagegen bewußten, aber irrenden Vernunft. Es ist das unverbrüchliche Lebensgesetz der Naturwissenschaft, den Zweckbegriff vollens aus der Naturerkenntniß zu verbannen, der selbst bei Darwin noch spukt, weil sie genau nur soweit wirkliche Erkenntnisse aufzuweisen hat, als sie blos Gesetzmäßigkeit nachweist ohne alle Zwecke. Die ganze zukünftige Kulturgeschichte aber ist so zu behandeln, daß sie aus den nicht länger entstellten Thatsachen nachweist, wie in der Menschenwelt der Kampf um's Dasein, der in der bloßen Natur herrscht, durch verallgemeinertes und gesteigertes Denken zu einem Kampfe gegen die Natur wird. Dieser Kampf wird immer siegreicher, und statt des Menschen wird die Natur mehr und mehr die Sklavin des Geistes.

Contra Stephan.

Aus Botokudien, im März.

Das eindringliche Desaveu, welches die berühmte Interpelation über die Zeugenhaft des Herrn Dr. Kantecki dem Generalpostmeister eingebracht hat, dürfte kaum irgendwo einen lauteren Widerhall und eine unbedingtere Billigung gefunden haben, als bei seinen „eigenen Leuten", den Postbeamten selbst. Man begegnet hier bei dieser Gelegenheit stellenweise der ganzen hervorbrechenden Gewalt eines lange und schwer verhaltenen Unmuths und einer Stimmung, welche wie an den Grenzen der Verzweiflung irrend erscheint, — wenn man diese pflichttreuen Beamten einmal nach dem etwaigen Beileid mit dem Schicksal ihres „Leiters" aus Anlaß der Reichstagsdebatte fragt. Der Herr Generalpostmeister schrieb vor noch nicht langer Zeit einmal an die „Düsseldorfer Zeitung" emphatisch, „daß sein ganzes Sinnen und Streben auf das Wohl der ihm Anvertrauten gerichtet sei". Wenn dieses Sinnen und Streben aber dennoch solche Verurtheilung auf Seite der „ihm Anvertrauten" zur Frucht trägt, wie sie wieder und wieder sich an's Tageslicht wagt, und wie sie Jeder hören kann, der sich an das unbefangene Urtheil eines einsichtigen Beamten wendet, — dann hat Herr Stephan sich gelegentlich seines „Sinnens und Strebens" in einer schön gedrechselten Phrase (wie so häufig) ergangen, oder man müßte zu der unmöglichen Annahme gelangen, seine Untergebenen wären schamlos Unzufriedene, oder bis an den Nerv der Menschenwürde wirklich verrottet und verstockt.

Es muß ihm nun aber — und stände selbst der dickste Dunst eines Pascha-Absolutismus um ihn — endlich klar gemacht sein oder klar gemacht werden, daß es doch „anders gehen muß". Möge sich doch Herr Stephan nicht einreden, daß er und etwa die Geister, welche er um sich gezogen, für das Staatswohl unentbehrlich seien. Freilich mag ihm der eiserne Arm seines großen Lehrmeisters und Gönners ein augenblicklicher Halt sein. (Der „eiserne Arm" ist inzwischen zerbrochen. Red. d. V.) Aber auch die Selbstherrlichkeit und das persönliche Regiment selber muß und wird durch das fortwährende Abblättern der tüchtigsten und bewährtesten Kräfte vom Baum des Staatsdienstes — man erinnere sich der Affaire v. Stosch (die sich allerdings schließlich nicht zum „Abblättern", sondern zum Abästen gestaltet hat — „der Ast, auf dem wir Alle sitzen." Red. d. V.) — in sehr bedenkliche, häßliche Beleuchtung zu stehen kommen.

Es ist ein Schauspiel für die Götter und die Welt, daß ein Verwaltungsbeamter fortgesetzt und als wolle er auf seinen Kopf gestellt, das Gewicht seines autokratischen Willens prahlerisch der Welt zur Schau hinhalten und mit demselben es gegen das allseitige Verdikt und das Ansehen von Landtag und Reichstag, sowie der gesammten Presse aufnehmen, — bei seinem materiell allgemein gerichteten Verfahren beharren kann, ohne von seinem Posten entfernt zu werden! Seine bei dieser Gelegenheit bewiesene Handlungsweise erlaubt allein schon den Rückschluß, wie absolutistisch er und seine Werkzeuge mit den machtlosen Untergebenen umspringen mögen. Es sind deshalb auch immer Klagen theils voll tiefsten Unwillens, theils voll resignirter Bedrängniß oder dumpfer Verzweiflung, welche uns wiederholt zu Gesicht oder Gehör gekommen sind. Die Beamten würden, ihren Kundgebungen zufolge, ihren „Leiter" lieber heute als morgen verabschiedet sehen, und das Votum eines so großen Beamtenkörpers dürfte wohl Gewicht genug haben.

Wenn Herr Stephan auf Durchhaltung von Disziplin und auf Schutz gegen unterminirende Elemente pochen will, so mag er sich zuvor überzeugt halten, daß es nicht Staatsstützen heranbilden heißt, wenn man seinen 60,000 Arbeitern ein Arbeitspensum auferlegt, das ihnen nicht die genügende Zeit zur Erholung läßt, sie in der Familie fremd macht und untauglich zu geistiger Regsamkeit, und wenn man sie dann bei all' Diesem kaum nothdürftig sättigt. Wir meinen dies insonderheit hinsichtlich der im Praktischen beschäftigten Beamten und der Unterbeamten.

Es ist uns immer vorgekommen, als glaubte die Postbehörde die Reichsfinanzen allein retten zu sollen. Es ist gut, wenn mit Ueberschüssen gearbeitet wird. Wenn diese aber nur durch eine rücksichtslose Belastung und Beschränkung der arbeitenden Faktoren zu gewinnen sind, dann müssen wir auf's nachdrücklichste protestiren. Will Herr Stephan seine Organe auskömmlich besolden und absolut mit prunkenden Ueberschüssen vor die Reichsverwaltung treten, so muß er seine Tarife weniger nach dem Leibe des Manchesterthums zuschneiden.

Auch ein Postbeamter und Freund der Post,
aber nicht des Hrn. Generalpostmeisters.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Ich bin ein kaputer Mann", sagte Fürst Bismarck vor Ostern zu einigen Freunden, und obgleich es nicht amtlich war, so hat er doch die Wahrheit gesagt. Die armen vom „Ast" und mit dem „Ast" Herabgepurzelten winseln und wehklagen noch immer; zum Theil haben sie von den Folgen des „jähen Sturzes" die sonderbarsten Fieberphantasien, so deliriren einige von einem Reichskanzler Bennigsen. Am unglücklichsten ist wohl der Schlangentödter Dernburg, die inspirirte Egeria der „Nationalzeitung", der verzweifelt stöhnt: „Wir finden uns gegenüber dem Unbekannten!" Ja der „Ast", der „Ast" ist gebrochen. Um das nationalliberale Völkchen vollends aus Rand und Band zu bringen, werden verstärkte Gerüchte von unmittelbar bevorstehender Auflösung des Reichstags in Umlauf gesetzt. — Wie die „Reichskanzlerkrisis" enden wird? Vorläufig herrscht noch das vollständigste Chaos, die verschiedensten Wünsche und Meinungen durchkreuzen sich, verknäueln sich. Die Rathlosigkeit und Verwirrung lassen nichts zu wünschen übrig. Und daß das Chaos so bald nicht zu Ende geht, dafür hat ER gesorgt. „Ordnung war nicht die Sache des genialen Staatsmannes, für's Organisiren war er zu groß", so piepen schon mit obligatem „leider!" verschiedene reichsfreundliche Spatzen, die auch auf dem „Ast" gesessen haben und im Begriff sind, sich auf einen andern zu setzen. Der „Eselstritt" kommt rascher als wir vermuthet hatten. —

— Wie die heutige Gesellschaft Kunst und Wissenschaft pflegt. In Paris erschoß sich dieser Tage ein berühmter Maler, Marchal. Die Sehkraft versagte ihm, gespart hatte er nichts, weil er den Götzen des Tages nicht gedient, betteln wollte er nicht — so endete er, um dem Hungertod zu entgehen, sein Leben durch eine Kugel. Ein paar Tage vorher hatte der (auch unsern Lesern bekannte) Naturforscher und -Philosoph Spillerin Berl. Zeitungen einen Hülfruf veröffentlicht für einen „genialen" Gelehrten, der trotz „energischer schriftstellerischer Thätigkeit" mit seiner Familie in's äußerste Elend gerathen, und ohne das Almosen mitleidiger Menschen verloren war. In diesen zwei Kulturbildern spiegelt sich „die beste der Welten" getreu ab. Wem sie nicht gefällt, und wer da Zustände schaffen will, die den Mann der geistigen Arbeit, wie überhaupt jeden Arbeiter, vor der furchtbaren Alternative des Hungertodes oder des Bettelns bewahren will — ein furchtbares Dilemma, aus dem es für den Mann von Ehre oft nur den einen Ausweg des Selbstmords gibt — der ist ein — Kulturfeind! —

— Der Hungertyphus hat nun auch — nach einer Meldung unsres Bruderorgans „Wahrheit" — seinen Einzug in Breslau gehalten. Am Sonnabend den 31. März sind fünf derartige Erkrankungsfälle zur Anzeige der Behörde gelangt. Im Solde der Regierung stehende Aerzte bemühen sich zwar krampfhaft, den Glauben zu erwecken, daß ein eigentlicher Hungertyphus in Schlesien gar nicht existire, und daß die Epidemie nur eine Folge der Unreinlichkeit und des engen Zusammenwohnens der dortigen Bevölkerung sei. Aber wenn die Arbeiterbevölkerung Schlesiens — und namentlich Oberschlesiens — wirklich unreinlich ist und schlecht wohnt, wie kommt es, daß die Epidemie nicht schon längst zum Ausbruch gelangte? Es bleibt

Johann Jacoby.

(Schluß.)

Von einem Begräbniß wandte sich Jacoby zu einem Sterbebett, er ging nach Frankfurt in das Parlament. Still, tieftraurig folgte er dem Kranken (Parlament), der die Lagerstatt wechseln wollte, nach Stuttgart, wo das deutsche Reich der Freiheit unter die Hufe der Rosse gerieth. Mit seinem Freunde Heinrich Simon ging er in die Schweiz. Als ihn dort am Genfersee die Kunde ereilte, daß er wiederum des Hochverraths angeklagt sei, hielt's ihn nicht länger in der Fremde. Der Flüchtling flüchtete sich in die Heimat; verkleidet, mit Brille und falschem Bart, eilt er durch Deutschland und stellt sich in Königsberg den Geschworenen, seinen Richtern. Diese sprechen ihn frei, die westfälische Stadt Coesfeld wählt ihn in die erste Kammer. Jacoby lehnte ab, er mochte nicht dabei sein, wo man die Reste des Festes bei Seite brachte.

Es folgte eine fast zehnjährige Pause im politischen Leben. „Philosophoumen aneu malakias", sagte Jacoby, wir wollen philosophiren, ohne darüber die Thatkraft zu verlieren. Die Retorte war gesprungen, mit leichtem Stirnrunzeln ging er an die Arbeit. Er revidirte sein Glaubensbekenntniß bis zu den letzten Principien; aus jener Zeit stammen zahlreiche philosophische Arbeiten, die in den letzten Jahren veröffentlicht worden sind. Es ist ein wahrer Genuß, diese Arbeiten in der Handschrift vor sich zu sehen, der breite Rand ist übersäet mit Citaten der ausgebreitetsten Lektüre, diese Citate sind aber nicht da, um zu paradiren, sie dienen nur seinem Bedürfniß, sich stets in Concordanz mit den edelsten Geistern aller Zeiten und Nationen zu wissen. Lessing, Schiller, Kant und Spinoza sind in erster Reihe seine Leitsterne. Wie sich Buffon zum Schreiben in Glacé-Handschuhen hingesetzt haben soll, so hat Jacoby sich gleichsam geistige Glacé-Handschuhe angezogen, wenn er sich ans Denken begab.

Mit dem Tode Friedrich Wilhelm's IV. kam auch an ihn wieder der Ruf, sich zu bethätigen. Er schrieb die Broschüre: „Grundsätze der preußischen Demokratie." Wieder war es das junge Volk Ostpreußens, Junglithauen, das der verknöcherten Herrschaft Vincke's sich entgegenstellte, aber das Fundament war ein Compromiß. 1861 noch lehnte Jacoby die Candidatur im vierten, 1862 das Mandat im zweiten Berliner Wahlbezirk ab, indem er aussprach, daß er für Rücksichtnahmen nicht der Mann sei. Erst 1863 gab er der wiederholten Wahl des zweiten Bezirks nach, er meinte wenigstens bei den Wählern die Energie zu finden, nach der er dürstete, und sie war damals vorhanden, das wird Niemand leugnen, der den Enthusiasmus miterlebte, welchen seine Rede vom 13. November 1863 bei den Tausenden im weiten Saale erregte. Er sagte damals, das man nicht zu viel Werth auf Landtagsbeschlüsse und Budget-Verweigerung Bismarck gegenüber legen solle, denn dieser verstände ja budgetlos zu regieren, sondern selbst denken und selbst handeln müsse. Dann machte er Punkt und Gedankenstrich. Den Gedankenstrich erklärte das Criminalgericht dahin, selbst handeln heiße, das Volk solle die Steuern verweigern. Er bestritt nur, daß man dies aus seiner Rede heraushören müsse. Er wurde zum vierten Mal wegen Hochverraths angeklagt und zu 6 Monaten verurtheilt.

Inzwischen war durch Forckenbeck das Compromiß auch in der Militärfrage angebahnt worden, und nun ging es langsam abwärts. Jacoby saß in der Kammer, sagt Ziegler, wie eines der steinernen Königsbilder am Nil, aber nicht er war's an dem sie Todtengericht übten, er selbst war Todtengericht. „Seine bloße Anwesenheit in einem Staatskörper machte die Freunde sicherer, die Schwachen stärker, die Schwankenden verschämter, die Feinde vorsichtiger."

Im Jahre 1864 schon hatte er sich darauf beschränkt, gegen den Etat sein Nein abzugeben und kurz zu motiviren und bezog von da an keine Diäten mehr. Noch einmal, am 22. Mai 1866, protestirte er in der Königsberger Stadtverordnetenversammlung gegen den Krieg. Wie er diesen Krieg beurtheilte, darüber gab die Adreßdebatte des unter dem Donner von Königgrätz gewählten Hauses Licht. Seine Wähler hatten die ersten Verwundeten aus der Schlacht bei Nachod jubelnd hereingeschleppt und regalirt, dann ihn wiedergewählt. Der Eindruck seiner Rede in der Adreßdebatte läßt sich nicht beschreiben, es war ein Sieg der Wahrheit. Am Abend des Einzuges der Truppen aber gründete er eine demokratische Zeitung in Berlin.

Gegen die Annexion, die Dotationen, die Verfassung des norddeutschen Bundes war er mit seinem Nein, seinem Protest auf dem Platze. Gegen letztere war er wegen der Rechtswidrigkeit ihres Entstehens, während die Fortschrittspartei wegen Schmälerung der parlamentarischen Rechte dagegen war. Damit kam es zum Bruch mit der Partei. Er schwieg fortan, auf seine Wähler aber hoffte er noch. 1868 im Januar setzte er ihnen die Grundzüge einer demokratischen Partei auseinander, er hatte vor ihnen kein Hehl, daß die Fortschrittspartei überlebt sei. Schon diese Enthüllung wirkte auf das Heerdenbewußtsein erkältend und als nun die Legislatur weiter vorschritt und er nicht einmal „arbeiten wollte" — wie seine früheren Genossen klagten — er in keiner einzigen Commission tagte, da kam über die Wähler das Gefühl jenes Atheners, der dem Aristides die Verbannung votirte, weil er es satt sei, jenen immer den Gerechten genannt zu hören. Und waren sie schon stutzig geworden, als er in der Rede von 1868 neben den politischen die sozialen Ziele der Demokratie als gleichberechtigt aufgestellt hatte, so ward's zum Abfall in hellen Haufen, als er am Schlusse der Session 1870 im Januar, über die Ziele der Arbeiterbewegung sprach. Der Umstand, daß auch die Sozialdemokraten kamen und nach ihrer Weise das Präsidium für sich begehrten, wurde zum Anlaß genommen, in Schaaren davon zu ziehen und den alten Abgeordneten seinen neuen Freunden, wie es höhnend hieß, zu überlassen. Da kam zur ersten Hälfte des Spruches, den er im November 1848 gethan, dessen zweite, nun war's auch ein Volk, das die Wahrheit nicht hören wollte. Und ebenso ruhig, wie er damals geblieben, blieb er nun auch hier, und bot, wie es im Gleichnisse von des Königs Gastmahl heißt, nun es die Andern verschmähten, den Armen und Beladenen seine Speise. — Damit war der große Bann gesprochen; im Herbste desselben Jahres, als es zu den Neuwahlen ging, hing Jacoby's Mandat im Trödel. Ziegler hatte es abgelehnt, weil seine Ehre solche Mitbewerbung verbiete. Herr Eugen Richter war der glückliche Erwerber. 109 nur von 600 Stimmen waren treu geblieben. Und man weiß, was inzwischen geschehen war; die „Sommerfrische in Lötzen", wie Jacoby selbst scherzte, die rechtswidrige Vergewaltigung durch den General v. Falckenstein, die vor dem Braunschweiger Appellhofe später ihr Urtheil empfangen hat. Jacoby wandte sich beschwerend an Bismarck, dieser antwortete mit höflichem Bedauern über die eigene Inkompetenz in dieser Sache.

Der Aufenthalt in der ungesunden Feste hat einen braven Mann, Ehrenreich Eichholz, in ein vorzeitig Grab geführt, er war auch nicht spurlos an Jacoby vorübergegangen, der von da ab das Bedürfniß milderen Klimas empfand. Seinen Freunden zur Freude, denn er trat von dem öffentlichen Leben außerhalb der Vaterstadt nun zurück. Noch einmal drohte ihm die

schon dabei: die Arbeitslosigkeit mit dem Hunger im Gefolge haben die Epidemie erzeugt, und der Hungertod ist die Münze, mit welcher die Arbeiterklasse die Zeche für die wirthschaftlichen Orgien der Bourgeoisie bezahlen muß. Doch auch jene superklugen Staatslenker, welche die darniederliegende Industrie zu heben vermeinten, indem sie die Löhne zu reduziren und die Arbeitszeit zu verlängern empfahlen, tragen Schuld an dem namenlosen Elend, unter welchem die Arbeiterklasse jetzt schmachtet.

— Nationalreichthum und Krieg. „Der wahre Reichthum eines Staates besteht im Boden-Ertrag, d. h. insofern der Ertrag die Kosten des Bebauens überschreitet. Die Industrie trägt nur zur Vermehrung dieses Reichthumes bei. Hat eine Nation oder ein Staat keine Industrie, so wird auch nur das Nothwendige gepflanzt und gezogen werden, und der Ackerbau bleibt in seiner Kindheit. Was aber auch und wie groß die Industrie sein möge, dürfen doch die Staatsausgaben keine Steuern und Abgaben bedingen, die so drückend auf den Ackerbau wirken, daß der Bodenproducent sich gezwungen sieht, nur das Nothwendigste zu bauen. Ist dieses der Fall, so wird auch die Industrie den Nationalreichthum nicht vermehren und sich mit diesem verringern. Auch der Luxus muß dazu drängen, die für den Ackerbau bestimmten Summen zu erhalten oder zu vermehren, sonst ist er dem Nationalreichthum schädlich, wenn die Industrie letzteren auch zu heben scheint.

„Der Krieg verringert aber augenscheinlich das Nationalvermögen und selbst die heimgeführte Beute ersetzt diesen Verlust nicht. Seit der Römerzeit hat keine Nation sich durch Siege bereichert. Das Italien des 16. Jahrhunderts war durch seinen großartigen Verkehr reich. Hätte Holland sich darauf beschränkt, die spanischen Silberflotten wegzunehmen und nicht durch seinen Handel und Verkehr mit Indien seine Macht und seinen Reichthum erhalten, so wäre es zu Grunde gegangen. England verarmte mit jedem Krieg, und auch dann, als es die französischen Flotten zerstört hatte. Sein Handel und Verkehr jedoch haben die Nation wieder bereichert. Die nordafrikanischen Raubstaaten, die beständig kriegten, waren immer armselig und miserabel.

Nach einem langwierigen Krieg in Europa wird Sieger und Besiegter gleich unglücklich. Der Krieg ist ein Abgrund, in welchen alle Kanäle des Wohlstandes sich ergießen. Das baare Geld, jenes Prinzip alles Guten und aller Uebel, von den Staatsbürgern mit Mühe zusammengeschafft und gehalten, fließt dann in die Taschen einiger hundert unternehmender Menschen, in die Säckel der Meistbesitzenden, welche anfänglich die nöthigen Summen vorschießen und sich hierdurch das Recht erwerben, die Nation zu plündern. Der Privatmann betrachtet hierdurch die Regierung als seinen natürlichen Feind, er hält sein baares Geld zurück; die gehemmte und beschränkte Circulation der Verkehrsmittel lähmt Handel und Gewerbe."

So sprach Voltaire vor gerade hundert Jahren. Wir, die wir im Jahre des Heils 1877 leben, haben entweder Nichts gelernt, oder Alles vergessen, denn dies Uebel, gegen welches Voltaire sich wendet, besteht fort, und lastet nach wie vor auf den unglücklichen Völkern. Und wie wahr ist, namentlich auch für die Jetztzeit, was der große Weltweise über das Elend des Siegers und Besiegten, und über die Unfruchtbarkeit der Kriegsbeute sagt. Haben die siegreichen Deutschen von dem „heiligen Krieg" etwa weniger Nachtheile gehabt als die besiegten Franzosen? Und wer in Deutschland hat nicht den Fluch des „Milliardensegens" empfunden? —

— Die verkommenen unsittlichen Franzosen. In einem zu Frankfurt a. M. gehaltenen Vortrag über George Sand sagte der urchauvinistische Literaturhistoriker Kreyssig unter Anderm: „Die Werke George Sand's, welche ihr die meisten und schwersten Vorwürfe zugezogen, behandelten durchweg und zwar in ungesunder Weise die Gewalt der Liebe als dämonische Naturkraft. Ihre Schilderungen hätten in der damaligen Stimmung der französischen Jugend den empfänglichsten Boden gefunden, und so sei jenes „Evangelium der Liebe" entstanden, wie es in der französischen Romantik gepredigt werde. Man dürfe jedoch keineswegs die französische Gesellschaft nach den Lieblingswendungen der Sittenromane beurtheilen, die Familie sei in Frankreich auf außerordentlich festen Grundlagen aufgebaut und so habe man dort die Angriffe der Sand auf die Ehe viel übler genommen als bei uns." — Mit anderen Worten, in Frankreich nehme man es in puncto der Moral genauer als in Deutschland. Hätte ein Sozialdemokrat das gesagt, so wäre es eine Majestätsbeleidigung, verübt an dem auf seine Sittlichkeit stolzen allein sittlichen Deutschland, und außerdem noch schwärzester Landesverrath eines vaterlandslosen Vagabunden gewesen.

— In der orientalischen Frage „großer Triumph der Diplomatie": der Protokollfriede ist unterzeichnet. Schade nur, daß ein Theil der Unterzeichner, z. B. die Engländer, sofort offen ausgesprochen haben, daß sie dem Prototollfrieden nicht trauen, der überhaupt blos ein Aprilscherz gewesen zu sein scheint — die Unterzeichnung erfolgte am 1. April. Die Türken sind so vernünftig, sich um die europäische Diplomatie gar nicht zu bekümmern: sie setzen die Kriegsrüstungen mit verdoppelter Energie fort und scheinen entschlossen, in nächster Zeit es zum Biegen oder Brechen zu bringen. — Wenn uns der Krieg erspart bleibt, an dessen Rand die genialen und nicht genialen Staatsmänner uns gebracht, so hat — wir wiederholen es — Deutschland und Europa dies einzig und allein den Türken zu verdanken, die das Lügennetz der Diplomatie abgestreift, und gethan haben, was der gesunde Menschenverstand ihnen gebot.

— Der Mordwaffenfabrikant Krupp in Essen hat nach einer uns zugegangenen Meldung 128 seiner Arbeiter entlassen, die in dem Verdacht sozialistischer Gesinnung standen (s. den Aufruf in heutiger Nummer); außerdem ist den Arbeitern verboten worden, die „Essener Freie Zeitung" zu lesen. Kann ein Arbeitgeber despotischer gegen seine Arbeiter verfahren? und kann die „Lehre" von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit schlagender widerlegt werden, als durch die Maßregelungen der Krupp'schen Arbeiter?

— Der Berliner Krawall, über den unsere Leser durch eine frühere Nummer unterrichtet worden sind, hat am 6. April sein Nachspiel vor dem Strafrichter gehabt. Angeklagt waren 17 Personen theils wegen einfachen Straßenunfugs, theils wegen Widersetzlichkeit gegen die Staatsgewalt. Das höchste Strafmaß waren 9 Monate, das niedrigste 4 Wochen; freigesprochen wurden 5.

— Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt", das noch keine vollen drei Jahre besteht, erscheint bereits in einer Auflage von 15,600 Exemplaren. Nicht wahr, Ihr Herren Sozialistentödter, das ist ein „Rückgang" der Sozialdemokratie, wie er im Buche steht?

Correspondenzen.

Hamburg. (Aufruf an sämmtliche Arbeitsleute*) Deutschlands.) Collegen! Die Arbeitslosigkeit und der Hungertyphus greifen in allen Gauen Deutschlands immer weiter um sich, und allenthalben sind es wohl in erster Linie die Arbeitsleute, welche bei althergebrachten niedrigen Lohnsätzen und nebenbei schlechter Behandlung am meisten darunter leiden. Bei den heutigen Verhältnissen, wo die meisten Gewerke den Uebergriffen des Kapitals organisirt entgegentreten, denkt Niemand an den Arbeitsmann. Vereinzelt steht er da und sieht den Kampf mit an. Er bedenkt nicht, daß er in vielen Fällen die Zeche bezahlen muß. Der Arbeitsmann wird nicht gefragt, ob er 10 oder 12 Stunden täglich arbeiten will; er wird nicht gefragt, ob er mit den wenigen Groschen auskommen kann, die man ihm bietet. Der Arbeitsmann ist der Knecht des Arbeitgebers, und er muß mit dem zufrieden sein, was man ihm giebt. Ist es nicht oft genug in den letzten Jahren vorgekommen, daß die Arbeitgeber muthwillige Arbeitsausschlüsse provozirten (s. Altona). Sie verhandelten aber nur mit dem Gesellen, die Familie des Arbeitsmannes wird nicht in Betracht gezogen. Wollen wir daher unsere Rechte wahren, so muß dies anders werden. Sind wir nicht verpflichtet, der Gesammtheit unsere Kräfte zur Verfügung zu stellen? Sind wir nicht verpflichtet, dem Staate die Steuer zu entrichten? Sind wir nicht die größte Zahl im Staate? Warum haftet gerade auf uns der Fluch, daß wir uns als Stiefkinder der Nation betrachtet sehen müssen? Es kommt einfach daher, daß wir uns in dem Wahn befinden, daß wir untergeordnete Kreaturen sind. Befreien wir uns von diesem Wahn, und es wird mit uns besser. Dann werden auch wir im Stande sein, unsere Forderungen stellen zu können. Dann wollen wir den übermüthigen Landjunker veranlassen, uns anders denn als Sklaven zu behandeln; dann wollen wir den Fabrikbesitzer bewegen, die entehrenden Fabrikordnungen zurückzunehmen — kurz, dann wollen und können wir uns eine menschenwürdige Stellung erobern. — Aber um das alles zu können, müssen wir uns organisiren. Jahrhunderte sind vergangen, alle Gewerke waren und sind organisirt, nur der Arbeitsmann ist geblieben was er war — Sklave. Darum, Freunde, organisirt Euch, dann könnt Ihr für Eure Rechte, für das Wohl Eurer Weiber und Kinder wirken. — Schon einmal im vergangenen Herbst haben wir die Aufforderung an Euch ergehen lassen, einzutreten in den Bund der Deutschen Arbeitsleute. Ungefähr 2000 Mann sind diesem Ruf gefolgt. Diese Zahl ist jedoch zu klein, um den Kampf mit Erfolg zu führen. Es bedarf eben aller Kräfte hierzu. Diejenigen, welche sich der Organisation noch nicht angeschlossen haben, dürfen nicht fürchten, daß sie von den schon Organisirten würden im Stich gelassen werden. Darum richten wir an sämmtliche deutsche Arbeitsleute nochmals den Mahnruf, einzutreten in den Bund. Der Bund ist auf fester Grundlage errichtet und hat sein selbstständiges Blatt: „Der Arbeiter", welches ein treuer Wächter ist für seine Schutzbefohlenen. Der Bund hat ferner seine Central-Kranken- und Sterbekasse (eingeschriebene Hilfskasse).

Darum auf! Alle Mann in den Bund! — Anfragen, sowie sämmtliche Correspondenzen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Mit Gruß
Wilh. Wißmann,
Speckgang Nr. 3, III.

NB. Alle Arbeiterblätter Deutschlands werden um Abdruck gebeten.

*) In Norddeutschland gebräuchliche Bezeichnung für Taglöhner, Packträger, Hilfspersonal in Fabriken 2c.

Bochum. (An die Parteigenossen im Kreise Bochum.) Zufolge einer Aufforderung vieler Gesinnungsgenossen im hiesigen Kreise, in welcher der Wunsch ausgesprochen wurde, zum Zweck der Organisation und Agitation eine allgemeine Sozialisten-Versammlung für den Kreis Bochum einzuberufen, fühle ich mich veranlaßt, an sämmtliche Anhänger und Freunde der sozialdemokratischen Bewegung die freundliche Einladung ergehen zu lassen, zu der am Sonntag, den 15. April, Nachmittags präcise 3 Uhr im Lokale des Herrn Florian am Marktplatz und Königsstraßen-Ecke zu Bochum anberaumten Versammlung ohne Ausnahme zu erscheinen.

Freunde und Genossen! Nachdem wir gesehen, wie unsere Gegner mit allen erdenklichen Mitteln das arbeitende Volk im hiesigen Kreise zu hintergehen im Stande waren, und dadurch ein Theil des Proletariats auf's Neue an sich und seinen Mitbrüdern bei der Wahl zum Verräther wurde, ist es für uns die höchste Zeit, die Arbeiter über ihre wahren Interessen aufzuklären und den größten Feind, der uns gegenübersteht, die Dummheit, zu bekämpfen. Wenn wir uns auch mit dem bei der Wahl erzielten Resultat zufrieden erklären können, so dürfen wir deswegen nicht in Gleichgiltigkeit verfallen. Ich richte deshalb an Euch Alle die dringende Mahnung, ohne Ausnahme in der oben angezeigten Versammlung zu erscheinen. Zugleich mache ich darauf aufmerksam, daß eine Besprechung über den diesjährigen Congreß stattfinden wird. — Ich bin der Hoffnung, daß die Versammlung zahlreich besucht sein wird. Genossen, machet diese Hoffnung nicht zu Schanden!

J. A.: H. W.

Essen, 26. März. Die am gestrigen Vormittag im Essener Odeum stattgehabte Volksversammlung, in welcher der Krupp'sche Ukas einer Beleuchtung unterzogen werden sollte, war äußerst zahlreich besucht. Nachdem das Büreau constituirt war, ertheilte der Vorsitzende zunächst dem Herrn Karl Klein aus Hagen das Wort. Redner entledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden und erntete für seine Ausführungen sowohl während des Referats, als auch am Schlusse desselben den reichsten Beifall. — Nach ihm ergriff Herr Kuhl aus Duisburg das Wort. Hatte Herr Klein es sich zur Aufgabe gestellt, den Krupp'schen Ukas in ernster Weise zu behandeln, so verstand es Herr Kuhl, seinen Vortrag humoristisch zu würzen und die verschiedenen Punkte dieses Ukas derartig Spießruthen laufen zu lassen, daß die Lachmuskeln der Anwesenden beständig in Bewegung blieben. — Nach einer kurzen Debatte über verschiedene eingelaufene Anträge ließ der Vorsitzende über einen Schlußantrag, deren währenddem mehrere eingegangen waren, abstimmen, und wurde die Versammlung, nachdem die große Majorität dem Schlußantrage zustimmte, geschlossen.

Die Nachmittags im Lokale des Wirths Plümacher tagende Versammlung, in welcher die Herren Klein und Strumpen als Redner auftraten und das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten?" behandelten, verlief sehr gut und zeigte, daß auch die Arbeiter dieses Distriktes für den Sozialismus empfänglich sind.

Münchenbernsdorf. (Stimme eines Webers über die Lage der Weber.) Die Handweberei erfordert einen Mann, der Kopf und Ellenbogen hat, denn wer heut zu Tage theoretisch wie praktisch nicht ganz Ausgezeichnetes leisten kann, verdient nicht blos weniger wie früher, sondern er kann einfach nicht mehr existiren. Vor mehreren Jahren hatten die Maschinen-Webstühle blos das zu thun, was die Handweberei nicht machte; wegen zu schlechter Löhne seit einigen Jahren aber ist das umgekehrt — heut verrichtet die Handweberei blos noch das, was auf den Maschinen-Stühlen nicht gearbeitet werden kann, weil es zu künstlich ist, zum Beispiel Musterarbeit, Mustermachen, Ketten von wenigen Ellen. Kurz die Maschinenarbeit hat die Handarbeit so gut wie verdrängt und verdrängt sie mehr und mehr. Bei der hiesigen Handweberei müssen Mann, Frau und Kind vom frühen Morgen bis spät Nachts tüchtig zugreifen, um etwas zu verdienen und um die vorgeschriebenen Lieferfristen einzuhalten, denn es ist, seit die Löhne gesunken sind, noch viel mehr eingerissen wie früher schon, daß es Arbeiter giebt, welche, sei es nun aus Noth oder aus anderen Gründen, ungeheures leisten in der Herstellung von Quantitäten. Die Folgen der unmenschlichen Anstrengung bleiben natürlich nicht aus, selbst bei eisenfesten Naturen nicht. Bleich wie die Leichen und mit grauen Haaren im besten Mannesalter sieht man die hiesigen Weber zumeist einherwandeln. Seit mehreren Jahren besteht hier etwas Teppichweberei, wodurch viele Weber, welche früher nach auswärts Lohnarbeit verrichtet hatten, ziemlich dauernde und im Anfang auch leidlich lohnende Arbeit gehabt haben. Aber nach und nach ist der Lohn gesunken infolge der Concurrenz von anderwärts, so daß man nicht mehr wie 7—8 Mark pro Woche durchschnittlichen Verdienst rechnen kann. Dabei ist seit der allgemeinen Geschäftskrisis die Arbeit sehr unterbrochen, im letzten Winter aber wie noch nie. Aber kein Mensch, auch nicht der Staat, thut etwas zur Aufhülfe des fast einzigen Erwerbszweiges hier in der Umgegend. Dazu kommen hohe Gemeindeabgaben infolge von enormen Gemeindeschulden, welche entstanden sind durch Ablösungen alter sogenannter Rittergutsrechte, wie Lehnsrecht, Frohndienste 2c. und das alles von — Staatswegen. Also bei anstrengendster Arbeit — geringen Lohn, hohe Abgaben und, um das Maß voll zu machen, theure Lebensmittelpreise. Ist es bei solcher Sachlage ein Wunder, wenn Jeder, dem es noch

---

Gewalt. Im Jahre 1879 lief durch französische Blätter ein Brief, angeblich von Jacoby, voll derbster Ausfälle gegen hohe und höchste Personen. Hätte er nicht durch einen Privatbrief nachweisen können, daß er sich gegen die Autorschaft nachdrücklich verwahrt habe, so wäre er wieder nach Lötzen gebracht worden.

Als das Leipziger Urtheil gegen Bebel und Liebknecht 1872 eine neue Aera der deutschen Justiz eröffnete, trat Jacoby dnrch offenen Brief an die Seite der Verurtheilten. Auch ich bin — so erklärte er — von heute an Mitglied Ihrer Partei. Letzter und höchster Skandal in den Reihen der Wohlgesinnten! Aber er war Sozialist der Forderung nach schon 48 gewesen, er hatte sein Programm sozialer Reform schon 1868 skizzirt und 1870 ausgeführt und so war's denn nur die Aeußerlichkeit, der formelle Beitritt zu den „Petroleurs" und „Communards", an dem die heuchlerische Gesellschaft Anstoß nahm. Wie er sich die Freiheit des Urtheils innerhalb der Parteidisciplin zu wahren wußte, das hat die Wahl im Leipziger Landkreise gezeigt, die er ausschlug. Er hatte „im taktischen Interesse der Partei" eine Candidatur angenommen, aber wer seine allezeit scharfe, den Begriff streng herausschälende Ausdrucksweise kannte, wird nicht verwundert gewesen sein, daß er unter Candidatur noch keineswegs Mandat verstand. Er faßte seine Parteizugehörigkeit nicht so exklusiv, wie Lassalle das einst vorgeschrieben. Wenn die Sozialdemokratie das jetzt thut, so hat sie ein Recht dazu und steht auf ihrem Schein und wir dürfen uns über ihren Ehrgeiz, sich solch geistigen Besitzes zu rühmen, nur freuen.

Und nun, da wir das Aeußere bewältigt, noch einige Worte über des Mannes inneres Wesen. Dieser unbeugsame Sinn, dieser hartgeschmiedete Charakter muß sich also wohl auch im privaten Leben spartanisch bewährt haben. In Bezug auf die schwarze Suppe ja, Niemand konnte einer mäßigeren, dürftigeren Lebensweise ergeben sein, aber gerade damit festete und sicherte er sich jenes glückliche, von Stimmung nicht abhängige Gleichmaß der Seele, die einst als fürstlichste der Eigenschaften gepriesene Serenität. Mit sich selber stets im Reinen, im Frieden, konnte er um so mehr menschliche Bethätigung Allem widmen, was in seine Kreise trat. Die Erfahrenheit des Arztes hatte er nicht, wie so oft geschieht, mit einer Einbuße des herzlichen Mitgefühls erkauft; wie Ernstes ihm auch Zeit und Geschick zu erwägen gab, in den geselligen Kreis brachte er stets eine milde Heiterkeit. „Der gute, weise Nathan", so nennt ihn der Mann des treffenden Wortes, Carl Mayer, der ihn am Wallensee zu Simons Denkmalseier sah, und das Wort trifft. Und wen das helle, treue Auge des Mannes sanft und sicher ansah, der mochte vielleicht Gegner sein und bleiben, eine persönliche Feindschaft hätte davor nicht Stich gehalten. Gutes zu denken war ihm Bedürfniß auch in die Seele der Andern hinein, die Lästerlust, die Pfiffigkeit der gewöhnlichen Welt verstummten beschämt vor seinem absoluten Nichtverständniß.

„Stark im Rechte" — wenn der Wahlspruch dieser so würdigen deutschen Stadt je sich von einem Gemeinwesen auf den Einzelnen übertragen ließ — hier ist's am Platze. Mochte er im Widerspruch sich finden mit dem herrschenden System, mit seinen Freunden, mit der ganzen Welt — nur nicht mit sich selber! Wem konnte das jedoch eine Tugend scheinen in einer Zeit, da jeder seine Ansichten wechselte wie einen Rock und seine Gedanken wie ein Hemd; je öfter, je nachdem sie schmutzig waren. Und so haben sie auch jetzt, nach dem Tode, diesen unbequemen kalten Schwärmer damit abzufertigen gemeint, daß sie ihm vorwarfen, er habe Alles zur Sentenz zugespitzt. Als wenn sie der Glocke vorwürfen, daß sie nur im reinen Dreiklang läutet und nicht die Triller der Spieldosen mitmacht!

Es ist in frischem Andenken, wie heldenhaft er sich anschickte, zu sterben. Es erschien ihm als ein Widersinn', daß die gesunde Seele Störungen erleiden, ja vielleicht selbst Schaden nehmen könne an den Gebrechen des Körpers. Keine Wünsche mehr und keine Hoffnungen! sagte er Freunden und der hochbetagten Schwester, die in ihm ihres Lebens Leuchte erlöschen fühlte, fügte er tröstend hinzu: Danken wir, daß ein günstig Geschick uns so lange Jahre im stillen Glück zusammengelassen.

Danken wir, das sei auch unser Wort. Danken wir für das Gedächtniß seiner, das uns bleibt. Wie in dem Blute das Eisen, so ist in jeder Menschenseele der Magnet, der sie zur Wahrheit, zur Gerechtigkeit weist. Mag die Nadel abgelenkt werden in Sturm und Wetter, unter des Metalles Einfluß, des unedeln wie des edeln, unbeirrt weist sie, wenn die Störung beseitigt, nach dem rechten Ziele. Und so will mir scheinen, wenn an unser bürgerlich, unser politisch Gewissen ein Zweifel tritt und wir der Steuerung sicher sein möchten: Eine Frage wird den Magnet vor jeder Abirrung schützen, die Frage: Was hätte Jacoby gethan?

Dieser reinen großen Seele Atome können nicht verloren gehen; — gesegnet sei sein Andenken!

möglich ist, sich anderwärts nach Arbeit umsieht? Ob er sie aber findet, ist freilich eine andre Frage.

Zum Schluß sei noch das Ergebniß der hiesigen Reichstagswahlen mitgetheilt, dessen Veröffentlichung aus irgend einem Grunde bis jetzt unterblieben ist. Motteler bekam hierorts 254 Stimmen, Assessor Slevogt aus Sondershausen 91, und Geheimrath a. D. Müller in Dresden 9. Circa 100 Wähler zogen es vor, von der Wahlurne fortzubleiben. Man sieht, Münchenbernsdorf gehört der Sozialdemokratie.

Delmenhorst. Ein hiesiges Kreisblatt bringt jetzt in jeder Nummer spaltenlange Artikel über den Strike der hiesigen Cigarrenarbeiter, welche von Lügen und Verleumdungen strotzen. Einen wahrheitsgetreuen Bericht, welcher von uns eingesandt wurde, wies der Redakteur des genannten Blattes zurück, weil Unwahrheiten (!) darin enthalten seien. Wir beriefen deshalb am vorigen Dienstag eine öffentliche Volksversammlung ein mit der Tagesordnung: „Die lügenhaften Berichte des hiesigen Kreisblattes über die Arbeitseinstellung der hiesigen Cigarrenmacher." Der Herr Redakteur wurde zu dieser Versammlung eingeladen, um die Behauptungen, welche er durch sein Blatt in die Oeffentlichkeit geschleudert, vor öffentlicher Versammlung zu vertreten und zu beweisen. Die Versammlung war sehr gut besucht, doch es stellte sich leider heraus, daß der Herr Redakteur wohl genug Frechheit besitzt, in seinem Blättchen Lügen und Verleumdungen gegen die Arbeiter zu fabriziren, aber nicht den Muth, sie vor öffentlicher Volksversammlung zu vertreten. Parteigenosse Lindt, welcher das Referat übernommen hatte, erläuterte zunächst eingehend die Ursachen, durch welche der Strike hervorgerufen wurde; dann, auf die Artikel des Kreisblattes übergehend, widerlegte er die darin enthaltenen Lügen und Verdrehungen gründlich und unterzog dann das Verfahren des genannten Redakteurs einer schonungslosen Kritik, wobei blos bedauert wurde, daß dieser Herr nicht anwesend war. Auch der zweite Redner, Herr Friedrich, verdammte in scharfer Weise die Lügentaktik des Redakteurs in dieser Angelegenheit sowie im Allgemeinen. Die Versammlung sprach schließlich fast einstimmig durch eine Resolution ihre volle Verachtung über die Handlungsweise dieses Redakteurs aus und erklärte ebenso einstimmig, daß sie aus den Ausführungen des Referenten die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die strikenden Cigarrenarbeiter in ihrem vollsten Rechte seien und die Sympathie aller ehrenhaft denkenden Männer verdienten.

Herford, 23. März. Endlich wird es wohl Zeit, daß auch wir etwas von uns hören lassen. Es ist für Jedermann, der für die Verbrüderung der Menschen wirkt, erhebend, wahrzunehmen, wie das große Werk der wahren Freiheit seiner Vollendung immer näher tritt. Auch wir sind in der letzten Wahlperiode nicht ganz müßig gewesen. Leider waren wir nur wenig Parteigenossen hier am Orte und konnten daher nur zwei Volksversammlungen hier abhalten. In der ersten Versammlung referirte der Baumeister Bruno aus Bielefeld unter großem Beifall. In der zweiten sprach Schneidermeister Zwienert aus Bielefeld vortrefflich und unter stürmischem Beifall. In der zweiten Versammlung hatten zwei Gegner den Muth, auf die Aufforderung des Vorsitzenden Querl hin sich zur Interpellation zu melden, sie wurden aber durch Parteigenossen Zwienert dermaßen abgefertigt, daß sie sich schleunigst nach einem dunklen Eckchen umsahen. — Bei der letzten Reichstagswahl betrug die Stimmenzahl hierorts mit der unseres Nachbarstädtchens Blotho für Parteigenossen Pfannkuch: 412 Stimmen. Vor drei Jahren hatten wir nur 68 Stimmen. Gewiß ein Beweis guten Fortschritts. Ueber drei Jahre hoffen wir mit vier Zahlen unser Resultat mittheilen zu können. — Bei der letzten Volksversammlung ergab die Tellersammlung 18 Mark, welche zu Wahlzwecken und zum Broschürenankauf verwendet sind. — Ein bemittelter Parteigenosse (Fabrikbesitzer) hier am Orte unterstützte uns in pekuniärer sowie in sonstiger Hinsicht bei den Wahlangelegenheiten, wofür demselben unsere Anerkennung.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Parteigenossen Herfords.

Wurzen. Nun die Wahlkämpfe vorüber sind und die Zahl der sozialistischen Wähler, trotz aller Verleumdungen der Gegner in der Presse und hinter verschlossenen Thüren, von 845 im Jahre 1874 auf 3332 im Jahre 1877 gestiegen ist, jammern die Gegner über das furchtbare Wachsthum der Sozialdemokratie, und verschiedene anonyme „Eingesandt" forderten bereits zur geistigen Bekämpfung der sozialistischen „Irrlehren" auf. Wir sahen diesem Treiben ruhig zu, begierig der Zeit harrend, wann der geistige Kampf beginnen würde. Doch es blieb bei der Aufforderung. Und so sahen wir uns denn genöthigt, den Gegnern Gelegenheit zu geben, ihr Licht leuchten zu lassen, und beriefen auf den 1. März eine Volksversammlung ein mit der Tagesordnung: „Die Erfolge der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen, und wer ist Reichsfeind und wer Reichsfreund." Referenten waren Lienig und Werner aus Leipzig. In dieser Versammlung wurde die Kampfesweise unserer Gegner genügend gekennzeichnet und namentlich der hier erscheinende „Muldenthaler Bote", welcher oft verleumderische Artikel über uns brachte, arg mitgenommen. Es meldete sich auch der Redakteur des genannten Blattes (Hohmann ist sein Name und den Genossen im 11. Wahlkreise wohlbekannt) zum Wort. Er lallte aber solch unverständliches Zeug, verbunden mit persönlichen Angriffen auf den Vorsitzenden, daß es den Referenten und dem Vorsitzenden, unter allgemeiner Heiterkeit der Versammlung, mit wenigen Worten gelang, denselben so abzufertigen, daß er es vorzog, sich zu entfernen. — Wir glaubten, daß mit diesem tapfern Kämpfer in der Presse die geistigen Kämpfer der Gegner noch nicht ganz vergriffen seien, und hielten am 6. März eine weitere Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Aufgabe der Gesetzgebung." Das Referat hatte Herr Hasenclever übernommen. Die Versammlung war so stark besucht wie noch nie. Hunderte mußten umkehren aber auch die Gegner hatten sich eingefunden. Bei der Büreauwahl schlugen die Letzteren einen Fortschrittler, Herrn Lehrer Bäumel, als Vorsitzenden vor, erhielten aber eine so verschwindende Minorität, daß sie von weiteren Vorschlägen absahen. Zu unserer Freude erschien nebst Herrn Hasenclever zum erstenmale nach der Wahl unser Candidat Herr Hadlich. Derselbe richtete einige Dankesworte an die Versammlung und forderte zum muthigen Ausharren auf der betretenen Bahn auf; er geißelte auch die hierorts vorgekommenen Maßregelungen und erntete rauschenden Beifall. — Nachdem Herr Hasenclever in längerer, oft durch Beifall unterbrochener Rede die Tagesordnung behandelt hatte, forderte der Vorsitzende zur Entgegnung auf. Es meldete sich ein Herr Wernicke, der einige Fragen an den Referenten richtete, welche von demselben mit Leichtigkeit beantwortet wurden. Sonst wagte sich kein Gegner hervor; sie mochten eben glauben, daß es doch besser sei, aus dem Versteck zu schimpfen, als sich in öffentlicher Versammlung belehren zu lassen. — Für die uns vor und nach der Wahl gewordene agitatorische Unterstützung sagen wir hiermit unseren besten Dank und wollen nur noch einer vor der Wahl von Seiten der Gegner (Stadträthe und Fabrikanten) einberufenen Volksversammlung erwähnen, in welcher sich dieselben den Vorsitz aneignen wollten. Die Versammlung ließ sich aber nicht bevormunden und verlangte stürmisch die Büreauwahl, aus welcher wir glänzend als Sieger hervorgingen. Von unserer Seite waren als Redner die Herren Hadlich und Werner aus Leipzig und von Seiten der Gegner Herr Rektor Martin von hier in dieser Versammlung. Die Gegner erlitten eine Schlappe, von welcher sie sich so leicht nicht erholen werden. Mag kommen was da will, man wird uns stets auf dem Posten finden.

Die Agenten.

Crimmitschau, 31. März. Auch in unserer Stadt nimmt der Nothstand immer mehr überhand. Erst in letzter Zeit sind vielfach in hiesigen Fabriken, wegen Mangel an Beschäftigung, Arbeiterentlassungen erfolgt; in einigen Fabriken ist die Arbeitszeit bedeutend verkürzt worden. Daß da bei den jetzt üblichen Hungerlöhnen die Lage der Arbeiter nicht beneidenswerth ist, leuchtet ein. Trotzdem werden gewisse „Herren" den Nothstand erst dann zugeben, wenn die Leute vor Hunger auf den Straßen umfallen. — Bekanntlich sollte, um einer Anzahl beschäftigungsloser Arbeiter wenigstens in Etwas unter die Arme zu greifen, die Ausfüllung der Rudelswalder Hohle vorgenommen werden, — so lautete ein einstimmiger Beschluß des Raths und der Stadtverordneten. Bis jetzt ist dieser Beschluß jedoch nicht zur Ausführung gelangt, weil die betreffenden Grundbesitzer ganz unver—frorene Forderungen für den abzutretenden Grund und Boden stellen. Diese Herren sind Leute vom sogenannten „Gemeindewohl". Da können mittlerweile die Arbeiter verhungern!

(Crimmitsch. Bürger- u. Bauernfr.)

Meißen, 28. März. Am 24. März hielten wir im „Goldenen Schiff" eine Volksversammlung ab, die nur mäßig besucht war, weil wir nicht früh genug annonciren konnten. Unterzeichneter wurde zum Vorsitzenden und Korth zum Schriftführer gewählt. Die Tagesordnung lautete: „Vortrag über den Menschengeist und Zeitgeist." Der Parteigenosse Lehranstaltsdirektor Klemich aus Dresden hatte das Referat übernommen. Der über anderthalb Stunden währende, sehr lehrreiche Vortrag des Herrn Klemich fand allgemeinen Beifall. Gegner meldeten sich nicht znm Wort, trotzdem aufgefordert wurde, den Vortrag zu kritisiren. Zum Schluß der Versammlung wurde vom Unterzeichneten zum Abonnement auf den „Vorwärts" und die „Neue Welt" aufgefordert.

T. Thieme.

Aufruf an sämmtliche Parteigenossen Deutschlands.

Parteigenossen! Eine Maßregelung, wie sie drastischer die Geschichte kaum aufweist, hat hier eine ganze Anzahl alter und treuer Parteigenossen, von welchen viele schon seit Lassalle's Zeiten der Partei ununterbrochen angehören, betroffen. Der Kanonenkönig Krupp, jener weltberühmte Industrielle, erließ vor Kurzem an seine Arbeiter eine Broschüre, deren ganzer Inhalt lediglich gegen die Sozialdemokratie gerichtet war und in welcher die Prinzipien wie auch die Führer derselben in schamlosester Weise verhöhnt und verdächtigt wurden. Aufgabe und Pflicht unseres hier am Orte erscheinenden Parteiblattes, der „Essener Freien Zeitung", war es, dieser frechen Anmaßung des deutschen Paschas Krupp gebührend zu begegnen. Diese Pflicht und Aufgabe hat dieselbe erfüllt, und zwar in einer Weise, daß die entschiedensten Gegner unserer Partei derselben ihre Anerkennung gezollt, und es einem Herrn Krupp nicht sobald wieder einfallen wird, der Sozialdemokratie den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Was thut nun jener weltberühmte Fabrikant? Welche Antwort giebt er auf seine moralische Niederlage? — Sämmtliche alte und treue Parteigenossen werden entlassen oder auf gut deutsch brodlos gemacht, und denjenigen seiner Arbeiter, welche unser hiesiges Parteiblatt halten, direkt und indirekt angedeutet, daß die Fortsetzung des Abonnements auf dieses Blatt Entlassung aus der Arbeit nach sich ziehe. Die Zahl derjenigen, welche entlassen sind und noch entlassen werden sollen, beträgt 128 Mann, und zwar sämmtlich Familienväter.

Wo, aber sollen diese unsere Brüder hin, wovon sollen sie ihre Familie ernähren? Nirgends ist Arbeit, und materieller und moralischer Untergang ist ihr Loos, wenn nicht die Genossen allüberall für sie eintreten.

An Euch, Parteigenossen Deutschlands, richten wir deshalb die Bitte, uns im Kampfe gegen den mächtigsten Fabrikanten der ganzen civilisirten Welt nach Kräften zu unterstützen; an Euch richten wir die Bitte: der Essener Brüder, die jahrelang treu zur Fahne gestanden und niemals zurückgeblieben sind, wenn es galt, für Andere ein Opfer zu bringen, im gegenwärtigen Kampfe zu gedenken. Besonders aber richten wir an die Agitatoren und Parteileiter das Ersuchen, in allen Versammlungen und Zusammenkünften Sammlungen für uns zu veranstalten. Wird in dieser Weise allerwärts vorgegangen, dann wird der bittere Kelch, der so manchem alten Familienvater gereicht ist, machtlos vorübergehen, dann werden sowohl die gemaßregelten Arbeiter, wie auch unsere hierdurch schwer geprüfte Presse von dieser unerhörten Verfolgung nichts zu leiden haben. Darum frisch auf an's Werk, es gilt einer unerhörten Maßnahme die Spitze zu bieten, es gilt in Anbetracht des gewaltigen Gegners die Ehre der ganzen Partei hochzuhalten.

Essen, im April 1877.

Das Unterstützungs-Comité.
Strumpen. Rex. Menne.

NB. Briefe und Gelder sind zu senden an die Expedition der „Essener Freien Zeitung", Essen, Grabenstraße 14.

Alle arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter.

Anläßlich der sich mehrenden Mitgliederzahl resp. der Ausdehnung der Filialen, was eine Vermehrung der Obleute zur Folge hat, sind bereits an sämmtliche Obleute Invaliden-Pensions-Regulative abgegeben worden, und können diejenigen Obleute, welche noch nicht im Besitze des Regulativs sind, jederzeit beim Vorsitzenden in Zwickau ein solches abholen. Ferner ist mit Rücksicht auf Corporationen, welche, nicht unter 25, resp. 20 Mann stark, dem Verbande beizutreten gewillt sind, festgestellt worden, daß dieselben nur die Hälfte des Eintrittsgeldes zu zahlen haben. Laut gehaltener Nachfrage bei der zuständigen Behörde wird die Behändigung der Statuten baldigst erfolgen. Anfang Juni oder Ende Mai soll ein gemeinschaftlicher Ausflug stattfinden, wo die Genossen des Zwickauer, Chemnitzer und Schneeberger Reviers sich vereinigt zusammenfinden, worauf wir alle Genossen, sowie die uns noch Fernstehenden aufmerksam machen. Näheres findet man in dem bis Mitte Mai erscheinenden Circular Nr. 8.

Zwickau. Die Verwaltung.

Zur Beachtung für die Parteigenossen in Schleswig-Holstein.

Die Genossen J. H. Haß und H. Schleiß haben für Schleswig-Holstein die Colportage von sozialistischen Blättern und Broschüren übernommen, und werden die dortigen Parteigenossen daher ersucht, dieselben bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Für die Ausbreitung und Befestigung der sozialistischen Ideen ist die Verbreitung der sozialistischen Schriften von größtem Vortheile, und kann jeder Genosse durch seine Mithilfe bei dieser Verbreitung an der Agitation theilnehmen!

Bekanntmachung.

Zu Pfingsten dieses Jahres findet der Congreß der Schmiedegesellen Deutschlands statt. Wo und wann der Congreß abgehalten wird, kommt Anfangs Mai zur allgemeinen Kenntniß. Wir ersuchen daher alle Parteigenossen, für die weiteste Verbreitung dieser Bekanntmachung Sorge zu tragen und namentlich an solchen Orten für den Congreß zu wirken, wo eine Zunft oder ein Kassenverband der Schmiedegesellen existirt und wo die Schmiedegesellen keine Kenntniß von der Arbeiterbewegung haben. Parteigenossen! Ihr wißt wohl, daß die Gewerkschaftsbewegung eine große Bedeutung hat, daher thue ein Jeder seine Pflicht und bringe in allen Orten dieses zur Kenntniß der Schmiedegesellen. Alle Anfragen resp. Vorschläge über den Ort, wo der Congreß stattfinden soll, sind an die Adresse des H. Fellenberg, Berlin C., Auguststr. 88, Hof part. links, zu richten.

Zur Beachtung.

Da die Maurer- und Zimmermeister in Altona und Rienstedten alles versuchen, um den ausgeschlossenen Gesellen den Sieg zu vereiteln, so hatte gestern der Vorstand und die Controlcommission des deutschen Zimmerer-Gewerks eine spezielle Sitzung anberaumt, in welcher einstimmig beschlossen wurde: „den Ausschluß mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, da die Meister sich auf gar keine Unterhandlungen mit den Gesellen einlassen wollen." Wir bitten deshalb die Parteipresse allüberall, den Zuzug abhalten zu helfen, sowie obigen Ausschluß bekannt zu machen. Geldunterstützungen für die bereits seit 12 Wochen ausgeschlossenen Zimmerer sind an August Kapell, Hamburg, St. Pauli, 2. Bernhardstraße 39, zu senden.

J. A.: H. Gabow.

Briefkasten

der Redaktion. Hebräisch Roth: Angekommen. Wird besorgt.

der Expedition. Frz. Rick, Berlin: Wir haben Ihre Reklamation dem hiesigen Postamte zur Recherche übergeben, damit künftig Unregelmäßigkeiten in der Auslieferung unterbleiben.

Quittung. Gttr Stockholm Ab. 5,00. Grmr Halle Ab. 50,00. A. Bgt. Freudenthal Ab. 10,01. Mr Sggtr Ab. 2,34. Schlr Frohnau Schr. 4,40. Rttmnr München Schr. 10,00. Gewerkverein der Sattler Wien Ab. 7,00. Schml Graupen Ab. 1,62. Kpsf Graz Ab. 4,86. Stzl Teplitz Ab. 1,62. Hhm hier Ann. 6,00. Tbur hier Ab. 3,75. Hschld hier Ann. 3,00. Schlnhn hier Ab. 6,25. Arbeitersängerbund Flensburg Ann. 4,00. Lbg Aussig Ab. 4,80. Ptrsn Amsterdam Ab. 5,00. Rchtr Haindorf Ab. 18,38. Abrcht Wien Ab. 5,02. Stsn Wien Ab. 25,55. Fchverein der Tischler Wien Ab. 5,00. Frhlz Leobersdorf Ab. 3,84. Brth Mainz Ab. 67,55. Stbngr Schönberg Ab. 5,20. Brnr Zwickau Schr. 4,80. Prnz Frankfurt Schr. 29,64. Brbm Gotha Ab. 9,00. Rttmnr München Schr. 17,90. Krbs hier Ann. 1,20. Rft M. Grädit Ab. 7,00. Arbeiterverein Rendnitz Ann. 0,40. Volksbuchhdl. Zürich Schr. 240,10. Grd Stötteritz Ab. 22,70. Schld Straßburg Ab. 11,60. Kls Magdeburg Ab. 9,15, Schr. 11,05. Rthr Gelenau Schr. 15,59. Brn Graz Ab. 5,33. Kpfr hier Ab. 3,20. Will hier Ab. 2,70. Red. d. Krumauer Zeitung Ab. 1,85. Ebing hier Ab. 1,20. Pch hier Ab. 2,95. Zrgbl Trimmitschau Ab. 73,15. Bchhm hier Schr. 4,10. Stll Schw.-Hall Ab. 30,45. Knl Frankfurt Ab. 15,00. Rng Mauche Ab. 3,00. Exped. d. Hamb.-Altonaer Volksblatts Hamburg Ab. 300, Schr. 200,00. Drsln Coblenz Ab. u. Schr. 12,80. Lchltnr Steyr Ab. 5,00. Arb.-Bild.-Ver. Steyr Ab. 5,00.

J. P. Paris: Die bew. 39,00 sind Nr. 40 quittirt und zwar 34,20 Ab. und 4,80 Schr.

Agitationsfonds.

3,00 v. J. v. G. i. W. zur Jahreszeit seines Vaters.

Sozialistische Arbeiterpartei.

Gotha. Sonnabend, den 14. April, Abends 8 Uhr in Hartmann's Restauration: (2a) (F. 180)

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes.
Um zahlreiches Erscheinen und Mitbringen der Parteikarten bitten
80] Die Agenten.

Leipzig. Donnerstag, den 12. April, Abends 1/2 9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent Rauert.
60] Der Agent.

Osnabrück. Donnerstag, den 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Hrn. Kuhlmann, Altemänze 21:

Oeffentliche Arbeiterversammlung.

Tagesordnung: Vortrag. Verschiedenes. Referent Herr Kühn aus Osnabrück. [80
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht P. Krowiarz.

Offenbach-Dieburg. Vorläufige Anzeige. Den 2. oder 3. Pfingstfeiertag findet in der Nähe Offenbachs ein (3a) [1,80

Großes Wahlfest

statt. Festrede gehalten von Hrn. Liebknecht. Alles Nähere später.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen, direkt vom Verleger für Arbeiter billiger:

Dulk, Dr. Albert, Stimme der Menschheit. Christliche Glaubenslehre. Ein Lehrbuch für kirchenfreien Religionsunterricht in Gemeinde, Schule und Haus. I. Theil. Kritische Glaubenslehre. 1876. 8. 547 S. br. 6 Mark.

Dr. A. Dulk ist Philosoph und Dichter; aus der innigsten Verschmelzung beider ist dieses Werk hervorgegangen, ihm verdankt es seine Tiefe, Klarheit und Wärme. Wer den Verfasser auf seiner schriftstellerischen Laufbahn verfolgt hat, der wird finden, daß mit dem ersten Theile des gegenwärtig vorliegenden Werks der Anfang eines systematischen Abschlusses der religiösen Anschauungen gegeben ist, wie sie bereits in Dulks großartigem Drama „Jesus der Christ", das schon 1855 im Manuskript beendet war, und in den Schriften: „Der Tod des Bewußtseins", „Ob Thier ob Mensch" deutlich erkennbar hervortraten. Der Verfasser selbst hat sich von jedem kirchlichen Bekenntnisse frei gemacht; er stellt den Menschen, den der Spiritualismus aus der organischen Gliederung der Welt herausgelöst und isolirt hat, wieder in diese hinein. Das Christenthum ist ihm das Menschenthum, dessen Vernunftentwicklung und Erziehung zu den höchsten Zielen als Volksganzes wie in der Gesellschaft sein nachgestrebtes Ideal ist. So bleibt, da Dulk den Stoff wissenschaftlich durchaus beherrscht, in dem Buche keine Dunkelheit, keine Schwierigkeit für das Verständniß.

Leipzig. (2a) J. C. Findel. [250

Der „Arme Conrad"
1877

ist wieder in ca. 300 Exemplaren broschürt zu haben. Preis 2c. bekannt. Bestellungen mit Geldsendung erbeten. Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen:
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 164 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken: H. A. Gorge.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: H. Enz, 413 O'Farrell Street.
London: Hatch, 5 Kazaah Street, Middlesex Hospital.

Nr. 43. Freitag, 13. April. 1877.

Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes.

Wir lassen nachstehend den von den sozialistischen Abgeordneten ausgearbeiteten Entwurf folgen. Derselbe muß als Antrag zur Abänderung der Gewerbeordnung eingebracht werden, und da wir ein besonderes Haftpflicht- und Hilfskassen-Gesetz haben, so sind die auf das Haftpflicht- und Hilfskassenwesen bezüglichen Forderungen als besondere Anträge zu formuliren.

Bei Beurtheilung des Entwurfes ist festzuhalten, daß es galt, Forderungen aufzustellen, welche der heutige Staat, bei einigem guten Willen, vollständig in der Lage ist durchzuführen, — Forderungen, die theilweise schon in verschiedenen Staaten, namentlich in England und der Schweiz, erfüllt sind, ohne daß die Existenz jener nichts weniger als sozialistischen Staaten dadurch gefährdet worden wäre.

Wenn der Entwurf der neu einzuführenden Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter die Basis des allgemeinen Stimmrechts giebt, so wird hierdurch der demokratische Charakter dieser Einrichtungen gewahrt, ohne daß eine Volksvertretung, die selbst aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen ist, darin einen Grund berechtigter Opposition erblicken könnte.

Noch ein Wort: die Verfasser des Entwurfs waren anfangs im Zweifel, ob das Lehrlingswesen zu behandeln sei. Es wurde geltend gemacht, daß die ganze Frage sich mit der unaufhaltsamen Vernichtung des Kleingewerbs durch den kapitalistischen Großbetrieb von selbst löse, und daß es den Sinn der jetzt vor sich gehenden ökonomischen Bewegung verkennen hieße, wenn man hier durch Gesetze eingreifen wolle. Dem gegenüber wurde jedoch erfolgreich — und wohl mit Recht — geltend gemacht, daß das Kleingewerbe, obschon auf dem Aussterbeetat stehend, doch vorläufig — und auf längere Zeit hinaus — eine bedeutende Rolle spielt, — ist doch sogar in England die Kleinproduktion auf dem Gebiete der Industrie noch nicht vollständig der Großproduktion erlegen — und daß die jetzt betreffs des Lehrlingswesens herrschenden Miß- und Uebelstände für die Meister sowohl als die Arbeiter so drückend sind, daß, soll einmal eine praktische Reform angestrebt werden, auch dieser Theil des gewerblichen Lebens mit inbegriffen werden muß. Der Entwurf lautet:

Antrag.

Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurfe seine Zustimmung zu ertheilen:

Gesetz
betreffend die theilweise Abänderung der Titel I, II, VII, IX und X der Gewerbeordnung.

Artikel I.

An Stelle des § 1 der Gewerbeordnung tritt nachfolgende Bestimmung:

§ 1. Der Betrieb eines Gewerbes ist Jedermann gestattet, soweit nicht durch dieses Gesetz Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind.

In Strafanstalten darf weder für Privat-Unternehmer gearbeitet, noch dürfen Ganz- oder Halbfabrikate zum Verkauf für Rechnung des Staates oder für Gemeinden, angefertigt werden.

Artikel II.

Der § 14 der Gewerbeordnung wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

§ 14. Wer den selbstständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes anfängt, muß der für den Ort, wo solches geschieht, nach den Landes-Gesetzen zuständigen Behörde gleichzeitig Anzeige davon machen.

Diese Anzeige liegt auch Demjenigen ob, welcher zum Betrieb eines Gewerbes im Umherziehen (Titel III) befugt ist.

Wer für eigene Rechnung, oder für Rechnung Anderer, oder im Auftrage Anderer ein Gewerbe mit Beihilfe von Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeitern oder Lehrlingen in geschlossenen Räumen betreiben will, muß diese Räume gleichzeitig dem Reichs-Arbeits-Inspektor seines Gewerbekammerkreises (siehe § 142b) bezeichnen. Das Gleiche hat zu geschehen bei Umzügen, Erweiterungsbauten 2c.

Wer Versicherungen für eine Mobiliar- oder Immobiliar-Feuerversicherungs-Anstalt als Agent oder Unteragent vermitteln will, hat bei Uebernahme der Agentur, und Derjenige, welcher dieses Geschäft wieder aufgiebt, oder welchem die Versicherungsanstalt den Auftrag wieder entzieht, innerhalb der nächsten acht Tage der zuständigen Behörde seines Wohnortes davon Anzeige zu machen. Buch- und Steindrucker, Buch- und Kunsthändler, Antiquare, Leihbibliothekare, Inhaber von Lesekabineten, Verkäufer von Druckschriften, Zeitungen und Bildern haben bei der Eröffnung ihres Gewerbebetriebes das Lokal desselben, sowie jeden späteren Wechsel des letzteren spätestens am Tage seines Eintritts der zuständigen Behörde ihres Wohnortes anzuzeigen.

Artikel III.

Der Titel VII der Gewerbeordnung wird aufgehoben und folgende Bestimmungen an dessen Stelle gesetzt:

Titel VII.
Verhältnisse der Gewerbe-Gehilfen, Gesellen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge.

1) Im Allgemeinen.

§ 105. Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbstständigen Gewerbetreibenden und ihren Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeitern und Lehrlingen ist Gegenstand freier Uebereinkunft, soweit nicht durch dieses Gesetz anders bestimmt ist.

§ 106. An Sonn- und allgemeinen Festtagen ist die industrielle Arbeit im Dienste Anderer verboten. Ausgenommen hiervon ist die Lohnarbeit bei Verkehrsanstalten, soweit sie den Betrieb derselben betrifft, bei Gastwirthschaften aller Art, öffentlichen Erholungs- und Vergnügungs-Anstalten, beim Handel mit Nahrungsmitteln, sowie bei denjenigen Gewerben, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Betrieb erfordern.

Außerdem sind die Gewerbegerichte befugt, die Sonntagsarbeit ausnahmsweise zu gestatten, wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Geschäftsbetrieb in der Fabrik oder Werkstatt unterbrochen haben, oder die Sonntagsarbeit sich zur Verhütung von Unglücksfällen als unumgänglich nothwendig erweist.

Den an Sonntagen beschäftigten Arbeitern ist als Ersatz ein Ruhetag in der Woche freizugeben.

Arbeiterinnen jeglichen Alters und männliche Arbeiter, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen an Sonn- und allgemeinen Festtagen bei industrieller Arbeit im Dienste Anderer nicht beschäftigt werden.

§ 107. Gesellen, Gehilfen, Fabrik- und gewerbliche Lohnarbeiter dürfen beim Betrieb der Verkehrsanstalten, in Fabriken, Werkstätten, Berg-, Hütten- und Aufbereitungswerken, Salinen, bei Bauten und anderen gewerblichen Anlagen täglich nicht länger als zehn Stunden, an den Tagen vor Sonn- und allgemeinen Festtagen nicht länger als neun Stunden, ausschließlich der Pausen, beschäftigt werden.

Arbeiterinnen jeglichen Alters, Lehrlinge und männliche Arbeiter, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen täglich nicht länger als acht Stunden, ausschließlich der gesetzlichen Pausen, beschäftigt werden.

Kürzere Arbeitsschichten sind der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen. Während der Arbeitsschicht müssen drei Pausen von zusammen mindestens zwei Stunden stattfinden. Die Hauptpause muß in der Mitte der Arbeitsschicht stattfinden und mindestens eine Stunde dauern.

Arbeitern, welche ihr Mittagsmahl mitbringen oder sich bringen lassen, müssen außerhalb der Arbeitsräume angemessene, im Winter geheizte Lokalitäten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Die Arbeitsstunden sind nach der öffentlichen Uhr zu richten und dem Gewerbegericht anzuzeigen.

Die Arbeitsschicht darf nicht vor sechs Uhr Morgens beginnen und muß spätestens Abends acht Uhr vollendet sein.

Das Gewerbegericht ist befugt, eine Verlängerung der gesetzlichen Arbeitsschichten um höchstens zwei Stunden täglich und auf höchstens vier Wochen zu gestatten, wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Geschäftsbetrieb unterbrochen und ein vermehrtes Arbeitsbedürfniß herbeigeführt haben.

§ 108. Nachtarbeit ist verboten.

Die Gewerbekammer ist befugt, die Nachtarbeit zu gestatten,

a) bei öffentlichen Verkehrsanstalten;
b) bei solchen Gewerben, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Betrieb erfordern;
c) bei Gastwirthschaften aller Art, sowie bei öffentlichen Erholungs- und Vergnügungsanstalten.

Das Gewerbegericht ist befugt, die Nachtarbeit ausnahmsweise bis auf die Dauer von vierzehn Tagen zu gestatten,

a) wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Gewerbebetrieb in der Fabrik, Werkstatt oder bei Bauten und anderen gewerblichen Anlagen unterbrochen haben;
b) wenn die Nachtarbeit sich zur Verhütung von Unglücksfällen als unumgänglich nothwendig erweist;
c) bei dringlicher einmaliger Reparatur.

Arbeiterinnen jeglichen Alters und männliche Arbeiter unter achtzehn Jahren dürfen bei Nachtarbeiten nicht beschäftigt werden.

Bei Nachtarbeit darf die Arbeitsschicht, ausschließlich der in § 107 vorgeschriebenen Pausen, welche auch hierbei einzuhalten sind, nicht länger als acht Stunden dauern.

§ 109. Wo bei Erlaß dieses Gesetzes eine längere Arbeitsschicht allgemein gebräuchlich ist, muß dieselbe nach Einführung dieses Gesetzes jährlich mindestens um ein Drittheil der überschüssigen Zeit gekürzt werden, so daß spätestens drei Jahre nach Einführung derselben die gesetzliche Arbeitsschicht erreicht ist.

§ 110. Schwangere dürfen während der letzten drei Wochen vor, Wöchnerinnen während der ersten sechs Wochen nach ihrer Entbindung in Fabriken, Werkstätten, Hütten- und Aufbereitungswerken und anderen gewerblichen Anlagen nicht beschäftigt werden, und darf eine Kündigung oder Entlassung solcher Arbeiterinnen während dieser Zeit nicht stattfinden.

Bei Arbeiten unter der Erde und bei Hochbauten, sowie zur Reinigung im Gange befindlicher Motoren, Transmissionen und gefahrdrohender Maschinen dürfen Arbeiterinnen nicht verwendet werden.

§ 111. Wer mit Beihülfe von Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeitern oder Lehrlingen ein stehendes Gewerbe betreibt, ist verpflichtet, eine Fabrik- und Werkstatt-, bez. Werkplatzordnung zu erlassen.

§ 112. Die Fabrik- und Werkstatt-, bez. Werkplatzordnungen müssen enthalten:

1) Die gesetzlichen Bestimmungen der §§ 115 und 116 der Gewerbeordnung;
2) Anfang und Ende
   a. der Arbeitsschichten,
   b. der Pausen;
3) Zeit und Art der Lohnzahlung;
4) Dauer der gegenseitigen Kündigungsfristen und Art der Kündigung;
5) Die von dem Reichsgesundheitsamte in Berücksichtigung der besonderen Beschaffenheit des Gewerbebetriebs und der Betriebsstätte erlassenen Anordnungen.

Körperliche und Freiheitsstrafen, Geldbußen, sowie alle das Ehrgefühl oder die guten Sitten verletzenden Ahndungen sind verboten.

Stellen sich bei Anwendung der Fabrik- oder Werkstatt- bez. Werkplatzordnung Uebelstände heraus, so ist dieselbe durch das Gewerbegericht zu prüfen und abzuändern.

Die Fabrik- und Werkstatt-, bez. Werkplatzordnungen, sowie Abänderungen derselben, sind der Genehmigung der Gewerbegerichte zu unterstellen und müssen den Arbeitern zur Kenntnißnahme und Unterzeichnung vorgelegt werden.

Von dem Gewerbegericht nicht genehmigte Fabrik- und Werkstatt- bez. Werkplatzordnungen haben für die Arbeiter keine verbindliche Kraft.

2) Insbesondere: a. der Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter.

§ 113. Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter sind in der Wahl ihrer Meister oder Arbeitgeber unbeschränkt.

Eine Verpflichtung zum Wandern findet nicht statt.

§ 114. Die Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter sind verpflichtet, den Anordnungen der Arbeitgeber in Beziehung auf die ihnen übertragenen Arbeiten und auf die häuslichen Einrichtungen Folge zu leisten; zu häuslichen Arbeiten sind sie nicht verbunden.

§ 115. Das Verhältniß zwischen dem Arbeitgeber und dem Gesellen, Gehilfen oder Fabrikarbeiter kann, wenn nicht ein Anderes verabredet oder wenn eine Kündigungsfrist vereinbart ist, welche dem Arbeitgeber gar keine oder eine kürzere Kündigungsfrist als dem Arbeiter auferlegt durch eine, jedem Theile freistehende, vierzehn Tage vorher erklärte Aufkündigung aufgelöst werden.

§ 116. Vor Ablauf der vertragsmäßigen Arbeitszeit und ohne vorhergegangene Aufkündigung können Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter entlassen werden:

1) wenn sie sich eines Diebstahls, einer Veruntreuung oder eines lüderlichen Lebenswandels schuldig machen;
2) wenn sie den in Gemäßheit des Arbeits-Vertrages ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern;
3) wenn sie, der Verwarnung ungeachtet, mit Feuer und Licht unvorsichtig umgehen;
4) wenn sie sich Thätlichkeiten oder grobe Ehrverletzungen gegen den Arbeitgeber oder die Mitglieder seiner Familie zu Schulden kommen lassen;
5) wenn sie Mitglieder der Familie des Arbeitgebers oder Mitarbeiter zu Handlungen verleiten, welche wider die Gesetze oder wider die guten Sitten verstoßen;
6) wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig geworden oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind.

Inwiefern in den zu 6 gedachten Fällen dem Entlassenen ein Anspruch auf Entschädigung zustehe, ist nach dem Inhalt des Vertrages und nach den allgemein gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen.

§ 117. Die Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter können die Arbeit vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne vorhergegangene Ankündigung verlassen:

1) wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden;
2) wenn der Arbeitgeber sich Thätlichkeiten oder grobe Ehrverletzungen gegen sie oder Mitglieder ihrer Familie zu Schulden kommen läßt;
3) wenn der Arbeitgeber oder dessen Angehörige sie oder ihre Angehörigen zu Handlungen verleiten, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen;
4) wenn der Arbeitgeber ihnen nicht den schuldigen Lohn in der bedungenen Weise auszahlt, bei Stücklohn nicht für ihre ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtlicher Uebervortheilungen gegen sie schuldig macht;
5) wenn bei Fortsetzung der Arbeit ihr Leben oder ihre Gesundheit erweislicher Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Arbeitsvertrages nicht zu erkennen war.

§ 118. Beim Abgange können die Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter ein Zeugniß über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern, welches auf Antrag der Betheiligten und, wenn gegen den Inhalt sich nichts zu erinnern findet, von dem Gewerbegericht kosten- und stempelfrei zu beglaubigen ist. Dieses Zeugniß ist auf Verlangen der Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter auch auf ihre Führung auszudehnen.

Jede Kennzeichnung der Zeugnisse, welche bewirkt oder bewirken soll, daß die Arbeiter in ihrem Fortkommen behindert werden, ist verboten.

Die gesetzliche Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern ist aufgehoben.

§ 119. Die Unternehmer sind verpflichtet, die Löhne der Arbeiter, welche von ihnen als Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter oder Lehrlinge beschäftigt werden, allwöchentlich in baarem Reichsgelde auszuzahlen.

Das Innebehalten verdienten Arbeitslohnes ist verboten.

Bei Accordarbeit, welche nicht allwöchentlich zum Abschluß gebracht werden kann, werden die Zahlungsverhältnisse zwischen den Betheiligten bis zur Vollendung des Accordes ihrer gegenseitigen Vereinbarung überlassen.

§ 120. Die Unternehmer dürfen ihren Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeitern oder Lehrlingen keine Waare kreditiren.

Dagegen können den Arbeitern Wohnung, Feuerungsbedarf, Landnutzung, regelmäßige Beköstigung, Arzneien und ärztliche Hilfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den von ihnen anzufertigenden Fabrikaten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabreicht werden.

§ 121. Die Bestimmungen der §§ 119 und 120 finden auch Anwendung auf Familienglieder, Gehilfen, Beauftragte, Geschäfts-

führer, Aufseher und Faktoren der dort bezeichneten Arbeitgeber, sowie auf Gewerbetreibende, bei deren Geschäft eine der hier erwähnten Personen mittelbar oder unmittelbar betheiligt ist.

§ 122. Unter Arbeitern (§ 119) werden hier auch diejenigen verstanden, welche außerhalb der Fabrikstätten für Fabrik-Inhaber oder für die ihnen gleichgestellten Personen die zu deren Gewerbe-Betriebe nöthigen Ganz- oder Halb-Fabrikate anfertigen, oder solche an sie absetzen, ohne aus dem Verkaufe dieser Waaren an Consumenten ein Gewerbe zu machen.

§ 123. Arbeiter, deren Forderungen den Vorschriften der §§ 119 bis 122 zuwider anders als durch Baarzahlung berichtigt sind, können jeder Zeit die Bezahlung ihrer Forderungen in baarem Gelde verlangen, ohne daß ihnen eine Einrede aus dem an Zahlungsstatt Gegebenen entgegengesetzt werden kann. Letzteres fällt, soweit es noch bei dem Empfänger vorhanden oder dieser daraus bereichert ist, der im § 139 Absatz 2 gedachten Kasse zu.

§ 124. Verträge, welche den §§ 119—122 zuwiderlaufen, sind nichtig.

Dasselbe gilt von Verabredungen zwischen Fabrik-Inhabern oder ihnen gleichgestellten Personen einerseits und Arbeitern andererseits über die Entnehmung der Bedürfnisse dieser letzteren aus gewissen Verkaufsstellen, sowie überhaupt über die Verwendung des Verdienstes derselben zu einem andern Zweck, als zur Betheiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien (§ 119).

§ 125. Forderungen für Waaren, welche ungeachtet des Verbots den Arbeitern kreditirt worden sind, können von Fabrik-Inhabern und von den ihnen gleichgestellten Personen weder eingeklagt, noch durch Anrechnung oder sonst geltend gemacht werden, ohne Unterschied, ob sie zwischen den Betheiligten unmittelbar entstanden oder unmittelbar erworben sind.

Dagegen fallen dergleichen Forderungen derjenigen Hilfskasse zu, welcher der betheiligte Arbeiter angehört. Wenn derselbe keiner Hilfskasse angehört, so fallen die Forderungen der Ortsarmenkasse zu.

b) Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

§ 126. Kinder unter vierzehn Jahren dürfen in Fabriken, Werkstätten, Berg- und Hüttenwerken, Bauten und bei anderen gewerblichen Anlagen, zu einer gewerbsmäßigen Beschäftigung nicht angenommen werden.

§ 127. Wer jugendliche Arbeiter, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu einer regelmäßigen Beschäftigung annehmen will, hat davon dem Gewerbegerichte zuvor Anzeige zu machen.

Der Arbeitgeber hat über die von ihm beschäftigten jugendlichen Arbeiter eine Liste zu führen, welche deren Namen, Alter, Wohnort, Eltern, Eintritt in die Fabrik und Entlassung aus derselben enthält. Die Liste ist in dem Arbeitslokal auszuhängen und dem Gewerbegerichte und auf Verlangen auch der Schulbehörde in Abschrift vorzulegen. Die Anzahl dieser Arbeiter hat er halbjährlich dem Gewerbegerichte anzuzeigen.

§ 128. Die Annahme jugendlicher Arbeiter zu einer regelmäßigen Beschäftigung darf nicht erfolgen, bevor der Vater oder Vormund derselben dem Arbeitgeber ein Arbeitsbuch eingehändigt hat.

Dieses Arbeitsbuch, welchem die §§ 106 letzter Absatz, 107 zweiter Absatz, 108 letzter Absatz und 126—129 des gegenwärtigen Gesetzes vorzudrucken sind, wird auf den Antrag des Vaters oder Vormundes des jugendlichen Arbeiters von dem Gewerbegerichte ertheilt und enthält:

1) Namen, Tag und Jahr der Geburt des Arbeiters;
2) Namen, Stand und Wohnung des Vaters oder Vormundes;
3) ein Zeugniß über den bisherigen Schulbesuch;
4) eine Rubrik für die bestehenden Schulverhältnisse;
5) eine Rubrik für die Bezeichnung des Eintritts in die Anstalt;
6) eine Rubrik für den Austritt aus derselben;
7) eine Rubrik für die Revisionen.

Der Arbeitgeber hat dieses Arbeitsbuch zu verwahren, der Behörde auf Verlangen jederzeit vorzulegen und bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses dem Vater oder Vormunde des Arbeiters wieder auszuhändigen.

§ 129. Für jugendliche Fabrikarbeiter, Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind die Fach- und Fortbildungsschulen obligatorisch. Die Unterrichtszeit in den Fachschulen darf nicht außer der in § 107 festgesetzten Zeit stattfinden.

Die Arbeitgeber sind zur Gewährung der für den Besuch der Fach- und Fortbildungsschulen erforderlichen Zeit verpflichtet.

§ 130. Als Lehrling ist jeder zu betrachten, welcher bei einem Lehrherrn zur Erlernung eines Gewerbes in Arbeit tritt, ohne Unterschied, ob die Erlernung gegen Lehrgeld oder unentgeltliche Hilfsleistung stattfindet, oder ob für die Arbeit Lohn gezahlt wird.

Auf Lehrlinge über 18 Jahre finden die Bestimmungen der §§ 133 und 134 keine Anwendung.

§ 131. Der Lehrvertrag ist schriftlich abzuschließen und durch das zuständige Gewerbegericht kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

Der Lehrvertrag muß Bestimmungen enthalten:

a) über die gewerblichen Verrichtungen, in welchen der Lehrling zu unterweisen ist;
b) über die Dauer der Lehrzeit, sowie die etwaigen besonderen Bedingungen, unter welchen der Vertrag vor Ablauf der Lehrzeit einseitig aufgehoben werden kann;
c) über Vereinbarung einer Probezeit, innerhalb welcher beiden Theilen der Rücktritt vom Lehrvertrage freisteht;
d) über das Lehrgeld, beziehentlich über die unentgeltliche Unterweisung oder den Lohn des Lehrlings.
e) über Anfang und Ende der Arbeitsschichten.

Die Lehrzeit muß eine mindestens zweijährige sein. Die Probezeit muß mindestens vier Wochen betragen und muß in die Lehrzeit voll eingerechnet werden.

§ 132. Der Lehrherr muß sich angelegen sein lassen, den Lehrling durch Beschäftigung und Anweisung zum tüchtigen Arbeiter auszubilden. Er darf dem Lehrlinge die hierzu erforderliche Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen nicht entziehen. Der Lehrherr muß bemüht sein, den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anzuhalten und vor Lastern und Ausschweifungen zu bewahren.

§ 133. Von der Befugniß, Lehrlinge zu halten, sind ausgeschlossen diejenigen, welchen wegen Verbrechen oder Vergehen der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, oder welche wegen Verstoßes gegen § 136 rechtskräftig verurtheilt worden sind. (150.)

§ 134. Ein Gewerbetreibender, welcher von der Befugniß, Lehrlinge zu halten, ausgeschlossen ist, darf auch die bereits angenommenen Lehrlinge nicht ferner behalten.

Die Entlassung unbefugt angenommener oder beibehaltener Lehrlinge kann im Wege der polizeilichen Exekution erzwungen werden.

§ 135. Das Lehrverhältniß kann in den Fällen, welche im § 116 bezeichnet sind, von dem Lehrherrn vor Ablauf der Lehrzeit aufgehoben werden. Sind für einen solchen Fall keine besonderen Verabredungen getroffen, so ist das Lehrgeld stets für die bereits abgelaufene Zeit zu entrichten. Daneben gebührt, wenn der Lehrling in Fällen des § 116 Nr. 1 bis 5 zu seiner Entlassung Grund gegeben hat, dem Lehrherrn als Entschädigung das weiterlaufende Lehrgeld bis zu einem halbjährigen Betrage.

§ 136. Wider den Willen des Lehrherrn kann das Verhältniß vor Ablauf der Lehrzeit aufgehoben werden, wenn der Lehrherr die ihm nach § 132 obliegenden Verpflichtungen gröblich vernachlässigt oder den Lehrling mißhandelt.

Fällt die Entscheidung hierüber gegen den Lehrherrn aus (§ 142 c), so kann derselbe zur Erstattung der durch die anderweitige Unterbringung des Lehrlings entstehenden Mehrkosten im Rechtswege angehalten werden.

Letzteres gilt auch von dem Falle, wenn dem Lehrherrn die Befugniß, Lehrlinge zu halten, entzogen wird (§ 133).

§ 137. Außer den in dem § 136 gedachten Fällen kann wider den Willen des Lehrherrn das Lehrverhältniß vor Ablauf der Lehrzeit nach vorausgegangener vierzehntägiger Kündigung aufgehoben werden, wenn durch Entscheidung des zuständigen Gewerbegerichts der Uebergang des Lehrlings zu einem anderen Berufe oder Lehrherrn als gerechtfertigt anerkannt wird.

§ 138. Durch den Tod des Lehrherrn oder Lehrlings wird der Lehrvertrag aufgehoben.

Auf den Antrag des einen oder anderen Theiles ist der Lehrvertrag auch dann aufgehoben, wenn der Lehrherr oder Lehrling zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen unfähig wird.

In beiden Fällen erfolgt, wenn nichts Anderes verabredet ist, die Auseinandersetzung hinsichtlich des Lehrgeldes nach Verhältniß des bereits abgelaufenen Theiles der Lehrzeit zur ganzen Dauer derselben.

§ 139. Die Verhältnisse der Gehilfen der Apotheker und Kaufleute, sowie der Werkmeister in Fabriken zu ihren Arbeitgebern sind auch fernerhin nach den bisherigen Vorschriften zu beurtheilen.

Artikel IV.

Titel IX ist abzuändern wie folgt:

Reichsgesundheitsamt, Gewerbekammern, Gewerbegerichte und Ortsstatuten.

§ 142. Das Reichsgesundheitsamt hat zu bestimmen:

a) welche von den Gewerben, die giftige Stoffe verarbeiten, nur in Fabriken oder Werkstätten betrieben werden dürfen und ist befugt, den Betrieb dieser Gewerbe in Wohnhäusern zu verbieten. Diese Fabriken und Werkstätten sind außer der Controle durch die Reichs-Arbeits-Inspektoren auch der regelmäßigen Untersuchung durch die Gesundheitspolizei zu unterstellen.
b) in welchen Gewerben, weil sie gesundheitsgefährlich sind, Arbeiterinnen jeglichen Alters und männliche Arbeiter, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, gar nicht oder nur bei verkürzter Arbeitsschicht beschäftigt werden dürfen.
c) welche Einrichtungen mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Gewerbebetriebes und der Betriebsstätte zu thunlichster Sicherung der Arbeiter gegen Gefahr für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit nothwendig sind.

Jeder Gewerbe-Unternehmer ist verbunden, diese Einrichtungen auf seine Kosten herzustellen und zu erhalten.

§ 142a. Zur Aufsicht über die Ausführung und Innehaltung der zum Schutze der Arbeiter getroffenen gesetzlichen Bestimmungen ist für jeden Gewerbekammerkreis mindestens ein Reichs-Arbeits-Inspektor anzustellen und vom Reich mit jährlich mindestens 6000 Mark, ausschließlich der Reisespesen, zu besolden.

Die Reichs-Arbeits-Inspektoren sind vom Reichs-Gesundheits-Amt, nach Vorschlag der Gewerbekammern, auf Lebenszeit zu ernennen und dürfen nur durch richterliches Erkenntniß ihres Amtes enthoben werden.

Diesen Reichs-Arbeits-Inspektoren kommen, soweit es sich um die Ueberwachung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter handelt, alle amtlichen Befugnisse der Orts-Polizei-Behörde zu. Insbesondere haben sie das Recht, zu jeder Zeit Revisionen der Fabriken, Werkstätten, Berg-, Hütten- und Aufbereitungsanstalten, Salinen, Eisenbahnen, Bauten, Gräbereien (Gruben) und aller sonstigen gewerblichen Anlagen, gleichviel ob sie vom Staat, von Gemeinden oder Privatunternehmern betrieben werden, vorzunehmen.

Die auf Grund dieser Bestimmungen auszuführenden amtlichen Revisionen der gewerblichen Anstalten sind die Besitzer derselben verpflichtet, zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während die Anstalten im Betriebe sind, zu gestatten.

Den Anordnungen der Reichs-Arbeits-Inspektoren, soweit dieselben in deren amtlichen Befugnissen liegen, ist unweigerlich Folge zu geben.

Zur Geheimhaltung besonderer Fabrikationsmethoden sind die Reichs-Arbeits-Inspektoren amtlich zu verpflichten.

§ 142b. Bis spätestens zum 1. Januar 1879 sind von Reichswegen Gewerbekammern in genügender Anzahl zu errichten. Dieselben sind berufen, die Gewerbs- und Arbeitsinteressen zu vertreten, den Behörden regelmäßig Berichte zu erstatten, welche zu veröffentlichen sind, Anträge an die Behörden zu stellen, sowie gemeinsame gewerbliche Einrichtungen und Fachbildungsanstalten zu beaufsichtigen.

Die Mitglieder der Gewerbekammern sind vermittelst des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts, in einem Wahlgange, nach einfacher Stimmenmehrheit auf je drei Jahre zu wählen. Wahlberechtigt sind alle im Gewerbekammerkreis ein selbständiges Gewerbe Betreibenden und alle in demselben beschäftigten dispositionsfähigen gewerblichen Lohnarbeiter und Arbeiterinnen. Die Gewerbekammern müssen zur einen Hälfte aus Arbeitgebern und zur anderen Hälfte aus Arbeitern bestehen.

Die Mitglieder der Gewerbekammern erhalten Diäten.

Die Kosten trägt das Reich.

Das Nähere über Zahl und Wahl der Mitglieder, Organisation, Sitz und räumliche Begrenzung der Gewerbekammern wird durch Reichsgesetz bestimmt.

§ 142c. Bis spätestens zum 1. Januar 1879 sind Gewerbegerichte zu errichten. Der räumliche Umfang ihres Wirkungskreises wird durch die Gewerbekammer bestimmt.

Die Gewerbegerichte sind berufen, Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeitern oder Lehrlingen zur Entscheidung zu bringen, soweit sich diese Streitigkeiten auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben oder auf die Ertheilung oder den Inhalt der in § 118 erwähnten Zeugnisse beziehen. Desgleichen haben sie Fabrik- und Werkstatt-bez. Werkplatzordnungen, sowie Abänderungen derselben zu prüfen und wenn diese den Bestimmungen des § 112 entsprechen, zu genehmigen.

Gegen die Entscheidungen der Gewebegerichte steht den Betheiligten keine Berufung zu.

Die Rechtsprechung durch die Gewerbegerichte erfolgt unentgeltlich.

Den Gewerbegerichten kommen, soweit es sich um Ausführung ihrer Beschlüsse handelt, die im Bereich ihrer gesetzlichen Befugnisse liegen, alle amtlichen Befugnisse der Gerichts- und Ortspolizeibehörde zu.

Die Mitglieder der Gewerbegerichte sind vermittelst des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts, in einem Wahlgange, nach einfacher Stimmenmehrheit, auf je drei Jahre zu wählen. Wahlberechtigt sind alle im Gewerbegerichts-Bezirk ein selbständigen Gewerbe Betreibenden, sowie alle in demselben beschäftigten dispositionsfähigen gewerblichen Lohnarbeiter und Arbeiterinnen. Die Gewerbegerichte müssen zu einer Hälfte aus Arbeitgebern und zur andern Hälfte aus Arbeitern bestehen.

Die Mitglieder dieser Gewerbegerichte erhalten Diäten.

Die Kosten trägt das Reich.

Das Nähere über die Zahl der Mitglieder, deren Wahl, die Organisation der Gewerbegerichte und der Kassations-Instanz wird durch Reichsgesetz bestimmt.

In allen den Gemeinden, welche zu keinem Gewerbegerichts-Bezirk gehören, hat die Gemeinde-Behörde die Befugnisse und die Verpflichtungen der Gewerbegerichte.

Der § 142 bleibt als § 142d fortbestehen.

Artikel V.

Im § 146 der Gewerbeordnung ist statt §§ 134—136 zu setzen §§ 119—122 und statt § 139 ist zu setzen § 125.

Die Nummer 6 des § 148 ist aufgehoben.

Der seitherige § 150 ist aufgehoben; an dessen Stelle tritt folgende Bestimmung:

§ 150. Wer den Vorschriften des §§ 126 bis 129 zuwider jugendliche Arbeiter annimmt oder beschäftigt oder minderjährige Lehrlinge annimmt, ohne nach § 131 mit den gesetzlichen Vertretern dieser Lehrlinge einen Lehrvertrag abgeschlossen zu haben, wird mit einer Geldstrafe von zwanzig bis einhundertundfünfzig Mark und im Unvermögensfalle mit Haft nicht unter vier Tagen, für jeden vorschriftswidrig angenommenen oder beschäftigten jugendlichen Arbeiter oder Lehrling bestraft.

War er innerhalb der letzten fünf Jahre bereits dreimal auf Grund der vorstehenden Bestimmung bestraft, so kann auf den Verlust der Befugniß zur Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, beziehentlich des Haltens von Lehrlingen für eine bestimmte Zeit oder für immer, gegen ihn erkannt werden.

Es muß auf diesen Verlust und zwar für mindestens drei Monate erkannt werden, wenn er innerhalb der letzten fünf Jahre bereits sechs verschiedene Male bestraft war.

Bei Zuwiderhandlung gegen solche Erkenntnisse (Absatz 2 und 3) kann die im ersten Absatz dieses Paragraphen bestimmte Strafe bis zum vierfachen Betrage erhöht werden.

Zuwiderhandlungen gegen die §§ 106 bis 112 dieses Gesetzes, sowie gegen die vom Reichsgesundheitsamt nach § 142 al. a. b. c. erlassenen Anordnungen oder gegen schriftlich zu ertheilende Anweisungen der anderen zuständigen Behörden sind, abgesehen von den civilrechtlichen Folgen, mit fünf bis fünfhundert Mark zu bestrafen.

Im Wiederholungsfalle kann die zuständige Behörde außer angemessener Geldstrafe auch mit auf Haft oder Gefängniß bis zu drei Monaten erkennen.

Wenn der Thatbestand, welcher nach diesem Gesetze den Gegenstand einer Geld-, Haft- oder Gefängnißstrafe bildet, durch das allgemeine Strafgesetz mit einer höheren Strafe bedroht wird, so kommt diese letztere zur Anwendung.

Civilrechtliche Streitigkeiten, welche aus den Vertragsverhältnissen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter entstehen, haben keine Strafen zur Folge.

Hinter dem § 153 sind als §§ 153a, 153b und 153c folgende Bestimmungen einfügen:

§ 153a. Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung hindert oder zu hindern versucht, an solchen Verabredungen und Vereinigungen (§ 152) Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel bestimmt oder zu bestimmen versucht, von solchen Verabredungen und Vereinigungen zurückzutreten, wird mit Gefängniß von sieben Tagen bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt.

§ 153b. Die Verfolgung eines der in den §§ 153 und 153a bezeichneten Vergehen tritt, sofern dasselbe nach dem allgemeinen Strafgesetz mit nicht mehr als drei Monaten Gefängniß bedroht wird, nur auf Antrag des Verletzten ein.

§ 153c. Auf Versammlungen und Vereine, welche die gegenseitige Unterstützung in Fällen der Erwerbslosigkeit zum Zwecke haben oder mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben, finden die Vereins- und Versammlungsgesetze keine Anwendung.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die „Reichskanzlerkrise" dauert fort. Man sucht verzweifelt nach einer milden Form für den harten Fall. Ein Auskunftsmittel, an das sich die Nationalliberalen krampfhaft als den letzten Strohhalm anklammern, geht dahin, Fürst Bismarck solle vorläufig nur auf kurze Zeit Urlaub bekommen, und in der Zwischenzeit ihm die Möglichkeit der Rückkehr eröffnet werden. Der kranke Mann soll sich auch, um seinen eigenen ebenso eleganten als orakelhaften Ausdruck zu gebrauchen, bereit erklärt haben, nochmals auf die politische „Saujagd" oder „Sauhatz" zu gehn. Wem da die Rolle der zu jagenden „Sau" zugedacht ist, wissen wir noch nicht. Vielleicht wissen dies die Herren „vom Aft". Sollte dem genialen Gegangenen die Befriedigung seiner noblen Passion gestattet werden, dann hätten die fürstlichen „Sauhirten" die erfreuliche Aussicht, zu Saufängern zu avanciren. „Hunde sind wir ja doch." Und der „Reichshund" Sultan hat durch seinen jüngst erfolgten Tod eine Lücke gelassen, die schleunigst ausgefüllt werden muß. Uebrigens sei bemerkt, daß — um in dem klassischen Bild des Fürsten Bismarck zu bleiben — bei derartiger Saujagd das „Schwein" nicht fehlen darf. Wie es scheint, wollen die Nationalliberalen eine „Volksbewegung", eine Art Plebiscit zur Rückberufung ihres „Achilles" veranstalten. Nun, — unsere Parteigenossen, so hoch sie auch die vom Fürst Bismarck uns geleisteten Dienste veranschlagen mögen, werden unzweifelhaft dafür sorgen, daß eine solch unverschämte Fälschung des Volkswillens verhindert wird.

Uebrigens mögen die Herren Nationalliberalen bedenken, daß sie ihrem „kaputen Mann“ mit solchen Kundgebungen einen sehr schlechten Dienst leisten, und — im Fall des Gelingens — blos seine Qualen verlängern würden. Wozu ihn noch mit Moschusdosen mißhandeln? —

— Die sächsische Regierung fängt an, sich um den Nothstand zu bekümmern. In Leipzig und Umgegend sind die Vorstände der Gewerkvereine und sonstigen Arbeitervereine, mit Einschluß der sozialistischen, auf die Amtshauptmannschaft eingeladen worden, um Mittheilungen und Vorschläge zu machen. Das Benehmen der Behörden wird als ein sehr entgegenkommendes geschildert.

— Ein Nothschrei aus Holstein. Die (stark sozialistenfeindlichen) „Itzehoer Nachrichten“ vom 5. ds. enthalten nachstehenden Mahnruf aus Angeln:

„Trotzdem die Sozialdemokraten nicht viele Plätze im Reichstag gewonnen haben, so haben die letzten Reichstagswahlen es doch bewiesen, wie gewaltig im Reiche der Sozialismus um sich gegriffen hat. Während im Jahre 1871 die sozialdemokratischen Stimmen sich auf 120,108, im Jahre 1874 auf 339,058 Stimmen bezifferten, haben sie es nach ungefährer Schätzung am 10. Januar 1877 auf etwa 623,000 Stimmen gebracht. Es ist in der That eine ernste Thatsache und ein Beweis dafür, wie tief die Unzufriedenheit in das Volk eingedrungen ist und sich Luft zu machen sucht in Angriffen auf die staatliche Gesellschaft. Was, kann man wohl fragen, ist aus Deutschland, aus dem Deutschland, welches einen unerhört kriegerischen und diplomatischen Erfolg und 5 Milliarden heimgebracht, — was ist aus demselben geworden? Hochgestellte Personen, Grafen, Fürsten, Herzöge ꝛc. sind unter die Gründer gegangen auf der einen Seite, andererseits gehen kleinere Beamte, Bürger und Bauern unter die Sozialisten. Geht es so fort, so werden Letztere bald nach Millionen zählen! Aber ist es denn ein Wunder? Durch die hochgelobte und sehr begünstigte Großindustrie, sowie Großcapitalwirthschaft verschwindet allmählich der solide Staatsbürger, das Handwerk verliert nicht nur den goldenen, sondern überhaupt jeden Boden, und das Bürgerthum mit einem nicht geringen Theil des Bauernthums wird in den geschäftlichen Schwindel mit hineingerissen. Wir sind wirklich auf dem sehr abschüssigen Wege zu einer Zeit, wo Deutschland neben einigen Tausend Millionärs nur noch Millionen von Proletariern hat. — Durch die Ausführung der Manchestertheorien ist der wilden Ausbeutungsgier Thür und Thor geöffnet und alle möglichen Ungehörigkeiten bei Eisenbahnbauten z. B. oft noch durch staatliche Subventionen prämiirt, eine Ueberproduktion in jeder Weise durch Geldmacherei, Schutzzölle ꝛc. begünstigt, wodurch die deutsche Arbeit heruntergebracht und der Kern der Nation, das solide, arbeitsame Bürgerthum, meistens verschwunden ist. Kann man sich da wundern, wenn die Anhänger des Sozialismus sich rapide mehren, namentlich wenn, wie jetzt, der wirthschaftliche Nothstand hinzutritt?

„Daneben streiten die Gebildeten der Nation sich über liberal und conservativ und gehen im politischen Parteigetriebe auf, treten vielleicht ein- oder zweimal im Jahre zur Zeit der Wahlen unter das Volk, stehen aber sonst den Massen vornehm gegenüber und bemühen sich nicht, die verschiedensten Kreise mit einander in Verbindung zu bringen, noch zu versuchen, durch Belehrung und Beispiel mit unverdrossener Ausdauer die Gesinnung zu bilden, auch wohl umzuändern. Es gehört kein prophetischer Geist dazu, um vorauszusehen, daß ohne Umkehr wir einer vielleicht nicht deutschen, sondern europäischen Commune entgegen gehen, gegen welche weder das Parlament, noch das Heer, ja vielleicht nicht die Festigkeit der Monarchien Stand halten können. Es liegt aber möglicherweise in der göttlichen Weltleitung, daß ab und zu, wie die Vergangenheit der Geschichte es zeigt, eine Art Fegefeuer über die Menschheit kommen muß, um die Versumpfung zu reinigen und die Menschen zu verjüngen. Der Philosoph Schopenhauer hat sogar die Behauptung aufgestellt, daß die Noth das eigentliche Lebenselement des Menschen sei und kein anderes Dasein für uns passe, daß, wie unser Leib auseinanderplatzen müßte, wenn der Druck der Atmosphäre von ihm genommmen wäre, so würde, wenn Jeder nicht sein Quantum Sorgen und Nöthen hätte, sein Uebermuth sich bis zur höchsten Potenz steigern. Ist diese Philosophie wahr, dann befinden wir uns im richtigen Fahrwasser, denn wir wenigstens können uns der Befürchtung angesichts der thatsächlichen Lage nicht erwehren, daß uns die letzten Consequenzen der jetzigen wirthschaftlichen und sozialen Bewegung nicht werden erspart werden.“

Nein, guter Mann, sie werden uns nicht erspart werden: und „die letzten Consequenzen“ der heutigen, von Dir sehr richtig gekennzeichneten kapitalistischen Wirthschaft, sind, wie Du ebenfalls sehr richtig ahnst, sozialistische Staats- und Gesellschaftseinrichtungen, mit Einem Wort der Sozialismus.

— Zum Mainzer Soldatenkrawall, über den wir in Kürze bereits berichtet haben, erfährt der „Frankfurter Volksfreund“ aus sicherer Quelle, daß allein vom 117. Regiment 45 Mann theils schwer verwundet, im Lazareth liegen. Die Gesammtzahl der Verwundeten soll sich auf 200 belaufen. Nach Berichten aus liberalen Blättern sind zahlreiche Verhaftungen unter den Soldaten vorgenommen, namentlich um diejenigen zu ermitteln, welche sich an Offizieren vergriffen hatten, — zwei Hauptleute sollen ziemlich schwer verwundet sein. Die drei betroffenen Truppentheile: 117. Regiment, Fuß-Artillerie und Husaren, sind auf unbestimmte Zeit von 7 Uhr Abends ab in den Kasernen consignirt. Das Gouvernement geht mit äußerster Strenge vor, und bereits sind gegen 60 kriegsgerichtliche Verhandlungen eingeleitet. Und das Alles aus Anlaß der Feier des Kaisergeburtstages!

— Nach jahrelangem Zerwürfniß scheint die Einigung der seither in zwei Lager gespalten gewesenen sozialistisch gesinnten Arbeiter Oesterreichs endlich zur vollendeten Thatsache werden zu sollen. Die Erklärung Oberwinder's, daß er sich fortan aus dem Parteileben zurückziehen wolle, räumte das einzige und letzte Hinderniß der Einigung, nämlich Oberwinder selber, aus dem Wege. In Zukunft werden die nun hoffentlich bald und für immer geeinten Arbeiter Oesterreichs unter einer Fahne dem gemeinsamen Ziele der Befreiung der Arbeiterklasse von jeglichem Drucke zustreben. Als Organe der neuen Vereinigung sollen die „Gleichheit“ und der „Agitator“ gelten. Zur Erzielung einer einheitlichen Haltung der „Gleichheit“ und des „Agitator“ halten die Herausgeber der ersteren und die Vertreter der Redaktion des letzteren nach Bedürfniß gemeinsame Sitzungen ab. Für die Verbreitung der beiden Blätter wird wechselseitig Sorge getragen. Diese Vereinbarung tritt sofort in Kraft, sobald sie von beiden Seiten genehmigt ist, was zum Heile der österreichischen Arbeiterbewegung hoffentlich bald geschehen wird.

— Pio erklärt in einem englischen Blatt, er und Geleff hätten den dänischen Arbeitern kein Geld gestohlen, dieselben überhaupt nicht ausgebeutet; sie reisten nach Amerika, um das bekannte Auswanderungsprojekt zu fördern. Der Schluß lautet: „Nachdem wir 1½ Jahre für das Blatt („Sozialdemokraten“) gearbeitet und dessen Abonnentenzahl auf das Doppelte gebracht, haben wir es genau in derselben pekuniären Stellung verlassen, in der wir es übernahmen, indem wir es satt hatten, ohne verhältnißmäßige Bezahlung für unsere Arbeit thätig zu sein.“ Der Schlußpassus kennzeichnet den Mann und seinen Compagnon. Wer nur gegen „verhältnißmäßige Bezahlung“ der Sozialdemokratie dienen will und am Posten bleibt, ist einfach kein Sozialdemokrat. Auch an unseren Parteivorstand hat Pio einen Entschuldigungsbrief gerichtet, der indeß ebenfalls einen ungünstigen Eindruck macht.

Correspondenzen.

Gent. (Arbeitercongreß.) Am 1. und 2. April tagte in unserem Orte ein Congreß der belgischen Arbeitervereine. Eine kurze Beschreibung des Verlaufs dieses Congresses wird den Beweis liefern, daß die belgischen Arbeiter voll und ganz auf dem Boden der Sozialdemokratie fußen. Von besonderer Bedeutung war der 1. April, der die Frage der Einigung der belgischen Arbeiter über ein gemeinsam zu erstrebendes Ziel zum Austrag brachte. Selbstverständlich hatte die Arbeiterbevölkerung Gent's alles gethan, um die Feier der Vereinigung der belgischen Arbeiter würdig zu begehen. Am 1. April, Morgens 9 Uhr, bewegte sich ein Zug von mehreren Tausend Arbeitern aus dem Salon Parnassus durch die Stadt, mehrere rothe und eine große Zahl verschiedenen Arbeitervereinen zugehörige Fahnen mit sich führend. Der Zug währte volle drei Stunden, und eine große jubelnde Menschenmenge gab ihm das Geleit durch die Stadt nach dem Salon „Parnassus“ zurück, wo er um 12 Uhr anlangte.

Die erste Sitzung des Congresses wurde Nachmittags 2 Uhr eröffnet; die Verhandlungen wurden in französischer und vlämischer Sprache geführt. Zunächst schritt der Congreß zur Wahl des Bureaus und stellte dann die Tagesordnung fest, aus der die Frage über die Antheilnahme der belgischen Arbeiter an der politischen Bewegung besonders hervorzuheben ist. Die Politik war seither der schwächste Punkt der belgischen Arbeiterbewegung, und gerade in dieser Sitzung sollte über die Zweckmäßigkeit der Betheiligung an der Politik oder der Enthaltung von derselben entschieden werden. Die Behandlung dieser Frage seitens des Congresses lieferte den schlagendsten Beweis von der Einigkeit der belgischen Arbeiter, denn sämmtliche Delegirte stimmteu unter Hinweis auf die Erfolge der Sozialdemokratie in Deutschland darin überein, daß die politische Thätigkeit der Arbeiter von der größten Wichtigkeit sei. Nur meinten die Abstentionisten, d. h. diejenigen — z. B. die Vertreter von Verviers und die meisten Vertreter von Brüssel — welche für die Enthaltung von der politischen Thätigkeit sind, daß die Arbeitermasse noch nicht so aufgeklärt sei, um mit Erfolg politisch thätig sein zu können, und deshalb müsse man darauf verzichten, sich als politische Partei zu organisiren, nichtsdestoweniger müsse politische Aufklärung nach Möglichkeit im Volke verbreitet werden. Der Congreß sprach sich denn auch mit 27 gegen 17 Stimmen gegen direkte Theilnahme der Arbeiterorganisation an der Politik aus. In seiner zweiten Sitzung erklärte der Congreß jedoch, daß in Anbetracht der geringen Majorität, welche sich gegen die direkte Betheiligung ausgesprochen hätte, es jeder Sektion überlassen bleibe, nach freiem Ermessen zu handeln, worauf der Vorsitzende Banbeveren den Ausspruch that, daß die Genter den Weg der Politik wandeln würden, und daß die anderen Sektionen deren Beispiele bald folgen möchten.

Eingehend wurde dann die Frage verhandelt, wie sich die neue Organisation der belgischen Arbeiter benennen solle. Es wurden vier Vorschläge gemacht: 1) „Union socialiste ouvrière belge“ (Sozialistischer Arbeiterbund Belgiens), 2) „Parti socialiste ouvrière belge“ (Sozialistische Arbeiterpartei Belgiens), 3) „Ligue socialiste ouvrière belge“ (Sozialistische Arbeiterligue Belgiens), 4) „Union ouvrière belge“ (Belgischer Arbeiterbund). Der Congreß entschied sich mit 22 gegen 18 Stimmen für die erste Benennung. Die Vereinigung der Arbeiter Belgiens heißt jetzt also: „Union socialiste ouvrière belge“ („Sozialistischer Arbeiterbund Belgiens“). Diesem Bunde können nach ausdrücklichem Beschluß des Congresses nur Lohnarbeiter angehören.

Am Schlusse der Sitzung (11 Uhr) verlas Bertrand die von ihm entworfene Petition an die Kammer betr. die Einschränkung der Kinderarbeit. Die Petition wurde einstimmig angenommen.

Im Anfang der dritten Sitzung wurde endgültig bestimmt, daß der nächste Belgische Arbeitercongreß im Juni unmittelbar nach dem Congreß der Internationalen Arbeiterassoziation stattfinden solle; und die Brüsseler „Arbeitskammer“ wurde mit Berufung und Organisation dieses Congresses beauftragt. Hierauf setzte man das Programm des neuen Bundes fest: der vorgelegte Entwurf in französischer und vlämischer Sprache wurde mit geringen Abänderungen einstimmig angenommen.

Das Programm schließt sich dem der deutschen Sozialdemokraten eng an.

(Nach dem uns vorliegenden Bericht des belgischen Parteiorgans „Mirabeau“ war die Niederlage der Abstentionisten noch eine viel vollständigere, als aus obiger Correspondenz erhellt. Es wurde auf Antrag Bertrand's (Brüssel) der Beschluß gefaßt: „Der am 1. und 2. April in Gent versammelte belgische Arbeitercongreß erkennt die Nützlichkeit der Arbeiteragitation auf politischem Gebiet an, und glaubt, daß alle am Congreß betheiligten Arbeiterverbindungen die Nothwendigkeit der politischen Agitation einsehen und sich daran betheiligen werden.“ „Le Congrès ouvrier belge, réuni à Gand, les 1er et 2 avril 1877, reconnait l'utilité de l'agitation ouvrière sur le terrain politique, et croit que toutes les Associations ouvrières y adhérentes en comprendront la nécessité et y participeront.“ Ein anderer, auf diese Frage bezüglicher oder gar ihn abschwächender Beschluß wurde nach dem „Mirabeau“ nicht gefaßt. Unser Correspondent scheint sich also geirrt zu haben. R. d. V.)

Apenrade, 27. März. Gegenüber den liberalen „Sauhirten“, die bereits so viele „faule Witze“ über die „guten“ Löhne der Landarbeiter und über „Arbeitermangel in der Landwirthschaft“ erlassen haben, werde ich nachstehend einen Beitrag zu dem wirklichen Sachverhalt liefern. Auf einem hier in der Nähe liegenden Hofe Namens Arup, woselbst ein Pächter das Regiment führt und eine ziemliche Anzahl Arbeiter beschäftigt, erhalten dieselben pro Tag bei 11½ stündiger Arbeitszeit M. 1,50. Im Winter v. J. (1876) erhielten sie noch bei einer 10½ stündigen Arbeitszeit M. 1,85 und in demselben Sommer M. 2,25 bei 11½ stündiger Arbeitszeit. Die Frauen der Arbeiter, die übrigens nur im Sommer am Hofe Beschäftigung finden, arbeiteten pro Tag bei gleicher Arbeitszeit für M. 1,50. Dies wäre ziemlich erträglich, obgleich es immerhin kein beneidenswerthes Loos ist, sich 11½ Stunden am Tage in der Gluth der Sonne abzuplagen! Wie schon erwähnt, ist nur im Sommer und bis ca. 1 November Arbeit für die Frauen zu haben; von dieser Zeit an muß der Mann seine Familie bei sich steigernden Bedürfnissen (Feuerung u. s. w.) allein ernähren mit einem Hungerlohn von Mk. 1,50!! Die Lohnreduktion erfolgte nämlich den 1. November (1876). Der Pächter machte seine Arbeiter einfach darauf aufmerksam, daß sie sich mit Mk. 1,50 begnügen müßten, da seine sonstigen Ausgaben sich vermehrten, und zwar würde das Verhältniß beibehalten werden bis zum 1. Februar, von da an würde er wieder, wie in den andern Wintern, täglich M. 1,85 ausbezahlen. Die Arbeiter mußten dies natürlich über sich ergehen lassen, war ihnen doch auch die schlechte Lage der übrigen Arbeiter bekannt, so daß, wenn sie die Arbeit niederlegten, um höheren Lohn oder wenigstens das frühere Verhältniß zu erhalten, sich gleich andere Arbeiter einfänden, die für denselben, wenn nicht geringeren Hungerlohn arbeiteten. So kam denn der ersehnte 1. Februar, aber das Versprechen wurde nicht gehalten! Dagegen wurde im März die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert, so daß die Arbeiter jetzt bei einer 11½ stünd. Arbeitszeit einen Tagelohn von M. 1,50 erhalten!! So müssen sich die Arbeiter prellen lassen, wenn sich bei den Unternehmern die sonstigen Ausgaben vermehren! Wenn aber wirklich Arbeitermangel in der Landwirthschaft sein sollte, so braucht man wohl nicht zu fragen weshalb. Die Herren Arbeitgeber sollen nur erst die Löhne erhöhen und der Arbeitermangel ist gehoben! Mit dem einfachen Versprechen muß sich der Arbeiter auch durchaus nicht hinhalten lassen, er muß es gleich verwirklichen und sich nicht auf die Zukunft vertrösten lassen; es ist schon genug, daß der Arbeiter seinem Arbeitgeber meist (bei Wochenbezahlung) einen Credit giebt, während das umgekehrte Verhältniß sehr selten eintritt. M. N. Andresen.

Mannheim, 30. März. (Bericht über den am 25. d. M. abgehaltenen Arbeitertag.) Bei Eröffnung des Arbeitertages wurde zunächst constatirt, daß aus 5 Wahlkreisen 35 Delegirte anwesend waren, welche die folgenden 24 Orte vertraten: Dürkheim, Dirnstein, Edenkoben, Frankenthal, Freiburg, Heidelberg, Haßloch, Kirchheimbolanden, Karlsruhe, Landau, Lambrecht, Ludwigshafen, Mannheim, Mundenheim, Mutterstadt, Maikammer, Neustadt, Neckarau, Oggersheim, Pforzheim, Rheingönnheim, Speyer, Schwetzingen und Worms. Der erste Punkt der Tagesordnung: „Rechnungsablage des Centralagitationscomités“ über die Einnahmen und Ausgaben vom 17. April 1876 bis 1. März 1877 wies eine Einnahme von 1227 Mrk. und eine Ausgabe von 1330 Mrk. auf vorbehaltlich einiger kleiner Posten, die noch einer Regelung bedürfen und deren Ergebniß durch die hierzu eingesetzte Prüfungscommission, bestehend aus den Herren Keisler (Frankenthal), Seel und Gramann (Ludwigshafen), Queva und Metzger (Oggersheim) und Christmann (Mutterstadt), im „Vorwärts“ bekannt gegeben werden soll. Den Delegirten wurde an's Herz gelegt, auch ferner für Geldbeiträge zu sorgen, um einestheils das Defizit von 103 Mrk. zu decken, anderntheils um auf dem betretenen Wege ausharren zu können. Hauptsächlich wurde betont, sich die Mannheimer Genossen zum Vorbilde zu nehmen, indem dieselben allein zwei Theile sämmtlicher Einnahmen aufgebracht hätten. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Antrag an das Centralwahlcomité wegen Abhaltung des allgemeinen Sozialistencongresses in Süddeutschland“ wurde durch Annahme des Antrags erledigt, und auch eine diesen Punkt betreffende Resolution wurde angenommen, welche im „Vorwärts“ und in allen süddeutschen Parteiblättern zu veröffentlichen ist. Motivirt wurde die Resolution damit, daß die Vortheile, die ein derartiger Congreß der umliegenden Gegend und speziell dem Orte, an dem er abgehalten wird, nicht immer einem Orte zu Gute kommen dürften. Der Referent meinte sogar bestimmt annehmen zu können, daß die rapide Stimmenzunahme im Gothaer Wahlkreise nur auf Rechnung der Congresse zu setzen sei, die schon zweimal hintereinander dortselbst stattfanden. Sodann habe man in Baden dasselbe Versammlungsgesetz wie in Thüringen; auch liege Mannheim nicht so ganz ungünstig, da die Rheinländer und Altbayern ebensoweit nach Gotha haben wie nach Mannheim, ferner wäre es auch möglich, Elsaß und Lothringen mit in die Arbeiterbewegung zu ziehen. — Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Gründung eines Parteiblattes für Baden und die Pfalz“ wurde einstimmig beschlossen, am 1. Oktober d. J. in Mannheim ein Blatt herauszugeben. Eine Preßcommission, bestehend aus fünf Personen in Mannheim und je eine Person in Karlsruhe, Heidelberg, Speyer, Ludwigshafen, Oggersheim und Frankenthal hat für die Beschaffung eines Preßfonds zu sorgen; derselbe soll durch Sammlungen und Gründung eines Preßvereins, welcher Antheilscheine ausgiebt, aufgebracht werden. — Zum vierten Punkt: „Die zukünftige Agitation“ wurde gewünscht, mit derselben wie bisher fortzufahren; es wurde ferner angerathen, da, wo eine Parteiorganisation wegen örtlicher Verhältnisse nicht bestehen kann, sich in gegenseitigen Unterstützungsvereinen resp. Gewerkschaften zu vereinigen. Obgleich dieselben mit der Partei nichts zu thun haben dürften, so seien dieselben aber doch das beste Mittel, ein solidarisches Band herzustellen, resp. das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu wecken. Mit der Thätigkeit des Central-Agitationscomités war man allgemein zufrieden und wurde dasselbe für das zukünftige Jahr wieder nach Mannheim verlegt.

Am Abend von 8 Uhr an fand zu Ehren der Delegirten eine Abendunterhaltung statt und wurde auch die Erinnerung an den 18. März im engeren Kreise gefeiert. Der 18. März sollte acht Tage vorher öffentlich gefeiert werden, die Feier wurde aber von der Polizeibehörde verboten. Statt dessen hielten wir eine Erinnerungsfeier an Dr. Johann Jacoby ab, die solchen Zuspruch fand, daß der Saal über Erwarten gut besucht war. Genosse Lehmann (Pforzheim) hielt eine angemessene Festrede, worin er die Bedeutung des 18. März besprach und die Anwesenden aufforderte, fest und treu zu unsrer Sache zu stehen. Die Rede wurde von den etwa 300 Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Genosse Appell hielt einige kritisch-satyrischkomische Vorträge, die, wie immer, mit großem Beifall aufgenommen wurden. Lehmann und Appell sei hiermit nachträglich unser Dank abgestattet. Auch noch andere Genossen trugen zur Verherrlichung der Feierlichkeit bei. Den Schluß bildete der Gesang der Arbeitermarseillaise mit Musikbegleitung.

Ludwigshafen, 2. April. Bei der Revision der Bücher des Mannheimer Centralwahl-Agitationscomités durch die auf dem pfälzisch-badischen Arbeitertag in Mannheim gewählte Rechnungsprüfungs-Commission ergab sich folgendes Resultat: Gesammt-Einnahme vom 1. April 1876 bis 11. März 1877 M. 1238,90; Gesammt-Ausgabe M. 1327,97; bleibt Defizit 89,07. Von den gewählten Commissionsmitgliedern fehlten: Metzger (Oppersheim)

entschuldigt; Frank, Keisler (Frankenthal), Christmann (Mutterstadt) nicht entschuldigt.

Daniel Klein, W. Self, Ludwigshafen,
J. Queva, Oppersheim.

Coburg. (Berichtigung.) In meiner Correspondenz in Nr. 39 muß es da, wo von dem Müller'schen Prozeß die Rede ist, und zwar Zeile 23 von oben heißen: „vorgeworfen hätten" statt: hatten. Was ein wesentlicher Unterschied ist.

Th. Simon.

Aufruf an alle Maurer Deutschlands.

In Braunschweig sind Hunderte von Arbeitern arbeitslos, weil sie sich weigern, sich dem einseitigen Vorgehen der Meister zu fügen, welche die 11stündige Arbeitszeit wieder einführen wollen. Nach allen Orten haben dieselben bekannt machen lassen, daß es hier an Arbeitskräften fehlt, und suchen, so durch den Zustrom von auswärts die hiesigen Arbeiter zu verdrängen. Kameraden, Ihr werdet einsehen, daß es Eure Pflicht ist, in dem Kampfe, welchen die „Herren" gegen uns begonnen haben, sich auf unsere Seite zu stellen. Mögt Ihr daher, so lange der Kampf währt, jeden Zuzug nach Braunschweig fern halten. Unsere gerechte Sache ist auch die Eure.

Der Bevollmächtigte des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes:

Carl Weber, Braunschweig, Langestr. 17.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieses Aufrufs ersucht.

Aufruf an sämmtliche Kleingewerbtreibende und Arbeiter Deutschlands, welche unter dem Drucke der Zuchthausarbeit leiden.

Seit Jahrzehnten lastet die Concurrenz, welche durch die Beschäftigung der Untersuchungs- und Strafgefangenen erzeugt wird, wie ein erdrückender Alp auf dem Arbeiter- und Handwerkerstande; und seit Jahrzehnten erheben die Betreffenden ihre Stimme und heischen Abhilfe. Wohl hat man es bisher verstanden, die Handwerker und Arbeiter mit glotten Worten und leeren Versicherungen hinzuhalten; selbst die Fortschrittspartei hatte hierfür nichts als schönrednerische Phrasen im Sack, wenn es zur Wahl ging; nachher aber, an der rechten Stelle, sorgte sie dafür, daß die Anträge, welche geeignet waren, diese verderbenbringende Concurrenz zu beseitigen, abgelehnt wurden. Der verstorbene Abgeordnete Hoverbeck war es, welcher unter den Beifallsrufen seiner Freunde — der Fortschrittler — im Jahre 1870 dem Reichstage dazu verhalf, wieder einmal den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Er beantragte: den Antrag der Petitionscommission, der die Beseitigung der industriellen Strafanstaltsarbeit bezweckte, zu verwerfen und dafür seinen Antrag anzunehmen, der verlangte, das Reichskanzleramt möge dahin wirken, daß die bisher in Preußen wirkungslose Verordnung über die Arbeit in den Strafanstalten auch in den anderen zum damaligen Norddeutschen Reich gehörigen Staaten eingeführt werden möge.

Sieben Jahre sind seitdem vergangen; besser aber ist's nicht, wohl aber schlechter bis zur Unerträglichkeit geworden. Die drückendste Concurrenz wird von Staatswegen gepflegt und gehegt; einzelnen Wenigen ertheilt man das Monopol, mit Arbeitskräften zu produziren, die zu zwei Dritttheilen der Staat füttert; er füttert sie aus dem Säckel derer, gegen die er sie zur Hatz auf wirthschaftlichem Gebiet benutzen läßt! Billig! billig muß produzirt werden, rufen unsere wohlweisen Staatsmänner; nun, sie haben ja das wirksamste Mittel zur allerbilligsten Produktion in ihrer Gewalt; sie können die Zuchthaus-Arbeitskräfte für einen Pappenstiel herleihen; denn wir müssen sie ja ernähren, und das muß ihnen, den nach Billigkeit rufenden, selbst der Neid lassen: sie haben das Mittel in ausgiebigster Weise angewendet — Deutschland produzirt „billig", billiger als alle anderen Staaten, leider aber auch in Folge dessen — schlecht. —

Endlich ist es nun wohl an der Zeit, daß auch wir Handwerker und Arbeiter ernst und mit Nachdruck unsere Stimme erheben und rufen: Auch wir verlangen Billigkeit!

Recht und billig ist es, daß man seitens des Staates die Arbeitskräfte der Strafanstalten zum Nutzen des gesammten Volkes, und nicht nur zum Vortheil einiger weniger Spekulanten verwende. Ja, das ist recht und billig gegen uns; doch auch recht und billig gegen die, die man von Gesetzeswegen in Strafanstalten zu bessern verpflichtet ist; recht und billig auch dem Verbrecher gegenüber. Nicht des Erwerbes wegen soll in den Strafanstalten gearbeitet werden; nein, die Arbeit soll und muß als das vortrefflichste Heilmittel gegen die Verirrungen des Herzens und des Geistes angewendet werden.

Die Strafgefangenen vorzugsweise in geschlossenen Räumen und mit industrieller Arbeit zu beschäftigen, entspricht dieser Aufgabe durchaus nicht; denn dadurch, daß die Strafgefangenen bei solcher Arbeit ihre schlimmen Gedanken auszutauschen vermögen, werden die Strafanstalten zu Pesthöhlen der Unsittlichkeit und zu Hochschulen des Verbrechens; ja, die industrielle Beschäftigung der Gefangenen ist sogar die Ursache des Uebles, daß wir in Deutschland mehr rückfällige Verbrecher haben, als irgend welcher andere Staat; darum weg mit der Industrie aus den Gefängnissen Deutschlands.

Ihr aber, Ihr Handwerksmeister, denen das Verständniß dessen, was wahrhaft recht und billig ist, noch nicht verloren gegangen, die Ihr Euch und Eure Arbeiter schützen wollt gegen den Ruin, der der freien Arbeit durch die Staats-Zuchthaus-Concurrenz systematisch bereitet wird, rafft Euch endlich einmal auf aus Eurer Willenlosigkeit; geht mit Euren Arbeitern; ruft nach Beseitigung der Industrie in den Strafanstalten so laut, daß unseren Gesetzmachern im Reichstage die Ohren gellen; sie müssen Euch hören, und sie werden Euch hören; denn Ihr seid ihre Auftraggeber und sie sind Eure Diener. Es ist ja eine so hohe Ehre, der Diener des Volkes zu sein, daß jeder vom Volke dazu Erwählte als Dank dafür zur Richtschnur seines Handels den Grundsatz annehmen müßte: Des Volkes Wohl ist das höchste Gesetz!

Wir, die Unterzeichneten, sind von einer sehr zahlreichen Versammlung gewählt worden, die Agitation gegen die industrielle Arbeit in den Strafanstalten energisch zu betreiben; infolge dessen richten wir an Alle, welche die Nothwendigkeit der Beseitigung dieser Beschäftigungsweise der Strafgefangenen erkannt haben, das Ersuchen, diese Frage in Volksversammlungen zu besprechen und Comités zu bilden, mit denen wir alsdann in Verbindung zu treten vermögen. In unserer Absicht liegt es, Zwecks dieser Agitation eine Denkschrift über die Nachtheile der Industrie in den Strafanstalten und die Mittel zur Beseitigung derselben ausarbeiten zu lassen und alsdann an den Reichstag die bezüglichen Anträge zu stellen. Massenhafte Unterschriften sind dazu erforderlich. Ihr müßt uns dazu verhelfen.

Unsere Adresse ist: Aug. Scharlibbe, Cigarrenarbeiter, Berlin, Kastanien-Allee 54, Hof II, bei Winnen.

Alle Briefe, Anfragen, Unterschriften sind an denselben zu senden.

Thue Jeder seine Pflicht und der Erfolg wird unseren Bestrebungen entsprechen; er wird die Arbeit von der schlimmsten Concurrenz befreien, die sie bedrückt.

Das Comité:

Deinert, Bürstenfabrikant. Peter, Buchbinder. Aug. Scharlibbe, Cigarrenarbeiter. Fischer, Schneider. Breul, Tischler. Szimmath, Schuhmacher. Dilling, Korbmachermeister. Keitel, Schlossermeister. Coenen, Sattler. A. Müller, Posamentier. Kühlbars, Vergolder. Aug. Alt, Weber. Masche, Klempner.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck des Aufrufs gebeten.

Den Parteigenossen empfehlen wir die nachstehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter zum Abonnement:

„Augsburger Volkswille", erscheint dreimal wöchentlich in Augsburg. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Berliner Freie Presse". Erscheint taglich mit Ausnahme des Montags, Sonntags mit der illustrirten Gratisbeilage die „Neue Welt", in Berlin. Preis viertelj. 4 M.

„Braunschweiger Volksfreund", erscheint die Woche 6 Mal. Preis pr. Quartal 2 M.

„Bremer Freie Presse". Erscheint wöchentlich sechsmal. Preis viertelj. 2 M. 50 Pf.

„Bergische Volksstimme", erscheint wöchentlich sechsmal in Elberfeld. Preis pr. Quartal 2 M. 25 Pf.

„Chemnitzer Freie Presse", erscheint wöchentlich sechsmal, kostet pr. Quartal 1 M. 80 Pf.

„Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund", erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Cölner Freie Presse", erscheint wöchentlich 1 Mal. Preis pr. Quartal 1 M. 15 Pf.

„Dresdner Volkszeitung", erscheint wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Die Wahrheit". Erscheint täglich in Breslau. Preis pr. Quartal 3 M.

„Die Fackel", erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.

„Die Neue Welt". Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk. Erscheint wöchentlich. Preis viertelj. 1 M. 20 Pf., in Heften à 30 Pf.

„Die Wacht", Organ des arbeitenden Volks für den Wahlkreis Hanau, Bockenheim, Orb und Gelnhausen. Erscheint wöchentlich einmal in Hanau. Preis pr. Quartal 1 M.

„Die Wage", Wochenblatt für Politik und Literatur. Herausgegeben von Dr. Guido Weiß. Erscheint wöchentlich einmal in Berlin. Preis viertelj. 4 M. 50 Pf.

„Duisburger Freie Zeitung", erscheint wöchentlich dreimal. Preis viertelj. 1 M. 75 Pf.

„Frankfurter Volksfreund", erscheint wöchentlich dreimal in Frankfurt a. M. Preis pr. Quartal 2 M.

„Glauchauer Nachrichten", Volksblatt für Stadt und Land. Erscheint wöchentlich sechsmal in Glauchau. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Hamburg-Altonaer Volksblatt", erscheint in Hamburg Preis pr. Quartal 2 M. 40 Pf.

„Halberstädter Freie Presse", erscheint wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 75 Pf.

„Magdeburger Freie Presse", erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 2 M. 50 Pf.

„Mecklenburgischer Arbeiterfreund", erscheint in Rostock wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat", erscheint in Nürnberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.

„Neue Offenbacher Tageszeitung", erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage in Offenbach. Preis vierteljährlich 2 M. 50 Pf.

„Neue Wormser Zeitung", erscheint wöchentlich sechsmal.

„Ostthüringisches Volksblatt", erscheint wöchentlich einmal in Gera. Preis pr. Quartal 1 M.

„Süddeutsche Volkszeitung", erscheint wöchentlich zweimal in Stuttgart. Preis pr. Quartal 1 M. 10 Pf.

„Thüringer Freie Presse", Organ des arbeitenden Volks in Thüringen. Erscheint an jedem Sonntag in Apolda. Preis viertelj. 75 Pf.

„Volksfreund", erscheint in Callnberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Volksstimme", erscheint in Mainz wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 2 M. 25 Pf.

„Westfälische Freie Presse", erscheint in Dortmund. Preis pr. Quartal 1 M. 25 Pf.

„Würzburger Volksfreund", erscheint wöchentlich zweimal. Preis viertelj. 1 M.

„Zeitgeist", erscheint in München wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.

„Arbeiterstimme", Organ und Eigenthum der soz.-demokr. Arbeiterpartei Nordamerikas, erscheint wöchentlich einmal in Newyork. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.

„Arbeiterfreund", erscheint am 2. und 4. Sonnabend eines jeden Monats in Reichenberg. Preis 50 kr. östr. = 1 M.

„Arbeiter-Wochenchronik", Organ der ungarischen Arbeiter, erscheint in deutscher Sprache in Buda-Pest. Preis pr. Quartal 60 kr. östr. = 1 M. 20 Pf.

„Der Socialist", erscheint täglich in Milwaukee in Amerika. Preis pr. Jahr 5 Doll.

„Die Tagwacht", Organ des schweizerischen Arbeiterbundes; erscheint wöchentlich zweimal in Zürich. Preis pr. Quartal 1 M. 40 Pf.

„Gleichheit", Organ der Arbeiterpartei in Oesterreich, erscheint wöchentlich einmal in Wiener-Neustadt. Preis pr. Quartal 75 kr. östr. = 1 M. 50 Pf.

„Vorbote", Organ der Arbeiterpartei für Stadt und Land, erscheint jeden Sonnabend in Chicago (Nordamerika). Preis pr. Jahr 2 Doll.

„Allgemeine Buchbinderzeitung", Organ des Verbandes für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis viertelj. 1 M.

„Correspondent", Organ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis viertelj. 1 M. 25 Pf.

„Der Botschafter", Organ für die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeitervereins. Erscheint alle 8 Tage in Berlin und kostet viertelj. 50 Pf.

„Der Fortschritt", Organ des Allgem. deutschen Schneidervereins, erscheint jeden Sonnabend. Preis pr. Quartal 50 Pf.

„Der Genossenschafter", Organ des Gewerkvereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Gewerke, erscheint wöchentlich einmal in Schw.-Gmünd. Preis pr. Quartal 1 M.

„Der Wecker", Organ für die Schuhmacher Deutschlands, erscheint jeden Sonnabend in Gotha. Preis viertelj. 50 Pf.

„Das Panier", Organ der deutschen Metallarbeiter, erscheint wöchentlich einmal in Braunschweig und kostet pr. Quartal 50 Pf.

„Der Correspondent", Organ der Hutmacher, erscheint in Leipzig dreimal monatlich und kostet pr. Quartal 60 Pf.

„Die Union", Organ der verbündeten Gewerkschaften Deutschlands, erscheint jeden Sonnabend in Hamburg. Preis vierteljährlich 60 Pf.

„Grundstein", Organ der deutschen Bauhandwerker, erscheint monatlich zweimal in Berlin. Preis viertelj. 45 Pf.

„Pionier", Organ für die deutschen Zimmerleute und für die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungs-Verbandes. Erscheint monatlich zweimal in Berlin. Preis viertelj. 1 M. 20 Pf.

Briefkasten

der Redaktion. A. H. in Konstantinopel: Das Gothaer „Sonntagsblatt" steht, gleich den ebenfalls von Specht redigirten „Freien Glocken" auf dem Boden des wissenschaftlichen Materialismus. Da es kein eigentlich politisches Blatt ist, kann es auch nicht als sozialistisches Parteiorgan bezeichnet werden. Es fördert aber durch Verbreitung gesunder Anschauungen über Religion und Natur entschieden unsere Sache. — Die Correspondenzen werden uns und unseren Lesern sehr willkommen sein. — H. M. in Oldenburg: Die stenographischen Reichstagsberichte sind bei der Post zu bestellen. Der Preis ist uns unbekannt. Wie wir aus Ihrem Schreiben ersehen, hat das Lesen der Bracke'schen Broschüre Ihren geistigen Gesichtskreis bedeutend erweitert. Recht so, studiren Sie fleißig weiter. — A. D. in N.: Die Standesbeamten können zwar eine Forderung stellen, aber die Bezirksausschüsse müssen sie genehmigen. In den Ortschaften um Leipzig herum erhält der Standesbeamte meistens 15 Mark pro hundert Seelen, was auf den Kopf 15 Pf. macht. — Anonymus hier: Die Nr. v. 8. d. M. überhebt uns der Verpflichtung, Ihre am 9. d. M. gestellte Frage zu beantworten. — J. O. in Stötteritz: Bemühen Sie sich gelegentlich zu uns.

Quittung. Schrdr Plagwitz Ab. 3,00. Krhl Quedlinburg Ab. 0,80. Dr. Eck Wien Ab. 3,24. Gsck Gotha Ann. 1,60. Jms Bludenz Ab. 4,80. Brmmnn Neustädtel Schr. 7,65. Hch Frankfurt Ab. 20,00. Orbg Gießen Ab. 4,00. Rnsch Maffersdorf Schr. 2,38. Esnhr Gr.-Biberau Ab. 3,00. Expedition der „Offenbacher Zeitung" Offenbach Ab. 45,50, Ann. 1,00. Smn Liège Ab. 1,42. Psch hier Ab. 8,65. Arbeiterverein Neudnitz Ann. 0,60. Zsch Neudnitz Ab. 1,25. Schr hier Ab. 5,00. Schps Ab. 1 80. Trst Klein-Zschocher Ab. 1,25. Krs München Ab. 148,00. Hbr Konstantinopel Ab. 6,00. Brbm Gotha Ab. 16,00. Bttchr Gera Schr. 21,00. Bb Wien Ab. 4,97. Prh Wien Ab. 19,44. Fst Berlin Ab. 4,00. Mttg Altona Ab. 20,00. Ottrbch Stuttgart Ab. 4,10. Pschk Zweibrücken Schr. 3,90. Bch Cottbus Schr. 1,80. Pnngr Bremen Ab. 40,00.

Der Cigarrenarbeiter Adolph Lehmann aus Hadersleben wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen Unterzeichneten und gegen den Arbeiter-Sängerbund nachzukommen.

Flensburg, den 6. April.

Anton Frenzel, Norder Hohlweg 46.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Edm Thonberg 5,40. Arbeiterverein Plagwitz d. O. 1,93.

Arbeiter-Sängerbund.

Flensburg. Sonnabend, den 14. April, Abends 7½ Uhr, im „Colosseum": (2b) (F. 120)

Abendunterhaltung

bestehend in Concert, Gesang, theatralischer Vorstellung und Ball.

Karten für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg. sind zu haben bei Herren P. Lassen, Neustadt, Fuhr, Norderstr., Fries, Norderstr., Christensen, Norderstr. (Cigarrenladen), Zimmermann, Compagniestraße, Voß, Heiligergeistgang, Schmidt, Holm 829, Döll, Südermarkt (Cigarrenladen), Albrecht, Plankemai, Ralfs, Gr. Johstr. 1036.

Einführung ist gestattet. Um zahlreiche Betheiligung ersucht

3,90] Das Comité.

Sozialistische Arbeiterpartei.

Gotha. Sonnabend, den 14. April, Abends 8 Uhr in Hartmann's Restauration: (2b) (F. 130)

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes.

Um zahlreiches Erscheinen und Mitbringen der Parteikarten bitten

80] Die Agenten.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen, direkt vom Verleger für Arbeiter billiger:

Dulk, Dr. Albert, Stimme der Menschheit. Christliche Glaubenslehre. Ein Lehrbuch für kirchenfreien Religionsunterricht in Gemeinde, Schule und Haus. I. Theil. Kritische Glaubenslehre. 1876. 8. 547 S. br. 6 Mark.

Dr. A. Dulk ist Philosoph und Dichter; aus der innigsten Verschmelzung beider ist dieses Werk hervorgegangen, ihm verdankt es seine Tiefe, Klarheit und Wärme. Wer den Verfasser auf seiner schriftstellerischen Laufbahn verfolgt hat, der wird finden, daß mit dem ersten Theile des gegenwärtig vorliegenden Werks der Anfang eines systematischen Abschlusses der religiösen Anschauungen gegeben ist, wie sie bereits in Dulks großartigem Drama „Jesus der Christ", das schon 1855 im Manuskript beendet war, und in den Schriften: „Der Tod des Bewußtseins", „Ob Thier ob Mensch" deutlich erkennbar hervortraten. Der Verfasser selbst hat sich von jedem kirchlichen Bekenntnisse frei gemacht; er stellt den Menschen, den der Spiritualismus aus der organischen Gliederung der Welt herausgelöst und isolirt hat, wieder in diese hinein. Das Christenthum ist ihm das Menschenthum, dessen Vernunftentwickelung und Erziehung zu den höchsten Zielen als Volksganzes wie in der Gesellschaft sein angestrebtes Ideal ist. So bleibt, da Dulk den Stoff wissenschaftlich durchaus beherrscht, in dem Buche keine Dunkelheit, keine Schwierigkeit für das Verständniß.

Leipzig. (2b) J. G. Findel. [250

Geschäfts-Etablirung und Adresse-Veränderung.

Meinen werthen Genossen und Freunden zur Anzeige, daß ich soeben ein neues Buchhandlungsgeschäft unter der Firma:

J. Franz & Co.

Schweiz. Sortiments- u. Antiquariats-Buchhandlung

6. Rosengasse 6.

in hier etablirt habe.

Dieses Geschäft ist in jeder Beziehung als von der Volksbuchhandlung in Zürich, aus welcher ich mit 23. d. M. ausgetreten bin, vollständig getrennt zu betrachten und wolle man deshalb gef. genau darauf achten, daß Briefe ꝛc. für mich persönlich wie für dieses neue Geschäft von nun an einfach

J. Franz (resp. & Co.), Rosengasse, Zürich

zu adressiren sind.

Da dieses Unternehmen beabsichtigt, sich zu einem

Central-Sortiment

aller **oppositionellen** in gewissen Ländern zum Theil **verbotener** und **ähnlicher** Bücher

zu gestalten und zu diesem Zwecke neben späterem Eigen-Verlag den Verlag der Volksbuchhandlung in Zürich und des Verlagsmagazins Zürich, sowie auch der „Vorwärts"-Expedition in Leipzig und von W. Bracke in Braunschweig zum

Bezug aus einer Hand

zu vereinigen strebt, so dürfte hierauf mit Recht die Aufmerksamkeit aller Freunde einer die freiheitsfeindlichen Gewalten bekämpfenden Literatur zu lenken sein.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Zürich, den 31. März 1877. **J. Franz.**

Mit Bezug auf vorstehende Anzeige des Hrn. J. Franz empfehlen wir uns der geneigten Berücksichtigung und bemerken noch, daß in kurzer Zeit auch

Verzeichnisse

des oben erwähnten Central-Sortiments gratis und franco gegen frankirte Adressen-Einsendung zu haben sein werden. Man wolle nur gefl. einstweilen verlangen!

Lieferung durchaus nur gegen baar!

J. Franz & Co., Rosengasse 6, Zürich (Schweiz).

NB. 20 Pfg. Brief-Frankatur!!

Ebenda werden für alle bedeutenderen Städte Deutschlands und Oesterreichs Agenten gegen Provision gesucht. Nebenbeschäftigung für gewandte und verläßige Leute! (15,60) (2b)

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandik, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 44. Sonntag, 15. April. 1877.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

Parteigenossen!

Von Euch mit der Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes im Reichstage betraut, halten wir es für unsere Pflicht, uns mit Euch über die nun vorzunehmenden weiteren Schritte, in und außer dem Reichstage, zu verständigen. Besonders erscheint es uns nothwendig, den Plan für die weitere Agitation und Organisation der Partei festzustellen.

Um dies mit Erfolg thun zu können, berufen wir, im Einverständniß mit Parteigenossen an vielen Orten, hiermit vom 27. bis 30. Mai einen Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands, nach **Gotha.**

Das Congreßlokal befindet sich im Gasthof zum

„Thüringer Hof".

Parteigenossen! Die großartigen Erfolge, welche wir bei den letzten Wahlen erzielten, haben gezeigt, daß die sozialistische Arbeiterpartei in Deutschland zu einer Macht und Stärke herangewachsen ist, gegen welche die reaktionären Gewalten vergebens ankämpfen. Unsere Partei noch mehr zu festigen und vor allem ihre einheitliche Entwicklung zu wahren und zu fördern, das soll die Aufgabe des bevorstehenden Congresses sein.

Wir erwarten deshalb, daß Ihr denselben zahlreich beschickt. Außerdem wird es sich empfehlen, daß Ihr über den bevorstehenden Congreß in Euren Versammlungen diskutirt, dessen Tagesordnung einer eingehenden Besprechung unterzieht und die Resultate Eurer Debatten in Gestalt von Anträgen vor den Congreß bringt.

Zutritt zu dem Congreß haben solche Parteigenossen, welche von einer Arbeiter- oder Volksversammlung zu Delegirten gewählt wurden.

Um die Vertretung nach einheitlichem System zu ermöglichen, wird bestimmt, daß nur die in einer und derselben Versammlung eines Ortes gewählten Delegirten auf dem Congreß Zutritt haben. Die Delegirten haben sich durch ein Mandat, welches von den Vorsitzenden und Schriftführern der Wahlversammlung unterzeichnet sein muß, zu legitimiren; außerdem ist es nöthig, daß der Vorsitzende der Wahlversammlung dem mitunterzeichneten J. Auer, Hamburg, Pferdemarkt 37, von der Wahl und dem Namen des Delegirten brieflich Kenntniß giebt.

Die vorläufige Tagesordnung des Congresses lautet:

1) Bericht der sozialistischen Reichstagsabgeordneten über ihre Thätigkeit in der ersten Session des Reichstags.
2) Bericht über Gang und Stand der sozialistischen Agitation in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung der Wahl vom 10. Januar 1877.
3) Die sozialistischen Organisationen in Deutschland.
4) Die Parteipresse.

Anträge zum Congreß sind spätestens bis zum 15. Mai an Auer zu senden, falls sie auf die definitive Tagesordnung des Congresses gesetzt werden sollen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. Auer. A. Bebel. W. Blos. W. Bracke jr. Demmler. F. W. Fritzsche. W. Hasenclever. A. Kapell. W. Liebknecht. Joh. Most. J. Motteler. Rittinghausen.

Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes.

Eine endgültige Revision des Entwurfs, der nun eingereicht ist und mit den übrigen Anträgen auf Abänderung der Gewerbeordnung in den nächsten Tagen zur Diskussion kommen wird, hat zu folgenden Correkturen und Veränderungen geführt:

In § 14 Absatz 3 muß es heißen § 142a, anstatt § 142b.

§ 106 Absatz 2 ist nach Werkstatt zu setzen: bez. Werkplatz.

§ 107 Absatz 3: Arbeitgebern und Arbeitnehmern, anstatt Arbeitgeber und Arbeitnehmer; und am Schluß desselben Absatzes: die Hauptpause muß in die Mitte der Arbeitsschicht fallen, statt: die Arbeitspause muß in der Mitte der Arbeitsschicht stattfinden.

§ 111: Fabrik- oder, statt Fabrik- und Werkstatt- 2c.

§ 112 ist als vorletzter Absatz einzufügen: Ein Exemplar der vom Gewerbegericht genehmigten Fabrik-, Werkstatt- bez. Werkplatzordnung ist in jedem Arbeitsraum an einer Stelle aufzuhängen, wo es lesbar zugänglich ist.

In § 115 hat der Passus von „oder wenn" bis „auferlegt" wegzufallen, und ist statt dessen als zweiter Absatz einzufügen: Die Kündigungsfristen müssen für beide Theil gleich sein.

§ 123 muß es am Schluß: § 125 2c. heißen, anstatt § 139 2c.; und am Schluß des § 124: 120, anstatt 119. Am Schluß des § 125 „mittelbar" statt unmittelbar.

Im zweiten Absatz des § 128: 108 vorletzter, anstatt 108 letzter.

§ 131 hat zu lauten: Jeder Lehrvertrag muß, um rechtsverbindlich zu sein, schriftlich abgeschlossen werden und ist durch das zuständige Gewerbegericht kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

§ 133 vor „Verbrechen oder Vergehen": gemeiner einzufügen.

§ 134 Absatz 2: „gewerbegerichtlichen" anstatt polizeilichen.

§ 136, Absatz 2 nach § 142c: und 150.

§ 142c Absatz 3 nach „keine Berufung"; sondern nur in Fällen falscher Gesetzesanwendung die Nichtigkeitsbeschwerde. Der Schlußabsatz desselben § (142c) fällt weg („In allen" bis „Gewerbegerichte").

Artikel V., Absatz 2, muß lauten: „Absatz 3 des § 143 und die Nummer 6 des § 148 sind aufgehoben.

Zwischen dem 1. und 2. Absatz des § 150 ist einzufügen: In gleicher Höhe ist zu bestrafen, wer gegen § 132 und § 136 verstoßen hat. Im Anfang des 2. Absatzes ist statt „er" zu setzen, der Zuwiderhandelnde.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

XI.

„Für das politische und juristische Gebiet liegen den in diesem Kursus ausgesprochenen Grundsätzen die eindringendsten Fachstudien zu Grunde. Man wird daher... davon ausgehen müssen, daß es sich hier... um die konsequente Darstellung der Ergebnisse des juristischen und staatswissenschaftlichen Gebiets gehandelt hat. Mein ursprüngliches Fachstudium war gerade die Jurisprudenz, und ich habe derselben nicht nur die gewöhnlichen drei Jahre der theoretischen Universitätsvorbereitung, sondern auch während neuer drei Jahre gerichtlicher Praxis noch ein fortgesetztes, besonders auf die Vertiefung ihres wissenschaftlichen Gehalts gerichtetes Studium gerichtet... Auch würde sicherlich die Kritik der Privatverhältnisse und der entsprechenden juristischen Unzulänglichkeiten nicht mit gleicher Zuversicht haben auftreten können, wenn sie sich nicht bewußt gewesen wäre, überall die Schwächen des Faches ebensogut wie dessen stärkere Seiten zu kennen."

Ein Mann, der so von sich selbst zu sprechen berechtigt ist, muß von vornherein Vertrauen einflößen, besonders gegenüber dem „einstigen, eingestandenermaßen vernachlässigten Rechtsstudium des Herrn Marx". Wundern muß es uns deßhalb, daß die mit solcher Zuversicht auftretende Kritik der Privatrechtsverhältnisse sich darauf beschränkt, uns zu erzählen, daß es „mit der Wissenschaftlichkeit der Jurisprudenz... nicht weit her" ist, daß das positive bürgerliche Recht das Unrecht ist, indem es das Gewalteigenthum sanktionirt, und daß der „Naturgrund" des Kriminalrechts die Rache ist — eine Behauptung, an der nur die mystische Verkleidung in den „Naturgrund" allenfalls neu ist. Die staatswissenschaftlichen Ergebnisse beschränken sich auf die Verhandlungen der bewußten drei Männer, von denen der Eine die Andern bisher vergewaltigt, und wobei Herr Dühring alles Ernstes untersucht, ob es der Zweite oder der Dritte ist, der die Gewalt und die Knechtschaft zuerst eingeführt hat.

Verfolgen wir indeß die eindringendsten Fachstudien und die durch dreijährige gerichtliche Praxis vertiefte Wissenschaftlichkeit unseres zuversichtlichen Juristen etwas weiter.

Von Lassalle erzählt uns Herr Dühring, er sei „wegen der Veranlassung des Versuchs zum Diebstahl einer Kassette" in Anklagezustand versetzt worden, „ohne daß jedoch eine gerichtliche Verurtheilung zu verzeichnen gewesen wäre, indem die damals noch mögliche sogenannte Freisprechung von der Instanz platzgriff... diese halbe Freisprechung."

Der Prozeß Lassalle's, von dem hier die Rede ist, wurde verhandelt im Sommer 1848 vor den Assisen zu Köln, wo, wie fast in der ganzen Rheinprovinz, das französische Strafrecht in Kraft war. Nur für politische Vergehen und Verbrechen war das preußische Landrecht ausnahmsweise eingeführt gewesen, aber schon im April 1848 wurde diese Ausnahmsbestimmung durch Camphausen wieder beseitigt. Das französische Recht kennt durchaus nicht die liederliche preußische Landrechtskategorie einer „Veranlassung" zu einem Verbrechen, geschweige der Veranlassung des Versuchs eines Verbrechens. Es kennt nur Anreizung zum Verbrechen, und diese, um strafbar zu sein, muß geschehn „durch Geschenke, Versprechungen, Drohungen, Mißbrauch des Ansehns oder der Gewalt, listige Anstiftungen oder sträfliche Kunstgriffe" (Code pénal, art. 60). Das in das preußische Landrecht vertiefte öffentliche Ministerium übersah, ganz wie Herr Dühring, den wesentlichen Unterschied zwischen der scharf bestimmten französischen Vorschrift und der verschwommenen landrechtlichen Unbestimmtheit, machte Lassalle einen Tendenzprozeß und fiel glänzend durch. Denn die Behauptung, als kenne der französische Strafprozeß die preußische landrechtliche Freisprechung von der Instanz, diese halbe Freisprechung, kann nur Jemand wagen, der auf dem Gebiet des französischen modernen Rechts ein vollständiger Ignorant ist; dies Recht kennt im Strafprozeß nur Verurtheilung oder Freisprechung, kein Mittelding.

Somit sind wir im Falle sagen zu müssen, daß Herr Dühring sicherlich nicht mit gleicher Zuversicht diese „Geschichtszeichnung großen Styls" an Lassalle hätte verüben können, wenn er den Code Napoléon jemals in der Hand gehabt hätte. Wir müssen also konstatiren, daß Herr Dühring das einzige modern-bürgerliche, auf den gesellschaftlichen Errungenschaften der großen französischen Revolution ruhende und sie ins Juristische übersetzende Gesetzbuch, das moderne französische Recht, gänzlich unbekannt ist.

Anderswo, bei der Kritik der nach französischem Muster auf dem ganzen Kontinent eingeführten, nach Stimmenmehrheit entscheidenden Geschwornengerichte, werden wir belehrt: „Ja, man wird sich sogar mit dem, übrigens nicht einmal geschichtlich beispiellosen Gedanken vertraut machen können, daß eine Verurtheilung mit Widerspruch der Stimmen in einem vollkommenen Gemeinwesen zu den unmöglichen Institutionen gehören sollte... Jedoch muß diese ernste und tief geistige Auffassungsart, wie schon oben angedeutet, für die überlieferten Gebilde darum als unpassend erscheinen, weil sie für dieselben zu gut ist."

Es ist Herrn Dühring abermals unbekannt, daß die Einstimmigkeit der Geschworenen nicht nur bei strafrechtlichen Verurtheilungen, sondern auch bei Urtheilen in bürgerlichen Prozessen, unumgänglich nothwendig ist nach dem englischen gemeinen Recht, d. h. dem ungeschriebnen Gewohnheitsrecht, das seit unvordenklicher Zeit in Kraft steht, also mindestens seit dem vierzehnten Jahrhundert. Die ernste und tiefgeistige Auffassungsart, die nach Herrn Dühring für die heutige Welt zu gut ist, hat in England also gesetzliche Geltung gehabt schon im dunkelsten Mittelalter, und ist von England nach Irland, nach den Vereinigten Staaten Amerikas und nach allen englischen Kolonieen übergeführt worden, ohne daß die eindringendsten Fachstudien dem Herrn Dühring auch nur ein Sterbenswörtchen davon verrathen hätten! Das Gebiet der Geschwornen-Einstimmigkeit ist also nicht nur unendlich groß gegenüber dem winzigen Geltungsbereich des preußischen Landrechts, es ist auch ausgedehnter als alle die Gebiete zusammen genommen, auf denen die Geschwornen-Mehrheit entscheidet. Nicht nur, daß Herrn Dühring das einzige moderne, das französische Recht total unbekannt ist, er ist auch ebenso unwissend in Beziehung auf das einzige germanische Recht, das sich unabhängig von römischer Autorität bis auf die heutige Zeit fortentwickelt und auf alle Welttheile ausgebreitet hat — das englische Recht. Und warum nicht? Denn die englische Art der juristischen Denkweise „würde doch Angesichts der auf deutschem Boden bewerkstelligten Schulung in den reinen Begriffen der klassischen römischen Juristen nicht standhalten," sagt Herr Dühring, und ferner sagt er: „was ist die englischredende Welt mit ihrer kinderhaften Gemengselsprache unserer urwüchsigen Sprachgestaltung gegenüber?" — Worauf wir nur mit Spinoza antworten können: ignorantia non est argumentum, die Unwissenheit ist kein Beweisgrund.

Wir können hiernach zu keinem andern Schlußergebniß kommen, als daß Herrn Dühring's eindringendste Fachstudien darin bestanden, daß er drei Jahre lang theoretisch in das Corpus Juris, und weitere drei Jahre praktisch in das edle preußische Landrecht sich vertieft hat. Es ist das sicherlich auch schon ganz verdienstlich, und genügend für einen recht achtungswerthen altpreußischen Kreisrichter oder Advokaten. Wenn man aber eine Rechtsphilosophie für alle Welten und Zeiten zu verfassen unternimmt, so sollte man doch auch einigermaßen Bescheid wissen in den Rechtsverhältnissen von Nationen wie die Franzosen, Engländer und Amerikaner, Nationen, die eine ganz andre Rolle in der Geschichte gespielt haben als der Winkel von Deutschland, wo das preußische Landrecht florirt. Doch sehen wir weiter zu.

„Die bunte Mischung von Orts-, Provinzial- und Landesrechten, die sich in sehr willkührlicher Weise bald als Gewohnheitsrecht, bald als geschriebenes Gesetz, oft unter Einkleidung der wichtigsten Angelegenheiten in reine Statutarform, in den verschiedensten Richtungen kreuzen — diese Musterkarte von Unordnung und Widerspruch, auf welcher die Einzelheiten das Allgemeine, und dann gelegentlich wiederum die Allgemeinheiten das Besondere hinfällig machen, ist wahrlich nicht geeignet, ein klares Rechtsbewußtsein bei irgend Jemand... möglich zu machen." — Wo aber herrscht dieser verworrene Zustand? Wieder im Geltungsbereich des preußischen Landrechts, wo neben, über oder unter diesem Landrecht Provinzialrechte, Ortsstatuten, hie und da auch gemeines Recht und anderer Quark die verschiedensten relativen Abstufungen von Gültigkeit haben und bei allen praktischen Juristen jenen Nothschrei hervorrufen, den Herr Dühring hier so sympathisch wiederholt. Er braucht gar nicht sein geliebtes Preußen zu verlassen, er darf nur an den Rhein kommen um sich zu überzeugen, daß dort von alledem seit siebzig Jahren keine Rede mehr ist — von andern civilisirten Ländern gar nicht zu reden, wo dergleichen veraltete Zustände längst beseitigt sind.

Ferner: „In einer weniger schroffen Art tritt die Verschleierung der natürlichen individuellen Verantwortlichkeit durch die geheimen und hiermit anonymen Kollektivurtheile und Kollektivhandlungen von Kollegien oder sonstigen Behördeneinrichtungen hervor, die den persönlichen Antheil eines jeden Mitgliedes maskiren." Und an einer andern Stelle: „In unserm heutigen Zustande wird es als eine überraschende und äußerst strenge Forderung gelten, wenn man von der Verhüllung und Deckung der Einzelverantwortlichkeit durch Kollegien nichts wissen will." — Vielleicht wird es für Herrn Dühring als eine überraschende Mittheilung gelten, wenn wir ihm sagen, daß im Gebiet des englischen Rechts jedes Mitglied eines Richterkollegiums sein Urtheil in öffentlicher Sitzung einzeln abzugeben und zu begründen hat; daß die Verwaltungskollegien, so weit sie nicht gewählt sind, und öffentlich verhandeln und abstimmen, eine vorzugsweise preußische Einrichtung und in den meisten übrigen Ländern unbekannt sind, und daß daher seine Forderung für überraschend und äußerst streng eben nur gelten kann — in Preußen.

Ebenso treffen seine Klagen über die Zwangseinmischungen der Religionspraktiken bei Geburt, Ehe, Tod und Bestattung von allen größeren civilisirten Ländern nur Preußen, und seit Einführung der Civilstandsregister auch dies nicht mehr. Was Herr Dühring nur vermittelst eines „socialitären" Zukunftszustandes fertig bringt, hat sogar Bismarck inzwischen durch ein einfaches Gesetz erledigt. — Nicht anders wird in der „Klage der mangelhaften Ausstattung der Juristen für ihren Beruf," eine Klage, die sich auch auf die „Verwaltungsbeamten" ausdehnen läßt, eine specifisch preußische Jeremiade angestimmt; und selbst der bis ins Lächerliche übertriebene Judenhaß, den Herr Dühring bei jeder Gelegenheit zur Schau trägt, ist eine, wo nicht specifisch preußische, so doch specifisch ostelbische Eigenschaft. Derselbe Wirklichkeitsphilosoph, der auf alle Vorurtheile und Superstitionen souverän herabsieht, steckt selbst so tief in persönlichen Marotten, daß er das aus der Bigotterie des Mittelalters überkommene Volksvorurtheil gegen die Juden ein auf „Naturgründen" beruhendes „Natururtheil" nennt und sich bis zu der pyramidalen Behauptung versteigt: „der Sozialismus ist die einzige

Macht, welche Bevölkerungszuständen mit stärkerer jüdischer Untermischung (Zustände mit jüdischer Untermischung! welches Naturdeutsch!) die Spitze bieten kann."

Genug. Die Großprahlerei mit der juristischen Gelahrtheit hat zum Hintergrund — im besten Falle — die allerordinärsten Fachkenntnisse eines ganz gewöhnlichen altpreußischen Juristen. Das juristische und staatswissenschaftliche Gebiet, dessen Ergebnisse uns Herr Dühring konsequent darstellt, „deckt sich" mit dem Geltungsbereich des preußischen Landrechts. Außer dem jedem Juristen, jetzt selbst in England so ziemlich geläufigen römischen Recht, beschränken sich seine juristischen Kenntnisse einzig und allein auf das preußische Landrecht, jenes Gesetzbuch des aufgeklärten patriarchalischen Despotismus, das in einem Deutsch geschrieben ist, als wäre Herr Dühring dort in die Schule gegangen, und das mit seinen Moralglossen, seiner juristischen Unbestimmtheit und Haltlosigkeit, seinen Stockprügeln als Tortur- und Strafmittel noch ganz der vorrevolutionären Zeit angehört. Was darüber ist, das ist für Herrn Dühring vom Uebel — sowohl das modern-bürgerliche französische Recht wie das englische Recht mit seiner ganz eigenartigen Entwicklung und seiner auf dem ganzen Kontinent unbekannten Sicherung der persönlichen Freiheit. Die Philosophie, welche „keinen bloß scheinbaren Horizont gelten läßt, sondern in mächtig umwälzender Bewegung alle Erden und Himmel der äußeren und innern Natur aufrollt" — sie hat zu ihrem wirklichen Horizont — die Grenzen der sechs altpreußischen Ostprovinzen, und allenfalls noch der paar sonstigen deutschen Landfetzen wo das edle Landrecht gilt; und jenseits dieses Horizonts rollt sie weder Erden noch Himmel, weder äußere noch innere Natur auf, sondern nur das Gemälde der krassesten Unwissenheit über Das was in der übrigen Welt vorgeht.

Wenn Herr Dühring die englische Sprache eine „kinderhafte Gemengselsprache" nennt, also an der Sprache Shakespeares und Byrons, Walter Scotts, Hume's und Gibbon's nicht ihren Reichthum und ihre Kraft, sondern nur den augenfälligsten Umstand bemerkt, daß sie bei einer wesentlich germanischen Grammatik einen großentheils romanischen Wortschatz besitzt — so beweist er damit bloß, daß er nicht Englisch genug versteht um die Sprache beurtheilen zu können. Auch Herr Dühring kann trotz der gerühmten deutschen urwüchsigen Sprachgestaltung nicht ohne zahlreiche lateinische und griechische technische Bezeichnungen zurecht kommen; mit demselben Recht könnte also ein Slave, der diese Fremdwörter fast alle durch slavische Ausdrücke ersetzen kann, der in Grammatik, Naturwissenschaft, Philosophie ꝛc. eine fast rein slavische Terminologie hat, von der kinderhaften Gemengselsprache des Herrn Dühring sprechen. Einen Mangel hat die englische Sprache allerdings: man muß in ihr klar und deutlich schreiben und damit ist es ihr unmöglich gemacht, die „wurzelhaften Konzeptionen" des Herrn Dühring wiederzugeben.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Kanzlerkrisis ist vorläufig beendet und anscheinend nicht so sehr zu Ungunsten des Reichskanzlers, als man ursprünglich glauben oder, auf nationalliberaler Seite, fürchten wollte. Bismarck hat dem Präsidium des Reichstags schriftlich angezeigt, daß er wegen seiner geschädigten Gesundheit einen Urlaub erhalten habe; während dessen — nicht angegebener — Dauer ihn bezüglich der inneren Reichsangelegenheiten der Präsident des Reichskanzleramts, Hofmann, und bezüglich der auswärtigen der Staatssekretär v. Bülow vertreten werde. Der ursprünglich für die Vertretung in den inneren Angelegenheiten in Aussicht genommene Herr Camphausen ist also entweder von Bismarck glücklich bei Seite geschoben worden, oder er hat sich selbst zurückgezogen, das letztere vielleicht deshalb, weil ihm eine volle Vertretung des Reichskanzlers mit dem Rechte der Gegenzeichnung aller kaiserlichen Erlasse nicht übertragen, Bismarck also vorläufig und formell noch gerade wie bei den früheren Urlaubsfällen an der Spitze der Geschäfte belassen werden sollte. Die Nationalliberalen athmen auf — das Schlimmste, der offenbare, jähe, nicht mehr gutzumachende Sturz ist für den Augenblick abgewendet — der Name Bismarck prangt nach wie vor in eitel güldenen Lettern über dem Reichsportal. Der Name freilich blos — aber das genügt den liberalen Seelen, denen es, abgesehen von Geld- und Kapitalfragen, bei denen sie sich immer an das Reell-Greifbare, an den Kern der Sache halten, nur um den Schein zu thun ist. Die Blamage des Bankerotts der Bismarck'schen Reichsherrlichkeit ist vertagt; die Intriguen für den Reichshalbgott können, unterstützt von der tausendstimmigen Preßmeute der Reptilienzucht, von neuem ihr Spiel beginnen; vielleicht kehrt er doch wieder, der „Gründer" des deutschen Reichs, der „größte Staatsmann des Jahrhunderts", der abgethane Bismarck. In parlamentarischen Kreisen glaubt man übrigens an diese Möglichkeit kaum; selbst die vertrauten Freunde des Reichskanzlers meinen, daß er bei seinem „überaus krankhaften Zustande, seiner permanenten Schlaflosigkeit" auch nach Ablauf des Urlaubs seine Geschäfte schwerlich wieder zu übernehmen im Stande sein wird.

— Die beiden ersten Sitzungen des Reichstags nach den Ferien verliefen höchst langweilig; wäre Jemand so grausam gewesen, auszählen zu lassen, so hätten wahrscheinlich gar keine Sitzungen stattfinden können. Das Einzige, was in der Mittwochssitzung das Interesse der anwesenden Abgeordneten auf kurze Zeit fesseln konnte, war der preußische Schnaps und der Bismarck'sche Urlaubsbrief. Letzterer läßt Alles in der Schwebe: dem Urlaub ist keine Grenze gesetzt, was mit anderen Worten bedeutet, daß die Reichskanzlerkrisis auf unbestimmte Zeit fortdauert. An eine Rückkehr Bismarck's an das Staatsruder glauben nur sehr Wenige, den Reptilienblättern zum Trotz, die so thun, als ob Alles beim Alten bliebe. Im Grunde genommen begehen diese Blätter, die es jetzt so darstellen, als hätte Fürst Bismarck blos um einen Druck auszuüben seine Entlassung gegeben, eine Bismarckbeleidigung, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. — Im Augenblick, wo dieses Blatt zur Presse geht (Freitag), beschäftigt sich der Reichstag mit dieser, in mehr als einer Hinsicht traurigen Angelegenheit. Wie? das werden wir in nächster Nummer sehen.

— Der Kronzeuge Matthiä — unsere Leser werden sich vom letzten Berliner Arnimprozesse her des Elenden noch erinnern — ist mit reichem Lohne für seine Erbärmlichkeit aus der Reichshauptstadt wieder in seine Heimath zurückgekehrt. Einige Zeit hat er in der Decker'schen Hofbuchdruckerei das Amt eines Correktors versehen, der Sprung vom Setzerlehrling zu dieser Stellung scheint aber dem hochstrebenden „Ehr"geize des Subjektes nicht genügt zu haben; er fühlte sich unbehaglich und wünschte eine „anständigere" Versorgung. Das war jedoch nicht leicht, da selbst die Kreise, welche die Spionage seiner Zeit als patriotische Heldenthat feierten, sich verschlossen zeigten. Es fand sich indeß schließlich ein Ausweg — der Kronzeuge erhielt eine Anstellung in der Registratur der deutschen Gesandtschaft in Japan; er ist mit Paß und Reisegeld ausgerüstet und hält sich nur noch zu dem Zwecke in seiner Heimath auf, um seine Abschiedsbesuche zu machen. Auch dem Vaterhause hat er einen Besuch abgestattet, dort aber eine solche Aufnahme gefunden, daß ihm die Abschiedsbesuche wohl verleidet sein werden.

Daß dieser Mensch ebensowohl in Japan als in Europa zu allen nützlichen und ehrenhaften Beschäftigungen — Dank seinen Verführern in Amt und Würden! — verdorben ist, darüber kann kein Zweifel herrschen; ebensowenig darüber, daß er bis an sein Lebensende preußischer Staatspensionär bleiben wird. Bismarck's Preußen ist ja reich genug, seine Schande zu bezahlen!

— Ein interessanter Gotteslästerungsprozeß kam am 7. April vor dem Schwurgericht zu Eßlingen zur Verhandlung. Der Angeklagte ist der 81jährige Lehrer an der Stuttgarter Realschule, Professor Karl Friedrich Eugen Maier. Im Frühjahr 1876 war im Verlage von Conrad Wittwer in Stuttgart eine von Maier verfaßte Schrift „Versuch einer monistischen Begründung der Sittlichkeitsidee" erschienen und in circa 400 Exemplaren verbreitet worden. Auf eine Denunziation des evangelischen Pfarrers Kapff von Rieth wurde wegen einer Stelle Anklage erhoben auf Grund des § 166 des Strafgesetzbuchs, da nach Ansicht des Denunzianten und der Staatsanwaltschaft darin öffentlich durch beschimpfende Aeußerungen Gott gelästert sei. Die inkriminirte Stelle lautet:

„Gerade vom moralischen Gesichtspunkte aus kann man, mag es auch noch so blasphemistisch klingen, sich des Gedankens nicht wohl erwehren, daß ein allmächtiger und allwissender Gott, der alles das namen- und zahllose Elend (zu dessen Linderung und Minderung nach Kräften beizutragen Lebenszweck des edlen Menschen ist) auf Erden zuließe, während er es doch durch einen bloßen Willensakt verhindern könnte, selbst in dem Falle, wenn dasselbe verschuldet sein könnte (was doch durchaus nicht zutrifft) nach geläuterten sittlichen Begriffen ein rachedürstendes moralisches Ungeheuer sein müßte, das nach dem bekannten Ausspruche eines Communards guillotinirt zu werden verdiente. Man denke, abgesehen von den alltäglichen Menschen- und Thierquälereien, an Fälle wie die Bremerhafener Explosion und die durch gräßliches Unglück gestörte Weihnachtsfeier in Herlikon."

Die gesperrt gedruckten Worte sollen nach der Ansicht des öffentlichen Anklägers die Gotteslästerung enthalten. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich dieses Vergehens schuldig gemacht zu haben, da er weder sich eines solchen bewußt gewesen, noch die Absicht dazu gehabt. Der wissenschaftliche Charakter der Schrift spreche dagegen. Der Angeklagte citirt nun mehrere philosophische Schriften, in denen mit dürren Worten ganz ähnliche „beschimpfende Aeußerungen" sich vorfanden, insbesondere eine Aeußerung von John Stuart Mill in seiner Selbstbiographie, kürzlich herausgegeben in Stuttgart, welche Aeußerung dahin geht, daß ein solcher Gott der „Inbegriff alles erdenklich Hassenswerthen" sei. Warum der Staatsanwalt nicht den Ruhm suche und die Pflicht erfülle, diese Schrift zu verfolgen? Der Angeklagte hebt weiterhin mit Recht hervor, daß die „Frommen" den unter anständigen Leuten einzig richtigen Weg hätten einschlagen sollen, nämlich: Gegengründe aufzustellen; statt dessen hätten sie ihn denunzirt. Dem gegenüber hebt die Staatsanwaltschaft hervor, dem Angeklagten habe es nicht an dem Bewußtsein und der Absicht des Vergehens gefehlt. Der wissenschaftliche Charakter des Werkes könne nimmer einen objektiv beschimpfenden Ausdruck wie „rachedürstendes moralisches Ungeheuer" decken, der geeignet sei, ein Aergerniß zu geben. Die Geschworenen standen diesmal auf Seiten der Vernunft und fällten nach kaum viertelstündiger Berathung mit einer Mehrheit von 8 gegen 4 Stimmen den Wahrspruch auf „Nichtschuldig", worauf die Freisprechung des Prof. Maier erfolgte.

Somit wäre dieser eine Angriff eines königlichen Staatsanwalts auf die Wissenschaft und ihre Lehre gescheitert. Beschämenderweise — für alle Reichsbegeisterten — gehört dieser Fall zu den Ausnahmen im deutschen Reiche.

— Bevormundung der studirenden Jugend. Man schreibt uns aus Münster d. d. 9. April: Zur hiesigen Akademie gehört ein Lesezimmer, auf dem außer den auswärtigen Zeitschriften und Blättern, die gehalten werden, die Pflichtexemplare sämmtlicher Zeitungen der Provinz Westfalen aufliegen. Nur die „Westfälische Freie Presse" fehlt, obwohl, wie wir gehört haben, die Redaktion derselben von dem Bibliothekar eigens aufgefordert ist, ein Pflichtexemplar zu liefern. Nun ist es zwar nicht die Pflicht der Bibliothek, die bei ihr einlaufenden Zeitungen auf dem Lesezimmer des Vereins auszulegen, und man konnte darum über das Fehlen der sozialdemokratischen „Westfälischen Freien Presse" höchstens sein Bedauern ausdrücken. Aber eines entschiedenen Tadels bedarf es, und es verdient als ein der ganzen Studentenschaft der hiesigen Akademie angethaner Schimpf und als Akt geistigen Despotismus an den Pranger gestellt zu werden, wenn die Auslegung der „Westfälischen Freien Presse" deshalb unterlassen bleibt, „weil die Studenten noch nicht fähig seien, die sozialdemokratischen Ideen nach ihrem wahren Werthe zu verstehen und zu würdigen und weil man es nicht zulassen dürfe, daß die unerfahrene Jugend durch die Phrasen der sozialdemokratischen Presse auf deren Irrwege geführt werde."

Wir fragen: Sind die Studenten etwa mehr „befähigt", die liberalen Lehren, die verwickelten liberalen Lehren von der complizirten Verwaltung, Politik und Volkswirthschaft, als die einfachen und klaren Ideen der Sozialdemokratie zu verstehen? Wir fragen: Wo bleibt die Unterrichts- und Bildungsfreiheit, mit der sich die Liberalen so sehr brüsten? Ein Student soll also in Beziehung auf sein Studium von dem oft sehr beschränkten Urtheil des Bibliothekars abhängig sein, ob dieser ihn für reif oder unreif erklärt, irgend eine Schrift zu verstehen! Das riecht schon stark nach russischen Zuständen oder nach deutschen zu einer Zeit, wo die Druckerschwärze der Censur noch ihre schwarzen Male zeichnete.

So viel wir wissen, sind obige Aeußerungen und das damit begründete Verfahren nur vom Bibliothekar Stender ausgegangen, und wir können nicht positiv behaupten, daß höhere Beeinflussungen dahinter stecken; aber nichtsdestoweniger vermuthen wir es. Bereits zu verschiedenen Malen sind Anträge gestellt worden, eins oder mehrere sozialdemokratische Blätter von Außen zu halten, jedoch sind sie immer zurückgewiesen worden. Dabei ist zu bemerken, daß das Bewilligungsrecht von dem aus drei Lehrern und zwei Studenten bestehenden Vorstande geübt wird.

Wir brauchen über die Maßregel keine weiteren Worte zu verlieren. Sie charakterisirt sich selbst als eine Illustration zu den gepriesenen liberalen Zuständen Preußens.

— Volksthorheit und Königsbank. Alle Herrscherfamilien, auch die allerschlechtesten, haben die Volksgutmüthigkeit für ihre Hauszwecke auszubeuten vermocht und mit Hilfe dieser unverzeihlichsten Charakterschwäche des Volkes mit dessen Gut und Blut schnöden Schacher, schamlosesten Mißbrauch getrieben. So fanden auch die 1866 aus Hannover vertriebenen Welfen viele ihrer angestammten „Unterthanen" bereit, sich ihnen für den Fall einer, gleichviel wenn möglich werdenden, Erhebung gegen das siegreiche Preußen zur bedingungslosen Verfügung zu

Deutsche Plimsoll's.

Für die Gegenwart ist „der deutsche Plimsoll" vorläufig noch ein frommer Wunsch; in der Vergangenheit haben aber Plimsoll's bei uns gelebt und gewirkt, und zwar am Rhein u. A. in Straßburg. Anläßlich der jüngst aufgetauchten Frage einer „Untersuchungscommission für Rheinschiffe" macht ein Correspondent der „Frankfurter Zeitung" auf die vor Kurzem erschienene Schrift Carl Loeper's, „Die Rheinschifffahrt in Straßburg in früherer Zeit" aufmerksam. Darin wird erzählt, wie bei der Straßburger Schiffleut-Zunft, einer der angesehensten Gewerbecorporationen nicht bloß im alten „Stratiburg" (Straßburg), sondern auch entlang des ganzen Rheines — hatte man sie doch in einem gar nicht so sehr zu mißbilligenden Sinne die „Erfinder der Rheinschifffahrt" genannt — von der Zunft selbst jährlich fünf „frome, erbare" Männer erwählt wurden, welche den Namen „Fertiger" führten, den heute kein Conversationslexikon mehr kennt. Wir empfehlen das Wort Herrn Stephan für die Eisenbahnconducteure, die ja ohnehin schon jetzt, wenn sie den Zug abfahrtsfähig halten, ihr „fertig" erschallen lassen. Diese mußten beim Befrachten der Schiffe zugegen sein und darauf sehen, daß das Schiff nebst Zubehör in gutem Zustande sich befand und das Beladen ordnungsmäßig geschah. Sie mußten einen Eid des Inhalts schwören, daß sie Niemand abfahren lassen wollten, wenn Schiff und Geschirr nicht gehörig besichtigt wären. „Und sie beduncket", heißt es im alten Artikel-Buch der Zunft von 1446 wörtlich, „das der Schiffmann sich vberladen habe oder der Ruder, der Lay (Steuer) zu klein vnd schwach were, oder Mangel am Rieggeschirr, dadurch Schaden vnnd Nachtheil, Windt oder Wetters halber möchte entstehen, so sollen sie den Schiffsman heißen wider außladen, wo die Geschir nit verschafft, andere zu nemmen, vnnd soll ihnen der Schiffsman hierinen gehorsamen ohne Widerredt, auch sollichen außgeladnen vbrigen Last einem andern, so nechst fahren will, vnnd der Last laden kan, zuweisen, darmitt der Kauffmann nit gesaumett werde." Mit der Abfertigung des Fahrzeugs überantworteten sie gleichzeitig die Fracht in die Gewalt der Steuerleute und übernahmen damit zugleich eine Verantwortlichkeit gegenüber den Befrachtern. Es lag nahe, denselben auch die Feststellung des Wasserstandes und die Bestimmung der zur Fahrt erforderlichen Zahl der Schiffsknechte zu überlassen. Auch die fiskalische Vertretung wurde in ihre Hände gegeben. Denn einer der Fertiger hatte stets nach erfolgter Befrachtung des Schiffes ein Verzeichniß der eingeladenen Güter anzulegen, welches von dem Schiffmann im Kaufhause abzugeben war, woselbst die im Interesse der Stadt zu erhebenden Gebühren entrichtet wurden. Mindestens drei, später fünf beim Befrachten des Schiffes anwesende Fertiger hatten diese Verzeichnisse („Zettel") zu unterschreiben. Die besondere Sorge der Straßburger Schiffer hatte freilich auch ihre besondere lokale Veranlassung. Die Schifffahrt auf dem oberen Theile des Rheins war um so schwieriger, als häufig die hier und dort bewaldeten Ufer nach erfolgter Ueberspülung, abbrachen und dadurch Bäume und Sträucher in die eigentliche Fahrstraße gelangten, welche nebst den Sandbänken die Flußbahn unsicher und für die Schifffahrt schwierig, ja selbst gefährlich machten. Darum wurde der Rhein vor Abfahrt eines jeden Schiffes bis nach Neuburg (bei Germersheim) visitirt: auf einem Kahn vorher abgesandte Steuerleute wurden verpflichtet, an jeder gefährlichen Stelle des Rheins, insbesondere da, wo ein verschlämmter Baum in der Fahrstraße lag, einen Stab einzuschlagen. Nach der zu Wagen ausgeführten Rückkehr der Steuerleute hatten dieselben einem der Fertiger genau anzugeben, in welchem Banne sie dergleichen Stäbe befestigt hatten. Erst dann gaben sie demselben die eidliche Erklärung ab, daß sie bereit wären, das Schiff „mit Gottes Hilfe" zu führen. Sonderbarer Weise erhielten sich diese „Fertiger" noch, als die Straßburger Schiffleut-Zunft schon manchen schweren Stoß erlitten hatte und zur Neige ging. Nach wie vor wurde jedes Schiff unter der Aufsicht der Fertiger, dieser Vertrauenspersonen des Handels- und Schifferstandes, beladen und expedirt. Erst mit dem Aufkommen einer neuen, auf Arbeitstheilung basirenden Selbstverwaltungsform der modernen Versicherungs-Gesellschaften, mußten die Fertiger weichen. Die Kaufleute und die Schiffer bedurften der Mittelspersonen nicht mehr, die Gefahr hatte ja ein Anderer übernommen: eben die Assekuranz-Compagnie.

Welcher Unterschied zwischen dem Selfgovernement von heute und von damals! Loeper hat wohl recht, wenn er sagt: „Man hat behauptet, daß die Zunft eine Krücke gewesen sei, an der die Genossen derselben Gehen und Stehen verlernten. Dies mag im Allgemeinen richtig sein, indessen bei der eigenartig organisirten Schiffleutzunft in Straßburg traf dies weniger zu; besaß dieselbe doch einzelne Vorzüge der modernen Genossenschaft."

— Tribünen-, Katheder- und sonstige Gedankenperlen. Wir erfreuen uns, so meinen die „Hess. Blätter", eines herrlichen Sagenkreises von Blüthen des Unsinns, die Tribüne und Katheder perennirend umranken. Da hat im Sturm und Drang der Begeisterung — es war im Freiheitsrausch des Jahres 1848 — ein Redner in einem Bilde gesprochen, er hat die Herzen der Hörer getroffen und es folgt eine Explosion donnernden Beifalls. Und was hat der Demosthenes gesprochen? Er rief: „Wir wollen alle Schiffe hinter uns verbrennen und dann mit vollen Segeln hinaussteuern in den Ozean der Freiheit!" Justizminister Hye rief damals den Wiener Studenten in der Aula zu: „Der Wagen der Revolution rollt und fletscht die Zähne!" Und welcher Blödsinn blüht in der loyalen Ansprache des rheinischen Bürgermeisters, als der Reichsverweser durch seine Stadt kam. „Kein Oesterreich", sprach der Biedermann, „kein Preußen, ein einziges Deutschland! Das war der Spruch, den der Mund Ew. Kaiserlichen Hoheit stets im Auge hatte." Dem ähnlich giebt Professor Johannes Scherr in der 5. Auflage seiner allgemeinen Geschichte der Literatur von der Lyrik Lenau's folgende Charakteristik: „Aus dunkeln Regionen philosophischer Probleme läßt der Dichter plötzlich wunderschöne Liederschwärme auftauchen, die stolz und anmuthig zugleich über die räthselhaften Tiefen dahingleiten, fernblitzende Gedankenperlen im Schnabel tragend." Also Lieder tragen Perlen im Schnabel! Und warum auch nicht? Die selige Mühlbach sagte von einem Mädchen, das tiefe Reue empfand: „Sie kniete in dem Tempel ihres Inneren und betete inbrünstig". Das macht ihr kein Kautschukmann nach. Im deutschen Reichstag endlich hat Graf Bethusy Huc (die „Hessischen Blätter" nennen irrthümlich einen Grafen Frankenberg, der indeß nicht existirt, und unter dem wohlder [auf dem Kothurn sitzende] Freiherr von Frankenstein verstanden sein soll) unsere

stellen; und der in maßlosem Königsdünkel verkommene blinde Exkönig entblödete sich nicht, aus seinen „Getreuen“ die ihrerzeit vielgenannte „Welfenlegion“ zu bilden. Ueber das Ende, welches dieselbe genommen, berichtet der „Hannov. Courier“: „Es bestätigt sich, daß die letzten Schicksale und Unternehmungen der Legionäre ebenso traurig und erbärmlich gewesen sind, wie die Gründung der Legion thöricht und unbesonnen war. Bekanntlich stammte ein großer Theil der jungen Leute aus dem Kreise Gifhorn; von dort erhalten wir jetzt genauere Kunde über die Schicksale der verblendeten, unglücklichen Mitglieder der Legion. Als im Jahre 1868 die Auflösung derselben angeordnet wurde, kehrte ein Theil der Leute in die Heimath zurück; eine Schaar von 200 Mann dagegen begab sich nach Amerika, blieb hier in einem gewissen Zusammenhange und wartete auf den günstigen Augenblick der Rückkehr nach Europa. Kaum erscholl die Kunde vom Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich, als sich etwa 180 der Legionäre sofort an Bord eines Dampfers begaben zur Reise nach Frankreich, um am Kampfe gegen Deutschland Theil zu nehmen. Sie landeten Ende August. Da erfuhren sie die Nachricht, daß Deutschlands Armeen in mehreren Schlachten siegreich gewesen waren; und auch das Bitterste blieb ihnen nicht erspart: kein Franzose wollte ihnen glauben, daß sie kämen, gegen ihr eigenes Volk zu kämpfen. Die Bezeichnung Hannovriens nutzte ihnen nichts; sie wurden für Spione gehalten, gefangen genommen und waren nahe daran, erschossen zu werden, als ein Befehl kam, sie gegen gefangene Franzosen auszuliefern. In Folge dessen wurden sie in die Nähe der deutschen Heere transportirt, ohne zu wissen, was aus ihnen werden sollte. Erst auf der vorletzten Station wurde ihnen mitgetheilt, wozu sie bestimmt waren; da erklärten alle, sich lieber sofort erschießen lassen zu wollen, als ausgeliefert zu werden. Nach Zeiten harter Noth und abermaliger Todesgefahr wurden die unglücklichen Leute endlich nach dem Süden Frankreichs transportirt. Immer noch behandelt wie Spione, nicht erfreut durch die Nachrichten von neuen großen Siegen ihrer Landsleute, landeten sie im Herbst 1870 in Algier. Dort sind viele im Kampfe gefallen, noch mehrere sind vom Fieber fortgerafft; nur wenige sind später nach Europa zurückgekehrt und fristen jetzt größtentheils in Oesterreich, fern von den Ihrigen, ihr verfehltes Dasein. Die Erfahrungen, welche sie 1870 in Frankreich gemacht haben, sind ihnen nicht unnütz gewesen; die Mittheilungen der Flüchtlinge haben in ihrer Heimath auf die thörichten Hoffnungen und Träume der welfisch gesinnten Landbevölkerung ernüchternd und herabstimmend eingewirkt.“ — Soweit der „Hannoversche Courier“! Ob seine Mittheilungen in allen Punkten der Wahrheit entsprechen, ist gleichgiltig; im Wesentlichen sind sie richtig und enthalten eine Lehre, die sich die Leute da, wo es noch blinde Herrschertreue — Hundedemuth, statt Männerstolz, vor Königsthronen — geben sollte, hinter die Ohren schreiben mögen. Diese Art „Treue“, welche auf ganz einseitiger, jeder vernünftigen Begründung und jeder Spur von Gegenseitigkeit entbehrenden Hingabe und Preisgebung der Interessen des Einen an den Anderen beruht, verdient allerdings keine andere Art der Belohnung, als sie die Welfenlegionäre von ihrem Welfenkönige, der sie einem elenden Geschick schutzlos überliefert hat, empfangen haben. Die vornehmste Aufgabe eines Jeden, der als Mensch geachtet und berücksichtigt werden will, ist zunächst energisches Eintreten für die eigenen Interessen gegenüber fremder Ueberhebung und insbesondere jener Ueberhebung, welche „geborene Herrscher“ von ihren „Unterthanen“ blinde Treue — Treue „bis in Noth und Tod“ — fordern läßt. Wo es keine Knechte giebt, da giebt es keine Despoten — das ist ein allezeit wahres Wort!!

— Mit den Erfolgen wachsen auch die Verfolgungen — dieses Wort Lassalle's paßt auf die Gegenwart vollkommen. Die Erfolge der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen, der erfreuliche Aufschwung der sozialistischen Presse und die damit in Zusammenhang stehende bereitwillige Aufnahme, welche die sozialistischen „Irrlehren“ im Volke finden, haben die Gegner des Sozialismus im hohen Grade kopfscheu gemacht. Was Wunder, wenn alles aufgeboten wird, um der Ausbreitung des Sozialismus Einhalt zu thun. Neben dem „geistigen Kampf“, welcher von den Sozialistenfeinden jetzt so gut wie aufgegeben ist, ist es vornehmlich die Polizei, die die „bedrohte Gesellschaft“ retten soll — gewiß keine Empfehlung für letztere. An solchen polizeilichen Gesellschaftsretterthaten ist neuerdings zu verzeichnen die Schließung der sozialistischen Arbeiterpartei in Meerane durch folgende Verordnung:

„An Herrn Florenz Voigt hier. Nach Ablauf der Ihnen mittelst Verfügung vom 26. Februar dieses Jahres gesetzten Frist zur Einreichung der Statuten der sozialistischen Arbeiterpartei (die Partei sollte gleich einem Lokalverein Statuten einreichen) wird dieser Verein hiermit aufgelöst und haben von jetzt ab weitere Versammlungen desselben bei Vermeidung der in § 33 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1850 angedrohten Strafen zu unterbleiben.

Meerane, am 4. April 1877. Der Stadtrath.
Dr. Klotz, Bürgermeister.“

Wo es gilt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, da können die Münchener Gesellschaftsretter natürlich nicht fehlen. Und so standen denn am 7. April vor dem Bezirksgericht München l. d. J. Parteigenosse Pröbstl nebst 26 Genossen — angeklagt waren 46 —, um sich wegen Fortführung eines polizeilich geschlossenen Vereins zu verantworten. Die Angeklagten vertheidigten sich glänzend und endeten die Verhandlungen erst Abends 10 Uhr. Der Staatsanwalt beantragte Gefängnißstrafen von 1 Monat 15 Tagen bis zu 2 Jahren 2 Monaten. Die Urtheilspublikation wurde bis zum 14. April vertagt. Daß die Angeklagten freigesprochen werden sollten, ist bei dem tendenziösen Charakter aller dieser sogenannten „Rechts“prozeduren nicht zu erwarten. Aber sintemalen es feststeht, daß den Erfolgen die Verfolgungen auf dem Fuße folgen, daß andrerseits aber die Verfolgungen nur immer wieder neuen Erfolgen die Wege ebnen — können wir angesichts dieser Wahrheiten frohlockend ausrufen: Es leben unsre Feinde, die Freunde!

— Der Nothstand in Schlesien ist nach Versicherungen der „satten Leute“ gar nicht so groß, wie er dargestellt wird, und ein eigentlicher Hungertyphus existirt gar nicht. Das heißt mit anderen Worten: um die „satten Leute“ zu rühren, müßte die Noth weit größer sein als sie ist, und um an den Hungertyphus zu glauben, müßten die Arbeiter erst wirklich Hungers sterben. Mit dieser Logik freilich können und wollen wir nicht rechten, aber sie ist würdig Derer, die den in Schlesien trotz alledem herrschenden Nothstand verschuldet haben. Ganz anders wie die obigen, den Nothstand ableugnenden Versicherungen nehmen sich die Schilderungen aus, welche die Nothleidenden selber von ihrer Lage geben. Wir könnten mit mehreren derartigen Schilderungen aufwarten, wollen aber für jetzt davon Abstand nehmen und nur eines Aufrufs erwähnen, den die „Wahrheit“ in Breslau in ihrer Nummer vom 8. d. M. zum Abdruck bringt. Nach einem Hinweis auf das Elend, unter welchem die Weber im schlesischen Eulengebirge seufzen, gedenkt der Aufruf auch der Verurtheilung von vier Mitgliedern des Arbeiterwahlcomités des Reichenbacher Wahlkreises zu insgesammt 374 Mark. Die Verurtheilten sind wackere Parteigenossen, und fordert die „Wahrheit“ die Gesinnungsgenossen auf, die Familien der Verurtheilten, welche Letztere, da sie unvermögend sind, wahrscheinlich auf längere Zeit in's Gefängniß werden wandern müssen, durch Unterstützung vor der härtesten Bedrängniß zu bewahren. Die Expedition der „Wahrheit“ (Breslau, Schuhbrücke 42, I) ist erbötig, Geldbeiträge in Empfang zu nehmen. Helfen wir im Kleinen, im Großen ist der Staat zu helfen verpflichtet!

— Aus Schottland. Die Schiffszimmerleute am Clyde, etwa 3000 Mann stark, haben die Arbeit eingestellt, weil die Meister sich geweigert haben, eine Gehaltserhöhung von einem Penny pro Stunde zu gewähren. Die Meister hoffen auf den Sieg und rechnen namentlich auf Zuzug aus Deutschland; die deutschen Schiffszimmerleute sind daher ermahnt, ihrer Pflicht gegen die englischen Arbeitsbrüder eingedenk zu sein.

— Die Arbeitslosigkeit in Nordamerika hat, das geben nun selbst dortige Bourgeoiszeitungen zu, erschreckliche Dimensionen angenommen. Die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter beträgt gegenwärtig nicht wenigr als 2 Millionen, wovon 50,000 auf Newyork kommen. Ein allgemeiner Wiederaufschwung des Geschäfts wird für die nächste Zeit nicht erwartet. Die Löhne sind fast in allen Beschäftigungszweigen beträchtlich gefallen und neigen sich noch immer abwärts. Es werden keine Eisenbahnen gebaut, viele Fabriken sind geschlossen und die Hälfte der Arbeiter feiert. In den Bergbau-Distrikten herrscht großer Nothstand.

— Parteigenosse Franz Rohleder, dessen Maßregelung (er wurde, weil er den Eid, als seinem Gewissen und seinem wissenschaftlichen Standpunkt zuwiderlaufend, verweigerte, von seiner Stelle als Lehrer am Progymnasium zu Friedberg in der Neumark entfernt — Aera Falk!) unseren Lesern noch erinnerlich sein wird, ist mit dem 10. d. in die Redaktion des Münchener „Zeitgeist“ eingetreten.

— Der Redakteur der „Glauchauer Nachrichten“ wurde am 4. April in zweiter Instanz zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er durch Veröffentlichung des Gedichtes: „Vor dem Kreuze“ nach Ansicht der Richter sich die Vergehen der Gotteslästerung und Religionsschmähung hatte zu Schulden kommen lassen.

Schlußantwort auf Gustav Rasch's „Deutsche Flüchtlinge in London“.

London, 17. März 1877.

An den Redakteur des „Vorwärts“.

Geehrter Herr!

In Folge von Postverschleuderung kam ich erst dieser Tage in den Besitz des zweiten Angriffs von G. Rasch. Ich kann mich daher erst heute nochmals an Sie wenden, in der Hoffnung, daß Sie mir — der von einem bisherigen Freunde und Gesinnungsgenossen ganz unprovozirt — lediglich aus kleinlich-persönlicher Malice — politisch verleumdet worden war, das Recht der Schlußantwort gestatten.

Im „Volksstaat“ vom 30. Juli 1876 erschien Rasch's erster Artikel. Diesen Artikel sandte Rasch, laut Poststempel aus Heiden (Schweiz), erst am 20. September an mich ab, während er wohl wußte, daß der „Volksstaat“ Ende September einging. Von einer längeren Ferienreise zurückgekehrt, konnte ich nicht früher antworten. Indessen hatte der ritterliche Verleumder meiner Ansichten offenbar darauf gerechnet, daß mir unter den Umständen gar keine Möglichkeit bleiben würde, im „Volksstaat“ zu erwidern! Jetzt aber ist er keck genug mir vorzuwerfen, daß ich „drei Monate hindurch auf seinen Artikel geschwiegen.“ Dabei vergißt er, daß er auf meine Antwort vom 26. Oktober („Vorwärts“ vom 12. Nov.) zwei Monate still schwieg!

Unfähig, die ihm von mir nachgewiesenen Unwahrheiten zu widerlegen, greift er auf eine vor bald siebzehn Jahren vorgefallene Angelegenheit zurück, die ihn nicht abgehalten hatte, bis zum Sommer 1875 mit mir in freundschaftlichstem Verhältniß zu bleiben. Was es mit seiner heiligen Empörung zu Gunsten eines seiner „unbestechlichen Freunde“ auf sich hat, konnte er im „Vorwärts“ vom 11. Februar lesen. Ich selbst werde auf die an den Haaren herbeigezogene Sache hier nicht weiter eingehen, als mit der Bemerkung, daß ich 1859 meine Erklärung dem Sachverhalte gemäß abgab, und daß ich Herrn Rasch für sein tückisches Verfahren nur meine gründliche Verachtung ausspreche.

Wie? Erst am 12. Januar 1877 — nicht einmal in seinem ersten Angriffe! — will mir Herr Rasch die Eigenschaft eines Lügners anheften? Und all' die langen Jahre hindurch hat er sich meinen Freund genannt, hat mich besucht und öffentlich lobend über mich geschrieben? Wie? noch im Sommer 1875 wollte er mich, einen alten verstockten Junggesellen, brieflich und mündlich wiederholt dringend überreden, eine mir gänzlich unbekannte Freundin von ihm in den Alpen zur Ehegemahlin zu nehmen: „da unter all' seinen Freunden Keiner wäre, der sie verdiene, als ich?“ Wie konnte er so schändlich handeln, seiner Freundin einen „Bären“ als Gatten aufbinden zu wollen?

Hier noch eine Probe eines hübschen „Lügchens“ von Rasch. Im „Volksstaat“ hatte er geschrieben: „Nun, lange hielt ich es bei diesen guten Deutschen (u. A. mich damit meinend) nicht aus .... und besuchte die Rothen und Sozialisten.“ Das war denn doch nicht ganz so. Noch, als ich auf der Rückreise nach England in Paris ankam, fand ich in meinem Hotel, das Rasch zum Voraus von mir erfahren hatte, folgende Zeilen mit seiner Karte: „Lieber Freund — wir wohnen also 54, Rue de l'Arbre sec I. Vielleicht haben Sie hier in Paris für uns einige Stunden Zeit. In London hatten Sie es nicht. Gustav Rasch, Doctor juris utriusque.“ Ich suchte ihn auf ohne ihn zu treffen. In ungerechtem Zorn darüber, daß ich nicht zum zweiten Male kam — denn Nichts, absolut Nichts fiel zwischen ihm und mir vor — griff er mich an! Welcher Charakter!

Um nicht schon Gesagtes zu wiederholen, sei hier nur erwähnt, daß für die behauptete Thatsache, Herrn Rasch sei wegen unziemlichen Schimpfens auf sein eigenes Vaterland sogar auf dem Bureau eines Elsässer Blattes die Thüre gewiesen worden, unabhängiges Zeugniß vorhanden ist. Es war auf dem „Journal d'Alsace“ (nicht „Alsacien“, wie ich mich verschrieben hatte). Den Schreibfehler benützt Rasch zur bequemen Ableugnung.

Daß ich ihn in den hiesigen „deutschen Verein für Kunst und Wissenschaft“ je eingeladen, ist abermals eine Unwahrheit. Im Gegentheil vermied ich dies, indem ich ihm, in Anbetracht seiner leidenschaftlichen rücksichtslosen Manier, offen sagte: er würde sich dort mit Manchem nicht vertragen. Er gab mir dabei selbst Recht. Ich fürchtete, man möchte ihm die Thüre weisen, ein ihm nicht fremdes Vorkommniß. Jetzt sagt er in einem Athem: ich sei ein Preußenheuchler, und ich müsse der „Preußen“ halber in jenem Vereine in der Ecke sitzen. Die eine Unwahrheit schlägt die andere.

Er selbst aber ist plötzlich, zu allen andern Seuchen, auch noch von der Preußenseuche angefressen worden. Sein schönes Werk über Elsaß-Lothringen ist bei dem früheren Verleger des Dezemberkaisers und Plon-Plon's unter dem Titel: „Les Prussiens en Alsace-Lorraine par un Prussien“ herausgekommen. Der Uebersetzer ist Dr. Leger, der über das Slaventhum in Böhmen schrieb. Ein sonderbares Trio! Für den Hannoveraner Rasch ist das Preußenthum schon gut genug, wenn es sich darum handelt, dem Vaterlande wieder Feinde auf den Rücken zu hetzen und sich selbst mittlerweile die Taschen zu füllen.

Von seiner unerhörten Denunziation, die er bei Louis Blanc gegen mich ausspielte, erfahre ich zum ersten Male durch ihn selbst. Nochmals erkläre ich: seine Behauptung meines angeblichen Wunsches, „Paris zerstört zu sehen“, ist eine erbärmliche Lüge. Wenn Rasch auf meine Mittheilung, daß für Karl Blind noch heute Frankreich verschlossen ist, erwidert: diese Angabe sei „lächerlich“, so diene ihm zur Nachricht, daß Louis Blanc selbst, mit welchem Karl Blind seit 20 Jahren in vertrautestem Freundschaftsverhältniß steht, sich nach dem Krieg um Aufhebung des Verbannungsdekretes von 1849 bemüht hat, daß aber die Regierung der Republik dasselbe mit Brief und Siegel neu bestätigte. Dies Dokument hat Louis Blanc selbst an Karl Blind übermittelt, den er seit dem Kriege hier wiederholt bei seiner zeitweiligen Rückkehr nach England besuchte. Da Rasch die ehrende Biographie Blind's (1867) schrieb, ihm auch Bücher widmete, so mag er sich's notiren, wohin die Gehässigkeit ihn, Rasch, jetzt führt.

Ueber seinen angeblichen Besuch bei Arnold Ruge hat dieser ihm in der „Westlichen Post“ U. S. heimgeleuchtet. Rasch hat Ruge gar nicht gesehen! und Alles, was er über den Besuch sagt, ist erfunden! — Prächtig ist der Vorwurf der „Charakterlosigkeit“ gegen den todten Revolutionsdichter (was man sein kann, ohne Verrath am Vaterlande zu begehen) Ferd. Freiligrath, neben dem gleichzeitigen Lobgesang auf den Montenegriner-Fürsten, dessen Unterthanen den Kriegsgefangenen Nasen und Ohren abschneiden, und der eine russische Subvention von 8000 Dukaten und eine französische von 50,000 Frcs. bezieht. (S. „Kolb's Handbuch der Statistik“, 4. Aufl. S. 424.)

Sammlung mit zwei schätzenswerthen Beiträgen erweitert. Schon vor einigen Jahren wollte er „den Strom der Zeit bei der Stirnlocke ergreifen“ und jüngst rieth er in einer Commissionssitzung dem Kriegsminister für den Fall, daß die Franzosen wirklich so friedlich gesinnt seien, wie dieser sie schildert, seine Stelle niederzulegen und „heimzukehren zu seinen väterlichen Ochsen“, eine Wendung, die offenbar die etwas freie Uebersetzung des Virgilischen „paterna rura“ (die väterlichen Aecker) sein sollte.

— Warnung. Unser Hamburger Parteiorgan, das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, schreibt: „Ein Schundroman, betitelt „„Arbeit und Kapital““, wird gegenwärtig colportirt, und zwar scheint es dabei namentlich auf Leser abgesehen zu sein, welche mit der Sozialdemokratie sympathisiren; denn es wird eine „„Gratisprämie““, welche die Abonnenten auf den fraglichen Roman erhalten sollen, umher gezeigt, die diese Vermuthung vollständig rechtfertigt. Dieselbe besteht nämlich in einem sehr zweifelhaften Oelfarbendruckbilde, auf welchem die Köpfe verschiedener bekannter Sozialisten zu sehen sind. Man wüßte dies nicht, wenn nicht die Namen beigedruckt wären, da von einer Aehnlichkeit der Bilder mit den betreffenden Personen gar keine Spur zu entdecken ist. Die arbeitende Bevölkerung sei hiermit vor dem Machwerk gewarnt.“

— Gottesfurcht und fromme Sitte. Aus Worbis schreibt man der „Germania“: An dem Königsgeburtstagsessen betheiligten sich etwa 40 Personen, darunter mehrere evangelische Pastoren. Einer dieser Herren, der Pastor von Wintzingerode, artete in seiner Jubellaune so aus, daß er Gläser und Flaschen zerschlug und aus dem Fenster beförderte, schließlich mußte er selbst exmittirt (an die Luft gesetzt) werden. In einem Nebenzimmer, wohin man ihn gebracht hatte, zertrümmerte er in seinem eigenthümlichen Festtagshumor nun gar den Ofen und warf auch hier verschiedene Sachen mit Getöse zum Fenster auf die Straße hinaus. Außerdem fielen späterhin noch verschiedene Zänkereien vor, die in Thätlichkeiten ausarteten. Der Skandal war so groß, daß der Landrath die Festtafel aufheben mußte. Bestraft werden die loyalen Herren wohl schwerlich werden. Der Zweck heiligt nicht blos die Mittel, sondern auch die Manieren.

— Ein zweiter „Julian“. Herr Gottschall, der Literaturhistoriker der sogenannten Gebildeten (auch Dichter und Kunstkritiker), hat seiner Zeit ein Machwerk geliefert unter dem Titel: „Portraits und Studien“, das folgende Stelle enthält: „Sein einförmiges Leben hatte Grillparzer im Jahre 1843 durch eine Reise nach Griechenland unterbrochen, auf welcher er einige Zeit in Konstantinopel und Athen verweilte.“ Darnach liegt Konstantinopel in — Griechenland. Wenn dies die Russen nur auch glaubten! Dann fährt Gottschall fort: „In spätern Jahren (also nach 1843) unternahm er (Grillparzer) eine Reise nach Deutschland, die ihn mit Goethe, Hegel und Tieck, mit Börne und Heine in persönliche Berührung brachte.“ Weiter gar nichts, Herr Gottschall? 1831 erlaubte sich Hegel, 1832 Goethe, 1837 Börne zu sterben, und ich glaube nicht, daß sie Grillparzer oder Gottschall zu lieb wieder auferstanden sind. Auch daß Heine vor 1843 nach Paris übergesiedelt und nicht mehr nach Deutschland zurückgekehrt, ist allbekannt. Und dabei wagt man's immer noch von französischer Ignoranz zu schwefeln!

— Genialer Blödsinn. Der Herzog von Meiningen — bekanntlich ein ausgezeichneter Theaterdirektor, der als Fürst seinen Beruf verfehlt hat — feierte vor kurzem seinen Geburtstag. Bei dieser Gelegenheit überreichte ihm sein Gast, der Zukunftsmusikant Richard Wagner ein Exemplar seiner gesammelten Werke. Der erste Band enthält nachstehende Widmung:

„Es giebt viele Meinungen,
Ich kenne nur ein Meiningen;
Es giebt Viele, die über mich herzogen,
Ich kenne nur einen Herzog.“

Wigela weia. O weia, o weia!

— Wie Einer Geschäfte zu machen sucht. Wir werden „höflichst ersucht“, nachstehendes Inserat in unser „geschätztes Centralorgan“, den „Vorwärts“, aufzunehmen, und sollen auch dafür sorgen, daß andere Parteiorgane von demselben Notiz nehmen:

„Wer ernstlich nebenbei sich etwas verdienen, oder mit wenig Geld ein eigenes Geschäft gründen möchte, beliebe seine Adresse nebst Einlage von 20 Pf. zu senden an

F. Fessel, Krahnenstraße 37, Cannstatt.“

Dies das Inserat. Und nun schleunigst recht viele Adressen eingesandt, aber auch die Hauptsache, die „Einlage von 20 Pfennig“ nicht vergessen, damit Herr Fessel „ernstlich nebenbei sich etwas verdienen“ und mit „wenig Geld“ ein „eigenes Geschäft“ machen kann. Wir wünschen viel Glück dazu, Herr Fessel!

Ich meinerseits halte es doch lieber mit den Gesinnungen, die einst Freiligrath begeisterten, und ziehe ihn dem Fürsten Nikolaus Petrowitsch und seinem „rothen" Freunde Rasch vor.

Hochachtungsvoll

Karl Schaible.

Correspondenzen.

Hagen, 16. März. Eine Nothstandsversammlung fand am Sonntag hierselbst statt, in welcher Herr C. Klein über die jetzige Nothlage eingehend referirte. Die Versammlung beschloß, nachstehende Denkschrift an die königl. Regierung in Arnsberg zu senden:

„Der so lange andauernde Nothstand veranlaßt die in einer Volksversammlung am 11. März cr. zusammengetretenen Arbeiter der Stadt Hagen in Folgendem ihre Ansichten und Wünsche behufs Abstellung des Nothstandes vorzulegen.

„Die Folgen einer unerhört schwindelhaften Gründerperiode vollständig planloser und Ueberproduktion, in Verbindung mit einer beständigen Kriegsgefahr, erzeugten eine totale Unsicherheit auf allen wirthschaftlichen Gebieten und brachten es dahin, daß die herrschende Krisis allenthalben, namentlich auch im Kreise Hagen, stündlich furchtbarer auftritt, infolge dessen Tausende von fleißigen und strebsamen Menschen zwischen Hungertuch und Bettelstab gestellt sind, ja Massen von Menschen in die Arme des Verbrechens oder zum Selbstmord getrieben werden.

„Das arbeitende Volk hat ein Recht auf Arbeit, deshalb wäre es im höchsten Grade verwerflich und unwürdig, wenn dieser überaus fleißige und strebsame Theil der menschlichen Gesellschaft durch Almosen oder unproduktive Arbeiten zwischen Leben und Sterben hingehalten würde.

„Der Staat und die Communen haben, namentlich bei herrschenden Nothständen, die Verpflichtung, ohne den langsamen Gang der angestrengten Untersuchungen durch die Bureaukratie abzuwarten, schleunigst die gebotenen Mittel zu ergreifen und Wege einzuschlagen, um solchen traurigen Zuständen zu begegnen und abzuhelfen.

„So erklärt es auch die Volksversammlung vom 11. März für Pflicht der königl. preußischen Regierung zu Arnsberg, sich der herrschenden Nothlage des Kreises Hagen anzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß alle diejenigen öffentlichen Bauten, Wegearbeiten 2c., für welche die Geldmittel bereits bewilligt, und diejenigen, welche projektirt sind, schleunigst in Angriff genommen werden.

„Als eine dieser nothwendig vorzunehmenden Arbeiten bezeichnet die heute im P. Bettermann'schen Lokale tagende Volksversammlung die schon seit vier Jahren projektirte, genehmigte und befohlene Ueberbrückung der Chaussee über den Eisenbahnkörper zwischen Altenhagen und Eckesey, welche bisher von der Bergisch-Märkischen Eisenbahnverwaltung auf unbegreifliche Weise verschleppt worden ist.

„Die heutige Volksversammlung ersucht dieserhalb eine hohe Regierung zu Arnsberg, mit aller Macht auf die Erfüllung der von der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft eingegangenen Verpflichtungen zu bringen, um so für viele Arbeitslose Beschäftigung zu schaffen."

Auf obige Petition erhielt Parteigenosse Karl Klein bereits unterm 25. März nachstehende Antwort von dem Regierungspräsidenten zu Arnsberg:

„Die von Ew. Wohlgeboren, im angeblichem Auftrage einer dort stattgefundenen Arbeiterversammlung unter dem 14. d. M. an die Königl. Regierung gerichtete Eingabe giebt, soweit sie, von bekannten Theorien ausgehend, die Ausführung öffentlicher Bauten als ein Recht der in Folge der augenblicklichen industriellen Lage in Mitleidenheit gezogenen dortigen Arbeiter in Anspruch nimmt, zu einer Erwiderung keinen Anlaß und würde eine solche auch nicht gefunden haben, wenn es sich bei der darin speziell in das Auge gefaßten Ueberbrückung der Schienenstränge der Bergisch-Märkischen Eisenbahn auf dem dortigen Bahnhofe nicht um eine Einrichtung handelte, welche im Interesse des öffentlichen Verkehrs als nothwendig anerkannt ist und an deren Herstellung demgemäß das gesammte Publikum das gleiche Interesse hat.

„Nur im Hinblick auf den letzteren Umstand benachrichtige ich Sie, daß die Inangriffnahme der bezüglichen Bauausführungen unmittelbar bevorsteht und, der getroffenen Bestimmung gemäß, voraussichtlich schon stattgefunden haben würde, wenn die gleichzeitigen Vornahmen der verschiedenen auf dem dortigen Bahnhofe erforderlichen Bauarbeiten mit der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs vereinbar gewesen wären.

„Es ist anzunehmen, daß sich bei den in Rede stehenden Bauten auch für die — übrigens nicht, wie Sie behaupten, nach Tausenden zählenden, sondern nach den stattgefundenen, sorgfältigen Erhebungen die Zahl von Hundert nicht erreichenden — augenblicklich beschäftigungslosen Arbeiter der dortigen Stadt Gelegenheit zur Beschäftigung finden wird, und es wird Sache der Einzelnen sein, sich behufs deren Erlangung an die Eisenbahnbehörde zu wenden. Im Uebrigen ist es nothleidenden Personen überlassen, die gesetzliche Fürsorge der Gemeinde ihres Unterstützungswohnsitzes auf dem geordneten Wege nachzusuchen.

Steinmann."

Aus vorstehender Petition geht klar hervor, daß der Satz, welcher von Tausenden Arbeitslosen spricht, sich auf Deutschland resp. Preußen bezieht, was um so einleuchtender wird, wenn man den Schlußsatz in Betracht zieht, da in demselben ausdrücklich für „viele Arbeitslose Beschäftigung" durch das bezügliche Projekt als vorhanden bezeichnet ist.

Gotha. Der Sänger-Congreß am 1. und 2. April in Gotha. Es waren 24 Gesangvereine mit 577 Mitgliedern vertreten. Nach Prüfung der Mandate trat der Congreß zunächst in die Berathung der Statuten, unter Berücksichtigung der von den einzelnen Vereinen gestellten Abänderungs- resp. Verbesserungsanträge ein.

Die wichtigsten Punkte sind:

1) Der Bund führt den Namen: Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund. Der Bund hat den Zweck, den Gesang zum Gemeingut des Volkes zu machen.

2) Jeder neu hinzutretende Gesangverein zahlt ein Eintrittsgeld von 2 Mark.

3) Jedes Mitglied des Bundes zahlt einen jährlichen Beitrag von 30 Pfennig.

4) Der Bund wird von einem Ausschuß von 7 Personen verwaltet. Den Vorsitzenden des Bundes wählt die Generalversammlung und ist dessen Wohnort zugleich Vorort.

5) Es können sich im Bund Provinzialverbände bilden, dieselben führen die Karten und Sängerzeichen des Bundes.

6) Die jährliche Generalversammlung ernennt eine Stadt, in welcher ein Comité von Musikverständigen gewählt wird, die die für den Bund bestimmten Gesänge hinsichtlich ihrer Compositionen zu prüfen haben, die Texte werden vom Ausschuß geprüft. Es wurde vom Congreß der Buchhändler Emil Sauerteig in Gotha zum Vorsitzenden des Bundes gewählt, Gotha ist also Vorort.

Als Organ des Bundes wurde der „Vorwärts" bestimmt.

Auf Antrag der „Lassallia" in Pforzheim wurde beschlossen, für den Bund ein einheitliches Sängerzeichen einzuführen und der Ausschuß mit der Beschaffung desselben beauftragt.

Der Liedercyclus, welcher im Verlag von Emil Sauerteig in Gotha in Lieferungen erscheint, wurde für den Bund bestimmt, und es werden daher die von jetzt an erscheinenden Lieder geprüft.

Zustimmende Telegramme liefen ein: von Zürich, Halle a. S. und Itzehoe.

Nach zweitägiger Berathung ging der Congreß mit einem Hoch auf den „Allgemeinen Arbeiter-Sänger-Bund" auseinander.

Statuten 2c. werden den Vereinen noch zugesendet.

Essen, 8. April. Die Kündigungen von Sozialisten auf der Krupp'schen Fabrik dauern noch immer fort. Unter den Gekündigten befinden sich Leute, die schon über 17 Jahre im Dienste der Firma stehen und die — abgesehen davon, daß eine so lange Thätigkeit auf ein und demselben Werke genügendes Zeugniß von treuer und pünktlicher Dienstleistung bietet — sich im Besitz eines sogenannten „Geschenkscheines" befinden, der nur solchen Arbeitern ertheilt wird, die sich stets musterhaft geführt haben. Man muß gestehen, daß die „Großherzigkeit" unserer deutschen Fabrikanten Angesichts solcher Thatsachen als Muster aufgestellt werden kann. Siebenzehn volle Jahre einen Arbeiter ausnutzen und dann, wenn die Leistungsfähigkeit desselben im Sinken begriffen ist, einen solchen Arbeiter ohne jegliche Ursache, nur um seiner politischen Glaubensmeinung willen, maßregeln, das ist eine Illustration unserer herrschenden Gesellschaftszustände, wie sie trefflicher kein Journalist zu bringen vermag. Die Mehrzahl der Meister der Fabrik sind ehrlich und anständig genug, zu bestätigen, daß durch diese Maßregelung die besten und intelligentesten Arbeiter der Firma entfremdet werden, und beklagen tief das Scheiden dieser Arbeiter, die sie gerade wegen ihrer Tüchtigkeit, trotz politischer Meinungsverschiedenheit, achten und lieben gelernt haben. Manche Meister sollen mit Thränen in den Augen die Kündigung mit den Worten vollzogen haben: „Wir können nicht anders, es ist eine Anordnung der Firma, oder es kommt von oben herunter." — Wie überhaupt jetzt auf der Fabrik verfahren wird, davon giebt ein Vorfall Zeugniß, der jeden humanen Menschen mit Entrüstung erfüllen muß. Einem Arbeiter, der schon längere Zeit krank ist, wurde gestern von dem besuchenden Arzte mitgetheilt, daß er von der Firma angewiesen sei, ihn am folgenden Tage unbedingt zur Arbeit zu schicken. Ob also der Arbeiter wieder gesund und arbeitsfähig sei oder nicht, das ist höchst gleichgiltig; es heißt: Vogel friß, oder stirb! Und welchen Zweck verfolgt die Firma mit dieser wirklich unbegreiflichen Anweisung? Der betreffende Arbeiter ist schon seit 12 Jahren auf der Fabrik beschäftigt, besitzt einen sogenannten „Geschenkschein", ist aber Sozialist, steht als „zu entlassen" wegen seines politischen Glaubens im Sündenregister und soll nun nach der Fabrik kommen, um sein Todesurtheil, die Entlassungs- resp. Kündigungsanzeige zu vernehmen. Eine wirklich vortreffliche Medizin zur Besserung eines kranken Arbeiters. — „Wegen seines politischen oder confessionellen Glaubens soll Keiner auf meinem Werke benachtheiligt werden", so sprach Herr Krupp vor einigen Jahren, und heute werden die besten und ältesten seiner Arbeiter deshalb aus der Fabrik geworfen, weil sie Sozialisten sind! Wie reimt sich das zusammen?

(„Duisburger Fr. Ztg.")

Lausca b. Sonneberg, 31. März. Am 17. März Abends hielten wir in Lausca eine öffentliche Arbeiterversammlung ab, in welcher Parteigenosse Heinrich Greiner aus Sonneberg über die soziale Frage, ihre Entstehung und Bedeutung referirte. Das Urtheil der Versammlung über obigen Vortrag war ein günstiges. Dasselbe gewinnt aber noch an Werth, indem hier noch nie eine ähnliche Versammlung abgehalten wurde und der Einwohnerschaft die Ideen der sozialistischen Arbeiterpartei vollständig unbekannt waren. Wir haben also auch hier einen Schritt vorwärts gethan; spätere Wahlen werden beweisen, daß die wenigen denkenden Männer hier in Lausca Aufklärung unter der Bevölkerung zu verbreiten verstanden haben. Einstweilen sind wir in geringer Zahl zu einem Arbeiterverein zusammengetreten.

Aufruf an die Volks- und Arbeiter-Gesangvereine des Maingaues.

Das unterzeichnete Central-Comité zeigt hiermit an, daß sich ein „Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund des Maingaues" gebildet hat, dessen vorläufiger Sitz sich in Frankfurt a. M. befindet. Die Ziele dieser Verbindung sind: Das Gefühl der Zusammengehörigkeit des Volkes auch nach dieser Richtung hin zu wecken und zu heben, die Pflege des Gesangs zu erleichtern und dem Volksgesang überhaupt einen sittlichen, wahren Werth zu verleihen. Unter Beiwohnung sämmtlicher hiesiger Ortsvereine, welche sich für den Gegenstand interessiren, sind die allgemeinen Statuten berathen, dem Druck übergeben und das unterzeichnete Comité mit der vorläufigen Leitung des Bundes betraut worden.

Es ergeht somit an alle Volks- und Arbeiter-Gesangvereine des Maingaues die freundschaftliche Aufforderung, dem Bunde beizutreten und das angefangene Werk ausbauen zu helfen.

Alle Anfragen betreffs des Bundes wolle man an den Präsidenten des Central-Comités richten; derselbe ist beauftragt, die Statuten gratis zu versenden, sowie jede Auskunft zu ertheilen, und bittet man Briefe unter der Adresse: Hrn. Gustav Flemming bei Vogt, Frankfurt a. M., Saalgasse 29, zu richten.

Mit freundschaftlichem Sängergruß

Das Comité des Arbeiter-Sängerbundes des Maingaues.

NB. Alle Arbeiterblätter des Maingaues werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten

der Expedition. P. H. Frankfurt a. M.: Annonce für Freitag zu spät gekommen. Brief trägt Stempel vom 10/4, 7 — 8 Uhr Nachmittags. Geld stets beizulegen. Zehn geschriebene Worte gleich eine Druckzeile. — Josef Brgr: Senden Sie 85 Pfg. Briefmarken für Grund- und Bodenfrage nebst Porto. Das genügt.

Quittung. R. Krf Frankfurt Ab. 1,30. Arbeiterpartei Gelsenkirchen Ann. 0,80. Arbeiterbildungsverein Dornbirn Ab. 11,00. J. Endrs Augsburg Ab. 100,00. Dr. Eick Wien Ab. 1,63. Knk Frankfurt Ab. 15,00. F. Wd Neapel Ab. 12,19. Kttl Apolda Ab. 30,00. Zhtnr Darmstadt Ab. 13,20, Schr. 11,13. Bnch Saalfeld Ab. 15,00. Mnsn Düsseldorf Ab. 9,00. A. Gb Hamburg Ab. 75,00, Schr. 25,00. Schlgl Graz Ab. 11,54. Wnk Niemes Ab. 12,55 u. 4,80. Hrm Elberfeld Ab. 7,00. Gz Oelsnitz Ab. 4,60. Grnr Gr.-Raschau Schr. 2,90. Hrbg Würzburg Ab. 20,00. Zsch Neu-Reudnitz Ab. 15,00. Wlk hier Ab. 0,60. E. Znz Ab. 4,80. Grd Stötteritz Ab. 16,10. J. Hpt Wien Ab. 4,95. Kchnrthr Hof Schr. 17,56. Srwn Lüneburg Ab. 7,10. Mrtn Schmölln Ab. 9,05.

Zur Beachtung! Vom Sonntag, den 15. d. M., ab bin ich in Berlin nicht anwesend, sondern auf Reisen. Ich bitte deshalb alle Briefe 2c. nach Hamburg zu adressiren. Adresse: 2. Bernhardstr. 39, St. Pauli.

August Kapell.

Gelsenkirchen. Sonntag, den 22. April, Nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Hrn. Wolf, Hermannstraße:

Große Volksversammlung.

Referenten die Herren Kuhl und Hasselmann. Den Genossen liegt die weiteste Verbreitung zur Pflicht auf.

(F 130) H. T. H. W. [80

Hamburg. Korbmacher-Bund von Hamburg, Altona und Ottensen.

Sonntag, den 15. April, Nachmittags 3 Uhr, im Salon zum Roland, 1. Jakobstraße Nr. 19:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verringerung des Beitrags. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. F. Wirckeling. [0,80

Leipzig. Montag, den 16. April, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Arbeiterbildungsvereins sehr wichtige Besprechung, wozu ich alle Gewerkschaftsvorstände und Commissionsmitglieder des Verkehrslokals dringend einlade. P. Krebs, [40

Leipzig. Krankenkasse des Gewerkvereins für Leipzig und Umgegend.

Montag, den 16. d. M., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Menzel, Kurze Str., Täubchenweg-Ecke:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht. 2) Abänderung der §§ 11, 13, 16, 26. 3) Diskussion über zustellende Anträge zur Haupt-Generalversammlung nach Gotha.

Nichtanwesende Mitglieder zahlen nach §§ 26 Pf. 25 Ordnungsstrafe.

R. Ludwig, Vorsteher. [110

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Montag, den 16. d. M., Abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof": Geschlossene Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Kassenbericht und wichtige Vereinsangelegenheiten. D. V. [40

London. Den Abonnenten des „Vorwärts" zur Notiz, daß die Agentur für genanntes Blatt an C. Henze, 8 New Street, Golden Squarre 20 übertragen ist. Alle Bestellungen und Bezahlungen, sowie Reklamationen wegen Nichteintreffen der Zeitung sind an dessen Adresse zu richten. Auch ist derselbe in allen Versammlungen anwesend. [0,80

London. Der Communistische Arbeiterbildungsverein hält seine regelmäßigen Versammlungen jeden Sonnabend, Sonntag und Montag Abends 9 Uhr, Marshall Street, Golden Square W. Nr. 38.

Dies zur Beachtung für alle Parteigenossen, welche nach London reisen sollten.

Briefe u. s. w. sind zu richten an den Sekretair: J. Boß, 79 Charlotte Street, Fitzroy Squarre W. [0,80

Offenbach-Dieburg. Vorläufige Anzeige. Den 2. oder 3. Pfingstfeiertag findet in der Nähe Offenbachs ein (85) [1,80

Großes Wahlfest

statt. Festrede gehalten von Hrn. Liebknecht. Alles Nähere später

Reudnitz. Arbeiterverein. Jeden Montag, Abends 8½ Uhr, in der „Weißen Taube", Feldstraße: Versammlung.

Nächsten Montag: Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand. [40

Allg. deutsche Assoziationsbuchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Nachdem das Vorstandsmitglied (Disponent) Fr. Milke aus dem Vorstande ausgetreten, hat der Aufsichtsrath gemäß § 25 der Statuten der Genossenschaft das Genossenschaftsmitglied August Heinsch in Berlin zum Disponenten ernannt.

Hamburg, den 6. März 1877.

August Geib. H. Köhler. G. W. Hartmann. J. Auer. E. Derossi.

Alle Gelder

für die

statistische Tafel der sozialist. Wahlen

sind umgehend an August Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12, zu senden.

Die weiteste Verbreitung der statistischen Tafel liegt im Interesse der Partei!

Arbeiter-Schutzgesetz.

Antrag der sozialist. Reichstagsabgeordneten.

In Separatabzügen für 15 Pf. zu beziehen von A. Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Die weiteste Verbreitung dieser Ausgabe liegt im Interesse der Partei! (2a)

Für Männerchöre.

Im Verlage von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen:

Nr. 8. Commerzlied. (2a) [110

Gedicht und Comp. von W. Käpplinger.

Nr. 9. Die Arbeit.

Ged. von A. Schen. Comp. von G. Scholz.

Preis für beide Lieder Part. mit 4 St. 1,20, 4 Stimmen 0,90.

Elegante Einbanddecken für die „Neue Welt"

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.

Von Georg Vollmar.

Preis pro Exemplar 15 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 19/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonder sangenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Sanftenmann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandtz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 45. Mittwoch, 18. April. 1877.

Wie soll der „Vorwärts" schreiben?

Häufig hören wir aus den Reihen unserer Parteigenossen die Bemerkung, der „Vorwärts" sei zu „wissenschaftlich" geschrieben, derselbe müsse mehr populäre Artikel bringen.

Wir wollen nicht untersuchen, was an solchen Bemerkungen Wahres ist, da wir ja auch hin und wieder gar die Aeußerung gehört haben, der „Vorwärts" sei nicht „wissenschaftlich" genug gehalten, er müsse sich weniger noch mit praktischen Fragen beschäftigen und sich noch tiefer in die sozialen Theorien versenken.

Hier stehen also zwei Urtheile sich gegenüber; das erstere Urtheil wird allerdings, so viel uns bekannt geworden ist, von einer größeren Anzahl von Genossen gefällt, als das zweite.

Sehen wir aber in aller Ruhe uns beide Urtheile an.

Der „Vorwärts" ist Centralorgan der deutschen Sozialdemokratie.

Als solches aber, so glauben wir, soll derselbe vollständig auf der wissenschaftlichen Höhe der sozialistischen Anschauungen sich befinden; die politischen Meinungen, die belehrenden Feuilletonartikel, die kleinen Notizen, und selbst die Correspondenzen sollen gleichfalls in einer Sprache geschrieben sein, die sich vortheilhaft von dem gewöhnlichen Zeitungsdeutsch unserer liberalen Literaten unterscheidet.

So fassen wir die Aufgabe des „Vorwärts" auf.

Brächten wir nur populäre Leitartikel, deren doch auch eine nicht geringe Zahl im Vorwärts" sich befinden, so würden wir der Sache nicht vollständig dienen, da auch den fortgeschritteneren Elementen in unserer Partei eine entsprechende geistige Nahrung geboten werden muß; und würden wir unsere Artikel und Notizen in dem saloppen, leichten Style der modernen Zeitungsmacher schreiben, so würden wir uns erst recht versündigen am deutschen Volke, dem wir den Kern des Wissens auch in einer guten Schale reichen wollen.

Und nicht das allein!

Die Correktheit der Sprache, die Präzision des Ausdrucks, sie bilden ganz besonders den Leser; sie spornen zum Lernen an, sie erzeugen den Trieb zum Selbstdenken und das Bestreben, die Gedanken wieder zu trefflichem Ausdruck gelangen zu lassen. Ja, sie haben uns unsere Redner und Agitatoren gewissermaßen geschaffen. Hätten dieselben nur oberflächliche oder schlecht stylisirte Zeitungslektüre gelesen, sie würden das zündende Wort nicht so gut handhaben können, wie sie es jetzt thun.

Und Lassalle! Seine Vorträge, seine Broschüren sind in einer klassischen Sprache gehalten und geschrieben — er, fast wie Keiner noch, war erzürnt, wenn die deutsche Sprache gemißhandelt wurde, wenn, wie es Schulze-Delitzsch that, unter dem Scheine populärer Schreibweise Sprache und Gedanken verflacht wurden.

Also auch dem Meister der Dialektik, dem leuchtenden Vorbilde für Schriftsteller und Agitatoren, Lassalle zu Liebe dürfen wir die Haltung des „Vorwärts" nicht verändern.

Und diejenigen, denen der „Vorwärts" noch nicht wissenschaftlich genug geschrieben ist — sie mögen bedenken, daß es nicht leicht ist, daß es lange Zeit und große Mühe kostet, das Volk aus dem geistigen Sumpfe, in welchen es durch langjährige Unterdrückung hineingerathen, zur lichten Höhe der Wissenschaft emporzuziehen.

Wen man aber emporziehen will, dem muß man die Hand reichen; deshalb müssen wir auch populär und vor allem verständlich schreiben.

Für den aufmerksamen Leser aber und vor allem für Den, der sich wirklich bilden will, ist der „Vorwärts" zur Genüge verständlich geschrieben, und nur einige Artikel sind lediglich an die schon weiter vorgeschrittenen Leser gerichtet.

Gelingt es aber einem Leser nicht, den Sinn eines Satzes, eines Abschnittes sofort zu entziffern, so lese er den Satz, den Abschnitt noch einmal, so strenge er das Gehirn etwas mehr an, und der Lohn bleibt dann und zwar auch auf die Dauer nicht aus, da durch solches Lesen der Verstand doppelt ausgebildet wird.

Mögen die Lokalblätter recht populär, aber dabei doch correkt und gut schreiben, der „Vorwärts" muß sich auf seiner jetzigen Höhe halten, ja er muß nach allen Richtungen hin noch besser werden, er muß noch mehr emporstreben.

Das bezwecken wir und geben uns der Gewißheit hin, daß alle braven, tüchtigen Parteigenossen uns in solchem Streben treu unterstützen werden.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

(Schluß des Artikels XL)

Man kann nicht gut von Moral und Recht handeln, ohne auf die Frage vom sogenannten freien Willen, von der Zurechnungsfähigkeit des Menschen, von dem Verhältniß von Nothwendigkeit und Freiheit zu kommen. Auch die Wirklichkeitsphilosophie hat nicht nur eine, sondern sogar zwei Lösungen für diese Frage.

„An die Stelle aller falschen Freiheitstheorien hat man die erfahrungsmäßige Beschaffenheit des Verhältnisses zu setzen, in welcher sich rationelle Einsicht auf der einen, und triebförmige Bestimmungen auf der andern Seite gleichsam zu einer Mittelkraft vereinigen. Die Grundthatsachen dieser Art von Dynamik sind aus der Beobachtung zu entnehmen, und für die Vorausbemessung des noch nicht erfolgten Geschehns auch, so gut es gehen will, im Allgemeinen nach Art und Größe zu veranschlagen. Hierdurch werden die albernen Einbildungen über die innere Freiheit, an denen Jahrtausende genagt und gezehrt haben, nicht nur gründlich weggeräumt, sondern auch durch etwas Positives ersetzt, was sich für die praktische Einrichtung des Lebens brauchen läßt." — Danach besteht die Freiheit darin, daß die rationelle Einsicht den Menschen nach rechts, die irrationellen Triebe ihn nach links zerren, und bei diesem Parallelogramm der Kräfte die wirkliche Bewegung in der Richtung der Diagonale erfolgt. Die Freiheit wäre also der Durchschnitt zwischen Einsicht und Trieb, Verstand und Unverstand, und ihr Grad wäre bei jedem Einzelnen erfahrungsmäßig festzustellen durch eine „persönliche Gleichung", um einen astronomischen Ausdruck zu gebrauchen. Aber wenige Seiten später heißt es: „Wir gründen die moralische Verantwortlichkeit auf die Freiheit, die uns jedoch weiter nichts bedeutet, als die Empfänglichkeit für bewußte Beweggründe nach Maßgabe des natürlichen und erworbenen Verstandes. Alle solche Beweggründe wirken trotz der Wahrnehmung des möglichen Gegensatzes in den Handlungen mit unausweichlicher Naturgesetzmäßigkeit; aber gerade auf diese unumgängliche Nöthigung zählen wir, indem wir die moralischen Hebel ansetzen."

Diese zweite Bestimmung der Freiheit, die der ersten ganz ungenirt in's Gesicht schlägt, ist wieder nichts als eine äußerste Verflachung der Hegelschen Auffassung. Hegel war der Erste, der das Verhältniß von Freiheit und Nothwendigkeit richtig darstellte. Für ihn ist die Freiheit die Einsicht in die Nothwendigkeit. „Blind ist die Nothwendigkeit nur, insofern dieselbe nicht begriffen wird." Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntniß dieser Gesetze und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen. Es gilt dies mit Beziehung sowohl auf die Gesetze der äußern Natur, wie auf diejenigen, welche das körperliche und geistige Dasein des Menschen selbst regeln — zwei Klassen von Gesetzen, die wir höchstens in der Vorstellung, nicht aber in der Wirklichkeit von einander trennen können. Freiheit des Willens heißt daher nichts Anders als die Fähigkeit, mit Sachkenntniß entscheiden zu können. Je freier also das Urtheil eines Menschen in Beziehung auf einen bestimmten Fragepunkt ist, mit desto größerer Nothwendigkeit wird der Inhalt dieses Urtheils bestimmt sein; während die auf Unkenntniß beruhende Unsicherheit, die zwischen vielen verschiedenen und widersprechenden Entscheidungsmöglichkeiten scheinbar willkührlich wählt, eben dadurch ihre Unfreiheit beweist, ihr Beherrschtsein von dem Gegenstande, den sie gerade beherrschen sollte. Freiheit besteht also in der, auf Erkenntniß der Naturnothwendigkeiten gegründeten, Herrschaft über uns selbst und über die äußere Natur; sie ist damit nothwendig ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung. Die ersten, sich vom Thierreich sondernden Menschen waren in allen Wesentlichen so unfrei wie die Thiere selbst; aber jeder Fortschritt in der Kultur war ein Schritt zur Freiheit. An der Schwelle der Menschheitsgeschichte steht die Entdeckung der Verwandlung von mechanischer Bewegung in Wärme: die Erzeugung des Reibfeuers; am Abschluß der bisherigen Entwicklung steht die Entdeckung der Verwandlung von Wärme in mechanische Bewegung: die Dampfmaschine. — Und trotz der riesigen befreienden Umwälzung, die die Dampfmaschine in der gesellschaftlichen Welt vollzieht — sie ist noch nicht halb vollendet — ist es doch unzweifelhaft, daß das Reibfeuer sie an weltbefreiender Wirkung noch übertrifft. Denn das Reibfeuer gab dem Menschen zum ersten Mal die Herrschaft über eine Naturkraft und trennte ihn damit endgültig vom Thierreich. Die Dampfmaschine wird nie einen so gewaltigen Sprung in der Menschheitsentwicklung zu Stande bringen, so sehr sie uns auch als Repräsentantin aller jener, an sie sich anlehnender gewaltigen Produktivkräfte gilt, mit deren Hülfe allein ein Gesellschaftszustand ermöglicht wird, worin es keine Klassenunterschiede, keine Sorgen um die individuellen Existenzmittel mehr gibt, und worin von wirklicher menschlicher Freiheit, von einer Existenz in Harmonie mit den erkannten Naturgesetzen, zum ersten Mal die Rede sein kann. Wie jung aber noch die ganze Menschengeschichte, und wie lächerlich es wäre, unseren jetzigen Anschauungen irgendwelche absolute Gültigkeit zuschreiben zu wollen, geht aus der einfachen Thatsache hervor, daß die ganze bisherige Geschichte sich bezeichnen läßt als Geschichte des Zeitraums von der praktischen Entdeckung der Verwandlung von mechanischer Bewegung in Wärme bis zu derjenigen der Verwandlung von Wärme in mechanische Bewegung.

Bei Herrn Dühring wird die Geschichte freilich anders behandelt. Im Allgemeinen ist sie als Geschichte der Irrthümer, der Unwissenheit und Rohheit, der Vergewaltigung und Knechtung ein die Wirklichkeitsphilosophie anwidernder Gegenstand; im Besondern jedoch theilt sie sich in zwei große Abschnitte, nämlich 1) von dem sich selbst gleichen Zustand der Materie bis auf die französische Revolution, und 2) von der französischen Revolution bis auf Herrn Dühring; und dabei bleibt das neunzehnte Jahrhundert „noch wesentlich reaktionär, ja es ist es (!) in geistiger Beziehung noch mehr als das achtzehnte," wobei es jedoch den Sozialismus in seinem Schoß trägt, und damit „den Keim einer gewaltigeren Umschaffung als sie von den Vorläufern und den Heroen der französischen Revolution erdacht (!) wurde." Die wirklichkeitsphilosophische Verachtung gegen die bisherige Geschichte rechtfertigt sich wie folgt: „Die wenigen Jahrtausende, für welche eine historische Rückerinnerung durch ursprüngliche Aufzeichnungen vermittelt wird, haben mit ihrer bisherigen Menschheitsverfassung nicht viel zu bedeuten, wenn man an die Reihe der kommenden Jahrtausende denkt. . . . Das Menschengeschlecht ist als Ganzes noch sehr jung, und wenn einst die wissenschaftliche Rückerinnerung mit zehntausenden statt mit tausenden von Jahren zu rechnen hat, wird die geistig unreife Kindheit unserer Institutionen eine selbstverständliche Voraussetzung über unsere alsdann als Uralterthum gewürdigte Zeit unbestrittene Geltung haben."

Ohne uns bei der in der That „urwüchsigen Sprachgestaltung" des letzten Satzes länger aufzuhalten, bemerken wir nur zweierlei: Erstens, daß dies „Uralterthum" unter allen Umständen ein Geschichtsabschnitt von höchstem Interesse für alle künftigen Generationen bleiben wird, weil er die Grundlage aller späteren höheren Entwicklung bildet, weil er die Herausbildung des Menschen aus dem Thierreich zum Ausgangspunkt und zum Inhalt die Ueberwindung von solchen Schwierigkeiten hat, wie sie sich den zukünftigen associrten Menschen nie wieder entgegenstellen werden. Und zweitens, daß der Abschluß dieses Uralterthums, dem gegenüber die künftigen, nicht mehr durch diese Schwierigkeiten und Hindernisse aufgehaltenen Geschichtsperioden ganz andre wissenschaftliche, technische und gesellschaftliche Erfolge versprechen, ein jedenfalls sehr sonderbar gewählter Moment ist, um diesen kommenden Jahrtausenden Vorschriften zu machen durch endgültige Wahrheiten letzter Instanz, unwandelbare Wahrheiten und wurzelhafte Konzeptionen, entdeckt auf Grundlage der geistig unreifen Kindheit unsres so sehr „rückständigen" und „rückläufigen" Jahrhunderts. Man muß eben der philosophische Richard Wagner sein — doch ohne Wagners Talent — um zu übersehn, daß alle die Herabwürdigungen, die man auf die bisherige Geschichtsentwicklung wirft, ebenfalls an ihrem angeblich letzten Resultat haften bleiben — an der sogenannten Wirklichkeitsphilosophie.

Eines der bezeichnendsten Stücke der neuen wurzelhaften Wissenschaft ist der Abschnitt über Individualisirung und Werthsteigerung des Lebens. Hier sprudelt und strömt in unaufhaltsamem Quelldrang durch volle drei Kapitel der orakelhafte Gemeinplatz. Wir müssen uns leider auf ein paar kurze Proben beschränken.

„Das tiefere Wesen aller Empfindung und mithin aller subjektiven Lebensformen beruht auf der Differenz von Zuständen . . . Für das volle (!) Leben läßt sich aber auch ohne Weiteres (!) darthun, daß es nicht die beharrliche Lage, sondern der Uebergang von einer Lebenssituation in die andere ist, wodurch das Lebensgefühl gesteigert und die entscheidenden Reize entwickelt werden . . . Der annähernd sich selbst gleiche, sozusagen in Trägheitsbeharrung und gleichsam in derselben Gleichgewichtslage verbleibende Zustand hat, wie er auch beschaffen sein möge, für die Erprobung des Daseins nicht viel zu bedeuten . . . Die Gewöhnung und sozusagen Einlebung macht ihn vollends zu etwas Indifferentem und Gleichgültigem, was sich nicht sonderlich vom Todtsein unterscheidet. Höchstens tritt noch als eine Art negativer Lebensregung die Pein der Langeweile hinzu . . . In einem sich stauenden Leben erlischt für Einzelne und Völker alle Leidenschaft und alles Interesse am Dasein. Unser Gesetz der Differenz aber ist es, aus welchem alle diese Erscheinungen erklärlich werden."

Es geht über allen Glauben, mit welcher Geschwindigkeit Herr Dühring seine von Grund aus eigenthümlichen Ergebnisse zu Stande bringt. Eben erst ist der Gemeinplatz ins Wirklichkeits-Philosophische übersetzt, daß fortdauernde Reizung desselben Nerven, oder Fortdauer desselben Reizes jeden Nerv und jedes Nervensystem ermüdet, daß also im normalen Zustand Unterbrechung und Abwechselung der Nervenreize stattfinden muß — was seit Jahren in jedem Handbuch der Physiologie zu lesen und was jeder Philister aus eigner Erfahrung weiß — kaum ist diese uralte Plattheit in die mysteriöse Form übersetzt worden, daß das tiefere Wesen aller Empfindung auf der Differenz von Zuständen beruht, so verwandelt sie sich auch schon in „Unser Gesetz der Differenz." Und dies Gesetz der Differenz macht „vollkommen erklärlich" eine ganze Reihe von Erscheinungen, welche wieder nichts sind als Illustrationen und Beispiele von der Annehmlichkeit der Abwechselung, welche selbst für den allergewöhnlichsten Philisterverstand durchaus keiner Erklärung bedürfen, und welche durch den Hinweis auf dies angebliche Gesetz der Differenz nicht um die Breite eines Atoms an Klarheit gewinnen.

Aber damit ist die Wurzelhaftigkeit „unseres Gesetzes der Differenz noch lange nicht erschöpft: „Die Abfolge der Lebensalter und das Eintreten der mit ihnen verbundenen Veränderungen der Lebensverhältnisse liefern ein recht naheliegendes Beispiel zur Veranschaulichung unsres Differenzenprinzips. Kind, Knabe, Jüngling und Mann erfahren die Stärke ihrer jeweiligen Lebensgefühle weniger durch die bereits fixirten Zustände in denen sie sich befinden, als durch die Epochen des Uebergangs von dem einen zum andern." Damit nicht genug: „Unser Gesetz der Differenz kann noch eine entlegnere Anwendung erhalten, indem man die Thatsache in Anschlag bringt, daß die Wiederholung des bereits Erprobten oder Geleisteten keinen Reiz hat." Und nun kann sich der Leser den orakelhaften Kohl selbst hinzudenken, zu dem Sätze von der Tiefe und Wurzelhaftigkeit der obigen den Anknüpfungspunkt bieten; und wohl mag Herr Dühring am Schluß seines Buchs triumphirend ausrufen: „Für die Schätzung und Steigerung des Lebenswerths wurde das Gesetz der Differenz zugleich theoretisch und praktisch maßgebend!" Für die Schätzung des geistigen Werths seines Publikums durch Herrn Dühring ebenfalls: er muß glauben, es bestehe aus lauter Eseln und Philistern.

Weiterhin erhalten wir folgende äußerst praktische Lebensregeln: „Die Mittel, das Gesammtinteresse am Leben rege zu erhalten" (schöne Aufgabe für Philister und solche die es werden wollen!) „bestehen darin, die einzelnen, sozusagen elementaren Interessen, aus denen sich das Ganze zusammensetzt, sich nach den natürlichen Zeitmaßen entwickeln oder einander ablösen zu lassen. Auch gleichzeitig für denselben Zustand wird die Stufenfolge in der Ersetzbarkeit der niedern und leichter befriedigten

Reize durch die höheren und anhaltender wirksamen Erregungen dahin zu benutzen sein, daß die Entstehung von gänzlich interesselosen Lücken vermieden werde. Uebrigens wird es aber darauf ankommen, zu verhüten, daß die naturgemäß oder sonst im normalen Lauf des gesellschaftlichen Daseins entstehenden Spannungen in willkührlicher Weise gehäuft, forcirt, oder, was die gegentheilige Verkehrtheit ist, schon bei der leisesten Regung befriedigt und so an der Entwicklung eines genußfähigen Bedürfens verhindert werden. Die Einhaltung des natürlichen Rhythmus ist hier wie anderwärts die Vorbedingung der ebenmäßigen und anmuthenden Bewegung. Auch darf man sich nicht die unlösbare Aufgabe stellen, die Reize irgend einer Situation über die ihnen von der Natur oder den Verhältnissen zugemessne Frist ausdehnen zu wollen" u. s. w. Der Biedermann, der sich diese feierlichen Philister-Orakel einer über die fadesten Plattheiten spintisirenden Pedanterie zur Regel der „Lebenserprobung" dienen läßt, wird allerdings nicht über „gänzlich interesselose Lücken" zu klagen haben. Er wird alle seine Zeit nöthig haben zur regelrechten Vorbereitung und Anordnung der Genüsse, so daß ihm zum Genießen selbst kein freier Augenblick bleibt.

Erproben sollen wir das Leben, das volle Leben. Nur zweierlei verbietet uns Herr Dühring: erstens „die Unsauberkeiten der Einlassung mit dem Tabak", und zweitens Getränke und Nahrungsmittel, welche „widerwärtig erregende oder überhaupt für die feinere Empfindung verwerfliche Eigenschaften haben." Da nun Herr Dühring in dem Kursus der Oekonomie die Schnapsbrennerei so dithyrambisch feiert, so kann er unter diesen Getränken unmöglich den Branntwein verstehn; wir sind also zu dem Schluß gezwungen, daß sein Verbot sich blos auf Wein und Bier erstreckt. Er verbiete nun auch noch das Fleisch, und dann hat er die Wirklichkeitsphilosophie auf dieselbe Höhe gebracht, auf der weiland Gustav Struve sich mit soviel Erfolg bewegte — auf die Höhe der puren Kinderei.

Uebrigens könnte Herr Dühring doch in Beziehung auf die geistigen Getränke etwas liberaler sein. Ein Mann, der eingestandener Maßen die Brücke vom Statischen zum Dynamischen noch immer nicht finden kann, hat doch sicher alle Ursache, gelind zu urtheilen, wenn irgend ein armer Teufel einmal zu tief ins Glas guckt und in Folge dessen die Brücke vom Dynamischen zum Statischen ebenfalls vergebens sucht.

Anstatt einer Briefkastennotiz.

Von mehreren Seiten ist bei uns angefragt worden, weshalb wir am 11. April keine Notiz von dem Geburtstage Lassalle's genommen; die Fragesteller aber ließen durchblicken, als ob wir mit besonderer Absichtlichkeit, ja aus Antipathie gegen den großen Todten den Tag nicht erwähnt hätten.

Wir weisen diese Anschauung weit von uns weg, indem wir unsererseits die Frage stellen, ob Diejenigen, welche am lautesten jubeln oder klagen, auch immer die besten Anhänger, die treuesten Verehrer sind?

Die Bedeutung Lassalle's für die deutsche Arbeiterbewegung, ja für den Sozialismus überhaupt, ist über jeden Zweifel erhaben; wir haben dieselbe anerkannt und werden dieselbe immer anerkennen, und gern gedenken wir auch öffentlich in Schrift und Wort des großen Mannes. Aber wir glaubten zu solcher Erinnerung einen andern Tag wählen zu sollen und zwar den 31. August, den Todestag Lassalle's; die Erinnerung an den zähen Tod des mitten im Kampfe stehenden Streiters ist jedenfalls naheliegender, als die Erinnerung an die Geburt und rückblickend vom Grabe bis zur Wiege kann man dann die einzelnen Thaten des Gefeierten vor dem Auge des Lesers oder Hörers zum Gedächtniß besser vorüberziehen lassen.

Kam es uns doch so vor, als ob einige Artikel, die unsere lokalen Parteiblätter zum Geburtstage Lassalle's brachten, zur Erinnerung an seinen Todestag geschrieben seien!

Die Feier des Todestags Lassalle's ist fast in ganz Deutschland bei unserer Partei Sitte geworden, laßt uns also diese jedes Jahr begehen, so ernst und feierlich wie möglich, aber laßt es auch damit genug sein.

Die Bourgeoisie feiert die Geburtstage ihrer Größen meist nur alle 10, 25, 50 oder 100 Jahre; und wenn wir auch gern eingestehen, daß Lassalle uns mehr war, als jemals ein großer Geist der Bourgeoisie sein kann, so wollen wir doch nicht in den Fehler verfallen, den Kultus von Personen abgöttisch zu betreiben.

Lassalle selbst würde sich am ersten, wenn er noch lebte, dergleichen verbitten. Lassalle war sich seines vollen ganzen Werthes bewußt, aber er war nicht eitel, deshalb wollte er auch keine Ovationen, sondern nur, wo es der Sache galt, bedeutsame Demonstrationen. So glauben wir, daß man uns, wenn wir am 11. April Lassalle's nur in der Stille gedachten und unsere Erinnerungsworte auf den 31. August aufschoben, keinen Verstoß gegen die Pietät, die wir dem Verstorbenen zollen, zeihen kann.

Der 31. August aber soll für die deutschen Arbeiter der jährliche Erinnerungstag an Lassalle sein — das Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands wird desselben jedesmal in angemessener Weise gedenken.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Die Lage ist sehr ernst und wenn nicht durch ein wahres Wunder ein Scenenwechsel eintritt, so stehen wir unmittelbar vor dem Ausbruch eines Krieges" — so schreibt die Wiener „Neue Freie Presse", die in den orientalischen Angelegenheiten bis jetzt immer sehr gut unterrichtet war. Rußland ist in dem diplomatischen Spiel von der Türkei glänzend besiegt worden, nun kann das kriegerische Spiel losgehen. Auch die „National-Zeitung" spricht von der Unvermeidlichkeit des Krieges. Der geniale Staatsmann, ohne dessen Willen in Europa kein Kanonenschuß fällt, hat augenscheinlich seinen Zauber verloren — oder ist es sein Wille, daß der Kriegsbrand im Osten Europas sich entzündet? — Sei dem wie ihm wolle, das Kaiserbündniß ist vernichtet, der Krieg, im Osten angefacht, kann sich sehr leicht über den Westen ausdehnen, den das mächtige, „friedfertige" Deutschland nicht verhindern kann. Wir stehen somit vor einer recht rosigen Zukunft. — Nach einzelnen Nachrichten soll der Krieg schon erklärt und die Russen im Vormarsch begriffen sein.

— Ueber die Regierungslosigkeit in Berlin macht die reichsfreundliche „Kölnische Zeitung" folgende interessante Bemerkungen: „Die Ernennung Hofmann's zum Vertreter des Fürsten Bismarck hat auf die Mehrheit der Abgeordneten einen ungünstigen Eindruck gemacht. Wir zweifeln nicht, daß Herr Hofmaan als Präsident des Reichskanzleramts seine Pflicht nach bestem Wissen und Können erfüllt; aber er ist nicht im Stande, Herrn Delbrück zu ersetzen. Im Reichskanzleramte herrscht jetzt, wie man klagt, eine gemüthliche Anarchie, und Jeder thut so ziemlich was er will. Wenn das nun geschah, während Fürst Bismarck noch zugegen war, was wird geschehen, wenn Herr Hofmann diese mächtige Stütze verloren hat? Auch fehlt es dem gegenwärtigen Stellvertreter des Reichskanzlers leider an jener Festigkeit der volkswirthschaftlichen Grundsätze, durch die sich Herr Delbrück auszeichnete." — Aus solchem Gejammer und Geklage ersieht man, daß das „deutsche Reich" noch lange auf keinen grünen Zweig angelangt ist — und dies sogar trotz Bismarck.

— Ueber das Arbeiterschutzgesetz, welches die sozialistischen Abgeordneten entworfen haben, äußern sich jetzt fast alle Zeitungen. Bezeichnend ist das Urtheil der „National-Zeitung", die sich folgendermaßen vernehmen läßt: „Der von den Sozialdemokraten ausgearbeitete Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes ist nunmehr beim Reichstage eingegangen, unterstützt durch die Abgeordneten Krüger, Rußwurm, Dr. Reichensperger (Krefeld) und Holthoff. Es ist ein sehr umfangreiches Aktenstück und betrifft Abänderungen der Titel I, II, VII, IX und X der Gewerbeordnung. Von der Tendenz, die Arbeit im Sinne des sozialistischen Zukunftsstaates zu organisiren, hält sich der Gesetzentwurf fern; es wird dem Arbeiter der Arbeitgeber gegenübergestellt, dem letzteren auch ein gewisses Maß von Rechten eingeräumt. In dieser Beziehung stimmen daher die gestellten Anträge mit den Forderungen der für Wahlzwecke und sonst benutzten sozialistischen Parteiprogramme nicht überein. Abgesehen davon, ist in dem Gesetzentwurf allerdings anscheinend sämmtlichen in Deutschland oder anderswo vertretenen Bestrebungen der Arbeiterpartei Rechnung getragen. Es befinden sich darunter solche, deren Berechtigung auch von andern Parteien anerkannt und zu deren Durchführung anderweit bereits die Initiative ergriffen ist. Ein weiterer Theil der Bestimmungen schießt über das unter Berücksichtigung der thatsächlichen Verhältnisse zur Zeit erreichbare Ziel mehr oder weniger weit hinaus, während eine dritte Kategorie mit der bestehenden Rechtsordnung offen bricht. Daß die erste Probe eines gesetzgeberischen Versuchs von sozialdemokratischer Seite die Rücksicht auf das Erreichbare nicht beobachten würde, kann nicht überraschen; es kam ja vor allem darauf an, die Wähler vom 10. Januar durch die Inaussichtstellung möglichst umfassender Verbesserungen zufrieden zu stellen. Eine verständige Einschränkung der Forderungen hätte unfehlbar sehr ernüchternd auf die Anhänger der Partei einwirken müssen. Deshalb hat der vorliegende Antrag in unseren Augen auch nur einen Werth als Stimmungsbild und Zeichen der Taktik." — Also weit über das Ziel hinaus schießt jener Antrag, trotzdem er sich von der sozialistischen Tendenz des Zukunftsstaates fern hält. Also doch noch zu freisinnig! Unsere Parteigenossen mögen daraus das endgiltige Schicksal des Gesetzentwurfs, die Ablehnung, ersehen, aber zugleich erkennen, daß selbst die praktischesten Vorschläge, welche den Kapitalismus nur etwas beschränken sollen, in den Augen der liberalen und conservativen Kapitalanbeter keine Gnade finden.

— Die politische Satyre hat nur dann ihre volle Berechtigung, wenn sie sich gegen die Macht, gegen die Unterdrücker wendet; sie wird meistens schal, wenn sie gegen die Unterdrückten gerichtet ist. So lange der „Kladderadatsch" ein oppositionelles Blatt war, waren seine Witze schneidig, seitdem er aber servil geworden und der Macht dient, sind seine Witze flach. Sie werden aber oft genug unmoralisch, wie nachstehende Briefkastennotiz zur Genüge uns zeigt: „L. M.: In Nr. 71 des „Neuen Heidelberger Anzeigers" finden wir die Einladung zu einer allgemeinen Schuhmacher-Versammlung, auf deren Tagesordnung die „Besprechung betreffs einer Petition an den deutschen Reichstag über Abschaffung der Zuchthausstrafe" steht. Wir zweifeln nicht, daß diese Petition zahlreiche Unterschriften in den Kreisen Derer finden werde, deren Finger zu lang für ehrliche Arbeit sind." — Wenn im „Heidelberger Anzeiger" ein solcher Druckfehler gewesen ist (es soll selbstverständlich heißen: Abschaffung der Zuchthausarbeit), so konnte der „Kladderadatsch" dem „Anzeiger" einen Hieb versetzen, doch in dieser Weise die einladenden Schuhmachergesellen, die unter dem Drucke der Zuchthausarbeit leiden, zu verhöhnen, das ist mehr als frivol, das ist gemein. — Uebrigens würden, wenn eine Petition auf Abschaffung der Zuchthausstrafe in Anregung gebracht würde, gerade die Gönner des „Kladderadatsch", verschiedene Gründer, Gummiwaaren-Anpreiser ꝛc. ꝛc., also alle Die, welche der ehrlichen Arbeit abhold sind, ganz vorzugsweise Ursache haben, eine solche Petition zu unterzeichnen.

— Die Einigung der österreichischen Arbeiter ist so gut wie vollzogen, da der „Agitator" und die „Gleichheit", die Organe der früher einander gegenüberstehenden Gruppen der österreichischen Arbeiter, gleichzeitig das folgende Programm als Grundlage der Einigung veröffentlichen:

„Die Sozialdemokratie Oesterreichs verlangt: A. In politischer Beziehung: 1. Ertheilung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes an alle Staatsbürger vom 21. Lebensjahre an für alle Vertretungskörper in Staat und Gemeinde, mit Diätenbezug für die Abgeordneten. 2. Vollständige Vereins-, Versammlungs- und Coalitionsfreiheit. 3. Preßfreiheit, insbesondere Aufhebung des objektiven Verfahrens und der polizeilichen Beschlagnahme, Abschaffung des Zeitungsstempels und der Kaution, Freigebung der Colportage. 4. Obligatorischen unentgeltlichen Volksschulunterricht. Unentgeltlichen Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten. 5. Trennung der Kirche von Staat und Schule durch Beseitigung jedes confessionellen Einflusses auf Staat und Schule. 6. Abschaffung der stehenden Heere und Einführung der Volksmiliz. 7. Reform des Gerichtswesens im Sinne der Mündlichkeit und Unentgeltlichkeit des Verfahrens und Wahl der Geschwornen durch das Volk. B. In wirthschaftlicher Beziehung: 1. Revision der Gewerbeordnung, insbesondere im Sinne folgender Forderungen: a) Arbeiterkammern, b) Beschränkung der Frauen- und Abschaffung der Arbeit der Kinder bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre, c) Einführung eines zehnstündigen Normal-Arbeitstages für alle erwachsenen männlichen Arbeiter, d) Regelung der Gefängnißarbeit. 2. Ein zweckentsprechendes Haftpflichtgesetz, überhaupt Schutzgesetze für alle Arbeiter unter Controle durch Fabriksinspektoren. 3. Aufhebung der Gesindeordnung. 4. Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer anstatt aller, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuen."

Wir beglückwünschen die österreichischen Arbeiter zu dem Siege, den sie über sich selbst errungen haben.

— Die industrielle Krisis fängt an, sich auch in England allenthalben bemerkbar zu machen. Vor Allem liegt die Eisen- und Kohlenindustrie darnieder und die Fabriken stellen neue Lohnherabsetzungen in Aussicht. In Durham, Warwickshire, Yorkshire und Cleveland ist eine solche bereits angesagt. Nur die Erbauer eiserner Schiffe bilden eine Ausnahme. Etwas besser steht es in der Textilindustrie, doch feiern auch auf diesem Gebiete manche Fabriken. Im nördlichen Irland haben die

Ein Kapitel zum Zeugnißzwang der Redakteure.

Wie in den letzten Jahren in Preußen-Deutschland die Zeugnißpflicht der Redakteure zur Ermittelung von Post- und Telegraphenbeamten ausgeübt wird, welche sich erkühnten, in der Presse nicht Alles gut zu heißen, was von Herrn Stephan oder ihm untergeordneten Organen kommt, dazu bietet die bisher wenig bekannt gewordene Leidensgeschichte des Begründers und langjährigen Leiters der Berliner Wochenschrift „Deutsche Post" neben dem Falle Kantecki eine so treffende Illustration, daß wir uns nicht versagen können, hier ein kurzes Bild der aktenmäßig festgestellten Thatsachen folgen zu lassen. Das oben angeführte Blatt hatte sich unter Anderm die Aufgabe gestellt, ein treuer Anwalt der Verkehrs-, insbesondere der Post- und Telegraphenbeamten zu sein und öffnete seine Spalten willig so manchem Schmerzensschrei aus jenen Kreisen. Dadurch hatte es sich die Gunst eines viel von sich reden machenden und vielbelobten Verwaltungschefs verscherzt, der seinerseits das Menschenmöglichste aufbot, dem Blatte seine Ungunst zu zeigen. Besonders waren jenem Verwaltungschef die alljährlich wiederkehrenden Klagen über die eigenthümlichen Gratifikations-Vertheilungen an Postbeamten zu Weihnachten ein Dorn im Auge. Dem Redakteur des genannten Blattes, E. König, machten die sich alljährlich wiederholenden zahlreichen Zuschriften über das genannte Thema nicht minder Kopfschmerzen; es gab da viel zu sichten und zu feilen, und doch mußte er den Lesern seines Blattes auch in diesem Punkte Rechnung tragen. In der Weihnachtsperiode von 1872 allein gingen einige siebenzig Zuschriften über das genannte Thema ein. Eine der besten der anonymen Arbeiten, die sich durch ihren Stil sowohl, als durch gewisse Zahlenangaben auszeichnete, verwandte Redakteur König, nachdem er Streichungen und Zusätze vorgenommen hatte, als Leitartikel in Nr. 4 des Jahrganges 1873 seines Blattes. Jener Artikel blieb polizeilich oder besser staatsanwaltlich völlig unbeanstandet, den Verwaltungschef Stephan dagegen versetzte er in große Aufregung. Eine Erwiderung — freilich eine sehr matte — war die Folge, welche wiederum in einem Leitartikel (in Nr. 7 pro 1873 der „Deutschen Post") kritisirt wurde.

Versuche von diversen Seiten, auf Schleichwegen beim Redakteur König, den Einsender jenes Artikels zu ermitteln, wurden von Letzterem, der — beiläufig bemerkt — den Einsender selbst nicht kannte, glücklich abgeschlagen, und schon glaubte König, der Groll des von den nationalliberalen Blättern mit dem Beiwort „groß", auch wohl „genial" geschmückten Verwaltungschefs und Ehrendoktors sei verraucht und letzterer habe die Unmöglichkeit der Befriedigung seiner „Wißbegierde" eingesehen, als er im Frühjahr 1873 eine Vorladung vom Berliner Stadtgericht als „Zeuge in der Disziplinar-Untersuchungssache wider Unbekannt" (?!?) vor dem bekannten, auch im Prozesse Arnim mehrfach genannten Untersuchungsrichter Pescatore erhielt. Im ersten Termine wurde ihm eröffnet, daß seine Vernehmung lediglich auf Requisition des Generalpostdirektors erfolgt sei, welcher eine Disziplinaruntersuchung gegen den betreffenden Beamten, welcher jenen Artikel, der dem Herrn Stephan nicht gefallen hatte, eingesandt, einleiten wolle. Dann forderte er Redakteur König auf, den Namen dieses Beamten zu nennen (also denselben gewissermaßen treulos seinem mächtigen Feinde auszuliefern). Man hatte den Antrag damit motivirt, der Herrn Stephan mißfällige Artikel enthalte Angaben, Zahlen u. dergl., die nur von einem höheren Postbeamten herrühren könnten, — also eine Verletzung des Amtsgeheimnisses — außerdem sei die ganze Fassung des Aufsatzes für die Verwaltung, beziehungsweise deren Chef verletzend. Die sonst in solchen Punkten so feinfühlige Staatsanwaltschaft hatte Verletzendes allerdings nicht zu entdecken vermocht.

Den ersten Punkt bestritt König und wies nach, daß in keiner Weise eine Verletzung des Amtsgeheimnisses vorläge, daß vielmehr die Zahlenangaben ꝛc. Jedermann, in dem entsprechenden Reichstagsmaterial, als Postetat, Poststatistik ꝛc. zugänglich seien. Das angeblich Verletzende der Fassung des Artikels dagegen nahm er auf sich.

Damit war indessen dem Postchef wenig gedient; er ließ zwar das Motiv der Amtsgeheimnißverletzung fallen, legte dagegen den Werth auf die verletzende Fassung des Artikels. König versicherte, daß das Manuscript anonym gewesen sei und er die Arbeit ihres innern Werthes halber für die eines höheren Postbeamten gehalten habe, weigerte sich aber, seine Aussage zu beschwören, weil seine Vernehmung nur auf Requisition eines nichtrichterlichen, einfachen höheren Verwaltungsbeamten erfolgt sei, der ja selbst bereits die angebliche Verletzung des Amtsgeheimnisses als unbegründet habe fallen lassen müssen.

Alsbald erfolgten Vorladungen auf Vorladungen, als ob es sich nicht einfach um gekränktes persönliches Selbstgefühl handle, sondern um Ermittelung des schwersten Verbrechens; selbst die Gerichtsferien unterbrachen das fortgesetzte Vernehmen nicht. Das ganze Sommersemester hindurch konnte man fast einen Tag um den andern den Redakteur König im Zimmer des Herrn Pescatore am Molkenmarkt erblicken, selbst durch seine Beschwerden über das nach seiner Meinung ungerechtfertigte und ungesetzliche Verfahren beim Kammergericht und beim Obertribunal erlitten seine Vorladungen und Vernehmungen keine Unterbrechung.

Auch die Vorhaltungen seitens des Gerichts wegen Verweigerung des Zeugnißeides blieben nicht aus, ebensowenig die Strafandrohungen und Strafeinziehungen. Zuerst zog man 10 Thlr. Strafe, dann 40 Thlr. wegen Verweigerung des Zeugnißeides von König ein und die höheren Instanzen, Kammergericht und Obertribunal, billigten das Verfahren des Stadtgerichts, sodann drohte man eine Geldbuße von 100 Thlr. und endlich Gefängniß an.

Jene Folterproben würden auch bestimmt eingetreten sein, hätte der Kummer über die vielen heimlichen und öffentlichen Verfolgungen seiner Gegner und deren Creaturen, sowie der Gram darüber, bei den Behörden keinerlei Schutz dagegen zu finden, den gemarterten Redakteur nicht auf's Krankenlager geworfen und hätte das ärztliche Attest nicht ausdrücklich weitere Vernehmungen — weil zu aufregend für den Kranken — auf 4 bis 6 Wochen untersagt. Man machte gerichtlicherseits zwar verschiedene Einwendungen gegen die Krankheit und begehrte ein Attest von einem gerichtlichen Physikus; es trat aber zuletzt doch eine Pause in den Vernehmungen bis Ende September ein.

Die fortgesetzte Tortur war inzwischen auch zu den Ohren des Einsenders des verhängnißvollen Artikels gedrungen. Dieser, ein ehrlicher Mann, suchte den Redakteur auf, und gab sich ihm als den Verfasser zu erkennen. Die Vermuthung, daß der Verfasser ein höherer Beamter gewesen sei, bestätigte sich jetzt; er bekleidete das Amt eines Postinspektors in Berlin. Kurz vor dem letzten Termin ging dem Redakteur König ein Brief jenes höheren Beamten etwa des Inhalts zu: „Euer Wohlgeboren er-

Weber ihre Stühle bei Seite gestellt und dafür landwirthschaftliche Geräthe in die Hand genommen. In der Landwirthschaft ist jetzt nach Arbeitern größere Nachfrage. Die Bauhandwerker sind wohl die einzigen Arbeiter, welche jetzt wirklich gute Zeit haben, was auch zum Theil von denselben mit Recht zur Hebung ihrer Lage benützt wird. So haben z. B. die Stuccaturarbeiter Liverpools an ihre Arbeitgeber das Verlangen gestellt, die Arbeitszeit zu kürzen und den Lohn zu erhöhen. Anstatt 10 Stunden täglich zu arbeiten, wie dies gegenwärtig der Fall ist, verlangen sie eine 9stündige Arbeitszeit und einen Penny Lohnerhöhung pro Stunde. Man weiß noch nicht, ob die Arbeitgeber dieser Forderung nachkommen werden; wahrscheinlich ist's jedoch, daß die Arbeiter durchdringen werden, weil, wie erwähnt, die Bauarbeiter allgemein beschäftigt sind.

— Aus Italien berichten die Bourgeoisblätter in allen Ländern eine höchst einfältige Schwindelgeschichte. Die Internationalen sollen in der Nähe von Rom den Aufruhr entzündet haben. Hochkomisch klingt folgende Nachricht, welche durch fast alle deutschen Zeitungen als Telegramm lief: „Die Polizei verhaftete am Sonntag in Pontemolle bei Rom 18 Mitglieder der Internationalen, welche im Begriff waren, sich zu einem Haufen zusammen zu schließen." — Die „Voss. Zeitung" ist übrigens ehrlich genug, das Ganze für ein Polizeimanöver zu erklären; die Verhafteten haben mit der Internationale nichts zu thun, es ist einfaches Raubgesindel, welches in Italien immerwährend sein Unwesen treibt. Selbst der Minister Nicotera erklärte, daß die Aufrührer den untersten Volksklassen angehören, während bekanntlich diese in Italien sich der Internationale ganz fern halten. — Also Schwindel, immer Schwindel, um den verhaßten Rothen eins anzuhängen.

— Neue Gedichte von Georg Herwegh. Der 7. Kriminal-Deputation des Berliner Stadtgerichts lagen am 12. April die „Neuen Gedichte von Herwegh", in Zürich erschienen, zur Prüfung auf deren strafbaren Inhalt vor. Es wurde in den Gedichten eine fortlaufende Kette von Majestätsbeleidigungen, Gotteslästerungen, Verhöhnungen der Staatseinrichtungen und anderen Vergehen gefunden und deshalb auf Unbrauchbarmachung der Broschüre in allen vorfindlichen Exemplaren erkannt. — Wir freuen uns dabei, daß man die „Neuen Gedichte von Freiligrath", in welchen die revolutionärsten Anklänge zu finden sind, bis jetzt noch nicht verboten hat — oder sollte man mehr die Person auch nach dem Tode noch verfolgen, als das Objekt, die Gedichte, selbst? Herwegh ist bekanntlich als Revolutionär gestorben, Freiligrath aber, von der herrschenden Gesellschaft mit 60,000 Thalern dotirt, hatte auch dieser Gesellschaft schließlich seine Leier geweiht.

---

n. Berlin, 14. April.

Die Donnerstags-Sitzung des Reichstags wurde mit langweiligen Debatten über Elsaß-Lothringen und mit Etatsberathungen ausgefüllt. Der Postetat gab Liebknecht die Gelegenheit, einige neue Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses zu constatiren und den Nachweis zu liefern, daß das Anklagematerial, welches er in der Reichtagssitzung vom 15. Dezember vorigen Jahres vorgebracht, unwiderlegt geblieben ist und, weil durchaus auf Wahrheit beruhend, auch nicht widerlegt werden kann. Im Eingang seiner Rede erklärte Liebknecht, daß, wenn er sich in Deutschland auf politischem Gebiet noch über etwas wundern könnte, er sich darüber wundern müßte, daß Herr Stephan, nach der einstimmigen Verurtheilung, die ihm am 13. März bei Besprechung der Kantecki-Affaire im Reichstag zu Theil geworden, überhaupt noch an seinem Platz sitze. Das sei nur möglich in einem Land, wo „untertürkische" Zustände herrschten. — Herr Stephan blieb die Antwort schuldig.

Der folgende Tag brachte eine der skandalösesten politischen Comödien, die je im Reichstag abgespielt worden sind: die sog. Debatte über das Urlaubsschreiben Bismarcks. Herr Hänel, der in seiner öligen, salbungsvoll-pfäffischen Weise den Reigen eröffnete, meinte, der Reichstag dürfe nicht schweigen, schwiege der Reichstag, so würde er sich ein Armuthszeugniß ausstellen; und um das Armuthszeugniß des Schweigens zu verhüten, stellte der wackere Fortschrittsprediger dem Reichstag ein Armuthszeugniß des Redens aus, wie es nie drastischer ausgestellt worden ist. Die widerlichste Beweihräucherung des „beurlaubten" Reichskanzlers wechselte ab mit den plattesten parlamentarischen Gemeinplätzen, betreffend verantwortliche Reichsminister und andere mehr oder weniger schmackhafte Gerichte des fortschrittlichen Speisezettels. Ein Uneingeweihter würde gedacht haben, es sei unmöglich, den Fortschrittler und Auch-Demokrat Hänel an Servilität und Fadheit zu übertreffen, aber — der deutsche Reichstag ist reich an Capacitäten auf diesem Gebiet, und eine der hervorragendsten unterzog sich der ruhmvollen Aufgabe, dem Kieler Professor, dem schon die Siegesfreude das Antlitz verklärte, die Palme zu entreißen, und — Bennigsen wurde und blieb Sieger. Als er dem „großen Staatsmann" den Lorbeer um die Schläfe wand, und „die bewährte friedliche Politik des Reichskanzlers" in den Himmel erhob, da wurde das Auge Braun's thränenfeucht — er kam gerade vom Frühschoppen, und einige verbissene Reichsfeinde hätten zur gelungenen Aufführung beinahe geklatscht. Dem Vice- und Westentaschen-Kanzler folgte die „kleine Excellenz", der rechtzeitig wieder gesund gewordene — wie er rechtzeitig krank geworden war — Windthorst, mit einem schwarzen Sammtkäppchen auf dem Kopf, als argumentum ad hominem für schnöde Zweifler, die an eine diplomatische Krankheit geglaubt hatten. Er war sehr, sehr diplomatisch. „Excellenz" müssen jetzt wieder sondiren. Sehr gemäßigt, sehr prickelnd, au fond aber sehr harmlos, das politische Gebiet nur anstreifend. Immerhin war's ein Mißklang im Concert der Knechtseligkeit. Das fühlte der alte Kleist-Retzow und mit seiner Trompetenstimme schmetterte er ein Lied von junkerlicher Loyalitätsinbrunst und romantischer Begeisterung für Gott, Bismarck nnd König-Kaiserthum von Gottes und Bismarck's Gnaden, daß es selbst Bennigsen und seinem nationalliberalen Troß angst und bang wurde, als das grauköpfige Schreckenskind sie als Gesinnungsgenossen reklamirte. Die unfreiwillige Douche, die der unglückliche Bethusy-Huc dem „hohen Haus" beibrachte, kam sehr zeitgemäß. Natürlich blieb der unglückliche Graf, der zwar den Strom der Zeit an der Stirnlocke zu fassen, aber auch nicht den genügsamsten Zuhörer zu packen vermag, mehrmals auf's Peinlichste stecken — er thut's nun einmal nicht anders. Jetzt war die Reihe zu reden an Lieknecht, der sich rechtzeitig gemeldet und fürsorglich nach der Rednerliste erkundigt hatte. Es war noch nicht 2 Uhr Nachmittags, das Haus also noch ganz „frisch" — jede Partei (Polen und Elsaß-Lothringer machen selbst keinen Anspruch darauf, „Parteien" zu bilden), mit Ausnahme der Sozialdemokraten, hatte einen Sprecher gestellt; der einfachste Anstand, die einfachste Gerechtigkeit erheischte, daß man einen Vertreter der Sozialdemokratie zum Wort kommen ließ. Doch was heißt Anstand, was Gerechtigkeit? Der böse Sozialdemokrat hätte die schöne Harmonie, die nach Verklingen des Windthorst'schen Mißtons wiedergekehrt war, durch eine schrille Dissonanz gestört, vernichtet — die Fackel der Wahrheit in diesen parlamentarischen Theaterflitter geschleudert, den „großen Staatsmann" wie er ist, dem „großen Staatsmann" wie er von bezahlten und unbezahlten Schönfärbern geschildert wird, gegenübergestellt, die Früchte der Blut- und Eisenpolitik dargelegt, dem Parlamentarismus die Maske abgerissen. Das mußte verhindert werden: Herr Valentin erhielt Weisung, sein skandalöses Amt zu versehen — und er that es. So wurde die Sozialdemokratie mundtodt gemacht. Und wohlgemerkt: auch die Partei des Herrn Richter, der unseren Abgeordneten bekanntlich vorwirft, daß sie nicht genug redeten, war den Unterhandlungen mit Valentin nicht fremd.

Nach Beendigung dieser Haupt- und Staatsaktion setzte das Haus die Berathung des Etats fort. Bebel befürwortete im Namen unserer Partei eine Aufbesserung der Gehalte der unteren Beamten und die Abschaffung des jetzigen Willkürregiments im Post- und Telegraphenwesen; er geißelte die Praxis der Gratifikationen, welche blos darauf hinauslaufe, an Stelle der Gerechtigkeit die Gnade und das Almosen zu setzen, und die Beamten zu entwürdigen und zu corrumpiren. Von Rednern des Centrums, der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei wurden diese Mißstände ebenfalls mehr oder weniger scharf getadelt, von den Fortschrittlern und Nationalliberalen Schmidt, Berger und Richter, unter höchst unpassenden Ausfällen auf die Sozialdemokraten, „die durch ihre Fürsprache die Sache der Postbeamten" nur schädigten.

Echt — richterisch benahm sich „Eugen der edle Ritter", der in seiner üblichen Manier, mit der ihm eigenen Courage, der Sozialdemokratie köterhaft in die Beine fuhr, gerade im Moment, wo Herr Valentin auf's Büreau schlich, um die Debatte zu guillotiniren. Bebel, der sich zur Replik um's Wort gemeldet hatte, wurde, wie Liebknecht drei Stunden vorher, valentinirt, — ein Theil der Fortschrittspartei stimmte für den Schluß! — und der tapfere Richter kam diesmal ohne die verdiente Züchtigung davon. Nun, aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Herr Valentin, von den Sozialdemokraten privatim interpellirt, meinte, es sei so spät — schon 5 Uhr — und der Reichstag so ermüdet, daß eine Fortsetzung der Debatte „physisch nicht möglich gewesen sei". Man bedeutete ihn, daß Bebel höchstens 5 Minuten gesprochen hätte und daß man moralisch verpflichtet gewesen sei, ihm als Angegriffenem das Wort zur Vertheidigung zu geben; man erinnerte den Herrn weiter, daß, als er Liebknecht durch Schlußantrag mundtodt machte, es erst 2 Uhr und der Reichstag noch nicht müde war. Schließlich kündigte man Herrn Valentin an, daß der in einer frühern Session bereits eingebrachte, aber nicht zur Berathung gelangte Antrag Liebknecht's zum Schutz der Redefreiheit im Reichstag nun erneuert und sein skandalöses Handwerk verdientermaßen gegeißelt werden würde. Der glorioseParlamentsretter war nicht wenig verdutzt — er schien sogar etwas erschrocken. Jedenfalls werden sich unsere Abgeordneten nicht so ohne Weiteres unterdrücken lassen. Treibt man sie zum Aeußersten, so werden sie Repressalien üben.

Das Arbeiterschutzgesetz, welches voraussichtlich am Montag mit den übrigen Anträgen auf Abänderung der Gewerbeordnung zur Diskussion kommen wird, trägt, außer den Namen der Antragsteller, die Unterschriften von Rußwurm (Centrum), Reichensperger (Centrum), Holthoff (Demokrat) und des Dänen Kryger. Die Herren Payer und Metter von der schwäbischen Volkspartei haben ihre Unterschriften verweigert.

---

mächtige ich, mich in dem nächsten Termine als Verfasser des Leitartikels in Nr. 4 Ihres geschätzten Blattes zu nennen. (Namen.)" Gleichzeitig hatte sich der betreffende höhere Beamte in einem Schreiben an den Generalpostdirektor diesem gegenüber selbst als den Verfasser angegeben, so daß jener die endliche Befriedigung seiner Wißbegierde bereits erreicht hatte, bevor noch König vor Vescatore erschienen.

(Schluß folgt.)

— Beitrag zur Unfall-Statistik. Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat Februar 1877 zur Anzeige:

15 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben, 3 Unfälle, in Folge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben, 15 Unfälle, welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 285 Unfälle, mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Sa. 318 Unfälle.

Von den 15 Todesfällen treffen 4 auf Brennereien, 2 auf Zuckerfabriken, 2 auf Brauereien, 2 auf Landwirthschaftsbetrieb, je einer auf einen Steinbruch, Speicherbetrieb und ein Verladungsgeschäft, eine Schiffbrauerei, Oelmühle, Seifen- und Lichtfabrik; von den 3 lebensgefährlichen Beschädigungen je eine auf eine Schneidemühle, eine Lederfabrik und eine Gyps- und Schwerspathmühle; von den 15 Invaliditätsfällen 3 auf Zuckerfabrien, 3 auf Papierfabriken, je einer auf eine Schneidemühle, Baumwollspinnerei, Brennerei, Kunstwollfabrik, Eisengießerei, Oelmühle, chemische Fabrik, Thamottewaarenfabrik, und die Einzelversicherung eines Zimmermanns.

— Dr. Johann Jacoby, der Jahre lang auch ein eifriger Berather in allen Königsberg betreffenden Angelegenheiten gewesen ist, hat der Stadt 3000 Mark als Beitrag zum Bau eines Siechenhauses vermacht.

— Nationalökonomische Kenntnisse eines „Gebildeten". In einer deutschen Stadt wurden kürzlich einige Falschmünzer erwischt und eingesperrt. „Wie schade," meinte ein Gebildeter, „jetzt, da der schreiendste Geldmangel herrscht." Der Mann war vollkommen im Ernst: er meinte, durch Falschmünzerei ließe sich dem Geldmangel abhelfen. Im Grund unterscheidet er sich nicht allzusehr von den (meist liberalen) Volksbeglückern, die ihre Schwindelpapiere nur zum öffentlichen Besten auf den Markt bringen, um den allgemeinen, bei Leibe nicht den eigenen Wohlstand zu heben.

An die Parteigenossen!

In Nr. 42 des „Vorwärts" wurde seitens der Essener Genossen über das Vorgehen des Herrn Krupp berichtet, welcher durch Entlassung der sozialistisch gesinnten Arbeiter die Bewegung dort lahm legen möchte. Hier müssen die Genossen allerorts eintreten, um dieses Vorhaben zu vereiteln, ja sogar das Gegentheil zu bewirken von dem, was Krupp bezweckt, so daß gerade durch das Vorgehen desselben die sozialistiische Bewegung im Wahlkreise Essen einen recht festen Boden gewinnt.

Schnelle Hilfe ist aber nöthig, und müssen daher so rasch wie möglich freiwillige Beiträge aufgebracht und an den mitunterzeichneten A. Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12, eingesandt worden.

J. Auer. H. Brasch. C. Derossi. A. Geib.
W. Hartmann.

Correspondenzen.

Hamburg, 14. April. (Teleg.) Arbeitseinstellung der Schiffszimmerer im Reiherstieg an der Elbe in Aussicht. Zuzug von der Elbe fern halten.

Aus der Schweiz, 11. April. Dem Schweizerischen Arbeiterbunde liegt eine Reihe von Fragen zur Abstimmung vor, die bis heute beantwortet sein müssen. Sie beschäftigen sich mit den Statuten der „landespolitischen Gruppe". Mit der politischen Landesgruppe hat es folgende Bewandtniß: Auf den Congressen in Winterthur und Bern wurde grundsätzlich beschlossen, im Schooße des Schweizerischen Arbeiterbundes eine landespolitische Gruppe in's Leben zu rufen, welche die Agitation in landespolitischen Fragen betreiben soll, während für den gesammten Arbeiterbund eine kosmopolitische Thätigkeit, die Verbreitung sozialdemokratischer Ideen und die Vereinigung aller Arbeiter als Hauptaufgaben in Aussicht genommen waren. In Ausführung dieser Beschlüsse unterbreitete der Arbeiterbund von Basel dem Bundescomité einen Statutenentwurf für die landespolitische Gruppe, die sich aus den schweizerischen Mitgliedern des Bundes zu bilden und einen organischen Bestandtheil des letzteren ausmachen sollte. Es wurde darin für die landespolitische Gruppe eine eigene und nur dem Congreß verantwortliche Leitung beansprucht, deren Sitz von dem des Bundescomités getrennt sein sollte. — Das Bundescomité erblickte in dieser Lösung der Frage eine ernste Gefahr für den Arbeiterbund und stellte einen Gegenantrag. Seine Vorschläge waren folgende:

§ 1. Um in landespolitischer Beziehung mehr leisten zu können, organisiren sich die Mitglieder des Arbeiterbundes zu einer „Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz", bei der die Schweizerbürger Aktivmitglieder und die Nichtschweizer Passivmitglieder sind, und deren äußerliche Organisation sich an unsern Staatskörper anschließt. Die Mitglieder des ganzen Arbeiterbundes bilden also die Partei in der Schweiz, die in einem Kanton die Partei in diesem Kanton u. s. w. — § 2. Sämmtliche Sektionen des Arbeiterbundes an einem Orte, resp. Bevölkerungscentrum, bilden eine einzige Sektion dieser Partei und heißen in dieser Form „Arbeiter-Union". Kleine und vereinzelte Sektionen können sich zu diesem Zwecke den benachbarten in anderen Orten anschließen. Auf diese Weise können sich auch bezirks- oder kantonsweise Arbeiter-Unionen bilden und heißen in diesem Fall „Bezirks-Arbeiterunion", resp. „Kantonale Arbeiterunion". — § 3.. Tritt ein Arbeiterverein oder ein gleichbedeutender Verein, der dem Arbeiterbunde nicht angehört, in eine Arbeiterunion ein, so wird er nach Verfluß von sechs Monaten als Sektion des Arbeiterbundes betrachtet, mit allen Rechten und Pflichten, falls er nicht früher den Eintritt erklärt. — § 4. Bei gleichlautenden Abstimmungen, welche die Schweizerbürger schließlich an der offiziellen Urne ausmachen müssen, haben die Nichtschweizer kein Stimmrecht, in allen übrigen Fällen sind sie gleichberechtigt. — § 5. Die Centralleitung der Sozialdemokratischen Partei ist in den Händen des Bundescomités, welches zu diesem Zweck aus elf Mitgliedern besteht mit folgender Eintheilung: Finanzcommission 3 Mann, Correspondenzcommission 3 Mann, Statistik-Commission 2 Mann und landespolitische Commission 3 Mann. Die weitere innere Organisation ist, vorbehältlich der Bestimmungen der Bundesstatuten, dem Bundescomité anheimgestellt. — § 6. Die Statuten der Unionen dürfen nicht im Widerspruch stehen mit den Bundesstatuten und dieser Organisation, dieselben sind daher dem Bundescomité zur Genehmigung vorzulegen und 1 Exemplar für das Archiv derselben abzuliefern. — § 7. Die Arbeiterunionen wählen ihre Vorstände nach Gutfinden, jedoch soll der Präsident ein Schweizerbürger sein. — § 8. Die Ausgaben für die eidgenössischen Angelegenheiten bestreitet die Bundeskasse, für die übrigen Kosten haben die Unionen selbst aufzukommen. — § 9. Das Bundescomité, resp. die landespolitische Commission erstattet dem Congreß Bericht über die Thätigkeit der Partei; Aenderungen dieser Organisation werden durch den Congreß, resp. durch Urabstimmung vorgenommen.

Vom Basler Arbeiterbunde wurden hiergegen sofort verschiedene Bedenken geltend gemacht. Er betonte, daß eine Partei nicht auf Grund von Statuten, sondern durch ein Programm gebildet werden könnte. Eine Partei bestehe nirgends aus einer organischen Vereinigung aller derjenigen, welche dieselbe Parteirichtung haben. Die organischen Vereinigungen könnten nur die Mittelpunkte der Parteiorganisation bilden, aber nicht die Partei selbst. Ebenso verfehlt als die Grundidee im Entwurfe seien die meisten Einzelbestimmungen, § 3 wäre nur geeignet, die Ausdehnung der Arbeiterunionen in den größeren Ortschaften zu beschränken, indem er verhindere, daß Vereine, welche örtlich wohl für die Sache der Sozialdemokratie wirken, aber daneben nicht dem Schweizerischen Arbeiterbunde beitreten möchten, eben einfach von den Arbeiterunionen fern bleiben. Er machte weiter darauf aufmerksam, daß nach den Vorschlägen des Bundescomité dasselbe nichtschweizerische Mitglied des Bundes zugleich Passiv- und Aktiv-Mitglied desselben sein würde: Aktivmitglied in allen nicht landespolitischen Fragen, Passivmitglied bezüglich der letzteren.

Von der internationalen Sektion Genf wurden Abänderungsanträge zum Basler Entwurf eingebracht. Nach diesen sollten den Mitgliedern des Grütlivereins sowie auch denen anderer Vereine, deren Statuten denen des Arbeiterbundes nicht entgegenlaufen, Sitz und Stimme in der landespolitischen Gruppe zustehen. Die Centralleitung sollte beim Bundescomité bleiben, das aus seiner Mitte ein aus Schweizerbürgern bestehendes Departement zu bilden hätte. — Namentlich der erstere Punkt wurde von den Baslern aus praktischen Rücksichten bekämpft, überhaupt gab es nun eine Fülle von Repliken und Dupliken und eine solche Verwirrung, daß allseitig ein von Zürich gestellter Antrag begrüßt wurde, alle Anträge in der Urabstimmung abzulehnen und die brennende Frage auf dem Congresse zur Entscheidung zu bringen. Voraussichtlich hat der Arbeiterbund diesen Vorschlag acceptirt und die Entscheidung vertagt.

Wir von unserem persönlichen Standpunkte können uns für eine politische Landesgruppe nicht sonderlich erwärmen. Einmal enthält sie eine zwecklose Conzession an die Gegner, denen der internationale Charakter des Arbeiterbundes ein Dorn im Fleische ist, dann birgt sie, namentlich wenn die Organisation nach dem Basler Entwurfe erfolgte, in der That ernste Gefahren für den Arbeiterbund. Die Zweitheilung könnte nur verhängnißvoll werden. Die Basler weisen freilich darauf hin, daß im Rahmen des Arbeiterbundes sich bereits ohne Schaden für den Bund eine unabhängige centralisirte Krankenkasse befinde. Das ist aber doch etwas anderes als eine politische Körperschaft, der man sehr bald ihre Verbindung mit den verrufenen internationalen Elementen des Arbeiterbundes entgegenhalten würde.

Wir wollen den Raum des „Vorwärts" nicht zu sehr in Anspruch nehmen. Es ist nothwendig, die Frage noch einmal ruhig und leidenschaftslos zu erwägen, und wir hoffen, daß diese Nothwendigkeit den Mitgliedern des Arbeiterbundes bei der Abstimmug klar geworden sein wird.

Aus dem Rheinland. In dem Regierungsbezirk Düsseldorf und dem benachbarten westfälischen Regierungsbezirk Arnsberg hat die Noth eine ungemeine Höhe erreicht. Nicht allein Krupp in Essen, auch die anderen Eisenbarone entlassen ihre Arbeiter schaarenweis; auch auf dem Eisenblechwalzwerke zu Siegen und Olpe ist einer großen Anzahl von Arbeitern gekündigt worden. Bei den entlassenen Krupp'schen Arbeitern, die bekanntlich meist der Sozialdemokratie angehören, befinden sich auch einige „Führer" der christlich-sozialen Partei, die nun selbstverständlich sehr erbost auf den Herrn Krupp ist. — Trotzdem dieser industrielle Pascha seine Arbeiter vor der Betheiligung an dem politischen Leben und Treiben gewarnt hat, schenkt Madame Krupp dem „Deutschen Verein" zu Essen, der natürlich eine national-servile Richtung verfolgt und dem auch einige Krupp'sche Arbeiter angehören, 900 Mark — so begünstigt hinter dem Rücken ihres Mannes die Frau unsere Partei; denn sicher ist es, daß jene Arbeiter, wenn sie nur einige Vorträge in dem „Deutschen Verein" gehört haben, aus purem Ekel vor dem Servilismus spornstreichs in das sozialistische Lager laufen werden, geradeso wie die meisten Arbeiter, die einmal bei Hirsch-Duncker in die Schule gehen, sofort derselben entlaufen, um zu uns kommen. Die Madame Krupp verdient also unsern Dank für ihre wirksame Unterstützung. — Am zweiten Ostertage sprach der Reichstagsabgeordnete Hasenclever Vormittags in einer überfüllten Volksversammlung in Essen unter großem Beifall, Nachmittags hielt derselbe auf einer Festfeier zu Ehren Lassalle's die Festrede. Am andern Tage fanden die Kündigungen in der Krupp'schen Fabrik statt; wir waren bei einem Parteigenossen zum Besuch in den Krupp'schen Arbeiterwohnungen gewesen, als ein braver Arbeiter in der Mittagspause uns begegnete. Sein kleines Mädchen sprang an ihm empor und fragte: „Papa hast Du mir etwas mitgebracht" — der Arbeiter sagte zu uns leise: „Ja, etwas schönes mitgebracht — die Kündigung. Und weshalb? Weil ich von meiner Ueberzeugung nicht lassen kann." — Und 60 sozialistisch gesinnte Arbeiter wurden an jenem Mittage entlassen. Krupp hatte in die Volksversammlung zwei Stenographen gesandt, da jedoch der jüngste Ukas des Herrn Krupp schon genügend in den vorhergehenden Volksversammlungen kritisirt worden war, deshalb erwähnte Hasenclever den Herrn kaum, so daß die Stenographen recht überflüssig erschienen. — In Duisburg herrscht die Noth gleichfalls in großem Maße; der Geist in der Arbeiterbevölkerung ist auch dort recht gut, trotzdem eine Versammlung Tags nach Ostern auf der Schützenburg, in welcher Hasenclever gleichfalls sprach, nicht so gut wie in Essen besucht war. Tags zuvor war aber ein Arbeiterfest gewesen, auf welchem die meisten Duisburger Arbeiter vertreten waren und welches einen glänzenden Verlauf nahm. — In Elberfeld fand Mittwoch nach Ostern eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Hasenclever und Hasselmann sprachen. Als Hasenclever bemerkte, daß es besser sei, bei der letzten Reichstagswahl mit 14,000 Stimmen unterlegen zu sein, als beispielsweise mit 10,000 Stimmen gesiegt zu haben, zeigte der allgemeine Beifall, daß die Wupperthaler Arbeiter nicht entmuthigt sind, sondern siegesfreudig in die Zukunft blicken. — Die Eisen- und Kohlenreviere von Hagen, Bochum, Witten und Dortmund bieten ein recht trauriges Bild dar — überall stehen die Fabriken still oder lassen nur einen Theil des Tages arbeiten. Der Anblick muß jedem vernünftigen Menschen die Frage aufdrängen: Wäre es nicht besser, wenn die Arbeit organisirt würde, daß keine Ueberproduktion und keine Krisen stattfänden? Alle vernünftigen Menschen und alle Arbeiter werden mit einem kräftigen Ja antworten; nur die von der heutigen Produktionsweise persönlichen Nutzen haben, oder die da wollen, daß durch sie der heutige Staat und die heutige Gesellschaft, so wie sie sind, erhalten bleiben, antworten natürlich mit Nein. Doch die Culturgeschichte wird mit wuchtigen Schritten über dies Nein hinwegschreiten.

Mainz, 10. April. Am 8. d. M. tagte in dem „Heiligen Geist", in demselben Lokale, in welchem an dem Geburtstage des Kaisers die militärischen Keilereien ihren Ursprung hatten, in größter Ruhe eine stark besuchte Volksversammlung. Der Abgeordnete Bloß (Vertreter von Reuß älterer Linie) entwickelte in längerer Rede ein Bild vom Reichstag und der Wirksamkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten. Der darauf folgende Redner kritisirte in scharfer Weise das Vorgehen des Kreisraths von Darmstadt, der auf einen veralteten Paragraphen des Polizeigesetzes hin vergangenen Montag eine sozialdemokratische Versammlung unterdrückt, aber eine unter gleichen Umständen veranstaltete Versammlung einer anderen Partei, im Gegensatz der Anschauung der dortigen Polizei, gestattet habe. Der von dem Redner hierbei gemachte Witz, daß sich hieraus schließen lasse, daß die Polizei anfange, den Ideen der Sozialdemokraten zugänglich zu werden, erregte ungemeine Heiterkeit, in welche auch die zwölf Mann hoch anwesende Polizeimannschaft, als ihre einzige Thätigkeit bei der Versammlung, mit einstimmte. — Die Untersuchung über die Kaisergeburtstagsschlägerei hat nun durch einen Gouvernementsbefehl ihren Abschluß erhalten, der in den einzelnen Compagnien verlesen wurde. Danach wurde von einer Bestrafung wegen der damaligen Exzesse abgesehen. Wahrscheinlich wird die Verkürzung des Stadturlaubs 2c., sowie die Untersuchungshaft Vieler als genügende Strafe betrachtet.

Darmstadt. Am 2. April fand im großen Ritfert'schen Saale hier eine Volksversammlung statt, die den Beweis lieferte, daß die arbeitende Bevölkerung Darmstadts in der sozial-politischen Erkenntniß nicht zurückgeblieben ist. Referent war der Reichstagsabgeordnete Johann Most. Derselbe hatte zur Tagesordnung gewählt: „Die Lösung der sozialen Frage." Der sehr ausführliche und lehrreiche Vortrag fand bei der Versammlung den lebhaftesten Anklang. W. Fischer.

Nürnberg. (Zum Nothstand.) Unser Nürnberger Parteiorgan bringt eine scharfe Notiz über den Nothstand in der stolzen Stadt Nürnberg, der wir Folgendes entnehmen: Wissen die Vornehmen, wie Hundefleisch schmeckt? Haben dieselben schon einmal welches gegessen? — Nein, das haben sie nicht; das haben sie ja auch gar nicht nöthig, sie kommen nicht in die Lage, Hundefleisch kosten zu müssen, wie dies z. B. Nürnberger Arbeiter thun müssen. „Das Vordertheil vom Hund wird in's Wasser getragen, das Hintertheil gebraten und gegessen, das Fell verkauft und das Fett als „Delikatesse" auf's Brod gestrichen!" So erzählte uns dieser Tage wortwörtlich eine Frau, deren Mann seit einem Jahre arbeitslos ist und seit mehreren Monaten auch noch dazu krank darniederliegt. Ha, Euch „ekelt" wohl vor solcher „Brut", Ihr Herren? Nun, tröstet Euch doch selbst, es existirt ja kein „Nothstand" in Nürnberg, und das Recht auf Arbeit ist blos eine „sozialdemokratische Phrase"! Als in dem belagerten Paris die Noth auf's Höchste gestiegen war, wurden auch Hunde geschlachtet, auch Ratten, wie man erzählte. Also schon wieder ein Trost! Die Nürnberger Hungerleider sind noch nicht auf der untersten Stufe angekommen, sie essen noch Hunde, wenn sie einmal bei den Ratten angekommen sein werden, dann wollen wir untersuchen, ob sie auch noch ein Bett haben, das noch unversetzt ist — — vielleicht kann dann dem Einen oder Andern ein „Almosen" verabreicht werden. Aber wozu auch Fleisch? Kartoffeln und Kaffee halten auch eine Zeit lang den wandelnden Leichnam zusammen. Ja, Kaffee! Wissen die Herren, wovon die Nürnberger Nothleidenden Kaffee kochen? Aus Träbern, gebettelten Träbern, welche ursprünglich für die Schweine bestimmt sind, für Schweine, deren Fleisch von den „Satten" der Gesellschaft verzehrt wird. Diese Träber werden getrocknet, gedörrt und gemahlen und dann wird „Kaffee" davon gekocht. Eine „delikate" Mahlzeit ist auch „geronnenes Ochsenblut", das ein mitleidiger Metzger herschenkt, mit gesottenen Kartoffeln, aber ohne Salz, denn um Salz zu kaufen, dazu braucht man Geld, und das Geld befindet sich nicht in den Händen derer, welche es erarbeitet, wahrhaft verdient haben, sondern in den hermetisch verschlossenen Feuerfesten Derjenigen, welche sich voll Grauen abwenden von dem übelriechenden, von Frost geschüttelten, vom Hunger gepeinigten Volk, welches „kein Recht auf Arbeit", dafür aber das Recht auf den Hunger, die „Freiheit" zum Verhungern hat.

Altenburg, 12. April. Im letzten Bericht sprach ich die Hoffnung aus, bald von einer Disputation mit den Liberalen etwas mittheilen zu können. Diese Hoffnung ist zu Wasser geworden. Herrn Kaufmann Wagner, der in unserer Communen-Versammlung prahlerisch erklärte, uns unsere Anhänger entreißen zu wollen, forderte ich brieflich auf, sein Wort zu halten und das Lokal zu beschaffen. Ich erbot mich, über die Lehre Lassalle's und die Entwickelung der Sozialdemokratie zu sprechen und dabei alle unsere Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Dieser Vortrag sollte zur Debatte gestellt werden. Hr. Wagner schrieb, er wolle das Lokal wohl besorgen, doch dürfe ich nur 30 Minuten und auch nur über unsere Forderungen sprechen, die ich in Thesen formuliren und ihm 8 Tage vor der Versammlung schicken sollte. Ein Liberaler müßte dann ebensolange dagegen sprechen. Hierauf hätte die Debatte zu folgen, in der Jeder, doch nicht länger als auf 20 Minuten zum Wort kommen könne. Endlich behielt er sich noch für die Liberalen ein besonderes Schlußwort vor. Im Einverständniß mit den Parteigenossen erwiderte ich, daß ich auf Alles, mit Ausnahme des Schlußwortes, eingehen wolle. Wir sagten uns, daß die Herren Liberalen ihre Niederlage in der Debatte voraussähen und sich deshalb das Schlußwort sichern wollten, um uns in einem längeren Vortrag, auf den wir nichts hätten erwidern können, etwas anzuhängen, was der „Altenburger-Zeitung" Stoff zu einem Artikel über unsern „Rückgang" geliefert hätte. Verschiedene Leute, die sich durchaus nicht wollen belehren lassen, hätten dem Schlußredner Beifall geklatscht und die Liberalen würden sich stolz als Sieger geberdet haben. — Aber Herr Wagner hielt hartnäckig am Schlußwort fest und so ist es denn klar, daß sich diese Herren vor einem ehrlichen Prinzipienstreite fürchten, sich ihre „Siege" höchstens zu erschleichen suchen und sich diesmal glücklich gedrückt haben. Wir verlangten für keine Partei ein Schlußwort, trotzdem ist Herr Wagner dreist genug, mir zu schreiben, da ich ihn (Wagner) Ernst machen sähe, bekäme ich Furcht! Ich meine, daß sich aus dieser einfachen Darstellung jeder das richtige Bild machen könne. Wenn nun auch die Liberalen nicht ehrlich gegen uns kämpfen können, wenn sie auch wissen, daß sie stets den Kürzeren ziehen, wenn man ihnen ihr geringes Wissen zur Evidenz nachweist, so halten sie sich deshalb immer noch für die allein Gescheidten. Wenn sie gegen unsere Redner nichts mehr vorzubringen wissen, so liegt das lediglich daran, weil sie „kein Material mitgebracht" haben! Möge Herr Wagner wohlleben und in seiner Stammkneipe die „Sozialdemokraten" bekämpfen, einstweilen gehören die 900 Wähler noch uns und daß sie vermehrt werden, soll unsere Sorge sein!

Am 18. März, Nachmittags, hatten die Parteigenossen des Herzogthums eine Conferenz in Schmölln und waren Altenburg, Gößnitz, Ronneburg und Schmölln vertreten. Es wurden die Wahlausgaben, Landtagswahl und das Zeitungsprojekt besprochen. Obwohl wir überein kamen, energisch auch für die Landtagswahl einzutreten, so mußte sich doch Altenburg (die Stadt) später davon zurückziehen, jedoch wird nächstes Jahr auch hierbei in's Zeug gegangen werden. Die Zeitung kann erst am 1. Juli erscheinen, da es zum 1. April der noch spärlich eingelaufenen Gelder wegen nicht möglich war. Am 9. April hatte hier zum Gedächtniß des Geburtstags Lassalle's eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Lehre Lassalle's und die Entwicklung der Sozialdemokratie." Hugo Grunewald.

Pegau. Eine Anzahl hiesiger Bewohner hatte die Absicht, am 25. März eine Volksversammlung abzuhalten, in welcher für die in Sachsen zu Recht bestehende Gewerkschaft der Schuhmacher gewirkt werden sollte. Dem Pegauer Bürgermeister gefiel es aber, die Versammlung durch folgenden „Beschluß des Stadtraths zu Pegau" vom 23. März zu verbieten:

„Den Gesuchstellern zu eröffnen, daß zu Abhaltung der hier den 25. dieses Monats in Aussicht genommenen Volksammlung die Genehmigung Seiten der unterzeichneten Polizeibehörde versagt wird, nachdem die hier lebenden Mitglieder der sozialdemokratischen Partei dadurch, daß dieselben mit vollem Bewußtsein der Gesetzwidrigkeit Mitglieder eines in Sachsen verbotenen Vereins geworden sind (worüber zur Zeit die Untersuchung beim hiesigen Königlichen Gerichtsamte ja auch noch schwebt), den Beweis gegeben haben, daß sie die bestehenden Gesetze als für sich nicht verbindlich erachten, daher diejenigen Garantien effektiv nicht zu bieten vermögen, welche einen ordnungsgemäßen Verlauf von Volksversammlungen erwarten lassen. Brgrmstr. Dr. Grundig."

Gegen dieses Versammlungsverbot ist Beschwerde bei der Kreishauptmannschaft zu Leipzig eingereicht, und soll deren Erfolg den Lesern des „Vorwärts" seinerzeit bekannt gegeben werden. Hoffentlich hat jeder unbescholtene Staatsbürger noch das Recht, die Befugnisse auszuüben, welche ihm das Vereins- und Versammlungsgesetz garantirt.

Mannheim. (Berichtigung.) Wir werden von bestunterrichteter Seite auf einen weiteren Verstoß gegen die Wahrheit aufmerksam gemacht, welcher sich in der zweiten Mannheimer Correspondenz des „Vorwärts" vom 2. März befindet. Es wird dort gesagt, die Freisprechung des pp. Schneider sei erfolgt, weil derselbe einen großen Geldbeutel gehabt, also — wie insinuirt wird — in der Lage gewesen sei, zu bestechen. Nach der uns gewordenen Information hat ein derartiger Verdacht auch nicht die leiseste Begründung und ist die Annahme, daß der pp. Schneider durch Bestechung seine Freisprechung erlangt habe, durchaus hinfällig. Wir können nur unser Bedauern ausdrücken, daß wir durch unseren Correspondenten irre geleitet worden sind. Redaktion des „Vorwärts".

Statistische Tafel über die sozialischen Reichstagswahlen.

Sollten bezüglich derselben Berichtigungen zu machen sein, so wird gebeten, dieselben so bald wie möglich an A. Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12, zu senden, da in diesem Blatte ein Nachtrag gebracht werden soll, welcher auch die fehlenden Resultate, die Nachwahlen und Richtigstellung einiger Irrthümer enthalten soll.

Musikalisches.

Auf die in meinem Verlag zum Liedercyclus erschienenen Nr. 8. „Commerzlied" und Nr. 9. „Die Arbeit" mache ich die Arbeiter-Gesangvereine besonders aufmerksam. Während das Commerzlied unseres Genossen Käpplinger ein einfaches, heiteres Lied ist, welches leicht einzuüben ist und sich leicht in das Gedächtniß einprägt, so daß es bei jedem heiteren Zusammenkommen gesungen werden kann, ist „Die Arbeit" ein herrliches Gedicht von unserm Genossen A. Scheu, welcher darin eine große Fülle von Gedanken entwickelt. Hierzu hat es Genosse G. Scholz verstanden, die Fülle der Töne mit diesem Text ebenso schön zu verbinden, so daß kein Arbeiter-Gesangverein dieses Lied unbefriedigt bei Seite legen wird. Dieses Lied sollte in keinem Arbeiter-Gesangverein fehlen und bei jedem Volksfest sollte es zur Aufführung kommen. Besonders mache ich die größeren Arbeiter-Gesangvereine auf dieses Lied aufmerksam, da es nicht ganz einfach componirt, aber auch nicht gerade schwer ist.

Gotha. Emil Sauerteig. Buchhandlung.

Briefkasten

der Redaktion. Koch in Mannheim: In Nr. 43 befindet sich unter Ludwigshafen die gewünschte Abrechnung. Sehen Sie nur gef. genau nach.

der Expedition. C. H. K. Dortmund: Verspätung liegt wahrscheinlich an der Bahnzugverbindung. Hier wird stets rechtzeitig zur Post geliefert. Erkundigen Sie sich dort. Tauschexemplar wird angewiesen.

Quittung. Brnnmr Göppingen Ab. 15,95. H. Bubs Graz Ab. 8,26. B. Klfld Pest Ab. 5,00. A. Brndt Mittweida Ab. 11,00. Arbeiter-Bildungs-Verein Wels Ab. 8,67. Dsbch Hanau Ab. 29,10. Brn Heidenheim Schr. 9,00. F. A. Schmdt Hannover Ab. 180,00. Frtschr Pösneck Schr. 2,90. Kpfr hier Ab. 1,00. F. A. Srg Hoboken Ab. 450,00. Dr. Brtgm Mühlhausen Ab. 1,75. Bltnk Lemberg Ab. 4,86. Klpp Ronsdorf Ab. 94,80. Thm hier Ab. 5,45. Frck Preetz Schr. 6,58. Dntr Ottmachau Ab. 3,00. Expedition d. „Wahrheit" Breslau Ab. 57,15 u. 145,50, Schr. 34,90. Exped. d. „Fr. Pr." Magdeburg Ab. 200,00. Hgrch Arnstadt Schr. 3,00. Gth Neustadt a. d. H. 6,00. Exped. d. „Tagwacht" Zürich Ab. 150,00.

Altona. Donnerstag, den **19. April,** Abends 8½ Uhr, im **Convent-Saal** (früher Wittmaack's Salon):

Volksversammlung.

Tagesordnung: **Oeffentliche Disputation mit nachstehenden drei Vertretern der liberalen Partei.** 1) Hrn. Lehrer Schmarjé über: „das eherne ökonomische Lohngesetz"; 2) Hrn. Corleis über: „die Entwickelung der verschiedenen Stände"; 3) Hrn. Schneider über: „Schulze-Delitzsch und Lassalle". **H. Gundelach.** [90

Frankfurt a. M. **Sozialdemokratischer Wahlverein.** **Donnerstag, 19. April,** Abends 8½ Uhr, bei **Pfuhl,** Zeil 47: [80

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig. J. A.: **J. Ibsen.** Neue Mitglieder werden aufgenommen. (F. 122)

Hamburg. **Allgemeiner deutscher Töpfer-Verein.** Donnerstag, den 19. April, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Hübner, Gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Diskussion über den Vorort. 2) Fahnen-Angelegenheit. — Es ersucht alle Mitglieder zu erscheinen [0,80 **G. Klaws.**

Leipzig. **Gewerkschaft der Holzarbeiter.** **Sonnabend,** den **21. April, Abends 8 Uhr,** im Saale des Hrn. **Jacobi, Rosenthalgasse:**

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung der Kranken- und Gewerkschaftskasse. 2. Anträge.

Vollzähliges Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Fehlende haben nach § 26 der Statuten 25 Pfg. Strafe zu entrichten. [1,00

Mittwoch, Abends ½9 Uhr: **Ausschußsitzung** im Arbeiterbildungsverein. D. O. [0,20

Leipzig. **Agitations-Comité.** **Mittwoch, 18. April,** präcise 9 Uhr Abds., **Sitzung** im Lokale des Arbeiterbildungsvereins. D. V. [0,30

Leipzig. Donnerstag, den 19. April, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag über die Gewerbegesetznovelle. Referent: J. Motteler. Event. Vortrag über die östr. Arbeiterbewegung. Referent: L. Werner. **Der Agent.** [70

Parteikarten sind vorzuzeigen.

Ottensen. **Donnerstag,** den **19. April,** Abends 8½ Uhr, in **Burmeister's Salon,** 1. Treppe:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Der bevorstehende Congreß. 0,60] **F. Heerhold.**

Offenbach-Dieburg. **Vorläufige Anzeige.** Den **2. oder 3. Pfingstfeiertag** findet in der Nähe Offenbachs ein (3c) [1,80

Großes Wahlfest

statt. Festrede gehalten von Hrn. Liebknecht. Alles Nähere später

Arbeiter-Schutzgesetz.

Antrag der sozialist. Reichstagsabgeordneten.

In Separatabzügen für 15 Pf. zu beziehen von **A. Geib,** Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Die weiteste Verbreitung dieser Ausgabe liegt im Interesse der Partei! (2b)

Es empfehlen sich als Neuvermählte: [1,50

Gustav Junghans
Emilie Junghans
geb. Gerstner.

Connewitz, den 15. April 1877.

Den Parteigenossen und Freunden von **Hannover** und **Linden** empfiehlt sich Unterzeichneter zur (F. 160) [2,10

Anfertigung von Herrenkleidern.

H. Rudolph, Schneidermeister.
Hannover, Mittelstraße 11.

Der „Arme Conrad"
1877

ist wieder in ca. 300 Exemplaren broschürt zu haben. Preis 2c. bekannt. Bestellungen mit Geldsendung erbeten. Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Street.
London: Baubly, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 46. Freitag, 20. April. 1877.

Aus der Union.

Irvington, N. J. 15. März 1877.

Die mühsam errungene Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen der Arbeiterpartei in den Vereinigten Staaten ist immer noch bedroht. Es wäre schlechte Politik, darüber vor der Oeffentlichkeit stillzuschweigen, während die gesammte Arbeiterwelt aller Lehren und Warnungen dringend bedarf, welche aus den besonderen Kampfesweisen der Partei in jedem einzelnen Lande fließen.

Die Lassalleaner, und mit ihnen die jüngeren Eingewanderten, die in der hiesigen Arbeiterbewegung noch Neulinge sind, wollen auf den politischen Kampfplatz heraustreten, mittels des allgemeinen Stimmrechts zunächst in der Gemeinde und im Einzelstaate sich geltend machen, und sind mit der Bestimmung des Unionsvertrags unzufrieden, wonach die Partei auch örtlich nicht politisch wirken soll, bevor sie eines Erfolges gewiß sein kann, und auch dann nur mit ökonomischen reinen Arbeiterforderungen. Die Internationalen, und mit ihnen die älteren, hier erfahrenen Mitglieder, sehen nichts als Unheil voraus, wenn diese politische Thätigkeit schon jetzt begonnen wird. Jene mögen so wenig als möglich mit den Gewerkvereinen und ihrer ökonomischen Bethätigung zu thun haben; diese sehen nur in diesen Heil. Jene berufen sich auf das Beispiel der deutschen Sozialisten, diese auf das der englischen Trades-Unions. Jene sind vertreten in der „Arbeiterstimme" und in den Tagesblättern von Chicago und Milwaukee, sowie in den eben gegründeten englischen Organen von letzterer Stadt und von Cincinnati; diese im „Vorbote" und „Labor Standard". Jene suchen besonders den Kleinbürgerstand an der Partei zu interessiren, diese wollen blos auf Lohnarbeiter die Parteilenkung beschränkt sehen und erwarten keinen Beistand von jenem. Beides ist Irrthum. Die Versammlungen entwickeln ihre größte Wirkung als erstes Agitationsmittel bei Massen, welche erst aufgerüttelt werden sollen; sie sind sozusagen Alarmirungsmittel und werden als solche immer bei der Agitation in Anwendung bleiben müssen. Aber das wird mir Jeder zugeben — Nachhaltiges wird durch Versammlungen allein fast nie geschaffen. Ich habe schon so manchen Arbeiter gesprochen, der wohl vielen Versammlungen beigewohnt, der aber trotzdem indifferent geblieben war. Die ganze Errungenschaft der Versammlungen war für die Betreffenden die gewesen, daß sie Etwas von Sozialdemokratie läuten gehört hatten, eine Errungenschaft zwar, aber doch eine recht geringe. Kommt es zu einer öffentlichen Kundgebung, wie bei der Wahl, so lassen sich zwar solche für die Partei gewinnen, sind aber doch äußerst schwankende Elemente. Diese Erfahrungen haben wir gemacht. Kommt es nun noch vor, daß vor einer Wahl, um Erfolge, gleichviel ob auch nur Augenblicks-Erfolge, zu erzielen, daß unsinnige Versprechungen gemacht, oder alberne Hoffnungen auch nur durch Stillschweigen gewährt werden, so kann der schmerzliche Rückschlag gar nicht ausbleiben.

*) Wir veröffentlichen diese Zuschrift, weil dieselbe, wenn auch der darin gemachte Vorschlag kaum ausführbar sein dürfte — jedenfalls nicht in der vorgeschlagenen Form — doch unzweifelhaft mancherlei nützliche Anregungen enthält. R. d. V.

freiheit gar nicht zu reden) besitzen und folglich binnen einem halben Jahre die gesetzgebende Macht im Gesammtstaate, in jedem Einzelstaate und in jeder Gemeinde erringen könnten (in den letzten 22 Jahren ist zweimal der Fall vorgekommen, daß eine neue Partei binnen so kurzer Zeit den genannten Erfolg in fast dem ganzen Maße errang), so ist das Volk selbst sein Hemmschuh, wenn jetzt, da die Nothwendigkeit einer neuen Parteibildung fast allgemein anerkannt ist, die unsere nicht recht voranschreiten will. Die Bourgeoisie wird so allgemein als die Ursache unserer Corruption verschrien, daß ihre Macht dem Volksunwillen längst hätte weichen müssen, wenn das Volk selbst nicht ausgeartet, seiner Verfassung unwürdig geworden wäre. Das Manchesterthum, der Kapitalismus, die selbstsüchtige Vereinzelung (welche mit kleinlichem Vereinswesen ausgezeichnet sich verträgt) steckt Jedem im Blute, oder im Gehirne, und das allein macht das Volk einem so verächtlichen Feinde gegenüber, wie unser Geldkönigthum ist, ohnmächtig und erklärt dessen unglaubliche Frechheit. Nur die älteren erfahrenen Mitglieder unserer Partei wissen das und sind deshalb ängstlich dafür eingenommen, vor Allem den sittlichen Geist des arbeitenden Volkes, sein Selbstvertrauen, seinen brüderlichen Sinn, sein Klassenbewußtsein, den Internationalismus und den Haß gegen den Kapitalismus in den Gewerkschaften großzuziehen, um eine größere Anzahl treuer, verläßlicher, klardenkender Agitatoren zu gewinnen, ehe sie politisch auftritt, und um den arbeitenden Massen Zeit, Kraft und Muth zum politischen Kampfe durch eine Verbesserung der ökonomischen Lage zu verschaffen. Die unerfahrenen Mitglieder, und die nicht hinreichend umsichtigen können nicht begreifen, daß es so schwer sein soll, mittels der Preß-, Rede- und Wahlfreiheit baldige Erfolge zu erringen. Da hilft alles Reden nichts — man muß sie mit dem Kopf gegen die Mars-Erfolgen nicht verurtheilen. Dagegen ist eine Agitation anzuerkennen, von welcher der n-Correspondent aus Altona in Nr. 39 des „Vorwärts", Jahrgang 1876, berichtet: „..... Wie anders treten da doch die Sozialdemokraten auf; ich erinnere mich, daß vor Kurzem der Candidat der Arbeiter, Hasenclever, nachdem er einen Vortrag gehalten, ausdrücklich betonte, daß alle Diejenigen, welche mit seinen Ansichten nicht völlig übereinstimmten, getrost gegen ihn votiren könnten, ja daß es ihre Pflicht wäre, am Wahltag gegen ihn zu stimmen."

Die Versammlungen zu agitatorischen Zwecken werden sonach wesentlich als erstes, als Aufrüttelungsmittel zu betrachten sein, niemals aber als Universalmittel; die Aufregung einer Versammlung muß sofort zur Vertiefung und Befestigung der Bewegung benutzt werden, soll nicht der größte Theil des Erfolgs wieder verloren gehen. Denn das gesprochene Wort verhallt, und was sonst übrig bleibt, ist schädliche Unklarheit.

Das zweite Agitationsmittel: die Presse ist berufen, in den noch bevorstehenden Kämpfen mit den reaktionären Gewalten unsere stärkste Waffe zu bleiben. Trotz alledem ist sie weit entfernt, ihren Zweck als Agitationsmittel zu erfüllen. Sehr richtig ist, was Eduard Sack in seiner vortrefflichen Schrift „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit" Seite 13 sagt: „Ich habe wohl allen Respekt vor den Blättern der Sozialdemokraten, aber an denselben findet nur jener sehr kleine Theil des Volkes Geschmack, der an der sozialdemokratischen Agitation theilnimmt. Dagegen ist eine Agitation anzuerkennen, von welcher der n-Correspondent aus Altona in Nr. 39 des „Vorwärts", Jahrgang 1876, berichtet: „..... Wie anders treten da doch die Sozialdemokraten auf; ich erinnere mich, daß vor Kurzem der Candidat der Arbeiter, Hasenclever, nachdem er einen Vortrag gehalten, ausdrücklich betonte, daß alle Diejenigen, welche mit seinen Ansichten nicht völlig übereinstimmten, getrost gegen ihn votiren könnten, ja daß es ihre Pflicht wäre, am Wahltag gegen ihn zu stimmen."

Die Versammlungen zu agitatorischen Zwecken werden sonach wesentlich als erstes, als Aufrüttelungsmittel zu betrachten sein, niemals aber als Universalmittel; die Aufregung einer Versammlung muß sofort zur Vertiefung und Befestigung der Bewegung benutzt werden, soll nicht der größte Theil des Erfolgs wieder verloren gehen. Denn das gesprochene Wort verhallt, und was sonst übrig bleibt, ist schädliche Unklarheit.

Das zweite Agitationsmittel: die Presse ist berufen, in den noch bevorstehenden Kämpfen mit den reaktionären Gewalten unsere stärkste Waffe zu bleiben. Trotz alledem ist sie weit entfernt, ihren Zweck als Agitationsmittel zu erfüllen. Sehr richtig ist, was Eduard Sack in seiner vortrefflichen Schrift „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit" Seite 13 sagt: „Ich habe wohl allen Respekt vor den Blättern der Sozialdemokraten, aber an denselben findet nur jener sehr kleine Theil des Volkes Geschmack, der an der sozialdemokratischen Agitation theilnimmt.

haben und in Bälde thun könnten. Das ganze Land hat erfahren, daß das große Kapital sofort Schranken findet, wo es mit einer Anzahl entschlossener, für ihr gutes Recht kämpfender Arbeiter zu thun hat. Solch' ein Beispiel ermuntert. Freilich sind nicht alle Arbeiter so unentbehrlich und schwer zu ersetzen, als die Lokomotivführer; dafür aber sind sie zahlreicher und haben mehr Zeit und Gelegenheit zur Organisation.

Der in meinem vorigen Berichte erwähnte Congreß-Ausschuß, welcher zu begutachten hatte, ob eine Abänderung unseres Staatsvertrags mit China räthlich sei zum Zweck der Verhütung des Chinesen-Imports, hat, wie wir vorausgesehen, nicht für räthlich gefunden, dies zu empfehlen. Trotzdem erklärt er diese Sklaveneinfuhr für ein weit überwiegendes Uebel. Er ist für Abwarten, ob es nicht gelingen werde, aus diesen Heiden Christen, aus diesen Arbeitssklaven freie amerikanische Bürger zu machen. Und in diesem heuchlerischen Sinne wird der Congreß wohl entscheiden.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Bei Berathung der eingebrachten Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung erklärte der Präsident des Bundeskanzleramts, Minister Hofmann, der sich früher schon mehrere Male als heftiger Gegner des Sozialismus bemerkbar gemacht hat, die Anträge der Sozialisten (Arbeiterschutzgesetz) für diskutirbar und auf dem praktischen Boden sich bewegend. Die meisten Zeitungen sprechen sich in ähnlicher Weise aus. Wir wußten dies im Voraus — und freuen uns deshalb darüber, daß unsere Abgeordneten derartige „zahme" Anträge eingebracht haben, mit denen sich der zaghafteste Bürger-

Broschüren geben meist ein abgeschlossenes ganzes Bild an Kritik und Bestrebungen und darin liegt ihre Kraft. Leider hat die Agitation mit Broschüren auch ihre Uebelstände; die Schriften kosten Geld und wenn sich Arbeiter, nachdem auch wirklich ihr Interesse durch einen gehörten Vortrag geweckt ist, entschließen, von ihrem knappen Taschengelde Schriften zu kaufen, so sind dies wiederum nur Ausnahmen. Schon oft habe ich Freunde seufzen hören: „Ja, wenn wir die Schriften wegschenken würden!" — Genug.

Parteigenossen! Beseelt von dem Wunsche nun, die Agitation unter dem arbeitenden Volke in rationellster, ununterbrochener und nachhaltiger Weise entfaltet zu sehen, habe ich Euch einen Vorschlag zu machen:

Alle Zeitungen, auch die Lokalblätter, liefern am Schlusse jedes Quartals für jeden Abonnenten eine gute, aber kurze Broschüre gratis. Jeder Abonnent hat die Pflicht, die Quartals-Broschüre an indifferente Mitarbeiter, Bekannte ꝛc. zu vergeben, oder auch, die Broschüren werden gesammelt und in Versammlungen vertheilt. Da wir Abonnenten fast sämmtlich überzeugte Sozialisten sind, so werden wir mit den Quartals-Broschüren den für die Agitation geeignetsten Gebrauch zu machen wissen. Wir haben damit das wirksamste Agitationsmittel in wirksamste Organisation gebracht. Wenn irgend ein Agitationsplan von Erfolg sein kann, so scheint es mir dieser zu sein, denn es sind fast alle Bedingungen erfüllt: durch die Parteipresse besteht eine Verbindung aller überzeugten Genossen; diese nur sind es wiederum, von welchen eine rührige Agitation ausgehen kann, also Nichts natürlicher, als daß jene Verbindung durch die Presse auch zu einer planmäßigen, alle Genossen beschäftigenden Agitation benutzt wird.

Die Kosten dieser Organisation werden von den Abonnenten getragen, indem die Abonnementspreise der Zeitungen um einen Durchschnittsbetrag der Herstellungskosten einer solchen Broschüre, also vielleicht um 5 oder 10 Pfennige pro Quartal erhöht werden. Gegenüber den gebräuchlichen Mitglieder-Beitragssätzen von 15—20 Pf. pro Monat, wie sie in den früheren Organisationen üblich waren, ist dieser Betrag verschwindend. Der Nutzen für die Partei kann dagegen ein unverhältnißmäßig großer werden. Bedenkt Genossen: die Broschüren sind das beste Agitationsmittel, dieselben können unter das Volk unentgeltlich vertheilt werden, der private Verkehr, sowie die Versammlungen bieten dazu ausreichende Gelegenheit. Die Broschüren in den Händen der Abonnenten, also zum größten Theil treuer Parteigenossen zu wissen, bietet uns die Garantie für die beste Verwendung. Den Zeitungen werden wiederum dadurch am raschesten neue Abonnenten zugeführt, besonders wenn am Schlusse der Broschüren auf die betreffende Zeitung in geeigneter Weise aufmerksam gemacht wird.*) Die Versammlungen würden immer zahlreicher besucht werden, mit einem Wort, es würden sich durchweg die besten Wirkungen ergeben, während die Kosten für uns Abonnenten gar nicht in Betracht kämen. Etwaige Schwierigkeiten in der Zusendung und dergleichen könnten leicht gehoben werden.

Ich bin fest überzeugt, daß wir mit einer solchen Schriften-Organisation unter Beibehaltung auch der übrigen Agitationsmittel dasjenige leisten würden, was nur unter den bestehenden

*) Zum Zweck der Befestigung der Parteigrundsätze in der Familie wäre sehr zu wünschen, daß sämmtliche Zeitungen dem Beispiele der „Berliner Freien Presse" und der „Wahrheit", dem schlesischen Organ, folgten und die „Neue Welt" als Sonntags-Gratis-Beilage beigeben. Dadurch, daß die „Wahrheit" die „Neue Welt" beigiebt, wird herbeigeführt, daß beinahe ein Drittel der Auflage der „Neuen Welt" (36,000) nach Schlesien, dem 14. Theile des deutschen Reiches wandert, da die „Wahrheit" an 10,000 Abonnenten aufweist. Nimmt man noch die 6—8000 Exemplare, welche auf die „Berliner Freie Presse" entfallen, dazu, so kommt auf Berlin und Schlesien eine Hälfte der ganzen Auflage der „Neuen Welt", während sich die übrige Hälfte auf das ganze übrige Deutschland vertheilen muß.

stätigung der Freisprechung erfolgte, war die Familie des Redakteurs König pekuniär fast zu Grunde gerichtet.

Ein Richter hat die Vernichter seiner Existenz bisher nicht ereilt und was das Gewissen der Biedermänner zu ihren Heldenthaten sagt, vermögen wir nicht anzugeben; genug, man hat zerstört, was Unbequemlichkeiten verschaffte, man hält sich für den Sieger über die lästige Wahrheit, über die freimüthige Kritik, wenn die Leidensgeschichte jenes geplagten Redakteurs nicht bekannt wird, wenn Niemand von den Rollen, die seine Feinde spielten und von den Handlangerdiensten eines großen Theiles der nationalservilen Blätter erfährt.

Durch geschickte Benutzung des Zeugnißzwanges suchte man einer Intrigue einen gewissen Stempel von Gesetzlichkeit aufzudrücken. Deshalb ist es wahrlich Pflicht einer redlichen Presse, das Dunkel, das so manche Akten in Nacht und Grauen hüllt, zu hellen und so manchen „Ritter von der Ehrbarkeit" vor das Forum der Oeffentlichkeit zu stellen.

Unsere Illustration zum Kapitel über die Zeugnißpflicht der Redakteure, dieses Bruchstück aus dem Leben eines Preßangehörigen war ein Griff in's wirkliche Menschenleben.

Wir fragen, wann wird Solches, wie das Erzählte, unmöglich werden, wann endlich wird durch Aufhebung der Folter des Zeugnißzwanges das Gesetz nicht mehr die Handhabe zu persönlichen Verfolgungen abgeben können und es auch bei uns ein gleiches Recht für Alle geben? — E. K.

Ein revolutionäres Sauhirtchen.

In Nr. 5 der „Gegenwart" von 1877 werden die Beziehungen der deutschen Presse zur französischen in einem „Notizen" betitelten Artikel besprochen, der folgende Stelle enthält: „Wir schrecken vor einer gelegentlichen Polemik mit den französischen Collegen nicht zurück, lassen sie uns vielmehr als Unterbrechung des Alltagslebens hin und wieder ganz gern gefallen. Auch wenn auf Commando vorgegangen werden soll, haben wir keine grundsätzliche Abneigung gegen die Heeresfolge, aber wohlverstanden unter einer Bedingung. Wir würden nämlich eine gewisse Garantie voraussetzen, daß, wenn wir patriotisch mitfechten, dies nicht nach einiger Zeit, wenn der Moment der Abrüstung eintritt, als unruhstiftend, ungehörig und unpatriotisch getadelt werde. Leute, die weniger vorsichtig sind, sollen derartige Malheurs erlebt haben."

Ist das nicht die Sprache eines revolutionären Sauhirtchens? Sauhirtchen fängt zu drohen an. Uebersetzen wir vorstehende Sätze aus der Militärsprache — „Commando", „Heeresfolge", „Abrüstung" — in gewöhnliches Deutsch — Sauhirtchen ist auch militärisch gebildet — so lauten sie: Wir, die Sauhirten, tanzen in der Folge nur dann noch wie uns gepfiffen wird, wenn man uns im Voraus garantirt, nicht hinterher zum Dank mit Fußtritten behandelt zu werden.

Es lebe die „Gegenwart"!

Weiter unten heißt es in den nämlichen „Notizen": „Die Sozialisten müssen allerdings seit ihrer letzten Ueberrumpelung zweier Berliner Wahlkreise im Auge behalten werden. Bisher wurden sie ignorirt. Es giebt zahlreiche Staatsbürger, die, wenn sie nicht etwa den Reichstag besuchen, in ihrem ganzen Leben einen wirklichen Sozialisten kaum jemals zu Gesicht bekommen haben. Die von jenen Herren redigirten Blätter zu studiren, wird man ohnehin Niemandem zumuthen. Abgesehen davon, daß dadurch die sozialistische Propaganda in der Familie, ja bei dem dienenden Personal gefördert würde, wäre es auch eine schwere Aufgabe, neben so vielen anderen Zeitungen auch noch radikalen Unsinn lesen zu müssen."

Das heißt: Es giebt fast gar keine wirklichen Sozialisten, aber trotzdem muß man sie im Auge behalten. Wie das Letztere aber geschehen soll, ist uns unerfindlich; denn, sagt der Notizenschreiber: die von den Sozialisten redigirten Blätter darf man nicht lesen, 1) weil sie „radikalen Unsinn" enthalten, und 2) weil durch Lesen derselben der Sozialismus in der Familie verbreitet würde. Wahrlich ein schmeichelhaftes Compliment für die deutsche Bourgeois-Familie, sie ist also empfänglich für „radikalen Unsinn". Das Letztere glauben wir übrigens auch, wie könnte sie sonst die „Gegenwart" lesen?

Am Ende — und nach seiner Schreibweise ist das sehr glaubwürdig — gehört der „Notizen"schreiber ebenfalls zu den Berliner Ueberrumpelten.

— Hundert Stosche wiegen noch keinen einzigen Bismarck auf. Diese geschmackvolle Bismarcks-Taxe auf Kosten eines Mannes (Stosch), der bei dem Kaiser, wie bei dem Kronprinzen gleich geachtet und angesehen ist, ist die ureigenste Erfindung eines Berliner Correspondenten der „Elberf. Zeitung."

obw[illegible]enden Verhältnisse bringt, zeigt, daß überall die Neigung zu einer starken Reaktion gegen die bisherige Entwickelung vorhanden ist. Gerade ein Theil der Bourgeoisie, die bisher überall von den Lehren des Liberalismus beherrscht wurde, neigt sich Maßregeln zu, die mit den bisherigen Prinzipien freiheitlicher Entwickelung brechen, die durch stärkeres polizeiliches Eingreifen, durch Beseitigung des geltenden Stimmrechts die Fluth eindämmen möchten. Die Ausbreitung der Sozialdemokratie ist ja zum großem Theil durch die liberale Gesetzgebung begünstigt worden, aber sie beruht andererseits auch auf großen sozialen Mißständen, die eine Folge der Entwicklung unserer Produktion, der unvermeidlichen Ersetzung der Handarbeit durch Maschinen, der Verdrängung der handwerksmäßigen Thätigkeit durch den Fabrikbetrieb sind. Es wird die wesentlichste Aufgabe sein, die Sozialdemokratie dadurch zu bekämpfen, daß die Gesetzgebung und die Arbeitgeber selbst Alles thun, was irgend möglich ist, um die wirklichen und gerechtfertigten Beschwerden der Arbeitermassen zu heben. Ein großer Theil der Leiden, die da existiren, ist weniger wirthschaftlicher als sittlicher Natur und ihnen kann nur durch eine wahre Erziehung unseres Volkes entgegengetreten werden, eine Erziehung, die nicht blos das Wissen vermehrt, sondern vor Allem den Charakter bildet und wahrhaft christliche Gesinnung stärkt. Es wird die Aufgabe der conservativen Partei vor allen Dingen sein müssen, hierauf hinzuweisen. Nicht polizeilicher Zwang, nicht polizeiliches Vorgehen gegen die Agitation allein werden die Gefahr bannen, sondern vor Allem wird der Beruf hierzu auch der Kirche zufallen, die wieder die gebührende Stellung im Leben erringen muß, die allein in der Lage sein wird, wahrhaft christlichen Geist wieder zu erwecken und die Gemüther vor fanatischen Irrlehren zu bewahren."

Also nicht polizeiliches Vorgehen allein, sondern noch andere schöne Dinge. Und die Herren Liberalen haben „zum großen Theil" die „feste Absicht", mit den Herren Conservativen Hand in Hand „Schranken gegen die sozialdemokratische Fluth" zu errichten, die zu humane Gesetzgebung zu enthumanisiren, das Vereins- und Versammlungsrecht noch mehr zu verstümmeln, das Wahlrecht zu beschneiden u. s. w. Recht hübsch das! Und wir wünschen den Leutchen: Gesegnete Mahlzeit! Mögen sie die Suppe ausessen, die sie einbrocken. Uns wird sie den Magen nicht verderben! —

— Armes Deutschland! In einer Adresse, welche die Wormser Nationalliberalen an Bismarck richteten, heißt es wörtlich: „Das Gefühl der Bestürzung ergriff das deutsche Volk, Bangigkeit hatte sich aller Gemüther bemächtigt bei dem Gedanken an den Verlust, der unserm deutschen Reiche durch den Rücktritt seines zweiten Schöpfers drohte. Was wird aus unserm deutschen Vaterlande werden, wenn der starke Arm ihm fehlt, wenn er ihm entrissen wird? Mit dieser Frage blicken wir alle sorgenvoll in die Zukunft." — Armes Deutschland, das du auf zwei Augen ruhst! Arme Nationalliberale, daß ihr solches glaubt und ausspricht!

— Herr Tessendorff gibt uns Schuld an den kürzlich stattgehabten Krawallen auf dem Alexanderplatz zu Berlin. In seiner Anklage gegen zwei Personen, die sich an diesem Krawalle betheiligt haben sollen und von denen die eine, die einen Schutzmannslieutenant an die Kehle gefaßt hatte, mit einem Jahr Gefängniß bedacht, die andere aber freigesprochen wurde, äußerte Tessendorff sich dahin, daß die intelectuelle Urheberin an solchen Vorkommnissen die sozialistische Propaganda sei, welche allen Autoritätsglauben vernichte und Gott weiß was Alles für Schändlichkeiten verübe. Die „Berliner Freie Presse" bemerkt dazu recht trocken, daß dann Herr Tessendorff erst recht Schuld an den Excessen trage, da er durch sein Vorgehen die sozialistische Propaganda wesentlich unterstütze.

— Die Stimmung in Oesterreich ist wieder kriegerischer geworden. Man fürchtet die Occupation der nördlichen Türkei durch die Russen. Besonders in Ungarn, dem gegenwärtig maßgebenden Lande des Kaiserreichs, ist die Erbitterung gegen Rußland in stetem Wachsen. So schreibt der „Pesther Lloyd": „Die Occupation, das ist die Annexion, und angesichts dieser Thatsache wäre es Thorheit, an die Möglichkeit einer dauernden Neutralität Oesterreichs-Ungarns in dem türkisch-russischen Kriege zu glauben. Gleichwie nur die entschiedenen Siege der Türken über die Serben uns die Nothwendigkeit einer bewaffneten Stellungnahme erspart haben, so könnten uns auch nur entschiedene Siege der Türken über die Russen ein Heraustreten aus der neutralen Haltung ersparen. Wir machen rechtzeitig auf diese Lage der Dinge aufmerksam, damit wir von der Nothwendigkeit nicht überrascht werden. Wir haben gewiß nicht den Beruf, uns für den Bestand der Türkei in abenteuerliche Unternehmungen zu stürzen, aber wir haben die Pflicht, unsere eigene Existenz zu vertheidigen und diese wäre durch die Etablirung eines russischen Regiments in den slavischen Provinzen der Türkei aufs ärgste bedroht." — Wenn Oesterreich also in einen Krieg verwickelt wird, dann wird Deutschland seinen „Erbfreund" nicht im Stiche lassen wollen und der Weltbrand ist entzündet trotz aller diplomatischen Friedensbemühungen zweier Jahre. — Man sieht, daß, wenn nicht immerfort die Welt durch Friedensstörer in Aufregung versetzt werden soll, endlich einmal die Völker selbst zur Leitung ihrer Geschicke sich emporraffen müssen. Dann wird nimmermehr ein „Bischen Herzegowina" die Culturländer zerrütten können.

— Der Kampf der Türken und der Montenegriner ist wieder entbrannt; auch die Aufständischen in der Herzegowina rühren sich. Nach Telgrammen aus Pesth stehen heiße Kämpfe nahe bevor. Die Keilerei im Kleinen hat also angefangen, die Keilerei im Großen folgt nach — und das nennt sich ein gesittetes Jahrhundert!

— Ausbreitung der sozialistischen Presse. In Hagen (Westfalen) erscheint ein neues Parteiblatt: „Hagener Volksfreund"; dasselbe wird dreimal wöchentlich herausgegeben.

— Die 47 Sozialisten, welche in München angeklagt waren, als selbstständiger Verein mit dem Vorstande der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu Hamburg in Verbindung gestanden zu haben, wurden sämmtlich freigesprochen.

— Der frühere Redakteur des „Volksstaat", Marbach, der sich gegenwärtig im Leipziger Bezirksgerichtsgefängniß in Haft befindet, ist kürzlich vom Kreisgericht zu Halle wegen angeblicher Beleidigung des Staatsanwalts in Halle zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt worden. Das gleiche Schicksal traf den Redakteur des „Reporter", aus welchem Blatte der „Volksstaat" eine Correspondenz reproduzirt hatte, in welcher die fragliche Beleileidigung enthalten sein soll. Die Appellation ist angemeldet.

---

n. Berlin, 16. April.

Auch am Sonnabend erntete der Herr Generalpostmeister Lorbeeren. Die Debatte des Post- und Telegraphen-Etats wurde fortgesetzt, und als wiederum die Unzufriedenheit unter den Postbeamten zur Sprache kam, fand Herr Stephan sich veranlaßt, seine Bildung dadurch zu dokumentiren, daß er die Postbeamten, welche sich in der Presse und in Zuschriften an Abgeordnete mißbilligend über das Regiment Stephan äußern, in einer Weise angriff, die geradezu unerhört zu nennen ist. Leider kam nachher nur Lasker zu Wort, der, statt das unerhörte Benehmen des Herrn Generalpostmeisters gebührend zu rügen, bemüthig erklärte, die betreffenden Postbeamten seien ganz brave Leute — ein Zeugniß, das ihnen wahrhaftig nicht von Herrn Lasker ausgestellt zu werden brauchte. — Bei der Berathung der Ausgaben des Reichstags ergriff der Abg. Kapell das Wort, um für die schlecht besoldeten Diener des Hauses einzutreten. Sein Antrag, den betreffenden Absatz in die Budgetcommission zurückzuverweisen, wurde selbstverständlich abgelehnt.

In der heutigen Sitzung, die Vormittags 11 Uhr begann, stand in erster Linie auf der Tagesordnung die Berathung über den Antrag Schulze (Delitzsch) und Genossen, Abänderung des Gesetzes über Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften betr. Bekanntlich hat schon dem vorigen Reichstag ein ähnlicher Antrag vorgelegen, und bezweckt derselbe unter Anderm hauptsächlich eine Erhöhung des Minimalsatzes der Genossenschaftsantheile und verschiedene Abänderungen in Bezug auf die Controle und das Liquidationsverfahren. Der Abgeordnete Schulze (Delitzsch) begründete in längerer Ausführung seinen Antrag, wobei er natürlich nicht versäumte, den von ihm in's Leben gerufenen Genossenschaften und deren segensreicher Wirksamkeit reklamenhaftes Lob zu spenden.

Der Abgeordnete Most, welcher von unserer Seite das Wort zu dem Antrag ergriff, betonte, daß wir durchaus keine prinzipiellen Gegner des Genossenschaftswesens sind, im Gegentheil selbst bereits eine Reihe von solchen in's Leben gerufen hätten; allein gerade weil wir ein großes Interesse am Genossenschaftswesen haben, müßte es uns doppelt befremden, daß von der Seite, welche die Vaterschaft des Genossenschaftswesens in Anspruch nehme, Anträge wie der vorliegende eingebracht werden könnten. Das Genossenschaftsgesetz habe Mängel, aber in entgegengesetzter Richtung als der, gegen welche die Schulze'schen Anträge sich wendeten. Zunächst sei es ein großer Uebelstand an dem Gesetze, daß dasselbe ausnahmslos die Solidarhaft vorschreibe, eine Bestimmung, die das Aktiengesetz nicht kenne und die also nur als eine Beeinträchtigung des kleinen Besitzes bezeichnet werden könne. Weiter sei es ein großer Uebelstand, daß das Gesetz vorschreibe, daß Genossenschaften sich nicht an politischen Angelegenheiten betheiligen dürfen. Auf Grund dieser vagen Bestimmung sei es möglich gewesen, in München und Augsburg zwei Genossenschaften (Buchdruckereien) gerichtlich aufzulösen, die nichts anderes verbrochen, als daß in deren Geschäften je eine politische Zeitung fertig gestellt wurde. Was die Erhöhung bez. Fixirung der Minimalziffer der Antheile betreffe, so laufe dieselbe auf nichts anderes hinaus, als gerade denjenigen Theil der Bevölkerung, zu deren Wohl angeblich die Genossenschaften hauptsächlich in's Leben gerufen wurden, von der Betheiligung an solchen auszuschließen.

Sollte der Antrag wirklich Annahme finden, dann könnte man mit Recht sagen: der König im sozialen Reich sei zu einem König Herodes geworden, ja schlimmer, denn er habe seine eigenen Kinder getödtet.

Nachdem noch je ein Mitglied der nationalliberalen und der conservativen Partei ihre Wünsche vorgebracht, erklärte der Vertreter des Bundesraths, daß seitens der Regierungen ein Gesetzentwurf vorbereitet und wahrscheinlich der nächsten Session des Reichstags vorgelegt werde.

Auf diese Aeußerung hin zog der Abgeordnete Schulze seinen Antrag zurück, nachdem er den Ausführungen Most's gegenüber noch einzelne, meist nichtssagende Bemerkungen gemacht, aus denen wir nur das beachtenswerthe Geständniß hervorheben wollen, daß das Aktiengesetz eine Prämie für die Mühe, welche die Kapitalserwerbung verursache, sei, und daß Genossenschaften, wenn sie in Bezug auf diese Erwerbung ihr Theil geleistet, ebenfalls zu Aktiengesellschaften avanciren können.

Für das Großkapital also das Aktiengesetz ohne Haftpflicht und volle Freiheit im Börsenschwindel, für das kleine Kapital und den Genossenschafter aber solidarische Haftpflicht, strengste Controle und ungehinderte polizeiliche Chikane. Das ist die fortschrittliche Liebe für den sogenannten kleinen Mann.

Nunmehr gelangte eine Reihe von Anträgen in Bezug auf Abänderung der Gewerbeordnung zur Verhandlung, darunter auch das von den sozialistischen Abgeordneten eingebrachte Arbeiterschutzgesetz. Bei der hohen Wichtigkeit dieses Gegenstandes für unsere Leser behalten wir uns vor, auf die Verhandlung noch näher zurück zu kommen, und geben im Nachfolgenden nur eine kurze Skizzirung des Verlaufs derselben. Nachdem man beschlossen hatte, sämmtliche vorliegenden Anträge gemeinschaftlich zu debattiren, und nachdem eine in letzter Stunde von der Fortschrittspartei eingebrachte Resolution, welche alles beim Alten lassen will, ebenfalls noch mit zur Debatte gestellt worden war, ergriff der Abgeordnete Ackermann das Wort, um Namens der conservativen Partei für Einführung von Arbeitsbüchern, Bestrafung des Contraktbruches und zwangsweise Zurückführung entlaufener Lehrlinge zu plaidiren. Nach ihm sprach Graf v. Galen (Centrum), um in längerer Ausführung für Wiedereinführung, oder richtiger für Einführung — denn diese Phantasie ist nie Wirklichkeit gewesen — der christlich-sozialen Weltordnung eine Lanze zu brechen, wofür er sich vom nationalliberalen Rickert sagen lassen mußte, daß ihm (Rickert) 4 oder 5 Paragraphen, geeignet, bestehenden Uebelständen abzuhelfen, lieber gewesen wären, als die ganze lange Rede. Im Uebrigen vertheidigte Rickert die Gewerbefreiheit wie überhaupt die Grundprinzipien, welche der Gewerbeordnung zu Grunde liegen, und stellte an die Regierung die Frage, ob sie in dieser Angelegenheit heute noch auf demselben Boden wie 1869 stehe? was von dem Bundeskanzleramtspräsidenten Hoffmann bejaht wurde. Auf die in mancher Beziehung interessanten Ausführungen Hoffmann's werden wir noch speziell zurückkommen, ebenso auf die Ausführungen unseres Genossen Fritzsche, der in längerer Rede den Standpunkt der Sozialdemokratie klarlegte. Nachdem der Abgeordnete Bauer, von den Hamburger Zünftlern gewählt, noch über eine Reihe von Petitionen, welche sich auf den behandelten Gegenstand bezogen, berichtet, wurde die Sitzung Nachmittags 5 Uhr vertagt. Morgen Kasernirungsgesetz und Fortsetzung der Debatte über die obigen Anträge.

Ein Kapitel zum Zeugnißzwang der Redakteure.

(Schluß.)

Herr Stephan konnte nun flott mit der Disciplinaruntersuchung (oder in korrektes Postdeutsch übersetzt Schülerzuchtuntersuchung) beginnen, auch ohne Königs weitere Vernehmung.

Im Termine vor Pescatore selbst legte dieser das Original und eine Abschrift des erwähnten Briefes vor und erklärte, daß er auch heute bei seiner Zeugnißverweigerung beharren würde, wenn sich der Verfasser seinem vorgesetzten obersten Chef gegenüber nicht bereits selbst genannt und ihn nicht ausdrücklich ermächtigt hätte, ihn im gegenwärtigen Termine zu nennen. Durch Erfahrung gewitzigt, bat er den Herrn Pescatore aber, die Abschrift zu den Akten zu nehmen und ihm das Original des Briefes zu belassen, damit er ein Vertheidigungsmittel gegen gewisse Intriguen in den Händen behalte, die er fürchte — und wie sie schon gegen ihn in Scene gesetzt worden seien — nämlich, daß man ihm, wenn irgend möglich, trotz seiner gewiß ehrenhaften Handlungsweise noch in öffentlichen Blättern des Vertrauensbruches seitens dienstwilliger Geister beschuldigen lassen würde. Er erklärte zugleich, daß, falls wieder ein Bubenstück, wie das angedeutete, gegen ihn in Scene gehen würde, er sich öffentlich auf das Zeugniß des Herrn Untersuchungsrichters und seines Protokollführers berufen würde. Mit dem Ausrufe: „Gott sei Dank, daß auch diese unangenehme Geschichte endlich aus der Welt geschafft wird", dictirte Herr Pescatore das Schlußprotokoll.

Nunmehr glaubte Redakteur König keine Veranlassung mehr zu haben, den Eid zu verweigern und er beschwor das Schlußprotokoll, man hatte ja auch ohne seine Aussage erfahren, gegen wen man Disciplinaruntersuchung einleiten könne, wenn diese überhaupt allein der Zweck des ganzen Verfahrens gewesen wäre.

Noch an demselben Tage wurde der Beamte Knall und Fall zunächst nach Brandenburg versetzt. Kaum dort eingetroffen erschien denn auch neben einem höchsten Beamten der Justitiar des Generalpostamtes, Professor Dr. D., ein Mann, der denselben Namen trägt, den ein in der Demagogenverfolgungsperiode vielfach genannter Jurist auch führte und begann mit der eingehendsten Vernehmung und den geschicktesten Kreuz- und Querfragen des zu maßregelnden Postinspektors.

Wenige Tage darauf erhielt auch Redakteur König eine Vorladung von dem in der Disciplinaruntersuchungssache mit dem Anklägergeschäfte betrauten Postrath B., demselben, der neuerdings mit der Vertretung des in der Kanteckiangelegenheit vielgenannten z. Z. beurlaubten Oberpostdirektor v. Jahn betraut ist. Redakteur König ließ diese eigenthümliche Vorladung eines einfachen Verwaltungsbeamten mit dem Bemerken zurückgehen, daß er der Requisition eines nicht richterlichen Beamten, er möge heißen, wie er wolle, und einen Titel führen, welchen er wolle, niemals Folge leisten, daß er vielmehr nur der Vorladung des Gerichtes folgen würde, was denn auch eine abermalige Vernehmung des von dem B. requirirten Gerichts zur Folge hatte.

Man hätte glauben sollen, daß nun endlich die Sache mit der so sehnlich erwünschten Disciplinaruntersuchung gegen den Postinspektor und dessen Maßregelung ihren Abschluß hätte finden müssen; allein weit, weit gefehlt! Pescatore's Schlußprotokoll enthielt unter Anderem die Bemerkung, daß das Manuscript anonym gewesen sei. Dem in Disciplinaruntersuchung gezogenen Postinspector war unter Andern seitens des Justitiars D. die Frage vorgelegt worden, ob er nicht vielleicht seiner Zeit das Manuscript mit einem mit seiner Unterschrift versehenen Begleitbrief übersandt habe, und dieser hatte ausgesagt: „Vermuthlich oder wahrscheinlich." Und auf diese unbestimmte Aussage hin baute man einen Strafantrag gegen den bestgehaßten Redakteur König auf, der denselben für immer vernichten, ihn bürgerlich todt machen sollte. „Wenn festgestellt ist, daß ein Begleitbrief mit Unterschrift dem Manuscript beigefügt war, so war das Manuscript nicht anonym", so folgerte man, und auf diese seltsame Schlußfolgerung wagte man in der liebenswürdigsten, humansten Weise einen Strafantrag wegen nichts Geringerem — als — man höre und staune! — wegen wissentlichen Meineides aufzubauen, dem die Königl. preußische Staatsanwaltschaft auch Folge gab, indem sie die Untersuchung gegen den schwergeprüften Redakteur König eröffnete. Es wurde dann schließlich auch Schlußverhandlung vor dem Stadtgerichte anberaumt; aber nur wegen fahrlässigen Meineids.

Wir unterlassen es, zu schildern, was eine ehrenwerthe Familie in jener Periode gelitten hat, als diese Untersuchung über dem Haupte ihres Ernährers schwebte, und bemerken nur, daß den Redakteur König um jene Zeit noch viele harte, von intriguanten Feinden und deren Creaturen geführte Schläge trafen und seinen Wohlstand und sein Unternehmen vernichteten.

Man setzte Besudelungen seiner Person in öffentlichen Zeitungen für schweres Geld in Scene. Eine strafgerichtliche Verfolgung gegen den Entrepreneur, einen Postsekretair, früheren Buchbindergesellen, wurde abgelehnt und an eine Disciplinaruntersuchung war schon gar nicht zu denken; derselbe erhielt vielmehr ein recht einträgliches Commissorium zur Taxcommission nach Stuttgart. Höhere Beamte sahen dieselbe Zeit die postamtlichen Abonnentenlisten auf die „Deutsche Post" hier und da ein und diejenigen Abonnenten, welche Beamte waren, wurden vielfach dadurch ängstlich und hielten das Blatt nicht mehr. Eine dieserhalb an den deutschen Reichstag gerichtete Petition hatte zur Folge, daß in der Petitionscommission jenes Einsehen der Abonnentenlisten für eine Verletzung des Briefgeheimnisses (also doch wohl auch des Amtsgeheimnisses?) erklärt, ferner, daß eine Interpellation an daß Reichskanzleramt gerichtet und von letzterem Untersuchung und Abhilfe versprochen wurde. Ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen die Personen, welche das Briefgeheimniß in der angegebenen Weise verletzt hatten, wurde indessen nicht beliebt, selbstverständlich konnte deshalb auch eine gerichtliche Bestrafung nicht eintreten, so heilsam dieselbe auch gewesen wäre, indem sie bewiesen haben würde, daß der Artikel der Verfassung: „Jeder Preuße ist vor dem Gesetze gleich" keine Phrase ist.

Am Redakteur König freilich bewährte sich der alte Spruch: „Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes!"

Der Schlußverhandlungstermin gegen ihn erschien. Einziger (angeblicher) Belastungszeuge war jener Artikelschreiber, jener gemaßregelte höhere Beamte, um den der Redakteur König so gelitten hatte.

Aber der Beamte war mehr ein Entlastungs- als ein Belastungszeuge. Seine Aussagen stimmten mit denen des Angeklagten überein und die Freisprechung erfolgte

So fein die Intriguen gegen den Redakteur König auch gesponnen war, so hatten seine Widersacher doch die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Groß mochte der Groll sein über den Richterspruch, der einen Querstrich über so pfiffig, rachsüchtig und herzlos ersonnene Anschläge machte.

Man beruhigte sich bei dem Urtheil erster Instanz natürlich nicht, man appellirte gegen das freisprechende Erkenntniß und als endlich nach langer Zeit — im Dezember 1874 — die Be-

In meinem vorigen Brief vergaß ich zu erwähnen, daß ein Theil der Fortschrittspartei auch für den Valentin'schen Schlußantrag gegen Liebknecht gestimmt hat.

Weiter sei erwähnt, daß das gemeine Benehmen des Herrn Eugen Richter von allen anständigen Leuten im Reichstag entschieden mißbilligt wird.

Ein Vorschlag.*)

An die Parteigenossen.

Genossen! In der Voraussetzung, daß wir uns sämmtlich in dem ehrlichen, ernsten Bestreben vereinigen, das arbeitende Volk durch Aufklärung zum Bewußtsein seiner Macht zu bringen, um dadurch Absolutismus, Knechtschaft und Klassenelend aus der Welt zu schaffen, erbitte ich mir für das Nachstehende Eure Aufmerksamkeit.

Wer, der ein aufrichtiger Sozialdemokrat, hat sich nicht schon tausendmal die Frage vorgelegt, wodurch, durch welches Mittel kann die Ausbreitung unserer Prinzipien noch beschleunigt, die Befestigung derselben im Volke nachhaltig gemacht werden? Wer von uns behält wohl die Hoffnung auf baldigen Sieg der Wahrheit stets ungeschwächt in Anbetracht der gewaltigen Macht der Dummheit, der Trägheit der Massen, und andererseits der zahllosen Machtmittel der reaktionären Gewalten? Gewiß, der endliche Triumph unserer Sache ist uns sicher; mit Recht ist oft darauf hingewiesen worden, wie selbst alle Machinationen der Gegner nur das Gegentheil des Beabsichtigten bewirken; allein — es handelt sich auch darum, den Kampf nach Möglichkeit abzukürzen, dafür einzutreten, daß wir möglichst bald zu einem Ziele gelangen, und das können wir. Das Prinzip des bewußten Fortschritts ist ja gerade die besondere Seite der Sozialdemokratie im Gegensatz zur bisherigen menschlichen Entwickelung und daher ist es für uns, die wir aus Ueberzeugung zur Fahne der Freiheit stehen, höchste Pflicht und Schuldigkeit, es ist sozialdemokratische Moralität, daß wir Alles thun, um unsern Zweck zu erreichen. Das wird jeder Sozialdemokrat anerkennen.

Unser Zweck ist nun, wie wir wissen, erstens das ganze arbeitende Volk womöglich in die Bewegung zu ziehen, sodann die Bewegung selbst im Volke zu vertiefen, einen festen, echt demokratischen Geist in die Massen zu bringen. Schon viel ist in dieser Richtung geschehen, aber leider eben noch lange nicht genug. Die Agitationsmittel: Vereine, Versammlungen, Zeitungen, Schriften sind alle zur Anwendung gelangt, sehr oft aber nicht in wünschenswerther Harmonie und darauf kommt es doch hauptsächlich an. Was nun die verschiedenen Agitationsmittel betrifft, so sind sie höchst verschieden im Grade der Wirkung.

Betrachten wir zuerst die Vereins- und Versammlungsthätigkeit. Das Bischen Vereins- und Versammlungsfreiheit, welches die Gewalt dem Volke gelassen, muß zwar stets ausgenützt werden, jedoch stehen die Resultate, besonders der Versammlungen, sehr oft in keinem Verhältnisse zu den Opfern, welche für die Versammlungen von den Genossen gebracht werden. Hieraus soll nicht gefolgert sein, daß nun die Versammlungen ganz und gar nebensächlich behandelt werden können, im Gegentheil. Die Versammlungen entwickeln ihre größte Wirkung als erstes Agitationsmittel bei Massen, welche erst aufgerüttelt werden sollen; sie sind sozusagen Alarmirungsmittel und werden als solche immer bei der Agitation in Anwendung bleiben müssen. Aber das wird mir Jeder zugeben — Nachhaltiges wird durch Versammlungen allein fast nie geschaffen. Ich habe schon so manchen Arbeiter gesprochen, der wohl vielen Versammlungen beigewohnt, der aber trotzdem indifferent geblieben war. Die ganze Errungenschaft der Versammlungen war für die Betreffenden die gewesen, daß sie Etwas von Sozialdemokratie läuten gehört hatten, eine Errungenschaft zwar, aber doch eine recht geringe. Kommt es zu einer öffentlichen Kundgebung, wie bei der Wahl, so lassen sich zwar solche für die Partei gewinnen, sind aber doch äußerst schwankende Elemente. Diese Erfahrungen haben wir gemacht. Kommt es nun noch vor, daß vor einer Wahl, um Erfolge, gleichviel ob auch nur Augenblicks-Erfolge, zu erzielen, daß unsinnige Versprechungen gemacht, oder alberne Hoffnungen auch nur durch Stillschweigen gewährt werden, so kann der schmerzliche Rückschlag gar nicht ausbleiben.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß wir unsere größte Hoffnung nicht auf die Erfolge der Versammlungen setzen, vor allen Dingen uns nicht mit diesen begnügen dürfen, denn die Versammlungs-Erfolge sind meistens, wo nicht immer, nur momentane. In einer Correspondenz aus Iserlohn in Nr. 19 des „Vorwärts" d. J. heißt es: „..... Der Wahlkampf ist beendigt. Wir haben eine Schlappe erlitten. Wir haben weniger Stimmen erhalten, wie vor drei Jahren ..... Fragen wir uns nun, welches sind die Ursachen, daß wir hier weniger Stimmen erhalten haben, als bei der vorigen Wahl, so ist darauf Vieles zu antworten. Zum allergrößten Theile war der Lokalmangel in Iserlohn daran schuld. Hier, wo der Heerd ....., war lange Zeit kein Lokal zu haben, es konnten darum auch keine Versammlungen stattfinden u. s. w." Man sieht: keine Versammlungen — keine Stimmen; man setzt seine ganze Hoffnung auf die Versammlungen und sucht die Spreu von früher zu gewinnen; ja, die Spreu ist vom Winde verjagt, durch einen tückischen Zufall hat man einmal keinen Versammlungs-Wind, um die Spreu wieder zusammenzublasen und — man erleidet „eine Schlappe". Ist das eine sozialistische Partei? Ist das Agitation? Hören wir eine andere Stimme. Parteigenosse G. Gladewitz schreibt in Nr. 22 des „Vorwärts" aus Mittweida: „Wir sind unterlegen! . . . . Selbstverständlich müssen wir, da wir an ein Fortschreiten der sozialistischen Bewegung glauben, den Ursachen unserer Niederlage nachforschen. Die Hauptschuld trifft den Arbeiterstand selbst. Während ein kleiner Bruchtheil stundenweit in die Versammlungen kam und unsere Leute dadurch stets in der Majorität waren, hielten es Andere nicht der Mühe werth, unsere Prinzipien näher kennen zu lernen, und sie wußten thatsächlich nur das von uns, was ihnen die Gegner erzählten ..... Die Folgen dieser elenden Verhetzung zeigten sich nur zu deutlich während der Wahlbewegung, sowie am Wahltage selbst. Wir mußten oftmals von blutarmen, durch Hunger und Noth gebeugten Arbeitern die ungerechtesten Urtheile über uns mit anhören: „Der Kerl (unser Candidat) kann uns auch Nichts geben, der bringt uns auch kein Brot in's Haus," sagten Viele, und in trauriger Verblendung wählten sie den Gegner. U. s. f." Das ist der Fluch der Augenblicks-Erfolge, merkt's Euch, Parteigenossen!

Genosse H. F. Schröder berichtet aus Eutin in Nr. 27 des „Vorwärts": „..... Unsere Niederlage ist freilich groß, zumal hier im Fürstenthum Lübeck bei der vorigen Wahl 1874 nahezu noch einmal so viel Stimmen für unsern Candidaten abgegeben wurden. Doch ist dieser Verlust leicht erklärlich, wenn man Folgendes in Erwägung zieht: Durch die vorige Wahlagitation wurden die Arbeiter hier sowohl, wie im 1. schleswig-holsteinischen Wahlkreise zum ersten Mal aus dem Schlafe gerüttelt und vom Strudel der Wahlbewegung mit fortgerissen, (!) ohne Klarheit über Zweck und Ziele der Sozialdemokratie (!) zu erlangen; sie glaubten jedoch mit Zuversicht, durch die Wahl Reimer's in kurzer Zeit in das Land der Verheißung einziehen zu können. (!) Dies war die Situation nach der vorigen Wahl, und ein aufgeklärter Sozialist konnte für dieselbe nur ein wehmüthiges Kopfschütteln haben." Schärfer als dieser Bericht es thut, kann man das Jagen nach Augenblicks-Erfolgen nicht verurtheilen. Dagegen ist eine Agitation anzuerkennen, von welcher der n-Correspondent aus Altona in Nr. 39 des „Vorwärts", Jahrgang 1876, berichtet: „..... Wie anders treten da doch die Sozialdemokraten auf; ich erinnere mich, daß vor Kurzem der Candidat der Arbeiter, Hasenclever, nachdem er einen Vortrag gehalten, ausdrücklich betonte, daß alle Diejenigen, welche mit seinen Ansichten nicht völlig übereinstimmten, getrost gegen ihn votiren könnten, ja daß es ihre Pflicht wäre, am Wahltag gegen ihn zu stimmen."

Die Versammlungen zu agitatorischen Zwecken werden sonach wesentlich als erstes, als Aufrüttelungsmittel zu betrachten sein, niemals aber als Universalmittel; die Aufregung einer Versammlung muß sofort zur Vertiefung und Befestigung der Bewegung benutzt werden, soll nicht der größte Theil des Erfolgs wieder verloren gehen. Denn das gesprochene Wort verhallt, und was sonst übrig bleibt, ist schädliche Unklarheit.

Das zweite Agitationsmittel: die Presse ist berufen, in den noch bevorstehenden Kämpfen mit den reaktionären Gewalten unsere stärkste Waffe zu bleiben. Trotz alledem ist sie weit entfernt, ihren Zweck als Agitationsmittel zu erfüllen. Sehr richtig ist, was Eduard Sack in seiner vortrefflichen Schrift „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit" Seite 13 sagt: „Ich habe wohl allen Respekt vor den Blättern der Sozialdemokraten, aber an denselben findet nur jener sehr kleine Theil des Volkes Geschmack, der an der sozialdemokratischen Agitation theilnimmt. So weit die Organisation der Partei reicht, so weit reicht auch nur das Publikum dieser Blätter und ich fürchte, es wird nie anders sein. Sie befriedigen nur die erregten Massen, die Agitatoren. Die übergroße Mehrheit des Volkes steht aber außerhalb dieser Organisation und wird derselben immer fern bleiben. Wie gesagt, ich habe allen Respekt vor diesen Blättern und ich freue mich, daß sie da sind; aber sie sprechen nur zu jenen harten, zu einem schweren und gefährlichen Kampfe entschlossenen Männern; es sind Organe der sich sammelnden, sich gegenseitig anrufenden, zum Kampfe sich aufregenden „Arbeiter-Bataillone". U. s. w." Ich für mein Theil glaube nun zwar nicht, daß es „nie anders sein" wird; ich bin der Ansicht, daß sich unsere Presse mit der Zeit doch bei der Mehrheit des arbeitenden Volkes, wenn auch langsam, einführen könnte — das Wesentliche des Angeführten ist aber unbedingt wahr. Die sozialdemokratische Presse bildet fast ausschließlich nur die geistige Speise derjenigen, die bereits Sozialdemokraten sind. Nach meinen Erfahrungen ist an eine rationelle Agitation durch die Presse nicht zu denken. Die Presse soll die Tageslektüre und zugleich die Waffe der Partei sein; die Förderung der Agitation durch die Presse kann und wird niemals in einem wünschenswerthen Grade geschehen, und ich will dies auch kurz nachzuweisen suchen. Die Agitation der Abonnenten durch Zeitungsblätter wird immer nur in der Weise vor sich gehen, daß einzelne Blätter an Indifferente zum Lesen gegeben werden. Nun ist aber erforderlich, daß, um einen Indifferenten zu einem Sozialdemokraten zu machen, sobald das Interesse geweckt ist, derselbe bald zu Anfang etwas Ganzes an Kritik der Zustände und über unsere Bestrebungen und Ziele vorgeführt erhält. Ein solches Ganzes ist nun eine Zeitungsnummer keineswegs, ja fünfzig, hundert Zeitungsnummern geben durchaus kein ganzes, abgeschlossenes, am allerwenigsten ein übersichtliches Bild der Sozialdemokratie. Dazu kommt, daß das erste Interesse, welches vielleicht der Betreffende nahm, weil ohne Nahrung, leicht wieder verflogen ist, und dann ist das Anknüpfen schon viel schwieriger.

Der Inhalt einer sozialistischen Zeitung ist zudem, wie auch Eduard Sack ausführt, zum großen Theile einem Indifferenten unverständlich und daher nicht angethan, Interesse zu erwecken, resp. ein angefachtes Interesse zur vollen Ueberzeugung zu entwickeln, da der Inhalt vor allen Dingen den Anforderungen der Genossen genügen soll. Das Halten einer Zeitung kann von einem Manne, der solche Erfahrungen macht, gar nicht erwartet werden.

Die Presse ist daher, wie schon gesagt, hauptsächlich nur für die überzeugten Sozialisten da; zur rationellen Weiterverbreitung unserer Tendenzen bedürfen wir anderer Mittel.

Bleiben noch die Broschüren und hier haben wir in der That dasjenige Agitationsmittel, welches mit Versammlung und Presse in Verbindung und Organisation gebracht, einzig und allein im Stande sein kann, eine sichere Bewegung auf die Mehrheit des Volkes auszudehnen und dieselbe zu festigen. Fragen wir uns Parteigenossen, wodurch wir selbst eigentlich erst unsere feste Ueberzeugung erlangten, so bin ich überzeugt, unter 100 Fällen haben dies in 90 die Broschüren gethan. Die Broschüren geben meist ein abgeschlossenes ganzes Bild an Kritik und Bestrebungen und darin liegt ihre Kraft. Leider hat die Agitation mit Broschüren auch ihre Uebelstände; die Schriften kosten Geld und wenn sich Arbeiter, nachdem auch wirklich ihr Interesse durch einen gehörten Vortrag geweckt ist, entschließen, von ihrem knappen Taschengelde Schriften zu kaufen, so sind dies wiederum nur Ausnahmen. Schon oft habe ich Freunde seufzen hören: „Ja, wenn wir die Schriften geschenkt würden!" — Genug.

Parteigenossen! Beseelt von dem Wunsche nun, die Agitation unter dem arbeitenden Volke in rationellster, ununterbrochener und nachhaltiger Weise entfaltet zu sehen, habe ich Euch einen Vorschlag zu machen:

Alle Zeitungen, auch die Lokalblätter, liefern am Schlusse jedes Quartals für jeden Abonnenten eine gute, aber kurze Broschüre gratis. Jeder Abonnent hat die Pflicht, die Quartals-Broschüre an indifferente Mitarbeiter, Bekannte ꝛc. zu vergeben, oder auch, die Broschüren werden gesammelt und in Versammlungen vertheilt. Da wir Abonnenten fast sämmtlich überzeugte Sozialisten sind, so werden wir mit den Quartals-Broschüren den für die Agitation geeignetsten Gebrauch zu machen wissen. Wir haben damit das wirksamste Agitationsmittel in wirksamste Organisation gebracht. Wenn irgend ein Agitationsplan von Erfolg sein kann, so scheint es mir dieser zu sein, denn es sind fast alle Bedingungen erfüllt: durch die Parteipresse besteht eine Verbindung aller überzeugten Genossen; diese nur sind es wiederum, von welchen eine rührige Agitation ausgehen kann, also Nichts natürlicher, als daß jene Verbindung durch die Presse auch zu einer planmäßigen, alle Genossen beschäftigenden Agitation benutzt wird.

Die Kosten dieser Organisation werden von den Abonnenten getragen, indem die Abonnementspreise der Zeitungen um einen Durchschnittsbetrag der Herstellungskosten einer solchen Broschüre, also vielleicht um 5 oder 10 Pfennige pro Quartal erhöht werden. Gegenüber den gebräuchlichen Mitglieder-Beitragssätzen von 15—20 Pf. pro Monat, wie sie in den früheren Organisationen üblich waren, ist dieser Betrag verschwindend. Der Nutzen für die Partei kann dagegen ein unverhältnißmäßig großer werden. Bedenkt Genossen: die Broschüren sind das beste Agitationsmittel, dieselben können unter das Volk unentgeltlich vertheilt werden, der private Verkehr, sowie die Versammlungen bieten dazu ausreichende Gelegenheit. Die Broschüren in den Händen der Abonnenten, also zum größten Theil treuer Parteigenossen zu wissen, bietet uns die Garantie für die beste Verwendung. Den Zeitungen werden wiederum dadurch am raschesten neue Abonnenten zugeführt, besonders wenn am Schlusse der Broschüren auf die betreffende Zeitung in geeigneter Weise aufmerksam gemacht wird.*) Die Versammlungen würden immer zahlreicher besucht werden, mit einem Wort, es würden sich durchweg die besten Wirkungen ergeben, während die Kosten für uns Abonnenten gar nicht in Betracht kämen. Etwaige Schwierigkeiten in der Zusendung und dergleichen könnten leicht gehoben werden.

Ich bin fest überzeugt, daß wir mit einer solchen Schriften-Organisation unter Beibehaltung auch der übrigen Agitationsmittel dasjenige leisten würden, was nur unter den bestehenden

*) Wir veröffentlichen diese Zuschrift, weil dieselbe, wenn auch der darin gemachte Vorschlag kaum ausführbar sein dürfte — jedenfalls nicht in der vorgeschlagenen Form — doch unzweifelhaft mancherlei nützliche Anregungen enthält. R. d. V.

*) Zum Zweck der Befestigung der Parteigrundsätze in der Familie wäre sehr zu wünschen, daß sämmtliche Zeitungen dem Beispiele der „Berliner Freien Presse" und der „Wahrheit", dem schlesischen Organ, folgten und die „Neue Welt" als Sonntags-Gratis-Beilage beigeben. Dadurch, daß die „Wahrheit" die „Neue Welt" beigiebt, wird herbeigeführt, daß beinahe ein Drittel der Auflage der „Neuen Welt" (36,000) nach Schlesien, dem 14. Theile des deutschen Reiches wandert, da die „Wahrheit" an 10,000 Abonnenten aufweist. Nimmt man noch die 6—8000 Exemplare, welche auf die „Berliner Freie Presse" entfallen, dazu, so kommt auf Berlin und Schlesien eine Hälfte der ganzen Auflage der „Neuen Welt", während sich die übrige Hälfte auf das ganze übrige Deutschland vertheilen muß.

stätigung der Freisprechung erfolgte, war die Familie des Redakteurs König pekuniär fast zu Grunde gerichtet.

Ein Richter hat die Vernichter seiner Existenz bisher nicht ereilt und was das Gewissen der Biedermänner zu ihren Heldenthaten sagt, vermögen wir nicht anzugeben; genug, man hat zerstört, was Unbequemlichkeiten verschaffte, man hält sich für den Sieger über die lästige Wahrheit, über die freimüthige Kritik, wenn die Leidensgeschichte jenes geplagten Redakteurs nicht bekannt wird, wenn Niemand von den Rollen, die seine Feinde spielten und von den Handlangerdiensten eines großen Theiles der nationalservilen Blätter erfährt.

Durch geschickte Benutzung des Zeugnißzwanges suchte man einer Intrigue einen gewissen Stempel von Gesetzlichkeit aufzudrücken. Deshalb ist es wahrlich Pflicht einer redlichen Presse, das Dunkel, das so manche Akten in Nacht und Grauen hüllt, zu hellen und so manchen „Ritter von der Ehrbarkeit" vor das Forum der Oeffentlichkeit zu stellen.

Unsere Illustration zum Kapitel über die Zeugnißpflicht der Redakteure, dieses Bruchstück aus dem Leben eines Preßangehörigen war ein Griff in's wirkliche Menschenleben.

Wir fragen, wann wird Solches, wie das Erzählte, unmöglich werden, wann endlich wird durch Aufhebung der Folter des Zeugnißzwanges das Gesetz nicht mehr die Handhabe zu persönlichen Verfolgungen abgeben können und es auch bei uns ein gleiches Recht für Alle geben? — E. K.

Ein revolutionäres Sauhirtchen.

In Nr. 5 der „Gegenwart" von 1877 werden die Beziehungen der deutschen Presse zur französischen in einem „Notizen" betitelten Artikel besprochen, der folgende Stelle enthält: „Wir schrecken vor einer gelegentlichen Polemik mit den französischen Collegen nicht zurück, lassen sie uns vielmehr als Unterbrechung des Alltagslebens hin und wieder ganz gern gefallen. Auch wenn auf Commando vorgegangen werden soll, haben wir keine grundsätzliche Abneigung gegen die Heeresfolge, aber wohlverstanden unter einer Bedingung. Wir würden nämlich eine gewisse Garantie voraussetzen, daß, wenn wir patriotisch mitfechten, dies nicht nach einiger Zeit, wenn der Moment der Abrüstung eintritt, als unruhstiftend, ungehörig und unpatriotisch getadelt werde. Leute, die weniger vorsichtig sind, sollen derartige Malheurs erlebt haben."

Ist das nicht die Sprache eines revolutionären Sauhirtchens? Sauhirtchen fängt zu drohen an. Uebersetzen wir vorstehende Sätze aus der Militärsprache — „Commando", „Heeresfolge", „Abrüstung" — in gewöhnliches Deutsch — Sauhirtchen ist auch militärisch gebildet — so lauten sie: Wir, die Sauhirten, tanzen in der Folge nur dann noch wie uns gepfiffen wird, wenn man uns im Voraus garantirt, nicht hinterher zum Dank mit Fußtritten behandelt zu werden.

Es lebe die „Gegenwart"!

Weiter unten heißt es in den nämlichen „Notizen": „Die Sozialisten müssen allerdings seit ihrer letzten Ueberrumpelung zweier Berliner Wahlkreise im Auge behalten werden. Bisher wurden sie ignorirt. Es giebt zahlreiche Staatsbürger, die, wenn sie nicht etwa den Reichstag besuchen, in ihrem ganzen Leben einen wirklichen Sozialisten kaum jemals zu Gesicht bekommen haben. Die von jenen Herren redigirten Blätter zu studiren, wird man ohnehin Niemandem zumuthen. Abgesehen davon, daß dadurch die sozialistische Propaganda in der Familie, ja bei dem dienenden Personal gefördert würde, wäre es auch eine schwere Aufgabe, neben so vielen anderen Zeitungen auch noch radikalen Unsinn lesen zu müssen."

Das heißt: Es giebt fast gar keine wirklichen Sozialisten, aber trotzdem muß man sie im Auge behalten. Wie das Letztere aber geschehen soll, ist uns unerfindlich; denn, sagt der Notizenschreiber: die von den Sozialisten redigirten Blätter darf man nicht lesen, 1) weil sie „radikalen Unsinn" enthalten, und 2) weil durch Lesen derselben der Sozialismus in der Familie verbreitet würde. Wahrlich ein schmeichelhaftes Compliment für die deutsche Bourgeois-Familie, sie ist also empfänglich für „radikalen Unsinn". Das Letztere glauben wir übrigens auch, wie könnte sie sonst die „Gegenwart" lesen?

Am Ende — und nach seiner Schreibweise ist das sehr glaubwürdig — gehört der „Notizen"schreiber ebenfalls zu den Berliner Ueberrumpelten.

— Hundert Stosche wiegen noch keinen einzigen Bismarck auf. Diese geschmackvolle Bismarcks-Taxe auf Kosten eines Mannes (Stosch), der bei dem Kaiser, wie bei dem Kronprinzen gleich geachtet und angesehen ist, ist die ureigenste Erfindung eines Berliner Correspondenten der „Elberf. Zeitung."

Bildungszuständen erreichbar ist. Wir würden in kurzer Zeit mindestens alle intelligenten Elemente, den Kern des arbeitenden Volkes in Stadt und Land zu uns herübergezogen haben und zwar für die Dauer, da wirkliche Ueberzeugung verbreitet worden wäre; und damit hätten wir gewonnen. Was soll es heißen, wenn Audorf singt:

Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht;
Das ist der Unverstand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchbricht!

Was ist „des Geistes Schwert" anders als Sprache und Schrift? Das gesprochene Wort zur Aufrüttelung, das gedruckte zur völligen dauernden Eroberung der Massen — das sei unsere Losung für die Agitation.

Der Druck der Broschüren könnte nach einem einheitlichen Plane seitens des Vorstandes in die Hand genommen werden, es würde dadurch die größtmöglichste Billigkeit der Schriften erzielt werden. Unsere Presse wird, so viel ich weiß, in circa 100,000 Exemplaren aufgelegt, demnach würden jährlich planmäßig und sicher an 400,000 Broschüren verbreitet, in dem Zeitraum von einer Reichstagswahl bis zur andern an 1,200,000 Broschüren! Nehmen wir dazu die Steigerung der Abonnentenzahl durch Erziehung neuer Kämpfer, so haben wir ein Agitationsmittel, wie es noch keins gegeben hat und eine Agitation, wie sie noch nie entfaltet worden ist. In Verbindung mit diesem Plane kann der Vorschlag der Verbreitung einer Broschüre im Sinne des im „Volksstaat" erschienenen Artikels „Was wir brauchen" (von welchem Plane man leider Nichts mehr gehört hat) wieder aufgenommen werden. Die Wahl der zu vertheilenden Broschüren könnte durch Congreßbeschluß festgestellt werden. Die Schriften-Colporteure würden durch diese Broschüren-Agitation keinen Abbruch erleiden, da sich der Wissensdurst dadurch nur vermehren kann und umsomehr gelesen werden wird.

Dies ist mein Vorschlag. Seid Ihr, Genossen, noch Alle von der alten Thatkraft beseelt, habt Ihr Alle den heißen Wunsch, das Volk so bald als möglich zum Bewußtsein seiner Lage und seiner Macht zu bringen, so haltet sofort Abonnenten-, Mitglieder- oder Volksversammlungen ab, diskutirt meinen Vorschlag und macht Euch schlüssig darüber. Ich habe hiermit die Anregung geben wollen, sorgt Ihr nun dafür, wenn Ihr mit meinen Ausführungen übereinstimmt, daß die Frage schon dem nächsten Congreß vorgelegt werden kann. Lassen wir vor allen Dingen die Zeit nicht unnütz verstreichen!

An alle Blätter unserer Partei richte ich die dringende Bitte, im Interesse unserer Sache vorstehenden Aufruf unverkürzt und baldmöglichst zum Abdruck bringen zu wollen.

Mit bestem Gruß an alle Genossen

P. Köhler.

Correspondenzen.

Steyr. Aufruf an die Parteigenossen allerorts! Die hiesigen Schuhmachermeister gehen mit dem Plane um, sämmtliche hiesige Mitglieder des Fachvereins der Schuhmacher aus der Arbeit zu entlassen. Es werden daher die Parteigenossen und insbesondere die Collegen ersucht, den Zuzug nach hier nach Möglichkeit fernzuhalten. Den Anlaß zu der beabsichtigten Maßregelung gab die Einführung der unentgeldlichen Arbeitsvermittlung seitens des Fachvereins, während die Meister 5 kr. für den Einbringemeister verlangen. Ein weiterer Stein des Anstoßes ist die vom Fachverein der Schuhmacher gegründete Krankenkasse, die die Meister durch eine Gegenkrankenkasse unmöglich zu machen suchen. Wie man sieht, handelt es sich nicht um Lohnstreitigkeiten, sondern um Verletzung unseres Rechts, und darum fordern wir dringend auf, den Zuzug nach Steyr fernzuhalten.

Herm. Prayer.

Alle Arbeiterblätter wollen das Obige gefälligst abdrucken.

Frankfurt a. O., 5. April. Allen Parteifreunden, die mich während meiner dreiwöchentlichen Haft unterstützt haben, spreche ich hiermit meinen Dank aus und versichere der sozialistischen Sache treu zu bleiben.

C. Blaudow.

Augsburg, 9. April. In Sachen der Genossenschaftsbuchdruckerei Augsburg wurde heute das bezirksgerichtliche Urtheil verkündet. Dasselbe lautet auf Auflösung der Genossenschaft ohne Entschädigung und eine Geldstrafe von 30 Mark für die drei Angeklagten, die Bücher seien an die Liquidatoren herausgegeben. Ueber die Urtheilsbegründung seitens der Herren Richter ein Urtheil zu fällen, halten wir für jetzt für überflüssig. Es genügt, vorzuführen, daß sich die Richter in allen Punkten den Ausführungen des Staatsanwalts und der magistratischen Denkschrift angeschlossen haben. Daß viele Mitglieder des literarischen Vereins solche der Genossenschaft sind, daß dieselbe zu klein angelegt und infolge dessen nicht konkurrenzfähig sei, daß Tauscher in Versammlungen über den „Volkswille" gesprochen, der Aufruf von Endres in der Probenummer des Blattes, der Brief Auer's, Alles dieses bilden belastende Momente. Ja sogar die Behauptung des Polizeioffizianten Tischer, daß Tauscher in einer Versammlung von durch die Genossenschaft angestellten Colporteuren gesprochen habe, welche Aeußerung in der Verhandlung als unmöglich gethan bestritten wurde, wird trotz der notorischen Schwerhörigkeit Tischer's, der kaum den vor ihm stehenden Präsidenten verstand, als richtig befunden und als belastend anerkannt. Auf alle diese Annahmen bildete sich die Ueberzeugung der Richter von der politischen Thätigkeit der Genossenschaft. Ob dieselbe von den Richtern des k. Oberappellationsgerichts, vor welchem die Sache auf Berufung der Verurtheilten nun zur Verhandlung kommt, getheilt wird, ist eine andere Frage.

Calnberg, 3. April. Modernes Räuberthum. Obgleich man glauben sollte, daß sich in unserer geschäftsflauen Zeit ein Unwesen verloren haben müßte, welches früher in der haarsträubendsten Weise getrieben wurde, so scheint dem doch nicht so, wie nachstehend verbürgte Nachricht beweist. Ein hiesiger Weber erhielt durch den Vermittler oder Verleger 4 Stück Waare (Crepee) für ein Meeraner Haus zu fertigen; trotzdem derselbe nun alles Material einschlug, bekam er doch Abzug auf zu leicht. Hierüber aufgebracht begab er sich selbst zum Fabrikanten nach Meerane, und hier erfuhr er, daß der Fabrikant nicht 1300 Spulen, sondern 1488 zur Anfertigung dieser 4 Stück Crepee dem Faktor übergeben hatte, dieser also 188 Spulen = 94 Zahlen für sich behielt und dann dem Arbeiter noch zumuthete, die Waaren in der vorgeschriebenen Dichte fertig zu bringen. Wir bedauern nur, daß die Verhältnisse so liegen, daß derartiger Schwindel noch mit Glaceehandschuhen angefaßt werden soll. 94 Zahlen Weft würden, wenn von einem Weber dem Fabrikanten direkt unterschlagen, von den maßgebenden Vertretern für ein Werthobjekt von ca. 14 Mark taxirt werden, er würde Bekanntschaft mit der Anklagebank machen und verdonnert werden müssen, auch wenn ihn Hunger und Elend zu diesem verzweifelten Betrug getrieben hätten. Für Eigenthums-„vergriffe" obenbezeichneter Art gibt es freilich keine Anklagebank, denn wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Möge vorstehender Fall den Herren Fabrikanten zeigen, wie nothwendig es ist, das Lohn und Material genau und deutlich auf dem für die Faktore bestimmten Aufgabeschein oder Musterzettel angegeben werden.

(„Glauchauer Nachrichten.")

Altona. Vor einigen Tagen stand vor dem hiesigen Kreisgerichte Termin an gegen unsern Parteigenossen Otto Reimer wegen Verbreitung eines „Schuhmacher oder Professor" betitelten Flugblattes, das während der Wahlbewegungen im 8. holsteinischen Wahlkreise ausgegeben wurde. Rechtsanwalt Jones in Wandsbeck, der sich dort an die Spitze der Gegenpartei gestellt hatte, reichte im Namen des Advokatenstandes, welchen er durch Ausführungen des Flugblattes beleidigt glaubte, beim hiesigen Kreisgericht eine Klage gegen dasselbe ein, und die Staatsanwaltschaft trug auf 60 Mark Strafe oder 10 Tage Gefängniß und Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Wandsbecker Zeitung" an. Der Angeklagte aber bestritt dem Rechtsanwalt Jones von vornherein das Recht, gegen ihn eine Klage zu erheben, da er den Jones nicht persönlich beleidigt und dieser keinen Auftrag von dem „Stande der Advokaten" gehabt hätte. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und sprach den Verklagten kostenlos frei. Damit wird natürlich die seinerzeit zum großen Schaden der Sozialisten erfolgte Confiskation des Flugblattes nicht gut gemacht.

Hamburg. Unser Hamburger Parteiorgan schreibt: Der „Hannov. Kur." berichtet aus Hamburg und die anderen liberalen Blätter drucken es ihm mit Behagen nach, der Vorgang in Kopenhagen, daß die Sozialistenführer Pio und Geleff heimlich von dannen gingen, habe die Hamburger sozialdemokratischen Arbeiter stutzig gemacht. Es heißt dann mit Bezug hierauf weiter: „Es hat sich hier eine Art Oppositionspartei gebildet, die zunächst bezweckt, daß alle Partei- und Genossenschaftskassen unter genaue Controle gestellt werden, eine Sache, die sich eigentlich ganz von selbst verstehen sollte. Es sollen zur Herbeiführung dieser Controle in einer Arbeiterversammlung bereits 800 Unterschriften abgegeben worden sein. Die Führer sollten schon aus eigenem Antriebe, da es sich um die Verwaltung von Genossenschafts-Parteigeldern handelt, gerade die Oeffentlichkeit suchen, um gegen Anzapfungen geschützt zu sein, wie sie s. Z. gemacht wurden, daß einige Agitatoren die Tellersammlungen zu Champagnerfeten benutzt hätten." — Die ganze Mittheilung ist von Anfang bis zum Schlusse erlogen. Während bei den Liberalen über die von ihnen geführten politischen Kämpfe niemals eine Abrechnung der vereinnahmten und ausgegebenen Gelder stattfindet, stehen alle Comités der sozialistischen Arbeiterpartei, und gerade in Hamburg, unter der strengsten Controle, und wird von ihnen bei Heller und Pfennig Abrechnung abgelegt. Daß dieselbe nicht den liberalen Blättern zugesandt wird, ist wohl selbstverständlich, weil diese die inneren Angelegenheiten der Arbeiterpartei nichts angehen. Die Parteigenossen, welche sich um das Vereinsleben kümmern, und das sind in Hamburg einige Tausend, wissen, wie es um die Kassenverhältnisse steht, und daß dieselben in Ordnung sind. Förmlich ärgern ist aber gerade die Zumuthung, die „Führer" sollten die betr. Abrechnungen veröffentlichen und wohl gar den liberalen Zeitungen zustellen lassen, um „gegen die Anzapfungen geschützt zu sein, wie sie s. Z. gemacht wurden, die Agitatoren hätten die Tellersammlungen zu Champagnerfeten benutzt." Die liberalen Soldschreiber, die diese „Anzapfungen" s. Z. gebracht und noch bringen, wissen ganz gut, daß sie gelogen haben. Man kann ihnen aber eben so wenig das Lügen abgewöhnen, wie dem Hunde das Bellen. Darob grämt sich jedoch Niemand.

Aufforderung

betr. die eventuelle Neubesetzung der Stelle des Redaktionssekretärs der „Tagwacht".

Laut des bezüglichen Congreß- und Urabstimmungs-Beschlusses, Punkt 2, hat die Redaktionscommission jeweilen vor dem Congreß zu Bewerbungen und Vorschlägen für die eventuelle Neuwahl des Redakteurs der „Tagwacht" aufzufordern. Die eingehenden Bewerbungen und Vorschläge sollen am Congreß besprochen und von diesem, der freien Urabstimmung der Mitglieder unbeschadet, ein unmaßgeblicher Vorschlag gemacht werden.

Die „Tagwacht" ist eine sozialdemokzatische Zeitung und Organ des schweizerischen Arbeiterbundes. Sie erscheint wöchentlich 2mal, 4 Seiten stark, Folio. Außer für die „Leitartikel" und „Sozialpolitische Rundschau" hat der Redakteur noch für die Bearbeitung der eingehenden Correspondenzen zu sorgen und überhaupt alle mit der Redaktion des Blattes zusammenhängenden Verpflichtungen zu erfüllen. Der Gehalt beträgt dafür zur Zeit 2000 Franken per Jahr. Die speziellen Bedingungen werden den sich um die Stelle Bewerbenden auf Wunsch bereitwilligst mitgetheilt.

Indem wir hiermit die Sektionen des schweizerischen Arbeiterbundes, sowie auch die einzelnen Parteigenossen, gleichviel ob in oder außerhalb der Schweiz, zu Vorschlägen resp. Bewerbungen auffordern, ersuchen wir, dieselben bis spätestens

Mittwoch, den 16. Mai d. J.

schriftlich einzureichen an: F. Sträßli, Römerstraße 20, Hottingen-Zürich, wie überhaupt alle diese Sache betr. Anfragen u. s. w. an die vorstehende Adresse zu richten sind.

Zürich, 14. April 1877.

Die Redaktions-Commission der „Tagwacht".

Aufruf

an die Parteigenossen in Hannover und in Linden.

In der geschlossenen Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins vom 7. Mts. wurde der Antrag gestellt, aus den Reihen der Mitglieder ein Sänger-Chor zu bilden zur Unterstützung des Wahlvereins bei etwaigen Festlichkeiten und Agitationen. Es werden daher alle Parteigenossen, sowie namentlich die alten Sänger, welche geneigt sind, diese gute Sache zu unterstützen, hiermit ersucht, sich Freitag, den 20. April, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße 11, einzufinden.

NB. Der Gesangs-Unterricht ist gratis.

J. A.: Die Commission. H. Rudolph.

Congreß der deutschen Zimmerleute.

Der Congreß findet am 16. Mai zu Leipzig statt. Wir fordern alle Zimmerleute Deutschlands auf, denselben durch Abgeordnete ihres Ortes zu beschicken. Die heutige Lage der Zimmerleute ist eine höchst traurige, gedrückte, und wird durch die Arbeitslosigkeit immer schlechter. Wenn wir daher nicht ganz und gar in Kummer und Noth untergehen wollen, dann ist es die höchste Zeit, daß wir uns aufraffen, um zu handeln.

Der Congreß soll die Mittel und Wege berathen, durch welche eine Besserung dieser elenden Verhältnisse ermöglicht werden kann; zu diesem Zweck wird der Congreß folgende Gegenstände zur Besprechung aufstellen:

1) Wie ist es möglich, die traurige Lage der Zimmerleute zu verbessern? 2) Auf welcher Weise kann dem Ruin unseres Handwerks wirksam entgegengetreten werden. 3) Der Standpunkt der verschiedenen Kranken- und Sterbekassen an den einzelnen Orten und deren Aufgabe, den kranken Kameraden gegenüber. Können sie diese Aufgabe erfüllen? 4) Sind Invalidenkassen nothwendig? Reiseunterstützungskassen, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit? 5) Das heutige Lehrlingsverhältniß. 6) Auf welche Weise ist eine einheitliche Verbindung aller deutschen Zimmerleute zu gegenseitigem Schutz und Trutz herzustellen?

Alle diese einzelnen Punkte sollen besprochen und darüber Beschlüsse gefaßt werden. Wir hoffen nun, daß dieser Congreß eine imposante Kundgebung des größten Theils der deutschen Zimmerleute werden möge, indem die meisten Orte Delegirte zu demselben entsenden. Um diesen Congreß genügend bekannt zu machen, haben wir nach 430 Orten Aufrufe versendet, und zwar, soweit wir nicht spezielle Zimmereradressen hatten, an die Bevollmächtigten anderer Gewerkschaften, damit diese sie den am Orte befindlichen Zimmerleuten unterbreiten. Wir möchten jedoch hier nochmals Gelegenheit nehmen, alle Parteigenossen aufzufordern, bei den Zimmerleuten ihres Ortes für die Beschickung dieses Congresses zu wirken. Auf nach Leipzig!

Orte, welche Delegirte zum Congreß senden haben dieselben bei Hrn. R. Schwarze in Neuschönefeld 124, Leipzig, vorher anzumelden.

Mit brüderlichem Gruß

Das Einberufungs-Comité.

NB. Wir haben an unsere sämmtlichen Parteiblätter in Deutschland dieser Tage diese Aufforderung versendet. Wir bitten die geehrten Redaktionen, dieselbe in der nächsten Nummer ihrer Zeitung zum Abdruck zu bringen, damit der Congreß genügend bekannt wird.

In dem Verzeichniß der Parteiblätter, welches wir in Nr. 43 des „Vorwärts" veröffentlichten, fehlen folgende Blätter:

„Düsseldorfer Freie Zeitung". Wöchentlich dreimal.
„Essener Freie Zeitung". Wöchentlich dreimal.
„Hagener Volksfreund". Wöchentlich dreimal.
„Rothe Fahne". Erscheint in Barmen wöchentlich einmal. Preis 50 Pf. pro Quartal.
„Der Sozialist". Erscheint täglich in Chicago (Amerika.)

Folgende Berichtigungen haben wir zu machen: „Der Grundstein" erscheint nicht in Berlin, sondern in Hamburg, ebenso „Der Pionier". „Der Fortschritt" erscheint in Leipzig.

Briefkasten

der Redaktion. J. M. in Magdeburg: Die verlangte genaue Adresse ist uns nicht bekannt. — M. G. in Schweidnitz: Führen Sie Beschwerde bei der Königl. Regierung zu Breslau. — C. Fleck in Oschatz: Erst wenn Sie Bescheid vom sächsischen Kriegsministerium erhalten haben, ist die Angelegenheit spruchreif. — Niederussigheim bei Hanau: Nicht verwendbar.. — Chr. Fr. G. in Oelsnitz: Desgleichen. — W. F. in Darmstadt: Die Nr. 45 wird Sie überzeugt haben, daß Ihr Bericht dem Papierkorb nicht einverleibt worden ist; dagegen haben wir von dem uns zustehenden Recht der Kürzung Gebrauch gemacht.

der Expedition. Es ist der G.-B. unmöglich, Ihren Wunsch zu erfüllen.

Quittung. Rdlf Hannover Ann. 2,00. Ibsn Frankfurt Ann. 0,80. Thm hier Ab. 1,25. Hrrmnn hier Ab. 2,50. Brgmr Seesen Ab. 20,20. Mnch Zittau Schr. 17,86. Plck Weißkirchen Ab. 8,65. Offmnn Erfurt Schr. 11,00. Trst Kl.-Zschocher Ab. 3,50. Dr. Hngr Rybnik Ab. 10,00. Ullrch hier Ab. 4,50 u. 390,00. J. Lmbrd Paris Ab. 16,00. Dhn Barmen Ab. 1,20. Kppl Schwarzenbach Ab. 9,10. Hrsch Stuttgart Ab. 19,60. Schnß Plauen Ab. 8,00. Plmbck Neumünster Ann. 2,70. Ntt Halle Ann. 0,50. Wahlverein Hannover Ann. 2,30. Bttchr hier Ab. 9,95. Bsch hier Ab. 4,65. Wldnhn hier Ab. 1,25. Grd Stötteritz Ab. 8,80. Wf Christophsgrund Ab. 10,00. Jng Krajujevatz Ab. 9,50. Mlr Glauchau Ab. 64,00. Mlr Mannheim Ab. 20,00. Schrmr Lübeck Ab. 4,50. Gr Osnabrück Ab. 8,00. Jgr Stockum Ab. 4,40. J. Brt Mainz Ab. 65,55. Arb.-Bild.-Ver. Linz Ab. 4,76. Arb.-Bild.-Verein Leoben Ab. 4,76. Mr Basel Schr. 19,60. Brng Delitzsch Ab. 3,60.

Der Leser des „Vorwärts" in Zweibrücken wird hierdurch gebeten, seine Adresse dem Unterzeichneten baldigst einzuschicken, behufs Uebermittlung wichtiger Nachrichten. Ph. Koch, G. 5, Mannheim.

Fonds für Gemaßregelte.

Von einem 48—49ger Kämpfer in Mannheim zu Kaisers Geburtstag 2,00.

Anzeigen 2c.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Sonnabend, den 21. April, Abends 8 Uhr, Große Wallstraße 24:

Versammlung.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. (F. 160)
Neue Mitglieder werden aufgenommen. D. V. [0,60

Halle a. S. Die Mitglieder der Metallarbeiter-Krankenkasse werden ersucht, Sonntag, 22. April, Nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal, zu einer Vorstandswahl, zahlreich zu erscheinen. A. Nette, Bev. (F. 160) [50

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 21. April, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Boge, Mittelstraße 11: (F. 161)

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Meister über das erste Gebot der christlichen Lehre, in ihrer früheren Bedeutung gegenüber der Gegenwart. Der Vorsitzende. [90

Anger. Freitag, den 20. April, Abends 8 Uhr, im Saale der „Drei Rohren":

Disputation

der Herren Findel und Geiser über Wesen und Ziele des Sozialismus.

Zahreicher Theilnahme seitens der Parteigenossen sieht entgegen
90) Der Einberufer.

Neumünster. Sonnabend, den 21. April, in der „Volkshalle": (2,70

Geburtstagsfeier Ferd. Lassalle's

bestehend in Concert mit Gesang und deklamatorischen Vorträgen unter Mitwirkung tüchtiger Kräfte. (F. 230)

Anfang Abends 8 Uhr.

Um rege Theilnahme bittet Das Comité.

Sociusgesuch.

Ein intelligenter Mann (erwünscht Maschinenbauer) zu einem sichern Unternehmen. Erforderniß 6—9000 M. Off. erbeten unter R. P. 13 in der Exped. des „Vorwärts". [150

Für Männerchöre.

Im Verlage von Emil Sauerteig in Gotha ist erschienen: (26) [110

Nr. 8. Commerzlied.

Gedicht und Comp. von W. Käpplinger.

Nr. 9. Die Arbeit.

Ged. von A. Scheu. Comp. von C. Scholz.

Preis für beide Lieder Part. mit 4 St. 1,20, 4 Stimmen 0,90.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hoh, 930 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lansermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Otz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandiz, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 47.. Sonntag, 22. April. 1877.

Die Neuwahl in Berlin.

Die Wahl unseres Parteigenossen Hasenclever ist im Reichstage am 18. April für ungültig erklärt worden.

Die Gründe sind den Lesern bekannt; die Nachlässigkeit einiger Magistratsbeamten, welche mehrere Bogen in eine falsche Wahlliste geheftet haben, trägt die Schuld an der Ungültigkeitserklärung.

Ueber die höchst interessante Debatte, die im Reichstage bei der Wahlprüfung stattfand, und in welcher Parteigenosse Most in trefflicher Weise für die Gültigkeit sprach, werden wir noch näher berichten — hier mag nur angeführt werden, daß außer unseren Parteigenossen nur der Däne Krüger und der Abgeordnete des Centrums Schröder-Lippstadt für die Gültigkeit der Wahl Hasenclever's stimmten.

Abgeordneter Most hatte genau ausgerechnet, daß immerhin, wenn man die in dem Wahlproteste angeführten Protestirenden abrechne, noch eine Majorität von 10 Stimmen vorhanden sei, doch Reaktion und Fortschritt und das Centrum, welches in letzter Zeit dem Fortschritt gern jeden Gefallen thut, sie standen alle vereinigt bei dieser Abstimmung, die einer unserer Genossen einen parlamentarischen Meuchelmord nannte.

Die geduckten Fortschrittler, ihres höchst zweifelhaften Sieges kaum froh, sahen übrigens genau so aus, wie das böse Gewissen — sie wagten kaum, unseren Abgeordneten in's Gesicht zu sehen.

Daß Hasenclever bei der Wahlprüfung im Reichstage nicht anwesend war, halten wir für sehr natürlich, da er für seine eigene Wahl selbst nicht eintreten und durch seine Abwesenheit überhaupt noch bemerklich machen wollte, daß eine Personenfrage überhaupt nicht vorliege. Die Rechtsfrage und die Parteifrage konnte aber ein anderer Genosse in dieser Angelegenheit besser betonen, als Hasenclever, da letzterer wenigstens der äußern Form nach direkt dabei interessirt war. Und Most hat dies ja auch gut verstanden. –

Wir werden also von Neuem in den Wahlkampf eintreten. Freuen wir uns dessen!

Der Sozialdemokratie muß fortwährend Gelegenheit geboten werden, ihre Organisation und ihre Agitationskraft in großem Maße zu zeigen — das wirkt auf Freund und auf Feind in einer unsere Sache fördernden Weise ein.

Und diese Gelegenheit haben wir jetzt wieder.

Der 6. Berliner Wahlkreis ist einer der bedeutendsten in Deutschland, er ist der Hauptsitz des Proletariats der größten Stadt des Reiches. Gegen 42,000 eingeschriebene Wähler können sich an dem Kampfe betheiligen, und unter ihnen befinden sich mindestens 32,000 Proletarier im engsten Sinne des Wortes. Es sind dies die Arbeiter, welche sich durch den Herrn Schulze aus Delitzsch das zweifelhafte Lob ausstellen lassen mußten, daß sie die intelligentesten des Landes seien und zwar deshalb, weil sie antisozialistisch gesinnt waren, den Schulze'schen Salbadereien eine Zeit lang zulauschten und zu ihrem eigenen Schaden leider auch die Schulze-Hirsch-Duncker'schen Quacksalber-Arzneien gebraucht haben.

Der „König im sozialen Reich", der jetzt „verwrangelte Schulze", war auch damals König im Berliner Maschinenbauerviertel.

Doch diese Zeiten sind verflogen. Die dortigen bewußten Arbeiter in ihrer großen Zahl sind wirklich intelligent geworden, wie das die vorige Wahl gezeigt hat, sie schwören zur Fahne des Sozialismus, der sie treu bleiben werden trotz Noth und Verfolgungen.

Der Kampf, der jetzt wieder in Berlin entbrennen wird, ist ein Kampf der Reaktion und der Kapitalmacht gegen das freiheitdürstende Proletariat. Der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein, wenn die Arbeiter sich nicht einschüchtern lassen, wenn das Hungertuch, welches ihnen in der so trüben Zeit vorgehalten wird, sie nicht muthlos macht.

Doch das wollen wir nicht glauben. Sind die Arbeiter Sozialisten, so werden sie entlassen, sind sie keine Sozialisten, so werden sie gleichfalls entlassen, wenn es an Arbeit mangelt — das Kapital kennt kein Mitleid, es kennt nur den Profit.

Und wenn alle Arbeiter sozialistisch wählen, wenn sie alle als Brüder miteinander auftreten, dann gehören die Maßregelungen in das Gebiet der Unmöglichkeiten.

Darum laßt Euch nicht verblüffen, Ihr Arbeiter in Berlin!

Unsere Partei aber hat eine harte Probe zu bestehen; die vereinigten Gegner müssen bekämpft werden. Erringen wir den Wahlsieg nicht, so wollen wir wenigstens einen großen Stimmenzuwachs im Vergleich zur Wahl am 10. Januar zu verzeichnen haben — auch das ist ein Sieg, ein Sieg der Aufklärung, die immer mehr sich der Masse des Volks bemächtigt.

Fällt uns der Wahlsieg aber zu, so ist es nicht dieser Sieg, sondern hauptsächlich wieder die größere Aufklärung, die dadurch gebracht wird, welche uns erfreut und zu neuem Streben antreibt.

Also kann der bevorstehende Kampf, wenn wir sämmtlich unsere Pflicht thun, die Parteigenossen in ganz Deutschland und besonders die in Berlin, auf keinen Fall uns eine Niederlage bereiten.

Die Prinzipien des Rechts, der Freiheit und der Menschenliebe werden in das Volk immer mehr ausgestreut, ihnen wird eine immer mehr empfängliche Stätte bereitet, sie werden eine größere Anzahl von Kämpfern erhalten in der bevorstehenden Wahlbewegung — und das ist ein unbestreitbarer Sieg unserer Partei.

Deshalb Parteigenossen tretet mit freudiger Zuversicht, aber auch mit aller Entschlossenheit und mit ganzer Energie in den Wahlkampf.

Denkt an den Ausspruch Lassalle's: „Mit Berlin wird die Bewegung unwiderstehlich!"

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Kriegspanik in Frankreich. Unter dieser ominösen Ueberschrift bringt die „erbfreundliche", preußisch-russische „Nationalzeitung" einen Leitartikel, der, ohne es zu wollen, den Franzosen ein gutes, den Deutschen ein schlechtes Zeugniß ausstellt. Die Franzosen sollen nämlich befürchten, daß aus dem russisch-türkischen Kriege ein allgemeiner Krieg entstehe und daß die Deutschen „über sie herfallen würden". Daraus geht doch hervor, daß die Franzosen keinerlei Revanchegelüste haben, sonst würden sie sich nicht vor einem Kriege fürchten, der für sie die größten Aussichten auf Erfolg hätte, besonders wenn die Deutschen ohne Grund über sie herfielen. Der Leitartikler der „Nationalzeitung" meint allerdings, daß die Kriegsbefürchtung nur das böse Gewissen der französischen Nation sei, das den Deutschen derartige Pläne unterschöbe, wie sie schon lange in Frankreich vorhanden seien. — Confuseres Zeug haben wir übrigens noch nicht gelesen. Herrscht in Frankreich der Plan, über Deutschland herzufallen, dann muß ja Frankreich sehr erfreut sein, wenn ihm Deutschland dazu die beste Veranlassung giebt. Entweder ist die „Nationalzeitung" in ihrem Franzosenhaß irrsinnig geworden, oder sie ist inspirirt worden, unter dem Deckmantel der Confusion langsam auf einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hinzudeuten, wobei es dann darauf ankäme, in der öffentlichen Meinung schon vorher den Gedanken zu colportiren, daß Frankreich „das Karnickel sei, welches angefangen habe". — Deutschland aber kann in Hinblick auf solche Gesellen ausrufen: „Herr, schütze mich vor meinen Freunden!"

— Unser „Erbfreund" zeigt seine liebenswürdigen Gesinnungen gegen uns dadurch, daß in Rußland, ohne alle Rücksichten auf bestehende Verträge, auf allen nach Deutschland führenden Bahnen die beladenen Waggons entladen worden sind, um zu Kriegszwecken benutzt zu werden. Welcher Schaden dadurch für unsere Handelswelt erwächst, das kümmert den „Erbfreund" nicht — er weiß ja, daß er dessenungeachtet unser „Erbfreund" bleibt, so lange nichtsnutzige, chauvinistische deutsche „Patrioten" von einem „Erbfeinde" jenseits des Rheins faseln.

— Wo sind die Milliarden geblieben? Antwort: der Kriegsmoloch hat sie verschlungen! Die nationalliberale „Breslauer Zeitung" belegt diese Antwort mit folgender Aufzählung der Verwendung der Milliarden: „In den Jahren 1870 bis Ende 1875 sind zu militärischen Zwecken oder zur Deckung von Ausgaben, welche mit der Kriegführung zusammenhängen, insgesammt 1962 Millionen Mark aus der Reichskasse geflossen. Darin sind die Kriegskosten des Norddeutschen Bundes mit einbegriffen, nicht aber gleichzeitig die besonderen Kriegskosten der süddeutschen Staaten, welche dieselben aus ihren Antheilen an der Kriegscontribution zu decken haben. Die pro 1876 und die folgenden Jahre noch in der Kasse zurückgebliebenen 240 Millionen Mark dienen, mit Ausnahme von 82 Millionen Mark, welche noch zum weiteren Ausbau der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen bestimmt sind, gleichfalls jenen Zwecken. Sonach fallen schon im Ganzen von der französischen Kriegscontribution 2120 Millionen Mark auf solche Kosten. Rechnet man dazu, daß die 159 Millionen Mark im Reichsfestungsbau-Fond auch zur Stärkung der Wehrkraft dienen, daß ebenso die 561 Millionen Mark im Reichsinvalidenfond bis auf den jetzt als entbehrlich berechneten Bestand von 108 Millionen Mark nur als Aequivalent für die durch den Krieg erwachsenen Invalidenpensionen darstellen, so kommt man schon auf einen Betrag von 2732 Millionen Mark. Die süddeutschen Staaten ihrerseits haben von ihren 444 Millionen Mark Antheil zum Mindesten 300 Millionen Mark für Militärzwecke verausgabt. Sonach entfallen von den von Frankreich empfangenen 4455 Millionen Mark weit über 3000 Millionen Mark oder mehr als zwei Drittel auf Deckung von Kriegskosten oder Kriegsschäden, sowie auf „Verbesserung" der militärischen Einrichtungen für die Zukunft!" — „Die Kirche hat einen guten Magen" — so lautet ein altes Sprüchwort; der moderne Militärstaat aber darf der Kirche jetzt nichts mehr vorwerfen, er übertrifft sie noch an Appetit. Doch wie sich die Kirche den Magen verdorben hat, so geht es auch dem Militärstaat, beide kranken ihrer Auflösung entgegen.

— Kantecki ist aus dem Gefängnisse entlassen worden. Man spricht davon, man habe den Verletzer des Amtsgeheimnisses in der Person eines Postagenten ermittelt — die Wahrheit des Letzteren bezweifeln wir. Vielleicht ist Kantecki am 18. April entlassen, weil am 19. April im Reichstag die Debatte über den Fall Kantecki bevorstand.

— Ueber das Arbeiterschutzgesetz, welches von den sozialistischen Abgeordneten im Reichstage eingebracht ist, läßt sich der „B. B.-Cour." also vernehmen: „Es bleibt unleugbar, daß alle bisherigen Anträge und Vorschläge sich theils wie Spielereien, theils wie Stückwerk ausnehmen gegenüber den tief einschneidenden und umfassenden Forderungen der Novelle, welche seitens der Sozialdemokraten zur Gewerbeordnung eingebracht ist. Wir haben dieselben bereits neulich im Abendblatte skizzirt und wiederholen hier nur, daß der Inhalt mit seinen Bestimmungen über freigewählte Gewerbekammern und Gewerbegerichte, über staatliche Beaufsichtigung durch unabsetzbare Reichs-Fabrikinspektoren, über Kinder- und Frauenarbeit und über Nacht- und Feiertagsarbeit vollen Anspruch auf alleraufmerksamste Berücksichtigung fordert. Ja, wir möchten behaupten, daß die Zurückweisung der in diesem Arbeiterschutzgesetze niedergelegten Petita sich von keinem volkswirthschaftlichen oder sozialpolitischen Standpunkte aus rechtfertigen ließe. Und wir glauben, daß, wenn diese Zurückweisung dennoch erfolgt, das aus einer unglücklichen Voreingenommenheit, welche die Abneigung gegen die antragstellende Partei auf den Inhalt des Antrags selbst überträgt, wird erklärt werden müssen."

So zutreffend das Urtheil des gegnerischen Blattes auch ist, so steht doch schon soviel fest, daß der Gesetzentwurf, der, wie wir in voriger Nummer schon erwähnten, einer Commission zur Vorberathung überwiesen, für diese Session also so gut wie beseitigt ist, auch später keine Aussicht hat, angenommen zu werden. Zu dieser Annahme berechtigen uns die gelegentlichen Aeußerungen einiger Führer der Reichstagsmajorität. Das arbeitende Volk wird daran vollständig einsehen, daß die Sozialdemokratie allein die rechte Schmiede ist, an welche es sich zu wenden hat, wenn es seine Interessen gewahrt wissen will.

— Der brave Lasker hat uns von allen gegnerischen Rednern in der Gewerbeordnungsdebatte am besten gefallen. Er vertheidigte selbstverständlich den liberalen Standpunkt, wandte sich dann gegen die Conservativen, indem er die früheren Zustände in Deutschland mit der Sklaverei verglich und von der Reitpeitsche sprach, die auf dem Rücken der Arbeiter tanzte; die Klerikalen kamen noch schlechter weg, indem er ihren Antrag einfach reichsfeindlich und undiskutirbar nannte. Nachdem er nun noch von versoffenen Handwerkern gesprochen hatte, hielt er die Sozialdemokratie allerdings für eine berechtigte Erscheinung — er sagte sogar, daß man in dem Arbeiter, welcher die volle Gleichheit wolle, nur das Erwachen des allgemeinen Menschengefühls erblicke —, dann aber wandte er sich zu den sozialistischen Anträgen, die er, im Gegensatze zu Max Hirsch, zu rein sozialistischen stempelte und für unannehmbar erklärte. Das gefällt uns. Lasker vertheidigte nun noch den Liberalismus, wobei er nur vergaß, der Hungerpeitsche des Kapitalismus, die auf dem Rücken des Arbeiters tanzt, Erwähnung zu thun.

— Zur Ungiltigkeitserklärung der Wahl Hasenclever's. Der Redakteur der „Nationalzeitung", Reichstagsabgeordneter Dernburg, hat im Reichstage gesagt, dem Abgeordneten Hasenclever sei nach seinem eigenen Ausspruch ein Sitz im Reichstage keinen Nickel werth. Hasenclever hat gesagt, er gebe für seine Person keine Nickelmünze für ein Reichstagsmandat (Hasenclever ist eben kein eitler Geck, wie verschiedene Mitglieder der Dernburg'schen Fraktion des Reichstags); doch im Interesse der sozialistischen Partei würde er vor keiner Anstrengung zurückscheuen, das Mandat, wenn es verloren gehe, zurückerobern zu helfen. Das lautet doch ganz anders! Dr. Dernburg ist natürlich ein Literat an einer „anständigen" Zeitung, deshalb hat er auch im Parlament eine indirekte Unwahrheit gesagt — was doch nicht alles die leidige Gewohnheit thut! — Die Unwahrheit war aber auch noch durch die pure Angst vor den Sozialisten dem Chefredakteur der „Nationalzeitung" eingegeben worden. Man merkte es an der folgenden Aeußerung: „Die Wähler des 6. Berliner Wahlkreises würden sich wohl nicht überreden lassen, daß die Wahl zu Unrecht kassirt und die Wiederwahl Hasenclever's ein Akt der Gerechtigkeit für die Unterdrückten sei." Das ist die Sprache des Gewissens, Herr Dernburg, welches sich vor dem Volksurtheil fürchtet! Das ist eine Sprache, um den „parlamentarischen Meuchelmord" zu verdecken! — Dernburg war es auch, der den Reichstag auf das Fehlen Hasenclever's bei der Debatte ausdrücklich aufmerksam machte. — Uebrigens erklärte zum Schlusse der nationalliberale Berichterstatter Laporte, wohl auch um sein Gewissen zu beruhigen, Folgendes: „Der Fehler, welcher hier vorliegt, ist in letzter Instanz auf die Berliner Behörden zurückzuführen." — Nun gut! Die Berliner Wähler werden bei der Neuwahl zeigen, daß sie weder der Majorität des Parlaments, noch dem Herrn Dernburg, noch aber dem Berliner Magistrat einen Gefallen erzeigen wollen.

— Ueber das neu herausgegebene Programm der Fortschrittspartei macht sich jeder freisinnige Mann mit Recht lustig. Das Programm fordert nur die Erhaltung des gleichen Wahlrechts, nicht seine Uebertragung auf die Einzelstaaten und die Gemeinde; und während das gleiche Wahlrecht erhalten werden soll, erklärt einer der Unterzeichneten des Programms, der fortschrittliche Abgeordnete Windthorst (Bielefeld), in einer Versammlung zu Dortmund, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine „Verfälschung der Volksmeinung" sei. Desungeachtet stößt man ihn aber nicht aus der Partei. Also ernst meint es die Fortschrittspartei auch nicht mit dem gleichen Wahlrecht. — In Bezug auf die Forderung der Vereins- und Versammlungsfreiheit sei bemerkt, daß die Fortschrittspartei 1873 beantragte, das preußische Vereinsgesetz auf Mecklenburg auszudehnen, und daß der Abgeordnete Wiggers bei Berathung des Preßgesetzes den sozialistischen Abgeordneten zurief, wir wollen Preßfreiheit, aber keine Preßzügellosigkeit, und damit stimmte man den Preßknebelparagraphen zu. So sieht es auch mit den fortschrittlichen Anschauungen von Vereinsfreiheit aus — das preußische unter Manteuffel entstandene Vereinsgesetz soll auf ganz Deutschland übertragen werden. — Dann fordert das Programm Verminderung der Militärdienstzeit mit Beibehaltung des Einjährig-Freiwilligen-Instituts — somit kann also nur von einer zweijährigen Dienstzeit die Rede sein, und außerdem vertheidigt die Fortschrittspartei in dem Einjährig-Freiwilligen-Institut das Privilegium des Besitzes. Wir haben es also auch in diesem Falle trotz Duncker, Hirsch und Schulze mit einer arbeiterfeindlichen Partei zu thun. Im Uebrigen hat die Fortschrittspartei dem Landsturmgesetz vor zwei Jahren zugestimmt, nach welchem der Deutsche bis zu seinem zurückgelegten 42. Lebens-

jahre der Trommel folgen muß — das ist eine schöne Verminderung der Dienstzeit. — In Bezug auf die Diätenforderung sagt die „Frankfurter Zeitung“ recht treffend: „Daß die Diätenforderung nicht fehlt, versteht sich von selbst. Darauf hat die Fortschrittspartei seit 1867 ein Patent und wie sie die Durchführung des constitutionellen Systems versteht, wird sie es wohl noch lange behalten. Alle Jahr ein Antrag, alle Jahr eine Rede ihres verwrangelnden Schulze, alle Jahr in den Akten den Vermerk: der Bundesrath hat den Antrag abgelehnt, alle Jahr ein Parisius-Richter'scher Lobgesang auf diese neue That — die Geschichte hat nun nachgerade den Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen so weit hinter sich, daß ernste Volksvertreter sich wirklich besinnen sollten, ob sie die Comödie noch ferner mitmachen sollen.“

Die Sozialdemokratie hat in Bezug auf die Diätenfrage bekanntlich die entsprechende Stellung eingenommen — das erste Mal, wenn der Antrag in einer Legislaturperiode eingebracht wird, stimmen die sozialistischen Abgeordneten mit „Ja“, späterhin aber enthalten sie sich der Abstimmung oder gehen gar nicht in die betreffende Sitzung. — Daß die „Frankfurter Zeitung“ den „König im sozialen Reich“ mit dem Feldmarschall Wrangel vergleicht, ist eigentlich noch schmeichelhaft für Schulze — bildet der altersschwache Wrangel auch eine etwas komische Figur, so fällt er doch niemals aus der Rolle und seine Komik ist auch meist eine freiwillige, diejenige aber des pathetischen Herrn Schulze ist immer eine unfreiwillige, deshalb allerdings noch drastischer. Und die Fortschrittspartei ist Schulze! Sie ist auf dem politischen Theater die komische Alte.

— Daß wir keine vernänftige Volkserziehung besitzen, gestehen unsere Gegner oft genug selbst ein. So schreibt in den „Itzehoer Nachrichten“ ein Fachmann: „Daß in der Ausbildung der Mädchen bisher Vieles versäumt und viel gesündigt worden ist, wer will das in Abrede stellen? Ein großer Theil unserer weiblichen Jugend ist entweder höchst mangelhaft gebildet, oder, was noch schlimmer ist, verbildet. Die Mädchen der ärmeren Klasse, des Kleinbürger- und Handwerkerstandes erhalten bis heutzutage in der noch immer höchst mangelhaft gestalteten Volksschule einen nothdürftigen Unterricht, der nicht über die ersten Elemente hinausgeht. Die Mädchen der wohlhabenderen Klasse besuchen Privatinstitute und Mädchenpensionate, wo ihnen stellenweise ein zierlich garnirtes Ragout von Bildung verabreicht wird, das den Geist am Ende kaum besser nährt, als das trockene Morgenbrod, welches in jenen auf Massenunterricht berechneten Anstalten den ärmeren und minder gut situirten Schwestern verabreicht wird. Die Folgen einer solchen Halbcultur können nicht ausbleiben, und um so weniger, als die Bildungszeit der Mädchen so frühzeitig als möglich abgebrochen wird, bei den Einen, damit sie im harten Frohndienst der Tretmühle des Lebens einem geistlosen Erwerb nachgehen, bei den Anderen, damit sie so früh wie möglich der großen Zahl Derjenigen eingereiht werden, die den schönen Lebensabschnitt zwischen Confirmation und Ehestand, resp. Altjungferschaft zweck- und ziellos vertrödeln.“ — Das vorstehende Urtheil ist völlig richtig, doch sind wir der festen Ueberzeugung, daß die heutige Gesellschaft solche Zustände weder ändern will, noch ändern kann. Eine allgemeine gute Volkserziehung kann nur in einer auf allgemeinen, gleichen und rechtlichen Grundlagen beruhenden Gesellschaft stattfinden.

— In der famosen Disziplinaruntersuchungssache wider den Postsekretär Klinck in Ottensen, die nächstens vor dem Disziplinarhof in Leipzig verhandelt werden wird, hat der als öffentlicher Ankläger fungirende Geheime Oberpostrath Prof. Dr. Dambach unter Anderem behauptet, daß die in verschiedenen Blättern erschienenen Artikel über Stephan's Postwirthschaft, welche mit k unterzeichnet waren, von Frau Postsekretär Klinck herrührten; die Uebereinstimmung des Stils sollte diese Behauptung unterstützen. Die Sache wird übrigens merkwürdig in die Länge gezogen. Klinck ist schon den ganzen Winter hindurch auf Wartesold gestellt. Wird er nun auch in zweiter Instanz, wie nicht anders zu erwarten steht, freigesprochen, so hat sich die Postverwaltung selbst eine ihrer Arbeitskräfte auf lange Zeit entzogen gehabt, der sie dann den Gehalt nachzahlen und voraussichtlich die Kosten ersetzen muß. k

— „Das Großkapital ist nicht zur Herrschaft gelangt, im Gegentheil es ist jetzt der kleine Kapitalist auch im Stande, sich am Großbetriebe mit zu betheiligen“ — wer sprach diesen Satz aus? Es war der Abg. Grumbrecht, Excommunist, jetzt kohl-raben-schwarz-schnee-weißer Nationaler bei Gelegenheit der Gewerbeordnungsdebatte im Reichstage. Der Mann hat Recht — der kleine Kapitalist (niedere Beamten, Wittwen, die sich einige 100 Mark erspart haben, kleine Handwerker 2c. 2c.) sie können sich an der Großindustrie betheiligen, indem sie sich eine Aktie kaufen. Sie haben dies ja auch gethan, und solche Betheiligung war für sie — das heißt für die Gründer — äußerst segensreich.

— Die Handlungsweise des Herrn Krupp in Essen wird selbst von nationalliberalen Blättern scharf verdammt. So schreibt die „Westfälische Zeitung“: „Commerzienrath Krupp, der schon kürzlich ein Drohcirkular gegen die Sozialdemokratie an seine Arbeiter gerichtet, wie er dieselben früher vor Betheiligung an klerikalen Agitationen verwarnt, hat 128 Arbeiter, welche das in Essen erscheinende sozialdemokratische Blatt hielten, aus der Arbeit entlassen. Ob Herr Krupp damit seinen Werken nützt, wird er selbst zu beurtheilen haben; daß er aber jedenfalls die Sache der Sozialdemokratie durch solche Gewaltmaßregeln nur fördert, dürfte auf der Hand liegen.“ — Tessendorff, Krupp, Eugen Richter, Bismarck und Eulenburg sind bekanntlich längst unsere besten Freunde, Mitarbeiter und Agitatoren.

— Waffentragen außer dem Dienst. In Bremerhafen hat der dortige Commandeur den Soldaten das Waffentragen außer Dienst verboten, damit die vielen Schlägereien vermieden oder doch unblutig gemacht werden. — Ein vernünftiger Commandeur. Ob dieses Verbot wohl Nachahmung findet?

— Eugen Richter, der große Eugen, nennt die „Deutsche Post“ ein albern redigirtes Blatt. Unter der früheren Redaktion erbat er sich zu seiner Information zum Oefteren ganze Jahrgänge des Blattes. Möglich, daß ihn später ein Artikel des Blattes verschnupft hat, der seine eigenthümliche Haltung den Beamten gegenüber in das wahre Licht setzte. Jedenfalls hat das „albern redigirte“ Blatt der Beamtenschaft mehr genützt, als Eugen Richter und gewisse Personen, die sich mit falschen Federn schmücken. k

---

n. Berlin, 17. April.

Nach rascher Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung (Anleihe für Zwecke der Marineverwaltung und der Post- und Telegraphen-Verwaltung im Gesammtbetrage von 33,863,000 Mark — für das reiche „Reich“ natürlich ein Pappenstiel, um welchen ein Wort zu verlieren „unnobel“ wäre), beschäftigte sich der Reichstag in seiner heutigen Sitzung mit der projektirten „Anleihe zur Durchführung der Kasernirung des Reichsheers“. Die Anleihe soll 168,200,000 Mark betragen. Weitere 168 Millonen Mark für den Militarismus, das heißt für gänzlich unproduktive, ja geradezu reichthumzerstörende Zwecke in einem Moment, wo das Gespenst des Hungertyphus seinen Rundgang durch Deutschland hält — man sollte es für unmöglich halten. Aber die Majorität des Reichstags kennt kein „unmöglich“ in solchen Dingen. Herr Richter (Eugen der edle Geschäftspolitiker) knabberte in seiner bekannten Weise an dem Gesetzentwurf herum, dessen Verweisung an die Budgetcommission er befürwortete. Ein Ultramontaner, Namens Schalcha, brachte allerhand Bedenken zum Ausdruck; der nationalliberale Herr Wehrenpfennig beantragte formell die Verweisung an die Budgetcommission. Während Wehrenpfennig sprach, setzte das lebendige Reichsinstitut Valentin sich in Bewegung und deponirte auf dem Bureau den üblichen Schlußantrag. Es war nämlich ruchbar geworden, daß sich im Namen der Sozialdemokraten Bracke zum Worte gemeldet hatte. Der Präsident war gerade im Begriff, den Schlußantrag anzukündigen, da meldete sich ein Regierungscommissär zum Wort, um einige Bemerkungen zu machen, und verhinderte dadurch die sofortige Abstimmung über den Valentin'schen Antrag. Allein man wußte sich zu helfen — Herr Lucius, der bekannte Bismarck-Dolmetscher, erhob sich und sprach ein paar überflüssige Worte und — das Beil der Rede-Guillotine konnte herabfallen. Kaum hatte die Majorität den Schluß angenommen, so begab Liebknecht sich auf das Bureau, um seinen, schon in der vorletzten Session eingebrachten, damals aber nicht zur Debatte gelangten Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung (gegen Mißbrauch der Schlußanträge 2c.) von Neuem einzubringen.

Das Haus nahm nun die gestern vertagte Gewerbeordnungs-Debatte wieder auf. Den Reigen eröffnete „unser Max“, der zu keinen selbstständigen Ausführungen kommen konnte, weil der sozialdemokratische Antrag mit Centnerschwere auf seinem Harmonie-Schädel lastete und sein Harmonie-Ingenium derartig ausfüllte, daß dasselbe an nichts anderes zu denken vermochte. „Die Vorschläge der Sozialdemokraten, soweit sie vernünftig sind, sind meine Vorschläge,“ winselte der arme Max mit der komisch-hülflosen Verzweiflung einer Gluckhenne, der die ausgebrüteten Entchen soeben in's Wasser gewatschelt sind. Die arme Gluckhenne! Lassen wir sie klucksen und schluchzen. Was sie sonst gethan, bezw. gesagt hat, wissen wir nicht, obgleich wir sehr genau aufpaßten. Es giebt personifizirte Gemeinplätze, die stundenlang reden können, ohne daß der feinhörigste Zuhörer im Stande wäre, auch nur einen, die Aufmerksamkeit fesselnden Satz herauszuhören. Ein solcher verkörperter Gemeinplatz, dessen Rede in tödtlicher Monotonie hölzern dahin klappert, wie das Geklapper einer Mühle, ist unser unglücklicher Harmonie-Max; und seine Beredsamkeit hatte die Eigenschaft des Mühlengeklappers: das ganze Haus schlief ein nnd erwachte erst wieder, als der letzte hölzerne Ton des Harmoniegeklappers verhallt war. Dem langweiligen Max folgte der kurzweilige Centrumsmann und Pfarrer Westermeyer, in dem so ein Stückchen Abraham a Santa Clara (oder Kapuziner aus Wallenstein's Lager) steckt; Pater Westermeyer verfiel nicht in den Fehler seines Genossen Galen, er hielt sich, in vorsichtiger Entfernung von den Nebelhöhen des Christenthums, hübsch praktisch auf der praktischen, realen Erde und beleuchtete, zum Theil mit viel Mutterwitz und durchaus treffend, die heutigen gewerblichen Verhältnisse. Es war eine höchst ergötzliche Abwechselung von gesundem Menschenverstand und komischem Unsinn und unsinniger Komik. — Um die Palme der Lächerlichkeit rangen zwei tapfere Reichstags-Mundhelden mit Westermeyer: der alte Grumbrecht und der ältere Kleist-Retzow. Ersterer produzirte sich in einer schwarzroth-weißen, letzterer in einer schwarz-weißen (keine Spur des gottlosen Roth verrathenden) Narrenkappe — das war eigentlich der ganze Unterschied. Amüsante Käuze find's — das muß man ihnen lassen, und schwer ist es zu entscheiden, welchem von Beiden, nein von den Dreien der Preis zuzuerkennen. Eine unparteiische und gewissenhafte Prüfung zwingt uns aber doch, Kleist-Retzow als Sieger zu proklamiren. Das geflügelte Wort, welches ihm in der Hitze des Redegefechts entfuhr: „die Gleichheit ist unmöglich, sie ist gegen die Natur, in welcher die Verschiedenheit herrscht, denn manchmal sind die Mädchen von den Knaben verschieden“ brachte das stampfende junkerliche Schlachtroß um anderthalb Pferdelängen vor seine Mitbewerber.

Nur Einer im Reichstag ist fähig, Kleist-Retzow ernst zu nehmen — der Einzige, der auch den deutschen Parlamentarismus ernst nimmt: Lasker. Lasker schwang sich auf seinen Klepper und trabte in die Rennbahn, um eine Lanze zu brechen für die moderne Freiheit und Gleichheit — „die ich meine“. Der Kampf gegen den Wind und die Windmühlen des borussischen Vollblut-Junkers war recht spaßig, jedoch lange nicht so amüsant, wie das Gepolter des heiteren Kleeblatts Westermeyer, Grumbrecht, Kleist-Retzow. Und dann ging das Laskern los über die Gewerbeordnung. Die Gewerbeordnung ist schlecht — die Gewerbeordnung ist gut — die Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung sind schlecht — die Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung sind gut u. s. w. Gut — schlecht. Gut — schlecht. Gut — schlecht. Selbst ein Priester des belphischen Apollo würde nicht errathen haben, ob der Mann „gut“ sagen wollte oder „schlecht“. „Gut — schlecht; gut — schlecht; gut — schlecht.“ Nur bei dem sozialdemokratischen Antrag ging das Gleichgewicht zwischen „gut“ und „schlecht“ in die Brüche; Herr Lasker gerieth in Eifer, ließ an dem Entwurf kein gutes Haar und bekundete eine solche — Unwissenheit in diesen Dingen, daß sein vor ihm sitzender Freund Rickert ordentlich verlegen wurde. Lasker selbst aber merkte nichts und redete sich so in die Hitze hinein, daß ihm der Schweiß von der Stirne lief. Inzwischen war es 1/25 Uhr geworden. Das Haus wurde ungeduldig. Herr Kardorff (der Ritter vom preußischen Schnaps) errang sich mit Mühe Gehör für einige kurze Bemerkungen gegen Lasker. Er erschöpfte das letzte Restchen von Geduld. Um 3/45 Uhr vertagte sich der Reichstag; morgen wird die Gewerbeordnungsdebatte beendigt werden. Die Antragsteller — unsererseits Bebel — haben das Wort. Außerdem stehen verschiedene Berichte der Wahlprüfungs-Commission auf der Tagesordnung, darunter der über die Wahl (Hasenclever's) im 6. Berliner Wahlkreis.

Die Slovaken-Quartiere bei Berlin.

(Aus der Vossischen Zeitung.)

Für den Menschenfreund giebt es auf dieser Erde gar zu viel zu thun, und es finden sich noch stets Männer und Frauen, welche sich der scheinbar Verlassensten annehmen. Da leben unter uns jene seltsamen Fremdlinge, die ungarischen Drahtbinder, sie kommen, sie gehen, wie die Wandervögel, aber ihre Hauptquartiere in Britz, Rixdorf 2c. werden niemals leer. Die Meister, die Gesellen bekommt man in Berlin nur selten zu sehen. Sie arbeiten in ihren Werkstätten und haben in einer Anzahl von Kindern, die jeder Meister hält, eine Art von Sklaven, die mit ihren Fabrikaten umherziehen und jedenfalls Geld bringen müssen, wobei es dem Meister gleichgiltig ist, ob das Geld aus dem Verkauf von Waaren oder aus dem Bettel stammt. Jeden Morgen um 7 Uhr werden die Kinder, in ihre Lumpen gehüllt und meist barfuß, mit ihrer schweren Last hinausgejagt, und die Bewohner der Pionierstraße haben tagtäglich das zweifelhafte Vergnügen, die Jungen, selbst bei tiefem Schnee, barfuß in Trupps von 10—20 vorbeipassiren zu sehen. Außerdem müssen sie auch noch den ersten und letzten Ansturm des Völkchens aushalten, welches von dreistester Zähigkeit ist und doch schließlich die Herzen rührt, wenn es mit slavischer Weichheit der äußeren Formen demüthig und treuherzig sein: „Nix verdient! Meister haut!“ stammelt. Die ganze Dressur dieser Kinder beruht auf Prügeln, und die Meister regieren sie damit selbst unsichtbar, wenn die Kinder weit von ihnen fort unter Fremden umherirren. Sie sind verschwiegen, wie das Grab. Und erst bei längerer Bekanntschaft entlockt man ihnen, daß sie hungern, auf bloßer Diele schlafen und pro Tag 15 Groschen heimbringen müssen, wenn es nicht Prügel setzen soll. Sie bringen aber auch viel mehr heim, wovon die Thaler zeugen, die sie sich häufig bei den Geschäftsleuten in der Pionierstraße einwechseln. Ein Meister, der seine 8 bis 10 Jungen hat, macht also ein ganz brillantes Geschäft. Man darf seinen Reingewinn auf 60—80 Mark pro Woche veranschlagen. Seine Commissionäre in Wien für die Lieferung von Knaben sind fein auftretende Herren, welche die Kinder mit Leckerbissen an sich locken. Schon mit 7 Jahren verwendet man sie als Hausirer, wovon man sich durch den Augenschein tagtäglich überzeugen kann. Offiziell sind sie aber alle über 14 Jahre alt — das haben die slovakischen Meister schnell gelernt. Die Kinder haben von ihrem Hausirgewerbe keinen Vortheil, denn hundemäßiger können sie daheim nicht leben. Der ganze Vortheil fällt den Meistern zu.

Recherchen ergaben nun, daß diese Meister so gut wie uncontrolirt leben. Von dem Stande ihrer Gesellen und Knaben hatten die Ortsbehörden von Britz und Rixdorf keine Kenntniß. Eine Anzahl von Berliner Bürgern nahm deshalb die Sache selbst in die Hand und ließ sich vom Landrath eine Legitimation für diesen Zweck geben. Am Montag, den 9. d. M., Abends gingen sie an eine Untersuchung der Slovaken-Quartiere, welche in Kellern und Hinterhäusern oft zu dreien bis vieren liegen. Auf die landräthliche Bescheinigung hin diente ein Gensdarm als Führer. Genaue Auskunft vermochte auch er nicht zu geben, doch taxirte er die Zahl der Kinder in Britz allein auf etwa 40. Die Leute bewegen sich eben freier, als die eingeborenen Staatsangehörigen, ihre Führung in den Gemeinderegistern ist eine höchst lückenhafte. Nach ihren Quartieren brauchte man nicht lange zu suchen. Ueberall her erklang das Hämmern und Picken der Werkstätten in die Nacht hinein. In einem Raum von höchstens 12 Quadratfuß Inhalt saßen bei trüber Lampe ein Meister und 3—4 Gesellen bei der Arbeit, trotzige Burschen, die bei dem Eintritt der Recherchenre keine Miene verzogen. Der Dunst in diesen Räumen spottet jeder Beschreibung. Die Wände hingen dicht voll Waare: Mäusefallen, Reibeisen, Kaffeetrommeln, Schlüsselkörbe u. dgl. m.

„Wo ist der Meister?“ „Meister ist hier!“ „Sie heißen?“ „Stephan Brakiewicz.“ „Ihren Paß?“ „Hier.“ Ein schlimmer Patron, dieser Meister Stephan, in blauer Blouse und Pelzmütze, unter der ein Paar Luchsaugen aus dem scharf profilirten Gesicht mit dem kühn geschwungenen Schnurrbart hervorblitzten. „Wo sind die Kinder?“ „Oh, Kinder nicht viel. Eins — zwei — drei. Und Jaschko geht morgen heim.“ Plötzlich hört man es draußen im Dunkeln rasseln, und schon schleichen drei schwer beladene Knaben herein. Sie fallen vor Müdigkeit alsbald auf die Dielen nieder. „Wie alt ist der Kleine?“ „Ist 14 Jahre.“ „Der 14 Jahre? Der ist höchstens 10 Jahre alt. Wo sind seine Papiere?“ Diese fehlen natürlich. Abermals ertönt das Rasseln, und drei neue Ankömmlinge treten ein. „Worauf schlafen die Kinder?“ „Nun, auf Stroh.“ „Wo ist das Stroh?“ „Stroh draußen.“ Man revidirt, nirgends, weder auf Flur noch auf Boden findet sich eine Spur von Stroh. „Was bekommen die Kinder zum Abendbrod?“ „Nun, Kartoffeln mit Häring oder Häringsbrod oder so etwas.“ „Und was bekommen sie zu trinken?“ Keine Antwort. „Nicht wahr, Schnaps?“ Nun ja, wenn sie wollen, Schnaps, oder auch Weiß.“ „Hören Sie, die Kinder sind fast alle unter 14 Jahren alt und müssen in die Schule gehen!“ „Ach, was brauchen sie in Schule gehen. Sind schlauer, als Große.“ „Dann bekommen wohl auch die Großen von ihnen die Prügel?“ Die Gesellschaft lachte hell auf. „Nicht war, wenn die Kinder kein Geld bringen, bekommen sie Prügel?“ „Oh, Kinder bekommen keinen Schlag.“ Während dieser Unterhaltung flitzt ein Bursche auf eine slavische Anrede des Meisters in die Nacht hinaus. Einige der Recherchenre eilen hinter ihm her. „Heda, Junge, steh' einmal still! Worauf schlaft Ihr?“ Athemlos flüstert er: „Auf Diele“ und macht dabei die Pantomime des Kopfstützens auf den Ellnbogen. „Was bekommt Ihr zu essen?“ „Kartoffeln, Kartoffeln!“ „Und wenn Ihr kein Geld nach Hause bringt?“ „Prügel, Prügel!“ Und fort war er wie ein scheues Wild.

Wir aber hatten uns übertölpeln lassen. Die anderen Nester fanden wir alle leer von Kindern. Der Bursche hatte unsere Ankunft überall hin signalisirt.

Das Resultat der Recherche war immerhin ein genügendes. Daß es hier nicht mit rechten Dingen zugeht, ist klar. Es ist sanitär unzulässig, daß 14 und 16 Menschen in einem knappen Raume, in dem am Tage gearbeitet wird, schlafen. Es ist unstatthaft, daß Kinder so elend ernährt und erhalten werden, wie diese ungarischen Drahtbinderkinder. Es ist endlich völlig unstatthaft, daß schon sieben- und achtjährige Kinder so mißbraucht werden. Dergleichen darf in unmittelbarer Nähe der Residenz nicht geduldet werden. Und die Behörden müssen Mittel und Wege finden, da die den Ortsvorstehern zu Gebote stehenden Kräfte nicht dazu ausreichen, daß von Berlin aus ein wachsames Auge auf diese ungarischen Sklavenhalter gerichtet werde, damit die Kinder menschlich zu halten gezwungen werden. Besser freilich wäre es schon, wir hätten diese Invasion überhaupt nicht, denn der Vortheil bleibt nur in der Tasche von Wenigen hängen. Das Loos der Kinder kann unmöglich in ihrer Heimath ein so trauriges sein, wie hier.

— Ein würdiger Vertreter der Heiligkeit der Ehe. Die „Berliner Freie Presse“ schreibt: Unsere Nachricht, daß einem in der Potsdamer Straße zu Berlin wohnenden „Jedermann“ bekannten Abgeordneten und Zeitungsbesitzer die Frau mit Sack und Pack von dannen gezogen, können wir noch dahin vervollständigen, daß die Frau sich wegen der vielen galanten Abenteuer des Herrn Gemahls schon vor den Reichstagswahlen von ihm scheiden lassen wollte.

Wie der Präsident vor Festsetzung der Tagesordnung mittheilte, beabsichtigt man, die Session am 5. Mai zu schließen, was allerdings, wie der Präsident selbst zugab, kaum möglich sein dürfte. Die Etatberathung muß im Laufe der nächsten Woche zu Ende sein, da das Budgetjahr am 31. April abläuft. Da gilt's freilich mit Dampfgeschwindigkeit arbeiten. Morgen wird schon um 10 Uhr Vormittags angefangen, und man munkelt schon von Abendsitzungen.

Donnerstag soll u. A. die Kantecki-Affaire und der Antrag Kryger (Ausführung des Prager Vertrags betr. die Abtretung von Nordschleswig an Dänemark) zur Verhandlung kommen. Warten wir ab!

18. April.

Fortsetzung der Gewerbeordnungsdebatte. Die Antragsteller haben das Schlußwort. Zuerst tritt auf der conservative Antragsteller Helldorf. Derselbe ist durch die Zusage der Regierung, daß eine Aenderung der Gewerbeordnung in Aussicht genommen sei, befriedigt. Im Uebrigen plaidirt er für die conservativen Anträge: Contraktbruchbestrafung, Lehrlingszwang ꝛc. Aus den Reden dieser Herren duftet immer ein gutes Stück Mittelalter. Erwähnenswerth erscheint uns noch, daß der Herr Einführung der Arbeitsbücher zum — Schutz der tüchtigen Arbeiter verlangt. Er „freut sich, daß die sozialistischen Abgeordneten ihren Antrag eingebracht. Derselbe enthalte eine ganze Reihe von Bestimmmungen, denen die conservative Partei aus vollem Herzen zustimme, natürlich vorbehaltlich einiger Aenderungen. Es sei zu hoffen, daß, wenn die Sozialisten in dieser Weise fortfahren, sie wohl warme Freunde des Arbeiterstandes bleiben, aber aufhören werden, Sozialisten zu sein." Wir fürchten, dem Redner steht eine grausame Enttäuschung bevor. Neu ist jedenfalls die Theorie, daß wer ein „warmer Freund des Arbeiterstandes" ist, kein Sozialist sein kann. Mit der „warmen Freundschaft" des Hrn. v. Helldorff und seiner Gesinnungsgenossen scheint es jedenfalls eine eigenthümliche Bewandtniß zu haben, eine ebenso eigenthümliche, wie mit seiner Logik. Im Namen des Centrums folgt ihm als Redner Windthorst, auf den die bisherigen Debatten einen sehr erfreulichen Eindruck gemacht haben, im Gegensatz zu seinem Parteigenossen Westermeyer, auf den sie einen sehr traurigen Eindruck gemacht. Die Polizei, der Staat, können nicht Alles thun; durch Gesetze allein sei den Uebelständen auf gewerblichem Gebiet nicht abzuhelfen. Die Menschen müßten sich Entbehrungen auferlegen, weniger dem materiellen Genuß nachjagen — das und das allein werde dauernde Besserung schaffen. Also eine neue Spartheorie, mit der freilich Herr Schulze nicht ganz zufrieden sein dürfte. Wir müssen Aszeten werden, möglichst viel Bedürfnisse uns abgewöhnen — wer keine Bedürfnisse hat, kommt Gott am nächsten, und ein Volk, welches fromm und geduldig Hungers stirbt, hat den Gipfel des Windthorst'schen Gesellschafts-Ideals erklommen. Das ist freilich die gründlichste Lösung der sozialen Frage. Zu den sozialdemokratischen Anträgen übergehend, begrüßt er deren Einbringung als ein ebenso bedeutsames als erfreuliches Ereigniß. Die Sozialdemokratie habe damit den Boden der Gesetzgebung betreten. Bisher, das sei nicht zu leugnen, seien die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag nicht so behandelt worden, wie es sich geziemt habe. Man sei sogar soweit gegangen, sie mit dem Knüppel zu bedrohen (Abgeordneter Lasker hüpft empor, als habe er eine Ohrfeige bekommen). Man habe mit Schießen gedroht (Flinte schießt, Säbel haut). Das sei nicht der richtige Weg, die soziale Frage aus der Welt zu schaffen. Man müsse mit den Sozialdemokraten im Reichstag discutiren und ihnen dabei gleichen Wind nnd gleiche Sonne gewähren. Sein verstorbener Freund Mallinckrodt habe die Anwesenheit von 30 Sozialdemokraten im Reichstag gewünscht. Er (Windthorst) stimme mit Mallinckrodt überein. Was nun speziell unsere Anträge betreffe, so seien dieselben etwas einseitig; sie befürworteten zu sehr die Interessen der Arbeiter und vernachlässigten die der Arbeitgeber (als ob letztere nicht über Gebühr bereits von der Gesetzgebung bedacht wären!). Hr. Windthorst erging sich dann in einen kleinen Exkurs über die Harmonielehre, der Max Hirsch das Herz im Leib hüpfen ließ. Die Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern seien nicht von einander zu trennen. Wenn es dem Einen gut gehe, dann gehe es auch dem Andern gut; und wenn dem Einen schlecht, dann auch dem Andern. „Betrübt" hat es die kleine Excellenz, daß Fritzsche bei Vertheidigung des absoluten Verbots der Sonntagsarbeit gesagt habe, die Sozialdemokraten stellten diese Forderung nicht aus religiösen Motiven. Die Religion biete die einzige Basis einer friedlichen sozialen Reform. Es habe ihn daher auch so bitter geschmerzt — ob der fromme Redner bei diesen Worten Thränen vergoß, konnten wir wegen der diplomatischen Brille nicht sehen — daß sein College Galen am Montag ausgelacht worden sei, als er von der göttlichen und christlichen Weltordnung sprach, nach welcher Staat und Gesellschaft eingerichtet werden müsse, wenn nicht Katastrophen eintreten sollten. Die Sonntagsfeier sei eine religiöse Pflicht, und den Herren Meistern, die ja ebenfalls Arbeiter seien, zu empfehlen, daß sie sich dieser Pflicht erinnerten, und zum Exempel keine Ministerconferenzen, Reichstags-Schließungen oder -Eröffnungen am Sonntag vornähmen. Redner protestirt nun gegen die Schaffung einer bureaukratischen Maschinerie zur Ueberwachung der gewerblichen Thätigkeit, und hat nun die Brücke gefunden, welche ihn auf das Feld des Culturkampfes führt. Eine solche Maschinerie würde zu Culturkampfzwecken benutzt werden; er habe nicht vergessen, daß es in einer preußischen Stadt Jahre lang gedauert habe, ehe einem katholischen Schlächter die Erlaubniß zum Schlachten ertheilt worden, und habe man nicht in den letzten Jahren erlebt, daß zahlreiche Anstalten, die der Erziehung des Volkes in Fleiß und Gottesfurcht gewidmet waren, unterdrückt worden seien? Und so weiter u. s. w. Zum Schluß applizirt Windthorst dem kleinen Lasker noch einige kleine parlamentarische Liebesgrüße und bittet die Regierung, doch ja dafür zu sorgen, daß die Commission, in welche die verschiedenen Anträge unzweifelhaft verwiesen werden würden, nicht zu einer Todtengräberei werden möge. — Herr Wehrenpfennig hatte die nicht sehr schwierige Aufgabe, den Liberalismus gegen die Angriffe deb Centrums zu vertheidigen, und machte die leichte Sache sich dadurch doppelt leicht, daß er mit großer Hartnäckigkeit den Boden der Thatsachen vermied, und sich auf die Nebelregionen der Phrase beschränkte. Amüsant war ein Vergleich der Sprache, welche die Vertreter des Centrums im Reichstag und der, welche sie außerhalb desselben führen. Nicht minder amüsant wäre freilich ein Vergleich der nationalliberalen Sprache außer- und innerhalb des Reichstags gewesen. Als letzter Redner trat Bebel auf. In einstündiger, klarer Rede präzisirte derselbe die Stellung der Sozialdemokratie zur Gewerbeordnung und löste unter Darlegung der sozialistischen Zielpunkte die von den Gegnern erhobenen Einwände einen nach dem andern auf, und erläuterte dann, so weit es in einer Generaldebatte angeht, die Hauptbestimmungen und -Forderungen des sozialdemokratischen Antrags. Obgleich es an scharfen Angriffen auf die alten Parteien: Conservative, Centrum, Nationalliberale und Fortschrittler nicht fehlte, so hörte das Haus im Ganzen mit Aufmerksamkeit die Ausführungen des Redners an.

Als Bebel geendigt, begannen die persönlichen Bemerkungen. Herr Lasker, der die Unannehmlichkeit, nicht das letzte Wort zu haben, und Angriffe hinnehmen zu müssen, ohne daß man darauf antworten kann, zum erstenmal empfand, jammerte, daß ihm die Geschäftsordnung nicht erlaube, den Vorredner zu widerlegen, meinte, er sei von Bebel mißverstanden worden, hielt unter der Firma „persönliche Bemerkung" eine kleine Rede, die nichts weniger als „Persönliches" betraf, und suchte u. A. auch den famosen „Knüppel" wegzuexpliziren. Dies gelang ihm aber so wenig, daß sogar Abgeordnete seiner eigenen Partei und Mitglieder des Bureaus ihm die Fruchtlosigkeit seines Bemühens privatim nachweisen, und die Ungenauigkeit seiner beschönigenden Erklärung zugestehen mußten. Bebel erzählte noch kurz die tragi-komische Geschichte des Lasker-Knüppels — Windthorst unterhielt das Haus noch durch einige Witze — ein paar Witz- und Erklärungsversuche Windthorst's und Kleist-Retzow's (welch' letzteren Fritzsche über eine mißverstandene Aeußerung in seiner vorgestrigen Rede kurz zu belehren hatte) — und die Debatte war zu Ende. Der Reichstag beschloß einstimmig die Verweisung sämmtlicher eingelaufener Anträge und Resolutionen an eine Commission.

Wir Sozialdemokraten haben alle Ursache, mit der parlamentarischen Campagne der drei letzten Tage zufrieden zu sein. Durch unsere Redner Fritzsche und Bebel sind die Ideen und Prinzipien der Sozialdemokratie in würdiger Weise zum Ausdruck gebracht worden, wohingegen auf Seiten der Gegner sich die traurigste Rathlosigkeit bekundet hat. Wir werden die Verhandlungen des Näheren besprechen und erwähnen einstweilen, daß der stenographische Bericht der Reden unserer Abgeordneten nebst einem zum Verständniß nöthigen Resumé der gegnerischen Reden in Hamburg veröffentlicht werden wird. Ferner sei noch erwähnt, daß man den Wunsch zu erkennen gegeben hat, einen sozialdemokratischen Abgeordneten in die Gewerbeordnungs-Commission zu wählen, und daß unserseits Fritzsche dazu vorgeschlagen wird.

Nach Erledigung der Gewerbeordnungs-Anträge trat das Haus in Wahlprüfungen ein. Die Wahl Weigel's in Hanau wurde von Bracke in längerer Rede bestritten, vom Haus aber trotzdem mit großer Majorität für gültig erklärt. Eine größere Debatte entspann sich über die Wahl Hasenclever's im 6. Berliner Wahlkreis. Der Berichterstatter der Wahlprüfungs-Commission, der nationalliberale Laporte, beantragte, auf einstimmigen Beschluß der Commission, die Ungültigkeitserklärung. Most kritisirte in längerer, scharfer Rede die Vorkommnisse bei der Wahl, die mangelhafte Anfertigung der Wahllisten, das liederliche Verfahren der fortschrittlichen Gemeindebehörden, die eigenthümliche Entstehungsgeschichte des Wahlprotestes und die nicht minder eigenthümliche Logik des Commissions-Berichts und -Antrags. Der Geschäftspolitiker Richter ließ sich in Erwartung eines Valentin'schen Schlußantrags zu einer neuen Köterattacke auf die Sozialdemokratie verleiten, wurde jedoch, da Valentin gleich dem alten Homer manchmal schläft, von Most so gründlich gezüchtigt, daß dem Burschen die Lust verging, sich weiter hervorzuwagen. Der zufällige Umstand, daß unsere sozialdemokratischen Abgeordneten, um besser hören zu können, in seine Nähe gekommen waren, verursachte dem tapferen Geschäftspolitiker solche Beklemmungen, daß das Papier mit den Notizen, welches er in der Hand hielt, wie Espenlaub zitterte.

Der nationalliberale Dernburg, der in seinem Wahlkreis Offenbach nicht die Courage gehabt hatte, seinem Gegenkandidaten Liebknecht Auge in Auge gegenüberzutreten, fühlte sich, in Mitten der Seinigen, muthig genug, der Sozialdemokratie einen kleinen Treff zu versetzen und beschuldigte Most, eine Versammlung, in der er (Dernburg) während der letzten Wahlbewegung referirt, gestört zu haben — ein Pfeil, der von Most, da inzwischen Valentin sein Amt verrichtet hatte, in persönlicher Bemerkung auf den unglücklichen Schützen zurückgeschnellt wurde. Das Alles konnte indeß nichts am Resultat ändern. Bei der Abstimmung erhoben sich blos die Sozialdemokraten, der Däne Kryger und der Centrumsmann Schröder-Lippstadt für Giltigerklärung der Wahl.

Die Wähler des 6. Berliner Wahlbezirks werden die Antwort auf den Reichstagsbeschluß nicht schuldig bleiben.

Die Sitzung dauerte bis 4 Uhr Nachmittags. Für die morgige Sitzung, die auf 12 Uhr angesetzt ist, stehen Wahlprüfungen, der Kantecki-Fall und der Antrag Kryger auf der Tagesordnung.

Correspondenzen.

√ **Constantinopel**, 12. April. Was mich zunächst hier beschäftigen wird, ist die Constitution, womit die Türkei nun auch vom Himmel gesegnet wurde. Der weise Prophet scheint es sich zu Herzen genommen zu haben, seine Glaubenskinder mit all den Vortheilen zu bescheeren, die den europäischen Nationen durch die Constitution erwachsen sind. — Als biederer Inwohner des Himmels — wo nach den neuesten Ermittelungen der hiesigen Hodjas (Schriftgelehrten) auch die constitutionelle Regierungsform eingeführt worden sein soll, um die glücklichen Seelen der verschiedenen Religionen verfassungsmäßig zusammen zu halten, hat Mohamed nun auch diese himmlische Beglückungssucht bis auf die Erde ausgedehnt und Mithad-Pascha war dazu bestimmt, das Sprachrohr zu sein, wodurch die guten Türken eines Morgens zu ihrem großen Erstaunen erfuhren, daß sie nunmehr auch glückliche Besitzer einer Constitution seien. — Wenn ich den Ursprung der neuen Verfassung im Himmel suche, so darf man sich darüber gar nicht wundern: kommt doch aller Segen von Oben, sagt ein Dichter! Aber besonders darf sich der dickwanstige Bürger darüber gar nicht wundern, dem der constitutionelle Staat doch über Alles auf der Welt geht und der darin die Quintessenz der heutigen Regierungsweisheit sieht, und da eben dieser Spießbürger gewöhnlich auch ein treuer Verehrer des Himmels ist, so wird er wohl begreifen, daß die Beglückung der Menschen in constitutioneller Form von Oben kommt. Allein himmlisches Glück ist auch nicht ohne Dornen und der Beglücker der Türken, Mithad, war der Erste, an dem die constitutionelle Freiheit durch Unfreiheit erprobt wurde. Gerade so wie bei Ihnen schon mancher Rechtsvertheidiger auf ein paar Jahre in eine Festung wandern mußte, so mußte unser Mithad, von der Constitution geschirmt, nach dem Auslande ziehen. Unterdessen ist allerdings die Verfassung in Kraft getreten und die Kammer tagt fleißig, und hat bereits die übliche Adresse in Antwort auf die Thronrede erlassen; nächstens wird derselben ein Haufen von Projekten vorgelegt, die, nachdem sie sorgfältig berathen, nach hiesiger Sitte nie zur Ausführung kommen werden.

Wer die Türkei genau kennt, wird von derselben keine Reformen erwarten, denn es fehlt ganz und gar an Elementen, die dieselben zur Ausführung bringen könnten. Um dies zu erklären, will ich einige Betrachtungen anstellen, über das Volk, auf dessen Boden auf so unverhoffte Weise die constitutionellen Freiheiten hingeworfen worden sind; und hier tritt uns zunächst die gänzliche Unbildung des Volkes entgegen, welches den Sinn einer Constitution gar nicht zu fassen vermag und dem ein gescheidterer Monarch als Abdul Hamid jedenfalls mehr Noth thäte als alle möglichen Constitutionen der Welt, von denen es nichts zu hoffen hat, da die höheren, durch und durch entsitteten Klassen doch nur jede Verfassung dazu benützen werden, um das Volk Hand in Hand mit dem Monarchen zu prellen, — Abdul Hamid selbst ist ein kranker und ungebildeter Mann, den bald die eine, bald die andere Grille leitet und der von der Verfassung eben keinen bessern Begriff hat, als der harmloseste seiner Unterthanen. Daß der Mann seine Zustimmung zur Constitution gab, hat darin seinen Grund, daß seine Rathgeber ihn davon zu überzeugen wußten, daß endlich einmal etwas geschehen müsse, um Sand in die Augen der allerchristlichen europäischen Monarchien zu streuen, die um das Wohl der in der Türkei lebenden Christen so besorgt sind, währenddem es ihnen gar nicht darauf ankommt, die Christen zu Hause am Hungertyphus zu Grunde gehen zu lassen. Hiermit will ich natürlich keineswegs gesagt haben, daß die leidenden Christen der Türkei keiner Unterstützung würdig seien.

Für das Heil des türkischen Volkes darf man also auf Abdul Hamid nicht bauen; er wird der Spielball der ihn umgebenden Rathgeber bleiben und trotz Constitution hängt nach wie vor das Gedeihen des Staates vom Großvezir ab, oder von sonst einer dem Sultan nahestehenden Persönlichkeit. Der Großvezir kann eigentlich auch nicht selbständig handeln; er muß die Zustimmung des Sultans besitzen, sind aber bei diesem andere Einflüsse stärker als die des Großvezirs, so reducirt sich des letzteren Wirken auf Null. — Gegenwärtig ist gerade dies der Fall. Mahmed Pascha ist der Rathgeber vom Vertreter des Propheten, und die ersten Resultate seiner Thaten waren leider bereits verderbend für das Land, dem Mithad entzogen wurde,

---

Damals gelang es dem „Vielbekannten" seine Gattin dahin zu bestimmen, daß sie diesen ihren Entschluß bis nach der Wahl vertagte. Nunmehr ist das Unvermeidliche emgetreten. Damit dürften auch die Mittel des „rühmlichst bekannten Volksmannes", welche erforderlich sind, einer theuern Schönen am Rhein, einer Anderen in der Leipziger Straße in Berlin und einer Dritten in der Eichhornstraße die nichtsthuende Existenz zu fristen, erschöpft sein. Und dieser Mann redete und schrieb sich so oft in Extase über die angeblich von den Sozialisten verletzte Heiligkeit der Ehe!

— Aus der „besseren" Gesellschaft. Die Zeitungen berichten aus Berlin: „Eine Hebamme, die sich in Damenkreisen einer zahlreichen Kundschaft erfreute und schon seit Jahren ein förmliches Gewerbe daraus gemacht haben soll, den Folgen eines allzu intimen Umganges mit Männern vorzubeugen, ist, wie die Zeitungen melden, kürzlich verhaftet worden. Die Verhaftung ist erfolgt auf Grund einer Denunziation, worin die Hebamme beschuldigt wird, durch die von ihr in Anwendung gebrachten Mittel den Tod eines jungen Mädchens herbeigeführt zu haben. Zur Feststellung des Thatbestandes hat vorgestern Nachmittag auf dem Thomas-Kirchhof die Ausgrabung der Leiche der Verstorbenen stattgefunden. Nach den angestellten Ermittelungen bestand das gedachte Mittel der Quacksalberin aus einem höchst eigenthümlichen Präparat, nämlich aus Nadelspitzen, die sie mit anderen Substanzen, vermischt in Pillenform, den ihrer Hilfe bedürftigen Patientinnen verabreichte. Der Prozeß wird voraussichtlich viel Aufsehen erregen, da in demselben Damen aus den angesehensten Familien der Stadt als Zeuginnen auftreten haben werden."

— Ein Liebesbrief an Robespierre. Ein Pariser Wochenblatt, die „Revue des documents historiques", entreißt der Vergangenheit ein Schriftstück, das trotz seiner mangelhaften Orthographie und malerisch unregelmäßigen Wortfügung ein interessantes Streiflicht auf die Stimmung der Gemüther in Frankreich während der großen Revolution wirft. Es ist ein Liebesbrief, den eine junge Wittwe an den ihr persönlich unbekannten Robespierre schreibt und der folgendermaßen lautet:

„Am 13. Prairial des Jahres II.

Mein lieber Robespierre!

Seit die Revolution begonnen hat, bin ich verliebt in Dich, allein ich war angekettet und wußte meine Leidenschaft zu besiegen. Heute bin ich frei, denn ich habe meinen Mann im Vendéekriege verloren und ich will Dir angesichts des höchsten Wesen dieses Geständniß machen.

Ich schmeichle mir, mein lieber Robespierre, daß Du für dieses Geständniß, das ich Dir mache, empfindlich sein wirst. Es wird einer Frau hart, ein solches Geständniß zu machen, allein das Papier ist geduldig und man erröthet weniger aus der Entfernung, als wenn man einander gegenübersteht. Du bist meine oberste Gottheit und ich kenne keinen andern auf Erden als Dich. Ich betrachte Dich als meinen Schutzengel und will nur unter Deinen Gesetzen leben. Sie sind so lieb und süß, daß ich Dir schwöre, mich mit Dir für's Leben zu vereinigen, wenn Du ebenso frei bist wie ich.

Ich biete Dir als Mitgift die wahren Eigenschaften einer guten Republikanerin, vierzigtausend Francs Renten und die zweiundzwanzig Jahre einer jungen Wittwe. Wenn dieses Anerbieten Dir entspricht, so antworte mir, ich flehe Dich darum an. Meine Adresse ist an die Wittwe Jakin, poste restante, Nantes. Wenn ich Dich bitte, mir poste restante zu schreiben, so ist es weil ich fürchte, daß meine Mutter mich um meiner Unüberlegtheit willen auszanken möchte. Wenn ich so glücklich bin, von Dir eine günstige Antwort zu erhalten, so werde ich mich beeilen, sie ihr zu zeigen. Dann kein Geheimniß mehr! Adieu, mein Vielgeliebter, denke an die kleine Nanteserin und an diese unglückliche Stadt, die von der Geißel des Krieges hart getroffen ist. Da Dein Verdienst Dir in der Nationalversammlung viel Einfluß giebt, so mache doch Anstrengungen, um uns aus dem Elend, in dem wir stecken, zu befreien. Ich spreche nicht für mich, sondern für alle die braven Ohnehosen und guten Bürger. Antworte mir, ich bitte Dich, wenn nicht, werde ich zudringlich werden. Adieu noch einmal. Denke an die Unglückliche, die nur für Dich lebt.

Verwende nicht das Siegel der Convention. Schreibe mir als einfacher Privatmann."

Wie schade, daß man nicht weiß, was Robespierre dem verliebten Gänschen aus Nantes geantwortet hat! Es wäre so kurios, den großen Revolutionär in der neuen Beleuchtung eines erotischen Correspondenten kennen zu lernen.

— Opfer der heutigen Ausbeutung. An einem Neubaue in München ist ein Gewölbe eingestürzt, wodurch eine schwangere Taglöhnerin erdrückt und einer andern Frau durch die herabstürzende Masse beide Füße zerschlagen wurden; ein Maurer, der ebenfalls schwere Verletzungen erhielt, verschied auf dem Wege zum Krankenhause. — Während tausende kräftiger Arbeiter hungernd auf den Straßen herumzulaufen gezwungen sind, müssen schwangere Frauen, um den Hunger ihrer Kinder stillen zu können, Männerarbeit verrichten und ihr Leben lassen, so will es die heutige göttliche Weltordnung.

— Ein Prozeß um einen Esel. Unser Parteiorgan, die „Chemnitzer Freie Presse", hat schon eine ganze Reihe von Preßprozessen überstanden. Der merkwürdigste ist ihr aber doch wohl kürzlich zu Theil geworden. Das gedachte Blatt schreibt nämlich: „Entrüstet über die abgeschmackten Beleidigungsklagen, die wir erlebt hatten, bildeten wir in den „Raketen" einen Esel ab mit der Unterschrift:

„Quäle nie einen Esel zum Scherz,
Denn er fühlt wie du den Schmerz"

und mit dem Hinzufügen: Nun wollen wir doch sehen, ob sich hierdurch Jemand getroffen fühlen und Strafantrag wegen Beleidigung stellen wird." — Und in der That, es ist geschehen. Durch das erwähnte Bild mit der angeführten Unterschrift hat sich beleidigt gefühlt und Strafantrag gestellt Herr Hermann Thenins, „Redakteur" des „Chemnitzer Tageblatt". — Wir haben nichts hinzuzufügen." Wir auch nicht.

der vielleicht der einzige Mann ist, der dasselbe dermalen hätte regeneriren können.

Verfolgt man nun die Sache weiter, so finden sich in allen Schichten der Administration dieselben Uebelstände vor: überall Männer wie Calonne und sonstige berühmte Schurken, die das Volk aussaugen, ihre eigenen Taschen füllen, in Ueppigkeit und Schwelgerei leben, und nicht die nöthige Zeit finden, an das steuerzahlende Volk zu denken, für welches nach den allgemeinen Glaubensgesetzen doch Gott, wenn nicht auf dieser, so doch in der zukünftigen Welt sorgt. Um das Volk von den vielen Blutegeln zu befreien, müßten also zunächst hier die Reformen beginnen, die dem Parlament zugemuthet werden. Indessen, dieser Riesenarbeit scheint mir das Deputirtenhaus keineswegs gewachsen zu sein, denn dasselbe besteht zum größten Theil aus Automaten der Regierung, die von vornherein gar nicht beabsichtigen, ihre Meinung zur Geltung zu bringen, weil sie nicht Volksvertreter, sondern Regierungscreaturen sind. Wenn man betrachtet, wie es bei den Wahlen für die Kammer zugegangen ist, wo die meisten Deputirten von der Regierung, anstatt vom Volke gewählt wurden, so kann meine Behauptung gar nicht angezweifelt werden, daß das Parlament nichts Anderes als eine große Null ist, das mit dem Comödienspielen von Napoleon III. große Aehnlichkeit hat. Allerdings wird das Spiel mit Meisterhand getrieben, die Sitzungen daselbst scheinen dem fremden Auge vertrauenerweckend zu sein, und man glaubt endlich einmal, den Volkswillen zum Ausdruck gebracht zu sehen, allein die Zukunft wird uns wohl lehren, daß alle Erwartungen illusorisch waren — und die europäischen Zeitungen, die sich beeilt haben, die Sitzungen in ihren Spalten zu veröffentlichen, vielleicht in Ermangelung sonstigen Materials, werden es wohl bedauern, nicht scharfsichtiger gewesen zu sein. — Ja, der Reorganisationsprozeß, den die Türkei gegenwärtig durchzumachen scheint, wird größtentheils schlecht beurtheilt; man nimmt den Schein für baare Münze und nur Rußland will (freilich nicht aus humanitären, sondern aus bekannten egoistischen Rücksichten) den ganzen Reformentand nicht anerkennen. So ist auch eine irrige Meinung über Softas, Hodjas und Ulemas und wie sie Alle sonst noch heißen, in Europa verbreitet. Man hält diese Menschen für maßgebende politische Faktoren in der Türkei, womit man in einer gewissen Beziehung nicht gerade fehl geht; deren in letzteren Zeiten stattgehabten Bewegungen kommen jedoch dem eigentlichen Fortschritt gar nicht zugute.

Der Softa ist, was man bei uns einen Studenten nennt, belehrt sich indessen nicht in irdischer Wissenschaft wie bei uns; er lernt den Koran und sonstige in dieses Fach einschlagende Bücher, damit gelangt er entweder zum Priesterstand, wird Imam, oder zum Rechtsstand, indem er Ulema wird. Der Türke kennt also eigentlich keine Wissenschaft in dem Sinne, wie wir sie heut zu Tage verstehen; er sieht Alles durch die Augen der Religion, die jedenfalls nicht dazu angethan ist, freiheitlichen Bewegungen Vorschub zu leisten. Die Religion bleibt der ewige Gegensatz zur Freiheit; wo die Religion aufhört, dort fängt die Freiheit meist an. Die Geschichte liegt vor uns, um dies zu bestätigen.

In den Bewegungen der Softas darf man also keinen freiheitlichen Trieb suchen; dieselben kamen durch die Softas zur Anregung, weil sie gegen das sonstige unwissende Volk dennoch etwas Bildung besitzen, die die Niederträchtigkeit von der damaligen Regierung zu durchschauen im Stande war. Als diese Männer sahen, wie weit die Türkei durch die Mißwirthschaft von Abdul-Aziz gesunken war, und wie wenig daran fehlte, dieselbe zur Beute von Rußland zu machen, erwachte deren in religiösen Grübeleien vertiefter Sinn, und mit Mithad Pascha an der Spitze geschah die Entfernung von Sultan Abdul-Aziz. Sodann kam das Erwachen des Islam gegen die allerseits insurgirten Vasallenstaaten. Der Islam stand in Gefahr, und zunächst war für dessen Rettung zu sorgen; überall entfaltete sich die grüne Prophetenfahne, zu der Alt und Jung eilte, voll Begeisterung, denn Jeder, der für die Sache des Islam stirbt, ist eines sicheren Erwachens im Himmel sicher! — Kommt heute so eine Gefahr, was durch den Russenkrieg, der zu erwarten, möglich ist, so wird sich dasselbe Schauspiel wahrscheinlich in noch größerem Maßstabe wiederholen. Indessen, diese Begeisterung ist kein Erwachen eines sein Vaterland liebenden Volks: es ist Fanatismus, der bekanntlich mehr leistet bei einem ungebildeten Volke, als Patriotismus in vorgeschritteneren Ländern. Daß man dies Erwachen des Volkes nicht in der Stärke und Leistungsfähigkeit der Türken suchen darf, beweist schon der Umstand, daß gerade die Softas ernstlich mit der Absicht umgingen, die Christen zu massacriren, als die Türkei von den Christen von allen Seiten bedroht war. — Diese Umstände müssen besonders gewürdigt werden, um nicht Fortschritt mit religiösem Fanatismus zu verwechseln und sodann kommt man zum richtigen Schlusse, daß vorerst von der Regenerirung des türkischen Volkes im freiheitlichen Sinne noch lange keine Rede sein kann.

München, 12. April. Am letzten Sonntag Abend fiel ein Einjährig-Freiwilliger über zwei in der Herrenstraße stehende, im eifrigen Gespräche begriffene Arbeiter unter dem Rufe: „Ihr Demokraten, Ihr Spitzbuben!“ mit gezogenem Säbel her, kam aber an die Unrechten. Einer der Arbeiter packte den demokratenfresserischen Heldenjüngling und schleuderte ihn auf die Seite, daß er im Straßenkothe lag. Lachend gingen die Arbeiter von dannen, der übel angekommene Held aber schlich sich beschämt von dannen. Ueberhaupt kann man versichert sein, daß sich bei beherztem Zugreifen in der Regel herausstellen wird, daß die Säbelhelden Feiglinge sind.

Erfurt, 13. April. In Nr. 41 des „Vorwärts“ meldete ich den Tod unseres erst 34 Jahre alten, braven Genossen Rudolph. Am 6. ds. fand die Beerdigung statt. Die Betheiligung an dem Leichenbegängnisse war eine zahlreiche zu nennen. Eine Menge Kränze rc., zierten den Sarg, der die sterbliche Hülle eines der edelsten Streiter für die Verwirklichung des Sozialismus in sich barg. Ernst und schweigsam bewegte sich der lange Zug zum Friedhofe wo ebenfalls noch eine erhebliche Zahl an dem Begräbniß theilnahm.

Rudolph hat bei seinen angestrengten körperlichen Arbeiten der Arbeiterbewegung ebenfalls große Dienste geleistet; sowohl der politischen wie der Gewerkschaftsbewegung. Vorzugsweise besaß er ein organisatorisches Talent, verbunden mit großer Sach- und Menschenkenntniß. Ans Krankenlager wurde er ca. 18 Monate gefesselt, in welcher Zeit auswärtige wie hiesige Genossen durch große pekuniäre Opferwilligkeit den Kranken und seine Familie vor Hunger schützten. Am 4. April erlöste ihn der Tod von seinen langen Leiden. Rudolph war als echter Sozialist selbstverständlich auch Freidenker und hatte mit den religiösen Systemen der Gegenwart vollständig gebrochen. Daß dennoch in dem Augenblick, wo seine Kraft erlahmt war, Priester an dem Lager des Sterbenden erschienen, ja, das auch ein solcher am Grabe eine „Rede“ hielt, ist wohl nicht der Wunsch des Todten gewesen, Rudolph gehörte uns und nicht den Priester! Die Gesinnungsgenossen werden ihm in ihren Herzen ein Denkmal setzen, das Denkmal der Liebe zu einem braven Kämpfer! Klute.

Nachschrift. Der Wohllöbl. Magistrat gestattete mir nicht, am Grabe Rudolph's zu sprechen, und lasse ich das diesbezügliche Verbot, welches keines Commentars bedarf, hier folgen:

„Auf Ihr an die hiesige Polizei-Verwaltung gerichtetes, von dieser uns mitgetheiltes Schreiben vom gestrigen Tage gereicht Ihnen zum Bescheide, daß wir — kraft unseres Hausrechts — das von Ihnen beabsichtigte Halten einer Grabrede auf unserm städtischen Friedhofe nicht gestatten und die Polizei-Verwaltung ersucht haben ev. gegen die Verwirklichung dieses Ihres Vorhabens einzuschreiten.

Der Magistrat.“

Osnabrück, 9. April. Ein nettes Aktenstück ist aus dem hiesigen Kriegerverein hervorgegangen. Es lautet wörtlich:

„Osnabrück, 4. April 1877.

An den Herrn X.

Der Vorstand sieht sich veranlaßt, Ihnen zu eröffnen, daß er Ihnen wegen Ihres Verhaltens bei den letzten Wahlen nicht mehr das Recht einräumen darf, Mitglied des Kriegervereins zu sein resp. es wieder zu werden. Nach Auffassung des Vorstandes sind die Bestrebungen der gegnerischen Partei, an denen Sie sich thatsächlich betheiligt haben, als reichsfeindlich aufzufassen, und konnte Ihnen diese Auffassung auf keine Weise unbekannt sein.

Sie werden deshalb ersucht, das in Ihrem Besitz befindliche Gewehr dem Vereinsdiener Jung zu überliefern.

Sollten Sie sich bei der Entscheidung des Vorstandes nicht beruhigen wollen, steht Ihnen eine Berufung an die Generalversammlung des Kriegervereins frei.

Im Auftrage des Vorstandes:
M. Böttger, Präses.“

Man sieht hier wieder, was die Kriegervereine bedeuten; man sieht aber auch zugleich, daß ihnen gegenüber das Vereinsgesetz nicht in Anwendung kommt. Die Kriegervereine gebahren sich ganz offen und frei als politische Vereine, und dennoch treten sie miteinander in Verbindung, fassen gemeinsame Beschlüsse rc., trotzdem das Gesetz es verbietet.

Geyer, 11. April. Den Parteigenossen allerorts zur Nachricht, daß eingetretener Schwierigkeiten halber das Erscheinen des Blattes für den 19. sächsischen Wahlkreis sich noch um einige Zeit verzögert hat. Wir hoffen nunmehr, das Blatt bestimmt am 1. Juli erscheinen lassen zu können. Wir ersuchen jedoch, mit der größten Energie die so gewonnene Zeit zu benutzen und überall, wo nur immer möglich, Zeitungsvereine zu gründen und durch Zeichnung von freiwilligen und laufenden Beiträgen, sowie durch Entnahme von Antheilscheinen à 3 Mark und aus sonstigen Quellen zu beschaffende Gelder das Kapital zusammenzubringen, ohne das nun einmal nicht angefangen werden kann. Freunde! Ihr Alle seid gewiß von der Nothwendigkeit der Existenz eines eigenen Parteiorgans im Erzgebirge überzeugt, soll dasselbe aber wirklich in's Leben treten, dann müßt Ihr alle energisch Hand an's Werk legen.

Für das Centralcomité:
T. Demmler, Vorsitzender. Ernst Schletter, Schriftführer.

— Der von den Sozialdemokraten, in Verbindung mit den Demokraten Holthoff, Payer und Retter und dem Dänen Kryger eingebrachte Gesetzentwurf zum Schutze der Wahlfreiheit hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen:

1) In § 10 des Wahlgesetzes für hen deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 das 2. Alinea zu streichen.
2) Dem § 11 des Wahlgesetzes folgenden Zusatz zu geben:
   „Die Stimmzettel müssen bei der Wahlhandlung in einem unbeschriebenen Couvert übergeben werden. Jedem Wähler, der in die Wählerliste aufgenommen ist, muß vor Auflegung derselben (§ 8) ein zur Aufnahme des Stimmzettels bestimmtes Couvert zugestellt werden.
   Die Stimmzettel-Couverts müssen von starkem, undurchsichtigem Papier angefertigt, mit dem Stempel des Wahlkommissärs versehen und für jeden Wahlkreis völlig gleichartig beschaffen sein.
   Wähler, welche ein amtliches Stimmzettel-Couvert nicht erhalten haben, sind auf Reklamation durch die zuständige Behörde mit einem solchen zu versehen.
   Amtlich gestempelte Stimmzettel-Couverts sind am Wahltage innerhalb des Wahllokals für die Wähler in genügender Anzahl vorräthig zu halten.“
3) In § 15 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes vom 28. Mai 1870 Alinea 2, 3 und 4 zu streichen und statt dessen zu setzen:
   „Der Wähler übergiebt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, das seinen Stimmzettel enthaltende amtliche Couvert zusammengefaltet, aber nicht verschlossen (zugeklebt, versiegelt rc.) dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter (§ 12 des Reglements), welcher dasselbe uneröffnet in das auf dem Tisch stehende Gefäß legt.
   Stimmzettel, welche sich nicht in einem amtlichen Couvert befinden, sowie Couverts, die außer dem amtlichen Stempel ein besonderes Kennzeichen tragen, oder solche Stimmzettel, die verschlossen (zugeklebt, versiegelt rc.) sind, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen.“
4) In § 16 des Wahlgesetzes hinter den Worten „Die Kosten“ einzuschalten die Worte: „für die Stimmzettelcouverts“.
5) Dem § 12 des Wahlgesetzes folgenden Zusatz zu geben:
   „Die Wahl findet an einem Sonntage statt.“
6) Den § 29 des Wahlreglements in seiner jetzigen Fassung zu beseitigen und durch folgende Bestimmung zu ersetzen:
   „Die engere Wahl findet am zweiten Sonntage nach der Ermittlung des Wahlresultats statt.“
7) Nach dem § 107 des Reichsstrafgesetzbuchs einen neuen § 107a einzuschalten, folgendermaßen lautend:
   Wer einem Deutschen Geschenke oder andere Vortheile anbietet, verspricht oder gewährt oder Nachtheile androht, um ihn bei öffentlichen Angelegenheiten zur Abgabe seiner Wahlstimme in einem bestimmten Sinne zu veranlassen, wird mit Gefängniß nicht unter Einem Monat bestraft. Ausgenommen sind Hinweisungen auf die aus der Wahl und der Thätigket des Gewählten für die öffentlichen Angelegenheiten möglicherweise entspringenden Folgen, auch wenn diese die Verhältnisse des Einzelnen berühren.
   Macht sich ein Beamter oder, gegenüber den bei ihm in Arbeit stehenden Personen ein Arbeitgeber oder sein Angestellter der in Abs. 1 bezeichneten Handlung schuldig, so wird er mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.
8) Den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstag in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches den Umfang und die Zahl der Reichstagswahlkreise in Gemäßheit mit den Ergebnissen der letzten amtlichen Volkszählung regelt.

Liebknecht, Holthoff, Payer, Retter, Most, Bebel, Fritzsche, Blos, Auer, Motteler, Bracke, Demmler, Rittinghausen, Kapell, Kryger.

An die Parteigenossen im 18. und 19. hannoverschen Wahlkreise.

Die hinter uns liegenden Reichstagswahlen werden jeden Parteigenossen überzeugt haben, daß Wahlsiege ohne eine gute Organisation, welche ihrerseits wieder die erste Bedingung zu einer erfolgreichen Agitation ist, schwer, ja fast gar nicht zu erringen sind. Um über eine geeignete Organisation und Agitation schlüssig zu werden, lade ich die Parteigenossen des 18. und 19. hannoverschen Wahlkreises und insbesondere aus den Orten Freiberg, Altenbruch, Neuhaus, Osten u. s. w. ein, sich am 29. April, Nachmittags 3 Uhr, bei Hrn. Knote in Otterndorf zu einer Versammlung einzufinden, da ich gerade an diesem Tage in Otterndorf anwesend sein werde.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Philipp Krebs.

An die Gesinnungsgenossen des Teltow-Beeskow-Storkower Kreises.

Hierdurch berufe ich auf Sonntag, den 29. April d. J., Vormittags 11 Uhr, Berlin, Alexanderstraße 31, bei Vogel, eine Conferenz ein, und hoffe ich, daß die Gesinnungsgenossen zahlreich erscheinen werden.

Tagesordnung: 1) Der vom 27 — 30. Mai stattfindende Congreß der deutschen Sozialdemokratie in Gotha. 2) Die Agitation im Teltower rc. Kreise.

Mit sozialdemokratischem Gruße
G. Dietzmann, Berlin NO., Waßmannstr. 6.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.

Der Ausschuß des Bundes besteht aus:

1. Emil Sauerteig, Buchhändler, Vorsitzender.
2. Emil Busch, Tischler, Stellvertreter d. Vors.
3. Emil Rüger, Schuhmacher, Kassirer.
4. Ernst Witzel, Cigarrenmacher.
5. Emil Wabst, Tischler.
6. Richard Spätzel, Lithograph.
7. Moritz Schneidler, Lackirer.

Briefe sind zu richten an den Buchhändler Emil Sauerteig in Gotha, Gelder dagegen an den Schuhmacher Emil Rüger, Gotha, Schloßberg 2.

Briefkasten

der Redaktion. H. F. in Preetz: Eine Schrift, welche die Geschichte der deutschen Fortschrittspartei behandelt, existirt, soviel wir wissen, nicht. „Eine Geschichte der politischen Parteien Deutschlands seit 1848 mit besonderer Berücksichtigung der Fortschrittspartei“ zu schreiben, ist nicht so leicht, doch wir werden die Sache anregen. — W. H. in Iserlohn: Der „Senefelder Bund“ erscheint in Nürnberg. — Bekannter Anonymus in Berlin: Die Anmerkung zu „Ein Vorschlag“ rührt nicht von der Redaktion, sondern von dem Verfasser des Artikels her. Wir constatiren gern, daß die „Berliner Freie Presse“ weit mehr Abonnenten hat und Exemplare der „Neuen Welt“ absetzt, als „6 bis 8000“, wie dort angegeben ist. —

Quittung. Kisky Wien Ab. 19,35. Arbeiterverein Halle Ann. 0,60. Frck Preetz Ab. 1,40. Expedition der „Fackel“ hier Ab. 6,00. Brtrm hier Ab. 18,75. Hmbrgr Wien Ab. 6,40. J. Wrgs Wien Schr. 10,99. W. Knk Frankfurt Ab. 20,00. Hffnr Mainz Ab. 35 00. Hhn Bockenheim Ab. 7,50. Pfrtzschnr Hohenstein Ab. 45,00. Ullrch hier Ab. 1,30, Schr. 0,30. Hlr Breslau Ab. 0,50. Lnk hier Ab. 0,60. Schneidergewerkschaft hier Ann. 5,60. Schmdt Römerstadt Ab. 9,00, Schr. 6,62. Drp Verden Ab. 7,80. Schmdt Hannover Ab. 100,00. Smn Coburg Ab. 8,00. Lmml Dresden Ab. 3,00. Jffjw Jena Porto 0,90. Hngr Rybnik Ab. 2,00.

Leipzig. **Allgemeiner deutscher Schneiderverein.** Montag, den 23. April, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof: **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Soziale Rundschau. Refer. Hr. Eichler. 2. Besprechung über Einberufung künftiger öffentlicher Schneiderversammlungen. [0,50

Gäste sind willkommen. **D. V.**

Leipzig. **Metallarbeiter-Gewerkschaft.** Sonnabend, den **21. April**, Abends 8 Uhr: **Versammlung.** Täubchenweg und Kurze Straße Ecke, Restauration von J. Menzel.

Tagesordnung: Diskussion über eingelaufene und zu stellende Anträge zur Haupt- und Generalversammlung. Gewerkschaftliches.

Sonnabend, den 28. April: Berichterstattung der Commission über die neue Krankenkassenstatuten-Vorlage. 2. Fortsetzung der vorigen Tagesordnung. **Der Vorstand.** [90

Soeben erschien:

Skizzen und Studien zur französischen Revolutions-Geschichte.

Von **K. Braunemann.**

Einzelpreis à 1 Mk., bei Bezug in Partien à 75 Pfg. per Exemplar. Versendung gegen baar oder Postvorschuß. (8a)

Braunschweig, den 15. April 1877. [2,70

W. Bracke jun.

Soeben erschien und ist durch uns zu beziehen:

Ein photographisches Tableau

eine Eiche darstellend, in deren Stamm sich die Portraits von Lassalle, Marx und Jacoby befinden, die 12 sozialistischen Reichstagsabgeordneten sind in den Aesten derselben angebracht. Der untere Theil ist auf das sinnreichste ausgestattet. Das Ganze giebt eine prachtvolle Zimmerzierde.

Angefertigt vom Parteigenossen **L. P. Reinders** in Breslau.

Preis pro Exemplar 1 Mark 50 Pfg.

Schlesische Volksbuchhandlung.
H. Zimmer & Co. [450
Breslau, Schuhbrücke 42 I.

Durch uns ist zu beziehen:

Allgemeine Theorie der Bewegung und Kraft

als Grundlage der Physik und Chemie.

Von

Friedrich Mohr.

Gr.-Oktav. 144 Seiten. Preis pr. Expl. 2,50 M.

Buchhandlung des „Vorwärts“.

Elegante Einbanddecken für die „Neue Welt“

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16, p zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 413 O'Farrell Street.
London: Bandik, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 48. Mittwoch, 25. April. 1877.

Der Kanonenkönig.

Wir haben schon mehrfach uns mit dem Herrn Krupp beschäftigt, doch nicht deshalb, weil wir gern Personenfragen erledigen, sondern deshalb, weil Krupp ein charakteristischer Repräsentant der Herren der heutigen Gesellschaft ist und weil sein Gebahren, seine Wirthschaft der Gesellschaft den Spiegel vorhält.

Herr Krupp beliebt ab und zu, einen Ukas an seine Arbeiter zu schreiben.

Einmal erklärte der ehrenwerthe Mann, daß in seiner Fabrik die Arbeiter völlig unbeeinflußt in politischen Dingen sein sollten, daß es ihm gleichgültig sei, ob sich ein Arbeiter zum Ultramontanismus oder Sozialismus bekenne, wenn er nur seine Pflicht in Bezug auf die Arbeit erfülle.

Diese Erklärung fiel noch in die Zeit, wo Krupp selbst auf nicht ganz festen Füßen stand, wo er 9 Millionen Mark auf den Namen der Madame Krupp in die englische Bank einzahlte.

Jetzt aber, nachdem die blutigen Kriege der letzten Jahre das Krupp'sche Land gedüngt haben, und nachdem „das Geschäft flott geht", zieht der ehrenwerthe Herr andere Seiten auf und wirft 128 gute Arbeiter, von denen mehrere 20 Jahre lang bei ihm „gedient" haben, weil sie Sozialdemokraten, weil sie Christlich-Soziale sind, auf's Straßenpflaster.

Solcher Uebermuth wird von den liberalen Zeitungen, zum Beispiel von der Berliner „Volkszeitung" noch gelobt.

Die Sozialdemokraten, die Christlich-Sozialen — sie sind ja „Reichsfeinde", und für diese Bande ist das deutsche Straßenpflaster noch zu gut — in solcher Weise wird die Krupp'sche „That" noch gar entschuldigt.

Sehen wir uns aber bei dieser Gelegenheit den Herrn Krupp etwas näher an.

Im Jahr 1868, als „unangenehme Viertelstunde" des Rabelais, die Herr Windthorst dem Generalpostmeister zugedacht hat, ist also auf 24 Stunden „in's Salz gelegt" — Herr Stephan wird dabei nichts profitiren.

Der wunderbare Zufall, daß unmittelbar vor Verhandlung der auf die Kantecki-Affaire bezüglichen Anträge der geheimnißvolle Urheber des ganzen Skandals entdeckt und so dem Herrn Generalpostmeister ein Ausweg aus der Sackgasse eröffnet wird, hat unter den Reichstagsabgeordneten zu mancherlei Vermuthungen Anlaß gegeben; und nicht klein ist die Zahl Derjenigen, welche da glauben, der Zufall sei etwas zu klug.

Die heutige „Nationalzeitung" bringt einen echt Dernburg'schen Schimpfartikel gegen die Sozialdemokraten im Reichstag. U. A. wird von Bracke behauptet, er habe gestern durch seine Rede und seine Geberden den Reichstag insultirt, und sich förmlich angestrengt, das Höchste in Roheit zu leisten. Wer Bracke kennt, muß über den Vorwurf lachen. Die Wahrheit ist: Bracke sprach gestern mit größter Mäßigung und in durchaus parlamentarischen Ausdrücken, aber — neben Herrn Dernburg sitzt Herr v. Unruh! Die Bordellphantasie dieses ehrenwerthen Herren hat ihm in Bezug auf die Person Bracke's denselben Streich gespielt, wie in Bezug auf das Wesen des Sozialismus, und Herr Dernburg ist für derartige Ausgeburten einer ungesunden und unreinen Einbildungskraft sehr empfänglich.

Das Arbeiterschutzgesetz im Reichstag.

I.

Der Antrag, welchen die sozialistischen Abgeordneten in Gestalt einer Novelle zur Gewerbeordnung eingebracht haben, ist zum Angelpunkt geworden, um welchen sich die dreitägige Gewerbeordnungsdebatte drehte. Von allen Seiten wurde die hohe Bedeutung des Antrags anerkannt, nur Herr Max Hirsch, der sich vollständig in den Hintergrund gedrängt sah, bellte das unangenehme Objekt an. Die zwei- und vierbeinigen Möpse können das nun einmal nicht lassen. Was den Gegnern — und im Reichstag haben wir ja mit Ausnahme unserer eigenen Vertreter nur Gegner — besonders imponirte, war die präcise Fassung, die praktische Formulirung, um uns so auszudrücken, die gesetzgeberische Tauglichkeit des Antrags. Das mußte sogar vom Präsidenten des Bundeskanzleramts anerkannt werden. Die Redensart, daß die Sozialdemokratie nicht auf dem Boden der realen Verhältnisse stehe, sich in ein utopistisches Wolkenkukucksheim verirrt habe, wo sie Windeier ausbrüte und Nebelbildern nachjage, ist jetzt in ihr Nichts aufgelöst und umgekehrt durch die Debatte und durch die Vorschläge der Gegner der Beweis geliefert worden, daß gerade die gegnerischen Parteien es sind, welche auf wirthschaftlichem Gebiet den unsinnigsten Utopistereien huldigen und die Fähigkeit organischer, praktischer Gesetzgebung verloren haben. Die Rath- und Planlosigkeit der alten Parteien trat mit möglichster Deutlichkeit und — Kläglichkeit zu Tage. So weit die Anträge der Gegner sich nicht auf vage Gelüste auf fromme Wünsche beschränkten, erstrebten sie entweder reaktionäre Maßregelungen der Arbeiter, oder sie berührten blos einen winzigen Bruchtheil der wirthschaftlichen Fragen, um deren Regelung es sich handelte. Entweder hohle Phrasen oder [illegible]. Wir haben ja so heidenmäßig viel Geld. Die Sitzung, welche um 12 Uhr begonnen hat, wird um ½5 Uhr geschlossen. Tagesordnung der morgigen Sitzung (11 Uhr Vormittags): die Zollgesetze. Bei dieser Gelegenheit wird Bracke unsere Stellung zur Schutzzoll- und Freihandelsfrage präzisiren — volente deo, d. h. wenn der Reichstagsjupiter und sein Valentin es erlauben.

In die Gewerbeordnungs-Commission ist Fritzsche gewählt worden und zwar auf Vorschlag des Centrums. Da die aus 21 Mitgliedern bestehende Commission 10 Nationalliberale und Fortschrittler, und 10 Centrumsleute, Deutschconservative und Mitglieder der Reichspartei enthält, so giebt Fritzsche in der Commission den Ausschlag. Bei der Wahl des Präsidiums erhielten der Conservative von Helldorf und der Centrumsmann Graf Galen je 11 Stimmen, siegten also über die „liberalen" Gegencandidaten, worüber groß Heulen und Zähneklappern im Lager der Liberalen. Das ist die erste empfindliche Schlappe, welche die Herren auf diesem Gebiet erlitten haben — die letzte wird's nicht sein.

Auer's Wahl, das vergaß ich bisher zu erwähnen, ist vor einigen Tagen ohne Widerspruch für gültig erklärt worden. Die „Unregelmäßigkeiten", welche, wie bei jeder Wahl, vorgekommen sind, waren durchaus geringfügiger Natur und ohne Einfluß auf das Gesammtresultat.

Reichstag klug, so wird es zum Anfang einer deutschen Fabrikgesetzgebung; wird der Entwurf in der Commission begraben und vom Reichstag bei Seite geschoben — gut — man erinnere sich der Fabel von den Sybillinischen Büchern.

Je länger gewartet wird, desto höher der Preis, bis schließlich der Preis zu hoch wird.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Moloch. Der vom Kriegsministerium für Februar dieses Jahres veröffentlichte Hauptbericht über den Krankenzustand des preußischen, württembergischen und sächsischen Heeres ergiebt, daß in dem erwähnten Monat die Zahl der militärärztlich behandelten Kranken 29,356 Mann, oder 8,1 der Effektivstärke betrug. Die Todesfälle betrugen hier 99, worunter die Mehrzahl an Lungenschwindsucht und Typhus. Außerdem kamen noch 37 Todesfälle in nicht militärärztlicher Behandlung vor, davon 8 durch Krankheiten und 4 durch Verunglückung. Die Zahl der Selbstmorde betrug sechsundzwanzig! Im Ganzen hat das Heer 136 Mann durch den Tod verloren, und dabei hat die Zahl der Selbstmorde etwas mehr als den fünften Theil aller Gestorbenen ausgemacht.

Das ist geradezu entsetzlich! Wenn dasselbe Verhältniß für die Gesammtbevölkerung gälte, würde in Deutschland, wo jährlich in runder Summe 1,200,000 Todesfälle vorkommen, die Zahl der Selbstmorde sich das Jahr durchschnittlich auf eine Viertelmillion belaufen.

Und das sind die Opfer in Friedenszeiten! Wenn der Krieg alle Bande der Menschlichkeit aufgelöset hat, dann erst [illegible] Kreises Iserlohn, aus dem Amtsbezirke Balve, Kreises Arnsberg, aus den Amtsbezirken Altena und Neuenrade, Kreises Altena, haben in Betreff des in den Gebirgsgegenden Westfalens durch das Roth-, Damm- und Schwarzwild angerichteten Schadens einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

I. Die Versammlung erklärt sich mit den in der Einladung zu derselben vom 14. März d. J. entwickelten Ansichten des Volksanwalts C. W. Tölcke zu Iserlohn durchaus einverstanden.

Die Versammlung erklärt demgemäß

II. daß die nothwendige radikale Beseitigung des Uebelstandes nur durch die Aufhebung des preuß. Jagd-Polizei-Gesetzes vom 31. Oktober 1850 und durch die Wiederherstellung des Gesetzes vom 31. Oktober 1848 über die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grund und Boden und über die Ausübung der Jagd herbeigeführt werden kann.

Die Versammlung erklärt

III. daß die Staatsregierung nach den bestehenden Landesgesetzen ebenso verpflichtet als berechtigt ist, bis zur Erneuerung des Gesetzes vom 31. Oktober 1848 die zur Verminderung des Nothstandes geeigneten Mittel in Anwendung zu bringen.

Als solche Mittel bezeichnet die Versammlung folgende:

1. Sämmtliche von den Gemeinde-Vorstehern ohne Zustim-

Zweite Stufe des Fortschritts. Spätere Formen. Anwendung des Föderativ-Prinzips.

1. Lokal-Parlamente werden in Mitten aller großen Centren der Bevölkerung und für die Vertretung verschiedener Nationalitäten ernannt.

2. Lokal-Parlamente tagen in London, Dublin, Edinburgh, Manchester, Glasgow, Liverpool 2c.

3. Delegirte derselben bilden eine centrale gesetzgebende Versammlung.

4. Die Initiative zu den Gesetzen steht allein den Lokal-Parlamenten zu.

5. Jede Maßregel, die von einem der Lokalparlamente genehmigt ist, wird in der Central-Versammlung in Erwägung gezogen, verändert, angenommen oder abgelehnt.

6. Das conföderative Prinzip wird erst auf getrennte Länder angewandt und schließlich umfaßt es ganze Continente. Es werden vereinigte Staaten so gut in Europa wie in Amerika sein.

7. Auf dieser Stufe politischen Fortschrittes wird ein Senat nicht bestehen.

8. Die Minister der Exekutive werden vom Central-Parlament ernannt.

Dritte Stufe des Fortschritts. Communistische Gestaltung. Endliche Verwirklichung der reinen Demokratie.

1. Die Repräsentativ-Regierungen hören insgesammt auf und werden ersetzt durch die direkte Gesetzgebung und Regierung durch das Volk.

2. Lokal-Parlamente für je 1000 der erwachsenen Bevölkerung werden organisirt.

3. Diese Theil-Parlamente stehen mit einander in telegraphischer Verbindung, wodurch es ermöglicht wird, die Entscheidung der ganzen Nation in denkbar kürzester Zeit zu ermitteln.

Oekonomische und finanzielle Reformen.

Erste Stufe des Fortschritts. Forderungen der Gegenwart.

1. Reduktion und schließliche Tilgung der Staatsschuld durch Verwandlung des Kapitals in jährliche Abzahlungen und Uebertragung desselben auf eine größere Zahl von Gläubigern.

2. Progressive Einkommen- und Eigenthumssteuer, zahlbar von Allen.

3. Alle Handelsgeschäfte werden registrirt, besteuert oder freigegeben.

4. Alle Vierteljahre müssen die Bücher aller Handelsleute, Kaufleute, Gesellschaften zu öffentlicher Untersuchung vorgelegt werden.

5. In Fällen, wo Kapital schwankend oder schwer nachzuweisen ist, muß um Dispensation nachgesucht werden.

6. Alle ausgeliehenen Geldsummen, welche durch jährliche Zinsen, die 3 Prozent nicht überschreiten dürfen, zweimal zurückgezahlt sind, sind amortisirt.

7. Die Amortisation wird bewirkt durch jährliche Reduktion des Kapitals im Betrage von der Hälfte der Jahreszinsen.

8. Der Zinsfuß ist um so geringer, je größer die ausgeliehene Summe ist; 3 Prozent für alle Beträge bis zu 1000 Pfund Sterling, 2½ Prozent für Summen von 1000—5000, 2 Prozent für solche über 10,000 Pfd. St.

9. Der Zinsfuß darf 3 Prozent nicht übersteigen.

10. Der Staat wird alleiniger Eigenthümer alles Eigenthums an Land, Häusern, Bergwerken, Werften, Kanälen, Fischereien, Versicherungs- und Versorgungs-Gesellschaften, Banken, Wasser- und Gaswerken, Eisenbahnen, Telegraphen 2c.

11. Alle Expropriationen werden bewirkt gegen billige Entschädigung.

12. Alles nationale Eigenthum wird verwaltet oder geleitet unter den vortheilhaftesten Einrichtungen.

Zweite Stufe des Fortschritts. Spätere Reformen.

1. Geld gegen Zinsen auszuleihen wird vollständig verboten.

2. Der Staat wird alleiniger Eigenthümer des Eigenthums, einziger Arbeitgeber, einziger Leiter der Industrie, der Fabriken und des Handels.

3. Jede Arbeit und Anstellung wird gemäß der Geschicklichkeit des Angestellten bezahlt.

Dritte Stufe des Fortschritts. Communistische Gestaltungen.

1. Die Kapitalmacht wird endgiltig vernichtet durch gänzliche Vernichtung des Geldes und des Erbens.

2. Die Nationalisirung des Eigenthums erstreckt sich auf alle Artikel der Produktion, seien sie das Resultat körperlicher Arbeit, geistiger Anstrengung oder Ausflüsse des Genies.

3. Gleiche Verpflichtung zur Arbeit wird allen Mitgliedern der Gemeinschaft aufgelegt; Faulheit wird als Verbrechen erklärt und demgemäß bestraft.

4. Alle Güter und Bequemlichkeiten werden unter Alle gleich vertheilt.

5. Physische Arbeit wird gleich vertheilt entsprechend physischer Fähigkeit; denn wenn sie anziehend ist, so wird bei dieser Vertheilung keine Schwierigkeit bestehen, und wenn sie unangenehm ist, so haben wir kein Recht, ihre Ausführung den arbeitenden Klassen allein zu überlassen, wie es im gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft der Fall ist. (Forts. f.)

— Bekannte Späße. Das „Leipziger Tageblatt", als Moniteur des Herrn Rüder, veröffentlicht folgendes Communique:

„Unter Beifügung eines Blattes der „Elberfelder Zeitung", worin die Bekanntmachung des hiesigen Polizeiamts vom 17. März d. J., das Verbot der Abhaltung einer Volksversammlung, in welcher Herr W. Liebknecht über die Pariser Commune sprechen wollte, betreffend, abgedruckt ist, ist dem Direktorium des Polizeiamts mit dem Poststempel Köln folgende Zuschrift zugegangen:

Bifath Hoch die Europesche Commune
Ach Du sauige Rübersmann wohntest Du
Doch im Wuperthal
Jeder Streich gegen Libknecht und Bebel
Erwachen Tausend Hebel
Nur fleißig zu Gereuthert
Wen der Schnurbarth zu lang wird
So wird er abgeschnitten (wohlverstanden)
Ihr Menschenschlachter und Bluthunden
Ihr werdeth bleich voz der Wahrheit
guter Apetith zum Menschen Blut
ein köstlicher Trank —
saubere Geselen.
Ihr Tessendorfer-Stibersch schühreth nur den Brand,
Wir werden zur Zeit mith Peterohlthms löschen."

Genau in demselben Stil sind Liebknecht in den letzten 10 Jahren Hunderte von Schimpf- und Drohzuschriften zugegangen, die sämmtlich, trotz der verstellten Hand und der künstlichen orthographischen Fehler, als Produkte der sogenannten „gebildeten" Gesellschaft zu ermitteln waren. Wenn Herr Rüder so gut sein will, das obige Poem seinem Nachbar Liebknecht zu zeigen, so wird ihm derselbe wahrscheinlich den Nachweis zu liefern vermögen, daß dasselbe aus Rüder'schen Gesellschaftskreisen stammt. Sozialistische Arbeiter sind solcher Roheit und Dummheit einfach unfähig. Man sieht aber, an welcher Stoffarmuth das „Tageblatt" leidet, daß es zu solchem Quark greifen muß.

— Ein gegnerisches Lob. Ein Berliner Blatt schreibt: „Die erste große Campagne, welche die Sozialdemokraten im Reichstage durchgeführt haben, hat eigentlich mit einem, wenn nicht positiven, so doch ideellen Erfolge für dieselben geendet. Während Herr Tessendorf den Sozialdemokraten „amtlich" vorwirft, daß sie eigentlich an allen Raubmorden schuld seien, die in Berlin vorkommen, scheinen ihre Führer sich als für unser parlamentarisches Leben ganz nützliche Elemente zu erweisen — wären sie auch nur der Sauerteig, der die früher etwas träge gewordene Masse in Gährung bringt und erhält."

Darüber sind wir, wie oben bereits bemerkt wurde, in keiner Weise aufgeklärt worden und demnach nicht in der Lage, den gestrigen Beschluß des Reichstages, wie imponirend auch die Majorität für denselben sein mag, ohne Weiteres als einen begründeten anzuerkennen." —

Was sagt Herr Holthoff zu diesen Ausführungen, dem sein juristisches Gewissen verbot, für die Gültigkeit der Wahl zu stimmen?

Die „Frankfurter Zeitung" aber, welche in so logischer und trefflicher Weise den Fall behandelt, machen wir noch darauf aufmerksam, daß die Wahlprüfungs-Commission selbst zugesteht, daß das Verheften der betreffenden Blätter wahrscheinlich vor Auslegen der Wählerlisten stattgefunden hat. In dem Bericht der Commission heißt es:

„Auf die Frage: ob, wie der Protest anzudeuten scheint, die Wählerliste für die betreffenden Häuser der Liste des 348. Wahlbezirks (nachträglich) angeheftet gewesen, oder — was wohl anzunehmen ist — ob die fraglichen Häuser von vornherein in der Liste des 348. Wahlbezirks gestanden und so mit den gesammten Wählerlisten öffentlich aufgelegen haben, kann gegenüber der positiven Vorschrift des § 8 des Wahlreglements ein Gewicht nicht gelegt werden."

Die „Frankfurter Zeitung" und auch jeder vernünftige nicht vom Parteihader verblendete Mensch aber legen gerade darauf Gewicht und zwar aus den von der „Frankfurter Zeitung" angeführten Gründen.

Man kann also kühnlich behaupten:

Die Wahl Hasenclever's ist vom Reichstag mit Unrecht für ungültig erklärt worden!

— „Die Diktatur, welche der Abgeordnete Valentin im Reichstage über die Redefreiheit, wenn auch nur als vorgeschobener Stellvertreter einer höheren Gewalt ausübt, fängt nachgerade an unerträglich zu werden. So lange die bekannten gedruckten Schlußanträge zur Kategorie der beliebten Foyerscherze gehörten, war dagegen nichts einzuwenden, seitdem sie aber fortgesetzt zur Maßregelung der Redefreiheit benutzt werden, ist es wohl Zeit, daß Protest erhoben wird. Von einem ganz besonderen Mangel an Takt scheint es uns zu zeugen, daß man vorzugsweise parteiisch gegen Demokraten und Sozialdemokraten vorgeht, welche vermöge ihrer geringen Zahl am wenigsten widerstandsfähig solchem Terrorismus gegenüberstehen." So schreibt die „Volkszeitung" in Bezug auf die Notiz, die wir im „Vorwärts" brachten. Zuweilen scheint selbst diesem Blatte das Gewissen zu schlagen; die Herren Fortschrittler im Reichstage aber unterstützen den Herrn Valentin unsern Abgeordneten gegenüber, indem sie oft für dessen Schlußanträge stimmen.

— Tessendorf. Wie wir schon berichtet haben, hat der geehrte Herr sich neuerdings in einer Gerichtsverhandlung gemüßigt gefunden, die Sozialdemokratie zu schmähen und sie für die in Berlin stattfindenden Krawalle und Morde verantwortlich zu machen. Das kann uns eigentlich nur zur Ehre gereichen. Unser Parteigenosse Grottkau hat die Sache aber schief genommen und in der „Berliner Freien Presse" dem verehrten Herrn Staatsanwalt gewaltig auf die Finger geklopft. Daß Tessendorff Klassenhaß vor den Besitzenden gepredigt, daß er die Unwahrheit wissentlich gesagt habe, Alles das wirft ihm Grottkau vor. Eine Anklage erwartete unser braver Genosse — doch anstatt derselben erhielt er eine Antwort. Und was für eine! Eine nichtssagendere Erwiderung haben wir noch nicht gelesen. Die eigentlichen Vorwürfe von Grottkau werden in derselben kaum erwähnt. Auch eines Hasselmann'schen Briefes an Gehlsen ist Erwähnung gethan. Grottkau erklärte, daß Tessendorf in Bezug auf den Brief privatim geäußert habe, der Brief enthalte nur wenige Zeilen und beschränke sich auf eine Zurückweisung einer Einladung Hasselmann's von Seiten des Herrn Gehlsen. In seiner Erwiderung erklärt Tessendorff dies für eine Unwahrheit. Nun aber bezeugen außer Grottkau die Genossen Rackow und Heinsch, daß Tessendorf nach dem Termin wörtlich zu ihnen gesagt habe: „Es ist nur ein Brief von Hasselmann gefunden worden, in welchem er auf eine Einladung Gehlsen's ablehnend antwortet und angebotene Manuskripte zurückweist." In dem Termine hatte Tessendorff bekanntlich durch Erwähnung des Hasselmann'schen Briefes an Gehlsen der Sozialdemokratie einen Hieb versetzen wollen. — Ob Tessendorff den Verdacht, daß er die Unwahrheit gesagt habe, wohl auf sich sitzen läßt?

— „Böhmisches". Am 17. April hat die Stadtverwaltung in Reichenberg (Böhmen) 20,000 Gulden für Straßenbauten bewilligt, um den Arbeitslosen Arbeit zu schaffen. Den Magistraten und Stadtverordneten in Deutschland sind derartige Handlungen natürlich „böhmische Dörfer".

— Das schweizerische Fabrikgesetz, auf welches wir schon öfter hinzuweisen Gelegenheit hatten, liegt jetzt in dem Wortlaute vor, wie es aus den Berathungen der Bundesversammlung hervorgegangen ist. Das Gesetz zerfällt in 5 Abtheilungen (1. Allgemeine Bestimmungen, 2. Beschäftigung von minderjährigen Arbeitern in den Fabriken, 4. Vollziehungs- und Strafbestimmungen. 5. Schlußbestimmungen) und ist dazu angethan, den Fabrikarbeiter vor der schrankenlosen Ausbeutung und vor sonstigen Fährnissen, welche die nicht unter Staatscontrole stehende Fabrikarbeit für den Arbeiter gewöhnlich im Gefolge hat, zu schützen. Nur einige und zwar die wichtigsten Bestimmungen aus diesem Gesetz seien hier angeführt:

Allgemeine Bestimmungen: Art. 1. Als Fabrik, auf welche gegenwärtiges Gesetz Anwendung findet, ist jede industrielle Anstalt zu betrachten, in welcher gleichzeitig und regelmäßig eine Mehrzahl von Arbeitern außerhalb ihrer Wohnungen in geschlossenen Räumen beschäftigt wird. Wenn Zweifel waltet, ob eine industrielle Anstalt als Fabrik zu betrachten sei, so steht darüber nach Einholung eines Berichtes der Kantonsregierung der endgültige Entscheid dem Bundesrath zu. Art. 2. In jeder Fabrik sind die Arbeitsräume, Maschinen und Werkgeräthschaften so herzustellen, daß dadurch Gesundheit und Leben der Arbeiter bestmöglich gesichert werden. Es ist namentlich dafür zu sorgen, daß die Arbeitsränme während der ganzen Arbeitszeit gut beleuchtet, die Luft von Staub möglichst befreit und die Luftveränderung immer eine der Zahl der Arbeiter und der Beleuchtungsapparate sowie der Entwicklung schädlicher Stoffe entsprechende sei. Diejenigen Maschinentheile und Triebriemen, welche eine Gefährdung der Arbeiter bilden, sind sorgfältig einzufriedigen. Zum Schutze der Gesundheit und zur Sicherheit gegen Verletzungen sollen überhaupt alle erfahrungsgemäß und durch den jeweiligen Stand der Technik sowie durch die gegebenen Verhältnisse ermöglichten Schutzmittel angewendet werden.

Art. 4. Der Fabrikbesitzer ist verpflichtet, von jeder durch den Betrieb seiner Fabrik vorgekommenen erheblichen Körperverletzung oder Tödtung sofort der competenten Lokalbehörde Anzeige zu machen. Diese hat über die Ursachen und Folgen des Unfalles eine amtliche Untersuchung einzuleiten und der Kantonsregierung davon Kenntniß zu geben.

Art. 5. Ueber die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb wird ein Bundesgesetz das Erforderliche verfügen. In der Zwischenzeit gelten für den urtheilenden Richter nachfolgende Grundsätze: a. Der Fabrikant haftet für den entstandenen Schaden, wenn ein Mandatar, Repräsentant, Leiter oder Aufseher der Fabrik durch ein Verschulden in Ausübung der Dienstverrichtung Verletzung oder Tod eines Angestellten oder Arbeiters herbeiführt. b. Der Fabrikant haftet gleichfalls, wenn, auch ohne ein solches spezielles Verschulden, durch den Betrieb der Fabrik Körperverletzung oder Tod eines Arbeiters oder Angestellten herbeigeführt wird, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verletzten oder Getödteten erfolgt ist. Fällt dem Verletzten oder Getödteten eine Mitschuld zur Last, so wird dadurch die Ersatzpflicht des Fabrikanten angemessen reduzirt.

Fabrikordnungen haben nur dann Gültigkeit, wenn sie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart und von den betr. Kantonsregierungen genehmigt sind.

§ 11 setzt die Arbeitszeit auf 11 Stunden fest.

Nach § 13 ist die Nachtarbeit nur ausnahmsweise und auch nur mit Zustimmung der Arbeiter gestattet.

Beschäftigung von Frauen in Fabriken. Art. 14. Frauenspersonen sollen unter keinen Umständen zur Sonntags- oder Nachtarbeit verwendet werden. Wenn dieselben ein Hauswesen zu besorgen haben, so sind sie eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens 1½ Stunden beträgt. Vor und nach ihrer Niederkunft dürfen Wöchnerinnen im Ganzen während acht Wochen nicht in der Fabrik beschäftigt werden. Ihr Wiedereintritt in dieselbe ist an den Ausweis geknüpft, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens sechs Wochen verflossen sind. Der Bundesrath wird diejenigen Fabrikationszweige bezeichnen, in welchen schwangere Frauen überhaupt nicht arbeiten dürfen.

Beschäftigung von minderjährigen Arbeitern in den Fabriken. Art. 15. Kinder, welche das vierzehnte Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, dürfen nicht zur Arbeit in Fabriken verwendet werden. Der Bundesrath ist ermächtigt, diejenigen Fabrikationszweige zu bezeichnen, in welchen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. Ein Fabrikbesitzer kann sich nicht mit Unkenntniß des Alters oder der Schulpflichtigkeit seiner minderjährigen Arbeiter entschuldigen.

Vollziehungs- und Strafbestimmungen. Art. 18. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder gegen die schriftlich zu ertheilenden Anweisungen der zuständigen Aufsichtsbehörden sind, abgesehen von den civilrechtlichen Folgen, mit Bußen von 5 bis 500 Fr. durch die Gerichte zu belegen. Im Wiederholungsfall darf das Gericht außer angemessener Geldbuße auf Gefängniß bis auf 3 Monate verhängen.

— Zur Neuwahl in Berlin. Die Wähler, welche seit dem 10. Januar im sechsten Wahlkreise ihre Wohnung gewechselt haben oder die aus dem Wahlkreise verzogen sind, wählen in ihrem alten Bezirke, weil neue Listen nicht angefertigt werden.

— Wegen Betheiligung an verbotenen Vereinen wurden in Schwerin am 19. d. Mts. 7 Zimmerleute, 5 Tischler und 4 Maurer zu insgesammt 560 Mark Geldbuße verurtheilt. Die verbotenen Vereine sind eine Anzahl Gewerkschaften, denen die Schweriner Behörden, trotz lebhaftester Protestationen seitens der Gewerkschaften, hartnäckig auf den Kopf zu sagen, daß sie politischen Tendenzen huldigen.

---

n Berlin, 19. April.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung steht zunächst eine lange Liste von Berichten der Wahlprüfungscommission (nicht weniger als 11), die theilweise zu Diskussionen Anlaß geben. Bedeutende „Unregelmäßigkeiten" (widerrechtliche Beeinflussungen, Formverletzungen, Vergewaltigungen) wurden nachgewiesen, allein nur in einem einzigen Falle konnte die Majorität sich zur Beanstandnng der Wahl (im 10. badischen Wahlkreise, wo der nationalliberale Eisenlohr gegen einen conservativen Pietisten gewählt wurde) entschließen. Man darf es mit der Reinheit und Unabhängigkeit der Wahlen nicht allzugenau nehmen, denn sonst würde es, bei der jetzigen laxen Handhabung des Wahlgesetzes und des Wahlreglements, sehr wenige Wahlen geben, die nicht kassirt werden müßten. In weniger als zwei Stunden waren sämmtliche Berichte erledigt und der 2. Punkt der Tagesordnung: „Bericht der 1. Abtheilung über die bei Prüfung der Wahlverhandlungen wahrgenommenen Verstöße gegen das Wahlreglement", führte nicht einmal zu einer Diskussion. Die Sozialdemokraten, welche die ganze Angelegenheit bei Verhandlung ihres, heut eingereichten Antrags zum Schutze der Wahlfreiheit, ausführlich zur Sprache bringen werden, hatten keine Veranlassung, sich mit den im Bericht hervorgehobenen untergeordneten „Unregelmäßigkeiten" zu befassen.

Nach rascher Erledigung zweier Berichte der Petitionskommission kam der Antrag des Dänen Kryger zur Verhandlung. Derselbe lautet: „Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler aufzufordern und zu beauftragen, sofort Vorkehrungen dahin zu treffen, daß das durch den § 5 des Prager Friedens den nördlichen Distrikten Schleswigs gewährte Recht der freien Abstimmung über die staatsrechtliche Angehörigkeit derselben baldigst verwirklicht werde." Kryger begründete seinen Antrag in längerer Rede. Zu widerlegen war er nicht: der Prager Vertrag besteht, und der Antrag verlangt nichts als die Ausführung des Vertrags." Da blieb denn nichts anderes übrig, als den Sachverhalt zu verdunkeln und sich auf das persönliche Gebiet zu flüchten. Das that der nationalliberale Wachs mit ebenso viel Ungeschick als Behagen; er drohte dem Antragsteller verblümt mit Hinausweisen aus dem Reichstag, erklärte, im Landtag die Streichung des § 5 beantragen zu wollen und biß überhaupt die Mordspatrioten nach Herzenslust heraus. Windthorst rügte dies, „mit den Regeln des Anstandes nicht ganz übereinstimmende" Benehmen und entwickelte kurz die Geschichte des § 5 des Prager Friedensvertrags. Was Kryger verlange, sei vollkommen berechtigt. Er (Windthorst) stimme nur deshalb nicht für den Antrag, weil er die „gegenwärtig sehr delikate politische Lage" nicht zu übersehen im Stande sei.

Ein englisches Programm.

Voriges Jahr erschien in England unter dem Titel: „Social Architecture, or Reasons and Means for the Demolition and Reconstruction of the Social Edifice, by an Exile from France"*) ein Buch, das, wenn ihm auch der Vorwurf, daß es mitunter utopostisch wird, selbst von unserer Seite nicht ganz erspart werden kann, doch, trotz seines zugestandenermaßen mehr compilatorischen (versöhnlichen) Charakters, vieles Vortreffliche enthält und besonders dadurch werthvoll ist, daß seine Darlegungen über die Mängel der heutigen gesellschaftlichen Zustände durch ausführliches, oft mühsam erworbenes, statistisches Material belegt sind. Indem wir uns vorbehalten, auf dieses Buch selbst eingehend und kritisch zurückzukommen, wollen wir heute hier eine Uebersetzung des im Anhange mitgetheilten Programms geben, das die Mittel und Wege angiebt, wie — zunächst in England — die sozialistischen Reformen nach und nach auf friedlichem und gesetzlichem Wege durchgeführt werden können**). In Hinsicht auf die spätere Besprechung des ganzen Werks enthalten wir uns dabei jeder kritischen Bemerkung.

Das demokratische Zukunftsprogramm
oder
Grundzüge der fortschreitenden Reformen in Regierung, Sozial-Oekonomie, Arbeits-Einrichtungen, Erziehung, Gesetz, Polizei, Militär, Armen-Unterstützung ꝛc.

(Zuerst veröffentlicht 1870.)***)

Reformen in der Regierung und Gesetzgebung.

Erste Stufe des Fortschritts. Forderungen der Gegenwart.

Reform des Hauses der Gemeinen.

1. Die Mitglieder des Parlaments werden durch allgemeines Stimmrecht gewählt.

2. Die Abstimmung für die Parlaments-Vertretung wird geschützt durch die Ballotage.

3. Das Parlament wird alle zwei Jahre durch Neuwahl erneuert.

4. Alle Wahlkreise enthalten eine gleiche Anzahl Stimmender.

5. Ein Parlamentsmitglied, das seine Wähler nicht befriedigt, ist gezwungen zu verzichten, wenn seine Vollmachtgeber es mit Eindrittels-Majorität beschließen.

6. Das Parlament ist permanent, indem es einen Ausschuß ernennt, der während der Ferien tagt.

7. Die Minoritäten erhalten Vertretung im Parlament, wenn ihre Stimmen zwei Drittel der vom siegreichen Candidaten in ein- und derselben Wahl erhaltenen Stimmen betragen.

8. Die Vertreter der Minoritäten können an den Abstimmungen im Parlament nicht theilnehmen, wohl aber an den Debatten.

9. Oeffentlicher Empfang von Deputationen an den Schranken des Hauses wird allen Parteien gewährt, wenn jene mehr als 100 Personen zählen und durch drei Mitglieder des Parlaments eingeführt sind.

10. Ehrenmitglieder*) des Parlaments werden durch Zweidrittels-Majorität des Hauses selbst gewählt.

11. Die Zahl der Ehrenmitglieder darf nicht mehr betragen als ein Zehntel der Totalzahl der vom Volke gewählten Vertreter.

12. Ehrenmitglieder können auch von anderer als britischer Nationalität sein.

13. Ehrenmitglieder genießen nur das Recht der Correspondenz und Debatte.

14. Die Mitglieder erhalten eine angemessene Bezahlung, die jedoch sich richtet nach der Anzahl der Sitzungen, denen sie beigewohnt haben, und der auf Parlamentsgeschäfte verwandten Zeit.

15. Die Gesammtzahl der durch das Volk gewählten Abgeordneten beträgt 1000.

16. Die gegenwärtige Gewalt der Exekutive wird beschränkt und allmählich auf das Parlament übertragen.

17. Die verschiedenen Ministerial-Abtheilungen der Regierung werden durch permanente Parlaments-Ausschüsse controlirt.

18. Kein Minister darf eine Maßregel vorschlagen, die nicht vorher durch den betreffenden Parlaments-Ausschuß gebilligt wurde.

19. Die gegenwärtige politische Abhängigkeit*) zwischen den Mitgliedern des Kabinets und ihr gemeinsames Handeln unter der Führerschaft eines Premier wird aufgehoben und alle Minister werden vom Parlament ernannt und entlassen.

Abschaffung des Hauses der Lords und Errichtung eines britischen Senats.

1. Die erbliche gesetzgebende Gewalt wird unterdrückt durch Ausschluß aller Derer, die bisher im Oberhause kraft ihrer Adelstitel saßen.

2. Die Gesammtzahl der Senatoren darf die Hälfte der Mitglieder des Unterhauses nicht überschreiten.

3. Im Senat zu sitzen sind berechtigt: a. die Richter, nach 10jähriger Amtsdauer; b. die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten, wenn sie der Nation 10 Jahre gedient haben, ohne ein einziges Mal von ihren Wählern abgerufen worden zu sein.

4. Die fehlenden Senatoren werden durch Volkswahlen ergänzt, welche unter Theilnahme aller Wähler in zehnjährigen Perioden stattfinden. Aus diesen Ernennungen, welche immer die Zahl der erforderlichen Senatoren überschreiten werden, trifft das Parlament eine endgiltige Auswahl.

5. Der Senat ist dem Hause der Abgeordneten untergeordnet.

6. Der Senat hat keine absolute Macht, ein Gesetz, welches das Abgeordnetenhaus passirt hat, zurückzuweisen.

7. Jede Bill, die das Abgeordnetenhaus passirte und nachher vom Senat verändert oder nicht genehmigt worden ist, wird dem Unterhaus zur Berücksichtigung zugesandt; wird sie aber dem Senat zum zweiten Mal zugestellt, so kann derselbe durch zwei Drittel Majorität ihre Verwerfung der direkten Abstimmung durch das Volk unterbreiten.

8. Alle Maßregeln, die vom Senat in Initiative beschlossen oder angenommen worden sind, unterliegen der Berathung im Unterhause. Das letztere entscheidet entgiltig über deren Annahme oder Verwerfung.

9. Der Senat bildet ein Obertribunal in allen Civil- und Criminalprozessen.

10. Ein Senator ist jedem Ministerial-Ausschuß beizuordnen.

11. Die Senatoren erhalten Bezahlung und müssen bei der Uebernahme ihres Amtes 40 Jahre alt sein.

---

*) Soziale Architektur oder Gründe und Wege für die Zerstörung und Wiederaufrichtung des sozialen Gebäudes, von einem aus Frankreich Verbannten.

**) Wir haben absichtlich die Uebersetzung so wörtlich wie möglich gemacht und sind daher nicht verantwortlich für die unvermeidlichen Härten, abgesehen von dem nicht sehr glänzenden, öfters auch nicht ganz klaren Styl des Verfassers.

***) Es ist uns nicht bekannt, wo dies geschah.

*) Lafayette, Vater und Sohn, waren beide Ehrenmitglieder des amerikanischen Congresses.

*) „Liability"; der Ausdruck ist schwer wiederzugeben; er bezeichnet, daß die einzelnen Minister in ihrer politischen Meinung von einander abhängig sind, eine solidarische Politik vertreten.

Man solle aber derartige Fragen möglichst schnell aus der Welt bringen, da sie mitunter zu sehr ungelegener Zeit auftauchen könnten. Die Drohung, eine Bestimmung des Prager Vertrags durch preußischen Landtagsbeschluß aufheben zu wollen, sei eine Lächerlichkeit, da der preußische Landtag mit völkerrechtlich bestehenden internationalen Staatsverträgen absolut nichts zu thun habe.

Herr Hänel, der fortschrittliche Syrupsredner, sah sich zu dem Versuch gedrungen, den nationalliberalen Wachs an Mordspatriotismus zu übertreffen. Er verstieg sich zu der klassischen Aeußerung, daß Punkt 5 des Prager Vertrags deshalb thatsächlich aufgehoben sei, weil die darin vorgesehene Abstimmung wegen der Unmöglichkeit der Abgrenzung des betreffenden Gebiets nicht vorgenommen werden könne. Nach einigen scharfen Bemerkungen des Centrumsmanns Schröder (Lippstadt), der für den Antrag stimmen zu wollen erklärte, trat der Staatssekretär v. Bülow im Namen des Reichskanzlers auf und machte einige Bemerkungen, welche in jedem seiner Zuhörer, die verbohrtesten Nationalliberalen nicht ausgenommen, das Gefühl des Staunens ob solch beispielloser — „Genialität" erweckten. O si tacuisses! Hättst du geschwiegen still! tönte es aus manchem Mund, der sonst für alles vom Ministertisch Kommende nur ein Bravo! hat. Was Herr v. Bülow eigentlich gewollt hat, habe ich nicht zu ergründen vermocht, und auch keiner der Reichsboten, an den ich mich gewandt, hat es mir sagen können. Die jedenfalls nicht beabsichtigte Wirkung war, daß Kryger, der bereits auf sein Schlußwort als Antragsteller verzichtet hatte, dem Herrn Staatssekretär nun eine ziemlich empfindliche Lektion im Staats- und Völkerrecht ertheilte. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Elsässer und Polen und Schröder-Lippstadt.

Das Vogelschutzgesetz, welches den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete, wurde vom Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, der dasselbe eingebracht, zurückgezogen, und der Abgeordnete Becker mit der pfeifenden Fistelstimme war gerade im Begriff, auf die Rednertribüne zu hüpfen, als Herr Generalpostmeister Stephan das Wort verlangte und erhielt, um dem Hause mitzutheilen, daß der Uebelthäter in der Ledochowski-Kantecki-Affaire endlich erwischt worden sei, ohne daß Kantecki ihn denunzirt habe (Bravo für Kantecki, das der verdutzte Herr Stephan für sich in Anspruch nahm), und daß Letzterer seit gestern Abend sich in Freiheit befinde. Das Auftreten des Herrn Generalpostmeisters war dem Hause so wenig sympathisch, daß er wiederholt durch „Heiterkeit" und Murren unterbrochen wurde. Merkwürdigerweise schien er das — Eigenthümliche seiner Stellung gar nicht zu fühlen. Seine zum Schluß ausgesprochene Hoffnung, daß der Kantecki-Fall nun erledigt sei und das Haus nicht weiter beschäftigen werde, rief schallendes Gelächter hervor und der Reichstag trat sofort, als gäbe es keinen Generalpostmeister Stephan, in die Berathung des von den Nationalliberalen eingebrachten „Nothgesetzes" zur Verhütung von Zeugnißzwangs-Einsperrungen à la Kantecki. Herr Becker konnte nun seine Rede herunterzwitschern und es entspann sich eine längere Debatte, die um halb 5 Uhr durch einen Vertagungsantrag durchschnitten wurde. Die „unangenehme Viertelstunde" des Rabelais, die Herr Windthorst dem Generalpostmeister zugedacht hat, ist also auf 24 Stunden „in's Salz gelegt" — Herr Stephan wird dabei nichts profitiren.

Der wunderbare Zufall, daß unmittelbar vor Verhandlung der auf die Kantecki-Affaire bezüglichen Anträge der geheimnißvolle Urheber des ganzen Skandals entdeckt und so dem Herrn Generalpostmeister ein Ausweg aus der Sackgasse eröffnet wird, hat unter den Reichstagsabgeordneten zu mancherlei Vermuthungen Anlaß gegeben; und nicht klein ist die Zahl Derjenigen, welche da glauben, der Zufall sei etwas zu klug.

Die heutige „Nationalzeitung" bringt einen echt Dernburg'schen Schimpfartikel gegen die Sozialdemokraten im Reichstag. U. A. wird von Bracke behauptet, er habe gestern durch seine Rede und seine Geberden den Reichstag insultirt, und sich förmlich angestrengt, das Höchste in Roheit zu leisten. Wer Bracke kennt, muß über den Vorwurf lachen. Die Wahrheit ist: Bracke sprach gestern mit größter Mäßigung und in durchaus parlamentarischen Ausdrücken, aber — neben Herrn Dernburg sitzt Herr v. Unruh! Die Bordellphantasie dieses ehrenwerthen Herren hat ihm in Bezug auf die Person Bracke's denselben Streich gespielt, wie in Bezug auf das Wesen des Sozialismus, und Herr Dernburg ist für derartige Ausgeburten einer ungesunden und unreinen Einbildungskraft sehr empfänglich.

Noch Eins: Heut wurde ein Schlußantrag Valentin's abgelehnt. Ein Ereigniß das! Unser Antrag hat gewirkt, und außer auf nationalliberaler Seite fängt man im Reichstag an, sich der Praktiken des Herrn Valentin und seiner Helfershelfer und Anstifter zu schämen. Die Berliner „Volkszeitung" druckt heute unsere neulichen Bemerkungen über dieses Treiben zustimmend ab — was freilich wohl nicht geschehen wäre, wenn nicht ein fortschrittlicher Abgeordneter, Herr Wolter aus Dresden, das Pech gehabt hätte, in der Gewerbeordnungsdebatte valentinirt zu werden, was denselben, da er eine weltgeschichtliche Rede für das Kleinhandwerk in der Tasche hatte, nicht wenig in Harnisch brachte und zu einigen sehr heftigen Glossen veranlaßte. So lange blos Sozialdemokraten betroffen wurden, schwieg die biedere „Volkszeitung" hartnäckig, jetzt, da es ihrer eigenen Partei an den Kragen geht, fängt sie an, das früher stillschweigend Gutgeheißene ungerecht zu finden.

20. April.

Die Debatte über das Lasker'sche Nothgesetz wird fortgesetzt. Demnächst ergreift das Wort der Vater des parlamentarischen Würmleins. Durch die wunderbare Entdeckung des Amtsgeheimnißbrechers sei die Sache nicht erledigt, man müsse dafür sorgen, daß ein künftiger Kantecki nicht auf unbestimmte Zeit, sondern blos 6 Monate für das Verbrechen, kein Schuft zu sein, eingesperrt werden könne. Der Pole Komerowski und der Centrumsmann Reichensperger erklärten sich mit den Ausführungen Lasker's einverstanden, und das Haus beschloß dann, den Entwurf nicht in eine Commission zu begraben und demnächst zur zweiten Lesung auf die Tagesordnung zu setzen.

Einige Elsaß betreffende Gesetzentwürfe untergeordneter Art wurden hierauf rasch erledigt. Die nun folgende Berathung des „Freundschaftsvertrags" mit den Tonga-Inseln („beliebigen Heidenländern") führte zu einer hitzigen Kulturkampfbalgerei zwischen dem Centrumsmann Fürst Radziwill und dem ehemaligen Auswanderungsagenten Kapp. Hier katholische, dort protestantische Seelenverkäufer. Möge der Himmel die armen Tonga-Insulaner vor Beiden behüten! — Den Rest der Sitzung füllen Budgetposten für öffentliche Bauten aus: zunächst das Hotel Radziwill, das der Reichskanzler bewohnen soll und für dessen Umbau weitere 525,000 Mark gefordert werden, obgleich schon über 6 Millionen — schreibe sechs Millionen Mark hineingesteckt wurden. Seitens des Centrums liegt der Antrag vor, blos 302,000 Mark zu bewilligen, aber das Haus votirt mit großer Majorität die geforderte Summe.

Ein paar mal hunderttausend Mark mehr oder weniger, was will es besagen? Die Deutschen sind reich genug, ihren Ruhm und ihren Reichskanzler zu bezahlen. Und wer es nicht ist, je nun, der mag am Hungertyphus sterben. — Die Forderung größerer Summen für Post- und Telegraphengebäude wurde von unserem Genossen Demmler scharf kritisirt, die vorgelegten Baupläne seien mangelhaft und unvollständig, die Kosten zu hoch veranschlagt, bei mehreren der Gebäude habe eine genaue Untersuchung des Bodens nicht stattgefunden u. s. w. Er stellt demgemäß den Antrag, die betreffenden Baupläne einer nochmaligen Revision zu unterwerfen. Der Antrag wird aber abgelehnt. Wir haben ja so heidenmäßig viel Geld. Die Sitzung, welche um 12 Uhr begonnen hat, wird um ½5 Uhr geschlossen. Tagesordnung der morgigen Sitzung (11 Uhr Vormittags): die Zollgesetze. Bei dieser Gelegenheit wird Bracke unsere Stellung zur Schutzzoll- und Freihandelsfrage präzisiren — volente deo, d. h. wenn der Reichstagsjupiter und sein Valentin es erlauben.

In die Gewerbeordnungs-Commission ist Fritzsche gewählt worden und zwar auf Vorschlag des Centrums. Da die aus 21 Mitgliedern bestehende Commission 10 Nationalliberale und Fortschrittler, und 10 Centrumsleute, Deutschconservative und Mitglieder der Reichspartei enthält, so giebt Fritzsche in der Commission den Ausschlag. Bei der Wahl des Präsidiums erhielten der Conservative von Helldorf und der Centrumsmann Graf Galen je 11 Stimmen, siegten also über die „liberalen" Gegencandidaten, worüber groß Heulen und Zähneklappern im Lager der Liberalen. Das ist die erste empfindliche Schlappe, welche die Herren auf diesem Gebiet erlitten haben — die letzte wird's nicht sein.

Auer's Wahl, das vergaß ich bisher zu erwähnen, ist vor einigen Tagen ohne Widerspruch für gültig erklärt worden. Die „Unregelmäßigkeiten", welche, wie bei jeder Wahl, vorgekommen sind, waren durchaus geringfügiger Natur und ohne Einfluß auf das Gesammtresultat.

Innere Parteiangelegenheiten.

Als Agenten des Vorstands wurden ernannt: Limbach b. Ch.: G. Baumgärtel; Pforzheim: Albert Ficker, L. Becker; Elenstadt: Neuser; Eningen: Joh. Bauer.

Hamburg, den 23. April 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: C. Derossi. J. Auer.

Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

Altona. Die Wahlprüfungscommission des Reichstags hat sich am 20. April mit der hiesigen Wahl beschäftigt. Wir wollen sehen, ob den Protesten, welche beweisen, daß in der vom Magistrat ausgelegten Wählerliste nachträglich fast 100 Namen gestrichen sind, Rechnung getragen wird. Vorläufig hat die Commission beschlossen, den Magistrat von Altona aufzufordern, die Wählerlisten der Commission einzusenden.

Iserlohn, 6. April. Am 2. ds. Mts. tagte hierselbst eine Versammlung von Landwirthen, zu der sich ungefähr 300 Personen aus allen Theilen der Kreise Iserlohn, Arnsberg und Altena eingefunden hatten. In das Bureau wurden gewählt: Tölcke, Vorsitzender, Malter, Stellvertreter, A. Schöneis, Schriftführer. Zweck der Versammlung war, gegen den überhandnehmenden Wildschaden zweckentsprechende Schritte seitens der Landwirthe anzuregen. Der Vorsitzende Tölcke verbreitete sich in ausführlicher und überzeugender Weise über die feudalreaktionäre Tendenz der in Preußen bestehenden Jagdgesetze und wies auf die Nachtheile hin, welche das von den Jagdbesitzern absichtlich beförderte massenhafte Anwachsen des Hoch- und Schwarzwildes für die gesammte Land- und Forstwirthschaft, mittelbar also auch für das Volkswohl im Allgemeinen, zur Folge hat.

Während einer kurzen Pause wurden 51 Landwirthe des Kreises Iserlohn namhaft gemacht, welchen im Jahre 1876 durch das Hoch- und Schwarzwild allein an ihren Feldfrüchten ein Schaden von fast 3000 Thlrn. zugefügt worden ist; bei einem einzigen Landwirthe im Amte Menden betrug der Schaden alljährlich mindestens 200 Thlr., bei einem Landwirthe im Amte Limburg im Jahre 1876 mehr als 300 Thlr. — Es wurde festgestellt, daß sich der durch das Wild in den Forsten und an Feldfrüchten im Kreise Iserlohn allein angerichtete Schaden jährlich auf mindestens 10,000 Thlr. beläuft.

Es war dem Vorsitzenden C. W. Tölcke ein Leichtes, die Versammlung zu überzeugen, daß solche Zustände nothwendig zum Ruin der Land- und Forstwirthschaft führen müssen und die allgemeinen Volks-Interessen schädigen, sowie, daß dieselben ein grelles Licht auf die heuchlerische Phrase von der „Heiligkeit des Eigenthums" werfen.

Nachstehende Resolution wurde vorgelesen und von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die heute in der Stadt Iserlohn versammelten Landwirthe aus den Amtsbezirken Hemer, Menden, Ergste und Limburg, Kreises Iserlohn, aus dem Amtsbezirke Balve, Kreises Arnsberg, aus den Amtsbezirken Altena und Neuenrade, Kreises Altena, haben in Betreff des in den Gebirgsgegenden Westfalens durch das Roth-, Damm- und Schwarzwild angerichteten Schadens einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

I. Die Versammlung erklärt sich mit den in der Einladung zu derselben vom 14. März d. J. entwickelten Ansichten des Volksanwalts C. W. Tölcke zu Iserlohn durchaus einverstanden.

Die Versammlung erklärt demgemäß

II. daß die nothwendige radikale Beseitigung des Uebelstandes nur durch die Aufhebung des preuß. Jagd-Polizei-Gesetzes vom 31. Oktober 1850 und durch die Wiederherstellung des Gesetzes vom 31. Oktober 1848 über die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grund und Boden und über die Ausübung der Jagd herbeigeführt werden kann.

Die Versammlung erklärt

III. daß die Staatsregierung nach den bestehenden Landesgesetzen ebenso verpflichtet als berechtigt ist, bis zur Erneuerung des Gesetzes vom 31. Oktober 1848 die zur Verminderung des Nothstandes geeigneten Mittel in Anwendung zu bringen.

Als solche Mittel bezeichnet die Versammlung folgende:

1. Sämmtliche von den Gemeinde-Vorstehern ohne Zustimmung der auf die Kantecki-Affaire bezüglichen Anträge der geheimnißvolle Urheber des ganzen Skandals entdeckt und so dem Herrn Generalpostmeister ein Ausweg aus der Sackgasse eröffnet wird, hat unter den Reichstagsabgeordneten zu mancherlei Vermuthungen Anlaß gegeben; und nicht klein ist die Zahl Derjenigen, welche da glauben, der Zufall sei etwas zu klug.

Die heutige „Nationalzeitung" bringt einen echt Dernburg'schen Schimpfartikel gegen die Sozialdemokraten im Reichstag. U. A. wird von Bracke behauptet, er habe gestern durch seine Rede und seine Geberden den Reichstag insultirt, und sich förmlich angestrengt, das Höchste in Roheit zu leisten. Wer Bracke kennt, muß über den Vorwurf lachen. Die Wahrheit ist: Bracke sprach gestern mit größter Mäßigung und in durchaus parlamentarischen Ausdrücken, aber — neben Herrn Dernburg sitzt Herr v. Unruh! Die Bordellphantasie dieses ehrenwerthen Herren hat ihm in Bezug auf die Person Bracke's denselben Streich gespielt, wie in Bezug auf das Wesen des Sozialismus, und Herr Dernburg ist für derartige Ausgeburten einer ungesunden und unreinen Einbildungskraft sehr empfänglich.

Noch Eins: Heut wurde ein Schlußantrag Valentin's abgelehnt. Ein Ereigniß das! Unser Antrag hat gewirkt, und außer auf nationalliberaler Seite fängt man im Reichstag an, sich der Praktiken des Herrn Valentin und seiner Helfershelfer und Anstifter zu schämen. Die Berliner „Volkszeitung" druckt heute unsere neulichen Bemerkungen über dieses Treiben zustimmend ab — was freilich wohl nicht geschehen wäre, wenn nicht ein fortschrittlicher Abgeordneter, Herr Wolter aus Dresden, das Pech gehabt hätte, in der Gewerbeordnungsdebatte valentinirt zu werden, was denselben, da er eine weltgeschichtliche Rede für das Kleinhandwerk in der Tasche hatte, nicht wenig in Harnisch brachte und zu einigen sehr heftigen Glossen veranlaßte. So lange blos Sozialdemokraten betroffen wurden, schwieg die biedere „Volkszeitung" hartnäckig, jetzt, da es ihrer eigenen Partei an den Kragen geht, fängt sie an, das früher stillschweigend Gutgeheißene ungerecht zu finden.

20. April.

Die Debatte über das Lasker'sche Nothgesetz wird fortgesetzt. Demnächst ergreift das Wort der Vater des parlamentarischen Würmleins. Durch die wunderbare Entdeckung des Amtsgeheimnißbrechers sei die Sache nicht erledigt, man müsse dafür sorgen, daß ein künftiger Kantecki nicht auf unbestimmte Zeit, sondern blos 6 Monate für das Verbrechen, kein Schuft zu sein, eingesperrt werden könne. Der Pole Komerowski und der Centrumsmann Reichensperger erklärten sich mit den Ausführungen Lasker's einverstanden, und das Haus beschloß dann, den Entwurf nicht in eine Commission zu begraben und demnächst zur zweiten Lesung auf die Tagesordnung zu setzen.

Einige Elsaß betreffende Gesetzentwürfe untergeordneter Art wurden hierauf rasch erledigt. Die nun folgende Berathung des „Freundschaftsvertrags" mit den Tonga-Inseln („beliebigen Heidenländern") führte zu einer hitzigen Kulturkampfbalgerei zwischen dem Centrumsmann Fürst Radziwill und dem ehemaligen Auswanderungsagenten Kapp. Hier katholische, dort protestantische Seelenverkäufer. Möge der Himmel die armen Tonga-Insulaner vor Beiden behüten! — Den Rest der Sitzung füllen Budgetposten für öffentliche Bauten aus: zunächst das Hotel Radziwill, das der Reichskanzler bewohnen soll und für dessen Umbau weitere 525,000 Mark gefordert werden, obgleich schon über 6 Millionen — schreibe sechs Millionen Mark hineingesteckt wurden. Seitens des Centrums liegt der Antrag vor, blos 302,000 Mark zu bewilligen, aber das Haus votirt mit großer Majorität die geforderte Summe.

Ein paar mal hunderttausend Mark mehr oder weniger, was will es besagen? Die Deutschen sind reich genug, ihren Ruhm und ihren Reichskanzler zu bezahlen. Und wer es nicht ist, je nun, der mag am Hungertyphus sterben. — Die Forderung größerer Summen für Post- und Telegraphengebäude wurde von unserem Genossen Demmler scharf kritisirt, die vorgelegten Baupläne seien mangelhaft und unvollständig, die Kosten zu hoch veranschlagt, bei mehreren der Gebäude habe eine genaue Untersuchung des Bodens nicht stattgefunden u. s. w. Er stellt demgemäß den Antrag, die betreffenden Baupläne einer nochmaligen Revision zu unterwerfen. Der Antrag wird aber abgelehnt. Wir haben ja so heidenmäßig viel Geld. Die Sitzung, welche um 12 Uhr begonnen hat, wird um ½5 Uhr geschlossen. Tagesordnung der morgigen Sitzung (11 Uhr Vormittags): die Zollgesetze. Bei dieser Gelegenheit wird Bracke unsere Stellung zur Schutzzoll- und Freihandelsfrage präzisiren — volente deo, d. h. wenn der Reichstagsjupiter und sein Valentin es erlauben.

In die Gewerbeordnungs-Commission ist Fritzsche gewählt worden und zwar auf Vorschlag des Centrums. Da die aus 21 Mitgliedern bestehende Commission 10 Nationalliberale und Fortschrittler, und 10 Centrumsleute, Deutschconservative und Mitglieder der Reichspartei enthält, so giebt Fritzsche in der Commission den Ausschlag. Bei der Wahl des Präsidiums erhielten der Conservative von Helldorf und der Centrumsmann Graf Galen je 11 Stimmen, siegten also über die „liberalen" Gegencandidaten, worüber groß Heulen und Zähneklappern im Lager der Liberalen. Das ist die erste empfindliche Schlappe, welche die Herren auf diesem Gebiet erlitten haben — die letzte wird's nicht sein.

Auer's Wahl, das vergaß ich bisher zu erwähnen, ist vor einigen Tagen ohne Widerspruch für gültig erklärt worden. Die „Unregelmäßigkeiten", welche, wie bei jeder Wahl, vorgekommen sind, waren durchaus geringfügiger Natur und ohne Einfluß auf das Gesammtresultat.

Zweite Stufe des Fortschritts. Spätere Formen. Anwendung des Föderativ-Prinzips.

1. Lokal-Parlamente werden in Mitten aller großen Centren der Bevölkerung und für die Vertretung verschiedener Nationalitäten ernannt.

2. Lokal-Parlamente tagen in London, Dublin, Edinburgh, Manchester, Glasgow, Liverpool 2c.

3. Delegirte derselben bilden eine centrale gesetzgebende Versammlung.

4. Die Initiative zu den Gesetzen steht allein den Lokal-Parlamenten zu.

5. Jede Maßregel, die von einem der Lokalparlamente genehmigt ist, wird in der Central-Versammlung in Erwägung gezogen, verändert, angenommen oder abgelehnt.

6. Das conföderative Prinzip wird erst auf getrennte Länder angewandt und schließlich umfaßt es ganze Continente. Es werden vereinigte Staaten so gut in Europa wie in Amerika sein.

7. Auf dieser Stufe politischen Fortschrittes wird ein Senat nicht bestehen.

8. Die Minister der Exekutive werden vom Central-Parlament ernannt.

Dritte Stufe des Fortschritts. Communistische Gestaltung. Endliche Verwirklichung der reinen Demokratie.

1. Die Repräsentativ-Regierungen hören insgesammt auf und werden ersetzt durch die direkte Gesetzgebung und Regierung durch das Volk.

2. Lokal-Parlamente für je 1000 der erwachsenen Bevölkerung werden organisirt.

3. Diese Theil-Parlamente stehen mit einander in telegraphischer Verbindung, wodurch es ermöglicht wird, die Entscheidung der ganzen Nation in denkbar kürzester Zeit zu ermitteln.

Oekonomische und finanzielle Reformen.

Erste Stufe des Fortschritts. Forderungen der Gegenwart.

1. Reduktion und schließliche Tilgung der Staatsschuld durch Verwandlung des Kapitals in jährliche Abzahlungen und Uebertragung desselben auf eine größere Zahl von Gläubigern.

2. Progressive Einkommen- und Eigenthumssteuer, zahlbar von Allen.

3. Alle Handelsgeschäfte werden registrirt, besteuert oder freigegeben.

4. Alle Vierteljahre müssen die Bücher aller Handelsleute, Kaufleute, Gesellschaften zu öffentlicher Untersuchung vorgelegt werden.

5. In Fällen, wo Kapital schwankend oder schwer nachzuweisen ist, muß um Dispensation nachgesucht werden.

6. Alle ausgeliehenen Geldsummen, welche durch jährliche Zinsen, die 3 Prozent nicht überschreiten dürfen, zweimal zurückgezahlt sind, sind amortisirt.

7. Die Amortisation wird bewirkt durch jährliche Reduktion des Kapitals im Betrage von der Hälfte der Jahreszinsen.

8. Der Zinsfuß ist um so geringer, je größer die ausgeliehene Summe ist; 3 Prozent für alle Beträge bis zu 1000 Pfund Sterling, 2½ Prozent für Summen von 1000—5000, 2 Prozent für solche über 10,000 Pfd. St.

9. Der Zinsfuß darf 3 Prozent nicht übersteigen.

10. Der Staat wird alleiniger Eigenthümer alles Eigenthums an Land, Häusern, Bergwerken, Werften, Kanälen, Fischereien, Versicherungs- und Versorgungs-Gesellschaften, Banken, Wasser- und Gaswerken, Eisenbahnen, Telegraphen 2c.

11. Alle Expropriationen werden bewirkt gegen billige Entschädigung.

12. Alles nationale Eigenthum wird verwaltet oder geleitet unter den vortheilhaftesten Einrichtungen.

Zweite Stufe des Fortschritts. Spätere Reformen.

1. Geld gegen Zinsen auszuleihen wird vollständig verboten.

2. Der Staat wird alleiniger Eigenthümer des Eigenthums, einziger Arbeitgeber, einziger Leiter der Industrie, der Fabriken und des Handels.

3. Jede Arbeit und Anstellung wird gemäß der Geschicklichkeit des Angestellten bezahlt.

Dritte Stufe des Fortschritts. Communistische Gestaltungen.

1. Die Kapitalmacht wird endgiltig vernichtet durch gänzliche Vernichtung des Geldes und des Erbens.

2. Die Nationalisirung des Eigenthums erstreckt sich auf alle Artikel der Produktion, seien sie das Resultat körperlicher Arbeit, geistiger Anstrengung oder Ausflüsse des Genies.

3. Gleiche Verpflichtung zur Arbeit wird allen Mitgliedern der Gemeinschaft aufgelegt; Faulheit wird als Verbrechen erklärt und demgemäß bestraft.

4. Alle Güter und Bequemlichkeiten werden unter Alle gleich vertheilt.

5. Physische Arbeit wird gleich vertheilt entsprechend physischer Fähigkeit; denn wenn sie anziehend ist, so wird bei dieser Vertheilung keine Schwierigkeit bestehen, und wenn sie unangenehm ist, so haben wir kein Recht, ihre Ausführung den arbeitenden Klassen allein zu überlassen, wie es im gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft der Fall ist. (Forts. f.)

— Bekannte Späße. Das „Leipziger Tageblatt", als Moniteur des Herrn Rüder, veröffentlicht folgendes Communique:

„Unter Beifügung eines Blattes der „Elberfelder Zeitung", worin die Bekanntmachung des hiesigen Polizeiamts vom 17. März d. J., das Verbot der Abhaltung einer Volksversammlung, in welcher Herr W. Liebknecht über die Pariser Commune sprechen wollte, betreffend, abgedruckt ist, ist dem Direktorium des Polizeiamts mit dem Poststempel Köln folgende Zuschrift zugegangen:

Vifath Hoch die Europesche Commune
Ach Du sauige Rüdersmann wohnteſt Dn
Doch im Wuperthal
Jeder Streich gegen Libknecht und Bebel
Erwachen Tausend Hebel
Nur fleißig zu Gereuthert
Wen der Schnurbarth zu lang wird
So wird er abgeschnitten (wohlverstanden)
Ihr Menschenschlachter und Bluthunden
Ihr werdeth bleich voz der Wahrheit
guter Apetith zum Menschen Blut
ein köstlicher Trank —
saubere Geselen.
Ihr Tessendorfer-Stibersch schühreth nur den Brand,
Wir werden zur Zeit mith Peterohlohms löschen."

Genau in demselben Stil sind Liebknecht in den letzten 10 Jahren Hunderte von Schimpf- und Drohzuschriften zugegangen, die sämmtlich, trotz der verstellten Hand und der künstlichen orthographischen Fehler, als Produkte der sogenannten „gebildeten" Gesellschaft zu ermitteln waren. Wenn Herr Rüder so gut sein will, das obige Poem seinem Nachbar Liebknecht zu zeigen, so wird ihm derselbe wahrscheinlich den Nachweis zu liefern vermögen, daß dasselbe aus Rüder'schen Gesellschaftskreisen stammt. Sozialistische Arbeiter sind solcher Roheit und Dummheit einfach unfähig. Man sieht aber, an welcher Stoffarmuth das „Tageblatt" leidet, daß es zu solchem Quark greifen muß.

— Ein gegnerisches Lob. Ein Berliner Blatt schreibt: „Die erste große Campagne, welche die Sozialdemokraten im Reichstage durchgeführt haben, hat eigentlich mit einem, wenn nicht positiven, so doch ideellen Erfolge für dieselben geendet. Während Herr Tessendorf den Sozialdemokraten „amtlich" vorwirft, daß sie eigentlich an allen Raubmorden schuld seien, die in Berlin vorkommen, scheinen ihre Führer sich als für unser parlamentarisches Leben ganz nützliche Elemente zu erweisen — wären sie auch nur der Sauerteig, der die früher etwas träge gewordene Masse in Gährung bringt und erhält."

mung der Gemeinde-Verordneten', also dem § 10 des Jagd-Polzei-Gesetzes vom 7. März 1850 und den §§ 23, 32 und 54 der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 185[illegible] entgegen abgeschlossenen Jagd-Pacht-Contrakte müssen für ungültig erklärt werden, ebenso auch diejenigen, durch welche die Jagd ohne Genehmigung des Landraths aus „freier Hand" und nicht im Wege des Meistgebots verpachtet worden ist.

Die betreffenden Gemeinden sind für berechtigt zu erklären, die Jagd anderweitig zu verpachten.

2. Die Landräthe müssen angewiesen und nöthigenfalls im Disciplinarwege angehalten werden, die Jagdpächter zur Abschießung des Wildes aufzufordern und — wenn dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wird — den Grundbesitzern zu erlauben, das Abschießen selbst zu besorgen.
3. Wenn die Staatsregierung etwa aus Rücksicht auf die Erhaltung des Wildstandes im Allgemeinen Bedenken hegen möchte, diese Erlaubniß durch die Landräthe ertheilen zu lassen, dann ist sie unzweifelhaft verpflichtet, das Wild in Gemäßheit des § 6 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung auf Kosten der Jagdpächter durch geeignete Truppentheile z. B. das 7. Jäger-Bataillon abschießen zu lassen.

IV. Die Versammlung beauftragt das von ihr gewählte Bureau, in Gemäßheit dieser Beschlüsse Petitionen an das preußische Staatsministerium und an den preußischen Landtag auszuarbeiten und abzusenden."

Schließlich sprach die Versammlung die Erwartung aus, daß sämmtliche Blätter der betreffenden Kreise den Bericht des Bureaus über die Verhandlungen und die gefaßten Beschlüsse veröffentlichen werden.

Carlsruhe, im April. Aus der badischen Metropole des Kulturkampfes haben Sie Ihren Lesern schon lange nichts mitgetheilt, woran bei Ihrem Correspondenten mehr der Ekel an hiesigen Verhältnissen als dessen Arbeitslust Schuld trägt — trotz des Stoffes in Fülle.

Carlsruhe, die Philisterstadt par excellence, bietet des Interessanten so Vieles, daß es sich der Mühe lohnt, Manches an die Oeffentlichkeit zu ziehen, wenn die hiesigen Bewohner nichts zu sehen scheinen — oder nichts sehen wollen. Zunächst greife ich auf den Kaisertag zurück. Auch wir haben einige „Thaten", aber nicht des Janhagels, sondern der zum Schutze des Publikums bestimmten löblichen Polizei zu verzeichnen.

Ein Herr R...., Vice-Feldwebel der Artillerie (der in Civil war), wurde durch die Volksmasse gelegentlich der großen Parade auf dem Marktplatz über den Polizeicordon gedrängt und trotzdem er sich nichts zu Schulden kommen ließ, arretirt — sofort aber wieder freigelassen. Herr N....., Sohn angesehener und vermögender Eltern, hat gegen die unbegründete Arretur Genugthuung resp. Bestrafung des Polizisten verlangt, ob mit Erfolg konnte ich bis dato nicht erfahren.

Außer Parade und theuren Kanonenschüssen fand Abends eine Illumination des großen Stadthauses statt — auf Gemeindekosten natürlich. Zur allgemeinen sogenannten Festfreude und der Beflaggung der Häuser 2c. bildete ein trauriger Contrast die nahe der Parade emsig arbeitenden Kanalarbeiter, welche oft bis an's Knie im Grundwasser und Schlamm stehen und täglich nur M. 2—2,50 verdienen.

Die Fama erzählt, in Carlsruhe existire ein sogenannter „Ring", von dessen Dasein beinahe jedes Gemeinwesen leider heimgesucht ist; ein Auswuchs davon scheint die Thatsache zu sein, daß ein gutbezahlter Hofopernsänger, der nebenbei noch Agentur-Geschäfte betreibt und hervorragendes Mitglied der Loge zur Treue ist, das Amt eines städtischen Einquartierung-Commissars mit 800 Gulden Gehalt versieht. Fand man für eine solche mit 800 Gulden dotirte Stelle keinen Beamten ohne sonstige einträgliche Hauptbeschäftigung — oder muß der Einquartierungs-Commissar Sänger sein, um stets das hohe Lied vom herrlichen deutschen Reich, vom glänzenden Kriegsheer 2c. mit geschulter Stimme singen zu können? Erkläre mir Graf Oirendur, diesen Zwiespalt der Natur!!!

Nun Etwas für Herrn v. Unruh. Die hiesige „Süddeutsche Lebens-, Renten- und Unfallversicherungsbank" ist vor 14 Tagen in Concurs erklärt worden, nachdem der Rechenschaftsbericht bei der vor zwei Monaten stattgehabten Generalversammlung den Geschäftsstand als blühend bezeichnet hatte. Das Defizit soll über 30,000 Mark betragen und ließ außer diesem Passivum der abgereiste Herr Doktor und Direktor Lüdtge nur die verblüfften Gesichter der betrogenen Genossenschafter zurück. (Die Anstalt war eine genossenschaftliche.) Da die Anstalt nur etwa ein Jahr bestand, die Schäden normal waren, so kann nur eine „Gesellschaftstheilung" vorgekommen sein! — Geehrter Herr v. Unruh, wer hat hier wieder einmal getheilt? Etwa die bösen Sozialisten?

Die Genossenschaften à la Schulze-Delitzsch und dessen Nachbeter werden immer beliebter, und wenn erst Herr M. Hirsch sein weiter fortgebildetes Glücklichmachungssystem an den Dummen fertig probirt hat, sind alle Sozialisten todt!

Nun noch etwas Anregendes unter so vielem Ekeln. In Hagefeld, einem Dorf bei Carlsruhe, kam zu einer Bäuerin ein Arbeiter, der brodlos, weil arbeitslos, war und klagte über Hunger; die Bäuerin, die gerade buck, ließ den Armen setzen und warten, bis das Brod fertig wäre. Inzwischen trat ein Gensdarm ein, der den Armen hatte eintreten sehen, und verhaftete ihn trotz Protestes der Frau! — Ein Stunde darauf kam eine Deputation der Gemeinde, um zu collektiren für irgend einen Zweck. Nun hätte man aber die Entrüstung der braven Frau hören sollen, mit welcher sie den Herren die Thüre wies. U. A. sagte sie: „Aus Hunger Brod betteln wird bestraft, weil es einen Armen betrifft, und Ihr bettelt mit obrigkeitlicher Genehmigung."

Bernburg, 15. April. Wie schon früher berichtet, wurden 7 Mann von hier gleich nach der Reichstagswahl mit Strafmandaten von 30 Mark beglückt, wegen Verstoßes gegen §§ 6 und 17 des Reichspreßgesetzes, weil der Verfasser auf unseren Flugschriften nicht angegeben war. Damit noch nicht genug, bedachte der Herr Kreis-Direktor von hier auch noch die Parteigenossen Flohr aus Popzig, Falke aus Gerbitz, Gerner aus Uberstedt, Heinecke aus Plötzkau, Barbi aus Illerstadt, Heidenreich aus Mehringen, Naumann und Röder aus Neundorf. Selbstredend waren wir nicht so schnell mit dem Bezahlen bei der Hand, sondern erhoben beim herzoglichen Kreisgericht hier Widerspruch. Wir 7 Mann von hier hatten deshalb am 30. Januar Termin auf dem Kreisgericht und wurde jeder zu 20 Mark und Tragung der Kosten verurtheilt, wogegen wir aber nochmals beim Oberlandesgericht zu Dessau Widerspruch erhoben haben. Flohr, Falke, Germer, Heinecke und Barbi hatten am 13. Februar Termin vor dem Kreisgericht hier und wurden kostenlos freigesprochen; nur gegen Heinecke aus Plötzkau erhob der Polizeianwalt Protest. Am 16. März standen wir und Heinecke vor dem Oberlandesgericht zu Dessau. Heinecke wurde kostenlos freigesprochen und wir nur Jeder zu 3 Mark und 1/7 der Kosten verurtheilt. Heidenreich aus Mehringen hatte am 17. März in Sandersleben Termin und wurde zu 30 Mark und Tragung der Kosten verurtheilt; er hat natürlich auch Widerspruch erhoben. Naumann und Röder aus Neundorf haben ohne Widerspruch bezahlt. Straube in Ballenstedt war noch mit mehreren anderen Strafen gesegnet: 1) wegen unerlaubten Plakateanklebens 50 M.; 2) wegen Beleidigung eines Beamten 10 M.; 3) weil in seinem Hause Flugschriften beschlagnahmt, welche für den Harzkreis bestimmt waren, und 4) wegen Verbreitung der Flugschriften in Hoym 30 M. In dem ersten Prozeß ist er in zweiter Instanz freigesprochen worden, in den anderen hat er auch Widerspruch beim Oberlandesgericht zu Dessau erhoben. Auch Schäfer aus Bernburg sollte 20 M. wegen Verbreitung von Flugschriften in Hoym bezahlen, er hat aber ebenfalls Widerspruch erhoben. Aber alle Maßregelung und Beeinflussung wird uns nicht schrecken. Deshalb rufe ich den Arbeitern, Kleinmeistern und Kleingewerbtreibenden des zweiten Anhaltischen Wahlkreises zu, sich immer mehr und fester der Sozialdemokratie anzuschließen, damit nicht nur Einzelne zu kämpfen haben. Denn ohne Kampf kein Sieg, und eine große Idee verlangt große Opfer.

Ch. Bopel.

Hamburg, 20. April. (Allgemeiner deutscher Schiffszimmererverein.) Die Schiffszimmerer im Reiherstieg an der Elbe hatten die Arbeit am Montag, den 16. April, eingestellt, da die Meister eine geforderte Lohnerhöhung nicht genehmigen wollten Donnerstag, den 19. April, wurde die Arbeit jedoch wieder aufgenommen, da die Meister eine Lohnerhöhung von 30 Pf. pro Tag bewilligten.

H. Groß.

Den Parteigenossen im 10., 11., 13. und 14. sächsischen Wahlkreise

diene zur Mittheilung, daß alle Zuschriften, die Agitation in den oben genannten Wahlkreisen betreffend, von nun an an R. Seiffert, Färberstraße 12/II, Leipzig, zu richten sind. Ferner wird dringend aufgefordert, Versammlungen erst dann einzuberufen, wenn den resp. Einberufern die Mittheilung geworden ist, daß ein Redner erscheinen wird. Die Erfahrung hat gelehrt, daß viele Versammlungen zum Nachtheil unserer Sache um deswillen resultatlos auseinandergehen mußten, weil sich die Einberufer erst nach Festsetzung von Tag und Stunde der Versammlung nach einem Redner umsahen, was dann allerdings öfter zur Folge hatte, daß kein Redner erschien, weil überhaupt kein Redner disponibel war. Nur die planmäßige Agitation verbürgt den Erfolg; und nur, um diese herzustellen, sind Agitationscomités in's Leben gerufen worden.

Das unterzeichnete Comité wird alles thun, was in seinen Kräften steht, um allen Anforderungen gerecht zu werden; an den Genossen des 10., 11., 13. und 14. Wahlkreises ist es nun aber auch, das ihrige zur Ausbreitung der sozialistischen Idee und zur Gewinnung neuer Genossen beizutragen. Und zwar müssen umsomehr alle Kräfte angespannt werden, als gerade in Sachsen sich die Gegner zu einer umfassenden Gegenagitation rüsten. Nur wenn Jeder seine Schuldigkeit thut, ist auf Erfolg zu rechnen.

Leipzig, den 21. April.

Der Vorstand
des Agitationscomités des 10., 11., 13. und 14. Wahlkreises.
R. Seiffert, Vorsitzender. H. Oehme, Sekretair.

Aufruf an die Malergehilfen Deutschlands!

Allen Collegen hiermit zur Nachricht, daß wir dieses Jahr zu Pfingsten in Leipzig einen Congreß abhalten werden. Derselbe beginnt den 1. Feiertag 3 Uhr Nachmittags im „Thüringer Hof", Burgstraße. Collegen, welche sich an demselben betheiligen wollen, haben uns spätestens bis zum 6. Mai zu benachrichtigen, resp. ihre Vertreter anzumelden, ebenso diejenigen, welche keinen Delegirten entsenden können, damit wir für Vertretung sorgen können. Alle Collegen, welche bis dahin sich nicht angemeldet, können sich trotzdem betheiligen, haben aber ihr Mandat vom Congreß bestätigen zu lassen. Ebenso möchten die Herren Delegirten uns die etwaige Zeit ihrer Ankunft mittheilen. Die Mitglieder der Empfangscommission, an blauen Schleifen erkennbar, sind auf den Bahnhöfen anwesend. Zum Schluß ersuche ich nun noch einmal dringend die Collegen allerorts, meine Briefe umgehend zu beantworten, event ihre Adressen bekannt zu geben. Letzteres gilt hauptsächlich von Dresden, Breslau, Königsberg, Kiel, Hannover, Braunschweig, Cassel, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, München. Es wird nämlich jetzt ein Congreß-Flugblatt mit näheren Details über den Zweck des Congresses u. s. w. ausgegeben, welches ich allen mir bekannten Adressen sogleich zustellen werde. Auch fordere ich die Collegen nochmals auf, recht zahlreich auf unser Fachorgan, den „Grundstein", zu abonniren. Derselbe erscheint in Hamburg und ist durch alle Postanstalten zu beziehen für nur M. 0,45 vierteljährlich incl. Bringerlohn. Also thut Eure Pflicht, Collegen! Euer Wahlspruch sei: „Auf zum Congreß nach Leipzig."

Alle Anfragen, sowie diesbezügliche Mittheilungen sind zu richten an
C. Cousin, Alexanderstr. 28/III, Leipzig.

NB. Alle Arbeiterblätter werden hiermit dringend um Nachdruck ersucht!

Noch zwei Parteiblätter haben wir in unserem letzten Verzeichniß vergessen:

Der „Märkische Volksfreund" erscheint in Berlin.

Die „Stettiner Freie Zeitung" erscheint in Stettin.

Es ist uns ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß wir diese beiden Blätter nicht erwähnt haben. Wir bemerken zunächst, daß wir die Lokalblätter vielfach unregelmäßig erhalten und daß uns die „Stettiner Freie Zeitung" wie auch die „Rothe Fahne" nicht zugeschickt werden; den „Märkischen Volksfreund" haben wir erst nach verschiedenen Reklamationen erhalten.

Wer Manuskript an die Redaktion des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" schickt und, im Fall der Nichtaufnahme, Rücksendung verlangt, muß den Portobetrag einlegen, der, wenn er nicht zur Rücksendung gebraucht, für die Partei verwandt wird.

Briefkasten

der Redaktion. C. S. Plagwitz schreibt uns: In der letzten Sitzung des hiesigen Arbeitervereins entspann sich bei Durchnahme des Parteiprogramms eine lebhafte Debatte, namentlich über den Begriff „direkte Gesetzgebung durch das Volk"; Parteigenosse K. ist der Ansicht, eine aus allgemeinen, direkten Wahlen hervorgegangene Körperschaft, deren Beschlüsse sofort Gesetzeskraft erlangen, ohne an die Zustimmung einer anderen Körperschaft oder einer einzelnen Person gebunden zu sein, bedeute die direkte Gesetzgebung im Sinne unseres Programms, Parteigenosse S. hingegen behauptet, von einer aus allgemeinen, direkten Wahlen hervorgegangenen Körperschaft werden die Gesetze entworfen und dann dem Volke zur Abstimmung ob ja oder nein vorgelegt; das sei direkte Gesetzgebung durch das Volk. Wessen Ansicht ist die richtige?

Antwort: Die Ansicht des Parteigenossen S. Das Nähere über direkte Gesetzgung findet sich in den Rittinghausen'schen Broschüren, die von unserer Expedition zu beziehen sind.

H. Br. in Gr.-Steinheim bei Hanau: Wenden Sie sich an Fritzsche, Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a. — W. R. in Halle: Ihr Gedicht ist nicht in den Papierkorb gewandert, aber es eignet sich auch nicht zur Veröffentlichung — J. in Naumburg: Ihre beiden Berichte werden im Zusammenhange veröffentlicht. — Ein Gesinnungsgenosse: Prof. Birnbaum hat während des Wahlkampfs im 17. sächsischen Wahlbezirk in öffentlicher Wählerversammlung zu Oberlungnitz sich zu einer Disputation mit Nauert, der ihm dort und an anderen Orten hart zusetzte, bereit erklärt, und wird, sobald Nauert's Gesundheitszustand es erlaubt, an sein verpfändetes Wort erinnert werden.

der Expedition. J. Oßmann, Erfurt: Retouriren Sie, was Sie nicht brauchen, aber franko. — Wie stehts mit Zahlung von Dtch.? fragen Sie Klute. — H. A. Müll., Langenalza: Der Preis von Dr. Dulk's Drama „Jesus der Christ, ist uns unbekannt, zu beziehen wird es durch die Findel'sche Buchhandlung hier sein. Die gewünschten Hefte der „N. W." von 1876 können Sie bekommen. — Henze, London: Kopf des „Vw." wird geändert. Senden Sie umgehend correcte Abonnentenliste. Weiteres suchen wir richtig zu stellen. — Picht, Bleicherode: 3 Abonnements 2. Quartal kosten M. 4,92 einschließlich Porto. — Schultz, Hamburg: Saldo nach unsrem Buch blos M. 27,29 (nicht 69).

Quittung. Schmdt hier Ab. 1,20. Uzl Wien Ab. 9,37. Albrty Eßlingen Ab. 12,00. W. C. St. Johann Schr. 20,00. Stmntz Offenbaw Ab. 4,70. E. Wntr Wien Ab. 5,00. Grßr Wien Ab. 4,80. M. Mrkvc Pancsowa Ab. 1,60. Bgntz hier Ab. 0,90. Brtl Jankowitz Ab. 8,00. Spnkr Oxford Ab. 4,59. Oßmnn Erfurt Ab. 12,00. Arnld Karlsruhe Schr. 10,29. Hch Frankfurt Ab. 20,00. Hrtl Gottesberg Schr. 1,00. Schtz hier Ab. 2,40. Fr. Engl Neudnitz Ab. 100,00. Ntzschmnn Connewitz Ab. 2,20. A. Lnfrmn Chicago Ab. 402,88.

Meinen Parteifreunden zur Nachricht daß meine Adresse von heute ab nicht mehr Kasernenstraße 11 ist, sondern Untere Margasse 27, 3 Treppen hoch.

Cassel. J. Meise.

Agitationsfonds.

Von Bgntz hier Ueberschuß der Versammlung in den „Drei Mohren" 21,26.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter in Essen:

Von Pianofortearbeitern hier durch Müller 3,75.

Anzeigen 2c.

Hannover. Sänger-Chor des sozialdemokr. Wahlvereins. Freitag, 27. ds., Abds. 8½ Uhr, Uebung, im Vereinslokal, Mittelstr. 11. Um zahlr. Erschein. ers. Die Commission.
(F. 163) [0,90

Leipzig. Donnerstag, den 26. April, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Der diesjährige Sozialisten-Congreß in Gotha.
Der Agent.

Verlag von W. Bracke jr. in Braunschweig.

1200] **Preiscourant bei direkter Versendung** (Arbeiterpreise).
Gegen baar oder Postvorschuß.

	Partie-	Einzel-Preis:
Bebel A., Der deutsche Bauernkrieg (1 Bd. oder 3 Hefte)	M. 1,50	2,—
Becker B., Der alte und der neue Jesuitismus. 4 Aufl.	„ —,25	—,40
— Briefe deutscher Bettelpatrioten, (neu) 5 Lieferungen	„ 2,50	3,75
— Mißbrauch der Nationalitätenlehre. 3. Aufl.	„ —,75	1,—
— Reaktion in Deutschland gegen die Rev. v. 1848 3. Aufl.	„ 1,50	2,—
— Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalle's, 5 Lief.	„ 2,—	3,—
— Karl Fourier. Mit Anhang: Das Familistere in Guise	„ —,20	—,30
— Geschichte der revol. Pariser Kommune v. 1789—1794	„ 1,50	2,—
Blos W., Zur Geschichte der Kommune v. Paris. 2. Aufl.	„ —,25	—,40
— Die Revolution zu Mainz 1792 und 1793.	„ —,45	—,60
Bracke W., Der Braunschw. Ausschuß in Lötzen u. vor Gericht	„ 1,—	1,25
— Der Lassalle'sche Vorschlag	„ —,30	—,50
— „Nieder m. d. Sozialdemokraten!"	50 St. 4,00; 200	
— Verzweiflung im liberalen Lager	12,50; 1000 50,00.	„ —,10 —,15
Braunemann, Skizzen und Studien zur französischen Revolutionsgeschichte	„ —,75	1,—
Complot gegen d. Intern. Arb.-Assoz. Uebers. v. S. Kokosky	„ —,50	—,75
Dedekind, Dr., Prozeß Siever's gegen Vogel v. Falkenstein	„ —,75	1,—
Geiser, Br., Die Forderungen des Sozialismus 2. Aufl.	„ —,35	—,50
Hepner, A., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne	„ —,40	—,60
Katastrophe von Rosenfeld	„ —,10	—,15
König, E., Schwarze Kabinette. Neuest Nachw. v. B. Becker	„ —,60	—,75
Krafft, Dr. H., Anti-Syllabus (Gedicht) 100 Stück	„ 2,—	—,05
Lanz, Dr. K., J. N. Scheible's Gehörentwicklungsmethode	„ —,25	—,40
Lassalle, Ferdinand, Antwortschreiben	„ —,08	—,10
— Arbeiterprogramm	„ —,10	—,15
— Die Wissenschaft und die Arbeiter	„ —,15	—,20
— Criminalprozeß 3. Heft	„ —,20	—,30
— Indirekte Steuern	„ —,20	—,30
— An die Arbeiter Berlins	„ —,10	—,15
— Ueber Verfassungswesen. Was nun? Macht und Recht	„ —,20	—,30
— Assisenrede, geh. von den Geschworenen zu Düsseldorf	„ —,15	—,20
— Zur Arbeiterfrage	„ —,15	—,20
Mast, J., Die Pariser Kommune vor d. Berliner Gerichten	„ —,50	—,60
— Die Bastille am Plötzensee	„ —,50	—,60
Otto-Walster, A., Braunschw. Tage. Roman	„ 2,—	2,50
— Am Webstuhl der Zeit. Roman in 3 Büchern	„ 2,—	2,50
— Eine mittelalterliche Internationale, Novelle	„ —,50	—,75
— Kranke Herzen. 2. Aufl. 2 Novellen	„ —,75	1,—
Prowe, John Os. Brown, der Negerbefreiland	„ —,75	1,—
Rasch, Dr. G., Die Preußen in Elsaß und Lothringen	„ 2,—	2,50
Rohleder, Die Pariser Kommune vor der Vers.-Kammer	„ —,20	—,30
Roller, Der belehrte Nagelschmied 100 Stück	„ 2,—	—,05
Sack, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit	„ —,50	—,60
Strodtmann, Arbeiterdichtung in Frankreich	„ —,50	—,75
— Brutus! Schläfst Du? Zeitgedichte.	„ —,50	—,75
Volks-Kalender für 1875, geheftet	„ —,15	—,25
Volks-Kalender für 1876, geheftet	„ —,15	—,25
Volks-Kalender für 1877	„ —,30	—,50
Zimmermann, R., Pfaffenpeitsche	„ 1,20	1,60

Alle Gelder

für die

statistische Tafel der sozialist. Wahlen

sind umgehend an **August Geib**, Hamburg, Rödingsmarkt 12, zu senden.

Die weiteste Verbreitung der statistischen Tafel liegt im Interesse der Partei!

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.
Von **Georg Vollmar.**
Preis pro Exemplar 15 Pfennig.
Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Die Quintessenz des Sozialismus.

68 Seiten Oktav. Preis M. 1,20.
Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 49. Freitag, 27. April. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat Mai u. Juni zu M. 1. 10. werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur **Moritz Ulrich**, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. **Peter Krebs**, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau **Engel**, Reudnitz, Taubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei **Hackert**, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei **Fleischer**, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei **Kirsten**, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei **Zschau**, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau **Gräfenstein**, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. **Hermsdorf**, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei **Grude**, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei **Rubenow**, Brunnenstr. 34, im Laden.

Das Arbeiterschutzgesetz im Reichstag.

II.

Von kleinlichen Mäkeleien abgesehen, wurden gegen den Entwurf der sozialistischen Abgeordneten eigentlich nur drei Einwendungen erhoben.

Er habe einen polizeilichen Charakter, bringe die Polizei überall hin, meinte der Abgeordnete Lasker, der seit anderthalb Dezennien Jahraus Jahrein dem Polizeistaat lustig die Steuern bewilligt, und jeden Angriff auf besagten Polizeistaat — der je nach Bedarf „Krenken" oder „Delbrück-Heydebrand" heißt — nichts einzuwenden haben. Diese aber wissen vom Internationalismus und seinen Ideen absolut nichts; sie sind in unmittelbarer Nähe der Stadt, in **Porte Molle** und Umgegend aufgegriffen; bei Einem will man Statuten eines römischen Sozialistenvereins gefunden haben. Existirt ein solcher Verein, was immerhin möglich wäre, so ist nicht anzunehmen, daß derselbe einem dieser überaus schlichten Leute, die kaum von etwas Anderem Kenntniß haben dürften, als von der Muttergottes und dem Magen, seine Geheimnisse anvertraut hätte."

So wie in Italien den Herren, welche die Internationale für alles Schlechte verantwortlich machen, auf welche aber der Pfeil zurückfliegt, so geht es auch in Deutschland den Verächtern der Vernunft und der Wahrheit, welche der Sozialdemokratie Mord- und andere Schandthaten aufzuhalsen versuchen.

— Russischer Fanatismus. Am 15. April traf die Mobilisirungsordre auch in dem russischen Grenzstädtchen Tauroggen ein. Die Truppen, und besonders die Kosacken, benahmen sich, als wenn sie von der Tarantel gestochen wären. Die preußische Grenze soll gänzlich von russischen Truppen entblößt werden — eine sehr bezeichnende Maßnahme. Der „Enthusiasmus", gesteigert durch den Schnaps, den die schon ausgegebenen Kriegs-Rationen in größeren Portionen brachte, wurde besonders bei den Kosacken für die Einwohner sehr bedrohlich, die den Wunsch aussprachen, daß die vom Kriegstaumel Ergriffenen bald ausmarschiren möchten, da man sonst im russischen Norden selbst direkt etwas vom Türkenkriege verspüren möchte. Die russische Bevölkerung also ist bange vor den eigenen Soldaten — schöne Civilisation!

ältere „Dame" hatte als erfahrene Gelegenheitsmacherin die beiden Schwestern dazu verlockt, heimliche Stelldicheins mit reichen jungen Leuten anzunehmen, mit deren Hilfe der Aufwand einer luxuriösen Toilette bestritten werden konnte. Bei einer dieser Zusammenkünfte, die stattfanden, während der arglose Vater seine Töchter im Concert oder im Theater wähnte, geschah es, daß dem betreffenden jungen Manne der Ring entwendet wurde, der nun die ganze Geschichte aufdeckte.

— Die Redaktion des „Vorwärts" erhielt folgende Zusendung:

„Leipzig, den 21. April.

Mit Bezug auf den wiederholt ausgesprochenen Wunsch des hiesigen Tageblattes, welches eine Petition befürwortet für Einführung der Prügelstrafe, empfehlen sich vielleicht folgende Reimlein:

Strafe muß sein (Leipziger Tageblatt Nr. 110, 111).

O Mecklenburg, o Mecklenburg,
Bald bist du übertroffen,
Bei dir haut man die Leute durch,
Wir haben's noch zu hoffen. —

D'rum klein Paris, mein klein Paris,
Auf, auf! — Petitioniren —
Dir winkt das Glück, das ist gewiß,
Du mußt ja reussiren.

O Reichstag! Leipzig bittet d'rum,
Verhilf uns — Gottverdanzig —
Dem hochgeehrten Publikum
Zu manchmal „fünfundzwanzig".

Eine eingehende Beleuchtung der angeregten Frage wäre wohl zu wünschen und auch der Verfasser dieses wäre gern geneigt, sein Scherflein dazu beizutragen. Leider ist derselbe aber nur in der Lage, gegen Zusicherung des strengsten Redaktionsgeheimnisses und unter Bedingung der Vernichtung seiner Manuskripte mitzuarbeiten an dem Werke, welches ein „Vorwärts" unserer heutigen sozialen Bestrebungen will.

Mit hochachtungsvollem
Ein Anonymer. Weil — er muß."

Dem Einsender sagen wir im voraus Dank für seine „Scherflein" und geben ihm das selbstverständliche Versprechen, das Redaktionsgeheimniß streng zu wahren. Deshalb ohne Furcht und immerzu mitgearbeitet an dem Erlösungswerk der Menschheit.

der Hausindnstrie einen zu kolossalen Ueberwachungsapparat erfordern würde.

Noch Eins. Von mehreren Rednern der Gegenparteien, ja selbst von dem Hrn. Präsidenten des Reichskanzleramtes wurde bemerkt, die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten durch Einbringung des Arbeiterschutzgesetzes sozusagen mit ihrer Vergangenheit gebrochen und sich auf den Boden des, bisher von ihnen perhorreszirten (verworfenen) Parlamentarismus begeben. Ein wunderlicher Irrthum das — ein Irrthum, der wieder einmal die krasse Unwissenheit unserer Gegner in Bezug auf Wesen und Geschichte der Sozialdemokratie verräth. Schon im ersten (norddeutschen) Reichstag haben unsere Vertreter sich durch selbstständige Anträge an der Gesetzgebung betheiligt, und namentlich war dies der Fall bei Berathung der Gewerbeordnung zu der das Arbeiterschutzgesetz eine Novelle (neu eingefügte gesetzliche Bestimmungen) bildet. Wir haben also in diesem Jahr nur fortgesetzt, was vor 9 Jahren von uns begonnen wurde. Wenn das Schutzgesetz umfangreicher ist als die bisherigen Anträge und Amendements der sozialistischen Abgeordneten, so liegt das in der Massenhaftigkeit des Stoffs und dem großen Umfang des Gebietes, welches der Entwurf zu umfassen hatte.

Wir sind und bleiben was wir waren. Unwandelbar im Prinzip, das letzte Ziel nie aus den Augen verlierend, werden wir im Reichstag, wie außerhalb des Reichstags für jede Maßregel im Interesse des arbeitenden Volkes eintreten, und geeigneten Falls die Initiative ergreifen. Das ist nicht nur nicht im Widerspruch mit unserem Parteiprogramm, nein, es ist ausdrücklich in demselben vorgeschrieben. Und hätten die Herren, die mit erstaunten Gesichtern unser gesetzgeberisches Vorgehen als etwas funkelnagelneues bezeichneten, sich die Mühe genommen, [illegible] schroff anworrete, er (Camphausen) finde es nicht in der Ordnung, daß man Vergleiche anstelle zwischen Beamten, die so glücklich seien, die Last der Geschäfte abgeschüttelt zu haben, und solchen Beamten, welche in dieser Zeit schwerer Krisis es für ihre Pflicht gehalten hätten, die Last der Geschäfte nicht abzuschütteln. Wenn er (Camphausen) wolle, könne er genau sagen, welche Stellung Herr Delbrück zu dem Regierungsentwurf einnehme, inwiefern er ihn billige und inwiefern nicht, aber er wolle es nicht sagen, weil — es nicht anständig sei, einen nicht Anwesenden in die Debatte zu ziehen. Herr Bamberger schien mit der Camphausen'schen „Expektoration" (wie er selbst es nannte) nicht sonderlich zufrieden zu sein, und auch Herr Delbrück dürfte die Nase etwas rümpfen.

Nachdem der Kelch einer abgelesenen Rede des Elsässers Jaunez (ob sie gegen das Gesetz, war nicht zu ermitteln) und einer abgeschnatterten „Causerie" des faunisch lächelnden Unruh (dem man seine bekannten Sittlichkeitsstudien sehr deutlich anmerkt) von dem unglücklichen Hause bis zur Neige geleert und ein Valentin'scher Schlußantrag von dem Bureau abgewinkt worden war, erhielt Bracke das Wort und präzisirte, im Einklang mit dem bekannten Beschluß des Gothaer Congresses, die Stellung der Sozialdemokratie zu der Schutzzoll- und Freihandelsfrage, wobei es nicht ohne Streifzüge auf das Nothstandsgebiet abging.

Nicht in der Zollgesetzgebung, sondern in der heutigen Produktionsweise sei die Grundursache der herrschenden Calamität zu suchen. Das Gleichgewicht zwischen Produktion und Consumtion fehle — dadurch würden die Krisen erzeugt. Durch Herabsetzung der Löhne nach dem Camphausen-Achenbach'schen Rezept der darniederliegenden Industrie aufhelfen wollen, heiße

— Richter's Eroberungen. Die zwölf- bis vierzehnjährigen Zöglinge einer höheren Töchterschule in Hagen hatten sich in Folge der Reichstagswahlen in zwei politische Parteien gespalten, und jede hoffte ihren Candidaten durchzubringen. Ein Lehrer wird gefragt, wer von beiden die meisten Chancen habe. Als er seine Meinung ausgesprochen, zischt der eine Haufe den andern aus, worauf die beleidigte Parteiführerin ihrer größten Gegnerin zuruft: „Ich weiß wohl, weßhalb Du für den bist, der ist noch „Junggeselle." — Der edle Eugen kann recht stolz auf seine Eroberungen sein; macht er keine in den parlamentarischen Kämpfen, so kann er sich mit den Eroberungen von Backfischen trösten.

— Das Communegesetz, welches den höchsten Gehalt der Beamten auf 6000 Francs = 4800 Mark jährlich festsetzte, lautet wie folgt:

La Commune de Paris,

Considérant:

Que jusqu' à ce jour les emplois supérieurs des services publics, par les appointements élevés qui leur ont été attribués, ont été recherchés et accordés comme places de faveur;

Considérant:

Que, dans une république réellement démocratique, il ne peut y avoir ni sinécure, ni exagération de traitement;

Décrète:

Article unique. Le maximum de traitement des employés aux divers services communaux est fixé à six mille francs par an.

Hôtel de ville, 2. avril 1871.

La Commune de Paris.

Zu Deutsch:

Die Pariser Commune,

In Anbetracht:

daß die höheren Staatsämter bisher wegen der damit verbundenen hohen Gehalter nach Gunst erstrebt und vertheilt wurden;

In Anbetracht:

daß es in einer wahrhaft demokratischen Republik weder Sinecuren noch übertriebene Gehälter geben darf;

Beschließt:

Einziger Artikel. Das Maximum der Besoldung in den verschiedenen Aemtern der Commune wird auf sechstausend Francs jährlich festgesetzt.

Stadthaus, den 2. April 1871.

Die Pariser Commune.

Greifen wir nun einen Freihändler, den nationalliberalen Professor und Sozialistenfresser Dr. Treitschke heraus. Derselbe sagte auf eine Bemerkung des Finanzministers Camphausen folgendes:

„Leid thut es mir aufrichtig, daß unsere neuen Landsleute in Elsaß-Lothringen unter dem gegenwärtigen Zustande allerdings besonders leiden. Das ist der relativ beste Entschuldigungsgrund, den man für das Verfahren des Herrn Ministers Camphausen gelten lassen kann. Es ist nur menschlich, daß man die Verhältnisse dieser neuen Provinzen so sehr als möglich zu berücksichtigen sucht. Aber, fragen Sie, meine Herren, werden diese Verhältnisse sich ernstlich bessern, so muß ich leider mit Nein antworten. Der eigentliche Grund der wirthschaftlichen Uebel dort liegt in einer Thatsache, die ich bei aller treuen Freundschaft für die Elsaß-Lothringer in keiner Weise aus der Welt schaffen möchte, in der Eroberung des Landes. Durch die Annexion, durch die Eroberung sind unzählige alte Handelsverbindungen zerrissen, ist das Land gezwungen worden, sich einen neuen Markt zu suchen. Die ungeheuren Schwierigkeiten dieses Uebergangszustandes können und wollen wir nicht beseitigen, wir müßten denn das Land an Frankreich zurückgeben und davon kann keine Rede sein."

Was war das für ein Jubel unter den „Patrioten" Deutschlands, als die Annexion von Elsaß-Lothringen vollzogen wurde! Treitschke voran verkündigten diese Herren das Glück Deutschlands, sie verkündigten das Heil von Elsaß-Lothringen, welches der bösen Stiefmutter abgenommen und der echten Mutter zurückgegeben wurde, in hundertstimmigem Freudengeschrei — und jetzt? Treitschke selbst sagt, daß das wirthschaftliche Elend in Elsaß-Lothringen, daß die Noth im Volke [illegible] gewandtheit und organisatorisches Talent. Man hatte bisher die Bäcker für hinter anderen Gewerben an Intelligenz zurückstehend gehalten, und nun marschiren sie gar an der Spitze. Bemerkenswerth ist die Einstimmigkeit, mit welcher die Gehilfen die Abschaffung der Nachtarbeit fordern. Als die Commune die Nachtarbeit der Bäcker untersagte, da behaupteten die Organe der Versailler, die Bäckergehilfen protestirten gegen diesen „Willkürakt". Man sieht es jetzt, wie sie protestiren. Sie wollen zunächst den Versuch machen, durch Selbsthilfe, d. h. Coalition, Verhandlung mit den Meistern, Appell an das konsumirende Publikum und eventuell durch Strikes die Nachtarbeit abzuschaffen. Mögen sie es versuchen! Wenn es ihnen gelingt, um so besser, dann braucht man kein Gesetz zu erlassen. Scheitern ihre Bemühungen aber, wie es wahrscheinlich ist, nun, so werden sie bei ihrem nächsten Congreß, der in drei Jahren stattfinden soll, auf unserem deutschen Standpunkte angelangt sein.

Die französischen Arbeiter sagen dies selbst und schämen sich keineswegs, unsere Bewegung oft als ihr Vorbild und Muster hinzustellen. Die deutsche Chauvinistenpresse, z. B. die „Offenbacher Zeitung", denkt doch gar zu gering von dem Verstand der französischen Sozialisten, wenn sie denselben, neben „Wahnwitz", „verbrecherischen Trieben" und „cerebralen Veitstänzen", die aber „durch den Patriotismus geregelt und gemäßigt werden", auch den bornirtesten Nationaldünkel und „bestialischen Haß des Deutschen" leiht. Das ist zuviel des Guten auf ein Mal. Es würde zu weitläufig sein, alle Unrichtigkeiten, die das genannte Blatt in einem Artikel aufgehäuft hat, einzeln zu widerlegen. Wie wenig unterrichtet der betreffende Artikelschreiber über den von ihm behandelten Gegenstand ist, kann man daraus ersehen, daß er den „Peuple" (der Offenbacher Gelehrte schreibt „Peuble"!) für ein „sozialistisches Volksblatt" hält. Der „Peuple" gehört Floquet, einem Freunde Gambetta's, und ist so sozialistisch wie Gambetta. Ob wohl dieses Blatt die Idee hegen kann, „die rothe Fahne in Paris aufzupflanzen, damit die Barbarei ihr Zerstörungswerk vollende"?

Herr Guyot hat bereits selbst festgestellt, daß er keineswegs auf dem Bankett der unterdrückten „Droits de l'Homme" die französische Regierung wegen der auch an Deutschland geschickten Einladung zur Weltausstellung getadelt hat. Also dies Hauptargument des ebenso höflichen als kaltblütigen Polemikers ist ganz und gar unter den Injurien verschwunden, aus denen es stolz hervorgeragt hatte. Nicht besser verhält es sich mit dem groben Sprachschnitzer, denn die Depesche ist gar nicht wörtlich vorgelesen worden. Einer der Redakteure der „Droits de l'Homme" hatte sich den wesentlichen Inhalt der zu Ehren des mißhandelten Blattes eingelaufenen Begrüßungsdepeschen auf einem großen Bogen notirt und so der Reihe nach der Festversammlung mitgetheilt. Der „grobe Sprachschnitzer" käme also, wenn er existirte, auf Rechnung des französischen Journalisten. Vielleicht ist der Offenbacher Gelehrte, wenn ihm der Schmerz über die Wahlsiege der Sozialdemokraten das deutsche Reich verleidet, erbötig, den Redakteuren der Pariser Presse Unterricht in ihrer Muttersprache zu geben? An der nöthigen — Selbstachtung zu einem solchen Unternehmen scheint es ihm nicht zu fehlen.

Wie die französischen Sozialisten über ihre deutschen Parteigenossen denken, das haben sie bei jeder Gelegenheit gesagt, und ich brauche nur anzuführen, wie sich die „Droits de l'Homme" am 17. Januar d. J. ausdrückten, als die Nachrichten von unseren großen Wahlsiegen eintrafen:

„Der Moniteur der Zweckmäßigkeitspolitik", bemerkt das genannte Blatt zu einem süßsauren Artikel der Gambetta'schen „Republique française", „ist entsetzt, und mit Recht, über die Fortschritte des überrheinischen Sozialismus auf politischem Gebiete. Diese Arbeiter da, die sich selbst helfen wollen und deren Wahlkampf jedesmal ein Wahlsieg wird, die in sechs Jahren von 60,000 Stimmen auf über eine halbe Million gekommen sind, bilden das gefährlichste Beispiel für die französischen

der kritischen Geschichte dagegen wird die Widerspruchsdialektik, und mit ihr namentlich Hegel, ganz anders mitgenommen. „Das Widersprechende ist nämlich nach der Hegelschen Logik oder vielmehr Logoslehre nicht etwa in dem seiner Natur nach nicht anders als subjektiv und bewußt vorzustellenden Denken, sondern in den Dingen und Vorgängen selbst objektiv vorhanden und sozusagen leibhaft anzutreffen, so daß der Widersinn nicht eine unmögliche Combination des Gedankens bleibt, sondern eine thatsächliche Macht wird. Die Wirklichkeit des Absurden ist der erste Glaubensartikel der Hegelschen Einheit von Logik und Unlogik. ... Je widersprechender, desto wahrer, oder mit andern Worten, je absurder, desto glaublicher, diese nicht einmal neu erfundene, sondern der Offenbarungstheologie und der Mystik entlehnte Maxime ist der nackte Ausdruck des sogenannten dialektischen Prinzips."

Der Gedankeninhalt der beiden angeführten Stellen faßt sich in dem Satz zusammen, daß Widerspruch = Widersinn ist, und daher in der wirklichen Welt nicht vorkommen kann. Dieser Satz mag für Leute von sonst ziemlich gesundem Menschenverstand dieselbe selbstverständliche Geltung haben wie der, daß gerade nicht krumm, und krumm nicht gerade sein kann. Aber die Differentialrechnung setzt, ungeachtet aller Proteste des gesunden Menschenverstandes, Gerade und Krumm unter gewissen Umständen dennoch gleich und erreicht damit Erfolge, die der auf den Widersinn der Identität von Gerade und Krumm sich steifende gesunde Menschenverstand nie fertig bringt. Und nach der bedeutenden Rolle, die die sogenannte Widerspruchsdialektik in der Philosophie von den ältesten Griechen an bis jetzt gespielt hat, wäre selbst ein stärkerer Gegner als Herr Dühring verpflichtet gewesen, ihr mit andern Argumenten entgegen zu treten, als mit Einer Behauptung und vielen Schimpfwörtern.

Solange wir die Dinge als ruhende und leblose, jedes für sich, neben und nacheinander, betrachten, stoßen wir allerdings auf keine Widersprüche an ihnen. Wir finden da gewisse Eigenschaften, die theils gemeinsam, theils verschieden, ja einander widersprechend, aber in diesem Fall auf verschiedene Dinge vertheilt sind und also keinen Widerspruch in sich enthalten. Soweit dies Gebiet der Betrachtung ausreicht, soweit kommen wir auch mit der gewöhnlichen metaphysischen Denkweise aus. Aber ganz anders, sobald wir die Dinge in ihrer Bewegung, ihrer Veränderung, ihrem Leben, in ihrer wechselseitigen Einwirkung auf einander betrachten. Da gerathen wir sofort in Widersprüche. Die Bewegung selbst ist ein Widerspruch; sogar schon die einfache mechanische Ortsbewegung kann sich nur dadurch vollziehen, daß ein Körper in einem und demselben Zeitmoment an einem Ort und zugleich an einem andern Ort, an einem und demselben Ort und nicht an ihm ist. Und die fortwährende Setzung und gleichzeitige Lösung dieses Widerspruchs ist eben die Bewegung.

Hier haben wir also einen Widerspruch, der „in den Dingen und Vorgängen selbst objektiv vorhanden und sozusagen leibhaft anzutreffen ist". Und was sagt Herr Dühring dazu? Er behauptet, es gebe überhaupt bis jetzt „in der rationellen Mechanik keine Brücke zwischen dem streng Statischen und dem Dynamischen". Der Leser merkt jetzt endlich, was hinter dieser Lieblingsphrase des Herrn Dühring steckt; weiter nichts als dies: der metaphysisch denkende Verstand kann absolut nicht vom Gedanken der Ruhe zu dem der Bewegung kommen, weil ihm hier obiger Widerspruch den Weg versperrt. Für ihn ist die Bewegung, weil ein Widerspruch, rein unbegreiflich. Und indem er die Unbegreiflichkeit der Bewegung behauptet, giebt er selbst die Existenz dieses Widerspruchs wider Willen zu, giebt also zu, daß es einen in den Dingen und Vorgängen selbst objektiv vorhandenen Widerspruch giebt, der zudem eine thatsächliche Macht ist.

Wenn schon die einfache mechanische Ortsbewegung einen Widerspruch in sich enthält, so noch mehr die höheren Bewegungsformen der Materie und ganz besonders das organische Leben und seine Entwicklung. Wir sahen schon oben, daß das Leben gerade vor Allem darin besteht, daß ein Wesen in jedem Augenblick dasselbe und doch ein Anderes ist. Das Leben ist also ebenfalls ein in den Dingen und Vorgängen selbst vorhandener, sich stets setzender und lösender Widerspruch; und sobald der Widerspruch aufhört, hört auch das Leben auf, der Tod tritt ein. Ebenso sahen wir, wie auch auf dem Gebiet des Denkens wir den Widersprüchen nicht entgehen können, und wie z. B. der Widerspruch zwischen dem innerlich unbegränzten menschlichen Erkenntnißvermögen und seinem wirklichen Dasein in lauter äußerlich beschränkten und beschränkt erkennenden Menschen sich löst in der, für uns wenigstens praktisch endlosen Aufeinanderfolge der Geschlechter, im unendlichen Progreß.

Wir erwähnten schon, daß die höhere Mathematik den Widerspruch, daß Gerad und Krumm unter Umständen dasselbe sein sollen, zu einer ihrer Hauptgrundlagen hat. Sie bringt den andern Widerspruch fertig, daß Linien, die sich vor unseren Augen schneiden, dennoch schon fünf bis sechs Centimeter von ihrem Schneidepunkt als parallel, als solche gelten sollen, die sich selbst bei unendlicher Verlängerung nicht schneiden können. Und dennoch bringt sie mit diesen und mit noch weit stärkeren Widersprüchen nicht nur richtige, sondern auch für die niedere Mathematik ganz unerreichbare Resultate zu Stande.

Aber auch schon in dieser letzteren wimmelt es von Widersprüchen. Es ist z. B. ein Widerspruch, daß eine Wurzel von A eine Potenz von A sein soll, und doch ist $A^{\frac{1}{2}} = \sqrt{A}$. Es ist ein Widerspruch, daß eine negative Größe das Quadrat von etwas sein soll, denn jede negative Größe, mit sich selbst multiplizirt, gibt ein positives Quadrat. Die Quadratwurzel aus Minus Eins ist daher nicht nur ein Widerspruch, sondern sogar ein absurder Widerspruch, ein wirklicher Widersinn. Und dennoch ist $\sqrt{-1}$ ein in vielen Fällen nothwendiges Resultat richtiger mathematischer Operationen; ja, noch mehr, wo wäre die Mathematik, niedere wie höhere, wenn ihr verboten würde, mit $\sqrt{-1}$ zu operiren!

Die Mathematik selbst betritt mit der Behandlung der veränderlichen Größen das dialektische Gebiet, und bezeichnender Weise ist es ein dialektischer Philosoph, Descartes, der diesen Fortschritt in sie eingeführt hat. Wie die Mathematik der veränderlichen sich zu der der unveränderlichen Größen verhält, so verhält sich überhaupt dialektisches Denken zu metaphysischem. Was durchaus nicht verhindert, daß die große Menge der Mathematiker die Dialektik nur auf mathematischem Gebiet anerkennt, und daß es genug unter ihnen gibt, die mit den auf dialektischem Weg gewonnenen Methoden ganz in der alten, beschränkten, metaphysischen Weise weiter operiren.

Auf Herrn Dühring's Antagonismus von Kräften und seine antagonistische Weltschematik näher einzugehn, wäre nur dann möglich, wenn er uns etwas mehr über dies Thema gegeben hätte als — die bloße Phrase. Nachdem er diese fertig gebracht, wird uns dieser Antagonismus weder in der Weltschematik noch in der Naturphilosophie ein einziges Mal wirkend vorgeführt — das beste Eingeständniß, daß Herr Dühring mit dieser „Grundform aller Aktionen im Dasein der Welt und ihrer Wesen" absolut nichts Positives anzufangen weiß. Wenn man in der That Hegel's „Lehre vom Wesen" bis auf die Plattheit von in entgegengesetzter Richtung, aber nicht in Widersprüchen, sich bewegenden Kräften heruntergebracht hat, so thut man allerdings am besten, jeder Anwendung dieses Gemeinplatzes aus dem Wege zu gehn.

Den weiteren Anhaltspunkt für Herrn Dühring, um seinem antidialektischen Zorn Luft zu machen, bietet ihm Marx' „Kapital". „Mangel an natürlicher und verständlicher Logik, durch welchen sich die dialektisch krausen Verschlingungen und Vorstellungsarabesken auszeichnen ... schon auf den bereits vorhandenen Theil muß man das Prinzip anwenden, daß in einer gewissen Hinsicht und auch überhaupt (!) nach einem bekannten philosophischen Vorurtheil Alles in Jedem und Jedes in Allem zu suchen, und daß dieser Misch- und Mißvorstellung zufolge schließlich Alles Eins sei." Diese seine Einsicht in das bekannte philosophische Vorurtheil befähigt denn auch Herrn Dühring, mit Sicherheit vorauszusagen, was das „Ende" des Marx'schen ökonomischen Philosophirens, also was der Inhalt der folgenden Bände des „Kapitals" sein wird, genau sieben Zeilen nachdem er erklärt hat, es sei „jedoch wirklich nicht abzusehn, was, menschlich und deutsch geredet, eigentlich in den zwei (letzten) Bänden noch folgen soll."

Es ist indeß nicht das erste Mal, daß die Schriften des Herrn Dühring sich uns erweisen als gehörig zu den „Dingen", in denen „das Widersprechende objektiv vorhanden und sozusagen leibhaft anzutreffen" ist. Was ihn durchaus nicht hindert, siegreich fortzufahren: „Doch die gesunde Logik wird über ihre Karikatur voraussichtlich triumphiren ... Das Vornehmthun und der dialektische Geheimnißkram werden Niemanden, der noch ein wenig gesundes Urtheil übrig hat, anreizen, sich mit den Unförmlichkeiten der Gedanken und des Styls ... einzulassen. Mit dem Absterben der letzten Reste der dialektischen Thorheiten wird dieses Mittel der Dilpirung ... seinen trügerischen Einfluß verlieren, und Niemand wird mehr glauben sich abquälen zu müssen, um dort hinter eine tiefe Weisheit zu kommen, wo der gesäuberte Kern der krausen Dinge im besten Fall die Züge gewöhnlicher Theorieen, wo nicht gar von Gemeinplätzen zeigt ... Es ist ganz unmöglich, die (Marx'schen) Verschlingungen nach Maßgabe der Logoslehre wiederzugeben, ohne die gesunde Logik zu prostituiren." Marx' Methode bestehe darin, „dialektische Wunder für seine Gläubigen herzurichten", und so weiter.

Wir haben es hier noch durchaus nicht mit der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der ökonomischen Resultate der Marx'schen Untersuchung zu thun, sondern nur mit der von Marx angewandten dialektischen Methode. Soviel aber ist sicher: die meisten Leser des „Kapital" werden erst jetzt durch Herrn Dühring erfahren haben, was sie eigentlich gelesen. Und unter ihnen auch Herr Dühring selbst, der im Jahre 1867 (Ergänzungsblätter III, Heft 3) noch im Stande war, eine für einen Denker seines Kalibers verhältnißmäßig rationelle Inhaltsangabe des Buchs zu machen, ohne genöthigt zu sein, die Marx'schen Entwicklungen erst, wie es jetzt für unumgänglich erklärt wird, ins Dühringsche zu übersetzen. Wenn er schon damals den Schnitzer beging, die Marx'sche Dialektik mit der Hegel'schen zu identificiren, so hatte er doch noch nicht ganz die Fähigkeit verloren, zwischen der Methode und den durch sie erlangten Resultaten zu unterscheiden, und zu begreifen, daß man die letzteren nicht im Besondern widerlegt, wenn man die erstere im Allgemeinen herunterreißt.

Die überraschendste Mittheilung des Herrn Dühring ist jedenfalls die, daß für den Marx'schen Standpunkt „schließlich Alles Eins ist", daß für Marx also auch z. B. Kapitalisten und Lohnarbeiter, Feudale, kapitalistische und sozialistische Produktionsweise, „Alles Eins ist", ja am Ende wohl gar auch Marx und Herr Dühring „Alles Eins". Um die Möglichkeit solcher simplen Narrheit zu erklären, bleibt nur die Annahme, daß das bloße Wort Dialektik Herrn Dühring in einen Zustand von Unzurechnungsfähigkeit versetzt, in dem ihm, einer gewissen Misch- und Mißvorstellung zufolge, schließlich Alles Eins ist, was er sagt und thut.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Situation. Der Kaiser von Rußland ist bei der Hauptarmee in Kischenew eingetroffen und feuert die Truppen zu dem bevorstehenden Kampfe an. Derselbe hat auch ein Manifest an das Russische Volk erlassen, in welchem er seine Hände in Unschuld wäscht und den Türken die Schuld an dem Kriege zuschiebt. Der russische Geschäftsträger hat am 23. April Konstantinopel verlassen. — Wenn unsere Leser dies Blatt erhalten, ist der Krieg wahrscheinlich offiziell erklärt.

— Die liberalen Zeitungen berichten, unter allerhand boshaften Glossen, daß durch Fritzsche's Stimme das Bureau der Commission zur Vorberathung der Anträge zur Gewerbeordnung in die Hände der conservativen, bez. ultramontanen Fraktion gelangt sei. Dem liegt Folgendes zu Grunde: Die Mitglieder des Reichstags sind sieben Abtheilungen, von gleicher Mitgliederzahl zugetheilt. Wenn nun im Plenum beschlossen wird, eine Commission zu wählen, so wird die Wahl derselben den Abtheilungen überwiesen, und damit das Gleichgewicht für alle Abtheilungen vorhanden sei, wird die Zahl der zu wählenden Commissionsmitglieder stets in einer solchen Höhe festgesetzt, daß sie durch sieben theilbar ist. Es scheint hiernach allerdings, als ob die Unparteilichkeit der Wahlhandlung völlig gesichert sei. Dem ist jedoch durchaus nicht so. Es besteht ein sogenannter Senioren-Convent; derselbe ist zusammengesetzt aus Personen, die von den Fraktionen gewählt sind, welche durch ihre Mitgliederzahl eine Macht im Reichstage bilden, das sind die nationalliberale, die Centrums-, Fortschritts-, deutsche Reichs- und die deutsch-conservative Partei. Dieser Convent tritt sofort, wenn die Wahl beschlossen ist, zusammen und bestimmt, wie viele Mitglieder von jeder Fraktion und welche Mitglieder gewählt werden sollen. Mitglieder, die keiner dieser Fraktionen angehören, können darum nur zu einem Sitz in einer Commission gelangen, wenn eine der maßgebenden Fraktionen einen Sitz an sie abtritt. Bei der in Rede stehenden Commissionswahl war es die Centrumspartei, welche so anständig war, an Fritzsche einen Sitz abzutreten; dafür konnte sie nun aber auch verlangen, daß dieser denen seine Stimme gab, die das Mitglied der Centrumspartei gewählt haben würden, dessen Stelle sie ihm übertragen. Hätte die nationalliberale Partei soviel Taktgefühl besessen, einen ihrer Sitze an die Sozialdemokraten abzutreten, so würde der Vertreter der Letzteren selbstverständlich bei der Bureauwahl im Sinne der Nationalliberalen seine Stimme abgegeben haben.

— Die „Frankf. Ztg.", die — wie wir anerkennen — sich einer objektiven Beurtheilung der Sozialdemokratie und ihres öffentlichen Auftretens befleißigt, hat anläßlich der Besprechung der Gewerbeordnungsdebatte im Reichstag in der Nr. 110 ihres Abendblatts einen Angriff auf Bebel gebracht, den wir als unberechtigt, weil auf Mißverständniß der Bebel'schen Ausführungen beruhend, entschieden zurückweisen müssen.

Der Abg. Graf Galen hat bei Motivirung der Anträge des Centrums die Rückkehr zur „christlich-sozialen Weltordnung", d. h. die Rückkehr zum Mittelalter empfohlen und jenes Zeitalter als das gepriesen, wo Handwerker und Arbeiter sich glücklich und zufrieden gefühlt.

Ein englisches Programm.

(Fortsetzung.)

Bestimmungen um Land und Hauseigenthum zu nationalisiren.

Erste Stufe des Fortschritts. Forderungen der Gegenwart.

1. Das Gesetz der Primogenitur und Erbfolge ist abgeschafft.
2. Alles Land- und Hauseigenthum wird unter die Verwaltung des Staates gestellt.
3. Die jetzigen Grundeigenthümer werden expropriirt und erhalten eine billige Entschädigung, entweder durch Bezahlung seitens des Staates oder durch Kauf seitens der Pächter.
4. Die Pächter erhalten ein Recht, sich von den jetzigen Eigenthümern zu befreien, indem sie für eine Dauer von 25 Jahren Ablösungsrenten zahlen.
5. Solche Ablösungsrenten beginnen mit einem Abzug von einem Viertel von den gegenwärtig für Grund- und Hauseigenthum gezahlten Zinsen.
6. Pächter unter staatlicher Verwaltung zahlen an die Regierung eine Landsteuer, von 10 Proz. vom Werth der Produkte und für Häuser von 20 Proz. von allen an Unterpächter wieder vermietheten Wirthschaftsgebäuden.
7. Kein Pächter, sei es von Land- oder Hauseigenthum, darf mehr als eine Pacht erhalten.
8. Die Güter sollen von mäßigem und gleichmäßigem Umfang sein; das größte 100 Acres nicht überschreiten.
9. Große Häuser werden vom Staat in mehreren Abtheilungen vermiethet.
10. Das Untervermiethen und Unterabtheilen von Gütern des gewöhnlichen Umfangs ist verboten.
11. Die Dauer der Landpachtung wird zugesichert unter der Bedingung zufriedenstellender Bewirthschaftung.
12. Erlaubniß, Pachtrecht zu übertragen oder zu verkaufen, wird gewährt gegen Bezahlung einer mäßigen Uebertragungssteuer an die Regierung.
13. Im Falle des Todes des Inhabers hat die Wittwe oder eins der Kinder des Verstorbenen das Vorrecht auf die Pacht.
14. Der Pächter muß das Haus, oder einen Theil desselben, persönlich bewohnen.
15. Alles Land- und Hauseigenthum unterliegt alle 10 Jahre einer Schätzung.
16. Alle sich darum bewerbenden Landarbeiter werden auf nationale Landgüter angesiedelt.
17. Alle anderen Landarbeiter, welche keine Lust haben, Güter vom Staat zu pachten, haben, wenn verheirathet, Anspruch auf ein nettes Häuschen mit 2 Acres Land.
18. Alle Personen, welche bisher theilweise auf den Gemeindeweiden Landwirthschaft getrieben, haben Anspruch darauf, auf den nationalen Landgütern angesiedelt zu werden.
19. Arbeiter und Handelsleute in Städten und Dörfern haben den ersten Anspruch, Hausverwalter unter staatlicher Aufsicht zu werden.
20. Jeder verheirathete Arbeiter, dessen Wohnung oder Beschäftigung auf dem oder nahe am Lande ist, hat Anspruch auf einen Acre Land zu nützlicher Bewirthschaftung.
21. Für die Unbeschäftigten werden freie Ackerbau-Colonien gegründet.
22. Die körpertaugliche Armen-Bevölkerung wird nach Ackerbau-Colonien übersiedelt.
23. Alles Oede- und Gemeindeland wird unter staatliche Verwaltung gestellt.
24. Eine Reichs-, Land- und Eigenthums-Bank wird gegründet.
25. Durch Parlamentsakte wird den Edelleuten und Mitgliedern des Landadels, welche ihrem gegenwärtigen Besitzrecht freiwillig entsagen und ihr Land dem Staat zur Vertheilung übergeben, eine Geldentschädigung bezahlt.
26. Die Schlösser und Parks der großen Landbesitzer werden in öffentliche Erholungs- und Ruheorte umgewandelt; für die Erhaltung geschichtlicher Bauwerke und Oertlichkeiten wird besondere Vorsorge getroffen.

Zweite Stufe des Fortschritts. Spätere Reformen.

Die Land- und Häuser-Abgabe erreicht eine solche Skala, daß die Ackerbau- und Industriebevölkerung in ihren Mitteln zum Leben nach und nach gleichgestellt werden.

Dritte Stufe des Fortschritts. Bebauung des Landes und Vertheilung der Wohnungen des Volks im communistischen Staat.

1. Die individuellen Pachtgüter werden aufgehoben und der Staat wird alleiniger Bebauer des Bodens.
2. Die nationale Landwirthschaft wird, was Größe der Felder, Anwendung von Maschinen und die Zahl der bei den verschiedenen Verrichtungen des Ackerbaus verwendeten Leute betrifft, in größtem Maßstabe betrieben.
3. Große Abtheilungen der Industrie-Bevölkerung der Städte werden periodisch auf's Land gesandt, um die Gewohnheit zu erwerben, sehr ausgedehnte landwirthschaftliche Operationen in kürzester Zeit zu verrichten.
4. Die ganze Bevölkerung des communistischen Staats wohnt in Muster-Wohnhäusern, in deren jedem eine große Anzahl Personen bequem untergebracht werden.
5. Die Industrie-Mittelpunkte der Bevölkerung sind von solcher Größe, daß sie den leichtesten Verkehr zwischen Gewerbe, Manufaktur und Handel gestatten.

(Fortsetzung folgt.)

— Aus der besten Gesellschaft berichtet der „Mainzer Anzeiger": Eine Skandalgeschichte, die zugleich ihre warnende Seite hat, erzählt man sich aus einer Nachbarstadt, wie folgt: Ein dortiger großer Geschäftsmann und Vater von zwei Töchtern, deren glänzende Erscheinung ihnen schon viele Verehrer zuzog, erschien mit diesen Töchtern auf einem nur von ausgesuchtester Gesellschaft besuchten Balle. Ein junger Mann, der ebenfalls auf dem Balle anwesend war, fixirte die eine der Schönen schon eine geraume Zeit mit eigenthümlichen Blicken und suchte sich ihr zu nähern, was ihm denn auch während einer Pause gelang. Die Dame hatte den einen Handschuh abgestreift; der junge Mann trat auf sie zu und sagte plötzlich in entschiedenem Tone: „Dürfte ich Sie um Aufklärung bitten, woher Sie diesen Ring haben!" Die Angeredete erblaßte und war nahe daran, ohnmächtig umzusinken, eine Szene, die nicht geringes Aufsehen erregte und bald zu Erörterungen führte. Eine

Einer solchen, nur in der Phantasie eines fanatischen Ultramontanen oder in Romantik verrannten Konservativen möglichen Auffassung, die mit der geschichtlichen Wahrheit im strikte sten Widerspruch steht, hielt es Bebel für nothwendig, den Abg. Grafen Galen zu fragen: in welcher Epoche der Vergangenheit jener angeblich so glückliche Zeitpunkt eigentlich vorhanden gewesen sei.

Aus diesem vollkommen berechtigten Zweifel liest die „Frankf. Ztg." heraus, Bebel habe die kirchlich-feudalistische Organisation des Gewerbewesens im Mittelalter bestreiten wollen — was Jenem selbstverständlich gar nicht in den Sinn kam — und wirft ihm auf diesen selbst erst künstlich erzeugten Unsinn hin „historischen Irrthum" und damit nicht genug, auch „Unkenntniß der Geschichte" vor.

Es hätte der „Frankf. Ztg." wohl angestanden, sich erst besser zu unterrichten, ehe sie mit unbegründeten Vorwürfen vorgeht.

— Durchgebrannt! Welch ein schadenfroher Jubel in dem liberalen Lager, als Pio und Geleff der dänischen Sozialdemokratie den Gefallen thaten, nach Amerika zu verschwinden! Da seht ihr die Herren Sozialdemokraten, was für nette Pflänzlein in ihren Reihen gedeihen und sogar zu Vertrauensstellungen gelangen können! Und nun? Wie aus Dessau gemeldet wird, sind drei Beamte der nach Schulze-Delitz'schem System begründeten Gewerbebank Namens Fiedler (64 Jahre alt), Steindorf (58 Jahre alt) und Eiseck (60 Jahre alt), heimlich durchgegangen und haben die Baarbestände der Bank im Betrage von 450,000 Mark mitgenommen. Dieselben werden steckbrieflich verfolgt. Soviel haben die Pio und Geleff jedenfalls nicht „exportirt", aber fern sei es von uns, diesen Fall dem Selbsthilferthum als solchem vorzuwerfen und es dafür verantwortlich zu machen. Diese sind eben solche — Menschen, wie jene es waren, wenn auch die Sozialdemokratie an jenen weniger verloren hat als der Schulze-Delitzschismus.

— Entlarvt. Die italienischen Verleumder, welche den Aufruhr, der in der Romagna ausgebrochen war, der Internationale in die Schuhe schieben wollten, und denen zuerst der Einwurf entgegengehalten wurde, daß die aufgegriffenen Banden aus Raubgesindel bestanden hätten, sind nun noch besser hineingefallen. So lesen wir jetzt in einem gut unterrichteten Blatte:

„Man hat den sich zu einzelnen Haufen sammelnden verhungernden italienischen Landeskindern den Namen „internationalistische Banden" beigelegt; man fühlt wohl heraus, daß es keine geringe Schmach für die gegenwärtigen Zustände der Gesellschaft und die Leiter derselben ist, daß ganze Schichten des Volkes aus Mangel an Erwerb zu Grunde gehen, und versteckt hinter einer Bezeichnung, welche Verachtung und Abscheu erregen soll, diese Schmach. In Rom sieht man seit einigen Tagen Trupps von Gefangenen, welche offenbar dem Stande der Landarbeiter angehören, unter kleinen Polizeieskorten nach den Gefängnissen führen. Der gelassene Ausdruck dieser unglücklichen Leute zeigt, daß sie, in der Voraussetzung, in den Gefängnissen wenigstens des Leibes Nahrung, welche sie anderweitig nicht auftreiben können, zu finden, gegen ihre Freiheitsentziehung nichts einzuwenden haben. Diese aber wissen vom Internationalismus und seinen Ideen absolut nichts; sie sind in unmittelbarer Nähe der Stadt, in Ponte Molle und Umgegend aufgegriffen; bei Einem will man Statuten eines römischen Sozialistenvereins gefunden haben. Existirt ein solcher Verein, was immerhin möglich wäre, so ist nicht anzunehmen, daß derselbe einem dieser überaus schlichten Leute, die kaum von etwas Anderem Kenntniß haben dürften, als von der Muttergottes und dem Magen, seine Geheimnisse anvertraut hätte."

So wie in Italien den Herren, welche die Internationale für alles Schlechte verantwortlich machen, auf welche aber der Pfeil zurückfliegt, so geht es auch in Deutschland den Verächtern der Vernunft und der Wahrheit, welche der Sozialdemokratie Mord- und andere Schandthaten aufzuhalsen versuchen.

— Russischer Fanatismus. Am 15. April traf die Mobilisirungsordre auch in dem russischen Grenzstädtchen Tauroggen ein. Die Truppen, und besonders die Kosacken, benahmen sich, als wenn sie von der Tarantel gestochen wären. Die preußische Grenze soll gänzlich von russischen Truppen entblößt werden — eine sehr bezeichnende Maßnahme. Der „Enthusiasmus", gesteigert durch den Schnaps, den die schon ausgegebenen Kriegs-Rationen in größeren Portionen brachte, wurde besonders bei den Kosacken für die Einwohner sehr bedrohlich, die den Wunsch aussprachen, daß die vom Kriegstaumel Ergriffenen bald ausmarschiren möchten, da man sonst im russischen Norden selbst direkt etwas vom Türkenkriege verspüren möchte. Die russische Bevölkerung also ist bange vor den eigenen Soldaten — schöne Civilisation!

— Seit Anfang dieses Monats erscheint in Berlin ein neues Arbeiterblatt: „Allgemeine Tapezierer-Zeitung", Organ der Tapezierer und Fachgenossen. Das Blatt wird in der Allgemeinen Assoziations-Buchdruckerei in Berlin gedruckt, erscheint monatlich zweimal und kostet 50 Pf. pro Quartal.

---

n. Berlin, 23. April.

Seit Sonnabend tobt die „große Zollschlacht". Zur Berathung steht der Regierungsentwurf zur Erhebung einer Ausgleichsabgabe (auf Eisen- und Stahlwaaren). Der Entwurf, welcher ein Compromiß zwischen Schutzzoll und Freihandel ist, wurde in längeren Reden von den Ministern Achenbach und Camphausen befürwortet, von dem Geschäftspolitiker Richter und dem Mordspatrioten Treitschke auf's lebhafteste bekämpft, weil damit die schiefe Ebene betreten sei, auf welcher man in den Abgrund des Schutzzolls rolle. (Herr Richter machte bei dieser Gelegenheit das interessante Geständniß, wenn der Reichstag sich zu einer reinen Interessenvertretung gestalte und das Feldgeschrei lauten sollte: Hie Agrarier, hie Großindustrielle, dann würde er — der edle Ritter Eugen — sich zu den Agrariern schlagen. Wenn die Agrarier anfangen, regierungsfähig zu werden, dann würde man, ein Finanzminister in spe, natürlich den Agrariern Kußhändchen zuwerfen. Es geht nichts über's „Prinzip" — Geschäfte zu machen!) Herr Löwe, der unter die Schutzzöllner gelaufene Fortschritts-Pudel, griff die Regierungsvorlage vom entgegengesetzten Standpunkt aus an: es sei blos ein Tropfen auf den heißen Stein des furchtbaren Nothstandes, der die Eisenindustrie beherrsche. Die Regierung sei um so mehr verpflichtet, diesen Industriezweig zu unterstützen, als sich derselbe in der Gründer- und Schwindelperiode von allen Gründereien und Schwindeleien frei gehalten habe — eine kühne Behauptung. Nun, dem Mann, der jetzt öffentlich die Staatshilfe für die Kapitalisten fordert, nachdem er Jahre lang auf's heftigste die Staatshilfe für die Arbeiter bekämpft, überhaupt jegliche Staatshilfe verworfen hatte, kann es allerdings nicht an Kühnheit fehlen. Erwähnt sei noch, daß die Herren Löwe und Treitschke, um ihren unschmackhaften Kohl zu würzen, ad libitum Franzosen abschlachteten und mitkochten (s. Leitartikel). Heut sprach zunächst der Conservative Wedell-Malchow, der als Agrarier gegen den Schutzzoll zu Gunsten der Großindustrie sprach. Dann eine dreiviertelstündige Rede Windthorst's (witzig und verklausulirt für Schutzzoll) und eine anderthalbstündige Bamberger's (witzig sein sollend und rückhaltlos für Freihandel). Herr Bamberger warf der Regierung Inkonsequenz, ein Verlassen der bisher betretenen Bahn vor, und wurde dafür von den Herren Hofmann (Präsident des Reichskanzleramts) und Camphausen ziemlich unsanft abgekanzelt. Herr Hofmann meinte, die Regierung habe nie eine andere wirthschaftliche Politik gehabt, als gegenwärtig, sie sei noch immer für den Freihandel, sie könne sich aber nicht thörichter Prinzipienreiterei schuldig machen. Herr Bamberger mag nun darüber nachdenken, wo die freihändlerische Prinzipienreiterei anfängt und wo sie aufhört. Ordentlich derb wurde Herr Camphausen, der auf einige Anspielungen Bamberger's auf den Rücktritt Delbrück's schroff antwortete, er (Camphausen) finde es nicht in der Ordnung, daß man Vergleiche anstelle zwischen Beamten, die so glücklich seien, die Last der Geschäfte abgeschüttelt zu haben, und solchen Beamten, welche in dieser Zeit schwerer Krisis es für ihre Pflicht gehalten hätten, die Last der Geschäfte nicht abzuschütteln. Wenn er (Camphausen) wolle, könne er genau sagen, welche Stellung Herr Delbrück zu dem Regierungsentwurf einnehme, inwiefern er ihn billige und inwiefern nicht, aber er wolle es nicht sagen, weil — es nicht anständig sei, einen nicht Anwesenden in die Debatte zu ziehen. Herr Bamberger schien mit der Camphausen'schen „Expektoration" (wie er selbst es nannte) nicht sonderlich zufrieden zu sein, und auch Herr Delbrück dürfte die Nase etwas rümpfen.

Nachdem der Kelch einer abgelesenen Rede des Elsässers Jaunez (ob sie gegen das Gesetz, war nicht zu ermitteln) und einer abgeschnatterten „Causerie" des faunisch lächelnden Unruh (dem man seine bekannten Sittlichkeitsstudien sehr deutlich anmerkt) von dem unglücklichen Hause bis zur Neige geleert und ein Valentin'scher Schlußantrag von dem Bureau abgewinkt worden war, erhielt Bracke das Wort und präzisirte, im Einklang mit dem bekannten Beschluß des Gothaer Congresses, die Stellung der Sozialdemokratie zu der Schutzzoll- und Freihandelsfrage, wobei es nicht ohne Streifzüge auf das Nothstandsgebiet abging.

Nicht in der Zollgesetzgebung, sondern in der heutigen Produktionsweise sei die Grundursache der herrschenden Calamität zu suchen. Das Gleichgewicht zwischen Produktion und Consumtion fehle — dadurch würden die Krisen erzeugt. Durch Herabsetzung der Löhne nach dem Camphausen-Achenbach'schen Rezept der darniederliegenden Industrie aufhelfen wollen, heiße das Pferd am Schwanz aufzäumen und verrathe vollkommene Unkenntniß der wirthschaftlichen Faktoren. Je niedriger die Löhne, desto geringer die Kaufkraft des Volks; und je geringer die Kaufkraft, desto schwächer der Absatz und folglich desto schlimmer die Lage der Industrie. Das englische Volk, welches die meisten Bedürfnisse und höchsten Löhne habe, beherrsche den Weltmarkt.

Der Schutzzöllner Kardorff, der zum Schluß zur Begründung eines, im Verein mit Löwe und Consorten gestellten Zusatzantrags zur Regierungsvorlage sprach, ließ einigen der Ausführungen Bracke's Gerechtigkeit widerfahren, und versetzte den Herren Freihändlern verschiedentliche wohlgezielte Hiebe. Hierauf lehnte der Reichstag fast einstimmig die Verweisung an eine Commission ab. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Die zweite Lesung des Ausgleichsgesetzes wird wohl Anfangs nächster Woche stattfinden. Die laufende Woche — Mittwoch ist Bußtag, Sitzung fällt aus — wird mit Etatberathungen ausgefüllt sein, die bis Montag (einschließlich) beendigt sein müssen, da der Etat am 1. Mai (Dienstag) festgestellt sein muß.

Morgen kommt die Zollfrage noch einmal zur Diskussion, anläßlich des Barnbüler'schen Antrags: „die Reichsregierung zu ersuchen: 1) kommissarisch die Produktions- und Absatzverhältnisse der deutschen Industrie und Landwirthschaft untersuchen zu lassen, 2) vor Beendigung dieser Untersuchung und Feststellung der sich aus derselben ergebenden Resultate, Handelsverträge nicht abzuschließen." Die dem Antrag beigegebenen Motive sind sehr reaktionär, gegen den Antrag selbst aber im Grunde nichts einzuwenden.

Da die morgige Tagesordnung eine sehr reichhaltige ist, so sollen zwei Sitzungen gehalten werden. Die Aussicht auf Abendsitzungen ist den Herren Reichsboten keine angenehme, indeß wenn die Session nicht bis in den Sommer hinein ausgedehnt werden soll, müssen sie in den sauern Apfel beißen.

Correspondenzen.

Paris, 19. April. Während sich die liberalen Republikaner mit den klerikalen Monarchisten zanken, haben die Arbeiter Frankreichs in aller Stille den Grundstein zu einem soliden und schönen Bau gelegt. Der Congreß der Bäckergehilfen, der in den letzten drei Tagen im Saale der Rue d'Arras tagte und zu einer dauernden Organisation der Arbeiter dieser Branche geführt hat, ist nämlich nur der erste Schritt auf diesem Wege. Binnen kurzem werden weitere Fachverbände gegründet werden. Damit betritt das französische Proletariat, nachdem es sich durch die, wenn auch besiegte Commune das republikanische Staatsprinzip und das allgemeine Stimmrecht gesichert hat, mit ungebeugtem Muthe die Bahn, auf der ihm die englischen und deutschen Arbeiter vorangegangen sind. Die Verhandlungen und Beschlüsse des Bäcker-Congresses erinnern lebhaft an den ersten Congreß der deutschen Bäckergehilfen, der 1868 in Berlin stattfand. Dieselben Beschwerden, dieselben Forderungen, nur detaillirter. Beweis, wie der soziale Kampf keine „Erbfeinde" kennt. Mehrere Delegirte zeigten große Redegewandtheit und organisatorisches Talent. Man hatte bisher die Bäcker für hinter anderen Gewerben an Intelligenz zurückstehend gehalten, und nun marschiren sie gar an der Spitze. Bemerkenswerth ist die Einstimmigkeit, mit welcher die Gehilfen die Abschaffung der Nachtarbeit fordern. Als die Commune die Nachtarbeit der Bäcker untersagte, da behaupteten die Organe der Versailler, die Bäckergehilfen protestirten gegen diesen „Willkürakt". Man sieht es jetzt, wie sie protestiren. Sie wollen zunächst den Versuch machen, durch Selbsthilfe, d. h. Coalition, Verhandlung mit den Meistern, Appell an das konsumirende Publikum und eventuell durch Strikes die Nachtarbeit abzuschaffen. Mögen sie es versuchen! Wenn es ihnen gelingt, um so besser, dann braucht man kein Gesetz zu erlassen. Scheitern ihre Bemühungen aber, wie es wahrscheinlich ist, nun, so werden sie bei ihrem nächsten Congreß, der in drei Jahren stattfinden soll, auf unserem deutschen Standpunkte angelangt sein.

Die französischen Arbeiter sagen dies selbst und schämen sich keineswegs, unsere Bewegung oft als ihr Vorbild und Muster hinzustellen. Die deutsche Chauvinistenpresse, z. B. die „Offenbacher Zeitung", denkt doch gar zu gering von dem Verstand der französischen Sozialisten, wenn sie denselben, neben „Wahnwitz", „verbrecherischen Trieben" und „cerebralen Veitstänzen", die aber „durch den Patriotismus geregelt und gemäßigt werden", auch den bornirtesten Nationaldünkel und „bestialischen Haß des Deutschen" leiht. Das ist zuviel des Guten auf ein Mal. Es würde zu weitläufig sein, alle Unrichtigkeiten, die das genannte Blatt in einem Artikel aufgehäuft hat, einzeln zu widerlegen. Wie wenig unterrichtet der betreffende Artikelschreiber über den von ihm behandelten Gegenstand ist, kann man daraus ersehen, daß er den „Peuple" (der Offenbacher Gelehrte schreibt „Peuble"!) für ein „sozialistisches Volksblatt" hält. Der „Peuple" gehört Floquet, einem Freunde Gambetta's, und ist so sozialistisch wie Gambetta. Ob wohl dieses Blatt die Idee hegen kann, „die rothe Fahne in Paris aufzupflanzen, damit die Barbarei ihr Zerstörungswerk vollende"?

Herr Guyot hat bereits selbst festgestellt, daß er keineswegs auf dem Bankett der unterdrückten „Droits de l'Homme" die französische Regierung wegen der auch an Deutschland geschickten Einladung zur Weltausstellung getadelt hat. Also dies Hauptargument des ebenso höflichen als kaltblütigen Polemikers ist ganz und gar unter den Injurien verschwunden, aus denen es stolz hervorgeragt hatte. Nicht besser verhält es sich mit dem groben Sprachschnitzer, denn die Depesche ist gar nicht wörtlich vorgelesen worden. Einer der Redakteure der „Droits de l'Homme" hatte sich den wesentlichen Inhalt der zu Ehren des mißhandelten Blattes eingelaufenen Begrüßungsdepeschen auf einem großen Bogen notirt und so der Reihe nach der Festversammlung mitgetheilt. Der „grobe Sprachschnitzer" käme also, wenn er existirte, auf Rechnung des französischen Journalisten. Vielleicht ist der Offenbacher Gelehrte, wenn ihm der Schmerz über die Wahlsiege der Sozialdemokraten das deutsche Reich verleidet, erbötig, den Redakteuren der Pariser Presse Unterricht in ihrer Muttersprache zu geben? An der nöthigen — Selbstachtung zu einem solchen Unternehmen scheint es ihm nicht zu fehlen.

Wie die französischen Sozialisten über ihre deutschen Parteigenossen denken, das haben sie bei jeder Gelegenheit gesagt, und ich brauche nur anzuführen, wie sich die „Droits de l'Homme" am 17. Januar d. J. ausdrückten, als die Nachrichten von unseren großen Wahlsiegen eintrafen:

„Der Moniteur der Zweckmäßigkeitspolitik", bemerkt das genannte Blatt zu einem süßsauren Artikel der Gambetta'schen „Republique française", „ist entsetzt, und mit Recht, über die Fortschritte des überrheinischen Sozialismus auf politischem Gebiete. Diese Arbeiter da, die ‚sich selbst helfen' wollen und deren Wahlkampf jedesmal ein Wahlsieg wird, die in sechs Jahren von 60,000 Stimmen auf über eine halbe Million gekommen sind, bilden das gefährlichste Beispiel für die französischen

---

ältere „Dame" hatte als erfahrene Gelegenheitsmacherin die beiden Schwestern dazu verlockt, heimliche Stelldicheins mit reichen jungen Leuten anzunehmen, mit deren Hilfe der Aufwand einer luxuriösen Toilette bestritten werden konnte. Bei einer dieser Zusammenkünfte, die stattfanden, während der arglose Vater seine Töchter im Concert oder im Theater wähnte, geschah es, daß dem betreffenden jungen Manne der Ring entwendet wurde, der nun die ganze Geschichte aufdeckte.

— Die Redaktion des „Vorwärts" erhielt folgende Zusendung:

„Leipzig, den 21. April.

Mit Bezug auf den wiederholt ausgesprochenen Wunsch des hiesigen Tageblattes, welches eine Petition befürwortet für Einführung der Prügelstrafe, empfehlen sich vielleicht folgende Reimlein:

Strafe muß sein (Leipziger Tageblatt Nr. 110, 111).

O Mecklenburg, o Mecklenburg,
Bald bist du übertroffen,
Bei dir haut man die Leute durch,
Wir haben's noch zu hoffen. —

D'rum klein Paris, mein klein Paris,
Auf, auf! — Petitioniren —
Dir winkt das Glück, das ist gewiß,
Du mußt ja reussiren.

O Reichstag! Leipzig bittet d'rum,
Verhilf uns — Gottverdanzig —
Dem hochgeehrten Publikum
Zu manchmal „fünfundzwanzig".

Eine eingehende Beleuchtung der angeregten Frage wäre wohl zu wünschen und auch der Verfasser dieses wäre gern geneigt, sein Scherflein dazu beizutragen. Leider ist derselbe aber nur in der Lage, gegen Zusicherung des strengsten Redaktionsgeheimnisses und unter Bedingung der Vernichtung seiner Manuskripte mitzuarbeiten an dem Werke, welches ein „Vorwärts" unserer heutigen sozialen Bestrebungen will.

Mit hochachtungsvollem
Ein Anonymer. Weil — er muß."

Dem Einsender sagen wir im voraus Dank für seine „Scherflein" und geben ihm das selbstverständliche Versprechen, das Redaktionsgeheimniß streng zu wahren. Deshalb ohne Furcht und immerzu mitgearbeitet an dem Erlösungswerk der Menschheit.

— Richter's Eroberungen. Die zwölf- bis vierzehnjährigen Zöglinge einer höheren Töchterschule in Hagen hatten sich in Folge der Reichstagswahlen in zwei politische Parteien gespalten, und jede hoffte ihren Candidaten durchzubringen. Ein Lehrer wird gefragt, wer von beiden die meisten Chancen habe. Als er seine Meinung ausgesprochen, zischt der eine Haufe den andern aus, worauf die beleidigte Parteiführerin ihrer größten Gegnerin zuruft: „Ich weiß wohl, weßhalb Du für den bist, der ist noch „Junggeselle." — Der edle Eugen kann recht stolz auf seine Eroberungen sein; macht er keine in den parlamentarischen Kämpfen, so kann er sich mit den Eroberungen von Backfischen trösten.

— Das Communegesetz, welches den höchsten Gehalt der Beamten auf 6000 Francs = 4800 Mark jährlich festsetzte, lautet wie folgt:

La Commune de Paris,

Considérant:

Que jusqu' à ce jour les emplois supérieurs des services publics, par les appointements élevés qui leur ont été attribués, ont été recherchés et accordés comme places de faveur;

Considérant:

Que, dans une république réellement démocratique, il ne peut y avoir ni sinécure, ni exagération de traitement;

Décrète:

Article unique. Le maximum de traitement des employés aux divers services communaux est fixé à six mille francs par an.

Hôtel de ville, 2. avril 1871.

La Commune de Paris.

Zu Deutsch:

Die Pariser Commune,

In Anbetracht:

daß die höheren Staatsämter bisher wegen der damit verbundenen hohen Gehälter nach Gunst erstrebt und vertheilt wurden;

In Anbetracht:

daß es in einer wahrhaft demokratischen Republik weder Sinecuren noch übertriebene Gehälter geben darf;

Beschließt:

Einziger Artikel. Das Maximum der Besoldung in den verschiedenen Aemtern der Commune wird auf sechstausend Francs jährlich festgesetzt.

Stadthaus, den 2. April 1871.

Die Pariser Commune.

Arbeiter. Und die Letzteren brauchen nur, belehrt durch die Erfahrung ihrer nordischen Brüder, kühn die Bahn zu betreten, an deren Ende ihre Interessen eine wirkliche, wahre Vertretung finden, was wird dann aus Herrn Gambetta und Consorten, den Politikern von Profession, die alsdann auf die wenig verlockende Rolle eines Generalstabs ohne Armee reduzirt sind?"

So verachten uns die französischen Sozialisten!

In einem andern Artikel, der zwei Tage zuvor in dem gleichen Blatte erschienen war und die Ueberschrift „Eine Lektion" trägt, heißt es u. A. folgendermaßen (die deutsche „Preßfreiheit" gestattet leider nicht, den ganzen Artikel abzudrucken; wenn ihn aber die „Offenbacher Zeitung" aufnehmen will, um zu zeigen, wie tief der französische Arbeiter den deutschen haßt und verachtet, so steht er ihr zu Diensten):

„Die Wahlen, die in Deutschland stattgefunden haben, sind geeignet, die französische Demokratie anzuspornen und zu beschämen, die sich um mehrere Längen überholt sieht, wenn nicht von ihren Zündnadelsiegern von vor sechs Jahren, so doch von dem wahrhaften deutschen Volk, das die Moltkes, Manteuffels und andere .... ebenso wenig repräsentiren, als uns die Saint-Arnauds, Vinoys und Canroberts † im Jahre 1852 repräsentirten ....

„Als Paris, das Paris vom 18. März, das Paris der sozialen Revolution fiel und die vielfarbige Reaktion, die Erschießungen durch die Verleumdung ergänzend, ihre Opfer zu schänden suchte, da wagten es Bebel, Liebknecht und ihre Parteigenossen, offen das Pariser Proletariat zu vertheidigen. Ihre Stimme erhob sich im Reichstag wie eine herrliche Protestation gegen das Leichentuch von Koth, in das ein Jules Favre die kommunalistische Bewegung einzuhüllen versuchte. Im Namen der Arbeiter von jenseits des Rheins sandten sie damals einen sympathischen Gruß an die französischen Arbeiter, die in ihrem Versuch, sich zu emanzipiren, wieder einmal verrathen waren.

„Und seitdem, ohne sich durch die Orgie der Unterdrückung einschüchtern zu lassen, deren Gegenstand sie selbst seitens der gegen ihr Agitations- und Organisationswerk vereinten Reaktion wurden, und trotz der Beschlagnahme ihrer Blätter, der Auflösung ihrer Vereine, der Verhaftungen und Verurtheilungen, die jeden ihrer Schritte begleiteten, hielten sie die Fahne der sozialen Rückforderung hoch und trugen sie von Stadt zu Stadt, von Werkstätte zu Werkstätte ...."

So schrieben die „Menschenrechte" vierzehn Tage vor ihrem Jahresbankett, zu welchem der „Vorwärts" — mit Erlaubniß der „Offenbacher Zeitung" — allerdings zu Gaste geladen war, wenigstens in der Person seines Correspondenten. Deutsche waren da friedlich mit Franzosen, Spaniern, Italienern, Russen, Polen 2c. vereinigt, und wenn der Artikelschreiber der „Offenbacher Zeitung" wüßte, was wir uns gegenseitig wünschten, so würde er Stoff zu zwanzig „traurigen Aktenstücken nationaler Verirrung" haben. Wie tief kann doch der Mensch sinken, wenn sich seine „verbrecherischen Triebe" geltend machen, zumal in dem „radikalen Mekka", vor welchem sich das kaisertreue Gemüth der Offenbacherin bekreuzigt!

Herr Jules Simon hat offenbar die „Droits de l'Homme" weniger patriotisch gefunden, als der gelehrte Säbelfritze von Offenbach, und hat ihnen etwas mehr Selbstachtung beibringen wollen, indem er sie mittels irgend eines Tessendorfs unterdrückte. Aber er hat kein Glück damit gehabt. Schon nach wenigen Tagen erschien der „Radical", von denselben Journalisten redigirt, und da dieses Blatt manchem Sozialisten noch zu sanft vorkam, wurde bald darauf ein noch entschiedeneres, die „Marseillaise", gegründet, der morgen schon die „Laterne" auf dem Fuße folgt, ebenfalls „ultraradikal" und „bestialisch". Wenn aber die „Offenbacher Zeitung" meint, damit sei die Serie der „sozialistischen Verirrungen" erschöpft, so irrt sie bedeutend; es kündigt sich bereit ein kommunistisches Blatt an.

Alle diese Organe des französischen Proletariats aber zeigen — zum Schmerze der „Offenbacher Zeitung" müssen wir es konstatiren — den gleichen „Mangel an Selbstachtung", den gleichen „verdunkelten Patriotismus", die deutschen Sozialisten als Brüder anzusehen, und zwar als ältere Brüder, von denen man etwas lernen kann. Sie sind darin sogar eher zu bescheiden und übersehen, wie viel wir von ihnen zu lernen haben.

Carl Hirsch.

Berlin. Die „Berliner Freie Presse" bringt über die Ungültigkeitserklärung der Hasenclever'schen Wahl folgenden schneidigen Bericht: „Ein parlamentarischer Meuchelmord. Es ist schon etwas Gewöhnliches, daß unsere Abgeordneten im Reichstag valentinirt werden, wenn man sie in der maßlosesten Weise verleumdet und beschimpft hat; daß aber ein sozialistisches Mitglied des Reichstags gemeuchelt wurde, ist das jüngste Verdienst der Fortschrittspartei. Man erinnert sich noch des Schreckens, der am Abend des 10. Januar in die Glieder der hiesigen Fortschreiter gefahren war, als es sich herausstellte, daß sie in 2 Berliner Wahlkreisen völlig geschlagen und in 3 anderen nicht im Stande waren, die bis dahin innegehabte Position zu behaupten und man durfte darauf gefaßt sein, daß die saubere „Ring"-Partei vor keinem Mittel zurückschrecken werde, aus dem erlittenen Schiffbruche zu retten, was möglich ist. Im 4. Berliner Wahltreise war die auf den sozialistischen Candidaten entfallene Majorität eine solch' erdrückende, daß sich der Fortschritt heulend und fluchend von dannen trollte, im 6. Wahlkreis dagegen hatte der Sozialist Hasenclever nur 21 Stimmen über die absolute Majorität erlangt —; da konnte etwas „gemacht" werden. „Zufälliger Weise" (man lache nicht!) waren die Stimmlisten von einigen Häusern verheftet worden; die Arbeiter, welche darauf verzeichnet waren, konnten nicht wählen; die Hausbesitzer und sonstigen Satten aber hatten gute Nasen, kamen in Folge dessen gleich dahinter, wo die verhefteten Listen steckten und wählten daher in dem betreffenden Lokale. Solchermaßen waren so und so viele sozialistische Stimmen unterdrückt worden und der Fortschritt war zu seinem „Rechte" gelangt. Vor der Wahl und am Wahltage selbst sagten die Leutchen darüber keine Silbe, weil ihnen die „Schiebung" gewiß prächtig in den Kram paßte; nach der Wahl aber — hm! da mußte dieses Vorkommniß den Strohhalm bilden, an den sich der ertrinkende „Fortschritt" anklammern wollte. Es mußte ein Wahlprotest losgelassen werden. Aber wer sollte denselben unterschreiben? Etwa die in den fraglichen Häusern wohnenden Fortschrittler? Die hatten ja gewählt. Oder die zu Schaden gekommenen Sozialisten? Denen konnte es doch nicht im Schlafe einfallen, gegen eine Wahl zu protestiren, die zum Siege ihrer Partei geführt. Es blieb also nur noch der Schwindel, der gemeinste Bauernfang übrig, also ein Gebiet, auf welchem allerdings der „Fortschritt" seit jeher sich mit Vorliebe bewegte. Ein Schriftstück wurde von irgend einem „Ring"-Bruder angefertigt und die Hauswirthe gaben sich alle erdenkliche Mühe, Unterschriften für dasselbe zu erschleichen und hatten damit auch einigen Erfolg. Theils unterzeichneten Frauen und Töchter, theils auch Wahlberechtigte selbst, weil man ihnen vorschwindelte, es handele sich nur um eine Ahndung der obgedachten Listenverheftung. Endlich wurde nun das Schreiben als „Wahlprotest" eingereicht und damit ein offenbarer Betrug verübt, ein Betrug (Erschleichung von Unterschriften unter falschen Vorspiegelungen), der unter anderen Umständen ohne allen Zweifel zur criminellen Bestrafung der Betrüger führen müßte. Hier aber trat dieses nicht nur nicht ein, sondern der Reichstag hat sich nicht geschämt, dem frechen Betruge auch noch einen legalen Stempel aufzudrücken. — Es ist constatirt worden, daß mindestens 21 und höchstens 27 Wähler von der Urne gewiesen wurden, weil in dem betreffenden Wahllokale die Listen, in denen ihre Namen standen, nicht vorhanden waren; es ist aber auch ferner constatirt worden, daß 13 Personen von diesen Zurückgewiesenen im anderen Wahllokale, wo die Listen fälschlich auslagen, thatsächlich abgestimmt hatten, so daß also nur noch 8 bis höchstens 14 Personen übrig blieben, die wirklich um ihr Wahlrecht gekommen sind, (alle diese Leute hatten indeß die Absicht, für Hasenclever zu stimmen); endlich ist constatirt worden, daß, wenn man auch diese 8—14 Stimmen der Gesammtzahl aller abgegebenen Stimmen hinzurechne, für Hasenclever immer noch eine Majorität von 10 eventuell von 7 Stimmen übrig bliebe, und daß mithin dessen Mandat unanfechtbar sei. Der Reichstag aber nahm sich unter dem vergeblichen Widerspruch der Sozialisten, die Fr—eiheit, auch diejenigen Wahlberechtigten von der mehrerwähnten Liste in Betracht zu ziehen, die notorisch gar nicht wählen wollten. Hätte er diesen unerhörten Kniff nicht in Anwendung gebracht, so wäre es absolut unmöglich gewesen, Hasenclever's Wahl zu kassiren. Denn der Vorwand, daß die vorgekommene Ungehörigkeit an sich zur Kassirung des Hasenclever'schen Mandats hinreiche, nahm sich geradezu lächerlich aus, da die ganze Praxis, welche bisher im Reichstag in solchen Angelegenheiten geübt wurde, darauf hinauslief, vorgekommene Unregelmäßigkeiten nur insoweit in Betracht zu ziehen, als dadurch die absolute Majorität, welche der Gewählte erlangt hatte, alterirt wurde. Aus Alledem ergiebt sich, daß Hasenclever einfach gemeuchelt worden ist. Und der parlamentarische Dolchstich, der gegen ihn geführt wurde, hat natürlich auch seine Wähler getroffen. — Da nun aber Gewalt vor Recht geht, kann man sich mit diesem Brutalitätsakte an sich weiter nicht beschäftigen, zumal damit nur unnützerweise Zeit versäumt würde; und Zeit kann und darf jetzt nicht versäumt werden. Jetzt gilt es einfach, sich zu einer neuen Wahlschlacht zu rüsten. Sind unsere Genossen gehörig auf dem Damme, dann wird es ein Leichtes sein, der Partei des Schwindels eine neue Niederlage zu bereiten.

Nonneburg. Den 11. ds. Mts. fand hier wiederum eine sehr stark besuchte Versammlung statt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung referirte Herr Fr. Klute und wurde das Thema: Unsere Schulen und die wahre Volksbildung in ¾stündiger trefflicher Rede von demselben erledigt. Nach Beendigung des Referats meldete sich Herr Schuldirektor Rudolph zum Wort, um seine Freude über den herrlichen Vortrag, wie er sich ausdrückte, auszusprechen. Er stimme im Großen und Ganzen mit Klute überein, nur müsse der Religionsunterricht nicht aus der Schule verbannt werden, derselbe sei als Grundlage im Unglück ein schöner Gesangvers Trost und Linderung. Da der Herr sonst ziemlich mit Klute übereinstimmte, und auch erklärte, daß der Staat für Volksbildung zu wenig leiste, so wurde demselben auch verdienter Beifall zu Theil.

Hierauf ergriff Herr Schullehrer Vogt das Wort, um zum wiederholten Male, wie in früheren Versammlungen seine Ansichten für Sedansfeste, sowie überhaupt für heilige Kriege zum Besten zu geben. Unter dem Hohngelächter der Versammelten verließ der Herr Lehrer den Saal. Die Replik Klute's war kurz und kräftig, indem er Herrn Vogt bedeutete, daß er immerhin die Schlachtfeste feiern solle, nur möge er die Kinder damit verschonen. Im Uebrigen möge man in der Schule als Patrioten die Gedenktage von Schiller, Goethe, Fichte, Lassalle sowie anderer deutscher Geistesheroen feiern und nicht Tage verherrlichen, die unsägliches Leid und Tod über Tausende und aber Tausende gebracht haben. — Nach Erledigung des ersten Punktes erhielt Herr Schellenberg aus Schmölln das Wort, um über seine Thätigkeit im Altenburger Landtag zu berichten. Unter lebhaftem Beifall legte unser Parteigenosse der Versammlung klar, wie er stets für die Interessen des arbeitenden Volkes eigetreten, und obgleich als Sozialist allein im Landtag, doch nie einen Fingerbreit vom Prinzip abgewichen. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution, die die Wiederwahl des Hrn. Schellenberg emfahl, einstimmig angenommen. Auch diese Versammlung hat besonders viel für die Verbreitung unserer Ideen gewirkt.

An die Parteigenossen der ersten acht sächsischen Wahlkreise.

Die Reichstagswahl ist schon eine geraume Zeit verflossen, und ist seitdem die Agitation wenig betrieben worden, dies hatte aber seinen Grund zumeist darin, daß wir innere Angelegenheiten zu regeln hatten. Weiter fehlte es auch an agitatorischen Kräften, da Kayser gleich nach der Wahl eine achtwöchentliche Gefängnißstrafe antreten mußte. Der Kalamität sind wir jetzt überhoben, weil uns mehr Kräfte zur Verfügung stehen und Kayser besonders agitiren wird. Um nun eine planmäßige Agitation zu betreiben, haben wir ein Comité gebildet, welches die Agitation leitet und es sich zur Aufgabe gestellt hat, für die weiteste Verbreitung der Ideen des Sozialismus zu wirken. Es ergeht daher an alle Genossen nach auswärts das Ersuchen, Versammlungen anzuberaumen, und bei Bedarf von Referenten sich mindestens acht Tage zuvor nur an Unterzeichneten wenden zu wollen. Im anderen Falle können wir nicht dafür bürgen, daß allen Aufträgen genügt wird.

Dresden, den 23. April.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: R. Tröger, Gr. Schießgasse 7/IV.

An die Schuhmachergehilfen Deutschlands.

In der Herz'schen Schuhwaarenfabrik hierselbst sind uns vor kurzer Zeit 20—21 Proz. am Lohne gekürzt worden. Als nun gar noch die Arbeitszeit verlängert werden sollte und auch noch ein abermaliger Lohnabzug in Aussicht gestellt wurde, sahen wir uns genöthigt, die Arbeit zu kündigen. Dieses zur Beachtung für die Collegen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 19. April.

Sämmtliche Aufzwicker der Herz'schen Schuhwaarenfabrik.

Die Parteiblätter werden um Abdruck der obigen Mittheilung gebeten.

Die Parteigenossen des 23. sächsischen Wahlkreises werden ersucht, in Betreff der Vertretung zum Congreß mit dem Unterzeichneten in Meinungsaustausch zu treten und namentlich wird gebeten, sich darüber auszulassen, ob eine gemeinsame Vertretung für den ganzen Kreis zweckmäßig sei. Aus pekuniären Gründen ist Plauen nicht im Stande, für sich allein einen Vertreter auf den Congreß zu senden.

Plauen. **Franz Rudolph**, Gartenstraße.

Aufforderung.

Nachfolgende Personen werden hiermit aufgefordert, ihre Angelegenheit mit der Expedition ungesäumt zu ordnen, dafern nicht Vorlage an den Congreß erfolgen soll:

Joh. Georg Güth in Meiningen; Carl Salomon für die Parteigenossen in Fraureuth; A. Stölle in Göttingen; der Vorstand des Arbeitervereins Neuschönefeld; Chr. F. Künzel in Weida; Sandmann in Dessau; Albrecht in Neuschönefeld; Knobloch daselbst; Baumann, Schneider, jetzt Prediger der apostolischen Gemeinde daselbst; C. Demmler in Geyer; Vorstand des Arbeitervereins Brünn; Adolph Schrodt, Schreiner, in Bayreuth; A. Reichel, Colporteur, in Troppau (Aufenthalt zur Zeit unbekannt!); R. Schneeweiß in Uelzen; W. Tausche in Theresienstadt. (Forts. f.)

Vertrauensleute und Agenten werden um Vermittelung gebeten.

---

n. **Berlin**, 24. April.

(Nachschrift.) Die geforderten 105 neuen Hauptmannsstellen riefen bei Berathung des Militäretats eine längere Debatte hervor, in welcher Graf Moltke, seinem geflügelten Worte getreu, daß wir 50 Jahre gerüstet stehen müssen, um das zu schützen, was wir in einem kurzen Kriege errungen, die Forderung der Regierung warm unterstützte. Er sagte, daß die Zeiten einen längeren Frieden nicht hoffen ließen, jeder Staat müsse alle Kräfte zur Sicherung seiner Existenz anspannen — das leidige Mißtrauen der Regierungen gegen einander bedinge dies; Frankreich stehe gut gerüstet da, man dürfe demselben nicht nachstehen, und den französischen Rüstungen gegenüber Vorkehrungen treffen. Die 105 Hauptmannsstellen wurden gegen die Stimmen der Sozialisten, der Demokraten, des Centrums, der Elsässer, Polen und der Fortschrittspartei angenommen. Näherer Bericht folgt.

Briefkasten

der Redaktion. Herr P. Köhler wird ersucht, Herrn H. Pilster in Iserlohn seine Adresse anzugeben. — W. St. in Nürnberg: Ihre Petition ist an den Parteivorstand abgesandt worden.

der Expedition. Riedel, Halle: Beinahe in jeder Nr. steht an der Spitze der Annoncen die Bekanntmachung, zu welcher Zeit die Annoncen in unsern Händen sein müssen, wenn sie für die folgende Nr. Aufnahme finden sollen. Statt Montag Vormittags erhielten wir Ihre Annonce für die Mittwochsnummer erst Dienstag, mithin um 24 Stunden zu spät. — Heene Haßloch: Für die Mittwochsnummer zu spät. — Joh. Pfäfer in Joh . . thal: Wenden Sie sich an die Antiquariatsbuchhandlung K. F. Köhler, Poststr. Leipzig. — Stepanoff Brüssel: „Vorwärts" wird an Bertrand abgesandt. Gruß. — C. Ammann Biesenberg: Senden Sie 1. 15 kr. östr. W. für Abonnement bis Ende Juni a. c.; Nr. 29 folgt.

Quittung. Lhmnn hier Ab. 1,40. Grbnstn Lindenau Ab. 87,40, Schr. 6,00. Sängerchor Hannover Ann. 0,20. Schubnbch Brunndöbra Ab. 2,20. Holzarbeitergewerkschaft hier Ann. 6,60. S. Lstnbrgr Bern Schr. 17,00. Gsr hier Ann. 1,20. Mhnr hier Ann. 1,50. Schlag Wintersdorf Ab. 2,20. Bsch hier Ab. 2,40. R. Wsmr Anina Ab. 17,34. C. Grlnbrgr Nürnberg Ab. 120,00. Kchl Chemnitz Schr. 1,00. Smn Coburg Ab. 4,00, Schr. 5,35. Br Carlsruhe Schr. 1,50. Dr. Hngr Rybnik Ab. 3,45. Hn Haßloch Ann. 0,60. Rbgr Halle Ann. 0,50. H. Lgs Hannover Ann. 1,40. Engl Reudnitz Ab. 1,40. Krpschmr Dortmund Schr. 4,50. Ems Mittweida Schr. 8,00. Ku Reutlingen Ab. 15,00.

Fonds für Gemaßregelte.

Von Rebntsch Tannenberg 0,40.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter in Essen:

Vom Arbeiterv. Plagwitz b. O. 1,40.

Hannover. **Sozialdemokratischer Wahlverein.**

Sonnabend, den **28. April**, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. **Boge**, Mittelstraße Nr. 11:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Meister über das 2. Gebot. 70] (F168) **Der Vorsitzende.**

Halle a. S. **Metallarbeiter-Krankenkasse.**

Sämmtliche Mitglieder werden dringend ersucht, **Sonntag**, den **6. Mai**, Nachmittags 2 Uhr, zu einer

Vorstands-Wahl

zu erscheinen. [F. 160) [60

Karl Nette, Bevollmächtigter.

Halle a. S. Freitag, den 27. April, Abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Lic. Reinhard, Pastor aus Wörmlitz, über die Arbeiterfrage. **Riedel.**

Erscheinen Aller nothwendig. (F166) [50

Kiel. **Sonnabend**, den **28. April**, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten":

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Berathung über den diesjährigen Sozialisten-Congreß am 27. Mai in Gotha. [80

Zahlreiches Erscheinen muß stattfinden. (F. 182)

Chr. Stark.

Leipzig. **Metallarbeiter-Gewerkschaft.**

Sonnabend, den **28. April**, Abends 8 Uhr: **Versammlung.** Läubchenweg und Kurze Straße Ecke, Restauration von J. Menzel.

Tagesordnung: 1) Delegirten-Wahl zur Generalversammlung nach Gotha. 2) Berichterstattung der Commission über die neue Statutenvorlage. 3. Anträge. Zahlreiches Erscheinen unbedingt nothwendig.

R. Ludwig, Ben.

NB. **Sonnabend**, den **5. Mai: Hauptversammlung.** § 26 der Krankenkassen-Statuten tritt in Kraft. D. O. [90

Ein Arbeiter findet dauernde Beschäftigung bei Carl Heene, Schneider in Haßloch (Pfalz).

Parteigenossen sorgt für einen Mitkämpfer. [60

W. Gerhold.

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complett

ist wieder **versandtfertig** geworden, und wiederholen wir deren Empfehlung als Zierde jeder Bibliothek und **besonders geeignet zu Festgeschenken.**

Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. franco nur gegen baar. Für Porto sind 50 Pf. einzusenden.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit".

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Parteibezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".

Färberstr. 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ren Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Sorge.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Street.
London: Bandig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 50. Sonntag, 29. April. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat Mai u. Juni zu M. 1. 10. werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Taubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Kriegsfurie ist entfesselt,

sie ist losgelassen von dem Selbstherrscher aller Reußen, von dem milden „Väterchen" an der Newa, sie ist losgelassen, daß sie Mord und Brand und Vernichtung hintrage über fruchtbare Fluren, in stille Hütten und in friedliche Völker.

Blicken wir in die Zukunft nur wenige Wochen hinein so sehen wir weite Leichengefilde, auf welchen der verwundete Mensch aus Rußland und der verwundete Mensch aus der Türkei sich noch in grimmiger Wuth zerfleischen, „Mir" verbietet den Arbeitern ein und derselben Profession zwar, sich zu vereinigen, und nur der „milden Praxis", mit welcher die gegenwärtige Regierung Frankreichs dieses Gesetz handhabt, haben es die französischen Bäckergehilfen zu danken, daß sie überhaupt tagen durften — eine „Milde" freilich, die sofort in ihr Gegentheil umschlagen wird, wenn die durch den Bäckercongreß angeregte neue Bewegung der Regierung unbequem wird. Der Congreß tagte am 17. und 18. April; es wurde bestimmt, daß alle drei Jahre ein Congreß einberufen werden soll und ist als nächster Congreßort Marseille in Aussicht genommen. Zur Besserstellung der materiellen Lage der Bäckergehilfen wurde namentlich die Abschaffung der Nachtarbeit verlangt und die Gründung von Genossenschaftsbäckereien empfohlen; auch mit dem Unterstützungswesen beschäftigte sich der Congreß eingehend, und es wurde beschlossen, diesbezügliche Kassen ins Leben zu rufen. Die geistige Ausbildung der Fachgenossen soll dadurch gefördert werden, daß sich die Syndikatskammern der Arbeiter und der Prinzipale behufs der wissenschaftlichen Ermittelung aller Fragen der Chemie und Physik, die mit der Bäckerei zusammenhängen, verständigen; sie sollen sich überhaupt beschäftigen mit allen Kenntnissen, die einem tüchtigen Bäcker nothwendig sind. Alle diese Kenntnisse sollen in gewerblichen Vorträgen gelehrt werden, welche die Syndikatskammern für die Lehrlinge und Arbeiter veranstalten. Nach mehreren sehr beredten Ansprachen des Vorsitzenden und verschiedener Delegirten endete der Congreß am 18. April 6 Uhr Abends mit Hochrufen auf die sozialdemokratische Republik.

3. Diese Gewerks-Behörden bilden integrirende Bestandtheile des industriellen Departements des Staats.

4. Die Gewerks-Behörden besorgen vierteljährliche Berichte mit statistischen Zusammenstellungen über den Betrag der ausgeführten Arbeit, die Zahl der beschäftigten Leute, die erforderlichen Lehrlinge u. s. w.

5. Die Gewerks-Behörden haben fortgesetzt Entwürfe zu machen betreffs der Methoden, wie Arbeit und Material erspart werden, die Gefahr für Leib und Leben vermindert und die verderblichen Einflüsse auf die Gesundheit, die mehr oder weniger mit jedem Gewerbe verknüpft sind, vermieden werden können.

6. Jede Gewerks-Behörde sendet einen Delegirten in den Rath des Industrie-Departements des Staates.

(Schluß folgt.)

— In einem Bergwerke nahe Pontypridd in Süd-Wales waren kürzlich fünf Bergleute durch den Zusammensturz in einem Schacht in eine kleine Kammer eingeschlossen, aus welcher kein Ausweg möglich schien. Mächtige Fluthen bedrohten die unglücklichen Bergleute, ein Wall von Kohlen schloß sie ein, und Rettung schien über alle menschliche Kräfte zu gehen. Zu der Gefahr des Wassers und der Dicke der Kohlenwand gesellte sich die Gefahr des schädlichen Kohlengases, welches sich in dem Schacht entwickelte, und der selbst zu Zeiten die Sicherheitslampen auslöschte. Und dennoch wagten es sieben Bergleute trotz der augenscheinlichsten Lebensgefahr acht Tage und Nächte unablässig mit Picke und Axt zu arbeiten, um ihren Gefährten Rettung zu bringen. Das großartige Werk gelang. Die eingeschlossenen vier Männer und ein Junge wurden in fast wunderbarer Weise gerettet. Sie waren schon fast ganz erschöpft, da sie während der ganzen Zeit nichts zu essen gehabt hatten, als etwas Talg von ihren Lichtern, und um ihren Durst zu löschen, gab es nur das schmutzige Wasser der Mine. Hatten die Männer, welche zu ihrer Rettung sich erboten, einen Heroismus sonder Gleichen bewiesen, so muß man nicht minder die Zähigkeit der eingesperrten Bergleute bewundern, welche die ganze Zeit hindurch ihren Muth nicht verloren, sondern durch ihre Ruhe die besten Mittel zu ihrer Rettung angaben.

— Patriotische Gehirnerweichung. Ein Wunder hat sich ereignet — in den Spalten der liberalen Presse: Die Elsaß-Lothringer sind über Nacht zur Reichsfreundlichkeit bekehrt worden. Ihr glaubt's nicht? Die liberale Presse bringt den Beweis in Gestalt folgender Correspondenz aus St. Johann, d. d. 14. April: „Ein hiesiger Fabrikant, Hr. W., machte gestern eine kleine Reise nach Lothringen und kam in ein Bauernhaus, in einem Dorfe hinter Spichern. Diese Gegend war hier immer als fanatisch verrufen. Um so größer war die Ueberraschung des Hrn. W., als sein Blick auf eine Inschrift fiel, die von einem mit gemalten Blumen gebildeten Kranze umgeben, in einem Rahmen prangte. Diese Inschrift, das eigene Geistesprodukt des Lothringers, lautete:

Ich war Franzos von ganzer Seele
Und bin daheim bei Bitsch,
Bin nun ganz kreuzfidele,
Daß ich bin jetzt ein Dütsch.

Die hier nicht wiedergegebene orthographische Unrichtigkeit machte die Worte noch origineller. Rechts und links daneben hingen die Portraits des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl inmitten von Heiligenbildern aller Art. Man ersieht hieraus, daß auch bei den zahlreichen Lothringern die bessere Einsicht zum Durchbruche kommt."

Klassisch! Ein Lothringer macht ein paar schlechte Knittelverse; — in denen er sich als „kreuzfideler" „Dütscher" hinstellt — ergo sind alle Lothringer „kreuzfidele Dütsche". Und eine Frage: Wie viel Knittelverse obigen Genre's und obiger Güte bekommt man wohl für einen Reptilienthaler?

Die wirkliche Stimmung in Elsaß Lothringen betr. sei beiläufig erwähnt, daß das gewiß reichsfreundliche „Frankfurter Journal" die Reise des Kaisers in die „Reichslande" für nicht an der Zeit hält, weil die Volksstimmung noch eine dem Reich zu feindliche sei.

— Der Maler Louis David starb am 29. Dezember 1825 im Exil und wurde in Brüssel beerdigt. Der Kunstkritiker Charles Clement erläßt jetzt im Journal des Debats einen Aufruf, die Asche des berühmten Malers, „des Lehrers von Girodet, Guerin, Gerard, Leopold Robert und Ingres, dem Maler des Raubes der Sabinerinnen und des Todes von Sokrates", nach Paris zurückzuführen. Das Jahr 1875 wird allerdings zu dieser Ueberführung die geeigneten Elemente bieten. David's Exil gab bekanntlich Beranger zu einem seiner gelungensten Chansons Gelegenheit. Noch ist zu bemerken, daß das bekannte Gemälde: Marat's Ermordung von ihm herrührt.

widerspricht den Anschauungen Europas, wie dies nur je ein frivoler, ungerechter Krieg gethan hat — wie es ein Krieg thun würde, den die Türkei gegen Rußland zur Erlösung der verfolgten und bedrückten Katholiken und der schiitischen Mohammedaner in Polen und Rußland vom Zaune bräche."

England und Oesterreich stehen auf Seiten der Türkei. In England hat die gewichtige Volksstimme in letzter Zeit dies wiederholt gezeigt, und sie ist außer den Interessen maßgebend, in Oesterreich gebieten dies naheliegende Interessen, doch wird keine von den Mächten eher zu den Waffen greifen, bis Rußland thatsächlich Eroberungen macht. Dann aber wäre ein allgemeiner Krieg unvermeidlich, in welchen Deutschland und Frankreich mithineingezogen würden.

So wäre also bei entscheidenden Siegen der russischen „Culturhorden" ein europäischer Krieg bevorstehend, bei entscheidenden Siegen der Türken aber hätte das deutsche Reich den Frieden in der Hand, wenn es sich nicht durch den „Erbfreund" zur Mithilfe an dem russischer Culturwerk verführen läßt.

Hoffen wir deshalb auf recht tüchtige Prügel, welche die Russen auf das Fell bekommen, damit sie für einige Zeit vergessen, ihre Cultur und ihre Läuse anderen Nationen in den Pelz setzen zu wollen.

Die einmüthige Haltung des deutschen Volkes aber würde dann wohl genügen, die deutsche Reichsregierung, wenn sie dem „Erbfreunde" gegen den Willen des Volkes doch zu Hilfe eilen wollte, zu bewegen, sich nicht als Mitträger russischer Kosakenhumanität und Schnapscultur aufzuwerfen.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Mechanik.

— Die Sonntagsnummer der „Bergischen Volksstimme" vom 22. April ist confiszirt worden, und zwar noch während des Druckes, so daß nur der kleinste Theil der Auflage in die Hände der Leser gelangte. Nach der liberalen „Barmer Zeitung" soll der „Bergischen Volksstimme" auch noch eine Zeugnißzwangs-Affaire à la Kantecki in Aussicht stehen, in welche unter Umständen das gesammte Druckereipersonal verwickelt werden könnte, da die Staatsanwaltschaft für den Verfasser des Artikels, welcher die Beschlagnahme zur Folge hatte, ein größeres Interesse an den Tag legt, als sonst üblich ist.

— Seit dem 1. März erscheint in Cincinnati (Nordamerika) ein neues Parteiorgan: „Der Arbeiter von Ohio" in großem Format wöchentlich einmal. Für Deutschland kostet das Blatt jährlich 3 Dollars. Nach dem Inhalt der uns vorliegenden Nummern des „Arbeiter von Ohio" zu urtheilen, kann sich die amerikanische Parteipresse nur Glück wünschen zu dem neuen Mitstreiter.

n. Berlin, 24. April.

In der heutigen Morgensitzung beschäftigte sich der Reichstag zunächst mit der notorisch sehr mangelhaften und unpraktischen Prägung der Reichs-Nickel- und Goldmünzen, mit der geschmacklosen Ausstattung des Reichspapiergelds (Abhilfe versprochen) und ging dann zur zweiten Lesung des Richter'schen Gesetzentwurfs auf Abänderung des Invalidenfondsgesetzes über. Der Entwurf bezweckt die Deckung eines Theiles des Defizits aus der Reserve des Invalidenfonds, und wurde mit einigen von der dessen Herr Dühring Marx das Gegentheil von dem unterschiebt, was er in Wirklichkeit gesagt hat. Marx sagt: Die Thatsache, daß eine Werthsumme erst dann in Kapital sich verwandeln kann, sobald sie eine je nach Umständen verschiedene, in jedem einzelnen Fall aber bestimmte Minimalgröße erreicht hat — diese Thatsache ist ein Beweis für die Richtigkeit des Hegel'schen Gesetzes. Herr Dühring läßt ihn sagen: Weil nach dem Hegel'schen Gesetz Quantität in Qualität umschlägt, „daher" wird „ein Vorschuß, wenn er eine bestimmte Gränze erreicht, ... zu Kapital." Also das gerade Gegentheil.

Die Sitte, in den „Interessen der vollen Wahrheit" und den „Pflichten gegen das zunftfreie Publikum" falsch zu citiren, haben wir schon in Herrn Dühring's Verhandlung in Sachen Darwin's kennen gelernt. Sie erweist sich mehr und mehr als innere Nothwendigkeit der Wirklichkeitsphilosophie, und ist allerdings ein sehr „summarisches Verfahren". Davon gar nicht zu sprechen, daß Herr Dühring Marx des Ferneren unterschiebt, er spreche von jedem beliebigen „Vorschuß", während es sich hier nur um den Einen Vorschuß handelt, der in Rohstoffen, Arbeitsmitteln und Arbeitslohn gemacht wird; und daß Herr Dühring es damit fertig bringt, Marx reinen Unsinn sagen zu lassen. Und dann hat er die Stirn, den von ihm selbst verfertigten Unsinn komisch zu finden. Wie er sich einen Phantasie-Darwin zurechtmachte, um an ihm seine Kraft zu erproben, so hier einen Phantasie-Marx. „Geschichtszeichnung großen Styls" in der That!

Wir haben schon oben gesehn, bei der Weltschematik, daß mit dieser Hegel'schen Knotenlinie von Maßverhältnissen, wo an gewissen Punkten quantitativer Veränderung plötzlich ein qualitativer Umschwung eintritt, Herrn Dühring das kleine Malheur

Correspondenzen.

Berlin, 24. April. (Zur Neuwahl im 6. Wahlkreise.) Durch die Blätter der Fortschrittspartei geht folgende höchst bezeichnende Notiz:

„Als der Abgeordnete Most neulich im Reichstage von seiner Partei emphatisch erklärte, sie sei „eine arme Partei", gab er ein sozialdemokratisches Familiengeheimniß preis. In der That soll der Wahlfond der Sozialdemokraten gänzlich erschöpft sein, während der Ertrag der Sammlungen für die Agitationsgelder weit hinter den Erwartungen der Führer zurückblieb. Angesichts der Neuwahl im 6. Berliner Reichstagswahlkreise gesteht man sich denn auch auf sozialdemokratischer Seite innerlich ein, daß die Aussichten für den bevorstehenden Wahlkampf keineswegs so glänzend seien, als man behufs Einschüchterung der liberalen Gegner gern glauben machen möchte. Man macht sich daher, wie verlautet, im sozialdemokratischen Wahlcomité darauf gefaßt, den 6. Berliner Wahlkreis endgiltig zu verlieren und rechnet im besten Falle auf eine imposante Minorität."

Unsere Parteigenossen können nun zeigen, ob die fortschrittlichen Behauptungen irgend welchen Grund haben. Eine „arme Partei", wenn sie opferfreudig und begeistert ist, kann Großes vollbringen. Die Parteigenossen in ganz Deutschland sind aber mitengagirt durch die höhnischen Bemerkungen des Fortschritts; auch sie müssen, besonders in Bezug auf rasche Geldsammlungen ihre Schuldigkeit voll und ganz thun!

Berlin. Ein eigenthümliches Reptil ist die hier erscheinende „Verkehrszeitung". Mit dieser will eine gewisse Verwaltungsbehörde die von Emil König geschaffene und vom Buchdrucker Haberland in Berlin fortgesetzte „Deutsche Post" todtmachen. Emil König wirthschaftlich zu ruiniren ist gewissen Leuten leider, leider gelungen; aber was er geschaffen lebt fort, und es sei zur Ehre seiner Nachfolger gesagt, sie sind keine Reptile. Jetzt hat man den Amtsvorstehern von oben her, also amtlich, empfohlen, ja unter den Post- und Telegraphenbeamten 2c. für Verbreitung dieser „Verkehrszeitung" zu wirken; sie soll sich doch mit der Zeit bezahlt und die böse „Deutsche Post", die sich noch immer „erfrecht", hin und wieder eine sachgemäße Kritik über gewisse große Männer zu üben, den Garaus machen. Ob's gelingen wird? Geld wird wenigstens nicht gespart.

Naumburg a. S., 15. April. (Einiges zur Illustration der „göttlichen Weltordnung".) Vor einiger Zeit Abends spät heimkehrend, komme ich am Rathhause vorüber und sehe drei männliche Gestalten auf dem Straßenpflaster liegen. Nicht weit davon standen zwei Wächter. Ich trete an diese heran und frage, was dies zu bedeuten habe. Man erzählt mir, die Leute hätten kein Nachtquartier finden können und hätten eingesperrt sein wollen. In der christlichen Herberge „zur Heimath" hatte man sie ebenfalls abgewiesen, ja man hatte ihnen sogar einen Stall, den sie zum Nächtigen verlangten, verweigert, und diese Leute wollten keineswegs den Stall etwa unentgeltlich benutzen, sie wollten sehr gern einige Pfennig, in deren Besitz sie noch waren, dafür bezahlen. Nachdem nun die Aermsten so stundenlang sich nach Quartier umgesehen hatten, kamen sie zu dem verzweifelten Entschlusse, sich einsperren zu lassen, und schleppten sich mühsam zu diesem Zwecke nach dem Rathhause. Dort ebenfalls abgewiesen — man vergönnte ihnen nicht einmal ein Plätzchen in der Wachtstube — sanken sie erschöpft und todtmüde auf das Straßenpflaster vor dem Rathhause nieder. Es gingen verschiedene Leute vorüber; die Wohlsituirten würdigten die Armen keines Blickes, Aermere blieben aber auf einige Augenblicke stehen, um ein Wort des Mitleids oder der Entrüstung zu äußern. Damit war aber den Aermsten nicht geholfen. Ich entschloß mich daher kurz und frug die Leute, ob sie mit dem, was ich ihnen bieten konnte, zufrieden sein wollten. Höchst erfreut bejahten sie dies, erhoben sich und gingen mit mir meiner Wohnung zu. Sie konnten sich für das Wenige, was ich ihnen bot,

Glied durch den Hinzutritt von CH_2, von einem Atom Kohlenstoff und zwei Atomen Wasserstoff zur Molekularformel des vorigen Gliedes zu Stande, und diese quantitative Veränderung der Molekularformel bringt jedesmal einen qualitativ verschiedenen Körper hervor.

Jene Reihen sind aber nur ein besonders handgreifliches Beispiel; fast überall in der Chemie, schon bei den verschiedenen Oxiden des Stickstoffs, in den verschiedenen Sauerstoffsäuren des Phosphors oder Schwefels kann man sehn, wie „Quantität in Qualität umschlägt" und diese angebliche Hegel'sche konfuse Nebelvorstellung in den Dingen und Vorgängen sozusagen leibhaft anzutreffen ist, wobei indeß Niemand konfus und benebelt bleibt außer Herrn Dühring. Und wenn Marx der Erste ist, der hierauf aufmerksam machte, und wenn Herr Dühring diesen Hinweis liest, ohne ihn auch nur zu verstehn (denn sonst hätte er diesen unerhörten Frevel gewiß nicht so hingehn lassen), so reicht dies hin, um auch ohne Rückblick auf die ruhmvolle Dühring'sche Naturphilosophie klarzustellen, wem „die eminent modernen Bildungselemente der naturwissenschaftlichen Denkweise" fehlen, Marx oder Herrn Dühring, und wem die Bekanntschaft mit den „Hauptfeststellungen ... der Chemie".

Zum Schluß wollen wir noch einen Zeugen für das Umschlagen von Quantität in Qualität anrufen, nämlich Napoleon. Dieser beschreibt das Gefecht der schlechtreitenden, aber disziplinirten französischen Kavalerie mit den Mameluken, der für das Einzelgefecht unbedingt besten, aber undisziplinirten Reiterei ihrer Zeit, wie folgt: „Zwei Mameluken waren drei Franzosen unbedingt überlegen; 100 Mameluken standen 100 Franzosen gleich; 300 Franzosen waren 300 Mameluken gewöhnlich überlegen, 1000 Franzosen warfen jedesmal 1500 Mameluken." — Gerade wie bei Marx eine bestimmte, wenn auch veränderliche, Minimalgröße der Tauschwerthsumme nöthig war, um ihren Uebergang in Kapital zu ermöglichen, gerade so ist bei Napoleon eine bestimmte Minimalgröße der Reiterabtheilung nöthig, um der in der geschlossenen Ordnung und planmäßigen Verwendbarkeit liegenden Kraft der Disziplin zu erlauben, sichtbar zu werden und sich zu steigern bis zur Ueberlegenheit selbst über größere Massen besser berittener, gewandter reitender und fechtender, und mindestens ebenso tapfrer irregulärer Kavalerie. Aber was beweist das gegen Herrn Dühring? Ist Napoleon nicht elendiglich im Kampf mit Europa erlegen? Hat er nicht Niederlage auf Niederlage erlitten? Und weßhalb? Einzig in Folge seiner Einführung der konfusen Hegel'schen Nebelvorstellung in die Taktik der Kavalerie!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur russischen Kriegserklärung. Die Wiener „Neue Freie Presse" kennzeichnet die russische Politik in sehr treffender Weise: „Bedarf es eines Nachweises, daß alle angebliche russische Sympathie für die unterdrückten türkischen Christen nichts ist als Heuchelei und Betrug? Jenes Rußland, dessen Murawieff in der ersten Hälfte der Sechziger-Jahre Polen zu Tode geschunden, dessen Kauffmann in Khiwa sengte und mordete wie ein Dschingis-Khan; jenes autokratische, orthodoxe Rußland, das die Glaubensfreiheit mit Füßen tritt, kein Menschenrecht achtet und nur Sklaven kennt, hat keinen Beruf, Unterdrückte zu befreien. Wenn das heute erschienene Manifest davon spricht, daß durch die Ablehnung des Protokolls von Seite der Pforte die Ehre und die Gefühle Rußlands beleidigt sind, so ist dies eben ein cynischer Vorwand für diesen seit Jahren geplanten und in Scene gesetzten Krieg. Ein Staat, der wie Rußland ein klar vorgezeichnetes traditionelles Ziel verfolgt, begiebt sich in den Krieg, nicht um volksthümlichen Sympathien für angeblich Unterdrückte Rechnung zu tragen, sondern zu Zwecken der Machterweiterung und Eroberung. In Asien reicht das russische Reich bereits bis an die Grenzen Chinas; aber seinem unersättlichen Ehrgeize genügt diese ungeheure Machtausdehnung nicht. Den Culturberuf, den es sich den Central-Asiaten gegenüber vindizirt, dehnt es nun auch auf Europa aus. Die türkischen Christen sind der Vorwand, der Zweck ist die Zerstörung der türkischen Herrschaft, die Wiedergewinnung des Schwarzen Meeres und des Ausgangs in das Mittelländische. Ist dieses Ziel erreicht, so ist die Grundlage für die Weltherrschaft des Slaventhums geschaffen und sind jene russischen Träume der Erneuerung der siechen abendländischen Cultur durch die lebensvollen Säfte moskowitischer Barbarei der Verwirklichung nahe." — Soweit das Wiener Blatt. Wir danken herzlich für die Ausdehnung russischer Cultur nach Westen hin. Sollte die Ausdehnung aber stattfinden, so hätte die „geniale" Politik, die in Deutschland jetzt getrieben wird, die isolirte Stellung, welche Deutschland den anderen Culturstaaten gegenüber einnimmt, und das Liebäugeln mit dem „Erbfreund" die größte Schuld daran. Die Deutschen werden immer commandirt, Front gegen Westen zu machen, und zwar so lange, bis ihnen die russische Knute auf dem Rücken tanzt.

— Russische Humanität. „Für die Christen in der Türkei!" heißt die russische Kriegsparole, für die „Humanität gegen türkische Barbarei", die Kriegslosung. Daß Menschenliebe und Humanität im Munde der russischen Machthaber Schwindel, ist allbekannt. Doch möchte dies noch besonders aus den Schilderungen des englischen Generalconsuls in Warschau, die er an seine Regierung gerichtet hat, hervorgehen. Es handelt sich um die russischen Gewaltmaßregeln, um den Uebertritt der polnischen Katholiken und unirten „Schismatiker" zu erzwingen. Doch lassen wir die „Kölnische Zeitung" nach einem Bericht des Generalconsuls sprechen:

„Demnach sollten die Reformen in der unirten Kirche und die Einführung des griechischen Ritus „mit Energie" weitergeführt werden; Widerstand „soll mit starker Hand" niedergedrückt und Anreger desselben sollen streng bestraft werden. Ein Inquisitions-Commission wurde eingesetzt. Reich sind die Berichte über Blutvergießen, Verlust an Menschenleben und die barbarischste Behandlung der Bauern. In Mynciewicz vertheidigten die Bauern die Kirche mit Gewalt, wurden indessen schließlich besiegt. Sie wurden aufgefordert, eine Bekehrungserklärung zu unterzeichnen, und als sie sich weigerten, erhielt jeder Mann 50 Hiebe mit der „Nagaike" (Kosakenpeitsche), jede Frau 25 und jedes Kind, ohne Unterschied des Geschlechts oder Alters, 10 Hiebe. Eine Frau, welche sich hartnäckiger als die übrigen geweigert hatte, erhielt mehr denn 100 Hiebe. Aehnliches wird aus vielen Orten gemeldet. Am 7. März 1874 meldet der Generalconsul, daß die Metzeleien noch ihren steten Fortgang nehmen. Die Regierung setze allerwärts ihre Creaturen zu Geistlichen ein, die Bevölkerung aber enthielt sich des Verkehrs mit ihnen und aller gottesdienstlichen Gebräuche. Die Bauern begruben ihre Todten heimlich bei Nacht und erklärten, daß sie aufgehört hätten zu taufen und zu trauen. Viele flüchteten in die Wälder; die Kosaken erhielten Befehl, sie „niederzujagen". Massenübertritte wurden durch Mißhandlungen erzwungen und die Widerspenstigen wurden nach Sibirien verbannt oder so lange geprügelt, bis die Militärärzte erklärten, weitere Schläge würden ihr Leben gefährden. Sodann wurden sie gewaltsam durch einen halbgefrorenen Strom getrieben, in welchem sie bis über die Hüfte im Wasser gingen, zwischen Soldatenspalier wurden sie in die Kirche getrieben. Der letzte Bericht ist aus dem Jahre 1876, wo Consul Webster in Cherson meldet, daß dort 600 Personen, alles verheirathete Männer, die mit Gewalt von ihrer Familie gerissen waren, eingetroffen wären. Sie wurden sehr streng gehalten und mußten Steine klopfen. Die Familien, Frauen und Kinder blieben daheim — mit Kosaken als Einquartirung."

Das ist russische Humanität, die man auf die Türkei überpflanzen will und diese „Humanität" wurde mitten im Frieden geübt, während die „bulgarischen Gräuel", welche die Türken verbrachen, so unentschuldbar sie überhaupt sind, doch noch von den Gräueln der Russen bei den polnischen Aufständen übertroffen werden. Das christliche Kreuz in den Händen der Russen ragt noch an Barbarei hoch empor über den türkischen Halbmond.

— Die Berliner offiziösen Zeitungen, voran die „National-Zeitung" freuen sich über den Einfall der Russen in Rumänien. Die letztere Zeitung zählt die Nationalitäten auf, welche den russischen Vortrab bilden — Tschetschenzen, Sarmatier, Ingeschen, Zaporopische Kosaken und Lesghier — also lauter wilde, vollständig uncivilisirte Völkerschaften, die „Väterchen" aus seinem großen Reiche auserlesen hat, die russische Humanität zu vertreten und die „bulgarischen Mörder", wie die „National-Zeitung" mit Behagen bemerkt, zu züchtigen. Armes Bulgarien! Arme bulgarischen Christen! Diese freundschaftliche russische Avantgarde wird Euch mehr züchtigen, wenn sie wirklich in Bulgarien einbricht, als die türkischen Bewaffneten. Es sind dies die zügellosen Horden, die, vom Wuttki berauscht, im heiligen Rußland selber von den Bewohnern gefürchtet und gehaßt werden. Das aber sind die echten Humanitätsstreiter für den christlichen Glauben, so recht nach dem Herzen der „National-Zeitung".

— Der Antrag auf Schutz der Wahlfreiheit hat in verschiedenen gegnerischen Blättern, z. B. der „Vossischen Zeitung", eine günstige Beurtheilung gefunden. Die „Vossische Zeitung" mißbilligt nur den einen Punkt, daß für Beamte und Arbeitgeber, die ihre Arbeiter beeinflußen, eine Straferhöhung gefordert wird, „es widerstrebe dem Prinzip der Gleichheit und Gerechtigkeit." Dem gegenüber ist zu bemerken, daß bei Personen in Vertrauensstellungen und solchen Stellungen, die ihnen einen bestimmten autoritären Einfluß auf bestimmte Personen gewähren, der Mißbrauch des Einflusses schon nach den jetzt herrschenden Begriffen noch ganz besonders strafbar ist. In Bezug auf Beamte erkennt dies auch unser Strafgesetzbuch an. Daß aber ein Arbeitgeber durch seine Stellung zum mindesten ebenso viel autoritären Einfluß auf die von ihm beschäftigten Arbeiter hat, wie ein Beamter auf seine Untergebenen oder das Publikum, das bedarf keiner näheren Ausführung. Und aus dieser unzweifelhaften Thatsache ergibt sich die volle Berechtigung, ja die Nothwendigkeit des von der „Vossischen Zeitung" getadelten Punkts des Antrags zum Schutz der Wahlfreiheit. Daß der Wortlaut Abänderungen und Verbesserungen zuläßt, sei gern zugestanden; der Gedanke, welcher zum Ausdruck kommen soll, ist sehr schwer juristisch zu formuliren. Die Antragsteller, unter denen ein Jurist, waren sich dessen wohl bewußt und die Fassung, für welche sie sich entschieden, war das Resultat sorgfältiger Berathungen.

— Der Abg. Eugen Richter schimpft in der „Volkszeitung" auf die Anträge, welche von den Sozialisten im Reichstage eingebracht worden sind. Er sucht sich zwar durch Anonymität zu decken, doch das köterhafte Gebelfer, welches aus den Zeilen hervorschallt, verräth den Urheber nur allzudeutlich.

— Zur Frage der Gesundheitspflege. Berlin gehört jetzt, nach den Nachweisungen des Herrn Direktor Böckh vom städtischen statistischen Amt, zu denjenigen Städten, in denen verhältnißmäßig die größte Menschenmenge in gemeinsam bewohnten Häusern zusammenlebt. Die Zahl ist höher, als die entsprechende in Paris; im Vergleich mit London beträgt die Bewohnerzahl des einzelnen Hauses in Berlin das 7- bis 8-fache. Im Durchschnitt kommen auf jedes der 16,700 Wohnhäuser fast 58 Bewohner, was ja auch ganz erklärlich ist, da die Menschenzahl von fast einer Million auf einer Fläche von wenig über einer Quadratmeile zusammenwohnt. — Bekannt ist, daß in keiner Stadt so ungünstige Sterblichkeitsverhältnisse obwalten, als in Berlin, die sich nur aus der übergroßen Dichtigkeit der Bevölkerung erklären. Dies möchte auch den Sozialismus bestimmen, sich für ein endgültiges Wohnungssystem zu erklären, bei welchem die Häuser nicht zu dicht stehen und mit Gärten und Baumpflanzungen abwechseln.

— Unser „Agitator", Herr Commerzienrath Krupp hat folgenden Ukas erlassen und in seiner Fabrik als „Bekanntmachung" anschlagen lassen:

„Die „Essener freie Zeitung" hat neuerdings gegen Herrn Alfred Krupp und gegen die Firma in maßloser Weise gehetzt. Wenn nun auch vorausgesetzt wird, daß ordentliche Arbeiter derartige Blätter nicht lesen, so wird doch eingeschärft, daß Zeitungen und sonstige Drucksachen in die Fabrik nicht eingeführt werden dürfen.

„Wer derartige Drucksachen einführen oder gar in der Fabrik lesen sollte, hat empfindliche Strafe, unter Umständen Entlassung zu gewärtigen.

Gußstahlfabrik, Essen, den 18. April 1877.

Fried. Krupp."

„Friedrich Krupp" ist der Name der Firma noch von früher her. Alfred Krupp ist der Name des jetzigen Besitzers. Nur immer so weiter agitirt, Herr Krupp, glänzende Erfolge für die Sozialdemokratie können dann nicht ausbleiben.

— Gesetzliche Ausbeutung. Ein Berliner Börsenbericht, welcher mehreren Schweizer Blättern, z. B. der „Neuen Züricher Zeitung" zugegangen ist, bringt folgende bezeichnende Schilderung privilegirten Diebstahls:

„Es war in den letztvergangenen 8 Tagen an der Börse viel Geld zu verdienen und es ist anzunehmen, daß wenigstens die Berliner Börse auch ihr gut Theil eingeheimst hat. Seit langer Zeit ist wieder einmal der Baissepposition der hiesigen Spekulation durch die Tagesvorgänge und Strömungen ein ungeschmälerter Sieg zu Theil geworden und zwar ein über die Ausgleichung der vorher durch dieselbe Position erlittenen Verluste hinausgehender. Die Anläße zu diesem rapiden Rückgang sind bekannt, es braucht nicht erst ausführlich dargelegt zu werden, daß wir es mit einer „Kriegsbaisse" zu thun hatten. Ein Ueberblick über den Courszettel ergibt, daß sich diesmal auch nicht ein Gebiet durch eine größere Widerstandskraft auszeich-

Ein englisches Programm.

(Fortsetzung.)

Industrielle Reformen.

Erste Stufe des Fortschritts. Unmittelbare Forderungen.

1. Eine Steuer unter dem Namen „Industrie-Ablösungs-Steuer" wird allen Arbeitgebern auferlegt.

2. Diese Steuer wird in gleichem Betrage für jede angestellte Person, sei die Arbeit derselben körperliche oder geistige, für deren Beschäftigung Löhne oder Salaire bezahlt werden, erhoben.

3. Das Geld, welches diese Steuer abwirft, bildet den Industrie-Ablösungs-Fond.

4. Dieser Fond wird benutzt: zu Pensionen für bejahrte Arbeiter; zur Erleichterung aller Fälle von Krankheit oder Nachtheilen; zur Ersatzleistung an Arbeiter, im Falle sie, und zwar unverschuldeter Weise, ihre Stelle einbüßen.

5. In der Absicht, eine allgemeinere und gleichmäßigere Theilnahme der Arbeiter an dem National-Reichthum zu erzielen, wird vom Staat ein Lohnzuschlag an alle Personen während der Zeit, die sie aktiv beschäftigt sind, bezahlt.

6. Die Gelder zur Bezahlung des Lohnzuschlags werden von der Einkommen- und Besitzsteuer bestritten, von der Steuer auf Handels-Transaktionen, von der Rente oder dem Einkommen des Staates aus Land, Häusern, Eisenbahnen, Bergwerken ꝛc., nachdem vorher die Summe zur Bestreitung der nationalen Ausgaben von dieser Einnahme abgezogen ist.

7. Der Lohnzuschlag ist höher für diejenigen, welche in gefährlichen, ungesunden oder widerwärtigen Arbeitszweigen angestellt sind.

8. Der Lohnzuschlag, der dem Arbeiter bezahlt wird, stuft sich nach dem Alter ab. Er wird ihm vom 20. Lebensjahre an bezahlt und wird in vier aufeinanderfolgenden Perioden von 10 Jahren erhöht.

9. Der Lohnzuschlag soll auch in einem gewissen Verhältniß stehen zu den Bedürfnissen und der Kopfzahl jeder Familie.

10. Ein Minimallohn für alle Gewerbe, Beschäftigungen und Anstellungen wird jährlich vom Parlament festgesetzt.

11. Der Minimallohn ist am höchsten für gefährliche und ungesunde Beschäftigungen.

12. Eine Reduktion der Arbeitszeit für alle Beschäftigungen wird vom Parlament erzwungen.

13. Wo ununterbrochene oder verlängerte Beschäftigung vorherrscht, wie z. B. bei den Matrosen, wird der Vorzug kürzerer Arbeitszeit ausgeglichen durch eine äquivalente Erhöhung des Minimallohns.

14. Arbeits-Ueberzeit wird für gesetzwidrig erklärt, sowohl für die Person, welche sich derselben schuldig macht, als des Arbeitgebers, welcher sie fordert. Ausgenommen sind Fälle, wo Nothwendigkeit oder Gefahr vorliegt und die Gewerkschaften ihre Zustimmung erklären.

15. Kein Arbeitgeber darf ausländische Arbeiter beschäftigen, es sei denn, daß es die Gewerkschaften zufrieden sind.

16. Alle Lehrlinge werden in Regierungs-Anstalten in ihren Gewerben unterrichtet. Es werden Gewerbeschulen, National-werkstätten, Musterfabriken u. s. w. errichtet.

17. Die Zahl der Lehrlinge, die zu einem besonderen Gewerbe zugelassen wird, wird nach den Bedürfnissen des Gewerbes regulirt.

Zweite Stufe des Fortschritts. Spätere Reformen.

1. National-Werkstätten, Fabriken und industrielle Etablissements absorbiren allmählig die Privatunternehmungen.

2. Cooperationen in produktiver Industrie werden kräftig durch den Staat unterstützt.

3. Es wird ein Ministerium der nationalen Industrie in's Leben gerufen, welches die Leitung aller Angelegenheiten der Industrie, der Arbeit, Löhne, Cooperation zu übernehmen hat.

Dritte Stufe des Fortschritts. Arbeits-Einrichtungen im communistischen Staat.

1. Es findet eine gleiche Vertheilung der Arbeit und der Produkte statt.

2. Der Betrag der Produktion wird genau geregelt nach den Bedürfnissen der Consumtion; gegen die Möglichkeit schlechter Ernten werden Vorsichtsmaßregeln ergriffen ꝛc.

3. Beschäftigung in den verschiedenen Gewerben, Hand- und Fabrikarbeiten ist für alle obligatorisch.

4. Wenn ein hoher Sinn für soziale Pflicht nicht die für jedes Gewerbe erforderliche Zahl antreiben sollte, sich für die Ausführung der erforderten Arbeit zu stellen, so sollen durch das Loos diejenigen, auf die es fällt, gezwungen werden, ihren Verpflichtungen gegen die Gesellschaft nachzukommen.

Gewerkschaften.

Erste Stufe des Fortschritts. Reformen welche Forderungen der Gegenwart sind.

1. Die Ausbreitung und Erstarkung der Gewerkschaften wird gefördert und zwar im Hinblick darauf, daß sie schließlich in das Ministerium für Industrie aufgehen.

2. Die Gewerkschaften erhalten gesetzlichen Rang unter der Bedingung, daß sie ein Drittel ihres Einkommens in den Industrie-Ablösungs-Fond, der vom Staat erhoben wird, einzahlen.

3. Gewerkschaften, welche zu diesem allgemeinen Ablösungs-Fond beitragen, erhalten die gesetzliche Befugniß, die von ihren Mitgliedern gezeichneten Gelder zu sammeln.

4. Alle Engagements und Entlassungen der Arbeitnehmenden, seien sie Gewerkschafter oder nicht, werden in den Bureaux der betreffenden Gewerkschaften gebucht.

5. In solchen Gewerben, welche keine organisirte Gewerkschaft besitzen, werden die Anstellungen und Entlassungen der Arbeiter in Regierungs-Registraturen bewerkstelligt.

6. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten einen Lohnzuschlag aus dem Industrie-Ablösungs-Fonds, der ihrem Beitrag zu diesem Fond proportional ist.

7. Die Gewerkschaften schlagen alljährlich die Höhe des Minimallohnes vor, der vom Parlament festgestellt wird.

8. Die Höhe der verabredeten, vom Arbeitgeber jedem einzelnen Arbeiter zu zahlenden Löhne wird bei seinem Engagement auf dem Arbeits-Registratur-Amt eingetragen.

Zweite und dritte Stufe des Fortschritts. Funktionen der Gewerkschaften im communistischen Staat.

1. Sie sind bestimmt, die ersten Anreger und Werkzeuge der Organisation der Arbeit und Vertheilung der Güter zu sein.

2. Jedes Gewerk errichtet eine Behörde von 12 Mitgliedern und einem Präsidenten, die vom Gewerk gewählt wird.

nete. Sogar unsere preußischen consolidirten Anleihen, die Lieblingsanlagen der kleinen Sparer, die Grundfesten aller Sicherheiten gingen nicht nur um Pfennige und Bruchtheile, nein an einem Tage um 2—3 Prozent zurück. Wenn man von Schwankungen der spekulativen Coursentwicklung so kühl und ohne Interesse sprechen kann, wie man eben überhaupt von Spiel und Spielern und ihren Gewinn- und Verlust-Chancen spricht, so kann man sicherlich beim Anblick der Verluste an den guten sicheren Kapitalsanlagepapiren ein schmerzliches Bedauern nicht unterdrücken, sind es doch ordentliche Leute, deren Hab und Gut in so empfindlicher Weise geschmälert worden."

Also selbst die Sparpfennige der kleinen Leute fallen dem Börsenspiel zum Opfer, dem Börsenspiel, welches sich vom Hazardspiel nur durch größere Unmoralität auszeichnet, welches aber nicht verboten und selbst nicht besteuert ist. So begünstigt der heutige Staat die modernen Raubritter!

— Aus Oesterreich. Am 17. d. M. fand eine Schwurgerichtsverhandlung vor dem Wiener Landesgerichte statt, in welcher über eine Anklage gegen die Redaktion des klerikalen „Vaterland" entschieden wurde. Das genannte Blatt hatte zwei Leitartikel unter dem Titel: „Die Katholiken und der Sozialismus" gebracht, in welchen die Berechtigung der Beschwerden der Sozialisten gegen das liberale System und gegen die kapitalistische Herrschaft ausdrücklich zugestanden und schwere Beschuldigungen gegen den Egoismus der herrschenden Klassen erhoben wurden. Darin sah der Staatsanwalt Aufreizung und verfügte die Confiscation der Nummer des „Vaterland", in welcher der zweite Artikel erschien. Er begnügte sich nicht mit dem objektiven Verfahren, sondern ging an die Geschworenen, die jedoch mit acht gegen vier Stimmen entschieden, daß in dem inkriminirten Artikel keine Aufreizung zu finden sei, in Folge dessen die Freisprechung erfolgte. — Das „Vaterland" beschäftigte sich an demselben Tage mit dem von den sozialistischen Abgeordneten des deutschen Reichstags eingebrachten Arbeiterschutzgesetze und weiß daran nicht genug die „Mäßigung" und die praktische Seite der vorgeschlagenen Bestimmungen zu loben; es geht dem klerikalen Blatte in dieser Hinsicht ähnlich wie den liberalen Blättern, welche früher immer der Meinung waren oder wenigstens zu sein vorgaben, daß die Sozialisten sich blos mit der Ansammlung von Petroleum und mit der Brandlegung der „Metropolen der Civilisation" beschäftigen. Derlei „Politiker" sind natürlich durch das Arbeiterschutzgesetz in die größte Verlegenheit versetzt und können nicht umhin, sich über die unbegreifliche „Mäßigung" und den richtigen Blick für die thatsächlichen Verhältnisse, wie sie sich angeblich in dem Gesetzentwurfe kundgeben, höchlich zu verwundern; diesem Umstande ist wohl hauptsächlich die verhältnißmäßig günstige Kritik zuzuschreiben, welche das Arbeiterschutzgesetz von mehreren Seiten erfuhr.

— Der Congreß der Bäckergehilfen in Paris ist, wie unser Pariser Correspondent in voriger Nummer hervorhob, der erste Versuch französischer Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisiren. Ein Gesetz von 1791, welches jede Association [illegible] buenos sich auf eine ward beschränkt hätte. Die Stimmenzahl in beiden Städten dürfte ein Weniges hinter der von Cincinnati zurückgeblieben sein. Könnte man alle diese Wähler bereits als verläßige Parteimitglieder betrachten, so läge in diesen drei Städten ein Stimmengewinn von zusammen fast 8000 seit wenigen Monaten vor. Näheres darüber nächstens.

— Eine Anzahl von englischen Parlamentsmitgliedern grollt den Zeitungen, weil diese die herrlichen Reden jener Männer im Unterhause nicht so ausführlich der Welt wiedergeben, wie sie dies für nöthig erachten. Die Herren brachten daher den Antrag ein, es sollten in England nach dem Muster anderer Länder offizielle Berichte der Parlamentsreden veröffentlicht werden. Dadurch hoffen sie Unsterblichkeit zu erlangen. Es wurde eingewendet, daß erstens solche offizielle Berichte doch von Niemand gelesen werden, dann, daß durch dieselben nur die Redseligkeit der Mitglieder erhöht werden würde. Was wirklich wichtig und interessant sei, brächten die Zeitungen schon im Interesse des Publikums, die Parlamentsmitglieder sollten den Zeitungen nur danken, wenn nicht alle ihre läppischen Reden veröffentlicht würden, zudem sei das Unterhaus eine berathende und nicht eine „Redehaltende" Versammlung, und die Zeitungen, die dem Verlangen des Publikums zu entsprechen haben, werden gewiß ausführlicher alle Reden veröffentlichen, wenn hierzu eine Nothwendigkeit vorhanden wäre. Zur näheren Kenntniß dieser Angelegenheit ist noch mitzutheilen, daß eine offizielle Wiedergabe der Reden im Parlament gar nicht existirt und daß die Sammlung von Hansard, welche gewöhnlich als offiziell gilt, nur eine Privatveröffentlichung ist, allein sich so vollständig unabhängig hält, daß der Redakteur keine Verbesserungen von Seiten der Mitglieder gestattet. Und doch bringen die Journale schon des Morgens die Berichte über Sitzungen, die vielleicht bis 3 Uhr früh gedauert haben. Der Kriegsminister Hardy erklärte, daß das Parlament ganz zufrieden mit den Berichten der Zeitungen sein könne, und daß es für viele Redner besser sei, wenn die Zeitungen ihre Reden abgekürzt bringen, als wenn dieselben vollständig veröffentlicht würden. Der Antrag wurde auch abgelehnt.

— Aus Tannenberg (Sachsen) erhalten wir einen Brief, aus welchem wir Nachstehendes zum Abdruck bringen: „Ich fühle mich gedrungen, in Betreff des Artikels: „Wie soll der ‚Vorwärts' schreiben?" mich ganz und gar mit dem Inhalte desselben einverstanden zu erklären, und wo möglich, wie schon der „Vorwärts" richtig betont, nach allen Seiten das „Wissenschaftliche" noch weiter auszudehnen, denn der „Vorwärts" ist ja nicht für ABC-Schüler, sondern für denkende Menschen. — Man kann Vieles, wenn man nur will. Das kann ich an mir erfahren: wenn ich etwas nicht begriffen habe, so lese ich es zwei oder drei Mal durch. — Wem der „Vorwärts" zu wissenschaftlich ist, kann ja einstweilen ein sozialistisches Lokalblatt halten; diese Blätter kann und soll man etwas leichter verstehen." — — — Vorstehende Sätze, einem längern Schreiben eines einfachen, schlichten Arbeiters entnommen, theilen wir deshalb mit, weil sie zeigen, daß unsere Auffassung insoweit eine richtige war, daß angestrengtes Nachdenken manche Klippe in einer Abhandlung überwinden kann. Unseren Parteigenossen empfehlen wir in ihrem eigenen Interesse obige Zeilen zur Beherzigung.

Correspondenzen.

s. **Avignon**, 18. April. (Radikale Bourgeois und Revolutionäre.) Als das Kaiserreich auf die Neige ging, gab es in Frankreich zwei Parteien, die dieses zum Schutze der Kapitalmacht auf Proletarierleichen errichtete Regime in erster Reihe bekämpften, nämlich die radikale und die revolutionäre Partei, oder genauer die radikale Bourgeoisie und die Sozialdemokratie. Wir wollen hier nicht untersuchen, in wie weit die demokratisirende Bourgeoisie es mit ihrem Haß gegen das Kaiserreich ehrlich meinte und begnügen uns für's erste, das damalige Programm der Radikalen kurz zu resumiren. Gambetta, einer der bekanntesten Vertreter jener Richtung, stellte, als er 1869 in Belleville (Vorstadt von Paris) candidirte, unter anderen mehr oder weniger republikanischen Forderungen folgende Punkte auf: Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Trennung der Kirche vom Staat, Unterdrückung des Kultusbudgets, obligatorischen Laienunterricht, Abschaffung aller Monopole (!) und eine progressive Einkommensteuer.

Diese Postulata ermöglichten es der radikalen Bourgeoispartei, zum großen Nachtheil der französischen Sozialdemokratie, gewissermaßen eine vermittelnde Stellung zwischen der eigentlichen Bourgeoisie und dem Proletariat einzunehmen. Obgleich das revolutionäre Proletariat im Großen und Ganzen stets seine Sache von der der frondirenden Bourgeois schied, so läßt es sich dennoch nicht leugnen, daß ein Theil der französischen Arbeiter, bei denen das Klassenbewußtsein sich mit geringerer Intensivität geltend machte, auf den radikalen Köder der Bourgeoisrepublikaner anbiß.

Es ist ferner noch in Betracht zu ziehen, daß der thatkräftige Haß gegen das Empire der damals in erster Linie die Gemüther der Sozialrepublikaner absorbirte, zur Klärung der innern Parteiverhältnisse wesentlich hinderlich war. Doch die mit Macht auf einander drängenden Ereignisse stellten bald den Republikanismus der „Radikalen" in's wahre Licht.

Schon am 9. August 1870, als Naquet mit einigen Gleichgesinnten den Versuch unternahm, das Empire zu Boden zu werfen, zogen sich die radikalen Bourgeois aus „Opportunitätsgründen" von jenem Vorhaben zurück. — Nachdem fünf Tage darauf der von den Blanquisten zur Einführung der Republik unternommene Handstreich gescheitert war, trieb der „Republikaner" Gambetta die Gemeinheit gar so weit, auf öffentlicher Tribüne im gesetzgebenden Körper Blanqui, Tridon, Endes, Pikles, Cario und deren Freunde als preußische Spione hinzustellen. Die Bourgeoisdemokraten jauchzten den Worten Gambetta's zu und bewiesen durch diese Gesinnungsniedertracht, daß sie eher gewillt seien, mit dem Koth-Empire durch Dick und Dünn zu gehen, als der Republik des Sozialismus auch nur die unbedeutendste Konzession zu machen. Doch erst nach der nominellen Proklamation der Republik zeigte es sich sonnenklar, was das Proletariat von dem Republikanismus der Bourgeoisie zu erwarten habe. Statt ihrem Versprechen gemäß die allgemeine Volksbewaffnung zur Vertheidigung des Vaterlandes ernstlich in Angriff zu nehmen und in der belagerten Hauptstadt das Prinzip der Gleichheit bei Vertheilung der Lebensmittel walten zu lassen, bereiteten die am Staatsruder befindlichen radikalen Bourgeois, nachdem es ihnen am 31. Oktober durch Betrug gelungen, die Bewegung des entrüsteten Proletariats niederzuschlagen, aus Furcht vor der Volksherrschaft die Kapitulation von Paris vor. Während so die gemäßigten Bourgeois- [illegible] zahme Laurent Pichat'sche Programm wird wohl noch lange ein todter Buchstabe bleiben, wenn nicht energischere Elemente mit der ganzen Verfassung aufräumen Die Bourgeois-Republikaner, die in der Nationalversammlung seit 1876 unstreitig die Majorität besitzen, haben nicht nur nicht einen einzigen Punkt ihres Programms durchgebracht, sondern jedesmal, wo es galt einen liberalen Grundsatz gegen die hyperconservativen Gelüste des Senats zu vertheidigen, diesen ohne weiteres aus Liebe zur „parlamentarischen Ordnung" preisgegeben.

Gar traurig wäre es um die Zukunft des Landes bestellt, gäbe es außer den obengenannten Parteien keine andere, die es ernstlich mit dem Volkswohl meinte. Glücklicherweise ist dem nicht so. Seit dem September 1875 hat sich in Frankreich unter der ungenauen Bezeichnung „Intransigeant" eine Bewegung Bahn gebrochen, von der man vieles zu erwarten berechtigt ist. Wir wollen hiermit nicht gesagt haben, daß alle Intransigeants Sozialisten seien. Weit entfernt, eine so kühne Behauptung aufzustellen, geben wir vielmehr zu, daß der bei weitem größte Theil der Intransigeants der Versailler äußersten Linken, der Flügel nämlich, der dem Commando der Louis Blanc, Lockroy, Floquet folgt, der außer dem erstgenannten aus nichts weiter besteht, als aus radikalen Bourgeois-Republikanern mit sozialistischer Larve.

In den großen Städten Frankreichs aber verhält sich die Sache anders: „Offen Radikale" und entschiedene Sozialdemokraten werden auch zwar dort noch vorläufig vom großen Publikum mit dem Worte „Intransigeant" bezeichnet. Während aber der sozialistisch-revolutionäre Flügel der „Intransigeants" täglich an Boden und Macht gewinnt, machen die „Radikalen", die unter dieser Bezeichnung dem alten Bourgeois-Radikalismus neues Leben einzuhauchen glaubten, schon heute Miene, wieder in den alleinseligmachenden Schooß des strammen Bourgeoisthums zurückkehren zu wollen.

Obgleich die Anzahl der sozialdemokratischen Organe außer den „Droits de l'Homme (jetzt „Le Radical"), dem braven von Rochefort geleiteten Blatte, der „Révolution" und der „Tribune" — die in einigen Wochen wieder erscheinen sollen — die gewissermaßen dem wiedererwachenden Sozialismus als Pathen gestanden, vorläufig Dank den hier herrschenden wahrhaft barbarischen Preßgesetzen noch äußerst gering ist, so wächst dennoch die Bewegung von Tag zu Tag.

Wenn es für's erste der französischen Sozialdemokratie leider noch nicht gelungen, bei den Wahlen nur eigene Candidaten durchzubringen, so bleibt ihr doch wenigstens der Trost, schon heute den Gambettanismus auf der ganzen Linie lahmgelegt zu haben. Welchen Verlauf die so begonnene Bewegung nehmen wird, läßt sich jetzt noch schwer mit Bestimmtheit vorhersagen, soviel jedoch steht fest, daß das revolutionäre Proletariat nicht eher rasten wird, als bis die Mauern der Städte Frankreichs wiederum vom Ruf erschallen: „Es lebe die soziale Republik!"

London. Am 15. Februar feierte der Communistische Arbeiter-Bildungsverein sein siebenunddreißigjähriges Stiftungsfest unter recht zahlreicher Betheiligung. Von mehreren Mitgliedern, welche als Redner auftraten, wurde in kurzen Zügen die bewegte Vergangenheit des Vereins geschildert, auf den günstigen Stand desselben in der Gegenwart hingewiesen und zum unverbrüchlichen Festhalten an der Sache des arbeitenden Volks aufgefordert. Der übrige Theil des Festes wurde durch Gesangsvorträge der Liedertafel des Vereins und des Klub „Humor" sowie durch Deklamationen verschiedener Art ausgefüllt. Im Großen und Ganzen verlief die Feier in einer dem Zwecke derselben angemessenen, ernsten und würdigen Weise und hinterließ bei allen Anwesenden einen günstigen Eindruck. — Die bereits durch eine Notiz im „Vorwärts" erwähnte Communefeier war, wenn auch nicht, wie es wohl in einer Stadt wie London wünschenswerth, so doch im Verhältniß zu früheren derartigen Gelegenheiten ebenfalls gut besucht und nahm einen sehr schönen Verlauf. Unter fortwährenden Beifallsbezeugungen wurde in [illegible]

Budgetcommission vorgeschlagenen Abänderungen fast einstimmig angenommen, nachdem die Herren Frankenburger (Berichterstatter der Budgetcommission), Maltzahn-Gültz, Wehrenpfennig, Lucius, Rickert, Richter, Lasker (wo dürfte der fehlen?) u. a. m. ihren rethorischen Bedürfnissen Genüge gethan und von dem Bundescommissar Michaelis und dem Präsident des Reichskanzleramts Hofmann mit ausweichenden Erklärungen abgespeist worden. Die dritte Lesung wird wohl die nöthige Harmonie zwischen Reichstag und Reichsregierung herstellen. Aus den weiteren Verhandlungen sind nur die über die „dreizehnte Hauptmannsstelle" — jedes Regiment soll in Zukunft 13, statt wie bisher blos 12 Hauptleute haben — theils wegen der Wichtigkeit des Gegenstands, theils wegen der bei dieser Gelegenheit gegebenen hochwichtigen Erklärungen des Hrn. Feldmarschalls v. Moltke hervorzuheben. Daß die Errichtung einer neuen Hauptmannsstelle in jedem Regiment thatsächlich eine Vermehrung des Heeres bedeutet, daß dem neuen Hauptmann mit der Zeit auch eine neue Compagnie nachfolgen wird, das ist mit Händen zu greifen und bedarf keiner künstlichen Beweisführung. Das Centrum, in dessen Namen Graf Ballestrem sprach, bekämpfte die Regierungsforderung, was aber nur zur Folge hatte, daß der „geniale Organisator der Siege", der große „Schweiger" Moltke sich mit der Wucht einer halbstündigen Rede auf die bösen Reichsfeinde warf und die Nothwendigkeit bis an die Zähne gerüstet zu sein — von den fünfzig Jahren, die er uns früher prophezeit, schwieg er diesmal — demonstrirte. Dem Erbfeinde sei nicht zu trauen; er hätte in sehr verdächtiger Weise nicht blos ihre Armeecadres colossal ausgedehnt, sondern auch in neuester Zeit „starke Truppenmassen in auffallendem Verhältniß zwischen Paris und die Grenze dislozirt, so daß Deutschland gezwungen sei, „ähnliche Vorkehrungen" zu treffen. Natürlich verfehlte der erbfeindliche Wauwau seine Wirkung nicht, die 13. Hauptmannsstelle wurde mit großer Majorität „freudigen und leichten Herzens" bewilligt — „der elende steuerzahlende Plebs" mag sehen, wie er das Geld aufbringt.

Ob der Wauwau, nachdem er seine Dienste gethan, wieder in die offizielle Rumpelkammer verwiesen wird? Es scheint kaum so. Die mit dem Preßbureau in direkten und indirekten Beziehungen stehenden Zeitungen hetzen seit einiger Zeit systematisch und planmäßig gegen Frankreich. Und wenn wir die traurige Rolle bedenken, zu der uns die Blut- und Eisenpolitik in der orentalischeu Frage verurtheilt hat, so müssen wir allerdings auf das Schlimmste gefaßt sein. We are drifting into war — wir treiben in den Krieg hinein, hieß es 1852 in England. Sollte sich Deutschland jetzt in derselben Lage befinden, wie damals England? Und nicht ein Abgeordneter, der den Muth gehabt hätte, Aufschluß von der Regierung über die Situation zu verlangen! Wohl aber werden die Abgeordneten, von denen man befürchten mußte, daß sie das noli me tangere (Rühr mich nicht an) der auswärtigen Politik berühren würden, brutal valentinirt. Und das nennt sich „Volksvertretung".

Ueber die Abendsitzung in einem späteren Brief. —

[illegible] französischen Journalen waren panoige worin geworden, ohne daß sich die deutschen Behörden veranlaßt sahen, die Sachlage der Dinge genau zu untersuchen. Aber auch in anderer Beziehung, das Auswanderungswesen betreffend, scheint die Firma Geschäfte zu betreiben, welche durchaus nicht ganz reinlich und zweifelsohne sind. So war kürzlich in einer Berliner Zeitung eine Correspondenz aus Südafrika, welche recht verfänglich klang. Danach waren von Godefroy u. Co. Leute unter Landversprechungen zur Auswanderung nach dem Kap veranlaßt worden, um von dort aus im Innern angesiedelt zu werden. Als die Leute von der Regierung das angewiesene Land verlangten, wurde ihnen geantwortet, daß die Reise dorthin zu schwierig wäre und andere Ausflüchte mehr. Nach den Verhandlungen mit der Regierung erschien aber auch sofort der wohlbekannte Agent des Hauses Godefroy u. Co. und suchte die Leute dahin zu überreden, sich als Dienstboten zu vermiethen. Viele fielen darauf hinein; einige, welche Verwandte im Innern hatten, zogen es vor, die Reise zu diesen zu unternehmen. In der letzten Zeit sah Berlin auch wieder große Auswandererzüge durch seine Straßen wandeln, welche sich vom Görlitzer Bahnhofe dem Hamburger zuwendeten. Auch vor der Auswanderung von Dienstboten nach Australien mit freier Ueberfahrt und nachheriger größerer Knechtschaft kann nicht genug gewarnt werden.

Essen, 16. April. Vor den Schranken der hiesigen Kriminal-Deputation standen am 4. April die Redakteure C. J. Kuhl aus Duisburg und H. Strumpen von hier, angeklagt, den Regierungspräsidenten Bitter zu Düsseldorf gemeinschaftlich in einem Artikel „Sind Sie reichsfreundlich oder reichsfeindlich?" beleidigt zu haben. Die Angeklagten, welche sich selbst vertheidigten, wurden, trotzdem der Gerichtshof auf Grund der Zeugnisse der Entlastungszeugen in Verbindung mit dem eigenen Geständnisse des Regierungspräsidenten Bitter als Belastungszeugen als erwiesen feststellte, daß sich der Regierungspräsident Bitter in der in dem Artikel beschriebenen Weise den betr. Beschwerdeführern gegenüber benommen habe, zu 6 resp. 8 Wochen Gefängniß verurtheilt. Die Beleidigungen erblickte der Gerichtshof in den Ausführungen des Artikels, welche seines Erachtens zu schroff gehalten waren. Die Staatsanwaltschaft, welche die Anklage mit einer Hitze begründete, die an Leidenschaft streifte, beantragte nicht mehr und nicht weniger als 6 Monate Gefängniß für jeden Angeklagten. Dieselben werden selbstverständlich gegen dieses Urtheil die Appellation einreichen, da eine Aufhebung desselben in zweiter Instanz nach Ansicht eines hiesigen Juristen sehr wahrscheinlich, eine geringere Strafbemessung aber fast bestimmt zu erwarten ist.

Gießen, 19. April. Am 8. April fand hier im Wenzel'schen Saalbau eine Disputation statt zwischen unserm Parteigenossen Frohme aus Frankfurt a. M. und dem nationalliberalen Professor Gareis. Die Disputation währte fast 6 Stunden und es nahmen an ihr Theil die Professoren Seuffert, Klemm, Naumann und Advokat Dittmar von gegnerischer Seite, während von unserer Seite nur Klerx sekundirte. Zuerst erhielt Parteigenosse Frohme das Wort, und entwickelte derselbe in zweistündiger fließender Rede die Prinzipien der Sozialdemokratie unter besonderer Berücksichtigung eines Vortrages, den der Professor Gareis vor einiger Zeit hier gehalten und in welchem dieser der liberalen Partei das Wort geredet hatte. Nach Frohme sprach Klerx und nach Klerx folgte die Colonne der oben genannten Professoren und Doktoren, denen Frohme je nach Bedürfniß die Irrthümer in der Auffassung der Bestrebungen der Sozialdemokratie nachwies. Den Sieg hat entschieden unser Genosse Frohme davongetragen, das haben selbst Gegner zugegeben. Der „Gießener Anzeiger" freilich versucht seinen Lesern das Gegentheil einzureden, indem er einen Bericht über die Disputation also schließt: „Soviel aber glauben wir doch sagen zu sollen, daß der gestrige Tag kein Siegestag für die Sozialisten war." Nun, wenn das gegnerische Blatt nur glaubt, daß die Sozialisten eine Schlappe erlitten haben, so liegt in diesem Umstande allein schon der beste Beweis, daß die vermeintliche

nicht genug bedanken, und wie peinlich mußte einen nicht solch ein Dank berühren. Der eine hatte das Band eines Ehrenzeichens im Knopfloche. — Es ist in unserer Zeit des nackten Egoismus wirklich schon weit gekommen. Menschen müssen zu dieser Jahreszeit auf dem Straßenpflaster liegen, und kalt geht die Mitwelt, gehen diejenigen, die auch Menschenantlitz tragen, an ihresgleichen vorüber, während sie doch für ihr Vieh einen Stall und eine Streu haben. Und diese Armen, gewiß, sie haben in jener Nacht das Vieh um ihre Streu, um ihren warmen Stall beneidet. Es giebt also jetzt Menschen, die schlimmer daran sind, wie ein Stück Vieh. Das eherne ökonomische Lohngesetz macht sich jetzt mit seinen eisernen Consequenzen in furchtbarer Weise geltend.

Wenige Tage später wurde ein anständig gekleideter junger Mann, Bildhauer, in unmittelbarer Nähe der Stadt hinter einer Villa, dem Hungertode nahe, aufgefunden. Wahrhaft schrecklich war der Anblick; wer es nicht selbst mit seinen eigenen Augen gesehen, kann sich davon keinen Begriff machen, und nie in meinem Leben werde ich dies Bild, bei dessen Anblick einem der Menschheit ganzer Jammer anpackte, vergessen können. Eine hohe, kräftige und schöne Männergestalt, war er, da er keine Arbeit finden konnte, zu stolz, um zu betteln. Und wie viel Elend mußte er wohl ertragen haben, ehe sein kräftiger Körper so gebrochen werden konnte. Längere Zeit hatte er bereits auf freiem Felde gelegen, als die Frau eines Handwerkers, ihn bemerkend, hinzueilte. Nur mühsam konnte er sein Verlangen nach Wasser und Brod hervorbringen. Nachdem er beides erhalten und gierig zu sich genommen hatte, bekam er wieder die Kraft, sich mit anderer Hilfe zusammengekauert auf einen Stein setzen zu können. In dieser Stellung traf ich ihn an, durch die Frau, die ihn zuerst entdeckt hatte und die für ihn auf der vorüberführenden Promenade um milde Gaben bat, auf ihn aufmerksam gemacht. Empörte mich's nun schon zu hören, wie letztere für einen dem Hungertode nahen bei einem reichen Herrn bettelte, so stieg mir alles Blut zu Gesichte, als ich sah, daß sie vergebens bei diesem Menschen um eine Kleinigkeit angehalten hatte. Die Bewohner der Villa sahen zum Fenster heraus, konnten sich aber nicht denken, daß dem Armen jetzt am nöthigsten etwas Warmes gewesen wäre, und ging ich sie deshalb direkt um warme Milch an, die dann auch gebracht wurde. Die erwähnte Frau setzte unterdessen, nicht abgeschreckt dadurch, daß sie von den Bemittelten abgewiesen wurde, ihren Bittgang fort, und so gelang es unseren gemeinsamen Bemühungen, dem Armen gegen 1½ Thlr. zu verschaffen. Durch den Genuß der Milch erholte er sich dann nach und nach soweit, daß er zur Herberge geführt werden konnte. Ueber drei volle Tage hatte der Aermste keinen Bissen gegessen, und drei Nächte hatte er unter freiem Himmel zubringen müssen. Wäre der Aermste von der Frau nicht aufgefunden worden und hätten sich die Armen seiner nicht angenommen, er wäre dem Hungertode verfallen. Arme Torfabladerinnen gaben, was sie entbehren konnten, hochgestellte Damen gingen herzlos vorüber. Aber freilich, so sind die eitlen und „gebildeten" Modeaffen — wenn die Welt von ihren „guten" Thaten nichts erfährt, dann hole der Teufel die Mildherzigkeit.

T.

Großenhain. In voriger Woche fanden hier zwei Volksversammlungen statt, die beide von dem, den hiesigen Arbeitern innewohnenden guten Geist Zeugniß ablegten. Am 9. April sprach in einer von circa 300 Personen besuchten Versammlung Herr Direktor Klemich aus Dresden über: „Religion und Wissenschaft". Sein mit gutem Humor gewürzter Vortrag fand sehr gute Aufnahme, was der schriftlich beim Bureau eingereichte Wunsch: Er (Klemich) möge recht bald einmal wiederkehren, bewies. Von direktem Erfolg war der Vortrag insofern, als mehrere Anwesende auf die „Blätter für geistigen Fortschritt" abonnirten, ferner, daß Mehrere, die bereits innerlich mit der Kirche gebrochen haben, beschlossen, nun auch die äußerliche Form abzustreifen, und war von diesen Leuten am Sonnabend bereits einer in der Superintendentur, um seinen Austritt aus der Kirche zu erklären. Es ist dies in unserer Stadt, die doch ein gut Theil Anhänger des Sozialismus besitzt, leider erst der Zweite, der öffentlich mit der Kirche bricht, und werden Dem hoffentlich recht viele nachfolgen; einige gerade nicht pietätvolle und tolerante Großthaten zweier hiesiger Pastoren geben dieser Hoffnung Raum. — Durch Annonce im hiesigen Blatt wurden wir am 12. d. davon benachrichtigt, daß Sonnabend, den 14., Volksversammlung sei, einberufen von hiesigen Gewerkvereinlern; Tagesordnung: „Vortrag des Wanderlehrers Herrn Jul. Keller über Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkvereine". Die Versammlung zählte circa 150—200 Köpfe. Herrn Keller schien dieser schwache Besuch nicht zu behagen, und die Gewerkvereinler hatten sich augenscheinlich verrechnet; sie hatten geglaubt, die Sozialdemokraten würden für guten Besuch durch Citirung eines auswärtigen Redners sorgen. Statt dessen erfuhren unsere Anhänger das Gegentheil und darum der schwache Besuch. Herr Keller ist ein wissentlicher Nichtswisser. Alle die Unrichtigkeiten und unsinnigen Vorwürfe und Unterschiebungen, welche von den gesammten gegnerischen Blättern bis zum kleinsten Winkel- und Käseblatt gegenüber der Sozialdemokratie gebraucht werden, wurden von ihm zur Belustigung der Anwesenden wiedergekäut. Während Dr. Calberla — der denselben Bestrebungen wie Herr Keller huldigt, nämlich die Sozialdemokratie zu vernichten — sagte: „Die sozialistische Bewegung sei wohl von allen anderen, auch von der englischen Chartistenbewegung zu unterscheiden" und diesen Ausspruch genügend motivirte, sagt Herr Keller das gerade Gegentheil. Herr Keller beging, mit wenig Worten gesagt, solche Schnitzer, daß er es wohl verdiente, von den sonst so ruhigen Großenhainern ausgelacht und ausgepfiffen zu werden. In Kürze noch Folgendes: Herr Keller, der den „deutschen Gewerkvereinen" das Bestreben zu Grunde legte, daß sie die Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen sich bemühten und daß diese Bemühungen wohl von Erfolg sein könnten, beklagte sich und schimpfte bitter darüber, daß die sozialistischen Blätter dies Bestreben als Harmoniedusselei bezeichneten. Daß weiter Herr Keller nicht zurückscheut, wissentlich die Unwahrheit zu sagen, mag daraus hervorgehen, daß er auf den Vorhalt eines Arbeiters: „Im Direktorium des Vereins für Volksbildung befänden sich fünffache Gründer, denen es mit der Volksbildung doch nur Spaß sein kann", dreist antwortete: dies sei nicht wahr. Keller nannte die Namen der Personen jenes Direktoriums und ungenirt auch den Hammacher's. Hier wuchs das Erstaunen der Zuhörer über die Dreistigkeit Keller's so, daß man darüber vergaß, ihm die Gründernamen, die er hernannte, mitten in die Rede hinein zuzurufen. Dies zur Charakteristik des Herrn Keller. Uebrigens wurden der „Wanderlehrer" und seine Kumpane von einigen hiesigen Arbeitern zur Genüge abgekanzelt. In ihrer Bornirtheit brüsten sich die hiesigen Gewerkvereinler mit dem Ausspruch uns gegenüber: „Todt machen könnt Ihr uns doch nicht." Dieser Ausspruch ist eine Selbstbelügung und vollständige Verkennung der Sachlage. Diese Aermsten vergessen, daß sie hierher versetzt wurden, um uns, der Sozialdemokratie, den Garaus zu machen, daß wir uns also nur in der Defensive befinden. Sodann fällt es uns nicht ein, diese Spaßvögel „todt zu machen", wir würden uns sonst ferner nicht mehr amüsiren können.

Sonntag, den 15. d., fand noch eine Mitgliederversammlung statt, zu der auch Gäste Zutritt hatten. Herr Keller sollte über „Die Krisis und ihre Heilung" sprechen, hatte jedoch nach Aussage des Vorsitzenden nicht viel Lust zu sprechen, da nur — 35 Personen, von denen ziemlich die Hälfte Anhänger des Sozialismus waren, sich eingefunden hatten. Er ließ sich jedoch noch bewegen, seine vollständige nationalökonomische Unwissenheit den gelangweilten Zuhörern aufzuhängen. In den obenangedeuteten Volksversammlungen befand sich selbstverständlich das Bureau in sozialistischen Händen.

Coburg, 12. April. Mit welchen Mitteln unsere Gegner kämpfen, davon wieder ein Pröbchen. Parteigenosse Friedrich Göpfert arbeitet seit Jahren bei einer hiesigen Firma. Am Ostersonnabend wurde Göpfert erklärt, daß er entlassen sei und zwar weil er Sozialist sei. Die Arbeitgeber des Göpfert entschuldigten ihre Handlungsweise damit, daß ihnen von dem Hausbesitzer die Wohnung gekündigt werden würde, wenn sie Göpfert nicht entließen. Daß durch diese Kampfweise nur dem Sozialismus in die Hände gearbeitet wird, braucht nicht erwähnt zu werden.

Stuttgart, 21. April. Am Sonntag den 15. April fand zu Schw.-Hall die Landesversammlung der württembergischen Sozialisten statt, auf welcher unter anderen wichtigen Organisations- und Agitationsfragen auch indirekt die Stellung unserer Partei zu der sogenannten „Volkspartei" zur Sprache kam. Genosse Hirsch gab einen ausführlichen Rückblick über die diesjährige Reichstagswahl und tadelte besonders das Verhalten unserer Parteigenossen im 5., 6. und 10. württembergischen Wahlkreise. In gleichem Sinne äußerten sich Holzwarth, Arnold und Rittler. Im 5. Wahlkreise waren die Parteigenossen so unklug, den „Volksparteilern" zu einem Sitz im Stuttgarter Halbmondsaale zu verhelfen, während die „Volkspartei", welche uns das Versprechen gab, die Candidatur Motteler's zu unterstützen, sich nicht scheute, als unsere Genossen den Boden bearbeitet hatten, einen eigenen Candidaten in der Person des Posthalters Retter aufzustellen, welcher dann auch gewählt wurde. Den 3. Wahlkreis, wo 1874 der verstorbene wahre Demokrat Niethammer über 4700 Stimmen erhielt und nur wenig gegen den nationalliberalen Candidaten zurückblieb, ließen jedoch die Herren Auch-demokraten vollständig brach liegen, stellten nicht einmal einen Zählcandidaten auf, sondern pfuschten uns im 5. Wahlkreise ins Handwerk. Der 2. Wahlkreis bietet ein anderes Bild; dort gingen die Sozialisten schon im ersten Wahlgange mit den „Demokraten" Hand in Hand. Sie verhalfen dem Advokaten Payer II. zu seinem Sitze im Reichstage. Was nun Payer und Retter für „Demokraten" sind, das zeigt deutlich ihre Unterschriftsverweigerung zum Arbeiterschutzgesetz. Trauriger als in obigen zwei Kreisen war das Verhältniß im 10. Wahlkreise (Göppingen-Gmünd), wo 1874 gegen 3000 Stimmen auf den Sozialdemokraten fielen. Dort stellten die Herren Demokraten den Redakteur Otto Hörth von der „Frankfurter Zeitung" auf. Als jedoch die „Nationalen" mit dem Regierungsrath Diefenbach kamen, da hatten die „Volksparteiler" nichts Eiligeres zu thun, als die Candidatur Hörth's zurückzuziehen. Den Parteigenossen blieb natürlich nichts übrig, als einen eigenen Candidaten aufzustellen, wobei wir es denn diesmal auf circa 1600 Stimmen brachten.

Aehnliche Verhältnisse sind in Stuttgart zu finden. Hier weht völlige Compromißluft. Dies zeigt deutlich die Jacobyfeier, welche von den Sozialisten arrangirt war, aber im reinsten volksparteilichen Sinne gehalten wurde. Dr. Dulk hielt eine Gedächtnißrede zu Ehren seines Freundes Jacoby. Dann kam der bekannte „Demokrat" Karl Mayer, dem, wie oben gesagt, unsere Eßlinger Genossen zum Sitz im Landtag verhalfen, und hielt ebenfalls, als Vertreter der Volkspartei, eine phrasenhafte Rede zum Andenken an ihren Jacoby. Ja, heute soll er ihr Jacoby sein, aber bei der Reichstagswahl von 1874 scheuten sich diese „Volksparteiler" nicht, ihrem jetzigen Jacoby den national-liberal-demokratischen Becher gegenüberzustellen. Das gleiche that diese Geldsackspartei bei der 1876 stattgehabten Landtagswahl. Zuerst machten sie allerhand Winkelzüge, und als es zur Stichwahl kam, da wußten sie nicht genug zu schreiben von der Zusammengehörigkeit der Demokraten und Sozialisten, und unterstützten in Folge dessen „unseren" Candidaten. Bei der Reichstagswahl war das Bild jedoch ein ganz anderes. Da hatten wir einen radikalen Sozialdemokraten aufgestellt, und da wußten die Herren von der Volkspartei nichts anderes zu thun, als zu schweigen.

Das sind die Zustände, wie sie gegenwärtig in Württemberg, speziell in Stuttgart vorherrschen, und es wäre daher dringend an der Zeit, daß sich endlich die richtigen Sozialisten aufrafften und diesen „Auchsozialisten und Demokraten" zeigen und sagen, was sie sind — Reaktionäre.

E.

Berichtigung.

In dem Artikel: Das Arbeiterschutzgesetz im Reichstag I. („Vorw." Nr. 48) muß es am Anfang des zweitletzten Absatzes heißen: Welcher Schritt zunächst gemacht werden muß, um auf den Weg der allgemeinen gesellschaftlichen Reform zu kommen u. s. w. Im 4. Absatz muß 8. 5 das Wort „auch" vor jedes Kind wegfallen. In dem Artikel: „Ein englisches Programm" derselben Nummer des „Vorw." muß es zu Anfang (3. 6) heißen: kompilatorisch (zusammengetragen, aus fremden Werken zusammengestellt).

Briefkasten

der Redaktion. M. Bl. in Groß-Steinheim: Wir können die Briefe erst dann zum Abdruck bringen, wenn Sie uns mitgetheilt haben werden, aus welchem besonderen Anlaß sie geschrieben sind. Daß in den Briefen auf die Sozialdemokratie geschimpft wird, ist allerdings richtig, aber welcher Flachkopf beschimpft und verleumdet heut nicht die Sozialdemokratie? Uebrigens ist der Raum des „Vorwärts" viel zu eng begrenzt, als daß wir jedem Schreier auf den Mund klopfen könnten. — R. R. in Großenhain: Walster befindet sich nun gerade ein Jahr in Amerika.

der Expedition. A. Hbr. Constantinopel: Nr. 1—13 der N. W. haben wir nach Eingang Ihres Briefes v. 20/4. abgesandt. Frühere Sendung unterblieb aus Mißverständniß. — Eisenbut, Agram: Mai, Juni, Juli kosten Mk. 2,30. Sie sandten Mk. 2,81 haben also 51 Pfennig gut.

Quittung. Sdw Brandenburg Ab. 1,30. Ntt Halle Ann. 0,60. Strk Kiel Ann. 1,00. Exped. des Hamb.-Altonaer Volksblatts Hamburg Ab. 300,00. Gesangverein „Ferdinand" Hannover Ann. 1,20. Bg Glückstadt Ab. 1,80. B. Klvld Pest Ab. 19,20. Wzlwck Fünfkirchen Ab. 3,63. Sglr hier Ab 6,80, Schr. 1,00. Gebr. Frenkel Hamburg Ann. 8,10. Brnkmnn Hemme Ab. 4,80. F. Wlf Arzberg Ab. Ab. 2,43. Rchtr Haindorf Schr. 7,84. Sprngr Straßburg Schr. 1,00. A. Brbm Gotha Ab. 9,00, Schr. 1,96. Mhrs Hanau Ab. 2,00. Grbnstn Lindenau Schr. 5,60. Rdlph Hannover Ann. 1,00. Kp Dessau Ann. 1,20. Ptsk Agram Ab. 2,81. Kchnrthr Hof Ab. 13,05. Kbzsch Dresden Ab. 98,40. Mttg Altona Ab. 20,00. Drbg Gießen Ab. 4,00. Brnng Brackel Schr. 2,50.

Meine Adresse ist von heute an Neuenstraße 45.

W. Frick, Bremen.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Hannover. Montag, den 30. April, Abends 8 Uhr, im Saale des Ballhofs:

Große Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Der bevorstehende Congreß. Um rege Betheiligung ersucht (F 163) H. Rudolph. [60

Hannover. Gesangverein „Ferdinand".

Sonntag, den 29. April, findet in Winkler's Hotel Abendunterhaltung und Kränzchen statt, Anfang 5 Uhr, wozu freundlichst einladet Der Vorstand. [120

Leipzig. Vorstände der Gewerkschaften und Fachvereine werden Dienstag, Abends 8 Uhr, zu einer Besprechung über eine abzuhaltende allgemeine Gewerkschaftsversammlung freundlichst eingeladen.

Zahlreiches Erscheinen sieht entgegen. R. Ludwig. [50

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Montag, den 30. April, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof: Versammlung. [0,40

Gäste sind willkommen. D. V.

13. sächsischer Wahlkreis!

Sonntag, den 6. Mai, Nachmittags 3 Uhr, im Arbeiterbildungsverein zu Leipzig (Ritterstraße):

Delegirten-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Der Parteicongreß und die Vertretung des 13. Wahlkreises auf demselben. 2. Die Abhaltung eines Central-Arbeiterfestes im 13. Wahlkreis.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erheischt, daß von allen Orten des 13. Wahlkreises Vertreter zu dieser Versammlung geschickt werden. 1,20] J. A.: Preißer, Theile.

Allen Parteigenossen zeige hiermit an, daß jetzt Gruppenbilder unserer

Reichstags-Abgeordneten

mit Lassalle in der Mitte, bei mir zu haben sind. Einzeln à St. Mk. 1,20, in Cabinetformat 60 Pfg., in Visitenkartenformat 20 Pf. Dutzendweise billiger. (F. 167 2,40]

C. Wichers, Photograph, Neuer Steinweg 97, Hamburg.

Lager roher Tabake

von Gebrüder Frenkel.

Hamburg, Neustadt, Fuhlentwiete 96.

Wir empfehlen unser gut assortirtes Lager von Rohtabaken, und machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß wir neuerdings die Annahme getroffen, selbst das kleinste Quantum zu versenden und Engros-Preise zu berechnen. (F 160) Sa [270

Soeben erschien:

Skizzen und Studien zur französischen Revolutions-Geschichte. Von L. Brunnemann.

Einzelpreis à 1 Mk., bei Bezug in Partien à 75 Pfg. per Exemplar. Versendung gegen baar oder Postvorschuß. (8t)

Braunschweig, den 15. April 1877. [2,7]

W. Bracke jun.

Durch uns ist zu beziehen:

Allgemeine Theorie der Bewegung und Kraft

als Grundlage der Physik und Chemie.

Von

Friedrich Mohr.

Gr.-Oktav. 144 Seiten. Preis pr. Expl. 2,50 M.

Buchhandlung des „Vorwärts".

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complet

ist wieder versandtfertig geworden, und wiederholen wir deren Empfehlung als Zierde jeder Bibliothek und besonders geeignet zu Festgeschenken.

Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. franco nur gegen baar. Für Porto sind 50 Pf. einzusenden.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit".

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt". Färberstr. 12. II.

Elegante Einbanddecken für die „Neue Welt"

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Durch uns ist zu beziehen:

Die Quintessenz des Sozialismus.

68 Seiten Oktav. Preis M. 1,20.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 50 des „Vorwärts“.

Aus den Vereinigten Staaten.

New-York, 7. April 1877.

Der Ausstand der Lokomotivenführer auf der Boston-Maine-Bahn ist leider nicht, wie wir berichtet haben, mit einem Siege — wie die beiden vorherigen —, sondern mit einer Niederlage zu Ende gegangen. Es soll das der Kapitalistenklasse freilich ein paar Millionen gekostet haben und war überhaupt blos möglich infolge der großen Zahl unbeschäftigter Arbeiter, welche sich an die Stelle der ausständigen drängten. Immerhin ist der Ball der Arbeiterbewegung dadurch mit in's Rollen gekommen. Zunächst in Massachusetts, wo diese Sache am nöthigsten, aber zugleich am hoffnungslosesten war. Mit großen Opfern hat die Partei dorthin angestellte Redner geschickt, und eine Anzahl freiwilliger Agitatoren hat aufopfernd mitgewirkt, so daß dort endlich durch Stiftung vieler Sektionen das Eis gebrochen scheint. Der Versuch, das Zehnstundengesetz abzuschaffen, hat aufgegeben werden müssen. Das ungewöhnlich frühe Ende des Winters, die Wiederkehr einigen Vertrauens in der Geschäftswelt seit der vorläufigen Schlichtung der politischen Wirren, die starke Rückwanderung von Arbeitern nach Europa und anderswohin haben der Noth eine kleine Erleichterung verschafft, und das Schlimmste scheint vorüber zu sein, wenngleich gute Aussichten noch lange nicht sich zeigen können.

Seit der neue Minderheits-Präsident sicher im Amte ist, und die beiden alten Parteien sich in nahezu gleicher Stärke gegenüberstehen, müssen beide in Ehrlichkeit zu wetteifern suchen, und die Tugend-Heuchelei ist an der Tagesordnung. Jede von beiden Seiten deckt immer gründlicher die Schwindeleien der andern auf. Große Reformen sind also ganz undenkbar, unsere Politik muß auf Jahre hinaus sehr interesselos werden. Die militärische Vergewaltigung der Staaten Louisiana und Südcarolina kann nicht länger aufrecht erhalten werden, denn das ganze Land schreit nach Ruhe und Wiederbelebung der Geschäfte; das große Kapital aber kann keine gründliche Rückkehr zu der alten republikanischen Selbstregierung brauchen. Wir werden also über die politischen Verhältnisse hier wenig zu sagen brauchen.

Die Arbeiterpartei hat in Milwaukee, Cincinnati und Chicago sich soeben zum ersten Male selbstständig an der Politik betheiligt, und zwar zunächst bei Gemeindewahlen. Die Hauptanzahl der dabei geworfenen Stimmen ist die der Deutschen, von denen diese ganze Bewegung ausgeht, doch sind Englische, Irische, Franzosen, Skandinavier und Czechen ansehnlich dabei betheiligt. In Cincinnati hat die Partei ungefähr 4000 Stimmen geworfen, aber keinen Wahlsieg errungen. In Milwaukee, wo man sich auf die Wahl von Vertretern und Beamten in blos fünf Wards Hoffnung gemacht hatte, dürfte ein theilweiser Sieg erfochten worden sein, worüber aber bis Postschluß noch alle Nachrichten fehlten. Dasselbe gilt von Chicago, wo man vollends sich auf eine Ward beschränkt hatte. Die Stimmenzahl in beiden Städten dürfte ein Weniges hinter der von Cincinnati zurückgeblieben sein. Könnte man alle diese Wähler bereits als verlässige Parteimitglieder betrachten, so läge in diesen drei Städten ein Stimmengewinn von zusammen fast 8000 seit wenigen Monaten vor. Näheres darüber nächstens.

Correspondenzen.

s. **Avignon,** 18. April. (Radikale Bourgeois und Revolutionäre.) Als das Kaiserreich auf die Neige ging, gab es in Frankreich zwei Parteien, die dieses zum Schutze der Kapitalmacht auf Proletarierleichen errichtete Regime in erster Reihe bekämpften, nämlich die radikale und die revolutionäre Partei, oder genauer die radikale Bourgeoisie und die Sozialdemokratie. Wir wollen hier nicht untersuchen, in wie weit die demokratisirende Bourgeoisie es mit ihrem Haß gegen das Kaiserreich ehrlich meinte und begnügen uns für's erste, das damalige Programm der Radikalen kurz zu resumiren. Gambetta, einer der bekanntesten Vertreter jener Richtung, stellte, als er 1869 in Belleville (Vorstadt von Paris) candidirte, unter anderen mehr oder weniger republikanischen Forderungen folgende Punkte auf: Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Trennung der Kirche vom Staat, Unterdrückung des Kultusbudgets, obligatorischen Laienunterricht, Abschaffung aller Monopole (!) und eine progressive Einkommensteuer.

Diese Postulata ermöglichten es der radikalen Bourgeoispartei, zum großen Nachtheil der französischen Sozialdemokratie, gewissermaßen eine vermittelnde Stellung zwischen der eigentlichen Bourgeoisie und dem Proletariat einzunehmen. Obgleich das revolutionäre Proletariat im Großen und Ganzen stets seine Sache von der der frondirenden Bourgeois schied, so läßt es sich dennoch nicht leugnen, daß ein Theil der französischen Arbeiter, bei denen das Klassenbewußtsein sich mit geringerer Intensivität geltend machte, auf den radikalen Köder der Bourgeoisrepublikaner anbiß.

Es ist ferner noch in Betracht zu ziehen, daß der thatkräftige Haß gegen das Empire der damals in erster Linie die Gemüther der Sozialrepublikaner absorbirte, zur Klärung der innern Parteiverhältnisse wesentlich hinderlich war. Doch die mit Macht auf einander drängenden Ereignisse stellten bald den Republikanismus der „Radikalen“ in's wahre Licht.

Schon am 9. August 1870, als Naquet mit einigen Gleichgesinnten den Versuch unternahm, das Empire zu Boden zu werfen, zogen sich die radikalen Bourgeois aus „Opportunitätsgründen“ von jenem Vorhaben zurück. — Nachdem fünf Tage darauf der von den Blanquisten zur Einführung der Republik unternommene Handstreich gescheitert war, trieb der „Republikaner“ Gambetta die Gemeinheit gar so weit, auf öffentlicher Tribüne im gesetzgebenden Körper Blanqui, Tridon, Endes, Pikles, Cario und deren Freunde als preußische Spione hinzustellen. Die Bourgeoisdemokraten jauchzten den Worten Gambetta's zu und bewiesen durch diese Gesinnungsniedertracht, daß sie eher gewillt seien, mit dem Koth-Empire durch Dick und Dünn zu gehen, als der Republik des Sozialismus auch nur die unbedeutendste Conzession zu machen. Doch erst nach der nominellen Proklamation der Republik zeigte es sich sonnenklar, was das Proletariat von dem Republikanismus der Bourgeoisie zu erwarten habe. Statt ihrem Versprechen gemäß die allgemeine Volksbewaffnung zur Vertheidigung des Vaterlandes ernstlich in Angriff zu nehmen und in der belagerten Hauptstadt das Prinzip der Gleichheit bei Vertheilung der Lebensmittel walten zu lassen, bereiteten die am Staatsruder befindlichen radikalen Bourgeois, nachdem es ihnen am 31. Oktober durch Betrug gelungen, die Bewegung des entrüsteten Proletariats niederzuschlagen, aus Furcht vor der Volksherrschaft die Kapitulation von Paris vor. Während so die gemäßigten Bourgeoisdemokraten Favre, Simon Ferry und ähnliche Sumpfpflanzen die Republikaner in Paris verhaften ließen und überhaupt alle Anstalten trafen, um die Anhänger des Krieges bis auf's Aeußerste zu beseitigen, schickte sich ihr radikalerer Parteigenosse Gambetta an, in der Provinz die Gemüther der Conservativen durch Eindämmung des patriotisch-revolutionären „Elans“ der Städte Lyon, Toulouse, Marseille ꝛc. zu beruhigen.

Nach der blutigen Niederwerfung der Commune manifestirte sich vollends gegenüber dem Proletariat die Solidarität aller bourgeoisen Fraktionen, der monarchischen sowohl als auch der sogenannten republikanischen. Alle Parteien des damaligen Versailler Parlaments, von der äußersten Rechten bis auf die äußerste Linke inklusive, jubelten den Gesellschaftsrettern Thiers und Mac Mahon zu. Die rothe Fahne lag am Boden, und Frankreich wurde auf fünf Jahre die Beute der tricoloren Schreckensherrschaft. Das revolutionäre Proletariat blutete aus vielen Wunden, und die Bourgeois-Demokratie tanzte auf dem noch kaum kalt gewordenen Leichnam der sozialen Republik. Wenn es damals der monarchistischen Mörderbande nicht gelungen, die Monarchie in Frankreich wieder einzuführen, so lag die Schuld einzig und allein an der Uneinigkeit der monarchischen Parteien, denn die Bourgeois-Demokraten hätten weder Muth noch Lust gehabt, ihre Knochen für den Bestand der Republik zu riskiren. In den fünf auf die Niedermetzelung der Commune folgenden Jahren gab es in Frankreich, Dank dem Belagerungszustande, kein einziges Organ, das die Sache der Arbeiter vertrat. Schon längst vor 1876 hätte der Belagerungszustand aufgehoben werden können, wenn es den Bourgeoisrepublikanern mit ihren liberalen Forderungen nur einigermaßen ernst gewesen wäre. Aber sie fürchteten die Concurrenz einer unabhängigen Presse und machten nur soweit in Demokratie, als es ihnen zu ihrem persönlichen Vortheil geboten erschien.

Als es endlich im Februar 1876 zu Neuwahlen kam, stellten die „Radikalen“ unter der Bezeichnung „Programm Laurent Pichat“ folgende Forderungen auf: Amnestie, Trennung des Staats von der Kirche, Unterdrückung des Kultusbudgets, obligatorischen Laienunterricht, dreijährige Militärpflicht, Abschaffung des einjährigen Freiwilligendienstes und ein Gesetz, um die Arbeit zu entlasten (une loi pour dègrever le travail).

Das ehemalige Gambetta'sche Programm von 1869 ist im Vergleich zu diesem Gewäsch revolutionär zu nennen, und was gar das Gesetz zur Entlastung der Arbeit anbetrifft, so scheint uns der Bourgeois-Charakter des ganzen Programms diesen sozialistisch sein sollenden Zusatz hinreichend zu illustriren. — Uebrigens erkennt man den Baum an seinen Früchten, sowie den Republikanismus der Bourgeoisie an seinen Leistungen. Die Leistungen der Herren Bourgeois-Republikaner sind jedoch seit den Februarwahlen von 1876 wie gewöhnlich noch bedeutend hinter ihren Versprechungen zurückgeblieben, und das ungemein zahme Laurent Pichat'sche Programm wird wohl noch lange ein todter Buchstabe bleiben, wenn nicht energischere Elemente mit der ganzen Verfassung aufräumen Die Bourgeois-Republikaner, die in der Nationalversammlung seit 1876 unstreitig die Majorität besitzen, haben nicht nur nicht einen einzigen Punkt ihres Programms durchgebracht, sondern jedesmal, wo es galt einen liberalen Grundsatz gegen die hyperconservativen Gelüste des Senats zu vertheidigen, diesen ohne weiteres aus Liebe zur „parlamentarischen Ordnung“ preisgegeben.

Gar traurig wäre es um die Zukunft des Landes bestellt, gäbe es außer den obengenannten Parteien keine andere, die es ernstlich mit dem Volkswohl meinte. Glücklicherweise ist dem nicht so. Seit dem September 1875 hat sich in Frankreich unter der ungenauen Bezeichnung „Intransigeant“ eine Bewegung Bahn gebrochen, von der man vieles zu erwarten berechtigt ist. Wir wollen hiermit nicht gesagt haben, daß alle Intransigeants Sozialisten seien. Weit entfernt, eine so kühne Behauptung aufzustellen, geben wir vielmehr zu, daß der bei weitem größte Theil der Intransigeants der Versailler äußersten Linken, der Flügel nämlich, der dem Commando der Louis Blanc, Lockroy, Floquet folgt, der außer dem erstgenannten aus nichts weiter besteht, als aus radikalen Bourgeois-Republikanern mit sozialistischer Larve.

In den großen Städten Frankreichs aber verhält sich die Sache anders: „Offen Radikale“ und entschiedene Sozialdemokraten werden auch zwar dort noch vorläufig vom großen Publikum mit dem Worte „Intransigeant“ bezeichnet. Während aber der sozialistisch-revolutionäre Flügel der „Intransigeants“ täglich an Boden und Macht gewinnt, machen die „Radikalen“, die unter dieser Bezeichnung dem alten Bourgeois-Radikalismus neues Leben einzuhauchen glaubten, schon heute Miene, wieder in den alleinseligmachenden Schooß des strammen Bourgeoisthums zurückkehren zu wollen.

Obgleich die Anzahl der sozialdemokratischen Organe außer den „Droits de l'Homme (jetzt „Le Radical“), dem braven von Rochefort geleiteten Blatte, der „Révolution“ und der „Tribune“ — die in einigen Wochen wieder erscheinen sollen — die gewissermaßen dem wiederauferwachenden Sozialismus als Pathen gestanden, vorläufig Dank den hier herrschenden wahrhaft barbarischen Preßgesetzen noch äußerst gering ist, so wächst dennoch die Bewegung von Tag zu Tag.

Wenn es für's erste der französischen Sozialdemokratie leider noch nicht gelungen, bei den Wahlen nur eigene Candidaten durchzubringen, so bleibt ihr doch wenigstens der Trost, schon heute den Gambettanismus auf der ganzen Linie lahmgelegt zu haben. Welchen Verlauf die so begonnene Bewegung nehmen wird, läßt sich jetzt noch schwer mit Bestimmtheit vorhersagen, soviel jedoch steht fest, daß das revolutionäre Proletariat nicht eher rasten wird, als bis die Mauern der Städte Frankreichs wiederum vom Ruf erschallen: „Es lebe die soziale Republik!“

London. Am 15. Februar feierte der Communistische Arbeiter-Bildungsverein sein siebenunddreißigjähriges Stiftungsfest unter recht zahlreicher Betheiligung. Von mehreren Mitgliedern, welche als Redner auftraten, wurde in kurzen Zügen die bewegte Vergangenheit des Vereins geschildert, auf den günstigen Stand desselben in der Gegenwart hingewiesen und zum unverbrüchlichen Festhalten an der Sache des arbeitenden Volks aufgefordert. Der übrige Theil des Festes wurde durch Gesangsvorträge der Liedertafel des Vereins und des Klub „Humor“ sowie durch Deklamationen verschiedener Art ausgefüllt. Im Großen und Ganzen verlief die Feier in einer dem Zwecke derselben angemessenen, ernsten und würdigen Weise und hinterließ bei allen Anwesenden einen günstigen Eindruck. — Die bereits durch eine Notiz im „Vorwärts“ erwähnte Communefeier war, wenn auch nicht, wie es wohl in einer Stadt wie London wünschenswerth, so doch im Verhältniß zu früheren derartigen Gelegenheiten ebenfalls gut besucht und nahm einen sehr schönen Verlauf. Unter fortwährenden Beifallsbezeugungen wurde in englischer, französischer und deutscher Sprache die Arbeiterbewegung im Allgemeinen und die Communebewegung vom Jahre 1871 in Paris im Besonderen geschildert, deren Prinzipien beleuchtet, sowie die schmählichen Verleumdungen, welche fortwährend von Seiten der besitzenden Klasse gegen dieselbe geschleudert werden, zurückgewiesen, und zur Verbrüderung der Arbeiter aller Länder aufgefordert. Eine Mittheilung, daß man ein Concert nebst „Tombola“ (Verloosung) zu veranstalten beabsichtige, dessen Ueberschuß zum Besten der deportirten Communards in Neu-Caledonien verwendet werden sollte, fand lebhafte Zustimmung. Erwähntes Concert wird in nächster Zeit stattfinden und noch näher bekannt gemacht werden. Ferner diene den hiesigen Genossen zur Notiz, daß gegenwärtig in unseren Vereinsversammlungen eine permanente Subscription zu Gunsten der nothleidenden Communedeputirten stattfindet, und wollen alle Diejenigen, welche Umstände halber nicht in's Lokal kommen können, aber doch ihr Scherflein beitragen möchten, Solches entsenden an den Kassirer Bläsy, 79 Charlotte Street, Fitzroy Sq., W.

Mit Gruß

Im Auftr. des Vereins: J. Boß.

Berlin. Staatsanwalt Tessendorf hatte bekanntlich in der Schwurgerichtssitzung vom 16. ds. Mst., in welcher gegen die beiden am meisten gravirten Tumultuanten vom Alexanderplatz verhandelt wurde, in seinem Plaidoyer die Sozialdemokratie für die in Berlin vorgekommenen Krawalle und Mordthaten verantwortlich gemacht. Hierdurch veranlaßt, hatten unsere Parteigenossen am vorigen Sonntag nach dem Bundeshallen-Theater eine Volksversammlung mit der Tagesordnung „Die neueste Tessendorffiade“ einberufen. Staatsanwalt Tessendorf war öffentlich zu dieser Versammlung eingeladen worden. In Folge dessen fragte der Vorsitzende der Versammlung, Heinsch, zunächst, ob Herr Tessendorf oder ein Stellvertreter desselben erschienen sei. Nachdem diese Frage natürlich unbeantwortet geblieben, erhielt als Referent Paul Grottkau das Wort, der bewies, daß die Anklage auf die Ankläger zurückfalle. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, worin die Versammlung Herrn Staatsanwalt Tessendorf für sein Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, wodurch er für dieselbe bis jetzt nur Propaganda gemacht habe, ihren Dank erklärte. Mit der Ermahnung des Vorsitzenden, fleißig für die Wiederwahl Hasenclever's im sechsten Wahlkreise zu agitiren, wurde die schöne Versammlung geschlossen.

Hamburg. Das Haus Godefroy u. Co. hier ist schon bekannt durch das hiesige Parteiorgan. Jetzt erhält man wieder ganz merkwürdige Nachrichten über die Souveränität, mit welcher dieses Haus auf den Samoa-Inseln eine förmliche Herrschaft ausübe, den Handel zum Nachtheile aller anderen Betheiligten monopolisire u. s. w.; die Klagen darüber in englischen und französischen Journalen waren ständige Rubrik geworden, ohne daß sich die deutschen Behörden veranlaßt sahen, die Sachlage der Dinge genau zu untersuchen. Aber auch in anderer Beziehung, das Auswanderungswesen betreffend, scheint die Firma Geschäfte zu betreiben, welche durchaus nicht ganz reinlich und zweifelsohne sind. So war kürzlich in einer Berliner Zeitung eine Correspondenz aus Südafrika, welche recht verfänglich klang. Danach waren von Godefroy u. Co. Leute unter Landversprechungen zur Auswanderung nach dem Kap veranlaßt worden, um von dort aus im Innern angesiedelt zu werden. Als die Leute von der Regierung das angewiesene Land verlangten, wurde ihnen geantwortet, daß die Reise dorthin zu schwierig wäre und andere Ausflüchte mehr. Nach den Verhandlungen mit der Regierung erschien aber auch sofort der wohlbekannte Agent des Hauses Godefroy u. Co. und suchte die Leute dahin zu überreden, sich als Dienstboten zu vermiethen. Viele fielen darauf hinein; einige, welche Verwandte im Innern hatten, zogen es vor, die Reise zu diesen zu unternehmen. In der letzten Zeit sah Berlin auch wieder große Auswandererzüge durch seine Straßen wandeln, welche sich vom Görlitzer Bahnhofe dem Hamburger zuwendeten. Auch vor der Auswanderung von Dienstboten nach Australien mit freier Ueberfahrt und nachheriger größerer Knechtschaft kann nicht genug gewarnt werden.

Essen, 16. April. Vor den Schranken der hiesigen Kriminal-Deputation standen am 4. April die Redakteure C. J. Kuhl aus Duisburg und H. Strumpen von hier, angeklagt, den Regierungspräsidenten Bitter zu Düsseldorf gemeinschaftlich in einem Artikel „Sind Sie reichsfreundlich oder reichsfeindlich?“ betitelt, beleidigt zu haben. Die Angeklagten, welche sich selbst vertheidigten, wurden, trotzdem der Gerichtshof auf Grund der Zeugnisse der Entlastungszeugen in Verbindung mit dem eigenen Geständnisse des Regierungspräsidenten Bitter als Belastungszeugen als erwiesen feststellte, daß sich der Regierungspräsident Bitter in der in dem Artikel beschriebenen Weise den betr. Beschwerdeführern gegenüber benommen habe, zu 6 resp. 8 Wochen Gefängniß verurtheilt. Die Beleidigungen erblickte der Gerichtshof in den Ausführungen des Artikels, welche seines Erachtens zu schroff gehalten waren. Die Staatsanwaltschaft, welche die Anklage mit einer Hitze begründete, die an Leidenschaft streifte, beantragte nicht mehr und nicht weniger als 6 Monate Gefängniß für jeden Angeklagten. Dieselben werden selbstverständlich gegen dieses Urtheil die Appellation einreichen, da eine Aufhebung desselben in zweiter Instanz nach Ansicht eines hiesigen Juristen sehr wahrscheinlich, eine geringere Strafbemessung aber fast bestimmt zu erwarten ist.

Gießen, 19. April. Am 8. April fand hier im Wenzel'schen Saalbau eine Disputation statt zwischen unserm Parteigenossen Frohme aus Frankfurt a. M. und dem nationalliberalen Professor Gareis. Die Disputation währte fast 6 Stunden und es nahmen an ihr Theil die Professoren Seuffert, Klemm, Naumann und Advokat Dittmar von gegnerischer Seite, während von unserer Seite nur Klerx sekundirte. Zuerst erhielt Parteigenosse Frohme das Wort, und entwickelte derselbe in zweistündiger fließender Rede die Prinzipien der Sozialdemokratie unter besonderer Berücksichtigung eines Vortrages, den der Professor Gareis vor einiger Zeit hier gehalten und in welchem dieser der liberalen Partei das Wort geredet hatte. Nach Frohme sprach Klerx und nach Klerx folgte die Colonne der oben genannten Professoren und Doktoren, denen Frohme je nach Bedürfniß die Irrthümer in der Auffassung der Bestrebungen der Sozialdemokratie nachwies. Den Sieg hat entschieden unser Genosse Frohme davongetragen, das haben selbst Gegner zugegeben. Der „Gießener Anzeiger“ freilich versucht seinen Lesern das Gegentheil einzureden, indem er einen Bericht über die Disputation also schließt: „Soviel aber glauben wir doch sagen zu sollen, daß der gestrige Tag kein Siegestag für die Sozialisten war.“ Nun, wenn das gegnerische Blatt nur glaubt, daß die Sozialisten eine Schlappe erlitten haben, so liegt in diesem Umstande allein schon der beste Beweis, daß die vermeintliche

Schlappe ein eklatanter Sieg war. Denn in puncto der Wahrheit nehmen es die liberalen Blätter ja nie so genau, d. h. wenn es in ihren „Kram" paßt.

St. Johann-Saarbrücken, 18. April. Nach der stürmischen Zeit der Wahlagitation hat die ruhige, ernste Arbeit wieder begonnen. Aber wenn hier vor dem 10. Januar c. nur einzelne überzeugungstreue Männer nach besten Kräften für die Sache des Volks eintraten, unorganisirt, ja ohne einander zu kennen — und nur so sind die wenigen 300 Stimmen zu erklären —, so stehen wir heute fest aneinandergeschlossen und organisirt unseren Gegnern gegenüber, bereit, den Kampf mit frischen Kräften und frischem Muthe wieder aufzunehmen. Und wunderbar — unsere Gegner haben erkannt, daß es auch hier, in den schwarzen, dumpfen Kohlenbezirken zu tagen beginnt. Das hat denn auch zur Folge, daß sich die Gegner mit dem Sozialismus zu beschäftigen anfangen. So wurden erst in den letzten Wochen drei Vorträge über Sozialdemokratie hier gehalten und die Lokalpresse beschäftigt sich auch mehr denn je mit den sozialistischen „Irrlehren", und ich gestehe es gern, in anständiger Weise. Es würde zu weit führen, wollte ich näher auf den Inhalt jener Vorträge eingehen. Es genügt mitzutheilen, daß zwei derselben von einem Herrn Pastor Fauth in der „Herberge zur Heimath" und der dritte von dem Wanderlehrer Keller gehalten wurden. — Letzten Mittwoch begingen wir hier in würdiger Weise den Geburtstag unseres Lassalle. Obwohl der Festort absichtlich nicht genannt und nur Anhänger und Verehrer unseres großen Todten geladen waren, so hatte sich doch eine verhältnißmäßig große Anzahl von Gegnern eingefunden. Festrede, Gesang und deklamatorische Vorträge, an die sich dann noch eine kurze Diskussion knüpfte, hielten uns bis Mitternacht zusammen, ohne daß die zahlreich vertretene Polizei Gelegenheit zum Einschreiten hätte finden können. Es ist dies das erste Mal, daß hier eine Versammlung, die von einem der Unsrigen einberufen war, ruhig verlaufen ist. Raspe und Hackenberger, die Einzigen, die sich bis jetzt hierher gewagt, mußten ihr kühnes Unternehmen im Gefängniß büßen und beide Versammlungen wurden aufgelöst. Nun, das Eis ist gebrochen, möge auch hier der Frühling Licht und Wärme in die dunklen Schachte tragen, die Armen, die Männer der Arbeit auferwecken aus ihrer dumpfen Geistesnacht, ihnen Hoffnung und Muth einflößen und ihnen den Weg zeigen zu Freiheit und Menschenwürde. An uns soll es nicht fehlen. Wir werden weiter kämpfen auf dem begonnenen Wege — „ist auch der Boden rauh und hart".

Nur noch wenige Wochen, dann wird unser Hackenberger aus seinem Tusculum in Trier, wo er in Betrachtung Bismarck'scher Strafanträge versunken seit einem Jahre ein beschauliches Stillleben führt, in unsere Mitte zurückkehren, um von neuem den Kampf aufzunehmen. Hackenberger hat Alles verloren, sein Geschäft ist aufgelöst und zu Grunde gegangen, seine Gesundheit geschwächt und untergraben durch die lange Haft im Dienste der guten Sache. Es wird eine Ehrenpflicht für uns sein, fest und treu zu ihm zu stehen und ihm nach besten Kräften zu helfen; es ist das eine Ehrenpflicht, der wir uns bewußt sind und die wir voll und ganz erfüllen werden. H. K....h.

Salzungen. Das hiesige „Tageblatt" vom 3. und 5. März brachte einen längeren Artikel, betitelt: „Der außerordentliche wirthschaftliche Nothstand", in welchem in der widersinnigsten Weise nachgewiesen werden sollte, daß nur die Arbeiter, vor allen aber die Sozialdemokraten, an der jetzigen Noth schuld wären, wobei natürlich sämmtliche liberale Phrasen aufmarschiren mußten. Da wir aber hier kein Preßorgan zur Abwehr gegen solche Angriffe haben und das hiesige Blättchen eine Erwiderung nicht aufnahm, so wurde als Antwort auf dieses Geschreibsel durch Parteigenossen Güth aus Meiningen auf Sonntag den 18. März eine Volksversammlung nach Allendorf einberufen. In Salzungen selbst bekamen wir keinen Saal zum Abhalten einer Versammlung, was jedoch, zum größten Leidwesen unserer Gegner, der Sache keinen Abbruch that, denn da wir diesen Tag das schönste Wetter hatten, so war der Saal, welcher an Größe allen Anforderungen entsprach, bis auf den letzten Platz besetzt; namentlich waren sehr viele Landleute anwesend, aber auch viele Gegner. Nachdem durch den Einberufer Nachmittags 2¾ Uhr die Versammlung eröffnet worden war und derselbe auch zum Vorsitzenden und M. Badechtel von hier als Schriftführer gewählt worden waren, ertheilte der Vorsitzende dem Parteigenossen F. Klute aus Erfurt das Wort zur Tagesordnung: „Die gegenwärtige Nothlage und Staats- oder Selbsthilfe." Der Vortragende entledigte sich seiner Aufgabe in 1¾stündiger Rede, wobei derselbe am Schluß den Artikel im „Tageblatt" einer scharfen aber gerechten Kritik unterzog. — Hierauf erhielt Herr Voß, Buchhalter in der Kloster-Allendorfer Aktienbrauerei, das Wort. Derselbe stimmte dem Referenten in vielen Punkten bei, nur in Einigem konnte er dessen Ansichten nicht theilen. Da sich Niemand mehr zum Wort meldete, wurde eine unterdessen eingegangene Resolution zur Abstimmung gestellt, welche lautete: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten in allen Punkten einverstanden und weist die in Nr. 26 und 27 des hiesigen ‚Tageblattes' enthaltenen Schmähungen gegen die Arbeiterpartei ganz entschieden zurück." Die Abstimmung ergab eine entschiedene Majorität für uns. Die Gegner zweifelten die Majorität aber an und verlangten Abzählung der Stimmen. Da ihnen aber zur Antwort wurde, „das möchten sie selbst thun", ergriff Herr Schlenstein (eine bekannte 48er Größe) das Wort zur Interpellation. Derselbe entwickelte nun das Programm der Fortschrittler und meinte, „man solle zunächst für die Verwirklichung dieser Punkte wirken, das sei viel vernünftiger, dann würde sich auch die Lage der Arbeiter bessern; man könne aber dem Staate direkt diese Sachen nicht aufhalsen; die Arbeiter trügen immerhin die Hauptschuld der jetzigen Krisis, und könne er dieser Resolution durchaus nicht beistimmen, indem darin gar nicht angegeben, in welcher Weise der Noth abzuhelfen sei, u. s. w." Hierauf wurde ihm aber von Klute zunächst der Vorhalt gemacht, daß er (Schlenstein) sich in der ersten Volksversammlung (im November 1876) als Conservativer, in der zweiten (im Dezember 1876) aber als Liberaler ausgegeben habe, und heute zeige er sich als Fortschrittler. Dieses Schwanken habe sehr viel Aehnlichkeit mit dem Verhalten einer Wetterfahne gegenüber den herrschenden Winden; daß aber Herr Schlenstein in der vorgelesenen Resolution die Mittel und Wege, wie der jetzigen Nothlage der Arbeiter abzuhelfen sei, nicht habe erkennen können, bedaure er sehr. Nachdem Herr Schlenstein dann noch einmal gesprochen und Genosse Klute ihm entgegnet hatte, ergriff Güth das Wort zu einem kurzen Referat über das Verhalten der Tagesblätter und den Nutzen der Arbeiterblätter und kam zu dem Schluß, daß auch in Salzungen ein Arbeiterblatt gegründet werden müsse. Es hätten sich auch bereits eine Anzahl Genossen zusammengethan und den Beschluß gefaßt, vom 1. April ab in Meiningen ein solches Blatt unter dem Titel „Thüringer Volksblatt" herauszugeben. Da aber den Arbeitern keine Kapitalien zur Verfügung ständen, so sei es Pflicht eines jeden Genossen, auf dieses Blatt zu abonniren und dafür zu sorgen, daß dem Blatt immer mehr Abonnenten zugeführt würden, denn nur dadurch sei es möglich, solche Blätter erhalten zu können. Es wurde dann die folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Anbetracht, daß die hiesigen Genossen bis jetzt keine Waffe gegen die Angriffe unserer Widersacher hatten, sei es dringend nöthig, daß alle Genossen auf das vom 1. April ab in Meiningen erscheinende „Thüringer Volksblatt" abonnirten und dasselbe nach allen Seiten hin zu verbreiten suchten." — Zum Schluß der Versammlung wurden Probenummern des „Thüringer Volksblattes" zur Vertheilung gebracht. Eine vorgenommene Tellersammlung ergab 13 Mark. — Für die Niederlage, welche unsere Gegner erlitten, suchten sie sich nun durch einen Bericht über jene Versammlung in ihrem Organ zu rächen, welcher an Unverschämtheit und Entstellung der Wahrheit nichts zu wünschen übrig läßt. Doch nur zu so, uns kann es schon recht sein. Das „Thüringer Volksblatt" wird die Antwort auf die Angriffe der Gegner nicht schuldig bleiben.

Halle a. S. Unlängst brachte die „Saale-Zeitung" die Mittheilung, daß einem hervorragenden Mitgliede der liberalen Partei auf dem Heimwege von einer Vereinssitzung das Malheur passirt sei, angefallen und unsanft behandelt zu werden. Die beiden Strolche sollen nach der Behauptung der „Saale-Zeitung" Sozialdemokraten gewesen sein, und einer davon, den man gleich ergriff, Fahnert heißen. Ein Fahnert ist aber weder jetzt Parteimitglied, noch ist er es nach Versicherung unserer ältesten Genossen jemals gewesen. Es war also wieder einmal echt liberal geflunkert und wir fühlten uns veranlaßt, die Redaktion der „Saale-Zeitung" um Aufnahme einer sachlich gehaltenen Gegenerklärung zu bitten, wurden aber belehrt, daß dieses Blatt für Vertheidigungen auf Angriffe gegen Sozialdemokraten einen großen Papierkorb bereit hält. Die „Saale-Zeitung" hat vor der Wahl die Landarbeiter wörtlich aufgefordert, den Sozialisten auf „handgreifliche Weise" zu begegnen, wo sie sich zeigen sollten. Der besser situirte Pöbel hatte denn dieser Weisung auch Folge geleistet, wären wir nicht besonnen genug gewesen, solche Akte der Roheit zu verhindern. Ohne Zweifel wollte auch Fahnert blos die Vortrefflichkeit der von der „Saale-Zeitung" empfohlenen Kampfesmittel probiren; daß er sich dazu den liberalen Buckel des Herrn Dr. Richter erkor, fügte wohl nur ein böser Zufall. — Die „Saale-Zeitung" erzählte auch von dem Jubiläum des Bernburger Tageblatt-Redakteurs, der die Leitartikel für sein Blatt alle Tage aus dem Kopfe setzt, ohne sie vorher geschrieben zu haben. Habe ich doch schon lange gerathen, wer den Artikel „Falsche Lehren" gegen den im „Vorwärts" erschienenen „Die Privilegien des Kapitals" geschrieben haben möge. Nun wird's ganz erklärlich: der Artikel war gar nicht geschrieben, Tageblatt-Meyer hat ihn „aus dem Kopfe" gesetzt!*) Und wenn da von den angeblichen „fundamentalen Ungeheuerlichkeiten" „abgesehen" wird, und der mit der „gewöhnlichen" „Logik" begabte Dr. R. gar nicht fähig ist, den „Rattenkönig von Unsinn" nachzuweisen, so giebt er die „fundamentalen Ungeheuerlichkeiten" einfach als nicht vorhanden zu, und — entschuldigen der Herr Doktor! — das Ganze ist weiter nichts, als ein gar schlecht gelungenes Kunststückchen, das höchstens die „urtheilslose Masse" der Saale-Zeitungs-Leser amüsirt. Dr. R. kann wohl Sonntags-Vorträge über die soziale Frage vor Weibern und Kindern halten, aber die Kenntniß volkswirthschaftlicher Dinge mangelt ihm ganz.

Die Folgen des gegenwärtigen undemokratischen Vertretungsmodus in der Gemeinde haben kürzlich die Einwohner des Halle benachbarten Ortes Giebichenstein bitter erfahren müssen. Der Steuereinnehmer Hennicke ist von dem Schulzen in G. und den Herren Gemeinderäthen wenig kontrolirt worden, und da er keinen Unterschied zwischen seinem und dem Eigenthum der Steuerzahler zu machen verstand, verschwand er schließlich mit Hinterlassung eines Defektes von 4500 Mark, für welche Summe er sich vorher das Leben eine Zeit lang auf Kosten Anderer angenehm gemacht hatte. Er ließ Frau und Kinder zurück, und außerdem noch ein Frauenzimmer in gesegneten Umständen. H. kehrte jedoch bald reuevoll zurück und bekam in aller Stille 9 Monate Gefängniß. Dieser Edle war ein enragirter Liberaler, und daher das tiefe Schweigen des Zeitungsgeschwisters.

Es tagte zur Klärung der für gewisse Leute ebenso fatalen wie schwierigen Angelegenheit kürzlich eine Versammlung der Steuerzahler, die über die eigenmächtige Handlungsweise des Schulzen und seiner Genossen Gericht hielt. Die geprellten Giebichensteiner hofften, daß die liberale Presse sie im Kampfe um ihr gutes Recht und Eigenthum unterstützen würde, und stellten in diesem Glauben der „Saale-Zeitung" einen Bericht über die in der Versammlung gepflogenen Unterhandlungen und gefaßten Beschlüsse zu. Sie hatten aber weit gefehlt, denn wie ein Kohlfeld nach dem Raupenfraß — so verstümmelt erschien der Bericht in der „Saale-Zeitung". So vertreten die Liberalen die geschädigten Interessen des Volkes.

Von Veruntreuungen, Unterschlagungen und ähnlichen Großthaten langfingriger Sprößlinge der „besseren Stände" wäre aus Halle überhaupt genug zu melden. Gehört doch so etwas allenthalben zu den täglichen Ereignissen, weshalb es einer Aufzählung dieser Fälle nicht bedarf. Zum Ueberfluß wird Tessendorf ganz bestimmt mit der ihm eigenen logischen Schärfe nachzuweisen verstehen, daß solche Auswüchse einzig auf's Conto der Sozialdemokratie zu setzen sind. Wenn die Sozialdemokraten eine Tellersammlung zur Deckung der Kosten vornehmen wollen, so kommt gleich ein gesetzeskundiger Bürgermeister à la Bleicherode und verbietet diese „Bettelei", und Lohnartikelschreiber faseln von geldgierigen Sozialdemokraten u. dgl. m. Wenn aber die Lehrerinnen in devoten Zeitungsannoncen bei den hohen Herrschaften und verehrtem Publikum um milde Gaben zur Errichtung eines Bazars mit Verloosung der auf diese Weise zusammengebrachten Gegenstände unterthänigst und mit Betheuerung der Hilfsbedürftigkeit ihrer im Alter befindlichen Colleginnen bitten, das darf kein Mensch Bettelei nennen. Kann doch der Staat nicht Allen helfen, er hat schon genug Pensionen an Minister a. D. und Majorswittwen zu zahlen. Von welcher Beschaffenheit aber in Folge dessen oft die Leute sind, die den wichtigsten Theil der Erziehung der heranwachsenden Generation zu besorgen haben, beweist das öffentliche Dankschreiben eines Lehrers, welches also lautet:

„Dank. Der heutige Tag meiner 50jährigen Amtsjubelfeier war für mich ein so erhebender und beglückender, daß ich nicht unterlassen kann, meinen innigsten und herzlichsten Dank hierdurch auszusprechen: Zunächst und vor allem danke ich ganz verbindlichst dem hochgeehrten Herrn Pastor Küstermann und den Herren Vorstehern der Gemeinden von Gröst und Almsdorf für ihr eifrig beflissenes Wirken im Interesse der Feier meines Amtsjubiläums. Sodann danke ich dem hiesigen Männergesangvereine und Musikchore für den erhebenden Choral und Männergesang: Lobe den Herrn, den mächtigen König der Ehren! Herzlichen Dank sage ich den geehrten Einwohnern beider Gemeinden von Gröst und Almsdorf für die überaus sinnig gewählten kostbaren Geschenke nebst der Behändigung eines namhaften Geldgeschenks. Ganz ergebensten und verbindlichsten Dank meinem hochverehrten Herrn Kirchenpatron, Lieutenant Baron Rodrich von Helldorff, für seine Gegenwart und das mir zu Theil gewordene überaus reichliche Geschenk, begleitet von den besten Segenswünschen. Herzlichen Dank den verehrten Herren Pastoren hiesiger Ephorie für das so sinnig gewählte Geschenk, eine Statue: „der segnende Christus" nach Thorwaldsen, das mich so überaus angesprochen und ergriffen hat. Verbindlichen Dank meinen geehrten Herren Collegen für das einem Lehrer eben so unentbehrliche, als kostbare und lang ersehnte Geschenk, sowie die durch ihre Gegenwart und Mitwirkung beim Festgesang erhöhete Feier. Insbesondere aber Dank meinem lieben Collegen, Herrn Giese für seine gehabte Mühwaltung und Anstrengung bezüglich der Feier. Innigen Dank dem hiesigen Gesangvereine für so entsprechende Geschenke und schönen Festgesang. Dank, besten Dank den Jünglingen und Jungfrauen beider Gemeinden für das kostbare Geschenk, begleitet mit so werthvoller Beigabe. Dank, recht schönen Dank meinen lieben Schülern und Schülerinnen beider Schulen für das so sinnige und werthvolle Geschenk, welches mir aus kindlichen Herzen dargebracht und, wodurch einem fühlbaren Bedürfnisse abgeholfen wurde; sowie auch besten Dank den früheren Schülern des Orts meiner ersten Wirksamkeit, welche mir ihre dankbaren Gesinnungen bewiesen. Dank, innigen Dank allen den geehrten Familien und Freunden, welche durch so werthvolle Geschenke mich erfreuten und Zeugnisse ihrer dankbaren Gesinnungen bewiesen. Dank allen geehrten Festgenossen und Gönnern, die durch ihre Gegenwart und heitere Toaste das Festmahl erhöhten und meinen Jubiläumstag zu einem so herrlichen und mir unvergeßlichen werden ließen. Dank meinen vielen, vielen lieben ehemaligen Schülern, die mir aus der Nähe und weiten Ferne durch Telegramme und Zuschriften Beweise ihrer dankbaren Gesinnungen gaben. Allen den zahlreichen geehrten Festtheilnehmern endlich, welche durch ihre Gegenwart die Festfeier erhöhten, meinen herzlichen, tiefgefühlten Dank mit dem Wunsche, daß Gott sie dafür reichlich segnen und beglücken möge! Gröst, den 5. April 1877. Christian K., Lehrer."

Wo ist da eine Spur von freier unabhängiger Gesinnung? Ein Lehrer, der schon 50 Jahre fungirt, sollte doch schlechterdings von seiner Mission einen höheren Begriff haben, als daß ihn noch all die „sinnigen" und „werthvollen" Geschenke zu einem David vor der Bundeslade machen könnten.

Und doch ist auch die erfreuliche Thatsache zu konstatiren, daß Tausende und Abertausende von jungen deutschen Männern es verstanden haben, sich herauszuarbeiten aus den Fesseln eines ekelhaften Servilismus, der besonders in Deutschland üppig in's Kraut geschossen ist. Am hiesigen Orte hat man mit all den Strafmandaten, Anklagen, Verurtheilungen und Beeinflussungen die Partei auch noch nicht um einen Mann geschwächt. Im Gegentheil haben wir trotz der für den Arbeiter so sorgenschweren Zeit neben anderen wesentlichen Fortschritten die Gründung eines sozialdemokratischen Arbeitervereins zu verzeichnen, der sich am 15. April nach Anhörung eines mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrags von Aug. Kapell konstituirte. Die Halleschen Genossen werden es verstehen, für dessen Wachsthum thätig zu sein. H. Rödiger.

Groitzsch (14. sächsischer Reichstags-Wahlkreis), 22. April. Nach beträchtlicher Pause hatten wir am gestrigen Abend im hiesigen Schützenhause wieder einmal eine Volksversammlung, die zwar nicht eben stark besucht genannt werden kann, indeß neben rein örtlichen Erklärungsgründen für diesen verhältnißmäßig schwachen Besuch durch den Geist, der in der Versammlung waltete, mehr als hinreichend Ersatz fand. Parteigenosse Lienig aus Leipzig referirte über die Tagesordnung: „Die heutige Politik und ihre Einwirkung auf unsere wirthschaftlichen Verhältnisse". In fast zweistündigem Vortrag entledigte sich der Referent seiner Aufgabe auf's Würdigste und in populärer, für Jedermann klarer und verständlicher Weise, so daß ihn am Schlusse reicher Beifall lohnte. Genosse J. Hecht aus Leipzig knüpfte an Einiges aus dem Vortrag an und forderte schließlich alle Gesinnungsgenossen auf, die durch den Essener Kanonenkönig Krupp Gemaßregelten nach besten Kräften zu unterstützen. Ein hierauf von einem Genossen vorgelesener, auf diese Angelegenheit bezüglicher Zeitungsartikel that das Seinige, die Sache in Fluß zu bringen, und wurde sofort zur Sammlung verschritten. — Ungeachtet zweimaliger Aufforderung des Vorsitzenden Germer meldete sich kein Gegner zum Wort, und wurde sodann die Versammlung halb 12 Uhr geschlossen. — Ueber das Projekt einer Conferenz von Genossen des 14. Wahlkreises und die dort zur Verhandlung kommenden Gegenstände wird demnächst Weiteres veröffentlicht werden.

Pegau. Die Correspondenz in Nr. 45 des „Vorwärts" von hier enthält einige Irrthümer, die berichtigt werden müssen. Die Versammlung, welche am 25. März hier geplant war, sollte eine öffentliche Sozialistenversammlung sein, und das Verbot dieser Versammlung wurde vom Bürgermeister Dr. Grundig nur deshalb erlassen, weil die Einberufer Mitglieder der hier geschlossenen Gewerkschaft der Schuhmacher waren, und weil auf erhobene Beschwerde in dieser Sache die Entscheidung der letzten Instanz noch nicht vorliegt. Das Charakteristische der Rechtsanschauung des Bürgermeisters Dr. Grundig liegt also darin, daß er den Mitgliedern eines provisorisch geschlossenen Vereins jedes Recht, die Befugnisse des Vereins- und Versammlungsgesetzes auszuüben, glaubt absprechen zu dürfen.

Stuttgart. (Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen.) Da die Fabrikantenfirma F. Wirth's Söhne, Möbel- und Parquetboden-Fabrik in Stuttgart, in auswärtigen Zeitungen, wie z. B. in den „Hamburger Nachrichten", tüchtige Arbeiter auf feinere Möbel suchen, so fühlen wir uns veranlaßt, allen Collegen bekannt zu machen, daß die alten Arbeiter des Herrn Wirth nur deshalb die Arbeit verlassen haben, weil Wirth im vergangenen Winter die 11stündige Arbeitszeit wieder einführen wollte. Wenn Herr Wirth seine Arbeiter human behandelt, so sind hier sehr tüchtige Schreiner genug vorhanden; aber wenn sich fremde Schreiner bethören lassen und hierher kommen, so wird Herr Wirth sein Vorhaben durchsetzen.

Ein Mitglied.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Wer Manuskript an die Redaktion des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" schickt und, im Fall der Nichtannahme, Rücksendung verlangt, muß den Portobetrag einlegen, der, wenn er nicht zur Rücksendung gebraucht, für die Partei verwandt wird.

---

*) Der Artikel: „Falsche Lehren" ist weder von dem Herrn „Tageblatt-Meyer" geschrieben, noch aus dem „Kopfe gesetzt" worden, sondern mit der Scheere aus einer Berliner Fortschrittscorrespondenz herausgeschnitten. Dies Instrument scheint der Halle'sche „Tageblatt-Meyer" ebenso gut schwingen zu können, als der Leipziger „Tageblatt-Hüttner"!

Red. des Vorw.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonder berechnet; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 620 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken: F. A. Gerge.
Chicago: A. Bauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Sup, 418 O'Farrell Street.
London: Bendix, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Nr. 51. Mittwoch, 2. Mai. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat Mai u. Juni zu M. 1. 10. werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Bschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Anerkennung über Anerkennung.

Die anständigen Gegner können dem Arbeiterschutzgesetz, welches die sozialistischen Abgeordneten im Reichstage eingebracht haben, in vieler Beziehung ihre Anerkennung nicht versagen; solches Lob aber kann uns im Grunde genommen gleichgiltig sein, da dasselbe ja nur Vorschlägen gezollt wird, welche naturgemäß in den Rahmen der heutigen Gesetzgebung hineingepaßt werden mußten. Auch wird die Anerkennung der anständigen Gegner weitaus aufgewogen durch das Gebelfer der Leute, welche der Fahne eines Eugen Richter und eines Max Hirsch folgen.

Wir wollen uns heute in Kürze mit einer weiteren Anerkennung beschäftigen, die unsere Agitation, unsere Parteitaktik und unser Verhältniß zum gesammten Volke berührt.

Das sonst so sozialistenfresserische „Communalblatt für Königsberg" bringt einen Leitartikel: „Aus sozialistischen Kreisen", dem wir nachstehende wichtige Betrachtungen entnehmen:

„Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages haben dieser Tage auf die letzten Tage des Monats Mai einen Parteicongreß nach Gotha einberufen. Das Ausschreiben, in welchem dieses geschieht, und welches von allen Blättern der Partei veröffentlicht wurde, giebt in mehrfacher Hinsicht zu denken. Es beginnt mit den Worten: „Parteigenossen! Von Euch mit der Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes im Reichstage betraut, halten wir es für unsere Pflicht, uns mit Euch über die nun vorzunehmenden weiteren Schritte in und außer dem Reichstage zu verständigen." Diese Worte zeigen uns ein Verhältniß zwischen Wählern und Gewählten, das etwas ungemein anheimelndes hat, das aber wenigstens in dieser Weise bei den anderen Parteien, auch bei den liberalen nicht existirt. Allerdings besteht bei uns in Deutschland kein imperatives (gebundenes) Mandat; allein zwischen einem solchen und der Abwesenheit von jeder intimeren Beziehung zwischen dem Abgeordneten und dem Gros seiner Wähler, wie sie innerhalb der liberalen Partei gar nicht selten zu beobachten ist, liegt ein weiter Raum, für dessen zweckmäßige Ausfüllung das Verfahren der Sozialdemokraten einen praktischen Fingerzeig giebt. Jedenfalls dürfte es sich empfehlen, wenn alle Abgeordneten darnach trachteten, über dem Streben, Fühlung nach oben zu gewinnen, die Fühlung nach unten nicht zu verlieren; und je mehr wir in dieser Hinsicht von den Gegnern lernen, um so zuträglicher dürfte dies der Würde unserer Vertretung im Reichstage sein. Das erwähnte Ausschreiben der Sozialdemokraten fährt dann fort: „Besonders erscheint es uns nothwendig, den Plan für die weitere Agitation und Organisation der Partei festzustellen." Auch aus diesen Worten tritt uns ein Gedanke entgegen, der im Schoße unserer Partei meist nur durch seine Abwesenheit glänzt. Die Sozialdemokraten rühmen sich gelegentlich — und namentlich geschieht dies auch in der Einladung zu ihrem Congresse — der großartigen Erfolge, welche sie bei den letzten Reichstagswahlen erzielten; aber dabei vergessen sie auch nicht einen Augenblick, daß ihnen noch keineswegs jene Macht zu Gebote steht, welche zur Verwirklichung ihrer auf Staat und Gesellschaft bezüglichen Umgestaltungspläne erforderlich sein würde, und die Frage, wie sie diese Macht mittels des allgemeinen Stimmrechtes am sichersten und am raschesten erlangen, beschäftigt sie Tag und Nacht und beherrscht ausschließlich ihre ganze Parteithätigkeit. Man werfe nur einen Blick in die sozialdemokratischen Blätter, und man wird staunen über die große Zahl von Volksversammlungen, die sie in immer weiteren Kreisen veranstalten, und auf denen sie eine für uns äußerst gefährliche Propaganda für ihre Prinzipien in Bevölkerungsschichten machen, die bis jetzt bei den Wahlen theilweise für uns gestimmt haben; ja in Gießen haben sie sich bereits auf den Weg öffentlicher Disputationen begeben, und es würde Thorheit sein, leugnen zu wollen, daß ihre handgreifliche Beredtsamkeit auch gegenüber hochgebildeten Vorkämpfern unserer Sache niemals ohne allen Erfolg bleibt. Es ist diesen klug berechneten, umfassenden und ausdauernden Agitationen der Sozialdemokraten gegenüber in neuerer Zeit ja Manches geschehen. Aber es ist unbestritten, daß im Allgemeinen die liberalen Parteien bezüglich des systematischen Arbeitens der sozialdemokratischen nachstehen, wir können von ihnen lernen, und daß wir bei ihnen in die Schule gehen, ist keine Schande für uns."

Zunächst wollen wir noch bemerken, daß nicht nur in Gießen, sondern auch in Altona, Berlin, Cassel, Hamburg, Leipzig ꝛc. ꝛc. wiederholt Disputationen zwischen Sozialisten und „Liberalen" stattfanden, die bekanntlich zu Gunsten der ersteren ausschlugen.

Nichts aber freut uns bei aller Anerkennung unserer Taktik in dem obigen Artikel mehr, als daß die gegnerischen Parteien bei uns in die Schule gehen sollen, und nichts ist bezeichnender, als daß, wenn sie von uns gelernt hätten, dies zuträglich der Würde ihrer Vertretung im Reichstage sei.

Bei den Wahlen heißt es immer bei den Gegnern: es ist eine Schande für den oder jenen Kreis, einen Sozialisten in den Reichstag zu senden, jetzt aber erklärt ein gewichtiges gegnerisches Blatt, daß man von den Sozialisten eine würdevolle Vertretung lernen könne.

Und wahr ist diese Mahnung an die Herren Volksvertreter der anderen Parteien, und brav ist es von einem conservativ-liberalen Blatte, daß sie dieselbe ausspricht, nämlich: daß die Vertreter der nicht sozialistischen Parteien vor lauter Bauchrutschen vor der Macht die Interessen des Volkes nicht vergessen sollen.

Möge das Volk bei jeder Wahl aber die Thatsache beachten, daß es in Wirklichkeit von den Machtanbetern vollständig vergessen worden ist und auch vergessen wird.

Die russische Kulturmission.

Unsere liberalen Zeitungsblätter haben nahezu ein volles Jahr in allen möglichen Tonarten über die Bedrückung der christlichen Völkerschaften im Orient ihre Entrüstung geäußert, wiewohl sie recht gut wußten, daß der größte Theil jener Bedrückungen zumeist nur die natürliche Folge des bekannten „Rubel auf Reisen", der das Feuer zu schüren bestimmt war, gewesen, und wogegen die türkische Herrschaft ankämpfen mußte, theils aber auch in der geschilderten Ausdehnung nur in der Phantasie der russischen Soldschreiber existirt hat. Unsere liberalen Zeitungsmacher, und obenan der Sozialistenfresser Herr Professor Dr. v. Treitschke, schwammen tief im russischen Fahrwasser und trugen so ihr gut Theil bei zu der Türkenhatz, auf daß das heilige Rußland seine knuteschwingende Kulturmission mit bewaffneter Hand nach dem Orient trage.

Es war dies das Amt der Dankbarkeit an den „Erbfreund" für die 1870 geleisteten passiven Dienste. Schlage du deinen Juden, ich werde den meinigen schlagen, ein Liebesdienst ist des andern werth!

Von den schauderhaften Bedrückungen, welche die der nicht griechisch-orthodoxen Kirche angehörigen Christen im heiligen Rußland durchzumachen haben, findet aber unsere Reptilienpresse nicht die geringste Lust, Notiz zu nehmen. Kaum daß wir einige blasse Andeutungen über jene unmenschlichen Vorgänge in diesem und jenem Reptilienblatte vorfinden, und doch waren die Schilderungen jener haarsträubenden Gräuel in der ausführlichsten Weise aktenmäßig dargestellt in der „Kölnischen Zeitung" zu finden,*) in einem Blatte, welches die verschiedensten Reptilien-Redakteure sonst keinen Anstand nahmen bei den verschiedensten Anläßen zu citiren.

So hilft das große, freie, einige Deutschland, das Volk der Denker, dem russischen Nachbar seine Kulturmission zu erfüllen, seinen Raubzug nach dem Orient, moralisch unterstützt, zu unternehmen.

Der Einmarsch der Russen nach Rumänien ist bereits erfolgt. Der Donau entlang harrt der Osmane, in seinen Festungen geschützt und verschanzt, der Ankunft der russischen Kulturkämpfer, um sie würdig zu empfangen. Noch ehe diese Zeilen die Presse verlassen, dürfte der Waffentanz angehen, und die Ufer der schönen blauen Donau werden in rothem blutigem Glanze leuchten.

Die Donau, ein deutscher Strom und eine der wichtigsten Wasser- und Handelsstraßen, läuft nun Gefahr, unter russische Protektion zu gerathen, und der Osmane ist es, der dagegen anzukämpfen hat, aber auf die Dauer wird der zunächst interessirte Nachbar Oesterreich dieser moskowitischen Kulturarbeit nicht unthätig zusehen können und früher oder später wird auch dieses Land vermuthlich gezwungen sein, in die Aktion zu treten, und diese Wahrscheinlichkeit voraussehend, hat Rußland schon rechtzeitig vorgesorgt, daß Oestreich an seinen südlichen Grenzen mit dem italienischen Nachbar zu thun bekommt. Damit ist das sogenannte Welschtirol, das Küstenland und wahrscheinlich auch Triest, bisher stets noch als ein integrirender Theil von Deutschland betrachtet, in Gefahr!

Auf der einen Seite die Donau, auf der andern einer der wichtigsten Häfen in Gefahr, von Deutschland entfremdet zu werden, das ist das Resultat der deutschen, von der liberalen Reptilienpresse unterstützten Politik — der Dank für 1870 an den Erbfreund, den moskowitischen Kulturkämpfer.

Daß zugleich einige Aussicht vorhanden ist, daß auch Deutschland nicht unbeschäftigt bleiben soll bei diesem allgemeinen europäischen Waffentanz, das haben wir erst kürzlich aus sehr verläßlichem Munde im Reichstage zu hören bekommen. Indessen, wir können nicht wissen, zu was das gut ist, vielleicht ist dies gerade die in Aussicht gestellte neue Wirthschaftspolitik, wodurch der Nothstand durch Pulverdampf aus der Welt geschafft werden soll, jedenfalls darf man annehmen, daß dabei etwas aus der Welt geschafft wird, zum mindestens einige Hunderttausend beschäftigungslose, daher überflüssige Menschen.

Es geht eben nichts über die Kulturmission der Nationen, an deren Spitze heute das heilige Rußland marschirt!

*) Wir brachten einen Auszug in der vorigen Nummer und werden in nächster Nummer im Feuilleton den ganzen Artikel abdrucken lassen. D. R. d. V.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Heiligkeit der Ehe. Oft genug hat man uns von Seiten der Ordnungsmänner vorgeworfen, daß wir die Familie untergrüben und die Heiligkeit der Ehe mißachteten; wir haben dann solche Angriffe dadurch zurückgewiesen, daß wir den Beweis erbrachten, daß die Heiligkeit der Ehe in der heutigen Gesellschaft nicht existire und nicht existiren könne, daß wir nur die Formen weniger starr gestalten, aber das sittliche Wesen der Ehe rein und getragen von der Liebe herstellen wollten. Man hat unsere Beweise nicht gelten lassen wollen; wir bringen einen neuen. Aus München bringen die Zeitungen aller Parteien folgende Notiz:

„Eine für die moralischen Zustände Münchens recht charakteristische Thatsache ist neuestens von einem hiesigen statistischen Bureau festgestellt worden: unter den hier mit Karten versehenen Prostituirten befinden sich nämlich nicht weniger als 203 verheirathete Frauen! Bedenkt man, daß diese Weiber ihr schändliches Gewerbe nur mit ausdrücklicher, zu Protokoll erklärter Einwilligung ihrer Ehemänner betreiben dürfen, so kann man sich ein Bild von dem sittlichen Werthe und dem Glücke solcher Familien machen. Die Gatten derartiger Prostituirten gehören keineswegs durchaus jener Sorte von Ehemännern an, die des Morgens die Ochsen und des Abends die Menschen todtschlagen und die als die sogenannten Metzgerstrizzi bekannt sind, sondern sind theils fleißige Arbeiter, theils Packträger, theils auch Subalternbeamte."

Wie in München, so sieht's an vielen anderen Orten aus. Die Polizeibehörde selbst ist einverstanden mit solcher Auffassung von der Heiligkeit der Ehe — und warum sollte sie, die Beschützerin der heutigen Gesellschaft, es nicht sein, da die Gesellschaft ja selbst damit einverstanden ist? Und weshalb sollte die heutige Gesellschaft mit solcher Auffassung nicht einverstanden sein, da ihr ganzes Prinzip ja auf solcher Auffassung im Allgemeinen beruht? Ihr ganzes Prinzip, welches es jedem Einzelnen zur Pflicht macht, so viel Kapital aus seinem Besitzthum und seiner Ausbeutungskraft zu schlagen als möglich — und dies thun die Münchener Ehemänner — sie schlagen Kapital aus ihren Weibern. — Wie werden sich die Verfechter der liberalen Oekonomie, die Herren Schulze und Unruh, und, allen Anderen voraus, der Herr Reichstagsabgeordnete Duncker über diese „liberalen" Ehemänner freuen!

— Die Gewerbeordnungs-Commission entledigte sich des ersten und wichtigsten Theils der ihr vom Plenum aufgetragenen Arbeit mit derselben „affenartigen Geschwindigkeit" und unter den gleichen „mustergiltigen Formen", wie dies im „hohen" Hause unter dem Hochdruck des National-Servilismus so Brauch ist.

Das Präsidium der Commission hatte die Absicht, eine eingehende Berathung der Anträge einzuleiten, jedoch die Herren Graf v. Luxburg und Wehrenpfennig hatten anders beschlossen; dieselben reichten folgenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Den Antrag v. Galen und Genossen abzulehnen.
2. Die Anträge:
   a) v. Seidewitz und Genossen,
   b) Rickert, Wehrenpfennig und Genossen,
   c) Fritzsche, Bebel und Genossen,
   d) Dr. Hirsch und Genossen

dem Reichskanzler als Material für die zur nächsten Session in Aussicht gestellte Novelle zur Gewerbeordnung zu überweisen.

Die eigentlichen Motive für diese Anträge waren folgende: Der Antrag v. Galen und Genossen (der Ultramontanen) enthielt nach Ansicht der Antragsteller ein Mißtrauensvotum gegen die liberale Majorität, die ja in erster Linie die Gewerbegesetze „verbrochen" haben, und dann mochte man der Regierung die Initiative der Gesetzgebung nicht entziehen, wahrscheinlich im Vollgefühl des beschränkten Unterthanenverstandes; offiziell natürlich gab man die Erklärung ab, die Zeit sei in dieser Session schon so weit vorgerückt, daß an eine eingehende Berathung der umfangreichen Materie nicht zu denken sei.

Nachdem die Nationalliberalen und Fortschrittler gesprochen, wurde der übliche Schlußantrag eingebracht. Wer hier den parlamentarischen Würgengel St. Valentin spielte, war nicht zu ermitteln. Den Vertreter der Sozialisten aber hatte er mundtodt gemacht. Derselbe stimmte für Fortsetzung der Debatte, denn er hatte beabsichtigt, eine Trennung des Antrags in Vorschlag zu bringen, und zwar dahingehend, den zweiten Theil mit Ausnahme des Antrags v. Seydewitz und Genossen der Regierung zur theilweisen Berücksichtigung zu überweisen, aus dem Antrag v. Galen aber diejenigen Punkte auszuscheiden, welche eine Reaktion auf gewerblichem Gebiet bezwecken.

Als er sah, daß nichts anderes übrig blieb, als für den Antrag v. Luxburg's ꝛc. oder gegen die Ueberweisung auch des sozialdemokratischen Antrags an die Regierung zu stimmen, entschied er sich für das erstere, zumal seine Stimme nicht mehr ausschlaggebend sein konnte und er wahrscheinlich Gelegenheit haben wird, in der Petitionsberathung, welche die Commission noch vorzunehmen hat, und im Plenum selbst seinen Standpunkt zu motiviren.

— Zum Arbeiterschutzgesetz. Man schreibt uns: „Mülsen St. Niclas, 20. April. Bei Durchlesung des Arbeiterschutzgesetzes vermisse ich schmerzlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Hausindustrie, namentlich aber die Verhältnisse der Weber zu ihren Fabrikanten und Faktoren gar nicht berücksichtigt haben. Sie können sich keinen Begriff machen, wie viele

Tausende von Hauswebern namentlich dadurch unter der Willkür der Fabrikanten leiden, daß diese jeden beliebigen Betrag ohne jede gerichtliche Untersuchung am Lohne, ja den Lohn oft ganz abziehen können; ferner wie die sogenannten Faktore für ihre Arbeitsvermittelung unverschämte Beträge in Abzug bringen, deren Höhe man aber nicht erfährt, weil auf den Musterzetteln (Arbeitsvertrag) kein Lohnsatz seitens des Fabrikanten angegeben ist. Ja noch mehr: der Fabrikant erkennt den Arbeiter gar nicht an, sondern sagt bei etwaigen Differenzen einfach: „Mit Ihnen habe ich nichts zu thun, ich habe es blos mit dem Faktor zu thun u. s. w." Diese Zustände müssen unter allen Umständen beseitigt werden, wenn die Leute nicht selbst an der Sozialdemokratie verzweifeln sollen. Ich bitte Sie dringend, wenden Sie Ihre ganze Kraft daran, daß auch für die Weber Etwas geschehe! Sie dürfen überzeugt sein, daß Sie sich viel Dank erwerben werden.

Es scheint mir, daß sich in Titel VII bei § 111 ein Paragraph einschalten ließe, etwa so:

§ 111a. Wer für eigene Rechnung Webwaaren oder Fantasie-Artikel aus Wolle, Seide, Baumwolle, Pflanzenfasern, Glas, Haaren 2c., sowie aus derartigen Stoffen bereitete Garne (Gespinste) außer dem Hause bei Gewerbetreibenden oder Arbeitern oder Arbeiterinnen in deren Wohnung arbeiten lassen will, oder wer dies durch einen Dritten besorgen läßt, ist verpflichtet, jedem Arbeiter bei Uebergabe der Stoffe einen schriftlichen Arbeitsvertrag einzuhändigen.

Der Vertrag muß enthalten:

1) Den Namen des Arbeitgebers.
2) Ort und Zeit der Uebergabe, sowie die Bezeichnung eines etwaigen Vermittlers.
3) Alle nöthigen Ausführungs-Vorschriften zur richtigen Fertigung der Waare in unzweideutiger, klarer und verständlicher Sprache.
4) Der Lohnbetrag für ein bestimmtes Quantum Waare ist in Reichsmünze zu zahlen.
5) Bestimmungen über die Vermittelungsgebühren für etwaige Dritte.
6) Bestimmungen über die Zahl oder das Gewicht der zu verarbeitenden Garne oder Stoffe.

Nicht nach Vorschrift gelieferte Waaren hat der Fabrikant unverzüglich dem Gewerbegericht oder dem an dessen Stelle fungirenden Ortsgericht zur Beurtheilung vorzulegen, dasselbe ist verpflichtet, innerhalb 8 Tagen den Streitfall zu untersuchen und zu erledigen.

Die Gewerbegerichte sind befugt, Lohnabzüge für schlecht gearbeitete Waaren zu verfügen; diese Abzüge dürfen den dritten Theil des Arbeitslohnes für die vorliegende Waare nicht übersteigen.

Arbeitgeber sowie Arbeitvermittler, welche ohne Genehmigung des zuständigen Gerichts Lohnabzüge machen, sind mit vier Wochen Gefängniß oder mit Geldbuße nicht unter 100 Mark zu bestrafen.

August Wilh. Döhn."

(Da die Gewerbeordnungs-Commission im Grunde genommen nicht mehr in Aktivität sich befindet, so können in derselben obige Andeutungen unseres Genossen nicht mehr vorgelegt werden. Es empfiehlt sich nun, soweit sich jene Andeutungen nämlich in greifbare Gesetzesparagraphen fassen lassen, daß die sozialistischen Abgeordneten bei einer eventuellen Regierungsvorlage in nächster Session in Form von Amendements obige Anschauungen zur Geltung zu bringen suchen. Red. d. V.)

— „Die guten Wünsche Deutschlands begleiten die russischen Waffen" — diese gemeine Lüge und Bauchrutscherei vor dem Czaren leistet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Die Kreise, in deren Namen die „Norddeutsche" schreibt, bilden glücklicherweise nicht Deutschland; das deutsche Volk mit Ausnahme jener Kreise will mit russischen „Stanis- und sonstigen Läusen" und russischer Schnapscultur absolut nichts zu thun haben, es will nicht, daß der „Erbfreund" obsiege und Eroberungen mache, auf daß später die russische Knute auch auf seinem Rücken tanze — deshalb lügt die „Norddeutsche"; sie „bauchrutscht" vor dem Czaren, nämlich vor dem Bilde desselben, welches auf den russischen Rubeln glänzt.

— Das Manifest des Kaisers von Rußland, in welchem allerhand Humanitätsschwindel getrieben wird, dient selbstverständlich noch immer als Zielscheibe derber Angriffe und bitterster Satyre. So meint die Wiener „Neue Freie Presse", daß aus ihm und den übrigen russischen Aktenstücken „der parfümirte Kosak rieche".

— Zum türkisch-russischen Kriege. Ganz besonders auffallend hat es berührt, daß russische Truppen die türkische Grenze schon vor der Kriegserklärung überschritten haben. — Bei Batum in Asien soll das erste Gefecht geliefert worden sein, in welchem die Russen geschlagen sind und 800 Mann verloren haben. Diese Nachricht kommt über Constantinopel und ist deshalb mit Vorsicht aufzunehmen, wie alle derartigen Nachrichten, da die Türken sowohl als die Russen im Lügen sich mehr auszeichnen werden als im Siegen. So können wir auch schon aus russischer Quelle melden, daß die Russen gleichfalls in der Nähe von Batum mehrere türkische Grenzstädte ohne Gegenwehr besetzt und 107 Gefangene gemacht haben. Ob diese „Gefangenen" türkische Soldaten, oder wehrlose Frauen und Kinder waren, davon verräth die Depesche allerdings nichts. — Der Vicekönig von Egypten hat bis jetzt dem türkischen Sultan 35,000 Mann, die theils unter dem Oberbefehl des amerikanischen Generals Stone stehen, zur Verfügung gestellt.

— Russisch-Polen soll in Belagerungszustand versetzt werden; man befürchtet in Petersburg einen polnischen Aufstand. Wie verlautet, will Preußen ein Observationscorps an der russisch-polnisch-deutschen Grenze aufstellen. Danach scheint ein Defensivbündniß zwischen der russischen und deutschen Regierung vorhanden zu sein.

— „Die gottlose Frömmigkeit und blutdürstige Menschenfreundlichkeit" der Russen findet in den englischen Journalen einstimmige Verurtheilung. Die ministeriellen Blätter erklären den Angriffskrieg der Russen gegen die Türken als direkt gegen die Engländer gerichtet. England rüstet und zwar in bedeutendem Maßstabe, die Offiziere werden in die Heimath beordert und die Flotte des Mittelmeeres wird verstärkt.

— Gegen das Erkenntniß des Bezirksgerichts München l. d. J., welches 47 Münchener Genossen von dem Vergehen der Fortsetzung eines verbotenen Vereins freisprach, hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Der Münchener Staatsanwalt will nun einmal, wie der See in der Fabel, alljährlich sein sozialistisches — Opfer haben.

— Am Sonnabend (28. April) wurde Vahlteich in geheimer Schöffengerichtssitzung zu Mittweida wegen Majestäts- und Richterbeleidigung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt beantragte sofortige Inhaftnahme, der Gerichtshof entschied sich aber für Entlassung auf Handgelöbniß. Wir werden auf dieses, leider nicht mehr unerhörte Urtheil zurückkommen. Bemerkt sei blos, daß Vahlteich im Reden wie im Schreiben sich notorisch der äußersten, mitunter fast übertrieben erscheinenden Mäßigung befleißigt, daß Mittweida in seinem ehemaligen Wahlbezirk liegt, und daß die Schöffen der besitzenden Klasse angehören.

— Es ist uns folgende Erklärung zugegangen:

„An die Redaktion des „Vorwärts", Leipzig.

Bei Anführung einer Auslassung der „Frankf. Ztg." über die Annullirung der Wahl Hasenclever's fragen Sie in Nr. 48 Ihres geschätzten Blattes: „Was sagt Herr Holthof zu diesen Ausführungen, dem sein juristisches Gewissen verbot, für die Gültigkeit der Wahl zu stimmen?"

Was ich dazu sage? Zunächst, daß ich weder für die Anschauungen der „Frankf. Ztg." verantwortlich bin, noch daß die Ansichten dieses Blattes für meine Abstimmungen maßgebend sein können, zumal, wenn ich sie, wie in diesem Falle, für unzutreffend ansehen muß.

Auf die Thatsache, ob die Verheftung der Liste vor oder nach dem Auslegen der Listen (auf Grund des § 8 des Wahlgesetzes) stattgefunden hat, kommt es absolut nicht an. Denn das Reklamationsverfahren kann sich gesetzlich nicht auf die Vertheilung der Listen in die einzelnen Wahllokale beziehen. Die in den verhefteten Listen figurirenden Wähler waren eben wahlberechtigt, weil sie in der (allgemeinen) Wählerliste standen, der durchgreifende Grund für die Kassation der Wahl, wurde gerade darin (meiner Anschauung nach mit Recht) erblickt, daß durch ein grobes Versehen des Magistrates wirklich Wahlberechtigte widerrechtlich von der Wahl und zwar in einer Zahl ausgeschlossen waren, die bei der schwachen Majorität von Einfluß auf das Resultat sein konnte.

Das ist in Kürze, was mich bestimmt hat, nicht für die Wahlkassation zu stimmen, sondern mich der Abstimmung zu enthalten. Wenn dies übrigens zur Kenntniß des „Vorwärts" kam, so war dies deshalb der Fall, weil ich loyal genug war, von meinem Verhalten den sozialdemokratischen Abgeordneten Mittheilung zu machen. Ich war dazu nicht verpflichtet, konnte vielmehr einfach den betreffenden Verhandlungen fern bleiben — auch sozialdemokratische Abgeordnete werden ja nicht leugnen können, daß man zuweilen bei wichtigen Debatten fehlen darf — ich hielt es indeß für meine Pflicht anwesend zu sein und von meinem Eindruck den Kollegen Mittheilung zu machen. Wenn man die auf diese Weise erlangte Kenntniß zu einem Angriffe auf mich benutzt — so darf ich es gewiß dem Urtheile jedes Unbefangenen anheimstellen, ob das die richtige Antwort auf mein Verhalten ist.

Ich darf Sie wohl bitten, obige Zeilen in Ihrem geschätzten Blatte aufzunehmen.

Berlin, 26. April 1877.

Hochachtungsvoll

Karl Holthof.

(Von einem Angriffe auf Herrn Holthof in beregter Notiz kann gar nicht die Rede sein; eine einfache Frage, die eine Antwort verdient und auch erhalten hat, ist kein Angriff. Bei den nahen Beziehungen, in denen Herr Holthof zur „Frankf. Ztg." steht, lag die Frage gleichfalls sehr nahe. — Die Antwort selbst freut uns; die Erklärung des Herrn Holthof aber, die rechtliche Seite der Reichstagsabstimmung betreffend, genügt uns durchaus nicht — wir stehen nach wie vor auf dem von der „Frankf. Ztg." vertretenen Standpunkt. D. R. d. V.)

---

n Berlin, 26. April.

In meinem Bericht über die vorgestrige Tagsitzung habe ich eines Zwischenfalls nicht erwähnt, der im Hause beinahe unbeachtet blieb und auch mir entging, aber so recht bezeichnend ist für unser parlamentarisches Leben. Zu einer Mehrforderung im Militäretat (12,000 Mark für die Commandantur von Köln) ergriff der Demokrat Payer das Wort und sprach sich entschieden dagegen aus, daß man dem Volk in dieser Zeit drückenden Nothstandes neue Steuern auflege. Die Erwähnung des Nothstandes im Zusammenhang mit dem Militärbudget machte den Präsidenten v. Forckenbeck „nervös" — er verwies Payer „zur Sache". Der „zur" Sache Verwiesene meinte, er sei bei der Sache, und wollte dies kurz begründen. Flugs wurde er von dem wachsamen Präsidenten zum zweiten Mal „zur Sache" verwiesen, und zwar mit Hinweisung auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung (daß dem Redner, der dreimal zur Ordnung oder zur Sache verwiesen ist, das Wort entzogen werden kann). Herr Payer sah nun, daß er dem Lasso der Geschäftsordnung verfallen war, und verließ die Rednerbühne mit dem Bemerken, daß er bei der dritten Lesung des Etats sich zum Wort melden werde. Ob's ihm etwas nützen wird? Mit der parlamentarischen Redefreiheit wird's bei der dritten Lesung des Etats nicht besser bestellt sein als bei der zweiten.

Die vorgestrige Abendsitzung war dem Rest des Etats gewidmet, der auch mit Dampfgeschwindigkeit glücklich erledigt ward. Die Position betreffs Kasernenbauten gab Demmler Gelegenheit, die Kostspieligkeit und Unzweckmäßigkeit (namentlich auch in gesundheitlicher Beziehung) zu geißeln, was er denn auch gründlich besorgte — zum großen Aerger der Majoritäts-Abgeordneten, die vor stürmischer Sehnsucht nach dem Souper mit obligaten Seideln oder Schoppen an nichts Anderes mehr denken konnten. Ein englischer Vers meint, gar mancher Angeklagte sei gehenkt worden, weil die Geschworenen Hunger gehabt. Wie manche Million wird unbesehen bewilligt, weil die Volksvertreter Hunger (und Durst) haben.

Heute: dritte Lesung des Etats. Zunächst Generaldebatte, zu der sich unsererseits Liebknecht zum Wort meldet. Es wird ihm auf dem Bureau mitgetheilt, daß vor ihm fünf Redner sich zum Wort gemeldet haben, und er nach Maltzahn-Gültz das Wort erhalten werde. Erster Redner: Benda (nationalliberal) laskert 19½ Minuten, genau nach der Uhr gezählt, — etwas Anderes als nach der Uhr sehen kann man natürlich nicht während der Rede dieser gelungenen Personifikation der Langweile. Gott sei Dank — er ist fertig. „Abgeordneter Jörg hat das Wort!" ruft Präsident Forckenbeck, seine sonst dumpf gurgelnde (bauchrednerartige) Stimme klingt hell und scharf, und das „Jörg" wird eigenthümlich betont. Erwartungsvolle Stille, die Herren an den Minister- und Bundesrathstischen werden unruhig. Herr Jörg schreitet feierlich würdevoll auf die Rednerbühne — das bedeutet eine große Aktion. Die Herren an den Minister- und Bundesrathstischen werden unruhiger. Herr Jörg ist oben angelangt, räuspert sich, streicht sich den Kopf von hinten nach vorn, als wolle er ihn magnetisiren, und lüftet dann gravitätisch den Deckel, welche die „Staatsmänner" über den Hexenkessel der orientalischen Frage gestülpt haben. Er schnüffelt

---

Ein englisches Programm.

(Schluß.)

Reformen in der Erziehung.

Erste Stufe des Fortschritts. Forderungen der Gegenwart.

1. Der Elementar-Unterricht ist obligatorisch.
2. Um das Talent zu erwecken, schließt der Elementar-Unterricht die Grundzüge der Wissenschaften und Künste ein.
3. Selbst die ersten Schritte im Elementar-Unterricht werden begleitet durch industriellen Unterricht, wie die Kenntniß und Handhabung der in den verschiedenen Gewerben gebrauchten Werkzeuge, zu dem Zweck alle Kinder für die Lehrlingsschaft in den National-Werkstätten und industriellen Unterrichts-Etablissements vorzubereiten.
4. Die Kinder werden theilweise oder vollständig in den Regierungs-Kostschulen verpflegt und logirt, falls ihre Eltern es wünschen und für sie bezahlen.
5. Ein gradweises Aufsteigen oder Beförderwerden durch alle Erziehungs-Etablissements des Staates, von der Klein-Kinderschule bis zur Universität, wird den Kindern der ärmsten Bürger zugänglich gemacht. Zu diesem Zweck wird eine große Summe aus der National-Schatzkammer reservirt und als Stipendien, Preise und Freistellen, talentvollen und würdigen Studenten zuerkannt.

Zweite und dritte Stufe des Fortschritts. Erziehung im communistischen Staat.

1. Alle Kinder werden in Regierungs-Unterrichts-Anstalten untergebracht, verpflegt, gekleidet und unterrichtet und auf Kosten des Staates unterhalten.
2. Häufiger Verkehr zwischen Eltern und Kindern wird erlaubt sein.
3. Die Pflicht zu unterrichten ist für alle Bürger obligatorisch und wird von sich ablösenden Abtheilungen von Lehrern ausgeübt.

Reformen in der Rechtspflege.

Erste Stufe des Fortschritts. Forderungen der Gegenwart.

1. Ein Civil- und Strafgesetzbuch mit Ausführungsbestimmungen wird von einem Körper hervorragender Rechtskundiger nach vorher vom Parlament niedergelegten Prinzipien ausgearbeitet.
2. Die Resultate aller Bestrafungen werden in 10jährigen Perioden zusammengestellt. Nehmen in einer Periode von zehn Jahren die Verbrechen ab oder zu, so werden in den folgenden zehn Jahren die Strafen entsprechend vermindert oder vermehrt.
3. Jeder Mann, welcher die Wahlfähigkeit besitzt, kann in ein Geschwornen-Gericht gewählt werden.
4. Jedes Geschwornen-Gericht besteht aus 25 Mitgliedern, und ihre Verdikte werden durch einfache Majorität abgegeben.
5. Die Geschwornen werden für den Zeitverlust nach einer gesetzlich festgestellten Skala bezahlt.
6. Die Zahl der Richter bei jedem Verhör beträgt fünf.
7. Der älteste Richter verkündet den Urtheilsspruch.
8. Der über den Angeklagten zu verhängende Urtheilsspruch ist entweder einer, dem alle fünf Richter zustimmen, oder nicht. In letzterem Falle schlagen die dissentirenden Richter besondere Urtheilssprüche vor.
9. In beiden Fällen, sowohl der Uebereinstimmung als des Auseinandergehens, unterliegt der vorgeschlagene Urtheilsspruch, oder die Urtheilssprüche der schließlichen Bestätigung der Geschwornen.
10. Im Falle, daß von den Richtern den Geschwornen verschiedene Sentenzen unterbreitet werden, wählen die letzteren eine derselben mit einfacher Majorität.
11. Im Falle das Richter und Geschworene nicht zu einer Uebereinstimmung kommen, und zwar nach genügender Berathung, soll der Fall dem Senat vorgelegt werden, wenn er von erstem Range ist.
12. Handelt es sich aber um geringere Verbrechen oder Civilklagen, so kann die Jury eine Milderung oder Verschärfung eines der von den Richtern vorgeschlagenen Urtheilssprüche empfehlen.
13. Diese Empfehlung wird vom ältesten Richter behandelt und sein Ausspruch soll die schließliche Entscheidung der Sache abgeben.
14. Jeder Criminal- oder Civilprozeß unterliegt der Behandlung folgender richterlichen Gewalten: Einem Staatsanwalt 5 Richtern, 25 Geschworenen, zwei älteren und zwei jüngeren Sachwaltern (lawyers, Rechtskundigen) für jede Seite, den Spezial-Sachwaltern für jede Seite und einem Vertheidiger für jede Seite.
15. Der Dienst der öffentlichen Vertheidiger ist gänzlich unentgeltlich, und ihre Auswahl wird durchs Loos entschieden, wenn mehrere zu plaidiren wünschen sollten.
16. Kein Sachwalter darf als Vertheidiger plaidiren.
17. Den offiziellen älteren und jüngeren Sachwaltern werden die Fälle der Reihe um nach einer vom Gerichtshof veröffentlichten Liste zuertheilt, und sie erhalten vom Staat eine Bezahlung für ihre Dienste.
18. Eine festgestellte Anzahl solcher Weise verrichteter Dienste berechtigt die jüngeren Sachwalter ältere zu werden, und ältere Spezial-Advokaten, welche von den Privat-Parteien, falls sie als ihre Vertheidiger engagirt sind, bezahlt werden.
19. Der Verlauf eines Prozesses geschieht in folgender Ordnung: 1. Anklage durch den Staatsanwalt. 2. Zeugenverhör durch die Richter. 3. Kreuzverhör der Zeugen erst durch den Spezial- und dann durch die offiziellen älteren und jüngeren Sachwalter. 4. Verhör der Angeklagten durch einen der Richter. 5. Plaidoyers der drei Sachwalter jeder Partei. 6. Vertheidigung des Advokaten. 7. Zusammenfassung durch einen oder mehrere Richter. 8. Verdikt der Schuld oder Unschuld. 9. Vorschlag des Urtheils durch die Richter. 10. Bestätigung des Urtheils durch die Geschwornen.
20. Die vierteljährlichen Sessionen werden ersetzt durch permanente Sitzungen der Gerichtshöfe, und unmittelbar nach Vervollständigung der Beweise werden die Verhöre eingeleitet.
21. Jede Person, welche ins Gefängniß gesperrt worden ist und freigesprochen wurde, ohne daß der geringste Makel an ihrem Charakter hängen blieb, erhält eine Entschädigung, die ihr von den Richtern auf Empfehlung der Geschwornen zugesprochen wird.
22. Alle Verbrecher werden in mühseligen, aber produktiven Arbeiten beschäftigt, und das hieraus gewonnene Einkommen wird verwandt (nach Bezahlung ihrer Nahrung, Haft 2c.), um solche Personen zu entschädigen, welche durch Verbrecher materielle Verluste, körperlichen Schaden 2c. erlitten haben, wenn solche Verluste und Schäden gerichtlich festgestellt sind, und Entschädigung dafür von den Geschwornen befürwortet wird.

und guckt, und guckt und schnüffelt — und nachdem er ¾ Stunden in den Topf geguckt und geschnüffelt, war er und war das Haus so klug wie zuvor. Im Uebrigen war die Rede recht interessant. Jörg ist „weder Türke noch Russe“. Er will, daß „die Türkei nicht den Russen überliefert, aber unter europäische Curatel gestellt werde“ — was nicht so ganz leicht, sintemalen eine halbe Million regulärer und nicht viel weniger irregulärer Soldaten mit Flinten, die schießen, und Säbeln, die hauen, einen gehauenen und gestochenen Protest gegen besagte Curatel erheben. „Das göttliche Verhängniß hat uns die Zuchtruthe der türkischen Okkupation eines Theils von Europa gebracht — das christliche Europa hat die heilige Pflicht, diese Zuchtruthe zu entfernen.“ Für einen orthodoxen Katholiken allerdings eine sonderbare Forderung — oder heißt es nicht, der Vorsehung in's Handwerk pfuschen, eine Zuchtruthe beseitigen zu wollen, die sie der christlichen Menschheit applizirt und dann hinter den Spiegel gesteckt hat? Komischerweise findet Jörg eine Beruhigung in den Worten Bismarck's, die deutsche Politik könne nur dann von dem Friedenspfad abgedrängt werden, wenn „vitale Interessen Oesterreichs berührt“ würden. Als ob „Oesterreichs vitale Interessen“ durch die orientalische Frage nicht schon längst, und von Anfang an, berührt wären! Und als ob die Abdrängung vom Friedenspfad nicht auch in der Richtung nach Oesterreich hin erfolgen könnte! Schließlich entdeckte Herr Jörg, daß in der Lösung der orientalischen Frage die Lösung der sozialen Frage stecke — was jedenfalls neu ist. Und diese seine merkwürdige Entdeckung führte ihn auf das Gebiet des Nothstandes; auf die Conferenz zur Lösung der sozialen Frage, welche die Reichsregierung 1873 in Berlin veranstaltet (Conferenz Wagener-Bucher und Stieber — Letzteren vergißt Jörg zu erwähnen); auf die Sorglosigkeit, deren die Reichsregierung sich seitdem in ökonomischen Dingen schuldig gemacht; statt die soziale Frage zu lösen, habe sie den Culturkampf eröffnet und „die Träger des sozialen Verderbens (die Sozialdemokraten) hereingelassen“ u. s. w. Deutschland leide darunter, daß es zugleich ein großer Militärstaat und ein großer Industriestaat sein wolle. Einige Sticheleien auf die Moltke'sche Kriegspauke bildeten den Schluß der Jörg'schen Rede.

Die Herren an den Minister- und Bundesrathstischen setzten sich und Keiner blieb stehen, um auf die Herausforderungen und Angriffe des Centrumsmannes zu antworten. Herr Bülow, der Vizekanzler für's Auswärtige, machte sich so dünn, daß man ihn kaum sehen konnte. Er war auch in schlimmer Lage — die Sphynx sitzt schmollend, grollend und unnahbar hinten in Varzin und hat Niemand in ihre politischen Räthsel eingeweiht. Böse Zungen meinen, die Sphynx selbst habe den Schlüssel nicht, oder habe ihn verloren. Wie dem nun sei, das fatale Dilemma, in dem sich der kleine Vizekanzler befand: entweder durch Schweigen dem — Achselzucken des Reichstags oder durch Reden dem Zorn Ihrer Majestät, wollte sagen Nervosität, der Varziner Sphynx, zu verfallen. Er wählte das erstere Theil. Wohl bekomm's!

Nun war die Reihe an Payer, der in kurzen, kräftigen Worten den Standpunkt der Demokratie gegenüber dem Militarismus vertrat. Ein paar gelispelte, unverständliche (jedoch anscheinend gegen Jörg gerichtete) Sätze des Junkers Maltzahn-Gültz abgerechnet, kam kein Redner auf den Gedanken, beim sog. gemeinen Mann Unzufriedenheit zu erregen, um dann einen Zustand herbeizuführen, wo „Alles verunjenirt“ werden solle, mittelst des beliebten Petroleums alle Bande der Gesellschaft, der Natur, der Gesittung gesprengt, ein wüstes Chaos geschaffen, wo die entfesselte Volksfurie Gelegenheit haben soll, die Welt auf den Kopf zu stellen.

Solche Vorstellungen, von den Mittelklassen ohne jede weitere Prüfung acceptirt — sind natürlich nur geeignet, von den Lehren der Sozialdemokratie abzuschrecken und ganz besonders ist es die Angst vor einer Berührung, einem Zusammengehen mit den untersten Volksschichten, dem sog. Pöbel, in dessen speziellem und ausschließlichem Interesse die Sozialdemokratie geschaffen zu sein — man dem Publikum glauben zu machen sucht. —

Und doch ist es gerade die besser gestellte, bürgerliche Mittelklasse, deren geistige und materielle Interessen bei den heutigen gesellschaftlichen Zuständen nur einen sehr fraglichen und vorübergehenden Schutz finden, so fraglich und vorübergehend, daß der leiseste Windhauch, die erste beste Börsenlaune, eine mißrathene politische oder wirthschaftliche Spekulation der Machthaber, Alles hinwegzublasen vermag. — In einem einzigen Augenblick kann die ganze Summe von geistigen und materiellen Gütern, die Arbeit und der emsige Fleiß von Jahrzehnten, in Frage gestellt werden.

Im Handumdrehen verwandeln sich diese Kreise, kaum daß eine politische oder wirthschaftliche Krise eingetreten — und diese Krisen wiederholen sich jetzt immer mehr in kürzeren Pausen — in reine Proletarier, und ehe sie sich's versehen, befinden sie sich auf dem Standpunkte, wo das „Etwas zu verlieren haben“ aufhört und wo sie ebensogut wie die handarbeitende Klasse „Ihre Sache auf Nichts gestellt“ haben. —

Alle Bildung und Gesittung, alle Intelligenz kann gegen die durch erschütternde Krisen hervorgerufene Zerrüttung des materiellen Wohlstandes die guten, bürgerlichen Gesellschaftskreise vor dem materiellen und moralischen Untergang wenig, häufig sogar gar nicht schützen. Ein so herbeigeführter Schicksalswechsel wird gerade von diesen Gesellschaftskreisen um so schmerzlicher empfunden werden.

Ein großer Theil der besser situirten Klassen, wird das nie so hart empfunden haben, als jetzt, wo die Stagnation im Handel und Verkehr durch Jahre lange Dauer, die in besseren Tagen angesammelten Vorräthe, allmälig aufzehrt und zahlreiche tüchtige Leute vor die Frage stellt: Was nun? —

Ausgestattet mit reichlichen Kräften, geistig und körperlich zu arbeiten, sich und Anderen nützlich zu machen, sehen wir heute die Arbeitskraft einer großen Schaar fähiger Leute völlig brach liegen; es stehen zahlreiche Familien, die sonst nicht gewohnt waren, ernste Befürchtungen der Zerrüttung ihres materiellen Wohlbefindens zu hegen, vor einem höchst ungewissen Schicksal, vor einer äußerst zweifelhaften Zukunft.

Alles Suchen nach einer Thätigkeit, die bescheidensten Anforderungen, die sie stellen mögen, um nur Arbeit und Verdienst zu erlangen, scheitern an den schlechten Zeitverhältnissen, und so sehen wir so manchen Antisozialisten, recht verstimmt, vielleicht gar erbittert und verzweifelt nachdenken über „die Launen des Schicksals“, „die unerforschlichen Rathschlüsse des Himmels“.

Nun drängt sich ihm die volkswirthschaftliche Frage auf, an die er bisher nie ernstlich gedacht, nie Ursache zu denken hatte: Habe ich denn, nachdem ich und meine Familie alle Bedingungen zum Leben in uns fühlen, habe ich, haben wir denn gar kein Anrecht auf dieses bischen Leben, haben wir denn gar nicht und an Niemanden den Anspruch auf Arbeit und Verdienst?

Nein, wird ihm darauf die Manchesterschule zur Antwort geben, absolut nicht, du bist ganz und gar überflüssig geworden, nachdem du mit deinen Ersparnissen zu Ende bist, nachdem du nicht mehr in der Lage dich befindest, der Zeit der schweren Noth zu trotzen, nachdem du mit all deinen Arbeitsfähigkeiten, bei dem Uebermaß von Angebot bei äußerst geringer Nachfrage auch Herrn Maltzahn-Gültz) die Leviten zu lesen. Es sei des Reichstags unwürdig, aus Respekt vor dem Verstand des Herrn Reichskanzlers den eigenen Verstand zu kassiren; es müsse dahin gewirkt werden, daß die Volksvertretung einen Einblick in den Stand der Dinge gewinne. Rußland müsse daran verhindert werden, die Türkei zu verschlingen; um jeden Preis müsse man der Gefahr der panslavistischen Ueberfluthung begegnen. Jörg habe Recht, wenn er es für die Aufgabe Europas erklärt, die Türkei zu erhalten, aber der türkischen Wirthschaft ein Ziel zu setzen. Würden die diplomatischen Aktenstücke vorgelegt — was er sehr wünsche und lebhaft befürworte —, so dürfte sich vielleicht herausstellen, daß Deutschland in der einen oder anderen Phase der orientalischen Frage zu Gunsten des Friedens erfolgreich hätte eingreifen können. Es sei des Reichstags unwürdig, die Vertrauensposaune zu blasen. Die Vertreter der Nation hätten ein Recht und die Pflicht, Aufschlüsse zu fordern.

Und dabei blickt die „kleine Exzellenz“ boshaft hinüber nach dem kleinen Vizekanzler, der sich immer dünner macht und gewiß ein hübsches Sümmchen gegeben hätte, wenn er in den Erdboden hätte schlüpfen können. Doch es ersteht ein Retter in der Noth. Der „große Schweiger“, der inzwischen aus seinem Sinnen erwacht ist, erklärt, er habe in seiner vorgestrigen Rede nicht gesagt, was er habe sagen wollen, oder gesagt, was er nicht habe sagen wollen, je nachdem man es nehme. Er habe vielleicht Krieg gesprochen, aber er habe Frieden gemeint; der Abgeordnete Lasker habe ihn besser verstanden, als er (der große Schweiger) sich ausgedrückt. Und damit setzte der große Schweiger sich hin, unter Zeichen des Erstaunens ob solch tiefsinniger Weisheit und sehr vereinzelten Bravos.

Valentin schneidet weitere Debatten ab. Und jetzt

Hurre, hurre, hopp, hopp, hopp

über einen Budgetposten nach dem anderen; in sausendem Galopp stürmt die Majorität vorwärts. Kein Hinderniß giebt's. Tausende, Zehntausende, Millionen — ein Spornstich und die Parlamentsmähre setzt lustig drüber weg. Bei dem englischen Gesandtschaftsposten giebt's einen kleinen Aufenthalt. Bei zweiter Lesung waren 30,000 Mark gestrichen worden; dieselben sollten wieder eingeschmuggelt werden. Abstimmung zweifelhaft. Hammelsprung. 139 gegen 138 — die 30,000 sind gestrichen.

Das war aber auch die einzige Schlappe, welche die loyalitätswüthige Majorität erlitt. Gleich darauf beantragte Schorlemer-Alst, 30,000 Mark an den Ausgaben für den Gesandten in Petersburg zu streichen. Bei der zweiten Lesung war dieser Posten nur auf Bismarck's persönliches Drängen bewilligt worden. „Weil Bismarck nicht hier, sei die Ablehnung wesentlich erleichtert“, meinte Schorlemer. Doch die Bismarck-Garde hielt fest zusammen — der Posten wurde bewilligt.

Das langweilige Einerlei des Jasagens wurde erst wieder unterbrochen, als bei Gelegenheit des Post- und Telegraphen-Etats der Abgeordnete Majunke von Neuem auf die Thatsache aufmerksam machte, daß, trotzdem Reichspost- und Preßgesetz bestimmen, daß den deutschen Zeitungen der Postdebit innerhalb der Reichsgrenzen nicht entzogen werden darf, die „Germania“ [illegible] ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.

Das Viel verwandelt sich bei einigem Mißgeschick sehr bald in Wenig, und einiger Zufälle bedarf es nur, um in ein Nichts zu zerschmelzen. Was dann bleibt, das bischen Wissen und Können hat nur noch „Marktwerth“, von Angebot und Nachfrage geregelt, und so kömmt es, daß es zuweilen auch total werthlos wird. So lange dieses „eherne Gesetz“ nur von den handarbeitenden Klassen gekannt und empfunden wurde, haben sich die anderen mittleren Klassen wenig darum bekümmert, es waren für sie Theorien, welche sie näher zu kennen, keine besondere Veranlassung hatten; man kann doch nicht bei seinen sonstigen Beschäftigungen sich auch noch mit besonderen theoretischen Studien befassen, aus Zeitvertreib Volkswirthschaftslehre treiben, es genügte, sich auf diesem Gebiete oberflächlich zu orientiren und gaben die Tages- und Wochenblätter hier und da genügende Andeutungen um auch über die sog. soziale Frage unterrichtet zu sein, jetzt aber, wo das praktische Leben tief in die eigensten Verhältnisse eingreift, lassen sich erst diese verschiedenen Fragen genauer übersehen — läßt sich ihr Werth erst richtig beurtheilen. —

Angebot und Nachfrage, Arbeitsmarkt, Recht auf Arbeit, Entbehrungslohn bisher nur als technische Ausdrücke, als Schlagworte bekannt, nehmen Leben und Gestalt an und das Interesse für volkswirthschaftliche Lehren, das Interesse an der sozialen Frage ist ein reges geworden und wird gerade bei den mittleren Klassen, die heute Gelegenheit haben näher darauf einzugehen, einen wesentlichen Umschwung in ihren Anschauungen bringen, wogegen die liberale Presse vergebens ankämpft, wogegen auch das Gewäsch des „verwrangelnden“ Schulze, des eitlen Märchen und des „keuschen“ Josefs der „Berliner Volkszeitung“ im Interesse des „Entbehrungslohns“ nichts mehr helfen wird.

draußen im Foyer; Millionen um Millionen werden ohne Widerspruch und ohne daß die meisten Abgeordneten wissen, um was es sich handelt, bewilligt; um einen heute gebrauchten Ausdruck des Abgeordneten Rickert zu wiederholen: es geht immer weiter. — Ja wohl, es geht weiter, nur ist die Frage, wohin es geht, und dürfte die heute herrschende Krisis und der allgemeine Nothstand nebst dem „Krieg in Sicht“ eine recht treffende Illustration dazu bieten, wohin es geht.

Schluß der Sitzung 4½ Uhr. Die Sitzung, in der 540 Millionen Mark dem herrschenden System — davon über vier Fünftel dem Moloch des Militarismus — in den Rachen geworfen wurden, dauerte genau 5 Stunden, das heißt 108 Millionen die Stunde, fast zwei Millionen die Minute!

Volk, bewundere deine Vertreter!

27. April.

Zunächst einen kleinen Nachtrag. Ich vergaß gestern zu erwähnen, daß Windthorst den Umstand, daß in Leipzig provisorisch ein Gebäude für das Reichsgericht gemiethet worden ist, dazu benutzte, die Reichsgerichtsfrage auf das Tapet zu bringen und den Verdacht auszusprechen, man betrachte in maßgebenden Kreisen die Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig noch nicht als definitiv und denke daran, dem Reichstagsbeschluß zuwiderzuhandeln. Die spitzigen Ausführungen der kleinen Exzellenz versetzten den Präsidenten des Reichsjustizamts, Herrn Friedberg, in außerordentliche Aufregung. Der Mann stotterte, ward bald roth, bald blaß nnd kam mit Mühe zu der Erklärung, für die Regierung sei, nach dem Beschlusse des Reichstags, die Sache überhaupt nicht mehr zweifelhaft gewesen — eine Erklärung, die jedenfalls zur Klärung nicht beigetragen hat.

Heut haben wir das Nachspiel der „Zollschlachten“. Ein sehr schwächliches Nachspiel. Das Ausgleichgesetz steht zu zweiter Lesung auf der Tagesordnung. Das „Haus“ ist größtentheils nicht zu Hause, sondern draußen im Foyer, wo die Abgeordneten rauchen und plaudern. Innen bemüht sich „unser Braun“, die Sauce der freihändlerischen Gemeinplätze mit ein paar Witzen zu würzen. Es gelingt ihm aber nicht, obgleich er bei Meidinger Anleihen macht. Der alte Grumbrecht giebt sich Mühe, die lustige Person zu spielen, spielt aber blos die traurige. Schorlemer-Alst giebt Braun aus Barmherzigkeit ein paar Fußtritte (wozu dieser, der sich durch einige „Schoppen“ gestärkt hat, vergnügt lächelt) und tiraillirt dann gegen die bisherige wirthschaftliche Politik der Reichsregierung, wobei er auch das Camphausen'sche Rezept nicht in's richtige Licht zu stellen vergißt. Dies bringt die Herren Achenbach und Camphausen auf die Füße. Der Herr Minister gegen Handel und Gewerbe, wie der „Glöckner im Exil“ boshaft Herrn Achenbach titulirt, ergeht sich in Allgemeinheiten und sucht den vergeblichen Beweis zu liefern, daß er früher nicht dem Manchesterthum gehuldigt und den Großkapitalismus gefördert habe. Mehr zur persönlichen Bemerkung ergriff nach ihm sein College mit der fettigen Stimme das Wort. Er hat „die üble Gewohnheit“, auf Zeitungsangriffe nicht zu antworten; jetzt aber, da ihm das Camp[illegible] Entschädigungssumme nicht vollständig an die Hinterbliebenen zur Zahlung gelangte, ist eine solche in anderen Fällen gar nicht einmal erfolgt, sondern ist die ganze gezahlte Entschädigungssumme in den Besitz des Versicherers übergegangen. Die in den Versicherungsverträgen aufgenommene Verpflichtung für den Versicherer, ausgezahlte Gelder einzig und allein im Interesse der Hinterbliebenen resp. der Rente-Berechtigten zu verwenden, hat sich zu Gunsten Letzterer als nicht ausreichend herausgestellt.

Die Verwendung gezahlter Gelder in Folge eines Unglücksfalles, wenn selbiger nicht in den Grenzen der gesetzlichen Haftpflicht liegt, entzieht sich jeder Controle, da die Gesellschaft die Versicherungssumme direkt an den Versicherer auszahlt; allerdings mit der Bedingung, daß selbige nur zu Gunsten der Berechtigten verwandt werden darf. Dieser Verpflichtung ist in mehreren Fällen nicht nachgekommen worden und droht somit diese Institution, die durchaus eine Bereicherung gewissenloser Arbeitgeber auf Kosten unbrauchbar gewordener Arbeiter, Wittwen oder Waisen nicht bezweckte, von ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Bahn sich weit zu entfernen.

Auf Grund dieses mir in mehreren Fällen bekannt gewordenen Mißbrauches stelle ich ganz gehorsamst den folgenden Antrag: „Die Statuten der im Königreich Preußen zugelassenen Unfalls- nnd Invaliditäts-Versicherungs-Gesellschaften sind einer Revision zu unterwerfen und sind Modifikationen zu treffen, die einen Versicherer nach stattgehabten Unglücksfällen, mögen dieselben innerhalb oder außerhalb der gesetzlichen Haftpflicht liegen, unter gerichtlicher Controle veranlassen, die von einer Versicherungs-Gesellschaft gezahlte Entschädigungssumme einzig und allein — bei Todesfällen: zu Gunsten der direkten Erben oder im Falle von Invaliditäts-Renten oder sonstig gezahlten Beträgen nur an die Renteberechtigten resp. nur zu Gunsten der Beschädigten verwenden zu dürfen.

Dergleichen öffentlich bekannt gewordene Fälle tragen leider, aber naturgemäß viel dazu bei, das durchaus nicht gute Einvernehmen, welches zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht, immermehr zu verschlechtern. Die Führer der Arbeiterpartei haben in Wort und Schrift gegen diese Handlungsweise protestirt und dieselbe möglichst in ihrem Interesse ausgebeutet. Dergleichen Vorkommnisse dürften wohl sehr viel dazu beitragen, das Vertrauen vollständig zu untergraben. Wenn ich der Ansicht bin, daß bei derartigen Vorfällen nicht immer eine eigennützige Absicht zu Grunde gelegen hat, so dürfen doch die hier bekannten Vorfälle hinreichend genügen, eine Reformirung als dringend nothwendig erscheinen zu lassen. Gern gebe ich zu, daß auch Unkenntniß betreffs der gegenüber der Versicherungs-Gesellschaft eingegangenen Verpflichtung, eine falsche Auffassung der Rechtsverhältnisse oder wohl auch die Erfahrung, daß dergleichen gezahlte Summen schlechte Verwendung gefunden, die Motive zu dieser Handlungsweise gewesen sein mögen.“

Unsere Abgeordneten werden bei Gelegenheit eines Verbesserungsantrages, der in nächster Session eingebracht wird, obige Andeutungen verwerthen können.

Zum Haftpflichtgesetz.

Wir erhalten von einem Versicherungsbeamten folgende Zuschrift:

„Zur Beleuchtung der Mängel des Haftpflichtgesetzes ist es vielleicht dienlich, Ihnen einige Erfahrungen mitzutheilen, die ich als Versicherungsbeamter seit einigen Jahren gemacht habe. Das Haftpflichtgesetz in seiner jetzigen Gestalt ist für den Arbeiter ohne jeden Nutzen, weil einmal dasselbe den Arbeitgeber nur dann für einen Unfall haftpflichtig macht, wenn der Unfall von der Betriebsleitung verschuldet wird und weil zweitens der Arbeiter diese Verschuldung nachweisen muß. In dem mir für das Unfallgeschäft einer Versicherungsgesellschaft untergeordneten Bezirke sind seit 3 Jahren im Ganzen 600 Unfälle, theils schwerere, theils leichterer Natur, vorgekommen, auf Grund des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 ist aber noch keine einzige Entschädigung geleistet worden, wurde sie geleistet, so geschah es aus der Versicherung gegen alle Unfälle, welche der Unternehmer für seine Arbeiter noch genommen hatte. Die großen Arbeitsherren haben durchgehends sich gegen die Folgen des Haftpflichtgesetzes versichert, sie haben bei einem Unfalle deshalb Regreß an die Gesellschaften, und gerade diese Versicherung ist es, welche dem Arbeiter nachtheilig wird. Die Gesellschaft zahlt selten freiwillig, sondern verlangt, daß von dem Arbeiter die Haftpflicht des Unfalles durch ein rechtskräftiges Urtheil nachgewiesen wird, er muß deshalb sein Recht im Prozeßwege geltend machen. Bei unserem Prozeßverfahren ist das sehr übel. Ich habe einen Unfall bearbeitet, der durch den Zusammensturz eines Gerüstes verursacht wurde. Die Gesellschaft bestritt, daß eine Haftpflicht vorliege, der Arbeiter klagte und nach 2 Jahren ist der Prozeß glücklich soweit gediehen, daß jetzt das Beweisverfahren angetreten wird. — Es ist nicht zu leugnen, daß es Arbeitgeber gibt, welche die Unzulänglichkeit des Haftpflichtgesetzes einsehen und deshalb ihre Arbeiter gegen alle

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Pflege der Intelligenz im Intelligenzstaat. In der letzten Generalversammlung des brandenburgischen Provinzial-Lehrervereins gab Lehrer Hohenstein interessante statistische Notizen über den Stand der Volksschule in der Provinz Brandenburg. Die Statistik umfaßt 836 Orte mit 1604 Stellen. Von diesen 1604 Stellen sind unbesetzt 114, ungenügend besetzt 418. 148 Stellen haben je 80 bis 100 Schüler, 95 je 100 bis 120, 83 je 120 bis 150, 33 je 150 bis 180, 16 je 180 bis 200, und 14 Stellen über 200 Schüler! Am ungünstigsten stellt sich das Verhältniß für die Ortschaften mit ein-, zwei- und dreiklassigen Schulen. Nachrichten sind aus 787 solchen Ortschaften mit 894 fundirten Stellen vorhanden; von diesen sind unbesetzt 70 und ungenügend besetzt 342, so daß bei einer Maximalzahl

entkleidet und existenzunfähig gemacht. Die namentliche Abstimmung, die auf Antrag erfolgt, ist eigentlich blos eine Formalität. Der Entwurf ist todt, er braucht nicht mehr todtgeschlagen zu werden. Resultat: 211 Nein, 111 Ja, 6 Enthaltungen. Die Niederlage der Regierung kann nicht eklatanter sein. Enthalten haben sich nur Sozialdemokraten, die keine Veranlassung zu haben glaubten, für den einen oder anderen der einander bekämpfenden Theile Partei zu ergreifen. Demmler und Blos stimmten — mit Rücksicht auf die Gestalt, welche der Entwurf durch die vorherigen Beschlüsse des Reichstags erlangt — mit Nein! Keine Partei des Reichstags stimmte „geschlossen". Jeder stimmte nach seinen Privatneigungen oder Interessen — der beste Beweis, daß die Frage: Schutzzoll oder Freihandel? keine prinzipielle, sondern eine rein praktische Frage ist.

Morgen giebt's noch ein Nachspiel des Nachspiels, nämlich eine Debatte über den Varnbüler'schen Antrag; außerdem steht morgen u. A. der Etat für Elsaß-Lothringen auf der Tagesordnung.

Es besteht die feste Absicht, den Reichstag nächste Woche zu schließen; natürlich muß dann eine Menge von Anträgen, Gesetzesentwürfen und sonstigen Materien unerledigt bleiben, doch das kümmert die „Diätenlosen" nicht. Es treibt sie fort mit Sturmeswehen zu ihren „väterlichen Ochsen", um mit dem geistvollen Grafen Bethusy-Huc zu reden.

28. April.

Zwei Stunden hat er geredet! Nein, nicht geredet — gepiepst, wie ein Spatz, der sich erkältet hat. Zwei Stunden! Das geht ja über den Lasker. Und die Stimme — oder Nichtstimme. Vor neun Jahren konnte er noch reden, dieser Varnbüler; im Zollparlament donnerte er gewaltig gegen die Verpreußung und bildete den Krystallisationspunkt der reichsfeindlichen Elemente. Aber der kalte, trockene Nordostwind, der seitdem über Würtemberg gestrichen ist, hat ihm den Ministerstuhl unter dem Leib weggeblasen und statt dessen einen Stockschnupfen gebracht, an dem er noch heute laborirt und wohl bis an's Ende seiner Tage laboriren wird.

Was er gepiepst? Keinen artikulirten Laut habe ich verstanden, und doch erfreue ich mich eines ziemlich scharfen Gehörs. Ich frage meinen Nachbar. Er schüttelt verzweifelt den Kopf. Ein zweiter College — dito. Niemand hat ein Sterbenswörtchen verstanden — sogar die Stenographen, die unmittelbar vor dem „Redner" sitzen, verstehen nur Bruchstücke und lassen jeden Moment ihren Bleistift ruhen. Der Herr Exminister wird ihnen die geschriebene Rede für's Stenogramm liefern, und — das ist ja bequem für beide Theile.

Im Augenblick, wo ich meinen Bericht schließen muß — ½2 Uhr Nachmittags — läßt Herr Hofmann seine kanzleramtspräsidentliche Beredsamkeit mit grausamer Monotonie auf's Haus herabträufeln. Ein paar unvorsichtige Mitglieder, die sich auf die frohe Mähr hin, daß Varnbüler geendet, aus dem Couloir (der breite Gang vor dem Sitzungssaal) und Kneipzimmer unvorsichtig hereingewagt, stürmen Hals über Kopf wieder hinaus, als wären sie von Furien verfolgt.

Correspondenzen.

Ottensen. Die Wahlprüfungscommission des Reichstags hat die Wahl des Abgeordneten Beseler beanstandet, und steht zu erwarten, daß der Reichstag das Mandat kassirt, indem die bei Gelegenheit dieser Wahl vorgekommenen, sozialistischerseits in einem Protest gerügten Beeinflussungen und Bedrückungen der Wähler unerhörter Natur waren. Gegenkandidat Beseler's war der Sozialdemokrat Stöhr, welcher bei einer Neuwahl in unserm Wahlkreise große Aussicht auf einen Sieg hat.

Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter.

Wir halten uns für verpflichtet, den Genossen obigen Vereins mitzutheilen, daß die Statuten seitens des Königlichen Gerichtsamts im Bezirksgericht zu Zwickau an den am 28. Januar d. J. gewählten Vorstand mit dem Bemerken zurückgekommen sind, daß die in § 4 unter c, d und e enthaltenen Punkte vom Königlichen Ministerium des Innern der Genehmigung bedürfen. Es sind daher seitens des Vorstandes die diesbezüglichen Schritte gethan worden, und glauben wir in einigen Wochen Statuten u. s. w. im Druck erscheinen lassen zu können. Die Genossen wollen daher kräftig für Ausbreitung des Verbandes Sorge tragen, damit die Mühen des Vorstandes belohnt, sowie den uns Fernstehenden gezeigt wird, daß Ausdauer, Muth und Arbeit doch endlich noch zum Siege führen. Glück auf!

Zwickau, im April 1877. Die Verwaltung.

An die Parteigenossen im 18. und 19. hannoverschen Wahlkreis.

Um einem schon lange gefühlten Bedürfniß für die Agitation abzuhelfen, ersuchen wir diejenigen Freunde und Genossen, welche Rednerkräfte für Versammlungen wünschen, dies rechtzeitig, d. h. 8—14 Tage vorher, bei dem Unterzeichneten christlich zur Anzeige bringen zu wollen, damit, soweit wie möglich, allen billigen Anforderungen Rechnung getragen werden kann.

A. A.: J. Sälz,
Bremerhaven, Osterstraße 20.

Den Genossen des hiesigen Kreises zur Nachricht, daß sich hier ein Agitationscomité gebildet hat, in welches gewählt wurden: F. Wecker, Max Decker, F. Gundlach, H. Herbst, J. Steinle, P. Georg, W. Heise. Briefe, die Agitation betreffend, sind an den Unterzeichneten zu richten.

Freiburg i. B. J. F. Haug, Löwenstraße 6.

An alle Sattler und Berufsgenossen Deutschlands.

Collegen! Nach Beschluß des Vereins der Sattler und Berufsgenossen wird in diesem Jahre abermals eine Generalversammlung stattfinden, und zwar zu Pfingsten in Leipzig, um gemeinsam über Mittel und Wege zu berathen, welche zur Besserung und Förderung unserer Lage, sowie zum weiteren Ausbau unserer Vereinigung beitragen. Als Hauptpunkt ist wohl die zu gründende Central-Kranken- und Sterbekasse anzusehen. Betrachten wir die in unserem Gewerbe jetzt bestehenden Krankenkassen, so muß man doch gewiß zugeben, daß in dieser Beziehung vieles zu wünschen übrig bleibt. Bei den jetzigen Kassen kommt es nur zu häufig vor, daß man Jahre hindurch zu einer derselben gesteuert hat und schließlich durch die Verhältnisse gezwungen wird, den Ort zu verlassen und somit auf alle Ansprüche und Rechte verzichten muß. Noch schlimmer steht es aber mit dem an einigen Orten noch bestehenden Fabrik-Krankenkassen, bei denen man bei etwaiger Lösung des Arbeitsverhältnisses aller Ansprüche und Rechte trotz jahrelanger und theilweise hoher Beiträge verlustig wird. Ganz anders aber steht es mit der zu gründenden Central-Krankenkasse. Wer einmal dieser Kasse angehört und seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommt, hat immer Anspruch an die Kasse, mag er nun arbeiten und wohnen wo er will. Dies ist gewiß ein bedeutender Vortheil gegenüber allen anderen Kassen, insbesondere für reisende Collegen, welche in anderen Kassen oft nach langer Zahlung von Beiträgen dennoch ohne jede Unterstützung in Krankheitsfällen blieben. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Unterstützungskasse für Arbeitslose. Es ist nicht genug, uns in Krankheitsfällen zu unterstützen, sondern wir müssen auch im Falle der Arbeitslosigkeit in jeder Beziehung solidarisch handeln. Der Arbeiter ist unter den heutigen Verhältnissen bei eintretender Arbeitslosigkeit mindestens ebenso unterstützungsbedürftig, als in Krankheitsfällen. Der Kranke wird im dringendsten Falle, wenn auch nicht in gewünschter Weise, vom Staat oder der Gemeinde unterstützt, oder vielleicht in einer öffentlichen Anstalt untergebracht, für den Arbeitslosen hingegen hat unsere heutige Gesellschaft kein Gehör, der ist, wenn er sich nichts erspart hat, was aber bei den jetzigen Verhältnissen fast unmöglich ist, dem Elend preisgegeben, und daher kommt es auch, daß dem noch in Arbeit stehenden Collegen eine fast unerträgliche Concurrenz geschaffen wird. Weiter wäre wohl auch unser Reiseunterstützungswesen noch anzuführen, welches hauptsächlich den jüngeren Collegen zu gute kommt. Aus den eben angeführten Punkten kann man wohl ersehen, wie der Verein bemüht ist, nach allen Richtungen die Interessen der Collegen zu wahren und zu fördern. Aber nur ein gemeinsames Handinhandgehen kann es ermöglichen, etwas Gutes zu schaffen und uns nach jeder Richtung hin solidarisch zu zeigen. Freilich, einen augenblicklichen Vortheil oder sofortige Beseitigung aller Uebelstände unseres Gewerks kann keine Organisation gewähren, sondern nur durch stetes Wirken und Streben können wir Schritt für Schritt etwas erreichen. Darum rufen wir Euch, die Ihr unserem Verein nicht angehört, zu, tretet ein in den gerechten Kampf, helfet uns mitwirken in unseren Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, unsere gegenwärtige trostlose Lage zu heben, sowohl in materieller wie geistiger und moralischer Beziehung. Ferner fordern wir Diejenigen, welche sich in Lokalvereinen verbunden verbessern, auf, sich unserm Centralverband anzuschließen, denn nur durch centralistische Vereinigung können wir etwas Ganzes und Großes schaffen. Wünschenswerth wäre es aber, wenn Collegen oder Vertreter von Lokalvereinen an den Berathungen der Versammlungen theilnehmen würden, um dadurch die Bestrebungen des Vereins genauer kennen zu lernen. Jede weitere Auskunft ist bei Unterzeichnetem einzuholen.

Dresden, 23. April.

Mit collegialischem Brudergruß
J. A.: Ernst Enghardt, Humboldstr. 6, 4. Etg.

Parteigenossen und Abonnenten

des „Vorwärts", „Hamburg-Altonaer Volksblatt", „Rothe Fahne" 2c., welche gewillt sind, ihre gelesenen Blätter im Interesse der Partei zu verwenden, werden ersucht, dieselben bei Herrn Th. Leiding, Plankemat, und bei Herrn W. Boß, Heiligergeistgang 22, abzuliefern.

Flensburg. A. Albrecht.

Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" wird um Abdruck obiger Zeilen gebeten.

Warnung.

Vor etwa einem Jahre wurde ein Anstreicher-Geselle C. Triburg, damals in Gelsenkirchen, wegen Unterschlagung aus der Arbeiterpartei ausgestoßen. Derselbe hat sich jetzt einige Monate hier in Solingen aufgehalten, und trotzdem man sich vor ihm hütete, hat der C. Triburg auch hier sich der Unterschlagung schuldig gemacht, weshalb wir Jedermann vor demselben warnen.

Die Exped. der „Solinger Freie Presse".

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Quittung über die seit Februar d. J. für den nun verstorbenen Genossen Rudolph in Erfurt eingegangenen Unterstützungsgelder: Durch W. Richard aus Hattenbach 2,00; durch Ed. Wein aus Dresden 6,00; d. C. Meyer aus Braunschweig 12,00; d. H. Hartmann Hannover 5,00; d. P. Eisenhauer aus Mannheim von einer Verloosung 7,70; von W. Müller 3,10; von P. Wetzel 1,50; von J. Roth 1,00; von verschiedenen Genossen 1,20; d. Ed. Wein aus Dresden 6,00.

Erfurt, 23. April 1877.

Thomas Kühn.

Briefkasten

der Redaktion. C. W. Traunstein. Ein Minderjähriger kann wegen Beleidigung angeklagt werden; der Schriftsteller E. K. ist gegenwärtig in Altona. — Anonymus Berlin: Senden Sie uns den Aufsatz: „Die Philosophie des Unbewußten von Ed. von Hartmann zum Sozialismus." — Louis Michaelis: Ihre „Aufsätze" können nicht aufgenommen werden, weil sie von persönlichen Beleidigungen 2c. strotzen und — unserer Ueberzeugung nach — auch nicht die Wahrheit enthalten. Auf dem Congreß haben Sie Gelegenheit, sich zu verantworten, und, falls es Ihnen möglich, die gegen Sie erhobene Anklage zu widerlegen.

der Expedition. R. Ldwg hier: Das Versehen bei der Annonce ist Ihrerseits gemacht worden. — Klaws, Hamburg: Sie haben bei Ihrer Annonce den Tag der Versammlung anzugeben vergessen.

Quittung. J. Frnz Jägerndorf Ab. 20,00. Wchrs Hamburg Ann. 2,40 Hckr hier Ab. 3,40. Jerms Philadelphia Schr. 40,60. Expedition der „Tagwacht" Zürich Ab. 30,00. Agitationscomité hier Ann. 4,80. Uhlmnn Cainsdorf Ab. 15,00. Kfmnn Bludenz Ann. 0,30, Ab. 1,60. Fr. Knpp Straßburg Ab. 3,00. Schstr Dresden Schr. 3,00. Hrm Elberfeld Ab. 5,00. Rmnn Neundorf Schr. 1,82. Frdnthl Kruschwitz Ab. 2,40. G. Lnk Pieschen Ab. 7,40, Schr. 1,75. Grstmr München Ab. 183,25. H. Strbl Zwickau Ab. 149,90. Pfnnkch Cassel Schr. 9,60. Zchrds Hermannstadt Ab. 16,00.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Kfmnn Bludenz 3,10.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Altona. Mittwoch, den 2. Mai, Abends 8½ Uhr:
Oeffentliche Versammlung
im **Convent-Saal** früher Wittmaack's Salon.
Tagesordnung: Vorlegung und Berathung der Statuten eines neu zu gründenden Vereins, eventuell Wahl eines Vorstandes. [80
O. Reimer.

Flensburg. Sonntag, den 6. Mai, Abends 7½ Uhr, bei Wittwe Nielsen, Groß-Straße 40: (F.122)
Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: Der diesjährige Sozialisten-Congreß in Gotha.
60] A. Fechner.

Hamburg. **Große öffentliche Versammlung** sämmtl. Töpfer von Hamburg u. Altona im Lokale des Hrn. Hübner, Große Rosenstraße 37.
Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung. Referent Herr E. Breuel. G. Klaws. [60

Osnabrück. Donnerstag, den 3. Mai, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:
Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: Betr. Beschickung des Congresses.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht P. Krowiarz.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß die Parteigenossen sich in der Versammlung zahlreich einstellen. [80

Ottensen. Mittwoch, den 2. Mai, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's Salon:
Große
Volksversammlung.
Tagesordnung: 1. Das hiesige Schulwesen und die Antwort des Miuisteriums auf die Petition betreffend die hiesige Volksschule. Referent Max Stöhr. 2. Die eventuelle Neuwahl im 6. Wahlkreise. 1,10] F. Heerhold.

Halle a. S. Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Sonnabend, den 5. Mai:
Geschlossene Mitglieder-Versammlung. [60
Tagesordnung: 1. Berathung über die anderseits gestellten Anträge. 2. Delegirten-Wahl. (F. 160)
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. F. Gaudich.

Leipzig. Donnerstag, den 3. Mai, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:
Oeffentliche Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Sozialisten-Congreß und Wahl eines Delegirten. Der Agent. [60

Leipzig. Agitations-Comité.
Mittwoch, den 2. Mai, präcis 9 Uhr, Sitzung im Lokal des Arbeiterbildungsvereins. Der Vorstand. [30

Leipzig. Vorstände der Gewerkschaften und Fachvereine werden Dienstag, Abends 8 Uhr, zu einer Besprechung im Lokale des Arbeiterbildungsvereins, über eine abzuhaltende allgemeine Gewerkschaftsversammlung freundlichst eingeladen.
Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen. R. Ludwig. [50

Schuhleisten-Schneider, tüchtiger Arbeiter, findet sofort Beschäftigung. Näheres unt. Adr.: Josef Kaufmann, Bludenz, Vorarlberg. (F.40) 90

Lager roher Tabake
von Gebrüder Frenkel.
Hamburg, Neustadt, Fuhlentwiete 96.
Wir empfehlen unser gut assortirtes Lager von Rohtabaken, und machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß wir neuerdings die Anordnung getroffen, selbst das kleinste Quantum zu versenden und Engros-Preise zu berechnen. (F160) 3b [270

Adreßänderung.

Da Herr J. Franz aus der Volksbuchhandlung des Schweiz. Arbeiterbundes ausgetreten und eine eigene Buchhandlung begründet hat, so wolle man alle Sendungen an uns einfach:

Volksbuchhandlung, Zürich

oder noch besser:

Volksbuchhandlung, Zeltweg-Hottingen

mit Hinweglassung des Namens J Franz adressiren.

Wird der Name J. Franz noch neben demjenigen der Volksbuchhandlung auf die Adresse gesetzt, so werden die Sendungen gewöhnlich in der Buchhandlung des Herrn J. Franz abgegeben, was zu Verzögerungen und Verwirrungen Anlaß giebt.

Also nochmals: adressire man einfach

Volksbuchhandlung

ohne Beifügung des Namens J. Franz. (2a)

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complett

ist wieder **versandtfertig** geworden, und wiederholen wir deren Empfehlung als Zierde jeder Bibliothek und besonders geeignet zu Fest geschenken.

Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. franco nur gegen baar. Für Porto sind 50 Pf. einzusenden.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit".

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Alle Gelder
für die
statistische Tafel der sozialist. Wahlen
sind umgehend an **August Geib,** Hamburg, Rödingsmarkt 12, zu senden.

Die weiteste Verbreitung der statistischen Tafel liegt im Interesse der Partei!

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

„Berliner Freien Presse" Verlag der

„Märkischen Volksfreund" Verlag des

Zur Uebernahme von Druck-Aufträgen jeder Art und jeden Umfangs, als: Zeitungen, Zeitschriften, Werke, Broschüren, Statuten etc. empfiehlt sich die

Allgemeine Deutsche
Associations-Buchdruckerei
(Eingetragene Genossenschaft)

unter Zusicherung prompter u. reeller Bedienung bei soliden Preisen. Dampfkraft-Betrieb a. Doppel-Schnellpresse. — Accidenzen jeden Genres: Karten, Circulaire, Avise etc.

Buchdruckerei Genossen-schaftliche

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Heß, 630 North 3rd Street
J. Bell, 115a Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 52. Freitag, 4. Mai. 1877.

Ein Mahnwort an die Mittelklassen.

Wie weit noch immer die Verblendung und Unkenntniß unserer wirthschaftlichen Zustände in den meisten kleinbürgerlichen Kreisen geht, ersehen wir daraus, daß ein großer Theil derselben, von der liberalen Presse geleitet, blindlings den sozialistischen Bestrebungen entgegentritt, statt wie es das eigenste Interesse erheischen würde, sich dem Sozialismus anzuschließen. Ganz vorzüglich diese Kreise sind es ja, die ein eminentes Interesse an der Umgestaltung der heutigen, durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen jämmerlichen Zustände haben sollten.

Dieser seltsame Umstand findet seine Erklärung darin, daß die Grundbedingungen des Sozialismus in den mittleren bürgerlichen Volksschichten völlig unbekannt sind; — bei aller sonstigen etwaigen Intelligenz im Allgemeinen, stehen sie den volkswirthschaftlichen Fragen fremd und unwissend gegenüber.

Der Handwerker, der Staats- und Privatbeamte, der Lehrer, der selbständige Kaufmann und Fabrikant, soweit sie nicht zu den tonangebenden höheren Gesellschaftsklassen gehören, meinen, indem sie sich zu dem sogenannten guten bürgerlichen Mittelstand rechnen, daß sie „Etwas zu verlieren haben" und streng geschieden sind von denjenigen, die „ihre Sache auf Nichts gestellt", daß sie bei einer wirthschaftlichen Neugestaltung, wer weiß was einbüßen und in ihren Verhältnissen direkt geschädigt werden zu Gunsten einer rohen, besitzlosen, handarbeitenden Masse.

Diese grundfalsche Anschauung sucht die Presse nach Möglichkeit zu verbreiten und in den Mittelklassen zu befestigen; so gilt es als eine ausgemachte Sache, daß die Sozialdemokraten nur aus einer Rotte von Menschen besteht, die nichts anderes bezweckt, als die Leidenschaften in den unteren Volksschichten aufzustacheln, beim sog. gemeinen Mann Unzufriedenheit zu erregen, um dann einen Zustand herbeizuführen, wo „Allens verunjenirt" werden solle, mittelst des beliebten Petroleums alle Bande der Gesellschaft, der Natur, der Gesittung gesprengt, ein wüstes Chaos geschaffen, wo die entfesselte Volksfurie Gelegenheit haben soll, die Welt auf den Kopf zu stellen.

Solche Vorstellungen, von den Mittelklassen ohne jede weitere Prüfung acceptirt — sind natürlich nur geeignet, von den Lehren der Sozialdemokratie abzuschrecken und ganz besonders ist es die Angst vor einer Berührung, einem Zusammengehen mit den untersten Volksschichten, dem sog. Pöbel, in dessen speziellem und ausschließlichem Interesse die Sozialdemokratie geschaffen zu sein — man dem Publikum glauben zu machen sucht. —

Und doch ist es gerade die besser gestellte, bürgerliche Mittelklasse, deren geistige und materielle Interessen bei den heutigen gesellschaftlichen Zuständen nur einen sehr fraglichen und vorübergehenden Schutz finden, so fraglich und vorübergehend, daß der leiseste Windhauch, die erste beste Börsenlaune, eine mißrathene politische oder wirthschaftliche Spekulation der Machthaber, Alles hinwegzublasen vermag. — In einem einzigen Augenblick kann die ganze Summe von geistigen und materiellen Gütern, die Arbeit und der emsige Fleiß von Jahrzehnten, in Frage gestellt werden.

Im Handumdrehen verwandeln sich diese Kreise, kaum daß eine politische oder wirthschaftliche Krise eingetreten — und diese Krisen wiederholen sich jetzt immer mehr in kürzeren Pausen — in reine Proletarier, und ehe sie sich's versehen, befinden sie sich auf dem Standpunkte, wo das „Etwas zu verlieren haben" aufhört und wo sie ebensogut wie die handarbeitende Klasse „Ihre Sache auf Nichts gestellt" haben. —

Alle Bildung und Gesittung, alle Intelligenz kann gegen die durch erschütternde Krisen hervorgerufene Zerrüttung des materiellen Wohlstandes die guten, bürgerlichen Gesellschaftskreise vor dem materiellen und moralischen Untergang wenig, häufig sogar gar nicht schützen. Ein so herbeigeführter Schicksalswechsel wird gerade von diesen Gesellschaftskreisen um so schmerzlicher empfunden werden.

Ein großer Theil der besser situirten Klassen, wird das nie so hart empfunden haben, als jetzt, wo die Stagnation im Handel und Verkehr durch Jahre lange Dauer, die in besseren Tagen angesammelten Vorräthe, allmälig aufzehrt und zahlreiche tüchtige Leute vor die Frage stellt: Was nun? —

Ausgestattet mit reichlichen Kräften, geistig und körperlich zu arbeiten, sich und Anderen nützlich zu machen, sehen wir heute die Arbeitskraft einer großen Schaar fähiger Leute völlig brach liegen; es stehen zahlreiche Familien, die sonst nicht gewohnt waren, ernste Befürchtungen der Zerrüttung ihres materiellen Wohlbefindens zu hegen, vor einem höchst ungewissen Schicksal, vor einer äußerst zweifelhaften Zukunft.

Alles Suchen nach einer Thätigkeit, die bescheidensten Anforderungen, die sie stellen mögen, um nur Arbeit und Verdienst zu erlangen, scheitern an den schlechten Zeitverhältnissen, und so sehen wir so manchen Antisozialisten, recht verstimmt, vielleicht gar erbittert und verzweifelt nachdenken über „die Launen des Schicksals", „die unerforschlichen Rathschlüsse des Himmels".

Nun drängt sich ihm die volkswirthschaftliche Frage auf, an die er bisher nie ernstlich gedacht, nie Ursache zu denken hatte: Habe ich denn, nachdem ich und meine Familie alle Bedingungen zum Leben in uns fühlen, habe ich, haben wir denn gar kein Unrecht auf dieses bischen Leben, haben wir denn gar nicht und an Niemanden den Anspruch auf Arbeit und Verdienst?

Nein, wird ihm darauf die Manchesterschule zur Antwort geben, absolut nicht, du bist ganz und gar überflüssig geworden, nachdem du mit deinen Ersparnissen zu Ende bist, nachdem du nicht mehr in der Lage dich befindest, der Zeit der schweren Noth zu trotzen, nachdem du mit all deinen Arbeitsfähigkeiten, bei dem Uebermaß von Angebot bei äußerst geringer Nachfrage keine Aussicht hast, daß wir auf deine Kräfte reflektiren — so bist du uns nur lästig, überflüssig und im Wege!

Die Manchesterschule kennt keine Ansprüche auf Arbeit und Verdienst; — die Manchesterschule kennt nur die Lehre vom „Entbehrungslohn", ein Lohn, eine Prämie, eine Taxe, die du, wie jeder andere Arbeiter, und das sind wir doch mehr oder weniger Alle, abzugeben hast an den Großunternehmer, der über deine größeren oder geringeren Bedürfnisse hinausgehende Verdienst, die Taxe die du und mit dir wir Alle „entbehren" müssen, um den Großunternehmer, im weitesten Sinne genommen, die obersten Zehntausend der Nation, als Entbehrungslohn in den Schooß zu werfen haben, auf daß diese wenigen Machthaber in ihrer Macht und Pracht immer mehr erstarken, auf daß sie uns mit der ihr zuträglichen Presse und Schule uns leiten und geistig und physisch beherrschen können.

Bist du aber nicht mehr in der Lage, für deine eigenen unumgänglichen Bedürfnisse zu sorgen, dich zu mühen und zu plagen, dann ist kein „Entbehrungslohn" von dir mehr zu erwarten, dann hast du hier aber auch nichts mehr zu suchen, du bist total überflüssig geworden und wenn mitleidige Gönner und Freunde sich deiner nicht annehmen wollen, dann — Armenhaus für dich — Armenschule für deine Kinder! — — —

Erst praktisch wollen die intelligenten mittleren Gesellschaftsklassen diese Lehren kennen lernen und durch die Praxis beginnen sie die Consequenzen der Manchestertheorien an sich selbst zu fühlen. — — Der ganze Vorgang ist in den wenigen Strophen von H. Heine treffend gezeichnet:

Hat man viel, so wird man bald noch viel mehr dazu bekommen,
Wer nur Wenig hat, dem wird auch das Wenige genommen,
Wenn du aber gar nichts hast, ach, dann lasse dich begraben —
Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.

Das Viel verwandelt sich bei einigem Mißgeschick sehr bald in Wenig, und einiger Zufälle bedarf es nur, um in ein Nichts zu zerschmelzen. Was dann bleibt, das bischen Wissen und Können hat nur noch „Marktwerth", von Angebot und Nachfrage geregelt, und so kömmt es, daß es zuweilen auch total werthlos wird. So lange dieses „eherne Gesetz" nur von den handarbeitenden Klassen gekannt und empfunden wurde, haben sich die anderen mittleren Klassen wenig darum bekümmert, es waren für sie Theorien, welche sie näher zu kennen, keine besondere Veranlassung hatten; man kann doch nicht bei seinen sonstigen Beschäftigungen sich auch noch mit besonderen theoretischen Studien befassen, aus Zeitvertreib Volkswirthschaftslehre treiben, es genügte, sich auf diesem Gebiete oberflächlich zu orientiren und gaben die Tages- und Wochenblätter hier und da genügende Andeutungen um auch über die sog. soziale Frage unterrichtet zu sein, jetzt aber, wo das praktische Leben tief in die eigensten Verhältnisse eingreift, lassen sich erst diese verschiedenen Fragen genauer übersehen — läßt sich ihr Werth erst richtig beurtheilen. —

Angebot und Nachfrage, Arbeitsmarkt, Recht auf Arbeit, Entbehrungslohn bisher nur als technische Ausdrücke, als Schlagworte bekannt, nehmen Leben und Gestalt an und das Interesse für volkswirthschaftliche Lehren, das Interesse an der sozialen Frage ist ein reges geworden und wird gerade bei den mittleren Klassen, die heute Gelegenheit haben näher darauf einzugehen, einen wesentlichen Umschwung in ihren Anschauungen bringen, wogegen die liberale Presse vergebens ankämpft, wogegen auch das Gewäsch des „verwrangelnden" Schulze, des eitlen Märchen und des „keuschen" Josefs der „Berliner Volkszeitung" im Interesse des „Entbehrungslohns" nichts mehr helfen wird.

Zum Haftpflichtgesetz.

Wir erhalten von einem Versicherungsbeamten folgende Zuschrift:

„Zur Beleuchtung der Mängel des Haftpflichtgesetzes ist es vielleicht dienlich, Ihnen einige Erfahrungen mitzutheilen, die ich als Versicherungsbeamter seit einigen Jahren gemacht habe. Das Haftpflichtgesetz in seiner jetzigen Gestalt ist für den Arbeiter ohne jeden Nutzen, weil einmal dasselbe den Arbeitgeber nur dann für einen Unfall haftpflichtig macht, wenn der Unfall von der Betriebsleitung verschuldet wird und weil zweitens der Arbeiter diese Verschuldung nachweisen muß. In dem mir für das Unfallgeschäft einer Versicherungsgesellschaft untergeordneten Bezirke sind seit 3 Jahren im Ganzen 600 Unfälle, theils schwerere, theils leichterer Natur, vorgekommen, auf Grund des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 ist aber noch keine einzige Entschädigung geleistet worden, wurde sie geleistet, so geschah es aus der Versicherung gegen alle Unfälle, welche der Unternehmer für seine Arbeiter noch genommen hatte. Die großen Arbeitsherren haben durchgehends sich gegen die Folgen des Haftpflichtgesetzes versichert, sie haben bei einem Unfalle deshalb Regreß an die Gesellschaften, und gerade diese Versicherung ist es, welche dem Arbeiter nachtheilig wird. Die Gesellschaft zahlt selten freiwillig, sondern verlangt, daß von dem Arbeiter die Haftpflicht des Unfalles durch ein rechtskräftiges Urtheil nachgewiesen wird, er muß deshalb sein Recht im Prozeßwege geltend machen. Bei unserem Prozeßverfahren ist das sehr übel. Ich habe einen Unfall bearbeitet, der durch den Zusammensturz eines Gerüstes verursacht wurde. Die Gesellschaft bestritt, daß eine Haftpflicht vorliege, der Arbeiter klagte und nach 2 Jahren ist der Prozeß glücklich soweit gediehen, daß jetzt das Beweisverfahren angetreten wird. — Es ist nicht zu leugnen, daß es Arbeitgeber gibt, welche die Unzulänglichkeit des Haftpflichtgesetzes einsehen und deshalb ihre Arbeiter gegen alle Unfälle versichern, abgesehen aber davon, daß diese nicht weitgehend genug ist und nur eine geringe Entschädigung im Falle eines Unfalles erwarten läßt, dient dieselbe theilweise auch als Fessel. Mir sind zwei Fälle vorgekommen, wo die Arbeitgeber sehr schlecht gehandelt haben. — Einmal handelte es sich um eine Entschädigung von 2000 Mk., welche die Gesellschaft aus der Versicherung gegen alle Unfälle leisten mußte und an den Arbeitgeber zahlte und dann um eine Entschädigung von 700 Mark, welche aus einer gleichen Versicherung gewährt wurde. Der Erste behielt das Geld in seinen Händen und wollte „nach Bedürfniß" den Arbeiter unterstützen, der Zweite wollte es bei einer Sparkasse deponiren und sollte es nur mit Genehmigung des Arbeitgebers erhoben werden können. In seiner Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt, auf die Entschädigung angewiesen, ist in einem solchen Falle der Arbeiter vollständig der Willkür des Arbeitgebers preisgegeben. Das Haftpflichtgesetz muß unbedingt dahin erweitert werden, daß der Arbeitgeber für den Unfall eintreten muß, sobald er nicht nachweist, daß der Unfall von dem Arbeiter selbst verschuldet worden ist. Der angestrichene Artikel in der beiliegenden Zeitung mag Ihnen zeigen, welche Blüthen das Haftpflichtgesetz bis jetzt getrieben hat."

Der Artikel der „Deutschen Versicherungszeitung" lautet:

„Ein Fabrikinspektor über die Unfallversicherung. Dem Jahres-Berichte des Fabriken-Inspektors der Provinz Pommern für 1876 entnehmen wir nachfolgenden interessanten Passus:

„Das in Folge des Haftpflichtgesetzes entstandene Unfallversicherungswesen ist in wiederholten, zu meiner Kenntniß gelangten Fällen in der allersträflichsten Weise gemißbraucht worden. Nicht allein, daß die bei haftpflichtigen Fällen an den Versicherer gezahlte Entschädigungssumme nicht vollständig an die Hinterbliebenen zur Zahlung gelangte, ist eine solche in anderen Fällen gar nicht einmal erfolgt, sondern ist die ganze gezahlte Entschädigungssumme in den Besitz des Versicherers übergegangen. Die in den Versicherungsverträgen aufgenommene Verpflichtung für den Versicherer, ausgezahlte Gelder einzig und allein im Interesse der Hinterbliebenen resp. der Rente-Berechtigten zu verwenden, hat sich zu Gunsten Letzterer als nicht ausreichend herausgestellt.

Die Verwendung gezahlter Gelder in Folge eines Unglücksfalles, wenn selbiger nicht in den Grenzen der gesetzlichen Haftpflicht liegt, entzieht sich jeder Controle, da die Gesellschaft die Versicherungssumme direkt an den Versicherer auszahlt; allerdings mit der Bedingung, daß selbige nur zu Gunsten der Berechtigten verwandt werden darf. Dieser Verpflichtung ist in mehreren Fällen nicht nachgekommen worden und droht somit diese Institution, die durchaus eine Bereicherung gewissenloser Arbeitgeber auf Kosten unbrauchbar gewordener Arbeiter, Wittwen oder Waisen nicht bezweckte, von ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Bahn sich weit zu entfernen.

Auf Grund dieses mir in mehreren Fällen bekannt gewordenen Mißbrauches stelle ich ganz gehorsamst den folgenden Antrag: „Die Statuten der im Königreich Preußen zugelassenen Unfalls- nnd Invaliditäts-Versicherungs-Gesellschaften sind einer Revision zu unterwerfen und sind Modifikationen zu treffen, die einen Versicherer nach stattgehabten Unglücksfällen, mögen dieselben innerhalb oder außerhalb der gesetzlichen Haftpflicht liegen, unter gerichtlicher Controle veranlassen, die von einer Versicherungs-Gesellschaft gezahlte Entschädigungssumme einzig und allein — bei Todesfällen: zu Gunsten der direkten Erben oder im Falle von Invaliditäts-Renten oder sonstig gezahlten Beträgen nur an die Renteberechtigten resp. nur zu Gunsten der Beschädigten verwenden zu dürfen.

Dergleichen öffentlich bekannt gewordene Fälle tragen leider, aber naturgemäß viel dazu bei, das durchaus nicht gute Einvernehmen, welches zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht, immermehr zu verschlechtern. Die Führer der Arbeiterpartei haben in Wort und Schrift gegen diese Handlungsweise protestirt und dieselbe möglichst in ihrem Interesse ausgebeutet. Dergleichen Vorkommnisse dürften wohl sehr viel dazu beitragen, das Vertrauen vollständig zu untergraben. Wenn ich der Ansicht bin, daß bei derartigen Vorfällen nicht immer eine eigennützige Absicht zu Grunde gelegen hat, so dürfen doch die hier bekannten Vorfälle hinreichend genügen, eine Reformirung als dringend nothwendig erscheinen zu lassen. Gern gebe ich zu, daß auch Unkenntniß betreffs der gegenüber der Versicherungs-Gesellschaft eingegangenen Verpflichtung, eine falsche Auffassung der Rechtsverhältnisse oder wohl auch die Erfahrung, daß dergleichen gezahlte Summen schlechte Verwendung gefunden, die Motive zu dieser Handlungsweise gewesen sein mögen."

Unsere Abgeordneten werden bei Gelegenheit eines Verbesserungsantrages, der in nächster Session eingebracht wird, obige Andeutungen verwerthen können.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Pflege der Intelligenz im Intelligenzstaat. In der letzten Generalversammlung des brandenburgischen Provinzial-Lehrervereins gab Lehrer Hohenstein interessante statistische Notizen über den Stand der Volksschule in der Provinz Brandenburg. Die Statistik umfaßt 836 Orte mit 1604 Stellen. Von diesen 1604 Stellen sind unbesetzt 114, ungenügend besetzt 418. 148 Stellen haben je 80 bis 100 Schüler, 95 je 100 bis 120, 83 je 120 bis 150, 33 je 150 bis 180, 16 je 180 bis 200, und 14 Stellen über 200 Schüler! Am ungünstigsten stellt sich das Verhältniß für die Ortschaften mit ein-, zwei- und dreiklassigen Schulen. Nachrichten sind aus 787 solchen Ortschaften mit 894 fundirten Stellen vorhanden; von diesen sind unbesetzt 70 und ungenügend besetzt 342, so daß bei einer Maximalzahl

von 80 Schülern noch 368 Klassen neu errichtet werden müßten. Dazu kommen noch die recht ungünstigen Erhebungen aus dem Soldiner, Angermünder und Landsberger Kreise. Im Soldiner Kreise fehlen 42 Lehrer, im Angermünder Kreise 52 und im Landsberger Kreise 90 Lehrer. In der ganzen Provinz Brandenburg fehlen etwa 1600 Lehrer. Aus diesem Bouquet mögen noch folgende Blumen ihren Platz finden: In Reinickendorf kommen auf einen Lehrer 195 Schüler, in Alt-Carbe (Kreis Friedeberg) hat ein Lehrer 232 Schüler zu unterrichten, in Neu-Mecklenburg 242, in Hammer bei Zielenzig 250, in Stehfelde (Soldiner Kreis) sogar 300. In Schwachenwalde (Kreis Arnswald) unterrichtet ein Präparand 200 Kinder, in Schwarzensee bei Strasburg ist seit drei Jahren gar kein Lehrer, und in dem nahen Dorfe Siede verwaltet ein 14jähriger Knabe, der seine Instruktionen von einem 17jährigen Präparanden aus der Nachbarschaft erhält, die Schulstelle (39 Schüler) gegen freie Station und 15 Mark monatlichen Gehalt! Herr Hohenstein meinte zum Schluß — und wer wird ihm nicht beipflichten müssen? — daß bei solchen Zuständen die Schule nicht den Anforderungen der Zeit genügen könne; jede Ersparniß auf dem Gebiete der Erziehung verursache dreimal mehr Ausgaben für die Zuchthäuser; wer Angesichts solcher Thatsachen behaupte, die Aufbesserung der Lehrergehalte habe ihren Abschluß gefunden und es sei Alles befriedigend geordnet worden, werde zum Verräther des Vaterlandes.

Nachstehende, vom statistischen Amte des Reichs herausgegebene Uebersicht über die im deutschen Reiche bei dem Landheer und bei der Marine in dem Ersatzjahr 1875—76 eingestellten Mannschaften mit Bezug auf ihre Schulbildung wirft ebenfalls ein düsteres Licht auf die preußischen Schulzustände.

	Zahl der eingestellten Ersatzmannschaften.	mit Schulbildung.	ohne Schulbildung.	ohne Schulbildung. Prozent.
Gardekorps	9595	9466	129	1,84
1. Armeekorps	7200	6490	710	9,86
2. „	7227	6739	488	6,75
3. „	7196	7088	108	1,50
4. „	7683	7572	111	1,44
5. „	7280	7689	491	6,74
6. „	7191	6819	372	5,17
7. „	7189	7062	127	1,77
8. „	7273	7209	64	0,88
9. „	7492	7408	84	1,12
10. „	7020	6945	75	1,07
11. „	6907	6858	49	0,71
Hess. (25.) Division	3109	3094	15	0,48
12. (sächs.) Armeekorps	8425	8400	25	0,30
13. (württemb.) „	5684	5684	0	0,00
14. Armeekorps	6724	6669	55	0,82
15. „	7172	7090	81	1,14
1. bayer. Armeekorps	8782	8622	160	1,82
2. „ „	8622	8465	157	1,82
Inspektion d. Inf.-Schule	56	56	0	0,00
Marine	2028	2019	9	0,44
Summa	139855	136544	3311	2,37

Wir bemerken, daß die betreffenden Armeekorps in folgenden preußischen Provinzen und deutschen Bundesstaaten sich befinden: Garde: Berlin-Potsdam. 1. Ost- und Westpreußen. 2. Pommern. 3. Brandenburg. 4. Provinz Sachsen. 5. Posen. 6. Schlesien. 7. Westfalen. 8. Rheinprovinz. 9. Schleswig-Holstein. 10. Hannover. 11. Hessen-Nassau. 12. Königreich Sachsen. 13. Württemberg. 14. Baden.

Aus obigen Zahlen ergiebt sich also, daß in Preußen das Schulwesen und die Volksbildung tiefer stehen, als in jedem übrigen Staate Deutschlands, und daß diejenigen Provinzen, welche noch nicht lange der Segnungen preußischer Cultur sich erfreuen — Rheinpreußen eingeschlossen — in Bezug auf Volksbildung günstigere Resultate ergeben, als die altpreußischen Provinzen. Die Moral dieser beredten Ziffern kann durch keinen mordspatriotischen Sophismus umgeworfen werden, und sie lautet: Der Militärstaat schlägt den Intelligenzstaat todt, wie er den Industriestaat todtschlägt. Man kann nicht zween Herren dienen (oder gar dreien), heißt's schon in der Bibel.

— Aus welchen Elementen besteht die Sozialdemokratie? Wenn Ihr's wissen wollt, so leset folgende Notiz, die wir in mehreren liberalen Zeitungen vorfinden: „Nur Handwerker, die nichts gelernt haben und nur Flickarbeit liefern, Betrüger, Bauernfänger, Taschendiebe, Commissionäre in Offizierswechseln, ruinirte Gutsbesitzer und Lieutenants, kurz Leute, die nicht arbeiten und gut leben wollen, stellenlose Handlungsgehilfen und Fabrikarbeiter bilden die Hauptelemente der sozialistischen Bewegung." — Und nun, Ihr braven Arbeiter und Handwerker, ekelt es Euch nicht vor den hunderttausend Bauernfängern, den hunderttausend ruinirten Gutsbesitzern und Lieutenants, den dito Flickarbeitern, den dito Taschendieben und Betrügern, aus denen sich die Sozialdemokratie zusammensetzt? Aber merkwürdig, alles Schlechte gedeiht, deshalb auch diese „Umsturzgesellschaft".

— Im sechsten Berliner Wahlkreis wird von Seiten unserer Parteigenossen die Agitation auf das Lebhafteste betrieben. Die in Berlin anwesenden sozialistischen Reichstagsabgeordneten halten fast täglich dort Versammlungen ab; auch war der Candidat unserer Partei, Hasenclever, vergangenen Sonntag in Berlin und sprach vor einer zahlreichen, begeisterten Versammlung im großen Saale des Schulze-Duncker'schen Handwerkervereins. Der Magistrat hat Ordre gegeben, daß die Wählerlisten unserer Partei in Abschrift gegen übliche Vergütung ausgehändigt werden, weil bei der vorigen Wahl den anderen Parteien dieselben gleichfalls gewährt wurden. Die Situation ist sehr günstig.

— Auch im fünften Berliner Reichstagswahlkreis steht eine Neuwahl bevor, da „Ehren-Duncker" sein Mandat niedergelegt hat. Die „Volkszeitung" schreibt in Bezug darauf: „Der Abgeordnete Franz Duncker hat heute seine beiden Mandate, dasjenige für den deutschen Reichstag sowohl, wie dasjenige für das preußische Abgeordnetenhaus niedergelegt. Veranlaßt zu diesem Schritte haben denselben lediglich schwere geschäftliche Sorgen, welche bereits in den letzten Jahren seine Thätigkeit als Volksvertreter beeinträchtigten und es ihm gegenwärtig angemessen erscheinen lassen, seine Mandate in die Hände seiner Wähler zurückzugeben." — Also lediglich schwere geschäftliche Sorgen haben Herrn Duncker veranlaßt, sein Mandat niederzulegen. Wer's glaubt! Wir nicht. Die saubere Affaire in Bezug auf die Heiligkeit der Ehe haben wir ja schon in voriger Nummer berührt; das ist allerdings ein genügender moralischer Grund zur Niederlegung des Reichstagsmandats; doch was kümmert die Fortschrittsherren selbst die Moral, welche sie gleißnerisch dem Volke predigen. Es mußte also noch ein anderer dringender Grund vorhanden sein, und der ist jetzt auch bekannt geworden. Die „Volkszeitung" trägt seit einigen Tagen nicht mehr den Namen des Herrn Duncker als Verleger, sondern den Namen des Herrn Stilke; das „Leipziger Tageblatt" aber schreibt Folgendes: „Leipzig, 30. April. An der heutigen Börse wurde die Nachricht verbreitet, daß die Verlagshandlung Franz Duncker in Berlin ihre Zahlungen eingestellt habe. Erkundigungen, die wir heute eingezogen haben, bestätigen diese Nachricht." — So — da hätten wir den eigentlichen Grund. Herr Duncker brauchte das Mandat gar nicht niederzulegen, er hätte es, wenn der Concurs ausgesprochen wurde, so wie so schon verloren. Seine Selbsterkenntniß ist also sehr spät gekommen. Wir würden wahrlich nicht diese Angelegenheit so genau erörtern, wenn nicht gerade Herr Duncker es gewesen wäre, der in Altona und Chemnitz in schmählichster Weise auf die Sozialdemokratie geschimpft hat.

— Die Fortschrittspartei des Reichstags beschloß am 30. April, die Eisenbahnfreikarten zur Agitation zu benutzen. Schade, daß der brave Duncker nicht mehr dabei ist; gerade er würde sich besonders dazu eignen, die eheschänderische Sozialdemokratie zu bekämpfen. Es war nämlich ein Delegirtentag der deutschen Fortschrittler für diesen Sommer in Aussicht gestellt; man beschloß aber aus Opportunitätsgründen, denselben bis zur Zeit der nächsten Reichstagssession (da gelten dann die Kärtchen wieder) zu vertagen.

— Die Parteigenossen in Bremen hatten vor einiger Zeit in einer Volksversammlung eine Commission gewählt, die Erhebungen über den Umfang des in Bremen herrschenden Nothstandes anstellen sollte. Das Resultat der ersten Erhebung war, daß man die Namen von 300 Arbeitslosen zu verzeichnen hatte, welche zum Theil schon seit vielen Monaten ohne allen Erwerb sind; und fast durchweg ist als Grund der Arbeitslosigkeit der Mangel an Arbeit angegeben. Unter diesen 300 mehr oder weniger am Hungertuche nagenden Arbeitern befand sich auch ein Cigarrenarbeiter, welcher „wegen zu hohen Alters" schon seit zwei Jahren ohne jegliche Arbeit ist — und doch zählt der Mann erst 55 Jahre. „Der Mann hat", bemerkt die „Bremer Freie Zeitung" zu dieser empörenden Thatsache sehr richtig, „ein halbes Menschenalter brav der Gesellschaft gedient, in ihrem Nutzen seine Kräfte verausgabt und erhält jetzt dankbar von ihr den verabschiedenden Fußtritt — wegen zu hohen Alters." Im Uebrigen setzt die Commission ihre Thätigkeit fort, und gedenkt dieselbe mit dem gesammelten Material seinerzeit vor den Senat zu treten, um diesen zu geeigneten Schritten zur Abstellung des Nothstandes zu veranlassen. Und daran thut die Commission sehr recht, denn der Staat kann dem Nothstande abhelfen. Und wenn er sagt, er kann nicht, so will er nicht.

— Immer langsam voran. Nach dem ersten „unaufhaltsamen Vordringen" der Russen, welches so lange dauerte, bis sie den ersten Türken sahen, ist ein bedenklicher Stillstand bei diesen Helden eingetreten. Auf dem asiatischen und europäischen Kriegsschauplatz ist der russische Siegeszug ins Stocken gerathen. Zum Zeitvertreib haben die Russen nun den berüchtigten „Einen Kosaken" aus dem Krimkriege wieder hervorgegraben, den sie alltäglich einmal todtschießen lassen. Unter den offiziellen Nachrichten der russischen Blätter aus Alexandropel findet sich nämlich auch die Meldung, daß bei dem am 25. April auf der Straße nach Kars stattgehabten siegreichen Treffen nur ein Kosak getödtet worden wäre. Es ist wirklich rührend, wie die Russen an ihren Traditionen hängen. Uns aber scheint, als hätten die Russen jüngst von den Serben das Kriegführen gelernt und daß sie bald schon als die Stärkeren muthig zurückweichen werden.

— Unser Frankfurter Parteiorgan, der „Volksfreund", meldet: Eine dreifache Haussuchung und zwar in der Druckerei und Expedition unseres Blattes, in der Wohnung des Herrn Frohme, sowie in der Wohnung des Herrn Schäfer ward am 26. April in aller Frühe zu gleicher Zeit von einer Anzahl Polizeibeamten vorgenommen. Die Suche in der Druckerei sowie in der Wohnung des Herrn Frohme förderte das der Staatsanwaltschaft Erwünschte nicht zu Tage. Vom Herrn Schäfer nahm man ein Protokoll einer Zeitungskommissions-Sitzung mit, um nur die Handschrift von Schäfer zu haben. Der eigentliche Zweck der ganzen Ueberraschung ist uns bis jetzt noch nicht bekannt.

— Es geht uns die erfreuliche Mittheilung zu, daß eines unserer jüngsten Bruderorgane, die „Solinger Freie Presse", trotz allerlei Hindernissen, die dasselbe zu überwinden hatte, bereits in einer Auflage von 2000 Exemplaren erscheint.

---

n Berlin, 28. April.

Im Verlauf seiner Rede erklärt sich Hofmann (S. vorige Nr. des „Vorwärts") mit dem 1. Theil des Varnbühler'schen Antrages (Reichs-Enquete über die Produktions- und Absatzverhältnisse der deutschen Industrie und Landwirthschaft) einverstanden, nicht aber mit dem 2. (Vertagung der Verhandlungen über Handelsverträge bis nach Feststellung der Enquete-Ergebnisse). Der Handelsvertrag mit Oesterreich, auf den es hauptsächlich abgesehn, sei seinem Abschluß bereits nahe, ein Aufschub also nicht mehr thunlich. Herr Hofmann spricht aber so unklar und undeutlich, daß Varnbühler's College, der Mitantragsteller Buhl, ihn vollkommen mißversteht und zum großen Erstaunen des Hauses den Antrag zurückzieht, weil der Präsident des Reichskanzleramtes sich zustimmend geäußert. „Unser Braun" sieht ganz giftig drein — ich würde sagen: Zornröthe bedeckt sein Antlitz, aber es war vermuthlich nur Weinröthe, denn er hatte dem Kneipzimmer schon mehrere Besuche abgestattet, von denen er stets strahlend zurückgekehrt war — er hat „eine Rede im Leibe", und eine „ungehaltene Rede" ist eine entsetzliche Heimsuchung für den Betroffenen nicht nur, sondern auch für dessen Freunde, die dann privatim anhören müssen, was der Betroffene sagen wollte, und gesagt hätte, wenn — u. s. w. Herr Rickert, der zu Braun's intimsten Freunden gehört, zittert im Hinblick auf das ihm drohende Schicksal, doch da kommt ihm ein leuchtender Gedanke: er nimmt den fallen gelassenen Antrag wieder auf und „Unser Braun" kann seine Rede halten, Kardorff kann ihm antworten, und Rickert braucht keine „ungehaltene" anzuhören — so sind drei Leute glücklich gemacht. Zum Schluß erklärt Herr Hofmann — was er eigentlich sofort

---

Einziger Lohn.

Der Quell der Lieder lebt in meiner Brust
Und möchte wonnerauschend sich ergießen:
Wem soll ich singen von des Daseins Lust,
Die alle könnten gleich und ganz genießen?
Nicht lohnet solches Lied der Fürsten Sold,
Auch locken mich nicht Macht, noch Ordenssterne,
Und nur von dir, o mein geliebtes Volk,
Aus deiner Hand nähm' ich den Lorbeer gerne.

Es naht wohl einst die stolze, schöne Zeit,
Wo seine Rechte sich das Volk errungen,
Wo, was schon längst ein Dichter prophezeit,
Das große Werk der Wahrheit ist gelungen.
Dann dankt mein Volk auch mir, wenn durch mein Lied
Geholfen ich, daß sich die Nacht entferne,
Und jubelnd ruf' ich: Mein geliebtes Volk,
Aus deiner Hand nehm' ich den Lorbeer gerne.

Und hab' ich einst gesungen und gelebt
Für das, was ich als recht und wahr ermessen, —
Und hat die Welt, die rastlos vorwärts strebt,
Dann auch den Dichter früh'rer Zeit vergessen:
Bleibt mir des einen Tags Erinn'rung nur,
Die sagengleich herüberklingt von ferne,
So ruf' ich sterbend noch: Mein theures Volk,
Aus deiner Hand nehm' ich den Lorbeer gerne.

Amtliche englische Berichte über russische Greuel in Polen.

Zu Anfang vorigen Monats wurde im Unterhause die in der Presse vielfach erörterte Bekehrung der unirten Griechen zur orthodoxen russischen Kirche besprochen, und es kam der Wunsch zum Ausdruck, die Regierung möge die ihr hierüber vorliegenden Schriftstücke vorlegen. Das Auswärtige Amt ist diesem Ersuchen nachgekommen. Es ist soeben ein amtliches Heft zur Veröffentlichung gelangt, das die Depeschen enthält, welche von dem britischen Generalkonsul in Warschau, Oberstlieutenant Mansfield, dem Botschafter Lord A. Loftus, dem Generalkonsul in Odessa, Stanley, und dem Konsul in Cherson, Webster, an Earl Derby und seine Vorgänger gerichtet sind.

Wir haben schon in Nr. 50 des „Vorwärts" unter der „Sozialpolitischen Uebersicht" einen Auszug aus jenen Depeschen gebracht, doch halten wir es für gut, um den russischen „Humanitätskrieg" in das rechte Licht zu setzen, ausführliche Mittheilungen über jene russischen Greuel unseren Lesern zu geben.

In dem ersten Schreiben vom 21. September 1871 theilt Oberst Mansfield die kaiserliche Verordnung mit, wonach die heterodoxen Kirchen in Rußland dem heiligen Synod unterstellt werden sollen. Er fügt zugleich erklärend hinzu, daß der Zweck dieser Maßregel offenbar sei, die unirten Griechen in den Schooß der orthodoxen Kirche hineinzutreiben. Am 29. Januar 1874 berichtet Mansfield mit Bedauern über Wiederholung von Ruhestörungen in den unirten Bezirken von Siedlce und Lublin, „welche Blutvergießen, Verlust an Menschenleben und die barbarischste Behandlung der Bauern zur Folge haben". Der Administrator der Diözese Chelm, Popil, hatte dem Grafen Tolstoi einige Monate vorher gemeldet, daß die kaiserlichen Verordnungen nur eine theilweise Befolgung erfahren haben. Tolstoi verordnete bald darauf durch Erlaß die Einführung strengster Uniformität mit der griechischen Kirche, die Abschaffung von Bänken, Orgeln, Rosenkranz, Schellen bei der Messe u. s. w. Die Mehrzahl der Geistlichen kam den Befehlen nach. Die Bauern aber lehnten sich dagegen auf. An vielen Orten enthielten sie sich gänzlich des Kirchenbesuches. An anderen mißhandelten sie die Priester, in einem Dorfe steinigten sie den Geistlichen zu Tode. Polizei und Kosaken waren bereits zu Hilfe gerufen worden. Bauern waren getödtet worden, einzelne Kosaken ebenso, namentlich Offiziere. In Mynciewicz vertheidigten die Bauern die Kirche mit Gewalt, wurden indessen schließlich besiegt. Sie wurden aufgefordert, eine Bekehrungserklärung zu unterzeichnen, und als sie sich weigerten, erhielt jeder Mann 50 Hiebe mit der „Nagaika" (Kosakenpeitsche), jede Frau 25 und jedes Kind, ohne Unterschied des Geschlechtes oder Alters, 10 Hiebe. Eine Frau, welche sich mit mehr Energie als die übrigen geweigert hatte, erhielt mehr denn 100 Hiebe. Gutsbesitzer und Inspektoren verließen die Gegend, weil die Bauern sie um Hilfe und Schutz anriefen, welche sie nicht zu leisten vermochten. Die Nachrichten über diese Vorgänge waren, wie Oberst Mansfield hinzufügte, gerade während der Hochzeitsfeierlichkeiten der jetzigen Herzogin von Edinburg in Petersburg eingetroffen und hatten dort einen so peinlichen Eindruck hervorgerufen, daß weitere Maßnahmen einstweilen untersagt wurden. Nichtsdestoweniger wurden die gefangenen Bauern — es hatten massenhafte Verhaftungen stattgefunden — nicht freigelassen. Am 18. Februar berichtet Mansfield, daß die Verfolgungsmaßregeln gegen die Unirten noch ihren steten Fortgang nehmen. Vorgänge, wie der Kampf und die Peitschung von Mynciewicz, hatten sich an „vielen" Orten wiederholt. Zu Anfang des Monats war Nobokow, der Direktor der Abtheilung für polnische Angelegenheiten in der kaiserlichen Kanzlei, in Begleitung des Generals Friedrichs, vormaligen Chefs der polnischen Gendarmerie und eben zm Generalgouverneur von Ostsibirien ernannt, zur Untersuchung der Vorgänge in Warschau eingetroffen. Am 7. März berichtet Mansfield, daß die Metzeleien (massacres) noch ihren steten Fortgang nehmen; nur wurde damals meist ein anderer Modus der Bekehrung angewandt. Wo sich Widerspruch zeigte, wurde gleich so viel Militär in den Ort gelegt, daß an Widerstand nicht zu denken war. Außerdem wurden von den einzelnen Orten Geldstrafen von 2—400 Rubeln erhoben. Die Bauern standen unsägliche Leiden aus. In einem Dorfe habe ein Bauer sich und seine Familie mit Kohlendampf erstickt, um die Taufe eines Kindes durch den Popen zu verhindern. Die Bauern bivouakirten im Walde und litten dort große Noth. Die Kosaken hatten Befehl erhalten, sie „niederzujagen" und in die Dörfer zurückzutreiben. Da die Kosaken die Saaten verheerten, ließen die Bauern an vielen Orten die Aecker unbestellt, sie vermietheten sich als Arbeiter an die Domanialbesitzer. Diese wurden dadurch in eine schwierige Lage gebracht. Wo die Polizei von solchem Verhältniß Wind bekam, wurde der betreffende Besitzer sofort unter Polizeiaufsicht gestellt. Am 27. Januar 1875 übersandte Lord A. Loftus einen Artikel des „Journal de St. Petersbourg" an Earl Derby. Darin wird über unfreiwillige Massenübertritte zur orthodoxen Kirche berichtet. Fünfzigtausend Seelen und 26 Priester hatten „um Erlaubniß gebeten", in die orthodoxe Kirche überzutreten, und der Czar hatte allergnädigst geruht, eine zustimmende Antwort zu ertheilen und den Convertiten seinen Dank auszusprechen. Am 29. Januar berichtet der Generalconsul Mansfield über den erwähnten Massenübertritt. Derselbe ist „durch verschiedene Mittel zuwege gebracht worden, worunter Mißhandlung ein nicht unbedeutendes Element bildet". In einigen Gemeinden wurden die Widerspenstigen herausgegriffen und nach Sibirien verbannt. Die übrigen gaben nach, als sie sahen, daß „alle ihre Habe von Kosaken verzehrt wurde". In anderen Gemeinden wurde Geld vertheilt und dadurch wurden

hätte thun müssen, als Buhl den Antrag zurückzog — er sei keineswegs „entgegenkommend“, worauf der Antrag zum zweitenmal, unter „Heiterkeit“ zurückgezogen ward. Damit hatte die „große Zollschlacht“ ihr Ende erreicht: an die 1000 Ellen sind für und wider geredet worden, Resultat: Null. Theoretisch und praktisch Null! Wir stehen genau auf demselben Punkt, wie im Moment, wo die erste Rede der Zollschlacht abgefeuert wurde.

Den Rest der Session füllt das Seeunfallgesetz aus (keine Diskussion) und der Elsaß-Lothringer Etat (kleine und kleinliche Diskussion). Um 5 Uhr vertagt sich das Haus bis Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Elsaß-Lothringer Etat; Lasker'sches Nothgesetz (gegen Kanteckirung) u. s. w. Die verschiedenen Fraktionen haben sich dahin geeinigt, bis zum 5. ds. um jeden Preis die Sessionsgeschäfte zu erledigen. Man hofft sogar schon am Freitag fertig zu werden. Warum nicht noch früher? Warum überhaupt nicht alle Debatten abschneiden, und einfach votiren? Der Ruf der „Jasagemaschine“ würde nicht leiden, und man sparte viel Zeit. Vielleicht stellen unsere Abgeordneten einen dahin zielenden Antrag.

Nachholen will ich noch, daß seit vorgestern sich Rittinghausen dreimal zum Wort gemeldet hat („auswärtiges Amt“, Ausgleichgesetz und Varnbüler'scher Antrag), und daß er dreimal valentinirt worden ist. Wird zum Uebrigen gelegt.

Valentin, der Schlußmacher.

„.... Der drüben rechts in Uniform ist Moltke.“

„„Der Offizier mit dem sonderbaren blonden Haar?““

„Ja wohl! und der große alte Herr mit dem weißen Schnurrbart, der so eifrig mit seiner Lorgnette hierherspieht, ist der Sozialdemokrat Demmler.“

„„Und wo sind die andern Sozialdemokraten?“

„Drüben links in der Ecke.“

„„Der Herr, welcher eben zum Präsidentensitz hinaufgeht, gehört bestimmt zu ihren Führern.““

„Welcher?“

„„Der mit dem langen gelb-weißen Barte, den weitabstehenden Ohren und dem struppig grauen Haarbusch.““

„Ich weiß nicht, wen Du meinst?“

„„Eben spricht er mit dem Präsidenten. Ich habe selten ein Gesicht gesehen, das so sehr an die Vorstellungen gemahnt, welche man sich von den grausamen Häuptlingen der aufrührerischen Haufen des armen Conrad im Bauernkriege macht.““

„Ich kann aber wahrhaftig nicht errathen, wen Du im Auge hast.“

„„Dort die sonderbare fahle Erscheinung in dem blauen Rocke. Sie muß Dir doch sofort auffallen. Der dort mit dem bleichen, hämischen Gesichte und der tief gefurchten Stirne, der so lebhaft gestikulirt und mit den Schultern zuckt. Eben wendet er sich mit einem wahrhaft satanischen Lächeln zur Treppe.““

„Der — aber das ist ja Valentin!“

„„Und wer ist Valentin mit dieser Mörderphysiognomie?““

„Valentin ein Mörder — das ist komisch.“

„„Oder wenn Du willst, mit diesem Henkeraussehen.““

„Valentin ein Henker — das ist noch besser — und doch hast Du in gewissem Sinne Recht. Valentin ist Mörder und Henker, je nachdem — er ist der berufene „Schlußmacher des Reichstags“, der Todtschläger ungeborener Reden, der Nachrichter verurtheilter Debatten, jedenfalls eine parlamentarische Spezialität eigenthümlichster Art“ .....

Aus der weiteren Schilderung, welche die „Frankfurter Zeitung“ von Valentin's Thätigkeit entwirft, nehmen wir noch folgende Scene heraus:

Die Debatte ist im besten Zuge. Rede reiht sich an Rede, mit halbgeschlossenen Augen, Reineke gleichend, der vor seiner Burg Malepartus im Sonnenscheine simulirt, überwacht der Präsident die Redner. Unversehens aber wird er aufmerksam, einen Blick wirft er auf den vorliegenden Zettel und dann irrt sein Auge wie suchend durch das Haus. Valentin ist schon längst von seinem Sitze aufgestanden. Die Hände in den Hosentaschen, scheinbar gleichgültig, ist er von Bank zu Bank vorgeschlichen, von Zeit zu Zeit einen raschen Blick nach der Stelle werfend, wo die Sozialdemokraten zusammenzustehen pflegen, um den Debatten zu folgen. Plötzlich steigt er die Treppen zum Präsidentensitz empor und übergiebt einen Zettel. Dann geht er die Stufen abwärts mit dem halb triumphirenden, halb scheuen Ausdruck eines Wiesels, das vom Taubenschlage schleicht. Droben aber ertönen die Worte: „Meine Herrn! Es ist ein Schlußantrag eingegangen von dem Abgeordneten Valentin. Ich bitte Diejenigen, welche denselben unterstützen wollen, aufzustehen. Die Unterstützung reicht aus. Ich bitte Diejenigen stehen zu bleiben, resp. aufzustehen, welche den Schluß annehmen wollen. Das ist die Mehrheit. Die Debatte ist geschlossen.“ Das Beil ist gefallen.

Zum Schlusse des Artikels heißt es nun noch:

Wen der Zufall zu sehr begünstigt, den wollen die Götter verderben. Das möge auch Valentin bedenken, Valentin, dem es bisher immer, durch Zufall natürlich, in so merkwürdig glücklicher Weise gelungen ist, denen das Wort abzuschneiden, die man von gewisser Seite nicht reden lassen will. Aber es mehren sich die Anzeichen, daß die Zeit nicht allzuferne liegt, wo der gedruckte „Valentinzettel“ mit dem Inhalte: „Ich beantrage den Schluß der Diskussion. Valentin.“ seine Wirksamkeit verlieren wird. Der „Reichsschlußmacher“ bewegt sich auf der haarscharfen Schneide, wo ein kleines, unvorhergesehenes Ereigniß aus einer komischen eine lächerliche Figur machen kann und auf das Handwerk der „Valentinirung“ wird sich vielleicht bald eine Analogie des berühmten Satzes anwenden lassen, den Verrath liebt man, aber der Verräther wird verachtet. Valentinchen, Valentinchen hüte dich!

Correspondenzen.

Altona. Wie an einigen anderen Orten Deutschlands, so haben auch hier die Gegner sich endlich aufgerafft und den „geistigen Kampf“ gegen die Sozialdemokratie eröffnet. Es ist übrigens bezeichnend für unsere Gegner und ihre Sache, daß sie erst dann den Weg des objektiven Kampfes betreten haben, nachdem sich herausgestellt hat, daß mit aller Anwendung von Gewalt, Verleumdung u. s. w. gegen die Sozialdemokratie nicht aufzukommen ist. Doch mögen sich unsere Gegner präsentiren, wo und wie sie wollen, die Sozialdemokratie ist gerüstet, mit ihnen um die Palme des Sieges zu ringen. Das hat erst wieder die jüngste Vergangenheit bewiesen, wo drei Kämpfer des Liberalismus sich vergeblich abmühten, die „Irrlehren“ des Sozialismus nachzuweisen. Es war am 19. April, daß hier in Wittmaacks Salon eine Volksversammlung tagte, in welcher 1) Herr Lehrer Schmarje über: „Das eherne ökonomische Lohngesetz“; 2) Herr Corleis über: „Die Entwicklung der verschiedenen Stände“, und 4) Herr Schneider über: „Schulze-Delitzsch und Lassalle“ sprechen und den Sozialismus bekämpfen wollten. Aus der einen Versammlung sind bis jetzt aber zwei geworden. In der ersten, also am 19. April, erledigte Herr Schmarje das erste der obengenannten Themata, und in der zweiten Versammlung, die am 26. April statthatte, ließ sich Herr Corleis über das zweite Thema vernehmen. Herr Schneider dagegen scheint nicht mehr Lust zu haben, wenigstens hat uns dieser Herr bis jetzt noch keine Gelegenheit geboten, die Fülle seines Wissens zu bewundern. Thut aber auch nichts, da wir an den Leistungen der beiden genannten Gegner einen genügenden Anhalt zur Beurtheilung der Leistungsfähigkeit des dritten liberalen Kämpen gewonnen haben.

In der ersten Versammlung, am 19. April, gab Herr Schmarje zu, daß der Lohn sich immer nach denselben unabänderlichen ökonomischen Gesetzen regulire; er bestritt auch nicht, daß unter der Herrschaft des ehernen ökonomischen Lohngesetzes die Arbeiterklasse leide und mitunter, wie z. B. in der Jetztzeit, sehr bitter leide — aber, aber, aber! Und an diesen Abers litt Herr Schmarje Schiffbruch. — — Weil sich das eherne ökonomische Lohngesetz wie ein Bleigewicht an die Fersen des vorwärtsstrebenden Zeitalters hängt, habe Lassalle verlangt, daß dieses Grundübel der sozialen Noth beseitigt werden müsse. Es erniedrige den Arbeiter zur Waare und mit Recht habe Lassalle gesagt, wer dieses Gesetz nicht kenne, der dürfe nicht mitreden über das Thema zur Lösung der sozialen Frage. Lassalle wolle nun eine Radikalkur und er habe vorgeschlagen, den kranken Fuß abzuhauen. Aber Redner befürchtet, es würde sich bei dieser Operation der ganze Gesellschaftskörper verbluten. — Und in diesem Tone sprach Herr Schmarje noch eine Weile fort, ohne die Versammlung überzeugt zu haben, daß die Radikalmittel der Sozialdemokratie das „Grundübel“ zum Heile der Arbeiterklasse nicht beseitigen könnten. Natürlich war es den Genossen Reimer, Molkenbuhr, Brückmann, Kapell und Geyer, die nach Herrn Schmarje das Wort ergriffen, ein Leichtes, nun erst recht zu beweisen, daß nur die Radikalmittel der Sozialdemokratie das „Grundübel“ zu heilen im Stande seien.

Die zweite Versammlung tagte am 26. April in Koppelmann's Salon; Saal und Gallerien waren, wie in der ersten Versammlung, überfüllt. Wie schon erwähnt, wollte Herr Corleis in dieser Versammlung über „Die Entwickelung der verschiedenen Stände“ sprechen. Befriedigte aber schon der Vortrag des Herrn Schmarje nicht, so konnte man bei Herrn Corleis allen und jeden Mangel an Verständniß über die geschichtliche Entwickelung der Stände und über das Wesen des Sozialismus wahrnehmen. Den Soziolismus angehend, verstieg sich Herr Corleis zu der ungeheuerlichen Behauptung, daß die Arbeit nicht die Quelle aller Werthe sei, und deshalb wäre auch der „Hauptpunkt“ des sozialistischen Programms falsch. Es müsse auch der Nutzwerth der Produkte in Betracht gezogen werden. Ein Maler, der ein Bild in 4 Wochen vollende, erhalte dafür vielleicht 500 Thlr. Einige Jahre später, nach dem Tode des Malers, werde das Bild vielleicht wegen seiner Seltenheit mit 25,000 Thlr. bezahlt; sei dieser Ueberschuß auch aus der Arbeit geflossen?“ Gegenüber solcher Plattheit hatten die nachfolgenden sozialistischen Redner leichtes Spiel, und war es namentlich Parteigenosse Oldenburg, der Herrn Corleis gründlich abthat. „Jeder, der sich mit dem Studium der Nationalökonomie beschäftigt habe,“ so ungefähr äußerte sich Herr Oldenburg, „müsse auch wissen, daß es Produkte gebe, die beliebig vermehrt werden könnten und solche, mit denen dies nicht der Fall sei. So könne man z. B. Nachtmützen, weil sie in's Unendliche vermehrt werden könnten, billig kaufen, nicht aber ein Raphael'sches Gemälde. Der Maßstab für den Werth eines Produkts sei die in ihm verkörperte gesellschaftliche Arbeit, und die vom Vorredner behauptete Unrichtigkeit dieser Theorie sei nichtssagend. Der Preis der Waare regele sich aber durch Angebot und Nachfrage. Die Arbeiter erhalten nur den kümmerlichsten Lohn für die von ihnen geschaffenen Werthe, der Ueberschuß falle in die Taschen des Unternehmers. Dieses Mißverhältniß umzugestalten, sei Aufgabe der Sozialisten.“ Gegen diese Einwendungen konnte Herr Corleis natürlich nicht aufkommen, und so hat denn auch diese Versammlung den Beweis geliefert, daß der „geistige Kampf“ gegen den Sozialismus nur dem letzteren zu Statten kommt.

Ob die dritte Versammlung, in der Herr Schneider über Schulze-Delitzsch und Lassalle seine Meinungen zum Besten geben will, stattfinden wird, ist noch die Frage. Das Versprechen, zu erscheinen, gab Herr Schneider zwar, aber der Umstand, daß Herr Schneider den Eintritt in die Versammlung nur per Karte gestattet wissen wollte, läßt gelinde Zweifel zu, ob er sein Versprechen auch halten wird. Doch warten wir's ab.

Berlin, 24. April. Sonntag, den 22. d. M., wurde hier Sophienstr. 15 eine massenhaft besuchte Versammlung abgehalten, in welcher die Reichstagsabgeordneten Most und Bracke als Redner auftraten. Most sprach über die Arbeiterbewegung in der Schweiz, unter vergleichender Bezugnahme auf die deutsche Arbeiterbewegung, Bracke dagegen sprach über die Ursachen des herrschenden Nothstandes und das Verhalten der Fortschrittspartei diesem gegenüber. Beide Redner versäumten nicht, hinsichtlich des bevorstehenden Wahlkampfes im 6. Berliner Wahlkreise nützliche Rathschläge zu ertheilen und die Massen zur regsten Agitation anzuspornen. Ein Gleiches that Frau Stägemann den anwesenden und hier unbeanstandet gebliebenen Frauen gegenüber, indem sie dieselben aufforderte, gleichfalls bei der Wahlbewegung — durch Flugblätter- und Stimmzettelaustragen u. s. w. — thätig zu sein. So geht es vorwärts, immer vorwärts, trotz und — mit Tessendorff.

m. **Stuttgart**, 20. April. Ueber die jüngsten Vorgänge in unserer schwäbischen Residenz lassen Sie mich berichten. Vom Prozeß Maier habe ich schon im „Vorwärts“ gelesen. Freilich ist diesem dabei ein kleiner Druckfehler passirt, der Prof. Maier ist nämlich nicht 81 Jahre alt, wie in Nr. 44 zu lesen steht, sondern ein rüstiger Mann in den 30er Jahren. Der Prozeß hat mit Recht in und außer Württemberg bedeutendes Aufsehen erregt. Er hat diese Aufmerksamkeit umsomehr verdient, als er ein Bild unserer eigenthümlichen Verhältnisse giebt. Existirt da in Württemberg eine extrem-kirchlich-religiöse Richtung, mit dem nicht mehr ungewöhnlichen Namen Pietisten behaftet, ein Name, der freilich nachgerade einen recht schlechten Klang bekommen hat. Diese Partei, in der Minderheit zwar, aber rührig, hat sich einen gewissen Einfluß in den maßgebenden Kreisen zu verschaffen gewußt, und benutzt diesen Einfluß nun, nicht etwa um im Sinne der Bibel christliche Nächstenliebe zu üben, nein um im Gegentheil besser, d. h. freisinnig gesinnte und wissenschaftlich gebildete Leute zu verdächtigen und bei der großen Menge in Mißkredit zu bringen. Es sind da lauter Brüder und Schwestern im Herrn, die solches Geschwätz dann mit echt christlicher Liebe, mit frommem Achselzucken und demüthtig sein sollendem Augen-

---

die Leute nachgiebiger gestimmt. In anderen wieder wurden die Bauern mißhandelt, bis sie dem Zwange nachgaben. In einem Orte, welchen Mansfield als Beispiel herausgreift, wurden die Bauern geprügelt, bis die Militärärzte erklärten, weitere Schläge würden ihr Leben gefährden. Sodann wurden sie gewaltsam durch einen halbgefrorenen Strom getrieben, in welchem sie bis über die Hüften im Wasser gingen. Zwischen Soldatenspalier wurden sie in die Pfarrkirche getrieben und zur Unterzeichnung der Bittschrift an den Czarey gezwungen. Beim Herausgehen riefen sie: „Ihr mögt uns orthodox nennen, allein wir bleiben in dem Glauben unserer Väter.“ Nachdem die Bittschriften unterzeichnet worden waren, meldet der Generalkonsul weiter, wurde eine Anzahl Bauern gezwungen, sich als Delegirte den Behörden einzureihen und dem Erzbischof ihre Unterwerfung anzuzeigen. „Die Maßregeln sind dem sehr ähnlich, was zwischen 1835 und 1838 in Lithauen vorging, als über 1,000,000 unirte Griechen durch gute oder böse Mittel in russische Orthodoxie übergeführt wurden.“ Mit Bezug auf die amtlichen russischen Angaben, daß die römischen Katholiken gesucht hätten, die Unirten zu ihrer Kirche herüberzubringen, bemerkt Mansfield: „Die Geschichte müsse mit Mißtrauen aufgenommen werden.“ Die Priester waren nämlich damals schon lauter Leute, die sich den russischen Vorschriften unterworfen hatten. Die ursprünglichen Priester waren bereits vor mehreren Jahren ausgemerzt und durch andere ersetzt worden, welche die Reformen angenommen hatten, die die Regierung einzuführen wünscht. Weiter glaubt aber Mansfield, daß die römisch-katholischen Priester von Hause aus die Sache als „viel zu kritisch“ angesehen haben, als daß sie gewagt haben sollten, irgend einen Einfluß zur Ausübung zu bringen. Es giebt überhaupt nur sehr wenige römisch-katholische Priester in den unirten Bezirken, und die wenigen werden so scharf bewacht und beaufsichtigt und wissen so wohl, daß ein bloßes „Flüstern“ sie auf Lebenszeit nach Sibirien bringen könnte, daß es ganz unwahrscheinlich erscheinen muß, daß sie irgendwelchen Druck ausgeübt haben sollten, „und in der That bedurfte der hartnäckige Fanatismus der Bauern auch gar keiner neuen Anregung.“ Am 10. Februar meldete Mansfield große „Gährung und Aufregung“ in Folge des sogenannten freiwilligen Uebertritts der Fünfzigtausend. Die Unterzeichner der Bittschrift erklärten, sie haben nicht gewußt, was sie unterschrieben haben, und erachten sich nicht für gebunden. Abgesandte, welche die Bittschrift überreicht hatten, waren bei der Rückkehr mißhandelt worden. Die Popen hatten dann andauernden Schutz der Polizei angerufen. Das Kosakenkontingent war erheblich verstärkt worden. Der Konsul glaubt, daß die Regierung einen Erfolg erzielt habe. Einige Generationen werden sich wehren, in 30 Jahren aber wird Alles gut orthodox sein. Am 24. April berichtet Mansfield über den Uebertritt weiterer 250,000 Unirten im Gouvernement Lublin; am 26. Mai meldet er, daß die Bewegung ziemlich ihr Ende erreicht habe. „Die religiöse Aufregung machte sich jetzt in angeblichen Wundern Luft. Blutende Crucifixe, Erscheinungen der Jungfrau u. s. w. kamen an die Tagesordnung. Sämmtliche unirte Griechen seien nunmehr zu der Staatskirche übergetreten, mit Ausnahme von etwa 20,000 in den Gouvernements Siedlce und Lomza und ebenso mit Ausnahme der Warschauer Gemeinde von etwa 2000.“ Am 1. Januar 1876 berichtet der genannte Konsul indessen, daß die angeblichen Convertiten sich keineswegs mit Leib und Seele der Staatskirche angeschlossen haben. „Sie besuchen weder Kirche noch Sakramente; sie lassen weder ihre Kinder durch russische Popen taufen, noch ihre Todten durch sie bestatten, und sie lassen sich nicht trauen.“ Die russischen Popen berichteten dies dem griechischen Erzbischof von Warschau und Nowogeorgiewsk, Johannikij. Da dieser die Polizei nicht zu Hilfe rufen wollte, wurde er schließlich von der Regierung nach Cherson versetzt. Johannikij war nahezu 80 Jahre alt, seit 1859 Erzbischof von Warschau und hatte sich stets, namentlich zur Zeit des Aufstandes, durch seine Mäßigung und Frömmigkeit ausgezeichnet. Ueber den Nachfolger Demetrius wußte Mansfield nichts. Am 14. Februar meldete Mansfield die Ueberführung von etwa 400 widerspenstigen Unirten nach Cherson. Daselbst sollten sie in orthodox-griechischen Dörfern untergebracht werden, immer je eine Familie von Unirten auf ein orthodoxes Dorf. Ueber die weitere Behandlung dieser Leute berichtet Konsul Webster in Cherson. Sie wurden sehr streng gehalten und mußten Steine klopfen. Es waren etwa 600 Personen, alles verheirathete Männer, die mit Gewalt von ihrer Familie gerissen worden waren. Die Familien — Frau und Kinder — blieben daheim, mit Kosaken zur Einquartierung! Am 17. November 1876 berichtet Konsul Stanley in Odessa, daß der Minister des Innern in sämmtlichen Provinzen die etwaige Ausführung geistlicher Handlungen durch römisch-katholische Geistliche für die Unirten streng verboten hat. Der betreffende Ministerialerlaß ist im Wortlaute beigefügt.

— Aus Schleiz wird eine interessante Geschichte berichtet: Ein sonderbares Ereigniß setzte neulich die still und abgelegen in den voigtländischen Bergen gelegene Stadt in Aufregung. Die Stadt hat ein recht leidliches Gymnasium, an welchem bis noch vor kurzem der rühmlichst bekannte Dr. Duden Rektor war. An diese Anstalt kommt vor vielleicht Jahresfrist ein junger Gelehrter, ein Dr. philosophiae als Gymnasiallehrer. Der Herr Doktor versteht es, sich ein Air zu geben, er wird in den Kreisen seiner Collegen bald tonangebend, er tritt bei der Wahlbewegung in das nationalliberale Comité, er hat dabei Zeit für einige junge Damen zu schwärmen. Nun, er wird bald in dem Städtchen eine persona gratissima, bis durch irgend welchen verhängnißvollen Umstand entdeckt wird, daß der Herr Dr. philosophiae niemals einen Doktorhut erworben, daß er niemals ein Examen bestanden, niemals auf einer Universität gewesen, daß die Zeugnisse gefälscht sind — und daß der Unselige auch nicht Junggesell ist, sondern verheirathet. Wie man hört, hat man den Pseudo-Doktor still seines Weges ziehen lassen, aber der Schrecken über diese ungeheuerliche Mystifikation liegt den guten Schleizern noch heute in den Gliedern. Kurz vor Ostern geschah die Entdeckung.

— Zum Kapitel der Bettelei. Unser Chemnitzer Parteiorgan schreibt: „Während hungernde Arbeitslose, welche den verzweifelten Schritt wagen, ihre Mitmenschen um eine milde Gabe anzusprechen, im „Betretungsfalle“ rücksichtslos arretirt werden, laufen zur Zeit in Chemnitz österreichische Nonnen umher, welche mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß für eine „milde Stiftung“ in Wien hier betteln gehen. Die besagte Stiftung ist angeblich ein Institut für arbeitslose Dienstmädchen, jedenfalls ist es aber auch eine Brutstätte der Agitation für die Religionspartei, sonst würden die Klöster ihre Nonnen nicht für dasselbe in's Ausland betteln schicken. Die Thatsache, daß solche Bettelei erlaubt wird, trotzdem das Betteln im Allgemeinen strafbar ist, können wir nicht tadeln, weil ein derartiger Tadel unsererseits eine Beleidigung von Behörden bilden und uns monatelang in's Gefängniß bringen würde. Wir bemerken nur, um uns keinen Prozeß zuzuziehen, sehr vorsichtig, daß ja Jeder, dem die orthodox-religiöse Agitation österreichischer Klöster näher liegt, als z. B. der Nothstand in Sachsen, den Nonnen reichliche Gaben übermitteln kann.“

— Der Abg. Dr. Löwe ist am 30. v. M. im Reichstage von einem Unglück betroffen worden. Als derselbe die vom Sitze des Präsidiums in den Saal hinabführende Treppe passirte, glitt er aus und fiel platt auf den Boden, so daß er nur mit Mühe aufgerichtet werden konnte. Der Geheimrath Wilms constatirte einen Armbruch und legte einen Gypsverband an.

aufschlag weiter colportiren und ihre Freude daran haben, wenn so ein unglückliches Opfer wegen irgend eines unbedachten oder in der Regel mistverstandenen Wortes in der öffentlichen Meinung heruntergesetzt wird. Es ist diese fromme Sitte fast schon zum Gewerbe geworden. Statt seinen Nebenmenschen, der Einem nichts thut, in Frieden leben zu lassen, sucht man seine sozialen Verhältnisse und seinen Lebenswandel zu verdächtigen, um dann scheinbar um so glänzender dazustehen. Dieser Richtung ist auch oben erwähnter Prof. Maier zum Opfer gefallen. Derselbe ist Lehrer am hiesigen Realgymnasium, bei seinen Schülern beliebt und bei seinen Mitbürgern geachtet. Aber er hatte das Unglück, Philosoph zu sein, eine Menschengattung, die schon an und für sich dem echten Pietisten ein gewisses Gruseln verursacht. Dieser Philosoph hatte sich nun einen Götterbegriff formulirt nach seinen philosophischen Ansichten von Moral und Sittlichkeit. Aber er hatte vergessen, daß er in Stuttgart lebte. Einige würdige Vertreter der Pietisten gingen hin und denunzirten die philosophische Abhandlung, in der Herr Maier seinen Gottesbegriff uns vorgelegt hatte, als dem Strafgesetz verfallen, dem Staatsanwalt. Das Unmögliche geschah. Der Staatsanwalt nahm die Anklage auf mit dem bekannten Erfolg. Die eklatante Freisprechung rief großen Jubel in den aufgeklärten Kreisen hervor, glaubte man sich doch in die Zeit der Inquisition versetzt.

Zu bemerken ist aber noch, daß trotzdem die frommen Blättlein es nicht unterließen und es auch jetzt nicht unterlassen, im Publikum wie sonst zu schüren, um den unglücklichen Professor womöglich noch zu Tode zu hetzen, d. h. ihn womöglich von Amt und Würden zu bringen. Dies ein trauriges Bild aus unserer Residenz.

Mehr Freude wird es Ihnen machen, wenn ich Ihnen berichten kann, daß am 18. d. M. eine sehr würdige Feier zum Gedächtniß des verstorbenen Jacoby stattgefunden hat. Die Feier ging aus, natürlicherweise, von der sozialistischen Partei Stuttgarts, der sich aber dann die demokratische Partei anschloß, um den großen Todten, sowie er verdiente, zu ehren. Als geeignete Räumlichkeit hatte man den Concertsaal der Liederhalle gewählt, eine geräumige und in der letzten Zeit sehr geschmackvoll dekorirte Räumlichkeit. Zu meiner großen Freude bemerkte ich, daß Stuttgart doch noch eine stattliche Anzahl freisinniger Männer und Frauen birgt, denn der Saal füllte sich bis auf den letzten Platz mit Verehrern Jacoby's. Im Hintergrund des Saales war ein erhöhter Platz, der in angemessener Weise dekorirt worden war. Der Parteirichtung des Gestorbenen entsprechend, bildete den Grundton Roth. Zwei große rothe Fahnen hingen rechts und links; weiter außen waren zwei kleinere schwarz-roth-goldene angebracht, und in der Mitte der Bühne selbst sah man das Bild Jacoby's, nach einer Photographie, die Herr Dr. Dulk besaß, bedeutend vergrößert. Die ganze Fläche des Hintergrundes war mit grünen Pflanzen und Sträuchern geschmackvoll verziert. Vorn an der Brüstung befand sich ein zweites Bild des Gefeierten, ebenfalls wie das hintere auf rothem Grunde. Während aber das hintere, mit einem reichen Eichenkranz umlaubt, Jacoby in der letzten Zeit seines Lebens darstellte, erblickte man ihn im vorderen kleineren als thatkräftigen Mann in den besten Jahren. — Der musikalische Theil des Abends war übernommen worden von den beiden Sängervereinen Lassallia und Gutenbergverein. Sie trugen abwechselnd ernste, weihevolle Chöre vor, die der ernsten Stimmung des anwesenden Publikums entsprachen. Nach einem Gesangsvortrage der Lassallia und einem Gedicht in ansprechender Weise von einer Festjungfrau mit schwarzer Trauerschärpe vorgetragen, folgte ein ausgezeichneter Vortrag von dem Freunde Jacoby's Dr. Albert Dulk. Nach einer kurzen Ansprache an den geschiedenen Freund entwarf der Redner in längerer Rede ein treues Bild der Lebensgeschichte und des Charakters des Verstorbenen, das den Zuhörern einen lebendigen Eindruck gab von dem edlen, consequenten, wahrheitsliebenden Wesen Jacoby's. Nach der Rede wechselten wiederum einige treffliche Chöre und ein zweites Gedicht, dem Andenken des Königsberger Arztes gewidmet und vorgetragen von einer zweiten Festjungfrau, mit einander ab. Dann sprach Carl Mayer, einer der Führer der schwäbischen Volkspartei, zunächst über die persönlichen Begegnungen, die er zu verschiedenen Zeiten seines Lebens mit Jacoby hatte, und dann suchte er den Entwicklungsgang seines Denkens und Charakters an Jacoby's Rede nachzuweisen, die er am 30. Januar 1870 vor seinen Wählern in Berlin gehalten hat. Merkwürdiger Weise gelangte Herr Mayer, obschon Demokrat, zu dem Ergebniß, daß wenn es auch im Allgemeinen nicht ehrenvoll sei, zu einer andern Partei überzugehen, es doch erlaubt sei, zu einer fortgeschritteneren und entwickelteren Partei überzugehen. Dabei hob er noch besonders die Consequenz des Jacoby'schen Gedankenganges nach, der im Anschluß an den Erfahrungssatz, daß Menschen, deren ganze geistige Kraft durch den Kampf ums tägliche Brod absorbirt wird, unmöglich politisch gebildet und thätig sein könnten, wie es auch die bürgerliche Demokratie verlangt. Daraus folge mit Naturnothwendigkeit, daß, wer die politische Emanzipation und Gleichstellung des Volks wolle, auch dessen wirthschaftliche Gleichstellung auf seine Fahne zu schreiben habe. Da drängte sich mir unwillkürlich der Gedanke auf: Weshalb ist denn Mayer kein Sozialist, wenn er den Gedankengang seines Freundes für richtig und consequent hält. Allerdings war hier nicht der Platz, es zu erörtern. Nach einem weiteren schönen Chorgesang sprach noch Jacoby's ältester Freund, Walesrode, über ein einzelnes, aber auch das wichtigste Ereigniß aus des verstorbenen Freundes Leben, nämlich über den Hochverrathsprozeß vom 8. Dezember 1849, in dem Jacoby es seinem merkwürdig ruhigen und würdevollen Auftretn verdankt habe, daß er nicht zu einer grausamen Strafe verurtheilt worden. Seine Strafe wäre nämlich nach preußischem Landrecht gewesen: Schleifen auf einer Kuhhaut nach dem Richtplatz und dort von unten nach oben rädern. Walesrode sprach mit der innigen Liebe des Freundes von Jacoby, die auch im Publikum einen warmen Wiederhall fand. Zum Schluß wurde noch ein Lied mit der Melodie der Marseillaise gesungen und damit die würdevolle Feier geschlossen.

Wahrhaftig, der Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit ist noch nicht ganz abgestorben im Publikum. Natürlich waren es auch hier vorwiegend die unteren Volksklassen, die dem großen Manne ihre Verehrung darbrachten. Möchte Jacoby's Geist im deutschen Volke lebendig bleiben und Früchte tragen.

Plagwitz-Leipzig. Am Sonnabend, den 21. April, hatte im Gosenschlößchen zu Plagwitz eine gut besuchte Volksversammlung statt, mit der Tagesordnung: Der von den sozialistischen Abgeordneten im Reichstage gestellte Antrag zur Abänderung der Gewerbeordnung. Der Referent, Genosse Nauert, erledigte seine Aufgabe unter großem Beifall der Versammlung. Als Opponent trat diesmal nicht Herr Jerrmann, sondern ein Herr Ludwig auf, der, wie wir erst später erfuhren, früher das Amt eines Polizisten in Lindenau bekleidete; in neuerer Zeit soll ihm sogar seitens der reichsfreundlichen Größen Unterstützung in Aussicht gestellt worden sein. Auf die Versammelten machte er den Eindruck, als litte er an Begriffsschwerfälligkeit, weswegen er denn auch unter allgemeiner Heiterkeit, von seiner sich bei ihm sehr komisch ausnehmenden Rolle, die Sozialisten zu bekämpfen, zurücktreten mußte. Folgende Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen: „Die heute, den 28. April, im Gosenschlößchen in Plagwitz tagende Volksversammlung erklärt sich mit dem von den sozialistischen Reichstagsabgeordneten im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurf, betr. die theilweise Abänderung der Gewerbeordnung in allen Punkten einverstanden."

Oeffentliche Quittung.

Für den Wahlfonds habe ich seit dem 22. März erhalten:

Goldberg v. N. N. M. 2,65; Lindenau d. J. Bochmann 15,00; Thonberg d. G. Wittig 10,00; Eßlingen v. Tuchmacher Brauer 1,50; Ronsdorf aus Hückeswagen d. Wilke 7,35; Braunschweig d. die Exped. d. „Br. Volksfr." letzte Rate 7,75; Barmen Liste 4277 d. M. 11,00; Harzburg d. H. Brenstedt 10,00; Goldlauter Liste 2238 1,00; Kalau Liste 4306 1,00; Klein-Steinheim d. P. A. Herbert 1,65; Erfurt Liste 4289 3,71; Glauchau d. Schwerdtner 25,97 und 7,95; Lechhausen d. Lichtensteiger 0,40; Klein-Auheim d. M. Gunkel 10,00; Einsiedel Liste 2712 d. Müller 3,30; Minden i. W. Liste 4264 1,82; Baden-Baden d. A. Langer 0,50; Junkerken v. G. L. 25,00.

Aus Hamburg: M. 1,50 Liste 242 d. Witt; 3,00 Liste 4654 d. Seeger; 6,40 v. C. Krull; 3,00 v. H. B.; 6,10 v. Fr.; 16,19 Liste 29 d. G. Gerner; 4,50 d. F. Lübbert; 15,10 Liste 4630 auf Koop's Bau; 7,10 Liste 4571 d. Schulz; 0,50 Liste 4574 d. W. K.; 20,75 Gewinnantheil von der Sickingen-Aufführung d. H. Weber-Gordon.

Für Gemaßregelte habe ich erhalten (darunter auch die Unterstützungsgelder für die Essener Genossen):

Lindenau d. J. Bochmann 15,00; Groitzsch d. G. Reichelt 2,00; Pegau d. J. G. Weiß 0,80; Ottensen d. Kufs v. Nölting's Cig.-Fabr. 10,00; Hanau d. M. Daßbach 16,20; Altona v. Cig.-Arb. Richard 1,00; do. v. Schnell's Schneiderwerkstelle 2,50; Glauchau d. Schwerdtner 5,13; Geesthacht d. U. Menke 3,00; Leipzig v. J. R. d. Hadlich 100,00; Berlin vom Personal d. A. d. A.-B. 15,00; do. v. Arb. bei Löwe u. Co. 2,10; Bockenheim d. G. Müller 10,00; Bremerhafen Unterhaltung am 18. März 3,05; Lübeck d. F. Steffen (Heyer) 13,75; Königsberg d. Borowski 12,00; Frankfurt a. M. v. L. B. 5,00; Groitzsch d. G. Reichelt 3,00; Bautzen v. Schild 3,00; Mainz v. J. Best 1,90; Kiel Vers. vom 18. April d. Starck 34,80; Kellinghusen d. H. Behn 6,00; Lechhausen v. Parteigenossen d. A. Lichtensteiger 5,00; München v. Hüll u. Fürmkäse 10,00; Barmen v. Arbeitern d. Knopffabrik E. H. durch B. 21,00; do. v. Barmer Arbeitern d. A. S. 16,00; do. v. Püttmann's Fabrik 31,25; Cöln v. Ungenannt 5,00; Lauenburg d. G. Rasch 4,20; Landshut d. Tischler W. Hirschauer 5,50; Schmölln d. J. Martin 3,13; Leipzig d. Hadlich 13,18; do. v. Arb.-Bild.-Ver. d. L. Witt 30,30; do. v. Abendunterhalt. am 18. März 17,20; do. v. Turnern des Arb.-Bild.-Ver. 2,50; Würzburg d. Lampert 11,50; Hohenfelde-Burgfelde v. Ball d. Harten 17,33; Wilhelmshafen Liste 134 u. 135 d. H. Matthies 6,00; Großbruch d. W. Gries 6,00; Fulda d. H. Fuchs 9,00; Magdeburg d. C. Petig 3,00; Gartenfeld d. J. Müller 5,00; Nürnberg d. C. Grillenberger 37,40; Augsburg d. J. Endres v. Weißgerbern 2,40; do. v. M. 4,00; do. v. J. E. 0,60; do. v. B. 1,00; Junkerken v. G. L. 25,00; Bremen d. J. Rohwer 14,10.

Aus Hamburg: M. 6,00 v. Justus' Cig.-Fab., Zollvereins-Niederlage; 6,00 v. Ernst Hänschen, Schneiderwerkstelle; 11,00 d. Striegan aus der Maschinenfabrik v. Boldt u. Vogel; 25,20 v. den Bauarbeitern am Irrenhaus d. Kluge; 6,00 d. Kaiser v. der „Lassallea", Hamburg; 3,00 v. J. Fischer; 10,90 d. W. G. Nagel, v. Geburtstagsfest Lassalle's; 2,00 d. Colp. Schultz v. M.; 8,00 v. Wrieth's Cigarren-Fab.; 4,00 v. C. Reißig's Cig.-Fabr.; 15,10 v. Metalldruckern zu Hamburg d. F. Ebhardt; 15,16 v. Vergnügungscomité der Schneider; 0,70 v. J. Feltig; 1,00 v. Familie N.; 6,00 v. Ungenannt d. Hartmann; 3,00 v. H. B.; 5,00 v. Gustav Nagel; 5,00 v. Sylvanus; 20,00 v. Germanisator; 135,05 erste u. zweite Rate des Reingewinns des diesjährigen „Aprilsnarr".

Hamburg, 28. April 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

9., 15., 16., 19., 20. und 21. sächsischer Wahlkreis.

Nachdem seit der beendigten Wahlcampagne die Agitation nur wenig betrieben worden, ist es nunmehr an der Zeit, in eine erhöhtere Thätigkeit für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen einzutreten. Zu diesem Zwecke hat sich hier das Agitationscomité neu constituirt, und bittet nunmehr die Genossen um ihre Mitwirkung zur Erzielung einer planmäßigen Agitation. Alle Zuschriften sind zu richten an C. Kluttig, Poststr. 27. Bei Bedarf an Referenten wird um möglichst frühzeitige Mittheilung ersucht.

Chemnitz, 29. April.

Das Agitationscomité: C. Kluttig.

Freunde und Parteigenossen Baden's und der Pfalz.

Laut Beschluß des Arbeitertages am 25. v. M. wurde Mannheim abermals mit der Leitung der Agitation beauftragt. Wollen wir das Errungene erhalten, so müssen wir rastlos weiter arbeiten; ein eifriges Wirken ist uns schon zur Pflicht gemacht, weil dadurch die übrigen auf dem Arbeitertag angenommenen Anträge ihre Erledigung finden werden. Wir müssen deshalb fortfahren, Versammlungen abzuhalten. Zu diesem Zwecke wende man sich an die untenstehende Adresse. — Ferner ersuchen wir die Genossen, uns auch materiell so viel wie möglich zu unterstützen, namentlich wäre ein Beitrag zur Deckung des noch vorhandenen Defizits Ehrensache aller Genossen. Genossen deshalb vorwärts zu weiterem Kampfe!

Briefe ꝛc. sind zu senden an den Schriftführer Peter Heilinger, H. 4. Nr. 4. — Gelder an den Agitationscomité-Kassirer J. Buttle, J. 5. Nr. 16.

Mannheim, den 17. April.

22. sächsischer Wahlkreis.

Sonntag, den 13. Mai, findet im Saale des „Deutschen Hauses" zu Kirchberg von Nachmittags halb 3 Uhr an eine Conferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1) Der Sozialistencongreß und die Vertretung des 22. Wahlkreises auf demselben. 2) Die zukünftige Agitation. 3) Berathung, die Abhaltung eines Central-Arbeiterfestes betr. 4) Umfrage. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es erwünscht, daß von allen Orten des 22. Wahlkreises Vertreter zu dieser Conferenz erscheinen. Am Abend wird wohl auch noch eine öffentliche Volksversammlung stattfinden.

J. A.: Wilh. Schubert.

Briefkasten

der Redaktion. Ehrhardt in Mannheim: Den Schluß Ihres Berichtes werden wir forlassen, weil er an die Adresse Bebel's gerichtet ist. Wir werden Bebel von den Wünschen seiner dortigen Wähler unterrichten. — W. R. in Halle: Glauben Sie wirklich, daß wir urtheilen, ohne geprüft zu haben? Wir könnten Ihnen zum Beweis des Gegentheils aus dem Gedächtniß Ihre Reflexionen über die Schönheit der Welt, die nur für die Reichen da ist, anführen. Die Gedanken Ihrer „dichterischen Erstgeburt" sind wahr und richtig, aber es fehlt dabei jenes durch Regeln nicht feststellbare Etwas, welches gereimte Worte zu einem Gedichte macht. Da haben Sie in Kürze unsere Meinung. — Sollte ein Leser dieses Blattes die Adresse eines Franz Bruske aus Czerk, Kreis Konitz, wissen, so wird derselbe gebeten, selbige an W. Liesländer, Berlin SO., Oppelnerstr. 20, unfrankirt einzusenden. — Anonymus in Leipzig: Wir sehen der Fortsetzung Ihres Artikels entgegen.

der Expedition. Jöhnk Gaarden: Bchr kostet franco M. 6,00. Quittung. Fchnr Flensburg Ann. 0,60. Metallarb. Halle Ann. 0,60. Sbrt Niederrad Ab. 20,00. Rpp New-York Ab. 119,58. Rw Altona Ab. 19,00. Gldwz Schellenberg Schr. 4,10. Oßmnn Erfurt Ab. 30,00. W. Crl St. Johann Schr. 17,10. Kch Rtt Ab. 1,71. A. Gb Hamburg Schr. 30,00, Ab. 100,00. Thmnn Roßla Ab. 4,80. Knzlmann Reutlingen Ab. 2,00. Langnbck Marburg Ab. 5,00. Grße Barmen Schr. 3,10. Krlmrky hier Ab. 1,20. Bhmr Löbau Ab. 2,30. Mhr Gaarden Schr. 2,70. Lgs Hannover Ann. 2 50, Schr. 0,20. Hhn Bockenheim Ab. 7,80. Trst Kl.-Bschocher Ab. 1,80. Schltr Dresden Ab. 180,93. J. Kbl St. Johann Ab. 61,70. J. Bst Mainz Ab. 50,00. Hlngl Nordhausen Ab. 10,90. A. Brbm Gotha Ab. 20,00.

Herr Adam Fuhr wird um Mittheilung seiner Adresse gebeten.
Steph. Herbig, Würzburg, Körnersgasse 45.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter in Essen:

Durch W. O. Geringswalde 1,60, von mehreren Pianoforte-Arb. d. Bilsch 2,00.

Anzeigen ꝛc.

Dessau. Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.
Sonntag, den 6. Mai: Stiftungsfest, bestehend in Concert, Festrede u. Ball. Karten sind zu haben bei den Agenten Fromm und Räbiger sowie beim Restaurateur Förster. (F. 80) 1,50]
Das Festcomité. J. A.: F. Klotz.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 5. Mai, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. Boge, Mittelstraße Nr. 11:

Geschlossene Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl des Präsidenten und dessen Stellvertreter. 2. Antrag betreffend die Comités und Commissionen. 3. Antrag auf Verlegung des Vereinslokals ꝛc. (F. 168) [90
Der Präsident.

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß ich zum Mai-Markt ein
Schenkzelt
auf dem Viehmarkt errichten werde.
(F 168) Carl Fink aus Linden. [150

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Sonnabend, den 5. Mai, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei J. Menzel: Hauptversammlung. Tagesordnung: 1) Die Stellung des Delegirten auf der Generalversammlung zu Gotha gegenüber den eingelaufenen Anträgen. 2) Diskussion. Es wird auf § 26 der Lokalstatuten aufmerksam gemacht. 25 Pfg. Strafe.
R. Ludwig, Bev. [70

Leipzig. Sonntag, den 6. Mai, in der „Moritzburg" in Gohlis:

Abendunterhaltung der Sänger des Arbeiter-Bildungs-Vereins.

Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Gäste willkommen. [240

Ottensen. Freitag, den 5. Mai, Abends 8½ Uhr, im Burmeister's Salon, 1 Treppe:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Anträge zum Congreß in Gotha.
F. Heerhold. [60

Nachruf.

Am 26. April dies. J. verschied nach nur siebentägigem Krankenlager einer unserer besten und treuesten Kameraden, der Eisengießer Hermann Hohland, aus Frankenberg gebürtig, 27 Jahr alt, der zu Königin-Marienhütte in Arbeit gestanden, sich stets als ein tapferes Mitglied des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter bewährt und mit Stolz in den Reihen seiner Leidens- und Kampfesgenossen voranmarschirte. Die hiesige Filiale, in deren Andenken der Dahingeschiedene fortleben wird, spricht daher dieses um so lieber und mit voller Dankbarkeit aus.

Cainsdorf und Bockwa, den 29. April 1877. [3,60
Die Verbandsgenossen.

Lager roher Tabake
von **Gebrüder Frenkel.**
Hamburg, Neustadt, Fuhlentwiete 96.
Wir empfehlen unser gut assortirtes Lager von Rohtabaken, und machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß wir neuerdings die Anordnung getroffen, selbst das kleinste Quantum zu versenden und Engros-Preise zu berechnen. (F 160) 3c [270

Neue Welt
Erster Jahrgang, 1876, complett
ist wieder versandtfertig geworden, und wiederholen wir deren Empfehlung als Zierde jeder Bibliothek und besonders geeignet zu Festgeschenken.
Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. franco nur gegen baar. Für Porto sind 50 Pf. einzusenden.
Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:
„Die Befreiung der Menschheit".
Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.
Leipzig.
Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Es erschien:
Zur Grund- und Bodenfrage
von Wilhelm Liebknecht.
2. vervollständigte Auflage.
Preis per Exemplar 0,75 Mark.
Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 880 North 3rd Street
J. Boll, 118½ Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hense, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 53. Sonntag, 6. Mai. 1877.

Staatshilfe.

Seitdem der Nothstand in Deutschland ausgebrochen ist und eine so ungemeine Höhe erreicht hat, fordern viele Elemente das Einschreiten des Staates in wirthschaftlicher Beziehung zur Linderung der Noth, die früher bei dem Worte: Staatshilfe schier in Raserei geriethen.

Es ist aber auch so natürlich, daß überall da, wo des Einzelnen Kraft nicht ausreicht, die organisirte Gesellschaft eintreten muß; es ist ferner augenscheinlich, daß derjenige, welcher dies läugnet, ein nichtsnutziger Egoist oder ein ungemeiner Dummkopf ist. Tritt die organisirte Gesellschaft, tritt der Staat aber nicht ein, so zeigt dies eben, daß er noch auf einer sehr unvollkommenen Stufe steht, daß er anders organisirt werden muß.

Durch den herrschenden Nothstand werden immer weitere Kreise auf diesen Punkt aufmerksam gemacht, wenngleich es bei einem verständigen Sozialisten feststeht, daß eine Neuorganisation des Staats- und Gesellschaftswesens nicht erst durch besondere Umstände bedingt werden muß, daß dieselbe vielmehr in den Gesammtzuständen unserer heutigen Gesellschaft eine dringende Begründung findet.

Doch halten wir zunächst nur die einfache, jetzt so vielfach an den Staat gestellte Forderung fest, daß derselbe durch thunliche Gewährung von Arbeit, also nicht durch Almosen, den nothleidenden Staatsangehörigen unter die Arme greifen soll, so finden wir, daß in Deutschland die Reichsregierung noch gar nichts, die Einzelregierungen bitter wenig in dieser Hinsicht gethan haben.

Trotz der Untersuchungen, die den Nothstand in wahrhaft erschreckender Weise feststellen, trotz der Gewißheit, daß die Privatwohlthätigkeit nicht ausreicht, und im Uebrigen auch demoralisirend wirkt, trotz der Volksversammlungen, in denen „das Recht auf Arbeit" vom Volke unter Hinweis auf das Recht zum Leben verlangt wurde, trotz verschiedener Reichstagsreden — hüllen sich die maßgebenden Gewalten der „organisirten Gesellschaft" in unverbrüchliches Schweigen und lassen Nothstand Nothstand sein.

Doch nein — dem ist nicht so. Die Staatsgewalten brechen das Schweigen, wenn der Arme leblos auf der Straße niedersinkt oder durch Selbstmord seinem Leben ein Ende macht, sie brechen das Schweigen, indem sie die Namen dieser Elenden in den amtlichen Organen einregistriren; sie brechen das Schweigen, wenn der Arme bettelnd von Ort zu Ort, von Haus zu Haus geht, indem sie ihn auf die Verordnung gegen die Bettelei aufmerksam machen und ihn auf einige Tage in die überfüllten Gefängnisse sperren; sie brechen das Schweigen, wenn der Hungernde, durch Verzweiflung getrieben, das Eigenthum anderer verletzt, um im Gefängnisse Ruhe und Brod zu finden, indem sie huldvoll ihm Ruhe und Brod hinter Eisenstäben gewähren; sie brechen das Schweigen, wenn ein Arbeiter, über die traurigen Verhältnisse ergrimmt, seiner Zunge allzufreien Lauf läßt oder wenn er gar von Noth getrieben, mit Gewalt Arbeit fordert, sie brechen das Schweigen und die Antwort lautet: „Gefängniß, Zuchthaus!"

Staatshilfe! Da haben wir die Staatshilfe nach dem Herzen der Bourgeoisie, nach dem Herzen des Manchestermannes, der dem Staat nur die Rolle eines Gensdarmen oder eines Nachtwächters zu ertheilen, Alles Andere aber dem natürlichen Lauf der Dinge überlassen will.

Nach seinen Anschauungen soll der Staat keinerlei Bevormundung dem Staatsbürger gegenüber ausüben und vor allen Dingen nicht die Nase in wirthschaftliche Dinge stecken; ist der Staat Unternehmer (Postbetrieb, Eisenbahnbetrieb, allerlei fiskalische Werke), so soll er genau wie die andern Unternehmer handeln und den Spuren derselben auch in Bezug auf die Behandlungsweise der Arbeiter folgen.

Und wahrlich dies thut unser heutiger Staat auch vielfach; anstatt wirkliche Staatshilfe zu leisten, gefällt er sich in der Rolle eines Bourgeoisunternehmers.

Kaum hat der „Kanonenkönig", Krupp, seinen berüchtigten Ukas gegen die freie Ueberzeugung losgelassen, so folgt ihm auch schon die Direktion der Saarbrückener Staatswerkstätten. Dieselbe läßt folgende Verfügung anschlagen:

„Zeitungen, sowie politische Broschüren, Aufrufe und Bekanntmachungen dürfen weder in die Werkstätten mitgebracht, noch darin vertheilt, verbreitet und gelesen werden. — Zugleich werden sämmtliche Arbeiter gewarnt, an sozialdemokratischen oder anderen staatsfeindlichen Agitationen sich zu betheiligen.

Saarbrücken, den 26. März 1877.

Königliche Eisenbahn-Direktion.
Frün."

Staatshilfe verlangen die Sozialdemokraten; „staatsfeindliche Agitationen" nennt solches die Königliche Eisenbahnbehörde.

Das ist äußerst billig; damit kommt man, ohne sein Gehirn besonders anzustrengen, ohne von den alten Traditionen, die günstig für die Machthaber, ungünstig für das Volk sind, abzulassen, ohne die Hände besonders zu rühren zur Wohlthat und zur Hilfe, am Besten aus dem Dilemma heraus — man bietet Steine statt des Brodes.

Aber alles Billige taugt nichts, sagt Professor Reuleaux in Bezug auf die deutsche Industrie; und so möchten wir auch sagen, daß ein solches Verfahren nichts taugt.

Die Wunden des Volkes bluten weiter — und anstatt Hilfe zu leisten, schmäht man diejenigen Bestrebungen, welche zur Hilfe wohl geeignet sind.

Ein Rückfall.

Man braucht nicht sofort gegen einen Naturforscher mißtrauisch zu sein, wenn er die alten Begriffe von „Zweckmäßigkeit und Schöpfung" ꝛc., welche seit ein paar Jahrzehnten aus der Naturwissenschaft vorn hinausgeworfen worden sind, zur Hinterthür wieder hereinläßt. Aber da dies ohne Unklarheit nicht möglich ist, so muß man immerhin den Kopf dazu schütteln und beklagen, daß alte Irrthümer so zählebig sind. Wenn dies solche Geister wie die aus der Schopenhauer'schen Schule thun, so braucht man sogar blos mit den Achseln zu zucken; es thun es aber neuerdings auch anerkannte Forscher, und zuletzt noch hat es der jüngst verstorbene ehrwürdige K. E. von Baer gethan, einer der Begründer der Biologie, welchem man ebenso wenig große Vorurtheilslosigkeit und Wahrheitsliebe als außerordentliche Sachkenntniß absprechen kann. Die Ansichten eines solchen Mannes verdienen allezeit Berücksichtigung.

Im zweiten seiner drei Bände von „Reden", vor einem gebildeten Hörerkreise gehalten, welcher betitelt ist „Studien aus dem Gebiete der Naturwissenschaften", spricht er es als eine feste Ueberzeugung aus, „daß wir für eine wahre Erkenntniß der Natur einer beherrschenden Vernunft nicht entbehren können;" daß in der Natur alles einem Ziele zustrebe, wenngleich wir diese Ziele nicht Zwecke nennen dürfen, wie sie im Menschengeiste gefunden werden; daß aber „ein Ziel ohne Bewußtsein (des sich entwickelnden Einzelwesens) erreicht werden kann, wenn alle Einrichtungen dazu getroffen sind von einer zwecksetzenden Vernunft." Er verwirft durchaus nicht den Darwinismus, im Gegentheil erkennt er ihn als berechtigt und nothwendig an; er findet ihn aber einseitig und unfähig, gerade die Hauptfragen zu lösen. Er sagt:

„Wenn in einem Wirbelthier-Embryo (nachdem das Dotter sich in zwei, vier, acht und zuletzt sehr viele Zellen gefurcht hat) auf der Rückenseite desselben zwei Wülste oder Leisten sich erheben, die mit einander verwachsen, so ist das Ziel dieses Vorgangs augenscheinlich; denn aus der Innenschicht dieser Röhre bildet sich allmählig das Rückenmark mit dem Hirn, aus den äußeren Theilen wird die Knochen- und Muskelmasse mit der Haut, welche diese Centraltheile umgeben. Also wozu dieser Vorgang dient, liegt vor Augen; aber wodurch er erreicht wird, ist noch ein vollständiges Räthsel. Dennoch zweifelt wohl kein Naturforscher, daß es physische Nothwendigkeiten sind, welche das bewirken; denn die Natur kann Ziele doch nicht anders verfolgen, als durch Wirksamkeit der Naturgesetze. Ohne sie wäre jede Wirksamkeit und jede Verfolgung eines Zieles Zauberei. Der Lebensprozeß kann nur die Naturkräfte benutzen und nach seiner Norm die Vorgänge beherrschen, ohne sie aber nichts produziren. Ich halte es daher für eine starke Verirrung, wenn einige Naturforscher behaupten, weil überall nur Nothwendigkeit herrsche, könne die Natur keine Ziele verfolgen .... Die Natur kann ebensowenig Ziele verfolgen, ohne die nöthigen Mittel anzuwenden, als es der Mensch kann. Aber die Herren, welche überall nur auf absolute Nothwendigkeit pochen und Zielstrebigkeit für einen eingewurzelten Aberglauben erklären, können sicher die nothwendigen Wirksamkeiten nicht nachweisen, die den Embryo formen; dagegen liegt es am Tage, daß in der Reihenfolge der Organe zuerst die nothwendigen und herrschenden sich formen und später die anderen; zuerst die, welche das Individuum als eine Selbstheit darstellen, später die Extremitäten, als Mittel seiner Bewegungen in der Außenwelt ..... Der Zufall kann nichts Fortgehendes schaffen, sondern nur zerstören .... Die Gabe, Ziele oder Zwecke zu verfolgen und die Mittel dazu auszuwählen, nennen wir Vernunft .... Ist diese Anwendung des Wortes Vernunft richtig, so müssen wir zum Schlusse behaupten, die ganze Natur wirkt vernünftig, oder sie ist der Ausfluß einer Vernunft, oder, wenn wir den Urgrund aller Wirksamkeit mit der Natur uns vereint denken: „die ganze Natur ist vernünftig."

Soweit der Grundgedanke des Verfassers. Wir wollen ihm nun einmal mit allem Obigen Recht geben, wenigstens vorläufig, und wollen fragen: was wird damit erreicht? — Sind wir damit in der Natur-Erkenntniß auch nur einen Schritt weiter gekommen? Können wir nun die nothwendigen Wirksamkeiten nachweisen, die den Embryo formen? Ist es nicht noch immer ein vollständiges Räthsel, wodurch die Rückenmarksröhre ꝛc. sich aus lauter gleichartig geformten Zellen, und warum gerade jetzt, und warum zuerst, und warum gerade an dieser Stelle des Dotters, und warum gerade in dieser Weise bildet? Weiß der Verfasser mehr als wir Andern von dem Vorgange, d. h. giebt ihm sein Begriff der „Zielstrebigkeit" und der „vernünftigen Natur" eine Möglichkeit, uns tiefer in die Naturgesetze blicken zu lassen?

Alle diese Fragen sind mit Nein zu beantworten. Der Verfasser lehrt uns mit dieser Philosophie (denn weiter ist es nichts) nicht das mindeste Neue. Allein wenn er einen neuen Weg in der Natur-Erkenntniß entdeckt zu haben glaubt, so müßte er uns doch von dem Vorzuge dieses Weges dadurch überzeugen können, daß er Dinge, welche vorher unbegreiflich waren, der Fassung näher bringt, klarer macht, tiefer erforscht, genauer erklärt. Zeigt er etwa die Naturgesetze auf, ohne welche diese Organbildung im Eie „Zauberei" wäre? — Nein.

Er wird sogar — trotz all' seiner ruhigen Sprache und seiner lichtvollen Auseinandersetzung ungerecht. Denn er kann nicht einen einzigen Naturforscher nennen, und er nennt keinen, der „überall auf absolute Nothwendigkeit pocht und Zielstrebigkeit für einen eingewurzelten Aberglauben erklärt." Und wenn es einen solchen gäbe, so müßte er ihn mißverstanden haben; denn der Ausdruck „Zielstrebigkeit" ist Baer's eigne Erfindung.

Ein neuer Name, das ist alles, was wir gewonnen haben, nicht einmal ein neuer Begriff. Denn was mit „Zielstrebigkeit" ausgedrückt werden soll, ist schon in unserem Ausdruck „Entwicklung" gegeben. Entwicklung heißt ja eben jenes Wachsthum von innen heraus, jenes Mehrwerden von Weniger auf Kosten der Außenwelt, jenes Beginnen des Einzelwesens aus einem Keime und sein Streben nach einem Ziele, jenes Festhalten der Selbstheit beim allmäligen Durchgange durch mancherlei Erscheinungsformen, welches alle Lebewesen kennzeichnet. Der Begriff Entwicklung ist also reicher an Inhalt, weniger mißverständlich und bildlich bezeichnender als der der Zielstrebigkeit. Letzterer fällt ganz und gar zusammen entweder mit Entwicklung oder mit Zweckmäßigkeit.

Und leider ist es eigentlich das Letztere, was der Verfasser damit meint; denn er spricht von Mitteln, welche die Natur anwende, um ihre Ziele zu verfolgen — ganz wie der Mensch Mittel zu seinen Zwecken braucht. Er spricht von der Vernünftigkeit der ganzen Natur, weil sie die „Gabe habe, Ziele oder Zwecke zu verfolgen und die Mittel dazu auszuwählen". Das ist also ein Rückfall in die Theologie, so sehr Baer sich auch dagegen wehrt und das Recht der Naturforschung anerkennt, überall bloße Gesetzlichkeit zu erforschen. Wenn die Natur „Mittel auswählen kann, um ihre Zwecke zu erreichen, weil sie der Ausfluß einer Vernunft, eines Bewußtseins ist", so wird sie menschlich gedacht, und es wird der große Unterschied wieder verwischt, welchen die neuere Forschung zwischen Mensch und Natur so mühsam festgestellt hatte, und welchem sie schließlich alle ihre ungeheuren modernen Fortschritte im Erkennen verdankt.

Daß die Natur ihre Zwecke, zum Unterschied vom Menschen, unbewußt verfolgen, ihre Mittel unbewußt auswählen soll, weil „alle Einrichtungen dazu getroffen sind von einer zwecksetzenden Vernunft", ist ein Rückfall in die abgethane Metaphysik, welchen wir uns höchstens dann gefallen lassen könnten, wenn damit in der Erkenntniß der Naturgesetze weiter zu kommen wäre. Aber eben damit ist es nichts, wie wir gesehen haben. Es ist die reine Phantasie, welche sich für Weltweisheit ausgiebt. Warum werden wir dann nicht alle Spiritualisten (Spiritisten)? Diese behaupten auch Naturforscher zu sein und alle Ergebnisse der neueren Naturforschung anzuerkennen; zugleich aber behaupten sie einen neuen Weg der Erkenntniß entdeckt zu haben, und zwar im Verkehr mit den Geistern verstorbener Menschen. Man hat sie aber bisher vergebens aufgefordert, uns einige neue Erkenntnisse mitzutheilen, welche sie auf diese Weise erlangt hätten — nur abgeschmacktes Zeug und viel — Schwindel kam dabei heraus.

Es ist ganz ebenso mit der „Vernünftigkeit der Natur". Die gesammte neuere Naturforschung erkennt eine solche an und setzt sie voraus, eben indem sie überall Gesetzlichkeit annimmt, auch wo dieselbe noch nicht nachgewiesen ist, sie überall noch zu finden erwartet und strebt. Aber sie hütet sich wohl, die vielen Lücken ihrer Erkenntniß damit auszufüllen, daß sie etwa die Vernunft der Natur zur Erklärung herbeizöge, wo sie vorläufig nicht weiter kann. Daß also z. B. aus den Dotterzellen eines Eies, ohne daß man bislang nachweisen kann, wie? eine Rückenmarksröhre sich entwickelt, diese Lücke in ihrer Erkenntniß wird nicht im mindesten dadurch ausgefüllt, daß man eine göttliche Vernunft herbeizieht, welche die neue Entwicklungsform gestalte; denn man sieht nach wie vor das Wie nicht ein. Unser Forschungstrieb fühlt sich dadurch nicht befriedigt — er wird lediglich abgestumpft und verdummt. Da loben wir uns noch den alten religiösen Aberglauben, welcher überall „den Finger Gottes" am Werke sieht; für den giebt es keine peinigenden Forschungslücken, der ist geschwind fertig ohne Mikroskop, Wage, Chemikalien und Versuche, der braucht keine streitigen Hypothesen — und was thut es am Ende, daß er die Menschheit zu einer Heerde von Schafen macht? —

Freilich ist von Baer keiner von der Bande der Schafhirten und Scherer, im Gegentheil, er neigt stark auf unsere Seite, und von einem hochbejahrten Greise kann man nicht erwarten, daß er ganz mit seinem anerzogenen Gemüthsdusel gebrochen habe. Allein wer da weiß, wie lange die Forschung auf veralteten Standpunkten durch so berühmte Gewährsmänner wie Humboldt, Cuvier, Dubois-Raymond, von Baer ꝛc. festgehalten zu werden pflegt, muß gerade die Denkfehler solcher Männer unerbittlich feststellen helfen.

Alles, was die Menschheit errungen hat, das hat sie durch ihr Denken; alles, was sie noch werden und erringen kann, wird sie dem unablässigen Weiterdenken in immer größeren Kreisen verdanken. Diesem Denken ein Ruhepolster geben, indem man das Unerklärte auf göttliche Zwecke zurückführt, heißt es einschläfern und abtödten. Dagegen ist immer auf's Neue geltend zu machen, daß die Grenzen der menschlichen Erkenntniß uns schlechterdings verwehren, mehr als Einzelnes, Endliches zu erkennen.

Wer von Zwecken in der Natur spricht, ist verbunden, uns zuerst den Zweck des Alls nachzuweisen, von welchem alle einzelnen Zwecke abhängen müßten; da aber eben dies durchaus unmöglich ist, so hilft uns der Zweckbegriff nichts, wenn er auf die Natur angewendet wird — er schadet uns nur. Dagegen bringt uns die Erkenntniß der Gesetzlichkeit in der Natur immer weiter, wenn auch nur Schritt für Schritt, und erst seitdem wir diesen Weg eingeschlagen haben, sind wir erstaunlich rasch vorwärts gekommen, haben das vielfach bewährte Vertrauen gewonnen, daß wir noch zahlreiche Lücken in unserer Erkenntniß werden ausfüllen und unablässig im Denken und Handeln werden fortschreiten können.

Die Darwin'sche Entwicklungslehre, obwohl von Baer als eine Hypothese bezeichnet, giebt unserm Forschergeiste weit mehr Befriedigung und Gewißheit, als aller Glauben an die Vernunft,

die Zweckmäßigkeit, Harmonie und Einheit des Alls; denn jene können wir wenigstens stückweise vollkommen beweisen, diese können wir ewig blos glauben. Ja, dieser Glauben führt immer wieder zu unauflöslichen Selbstwidersprüchen, über welchen schon manche Denker den Verstand eingebüßt haben; jene Hypothese aber leidet blos an etlichen Lücken, von denen wir schon so viele ausgefüllt haben, daß sie fast alle uns Hoffnung lassen, sie werden wirklicher Erkenntniß weichen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Einfluß verschiedener Beschäftigungsarten auf das Auge. Es ist keine seltene Erscheinung mehr, daß Männer der Wissenschaft aus der Studirstube heraustreten und die Resultate ihrer Forschungen insoweit praktisch zu verwerthen suchen, als sie von Zeit zu Zeit die gesammelten Beobachtungen und Erfahrungen dem größeren Publikum mittheilen und so Anregung zu weiteren Forschungen, eventuell zur Abhilfe wahrgenommener Mängel und Gebrechen im sozialen Leben geben.

So hat Herr Prof. Dr. Hermann Cohn in Breslau vor einiger Zeit einen öffentlichen Vortrag gehalten, worin dieser bekannte, für das Wohl der arbeitenden Klasse unermüdlich thätige Augenarzt die allgemeine Aufmerksamkeit nach einer Richtung lenkt, die bisher ganz vernachlässigt wurde.

Dieser hochverdiente Gelehrte berichtete neulich über von ihm angestellte Untersuchungen von dem „Einflusse der verschiedenen Beschäftigungsarten auf das Auge", und wollen wir hier von den höchst interessanten Mittheilungen Einiges wiedergeben.

Zunächst ist festgestellt, daß gerade in den Elementarschulen, die von den Kindern des Proletariats besucht werden, auf das Auge viel zu wenig Rücksicht genommen wird. Halbdunkle, schlecht gelüftete Räume begünstigen Augenkrankheiten aller Art und besonders die Kurzsichtigkeit, die dann im praktischen Leben sehr störend ist. Viele Knaben und Mädchen bringen die Kurzsichtigkeit bereits in ihren Beruf mit, der sehr häufig dazu angethan ist, dieselbe noch zu vermehren. Es stellt sich heraus, daß die Gold- und Silberarbeiter, sowie die Uhrmacher verhältnißmäßig am Besten wegkommen. Letztere, weil sie stets bei guter Beleuchtung und unter Anwendung der Loupe arbeiten, welche jede starke Accomodation des Auges verhindert und den Eintritt in die Kurzsichtigkeit hemmt. Von sämmtlichen untersuchten Uhrmachern waren 73,6 Proz. mittel- (normal-), 12,4 Proz. über- und nur 9,7 Proz. kurzsichtig. Aehnlich stellt sich das Verhältniß bei den Gold- und Silberarbeitern und Juwelieren. Viel schlechter ergeht es den Lithographen. Von diesen waren 37 Proz. mittel-, 18 Proz. über- und 45 Proz. kurzsichtig. Zu bemerken ist, daß von diesen 45 Proz. volle 37 Proz. an der Kurzsichtigkeit erst seit ihrem Eintritt in das Gewerbe leiden. Die Schriftsetzer zeigten die regste Betheiligung bei der Untersuchung; von den anwesenden 144 kamen 132 zur Augenbesichtigung, gleich 91 Proz. Hier zeigten sich die traurigsten Verhältnisse! 51 Emmetropen (Mittelsichtige) = 39 Proz., 10 Hypermetropen (Uebersichtige) = 8 Proz., und 68 Myopen (Kurzsichtige) = 51 Proz., sowie 2 Augenkranke. Von den 68 Kurzsichtigen waren 17 schon myopisch, als sie in die Lehre traten, doch waren 12 während und nach der Lehrzeit nachweisbar noch kurzsichtiger geworden, 51 waren mit scharfen Augen in die Lehre getreten und kurzsichtig geworden, = 38 Proz. Von den Setzern, welche 1—10 Jahre thätig waren, waren 52 Proz., und unter denen, die 21—54 Jahre setzten, 56 Proz. kurzsichtig. Wie die Kurzsichtigkeit bei diesem Gewerbe zunimmt, ergiebt sich daraus, daß von 1—10 Setzerjahren durchschnittlich die konkave Brille 24, von 10—20 Jahren konkave 19, von 21—30 Jahren 16, von 31 bis 46 Jahren konkave 13 nöthig waren. — Für Gasbeleuchtung erklärten sich 59 Proz. Durch die Gashitze würden, bemerkten sie, die Augen zwar sehr trocken, die hellere Beleuchtung aber mache das Material vorzüglicher; für Oel waren 33 Proz., für Petroleum 8 Proz. Die Anwendung der Petit-Lettern wurde hauptsächlich als Grund der entstehenden oder zunehmenden Kurzsichtigkeit bezeichnet.

Derartige Untersuchungen, wenn sie von eigens dazu berufenen Organen mit der erforderlichen Gründlichkeit und möglichst erschöpfend geführt werden, könnten die segensreichsten Folgen haben, da die in solcher Weise statistisch ermittelten Uebelstände sehr leicht durch passende Maßnahmen beseitigt werden können.

Selbstverständlich kann bei solchen Ermittelungen der Einzelne nicht viel zu Tage fördern, seine Arbeiten können nur eine Anregung zu einer systematischen Untersuchung bieten, und selbst wenn die amtlichen Organe bei großem Fleiße, bei aller gewissenhaften Thätigkeit derartige Untersuchungen anzustellen sich bemühen, finden sie aus verschiedenen Ursachen bei den interessirten Klassen keine völlige Unterstützung, ohne welche keine verläßlichen Daten zu schaffen sind. Mißtrauisch wie man schon im Publikum gegen alle amtlichen Aufschreibungen zu sein pflegt, weil man dahinter meist steueramtliche oder sonstige dem Publikum nicht sympathische Zwecke vermuthet, werden die rein amtlichen Versuche mehr und mehr an dem Widerstande der in Frage kommenden Kreise scheitern.

Dagegen würden die von den sozialistischen Abgeordneten zu der Abänderung der Gewerbeordnung unter Artikel IV in Vorschlag gebrachten Gewerbegerichte im Verein mit den Fachmännern solche statistische Aufgaben mit Erfolg zu lösen vermögen. — Hier hätten wir eine Andeutung für das praktische Leben, woraus man ersieht, von welcher Bedeutung die von uns gewünschten Aenderungen des Gewerbegesetzes werden können.

— Eine Anzahl Anhänger Johann Jacoby's, Mitglieder des ehemaligen „Demokratischen Vereins", hatte zum 1. ds., Abends in Berlin, nach dem Saale des Handwerkervereins eine Gedächtnißfeier für Dr. Johann Jacoby anberaumt. Ein zum großen Theile den gut situirten Ständen angehörendes Damen- und Herren-Publikum, aber auch viele Arbeiter füllten den großen Saal und Galerien in allen Räumen; unter ihnen die Abgeordneten Bebel, Liebknecht, Demmler, Rittinghausen, Fritzsche und Most. Die Rednertribüne war mit Laubgewinden geschmückt. An der Vorderseite der Tribüne, inmitten zahlloser lichtstrahlender Kerzen erhob sich ein großes, vortrefflich gelungenes Porträt des Verstorbenen. Der Gesangverein des Handwerkervereins eröffnete die Feier mit dem Liede: „Hier in des Abends traulich ernster Stille" nach der Melodie des Integer vitae. Dr. Guido Weiß hielt alsdann die Gedächtnißrede. In etwa einstündiger Rede schilderte der Vortragende das Leben und Wirken des Gefeierten. Der Gesang des Liedes „Das deutsche Herz" beendete die Feier gegen 9 Uhr Abends. — Von den Demokraten aus Königsberg i. Pr. war ein Begrüßungstelgramm eingegangen.

— Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung sitzt in der Klemme. Nach dem Voranschlage des Etats für das Jahr 1877 dürften die Ausgaben die Einnahmen um 1043 Mark übersteigen; es müßte daher, wenn sich der Gesellschaft nicht außerordentliche Hülfsquellen erschließen, das Stammvermögen der Gesellschaft angegriffen werden. Nun, wir zweifeln durchaus nicht daran, daß diese 1043 Mark von irgend Einem der Herren Bourgeois-Volksbildner aufgebracht werden, das Volk aber will von derartigen Vereinen nichts wissen, und welchen Nutzen dieselben bisher dem Volke gebracht, das wissen die Götter. — Auch der Redaktion des „Vorwärts" hat man einen „Bettelbrief" von Seiten des Vorstandes zugesandt; Glück hat man allerdings nicht damit bei uns gehabt.

— „Der Militarismus", eine interessante Schrift von F. Wiebe, welche in Zürich (Verlagsmagazin) kürzlich erschienen ist, wird von der Berliner Polizei confiszirt, das heißt wenn dieselbe ein Exemplar erwischen kann. Wir brauchen zur Empfehlung des Werkchens wohl kein Wort zu sagen, da „competentere Leute" in solcher Weise die Reklame besorgen.

— Daß die „Civilisation" des „Erbfreundes" unter dem Donner der Kanonen gegenwärtig an dem „barbarischen" Türkenvolke erprobt wird, ist unseren Lesern wohl bekannt. Von Interesse ist auch, zu erfahren, daß nun auch Oestreich mit aller Macht darnach strebt, in dem allseitigen „civilisatorischen" Wettstreit gegebenen Falls ein gewichtiges Wort mit dreinreden zu können. So ist z. B. die erst vor einigen Jahren construirte sogenannte Uchatiuskanone jetzt soweit vervollkommnet, daß aus ihr Geschosse schwersten Kalibers anderthalb Meilen weit geschleudert werden können. Gewiß ein Resultat, das geeignet ist, der „Civilisation" den größten Vorschub zu leisten.

— Der russische Angriff vor dem Forum der englischen Arbeiter. In London sind überall Plakate angeschlagen folgenden Inhalts:

„Mord! Massacre! Rußland zeigt sich nun in seinem wahren Charakter. Wir, die Arbeiter Englands, wünschen, daß die Regierung rasch handele und den mörderischen Angriff sowie auch weitere Metzeleien unter dem Mantel der Religion verhindere. Lügner, Diebe und Mörder sollten behandelt werden, wie sie es verdienen. England hat viel ausgegeben, um die Sklaverei zu unterdrücken. Wir hoffen, es wird mehr ausgeben, um die bedrückten Polen und Andere, die in einem Zustande der Knechtschaft gehalten werden, zu befreien; daß es jeden Muselmann Indiens bewaffnen, die Russen austreiben, im Süden von Rußland eindringen und dadurch jeder weiteren Aggression Einhalt thun wird."

Aehnlich denken die Arbeiter in allen Kulturstaaten.

— Zum russisch-türkischen Kriege. Vom Kriegsschauplatz ist zu melden, daß die Türken sich in Asien auf die Festung Kars zurückgezogen haben, wo wahrscheinlich der erste bedeutende Schlag erfolgen wird. Auf der Donau gerieth ein türkischer Kriegsdampfer in das Feuer der russischen Batterien, entkam jedoch glücklich. Zwei rumänische Donau-Kriegsdampfer sind von den Türken genommen worden, da Rumänien mit den eingedrungenen Russen eine Convention abgeschlossen hat. — Die rumänische Regierung hat vor ihrer gänzlichen Absdankung zu Gunsten der russischen Okkupation noch ein Zeichen von Machtvollkommenheit gegeben, gegen welches die russischen Heerführer gern ein Auge zudrücken werden; nämlich die Suspension aller Zahlungsverbindlichkeiten rumänischer Unterthanen für die Dauer des Krieges. Einziger Paragraph: „Es wird nichts gezahlt" — ein Gesetz, das trotz aller Ableugnungen auch schon in Petersburg vorbereitet wird, um dem Auslande einen Begriff von dem festen Entschlusse Rußlands beizubringen, das Loos der Christen in der Türkei zu verbessern. — Die Bewohner von Odessa sind froh darüber, daß der Belagerungszustand erklärt worden ist, da sie sich vor allerhand militärischem und nicht militärischem Gesindel kaum der Haut erwehren konnten. Von einem frischen, fröhlichen Kriege ist in Südrußland nicht die Rede; die Leute fragen sich vielmehr kopfschüttelnd, wie das enden soll. — Das „Memorial diplomatique" kleidet die Tragweite des russisch-türkischen Conflikts in folgende Formel: „Der eröffnete Orientkrieg ist nur in erster Linie ein Kampf zwischen Russen und Muselmannen; in letzter Linie ist es ein Kampf zwischen der russo-slavischen und der germanischen Welt." Hat das Blatt Recht? Wenn es Recht hat, dann trägt die deutsche Politik der letzten Jahre an der Ausdehnung des entbrannten Kampfes einen großen Theil der Schuld.

— Dienstag, den 1. Mai, wurde der Redakteur der „Berliner Freien Presse", J. Dolinski, auf Grund des § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs im Redaktionslokale verhaftet. Auch hat der frühere verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse", Milke, jetzt definitiv seine Residenz von der Stadtvoigtei nach der bekannten „Bastille am Plötzensee" verlegt, um sich dort für längere Zeit den Studien zu widmen.

— Parteigenosse Wilh. Wolf aus Mülheim a. M. wurde wegen vermeintlicher Gotteslästerung und Bismarcksbeleidigung zu 6 Monat Gefängniß verurtheilt. Gegen dieses Urtheil wird Wolf selbstverständlich die Appellation einreichen.

— Die „Wahrheit" in Breslau schreibt unter'm 1. Mai: „Trotz des Urlaubes sind die bekannten autographirten Strafantragsformulare des Reichskanzlers v. Bismarck immer noch in Bewegung. Zur Abwechslung hat sich ein Bismarck'scher Strafantrag auch einmal nach Breslau verirrt, und zwar ist er gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Blattes wegen der Einleitung der „Politischen Uebersicht" in Nr. 57 der „Wahrheit", Tagesausgabe vom 9. März d. J., gerichtet. Die Gesammtzahl der gegen unsern verantwortlichen Redakteur schwebenden Prozesse beträgt gegenwärtig neun."

---

n Berlin, 1. Mai.

Gestern war ein Unglückstag für die Fortschrittspartei und was drum und dran hängt. Zu Beginn der Sitzung theilte Forckenbeck mit, daß der Abg. Duncker sein Mandat für den 5. Berliner Wahlkreis niedergelegt habe, und im Verlauf der Sitzung kam Herr Löwe beim Heruntergehen vom Bureau zu Fall und brach einen Arm, so daß er ohnmächtig hinausgetragen werden mußte. Der Fall des Herrn Duncker ist ernsthafter: Dieser Mann, der in seinem Blatte die Sozialdemokratie aufs Rastloseste angreifen und auf's Gemeinste verleumden, ihr jede Sittlichkeit absprechen, ihren Vertretern die eigennützigsten Motive unterschieben ließ, hat soeben, trotz der ihm seitens seiner Parteigenossen gewordenen Unterstützung, Bankerott gemacht unter Umständen, die ihn der Lächerlichkeit preisgeben. Er hat sich nämlich in einer Weise mit seinem Blatte kompromittirt, daß er es nicht wagen darf, dasselbe weiter zu redigiren

ständen, die den gesellschaftsretterischen Beruf und die Familien- und Tugendschwärmerei des Herrn Duncker in einem höchst zweifelhaften Licht erscheinen lassen. Man muß wirklich an das Walten der Nemesis glauben, wenn man sieht, wie Einer nach dem Andern dieser moraltriefenden Sozialistentödter entlarvt, an den Pranger gestellt, ins Zuchthaus geworfen wird — oder, von den Furien des bösen Gewissens gepeitscht, in Wahnsinn verfällt. — — Für uns bedeutet die Mandatsniederlegung Duncker's — zwei Wahlkämpfe in Berlin anstatt eines. Die Fortschrittler sind konsternirt und möchten die Wahlen gern bis in den Herbst hinausschieben. Abgesehen davon, ob dies gesetzlich zulässig ist oder nicht, will ich nur bemerken, daß wir jetzt bereit sind und im nächsten Herbst bereit sein werden.

Von der gestrigen Sitzung selbst ist nichts, oder so gut wie nichts zu sagen. Die Bänke des Reichstags sind geleert, und die wenigen Anwesenden, die — mit Ausnahme der jeweiligen Sprecher — sich während der Sitzung in die Beschäftigungen des Gähnens, Schlafens, Essens und Trinkens (letzteres Beides natürlich nicht im Saal) theilen, erinnern lebhaft an das klassische Kinderliedchen:

Ach ich bin so müde, ach ich bin so matt u. s. w.

Und die Tagesordnung war auch keine heitere. Seeunfallgesetz — ohne Debatte genehmigt. Lasker'sches Nothgesetz gegen Kanteckisirung — langweilige Debatte. Wird genehmigt, nachdem von den Antragstellern der § 2, welcher direkt gegen den Kantecki-Fall gerichtet war und von den Behörden als ein leises Mißtrauensvotum aufgefaßt werden konnte, freiwillig abgeschlachtet worden war! Es geht doch nichts über parlamentarische Höflichkeit. Das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt setzt fest, daß die Bestimmung der Reichsgesetze, welche die Haft wegen Zeugnißzwangs auf ein Maximum von sechs Monaten beschränkt, sofort und nicht erst im Jahre 1879 mit Einführung der Justizgesetze in Kraft trete. Da weder die Redakteure der „Frankfurter Zeitung", noch Dr. Kantecki die Maximalzeit von sechs Monaten erreicht haben, und da kaum zu vermuthen war, daß die Behörden in Zukunft grausamer gewesen sein würden, als in diesen zwei Fällen, so dürften „die 43 Millionen Deutsche", für die Abgeordneter Lasker seiner Aeußerung nach das Gesetz gemacht hat, gerade nicht in der Lage sein, das Nothgesetz mit Jubel zu begrüßen, und die unglücklichen Redakteure, die nun „erst recht" eingesteckt werden können, und zwar sechs Monate lang, werden eher Ursache haben, das Nothgesetz sammt seinen Urhebern dahin zu wünschen, wo der Pfeffer wächst.

Dritter Gegenstand: Elsaß-Lothringen. Wieder die alten endlosen Reden! Wer den Reichstag unter der Zuchtruthe dieser Elsässer Reden stöhnen, ächzen, schnarchen — doch das können blos die glücklich Beanlagten — gehört, wird mir zugeben: Frankreich hat seine Revanche; furchtbare, tödtliche Revanche. Lieber einer Batterie Mitrailleusen gegenüberstehen, als diese endlosen, monotonen Elsässer Reden der Guerber, Simonis, Winterer — haben sicher schon Dutzende von Reichsboten seufzend gedacht; und wahrhaftig, wenn das Haus 1871 diese Reden vorausgeahnt hätte, ich glaube, die Annexion von Elsaß-Lothringen wäre nicht beschlossen worden. Doch, wozu diese Rückblicke? Die Annexion ist beschlossen und hat uns die Elsässer Reden und die orientalische Frage gebracht. Da haben wir keine andere Wahl: wir müssen resignirt das Haupt verhüllen und, möglichst gute Miene zum bösen Spiel machend, uns in das Unvermeidliche fügen — mit türkischem, wollte sagen deutschem Fatalismus.

Erst um halb 6 Uhr — die Sitzung hatte um 11 begonnen — wurden wir von den Elsässer Debatten erlöst. Und wann werden wir von der orientalischen Frage erlöst werden?

Statt der heutigen Sitzung theile ich Ihnen blos die offizielle Tagesordnung mit:

„Tagesordnung für die 34. Plenarsitzung des deutschen Reichstages, Dienstag, den 1. Mai 1877, Vormittags 11 Uhr.

1. Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verwendung eines Theiles des Reingewinnes aus dem von dem großen Generalstabe redigirten Werke „Der deutsch-französische Krieg 1870/71 — Nr. 177 der Drucksachen —.
2. Zweite Berathung des Entwurfs eines Patentgesetzes auf Grund des Berichtes der VII. Commission — Nr. 144 der Drucksachen —. Antrag Nr. 167, 181, 184, 185, 186, 189, 194.
3. Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erwerbung von zwei in Berlin gelegenen Grundstücken für das Reich. — Nr. 139 der Drucksachen —.

Mündlicher Bericht der Petitions-Commission über die Petition des Vorstandes des deutschen Buchdruckerei-Vereins. — H. Nr. 466. — Nr. 197 der Drucksachen —.

Berlin, den 30. April 1877.

Präsident von Forckenbeck."

Die Debatten waren so langweilig, das Schnarchen oder Plaudern der nicht redenden Mitglieder so laut, daß Niemand, Ihren Correspondenten eingeschlossen, ein Wort verstehen konnte.

Verloren ist nichts dabei. Zur Erklärung will ich nur erwähnen, daß der Reingewinn des Generalstabswerks, von dem Punkt 1 der Tagesordnung handelt, 300,000 Mark beträgt, und daß diese Summe natürlich für militärische Zwecke verwandt werden soll. Mit dem Patentschutzgesetz, das fast unverändert nach dem Commissionsentwurf angenommen wurde, wird sich der „Vorwärts" gelegentlich zu beschäftigen haben. Und was endlich den dritten Punkt betrifft, so ist das in Rede stehende Grundstück die Decker'sche Druckerei, in der schon seit längerer Zeit die offiziellen Druckarbeiten besorgt wurden und die nun direkt in den Besitz des Reichs übergehen soll — zum großen Verdruß der Herren Druckereibesitzer, die wieder die alten Phrasen gegen die Staatsindustrie auspacken und nach Noten räsonniren. Wenn der Geldbeutel der Herren Bourgeois berührt wird, hat's mit der Loyalität, wie mit der Gemüthlichkeit ein Ende.

2. Mai.

Der Reichstag ist nicht blos müde, er liegt im Sterben. Unmöglich, noch die Aufmerksamkeit zu fesseln, der Todtkranke hat das Empfindungsvermögen verloren, und kein rhetorischer Moschus würde es ihm momentan zurückgeben. Und Moschus ist es ja nicht, was dem Patienten verabreicht wird, sondern Opium, das ihn seine Qualen vergessen und glücklich hinüberschlummern läßt. Die Frage des Decker'schen Grundstücks, die gestern nicht mehr erledigt werden konnte und heute als erster, ich fürchte als einziger Punkt — trotz der 26 Punkte, welche die Liste noch außerdem uns vorführt — auf der Tagesordnung steht, ist freilich auch nicht darnach angethan, die obligaten Redner zu großen Leistungen anzuspornen. Wie dem nun sei: Eins müssen wir an den Rednern achten — den Muth; es gehört in der That Muth dazu, vor einer solchen Zuhörerschaft oder Nichtzuhörerschaft zu sprechen. Drei Viertel der Plätze sind leer; sogar die elektrische Klingel des Bureaus, die von Zeit zu Zeit verzweifelt durch das ganze Haus tönt, vermag den Saal nicht vorübergehend zu füllen, denn die „Schwänzer" sind meistens bereits abgereist, und nur der — allerdings etwas eigennützigen — Großmuth der Reichsfeinde hat es das „hohe Haus" zu verdanken, daß nicht ausgezählt und die Beschlußunfähigkeit konstatirt wird. Niemand hört zu, ausgenommen die Zehn oder Zwölf, die selbst eine Rede zu reden beabsichtigen und darum wenigstens nothdürftig Acht geben müssen. Die Einen (Richter und Genossen) wollen keine Reichsdruckerei und halten das Grundstück für zu theuer; Andere (Hohenlohe-Langenburg und Genossen) wollen das Grundstück kaufen, aber behufs Errichtung eines Reichstagsgebäudes. Reichensperger macht in Aesthetik, Wehrenpfennig, Schröder (Friedberg), Lasker u. s. w. bringen es glücklich zuwege, mit Hilfe des Herrn Kanzleramtspräsidenten Hofmann, ein paar Stunden todtzuschlagen. Schorlemer-Alst fragt boshaft, wo denn Fürst Bismarck noch spazieren gehen solle, wenn der Reichstag in die Wilhelmsstraße (wo das Decker'sche Grundstück liegt) komme. Schließlich wird die Regierungsvorlage mit der Modifikation angenommen, daß die Druckerei nur in dem bisherigen Umfang betrieben werde, und daß die endgiltige Bestimmung über den Zweck des Grundstücks vorbehalten bleibe. So wären denn 7½ Millionen Mark für einen noch unbestimmten Zweck, also in's Blaue hinein votirt, was zwar thatsächlich oft vorkommt, aber vorher wohl noch niemals so offen eingestanden worden ist.

Nach Erledigung des Rittinghausen'schen Antrags (betreffend das Terrain der Kölner Festungswerke), der trotz nachdrücklichen Eintretens des Antragstellers höflich begraben wurde, kamen zahlreiche Berichte (171) der Wahlprüfungskommission zur Verhandlung. Von tieferem Interesse war nur der über die Wahl Pfeiffer's im ersten sächsischen Wahlbezirk. Die Beeinflussung wurde dort auf's Schaamloseste und en gros betrieben: die Arbeiter zu Unterschriften für den Fabrikanten-Candidaten genöthigt, kolonnenweise von ihren Arbeitgebern beziehungsweise deren Beamten an die Wahlurne geführt, Wähler mit Speck und Brod traktirt, Arbeiter mit Entlassung aus der Arbeit bedroht u. s. w. u. s. w.

Und was that die Commission?

„Die Commission glaubte, der behaupteten Einwirkung von Arbeitgebern auf ihre Arbeiter zu Gunsten der Wahl des Abg. Dr. Pfeiffer, sei es durch kolonnenweises Führen derselben nach dem Wahllokale unter Einhändigung von Wahlzetteln, sei es durch Bedrohung derselben mit Arbeitsentziehung oder dadurch, daß man sie einen Revers unterschreiben ließ, daß sie für Dr. Pfeiffer stimmen würden, nicht ein solches Gewicht beilegen zu können, daß dadurch, falls die angegebenen Thatsachen auch erwiesen werden könnten, die Wahl als eine nicht freie angesehen werden müßte; sie nahm vielmehr an, daß das allgemeine direkte Wahlrecht eine lebhafte Agitation naturgemäß zur Folge habe und daß diese, falls sie sich nur in den gesetzlichen Schranken halte, nicht mit gesetzlich unerlaubten Mitteln zu wirken suche, und nicht auf Grund des Mißbrauchs amtlicher oder kirchlicher Gewalt geübt werde, einen Einfluß auf die Giltigkeit der Wahl nicht haben könne. Das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter beruhe auf freier Vereinbarung; der aus diesem Verhältnisse nach der Natur der Dinge hervorgehenden Abhängigkeit des Arbeiters vom Arbeitgeber könne sich Ersterer entziehen, indem es von seinem freien Willen abhänge, dasselbe zu lösen, auch setze das allgemeine Wahlrecht Männer voraus, welche sich durch materielle Rücksichten nicht beirren ließen.

„In gleicher Weise erschien der Commission der behauptete Umstand, daß Dr. Pfeiffer in seinem eigenen Wahlbezirke Brod und Speck vor der Wahl vertheilt habe, unerheblich, weil nicht behauptet worden, daß dies unter Entgegennahme des Versprechens einer Gegenleistung seitens der Empfänger, nämlich der Wahl des Dr. Pfeiffer, geschehen sei."

Ist das nicht unerhört? Es fällt schwer zu glauben, daß dies im Ernste geschrieben sei. Oder sollten die Herren der Wahlprüfungskommission wirklich nicht wissen, daß die ökonomische Gewalt, welche der Kapitalist über „seinen" Arbeiter ausübt, weit mächtiger ist und weit leichter mißbraucht werden kann, als die „amtliche" und „kirchliche" Gewalt? Und daß die „Freiheit" des Arbeiters, ihr Verhältniß zu dem Arbeitgeber zu lösen und sich als „Männer" zu zeigen, die durch materielle Rücksichten nicht beirrt werden, auf die Freiheit des Hungertodes hinausläuft?

Wegen einiger anderen „Unregelmäßigkeiten", wie Stimmenkauf, Verletzung des Wahlgeheimnisses u. s. w., wurde schließlich doch beantragt, die Wahl — nicht zu kassiren, nein, nur zu beanstanden. Bebel wies kurz aber scharf auf das Skandalöse der betreffenden Wahlvorgänge und auf die monströse Logik des Commissionsberichts hin; Lasker mußte zugeben, daß die in dem Bericht für unerheblich erklärten Beeinflussungen allerdings nicht zu billigen seien, und daß der Reichstag, wenn er den Bericht annehme, damit keine Billigung dieser Beeinflussungen ausspreche. Warum der Reichstag, wenn er diese Beeinflussungen mißbilligt, einen Bericht annehmen soll, der sie nicht mißbilligt, das vergaß Herr Lasker uns auseinanderzusetzen. Indeß der Reichstag verstand ihn und stimmte für den Commissionsantrag.

Schluß der Sitzung 5¾ Uhr. — Morgen soll der Rest der parlamentarischen Geschäfte Hals über Kopf abgewickelt und die Session zu Ende gebracht werden. Erforderlichen Falls will man eine Abendsitzung anberaumen. Der Reichstag tritt deshalb schon um 10 Uhr Vormittags zusammen. Die sozialistischen Anträge zum Schutz der Wahlfreiheit und gegen die Valentinerei sind richtig bei Seite geschoben. Nun — unsere Abgeordneten werden diese Anträge gleich zu Beginn der nächsten Session wieder einbringen und dafür sorgen, daß dem Reichstag die Zweckmäßigkeit klar gemacht wird, den Vertretern der Sozialdemokratie das parlamentarische Vollbürgerrecht nicht länger zu verweigern.

Correspondenzen.

St. Louis, 28. März. Es ist wohl für jeden Parteigenossen ermuthigend, zu hören, daß der Sozialismus hier in dem fernen Westen der amerikanischen Republik gute Fortschritte macht. Die Arbeiter, welche früher dem Rufe der republikanischen oder demokratischen Fachpolitiker folgten, treten mehr und mehr auf unsre Seite. Es ist aber auch eine tüchtige Organisation nothwendig, und hier besonders, wo diese politischen „Ringe" bestehen, um durchzudringen. Die Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten arbeitet denn auch wacker, um die Organisation zu befestigen und zu erweitern. Es ist auch die höchste Zeit, daß wir uns rühren, denn die Verhältnisse gestalten sich immer trüber, zudem sind ja unsre heutigen Regierungen Klassen-Regierungen, einerlei

---

gesetz erhoben werden könnte, das glauben wir allerdings nicht; in dieser Beziehung könnten wir daher die Quakelei des Lokalblättchens ganz unberücksichtigt lassen, dagegen wäre es immerhin möglich, daß sich Dumme finden ließen, welche mit einer solchen Petition Leipzig zu einem Reichsschilda stempeln würden.

Wir können und wollen zwar Niemanden in seinem Privatvergnügen stören, indessen die Augen zu öffnen oder vielmehr den wahren Kern einer mit sinnentäuschendem Flitter ausgestatteten Comödie zu enthüllen, das soll der Zweck der folgenden Auseinandersetzung sein.

Von vornherein sei nochmals betont, daß es sich heute durchaus nicht darum handelt, die alte Geschichte, die ewig neu bleiben wird, die Ansichten über Zulässigkeit der Prügelstrafe überhaupt und dabei die eigene Meinung darüber zu entwickeln, vielmehr gilt es, die ausgesprochene leitende Tendenz der in Aussicht gestellten Reichstagspetition und die eigenthümlichen Ansichten des „Leipziger Tageblatts" über soziale Klassenverhältnisse darzuthun.

Die Tageblattredaktion hat in wenig mannhafter Weise zwar versucht, sich eine Hinterthür für die eigene Verantwortlichkeit offen zu lassen durch Vorspiegelung der Form des „Eingesandt", indessen diese Rückzugslinie markirt sich zu offen — wie bewiesen werden soll —, als daß hierauf irgend welche entschuldigende Rücksicht genommen werden kann.

Der prügelbegehrende Tageblatt-Mitarbeiter giebt gleich in seinem zweiten Satze seiner Sache einen recht bedenklichen Hieb, indem er wörtlich sagt: „Mißbräuche, die sich in barbarischer Behandlung der amtlichen Autorität eingebürgert hatten, führten zu Humanitätsbestrebungen, die im Prinzip richtig, für gebildete (?) Kreise zutreffend und dem menschlichen Gefühle (wovon der Prügelmessias wenig oder gar nichts zu haben scheint) sympathisch, für die Mittel der Zucht aber nicht geeigenschaftet waren."

Wenn hier also zugegeben wird, daß seiner Zeit zur Abschaffung der Prügelstrafe Mißbrauch amtlicher Autorität zu barbarischer Behandlung führte, wer giebt denn da heute die Garantie, daß wir nicht wieder gleich traurigen Beispielen begegnen würden? Daß eine so barbarische Strafe wie die Prügelstrafe dem menschlichen Gefühl Hohn spricht, muß freilich der begeisterte Prügelfreund zugeben, aber — — sagt er: es ist das einzige (?) Mittel der Zucht. Nun, da habt ihr's. „Der Staat soll ein Zuchthaus werden" nach dem Rezept dieses Prügelsuppenkochs.

Darauf nimmt der saubere Herr eine Zeitung in die Hand und entsetzt sich ob der „Brutalitäten", die von „feuchtohrigen Buben" und „elenden Strolchen" — (man erkennt den „feinen" Herrn doch gewiß schon an seinen gewählten Worten heraus) — an ruhigen Bürgern und Damen verübt werden. Darauf wirft er sich nun die tiefsinnige Frage auf: Was ist die Strafe dieser Strolche?

Er giebt uns hierauf den gewiß klassischen Bescheid: „Die Antwort verbirgt sich in der Gesetzgebung."

Wollte der biedre Herr nur hübsch die Nase ins Strafgesetzbuch stecken, statt solchen Unsinn zu schreiben, er würde gewiß finden, daß der Körperverletzung gebührende Strafe zugemessen ist.

Indessen unserem Prügelpropheten ist's ja um das liebe Volk gar nicht zu thun, sein Heiliger ist — „der Schutzmann". Er sagt nämlich: „Jeder Strolch kann einen unschuldigen Menschen schlagen und sich an einem Schutzmann versündigen." Mit seinem Grundsatz, daß man sich durch thätliches Vergreifen am Schutzmann „versündigt", erweist der biedre unverzagte Prügelpetent indessen den richterlichen Instanzen keinen besonderen Dienst, denn im Strafgesetzbuch finden sich wohl für Uebertretungen, Vergehen, Verbrechen Strafen, die „Sünde" dagegen überweist die menschliche Gerichtsbarkeit einer sogenannten höheren Instanz, welche sich von keinem Reichstagsbeschlusse leiten läßt — wir verweisen die „Sünde", die Unmoralität, vor das Forum der Vernunft und der Menschheit selbst.

Damit sind wir allerdings dem Prügelpropheten vollständig aus der Schußlinie gekommen und wollen auch weiter mit ihm nichts zu thun haben.

— Unfall-Statistik. Im Monat April cr. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig 10 Todesfälle, 1 Unfall, der dem Betreffenden Lebensgefahr bereitete, 9 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen und 424 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt, zusammen 444 Unfälle angemeldet. Von den 10 Todesfällen ereigneten sich 3 in Steinkohlenwerken und je 1 in einer Brauerei, einer Papierfabrik, einer Holzhandlung, einer Spinnerei und Weberei, einem Kalkwerke, auf einem Güterbahnhofe und beim Bauunternehmen. Die eine lebensgefährliche Beschädigung kam in einer Steinkohlenhandlung vor, während von den 9 Invaliden je 1 auf ein Eisenwalzwerk, ein Baugeschäft, ein Kalkwerk, eine Locomotivfabrik, eine Drahtfabrik, eine Waggonfabrik, eine Thonröhrenfabrik, eine Eisenhütte und auf Brückenbau entfällt.

— Unfall-Statistik. Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat März cr. zur Anzeige: 15 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben, 8 Unfälle, in Folge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben, 20 Unfälle, welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 347 Unfälle, mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, zusammen 390 Unfälle. Von den 15 Todesfällen treffen 3 auf Zuckerfabriken, 3 auf Kohlenbergwerke, 2 auf Mahlmühlen, je 1 auf einen Steinbruch, Landwirthschaftsbetrieb, eine Ziegelei, Spinnerei, Schneidemühle, Brauerei und Mahlmühle; von den 8 lebensgefährlichen Beschädigungen 2 auf Bierbrauereien mit Landwirthschaftsbetrieb, 2 auf Papierfabriken, 2 auf Bierbrauereien und je 1 auf einen Steinbruch und eine Mahlmühle; von den 20 Invaliditätsfällen 3 auf Papierfabriken, 2 auf Zuckerfabriken, 2 auf Eisenhütten, 2 auf Schneidemühlen und je 1 auf einen Schiffbaubetrieb, eine Holzschneiderei, Mahlmühle, Bierbrauerei, Gerberei, Metallwaarenfabrik, Papier- und Holzstofffabrik, Wollspinnerei, Blechwaarenfabrik, Engros-Weinhandlung und die Einzelversicherung eines Kaufmanns.

— Jüdisch-Deutsch. Mit diesem Ausdruck belegte Lassalle bekanntlich das Zeitungsdeutsch des Volkszeitungs-Rabiners Bernstein und seiner Genossen. Der Nationalzeitungs-Rabiner Dernburg — der Name schon mauschelt den Leser an — leistet nun auch in der „Nationalzeitung" folgendes treffliche Jüdisch-Deutsch:

„Der Unterzeichnete wird während der nächsten vier Wochen von Berlin abwesend sein; Briefe, welche auf der Adresse den Vermerk „persönlich" tragen, werden mir jedoch nachgesendet werden.

Berlin, den 28. April 1877.

F. Dernburg, Chefredakteur der Nationalzeitung."

Also der Chefredakteur des leitenden Blattes der nationalliberalen Partei, der Reichstagsabgeordnete Dr. und Rabbiner Dernburg kann nicht Deutsch schreiben! Jeder Quartaner weiß, daß es entweder zu Anfang der Notiz heißen muß: „Ich werde ꝛc. ꝛc.", oder daß, wenn der Anfang lautet. „Der Unterzeichnete wird ꝛc. ꝛc.", es in der dritten Zeile heißen muß: „werden ihm jedoch nachgesendet werden". — Und Dernburg ist ein großes Licht unter den Nationalliberalen und Sozialistenfressern!

unter welcher Flagge sie segeln, sie beschützen nur die Reichen, während die Arbeiter recht- und schutzlos sind. So geht man hier z. B. damit um, die Strikes gesetzlich zu verbieten. Es liegen hier augenblicklich den Legislaturen Gesetze vor, welche die Strikes der Lokomotivenführer und Telegraphisten bestrafen sollen. Die amerikanischen Bürger können stolz auf ihre Freiheit sein, nicht einmal dürfen sie, wenn das Gesetz angenommen würde, die Arbeit niederlegen, wenn sie es in ihrem Interesse für gut halten, und die andern Monopolisten würden das nämliche Recht haben, solche Gesetze zu fordern. Und wer bürgt dafür, daß sie ihnen nicht gegeben werden? An die Stelle der schwarzen scheint die weiße Sklaverei zu treten. Dazu kommt, daß grade jetzt, wo der Arbeiter durch unsre vielgepriesenen sozialpolitischen Zustände dahin gekommen ist, arbeitslos umherzuirren, auch noch sein heiligstes Recht, das Stimmrecht, verlieren soll. Hier in St. Louis fing man damit an. Das Stimmrecht ließ man zwar für den Augenblick dem Arbeiter noch, aber Niemand, der nicht Grundeigenthümer ist, darf Communalbeamter werden. Aber dieses Vorgehen der Kapitalisten hat auch sein Gutes: es zeigt den Besitzlosen, daß die Kapitalisten sie auch zu einer rechtlosen Klasse herabdrücken wollen. Und in der That macht die Arbeiterbewegung hier gute Fortschritte, da die Zahl der Parteimitglieder und der Lesertreis unserer Organe täglich wächst. Die deutsche Sektion der Arbeiterpartei versammelt sich jede Woche einmal an verschiedenen Punkten der Stadt, und außerdem besteht hier auch eine englische, dänische, französische und irische Sektion. — Am 18. März veranstalteten die gesammten Sektionen zu Ehren der gefallenen und deportirten Pariser Communekämpfer eine Gedächtnißfeier, die unter großartiger Betheiligung von Statten ging. Es mochten gegen 2500 Personen in dem Festlokal versammelt gewesen sein, und viele Hunderte mußten wieder umkehren, da sie keinen Platz mehr fanden. Festreden wurden gehalten in englischer, französischer und deutscher Sprache. Albert Currlin, früher Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Gießen, hielt die Festrede in deutscher Sprache unter allgemeinem Beifall. Am Schluß des Festaktes wurde ein lebendes Bild: „Die Arbeiter am Grabe der Märtyrer der Pariser Commune" aufgeführt. Der Grabstein, 8—10 Fuß hoch und mit einem riesigen Lorbeerkranz geschmückt, wurde von zwei Festgenossen mit Gewehr bei Fuß bewacht; das Grab umgaben Jungfrauen und Kinder, welche Blumen auf dasselbe streuten. Das Fest war in Wahrheit ein internationales zu nennen, da acht Nationen auf demselben vertreten waren; die Brüderlichkeit, welche hier zur Geltung kam, bewies recht klar, daß der Nationalitätenhaß eine Pflanze ist, die nur dem Egoismus der Machthaber ihr Bestehen verdankt.

J. H.

Berlin, 1. Mai. Die Wahlbewegung im hiesigen sechsten Wahlkreise ist in vollem Fluß und läßt uns mit Sicherheit auf die Wiederwahl unseres „cassirten" Abgeordneten Hasenclever hoffen. In den beiden letzten Wochen haben fast täglich stets gut besuchte Wählerversammlungen stattgefunden, in denen in der Regel einer unserer Abgeordneten unter allseitigem Beifall referirte. Am letzten Sonntag Vormittags hielt Herr Hasenclever in einer von mehr als 2000 Menschen besuchten Versammlung einen Vortrag, der mit ungeheurem Beifall aufgenommen wurde.

Die Stimmung unter der Bevölkerung des Wahlkreises ist eine außerordentlich gute; wohin man kommt, hört man das Verfahren der Wahlcassirung verurtheilen und die Wiederwahl Hasenclever's als die beste Antwort darauf bezeichnen. Schreiber dieses hat sogar Leute gesprochen, die bisher stets fortschrittlich gewählt hatten, aber durch die für die Fortschrittspartei so bezeichnende Aufstellung der Candidatur Banks und durch das Verfahren derselben bei der Wahlcassirung bewogen sind, jetzt für Hasenclever zu stimmen. Unsere Gegner fahren noch immer fort, ihre Versammlungen hinter verschlossenen Thüren zu halten und sind mit ihrem Candidaten (als welcher übrigens der hiesige Fabrikant Ludwig Löwe bezeichnet wird) noch nicht an die Oeffentlichkeit getreten.

Schon klagt die fortschrittliche „Vossische Zeitung", daß Angesichts der rührigen Agitation der Sozialisten die Fortschrittspartei die „Gnadenfrist", die ihr noch einmal gegeben sei, so schlecht benutze. Also ist die Entmuthigung, die noch vor kurzem in einer Versammlung von Vertrauensmännern der Fortschrittspartei den Sozialisten zugeschrieben wurde, augenscheinlich in ihrem eigenen Lager zu finden. Für diese Muthlosigkeit der Fortschrittspartei spricht auch noch der weitere Umstand, daß sie auch hier, wie in Altona und anderswo, es nicht wagen wird, uns allein entgegenzutreten, sondern auch hier eine Vereinigung mit Nationalliberalen und Conservativen (!) unter dem Namen der „Ordnungspartei" anstrebt.

Man sieht, wir haben es hier mit den Leuten zu thun, die sich nach dem Sprichwort schlagen und vertragen. Und warum auch nicht? Es gilt ja die „göttliche Weltordnung", die „Heiligkeit der Ehe", kurz alles Schöne und Ideale vor der drohenden Vernichtung zu retten. Nun, wir werden ja sehen, wie weit die Herren damit kommen werden.

Nach vielen Bemühungen ist auch der hiesige Magistrat bewogen, uns gegen Erstattung der nicht unbedeutenden Kosten eine Abschrift der Wählerlisten zukommen zu lassen, mit denen nun auch wir im Stande sind, säumige Parteigenossen am Wahltag an ihre Pflicht zu erinnern.

So verheißt uns bei fortgesetztem Eifer Alles einen sicheren Sieg, zumal auch das reichliche Eingehen von Beiträgen für den Wahlfond einen neuen Beweis für die Opferfreudigkeit der hiesigen Parteigenossen ablegt.

In diesem letzten Punkte erwarten wir allerdings mit Zuversicht auch die thatkräftige Hilfe der auswärtigen Parteigenossen, da bei der großen Wichtigkeit gerade dieses Wahlkreises nichts gespart werden darf, wenn der Sieg ein glänzender werden soll.

Mögen die Parteigenossen in ganz Deutschland nach Kräften dazu mitwirken, daß der jetzige Wahlkampf, in dem die Fortschrittspartei um ihre ganze Existenz kämpft und in dem auch unsere Ehre verpfändet ist, zu einer entschiedenen und totalen Niederlage der „Ringpartei" sich gestalte, daß Berlin den Ruhm behaupte, den es sich am 10. Januar erworben hat.

Unsere Losung hier ist jetzt: Glänzender Sieg im sechsten und dann bald neue Erfolge im fünften Wahlkreise. E. K.

Hamburg. Die orientalischen Verwicklungen ruhen wie ein Alp auf allen Geschäften, und werden auch im Großhandel Engagements auf „weite Sichten" nur selten eingegangen. Der ganze Handel dreht sich um den augenblicklichen Bedarf, und nur einzelne Firmen, welche mit Kriegslieferungen indirekt oder direkt in Verbindung stehen, zeigen ein lebhafteres momentanes Geschäft. Recht traurig sieht es deshalb, nachdem wir einen arbeitslosen Winter hinter uns haben, mit der Bezahlung der Miethe aus. Seit einer Reihe von Jahren sind nicht so viele Sicherheitsbefehle auf unseren Prätoren von Hauseigenthümern erwirkt worden, als zu dem Umzugstermin, 1. Mai. Die Zahl derselben betrug auf den drei Prätoren 1264, und meistens gehören diese Leute dem Arbeiterstande an.

Aus Schleswig-Holstein. „Die Kaufleute in Sonderburg haben ein probates Mittel angewandt, um dem Unwesen der Wanderlager Einhalt zu thun. Sobald nämlich ein Handeltreibender sein Wanderlager aufschlägt, vereinigen sich einige dortige Kaufleute, transportiren einen Theil ihrer Waaren nach einem gemeinschaftlich gemietheten Lokal und verkaufen zu denselben Preisen, wie der Handeltreibende sie in seinem Preiscourant veröffentlicht hat. Das kauflustige Publikum geht selbstredend zu den ihnen bekannten Kaufleuten, und das Wanderlager muß abziehen, ohne eine nennenswerthe Einnahme erzielt zu haben. Wir können diese Handlungsweise zur Nachahmung empfehlen." — So berichten triumphirend die schleswig-holsteinschen Blätter. Giebt es aber eine bessere Reklame für die Wanderlager? Die Anhänger der heutigen freien Concurrenz sollten sich übrigens schämen, gegen die Wanderlager zu eifern, besonders da dieselben, wie es hier der Fall ist, die Händler der Städte zwingen, den Consumenten gegenüber eine „billigere" Stellung einzunehmen.

Kiel, 22. April. Da wir hier seit längerer Zeit keine Versammlung abgehalten hatten, so beriefen wir auf den 16. d. M. eine solche in den Englischen Garten ein, welche auch recht zahlreich besucht war. Auf der Tagesordnung stand „Lassalle und die Arbeiterbewegung" als erster Punkt; zweiter Punkt war: „Verschiedenes". Nachdem das Bureau gewählt war, in welchem Stark als erster, Heinzel als zweiter Vorsitzender und Unterzeichneter als Schriftführer fungirten, erhielt Hasselmann aus Barmen als Referent das Wort zum ersten Punkte der Tagesordnung. Hasselmann hielt einen lehrreichen Vortrag über die jetzige Arbeiterbewegung und erwähnte auch, daß es Lassalle gewesen sei, der im Jahre 1863 vor das Volk getreten und ihm die Mittel und Wege gezeigt habe, wie es aus seiner schlechten Lage sich befreien könne, und dieses könnte nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht geschehen. Es müßten Männer in den gesetzgebenden Körper gewählt werden, die für des Volkes Wohl eintreten. Nachdem Hasselmann seinen Vortrag beendet hatte, wurde zu Interpellationen aufgefordert, aber kein Gegner meldete sich zum Wort. Hierauf ging eine Resolution ein, welche folgendermaßen lautet: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und giebt ihrer Uebereinstimmung mit dem Referenten durch Erheben von den Sitzen Ausdruck." Sämmtliche Anwesende erhoben sich. — Darnach erhielt Heinzel das Wort, um einige Verdächtigungen der Gegner zurückzuweisen. — Zum Schluß gab Hasselmann noch Aufklärung über die Arbeiterentlassungen in der Krupp'schen Fabrik. Eine Tellersammlung zur Unterstützung der gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter ergab die Summe von 35 Mark.

J. Pöhlsen.

Offenbach. Am 29. April starb hier nach langem und schwerem Leiden im 28. Lebensjahre unser wackerer Parteigenosse und Mitkämpfer Adam Bleß. Alle, die Bleß gekannt haben, werden ihm gewiß ein ehrendes Angedenken bewahren.

Mannheim, 9. April. Gestern Abend hatten wir seit langer Zeit wieder einmal die Ehre, einen unserer Reichstagsabgeordneten in unseren Mauern zu beherbergen. Genosse W. Blos erfreute uns nämlich mit einem Vortrage „Ueber die Gesetzgebung im deutschen Reiche". Trotz des schönen Wetters und des für eine Volksversammlung ungeeigneten Tages hatten wir doch eine stark besuchte Versammlung. Herr Blos beleuchtete kurz und treffend das Bankgesetz und die Gewerbeordnung, bei welcher Gelegenheit er das von unseren Abgeordneten eingebrachte Arbeiterschutzgesetz einer Besprechung unterzog. Ferner beleuchtete Blos die gegenwärtige Steuergesetzgebung mit deren nachtheiligen Folgen für die arbeitende Klasse, und gab dann auch einen Ueberblick über die Thätigkeit der sozialistischen Abgeordneten während dieser Saison. Der interessante, von treffender Satire durchwobene Vortrag fand, ebenso wie auch die Ergänzungen des Genossen Dreesbach, allseitigen Beifall.

F. J. Ehrhart.

Eutin. (Abrechnung über Einnahme und Ausgabe der Wahlkasse vom 1. Oktober 1876 bis 31. Januar 1877.) Gesammteinnahme: Kassenbestand, ordentliche und freiwillige Beiträge 174,84 M. Ausgabe: 177,09 M. Defizit: 2,25 M. Freiwillige Beiträge erhielten wir aus: Malente 14,30, Malkwitz 3,60, Quisdorf 3,50, Neudorf 7,95, Riechel 1,83, Fissau 4,00, Gothendorf 2,50, Thürk 2,40, Bockholt 0,20, Eutin 3,00, do. 3,30, do. 1,00, do. 2,95, Hafftrug 8,06, Hassendorf 1,65, Hutzfeld 2,90, Bichel 1,60, Brackrade 2,40, Klems und Umgegend 6,85, Bassau 5,60, Busendorf 0,50, Neukirchen 1,58. Sieversdorf 3,00, Söhren 0,80, Barkau und Umgegend 15,70, Liensfeld 1,75. Nachträglich aus Wöbs 2,50.

F. Schröder.

An alle Parteigenossen und Freunde von Baden und der Pfalz!

Genossen! Lange genug schon mußten wir uns von der gegnerischen Presse beschimpfen und verleumden lassen; lange genug mußten wir gleichsam mit gebundenen Händen zusehen, wie die Gegner die albernsten Lügen über uns verbreiteten; lange genug haben wir mit unserem Vorschlage zur Gründung eines Lokal-Parteiorgans zurückgehalten. Nachdem jedoch der badisch-pfälzische Arbeitertag am 25. v. M. nach vorhergegangener reiflicher Berathung den Antrag zur Herausgabe eines Parteiorgans vom 1. Oktober ab einstimmig angenommen hat, so ist es nunmehr auch unsere Aufgabe, für die Aufbringung der dazu erforderlichen Mittel Sorge zu tragen. So fest wir davon überzeugt sind, daß ein Organ unsere Bewegung riesig fördern würde, ebenso fest haben wir uns auch vorgenommen, das Unternehmen nicht eher in's Leben zu rufen, bevor dessen Existenz nicht gesichert scheint. Mache sich deshalb jeder Genosse zur heiligen Pflicht, Beiträge zu sammeln so viel in seinen Kräften steht. Zu diesem Zwecke werden nächster Tage an alle Gewährsmänner diesbez. Sammellisten abgesandt werden.

Das Comité hat sich wie folgt constituirt:

Für Mannheim: A. Dreesbach, Vorsitzender; F. J. Ehrhart, Schriftführer; F. Königshausen, Kassirer; Müller und F. Seifarth, Beisitzer. Karlsruhe: C. Schaller. Heidelberg: W. Bierwirth. Ludwigshafen: W. Seel. Oggersheim: Jos. Quera. Speyer: E. Michault. Frankenthal: J. Frank.

Alle Briefe, Correspondenzen ꝛc. ꝛc. sind an den Schriftführer F. J. Ehrhart, Mannheim, J. 1. Nr. 17; alle Listen und Gelder sind an den Kassirer F. Königshausen, Mannheim, J. 7. Nr. 23, zu senden.

Am Pfingstmontag werden die Mannheimer Parteigenossen einen Ausflug nach Heidelberg veranstalten, zu welchem sie alle Genossen der Umgebung freundlichst einladen. Am genannten Tage wird auch in Heidelberg die erste gemeinschaftliche Sitzung der Preßcommission stattfinden.

Mit Gruß F. J. Ehrhart.

An die Cigarrenarbeiter in Hamburg, Altona, Ottensen und Umgegend.

Eine Muster-Fabrik. Am 20. v. Mts. eröffneten die Herren Heß u. Uebel in Ottensen, Rainstraße 95, eine Cigarren-Fabrik. Der bekannte Rahlfs wurde Meister!

Bei der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit gingen viele Collegen dahin, um etwas Beschäftigung zu finden. Nun etwas über die Einrichtungen in der genannten Fabrik.

Sämmtliche Cigarren, selbst die zu 9 Mk., müssen mit Hülsen (sog. Fingerhüten) gearbeitet werden. Jeder, der sie kennt, weiß, wie es dem Arbeiter hinderlich ist. Genau so war es auch mit dem Verdienst; man lese und staune. Der Durchschnittsverdienst der 20 dort beschäftigt gewesenen Arbeiter betrug 10 Mk., dies Collegen merkt Euch!

Außerdem haben der Geschäftsführer Herr Levin und der Meister Rahlfs die liebenswürdige Manier, fortwährend bei den Arbeitern herumzustehen, um darauf zu achten, daß sich keiner sein Blatt — zu klein schneidet und zu wenig Rapper verbraucht. Welchen Eindruck solche liebenswürdige Manier auf den Arbeiter ausübt, wird Jeden klar sein. Um der Räumlichkeit zu gedenken, sei bemerkt, daß der Raum, in welchen 80 Menschen eingepfercht sind, pro Kopf noch keine 100 Cubikfuß beträgt, — ebenso schlecht ist für zweckmäßige Ventilation gesorgt. Dies Bild in Betrachtung zu unserer Forderung (Einrichtung von Fabriken) gestellt, ist eher der Hölle als dem Paradies zu vergleichen; trotzdem hätten wir ausgehalten, aber es sollte besser kommen. Am Sonnabend Nachmittag um 3 Uhr bei Angabe der Stückzahl kam der Meister mit folgenden Worten: „Ich muß Ihnen hiermit bekannt machen, daß Sie auf 1000 8 Stück übermachen müssen!" Auf unsere Frage: „Bekommen wir denn Rauch-Cigarren?" antwortete man „Nein!" Wir erwiderten: „dann machen wir sie nicht!" Hierauf sagte der Meister in strengem Tone: „Wer die Ueber-Cigarren nicht macht, muß aufhören!" Somit waren wir auf's Straßenpflaster gesetzt. Dieses der Vorfall im Wesentlichen, woran wir folgende Bemerkung knüpfen: Trotzdem die Arbeitslosigkeit hier am Platze eine große ist, sehen wir uns doch nicht veranlaßt, solche Manieren einzubürgern, welche nur drückend auf die Collegen wirken können, denn wenn es bei dem Einen glückt, werden die Anderen es auch einführen, deswegen gingen wir nicht darauf ein. Der Meister äußerte hierzu: „Nun gut, mögen sie gehen, dann wird die Arbeit als Hausarbeit vergeben und ich habe es bequemer." Diese Bequemlichkeit wollen wir dem Herrn Rahlfs gerne gönnen, gewiß keiner von uns beneidet ihn um die Rolle, die er in dieser Angelegenheit spielt. Aber Euch, den Collegen, rufen wir zu: Wir haben unsere Ehre und Interessen gewahrt; dieses werdet Ihr anerkennen und danach handeln. Wir sagen: lieber acht Tage beschäftigungslos sein, als unter solchen Bedingungen sein Leben zu fristen. Wir wollen Fabriken, aber solche wie diese möge der Kukuk holen.

J. A.: F. W. Wentzel, Thalstr. 97, Scheller, Cordel, Hartz.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. W. W. in Verdau: Sie können nicht gezwungen werden, Ihr Kind taufen zu lassen, desgleichen hat auch der Standesbeamte kein Recht, die Eintragung der Namen Ferdinand Lassalle zu verweigern. — W. Rieger in Stuttgart: Einer sachlich gehaltenen Correspondenz die Aufnahme zu verweigern, haben wir keinen Anlaß, auch werden wir Ihnen ohne Zustimmung des Verfassers der betr. Correspondenz dessen Namen nicht nennen. Widerlegen Sie doch, was Ihnen in der Correspondenz nicht zusagt.

der Expedition. Abonnent in Osnabrück: Reichen Sie sofort Beschwerde mit wahrheitsgetreuem Thatbestand bei der Königl. Oberpostbehörde Leipzig ein. Die wird Wandel schaffen. — Krowiarz in Osnabrück: Ihr Annoncendepot ist erschöpft. — M. Guthell Schwtz: Der „Vorwärts" kostet 1mal wöchentl. gesandt 2,30 und 3mal wöchentl. 3,00 pr. Kreuzband. Weiteres ist besorgt.

Quittung. Arbeiterv. hier Ann. 2,40. Gbrt Cassel Ab. 3,00, Schr. 3 70. Gmbrt Osnabrück Ab. 0,85. Pnngr Bremerhafen Ab. 40,00, Schr. 13,00. Klfld Pest Ab. 6,00, Schr. 6,56. Hnl Jägerndorf Ab. 9,90. Mflbsch Karlsruhe Ab. 6,20. Strch München Schr. 9,91. Gßn Mühlheim Ab. 15,00. Hßnr Mainz Ab. 27,00. Schml Altenburg Schr. 1,20. Metallarbeitergew. hier Ann. 3,50. Glchen Eßlingen Ab. 14,90, Schr. 1,85. Schdwtz Köthen Schr. 7,20. Wbr hier Ab. 0,60. Brn Heidenheim Ab. 5,00. Jnchn Brims Ab. 6,70. Sr Frankenthal Schr. 1,00. Knz Thaya Schr. 1,25.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter in Essen:

Durch E. Erbnr in Memel 3,50.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Leipzig. Montag, den 7. Mai, Abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof":

Oeffentliche Schneiderversammlung.

Tagesordnung: 1. Die Klagen der Arbeitgeber über schlechte Arbeitsleistung der Arbeiter. Sind diese Klagen begründet? Referent Herr Werner. 2. Neuwahl der Arbeitsnachweiscommission.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert allseitiges Erscheinen.

90] **Die Einberufer.**

Leipzig. Mittwoch, den 9. Mai, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Gewerbegesetznovelle (Arbeiterschutzgesetz). Referenten W. Hasenclever und J. Motteler.

90] **Der Einberufer.**

Für Männerchöre.

Im Verlage von Emil Sauerteig in Gotha ist zu einem Lieder-Cyclus erschienen:

Nr.	Dichter:	Componist:	Preis: Part. mit 4 Stim.	4 Stim. ohne Part.
1. Bundeslied.	Otto-Walster.	H. Stolle	0,65 M.	0,45 M.
2. Der wahre Mensch.	L. May	C. Kreutzer	0,55 „	0,40 „
3. Republik und	W. Hasenclever	G. Scholz	1,50 „	1,10 „
4. Der Arbeitsmann.	Alice Reymond	J. Scheu		
5. An Michel.	A. Geib	M. Carl	0,75 „	0,60 „
6 Frühlingsgedanken.	F. Glochauer	G. Scholz	0,80 „	0,60 „
7. Sänger-Marsch.	—	G. Scholz	1,50 „	1,00 „
8. Commerzlied und	W. Käpplinger	W Käpplinger	1,20 „	0,90
9. Die Arbeit.	A. Scheu	G. Scholz		

Gegen Einsendung des Betrags erfolgt freie Zusendung. [9,40

Soeben erschien:

Skizzen und Studien zur französischen Revolutions-Geschichte.

Von K. Brunnemann.

Einzelpreis à 1 Mk., bei Bezug in Partien à 75 Pfg. per Exemplar. (3c)

Versendung gegen baar oder Postvorschuß. [9,70

Braunschweig, den 15. April 1877.

W. Bracke jun.

Elegante Einbanddecken für die „Neue Welt"

sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen.

Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. [360

Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hoß, 630 North 3rd Street
J. Boll, 118 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanferman, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heye, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 54. Mittwoch, 9. Mai. 1877.

Pfui über solches Gesindel!

Mit obigen Worten schließt unser Berliner Parteiorgan eine Notiz, die folgende Thatsachen enthält:

„In der „Vossischen Zeitung" stand eine Annonce des Inhalts, daß eine arme Wittwe, die eine brustkranke Tochter hat, besser situirte Leute ersuchte, ihr, da sie gänzlich erwerbslos sei, 25 Thaler zur Anlegung eines Kleinhandels zu leihen. Es stellte sich auch schon am Donnerstag ein fein gekleideter Herr ein, der sich die Wohnung und die Verhältnisse der Hilfe suchenden Familie ansehen und nöthigenfalls auch helfen wollte. Die Frau war eben auf einem Ausgang begriffen, und ihre Tochter hatte für kurze Zeit das Bett verlassen. Die Tochter ersuchte den Herrn, sich einige Minuten zu setzen, da die Mutter sehr bald zurückkommen müsse. Dem Herrn schien jedoch ein Zurückkehren der Letzteren wenig gelegen zu sein, er fing vielmehr an, mit der Tochter zu unterhandeln. Diese Unterhandlung war allerdings für das kranke Mädchen sehr peinlich, denn jener feine Herr redete von „gewissen" Bedingungen, unter denen er helfen wollte, und verließ erst nach mehrfach wiederholter sehr dringender Aufforderung, sich zu entfernen, die Wohnung, jedoch nicht, ohne noch an der Thür einige höchst anstößige Bemerkungen gethan zu haben. Am Freitag hatte die Wittwe kaum wieder die Wohnung verlassen, um etwas zu essen für sich und ihre Tochter zu beschaffen, als auch schon ein zweiter Herr, fein geschniegelt und gebügelt erschien. Derselbe fragte zunächst das überaus leidend aussehende Mädchen, was ihm fehle. Nach erhaltener Antwort erbot er sich, dasselbe auf seine Kosten kuriren zu lassen, unterließ jedoch dabei nicht, sich ihr wiederum in nicht mißzuverstehender Weise aufdringlich zu machen. Auch dieser Herr erklärte sich vergnügt in Bezug auf die Wahlbeeinflussungen haben werden.

Eutin, 1. Mai. Am 3. Februar stand Genosse Wehrendt aus Hassendorf vor dem hiesigen Schöffengericht, angeklagt: Mitte Dezember vorigen Jahres bei mehreren Einwohnern seines Wohnortes freiwillige Gaben zu sozialdemokratischen Zwecken (ohne Erlaubniß der Regierung) gesammelt und sich dadurch einer Uebertretung der Regierungsbekanntmachung vom 21. Januar 1847 schuldig gemacht zu haben. Wehrendt machte geltend, er sei nicht mit dem Vorsatz ausgegangen, um Geld zu sammeln, sondern um ein Verzeichniß sozialistisch gesinnter Wähler seines Wohnorts zusammen zu bringen und für selbige die amtliche Wählerliste controliren zu können, wozu er vom Arbeiterwahlcomité ersucht worden sei. Die vorliegenden Beweismittel ergaben aber, daß W. Gaben entgegengenommen habe, worauf selbiger zu 15 Mark Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt wurde. — Am 7. April stand vor selbigem Gericht Genosse Struck aus Neudorf, beschuldigt: am 10 Januar den Wahlvorsteher Witt bei der dort stattgehabten Wahlhandlung dadurch beleidigt zu haben, daß er trotz Verbot desselben den Deckel der Wahlurne aufgehoben habe mit dem Bemerken: „Laß kommen was da will, ich will doch sehen, ob was drin ist." Struck machte geltend, daß er die ihm zur Last gelegte Bemerkung bei seiner Handlungsweise nicht gethan, daß er um 10 Uhr in das Wahllokal getreten sei, und daß zur selbigen zu fröhnen? Weshalb soll man sich wundern oder gar darüber lamentiren, wenn ein „hervorragender Volksmann" statt einer Frau deren vier hat — er hatte ja Geld und wäre ihm dieses nicht ausgegangen, es hätte kein Hahn und kein Huhn nach den vier Frauen gekräht; daß ihm das Geld ausging, das war unmoralisch, nicht daß er vier Frauen hatte. Und so lange der bekannte Leitartikelschreiber des „Organs für Jedermann" durch seinen Chef in leidlichen Vermögensverhältnissen gehalten werden konnte, genirten ihn die überzähligen sieben lebendigen Leitartikel gar nicht, aber als das leidige Geld ausging, da trat auch die lebendige Leitartikelschande zu Tage.

Doch was noch weiter über etwas zu reden, was sonnenklar ist, — „Geld regiert die Welt", für Geld kann man sogar kranke Proletarierstöchter haben — welcher Sinnenkitzel! Daß in beregtem Falle die Moralität und der Besenstiel siegten, dies gereicht der Proletarierfrau und dem Proletariermädchen ganz gewiß zur Ehre; wir aber müssen mit Energie weiterarbeiten, daß solche Siege nicht mehr erfochten zu werden brauchen, daß solche Versuchungen nicht mehr an die Menschen herantreten können, ja wir müssen es bald soweit bringen, daß unter dem Einfluß des Sozialismus Jedermann den Muth hat, das Kind bei dem richtigen Namen zu nennen:

„Pfui, über solches Gesindel!"

Sozialpolitische Uebersicht.

— In Berlin cirkuliren die beunruhigendsten Gerüchte. Man glaubt allgemein an eine baldige Mobilmachung. Der Reichstag sei blos deshalb so rasch heimgeschickt worden, um sich unangenehme Frager, die doch nicht ausgeblieben wären, müßte. Der schriftliche Bescheid hat folgenden Wortlaut:

„Auf die Beschwerde vom 27. November v. J eröffne ich Ihnen hierdurch nach näherer Prüfung derselben, daß ich es nicht habe für gerechtfertigt erachten können, wenn die Abhaltung der für den 4. Oktober v. J. nach dem Wirthshause Wilhelminenthal bei Flensburg von Ihnen einberufen gewesenen öffentlichen Versammlung polizeilich verhindert worden ist. Das Verfahren der Polizei-Verwaltung zu Flensburg beruht auf einer unrichtigen Auslegung des Vereinsgesetzes, und ist die qu. Behörde hierüber in entsprechender Weise belehrt worden

Der Minister des Innern.
Gr. Eulenburg."

Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" wird um Abdruck gebeten. A. F.

Dortmund, 1. Mai. Auf den Kohlenzechen „Tremonia" und „Westfalia" sind 650 Bergarbeiter abgelohnt worden, weil sie sich einer neuen Arbeitsordnung nicht fügen wollten. Ist es an sich schon entehrend für die Arbeiter, daß die Arbeitsordnungen in der Regel ohne ihr Zuthun zu Stande kommen, so tritt in diesem Falle noch hinzu, daß die Arbeitsordnung die Interessen der Arbeiter auf das Empfindlichste schädigt. Nur einige Pröbchen, wie die Verwaltungen obengenannter Zechen mit den Arbeitern umzuspringen gedenken, mögen hier angeführt sein. Wenn die Verwaltung z. B. einen Theil der Arbeiter in Folge von Betriebseinschränkungen außer Betriebsamkeit setzt, haben

— Die Fortschrittler von Berlin wünschen, und sie sollen auch schon dieserhalb petitionirt haben, daß die Nachwahlen im 6. und 5. Wahlkreise bis zum Herbst hinausgeschoben werden, wahrscheinlich, damit inzwischen über die Affaire Duncker Gras wachse. Der § 34 des Wahlreglements aber heißt: „Im Falle der Ablehnung oder wenn der Reichstag die Wahl für ungiltig erklärt, hat die zuständige Behörde sofort eine neue Wahl zu veranlassen." Im § 31 heißt es, daß bei engeren Wahlen die Wahlbezirke, Wahllokale und Wahlvorsteher unverändert bleiben; bei Nachwahlen kommt dieser Paragraph [illegible] die hierzu erforderlichen Gelder aufzubringen.

In einer am 24. April abgehaltenen Versammlung der Gläubiger der Gewerbebank wurden auch mehrere Parteigenossen, welche mitbetheiligt sind, zu dem zu wählenden Comité, welches mit den Curatorium der Gewerbebank in Verbindung treten soll, vorgeschlagen, jedoch gelang es denselben blos einen durchzubringen. Doch wie dem auch sei, jedenfalls hat sich hier wieder einmal die Vertrauensseligkeit bitter gerächt, welche in der Regel Leuten entgegen gebracht wird, die ein Amt bekleiden (Fiedler z. B. war Stadtrath, außerdem auch Mitglied des hiesigen liberalen Reichstagswahlcomités) oder sich sonst irgendwie wichtig zu machen verstehen.

Meißen, 29. April. Am 21. April fand im Saale zum „Goldnen Schiff" eine Volksversammlung statt, in der Unterzeichneter zum Vorsitzenden und Korth zum Schriftführer gewählt wurden. Die Tagesordnung lautete: „Die Frauen und die soziale Frage." Das Referat hatte Frau Klemich aus Dresden übernommen, welche denn auch einen mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. Frau Klemich bezeichnete die Stellung der Frauen in der heutigen Gesellschaft als eine in vielen Stücken ungerechte und wies darauf hin, daß dies im sozialistischen Staate ganz anders sein würde. Herr Klemich, welcher ebenfalls anwesend war, ging auf einige erwähnte Thatsachen etwas näher ein, und wurde ihm ebenfalls stürmischer Beifall zu Theil. Es meldeten sich auch noch einige andere

---

So steht vor dem Geiste der Ungarn Rußland, das 1849 mit seiner aufdringlichen und aufgedrungenen Hilfe aus den Donaufürstenthümern eindrang, wie ein Verhängniß, das die Aussöhnung des aufständischen Ungarn mit seinem Könige hinderte. Schuselka, der Minister Krauß in Kremsier und Lord Palmerston in London erklärten die Russenhilfe für das Unglück Oesterreich-Ungarns, und war sie etwas Anderes. „Ungarn" lag „zu den Füßen des Czars"! Und als dies geschah und ungarische Flüchtlinge in der Türkei ein Asyl fanden, um dereinst ihrem Lande wieder dienen zu können; als der österreichische Internuntius und der russische Gesandte drohend vom Sultan die Auslieferung der Flüchtlinge verlangten, ja den diplomatischen Verkehr mit der Pforte abbrachen und diese ganz isolirt war: da hatte dieselbe Türkei, in deren Geschichte man keinen Zug von Humanität entdecken will, den Muth, ihr bestimmtes „Nein" zu sagen. Auch das hält man in Ungarn in dankbarer Erinnerung.

Und nun, all das wohl erwogen, sage man noch, daß in den Pester Kundgebungen etwa nur ein kindisches Spiel oder hohle Demonstrationen zu Tage treten. Nirgends ist man in politischen Dingen, dem heißen Blute zum Trotz, so nüchtern wie in Ungarn. Politik heißt dort aktuelle, momentane, die Volksmeinung aufrufende Wirksamkeit. Man ist dort eminent praktisch. Man machte sich keine Gedanken über die Reiseziele des in Pest gleichzeitig eingetroffenen Feldmarschalls Erzherzog Albrecht; man wendete in volksthümlichen Kreisen den Blick unverwandt auf die unscheinbare — Softa-Deputation. Man wollte offenbar demonstriren, weil man die Witterung hatte, daß es gut sei, auf eine Kraft in der politischen Arena aufmerksam zu machen, die zum Bundesgenossen zu gewinnen sich wohl verlohnt. Die Begeisterung der Massen braucht oft einen Hochdruck; aber solche spontane Kundgebungen, wie die eben zu Pest stattfindende, die gehen aus der Diktatur des Instinkts, aus der Einsicht in die Interessen hervor.

— Preußischer Größenwahnsinn. Der berühmte Sprachforscher Grimm lebt, abgesehen von seinen Werken, auch in einem Sohne fort, der Professor in Berlin ist und sich von einem Todten zu ernähren sucht, der auf den ziemlich bekannten Namen Goethe hört. Wir dächten unsere berühmten todten Männer wären dadurch sattsam geehrt, daß wir sie in ihren Werken fortleben lassen. Man sollte meinen, sie hätten vor dreitausend Jahren gelebt und wenigstens chinesisch geschrieben, ein solches Heer von Auslegern haben sie im Gefolge. Besagter Sohn heißt Hermann und hat zwei Bände Vorlesungen über Goethe gesprochen, das wäre verzeihlich. Nun sind sie aber auch im Druck erschienen und damit steht der Kritik das Recht zu, darüber zu urtheilen. Man höre: Band I. S. 277 heißt es: „Goethe war Süddeutscher, vielmehr Südwestdeutscher" und Band II. S. 107 heißt es: „Er (Schiller) war ein Würtemberger, ein Schwabe, ein Süddeutscher, während Goethe, da bekanntlich nur Sachsenhausen, als südlich vom Maine gelegen, zu Süddeutschland gehört, ein Norddeutscher war" Der Größenwahnsinn ist eine Geisteskrankheit, die vor 70 auf 71 nur vereinzelt in Deutschland auftrat, seit dieser Zeit aber hat sie sich epidemisch verbreitet. Als Herr Professor Grimm den ersten Band „Goethe" sprach, war er sicher noch nicht vom Massen-Größenwahnsinn befallen, da war denn der Frankfurter Goethe noch Süddeutscher. Die Gehirnstörung ging erst beim zweiten Band vor sich. Was wäre Norddeutschland, wenn nicht der größte Dichter Deutschlands ein Norddeutscher gewesen wäre? Was nützen uns Moltke uns Bismarck, wenn wir nicht auch den Goethe haben? Und haben wir ihn nicht, so annektiren wir ihn! Die Karte her, hier der Main, hier Frankfurt, dort Süddeutschland: „Den Finger drauf, den nehmen wir!" Ein komisches Fünkchen vom Geiste seines großen Vaters, was die Sprachforschung betrifft, scheint auch im Sohne Hermann zu stecken, er schreibt: „Der französische, Deutsche und italienische Clerus"; „Griechische Gesinnung, römische Bildung, Deutsches Gemüth." Oder deuten die großen D vielleicht nicht auf Größenwahnsinn hin? Da wir es mit einem Deutschen Professor zu thun haben, wollen wir nicht weiter citiren als mit einem: „Der Zopf der hängt ihm hinten."

— Auch! Die Züricher „Freitags-Zeitung" enthält folgende Notiz: „In verschiedenen Bezirken des Cantons sind neue Fälle von Hundswuth vorgekommen — Im Spital starb unter den unsäglichen Leiden der Wasserscheu ein Mann, der vor vier Monaten in Glattfelden von einem wüthigen Hunde gebissen worden war. — In Grüningen mußte man eine wuthkranke Kuh schlachten. — Auch die Kirche von Uster — — — wird eine Orgel bekommen"

Der denkende Leser muß bei diesem „Auch" eine wahre Heidenangst bekommen, daß die Kirche von Uster „auch" von der Hundswuth befallen worden — glücklicherweise bekommt sie nur eine Orgel, was unstreitig weniger schlimm ist.

— Hungersnoth in China. Nach einer Correspondenz der „Times aus Schanghai vom 15. März wüthet im Norden China's eine entsetzliche Hungersnoth, die sich von der indischen dadurch unterscheidet, daß von Seiten der Regierung so gut wie nichts zur Linderung des Unglücks geschieht. Tausende sterben den Hungertod. Die Berichte der Missionäre schildern vor allem in Shantung die Noth als das denkbar schrecklichste Schauspiel, hervorgerufen durch die Dürre des vorigen Sommers. Die Leute nähren sich theilweise von Blättern und Stengeln, tausende aber haben nicht einmal das und sterben, nachdem sie ihre Kleider und ihre Kinder verkauft haben. Viele kriechen, nachdem sie keine Kleidung mehr besitzen, in unterirdischen Gruben zusammen. Aus Dörfern von 500 Famlien werden 300 Fälle von Hungertod gemeldet. Allen diesen Schrecknissen gegenüber hat die chinesische Regierung nichts gethan, als die jämmerliche Summe von etwa 14,000 Lstr. auf die Gesammtheit der acht leidenden Distrikte anzuweisen. Die Leute erhalten auf die Weise täglich etwa 1/4 Penny. Täglich nimmt die Sterblichkeit zu. Schnee bedeckt den Boden und die armen Geschöpfe können nichts bekommen, um den Hunger zu stillen. Nach drei Monaten werden einige Kräuter wachsen und die Bäume im Laub stehen, jetzt bietet der gefrorene Boden lediglich Todtengrüfte.

— Heiter. In verschiedenen Blättern findet sich folgende Annonce: „Für Liedertafeln und Gesangvereine. Soeben erschien im Verlage von Edmund Rost in Sulza und ist durch jede Buch- und Musikalienhandlung zu beziehen: Der rothe Sozialdemokrat. Vierstimmige Gesang-Humoreske für Solo und Chor. Dichtung von Hermann Görwitz, Musik von Schäffer. Partitur und Stimmen 1 Mark. Einzelne Stimmen à 15 Pf. stehen in beliebiger Anzahl zu Diensten. Dieser äußerst erheiternde Gesang mit Solo und Chor für Gesangvereine und gesellige Zirkel schildert in launig-satyrischem Tone die ganze Doktrin des sozialdemokratischen Zukunfts-Staates. Sehr amüsant und dramatisch lebhaft ist der in Form von Frage und Antwort gehaltene Wechsel von Solo und Chor.

Probeweis hier nur einen Vers (Vers 2).

Solo: Den jetzig'n Staat den stürz' ich um!
Chor: Wie so? Wie so? Wie so?
Solo: Ich schaffe ab das Eigenthum! . . . .
Chor: Ach so! Ach so! Ach so!
Solo: Denn Eigenthum ist eigentlich
Nur Diebstahl und den hasse ich! — Ja, ja!
Chor: Ja, Eigenthum ist eigentlich,
Ja, Eigenthum ist eigentlich
Nur Diebstahl und den haß' auch ich! — Ja!"

Ei wie schön! Um das Schöne noch schöner zu machen, mußten die Verschen:

„Ja Eigenthum ist eigentlich
Nur Diebstahl und den hasse ich!"

von dem vierblättrigen Kleeblatt: Braun, Bennigsen, Miquèl, Birnbaum gesungen werden.

fehlen) besucht werden, als von jungen Studirenden. Diesmal aber überwog die männliche Jugend, sie stürmte die Treppen hinauf, drängte sich unter großem Lärm zusammen, und auf vielen Gesichtern zeigte sich die Erwartung dessen, was erfolgen sollte. Zeichen und Rufe wurden von einer Seite des Saales zur andern ausgetauscht, und es war klar, daß Alles bestens organisirt war. Als der Professor erschien, begann der dem Katheder zunächst befindliche Theil der Versammlung (Damen, alte Herren und einige Studenten, die wahrscheinlich in Voraussicht der Kundgebung zuerst Platz genommen hatten) ein lebhaftes und energisches Beifallgeklatsch, welches anfänglich das Pfeifen und Schreien der Tumultuanten übertönte, aber nach einigen Minuten erlahmte und von den gellenden Tönen der Pfeifer und des Geheuls überboten wurde. Letztere ermatteten nicht, und es blieb dem Professor schließlich nichts anderes übrig, als den Saal zu verlassen unter dem Bedauern derjenigen, die gekommen waren, die Fortsetzung eines außerordentlich interessanten Vortrags zu hören, und die natürlich beklagen, daß der Hörsaal eines so bedeutenden Gelehrten zum Schauplatz einer unwürdigen Demonstration geworden." — So der reaktionäre Correspondent der „Kölnischen Zeitung". Wir halten die Demonstration der Jugend gegen die Demimonde und die Habitués für eine sehr würdige — jedenfalls hatte sich der kleine Professor den großen Revolutionär Marat in der zweiten Vorlesung auf's Korn genommen, um ihn mit Schmutz zu bewerfen, woran er von der vernünftigeren Jugend gehindert wurde.

— „Vom Kriegsschauplatz nichts Neues" — so mag wohl die Parodie der bekannten Podbielsky'schen Meldung: „Vor Paris nichts Neues" von jetzt an oft genug in den Berichten der Generalstabschefs der russischen und der türkischen Donauarmee lauten, wenn die Herren nicht vorziehen, einige kleine Lügen auch ihren gekrönten Vorgesetzten aufzutischen. Gegenwärtig steht nur das Eine fest, daß die Türken in ihrer fatalistischen Anschauung die Russen an ihrem Vormarsch nicht mit genügender Kraft gehindert haben. Alle wichtigen Stellungen auf dem linken (rumänischen) Ufer, welche die Türken leicht hätten besetzen können, sind ohne Schwertstreich in die Hände der Russen gefallen. Vielleicht raffen die Türken sich auf, wenn es den Kampf unter der grünen Fahne des Propheten um den heimischen Heerd gilt.

— Zu Vahlteich's Verurtheilung schreibt die „Chemnitzer Freie Presse": Ueber die in Mittweida stattgehabte Gerichtsverhandlung wider Vahlteich können wir einen Bericht nicht geben, da die Prozedur geheim war. Wir bemerken nur für die Fernerstehenden, daß die Anklage auf eine Rede erfolgt ist, welche Vahlteich am 14. August 1876 im Elysium zu Chemnitz in Folge der Verurtheilung Saevecke's zu drei Jahren Gefängniß gehalten hatte. V. wurde, nachdem von Dresden aus Anweisung zur Verfolgung gegeben war, von der hiesigen Staatsanwaltschaft „sistirt" und vernommen. Es war angeordnet, daß derselbe in Haft zu nehmen sei, sofern sich aus seiner Vernehmung ergeben sollte, daß Collusionen, d. h. Verabredungen mit etwaigen Entlastungszeugen, zu befürchten seien. Dieser Fall trat nicht ein, da die angeklagten Worte im Polizeibericht richtig wiedergegeben waren und Vahlteich gar kein Bedenken trug, sich voll und ganz zu dem von ihm Gesagten zu bekennen. Man mag hieraus schon den Grad der „Gefährlichkeit" der angeklagten Worte erkennen. Die Untersuchung wurde durch die Reichstagssession unterbrochen und dann für den 28. d. Hauptverhandlung angesetzt. Die Staatsanwaltschaft beantragte Geheimhaltung der Sitzung und dieselbe wurde „im Interesse des Staats" vom Gericht beschlossen. Die Richter und Schöffen waren ohne Ausnahme Gegner der Sozialdemokratie, darunter zwei, welche bei den politischen Kämpfen in persönliche Reibung mit Vahlteich und anderen Parteigenossen gekommen waren. Der Gerichtshof sollte zuerst zusammengesetzt sein aus folgenden Richtern und Schöffen: Gerichtsdirektor Dr Schilling, Ger.-R. Grohmann, Ger.-R. Reichenbach, Gemeindevorstand Seibel in Königshain, Mühlenbesitzer Engelmann in Liebenhain, Mühlenbesitzer Engelmann in Liebenhain, Kaufmann Hobusch und Oekonom Donner in Mittweida. Es waren aber zwei der Herren abgehalten; für einen der Gerichtsräthe trat ein junger Gerichtsbeamter, für einen der Schöffen der Oberlehrer Hilpert ein. Vahlteich hatte die Vernehmung von drei Zeugen beantragt, das Gericht aber entschieden, daß es der Zeugenvernehmung gar nicht bedürfe, und so erfolgte denn die Verurtheilung zu 1½ Jahr Gefängniß wegen Majestäts- und Richterbeleidigung lediglich auf Grund der Aussagen des Angeklagten und des Polizeiprotokolls. Wir werden selbstverständlich auf diesen Prozeß noch näher zurückkommen, wenn nicht früher, so doch nach vollständigem Abschluß desselben. Als Rechtsmittel stehen dem Angeklagten noch die Nichtigkeitsbeschwerde und die Appellation offen, welche beide vom Oberappellationsgericht in Dresden entschieden werden.

— Eine alte Lüge. Die Wochenschrift „Neue Zeit", welche bei Besprechung der neuesten Gedichte Herwegh's die längst als infame Verläumdung gebrandmarkte „Spritzledergeschichte" aufzuwärmen den traurigen Muth gehabt hatte, bringt in ihrer letzten Nummer (19) folgende „Berichtigung":

„Nach § 11 des deutschen Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender thatsächlichen Berichtigung: In einem mit B. unterzeichneten Artikel der Nr. 11 Ihrer Wochenschrift, ausgegeben am 8. März 1877, über meines verstorbenen Mannes, Georg Herwegh, „Neue Gedichte" heißt es: — „und vor allem — sie (nämlich die Gedichte), rabotiren, als ob es ihrem Verfasser Herzenssache gewesen wäre, das Spritzleder von Schopfheim nicht in Vergessenheit gerathen zu lassen." Der Verfasser spielt mit diesen Worten auf die verschiedentlich aufgestellte Behauptung, als ob sich Herwegh in dem sogenannten badischen Feldzuge von 1848 nach dem Gefecht bei Dossenbach, unter dem Spritzleder eines Wagens verborgen, aus dem Staube gemacht hätte, wie auf eine Thatsache an. Obgleich schon wiederholt zu Herwegh's Lebzeiten nachgewiesen wurde, daß die ganze Geschichte vollständig erfunden ist, namentlich auch von drei Augenzeugen, nämlich von mir selbst in „Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris. Von einer Hochverrätherin. Grünberg 1849. Verlag von W. Levysohn", von Hrn. v. Corvin in „Aus dem Leben eines Vorkämpfers. Erinnerungen 1862—64" und von Professor Krebs in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung" vom Februar 1875, so sehe ich mich als Wittwe des Angegriffenen veranlaßt, nochmals zu erklären, daß Herwegh nirgends und zu keiner Zeit in der angegebenen oder in einer andern Weise seine mitkämpfenden Kameraden im Stich gelassen, daß insbesondere nach dem unglücklichen Ausgang des Dossenbacher Gefechtes er einer der Letzten war, der — und zwar zu Fuß — sich nach Rheinfelden auf Schweizer Boden rettete, was ihm nur dadurch gelang, daß er, als Bauernbursche verkleidet, einen Tag lang in Banzenbach auf dem Felde arbeitete und auf diese Weise den verfolgenden Soldaten entging.

Stuttgart, den 17. April 1877.

Emma Herwegh.

---

n Berlin, 3. Mai.

Seit 10 Uhr „sitzt" der Reichstag, das heißt er sitzt in Gestalt von etwa 40—50 Reichsboten, flanirt, plaudert und kneipt in Gestalt von etwa 90, und schwänzt in Gestalt von etwa 250 Volksvertretern. Die ersten 14 Punkte der Tagesordnung sind wesentlich formeller Natur — meist dritte Lesungen von Gesetzen (darunter Patentgesetz, Lasker'sches Nothgesetz, Decker'sches Grundstück, Elsaß-Lothringen ꝛc.), über die bereits Alles und mehr gesagt ist, als darüber gesagt werden konnte und an denen mit einer einzigen Ausnahme nur sehr wenige Punkte noch zu kurzen, schwächlichen Ausstellungen — von Debatten zu reden, wäre ein Mißbrauch des Wortes — Veranlassung geben können. Die einzige Ausnahme ist die Gesetzesvorlage über das Decker'sche Grundstück, die zu heftigem Aufeinanderplatzen der Meinungen führt. Die Nationalliberalen winden und drehen sich wie Würmer, um das servile Votum, welches sie abgeben wollen, zu beschönigen. Schorlemer-Alst verlegt ihnen grausam den Weg zu einem anständigen Rückzug, indem er feststellt, daß alle Voraussetzungen, an die sie bei der 1. und 2. Lesung ihre definitive Zustimmung geknüpft (beruhigende Versicherungen in Bezug auf künftige Verwendung des Decker'schen Grundstücks), unerfüllt geblieben seien. Half selbstverständlich nichts. Der Appell an den politischen point d'honneur (Ehrenpunkt) findet kein Echo in nationalliberaler Brust — läßt sich das bekannte Bismarck'sche Wort (beiläufig die Copie eines schlechten französischen Originals) realpolitisch modificiren. Recht scharf geht es bei den „persönlichen Bemerkungen" her — sozialdemokratischem Mund entsprungen, würden sie vielleicht einen (Theater-) Blitz des parlamentarischen (Theater-) Donnergottes angezogen und die Auszeichnung eines Ordnungsrufes erlangt haben. Es kommt schließlich zur namentlichen Abstimmung, die 138 Stimmen für, 90 gegen das Gesetz ergibt. Alle in Berlin und Umgegend befindlichen Abgeordneten waren telegraphisch herbeigerufen worden, so daß für die Dauer der Abstimmung das Haus die beschlußfähige Zahl hatte.

Der Bericht des Dr. Thilenius über die Petitionen gegen den Impfzwang veranlaßt den Impfgegner Reichensperger (Crefeld) die Verweisung der Petitionen an den Reichskanzler zu beantragen. Die Rede Reichenspergers bringt in glänzender Weise sein eminentes schauspielerisches Talent zur Erscheinung und Geltung. Die Mimik des alten Kantzes — die unnachahmlichen Kopf- und Handbewegungen, das wunderbare Gesichterschneiden und Augenverdrehen, die klassischen Handbewegungen — sind von wahrhaft unwiderstehlicher Wirkung; und obgleich er sich, wider seine Gewohnheit, befleißigt — und mit Erfolg — möglichst langweilig und trivial zu reden, erzielt er stürmischen Beifall. Wäre ich Barnum, ich böte dem Mann für Vorstellungen in der niederen Komik 100,000 Dollars und machte ein gutes Geschäft dabei. Schade, daß der seinen Beruf verfehlt hat.

Nach Reichensperger sprach Most, der Berücksichtigung der von ihm eingereichten Petitionen gegen den Impfzwang forderte und diese Forderung begründete. Schließlich wurde über die sämmtlichen Petitionen einfach zur Tagesordnung übergegangen. Für Ueberweisung an den Reichskanzler stimmten nur die Sozialisten, das Centrum und ein paar Elsaß-Lothringer. So wäre denn auch diese Frage wieder einmal bei Seite geschoben. Das Beiseiteschieben unbequemer Materien ist überhaupt eine charakteristische Eigenthümlichkeit des Reichstags: Reform der Gewerbeordnung — bei Seite geschoben; Reform der Zollgesetzgebung — bei Seite geschoben — und nun auch, um die Liste nicht größer zu machen, die Impffrage. Einem Problem aus dem Wege gehn, ist freilich leichter, als es zu lösen.

Es ist 4 Uhr — die Tagesordnung der Morgensitzung ist erledigt — Forckenbeck kündigt an, daß der Reichstag Abends ½7 Uhr zusammen zu kommen hat, um sich zu begraben — oder begraben zu lassen.

Für die Leichenrede wollen wir sorgen.

Zu dem Bericht des Berichts der Gewerbeordnungscommission hat Fritzsche in der Commission heut folgende Erklärung zu Protokoll gegeben: „Bei Verlesung des von der Commission im Plenum zu erstattenden Berichts, ist mir erst bekannt geworden, welche Motive die Mehrheit der Commission geleitet, als sie auf Antrag des Grafen Luxburg beschloß, den Antrag v. Galen und Genossen dem Reichskanzleramt als Material nicht mit zu überweisen. Für mich waren diese Motive nicht maßgebend, leider war es mir nicht möglich, meinen Standpunkt zu präzisiren. Mit der Majorität stimmte ich lediglich in der Absicht, den von meinen Parteifreunden und mir eingebrachten Antrag dem Reichskanzleramt überwiesen zu sehen."

Abends 7 Uhr.

Vor einer Viertelstunde — „das akademische Viertel" wurde eingehalten — begann „die letzte Sitzung". Tagesordnung ¼ Elle lang, aber doch nichts darauf — der Rest, der noch formell zu erledigenden „Geschäfte". Im Saal 70—80 Mitglieder, die entweder stehen, herumgehen, oder auf ihren Plätzen herumrutschen — denn Sitzfleisch hat Keiner mehr. Nur fort! Nur fort aus dieser parlamentarischen Folter! Wehe dem, der jetzt noch eine Rede versuchen sollte! Er würde unbarmherzig niedergeschrieen, unter Zornesrufen erstickt! Schade, daß das „hohe Haus" so spät zur richtigen Erkenntniß des Werthes oratorischer Leistungen gelangt ist.

Forckenbeck, der sich abquält, möglichst feierlich auszusehen, hat allein das Wort: „Wir treten ein in den ersten Punkt der Tagesordnung. — Das Wort wird nicht gewünscht. Ich schließe die Diskussion. Wer der Gesetzesvorlage seine Zustimmung gibt, den bitte ich, sich zu erheben. Es ist die Majorität, die steht. Die Gesetzesvorlage ist angenommen, und damit der 1. Punkt der Tagesordnung erledigt. Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung." Und nun wiederholt sich Wort für Wort dieselbe Prozedur. Kein Mensch hört zu. Herr v. Forckenbeck macht trotzdem ein so ernsthaft feierliches Gesicht, daß ein römischer Augur, der ihn betrachtete, vor Neid bersten oder — vor Lachen zerplatzen würde.

Genau 15 Minuten dauert das grausame Spiel.

Ein neuer Abschnitt beginnt — die Leichenrede, aber nicht die richtige, bloß die offizielle; Forckenbeck hält sie. Er zählt auf, was der Reichstag geleistet — wir wissen es. Wozu noch warten? Ich halte es nicht länger aus. Weg! Durch die kaum geschlossene Thür tönt mir ein dünnes Hoch! auf Seine Majestät unsern Kaiser nach — so dünn, daß Forckenbeck's Gurgeltöne deutlich herauszuhören sind. Tout est fini! Alles ist fertig, — bis es wieder von Neuem anfängt. Wird es von Neuem anfangen? Wird dieser Reichstag wieder zusammenkommen? Ueberhaupt wieder ein Reichstag? Wer weiß es — quien sabe — sagt der kluge Spanier Da hinten in der Türkei ist ein Tanz losgegangen, dessen Ende und Ausgang Niemand absehen kann. Wenn der Kehraus gemacht wird, wer und was wird dann noch aufrecht stehn? Quien sabe? Die Varziner Sphynx gewiß nicht. —

Zur Völkerverbrüderung.

Vor wenigen Monaten hatten ungarische Studenten eine Deputation nach Konstantinopel gesandt, um den türkischen Studenten ihre Sympathie auszudrücken. Jetzt, kurz nach der russischen Kriegserklärung, sind türkische Studenten in der Hauptstadt Ungarns angelangt, um den Besuch zu erwidern. Ueber die Tragweite dieses Ereignisses äußert sich die Wiener „Neue Freie Presse" in einem längeren Artikel folgendermaßen:

Aus der Hauptstadt Ungarns kommen fortgesetzt Berichte über stürmische Aeußerungen des Enthusiasmus und der Sympathie, welche der seit Sonntag in Pest weilenden Softa-Deputation gelten. Ihre Reise war begleitet von Jubelrufen, ihr Einzug in Pest von einer Demonstration, die großartig genannt zu werden verdient, wie jede Kundgebung, die spontan vom Volke ausgeht und in welcher ungezählte Massen eines freien Volkes ihre Meinung und Gefühle aussprechen. Die Munizipalvertretung der Hauptstadt, das Parlament, die akademische Jugend, die Comitate, die Deputationen der Provinzialstädte wetteifern in lauten Ovationen für die türkischen Gäste. Es ist die „Hingebung der Entrüstung", welche da zum Ausdrucke gelangt und den mit russischen Waffen Bekämpften moralischen Lohn und Ersatz bieten soll. Die gemeinsame Regierung verhinderte den Abgesandten des Sultans, die „Corvina" an Ort und Stelle zu übergeben; die ungarische Regierung war besorgt, die Schätze des Schriftthums einer längst entschwundenen Zeit nur von einem Beamten empfangen zu lassen; Graf Andrassy ging sogar so weit, durch den türkischen Consul an die Pforte die Bitte zu richten, sie möchte den Studirenden und ihren Lehrern den Ausflug nach Pest verbieten. Aber die Pforte belehrte den österreichisch-ungarischen Minister von parlamentarischer Herkunft, der einstmals den Türken Reformen beibringen zu müssen wähnte, daß es nicht wohl angehe, friedlichen Bürgern das Reisen zu untersagen, und so sehen wir die Softa-Deputation in Pest, umjubelt von den Repräsentanten Ungarns.

Altkluge Cisleithanier, genährt von der offiziösen Milch der frommen Denkungsart, mögen über die Demonstrationen zu Pest spotten. Sie mögen es immerhin sonderbar finden, daß sich Christen und Mahomedaner, Vertreter abendländischer und morgenländischer Cultur, „Brüder" nennen, und sie mögen auch den Enthusiasmus der Studirenden aufgespart wissen wollen für Gelehrte, deren Weisheit sich in dickleibigen Büchern ausspricht; sie mögen endlich ihre wohlfeilen Witze über die „naturalistischen" Politiker machen — Witze, welche diesen traurigen Gesellen in ihrer bänglichen Stimmung so ganz und gar nicht vom Herzen gehen — all das ändert an der ernsthaften Bedeutung dieser Demonstrationen nicht das Mindeste. Diese erreichen vollkommen ihren Zweck, vor der ganzen Welt Zeugniß abzulegen, auf welcher Seite Ungarns Sympathien in diesem Kampfe zwischen Gewalt und Recht zu finden sind. Sie sollen ein dröhnendes Echo sein der Meinungen der Volksvertretungen und der Aeußerungen der Presse Ungarns, ein wohl zu beachtender Wink und eine ernste Mahnung für die offiziellen Lenker der Politik Oesterreich-Ungarns. Während die Letzteren den türkischen Gästen die Wege weisen möchten, speisen die Ungarn diese Männer auf dem Prytaneion! Das ungarische Volk hat sich zu keiner Zeit sein Recht der freien Meinungsäußerung verkümmern oder gar eskamotiren lassen. Nicht diesen Softas, diesem Scheik oder dem so und so genannten Hodscha gelten die Ovationen, sie gelten der um ihre Existenz gegen brutale Gewalt ringenden Türkei, dem „ruhigen Nachbar", dem befreundeten Staatswesen, dem Volke, das sich mit den letzten Kräften anstrengen möchte, einen modernen Staat, ein culturelles Gemeinwesen zu bilden, und an dieser Arbeit durch moskowitische Arglist und Raubgier gewaltsam gehindert wird. Doch mit dieser Charakteristik ist das Wesen der Pester Demonstration nicht erschöpfend geschildert, und Jene hätten Recht, welche in dieser Zeit der grausam nüchternen Realpolitik die Ungarn als „sonderbare Schwärmer" hinstellen möchten.

Das waren die Ungarn aber niemals und sind es heute am allerwenigsten. Jeder eljenrufende Magyar weiß es, daß auf der Ofener Citadelle anderthalb Jahrhunderte die Fahne des Halbmondes wehte; kennt aus seiner Geschichte, daß die Osmanen Ungarn wie ein Paschalik behandelten; daß die Kämpfe mit den Türken mit zum großen Theile die Ursache sind, weshalb Ungarn so lange und so weit hinter der Cultur des Westens zurückgeblieben ist. Darüber hat der Ungar eine Belehrung fürwahr nicht nöthig. Aber jeder Ungar weiß auch, daß seit dem Passarowitzer Frieden die Türkei Oesterreich-Ungarns bester Nachbar gewesen; daß die Erhaltung der Türkei ein Lebens-Interesse Oesterreichs ist; daß das Auftreten slavischer Kleinstaaten an Oesterreichs Grenzen als ebenso vieler Vasallen Rußlands für das Lebens-Interesse unseres Staatswesens gefährlich ist. Seit dem Auftreten des „größten Ungars", seitdem Stephan Szechenyi die Donau-Dampfschifffahrt ins Leben rief, weiß jeder Ungar die Bedeutung des Stromes zu würdigen, von dem Rußland fernzuhalten unter allen Systemen, in allen Epochen erste Aufgabe Oesterreichs gewesen. Staatliches und wirthschaftliches Interesse erscheinen bedingt von der Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei. Hingegen fühlt jeder Ungar instinktiv die Gefahr, welche der Stephanskrone, dem Rechtszustande Ungarns von Rußland und der Ausbreitung seiner Macht an der untern Donau droht. Zu guter Stunde veröffentlicht Herr v. Arneth die Briefe und Resolutionen der Maria Theresia, welche als Königin von Ungarn alle russischen Theilungspläne auf die Türkei mit Entschiedenheit zurückwies, damit Rußland nicht der Grenznachbar Ungarns werde. Jenseits der Leitha fühlt Jedermann, daß Rußlands slavische Befreierrolle mit Erfolg nur auf Kosten Ungarns durchzuführen ist.

Man ahnt in Ungarn mit klarer Voraussicht, daß Rumäniens Selbständigkeit Aspirationen auf ungarisches Gebiet weckt; man fürchtet mit Recht die Entfesselung nationaler Leidenschaften unter den Walachen und erinnert sich noch der Erhebung der Romanen, ihrer Greuelthaten unter Avram Jancu und der furchtbaren Bauern-Rebellionen gegen die magyarischen Adeligen. Alltäglich werden die Ungarn daran erinnert, daß im südlichen Theile des Reiches der Hauptsitz der Omladina ist; daß die meisten der Bewegungen in Südungarn geplant waren; daß die Belgrader Serben hinwiederum den Kampf gegen Ungarn 1848—49 als ihre eigene Sache betrachteten; daß die ungarischen Südslaven förmliche nationale Wallfahrten nach Belgrad veranstalteten; daß die Omladina mit Einem Worte einen großen Theil des Stephansreiches unterwühlt. In einem Volke, das mit vollem Antheil in seiner historischen Tradition lebt, wie das ungarische, bleiben auch die Erinnerungen an Verhältnisse wach, die heutzutage in unendlich ferner Zeit hinter uns zu liegen scheinen.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

Zur Vorbereitung des Congresses hat sich hier ein Lokalcomité constituirt.

Um die nöthigen Quartiere zu beschaffen, werden die gewählten Delegirten ersucht, sich an Emil Sauerteig zu wenden.

Mitglieder des Lokalcomités werden schon am Sonnabend den 26. Mai von Vormittags an, mit rothen Schleifen versehen, am Bahnhof die Delegirten empfangen.

Das Lokalcomité eröffnet sein Bureau am 26. Mai Vormittags im Congreßlokal: Thüringer Hof.

Gotha, 4. Mai 1877. Das Lokalcomité.
Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Correspondenzen.

Ottensen. Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages hat rücksichtlich der Wahl des Abgeordneten Prof. Dr. Beseler (6. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis) beantragt: Der Reichstag wolle beschließen: 1) die Wahl zu beanstanden; 2) den Herrn Reichskanzler unter Mittheilung des Protestes und der Wahlakten zu ersuchen: a) im Verwaltungswege feststellen zu lassen, ob und aus welchen Gründen die Vertrauensmänner des Ottensener Wahlcomites bei der ersten Wahl aus den Wahllokalen in den sämmtlichen Bezirken des Kreises Pinneberg, sowie in den Wahlbezirken Fahrenkrug, Nahe, Armstedt, Wahlstedt und Schmalensee, Kreises Segeberg, bei der zweiten Wahl aus den Wahllokalen in Blunk, Garstedt und Wahlstedt ausgewiesen sind, und dabei amtlich ermitteln zu lassen, ob event. die Ausweisung durch Verfügung der Königl. Preußischen Landrathsämter zu Pinneberg und Segeberg veranlaßt sei; b) gerichtliche Beweiserhebungen über aa) den im Proteste behaupteten Vorgang bei der ersten Wahl in Groß-Rönnau, sowie über die Angabe, daß in Wahlstedt bei der ersten Wahl das Wahllokal eine Zeit lang verlassen gewesen sei, bb) die Behauptung, daß der Gensdarm Winckler bei der ersten Wahl in Stuvenborn Stimmzettel für den Maschinenbauer Stöhr confiszirt habe, cc) das angebliche Verfahren des Wahlvorstandes bei der zweiten Wahl in den Wahlbezirken Armstedt, Bramstedt und Duckenhuden, dd) die Beschwerde, daß der Gensdarm Müller bei der zweiten Wahl in Bramstedt Stimmzettel für den Abgeordneten Dr. Beseler vertheilt und das Ausgeben von Stimmzetteln für den Maschinenbauer Stöhr verhindert habe, sowie endlich ee) den behaupteten vorzeitigen Abschluß der Wahlhandlung bei der zweiten Wahl in Wahlstedt — eintreten zu lassen und über das Ergebniß der Ermittelung und Beweiserhebung unter Anschluß der betreffenden Verhandlungen dem Reichstage eine weitere Mittheilung zu machen; damit auch c) eine Auskunft darüber zu verbinden, ob und aus welchen Gründen in der Zeit zwischen der ersten und zweiten Wahl Wahlversammlungen der sozialdemokratischen Partei in Pinneberg, sowie in den Pinneberger Landdistrikten von den Königl. Preußischen Behörden verboten sein. — Der Reichstag hat sich dem Vorschlage der Commission angeschlossen und die Beanstandung der Wahl Beseler's ausgesprochen. Wir sind begierig zu erfahren, welche Wahrheiten die Enthüllungen [illegible] sind und aufrührerisch. —

Während des Fackelzuges waren an mehreren Straßenecken und Häusern Plakate angeschlagen worden folgenden Inhalts:

„Tausend Arbeiter sind in Pforzheim in großer Nothlage; grenzenloses Elend! Abhilfe dringend nothwendig!"

Die Polizei entfernte die Plakate natürlich sofort — aber der Eindruck derselben war geblieben, das Elend hatte sich den Jubelnden in nackter Gestalt gezeigt — das polizeiliche Einschreiten war nutzlos.

Der Aerger, die Wuth über das Anschlagen der Plakate in dem Lager der Besitzenden ist deshalb ungemein groß. Die „Badische Landeszeitung" ließ sich aus Pforzheim des andern Tags folgendes Schreiben schicken:

„Das Gerücht, daß in Carlsruhe am gestrigen Tage ein gehässiges Plakat angeheftet war, des Inhalts, daß man dort ein Jubelfest feiere, während in Pforzheim Tausende von Arbeitern brodlos seien, hat hier in der Bürgerschaft um so größere Entrüstung erregt, als der Verdacht nahe liegt, daß das gemeine, erbärmliche Bubenstück — anders können wir es nicht bezeichnen — von hier aus in Scene gesetzt wurde, indem ein ganz ähnliches Stück bei Anwesenheit des Großherzogs bei der Landesrosenausstellung ausgeführt, indeß noch rechtzeitig durch die Polizei und die Bürgerschaft selbst vereitelt wurde, welche die Plakate von den Straßenecken abrissen. Diese Büberei wurde damals nachweislich von hiesigen Sozialdemokraten ausgeführt, es liegt daher bei der Aehnlichkeit des Falles die Annahme sehr nahe, daß die in Carlsruhe verübte Gemeinheit in der hier großgezogenen Rotte ihre Quelle hat. Außerdem für heute nur die Mittheilung, daß der Inhalt des Plakats eine erbärmliche, auf Aufhetzung berechnete Lüge ist. Wenn auch unsere Industrie durch die allgemeine Calamität Schaden erlitten hat und noch leidet, so ist der Nothstand in der Arbeiterbevölkerung in dem Maße, wie er in den sozialdemokratischen Blättern geschildert wird, nicht vorhanden; überdies geschieht hier von Seiten der Stadt und der Bürgerschaft außerordentlich viel, wofür dieselben den Dank in sozialdemokratischen Blättern in fortgesetzten gemeinen Schmähungen ernten. Traurig genug, daß Leute, die solcher Erbärmlichkeit fähig sind, Verbündete in Kreisen haben, wo solche nicht zu suchen sein sollten."

Den Schlußsatz können wir nicht verstehen — wir wissen nicht, auf welche „Verbündete" der hochedle Notizenschreiber anspielt; aber das können wir verstehen und scheuen es uns auch nicht auszusprechen, daß es wohl kaum einen pöbelhafteren, schmähsüchtigeren Menschen geben kann, als diesen Schreiber. Der Herr spricht von einer erbärmlichen Lüge und giebt zu, daß die Pforzheimer Industrie darniederliegt, bekräftigt also die Thatsache, und sucht nur durch einige Phrasen die Noth in Pforzheim abzuschwächen.

Doch das ist Alles Nebensache!

Wir haben den Wortlaut des Plakats, welches in Carlsruhe angeheftet war, oben gebracht — wir setzen denselben hier nochmals hin:

„Tausend Arbeiter sind in Pforzheim in großer Nothlage; grenzenloses Elend! Abhilfe dringend geboten."

Und diese ruhige öffentliche Bitte, nennt der Schreiber und mit ihm die „Badische Landeszeitung" ein „gemeines erbärmliches Bubenstück!"

Also dem „Landesherrn" soll an seinem Jubeltage nicht einmal das nothleidende Volk eine öffentliche Bitte vorlegen dürfen, und die das nicht wollen, gerade sie ersterben vor Loyalität!

„Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen" — so klingt das Wort des verstorbenen Jacoby; aber diejenigen, welche die Fürsten davon abhalten, die Wahrheit zu hören, das sind die eigentlichen Verbrecher am Volke und an den Fürsten — — — — doch wir schreiben uns ja fast in einen monarchischen Eifer hinein. — — —

Zeit einige Mitglieder der Wahlcommission nicht zur Wahl gehörige Diskussionen geführt hätten, drei von den Mitgliedern hätten ihre Zettel abgegeben, welche der Vorsteher in die Urne warf, nach einiger Zeit hätte derselbe dann gesagt: Nun, wir können ja wohl anfangen, und die Herren begannen, ohne die Wahl gesetzmäßig zu eröffnen. Darauf bemerkte Struck, daß die Urne bei Eröffnung der Wahl leer sein müsse. Der Vorsteher Witt äußerte, das sei ihre Sache, er gehe streng nach dem Gesetz, und es sei demgemäß alles in Ordnung. Dann las er das Gesetz vor, und wie er an den § 13 des Reglements kam (auf den Struck sich berufen), hielt er inne, worauf er (Struck) die erwähnte Handlungsweise begangen habe. Nach dem Verhalten des Wahlvorstandes habe er die Ueberzeugung nicht gewinnen können, daß die Wahlhandlung eröffnet sei, und sei seine Handlungsweise durch die des Vorstandes veranlaßt, er beantrage deshalb seine Freisprechung. Struck wurde schließlich zu drei Tagen Gefängniß und in die Kosten verurtheilt. — Am 14. April hatten sich die Genossen Wiese, Moll, Gurgel aus Burlau und Unterzeichneter vor dem Schöffengericht zu Ahrensbock wegen unerlaubten Collektirens zu verantworten. Das Urtheil lautete betreffs der vier erstgenannten Angeklagten auf 15 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten, wogegen Unterzeichneter freigesprochen werden mußte, weil ihm nichts nachgewiesen werden konnte.

Parteigenossen, Ihr seht, daß sobald wir uns rühren und für unsere Interessen wirken, uns sofort Verfolgungen aller Art treffen, gedenkt deshalb des Wahl- und Gemaßregeltenfonds.

Arbeiter von Eutin und Umgegend! Euch lege ich noch besonders ans Herz, jetzt mehr denn je zu unserer Fahne zu halten, denn unsere Gegner wenden alle Mittel an, den Sozialismus hier zu unterdrücken, und namentlich machen sie ihren Einfluß in dieser arbeitslosen Zeit geltend durch Maßregelungen aller Art, welche sie auch auf Handwerker, die unseren Prinzipien huldigen, ausdehnen.

H. F. Schröder.

Berichtigung: Im vorigen Bericht ist irrthümlich vom ersten statt vom neunten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise die Rede; es muß dort heißen: Hier im ersten Oldenburgischen wie im neunten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise stehn die Sachen so.

Flensburg, 1. Mai. Wie den Parteigenossen bekannt sein wird, konnten hier schon seit längerer Zeit keine Volksversammlungen abgehalten werden, weil die Polizei unter allerhand nichtigen Vorwänden deren Einberufung untersagte. So z. B. war das Lokal bald zu klein, oder es befand sich nicht in geeignetem Zustande. Zum Ueberfluß entschied die Regierung in Schleswig auf erhobene Beschwerde auch noch gegen uns. Natürlich waren wir mit einem solchen Bescheide nicht zufrieden und wandte ich mich um Abhilfe an das Ministerium des Innern, und zwar unterm 27. November v. J. Da uns aber die Antwort zu lange ausblieb, brachte ich am 22. März d. J. die Angelegenheit nochmals in Erinnerung und ließ den betreffenden Brief auf der Post einschreiben. Das fruchtete, denn am 26. April wurde mir durch die hiesige Polizeiverwaltung nachstehender Bescheid des Ministeriums des Innern zugestellt, über dessen Empfang ich Bescheinigung in Händen der Polizei zurücklassen [illegible] ist noch das verhältnißmäßig beste in dem Marx'schen Buch und würde noch besser sein, wenn sie sich außer auf der gelehrten nicht auch noch auf der dialektischen Krücke fortgeholfen hätte. Die Hegel'sche Negation der Negation muß hier nämlich in Ermangelung besserer und klarerer Mittel den Hebammendienst leisten, durch welche die Zukunft aus dem Schooß der Vergangenheit entbunden wird. Die Aufhebung des individuellen Eigenthums, die sich in der angedeuteten Weise seit dem 16. Jahrhundert vollzogen hat, ist die erste Verneinung. Ihr wird eine zweite folgen, die sich als Verneinung der Verneinung und mithin als Wiederherstellung des „individuellen Eigenthums", aber in einer höheren, auf Gemeinbesitz des Bodens und der Arbeitsmittel gegründeten Form, charakterisirt. Wenn dieses neue „individuelle Eigenthum" bei Herrn Marx auch zugleich „gesellschaftliches Eigenthum" genannt worden ist, so zeigt sich ja hierin die Hegel'sche höhere Einheit, in welcher der Widerspruch aufgehoben, nämlich der Wortspielerei gemäß sowohl überwunden als aufbewahrt sein soll .... Die Enteignung der Enteigner ist hiernach das gleichsam automatische Ergebniß der geschichtlichen Wirklichkeit in ihren materiell äußerlichen Verhältnissen .... Auf den Credit Hegel'scher Flausen, wie die Negation der Negation eine ist, möchte sich schwerlich ein besonnener Mann von der Nothwendigkeit der Boden- und Kapitalkommunität überzeugen lassen .... Die nebelhafte Zwittergestalt der Marx'schen Vorstellungen wird übrigens den nicht befremden, der da weiß, was mit der Hegeldialektik als wissenschaftlicher Grundlage gereimt werden kann oder vielmehr an Ungereimtheiten herauskommen muß. Für den Nichtkenner dieser Künste ist ausdrücklich zu bemerken, daß die erste Negation bei Hegel der Katechismusbegriff des Sündenfalls, und die zweite derjenige einer zur Erlösung hinführenden höheren Einheit ist. Auf diese Analogieschnurre hin, die dem Gebiet der Religion entlehnt ist, möchte nun wohl die Logik der Thatsachen nicht zu gründen sein .... Herr Marx bleibt getrost in der Nebelwelt seines zugleich individuellen und gesellschaftlichen Eigenthums und überläßt es seinen Adepten, sich das tiefsinnige dialektische Räthsel selber zu lösen." Soweit Herr Dühring.

Also Marx kann die Nothwendigkeit der sozialen Revolution, der Herstellung einer auf Gemeineigenthum der Erde und der durch Arbeit erzeugten Produktionsmittel nicht anders beweisen als dadurch, daß er sich auf die Hegelsche Negation der Negation beruft; und indem er seine sozialistische Theorie auf diese der Religion entlehnte Analogieschnurre gründet, kommt er zu dem Resultat, daß in der künftigen Gesellschaft ein zugleich individuelles und gesellschaftliches Eigenthum als Hegel'sche höhere Einheit des aufgehobenen Widerspruchs herrschen wird.

Lassen wir zunächst die Negation der Negation auf sich beruhen, und besehen wir uns das „zugleich individuelle und gesellschaftliche Eigenthum". Dies wird von Herrn Dühring als eine „Nebelwelt" bezeichnet, und er hat darin merkwürdiger Weise wirklich Recht. Es ist aber leider nicht Marx, der sich in dieser Nebelwelt befindet, sondern wiederum Herr Dühring selbst. Wie er nämlich schon oben vermittelst seiner Gewandtheit in der Hegel'schen Methode des „Delirirens" ohne Mühe feststellen konnte, was die noch unvollendeten Bände des „Kapital" enthalten müssen, so kann er auch hier ohne große Mühe Marx nach Hegel berichtigen, indem er ihm die höhere Einheit eines Eigenthums unterschiebt, von der Marx kein Wort gesagt hat.

Bei Marx heißt es: „Es ist Negation der Negation. Diese stellt das individuelle Eigenthum wieder her, aber auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera, der Kooperation freier Arbeiter, und ihrem Gemeineigenthum an der Erde und den durch die Arbeit selbst producirten Produktionsmitteln. Die Verwendung des auf eigner Arbeit beruhenden, zersplitterten Privateigenthums der Individuen in kapitalistisches ist natürlich ein Prozeß, ungleich mehr langwierig, hart und schwierig als die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Privat-

die Letzteren keinen Anspruch auf Lohn für die verfeierten Schichten und dürfen ihre Entlassung gleichwohl nicht nehmen, falls die Arbeitslosigkeit nicht länger als drei Tage dauert. Verspätetes Erscheinen zur Anfahrt wird mit Vernullung bis zur ganzen Schicht bestraft. Schlecht gefüllte Fördergefäße oder unrein geförderte Kohlen werden gratis abgestürzt. Die Lohnzahlung erfolgt monatlich, und zwar in der zweiten Hälfte des folgenden Monats. Die Quittung leistet für den Empfänger ein Grubenbeamter! Wer gegen die Richtigkeit des ausgeworfenen Lohnes bereits am Lohntage Einwendungen macht, verliert jedes weite Anrecht. — Diese Bestimmungen sind auf den genannten Zechen zwar schon lange in Kraft, neu jedoch ist eine Klausel, die das langersehnte Contraktbruchgesetz gleichsam überflüssig machen soll. Es sollen nämlich im Fall eines Strikes die Feiernden ihren Lohn erst nach Verlauf eines Vierteljahres zu beanspruchen berechtigt sein. Daß man kein wirksameres Mittel erdenken konnte, um eine strikende Belegschaft mit der wünschenswerthen Schnelligkeit auszuhungern, liegt auf der Hand; diese Neuerung sollte nun zunächst in Gestalt eines umschriebenen Alinea in die Arbeitsordnung von zwei Werken eingeschmuggelt werden, auf denen noch keine größere Arbeitseinstellung stattgefunden, und sie daher eher unbeachtet bleiben konnte, um später zusammen mit dem Ganzen als Normalentwurf auf alle Zechen des Reviers ausgedehnt zu werden. Obgleich die Arbeiter von diesem menschenfreundlichen Plane keine Kenntniß hatten, haben sie sich doch fast einmüthig den Forderungen der Arbeitgeber widersetzt. — Daß die feiernden Bergarbeiter den Grubenverwaltungen gegenüber einen schweren Stand haben, ist in dieser Zeit der Geschäftsstille nicht zu verwundern. Es hat denn auch an Abmahnungen vor übereilten Schritten nicht gefehlt, und namentlich ist es Genosse Tölcke gewesen, der den Bergarbeitern das Mißliche ihrer Stellung vorgehalten hat. Zunächst wollen die brodlos gewordenen Bergleute wiederholt die Stadt Dortmund und außerdem das Oberbergamt um Arbeit angehen, mit welchem Erfolg, das ist unschwer vorauszusehen. Alles in Allem sind es wieder einmal die Provokationen der Arbeitgeber gewesen, welche eine große Zahl fleißiger und tüchtiger Arbeiter in's Elend gestürzt haben.

Dessau, 31. April. Unsere Stadt ist in nicht geringe Aufregung versetzt durch das vor etlichen Tagen erfolgte plötzliche Verschwinden der Direktoren der hiesigen Gewerbebank Fiedler und Eiseck. Das Schlimme an der Sache aber ist, daß die Flüchtlinge ein Defizit von Mk. 561059,24 hinterlassen haben, welches gedeckt werden muß. Wenn man bedenkt, daß die Mitglieder der Gewerbebank zum großen Theil dem kleinen Gewerbestande angehören, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung von dem Elend machen, welches die Betrügereien der beiden Schwindler hervorrufen werden, wenn nicht ein Ausweg zur Verständigung mit den Gläubigern gefunden wird. An Anstrengungen in dieser Richtung fehlt es nicht, ob sie aber von Erfolg gekrönt sein werden, muß die nächste Zukunft lehren. Vorläufig hat die Gewerbebank sich bereit erklärt, den Gläubigern 80 pCt. in vier Raten binnen einem Jahre zu zahlen, und gedenkt dieselbe durch freiwillige Mitglieder[illegible]

Styl verfallen, und Marx im Interesse der vollen Wahrheit Dinge unterschieben, die Hrn. Dühring's eigenstes Fabrikat sind. Ein Mann, der so total unfähig ist, auch nur ausnahmsweise richtig zu citiren, mag wohl in sittliche Entrüstung gerathen gegenüber der „Chinesengelehrsamkeit" anderer Leute, die ausnahmslos richtig citiren, aber eben dadurch „den Mangel einer Einsicht in das Ineinander der jedesmal angeführten Schriftsteller schlecht verdecken". Herr Dühring hat Recht. Es lebe die Geschichtszeichnung großen Styls!

Bisher sind wir von der Voraussetzung ausgegangen, Herrn Dühring's hartnäckiges Falschcitiren sei wenigstens in gutem Glauben geschehen und beruhe entweder auf einer ihm eigenen totalen Unfähigkeit des Verständnisses, oder aber auf einer, der Geschichtszeichnung großen Styls eigenthümlichen und sonst wohl als liederlich bezeichneten Gewohnheit, aus dem Gedächtniß anzuführen. Es scheint aber, daß wir hier an dem Punkt angekommen sind, wo auch bei Herrn Dühring die Quantität in die Qualität umschlägt. Denn wenn wir erwägen, daß erstens die Stelle bei Marx an sich vollkommen klar und zudem noch durch eine andere platterdings kein Mißverständniß zulassende Stelle desselben Buchs ergänzt wird; daß zweitens weder in der oben angeführten Kritik des „Kapital" in den Ergänzungsblättern, noch auch in derjenigen in der ersten Auflage der „Kritischen Geschichte" Herr Dühring dies Ungeheuer von „zugleich individuellen und gesellschaftlichen Eigenthum" entdeckt hatte, sondern erst in der zweiten Auflage, also bei dritter Lesung; daß in dieser sozialistisch umgearbeiteten, zweiten Auflage Herr Dühring es nöthig hatte, Marx über die zukünftige Organisation der Gesellschaft möglichst großen Blödsinn sagen zu lassen, um dagegen — wie er auch thut — „die Wirthschaftscommune, die ich in meinem „Cursus" ökonomisch und juristisch skizzirt habe" um so triumphirender vorführen zu können — wenn wir das Alles erwägen, so wird uns der Schluß aufgedrängt, daß Herr Dühring uns hier fast zur Annahme zwingt, er habe hier den Marx'schen Gedanken mit Vorbedacht „wohlthätig erweitert" — wohlthätig für Hrn. Dühring.

Welche Rolle spielt nun bei Marx die Negation der Negation? Auf Seite 791 u. ff. stellt er die Schlußergebnisse der auf den vorhergehenden fünfzig Seiten durchgeführten ökonomischen und geschichtlichen Untersuchung über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals zusammen. Vor der kapitalistischen Aera fand, wenigstens in England, Kleinbetrieb statt, auf Grundlage des Privateigenthums des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln. Die sog. ursprüngliche Akkumulation des Kapitals bestand hier in der Expropriation dieser unmittelbaren Produzenten, d. h. in der Auflösung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigenthums. Dies wurde möglich, weil der obige Kleinbetrieb nur verträglich ist mit engen, naturwüchsigen Schranken der Produktion und der Gesellschaft und auf einem gewissen Höhegrad daher die materiellen Mittel seiner eigenen Vernichtung zur Welt bringt. Diese Vernichtung, die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrirte, bildet die Vorgeschichte des Kapitals. Sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und andern Produktionsmitteln, daher die weitere Expropriation der Privateigenthümer, eine neue Form. „Was jetzt zu expropriiren, ist nicht länger der selbstwirthschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitirende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Konzentration der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt Viele todt. Hand in Hand mit dieser Konzentration oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch Wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßig gemeinsame Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeits-

Redner zum Wort, von welchen der eine meinte, er ginge überall hin, und so sei es ihm auch neulich eingefallen, in die Kirche zu gehen. Da habe ihn aber ein Kirchendiener beim Aermel gefaßt und habe gesagt, daß der Platz für einen Andern bestimmt sei, er dürfe sich da nicht hinsetzen und müsse erst abwarten, ob der Betreffende kommen würde; das habe ihn so empört, daß er von jetzt an nicht wieder die Kirche besuchen wollte. Da hier eine ziemlich starke Abneigung gegen die Kirche herrscht, so riefen auch diese Worte ein allgemeines Bravo hervor. Ein anderer Herr sprach den Wunsch aus, daß der sehr lehrreiche Vortrag der Frau Klemich gedruckt werden möchte; was Frau Klemich auch versprach, indem sie die Versicherung gab, daß der betreffende Vortrag in den von ihr redigirten „Blättern für geistigen Fortschritt" demnächst erscheinen werde. Die Versammlung war sehr stark besucht; zum ersten Mal hatten wir auch Frauen öffentlich eingeladen, und waren dieselben auch in größerer Anzahl erschienen. Es wird hier lebendig, aber auch die Maßregelungen nehmen zu. T.

Leipzig. (Verspätet.) Am 20. April fand in den 3 Mohren im Anger die in der Zeit des Wahlkampfes verabredete Disputation zwischen dem Fortschrittsmann Hrn. Findel und unserem Parteigenossen Geiser statt. Aus den bereits veröffentlichten Thesen erhellt schon, wovon im allgemeinen die Rede gewesen ist. Nur hervorgehoben sei, daß Herr Findel den vielfach abgebrauchten Vorwurf brachte, das von ihm freilich erst dem Sozialismus imputirte absolute Gleichheitsideal sei mehr dem romanischen Rassen angemessen, bei welchen ein „heerdenartiger Charakter zu constatiren sei, der eine immer strengere Concentration bedinge; dem deutschen Nationalcharakter sei mehr der Zug nach individueller Freiheit, nach Befreiung des Einzelnen eigenthümlich. Nun hat uns aber leider die neuere Entwickelung gezeigt, daß dieser „Heerdencharakter" in unserer deutschen gesetzgebenden Versammlung in ganz bedenklicher Weise um sich gegriffen hat. Beweise liegen auf der Hand, man denke nur an die zahllosen „Hammelsprünge" und an das fliegende Wort von der „Heerde von Pferden", mit der ein uns gegnerischer Abgeordneter, die wie auf Ordre stimmenden Nationalliberalen verglich. Jenes Hereinziehen der nationalen Gegensätze schmeckte etwas nach der bekannten Hetze gegen den „Erbfeind". Durch einige Kalauer suchte Findel die von uns geforderte geistige und körperliche Bethätigung der Einzelnen ins Lächerliche zu ziehen: ein Professor könne nicht Vormittag Collegien lesen und Nachmittag Straßen pflastern; wogegen Geiser betonte, daß derzeit den geistigen Arbeitern es oft an Bethätigung ihrer Körperkräfte mangele, und, was ebenso schlimm, wenn nicht noch schlimmer ist, andrerseits ganz erhebliche Bevölkerungstheile nicht in der Lage seien, ihre Geisteskräfte zu üben, und so auf beiden Seiten Mißbildungen und unnatürliche Verkrüppelungen einträten. Von Punkt zu Punkt war Herr Findel genöthigt, sein „erfreuliches Einverständniß" mit unserem Genossen Geiser zu erklären. Als der Letztere daraus die Folgerung zog, daß Herr Findel wohl mehr Sozialist sei, als er sich träumen lasse, ergriff diesen ein gelinder Schauer, der ihn veranlaßte, die erste gebotene Gelegenheit zum Abbrechen der Disputation zu benutzen. Nun verlangte Geiser bestimmte Antwort auf die Fragen 1) ob es in einem vernünftig organisirten Staat Existenzen ohne Arbeit (abgesehen natürlich von den Arbeitsunfähigen) geben dürfe; 2) ob ohne eine Aenderung in diesem Sinne eine gründliche Bessergestaltung der staatlichen Verhältnisse möglich sei und 3) ob eine andere als die von den Sozialisten angestrebte Gesellschaftsform diese möglich mache. Darauf wollte nun Herr Findel durchaus nicht antworten und nannte die Fragestellung Geisers eine Gewaltmaßregel, es werde ihm damit „der Revolver auf die Brust gesetzt, das stehe nicht in den Thesen" u. dgl. m. Wir meinen nun, daß man recht wohl diese Fragen beantworten kann, daß es im Wesen der Disputation liegt, jede auftauchende Differenz zu beleuchten und daß endlich diese Fragen selbst genau in den Rahmen der 4. These gehören. Die Versammlung erklärte sich gegen eine Minorität von sechs Stimmen für eine von Geiser eingebrachte Resolution: daß Herr Findel außer Stand sei, den Sozialismus zu widerlegen. Den einzig richtigen Protest gegen diese Resolution durch eine Widerlegung verschmähte Hr. Findel und so ging die Versammlung auseinander, nachdem noch ein Herr Dr. Glabstern, in Volksversammlungen auf den Namen „Müller" hörend, mit Geiser zu disputiren sich bereit erklärt. Wie wir vernehmen, hat er sich jedoch nachträglich anders besonnen. Die Waffen der Wissenschaft sind, wie es scheint, entweder zu schwer zu regieren für die Herren Gegner oder aber es ist mit ihnen dem Sozialismus überhaupt nichts anzuhaben.

Delitzsch, 25. April. (Allgemeiner Bericht.) Verschiedene Leitartikel im „Delitzscher Kreisblatt", welche von Verleumdungen gegen uns strotzen, veranlassen mich, den Raum des „Vorwärts" in Anspruch zu nehmen. Ich würde diesen gegnerischen Artikeln keine besondere Aufmerksamkeit schenken, wenn ich nicht wüßte, daß es darauf abgesehen ist, uns unsere bei der letzten Reichstagswahl hier neugewonnenen 500 Wähler wieder zu entreißen. Die verschiedenen Artikel näher zu besprechen, halte ich für zwecklos, nur eine in den Artikeln enthaltene Stelle ist von Bedeutung, speziell für unsern Wahlkreis. Der Verfasser führt nämlich aus, daß die Sozialdemokratie nur in denjenigen Wahlkreisen Fortschritte gemacht habe, wo die große Masse des Volkes politisch unreif sei (dieser Ausspruch läßt mich allerdings zweifeln an der politischen Reife des Verfassers), und daß es nur der politischen Reife der Wähler des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises zu verdanken sei, daß die Sozialdemokratie keine allzu großen Fortschritte gemacht habe. Was es mit dieser politischen Reife aber für eine Bewandtniß hat, das haben wir beim Austragen der Wahlaufrufe und Stimmzettel, namentlich auf dem platten Lande, erfahren, wo ein sehr großer Theil der Bevölkerung nicht einmal wußte, was der Reichstag resp. die Reichstagswahl für eine Bedeutung hat. Was den intelligenteren Theil der Städte anbetrifft, so erscheint die politische Reife hier erst recht zweifelhaft, wenn man in Erwägung zieht, daß der Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreis lange Jahre und namentlich in der Konfliktszeit von der Fortschrittspartei vertreten wurde, wo hingegen jetzt von einem Konservativen alles Heil erwartet wird. Doch um den Gegnern Gelegenheit zu geben, ihre politische Reife zu bethätigen, hielten wir Sonntag, den 22. April, eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die geistigen Waffen unserer Gegner" im Bürgergarten ab, zu welcher der Verfasser der betreffenden Artikel durch das hiesige Kreisblatt speziell eingeladen, aber natürlich nicht erschienen war. Herr Werner aus Leipzig als Referent verstand es denn auch vortrefflich, die groben Verleumdungen und Verdächtigungen gegen uns in ihr Nichts zurückzuführen, und die Kampfesweise besagter Artikelschreiber gehörig zu kennzeichnen. Die gut besuchte Versammlung war mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, was der ungetheilte Beifall, welcher während des Vortrags, sowie am Schlusse desselben dem Referenten zu Theil ward, bewies. Eine im Sinne der Tagesordnung abgefaßte Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Schlusse sei noch erwähnt, das Abends ein Ball der Gesellschaft „Brüderlichkeit" stattfand, zu welchem uns zu unserer größten Freude der Gesangverein „Lassallea" aus Halle ein vorzüglich eingeschultes Doppel-Quartett gestellt hatte, das uns einige recht angenehme Stunden bereitete, wofür die Delitzscher Genossen nochmals ihren Dank Halle aussprechen und zugleich die Bitte an den Gesangverein zu richten, sie bald wieder mit ihrem Besuche zu erfreuen. St.

Meerane, 2. Mai. Es ist viel geschrieben worden über die Aussperrung der Arbeiter seitens des Kanonenkönigs Krupp, und doch ist dieser nur ein Stümper gegenüber der Fabrikantengruppe am hiesigen Ort. Es dürfte nicht uninteressant sein, die Sache etwas eingehender zu besprechen. Die hiesigen Weber nennen die Fünfziger Jahre und namentlich die Zeit während des Krimkrieges die Blüthezeit der Weberei. Es gab damals auch vollständig genug Arbeit, die Lebensmittel waren 40, 50 bis 60 Proz. billiger und der Fortschritt der practischen Weberei machte sich geltend, denn es wurden in einem Stuhle Doppelstücke statt der einfachen angefertigt. Auch wurden von allen umliegenden Dörfern Lehrlinge zur Weberei herangezogen, kurz, der Meister, welcher zwei, drei und 4 Webstühle gehen hatte, fühlte sich wohl. Es sollte aber sehr bald anders kommen, die Kaufleute nahmen bald wahr, daß bei der Weberei Geld zu verdienen sei, auch lernten sie die Vortheile der Weberei kennen; die Concurrenz trat in den Vordergrund, die Löhne konnten zwar nicht gekürzt werden, indem dieselben gegen Glauchau und andere Orte weit niedriger standen, aber die Stücke wurden von 70 auf 80 Ellen Länge geschraubt. Der damalige Kaufmann L., welcher die ersten 80elligen Stücke anfertigen ließ, lebt heute noch, ist stets Fortschrittler und seine Stücke haben jetzt eine Länge von 126 Ellen erreicht, natürlich zu dem früheren Lohnsatz. Zum Verkauf aber werden dieselben auseinandergeschnitten. In der Weberbewegung 1872 stieg der Lohn an einzelnen Stellen bei einem Stück fünfundzwanzigpfennigweise bis zu 1 Mark 50 Pf., diese Zulage wurde aber am Schlusse der Saison gekürzt. Den Profit nimmt der Fabrikant mit der größten Seelenruhe hin, nicht darnach fragend, ob seine Arbeiter schwer darunter leiden. Dagegen haben die Verleger, welche noch größere Geldeinsäckler sind, vollauf zu thun, indem sie die auf die Waare gemachten Abzüge einziehen, ohne das Material vollständig zurückzugeben. Wenn man so ein Arbeiter-Verlegerbuch zufällig durchsehen kann und die auf die Waaren gemachten Abzüge erblickt, so muß man staunen. — Unsere Stadt, welche eine Schuldenlast von mehr als 600,000 Mark hat und blos auf die Steuerkraft angewiesen ist, wird durch das Vorgehen der Fabrikanten vollständig ruinirt, die Pfandleiher machen das beste Geschäft: Alles was sich forttragen läßt, Kleidungsstücke, Möbel, ja die unentbehrliche Uhr wandert in's Leihhaus, und wenn man zufällig einer Auktion beiwohnt, so glaubt man sich in einen Uhrmacherladen versetzt, und meistens werden die Pfänder zur Hälfte des Werths abgegeben. Mehr denn 800 Steuerzahler haben auf 1875 noch die Steuern zu bezahlen und sind der Auspfändung gewärtig. Daß die Steuerreste für 1876 nicht geringer sein werden, ist selbstredend. — So sind die Zustände heute, und noch unerträglicher würde unser Loos sein, wenn wir bei letzter Reichstagswahl unterlegen wären. Zu dem Mangel an Arbeit hätte sich dann auch noch die Verhöhnung gesellt; als Memmen müßten wir einhergehen und die Verfolgung wäre noch ärger geworden. So aber haben wir noch vollständig das Vertrauen der Massen, Alles harrt und freut sich auf Volksversammlungen und das einmüthige Zusammenhalten wirkt einschüchternd auf unsere Gegner. — Zum Schluß will ich noch erwähnen, daß die Auflösung eines hier noch nie bestandenen sozialistischen Vereins seitens des Bürgermeisters mit ungeheurer Heiterkeit begrüßt wurde. R.

Abermalige Aufforderung.

Unserer Mahnung in Nr. 49 d. Bl. vom 27. April d. J. sind nicht nachgekommen:

J. G. Güth, Meiningen; Carl Salomon für die Parteigenossen Fraureuths; Ad. Stölle, Göttingen; Arbeiterverein Neuschönefeld; Sandmann, Dessau; Baumann, Schneider, Neuschönefeld, Marktstraße; R. Schneeweiß, Uelzen; W. Tausche, Theresienstadt; J. Keßner für den Arbeiterbildungsverein Brünn; Adolf Schroth, Schreiner, Bayreuth; A. Reichel, Colporteur, Troppau (Aufenthalt z. Z. unbekannt); E. Fenske, Eisenach; Kalbfleisch, „Westf. Freie Presse", Dortmund; H. Kölschen, Süchteln; J. Sälz, Bremen; H. Fennemann, Duisburg; E. Greulich, Forst N/L.

Nachfolgende Personen werden hiermit zum **ersten Male** aufgefordert, ihre Angelegenheiten mit der Expedition **ungesäumt** zu ordnen, dasern nicht Vorlage an den Congreß erfolgen soll:

W. Teuert, Düsseldorf; H. Freudenthal, Kruschwitz; H. Hintermeyer, Wiesbaden (Aufenthalt gewechselt); Max Kayser, Dresden; A. Conrad, Laufigk, jetzt Borna. (Forts. folgt.)

Vertrauensleute und Agenten werden dringend gebeten, die Aufgerufenen von unseren Aufforderungen in Kenntniß zu setzen.

Dreimal ohne Erfolg Aufgerufene werden wir zur Kenntniß des Congresses bringen, welcher böswillig erwiesene Säumige weiter im Parteiorgan bekannt geben wird.

Leipzig, am 5. Mai 1877.

Die Expedition des „Vorwärts" und der „Neue Welt".

An die Mitglieder der früheren Gewerkschaft der Holzarbeiter, speziell aber an die Bevollmächtigten und Ortskassirer derselben.

In Nr. 18 des „Bund" Seite 3, befindet sich eine Aufforderung seitens des Krankenkassen-Vorstandes zur ungesäumten Ablieferung sämmtlicher in den Ortskassen befindlichen Gelder u. s. w. Ich fordere hiermit die Mitglieder auf, derselben keine Folge zu leisten, indem der Bundeskrankenkassenvorstand nicht das geringste Recht hat, über Gelder zu verfügen, die laut Frankfurter Congreß-Beschluß von 1876 den am Orte befindlichen Mitgliedern verbleiben. Näheres hierüber in Nr. 19 des „Bund".

Mitzutheilen ist noch, daß der Denkstein für Th. York am 18. Mai, dem Geburtstage York's eingeweiht werden soll. Die Feier verspricht eine erhebende zu werden, da sämmtliche hiesige Gewerkschaften ihre Theilnahme zugesagt haben.

Hamburg, 5. Mai. Wilh. Eberhardt,
St. Pauli Augustenpassage 18 III.

Der Congreß der Schmiede Deutschlands

findet vom 20.—22. Mai in Leipzig statt. Wir fordern alle Schmiede Deutschlands auf, denselben durch Abgeordnete ihres Ortes zu beschicken. Die heutige Lage der Schmiede Deutschlands ist eine höchst gedrückte und wird durch Arbeitslosigkeit immer schlechter. Die Schmiede Deutschlands müssen sich aufraffen, wenn sie nicht ganz und gar in Knechtschaft untergehen wollen. Vor der Mitte dieses Monats findet in Berlin ein Congreß der Schmiedemeister Deutschlands statt und die Bestrebungen dieser Herren wird jeder Schmiedegeselle zu würdigen verstehen.

Der Congreß soll die Mittel und Wege berathen, durch welche eine Besserung dieser elenden Verhältnisse ermöglicht werden kann; zu diesem Zweck werden dem Congreß folgende Gegenstände zur Besprechung vorgelegt: 1. Gründung eines deutschen Schmiedeverbandes; 2. Berathung über die Einführung gleichmäßiger Agitation; 3. Berathung über die Einführung gleichmäßiger Arbeitszeit; 4. Berathung über Kranken- und Sterbekassen-Angelegenheiten.

Diese Punkte sollen genau besprochen und darüber Beschluß gefaßt werden. Alle Parteigenossen werden aufgefordert, diese Bekanntmachung möglichst weit zu verbreiten und nach Kräften für die Beschickung des Congresses zu wirken.

Wir haben schon zu wiederholten Malen in unserem Organ (im „Ambos" Aufrufe erlassen. Auch die „Berliner Freie Presse" hat auf unsern Congreß aufmerksam gemacht; wir nehmen aber hier nochmals Gelegenheit, alle Parteigenossen auf den Congreß aufmerksam zu machen und fordern wir alle Schmiedegesellen auf, ihre Pflicht zu thun. Auf nach Leipzig!

Orte, welche Delegirte zum Congreß senden, haben dieselben bei Hrn. Heinrich, Leipzig Nordstraße 10 I., anzumelden.

Mit brüderlichem Gruß

Der Vorstand des Vereins der Berliner Schmiedegesellen:
E. Basner. H. Schartow.

Die Neuwahl im 6. Berliner Wahlkreis ist auf den 17. d. anberaumt.

Briefkasten

der Redaktion. E. B. in Altona: Wird geschehen.

Quittung. Hrbg hier Ab. 1,25. Mlr Frohburg Ab. 2,20, Schr. 1,32. Schlz Schönefeld Ab. 1,80. Kun hier Ab. 1,80. Expedition der „Tagwacht" Zürich Ab. 200,00. Kal Frankfurt Ab. 10,00. Klein Düsseldorf Ab. 11,40. Hrgs Wien Schr. 8,71. Hrbg Würzburg Ab. 20,00. Expedition der „Fackel" hier Ab. 28,17 u. 46,00. Ullrich hier Ab. 3,00. Inzhnns Connewitz Ann. 1,50. Hmmzsch Dresden Ab. 1,80. Schltr Dresden Schr. 12,00. Erbstn Lindenau Schr. 2,30, Ab. 1,80. Mlr Schalksmühle Schr. 5,75. H. Schmdt Hannover Ab. 100,00. Schlr Frohmau Ab. 9,14. Kpp Rottweil Schr. 2,20. Hbl Baden-Baden Schr. 8,30.

Meine Adresse ist jetzt: Joseph Hauptmann, bei Ernst Keil, Neuwied. Dies den Fürther Parteigenossen zur Mittheilung.

Montag, den 7. ds Mts., hat unser Genosse Rödiger seine zweimonatliche Haft angetreten. Briefe sind an Frau Rödiger, Restauration, Gr. Wallstraße 24, Halle, zu richten.

Agitationsfonds.

Durch F. A. Reichlein S. Francisko Mk. 196,52.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Bielefeld. Donnerstag, den 10. Mai, Nachmittags 6 Uhr, bei Kahl, an der Haager-Straße:

Allgemeine Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Berathung über a. Beschickung des Sozialisten-Congresses und event. Wahl des Delegirten; b. Anträge zum Congreß.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht. (F. 43) [80

Der Einberufer.

Bielefeld. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonnabend, den 12. Mai, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal bei Kahl:

Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Bruno: Dem Andenken Johann Jacoby's. (F. 43) [80

Um zahlreiche Betheiligung ersucht Der Vorstand.

Hannover. Den Parteigenossen die vorläufige Anzeige, daß am 1. Pfingsttage ein [1,80

Familien-Fest

in den Sälen des Hrn. Narten stattfinden wird.

(F163) Die Fest-Commission.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Im Laufe dieser Woche beginnen neue Unterrichts-Curse: in der einfachen Buchführung: Dienstag Abend 9 Uhr; in der deutschen Sprache: Freitag Abend 8 Uhr, im Schönschreiben: 9 Uhr; in Stenographie (Gabelsberg): Sonnabend 8 Uhr; außerdem im Rechnen 3 Curse für Anfänger und Fortgeschrittenere: Montag, den 14. ds. Mts., 8 und 9 Uhr; in der doppelten Buchführung: Dienstag, den 15. ds., Abends 8 Uhr. — Dem Unterricht in Gesang, Turnen, Zeichnen (technisch und Freihandzeichnen), in Stylistik und Redeübung, der stenographischen Sektion (Fortbildungs-Cursus), sowie dem deklamatorischen Club kann stets beigetreten werden.

Beitrag monatlich 60 Pfg. Aufnahme jeden Abend von 8½ Uhr an im Vereinslokale, Ritterstraße 43 II.

Die Gesinnungsgenossen werden ersucht, für den Verein fleißig zu agitiren, um demselben neue Mitglieder zuzuführen. [1,60

Der Vorstand.

Leipzig. Mittwoch, den 9. Mai, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle":

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Gewerbegesetznovelle (Arbeiterschutzgesetz). Referenten W. Hasenclever und J. Motteler. 90]

Der Einberufer.

Osnabrück. Donnerstag, den 10. Mai, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Berathung der Anträge zum Congreß. 2) Verschiedenes. [70

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht P. Krowiarz.

Ottensen. Mittwoch, den 9. Mai, Abends 8½ Uhr, im Burmeister's Salon, 1 Treppe:

Volksversammlung.

Fortsetzung der Tagesordnung von letzter Versammlung.

F. Heerhold. [60

Adreßänderung.

Da Herr J. Franz aus der Volksbuchhandlung des Schweiz. Arbeiterbundes ausgetreten und eine eigene Buchhandlung begründet hat, so wolle man alle Sendungen an uns einfach:

Volksbuchhandlung, Zürich

oder noch besser:

Volksbuchhandlung, Zeltweg-Hottingen

mit Hinweglassung des Namens J. Franz adressiren.

Wird der Name J. Franz noch neben demjenigen der Volksbuchhandlung auf die Adresse gesetzt, so werden die Sendungen gewöhnlich in der Buchhandlung des Herrn J. Franz abgegeben, was zu Verzögerungen und Verwirrungen Anlaß giebt.

Also nochmals: adressire man einfach

Volksbuchhandlung

ohne Beifügung des Namens J. Franz. (26)

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hengs, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 55. Freitag, 11. Mai. 1877.

Jubelfest und Arbeiterelend.

Motto: „Feiern an den Feiertagen
Sollte auch die Noth."
Fried. Rückert.

Vor einigen Tagen feierte der Großherzog von Baden sein 25jähriges Regierungsjubiläum in Carlsruhe, seiner Residenzstadt.

Illuminationen, Fackelzug, schlechte Gedichte, krumme Rücken, Musik, durstige Kehlen, superfeine Toiletten, Wagengerassel, Chorgesang, Ballet, Gebete, Operetten und Predigten — Alles das konnte man in dem schönen Carlsruhe an jenem Tage hören, sehen und genießen.

Wer kann's dem Großherzog verübeln, daß er sein Jubiläum feiert und feiern läßt — thut doch dies fast jeder Beamte, hoch oder gering. Auch wir verdenken dem Herrn die Feier nicht, er thut nichts Anderes, als was sie Alle thun.

In den Jubel kam plötzlich ein Mißton — in dem freudvollen Carlsruhe trat ein ekles, grinsendes Weib, das Elend, plötzlich auf den offenen Marktplatz und entblößte sich — zuerst Erschrecken, dann Zorn und Wuth erfüllte die Herzen der Freudigen. Wenn das Weib nur in ihrer Klause geblieben wäre, hätte es den offenen Marktplatz nicht betreten und sich so schamlos enthüllt — dann wäre Alles in Ordnung gewesen; das Elend, wenn es dem Auge des Glücklichen verborgen bleibt und wenn es noch so gewaltig zerstörend im Volke hauset, ein solches Elend genirt nicht — aber wenn es sich zeigt, öffentlich zeigt, so stört es ja die Freude und das ist entsetzlich.

Das Elend selbst ist sogar nothwendig für die heutige Gesellschaft, es hilft die Masse des Volkes in Ruhe und Ordnung, in Abhängigkeit halten, aber das Vorführen des Elends ist ekelhaft und aufrührerisch. —

Während des Fackelzuges waren an mehreren Straßenecken und Häusern Plakate angeschlagen worden folgenden Inhalts:

„Tausend Arbeiter sind in Pforzheim in großer Nothlage; grenzenloses Elend! Abhilfe dringend nothwendig!"

Die Polizei entfernte die Plakate natürlich sofort — aber der Eindruck derselben war geblieben, das Elend hatte sich den Jubelnden in nackter Gestalt gezeigt — das polizeiliche Einschreiten war nutzlos.

Der Aerger, die Wuth über das Anschlagen der Plakate in dem Lager der Besitzenden ist deshalb ungemein groß. Die „Badische Landeszeitung" ließ sich aus Pforzheim des andern Tags folgendes Schreiben schicken:

„Das Gerücht, daß in Carlsruhe am gestrigen Tage ein gehässiges Plakat angeheftet war, des Inhalts, daß man dort ein Jubelfest feiere, während in Pforzheim Tausende von Arbeitern brodlos seien, hat hier in der Bürgerschaft um so größere Entrüstung erregt, als der Verdacht nahe liegt, daß das gemeine, erbärmliche Bubenstück — anders können wir es nicht bezeichnen — von hier aus in Scene gesetzt wurde, indem ein ganz ähnliches Stück bei Anwesenheit des Großherzogs bei der Landesrosenausstellung ausgeführt, indeß noch rechtzeitig durch die Polizei und die Bürgerschaft selbst vereitelt wurde, welche die Plakate von den Straßenecken abrissen. Diese Büberei wurde damals nachweislich von hiesigen Sozialdemokraten ausgeführt, es liegt daher bei der Aehnlichkeit des Falles die Annahme sehr nahe, daß die in Carlsruhe verübte Gemeinheit in der hier großgezogenen Rotte ihre Quelle hat. Außerdem für heute nur die Mittheilung, daß der Inhalt des Plakats eine erbärmliche, auf Aufhetzung berechnete Lüge ist. Wenn auch unsere Industrie durch die allgemeine Calamität Schaden erlitten hat und noch leidet, so ist der Nothstand in der Arbeiterbevölkerung in dem Maße, wie er in den sozialdemokratischen Blättern geschildert wird, nicht vorhanden; überdies geschieht hier von Seiten der Stadt und der Bürgerschaft außerordentlich viel, wofür dieselben den Dank in sozialdemokratischen Blättern in fortgesetzten gemeinen Schmähungen ernten. Traurig genug, daß Leute, die solcher Erbärmlichkeit fähig sind, Verbündete in Kreisen haben, wo solche nicht zu suchen sein sollten."

Den Schlußsatz können wir nicht verstehen — wir wissen nicht, auf welche „Verbündete" der hochedle Notizenschreiber anspielt; aber das können wir verstehen und scheuen es uns auch nicht auszusprechen, daß es wohl kaum einen pöbelhafteren, schmähsüchtigeren Menschen geben kann, als diesen Schreiber. Der Herr spricht von einer erbärmlichen Lüge und giebt zu, daß die Pforzheimer Industrie darniederliegt, bekräftigt also die Thatsache, und sucht nur durch einige Phrasen die Noth in Pforzheim abzuschwächen.

Doch das ist Alles Nebensache!

Wir haben den Wortlaut des Plakats, welches in Carlsruhe angeheftet war, oben gebracht — wir setzen denselben hier nochmals hin:

„Tausend Arbeiter sind in Pforzheim in großer Nothlage; grenzenloses Elend! Abhilfe dringend geboten."

Und diese ruhige öffentliche Bitte, nennt der Schreiber und mit ihm die „Badische Landeszeitung" ein „gemeines erbärmliches Bubenstück!"

Also dem „Landesherrn" soll an seinem Jubeltage nicht einmal das nothleidende Volk eine öffentliche Bitte vorlegen dürfen, und die das nicht wollen, gerade sie ersterben vor Loyalität!

„Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen" — so klingt das Wort des verstorbenen Jacoby; aber diejenigen, welche die Fürsten davon abhalten, die Wahrheit zu hören, das sind die eigentlichen Verbrecher am Volke und an den Fürsten — — — — doch wir schreiben uns ja fast in einen monarchischen Eifer hinein. — — —

Illumination und Fackelzug sind längst erloschen, Jubelgesänge, Gebete, Predigten, Wagengerassel und Musik sind längst verklungen, Ballet, durstige Kehlen, krumme Rücken und schlechte Gedichte, sie sind für einige Zeit in die Rumpelkammer geworfen, aber das Elend, das bleiche Elend ist geblieben — es macht seinen Rundgang durch unser schönes Deutschland.

Giebt es kein Mittel, dasselbe zu bannen? Gewiß! Aber nicht genügt es, das Elend von dem öffentlichen Markte fern zu halten, die Wunden des Volkes zu verkleistern, sondern das Elend muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Und dies kann geschehen wenn die Culturnationen die Organisation der Arbeit in die Hand nehmen, wenn sie das Recht auf Arbeit und das Recht der Arbeit feststellen.

Nimmer aber werden diejenigen Klassen der Bevölkerung an solcher Umgestaltung der Gesellschaft theilnehmen, welchen der heutige Zustand behaglich ist, welche sich in demselben glücklich fühlen — deshalb muß das Volk, das arbeitende Volk zusammenstehen und mit seinen wenigen Freunden aus den anderen Klassen durch energische Agitation zur Aufklärung der Massen und besonders bei den Wahlen zur Gesetzgebung das Ziel zu erreichen suchen.

Und günstige Gelegenheit hierzu wird jetzt schon wieder in Berlin bei den Nachwahlen geboten.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

XIII.

„Diese historische Skizze (der Genesis der sog. ursprünglichen Kapitalakkumulation in England) ist noch das verhältnißmäßig beste in dem Marx'schen Buch und würde noch besser sein, wenn sie sich außer auf der gelehrten nicht auch noch auf der dialektischen Krücke fortgeholfen hätte. Die Hegel'sche Negation der Negation muß hier nämlich in Ermangelung besserer und klarerer Mittel den Hebammendienst leisten, durch welche die Zukunft aus dem Schooß der Vergangenheit entbunden wird. Die Aufhebung des individuellen Eigenthums, die sich in der angedeuteten Weise seit dem 16. Jahrhundert vollzogen hat, ist die erste Verneinung. Ihr wird eine zweite folgen, die sich als Verneinung der Verneinung und mithin als Wiederherstellung des „individuellen Eigenthums", aber in einer höheren, auf Gemeinbesitz des Bodens und der Arbeitsmittel gegründeten Form, charakterisirt. Wenn dieses neue „individuelle Eigenthum" bei Herrn Marx auch zugleich „gesellschaftliches Eigenthum" genannt worden ist, so zeigt sich ja hierin die Hegel'sche höhere Einheit, in welcher der Widerspruch aufgehoben, nämlich der Wortspielerei gemäß sowohl überwunden als aufbewahrt sein soll .... Die Enteignung der Enteigner ist hiernach das gleichsam automatische Ergebniß der geschichtlichen Wirklichkeit in ihren materiell äußerlichen Verhältnissen .... Auf den Credit Hegel'scher Flausen, wie die Negation der Negation eine ist, möchte sich schwerlich ein besonnener Mann von der Nothwendigkeit der Boden- und Kapitalkommunität überzeugen lassen .... Die nebelhafte Zwittergestalt der Marx'schen Vorstellungen wird übrigens den nicht befremden, der da weiß, was mit der Hegeldialektik als wissenschaftlicher Grundlage gereimt werden kann oder vielmehr an Ungereimtheiten herauskommen muß. Für den Nichtkenner dieser Künste ist ausdrücklich zu bemerken, daß die erste Negation bei Hegel der Katechismusbegriff des Sündenfalls, und die zweite derjenige einer zur Erlösung hinführenden höheren Einheit ist. Auf diese Analogieschnurre hin, die dem Gebiet der Religion entlehnt ist, möchte nun wohl die Logik der Thatsachen nicht zu gründen sein .... Herr Marx bleibt getrost in der Nebelwelt seines zugleich individuellen und gesellschaftlichen Eigenthums und überläßt es seinen Adepten, sich das tiefsinnige dialektische Räthsel selber zu lösen." Soweit Herr Dühring.

Also Marx kann die Nothwendigkeit der sozialen Revolution, der Herstellung einer auf Gemeineigenthum der Erde und der durch Arbeit erzeugten Produktionsmittel nicht anders beweisen als dadurch, daß er sich auf die Hegelsche Negation der Negation beruft; und indem er seine sozialistische Theorie auf diese der Religion entlehnte Analogieschnurre gründet, kommt er zu dem Resultat, daß in der künftigen Gesellschaft ein zugleich individuelles und gesellschaftliches Eigenthum als Hegel'sche höhere Einheit des aufgehobenen Widerspruchs herrschen wird.

Lassen wir zunächst die Negation der Negation auf sich beruhen, und besehen wir uns das „zugleich individuelle und gesellschaftliche Eigenthum". Dies wird von Herrn Dühring als eine „Nebelwelt" bezeichnet, und er hat darin merkwürdiger Weise wirklich Recht. Es ist aber leider nicht Marx, der sich in dieser Nebelwelt befindet, sondern wiederum Herr Dühring selbst. Wie er nämlich schon oben vermittelst seiner Gewandtheit in der Hegel'schen Methode des „Delirirens" ohne Mühe feststellen konnte, was die noch unvollendeten Bände des „Kapital" enthalten müssen, so kann er auch hier ohne große Mühe Marx nach Hegel berichtigen, indem er ihm die höhere Einheit eines Eigenthums unterschiebt, von der Marx kein Wort gesagt hat.

Bei Marx heißt es: „Es ist Negation der Negation. Diese stellt das individuelle Eigenthum wieder her, aber auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera, der Kooperation freier Arbeiter, und ihrem Gemeineigenthum an der Erde und den durch die Arbeit selbst producirten Produktionsmitteln. Die Verwendung des auf eigner Arbeit beruhenden, zersplitterten Privateigenthums der Individuen in kapitalistisches ist natürlich ein Prozeß, ungleich mehr langwierig, hart und schwierig als die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Privateigenthums in gesellschaftliches Eigenthum." Das ist Alles. Der durch die Enteignung der Enteigner hergestellte Zustand wird also bezeichnet als die Wiederherstellung des individuellen Eigenthums aber auf Grundlage des gesellschaftlichen Eigenthums an der Erde und den durch die Arbeit selbst producirten Produktionsmitteln. Für Jeden, der Deutsch versteht, heißt dies, daß das gesellschaftliche Eigenthum sich auf die Erde und die andern Produktionsmittel erstreckt und das individuelle Eigenthum auf die übrigen Produkte, also auf die Verbrauchsgegenstände. Und damit die Sache auch für Kinder von sechs Jahren faßlich werde, unterstellt Marx auf Seite 56 einen „Verein freier Menschen, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben", also einen sozialistisch organisirten Verein, und sagt: „Das Gesammtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Theil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Theil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie vertheilt werden." Und das ist doch wohl klar genug, selbst für den verhegelten Kopf des Hrn. Dühring.

Das zugleich individuelle und gesellschaftliche Eigenthum, diese konfuse Zwittergestalt, diese bei der Hegeldialektik herauskommen müssende Ungereimtheit, diese Nebelwelt, dies tiefsinnige dialektische Räthsel, das Marx seinen Adepten zu lösen überläßt — es ist abermals eine freie Schöpfung und Imagination des Herrn Dühring. Marx als angeblicher Hegelianer ist verpflichtet, als Resultat der Negation der Negation eine richtige höhere Einheit zu liefern, und da er dies nicht nach dem Geschmack des Herrn Dühring thut, so muß dieser wiederum in höhern und edlern Styl verfallen, und Marx im Interesse der vollen Wahrheit Dinge unterschieben, die Hrn. Dühring's eigenstes Fabrikat sind. Ein Mann, der so total unfähig ist, auch nur ausnahmsweise richtig zu citiren, mag wohl in sittliche Entrüstung gerathen gegenüber der „Chinesengelehrsamkeit" anderer Leute, die ausnahmslos richtig citiren, aber eben dadurch „den Mangel einer Einsicht in das Ideengange der jedesmal angeführten Schriftsteller schlecht verdecken". Herr Dühring hat Recht. Es lebe die Geschichtszeichnung großen Styls!

Bisher sind wir von der Voraussetzung ausgegangen, Herrn Dühring's hartnäckiges Falschcitiren sei wenigstens in gutem Glauben geschehen und beruhe entweder auf einer ihm eigenen totalen Unfähigkeit des Verständnisses, oder aber auf einer, der Geschichtszeichnung großen Styls eigenthümlichen und sonst wohl als liederlich bezeichneten Gewohnheit, aus dem Gedächtniß anzuführen. Es scheint aber, daß wir hier an dem Punkt angekommen sind, wo auch bei Herrn Dühring die Quantität in die Qualität umschlägt. Denn wenn wir erwägen, daß erstens die Stelle bei Marx an sich vollkommen klar und zudem noch durch eine andere platterdings kein Mißverständniß zulassende Stelle desselben Buchs ergänzt wird; daß zweitens weder in der oben angeführten Kritik des „Kapital" in den Ergänzungsblättern, noch auch in derjenigen in der ersten Auflage der „Kritischen Geschichte" Herr Dühring dies Ungeheuer von „zugleich individuellen und gesellschaftlichen Eigenthum" entdeckt hatte, sondern erst in der zweiten Auflage, also bei dritter Lesung; daß in dieser sozialistisch umgearbeiteten, zweiten Auflage Herr Dühring es nöthig hatte, Marx über die zukünftige Organisation der Gesellschaft möglichst großen Blödsinn sagen zu lassen, um dagegen — wie er auch thut — „die Wirthschaftscommune, die ich in meinem „Cursus" ökonomisch und juristisch skizzirt habe" um so triumphirender vorführen zu können — wenn wir das Alles erwägen, so wird uns der Schluß aufgedrängt, daß Herr Dühring uns hier fast zur Annahme zwingt, er habe hier den Marx'schen Gedanken mit Vorbedacht „wohlthätig erweitert" — wohlthätig für Hrn. Dühring.

Welche Rolle spielt nun bei Marx die Negation der Negation? Auf Seite 791 u. ff. stellt er die Schlußergebnisse der auf den vorhergehenden fünfzig Seiten durchgeführten ökonomischen und geschichtlichen Untersuchung über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals zusammen. Vor der kapitalistischen Aera fand, wenigstens in England, Kleinbetrieb statt, auf Grundlage des Privateigenthums des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln. Die sog. ursprüngliche Akkumulation des Kapitals bestand hier in der Expropriation dieser unmittelbaren Produzenten, d. h. in der Auflösung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigenthums. Dies wurde möglich, weil der obige Kleinbetrieb nur verträglich ist mit engen, naturwüchsigen Schranken der Produktion und der Gesellschaft und auf einem gewissen Höhegrad daher die materiellen Mittel seiner eigenen Vernichtung zur Welt bringt. Diese Vernichtung, die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrirte, bildet die Vorgeschichte des Kapitals. Sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und andern Produktionsmitteln, daher die weitere Expropriation der Privateigenthümer, eine neue Form. „Was jetzt zu expropriiren, ist nicht länger der selbstwirthschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitirende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Konzentration der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt Viele todt. Hand in Hand mit dieser Konzentration oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch Wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßig gemeinsame Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeits-

mittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel und die Oekonomisirung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als gemeinsame Produktionsmittel kombinirter gesellschaftlicher Arbeit. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandlungsprozesses usurpiren und monopolisiren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch der Empörung und der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeiterklasse. Das Kapital wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriirt."

Und nun frage ich den Leser: Wo sind hier die dialektisch krausen Verschlingungen und Vorstellungsarabesken, wo die Misch- und Mißvorstellung, der zufolge schließlich Alles Eins ist, wo die dialektischen Wunder für die Gläubigen, wo der dialektische Geheimnißkram und die Verschlingungen nach Maßgabe der Hegel'schen Logoslehre, ohne die Marx, nach Hrn. Dühring, seine Entwicklung nicht zu Stande bringen kann? Marx weist einfach historisch nach, und faßt hier kurz zusammen, daß gerade, wie einst der Kleinbetrieb durch seine eigene Entwicklung die Bedingungen seiner Vernichtung d. h. der Enteignung der kleinen Eigenthümer mit Nothwendigkeit erzeugte, so jetzt die kapitalistische Produktionsweise ebenfalls die materiellen Bedingungen selbst erzeugt hat, an denen sie zu Grunde gehn muß. Der Prozeß ist ein geschichtlicher, und wenn er zugleich ein dialektischer ist, so ist das nicht die Schuld von Marx, so fatal es Hrn. Dühring sein mag.

Erst jetzt, nachdem Marx mit seinem historisch-ökonomischen Beweis fertig ist, fährt er fort: „Die kapitalistische Produktions- und Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigenthum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigenthums. Die Negation der kapitalistischen Produktion wird durch sie selbst, mit der Nothwendigkeit eines Naturprozesses, produzirt. Es ist Negation der Negation" u. s. w. (wie vorher citirt).

Indem Marx also den Vorgang als Negation der Negation bezeichnet, denkt er nicht daran, ihn dadurch beweisen zu wollen als einen geschichtlich nothwendigen. Im Gegentheil: Nachdem er geschichtlich bewiesen hat, daß der Vorgang sich in der That theils ereignet hat, theils noch sich ereignen muß, bezeichnet er ihn zudem als einen Vorgang, der sich nach einem bestimmten dialektischen Gesetz vollzieht. Das ist Alles. Es ist also wieder eine reine Unterschiebung des Herrn Dühring, wenn er behauptet, die Negation der Negation müsse hier die Hebammen-Dienste leisten', durch welche die Zukunft aus dem Schoß der Vergangenheit entbunden wird, oder daß Marx verlange, man solle auf den Kredit der Negation der Negation hin sich von der Nothwendigkeit der Boden- und Kapitalkommunität (welche selbst ein Dühring'scher leibhafter Widerspruch ist) überzeugen lassen.

Es ist schon ein totaler Mangel an Einsicht in die Natur der Dialektik, wenn Hr. Dühring sie für ein Instrument des bloßen Beweisens hält, wie man etwa die formelle Logik oder die elementare Mathematik beschränkter Weise so auffassen kann. Selbst die formelle Logik ist vor Allem Methode zur Auffindung neuer Resultate, zum Fortschreiten vom Bekannten zum Unbekannten, und dasselbe, nur in weit eminenterem Sinne, ist die Dialektik, die zudem, weil sie den engen Horizont der formellen Logik durchbricht, den Keim einer umfassenderen Weltanschauung enthält. In der Mathematik liegt dasselbe Verhältniß vor. Die elementare Mathematik, die Mathematik der konstanten Größen, bewegt sich innerhalb der Schranken der formellen Logik, wenigstens im Ganzen und Großen; die Mathematik der variablen Größen, deren bedeutendster Theil die Infinitesimalrechnung bildet, ist wesentlich nichts Anderes als die Anwendung der Dialektik auf mathematische Verhältnisse. Das bloße Beweisen tritt hier entschieden in den Hintergrund gegenüber der mannigfachen Anwendung der Methode auf neue Untersuchungsgebiete. Aber fast alle Beweise der höheren Mathematik, von den ersten der Differentialrechnung an, sind vom Standpunkt der Elementarmathematik aus, streng genommen, falsch. Dies kann nicht anders sein, wenn man, wie hier geschieht, die auf dialektischem Gebiet gewonnenen Resultate vermittelst der formellen Logik beweisen will. Für einen krassen Metaphysiker, wie Herr Dühring, vermittelst der bloßen Dialektik etwas beweisen zu wollen, wäre dieselbe verlorne Mühe, die Leibnitz und seine Schüler hatten, den damaligen Mathematikern die Sätze der Infinitesimalrechnung zu beweisen. Das Differential verursachte ihnen dieselben Krämpfe wie dem Herrn Dühring die Negation der Negation, in der es übrigens, wie wir sehen werden, auch eine Rolle spielt. Die Herren gaben zuletzt, soweit sie nicht inzwischen starben, knurrend nach', nicht weil sie überzeugt waren, sondern weil es immer richtig herauskam. Herr Dühring ist, wie er selbst sagt, erst in den Vierzigen, und wenn er das hohe Alter erreicht, das wir ihm wünschen, so kann er auch noch dasselbe erleben. —

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Nachwahl im 6. Berliner Wahlkreise findet den 17. d. M. statt. Von Seiten der Sozialdemokratie ist der frühere Abgeordnete des Kreises, Parteigenosse Hasenclever, von Seiten der Fortschrittler der frühere Anhänger Lassalle's und Jacoby's, der gegenwärtige Renegat und Stadtverordnete Ludwig Löwe als Candidat aufgestellt worden; die National-Conservativen haben bis jetzt noch keinen Candidaten ernannt. Der Abgeordnete Eugen Richter, der Backfischherzenbesieger und Sozialistenfresser, schlägt auf die große Trommel in seiner (fortschrittlichen) Correspondenz. Diese Trommelklänge wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten, damit sie ersehen, daß unsere Gegner Alles aufbieten werden, der Sozialdemokratie den Sieg in Berlin streitig zu machen. Der Eugen Richter'sche Trommelwirbel klingt folgendermaßen:

„Es steht zu hoffen, daß die Neuwahl nicht wieder mit dem Siege des sozialdemokratischen Candidaten endet. Oder sollte die Bürgerschaft Berlins wirklich geneigt sein, dem die Freiheit und Rechtsgleichheit der Bürger bedrohenden, den Frieden zwischen den verschiedenen Berufsklassen der Einwohnerschaft zerstörenden, das Verhältniß von Arbeitgeber und Arbeitnehmer vergiftenden, das allgemeine Mißtrauen und damit die herrschende Geschäftslosigkeit und Erwerbslosigkeit steigernden*), von einer Handvoll beliebiger gewerbsmäßiger Agitatoren geleiteten Treiben neue Nahrung und Kraft dadurch zuzuführen, daß man aus Gleichgiltigkeit, Unthätigkeit, Energielosigkeit u. s. w. zum zweiten Mal den 6. Wahlkreis in die Hände der Sozialdemokraten fallen läßt? Hat doch am 10. Januar in diesem Wahlkreis noch nicht die Hälfte der eingeschriebenen Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Bei der jetzigen Wiederholung des Wahlaktes kann man sich nicht mehr mit der Unkenntniß über die Stärke der Gegner entschuldigen, von Ueberraschung oder Ueberrumpelung sprechen. Auch der parlamentarischen Fortschrittspartei wird man Angesichts dieser Darstellung nicht Mangel an Wachsamkeit vorwerfen können. Die parlamentarische Fortschrittspartei wird die Wähler im 6. Wahlkreise in Bekämpfung der Sozialdemokraten nach Kräften unterstützen. Die Hauptarbeit aber muß im Wahlkreise selbst vollbracht werden. Dazu genügen nicht einzelne Personen mit einem Kassenbestande von einigen Hundert Mark, sondern ist eine bis in jeden einzelnen Abstimmungsbezirk und in jedes einzelne Haus hinabgegliederte einheitlich arbeitende Organisation, welche viele Hunderte von Vertrauensmännern umfaßt, erforderlich. Außerdem bedarf es reichlicher Mittel für Flugblätter, Stimmzettel, Plakate u. s. w. Sobald solche Organisation geschaffen, ist es auch mit der Sozialdemokratie zu Ende. Hat dieselbe doch von ihren neun bis 1877 besessenen Wahlkreisen bei den letzten Wahlen nicht weniger als fünf wieder eingebüßt. Der Verlust eines soeben in Berlin gewonnenen Wahlkreises würde der Sozialdemokratie eine weit über Berlin hinausreichende Niederlage beibringen. Umgekehrt ist ein wiederholter Sieg der Sozialdemokratie in Berlin von den bedenklichsten Folgen für das Fortwuchern dieser politisch, gesellschaftlich und wirthschaftlich gleich verderblichen Richtung innerhalb und außerhalb Berlin. Was in Altona oder Elberfeld-Barmen unter ungleich ungünstigeren Verhältnissen erreicht wurde, muß Berlin zu vollbringen eine Ehrensache sein, wenn es nicht an seinem Ansehen auch auf anderem als politischem Gebiete Schaden leiden will."

Diesen Trommelwirbel hat der „tapfere Eugen", dem sein Redemanuscript wie Espenlaub in der Hand zittert, wenn ihm ein beherzter Gegner in's Auge sieht, so daß er selbst das Lügen vergißt, — diesen Trommelwirbel hat er am 9. April im Borsig'schen Saale noch mit seiner Maultrommel unterstützt und Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen thurmhoch aufgehäuft — er fühlte sich sicher bei seinen fortschrittlichen Genossen.

Weniger siegessicher und sehr verschnupft ist die „National-Zeitung", welche in Bezug auf die Candidatur des Herrn Ludwig Löwe erklärt: „Bei diesem einseitigen Vorgehen der Fortschrittspartei mit Aufstellung eines Candidaten ist leider die Hoffnung sehr gering, daß es gelingen wird, die Wiederwahl Hasenclever's zu verhindern."

*) Erinnert lebhaft an die Participial-Poesie des Königs Ludewig vom Baierland.

Der Nordbezirksverein des sechsten Wahlkreises (die Mitglieder gehören verschiedenen Parteien an) rüstet sich in einer sehr zweckmäßigen und interessanten Weise zur Nachwahl. Derselbe hat nämlich in seiner letzten Sitzung beschlossen, zur Aufklärung der Mitglieder vor der Wahl je einem Vertreter der Fortschrittspartei, der Sozialdemokraten, der Handwerkerpartei und nationalliberalen Partei, Gelegenheit zu geben, ihr Programm in einem Vortrage zu entwickeln.

Aus alledem sehen unsere Parteigenossen nicht allein in Berlin, sondern in ganz Deutschland, daß in der Reichshauptstadt eine heiße Schlacht geschlagen wird; daß ferner, wenn die Sozialdemokratie siegreich aus derselben hervorgehen soll, unsere Genossen überall das Wahlcomité in Berlin unterstützen müssen. Die letzte Veröffentlichung der Beiträge für den Wahlfonds schließt das Comité (in der „V. Fr. Pr.") mit folgenden Worten:

„Genossen, wir sind am Vorabende der Wahl, thut Eure Schuldigkeit!"

Die Namen und Adressen der Comitémitglieder sind: C. Anders, Stegliterstraße 53; E. Dastig, Reichenbergerstraße 179; H. Ecks, Alte Jakobstraße 46, im Cigarrenladen; C. Greifenberg, Bergstraße 71; A. Heinsch, Große Frankfurterstraße 118a; A. Keitel, Stettinerstraße 35; Werthmann, Alexandrinenstraße 126.

— Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages hat 41 Wahlen in der letzten Session geprüft. Davon ist eine noch nicht erledigt, da die von der Commission verlangten Aufklärungen der Behörden im 8. Schleswig-Holstein'schen Wahlkreise (Altona-Stormarn) noch nicht eingegangen sind. Im Ganzen hat die Commission in zwei Fällen auf Ungiltigkeitserklärung, in acht auf Beanstandung angetragen. Bei den Uebrigen ist die Giltigkeitserklärung beantragt. Der Commission werden nur solche Wahlen zugewiesen, bei denen es sich um die Giltigkeit der Wahl selbst handelt.

— Eine Raubgründung. Im Jahre 1873 schlug der Ziegeleibesitzer Friedrich zu Alt-Spieß bei Dresden seine Ziegelei für 182,000 Thlr. an die Nord- besser Nord-Baubank los; 60,000 Thlr. wurden baar angezahlt. Diese Bank verfilderte das Unternehmen wiederum an die Besitzer des „Figaro", Gebrüder Cohnfeld in Berlin für 197,000 Thlr., und diese machten aus ihr, was sie konnten, sie gründeten ein Aktienunwesen mit einem Grundkapital von 387,000 Thlr. Gründungscomitésmitglieder waren die Gebrüder Cohnfeld, der Rentier Rosahl und Rechtsanwalt Meyer. 50,000 Thlr. sollten zum Betriebe Verwendung finden, 11,000 Thlr. die Presse, 60,000 Thlr. der Zimmermeister Strömer, Direktor der Nord-Baubank und den Rest die Gründer erhalten. Nach einmaligem fehlgeschlagenen Versuch, eine Bilanz aufzustellen, wurde derselbe erneuert, und einem genialen Rechenkopfe gelang es wirklich, aus Null 8 pCt. Dividende herauszukalkuliren. Mit dieser Bilanz in der Tasche kutschirten die Gebrüder Cohnfeld und Strömer zu den Berliner Zeitungsredaktionen, 11,000 Thlr. Aktien und 10,000 Thlr. baar wurden in die Hände gewisser Cours machender Subjekte geschoben und schwarz auf weiß Kauden eines Tages die Aktien mit einem Course von 106 bis 107 in verschiedenen Blättern. Strömer als Direktor der genannten Nordbaubank brauchte nun zum beabsichtigten Erwerbe der in der Königstraße belegenen alten Post Geld und erachtete einen alten Freund von ihm, den Kaufmann Lilie als geeignete Persönlichkeit zur Abnahme von Ziegelei- und Baubankaktien. Unter Hinweis auf den feinen Stand der Aktien erhielt er von ihm 15,000 Thlr. baar und 4000 Thlr. in Wechseln gegen 20 Prozent Zinsen und lombardirte hierfür 50,000 Thlr. Ziegelei-Aktienmakulatur und 10,000 Thlr. Aktien der Baubank. Bei diesem lukrativen Geschäfte gingen für Lilie 15,000 Thlr. verloren, den Rest gelang es ihm zu retten. Wegen dieses Schwindels angeklagt, wurde Strömer zu 1½ Jahren Gefängniß und zweijährigem Ehrverlust verurtheilt. Die Ziegeleiaktengründung wird dagegen nächstens vor den Dresdener Gerichten ihre Würdigung erfahren. Heut ist Herr Friedrich wieder Eigenthümer des Unternehmens; für baare 77,000 Mk. hat er das gigantische Etablissement in der Subhastation erstanden. — Aus diesem Bericht mögen die Leser ersehen, welchen großen Antheil die liberale und die conservative Presse an dem Volksbetrug gehabt hat. Für Geld lockt die herrschende Presse den Wittwen und Waisen selbst die Sparpfennige aus der Tasche, für Geld verdummt sie das ganze Volk, sie die „Volksbildnerin!"

Ein Heldenmädchen.*)

Sophie Larionowna Bardina, die Tochter eines Edelmanns, geboren 1854 zu Tambow, studirte in Zürich. 1874 nach Rußland zurückgekehrt, wurde sie unter dem Namen der Frau eines Soldaten Saizew in einer Fabrik als einfache Arbeiterin aufgenommen. 1875 auf Anzeige einer Denunziantin wegen Verbreitung sozialistischer Schriften verhaftet, wurde sie am 21. Februar 1877 mit 49 anderen Sozialisten von der besonderen Sitzung des Straffenats verurtheilt und zu 9 Jahren Zwangsarbeit verdammt. In der Sitzung hielt sie folgende Vertheidigungsrede:

„Von meinem Standpunkt betrachtet halte ich mich für unschuldig und nicht straffällig, weil ich der Gesellschaft und dem Volke keine Schädigung seiner Interessen beizubringen die Absicht hatte und, wie ich hoffe, auch thatsächlich keine solche veranlaßt habe. Allerdings wird man mich sowohl wie die anderen Angeklagten beschuldigen, darnach gestrebt zu haben, die heiligen Grundlagen des Staates, des Eigenthums, der Familie und der Religion zu zerstören, zum Aufruhr, zur Hervorrufung von Anarchie in der Gesellschaft ermuntert und aufgereizt zu haben. Das alles wäre ja schrecklich, wenn es — wahr wäre. Thatsächlich sind diese Anschuldigungen auf Mißverständnissen begründet, welche ich, wenn mich der Gerichtshof anhören will, aufzuklären die Absicht habe.

Nimmermehr habe ich das Eigenthum aufheben wollen, im Gegentheil, ich erlaube mir die Meinung, daß ich es vertheidige, weil ich anerkenne, daß jeder Mensch ein Recht auf Eigenthum hat, welches ihm seine persönlich geschaffene Arbeit gewährleistet, und daß jeder Mensch voll und ganz Eigenthümer seiner Arbeit ist (des Ertrags seiner Arbeit? R. d. V.) Kann man nun sagen, daß ich es bin, die mit ihren Meinungsäußerungen die Grundlagen des Eigenthums erschüttert — oder ist es nicht vielmehr der Fabrikant, der den Arbeiter nur für ein Drittheil seiner Arbeitsleistung entschädigt, zwei Drittheile aber ruhig in seine Tasche steckt? Oder der Spekulant, der auf dem Wege des Börsenspiels Tausende von Familien ruinirt und auf deren Kosten sich bereichert, während er selbst nichts produzirt? Den obligatorischen Communismus predige weder ich noch irgend einer unserer Propagandisten. Wir stellen nur als obersten Grundsatz auf das Recht des Produzenten auf den vollen Ertrag seiner Arbeit. Was er damit anfängt, ob es zu Gemeinbesitz wird oder Privatbesitz bleiben soll, — das ist einer späteren Zeit überlassen. Wir unterfangen uns nicht, diese Fragen im voraus gründlich zu lösen, und glauben ja auch, daß eine solche Gesellschaftsordnung erst in ferner Zukunft sich verwirklichen kann und daß die speziellen Einzelnheiten erst in der Praxis Gestalt annehmen können.

Was die Familie anlangt, ist sie nicht gefährdet durch eine Gesellschaftseinrichtung, welche die Mutter und die Kinder zwingt, das Haus zu verlassen, um in der Fabrik zu arbeiten, in welcher die Armuth zur Prostitution führt, welche von der Gesellschaft auch noch sanktionirt und als eine vollkommen gesetzmäßige und unentbehrliche Erscheinung hingestellt wird! Oder zerstören wir das Familienleben, die wir die Armuth, die Hauptursache des Verfalls der Familien, vertilgen wollen?

Was die Religion betrifft, so kann ich nur erklären, daß ich allezeit ihrem Geiste und ihren Hauptgrundsätzen treu geblieben bin, wie sie in reiner Form von ihren Begründern gelehrt worden sind. Außerdem ist zu bemerken, daß kein Zeuge etwas darüber ausgesagt hat, man habe Gottesleugnung gepredigt u. s. w. Die Zeugin Doria Sworzowa sagt z. B.: „Gott im Himmel erkennen sie wohl an, aber nicht seine Persönlichkeit." Das will doch heißen: sie verhalten sich den Religionsgebräuchen, Bildercult u. s. w. gegenüber indifferent. Deshalb brauche ich über die Religionsfrage nicht weiter zu sprechen.

Der „Zerstörung" des Staates bin ich ebenso wenig schuldig. Ich glaube überhapt nicht, daß die Anstrengungen Einzelner den Staat zerstören können. Wenn Staaten untergehen, so geschieht es, weil sie schon den Keim des Todes in sich tragen. So sind die Staatengebilde des Alterthums verschwunden, zum Theil weil sie auf der Sklaverei begründet waren, also auf einer Grundlage, welche die Entwicklung der Gesellschaft hemmt. Wenn ein Staat das Volk (oder Theile desselben) in politischer, ökonomischer und geistiger Sklaverei hält, wenn er durch eine fast unbezahlbare Steuerlast, durch kapitalistische Ausbeutung des Arbeiters und andere unnatürliche ökonomische Verhältnisse diesen in Armuth, Krankheit und Verbrechen stürzt — ein solcher Staat eilt selbst seinem Untergang entgegen, und daran sind dann sicher nicht Einzelne oder Gruppen Einzelner schuld. Deshalb ist keine Ursache vorhanden, diese so grausam zu verfolgen und zu bestrafen. Einem Staate kann bei gesunden Zuständen aus den Bestrebungen dieser Menschen keine Gefahr erwachsen, folglich ist auch eine Bestrafung nicht nöthig. Deshalb ist mir die Logik der Prokuratur in der Anklage des Gerichtshofes unbegreiflich, welche sagt, daß „keine Gefahr vorhanden sei" und doch „Gefahr drohe". Für dieses Dilemma scheint es nur eine Lösung zu geben.

Man beschuldigt mich, das Volk zum Aufruhr gereizt zu haben. Ich habe aber niemals zum Aufruhr aufgemuntert und konnte dies auch nicht, denn ich bin überzeugt, daß eine Revolution das Resultat von einer ganzen Reihe geschichtlicher Bedingungen ist, aber nicht die Folge der Aufmunterungen einzelner Personen. Eine Metzelei ist ja an und für sich nicht wünschenswerth. Ich besitze durchaus nicht einen so blutdürstigen Charakter, wie ihn die Prokuratur allen Propagandisten zuschreibt. Wenn die ideale Gesellschaftseinrichtung, die wir uns vorstellen, ohne jede Gewalt herbeigeführt werden kann, so wollen wir uns von ganzem Herzen freuen. Ich meine nur, daß unter gewissen Verhältnissen freilich eine gewaltthätige Umgestaltung ein unvermeidliches Uebel ist, woran aber wieder nicht einzelne Menschen oder Gruppen schuld sind."

Senator Peters bemerkt, daß diese Auseinandersetzungen nicht zur Sache gehören. Angeklagte fährt fort:

„Ich will meine Meinung über Revolution und Propaganda aussprechen und ich glaube, daß meine Ansichten mit denen vieler anderen Angeklagten übereinstimmen; meine Auseinandersetzungen sind also nicht unnütz und dienen dazu, die Propagandisten in ihrem wahren Lichte zu zeigen. Ich, meine Herren, gehöre zu den Leuten, welche durch eine friedliche Propaganda die Intelligenz fördern wollen. Aufgabe dieser Leute ist, dem Bewußt-

*) Die „Neue Welt" wird ein wohlgelungenes Portrait dieser Kämpferin nebst denen ihrer Genossinnen bringen.

— Eine treffliche Antwort. Die in Darmstadt bestehende „Literarisch-artistische Anstalt“ des Verlagsbuchhändlers Adolph Lange will eine „Arbeiterbibliothek“ „gründen“; diese Büchersammlung soll in einzeln verkäuflichen, billigen Bändchen ausgegeben werden. Die bewährtesten Volksschriftsteller werden zur Theilnahme aufgefordert; Privatleute, Fabrikbesitzer, welchen die Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitation am Herzen liegt, werden ersucht, Beiträge von 30—5 Mark für später zu empfangende, von denselben zu verbreitende Schriften einzusenden; Personen, welche auf die Schriften und deren Verbreitung verzichten, werden gebeten, 5 Mark für den guten Zweck an die Verlagshandlung zu schicken. In den Zuschriften, welche mit Hilfe der Adreßbücher an die „Reichsfreunde“ gesandt werden, soll der von uns betriebenen massenhaften Verbreitung von Agitationsschriften entgegengearbeitet werden. Daß nun aber das Adreßbuch kein ganz getreuer Rathgeber bei solchen Spekulationen ist, beweist folgender Brief, der uns vom Oberrhein in Bezug auf obige „Arbeiterbibliothek“ am 7. d. M. zugegangen ist:

Herr Redakteur!

Soeben empfing ich mitfolgende buchhändlerische Anzeige; bei derselben ist wenigstens das neu, daß man den Haß gegen die Sozialisten für seinen Privatsäckel auszubeuten sucht, und es würde sich wohl lohnen, solches Treiben im „Vorwärts“ in das richtige Licht zu stellen. Als Antwort auf dieses Bettelgesuch empfangen Sie einliegend 20 Mark, die ich Sie in folgender Weise zu verwenden bitte:

M. 5 für Wahlagitation in Berlin;
M. 5 für gemaßregelte Krupp'sche Arbeiter;
M. 2 für das in Mannheim zu gründende Lokalblatt.

Für die übrigen 8 M. bitte ich, mir den Jahrgang 1876 der „Neuen Welt“ zu übersenden.

Achtungsvoll

Dr. Ph. P.

Bravo! Wir glauben durch einfachen Abdruck des Briefes den Wunsch des Briefschreibers am besten zu erfüllen.

— O, welche Lust ꝛc. ꝛc. In Schleswig wurde vor einigen Tagen ein Husar (Rekrut) der 4. Escadron des schleswig-holsteinischen Husaren-Regiments Nr. 16 von einem Unteroffizier in so arger Weise mißhandelt, daß er in's Lazareth geschafft werden mußte, wo er, den „Itzehoer Nachrichten“ zufolge, nach zweitägigem Krankenlager mit Tode abgegangen ist. — Und welche Strafe erhält der Unteroffizier?

— Unsere Genossen Frohme und Schäfer sind am 3. Mai von der Anklage, das Impfgesetz durch erdichtete und entstellte „Thatsachen“ verächtlich gemacht und zum Widerstand gegen dasselbe „aufgereizt“ zu haben, freigesprochen. Staatsanwalt Kunitz hatte gegen Frohme 5 Monate, gegen Schäfer 4 Wochen Gefängniß beantragt. Derselbe hat die Appellation angemeldet. Bei seiner Anklagerede gebrauchte nach unserm Frankfurter Parteiblatt der Staatsanwalt Kunitz folgende Worte:

„Den Sozialisten ist jedes Mittel recht, um ihre Zwecke zu erreichen. Sie verdienen daher keine Anerkennung, der ihr gebührt. Jeder ernste Patriot, ohne Unterschied der politischen Parteistellung, wird sich der anerkennenden Würdigung der Impulse nicht zu entziehen vermögen, welche unser parlamentarisches Leben aus Lasker's sittlich-ernstem Idealismus empfangen hat, und die persönliche Achtung, welche Lasker auch bei seinen politischen Gegnern genießt, ist ein vollgültiger Beweis dafür. Wenn die extrem-conservative Parteipresse gleichwohl auch jetzt noch hie und da mit Vorliebe den Abgeordneten Lasker deshalb angreift, weil er ein Jude ist, so ist das eine anachroniftische Ungezogenheit, deren sie sich schämen sollte.

„Um so ernster aber ist einem Mann wie Lasker gegenüber die Pflicht der Presse, nicht zu schweigen, sondern ihm entgegenzutreten, wenn sein liberaler Idealismus ihn dem Boden staatsmännischer Besonnenheit entrückt und ihn zu Auslassungen hinreißt, deren phantastische Verkehrtheit, wenn sie jemals der Ausgangspunkt zu einer entsprechenden sozialpolitischen Haltung unserer maßgebenden öffentlichen Organe würde, ganz geeignet sein würde, um eine gesunde Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse unmöglich zu machen, uns über die Gefahren, die uns umgeben, zu täuschen und die verhängnißvolle Krisis, welcher die täglich wachsende Sozialdemokratie uns zutreibt, zu beschleunigen, während es sich darum handelt, diese Krisis zu coupiren (zu brechen), sie abzuwenden und den Boden zu retten, auf dem überhaupt eine friedliche und gesegnete Cultur-Entwickelung denkbar ist.

„Von diesem Gesichtspunkte aus ist es die dringlichste Verpflichtung der Presse, gegen Lasker's Auffassung der Sozialdemokratie Verwahrung einzulegen, die sich in den Worten seiner Rede ausdrückte: „„Wenn heute der Arbeiter sich zu rühren anfängt, wenn er völlige Gleichheit will, wenn die Bewegung überschäumt, wie in der Sozialdemokratie, so sehen wir darin nur das Erwachen des allgemeinen Menschengefühls, welches durch unsere Gesetzgebung hervorgerufen, gestärkt und befestigt worden ist: darauf sind wir stolz.““

„Unbegreifliche Verblendung! Wir unsererseits sind gar nicht stolz auf die sozialdemokratische Bewegung. Nicht mit Stolz, sondern mit tiefer Trauer blicken wir auf diese verhängnißvolle Verirrung, auf diesen kräftigen, dämonischen Irrthum, der Millionen unseres Volkes mit utopistischen Hoffnungen und Bestrebungen umstrickt. Wie ist es möglich, daß ein Mann von dem Ernste des Abgeordneten Lasker die sittliche Gefahr, welche für unser Volk aus dieser innerlich unwahren Agitation erwächst, so unterschätzen kann? Gar nicht zu gedenken des namenlosen Unglücks, welches über uns kommen würde, wenn die Sozialdemokratie auch nur auf kurze Zeit und in beschränktem räumlichem Umfange zur actuellen Herrschaft gelangte. Sind denn die Saturnalien (?) der Pariser Commune so bald schon vergessen? Und zeigen uns die letzten Reichstagswahlen nicht die nur allzu nahe Möglichkeit einer solchen Gefahr? Müssen wir der Sozialdemokratie mit so bedenklichen Apostrophen, wie der Abgeordnete Lasker sie ihr zuruft, auch noch die Wege ebnen?

„Nicht als ob wir den Tropfen Wahrheit nicht zu erkennen vermöchten, der sich auch in dem Meere der sozialdemokratischen Lüge (!) verbirgt. Gewiß ist es die Schuld der heutigen Gesellschaft, daß sie Zustände großgezogen hat, aus denen die überschäumende Reaktion des „allgemeinen Menschengefühls“ hervorbrechen konnte und mußte. Aber nicht Stolz, sondern das Gefühl solidarischer Mitschuld ist es, das uns gegenüber dieser unser gesammtes Culturleben bedrohenden Gefahr ergreifen muß. Diese Schuld anzuerkennen, sie offen darzulegen, die der berechtigten Würde menschlicher Individualität widersprechenden Schäden unserer sozialen Verhältnisse darzulegen, die öffentliche Sittlichkeit, wo sie mit den Existenzbedingungen des nach Gottes Ebenbilde geschaffenen Menschen in Widerstreit gerathen ist, zu corrigiren und unser gesellschaftliches Leben wieder auf wahrhaft humane, sittliche, menschenwürdige Basen zu stellen, das ist die gefeierte Führer der Volksbewegung des Jahres 1848. Bei dem Ausbruch der Bewegung war er Abgeordneter für Mainz in der Ständekammer, trat ins Vorparlament, später für Mainz in die constituirende National-Versammlung, bis ihn seine (beiläufig nichts weniger als heldenhafte) Theilnahme an dem Kampfe der bayerischen Pfalz zur Aufrechthaltung der Reichsverfassung, als Führer des rheinhessischen Hilfscorps (das er, nebst seinem Freund Bamberger, schnöde im Stich ließ, als die Sache gefährlich wurde), zur Flucht nach Amerika zwang.

— Die Versailler Ordnungswüthriche haben am Sonnabend, den 28. April, einen Pariser Communekämpfer Namens Marin zum vierten Male zum Tode verurtheilt. Angeklagt: den Befehl zur Inbrandsetzung der Mairie des 11. Arrondissements gegeben, ja in eigner Person das zu diesem Behufe erforderliche Petroleum herbeigeschafft zu haben, mußte das Todesurtheil gegen Marin wegen begangener Formfehler dreimal cassirt werden. Jetzt ist es zum vierten Male gefällt, trotzdem Marin entschieden bestreitet, das ihm zur Last gelegte Verbrechen begangen zu haben. Aber was thut's. Marin ist ein Feind der heutigen „Ordnung“, folglich gebührt ihm der Tod — von „Rechtswegen“.

— Sozialistencongreß in Portugal. „O Protesto“, das Organ der Sozialisten Portugals, bringt einen Bericht über den ersten sozialistischen Arbeiter-Congreß in Portugal, welcher vom 1. bis 4. Februar d. J. in Lissabon stattgefunden hat. Dieser Congreß begründete eine sozialistische Partei in Portugal auf der Basis wie die Partei in Deutschland. In Bezug auf den allgemeinen Sozialistencongreß, der dieses Jahr in Belgien tagen soll, beschloß der Congreß, falls die portugiesischen Arbeitervereine auch dazu eingeladen werden sollten, entweder durch einen Delegirten oder durch ein Schreiben folgende Kundgebung an den Congreß gelangen zu lassen:

„Die portugiesischen Sozialisten nehmen Abstand von Mitteln revolutionärer Aktion, sie sind solidarisch in ihren Bestrebungen mit den sozialistischen Arbeitern der ganzen Welt.“

„Abstand nehmen von Mitteln revolutionärer Aktion“, heißt natürlich nur, die portugiesischen Arbeiter verzichten auf das „anarchistische“ Agitationsmittel, mit „Flintenschüssen Propaganda“ zu machen. Als Sozialisten sind sie selbstverständlich revolutionär. Gegenüber der republikanischen Bewegung faßte der Congreß den Beschluß, „daß die sozialistische Partei ihre unabhängige Stellung allen andern Parteien gegenüber aufrecht hält, nichtsdestoweniger aber zur Verwirklichung von Reformen, die in Uebereinstimmung mit ihrem Programm sind, ihren Beistand leisten wird.“ Der nächste Congreß soll im Februar nächsten Jahres in Porto stattfinden; ein Centralcomité in Lissabon besorgt die Leitung der Parteigeschäfte.

— Vom „Kriegsschauplatz“ nichts von Interesse; entscheidende Schläge sind überhaupt in den nächsten Tagen noch nicht zu erwarten. Als charakteristisches Moment sei erwähnt, daß die „civilisirten“ und „christlichen“ Russen in brutalster Versenner Gelegenheit eine seiner „bedeutendsten Reden“ geredet, wie das gewöhnliche nationalliberale Zeitungsgeschwister verkündete, muß sich gar gefallen lassen, des „naiven Idealismus, der „phantastischen Verkehrtheit“ beschuldigt zu werden. Das mag dem „ungewöhnlichen Mann“ doch etwas sehr — „ungewöhnlich“ vorkommen, das ist ihm noch nicht passirt. Und warum? Weil er ein harmloses, schlottriges Sätzchen verübt hat, welches den Worten nach als Anerkennung des Sozialismus aufgefaßt werden kann, dem Zusammenhang nach aber als nichtssagende Phrase aufgefaßt werden muß. Darum dieser Lärm, aus dem uns die ganze Rathlosigkeit unserer Gegner, den Schreiber des „Nachworts“ voran, so recht drastisch entgegentritt. Welche Confusion! Die sozialdemokratische Bewegung ist „eine verhängnißvolle Verirrung, ein kräftiger dämonischer Irrthum, der Millionen unseres Volks mit utopistischen Hoffnungen und Bestrebungen erfüllt“. Und ein paar Zeilen weiter wird zugegeben, daß „die heutige Gesellschaft Zustände großgezogen hat“, aus denen die sozialdemokratische Bewegung hervorgegangen ist, daß die herrschenden Klassen „solidarische Mitschuld“ trifft. Von Zweien Eins: entweder ist der Sozialismus eine Utopisterei, und dann wurzelt er nicht in den heutigen Gesellschaftszuständen, oder: er wurzelt in den heutigen Gesellschaftszuständen, und dann ist er keine Utopisterei — eine Utopisterei, die in den wirklichen Gesellschaftszuständen wurzelt, ist ein Unding, ein Nonsens, ein Widerspruch in sich selbst.

Das sieht jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand ein. Unsere Gegner sehen es aber nicht ein, weil sie, statt der sozialen Frage in's Auge zu blicken und derselben resolut auf den Leib zu gehen, in albernem Gespensterglauben sich einen Wauwau zurechtgemacht haben, der ihnen nun solche Angst einjagt, daß sie die Fähigkeit nicht mehr besitzen, mit gesundem Menschenverstand zu urtheilen.

Die Angst gleich dem Zorn ist bekanntlich ein kurzer Wahnsinn. Und jeder Wahnsinnige hat seine lichten Momente — auch der Jeremias des „Correspondent“: „Diese Schuld (die Schuld der Gesellschaft) anzuerkennen, sie offen darzulegen, die der berechtigten Würde menschlicher Individualität widersprechenden Schäden unserer sozialen Verhältnisse darzulegen, die öffentliche Sicherheit zu korrigiren und unser gesellschaftliches Leben wieder auf wahrhaft humane, sittliche, menschenwürdige Basen zu stellen, das ist die Aufgabe unserer Staatsmänner, unserer Abgeordneten, jedes Einzelnen unter uns, so weit seine Kräfte reichen.“

Bravo! Uns aus der Seele gesprochen! Und wenn das „wieder“ gestrichen wird — denn „wahrhaft humane u. s. w. Basen“ hat die Gesellschaft noch nicht gehabt — und wenn statt „ist die Aufgabe“ gesetzt wird „sollte die Aufgabe — — sein“, dann unterschreiben wir es Wort für Wort. Und gerade, weil wir mit dem Urheber des „Nachworts“ übereinstimmen, während „unsere Staatsmänner, unsere Abgeordneten, jeder Einzelne unter uns“ (Bourgeois), verschwindende Ausnahmen abgerechnet, in Bezug auf ihre „Aufgabe“ nicht mit ihm übereinstimmen, darum sind wir Sozialdemokraten.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

(Schluß des Artikels XIII.)

Aber was ist denn diese erschreckliche Negation der Negation, die Herrn Dühring das Leben so sauer macht, die bei ihm dieselbe Rolle des unverzeihlichsten Verbrechens spielt, wie im Christenthum die Sünde wider den heiligen Geist? — Eine sehr einfache, überall und tagtäglich sich vollziehende Prozedur, die jedes Kind verstehn kann, sobald man den Geheimnißkram abstreift, unter dem die alte idealistische Philosophie sie verhüllte, und unter dem sie ferner zu verhüllen das Interesse hülfloser Metaphysiker vom Schlage des Herrn Dühring ist. Nehmen wir

Deputation des Berliner Stadtgerichts lagen am 12. April die „Neuen Gedichte von Herwegh“, in Zürich erschienen, zur Prüfung auf deren strafbaren Inhalt vor. Es wurde in den Gedichten eine fortlaufende Kette von Majestätsbeleidigungen, Gotteslästerungen, Verhöhnungen der Staatseinrichtungen und anderen Vergehen gefunden und deshalb auf Unbrauchbarmachung der Brochure in allen vorfindlichen Exemplaren erkannt. — Wir freuen uns dabei, daß man die „Neuen Gedichte von Freiligrath“, in welchen die revolutionärsten Anklänge zu finden sind, bis jetzt noch nicht verboten hat — oder sollte man mehr die Person auch nach dem Tode noch verfolgen, als das Objekt, die Gedichte, selbst? Herwegh ist bekanntlich als Revolutionär gestorben, Freiligrath aber, von der herrschenden Gesellschaft mit 60,000 Thalern dotirt, hatte auch dieser Gesellschaft schließlich seine Leier geweiht.“

„Mit beiden Dichtern persönlich bekannt, mit Herwegh sogar während meines ersten Aufenthaltes in der Schweiz (1841 bis 1845) auf „Du und Du“ gewesen, erlaube ich mir die Thatsache zu constatiren, daß Freiligrath im Jahre 1845, als er sich auf das Feld der politischen Bewegung begab, für welches sein rein dichterisches Naturell übrigens gar nicht geschaffen war, Seiner Majestät dem König Friedrich Wilhelm IV. die Pension von 300 Thalern, welche ihm der genannte Monarch bewilligt hatte, kündigte. Als der Dichter Freiligrath später in Noth gerieth und in England, um sich und die Seinen zu ernähren, zum Comptoirpult zurückkehrte, wurde allerdings eine Sammlung veranstaltet, an welcher sich aber alle Parteien ohne Ausnahme betheiligten. Die Ziffer von „60,000 Thalern“ dürfte bedenklich zu hoch gegriffen sein. Freiligrath kehrte zu seiner ursprünglichen Ansicht zurück, daß

Der Dichter steht auf einer höhern Warte,
Als auf der Zinne der Partei.

„Seine Leier“ hat, soviel ich weiß, Freiligrath nie „dieser Gesellschaft geweiht“, man müßte denn die reizenden Gedichte, in welchen er sein Familienglück schildert, als ein Verbrechen betrachten.

„Die wenigen politischen Gedichte Freiligrath's sind kaum noch im Buchhandel zu haben, denn der Dichter fühlte selbst, daß er nicht zum Tyrtäus der Parteien geschaffen war.

„Eben so falsch ist es, daß Herwegh „als Revolutionär gestorben“ sein soll. Herwegh ist als verbissener, nichtsthuender Pessimist gestorben. Leider! Die Beschlagnahme seiner Gedichte aus dieser Epoche halte auch ich für einen Mißgriff, aber man soll Herwegh, so hoch er als Poet dasteht, nicht die unverdiente Ehre anthun ihn für eine revolutionäre Arbeitskraft auszuposaunen, und man sollte noch weniger eine durch und durch dichterische Natur, wie Freiligrath, im Grabe verdächtigen. Mit demselben Rechte könnte man Schiller für einen reaktionären Poeten ausgeben; mit demselben Rechte Georg Herwegh — auf sozialdemokratischem Standpunkte wenigstens:

Die Sehnsucht Deutschlands steht nach dir,
Fest, wie nach Norden, blickt die Nadel,
O Fürst, entfalte dein Panier.

Samen, Eier oder Junge produziren ehe sie absterben, geht uns hier noch nichts an; wir haben hier nur nachzuweisen, daß die Negation der Negation in den beiden Reichen der organischen Welt wirklich vorkommt. — Ferner ist die ganze Geologie eine Reihe von negirten Negationen, eine Reihe von aufeinander folgenden Zertrümmerungen alter und Ablagerungen neuer Gesteinsformationen. Zuerst wird die ursprüngliche, aus der Abkühlung der flüssigen Masse entstandne Erdkruste durch oceanische, meteorologische und atmosphärisch-chemische Einwirkung zerkleinert und diese zerkleinerten Massen auf dem Meeresboden geschichtet. Lokale Hebungen des Meeresbodens über den Meeresspiegel setzen Theile dieser ersten Schichtung von Neuem den Einwirkungen des Regens, der wechselnden Wärme der Jahreszeiten, des Sauerstoffs und der Kohlensäure der Atmosphäre aus; denselben Einwirkungen unterliegen die aus dem Erdinnern hervor- und die Schichten durchbrechenden geschmolzenen und nachher abgekühlten Gesteinsmassen. Millionen von Jahrhunderten hindurch werden so immer neue Schichten gebildet, immer wieder größtentheils zerstört, und immer wieder als Bildungsstoff für neue Schichten verwendet. Aber das Ergebniß ist ein sehr positives: die Herstellung eines aus den verschiedensten chemischen Elementen gemischten Bodens in einem Zustand mechanischer Zerkleinerung, der die massenhafteste und verschiedenartigste Vegetation zuläßt.

Ebenso in der Mathematik. Nehmen wir eine beliebige algebraische Größe, also a. Negiren wir sie, so haben wir — a (Minus a). Negiren wir diese Negation, indem wir — a mit — a multipliziren, so haben wir + a^2, d. h. die ursprüngliche positive Größe, aber auf einer höheren Stufe, nämlich auf der zweiten Potenz. Auch hier macht es nichts aus, daß wir dasselbe a^2 dadurch erlangen können, daß wir das positive a mit sich selbst multipliziren und dadurch auch a^2 erhalten. Denn die negirte Negation sitzt so fest in dem a^2, daß es unter allen Umständen zwei Quadratwurzeln hat, nämlich a und — a. Und diese Unmöglichkeit, die negirte Negation, die im Quadrat enthaltene negative Wurzel loszuwerden, bekommt eine sehr handgreifliche Bedeutung schon bei den quadratischen Gleichungen. — Noch schlagender tritt die Negation der Negation hervor bei der höheren Analyse, bei jenen „Summationen unbeschränkt kleiner Größen“, die Herr Dühring selbst für die höchsten Operationen der Mathematik erklärt, und die man in gewöhnlicher Sprache Differential- und Integralrechnung nennt. Wie vollziehn sich diese Rechnungsarten? Ich habe z. B. in einer bestimmten Aufgabe zwei veränderliche Größen x und y, von denen sich die eine nicht verändern kann, ohne daß die andre sich in einem durch die Sachlage bestimmten Verhältniß mit verändert. Ich differenzire x und y, d. h. ich nehme x und y so unendlich klein an, daß sie gegen jede noch so kleine wirkliche Größe verschwinden, daß von x und y nichts bleibt als ihr gegenseitiges Verhältniß, aber ohne alle sozusagen materielle Grundlage, ein quantitatives Verhältniß ohne alle Quantität. $\frac{dx}{dy}$, das Verhältniß der beiden Differentiale von x und y ist also $= \frac{0}{0}$, aber $\frac{0}{0}$ gesetzt als der Ausdruck von $\frac{x}{y}$. Daß dies Verhältniß zwischen zwei verschwundenen Größen, der fixirte Moment ihres Verschwindens, ein Widerspruch ist, erwähne ich nur nebenbei; es kann uns aber ebenso wenig stören, wie es die Mathematik überhaupt seit fast 200 Jahren gestört hat. Was anders also habe ich gethan, als daß ich x und y negirt habe, aber negirt nicht so, daß ich mich nicht mehr um sie kümmere, wie die Metaphysik negirt, sondern in der der Sachlage entsprechenden Weise? Statt x und y habe ich also ihre Negation, dx und dy, in den mir vorliegenden Formeln oder Gleichungen. Ich rechne nun mit diesen Formeln weiter, behandle dx und dy als wirkliche, wenn auch gewissen Ausnahmsgesetzen unterworfene Größen, und an einem gewissen Punkt — negire ich die Negation, d. h. ich integrire die Differentialformel, bekomme statt dx und dy wieder die wirklichen Größen x und y und bin dann nicht etwa

der Schweiz und in Paris von Herrn Marr wiederholt in Ausdrücken sprach, auf deren Wiedergabe wir, um keine Injurienklage uns zuzuziehn, leider verzichten müssen. Herr Marr, der von seinem Werth ziemlich correkte Vorstellungen hat, wird es sich annähernd wohl denken können.

„Die Ziffer von 60,000 Thalern" ist nicht „bedenklich hoch" gegriffen — offiziell betrug die Dotation, welche die deutsche Bourgeoisie Freiligrath bezahlte, 56,000 Thaler; das war aber nicht die ganze Summe, die 60,000 Thaler überstiegen hat. Wir sind in Bezug auf diese Angelegenheit sehr gut unterrichtet. Herr Marr dagegen ist unzweifelhaft sehr schlecht unterrichtet. Er läßt die Sammlung veranstalten „als Freiligrath — um sich und die Seinen zu ernähren zum Comptoirpult zurückkehrte." Zu besagtem „Comptoirpult" (in London) kehrte Freiligrath zu Anfang der 50er Jahre zurück, 15 Jahre bevor die deutsche Bourgeoisie daran dachte, ihn zu dotiren. Daß an der Sammlung „sich alle Parteien betheiligt" hätten, ist einfach eine Unwahrheit. Es war die Bourgoisie der verschiedenen Parteischattirungen, welche dem Dichter des revolutionären Proletariats ihr goldenes Netz überwarf, das schwerer zu zerreißen ist als das Stahlnetz Vulkans. Hat Freiligrath sich verkauft? Das haben wir nie gesagt, nie gedacht — aber für das deutsche Philisterthum stieß er 1870 in „die Trompete von Mars la Tour", und für das kämpfend sterbende Proletariat von Paris hatte er 1871 kein Lied, kein Wort. „Freiligrath's Naturell war für die politische Bewegung nicht geschaffen," sagt Herr Marr. Es fragt sich eben, was Herr Marr unter „politischer" Bewegung versteht. Das Eine wissen wir: so lange es eine deutsche Sprache giebt, und so lange es Menschen giebt, die für Freiheit begeistert sind, deren Herz für die Unterdrückten und die Rebellen schlägt, und von tödtlichem Haß gegen die Unterdrücker erfüllt ist — werden Freiligrath's politische Gedichte zu den schönsten Perlen der deutschen Literatur, der Weltliteratur gehören.

Und damit genug. Die zwei todten Dichter mögen es uns verzeihen, daß wir den Namen des Herrn Wilhelm Marr mit den ihrigen zusammengebracht haben. Wir hätten ihnen die Gesellschaft gerne erspart. Red. d. „Vorwärts".

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

Zur Vorbereitung des Congresses hat sich hier ein Lokalcomité constituirt.

Um die nöthigen Quartiere zu beschaffen, werden die gewählten Delegirten ersucht, sich an Emil Sauerteig zu wenden.

Mitglieder des Lokalcomités werden schon am Sonnabend den 26. Mai von Vormittags an, mit rothen Schleifen versehen, am Bahnhof die Delegirten empfangen.

Das Lokalcomité eröffnet sein Bureau am 26. Mai Vormittags im Congreßlokal: Thüringer Hof.

Gotha, 4. Mai 1877. Das Lokalcomité.
Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Correspondenzen.

Iserlohn, 29. April. (Volksversammlung.) Am 22. ds. Mts. erstattete ich hier in einer zahlreich besuchten Volksversammlung zunächst Bericht über den Verlauf einer großen Bergarbeiter-Versammlung, welche an demselben Tage Vormittags in Dortmund zum Zweck der Besprechung einer neuen Arbeitsordnung stattgefunden hatte, welche auf verschiedenen Zechen eingeführt werden soll. Die Volksversammlung nahm die Mittheilung mit lebhaftem Beifall entgegen, daß die Bergarbeiter die schnöde Arbeitsordnung entschieden zurückgewiesen und auf meinen Antrag beschlossen hätten, den Reichstag aufzufordern, dem von den sozialistischen Abgeordneten entworfenen Gesetze zum Schutze der Arbeiter seine Zustimmung zu ertheilen und dasselbe auch auf die Berg-, Hütten- und Salinen-Arbeiter auszudehnen.

Nachdem ich der Volksversammlung den Entwurf des Gesetzes im Wesentlichen auseinandergesetzt hatte, beauftragte dieselbe das Bureau einstimmig, den Reichstag zur Annahme des Gesetzes aufzufordern. Die Petition wird morgen an das Präsidium des Reichstags abgesandt.

Nach eingehender Debatte beschloß die Volksversammlung ferner einstimmig die Beschickung des bevorstehenden Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands, sowie, an den Congreß Anträge zur besseren Regelung der Parteipresse zu richten.

Unterzeichneter wurde einstimmig als Delegirter gewählt und der Antrag des Herrn C. Malter, dem Congreß den in Nr. 46 des „Vorwärts" veröffentlichten Vorschlag des Hrn. P. Köhler zur Ausführung zu empfehlen, mit allen gegen die Stimme des Herrn Malter abgelehnt

Mit Gruß C. W. Tölcke.

Offenbach, 1. Mai. Eine wahrhaft herzerhebende Demonstration, die die Stärke unserer Partei hierorts erkennen ließ, fand letzten Sonntag bei Gelegenheit der Beerdigung unseres Freundes und Parteigenossen Adam Bleß statt. Schon vor der festgesetzten Zeit hatten sich die Freunde des Verstorbenen vor dem Trauerhause eingefunden, und als sich der Leichenwagen in Bewegung setzte, bildete sich ein imposanter Zug der Leidtragenden; mehr als 600 Personen folgten dem Sarge. Dem den Zug eröffnenden Leichenkommissar folgte unmittelbar die mit schwarzem Flor behangene rothe Fahne des Gesangvereins „Lassallea", dessen langjähriges Mitglied der Verstorbene war, und darauf der Leichenwagen, der die Hülle des Dahingeschiedenen ihrer letzten Ruhestätte zuführte. Hinter dem Wagen folgten zunächst die Verwandten; Frauen und Jungfrauen mit Kränzen und Sträußen, dann ein großer Kranz mit rother Schleife seitens der sozialistischen Arbeiterpartei, deren treuer und wackerer Mitkämpfer er war, dem Parteigenossen und Freund gewidmet. Dann folgte ein Theil der Leidtragenden, die rothe Sozialisten-Fahne Frankfurts und der größte Theil der Freunde des Verstorbenen. — Auf dem Friedhofe angelangt, senkte man den Sarg in das Grab, worauf zunächst der Gesangverein „Lassallea" in ergreifender Weise ein Trauerlied sang und dann Herr C. Ulrich mit wenigen Worten des Verstorbenen gedachte, dessen unermüdliches Wirken am Werke der Befreiung der Menschheit sowie dessen Treue und Charakterstärke hervorhob, und auf das Fortleben seines Andenkens im Gedächtniß seiner Freunde und Genossen sowie der Nachwelt hinwies. Hierauf ergriff Herr C. Frohme aus Frankfurt das Wort und führte in längerer, ergreifender Rede aus, daß nur Der die Freiheit und das Leben verdiene, der täglich sie erkämpfen müsse, und daß Der, an dessen Grabe wir ständen, zu jener Schaar gehörte, die stets kämpfend, trotz Noth und Sorge, in der sie leben, der Freiheit und dem Glücke unserer Nachkommen ihre freie Zeit gewidmet haben. Der Gesangverein „Lassallea" sang hierauf wieder ein Lied, und Herr C. Ulrich nahm das Schlußwort und warf im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit drei Hände voll Erde auf den Sarg, wünschend, daß die Erde dem verstorbenen Freunde leicht werden möge.

Stuttgart, 4. Mai. In der Parteiversammlung vom 2. Mai wurde betreffs der mit E. unterzeichneten Stuttgarter Correspondenz in Nr. 50 des „Vorwärts" nachstehende Resolution mit 40 gegen 10 Stimmen angenommen:

„In Erwägung, daß Compromisse von uns nie und nirgends gemacht oder versucht worden sind; daß die Unterstützung unseres Candidaten bei der Landtagswahl in weiteren bürgerlichen Kreisen und notorisch seitens der Volkspartei ohne eine Spur von Gegenleistung oder eine Aufforderung unsererseits sich vollzogen hat; daß, wenn diese Unterstützung bei der Reichstagswahl trotz der notorischen Empfehlung des „Beobachters" geringer als bei der Landtagswahl ausfiel, der Grund hiervon nicht in einem mehr „radikalen" Candidaten, sondern darin lag, daß dieser Candidat in weniger weiten Kreisen bekannt war und überdies mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, als welche das Fortfallen von Couverts bei der Stimmabgabe und die Verhaftung von Genossen in der letzten Wahlversammlung, welche uns schwer geschädigt hat, anzuführen sind; in Erwägung auch, daß die Jacobyfeier im reinsten sozialistischen Sinne gehalten und auch von den theilnehmenden Mitgliedern der Volkspartei als sozialistische Feier aufgefaßt wurde, erklärt die Parteiversammlung vom 2. Mai die betreffende Einsendung, soweit sie die Stuttgarter Mitgliedschaft betrifft, für ein haltloses Gemisch von Verdächtigungen und Entstellungen."

J. A.:
W. Riegers, Schriftführer.

Dresden, 5. Mai. Heute wurde unsere Parteigenossin und Herausgeberin der „Blätter für geistigen Fortschritt", Frau Eugenie Klemich, vor die königliche Staatsanwaltschaft gefordert, um sich auf eine Denunziation des hiesigen Subdiakonus Johannes Paul Botichius zu verantworten wegen angeblicher Störung „gottesdienstlicher Handlungen", verübt gelegentlich einer von ihr gehaltenen Grabrede für eine verstorbene Parteigenossin. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Denunziant ganz übersehen hatte, daß die Rede der Angeschuldigten am Grabe erst dann begonnen wurde, als die „gottesdienstlichen Handlungen" thatsächlich schon verrichtet waren, und daß der „fromme" Herr nichts einzuwenden gehabt hatte, als die Leidtragenden ihm Mittheilung von der zu haltenden Rede gemacht hatten. Auch über den Inhalt der Rede selbst hatte der Denunziant — der bei Beginn der Rede davongegangen war, dieselbe also nicht vernommen hatte — Angaben gemacht, die sich aus dem vorgelegten Concept keineswegs bestätigen ließen. Sonach erklärte der Staatsanwalt von einer Strafverfolgung absehen zu müssen. Der Herr Subdiakonus soll nun die Absicht haben, einen letzten Versuch bei der Polizei zu machen, um von dieser eine Ordnungsstrafe für die Missethäterin zu erwirken. — So rufen die geistlichen Herren, welche die Nächstenliebe predigen, selbst gegen eine Frau die weltliche Macht an.

Altenburg, 25. April. Herr Max Wagner, der liberale Diomedes, dessen edle Absichten mein letzter Bericht aufdeckte, strebt ehrgeizig nach höherm Ruhm, als er ihn etwa durch Bekämpfung des Sozialismus in der Kneipe erringen könnte. In Nr. 94 der „Altenburger Zeitung", von der wir beharrliche Aufnahmeverweigerung unserer Entgegnungen gewohnt sind, läßt er einen drittehalb Spalten langen, sehr schlecht stylisirten Artikel gegen die „rothe Internationale" im Allgemeinen und gegen mich im Besondern drucken, der zum Zweck hat, meinen Vortrag zu verhunzen und mir Worte in den Mund legt, die ich nie gesprochen. Von sich selbst redet Herr Wagner in der dritten Person wie Cäsar im bellum gallicum und führt einige Treppengedanken als von ihm in der Versammlung gesprochen auf, die ihm wohl erst lange danach gekommen sind. Am Schluß wird eine Stelle aus Scherr citirt und der wackere Rufer im Streit, Herr Diomedes-Wagner, ruft den „Philistern" empathisch zu: „Laßt uns nicht zu Hause bleiben! Laßt uns den Sozialdemokraten zeigen, daß wir auch Männer unter uns haben, die für die gute Sache nicht nur reden, sondern auch handeln können! Laßt uns einen Reichsverein gründen!"

Auf den 23. April hatten wir eine öffentliche Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Rundschau, Zeitungsfrage", zu der sich die Parteigenossen anfangs nur spärlich eingefunden hatten, doch erschienen sie zahlreich während des Vortrags. Und auch die Mitglieder des städtischen Vereins waren nicht zu Hause geblieben, 30—40 Mann stark erschienen sie pünktlich. Der tapfere Herr Wagner durfte hier nicht fehlen, jedenfalls hatte er vorher verwegen versichert, uns wieder entgegenzutreten, und wohl deshalb saß er jetzt so trostlos in einer Ecke. Unter „Rundschau" stellte ich als Hauptpunkte: Ketzerprozesse im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Das Arbeiterschutzgesetz. Rußland und die Türkei, russischer Sozialismus. Zunächst sprach ich über die Verurtheilung des Redakteurs der „Glauchauer Nachrichten" zu drei Monaten Gefängniß wegen Abdruck eines Gedichts aus Nr. 30 des Sonntagsblatts von 1876. Dieses Gedicht (Vor dem Kreuze) wollte ich vorlesen, kam aber nur zum zweiten Vers, da sprang der überwachende Beamte auf und erklärte diese Nummer des Sonntagsblatts für confiszirt. Nun las ich die Artikel: „Ein Ketzerprozeß" und „Abermals ein Ketzerprozeß" aus Nr. 15 und 16 des Sonntagsblatts von 1877 vor und kritisirte alsdann das Vorgelesene. Unter Anderm sagte ich etwa: „Man nennt die Sozialisten ausnahmslos Atheisten. Ich könnte das bestreiten, will es hier aber nicht erörtern. Jedenfalls bin ich überzeugt, daß der von uns erstrebte Staat Jeden nach seiner Facon wird selig werden lassen. Der Sozialstaat darf aber keine Religion als, Staats- oder herrschende Religion dulden und ich finde es bedauerlich, daß noch heute den Kindern in der Schule der Glaube an einen Gott anerzogen wird, dessen Existenz nicht erwiesen ist und nicht bewiesen werden kann!" Hier sprang der Beamte abermals auf und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Dagegen ließ sich nichts machen, aber auch die Herren Liberalen gaben laut ihre Mißbilligung kund, und ein hiesiger Advokat suchte dem Beamten sogar zu erklären, daß er im Unrecht sei und die Auflösung doch wieder rückgängig machen möge, dieser aber kannte seine Macht und blieb fest. Jawohl, die Liberalen fanden diese Auflösung ungesetzlich, aber wollen diese Herren denn nicht begreifen, daß der Liberalismus, weil er zu solchen Ungesetzlichkeiten schweigt, diese in erster Linie mit verschuldet? Beschwerde ist von uns sofort erhoben worden, aber was hilft das?

Noch ein Kuriosum. Neulich brachte die „Altenburger Ztg." ein „Sonett" auf Bismarck aus der Feder eines hiesigen Arbeiters und begrüßt deshalb denselben als einen Mann von ehrenwerther Gesinnung; Arbeiter, die nicht auf Bismarck schwören, besitzen also nach der „Altenburger Zeitung" keine ehrenwerthe Gesinnung. Hugo Grunwald.

Augsburg. Der hiesige Stadtmagistrat hat die hiesige Mitgliedschaft der Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft geschlossen. Unterzeichnet ist der Magistratsbeschluß vom ersten Bürgermeister Fischer, der Leuchte des hiesigen Liberalismus. Die Begründung des Beschlusses entzieht sich der Kritik. Es wird am Anfang eine lange Geschichtsdarstellung gegeben, beginnend mit den Worten:

Die Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft, um deren hier bestehende Mitgliedschaft es sich gegenwärtig handelt, ging ursprünglich aus der allgemeinen deutschen vereinigten Metallarbeiterschaft hervor, deren Sitz in Berlin war und deren Präsidium Dr. v. Schweitzer daselbst führte.

Und so geht es weiter. Um zu beweisen, daß es sich um einen politischen Verein handelt, wird die Vignette der Statutenbücher, das Annonciren in sozialdemokratischen Blättern hervorgehoben, ferner, daß in den Versammlungen sozialdemokratische Agitatoren gesprochen haben und daß in den Pausen von allgemeinen Arbeiterversammlungen Eintrittserklärungen in die Genossenschaft angenommen wurden. Doch es lohnt sich kaum, der Logik des Bürgermeisters folgen zu wollen. Derselben sowie dem Style entspricht die Orthographie des Schreibers. Die Schreibfehler zählen nach vielen Dutzenden. Wir lesen Agigator und Gagiatoren, zweimal heißt es befollmächtigte, Prodokolle, Abenderung und Bestättigung u. s. w. Wir glauben, der erste Bürgermeister der Stadt Augsburg hätte sich ein größeres Verdienst erworben, wenn er die Zeit zur Abfassung des Beschlusses auf die Ausbildung des Knaben verwandt hätte, welcher ihm als Schreiber diente.

Briefkasten

der Redaktion. J. B. in Constanz: Wir haben Ihren Brief nebst Einlage erhalten. Das „liberale" Flugblatt: „Das schwarze und rothe Gespenst" betitelt, ist so absurd, wie der Altkatholicismus, von dem es herstammt. Als Verfasser nennen sich 22 Personen, unter denselben Professoren, Landtagsabgeordnete, Juristen, Staatsanwälte, Aerzte und Fabrikanten. Die Collektivarbeit dieser Herren ist eine recht schwache, wie sehr sind deshalb erst diejenigen Menschen zu bedauern, an welchen sie Einzelarbeit verrichten. Um unseren Lesern nur ein Pröbchen zu geben: „Der Sozialismus kennt nur Hohn gegenüber allen geheiligten (!) Einrichtungen des Rechtsstaats (siehe Affaire Kantecki!), der Ehe (Duncker ist auch wohl ein Sozialist?), des Eigenthums (siehe die Sozialisten Stroußberg, Ofenheim, Giskra, „Unser Braun", Miquel ꝛc.) u. s. w., wobei er alle Gefühle für Familie (wiederum Sozialist Duncker!), Vaterland (siehe die Zeichner der französischen Anleihe), Religion (siehe Culturkampf), Sitte (siehe unseren letzten Leitartikel: Pfui über das Gesindel, mit Füßen tritt." — Sapienti sat.

der Expedition. G. Mann Kgswlde: Ja. In der Thätigkeit d. R. T. von Bbl. ist nur die Stelle von Bismarck-Bleichröder zu streichen. Sonst Alles zum Vortrag geeignet. In 6 Wochen erwarten das Weitere wie versprochen. Adr.: Genossenschaftsbuchdruckerei Färberstr. 12/II.

Quittung. Lgs Hannover Ann. 1,80. Ehlmnn Bielefeld Ann. 2,00. Arbeiterverein Plagwitz Plakate 1,50. Rbl. Halle Ann. 0,50. Schps hier Ab. 0,60. Dr. Hngr Rybnik Ab. 3,00. Ells Hochfeld Ab. 4,10. Pfffr Gießen Ab. 10,00. E. Brggmr Seesen Ab. 22,10. Pfrtschnr Hohenstein Ab. 32,00. W. C. St. Johann Schr. 20,00. Dr. Pl. Rheinau Ab. 8,00. Exped. der „Freie Presse" Berlin Ab. 5,00. W. Mlr Mannheim 2,00. Hrmnn B.-Leipa Ab. 0,99. Gewerkschaft der Holzarbeiter hier Ann. 9,00. Ullrich hier Ab. 2,55. Lgs Hannover 0,70. Bttchr hier Ab. 5,45.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter in Essen:
Von Dr. P. Rheinau 5,00.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. **Sonnabend**, den 12. Mai, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße 11:

Geschlossene Versammlung.

Fortsetzung der letzten Tagesordnung.

(F163) Der Präsident. [70

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 12. Mai, Abends 8 Uhr, im Saale von Jacobi, Rosenthalgasse:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1) Die Auflösung der Gewerkschaft und Krankenkasse, resp. Anschluß an den Bund; 2) Anträge; 3) Agitation; 4) Neuwahl des Vorstandes.

Angesichts der wichtigen Tagesordnung wird das Erscheinen Aller erwartet. Fehlende haben die übliche Strafe zu zahlen.

Der Vorstand. [110

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 12. Mai, Abends 8 Uhr, in Menzel's Restauration, am Täubchenweg: Versammlung. Tagesord.: 1) Abrechnung; 2) Diskussion über eingegangene Anträge. [40

Mannheim u. Umgegend. Am Pfingstmontag gemeinschaftl. Ausflug nach Heidelberg. Sammelplatz dortselbst in der alten Gundei und Abmarsch von dort um ½2 Uhr.

Alle Freunde und Gesinnungsgenossen sind höflichst eingeladen. [1,50

Morgens ½11 Uhr, in der alten Gundei', erste gemeinschaftliche Sitzung der Preß-Commission, bei welcher Keiner fehlen darf. 30] (F222) F. J. Ehrhart.

Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig.

Die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

findet am Montag, den 28. Mai, Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zum „Thüringer Hof" in Gotha statt.

Die Tagesordnung lautet:

1) Geschäftbericht des Vorstandes. 2) Revisionsbericht des Aufsichtsraths. 3) Richtigsprechung der Jahresrechnung. 4) Feststellung der Dividende und Bestimmung über den Geschäftsgewinn. 5) Feststellung des Etats für das neue Rechnungsjahr. 6) Wahl des Vorstandes. 7) Bestimmung über den Sitz des Aufsichtsraths.

Laut § 18 des Statuts steht es den Mitgliedern, welche nicht am Ort der Generalversammlung wohnen, frei, sich auf Grund einer eigenhändig unterzeichneten Vollmacht vertreten zu lassen. Die betreffenden Vollmachtsformulare, welche den Stempel der Genossenschaft tragen müssen, werden von den mitunterzeichneten A. Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12, auf Verlangen den Genossenschaftsmitgliedern zugeschickt.

Hamburg, den 9. Mai 1877. (2a)

Der Aufsichtsrath.
J. A.: G. W. Hartmann. J. Auer. H. Brasch.
August Geib. C. Derossi. [260

In den nächsten Tagen erscheint im Verlag von C. Grieberger in Nürnberg:

Gruppenbild
der Reichstags-Abgeordneten des arbeitenden Volkes Deutschlands.

Stahlstich in Folio-Format.

Ein Kunstblatt in des Wortes voller Bedeutung.

Da der bedeutenden Kosten wegen auf Massenabsatz gerechnet werden muß, so ist auch der Preis dem entsprechend niedrig gestellt und kostet das Blatt nur 60 Pfg.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Für die Schweiz zu beziehen durch die Expedition der „Tagwacht" und die Schweizerische Volksbuchhandlung. [5,10

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 4. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 850 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Laufermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 56. Sonntag, 13. Mai. 1877.

Die Rathlosigkeit unserer Gegner

auf wirthschaftlichem Gebiete wird von einer gegnerischen Zeitung, welche in wirthschaftlichen Dingen sich besonderer Autorität erfreut, dem „Hamburgischen Correspondent" rückhaltlos eingestanden und — zum Ausdruck gebracht. In einem aus Berlin (4. Mai) datirten „Nachwort zur Gewerbeordnungsdebatte im Reichstag" sagt dieses Blatt:

„Wer die Gewerbeordnungsdebatte im Reichstage verfolgt hat, wird aufs Neue den betrübenden Eindruck gewonnen haben, daß die Mittel, welche die Parteien der Ordnung der täglich in ungeheuerliche Dimensionen hineinwachsenden Destruktion unserer sozialen Verhältnisse bis jetzt entgegenzusetzen haben, außerordentlich klein sind. Im Vergleich mit den kleinlichen Gesichtspunkten der sozialen Verlegenheitsdoktoren gewöhnlichen Schlages erscheinen die Stimmen, welche die soziale Krisis, deren gefährlichen Strudeln wir uns wirbelnd immer mehr nähern, von der Höhe idealer Anschauungen aus zu begreifen suchen, respektabel, wenn es auch bisher nicht gelungen ist, diese idealen Anschauungen so weit praktisch zu gestalten, daß sich daraus ein positiver, faßbarer Plan zu erfolgreichem Vorgehen auch nur in praktisch plausibeln Grundzügen herausschälen ließe. Der eigenthümliche Zauber, welcher die Person des Abgeordneten Dr. Lasker auch für seine politischen Gegner umgiebt, beruht gerade auf dem — wir möchten sagen — naiven Idealismus dieses ungewöhnlichen Mannes, den er sich inmitten eines materialistischen Zeittreibens ohne Gleichen mit höchst anerkennenswerther ethischer Energie gerettet hat; und freudig zollen wir dieser für unser nationales Leben zu so außerordentlich fruchtbarer Bedeutung gelangten Persönlichkeit den Tribut dankbarer Anerkennung, der ihr gebührt. Jeder ernste Patriot, ohne Unterschied der politischen Parteistellung, wird sich der anerkennenden Würdigung der Impulse nicht zu entziehen vermögen, welche unser parlamentarisches Leben aus Lasker's sittlich-ernstem Idealismus empfangen hat, und die persönliche Achtung, welche Lasker auch bei seinen politischen Gegnern genießt, ist ein vollgültiger Beweis dafür. Wenn die extrem-conservative Parteipresse gleichwohl auch jetzt noch hie und da mit Vorliebe den Abgeordneten Lasker deshalb angreift, weil er ein Jude ist, so ist das eine anachronistische Ungezogenheit, deren sie sich schämen sollte.

„Um so ernster aber ist einem Mann wie Lasker gegenüber die Pflicht der Presse, nicht zu schweigen, sondern ihm entgegenzutreten, wenn sein liberaler Idealismus ihn dem Boden staatsmännischer Besonnenheit entrückt und ihn zu Auslassungen hinreißt, deren phantastische Verkehrtheit, wenn sie jemals der Ausgangspunkt zu einer entsprechenden sozialpolitischen Haltung unserer maßgebenden öffentlichen Organe würde, ganz geeignet sein würde, um eine gesunde Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse unmöglich zu machen, uns über die Gefahren, die uns umgeben, zu täuschen und die verhängnißvolle Krisis, welcher die täglich wachsende Sozialdemokratie uns zutreibt, zu beschleunigen, während es sich darum handelt, diese Krisis zu coupiren (zu brechen), sie abzuwenden und den Boden zu retten, auf dem überhaupt eine friedliche und gesegnete Cultur-Entwickelung denkbar ist.

„Von diesem Gesichtspunkte aus ist es die dringlichste Verpflichtung der Presse, gegen Lasker's Auffassung der Sozialdemokratie Verwahrung einzulegen, die sich in den Worten seiner Rede ausdrückte: „„Wenn heute der Arbeiter sich zu rühren anfängt, wenn er völlige Gleichheit will, wenn die Bewegung überschäumt, wie in der Sozialdemokratie, so sehen wir darin nur das Erwachen des allgemeinen Menschengefühls, welches durch unsere Gesetzgebung hervorgerufen, gestärkt und befestigt worden ist: darauf sind wir stolz.""

„Unbegreifliche Verblendung! Wir unsererseits sind gar nicht stolz auf die sozialdemokratische Bewegung. Nicht mit Stolz, sondern mit tiefer Trauer blicken wir auf diese verhängnißvolle Verirrung, auf diesen kräftigen, dämonischen Irrthum, der Millionen unseres Volkes mit utopistischen Hoffnungen und Bestrebungen umstrickt. Wie ist es möglich, daß ein Mann von dem Ernste des Abgeordneten Lasker die sittliche Gefahr, welche für unser Volk aus dieser innerlich unwahren Agitation erwächst, so unterschätzen kann? Gar nicht zu gedenken des namenlosen Unglücks, welches über uns kommen würde, wenn die Sozialdemokratie auch nur auf kurze Zeit und in beschränktem räumlichem Umfange zur actuellen Herrschaft gelangte. Sind denn die Saturnalien (?) der Pariser Commune so bald schon vergessen? Und zeigen uns die letzten Reichstagswahlen nicht die nur allzu nahe Möglichkeit einer solchen Gefahr? Müssen wir der Sozialdemokratie mit so bedenklichen Apostrophen, wie der Abgeordnete Lasker sie ihr zuruft, auch noch die Wege ebnen?

„Nicht als ob wir den Tropfen Wahrheit nicht zu erkennen vermöchten, der sich auch in dem Meere der sozialdemokratischen Lüge (!) verbirgt. Gewiß ist es die Schuld der heutigen Gesellschaft, daß sie Zustände großgezogen hat, aus denen die überschäumende Reaktion des „allgemeinen Menschengefühls" hervorbrechen konnte und mußte. Aber nicht Stolz, sondern das Gefühl solidarischer Mitschuld ist es, das uns gegenüber dieser unser gesammtes Culturleben bedrohenden Gefahr ergreifen muß. Diese Schuld anzuerkennen, sie offen darzulegen, die der berechtigten Würde menschlicher Individualität widersprechenden Schäden unserer sozialen Verhältnisse darzulegen, die öffentliche Sittlichkeit, wo sie mit den Existenzbedingungen des nach Gottes Ebenbilde geschaffenen Menschen in Widerstreit gerathen ist, zu corrigiren und unser gesellschaftliches Leben wieder auf wahrhaft humane, sittliche, menschenwürdige Basen zu stellen, das ist die Aufgabe aller Staatsmänner, unserer Abgeordneten, jedes Einzelnen unter uns, soweit seine Kräfte reichen.

„Wenn es dem Abg. Lasker darum zu thun ist, den modernen Liberalismus unseres Jahrhunderts als den Vater der Sozialdemokratie hinzustellen, nun gut, habeat sibi (das ist seine Sache). In gewissem Sinne hat er damit nicht Unrecht. Mag man den Ursprung dieses Liberalismus auf das Jahr 1789 oder 1848 verlegen, jedenfalls haben mancherlei Thorheiten und Verkehrtheiten Gevatter bei ihm gestanden. Dafür giebt es ohne Zweifel manche einleuchtende Erklärung und Entschuldigung: aber in diesen Verkehrtheiten einen Grund zu erblicken, um auf die überschäumenden Consequenzen derselben besonders stolz zu sein, das ist unserem Liberalismus nicht zuzumuthen, und noch weniger den Kreisen unseres Volkes, welchen nicht die Parteischablonen das Wesentliche ist, sondern der reale Gewinn, den wir in unserem öffentlichen Leben praktisch aus den idealen Anregungen der Parteien gestaltet haben. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man sich inmitten der materiellen Zeit ein gut Stück Idealismus gerettet haben, ohne daß man damit die Nüchternheit aufgiebt, welche das praktische Leben mit Recht von uns Allen, namentlich aber von Denen fordert, die berufen sind, unser öffentliches Leben gesetzgeberisch umzugestalten." — —

So weit der Correspondent des „Hamburgischen Correspondent".

Also: der Eindruck der Debatten, d. h. der nichtsozialistischen und antisozialistischen Reden über die Gewerbeordnung war „betrübend", die vorgeschlagenen sozialen Heilmittel „außerordentlich klein"; „ein positiver, faßbarer Plan zu erfolgreichem Vorgehen" gegen die Sozialdemokratie läßt sich noch nicht „herausschälen!" — Nicht übel das. Und der „ungewöhnliche Mann" Lasker, der bei jener Gelegenheit eine seiner „bedeutendsten Reden" gerebet, wie das gewöhnliche nationalliberale Zeitungsgeschwister verkündete, muß sich gar gefallen lassen, des „naiven Idealismus, der „phantastischen Verkehrtheit" beschuldigt zu werden. Das mag dem „ungewöhnlichen Mann" doch etwas sehr — „ungewöhnlich" vorkommen, das ist ihm noch nicht passirt. Und warum? Weil er ein harmloses, schlottriges Sätzchen verübt hat, welches den Worten nach als Anerkennung des Sozialismus aufgefaßt werden kann, dem Zusammenhang nach aber als nichtssagende Phrase aufgefaßt werden muß. Darum dieser Lärm, aus dem uns die ganze Rathlosigkeit unserer Gegner, den Schreiber des „Nachworts" voran, so recht drastisch entgegentritt. Welche Confusion! Die sozialdemokratische Bewegung ist „eine verhängnißvolle Verirrung, ein kräftiger dämonischer Irrthum, der Millionen unseres Volks mit utopistischen Hoffnungen und Bestrebungen erfüllt". Und ein paar Zeilen weiter wird zugegeben, daß „die heutige Gesellschaft Zustände großgezogen hat", aus denen die sozialdemokratische Bewegung hervorgegangen ist, daß die herrschenden Klassen „solidarische Mitschuld" trifft. Von Zweien Eins: entweder ist der Sozialismus eine Utopisterei, und dann wurzelt er nicht in den heutigen Gesellschaftszuständen, oder: er wurzelt in den heutigen Gesellschaftszuständen, und dann ist er keine Utopisterei — eine Utopisterei, die in den wirklichen Gesellschaftszuständen wurzelt, ist ein Unding, ein Nonsens, ein Widerspruch in sich selbst.

Das sieht jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand ein. Unsere Gegner sehen es aber nicht ein, weil sie, statt der sozialen Frage in's Auge zu blicken und derselben resolut auf den Leib zu gehen, in albernem Gespensterglauben sich einen Wauwau zurechtgemacht haben, der ihnen nun solche Angst einjagt, daß sie die Fähigkeit nicht mehr besitzen, mit gesundem Menschenverstand zu urtheilen.

Die Angst gleich dem Zorn ist bekanntlich ein kurzer Wahnsinn. Und jeder Wahnsinnige hat seine lichten Momente — auch der Jeremias des „Correspondent": „Diese Schuld (die Schuld der Gesellschaft) anzuerkennen, sie offen darzulegen, die der berechtigten Würde menschlicher Individualität widersprechenden Schäden unserer sozialen Verhältnisse darzulegen, die öffentliche Sicherheit zu korrigiren und unser gesellschaftliches Leben wieder auf wahrhaft humane, sittliche, menschenwürdige Basen zu stellen, das ist die Aufgabe unserer Staatsmänner, unserer Abgeordneten, jedes Einzelnen unter uns, so weit seine Kräfte reichen."

Bravo! Uns aus der Seele gesprochen! Und wenn das „wieder" gestrichen wird — denn „wahrhaft humane u. s. w. Basen" hat die Gesellschaft noch nicht gehabt — und wenn statt „ist die Aufgabe" gesetzt wird „sollte die Aufgabe — — sein", dann unterschreiben wir es Wort für Wort. Und gerade, weil wir mit dem Urheber des „Nachworts" übereinstimmen, während „unsere Staatsmänner, unsere Abgeordneten, jeder Einzelne unter uns" (Bourgeois), verschwindende Ausnahmen abgerechnet, in Bezug auf ihre „Aufgabe" nicht mit ihm übereinstimmen, darum sind wir Sozialdemokraten.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

(Schluß des Artikels XIII.)

Aber was ist denn diese erschreckliche Negation der Negation, die Herrn Dühring das Leben so sauer macht, die bei ihm dieselbe Rolle des unverzeihlichsten Verbrechens spielt, wie im Christenthum die Sünde wider den heiligen Geist? — Eine sehr einfache, überall und tagtäglich sich vollziehende Prozedur, die jedes Kind verstehn kann, sobald man den Geheimnißkram abstreift, unter dem die alte idealistische Philosophie sie verhüllte, und unter dem sie ferner zu verhüllen das Interesse hülfloser Metaphysiker vom Schlage des Herrn Dühring ist. Nehmen wir ein Gerstenkorn. Billionen solcher Gerstenkörner werden vermahlen, verkocht und verbraut, und dann verzehrt. Aber findet solch ein Gerstenkorn die für es normalen Bedingungen vor, fällt es auf günstigen Boden, so geht unter dem Einfluß der Wärme und der Feuchtigkeit eine eigne Veränderung mit ihm vor; es keimt; das Korn vergeht als solches, wird negirt, an seine Stelle tritt die aus ihm entstandene Pflanze, die Negation des Korns. Aber was ist der normale Lebenslauf dieser Pflanze? Sie wächst, blüht, wird befruchtet und produzirt schließlich wieder Gerstenkörner, und sobald diese gereift, stirbt der Halm ab, wird seinerseits negirt. Als Resultat dieser Negation der Negation haben wir wieder das anfängliche Gerstenkorn, aber nicht einfach, sondern in zehn-, zwanzig-, dreißigfacher Anzahl. Getreidearten verändern sich äußerst langsam, und so bleibt sich die Gerste von heute ziemlich gleich mit der von vor hundert Jahren. Nehmen wir aber eine bildsame Zierpflanze, z. B. eine Dahlia, Tulpe oder Orchidee; behandeln wir den Samen und die aus ihm entstehende Pflanze nach der Kunst des Gärtners, so erhalten wir als Ergebniß dieser Negation der Negation nicht nur mehr Samen, sondern auch qualitativ verbesserten Samen, der schönere Blumen erzeugt, und jede Wiederholung dieses Prozesses, jede neue Negation der Negation steigert diese Vervollkommnung. — Aehnlich wie beim Gerstenkorn vollzieht sich dieser Prozeß bei den meisten Insekten, z. B. Schmetterlingen. Sie entstehen aus dem Ei durch Negation des Ei's, machen ihre Verwandlungen durch bis zur Geschlechtsreife, begatten sich und werden wieder negirt, indem sie sterben, sobald der Gattungsprozeß vollendet, und das Weibchen seine zahlreichen Eier gelegt hat. Daß bei andern Pflanzen und Thieren der Vorgang nicht in dieser Einfachheit sich erledigt, daß sie nicht nur einmal, sondern mehrmal Samen, Eier oder Junge produziren ehe sie absterben, geht uns hier noch nichts an; wir haben hier nur nachzuweisen, daß die Negation der Negation in den beiden Reichen der organischen Welt wirklich vorkommt. — Ferner ist die ganze Geologie eine Reihe von negirten Negationen, eine Reihe von aufeinander folgenden Zertrümmerungen alter und Ablagerungen neuer Gesteinsformationen. Zuerst wird die ursprüngliche, aus der Abkühlung der flüssigen Masse entstandne Erdkruste durch oceanische, meteorologische und atmosphärisch-chemische Einwirkung zerkleinert und diese zerkleinerten Massen auf dem Meeresboden geschichtet. Lokale Hebungen des Meeresbodens über den Meeresspiegel setzen Theile dieser ersten Schichtung von Neuem den Einwirkungen des Regens, der wechselnden Wärme der Jahreszeiten, des Sauerstoffs und der Kohlensäure der Atmosphäre aus; denselben Einwirkungen unterliegen die aus dem Erdinnern hervor- und die Schichten durchbrechenden geschmolzenen und nachher abgekühlten Gesteinsmassen. Millionen von Jahrhunderten hindurch werden so immer neue Schichten gebildet, immer wieder größtentheils zerstört, und immer wieder als Bildungsstoff für neue Schichten verwendet. Aber das Ergebniß ist ein sehr positives: die Herstellung eines aus den verschiedensten chemischen Elementen gemischten Bodens in einem Zustand mechanischer Zerkleinerung, der die massenhafteste und verschiedenartigste Vegetation zuläßt.

Ebenso in der Mathematik. Nehmen wir eine beliebige algebraische Größe, also a. Negiren wir sie, so haben wir — a (Minus a). Negiren wir diese Negation, indem wir — a mit — a multipliziren, so haben wir + a^2, d. h. die ursprüngliche positive Größe, aber auf einer höheren Stufe, nämlich auf der zweiten Potenz. Auch hier macht es nichts aus, daß wir dasselbe a^2 dadurch erlangen können, daß wir das positive a mit sich selbst multipliziren und dadurch auch a^2 erhalten. Denn die negirte Negation sitzt so fest in dem a^2, daß es unter allen Umständen zwei Quadratwurzeln hat, nämlich a und — a. Und diese Unmöglichkeit, die negirte Negation, die im Quadrat enthaltene negative Wurzel loszuwerden, bekommt eine sehr handgreifliche Bedeutung schon bei den quadratischen Gleichungen. — Noch schlagender tritt die Negation der Negation hervor bei der höheren Analyse, bei jenen „Summationen unbeschränkt kleiner Größen", die Herr Dühring selbst für die höchsten Operationen der Mathematik erklärt, und die man in gewöhnlicher Sprache Differential- und Integralrechnung nennt. Wie vollziehn sich diese Rechnungsarten? Ich habe z. B. in einer bestimmten Aufgabe zwei veränderliche Größen x und y, von denen sich die eine nicht verändern kann, ohne daß die andre sich in einem durch die Sachlage bestimmten Verhältniß mit verändert. Ich differenzire x und y, d. h. ich nehme x und y so unendlich klein an, daß sie gegen jede noch so kleine wirkliche Größe verschwinden, daß von x und y nichts bleibt als ihr gegenseitiges Verhältniß, aber ohne alle sozusagen materielle Grundlage, ein quantitatives Verhältniß ohne alle Quantität. $\frac{dx}{dy}$, das Verhältniß der beiden Differentiale von x und y ist also $= \frac{0}{0}$, aber $\frac{0}{0}$ gesetzt als der Ausdruck von $\frac{x}{y}$. Daß dies Verhältniß zwischen zwei verschwundenen Größen, der fixirte Moment ihres Verschwindens, ein Widerspruch ist, erwähne ich nur nebenbei; es kann uns aber ebenso wenig stören, wie es die Mathematik überhaupt seit fast 200 Jahren gestört hat. Was anders also habe ich gethan, als daß ich x und y negirt habe, aber negirt nicht so, daß ich mich nicht mehr um sie kümmere, wie die Metaphysik negirt, sondern in der der Sachlage entsprechenden Weise? Statt x und y habe ich also ihre Negation, dx und dy, in den mir vorliegenden Formeln oder Gleichungen. Ich rechne nun mit diesen Formeln weiter, behandle dx und dy als wirkliche, wenn auch gewissen Ausnahmsgesetzen unterworfene Größen, und an einem gewissen Punkt — negire ich die Negation, d. h. ich integrire die Differentialformel, bekomme statt dx und dy wieder die wirklichen Größen x und y und bin dann nicht etwa

wieder soweit wie am Anfang, sondern ich habe damit die Aufgabe gelöst, an der die gewöhnliche Geometrie und Algebra sich vielleicht umsonst die Zähne ausgebissen hätten.

Nicht anders in der Geschichte. Alle Kulturvölker fangen an mit dem Gemeineigenthum am Boden. Bei allen Völkern, die über eine gewisse ursprüngliche Stufe hinausgehn, wird dies Gemeineigenthum im Lauf der Entwicklung des Ackerbaus eine Fessel für die Produktion. Es wird aufgehoben, negirt, nach kürzeren oder längeren Zwischenstufen in Privateigenthum verwandelt. Aber auf höherer, durch das Privateigenthum am Boden selbst herbeigeführter Entwicklungsstufe des Ackerbaus wird umgekehrt das Privateigenthum eine Fessel für die Produktion — wie dies heute der Fall ist sowohl mit dem kleinen wie mit dem großen Grundbesitz. Die Forderung, es ebenfalls zu negiren, es wieder in Gemeineigenthum zu verwandeln, tritt mit Nothwendigkeit hervor. Aber diese Forderung bedeutet nicht die Wiederherstellung des altursprünglichen Gemeineigenthums, sondern die Herstellung einer weit höheren, entwickelteren Form von Gemeinbesitz, die, weit entfernt der Produktion eine Schranke zu werden, sie vielmehr erst entfesseln und ihr die volle Ausnutzung der modernen chemischen Entdeckungen und mechanischen Erfindungen gestatten wird.

Oder aber: Die antike Philosophie war ursprünglicher, naturwüchsiger Materialismus. Als solcher war sie unfähig, mit dem Verhältniß des Denkens zur Materie ins Reine zu kommen. Die Nothwendigkeit aber, hierüber klar zu werden, führte zur Lehre von einer vom Körper trennbaren Seele, dann zu der Behauptung der Unsterblichkeit dieser Seele, endlich zum Monotheismus. Der alte Materialismus wurde also negirt durch den Idealismus. Aber in der weiteren Entwicklung der Philosophie wurde auch der Idealismus unhaltbar, und negirt durch den modernen Materialismus. Dieser, die Negation der Negation, ist nicht die bloße Wiedereinsetzung des alten, sondern fügt zu den bleibenden Grundlagen desselben noch den ganzen Gedankeninhalt einer zweitausendjährigen Entwicklung der Philosophie und Naturwissenschaft, sowie den dieser zweitausendjährigen Geschichte selbst. Es ist überhaupt keine Philosophie mehr, sondern eine einfache Weltanschauung, die sich nicht in einer aparten Wissenschaftswissenschaft, sondern in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu bethätigen hat. Die Philosophie ist hier also „aufgehoben", d. h. „sowohl überwunden als aufbewahrt"; überwunden, ihrer Form, aufbewahrt, ihrem wirklichen Inhalt nach. Wo Herr Dühring nur „Wortspielerei" sieht, findet sich also, bei genauerem Zusehn, ein wirklicher Inhalt.

Endlich: sogar die Rousseau'sche Gleichheitslehre, von der die Dühring'sche nur ein matter und verfälschter Abklatsch ist, kommt nicht zu Stande, ohne daß die Hegel'sche Negation der Negation — und noch dazu mehr als zwanzig Jahre vor Hegel's Geburt — Hebammendienste leisten muß. Und weit entfernt, sich dessen zu schämen, trägt sie in ihrer ersten Darstellung den Stempel ihrer dialektischen Abstammung fast prunkend zur Schau. Im Zustand der Natur und der Wildheit waren die Menschen gleich; und da Rousseau schon die Sprache als eine Fälschung des Naturzustands ansieht, so hat er vollkommen Recht, die Gleichheit der Thiere Einer Art, soweit diese reicht, auch auf diese, neuerdings von Häckel als Alali, Sprachlose, hypothetisch klassifizirten Thiermenschen anzuwenden. Aber diese gleichen Thiermenschen hatten vor den übrigen Thieren eine Eigenschaft voraus: die Perfektibilität, die Fähigkeit sich weiter zu entwickeln; und diese wurde die Ursache der Ungleichheit. Rousseau sieht also in der Entstehung der Ungleichheit einen Fortschritt. Aber dieser Fortschritt war antagonistisch, er war zugleich ein Rückschritt. „Alle weiteren Fortschritte (über den Urzustand hinaus) waren ebensoviel Schritte scheinbar zur Vervollkommnung des Einzelmenschen, in der That aber zum Verfall der Gattung. Die Metallbearbeitung und der Ackerbau waren die beiden Künste, deren Erfindung diese große Revolution hervorrief" (die Umwandlung des Urwalds in kultivirtes Land, aber auch die Einführung des Elends und der Knechtschaft vermittelst des Eigenthums). „Für den Dichter haben Gold und Silber, für den Philosophen haben Eisen und Korn die Menschen civilisirt und das Menschengeschlecht ruinirt." Jeder neue Fortschritt der Civilisation ist zugleich ein neuer Fortschritt der Ungleichheit. Alle Einrichtungen, die sich die mit der Civilisation entstandne Gesellschaft giebt, schlagen in das Gegentheil ihres ursprünglichen Zwecks um. „Es ist unbestreitbar, und Grundgesetz des ganzen Staatsrechts, daß die Völker sich Fürsten gegeben haben um ihre Freiheit zu schützen, nicht aber sie zu vernichten." Und dennoch werden diese Fürsten mit Nothwendigkeit die Unterdrücker der Völker und steigern diese Unterdrückung bis auf den Punkt, wo die Ungleichheit, auf die äußerste Spitze getrieben, wieder in ihr Gegentheil umschlägt, Ursache der Gleichheit wird: vor dem Despoten sind Alle gleich, nämlich gleich Null. „Hier ist der äußerste Grad der Ungleichheit, der Endpunkt, der den Kreis schließt und den Punkt berührt, von dem wir ausgegangen sind: hier werden alle Privatleute gleich, weil sie eben Nichts sind, und die Unterthanen kein andres Gesetz mehr haben als den Willen des Herrn." Aber der Despot ist nur Herr, solange er die Gewalt hat, und deswegen kann er, sobald man „ihn vertreibt, sich nicht gegen die Gewalt beklagen ... Die Gewalt erhielt ihn, die Gewalt wirft ihn um, Alles geht seinen richtigen, naturgemäßen Gang." Und so schlägt die Ungleichheit wieder um in Gleichheit, aber nicht in die alte naturwüchsige Gleichheit der sprachlosen Urmenschen, sondern in die höhere des Gesellschaftsvertrags. Die Unterdrücker werden unterdrückt. Es ist Negation der Negation.

Wir haben hier also schon bei Rousseau nicht nur einen Gedankengang, der dem in Marx' Kapital verfolgten auf ein Haar gleicht, sondern auch im Einzelnen eine ganze Reihe derselben dialektischen Wendungen, deren Marx sich bedient: Prozesse, die ihrer Natur nach antagonistisch sind, einen Widerspruch in sich enthalten, Umschlagen eines Extrems in sein Gegentheil, endlich als Kern des Ganzen die Negation der Negation. Wenn Rousseau also 1754 den Hegeljargon noch nicht sprechen konnte, so ist er doch, 23 Jahre vor Hegel's Geburt, tief von der Hegelseuche, Widerspruchsdialektik, Logoslehre, Theologik u. s. w. angefressen. Und wenn Herr Dühring in seiner Verseichtigung der Rousseau'schen Gleichheitstheorie mit seinen siegreichen zwei Männern operirt, so ist er auch schon auf der schiefen Ebene, auf der er rettungslos der Negation der Negation in die Arme rutscht. Der Zustand, in dem die Gleichheit der beiden Männer florirt, und der auch wohl als ein Idealzustand dargestellt wird, ist auf S. 271 der Philos. als „Urzustand" bezeichnet. Dieser Urzustand wird aber nach S. 279 nothwendiger Weise durch das „Raubsystem" aufgehoben — erste Negation. Aber wir sind jetzt, Dank der Wirklichkeitsphilosophie, dahin gekommen, daß wir das Raubsystem abschaffen und an seiner Stelle die von Herrn Dühring erfundene auf Gleichheit beruhende Wirthschaftscommune einführen — Negation der Negation, Gleichheit auf höherer Stufe. Ergötzliches, den Gesichtskreis wohlthätig erweiterndes Schauspiel, wie Herr Dühring das Kapitalverbrechen der Negation der Negation Allerhöchst selbst begeht!

Was ist also die Negation der Negation? Ein äußerst allgemeines und eben deswegen äußerst weitwirkendes und wichtiges Entwicklungsgesetz der Natur, der Geschichte und des Denkens; ein Gesetz, das, wie wir gesehn, in der Thier- und Pflanzenwelt, in der Geologie, in der Mathematik, in der Geschichte, in der Philosophie zur Geltung kommt und dem selbst Herr Dühring trotz allen Sperrens und Zerrens, ohne es zu wissen, in seiner Weise nachkommen muß. Es versteht sich von selbst, daß ich über den besondren Entwicklungsprozeß, den z. B. das Gerstenkorn von der Keimung bis zum Absterben der fruchttragenden Pflanze durchmacht, gar nichts sage, wenn ich sage, es ist Negation der Negation. Denn da die Integralrechnung ebenfalls Negation der Negation ist, würde ich mit der entgegengesetzten Behauptung nur den Unsinn behaupten, der Lebensprozeß eines Gerstenhalms sei Integralrechnung oder meinetwegen auch Sozialismus. Das ist es aber, was die Metaphysiker der Dialektik fortwährend in die Schuhe schieben. Wenn ich von all diesen Prozessen sage, sie sind Negation der Negation, so fasse ich sie allesammt unter dies Eine Bewegungsgesetz zusammen, und lasse ebendeßwegen die Besonderheiten jedes einzelnen Spezialprozesses unbeachtet. Die Dialektik ist aber weiter nichts als die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens.

Nun kann man aber einwenden: Die hier vollzogene Negation ist gar keine richtige Negation; ich negire ein Gerstenkorn auch, wenn ich's vermahle, ein Insekt, wenn ich's zertrete, die positive Größe a, wenn ich sie ausstreiche u. s. w. Oder ich negire den Satz: die Rose ist eine Rose, wenn ich sage: die Rose ist keine Rose; und was kommt dabei heraus, wenn ich diese Negation wieder negire und sage: die Rose ist aber doch eine Rose? — Diese Einwendungen sind in der That die Hauptargumente der Metaphysiker gegen die Dialektik, und ganz dieser Bornirtheit des Denkens würdig. Negiren in der Dialektik heißt nicht einfach Nein sagen, oder ein Ding für nicht bestehend erklären, oder es in beliebiger Weise zerstören. Schon Spinoza sagte: Omnis determinatio est negatio, jede Begränzung oder Bestimmung ist zugleich eine Negation. Und ferner ist die Art der Negation hier bestimmt erstens durch die allgemeine und zweitens die besondere Natur des Prozesses. Ich soll nicht nur negiren, sondern auch die Negation wieder aufheben. Ich muß also die erste Negation so einrichten, daß die zweite möglich bleibt oder wird. Wie? Je nach der besondern Natur jedes einzelnen Falls. Vermahle ich ein Gerstenkorn, zertrete ich ein Insekt, so habe ich zwar den ersten Akt vollzogen, aber den zweiten unmöglich gemacht. Jede Art von Dingen hat also ihre eigenthümliche Art, so negirt zu werden, daß eine Entwicklung dabei herauskommt, und ebenso jede Art von Vorstellungen und Begriffen. In der Infinitesimalrechnung wird anders negirt als in der Herstellung positiver Potenzen aus negativen Wurzeln. Das will gelernt sein, wie alles Andre. Mit der bloßen Kenntniß, daß Gerstenhalm und Infinitesimalrechnung unter die Negation der Negation fallen, kann ich weder erfolgreich Gerste bauen, noch differenziren und integriren, ebensowenig wie ich mit den bloßen Gesetzen der Tonbestimmung durch die Dimensionen der Saiten ohne Weiteres Violine spielen kann. — Es ist aber klar, daß bei einer Negationsnegirung, die in der kindischen Beschäftigung besteht, a abwechselnd zu setzen und wieder auszustreichen, oder von einer Rose abwechselnd zu behaupten, sie sei eine Rose und sie sei keine Rose, Nichts herauskommt als die Albernheit dessen, der solche langweilige Prozeduren vornimmt. Und doch möchten die Metaphysiker uns weiß machen, wenn wir einmal die Negation der Negation vollziehn wollten, dann sei das die richtige Art.

Es ist also wiederum Niemand anders als Herr Dühring, der uns mystificirt, wenn er behauptet, die Negation der Negation sei eine von Hegel erfundene, dem Gebiet der Religion entlehnte, auf die Geschichte vom Sündenfall und der Erlösung gebaute Analogieschnurre. Die Menschen haben dialektisch gedacht lange ehe sie wußten was Dialektik war, ebenso wie sie schon Prosa sprachen lange bevor der Ausdruck Prosa bestand. Das Gesetz der Negation der Negation, das sich in der Natur und Geschichte, und bis es einmal erkannt ist, auch in unsern Köpfen unbewußt vollzieht, ist von Hegel nur zuerst scharf formulirt worden. Und wenn Herr Dühring die Sache im Stillen selbst betreiben will und nur den Namen nicht vertragen kann, so möge er einen bessern Namen finden. Will er aber die Sache aus dem Denken vertreiben, so vertreibe er sie gütigst zuerst aus der Natur und der Geschichte, und erfinde eine Mathematik, worin $-a \times -a$ nicht $+a^2$ ist und worin das Differenziren und Integriren bei Strafe verboten ist.

Wir sind zu Ende mit der Philosophie; was sonst noch von Zukunftsphantasien im „Cursus" vorhanden, wird uns gelegentlich der Dühring'schen Umwälzung des Sozialismus beschäftigen. Was hatte uns Herr Dühring versprochen? Alles. Und was hat er gehalten? Gar nichts. „Die Elemente einer wirklichen und demgemäß auf die Wirklichkeit der Natur und des Lebens gerichteten Philosophie", die „strengwissenschaftliche Weltanschauung", die „systemschaffenden Gedanken", und alle die andern, in hochtönenden Redewendungen von Herrn Dühring ausposaunten Leistungen des Herrn Dühring erwiesen sich, wo immer wir sie anfaßten, als reiner Schwindel. Die Weltschematik, die „ohne der Tiefe des Gedankens etwas zu vergeben, die Grundgestalten des Seins sicher festgestellt hat", stellte sich heraus als ein unendlich verseichtigter Abklatsch der Hegel'schen Logik und theilt mit ihr den Aberglauben, daß diese „Grundgestalten" oder logischen Kategorien irgendwo ein geheimnißvolles Dasein führen vor und außer der Welt, auf die sie „anzuwenden" sind. Die Naturphilosophie bot uns eine Kosmogonie, deren Ausgangspunkt ein „sich selbst gleicher Zustand der Materie" ist, ein Zustand, vorstellbar nur vermittelst der rettungslosesten Verwirrung über den Zusammenhang von Materie und Bewegung, und vorstellbar außerdem nur unter Annahme eines außerweltlichen persönlichen Gottes, der allein diesem Zustand zur Bewegung verhelfen kann. Bei Behandlung der organischen Natur mußte die Wirklichkeitsphilosophie, nachdem sie Darwin's Kampf ums Dasein und Naturzüchtung als „ein Stück gegen die Humanität gerichtete Brutalität" verworfen, sie Beide durch die Hinterthür wieder zulassen als in der Natur wirksame Faktoren, wenn auch zweiter Ordnung. Sie fand zudem Gelegenheit, auf dem Gebiet der Biologie eine Unwissenheit zu dokumentiren, wie man sie, seit den populär-wissenschaftlichen Vorträgen nicht mehr zu entgehen ist, selbst bei Töchtern gebildeter Stände mit der Laterne suchen müßte. Auf dem Gebiet der Moral und des Rechts war sie mit der Verflachung Rousseau's nicht glücklicher als vor-

Herr Schiffsbaumeister Evers in Lübeck und die dortigen Schiffszimmerleute.

„Hier haben Sie einen Entlassungsschein, ob Sie darauf aber Arbeit in Deutschland erhalten werden, das wird sich zeigen." Diese Worte sprach der Schiffsbaumeister Evers am 17. Dezember 1874, als er den bei ihm arbeitenden Lübecker Schiffszimmerern die Brandmarkungsatteste mit den verabredeten geheimen Zeichen, worauf sie nirgends, mit Ausnahme auf den kaiserlichen Werften, Arbeit bekommen konnten, überreichte.

Ja, das war ein Tag für unsern Meister Evers! Nachdem der Verein Norddeutscher Schiffbaumeister am 16. und 17. November 1874 auf seiner Generalversammlung beschlossen hatte, die Brandmarkungsatteste einzuführen, war Evers der Erste, welcher sich in Lübeck den traurigen Ruhm erwarb, seinen Arbeitern den Fehdehandschuh hingeworfen zu haben. Herr Evers bildete sich ein, die Schiffszimmerleute würden in kurzer Zeit vor ihm auf den Knieen liegen und um Gnade flehen. Doch es kam anders. Herr Schiffsbaumeister Evers, der da glaubte, seine Arbeiter, gestützt auf den Meisterbund, nach Belieben behandeln zu können, mußte sich zu seinem Leidwesen überzeugen, daß mit den Schiffszimmerern nicht zu spaßen ist. Herr Evers nahm Entlassungen vor und verabreichte den Entlassenen die bereits erwähnten Brandmarkungsatteste. Diese entlassenen Arbeiter versuchten dann anderswo Arbeit zu bekommen, allein vergebens, es wurde bald entdeckt, daß die entlassenen Leute auf die Entlassungsscheine hin auf Privatwerften nirgends Arbeit erhalten würden. Es drangen daher die Leute auf ihn ein, ihnen ordentliche Entlassungsscheine anstatt der Brandmarkungsatteste zu verabreichen, allein vergeblich, Meister Evers wies sie kurz zurück.

Nun stellten sämmtliche Lübecker Schiffszimmerer am 11. Februar 1875 eine Lohnforderung von 30 Pf. pro Tag mehr an ihre Meister, da sie mit dem alten Lohn (3 Mrk. pro Tag) nicht mehr auskommen konnten. Die Forderung wurde nicht genehmigt; die Arbeit wurde daher eingestellt, und sämmtliche Schiffszimmerer erhielten die erwähnten Brandmarkungsatteste. Jetzt begann der Kampf. Die sämmtlichen deutschen Schiffszimmerer traten für die Lübecker Collegen ein, dafür aber wurden sämmtliche Collegen an der Weser und am Ostseestrande am 1. Januar 1876 ausgeschlossen und mit Brandmarkungsatteften versehen.

Da erhoben sich sämmtliche Schiffszimmerer an der Elbe und in Kiel und beschlossen, den Vernichtungskampf mit dem Verein Norddeutscher Schiffsbaumeister aufzunehmen. Der Erfolg war, daß schon nach 14 Tagen die Meister an der Weser sich zum Rückzuge bequemen mußten. In Rostock dagegen setzten die Meister alles daran, um zu siegen, allein der 15. Mai 1876 entschied zu Gunsten der deutschen Schiffszimmerer. Die Gründung der Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Genossenschaft, der Platzkauf in Memel, dessen Contrakt am 15. Mai abgelaufen war, wurde nämlich vollzogen, und so scheiterte der letzte Plan des Meisterbundes, indem sie gehofft, daß uns durch den Arbeitsausschluß Kosten erwachsen würden, welche es uns unmöglich machten, auf die Kaufsumme für den Memeler Schiffsbauplatz, welche 60,000 Mark betrug, 30,000 Mark anzuzahlen. Nur in Lübeck wollte man unter allen Umständen über die Schiffszimmerer siegen. Alles wurde aufgeboten, und selbst auf dem städtischen Banplatze sollten unsere Collegen erklären, daß sie aus dem Allgemeinen deutschen Schiffszimmererverein austreten würden, wenn sie nicht entlassen sein wollten.

Die Lübecker Collegen reichten gegen dieses unerhörte Verfahren seitens des Baumeisters des städtischen Schiffsbauplatzes eine Beschwerde bei der Bürgerschaft ein, welche auch zur Verhandlung kam. Senator Dr. Brehmer trat für den Schiffsbaumeister Martiny ein, indem er hervorhob, derselbe sei von der Baudeputation dazu ermächtigt worden, er versuchte dann ferner, um die Baudeputation zu rechtfertigen, das Verhalten der Lübecker Schiffszimmerer in ein schlechtes Licht zu stellen, was ihm aber nicht gelang. Nach ihm bemühte sich besonders Herr J. Arndt, die Tendenzen der Statuten des Allgemeinen deutschen Schiffszimmervereins, sowie das Bestreben desselben im absprechenden Sinne zu beleuchten. Auch las er aus einem von mir herausgegebenen Flugblatt folgende Sätze vor, die er als etwas Unerhörtes bezeichnete. Die Sätze lauten:

„Blicken Sie z. B. auf die alte, früher so berühmte Hansestadt „Lübeck"! ist es nicht ein Skandal? Keine Slip, kein Dock hat diese Seestadt Lübeck aufzuzeigen! Kein Dampfboot kann man daselbst repariren oder reinigen lassen (Kiel läßt sich doch heutzutage kein Dampfschiff, wenn es irgend umhin kann, mehr holen), vielmehr geht es nach einem anderen Orte und läßt sich da auf eine Slip oder Dock holen. Die Stadt Lübeck kann wahrhaftig auf ihre Schiffsbaumeister nicht stolz sein, indem sie im Verhältniß zu Hamburg und Bremen um 20 Jahre zurücksteht. Es wäre die heiligste Pflicht der Stadt Lübeck, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, oder andernfalls unserm Verein Hülfe zu leisten, um eine Slip oder sonstige Einrichtungen anzulegen. Allein es geschieht keines von Beiden, vielmehr unterstützt sie die Schiffsbaumeister in ihrer conservativen Stellung."

Richter Dr. Duhn, der nach Herrn J. Arndt das Wort ergriff, balgte sich mit dem § 152 der G.-O. zu Gunsten seiner Vorredner herum, und sagte dann nach Berichterstattung der „Lübecker Zeitung" wörtlich:

Beim Anhören der von Arndt verlesenen Bestimmungen des Statuts sei in ihm eine alte Jugenderinnerung wieder wach geworden, nämlich die Erinnerung an einen vielleicht jetzt nicht mehr existirenden Bilderbogen, der die verkehrte Welt darstellte, wo der Junge den Lehrer prügelte u. dgl. m.; so sei es auch hier; Leute, die nicht den geringsten Ueberblick haben, wollen Gesetze machen, und ein solches Bestreben dürfe niemals begünstigt werden. Immerhin möge zugegeben werden, daß in der entstandenen Bewegung und in den aufgestellten Forderungen ein Stück Wahrheit liegen könne; dies zu ergründen, sei allerdings eine Forderung auch des sittlichen Rechtsbewußtseins."

Nur Geduld Herr Duhn, sie sollen bald anderer Meinung werden.

Dr. Crome sowie Herr A. Wiechmann schlossen sich den Ausführungen der Vorredner an.

Richter Dr. Bruhns zeigte sich jedoch allein entschieden als ein ganzer Mann; er bekämpfte sämmtliche Ausführungen seiner Vorredner, und trug den moralischen Sieg, obgleich die Abstimmung gegen ihn ausfiel, davon. Er wies seinen Vorrednern in trefflichen Ausführungen nach, daß es durchaus nicht Sache und Aufgabe des städtischen Baumeisters sein könne, in einer Privatangelegenheit für die Arbeitgeber Partei zu ergreifen.

In Folge der Fürsprache des Dr. Bruhns erhielten unsere Collegen bei den Lübecker Schiffs-Rhedern Arbeit, so daß die Meister sehen konnten, wo sie blieben. Schließlich bekamen sie auch auf dem städtischen Platz Arbeit.

Bald darauf war auch Meister Steffen erbötig, sich mit den Leuten zu einigen, und bewilligte ebenfalls die 30 Pfg. pro Tag. Meister Meyer jedoch willigte erst gegen Ende Februar d. J. in die Forderung der Arbeiter, nachdem auf seiner Werft 2 Jahre lang die Arbeit geruht hatte.

Meister Evers wollte allerdings auch Arbeiter haben, aber keiner wollte bei ihm Arbeit nehmen. Mit Ausnahme einiger

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 56. Sonntag, 13. Mai. 1877.

Die Rathlosigkeit unserer Gegner

auf wirthschaftlichem Gebiete wird von einer gegnerischen Zeitung, welche in wirthschaftlichen Dingen sich besonderer Autorität erfreut, dem „Hamburgischen Correspondent" rückhaltlos eingestanden und — zum Ausdruck gebracht. In einem aus Berlin (4. Mai) datirten „Nachwort zur Gewerbeordnungsdebatte im Reichstag" sagt dieses Blatt:

„Wer die Gewerbeordnungsdebatte im Reichstage verfolgt hat, wird aufs Neue den betrübenden Eindruck gewonnen haben, daß die Mittel, welche die Parteien der Ordnung der täglich in ungeheuerliche Dimensionen hineinwachsenden Destruktion unserer sozialen Verhältnisse bis jetzt entgegenzusetzen haben, außerordentlich klein sind. Im Vergleich mit den kleinlichen Gesichtspunkten der sozialen Verlegenheitsdoktoren gewöhnlichen Schlages erscheinen die Stimmen, welche die soziale Krisis, deren gefährlichen Strudeln wir uns wirbelnd immer mehr nähern, von der Höhe idealer Anschauungen aus zu begreifen suchen, respektabel, wenn es auch bisher nicht gelungen ist, diese idealen Anschauungen so weit praktisch zu gestalten, daß sich daraus ein positiver, faßbarer Plan zu erfolgreichem Vorgehen auch nur in praktisch plausibeln Grundzügen herausschälen ließe. Der eigenthümliche Zauber, welcher die Person des Abgeordneten Dr. Lasker auch für seine politischen Gegner umgiebt, beruht gerade auf dem — wir möchten sagen — naiven Idealismus dieses ungewöhnlichen Mannes, den er sich inmitten eines materialistischen Zeittreibens ohne Gleichen mit höchst anerkennenswerther ethischer Energie gerettet hat; und freudig zollen wir dieser für unser nationales Leben zu so außerordentlich fruchtbarer Bedeutung gelangten Persönlichkeit [illegible]: die Reichsfeinde haben ihn sequestrirt, ihn in reichsfeindliche Uniform gesteckt, und er ist in Gefahr, von den Kettenhunden, die den Reichsstall bewachen, zerrissen zu werden. Man lese nur, was der nationalliberale Moniteur, die „Nationalzeitung", schreibt (Nr. vom 1. Mai):

„Herr Johannes Scherr erfreut sich in Deutschland eines bedeutenden und bis zu einem hohen Grade gerechtfertigten Rufes. Er verdient denselben durch außerordentliche schriftstellerische Eigenschaften, die hier weder analysirt noch kritisirt werden sollen. Der Zweck dieser Zeilen ist ein anderer. Das Buch des Herrn Scherr: „Die Gesellschaft und die Sitten Deutschlands" ist soeben unter dem Titel: „La Civilisation en Allemagne" in Paris erschienen und zwar in einer Uebersetzung des Herrn Tissot, der dasselbe den Franzosen als eine Art Fortsetzung der berüchtigten Pamphlete gegen Deutschland darstellt: als solche wird die Schrift bereits von den Pariser Journalen mit dem Jubel begrüßt, mit dem dieselben Alles aufnehmen, was Deutschland kränken zu können scheint. Johannes Scherr ist als Deutscher vollständig berechtigt, über deutsche Verhältnisse zu denken und zu schreiben, was er für wahr und richtig hält; unbegreiflich erscheint es uns aber, daß er mit einem Manne in Verbindung getreten ist, der, wie Victor Tissot, soviel das in seinen Kräften stand, dazu beigetragen hat, Deutschland in Frankreich zu verunglimpfen und die Entfremdung zwischen beiden Völkern

Aufgabe aller Staatsmänner, unserer Abgeordneten, jedes Einzelnen unter uns, soweit seine Kräfte reichen.

„Wenn es dem Abg. Lasker darum zu thun ist, den modernen Liberalismus unseres Jahrhunderts als den Vater der Sozialdemokratie hinzustellen, nun gut, habeat sibi (das ist seine Sache). In gewissem Sinne hat er damit nicht Unrecht. Mag man den Ursprung dieses Liberalismus auf das Jahr 1789 oder 1848 verlegen, jedenfalls haben mancherlei Thorheiten und Verkehrtheiten Gevatter bei ihm gestanden. Dafür giebt es ohne Zweifel manche einleuchtende Erklärung und Entschuldigung: aber in diesen Verkehrtheiten einen Grund zu erblicken, um auf die überschäumenden Consequenzen derselben besonders stolz zu sein, das ist unserem Liberalismus nicht zuzumuthen, und noch weniger den Kreisen unseres Volkes, welchen nicht die Parteischablonen das Wesentliche ist, sondern der reale Gewinn, den wir in unserem öffentlichen Leben praktisch aus den idealen Anregungen der Parteien gestaltet haben. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man sich inmitten der materiellen Zeit ein gut Stück Idealismus gerettet haben, ohne daß man damit die Nüchternheit aufgiebt, welche das praktische Leben mit Recht von uns Allen, namentlich aber von Denen fordert, die berufen sind, unser öffentliches Leben gesetzgeberisch umzugestalten." — —

So weit der Correspondent des „Hamburgischen Correspondent".

Also: der Eindruck der Debatten, d. h. der nichtsozialistischen und antisozialistischen Reden über die Gewerbeordnung war „betrübend", die vorgeschlagenen sozialen Heilmittel „außerordentlich klein"; „ein positiver, faßbarer Plan zu erfolgreichem Vorgehen" gegen die Sozialdemokratie läßt sich noch nicht „herausschälen!" — Nicht übel das. Und der „ungewöhnliche Mann" Lasker, der bei [illegible] Presse des Jahrs 1848, und die meisten der Kraftjournalisten, denen sie ihre Existenz verdanken, sind heut gute Nationalliberale nnd Gesinnungsgenossen des unglücklichen Böhmert. Die Sozialdemokraten sind weder so gemein, noch so dumm, von dem deutschen „Volk in Waffen", dem sie zum Theil selbst angehören, in dieser Weise zu sprechen.

— Ein vlämisch-belgischer Arbeiterkongreß wird zu Pfingsten in Mecheln tagen. Der Zweck des Kongresses soll hauptsächlich sein, für die vlämischen Sozialisten eine festere Organisation zu schaffen, als sie seither dort bestanden hat. Eingeladen sind alle Arbeitergesellschaften und die Leser des „Wecker" in Vlämisch-Belgien.

— Der russisch-türkische Krieg, den man richtiger den russischen Eroberungskrieg nennen kann, übt bereits die nachtheiligsten Folgen auf die Schiffahrt und den Seehandel in den norddeutschen Häfen aus. Viele mecklenburgische, preußische und oldenburgische Schiffe, welche bisher im Schwarzen Meer und als Frachtfahrer von den russischen und türkischen Häfen einen lohnenden Erwerb fanden, kehren jetzt alle beschäftigungslos zurück, da jeder Handel dort bereits gänzlich aufhört, und auch der Exporthandel der russischen Ostseehäfen, der ebenfalls viele deutsche Schiffe beschäftigte, seit dem Ausbruch des Krieges fast ganz eingestellt ist. ebrigens kann man nicht wissen, ob

ein Gerstenkorn. Billionen solcher Gerstenkörner werden vermahlen, verkocht und verbraut, und dann verzehrt. Aber findet solch ein Gerstenkorn die für es normalen Bedingungen vor, fällt es auf günstigen Boden, so geht unter dem Einfluß der Wärme und der Feuchtigkeit eine eigne Veränderung mit ihm vor; es keimt; das Korn vergeht als solches, wird negirt, an seine Stelle tritt die aus ihm entstandene Pflanze, die Negation des Korns. Aber was ist der normale Lebenslauf dieser Pflanze? Sie wächst, blüht, wird befruchtet und produzirt schließlich wieder Gerstenkörner, und sobald diese gereift, stirbt der Halm ab, wird seinerseits negirt. Als Resultat dieser Negation der Negation haben wir wieder das anfängliche Gerstenkorn, aber nicht einfach, sondern in zehn-, zwanzig-, dreißigfacher Anzahl. Getreidearten verändern sich äußerst langsam, und so bleibt sich die Gerste von heute ziemlich gleich mit der von vor hundert Jahren. Nehmen wir aber eine bildsame Zierpflanze, z. B. eine Dahlia, Tulpe oder Orchidee; behandeln wir den Samen und die aus ihm entstehende Pflanze nach der Kunst des Gärtners, so erhalten wir als Ergebniß dieser Negation der Negation nicht nur mehr Samen, sondern auch qualitativ verbesserten Samen, der schönere Blumen erzeugt, und jede Wiederholung dieses Prozesses, jede neue Negation der Negation steigert diese Vervollkommnung. — Aehnlich wie beim Gerstenkorn vollzieht sich dieser Prozeß bei den meisten Insekten, z. B. Schmetterlingen. Sie entstehen aus dem Ei durch Negation des Ei's, machen ihre Verwandlungen durch bis zur Geschlechtsreife, begatten sich und werden wieder negirt, indem sie sterben, sobald der Gattungsprozeß vollendet, und das Weibchen seine zahlreichen Eier gelegt hat. Daß bei andern Pflanzen und Thieren der Vorgang nicht in dieser Einfachheit sich erledigt, daß sie nicht nur einmal, sondern mehrmal stellt, ist aber, wie Corleis und Schmarje, glänzend geschlagen worden. Es gehörte aber auch ein hoher Grad von Vermessenheit dazu, in einer Stadt wie Altona das Thema: „Schulze-Delitzsch und Lassalle" im antilassalle'schen Sinne zu behandeln. Hier, wo jeder Arbeiter das Buch „Bastiat-Schulze" von Lassalle kennt, wo also jedem Arbeiter schon seit langen Jahren bekannt ist, daß Schulze-Delitzsch ein wissenschaftlich todter Mann ist — hier diesen Schulze rehabilitiren zu wollen, war von vornherein ein nutzloses Beginnen. Es ist denn auch gar nicht zu verwundern, daß die Versammlung die Versuche des Herrn Schneider, den wissenschaftlich „todten Schulze" wieder in's Leben zurückzurufen, mit nicht endenwollender Heiterkeit lohnte, und Sie gestatten mir daher auch wohl, über das, was Herr Schneider für Schulze-Delitzsch zu sagen wußte, mit Stillschweigen hinwegzugehen, umsomehr zwar, als Herr Schneider nach eigenem Geständniß die Lassalle'schen Schriften noch gar nicht gelesen hat. An der Debatte betheiligten sich von unserer Seite Heyer und Hillmann, während Herr Corleis als Gegner wiederholt das Wort ergriff.

Die Versammlung, welche am 26. April wiederum in Koppelmann's Salon tagte, nahm schließlich mit großer Mehrheit folgende von Heyer eingebrachte Resolution an:

„In Erwägung, daß die soziale Frage zu einer brennenden geworden, erkennt es die Versammlung lobend an, daß sich einige Vertreter der liberalen Partei der Mühe unterzogen, mit den Sozialdemokraten eine Discussion einzugehen.

Leider muß sie bedauern, daß die betreffenden Herren sich nur sehr oberflächlich mit der sozialen Frage beschäftigt haben und hofft, daß in Zukunft Leute kommen werden, welche ihrer Aufgabe besser gewachsen sind.

Die Anwesenden beschließen daher, auf's Neue gestärkt in ihren früheren Ansichten, bevor sie nicht eines Besseren belehrt sind, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft für die Verbreitung des Sozialismus eintreten zu wollen."

Iserlohn, 8. Mai. (Berichtigung. Polizeiliche Hindernisse.) Ein Herr P. Köhler hat sich zur Begründung seines in Nr. 46 des „Vorwärts" veröffentlichten „Vorschlags" u. a. auf eine Correspondenz aus Iserlohn in Nr. 19 des „Vorwärts" berufen, aus welcher Herr Köhler folgert, daß wir hier unsere „ganze Hoffnung auf Versammlungen gesetzt" und deshalb bei der letzten Wahl „eine Schlappe" erlitten hätten. Herr Köhler ist dann noch so freundlich, an seine Folgerungen die Fragen zu knüpfen: „Ist das eine sozialistische Partei? Ist das Agitation?" — Herr Köhler hätte Bedenken tragen müssen, lediglich auf Grund der persönlichen Ansichten des betreffenden Correspondenten ein solches, im höchsten Grade verletzendes Urtheil über die Parteitreue und die agitatorische Thätigkeit der hiesigen Genossen zu fällen; mehr aber noch verdenken wir es der Redaktion des „Vorwärts", daß sie die schnöde Beschuldigung der hiesigen Parteigenossen ohne ein einziges Wort zur Abwehr derselben zuließ, obschon Herr Hasenclever die Zustände im hiesigen Wahlkreise aus eigener Ueberzeugung ganz genau kennt und weiß, daß die hiesigen Parteigenossen vom Beginn der Bewegung an Jahre hindurch mehr mit Polizeischwierigkeiten zu kämpfen hatten, wie die Genossen an irgend einem Orte Deutschlands, daß sie aber trotzdem stets fest und treu zur Parteisache gestanden haben.*)

Der beste Beweis, daß bei den hiesigen Genossen nicht von einer „Spreu" die Rede sein kann, die „durch Versammlungs-Wind zusammengeblasen" werden muß, ist die Thatsache, daß bei der Reichstagswahl im Februar 1867 der Arbeitercandidat

---

Stümper, die von der Schiffszimmerei nichts verstanden, blieb der Bauplatz von Evers leer.

Meister Evers beschäftigte sich in dem letzten Jahre mit der Erbauung einer Slip, wie man das theilweise von Leuten in Lübeck nennen hörte, jedoch kann von einer Slip durchaus nicht die Rede sein, sondern es ist einfach nur eine etwas verbesserte Helgeneinrichtung, eine Einrichtung, die Niemand heute mehr treffen würde, wenn er den Nutzen einer Slip zu würdigen verstände. Diese Helgeneinrichtung bewährte sich aber bei dreimaligen Versuchen mit dem Dampfer Lübeck nicht im Geringsten, so daß Meister Evers in eine arge Klemme gerieth. Es fehlte ihm eben an Arbeitern, die vom Schiffsbauwesen mehr verstehen wie er selbst. Das sah denn Meister Evers auch ein, aber um sich vor den Schiffszimmerern nicht zu demüthigen, ging er den Stadtbaudirektor um Hilfe an. Nach vorheriger Verständigung mit den Schiffszimmerern wurde diese Hilfe auch zugesagt. Die Schiffszimmerer verlangten aber 1) 2 Thaler pro Tag 2) sollte Meister Evers sich mit seinen Leuten nicht in die Arbeit hineinmischen, 3) verlangten sie mit ihrem Vormann Koch das Commando allein zu führen und wollten alle Einrichtungen allein verfertigen. Dieser Beschluß wurde Meister Evers unterbreitet.

Am 12. April bekamen die Schiffszimmerer dann die Ordre, sich zu Meister Evers zu begeben, worauf 10 Mann einen Tag hindurch die nöthigen Vorbereitungen trafen. Am 13. April, Morgens 10½ Uhr, begannen sie den Dampfer Lübeck vorzuholen, und Nachmittags 2 Uhr war er bereits hoch genug. Als der Dampfer hoch genug war, da wurde Meister Evers von einigen Herren beglückwünscht, da das erste Schiff auf seiner neuen Helgeneinrichtung glücklich heraufgeholt war.

Was sagen aber unsere Collegen hierzu?

Kann man da dem Meister Evers in seinem eigenen Interesse nicht empfehlen, sich lieber eingehender mit dem Studium der Schiffsbaukunst zu befassen, anstatt sich mit Abfassung von Brandmarkungsattesten zu plagen?

Aber was sagen Richter, Dr. Duhn und Hr. J. Arndt zu der Sachlage?

Kann die Stadt Lübeck stolz sein auf Meister Evers, oder auf die verachteten Schiffszimmerleute?

Richter Dr. Bruhns sei aber hiermit unser herzlichster Dank gesagt für sein damaliges erfolgreiches Wirken; jedenfalls hat es sich heute herausgestellt, daß die Lübecker Schiffszimmerer Leute sind, für die es sich verlohnt, ein Wort einzulegen.

Hamburg. H. Groß, Schiffszimmermann.

— Eine neue Geheimschrift. Man schreibt uns: „Obwohl alle Regierungen das Briefgeheimniß garantiren, so hat man doch Beispiele, daß selbst in neuester Zeit Briefe angehalten und von Personen geöffnet worden sind, an welche sie nicht adressirt waren. Die Verhandlungen darüber im deutschen Reichstag werden noch im Gedächtniß unserer Leser sein. Eine Chiffre-Schrift, welche aller Geschicklichkeit der Dechiffreure spottet, muß daher auch in unserer Zeit mit Freuden begrüßt werden. O. Corvin, aus dem badischen Freiheitskampf von 1849 bekannt, hat eine solche während einer sechsjährigen Gefängnißhaft erfunden, zu der er wegen Theilnahme am badischen Aufstand verurtheilt worden, und veröffentlicht sie nun im „Hausfreund". Mittheilungen und Briefe, welche in der von Corvin angegebenen Chiffre geschrieben sind, können unbedenklich in Zeitungen abgedruckt werden, da sie einzig und allein von den Personen verstanden werden, für welche sie bestimmt sind; der Erfinder selbst wäre nicht im Stande, sie zu entziffern, wenn ihm nicht sowohl der zwischen den Correspondirenden vereinbarte Schlüssel als auch die von ihnen vereinbarte benutzte Chiffre-Tafel mitgetheilt würde.

Neugierige Regierungen, eifersüchtige Männer und Frauen, tyrannische Väter u. s. w. werden über diese Erfindung ungehalten sein; Tausende aber werden sich ihrer bedienen und darum wollten wir es nicht unterlassen, unsere Leser auf dieselbe („Hausfreund" Nr. 31, 32) aufmerksam zu machen. P."

Vielleicht nimmt sich irgend einer unserer Freunde Zeit und Muse, die Sache zu prüfen. Uns fehlt die nöthige Muse. Verhehlen dürfen wir nicht, daß die Person des Herrn Corvin, der in der badischen Reichsverfassungscampagne eine zweideutige Rolle gespielt, uns mit einem gewissen Mißtrauen erfüllt. R. d. V.

— Statistisches über Rom. Rom hat gegenwärtig 272,560 Einwohner, ohne die Garnison zu rechnen, welche sich auf kaum 8000 Mann belaufen dürfte; die Stadt breitet sich über 14,113,150 Quadratmeter mit 13,550 Behausungen aus. Man zählt 347 römisch-katholische und 8 evangelische Kirchen. Rom hat 38 Communalschulen, 94 Privat-Erziehungsanstalten, 77 religiöse Unterrichtsinstitute und 4 Asyle für Kinder. Es giebt 4 Hospitäler, welche zusammen etwa 3500 Kranke aufnehmen können; außerdem einige große Hospicien, wie das von San Michele und das de Termini ꝛc. Rom hat 6 Seminarien und 4 Gefängnisse. Die öffentliche Sicherheit befindet sich in gewöhnlichen Zeiten in den Händen von 513 Municipalgarden, 192 Gefangnißwärtern und 403 Garden della ficurezza publ. Die Feuerlöschanstalten haben 312 Leute zur Verfügung. Schließlich sei erwähnt, daß Rom mit Hotels, Restaurants, Cafés und Weinstuben nicht übel der Zahl nach versorgt ist, es giebt deren 8340.

---

*) Es thut der Redaktion des „Vorwärts" leid, daß die Iserlohner Parteigenossen ihr die Aufnahme der Köhler'schen Auslassungen verdenken. Die Redaktion des „Vorwärts" ist in solchen Fragen völlig liberal, sie nimmt Vorschläge, Correspondenzen und Erwiderungen gern auf, sofern sie von allgemeinem Interesse und nicht geradezu beleidigend sind. Wir hätten übrigens unserm alten Freund Tölcke nicht eine so empfindliche Haut zugetraut. R. d. V.

wieder soweit wie am Anfang, sondern ich habe damit die Aufgabe gelöst, an der die gewöhnliche Geometrie und Algebra sich vielleicht umsonst die Zähne ausgebissen hätten.

Nicht anders in der Geschichte. Alle Kulturvölker fangen an mit dem Gemeineigenthum am Boden. Bei allen Völkern, die über eine gewisse ursprüngliche Stufe hinausgehn, wird dies Gemeineigenthum im Lauf der Entwicklung des Ackerbaus eine Fessel für die Produktion. Es wird aufgehoben, negirt, nach kürzeren oder längeren Zwischenstufen in Privateigenthum verwandelt. Aber auf höherer, durch das Privateigenthnm am Boden selbst herbeigeführter Entwicklungsstufe des Ackerbaus wird umgekehrt das Privateigenthum eine Fessel für die Produktion — wie dies heute der Fall ist sowohl mit dem kleinen wie mit dem großen Grundbesitz. Die Forderung, es ebenfalls zu negiren, es wieder in Gemeineigenthum zu verwandeln, tritt mit Nothwendigkeit hervor. Aber diese Forderung bedeutet nicht die Wiederherstellung des altursprünglichen Gemeineigenthums, sondern die Herstellung einer weit höheren, entwickelteren Form von Gemeinbesitz, die, weit entfernt der Produktion eine Schranke zu werden, sie vielmehr erst entfesseln und ihr die volle Ausnutzung der modernen chemischen Entdeckungen und mechanischen Erfindungen gestatten wird.

Oder aber: Die antike Philosophie war ursprünglicher, naturwüchsiger Materialismus. Als solcher war sie unfähig, mit dem Verhältniß des Denkens zur Materie ins Reine zu kommen. Die Nothwendigkeit aber, hierüber klar zu werden, führte zur Lehre von einer vom Körper trennbaren Seele, dann zu der Behauptung der Unsterblichkeit dieser Seele, endlich zum Monotheismus. Der alte Materialismus wurde also negirt durch den Idealismus. Aber in der weiteren Entwicklung der Philosophie wurde auch der Idealismus unhaltbar, und negirt durch den modernen Materialismus. Dieser, die Negation der Negation, ist nicht die bloße Wiedereinsetzung des alten, sondern fügt zu den bleibenden Grundlagen desselben noch den ganzen Gedankeninhalt einer zweitausendjährigen Entwicklung der Philosophie und Naturwissenschaft, sowie den dieser zweitausendjährigen Geschichte selbst. Es ist überhaupt keine Philosophie mehr, sondern eine einfache Weltanschauung, die sich nicht in einer aparten Wissenschaftswissenschaft, sondern in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu bethätigen hat. Die Philosophie ist hier also „aufgehoben", d. h. „sowohl überwunden als aufbewahrt"; überwunden, ihrer Form, aufbewahrt, ihrem wirklichen Inhalt nach. Wo Herr Dühring nur „Wortspielerei" sieht, findet sich also, bei genauerem Zusehn, ein wirklicher Inhalt.

Endlich: sogar die Rousseau'sche Gleichheitslehre, von der die Dühring'sche nur ein matter und verfälschter Abklatsch ist, kommt nicht zu Stande, ohne daß die Hegel'sche Negation der Negation — und noch dazu mehr als zwanzig Jahre vor Hegel's Geburt — Hebammendienste leisten muß. Und weit entfernt, sich dessen zu schämen, trägt sie in ihrer ersten Darstellung den Stempel ihrer dialektischen Abstammung fast prunkend zur Schau. Im Zustand der Natur und der Wildheit waren die Menschen gleich; und da Rousseau schon die Sprache als eine Fälschung des Naturzustands ansieht, so hat er vollkommen Recht, die Gleichheit der Thiere Einer Art, soweit diese reicht, auch auf diese, neuerdings von Häckel als Alali, Sprachlose, hypothetisch klassifizirten Thiermenschen anzuwenden. Aber diese gleichen Thiermenschen hatten vor den übrigen Thieren eine Eigenschaft voraus: die Perfektibilität, die Fähigkeit sich weiter zu entwickeln; und diese wurde die Ursache der Ungleichheit. Rousseau sieht also in der Entstehung der Ungleichheit einen Fortschritt. Aber dieser Fortschritt war antagonistisch, er war zugleich ein Rückschritt. „Alle weiteren Fortschritte (über den Urzustand hinaus) waren ebensoviel Schritte scheinbar zur Vervollkommnung des Einzelmenschen, in der That aber zum Verfall der Gattung. Die Metallbearbeitung und der Ackerbau waren die beiden Künste, deren Erfindung diese große Revolution hervorrief" (die Umwandlung des Urwalds in kultivirtes Land, aber auch die Einführung des Elends und der Knechtschaft vermittelst des Eigenthums). „Für den Dichter haben Gold und Silber, für den Philosophen haben Eisen und Korn die Menschen civilisirt und das Menschengeschlecht ruinirt." Jeder neue Fortschritt der Civilisation ist zugleich ein neuer Fortschritt der Ungleichheit. Alle Einrichtungen, die sich die mit der Civilisation entstandne Gesellschaft giebt, schlagen in das Gegentheil ihres ursprünglichen Zwecks um. „Es ist unbestreitbar, und Grundgesetz des ganzen Staatsrechts, daß die Völker sich Fürsten gegeben haben um ihre Freiheit zu schützen, nicht aber sie zu vernichten." Und dennoch werden diese Fürsten mit Nothwendigkeit die Unterdrücker der Völker und steigern diese Unterdrückung bis auf den Punkt, wo die Ungleichheit, auf die äußerste Spitze getrieben, wieder in ihr Gegentheil umschlägt, Ursache der Gleichheit wird: vor dem Despoten sind Alle gleich, nämlich gleich Null. „Hier ist der äußerste Grad der Ungleichheit, der Endpunkt, der den Kreis schließt und den Punkt berührt, von dem wir ausgegangen sind: hier werden alle Privatleute gleich, weil sie eben Nichts sind, und die Unterthanen kein andres Gesetz mehr haben als den Willen des Herrn." Aber der Despot ist nur Herr, solange er die Gewalt hat, und deswegen kann er, sobald man „ihn vertreibt, sich nicht gegen die Gewalt beklagen ... Die Gewalt erhielt ihn, die Gewalt wirft ihn um, Alles geht seinen richtigen, naturgemäßen Gang." Und so schlägt die Ungleichheit wieder um in Gleichheit, aber nicht in die alte naturwüchsige Gleichheit der sprachlosen Urmenschen, sondern in die höhere des Gesellschaftsvertrags. Die Unterdrücker werden unterdrückt. Es ist Negation der Negation.

Wir haben hier also schon bei Rousseau nicht nur einen Gedankengang, der dem in Marx' Kapital verfolgten auf ein Haar gleicht, sondern auch im Einzelnen eine ganze Reihe derselben dialektischen Wendungen, deren Marx sich bedient: Prozesse, die ihrer Natur nach antagonistisch sind, einen Widerspruch in sich enthalten, Umschlagen eines Extrems in sein Gegentheil, endlich als Kern des Ganzen die Negation der Negation. Wenn Rousseau also 1754 den Hegeljargon noch nicht sprechen konnte, so ist er doch, 23 Jahre vor Hegel's Geburt, tief von der Hegelseuche, Widerspruchsdialektik, Logoslehre, Theologik u. s. w. angefressen. Und wenn Herr Dühring in seiner Verseichtigung der Rousseau'schen Gleichheitstheorie mit seinen siegreichen zwei Männern operirt, so ist er auch schon auf der schiefen Ebene, auf der er rettungslos der Negation der Negation in die Arme rutscht. Der Zustand, in dem die Gleichheit der beiden Männer florirt, und der auch wohl als ein Idealzustand dargestellt wird, ist auf S. 271 der Philos. als „Urzustand" bezeichnet. Dieser Urzustand wird aber nach S. 279 nothwendiger Weise durch das „Raubsystem" aufgehoben — erste Negation. Aber wir sind jetzt, Dank der Wirklichkeitsphilosophie, dahin gekommen, daß wir das Raubsystem abschaffen und an seiner Stelle die von Herrn Dühring erfundene auf Gleichheit beruhende Wirthschaftscommune einführen — Negation der Negation, Gleichheit auf höherer Stufe. Ergötzliches, den Gesichtskreis wohlthätig erweiterndes Schauspiel, wie Herr Dühring das Kapitalverbrechen der Negation der Negation Allerhöchst selbst begeht!

Was ist also die Negation der Negation? Ein äußerst allgemeines und eben deswegen äußerst weitwirkendes und wichtiges Entwicklungsgesetz der Natur, der Geschichte und des Denkens; ein Gesetz, das, wie wir gesehn, in der Thier- und Pflanzenwelt, in der Geologie, in der Mathematik, in der Geschichte, in der Philosophie zur Geltung kommt und dem selbst Herr Dühring trotz allen Sperrens und Zerrens, ohne es zu wissen, in seiner Weise nachkommen muß. Es versteht sich von selbst, daß ich über den besondren Entwicklungsprozeß, den z. B. das Gerstenkorn von der Keimung bis zum Absterben der fruchttragenden Pflanze durchmacht, gar nichts sage, wenn ich sage, es ist Negation der Negation. Denn da die Integralrechnung ebenfalls Negation der Negation ist, würde ich mit der entgegengesetzten Behauptung nur den Unsinn behaupten, der Lebensprozeß eines Gerstenhalms sei Integralrechnung oder meinetwegen auch Sozialismus. Das ist es aber, was die Metaphysiker der Dialektik fortwährend in die Schuhe schieben. Wenn ich von all diesen Prozessen sage, sie sind Negation der Negation, so fasse ich sie allesammt unter dies Eine Bewegungsgesetz zusammen, und lasse ebendeßwegen die Besonderheiten jedes einzelnen Spezialprozesses unbeachtet. Die Dialektik ist aber weiter nichts als die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens.

Nun kann man aber einwenden: Die hier vollzogene Negation ist gar keine richtige Negation; ich negire ein Gerstenkorn auch, wenn ich's vermahle, ein Insekt, wenn ich's zertrete, die positive Größe a, wenn ich sie ausstreiche u. s. w. Oder ich negire den Satz: die Rose ist eine Rose, wenn ich sage: die Rose ist keine Rose; und was kommt dabei heraus, wenn ich diese Negation wieder negire und sage: die Rose ist aber doch eine Rose? — Diese Einwendungen sind in der That die Hauptargumente der Metaphysiker gegen die Dialektik, und ganz dieser Bornirtheit des Denkens würdig. Negiren in der Dialektik heißt nicht einfach Nein sagen, oder ein Ding für nicht bestehend erklären, oder es in beliebiger Weise zerstören. Schon Spinoza sagte: Omnis determinatio est negatio, jede Begränzung oder Bestimmung ist zugleich eine Negation. Und ferner ist die Art der Negation hier bestimmt erstens durch die allgemeine und zweitens die besondere Natur des Prozesses. Ich soll nicht nur negiren, sondern auch die Negation wieder aufheben. Ich muß also die erste Negation so einrichten, daß die zweite möglich bleibt oder wird. Wie? Je nach der besondern Natur jedes einzelnen Falls. Vermahle ich ein Gerstenkorn, zertrete ich ein Insekt, so habe ich zwar den ersten Akt vollzogen, aber den zweiten unmöglich gemacht. Jede Art von Dingen hat also ihre eigenthümliche Art, so negirt zu werden, daß eine Entwicklung dabei herauskommt, und ebenso jede Art von Vorstellungen und Begriffen. In der Infinitesimalrechnung wird anders negirt als in der Herstellung positiver Potenzen aus negativen Wurzeln. Das will gelernt sein, wie alles Andre. Mit der bloßen Kenntniß, daß Gerstenhalm und Infinitesimalrechnung unter die Negation der Negation fallen, kann ich weder erfolgreich Gerste bauen, noch differenziren und integriren, ebensowenig wie ich mit den bloßen Gesetzen der Tonbestimmung durch die Dimensionen der Saiten ohne Weiteres Violine spielen kann. — Es ist aber klar, daß bei einer Negationsnegirung, die in der kindischen Beschäftigung besteht, a abwechselnd zu setzen und wieder auszustreichen, oder von einer Rose abwechselnd zu behaupten, sie sei eine Rose und sie sei keine Rose, Nichts herauskommt als die Albernheit dessen, der solche langweilige Prozeduren vornimmt. Und doch möchten die Metaphysiker uns weiß machen, wenn wir einmal die Negation der Negation vollziehn wollten, dann sei das die richtige Art.

Es ist also wiederum Niemand anders als Herr Dühring, der uns mystificirt, wenn er behauptet, die Negation der Negation sei eine von Hegel erfundene, dem Gebiet der Religion entlehnte, auf die Geschichte vom Sündenfall und der Erlösung gebaute Analogieschnurre. Die Menschen haben dialektisch gedacht lange ehe sie wußten was Dialektik war, ebenso wie sie schon Prosa sprachen lange bevor der Ausdruck Prosa bestand. Das Gesetz der Negation der Negation, das sich in der Natur und Geschichte, und bis es einmal erkannt ist, auch in unsern Köpfen unbewußt vollzieht, ist von Hegel nur zuerst scharf formulirt worden. Und wenn Herr Dühring die Sache im Stillen selbst betreiben will und nur den Namen nicht vertragen kann, so möge er einen bessern Namen finden. Will er aber die Sache aus dem Denken vertreiben, so vertreibe er sie gütigst zuerst aus der Natur und der Geschichte, und erfinde eine Mathematik, worin — a × — a nicht + a² ist und worin das Differenziren und Integriren bei Strafe verboten ist.

Wir sind zu Ende mit der Philosophie; was sonst noch von Zukunftsphantasien im „Cursus" vorhanden, wird uns gelegentlich der Dühring'schen Umwälzung des Sozialismus beschäftigen. Was hatte uns Herr Dühring versprochen? Alles. Und was hat er gehalten? Gar nichts. „Die Elemente einer wirklichen und demgemäß auf die Wirklichkeit der Natur und des Lebens gerichteten Philosophie", die „strengwissenschaftliche Weltanschauung", die „systemschaffenden Gedanken", und alle die andern, in hochtönenden Redewendungen von Herrn Dühring ausposaunten Leistungen des Herrn Dühring erwiesen sich, wo immer wir sie anfaßten, als reiner Schwindel. Die Weltschematik, die „ohne der Tiefe des Gedankens etwas zu vergeben, die Grundgestalten des Seins sicher festgestellt hat", stellte sich heraus als ein unendlich verseichtigter Abklatsch der Hegel'schen Logik und theilt mit ihr den Aberglauben, daß diese „Grundgestalten" oder logischen Kategorien irgendwo ein geheimnißvolles Dasein führen vor und außer der Welt, auf die sie „anzuwenden" sind. Die Naturphilosophie bot uns eine Kosmogonie, deren Ausgangspunkt ein „sich selbst gleicher Zustand der Materie" ist, ein Zustand, vorstellbar nur vermittelst der rettungslosesten Verwirrung über den Zusammenhang von Materie und Bewegung, und vorstellbar außerdem nur unter Annahme eines außerweltlichen persönlichen Gottes, der allein diesem Zustand zur Bewegung verhelfen kann. Bei Behandlung der organischen Natur mußte die Wirklichkeitsphilosophie, nachdem sie Darwin's Kampf ums Dasein und Naturzüchtung als „ein Stück gegen die Humanität gerichtete Brutalität" verworfen, sie Beide durch die Hinterthür wieder zulassen als in der Natur wirksame Faktoren, wenn auch zweiter Ordnung. Sie fand zudem Gelegenheit, auf dem Gebiet der Biologie eine Unwissenheit zu dokumentiren, wie man sie, seit den populär-wissenschaftlichen Vorträgen nicht mehr zu entgehen ist, selbst bei Töchtern gebildeter Stände mit der Laterne suchen müßte. Auf dem Gebiet der Moral und des Rechts war sie mit der Verflachung Rousseau's nicht glücklicher als vor-

Herr Schiffsbaumeister Evers in Lübeck und die dortigen Schiffszimmerleute.

„Hier haben Sie einen Entlassungsschein, ob Sie darauf aber Arbeit in Deutschland erhalten werden, das wird sich zeigen." Diese Worte sprach der Schiffsbaumeister Evers am 17. Dezember 1874, als er den bei ihm arbeitenden Lübecker Schiffszimmerern die Brandmarkungsatteste mit den verabredeten geheimen Zeichen, worauf sie nirgends, mit Ausnahme auf den kaiserlichen Werften, Arbeit bekommen konnten, überreichte.

Ja, das war ein Tag für unsern Meister Evers! Nachdem der Verein Norddeutscher Schiffbaumeister am 16. und 17. November 1874 auf seiner Generalversammlung beschlossen hatte, die Brandmarkungsatteste einzuführen, war Evers der Erste, welcher sich in Lübeck den traurigen Ruhm erwarb, seinen Arbeitern den Fehdehandschuh hingeworfen zu haben. Herr Evers bildete sich ein, die Schiffszimmerleute würden in kurzer Zeit vor ihm auf den Knieen liegen und um Gnade flehen. Doch es kam anders. Herr Schiffsbaumeister Evers, der da glaubte, seine Arbeiter, gestützt auf den Meisterbund, nach Belieben behandeln zu können, mußte sich zu seinem Leidwesen überzeugen, daß mit den Schiffszimmerern nicht zu spaßen ist. Herr Evers nahm Entlassungen vor und verabreichte den Entlassenen die bereits erwähnten Brandmarkungsatteste. Diese entlassenen Arbeiter versuchten dann anderswo Arbeit zu bekommen, allein vergebens, es wurde bald entdeckt, daß die entlassenen Leute auf die Entlassungsscheine hin auf Privatwerften nirgends Arbeit erhalten würden. Es drangen daher die Leute auf ihn ein, ihnen ordentliche Entlassungsscheine anstatt der Brandmarkungsatteste zu verabreichen, allein vergeblich, Meister Evers wies sie kurz zurück.

Nun stellten sämmtliche Lübecker Schiffszimmerer am 11. Februar 1875 eine Lohnforderung von 30 Pf. pro Tag mehr an ihre Meister, da sie mit dem alten Lohn (3 Mrk. pro Tag) nicht mehr auskommen konnten. Die Forderung wurde nicht genehmigt; die Arbeit wurde daher eingestellt, und sämmtliche Schiffszimmerer erhielten die erwähnten Brandmarkungsatteste. Jetzt begann der Kampf. Die sämmtlichen deutschen Schiffszimmerer traten für die Lübecker Collegen ein, dafür aber wurden sämmtliche Collegen an der Weser und am Ostseestrande am 1. Januar 1876 ausgeschlossen und mit Brandmarkungsatteften versehen.

Da erhoben sich sämmtliche Schiffszimmerer an der Elbe und in Kiel und beschlossen, den Vernichtungskampf mit dem Verein Norddeutscher Schiffsbaumeister aufzunehmen. Der Erfolg war, daß schon nach 14 Tagen die Meister an der Weser sich zum Rückzuge bequemen mußten. In Rostock dagegen setzten die Meister alles daran, um zu siegen, allein der 15. Mai 1876 entschied zu Gunsten der deutschen Schiffszimmerer. Die Gründung der Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Genossenschaft, der Platzkauf in Memel, dessen Contrakt am 15. Mai abgelaufen war, wurde nämlich vollzogen, und so scheiterte der letzte Plan des Meisterbundes, indem sie gehofft, daß uns durch den Arbeitsausschluß Kosten erwachsen würden, welche es uns unmöglich machten, auf die Kaufsumme für den Memeler Schiffsbauplatz, welche 60,000 Mark betrug, 30,000 Mark anzuzahlen. Nur in Lübeck wollte man unter allen Umständen über die Schiffszimmerer siegen. Alles wurde aufgeboten, und selbst auf dem städtischen Banplatze sollten unsere Collegen erklären, daß sie aus dem Allgemeinen deutschen Schiffszimmererverein austreten würden, wenn sie nicht entlassen sein wollten.

Die Lübecker Collegen reichten gegen dieses unerhörte Verfahren seitens des Baumeisters des städtischen Schiffsbauplatzes eine Beschwerde bei der Bürgerschaft ein, welche auch zur Verhandlung kam. Senator Dr. Brehmer trat für den Schiffsbaumeister Martiny ein, indem er hervorhob, derselbe sei von der Baudeputation dazu ermächtigt worden, er versuchte dann ferner, um die Baudeputation zu rechtfertigen, das Verhalten der Lübecker Schiffszimmerer in ein schlechtes Licht zu stellen, was ihm aber nicht gelang. Nach ihm bemühte sich besonders Herr J. Arndt, die Tendenzen der Statuten des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerervereins, sowie das Bestreben desselben im absprechenden Sinne zu beleuchten. Auch las er aus einem von mir herausgegebenen Flugblatt folgende Sätze vor, die er als etwas Unerhörtes bezeichnete. Die Sätze lauten:

„Blicken Sie z. B. auf die alte, früher so berühmte Hansestadt „Lübeck"! ist es nicht ein Skandal? Keine Slip, kein Dock hat diese Seestadt Lübeck aufzuzeigen! Kein Dampfboot kann man daselbst repariren oder reinigen lassen (Kiel läßt sich doch heutzutage kein Dampfschiff, wenn es irgend umhin kann, mehr holen), vielmehr geht es nach einem anderen Orte und läßt sich da auf eine Slip oder Dock holen. Die Stadt Lübeck kann wahrhaftig auf ihre Schiffsbaumeister nicht stolz sein, indem sie im Verhältniß zu Hamburg und Bremen um 20 Jahre zurücksteht. Es wäre die heiligste Pflicht der Stadt Lübeck, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, oder andernfalls unserm Verein Hülfe zu leisten, um eine Slip oder sonstige Einrichtungen anzulegen. Allein es geschieht keines von Beiden, vielmehr unterstützt sie die Schiffsbaumeister in ihrer conservativen Stellung."

Richter Dr. Duhn, der nach Herrn J. Arndt das Wort ergriff, balgte sich mit dem § 152 der G.-O. zu Gunsten seiner Vorredner herum, und sagte dann nach Berichterstattung der „Lübecker Zeitung" wörtlich:

Beim Anhören der von Arndt verlesenen Bestimmungen des Statuts sei in ihm eine alte Jugenderinnerung wieder wach geworden, nämlich die Erinnerung an einen vielleicht jetzt nicht mehr existirenden Bilderbogen, der die verkehrte Welt darstellte, wo der Junge den Lehrer prügelte u. dgl. m.; so sei es auch hier; Leute, die nicht den geringsten Ueberblick haben, wollen Gesetze machen, und ein solches Bestreben dürfe niemals begünstigt werden. Immerhin möge zugegeben werden, daß in der entstandenen Bewegung und in den aufgestellten Forderungen ein Stück Wahrheit liegen könne; dies zu ergründen, sei allerdings eine Forderung auch des sittlichen Rechtsbewußtseins."

Nur Geduld Herr Duhn, sie sollen bald anderer Meinung werden.

Dr. Crome sowie Herr A. Wiechmann schlossen sich den Ausführungen der Vorredner an.

Richter Dr. Bruhns zeigte sich jedoch allein entschieden als ein ganzer Mann; er bekämpfte sämmtliche Ausführungen seiner Vorredner, und trug den moralischen Sieg, obgleich die Abstimmung gegen ihn ausfiel, davon. Er wies seinen Vorrednern in trefflichen Ausführungen nach, daß es durchaus nicht Sache und Aufgabe des städtischen Baumeisters sein könne, in einer Privatangelegenheit für die Arbeitgeber Partei zu ergreifen.

In Folge der Fürsprache des Dr. Bruhns erhielten unsere Collegen bei den Lübecker Schiffs-Rhedern Arbeit, so daß die Meister sehen konnten, wo sie blieben. Schließlich bekamen sie auch auf dem städtischen Platz Arbeit.

Bald darauf war auch Meister Steffen erbötig, sich mit den Leuten zu einigen, und bewilligte ebenfalls die 30 Pfg. pro Tag. Meister Meyer jedoch willigte erst gegen Ende Februar d. J. in die Forderung der Arbeiter, nachdem auf seiner Werft 2 Jahre lang die Arbeit geruht hatte.

Meister Evers wollte allerdings auch Arbeiter haben, aber keiner wollte bei ihm Arbeit nehmen. Mit Ausnahme einiger

her mit der Verseichtigung Hegel's und bewies auch in Beziehung auf Rechtswissenschaft, trotz aller Versicherung des Gegentheils, eine Unkenntniß, wie sie selbst bei den allergewöhnlichsten altpreußischen Juristen nur selten anzutreffen sein dürfte. Die Philosophie, „die keinen bloß scheinbaren Horizont gelten läßt", begnügt sich juristisch mit einem wirklichen Horizont, der sich deckt mit dem Geltungsbereich des preußischen Landrechts. Auf die „Erden und Himmel der äußeren und inneren Natur", die diese Philosophie in ihrer mächtig umwälzenden Bewegung vor uns aufzurollen versprach, warten wir noch immer, nicht weniger auf die „endgültigen Wahrheiten letzter Instanz" und auf „das absolut Fundamentale". Der Philosoph, dessen Denkweise jede Anwandlung zu einer „subjektivistisch-beschränkten Weltvorstellung ausschließt", erweist sich nicht nur als subjektivistisch beschränkt durch seine wie nachgewiesen äußerst mangelhaften Kenntnisse, durch seine bornirt metaphysische Denkweise und seine fratzenhafte Selbstüberhebung, sondern sogar durch kindische persönliche Schrullen. Er kann die Wirklichkeitsphilosophie nicht fertig bringen, ohne seinen Widerwillen gegen Tabak, Katzen und Juden als allgemein gültiges Gesetz der ganzen übrigen Menschheit, die Juden eingeschlossen, aufzudrängen. Sein „wirklich kritischer Standpunkt" gegenüber andern Leuten besteht darin, ihnen beharrlich Dinge unterzuschieben, die sie nie gesagt, und die Herrn Dühring's eigenstes Fabrikat sind. Seine breiten Bettelsuppen über Spießbürgerthemata wie der Werth des Lebens und die beste Art des Lebensgenusses, sind von einer Philisterhaftigkeit, die seinen Zorn gegen Goethe's Faust erklärlich macht. Es war allerdings unverzeihlich von Goethe, den unmoralischen Faust zum Helden zu machen und nicht den ernsten Wirklichkeitsphilosophen Wagner. — Kurz, die Wirklichkeitsphilosophie, Alles in Allen genommen, erweist sich, mit Hegel zu reden, als „der seichteste Abklärichт des deutschen Aufklärichт", ein Abklärichт, dessen Dünnheit und durchsichtige Gemeinplätzlichkeit verdickt und getrübt wird nur durch die eingerührten orakelhaften Redebrocken. Und wenn wir mit dem Buch zu Ende sind, so sind wir genau so gescheidt wie vorher und zu dem Geständniß gezwungen, daß die „neue Denkweise", die „von Grund aus eigenthümlichen Ergebnisse und Anschauungen" und die „systemschaffenden Gedanken" uns zwar verschiedenen neuen Unsinn vorgeführt haben, aber auch nicht eine Zeile, aus der wir hätten etwas lernen können. Und dieser Mensch, der seine Künste und seine Waaren unter Pauken- und Trompetenschall anpreist trotz dem ordinärsten Marktschreier, und hinter dessen großen Worten Nichts, aber auch rein gar nichts ist — dieser Mensch unterfängt sich, Leute wie Fichte, Schelling und Hegel, deren Kleinster noch ein Riese ist ihm gegenüber, als Charlatans zu bezeichnen. Charlatan in der That — aber wer?

Sozialpolitische Uebersicht.

— Einen nach dem Andern ereilt die Nemesis. Jetzt hat sie auch den Geschichtskoulissenkiecker, Mords- und Schimpfpatrioten Johannes Scherr am Schopf gepackt. Das Schlimmste ist ihm widerfahren, was ihm überhaupt widerfahren [illegible], welcher in größeren Städten lebe, namentlich wenn er Gelegenheit habe, mit Aerzten, Kriminalisten und Polizeibeamten seine Ansichten auszutauschen, könne sich der Ueberzeugung verschließen, daß die Prostitution stetig fortschreite, immer tiefer in die Familie übergreife — in die von der Bourgeois-Gesellschaft heuchlerischerweise heiliggesprochene, vom Sozialismus — wie unsere Gegner lügen — bedrohte Familie! — auf Straßen und in Vergnügungslokalen immer anspruchsvoller auftrete und den Gesundheitszustand des Volkes ernstlich gefährde. Die Zahl der gewerbsmäßig Prostituirten — die ungeheure Menge jener Frauenspersonen, welche die Prostitution nebenbei und mit einer Art Auswahl betreiben, ungerechnet — betrage in Berlin nach sorgfältigen Schätzungen 5—6000, vielleicht 8—9000! Von diesen ständen — ein schöner Beweis für die sittliche Ohnmacht der energischsten Polizeimaßregeln — 1876 nur 2386, also bestimmt lange nicht die Hälfte, vielleicht kaum ein Drittel unter sittenpolizeilicher Controle, während wegen Uebertretung der Controlvorschriften, wegen ansteckender Krankheiten und verbotswidrigen Aufenthalts 16,168 prostituirte Frauenspersonen polizeilich aufgehoben wurden. Von den 2386 polizeilich-kontrolirten Dirnen sind 1876 nicht weniger als 879 syphilitisch krank befunden worden. Wie gefährlich dem männlichen Geschlechte die syphilitische Ansteckung war, zeigt der Umstand, daß bei dem großen, 95,764 Mitglieder zählenden Gewerkskrankenverein pro 1875 5817 Syphilis-Erkrankungen vorkamen.

Mit strafgesetzlichen und polizeilichen Maßregeln, führt der Bericht weiter aus, könne man diesen Schaden der heutigen Gesellschaft nicht heilen, aber — man glaube ja nicht, daß die Herren von der Bourgeoisgesellschaft jemals mehr als einen lichten Moment hätten — sehr wohl ihn zurückdrängen und der Gefahr der weiteren Verbreitung entgegenwirken.

Wenn das nicht der denkbar stupideste Geistesbankerott ist, so wollen wir wahrhaftig noch auf unsere alten Tage nationalliberal werden! Eben konstatirt der Commissionsbericht, daß trotz aller strafgesetzlichen und polizeilichen Maßregeln die Corruption wachse, und dann erklärt sie, daß diese sich als vollkommen machtlos erweisenden Maßregeln geeignet seien, den trotzdem überhandnehmenden Krebsschaden zurückzudrängen!

Nicht die Ahnung eines rettenden Gedankens kommt der löblichen Reichstagskommission! Sie fühlte nur, wie im Bericht zu lesen, „den Beruf und den sittlichen Muth in sich, auf das bestehende Uebel hinzuweisen." Ist das nicht reizend? Heutzutage und in Deutschland gehört schon sittlicher Muth dazu, auf die aus jedem Straßenviertel, aus jeder Tanzkneipe, selbst aus der „heiligen" Bourgeoisfamilie heraus auch in das stumpfste Ohr betäubend unverschämt hineinschreiende Sittenverpestung einmal mit einem Wisch Papier hinzuweisen!! Die muthige Commission nahm den Antrag an, die Petition dem Reichskanzler zur Kenntnißnahme und mit dem Ersuchen zu überweisen, vom polizeilichen, namentlich medizinalpolizeilichen Standpunkte aus statistisches Material über die Ausbreitung der Prostitution und der syphilitischen Erkrankungen in den größeren Städten sammeln zu lassen, insbesondere im Verhältnisse zu dem Zustande vor Einführung des Reichsstrafgesetzbuchs. Die ultramontanen Mitglieder der Commission waren — für unsere „liberalen" Sittlichkeitskommissarien beschämend genug — die am wenigsten heuchlerischen Vertreter der Sittenkorruption, die dem sozialen Elend in der Kapitalistengesellschaft in wenigstens ebenso hohem Grade geschuldet ist, als der durch die kirchliche Politik künstlich erhaltenen Volksverdummung. Sie verschmähten auch die Ueberweisung der Petition an den reichskanzlerischen Papierkorb und wunderten sich blos naiv, daß die Zulassung der gewerbsmäßigen Unzucht Vertretung finde. Ebenso gut könne man verlangen, daß das Gewerbe der Diebe und Falschmünzer unter gesetzlicher Kontrole ausgeübt werden dürfe. Auf den, in einer Zeit so fortgeschrittener wissenschaftlicher Erkenntniß, wie die gegenwärtige, mit Hörnern stoßenden Gedanken, nach den Ursachen der Prostitution zu forschen, kam Niemand; selbst [illegible] zu bringen, wie sie selbst bei den allergewöhnlichsten altpreußischen Juristen nur selten anzutreffen sein dürfte.

— Das kindliche Vergnügen, welches sich Herr Böhmert in seiner „sozialpolitischen Correspondenz" macht, die „Schlagwörter" der sozialdemokratischen Presse zu sammeln, wäre dem guten Mann bei den trüben Erfahrungen, die er auf wissenschaftlichem Gebiete gemacht hat, sehr wohl zu gönnen. Schade nur, daß er nicht einmal dies fertig bringt, weil es ihm entweder am nöthigen Sitzfleisch fehlt, um unsere Zeitungen durchzustudiren, oder an der Fähigkeit, richtig abzuschreiben. In der letzten Sammlung des abgefranzten „Professors" wird z. B. eine Anzahl von „Schlagwörter" citirt, die — wir wetten 100 gegen 1 — nie in einer sozialdemokratischen Zeitung gestanden haben. An sich wäre uns das höchst gleichgültig, aber es kommen darunter „Schlagwörter" vor, deren Veröffentlichung einer Denunziation gleichkommt, und zwar einer Doppel-Denunziation: an unsere Brüder in der Arme und an die Staatsanwaltschaft. Man lese z. B.:

„Preußische Croaten — Kaltblütige Würgengel der Freiheit — Rothkragige Tiger — Uniformirte Bluthunde — Blinde Schergen der Gewalt — Bewaffnete Horde — Kriegsidiotenthum — Commißduftige Ladstockgrazie — Wanzenduftige Casernenhelden — Mordgenie — Vor Mordlust brüllende Cannibalen — Reaktionsinstrumente."

Wer hat je in einem sozialdemokratischen Blatt diese oder ähnliche Ausdrücke gefunden? Wir sicherlich nicht. Wohl aber sind alle diese Ausdrücke uns sehr wohl bekannt: sie spielten nämlich eine sehr große Rolle in der bourgeois-demokratischen [illegible] beachtet.

Es findet nun aber beim Weibe — ebenso wie beim Manne — der eigenthümliche Umstand statt, daß seine geschlechtliche Bestimmung seine besondere Anlage beiweitem nicht erschöpft. Es hat vortreffliche Gattinnen, Mütter und Hausfrauen gegeben, welche zugleich in irgend einer besonderen Wissenschaft, Kunst oder Geschicklichkeit sich auszeichneten, und jeder erfahrene Erzieher weiß, daß schon bei den Mädchen, wie sie heutzutage eben noch sind, eine nicht viel geringere Verschiedenheit besonderer Anlagen sich geltend macht, als bei den Knaben, also eine vom Geschlecht unabhängige Begabung. Andrerseits ist die besondere geschlechtliche Begabung des Weibes schon dadurch eine allgemeine, daß sie einer ganzen Hälfte der Menschheit zu eigen ist. Mit demselben Rechte also, mit welchem die Männer sich herausnehmen, den Frauen ihrer geschlechtlichen Bestimmung halber eine besondere, engere und niedere „Sphäre" anzuweisen, könnten die Frauen verlangen, daß die Männer sich auf ihre besondere geschlechtliche engere und niedere „Sphäre" beschränkten, könnten, sobald sie die Macht dazu hätten, die Rechte und Pflichten der Männer vergewaltigen. Und dies ist in der Geschichte wahrscheinlich schon mehrfach geschehen. Die alte Sage von den Amazonen, kriegerischen Weibern, welche keine Männer unter sich duldeten, außer einmal im Jahre, und welche ihre Männer völlig beherrschten, muß eine geschichtliche Grundlage haben. Die großen Vorrechte, welche bei den alten Spartanern und Aegyptern die Weiber vor den Männern hatten, und die ganz gleiche Erziehung, welche bei den alten Deutschen beide Geschlechter genossen, deuten nebst manchen andern Zügen in der alten und neuen Geschichte darauf hin, daß es hie und da den Weibern gelungen ist, ihre Gleichberechtigung mit den Männern zu erzwingen, ja mehr als das.

Für den in der Wolle gefärbten Sozialdemokraten (Communisten) steht es also grundsätzlich fest, daß die Stellung des Weibes in der Zukunft eine völlig mit dem Manne gleichberechtigte sein müsse. Es folgt ihm das schon aus dem Begriffe der Freiheit, welche nur dann ganz möglich ist, wenn sie Jedem gleichsehr zugute kommt. Erst wenn alle von der Gesellschaft künstlich geschaffenen Hindernisse freiester Anlage-Entwickelung und Bethätigung für Jeden beseitigt sind, also auch für jedes Weib, kann von wahrer Freiheit und Menschlichkeit die Rede sein. Die Befreiung des Weibes von jeder künstlichen Schranke ihrer Rechte und Pflichten ist ebensosehr des Mannes und der Gesellschaft, als ihretwillen nothwendig. Die Freiheit und das Glück in stets wachsendem Grade sind nur denkbar, wenn es kein Glied der Gesellschaft mehr giebt, welches sich unterdrücken oder beherrschen läßt, und keines mehr, welches unterdrücken und herrschen will.

Es wird eine Zeit kommen, da diese Selbstachtung und diese Gleichachtung Anderer dem Menschen anerzogen und gleichsam angeboren sein wird. Daran zweifeln wäre soviel als vergessen, daß ein solcher Zustand der Gesellschaft wenigstens theilweis schon bestanden hat. Er hat bestanden in den Vereinigten Staaten, bevor die Kapitalherrschaft einriß, und besteht daselbst ausnahmsweise noch. Es hat daselbst die angewöhnte Achtung vor dem Weibe und ihre Selbstachtung, welche ihr Schutz vor männlichen Roheiten, eine ziemliche Schulbildung und einen wohlthätigen Einfluß auf das Hauswesen, die Kindererziehung und auf das öffentliche Gewissen sicherte, als Gegengewicht gegen den Verfall gewirkt, welchen die Sucht nach mühelosem Reichwerden und das beispiellose Nationalglück im Volksgeiste anrichtete, und wirkt noch in dieser Hinsicht. Er hat bestanden und besteht theilweis noch in den skandinavischen Ländern, in England, in der Schweiz, wie er denn eine uralte Erbschaft der germanischen Völker ist, und auch in Frankreich und Spanien noch auf dem flachen Lande gefunden wird. Er lebt jetzt sichtlich wieder auf in den international gesinnten Arbeiterkreisen, welche die Kapitalherrschaft nicht zum geringsten deswegen hassen und bekämpfen, weil sie das Weib und durch das Weib den Mann knechtet und die geschlechtliche Lüderlichkeit verbreitet.

diesen Opfern an Gut nicht auch noch Opfer an Blut folgen werden. Rußland ist ja bekanntlich Preußen-Deutschlands „Erbfreund", und die Dienste, welche Rußland 1870 Preußen-Deutschland geleistet hat, sind noch nicht erwidert.

— In der französischen Deputirtenkammer ist es am 8. Mai wieder einmal zu einem furchtbaren Skandal gekommen. Es handelte sich um eine bonapartistische Interpellation, welche die ungeheure Frechheit der parlamentarischen Troßbuben des „Empire" zur Erscheinung brachte. Der klerikale Bonapartist Garnier richtete an die Regierung eine Frage betreffs der Nonne Saint Léon, Schullehrerin in St. Leger, die, obgleich sie zwei Kinder zur Strafe auf einen glühenden Ofen gesetzt und schlimm verbrannt hatte, von dem Zuchtpolizeigerichte freigesprochen war. Garnier verlangt zu wissen, ob die Regierung der Nonne ihre Stelle zurückgeben werde, da die Gerichte sie für unschuldig erklärt hätten. Als der Ministerpräsident Jules Simon ganz mit Recht erklärt, daß die Absetzung der frommen Schullehrerin unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse, weil der Beweis, daß die Kinder wirklich von der Bestie im Ordenskleide auf den glühenden Ofen gesetzt worden, erbracht sei, erhoben die Bonapartisten ein entsetzliches Gebrüll, und eine ihrer besonderen Zierden, Herr Tristan Lambert, verstieg sich schließlich zu der Lächerlichkeit, dem Minister zuzurufen: Die Nonne St. Léon muß bestraft werden, weil sie nicht zur Internationale gehört. Natürlich fühlte sich der gegenwärtig so tugendhafte, selber beinahe himmelblaue Republikaner Jules Simon durch diesen Zuruf entsetzlich beleidigt und zu einem, mit dem Pathos sittlicher Entrüstung vorgetragenen Proteste gegen die Unterstellung, als ob er der Internationale angehöre, veranlaßt. Der Kammerpräsident besaß die nöthige Theilnahme für die verleumdete Tugend, um den Narren Tristan Lambert ganz ernsthaft zur Ordnung zu rufen. Dieser jedoch hatte nicht Lust, den Spaß so rasch zu Ende kommen zu lassen; darum bestieg er schließlich auch noch die Tribüne, um für seinen unsinnigen Zuruf Beweise zu liefern. Natürlich bringt er keine Spur von Beweis, statt dessen aber wieder einen um so kräftigeren und nachhaltigeren Tumult zu Stande, der so lange dauert, bis die Herren Volksvertreter sich allesammt heiser geschrieen haben und die stürmische Sitzung so rasch als möglich beendigen.

— Seit Anfang dieses Monats erscheint in Wilhelmshaven ein neues Parteiorgan: „Volksblatt", Organ des werkthätigen Volkes in Wilhelmshaven und Umgegend, vorläufig wöchentlich einmal, zu dem Preise von 75 Pf. vierteljährlich.

Correspondenzen.

Altona. Ich hatte Unrecht mit meiner Annahme, daß Herr Schneider, gewitzigt durch das Schicksal seiner Vorgänger Corleis und Schmarje (S. die Altonaer Correspondenz in Nr. 52 des „Vorwärts") die dritte „Redeschlacht" wahrscheinlich nicht liefern würde. Herr Schneider hat sich wirklich [illegible] Scheidebrief geben, wenn er ihrer satt war, aber nicht umgekehrt; die Ehebrecherin wurde gesteinigt, aber nicht der Ehebrecher, und die Mädchen wurden vom Vater verkauft wie eine Waare. Im Christenthum wurde die Ehelosigkeit für besser erklärt als die Ehe, welche blos als Einschränkungsmittel der Lüderlichkeit galt; dem Weibe wurde Gehorsam gegen den Mann, aber nicht umgekehrt, zur Pflicht gemacht; den außerehelichen Kindern wurde auf zeitlebens Ehrlosigkeit angeheftet, und das betrogene Mädchen für den Betrug des Mannes allein verantwortlich gemacht — von der Unlöslichkeit der Ehe und dem Priester-Cölibat mit ihrem Gefolge von Unsittlichkeit ganz zu schweigen, wie beides in den katholischen Kirchen noch besteht. Der Mohamedanismus erlaubte die Vielweiberei und würdigte das Weib in jeder Hinsicht herab. Es ist übrigens erklärlich, wie diese religiöse Barbarei einreißen und die ungeheure Mehrheit der Menschen entsittlichen konnte. Alle diese Religionen haben ihren Ursprung in Asien und zwar erst seit jener Zeit gehabt, als die Austrocknung des dortigen Klima und die „Versteinerung" der dortigen Gehirne eintrat. Dort werden die Mädchen mit dem zwölften, elften, zehnten, ja neunten Jahre geschlechtsreif, also lange bevor mit dem Auswachsen des Körpers eine gewisse Verstandesreife eintreten kann; und mit dem zwanzigsten Jahre sind sie verblüht und bereit, wie ausgepreßte Citronen weggeworfen zu werden. Wenn nun schon in nördlicheren Ländern, wo die Geschlechtsreife drei bis vier Jahre später und langsamer eintritt, und ihre Blüthe wenigstens zwanzig Jahre länger andauert, die Thatsache zu beklagen ist, daß nach dem Eintritt der Geschlechtsreife der Bildungstrieb des Weibes „versteinert", falls er nicht früher genugsam gepflegt war, zumal wenn die albernen gesellschaftlichen Einrichtungen ihm seine geschlechtliche Bestimmung als einziges Daseinsziel vorspiegeln, so ist es vollends nicht wunderbar, daß das Weib Asiens nie einen Einfluß auf die Gesellschaft ausgeübt hat, sondern bloße Sache und Werkzeug blieb. Das vielmehr mag wunderbar erscheinen, daß die germanischen Völker, welche diesem versteinernden religiösen Einflusse so lange Jahrhunderte unterlegen sind, das Werk der Befreiung davon mit immer steigendem Erfolge betreiben und die sich're Aussicht haben, denselben bald völlig abzuschütteln. Gewiß — die Menschheit ist besser als ihre Religionen.

Und hier gilt es der leider unläugbaren Thatsache auf den Grund zu sehen, daß das weibliche Geschlecht gerade überall die Stütze der Priesterschaft und der religiösen Verdummung ist. Der Grund ist der, daß das Weib, eben weil es auf Erden keine Menschenrechte hat, im Himmel Entschädigung suchen muß. Mit dem Wegfalle dieser Ursache fällt die Wirkung fort. Es genügt zum Beweise dessen sich zu erinnern, daß alle jene Frauen, welche für die Gleichberechtigung ihres Geschlechtes in die Schranken getreten sind — und wir kennen deren sehr viele — mit der Religion gebrochen haben, oder doch nahe daran sind, es zu thun. Es wird auch wohl kein Widerspruch gegen die Behauptung erfolgen, daß überall, wo die sozialdemokratische Partei eine Macht geworden ist, die Frauen vom kirchlichen Einflusse sich freizumachen gelernt haben. Uebrigens hat man es noch bei allen Revolutionen erlebt, daß die Frauen rasch mit dem Himmel fertig waren, wenn die Erde wohnlicher zu werden versprach. Selbst in dem gewohnheitlich bigotten England und Nordamerika sind die Frauen vom Fabrik-Proletariat durchschnittlich die schlechtesten Kirchengängerinnen, und dasselbe gilt von denen der Großstädte und Fabrikbezirke Belgiens und Frankreichs. Ja, wir möchten behaupten, daß in ganz Europa und Nordamerika die Kirchen sehr leer bleiben würden, wenn anbefohlen würde, daß alle Frauen ohne allen Putz, womöglich in „Sack und Asche" zur Kirche kommen müßten. Es ist also doch wohl einleuchtend, daß Religionen, welche auf so schwachen Füßen stehen, der Propaganda für die Gleichberechtigung des Weibes nicht nur kein gefährliches Hinderniß mehr bereiten können, sondern vielmehr durch ihr Bestreben sie zu hindern derselben erst recht die Wege bahnen müssen.

Hasenclever in der Stadt Iserlohn allein fast 1000 Stimmen erhielt, obschon hier seit Januar 1865 gar keine Versammlungen abgehalten werden konnten, — sowie daß diese Stimmenzahl bei sämmtlichen Wahlen, mit Ausnahme der letzten, erreicht worden ist, ein Resultat, wie es im Verhältniß zu der Einwohnerzahl (Iserlohn zählt 17,000) von wenigen Städten Deutschlands aufgewiesen werden kann.

Der betreffende Correspondent hat ohne Zweifel deshalb den Lokalmangel als Grund des Verlustes von circa 500 Stimmen im ganzen Wahlkreise mit angeführt, weil es uns ohne „Versammlungen" nicht möglich war, die nöthigen Mittel zu einer wirksamen Agitation im ganzen Wahlkreise (20 Stunden lang und 10 Stunden breit) aufzubringen. In Iserlohn selbst bedarf es gar keiner Versammlungen; das Wahlergebniß wird hier immer dasselbe bleiben, und selbst eine Ueberschwemmung der Bevölkerung mit Broschüren würde uns bei der Zusammensetzung derselben aus Protestanten, Pietisten, Ultramontanen (ein Drittel), Millionären, von diesen abhängigen Handwerkern und Bürgern ꝛc. — keine 50 Stimmen mehr einbringen. Was hier für die Partei erobert werden kann, das ist schon längst erobert und steht seit vierzehn Jahren (und länger!) fest und treu zur Fahne. — Die hiesigen Parteigenossen nun als „Spreu" bezeichnen zu wollen, die sich von irgend einem „Windbeutel" hin- und herblasen ließe, das ist einfach — albern.

Aus welchen wirklichen Gründen bei der letzten Wahl hier weniger Stimmen für uns abgegeben wurden, als bei den früheren Wahlen, darüber habe ich seiner Zeit dem Central-Wahlausschusse ausführlichen Bericht erstattet.

Inzwischen sind die beiden Wirthe im hiesigen Stadtbezirke, welche uns seit einem halben Jahre ihre Lokale zu Versammlungen überlassen haben (D. Keune in Iserlohn und H. Kochskämper in der Grüne), von der hiesigen Polizeiverwaltung „aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit und wegen anderer Bedenken" aufgefordert worden, um 10 Uhr Abends „Feierabend" zu machen. In Folge dessen sind für uns, wie ich zur „Beruhigung" des Herrn P. Köhler bemerke, „Versammlungen" auf unbestimmte Zeit hinaus wieder unmöglich, — von deren agitatorischer Wirksamkeit die Polizei eine bessere Meinung zu haben scheint, als der Herr ꝛc. Köhler.

In Betreff des „Vorschlages" desselben erlaube ich mir auf meinen besondern Versammlungsbericht Bezug zu nehmen.

Mit Gruß C. W. Tölcke.

Nordhausen, 2. Mai. Um den Raum des „Vorwärts" nicht mit alltäglichen Vorkommnissen in Anspruch zu nehmen, haben wir bis jetzt über unsere Bewegung nichts berichtet. Am heutigen Tage ist hier aber ein gerichtliches Urtheil gefällt worden, das uns alle in Erstaunen versetzt hat. Der Hergang ist folgender. Am 22. Januar 1876 bildete sich hier ein sozialdemokratischer Wahlverein, der zum Zwecke hatte, für die Wahl eines sozialistischen Abgeordneten zum deutschen Reichstag zu wirken, und dies und nichts anderes ist geschehen. Desgleichen bildete sich am 28. Januar 1877 in Ellrich ein Wahlverein. Am 4. Februar 1877 ging B. Hollnagel, Vorsitzender des hiesigen Wahlvereins, laut seiner Aussage, nach Ellrich, um dort eine Volksversammlung anzuberaumen. Der Vorsitzende des Ellricher Wahlvereins fand sich bereit, die Versammlung anzuzeigen, welche denn auch am 12. Februar 1877 stattfand. Die Versammlung wählte wie jede Volksversammlung ihr Bureau und wurde Herr Lorenz aus Nordhausen zum Vorsitzenden, Herr Ernst Wiegand aus Ellrich zum Stellvertreter und Herr Berker eben daselbst zum Schriftführer ernannt. Kurze Zeit darauf überraschte uns eine Anklage der Staatsanwaltschaft, in welcher ausgeführt wurde, daß Hollnagel und Lorenz in allen Versammlungen des Ellricher Wahlvereins anwesend gewesen denselben auch ins Leben gerufen und so mit demselben in Verbindung getreten wären, den Namen Wahlverein hätten diese Vereine sich blos beigelegt, um sozialistische Politik zu treiben. Und doch bestätigen sämmtliche Zeugen, daß Lorenz, außer in der Volksversammlung, nie in Ellrich gewesen ist, und daß Hollnagel nur zur Anberaumung der Volksversammlung dorthin gegangen war. Das half aber alles nicht — der Staatsanwalt klagte auf Verbindung von politischen Vereinen untereinander und beantragte unter dem Ausdruck des Bedauerns, daß er nicht höher greifen könne, gegen die Angeklagten auf 3 Monate Gefängniß zu erkennen. Das Urtheil lautete auf 2 Monate Gefängniß für Hollnagel und Lorenz und 30 Mark eventuell 6 Tage Gefängniß für Wiegand.

Die Angeklagten werden natürlich appelliren. F. G.

Leipzig, 9. Mai. Bezüglich der Correspondenz aus Leipzig in der Nr. 54 d. Bl. ist auf Wunsch des Herrn Dr. Gladstern zu berichtigen, daß der genannte Herr keineswegs sein gegebenes Versprechen zurückgezogen hat, einem von Geiser zu haltenden Vortrage über das Thema: Keine Existenz ohne Arbeit, wenn er Grund dazu finden sollte, zu opponiren, und daß das Versprechen des Herrn Dr. Gladstern sich nur auf Opposition und nicht auf eine förmliche Disputation erstreckte.

Gießen. Bezugnehmend auf die Correspondenz in der Beilage zur Nr. 50 des „Vorwärts" aus Gießen, glaube ich den Parteigenossen noch eine nähere Mittheilung zu schulden. Diese Versammlung, die in fast allen Blättern und Blättchen besprochen worden ist, gab der gegnerischen Presse Anlaß zu einer dreisten Behauptung. Es ward nämlich ausposaunt, die Sozialisten hätten eine Niederlage erlitten, ja man legte einem Sozialisten sogar die Worte in den Mund: Für Gießen sind wir gemacht! Aber wie verhält sich die Sache in Wirklichkeit. Außer in dem Vortrag über die Prinzipien der Sozialdemokratie, den Prof. Dr. jur. Gareis in einer früher abgehaltenen öffentlichen Versammlung des hiesigen nationalliberalen Vereins gehalten hatte, und welcher die Veranlassung zu unserer Versammlung gab, waren die Einwendungen auch in dieser Versammlung gegen uns nicht so belangreich, wie es wohl von den Herren, welche uns gegenüberstanden, zu erwarten gewesen wäre. Prof. Seuffert hob den ausgezeichneten Stand unserer Volksschule hervor, obwohl er zugeben mußte, daß es in Ostpreußen schlimm um dieselbe stehe. Prof. Klemm appellirte an den Patriotismus, welcher doch Eigenschaft eines jeden Deutschen sein müsse, von den Sozialisten aber ignorirt werde. Prof. Naumann verlas Citate aus dem „Volksstaat" und „Neuen Social-Demokrat", mit welchen er seine Behauptung, daß die Sozialdemokraten doch theilen wollten, beweisen wollte. Hofgerichtsadvokat Dr. Dittmar warnte die Anwesenden, sich von den sozialistischen Lehren bethören zu lassen. Dieselben hörten sich zwar ganz hübsch an, aber durchzuführen wären sie nicht. Die nationalliberale Partei sei der Hort aller gutgesinnten Deutschen. Diese Partei würde für die Gestaltung der Zukunft sorgen. Prof. Gareis dagegen hatte in seinem Vortrag am 26. März sich über die Gestaltung des Staatswesens ausgesprochen, wobei er zugestand, daß die Sozialdemokratie von den edelsten Grundsätzen ausgehe, dieselbe verkenne aber in ihrem Eifer, daß der Mensch mit guten und bösen Eigenschaften ausgestattet sei und gehe darum zu weit. Wenn er auch zugebe, daß der Egoismus ein gefährlicher Feind des Gemeinwesens sei und in Etwas eingedämmt werden müsse, so wären die Prinzipien der Sozialdemokratie für das Gemeinwesen noch weit gefährlicher. Durch diese werde der Egoismus ganz beseitigt, und es müßte dann Schlaffheit eintreten, welche den schlimmsten Rückschritt befürchten lasse. Die liberalen Parteien aber arbeiten seit Jahren rastlos an der ökonomischen Gleichberechtigung, soweit es für das Gesammtwohl zulässig sei; man solle diese unterstützen. Die Sozialisten sähen nur all das Gute nicht ein, welches die Liberalen schon gebracht. Dieselben hätten den früheren Polizeistaat in einen Rechtsstaat umgewandelt, hätten das allgemeine Stimmrecht bei den Reichstagswahlen (!), das Vereins- und Versammlungsgesetz, die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, sowie das Haftpflichtgesetz geschaffen und dieses wäre alles zum Besten der Arbeiter. Weiter besprach Prof. Gareis einige Punkte unseres Programms und konnte er sich nicht versagen, auch den bekannten v. Unruh zu citiren. Im Ganzen genommen enthielt der Vortrag neben manchem Richtigem auch viel Unrichtiges, und dieses gab Veranlassung zu unserer Versammlung. In dieser nun behandelte Parteigenosse Frohme dieselbe Tagesordnung wie Professor Gareis in ausgezeichneter Weise in 1¾stündiger Rede. Hierauf folgte die Disputation zwischen Prof. Gareis und Frohme mit unbeschränkter Redezeit, während allen folgenden Rednern eine Redezeit von 10 Minuten gewährt wurde. Dieselben folgten wie oben angegeben. Die Versammlung wurde präcis 3 Uhr eröffnet und währte bis 8½ Uhr Abends. Wohl mag mancher Parteigenosse mit klopfendem Herzen den Saal betreten haben, als er sah, daß sich die Herren von der Universität zahlreich eingestellt hatten, aber mit gehobener Stimmung hat Jeder der Unseren den Kampfplatz verlassen, da es fünf Gelehrten nicht gelungen war, zwei Arbeiter zu schlagen. Wir wollen sehen, ob unsere Gegner sich wieder mit uns einlassen werden, an Gelegenheit hierzu werden wir es nicht fehlen lassen. —k

---

Hamburg. (Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.) Da am 15. und 16. Juni unsere gewöhnliche alljährige Generalversammlung hier in Hamburg Brook 69, im Kranzhause, stattfindet, so ersuchen wir auch die Schiffszimmerer in den Orten, die uns bisjetzt noch fern gestanden haben, sich zu organisiren und einen Delegirten zu senden.

Die Schiffszimmerer in Stettin, Danzig, Wilhelmshaven, Stralsund fordern wir hiermit besonders auf, einen Delegirtin zu unserer Generalversammlung zu senden, und uns spätestens bis zum 27. Mai dessen Namen und Adresse bekannt zu geben, damit wir uns über das Nähere mit ihm brieflich in Verbindung setzen können.

Allen Bevollmächtigten machen wir ebenfalls hiermit bekannt, daß sämmtliche Anträge, sowie Namen und Adressen der gewählten Delegirten spätestens bis zum 20. Mai zu unserer Kenntniß gelangt sein müssen.

Im Auftrage des Vorstandes:
H. Groß, Hamburg St. Pauli, Bergstraße, Hof 23.

Hamburg. (Allgemeiner deutscher Töpfer-Verein.) Den Collegen des genannten Vereins zur Nachricht, daß der Vorort von Wiesbaden nach Wandsbeck verlegt ist. Zum ersten Vorsitzender wurde A. Barbi, zum Schriftführer Grube, zum Kassirer Strauß, Neue Straße Nr. 47, 3. Etage, St. Georg, gewählt. An Letzterm sind auch alle Geldbeiträge zu senden. In allen Vereinsangelegenheiten ertheilt Auskunft A. Barbi, Marktstraße Nr. 4, Haus 2, parterre links, St. Pauli. A. Barbi.

Aufruf an sämmtliche Bergarbeiter Deutschlands.

Kameraden! Infolge einer den Bergarbeitern der Zechen „Tremonia" und „Westfalia" hierselbst aufgedrungenen, der Humanität Hohn sprechenden, ja dem Recht und Gesetz geradezu ins Gesicht schlagenden Arbeitsordnung sind circa 7—800 unserer Kameraden, welche sich weigerten, ihre Arbeitskraft unter den härtesten Bedingungen zu verkaufen, auf's Pflaster geworfen. Nachdem von unserer Seite alles mögliche geschehen, auf gütlichem Wege den uns gebotenen Kampf zu einem friedlichen Austrag zu bringen, sind wir jetzt zu der Erkenntniß gelangt, daß dies nur mit Preisgebung unserer Ehre geschehen kann. Wir sind entschlossen, den Anmaßungen des herz- und gefühllosen Kapitalismus gegenüber unsere Ehre aufrecht zu erhalten und, ob wir siegen oder verlieren, als ehrenhafte Männer aus dem Kampfe hervorzugehen. Wir rechnen vor Allem darauf, daß uns, trotz der jetzt herrschenden ungünstigen Zeitverhältnisse, in unserm schwierigen Vorhaben die Bruderhand unserer Kameraden unterstützen werde, wie auch wir stets bereit sein werden, in ähnlichen Fällen unsere volle Pflicht zu erfüllen.

Wir richten nun zunächst an die Kameraden allerorts die Bitte, jeden Zuzug nach Dortmund und Umgegend strengstens fern zu halten, namentlich aber die in hiesigen und auswärtigen Blättern veröffentlichten Annoncen, durch welche hierselbst Schlepper und Hauer für dauernde Beschäftigung gesucht werden, unbeachtet zu lassen, da hier Kräfte genug vorhanden sind.

Kameraden! Wir nehmen den Kampf auf in der festen Ueberzeugung, daß Recht und Gerechtigkeit auf unserer Seite sind, und daß wir diesen von Seiten der Ausbeuter gegen uns geführten Akt der Ungerechtigkeit nicht verschuldet haben. Darum Kameraden laßt uns nicht im Stich und bedenkt, was dem Einen heute passirt, kann dem Andern morgen passiren, denn die Herzlosigkeit des Kapitalismus bleibt sich überall gleich.

Dortmund, den 3. Mai 1877.

Das Comité
der arbeitslosen Bergarbeiter Dortmunds.

NB. Unterstützungen für die Nothleidendsten unter uns wolle man senden an die Expedition der „Westfälischen Freien Presse" oder an den Bergarbeiter Otto Herms, Langestraße 35, Dortmund.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

---

7. Sächsischer Wahlkreis.

Den 2. Pfingstfeiertag, Vormittags 10 Uhr, findet im Gasthofe zu Seußlitz eine Conferenz sozialistischer Wähler statt.

Berathungsgegenstand: Die Gründung eines Lokalblattes betr.

Um zahlreiche Betheiligung bittet

Großenhain. Das Comité.

Oeffentliche Quittung.

Für die Gemaßregelten habe ich erhalten (darunter die Gelder für die Essener Genossen):

Zürich, vom deutschen Arbeiterverein M. 80,00; Berlin von S. 2,00; Altona v. H. F. d. Reimer 1,00; Harburg vom Ball der Frauen u. Mädchen 7,80; Lockstedt Liste 48 d. Dettmer 6,80; Mittweida d. E. Eims 2,40; Klein-Auheim d. Andreas Kramer 3,00; Gera d. Herm. Prell 11,13; Hamburg d. Tilge 1,00; Pirna v. Cigarrenarbeitern d. W. A. 4,50; Heidelberg d. J. Nething 4,66; Mutterstadt d. Schmalbach 2,55; Berg b. Stuttgart d. G. Deiß 13,00; Coblenz d. Ulrich von Parteigenossen 10,00; Leipzig d. H. Jansen 9,10; Paris d. C. Hirsch v. einer gemüthlichen Zusammenkunft deutscher, franz., russ., italien., österreich. u. spanischer Genossen 25,00; Stuttgart Liste 138 d. D. Sievers 15,45; do. auf Liste 136 11,16; do. auf Liste 137 5,90; do. v. Flor 3,10; do. v. Ottinger's Möbelfabrik 10,45; do. v. Bund der Tischler 10,00; Malente v. den Arbeitern der Cementfabrik Meier u. Böttcher durch Wiese 2,70; Schwäb.-Gmünd gesammelt in einer Parteiversf. durch Schwab 5,00; Hamm u. Horn von K. 0,50; Klein-Grasbrook öffentliche Versammlung durch Wacker 4,20; Ulm von G. U. „Wann endlich wird Krupp von den Arbeitern gemaßregelt werden" 10,00; Hamburg v. Klempnern d. Köhncke 1,20; do. d. Stoffel 8,06; Barmbeck auf Liste 174 d. Frau Cohrs 5,75; Halle a. d. S. d. Rödiger aus Zimmermann's Fabrik 4,75; do. Talm's Fabrik d. Wendt 0,75; do. d. Burg aus Cröllwitz 1,30; do. Fabrik von Riedel u. Kennitz d. Rösner 10,45; do. v. Kaltwasser's Fabrik d. Hartmann 4,20; do. von den Formern der Dähne'schen Fabrik 22,25; do. von verschiedenen 4,50; Berlin von Deebes aus einer Bügelfabrik 3,00; do. d. Kr. 1,20; do. d. Limprecht 2,50; do. d. E. 1,00; do. Maschinenfabrik Th. d. G. 6,15; do. ges. bei Günther d. Keitel 3,00; do. Allg. d. A.-B. d. H. 0,50; Braunschweig d. L. Bosse auf Liste 131 in einer Arbeiterversf. 7,77; do. aus einer Fabrik erste Werkstatt 4,80, zweite Werkstatt 2,66, dritte Werkstatt 5,35; Groß-Auheim d. A. Kronenberger 15,00; Kiel von Klempnern d. Starck 5,10; Offenbach a. M. d. Georg Fritz 6,00; Lübeck durch Hugo Gehl von Klempnern 8,30; Crimmitschau d. F. Böttger 12,10 und speziell für Essen 6,37; Glückstadt d. Alois Doutiné 14,85; Naumburg a. S. d. R. 5,80; Reutlingen von der Parteiversf. d. Stark 1,40; do. von Kunzelmann 1,00; do. v. Klöpfer aus Bronneweiler 0,90; Pforzheim vom Tanzkränzchen d. A. Ficker 27,33; Düsseldorf Liste 15 d. Stinnes 5,05; Stuttgart von Metallarbeitern 10,31; do. von Brenner 3,00; Limbach d. C. Schumann 30,00; Hanau d. Jean Wieß 8,30; Dresden d. R. Tröger 28,36; Langendiebach durch W. Kreß 3,00.

Für den Wahlfond habe ich erhalten:

Hamburg von Cig.-Fabrik Brook Nr. 56 d. Tappendorf 4,00; do. Liste 4506 d. F. Thiede 9,35; do. von Winckelmann 3,00; Arnstadt v. Winckler 20,00; Barlt Liste 4305 d. Stüfen 1,30; Würzburg von Weich d. Höpfner 6,00; Leipzig Liste 1036 d. Louis Martin 5,40; do. Liste 1039 2,00; Braunschweig Ueberschuß vom 18. März 5,10; Schweinau d. J. Lorenz 3,00.

Hamburg, 9. Mai 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. O. Oertel und M. Lohr in Waldenburg: Warnungen vor Personen werden nur dann veröffentlicht, wenn das Parteiinteresse in Frage kommt. — Steinich in Rendsburg: Das Beste ist, Sie klagen bei Gericht wegen Sachbeschädigung. — W. F. in Sp.: Ihre Correspondenz ist zur Veröffentlichung nicht geeignet.

der Expedition. Der Bekannte in Rechberg: Am 4. ds. ist Nr. 50, 51, 52 an Schulz gegangen. Heute Nr. 53, 54, 55. Wir effektuiren stets präzis, mag Schulz sagen was er will. Dort haperts.

Quittung. B. Citl Apolda Ab. 30,00. Strß Offenbach Ab. 1,59. Expedition der „Wahrheit" Breslau Ab. 1500,00. B. Czuczz Böhm. Leipa Schr. 8,25. Hnk Mittweida Schr. 10,00. Wß Neu-Ulm Ab. 1,00. Frz Offenbach Ann. 3,60. Zhtnr Darmstadt Ab. 20,45. Bst Mainz Ab. 25,00. Clb Morgenroth hier Ann. 4,80. Schrmm Berlin Schr. 5,30. Emrt Rendsburg Schr. 11,16. Schrmr Lübeck Ab. 5,10. Mrtn Schmölln Ab. 3,85. Hssnr Mainz 21,20. Knstmm Erlangen Ab. 23,10. Schld Straßburg Ab. 13,50. Fllrmnn Bremerhafen Ab. 35,00. Pppnbrgr Scheibbs Ab. 5,88. Dr. Jänchn Brinn Ab. 7,00. Klz St. Johann Ann. 1,00, Ab. 3,40. Brnng Delitzsch Ab. 3,60. Jrm Philadelphia Schr. 5,00. Stuckateur und Gypserver. Hamburg Ann. 2,40. Trst Kl. Zschocher Ab. 0,60 und 0,90. Hcr hier Ab. 2,00.

Aufforderung.

Diejenigen, welche Gelder von der Parlamentswahlkasse der Benzion'schen Cigaren-Fabrik in Altona, Bachstraße Nr. 22 C., geliehen haben, werden hiermit aufgefordert, selbiges bis zum 3. Juni d. J. zurückzuzahlen, widrigenfalls ihre Namen veröffentlicht werden.

J. A. sämmtlicher Arbeiter: O. F.

Altona. Montag, den 14. Mai, Abends 8½ Uhr, in Kappelmann's Salon:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Der Sozialisten-Congreß in Gotha. [60

Im Auftrag: J. Auer.

Hamburg. Allgemeiner Deutscher Töpferverein. Dienstag, den 15. Mai, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Hübner, gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedene innere Angelegenheiten. — Es ersucht alle Mitglieder zu erscheinen

80] G. Klaws.

Leipzig. Allgemeiner Deutscher Schneiderverein. Montag, den 14. Mai, Abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof": Versammlung. Tagesordnung: Das Lohnverhältniß in Leipzig anderen Städten gegenüber. [50

Gäste willkommen. D. V.

Leipzig. Gewerkschaft der Schuhmacher. Montag, den 14. Mai, Abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstraße 20:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung. 2. Besprechung über das Verkehrslokal. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. [80

Der Bevollmächtigte.

St. Johann-Saarbrücken. Sonntag, 13. Mai, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Hrn. Billig, Mainzerstraße, „Zum deutschen Reich":

Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Arbeiterschutzgesetz. 2. Der Gothaer Congreß und Wahl eines Delegirten. 3. Verschiedenes. [1,00

(F. 270) Die Einberufer.

Sozialisten-Congreß.

Mandats-Formulare

für die Delegirten zum Congreß sind durch J. Auer in Hamburg, Pferdemarkt 37 zu beziehen und sind Bestellungen bald einzusenden.

Geschäftsverlegung.

Allen Freunden und Gesinnungsgenossen die ergebene Anzeige, daß ich meine Wirthschaft nebst Restauration von der Kirchenstraße 14 nach der Langenstraße 88, 2. Haus vom Rathhausmarkt rechts verlegt und bitte um geneigten Zuspruch.

Altona. Carl Meins.

NB. Zimmer für Freunde, Clubs ꝛc. stets disponibel. [2,40

Der Unterzeichnete, bisher Metteur der Züricher „Tagwacht", sucht da er in Folge Verjährung des s. Z. gegen ihn gefällten Urtheils frei nach Deutschland zurück kann, Stellung an einem unserer Parteiorgane, sei es als Metteur, Correktor oder auch Mit- oder selbstständiger Redakteur.

2,10] (2a) Robert Neff, Schweizerische Vereinsbuchdruckerei, Zürich-Hottingen.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: R. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Banfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 57. Mittwoch, 16. Mai. 1877.

Der sittliche Bankerott der Bourgeoisgesellschaft.

Die Sittlichkeit der bestehenden Gesellschaft und die Thatsache, daß es mit dieser Sittlichkeit gegenwärtig in erschreckender Geschwindigkeit bergab geht, ist so oft der Gegenstand unserer ausführlichen Beweisführung gewesen, daß wir uns weiterer Bemühungen in dieser Richtung entschlagen können. Wir können dies um so eher, als die Thatsachen an unserer Statt so eindringlich als möglich reden, und selbst die berufenen Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft dereu rasend rasch steigende Unmoralität und ihre eigene Unfähigkeit, den moralischen Ruin abzuwenden, constatiren müssen. Es gilt also für uns nur, diese unwiderleglichen Zeugnisse der vom Sozialismus der politischen, ökonomischen und sittlichen Verwerflichkeit angeklagten Bourgeoisgesellschaft sorgfältig zusammenzutragen, um diese allgemach in der Volkserkenntniß zu vernichten.

Ein derartiges Zeugniß liefert der am 8. Mai erschienene Bericht der Petitionskommission des Reichstags über eine Petition schweriner Aerzte: „Der Reichstag wolle in Erwägung der großen Gefahren und Uebelstände, welche aus der Unterdrückung der öffentlichen Häuser hervorgehen, schleunigst ein Gesetz beschließen, welches geeignet sei, den Fortbestand derselben in einer zweckentsprechenden Form zu ermöglichen."

Daß solch' eine Petition, welche die gesetzliche Wiedergestattung der gewerbsmäßigen Unsittlichkeit in einer ihrer rohesten Formen verlangt, zumal wenn sie aus den Kreisen wissenschaftlich Gebildeter, Sachverständiger hervorgeht, an sich schon ein herbstes Verdammungsurtheil für „unsere Sittlichkeit" enthält, wird nicht geleugnet werden. Der Bericht der Reichstagscommission verschärft dieses Verdammungsurtheil zum sittlichen Todesurtheil. Niemand heißt es dann [illegible] Congreß abzugeben haben, da dieselben von einer Commission des Lokalcomités geprüft werden.

Gotha, 13. Mai 1877. Das Lokalcomité.

Zur Wahlbewegung in Berlin

wird uns von dort unterm 10. Mai geschrieben:

Am vorigen Mittwoch Abends hielt endlich der Wahlverein der hiesigen Fortschrittspartei für den 6. Wahlkreis seine erste Versammlung ab, natürlich hinter verschlossenen Thüren. Der Eintritt war nur gegen Einlaßkarten gestattet, von denen wir einzig zu dem Zwecke der Berichterstattung uns einige verschafft hatten. Eugen Richter sprach über „die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie", und wir können sagen, daß der ehrenwerthe Herr sich wohl selten mehr als „unser Freund" bewiesen hat, als an diesem Abend, der in mancher Beziehung ein Unglücksabend für ihn war. Herr Richter warf natürlich zuerst die Frage auf: Was will die Sozialdemokratie? Antwort: Sie will alles Privateigenthum aufheben, jedes Privatgeschäft soll fortan aufhören, der Staat nimmt alles in die Hand und beraubt dadurch den Arbeiter völlig seiner Freiheit, indem er ihm als willenlosem Sklaven sowohl Ort und Zeit der Arbeit, als auch das Maß von Lebensgenuß bestimmt, was er für gut befindet. Die Menschen wohnen dann in Kasernen mit gemeinschaftlicher Küche u. s. w., kurz — darauf lief es schließlich hinaus — die Sozialdemokratie will nicht Fortschritt, sondern will zur Vergangenheit zurück. Man sieht, wie Herr Richter es gleich anfangs verstand, Wahres mit Falschem zu vermengen und den Philistern wieder die heilsame Furcht vor dem Theilen einzujagen. Ueber diese allbekannte Finte verlieren wir weiter kein Wort, dagegen kann zweierlei hier nicht unbemerkt bleiben. Zuerst sachen des untergangdrohenden Uebels zu suchen, kam natürlich keiner der liberalen oder ultramontanen Seelen in den Sinn. Der fruchtbare Boden für die Sittenverpestung, — das unaufhaltsam steigende Massenelend und die nicht um ein Haar sich bessernde Volkserziehung — bildet das Fundament der bestehenden Gesellschaft und bringt die goldene Ernte hervor, womit die Führer der herrschenden Parteien, gleichviel ob sie konservativ, liberal oder ultramontan heißen —, sich die Taschen füllen und ihre Herrscherposition behaupten. Maßregeln gegen das Massenelend und für eine ernsthafte Volksbildung wären Selbstmord, Untersuchungen, welche die Quellen der sittlichen Krankheit bloslegen, blinde Thorheit, für die Herren mit dem Kapitalistenbäuchlein ebenso gut wie für die Gottesknechte mit und ohne Tonsur.

Die zukünftige Stellung des Weibes.

I.

Jeder Mensch ist mit einer allgemeinen und einer besonderen Anlage und Neigung ausgerüstet. Die allgemeine Begabung theilt er mit allen (entwickelten) Menschen; die besondere mit wenigen, ja vielleicht mit keinem. Da beiderlei Anlagen im Körperbau und insbesondere im Gehirn- und Nervengeflecht wurzeln, so muß auch vom Weibe gelten, daß es neben der allgemeinen Anlage eine besondere habe — was natürlich angesichts des verschiedenen Körperbaues des Weibes gegenüber dem männlichen nicht bezweifelt wird. Im Gegentheil, es haben von jeher die Gegner der Frauengleichberechtigung im Weibe blos die besondere (sie meinten damit die geschlechtliche) Begabung anerkannt, die allgemein menschliche aber geläugnet, oder zu wenig [illegible] einmal da, wo sie die Majorität hatte, den Conflikt siegreich durchzuführen verstand, vielweniger jetzt in ihrer erbärmlichen Ohnmacht und geführt von Leuten, wie Sie, etwas zu leisten im Stande ist.

Wenn es dann weiter hieß, daß die Schulze'schen Genossenschaften allein mehr Arbeiter umfaßten, als die Sozialdemokratie im Ganzen Stimmen bekommen habe, so wundert uns nur, daß die Fortschrittspartei bei den letzten Wahlen trotz dieser Massen und trotz des Philisterthums viel weniger Stimmen erhalten hat, als die Sozialdemokratie. Und zu dem Ausspruch: „Universalmittel haben nur Quacksalber" sagen wir: Jawohl, Herr Richter, Universalmittel! Aber Radikalmittel! Wie ist es damit? Ist Ihnen der Unterschied von beiden vielleicht bekannt?

Nachdem dann noch Lassalle beschimpft war, sprach Herr Richter von dunklen Existenzen, die als Führer der Sozialdemokratie auftauchten und in kurzer Zeit wieder verschwänden. Dunkle Existenzen, Herr Richter? Wir geben Ihnen die Versicherung, daß noch keiner unserer Führer zugleich für nationalliberale, fortschrittliche und welfische Blätter geschrieben hat. Lassen Sie sich das zugleich auch als Antwort dienen auf den weiteren Vorwurf, daß unsere Führer nichts leisteten außer der Agitation, Sie kleiner Geschäftspolitiker! Wir übergehen dann den Widerspruch, in den sich Herr Richter dadurch verwickelte, daß er behauptete, unsere Abgeordneten beklagten sich mit Unrecht über die Valentinirungen, während noch vor Kurzem das Organ für Jedermann aus seiner eigenen Wahlcorrespondenz heraus die Berechtigung dieser Klagen anerkannte; wir übergehen auch die von so tiefem nationalökonomischem Wissen zeugende Behauptung, daß mit Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeitslohn sinken würde; wir übergehen auch den Beweis der erbärmlichsten Schwäche, den er für seine eigene und die liberale Partei über-

Im eigentlich arbeitenden Volke ist er schon deswegen nie ganz ausgestorben, weil die Arbeit eine Schutzwehr der Menschenwürde und seine Schule der Selbstachtung ist und zahlreichen üblen Einflüssen der Gesellschaft die Wage hält. Sobald die Kapitalherrschaft aufhört, sobald also der Werth des Menschen nicht mehr nach seinem Güterbesitz und seinen zufälligen Glücksumständen geschätzt wird, weil darin eine weit größere Gleichheit eingetreten ist, und sobald eine verbesserte allgemeine Erziehung jedem die höchsten Güter der Menschheit bekannt und theuer macht, — muß das Weib davon am meisten Gewinn ziehen, schon weil sie bisher das Opferlamm für die Sünden und Thorheiten Aller war. Bis dahin sollten es sich alle Sozialdemokraten zur Pflicht machen (wir wissen, daß dies schon jetzt vielfach geschieht) im Weibe die Menschenwürde zu achten, Keuschheit und eheliche Treue zu pflegen, kurz ihren Gegnern ein gutes Beispiel mit geschlechtlicher Reinheit zu geben und ihnen jeden Vorwand zu nehmen, als sei Sozialdemokratie und Liederlichkeit gleichbedeutend.

Wie sehr man Grund hat, der guten Menschennatur zu vertrauen und ihr eine herrliche Zukunft zu verkünden, das geht schon aus der geschichtlichen Thatsache hervor, daß die Religionen, welche sich geoffenbart nennen, von Menschenwürde, also auch von Gleichberechtigung der Frauen nichts wissen, und daß trotz alledem diese Ideen sich so mächtig Bahn gebrochen haben. Die Brahminen-Religion betrachtet das Weib als unrein, macht sie zur Sklavin des Mannes, mit dessen Leichnam zusammen sich die überlebende (Lieblingsfrau) Wittwe lebendig verbrennen lassen muß, und die Prostitution ist religiös geheiligt. Die daraus entsprungene reformirte Religion des Buddha hat daran wenig gebessert. Im Judenthum konnte der Ehezeuge zu Ehren einen neuen Aufschürung des Parteihaders zu vermeiden und sich der naheliegenden und sehr wahrscheinlichen Gefahr einer wiederholten Niederlage zu entziehen. Diese Ansicht war auch vielfach in Reichstagskreisen vorhanden."

Neben der Furcht vor einer wiederholten Niederlage tritt uns in diesem Fortschrittsblatte die völlige Gleichgültigkeit in Bezug auf den großen Volksmann, Franz Duncker, entgegen — den Rücktritt desselben bedauert in Berlin Niemand als die Herren vom fortschrittlichen Ring selbst, die einen so ehrenwerthen Collegen verloren haben. — Am Himmelfahrtsabend fand im Handwerkersaale eine Volksversammlung statt, in welcher Parteigenosse Otto Kapell zum Candidaten für den 5. Berliner Wahlkreis definitiv aufgestellt wurde.

Correspondenzen.

Mannheim, 29. April. „Schwefelbande", „nichtsnutziges Lumpenpack", „verkommene Literaten", „wahnwitzige Schurken" — mit solchen und ähnlichen schmeichelhaften Titeln beliebt man die Sozialdemokraten zu beehren, und zwar thun dies Leute, die da vermeinen, die Bildung, Moral und Sittlichkeit allein gepachtet zu haben und die sich einbilden, allein das Recht zu haben, das Volk belehren zu dürfen. Folgender Vorgang möge den Lesern aber zeigen, wem denn diese schmeichelhaften Titel eigentlich gebühren. Seit dem 1. März erscheint hier wöchentlich einmal ein Witzblatt: „Die Rheinschnaken", Verleger desselben ist die hiesige Vereinsdruckerei, Eigenthümer die demokratisch sein sollende „Neue Badische Landeszeitung", als Redakteur zeichnete Georg Winter bis zum 15. April. Derselbe war bis zum Sturz des vielbekannten Fritz Brentano Redakteur der nationalliberalen „Mannheimer Laterne", welche mit der „Mannheimer Zeitung" zugleich einging. In derselben zeterte Winter über die Sozialdemokraten wie kein Anderer. Am 7. April brachten die „Rheinschnaken" folgende witzig sein sollende Notiz: „Einen Mai werden wir dieses Jahr nicht mehr erhalten, derselbe ist in Zweibrücken von der Polizei hinter Schloß und Riegel gesetzt worden." Diese Notiz bezieht sich nämlich auf Parteigenossen Mai, dem wegen Verbreitung von Agitationsnummern 4 Monate zudiktirt wurden, die er gegenwärtig in Zweibrücken abbüßt. Acht Tage später erschien in der Beilage des „Mannheimer Tageblatt" ungefähr folgendes Gespräch: „Henne: Hast du die letzten „Rheinschnaken" gelesen? Hahn: Na warum? Henne: Da steht zu lesen ‚wir bekämen dieses Jahr keinen Mai mehr, weil derselbe in Zweibrücken hinter Schloß und Riegel sitzt.' Hahn: Je nun, was ist denn da dabei? Henne: Ja nun ich habe mir so einen Vergleich gemacht, was wohl am schlimmsten sein mag? In Ansbach haben sie nämlich im Jahr 1872 keinen Winter gehabt, weil er in Mainz eingesperrt war, aber nicht wegen Verbreitung von sozialistischen Flugblättern, sondern der hatte etwas ganz Anderes verübt u. s. w." Am folgenden Tage erschien in der „Neuen Badischen Landeszeitung" die Aufforderung an den Redakteur des „Tageblatt", diese Beschuldigung zurückzunehmen, widrigenfalls er, Winter, klagbar werden würde. Aber derselbe wollte davon nichts wissen, indem er erklärte, er habe Beweise für seine Angaben. Und das erlaubt sich Sozialdemokraten zu beschimpfen?

An den auch in Baden herrschenden Nothstand hat Niemand Zeit zu denken, dagegen beschäftigte man sich angelegentlichst mit der 25jährigen Jubiläumsfeier des Großherzogs. Man lese nur folgenden Aufruf: „Um aber das Fest zu einem würdigen zu machen, sollte dem Großherzog ein dem Feste angemessenes Geschenk gemacht werden, deshalb werden die Ortsvorsteher der verschiedenen Gemeinden in Baden aufgefordert, Sammlungen vorzunehmen und die Gelder an ihre Bezirksamtsstädte einzusenden." Unterzeichnet ist der Aufruf von den hervorragendsten Persönlichkeiten Badens und selbstverständlich auch von den hiesigen „Demokraten". Unter großem Jubel machen die hiesigen Zeitungen bekannt, daß die Stadt Mannheim allein 25,000 Mark zusammengebracht habe, aber auf welche Art, das verschweigt „des Sängers

Dorfschulen entschieden wurde, und sehen wir nicht, welche geringe Summen darauf hingingen? War es denn nicht für uns traurig und verletzend, die in den Zeitungen kursirenden Meinungen hinsichtlich der Lohnverhältnisse des Arbeiterstandes zu erfahren? Diejenigen Leute, welche die Arbeiter für gefühllos halten, irren sich gewaltig. Obwohl der Arbeiterstand sich fast noch in seinem Urzustande befindet und bis jetzt gar keine Bildung erhält, betrachtet er dieses gerade nur als ein zeitweiliges Uebel, das man wegräumen kann. Wir Arbeiter erwarteten von der Regierung, daß sie keine für uns schweren Neuerungen einführen, die Bauern materiell ausrüsten, uns dem Urzustande entreißen und raschen Schrittes vorwärts führen werde. Wir sind gründlich enttäuscht worden.

Rufen wir uns in's Gedächtniß den für das russische Volk unvergeßlichen Tag, an welchem es dem Kaiser und der Regierung vom 19. Februar seinen Dank brachte, voll von Gefühlen der Freude, seine ganze Hoffnung auf die Zukunft setzend. Und war dies Alles für uns nicht nur ein Traum und ein Phantasiebild? Die Aufhebung der Leibeigenschaft vom 19. Februar 1861, jene wenn auch nothwendige, jedoch nicht vom Volke hervorgerufene Reform, sichert dem Bauern keineswegs die Befriedigung seiner ersten Bedürfnisse. Wie früher sind wir auch jetzt ohne ein Stück Brod geblieben, und Flecken untauglichen Landes besitzend, sind wir in die Abhängigkeit von Kapitalisten übergegangen.

Ist das nicht Leibeigenschaft, wenn einer der Zeugen, ein Aufseher der Fabrik Nossow, aussagt, daß unter seiner strengen Controle alle Arbeiter außer an den Feiertagen stehen! daß die nicht zur rechten Zeit auf der Arbeit Erscheinenden hart gestraft werden? In der Umgegend aber sind Hunderte derartiger Fabriken, welche vollgepfropft sind mit Bauernvolk, das auf seinen Dörfern auch unter den gleichen Bedingungen lebt!

Sind wir nicht Leibeigene, wenn wir, sobald wir genöthigt sind, eine Erhöhung des von den Kapitalisten erniedrigten Arbeitslohnes zu fordern, des Strikes angeklagt und nach Sibirien geschickt werden!

Ja! Leibeigene sind wir, wenn wir von Seiten des Kapitalisten gezwungen sind, die Fabrik in Folge des schlechten Materials und der Strafen zu verlassen und man uns andererseits als Rebellen mit dem Flintenkolben der Soldaten nöthigt, die Arbeit fortzusetzen, einige aber gar als „Haupträdelsführer" in entfernte Gegenden verbannt!

Und Leibeigene sind wir, wenn der Einzelne von uns den Kapitalisten nicht verklagen darf und der erste beste Polizist uns in's Gesicht schlagen und mit Fußtritten wegjagen kann!

Aus alledem ist es klar, daß das russische arbeitende Volk nur in sich selbst seine Hilfe suchen muß und von Niemandem Beistand zu erwarten hat, außer noch von unserer intelligenten Jugend, welche die Wissenschaft vertritt; sie kann dem unter dem Joche des Despotismus ausgesogenen, erstickenden, seufzenden Bauern nicht kalt zusehen; sie hat uns brüderlich ihre Hand entgegengestreckt und wünscht mit aufrichtigem Herzen, alle die im Schlamme des Elendes Versunkenen aus demselben herauszuziehen und auf die richtige Fährte zu leiten.

— Die kalten Tage des Monats Mai. Um die Mitte des Monats Mai pflegen einige kalte Tage einzutreten, welche im Munde des Volkes mit dem Namen der „gestrengen Herren" bezeichnet werden. Es versteht sich von selbst, daß diese Abkühlung nicht von den Kalenderheiligen Mamertus, Pankratius und Servatius veranstaltet wird, zumal die kalten Tage bald diesen gestrengen Herren vorangehen, bald ihnen nachfolgen. Ueber den Grund dieser Abkühlung sind wissenschaftlich mannichfache Ansichten aufgestellt worden, ohne jedoch durchgreifend zu sein. Im Allgemeinen nimmt man an, daß um diese Tage am Nordpol das Eis in stärkerem Grade zu schmelzen beginnt als bis dahin, und somit ein starker Theil der Sonnenwärme, welche unser Luftmeer aufnimmt, dadurch absorbirt wird. Die Luft wird durch die im hohen Norden in Wasser verwandelten Eismassen auch beträchtlich feuchter, und die Untersuchungen haben gelehrt, daß feuchte Luft für Wärmestrahlen viel weniger durchlässig ist, als trockene. Es ist also ganz natürlich, daß diese Erscheinungen eine Abkühlung auch in unserer Himmelsgegend hervorrufen müssen. Daß diese Abkühlung nicht immer genau auf die bekannten Tage trifft, das rührt von dem Witterungswechsel her, der äußerst verwickelten Ursachen entspringt, die sich bisher noch immer jeder Art von Vorausberechnung entzogen haben.

Eine andere verwandte Frage ist die, ob der allbekannte aristokratische Hang der Frauen einen schädlichen Einfluß auf die Gestaltung der Zukunft üben könne. Wir Alle wissen, und wir könnten es schon aus dem uralten Märchen von der Fischersfrau lernen, welche nach einander Grundeigenthümerin, Baronin, Papst und zuletzt Gott werden wollte, daß die Frauen einen aristokratischen Hang haben, und zwar viel allgemeiner und stärker als die Männer. Es giebt hunderte von Erfahrungen, welche dies beweisen, so daß an der Thatsache kein Zweifel sein kann. Dieser Hang wurzelt zumeist im weiblichen Schönheitssinne, welcher sie treibt, bei ihrer Herzenswahl vorzüglich den schönsten Mann zu begünstigen, die schönste oder doch die geputzteste Frau am meisten zu beneiden, schöner zu erscheinen, als sie ist, sich mit Glanz und Ansehn zu umgeben und überhaupt zufällige Vorzüge höher zu schätzen als wahres Verdienst. Allein wurzelt er nicht auch in der vernachlässigten Erziehung, welche von jeher des Weibes Loos war? — Wer das läugnen wollte, hat nie wahrhaft hochgebildete Frauen gekannt, welche fast immer über die Schwächen ihres Geschlechtes erhaben sind. Er müßte auch den aufopfernden Geist schwächen, dessen gerade die Frauen in höherem Grade und allgemeiner als das andere Geschlecht fähig sind. Es sollte anerkannt werden, daß die Frauen empfänglicher sind für alles Große, Gute und Wahre, wenn sie von früh auf dazu vorbereitet werden. Ihr Schönheitssinn ist ja an sich nur etwas Gutes, wenn er an der Ausbildung der Erkenntniß eine Ergänzung erhält; nur Einseitigkeit der Erziehung vermag ihn, wie alles natürlich Edle, ausarten zu lassen. Ohne diesen weiblichen Schönheitssinn hätten sich die edleren Menschenrassen nie herausentwickeln können, und ohne seine Cultur würde die Welt gar wüst und leer aussehen.

Gerade dieser mächtige Zug der weiblichen Natur muß im Staate der Zukunft große Wirkungen haben. Wenn die Jungfrau nicht länger der Versorgung wegen sich in den Ehestand zu begeben braucht, weil sie ihr reichliches Brot, ihren Schmuck und ihre Lieblingsbeschäftigung auch ohnedies finden kann, so wird sie sich verehelichen nur, wenn sie den Gatten ihrer Wahl finden kann; wenigstens wird dies von Geschlecht zu Geschlecht häufiger der Fall sein. Die Liebe ist des Weibes mächtigstes Bedürfniß; freieste Wahl bei dieser ihrer Herzangelegenheit ist ihr höchstes Glück; kann sie darin ganz sich befriedigen, so vermag sie Gatten und Kinder unbeschreiblich zu beglücken, während sie fast ihren besten Menschenwerth verliert, wenn sie einem ungeliebten Gatten folgen muß. Und dies ist so wenig eine Erfindung der Romandichter, daß vielmehr umgekehrt die letzteren genöthigt sind, dieses Thema in unendlichen Abwechselungen immer neu zu behandeln, weil der Geist der Zeit nach vollster Verwirklichung freier Gattenwahl und unbestochener Liebe strebt — ein den Alten ganz unbekanntes Ideal, ein ganz ungeheurer moderner Fortschritt. Die frivole Bourgeois-Literatur, welche dieses Ideal lächerlich zu machen und die gschlechtliche Lüsternheit zu beschönigen strebt, beweist eben dadurch die tiefe moralische Verworfenheit der Sache, welcher sie dient. Die Romanleserei von heutzutage ist ein gutes Zeichen einer großen Zukunft, sie wird überwiegend schädlich nur, weil es weit mehr schlechte als gute Romane gibt, und selbst unter den besseren zu viele, welche nicht das Glück der ächten Ehe, die dauernde Selbstbelohnung lebenslanger ehrlicher Pflichterfüllung, den ganzen Reichthum einer edlen Häuslichkeit, sondern nur „die zarte Sehnsucht und das süße Hoffen der ersten Liebe gold'ne Zeit" schildern, die bloße Aeußerung eines Naturgesetzes anstatt des Adels ebelmenschlicher Selbstgesetzgebung. Somit wird das Weib der Zukunft den Mann nöthigen, sich wahre Frauenliebe zu verdienen und in der Ehe immer neu zu verdienen. Die Zahl der unglücklichen Ehen und Ehelösungen muß stark abnehmen, weil die Wahl weniger leichtsinnig, weniger bestochen war, gewöhnlich nach vorheriger längerer Prüfung beiderseits erfolgte und durch lebhafteres Pflicht- und Treugefühl Halt empfängt.

Dazu kommt nun, daß die völlige Gleichberechtigung dem Leben des Weibes höhere Pflichten, ihr wachsender Einfluß auf das öffentliche Leben ihm größere Würde, ernsteren Sinn, reinere Beweggründe verschaffen muß. Dieses Alles finden wir schon heutzutage ausnahmsweise bei begünstigten, hochgebildeten Frauen. Die Zeit muß also kommen, da männliche Völlerei, Zotenreißerei und Roheit aller Art ausstirbt, weil keine Geselligkeit, kein Lebensgenuß mehr möglich ist ohne Theilnahme der Frauen. Wer daran zweifeln wollte, würde sich selbst kein günstiges Zeugniß ausstellen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Man schreibt uns aus Berlin: Noch immer bilden die Artikel des „Grenzboten", die in frivoler Weise über die hiesigen Hofkreise sich ausließen, das politische Tagesgespräch. Allgemein äußert man sich mit Entrüstung über die dreiste Manier, um jeden Preis den Lorbeerkranz auf der Stirne des Fürsten Bismarck festbannen zu wollen. Am Besten fährt bei diesen Gesprächen die eingegangene „Reichsglocke" (Gehlsen, Loé, R. Meyer), deren Behauptungen in Bezug auf den leitenden Staatsmann vielfach jetzt wieder Glauben geschenkt wird. Die Untersuchung, welche höchst wahrscheinlich gegen den „Grenzboten" eingeleitet werden wird, mag recht eigenthümliche Erscheinungen zu Tage bringen. — Wenn verschiedene liberale Elemente, denen die constitutionelle Staatsform als die vollendetste und beste erscheint, sich darüber erboßen, daß der Lenker des „constitutionellen" Systems in Deutschland, Herr von Bismarck, in seinen Anschauungen und Plänen, die ja bekanntlich manchmal durchaus nicht mit denen der liberalen Majorität in den Volksvertretungen übereinstimmen, durch Strömungen in den Hofkreisen beeinträchtigt und gehemmt wird, so mögen sich diese Elemente doch Eins sagen, daß ein solches Hemmniß deshalb natürlich und auch leicht in Scene zu setzen ist, weil der Constitutionalismus in Deutschland ein Scheinconstitutionalismus ist, weil weder im Reich noch in Preußen der Wille der Majorität der Volksvertretungen zur Geltung gelangt. Genau so wie die Volksvertretungen von den Ministerien im Zaume gehalten werden, ergehts letzteren durch die Hofkreise — und das nennt man in Deutschland Constitutionalismus. Ein Auswuchs desselben sind nun auch die Grenzboten-Artikel mit ihrem höchst interessanten Nachspiel.

— Eine erfreuliche Thatsache. In ihrer letzten Vierteljahresrundschau jammert die „Kreuzzeitung" darüber, daß „der kirchliche Nothstand Berlins und die daraus erwachsende kirchliche Verwahrlosung zum Himmel schreie." Als Beleg hierfür führt das ehrenwerthe Blatt folgende Thatsache an: „Die Zions-, Elisabeth-, Invalidenhaus-, Nazareth- und St. Paulsgemeinden haben 160,000 Seelen mit nur 8 Geistlichen. In ihnen wird nur ein Drittel der neugebornen Kinder getauft und elf Prozent der Ehen kirchlich eingesegnet. Dafür aber haben diese Gemeinden auch zwei Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt, die erstgenannten mit 9469 Stimmen, die letzteren mit 10,769 Stimmen. So sind die kirchlichen Zustände in den Gemeinden, welche berufen sind, das „intelligente Drittel bei den Synodalwahlen zu stellen." — Wir brauchten zu dem kläglichen Gewinsel der „Kreuzzeitung" eigentlich Nichts hinzuzufügen, wollen jedoch bemerken, daß dieses Geständniß ganz anders lautet, als das Geschreibsel vieler gesinnungstüchtiger Blätter, die anläßlich des Ergebnisses der letzten Reichstagswahlen in Berlin behaupteten, die Wähler der betreffenden Wahlbezirke seien überrumpelt worden, oder seien Leute ohne feste politische Gesinnung gewesen, die, nachdem sie es schon mit allen andern Parteien probirt, auch einmal versuchshalber sozialistisch gewählt hätten. Nach Kenntnißnahme obiger kläglicher Lamentation scheint doch die Sache anders zu stehen, und die Berliner Wähler scheinen tüchtigere Sozialisten zu sein, als die Herren Liberalen glauben wollen. Im Uebrigen werden ja die in Berlin in zwei Bezirken vor der Thür stehenden Neuwahlen beweisen, wie es mit dem Sozialismns in Berlin bestellt ist.

— Das preußische Handelsministerium soll nach Mittheilungen, die der „Schlesischen Zeitung" aus Berlin zugegangen sind, nicht abgeneigt sein, im Sinne des von den sozialistischen Abgeordneten im Reichstage eingebrachten Arbeiterschutzgesetzes ein Verbot der Frauenarbeit in industriellen Etablissements zu erlassen, d. h. mit Genehmigung des Reichstags. Andererseits sollen aber auch die thatsächlichen Schwierigkeiten, welche sich einem derartigen gesetzlichen Verbot entgegenstellen, in Berücksichtigung gezogen worden sein. Nach den amtlicherseits angestellten Erhebungen stände es nämlich zu befürchten, daß ein großer Theil der gewerbetreibenden Frauen und Mädchen, welche jetzt in Fabriken beschäftigt sind, durch ein generelles Verbot für einige Zeit völlig erwerbslos gemacht und der Gefahr, der Corruption zu verfallen, ausgesetzt werden würde. Es soll deshalb an eine gesetzliche Scheidung zwischen Fabriken, deren Betrieb seiner Beschaffenheit nach vorwiegend auf Frauenarbeit angewiesen ist (wie z. B. Blumenfabrikation) und Fabriken anderer Art gedacht werden.

Ob obige Mittheilungen auf Wahrheit beruhen oder nicht — jedenfalls werden Regierung und Reichstag zu dem Arbeiterschutzgesetz Stellung nehmen müssen.

— Daß Preußen ein Staat ist, in welchem die Polizei sich ungestraft fast alles erlauben darf, das ist geradezu weltbekannt, und nur, um diese alte Wahrheit zu bekräftigen, führen wir einen neuen eklatanten Fall von Polizeiwillkür an, wie er jüngst in Köln vorgekommen ist. So hatte sich im Februar d. J. ein Kölner Bürger bei der Regierung darüber beschwert, daß die Polizei die Anwesenheit von Frauen in öffentlichen Volksversammlungen, die kein Gesetz verbiete, nicht gestatten wolle. Es war darauf folgender Bescheid erfolgt:

„Köln, den 24. Februar 1877. Auf die Beschwerde vom 3. d. M. erwidern wir Ihnen, daß zu der von ihnen angemeldeten allgemeinen Volksversammlung am 2. d. M. auch Frauen der Zutritt zu gestatten war, weil diese Versammlung als die Versammlung eines politischen Vereins im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 nicht angesehen werden konnte. An die königl. Polizeidirektion ist demgemäß das Erforderliche verfügt worden. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern. v. Guionneau."

Gestützt auf diesen Erlaß beriefen eine Anzahl Kölner Gesinnungsgenossen vor einigen Tagen abermals eine Volksversammlung ein, zu welcher selbstverständlich den Frauen der Zutritt freigestellt worden war. In dieser Versammlung nun geschah das Unerhörte, daß der überwachende Polizeibeamte trotz des an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Erlasses die Entfernung der anwesenden Frauen verlangte. Der Einberufer machte den Polizeibeamten auf den Erlaß aufmerksam; umsonst, der letztere wiederholte seine Aufforderung und löste, als man derselben auf das von der Regierung anerkannte Recht hin nicht Folge leistete, die Versammlung auf. Und wenn man uns fragt, was wird diesem Beamten, der es wagte, ein gesetzlich garantirtes Volksrecht aufzuheben, geschehen? — so haben wir nur die eine Antwort: Preußen ist ein Polizeistaat!

— Auch ein Nutzen der Volksbanken. Ein Darmstädter Blatt macht auf einen sehr beachtenswerthen Mißstand aufmerksam. Mehrfach schon haben sich notorische Wucherer als Mitglieder von Volksbanken und Kreditvereinen aufnehmen lassen und dann sehr bedeutende Summen daraus entnommen, um ihrem Wuchergeschäfte eine größere Ausdehnung zu geben. Dergleichen Vereine verfolgen nun zwar gerade die Absicht, den Mittelstand aus den Händen der Wucherer zu befreien; sie können jedoch, wie man aus dieser Mittheilung ersieht, dem schnurstracks entgegengesetzten Zwecke dienstbar gemacht werden. Vorsichtsmaßregeln, wie sie der Darmstädter Correspondent der „Frankfurter Zeitung" empfiehlt, notorischen Wucherern sollten Darlehne verweigert werden, führen natürlich zu keinem Resultate, da der „notorische Wucherer" alsdann Leute suchen und finden wird, welche nicht notorisch wuchern und darum an der Entnahme von Darlehen aus den Volksbanken für ihn — den Notorischen — nicht gehindert werden können. Bei den heutigen Wirthschaftsverhältnissen schöpft der rücksichts- und schamlose Ausbeuter seinen Nebenmenschen eben immer das Fett ab und der ehrliche arbeitsame Mensch hat das Nachsehen.

— Vom Kreisgerichte zu Waldshut in Baden wurde vor Kurzem der des einfachen Bankerotts und der nicht rechtzeitig angemeldeten Zahlungseinstellung angeklagte Fabrikant und Ex-Rittmeister Malzacher von Säckingen zu einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten verurtheilt. Herr Malzacher war Führer der Säckinger Altkatholiken und demnach natürlich äußerst „reichstreu und liberal".

— Auf die von Unverschämtheit und Verlogenheit strotzende russische Note ist nunmehr die Antwort Englands gefolgt. Lord Derby weist darin in sehr energischer Sprache die russische Anmaßung in ihre Schranken zurück und erklärt mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, die Behauptungen Gortschakoff's, wonach Rußland zum Kriege gezwungen und der Vertreter Europas und der Humanität sein will, wäre eitel Lüge. Natürlich müsse diese entschiedene Stellungnahme der britischen Regierung Rußland gegenüber allerorten auf sehr gemischte Empfindungen stoßen. Rußland selbst steckt sich vorläufig wahrscheinlich die englische Note stumm in die Tasche, weil es gar keine Ursache hat, England allzufrüh zur aktiven Theilnahme am Kriege zu zwingen. In London ist die Mehrzahl der tonangebenden Preßorgane auf Earl Derby's Seite. Der „Standard", die „Morning-Post" und die „Times" sind vollkommen mit der Note zufrieden; den „Daily Telegraph" treibt sie schier in die kühnste Kriegsbegeisterung hinein. Nur „Daily News" ist unzufrieden, weil es eine Steigerung der Kriegsleidenschaften fürchtet und verdammt. Im Unterhaus veranlaßte am 7. Mai der Expremier Gladstone, als erbitterter Feind der Politik, welche seine Nachfolger innehalten, eine der heftigsten Debatten, die das englische Parlament bewegt haben. Gladstone hatte eine Anzahl Resolutionen gestellt, wodurch die Politik der Pforte entschieden verurtheilt und die Regierung zu Zwangsmaßregeln gegen die Türkei, d. h. also im Nothfalle zu gemeinsamem Kriege mit Rußland genöthigt werden sollte. Das überfüllte Haus harrte auf die Vertheidigung dieser auf den Umsturz der ganzen englischen Regierungspolitik berechneten Resolutionen. Aber es harrte vergebens, denn Gladstone hatte, um nicht ein allzu blamables Fiasko zu erleben, noch im letzten

Rede des smolenskischen Bauers Peter Alekssiejew*)

gehalten in einer besonderen Sitzung des Straf-Senates am 10. März 1877.

Wir, Millionen des arbeitenden Volkes, werden von Mutter und Vater dem Schicksal in die Arme geworfen, sobald wir nur zu gehen im Stande sind. Ohne jegliche Erziehung, ohne die geringste Schulbildung, stumpfen wir vorzeitig ab, in Folge einer langen, übermäßigen Arbeitszeit und unglaublich geringer Belohnung für dieselbe. Erst 9 Jahre alt, pflegt man uns von Hause auf den eigenen Verdienst zu schicken. Was erwartet uns da? Selbstverständlich verkaufen wir uns den Kapitalisten für ein Stück schwarzen Brodes zur Lohnarbeit, kommen unter die Aufsicht von Erwachsenen, die uns mittelst Ruthen und Fußtritten an die übermäßige Arbeit gewöhnen, essen was vorkommt, ersticken fast in einer von Staub und Miasmen aller Art geschwängerten, verdorbenen Luft, schlafen auf dem nackten Boden, ohne Bett und ohne Kissen, eingehüllt lediglich in Lumpen und geplagt von einer unzähligen Menge Ungeziefer — — in einem solchen Zustande stumpfen sich bei den Arbeitern alle Geistesfähigkeiten ab, und die moralischen, von der Kindheit herstammenden Begriffe werden in ihrer weiteren Entwickelung gehemmt. Uebrig bleibt nur das, was in einer arbeitenden Klasse entstehen muß, die roh erzogen, von Allen vergessen, verlassen und isolirt ist von jedem civilisationsfähigen Elemente.

Das ist, was ein Arbeiter von Kindheit an unter dem Joche des Kapitalismus erdulden muß. Und was können wir uns nach allem diesem für ein anderes Verhältniß zum Kapitalisten denken als das des Hasses? Unter solchen Lebensverhältnissen entwickelt sich bei uns von Jugend auf der Gedanke, diesen Druck nur bis zu einem gewissen Punkte, mit dem Hasse im Herzen, zu ertragen und ohne Widerrede Beleidigungen zu erdulden.

*) Peter Alekssiejew gehörte zu den mit Sophie Larionowna Bardina am 21. Februar Verurtheilten.

Dem erwachsenen Arbeiter ist der Lohn bis zum Minimum herabgesetzt, und aus diesem Lohne pressen die Kapitalisten ohne Gewissensbisse mit allen erdenklichen Mitteln den letzten Kopeken heraus, diesen Diebstahl für ein ehrliches Einkommen ausgebend. Selbst die sich noch für am „anständigsten" haltenden Moskauer Fabrikanten beuten die Arbeiter auf die raffinirteste Weise aus. Der Arbeiter giebt sich für einen ohnehin geringen Arbeitslohn dem Kapitalisten hin. Und wenn ihm dann noch mit oder ohne Recht Strafgelder abgezogen werden, so muß er sich ebenfalls fügen, um nicht des Stück Brodes verlustig zu gehen, das er sich durch eine siebzehnstündige Arbeit verdient.

Uebrigens will ich mich nicht in eine eingehendere Beschreibung aller sogar widergesetzlichen Ausbeutungen der Fabrikherren einlassen, weil meine Worte denjenigen unwahr erscheinen könnten, die vom Leben des Arbeiters nichts wissen und keine Moskauer Arbeiter aus den berühmten Fabriken von Babkin, Gutznow, Rosoff, Morosoff u. A. gesehen haben ....

(Präsident: Das ist gleich; es steht Ihnen frei, darüber auch nicht zu sprechen!)

Peter Alekssiejew: Ja wahrhaftig, das ist ganz gleich, da überall die Arbeiter sich in dem allergrößten Elend befinden. Ein siebzehnstündiger Arbeitstag — und ein Verdienst von kaum 40 Kopeken! Schrecklich! Bei einer so kolossalen Theuerung der Lebensmittel muß ein Theil des Arbeitslohnes auf den Unterhalt der Familie, ein anderer zur Bezahlung von Kronsteuern verwendet werden, und es ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich, den unumgänglichsten Bedürfnissen des Körpers Genüge zu leisten.

Wenn wir nun unsere Hand dem Joche zu entziehen suchen und sie den Anderen hilfreich entgegenstrecken, dann antwortet man uns mit der Anklagebank! Ja, traurig ist es, einen Menschen auf die Anklagebank zu setzen, der fast von der Wiege auf sich sein ganzes Leben hindurch durch eine siebzehnstündige Tagesarbeit sein Stück Schwarzbrod verdiente.

Ich bin einigermaßen mit der Arbeiterfrage im Westen von Europa vertraut. In Vielem gleichen uns unsere Brüder nicht: dort werden nicht, wie bei uns, die Arbeiter verfolgt, welche all' ihre freie Zeit und viele schlaflose Nächte dem Lesen von Büchern widmen; im Gegentheil, dort ist man darauf stolz, wir werden aber ein halbwildes und Sklavenvolk genannt. Wie sollte man aber auch anders von uns denken? Besitzen wir denn freie Zeit für irgendwelche Beschäftigungen? Haben wir gute und dem Arbeiter zugängliche Bücher? Wo und was können wir lernen? Werfet einen Blick in die russische Volksliteratur. Da sehen wir, herausgegeben für das Volk, Bücher wie „Bowa Korolewitsch", „Eruslan Lazarewitsch", „Wanjka Kain" u. A. Daher stammt nun auch bei unserem Volke der Glaube, daß die Bücher entweder etwas „Göttliches" oder etwas „zum Lachen" enthalten müssen. Ich meine, daß es Jedem bekannt ist, daß bei uns in Rußland die Arbeiter wegen Bücherlesens von Verfolgungen immer noch nicht befreit sind, und besonders, wenn bei ihnen Bücher angetroffen werden, die über ihre Lage handeln. Da muß er sich vorsehen! Man sagt ihm dann gerade aus: Du siehst keinem Arbeiter ähnlich, denn Du liefest Bücher. Und das Sonderbarste an diesem ist das, das in diesen Worten auch nicht die geringste Ironie zu bemerken ist, daß in Rußland einem Arbeiter ähnlich sein gleichbedeutend ist dem Aehnlichsein einem Thiere.

Meine Herren, glaubt man denn wirklich, daß wir Arbeiter zu Allem so taub, blind, dumm und stumm sind, daß wir nicht hören, wie man uns Trunkenbolde, Dummköpfe und Faullenzer schimpft, als ob auch in der That die Arbeiter alle jenen Namen verdienen? Sehen wir denn nicht, wie um uns herum Alle reicher werden und hinter unserm Rücken sich belustigen? Glaubt man denn wirklich, daß wir nicht überlegen und verstehen können, weshalb man uns für so billig hält und wohin der Ertrag unserer unerträglichen Arbeit wandert? warum die Anderen, die nicht arbeiten, im Reichthum schwelgen und wo ihr Reichthum herstammt?

Fühlen wir denn wirklich nicht, wie schwer die sogenannte allgemeine Wehrpflicht auf uns lastet? Wissen wir denn nicht, wie langsam und widerwillig die Frage von der Einführung der

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 57. Mittwoch, 16. Mai. 1877.

Der sittliche Bankerott der Bourgeoisgesellschaft.

Die Sittlichkeit der bestehenden Gesellschaft und die Thatsache, daß es mit dieser Sittlichkeit gegenwärtig in erschreckender Geschwindigkeit bergab geht, ist so oft der Gegenstand unserer ausführlichen Beweisführung gewesen, daß wir uns weiterer Bemühungen in dieser Richtung entschlagen können. Wir können dies um so eher, als die Thatsachen an unserer Statt so eindringlich als möglich reden, und selbst die berufenen Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft dereu rasend rasch steigende Unmoralität und ihre eigene Unfähigkeit, den moralischen Ruin abzuwenden, constatiren müssen. Es gilt also für uns nur, diese unwiderleglichen Zeugnisse der vom Sozialismus der politischen, ökonomischen und sittlichen Verwerflichkeit angeklagten Bourgeoisgesellschaft sorgfältig zusammenzutragen, um diese allgemach in der Volkserkenntniß zu vernichten.

Ein derartiges Zeugniß liefert der am 8. Mai erschienene Bericht der Petitionskommission des Reichstags über eine Petition schweriner Aerzte: „Der Reichstag wolle in Erwägung der großen Gefahren und Uebelstände, welche aus der Unterdrückung der öffentlichen Häuser hervorgehen, schleunigst ein Gesetz beschließen, welches geeignet sei, den Fortbestand derselben in einer zweckentsprechenden Form zu ermöglichen."

Daß solch' eine Petition, welche die gesetzliche Wiedergestattung der gewerbsmäßigen Unsittlichkeit in einer ihrer rohesten Formen verlangt, zumal wenn sie aus den Kreisen wissenschaftlich Gebildeter, Sachverständiger hervorgeht, an sich schon ein herbstes Verdammungsurtheil für „unsere Sittlichkeit" enthält, wird nicht geleugnet werden. Der Bericht der Reichstagscommission verschärft dieses Verdammungsurtheil zum sittlichen Todesurtheil. Niemand, heißt es darin, welcher in größeren Städten lebe, namentlich wenn er Gelegenheit habe, mit Aerzten, Kriminalisten und Polizeibeamten seine Ansichten auszutauschen, könne sich der Ueberzeugung verschließen, daß die Prostitution stetig fortschreite, immer tiefer in die Familie übergreife — in die von der Bourgeois-Gesellschaft heuchlerischerweise heiliggesprochene, vom Sozialismus — wie unsere Gegner lügen — bedrohte Familie! — auf Straßen und in Vergnügungslokalen immer anspruchsvoller auftrete und den Gesundheitszustand des Volkes ernstlich gefährde. Die Zahl der gewerbsmäßig Prostituirten — die ungeheure Menge jener Frauenspersonen, welche die Prostitution nebenbei und mit einer Art Auswahl betreiben, ungerechnet — betrage in Berlin nach sorgfältigen Schätzungen 5—6000, vielleicht 8—9000! Von diesen ständen — ein schöner Beweis für die sittliche Ohnmacht der energischsten Polizeimaßregeln — 1876 nur 2386, also bestimmt lange nicht die Hälfte, vielleicht kaum ein Drittel unter sittenpolizeilicher Controle, während wegen Uebertretung der Controlvorschriften, wegen ansteckender Krankheiten und verbotswidrigen Aufenthalts 16,168 prostituirte Frauenspersonen polizeilich aufgehoben wurden. Von den 2386 polizeilich-kontrolirten Dirnen sind 1876 nicht weniger als 879 syphilitisch krank befunden worden. Wie gefährlich dem männlichen Geschlechte die syphilitische Ansteckung war, zeigt der Umstand, daß bei dem großen, 95,764 Mitglieder zählenden Gewerkskrankenverein pro 1875 5817 Syphilis-Erkrankungen vorkamen.

Mit strafgesetzlichen und polizeilichen Maßregeln, führt der Bericht weiter aus, könne man diesen Schaden der heutigen Gesellschaft nicht heilen, aber — man glaube ja nicht, daß die Herren von der Bourgeoisgesellschaft jemals mehr als einen lichten Moment hätten — sehr wohl ihn zurückdrängen und der Gefahr der weiteren Verbreitung entgegenwirken.

Wenn das nicht der denkbar stupideste Geistesbankerott ist, so wollen wir wahrhaftig noch auf unsere alten Tage nationalliberal werden! Eben konstatirt der Commissionsbericht, daß trotz aller strafgesetzlichen und polizeilichen Maßregeln die Corruption wachse, und dann erklärt sie, daß diese sich als vollkommen machtlos erweisenden Maßregeln geeignet seien, den trotzdem überhandnehmenden Krebsschaden zurückzudrängen!

Nicht die Ahnung eines rettenden Gedankens kommt der löblichen Reichstagskommission! Sie fühlte nur, wie im Bericht zu lesen, „den Beruf und den sittlichen Muth in sich, auf das bestehende Uebel hinzuweisen." Ist das nicht reizend? Heutzutage und in Deutschland gehört schon sittlicher Muth dazu, auf die aus jedem Straßenviertel, aus jeder Tanzkneipe, selbst aus der „heiligen" Bourgeoisfamilie heraus auch in das stumpfste Ohr betäubend unverschämt hineinschreiende Sittenverpestung einmal mit einem Wisch Papier hinzuweisen!! Die muthige Commission nahm den Antrag an, die Petition dem Reichskanzler zur Kenntnißnahme und mit dem Ersuchen zu überweisen, vom polizeilichen, namentlich medizinalpolizeilichen Standpunkte aus statistisches Material über die Ausbreitung der Prostitution und der syphilitischen Erkrankungen in den größeren Städten sammeln zu lassen, insbesondere im Verhältnisse zu dem Zustande vor Einführung des Reichsstrafgesetzbuchs. Die ultramontanen Mitglieder der Commission waren — für unsere „liberalen" Sittlichkeitskommissarien beschämend genug — die am wenigsten heuchlerischen Vertreter der Sittenkorruption, die dem sozialen Elend in der Kapitalistengesellschaft in wenigstens ebenso hohem Grade geschuldet ist, als der durch die kirchliche Politik künstlich erhaltenen Volksverdummung. Sie verschmähten auch die Ueberweisung der Petition an den reichskanzlerischen Papierkorb und wunderten sich blos naiv, daß die Zulassung der gewerbsmäßigen Unzucht Vertretung finde. Ebenso gut könne man verlangen, daß das Gewerbe der Diebe und Falschmünzer unter gesetzlicher Kontrole ausgeübt werden dürfe. Auf den, in einer Zeit so fortgeschrittener wissenschaftlicher Erkenntniß, wie die gegenwärtige, mit Hörnern stoßenden Gedanken, nach den Ursachen des untergangdrohenden Uebels zu suchen, kam natürlich keiner der liberalen oder ultramontanen Seelen in den Sinn. Der fruchtbare Boden für die Sittenverpestung, — das unaufhaltsam steigende Massenelend und die nicht um ein Haar sich bessernde Volkserziehung — bildet das Fundament der bestehenden Gesellschaft und bringt die goldene Ernte hervor, womit die Führer der herrschenden Parteien, gleichviel ob sie konservativ, liberal oder ultramontan heißen —, sich die Taschen füllen und ihre Herrscherposition behaupten. Maßregeln gegen das Massenelend und für eine ernsthafte Volksbildung wären Selbstmord, Untersuchungen, welche die Quellen der sittlichen Krankheit bloslegen, blinde Thorheit, für die Herren mit dem Kapitalistenbäuchlein ebenso gut wie für die Gottesknechte mit und ohne Tonsur.

Die zukünftige Stellung des Weibes.

I.

Jeder Mensch ist mit einer allgemeinen und einer besonderen Anlage und Neigung ausgerüstet. Die allgemeine Begabung theilt er mit allen (entwickelten) Menschen; die besondere mit wenigen, ja vielleicht mit keinem. Da beiderlei Anlagen im Körperbau und insbesondere im Gehirn- und Nervengeflecht wurzeln, so muß auch vom Weibe gelten, daß es neben der allgemeinen Anlage eine besondere habe — was natürlich angesichts des verschiedenen Körperbaues des Weibes gegenüber dem männlichen nicht bezweifelt wird. Im Gegentheil, es haben von jeher die Gegner der Frauengleichberechtigung im Weibe blos die besondere (sie meinten damit die geschlechtliche) Begabung anerkannt, die allgemein menschliche aber geläugnet, oder zu wenig beachtet.

Es findet nun aber beim Weibe — ebenso wie beim Manne — der eigenthümliche Umstand statt, daß seine geschlechtliche Bestimmung seine besondere Anlage beiweitem nicht erschöpft. Es hat vortreffliche Gattinnen, Mütter und Hausfrauen gegeben, welche zugleich in irgend einer besonderen Wissenschaft, Kunst oder Geschicklichkeit sich auszeichneten, und jeder erfahrene Erzieher weiß, daß schon bei den Mädchen, wie sie heutzutage eben noch sind, eine nicht viel geringere Verschiedenheit besonderer Anlagen sich geltend macht, als bei den Knaben, also eine vom Geschlecht unabhängige Begabung. Andrerseits ist die besondere geschlechtliche Begabung des Weibes schon dadurch eine allgemeine, daß sie einer ganzen Hälfte der Menschheit zu eigen ist. Mit demselben Rechte also, mit welchem die Männer sich herausnehmen, den Frauen ihrer geschlechtlichen Bestimmung halber eine besondere, engere und niedere „Sphäre" anzuweisen, könnten die Frauen verlangen, daß die Männer sich auf ihre besondere geschlechtliche engere und niedere „Sphäre" beschränkten, könnten, sobald sie die Macht dazu hätten, die Rechte und Pflichten der Männer vergewaltigen. Und dies ist in der Geschichte wahrscheinlich schon mehrfach geschehen. Die alte Sage von den Amazonen, kriegerischen Weibern, welche keine Männer unter sich duldeten, außer einmal im Jahre, und welche ihre Männer völlig beherrschten, muß eine geschichtliche Grundlage haben. Die großen Vorrechte, welche bei den alten Spartanern und Aegyptern die Weiber vor den Männern hatten, und die ganz gleiche Erziehung, welche bei den alten Deutschen beide Geschlechter genossen, deuten nebst manchen andern Zügen in der alten und neuen Geschichte darauf hin, daß es hie und da den Weibern gelungen ist, ihre Gleichberechtigung mit den Männern zu erzwingen, ja mehr als das.

Für den in der Wolle gefärbten Sozialdemokraten (Communisten) steht es also grundsätzlich fest, daß die Stellung des Weibes in der Zukunft eine völlig mit dem Manne gleichberechtigte sein müsse. Es folgt ihm das schon aus dem Begriffe der Freiheit, welche nur dann ganz möglich ist, wenn sie Jedem gleichsehr zugute kommt. Erst wenn alle von der Gesellschaft künstlich geschaffenen Hindernisse freiester Anlage-Entwickelung und Bethätigung für Jeden beseitigt sind, also auch für jedes Weib, kann von wahrer Freiheit und Menschlichkeit die Rede sein. Die Befreiung des Weibes von jeder künstlichen Schranke ihrer Rechte und Pflichten ist ebensosehr des Mannes und der Gesellschaft, als ihretwillen nothwendig. Die Freiheit und das Glück in stets wachsendem Grade sind nur denkbar, wenn es kein Glied der Gesellschaft mehr giebt, welches sich unterdrücken oder beherrschen läßt, und keines mehr, welches unterdrücken und herrschen will.

Es wird eine Zeit kommen, da diese Selbstachtung und diese Gleichachtung Anderer dem Menschen anerzogen und gleichsam angeboren sein wird. Daran zweifeln wäre soviel als vergessen, daß ein solcher Zustand der Gesellschaft wenigstens theilweis schon bestanden hat. Er hat bestanden in den Vereinigten Staaten, bevor die Kapitalherrschaft einriß, und besteht daselbst ausnahmsweise noch. Es hat daselbst die angewöhnte Achtung vor dem Weibe und ihre Selbstachtung, welche ihr Schutz vor männlichen Roheiten, eine ziemliche Schulbildung und einen wohlthätigen Einfluß auf das Hauswesen, die Kindererziehung und auf das öffentliche Gewissen sicherte, als Gegengewicht gegen den Verfall gewirkt, welchen die Sucht nach mühelosem Reichwerden und das beispiellose Nationalglück im Volksgeiste anrichtete, und wirkt noch in dieser Hinsicht. Er hat bestanden und besteht theilweis noch in den skandinavischen Ländern, in England, in der Schweiz, wie er denn eine uralte Erbschaft der germanischen Völker ist, und auch in Frankreich und Spanien noch auf dem flachen Lande gefunden wird. Er lebt jetzt sichtlich wieder auf in den international gesinnten Arbeiterkreisen, welche die Kapitalherrschaft nicht zum geringsten deswegen hassen und bekämpfen, weil sie das Weib und durch das Weib den Mann knechtet und die geschlechtliche Lüderlichkeit verbreitet. Im eigentlich arbeitenden Volke ist er schon deswegen nie ganz ausgestorben, weil die Arbeit eine Schutzwehr der Menschenwürde und seine Schule der Selbstachtung ist und zahlreichen üblen Einflüssen der Gesellschaft die Wage hält. Sobald die Kapitalherrschaft aufhört, sobald also der Werth des Menschen nicht mehr nach seinem Güterbesitz und seinen zufälligen Glücksumständen geschätzt wird, weil darin eine weit größere Gleichheit eingetreten ist, und sobald eine verbesserte allgemeine Erziehung jedem die höchsten Güter der Menschheit bekannt und theuer macht, — muß das Weib davon am meisten Gewinn ziehen, schon weil sie bisher das Opferlamm für die Sünden und Thorheiten Aller war. Bis dahin sollten es sich alle Sozialdemokraten zur Pflicht machen (wir wissen, daß dies schon jetzt vielfach geschieht) im Weibe die Menschenwürde zu achten, Keuschheit und eheliche Treue zu pflegen, kurz ihren Gegnern ein gutes Beispiel mit geschlechtlicher Reinheit zu geben und ihnen jeden Vorwand zu nehmen, als sei Sozialdemokratie und Lüderlichkeit gleichbedeutend.

Wie sehr man Grund hat, der guten Menschennatur zu vertrauen und ihr eine herrliche Zukunft zu verkünden, das geht schon aus der geschichtlichen Thatsache hervor, daß die Religionen, welche sich geoffenbart nennen, von Menschenwürde, also auch von Gleichberechtigung der Frauen nichts wissen, und daß trotz alledem diese Ideen sich so mächtig Bahn gebrochen haben. Die Brahminen-Religion betrachtet das Weib als unrein, macht sie zur Sklavin des Mannes, mit dessen Leichnam zusammen sich die überlebende (Lieblingsfrau) Wittwe lebendig verbrennen lassen muß, und die Prostitution ist religiös geheiligt. Die daraus entsprungene reformirte Religion des Buddha hat daran wenig gebessert. Im Judenthum konnte der Ehemann der Frau einen Scheidebrief geben, wenn er ihrer satt war, aber nicht umgekehrt; die Ehebrecherin wurde gesteinigt, aber nicht der Ehebrecher, und die Mädchen wurden vom Vater verkauft wie eine Waare. Im Christenthum wurde die Ehelosigkeit für besser erklärt als die Ehe, welche blos als Einschränkungsmittel der Lüderlichkeit galt; dem Weibe wurde Gehorsam gegen den Mann, aber nicht umgekehrt, zur Pflicht gemacht; den außerehelichen Kindern wurde auf zeitlebens Ehrlosigkeit angeheftet, und das betrogene Mädchen für den Betrug des Mannes allein verantwortlich gemacht — von der Unlöslichkeit der Ehe und dem Priester-Cölibat mit ihrem Gefolge von Unsittlichkeit ganz zu schweigen, wie beides in den katholischen Kirchen noch besteht. Der Mohamedanismus erlaubte die Vielweiberei und würdigte das Weib in jeder Hinsicht herab. Es ist übrigens erklärlich, wie diese religiöse Barbarei einreißen und die ungeheure Mehrheit der Menschen entsittlichen konnte. Alle diese Religionen haben ihren Ursprung in Asien und zwar erst seit jener Zeit gehabt, als die Austrocknung des dortigen Klima und die „Versteinerung" der dortigen Gehirne eintrat. Dort werden die Mädchen mit dem zwölften, elften, zehnten, ja neunten Jahre geschlechtsreif, also lange bevor mit dem Auswachsen des Körpers eine gewisse Verstandesreife eintreten kann; und mit dem zwanzigsten Jahre sind sie verblüht und bereit, wie ausgepreßte Citronen weggeworfen zu werden. Wenn nun schon in nördlicheren Ländern, wo die Geschlechtsreife drei bis vier Jahre später und langsamer eintritt, und ihre Blüthe wenigstens zwanzig Jahre länger andauert, die Thatsache zu beklagen ist, daß nach dem Eintritt der Geschlechtsreife der Bildungstrieb des Weibes „versteinert", falls er nicht früher genugsam gepflegt war, zumal wenn die albernen gesellschaftlichen Einrichtungen ihm seine geschlechtliche Bestimmung als einziges Daseinsziel vorspiegeln, so ist es vollends nicht wunderbar, daß das Weib Asiens nie einen Einfluß auf die Gesellschaft ausgeübt hat, sondern bloße Sache und Werkzeug blieb. Das vielmehr mag wunderbar erscheinen, daß die germanischen Völker, welche diesem versteinernden religiösen Einflusse so lange Jahrhunderte unterlegen sind, das Werk der Befreiung davon mit immer steigendem Erfolge betreiben und die sich're Aussicht haben, denselben bald völlig abzuschütteln. Gewiß — die Menschheit ist besser als ihre Religionen.

Und hier gilt es der leider unläugbaren Thatsache auf den Grund zu sehen, daß das weibliche Geschlecht gerade überall die Stütze der Priesterschaft und der religiösen Verdummung ist. Der Grund ist der, daß das Weib, eben weil es auf Erden keine Menschenrechte hat, im Himmel Entschädigung suchen muß. Mit dem Wegfalle dieser Ursache fällt die Wirkung fort. Es genügt zum Beweise dessen sich zu erinnern, daß alle jene Frauen, welche für die Gleichberechtigung ihres Geschlechtes in die Schranken getreten sind — und wir kennen deren sehr viele — mit der Religion gebrochen haben, oder doch nahe daran sind, es zu thun. Es wird auch wohl kein Widerspruch gegen die Behauptung erfolgen, daß überall, wo die sozialdemokratische Partei eine Macht geworden ist, die Frauen vom kirchlichen Einflusse sich freizumachen gelernt haben. Uebrigens hat man es noch bei allen Revolutionen erlebt, daß die Frauen rasch mit dem Himmel fertig waren, wenn die Erde wohnlicher zu werden versprach. Selbst in dem gewohnheitlich bigotten England und Nordamerika sind die Frauen vom Fabrik-Proletariat durchschnittlich die schlechtesten Kirchengängerinnen, und dasselbe gilt von denen der Großstädte und Fabrikbezirke Belgiens und Frankreichs. Ja, wir möchten behaupten, daß in ganz Europa und Nordamerika die Kirchen sehr leer bleiben würden, wenn anbefohlen würde, daß alle Frauen ohne allen Putz, womöglich in „Sack und Asche" zur Kirche kommen müßten. Es ist also doch wohl einleuchtend, daß Religionen, welche auf so schwachen Füßen stehen, der Propaganda für die Gleichberechtigung des Weibes nicht nur kein gefährliches Hinderniß mehr bereiten können, sondern vielmehr durch ihr Bestreben sie zu hindern derselben erst recht die Wege bahnen müssen.

Eine andere verwandte Frage ist die, ob der allbekannte aristokratische Hang der Frauen einen schädlichen Einfluß auf die Gestaltung der Zukunft üben könne. Wir Alle wissen, und wir könnten es schon aus dem uralten Märchen von der Fischersfrau lernen, welche nach einander Grundeigenthümerin, Baronin, Papst und zuletzt Gott werden wollte, daß die Frauen einen aristokratischen Hang haben, und zwar viel allgemeiner und stärker als die Männer. Es giebt hunderte von Erfahrungen, welche dies beweisen, so daß an der Thatsache kein Zweifel sein kann. Dieser Hang wurzelt zumeist im weiblichen Schönheitssinne, welcher sie treibt, bei ihrer Herzenswahl vorzüglich den schönsten Mann zu begünstigen, die schönste oder doch die geputzteste Frau am meisten zu beneiden, schöner zu erscheinen, als sie ist, sich mit Glanz und Ansehn zu umgeben und überhaupt zufällige Vorzüge höher zu schätzen als wahres Verdienst. Allein wurzelt er nicht auch in der vernachlässigten Erziehung, welche von jeher des Weibes Loos war? — Wer das läugnen wollte, hat nie wahrhaft hochgebildete Frauen gekannt, welche fast immer über die Schwächen ihres Geschlechtes erhaben sind. Er müßte auch den aufopfernden Geist schwächen, dessen gerade die Frauen in höherem Grade und allgemeiner als das andere Geschlecht fähig sind. Es sollte anerkannt werden, daß die Frauen empfänglicher sind für alles Große, Gute und Wahre, wenn sie von früh auf dazu vorbereitet werden. Ihr Schönheitssinn ist ja an sich nur etwas Gutes, wenn er an der Ausbildung der Erkenntniß eine Ergänzung erhält; nur Einseitigkeit der Erziehung vermag ihn, wie alles natürlich Edle, ausarten zu lassen. Ohne diesen weiblichen Schönheitssinn hätten sich die edleren Menschenrassen nie herausentwickeln können, und ohne seine Cultur würde die Welt gar wüst und leer aussehen.

Gerade dieser mächtige Zug der weiblichen Natur muß im Staate der Zukunft große Wirkungen haben. Wenn die Jungfrau nicht länger der Versorgung wegen sich in den Ehestand zu begeben braucht, weil sie ihr reichliches Brot, ihren Schmuck und ihre Lieblingsbeschäftigung auch ohnedies finden kann, so wird sie sich verehelichen nur, wenn sie den Gatten ihrer Wahl finden kann; wenigstens wird dies von Geschlecht zu Geschlecht häufiger der Fall sein. Die Liebe ist des Weibes mächtigstes Bedürfniß; freieste Wahl bei dieser ihrer Herzangelegenheit ist ihr höchstes Glück; kann sie darin ganz sich befriedigen, so vermag sie Gatten und Kinder unbeschreiblich zu beglücken, während sie fast ihren besten Menschenwerth verliert, wenn sie einem ungeliebten Gatten folgen muß. Und dies ist so wenig eine Erfindung der Romandichter, daß vielmehr umgekehrt die letzteren genöthigt sind, dieses Thema in unendlichen Abwechselungen immer neu zu behandeln, weil der Geist der Zeit nach vollster Verwirklichung freier Gattenwahl und unbestochener Liebe strebt — ein den Alten ganz unbekanntes Ideal, ein ganz ungeheurer moderner Fortschritt. Die frivole Bourgeois-Literatur, welche dieses Ideal lächerlich zu machen und die gschlechtliche Lüsternheit zu beschönigen strebt, beweist eben dadurch die tiefe moralische Verworfenheit der Sache, welcher sie dient. Die Romanleserei von heutzutage ist ein gutes Zeichen einer großen Zukunft, sie wird überwiegend schädlich nur, weil es weit mehr schlechte als gute Romane gibt, und selbst unter den besseren zu viele, welche nicht das Glück der ächten Ehe, die dauernde Selbstbelohnung lebenslanger ehrlicher Pflichterfüllung, den ganzen Reichthum einer edlen Häuslichkeit, sondern nur „die zarte Sehnsucht und das süße Hoffen der ersten Liebe gold'ne Zeit" schildern, die bloße Aeußerung eines Naturgesetzes anstatt des Adels edelmenschlicher Selbstgesetzgebung. Somit wird das Weib der Zukunft den Mann nöthigen, sich wahre Frauenliebe zu verdienen und in der Ehe immer neu zu verdienen. Die Zahl der unglücklichen Ehen und Ehelösungen muß stark abnehmen, weil die Wahl weniger leichtsinnig, weniger bestochen war, gewöhnlich nach vorheriger längerer Prüfung beiderseits erfolgte und durch lebhafteres Pflicht- und Treugefühl Halt empfängt.

Dazu kommt nun, daß die völlige Gleichberechtigung dem Leben des Weibes höhere Pflichten, ihr wachsender Einfluß auf das öffentliche Leben ihm größere Würde, ernsteren Sinn, reinere Beweggründe verschaffen muß. Dieses Alles finden wir schon heutzutage ausnahmsweise bei begünstigten, hochgebildeten Frauen. Die Zeit muß also kommen, da männliche Völlerei, Zotenreißerei und Roheit aller Art ausstirbt, weil keine Geselligkeit, kein Lebensgenuß mehr möglich ist ohne Theilnahme der Frauen. Wer daran zweifeln wollte, würde sich selbst kein günstiges Zeugniß ausstellen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Man schreibt uns aus Berlin: Noch immer bilden die Artikel des „Grenzboten", die in frivoler Weise über die hiesigen Hofkreise sich ausließen, das politische Tagesgespräch. Allgemein äußert man sich mit Entrüstung über die dreiste Manier, um jeden Preis den Lorbeerkranz auf der Stirne des Fürsten Bismarck festbannen zu wollen. Am Besten fährt bei diesen Gesprächen die eingegangene „Reichsglocke" (Gehlsen, Loé, R. Meyer), deren Behauptungen in Bezug auf den leitenden Staatsmann vielfach jetzt wieder Glauben geschenkt wird. Die Untersuchung, welche höchst wahrscheinlich gegen den „Grenzboten" eingeleitet werden wird, mag recht eigenthümliche Erscheinungen zu Tage bringen. — Wenn verschiedene liberale Elemente, denen die constitutionelle Staatsform als die vollendetste und beste erscheint, sich darüber erboßen, daß der Lenker des „constitutionellen" Systems in Deutschland, Herr von Bismarck, in seinen Anschauungen und Plänen, die ja bekanntlich manchmal durchaus nicht mit denen der liberalen Majorität in den Volksvertretungen übereinstimmen, durch Strömungen in den Hofkreisen beeinträchtigt und gehemmt wird, so mögen sich diese Elemente doch Eins sagen, daß ein solches Hemmniß deshalb natürlich und auch leicht in Scene zu setzen ist, weil der Constitutionalismus in Deutschland ein Scheinconstitutionalismus ist, weil weder im Reich noch in Preußen der Wille der Majorität der Volksvertretungen zur Geltung gelangt. Genau so wie die Volksvertretungen von den Ministerien im Zaume gehalten werden, ergehts letzteren durch die Hofkreise — und das nennt man in Deutschland Constitutionalismus. Ein Auswuchs desselben sind nun auch die Grenzboten-Artikel mit ihrem höchst interessanten Nachspiel.

— Eine erfreuliche Thatsache. In ihrer letzten Vierteljahresrundschau jammert die „Kreuzzeitung" darüber, daß „der kirchliche Nothstand Berlins und die daraus erwachsende kirchliche Verwahrlosung zum Himmel schreie." Als Beleg hierfür führt das ehrenwerthe Blatt folgende Thatsache an: „Die Zions-, Elisabeth-, Invalidenhaus-, Nazareth- und St. Paulsgemeinden haben 160,000 Seelen mit nur 8 Geistlichen. In ihnen wird nur ein Drittel der neugebornen Kinder getauft und elf Prozent der Ehen kirchlich eingesegnet. Dafür aber haben diese Gemeinden auch zwei Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt, die erstgenannten mit 9469 Stimmen, die letzteren mit 10,769 Stimmen. So sind die kirchlichen Zustände in den Gemeinden, welche berufen sind, das „intelligente Drittel bei den Synodalwahlen zu stellen." — Wir brauchten zu dem kläglichen Gewinsel der „Kreuzzeitung" eigentlich Nichts hinzuzufügen, wollen jedoch bemerken, daß dieses Geständniß ganz anders lautet, als das Geschreibsel vieler gesinnungstüchtiger Blätter, die anläßlich des Ergebnisses der letzten Reichstagswahlen in Berlin behaupteten, die Wähler der betreffenden Wahlbezirke seien überrumpelt worden, oder seien Leute ohne feste politische Gesinnung gewesen, die, nachdem sie es schon mit allen andern Parteien probirt, auch einmal versuchshalber sozialistisch gewählt hätten. Nach Kenntnißnahme obiger kläglicher Lamentation scheint doch die Sache anders zu stehen, und die Berliner Wähler scheinen tüchtigere Sozialisten zu sein, als die Herren Liberalen glauben wollen. Im Uebrigen werden ja die in Berlin in zwei Bezirken vor der Thür stehenden Neuwahlen beweisen, wie es mit dem Sozialismns in Berlin bestellt ist.

— Das preußische Handelsministerium soll nach Mittheilungen, die der „Schlesischen Zeitung" aus Berlin zugegangen sind, nicht abgeneigt sein, im Sinne des von den sozialistischen Abgeordneten im Reichstage eingebrachten Arbeiterschutzgesetzes ein Verbot der Frauenarbeit in industriellen Etablissements zu erlassen, d. h. mit Genehmigung des Reichstags. Andererseits sollen aber auch die thatsächlichen Schwierigkeiten, welche sich einem derartigen gesetzlichen Verbot entgegenstellen, in Berücksichtigung gezogen worden sein. Nach den amtlicherseits angestellten Erhebungen stände es nämlich zu befürchten, daß ein großer Theil der gewerbetreibenden Frauen und Mädchen, welche jetzt in Fabriken beschäftigt sind, durch ein generelles Verbot für einige Zeit völlig erwerbslos gemacht und der Gefahr, der Corruption zu verfallen, ausgesetzt werden würde. Es soll deshalb an eine gesetzliche Scheidung zwischen Fabriken, deren Betrieb seiner Beschaffenheit nach vorwiegend auf Frauenarbeit angewiesen ist (wie z. B. Blumenfabrikation) und Fabriken anderer Art gedacht werden.

Ob obige Mittheilungen auf Wahrheit beruhen oder nicht — jedenfalls werden Regierung und Reichstag zu dem Arbeiterschutzgesetz Stellung nehmen müssen.

— Daß Preußen ein Staat ist, in welchem die Polizei sich ungestraft fast alles erlauben darf, das ist geradezu weltbekannt, und nur, um diese alte Wahrheit zu bekräftigen, führen wir einen neuen eklatanten Fall von Polizeiwillkür an, wie er jüngst in Köln vorgekommen ist. So hatte sich im Februar d. J. ein Kölner Bürger bei der Regierung darüber beschwert, daß die Polizei die Anwesenheit von Frauen in öffentlichen Volksversammlungen, die kein Gesetz verbiete, nicht gestatten wolle. Es war darauf folgender Bescheid erfolgt:

„Köln, den 24. Februar 1877. Auf die Beschwerde vom 3. d. M. erwidern wir Ihnen, daß zu der von ihnen angemeldeten allgemeinen Volksversammlung am 2. d. M. auch Frauen der Zutritt zu gestatten war, weil diese Versammlung als die Versammlung eines politischen Vereins im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 nicht angesehen werden konnte. An die königl. Polizeidirektion ist demgemäß das Erforderliche verfügt worden. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern. v. Guionneau."

Gestützt auf diesen Erlaß beriefen eine Anzahl Kölner Gesinnungsgenossen vor einigen Tagen abermals eine Volksversammlung ein, zu welcher selbstverständlich den Frauen der Zutritt freigestellt worden war. In dieser Versammlung nun geschah das Unerhörte, daß der überwachende Polizeibeamte trotz des an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Erlasses die Entfernung der anwesenden Frauen verlangte. Der Einberufer machte den Polizeibeamten auf den Erlaß aufmerksam; umsonst, der letztere wiederholte seine Aufforderung und löste, als man derselben auf das von der Regierung anerkannte Recht hin nicht Folge leistete, die Versammlung auf. Und wenn man uns fragt, was wird diesem Beamten, der es wagte, ein gesetzlich garantirtes Volksrecht aufzuheben, geschehen? — so haben wir nur die eine Antwort: Preußen ist ein Polizeistaat!

— Auch ein Nutzen der Volksbanken. Ein Darmstädter Blatt macht auf einen sehr beachtenswerthen Mißstand aufmerksam. Mehrfach schon haben sich notorische Wucherer als Mitglieder von Volksbanken und Kreditvereinen aufnehmen lassen und dann sehr bedeutende Summen daraus entnommen, um ihrem Wuchergeschäfte eine größere Ausdehnung zu geben. Dergleichen Vereine verfolgen nun zwar gerade die Absicht, den Mittelstand aus den Händen der Wucherer zu befreien; sie können jedoch, wie man aus dieser Mittheilung ersieht, dem schnurstracks entgegengesetzten Zwecke dienstbar gemacht werden. Vorsichtsmaßregeln, wie sie der Darmstädter Correspondent der „Frankfurter Zeitung" empfiehlt, notorischen Wucherern sollten Darlehne verweigert werden, führen natürlich zu keinem Resultate, da der „notorische Wucherer" alsdann Leute suchen und finden wird, welche nicht notorisch wuchern und darum an der Entnahme von Darlehen aus den Volksbanken für ihn — den Notorischen — nicht gehindert werden können. Bei den heutigen Wirthschaftsverhältnissen schöpft der rücksichts- und schamlose Ausbeuter seinen Nebenmenschen eben immer das Fett ab und der ehrliche arbeitsame Mensch hat das Nachsehen.

— Vom Kreisgerichte zu Waldshut in Baden wurde vor Kurzem der des einfachen Bankerotts und der nicht rechtzeitig angemeldeten Zahlungseinstellung angeklagte Fabrikant und Ex-Rittmeister Malzacher von Säckingen zu einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten verurtheilt. Herr Malzacher war Führer der Säckinger Altkatholiken und demnach natürlich äußerst „reichstreu und liberal".

— Auf die von Unverschämtheit und Verlogenheit strotzende russische Note ist nunmehr die Antwort Englands gefolgt. Lord Derby weist darin in sehr energischer Sprache die russische Anmaßung in ihre Schranken zurück und erklärt mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, die Behauptungen Gortschakoff's, wonach Rußland zum Kriege gezwungen und der Vertreter Europas und der Humanität sein will, wäre eitel Lüge. Natürlich müsse diese entschiedene Stellungnahme der britischen Regierung Rußland gegenüber allerorten auf sehr gemischte Empfindungen stoßen. Rußland selbst steckt sich vorläufig wahrscheinlich die englische Note stumm in die Tasche, weil es gar keine Ursache hat, England allzufrüh zur aktiven Theilnahme am Kriege zu zwingen. In London ist die Mehrzahl der tonangebenden Preßorgane auf Earl Derby's Seite. Der „Standard", die „Morning-Post" und die „Times" sind vollkommen mit der Note zufrieden; den „Daily Telegraph" treibt sie schier in die kühnste Kriegsbegeisterung hinein. Nur „Daily News" ist unzufrieden, weil es eine Steigerung der Kriegsleidenschaften fürchtet und verdammt. Im Unterhaus veranlaßte am 7. Mai der Expremier Gladstone, als erbitterter Feind der Politik, welche seine Nachfolger innehalten, eine der heftigsten Debatten, die das englische Parlament bewegt haben. Gladstone hatte eine Anzahl Resolutionen gestellt, wodurch die Politik der Pforte entschieden verurtheilt und die Regierung zu Zwangsmaßregeln gegen die Türkei, d. h. also im Nothfalle zu gemeinsamem Kriege mit Rußland genöthigt werden sollte. Das überfüllte Haus harrte auf die Vertheidigung dieser auf den Umsturz der ganzen englischen Regierungspolitik berechneten Resolutionen. Aber es harrte vergebens, denn Gladstone hatte, um nicht ein allzu blamables Fiasko zu erleben, noch im letzten

Rede des smolenskischen Bauers Peter Alekfiejew*)

gehalten in einer besonderen Sitzung des Straf-Senates am 10. März 1877.

Wir, Millionen des arbeitenden Volkes, werden von Mutter und Vater dem Schicksal in die Arme geworfen, sobald wir nur zu gehen im Stande sind. Ohne jegliche Erziehung, ohne die geringste Schulbildung, stumpfen wir vorzeitig ab, in Folge einer langen, übermäßigen Arbeitszeit und unglaublich geringer Belohnung für dieselbe. Erst 9 Jahre alt, pflegt man uns von Hause auf den eigenen Verdienst zu schicken. Was erwartet uns da? Selbstverständlich verkaufen wir uns den Kapitalisten für ein Stück schwarzen Brodes zur Lohnarbeit, kommen unter die Aufsicht von Erwachsenen, die uns mittelst Ruthen und Fußtritten an die übermäßige Arbeit gewöhnen, essen was vorkommt, ersticken fast in einer von Staub und Miasmen aller Art geschwängerten, verdorbenen Luft, schlafen auf dem nackten Boden, ohne Bett und ohne Kissen, eingehüllt lediglich in Lumpen und geplagt von einer unzähligen Menge Ungeziefer — — in einem solchen Zustande stumpfen sich bei den Arbeitern alle Geistesfähigkeiten ab, und die moralischen, von der Kindheit herstammenden Begriffe werden in ihrer weiteren Entwickelung gehemmt. Uebrig bleibt nur das, was in einer arbeitenden Klasse entstehen muß, die roh erzogen, von Allen vergessen, verlassen und isolirt ist von jedem civilisationsfähigen Elemente.

Das ist, was ein Arbeiter von Kindheit an unter dem Joche des Kapitalismus erdulden muß. Und was können wir uns nach allem diesem für ein anderes Verhältniß zum Kapitalisten denken als das des Hasses? Unter solchen Lebensverhältnissen entwickelt sich bei uns von Jugend auf der Gedanke, diesen Druck nur bis zu einem gewissen Punkte, mit dem Hasse im Herzen, zu ertragen und ohne Widerrede Beleidigungen zu erdulden.

Dem erwachsenen Arbeiter ist der Lohn bis zum Minimum herabgesetzt, und aus diesem Lohne pressen die Kapitalisten ohne Gewissensbisse mit allen erdenklichen Mitteln den letzten Kopeken heraus, diesen Diebstahl für ein ehrliches Einkommen ausgebend. Selbst die sich noch für am „anständigsten" haltenden Moskauer Fabrikanten beuten die Arbeiter auf die raffinirteste Weise aus. Der Arbeiter giebt sich für einen ohnehin geringen Arbeitslohn dem Kapitalisten hin. Und wenn ihm dann noch mit oder ohne Recht Strafgelder abgezogen werden, so muß er sich ebenfalls fügen, um nicht des Stück Brodes verlustig zu gehen, das er sich durch eine siebzehnstündige Arbeit verdient.

Uebrigens will ich mich nicht in eine eingehendere Beschreibung aller sogar widergesetzlichen Ausbeutungen der Fabrikherren einlassen, weil meine Worte denjenigen unwahr erscheinen könnten, die vom Leben des Arbeiters nichts wissen und keine Moskauer Arbeiter aus den berühmten Fabriken von Babkin, Gutznow, Rosoff, Morosoff u. A. gesehen haben ....

(Präsident: Das ist gleich; es steht Ihnen frei, darüber auch nicht zu sprechen!)

Peter Alekfiejew: Ja wahrhaftig, das ist ganz gleich, da überall die Arbeiter sich in dem allergrößten Elend befinden. Ein siebzehnstündiger Arbeitstag — und ein Verdienst von kaum 40 Kopeken! Schrecklich! Bei einer so kolossalen Theuerung der Lebensmittel muß ein Theil des Arbeitslohnes auf den Unterhalt der Familie, ein anderer zur Bezahlung von Kronsteuern verwendet werden, und es ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich, den unumgänglichsten Bedürfnissen des Körpers Genüge zu leisten.

Wenn wir nun unsere Hand dem Joche zu entziehen suchen und sie den Anderen hilfreich entgegenstrecken, dann antwortet man uns mit der Anklagebank! Ja, traurig ist es, einen Menschen auf die Anklagebank zu setzen, der fast von der Wiege auf sich sein ganzes Leben hindurch durch eine siebzehnstündige Tagesarbeit sein Stück Schwarzbrod verdiente.

Ich bin einigermaßen mit der Arbeiterfrage im Westen von Europa vertraut. In Vielem gleichen uns unsere Brüder nicht: dort werden nicht, wie bei uns, die Arbeiter verfolgt, welche all ihre freie Zeit und viele schlaflose Nächte dem Lesen von Büchern widmen; im Gegentheil, dort ist man darauf stolz, wir werden aber ein halbwildes und Sklavenvolk genannt. Wie sollte man aber auch anders von uns denken? Besitzen wir denn freie Zeit für irgendwelche Beschäftigungen? Haben wir gute und dem Arbeiter zugängliche Bücher? Wo und was können wir lernen? Werfet einen Blick in die russische Volksliteratur. Da sehen wir, herausgegeben für das Volk, Bücher wie „Bowa Korolewitsch", „Eruslan Lazarewitsch", „Wanjka Kain" u. A. Daher stammt nun auch bei unserem Volke der Glaube, daß die Bücher entweder etwas „Göttliches" oder etwas „zum Lachen" enthalten müssen. Ich meine, daß es Jedem bekannt ist, daß bei uns in Rußland die Arbeiter wegen Bücherlesens von Verfolgungen immer noch nicht befreit sind, und besonders, wenn bei ihnen Bücher angetroffen werden, die über ihre Lage handeln. Da muß er sich vorsehen! Man sagt ihm dann gerade aus: Du siehst keinem Arbeiter ähnlich, denn Du lieseest Bücher. Und das Sonderbarste an diesem ist das, das in diesen Worten auch nicht die geringste Ironie zu bemerken ist, daß in Rußland einem Arbeiter ähnlich sein gleichbedeutend ist dem Aehnlichsein einem Thiere.

Meine Herren, glaubt man denn wirklich, daß wir Arbeiter zu Allem so taub, blind, dumm und stumm sind, daß wir nicht hören, wie man uns Trunkenbolde, Dummköpfe und Faullenzer schimpft, als ob auch in der That die Arbeiter alle jenen Namen verdienen? Sehen wir denn nicht, wie um uns herum Alle reicher werden und hinter unserm Rücken sich belustigen? Glaubt man denn wirklich, daß wir nicht überlegen und verstehen können, weshalb man uns für so billig hält und wohin der Ertrag unserer unerträglichen Arbeit wandert? warum die Anderen, die nicht arbeiten, im Reichthum schwelgen und wo ihr Reichthum herstammt?

Fühlen wir denn wirklich nicht, wie schwer die sogenannte allgemeine Wehrpflicht auf uns lastet? Wissen wir denn nicht, wie langsam und widerwillig die Frage von der Einführung der

*) Peter Alekfiejew gehörte zu den mit Sophie Larionowna Bardina am 21. Februar Verurtheilten.

Augenblick sich bereit erklärt, seine Resolutionen so zu ändern, daß sich die ganze liberale Partei ihnen anschließen könne. Unter schallendem Gelächter auf den Bänken der Regierungspartei zog deren hervorragendster Feind den gefährlichen Theil seiner Resolutionen zurück und änderte den Rest so, daß von einem direkten Angriff auf die Regierungspolitik nicht mehr die Rede sein konnte. Die fast dreistündige Begründung, welche Gladstone seinem Resolutionstorso angedeihen ließ, war ebensowenig geschickt, als seine Retirade überhaupt. Die uralte Geschichte von den türkischen Greueln, welche für das „humane" Rußland der willkommene Vorwand zur Anstiftung noch viel größerer Greuel hergeben mußte, bildete den Angelpunkt der schwachen Angriffe auf die Regierung. Der Minister des Innern, Mr. Croß, parirte dieselben sehr leicht mit der unumwundenen Frage, ob Gladstone und seine Freunde wirklich für einen Humanitätsfeldzug Arm in Arm mit Rußland stimmen würden, worauf die Gladstonerianer die Antwort vorsichtig schuldig blieben. Gladstone's Rückzug war um so lächerlicher, als die Liberalen in ganz England Meetings zur Unterstützung der im letzten Momente ins Wasser geworfenen Resolutionen angeregt hatten, die sich noch am letzten Tage vor der verhängnißvollen Unterhausdebatte mit großer Begeisterung für den tapferen Gladstone erklärt hatten. Am 8. Mai erlebten Oberhaus und Unterhaus noch Nachspiele der Unterhausdebatte vom vorigen Tage. Der ehemalige Marineminister Childers trat für Gladstone ein; ihm erwiderte Lord Sandon und eine Reihe Anderer, unter denen der alte Parlamentarier Roebuck die Lage der Dinge am treffendsten kennzeichnete. England habe keinen Anlaß zum Kriege, am allerwenigsten mit und für Rußland. Rußland dürfe man auch nicht mit einer civilisatorischen Mission betrauen, denn Rußland sei selber noch nicht civilisirt. Abgesehen von den Verfolgungen der Polen fielen die Eingaben der Mohamedaner in Rußland, in der Krim, der weißen Tartarei, Kurdistan und Tscherkessien schwer ins Gewicht; dieselben schilderten Greuel, grade so schlimm wie die türkischen in Bulgarien. Wenn England also gehalten wäre, gegen die Türkei wegen ihrer Barbarei zu Felde zu ziehen, so müßte es das ganz ebensogut auch gegen Rußland. Damit war unzweifelhaft der Nagel auf den Kopf getroffen. Und das gegenwärtige England wird hoffentlich an seiner jetzt relativ vernünftigen Politik festhalten, und wenn auch nicht der Hort der Freiheit und Humanität, so doch der einzige Hort einer Art von Vernunft in der Politik der europäischen Großmächte bleiben.

— Der frühere Redakteur der „Bergischen Volksstimme", Lange, ist am 11. d. M. aus dem Arresthause zu Elberfeld entlassen worden, nachdem er daselbst eine achtmonatliche Haft verbüßt hatte.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

Den gewählten Delegirten diene zur Nachricht, daß dieselben ihre Mandate im Büreau des Lokalcomités (Gasthof zum Thüringer Hof) bei Empfangnahme der Eintrittskarte für den Congreß abzugeben haben, da dieselben von einer Commission des Lokalcomités geprüft werden.

Gotha, 13. Mai 1877. Das Lokalcomité.

Zur Wahlbewegung in Berlin

wird uns von dort unterm 10. Mai geschrieben:

Am vorigen Mittwoch Abends hielt endlich der Wahlverein der hiesigen Fortschrittspartei für den 6. Wahlkreis seine erste Versammlung ab, natürlich hinter verschlossenen Thüren. Der Eintritt war nur gegen Einlaßkarten gestattet, von denen wir einzig zu dem Zwecke der Berichterstattung uns einige verschafft hatten. Eugen Richter sprach über „die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie", und wir können sagen, daß der ehrenwerthe Herr sich wohl selten mehr als „unser Freund" bewiesen hat, als an diesem Abend, der in mancher Beziehung ein Unglücksabend für ihn war. Herr Richter warf natürlich zuerst die Frage auf: Was will die Sozialdemokratie? Antwort: Sie will alles Privateigenthum aufheben, jedes Privatgeschäft soll fortan aufhören, der Staat nimmt alles in die Hand und beraubt dadurch den Arbeiter völlig seiner Freiheit, indem er ihm als willenlosem Sklaven sowohl Ort und Zeit der Arbeit, als auch das Maß von Lebensgenuß bestimmt, was er für gut befindet. Die Menschen wohnen dann in Kasernen mit gemeinschaftlicher Küche u. s. w., kurz — darauf lief es schließlich hinaus — die Sozialdemokratie will nicht Fortschritt, sondern will zur Vergangenheit zurück. Man sieht, wie Herr Richter es gleich anfangs verstand, Wahres mit Falschem zu vermengen und den Philistern wieder die heilsame Furcht vor dem Theilen einzujagen. Ueber diese allbekannte Finte verlieren wir weiter kein Wort, dagegen kann zweierlei hier nicht unbemerkt bleiben. Zuerst der Vorwurf, der uns gemacht wurde, daß wir zur Vergangenheit zurück wollen. Hat denn Herr Richter keine Ahnung davon, daß manches in der Vergangenheit weit besser war als heute, und daß es folglich nur zum Lobe gereichen kann, wenn man in eben diesen Punkten, die früher besser waren, zur Vergangenheit zurück will? Hat er keine Ahnung davon, daß unsere Vorfahren freies Wahlrecht, freies Versammlungsrecht besaßen, Dinge, die wir uns heute mit Recht erst wieder erwerben wollen? Dann aber fehlte diesmal merkwürdiger Weise neben dem Vorwurfe des Theilens der andere, daß die Sozialisten die Heiligkeit der Ehe aufheben wollen. Wenn man die Flugblätter des Herrn Eugen Richter zum 10. Januar gelesen hat, so muß man sich außerordentlich wundern, daß er über diesen Punkt beharrlich schwieg. Oder sollte man annehmen, daß etwa sein Freund Duncker ihn brieflich veranlaßt habe, diesmal dieses Thema zu übergehen, das augenblicklich auch gar zu fatal ist. Wir sehen das vollkommen ein und verzeihen also Herrn Richter sein Schweigen hierüber; wir würden es ihm sogar verzeihen, wenn er auch über die Aufhebung des Eigenthums schwiege, wofern auch in diesem Punkte einer seiner Parteigrößen in der letzten Zeit etwas ähnliches passirt wäre, wie Herrn Duncker in Bezug auf die Ehe. — Herr Richter versuchte dann weiter das Unhaltbare der sozialistischen Forderungen nachzuweisen und verfuhr dabei nach dem Beispiele jenes Pfaffen, der auf der Kanzel seine Kappe die Rolle des Gegners spielen ließ, dieser dann die ihm passenden Reden in den Mund legte und sie seinen Zuhörern zur allgemeinen Erbauung widerlegte. Bei diesem Verfahren verstieg sich Herr Richter zu der Behauptung, daß im sozialistischen Staate der Arbeiter nicht produktiv (!) sein würde, weil er nicht mehr persönlich verantwortlich sei, ja daß er sich hier noch schlechter stehen würde, als jetzt, da er auch den Unternehmerverlust zu tragen habe. Wir haben hierbei nicht recht verstanden, ob im sozialistischen Staate Herr Richter die Verantwortlichkeit für die Arbeiter übernehmen will, oder ob er sich diese „Unverantwortlichkeit" auf irgend eine andere, nur einem Genie, wie ihm, faßliche Weise vorstellt. Kostbar aber war die Sache mit dem „Unternehmerverlust", den der Arbeiter zu tragen habe. Herr Richter wußte wohl, daß es leichter ist, eine alte Kuh Seil tanzen zu lehren, als einem Philister Nationalökonomie beizubringen, und daher konnte er seinem Publikum so etwas vorreden; was aber Jemand dazu sagt, der Lassalle gelesen hat und etwas von Nationalökonomie versteht, das ist Herrn Richter wahrscheinlich gleichgültig, für solche Leute spricht er nicht.

Herr Richter redete dann weiter von der Risikoprämie des heutigen Unternehmers, vom Staate, der nach seiner Meinung nur Polizei und Steuerexekution handhaben soll, kam dann auch auf die herrliche Selbsthülfe und erklärte schließlich die Sozialdemokratie für eine Nachgeburt des Polizeistaates. — Jawohl, Herr Richter, das ist sie in gewisser Weise, sie ist eben der energische Protest unseres Volkes gegen diesen Polizeistaat. Was aber ist Ihre Fortschrittspartei? Wir wollen es Ihnen sagen. Sie ist sammt Ihnen, geehrter Herr, das schwächliche Ueberbleibsel einer schwächlichen Bourgeoisieopposition, die nicht einmal da, wo sie die Majorität hatte, den Conflikt siegreich durchzuführen verstand, vielweniger jetzt in ihrer erbärmlichen Ohnmacht und geführt von Leuten, wie Sie, etwas zu leisten im Stande ist.

Wenn es dann weiter hieß, daß die Schulze'schen Genossenschaften allein mehr Arbeiter umfaßten, als die Sozialdemokratie im Ganzen Stimmen bekommen habe, so wundert uns nur, daß die Fortschrittspartei bei den letzten Wahlen trotz dieser Massen und trotz des Philisterthums viel weniger Stimmen erhalten hat, als die Sozialdemokratie. Und zu dem Ausspruch: „Universalmittel haben nur Quacksalber" sagen wir: Jawohl, Herr Richter, Universalmittel! Aber Radikalmittel! Wie ist es damit? Ist Ihnen der Unterschied von beiden vielleicht bekannt?

Nachdem dann noch Lassalle beschimpft war, sprach Herr Richter von dunklen Existenzen, die als Führer der Sozialdemokratie auftauchten und in kurzer Zeit wieder verschwänden. Dunkle Existenzen, Herr Richter? Wir geben Ihnen die Versicherung, daß noch keiner unserer Führer zugleich für nationalliberale, fortschrittliche und welfische Blätter geschrieben hat. Lassen Sie sich das zugleich auch als Antwort dienen auf den weiteren Vorwurf, daß unsere Führer nichts leisteten außer der Agitation, Sie kleiner Geschäftspolitiker! Wir übergehen dann den Widerspruch, in den sich Herr Richter dadurch verwickelte, daß er behauptete, unsere Abgeordneten beklagten sich mit Unrecht über die Valentinirungen, während noch vor Kurzem das Organ für Jedermann aus seiner eigenen Wahlcorrespondenz heraus die Berechtigung dieser Klagen anerkannte; wir übergehen auch die von so tiefem nationalökonomischem Wissen zeugende Behauptung, daß mit Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeitslohn sinken würde; wir übergehen auch den Beweis der erbärmlichsten Schwäche, den er für seine eigene und die liberale Partei überhaupt höchst eigenhändig dadurch erbrachte, daß er behauptete, die liberale Partei könne nur deshalb keine freiheitlichen Forderungen bei der Regierung mehr durchsetzen, weil diese durch die Uebertreibungen der Sozialdemokratie in Furcht gesetzt sei und nun nichts mehr bewilligen wolle; wir übergehen endlich mit einem mitleidigen Lächeln den echt Richter'schen Vorwurf, daß die Sozialdemokratie an den Gründungen Schuld sei, und wir führen nur noch das Schlußwort des höchst ehrenwerthen Herrn an, das alles bisher geleistete an Großartigkeit weit überragt. Herr Richter sagte ungefähr Folgendes: Die augenblicklichen Mißstände rühren her vom Mangel an Vertrauen. Dieser Mangel an Vertrauen wird aber noch gesteigert durch sozialistische Wahlen, und wenn die Wahl im 6. Wahlkreise wieder sozialistische ausfällt, so wird sich jeder Besitzende hüten, in einen solchen Wahlkreis zu ziehen, man wird in einer solchen Gegend, die überwiegend sozialistisch ist, nicht wohnen wollen, die Geschäfte werden also darunter leiden, folglich — wählen Sie liberal. Ist es erhört? Sind die Sozialdemokraten wilde Thiere, vor deren Nähe der Mensch zurückbebt? Sind sie der Auswurf der menschlichen Gesellschaft, mit dem Niemand in Berührung kommen will? Giebt es wirklich ein sich „gebildet" nennendes Publikum, das solche Gemeinheiten nicht mit Abscheu zurückweist? Wer predigt denn nun Klassenhaß, die Sozialdemokratie oder Herr Richter? Wird man jetzt wieder sagen, daß wir schimpfen, weil wir Gemeinheit auch Gemeinheit nennen?

Zur Ehre der Menschheit sei es gesagt, daß selbst einige Fortschrittsphilister, die vor mir standen, zu diesem Schlußpassus bedenklich die Köpfe schüttelten, und daß ein dabeistehender Herr, der mit mir einige Worte wechselte und sich mir als Jurist und Beamter vorstellte, erklärte, nach solchen Aeußerungen müsse ja auch der stupideste Mensch wissen, wen er zu wählen habe.

Man schreibt uns ferner aus Berlin: Die Wahl im 6. Berliner Wahlkreis findet noch nicht am 17. ds. Mts. statt; der Termin ist offiziell noch nicht angesetzt. Die falsche Nachricht ist zuerst aus dem Lager der Fortschrittspartei durch die „Tante Voß" an die Oeffentlichkeit gekommen. Man hat es hier augenscheinlich wieder mit einem Wahlmanöver zu thun, welches diese perfide Partei gegen die sozialistische Partei losgelassen hat, um letztere zur frühzeitigeren Agitation zu veranlassen. Doch hilft es nichts, die Sozialdemokraten stehen zu jeder Zeit gerüstet da. Das „Berliner Tageblatt" vom 10. Mai bringt einen längeren Leitartikel zu den Nachwahlen, dessen Anfang sehr bezeichnend ist. Es lautet da:

„Zwei Wahlkreise sind jetzt in Berlin unvertreten im Reichstage, und steht daher in beiden eine Neuwahl bevor. Für den 5. Wahlkreis hat der Abgeordnete Franz Duncker sein Mandat niedergelegt, und der 6. ist bekanntlich dadurch frei geworden, daß die Wahl des Herrn Hasenclever vom Reichstage für ungiltig erklärt ist. — Den letzteren Vorgang bedauern wir; wenn man sich dem Genusse hätte hingeben können, weise zu sein, so würde es sich unseres Erachtens aus praktischen Gründen empfohlen haben, über die kleinen Unregelmäßigkeiten, die bei der Wahl vorgekommen sind, hinwegzugehen, die Gelegenheit zu einer erneuten Aufschürung des Parteihaders zu vermeiden und sich der naheliegenden und sehr wahrscheinlichen Gefahr einer wiederholten Niederlage zu entziehen. Diese Ansicht war auch vielfach in Reichstagskreisen vorhanden."

Neben der Furcht vor einer wiederholten Niederlage tritt uns in diesem Fortschrittsblatte die völlige Gleichgültigkeit in Bezug auf den großen Volksmann, Franz Duncker, entgegen — den Rücktritt desselben bedauert in Berlin Niemand als die Herren vom fortschrittlichen Ring selbst, die einen so ehrenwerthen Collegen verloren haben. — Am Himmelfahrtsabend fand im Handwerkersaale eine Volksversammlung statt, in welcher Parteigenosse Otto Kapell zum Candidaten für den 5. Berliner Wahlkreis definitiv aufgestellt wurde.

Correspondenzen.

Mannheim, 29. April. „Schwefelbande", „nichtsnutziges Lumpenpack", „verkommene Literaten", „wahnwitzige Schurken" — mit solchen und ähnlichen schmeichelhaften Titeln beliebt man die Sozialdemokraten zu beehren, und zwar thun dies Leute, die da vermeinen, die Bildung, Moral und Sittlichkeit allein gepachtet zu haben und die sich einbilden, allein das Recht zu haben, das Volk belehren zu dürfen. Folgender Vorgang möge den Lesern aber zeigen, wem denn diese schmeichelhaften Titel eigentlich gebühren. Seit dem 1. März erscheint hier wöchentlich einmal ein Witzblatt: „Die Rheinschnaken", Verleger desselben ist die hiesige Vereinsdruckerei, Eigenthümer die demokratisch sein sollende „Neue Badische Landeszeitung", als Redakteur zeichnete Georg Winter bis zum 15. April. Derselbe war bis zum Sturz des vielbekannten Fritz Brentano Redakteur der nationalliberalen „Mannheimer Laterne", welche mit der „Mannheimer Zeitung" zugleich einging. In derselben zeterte Winter über die Sozialdemokraten wie kein Anderer. Am 7. April brachten die „Rheinschnaken" folgende witzig sein sollende Notiz: „Einen Mai werden wir dieses Jahr nicht mehr erhalten, derselbe ist in Zweibrücken von der Polizei hinter Schloß und Riegel gesetzt worden." Diese Notiz bezieht sich nämlich auf Parteigenossen Mai, dem wegen Verbreitung von Agitationsnummern 4 Monate zudiktirt wurden, die er gegenwärtig in Zweibrücken abbüßt. Acht Tage später erschien in der Beilage des „Mannheimer Tageblatt" ungefähr folgendes Gespräch: „Henne: Hast du die letzten „Rheinschnaken" gelesen? Hahn: Na warum? Henne: Da steht zu lesen ‚wir bekämen dieses Jahr keinen Mai mehr, weil derselbe in Zweibrücken hinter Schloß und Riegel sitzt.' Hahn: Je nun, was ist denn da dabei? Henne: Ja nun ich habe mir so einen Vergleich gemacht, was wohl am schlimmsten sein mag? In Ansbach haben sie nämlich im Jahr 1872 keinen Winter gehabt, weil er in Mainz eingesperrt war, aber nicht wegen Verbreitung von sozialistischen Flugblättern, sondern der hatte etwas ganz Anderes verübt u. s. w." Am folgenden Tage erschien in der „Neuen Badischen Landeszeitung" die Aufforderung an den Redakteur des „Tageblatt", diese Beschuldigung zurückzunehmen, widrigenfalls er, Winter, klagbar werden würde. Aber derselbe wollte davon nichts wissen, indem er erklärte, er habe Beweise für seine Angaben. Und das erlaubt sich Sozialdemokraten zu beschimpfen?

An den auch in Baden herrschenden Nothstand hat Niemand Zeit zu denken, dagegen beschäftigte man sich angelegentlichst mit der 25jährigen Jubiläumsfeier des Großherzogs. Man lese nur folgenden Aufruf: „Um aber das Fest zu einem würdigen zu machen, sollte dem Großherzog ein dem Feste angemessenes Geschenk gemacht werden, deshalb werden die Ortsvorsteher der verschiedenen Gemeinden in Baden aufgefordert, Sammlungen vorzunehmen und die Gelder an ihre Bezirksamtsstädte einzusenden." Unterzeichnet ist der Aufruf von den hervorragendsten Persönlichkeiten Badens und selbstverständlich auch von den hiesigen „Demokraten". Unter großem Jubel machen die hiesigen Zeitungen bekannt, daß die Stadt Mannheim allein 25,000 Mark zusammengebracht habe, aber auf welche Art, das verschweigt „des Sängers

---

Dorfschulen entschieden wurde, und sehen wir nicht, welche geringe Summen darauf hingingen? War es denn nicht für uns traurig und verletzend, die in den Zeitungen kursirenden Meinungen hinsichtlich der Lohnverhältnisse des Arbeiterstandes zu erfahren? Diejenigen Leute, welche die Arbeiter für gefühllos halten, irren sich gewaltig. Obwohl der Arbeiterstand sich fast noch in seinem Urzustande befindet und bis jetzt gar keine Bildung erhält, betrachtet er dieses gerade nur als ein zeitweiliges Uebel, das man wegräumen kann. Wir Arbeiter erwarteten von der Regierung, daß sie keine für uns schweren Neuerungen einführen, die Bauern materiell ausrüsten, uns dem Urzustande entreißen und raschen Schrittes vorwärts führen werde. Wir sind gründlich enttäuscht worden.

Rufen wir uns in's Gedächtniß den für das russische Volk unvergeßlichen Tag, an welchem es dem Kaiser und der Regierung vom 19. Februar seinen Dank brachte, voll von Gefühlen der Freude, seine ganze Hoffnung auf die Zukunft setzend. Und war dies Alles für uns nicht nur ein Traum und ein Phantasiebild? Die Aufhebung der Leibeigenschaft vom 19. Februar 1861, jene wenn auch nothwendige, jedoch nicht vom Volke hervorgerufene Reform, sichert dem Bauern keineswegs die Befriedigung seiner ersten Bedürfnisse. Wie früher sind wir auch jetzt ohne ein Stück Brod geblieben, und Flecken untauglichen Landes besitzend, sind wir in die Abhängigkeit von Kapitalisten übergegangen.

Ist das nicht Leibeigenschaft, wenn einer der Zeugen, ein Aufseher der Fabrik Nossow, aussagt, daß unter seiner strengen Controle alle Arbeiter außer an den Feiertagen stehen! daß die nicht zur rechten Zeit auf der Arbeit Erscheinenden hart gestraft werden? In der Umgegend aber sind Hunderte derartiger Fabriken, welche vollgepfropft sind mit Bauernvolk, das auf seinen Dörfern auch unter den gleichen Bedingungen lebt!

Sind wir nicht Leibeigene, wenn wir, sobald wir genöthigt sind, eine Erhöhung des von den Kapitalisten erniedrigten Arbeitslohnes zu fordern, des Strikes angeklagt und nach Sibirien geschickt werden!

Ja! Leibeigene sind wir, wenn wir von Seiten des Kapitalisten gezwungen sind, die Fabrik in Folge des schlechten Materials und der Strafen zu verlassen und man uns andererseits als Rebellen mit dem Flintenkolben der Soldaten nöthigt, die Arbeit fortzusetzen, einige aber gar als „Haupträdelsführer" in entfernte Gegenden verbannt!

Und Leibeigene sind wir, wenn der Einzelne von uns den Kapitalisten nicht verklagen darf und der erste beste Polizist uns in's Gesicht schlagen und mit Fußtritten wegjagen kann!

Aus alledem ist es klar, daß das russische arbeitende Volk nur in sich selbst seine Hilfe suchen muß und von Niemandem Beistand zu erwarten hat, außer noch von unserer intelligenten Jugend, welche die Wissenschaft vertritt; sie kann dem unter dem Joche des Despotismus ausgesogenen, erstickenden, seufzenden Bauern nicht kalt zusehen; sie hat uns brüderlich ihre Hand entgegengestreckt und wünscht mit aufrichtigem Herzen, alle die im Schlamme des Elendes Versunkenen aus demselben herauszuziehen und auf die richtige Fährte zu leiten.

— Die kalten Tage des Monats Mai. Um die Mitte des Monats Mai pflegen einige kalte Tage einzutreten, welche im Munde des Volkes mit dem Namen der „gestrengen Herren" bezeichnet werden. Es versteht sich von selbst, daß diese Abkühlung nicht von den Kalenderheiligen Mamertus, Pankratius und Servatius veranstaltet wird, zumal die kalten Tage bald diesen gestrengen Herren vorangehen, bald ihnen nachfolgen. Ueber den Grund dieser Abkühlung sind wissenschaftlich mannichfache Ansichten aufgestellt worden, ohne jedoch durchgreifend zu sein. Im Allgemeinen nimmt man an, daß um diese Tage am Nordpol das Eis in stärkerem Grade zu schmelzen beginnt als bis dahin, und somit ein starker Theil der Sonnenwärme, welche unser Luftmeer aufnimmt, dadurch absorbirt wird. Die Luft wird durch die im hohen Norden in Wasser verwandelten Eismassen auch beträchtlich feuchter, und die Untersuchungen haben gelehrt, daß feuchte Luft für Wärmestrahlen viel weniger durchlässig ist, als trockene. Es ist also ganz natürlich, daß diese Erscheinungen eine Abkühlung auch in unserer Himmelsgegend hervorrufen müssen. Daß diese Abkühlung nicht immer genau auf die bekannten Tage trifft, das rührt von dem Witterungswechsel her, der äußerst verwickelten Ursachen entspringt, die sich bisher noch immer jeder Art von Vorausberechnung entzogen haben.

Höflichkeit." So z. B. gingen die einflußreichen Persönlichkeiten mit Listen je zwei und zwei von Haus zu Haus und wehe dem, der Nichts gegeben hätte, die Folgen, die daraus entstanden wären, kann sich Jeder denken, der mit unserer jetzigen Gesellschaftseinrichtung vertraut ist. Wohl wird gesagt, der Großherzog gründe von diesem Gelde eine wohlthätige Stiftung, aber wir sind der unmaßgeblichen Ansicht, wer eine Civilliste von 1,500,000 M. hat, bei einer Einwohnerzahl von 1,500,000, die das Ländchen Baden zählt, der kann Stiftungen gründen, ohne daß dazu gesammelt wird. Es hätte das gesammelte Geld für den allgemeinen Nothstand verwendet werden können, der in Arbeiterkreisen herrscht.

Langensalza. Die Nachwehen der Wahlagitation scheinen noch immer nicht ganz vorüber zu sein, denn auch die Langensalzaer Polizei-Anwaltschaft hat sich bemüht, mir, dem Unterzeichneten, zu einigen Tagen Haft zu verhelfen, und zwar wegen unerlaubten Collektirens zum Wahlfond. Trotzdem die dortige Behörde in dem mir am 12. April zugestellten Schreiben wörtlich sagt, daß ich innerhalb der nächsten 10 Tage nach der Zustellung Einspruch erheben kann, so wurde doch schon am achten Tage nach der Zustellung des Urtheils mein Schreiben zurückgewiesen mit dem Bemerken, daß mein Urtheil schon rechtskräftig wäre, weshalb ich in Hamburg neun Tage Untersuchungs- und zwei Tage Strafhaft abmachen mußte. Warum die Behörde von Langensalza das mir zugesandte Urtheil schon am achten Tage rechtskräftig erklärte und mein Schreiben zurückwies, dafür finde ich keinen stichhaltigen Grund. Ich versicher aber der hochwohll. Polizeibehörde von Langensalza, daß die Arbeiter von Langensalza den Muth nicht verlieren, sondern bei der nächsten Gelegenheit zeigen werden, daß sie vor einem solchen Vorgehen der Behörde nicht zurückschrecken, sondern nach wie vor für ihre Interessen wirken werden. H. Hochheim.

n. — **Leipzig.** Das von den sozialistischen Abgeordneten im Reichstag eingebrachte „Arbeiterschutzgesetz" bildete in der am 9. Mai abgehaltenen, von circa 2000 Personen besuchten Volksversammlung die Tagesordnung. Die Leser des „Vorwärts" sind bereits mit dem Wortlaut der Gesetzesvorlage bekannt gemacht, ebenso sind den Genossen die Stellungen der verschiedenen Parteien im Reichstage vorgeführt worden, wir können es daher wohl unterlassen, uns eingehend mit dem 1½stündigen, vortrefflichen Referat des Genossen Motteler zu befassen. Das durch den Referenten hervorgerufene Interesse für den Gegenstand der Tagesordnung wurde noch erhöht durch die Theilnahme eines Herrn Müller (Gegner) an der Debatte. Nachdem derselbe der Versammlung die Versicherung gegeben, sich schon öfters an Versammlungen betheiligt zu haben und auch in solchen Dingen nicht unbewandert zu sein, gestand er jedoch, gerade in dieser Frage nicht recht unterrichtet zu sein, und freute sich, daß die Sozialdemokraten endlich an der „organischen Entwicklung" der Gesellschaft mitarbeiteten. Das sei früher nicht der Fall gewesen, trotzdem uns die Natur doch immer das beste Beispiel gegeben habe, daß eine sprungweise Entwicklung zu den Unmöglichkeiten gehöre. So könne doch die Tulpe unmöglich über Nacht zum Eichbaum werden, im Gegentheil setze sich allmälig Zelle an Zelle an. Der geehrte Herr Gegner glaubt also nach seiner Logik an die Metamorphose der Tulpe zum Eichbaum, beweist aber durch die Anführung dieses Beispiels seine totale Unkenntniß über sozialistische Grundsätze. Die Tulpe soll nicht zum Eichbaum gemacht werden, um das Beispiel beizubehalten, wohl aber soll keins der beiden Exemplar durch eine künstlich geschaffene Macht in seiner organischen Entwicklung gehindert werden. Freies Licht und freie Luft, d. h. die nothwendigen Existenzbedingungen für Jedermann, ist die sozialdemokratische Parole. Der Herr Müller sprach dann über einen „platonischen" Theil unseres Programms, über Glaubenssätze, und gerieth in eine solche Verwirrung, daß es uns unmöglich war, einen klaren Sinn aus seiner Rede herauszufinden. Seine Redensarten über den „sozialistischen Polizeistaat", sowie die unklaren Auslassungen über den Normalarbeitstag und die Bemerkung, daß die sozialistischen „Reichsfeinde" in Folge der Befürwortung des Reichsgesundheitsamtes sich in „Reichsfreunde" umgewandelt hätten — ob dies auch kraft der „organischen Entwicklung" geschehen, erfuhren wir nicht — wurden in erster Linie vom Genossen Auer und seitens Motteler's, der das Schlußwort hatte, unter lebhaftem Beifall der Versammlung erörtert. Leider war die Mitternachtsstunde und mit dieser das Ende der Versammlung herangekommen und konnte der sich erst in zwölfter Stunde zum Wort gemeldet habende Herr Jerrmann nicht mehr berücksichtigt werden. Die Versammlung aber nahm mit allen gegen vier Stimmen eine Resolution an, in welcher nicht nur die Sympathien für den Antrag der sozialistischen Abgeordneten zum Ausdruck kamen, sondern in der es auch Jedem der Anwesenden zur Pflicht gemacht wurde, für die Einführung einer allen Staatsbürgern gerecht werdenden Gewerbegesetzgebung kräftigst zu wirken.

Hamburg: (Bund der Tischler und verwandter Berufsgenossen. Erwiderung.) In Nr. 54 des „Vorwärts" fordert Herr Eberhardt die Mitglieder der Central-Kranken- und Sterbekasse auf, dem auf der Generalversammlung gefaßten Beschluß keine Folge zu leisten. Es ist dies, gelinde gesagt, eine Anmaßung, die nur Jemand haben kann, der darauf ausgeht, systematisch Opposition zu machen, oder der nicht weiß, um was es sich handelt. Der Beschluß wurde auf der Generalversammlung einstimmig gefaßt, folglich hat der Vorstand weiter nichts gethan, als die ihm von der Generalversammlung auferlegte Pflicht ausgeführt. Uebrigens geht die Sache Hrn. Eberhardt gar nichts an; zur Zeit, als die Generalversammlung getagt hat, war Herr Eberhardt noch kein Mitglied, die Generalversammlung konnte sich also auch nicht mit ihm beschäftigen. Daß also jener Beschluß nur für diejenigen Mitglieder Gültigkeit haben kann, welche zur Zeit der Generalversammlung schon der obengenannten Kasse angehörten, ist selbstverständlich und diese werden demselben auch Folge leisten, dafür bürgt uns deren gesunder Sinn. Wenn sich Herr Eberhardt schließlich noch auf den Frankfurter Congreßbeschluß beruft, so hat er gerade am wenigsten ein Recht dazu, denn auf dem Frankfurter Congreß sind ganz andere Beschlüsse gefaßt worden, die nachher nicht gehalten worden sind. Das möge sich Herr Eberhardt merken.

Hamburg, 9. Mai 1877.

Für den Vorstand: Reinhard Meyer.

Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter.

Den Verbandsgenossen, vor allem aber den Obleuten zur schuldigen Nachricht, daß der bisherige Hauptkassieer Friedr. Roßner in Zwickau, Stadtantheil Marienthal Nr. 43, seine Funktion als Hauptkassirer theils aus Gesundheitsrücksichten, theils aus anderen Gründen niedergelegt hat. Es sind deshalb von jetzt ab alle abzuliefernden Gelder an den stellvertreten Kassirer Heinrich Schaade in Bockwa (Wienerspitze), bei Fleischermeister Schmatzler wohnend, abzuliefern. Für Marienthal ist vom 1. Juli an die Obmannsstelle neu zu besetzen. Da in kurzer Zeit die Statutenfrage ihre Erledigung finden wird und bis dahin noch alle nothwendigen Einrichtungen und Maßregeln zur gedeihlichen Weiterentwickelung des Verbandes getroffen werden, so wird der seitherige 1. Vorsitzende seinen Posten gleichfalls verlassen, resp. aus geschäftlicher Beziehung verlassen müssen, jedoch ist dessen Mithilfe keineswegs ausgeschlossen.

Mit der Ausgabe der Statuten soll gleichzeitig eine Instruktion für die Obleute im Druck erscheinen, und erhält dieselbe nach Bedarf fortlaufende Zusätze. Obgleich die Zahl der Genossen, welche regelmäßig steuern, kaum 500 beträgt, so ist die Organisation doch schon Manchem zu Gute gekommen. Um pünktlich und gewissenhaft handeln zu können, besonders bei vorkommenden Rechtsfällen, hat der Verband einen Advokat und Notar als ständigen Vertreter, welcher event. aus Verbandsmitteln bezahlt wird, engagirt. Mögen daher alle Genossen, und vor allem die Obleute, sich's äußerst angelegen sein lassen, jedem Berg- oder Hüttenarbeiter mitzutheilen, daß ein Verband existirt, welcher für eine geringe Steuer in vorkommenden Fällen Hilfe und Schutz gewährt.

Zwickau, den 10. Mai 1477.

Der Vorstand.

---

19. Sächsischer Wahlkreis.

Den Parteigenossen diene hiermit zur Nachricht, daß den 1. Pfingstfeiertag, von Vormittags 11 Uhr an, eine **Bezirkskonferenz** in Lößnitz stattfindet. Lokal: „Zur Gärtnerei".

Wir erwarten von allen Orten Vertreter, weil die Tagesordnung äußerst wichtig ist.

Das Centralcomité:
C. Demmler. E. Schletter.

In der am 30. April im Vogel'schen Lokale in Berlin stattgehabten Conferenz der Parteigenossen des Teltower Kreises wurde beschlossen, den Cigarrenfabrikanten G. Dietzmann als Delegirten für diesen Kreis zum Congreß nach Gotha zu entsenden.

Da ein Delegirter aber sein Mandat nur von einer Versammlung erhalten kann, so ist es nothwendig, daß in den Ortschaften des Kreises, wo noch ein Lokal zu erhalten ist, Versammlungen abgehalten werden.

Alle Gelder zu diesem Zweck sind umgehend an Herrn Kunk, Ziethenstr., im Köppenschen Hause in Rixdorf, zu schicken. Hauptsächlich fordere ich die Herren, welche an der Conferenz theilnahmen, auf, so schleunig wie möglich ihr Versprechen zu erfüllen.

Rixdorf, 10. Mai 1877. Robert Matthies.

Warnung.

Sämmtliche Arbeitervereine des In- und Auslandes werden hiermit vor dem Holzarbeiter Georg Möhling, aus Bergreinfeld in Bayern gebürtigt, nachdrücklichst gewarnt, da selbiger auf erbärmliche Weise unterzeichneten Verein beschwindelte und ihm materiellen Nachtheil zufügte.

Allgemeiner Arbeiter-Verein Innsbruck.
Für den Ausschuß: Fritzenwengen, Schriftführer.

Briefkasten

der Redaktion. Fr. G. in Halle: Wenden Sie sich mit Ihrem Aufruf direkt an den Congreß der Schmiede, vielleicht acceptirt dieser Ihren Vorschlag und beschließt den Anschluß an die Metallarbeitergewerkschaft. — G. J. in C.: Der „Vorwärts" veröffentlicht Gedichte nur ausnahmsweise, wir haben dasselbe aber der Redaktion der „Neuen Welt" übergeben, vielleicht daß diese Ihrem Wunsche willfahren kann. — A. H. in Cöln: Wir können Ihnen wirklich nicht sagen, ob die katholische Kirche die Lehre von der „unbefleckten Empfängniß" der Maria auch auf deren Mutter, die sogenannte heilige Anna, ausdehnt; wenden Sie sich an den Reichstagsabgeordneten Majunke, der weiß in solchen Dingen Bescheid.

der Expedition. F. J. Schßr Gera: Es ist nicht nur das 2. sondern bereits schon das 6. Heft der „N. W." zur Versendung gelangt. Wenn der betr. Colporteur Ihnen dieselbe nicht liefert, bestellen Sie bei einer dortigen Buchhandlung z. B. Hasenpflug, die schon von uns bezieht. — B. M., Hamburg: War ein Versehen, ist in Ordnung gebracht.

Quittung. Mff hier Ann. 1,25. Lnl Pieschen Ab. 5,40. Arbeiterverein Neuschönefeld Plakate 3,50. A. Krtzschmr Dortmund Ab. 2,70. Tnuhrdt Naumburg Schr. 10,80. MAr Glauchau Schr. 8,87. Strk Kiel Ab. 12,00. L. Grß Dörnigheim Schr. 1,40. J. Bll Philadelphia Ab. 100,00. Dr. Hngr Rybnik Ab. 1,20. Ntzschmnn Connewitz Ab. 2,20. Gglr hier Ab. 10,20. Thm hier Schr. 1,50. J. Stts Wien Schr. 7,16. Plck Weißkirchen Schr. 6,52. Expedition der „Fr. Pr." Cöln Ab. 100,00. Rchtr Friedland Schr. 5,90. Lbr. Obersendelden Ab. 4,10.

Da ich von hier abreise, sind von jetzt an alle Briefe in Parteiangelegenheiten an A. Herre, Langenweg 145, pr. Adr.: Maurermstr. Marks, zu adressiren.

Briefe, die Metallarbeitergewerkschaft betreffend, sende man bis auf weiteres an H. Meyer, Wilhelmstr. 1.

Oldenburg. H. Munderloh.

Berliner Wahlfonds.

Schmnn hier 3,00.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Arnstadt. Am 2. Pfingstfeiertag, Montag, den 21. ds. M., findet hier ein

Volksfest

statt, zu dem die auswärtigen Genossen freundlichst eingeladen sind.

Am Morgen **Waldpartie**, Nachmittag **Festrede** von Hrn. Geiser aus Leipzig und **Concert**. Abends **Ball**. [2,70

Die Gäste von auswärts werden am Bahnhof in Empfang genommen.

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht daß am ersten Pfingstfeiertage ein

Familien-Fest

bestehend in **Concert** und **Ball** in den großen Sälen des Hrn. **Narten**, Hildesheimerstraße stattfindet. 2a

Karten für das ganze Fest à 1 Mk., zum Concert à 30 Pfg. sind bei Herrn Rudolph und Loges und in den Versammlungen zu haben. 2,70] Das Festcomité.

Leipzig. Donnerstag, den 17. Mai, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die sozialistische Presse des In- und Auslandes. Referent Nauert. Der Agent. [60

Leipzig. Agitations-Comité. **Mittwoch**, 16. Mai, präcis 9 Uhr Abds., **Sitzung** im Lokale des Arbeiterbildungsvereins. Der Vorstand. [30

Zurückgekauft werden die Protokolle der Congresse vom Jahre 1869, 1872 und 1873.

Offerten an die Expedition dieses Blattes. [90

Werkmeistergesuch.

Ein solider, tüchtiger und praktischer **Webermeister für Leinengarne Nr. 8—40** wird in eine mechanische Leinenweberei gesucht.

Offerte unter **A. Z. 1091** besorgt das Central-Annoncenbureau von Rudolf Mosse in München. (F 213) (4220) [150

Der Unterzeichnete, bisher Metteur der Züricher „Tagwacht", sucht, da er in Folge Verjährung des s. Z. gegen ihn gefällten Urtheils frei nach Deutschland zurück kann, **Stellung** an einem unserer Parteiorgane, sei es als **Metteur, Correktor** oder auch **Mit- oder selbstständiger Redakteur.**

2,10] (2b) **Robert Neff**, Schweizerische Vereinsbuchdruckerei, Zürich-Hottingen.

Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig.

Die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

findet am **Montag**, den **28. Mai, Nachmittags 2 Uhr**, im Gasthaus zum **„Thüringer Hof"** in **Gotha** statt.

Die Tagesordnung lautet:

1) Geschäftsbericht des Vorstandes. 2) Revisionsbericht des Aufsichtsraths. 3) Richtigsprechung der Jahresrechnung. 4) Feststellung der Dividende und Bestimmung über den Geschäftsgewinn. 5) Feststellung des Etats für das neue Rechnungsjahr. 6) Wahl des Vorstandes. 7) Bestimmung über den Sitz des Aufsichtsraths.

Laut § 18 des Statuts steht es den Mitgliedern, welche nicht am Ort der Generalversammlung wohnen, frei, sich auf Grund einer eigenhändig unterzeichneten Vollmacht vertreten zu lassen. Die betreffenden Vollmachtsformulare, welche den Stempel der Genossenschaft tragen müssen, werden von den mitunterzeichneten **A. Geib**, Hamburg, Rödingsmarkt 12, auf Verlangen den Genossenschaftsmitgliedern zuschickt.

Hamburg, den 9. Mai 1877. (2b)

Der Aufsichtsrath.

J. A.: G. W. Hartmann. J. Auer. H. Brasch.
August Geib. C. Derossi. [260

Sozialisten-Congreß.

Mandats-Formulare

für die Delegirten zum Congreß sind durch **J. Auer** in Hamburg, Pferdemarkt 37 zu beziehen und sind Bestellungen bald einzusenden.

Neue Welt.

1877.

Die unerwartete Abonnentensteigerung unseres Blattes hat so viele **Nachbestellungen** zur Folge gehabt, daß wir gezwungen sind, 4 Nummern von 1877 im Nachdruck zu beschaffen. Die Druckerei wird diese Arbeit bis Ende die er Woche bewältigt haben. Bestellern und Reklamanten geht sofort Sendung zu. Säumnisse unsererseits liegen nicht vor.

Leipzig, 14. Mai 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt".

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complett

ist wieder **versandtfertig** geworden, und wiederholen wir deren Empfehlung als Zierde jeder Bibliothek und besonders geeignet zu Festgeschenken.

Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. franco nur gegen baar. Für Porto sind 50 Pf. einzusenden.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit".

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Es erschien:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.
Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch die Buchhandlung des „Vorwärts" ist zu beziehen:

„Das preußische Regiment" vor Gericht.

Rede, gehalten von **Ludwig Pfau** zu seiner Vertheidigung vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M.

Preis: 30 Pf.

Inhalt: Vorwort. — Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht. — Anklageschrift. — Gerichtsverhandlung. — Rede Ludwig Pfau's. — Urtheil.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.

Von **Georg Vollmar.**

Preis pro Exemplar 15 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen:

Die

Märtyrer der Commune

in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.

Von

Paschal Grousset und **Fr. Jourde.**

Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unverlöschliches Denkmal der Schmach für die Henker der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.
Färberstraße 12/II.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 3. und 2. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: H. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 448 O'Farrell Str.
London W.: C. Heinz, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 58. Freitag, 18. Mai. 1877.

Sozialdemokratische Philosophie.

Von J. Dietzgen.

Die unter vorstehendem Titel früher im „Volksstaat" gehaltenen Vorträge wurden unterbrochen. Von der Ursache will ich nicht reden, sondern nur sagen, daß ich mein Thema hier fortsetze, oder vielmehr wieder frisch anfange.

Die Fortsetzung des Alten ist so recht dialektisch zugleich auch ein frischer Anfang; hier besonders, weil die sozialdemokratische Weltanschauung ein vollendetes System ist, welches in Form einer umgekehrten Pyramide, einem Kreisel ähnlich, sich auf der Spitze bewegt. Und wie der Kreisel nur tanzt im Zusammenhange mit seinem breiten Hintertheile, der platten Ebene und der Schnur, die ihn in Gang setzt, so ist auch die systematische Spitze der neuen Weltweisheit nicht darstellbar „für sich" allein, sondern nur in engster Verbindung mit den manichfaltigen Fragen, welche die Welt bewegen. Dieses Thema also, „der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht", bedarf zu seiner Darstellung der Variation, zur alten Fortsetzung des frischen Anfangs.

* * *

Trotzdem wir Sozialdemokraten religionslose Atheisten, sind wir nicht irreligiös, d. h. die Kluft zwischen uns und den Religiösen ist groß und tief, aber wie andere Klüfte hat sie ihre Brücke. Es ist mein Vorhaben, die demokratischen Genossen auf diese Brücke zu führen, und ihnen von hier aus den Unterschied zu zeigen zwischen der Wüste, worin die Gläubigen irren, und dem gelobten Lande der Klarheit und Wahrheit.

Des Christmenschen vornehmstes Gebot lautet: „Du sollst Gott über Alles lieben und Deinen Nächsten wie Dich selbst." Also Gott über Alles! Wer ist Gott? Er ist der Anfang und das Ende, der Schöpfer des Himmels und der Erde. Wir glauben nicht an sein Dasein, und doch finden wir einen verständigen Sinn in dem Gebote, das befiehlt, ihn zu lieben über Alles.

Wer den Ewigen, Allgegenwärtigen und Höchstverehrten genau betrachtet, kann nicht verkennen, daß er in der That und Wahrheit eine phantastische Personifikation des Weltalls vorstellt. Den Allvater leiblich gesehen und mündlich mit ihm conversirt zu haben, deß rühmt sich wohl in unsern Tagen kein Sterblicher. Wohl aber müssen auch die Gottlosen erkennen, daß der geistbegabte Mensch, trotz allem Verstande, trotz aller Vernunft und aller Wissenschaft eine untergeordnete Creatur ist, abhängig von Sonne und Wind, von Erde, Feuer, Luft und Wasser. Wir sollen verstehen, daß wenn auch der Geist zur Herrschaft über die Materie berufen ist, diese Herrschaft doch eine durchaus beschränkte bleiben muß.

Wir können mit unserm Intellekt die materielle Welt nur formell beherrschen. Im Kleinen mögen wir ihre Veränderungen und Bewegungen nach dem Willen lenken, aber im Großen ist die Substanz der Sache, die Materie en général erhaben über alle Geister. Es gelingt der Wissenschaft, die mechanische Kraft in Wärme, Elektrizität, Licht, chemische Kraft u. s. w. zu verwandeln, und es mag ihr gelingen, alles Stoffliche und alles Kräftige, eines in das andere überzuführen und als verschiedene Formen eines einzigen Wesens darzustellen; aber doch vermag sie nur die Form zu verwandeln, das Wesen bleibt ewig, unvergänglich und unzerstörbar. Der Intellekt kann die Wege der physischen Veränderungen ablauschen, aber es sind materielle Wege, denen der stolze Geist nur nachschleichen, sie aber nicht vorschreiben kann. Ein gesunder Menschenverstand soll sich stets vergegenwärtigen, daß er mitsammt der „unsterblichen Seele" und der erkenntnißstolzen Vernunft nur ein untergeordnetes Stück der Welt ist — obgleich unsere gegenwärtigen „Philosophen" noch immer mit dem Kunststück zu thun haben, die reale Welt zu einer „Vorstellung" des Menschen zu machen. Das religiöse Gebot: Du sollst Gott über Alles lieben, das heißt in sozialdemokratischem Deutsch: Du sollst die materielle Welt, die leibliche Natur oder das sinnliche Dasein lieben und verehren, als den Urgrund der Dinge, als das Sein ohne Anfang und Ende, welches war, ist und sein wird von Ewigkeit zu Ewigkeit.

Bekanntlich und wie mehrfach wiederholt, sind die „Philosophen" eine mehr oder minder fortgeschrittene Abart der Theologen oder Gottesgelehrten. Beide bilden, bewußt oder unbewußt, „eine reaktionäre Masse", d. h. sie charakterisiren sich gemeinschaftlich, indem sie die Welt für ein Produkt der Intelligenz ansehen, während wir den Intellekt, wie alle andern Kräfte, wie Licht, Wärme, Schwere, Hör-, Sicht- und Tastbares, als eine Form oder Art, als ein Stück oder Produkt der allgemeinen Kraft erkennnen, welche letztere in gewissem Sinne ein allgegenwärtiger, ewiger und unvergänglicher Stoff ist. Der Sprachgebrauch behandelt bisheran die Begriffe Kraft und Stoff so ziemlich willkürlich. Handgreifliche Stoffe, wie Holz, Steine, Lehm ꝛc. sind wägbare Kräfte, während das mit Händen Unfaßbare, wie Licht, Töne, Wärme ꝛc. imponderabele (unwägbare) Stoffe sind. Die Welt der Töne ist der Stoff des Musikers. Und wer nun Anstoß an dieser Generalisation des Wortes „Stoff" nehmen will, der sage statt dessen „Erscheinung". Leibliche, physische, sinnliche, materielle Erscheinung heißt die allgemeine Gattung, der alles Dasein angehört, Wäg- und Unwägbares, Leib und Geist.

Um mit dem „metaphysischen Bedürfniß" in's Reine zu kommen, ist durchaus festzuhalten, daß alle Unterschiede, die wir machen können, doch nur Manichfaltigkeiten Modalitäten, Attribute der Formen einer einzigen Einheit sind. Ob man auch Leibliches dem Geistigen entgegengesetzt, so ist doch der Unterschied ein nur relativer; es sind zwei Arten des Daseins, die nicht mehr und nicht minder sich entgegengesetzt sind, wie die Katzen und Hunde, die doch auch, trotz der bekannten Feindschaft, einer gemeinschaftlichen Klasse oder Gattung, dem Geschlecht der Hausthiere angehören.

Die monistische Weltanschauung (die Lehre von der Einheit der Natur: Einheit des „Geistes" und der „Materie", des Organischen und Unorganischen ꝛc.), der die Neuzeit so begierig entgegenstrebt, kann uns die Naturwissenschaft im engeren gebräuchlichen Sinne des Wortes nicht bringen, und wenn sie die Entstehung der Arten und die Entwicklung des Organischen aus dem Unorganischen noch so evident nachwiese. Die Naturwissenschaften kommen zu all ihren Entdeckungen immer nur mittels des Intellekts. Der sicht-, tast- und wägbare Theil dieses Organs gehört wohl zu ihrem Bereich; die Funktion aber, das Denken, ist einer aparten Wissenschaft zugetheilt, die sich Logik, Erkenntnißtheorie, oder Dialektik nennen mag. Das letztere Departement der Wissenschaft, das Verständniß oder Mißverständniß der geistigen Funktion also ist das gemeinsame Vaterland der Religion, der Metaphysik und der antimetaphysischen Klarheit. Hier liegt die Brücke, welche aus der servilen, abergläubischen Knechtschaft zur demüthigen Freiheit hinüberführt. Auch im Reiche der erkenntnißstolzen Freiheit herrscht Demuth, d. h. Unterwerfung unter die materielle physische Nothwendigkeit.

Die unvermeidliche Religion verwandelt sich den „Philosophen" in die unvermeidliche Metaphysik, verwandelt sich dem gesunden wissenschaftlichen Menschenverstande in das unabweisliche theoretische Bedürfniß einer monistischen Weltanschauung. Der vorhandene Kraftstoff, auch Welt oder Dasein genannt, wird von den Theologen und Philosophen mystifizirt, weil sie nicht begreifen, daß Materie und Intellekt von einer Art sind, weil sie das Rangverhältniß dieser beiden umkehren. Wie das Verständniß der Oekonomie, so ist auch unser Materialismus eine wissenschaftliche, eine historische Errungenschaft. Wie wir uns scharf unterscheiden von den Sozialisten der Vergangenheit, so auch von ihren Materialisten. Mit den letzteren haben wir nur gemein, die Materie als Voraussetzung oder Urgrund der Idee zu erkennen. Die Materie ist uns die Substanz und der Geist die Accidenz; die empirische Erscheinung ist uns die Gattung und der Intellekt eine Art oder Form derselben, während alle religiösen und philosophischen Idealisten in der Idee die erste, die ursächliche oder substanzielle Kraft erblicken.

Was wir sehen, hören, fühlen ꝛc., sagen die Idealisten, sind intellektuelle Erscheinungen, insofern der Intellekt überall sein muß, wo gesehen, gehört und gefühlt wird. Gut, sagen die Gegner, aber überall ist auch die Materie dabei. Wo der Intellekt, wo Wissen, Denken Bewußtsein ist, da muß auch ein Objekt, ein Stoff sein, der gewußt wird, und der ist die Hauptsache. Das ist also die alte Frage, welche die Idealisten und Materialisten trennt: wer ist die „Hauptsache", Materie oder Intellekt? Aber diese Frage ist auch wieder nicht die Frage, sondern nur die Phrase, nur das Geflunker. Die eigentliche Differenz der Parteien besteht darin, daß die einen aus der Welt eine Hexerei machen, und die andern nichts davon wissen wollen.

Da alle Naturerscheinungen nur mit Hilfe unseres Intellekts wahrzunehmen, so sind auch alle unsere Wahrnehmungen intellektuelle Erscheinungen. Richtig! Aber unter dieser Summe befindet sich eine spezielle Wahrnehmung oder Erscheinung, die man ganz besonders „intellektuell" nennt. Das letztere ist der gemeine Menschenverstand, der Geist, Intellekt oder das Begriffsvermögen, und erstere, die Masse, wird Materie genannt. Folglich läuft die Affaire darauf hinaus, daß Stoff, Kraft und Intellekt sammt und sonders von einem und denselben Herkommen sind. Ob man die Erscheinungen der Welt intellektuell oder materiell nennt, das ist ein miserabler Wortstreit. Die Sache ist, ob alle Dinge von einer Art, oder ob die Welt in übernatürliche mysteriöse Hexerei und natürlichen oder dreckigen Lehm getheilt werden soll.

Um nun darüber klar zu werden, ist nicht genug, wie die alten Materialisten thun, alles aus wägbaren Atomen abzuleiten. Die Materie ist nicht nur schwer, sondern auch duftig, hell und klingend, warum nicht intelligent? Wenn das Riech-, Sicht- und Hörbare spiritueller ist als das Tastbare, wenn also der Comparativ natürlich, warum nicht der Superlativ? Die Schwere läßt sich nicht sehen, Licht nicht riechen und der Intellekt nicht betasten, aber empfinden läßt sich Alles, was da ist. Den Geist oder unsere Gedanken fühlen wir doch wohl ebenso physisch, wie Schmerzen, Licht, Wärme oder Steine. Das Vorurtheil, daß die Objekte des Tastgefühls begreiflicher seien als die Erscheinungen des Gehörs, oder des Gefühls überhaupt, verleitete die alten Materialisten zu ihren atomistischen Spekulationen, verleitete sie, das Tastbare zum Urgrund der Dinge zu machen. Der Begriff der Materie ist weiter zu fassen. Es gehören dazu alle Erscheinungen der Wirklichkeit, auch unser Begriffs- oder Erklärungsvermögen. Wenn die Idealisten alle Naturerscheinungen „Vorstellungen" oder „intellektuell" nennen, mögen wir gerne zugeben, daß es keine Dinge „an sich", sondern nur Objekte unserer Empfindung sind. Der Idealist wird auch zugeben, daß es unter dem Empfundenen, was sich objektive Welt nennt, ein besonderes Ding, eine besondere Erscheinung giebt, mit dem Namen subjektive Empfindung, Seele oder Bewußtsein. Demnach ist dann vollkommen klar: das Objektive und das Subjektive gehören in eine Gattung, Leib und Seele sind von demselben empirischen Stoff.

Einem vorurtheilsfreien Menschen kann es nicht zweifelhaft sein, daß der geistige Stoff, oder besser ausgedrückt, daß die Erscheinung unseres Erkenntnißvermögens ein Theil der Welt ist, und nicht umgekehrt. Das Ganze regiert den Theil, die Materie, den Geist, wenigstens in der Hauptsache, wenn auch nebensächlich wiederum die Welt vom Menschengeist regiert wird. In diesem Sinne also mögen wir die materielle Welt als höchstes Gut, als erste Ursache, als Schöpfer Himmels und der Erde lieben und ehren.

Damit ist denn ganz und gar nicht bestritten, daß unter den Objekten der Welt wir unserm Intellekt den ersten Rang zuerkennen mögen. Wenn die Sozialdemokraten sich Materialisten nennen, so soll mit diesem Namen nur gesagt sein, daß sie nichts anerkennen, was über den wissenschaftlich angelegten Menschenverstand hinaus geht. Alle Hexerei soll aufhören.

Aber — so krächzen nun die philosophischen Raben — wo bleiben dann „die Grenzen unseres Naturerkennens"? Hat nicht der gelehrte Du Bois Raymond evident bewiesen, daß dem stolzen Intellekt seine Grenzen gesetzt sind? Hat nicht der spezielle Geschichtsschreiber des Materialismus, der verstorbene sozialistische Freund F. A. Lange ihm zugestimmt und bekundet, daß all unser Wissen niemals bis an den Urgrund, bis an das Wesen der Dinge herankommen kann, also, daß bei allen Erklärungen ein Unerklärbares, ein Geheimniß ewig bleiben muß?

Diese Theorie vom beschränkten Unterthanenverstand ist eine Schlaraffentheorie, auf die wir nächstens zurückkommen.

Die zukünftige Stellung des Weibes.

II.

Zu den unläugbaren Wahrheiten in der Bibel (sie sind freilich dünn gesät) gehört die Aeußerung, daß die Sünden der Väter heimgesucht werden an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied, die Gutthaten aber bis ins hundertste und tausendste Glied. Es ist daran nur das Eine falsch, daß die natürlichen Folgen der Sünde so kurzlebig sein sollen. Sie sind genau so langlebig als die der Gutthaten, nur daß sie durch die letzteren aufgehoben werden können. (An der seltsamen Gerechtigkeitsliebe Jehovah's, der sich rühmt, daß er selbst die Sünden heimsucht an den Kindern der Thäter, und die Gutthaten den Nichtthätern belohnt, nehmen sich glücklicherweise die Ungläubigen kein Beispiel.) Kein altes geschichtliches Unrecht aber hat sich schwerer gerächt als die Unterdrückung des Weibes, sowie überhaupt alle Sklaverei — nur schade, daß die Strafe dafür viel zu spät eintritt, um als warnendes und abschreckendes Beispiel zu wirken. Der Sklave zieht seinen Herrn mit sich zur Bestie herab, und beide hören auf, Entdeckungen und Erfindungen zu machen, fortschrittliche Kultur zu treiben. Das rechtlose Weib hält den Eheherrn mit eiserner Gewalt auf einer tieferen Stufe fest, als welche er in einer wahren Ehe erreichen könnte. Sie kann ihm nimmermehr seine Kinder erziehen, sie kann ihm seine Kräfte nicht stählen zum Fortschrittskampfe; sie kann kein wirkliches Heim, keine sittliche Familie, keinen Himmel auf Erden begründen. Sie wird ihn beherrschen durch List, zugrunderichten durch häuslichen Unfrieden und Ausschweifung, zollweis knicken durch ihren kleinlichen Sinn. Sie wird auf die Kinder nur zu oft ihre eigene ungünstige Gehirnbildung vererben. Man hat von vielen großen und guten Männern nachzuweisen vermocht, daß sie vorzügliche Mütter gehabt haben; hätte man sich dieselbe Mühe gegeben zu erforschen, was für Mütter die großen Ungeheuer der Geschichte gehabt haben, so würde man wahrscheinlich den Müttern die Schuld daran nachweisen können. O wie glücklich sind doch die Arbeiter trotz alledem und alledem dadurch, daß ihre Frauen genöthigt sind, dem Manne gegenüber größere Selbständigkeit zu behaupten, seine Lasten und Sorgen zu theilen und in sich selbst die Kraft zur Gestaltung eines erträglichen Familienlebens zu finden. Für sie ist die Ehe immerhin noch eine Schule, in welcher sich etwas lernen läßt, und viel häufiger ein Antrieb zur Tugend als zum Laster. Darum Kampf auf Leben und Tod gegen die Kapitalherrschaft, welche uns Ehe und Familie zerstören will!

Das Weib ist das conservative, das erhaltende Geschlecht, während der Mann das schaffende, aber zugleich das zerstörende ist. Es zeigt sich dies auch im Großen, im Völkerleben. Sie bewahrt die nationalen Körper- und Geisteszüge, gerade wie sie die von ihm erworbenen Besitzthümer zusammenhält und nutzbar macht, während er in der häufigeren Berührung mit der Außenwelt viel mehr ausartet. Es ist der weibliche Einfluß, welcher neu entstandenen Abarte und Rassen, Völkerstämme und Familiengepräge auf größere Dauer befestigt, wenn die sonstigen Lebensbedingungen sich nicht ändern. Dieser Naturzug wird immer heilsam sein, solange der Mann nicht verhindert ist, dem Fortschrittstriebe zu folgen, so daß sich in jedem Paare die Einseitigkeiten ergänzen, die Ausschreitungen mildern. Er wird verderblich werden und Versteinerung, Versumpfung, Verflachung des Volksthums erzeugen, wenn auch der Mann zum geistig sittlichen Stillstande verdammt ist. Dies ist die durchgängige Wahrnehmung bei allen rückständigen Völkern und in allen rückschrittlichen Geschichtsabschnitten. Die Männer werden weibisch, charakterlos, heuchlerisch, die Weiber „ziehn die Hosen an" und herrschen durch List und Gefallsucht, Unnatur und Unsittlichkeit. Sollte man's glauben, daß gerade hiervon ein Grund hergeleitet zu werden pflegt, um den Frauen das Stimmrecht und jeden öffentlichen Einfluß vorzuenthalten? Sie herrschen ja ohnehin im gesammten Leben, sagt man, indem sie den Mann beherrschen, wie Delilah den Simson! — Armselige Weisheit! Schafft alle Herrschaft und Knechtschaft ab und nöthigt dadurch Jeden, sich selbst zu beherrschen! Das Weib hat dies ebensosehr zu lernen als der Mann; seine Interessen sind genau die ihrigen. Die doppelseitige Auffassung derselben innerhalb jeder Familie ist der fruchtbare Boden steten Denkfortschritts. Wenn das Weib gleiches Recht mit dem Manne hat, ihren Willen und ihre Einsicht in öffentlichen Dingen zur Geltung zu bringen, so wird sie

es von selbst nur dann thun, wenn sie es für nöthig hält — und dann hat sie eben ein Recht dazu. Ueberlaßt es doch ja ruhig ihr selbst, wie sie ihre öffentliche Thätigkeit mit ihrer häuslichen versöhnen kann, und schändet euch selbst nicht mit zotigen Einwänden gegen dieses Thun eurer Frauen, Mütter, Schwestern und Töchter! Diese Einwände sind ohnehin lächerlich, wenn sie von solchen Weibmannsen kommen wie unsre Gegner, welche nur im Schwatzen und Speichellecken, im Unterthanenthum und im Nachbeten ihre Virtuosität zeigen. Der Conservativismus des Weibes wird im Zukunftsstaate, in welchem es wirklich reiche menschheitliche Güter zu erhalten gilt, eine Wohlthat sein; in der Gegenwart ist er überwiegend schädlich — das aber spricht doch wohl nicht gegen die öffentliche Bethätigung des Weibes, sondern nur gegen die bestehenden Zustände. Die Erfahrung lehrt bereits, daß überall die Frauen, wo sie Stimmrecht haben, oder eine öffentliche Thätigkeit zeigen, nicht das Schlechte conserviren.

Wenn man zugestehen muß, daß in der bisherigen Geschichte die Frauen bei manchen ausgezeichneten wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen selten schöpferisch und noch seltener zerstörend aufgetreten sind, so beweist das schon wegen ihrer durchschnittlich vernachlässigten oder einseitigen Erziehung nichts gegen die Möglichkeit, daß dies unter einer allseitigen besseren Erziehung anders werden könne. Allein geben wir immerhin zu, daß auch künftig ihre Leistungen nur ausnahmsweise den höchsten männlichen gleichkommen werden, so ist dies wieder kein Grund, sie alle anders als die Männer zu erziehen, soweit die Begabung eben jedesmal reichen will. Auch unter den Männern sind ja die höchsten Leistungen etwas Seltenes, und dennoch gründet man darauf keinen Anspruch, daß die Begabtesten gerade die beste Erziehung haben sollten. Im Gegentheile giebt man zu, daß diese ihr Meistes und Bestes sich selbst verdanken, und daß gerade die weniger Begabten größerer erziehlicher Beihülfe bedürfen. Auf diesem Zugeständniß fußend, verlangen die Anhänger des Zukunftsstaates, daß die Erziehung des Weibes eher sorgfältiger als das Gegentheil gegenüber der männlichen sein solle, bis größere Gleichheit der Begabung hergestellt ist; sie verlangen es zum Heile beider Geschlechter.

Unsere heutigen höheren Töchterschulen sind meist ein wahres Zerrbild der geforderten höhern Frauen-Erziehung. Glücklicherweise ist die Menschennatur so geschmeidig, daß sie auch stärkere Gaben von Gift nach und nach ohne Schaden vertragen lernt. Aber Gift ist es, was in diesen Anstalten mit der wirklichen Nahrung zugleich eingeflößt zu werden pflegt, und nur ausnahmsweis kann ein wirklich edler und gebildeter Frauencharakter daraus hervorgehen. Wir gehen hier nicht auf die Einzelheiten dieser Unterrichts- und Bildungsweise ein; wir bleiben blos bei der Trennung der Geschlechter in der Schule stehen. Diese ist Gift ungemischt, und kein verdammender Ausdruck dafür ist zu stark. Wir behaupten andrerseits auch nicht, daß in Schulen für beide Geschlechter Alles von selbst weit besser sein müsse; denn es hängt hier der Erfolg ganz von der Erziehungsweise ab. Wir behaupten blos und wollen beweisen, daß die Trennung der Geschlechter in der Schule unter allen Umständen unheilvoll, für die Töchter aber geradezu verderblich ist.

Die beiden Geschlechter werden durch einander wohl ebensoviel erzogen als durch irgend ein andres Mittel. Knaben, welche ohne Schwestern aufwachsen müssen, Mädchen, welche keine Brüder im Hause haben, werden unter übrigens gleichen Umständen weniger gut erzogen werden, als wo beide Geschlechter vertreten sind. In einer Schule für ein vereinzeltes Geschlecht kann weder der Unterricht, noch die sittliche Erziehung so gedeihlich sein, als in einer für beide. Die Mädchen, für sich allein erzogen, lernen viel schwerer denken und sich anstrengen im Selbstfortbilden — sie werden zum Nachbeten, zum Autoritätsglauben, zur Flatterhaftigkeit hinneigen; die Knaben, für sich allein erzogen, lernen viel weniger die Kunst der Selbstbeherrschung und die Achtung für die Rechte Anderer. Bei jenen muß der Wetteifer im Lernen und Betragen durch künstliche Mittel erzeugt werden, anstatt durch die Sache selbst naturwüchsig zu entspringen; bei diesen nistet sich die Roheit ein und kann nie mehr ganz aussterben, während sie von vornherein unmöglich gemacht werden sollte. Bei jenen bildet sich in der Vereinzelung die Gefallsucht und Kleinlichkeit zu bedenklicher Höhe aus und erstickt viele der besten Antriebe; bei diesen entwickelt sich eben durch die Absonderung eine geschlechtliche Lüsternheit, welche durchaus zu vermeiden ist. Jene werden, sobald später die Selbstständigkeit eintritt, fast wehrlos gegen Mißleitung ihrer Neigung und gegen Verführung; diese werden nur zu häufig die Achtung gegen das andre Geschlecht einbüßen, oder aber sich in gefährliche Selbsttäuschung über dasselbe einwiegen. Diese und andere Uebelstände zerstören bei Vielen den wahren Adel und die hochpoetische Selbstlosigkeit der beginnenden gegenseitigen Geschlechtszuneigung und rauben dem schönsten Alter seine Weihe — und das einzige Hilfsmittel dagegen ist die gemeinsame Erziehung, durch welche beide Geschlechter ebensowohl die Fehler als die Vorzüge des andern erkennen lernen, so daß wirklich wahre gegenseitige Anziehung erst eintreten kann, wenn die rechte Zeit und der rechte Gegenstand gekommen ist. Die getrennte Erziehung kann kaum anders als das Weib zur Sklavin und den Mann zum Herrscher ausbilden — was natürlich in der Ehe leicht zu einem Rollenwechsel führt, aber immer dem Weibe den beiweitem größeren Nachtheil bringt, weil sie fast ihr Alles dabei verliert, und für das, was sie geopfert hat, niemals genügende Entschädigung findet. Ist es nicht ein handgreiflicher Unsinn, daß Mann und Weib, welche lebenslang für einander leben sollen, mit einander glücklich sein sollen, sich rechtzeitig einander und das andre Geschlecht prüfen sollen, nicht für, mit und durch einander erzogen werden? Wir vertiefen uns aber hier nicht weiter in die richtige Weise gemeinsamer Erziehung der Geschlechter — wir haben dies anderweit gethan.

Aus allem Gesagten wird ersichtlich sein, daß wir im Sinne unseres Partei-Bekenntnisses die Einehe und zwar für Jeden als Bedürfniß, Naturbestimmung und Erziehungsmittel bis in's höchste Alter ansehen müssen. Also nicht blos für Bestimmung des Weibes, nicht blos für naturgesetzliches Fortpflanzungsgeschäft der Gattung, nicht blos für Vorkehrung gegen Lüderlichkeit und Verfall des Staates. Es handelt sich um das Recht und die Pflicht jedes Einzelnen und der großen Gesellschaft; es handelt sich um das wahre Glück, um die stete Vervollkommnung der Menschheit. Es werden bildsamere, reicher beanlagte, besser zu erziehende Menschengeschlechter geboren werden, wenn die Ehe immer allgemeiner eine wahre Ehe wird, wenn die Liebe frei wird von Eigennutz und äußerem Zwang, von Selbsttäuschung und unveredelter Sinnlichkeit, wenn sie auf vollste gegenseitige Achtung und Rechtsgleichheit begründet ist. Wenn auch heutzutage wenig wahrhaft glückliche Ehen beobachtet werden können, so ersieht man doch an den Folgen derer, welche es mehr oder weniger sind, was die durch gleiche und höhere Erziehung vorbereitete wahre Ehe werden kann. Aus dem beschränkten Glück, welches diese Lebensgemeinschaft auch unter ungünstigen Umständen noch immer bietet, ergiebt sich, wie reich sich dieses Glück gestalten muß, wenn es von Prostitution und Barbarei, von Zwangsgesetzen und Unerzogenheit mehr und mehr befreit wird. Wenn die Karrikatur der Bourgeois-Ehe und das Elend der Proletarier-Ehe gleichsehr zur Sage der Vergangenheit geworden sein werden, wenn eine veredelte Menschheit in dem Aufgehn zweier Personen in eine ihre Verjüngungskraft gefunden haben wird: dann wird man nicht begreifen können, daß es gegen das Ende des neunzehnten Jahrhunderts „gebildete Männer" gegeben hat, welche dieser Entwicklung feindselig sich entgegengestemmt und alle Vertheidiger derselben und ihre Sache mit Ekelnamen beworfen haben. Man fühlt sich versucht, aus der Bibel, obgleich sie unser Buch nicht ist, die Bezeichnung solcher Gegner als „Heuchler und Otterngezücht" zu entlehnen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wahlstatistik. Im Auftrag der Reichsregierung fertigt das Statistische Amt eine Statistik der letzten Reichstagswahlen an. Dieselbe ist noch unvollständig, eine vollständige Uebersicht des Stimmenverhältnisses wird dem Reichstag erst in nächster Session vorgelegt werden. Die jetzt veröffentlichten Ziffern geben uns nur die Zahl der bei den gültigen Wahlen abgegebenen Stimmen; diejenigen Wahlen, welche Stichwahlen nöthig machten, sind nicht gezählt. Die Folge davon ist, daß die Stimmen der Parteien, welche bei solchen Wahlen nicht in die Stichwahl kamen, für die betreffende Wahl nicht gerechnet sind. Auf diese Weise ist namentlich die Sozialdemokratie, die in vielen Wahlkreisen ansehnliche Minoritäten hatte, ohne zur Stichwahl zu gelangen, sehr schlecht weggekommen. Dies vorausgeschickt, theilen wir die Hauptziffern mit:

Die ortsanwesende Bevölkerung im Deutschen Reiche am 1. Dezember 1875 betrug 42,727,360, die Zahl der Wahlberechtigten 8,943,000. Abgestimmt haben am 10. Januar 1877 5,557,700, also etwa 60 Proz. Von diesen Stimmen erhielten die Candidaten der Conservativen 538,740, die der Freiconservativen 426,468, der Nationalliberalen incl. der Gruppe Löwe 1,712,000, der Fortschrittspartei 438,190, des Centrums 1,416,807, der Polen 219,159, der Sozialisten 485,122, der Volkspartei 57,147, der Partikularisten 112,496 u. s. w. Die Gewählten vertheilen sich auf die genannten Parteien wie folgt: Conservative 40, Freiconservative 38, Nationalliberale incl. Anhang 140, Fortschritt 35, Centrum 96, Polen 13, Sozialisten 12, Volkspartei 3, Partikularisten 5.

Die Durchschnittsziffer für jeden Gewählten bei 5,557,700 Wählern und 397 Abgeordneten beträgt 14,000; nach den Parteien stellt sie sich aber auf Grund der oben mitgetheilten Ziffern wie folgt: Conservative 13,470, Freiconservative 11,224, Nationalliberale 12,230, Fortschritt 12,520, Centrum 14,700, Polen 16,860, Sozialisten 40,420, Volkspartei 19,050, Partikularisten 22,500. Unter dem Durchschnitt blieben also die Freiconservativen (— 2780), die Nationalliberalen (— 1770), die Fortschrittler (— 1418) und die Conservativen (— 530.) Ueber den Durchschnitt hinaus kommen Centrum (+ 700), Polen (+ 2860), Volkspartei (+ 5050), Partikularisten (+ 8500) und Sozialisten (+ 26,420).

Man sieht, daß die gegenwärtige Art des Wählens einen sehr ungenauen und unrichtigen Ausdruck des Volkswillens giebt. Abhülfe könnte hier nur das schon vor Jahrzehnten von uns befürwortete Einwahlkreissystem schaffen, d. h. die Zusammenwerfung aller Wahlkreise in einen einzigen, die Abstimmung nach Listen, und die Zutheilung von Abgeordneten je nach der Zahl der Stimmen. Da über diese Materie noch viel Unklarheit herrscht, werden wir uns gelegentlich eingehend damit beschäftigen.

Der jetzige Wahlmodus ist besonders den jungen Minoritätsparteien nachtheilig, die zwar im ganzeu Land Anhang haben, jedoch nur in wenigen Gegenden schon so zahlreich sind, daß sie bei der Wahl durchdringen können. Gerechterweise müßten die Sozialisten (obige Ziffern zu Grund gelegt) als viertstärkste Partei im Reich, im Reichstag 35 Abgeordnete haben — sie haben aber blos 12, also etwa ein Drittheil. Und nehmen wir die Gesammtzahl aller auf unsere Candidaten gefallenen, in den Listen des Statistischen Amts zum Theil noch nicht berücksichtigten Stimmen (in runder Summe 600,000) so hat die Sozialdemokratie sogar 42—43 Vertreter in diesem Reichstag zu beanspruchen.

Daß die Zahl der „Reichsfreunde" nur um ein Geringes die der „Reichsfeinde" überragt, sei noch, als glänzendes Zeugniß für die „Genialität" unserer Staatskünstler, pflichtschuldigst erwähnt.

— Die Mängel des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz haben sich so fühlbar gemacht, daß der Bundesrath das Gesetz einer Revision zu unterwerfen beschlossen hat. Die „Vossische Zeitung" schreibt darüber:

„Wie wir erfahren, ist der Gesetzentwurf über Abänderung und Ergänzung des Gesetzes, betreffend den Unterstützungs-Wohnsitz, in erster Linie bestimmt, den Beginn der zweijährigen Frist für den Erwerb bezw. den Verlust des Unterstützungs-Wohnsitzes mit dem 21. Lebensjahre (dem Jahre der Großjährigkeit), anstatt wie jetzt erst mit dem 24. Jahre, eintreten zu lassen. Es ist dies zunächst eine unerläßliche Folge der Abänderung des Großjährigkeits-Termins durch Reichsgesetz, und wurde dies schon in der Reichstagssitzung vom 9. Dezember 1874 von liberaler Seite in den Worten anerkannt: „Wenn wir die Großjährigkeit durch Reichsgesetz regeln, so ist es natürlich, daß wir auch über die Frage verhandeln, ob nicht die Grenze des Unterstützungs-Wohnsitzes abgeändert werden müsse; denn das 24. Lebensjahr ist nicht zufällig gegriffen, sondern weil beim Erlaß des Gesetzes über den Unterstützungs-Wohnsitz in den meisten Staaten das 24. Lebensjahr das Großjährigkeitsjahr war." Dann aber hat die Bestimmung, wonach die Heimathsberechtigung erst mit dem 24. Lebensjahre erworben werden kann, den armen Gemeinden auf dem platten Lande schweren Nachtheil gebracht; gerade in dem Alter von 21—24 Jahren ziehen viele junge Leute in die Stadt, ruiniren sich dort und fallen den Heimathsgemeinden zur Last. Ferner wird der in Rede stehende Gesetzentwurf auch die Frage wegen der Dauer desjenigen Zeitraums, innerhalb dessen der Unterstützungs-Wohnsitz erworben wird, zur Lösung bringen. Es hat sich nämlich als ein Mißgriff herausgestellt, daß man in dem Gesetze statt des einjährigen Zeitraumes, welcher für den Wechsel des Unterstützungs-Wohnsitzes in Preußen früher maßgebend war, zwei Jahre aufnahm. Die Abgeordneten aus den kleineren Staaten wollten absolut drei Jahre haben, und es mußte schließlich die Mitte genommen werden, um überhaupt zu einem reichseinheitlichen Gesetze zu gelangen."

Dies über den Inhalt des neuen Gesetzentwurfs. Genützt ist mit dieser Reform nichts, oder so gut wie nichts. Das Uebel wird höchstens ein wenig gemildert; und da es in dem Wesen des Unterstützungswohnsitzes liegt, so kann keine Reform gründliche Abhülfe schaffen, wenn sie nicht den Unterstützungs-Wohnsitz selbst beseitigt. Man erkläre die Armenunterstützung zur

Wider eine alte Lüge!

Der nationalliberalen Zeitung „Im neuen Reich" läßt Georg Herwegh's Wittwe nachfolgende Zuschrift zugehen, die wir zwar schon veröffentlicht haben, des Zusammenhangs halber aber nochmals zum Abdruck bringen: „In einem mit B. unterzeichneten Artikel der Nr. 11 Ihrer Wochenschrift, ausgegeben am 8. März 1877, über meines verstorbenen Mannes, Georg Herwegh, „Neue Gedichte" heißt es: „— und — vor allem — sie (nämlich die Gedichte) rabotiren, als ob es ihrem Verfasser Herzenssache gewesen wäre, das Spritzleder von Schopfheim nicht in Vergessenheit gerathen zu lassen." Der Verfasser spielt mit diesen Worten auf die verschiedentlich aufgestellte Behauptung, als ob sich Herwegh in dem sogenannten badischen Feldzuge von 1848 nach dem Gefecht bei Dossenbach, unter dem Spritzleder eines Wagens verborgen, aus dem Staube gemacht hätte, wie auf eine Thatsache an.

„Obgleich schon wiederholt zu Herwegh's Lebzeiten nachgewiesen wurde, daß die ganze Geschichte vollständig erfunden ist, namentlich auch von drei Augenzeugen, nämlich von mir selbst in „Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion in Paris. Von einer Hochverrätherin. Grünberg 1849, Verlag von W. Levysohn", von Herrn v. Corvin in „Aus dem Leben eines Volkskämpfers. Erinnerungen 1862 — 64" und von Professor Krebs in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung" vom Februar 1875, so sehe ich mich als Wittwe des Angegriffenen doch veranlaßt, nochmals zu erklären, daß Herwegh nirgends und zu keiner Zeit in der angegebenen oder in einer anderen Weise seine mitkämpfenden Kameraden im Stich gelassen, daß insbesondere nach dem unglücklichen Ausgang des Dossenbacher Gefechtes er einer der Letzten war, der — und zwar zu Fuß — sich nach Rheinfelden auf Schweizer Boden rettete, was ihm nur dadurch gelang, daß er, als Bauernbursche verkleidet, einen Tag lang in Banzenbach auf dem Felde arbeitete und auf diese Weise den verfolgenden Soldaten entging."

„Gleichzeitig mit obiger Erklärung erhalten wir von einem alten Freunde, Professor Krebs, früher in Mannheim, jetzt in Littweiler bei Freiburg i. Br., die nachfolgende Darstellung und Feststellung des ganzen Hergangs. Der Verfasser ist dazu vor Anderen befähigt. Einmal war er Augenzeuge und Mitkämpfer bei Dossenbach; zum Andern aber hat er durch ein Leben voll Opfer und Hingebung an seine Sache bewiesen, daß er für Wahrheit und Freiheit einzutreten weiß und in Fragen ächten Mannesmuths mitzureden das Recht hat. Solch berufenem Anwalt des schnöd verleumdeten Todten ertheilen wir doppelt gern das Wort:

Am Jahrestage des Gefechtes bei Dossenbach.

„Wer die Wahrheit kennet und saget sie nicht,
Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht!"

Wenn ein Licht am Erlöschen ist, flackert die Flamme noch einmal empor; es prasselt ein wenig auf und dann? — dann ist's geschehen. So ergeht's den alten Achtundvierzigern. Hie und da ballt sich noch einmal die Faust; ein kräftiger Fluch wird ausgestoßen, ein freies, kerniges Wort gesprochen; manchmal auch noch vom alten Graukopf der Pegasus bestiegen, oder die Feder zu einem kräftigen Proteste eingetaucht; dann kommt das bittere Gefühl der erlittenen Täuschungen und man versenkt sich in die stillen, die vergangenen Tage. Man tröstet sich mit dem Gedanken, daß damals ein anderer Geist im Volk gelebt, daß die damalige Jugend eine andere gewesen, wenn man jetzt mit wenigen Ausnahmen überall nur Indifferenz und Stagnation erblickt (Und die Sozialdemokratie? Red. d. V.), die schlimmsten und sichersten Vorboten bald oder vielmehr schon herrschender Reaktion!

Als ich Ende März des Jahres 1875, obgleich vielfach von Geschäften in Anspruch genommen und im Begriff, von Mannheim in's Oberland überzusiedeln, der Pflicht nachkam, dem „epochemachenden Geschichtsschreiber, Herrn Dr. Oskar Jäger, den möglichst objektiven Beweis zu führen, daß er sich mit dem Nacherzählen des Spritzleder-Märchens zur Verbreitung einer gemeinen Tendenzlüge hergegeben, fiel es mir nicht im Traum ein, noch einmal in der gleichen Angelegenheit aus meiner Einsamkeit hervortreten zu müssen. Hatte ich doch dem großen Freiheitssänger unseres Volkes wenige Wochen noch vor seinem Tode „die letzte Freude" bereitet, und seine Verleumder an den Pranger gestellt. Und war jener Protest doch genügend und durchschlagend für meine Gesinnungsgenossen nicht allein, sondern für alle, die hören wollten. Für St. Thomasse konnte ich ihn damals nicht schreiben, weil mir die Quellen augenblicklich nicht zur Hand, meine Bibliothek und Papiere bereits auf dem Wege in's Oberland waren. So mußte ich mich einfach auf mein zwar noch ziemlich treues Gedächtniß verlassen.

Wenn ich heute am 29. Jahrestage von Dossenbach noch einmal die Feder ergreife, geschieht es, um dem Herrn Dr. Oscar Jäger und seinen seitherigen Nachkläffern: Herrn Dr. Bruno Mayer, dem Herausgeber der „Deutschen Warte", sowie einem Herrn B. (wie mir versichert ward, Herrn Hans Blum!) „Mitarbeiter" der Zeitschrift „Im neuen Reich" und ihren gelehrigen Papageien — den aktenmäßigen Beweis zu liefern, daß sie gelogen, theils leichtsinnig, theils absichtlich gelogen und verläumdet haben.

Abgesehen von der Tendenz, die in Hrn. Dr. J. Jäger's Geschichte der Jahre 1848 und 1849, bei der verkleinernden und herabgesetzten Schilderung der großartigen Bewegung und ihrer unmittelbaren Folgen, so offen und greifbar zu Tage tritt, abgesehen vom Standpunkt der Partei — von dem der Wissenschaft aus fragen wir den kleinen Supplementschreiber des großen Schlosser: „aus welchen dem Historiker erlaubten Quellen haben Sie geschöpft?" Und da er selbst schweigt, wollen wir die Antwort geben: „Aus gar keiner!" Was würde zu solchem Schüler wohl der Meister Schlosser sagen?

Doch zur Sache. Die einzigen offiziellen Quellen, welche in Bezug auf die deutsch-demokratische Pariser Legion und ihr Auftreten in Baden existiren, sind: 1) Der Bericht des General-Lieutenants von Miller über das Gefecht von Dossenbach; 2) die Anklageschrift des damaligen Staatsanwalts Ammann gegen die beiden einzig auf der Anklagebank erschienenen Mitglieder dieser Legion: gegen Adalbert von Bornstedt und gegen den Verfasser dieser Zeilen. Andere aktenmäßige Quellen gibt es nicht. Mit Beweisen vor Augenzeugen, die wir selber noch aufgefunden, werden wir weiter unten aufwarten.

Aus dem Berichte des württembergischen Generallieutenants v. Miller — „Karlsruher Zeitung" Nr. 119 vom 1. Mai 1848 und Beilage zur „Freiburger Zeitung" Nr. 124 vom 3. Mai 1848 — entnehmen wir, daß der General selbst ganz richtig

Staatssache, wie die Sozialdemokratie es verlangt, und alle Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten des heutigen Unterstützungssystems sind, sammt dem Unterstützungswohnsitz, mit Einem Schlag aus dem Wege geräumt. Das Mittel ist so einfach, so einleuchtend und so gerecht, daß wenn Gerechtigkeit wirklich die Grundlage der Staaten bildete (justitia fundamentum regnorum), die Anwendung selbstverständlich wäre. Aber —

— Die „Deutsche Reichs-Post" läßt sich aus Mülhausen im Elsaß unterm 11. Mai schreiben: „Die Geschäftsstockung ist immer dieselbe, ja sie scheint zu steigen. Ruhige und sachkundige Männer sind überzeugt, wie ich gestern vernommen habe, daß die kleineren Fabriken einem unvermeidlichen Ruin entgegengehen, die Industrie habe sich, sagen sie, zu sehr ausgedehnt und produzire weit über Bedürfniß." Sonderbar! Man zog und zieht in allen möglichen und unmöglichen Tonarten gegen die Sozialdemokraten zu Felde, muß sich aber doch am Ende, wie Figura zeigt, vor der Unumstößlichkeit der Thatsachen beugen! Schließlich ist's auch mit der Anerkennung dieser Thatsachen nicht mehr gethan — die Sonne bleibt nicht mehr, wie zu Josua's Zeiten, still stehen, und man muß nolens volens dem Geist der Zeit gehorchen.

— Die Ausbeutung der Kinder und jugendlichen Arbeiter seitens der Kapitalisten hat auch in Dänemark bereits eine erschreckliche Höhe erreicht, das beweisen die nachstehenden Ziffern, welche die dänischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1876 ermittelt haben. Darnach standen Ende 1876 im Ganzen 613 Fabriken unter der Controle der Fabrikinspektoren.

In diesen 613 Fabriken waren beschäftigt 2661 Kinder (10- bis 14-jährig), 2545 jugendliche Arbeiter (14- bis 18-jährig) und 15,893 Erwachsene. Die Anzahl der beschäftigten Kinder und jugendlichen Arbeiter gestaltet sich im Verhältniß zu den Erwachsenen, soweit sich dies überhaupt feststellen läßt, nach folgenden Prozentsätzen, d. h. auf 100 Erwachsene:

	Kinder	jugdl. A.	Summa
In Zündhölzchenfabriken	31,8	23,5	55,3
„ Cichorienfabriken	36,7	7,3	44,0
„ Tabakfabriken	31,4	12,5	43,8
„ Papierfabriken	22,5	17,5	40,0
„ Buchdruckereien	5,3	23,6	28,9
„ Glasfabriken	12,0	14,3	26,4

u. s. w.

Die Arbeitszeit beläuft sich bei 53 Proz. der Fabriken bis zu 12 Stunden, bei 7 Proz. über 13 Stunden. Das dänische Fabrikgesetz schreibt für in Fabriken beschäftigte Kinder von 10 bis 14 Jahren eine tägliche Arbeitszeit von höchstens 6½ Stunden, für die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 18 Jahren höchstens 12 Stunden täglich vor.

— Auf dem Kriegsschauplatz fängt es an, „lebendig" zu werden. Die Wahrheit ist aus der Fluth von Nachrichten schwer herauszufinden, um so schwerer, als die Wahrheit aus handgreiflichen Gründen oft verhehlt werden muß, und, namentlich auf russischer Seite, in unverschämtester Weise gelogen wird. So viel steht fest, in Asien haben die Russen eine tüchtige Schlappe erlitten, und der Tscherkessen-Aufstand, dessen Ausbruch gemeldet wird, dürfte, falls er sich ausdehnt, einen bedeutenden Faktor in diesem Kriege bilden. (Der Stamm, der sich jetzt erhoben hat, ist derselbe, der unter Schamyl heroisch für seine Unabhängigkeit kämpfte, und ein Sohn Schamyl's soll an der Spitze der Aufständischen stehen.) Auch in Europa spielt ein ähnlicher Faktor mit: obgleich die betreffenden Angaben zum Theil sehr abenteuerlich lauten, so ist doch soviel gewiß, daß die Türken eine polnische Legion errichtet haben, und daß die russische Regierung den Rückschlag der Ereignisse auf Polen sehr lebhaft fürchtet. An der Donau wird lustig geknallt und gebrandstiftet — alles im Namen der Religion und der „Cultur" — bisher ist den Angreifern der, allerdings schwierige, Flußübergang noch nicht gelungen.

— Herr Ludwig Pfau, unsern Lesern rühmlichst bekannt, veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung" vom 8. d. M. folgende Erklärung:

Herr Oberstaatsanwalt Schmieden hat in der Sitzung des Appellationsgerichts vom 27. April, angeblich nach „zuverlässiger Quelle" behauptet, meine Vertheidigung sei nachträglich für den Druck bearbeitet worden, um möglichst viel Aufhebens zu machen. Auf diese Verdächtigung hin habe ich dem Herrn Staatsanwalt und seiner Quelle einfach zu erwidern, daß ich — abgesehen von meiner Gewohnheit nicht zu fälschen — die Unwahrheit ihrer Behauptung durch eine Anzahl klassischer Zeugen beweisen kann. Die Rede war geschrieben und memorirt, als ich nach Frankfurt kam, und wurde, mit Hilfe einer detaillirten Disposition, genau so vorgetragen wie sie geschrieben war. Für den Druck wurden allerdings einige Stellen des Manuskripts gestrichen und ein paar andere gemildert; aber nicht aus Gründen politischer Wirkung, sondern im Gegentheil mit journalistischem Bedauern, und einzig in der Absicht, die publizirende Zeitung nicht neuen Verfolgungen auszusetzen. Denn daß die Verhandlungen einer Justiz, welche auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beruht, nicht mehr gefahrlos veröffentlicht werden können, ist ja auch eine der schönen Errungenschaften unserer preußischen Aera. — Wenn Herr Schmieden weiter meint, 100 Mark Strafe sei zu wenig „im Verhältniß zu dem Kapital, das der Angeschuldigte aus der Anklage und Untersuchung geschlagen," so hat er damit selber seinen Strafantrag hinreichend charakterisirt. Diese „juridische" Auffassung des Herrn Oberstaatsanwalts ist die richtige Signatur einer Justiz, welche da zu drei Monat Gefängniß verurtheilt, wo der erste Richter nur eine Strafbarkeit von 100 Mark Geldbuße zu erkennen vermochte. — Auf die übrigen, jeder logischen Begründung ermangelnden Behauptungen des Herrn Schmieden einzugehen, verlohnt sich um so weniger, als derselbe keines der von der Vertheidigung vorgebrachten Beweismittel zu widerlegen im Stande war. Wohl aber beweist solch' laienhafte Behandlung eines Rechtsfalls, der mit einer schweren Freiheitsstrafe endigen sollte, daß die Wissenschaft der Rechtspflege im neuen Reiche noch auf ein tieferes Niveau gesunken ist, als die andern dialektischen Disziplinen. — Im Uebrigen berufe ich mich — wie ich als Kläger oder Beklagter in öffentlichen Dingen stets gethan — auf die Instanz, welche über allen Richtern steht, auf den Gerichtshof der freien Geister und unabhängigen Charaktere. Er hat sein inappellables Urtheil bereits gesprochen.

Stuttgart, den 6. Mai 1877. Ludwig Pfau.

Aus Rumänien.

12. Mai.

Seit einigen Tagen hier, werde ich zunächst, wie üblich, mit dem Wetter beginnen, das gegenwärtig hier eine nicht unbedeutende Rolle spielt; in einem fort seit Wochen regnet es in Strömen, die Straßen sind durchweicht und unwegsam, und das macht den russischen Truppen, die täglich in Massen hier durchpassiren, nicht wenig zu schaffen; die Bahubeförderungsmittel sind nur in sehr beschränktem Maße vorhanden und die Truppen legen den Weg meist zu Fuß zurück, natürlich nicht ohne bei jedem Transport eine respektable Anzahl von Maroden in den Spitälern zurückzulassen. —

Unterwegs, namentlich in Czernowitz, begegnete ich vielen Familien, die sich aus Braila, Reni und Galatz — Plätzen an der Donau gelegen und den türkischen Schiffsgeschützen zunächst ausgesetzt — geflüchtet haben, um auf österreichischem Boden ein Unterkommen zu finden. Selbstverständlich ist der bürgerliche Wohlstand dieser Flüchtlinge, die Haus und Hof verlassen und schwer transportable Werthstücke im Stich lassen mußten, gründlich vernichtet worden. Nichtsdestoweniger sind das noch die Beneidenswerthen, die ärmere Bevölkerung, der das Reisegeld aufzutreiben unmöglich gewesen, mußte zu Hause bleiben und, da die Städte den türkischen Kugeln ausgesetzt sind, sich in's Freie begeben, wo sie, so gut sie bei der bereits geschilderten Witterung konnten, sich primitive Zelte aufrichteten; der Jammer, die Noth dieser Leute spottet aller Beschreibung. —

In Pascany, der Kreuzstation Jassy-Roman, sah ich die ersten russischen „Culturkämpfer", höhere Offiziere, beim Glase Wein im Bahnhof gemüthlich plaudern. Von da ab begegnete unser Zug nur Militärzügen; gleichgültig, stupid glotzten die moskowitischen Gesichter in's Leere — nur vereinzelt hörte man pfeifen und singen, den Leuten schien es nicht sonderlich wohl, jedenfalls nicht kriegslustig zu Muthe zu sein. In Braila, wo ich einige Zeit, und noch heut Morgen, war, wimmelt es von russischen Militärs aller Waffengattungen, täglich kommen und gehen ganze Regimenter; in der Regel geschieht der Ein- und Ausmarsch unter Sang und Klang par ordre, doch klingen die russischen Melodien, wie überhaupt die slavischen, durchaus nicht heiter, sie sind tief melancholisch und passen ganz zu den traurigen Gesichtern.

Das Betragen der Soldaten ist tadellos, sie stehen unter guter Disciplin; dagegen mangelt es ihnen entschieden an gehöriger Verpflegung, wenigstens sieht man die Leute ganz ungenirt all' ihr bischen Hab und Gut, meist in Reservegegenständen bestehend, zum Trödler tragen, wo sie für ein Lumpengeld Schuhe, Wäsche, manche Monturstücke wie Mäntel u. dgl. verklopfen. Mancher thut dies natürlich auch blos, um sich einen Extrawutki (Wutki — Schnaps) zu verschaffen. Auf meine Frage, warum er denn die Stiefel verkaufe, gab mir ein Soldat zur Antwort: „Werde ich todtgeschossen, brauche ich sie nicht, wenn aber nicht, dann werde ich mir schon ein neues Paar zu verschaffen wissen." Ich stand vor einem Laden, als ein Soldat ein Paar Stiefel an einen Trödler verhandelte; ein Offizier ging gerade vorbei und sah den ganzen Vorgang; ich dachte, daß nun der arme Kerl hier nicht mit heiler Haut durchkommen werde, doch ich irrte mich — der militärische Gruß wurde von beiden Seiten gewechselt, der Offizier lächelte, und als ich den Soldaten frug, ob er nicht fürchte in Strafe genommen zu werden, meinte er, „an derlei Dinge sei man bei ihnen zu Hause bereits gewöhnt, das werde nicht weiter beachtet." —

Die hiesige Bevölkerung ist sehr deprimirt, Alles stockt, die „Aktionspolitik", welche die rumänische Regierung eingeschlagen hat, indem sie mit den Russen gemeinschaftliche Sache macht und sich gewissermaßen dem russischen Militärcommando untergeordnet, flößt der Bevölkerung nicht geringe Sorge ein, und allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß Fürst Carol I., ein geborener Hohenzoller, nur im Auftrage und für Rechnung Sr. Durchlaucht des Fürsten Bismarck handele, der auf diesem Wege Rußland seinen Dank für 1870 abstatte. — Inzwischen wird das Land ruinirt; Handel und Verkehr ist vollständig lahm gelegt, der Ackerbau, für Rumänien von der allerhöchsten Bedeutung, ist durch die Einziehung der Reserven unter die aktiven Truppen geschädigt, die schönsten und blühendsten Handelsplätze an der Donau von den türkischen Kugeln zu Schutthaufen eingeäschert — so haben wir hier in erster Reihe die handgreiflichsten Segnungen der russischen Culturmission zu verspüren, und vermuthlich werden auch bald noch andere Länder Aehnliches erfahren.

---

die Absicht der deutschen Pariser Legion erkannt hatte, indem er unter anderem sagt:

„Ueber die Absicht dieser Kolonne konnte kein Zweifel entstehen; sie war zur Mitwirkung gegen Freiburg zu spät gekommen, hatte die badischen Freischaaren in vollständiger Auflösung gefunden, ihre Rückzugswege nach dem Elsaß waren durch die badischen und hessischen Truppen gesperrt; sie suchte also gegen die Schweiz auszuweichen, wozu ihr nur die beiden Richtungen nach Säckingen und Rheinfelden übrig blieben."

Also die ganze Legion hatte vom Momente ihres Uebertretens auf das badische Gebiet, nachdem sie die Niederlage der Freischaaren vernommen, keine andere Absicht, als die, sich nach der Schweiz zurückzuziehen; das gestehen hier selbst ihre Verfolger zu! — Sie gestehen aber weiter auch zu, daß wenn die Legion nach der Schweiz „auszuweichen" suchte, ihre Verfolger nichts von diesem Ausweichen wissen wollten; denn der Bericht sagt weiter unten:

„Einen unmittelbaren Angriff vor Zell konnte ich wegen der zur Sammlung meiner Truppen erforderlichen Zeit nicht vor Morgens 6 Uhr beginnen."

Das heißt: die Thatsache wird zugestanden, — und deren Nachweis war es auch, was uns vor dem Schwurgerichte rettete — daß man uns angegriffen, daß man die Legion angreifen wollte, obgleich sie bei Dossenbach keinen andern Zweck verfolgte, als den, sich zurückzuziehen. Allerdings, vom Momente an, als man auf unsern Krankenwagen geschossen (was der die Angriffspatrouille kommandirende Oberfeldwebel Köhler in seinen Angaben vor dem Schwurgerichte selber zugestehen mußte), war die Nothwendigkeit der Vertheidigung eingetreten; und wie dies die Legion gethan, davon haben die Gegner auch vor dem Schwurgerichte nur mit Achtung gesprochen: Hr. Hauptmann Lipp, der im Gefechte von Dossenbach an der rechten Hand verwundet wurde, sprach mit Lob und Anerkennung von der Tapferkeit der Legion und der Bericht des Generals spricht sogar von einem „kritischen Momente", dem die königl. württembergischen Truppen ausgesetzt waren.

Hören wir weiter, was derselbe Bericht über Herwegh sagt; es heißt dort:

„Herwegh selbst und seine Frau, die ihn in Männertracht begleitete, ist nach eingegangenen Nachrichten, sobald er die Annäherung der Truppen erfahren, noch vor Beginn des Kampfes entflohen."

Hr. General v. Miller, der offene Gegner, ist doch so wahrheitsliebend, daß er nicht sagt, seine Leute haben das Herwegh'sche Ehepaar bestimmt entfliehen sehen, sondern: „H. ist nach eingegangenen Nachrichten (also nach Hörensagen) entflohen." Wie anders Herr Dr. Oscar Jäger, der Mann der Wissenschaft, der Geschichtsschreiber, indem er uns die Spritzledergeschichte als geschichtliche Thatsache servirt: „Herwegh selbst rettete sein werthloses Leben, indem er sich unter das Spritzenleder eines Wagens versteckte, den seine resolute Frau kutschirte." II. Bd. Pag. 26.

(Fortsetzung folgt.)

— Der „Ulk", das sogenannte „Witzblatt" des Herrn Mosse in Berlin, des Oberbourgeois und Annoncenbureau-Inhabers, sagt einmal in Bezug auf die heutigen Verhältnisse, und besonders im Hinblick auf die Wahlkämpfe, die in Berlin noch bevorstehen, die Wahrheit — d. h. wenn man den Willen für die That ansieht. Es heißt nämlich im „Ulk":

„Die armen Sozialdemokraten.

Wie mancherlei versuchte man
Die Rothen zu bekämpfen!
Ihr setztet alle Hebel an,
Um ihr Gewühl zu dämpfen.
Doch was auch that die Polizei,
Ergebnißlos war Alles.
Nur mir erliegt die Wühlpartei,
Ich ducke sie!

Der Dalles."

Auch wir sind überzeugt, daß der Mosse'sche Dalles sich alle Mühe giebt und daß es ihm auch noch eher gelingt, die Sozialdemokratie zu ducken, als der Polizei — doch nicht lange dauert es, daß auch er zur Polizei geworfen wird, zu welcher derselbe schon längst gehört — und dann ist es mit dem „Ducken" wieder einmal nichts.

Correspondenzen.

Wien, den 9. Mai. Wenn ich lange nicht geschrieben habe, so geschah es aus dem einfachen Grunde, weil es nichts Wesentliches zu berichten gab. Trotz des Krieges ist das politische Leben Cisleithaniens zum Einschlafen langweilig: man harrt beständig der Dinge, die da kommen werden. Daß der Zukunft Schooß für Oesterreich nichts Heiteres bürgt, davon ist Jeder überzeugt. Wenn auch der Graf Andrassy Miene macht, nach Cerebes abzureisen und der Kriegsminister sich zu einem mehrwöchentlichen Aufenthalt in Karlsbad bereit macht, so gilt es doch für ausgemacht, daß Oesterreich thätig in das Gewühl an der Donau unten wird eingreifen müssen. An wessen Seite dies geschehen wird, ist unzweifelhaft; der stürmische Empfang der Softas in Budapest zeigt deutlich die Richtung, welche Ungarn und mithin Oesterreich, dieses Anhängsel Ungarns, eingeschlagen hat. Die slavischen Völker Oesterreichs sind zu uneinig, um ein Gegengewicht abzugeben. Die föderalistischen Polen haben den föderalistischen Czechen wegen deren Russenfreundlichkeit die Freundschaft gekündigt; diese hinwiederum beginnen über die föderalistischen Ultramontanen mißmuthig zu werden, da der Papst den Kreuzzug für die Ungläubigen predigt. Und im Süden sehen sich die griechischen Serben und die katholischen Kroaten sehr mißtrauisch an. Diese Zerfahrenheit und Zerrissenheit der Parteiverhältnisse ist es auch, die unsere Regierung noch möglich macht, obgleich sie gar keiner Partei genügt, weder den Deutschen noch den Slaven, weder der Bourgeoisie noch dem Feudaladel. Jeder fürchtet sich, sie zu stürzen, um nicht die Gegenpartei dadurch an's Ruder zu bringen. Ein System gibt es in Oestereich nicht mehr, bei uns regiert die Charakterlosigkeit. So lange Ruhe ist, kann das Balancirspiel ungestört fortdauern, aber der geringste Anstoß von Außen erregt alle Elemente gegen das Bestehende und ein wüstes Chaos ist die Folge. — Wie wenig sicher man in den oberen Regionen sich fühlt, bezeugen die Verfolgungen, welche man der kleinen und schwachen Arbeiterpartei Oesterreichs zu theil werden läßt. Man weiß eben, daß der kleinste Funke den Brand entflammen kann. — Sitzen ein paar Parteigenossen beim Bier beisammen, flugs hat sie der berüchtigte Sozialistenfresser Frankel, dem auch Werner seine Ausweisung zu verdanken hat, ausgespürt und überfällt sie als „geheime Versammlung"! Bei dem letzten dieser „Ueberfälle" wurden dem Genossen Schwarzinger 200 „Gleichheiten" widerrechtlich weggenommen und bis heute noch nicht ausgefolgt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch Genosse Schapira ausgewiesen. — Die „Gleichheit" ist schon mehrere Male nacheinander zu unserem größten Erstaunen nicht konfiszirt worden. Sie ist aber auch so vorsichtig redigirt, daß es mit dem besten Willen nichts mehr in derselben zu konfisziren gibt. — Sozialistisch schreiben darf man nicht; sozialistisch reden natürlich noch viel weniger. Als nach langer Zeit wieder einmal eine Volksversammlung einberufen worden war, wurde sie verboten. Daran sind wir schon gewöhnt, überrascht wurden wir nur durch die Freimüthigkeit des Polizeiraths Weiß, der erklärte: „Geben Sie sich keine Mühe mit dem Einberufen, unter den jetzigen drohenden Verhältnissen werden Ihnen keine Volksversammlungen bewilligt." Das heißt also, für die Sozialdemokraten ist das Versammlungsrecht in Oesterreich suspendirt, für uns ist der Ausnahmezustand, der Belagerungszustand gewissermaßen, proklamirt. Und so verrottet, so charakterlos ist das Parlament, daß die Behörden es wagen dürfen, so flagrante Gesetzesverhöhnungen offen auszusprechen. Nicht einmal den Schein der Gesetzlichkeit wahrt man mehr in dem „Rechtsstaate" Oesterreich den Sozialdemokraten gegenüber. Niemand ist es, der ein soches Vorgehen zu rügen wagt, selbst Kronawitter sind die Hände gebunden, da seine Wähler drei- und viersach versteckte Josefstädter Hausherrn sind. Was durch ein solches Vorgehen erreicht wird, ist klar: das Volk wird gezwungen, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß auf gesetzlichem Wege nichts zu erreichen ist. Noch ein Winter, wie der letzte, voll Jammer und Elend, voll Verzweiflung und Verbrechen, und Oesterreich überlebt ihn nicht. In Atzgersdorf beträgt der Durchschnittslohn der beschäftigten Arbeiter 27 Kreuzer täglich, in Wien sind 10,000 Arbeiter brotlos, in Nordböhmen und Mähren verhungern die Arbeiter buchstäblich, indeß die lustigen Fabrikantensöhnchen von Vergnügen zu Vergnügen taumeln. Die Bourgeoisie im Ganzen und Großen erschrickt jedoch selbst vor den Folgen so andauernden Elends, und um dem Volk zu zeigen, man wolle etwas für dasselbe thun, erließ man — hochtönende Aufrufe zu Gunsten der Spitzenklöpplerinnen im Gebirge. Um aber auch bei dieser Gelegenheit nichts umsonst zu thun, sorgte man für das Knopfloch und schweifwedelte in hündischer Servilität vor der Kaiserin. Die 20 Millionen Mehrforderungen unseres Kriegsministers für den Friedensetat werden den Hunger jedenfalls auch nicht stillen helfen. Aber es wird so lange darauf losgewirthschaftet werden, bis das Volk in seiner Mehrheit eingesehen haben wird, daß seine ärgsten Feinde der heutige Staat und die heutige Gesellschaft sind.

Hamburg, 13. Mai. Ich habe einen Freund, dessen Losung ist: „Die Welt wird immer hübscher!" Und er hat recht, mindestens im Mai, denn alles grünt und blüht draußen. Doch auch drinnen, in dem realen Leben, regt sich's unablässig. So z. B.

hier in Hamburg, dem „schönen Städtchen", in welchem jetzt die goldene Jugend an der Hand eines Reichstagswahlvereins organisirt werden soll. Dieser „reichstreue" Verein hat nur einen Punkt in seinem Programm: Bekämpfung der sozialistischen Umsturzpläne. Das ist alles — mehr hat er nicht auf dem Herzen. Aber er erklärt, nur leben zu wollen, wenn er mindestens 10,000 Mitglieder und zwar binnen Kurzem stark werde. Um dieses Ziel zu erreichen, klopft er zärtlich und liebkosend bei den ortsvereinlichen Zünften an, die vorerst jedoch noch spröde thun, obwohl sie in nicht allzu ferner Zeit nach seiner Pfeife tanzen dürften. Die Musik oder besser die Pfeiferei wird zunächst von einem Urgenie in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, dem Handelskammer-Sekretair Schulze aus Mainz, vor zwei, drei Jahren Oberdexunziant in dem entschlafenen Fabrikantenblatt „Concordia", gemacht werden. Schulze kommt nämlich hierher, sintemalen er zum Sekretair der hiesigen Gewerbekammer gewählt worden ist. Was dem Reichstagswahlvereins- und sonstigen Gründer Wex hier an Verdächtigungsmitteln gegen die Sozialdemokratie fehlt, das wird Schulze ergänzen — unverfroren sind sie beide und daher durchaus der Collegenschaft des bezahlten Klopffechters Liesenberg würdig, den der Reichstagswahlverein ganz in der Stille zu seinem Bureauchef gemacht hat. Ob Schulze hier nicht weiter aufrücken, vielleicht noch Senatssekretair werden wird — wer weiß es, aber so viel steht fest, daß Wex 1880 in den Reichstag gewählt sein und Liesenberg durch den Reichstagswahlverein sich eine dauernde Brodstelle erschließen will. Sobald übrigens unsere goldene Jugend fest organisirt ist, wird sie zur Offensive übergehen und in die Volksversammlungen kommen — alles nur, um zu krakehlen, zu denunziren und zu theilen. Das Theilen ist ihr ohnehin von der Börse her geläufig und nur heilig, wenn ihr Amen es segnet. Dürfen die Sozialdemokraten all' diesem gleichgültig gegenüberstehen? Zweifellos nein! Sie werden es auch nicht thun und das freut mich, denn eine Portion Nörgelei fällt dabei unter den Tisch und macht dem Verlangen nach ernsten, prinzipiellen Erörterungen Platz. Die Taktik der Gegner bestimmt unsere Kampfesweise, das Geschrei und das Wühlen der Gegner ruft uns zur Wehr, zum Ueben in den geistigen Waffen. Nun bin ich am Schluß; ihn bilde die Mittheilung, daß heute früh hier der Denkstein eingeweiht wurde, welchen die Holzarbeiter ihrem Vorkämpfer Yorck auf dessen Grab errichtet haben. Der Stein, von Marmor, trägt die Inschrift: „Dem wackern Streiter für die Rechte der Arbeiter! Hier ruht Theodor Yorck, geb. zu Breslau den 13. Mai 1830, gest. zu Hamburg den 1. Januar 1875." Die Liedertafel „Lassallea" sang bei der Feier einige Lieder, Geib und Moje hielten Ansprachen und die Tischler, Gewerksgenossen Yorck's, aus Dresden, Leipzig, Hamburg und Altona bekränzten den Stein auf's schönste.

Großröhrsdorf. Am 29. April hielten wir eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „1. Die Selbstzersetzung der Gewaltherrschaft; 2. Wahl eines Delegirten zum bevorstehenden Congreß." Als Referent war Herr Schuldirektor Klemich aus Dresden anwesend. Nach Beendigung des Vortrages, der allgemein ansprach, schritt man zur Wahl des Delegirten zum Sozialistencongreß und wurde Klemich mit 289 Stimmen als solcher ernannt. Mitzutheilen ist auch, daß sich hier eine Mitgliedschaft der sozialistischen Partei gebildet hat. A. R.

Dortmund, 11. Mai. Der verantwortliche Redakteur der „Westfälischen Freien Presse", Ostermann, hatte am 9. Juli in Rödinghausen in einer Arbeiterversammlung einen Vortrag über die heutige Presse gehalten, in welchem er u. A. die Arbeiter ermuntert hatte, mit ihrer bisherigen Gewohnheit, liberale Blätter zu lesen, zu brechen und es einmal mit der Arbeiterpresse zu versuchen. Als nächstbeste Gelegenheit hatte er das Abonniren auf die „Westfälische Fr. Presse" empfohlen. Nach Schluß des Vortrages übergaben fünf Personen, theils schriftlich, theils mündlich, ihre Namen an den Vortragenden in der Absicht, auf die „Freie Presse" zu abonniren. Der anwesende Polizeikommissar forderte in Folge dessen Ostermann auf, eine „Legitimation als Abonnentensammler" vorzuzeigen, was dieser nicht konnte und in Folge dessen er von der Polizeiverwaltung zu Barop wegen Gewerbekontravention zu 15 Mark oder 3 Tagen Haft verurtheilt wurde. Ostermann hatte gegen diese Strafverfügung auf gerichtliche Entscheidung angetragen, indem er bestritt, daß es sich hier um Abonnentensammeln, weder im gewerbsmäßigen noch nichtgewerbsmäßigen Sinne, handle, da sein Vortrag allgemein gehalten und er Niemanden in der Versammlung direkt aufgefordert habe, zu ihm zu kommen und bei ihm zu abonniren. Die fünf Abonnements habe er allerdings angenommen und dem Verleger übergeben, was er aber nur als einen Akt der Gefälligkeit gegenüber den Abonnirenden bezeichnen müsse, da ihm dergleichen alle Tage passire. Der Polizeirichter entschied, auf Grund von Entscheidungen des Obertribunals in ähnlichen Fällen, auf eine Strafe von 24 Mark oder 6 Tage Gefängniß. Ostermann wandte sich nunmehr an das Appellationsgericht in Hamm, und stand am Dienstag den 8. Mai Termin in dieser Sache an, in welchem die Entscheidung auf Vernichtung des polizeirichterlichen Erkenntnisses und kostenlose Freisprechung Ostermann's erfolgte. Das Gericht nahm auf Grund eines Verhörs des Verlegers Kalbfleisch an, daß es sich in diesem Falle nicht um ein Sammeln von Abonnenten im Interesse des Angeklagten handeln könne, und daß auch kein Beweis vorliege, daß derselbe im Interesse eines Andern Abonnenten gesammelt habe.

Ulm, 11. Mai. Auch unsere Stadt kann von einer militärischen Heldenthat berichten. Die Sache verhält sich, wie folgt: Vom k. Oberamt Ulm wurde gegen eine hier allgemein berüchtigte Dirne, Namens Schmied, welche sich hauptsächlich mit Offizieren abgab und schon öfters wegen gewerbsmäßiger Unzucht bestraft ist, eingeschritten; dieselbe wurde auch diesmal für überwiesen erachtet und von der Ulmer Kreisregierung mit einer Freiheitsstrafe von 66 Tagen belegt. Einige Offiziere scheinen dies für eine Ungerechtigkeit gehalten zu haben und haben ihre Sympathie mit der Verurtheilten und ihre Achtung vor dem bürgerlichen Gesetze auf folgende Art ausgedrückt. Am Tage nach Ablieferung der Schmied an die Gefängnißverwaltung ward Nachmittags im Oberamtsgebäude Säbelgerassel hörbar. Zwei Lieutenants vom 6. württembergischen Dragoner-Regiment Nr. 26, beide preußischer Herkunft, reißen, ohne anzuklopfen, die Thüre des Zimmers auf, in welchem sich der Beamte befand, der die Untersuchung gegen die Schmied geführt hatte, gehen, ohne zu grüßen, bedeckten Hauptes auf den Beamten los und rufen ihn herausfordernd und barsch an: „Sind Sie der Beamte, der die Untersuchung gegen das Mädchen geführt hat?" wobei der eine der Lieutenants mit Arm und Kopf über dem Pult des Beamten hereinlehnte. Der Beamte, mitten in der Vornahme eines Verhörs begriffen, war durch dieses Auftreten so verblüfft, daß er die barsche Frage bejahte; vielleicht fürchtete er auch, daß der Heldenmuth der Beiden in Thätlichkeiten übergehen könnte, weßwegen er auch auf die weiteren barschen Fragen: „Wie heißen Sie denn eigentlich?" und: „Haben Sie die Untersuchung ganz allein geführt?" Auskunft gab. Worauf die Beiden sich entfernten. Vor dem Oberamtsgebäude trafen sie den Polizeisoldaten Kiefer von dem sie wußten, daß er zur Bestrafung der Dirne die Hauptveranlassung gegeben hatte. Er erhielt dafür von den beiden Lieutenants den Titel „Saukerl" zugerufen. Ueber diese Vorfälle ist bereits Anzeige erstattet und die betreffenden Beamten haben Strafantrag gestellt. Ob's was nützt? ist freilich die Frage. Daß die reichstreuen Blätter à la „Merkur" über die Angelegenheit nichts veröffentlichen, darf nicht Wunder nehmen, handelt es sich doch um Glieder der „gebildeten Gesellschaft." Wie wurde aber gezetert und über die Verwilderung der unteren Klassen geschrieen worden sein, wenn sich Arbeiter ein solches „Späßchen" erlaubt hätten?

Hollnow in Pommern. Daß Pommern zu denjenigen Provinzen gehört, in denen die Sozialdemokratie am wenigsten Boden gefaßt hat, liegt wohl zum Theil daran, daß hier die Industrie noch nicht so entwickelt ist, anderntheils sind die Pommern auch ein Menschenschlag, der zähe am Alten festhält. Aber auch Pommern hat in seiner politischen Geschichte lichte Augenblicke, welche beweisen, daß es nur einer ernsten Anregung bedarf, um für die sozialistischen Prinzipien Boden zu gewinnen. Wie aber auch die Reaktion bemüht ist, Pommern vor dem Eindringen des sozialistischen „Gifts" zu schützen, darüber einige Beispiele. Kurz vor der Wahl erhielt ich hierselbst Arbeit, da ich aber allein stand, war es mir nicht möglich, erfolgreich zu wirken. Diese Einsamkeit währte glücklicherweise nicht lange, denn auch Genosse Franz König erhielt hierorts Arbeit, der sich sofort an die Privatagitation machte und zwar nicht ohne Erfolg, denn es werden jetzt am hiesigen Orte fünf verschiedene Parteiblätter gelesen. Als König sah, daß überall empfänglicher Boden für das sozialistische „Unkraut" vorhanden war, wandte er sich an Zielowski in Stettin zur Abhaltung einer Volksversammlung. Zielowski war auch sofort bereit, in einer Versammlung zu sprechen, worauf König die polizeiliche Anmeldung besorgte. Doch die Polizei dachte anders und sandte König folgenden Bescheid zu:

„Auf Ihre Zuschrift von heute erhalten Sie zum Bescheide, daß die polizeiliche Erlaubniß zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, welcher die Tagesordnung: „Was wollen die Sozialdemokraten" zu Grunde gelegt ist, sowenig zum 26. d. M. im Zillmer'schen Lokal noch zu einer andern Zeit oder in einem andern Lokal ertheilt wird. Sollten Sie trotz dieses Bescheides eine Versammlung zu Stande zu bringen suchen, so wird dieselbe nicht nur polizeilich aufgelöst, sondern auch die Rädelsführer verhaftet und die Angelegenheit gehörigen Orts zur weiteren Verfolgung zur Anzeige gebracht werden.

Polizei-Verwaltung. Mego."

Zu diesem Bescheid mögen sich die Leser selbst einen Vers machen. Trotz dieses Bescheides meldeten wir wieder Versammlungen an mit der Tagesordnung: „Nieder mit den Sozialdemokraten" und „Deutschlands verschiedene Parteien", aber jedesmal wurde Genossen König die Antwort, man habe triftige Gründe, die Bescheinigung zu verweigern. Während dieser Zeit erhielten wir einige Drohbriefe, worin von „Rippen entzweischlagen" u. dergl. mehr zu lesen war. Nicht genug damit, erschien nach Anmeldung der ersten Versammlung ein Polizeibeamter in der Werkstube des Herrn König und ersuchte den Prinzipal desselben um die Erlaubniß, sich den Gesellen König ansehen zu dürfen; als König die Absicht des Beamten merkte, drehte er sich natürlich um. Der Besuch des Polizeibeamten hatte zur Folge, daß König entlassen wurde. Eine Beschwerde an das Landrathsamt über das Vorgehen der Polizei blieb unbeantwortet, und zum Ueberfluß erklärte dann auch noch der Wirth, an den wir uns um Hergabe des Saals zur Abhaltung einer Versammlung gewendet hatten, in dem hiesigen Lokalblättchen, daß er zu solchen Versammlungen seinen Saal nie hergeben würde. Und so wäre denn die Sozialdemokratie hierorts mundtodt gemacht, um so eifriger werden wir aber jetzt in Privatzirkeln wirken.

Karl König.

Zwickau. (Zur Lage der Bergarbeiter.) Noch zu keiner Zeit sind dem Bergmann, insbesondere in Sachsen, die Augen über seine wirkliche Stellung so geöffnet worden als jetzt. Die anhaltende Geschäftskrise hat zunächst eine Herabsetzung der Löhne in dem Maaße bewirkt, daß man sich gegenwärtig wahrlich verwundert fragen muß: Wie ist es möglich, bei solchen Hungerlöhnen zu existiren? Wenige Werke gibt es, welche voll arbeiten lassen, 3 und 4 Arbeitstage in einer Woche sind bereits Regel, die übrige Zeit kann man lungern und hungern. Der Handels- und Gewerbestand wird dabei aber ganz bedeutend geschädigt, denn täglich läßt man produziren, ohne daß consumirt wird. Zu alledem kommt noch, daß bald hier bald da die Abkehr gegeben wird, und daß 30, 60—100 und auch mehr Leute, gewöhnlich nicht auf einmal, sondern nach und nach entlassen werden. Daß unsere Bergarbeiter in dem Wahne befangen sind, solche Maßregeln könnten und dürften nicht stattfinden, zeigt eben nur, wie vertrauensselig und gesetzesunkundig sie sind. Die Knappschaftskasse ist gewöhnlich der Grund, weßhalb es immer noch möglich war, daß die Leute bei den gegenwärtigen Löhnen in Arbeit verbleiben. Im Chemnitzer Bezirk scheinen auch einige Werke krachen zu wollen, und ist der Niederwürschnitzer Steinkohlenbau-Verein zum Schaden der Arbeiter mit nahezu 5000 Mark Arbeitslöhnen fallit geworden. Daß die Arbeiter daselbst auf 100 Mark rückständigen Lohn 4 M. 8 Pf. Dividende bekommen, wovon noch die Verläge des Advokaten (Concursverwalters) abgehen, und die einzelnen Löhneposten 100—140 Mark betragen, zeigt von dem Vertrauen, das die Arbeiter in die Aktionäre und Verwalter setzen. Gegenwärtig bildet man daselbst einen Knappschaftsverband, und gedenkt wie im Zwickauer Revier vorzugehen. Wenn man gute und praktische Paragraphen in das fragl. Knappschaftsverbands-Statut einschaltet, ist das Projekt ohne Zweifel durchzusetzen.

Hamburg. (Allgemeiner deutscher Töpferverein.) Der Vorort genannten Vereins ist von Wiesbaden nach Hamburg verlegt und nicht nach Wandsbeck, wie im „Vorwärts" irrthümlich berichtet worden ist. A. Barbi.

---

9. sächsischer Wahlkreis.

In der Sitzung des sozialdemokratischen Arbeitervereins vom 9. d. Mts. wurde beschlossen, ein Agitationscomité zu wählen, welchem besonders die Aufgabe zuertheilt ist, zunächst auf dem Lande des hiesigen Gerichtsamtsbezirks eine etwas regere Agitation, als seither geschehen, zu entfalten. Gewählt wurden in dasselbe die Parteigenossen: Friedr. Fleischer, Adolf Auerbach, Friedr. Schmidt, Richard Hennig, Frz. Engelmann, Wilh. Becker. Am 10. d. Mts. constituirte sich dasselbe, indem es Genosse Fleischer als Vorsitzenden, F. Schmidt als Kassirer und F. Engelmann als Schriftführer zur Leitung der Geschäfte ernannte. Es wurde beschlossen, schon Sonntag, den 18. d., mit der Agitation zu beginnen und zunächst für Verbreitung der Parteipresse thätig zu sein. Hauptsächlich richten wir aber nun an die Parteigenossen in Freiberg und Oederan das Ersuchen, in gleicher Weise vorzugehen und mit uns in Verbindung zu treten, damit die Agitation mit der Zeit regelmäßig und umfassender wie bisher betrieben werden kann, auf daß wir bei einer wiederkehrenden Wahl die uns bei der Stichwahl beigebrachte Niederlage wieder auswetzen. Die Redaktionen der Parteipresse ersuchen wir freundlichst, etwaige vorhandene ältere Nummern der Parteiblätter behufs wirksamer Agitation für die Presse uns gefälligst zukommen zu lassen. Die Parteigenossen des Wahlkreises werden nochmals ersucht, baldigst mit uns in Verbindung zu treten. Briefe u. s. w. sind zu adressiren an Frz. Engelmann, Hinterhaus.

Hainichen, 18. Mai 1877.

Briefkasten

der Redaktion. K. M.: Was Sie über Hrn. M. Marr sagen, (Mitarbeiterschaft an der „Stroußberg'schen Post" 2c.) ist recht hübsch, aber derartige und schönere Stückchen des genannten Biedermanns ließen sich zu Dutzenden erzählen, und — der Raum des „Vorwärts" ist zu kostbar. — E. B. in Altona: Sobald Sie die Broschüre im „Vorwärts" annoncirt finden, geben Sie der Expedition Ihre Adresse. Lesen Sie Kolb's Culturgeschichte, die sehr leicht verständlich, und hierauf Buckle's Geschichte der Civilisation; durch Geib werden Sie beide Werke beziehen können. — L. muß demnächst eine zweimonatliche Zwangs-Erholungsreise antreten; ob er also noch Zeit haben wird, nach Altona oder Hamburg zu kommen, ist fraglich. — Reginald in Neuhausen: Ihr Name wird nicht genannt werden. Der Empfang der Gelder ist weiter unten bescheinigt.

Quittung. B. Expedition der „Brlnr Fr. Presse" Berlin Ab. 3,00. Lgs Hannover Ann. 6,70. Rmz Wien Ab. 5,00. Arb.-Bild.-Verein London d. Kl Ab. 204,00. R. Sndmnn Dessau Schr. 3,00. Admstrtn der „Arbeiter-Wochenchronik" Pest Ab. 31,52. Wrgs Wien Schr. 15,71. Kls Magdeburg Ab. 9,00. Th. Lz Würzburg Schr. 3,00. Bßlr Stuttgart Ab. 51,20, Schr. 19,70. Hrm Elberfeld Ab. 5,15. Rttmnnr München Ab. 29,50. Hch Frankfurt Ab. 21,20. Ab Cottbus Ab. 4,80. Hbl Aussig Ab. 8,80. Rnn Coblenz Ab. 4,00. M. Ullrch hier Ab. 110,00. Arb.-Bild.-Verein Bludenz Ab. 5,00. Frnzl Stollberg Ab. 0,90. Eglr hier Ab. 7,40. Hß Sonneberg Schr. 16,00. Gr Osnabrück Ab. 8,90. Jnk Sorau Schr. 12,99.

Ich ersuche den Cigarrenarbeiter Emil Reutsch aus Groß-Röhrsdorf bei Dresden mir seine jetzige Adresse zugehen zu lassen.

W. R. Sperling in Eilenburg.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Rginld Neuhausen 10,00; Bschhrn Gießen 2,70.

Berliner Wahlfonds.

Von Arbeiter-Verein Plagwitz 1,00; v. Rginld Neuhausen 10,00; von 6 Gesinnungsgenossen in Offenburg 15,00; von K. N. K. in Schwarzenbach a./S. 4,00; Lose's Werkstelle hier 2,50.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonnabend, den 19. Mai, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstr. 11:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag von Hrn. Kaiser über Reform, Revolution, Revolten, oder wie gehen wir vor. (F 163) Der Vorsitzende. [70

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht daß am ersten Pfingstfeiertage ein

Familien-Fest

bestehend in Concert und Ball in den großen Sälen des Hrn. Rauten, Hildesheimerstraße stattfindet. 25

Karten für das ganze Fest à 1 Mk., zum Concert à 30 Pfg. sind bei Herrn Rudolph und Loges und in den Versammlungen zu haben. 2,70] Das Festcomité.

Kiel. Arbeiter-Sängerbund.

Am 2. Pfingstfeiertag: (F. 181) [1,50

Lusttour nach Hasselbickstam.

Abmarsch vom Exercirplatz präcis 6 Uhr Morgens. Das Comité.

Leipzig. Verein der Sattler und Berufsgenossen. [50

Sonnabend, den 19. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Richter, Roßplatz 9: Oeffentliche Versammlung.

T.-O.: Besprechung über den am 22. Mai stattfindenden Congreß. Recht zahlreichem Erscheinen sieht entgegen D. V. (F. 196)

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Sonnabend, den 19. Mai, Abends 8 Uhr, in Menzel's Restauration, am Täubchenweg: Versammlung. Tagesord.: Gewerkschaftliches.

NB. Sonnabend, den 2. Juni, Berichterstattung des Delegirten von der Generalversammlung. [60

St. Johann. Montag, den 21. Mai (2. Pfingsttag), Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn W. Billig, „Zum deutschen Reich", Mainzerstraße:

Allgemeines großes Volksfest.

Festrede, Concert, deklamatorische Vorträge und großer Ball. Entrée à Person 30 Pfg. Familienbillets à 50 Pfg. Entrée zum Ball Mk. 1,00. Das Fest-Comité:

2,70] H. F. Jakob. C. Pabst.

Stollberg. Arbeiter-Liederkranz. Den 1. Pfingstfeiertag Gesangscommers zu Gutenbrunn. Gesinnungsgenossen sind eingeladen. Abmarsch Mittags 1 Uhr. (F 270) [90

Neue Welt.

1877.

Die unerwartete Abonnentensteigerung unseres Blattes hat so viele Nachbestellungen zur Folge gehabt, daß wir gezwungen sind, 4 Nummern von 1877 im Nachdruck zu beschaffen. Die Druckerei wird diese Arbeit bis Ende die er Woche bewältigt haben. Bestellern und Reklamanten geht sofort Sendung zu. Säumnisse unsererseits liegen nicht vor.

Leipzig, 14. Mai 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt".

Sozialisten-Congreß.

Mandats-Formulare

für die Delegirten zum Congreß sind durch J. Auer in Hamburg, Pferdemarkt 37 zu beziehen und sind Bestellungen bald einzusenden.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Staatssache, wie die Sozialdemokratie es verlangt, und alle Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten des heutigen Unterstützungssystems sind, sammt dem Unterstützungswohnsitz, mit Einem Schlag aus dem Wege geräumt. Das Mittel ist so einfach, so einleuchtend und so gerecht, daß wenn Gerechtigkeit wirklich die Grundlage der Staaten bildete (justitia fundamentum regnorum), die Anwendung selbstverständlich wäre. Aber —

— Die „Deutsche Reichs-Post" läßt sich aus Mülhausen im Elsaß unterm 11. Mai schreiben: „Die Geschäftsstockung ist immer dieselbe, ja sie scheint zu steigen. Ruhige und sachkundige Männer sind überzeugt, wie ich gestern vernommen habe, daß die kleineren Fabriken einem unvermeidlichen Ruin entgegengehen, die Industrie habe sich, sagen sie, zu sehr ausgedehnt und produzire weit über Bedürfniß." Sonderbar! Man zog und zieht in allen möglichen und unmöglichen Tonarten gegen die Sozialdemokraten zu Felde, muß sich aber doch am Ende, wie Figura zeigt, vor der Unumstößlichkeit der Thatsachen beugen! Schließlich ist's auch mit der Anerkennung dieser Thatsachen nicht mehr gethan — die Sonne bleibt nicht mehr, wie zu Josua's Zeiten, still stehen, und man muß nolens volens dem Geist der Zeit gehorchen.

— Die Ausbeutung der Kinder und jugendlichen Arbeiter seitens der Kapitalisten hat auch in Dänemark bereits eine erschreckliche Höhe erreicht, das beweisen die nachstehenden Ziffern, welche die dänischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1876 ermittelt haben. Darnach standen Ende 1876 im Ganzen 613 Fabriken unter der Controle der Fabrikinspektoren.

In diesen 613 Fabriken waren beschäftigt 2661 Kinder (10- bis 14-jährig), 2545 jugendliche Arbeiter (14- bis 18-jährig) und 15,893 Erwachsene. Die Anzahl der beschäftigten Kinder und jugendlichen Arbeiter gestaltet sich im Verhältniß zu den Erwachsenen, soweit sich dies überhaupt feststellen läßt, nach folgenden Prozentsätzen, d. h. auf 100 Erwachsene:

	Kinder	jugdl. A.	Summa
In Zündhölzchenfabriken	31,8	23,5	55,3
„ Cichorienfabriken	36,7	7,3	44,0
„ Tabakfabriken	31,4	12,5	43,8
„ Papierfabriken	22,5	17,5	40,0
„ Buchdruckereien	5,3	23,6	28,9
„ Glasfabriken	12,0	14,3	26,4

u. s. w.

Die Arbeitszeit beläuft sich bei 53 Proz. der Fabriken bis zu 12 Stunden, bei 7 Proz. über 13 Stunden. Das dänische Fabrikgesetz schreibt für in Fabriken beschäftigte Kinder von 10 bis 14 Jahren eine tägliche Arbeitszeit von höchstens 6½ Stunden, für die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 18 Jahren höchstens 12 Stunden täglich vor.

— Auf dem Kriegsschauplatz fängt es an, „lebendig" zu werden. Die Wahrheit ist aus der Fluth von Nachrichten schwer herauszufinden, um so schwerer, als die Wahrheit aus handgreiflichen Gründen oft verhehlt werden muß, und namentlich auf [illegible] gehalten, theils erdrosselt, theils mit Nägeln, die man ihnen in den Kopf schlug, unmenschlicherweise ermordet."

Die Russen waren damals noch nicht zum Christenthum übergetreten, wohingegen in Konstantinopel das Christenthum in vollster Blüthe stand und herrschte. Dieser Umstand allein beweist zur Genüge, daß das christliche Mäntelchen, welches die Russen [illegible] Kriegen gegen die Türkei umzuhängen beliebten, eben nur ein Mäntelchen ist zur Täuschung des „dummen Volks". Prangte noch das Kreuz auf der „Hagia Sophia" (der heiligen Sophienkirche), wäre nie ein Türke nach Europa gekommen — Rußland würde, ebenso wie dies geschehen ist und geschieht, sich Konstantinopels zu bemächtigen gesucht haben und suchen. Ein Blick auf die Geschichte Rußlands und auf die erste beste Landkarte macht dies klar. Rußland ist ein Raub- und Erobererstaat, der nach der Weltherrschaft strebt, und Konstantinopel ist „die Pforte", welche es von der Welt absperrt, und der Schlüssel, welcher ihm die Welt erschließt. Rußland gleicht dem Gefangenen, der darüber brütet, sein Kerkerthor zu sprengen und jede sich ihm bietende Gelegenheit benutzt. Es ist einfach Instinkt, der Instinkt des Raubthiers, das aus seinem Käfig ausbrechen will. „Wer in Konstantinopel regiert, wird in Wahrheit Herr der Welt sein" heißt es im „Testament Peters des Großen", diesem mit staunenswerther Schärfe und Kühnheit entworfenen Programm der russischen Politik, welches der Petersburger Diplomatie sehr unbequem geworden ist, so daß sie es sich viel Schweiß und viel Geld kosten läßt, die Echtheit des Aktenstücks zu bestreiten. Von Peter dem Großen, der kaum die nöthige Bildung und Fähigkeit gehabt haben dürfte, ist das seinen Namen tragende „Testament" allerdings wohl schwerlich verfaßt — ebenso wenig wie die Ilias und Odyssee von Homer herrühren — aber das ändert nichts an der Thatsache, daß das unter dem Namen „Testament Peters des Großen" berühmt gewordene Aktenstück das Programm der russischen Politik ist, an dessen Verwirklichung sie jetzt über anderthalb Jahrhunderte lang mit eiserner Consequenz und zähester Ausdauer arbeitet. Das Programm wird — wenn wir von unwesentlichen, antiquirten (veralteten) Punkten absehen — so treu und gewissenhaft innegehalten, daß sich auch der nicht Eingeweihte mit Hülfe dieses Ariadnefadens in dem Labyrinth der russischen Diplomatie zurechtfinden, die Schleichwege erkennen, hinter den verlogenen Phrasen die wahren Zielpunkte entdecken kann.

Militärische Lorbeeren haben die Russen in ihren Kämpfen gegen die Türken höchst spärlich geerntet; desto „erfolgreicher" war ihre Diplomatie, die sich oft das übrige Europa dienstbar zu machen und wiederholt selbst Oestreich und England, die beiden Mächte, deren Interessen denen Rußlands am antagonistischsten sind, als Sturmböcke zu benutzen wußte. Im Jahre 1828 wäre die russische Invasions-Armee bis auf den letzten Mann verloren gewesen, wenn die Türkei nicht durch ihre „guten Freunde" und „natürlichen Alliirten" (die schon vorher bei Navarino sie lahm geschlagen hatten) in den Frieden von Adrianopel gehetzt worden wäre.

Das war der letzte glückliche Türkenkrieg Rußlands. Der Krieg, welchen es 1853 vom Zaune brach — natürlich mußte die Religion und Humanität herhalten — bekam den Angreifern sehr schlecht, sie wurden von den Türken empfindlich geschlagen, mußten, auf die drohende Aufforderung Oestreichs hin, Hals über Kopf die Donauprovinzen (Moldau und Walachei — zusammen: Rumänien) räumen, und wurden zu einem Vertheidigungskrieg (hauptsächlich in der Krim) gezwungen, der ihnen seitens der Türken und deren Verbündeten: der Engländer und Franzosen (die vom Großmachtskitzel geplagten Piemontesen zählen nicht mit — für sie war der Krimfeldzug blos eine politische Militärpromenade) eine ununterbrochene Reihe schwerer

*) Dieser Artikel ist einer Extra-Beilage der „Neuen Welt" entnommen, welche außerdem eine Relief-Karte des Kriegsschauplatzes am Schwarzen Meer enthält. Die Extra-Beilage ist für 10 Pfg. durch die Expedition zu beziehen.

kann. Die Rede war geschrieben und memorirt, als ich nach Frankfurt kam, und wurde, mit Hilfe einer detaillirten Disposition, genau so vorgetragen wie sie geschrieben war. Für den Druck wurden allerdings einige Stellen des Manuskripts gestrichen und ein paar andere gemildert; aber nicht aus Gründen politischer Wirkung, sondern im Gegentheil mit journalistischem Bedauern, und einzig in der Absicht, die publizirende Zeitung nicht neuen Verfolgungen auszusetzen. Denn daß die Verhandlungen einer Justiz, welche auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit beruht, nicht mehr gefahrlos veröffentlicht werden können, ist ja auch eine der schönen Errungenschaften unserer preußischen Aera. — Wenn Herr Schmieden weiter meint, 100 Mark Strafe sei zu wenig „im Verhältniß zu dem Kapital, das der Angeschuldigte aus der Anklage und Untersuchung geschlagen," so hat er damit selber seinen Strafantrag hinreichend charakterisirt. Diese „juridische" Auffassung des Herrn Oberstaatsanwalts ist die richtige Signatur einer Justiz, welche da zu drei Monat Gefängniß verurtheilt, wo der erste Richter nur eine Strafbarkeit von 100 Mark Geldbuße zu erkennen vermochte. — Auf die übrigen, jeder logischen Begründung ermangelnden Behauptungen des Herrn Schmieden einzugehen, verlohnt sich um so weniger, als derselbe keines der von der Vertheidigung vorgebrachten Beweismittel zu widerlegen im Stande war. Wohl aber beweist solch' laienhafte Behandlung eines Rechtsfalls, der mit einer schweren Freiheitsstrafe endigen sollte, daß die Wissenschaft der Rechtspflege im neuen Reiche noch auf ein tieferes Niveau gesunken ist, als die andern dialektischen Disziplinen. — Im Uebrigen berufe ich mich — wie ich als Kläger oder Beklagter in öffentlichen Dingen stets gethan — auf die Instanz, welche über allen Richtern steht, auf den Gerichtshof der freien Geister und unabhängigen Charaktere. Er hat sein inappellables Urtheil bereits gesprochen.

Stuttgart, den 6. Mai 1877. Ludwig Pfau.

Aus Rumänien.

12. Mai.

Seit einigen Tagen hier, werde ich zunächst, wie üblich, mit dem Wetter beginnen, das gegenwärtig hier eine nicht unbedeutende Rolle spielt; in einem fort seit Wochen regnet es in Strömen, die Straßen sind durchweicht und unwegsam, und das macht den russischen Truppen, die täglich in Massen hier durchpassiren, nicht wenig zu schaffen; die Bahubeförderungsmittel sind nur in sehr beschränktem Maße vorhanden und die Truppen legen den Weg meist zu Fuß zurück, natürlich nicht ohne bei jedem Transport eine respektable Anzahl von Maroden in den Spitälern zurückzulassen. —

Unterwegs, namentlich in Czernowitz, begegnete ich vielen Familien, die sich aus Braila, Reni und Galatz — Plätzen an der Donau gelegen und den türkischen Schiffsgeschützen zunächst ausgesetzt — geflüchtet haben, um auf österreichischem Boden ein Unterkommen zu finden. Selbstverständlich ist der bürgerliche Wohlstand dieser Flüchtlinge, die Haus und Hof verlassen und schwer transportable Werthstücke im Stich lassen mußten, gründ- [illegible] Ooria gegen das Slaventhum gezogen hatte. Das war 1866.

Noch gab es einen „moralischen" Damm: die Möglichkeit des Zusammenwirkens Deutschlands mit Westeuropa. Wohlan, vier Jahre später wurde auch dieser Damm durchbrochen — die Annexion von Elsaß-Lothringen machte das offizielle Frankreich auf Jahrzehnte hinaus zum Feind des offiziellen Deutschland und zum Bundesgenossen aller Feinde Deutschlands.

Jetzt hatte Rußland was es brauchte; das siegreiche Deutschland hatte ihm Europa zu Füßen gelegt und sich selbst. Rußland zerriß den Pariser Friedensvertrag. „Es giebt ja kein Europa mehr." Die Petersburger Diplomatie hatte es nun blos noch mit der Türkei zu thun. Die anderen Mächte zählten nicht, weil sie einander aufhoben. Frankreich und Oestreich paralysirten Deutschland, Deutschland paralysirte Frankreich und Oestreich — alle drei hatten nach der Pfeife Rußlands zu tanzen. Und England, das freilich nicht unmittelbar unter diesem Bann war, wurde wenigstens in seinen Bewegungen gehemmt und daran gehindert, ein nachdrückliches Wort zu sprechen. „Das bischen Herzegowina", welches der genialen Staatsmannskunst des Fürsten Bismarck ein so glänzendes Zeugniß ausstellt, ist langsam, Jedem sichtbar, unter den Augen der civilisirten Menschheit, die den Frieden herbeisehnt, zum russisch-türkischen Krieg geworden, den die Diplomatie so lange „lokalisiren" wird, bis ihr das entfesselte Element die Finger verbrennt und vielleicht noch mehr. — —

Schon regt sich's bei den „Neutralen". Nach Oestreich sind Funken hinübergeflogen, und Ungarn scheint da und dort Feuer gefangen zu haben. England rüstet, und Frankreich — hat einen von Moltke nicht sonderlich geschickt applizirten „kalten Wasserstrahl" aus Berlin nöthig gemacht. Nimmt man hierzu die hartnäckig sich behauptenden Gerüchte von einer „Beobachtung" der russisch-polnischen Grenze durch preußische Truppen, so kann der simpelste Durchschnittsverstand das Utopistische der Diplomaten-Utopie vom „lokalisirten Krieg" mit Händen greifen.

Werden die Russen gewinnen, oder die Türken?

Wir haben keine Lust, Wahrscheinlichkeitspolitik zu treiben. Das sprichwörtliche Pech der Wetterpropheten klebt auch den politischen Propheten an. Thatsache ist: die Türkei besitzt eine sehr bedeutende Widerstandskraft und hat in jüngster Zeit Hilfsquellen erschlossen, die ihre Kraft wesentlich gesteigert haben. Militärisch, das erwähnten wir bereits, hat Rußland sich der Türkei nie entscheidend überlegen gezeigt — seine Erfolge waren fast ausschließlich diplomatischer Art. Während des anderthalbjährigen Prologs zu dem gegenwärtigen Krieg hat nun aber die russische Diplomatie keineswegs glänzende Leistungen verrichtet. Sie hat sogar notorisch grobe Fehler begangen und in der türkischen Diplomatie ihre Meisterin gefunden. Midhat Pascha und dessen Nachfolger haben Gortschakoff und Consorten um ihren diplomatischen Ruf gebracht, und der Tölpel Ignatieff ist, ähnlich seinem offiziösen militärischen Vorläufer, dem Humbug Tschernajeff, zur lächerlichen Person geworden. Der Angriffskrieg Rußlands bezeichnet diesmal das Ende einer verunglückten diplomatischen Campagne — das ist das Neue der Situation. Durch die Revolution der Softas und die türkische Verfassung war die russische Diplomatie vollkommen matt gesetzt. Es blieb den Gortschakoffs und Consorten blos die Wahl zwischen schimpflichem Rückzug oder dem Versuch, den durch ihre Ungeschicklichkeit unentwirrbar verknäuelten Knoten mit dem Schwert zu zerhauen. Das Schwert war von jeher die ultima ratio, der letzte Grund der sich bankerut fühlenden Brutalität. Kein Zweifel, die Russen haben mehr Soldaten als die Türken, dafür sind die türkischen Soldaten an sich den russischen überlegen, und bei den ungeheuren Schwierigkeiten, die sich dem Vormarsch in das Herz der Türkei entgegenstellen, wird ein großer Theil der russischen Angriffstruppen unterwegs aufgerieben oder festgehalten werden. David Urquhart, vielleicht der beste Kenner der Menschen und Dinge in Rußland und der Türkei, speziell der orientalischen Frage, schrieb vor dem Krimkrieg: Let Turkey alone and she is sure to win! Man überlasse die Türkei sich selbst, falle ihr warum er denn die Stiefel verkaufe, gab mir ein Soldat zur Antwort: „Werde ich todtgeschossen, brauche ich sie nicht, wenn aber nicht, dann werde ich mir schon ein neues Paar zu verschaffen wissen." Ich stand vor einem Laden, als ein Soldat ein Paar Stiefel an einen Trödler verhandelte; ein Offizier ging gerade vorbei und sah den ganzen Vorgang; ich dachte, daß nun der arme Kerl hier nicht mit heiler Haut durchkommen werde, doch ich irrte mich — der militärische Gruß wurde von beiden Seiten gewechselt, der Offizier lächelte, und als ich den Soldaten frug, ob er nicht fürchte in Strafe genommen zu werden, meinte er, „an derlei Dinge sei man bei ihnen zu Hause bereits gewöhnt, das werde nicht weiter beachtet." —

Die hiesige Bevölkerung ist sehr deprimirt, Alles stockt, die „Aktionspolitik", welche die rumänische Regierung eingeschlagen hat, indem sie mit den Russen gemeinschaftliche Sache macht und sich gewissermaßen dem russischen Militärcommando untergeordnet, flößt der Bevölkerung nicht geringe Sorge ein, und allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß Fürst Carol I., ein geborener Hohenzoller, nur im Auftrage und für Rechnung Sr. Durchlaucht des Fürsten Bismarck handele, der auf diesem Wege Rußland seinen Dank für 1870 abstatte. — Inzwischen wird das Land ruinirt; Handel und Verkehr ist vollständig lahm gelegt, der Ackerbau, für Rumänien von der allerhöchsten Bedeutung, ist durch die Einziehung der Reserven unter die aktiven Truppen geschädigt, die schönsten und blühendsten Handelsplätze an der Donau von den türkischen Kugeln zu Schutthaufen eingeäschert — so haben wir hier in erster Reihe die handgreiflichsten Segnungen der russischen Culturmission zu verspüren, und vermuthlich werden auch bald noch andere Länder Aehnliches erfahren.

Correspondenzen.

Wien, den 9. Mai. Wenn ich lange nicht geschrieben habe, so geschah es aus dem einfachen Grunde, weil es nichts Wesentliches zu berichten gab. Trotz des Krieges ist das politische Leben Cisleithaniens zum Einschlafen langweilig: man harrt beständig der Dinge, die da kommen werden. Daß der Zukunft Schooß für Oesterreich nichts Heiteres birgt, davon ist Jeder überzeugt. Wenn auch der Graf Andrassy Miene macht, nach Cerebes abzureisen und der Kriegsminister sich zu einem mehrwöchentlichen Aufenthalt in Karlsbad bereit macht, so gilt es doch für ausgemacht, daß Oesterreich thätig in das Gewühl an der Donau unten wird eingreifen müssen. An wessen Seite dies geschehen wird, ist unzweifelhaft; der stürmische Empfang der Softas in Budapest zeigt deutlich die Richtung, welche Ungarn und mithin Oesterreich, dieses Anhängsel Ungarns, eingeschlagen hat. Die slavischen Völker Oesterreichs sind zu uneinig, um ein Gegengewicht abzugeben. Die föderalistischen Polen haben den föderalistischen Czechen wegen deren Russenfreundlichkeit die Freundschaft gekündigt; diese hinwiederum beginnen über die föderalistischen Ultramontanen mißmuthig zu werden, da der Papst den Kreuzzug für die Ungläubigen predigt.

Was wird die nächste Zukunft uns bringen?

Wie lange wird es dauern, bis der Brand unserem eigenen Dach naht, es ergreift?

Wird die „europäische Schachpartie" gespielt werden zwischen Preußisch-Deutschland und Rußland einerseits, und Oestreich, Frankreich, England und der Türkei anderseits? Werden unsere Brüder und Söhne mit Baschkiren und Kalmucken zusammengekoppelt an der Spitze der Civilisation zu marschiren haben?

Was da kommen möge, die barbarischen Elemente, welche die Kriegsfurie entfesselt haben, sind

— ein Theil der Kraft
die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Ein Jahrhundert friedlicher Entwicklung hätte die Impotenz, die Unmenschlichkeit, die Immoralität, die Widersinnigkeit der modernen Diplomatie und Staatsmannschaft nicht so drastisch, so handgreiflich ans Licht der Sonnen gebracht, als dieser diplomatische Hexensabbath der letzten 18 Monate.

Und nun vorwärts auf der betretenen Bahn!

Während gesunder Menschenverstand, Recht, Humanität beschimpft, die Saaten zerstampft, die Künste des Friedens geopfert werden — plätschern am Bosporus, langsam anschwellend, die Wogen der Revolution, und an der Newa und Wolga bohrt leise, unaufhaltsam „der Wurm des Sozialismus" — der Todtenwurm der heutigen Gesellschaft. Für ewige Zeiten gilt nicht das alte: Delirant reges plectantur Achivi. Die Fürsten rasen und die Völker werden geschlagen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In einen fatalen Embarras de Richesses (Verlegenheit durch Ueberfluß) ist unser genialer Generalpostmeister gerathen. Man erinnert sich, wie weiland durch einen wunderbaren Zufall just 24 Stunden vor der zweiten Kantecki-Debatte der Veröffentlicher des famosen Aktenstücks und Urheber des ganzen Skandals entdeckt, und mit welchem homerischen Gelächter die generalpostmeisterliche Ankündigung dieses wunderbaren Zufalls vom Reichstag begrüßt wurde. Daß der betreffende Sünder, der sich so rechtzeitig fangen ließ, nicht schlecht fahren würde, war vorauszusehen und — es ist ihm denn in der That auch nichts geschehen, mit Ausnahme eines kleinen Gehaltsabzugs. Das Verbrechen war also doch nicht so groß und wahrhaftig des Lärms nicht werth, der darum gemacht wurde — von der viermonatlichen Einsperrung Kantecki's ganz zu geschweigen. Doch lassen wir das. Was uns hier interessirt, ist ein zweiter wunderbarer Zufall, ein noch wunderbarerer Zufall als der erste. Gleichzeitig mit der Nachricht, daß der Stephan'sche deus ex machina (Retter in der Noth) nur nominell bestraft worden (ob er auch blos nominell belohnt worden, wissen wir nicht) bringen die Zeitungen die andere Nachricht, daß sich ein Sünder Nr. 2 gefunden hat, wodurch natürlich die Aechtheit des (von Stephan produzirten) Sünders Nr. 1 in Zweifel gestellt wird. Wir wollen ruhig abwarten, wie das Räthsel sich löst. Bemerkt sei nur noch, daß der Nebenbuhler und Doppelgänger des bekannten „Postagenten" ein Lehrer aus Bromberg ist, Skieretzki heißt, und seit einigen Wochen die freie Luft Amerikas athmet.

— Aus der „besseren" Gesellschaft. Unweit Berlin, in der sogenannten Villencolonie Südende, hatte ein Ehepaar ein förmliches Institut für hülfsbedürftige Damen angelegt. Dieselben trafen dort zahlreich von Berlin mit der Berlin-Dresdener Bahn ein, wurden niemals angemeldet und verließen auf demselben Wege nach vorgenommener Kur die Villegiatur wieder. Das saubere Ehepaar ist jetzt der Staatsanwaltschaft übergeben wegen § 218 des Strafgesetzbuches (Abtreibung). Eine nicht unbedeutende Anzahl von Fällen sind bereits festgestellt und auch die Mittel, die zu dem verbrecherischen Zweck gedient haben, ausfindig gemacht. — Ein ähnlicher Fall wird aus Wiesbaden angezeigt. Die Zahl der Inhaftirten beträgt bereits 16. Die Geschichte spielt in den höchsten Schichten der Gesellschaft. Der

hier in Hamburg, dem „schönen Städtchen", in welchem jetzt die goldene Jugend an der Hand eines Reichstagswahlvereins organisirt werden soll. Dieser „reichstreue" Verein hat nur einen Punkt in seinem Programm: Bekämpfung der sozialistischen Umsturzpläne. Das ist alles — mehr hat er nicht auf dem Herzen. Aber er erklärt, nur leben zu wollen, wenn er mindestens 10,000 Mitglieder und zwar binnen Kurzem stark werde. Um dieses Ziel zu erreichen, klopft er zärtlich und liebkosend bei den ortsvereinlichen Zünften an, die vorerst jedoch noch spröde thun, obwohl sie in nicht allzu ferner Zeit nach seiner Pfeife tanzen dürften. Die Musik oder besser die Pfeiferei wird zunächst von einem Urgenie in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, dem Handelskammer-Sekretair Schulze aus Mainz, vor zwei, drei Jahren Oberdenunziant in dem entschlafenen Fabrikantenblatt „Concordia", gemacht werden. Schulze kommt nämlich hierher, sintemalen er zum Sekretair der hiesigen Gewerbekammer gewählt worden ist. Was dem Reichstagswahlvereins- und sonstigen Gründer Wex hier an Verdächtigungsmitteln gegen die Sozialdemokratie fehlt, das wird Schulze ergänzen — unverfroren sind sie beide und daher durchaus der Collegenschaft des bezahlten Klopffechters Liesenberg würdig, den der Reichstagswahlverein ganz in der Stille zu seinem Bureauchef gemacht hat. Ob Schulze hier nicht weiter aufrücken, vielleicht noch Senatssekretair werden wird — wer weiß es, aber so viel steht fest, daß Wex 1880 in den Reichstag gewählt sein und Liesenberg durch den Reichstagswahlverein sich eine dauernde Brodstelle erschließen will. Sobald übrigens unsere goldene Jugend fest organisirt ist, wird sie zur Offensive übergehen und in die Volksversammlungen kommen — alles nur, um zu krakehlen, zu denunziren und zu theilen. Das Theilen ist ihr ohnehin von der Börse her geläufig und nur heilig, wenn ihr Amen es segnet. Dürfen die Sozialdemokraten all' diesem gleichgültig gegenüberstehen? Zweifellos nein! Sie werden es auch nicht thun und das freut mich, denn eine Portion Nörgelei fällt dabei unter den Tisch und macht dem Verlangen nach ernsten, prinzipiellen Erörterungen Platz. Die Taktik der Gegner bestimmt unsere Kampfesweise, das Geschrei und das Wühlen der Gegner ruft uns zur Wehr, zum Ueben in den geistigen Waffen. Nun bin ich am Schluß; ihn bilde die Mittheilung, daß heute früh hier der Denkstein eingeweiht wurde, welchen die Holzarbeiter ihrem Vorkämpfer Yorck auf dessen Grab errichtet haben. Der Stein, von Marmor, trägt die Inschrift: „Dem wackern Streiter für die Rechte der Arbeiter! Hier ruht Theodor Yorck, geb. zu Breslau den 13. Mai 1830, gest. zu Hamburg den 1. Januar 1875." Die Liedertafel „Lassallea" sang bei der Feier einige Lieder, Geib und Moje hielten Ansprachen und die Tischler, Gewerksgenossen Yorck's, aus Dresden, Leipzig, Hamburg und Altona bekränzten den Stein auf's schönste.

Großröhrsdorf. Am 29. April hielten wir eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „1. Die Selbstzersetzung der Gewaltherrschaft; 2. Wahl eines Delegirten zum bevorstehenden Congreß." Als Referent war Herr Schuldirektor Klemich aus Dresden anwesend. Nach Beendigung des Vortrages, der allgemein ansprach, schritt man zur Wahl des Delegirten zum Sozialistencongreß und wurde Klemich mit 289 Stimmen als solcher ernannt. Mitzutheilen ist auch, daß sich hier eine Mitgliedschaft der sozialistischen Partei gebildet hat. A. R.

Dortmund, 11. Mai. Der verantwortliche Redakteur der „Westfälischen Freien Presse", Ostermann, hatte am 9. Juli in Rüdinghausen in einer Arbeiterversammlung einen Vortrag über die heutige Presse gehalten, in welchem er u. A. die Arbeiter ermuntert hatte, mit ihrer bisherigen Gewohnheit, liberale Blätter zu lesen, zu brechen und es einmal mit der Arbeiterpresse zu versuchen. Als nächstbeste Gelegenheit hatte er das Abonniren auf die „Westfälische Fr. Presse" empfohlen. Nach Schluß des Vortrages übergaben fünf Personen, theils schriftlich, theils mündlich, ihre Namen an den Vortragenden in der Absicht, auf die „Freie Presse" zu abonniren. Der anwesende Polizeikommissar forderte in Folge dessen Ostermann auf, eine „Legitimation als Abonnentensammler" vorzuzeigen, was dieser nicht konnte und in Folge dessen er von der Polizeiverwaltung zu Barop wegen Gewerbekontravention zu 15 Mark oder 3 Tagen Haft verurtheilt wurde. Ostermann hatte gegen diese Strafverfügung auf gerichtliche Entscheidung angetragen, indem er bestritt, daß es sich hier um Abonnentensammeln, weder im gewerbsmäßigen noch nichtgewerbsmäßigen Sinne, handle, da sein Vortrag allgemein gehalten und er Niemanden in der Versammlung direkt aufgefordert habe, zu ihm zu kommen und bei ihm zu abonniren. Die fünf Abonnements habe er allerdings angenommen und dem Verleger übergeben, was er aber nur als einen Akt der Gefälligkeit gegenüber den Abonnirenden bezeichnen müsse, da ihm dergleichen alle Tage passire. Der Polizeirichter entschied, auf Grund von Entscheidungen des Obertribunals in ähnlichen Fällen, auf eine Strafe von 24 Mark oder 6 Tage Gefängniß. Ostermann wandte sich nunmehr an das Appellationsgericht in Hamm, und stand am Dienstag den 8. Mai Termin in dieser Sache an, in welchem die Entscheidung auf Vernichtung des polizeirichterlichen Erkenntnisses und kostenlose Freisprechung Ostermann's erfolgte. Das Gericht nahm auf Grund eines Verhörs des Verlegers Kalbfleisch an, daß es sich in diesem Falle nicht um ein Sammeln von Abonnenten im Interesse des Angeklagten handeln könne, und daß auch kein Beweis vorliege, daß derselbe im Interesse eines Andern Abonnenten gesammelt habe.

Ulm, 11. Mai. Auch unsere Stadt kann von einer militärischen Heldenthat berichten. Die Sache verhält sich, wie folgt: Vom k. Oberamt Ulm wurde gegen eine hier allgemein berüchtigte Dirne, Namens Schmied, welche sich hauptsächlich mit Offizieren abgab und schon öfters wegen gewerbsmäßiger Unzucht bestraft ist, eingeschritten; dieselbe wurde auch diesmal für überwiesen erachtet und von der Ulmer Kreisregierung mit einer Freiheitsstrafe von 66 Tagen belegt. Einige Offiziere scheinen dies für eine Ungerechtigkeit gehalten zu haben und haben ihre Sympathie mit der Verurtheilten und ihre Achtung vor dem bürgerlichen Gesetze auf folgende Art ausgedrückt. Am Tage nach Ablieferung der Schmied an die Gefängnißverwaltung ward Nachmittags im Oberamtsgebäude Säbelgerassel hörbar. Zwei Lieutenants vom 6. württembergischen Dragoner-Regiment Nr. 26, beide preußischer Herkunft, reißen, ohne anzuklopfen, die Thüre des Zimmers auf, in welchem sich der Beamte befand, der die Untersuchung gegen die Schmied geführt hatte, gehen, ohne zu grüßen, bedeckten Hauptes auf den Beamten los und rufen ihn herausfordernd und barsch an: „Sind Sie der Beamte, der die Untersuchung gegen das Mädchen geführt hat?" wobei der eine der Lieutenants mit Arm und Kopf über dem Pult des Beamten hereinlehnte. Der Beamte, mitten in der Vornahme eines Verhörs begriffen, war durch dieses Auftreten so verblüfft, daß er die barsche Frage bejahte; vielleicht fürchtete er auch, daß der Heldenmuth der Beiden in Thätlichkeiten übergehen könnte, weßwegen er auch auf die weiteren barschen Fragen: „Wie heißen Sie denn eigentlich?" und: „Haben Sie die Untersuchung ganz allein geführt?" Auskunft gab. Worauf die Beiden sich entfernten. Vor dem Oberamtsgebäude trafen sie den Polizeisoldaten Kiefer von dem sie wußten, daß er zur Bestrafung der Dirne die Hauptveranlassung gegeben hatte. Er erhielt dafür von den beiden Lieutenants den Titel „Saukerl" zugerufen. Ueber diese Vorfälle ist bereits Anzeige erstattet und die betreffenden Beamten haben Strafantrag gestellt. Ob's was nützt? ist freilich die Frage. Daß die reichstreuen Blätter à la „Merkur" über die Angelegenheit nichts veröffentlichen, darf nicht Wunder nehmen, handelt es sich doch um Glieder der „gebildeten Gesellschaft." Wie wurde aber gezetert und über die Verwilderung der unteren Klassen geschrieen worden sein, wenn sich Arbeiter ein solches „Späßchen" erlaubt hätten?

Hollnow in Pommern. Daß Pommern zu denjenigen Provinzen gehört, in denen die Sozialdemokratie am wenigsten Boden gefaßt hat, liegt wohl zum Theil daran, daß hier die Industrie noch nicht so entwickelt ist, anderntheils sind die Pommern auch ein Menschenschlag, der zähe am Alten festhält. Aber auch Pommern hat in seiner politischen Geschichte lichte Augenblicke, welche beweisen, daß es nur einer ernsten Anregung bedarf, um für die sozialistischen Prinzipien Boden zu gewinnen. Wie aber auch die Reaktion bemüht ist, Pommern vor dem Eindringen des sozialistischen „Gifts" zu schützen, darüber einige Beispiele. Kurz vor der Wahl erhielt ich hierselbst Arbeit, da ich aber allein stand, war es mir nicht möglich, erfolgreich zu wirken. Diese Einsamkeit währte glücklicherweise nicht lange, denn auch Genosse Franz König erhielt hierorts Arbeit, der sich sofort an die Privatagitation machte und zwar nicht ohne Erfolg, denn es werden jetzt am hiesigen Orte fünf verschiedene Parteiblätter gelesen. Als König sah, daß überall empfänglicher Boden für das sozialistische „Unkraut" vorhanden war, wandte er sich an Zielowski in Stettin zur Abhaltung einer Volksversammlung. Zielowski war auch sofort bereit, in einer Versammlung zu sprechen, worauf König die polizeiliche Anmeldung besorgte. Doch die Polizei dachte anders und sandte König folgenden Bescheid zu:

„Auf Ihre Zuschrift von heute erhalten Sie zum Bescheide, daß die polizeiliche Erlaubniß zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, welcher die Tagesordnung: „Was wollen die Sozialdemokraten" zu Grunde gelegt ist, sowenig zum 26. d. M. im Zillmer'schen Lokal noch zu einer andern Zeit oder in einem andern Lokal ertheilt wird. Sollten Sie trotz dieses Bescheides eine Versammlung zu Stande zu bringen suchen, so wird dieselbe nicht nur polizeilich aufgelöst, sondern auch die Rädelsführer verhaftet und die Angelegenheit gehörigen Orts zur weiteren Verfolgung zur Anzeige gebracht werden.

Polizei-Verwaltung. Mego."

Zu diesem Bescheid mögen sich die Leser selbst einen Vers machen. Trotz dieses Bescheides meldeten wir wieder Versammlungen an mit der Tagesordnung: „Nieder mit den Sozialdemokraten" und „Deutschlands verschiedene Parteien", aber jedesmal wurde Genossen König die Antwort, man habe triftige Gründe, die Bescheinigung zu verweigern. Während dieser Zeit erhielten wir einige Drohbriefe, worin von „Rippen entzweischlagen" u. dergl. mehr zu lesen war. Nicht genug damit, erschien nach Anmeldung der ersten Versammlung ein Polizeibeamter in der Werkstube des Herrn König und ersuchte den Prinzipal desselben um die Erlaubniß, sich den Gesellen König ansehen zu dürfen; als König die Absicht des Beamten merkte, drehte er sich natürlich um. Der Besuch des Polizeibeamten hatte zur Folge, daß König entlassen wurde. Eine Beschwerde an das Landrathsamt über das Vorgehen der Polizei blieb unbeantwortet, und zum Ueberfluß erklärte dann auch noch der Wirth, an den wir uns um Hergabe des Saals zur Abhaltung einer Versammlung gewendet hatten, in dem hiesigen Lokalblättchen, daß er zu solchen Versammlungen seinen Saal nie hergeben würde. Und so wäre denn die Sozialdemokratie hierorts mundtodt gemacht, um so eifriger werden wir aber jetzt in Privatzirkeln wirken.

Karl König.

Zwickau. (Zur Lage der Bergarbeiter.) Noch zu keiner Zeit sind dem Bergmann, insbesondere in Sachsen, die Augen über seine wirkliche Stellung so geöffnet worden als jetzt. Die anhaltende Geschäftskrise hat zunächst eine Herabsetzung der Löhne in dem Maaße bewirkt, daß man sich gegenwärtig wahrlich verwundert fragen muß: Wie ist es möglich, bei solchen Hungerlöhnen zu existiren? Wenige Werke gibt es, welche voll arbeiten lassen, 3 und 4 Arbeitstage in einer Woche sind bereits Regel, die übrige Zeit kann man lungern und hungern. Der Handels- und Gewerbestand wird dabei aber ganz bedeutend geschädigt, denn täglich läßt man produziren, ohne daß consumirt wird. Zu alledem kommt noch, daß bald hier bald da die Abkehr gegeben wird, und daß 30, 60—100 und auch mehr Leute, gewöhnlich nicht auf einmal, sondern nach und nach entlassen werden. Daß unsere Bergarbeiter in dem Wahne befangen sind, solche Maßregeln könnten und dürften nicht stattfinden, zeigt eben nur, wie vertrauensselig und gesetzesunkundig sie sind. Die Knappschaftskasse ist gewöhnlich der Grund, weßhalb es immer noch möglich war, daß die Leute bei den gegenwärtigen Löhnen in Arbeit verbleiben. Im Chemnitzer Bezirk scheinen auch einige Werke krachen zu wollen, und ist der Niederwürschnitzer Steinkohlenbau-Verein zum Schaden der Arbeiter mit nahezu 5000 Mark Arbeitslöhnen fallit geworden. Daß die Arbeiter daselbst auf 100 Mark rückständigen Lohn 4 M. 8 Pf. Dividende bekommen, wovon noch die Verläge des Advokaten (Concursverwalters) abgehen, und die einzelnen Löhnepostен 100—140 Mark betragen, zeigt von dem Vertrauen, das die Arbeiter in die Aktionäre und Verwalter setzen. Gegenwärtig bildet man daselbst einen Knappschaftsverband, und gedenkt wie im Zwickauer Revier vorzugehen. Wenn man gute und praktische Paragraphen in das fragl. Knappschaftsverbands-Statut einschaltet, ist das Projekt ohne Zweifel durchzusetzen.

Hamburg. (Allgemeiner deutscher Töpferverein.) Der Vorort genannten Vereins ist von Wiesbaden nach Hamburg verlegt und nicht nach Wandsbeck, wie im „Vorwärts" irrthümlich berichtet worden ist. A. Barbi.

9. sächsischer Wahlkreis.

In der Sitzung des sozialdemokratischen Arbeitervereins vom 9. d. Mts. wurde beschlossen, ein Agitationscomité zu wählen, welchem besonders die Aufgabe zuertheilt ist, zunächst auf dem Lande des hiesigen Gerichtsamtsbezirks eine etwas regere Agitation, als seither geschehen, zu entfalten. Gewählt wurden in dasselbe die Parteigenossen: Friedr. Fleischer, Adolf Auerbach, Friedr. Schmidt, Richard Hennig, Frz. Engelmann, Wilh. Becker. Am 10. d. Mts. constituirte sich dasselbe, indem es Genosse Fleischer als Vorsitzenden, F. Schmidt als Kassirer und F. Engelmann als Schriftführer zur Leitung der Geschäfte ernannte. Es wurde beschlossen, schon Sonntag, den 13. d., mit der Agitation zu beginnen und zunächst für Verbreitung der Parteipresse thätig zu sein. Hauptsächlich richten wir aber nun an die Parteigenossen in Freiberg und Oederan das Ersuchen, in gleicher Weise vorzugehen und mit uns in Verbindung zu treten, damit die Agitation mit der Zeit regelmäßig und umfassender wie bisher betrieben werden kann, auf daß wir bei einer wiederkehrenden Wahl die uns bei der Stichwahl beigebrachte Niederlage wieder auswetzen. Die Redaktionen der Parteipresse ersuchen wir freundlichst, etwaige vorhandene ältere Nummern der Parteiblätter behufs wirksamer Agitation für die Presse uns gefälligst zukommen zu lassen. Die Parteigenossen des Wahlkreises werden nochmals ersucht, baldigst mit uns in Verbindung zu treten. Briefe u. s. w. sind zu adressiren an Frz. Engelmann, Hinterhaus.

Hainichen, 13. Mai 1877.

Briefkasten

der Redaktion. K. M.: Was Sie über Hrn. M. Marr sagen, (Mitarbeiterschaft an der „Stroußberg'schen Post" 2c.) ist recht hübsch, aber derartige und schönere Stückchen des genannten Biedermanns ließen sich zu Dutzenden erzählen, und — der Raum des „Vorwärts" ist zu kostbar. — E. B. in Altona: Sobald Sie die Broschüre im „Vorwärts" annoncirt finden, geben Sie der Expedition Ihre Adresse. Lesen Sie Kolb's Culturgeschichte, die sehr leicht verständlich, und hierauf Buckle's Geschichte der Civilisation; durch Geib werden Sie beide Werke beziehen können. — L. muß demnächst eine zweimonatliche Zwangs-Erholungsreise antreten; ob er also noch Zeit haben wird, nach Altona oder Hamburg zu kommen, ist fraglich. — Reginald in Neuhausen: Ihr Name wird nicht genannt werden. Der Empfang der Gelder ist weiter unten bescheinigt.

Quittung. B. Expedition der „Brlnr Fr. Presse" Berlin Ab. 3,00. Lgs Hannover Ann. 6,70. Nmz Wien Ab. 5,00. Arb.-Bild.-Verein London d. Kl Ab. 204,00. K. Sndmnn Dessau Schr. 3,00. Admstrtn der „Arbeiter-Wochenchronik" Pest Ab. 31,52. Wrgs Wien Schr. 15,71. Kls Magdeburg Ab. 9,00. Th. Lz Würzburg Schr. 3,00. Bßlr Stuttgart Ab. 51,20, Schr. 19,70. Hrm Elberfeld Ab. 5,15. Rttmnnr München Ab. 29,50. Hch Frankfurt Ab. 21,20. Rb Cottbus Ab. 4,80. Hbl Aussig Ab. 8,80. Rnn Coblenz Ab. 4,00. M. Ullrch hier Ab. 110,00. Arb.-Bild.-Verein Bludenz Ab. 5,00. Frnzl Stollberg Ab. 0,90. Eglr hier Ab. 7,40. Hß Sonneberg Schr. 16,00. Gr Osnabrück Ab. 8,90. Jnk Sorau Schr. 12,99.

Ich ersuche den Cigarrenarbeiter Emil Rentsch aus Groß-Röhrsdorf bei Dresden mir seine jetzige Adresse zugehen zu lassen.

W. K. Sperling in Eilenburg.

Fonds für Gemaßregelte.

B. Rginld Neuhausen 10,00; Bschhrn Gießen 2,70.

Berliner Wahlfonds.

Von Arbeiter-Verein Plagwitz 1,00; v. Rginld Neuhausen 10,00; von 6 Gesinnungsgenossen in Offenburg 15,00; von K. N. K. in Schwarzenbach a./S. 4,00; Lose's Werkstelle hier 2,50.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 19. Mai, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstr. 11:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag von Hrn. Kaiser über Reform, Revolution, Revolten, oder wie gehen wir vor. (F 168) Der Vorsitzende. [70

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht daß am ersten Pfingstfeiertage ein

Familien-Fest

bestehend in Concert und Ball in den großen Sälen des Hrn. Karten, Hildesheimerstraße stattfindet. 26

Karten für das ganze Fest à 1 Mk., zum Concert à 30 Pfg. sind bei Herrn Rudolph und Loges und in den Versammlungen zu haben. 2,70] Das Festcomité.

Kiel. Arbeiter-Sängerbund. Am 2. Pfingstfeiertag: (F. 181) [1,50

Lusttour nach Hasselbickstam.

Abmarsch vom Exercirplatz präcis 6 Uhr Morgens. Das Comité.

Leipzig. Verein der Sattler und Berufsgenossen. [50 Sonnabend, den 19. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Richter, Roßplatz 9: Oeffentliche Versammlung.

T.-O.: Besprechung über den am 22. Mai stattfindenden Congreß. Recht zahlreichem Erscheinen sieht entgegen D. V. (F. 196)

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 19. Mai, Abends 8 Uhr, in Menzel's Restauration, am Täubchenweg: Versammlung. Tagesord.: Gewerkschaftliches.

NB. Sonnabend, den 2. Juni, Berichterstattung des Delegirten von der Generalversammlung. [60

St. Johann. Montag, den 21. Mai (2. Pfingsttag), Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn W. Billig, „Zum deutschen Reich", Mainzerstraße:

Allgemeines großes Volksfest.

Festrede, Concert, deklamatorische Vorträge und großer Ball. Entrée à Person 30 Pfg. Familienbillets à 50 Pfg. Entrée zum Ball Mk. 1,00. Das Fest-Comité:

2,70] H. F. Jakob. C. Pabst.

Stollberg. Arbeiter-Liederkranz. Den 1. Pfingstfeiertag Gesangscommers zu Gutenbrunn. Gesinnungsgenossen sind eingeladen. Abmarsch Mittags 1 Uhr. (F 270) [90

Neue Welt.

1877.

Die unerwartete Abonnentensteigerung unseres Blattes hat so viele Nachbestellungen zur Folge gehabt, daß wir gezwungen sind, 4 Nummern von 1877 im Nachdruck zu beschaffen. Die Druckerei wird diese Arbeit bis Ende die er Woche bewältigt haben. Bestellern und Reklamanten geht sofort Sendung zu. Säumnisse unsererseits liegen nicht vor.

Leipzig, 14. Mai 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt".

Sozialisten-Congreß.

Mandats-Formulare

für die Delegirten zum Congreß sind durch J. Auer in Hamburg, Pferdemarkt 37 zu beziehen und sind Bestellungen bald einzusenden.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Laufermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hepe, 8 New Str Golden Square.

Nr. 59. Sonntag, 20. Mai. 1877.

☛ Der Pfingstfeiertage wegen muß die nächste Mittwochsnummer ausfallen.

Der Krieg*)

welcher soeben da „hinten in der Türkei" begonnen hat, ist der fünfte russisch-türkische Krieg seit dem Frieden von Kutschuk Kainardschi (21. Juli 1774), welcher die Pforte den Russen geöffnet und ihr bedeutende Gebietsabtretungen an die nordischen Eroberer aufgelegt hatte. Der wievielte russisch-türkische Krieg überhaupt, das läßt sich in der Geschwindigkeit gar nicht feststellen. Schon Jahrhunderte bevor Kaiserin Katharina auf ihrer Reise nach Südrußland (1787) an die Landstraße einen Wegweiser mit der Inschrift setzen ließ: Weg nach Konstantinopel! übte die Wunderstadt an den Dardanellen eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf die Russen aus. In dem russischen Chronisten Nestor lesen wir (Buch 1, Kap. 3):

„Oleg setzte (i. J. 907) in Byzanz seine Truppen an's Land, die nach altem Kriegsgebrauche viele Häuser und Kirchen plünderten und verbrannten und die Menschen theils niederhieben, theils henkten, theils ersäuften und auf verschiedene Weise marterten." Als er dann einen Tribut festgesetzt, den die Christen ihm zahlen sollten, und seinen Heerschild zum Zeichen des Sieges am Thore von Byzanz aufgehängt hatte, zog er wieder ab, mit Plünderungsschätzen beladen. Jeder Versuch der Christen, sich von ihren heidnischen Peinigern zu befreien, wurde durch einen neuen Verwüstungszug bestraft. So zog schon Oleg's Nachfolger, Igor, wieder gegen die Griechen, wobei es noch munterer herging als das erstemal. „Es wurden," erzählt Nestor, „von den Russen viele Kirchen und Klöster ausgeplündert und zerstört und viele Menschen theils im Stier[illegible]

Niederlagen einbrachte und das Prestige Rußlands zerstörte. Im Frieden von Paris (1856) mußte Rußland auf die Donaumündungen verzichten und das Todesurtheil seiner Seemacht im Schwarzen Meer unterzeichnen.

Versteht sich, mit dem stillschweigenden Vorbehalt, wieder anzufangen, sobald dies thunlich.

„Wir sammeln uns" sagte ein russischer Staatsmann nach dem Pariser Frieden. Die russische Regierung baute strategische Eisenbahnen, reorganisirte die Armee und wartete den passenden Moment ab.

Die europäische Politik ging nach Wunsch — sie war in den richtigen Händen.

Im Herbst 1862 trat der in Petersburg wohlbekannte und hochgeschätzte Herr von Bismarck an die Spitze des preußischen Ministeriums. Oestreich, das 1854 die Russen aus den Donaufürstenthümern getrieben und sie aus der Offensive in die hoffnungslose Defensive gedrängt hatte, fand sich urplötzlich selbst in die Defensive gedrängt, seine Stellung in Deutschland gefährdet; die wenig verschleierten Pläne des neuen preußischen Ministerchefs gingen auf Verwirklichung der großpreußischen oder kleindeutschen Idee, d. i. Ausschluß Oestreichs aus Deutschland und Einigung des übrigen Deutschland unter „preußischer Führung". Der Dänenkrieg (1864) bereitete die endgültige Auseinandersetzung des Bismarck'schen Preußen mit Oestreich vor. Ersteres siegte. Deutschland bis an die Mainlinie wurde theils direkt, theils indirekt annektirt, die süddeutschen Staaten vorläufig laufen gelassen und Oestreich „aus Deutschland geworfen". Was das für Deutschland bedeutete, geht uns hier nichts an; für Rußland bedeutete es: Durchbrechung des gewaltigen Damms, den die germanische Welt von der Nordsee bis an die

nicht in den erhobenen Arm, umwinde sie nicht mit der seidenen Schnur der Diplomatie, und sie wird mit den Russen fertig.

„Doch die Unzufriedenheit unter den Christen in der Türkei, die Schilderhebungen in Bosnien, der Bulgarei u. s. w.!" Gut. Das ist allerdings ein Faktor, der nicht übersehen werden darf; aber auch nicht überschätzt. Die Unzufriedenheit der türkischen Christen ist zu 99/100 eine russische Lüge, und das übrige Hundertstel ist zu 99/100 russisches Fabrikat. Daß die Aufstände, welche vor 1½ Jahren in türkischen Grenzgebieten ausbrachen, von Petersburg aus angestiftet waren, ist aktenmäßig festgestellt. Der Neid auf russische Freiheit wird die türkischen Christen gewiß nicht zur Insurrektion treiben, sind doch die Christen in der heidnischen Türkei tausendmal freier als die Christen in dem christlichen Rußland — und zwar als die Christen der Staatskirche, denn die anderen sind nicht blos unterdrückt und verfolgt, sie sind vogelfrei. Und das führt uns zu Polen. Polen, das zerfleischte, systematisch wehrlos gemachte Polen, das, im Winter 1862 auf 63 durch die Verzweiflung in den Aufstand gepeitscht, der gesammten russischen Kriegsmacht über ein Jahr lang die Spitze bot, und nur durch die „guten Dienste" des unter Bismarck's Führung seine Bestimmung erfüllenden Preußen niedergeworfen werden konnte — ist Polen todt? Und die Völker des Kaukasus, voran die heldenmüthigen Tscherkessen, die fast ein Jahrhundert lang die russischen Armeen siegreich bekämpften, bis sie dem Verrathe zum Opfer fielen? Genug — das Spiel der „unterdrückten Nationalitäten" kann auch von Leuten, die nicht an der Newa wohnen, gespielt werden, und von allen Ländern der Erde ist es das mit der Blutschuld so manchen Völkermords beladene Rußland, das dieses Spiel am meisten zu fürchten hat.

---

schaft eine Zeit lang auf einem freien Platze — während sie hier der Ruhe ꝛc. (s. o.!)

Ferner:

„Als die Gefangenen nach Dossenbach gebracht werden sollten, „erhob sich vom Walde her ein Hurrahgeschrei und es stürzte „ein großer Haufen Freischärler heraus, welche die Patrouille „mit Schüssen verfolgten. Diese zog sich eilends gegen Dossen„bach zurück, worauf das Feuer aufhörte. Als aber Oberfeld„webel Köhler seine Leute auf günstigerem Terrain in einer „Plänklerlinie aufgestellt hatte, wurden sie zum zweiten Male „angegriffen und erwiderten jetzt (!!) mit mehreren Salven, welche „drei Freischärler tödteten. — Als nun die Freischärler in „großen Massen aus dem Walde traten und im Sturmschritte „gegen die Truppen heranrückten ꝛc.

Für jeden Unbefangenen ist hiermit zugleich der Beweis geliefert, wohin einzig und allein der Leiterwagen mit Herwegh und Frau nebst unseren Kranken gefahren sein konnte. Offenbar tiefer in den Wald hinein. — Anders wohin konnte er gar nicht fahren. Der Bericht des Generals von Miller sagt ganz deutlich, daß nicht nur die Waldungen, sondern der ganze Dinkelberg, theils durch die Truppen des Generals von Baumbach (Infanterie und Reiterei) theils durch diejenigen des Generals v. Miller (Reiterei und reitende Artillerie excl. der schon anwesenden Bataillone des 1. und 6. Infanterieregiments) vollständig umstellt waren.

Aus den beiden Berichten ist ersichtlich, wie das Commando der Truppen sowohl als die Staatsanwaltschaft Alles aufboten, um den Beweis zu liefern, daß die Legion den Kampf begonnen habe. Doch sind das Zugeständniß der Anklage-Akte, daß und unter welchen Umständen „einige Schüsse fielen", und die Entschuldigung des Generals v. Miller, daß und warum er vor Morgens 6 Uhr keinen Angriff wagen konnte, die beste Widerlegung jener tendenziösen Behauptung, die denn auch vor dem Schwurgerichte, durch die Angaben des Oberfeldwebels Köhler ins rechte Licht gestellt wurde.

Diese „einige Schüsse" fielen auf den Krankenwagen, auf dem Herwegh nebst Frau saßen, und dort gab es auch die ersten Todten und Verwundeten. — Deshalb fuhr der Wagen weiter, am im Walde — es war dies am südöstlichen Ende des freien Platzes, auf dem die Mannschaft lagerte, eine geschütztere Stelle zu haben. — Was jedoch später nicht verhinderte, daß die beiden Pferde — und wie einige behaupten auch der Fuhrmann —, als die Truppen den sich zurückziehenden Legionären nachdrangen, erschossen wurden.

Herwegh saß nebst seiner Frau auf diesem Wagen und beide, sowie auch einige der Kranken, machten Patronen während der ganzen Zeitdauer des Gefechtes; — ich selbst hatte mir bei ihnen zwei Mal für meine Leute welche geholt — und ist diese Thatsache — durch viele der gefangenen Legionäre in ihren Aussageprotokollen festgestellt worden. — Daß Herwegh hätte auf dem Wagen sitzen bleiben sollen, als die allgemeine Retirade einmal begonnen hatte, das wird kein vernünftiger Mensch von ihm verlangen, er müßte denn von dem muthigen Schlage seiner nationalliberalen Verleumder sein!

Das Gefecht bei Dossenbach hat der unnöthigen Opfer gerade genug gekostet. — Der Bericht des Generals v. Miller spricht von 30 Todten, vielen Verwundeten und 400 Gefangenen; die Anklage-Akte von nur 10 Todten, die Zahl der Verwundeten wird als unermittelt angegeben und werden 373 Gefangene aufgeführt. Ich selbst kann, was diesen Punkt anlangt, keine vollständigen Angaben machen; ich habe nur 8 Leichen gesehen: zuerst sah ich Schimmelpennig stürzen, der aber nicht, wie es im Berichte des Generals v. Miller heißt, von Hauptmann Lipp getödtet wurde, sondern selber, im Eifer des Eindringens auf Lipp, in das Bayonnet eines seinen Hauptmann durch Kopfparade schützenden Soldaten hineinrannte; dann fiel dicht hinter mir und — da die Kugel wahrscheinlich auf meine schwarz-rothgoldene Schärpe gemünzt war — an meiner Statt der geistreiche Obergerichtsanwalt Oedermann aus Oldenburg — ferner fielen in meiner Nähe während des Kampfs noch 3 Mann — und später bei dem Rückzuge sah ich 2 weitere fallen; auch bei dem Krankenwagen sah ich einen Todten, und auf demselben befanden sich 4 oder 5 Verwundete.

(Schluß folgt.)

Erfurt, den 11. Mai. (Eugen Richter auf Agitation.) Der „edle" Eugen verweilt jetzt in Thüringen, um dessen Bewohnern plausibel zu machen, was er unter „Fortschritt" ver-

gestattet, daß von den vielen Gegern, welche mir persönlich gegenüberstanden, keiner so viel persönliche Angriffe gemacht, Verläumdungen, Unwahrheiten ausgesprochen, keiner so viel Unkenntniß über die Arbeiterbewegung und ihre Ziele verrathen, als der „Finanzminister in spe". Richter wußte, daß die Mehrzahl der erwähnten Versammlung ihm hold war. Der „Reichsverein" machte ihm zwar Opposition, aber wenn es gegen die Sozialisten ging, waren alle „Getreuen" einig. Die bescheidenen Versammlungsräume gestatteten nicht, daß unsere Genossen auch nur zur Hälfte hätten Platz bekommen können.

Was war nun das Resultat der Versammlung, welche in allen thüringer Blättern und Blättchen publizirt worden war? Circa 300 Theilnehmer. Der „Reichsverein" war vollzählig erschienen; einige Arbeiter, welche im fortschrittlichen Lager sind, ohne zu wissen weshalb, waren auch da; und der Rest bestand aus Neugierigen und unsern Gesinnungsgenossen.

Zu wünschen wäre, daß der „edle" Eugen in Thüringen viele Versammlungen abhielte, denn der Erfolg wäre: die „Fortschrittspartei" käme in Miskredit — auch dort, wo sie es nicht ist — und Richter spräche bald vor leeren Stühlen und Bänken. Richter haßt die Wahrheit, wo es gilt, seinem Gegner die gebührende Achtung zu zollen; er verletzt die einfachsten Regeln des Anstandes, wo ihm andere Ansichten entgegen gestellt werden; er greift zur Waffe der Lüge und Verläumdung, wenn es gilt, für seine Partei Propaganda zu machen und andere ehrenwerthe Personen, welche der Gesellschaft bessere Dienste leisten wie er, mit Koth zu bewerfen. Eine solche Taktik im „geistigen Kampfe" macht Denjenigen, der sich ihrer bedient, verächtlich.

Klute.

St. Johann-Saarbrücken, 14. Mai. Nachdem vorgestern unser Reichstagskandidat R. Hackenberger nach einer überstandenen Haft von 14 Monaten in unsere Mitte zurückgekehrt war, hielten wir gestern eine von 6—700 Personen besuchte Volksversammlung ab. Die Hoffnung, daß H. in derselben sprechen würde, wurde leider durch dessen nahezu lebensgefährlichen Zustand vereitelt, und so übernahm Genosse Kaulitz das Referat. Derselbe sprach in zweistündigem, klarem und allgemeinverständlichem Vortrage über das Arbeiterschutzgesetz, zugleich die schwächliche, prinzipienlose Haltung der liberalen Partei in scharfer Weise geißelnd. Nachdem derselbe unter allgemeinem, stürmischem Beifall der Versammlung geendet, meldete sich Herr Kaul von hier zum Wort. Ohne auch nur den geringsten Versuch, den Vorredner zu widerlegen, zu wagen, verließ er unter homerischem Gelächter der Anwesenden die Rednerbühne. — Arme liberale Partei, die du solchen Mann zum Führer erkoren. Als Kaul noch einmal sprechen wollte, wurde er von den eigenen Genossen zurückgehalten, und einer derselben rief ihm zu: „Sie haben sich und uns schon genug blamirt."

Nun sprach Genosse Kaulitz unter andauerndem, lebhaftem Beifall über die von unsern Abgeordneten gethanen Schritte zum Schutze der Wahlfreiheit, um dann einstimmig zum Delegirten für den Parteicongreß gewählt zu werden. Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution:

> „Die am 13. Mai a. c. im Lokale des Herrn W. Billig tagende ca. 600 Mann starke Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und tritt demselben in allen Punkten bei"

wurde gleichfalls einstimmig angenommen, worauf die Versammlung dann unter dem Absingen der Arbeitermarseillaise geschlossen wurde. Wie durchschlagend unser Erfolg war, geht am besten daraus hervor, daß die Lokalzeitungen, die sich schon lange vorher mit der Versammluug beschäftigt hatten, dieselbe jetzt mit keinem Worte erwähnen. Nun, wir verlangen auch

---

*) Nicht wahr! Und wer es behauptet, nachdem ich das von Hrn. Richter zuerst kolportirte Mährchen „in meinem Blatte" berichtigt, ist ein Lügner — heiße er wie er wolle.

Leipzig, 15. Mai 1877. W. Liebknecht.

Rheinische Kurier" meldet in dieser Angelegenheit: „Die Untersuchung scheint immer größere Dimensionen annehmen zu wollen. Auch wurden wieder Ausgrabungen nach Kinderleichen in einem Garten an der Stiftstraße vorgenommen."

Und diese Gesellschaft, welche in ihrer eigenen Verderbtheit umzukommen droht, wagt es, der Sozialdemokratie entsittlichende Tendenzen unterzuschieben?

— Das schweizerische Fabrikgesetz hat, wie das übrigens nicht anders zu erwarten war, vor den Augen der Fabrikanten keine Gnade gefunden, und mit allen Mitteln wird jetzt von ihnen agitirt, um das Gesetz durch die Urabstimmung zu Falle zu bringen. Dieses Bestreben der Fabrikanten hat natürlich Gegenbestrebungen der Arbeiter zur Folge gehabt (S. den Artikel: „Demonstration zu Gunsten des schweizerischen Fabrikgesetzes" in heutiger Nummer) und, lobend sei es erwähnt, auch die Lehrer von Zürich haben durch den Mund ihres Organs Partei für die Arbeiter ergriffen, wie das aus den nachfolgenden Zeilen, die wir dem in Zürich erscheinenden „Pädagogischen Beobachter", Organ der Züricher Lehrerschaft, entnehmen, hervorgeht:

„Der rechte Volkslehrer soll überall da mithelfen, wo es gilt, das nachwachsende Geschlecht tüchtiger und glücklicher zu machen, wo man sich bemüht, statt ein Volk von Krüppeln eine Generation gesunder und denkfähiger Menschen heranzuziehen.

„Von diesem Standpunkt aus wünschen wir lebhaft, daß die zürcherische Lehrerschaft und ihre Freunde Hand in Hand mit der überwiegenden Mehrzahl unserer Repräsentanten in den eidgenössischen Räthen und mit dem denkenden Theil der Arbeiterschaft das Fabrikgesetz schätzen und vertheidigen und daß sie auch bei der Kundgebung vom nächsten Sonntag sich aktiv betheiligen.

„Der Demonstration des ausbeutenden Kapitals folge diejenige der darbenden Arbeiter, der Diener der Humanität und der Freunde der Freiheit und Gleichheit!"

Haben sich deutsche Lehrer jemals ebenso unverholen auf die Seite der „darbenden Arbeiter" gestellt?

— „Auf dem sozialen Schlachtfelde", so schreibt man uns aus England, „wo fortwährend, wenn nicht unter der Fahne, so unter der Maske des Friedens, der Kampf der Arbeit gegen die Uebermacht des Kapitals geführt wird, bereiten sich hier wieder einige ausnahmsweise heiße und umfangreiche Treffen vor. In erster Linie sind die Kohlengräber betroffen, welchen nun zugemuthet wird, die Folgen der mörderischen Konkurrenz der Grubenbesitzer unter sich durch Massenförderung und Marktüberschwemmung zu tragen in Gestalt von schweren Lohnreduktionen. Von allen Seiten kommt die Kunde solcher Maßregeln und wenn sich die Arbeiter an ihre Führer wenden, so wissen ihnen diese, so gut sie von der sozialen Haltlosigkeit der Angebot- und Nachfragetheorie überzeugt sind, keinen anderen Rath zu geben, als auszuwandern, oder sich anderen Erwerbszweigen zuzuwenden, oder weniger Kinder zu erzeugen, also fortwährend auf dem beschränkten Boden des Arbeitsmarkt-Verhältnisses nach Abhilfe zu suchen. Von dem Glauben an schiedsgerichtliche Schlichtung solcher Lohnstreitigkeiten sind Viele bald zurückgekommen und wollen die Kraft ihrer Organisationen lieber auf die Probe setzen. So droht die abermalige 10prozentige Lohnreduktion, welche die Grubenbesitzer der Lancashire and Cheshire Kohlenbezirke ihren Arbeitern angekündigt, einen großen Strike hervorzurufen. Die Reduktion soll am 17. d. M. in Kraft treten und da friedliche Verhandlungen bisher von keinem Erfolg waren, dürften etwa 10,000 Männer die Arbeit ruhen lassen.

Im Fife and Clackmannan Kohlenbezirk (Schottland, nördliches Ufer der Forthmündung) haben die Arbeiter abermals die Ankündigung (seit 1874 die sechste) einer 10prozentigen Lohnreduktion erhalten und sind entschlossen, dieselbe nicht anzunehmen. Sie looosten zu diesem Zwecke zwei Kohlengruben aus, in welchen zuerst gestrikt werden sollte. Die Arbeitgeber beschlossen darauf letzten Donnerstag einen allgemeinen Lockout, welcher etwa 5—6000 Arbeiter treffen soll. Da dieselben in Häusern wohnen, welche den Grubenbesitzern gehören, sind ihnen zugleich auch die Wohnungen gekündigt. Die Arbeiter haben 14,000 Pfd. St. in ihrem Reservefonds und rechnen auch auf Unterstützung von Seite der National Miner's Union.

Am Freitag den 11. beschlossen die Schiffbaumeister an der Clyde auf einer Versammlung in Glasgow mit dem 19. d. eine allgemeine Aussperrung sämmtlicher auf den Bauplätzen beschäftigter Arbeiter eintreten zu lassen. Die Zimmerer haben nämlich seit einigen Wochen zur Erlangung einer Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt und da sich die übrigen Arbeiter weigern, die Arbeit der strikenden Zimmerer zu verrichten und somit der ganze Produktionsapparat in's Stocken gerieth, die Herren aber in eine Lohnerhöhung nicht willigen wollen, so kamen sie zu dem Schluß, „im Interesse aller Betheiligten" die Sache kurz zu machen und die Schiffsbauplätze zu sperren, bis die Zimmerleute zahm geworden. Morgen wird an allen Plätzen angeschlagen sein, daß, wenn die Zimmerleute die Arbeit nicht aufnehmen sollten, am 19. d. die Plätze für die Arbeiter geschlossen sein werden. Zwischen 30 und 35,000 Arbeiter würden dadurch auf's Pflaster geworfen. Die Arbeiter sollen entschlossen sein, ihre Ausdauer zu erproben, da sich ihre Fonds seit der letzten Aussperrung im Jahre 1866 wieder gestärkt haben.

— Der russisch-türkische Krieg hat auf dem asiatischen Terrain eine für die Russen äußerst ungünstige Wendung genommen und die Herren Christenbefreier müssen jetzt bedacht sein, sich schleunigst nach „rückwärts zu konzentriren". Sie haben aber auch alle Ursache dazu, denn abgesehen von einem gegen die Türken verlorenen Gefecht, welches ihnen 4000 Mann an Todten und Verwundeten kostete, hat der von uns in voriger Nummer schon gemeldete Tscherkessen-Aufstand nach neueren Mittheilungen sehr bedrohliche Dimensionen angenommen. Die „Vossische Zeitung" kennzeichnet die Situation auf dem asiatischen Kriegsschauplatz folgendermaßen: „Wenn man die geographische Lage der vom Aufruhr erfaßten Distrikte des Kaukasus in's Auge faßt, so ist es einleuchtend, daß die Erhebung auf die Operationen der in Armenien eingedrungenen Operationsarmee lähmend einwirken muß. Großfürst Michael (Oberkommandant der russischen Truppen) sieht sich urplötzlich vom Reiche getrennt, der einzige Schienenstrang, welcher seinem Heere Proviant und Munition zuführen soll, kann jeden Augenblick zerrissen werden, die Rückzugslinien seiner Corps sind gefährdet, kurz: seinem Unternehmen ist die Lebensader unterbunden! Und wenn es der russischen Heeresleitung auch gelänge, die Depots und die Eisenbahnlinie durch einen starken Truppenaufwand zu sichern, so wird es ihr nie und nimmer gelingen, inmitten der Gebirge die Proviantzufuhren vor Ueberfällen zu schützen. Sowie also der Aufstand von verständiger Hand geleitet wird und seine ganze Kraft der Vernichtung der freien Communication widmet, so ist der große Offensiv-Krieg in Armenien zu Ende und Großfürst Michael wird sich glücklich schätzen müssen, wenn er seine 150,000 Mann vor Hunger bewahren kann. Schon heute leiden seine Truppen unter Verpflegungs-Schwierigkeiten, wie erst dann, wenn sie auf die Ausbeutung ausgesogener und unwirthbarer Gegenden allein angewiesen wären!"

Eine derbe Lektion könnte Rußland für den freventlich provozirten Krieg nichts schaden; denn das möge man Kindern und alten Weibern einreden, daß Rußland für die Befreiung der „geknechteten Christenbrüder" das Schwert gezogen hat. Niemand glaubt daran, der da weiß, daß es Rußland ist, welches seit Peter dem Großen achtmal, und in diesem Jahrhundert jetzt zum drittenmal die Türkei mit Krieg überzieht, wobei noch ganz davon abgesehen werden soll, daß in puncto der Toleranz gegen Andersgläubige Rußland bei der Türkei erst in die Schule gehen muß.

— Der „Chemnitzer freien Presse" hat das Jahr 1876 nach einer oberflächlichen Schätzung nicht weniger als Acht Jahre zwei Monate und drei Tage Gefängniß und sieben hundert und neunzig Mark Geldstrafe eingetragen. Und welches ist der Erfolg der wahrhaft fieberhaften Thätigkeit der Chemnitzer Gerichte in der Bekämpfung der Sozialdemokratie? Die beste Antwort auf diese Frage ertheilt die „Chemnitzer freie Presse" selber, indem sie sich folgendermaßen ausläßt:

„Das sind die Wunden, die wir bis jetzt im Kampfe des Jahres 1876 davon getragen, unser Arm ist aber nicht erlahmt, wir konnten am 10. Januar einen glänzenden Sieg erfechten. Es sind ehrenvolle Wunden, die wir davon getragen haben. Und nimmer werden wir müde werden zu kämpfen, bis unsere Feinde am Boden liegen; denn Frieden wird es nicht eher geben, bis wir gesiegt haben, und wohlgemerkt, man lernt siegen, wenn eine solche Schule durchgemacht werden muß, wie sie uns beschieden ist."

— Vor der siebenten Deputation des Stadtgerichts zu Berlin erschien am 15. Mai die Berliner Mitgliedschaft der Deutschen Schuhmacher-Gewerkschaft, vertreten durch ihre Bevollmächtigten Szimmath, Seidemann und Klein, angeklagt des Verstoßes gegen die §§ 8 und 15 des Vereinsgesetzes (Verbindung politischer Vereine 2c.) Staatsanwalt Tessendorff beantragte Schließung der Gewerkschaft, 6 Wochen Gefängniß gegen Szimmath; 60 Mark Geldbuße event. 10 Tage Haft gegen Seidemann, Klein und den ebenfalls mitangeklagten Bock, Redakteur des „Wecker" zu Gotha. Das Urtheil lautete dahin, daß der Centralverein und dessen Vorsteher Bock freizusprechen, der Angeklagte Szimmath zu 30 Mark Geldbuße event. 5 Tage Haft, Klein zu 15 Mark event. 3 Tage Haft und Seidemann freizusprechen sei. In den Gründen wurde angeführt, daß der Hauptverein nicht angeschuldigt werden könne, mit Zweigvereinen in Verbindung zu stehen, da diese sein eigenes Ich bildeten und Niemand mit sich selbst zu verkehren vermöge. Dagegen sei erwiesen, daß die Mitgliedschaften, durch Zurückbehalten eines kleinen Theils des Gesammt-Beitrages (behufs Deckung örtlicher Ausgaben), als selbstständige Vereine im Sinne des Gesetzes anzusehen seien, wie auch durch die Aufforderung des 2c. Szimmath zu einer Petition für den Normalarbeitag, Politik, wenn auch eine gerechtfertigte, getrieben wurde, und daß deshalb die Mitgliedschaft genannter Gewerkschaft zu Berlin zu schließen sei. Es ist wohl anzunehmen, daß die Verurtheilten gegen das etwas sehr geschraubte Erkenntniß appelliren werden.

— Am 14. d. M. wurde der frühere Redakteur der „Bergischen Volksstimme", Parteigenosse Grünewald, nach Verbüßung einer achtmonatlichen Haft aus dem Gefängniß entlassen.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

Als Delegirte zu dem bevorstehenden Sozialistencongreß sind bis heute bei dem Unterzeichneten nachfolgende Parteigenossen angemeldet:

Altona: J. Auer; Augsburg, Lechhausen 2c.: Albert Lichtensteiger; Bielefeld: Carl Baer; Bremen: W. Frick; Crimmitschau: Walther; Cöthen: A. Zwiebler; Elmshorn: Hammer; Frankfurt a. O.: J. Heiland jr.; Frankfurt a. M.: C. Frohme; Freiberg (9. sächs. Wahlkreis): Oskar Klemich; Gera: C. Brätter; Hannover: H. Meister; Hanau: M. Daßbach, A. Frohme; Iserlohn-Dortmund: C. W. Tölcke; Leipzig: Rauert; Lindenau (13. sächs. Wahlkreis): M. Preißer; Meerane (17. sächs. Wahlkreis): J. Siegl; München: A. Kiefer; Osnabrück: C. Kühn; Pieschen, Dresden und Pirna: Max Kayser; Pinneberg: Schmalfeldt; Rheda: H. Matthäi; St. Johann: H. Kaulitz; Striegau: O. Richter; Wandsbeck: F. Vogenitz; Wüstegiersdorf: R. Schuhmacher.

Nach bis jetzt eingegangenen Nachrichten dürfte die Zahl der Delegirten, welche auf dem Congresse erscheinen werden, zwischen 80 und 100 betragen.

Die Mandats-Formulare sind versandt, sollte irgend eine Adresse übersehen worden sein, so wende man sich an den Unterzeichneten.

Hamburg, den 16. Mai 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: J. Auer, Pferdemarkt 37.

Demonstration zu Gunsten des schweizerischen Fabrikgesetzes.

Zürich, den 14. Mai.

Nachdem nunmehr das eidgenössische Fabrikgesetz von den beiden Kammern der Bundesversammlung (National- und Ständerath) zu Ende berathen ist und fertig vorliegt, ist auf den ersten Blick ersichtlich, daß durch die beinahe 3 Jahr andauernde Berathung das Gesetz, mit seinem ersten Entwurf verglichen, von Instanz zu Instanz verschlechtert worden ist. Den Wünschen der Fabrikanten hat man in den meisten Fällen Rechnung getragen, dem Begehren der Arbeiter aber fast in keinem Punkt. Immerhin bietet das Gesetz gegenüber dem jetzigen Zustand einige wesentliche Verbesserungen (z. B. die Festsetzung eines 11stündigen Normalarbeitstags, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Haftpflicht und Einsetzung von unabhängigen Fabrikinspektoren), die es wünschenswerth erscheinen lassen, daß dasselbe doch in Kraft tritt. Dies würde am 24. Juli d. J. der Fall sein, wenn nicht bis dahin 30,000 Bürger die Volksabstimmung verlangen. Einer Anzahl von Fabrikanten und Großindustriellen paßt es nun durchaus nicht in den Kram, daß nicht alle ihre Wünsche erfüllt worden sind, und daß ihnen die „Freiheit", die Arbeiter und deren Familien ganz nach Belieben ausbeuten zu können, einigermaßen beschränkt werden soll. Sie haben deshalb mit der Sammlung von Unterschriften begonnen, um bei der event. Abstimmung mit allen Mitteln für eine Verwerfung des Gesetzes zu wirken.

Durch dieses übermüthige Gebahren der Fabrikanten veranlaßt, berief der Central-Ausschuß der Gewerkschaften, Arbeiter- und Grütlivereine des Bezirks Zürich die Arbeiter für gestern zu einer Demonstration für das Fabrikgesetz zusammen, und die Arbeiter leisteten diesem Rufe in großer Anzahl Folge.

Mittags zwischen 1 Uhr und ½3 Uhr marschirten sie, von ihren Versammlungslokalen kommend, in Reih und Glied mit Fahnen und Standarten auf den Bahnhofsplatz Zürich, und die auswärtigen Vereine, die nicht in corpore erscheinen konnten,

---

Wider eine alte Lüge!

(Fortsetzung.)

Hören wir nach dem Geschichtsforscher den Redakteur. Herr Dr. Bruno Mayer schreibt in der „Deutschen Warte" II. Dezember-Heft 1875 pag. 771: „Im Frühjahr 1848 zog er (Herwegh) mit einer Schaar deutsch-französischer Republikaner, meist Arbeiter, in Baden ein, entfloh aber beim ersten Zusammenstoße mit den württembergischen Truppen unter dem Spritzleder eines von seiner Frau geführten Einspänners. Es war das am 27. April 1848 und von diesem Tage an war der Lebendige für Deutschland todt. Der Schmach von Schopfheim" 2c. 2c. — Dieser Gelehrte, der im Uebrigen offenbar aus der Quelle Jäger geschöpft hat, verlegt somit zum Zeichen seiner Gewissenhaftigkeit den Schauplatz der Handlung von Dossenbach nach Schopfheim und verwandelt unterwegs den „Wagen" in einen Einspänner, als welcher sich für die selbstkutschirende Frau und für das Spritzleder besser schickt und es wahrscheinlicher macht. In diesem Fuhrwerk kann die Lüge die Reise um die Welt machen!

Auch dem Herrn B., dem Kritiker der „Neuen Gedichte" von G. Herwegh, — „Im neuen Reich", 11. Heft pag. 439 — scheint sie in diesem Aufzug begegnet zu sein. Er fügt seiner auch sonst feinen und literaturkundigen Beurtheilung der Gedichte frank und frech die Bemerkung bei: „als ob es ihrem Verfasser Herzenssache gewesen wäre, das Spritzleder von Schopfheim (also ebenfalls Schopfheim) nicht in Vergessenheit gerathen zu lassen."

Bevor wir aber den Lügnern und Verleumdern die Maske vollends herunterreißen, wollen wir doch die offiziellen Zeugen zu Ende reden lassen. Schlagen wir die obenerwähnte Anklageakte des Freiburger Hofgerichts und zwar § 6 auf, welcher den Titel führt: „Gefecht bei Dossenbach". Hier heißt es wörtlich:

„Die Vorhut, aus 30 Mann mit Gewehren bestehend, wurde von Greve aus Mannheim geführt. Hierauf folgte ein zweispänniger Leiterwagen mit Herwegh, dessen Frau und einigen Kranken, sodann die einzelnen Bataillone." — Dann weiter:

„Während sie (die Mannschaft) der Ruhe pflog, fielen einige Schüsse; der erwähnte Wagen fuhr, begleitet von einigen Bewaffneten, eilig davon, und unmittelbar darauf begann der Kampf."

Ferner:

„Eine Patrouille von 16 Mann, unter Oberfeldwebel Köhler, bestieg eine Anhöhe und sah, wie zwei Wagen sich dem Walde näherten und von ungefähr 150 Freischärlern, in kleinen Abtheilungen, gefolgt waren."

Von Herwegh's Verhalten bei Dossenbach ist sonst in der Anklage-Akte und speziell in § 6 gar nicht die Rede!

Was geht aber aus den beiden einzigen offiziellen Aktenstücken klarer hervor, als daß die von Nr. I im ersten Augenblick der Leidenschaft aufgestellte, jedoch gleich als unsicher bezeichnete Vermuthung resp. Behauptung, die Quelle der ganzen Verleumdung, sich hintendrein und bei genauerer Prüfung der Sache durch Nr. II als falsch und unwahr herausgestellt hat?

Nr. I, der militärische Bericht, behauptet: daß „nach eingegangenen Nachrichten" Herwegh mit seiner Frau, sobald er die Annäherung der Truppen erfahren, noch vor Beginn des Kampfes entflohen sei.

Nr. II, die gerichtliche Anklageschrift aber stellt fest, oder muß vielmehr auf Grund der Untersuchung feststellen: daß Herwegh mit seiner Frau und einigen Kranken bei Beginn des Treffens auf einem zweispännigen Leiterwagen unmittelbar hinter der Vorhut sich befand — daß dieser Wagen, von einigen Bewaffneten begleitet, erst davon fuhr nachdem einige Schüsse gefallen — und daß „unmittelbar darauf der Kampf begann." Dieser letzte Zusatz enthält offenbar keine Thatsache mehr, sondern nur ein willkürliches Urtheil, eingegeben von der staatsanwaltlichen Absicht, in erster Linie die Freischaaren als den angreifenden Theil erscheinen zu lassen, daneben den gehaßten Herwegh als Feigling hinzustellen und zugleich den Widerspruch zwischen dem Ergebniß der Untersuchung und dem längst veröffentlichten militärischen Bericht möglichst zu vertuschen. Vergebens! Nach gemeiner und wohl auch nach militärischer Logik hat ein Kampf begonnen, wenn Schüsse fallen; und wenn — was die Anklageschrift nicht leugnen konnte und die Schwurgerichtsverhandlung über jeden Zweifel erhob — der Wagen erst davon fuhr, nachdem Schüsse gefallen waren, so hatte Herwegh die Ankunft der Truppen abgewartet, so war er nicht vor Beginn des Kampfes entflohen, so haben die „eingegangenen Nachrichten" des Generals v. Miller gelogen!

Warum der Wagen davon fuhr und wohin er fuhr, werden wir später hören. Vorher müssen wir noch einmal den General von Miller reden lassen. Dieser sagt vom Anfang des Gefechts:

„Eine Compagnie des 6. Infanterieregiments, welche in der Frühe eine Recognoszirung nach Schwörstadt zu machen hatte, trat ungefähr um dieselbe Zeit den Rückmarsch nach Schopfheim an, als das Bataillon von da aufbrach. Diese Compagnie war im Debouchiren aus Niederdossenbach begriffen, als sie den größten Theil der Arbeitercolonne auf sich anrücken sah. (!) Der Hauptmann Lipp ließ seine Leute hinter Bäumen und Felsstücken in zerstreuter Ordnung Stellung nehmen, sie wurden alsbald mit Heftigkeit angegriffen (!); das gut gezielte, auf nahe Entfernung abgegebene Tirailleurfeuer machte den Feind stutzen; — nach wenigen Augenblicken kehrte er verstärkt zurück, ward aber wiederum abgewiesen; nun verlängerte er seine Linie und suchte der Compagnie in Flanke und Rücken zu kommen. In diesem kritischen (sic!) Momente erschien, den Feind selbst flankirend, eine halbe Compagnie des 1. Infanterieregiments, geführt von Oberlieutenant Karl, der, ohne Befehl abzuwarten, von Schwörstadt vorrückte, als er das Feuer hörte. Hierdurch war für den Augenblick die Gefahr beseitigt, — doch ließ der Angriff an Ungestüm nicht nach. Der Gegner war so nahe gekommen, daß Hauptmann Lipp mit dem feindlichen Anführer (dem wackeren und braven Schimmelpennig) handgemein wurde und ihn tödtete. — — Der Fall dieses Anführers entschied das Gefecht. Die Feinde wichen in den Wald zurück, und als nun auch das Bataillon des 6. Regiments anrückte 2c."

Ich habe den Bericht so ausführlich wiedergegeben, um die Stellung der demokratischen Legion vor Beginn des Kampfes genau zu constatiren, d. h. den Beweis zu führen, daß die Legion sich im Walde befand, aus demselben hervorbrach und sich dann wieder in diesen zurückzog — — — wie solches klar und deutlich aus dem Berichte erhellt. Aber auch aus der Anklageakte geht das Gleiche hervor. Sie sagt:

„In dem nahen Walde angekommen, lagerte sich die Mann-

hatten Delegirte gesandt. Punkt ½3 Uhr setzte sich der Zug, geführt von mehreren Musik- und Trommlerchören in Bewegung, sich Bahn brechend durch eine bedeutende Menschenmasse am Bahnhofplatz und den auf dem Weg durch die Stadt von ihm berührten Straßen. Im Zuge befanden sich die Grütlivereine Zürich, Neumünster, Außersihl-Wiedikon, dann der Holzarbeiter- und Glaser-Fachverein, Metallarbeiter-Gewerkschaft, Fachverein der Schlosser, Schmiede, Wagner und Steinhauer, Schneider-Gewerkschaft, Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter Zürich, sämmtliche Buchdrucker von Zürich, Gemischte Gewerkschaft von Höngg, Lederarbeiter-Gewerkschaft, Schuhmacher-Fachverein, Fachverein der Sattler und Tapezierer (ebenfalls von Zürich), Spengler von Winterthur und Zürich u. s. w. in einer Gesammtzahl von ca. 2000 Personen, darunter auch einer Sektion Frauen. Außer den bereits oben genannten waren noch folgende Grütlivereine vertreten: Niederurdorf, Affoltern a. A., Adlisweil, Thalweil, Horgen, Wädensweil, Winterthur, Töß, Uster, Elgg, Schaffhausen, Wettingen, Weinfelden, Baar, Haslen (Glarus), Bern und Thur.

Die Standarten im Zuge trugen folgende Inschriften:

„Gesetzlicher Schutz des Arbeiters im Interesse der Landesvertheidigung!" (Grütlivereine).

„Hoch der Normalarbeitstag!" „Verbot der Sonntagsarbeit." (Holzarbeiter).

„Haftpflicht gegenüber den auf dem Schlachtfeld der Industrie Verletzten und Getödteten." (Metallarbeiter).

„Gesetzlicher Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter." (Steinhauer).

„Gesetzlicher Schutz für die Fabrikfrauen und Fabrikkinder." (Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter).

„Licht in die Köpfe! Feuer in die Herzen! Mark in die Knochen!" (Buchdrucker).

„Strenge Controle der Fabriken durch Fabrikinspektoren." (Lederarbeiter).

Auf dem Kasernenplatz, woselbst eine Volksversammlung unter freiem Himmel arrangirt war, fanden sich weit über 5000 Menschen zusammen, die von dem vereinigten Gesangschor des Grütli- und Deutschen Arbeitervereins mit dem Liede „Wacht auf!" begrüßt wurden.

Hierauf ergriff der Redakteur des „Grütlianer", Bürger Vogelsanger das Wort, um in kurzen kräftigen Worten über die Haftpflicht zu referiren. Nach einem hierauf folgenden Massengesang bestieg der Nationalrath Professor Vögelin die Tribüne, um in längerer ausgezeichneter Rede die Arbeitszeitbestimmungen zu besprechen. Nach einem abermaligen Massengesang setzte Mechaniker Morf die Nothwendigkeit der Fabrikinspektoren auseinander und am Schluß sprach Greulich in zündender Rede noch über die Wichtigkeit der Organisation.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute, den 13. Mai 1877 auf dem Kasernenplatz Außersihl tagende Massenversammlung

In Erwägung:

daß eine Versammlung von Spinnereibesitzern in Zürich beschlossen hat, die Volksabstimmung über das eidg. Fabrikgesetz zu verlangen, um dasselbe zu Falle zu bringen;

daß die Vorarbeiten und Berathungen über dieses Gesetz drei Jahre gedauert haben, eine Zeit, die noch keinem anderen Gesetze gewidmet worden ist,

Und in Anbetracht:

daß bei den Berathungen in den eidgenössischen Räthen weit mehr die Wünsche und Interessen der Herren als die der Arbeiter zur Geltung gekommen sind;

erklärt:

„Das Bestreben einer Anzahl von Fabrikanten, das Fabrikgesetz zu Falle zu bringen, kann nur als Herrenübermuth bezeichnet werden, dem gegenüber alle Arbeiter und Freunde des gesetzlichen Schutzes der Arbeiter entschieden Stellung nehmen müssen. Wir würden es als eine Schmach für unsere Republik bedauern, wenn das Vorhaben der Spinnereibesitzer von Erfolg begleitet würde.

„Trotzdem wir von dem Resultat der Berathung in den eidgenössischen Räthen nicht befriedigt sind, trotzdem das vorliegende Fabrikgesetz ein Compromiß ist, bei dem fast alle Wünsche der Herren erfüllt wurden und fast alle Begehren der Arbeiter unberücksichtigt blieben und obgleich wir den Beschlüssen der Vertreter des Schweizerischen Arbeiterbundes und des Schweizerischen Grütlivereins am Congreß zu Pfingsten in Neuenburg nicht vorgreifen wollen —

„Sind wir doch durch das Vorgehen der betr. Fabrikanten genöthigt, zu erklären, daß wir das vorliegende Fabrikgesetz als eine bescheidene Abschlagszahlung an die Ehre der Republik und die Begehren der Arbeiter betrachten und annehmen. Kein Arbeiter und kein wahrer Republikaner möge sich dazu erniedrigen, dem Interesse selbstsüchtiger Fabrikanten seine Unterschrift zu leihen.

„Der gesetzliche Schutz der Arbeiterbevölkerung der Erwachsenen, der Frauen und der Kinder gegen Ausbeutung, Verkümmerung und Entwürdigung ist — namentlich in dem bescheidenen Maße, wie ihn das vorliegende Fabrikgesetz bietet — eine ernste Forderung der Menschlichkeit, er ist eine dringende Nothwendigkeit für die Industrie, die, um noch concurriren zu können, intelligentere und leistungsfähigere Kräfte braucht, als sie durch die bisherige Fabrik-Wirthschaft erzeugt wurden — und dieser gesetzliche Schutz ist eine patriotische Nothwendigkeit, um die Freiheit und Unabhängigkeit unseres republikanischen Gemeinwesens aufrecht erhalten zu können.

„Diejenigen, welche noch diesem Minimum von Schutz, der im Fabrikgesetze geboten wird, entgegentreten, ja ihn zu Falle bringen wollen, kennzeichnen sich selbst als Feinde der Menschlichkeit, als Feinde größerer Leistungsfähigkeit der Industrie und als Feinde der Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes.

„Wir fordern alle Freunde des Volkes auf, diesem culturfeindlichen Beginnen mit allen Kräften entgegenzutreten, die Arbeiter aber ermahnen wir, einzutreten in die Reihen des Schweizerischen Arbeiterbundes und des Schweizerischen Grütlivereins und dort mitzukämpfen an dem Werke der Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln der Armuth, der Unwissenheit und Knechtschaft."

Während der Rede des Nationalrath Vögelin sandte der Himmel einen kurzen Regenschauer, der von der Masse der Versammelten mit einem Wald von Regenschirmen glücklich parirt ward, der Redner (früher Pfarrer, jetzt Geschichtsprofessor an der eidgenössischen Hochschule) ließ sich in seinem Vortrag durchaus nicht stören, sondern sprach dem Wetter zum Trotz weiter. Der Himmel, wohl einsehend, daß bange machen hier nicht galt, lachte nach kurzer Zeit wieder heiter auf die imposante Versammlung nieder.

Das Militär nahm von den Fenstern des Kasernengebäudes, die von ihm dicht besetzt waren, auch an der Versammlung Theil.

Eine Menge Begrüßungstelegramme und Zustimmungen aus allen Theilen des Landes liefen während der Massenversammlung ein, konnten jedoch wegen vorgerückter Zeit nicht mehr verlesen werden.

Die Demonstration, durch keinen Mißton gestört, hat durch ihren ruhigen, ernsten Charakter und die zahlreiche Betheiligung allenthalben den besten Eindruck gemacht und den Herren Fabrikanten jedenfalls gezeigt, daß ihre Mühe, das Fabrikgesetz zu Falle zu bringen, eine vergebliche ist, wenn die Arbeiter zur Urne ebenso fest gegliedert und freimüthig schreiten wie gestern zur Massenversammlung. Hoffen wir das! A. U.

Correspondenzen.

London. (Für die Märtyrer der Kommune.) In einer am 6. d. hier abgehaltenen Versammlung der Flüchtlinge der Kommune ist einstimmig beschlossen worden, eine Tombola (Verlosung) zu veranstalten, deren Erträgniß für die in Neukaledonien schmachtenden Kommunekämpfer bestimmt ist.

Es wurde eine Kommission ernannt, die folgenden Aufruf erlassen hat: „Wir wenden uns an die Flüchtlinge und an die Männer aller Nationalitäten, welche unsere sozialpolitische Ueberzeugung theilen, sowie an alle Diejenigen, deren Inneres sich bei dem Berichte über die Leiden unserer politischen Freunde empörte, um ihre Beihilfe zu erlangen, sei es indem sie eigene Arbeiten, sei es, daß sie andere für unsere Tombola geeignete Gegenstände beisteuern.

„Arbeiterinnen, Arbeiter, Schriftsteller, Künstler, möge ein Jeder sich mit seiner Arbeit daran betheiligen!

„Tausende von Meilen entfernt giebt es Unglückliche, gebeugt unter einem eisernen Joche, entblößt von Kleidern, schier vor Hunger sterbend, weil sie es versuchten, die Sache des Volkes zu vertheidigen! Wir, ihre Brüder, wir dürfen sie nicht einen Augenblick glauben lassen, daß wir sie vergessen haben.

Für die Commission:

A. Combault, Sekretär, 24, Broad Str. Golden Sq. W., London.
A. Theiß, Sekretär, 36, Charlotte Str. Fitzroy Sq. W., London.
V. Richard, Kassier, 67, Charlotte St. Fitzroy Sq. W., London."

Wir wissen, daß es den deutschen Arbeitern durch die Gesetze sehr schwer gemacht ist, an diesem Werke der Partei- und der Menschenpflicht sich zu betheiligen, aber Etwas wird sich doch thun lassen.

Erfurt, den 11. Mai. (Eugen Richter auf Agitation.) Der „edle" Eugen verweilt jetzt in Thüringen, um dessen Bewohnern plausibel zu machen, was er unter „Fortschritt" versteht. Gestern fand eine Vorstellung in Apolda statt. Den Vorsitz führte ein „Gesinnungsgenosse" von Richter, welcher bei Eröffnung der Versammlung eine „Geschäftsordnung" proklamirte; danach hatten die Referenten (Richter und Träger) unbeschränkte Redezeit; den Gegnern wurden allergnädigst zehn Minuten bewilligt. Bureauwahl, welche unser Genosse Ufert verlangte, wurde als „unparlamentarisch" zurückgewiesen. Eugen, der „edle Ritter" begann nun seine „Rede". Er wäre nicht gekommen, um vor sozialdemokratischen Agitatoren zu sprechen sondern vor Apoldaer Bürgern; sein Freund Träger sei in Gera als Abgeordneter für den Reichstag gewählt; daß sei ein Beweis, daß die „Fortschritts"partei Anhang habe. Jetzt folgen Lobeserhebungen über die „Thätigkeit" seiner Partei, indem sie die „wahren" Vertreter des Volkes sei. Er ist ein „Gegner" der Nationalliberalen. Redner definirt, wer Nationalliberal ist. Nationalliberal sind Die, welche nicht Fortschrittler, Sozialdemokraten, Conservative, Klerikale ꝛc. sind, daraus folge, daß Fortschrittler Die sind, welche nicht liberal, konservativ, klerikal, sozialdemokratisch ꝛc. sind. Bravo! Herr Richter. Da haben Sie uns wieder 'mal „belehrt". — Die Sozialdemokraten sind ihm verhaßt; sie sind „schädlich" für das Volk und im Reichstage „unthätig". Liebknecht habe sich zum Wort gemeldet,*) sei aber nicht am Platze gewesen, als ihm hätte das Wort ertheilt werden sollen. Liebknecht möchte „in seinem Blatte" darüber schreiben was er wolle, „der Präsident habe es gesagt". Die Sozialisten haben ein „Arbeiterschutzgesetz" eingebracht, aber es sei nicht von den Sozialdemokraten. Die Verkürzung der Arbeitszeit hätte Verminderung des Arbeitslohn im Gefolge. Der Entwurf lasse überall den Polizeistaat erblicken und sei die Sozialdemokratie eine Folge des Polizeistaats. Beweis: In England, Amerika und der Schweiz gäbe es keine Sozialisten. Jetzt erfolgen Angriffe auf Lassalle, Schweitzer ꝛc. mit bewunderungswürdiger Frechheit. Am Schluß kommt Redner zu der dreisten Behauptung: „Wir, also die Fortschrittler, schlagen die Sozialdemokratie, wo wir sie nur finden." Nach Richter sprach Träger, der sowohl mit größerer Gewandtheit als auch mit mehr Anstand für seine Partei Progaganda machte. Danach war es mir und Ufert vergönnt, über Richter zu richten. Ein Valentin war nicht da. R. fand es daher für angezeigt, jedesmal nach uns lange zu reden, viele Unwahrheiten auszusprechen und mit großer Unverfrorenheit die Behauptung aufzustellen, die Sozialisten wagten es nicht, ihre Bestrebungen öffentlich kund zu geben; und doch ist dies so oft geschehen, daß nur ein Richter solche Unwahrheiten aussprechen kann. Wenn wir gestern mehr persönliche Angriffe zurückweisen mußten und unsere kurz bemessene Redezeit eine eingehende Diskussion über unser Programm nicht zuließ, was auch Richter sehr erwünscht war, so berechtigt das Niemand zu solchen Behauptungen. Herr Richter will mit uns hier nicht diskutiren, aber im Reichstage will er unsere Abgeordneten mehr „bekämpfen". Wehe, wehe, wie wird es unsern Abgeordneten ergehen, wenn Richter's „Keulenschläge" sie treffen! Es ist wohl überflüssig, den Charakter des „edlen" Eugen hier zu schildern, nur so viel sei mir darüber zu bemerken gestattet, daß von den vielen Gegern, welche mir persönlich gegenüberstanden, keiner so viel persönliche Angriffe gemacht, Verläumdungen, Unwahrheiten ausgesprochen, keiner so viel Unkenntniß über die Arbeiterbewegung und ihre Ziele verrathen, als der „Finanzminister in spe". Richter wußte, daß die Mehrzahl der erwähnten Versammlung ihm hold war. Der „Reichsverein" machte ihm zwar Opposition, aber wenn es gegen die Sozialisten ging, waren alle „Getreuen" einig. Die bescheidenen Versammlungsräume gestatteten nicht, daß unsere Genossen auch nur zur Hälfte hätten Platz bekommen können.

Was war nun das Resultat der Versammlung, welche in allen thüringer Blättern und Blättchen publizirt worden war? Circa 300 Theilnehmer. Der „Reichsverein" war vollzählig erschienen; einige Arbeiter, welche im fortschrittlichen Lager sind, ohne zu wissen weshalb, waren auch da; und der Rest bestand aus Neugierigen und unsern Gesinnungsgenossen.

Zu wünschen wäre, daß der „edle" Eugen in Thüringen viele Versammlungen abhielte, denn der Erfolg wäre: die „Fortschrittspartei" käme in Miskredit — auch dort, wo sie es nicht ist — und Richter spräche bald vor leeren Stühlen und Bänken. Richter haßt die Wahrheit, wo es gilt, seinem Gegner die gebührende Achtung zu zollen; er verletzt die einfachsten Regeln des Anstandes, wo ihm andere Ansichten entgegen gestellt werden; er greift zur Waffe der Lüge und Verläumdung, wenn es gilt, für seine Partei Propaganda zu machen und andere ehrenwerthe Personen, welche der Gesellschaft bessere Dienste leisten wie er, mit Koth zu bewerfen. Eine solche Taktik im „geistigen Kampfe" macht Denjenigen, der sich ihrer bedient, verächtlich.

Klute.

St. Johann-Saarbrücken, 14. Mai. Nachdem vorgestern unser Reichstagskandidat R. Hackenberger nach einer überstandenen Haft von 14 Monaten in unsere Mitte zurückgekehrt war, hielten wir gestern eine von 6—700 Personen besuchte Volksversammlung ab. Die Hoffnung, daß H. in derselben sprechen würde, wurde leider durch dessen nahezu lebensgefährlichen Zustand vereitelt, und so übernahm Genosse Kaulitz das Referat. Derselbe sprach in zweistündigem, klarem und allgemeinverständlichem Vortrage über das Arbeiterschutzgesetz, zugleich die schwächliche, prinzipienlose Haltung der liberalen Partei in scharfer Weise geißelnd. Nachdem derselbe unter allgemeinem, stürmischem Beifall der Versammlung geendet, meldete sich Herr Kaul von hier zum Wort. Ohne auch nur den geringsten Versuch, den Vorredner zu widerlegen, zu wagen, verließ er unter homerischem Gelächter der Anwesenden die Rednerbühne. — Arme liberale Partei, die du solchen Mann zum Führer erkoren. Als Kaul noch einmal sprechen wollte, wurde er von den eigenen Genossen zurückgehalten, und einer derselben rief ihm zu: „Sie haben sich und uns schon genug blamirt."

Nun sprach Genosse Kaulitz unter andauerndem, lebhaftem Beifall über die von unsern Abgeordneten gethanen Schritte zum Schutze der Wahlfreiheit, um dann einstimmig zum Delegirten für den Parteicongreß gewählt zu werden. Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution:

„Die am 13. Mai a. c. im Lokale des Herrn W. Billig tagende ca. 600 Mann starke Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und tritt demselben in allen Punkten bei"

wurde gleichfalls einstimmig angenommen, worauf die Versammlung dann unter dem Absingen der Arbeitermarseillaise geschlossen wurde. Wie durchschlagend unser Erfolg war, geht am besten daraus hervor, daß die Lokalzeitungen, die sich schon lange vorher mit der Versammlung beschäftigt hatten, dieselbe jetzt mit keinem Worte erwähnen. Nun, wir verlangen auch

---

*) Nicht wahr! Und wer es behauptet, nachdem ich das von Hrn. Richter zuerst kolportirte Mährchen „in meinem Blatte" berichtigt, ist ein Lügner — heiße er wie er wolle.
Leipzig, 15. Mai 1877. W. Liebknecht.

„schaft eine Zeit lang auf einem freien Platze — während sie hier der Ruhe ꝛc. (s. o.!)

Ferner:

„Als die Gefangenen nach Dossenbach gebracht werden sollten, „erhob sich vom Walde her ein Hurrahgeschrei und es stürzte „ein großer Haufen Freischärler heraus, welche die Patrouille „mit Schüssen verfolgten. Diese zog sich eilends gegen Dossen„bach zurück, worauf das Feuer aufhörte. Als aber Oberfeld„webel Köhler seine Leute auf günstigerem Terrain in einer „Plänklerlinie aufgestellt hatte, wurden sie zum zweiten Male „angegriffen und erwiderten jetzt (!!) mit mehreren Salven, welche „drei Freischärler tödteten. — Als nun die Freischärler in „großen Massen aus dem Walde traten und im Sturmschritte „gegen die Truppen heranrückten ꝛc.

Für jeden Unbefangenen ist hiermit zugleich der Beweis geliefert, wohin einzig und allein der Leiterwagen mit Herwegh und Frau nebst unseren Kranken gefahren sein konnte. Offenbar tiefer in den Wald hinein. — Anders wohin konnte er gar nicht fahren. Der Bericht des Generals von Miller sagt ganz deutlich, daß nicht nur die Waldungen, sondern der ganze Dinkelberg, theils durch die Truppen des Generals von Baumbach (Infanterie und Reiterei) theils durch diejenigen des Generals v. Miller (Reiterei und reitende Artillerie excl. der schon anwesenden Bataillone des 1. und 6. Infanterieregiments) vollständig umstellt waren.

Aus den beiden Berichten ist ersichtlich, wie das Commando der Truppen sowohl als die Staatsanwaltschaft Alles aufboten, um den Beweis zu liefern, daß die Legion den Kampf begonnen habe. Doch sind das Zugeständniß der Anklage-Akte, daß und unter welchen Umständen „einige Schüsse fielen", und die Entschuldigung des Generals v. Miller, daß und warum er vor Morgens 6 Uhr keinen Angriff wagen konnte, die beste Widerlegung jener tendenziösen Behauptung, die denn auch vor dem Schwurgerichte, durch die Angaben des Oberfeldwebels Köhler ins rechte Licht gestellt wurde.

Diese „einige Schüsse" fielen auf den Krankenwagen, auf dem Herwegh nebst Frau saßen, und dort gab es auch die ersten Todten und Verwundeten. — Deshalb fuhr der Wagen weiter, am im Walde — es war dies am südöstlichen Ende des freien Platzes, auf dem die Mannschaft lagerte, eine geschütztere Stelle zu haben. — Was jedoch später nicht verhinderte, daß die beiden Pferde — und wie einige behaupten auch der Fuhrmann —, als die Truppen den sich zurückziehenden Legionären nachdrangen, erschossen wurden.

Herwegh saß nebst seiner Frau auf diesem Wagen und beide, sowie auch einige der Kranken, machten Patronen während der ganzen Zeitdauer des Gefechtes; — ich selbst hatte mir bei ihnen zwei Mal für meine Leute welche geholt — und ist diese Thatsache — durch viele der gefangenen Legionäre in ihren Aussageprotokollen festgestellt worden. — Daß Herwegh hätte auf dem Wagen sitzen bleiben sollen, als die allgemeine Retirade einmal begonnen hatte, das wird kein vernünftiger Mensch von ihm verlangen, er müßte denn von dem muthigen Schlage seiner nationalliberalen Verleumder sein!

Das Gefecht bei Dossenbach hat der unnöthigen Opfer gerade genug gekostet. — Der Bericht des Generals v. Miller spricht von 30 Todten, vielen Verwundeten und 400 Gefangenen; die Anklage-Akte von nur 10 Todten, die Zahl der Verwundeten wird als unermittelt angegeben und werden 373 Gefangene aufgeführt. Ich selbst kann, was diesen Punkt anlangt, keine vollständigen Angaben machen; ich habe nur 8 Leichen gesehen: zuerst sah ich Schimmelpennig stürzen, der aber nicht, wie es im Berichte des Generals v. Miller heißt, von Hauptmann Lipp getödtet wurde, sondern selber, im Eifer des Eindringens auf Lipp, in das Bayonnet eines seinen Hauptmann durch Kopfparade schützenden Soldaten hineinrannte; dann fiel dicht hinter mir und — da die Kugel wahrscheinlich auf meine schwarz-roth-goldene Schärpe gemünzt war — an meiner Statt der geistreiche Obergerichtsanwalt Oedermann aus Oldenburg — ferner fielen in meiner Nähe während des Kampfs noch 3 Mann — und später bei dem Rückzuge sah ich 2 weitere fallen; auch bei dem Krankenwagen sah ich einen Todten, und auf demselben befanden sich 4 oder 5 Verwundete.

(Schluß folgt.)

nicht, daß sie ihre eigene, schmähliche Niederlage konstatiren; ehrlicher und anständiger wäre es freilich gewesen.

Nächsten Montag, den 2. Pfingstfeiertag, findet hier allgemeines, großes Volksfest statt. C. Papst.

An die Parteigenossen in Baden, Würtemberg, der Pfalz und der Rheinprovinz.

Heute ist unser Freund und Genosse R. Hackenberger, nachdem er seine vierzehnmonatliche Haft im Gefängniß zu Trier verbüßt, der „Freiheit" zurückgegeben worden, — leider aber noch nicht uns und unserer Sache. Eine schwere, tödtliche Krankheit hatte ihn im Gefängniß ergriffen und, in unverantwortlicher Weise behandelt, mußte er direkt aus der Strafanstalt zum Arzt, der sofort drei Operationen an ihm vornahm, um einen tödtlichen Ausgang seiner Krankheit abzuwenden. Selbst nicht im Stande, sich an Euch, Parteigenossen, zu wenden, hat er mich beauftragt, Euch zu sagen, daß es ihm unmöglich sei, allen an ihn ergangenen Aufforderungen zum Abhalten von Versammlungen schon jetzt zu genügen, er dankt Euch für die zahlreichen Beweise der Zuneigung und des Beileids. Der Augenblick, der ihm die Gesundheit zurückgiebt, wird ihn wieder in unseren vordersten Reihen finden, um voll und ganz seine Schuldigkeit im Dienste der Freiheit zu thun.

St. Johann, 14. Mai 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Harry Kaulitz.

NB. Briefe an R. Hackenberger sind zu senden: pr. Adr.: Cölner Speisehalle von F. Welter in St. Johann.

Zur Beachtung.

Statistische Tafel über die Reichstagswahlen.

Der Betrag für diese Tafeln ist bis jetzt aus nachstehenden Orten noch nicht eingegangen, und werden die Empfänger dringend ersucht, diese Angelegenheit bald zu ordnen.

Achim, Apenrade, Altendorf b. E., Aachen, Altheppens, Altenburg, Apolda, Augsburg, Breslau, Barmen, Brandenburg, Bergen a. R., Bernau, Burscheid, Barlt, Bremen, Berlin, Barmbeck, Bremerhafen, Bernburg, Bamberg, Calbe a. d. S., Cöln, Chemnitz, Carlsruhe, Duisburg, Dreißighuben, Dörnigheim, Danzig, Dietesheim, Delmenhorst, Eilenburg, Elberfeld, Eckernförde, Elding, Eutin, Eppendorf, Eimsbüttel, Eßlingen, Finsterwalde, Flensburg, Frankfurt a. d. O., Friedrichstadt, Fechenheim, Fürth, Freiberg i. S., Freiburg i. B., Geestendorf, Glückstadt, Gelsenkirchen, Güstrow, Gardelegen, Groß-Auheim, Gelnhausen, Gotha, Göppingen, Geyer, Hannover, Hagen, Husum, Henningstedt, Heimstedt, Hohenfelde, Hohenwestedt, Iserlohn, Kl.-Krotzenburg, Kiel, Kl.-Steinheim, Kirchhain N.-L., Krempe, Kirchhain b. C., Limmer, Liegnitz, Lauenburg a. L., Lüneburg, Langensalza, Landshut, Lübeck, Münden, Magdeburg, Buckau, Meldorf, Mülheim a. Rh., M.-Gladbach, Merseburg, Mühlhausen i. Th., Marne, München, Nordhausen, Neumünster i. H., Neustadt i. H., Nordhastedt, Nienstedten, Nienburg a. S., Nürnberg, Osnabrück, Oldesloe, Oeynhausen, Oldenburg i. H., Ober-Peila, Osterwiek, Oldenburg i. O., Oldenwort, Pommerensdorf, Preetz, Peitz, Peine, Pforzheim, Rückingen, Ronsdorf, Rostock, Regensburg, Rothenburgsort, Solingen, Solingen-Wald, Stade, Stettin, Seth, Striegau, Schleswig, Staßfurth, Süchteln, Steele, Stelling, Sonderburg, Schönberg b. K., Schwerin i. M., Spandau, Sühlen, Spremberg, Sommerfeld, Suht, Tönning, Tondern, Triebel, Berden, Viersen, Werdau, Wandsbeck, Wüstegiersdorf, Wöhrden. Wilster, Zeitz, Bautzen, Bayreuth.

Hamburg, 16. Mai 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts" in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse" in Berlin, Kaiserfranzgrenadierplatz 8a, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung	Mark	1. 50.
Auerbach, Tagebuch aus Wien		1. —.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849		1. 50.
Aus den Ruinen von Nimrud und Olympia		—. 10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden		1. 60.
Bebel, A., Unsere Ziele. 6. Auflage		—. 25.
— — Bauernkrieg		2. —.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus		—. 60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.		3. 75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848		2. 25.
— — Mißbrauch der Nationalitätenlehre		1. —.
— — K. Fourier		—. 30.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. In 5 Lief. à		—. 60.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94		2. —.
Becker, J. Ph., Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift. (6 Jahrgänge, 1866—1871)		6. —.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874		—. 20.
Bios, W., Unsere Preßzustände		—. 20.
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866		—. 50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris		—. 40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793		—. 60.
Borniton, Religion und Sozialismus		—. 40.
Brake, W., Der Lassalle'sche Vorschlag		—. 50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten		—. 15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager		—. 15.
Brunnemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte		1. —.
Bürgerkrieg in Frankreich		—. 25.
Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik		—. 15.
Civilehegesetz		1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen		—. 20.
Daniel in der Löwengrube. Gedicht		—. 50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Sievers gegen Vogel v. Falkenstein		1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch. 40 Pf. gebd.		—. 60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871		1. 25.
Die Märtyrer der Commune		—. 30.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen		—. 15.
Dietzgen, National-Oekonomisches		—. 05.
— — Die bürgerliche Gesellschaft		—. 10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 5 Kanzelreden		—. 20.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit		1. 50.
Diffidentengesetz		—. 20.
Donat, Dr. A., ABC des Wissens für die Denkenden. 2. Aufl.		—. 15.
— — Antwort an den Bekenner des Theismus		—. 10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten		—. 25.
Dulk, A., Nieder mit den Atheisten		—. 25.
Ecarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals		—. 25.
Einkommensteuergesetz		1. —.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte		—. 45.
— — Der deutsche Bauernkrieg		—. 50.
— — Soziales aus Rußland		—. 15.
Erinnerung an Herwegh		—. 10.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft		—. 80.
Für die französischen Brüder		—. 15.
Geib, A., Der Normalarbeittag		—. 15.
— — Gedichte		—. 50.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft		—. 50.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—78		2. —.
— — Nachtrag von 1873—76		1. 20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)		1. 40.
Gewerbeordnung für das deutsche Reich		1. 50.
Gesindeordnung		1. 50.
Gespräch am Kachelofen		—. 50.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)		—. 40.
Hepner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne		—. 60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus		—. 25.
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Assoziation 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit		—. 15.
— — Praktische Emanzipationswinke		—. 15.
— — Die Organisation der Massen		—. 25.
Hilfskassengesetz, 3 Hefte, à 0,15 M.		—. 45.
Hirsch, Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin		—. 15.
— — die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation		—. 20.
Jarosi, L., Es werde Licht (Poesien)		—. 50.
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à		1. —.
Jaroby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung		—. 20.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag		—. 12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky		1. —.
König, Schwarze Kabinette		—. 75.
Kraffer, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)		—. 05.
— — Ceterum censeo (Gedicht)		—. 05.
Kunst und Sozialismus		—. 15.
Lange, Arbeiterfrage		4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage		—. 15.
— — Ueber Verfassungswesen		—. 20.
Lassalle, F., An die Arbeiter Berlins		—. 10.
— — Offenes Antwortschreiben		—. 08.
— — Arbeiterlesebuch		—. 80
— — Arbeiterprogramm		—. 10.
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter		—. 15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz		—. 30.
— — Die Feste, die Presse ꝛc.		—. 15.
— — Bastiat Schulze		—. 50.
— — Indirekte Steuern		—. 40.
— — Düsseldorfer Assisenrede		—. 20.
— — Fichte's Philosophie		—. 25.
Leben und Thaten des Generals Jaroslas Dombrowski		—. 75.
Leipziger Hochverrathsprozeß		8. —.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz		—. 20.
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie		—. 15.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen 2. Aufl.		—. 25.
— — Reichstagsrede 1874		—. 15.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.		—. 75.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)		—. 75.
Lommel, Jesus von Nazareth		—. 80.
— Johannes Huß		—. 80
Luxus und Corruption. Von G. R.		—. 15.
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.		—. 25
— — Das Kapital. 2. Aufl.		9. —.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte		1. 50.
— — und Engels, Kommunistisches Manifest		—. 20.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.		1. 80.
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie		—. 30.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.		—. 30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten		—. 60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen: 1. Heft: Gewerbeordnung		—. 25.
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz		—. 15.
— — Kapital und Arbeit		—. 50.
— — Bastille am Platzensee		—. 60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.		—. 50.
— — Die Lösung der sozialen Frage		—. 40.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?		—. 30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte		—. 40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen		—. 80.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman		3. —.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle		—. 75.
— — Kranke Herzen		1. —.
— — Braunschweiger Tage		2. 50
— — Schutz in den Gewerkschaften		—. 10.
Photographien: Auer, Bebel, Bracke, Blos, Demmler, Dietzgen, Engels, Feuerbach, Fritzsche, Geib, A. Gigg, Hasenclever, Hasselmann, Hepner, Heß, Herwegh, Hirsch. J. Jacoby, Lassalle, Lange, Liebknecht, Marx, Most, Motteler, Ph. Becker, Reimer, Bahlteich, Walster, York, Garibaldi, Blanqui, Courbet, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Leo Frankel, Marat Millière, Owen, Raoul-Rigault, Rossel, Vaillant ꝛc.; in Visitenkartenformat à		—. 25.
Photographien: Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté" (Freiheit) à		—. 25.
— — in Kabinetformat à		—. 60.
— — in Groß-Folio (Lassalle, Bebel, Liebknecht) à		3. —.
Pfau, L., Das Preußische Regiment vor Gericht		—. 30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage		—. 10.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874		—. 25.
Protokoll des Stuttgarter Kongresses 1870		—. 15.
— — des Dresdener Congresses 1871		—. 20.
— — des Coburger Congresses 1874		—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1876.		—. 30.
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873		—. 20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten		—. 25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur		—. 50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes		—. 30.
Prozeß gegen Dr. H. Tauschinski und 31 Genossen in Graz wegen Religionsstörung und geh. soz.-dem. Verbindungen		—. 75.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland		1. —.
Rathgeber für Gewerbtreibende.		3. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen		—. 90.
„ Städteordnung		1. 40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen, 5 Hefte		1. 80.
Rothlieder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles		—. 80.
Rüchel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim		1. —.
Sack, Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit		—. 60
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus		1. 20.
Sauerteig, Für Männerchöre I. Bundeslied, 4 stimmig m. Partitur 0,65, ohne Partitur		—. 45.
II. Der wahre Mensch „ „ 0,55, „		—. 40.
III. u. IV. Republik u. d. Arbeitsmann 1,50, „		1. 10.
V. An Michel, 4stimmig m. Partitur 0,75, „		—. 60.
VI. Frühlingsgedanken „ „ 0,80, „		—. 60.
VII. Sängermarsch „ „ 1,50, „		1. —.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth.		—. 25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage		—. 20.
Schulze, C., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder gebd. broch.		—. 50. —. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten		—. 20.
Sozialistische Theaterstücke. Nr. 1: Ein Schlingel (die Rolle zu 5 Expl. M. 1.50) à		—. 35.
Nr. 2: Preßprozesse (die Rolle zu 7 Expl. M. 1.40) à		—. 25.
Nr. 3: Ein Opfer (die Rolle zu 20 Expl. M. 6.—) à		—. 40.
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls		2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation		—. 10.
Statistische Tafel der sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage		—. 20.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich		1. —.
Strodtmann, Die Arbeiterdichtung in Frankreich broch. eleg. gbd.		—. 60. 1. 50.
— — Brutus! schläfst Du? broch. eleg. gbd.		—. 60 1. 50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie		—. 40.
Tyhteich, Der Deklamator. Heft 1, 2, 3 à		—. 15.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen		—. 10.
Verfassung des deutschen Reiches		—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol		—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874		—. 25.
— — für 1875		—. 25.
Volksstaat-Fremdwörterbuch broch. gebd.		—. 50. —. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen		1. —.
Vollmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung		—. 15.
Wahre Gestalt des Christenthums		—. 50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze		—. 20.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften (4 Lief. à 50 Pf.)		2. —.
York, Die industrielle Arbeiterfrage		—. 25.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.		1. 60.
Zeitgeist, Eine Studie		—. 25

Briefkasten

der Redaktion. S. F. in F.: Sie schreiben uns: „Gestatten Sie mir zu einer Mittheilung in einem Ihrer letzten Blätter einige Bemerkungen, deren Beachtung ich Ihnen warm empfehlen möchte. Sie theilen ein Communiqué Dernburg's in der „National-Zeitung" mit, eine Notiz, die ob ihres grammatikalischen Schnitzers mit Recht geeignet erscheint, den Verfasser derselben als Anregung für die Lachmuskeln des Lesers zu benützen. Was Sie aber nun veranlaßt, diese Versündigung gegen die deutsche Sprache — wie sie indessen leider nicht vereinzelt in unserer Presse dasteht — auf Rechnung des Juden Dernburg zu setzen, ist mir von Seiten eines sozialdemokratischen Organs ebenso unbegreiflich, wie es mir in gleichem Falle von der „Kreuz-Zeitung" begreiflich erschiene. Wenn Sie Dernburg's Zeitungsdeutsch mit dem Ausdruck „Jüdisch-deutsch" abfertigten, so hätte ich dagegen gewiß nichts einzuwenden, weil damit ein Kauderwelsch verdammt worden wäre, das zwar sehr entschuldbar durch die Culturentwickelung der deutschen Juden, dennoch gerade im Interesse des Judenthums ausgerottet werden muß. Legen Sie gegen einen jüdischen Pfaffen los, haben Sie ebenso meinen Beifall, als wenn es einem Schwarzrock einer anderen Confession gilt. Geißeln Sie aber die schlechte Ausdrucksweise eines nationalliberalen Helden damit, daß Sie sein zufälliges Judenthum ergreifen und daran alte Vorurtheile wieder auffrischen, dann ist das — wie ich glaube — nicht sozialistisch! Oder glauben Sie, daß eine Glosse wie: „der Name schon mauschelt den Leser an" nicht Gehässigkeit gegen frühere Parias der Gesellschaft predigt, gegen Leute, von denen eine hübsche Anzahl naturgemäß unserer Partei angehört? Nebenbei bemerkt, klingt die Benennung „Rabbiner" nur komisch, geradeso als ob man Hrn. X. hier Pastor benamsen wollte, justement er stellenweise salbadert. — Ich behelligte Sie überhaupt nicht mit diesem Briefe, wenn nicht, wie schon gesagt, die beregte Notiz in einem sozialistischen Blatte stände, das seinen größten Wirkungskreis in der Arbeiterklasse sucht, in der — so gesund ihr Sinn — Dank unserer Volksschulverdummung noch am meisten die lächerlichsten Vorurtheile gegen Judenthum und Juden (freilich hier und da genährt durch das Vorgehen Einzelner) eingewurzelt sind. Solche Notizen in Ihrem Blatte schüren mehr diese Vorurtheile als Hetzartikel der „Germania". Wenngleich Jude durch Geburt, stehe ich doch auf gleichem religiösen Boden wie Sie, muß aber von Parteigenossen verlangen, daß sie, als am meisten darauf angewiesen, nicht gegen früher Unterdrückte, heißen sie, wie sie wollen, in irgendwelcher Weise aufreizen. Das wäre ein testimonium paupertatis (Armuthszeugniß) für die sozialistische Partei!! Genehmigen Sie u. s. w.

Ihr ꝛc."

Sie haben mit Ihren Ausstellungen recht — das geben wir rückhaltlos zu. Die Form hätte anders sein können. Glauben Sie aber nicht, der Verfasser der betr. Notiz habe die Absicht gehabt, der jüdischen Nationalität irgend zu nahe zu treten. Es galt, Hrn. Dernburg einen Klaps zu ertheilen, und wenn dabei der jüdischen Nationalität des Mannes erwähnt ward, so geschah es nur, um das Lächerliche seines borussisch-deutschen Chauvinismus und Nationalitäts-Fanatismus in voller Deutlichkeit zu zeigen.

Fr. G. in Großenhain: Die Broschüre ist uns zugegangen. — H. G. in Oschersleben: Sachlich gehaltene Berichte sind uns stets erwünscht. — Fr. L. in Straßburg: Daschner's gegenwärtiger Aufenthaltsort ist uns nicht bekannt.

Quittung. Expedition der „Berliner Fr. Pr." Berlin Ab. 13,50. Arbeiterpartei hier Ann. 4,20. Arb.-Partei Kiel Ann. 1,50. Strt Cassel Ab. 6,75. Sattler-Verein Leipzig Ann. 0,50. Cmrd Lausigk d. G. Schr. 1,40. Grs Hamburg Schr. 6,50. Hrbg Würzburg Schr. 28,60. Brdm Gotha Ab. 9,00. Zndr Brgl 9,00. Grnzg Neustrelitz Ab. 2,30. A. Gmbl Heilbronn Ann. 10,00. Schnwß Uelzen Ab. 15,00. Schrs Süchteln Schr. 3,20. Pcht Bleicherode Ab. 4,92. E. Grd Stötteritz Ab. 30,95.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

Von Arbeitern d. Seifert in Erfurt 3,50. Dr. Hurchs 0,20.

Leipzig. Donnerstag, den 24. Mai, Abends ½9 Uhr, im „Thüringer Hof", Burgstr. 20:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die industrielle Arbeitstheilung. Ref. C. Lienig.

Der Agent.

Leipzig. Central-Kranken- und Sterbe-Kasse des

Bundes der Tischler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingeschriebene Hilfskasse.)

In der am 12. d. Mts. im Lokale des Hrn. Jacobi stattgefundenen Versammlung obiger Kasse wurden als Bevollmächtigte R. Willecke, Marschnerstraße 78 und H. Schiffel, Alter Amtshof 2, als Kassirer H. Nebel gewählt.

Krankenanmeldungen sind beim Kassirer Nebel, von früh 8 Uhr bis Abends 7 Uhr in der Expedition der „Fackel", Kleine Fleischergasse 15, part., zu machen. (F. 212) [150

Der Bevollmächtigte.

Ottensen. Mittwoch, den 23. Mai, Abends 8½ Uhr, im Burmeister's Salon:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Delegirtenwahl zum Congreß in Gotha.

Heerhold. [60

Stellegesuch.

Ein **junger Kaufmann,** gewandter Buchhalter, Correspondent und Rechner, der mehrere Jahre in großen Bankgeschäften thätig war und sich als eifriger Parteigenosse und Mitarbeiter an Parteiblättern ausweisen kann, sucht **Beschäftigung,** am liebsten an einem Parteiblatt oder an irgend einem sonstigen Parteiunternehmen. Briefe für ihn adressire man unter L. M. an die Expedition dieses Blattes. (F 160) (3a) [300

Herzlichen Glückwunsch

unsern **Wilhelm Schumann** zu seinem 25jährigen Jubiläum als Kassirer der Krankenkasse für Cigarrenarbeiter und Sortirer in Leipzig, möge es ihm noch lange Jahre vergönnt sein, sein Amt mit derselben Treue, Eifer und Pflichterfüllung zu verwalten.

Im Auftrag: **H. Becher.**

NB. In Bezug auf Obiges werden alle Mitglieder der Cigarren-Arbeiter-Krankenkasse gebeten sich zu einer Mittwoch, den 23. Mai, Abends 7 Uhr, in **Jabin's Restauration,** Turnerstraße Nr. 3, stattfindenden solenen Feier zahlreich einzufinden. D. C. [310

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 315 Washington Str.
Chicago: A. Lauermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 60. Freitag, 25. Mai. 1877.

Ein klassischer Ausspruch.

„Meine Herren! Die Sozialdemokraten wollen wenig arbeiten und viel verdienen, die Fortschrittsleute wollen viel arbeiten und wenig verdienen — das ist mit kurzen Worten ausgedrückt der Unterschied zwischen diesen Parteien."

Wer war's, dem also von beredtem Munde das große Wort entfuhr?

Knörke!

Wer ist, was ist Knörke? Man kann gerade nicht sagen, daß der Name besonders anheimelt, daß er großes Vertrauen erweckt.

Und doch ist Knörke einer der Auserwählten der Fortschrittspartei, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für die Stadt der Intelligenz, für Berlin, Pastor a. D. und Standesbeamter, nebenbei Sozialistenfresser und fortschrittlicher Agitator für die bevorstehenden Berliner Neuwahlen.

Die Sozialisten können sich übrigens bei Herrn Pastor Knörke bedanken, über den sicherlich der heilige Geist gekommen war, als er jenen Satz aussprach.

Für unsere Leser brauchen wir nicht eingehend zu erörtern, daß jede Entlastung der Menschheit von körperlicher Arbeit zur Erringung einer höheren Kulturstufe führt; und daß ferner, wenn bei denkbar geringer Arbeitszeit genügende Gebrauchswerthe produzirt werden, die Menschheit sich höheren Aufgaben zuzuwenden im Stande ist als jetzt, wo die große Masse des Volks an die körperliche Arbeit geschmiedet ist, wie der Sklave an die Kette.

In der kleinen Schrift: „Kunst und Revolution 1847. Leipzig." hat dies Richard Wagner, der berühmte Communist, das „Communistenthum" des Landes eben nur der Reichthum der Reichen zu verstehen, wie überall so existirt auch hier dieser Reichthum nicht ohne seine unzertrennliche Begleiterin, die Armuth! Wahr ist es — man sieht in den Städten Hollands eine Behäbigkeit, eine Pracht, einen Luxus, daß gerade nicht allzu viel Scharfsinn dazu gehört, um zu erkennen: Hier giebt es viele Leute, die sehr gut bei Kasse sind. Man braucht nur die eine Kalverstraat zu Amsterdam zu sehen, in welcher sich Laden an Laden reiht, von einer Pracht, einer Kostbarkeit und einem Geschmack, wie man sie in Berlin kaum sieht, wie sie sich aber auch in Paris nicht schöner finden. Aber wahr ist es auch, daß man in eben derselben Stadt der tiefsten Armuth, dem abstoßendsten Elend begegnet. Das ausgebreitete Bettelwesen in den Straßen erinnert an Italien und wohl nirgend weiter als eben noch in Italien wird der Fremde so sehr und in so aufdringlicher Weise von hilfsbereiten Geistern aller Art verfolgt wie hier. Bald soll man sich durchaus die Stiefel putzen, bald wieder den Weg „wijzen" lassen, und beweist man den Leuten, daß man weder das Eine noch das Andere nöthig habe, dann tritt die offene Bettelei zu Tage und der Cicerone beschwört Einen, man möge seine Dienste, wenn auch überflüssig, aus Gnade und Barmherzigkeit annehmen, er habe mitsammt Frau und Kindern heute den „heelen dag" noch nichts gegessen. Das ausgehungerte Gestell, die zerlumpte Kleidung — man begegnet hier Figuren, wie sie selbst in Berlin, der Urheimath der „Bassermann'schen und Sklaven andere Menschen befreien könnten!..*) Die russischen Sozialisten erklären sich deßhalb gegen den Krieg gegen die Türkei, weil aus demselben kein Nutzen für das russische Volk entstehen wird und kann; zugleich erklären sie den angeblichen Enthusiasmus, der im russischen Volke für den Krieg gegen die Türkei herrschen soll, für Trug und Lug.

Wir werden überhaupt hier schrittweise das ganze Lügengewebe der russischen Regierung blosstellen, damit unsere auswärtigen Genossen klaren Wein eingeschenkt bekommen. Die liberalen Patrioten aber mögen über unsere Meinung lachen oder wehklagen, das steuerzahlende Volk wird doch einmal einsehen, daß unsere Ansichten die richtigen sind. Die Zeit ist nicht allzufern, wo unser Volk nicht gegen die Türkei, sondern gegen die eigenen Ausbeuter Krieg führen wird....

„Das Mitgefühl für die leidenden Christen in der Türkei, das hoch entwickelte ideale Gefühl des russischen Volkes für seine blutenden Brüder am Balkan, drängte das offizielle Rußland zum heiligen Kreuzzuge gegen den barbarischen Halbmond. Die Regierung wollte ja keinen Krieg, der friedliebende Czar hat eine heilige Scheu vor dem Blutvergießen; aber gegen den im höchsten Grade entfesselten Volksenthusiasmus konnte man schlechterdings nichts thun, und die Regierung, als treue Vollstreckerin des Volkswillens, mußte der Türkei den Krieg erklären." So berichten nämlich alle russischen Zeitungen. Dieser „Enthusiasmus" aber herrscht, im Grunde genommen, nur bei den herrschenden Klassen und ist von Oben in Fluß gebracht worden. Wir wollen dies beweisen.

Es sind nahezu zwei Jahre verflossen, seit das unterdrückte serbische Volk [illegible] als bei uns. Ich sehe hierin nur einen neuen Beweis dafür, daß jeder Stand eben das ist, was — er aus sich zu machen weiß!

Wie schlecht die oben angeführten Lohnverhältnisse sind, begreift man erst, wenn man weiß, daß Amsterdam nur wenig wohlfeiler ist als unser liebes Berlin, bekanntlich heute so ziemlich die theuerste Stadt Europas. Das halbe Kilo Fleisch kostet 12 Stuwer (über 1 Mark), selbst Butter und Käse, von denen man ja glauben sollte, daß sie in Holland fließen, wie im gelobten Lande Milch und Honig flossen, sind sehr „buur". Der Arbeiter kann sich alle diese köstlichen Leckereien kaum gönnen, sondern lebt zumeist — tout comme chez nous — als unfreiwilliger Vegetarianer strengster Observanz. Eine halbwegs menschliche Arbeiterwohnung ist nicht unter ca. 150 fl. zu haben. Meist aber sind sie einfach unmenschlich. Kellerwohnungen sind überaus häufig, und was das in Amsterdam, das bekanntlich wie Venedig mitten im Wasser auf eingerammten Pfählen steht, besagen will, kann man sich leicht ausrechnen.

Was das flache Land betrifft, so ist es ja auch sehr wahr und sehr richtig, daß da ein ganz ungeheurer Reichthum verborgen ist. Der holländische „boer" ist einfach der reichste der Welt. Es giebt unter ihnen solche, die allein in Staatspapieren die Kleinigkeit von 10 Millionen Gulden liegen haben. Aber — nun, es hieße sich wiederholen, wollte ich dieses Aber weiter ausführen. Kurz und gut, der holländische Kleinbauer, der holländische Tagelöhner, der holländische Hirt und Ackerknecht ist ebenso miserabel daran, wie nur irgend einer seiner Leidensgenossen. Daß sein Herr die Millionen im Schrank liegen hat, gestellt hat. Man wirft der Türkei vor, daß sie einen Religionskampf führt, doch mit mehr Recht kann man Rußland beschuldigen, das es noch vor einem Jahre einen Religionskrieg gegen den Moslim vorbereitete und jetzt thatsächlich auch einen solchen führt.

Der Volksenthusiasmus ist also lauter Lug und Trug; denn das russische Volk, ebenso wie jedes andere Volk, wollte den Krieg nicht. Dieser „Enthusiasmus" wurde von Oben fabrizirt und herrscht nur bei den herrschenden Klassen, die sicher sind, daß sie ihr Leben nicht auf den Schlachtfeldern in Bulgarien und Kleinasien für ihre so theuern christlichen Brüder lassen werden, die im Gegentheil sehr wohl wissen, daß dieser Krieg sie noch mehr bereichern wird.

*) Assoziation betr. die östliche, d. h. die orientalische Frage.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Haltung der preußisch-deutschen Reichsregierung in der orientalischen Frage fängt an, auch in sonst vertrauensduseligen Kreisen Besorgnisse einzuflößen. Selbst dreimal in der Wolle gefärbte nationalliberale Blätter finden es nicht in der Ordnung, daß die Reichsregierung sich fortwährend in Schweigen hüllt, und den Reichstag auseinandergehen ließ, ohne den Volksvertretern Aufschlüsse über die politische Lage zu geben. Ein offiziöser Waschzettel sucht diesen Vorwurf durch Hinweis auf die bekannten Auslassungen Bismarck's über die Neutralität Deutschlands zu entkräften, — damit sei unsere Politik deutlich bezeichnet, und, weit entfernt, im Dunkeln zu tappen, hätten wir einen sicheren Weg und ein festes, Jedem sichtbares Ziel. Leider sind das nur jämmerliche Flunkereien nach den Grundsätzen jener Herren Theoretiker, die, wie mir scheint, ein wenig zu viel, nämlich kurzweg Alles, aus den wirthschaftlichen Zuständen erklären wollen, Deutschland vor England, vor Frankreich oder Amerika voraus, das es zu dieser Führerrolle berechtigte? Nichts. Die Sache ist einfach die, daß in Deutschland eine Anzahl tüchtiger, thatkräftiger Männer, Lassalle und Andere, aufstanden, die die Sache in der richtigen Weise und beim rechten Zipfel anfaßten. Das ist des Pudels Kern. Oder warum — um uns die einzelnen Gegenden Deutschlands anzusehen — ist das wahrhaftig auch nichts weniger als industriell entwickelte Holstein doch so durch und durch sozialistisch? Einfach weil es den Vortheil genießt, in unmittelbarer Nähe Hamburgs, eines Hauptkriegslagers des Sozialismus zu liegen, von wo aus es mit unermüdlichem Fleiße bearbeitet wurde und wird. Daß unsere guten Erfolge in Mecklenburg, deren sich kein Mensch versehen hätte, eben der kräftigen Agitation zu verdanken sind, die neuerlich von Schwerin, von Berlin und Hamburg aus entfaltet wurde, las ich mehrfach in unserer Presse; und auch daß Sachsen eine so feste Burg des Sozialismus ist, läßt sich kaum allein aus seinem zahlreichen industriellen Proletariat ableiten, sondern nicht weniger auch daraus, daß Leipzig in Sachsen liegt. Oder noch besser: Schlesien schien bis vor Kurzem für die sozialistischen Verführungen so gut wie unzugänglich. Ich erinnere mich, noch vor circa zwei Jahren in einem Abonnentenverzeichniß des „Neuen Social-Demokrat" das große Breslau mit ca. 40 Abonnenten aufgeführt gesehen zu haben, während das weit kleinere Altona deren über 2000 aufwies. Nun, Schlesien ist eben kein geeigneter Boden für den Sozialismus, wird es damals geheißen haben. Punktum, Streusand drauf. Doch siehe da, kaum zwei Jahre sind seitdem hingeschwunden und wie sehr hat sich das Alles geändert! Das „uneinnehmbare" Breslau z. B. ist bei den letzten Wahlen für die Berliner Marionettenbude in einer Art und Weise für unsere Sache eingetreten, daß jeder ehrlichen Communistenseele vor freudiger Ueberraschung das Herz im Leibe wackelte. Aus jenen 40 Abonnenten sind ca. 10,000 allein für die „Wahrheit" geworden. Und woher das Alles auf einmal? Hat sich Schlesien in diesen zwei Jahren etwa in erstaunlichem Maße kapitalistisch entwickelt, hat es all diese Massen Proletariats, aus denen sich all diese Wähler und Leser rekrutiren, in dieser Zeit neu geschaffen, sind dieselben vorher nicht dagewesen? Schwerlich. Wohl aber sind seitdem neue Parteiblätter gegründet, eine kräftige Agitation entwickelt worden, und das ist die höchst einfache Ursache, warum aus dem schlesischen Saulus so plötzlich ein Paulus geworden ist.

Alle diese und noch manche andere Erfahrungen scheinen mir zur Genüge zu beweisen, was ich oben behauptet habe: daß es nämlich durchaus unrichtig und schädlich ist, wenn man die scheinbare Erfolglosigkeit der sozialistischen Propaganda in irgend einem Lande den angeblichen ungünstigen sozial-wirthschaftlichen Voraussetzungen zuschiebt und sich damit in eine Art von türkischem Fatalismus in das vorgeblich Unabänderliche ergiebt. Das ist zwar sehr bequem, aber auch sehr verkehrt. Ueberall dort, wo es Arme und Reiche, Herren und Knechte, Betrogene und Betrüger giebt, müssen unsre „Hetzereien" nothwendig Anklang finden, sei das nun unter rauchenden Schloten oder unter wogenden Kornfeldern, in den dumpfen Gassen der Städte oder unter weidenden Viehheerden; und da es eben überall Arme und Reiche, Herren und Knechte, Betrogene und Betrüger giebt, so haben wir eben überall von vornherein gewonnenes Spiel. Wo wir es noch nicht gewonnen haben, da liegt das, meiner Ueberzeugung nach, einfach daran, daß entweder das Spiel noch gar nicht begonnen wurde, oder aber daß Die, die es begannen, nicht die rechten, echten Männer waren. Alle Diejenigen, die sich über die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen beklagen, müssen sich, meiner Ansicht nach, vor Allem — über sich selbst beklagen.

Kommen wir nach dieser Abschweifung wieder nach Holland zurück, so findet all das hier Gesagte auf dieses Land seine

---

9. Brief pag. 123: „Unterwegs trafen wir eine Anzahl Flüchtlinge der Herwegh'schen Colonne" ꝛc.

„Ich fragte nun nach Herwegh und seiner Frau, einige meinten, diese werden wohl gefangen sein, da sie dieselben noch ganz spät auf dem Platze gesehen haben, sie haben sich wahrscheinlich gerettet, denn es sei über ihre Gefangennehmung nichts bekannt geworden, genaue Auskunft konnte jedoch keiner geben."

Dann pag. 126:

„Der Aerger darüber, daß Herwegh mit seiner Frau entkommen war, machte sich dann in dummen Verläumdungen Luft. Wäre es eine große Heldenthat gewesen, wenn sie bei dem Ueberfall zu Dossenbach ruhig zugewartet hätten, bis sie gefangen genommen worden wären? Setze sich Jeder in denselben Fall, und er wird eine solche Dummheit vernünftigen Leuten nicht zumuthen."

Zur allseitigen Beurtheilung seines Verhaltens sei noch festgestellt, daß Herwegh mit der militärischen Leitung der ganzen Sache durchaus nichts zu thun hatte. Es erhellt dies aus § 1. der Anklageschrift, wo es in Betreff der militärischen Eintheilung der Legion heißt: „Bei ihrem Einfall in Baden war die Legion 800—900 Mann stark; ihre Führer waren:

Carl Börnstein, Commandant (oder General) en chef.
Corvin Wiersbyrsky, Chef des Generalstabs.
Wilhelm Löwenfels, Regimentscommandeur.
Führer des
I. Bataillons N. Herter.
II. „ Reinhard Schimmelpennig, aus Danzig.
III. „ Carl Mushake aus Berlin.
IV. „ August Delaporte aus Amiens.

Herwegh wird also unter den militärischen Führern nicht genannt. Dagegen sagt der Bericht des Generals v. Miller ausdrücklich: „Herwegh begleitete die Legion als Comitémitglied." „Karlsruher Zeitung" Nr. 119 vom 1. Mai 1848.

Und das Ergebniß dieser Zusammenstellung?

Aus den Zeugnissen ist vor allem klar ersichtlich, was es mit der ganzen Sage für eine Bewandtniß hat:

Ihre erste Entstehung verdankt sie lediglich dem unmittelbar nach der Niederlage der Republikaner veröffentlichten Bericht des Generals von Miller, der den verhaßten, gefürchteten Gegner mit der ganzen Bosheit der Reaktion zu verläumden, zu beschimpfen kein Bedenken trägt.

Ihre rasche Verbreitung verdankt sie der Stimmung der Gemüther in den schönen Maitagen von 1848, wo die Einen von der Furcht der Republik fast noch heftiger bewegt waren, als die Andern von der Hoffnung derselben. Es genügt hiefür, an den Franzosenlärm zu erinnern.

Die mythische Ausschmückung endlich verdankt sie offenbar Berichten von Augenzeugen über den wirklichen obengeschilderten Hergang während des Treffens, dem unerklärlichen, trotz aller Fang-Prämien glücklichen Entkommen Herwegh's nach demselben und — dem sehr erklärlichen Aerger darüber.

Aus diesen Zeugnissen geht ferner positiv und unwiderleglich hervor, daß Herwegh das Schicksal der Legion bis zuletzt getheilt hat wie ein braver Kamerad, und daß er bei Dossenbach seine Pflicht gethan hat als ein muthiger Mann.

Und Angesichts dieser vollgiltigen, jedem, dem es um die Wahrheit zu thun ist, leicht zugänglichen Zeugnisse sagte und sage ich: Daß alles Gerede von Herwegh's Flucht Lüge ist, leichtsinnige oder absichtliche Lüge und Verleumdung.

Kein ehrlicher Mensch wird mehr an diese Lüge glauben und nur ein Schuft kann sie jetzt noch wiederholen!

Littenweiler bei Freiburg i. B., 27. April 1877.

Krebs.

— Todesfälle durch wilde Thiere. Die britisch-indische Regierung verausgabt alljährlich eine Summe von ca. 10,000 Pfd. St., die als Prämien für die Tödtung schädlicher wilder Thiere an die Eingebornen bezahlt werden. Im vorigen Jahre wurden nach dem offiziellen Ausweise 22,357 wilde Thiere und 270,185 giftige Reptilien getödtet; trotzdem fielen in der bezeichneten Periode in ganz Indien den Tigern, Panthern, Leoparden, Bären, Wölfen, wilden Elephanten und Schlangen nicht weniger als 21,000 Menschen und 48,000 Stück Vieh zum Opfer. In dem Distrikte Chittagong wurden allein gegen 1000 Eingeborene getödtet; im Sessore-Distrikte (Bengalen) betrug deren Zahl 569. In Madras erlagen 1536 Menschen und 11,934 Stück Vieh den Anfällen wilder Thiere und dem Schlangenbiß, in Bombay 1072 Menschen und 4792 Thiere; in der Präsidentschaft Bengalen 10,914 Menschen und 8147 Thiere.

und schon seit längerer Zeit das Vertrauen des Czaren und seiner Rathgeber verloren habe. Wäre dies wirklich der Fall, so hätte der Krieg gar nicht ausbrechen können. Fürst Bismarck war außer Stande, die russische Diplomatie vor den Folgen ihrer eigenen Ungeschicklichkeit zu warnen, und konnte, als es zur Katastrophe kam, beim besten Willen nicht die sofortige und direkte Hilfe gewähren, die Rußland in seiner Verlegenheit von ihm erwartete und zu der es sich berechtigt hielt. Dies hat unstreitig eine momentane Verstimmung erzeugt, aber man wird mittlerweile in Petersburg zur Erkenntniß gelangt sein, daß die preußisch-deutsche „Neutralität" nützlicher ist als sofortige und direkte Hilfe. —

In Frankreich plötzliche Scenenverschiebung: Mac Mahon hat sein „liberales" und „republikanisches" Ministerium zum Teufel gejagt, und ein monarchistisch-klerikales eingesetzt. Die „Republikaner" schreien Zeter, prophezeien einen „Staatsstreich" und thun natürlich nichts, um ihn zu verhüten. Wir können den französischen Republikanern diesen Fußtritt nur gönnen, und es ist uns höchst gleichgiltig, ob die französische Lügen-„Republik" bestehen bleibt oder nicht: die einzige Partei, die einzige Klasse, welche in Frankreich eine wahre Republik aufrichten kann: die Sozialdemokratie, das Proletariat, ist noch nicht aktionsfähig; und ist sie einmal aktionsfähig, dann wird sie mit der Reaktion unter monarchischer Firma ebenso gut fertig, wie mit der unter republikanischer. Ob und inwieweit die Haltung Frankreichs in der orientalischen Frage und zu Deutschland durch den Ministerwechsel verändert wird, läßt sich noch nicht berechnen — die deutsche Reptilienpresse beutet ihn natürlich im chauvinistischen Sinne aus. —

Der Aufstand im Kaukasus nimmt mächtige Dimensionen an; der Vormarsch der russischen Armee, die sich der kleinen türkischen Festung Ardahan bemächtigt hat, wird dadurch gehemmt, und gelingt es den Russen nicht, in kürzester Zeit den Aufstand zu unterdrücken, so werden sie die Operationen gegen die asiatische Türkei vielleicht ganz einstellen müssen und sich ihrer eigenen Haut zu wehren haben. — An der Donau „nichts Neues".

— Aus Galizien schreibt man uns: Die Formirung polnischer Legionen läßt unsere klerikalen und aristokratischen Kreise nicht zur Ruhe kommen. Wieso rufen die Einen, sollten Christen im Verein mit Mohamedanern gegen Christen kämpfen? Verflucht sei das friedenstörende Rußland, aber dennoch dürfen wir seine Feinde, weil sie Mohamedaner sind, nicht unterstützen. Die Aristokratie, die ganze conservative Partei, eifert wider die Legionen aus anderen Gründen. Legionen bilden, heißt Revolution machen, und dann, wem hat die Türkei die Bildung der Legionen anvertraut? Wer von den Polen hat den Aufruf unterfertigt? Kein Fürst, kein Graf, ja nicht einmal ein Edelmann. Wer ist denn Herr Brzozowski, wer Hr. Zimermann? Es sind Kaufleute; Herr Bohdanowicz ist ein ehemaliger russischer Offizier, Herr Holz ein Mechaniker. Zwar haben sie tapfer in Ungarn während der Revolution im Jahre 1848 und 1849 und in Polen im Jahre 1863 und 1864 gekämpft, zwar sind es begabte und ehrliche Leute, welche sich von ihrer Hände Arbeit ernähren, zwar kann man ihnen nichts vorwerfen, aber es sind Leute ohne Titel, ohne Wappen, ja es sind sogar unter diesen Polen, welche sich an der Formirung der Legionen betheiligen, etliche, die in den Reihen der Pariser Commune kämpften! Daher wollen unsere „Herren" nichts von den Legionen wissen und ihr Krakauer Organ schreit sich heiser, um nur die Legionen, welche ohne Bewilligung der von ihm repräsentirten Kreise gebildet werden, zu discreditiren. Es wäre aber falsch, wenn man annehmen wollte, es handele sich in diesen Kreisen überhaupt allein darum, die Freiwilligen, welche nach Konstantinopel gehen wollten, zurückzuhalten. Von hier aus, wie überhaupt aus Polen, werden die Legionen keinen großen Zuzug erhalten können. Die Entfernung und die Kosten sind zu groß. Nur ärmere Leute möchten dahin eilen, um unter polnischer Fahne gegen den Czaren zu kämpfen, diese aber haben keine Mittel und die Reise dahin kostet wenigstens 200 Gulden für eine Person!

— Seelenverkäuferei. Der Staatsanwalt zu Posen erläßt in rheinischen Blättern eine Bekanntmachung, in welcher „vor den Betrügereien gewissenloser Agenten gewarnt wird, welche alljährlich Hunderte von Knechten und Mägden zum Dienst in den westlichen Provinzen anwerben, indem sie denselben falsche Vorspiegelungen über die Entfernung von Posen und die Arbeitsverhältnisse in den Bestimmungen und den Anmiethern schwindelhafte Angaben über die Verwendbarkeit des gemietheten Personals machen." — Ganz gut! Schade nur, daß die Zahl der in Posen verhandelten Arbeiter eine verschwindend kleine ist gegenüber den Tausenden und Zehntausenden, die alljährlich aus Ostpreußen, Schlesien, Schweden und Italien an deutsche Arbeitgeber verhandelt werden, ohne daß die Behörden diesem schmachvollen Treiben zu steuern versuchten.

— Arbeiterblut geflossen. Nach übereinstimmenden Mittheilungen ist die Lage der Arbeiter in Asch (Böhmen) eine äußerst gedrückte. Selbst das „Leipziger Tageblatt" — und das will viel sagen — gesteht diese Thatsache ein, indem es sich aus Asch berichten läßt: „Sehr viele der hiesigen Fabrikarbeiter verdienen wöchentlich 2—3 Gulden, viele andere gar nichts, und doch sind die Preise der Lebensmittel, wie überall, sehr hoch." Trotzdem also die Arbeiter in Asch buchstäblich am Hungertuch nagen, wagte es doch ein Fabrikant, die Bitte seiner Arbeiter um eine geringe Lohnaufbesserung rundweg abzuschlagen. Die Folge davon war, daß in der betreffenden Fabrik die Arbeit niedergelegt wurde. Wahrscheinlich nun, um mit dem Fabrikanten zu unterhandeln, zogen die Arbeiter am andern Tage (14. Mai) vor die Fabrik. Sofort war aber auch die Gensdarmerie zur Stelle und suchte die friedliche Absicht der Arbeiter zu vereiteln. Es entstand Tumult; die Gensdarmerie „sah sich genöthigt", wie es in arbeiterfeindlichen Blättern beschönigend heißt, wiederholt Feuer zu geben — und ein Arbeiter blieb todt und sieben schwer verwundet auf dem Platze. Merkt's Euch, Arbeiter: im heutigen Klassenstaat seid Ihr verpflichtet zu hungern und unter Umständen auch zu verhungern; fordert Ihr aber Arbeit, oder gar eine menschenwürdige Existenz durch die Arbeit — so antwortet man Euch mit Flintenschüssen.

— Unsere Gegner. In einem Böhmert-Schuster'schen Bandwurm gegen die Sozialdemokratie (der sich zu unserem Erstaunen auch in den „Hamburgischen Correspondenten" verirrt hat) wird Liebknecht als Anwalt der „freien Liebe" im Sinne der Weibergemeinschaft à la Unruh aufgeführt. Der betreffende Passus des Böhmert-Schuster'schen Bandwurms lautet: „Und damit ja kein Zweifel über das Ziel, wohin er strebt, möglich sei, ruft Liebknecht in seiner Broschüre ‚Zu Schutz und Trutz' aus: „Nun — die freie Liebe, ja wir wollen sie; wir wollen die Liebe befreien von den Fesseln, welche die heutige Gesellschaft ihr angelegt hat. — — — Jede Vereinigung von Mann und Weib, die Liebe geschaffen hat, auch wenn vom Priester nicht gesegnet, ist eine wahrhafte Ehe." — Ganz recht! Das hat Liebknecht gesagt; aber zwischen den durch drei Striche getrennten Worten: „angelegt hat" und „Jede Vereinigung" befinden sich in der Broschüre „Zu Trutz und Schutz" drittehalb enggedruckte Seiten, in denen auf's Energischste gegen die Weibergemeinschaft und die Prostitution Front gemacht und der Nachweis geliefert wird, daß Weibergemeinschaft und Prostitution nothwendige Auswüchse der Bourgeoisie-Gesellschaft sind, welche der Sozialismus beseitigen muß und auch allein beseitigen kann. Kurz man läßt Liebknecht, durch Verstümmlung des von ihm Gesagten, das Gegentheil dessen sagen, was er gesagt hat. Sonst pflegte man das Fälschung zu nennen. Jetzt nennt man es „Kampf mit geistigen Waffen".

— Die Genossen Reinders und Bäthke wurden am 18. Mai von dem Polizeigericht in Breslau wegen „groben Unfugs", begangen in einem Wahllokal, zu 3 resp. 8 Tagen Gefängniß verurtheilt. In der Urtheilsbegründung wurde als erschwerendes Moment hervorgehoben, „daß die beiden Angeklagten sozialdemokratische Agitatoren seien, die sich zum Lebensprinzip gemacht haben, die heutige gesellschaftliche Ordnung umzustoßen." Als Entlastung hob der Polizeirichter hervor, daß die Angeklagten gegen Erwarten in der heutigen Verhandlung sich anständig benommen hätten. Selbstredend hat der etwas sehr die antisozialistische Tendenz verrathende salomonische Spruch des Herrn Polizeirichters die Billigung der verurtheilten Genossen nicht gefunden — sie haben appellirt.

— Wegen „Beleidigung der Geistlichkeit" in dem Wahlflugblatt für den 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis wurde Parteigenosse Gundelach am 12. d. M. in Kiel zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt!

Innere Parteiangelegenheiten.

Als Agenten des Vorstandes sind ernannt worden: Arnstadt: Fr. Papst. Wege; Baden: Joh. Küsters, Wagner; Chemnitz: C. A. Walther; Freiburg i. B.: F. Haug, M. Desker; Großenhain: R. Redam, A. Vatke; Großauheim: Ad. Kronenberger; Hamm u. Horn: H. Westphal; Heilbronn: G. Kittler, E. Schafferdt; Hohenfelde-Burgfelde: E. Breuel; Kappel: Albert Geihland; Kleinauheim: A. Kämerer, M. Kunkel; Mylau: F. E. Fischer; Neuhausen: E. Th. Zenker; Reutlingen: Chr. Walz, Carl Stark; Sonneberg: R. Heß, J. A. Ernst Bischoff; Stuttgart: H. Berlinger, G. Grünwaldt; Ulm: L. Reißbach.

Hamburg, den 17. Mai 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: C. Derossi. J. Auer.

Pferdemarkt 37.

Aus Großbritannien.

Edinburgh, 13. Mai 1877.

Während an der Donau und in Vorderasien der Krieg zwischen Muselmann und Moskoviter sich noch im Einleitungsstadium befinden, hat in England der Wortkampf zwischen den Türko- und Russofilen in Presse und Parlament, von der Kanzel und der Rednerbühne, in den Klubs und auf den Straßen so ziemlich seinen Höhepunkt erreicht. Während die Liberalen à la Gladstone in sektirerischer Scheinheiligkeit die Türken mit Sack und Pack aus Europa vertrieben sehen wollen und zu diesem Zwecke so weit gehen, eine Allianz mit dem „hochherzigen Christenbefreier" anzuempfehlen, während die Tories es kaum erwarten können, daß England offen für die Türkei Partei ergreife und gegen Rußland losschlage, um sich den Seeweg nach Indien von seinem gefährlichsten Rivalen freizuhalten; während die Zahl derjenigen, welche der Türkei gerne einen Daumen aufs Auge setzen, Rußland aber doch um keinen Preis nach Constantinopel lassen wollen, zusehends wächst und die liberale Parlamentspartei zu zersplittern droht (Herr Gladstone war angesichts der Gefahr des Schismas im liberalen Lager gezwungen, letzten Montag zwei seiner mit so vielem Pomp angekündigten vier Resolutionen ihrer allzu russenermuthigenden Tendenz wegen fallen zu lassen), ist es erfreulich, im „Industrial Review" (vormals „Beehive") zur Abwechslung einmal vernünftige Politik gepredigt zu hören. Und zwar ist es Herr Prof. E. S. Beesly, der die Arbeiter in dieser Frage von Conservativen sowohl als Liberalen zu trennen versucht. Er neigt allerdings mehr zu den Conservativen, aber nur soweit, als diese den Eroberungsgelüsten des russischen Kaisers Schranken setzen wollen. Er sucht den Ausspruch Lord Derby's, daß jeder Versuch, die Streitfrage zwischen Rußland und der Türkei auf diplomatischem Wege zu lösen, vergeblich und die englische Regierung sich dessen vollkommen bewußt gewesen sei, zu popularisiren. Rußland habe von vornherein Kriegsabsichten gehabt und sei entschlossen gewesen, von der Türkei gerade so viel zu nehmen, als das übrige Europa erlauben würde. Englands Energie sei durch die Agitation der christlich-liberalen Türkenfresser (der alte Knutenfreund und Galgenverehrer Carlyle obenan) im letzten Herbste gelähmt worden und habe sich auf diplomatische Spiegelfechterei beschränken müssen; Oesterreich, das am empfindlichsten bedrohte, habe sich nicht getraut, offen gegen Rußland Front zu machen, weil es wüßte, daß Fürst Bismarck die Absichten des Czaren begünstige. Man erinnere sich, daß im Mai 1875, als es Bismarck beinahe gelungen war, Frankreich vor Vollendung seiner militärischen Reorganisation in einen Krieg zu verwickeln, Rußland vermittelnd eingeschritten sei. Deshalb habe Bismarck der Verwickelung Rußlands in einen Krieg mit der Türkei jeden Vorschub geleistet, um im Westen die Hände frei zu bekommen. Am selben Tage, als das Kriegsmanifest Alexanders in der Presse erschienen sei, habe man im deutschen Parlamente den großen Schweiger Moltke sich über drohende Militärbewegungen auf französischer Seite beklagen und die deutsche Regierung mit Hilfe dieses Alarmschusses die Forderung nach „mehr Hauptleuten" begründen hören. Die Etatserhöhung auf deutscher Seite werden ähnliche Maßregeln in Frankreich zur Folge haben; der Wolf habe dann das Lamm gefunden, das ihm das Wässerlein getrübt und in kürzester Zeit könne Europa vor Thatsachen stehen, denen gegenüber die orientalische Verwickelung geringfügig erscheinen wird. Dort könne England jetzt nicht mehr viel verhindern. Eine näherliegende Sorge drückt uns: die Gefahr eines deutschen Angriffes auf Frankreich.

„In einer solchen Krisis — schließt der Artikel — soll die englische Armee und Flotte nicht so sehr im Osten, als zu Hause sein um, wenn nöthig, für eine bessere Sache als die des Musel-

---

Wider eine alte Lüge!

(Schluß.)

Es sei mir im Interesse unserer Sache gestattet, bei dieser Gelegenheit und auf Grund jener meiner Erlebnisse gewisse Angaben richtig zu stellen, die in einem erst kürzlich erschienenen Schriftchen: „Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849" enthalten sind. Es heißt dort pag. 57 nach der Schilderung des Treffens bei Dossenbach: „und nun ordnete der württembergische Commandant auf die Fliehenden, welche ihre Waffen weggeworfen hatten, eine wahre Hetzjagd an. Zu Dutzenden wurden sie unbarmherzig hingeschlachtet ꝛc." Dann weiter in einer Anmerkung: „Die Speisen mußten die Gefangenen mit den Fingern essen. — — Später ist Bornstedt in Folge der Behandlung im Gefängniß wahnsinnig geworden." — Das sind von der Parteileidenschaft eingegebene Uebertreibungen. Lassen wir diese Art der Geschichtsschreibung dem Oscar Jäger und Genossen. Man schadet damit nur der Sache, der man zu dienen glaubt. Die württembergischen Soldaten waren allerdings in der höchsten Aufregung, da man sie, um sie in diese „gute Stimmung" zu versetzen, einige Tage vorher tüchtig umhergejagt hatte — und Jeder das auf Herwegh ausgesetzte Fanggeld zu verdienen wünschte; sie haben uns mit Gewehrkolbenstößen traktirt, wie dies damals allgemein üblich war; aber zu Dutzenden sind die Fliehenden nicht niedergemacht worden, (die Anklageschrift spricht ja nicht einmal von einem Dutzend Todten!) sonst würden auch nicht so viele Gefangene von ihnen eingebracht worden sein.*) Was den Irrsinn Bornstedt's anlangt, so hat sich dieser erst auf der Anklagebank vor dem Schwurgerichte eingestellt: Bornstedt nach der 9tägigen Verhandlung im höchsten Grade (wie leicht begreiflich) aufgeregt, rechnete, nachdem die Geschwornen zuvor Fickler und Steinmetz — und dann auch mich bezüglich der Dossenbacher Affaire freigesprochen, ebenfalls mit Sicherheit auf seine Freisprechung. Als der Obmann der Geschwornen das „Schuldig!" ertönen ließ — trat die plötzliche Umwandlung in seinem Geiste ein. Ich besitze noch ein an jenem Abend von dem Unglücklichen an mich geschriebenes Blatt Papier, das dem Verfasser der authentischen Aufschlüsse den authentischsten Aufschluß über diesen Vorgang zu geben vermag! Doch nach dieser Abschweifung wieder zurück zur Sache.

Es ist mir glücklicherweise eine in der „Mannheimer Abendzeitung" vom Jahre 1848 erschienene Erklärung zur Hand, in welcher die Sache gleichfalls von Augenzeugen und zwar zuerst und aus frischer Erinnerung besprochen wird, und welcher um so mehr Glauben zugemessen werden darf, als sie damals sicherlich nicht in Folge von Außen kommender Einflüsse abgegeben werden konnte. Dieselbe lautet:

„Erklärung.

Mit Bedauern erfahren Unterzeichnete erst heute in ihrem Kerker zu Bruchsal, daß man in mehreren deutschen und französischen Blättern Hrn. Georg Herwegh, ehemaligen Präsidenten der Pariser deutschen demokratischen Legion, ungerechter Weise beschuldigt, schon gleich Anfangs beim Gefechte zu Dossenbach das Schlachtfeld verlassen zu haben. — Wissen denn diese Verläumder nicht, daß nach dem Abmarsche von Zell, den 26. April 11 Uhr Nachts, unser Weg über steile Felsenpfade ging und während dieser ganzen regnerischen Nacht Herwegh mit seiner Frau diese Tour zu Fuße machte, um unseren ermatteten Leuten Muth einzuflößen; erst Morgens 3 Uhr, den 27., wurde in einem Dorfe ein armseliger Bauernwagen requirirt, worauf Beide auf vieles Zureden von unserer Seite Platz nahmen! (Dieser Wagen aber war ohne Spritzleder!) Erst gegen Ende des Gefechtes, wo unsere Legion fast schon ganz zerstreut war, fanden wir die Herwegh'schen Eheleute noch auf demselben Wagen, Patronen anfertigend; mit Mühe bewogen wir nun dieselben, die Flucht zu ergreifen, ihnen vorstellend, daß Alles verloren und längeres Bleiben sie unfehlbar in Gefangenschaft führen würde. Nach dieser Aufforderung erst verließen beide den Wagen und gelangten so glücklich auf Schweizergebiet. Kaum 5 Minuten nach ihrer Entfernung war schon der Wagen in den Händen des 6. württembergischen Infanterieregiments, der Fuhrmann und zwei Pferde fielen durchbohrt von den Kugeln dieses Regiments.

Was Herwegh in Paris für die Deutschen gethan, wird Jedermann, der dort sein Wirken Gelegenheit hatte zu beobachten, dankbar anerkennen, selbst seine jetzigen dortigen Gegner.

Herwegh nahm nie Antheil an militärischen Anordnungen, wollte auch niemals als Kriegsheld auftreten oder glänzen, er war rein nur politischer Chef der Legion.

Im Interesse der Wahrheit und für alle Diejenigen, die so unverschämter Weise einem Manne die Ehre abzuschneiden suchen, finden wir uns zu dieser Erklärung veranlaßt.

Alle Zeitungsredaktionen werden höflichst ersucht, dieser Erklärung die möglichste Verbreitung angedeihen zu lassen.

Im Gefängniß zu Bruchsal, den 14. Juni 1848.

Delaporte, Commandant des 3. Bataillons der Pariser deutschen Legion.

Dr. Rodé, Stabsarzt."

Da ich Delaporte während seiner Gefangenschaft in Bruchsal nicht gesehen — denn Bornstedt und ich, wir wurden ziemlich abgeschieden von den Andern gehalten —, so kann ich nicht mit Bestimmtheit behaupten, wohl aber mit Grund vermuthen, daß er von dem Spritzleder-Märchen durch eine französische Zeitung Kenntniß erhalten hatte. Delaporte war Franzose, ich glaube von Amiens, er konnte kein Deutsch und die Construktion mancher Sätze deutet darauf hin, daß die Erklärung ursprünglich in französischer Sprache geschrieben und erst nachher — wohl in Mannheim — übersetzt wurde. Jedenfalls ist sie authentisch und vollbeweisend.

Zum Schlusse will ich noch den Brävsten der Braven, den unvergeßlichen Theodor Mögling, den ehrlichsten und offensten aller Schriftsteller über jene Zeitepoche, reden lassen. Daß der, was das Kapitel Feigheit anbelangt, keinen Spaß verstand, das wissen seine heut noch lebenden Freunde, das haben seine Feinde anerkannt; hat er ihnen doch, mit zerschmettertem Bein und auf Krücken sich in den Standgerichtssaal schleppend, dermaßen imponirt, daß sie dem angeklagten Freischärler mehr Glauben schenkten, als dem fungirenden Staatsanwalte, dem nachherigen Justizminister von Freydorf! Dieser Zeuge sagt in „Briefe an seine Freunde" (Solothurn 1858):

*) Es fällt mir nicht im Mindesten ein, die damalige rothe Reaktion entschuldigen zu wollen; aber was nun einmal nicht wahr ist, ist und bleibt nicht wahr. Unsere Gegner haben der wahren Schändlichkeiten genug auf dem Gewissen! Auch Frau Herwegh sagt in ihrer Broschüre „Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion in Paris" pag. 47: „Ob und wie viele aus der Legion später auf der Flucht von Feindeskugeln getroffen sind, — weiß ich nicht; habe aber bis heute noch keinen einzigen Todesfall constatiren hören."

manns und gegen einen gefährlicheren Feind für die Unabhängigkeit Europas als den Czar, einen ehrenvollen Schlag zu thun." Das erinnert stark an Herwegh's: „Der schlimmste Feind steht an der Spree!"

Die Majorität (??) der Arbeiter steht übrigens leider auf Seite der liberalen Waschweiber und läßt sich noch fortwährend zu Demonstrationen gegen die „bulgarischen Grausamkeiten" benützen. Einige Herren Gewerkschaftsführer, die sich zu einer „Eastern Question Association"*) zusammengethan und die sich gerne reden hören, haben letzten Montag wieder in Gesellschaft einiger Parlamentsmitglieder und eines halben Dutzend anderer Pfaffen eine Demonstration in Exeter Hall veranstaltet zur Unterstützung derselben Resolutionen, welche der große liberale Führer zur selben Zeit im Parlamente muthig fallen ließ, da sie selbst der Mehrzahl seiner sonstigen Parteigenossen zu grausamlich nach Juchten rochen.

Ein kleiner Theil der Arbeiter sammelt sich in der „Arbeiter-Friedensgesellschaft" und faßt Resolutionen zu Gunsten des „Friedens um jeden Preis". Gegen diese Letzteren gewendet, hat jüngst der „Industrial Review" eine Tirade losgelassen, die sich der deutschen: „Wir wollen alle Schiffe hinter uns verbrennen und dann hinaussegeln in den Ocean der Freiheit" kühn an die Seite stellen kann. „Wäre die gegenwärtige Lage durch uns verursacht — heißt es in dem betreffenden Artikel — oder könnten wir den Lauf der Ereignisse überwachen, wir würden uns um das Banner des Friedens schaaren und unter ihm kämpfen bis zum Ende!" („We should rally round the standard of peace and fight under it to the end.")

*) Assoziation betr. die östliche, d. h. die orientalische Frage.

Betrachtungen aus und über Holland.

Amsterdam, 17. Mai 1877.

Holland gilt vielfach als ein todter Boden für den Sozialismus. Die Thatsachen scheinen dieser Ansicht Recht zu geben, denn die Rubrik „Holland" nimmt in den Berichten unserer sozialistischen Blätter nur einen äußerst bescheidenen Raum ein, und vergebens wird man darin nach Mittheilungen über Vorgänge in der großen Volksbewegung unserer Zeit suchen, wie sie in andern Ländern zum Schrecken aller Mastbürger, aber zur Freude aller vernünftigen und verständigen Menschen immer alltäglicher werden.

Die Erklärung für die laue Betheiligung Hollands an der Frage der Fragen wird vielfach in der geringen industriell-kapitalistischen Entwicklung sowie in dem vermeintlichen größern Wohlstande des Landes gesucht, die dem Sozialismus seine Wachsthumsbedingungen entziehen. Ich gestehe, daß auch ich mich bisher von dieser Ansicht über die günstigen sozial-ökonomischen Verhältnisse Hollands gefangen nehmen ließ und Holland so zu sagen als verlorenen Posten betrachtete.

Man muß das Land selbst kennen gelernt haben, um sich von der Unrichtigkeit jener Beurtheilung zu überzeugen.

Es ist wahr — Holland ist enorm reich, es giebt hier ganz fabelhafte Vermögen, und die ganze Welt ist Holland Geld schuldig. Aber wie überall, so ist auch hier unter dem „Reichthum" des Landes eben nur der Reichthum der Reichen zu verstehen, wie überall so existirt auch hier dieser Reichthum nicht ohne seine unzertrennliche Begleiterin, die Armuth! Wahr ist es — man sieht in den Städten Hollands eine Behäbigkeit, eine Pracht, einen Luxus, daß gerade nicht allzu viel Scharfsinn dazu gehört, um zu erkennen: Hier giebt es viele Leute, die sehr gut bei Kasse sind. Man braucht nur die eine Kalverstraat zu Amsterdam zu sehen, in welcher sich Laden an Laden reiht, von einer Pracht, einer Kostbarkeit und einem Geschmack, wie man sie in Berlin kaum sieht, wie sie sich aber auch in Paris nicht schöner finden. Aber wahr ist es auch, daß man in eben derselben Stadt der tiefsten Armuth, dem abstoßendsten Elend begegnet. Das ausgebreitete Bettelwesen in den Straßen erinnert an Italien und wohl nirgend weiter als eben noch in Italien wird der Fremde so sehr und in so aufdringlicher Weise von hilfsbereiten Geistern aller Art verfolgt wie hier. Bald soll man sich durchaus die Stiefel putzen, bald wieder den Weg „wijzen" lassen, und beweist man den Leuten, daß man weder das Eine noch das Andere nöthig habe, dann tritt die offene Bettelei zu Tage und der Cicerone beschwört Einen, man möge seine Dienste, wenn auch überflüssig, aus Gnade und Barmherzigkeit annehmen, er habe mitsammt Frau und Kindern heute den „heelen dag" noch nichts gegessen. Das ausgehungerte Gestell, die zerlumpte Kleidung — man begegnet hier Figuren, wie sie selbst in Berlin, der Urheimath der „Bassermann'schen Gestalten", nicht häufig sind — beweisen, daß sich der Mann mit jener Versicherung nicht allzu weit von der Wahrheit entfernt hat, und so giebt man ihm denn seine paar „Stuwer", nicht ohne zugleich auf den zugedachten Genuß seines Stiefelputzens oder seiner Begleitung feierlichst Verzicht zu leisten.

Ich habe dergleichen Scenen aus dem Straßenleben, wie sie gerade dem Fremden am Allerersten begegnen, stets als ein ziemlich sicheres Erkennungszeichen für die Lebensverhältnisse der betreffenden Bevölkerung angesehen. Ich glaube mit Recht. Denn was sind diese herumlungernden und hungernden Menschen anders als die „überschüssigen Hände", für welche das „Kapital" eben keine Verwendung hat, und was anders treibt diese Menschen hinaus auf die Straße, was anders treibt sie zu dieser unwürdigen Aufdringlichkeit und Kriecherei als der große Sklavenzüchter, der Hunger und die tiefste Verwahrlosung? Kann und darf es in einem wirklich geordneten Staatswesen Menschen wie diese geben? Unmöglich.

Als sollte es uns immer und überall so recht unter die Nase gerieben werden, wie alles Schöne und alle Annehmlichkeiten des Lebens eben nur für den Reichen da sind, so findet man gerade in jenem Lande, dessen Reinlichkeit ja sprichwörtlich ist, in den ärmeren Quartieren der Städte und unter der armen Bevölkerung einen Mangel an öffentlicher Salubrität, und deshalb einen Schmutz und eine Häufigkeit von ekelhaften Krankheiten ꝛc., die ihres Gleichen suchen. Mit der holländischen Reinlichkeit ist das genau derselbe Schwindel, wie mit dem holländischen Reichthum. Beide betreffen sie eben nur die Reichen, und will man nicht fabuliren, sondern hübsch der trockenen, nackten Wahrheit die Ehre geben, dann muß man von der „holländischen Reinlichkeit" der Reichen, zugleich aber auch vom „holländischen Schmutz" der Armen sprechen.

In der That besteht in Holland zwischen Arm und Reich eine so tiefe soziale Kluft, wie nur irgendwo anders, und der Arme, der es wagt, das Haus des Reichen mit der Bitte um ein Almosen zu betreten, wird zu allererst zur Thür hinausgeschmissen, damit er durch seine Anwesenheit die „Kamern" nicht verunreinige. Ob er dann was kriegt, bleibt eine Frage für sich. Im Ganzen liebt es der reiche holländische „heer", die Taschen recht fest zuzuhalten. Je reicher, je fester.

Die Lohnarbeiterverhältnisse angehend, so sind sie hier — wie überall, d. h. denkbarst schlecht. Der Bauhandwerker verdient bei einer Arbeit von 12 Stunden circa 2 Gulden (ein Gulden = ca. 1 Mark 70 Pf.), der Maschinenbauer ungefähr ebensoviel (es giebt hier Fabriken mit 1500 Sklaven), in den großen Staatswerften und Docks werden theilweise gar nur 1 bis 1½ Gulden bezahlt. Nicht mehr verdient der Arbeiter in den berühmten Amsterdamer Zuckersiedereien bei sehr schwerer Arbeit. Bemerkenswerth ist, daß die Buchdrucker, die doch bei uns zu den bestbezahlten Arbeitern gehören, hier im Gegentheil am allerschlechtesten, viel schlechter z. B. als die Maurer, abgelohnt werden. Bei uns motiviren die liberalen Volksunwirthe die bessere Bezahlung des Buchdruckers, ihren Theorien gemäß, mit der höheren Qualität seiner Arbeit. Und hier? Ist die Typographie hier weniger eine Kunst als bei uns? Ich sehe hierin nur einen neuen Beweis dafür, daß jeder Stand eben das ist, was — er aus sich zu machen weiß!

Wie schlecht die oben angeführten Lohnverhältnisse sind, begreift man erst, wenn man weiß, daß Amsterdam nur wenig wohlfeiler ist als unser liebes Berlin, bekanntlich heute so ziemlich die theuerste Stadt Europas. Das halbe Kilo Fleisch kostet 12 Stuwer (über 1 Mark), selbst Butter und Käse, von denen man ja glauben sollte, daß sie in Holland fließen, wie im gelobten Lande Milch und Honig flossen, sind sehr „duur". Der Arbeiter kann sich alle diese köstlichen Leckereien kaum gönnen, sondern lebt zumeist — tout comme chez nous — als unfreiwilliger Vegetarianer strengster Observanz. Eine halbwegs menschliche Arbeiterwohnung ist nicht unter ca. 150 fl. zu haben. Meist aber sind sie einfach unmenschlich. Kellerwohnungen sind überaus häufig, und was das in Amsterdam, das bekanntlich wie Venedig mitten im Wasser auf eingerammten Pfählen steht, besagen will, kann man sich leicht ausrechnen.

Was das flache Land betrifft, so ist es ja auch sehr wahr und sehr richtig, daß da ein ganz ungeheurer Reichthum verborgen ist. Der holländische „boer" ist einfach der reichste der Welt. Es giebt unter ihnen solche, die allein in Staatspapieren die Kleinigkeit von 10 Millionen Gulden liegen haben. Aber — nun, es hieße sich wiederholen, wollte ich dieses Aber weiter ausführen. Kurz und gut, der holländische Kleinbauer, der holländische Tagelöhner, der holländische Hirt und Ackerknecht ist ebenso miserabel daran, wie nur irgend einer seiner Leidensgenossen. Daß sein Herr die Millionen im Schrank liegen hat, scheint ihn um nichts glücklicher, oder auch nur satter zu machen. Im Ganzen erachte ich die ländlichen Verhältnisse Hollands denen Holsteins am Aehnlichsten. Kapitalistischer Großbetrieb und seine Folgen, nämlich colossale Bereicherung Weniger einerseits, Misère der großen Mehrzahl andererseits; dabei allmählige Verschluckung des kleinen Besitzers durch den großen.

Das sind, in flüchtigen Zügen, die thatsächlichen sozial-ökonomischen Zustände Hollands. Sind dieselben nun wirklich so arkadisch-gemüthliche zu nennen, daß sich aus ihnen die geringe Ausbreitung der sozialistischen Ideen, d. h. der Bestrebungen nach einer Beseitigung dieser Zustände, zur Genüge erklären läßt? Ich bezweifle es. Ueberhaupt scheint es mir ebenso unrichtig wie unserer Sache nachtheilig, wenn man, wie das in unsern eigenen Reihen so oft geschieht, überall dort, wo es mit der sozialistischen Propaganda nicht recht vorwärts geht, die Schuld in allzuvoreiliger Weise der vermeintlichen Ungunst der wirthschaftlichen Voraussetzungen, unter welchen vor Allem die modern-kapitalistisch-industrielle Entwicklung verstanden wird, ohne die es durchaus keinen Sozialismus geben soll, zuschiebt und damit die eigene Energie und Thatkraft einschläfert. Gerade die letzte Zeit hat die Unrichtigkeit dieser Theorien vielfach dargelegt. Wir sehen Länder, denen kein Mensch die modern-kapitalistische Entwicklung wird nachsagen können, die vielmehr noch in den feudalistischen Kinderschuhen herumlaufen — ich nenne hier nur Rußland, oder, um im lieben deutschen Vaterland zu bleiben, das herrliche Mecklenburg —, mit erstaunlicher Rapidität vom Gifte des Sozialismus durchtränkt werden, während es in andern Ländern, die zufällig die ersten Industrieländer der Welt sind — ich meine hier natürlich vor Allem England und nebstdem Amerika — eigentlich so gut wie gar nicht vorwärts geht. Mecklenburg ja und England nicht? Erkläret mir, Graf Oerindur! Das stimmt doch wohl nicht. Die Ausbreitung der sozialistischen Ideen muß sich denn doch wohl noch nach andern Gesetzen als den rein ökonomischen regeln. Unzweifelhaft sind dieselben ja von größter Bedeutung. Von nicht geringerer Bedeutung scheint mir auch eine gewisse geistige Disposition, eine gewisse geistige Atmosphäre zu sein, worunter ich die Emanzipation von den alten Vorurtheilen verstehe, besonders von jenen Mythen und Dogmen, die man Religion nennt und die vorher aus den Köpfen des Volkes ausgerottet sein müssen, ungefähr wie man den Acker von dem wuchernden Unkraut befreien muß, bevor die lebenspendende Frucht darauf gedeihen soll. Daß das Pfaffenwesen in England und Amerika noch so mächtig ist, darin sieht man mit Recht die Hauptursache für unsere langsamen Fortschritte in diesen Ländern.

Wovon mir aber die Erfolge der sozialistischen Agitation vor allem andern abhängig zu sein scheinen, das ist einfach — sie selbst, ihre Art und Weise, ihre Geschicklichkeit, ihre Kraft und Energie. Warum ist gerade in Deutschland, dem schläfrigen Deutschland, dem das vor 20 Jahren kein Mensch prophezeit hätte, die sozialistische Bewegung so mächtig angewachsen, daß es heute die Führerrolle darin übernommen, und selbst das urrevolutionäre Frankreich weitaus überholt hat? Was hat, nach den Grundsätzen jener Herren Theoretiker, die, wie mir scheint, ein wenig zu viel, nämlich kurzweg Alles, aus den wirthschaftlichen Zuständen erklären wollen, Deutschland vor England, vor Frankreich oder Amerika voraus, das es zu dieser Führerrolle berechtigte? Nichts. Die Sache ist einfach die, daß in Deutschland eine Anzahl tüchtiger, thatkräftiger Männer, Lassalle und Andere, aufstanden, die die Sache in der richtigen Weise und beim rechten Zipfel anfaßten. Das ist des Pudels Kern. Oder warum — um uns die einzelnen Gegenden Deutschlands anzusehen — ist das wahrhaftig auch nichts weniger als industriell entwickelte Holstein doch so durch und durch sozialistisch? Einfach weil es den Vortheil genießt, in unmittelbarer Nähe Hamburgs, eines Hauptkriegslagers des Sozialismus zu liegen, von wo aus es mit unermüdlichem Fleiße bearbeitet wurde und wird. Daß unsere guten Erfolge in Mecklenburg, deren sich kein Mensch versehen hätte, eben der kräftigen Agitation zu verdanken sind, die neuerlich von Schwerin, von Berlin und Hamburg aus entfaltet wurde, las ich mehrfach in unserer Presse; und auch daß Sachsen eine so feste Burg des Sozialismus ist, läßt sich kaum allein aus seinem zahlreichen industriellen Proletariat ableiten, sondern nicht weniger auch daraus, daß Leipzig in Sachsen liegt. Oder noch besser: Schlesien schien bis vor Kurzem für die sozialistischen Verführungen so gut wie unzugänglich. Ich erinnere mich, noch vor circa zwei Jahren in einem Abonnentenverzeichniß des „Neuen Social-Demokrat" das große Breslau mit ca. 40 Abonnenten aufgeführt gesehen zu haben, während das weit kleinere Altona deren über 2000 aufwies. Nun, Schlesien ist eben kein geeigneter Boden für den Sozialismus, wird es damals geheißen haben. Punktum, Streusand drauf. Doch siehe da, kaum zwei Jahre sind seitdem hingeschwunden und wie sehr hat sich das Alles geändert! Das „uneinnehmbare" Breslau z. B. ist bei den letzten Wahlen für die Berliner Marionettenbude in einer Art und Weise für unsere Sache eingetreten, daß jeder ehrlichen Communistenseele vor freudiger Ueberraschung das Herz im Leibe wackelte. Aus jenen 40 Abonnenten sind ca. 10,000 allein für die „Wahrheit" geworden. Und woher das Alles auf einmal? Hat sich Schlesien in diesen zwei Jahren etwa in erstaunlichem Maße kapitalistisch entwickelt, hat es all diese Massen Proletariats, aus denen sich all diese Wähler und Leser rekrutiren, in dieser Zeit neu geschaffen, sind dieselben vorher nicht dagewesen? Schwerlich. Wohl aber sind seitdem neue Parteiblätter gegründet, eine kräftige Agitation entwickelt worden, und das ist die höchst einfache Ursache, warum aus dem schlesischen Saulus so plötzlich ein Paulus geworden ist.

Alle diese und noch manche andere Erfahrungen scheinen mir zur Genüge zu beweisen, was ich oben behauptet habe: daß es nämlich durchaus unrichtig und schädlich ist, wenn man die scheinbare Erfolglosigkeit der sozialistischen Propaganda in irgend einem Lande den angeblichen ungünstigen sozial-wirthschaftlichen Voraussetzungen zuschiebt und sich damit in eine Art von türkischem Fatalismus in das vorgeblich Unabänderliche ergiebt. Das ist zwar sehr bequem, aber auch sehr verkehrt. Ueberall dort, wo es Arme und Reiche, Herren und Knechte, Betrogene und Betrüger giebt, müssen unsre „Hetzereien" nothwendig Anklang finden, sei das nun unter rauchenden Schloten oder unter wogenden Kornfeldern, in den dumpfen Gassen der Städte oder unter weidenden Viehheerden; und da es eben überall Arme und Reiche, Herren und Knechte, Betrogene und Betrüger giebt, so haben wir eben überall von vornherein gewonnenes Spiel. Wo wir es noch nicht gewonnen haben, da liegt das, meiner Ueberzeugung nach, einfach daran, daß entweder das Spiel noch gar nicht begonnen wurde, oder aber daß Die, die es begannen, nicht die rechten, echten Männer waren. Alle Diejenigen, die sich über die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen beklagen, müssen sich, meiner Ansicht nach, vor Allem — über sich selbst beklagen.

Kommen wir nach dieser Abschweifung wieder nach Holland zurück, so findet all das hier Gesagte auf dieses Land seine

---

9. Brief pag. 123: „Unterwegs trafen wir eine Anzahl Flüchtlinge der Herwegh'schen Colonne" ꝛc.

„Ich fragte nun nach Herwegh und seiner Frau, einige meinten, diese werden wohl gefangen sein, da sie dieselben noch ganz spät auf dem Platze gesehen haben, sie haben sich wahrscheinlich gerettet, denn es sei über ihre Gefangennehmung nichts bekannt geworden, genaue Auskunft konnte jedoch keiner geben."

Dann pag. 126:

„Der Aerger darüber, daß Herwegh mit seiner Frau entkommen war, machte sich dann in dummen Verläumdungen Luft. Wäre es eine große Heldenthat gewesen, wenn sie bei dem Ueberfall zu Dossenbach ruhig zugewartet hätten, bis sie gefangen genommen worden wären? Setze sich Jeder in denselben Fall, und er wird eine solche Dummheit vernünftigen Leuten nicht zumuthen."

Zur allseitigen Beurtheilung seines Verhaltens sei noch festgestellt, daß Herwegh mit der militärischen Leitung der ganzen Sache durchaus nichts zu thun hatte. Es erhellt dies aus § 1. der Anklageschrift, wo es in Betreff der militärischen Eintheilung der Legion heißt: „Bei ihrem Einfall in Baden war die Legion 800—900 Mann stark; ihre Führer waren:

Carl Börnstein, Commandant (oder General) en chef.
Corvin Wiersbyrsky, Chef des Generalstabs.
Wilhelm Löwenfels, Regimentscommandeur.
Führer des
I. Bataillons N. Herter.
II. „ Reinhard Schimmelpennig, aus Danzig.
III. „ Carl Mushake aus Berlin.
IV. „ August Delaporte aus Amiens.

Herwegh wird also unter den militärischen Führern nicht genannt. Dagegen sagt der Bericht des Generals v. Miller ausdrücklich: „Herwegh begleitete die Legion als Comitémitglied." „Karlsruher Zeitung" Nr. 119 vom 1. Mai 1848.

Und das Ergebniß dieser Zusammenstellung?

Aus den Zeugnissen ist vor allem klar ersichtlich, was es mit der ganzen Sage für eine Bewandtniß hat:

Ihre erste Entstehung verdankt sie lediglich dem unmittelbar nach der Niederlage der Republikaner veröffentlichten Bericht des Generals von Miller, der den verhaßten, gefürchteten Gegner mit der ganzen Bosheit der Reaktion zu verläumden, zu beschimpfen kein Bedenken trägt.

Ihre rasche Verbreitung verdankt sie der Stimmung der Gemüther in den schönen Maitagen von 1848, wo die Einen von der Furcht der Republik fast noch heftiger bewegt waren, als die Andern von der Hoffnung derselben. Es genügt hiefür, an den Franzosenlärm zu erinnern.

Die mythische Ausschmückung endlich verdankt sie offenbar Berichten von Augenzeugen über den wirklichen obengeschilderten Hergang während des Treffens, dem unerklärlichen, trotz aller Fang-Prämien glücklichen Entkommen Herwegh's nach demselben und — dem sehr erklärlichen Aerger darüber.

Aus diesen Zeugnissen geht ferner positiv und unwiderleglich hervor, daß Herwegh das Schicksal der Legion bis zuletzt getheilt hat wie ein braver Kamerad, und daß er bei Dossenbach seine Pflicht gethan hat als ein muthiger Mann.

Und Angesichts dieser vollgiltigen, jedem, dem es um die Wahrheit zu thun ist, leicht zugänglichen Zeugnisse sagte und sage ich: Daß alles Gerede von Herwegh's Flucht Lüge ist, leichtsinnige oder absichtliche Lüge und Verleumdung.

Kein ehrlicher Mensch wird mehr an diese Lüge glauben und nur ein Schuft kann sie jetzt noch wiederholen!

Littenweiler bei Freiburg i. B., 27. April 1877.

Krebs.

— Todesfälle durch wilde Thiere. Die britisch-indische Regierung verausgabt alljährlich eine Summe von ca. 10,000 Pfd. St., die als Prämien für die Tödtung schädlicher wilder Thiere an die Eingebornen bezahlt werden. Im vorigen Jahre wurden nach dem offiziellen Ausweise 22,357 wilde Thiere und 270,185 giftige Reptilien getödtet; trotzdem fielen in der bezeichneten Periode in ganz Indien den Tigern, Panthern, Leoparden, Bären, Wölfen, wilden Elephanten und Schlangen nicht weniger als 21,000 Menschen und 48,000 Stück Vieh zum Opfer. In dem Distrikte Chittagong wurden allein gegen 1000 Eingeborene getödtet; im Sessore-Distrikte (Bengalen) betrug deren Zahl 569. In Madras erlagen 1536 Menschen und 11,934 Stück Vieh den Anfällen wilder Thiere und dem Schlangenbiß, in Bombay 1072 Menschen und 4792 Thiere; in der Präsidentschaft Bengalen 10,914 Menschen und 8147 Thiere.

vollste Anwendung. Warum in Holland die sozialistischen Ideen so wenig verbreitet sind, willst Du, lieber Leser, wissen? Das kann ich Sie sehr genau sagen, wie es in Sachsen heißt: Einfach, weil Niemand da ist, der sie verbreitet!! Das politische Vereinsleben der arbeitenden Klassen ist hier so gut wie vollständig todt. Im „Algemeen Nederlandsch Werkliedenverbond", dem einzigen ansehnlichen, der hier besteht (Mitgliederzahl 4—5000, Organ „De Werkmansbode") wird die höhere Schafzucht nach Schulze-Hirsch-Duncker'schem System betrieben. In ganz Holland giebt es kein einziges sozialdemokratisches Blatt. „De Werkmansvriend" ist in christlich-sozialem Sinne gehalten. (Brr, schreckliche Sorte!) Wohl gab es bis zum letzten Jahre hier den „Werkman", der in früherer Zeit so eine Art von Sozialdemokratie betrieben haben soll. Derselbe hat aber ein nicht sehr glorreiches Ende gefunden. Es sollen allerlei Unregelmäßigkeiten, vulgo Schweinereien, vorgekommen sein. Man wird zugeben, daß das nicht gerade sehr förderlich auf die sozialistische Agitation wirken konnte. Kann doch unsere reine Sache durch gar nichts ärger geschädigt werden, als durch solche häßliche Personalvorfälle. Unsere Parteiorganisationen so einzurichten, daß derartiges von vornherein unmöglich wird, das sollte unser eifrigstes Bestreben sein. In der That ist seit jenen Vorgängen die Bewegung in Holland wieder bedeutend zurückgegangen, richtiger eingeschlafen.

Ich sende Ihnen von allen drei hier genannten Blättern je eine Nummer zur Ansicht.

Der Redakteur des obengenannten, liberal-gewerkschaftlich gehaltenen „Werkmansbode", zugleich „voorzitter" des erwähnten Arbeiterverbandes, Herr B. H. Heldt, gegenwärtig der Führer der Arbeiter Hollands, scheint mir übrigens ein braver Mann, der nichts von der bewußten Verlogenheit unserer Berliner Selbsthilfler hat und höchst wahrscheinlich zusammt seinem Anhang mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen in das sozialistische Lager übergehen wird, wenn — er nur erst recht wissen wird, was Sozialismus ist. Bisher herrscht hier eine ganz merkwürdige Unklarheit über dieses Ding, und auch die Herren Redakteure des seligen „Werkman" sollen nur höchst oberflächlich gewußt haben, was sie eigentlich wollten.

Gegenwärtig agitirt Herr Heldt für das allgemeine Stimmrecht. Aber was nützt dem Volke dieses, so lange es nicht weiß, wofür es zu stimmen hat?

Nach all dem hier Gesagten wird man es nur zu begreiflich finden, daß es mit der sozialistischen Bewegung in Holland so steht — wie es eben steht. Und doch könnte es so leicht anders sein! Hier, wo die bitterste Armuth beständig den fabelhaftesten Reichthum, den raffinirtesten Luxus, die egoistischeste Wohllebigkeit vor Augen hat, wird jene doppelt und dreifach drückend. Der „Gelddaivel" übt hier seine plumpe, brutale Herrschaft über Leiber und Seelen ebenso unumschränkt aus, wie nur irgendwo anders. Dabei lebt im Volke ein kräftiger Freiheitssinn, seine alte „Republiek" steckt ihm noch in den Gliedern, es ist noch immer dasselbe Volk, welches vor 300 Jahren jene unsterblichen Großthaten vollbrachte, die wir die Befreiung der Niederlande von der spanischen Macht nennen, und die unsere neue Zeit erst so recht eröffnete. Von jener kriechenden Loyalitätspest, von der wir in Deutschland jetzt so schrecklich heimgesucht sind, ist nicht das Mindeste zu spüren. (Hierüber vielleicht ein nächstes Mal.)

Auch unser Todfeind, der religiöse Wahn, übt, besonders in den Städten, nur noch wenig Macht über die Geister. Summa Summarum — der Boden ist hier für unsere goldene Freiheitssaat so fruchtbar wie nur möglich, zum Allermindesten ebenso fruchtbar, wie in vielen anderen Ländern, wo wir uns der besten Erfolge rühmen dürfen. Nichts bedarf dieser Boden, als der rechten Bebauer, die ihn in der rechten Art, mit dem rechten Geschick, mit dem rechten Fleiße, der rechten Ausdauer bearbeiten.

Möchten sie sich bald finden! Wo immer an der Förderung unserer Sache gearbeitet wird, geschieht es zum Heile des Ganzen, an welcher Stelle immer mit Hand angelegt wird, desto früher muß er vollendet dastehen, der erhabene, himmelanstrebende Bau des freien Volksstaats!

Correspondenzen.

Fehmarn, 14. Mai. Die Arbeitslosigkeit, unter welcher diesen Winter die Arbeiter Deutschlands litten und noch leiden, machte sich auch bei uns recht bemerkbar, obgleich hier ausschließlich Landwirthschaft betrieben wird. Es ist in den letzten Jahren vorgekommen, daß Arbeiter im Winter — man höre und staune — für 15, sage fünfzehn, Pfennige pro Tag haben arbeiten müssen. Man fragt auch hier nicht danach, ob der Arbeiter davon leben kann; der Bauer freut sich nur, wenn der Hunger ihm billige Arbeitskräfte zuführt; will der Arbeiter nicht für einen derartigen Lohn arbeiten — nun so mag er hungern. — Gleichzeitig nehmen wir Gelegenheit, einiges betreffs der Arbeitszeit mitzutheilen, welche auch nicht ohne bedeutenden Einfluß auf den Arbeitslohn ist. Die Arbeitszeit dauert im Sommer, resp. von April bis November, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, resp. von Morgens 4 bis Abends 10 Uhr, ohne merkliche Pausen. Des Morgens 4 Uhr geht's in's Feld, um 7 Uhr giebt es das Frühstück, um 12 Uhr Mittag und Nachmittags 4 Uhr Vesper — alles im Feld. Es ist noch zu bemerken, daß die Frühstücks-, Mittags- und Vesperzeit meistens nicht länger dauert als gerade zum Einnehmen der betreffenden Mahlzeit nothwendig ist. Ist nun die Ernte eingebracht, was bis Ende August zu geschehen pflegt, so wird die Dreschmaschine in Bewegung gesetzt bis alles ausgedroschen ist, was etwa bis November dauert; wird es dunkel beim Dreschen, so wird Licht angezündet, wobei die Arbeit bis 8, auch 9 Uhr fortgesetzt wird. Das ist dann nicht feuergefährlich! Wenn aber eine Arbeiterversammlung in einem Privathause abgehalten werden soll, so findet das der Kirchspielvogt feuergefährlich, weil — ein Backofen im Hause ist.

Obgleich die Arbeitslosigkeit diesen Winter auch hier recht drückend war und die Löhne in Folge der vielen hier zureisenden Arbeiter aus den industriellen Gegenden Deutschlands auch jetzt sehr niedrig stehen, und obgleich überflüssige Arbeitskräfte genug vorhanden sind, so lesen wir doch in den Wagrisch-Fehmarschen Blättern folgende Notiz:

„Fehmarn, den 10. Mai. Um dem Mangel an Dienstboten abzuhelfen, beschloß der hiesige landwirthschaftliche Verein, solche aus Ostpreußen kommen zu lassen."

Also Mangel an Dienstboten, während so und so viel Arbeiter auf Fehmarn ohne Arbeit sind — recht erbaulich das! Schreiber dieses möchte den Herrn Landwirthen den guten Rath ertheilen, ihre Arbeiter derartig zu bezahlen, daß es ihnen möglich ist, dabei menschenwürdig zu existiren, dann würde dem Arbeitermangel bald abgeholfen sein, denn wodurch unterscheidet sich jetzt der Arbeiter von einem gewöhnlichen Ackerpferd? Essen, Schlafen und Arbeiten ist das ewige Einerlei. Jedoch dürfte die Zeit nicht mehr ferne sein, wo es in den Köpfen der Arbeiter anfängt zu tagen, und dann werden diese ja wissen, was zu thun ist. Doch den Herren Landwirthen scheint die Strafe nicht ausgeblieben zu sein, denn weiter heißt es in der betreffenden Notiz:

„Wie den „Schleswiger Nachrichten" geschrieben wird, hatte der Verein sich kürzlich mit einem Commissionär in Ostpreußen in Verbindung gesetzt, der circa 40 Dienstboten, Knechte und Mädchen nach Lübeck senden und dort für die Person 42 Mark Reisegeld empfangen sollte. Die Knechte sollten Ostern, die Mädchen etwas später eintreffen. Kurz vor Ostern bat der Commissionär zur Deckung seiner Ausgaben um eine Vorschußzahlung; der landwirthschaftliche Verein sandte demselben 600 Mrk. Ostern war ein Abgesandter des Vereins in Lübeck, um die Leute zu empfangen, es kamen aber keine und sind auch bis heute noch keine gekommen."

Das ist die gerechte Strafe für die Herren Landwirthe.

H. Sch.

Lübeck, 17. Mai. Zunächst habe ich über den bewußten „Rückgang" am hiesigen Orte zu berichten, daß wir jetzt einen stabilen Agitator in der Person des den Liberalen wohl bekannten Genossen Heyer erhalten haben, der auch als Delegirter zum Congreß gewählt worden ist. — Sonntag, den 13. d. Mts. hielten wir hierorts eine Conferenz der verschiedenen Bevollmächtigten der Gewerkschaften ab, und wurde der Beschluß gefaßt, daß von jetzt an jeden ersten Sonntag im Monat eine Conferenz stattfinden soll. Ich möchte daher bitten, daß die Gewerkschaften, die noch nicht vertreten waren, Sonntag, den 3. Juni, die Conferenz beschicken mögen. Dieselbe findet beim Parteiwirth Hildebrand Morgens 10 Uhr statt. 1. Punkt der Tagesordnung ist die Wahl eines Vorsitzenden, sowie eines Schriftführers. 2. Punkt ist die Organisation der Gewerkschaften. 3. Punkt die Colportage der Gewerkschaftsblätter. 4. Punkt das Abhalten und Bekanntmachen der Versammlungen. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein Bevollmächtigter fehlen.

Rudolph Schröder, prov. Schriftführer.

Ratibor, 10. Mai. Kaum ist der russisch-türkische Krieg ausgebrochen, so machen sich dessen Folgen hier im südöstlichsten Theile Deutschlands auch schon recht drückend fühlbar. Der Getreideexport aus Rußland, der bisher ein bedeutender war, hat seit einigen Wochen ganz aufgehört. Die Mehlproduktion, die hier in Oberschlesien einen wichtigen Gewerbszweig bildet, ist dadurch völlig lahm gelegt. Die Mehlfabrikanten können auf heimischem Markte wenig kaufen, ja nicht einmal soviel, um den Bedarf der ohnedies sehr geringen Consumtion zu decken. Außerdem treiben sich österreichische Agenten herum, die alles Getreide, dessen sie habhaft werden können, kaufen, um es für die Türken, oder, was wahrscheinlicher ist, für die eigene Armee zu liefern. Die Folge davon ist, daß die Cerealienpreise in 14 Tagen um 20 pCt. gestiegen sind. Mancher Kapitalist macht dabei auf Kosten der hungernden Proletarier ein ganz profitables Geschäft. Der Hungertyphus nimmt hier in Oberschlesien trotz offizieller Ableugnungen immer größere Dimensionen an. Bisher waren die rechts der Oder belegenen Kreise damit heimgesucht; jetzt ist diese verheerende Seuche links der Oder in Hultschin, und in dem armen Weberdistrikte Katscher, ja sogar im Garnisonslazareth in Kosel ausgebrochen, und bei der schrecklichen Nothlage ist zu befürchten, daß die Epidemie ebenso furchtbar werden kann, wie vor 30 Jahren. Oberschlesien, wo es bei gutem Geschäftsgange mehr hungrige als satte Arbeiter giebt, wo die Großindustrie und der Großgrundbesitz riesig entwickelt sind, wo der üppigste Reichthum mit seinen raffinirten Genüssen dem grenzenlosen Elende des Proletariats gegenübersteht — dieses Oberschlesien, die Goldgrube des Kapitalismus, es bietet ein Bild des Entsetzens, des Jammers und der Verzweiflung dar. Bleiche, abgezehrte Gestalten schleichen von Thür zu Thür, und gerne nähmen sie dasjenige, was die Hunde der Reichen unter die Füße treten. Es ist ein Hohn auf all diesen Jammer, wenn sich überall noch Vereine bilden, die die Abwehr der Bettelei sich zur Aufgabe machen. Ist es da ein Wunder, wenn das Volk demoralisirt wird? Die Folgen treten schon zu Tage. Verbrechen, Raub, Mord, Diebstahl stehen auf der Tagesordnung, so daß die Gerichte mit vollem Dampf arbeiten müssen.

Und angesichts solcher namenlosen Noth sind die herrschenden Gewalten taub und stumm, ja sie sprechen dem Arbeiter sogar „das Recht auf Arbeit" rundweg ab. Das deutsche Parlament begräbt das „Arbeiterschutzgesetz" in die Commission und geht über brennende volkswirthschaftliche Fragen scherzend zur Tagesordnung über. Freilich! Wir Sozialisten sind längst darüber einig, daß von den heutigen gesetzgebenden Faktoren nichts zu hoffen ist — und auch die große Masse des Volkes, die bisher alles Ungemach geduldig hinnahm, sie fängt bereits an zu murren und sagt sich, daß bei allem „Gottvertrauen" der Magen nicht satt wird.

Glücklicherweise gewinnen auch in Oberschlesien die Lehren der Sozialdemokratie mehr und mehr Anhänger. Mit dem polnischen Proletariat ist vorläufig nichts anzufangen, doch dem denkenden Arbeiter sind die Prinzipien der Sozialdemokratie sympathisch. Nur kann sich derselbe noch nicht von dem Ultramontanismus trennen, dessen Führer pfiffig genug sind, in die soziale Frage hinein zu pfuschen. Ist erst der „Culturkampf" vorbei, dann ist jeder aufgeklärte Arbeiter in Oberschlesien Sozialist. Doch giebt es jetzt schon hier vereinzelte überzeugungstüchtige Sozialisten, die die Cadres für die Sozialdemokratie zu bilden suchen. Auch hier in Ratibor haben wir einen Stamm gebildet, der die Fahne des Sozialismus entfaltet. Wenn sich auch das Häuflein sehr langsam mehrt, so sind es aber lauter überzeugungsfeste Männer. Es kommen hierher 2 Exemplare des „Vorwärts", 10 Exemplare der „Wahrheit" und eben so viel von der „Neuen Welt". Den „Vorwärts" sieht nach dem Lesen der Abonnent nicht wieder, derselbe wandert von einer Hand zur anderen, so lange noch ein Fetzen daran ist. Wenn mit Muth und Ausdauer für die hehre Sache der Menschheit weiter gekämpft wird, so wird auch der Tag kommen, wo der so arg geknechtete Arbeiter Oberschlesiens zum Bewußtsein seiner Menschenwürde gelangen wird. C. K.

Freiburg i. B., 17. Mai. Wir haben nun schon seit dreiviertel Jahren die „Lokalsperre" am Ort, und es ist uns daher rein unmöglich, ein Lokal zu größeren Versammlungen zu erhalten. Sobald uns ein Wirth das Lokal versprochen hat und Plakate angeschlagen worden sind, zieht er auf Betreiben von gewisser Seite sein Wort wieder zurück. So hatte uns z. B. auf Dienstag den 3. April der Wirth Fuchs auf der früheren Brauerei sein Lokal zu einer Volksversammlung zugesagt; als aber die Plakate klebten, wurde uns das Lokal, wie gewöhnlich, vor der Nase geschlossen. Wir zogen dann in unser Verkehrslokal und nahmen dort den Bericht von Haug über den Mannheimer Arbeitertag entgegen. Eine Tellersammlung zur Unterstützung der Gründung eines Blattes für Baden und die Rheinpfalz ergab 2 Mrk. 60 Pf. — Seit einiger Zeit kommt hier in die Partei wieder mehr Leben hinein, und wenn möglich, werden wir auch zur Gründung von Gewerkschaften schreiten. — Eine Beschwerde, die wir wegen Verkümmerung des Versammlungsrechtes seitens der Polizei an das Ministerium einreichten, wurde als unbegründet zurückgewiesen. Pflichten über Pflichten haben wir wohl zu erfüllen, aber Rechte zu genießen? — ja Bauer, das ist ganz was andres.

H.

Schneeberg, 17. Mai. Nachdem seit der Reichstagswahl die Agitation geruht hatte, beginnt diese, wie allerorts, auch bei uns wieder. Schon vor kurzer Zeit fand eine Volksversammlung in Eibenstock statt, welche gut besucht war und eine günstige Stimmung zeigte. Jetzt hielten wir wieder Versammlungen ab in Niederschlema den 12., in Hundshübel (das erste Mal) und Zschorlau am 13. und in Schneeberg den 14. Mai. In Niederschlema und Schneeberg war der Besuch nur mäßig, während derselbe in Hundeshübel und Zschorlau gut genannt werden muß und herrschte überall die musterhafteste Ordnung; nur in Zschorlau hatten der Feuerwehrcommandant Georgi und ein Brauer nicht übel Lust, Störung zu verursachen, was jedoch durch die entschlossene Haltung der Uebrigen vereitelt wurde. In allen diesen Versammlungen referirte Genosse Demmler aus Geyer unter der gespanntesten Aufmerksamkeit und vielem Beifall zur vollsten Zufriedenheit. Die Agitation wird auch fernerhin lebhaft von uns betrieben werden und erwarten wir von allen Orten unseres Kreises dasselbe. Zum Schluß sei noch mitgetheilt, daß in nächster Zeit auch an verschiedenen anderen Orten des Erzgebirges, wo bis jetzt noch nichts geschehen ist, Versammlungen stattfinden und solche dort lebhaft gewünscht werden.

Zur Beachtung für die Zimmerleute Deutschlands.

In Itzehoe steht ein Arbeitsausschluß der Zimmerer bevor. Am Sonnabend, den 12. d. Mts., erklärte einer der größeren Meister, der Zimmermeister Schmidt, seinen Arbeitern: sie müßten von nächster Woche ab eine Stunde pro Tag länger arbeiten und das Lohnverhältniß nach eigenen Ermessen zu regeln, behalte er sich vor. Die Arbeiter erklärten, unter diesen Umständen die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, und sind die Unverheiratheten schon abgereist.

Die Zimmerer Deutschlands werden daher ersucht, den Zuzug nach Itzehoe fernzuhalten.

Warnung.

Die Parteigenossen und Leser des „Vorwärts" werden ersucht, sich vor einem gewissen Paul Baudis (Tischler von Beruf), welcher hierselbst die Expedition des „Vorwärts" besorgte und als solcher der Unterschlagung und Schwindelei bezüchtigt ist, in Acht zu nehmen. — Da genannter Herr beabsichtigt nach Australien zu reisen, so diene Vorstehendes den dortigen Genossen zur besonderen Notiz.

London, den 15. Mai.

Im Auftrage des Communistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins.
J. Boß, 79 Charlotte Str., Fitzroy Sq. W.

Aufforderung.

Die Maurer Gottfried Oppermann und Gottfried Stelitz fordern die Unterzeichneten im Auftrage mehrerer hiesiger Parteigenossen auf, über die bei verschiedenen Gelegenheiten vereinnahmten Gelder Rechnung abzulegen, damit der noch vorhandene Rest zum Wahlfonds für die Berliner Wahl abgeschickt werden kann.

Aschersleben, im Mai.

Christoph Heide. Heinrich Friedrich.

Briefkasten

der Redaktion. H. M. in C.: Dissidenten können zu Abgaben an die Kirche nicht herangezogen werden. — Seifert in Erfurt: Das betreffende statistische Material steht uns leider nicht zur Verfügung.

Quittung. Krankenkasse des Tischlerbundes hier Ann. 1,50. Dr. Quenstdt Berlin Schr. 9,30. Kal Frankfurt Ab. 40,00. Werr Stein Ab. 1,60. Oßmann Erfurt Ab. 15,95, Schr. 4,05. Ottrbch Stuttgart Ab. 4,60. Dvrbck Bremen Schr. 2,88. Bßlr Stuttgart Schr. 5,00. Pungr Bremen Ab. 40,00, Schr. 6,00. Zimrmnn hier Ab. 2,10. Kfsld Pest Ab. 10,00. Gb Hamburg f. L. 100,00. Br Borna Ab. 6,77. Genossenschaftsbuchdruckerei Newyork Ab. 118,48. Herrmann hier Ab. 10,00. Orbg Gießen Ab. 4,00. Mttg Altona Ab. 20,00. Grönfn Lindenau Schr. 5,59. Sänger d. Arbeiterbild.-Ver. hier Ann. 2,40. Expedition der „Fackel" hier Schr. 80,00, Ab. 1,30. Brnnr Graz Ab. 2,80. Müll hier Ab. 1,50. Bsch hier Ab. 2,70. C. Brnhrdt Hirschberg Schr. 6,75. Schwrz Reichenberg Schr. 4,40.

In der Nr. 58 des „Vorwärts" hat sich am Schlusse des Aufrufs, überschrieben: 9. sächsischer Wahlkreis, ein Fehler eingeschlichen. Es muß dort heißen: Zu adressiren an Frz. Engelmann, Bahnhofstraße 12 (Hinterhaus).

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

Von einigen Parteigenossen beim Spaziergang nach Schlenditz durch F. 2,64.

Berliner Wahlfonds.

Von der Starke'schen Schneiderwerkstatt hier 13,50; v. d. Henniger'schen Tischlerwerkstatt hier 5,00; durch Baßler Stuttgart 3,20.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Halle a. S. Sonnabend, den 26. Mai, Abends 8½ Uhr, im Rödiger'schen Lokal, Gr. Wallstraße 24:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Macht und Recht. Ref. Aug. Swiebler aus Magdeburg. 2. Delegirtenwahl zum Congreß in Gotha. (F. 166)

Erscheinen Aller nothwendig. **Der Einberufer.** [70

Ihre am 18. Mai zu Schwerin i. M. vollzogene Verehelichung zeigen hiermit allen Freunden an

Bruno Moje,
Frieda Moje,
verw. Klima, geb. Henkhus.

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von **Tchernyschewsky.**

33 Bogen stark. **Preis 4 Mark.**

Die Expedition des „Vorwärts".

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.

Von **Georg Vollmar.**

Preis pro Exemplar 15 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 60 des „Vorwärts“.

Die Agitationen gegen das Reichsimpfgesetz.*)

C. R. Seit Einführung des Reichsimpfgesetzes vom 4. März 1874 haben die Agitationen gegen die Schutzpockenimpfung überhaupt erheblich an Ausdehnung gewonnen, und es ist bis jetzt keine Sessionsperiode des Reichstages vorübergegangen, in der nicht eine Anzahl Petitionen um Abschaffung des Impfzwanges an die deutsche Volksvertretung gelangt wäre. Der Reichstag ist über diese Petitionen, den Vorschlägen der Petitions-Commission gemäß, stets zur Tagesordnung übergegangen, und auch eine von circa 80 Aerzten unterzeichnete Petition, an deren Spitze der praktische Arzt Dr. med. Meyner in Chemnitz stand, hat keine Gnade vor den Augen des Referenten dieser Commission, des Dr. med. Thilenius gefunden, denn er nennt die Unterzeichner derselben: „Homöopathen, Wasserärzte, Vegetarianer oder sonstige Fachmänner von zweifelhaftem Gewicht;“ er thut dies, obgleich er den nur mit Hochachtung zu nennenden Namen des bekannten medezinischen Schriftstellers Dr. Paul Niemeyer, der Professoren Dr. Germann, Hamernick und Rapp unter derselben begegnen mußte. Und die jener Petition beigefügten 251 Krankheitsgeschichten, nach denen nicht blos die Kuhpocken, sondern auch andere ekelerregende Krankheiten übertragen wurden, existiren für den Referenten der Petitions-Commission entweder nicht, oder sie sind für ihn nur seltene Ausnahmen von jener Regel, nach welcher die Zwangsimpfung als eine durchaus wohlthätige Einrichtung zu erachten ist. Salus publica suprema lex (das öffentliche Wohl ist das oberste Gesetz). Gleich dem Spartaner, der die schwächlichen Neugeborenen ohne Weiteres tödtete, weil sie seinem Staatswesen späterhin doch nichts nützen konnten, so ist es auch den Freunden der Zwangsimpfung Nebensache, ob eine Anzahl schwächlicher Kinder dadurch zu Grunde geht, oder ob einige Andere durch den leidigen Zufall mit einer ansteckenden Krankheit bedacht werden — wenn nur der Gesammtheit dadurch Vortheile erwachsen.

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht über das von Freunden der Zwangsimpfung zu Gunsten der letzteren aufgespeicherte statistische Material ergehen, denn bekanntlich haben deren Gegner dasselbe nach allen Richtungen hin, und zum Theil nicht ohne Geschick bemängelt, sondern es handelt sich hier nur um Erörterung der Frage: ob die Agitationen gegen die Zwangsimpfung — sofern sie sich nicht gegen die Schutzpockenimpfung im Allgemeinen wenden, sondern nur gegen den Zwang**) — berechtigt sind oder nicht? Bis vor wenigen Monaten konnte man diese Frage weder sicher bejahen, noch verneinen. Heute liegt die Sache anders, und es ist uns nur auffällig, daß eine seit Ende vorigen Jahres bekannte Thatsache, an der kein Zweifel mehr zulässig erscheint, denn sie kann in jedem Augenblicke durch das Mikroskop erwiesen werden, geflissentlich von den maßgebenden Kreisen — im Reichstage, wie im Reichsgesundheitsamte — ignorirt wird; eine Thatsache, welche unter allen Umständen eine wesentliche Abänderung der bislang bei der Impfung beobachteten Gebräuche herbeiführen muß. Zu besserer Erläuterung dieser Angelegenheit müssen wir etwas zurückgreifen.

Die Gegner des Impfzwanges haben unter Anderm namentlich auch die Behauptung aufgestellt: daß Skropheln, Tuberkeln, Syphilis ꝛc. mit übertragen werden könnten. Die wissenschaftliche Pathologie gestattet eine solche Annahme nur dann, wenn es gelungen ist, ein spezifisches Gift (also Skrophelngift, Syphilisgift u. s. w.) zu entdecken, mit welchem man durch Impfung die gleiche Krankheit bei Gesunden erzeugen kann. Dies ist bis jetzt hinsichtlich der Skrophulose und Tuberkulose nicht möglich gewesen, obgleich es feststeht, daß erstere sich bei vorhandener Disposition hierzu nach der Schutzpockenimpfung ebenso entwickelt wie nach gewissen ähnlichen Infektions-Krankheiten (Scharlach, Masern, Pocken ꝛc.) Dagegen ist die Uebertragbarkeit jener entsetzlichen Seuche, der Syphilis, vermittelst der Kuhpockenlymphe erwiesen. Die Syphilis gehört zu den constitutionellen, d. h. zu den auf den gesammten Organismus sich erstreckenden chronischen Erkrankungen und manifestirt sich entweder durch äußerliche, in die Augen fallende Erscheinungen, theils kann sie latent (verborgen) im Körper fortbestehen, wenn jene äußerlichen Erscheinungen fehlen oder längst beseitigt sind. Das syphilitische Gift ist nach den exakten Untersuchungen Baerensprung's, Köbner's, Biennois' u. A. an die Geschwürsabsonderung, an das Blut und an das Semen virile des Erkrankten gebunden, und namentlich steht es fest, daß man mit dem Blute des syphilitisch Angesteckten, bei dem sich nur ein kleines Geschwür an irgend einer Stelle des Körpers entwickelt hat und der sich sonst ganz wohl befindet, die Syphilis auf Andere übertragen kann. Dasselbe ist hinsichtlich des Blutes der mit angeborener Syphilis behafteten Kinder der Fall. Es ist deshalb bis jetzt eine von allen Impfärzten beobachtete Regel, unter keinen Umständen Lymphe zu verwenden, welche augenfällig Blutkörperchen enthält, und nach einer allgemein verbreiteten, zuerst von Biennois aufgestellten Annahme kann man bei Anwendung wasserheller Lymphe sicher sein, die Syphilis nicht zu übertragen.

Nicht geringes Aufsehen erregte es deshalb, als der durch seine eminenten Leistungen auf gewissen Gebieten der Medizin hinlänglich bekannte Professor Dr. Klebs in Prag vor wenigen Monaten in einer Sitzung des dortigen ärztlichen Vereins mit der Behauptung auftrat: daß er bei der mikroskopischen Untersuchung anscheinend wasserheller Kuhpockenlymphe in fast allen Fällen Blutkörperchen gefunden habe. Klebs hielt sogar deren Anwesenheit deshalb für vortheilhaft, weil man nunmehr ein sicheres Zeichen habe, ob die Lymphe direkt von der Kuh stamme, oder ob es sog. humanisirte Lymphe sei, denn die Blutkörperchen des Rindes unterscheiden sich von denen des Menschen wesentlich. Humanisirte Lymphe aber, von der Kuh auf den Menschen übertragene und nach Entwickelung der Pockenpustel von dieser entnommene Lymphe, wird in fast jedem Falle menschliche Blutkörperchen enthalten. Es unterliegt nach Auffindung dieser Thatsache nunmehr keinem Zweifel, daß die seither von den Impfärzten ausgeübte Impfmethode, entweder von Arm zu Arm zu impfen oder sich der Glycerinlymphe (mit Glycerin vermischter, humanisirter Kuhpockenlymphe) zu bedienen, nicht mehr gestattet werden darf und daß die Möglichkeit einer syphilitischen Ansteckung nur durch den Gebrauch der direkt von der Kuh entnommenen Lymphe ausgeschlossen ist. Denn daß die Syphilis latent sein kann, wurde schon früher erwähnt, und außerdem ist sie verbreiteter, als vielleicht Mancher glaubt, ganz abgesehen von dem zwischen den Pathologen herrschenden Streite: ob der Name Syphilis nur einer ganz bestimmten Form der venerischen Erkrankungen zukommt, oder ob es nicht Uebergangsformen der letzterwähnten Krankheiten giebt, deren eine sich aus der anderen entwickeln könne.

Wenn wir den Freunden des Impfzwanges nun auch zugeistehen, daß die Kuhpockenimpfung für viele Personen ein auf mehrere Jahre währender Schutz gegen Blattern ist, so dürfen wir nach der Klebs'schen Entdeckung, über die sich Näheres in Nr. 3 der Prager medizinischen Wochenschrift und pag. 233 der medizinisch-chirurgischen Rundschau (1877) findet, wohl erwarten, daß von Seiten des Reichsgesundheitsamtes schleunigst die nöthigen Schritte in der oben bezeichneten Richtung gethan werden, und haben, wenn die direkte Impfung von der Kuh nicht durchführbar sein sollte, oder wenn, wie verlautet, die der Kuh entnommene Lymphe bei vielen Personen weniger gut haftet als die humanisirte, lieber auf Aufhebung des Reichsimpfgesetzes hinzuwirken.

*) Wir halten uns zur Aufnahme dieses Aufsatzes verpflichtet, weil derselbe, abgesehen von seinem durchaus wissenschaftlichen Charakter, die Impffrage in ein — wenigstens für das gro.. Publikum — ganz neues Licht stellt und über eine Entdeckung berichtet, die, wenn sie sich bestätigt, eine Reform der Impfgesetzgebung absolut nothwendig macht. R. d. V.

**) Beides ist doch wohl untrennbar. Bietet die Impfung wirklich Schutz gegen die Pocken, ohne — bei Beobachtung der nöthigen und möglichen Vorsichtsmaßregeln — Nachtheile zu bringen, die diesen Vortheil aufwiegen, so ist der Impfzwang berechtigt, ebenso berechtigt wie der Schulzwang. Thut sie dies nicht, so ist nicht blos der Impfzwang, sondern überhaupt das Impfen zu verwerfen. Das einseitige Vorgehen gegen den Impfzwang scheint uns inconsequent. R. d. V.

Correspondenzen.

Leipzig. Der „Kampf mit geistigen Waffen“. Ein netter Beruf das, besonders wenn er mit einigem Geschick betrieben wird. Und daß das „Leipziger Tageblatt“ von besonders geschickten Künstlern in diesem Genre bedient wird, ist ebenso bezeichnend für dasselbe, als daß es gelegentlich mit seinen dunklen Zuträgern auf den Mund geklopft wird. Hier das neueste Belegstück dafür. Unterm 16. Mai d. J. berichtet ein solch' dunkler Zuträger (ob Leonhardt, postprozessualischen Angedenkens dabei mitgescheert hat, wissen wir nicht) dem „Tageblatt“ Folgendes:

„Man schreibt aus Crimmitschau: Wie das hiesige „Tageblatt“ mittheilt, ist der bekannte sozialdemokratische Stadtverordnete E. J. Schlegel aus der Stadt verschwunden, allem Anscheine nach, um einem Wechsel von 15,000 M. aus dem Wege zu gehen, welcher von einem in Dresden wohnhaften Geschäftsfreunde desselben eingeklagt wurde. Das Accept desselben soll auf einem Verfahren beruhen, welches man im gewöhnlichen Leben mit dem Ausdrucke Wechselreiterei bezeichnet.“

Am 17. Mai schon muß Cadeaux-Hüttner u. Co. — und sicherlich schmerzbewegt — Folgendes melden:

„Zur Berichtigung der aus den „Dresdener Nachrichten“ auch in unser Blatt übergegangenen Notiz über den Stadtverordneten E. J. Schlegel in Crimmitschau geht den „Dresdener Nachrichten“ von dem dortigen Vertreter des Letzteren, Herrn Advokat Dr. Wolf II., folgende Mittheilung zu: Herr Schlegel hat vor mehreren Jahren dem Gutsbesitzer Hermann Richter in Dresden gegen Einräumung von Cautionshypotheken und gegen Bürgschaft eines Zwickauer Sachwalters Wechselcredit gegeben und steht ihm aus dieser Geschäftsverbindung an den genannten Richter auch jetzt noch eine Forderung von ca. 27,000 Mark zu. Um der Klagbarmachung dieses begründeten Anspruches ein Paroli zu bieten, hat Richter neuerdings einen aus dem Jahre 1875 herrührenden, nur aus Versehen in seinen Händen gebliebenen Solawechsel über 15,000 Mark, von dessen Existenz er beim wiederholten Empfang von Contocorrentauszügen mit keiner Silbe gesprochen, neuerdings gegen Schlegel geltend gemacht und sich sogar erdreistet, Wechselklage einzureichen, lediglich in der Absicht, gegen seinen Gläubiger eine Pression auf Rücknahme der gegen ihn eingereichten Klagen zu üben. Nachdem Richter bei der widerrechtlichen Geltendmachung jenes ungiltigen Wechsels selbst dann stehen geblieben, als er sich mir gegenüber bereit erklärt hatte, die Schlegel'sche Forderung nach Höhe von 25,200 M. anzuerkennen, auch jenes Papier über 15,000 Mark ohne Weiteres auszuhändigen und damit also indirekt den Besitz dieses Wechsels als einen widerrechtlichen selbst gekennzeichnet hatte; so hat Herr Schlegel auf meinen Rath heute die Hilfe der Staatsanwaltschaft gegen Richter angerufen. Um das Material zu seiner sehr umfänglichen Anklageschrift herbeizuschaffen, war Herr Schlegel gezwungen, wiederholt in Dresden und Zwickau zu verkehren und also von Crimmitschau abwesend zu sein. Bei dieser Sachlage von einem Verschwinden des Herrn Schlegel zu sprechen, zeigt von einem leichtfertigen Umspringen mit dem ehrlichen Namen eines geachteten Mannes und hätte das Crimmitschauer Amtsblatt (aus dem die „Dresdener Nachrichten“ geschöpft haben) sich füglich erst genauer orientiren sollen, ehe es eine solche reine private Angelegenheit an die große Glocke schlug.“

Daß das „Tageblatt“, dem „man“ auf dem bekannten Wege der Scheerenredaktion“ von dem „bekannten sozialdemokratischen Stadtverordneten Schlegel“ so und so schrieb, bei der Berichtigung den Titel „sozialdemokratisch“ nicht erwähnte, versteht sich von selbst. Der Vortheil treibt's Handwerk. Wie schade, daß abermals die Lumperei unter anderer Firma zu suchen ist! Also, nicht wahr, Bodeck'chen, der sozialdemokratische Stadtverordnete Schlegel ist noch Sozialdemokrat, wenn auch der Schnitt Eurer Dampfscheere ihn nicht über die Linie des ehrlichen Mannes hinwegbefördert hat!? Müßt wieder schleifen lassen, Herr Nachbar! — Natürlich die — geistigen Waffen. —

Leipzig, 23. Mai. Heute begeht der Cigarrenarbeiter Wilhelm Schumann von hier ein Jubiläum seltener Art. Derselbe hat nämlich heute vor 25 Jahren sein Amt als Kassirer der Krankenkasse der Cigarrenarbeiter und -Sortirer für Leipzig und Umgegend angetreten, und dasselbe in diesem langen Zeitraum in redlichster Weise für einen geringen Gehalt verwaltet. Was für ansehnliche Summen während dieser Zeit durch seine Hände gegangen sind, sei hier nur dadurch bewiesen, daß die Kasse innerhalb dieser 25 Jahre allein an Krankenunterstützung circa 220,000 Mark neben 30,000 Mark für Todtenopfer zahlte. Diese Kasse, welche jetzt ein Vermögen von ca. 29,000 Mrk. besitzt, ist stets in humanster Weise gegen ihre Mitglieder verfahren. So sind z. B. neben anderen hohen Posten Krankengeld allein einem langjährig kranken Mitgliede gegen 3300 Mark gezahlt worden, gewiß ein einzig dastehendes Beispiel. Die Verwaltung dieser Arbeiterkasse, welche nur von Arbeitern besorgt wird, giebt einen schlagenden Beweis dafür, daß entgegen den Intentionen, denen das neue Hilfskassengesetz entsprungen ist, die Arbeiter es wohl verstehen, ohne Einmischung der Regierungen oder der Fabrikanten mit der Verwaltung ihrer Kassen auf eignen Füßen zu stehen. Die Art und Weise, wie diese Kasse verwaltet wird, ist ein schönes Zeugniß für die Reife der Arbeiter zur Selbstverwaltung. Dem Jubilar sei hiermit herzlichst gratulirt; möge es demselben vergönnt sein, noch lange Jahre seine Dienste den Arbeitern zu widmen. E. e.

Großenhain, 4. Mai. In dieser Zeit des maßlosen Elends hat man am besten Gelegenheit, zu sehen, wie der Arbeiter, der doch alles schafft, als Kanaille betrachtet und behandelt wird. In Zeiten, wo das Geschäft flott geht, „erlaubt“ man es schon einmal, daß der Arbeiter eine eigene Meinung hat, weil man seine gewinnbringende Arbeitskraft nothwendig braucht, und man versucht es nur, es ihm auf dem Wege „gütlicher Vorstellungen“ klar zu machen, daß er an „Begriffsverwirrung“ leide. Aber in Zeiten, wo, wie jetzt, Arbeitskraft in Hülle und Fülle zu haben ist, soll es Einer wagen, andrer Meinung zu sein, als es sein Brodherr wünscht — er kann dann gewiß sein, daß ihm von seinem Fabriktyrannen der „Brodkorb höher gehängt“ wird. Besonders aber haben hierunter diejenigen Arbeiter zu leiden, die dem Sozialismus huldigen: man gibt ihnen einfach die Entlassung, wie das auch hier schon in einzelnen Fällen vorgekommen ist. Weiter hat man aber auch Gelegenheit, zu sehen, wie von Verwaltungsbehörden nicht die mindeste Rücksicht auf bestehende Verhältnisse genommen wird, wofür wir hier einen neuen Beleg liefern wollen. Bei der diesjährigen Einkommenabschätzung zu den hiesigen städtischen Centralanlagen wurden die Arbeiter im Durchschnitt um 50 Mark, theilweise mehr, erhöht, so daß jetzt die Weber auf 450 Mark gegen 400 im Vorjahr, und die Cigarrenarbeiter auf 500 gegen 450 im vergangenen Jahre veranschlagt sind. Zu dieser Abschätzung werden von den Fabrikanten Lohnverzeichnisse der Arbeiter geliefert und weisen diese Lohnverzeichnisse beider obengenannter Arbeiterkategorien einen Durchschnittslohn von 525 Mark auf. Das städtische Anlagenregulativ enthält nun einen Paragraphen, nach welchem die Gehälter der Beamten bei der Abschätzung um 20—25 Prozent reduzirt werden. Nach stillschweigendem Uebereinkommen, wie es scheint, hatte man diese Reduktion schon seit mehreren Jahren auch auf die Arbeiterlöhne ausgedehnt, so daß dies Verfahren nun allgemein als rechtsgebräuchlich betrachtet wurde. Daß dies Verfahren auch ganz richtig ist, wird Jedem einleuchten, der annimmt, daß die Herren Fabrikanten das Einkommen der Arbeiter gewiß richtig angeben. Auf Grund dieser allgemeinen Annahme nun glaubten die Arbeiter, besonders aber die Weber, denen die Fabrikanten im Vorjahre, die schlechten Verhältnisse benützend, einen 10prozentigen Lohnabzug bescheerten—, ihre Einschätzung sei zu hoch gegriffen und sie reklamirten dagegen. Den Abzug von 25 Prozent nahm man, als zu Recht bestehend, zur Begründung. Alle diese Reklamanten erhielten hierauf den gleichlautenden Bescheid: „Abzulehnen, da Reklamant einen prozentalen Abzug nicht zu beanspruchen hat.“ In stadtväterlicher Fürsorge hat man also in diesem Jahre des Nothstandes von diesem Gebrauche Abstand genommen, obgleich man wußte, daß die Weber, die hiervon am meisten getroffen sind, seit nun einem Jahre 10 Prozent weniger verdienen, sowie daß dieselben 5 Wochen lang (Strike) nichts verdienten. Doch was kümmert das unsrer Stadtverwaltung? Strikt nicht, laßt Euch ohne Gegenwehr das Fell über die Ohren ziehen! So will es die — Harmonie. Die großen Pläne im Kopfe unsrer Stadtväter kosten Geld und das muß geschafft werden. Unsre städtische Verwaltung wird seit einigen Jahren immer kostspieliger; aber vielleicht glaubt man, der Anblick unseres neuen Rathhauses müßte einen Jeden mit neuer Opferwilligkeit erfüllen. Doch wenn wir uns obige Zahlen noch einmal betrachten, so finden wir bei der Vergleichung, das man doch Gnade walten ließ. Trotzdem der Arbeiter keinen prozentalen Abzug zu beanspruchen hat, er sei denn Beamter, so brachte man doch einen solchen in Anwendung, denn es wurde das von den Fabrikanten auf 525 Mark angegebene Einkommen auf 450 Mark = 14 3/7 Prozent reduzirt. Also merkt's Euch: zu beanspruchen habt Ihr nichts; dies Jahr wird noch Rücksicht genommen, später nicht. Oder hat der Stadtrath etwa diese Reduktion eintreten resp. dieselbe gelten lassen, damit er eine Ausrede habe, wenn man ihm entgegen hielte, daß die Lohnarbeiter verhältnißmäßig schlechter daran sind als die anderen Steuerzahler? Als Laien sind wir, nebenbei bemerkt, der Ansicht, daß der für Arbeiter sehr in Betracht kommende Mehrbetrag der Steuer auf andere Weise aufgebracht werden könnte; wenn man nämlich das Einkommen unsrer Großfabrikanten, daß uns (als Laien) zu niedrig gegriffen scheint, in seinem vollen Umfange ermitteln wollte. Das ist aber für unsre Abschätzungskommission ein Problem! Allerdings suchen die Fabrikanten alle Mehrausgaben auf den Arbeiter abzuwälzen, so daß dieselben in Nichts gebessert wären, aber es würde mehr Klarheit geschaffen über die soziale Stellung aller Individuen und die Wahrheit dürfte Manchen überzeugen, wo er den Hebel zur Besserung anzusetzen hat.

Goldiz. Anfang dieses Jahres fanden hier die Stadtverordnetenwahlen statt, und drangen bei denselben viele Kleinbürger durch. Darüber großes Entsetzen in unsern Philisterkreisen, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlen. Ein hiesiger Fabrikant soll zu seinem Sohn geäußert haben: „Aber Sohn, sie wählen nur Leute aus dem Volke, wo bleibst denn Du?“ Ist das nicht ein Beleg für die Thatsache, daß sich diese Sorte Menschen nicht zum Volke rechnet. Die oppositionelle Wahl ist lediglich dem Verhalten des Stadtraths in der Schulfrage zuzuschreiben. Er beschloß nämlich, eine neue Schule, welche auf 180,000 Mrk. Baukosten veranschlagt war, zu bauen, wogegen in der Bürgerschaft allgemein die Meinung verbreitet ist, daß nur ein Umbau der alten Schule nöthig sei, wozu höchstens 50,000 Mrk. erforderlich wären. Die alten Stadtverordneten waren immer mit 30—50 Stimmen in das Collegium gekommen. Diesmal fielen die meisten mit ihren 40—50 Stimmen glänzend durch, denn die Majorität betrug 100—140 Stimmen. Die Schulbauangelegenheit ist nun vor der Hand bei Seite geschoben, aber mit um so größerer Spannung sah man der diesjährigen Communal-Abschätzung entgegen, denn man glaubte allgemein, daß die Communalsteuer, wenn der Schulbau bei Seite geschoben wird, heruntergesetzt werden würde, wenigstens dachte Niemand an Mehrbesteuerung. Aber nun ist doch eine höhere Abschätzung, sowie ein Zuschlag von 30 Pf. auf jedes Hundert Mark Einkommen erfolgt, und die Stadtverordneten, von denen man anfangs dachte, daß sie eine Mehrforderung ablehnen würden, stimmten mit allen gegen eine Stimme mit Ja. Darüber ist nun der Kleinbürger- und Arbeiterstand, und zwar nicht mit Unrecht, sehr entrüstet, und bildet dieses Thema jetzt allenthalben das Tagesgespräch. Diese Thatsache ist für uns von größtem Nutzen, und wir werden bei der nächsten Neuwahl selbst Candidaten aufstellen. — Wie schwer diese hohen Abgaben vorzüglich

vollste Anwendung. Warum in Holland die sozialistischen Ideen so wenig verbreitet sind, willst Du, lieber Leser, wissen? Das kann ich Sie sehr genau sagen, wie es in Sachsen heißt: Einfach, weil Niemand da ist, der sie verbreitet!! Das politische Vereinsleben der arbeitenden Klassen ist hier so gut wie vollständig todt. Im „Algemeen Nederlandsch Werkliedenverbond“, dem einzigen ansehnlichen, der hier besteht (Mitgliederzahl 4—5000, Organ „De Werkmansbode“) wird die höhere Schafzucht nach Schulze-Hirsch-Duncker'schem System betrieben. In ganz Holland giebt es kein einziges sozialdemokratisches Blatt. „De Werkmansvriend“ ist in christlich-sozialem Sinne gehalten. (Brr, schreckliche Sorte!) Wohl gab es bis zum letzten Jahre hier den „Werkman“, der in früherer Zeit so eine Art von Sozialdemokratie betrieben haben soll. Derselbe hat aber ein nicht sehr glorreiches Ende gefunden. Es sollen allerlei Unregelmäßigkeiten, vulgo Schweinereien, vorgekommen sein. Man wird zugeben, daß das nicht gerade sehr förderlich auf die sozialistische Agitation wirken konnte. Kann doch unsere reine Sache durch gar nichts ärger geschädigt werden, als durch solche häßliche Personalvorfälle. Unsere Parteiorganisationen so einzurichten, daß derartiges von vornherein unmöglich wird, das sollte unser eifrigstes Bestreben sein. In der That ist seit jenen Vorgängen die Bewegung in Holland wieder bedeutend zurückgegangen, richtiger eingeschlafen.

Ich sende Ihnen von allen drei hier genannten Blättern je eine Nummer zur Ansicht.

Der Redakteur des obengenannten, liberal-gewerkschaftlich gehaltenen „Werkmansbode“, zugleich „voorzitter“ des erwähnten Arbeiterverbandes, Herr B. H. Heldt, gegenwärtig der Führer der Arbeiter Hollands, scheint mir übrigens ein braver Mann, der nichts von der bewußten Verlogenheit unserer Berliner Selbsthilfler hat und höchst wahrscheinlich zusammt seinem Anhang mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen in das sozialistische Lager übergehen wird, wenn — er nur erst recht wissen wird, was Sozialismus ist. Bisher herrscht hier eine ganz merkwürdige Unklarheit über dieses Ding, und auch die Herren Redakteure des seligen „Werkman“ sollen nur höchst oberflächlich gewußt haben, was sie eigentlich wollten.

Gegenwärtig agitirt Herr Heldt für das allgemeine Stimmrecht. Aber was nützt dem Volke dieses, so lange es nicht weiß, wofür es zu stimmen hat?

Nach all dem hier Gesagten wird man es nur zu begreiflich finden, daß es mit der sozialistischen Bewegung in Holland so steht — wie es eben steht. Und doch könnte es so leicht anders sein! Hier, wo die bitterste Armuth beständig den fabelhaftesten Reichthum, den raffinirtesten Luxus, die egoistischeste Wohllebigkeit vor Augen hat, wird jene doppelt und dreifach drückend. Der „Geldduivel“ übt hier seine plumpe, brutale Herrschaft über Leiber und Seelen ebenso unumschränkt aus, wie nur irgendwo anders. Dabei lebt im Volke ein kräftiger Freiheitssinn, seine alte „Republiek“ steckt ihm noch in den Gliedern, es ist noch immer dasselbe Volk, welches vor 300 Jahren jene unsterblichen Großthaten vollbrachte, die wir die Befreiung der Niederlande von der spanischen Macht nennen, und die unsere neue Zeit erst so recht eröffnete. Von jener kriechenden Loyalitätspest, von der wir in Deutschland jetzt so schrecklich heimgesucht sind, ist nicht das Mindeste zu spüren. (Hierüber vielleicht ein nächstes Mal.)

Auch unser Todfeind, der religiöse Wahn, übt, besonders in den Städten, nur noch wenig Macht über die Geister. Summa Summarum — **der Boden ist hier für unsere goldene Freiheitssaat so fruchtbar wie nur möglich, zum Allermindesten ebenso fruchtbar, wie in vielen anderen Ländern, wo wir uns der besten Erfolge rühmen dürfen. Nichts bedarf dieser Boden, als der rechten Bebauer, die ihn in der rechten Art, mit dem rechten Geschick, mit dem rechten Fleiße, der rechten Ausdauer bearbeiten.**

Möchten sie sich bald finden! **Wo immer an der Förderung unserer Sache gearbeitet wird, geschieht es zum Heile des Ganzen, an welcher Stelle immer mit Hand angelegt wird, desto früher muß er vollendet dastehen, der erhabene, himmelanstrebende Bau des freien Volksstaats!**

Correspondenzen.

Fehmarn, 14. Mai. Die Arbeitslosigkeit, unter welcher diesen Winter die Arbeiter Deutschlands litten und noch leiden, machte sich auch bei uns recht bemerkbar, obgleich hier ausschließlich Landwirthschaft betrieben wird. Es ist in den letzten Jahren vorgekommen, daß Arbeiter im Winter — man höre und staune — für 15, sage fünfzehn, Pfennige pro Tag haben arbeiten müssen. Man fragt auch hier nicht danach, ob der Arbeiter davon leben kann; der Bauer freut sich nur, wenn der Hunger ihm billige Arbeitskräfte zuführt; will der Arbeiter nicht für einen derartigen Lohn arbeiten — nun so mag er hungern. — Gleichzeitig nehmen wir Gelegenheit, einiges betreffs der Arbeitszeit mitzutheilen, welche auch nicht ohne bedeutenden Einfluß auf den Arbeitslohn ist. Die Arbeitszeit dauert im Sommer, resp. von April bis November, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, resp. von Morgens 4 bis Abends 10 Uhr, ohne merkliche Pausen. Des Morgens 4 Uhr geht's in's Feld, um 7 Uhr giebt es das Frühstück, um 12 Uhr Mittag und Nachmittags 4 Uhr Vesper — alles im Feld. Es ist noch zu bemerken, daß die Frühstücks-, Mittags- und Vesperzeit meistens nicht länger dauert als gerade zum Einnehmen der betreffenden Mahlzeit nothwendig ist. Ist nun die Ernte eingebracht, was bis Ende August zu geschehen pflegt, so wird die Dreschmaschine in Bewegung gesetzt bis alles ausgedroschen ist, was etwa bis November dauert; wird es dunkel beim Dreschen, so wird Licht angezündet, wobei die Arbeit bis 8, auch 9 Uhr fortgesetzt wird. Das ist dann nicht feuergefährlich! Wenn aber eine Arbeiterversammlung in einem Privathause abgehalten werden soll, so findet das der Kirchspielvogt feuergefährlich, weil — ein Backofen im Hause ist.

Obgleich die Arbeitslosigkeit diesen Winter auch hier recht drückend war und die Löhne in Folge der vielen hier zureisenden Arbeiter aus den industriellen Gegenden Deutschlands auch jetzt sehr niedrig stehen, und obgleich überflüssige Arbeitskräfte genug vorhanden sind, so lesen wir doch in den Wagrisch-Fehmarschen Blättern folgende Notiz:

„Fehmarn, den 10. Mai. Um dem Mangel an Dienstboten abzuhelfen, beschloß der hiesige landwirthschaftliche Verein, solche aus Ostpreußen kommen zu lassen.“

Also Mangel an Dienstboten, während so und so viel Arbeiter auf Fehmarn ohne Arbeit sind — recht erbaulich das! Schreiber dieses möchte den Herrn Landwirthen den guten Rath ertheilen, ihre Arbeiter derartig zu bezahlen, daß es ihnen möglich ist, dabei menschenwürdig zu existiren, dann würde dem Arbeitermangel bald abgeholfen sein, denn wodurch unterscheidet sich jetzt der Arbeiter von einem gewöhnlichen Ackerpferd? Essen, Schlafen und Arbeiten ist das ewige Einerlei. Jedoch dürfte die Zeit nicht mehr ferne sein, wo es in den Köpfen der Arbeiter anfängt zu tagen, und dann werden diese ja wissen, was zu thun ist. Doch den Herren Landwirthen scheint die Strafe nicht ausgeblieben zu sein, denn weiter heißt es in der betreffenden Notiz:

„Wie den „Schleswiger Nachrichten“ geschrieben wird, hatte der Verein sich kürzlich mit einem Commissionär in Ostpreußen in Verbindung gesetzt, der circa 40 Dienstboten, Knechte und Mädchen nach Lübeck senden und dort für die Person 42 Mark Reisegeld empfangen sollte. Die Knechte sollten Ostern, die Mädchen etwas später eintreffen. Kurz vor Ostern bat der Commissionär zur Deckung seiner Ausgaben um eine Vorschußzahlung; der landwirthschaftliche Verein sandte demselben 600 Mrk. Ostern war ein Abgesandter des Vereins in Lübeck, um die Leute zu empfangen, es kamen aber keine und sind auch bis heute noch keine gekommen.“

Das ist die gerechte Strafe für die Herren Landwirthe.

H. Sch.

Lübeck, 17. Mai. Zunächst habe ich über den bewußten „Rückgang“ am hiesigen Orte zu berichten, daß wir jetzt einen stabilen Agitator in der Person des den Liberalen wohl bekannten Genossen Heyer erhalten haben, der auch als Delegirter zum Congreß gewählt worden ist. — Sonntag, den 13. d. Mts. hielten wir hierorts eine Conferenz der verschiedenen Bevollmächtigten der Gewerkschaften ab, und wurde der Beschluß gefaßt, daß von jetzt an jeden ersten Sonntag im Monat eine Conferenz stattfinden soll. Ich möchte daher bitten, daß die Gewerkschaften, die noch nicht vertreten waren, Sonntag, den 3. Juni, die Conferenz beschicken mögen. Dieselbe findet beim Parteiwirth Hildebrand Morgens 10 Uhr statt. 1. Punkt der Tagesordnung ist die Wahl eines Vorsitzenden, sowie eines Schriftführers. 2. Punkt ist die Organisation der Gewerkschaften. 3. Punkt die Colportage der Gewerkschaftsblätter. 4. Punkt das Abhalten und Bekanntmachen der Versammlungen. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein Bevollmächtigter fehlen.

Rudolph Schröder, prov. Schriftführer.

Ratibor, 10. Mai. Kaum ist der russisch-türkische Krieg ausgebrochen, so machen sich dessen Folgen hier im südöstlichsten Theile Deutschlands auch schon recht drückend fühlbar. Der Getreideexport aus Rußland, der bisher ein bedeutender war, hat seit einigen Wochen ganz aufgehört. Die Mehlproduktion, die hier in Oberschlesien einen wichtigen Gewerbszweig bildet, ist dadurch völlig lahm gelegt. Die Mehlfabrikanten können auf heimischem Markte wenig kaufen, ja nicht einmal soviel, um den Bedarf der ohnedies sehr geringen Consumtion zu decken. Außerdem treiben sich österreichische Agenten herum, die alles Getreide, dessen sie habhaft werden können, kaufen, um es für die Türken, oder, was wahrscheinlicher ist, für die eigene Armee zu liefern. Die Folge davon ist, daß die Cerealienpreise in 14 Tagen um 20 pCt. gestiegen sind. Mancher Kapitalist macht dabei auf Kosten der hungernden Proletarier ein ganz profitables Geschäft. Der Hungertyphus nimmt hier in Oberschlesien trotz offizieller Ableugnungen immer größere Dimensionen an. Bisher waren die rechts der Oder belegenen Kreise damit heimgesucht; jetzt ist diese verheerende Seuche links der Oder in Hultschin, und in dem armen Weberdistrikte Katscher, ja sogar im Garnisonslazareth in Kosel ausgebrochen, und bei der schrecklichen Nothlage ist zu befürchten, daß die Epidemie ebenso furchtbar werden kann, wie vor 30 Jahren. Oberschlesien, wo es bei gutem Geschäftsgange mehr hungrige als satte Arbeiter giebt, wo die Großindustrie und der Großgrundbesitz riesig entwickelt sind, wo der üppigste Reichthum mit seinen raffinirten Genüssen dem grenzenlosen Elende des Proletariats gegenübersteht — dieses Oberschlesien, die Goldgrube des Kapitalismus, es bietet ein Bild des Entsetzens, des Jammers und der Verzweiflung dar. Bleiche, abgezehrte Gestalten schleichen von Thür zu Thür, und gerne nähmen sie dasjenige, was die Hunde der Reichen unter die Füße treten. Es ist ein Hohn auf all diesen Jammer, wenn sich überall noch Vereine bilden, die die Abwehr der Bettelei sich zur Aufgabe machen. Ist es da ein Wunder, wenn das Volk demoralisirt wird? Die Folgen treten schon zu Tage. Verbrechen, Raub, Mord, Diebstahl stehen auf der Tagesordnung, so daß die Gerichte mit vollem Dampf arbeiten müssen.

Und angesichts solcher namenlosen Noth sind die herrschenden Gewalten taub und stumm, ja sie sprechen dem Arbeiter sogar „das Recht auf Arbeit“ rundweg ab. Das deutsche Parlament begräbt das „Arbeiterschutzgesetz“ in die Commission und geht über brennende volkswirthschaftliche Fragen scherzend zur Tagesordnung über. Freilich! Wir Sozialisten sind längst darüber einig, daß von den heutigen gesetzgebenden Faktoren nichts zu hoffen ist — und auch die große Masse des Volkes, die bisher alles Ungemach geduldig hinnahm, sie fängt bereits an zu murren und sagt sich, daß bei allem „Gottvertrauen“ der Magen nicht satt wird.

Glücklicherweise gewinnen auch in Oberschlesien die Lehren der Sozialdemokratie mehr und mehr Anhänger. Mit dem polnischen Proletariat ist vorläufig nichts anzufangen, doch dem denkenden Arbeiter sind die Prinzipien der Sozialdemokratie sympathisch. Nur kann sich derselbe noch nicht von dem Ultramontanismus trennen, dessen Führer pfiffig genug sind, in die soziale Frage hinein zu pfuschen. Ist erst der „Culturkampf“ vorbei, dann ist jeder aufgeklärte Arbeiter in Oberschlesien Sozialist. Doch giebt es jetzt schon hier vereinzelte überzeugungstüchtige Sozialisten, die die Cadres für die Sozialdemokratie zu bilden suchen. Auch hier in Ratibor haben wir einen Stamm gebildet, der die Fahne des Sozialismus entfaltet. Wenn sich auch das Häuflein sehr langsam mehrt, so sind es aber lauter überzeugungsfeste Männer. Es kommen hierher 2 Exemplare des „Vorwärts“, 10 Exemplare der „Wahrheit“ und eben so viel von der „Neuen Welt“. Den „Vorwärts“ sieht nach dem Lesen der Abonnent nicht wieder, derselbe wandert von einer Hand zur anderen, so lange noch ein Fetzen daran ist. Wenn mit Muth und Ausdauer für die hehre Sache der Menschheit weiter gekämpft wird, so wird auch der Tag kommen, wo der so arg geknechtete Arbeiter Oberschlesiens zum Bewußtsein seiner Menschenwürde gelangen wird. C. K.

Freiburg i. B., 17. Mai. Wir haben nun schon seit dreiviertel Jahren die „Lokalsperre“ am Ort, und es ist uns daher rein unmöglich, ein Lokal zu größeren Versammlungen zu erhalten. Sobald uns ein Wirth das Lokal versprochen hat und Plakate angeschlagen worden sind, zieht er auf Betreiben von gewisser Seite sein Wort wieder zurück. So hatte uns z. B. auf Dienstag den 3. April der Wirth Fuchs auf der früheren Brauerei sein Lokal zu einer Volksversammlung zugesagt; als aber die Plakate klebten, wurde uns das Lokal, wie gewöhnlich, vor der Nase geschlossen. Wir zogen dann in unser Verkehrslokal und nahmen dort den Bericht von Haug über den Mannheimer Arbeitertag entgegen. Eine Tellersammlung zur Unterstützung der Gründung eines Blattes für Baden und die Rheinpfalz ergab 2 Mrk. 60 Pf. — Seit einiger Zeit kommt hier in die Partei wieder mehr Leben hinein, und wenn möglich, werden wir auch zur Gründung von Gewerkschaften schreiten. — Eine Beschwerde, die wir wegen Verkümmerung des Versammlungsrechtes seitens der Polizei an das Ministerium einreichten, wurde als unbegründet zurückgewiesen. Pflichten über Pflichten haben wir wohl zu erfüllen, aber Rechte zu genießen? — ja Bauer, das ist ganz was andres. H.

Schneeberg, 17. Mai. Nachdem seit der Reichstagswahl die Agitation geruht hatte, beginnt diese, wie allerorts, auch bei uns wieder. Schon vor kurzer Zeit fand eine Volksversammlung in Eibenstock statt, welche gut besucht war und eine günstige Stimmung zeigte. Jetzt hielten wir wieder Versammlungen ab in Niederschlema den 12., in Hundshübel (das erste Mal) und Zschorlau am 13. und in Schneeberg den 14. Mai. In Niederschlema und Schneeberg war der Besuch nur mäßig, während derselbe in Hundeshübel und Zschorlau gut genannt werden muß und herrschte überall die musterhafteste Ordnung; nur in Zschorlau hatten der Feuerwehrcommandant Georgi und ein Brauer nicht übel Lust, Störung zu verursachen, was jedoch durch die entschlossene Haltung der Uebrigen vereitelt wurde. In allen diesen Versammlungen referirte Genosse Demmler aus Geyer unter der gespanntesten Aufmerksamkeit und vielem Beifall zur vollsten Zufriedenheit. Die Agitation wird auch fernerhin lebhaft von uns betrieben werden und erwarten wir von allen Orten unseres Kreises dasselbe. Zum Schluß sei noch mitgetheilt, daß in nächster Zeit auch an verschiedenen anderen Orten des Erzgebirges, wo bis jetzt noch nichts geschehen ist, Versammlungen stattfinden und solche dort lebhaft gewünscht werden.

Zur Beachtung für die Zimmerleute Deutschlands.

In Itzehoe steht ein Arbeitsausschluß der Zimmerer bevor. Am Sonnabend, den 12. d. Mts., erklärte einer der größeren Meister, der Zimmermeister Schmidt, seinen Arbeitern: sie müßten von nächster Woche ab eine Stunde pro Tag länger arbeiten und das Lohnverhältniß nach eigenen Ermessen zu regeln, behalte er sich vor. Die Arbeiter erklärten, unter diesen Umständen die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, und sind die Unverheiratheten schon abgereist.

Die Zimmerer Deutschlands werden daher ersucht, den Zuzug nach Itzehoe fernzuhalten.

Warnung.

Die Parteigenossen und Leser des „Vorwärts“ werden ersucht, sich vor einem gewissen Paul Bauditz (Tischler von Beruf), welcher hierselbst die Expedition des „Vorwärts“ besorgte und als solcher der Unterschlagung und Schwindelei bezüchtigt ist, in Acht zu nehmen. — Da genannter Herr beabsichtigt nach Australien zu reisen, so diene Vorstehendes den dortigen Genossen zur besonderen Notiz.

London, den 15. Mai.

Im Auftrage des Communistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins.
J. Voß, 79 Charlotte Str., Fitzroy Sq. W.

Aufforderung.

Die Maurer Gottfried Oppermann und Gottfried Stielitz fordern die Unterzeichneten im Auftrage mehrerer hiesiger Parteigenossen auf, über die bei verschiedenen Gelegenheiten vereinnahmten Gelder Rechnung abzulegen, damit der noch vorhandene Rest zum Wahlfonds für die Berliner Wahl abgeschickt werden kann.

Aschersleben, im Mai.

Christoph Heibe. Heinrich Friedrich.

Briefkasten

der Redaktion. H. M. in C.: Dissidenten können zu Abgaben an die Kirche nicht herangezogen werden. — Seifert in Erfurt: Das betreffende statistische Material steht uns leider nicht zur Verfügung.

Quittung. Krankenkasse des Tischlerbundes hier Ann. 1,50. Dr. Quenstdt Berlin Schr. 9,80. Kkl Frankfurt Ab. 40,00. Mrr Ilstein Ab. 1,60. Oßmnn Erfurt Ab. 15,95, Schr. 4,05. Ottrbch Stuttgart Ab. 4,60. Ovrbck Bremen Schr. 2,83. Bßlr Stuttgart Schr. 5,00. Pungr Bremen Ab. 40,00, Schr. 6,00. Zmmrmnn hier Ab. 2,10. Klfld Pest Ab. 10,00. Gb Hamburg f. L. 100,00. Br Borna Ab. 6,77. Genossenschaftsbuchdruckerei Newyork Ab. 118,48. Herrmnn hier Ab. 10,00. Orbg Gießen Ab. 4,00. Mttg Altona Ab. 20,00. Grbnstn Lindenau Schr. 5,59. Sänger d. Arbeiterbild.-Ver. hier Ann. 2,40. Expedition der „Fackel“ hier Schr. 80,00, Ab. 1,30. Brnnr Graz Ab. 2,80. Mllr hier Ab. 1,50. Bsch hier Ab. 2,70. C. Brnhrdt Hirschberg Schr. 6,75. Schwrz Reichenberg Schr. 4,40.

In der Nr. 58 des „Vorwärts“ hat sich am Schlusse des Aufrufs, überschrieben: 9. sächsischer Wahlkreis, ein Fehler eingeschlichen. Es muß dort heißen: Zu adressiren an Frz. Engelmann, Bahnhofstraße 12 (Hinterhaus).

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

Von einigen Parteigenossen beim Spaziergang nach Schlenditz durch F. 2,64.

Berliner Wahlfonds.

Von der Starke'schen Schneiderwerkstatt hier 13,50; v. d. Heniger'schen Tischlerwerkstatt hier 5,00; durch Baßler Stuttgart 3,20.

Anzeigen 2c.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Halle a. S. **Sonnabend,** den 26. Mai, Abends 8½ Uhr, im **Rödiger'schen** Lokal, Gr. Wallstraße 24:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Macht und Recht. Ref. Aug. Zwiebler aus Magdeburg. 2. Delegirtenwahl zum Congreß in Gotha. (F. 166)

Erscheinen Aller nothwendig. **Der Einberufer.** [70

Ihre am 18. Mai zu Schwerin i. M. vollzogene Verehelichung zeigen hiermit allen Freunden an

Bruno Moje,
Frieda Moje,
verw. Klima, geb. Henkhus.

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von **Tchernyschewsky.**

33 Bogen stark. **Preis 4 Mark.**

Die Expedition des „Vorwärts“.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberschwemmung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.

Von **Georg Vollmar.**

Preis pro Exemplar 15 Pfennig.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 60 des „Vorwärts“.

Die Agitationen gegen das Reichsimpfgesetz.*)

C. R. Seit Einführung des Reichsimpfgesetzes vom 4. März 1874 haben die Agitationen gegen die Schutzpockenimpfung überhaupt erheblich an Ausdehnung gewonnen, und es ist bis jetzt keine Sessionsperiode des Reichstages vorübergegangen, in der nicht eine Anzahl Petitionen um Abschaffung des Impfzwanges an die deutsche Volksvertretung gelangt wäre. Der Reichstag ist über diese Petitionen, den Vorschlägen der Petitions-Commission gemäß, stets zur Tagesordnung übergegangen, und auch eine von circa 80 Aerzten unterzeichnete Petition, an deren Spitze der praktische Arzt Dr. med. Meyner in Chemnitz stand, hat keine Gnade vor den Augen des Referenten dieser Commission, des Dr. med. Thilenius gefunden, denn er nennt die Unterzeichner derselben: „Homöopathen, Wasserärzte, Vegetarianer oder sonstige Fachmänner von zweifelhaftem Gewicht;“ er thut dies, obgleich er den nur mit Hochachtung zu nennenden Namen des bekannten medezinischen Schriftstellers Dr. Paul Niemeyer, der Professoren Dr. Germann, Hamernick und Rapp unter derselben begegnen mußte. Und die jener Petition beigefügten 251 Krankheitsgeschichten, nach denen nicht blos die Kuhpocken, sondern auch andere ekelerregende Krankheiten übertragen wurden, existiren für den Referenten der Petitions-Commission entweder nicht, oder sie sind für ihn nur seltene Ausnahmen von jener Regel, nach welcher die Zwangsimpfung als eine durchaus wohlthätige Einrichtung zu erachten ist. Salus publica suprema lex (das öffentliche Wohl ist das oberste Gesetz). Gleich dem Spartaner, der die schwächlichen Neugeborenen ohne Weiteres tödtete, weil sie seinem Staatswesen späterhin doch nichts nützen konnten, so ist es auch den Freunden der Zwangsimpfung Nebensache, ob eine Anzahl schwächlicher Kinder dadurch zu Grunde geht, oder ob einige Andere durch den leidigen Zufall mit einer ansteckenden Krankheit bedacht werden — wenn nur der Gesammtheit dadurch Vortheile erwachsen.

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht über das von Freunden der Zwangsimpfung zu Gunsten der letzteren aufgespeicherte statistische Material ergehen, denn bekanntlich haben deren Gegner dasselbe nach allen Richtungen hin, und zum Theil nicht ohne Geschick bemängelt, sondern es handelt sich hier nur um Erörterung der Frage: ob die Agitationen gegen die Zwangsimpfung — sofern sie sich nicht gegen die Schutzpockenimpfung im Allgemeinen wenden, sondern nur gegen den Zwang**) — berechtigt sind oder nicht? Bis vor wenigen Monaten konnte man diese Frage weder sicher bejahen, noch verneinen. Heute liegt die Sache anders, und es ist uns nur auffällig, daß eine seit Ende vorigen Jahres bekannte Thatsache, an der kein Zweifel mehr zulässig erscheint, denn sie kann in jedem Augenblicke durch das Mikroskop erwiesen werden, geflissentlich von den maßgebenden Kreisen — im Reichstage, wie im Reichsgesundheitsamte — ignorirt wird, einer Berücksichtigung dieser landläufiger Angriffe finden, andererseits wird aber auch so mancher von unseren Heißspornen seine utopistischen Ansichten über die später einmal nothwendig werdende Umgestaltung der heutigen Form des Eigenthums, des Erbrechts, der Familie und Ehe an den Ausführungen Schäffle's klären und berichtigen können.

Wenn ich nun nochmals auf diese Schrift zurückkomme, so geschieht es, weil ich das Parteiorgan für den Platz halte, an welchem die scheinbar so wuchtigen Angriffe Schäffle's zurückgewiesen, seine falschen Schlüsse aufgedeckt und die in der sonst so klaren Schrift enthaltenen Irrthümer berichtigt werden müssen. Da dies von anderer Seite noch nicht geschehen ist, will ich mich der, meines Erachtens im Interesse der Sache unabweisbaren, Aufgabe hier unterziehen.

Professor Schäffle bestreitet die Richtigkeit der Marx'schen Werththeorie, wie das alle, der französischen Schule angehörenden Oekonomen thun; er führt als Hauptargument den Satz in das Feld, daß nicht nur die Arbeit, sondern auch der Gebrauchswerth der Waaren den Tauschwerth bestimme.

Ich glaube in meinen früheren Artikeln, auf die ich hier wohl Bezug nehmen darf,*) die Marx'sche Werththeorie für Jedermann verständlich dargestellt auch das völlig Unzutreffende der von Herrn Professor Schäffle dagegen entwickelten Theorie nachgewiesen zu haben; trotzdem oder vielmehr gerade deshalb gestehe ich zu, daß der erhobene Einwand nicht ohne eine gewisse Berechtigung ist.

Es giebt ja eine große Menge von Tauschobjekten, deren Tauschwerth sich nicht auf die darin enthaltene allgemein menschliche, gesellschaftlich nothwendige Arbeit zurückführen läßt. Man braucht, um dies darzuthun, kein so unzutreffendes Beispiel zu wählen, wie es Herr Professor Roscher in der 12. Auflage seiner „Grundlagen der Nationalökonomie“ Seite 433 thut, wo behauptet wird, daß „Käse durch den bloßen Aufschub der Verzehrung einen beträchtlich höhern Werth erlangen könne“.

Der gelehrte Herr glaubt also wirklich noch an das post hoc, ergo propter hoc!**) Möge der Herr Professor nur seinen Käse auf Eis legen und frieren lassen, dann wird er sofort bemerken, daß der „Aufschub der Verzehrung“ nichts mit dem Besserwerden des Käse zu thun hat; möge er alten Käse nur länger liegen lassen, als es durch die natürlichen Eigenschaften geboten ist, so werden ihm die, wohl auch nur durch den „Aufschub der Verzehrung“ entstehenden Maden die Werthvermehrung durch die Verzehrung des Käse illustriren!

Wie sollte es möglich sein, fährt Herr Professor Roscher dann fort, — was ein hundertjähriger Baum mehr werth ist, als der Kostenbetrag seiner ursprünglichen Pflanzung, blos auf Arbeit zurückzuführen?

Mit dieser Frage wird der Punkt getroffen, auf den es ankommt, den auch Professor Schäffle meint, daß nämlich bei gewissen Werthobjekten der Tauschwerth nicht aus der Arbeit abgeleitet werden kann — und damit soll nun Marx vollständig widerlegt sein!

Die Herren Professoren müssen doch aber ebenso gut, wie ich unstudirter Laie, wissen, daß in der Wissenschaft ein Unterschied gemacht wird zwischen Gütern, die sich beliebig oder doch nahezu beliebig vermehren lassen, und solchen, bei denen eine derartige Vermehrung nicht ausführbar ist. Marx entwickelt seine Werththeorie an Beispielen aus jener ersten Klasse von Gütern; daß er auf die zweite Klasse der nicht vermehrbaren Güter nicht eingeht, liegt in der Disposition seines Werkes und geschieht meines Erachtens mit vollem Recht. Wird man doch immer, wenn man ein Gesetz entwickeln und erläutern will, zuerst von den Ausnahmen und Störungen absehen; — wie könnte

*) Dieselben sind als Broschüre unter dem Titel „Grundzüge der Nationalökonomie von C. A. Schramm“ im Verlag der hiesigen Genossenschaftsbuchdruckerei (zum Preise von 25 Pf.) erschienen. R. d. V.

**) Eigentl.: Nach diesem, folglich wegen diesem — die irrige Annahme, daß, weil etwas zeitlich später als etwas Anderes, es darum als dessen Wirkung zu betrachten sei.

humanisirter Kuhpockenlymphe) zu bedienen, nicht mehr gestattet werden darf und daß die Möglichkeit einer syphilitischen Ansteckung nur durch den Gebrauch der direkt von der Kuh entnommenen Lymphe ausgeschlossen ist. Denn daß die Syphilis latent sein kann, wurde schon früher erwähnt, und außerdem ist sie verbreiteter, als vielleicht Mancher glaubt, ganz abgesehen von dem zwischen den Pathologen herrschenden Streite: ob der Name Syphilis nur einer ganz bestimmten Form der venerischen Erkrankungen zukommt, oder ob es nicht Uebergangsformen der letzterwähnten Krankheiten giebt, deren eine sich aus der anderen entwickeln könne.

Wenn wir den Freunden des Impfzwanges nun auch zugestehen, daß die Kuhpockenimpfung für viele Personen ein auf mehrere Jahre währender Schutz gegen Blattern ist, so dürfen wir nach der Klebs'schen Entdeckung, über die sich Näheres in Nr. 3 der Prager medizinischen Wochenschrift und pag. 233 der medizinisch-chirurgischen Rundschau (1877) findet, wohl erwarten, daß von Seiten des Reichsgesundheitsamtes schleunigst die nöthigen Schritte in der oben bezeichneten Richtung gethan werden, und haben, wenn die direkte Impfung von der Kuh nicht durchführbar sein sollte, oder wenn, wie verlautet, die der Kuh entnommene Lymphe bei vielen Personen weniger gut haftet als die humanisirte, lieber auf Aufhebung des Reichsimpfgesetzes hinzuwirken.

Correspondenzen.

Leipzig. Der „Kampf mit geistigen Waffen“. Ein netter Beruf das, besonders wenn er mit einigem Geschick betrieben wird. Und daß das „Leipziger Tageblatt“ von besonders geschickten Künstlern in diesem Genre bedient wird, ist ebenso bezeichnend für dasselbe, als daß es gelegentlich mit seinen dunklen Zuträgern auf den Mund geklopft wird. Hier das neueste Belegstück dafür. Unterm 16. Mai d. J. berichtet ein solch' dunkler Zuträger (ob Leonhardt, postprozessualischen Angedenkens dabei mitgescheert hat, wissen wir nicht) dem „Tageblatt“ Folgendes:

„Man schreibt aus Crimmitschau: Wie das hiesige „Tageblatt“ mittheilt, ist der bekannte sozialdemokratische Stadtverordnete E. J. Schlegel aus der Stadt verschwunden, allem Anscheine nach, um einem Wechsel von 15,000 M. aus dem Wege zu gehen, welcher von einem in Dresden wohnhaften Geschäftsfreunde desselben eingeklagt wurde. Das Accept desselben soll auf einem Verfahren beruhen, welches man im gewöhnlichen Leben mit dem Ausdrucke Wechselreiterei bezeichnet.“

Am 17. Mai schon muß Cadeaux-Hüttner u. Co. — und sicherlich schmerzbewegt — Folgendes melden:

Den vielfachen Angriffen gegenüber, welche aus Unkenntniß der eben citirten Stelle entstanden zu sein scheinen, war der Hinweis auf dieselbe dringend geboten und dürfte nun auch Herr Professor Schäffle sein absprechendes Urtheil zurückzunehmen gezwungen sein.

Denn er wird und kann doch nicht bestreiten, daß der Werth aller Güter, welche man durch Arbeit beliebig vermehren kann, immer nur in der Arbeit zu suchen ist, und daß bei einer geregelten, dem Bedarf angepaßten Produktion sogar der Preis dieser Güter dem wirklichen Werthe nahezu conform sein muß. In der heutigen Gesellschaft mit ihrer planlosen Produktion vorkommende Preisschwankungen entstehen eben nur dadurch, daß bald die Nachfrage, bald das Angebot überwiegt; diese Preisschwankungen darf man aber nicht für ein plötzliches Steigen oder Fallen des Werthes ansehen; denn daß Preis und Werth identisch sind, wird Prof. Schäffle gewiß nicht behaupten.

Der Werth derjenigen Güter, welche sich durch Arbeit nicht vermehren lassen, besteht freilich nicht direkt in der Arbeit; Marx behauptet das ja aber auch gar nicht, sondern hebt ausdrücklich hervor, daß die imaginäre Form des Werthes nur durch ein Werthverhältniß oder durch eine von ihm abgeleitete Beziehung zu erklären sei.

Derartige Werthverhältnisse und davon abgeleitete Beziehungen sind so leicht nachzuweisen, daß man, auch ohne die Marx'sche Analyse zu kennen, die Richtigkeit seiner Behauptung mit Händen greifen kann.

Fragt man z. B. nach dem Werth eines Landgutes, so wird derselbe gefunden, indem man den in Geld berechneten Reinertrag nach dem jeweiligen Zinsfuße kapitalisirt. Beträgt der Reinertrag durchschnittlich 10,000 Mark, der landesübliche Zinsfuß 5 Proz., so wird das Landgut einem Kapitale gleichwerthig erachtet, welches zu 5 Proz. 10,000 Mark jährlicher Zinsen einbringt, der Preis wird also 200,000 Mark sein und dem Werthe des Gutes identisch erscheinen. Denn das in die Produktion geworfene Kapital gewährt dem Besitzer arbeitsloses Einkommen, gestattet ihm die Aneignung von Mehrwerth; da nun Grund und Boden ebenfalls als Produktions-Instrument benutzt wird, muß er dem Käufer ebensoviel arbeitsloses Einkommen abwerfen, als das dafür in Zahlung gegebene Geldkapital; wäre dies nicht der Fall, so würde der Käufer von dem ihm pekuniären Verlust bringenden Kauf Abstand nehmen.

Man sieht, der imaginäre Werth des Grund und Bodens läßt sich auf den Werth eines anderen Produktionsmittels zurückführen, von ihm ableiten.

Der Leser wird nun verstehen, weshalb der hundertjährige Baum scheinbar mehr Tauschwerth hat, als ein einjähriger, obgleich zum Pflanzen beider Bäume gleich viel Arbeit verwendet worden ist. Läßt der Grundbesitzer den Baum hundert Jahre lang stehen, so will er auch den hundertfachen Ertrag des jährlich aus dem Boden zu erzielenden arbeitslosen Einkommens, womöglich mit Zins und Zinseszins, im Preise des Baumes bekommen; der imaginäre Werth des Baumes wird nun noch durch den Umstand bedeutend erhöht, daß sich hundertjährige Bäume nicht so schnell vermehren lassen, wie etwa baumwollene Nachtmützen; es wird hier also ein ebenfalls imaginärer Seltenheitswerth mitbezahlt, grade so, wie bei feinen, nur auf wenigen vorzüglich gelegenen Bergen wachsenden Weinen oder bei Bildern ausgezeichneter Maler u. dgl.

Es ist also zu constatiren, daß Marx durchaus nicht in der ihm angedichteten einseitigen Weise all und jeden Tauschwerth aus der zur Herstellung des betreffenden Objektes gesellschaftlich nothwendigen, allgemein menschlichen Arbeit ableitet; wohl aber ist zu betonen, daß Sinn und Wortlaut der Marx'schen Wertherklärung auch in all den Fällen paßt, in welchen durch eine dem Bedarf nicht genügende Produktion allgemeiner Begehr nach besonders wichtigen Gebrauchswerthen, etwa nach den unentbehrlichen Lebensmitteln entsteht, also nach solchen Gebrauchswerthen, bei deren Erzeugung die Produktivkraft der Arbeit durch Naturverhältnisse bedingt wird.

gierungen oder der Fabrikanten mit der Verwaltung ihrer Kassen auf eignen Füßen zu stehen. Die Art und Weise, wie diese Kasse verwaltet wird, ist ein schönes Zeugniß für die Reife der Arbeiter zur Selbstverwaltung. Dem Jubilar sei hiermit herzlichst gratulirt; möge es demselben vergönnt sein, noch lange Jahre seine Dienste den Arbeitern zu widmen. E. e.

Großenhain, 4. Mai. In dieser Zeit des maßlosen Elends hat man am besten Gelegenheit, zu sehen, wie der Arbeiter, der doch alles schafft, als Kanaille betrachtet und behandelt wird. In Zeiten, wo das Geschäft flott geht, „erlaubt“ man es schon einmal, daß der Arbeiter eine eigene Meinung hat, weil man seine gewinnbringende Arbeitskraft nothwendig braucht, und man versucht es nur, es ihm auf dem Wege „gütlicher Vorstellungen“ klar zu machen, daß er an „Begriffsverwirrung“ leide. Aber in Zeiten, wo, wie jetzt, Arbeitskraft in Hülle und Fülle zu haben ist, soll es Einer wagen, andrer Meinung zu sein, als es sein Brodherr wünscht — er kann dann gewiß sein, daß ihm von seinem Fabriktyrannen der „Brodkorb höher gehängt“ wird. Besonders aber haben hierunter diejenigen Arbeiter zu leiden, die dem Sozialismus huldigen: man gibt ihnen einfach die Entlassung, wie das auch hier schon in einzelnen Fällen vorgekommen ist. Weiter hat man aber auch Gelegenheit, zu sehen, wie von Verwaltungsbehörden nicht die mindeste Rücksicht auf bestehende Verhältnisse genommen wird, wofür wir hier einen neuen Beleg liefern wollen. Bei der diesjährigen Einkommenabschätzung zu den hiesigen städtischen Centralanlagen wurden die Arbeiter im Durchschnitt um 50 Mark, theilweise mehr, erhöht, so daß jetzt die Weber auf 450 Mark gegen 400 im Vorjahr, und die Cigarrenarbeiter auf 500 gegen 450 im vergangenen Jahre veranschlagt sind. Zu dieser Abschätzung werden von den Fabrikanten Lohnverzeichnisse der Arbeiter geliefert und weisen diese Lohnverzeichnisse beider obengenannter Arbeiterkategorien einen Durchschnittslohn von 525 Mark auf. Das städtische Anlagenregulativ enthält nun einen Paragraphen, nach welchem die Gehälter der Beamten bei der Abschätzung um 20—25 Prozent reduzirt werden. Nach stillschweigendem Uebereinkommen, wie es scheint, hatte man diese Reduktion schon seit mehreren Jahren auch auf die Arbeiterlöhne ausgedehnt, so daß dies Verfahren nun allgemein als rechtsgebräuchlich betrachtet wurde. Daß dies Verfahren auch ganz richtig ist, wird Jedem einleuchten, der annimmt, daß die Herren Fabrikanten das Einkommen der Arbeiter gewiß richtig angeben. Auf Grund dieser allgemeinen Annahme nun glaubten die Arbeiter, besonders aber die Weber, denen die Fabrikanten im Vorjahre, die schlechten Verhältnisse benützend, einen 10prozentigen Lohnabzug bescheerten—, ihre Einschätzung sei zu hoch gegriffen und sie reklamirten dagegen. Den Abzug von 25 Prozent nahm man, als zu Recht bestehend, zur Begründung. Alle diese Reklamanten erhielten wie verhielt sich und wie verhält sich jetzt unsere humane, gerechtigkeitsliebende und tonangebende Gesellschaft zu ihren eigenen Kindern, zu den Repräsentanten der nach ihr folgenden Generation? Ach, sie ist nicht nur gleichgültig gegen die barbarischen Verfolgungen, die diese Jugend treffen, sondern sie klatscht der despotischen Regierung noch Beifall und hätte nichts dagegen, wenn man alles, was gut und edel ist, nach Sibirien verbannen würde. Und wenn wir noch dazu in Betracht ziehen, wie unser Volk leidet und hungert, während den „Herren“ alle Genußmittel zur Disposition stehen, so muß man sich über die unerhörte Dreistigkeit, mit welcher von der Humanität und Gerechtigkeitsliebe unserer herrschenden Klassen geredet und unsere Regierung die Beschützerin der Civilisation genannt wird, wundern. Die Humanität, Kultur, Civilisation u. s. w., von denen die herrschenden Klassen reden, ist nichts als ein großartiger Schwindel, mit welchem den Zwecken der russischen Despotie gedient werden soll. Aber was kann denn eigentlich Rußland den Südslaven bieten? Die Serben und die anderen slavischen Stämme am Balkan und in den südlichen Provinzen Oestreich-Ungarns erhalten ihre geistige Ausbildung meistens durch die Deutschen, Franzosen und die anderen westlichen Völker.. Es ist nur natürlich, daß die Südslaven die Kultur und die Civilisation lieber aus direkten Quellen, als auf dem Umweg über Rußland beziehen. Nur die russischen sozialistischen Schriftsteller üben auf viele Serben einen wohlthätigen Einfluß aus.

Nach allem hier Gesagten ist es klar, daß Rußland durch den ausgebrochenen Krieg nicht die armen Rajahs befreien, sondern die Balkanprovinzen erobern will; und nur deshalb muß das arme russische Volk, das selbst unfrei ist, sein Gut und Blut opfern. Man mißverstehe uns nicht! Die russischen Sozialisten sind keineswegs gegen die Verbesserung der elenden Lage der Südslaven; aber sie sind zugleich überzeugt, daß die Einmischung der russischen Regierung in den jetzigen türkisch-slavischen Kampf diese Verbesserung nicht herbeiführen, sondern im Gegentheil das russische Volk nur noch mehr unterjochen wird, und deshalb erklären sich die russischen Sozialisten entschieden gegen den Krieg. Die Südslaven täuschen sich, wenn sie glauben, daß sie nach Abschüttelung des türkischen Joches zu besseren Zuständen gelangen werden. Das russische Volk aber hat kein Interesse an diesem Krieg, denn es muß sich zuerst selbst befreien, bevor es an die Befreiung anderer Völker denken kann.

Aber was sollen nach dem Ausbruche des Krieges die russischen Sozialisten thun? Diese Frage müssen wir noch kurz beantworten.

Das Feld unserer Thätigkeit befindet sich in Rußland, und grade jetzt ist die beste Gelegenheit geboten, für unsere Prinzipien erfolgreich zu wirken, obwohl wir sehr gut wissen, daß wir keine großartigen Erfolge erzielen werden. Nehmen wir uns aber ein Beispiel an unseren Gegnern, die eine jede Gelegenheit benutzen, um uns zu bekämpfen. Nehmen wir uns ein noch schöneres Beispiel an unseren Genossen in Deutschland und Frankreich. Was thaten in den Jahren 1870/71 die Genossen dieser beiden Staaten inmitten der Nationalitätsraserei, die beide Völker ergriffen hatte? In beiden Ländern verdammten die sozialistischen Arbeiter den Krieg und forderten dessen schleunigste Beendigung. Auch gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen hatten sich offen und energisch die deutschen Sozialisten erklärt. Die Gegner nannten damals die deutschen Sozialisten Vaterlandsverräther, weil sie den Krieg einen Eroberungskrieg nannten. Nun, die verflossenen Wahlen haben bewiesen, daß der Sozialismus in Deutschland zu einer Macht gelangt ist, die den Gegnern zu denken giebt. Benutzen also auch wir russische Sozialisten den jetzt tobenden Krieg, um dem Volke die Augen zu öffnen und ihm die wahren Absichten der russischen Regierung und der herrschenden Klassen zu zeigen. Unsere Regierung, wie einst die französische, fürchtet sich vor der immer wachsenden freiheitlichen Volksbewegung, und, um diese Bewegung niederzudrücken, entfesselte sie den verderbenbringenden nationalen Chauvinismus und erklärte der Türkei den Krieg. Wir müssen mit

dieses Jahr den Arbeiter drücken müssen, kann man daran ermessen, daß die beiden großen Steingutfabriken blos vier Tage in der Woche arbeiten lassen, desgleichen liegt auch die Cigarrenfabrikation darnieder. Wie das alles noch enden wird, läßt sich nicht voraussehen. Kein Verdienst, und colossale Steuern — und da wundert man sich noch, wenn die Unzufriedenheit wächst?

Pegau, 14. Mai. Der Stadtrath von Pegau scheint seit einiger Zeit das Bedürfniß zu fühlen, die hiesigen Arbeiter in ihren Organisationsbestrebungen durch allerlei Polizeimaßregeln zu behindern. Zunächst schloß er die Schuhmachergewerkschaft als angeblich politische, mit anderen Vereinen in Verbindung stehende Gesellschaft; hierüber schwebt der Prozeß, nachdem in erster Instanz die Mitglieder mit Geldstrafen bis zu 50 Mark bedacht wurden, noch in zweiter Instanz. Aber damit nicht zufrieden, verbot der Stadtrath kurzweg alle angemeldeten Sozialisten- und Volksversammlungen mit der salomonischen Begründung, es handle sich dabei um die Fortsetzung der geschlossenen Schuhmachergewerkschaft. Dieser kühnen Interpretationskunst vermochten die hiesigen Genossen nicht zu folgen, weshalb sie denn bei der königlichen Kreishauptmannschaft Leipzig eine motivirte Beschwerde einreichten. Auf dieselbe erfolgte unterm 19. April folgender Bescheid:

„Die Königliche Kreishauptmannschaft, collegialisch zusammengesetzt, hat denjenigen Rekurs, welchen der Schuhmachergeselle Gustav Lindner mittels der im Anschlusse beigefügten Immediateingabe gegen den Beschluß des Stadtraths Bl. 22b des Aktenheftes, die Abhaltung öffentlicher Versammlungen betreffend, eingewendet hat, nicht für unbegründet erachten können. In dem angefochtenen Beschlusse ist die Versagung der Genehmigung zur Abhaltung der für den 25. März dieses Jahres angemeldet gewesenen Volksversammlung damit motivirt worden, daß die in Pegau lebenden Mitglieder der sozialdemokratischem Partei mit vollem Bewußtsein der Gesetzwidrigkeit eines solchen Vorhabens dem verbotenen Zweigvereine der Gothaer Schuhmachergewerkschaft beigetreten seien und dadurch den Beweis geliefert haben, daß sie die bestehenden Gesetze als für sich nicht verbindlich erachten, daher aber keine Garantie dafür zu bieten vermögen, daß die von ihnen einberufenen Volksversammlungen ordnungsgemäß verlaufen. Die Königliche Kreishauptmannschaft vermag ihrerseits die aus dem Umstande, daß eine Anzahl der in Pegau lebenden Sozialdemokraten zur Gründung eines Vereins verschritten sind, welcher schon wegen des Zusammenhanges mit dem außerhalb Sachsens seinen Sitz habenden Hauptvereine als dem gesetzlichen Verbote unterliegend betrachtet worden ist, von dem Stadtrathe gezogene Schlußfolgerung zum Mindesten insofern nicht als ausreichend gerechtfertigt anzuerkennen, als damit die Versagung der Genehmigung zur Abhaltung der von dem Beschwerdeführer rechtzeitig angemeldeten öffentlichen Versammlung hat begründet werden sollen. Denn nach § 5 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1850 unterliegen einem bezüglichen Verbote, sobald die übrigen Vorbedingungen der §§ 2 flg. des gedachten Gesetzes vorhanden sind, lediglich diejenigen Versammlungen, deren Zweck es ist, Gesetzübertretungen oder unsittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen. Für die Annahme aber, daß die im vorliegenden Falle von dem Beschwerdeführer angemeldete Volksversammlung einen solchen Zweck verfolge, dürfte es an ausreichendem Gehalte fehlen; und wenn der Stadtrath befürchten zu sollen glaubt, daß die in Aussicht genommene Versammlung nicht ordnungsmäßig verlaufe, so mag darauf hingewiesen werden, daß das Gesetz die Füglichkeit bietet, daß eintretenden Falls die Versammlung durch den von der Polizeibehörde in dieselbe abzuordnenden Beamten aufgelöst und für geschlossen erklärt werden kann."

Diese nachdrückliche Zurechtweisung des hiesigen Stadtraths giebt uns unser willkürlich vorenthaltenes Vereins- und Versammlungsrecht wieder zurück, und wir machten von demselben insofern sofort wieder Gebrauch, daß wir für gestern Abend eine Sozialistenversammlung veranstalteten, in welcher Genosse Werner aus Leipzig über die gegenwärtige Geschäftskrisis Vortrag hielt. — Ueber den Ausgang des Prozesses der Schuhmachergewerkschaft werden wir später berichten. — Nächster Tage wird für den 14. Wahlkreis eine Delegirtenconferenz stattfinden, zu welcher die Einladungen bereits erlassen sind. Wir hoffen auf zahlreiche Betheiligung der Parteigenossen, da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist. Wr.

Quedlinburg, 16. Mai. Es ist von meiner Seite in früherer Zeit an den „Volksstaat" zu verschiedenen Malen ein Lebenszeichen gelangt, eine kürzere oder längere Beobachtung des Volkslebens und -strebens in den verschiedensten Beziehungen, und, wenn ich nicht irre, hatten diese Zuschriften, soweit unserer Sache dienlich, gern Aufnahme gefunden. Seit dem 1. Oktober vorigen Jahres sind nun die Blätter „Volksstaat" und „Neuer Social-Demokrat" in den „Vorwärts" aufgegangen, dadurch ist der Leserkreis ein ganz anderer, weiterer, vielleicht auch ein mit erhöhten Ansprüchen hervortretender geworden, und ich weiß nun nicht, ob meine einfachen Beobachtungen, Ansichten und Anführungen heut noch so gern gesehen werden wie früher in dem kleineren Kreise. Zudem scheint mir der Grundzug der Correspondenzen im „Vorwärts" mehr auf Behandlung realer Thatsachen berechnet zu sein. Ueber Eines wohl darf sich der Freund eines regen Parteistrebens freuen, das ist, mit wenig Ausnahmen, das Ausharren aller Genossen in unserer Sache. Mancher ist matt geworden, und Manchen, der sonst seine Stimme vernehmen ließ, ist das Schweigen überkommen. Aber grade durch die Läuterung ist das Parteistreben ein festeres, gedrungeneres geworden, daher auch all die Widerstandskraft, die sich im arbeitenden Volk gezeigt hat, gegenüber allem Hohn, allen Verlockungen, allen Schmeicheleien; daher auch das selbstbewußte stete Fortschreiten! Wenn mir nun ein Genosse daher kommt, wie ein Correspondent der „Berliner Freien Presse", der nach den dreimaligen heroischen Anstrengungen der Altonaer Genossen und ihrer von mir vorausgesehenen endlichen Niederlage nun gleich alles Wählen als eitlen Tand u. dergl. beiseite werfen möchte, der also durch einen Mißerfolg sogleich muthlos wird, so sage ich ganz einfach: Muth, Ausdauer, erneute Anstrengung nur führt zum Ziel!

Und es geht vorwärts! Im Frühjahr 1875 schied ich nach kurzem Aufenthalt aus Mülheim a. Rhein. Wie schwer war es damals noch dem arbeitenden Volk gemacht, einen Saal zu einer Versammlung zu bekommen. Dieses Volk, das da hämmert und baut von früh bis zur Nacht, das Anderen Paläste hinsetzt, dieses Volk hatte für sein Geld kein Dach, unter dem es gemeinschaftlich sich darüber berathen konnte, was zu seinem Heil dient! Jetzt, nach nur zwei Jahren, hatte man schon seinen eignen Reichstagscandidaten, und der Genosse weiß, wo er sich mit Seinesgleichen zusammen findet. — Ich kam dann wieder nach meiner engeren Heimath Schlesien. Wie thätig das webende, schnitzende, hauende und bauende Volk dort oben in dem Riesengebirge ist; feste, kernige Gestalten, und hart wie die Felsen, auf und zwischen denen sie wohnen. Aber auch leider hart noch das Gemüth, wenig empfänglich für den Geist der Neuzeit. Es ist merkwürdig aber doch naturgemäß, daß man sich zwischen den Bergen so gern mit Schießen beschäftigt, daher in Gebirgen die meisten Schützenvereine, aber — auch recht viel Glockenton, starres Festhalten an alten Ueberlieferungen, und doch — auch hier geht es vorwärts! Die Breslauer „Wahrheit" berichtete uns s. Z. aus Hirschberg in Schlesien, daß daselbst ohne jedwede Agitation für Joh. Jacoby 13, sowie für Kapell 8 Stimmen abgegeben wurden. In dem daran stoßenden Kunnersdorf fanden sich sogar 50 Stimmen für Kapell vor. Auch in diese harten Berge wird in Zukunft die Agitation hinein getragen werden. Sinnend steht schon der Erdarbeiter, der Thongräber, der Porzellanarbeiter, Glasbläser und Steinschleifer bei seiner Arbeit und wartet des Anstoßes und Rufes; und der Ruf wird ertönen bis hinauf nach Schreiberhau in die zerstreuten Hütten der Glasarbeiter, und die Spielereien der Schieß- und Kriegervereine werden verschwinden vor dem Rufe der Neuzeit! Beschäftigte sich dieser Jahre eine im Ueberfluß schwelgende Bourgeoisie mit dem Gedanken, wie Hirschberg durch Gründung einer zweiten schlesischen Universität ein „Heidelberg des Ostens" werden könne, so möge das arbeitende Volk diesen phantastischen Empfindeleien dadurch begegnen, daß es bei den künftigen Wahlen selbst das erste Semester der Freiheit antritt! Der „Bote aus dem Riesengebirge" in seinem altväterischen Gewande und mit seiner kranken nationalliberalen und kulturkämpferischen Tendenz wird ja auch hoffentlich das Seine dazu treulich beitragen.

Wie schwellte es mir einst das Herz, wenn ich vom schönen grünen Rhein erzählen hörte, und wo bleibt diese Jugendschwärmerei vor der ernsten Mannesüberzeugung? Nur einen flüchtigen Blick that ich in das soziale Getriebe des arbeitenden und schaffenden Volkes, und welch' tiefes Elend habe ich da kennen gelernt? Was gilt z. B. dem Berliner Hausherrn ein Menschenleben? Alle, die da in seiner Kaserne ein- und ausgehen, sie sind ihm ja nur eine Waare, die täglich frisch ersetzt werden kann. Und doch setzt er auf das ohnedies hohe Haus und über die in demselben befindlichen Wohnungen noch ungesunde Mansarden. Und nun erst in den Rheinlanden! Hier habe ich Wohnungen gesehen, in welche das Licht von oben hereinfällt. Dort werden Kinder, wenn Vater und Mutter früh zur Arbeit wandern, in solche Dachhöhlen gesperrt, und diese menschlichen Wesen sehen Tag für Tag weder Baum noch Blume, weder Vogel noch Schmetterling, nur das einzige Fleckchen Himmel, das durch die schmutzige Dachscheibe herniederblinkt. Und da wagt man es, die Arbeiter mit einem sogenannten „Arbeiterspiegel" zu moralisiren? Als ob der Freund dieses geknechteten Volkes, wenn er tiefer blickt, sich nicht genug wundern müßte über dessen unendliche Langmuth, über seine Liebe zur Heimath, seinen Fleiß, seine Anhänglichkeit selbst an den Katholicismus, von dem es in seinem Elend immer noch die Erlösung hofft! „Schönes Rheinland mit seinen Burgen, seinen hohen Fabrikschloten, den Zeugen des Fleißes seiner Bewohner seinen herrlichen Villen am Strom entlang" — ja wohl, für Den, welcher gesättigt und erquickt am Morgen vom Hotel aus das Dampfschiff besteigt und so die lachenden Gefilde durcheilt, ohne je sich um das Leben des arbeitenden Volkes gekümmert zu haben. Wer des Volkes Leiden kennen lernen will, darf nur einen tieferen Blick auf das Leben und Treiben der Bahnhöfe an den Knotenpunkten unserer Verkehrsstraßen thun, und er wird viel lernen können. Im Frühjahr 1875 war ich auf dem Bahnhof in Deutz mit Frau und Kind. Wie das wogte von allerlei Volk! Ein dicker Mann mit schwerer Geldtasche rannte die Zimmer auf und ab, Schaaren von Männern, Frauen und Kindern verfolgten ihn mit harrenden Blicken. Endlich ein lauter Ruf, und Alles sprang auf! Die ganze Gesellschaft wurde gemustert, durchgezählt, ein- zweimal, dann wieder ein Gang zum Bahnhofsinspektor, zum Billeteur, um zu erfragen, wieviel Kinder auf ein Billet gehen, und dann nochmals Revue — und der Schwarm setzte sich nach dem Perron beim ersten Glockenton in Bewegung. Sieh, sagte ich in bitterem Tone zu meinem Kind, diese Leute wandern in die moderne Sklaverei. Und verwundert sah mich dasselbe an, es hatte in der „christlichen" Schule gelernt, den Begriff der Sklaverei nur auf schwarze Gesichter anzuwenden. Und woher kommen diese Menschen und wohin gehen sie? Kommen sie aus unwirthlichen Gegenden, aus Wüsteneien, etwa aus der Lüneburger Haide, wo der Boden die Menschen nicht nähren kann? Nein, sie kommen aus Gegenden, wo herrliche Gefilde blühen, wo Korn und Obst in Masse wächst, und wo nur eine ungerechte Vertheilung der Lebensgüter die Menschen von dem Fleckchen Erde treibt, auf dem sie geboren und das ihre Heimath ist.

Ueberall, wohin wir blicken, dieselben Zustände: Schaffen ungeheurer Glücksgüter durch die Enterbten und das Einheimsen dieser Güter durch die wenigen Auserkorenen, sei es Süd oder Nord, Ost oder West, hüben oder drüben — deshalb auch muß der Kampf ein einheitlicher, ein internationaler sein gegen alle Gewalt, gegen alle Ausbeutung. August Kruhl, Weißgerber.

Königsbrück, 10. Mai. Heute tagte im Saale des Rathhauses eine stark besuchte Versammlung, in welcher Herr Direktor Klemich aus Dresden einen wissenschaftlichen Vortrag über das Thema: „Alte und neue Weltanschauung" hielt. In 1¼-stündigem gediegenem Vortrage besprach Herr Klemich die alte, als die religiöse, und die neue, als die materialistische, Weltanschauung. Obiges Thema wurde eigentlich gewählt, um den hiesigen Geistlichen entgegen zu treten. Herr Klemich erklärte, daß ein Mensch, der Diebe, Räuber, Mörder u. s. w. für besser halte als solche, welche an keinen Gott glauben, verrückt sein müsse.

Der Vortrag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Gegner meldeten sich auf mehrmaliges Auffordern nicht zum Wort. Einiger Rüpeleien eines hiesigen Bürgers, welcher Herrn Klemich nachträglich im Gasthof zum Adler wegen einer übereilten Aeußerung alle Ehre absprach, wollen wir nicht weiter erwähnen. Derselbe ist den hiesigen Genossen schon von früherher als ein Mann bekannt, der viel Wesens von sich macht. Der allgemeine Wunsch war, daß Herr Klemich hier bald wieder einen Vortrag halten möge. N. u. T.

Stuttgart. Die in Nr. 55 des „Vorwärts" veröffentlichte Resolution gegen meine Correspondenz in Nr. 50 d. Bl. hat mich in keiner Weise eines Besseren belehrt. Die gemachten Erläuterungen zur Wahl widerlegen auch nicht einen Satz der von mir angeführten Thatsachen über die Haltung der „Volkspartei"; obschon, wie ich belehrt wurde, der „Beobachter" in den letzten Tagen vor der Reichstagswahl zu Gunsten unseres Candidaten geschrieben.

Betreffs der Jacobyfeier wurde das Comité (Gen. Degenhard, Dulk und Maier) beauftragt, das Arrangement zu besorgen, in keiner Weise aber mit der „Volkspartei" zu verhandeln, sondern alle Freunde Jacobys einzuladen. Durch die Parteiversammlung vom 2. Mai wurde jedoch konstatirt, daß 1) das Comité drei Mitglieder der „Volkspartei" herangezogen, und 2) von dem Ausschusse der „Volkspartei" „auf Ansuchen" rund 90 Mark Zuschuß erhalten hat. Was also ein „Gemisch von Bedächtigungen und Verdrehungen" sein soll, kann ich schlechterdings nicht herausfinden.

Ich schließe mich der Motivirung, welche Genosse Hirsch auf der Landesversammlung in Bezugnahme auf seine Ausführungen gab, auch hier an: nicht um uns Vorwürfe zu machen, müssen wir die gemachten Fehler konstatiren, sondern um sie in Zukunft zu vermeiden.

Diesen Zweck zu erreichen, war die Aufgabe meiner Correspondenz. Georg Baßler.

Erwiderung.

Nachwort zum „Vorschlag" in Nr. 46.

Herrn C. W. Tölcke in Iserlohn diene zur Nachricht, daß es mir fern liegt, mich in irgend ein Gezänke einzulassen; ich verabscheue es, Angesichts unserer großen gemeinsamen Ideale von Gleichheit und Gerechtigkeit das Gebiet des Persönlichen zu betreten, trotzdem Bezeichnungen wie „albern" u. dergl. gebraucht wurden. Parteigenosse Tölcke mag das verantworten, ich will damit Nichts zu thun haben.

Herr C. W. Tölcke hat meinen Vergleich der schwankenden Elemente mit Spreu, die der Wind hin und her jagt, auf die Parteigenossen selbst bezogen, denn er sagt: „die hiesigen Parteigenossen nun als „Spreu" bezeichnen zu wollen, die sich von irgend einem Windbeutel hin- und herblasen ließe, das ist einfach — albern." Während Herr Tölcke wenige Zeilen vorher den Verlust von 500 Stimmen in Iserlohn constatirt und man nun erwarten sollte, daß ihm der Gedanke kommen müßte, daß diese 500 Männer sehr wohl mit Spreu verglichen werden können, da bezieht er sonderbarer Weise meinen Vergleich auf die Parteigenossen, welche schon „14 Jahre und länger" treu zur Partei stehen.

Befremden muß es, daß Herr Tölcke die Unmöglichkeit weiterer Ausbreitung der Partei in Iserlohn auf die Zusammensetzung der Bevölkerung aus „Protestanten, Pietisten, Ultramontanen, Millionären, abhängigen Handwerkern und Bürgern" begründet. Glaubt Herr Tölcke, die Bevölkerung sei anderwärts unabhängig, anderwärts aufgeklärt? Dieselbe ist überall aus Arm und Reich, Klug und Dumm, und sehr vielen Abhängigen zusammengesetzt, und wo die Ultramontanen nur den dritten Theil ausmachen, da ist das Verhältniß wahrhaftig noch nicht das ungünstigste. Darnach wäre ja die ganze große Cultrbewegung fruchtlos, wir gelangten nirgends zur Majorität. Daß es ohne Anwendung gründlicher Mittel sehr leicht dahin kommen könnte, glaube ich sehr gern, doch werden alle vernünftigen Männer in der Partei auf dem Platze sein, um dies zu verhüten.

Es ist mein sehnlichster Wunsch, überall eine recht große Anzahl solcher Parteigenossen zu wissen, die, wie in Iserlohn, Jahrzehntelang treu aushalten, und gerade diesem meinem Wunsche entsprang mein Vorschlag. Wir müssen meiner Ansicht nach unbedingt darauf sehen, daß uns die einmal aufgerüttelten Massen nicht wieder verloren gehen; doch um die Mittel zu finden, die vorhandenen Mittel richtig zu gebrauchen, darüber müssen wir diskutiren. Ich habe mit meinem Vorschlag noch keineswegs einen endgültigen Plan feststellen wollen, nur eine Anregung wollte ich zunächst geben, wie ich ausdrücklich am Schlusse hervorgehoben. Theoretische Erwägungen und praktische Erfahrungen ließen mich, um eine möglichst feste Ueberzeugung unter den Neugewonnenen zu verbreiten, das gedruckte Wort als geeignet erwählen. Seit Erfindung der Buchdruckerkunst beginnt ein geistiger Aufschwung des Abendlandes, welches ja allem Anschein nach und in Anbetracht der auf unserm Erdball bisher unerreichten Höhe der wissenschaftlichen und technischen Entwickelung berufen scheint, den Sozialismus zu verwirklichen. Ist die Erfindung der Buchdruckerkunst nun wirklich dieser Ausgangspunkt, so spielt ohne Zweifel das gedruckte Wort, die durch die Maschine vervielfältigte Wiedergabe des Gedankens die Hauptrolle und — diese spielt das gedruckte Wort heute noch. Es ist nur noch die Frage, welche Form, ob Presse oder Broschüre für die Agitation die wirksamste ist, resp. welche Bestimmung die Tageszeitung hat, und welche der Broschüre beigelegt werden kann — und da bin ich zu dem Schlusse gekommen, daß die letztere die geeignetste Form ist. Die näheren Gründe habe ich bereits besprochen.

Noch eine Mahnung möchte ich den Parteigenossen zurufen: Schlafen wir nicht bei dem beruhigenden Gedanken, daß Einzelne wachen; in diesem großen Kampfe müssen wir Alle auf dem Posten sein. Es ist nicht gesagt, daß alle Organisationspläne aus dem Kreise derjenigen Parteigenossen hervorgehen müssen, welche von uns gegenwärtig mit der Leitung der Geschäfte, der Führung der Partei beauftragt sind; diese Genossen haben gewöhnlich so schon genug zu thun. Wir müssen uns vielmehr in unserm engeren Staate, dem sozialistischen Parteistaate, Alle miteinander an der Politik betheiligen, wir alle miteinander müssen berathschlagen, wie der Zweck unseres Staates: die Ausbreitung der gründlichsten Aufklärung unter den Massen trotz der geringen Bildung derselben am sichersten und schnellsten erreicht wird. Denn darüber täusche man sich ja nicht — ohne Ueberzeugung der Massen kein Heil, keine Demokratie, sondern wieder nur Cliquen- und Personenwirthschaft und Reaktion.

An die Führer unserer Partei richte ich die Bitte, den von mir gemachten Vorschlag möglichst objektiv zu betrachten und darnach zu handeln. Auch der Redaktion des „Vorwärts" gilt diese Bitte, von welcher ich gewünscht hätte, daß sie statt der den Vorschlag begleitenden Bemerkung, daß „der Vorschlag kaum ausführbar sein dürfte"*) lieber entweder Gründe dafür angegeben, oder den Vorschlag überhaupt besprochen, oder aber die unnöthige Bemerkung, die nur hindernd wirken kann, unterlassen hätte. Die Unausführbarkeit erscheint mir vorläufig nicht erwiesen, die Kosten sind gering und Schaden kann die Partei dabei nicht nehmen, im Gegentheil würde manche unserer Genossenschaftsbuchdruckereien, sobald sie in Bedrängniß ist, den Druck der Broschürenmassen als willkommene Arbeit begrüßen.

Und nun Genossen, nochmals: Seien wir eingedenk unserer Pflichten! Wird auch wirklich auf dem nächsten Congreß eine neue Organisation geschaffen, so kann doch nie genug geschehen. Die massenhafte Verbreitung unserer vorzüglichen Broschüren kann ganz gut neben unserer Organisation vor sich gehen, weil sie wenig kosten würde. Die Verbreitung von Broschüren würde, wie es mir scheint, am wirksamsten in Versammlungen nach gehaltenen Vorträgen sein, allen Parteigenossen aber würde ein gutes Agitationsmittel an die Hand gegeben.

Ich glaube nun meine Pflicht gethan zu haben, möge Jeder die seinige thun. Mit Gruß an die Parteigenossen

P. Köhler.

*) Sie fügte aber hinzu: — „jedenfalls nicht in der vorgeschlagenen Form", und deutete damit an, daß ihre Bedenken sich nicht gegen das Wesen des „Vorschlags" (der beiläufig nicht der einzige dem gleichen Ziel zustrebende ist) richtet. Da die Angelegenheit in wenigen Tagen auf dem Congreß zur Diskussion kommen wird, so verzichten wir hier auf weitere Bemerkungen. R. d. V.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 830 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuje, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 61. Sonntag, 27. Mai. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Quintessenz des Sozialismus.

Von C. A. Schramm.

I.

Vor längerer Zeit ist die vorstehend bezeichnete Schrift des Professors Schäffle in diesem Blatte anerkennend besprochen und warm empfohlen worden. Auch ich kann mich dem damals ausgesprochenen Urtheile nur anschließen und das eingehendste Studium dieser Broschüre allen Gesinnungsgenossen anrathen; sie werden darin das Material finden, um nicht einen bindenden Contrakt gelten, sondern nur die Bereitwilligkeit resp. die Wünsche und Forderungen der einzelnen Aerzte ausdrücken und diejenigen Civil-Aerzte feststellen, welche:

1. bereit sein würden

a) für die Dauer des Feldzuges (als Chefärzte, ordinirende oder assistirende Aerzte),

b) vorübergehend (mindestens aber auf 6 Wochen), als ordinirende oder assistirende Aerzte in einem Kriegs-Lazareth Dienste zu thun.

2) Diejenigen, welche mit einer Verwendung (als dirigirende, ordinirende oder assistirende Aerzte) bei einem Reserve-Lazareth außerhalb ihres Wohnorts einverstanden sein würden.

3) Diejenigen, welche im Falle eines Krieges in ihren Wohnorten die ärztlichen Funktionen (als dirigirende, ordinirende oder assistirende Aerzte) bei den daselbst zu errichtenden Reserve-Lazarethen zu übernehmen bereit sind.

Hierbei wird bemerkt:

ad. I. daß auch die Erfüllung angemessener Wünsche dieser Aerzte möglichst erstrebt wird, insonderheit für die in Feindesland (bei Kriegs- und Etappen-Lazarethen) verwendeten;

ad. II. daß auch die jüngeren approbirten Aerzte als ordinirende Aerzte Verwendung finden können, insofern dieselben als tüchtig und zu der gewünschten Stellung qualifizirbar bezeichnet werden können.

man z. B. die Centrifugalkraft erklären, wenn man dabei nicht zuerst von der entgegenwirkenden Centripetalkraft absehen wollte!

Karl Marx, „dieser geistreiche, aber so wenig scharfsinnige Mann, daß er nicht im Stande ist, complizirte Erscheinungen auf ihre Elemente zurückzuführen", wie sich Herr Professor Roscher l. c. Seite 46 wohl aus Revanche für die ihm von Marx vorgeworfenen „Kindereien und Beobachtungen in der Kinderstube" auszudrücken beliebt, — hat diese besondere Klasse von nicht vermehrbaren Werthobjekten noch nicht behandelt; trotzdem kann nur ein oberflächlicher Leser seines Werkes ihm den Vorwurf machen, daß er diese Werthobjekte vollständig ignorire. Er sagt darüber 1. Auflage Seite 61:

„Die Preisform läßt jedoch nicht nur die Möglichkeit quantitativer Incongruenz zwischen Werthgröße und Preis, d. h. zwischen der Werthgröße und ihrem eigenen Geldausdruck zu, sondern kann einen qualitativen Widerspruch beherbergen, so daß der Preis überhaupt aufhört, Werthausdruck zu sein, obgleich Geld nur die Werthform der Waaren ist. Dinge, die an und für sich keine Waaren sind, z. B. Ehre, Gewissen u. s. w. können ihren Besitzern gegen Geld veräußerlich sein und so durch ihren Preis die Waarenform erhalten. Ein Ding kann daher formell einen Preis haben, ohne einen Werth zu haben. Der Preisausdruck wird hier imaginär, wie gewisse Größen der Mathematik oder das „unendliche Urtheil" der Logik. Wo wir jedoch für wesentliche Produktionsverhältnisse derartige imaginäre Preisform finden, wie z. B. Preis des Grund und Bodens, obgleich der Boden, weil keine menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht ist, auch keinen Werth hat, wird die tiefere Analyse unter der imaginären Form, stets ein wirkliches Werthverhältniß oder von ihm abgeleitete Beziehung verborgen finden."

Vom europäischen Kriegsschauplatz „nichts Neues". Die russische Aufstellung an der Donau geht über Erwarten langsam vor sich.

Als heiteres Zwischenspiel in dieser Kriegstragödie sei erwähnt, daß das großmächtige Fürstenthum Rumänien den Krieg an die Türkei erklärt hat, und das ebenso großmächtige Königreich Griechenland ihn erklären will. Da wird der Sultan ein paar Compagnien mehr unter die Fahne zu rufen haben.

— „Fortschritt" und „Liberalismus" zanken noch immer um den Vortritt in der Candidatenfrage bei den bevorstehenden Berliner Nachwahlen zum Reichstag. Die „Liberalen" wollen von der Aufstellung eigener Candidaten jetzt zwar absehn, ihren Einfluß auf die Candidatenliste gedenken sie dagegen, wie die „Volkszeitung" zu ihrem Leidwesen eingesteht, nicht aufzugeben. Das mögen die „feindlichen Brüder" halten wie sie wollen — ob die Candidaten der Geldsackpartei fortschrittlich-liberal oder liberal-fortschrittlich angehaucht sind, das kümmert die Berliner Kleinbürger und Arbeiter wenig, nachdem sie den fortschrittlich-liberalen Humbug durchschaut haben.

— Der Nothstand ist der liberalen Presse ein Dorn im Auge, und wenn sie zu seiner Beseitigung sonst auch nicht den kleinen Finger rührt, so ist sie dagegen um so eifriger bemüht, ihn aus der Welt zu lügen. Besonders zeichnen sich in diesem Bestreben aus die „Sozial-Correspondenz" des Prof. Böhmert

Die russischen Sozialisten und die orientalische Frage.

II.

„Rußland führt den Krieg gegen die Türkei im Namen der Humanität und der europäischen Civilization. Das Humanitätsgefühl unserer herrschenden Klassen ist durch die türkischen Greuel tief verletzt worden, was mit Blut gerächt werden muß." Wir werden hier nur zwei Thatsachen anführen, um die Humanität unserer „Herren" ins rechte Licht zu stellen. Im Jahre 1862/3 standen die Polen auf, um das Joch eines fremden Volkes abzuschütteln, ebenso wie dies jetzt die Südslaven bestrebt sind zu erreichen. Es ist wohl möglich, zwischen beiden Aufständen einzelne nebensächliche Unterschiede zu entdecken, aber das Hauptziel beider war: die Erringung der politischen Unabhängigkeit. In ihrem Unabhängigkeitskampfe lieferten die Polen unzählige Beweise von Opfermuth und heißer Vaterlandsliebe, was allein schon genügt, um bei humanen und gerechtigkeitsliebenden Männern Sympathien für dieses Volk zu erwecken. Und dennoch hegten die herrschenden Klassen in Rußland keine Sympathie für das polnische Volk, sondern für dessen Henker: Murawjeff, Berg, Trepoff und auch für Herrn Katkoff, den man damals für seine mordspatriotischen Artikel besonders auszeichnete.

Erwähnen wir noch eine Thatsache. Was erstrebte die russische Jugend seit den sechziger Jahren? Will sie denn nicht das Wohl ihres Vaterlandes? Bewies sie nicht in tausend Fällen ihren Opfermuth, ihre große Bereitwilligkeit, allen materiellen Gütern zu entsagen, nur um ihrem Vaterlande die Möglichkeit zu geben, sich vernünftiger und naturgemäßer [illegible] doppelt so groß als das des „Vorwärts"): den oben genannten „Milwaukee Sozialist", den „Chicago Sozialist" und „Die Volksstimme des Westens". Die Zahl der sozialistischen Wochenblätter in den Vereinigten Staaten beläuft sich unseres Wissens auf fünf in verschiedenen Sprachen: drei deutsche und zwei englische.

Congreß der deutschen Sozialdemokratie.

Als Delegirte sind weiter angemeldet: Lübeck: J. Heyer. Cottbus: O. Kappel. Bremerhafen: W. Frick. Magdeburg: W. Habermann. Sonneberg: H. Oehme. Strießen: W. Paschky. Erfurt: Fr. Klute. Breslau: C. Just. Hahnenberg: H. Lange. Achim-Verden: Lingner. Liegnitz: Alex. Schlesinger. Reichenbach-Neurode: Aug. Kühn. Harburg: J. Steffens. Greiz: J. Auer. Mühlheim a. Rhein: E. Weismann. Pforzheim-Carlsruhe: Chr. Lehmann.

Hamburg, den 23. Mai 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: J. Auer, Pferdemarkt 37.

Aus der „Neuen Welt."

San Franzisco, 25. April 1877.

Bevor ich das zweite Drittel meiner gegenwärtigen Reise um die Welt, zunächst nach den Sandwichsinseln und Australien, antrete, will ich Euch zur Veröffentlichung im „Vorwärts" einiges von meinen seit beinahe acht Monaten auf amerikanischem Boden gemachten Beobachtungen mittheilen.

Um aber ein richtiges Bild von den gegenwärtigen Zuständen in den Vereinigten Staaten geben zu können, muß ich vergleichsweise einen kurzen Rückblick auf die Erfahrungen meiner zwei früheren Reisen in Nordamerika werfen.

Vor 25 Jahren, bei meinem ersten Besuche, sah es im Vergleich zum alten Europa, wo kurz zuvor mit Hülfe der Bajonette Gewaltstreiche auf Gewaltstreiche zur Niederhaltung der freien selbstständigen Entwickelung der Völker gefolgt waren, materiell sehr günstig aus. Einheimische, wie frisch Eingewanderte kamen rasch und leicht zu Verdienst und fand bei niedrigen Zöllen ein reger Verkehr zwischen europäischen, namentlich englischen, französischen und schweizerischen Fabrikaten*) und den einheimischen Bodenerzeugnissen statt. Diese Finanzpolitik war das Werk der damals in der Bundesregierung, sowie in den meisten einzelnen Staaten am Ruder befindlichen Partei der Demokraten oder Sklavenhalter, unterstützt von den Großhändlern der östlichen Staaten und von dem katholischen, hauptsächlich äußerst zahlreichen irländischen Pfaffenthum. Außer Bereicherung ihrer Parteiagenten mit gewinnbringenden Beamtenstellen thaten diese Ausbeuter par excellence wenig oder gar nichts für Aufklärung und Pflege der Schulen, und nährten sie insbesondere den Haß gegen das von der Reaktion aus dem alten Vaterland vertriebene starke Kontingent freisinniger, gebildeter, Turn-, Gesang- und Schulvereine gründender Deutschen. Das „damned dutchman" (verfluchter Deutscher) konnte man damals bei jedem Schritt und Tritt hören.

Den Demokraten opponirte, doch ohne auch nur vorübergehend zur Herrschaft gelangt zu sein, die Partei der „Whigs", welche Erhöhung der Zölle für Schaffung einer einheimischen Industrie, Verbesserung und Ausbreitung der Schulen und Beschränkung der Sklaverei verlangten und dem eingewanderten Element freundlich und die Vorläufer der völlige Abschaffung der Sklaverei fordernden Abolitionisten waren.

Bei meinem zweiten Besuche vor 5 Jahren mußte ich im höchsten Grade über den Fortschritt erstaunt sein, welchen die Vereinigten Staaten in dem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum von 20 Jahren gemacht hatten. Die Demokraten, machtlos und von den Bundesämtern verdrängt, konnten nur mit theilweiser

*) Deutschland wie Italien war damals im Fabrikwesen für den Export noch sehr zurück. A. G.

nach Kansas gekommen und hatten jede Wahlstätte mit Ausnahme einer einzigen besetzt (Manhattan). Sie wählten die Behörden und die Legislative und diese votirte sofort die Sklaverei. Den Gegnern wurde das Bürgerrecht versagt, die Presse geknebelt und jede Verletzung der „berechtigten Eigenthümlichkeit" des Sklavenhandels, jede Beihilfe bei einer Sklavenbefreiung mit Todesstrafe bedroht. Die Nordstaatler verweigerten den Gehorsam, 500 Mann stark sammelten sie sich bewaffnet in Lawrence, bildeten rasch ein geordnetes Militärcorps, übten sich täglich zum geschlossenen Kampfe in Schlachtordnung und stießen den Missouriern solche Furcht ein, daß sie sich aus der Stadt in die vereinzelten also schutzentblößten Ansiedlungen zurückzogen, obgleich sie dreimal stärker waren als die Nordstaatler. Der Gouverneur eilte vergeblich Frieden stiftend herbei, doch umsonst erhoben die Bürger Beschwerde über die Gewaltakte, welche die Südstaatler sich erlaubt hatten — der Gouverneur, ein gefügiges Werkzeug der Sklavenbarone veranlaßte keine Untersuchung. Die Sache blieb in der Schwebe, vierzehn Tage lang beobachten einander die feindlichen Parteien, die Einen plündernd, die Andern gezwungen unthätig. Keiner fing an. Da erschien mit einer Waffenladung und in strammer Begleitung, die in Waffen starrte, John Brown. Mit Jubel wurde er begrüßt und sofort machte er sich daran, die junge Mannschaft zum sofortigen Kampfe gegen die Missouri-Abtheilung vor Lawrence aufzureizen. Aber sein Bemühen, eine Entscheidung herbeizuführen, scheiterte am Widerstande des Corpsgenerals Lane, eines sehr vorsichtigen Friedensmilitärs, und des sog. Wohlfahrtsausschusses. Empört verließ er mit seiner Abtheilung die „verderbengeweihte letzte Festung der Freiheit", als man mit Shanon, dem Schandgouverneur, einen schimpflichen Vertrag abschloß, worin man ihn als widerrechtlich gewählt anerkannte und damit den ganzen Rechtsboden völlig verschob. Als Brown aufbrach, um den Guerillakrieg zu eröffnen, sollte ihn ein Kriegsgericht verurtheilen, er aber ließ dem „General" Lane sagen: „Wenn er will, daß ich fechte, braucht er's nur zu sagen; aber das ist auch die einzige Ordre von ihm, die ich befolgen werde." Der abgeschlossene Vertrag ermuthigte die Missourier nur zu neuen noch empörenderen Freveltaten.

(Schluß folgt.)

Ein Amulet gegen ehelichen Zwist.

Es sind einige Jahre her, daß ein Redakteur dem Unterzeichneten gegenüber äußerte, man könne den „Volksstaat" eigentlich nicht ohne Glacehandschuhe lesen wegen der rohen Sprache, die er führe. Wir bringen im Nachfolgenden einen Auszug von Wörtern aus einem zweiundeinhalb Seiten langen Artikel der „Gegenwart" (Nr. 14, Jahrgang 1874), der unseren bekannten Johannes Scherr zum Verfasser hat. Scherr gehört zur Zeit zu den fleißigsten Mitarbeitern an dem Blatte des oben erwähnten Redakteurs:

„Dummheit, Niedertracht, Narren, Mauleiel, Corruptionshandkasse, schmutzig, politische Zigeuner, unverschämte Phrase, kurzdärmiges Gedächtniß, Unverschämtheit, Franzosenhaut, Orakeler, Zukunftsgras, Nasenspitzen, Starrheit, Schwindel, Fastnachtsnarr, verdezemberte, betedeumte, zweischlächtiger Balg, Bande, vergeckter, Parteibornirtheit, Unstaatsmann, Hampelmann, spanische Wand, verbrauchter Greis, Experimentelotterie, mittelaltersüchtigen, Petrefakt, kapetingische Tertiärperiode, Importirer, Asinokratie, Geldjudendynastie, hinausgeschmissen, Trikoloreschwenker, abgebettelten, souveräner Unverstand, souveräne Unwissenheit, reine Lächerlichkeit, bonapartistische Bande, inthronisirte, explosivischen, Gloirestrick am Nasenringe, Sonntagspuppphrase, Phrasenmühle, beispiellose Frechheit, notorische Unfähigkeit, Putscherich, Emeutenfeil, Taschendieb, Geistesarmuth, Impotenz, gemeine Instinkte, Landsknechtschaft, Pfafferei, Volksdummheit, schlechte Musikanten, in Unterthänigkeit ersterbende Purzelbäume verüben, Hofräthlichkeit." Amen.

Ich hatte gerade vorstehenden Auszug beendet, als meine Frau mich — ich weiß nicht mehr aus welchem Grunde — zu zanken begann. Laut fing ich an die Scherr'schen Extrakte herunterzuleiern. Das half; vor solchen Worten verstummen selber Seraphzungen. Seit dieser Zeit trage ich das Manuskript als Amulet bei mir.

Kurt Mook.

Ein Frühlingslied.

(Im Stil des Johannes Scherr.)

Dieweil der Lenz nicht kommt, der Kerl,
Inmaßen wir ihn längst ersehnt,
Drumb wird in keiner Liedervers'
Aus unserm Schnabel er erwähnt.
Und derowegen zanken wir
Anitzt in eigenster Manier,
Und heben solcher Maßen an:
Du Kataklysma, Kaliban,
Mauleiel, Schwindler, Narr, Cyklop!
Und schweigen baß, eh' wir zu grob.

Kurt Mook.

nem Worte im Namen des arbeitenden Volkes eine Gegenbewegung einleiten und müssen Jedermann beweisen, daß unsere herrschenden Klassen nur ihre eigenen, dem Volke schädlichen Interessen verfolgen.

Die russischen herrschenden Klassen sind sich ihrer Lage bewußt, und deshalb schreien sie dem Czar Hurrah zu und begrüßen ihn als den Befreier. Das ist aber auch sehr leicht begreiflich, denn den Interessen der herrschenden Klassen wird keine Gefahr durch den Krieg entstehen, im Gegentheil, ihre materielle Lage wird durch denselben gebessert und ihr Antheil an politischer Macht vergrößert. Das Volk aber muß ebenfalls seine Lage erkennen und sich als die Macht im Staate betrachten lernen, in deren Händen sich die Entscheidung über Krieg und Frieden befinden sollte. Sind wir russischen Sozialisten in diesem Sinne thätig, dann wird der Sozialismus auch in Rußland gar bald zu einer Macht werden, mit der die russische Regierung wird rechnen müssen.

Wir wissen zwar sehr gut, daß unsere Thätigkeit in dieser Hinsicht keine allzugroßen Erfolge erzielen wird; unser Volk wird nicht in Masse gegen den Krieg protestiren, aber man muß ihm den Gedanken an die Möglichkeit eines solchen Protestes einimpfen. Man muß ihm klar machen, daß es das Recht hat, über sein Wohl und Weh zu entscheiden. Mit der Verbreitung solcher Ideen ist schon viel gethan, und auch der jetzige Krieg wird dem Volke die Augen öffnen helfen. Unser Losungswort sei darum: Vorwärts!

Herr Dr. Stephan und die Frauenemanzipation.

Der Generalpostmeister ist bekanntlich ein Gegner der Frauenemanzipation uud hat s. Z. im Reichstage erklärt, daß das weibliche Geschlecht seiner Natur nach nicht zum Staatsdienst tauge. Als er aber die Leitung des Telegraphendienstes übernahm, fand er in diesem Ressort weibliche Angestellte bereits vor. Eine arge Verlegenheit für den Weiberfeind! Die Maßregel seines Amtsvorgängers rückgängig zu machen, mochte ihm wohl als zu gehässig erscheinen, aber es muß bei dieser Lage der Dinge auch verständlich erscheinen, wenn Herr Dr. Stephan sich, wie durch manches Andere, so auch durch ein Uebermaß von Fürsorge für die seiner amtlichen Obhut anvertrauten Mädchen und Frauen nicht auszeichnet.

Die Klagen der unteren Verkehrsbeamten über ihre Lage sind allgemein. Der Chef der deutschen Post und Telegraphie hat diese Klagen bekanntlich bei der letzten Etatberathung im Reichstage auf die Undankbarkeit etlicher „Federbanditen“ und anderer „dunkeler Ehrenmänner“ zurückführen zu sollen geglaubt. Diese unüberlegten Aeußerungen haben, wie sich Jeder überzeugt haben wird, der Gelegenheit hat, mit Subalternbeamten zu verkehren, in diesen Kreisen, und zwar bei allen Amtsgattungen, eine heftige Reaktion erzeugt. Man erblickt jetzt vollends in den unteren Post- und Telegraphenbeamten die Parias unter den vom Staate Angestellten, und die lange genährte Unzufriedenheit mit dem Generalpostmeister hat sich bedeutend verschärft. Wie erstaunlich tief aber die sicher für den Staat nicht heilsame Kluft zwischen dem höchsten und den niederen Beamten im Post- und Telegraphenfache geht, beweist der Umstand, daß das Gerücht aufgetaucht ist, der Generalpostmeister habe, um seine Ansichten bezüglich der Anstellung von Telegraphistinnen praktisch zur Geltung zu bringen, die Oberbehörden vertraulich angewiesen, diesen Mädchen den Dienst so lange zu erschweren, bis sie denselben quittiren. Wir werden solchen Angaben keinen Glauben schenken, bis ihre Richtigkeit erwiesen ist; sie zeigen aber doch, welcher Fürsorglichkeit die Unterbeamten der Post und Telegraphie sich an ihrem Chef glauben versehen zu müssen! Welche Behandlung den weiblichen Telegraphenbeamten thatsächlich zu Theil wird, darüber liegt uns ein beredtes Zeugniß vor. Es ist ein Brief einer ehemaligen Telegraphistin an ihren Bruder, die, weil sie in nicht gerade dürftigen Verhältnissen lebt, nach zweijähriger amtlicher Thätigkeit diese als zu beschwerlich selbst für ihre gesunde und kräftige Natur aufgegeben hat und jetzt zufällig Gelegenheit hatte, wieder einmal einen Blick in die Räume zu thun, in denen sie ehemals wenig freudenreiche Tage verlebt hat. In diesem Briefe heißt es:

„Gestern war ich auf dem Amte zur Vertretung einer früheren Collegin und ich fand', daß alle Mädchen sehr elend aussahen und so verschüchtert, daß es Einem weh' thun konnte. Eine nach der Andern schüttete mir ihr Herz aus und zwar besonders diejenigen, die sonst die tapfersten waren und die nicht so leicht klagen, weil sie dazu zu stolz sind. Der Dienst ist, was die Zeit desselben anlangt, noch etwas schwerer als im vergangenen Sommer, und er ging wirklich schon damals über die Kraft eines Menschen. Unsere Damen sind wahrhaftig gesund, sie haben nicht Zeit krank zu sein und besitzen alle eine seltene Energie; unsere Herren sind daneben wahre Schlafmützen und Schwächlinge. Aber es ist zu thun, daß man nicht eine Minute zur Besinnung kommt; das ist nicht übertrieben: nicht eine Minute, besonders seit dem Kriege! Die Damen können nur im Fluge ihr Essen hinunterschlingen; ein bischen früher nach Hause gegangen, wie sonst, wird nicht mehr.

„Wenn ich einmal zu Fräulein S. sagte: „es ist doch recht schwer;“ auf die Dauer würde es doch für die Damen unerträglich werden, dann meinte sie: „Ach, mein M.'chen, Sie werden sehen, wir werden es Alle aushalten, es ist ja nicht so schlimm, wenn man nur gesund ist.“ Jetzt sagt sie: „Man lebt ja hier gar nicht mehr wie ein Mensch. Für nichts habe ich mehr Interesse (und sie hat von Natur einen sehr lebhaften Geist), ich bin nur glücklich, wenn ich ganz still sitzen kann. Zu Hause bin ich schon ganz unleidlich, ich bin empfindlich, sogar grob und habe zu nichts Lust. Wenn ich einmal etwas lese oder ins Theater gehe, kann ich die ganze Nacht nicht schlafen. Es wäre besser, sie gäben uns lieber Gift ein, wenn sie uns durchaus los sein wollen.“

Es folgt nun eine Mittheilung über die eingangs erwähnten Gerüchte bezüglich des Generalpostmeisters und dann fährt die Briefstellerin fort:

„Man kann freilich nicht wissen, ob dies wahr ist; es ist sogar ziemlich unglaublich, weil man ja dergleichen nicht würde zu unserer Kenntniß kommen lassen; aber wunderbar sind die in der neueren Zeit getroffenen Maßregeln allerdings. Die Tagesdienstzeit der Herren und Damen ist gleich; Nachtdienst haben nur Damen; für zwei Damen arbeitet jetzt je ein Herr bis 11 Uhr, das ist der Nachtdienst der Letzteren! Urlaub bekommen die Herren 14, die Damen 10 Tage. Bekanntlich sind die sogenannten Hughes-Apparate eingeführt; da dieselben sowohl körperlich wie geistig eine doppelt so große Anstrengung verlangen wie die Morse-Apparate — die Nerven müssen beim Gebrauch der neuen Apparate mit der Zeit zu Grunde gehen, denn die Apparate arbeiten mit einem Gerassel, kaum zu ertragen —, so saßen an denselben früher nur stundenweise abwechselnd Herren daran. Jetzt sind Damen daran beschäftigt, und zwar beständig; nur vier Damen, also immer zwei während des ganzen Tages. Fräulein B., ein Mädchen von zartem Wuchs, die aber große Willenskraft besitzt, — sie hat viel Verstand und ist eine der kühnsten — hat es gewagt, zum Aufsichtsbeamten die Bemerkung zu machen, daß sie die Arbeit am Hughes-Apparat ohne Ablösung nicht mehr aushalten könne. „Sie müssen mir Ablösung verschaffen“, sagte sie, „oder ich arbeite nicht mehr. Ich kann meinen Eltern nicht zur Last fallen, darum muß ich dafür sorgen, daß ich nicht krank werde; die Station wird nicht für mich sorgen.“ Darauf antwortete der Vorgesetzte: „Wenn Sie solche Redensarten machen, werde ich es der Station melden. Sie haben zu arbeiten und nichts zu reden; wenn Sie krank werden, lassen Sie sich vom Arzt ein Attest geben, dann ist es gut!“ Derselbe Beamte saß neulich Eine Stunde an demselben Apparat; da warf er Alles fort und rief: „Da kann man ja den Verstand verlieren!“ Das kleine Mädchen muß aber bis Abends 10 Uhr den Verstand behalten, und ihn am nächsten Morgen um 7 Uhr wieder haben. Vorgestern hat sie von 7 bis 1 Uhr an dem Apparat gearbeitet, ohne frühstücken zu können; um 1 Uhr wurde ihr dann die Mittheilung gemacht, sie müsse noch bis 3 Uhr bleiben! Eine schlimme Sache ist es ja allerdings, daß im Sommer immer Beamtenmangel herrscht; aber warum herrscht er? Warum werden nicht mehr Telegraphistinnen angestellt?

„Die Dinge liegen in der That so, daß die ganze Arbeit in den Händen der Damen ist; die Herren sind theils „auf Bau“, d. h. sie zählen die Stangen, welche die Arbeiter einsetzen müssen, sie richten Stationen ein, wozu auch nicht besonders viel Geist gehört, und haben dann auf diesen kleinen Stationen für den Sommer den schönsten Aufenthalt mit lächerlich geringem Dienst. Herr S., der unser Fräulein H. heirathet, geht jetzt auch „auf Bau“, um mit ihr die Flitterwochen zu verleben, und die anderen armen Mädchen müssen arbeiten und nichts als arbeiten. Ist es ihnen da zu verdenken, wenn ein hübsches, junges, kluges Mädchen wie Fräulein H. den alten Obertelegraphisten S. heirathet, der sie wenigstens auf Händen tragen wird, wenn es auch eigentlich eine traurige Existenz ist, der sie entgegengeht; aber sie fügt sich eben eher darein, als daß sie sich zu Tode arbeitet. Es scheut ja Niemand die Arbeit, aber soviel Arbeit, daß sie alle Kraft lähmt, das ist doch zu viel. Und nun sollen die Telegraphistinnen nicht einmal mehr ihre Tantieme und Nachtgelder bekommen. Das ist zwar noch nicht gewiß; es heißt, daß erst der Etat geregelt werden müsse, aber jedenfalls werden sie nicht mehr als etwa die Hälfte erhalten: also Gehaltsabzug und Arbeitsvermehrung. Herr P. hat als Volontär eine sechswöchentliche Uebung, die Herren L. und E., wahre Kolosse von Gestalt, sitzen unten im Bureau, führen Bücher — eine spielende Arbeit —, laufen umher, amüsiren sich, die anderen Herren sind „auf Bau“, und die Damen sitzen an den Apparaten.

„Gestern besprachen dieselben, ob man sich etwas davon versprechen könne, eine Bittschrift an den Postdirektor zu richten; aber das ist ein schlimmes Ding; Mädchen sind in solchen Sachen wenig bewandert, sie wissen nicht mit dem Recht Bescheid, sie wissen nicht, was sie sagen dürfen und was nicht. Sie haben auch keine klare Vorstellung davon, welche Forderungen aufzustellen wären; aber Alle haben das deutliche Gefühl, daß ihnen Unrecht geschieht, und das ist auch der Fall, die Ungerechtigkeit liegt auf der Hand. Indessen die Antwort würde wahrscheinlich lauten: „Ja, was wollen Sie denn? Sie sind ja gar nicht angestellte Beamte; Sie sind ja nur Hilfsarbeiterinnen, Sie haben ja ganz und gar keine Rechte. Wenn es Ihnen nicht paßt, bitte! die Thür steht offen. Uns sehr angenehm, wenn Sie gehen.“

„Was können die Armen also thun? Uebrigens dürfen sie ja auch nichts sagen und fragen; dies nicht zu thun, haben sie sich im Diensteid verpflichtet. Sie haben zwar alle Pflichten der Beamten, aber keine Rechte. — Verzeih, daß ich in meinem Briefe über Dinge lamentire, die Dir und eigentlich auch mir vollständig gleichgiltig sein könnten; aber mir thun meine Colleginnen gar zu leid, und diese schreiende Ungerechtigkeit empört mich.

„Fräulein S. meinte, es wäre vielleicht gut, wenn über diese Angelegenheit etwas in öffentliche Blätter käme, etwa in die „Gartenlaube“; sie ist vielgelesen und gerecht und hat sich ja schon der Berliner Telegraphistinnen angenommen. Aber das würde vielleicht die entgegengesetzte Wirkung von dem haben, was die Mädchen wünschen. Der hiesige Direktor ist herzensgut, aber er kann nichts thun; er erfüllt höhere Befehle. Jetzt geht er auch schon wieder fort. Alle zittern! In Berlin erschien einmal in einer Zeitung ein Artikel, der die Telegraphenverwaltung angriff und der wahrscheinlich von einem Verwandten einer Telegraphistin ausging. Darauf fand eine strenge Untersuchung bei den Damen statt. Aber die hielten treu zusammen; keine Verrätherin war unter ihnen, und ich glaube, in Berlin sind hundert Damen bei der Telegraphie beschäftigt — denke nur!

„Glaubst Du wohl, daß es darauf abgesehen sein könnte, die Mädchen los zu werden? Es wäre doch komisch. Die Damen sind vollständig leistungsfähig bei vernünftigen Ansprüchen. Sie haben natürlich weit mehr Bildung als die gleichgestellten, ja sogar als höher gestellte männliche Beamte; man könnte sie auch zu diesen höheren Stellen heranziehen, wenn sie denselben technischen Unterricht erhielten, wie die Herren. Dabei sind sie viel billiger, warum also sie entfernen? Und übrigens, etwas muß der Staat doch für das Volk thun, oder gehören die Mädchen nicht zum Volke? Was soll aus ihnen allen werden? Gouvernanten sind schon mehr als genug da, und jedes Mädchen ist auch nicht geschickt dazu; von den Damen auf dem Amte z. B. nur sehr wenige. Hinter dem Ladentische stehen auch schon genug, und es ist ja schade, da soviel Geist umkommen zu lassen; schon bei dem subalternen Telegraphendienst ist es schade darum. Also, wie gesagt, was soll aus Allen werden? Da wäre es ja am Ende wirklich besser, das Volk so dumm wie möglich zu lassen: dann hegte es wenigstens keine unbefriedigten Wünsche. Dann wollen wir wieder spinnen und mit Interesse Gespenstergeschichten lauschen.“ — — —

Wir haben hier Mittheilungen und Urtheile von einer persönlich Unbetheiligten. Diesmal gehen sie nicht von Leuten aus, die ihr Heil in der „schlechten Presse“ suchen. Der Briefstellerin fällt, indem sie an Zeitschriften denkt, nur die „gerechte Gartenlaube“ ein, bekanntlich ein Hauptorgan des besitzenden Bürgerthums. Diese Quelle muß also auch Herr Dr. Stephan als lauter anerkennen. Was wir aber aus ihr erfahren, ist lehrreich als ein kleiner Beitrag zur — Geschichte der Frauenfrage.

John Osawatomie Brown, der Negerheiland.*)

Einen Märtyrer der Freiheit führt uns das Prowe'sche Buch vor, John Brown, genanut Osawatomie, der kühne und begeisterte Bahnbrecher der amerikanischen Sklavenbefreiung, der sein hingebendes Streben für die heilige Sache der Unterdrückten mit dem Tod büßen mußte.

Zu einem Lorbeerkranz für den edlen Todten gestaltet sich die Schilderung, welche der Verfasser uns bietet, und die Blumen, welche er in den Kranz geflochten, sind Seufzer der Geknechteten und ihre Hoffnungen auf Erlösung, auf eine bessere glückseligere Zukunft.

Die arbeitenden Klassen Deutschlands dürfen der Feier John Brown's nicht fern bleiben. Die Sache, welche John Brown verfocht, ist eine allgemeine, ist die Sache der Menschheit, wenn ihr Schauplatz auch ein anderer Erdtheil und die Geknechteten, denen sein todesmuthiges Streben gewidmet war, auch anderer Hautfarbe sind, als wir sie tragen. Das stolze Wort des deutschen Gedankenfürsten: „Rechtsgleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt auf Erden“ — das uns zum Feldgeschrei in unsern Kämpfen geworden, war auch der Schlachtruf John Brown's. Seine Geschichte ist die eines der Unsrigen, und sein Name verdient es, mit großen Lettern in die Geschichte der Menschheit eingetragen zu werden.

Den Negerheiland nennt Herr Prowe unsern Helden. Wohl beseelte ihn die allgewaltige Menschenliebe und der hohe Gerechtigkeitssinn des Nazareners und wohl war er ein frommer Mann, doch war die Waffe, welche er gegen die Unterdrücker schwang, nicht das Wort, sondern das Schwert und irdische Glückseligkeit das nächste Ziel, das er den Geknechteten erringen wollte. „Das Land gehört dem Knecht, der es reich gemacht und der Frucht seiner Arbeit beraubt ist.“ Das war der leitende Gedanke, der ihn bei seiner kühnen Unternehmung beseelte.

In gedrängter Skizze wollen wir die Freunde mit John Brown näher bekannt machen. Wir folgen dabei der Prowe'schen Darstellung.

Kansas und Missouri bilden den Schauplatz des Dramas, in dem John Brown die Hauptrolle spielt. Im Jahre 1820 war zwischen Nord und Süd ein schimpflicher Compromiß geschlossen worden. Damals hatte die Congreßakte bestimmt, daß die Sklaverei nördlich vom 36½° Breite nie und nimmermehr eingeführt werden sollte und dürfe. Dafür war nur ein einziges Stück, nördlich von diesem Breitengrade und rechts vom Mississipi, nämlich dasjenige Territorium den „Sklavenkreuzrittern“ und zwar als ein für allemal allerletzter Beuteantheil hinzugefügt, welches man später Missouri taufte. Missouri bildete mit Arkansas und Louisiana den einzigen Strich rechtsmississipischen Landgebietes, welches nebst den zehn östlichen Südstaaten die kompakte Masse des Sklaventerrains von Nordamerika trennte. Zusammen waren das 13 künftige sog. Südstaaten. Freiboden war alles Land westlich von Missouri geworden. Da die dreizehn Nordstaaten der Zahl nach gleich, aber an Ausdehnung bedeutend geringer waren, so hatten die Staatsmänner von 1820, selbst die südlichen, den Compromiß für gut geplant gehalten. „Was zwischen den Flüssen Oregon und Missouri lag, war Sahara oder Gobi für die Generation von 1820.“ In einem Menschenalter hatte sich das aber gewaltig geändert. Texas war von Mexiko abgefallen und dieses hatte alles Land bis San Franzisco verloren. Am Sakramento war Gold gefunden und seit 1848 war in 6 Jahren die unermeßliche Fläche zwischen dem Missouri und dem goldenen Horn wie eine Poststraße bekannt geworden. Dieses gewaltige Anwachsen der nordstaatlichen Macht hatten sich die Südstaaten nicht träumen lassen; sie wußten die Aufhebung des 1820 geschlossenen Compromisses durchzusetzen und einen neuen Beschluß herbeizuführen, wonach die Besiedelung der zwischen Kalifornien und Missouri belegenen Territorien Kansas und Nebraska freigegeben und den künftigen Ansiedlern dieser Territorien das Recht ertheilt wurde, ihre heimathlichen Angelegenheiten und Einrichtungen im Rahmen der Constitution der Vereinigten Staaten selbst zu ordnen. — 1820 war Missouri preisgegeben worden als Lohn für die weitsichtige Möglichkeit: wenigstens westlich Missouris und nördlich vom 36½° für ewig die Sklaverei getilgt zu sehen, 1854 war Missouri zum wüstesten Sklavenzüchter-Territorium geworden und nun erhielt der Süden auch noch die Länder West-Missouris zur beliebigen weiteren Infektion. Die Missourigrenzer, die Kansas zu okkupiren anfingen, waren fast der gesammte, weithin aufgebotene und geradezu angeworbene Abschaum des ganzen von der Sklaverei verpesteten Südens. Bald war kein Nordstaatler mehr in Kansas seines Lebens sicher. Getheert und gefedert schickte der in's Amerikanische übersetzte Armagnaken-Landsknecht-Pöbel die rechtmäßigen Ansiedler über die Grenzen heim. Ihre Landbesitztitel riß er entzwei, ihre Blockhäuser brannte er nieder. Bei Todesstrafe mußten sie oft vor förmlichen Comités jener Pöbel-Armee Urfehde auf Nimmerwiederkehr schwören. — Im Norden erkannte man schnell die große Gefahr; man glaubte sie dadurch beschwichtigen zu können, daß man freie Ansiedler für Kansas und Nebraska warb und sie mit Vieh, Saatkorn, Fuhrwerk und Landbesitztiteln unterstützte. Die Maßnahme kam zu spät. Die Südstaaten verschmähten den ehrlichen Kampf. Die Wahl eines Congreßmitgliedes wurde durch 1700 bewaffnete Missourier entschieden, die in vollem Kriegszuge über die Grenze marschirt waren und als gesetzliche Kansasbürger abgestimmt hatten. Die Wahl wurde vom Congreß, den der Süden vollständig beherrschte, bestätigt.

Dies die politischen und sozialen Verhältnisse, unter denen die Söhne John Brown's von Ohio nach dem gefährdeten Kansas zogen. Sie waren ohne Waffen gekommen und wurden von den marodirenden Südstaatlern angegriffen, bestohlen, geplündert bedroht und insultirt. Sie wandten sich an ihren Vater um Waffen. Das war für ihn der längst ersehnte Moment, den Sklavenhaltern entgegen zu treten. Wir finden ihn auf einem Meeting, das die Abolitionisten von Newyork im Sommer 1855 nach einem Platze unfern der Grafschaft Esser berufen hatte. In begeisterten Worten predigte er den Kampf gegen die Sklavenhalter. Er erschien in Kansas als Vorkämpfer der Freiheit, um die Waffen zu erheben für das Recht seiner Mitbürger — gemäß dem klaren Wortlaut der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776:

„Daß alle Menschen gleichgeboren, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt sind, daß zu diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit gehöre; daß zur Sicherheit dieser Rechte unter den Menschen Regierungen eingesetzt seien, deren gerechte Gewalten von der Zustimmung der Regierten herstammen; daß allemal, wenn eine Regierungsform zerstörend in diese Endzwecke eingreife, das Volk das Recht hat, jene zu ändern oder abzuschaffen, eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solche Grundsätze zu gründen und deren Gewalten in solcher Form zu ordnen, wie es ihm zu seiner Sicherheit und zu seinem Glück am erforderlichsten scheint.“

Am 4. März 1855 war ein neuer Gewaltstreich von den Südstaatlichen verübt worden, 4900 bewaffnete Missourier waren

*) John Osawatomie Brown von Dr. Prowe, Direktor der Töchterschule zu Thorn an der Weichsel. Verlag von W. Brade jr.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 4. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauffermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 61. Sonntag, 27. Mai. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Quintessenz des Sozialismus.

Von C. A. Schramm.

I.

Vor längerer Zeit ist die vorstehend bezeichnete Schrift des Professors Schäffle in diesem Blatte anerkennend besprochen und warm empfohlen worden. Auch ich kann mich dem damals ausgesprochenen Urtheile nur anschließen und das eingehendste Studium dieser Broschüre allen Gesinnungsgenossen anrathen; sie werden darin das Material zur Widerlegung vieler landläufiger Angriffe finden, andererseits wird aber auch so mancher von unseren Heißspornen seine utopistischen Ansichten über die später einmal nothwendig werdende Umgestaltung der heutigen Form des Eigenthums, des Erbrechts, der Familie und Ehe an den Ausführungen Schäffle's klären und berichtigen können.

Wenn ich nun nochmals auf diese Schrift zurückkomme, so geschieht es, weil ich das Parteiorgan für den Platz halte, an welchem die scheinbar so wuchtigen Angriffe Schäffle's zurückgewiesen, seine falschen Schlüsse aufgedeckt und die in der sonst so klaren Schrift enthaltenen Irrthümer berichtigt werden müssen. Da dies von anderer Seite noch nicht geschehen ist, will ich mich der, meines Erachtens im Interesse der Sache unabweisbaren, Aufgabe hier unterziehen.

Professor Schäffle bestreitet die Richtigkeit der Marx'schen Werththeorie, wie das alle, der französischen Schule angehörenden Oekonomen thun; er führt als Hauptargument den Satz in das Feld, daß nicht nur die Arbeit, sondern auch der Gebrauchswerth der Waaren den Tauschwerth bestimme.

Ich glaube in meinen früheren Artikeln, auf die ich hier wohl Bezug nehmen darf,*) die Marx'sche Werththeorie für Jedermann verständlich dargestellt auch das völlig Unzutreffende der von Herrn Professor Schäffle dagegen entwickelten Theorie nachgewiesen zu haben; trotzdem oder vielmehr gerade deshalb gestehe ich zu, daß der erhobene Einwand nicht ohne eine gewisse Berechtigung ist.

Es giebt ja eine große Menge von Tauschobjekten, deren Tauschwerth sich nicht auf die darin enthaltene allgemein menschliche, gesellschaftlich nothwendige Arbeit zurückführen läßt. Man braucht, um dies darzuthun, kein so unzutreffendes Beispiel zu wählen, wie es Herr Professor Roscher in der 12. Auflage seiner „Grundlagen der Nationalökonomie" Seite 433 thut, wo behauptet wird, daß „Käse durch den bloßen Aufschub der Verzehrung einen beträchtlich höhern Werth erlangen könne".

Der gelehrte Herr glaubt also wirklich noch an das post hoc, ergo propter hoc!**) Möge der Herr Professor nur seinen Käse auf Eis legen und frieren lassen, dann wird er sofort bemerken, daß der „Aufschub der Verzehrung" nichts mit dem Besserwerden des Käse zu thun hat; möge er alten Käse nur länger liegen lassen, als es durch die natürlichen Eigenschaften geboten ist, so werden ihm die, wohl auch nur durch den „Aufschub der Verzehrung" entstehenden Maden die Werthvermehrung durch die Verzehrung des Käse illustriren!

Wie sollte es möglich sein, fährt Herr Professor Roscher dann fort, — was ein hundertjähriger Baum mehr werth ist, als der Kostenbetrag seiner ursprünglichen Pflanzung, blos auf Arbeit zurückzuführen?

Mit dieser Frage wird der Punkt getroffen, auf den es ankommt, den auch Professor Schäffle meint, daß nämlich bei gewissen Werthobjekten der Tauschwerth nicht aus der Arbeit abgeleitet werden kann — und damit soll nun Marx vollständig widerlegt sein!

Die Herren Professoren müssen doch aber ebenso gut, wie ich unstudirter Laie, wissen, daß in der Wissenschaft ein Unterschied gemacht wird zwischen Gütern, die sich beliebig oder doch nahezu beliebig vermehren lassen, und solchen, bei denen eine derartige Vermehrung nicht ausführbar ist. Marx entwickelt seine Werththeorie an Beispielen aus jener ersten Klasse von Gütern; daß er auf die zweite Klasse der nicht vermehrbaren Güter nicht eingeht, liegt in der Disposition seines Werkes und geschieht meines Erachtens mit vollem Recht. Wird man doch immer, wenn man ein Gesetz entwickeln und erläutern will, zuerst von den Ausnahmen und Störungen absehen; — wie könnte man z. B. die Centrifugalkraft erklären, wenn man dabei nicht zuerst von der entgegenwirkenden Centripetalkraft absehen wollte!

Karl Marx, „dieser geistreiche, aber so wenig scharfsinnige Mann, daß er nicht im Stande ist, complizirte Erscheinungen auf ihre Elemente zurückzuführen", wie sich Herr Professor Roscher l. c. Seite 46 wohl aus Revanche für die ihm von Marx vorgeworfenen „Kindereien und Beobachtungen in der Kinderstube" auszudrücken beliebt, — hat diese besondere Klasse von nicht vermehrbaren Werthobjekten noch nicht behandelt; trotzdem kann nur ein oberflächlicher Leser seines Werkes ihm den Vorwurf machen, daß er diese Werthobjekte vollständig ignorire. Er sagt darüber 1. Auflage Seite 61:

„Die Preisform läßt jedoch nicht nur die Möglichkeit quantitativer Incongruenz zwischen Werthgröße und Preis, d. h. zwischen der Werthgröße und ihrem eigenen Geldausdruck zu, sondern kann einen qualitativen Widerspruch beherbergen, so daß der Preis überhaupt aufhört, Werthausdruck zu sein, obgleich Geld nur die Werthform der Waaren ist. Dinge, die an und für sich keine Waaren sind, z. B. Ehre, Gewissen u. s. w. können ihren Besitzern gegen Geld veräußerlich sein und so durch ihren Preis die Waarenform erhalten. Ein Ding kann daher formell einen Preis haben, ohne einen Werth zu haben. Der Preisausdruck wird hier imaginär, wie gewisse Größen der Mathematik oder das „unendliche Urtheil" der Logik. Wo wir jedoch für wesentliche Produktionsverhältnisse derartige imaginäre Preisform finden, wie z. B. Preis des Grund und Bodens, obgleich der Boden, weil keine menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht ist, auch keinen Werth hat, wird die tiefere Analyse unter der imaginären Form, stets ein wirkliches Werthverhältniß oder von ihm abgeleitete Beziehung verborgen finden."

Den vielfachen Angriffen gegenüber, welche aus Unkenntniß der eben citirten Stelle entstanden zu sein scheinen, war der Hinweis auf dieselbe dringend geboten und dürfte nun auch Herr Professor Schäffle sein absprechendes Urtheil zurückzunehmen gezwungen sein.

Denn er wird und kann doch nicht bestreiten, daß der Werth aller Güter, welche man durch Arbeit beliebig vermehren kann, immer nur in der Arbeit zu suchen ist, und daß bei einer geregelten, dem Bedarf angepaßten Produktion sogar der Preis dieser Güter dem wirklichen Werthe nahezu conform sein muß. In der heutigen Gesellschaft mit ihrer planlosen Produktion vorkommende Preisschwankungen entstehen eben nur dadurch, daß bald die Nachfrage, bald das Angebot überwiegt; diese Preisschwankungen darf man aber nicht für ein plötzliches Steigen oder Fallen des Werthes ansehen; denn daß Preis und Werth identisch sind, wird Prof. Schäffle gewiß nicht behaupten.

Der Werth derjenigen Güter, welche sich durch Arbeit nicht vermehren lassen, besteht freilich nicht direkt in der Arbeit; Marx behauptet das ja aber auch gar nicht, sondern hebt ausdrücklich hervor, daß die imaginäre Form des Werthes nur durch ein Werthverhältniß oder durch eine von ihm abgeleitete Beziehung zu erklären sei.

Derartige Werthverhältnisse und davon abgeleitete Beziehungen sind so leicht nachzuweisen, daß man, auch ohne die Marx'sche Analyse zu kennen, die Richtigkeit seiner Behauptung mit Händen greifen kann.

Fragt man z. B. nach dem Werth eines Landgutes, so wird derselbe gefunden, indem man den in Geld berechneten Reinertrag nach dem jeweiligen Zinsfuße kapitalisirt. Beträgt der Reinertrag durchschnittlich 10,000 Mark, der landesübliche Zinsfuß 5 Proz., so wird das Landgut einem Kapitale gleichwerthig erachtet, welches zu 5 Proz. 10,000 Mark jährlicher Zinsen einbringt, der Preis wird also 200,000 Mark sein und dem Werthe des Gutes identisch erscheinen. Denn das in die Produktion geworfene Kapital gewährt dem Besitzer arbeitsloses Einkommen, gestattet ihm die Aneignung von Mehrwerth; da nun Grund und Boden ebenfalls als Produktions-Instrument benutzt wird, muß er dem Käufer ebensoviel arbeitsloses Einkommen abwerfen, als das dafür in Zahlung gegebene Geldkapital; wäre dies nicht der Fall, so würde der Käufer von dem ihm pekuniären Verlust bringenden Kauf Abstand nehmen.

Man sieht, der imaginäre Werth des Grund und Bodens läßt sich auf den Werth eines anderen Produktionsmittels zurückführen, von ihm ableiten.

Der Leser wird nun verstehen, weshalb der hundertjährige Baum scheinbar mehr Tauschwerth hat, als ein einjähriger, obgleich zum Pflanzen beider Bäume gleich viel Arbeit verwendet worden ist. Läßt der Grundbesitzer den Baum hundert Jahre lang stehen, so will er auch den hundertfachen Ertrag des jährlich aus dem Boden zu erzielenden arbeitslosen Einkommens, womöglich mit Zins und Zinseszins, im Preise des Baumes bekommen; der imaginäre Werth des Baumes wird nun noch durch den Umstand bedeutend erhöht, daß sich hundertjährige Bäume nicht so schnell vermehren lassen, wie etwa baumwollene Nachtmützen; es wird hier also ein ebenfalls imaginärer Seltenheitswerth mitbezahlt, grade so, wie bei feinen, nur auf wenigen vorzüglich gelegenen Bergen wachsenden Weinen oder bei Bildern ausgezeichneter Maler u. dgl.

Es ist also zu constatiren, daß Marx durchaus nicht in der ihm angedichteten einseitigen Weise all und jeden Tauschwerth aus der zur Herstellung des betreffenden Objektes gesellschaftlich nothwendigen, allgemein menschlichen Arbeit ableitet; wohl aber ist zu betonen, daß Sinn und Wortlaut der Marx'schen Werthserklärung auch in all den Fällen paßt, in welchen durch eine dem Bedarf nicht genügende Produktion allgemeiner Begehr nach besonders wichtigen Gebrauchswerthen, etwa nach den unentbehrlichen Lebensmitteln entsteht, also nach solchen Gebrauchswerthen, bei deren Erzeugung die Produktivkraft der Arbeit durch Naturverhältnisse bedingt wird.

*) Dieselben sind als Broschüre unter dem Titel „Grundzüge der Nationalökonomie von C. A. Schramm" im Verlag der hiesigen Genossenschaftsbuchdruckerei (zum Preise von 25 Pf.) erschienen. R. d. V.

**) Eigentl.: Nach diesem, folglich wegen diesem — die irrige Annahme, daß, weil etwas zeitlich später als etwas Anderes, es darum als dessen Wirkung zu betrachten sei.

Die russischen Sozialisten und die orientalische Frage.

II.

„Rußland führt den Krieg gegen die Türkei im Namen der Humanität und der europäischen Civilisation. Das Humanitätsgefühl unserer herrschenden Klassen ist durch die türkischen Greuel tief verletzt worden, was mit Blut gerächt werden muß." Wir werden hier nur zwei Thatsachen anführen, um die Humanität unserer „Herren" ins rechte Licht zu stellen. Im Jahre 1862/3 standen die Polen auf, um das Joch eines fremden Volkes abzuschütteln, ebenso wie dies jetzt die Südslaven bestrebt sind zu erreichen. Es ist wohl möglich, zwischen beiden Aufständen einzelne nebensächliche Unterschiede zu entdecken, aber das Hauptziel beider war: die Erringung der politischen Unabhängigkeit. In ihrem Unabhängigkeitskampfe lieferten die Polen unzählige Beweise von Opfermuth und heißer Vaterlandsliebe, was allein schon genügt, um bei humanen und gerechtigkeitsliebenden Männern Sympathien für dieses Volk zu erwecken. Und dennoch hegten die herrschenden Klassen in Rußland keine Sympathie für das polnische Volk, sondern für dessen Henker: Murawjeff, Berg, Trepoff und auch für Herrn Katkoff, den man damals für seine mordspatriotischen Artikel besonders auszeichnete.

Erwähnen wir noch eine Thatsache. Was erstrebte die russische Jugend seit den sechziger Jahren? Will sie denn nicht das Wohl ihres Vaterlandes? Bewies sie nicht in tausend Fällen ihren Opfermuth, ihre große Bereitwilligkeit, allen materiellen Gütern zu entsagen, nur um ihrem Vaterlande die Möglichkeit zu geben, sich vernünftiger und naturgemäßer zu entwickeln? Wie verhielt sich und wie verhält sich jetzt unsere humane, gerechtigkeitsliebende und tonangebende Gesellschaft zu ihren eigenen Kindern, zu den Repräsentanten der nach ihr folgenden Generation? Ach, sie ist nicht nur gleichgültig gegen die barbarischen Verfolgungen, die diese Jugend treffen, sondern sie klatscht der despotischen Regierung noch Beifall und hätte nichts dagegen, wenn man alles, was gut und edel ist, nach Sibirien verbannen würde. Und wenn wir noch dazu in Betracht ziehen, wie unser Volk leidet und hungert, während den „Herren" alle Genußmittel zur Disposition stehen, so muß man sich über die unerhörte Dreistigkeit, mit welcher von der Humanität und Gerechtigkeitsliebe unserer herrschenden Klassen geredet und unsere Regierung die Beschützerin der Civilisation genannt wird, wundern. Die Humanität, Kultur, Civilisation u. s. w., von denen die herrschenden Klassen reden, ist nichts als ein großartiger Schwindel, mit welchem den Zwecken der russischen Despotie gedient werden soll. Aber was kann denn eigentlich Rußland den Südslaven bieten? Die Serben und die anderen slavischen Stämme am Balkan und in den südlichen Provinzen Oestreich-Ungarns erhalten ihre geistige Ausbildung meistens durch die Deutschen, Franzosen und die anderen westlichen Völker.. Es ist nur natürlich, daß die Südslaven die Kultur und die Civilisation lieber aus direkten Quellen, als auf dem Umweg über Rußland beziehen. Nur die russischen sozialistischen Schriftsteller üben auf viele Serben einen wohlthätigen Einfluß aus.

Nach allem hier Gesagten ist es klar, daß Rußland durch den ausgebrochenen Krieg nicht die armen Rajahs befreien, sondern die Balkanprovinzen erobern will; und nur deshalb muß das arme russische Volk, das selbst unfrei ist, sein Gut und Blut opfern. Man mißverstehe uns nicht! Die russischen Sozialisten sind keineswegs gegen die Verbesserung der elenden Lage der Südslaven; aber sie sind zugleich überzeugt, daß die Einmischung der russischen Regierung in den jetzigen türkisch-slavischen Kampf diese Verbesserung nicht herbeiführen, sondern im Gegentheil das russische Volk nur noch mehr unterjochen wird, und deshalb erklären sich die russischen Sozialisten entschieden gegen den Krieg. Die Südslaven täuschen sich, wenn sie glauben, daß sie nach Abschüttelung des türkischen Joches zu besseren Zuständen gelangen werden. Das russische Volk aber hat kein Interesse an diesem Krieg, denn es muß sich zuerst selbst befreien, bevor es an die Befreiung anderer Völker denken kann.

Aber was sollen nach dem Ausbruche des Krieges die russischen Sozialisten thun? Diese Frage müssen wir noch kurz beantworten.

Das Feld unserer Thätigkeit befindet sich in Rußland, und grade jetzt ist die beste Gelegenheit geboten, für unsere Prinzipien erfolgreich zu wirken, obwohl wir sehr gut wissen, daß wir keine großartigen Erfolge erzielen werden. Nehmen wir uns aber ein Beispiel an unseren Gegnern, die eine jede Gelegenheit benutzen, um uns zu bekämpfen. Nehmen wir uns ein noch schöneres Beispiel an unseren Genossen in Deutschland und Frankreich. Was thaten in den Jahren 1870/71 die Genossen dieser beiden Staaten inmitten der Nationalitätsraserei, die beide Völker ergriffen hatte? In beiden Ländern verdammten die sozialistischen Arbeiter den Krieg und forderten dessen schleunigste Beendigung. Auch gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen hatten sich offen und energisch die deutschen Sozialisten erklärt. Die Gegner nannten damals die deutschen Sozialisten Vaterlandsverräther, weil sie den Krieg einen Eroberungskrieg nannten. Nun, die verflossenen Wahlen haben bewiesen, daß der Sozialismus in Deutschland zu einer Macht gelangt ist, die den Gegnern zu denken giebt. Benutzen also auch wir russische Sozialisten den jetzt tobenden Krieg, um dem Volke die Augen zu öffnen und ihm die wahren Absichten der russischen Regierung und der herrschenden Klassen zu zeigen. Unsere Regierung, wie einst die französische, fürchtet sich vor der immer wachsenden freiheitlichen Volksbewegung, und, um diese Bewegung niederzudrücken, entfesselte sie den verderbenbringenden nationalen Chauvinismus und erklärte der Türkei den Krieg. Wir müssen mit

einem Worte im Namen des arbeitenden Volkes eine Gegenbewegung einleiten und müssen Jedermann beweisen, daß unsere herrschenden Klassen nur ihre eigenen, dem Volke schädlichen Interessen verfolgen.

Die russischen herrschenden Klassen sind sich ihrer Lage bewußt, und deshalb schreien sie dem Czar Hurrah zu und begrüßen ihn als den Befreier. Das ist aber auch sehr leicht begreiflich, denn den Interessen der herrschenden Klassen wird keine Gefahr durch den Krieg entstehen, im Gegentheil, ihre materielle Lage wird durch denselben gebessert und ihr Antheil an politischer Macht vergrößert. Das Volk aber muß ebenfalls seine Lage erkennen und sich als die Macht im Staate betrachten lernen, in deren Händen sich die Entscheidung über Krieg und Frieden befinden sollte. Sind wir russischen Sozialisten in diesem Sinne thätig, dann wird der Sozialismus auch in Rußland gar bald zu einer Macht werden, mit der die russische Regierung wird rechnen müssen.

Wir wissen zwar sehr gut, daß unsere Thätigkeit in dieser Hinsicht keine allzugroßen Erfolge erzielen wird; unser Volk wird nicht in Masse gegen den Krieg protestiren, aber man muß ihm den Gedanken an die Möglichkeit eines solchen Protestes einimpfen. Man muß ihm klar machen, daß es das Recht hat, über sein Wohl und Weh zu entscheiden. Mit der Verbreitung solcher Ideen ist schon viel gethan, und auch der jetzige Krieg wird dem Volke die Augen öffnen helfen. Unser Losungswort sei darum: Vorwärts!

Herr Dr. Stephan und die Frauenemanzipation.

Der Generalpostmeister ist bekanntlich ein Gegner der Frauenemanzipation und hat s. Z. im Reichstage erklärt, daß das weibliche Geschlecht seiner Natur nach nicht zum Staatsdienst tauge. Als er aber die Leitung des Telegraphendienstes übernahm, fand er in diesem Ressort weibliche Angestellte bereits vor. Eine arge Verlegenheit für den Weiberfeind! Die Maßregel seines Amtsvorgängers rückgängig zu machen, mochte ihm wohl als zu gehässig erscheinen, aber es muß bei dieser Lage der Dinge auch verständlich erscheinen, wenn Herr Dr. Stephan sich, wie durch manches Andere, so auch durch ein Uebermaß von Fürsorge für die seiner amtlichen Obhut anvertrauten Mädchen und Frauen nicht auszeichnet.

Die Klagen der unteren Verkehrsbeamten über ihre Lage sind allgemein. Der Chef der deutschen Post und Telegraphie hat diese Klagen bekanntlich bei der letzten Etatberathung im Reichstage auf die Undankbarkeit etlicher „Federbanditen“ und anderer „dunkeler Ehrenmänner“ zurückführen zu sollen geglaubt. Diese unüberlegten Aeußerungen haben, wie sich Jeder überzeugt haben wird, der Gelegenheit hat, mit Subalternbeamten zu verkehren, in diesen Kreisen, und zwar bei allen Amtsgattungen, eine heftige Reaktion erzeugt. Man erblickt jetzt vollends in den unteren Post- und Telegraphenbeamten die Parias unter den vom Staate Angestellten, und die lange genährte Unzufriedenheit mit dem Generalpostmeister hat sich bedeutend verschärft. Wie erstaunlich tief aber die sicher für den Staat nicht heilsame Kluft zwischen dem höchsten und den niederen Beamten im Post- und Telegraphenfache geht, beweist der Umstand, daß das Gerücht aufgetaucht ist, der Generalpostmeister habe, um seine Ansichten bezüglich der Anstellung von Telegraphistinnen praktisch zur Geltung zu bringen, die Oberbehörden vertraulich angewiesen, diesen Mädchen den Dienst so lange zu erschweren, bis sie denselben quittiren. Wir werden solchen Angaben keinen Glauben schenken, bis ihre Richtigkeit erwiesen ist; sie zeigen aber doch, welcher Fürsorglichkeit die Unterbeamten der Post und Telegraphie sich an ihrem Chef glauben versehen zu müssen! Welche Behandlung den weiblichen Telegraphenbeamten thatsächlich zu Theil wird, darüber liegt uns ein beredtes Zeugniß vor. Es ist ein Brief einer ehemaligen Telegraphistin an ihren Bruder, die, weil sie in nicht gerade dürftigen Verhältnissen lebt, nach zweijähriger amtlicher Thätigkeit diese als zu beschwerlich selbst für ihre gesunde und kräftige Natur aufgegeben hat und jetzt zufällig Gelegenheit hatte, wieder einmal einen Blick in die Räume zu thun, in denen sie ehemals wenig freudenreiche Tage verlebt hat. In diesem Briefe heißt es:

„Gestern war ich auf dem Amte zur Vertretung einer früheren Collegin und ich fand', daß alle Mädchen sehr elend aussahen und so verschüchtert, daß es Einem weh' thun konnte. Eine nach der Andern schüttete mir ihr Herz aus und zwar besonders diejenigen, die sonst die tapfersten waren und die nicht so leicht klagen, weil sie dazu zu stolz sind. Der Dienst ist, was die Zeit desselben anlangt, noch etwas schwerer als im vergangenen Sommer, und er ging wirklich schon damals über die Kraft eines Menschen. Unsere Damen sind wahrhaftig gesund, sie haben nicht Zeit krank zu sein und besitzen alle eine seltene Energie; unsere Herren sind daneben wahre Schlafmützen und Schwächlinge. Aber es ist zu thun, daß man nicht eine Minute zur Besinnung kommt; das ist nicht übertrieben: nicht eine Minute, besonders seit dem Kriege! Die Damen können nur im Fluge ihr Essen hinunterschlingen; ein bischen früher nach Hause gegangen, wie sonst, wird nicht mehr.

„Wenn ich einmal zu Fräulein S. sagte: „es ist doch recht schwer;“ auf die Dauer würde es doch für die Damen unerträglich werden, dann meinte sie: „Ach, mein M.'chen, Sie werden sehen, wir werden es Alle aushalten, es ist ja nicht so schlimm, wenn man nur gesund ist.“ Jetzt sagt sie: „Man lebt ja hier gar nicht mehr wie ein Mensch. Für nichts habe ich mehr Interesse (und sie hat von Natur einen sehr lebhaften Geist), ich bin nur glücklich, wenn ich ganz still sitzen kann. Zu Hause bin ich schon ganz unleidlich, ich bin empfindlich, sogar grob und habe zu nichts Lust. Wenn ich einmal etwas lese oder ins Theater gehe, kann ich die ganze Nacht nicht schlafen. Es wäre besser, sie gäben uns lieber Gift ein, wenn sie uns durchaus los sein wollen.“

Es folgt nun eine Mittheilung über die eingangs erwähnten Gerüchte bezüglich des Generalpostmeisters und dann fährt die Briefstellerin fort:

„Man kann freilich nicht wissen, ob dies wahr ist; es ist sogar ziemlich unglaublich, weil man ja dergleichen nicht würde zu unserer Kenntniß kommen lassen; aber wunderbar sind die in der neueren Zeit getroffenen Maßregeln allerdings. Die Tagesdienstzeit der Herren und Damen ist gleich; Nachtdienst haben nur Damen; für zwei Damen arbeitet jetzt je ein Herr bis 11 Uhr, das ist der Nachtdienst der Letzteren! Urlaub bekommen die Herren 14, die Damen 10 Tage. Bekanntlich sind die sogenannten Hughes-Apparate eingeführt; da dieselben sowohl körperlich wie geistig eine doppelt so große Anstrengung verlangen wie die Morse-Apparate — die Nerven müssen beim Gebrauch der neuen Apparate mit der Zeit zu Grunde gehen, denn die Apparate arbeiten mit einem Gerassel, kaum zu ertragen —, so saßen an denselben früher nur stundenweise abwechselnd Herren daran. Jetzt sind Damen daran beschäftigt, und zwar beständig; nur vier Damen, also immer zwei während des ganzen Tages. Fräulein B., ein Mädchen von zartem Wuchs, die aber große Willenskraft besitzt, — sie hat viel Verstand und ist eine der kühnsten — hat es gewagt, zum Aufsichtsbeamten die Bemerkung zu machen, daß sie die Arbeit am Hughes-Apparat ohne Ablösung nicht mehr aushalten könne. „Sie müssen mir Ablösung verschaffen“, sagte sie, „oder ich arbeite nicht mehr. Ich kann meinen Eltern nicht zur Last fallen, darum muß ich dafür sorgen, daß ich nicht krank werde; die Station wird nicht für mich sorgen.“ Darauf antwortete der Vorgesetzte: „Wenn Sie solche Redensarten machen, werde ich es der Station melden. Sie haben zu arbeiten und nichts zu reden; wenn Sie krank werden, lassen Sie sich vom Arzt ein Attest geben, dann ist es gut!“ Derselbe Beamte saß neulich Eine Stunde an demselben Apparat; da warf er Alles fort und rief: „Da kann man ja den Verstand verlieren!“ Das kleine Mädchen muß aber bis Abends 10 Uhr den Verstand behalten, und ihn am nächsten Morgen um 7 Uhr wieder haben. Vorgestern hat sie von 7 bis 1 Uhr an dem Apparat gearbeitet, ohne frühstücken zu können; um 1 Uhr wurde ihr dann die Mittheilung gemacht, sie müsse noch bis 3 Uhr dableiben! Eine schlimme Sache ist es ja allerdings, daß im Sommer immer Beamtenmangel herrscht; aber warum herrscht er? Warum werden nicht mehr Telegraphistinnen angestellt?

„Die Dinge liegen in der That so, daß die ganze Arbeit in den Händen der Damen ist; die Herren sind theils „auf Bau“, d. h. sie zählen die Stangen, welche die Arbeiter einsetzen müssen, sie richten Stationen ein, wozu auch nicht besonders viel Geist gehört, und haben dann auf diesen kleinen Stationen für den Sommer den schönsten Aufenthalt mit lächerlich geringem Dienst. Herr S., der unser Fräulein H. heirathet, geht jetzt auch „auf Bau“, um mit ihr die Flitterwochen zu verleben, und die anderen armen Mädchen müssen arbeiten und nichts als arbeiten. Ist es ihnen da zu verdenken, wenn ein hübsches, junges, kluges Mädchen wie Fräulein H. den alten Obertelegraphisten S. heirathet, der sie wenigstens auf Händen tragen wird, wenn es auch eigentlich eine traurige Existenz ist, der sie entgegengeht; aber sie fügt sich eben eher darein, als daß sie sich zu Tode arbeitet. Es scheut ja Niemand die Arbeit, aber soviel Arbeit, daß sie alle Kraft lähmt, das ist doch zu viel. Und nun sollen die Telegraphistinnen nicht einmal mehr ihre Tantième und Nachtgelder bekommen. Das ist zwar noch nicht gewiß; es heißt, daß erst der Etat geregelt werden müsse, aber jedenfalls werden sie nicht mehr als etwa die Hälfte erhalten: also Gehaltsabzug und Arbeitsvermehrung. Herr P. hat als Volontär eine sechswöchentliche Uebung, die Herren L. und E., wahre Kolosse von Gestalt, sitzen unten im Bureau, führen Bücher — eine spielende Arbeit —, laufen umher, amüsiren sich, die anderen Herren sind „auf Bau“, und die Damen sitzen an den Apparaten.

„Gestern besprachen dieselben, ob man sich etwas davon versprechen könne, eine Bittschrift an den Postdirektor zu richten; aber das ist ein schlimmes Ding; Mädchen sind in solchen Sachen wenig bewandert, sie wissen nicht mit dem Recht Bescheid, sie wissen nicht, was sie sagen dürfen und was nicht. Sie haben auch keine klare Vorstellung davon, welche Forderungen aufzustellen wären; aber Alle haben das deutliche Gefühl, daß ihnen Unrecht geschieht, und das ist auch der Fall, die Ungerechtigkeit liegt auf der Hand. Indessen die Antwort würde wahrscheinlich lauten: „Ja, was wollen Sie denn? Sie sind ja gar nicht angestellte Beamte; Sie sind ja nur Hilfsarbeiterinnen, Sie haben ja ganz und gar keine Rechte. Wenn es Ihnen nicht paßt, bitte! die Thür steht offen. Uns sehr angenehm, wenn Sie gehen.“

„Was können die Armen also thun? Uebrigens dürfen sie ja auch nichts sagen und fragen; dies nicht zu thun, haben sie sich im Diensteid verpflichtet. Sie haben zwar alle Pflichten der Beamten, aber keine Rechte. — Verzeih, daß ich in meinem Briefe über Dinge lamentire, die Dir und eigentlich auch mir vollständig gleichgiltig sein könnten; aber mir thun meine Colleginnen gar zu leid, und diese schreiende Ungerechtigkeit empört mich.

„Fräulein S. meinte, es wäre vielleicht gut, wenn über diese Angelegenheit etwas in öffentliche Blätter käme, etwa in die „Gartenlaube“; sie ist vielgelesen und gerecht und hat sich ja schon der Berliner Telegraphistinnen angenommen. Aber das würde vielleicht die entgegengesetzte Wirkung von dem haben, was die Mädchen wünschen. Der hiesige Direktor ist herzensgut, aber er kann nichts thun; er erfüllt höhere Befehle. Jetzt geht er auch schon wieder fort. Alle zittern! In Berlin erschien einmal in einer Zeitung ein Artikel, der die Telegraphenverwaltung angriff und der wahrscheinlich von einem Verwandten einer Telegraphistin ausging. Darauf fand eine strenge Untersuchung bei den Damen statt. Aber die hielten treu zusammen; keine Verrätherin war unter ihnen, und ich glaube, in Berlin sind hundert Damen bei der Telegraphie beschäftigt — denke nur!

„Glaubst Du wohl, daß es darauf abgesehen sein könnte, die Mädchen los zu werden? Es wäre doch komisch. Die Damen sind vollständig leistungsfähig bei vernünftigen Ansprüchen. Sie haben natürlich weit mehr Bildung als die gleichgestellten, ja sogar als höher gestellte männliche Beamte; man könnte sie auch zu diesen höheren Stellen heranziehen, wenn sie denselben technischen Unterricht erhielten, wie die Herren. Dabei sind sie viel billiger, warum also sie entfernen? Und übrigens, etwas muß der Staat doch für das Volk thun, oder gehören die Mädchen nicht zum Volke? Was soll aus ihnen allen werden? Gouvernanten sind schon mehr als genug da, und jedes Mädchen ist auch nicht geschickt dazu; von den Damen auf dem Amte z. B. nur sehr wenige. Hinter dem Ladentische stehen auch schon genug, und es ist ja schade, da soviel Geist umkommen zu lassen; schon bei dem subalternen Telegraphendienst ist es schade darum. Also, wie gesagt, was soll aus Allen werden? Da wäre es ja am Ende wirklich besser, das Volk so dumm wie möglich zu lassen: dann hegte es wenigstens keine unbefriedigten Wünsche. Dann wollen wir wieder spinnen und mit Interesse Gespenstergeschichten lauschen.“ — — —

Wir haben hier Mittheilungen und Urtheile von einer persönlich Unbetheiligten. Diesmal gehen sie nicht von Leuten aus, die ihr Heil in der „schlechten Presse“ suchen. Der Briefstellerin fällt, indem sie an Zeitschriften denkt, nur die „gerechte Gartenlaube“ ein, bekanntlich ein Hauptorgan des besitzenden Bürgerthums. Diese Quelle muß also auch Herr Dr. Stephan als lauter anerkennen. Was wir aber aus ihr erfahren, ist lehrreich als ein kleiner Beitrag zur — Geschichte der Frauenfrage.

John Osawatomie Brown, der Negerheiland.*)

Einen Märtyrer der Freiheit führt uns das Prowe'sche Buch vor, John Brown, genannt Osawatomie, der kühne und begeisterte Bahnbrecher der amerikanischen Sklavenbefreiung, der sein hingebendes Streben für die heilige Sache der Unterdrückten mit dem Tod büßen mußte.

Zu einem Lorbeerkranz für den edlen Todten gestaltet sich die Schilderung, welche der Verfasser uns bietet, und die Blumen, welche er in den Kranz geflochten, sind Seufzer der Geknechteten und ihre Hoffnungen auf Erlösung, auf eine bessere glückseligere Zukunft.

Die arbeitenden Klassen Deutschlands dürfen der Feier John Brown's nicht fern bleiben. Die Sache, welche John Brown verfocht, ist eine allgemeine, ist die Sache der Menschheit, wenn ihr Schauplatz auch ein anderer Erdtheil und die Geknechteten, denen sein todesmuthiges Streben gewidmet war, auch anderer Hautfarbe sind, als wir sie tragen. Das stolze Wort des deutschen Gedankenfürsten: „Rechtsgleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt auf Erden“ — das uns zum Feldgeschrei in unsern Kämpfen geworden, war auch der Schlachtruf John Brown's. Seine Geschichte ist die eines der Unsrigen, und sein Name verdient es, mit großen Lettern in die Geschichte der Menschheit eingetragen zu werden.

Den Negerheiland nennt Herr Prowe unsern Helden. Wohl beseelte ihn die allgewaltige Menschenliebe und der hohe Gerechtigkeitssinn des Nazareners und wohl war er ein frommer Mann, doch war die Waffe, welche er gegen die Unterdrücker schwang, nicht das Wort, sondern das Schwert und irdische Glückseligkeit das nächste Ziel, das er den Geknechteten erringen wollte. „Das Land gehört dem Knecht, der es reich gemacht und der Frucht seiner Arbeit beraubt ist.“ Das war der leitende Gedanke, der ihn bei seiner kühnen Unternehmung beseelte.

In gedrängter Skizze wollen wir die Freunde mit John Brown näher bekannt machen. Wir folgen dabei der Prowe'schen Darstellung.

Kansas und Missouri bilden den Schauplatz des Dramas, in dem John Brown die Hauptrolle spielt. Im Jahre 1820 war zwischen Nord und Süd ein schimpflicher Compromiß geschlossen worden. Damals hatte die Congreßakte bestimmt, daß die Sklaverei nördlich vom 36½° Breite nie und nimmermehr eingeführt werden sollte und dürfe. Dafür war nur ein einziges Stück, nördlich von diesem Breitengrade und rechts vom Mississipi, nämlich dasjenige Territorium den „Sklavenkreuzrittern“ und zwar als ein für allemal allerletzter Beuteantheil hinzugefügt, welches man später Missouri taufte. Missouri bildete mit Arkansas und Louisiana den einzigen Strich rechtsmississipischen Landgebietes, welches nebst den zehn östlichen Südstaaten die kompakte Masse des Sklaventerrains von Nordamerika trennte. Zusammen waren das 13 künftige sog. Südstaaten. Freiboden war alles Land westlich von Missouri geworden. Da die dreizehn Nordstaaten der Zahl nach gleich, aber an Ausdehnung bedeutend geringer waren, so hatten die Staatsmänner von 1820, selbst die südlichen, den Compromiß für gut geplant gehalten. „Was zwischen den Flüssen Oregon und Missouri lag, war Sahara oder Gobi für die Generation von 1820.“ In einem Menschenalter hatte sich das aber gewaltig geändert. Texas war von Mexiko abgefallen und dieses hatte alles Land bis San Franzisco verloren. Am Sakramento war Gold gefunden und seit 1848 war in 6 Jahren die unermeßliche Fläche zwischen dem Missouri und dem goldenen Horn wie eine Poststraße bekannt geworden. Dieses gewaltige Anwachsen der nordstaatlichen Macht hatten sich die Südstaaten nicht träumen lassen; sie wußten die Aufhebung des 1820 geschlossenen Compromisses durchzusetzen und einen neuen Beschluß herbeizuführen, wonach die Besiedelung der zwischen Kalifornien und Missouri belegenen Territorien Kansas und Nebraska freigegeben und den künftigen Ansiedlern dieser Territorien das Recht ertheilt wurde, ihre heimathlichen Angelegenheiten und Einrichtungen im Rahmen der Constitution der Vereinigten Staaten selbst zu ordnen. — 1820 war Missouri preisgegeben worden als Lohn für die weitsichtige Möglichkeit: wenigstens westlich Missouris und nördlich vom 36½° für ewig die Sklaverei getilgt zu sehen, 1854 war Missouri zum wüstesten Sklavenzüchter-Territorium geworden und nun erhielt der Süden auch noch die Länder West-Missouris zur beliebigen weiteren Infektion. Die Missourigrenzer, die Kansas zu okkupiren anfingen, waren fast der gesammte, weithin aufgebotene und geradezu angeworbene Abschaum des ganzen von der Sklaverei verpesteten Südens. Bald war kein Nordstaatler mehr in Kansas seines Lebens sicher. Getheert und gefedert schickte der in's Amerikanische übersetzte Armagnaken-Landsknecht-Pöbel die rechtmäßigen Ansiedler über die Grenzen heim. Ihre Landbesitztitel riß er entzwei, ihre Blockhäuser brannte er nieder. Bei Todesstrafe mußten sie oft vor förmlichen Comités jener Pöbel-Armee Urfehde auf Nimmerwiederkehr schwören. — Im Norden erkannte man schnell die große Gefahr; man glaubte sie dadurch beschwichtigen zu können, daß man freie Ansiedler für Kansas und Nebraska warb und sie mit Vieh, Saatkorn, Fuhrwerk und Landbesitztiteln unterstützte. Die Maßnahme kam zu spät. Die Südstaaten verschmähten den ehrlichen Kampf. Die Wahl eines Congreßmitgliedes wurde durch 1700 bewaffnete Missourier entschieden, die in vollem Kriegszuge über die Grenze marschirt waren und als gesetzliche Kansasbürger abgestimmt hatten. Die Wahl wurde vom Congreß, den der Süden vollständig beherrschte, bestätigt.

Dies die politischen und sozialen Verhältnisse, unter denen die Söhne John Brown's von Ohio nach dem gefährdeten Kansas zogen. Sie waren ohne Waffen gekommen und wurden von den marodirenden Südstaatlern angegriffen, bestohlen, geplündert bedroht und insultirt. Sie wandten sich an ihren Vater um Waffen. Das war für ihn der längst ersehnte Moment, den Sklavenhaltern entgegen zu treten. Wir finden ihn auf einem Meeting, das die Abolitionisten von Newyork im Sommer 1855 nach einem Platze unfern der Grafschaft Esser berufen hatte. In begeisterten Worten predigte er den Kampf gegen die Sklavenhalter. Er erschien in Kansas als Vorkämpfer der Freiheit, um die Waffen zu erheben für das Recht seiner Mitbürger — gemäß dem klaren Wortlaut der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776:

„Daß alle Menschen gleichgeboren, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt sind, daß zu diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit gehöre; daß zur Sicherheit dieser Rechte unter den Menschen Regierungen eingesetzt seien, deren gerechte Gewalten von der Zustimmung der Regierten herstammen; daß allemal, wenn eine Regierungsform zerstörend in diese Endzwecke eingreife, das Volk das Recht hat, jene zu ändern oder abzuschaffen, eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solche Grundsätze zu gründen und deren Gewalten in solcher Form zu ordnen, wie es ihm zu seiner Sicherheit und zu seinem Glück am erforderlichsten scheint.“

Am 4. März 1855 war ein neuer Gewaltstreich von den Südstaatlichen verübt worden, 4900 bewaffnete Missourier waren

*) John Osawatomie Brown von Dr. Prowe. Direktor der Töchterschule zu Thorn an der Weichsel. Verlag von W. Bracke jr.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Hatz, 630 North 3rd Street
J. Boll, 1189 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 62. Mittwoch, 30. Mai. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Neudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Neudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die blutige Maiwoche und ihre Opfer
22.—28. Mai 1871.

Fünfundzwanzigtausend Männer, Weiber und Kinder während des Kampfes und nach dem Kampfe getödtet; dreitausend, niedrig geschätzt, im Kerker, auf den Pontons, in den Forts oder an, durch das Gefängniß [illegible] und umfassendste Agitation thut deshalb noth. Die dazu nöthigen Geldmittel sind in der letzten Woche etwas spärlicher geflossen, als vorher, deshalb müssen die Parteigenossen in ganz Deutschland, die von der Wichtigkeit der Berliner Nachwahlen überzeugt sind, für dieselben thatkräftig eintreten. Geldsendungen sind zu richten an die Adresse: C. Anders in Berlin, Steglitzerstraße 53.

— Herr Eugen Richter hat in einem seiner berufs- und geschäftsmäßigen Waschzettel die Behauptung aufgestellt, die sozialdemokratischen Abgeordneten, weit entfernt durch Valentin in ihrer Redefreiheit beschränkt worden zu sein, hätten im Reichstag häufiger gesprochen, als ihnen ihrer Zahl nach eigentlich zukomme. Bekanntlich weist die — noch unvollständige — Wahlstatistik für 1877 der sozialistischen Partei eine größere Zahl von Stimmen zu als den Fortschrittlern, der Partei des Herrn Richter. Wohlan: aus der soeben veröffentlichten Redestatistik für die letzte Session ersehen wir, daß alle sozialdemokratischen Abgeordneten — die persönlichen Bemerkungen besonders gerechnet — zusammengenommen fünfundbreißig Mal geredet haben, der einzige Herr Eugen Richter aber fünfundsechzig Mal! Und das will uns Redelust und Mißbrauch des Rederechts vorwerfen!

— Zweifelhafte Wohlthätigkeit. In Holstein bestehen viele Vereine zur Unterstützung von Hilfsbedürftigen; unter anderen auch ein Verein zur Unterstützung hülfsbedürftiger verwaister Predigertöchter. Die „Itzehoer Nachrichten" [illegible] Verfasser dieser anonymen Denunziation gegen unsere Partei, oder der Urheber des anonymen Drohbriefs an Herrn Geisler? Der Erstere gewiß nicht. —

— Die „Neue Zeit" in Chicago veröffentlicht Nachstehendes: „Pio und Geleff. Da in letzter Zeit über die Abreise der beiden Sozialistenführer Pio und Geleff nach Amerika vielfache Gerüchte, sowohl in der sozialistischen Parteipresse, wie auch in gegnerischen Blättern, in Umlauf gesetzt wurden, sahen wir uns veranlaßt, gestern einen Berichterstatter an die beiden Obengenannten, welche sich seit einigen Tagen hier aufhalten, abzuschicken. Herr Pio war nicht anwesend, wird aber in einigen Tagen von Kansas zurückerwartet. Von Herrn Geleff erfuhr unser Berichterstatter im Wesentlichen Folgendes:

„Pio, Geleff und Brix (Letzterer befindet sich im Gefängniß) waren die Eigenthümer der Zeitung, die ihnen die Partei vor einigen Jahren auf Lebenszeit übermacht hatte. Der „Sozial-Demokraten" war mit einer Schuld von 8000 Kronen belastet, dahingegen hatten die genannten Eigenthümer in letzterer Zeit eine Druckerei im Werthe von 10,000 Kronen angeschafft.

„Ueber die Ursache der eiligen Abreise äußerte sich Herr Geleff folgendermaßen: Er habe aus sicherer Quelle erfahren, daß sowohl er wie Pio in nächster Zeit von der Regierung verhaftet werden würden (?), und da sie schon einmal auf längere Zeit hinter Schloß und Riegel gesessen hätten, so wäre dies keine besonders angenehme Aussicht für sie gewesen. Doch hätte auch dieser Grund noch nicht maßgebend sein können, wenn nicht Neid und Gehässigkeit in der eigenen Partei sie schließlich bewogen hätten, die Flinte für eine Weile in's Korn zu werfen und Eu-

---

später kaum 50! Brown brachte die Sklaven in's Innere von Kansas und von dort fanden sie bald den Weg zur völligen Freiheit. Brown's Hauptaugenmerk war nun darauf gerichtet, die freien kanadischen Neger für den Aufstand zu gewinnen. Die meisten erfüllte ein glühender Haß gegen ihre früheren Herren, gewiß 500 machten jährlich Exkursionen nach Florida, um von da aus, durch alle Südstaaten schleichend, Unglückgenossen zu retten und zu befreien. Sie hatten, so zu sagen, eine unterirdische Telegraphen- und Eisenbahnleitung in jeden Sklavenstaat geführt, ihre Freischaaren waren wohlgeübt und ganz militärisch einexerzirt, sie warteten nur auf das Zeichen einer neuen und größeren als der von Nat Turner angelegten Emancipationsbewegung, um sich auf die gehaßten Sklavenbarone zu stürzen. John Brown rechnete zuverlässig auf dieses Element. Im Mai 1869 berief er eine kleine Versammlung von Vertrauensmännern nach Catham; sie tagte in einer der Negerkirchen. Es wurde ein Verein gebildet, sein Präsident war der Neger-Prediger Monroe, sein Sekretär Brown's tapferer Genosse Kaye, ihn selbst erklärte die Versammlung einstimmig zum Oberbefehlshaber im Felde, zum Kriegs- und Staats-Sekretär. Die Mehrzahl der Anwesenden bestand aus Canadiern. Das Bundesgesetz wurde feierlich beschworen und unterzeichnet. — Schon vorher waren die Unternehmungen Brown's durch den Verrath eines Eingeweihten, Kapitän Forbes', unterbrochen worden. Forbes hatte dem Unionsgouvernement Brown's Absicht enthüllt, eine Insurgirung der Sklavenstaaten herbeizuführen. Dieser Verrath legte den Verschworenen große Vorsicht auf, und so sehr auch alle nach einer Entscheidung brannten, mußte der Aufschub des Losbruchs, der auf den Frühsommer anberaumt war, doch vertagt werden. Bis zum Oktober blieb Brown agitirend und rüstend thätig. Am 14. Oktober war er noch einmal auf der Rückkehr von seiner letzten Fahrt nach Norden in Marylands Hauptstadt Baltimore. Am 16. ging er unter irgend einem Vorwande nach Harpers-Ferry. Der Ankunft hierselbst folgte ein schreckenerregendes Telegramm, das durch alle Gebiete Amerikas flog und bald auch in Europa die größte Aufmerksamkeit hervorrief: „Harpers-Ferry, 17./10. 59. Furchtbarste aufregendste Nachricht! Negerempörung hierorts! Negerverschwörung durch ganz Virginien und Maryland! Erstürmung des Unionsarsenals durch die Aufständischen! Alle Waffen erbeutet und in's Innere weggeschickt! Die Eisenbahnbrücke über Potomac-Shenandoah-Zusammenfluß befestigt, verbarrikadirt und besetzt mit Kanonen! Züge beschossen und angehalten! Mehrere Todte! Telegraphendrähte durchschnitten! Bürger in Contribution gesetzt! Truppen aus Washington und Baltimore rücken gegen die Insurgenten an!" —

Leider entsprach der Inhalt des Telegramms nur theilweise der Wahrheit.

Auf bisher unerklärte Weise hatte Brown acht Tage zu früh losgeschlagen, die Erhebung sollte am 24. Oktober erfolgen. Mit 22 Mann hatte Brown Harpers-Ferry genommen und sich all der Positionen bemächtigt, deren das Telegramm erwähnt, aber von einem Negeraufstand war nirgends die Rede. Was Brown dazu veranlaßt, so früh vorzugehen, das ist nie ermittelt worden, man muthmaßt — und Herr Prowe schließt sich dem an — daß der schon einmal genannte Verräther Brown dazu gedrängt habe. Wahrscheinlich hoffte Brown, der den Ausführungstag verrathen sah, auf die Mitwirkung der Sklaven des überfallenen Bezirks. In dieser Hoffnung fand er sich getäuscht. Die Neger der Umgegend, auf einen späteren Termin vorbereitet, wußten nicht, ob dies der richtige Revolutions-Anfang war. Sie verhielten sich theilnahmslos Ein Verzweiflungskampf gegen ein ganzes Heer von Feinden schloß das Drama. Brown fiel mit einigen seiner Genossen lebend in die Hände seiner Feinde und erlitt den Tod durch Henkershand. Seine heroische Natur verläugnete sich auch im Tode nicht, er starb eines Helden würdig.

Wir wollen schließen. Man wird aus unserer flüchtigen Skizze ersehen, daß Prowe's „John Osawatomie Brown" ein Buch ist, das die weiteste Verbreitung verdient. Wir können es nur warm empfehlen. — Der Verfasser hat sich durch sein Buch Anspruch auf den Dank der Unterdrückten erworben. Wir sind überzeugt, daß für Herrn Prowe der beste Dank der wäre, daß wir sein Buch nach Kräften verbreiten helfen. Mag es nirgends fehlen und John Osawatomie Brown's Name sich bei uns einbürgern, als ob er zu uns gehörte. C. L.

Herstellung der Waare aufgewendete Arbeit, sondern die zur Wiederherstellung aufzuwendende Arbeit die eigentliche Werthsubstanz bilde. Erst die Marx'sche Werthdefinition trägt der durch wechselnden gesellschaftlichen Bedarf eintretenden Werthsteigerung oder Entwerthung der Waare vollständig Rechnung, denn nicht die gesellschaftliche Durchschnittsarbeitszeit, sondern die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit bildet hiernach den Tauschwerth.

Das habe ich in meinen schon citirten Artikeln des Weiteren ausgeführt; dort freilich des Zusammenhangs wegen an einem nicht recht deutlichen Beispiel, welches die Verwechselung von Preis und Werth leicht herbeiführen kann; ich lasse die Stelle hier folgen, füge aber gleich danach die für Getreide besser zutreffende Erläuterung bei.

„Gesetzt, es haben sich doppelt so viel Weber an die Arbeit gemacht, als früher, es ist also auch doppelt so viel Leinwand da, als gebraucht wird; es sinkt ihr Werth, denn es war nur die Hälfte der Arbeit gesellschaftlich nothwendig und es haben daher in diesem Falle zwei Stunden nur so viel Werth, als sonst eine Stunde."

„Die Gesellschaft braucht eine bestimmte Quantität Weberarbeit; wird nun doppelt so viel geleistet, so ist die Hälfte überflüssig; man kann aber den einzelnen Ellen Leinwand nicht ansehen, welche von ihnen grade die überflüssig produzirten sind, daher sinkt der Werth jeder einzelnen Elle so gut, wie der Gesammtwerth der ganzen Leinwand."

Speziell auf den von Prof. Schäffle citirten Fall angewendet, lautet die Erläuterung:

Die Gesellschaft braucht ein bestimmtes Quantum Getreide; die zur Erzeugung desselben aufgewendete oder aufzuwendende [illegible]

Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Vertheilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Antheils der Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Theil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten blieben hier durchsichtig einfach, in der Produktion sowohl als in der Distribution."

Aus dem Wortlaut, wie aus dem ganzen Zusammenhang geht doch unzweifelhaft hervor, daß Marx an diesem fingirten Gesellschaftszustand nur den Zusammenhang zwischen der Produktion und der Vertheilung der Güter, welcher in unseren heutigen Gesellschaftsverhältnissen dunkel und schwer entwirrbar erscheint, in einfacher und durchsichtiger Weise zeichnen, nicht aber einen sozialistischen Vertheilungsplan entwerfen wollte. Er sagt ja ausdrücklich: Die Art der Vertheilung wird wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwickelungshöhe der Produzenten. Damit ist doch unzweifelhaft die Ansicht ausgesprochen, daß es selbst nach vollständig eingeführtem Communismus an allen Produktionsmitteln je nach den Umständen verschiedene Maßstäbe zur Abmessung des den Einzelnen für ihre Arbeitsleistung zufallenden Antheils an den Produkten geben könne und geben müsse, nicht aber, wie Schäffle irrthümlicher Weise annimmt, daß die geleistete Arbeitszeit diesen Maßstab unter allen Umständen bilden solle.

Eine derartige Utopie ist einem so klaren Kopfe wie Marx [illegible]

Correspondenzen.

Bremerhaven, im Mai. (Situationsbericht.) Da unser Parteiorgan, die „Bremer Freie Zeitung", welche auch hierorts in ziemlicher Anzahl verbreitet ist und wöchentlich Berichte über örtliche und Parteiverhältnisse bringt, keine so weite Verbreitung wie unser Central-Organ der „Vorwärts" hat, so ist es Pflicht, den auswärtigen Genossen ein kurzes Gesammtbild von den hiesigen Verhältnissen zu geben. Selbstverständlich herrscht hier, wenn auch nicht in ganz so schroffer Weise wie fast überall in Deutschland die leidige Geschäftskrise, und hängt dieselbe wesentlich mit dem Verkehr zur See zusammen. Hunderte von einheimischen Arbeitern müssen feiern, während zu den Bauten am neuen (Kaiser-) Hafen Arbeiter aus Mecklenburg engagirt sind. Die industriellen Arbeiter strömen förmlich aus allen Theilen des Landes schaarenweise hierher, weil einige größtentheils nur kleinere Geschäftsleute zur Erzeugung von Gebrauchsgegenständen für die Seeleute noch immer Beschäftigung haben; die Arbeiter sehen sich aber genöthigt, bald wieder umzukehren. Mit der Schifffahrt ist es sehr schlecht bestellt. Seit Jahr und Tag liegen im alten Hafen 10—12 der größten Transport- und Auswanderer-Dampfer, zumeist der Norddeutschen Lloyd-Gesellschaft angehörig, unthätig vor Anker, und kaum annähernd befindet sich nur eine gleiche Anzahl im Cours. Abgesehen von den Millionen, welche diese nun zur Unthätigkeit verurtheilten eisernen Schiffsriesen gekostet haben, und nun als todtes Kapital brach liegen müssen, sind durch diese Stockung im Verkehr Hunderte hiesiger Arbeiter zum feiern verurtheilt. Laufen einmal ein paar Schiffe in den Hafen ein, so strömen die Arbeiter herzu um in kurzer Zeit, nachdem die Arbeit des Verladens beendet ist, wieder nach Hause zu gehen. Die Geschäftsleute am hiesigen Platze genießen nur einen geringen Vortheil von dem Seeverkehr, da kurz nach Ankunft eines Schiffes die Passagiere nach Bremen hinüber fahren. Aehnliches ist mit den Auswanderern der Fall, welche per Extrazug von Bremen anlangen und dann nolens volens auf das Schiff steigen um die Reise über See anzutreten. Auf diese Weise geht der Vortheil, den Bremerhaven als Seehafen und bedeutender Handelsplatz einnehmen sollte, fast gänzlich verloren. In Folge der enormen Communalsteuern, mit welchen die hiesigen Einwohner durch eine einseitige und kurzsichtige Verwaltung beglückt werden, ziehen viele wohlhabende Familien es vor, dem Freistaat (vulgo Bourgeois-Republik) den Rücken zu kehren und sich auf preußischem Gebiet niederzulassen. Selbstverständlich erfüllen sich auf diese Weise die großen Hoffnungen, welche viele Geschäftsleute und Gewerbtreibende bei ihrer Niederlassung am hiesigen Platze hegten, nicht; die hauptsächlichste Schuld daran aber trägt die unersättliche Habsucht der großen Schiffsreder Bremens, welche durch ihre Makler eine schamlose Ausbeutung betreiben lassen, und das mobile Kleinkapital aufsaugen; geht dies noch eine Reihe von Jahren so fort, so wird Bremerhaven statt Seestadt — ein Dorf werden.

Wie schon oben bemerkt, werden Berichte über die hiesigen Parteiangelegenheiten in der täglich zu Bremen erscheinenden „Bremer Freien Zeitung" veröffentlicht. Diese Zeitung ist aber vorzugsweise Lokalblatt für Bremen und kann deshalb am hiesigen Platze den gewünschten Aufschwung schwerlich erreichen, da die sozialen Verhältnisse Bremens, welches, wenn auch nur scheinbar, ein sogenanntes Bürgerthum repräsentirt, wesentlich verschieden sind von denen Bremerhavens, wo dasselbe in rapider Weise schwindet. Hier existirt ein Arbeiterstand, dem nur noch eine feste und praktische Organisation fehlt. Der kleine Stamm der hiesigen Parteigenossen steht fest zum Prinzip! Die gewerkschaftliche Agitation ist ebenfalls eine ziemlich lebhafte, aber es fehlt leider an einem gemeinschaftlichen Bindemittel d. h. an einem Organ für die Arbeiter am hiesigen Platz und der Umgegend. Es ist beim besten Willen nicht möglich, gegenüber den hier bestehenden drei gegnerischen Organen der „Provinzial-"

„Ich glaube, daß zwar schon die Wissenschaft die staatswirthschaftlichen Funktionen des rentirenden Eigenthums zu ersetzen verstände, aber ich glaube nicht, daß der freie Wille der Gesellschaft heute stark genug ist, um auch den Zwang zur Arbeit, den jene Institution außerdem noch übt, schon unnöthig zu machen. Und Arbeit ist das Prinzip des gesellschaftlichen Fortschrittes, ist der Initialbuchstabe jeglichen Reichthums und jeglicher Civilisation. Ich glaube also, um mich kurz auszudrücken, nicht, daß die Gesellschaft den Weg durch die Wüste schon beendigt hat, daß ihre sittliche Kraft schon groß genug ist, um das gelobte Land der Erlösung vom Grund- und Kapitaleigenthum durch freie Arbeit erwerben und behaupten zu können."

Was aber die Wissenschaft in dieser Richtung zu leisten im Stande ist, das hat gerade Rodbertus, der meines Erachtens von sozialistischer Seite viel zu wenig gekannt und gewürdigt wird,*) durch seinen Aufsatz über die Einführung eines Normal-Werkgeldes bewiesen, welches im Stande wäre, selbst bei vorläufig bestehenbleibendem Privateigenthum am Kapital und Grund und Boden, das Lohngesetz zu durchbrechen und der Arbeit einen constant mitsteigenden Antheil am Gesammt-Arbeitsertrag zu gewähren.

Durch das vorstehend Gesagte ist auch die zweite Frage, „ob der Staat die enorme Spezialbuchhaltung bewältigen und ungleiche Arbeit auch richtig nach sozialen Arbeitszeit-Einheiten abzuschätzen vermöchte", eigentlich schon erledigt, da ich nachgewiesen habe, daß eine Vertheilung nach Arbeitszeit-Einheiten wenigstens von Marx nicht gefordert wird.

Denkt man sich aber die Sache in der Weise, daß für jede einzelne Produktionsbranche ein zeitlich genau bestimmter Arbeitstag festgesetzt wird, der, so verschieden auch seine Zeitdauer sein möchte, für Alle einen gleich hohen Lohnsatz repräsentirte; denkt man sich dann das heutige Stücklohnsystem, die Akkordarbeit in der Weise eingeführt, daß für jede Produktion die in einem Normalzeittage durchschnittlich zu leistende Arbeit festgestellt und der Lohn dann nach der in der festgesetzten Normalzeit geleisteten Arbeit gezahlt werde, so fallen die mit Recht gegen den Normalzeittag erhobenen Bedenken in sich zusammen. Es muß ja zugestanden werden, daß der fleißige und geschickte Arbeiter durch den Normalzeit-Arbeitstag bei gleichem Lohn gegen den faulen und ungeschickten Arbeiter zurückgesetzt, und daß das Streben nach größerer Arbeitsgeschicklichkeit und der Trieb zur erhöhten Anspannung der materiellen Kräfte durch einen materiellen Erfolg am sichersten und besten geweckt und erhalten wird.

Würde dann also ein tüchtiger Arbeiter im achtstündigen Normaltage so viel Werk fertig stellen, als durchschnittlich in zehn Stunden geliefert wird, so würde er auch trotz der nur achtstündigen Arbeitszeit den Lohn für 10 Stunden erhalten; wer in den 8 Stunden nur für 6 Stunden Werk fertig gemacht, erhielte auch nur für 6 Stunden Lohn.

Das würde jeden Einzelnen zu erhöhter Thätigkeit anspornen; für die Gesammtheit entstände wieder daraus der Vortheil, daß durch die so vermehrte Produktion der Werth und damit der Preis der Produkte fiele, so daß also Alle für den Lohn ihrer Arbeitsleistung mehr Waare kaufen könnten, als früher.

Man sieht also, daß selbst eine Vertheilung der Produkte nach Arbeitszeit-Einheiten vollständig gerecht und zweckmäßig wäre, sobald man nur auch dem einzelnen Arbeiter gegenüber die so viel angefeindete Marx'sche Werththeorie in Anwendung bringt, und den Lohn nicht nach der zur Herstellung des Produkts wirklich aufgewendeten, sondern auch bei, in den einzelnen Produktionszweigen nach lokalen und sonstigen Verhältnissen vorher festgestellten „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit" berechnet.

Die freilich nothwendig werdende, von Herrn Schäffle ihres kolossalen Umfangs halber für undurchführbar gehaltene Sozialbuchführung dürfte übrigens trotz ihres Umfangs noch bedeutend weniger Schreiber- und Buchhalterkräfte in Anspruch nehmen, als heutzutage in den bestehenden Geschäften gebraucht werden.

Ich glaube bewiesen zu haben, daß die Einwendungen des Herrn Schäffle gegen die Marx'sche Werththeorie der sachlichen Begründung entbehren und nur erhoben worden sind, weil Herr Schäffle die Bedeutung des Ausdrucks „gesellschaftlich nothwendige Arbeit" nicht richtig aufgefaßt hat; ich habe gezeigt, daß der dem Sozialismus imputirte Vertheilungsplan von Marx nicht aufgestellt worden ist; damit fallen die auf Grund eines ungenauen Citats gezogenen Schlüsse in sich zusammen. Es sind somit die wenigen, von Herrn Professor Schäffle noch gegen die Berechtigung und Durchführbarkeit des Sozialismus erhobenen Bedenken und Einwendungen als widerlegt anzusehen.

Wenn Herr Professor Schäffle also keine anderen Gründe gegen den Sozialismus beizubringen hat, wird er, wohl oder übel, im Geheimen oder vor der Oeffentlichkeit, die Berechtigung und Durchführbarkeit des Sozialismus anerkennen müssen.

*) Lassalle hat sich mehrfach auf Rodbertus bezogen. (Anm. d. R.)

Der sittliche Bankerott der Bourgeoisgesellschaft.

(Nr. 57 des „Vorwärts.)

Wenn wir dem Verfasser des wie vorstehend überschriebenen Artikels auch darin vollkommen Recht geben können, daß der betreffende Bericht der Petitionskommission eine volle Anerkennung der, in der modernen Gesellschaft in krasser Weise um sich greifenden Unsittlichkeit enthält, so können wir ihm doch nicht in gleicher Weise beistimmen, wenn er jene Petition der Schweriner Aerzte selbst ein Kennzeichen der Unsittlichkeit nennt und sie verwirft.*) — Wir Sozialdemokraten haben ja stets anerkannt, daß wir keiner auf dem Boden der heutigen Bourgeoisgesellschaft möglichen thatsächlichen Reform, wofern sie aus aufrichtigen Motiven hervorgegangen ist, unsre Zustimmung versagen dürfen. Die Errichtung resp. Wiedereinführung von öffentlichen, unter strenger polizeilicher Kontrole stehenden Häusern ist aber eine thatsächliche Verbesserung. — Die unüberwindlichen Anforderungen der menschlichen Natur kann und darf man nicht durch Zwangsmittel eindämmen wollen, das würde stets noch gröbere Ausschreitungen und unnatürliche Laster zur Folge haben. So lange unsere heutigen Eheverhältnisse andauern und die Schwierigkeiten, welche der Ehe und dem dazu nöthigen Erwerb entgegenstehen, wird eine Art von Prostitution nicht zu vermeiden sein; dieser Prostitution selbst aber vermag man sehr wohl durch Paralysirung einen Zaum anzulegen, und dazu könnten jene öffentlichen Häuser dienen, wenn sie unter strenger Aufsicht gehalten werden und wenn zu gleicher Zeit jede andere erwerbsmäßige Unzucht streng geahndet wird. Eine solche Maßregel dürfte außerdem auch dem allzuweiten Umsichgreifen syphilitischer Krankheiten entgegenarbeiten und daher doch nicht so ganz verwerflich erscheinen. — Diese Auffassung beeinträchtigt in Nichts die sozialdemokratische Anschauung, daß die Bourgeoisgesellschaft vor einem sittlichen Abgrunde steht und daß nur eine radikale Umgestaltung zu helfen vermag, sie weist vielmehr auf ein Mittel hin, in praktischer Weise einen Uebergang herbeizuführen, welcher der Unzucht, wenigstens der erwerbsmäßigen, einen Damm setzt. L., Neustrelitz.**)

*) Dazu sei bemerkt, daß der Verfasser des betreffenden Artikels nichts weiter gemeint und gesagt hat, als daß die Thatsache der Schweriner Petition bereits die tiefe Unsittlichkeit unserer Zustände beweist. In einer sittlichen Gesellschaft gehörten derartige Anforderungen an die Gesetzgebung eben einfach zu den Unmöglichkeiten, während sie bei uns mit Nothwendigkeit aus den Verhältnissen hervorgehen. R. d. V.

**) Es versteht sich, daß die Redaktion des „Vorwärts", indem sie Obiges veröffentlichte, damit nicht die Verantwortlichkeit für den Inhalt übernommen hat. R. d. V.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Kein Zweifel, in gewissen Kreisen sucht man die öffentliche Meinung auf einen Krieg mit Frankreich vorzubereiten. Man lese nur nachstehende Auslassung der „Post", deren „Krieg-in-Sicht"-Artikel noch nicht vergessen sind, und der die Fama hartnäckig sehr nahe Beziehungen zum Fürsten-Reichskanzler zuschreibt: „Wir enthalten uns", heißt es dort, „jeder Vermuthung über den Ausgang betreffs der innern Lage Frankreichs, aber die Verschwörung, welche die Arbeit begonnen hat, ist nicht nur eine Verschwörung gegen die Republik, weit mehr noch gegen Deutschland. Dies ist das wahre Wort der Situation. Es wäre pflichtvergessen, das Wort nicht auszusprechen, es wäre aber auch übereilt, anzunehmen, daß die Verschwörung gelingen muß. Welches sind die Fäden, deren die Verschwörer sich glauben bemächtigen zu können? Die französischen Rüstungen sind auf den höchsten Stand gebracht, es ist nichts mehr zu thun übrig, als: die Maske abzuwerfen. Aber Frankreich will nicht allein in den Krieg gehen, es sei denn im höchsten Nothfalle. Dem klerikalen Staatsstreiche müßte ein eben solcher Streich in Wien und Rom folgen, um die Absicht der Verschwörung zu erfüllen. Daß man an solchen Streichen arbeitet, ist außer Zweifel; ob sie gelingen, ist sehr zweifelhaft. Man möchte das antiklerikale Ministerium zu Rom durch die Consorteria stürzen, der italienische Senat hat vorgearbeitet. Man möchte in Wien Andrassy stürzen, am liebsten mittels einer Unbesonnenheit seiner eigenen Landsleute, um ein klerikales Ministerium einzusetzen, aber nicht zum Kriege gegen Rußland. Rußland ist auf lange genug beschäftigt. Die deutsche Staatskunst hat zwar den Plan verettelt, eine Coalition gegen Deutschland als Bundesgenossen Rußlands zusammenzubringen. Aber Deutschland steht doch allein, wenn es gelingt, den Hebel des Ultramontanismus überall da zur erfolgreichen Wirkung zu bringen, wo der Ultramontanismus im Stande ist, die Hebel einzusetzen. Wir glauben nicht, daß dies gelingen wird, finden also auch heute keinen „Krieg in Sicht". Aber was unsere Feinde wollen, ist allerdings Krieg gegen uns; sie arbeiten wieder einmal daran mit aller Rücksichtslosigkeit, die ihnen die Leidenschaft gebietet, deren Unbezähmbarkeit durch die scheinbare Gunst des Moments gesteigert wird. Es ist ein empörendes Schauspiel, das wir in Frankreich wieder einmal aufführen sehen, das Schauspiel, wie rücksichtsloser Parteifanatismus dem Vaterlande die schwersten Wunden schlägt. Immer mehr befestigt sich der Charakter der Gegensätze, den wir schon mehrfach betont; in Frankreich bedeutet die Republik fortan den Frieden, die Monarchie, die nur noch Dienerin des Klerikalismus sein kann, den Krieg, und zwar nur Einen Krieg.

Wir wissen nicht, ob die monarchisch-klerikalen Verschwörer die Monarchie vor dem Kriege oder während des Krieges einsetzen wollen; der Hauptzweck ist ihnen die Einsetzung des Papstes in die weltliche Herrschaft, der Weg zum Königthum des Papstes aber geht über das besiegte deutsche Reich. So bitterer Ernst es den Feinden der Geistescultur mit ihrem Vorhaben ist: der Plan ist allzu phantastisch, als daß er schwere Besorgniß einflößen könnte. Aber der Staatskunst, deren Händen Deutschlands Leitung anvertraut ist, haben wir mehr als je die Pflicht treu und fest zur Seite zu stehen."

Allerdings — sintemalen sie es ist, die uns in diese angenehme Lage gebracht.

Auf die Einzelnheiten des Artikels gehen wir nicht ein. Das unvorsichtige Geständniß, daß die Republik in Frankreich den Frieden bedeutet, denunziren wir den Leitern des Reptilienfonds, die für geschicktere Handlanger sorgen mögen; und was die übrigen Auslassungen betrifft, so enthalten sie eine solche Masse von Unsinn und Albernheiten, daß die Widerlegung uns mehr Zeit und Raum kosten würde, als uns zur Verfügung steht. Wer kann im Ernst glauben, Frankreich wolle jetzt Deutschland angreifen? Rußland, dessen Bundesgenossenschaft es zu diesem Zweck bedürfte, ist ja der thatsächliche oder vertragsmäßige Bundesgenosse Deutschlands. Kein Zweifel, die Möglichkeit liegt vor, daß Frankreich sich im Lauf der dem russisch-türkischen Krieg entspringenden Verwicklungen gegen Deutschland wird wenden müssen, allein nur in dem Fall, daß Preußisch-Deutschland offen für Rußland eintreten, und ein Rußland feindliches Einschreiten der vorläufig noch neutralen Mächte „auf den Knauf des Schwerts gestützt" im Namen der „Neutralität" verbieten sollte.

Dies ins Auge gefaßt, erscheint der Artikel der „Post" einfach als Hetzartikel und nichts weiter.

In ähnlichem Sinne, nur vorsichtiger in der Sprache, drückt sich die amtliche „Provinzialcorrespondenz" über die „merkwürdige Wendung in Frankreich", über die „Krisis" aus, deren „weiterer Entwicklung" sie zum mindesten höchst überflüssiger Weise „die ernste Betrachtung von allen Seiten" in Aussicht stellt. Natürlich kann die biedere „Norddeutsche Allg. Zeitung" bei einem so hübschen Zeitvertreibe nicht fehlen. Und das — Glück ist ihr günstig gewesen: sie hat eine wunderbar passende Mordgeschichte von zwei deutschen Offizieren aufgegabelt, die in Nancy von französischen Civilisten und Soldaten, unter maralischer Mitwirkung französischer Offiziere entsetzlich mißhandelt worden sind — oder sein sollen. Es wird ja wohl gelogen, oder doch stark übertrieben sein, aber seine Dienste thut's doch, und daß man in diesem Moment mit derartigen Mordgeschichten aufwartet, ist ein „Zeichen der Zeit".

Erwähnt sei noch, daß die europäische Börse, voran die Berliner, den jüngsten Abstecher des Fürsten Bismarck nach Berlin mit einer an Panik streifenden Baisse (allgemeinem Sinken der Werthpapiere) begrüßt hat. Es ist dies ein praktischer Commentar zu dem geflügelten Wort Bennigsen's von der „bewährten friedlichen Politik" des deutschen Reichskanzlers.

In Constantinopel herrscht große Aufregung. Die Softas sind wieder in Bewegung, um die Rückberufung Midhat Pascha's, des fähigsten und energischsten der türkischen Staatsmänner zu erwirken. Einer Depesche nach soll der Belagerungszustand in Constantinopel proklamirt sein — auf die Dauer wird aber die Bewegung durch derartige Gewaltmaßregeln nicht zurückzudrängen sein.

— Die deutschen Militärbehörden haben Anordnungen für

John Osawatomie Brown, der Negerheiland.

(Schluß.)

Der Distrikt Pottawattomie wird nun der Schauplatz der Handlung. Ein gewisser Wilkinson, vom Proslavereigouvernement als oberster Verwaltungsbeamter eingesetzt, beherrscht denselben. Dieser war nach Missouri gegangen, um Truppen zur gewaltsamen Austreibung der Familie Brown zu holen. John Brown ging als Feldmesser in's Lager der Invasionsarmee und erfuhr dort, daß es auf seine und seiner Angehörigen Ermordung abgesehen sei. Die auserlesenen Opfer beriethen in großer Versammlung, was zu thun sei, sie beschlossen, beim ersten Anzeichen des beabsichtigten Massenmordes die Anstifter aufzuheben und zu lynchen. So geschah es, doch waren weder Brown noch seine Söhne bei dem Akte der Lynchjustiz anwesend gewesen. Auf der anderen Seite gelang es den Missouriern, zwei Söhne Brown's in ihren Niederlassungen zu überraschen und gefangen zu nehmen; die jungen Männer wurden in Eisen geschlagen, John, der älteste Sohn, wurde bei der unmenschlichen Behandlung, die er zu erdulden hatte, wahnsinnig. Die Missourier eilte rasch das Strafgericht, bei Black-Jack holte Brown die Marodeure ein, welche sich in einer Wagenburg verschanzt hatten. Mit 24 Mann griff Brown die Gegner an, nach mehrstündigem Kampfe ergriffen dieselben die Flucht, 20 Gefangene fielen in die Hände Brown's, außerdem eine Menge gestohlener Pferde, eine Masse Gut und Geld, die Wagenkarawanen mit Feldgeräth, Munition, Fourage und Provision für sechszig Mann und siebzig Pferde.

Kansas wurde von den Missouriern, die nun alle Kraft aufboten, vollends unterjocht bis auf Topeka, das heldenmüthig vertheidigt wurde und John Brown stets als Stütze diente. Aber auch Topeka fiel und Brown mußte in seine Heimat bei Osawatomie zurückreisen. Es folgte eine Reihe glänzender Waffenthaten, darunter der siegreiche Kampf bei Osawatomie und die heldenmüthige Vertheidigung von Lawrence, das ihn bei seiner zufälligen Anwesenheit zum Vertheidiger wählt. Wir müssen es uns leider versagen, bei diesem spannenden Theile des Buches noch länger zu verweilen. Brown hat jetzt einen Wendepunkt in seinem Leben erreicht; bis dahin hatte er sich noch immer auf streng constitutionellem Boden bewegt, jetzt verließ er ihn und faßte den Entschluß, eine Erhebung der südstaatlichen Sklaven herbeizuführen. Sein Plan war folgender: Mit einer Truppe von hundert gut berittenen und bewaffneten Leuten sollte das Unternehmen ausgeführt werden, als nächstes Ziel war Harpers Ferry in Aussicht genommen, wo sich ein Unions-Arsenal befand. Dies sollte mit Hilfe der ersten befreiten Sklaven sofort in's Gebirge geschafft und sodann der Guerillakrieg in Scene gesetzt werden — die virginischen Alleghanys waren als Schauplatz desselben ausersehen worden. Der Krieg sollte langwierig und zäh geführt werden und Brown hoffte allmählig viele Hunderte, bald auch wohl Tausende von Sklaven in Virginien zur Flucht oder Empörung zu reizen. Anfangs müßte die Erhebung nur als ein vorübergehender, ganz lokal begrenzter Aufstandsversuch erscheinen, der nach kurzer Gegenwehr zu ersticken sein dürfte. Wenn aber nun selbst die betheiligten Pflanzer für sich allein nichts ausrichteten und dann auch die Miliz des Staates in ihren Versuchen zum Einfangen der entronnenen oder gewaltsam befreiten Sklaven eine mehrfache Reihe von Fehlschlägen würde erfahren haben, alsdann mußte sich sein Ruf als Befreier unzweifelhaft rasch durch alle südländischen Pflanzungen längs der Alleghany-Kette verbreiten und ein flüchtiger Sklavenschwarm nach dem andern und eine arbeiterentblößte Pflanzung nach der andern ihnen Schlag auf Schlag in die Hände fallen. Er rechnet weiter auf die Mitwirkung der kanadischen freien Neger, sie sollten ihm von den nordischen Freiheitsfreunden nachgesandt werden und binnen Monatsfrist ein Heer bilden. Der erste Schlag sollte, wie erwähnt, gegen Harpers-Ferry geführt werden. Als Zeitpunkt war das Frühjahr 1859 in Aussicht genommen. Sobald sich mehr Flüchtlingsschwärme zu ihnen fänden, hatte er Postenketten durch die ganzen Alleghanyschluchten bis Tenessee und in die Sümpfe von Süd-Karolina in Aussicht genommen, um überall Anhalt zu Banden- und Cadres-Formirungen zu geben. Die erste Bewaffnung sollte in Lanzen, alten Musketen und Sensen bestehen; die Offiziere sollten mit Sharper-Rifles (Büchsen) ausgerüstet werden. Endlich war eine provisorische Regierung in Aussicht genommen und Brown hoffte, daß die organisirte Insurrektion dem Süden die lähmende Angst einjagen würde, der gesammte Norden sei im Begriff sich über ihn herzustürzen, und andererseits erwartete er vom Norden, daß ihn entweder Scham oder Begeisterung zu energischem Eintreten für die Sache der Sklavenbefreiung hinreißen würde.

Brown's Auffassung war: „Gib einem Sklaven ein Bajonnet und er ist ein freier Mann", und in Betreff des Guerillakrieges stützte er sich sowohl auf seine eigenen Erfahrungen als auch auf das Faktum, daß Nat Turner, der Negerhäuptling, ganz Virginien fünf Wochen lang mit 90 Mann behauptet hatte. Ueber die zukünftige Stellung der befreiten Sklaven war, wie wir schon einmal erwähnten, seine Ansicht: „Das Land gehört dem Knecht, der es reich gemacht hat und der Früchte seiner Arbeit beraubt ist."

Harpes-Ferry ist ein wichtiger Knotenpunkt auf der Grenze dreier Staaten und nahe dem vierten (Ohio). Jene drei sind Maryland, Virginien und Pennsylvanien. Die Stadt selbst mit ungefähr 5000 Einwohnern gehört zur Grafschaft Jefferson in Virginien, sie liegt gerade da, wo die Ausläufer des Alleghany-Gebirges, die sog. „Blauen Berge" von den Flüssen Potomac und Shenandoah durchbrochen werden. Ihr Abhang ist hier noch immer 1200 Fuß hoch und ziemlich steil.

Wir übergehen alle die mühsamen und oft vereitelten Vorbereitungen, welche John Brown für sein kühnes Unternehmen traf. — Der Stein kam rascher in's Rollen, als er selbst vorausgesehen. Ein Neger, Jim, der mit Weib und 2 Kindern und einem andern Neger in ein oder zwei Tagen nach dem Süden verkauft werden sollte, bat um Hilfe und in zwei kleinen Abtheilungen, von denen eine Brown selbst, die andere sein Genosse Kaye führte, ging es nach Missouri. Die Sklaven wurden auf dem Gehöfte befreit, dann ein anderes Gehöft besucht und hier gleichfalls fünf Sklaven, aber auch zwei Weiße mitgenommen. Die andere Abtheilung befreite eine Sklavin und tödtete den Eigenthümer, der sich widersetzte. Von den Gütern wurde absichtlich Eigenthum genommen, das eines einfachen Einwohners aber, das sich darunter befand, sofort zurückerstattet. Das mitgenommene Gut wurde zur Entschädigung der Sklaven verwendet. Es waren im Ganzen 4 Familien befreit, eilf Köpfe stark. Die Folge des Einfalls zeigte sich sofort. Eine wilde Panik lief durch den Süden. Vor John Brown's Einfall zählten die Grafschaften Bates und Vernon 500 Sklaven, zwei Wochen

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate:
Vers. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Haß, 630 North 3rd Street
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. W. Gerge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Zimmermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 62. Mittwoch, 30. Mai. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** 2c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** 2c. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** 2c. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die blutige Maiwoche und ihre Opfer
22.—28. Mai 1871.

Fünfundzwanzigtausend Männer, Weiber und Kinder während des Kampfes und nach dem Kampfe getödtet; dreitausend, niedrig geschätzt, im Kerker, auf den Pontons, in den Forts oder an, durch das Gefängniß erzeugten Krankheiten gestorben; dreizehntausendsiebenhundert, meist auf Lebenszeit, verurtheilt; siebenzigtausend Frauen, Kinder, Greise ihrer natürlichen Stützen beraubt oder aus Frankreich getrieben: hundert und eilf Tausende Opfer, niedrigst geschätzt — das ist die Bilanz der Rache der Bourgeoisie für die Revolution des 18. März.

Lissagaray, Geschichte der Commune von 1871.

Das Proletariat vergißt seine Märtyrer nicht. Es vergißt nicht die Verbrechen seiner Feinde. Und es kennt seine Pflicht.

Die Quintessenz des Sozialismus.

Von C. A. Schramm.

II.

Nach dieser Erläuterung gehe ich nun zur Beantwortung der von Prof. Schäffle aufgeworfenen Fragen, die er Seite 47 in folgenden Worten stellt:

„Es fragt sich nur: 1. theoretisch, ob der Vordersatz richtig ist, wonach gesellschaftliche Arbeitszeit das Werthmaß der Güter ist, — 2. praktisch, ob der geschlossene Sozialistenstaat die enorme Sozialbuchhaltung bewältigen und ungleiche Arbeit auch richtig nach sozialen Arbeitszeiteinheiten abzuschätzen vermöchte.

„Die erstere Frage muß vorläufig jedenfalls verneint werden; denn der Werth der Güter richtet sich ersichtlich nicht blos nach den Kosten, sondern auch nach dem Gebrauchswerth, d. h. nach der Dringlichkeit des Bedarfs. Ohne Berücksichtigung des wechselnden Gebrauchswerthes verschiedenartiger Arbeiten und verschiedenartiger Produkte ist eine soziale Werthtaxe, welche an Stelle der Marktpreisbestimmung der Gegenwart auf volkswirthschaftliche Weise gesetzt werden könnte, schlechterdings undenkbar. Wie schon bemerkt, muß der Sozialismus seinen Fundamentalsatz vom sozialen Arbeitskostenwerth der Güter von Grund aus zu corrigiren verstehen. Das ist vielleicht nicht unmöglich, wir lassen es dahingestellt. Aber der bloße Arbeitskostenwerth, wie er jetzt formulirt ist, macht die ganze Oekonomie des Sozialismus vorläufig zur Magie. Wenn z. B. der Sozialbürger nach schlechter Ernte Brod verlangt, kann ihm der Sozialistenchef nicht Steine und nicht Kleider und nicht Vergnügen dafür bieten. Aber dem, welcher das besonders begehrte Brod verlangt, muß eine Taxe über den Kostenwerth angesetzt werden, bei der er sich nach der Decke streckte, damit das Mangelnde, aber Begehrtere, für Alle wenigstens zur Noth reichen könne. Also der Sozialwerth (Tauschwerth) muß nicht blos als Kosten-, sondern auch zugleich als wechselnder Gebrauchswerth bestimmt sein; Sozialbedarf und Sozialproduktion gerathen sonst in eine heillose quantitative und qualitative Disharmonie, die Niemand bewältigen kann. Der Sozialismus muß diesen, von seinen Theoretikern arg mißachteten Punkt am ehesten zu berichtigen suchen; vorher läßt sich mit ihm doch kaum eine Diskussion von praktischer Bedeutung anknüpfen."

Diese ganze Stelle beruht auf einem fast unbegreiflichen Mißverständniß. Professor Schäffle übersieht ganz, daß Marx durch den so scharfsinnig gewählten Wortlaut seiner Werth-Definition auch schon dem Gebrauchswerth, soweit er auf die im Preise ausgedrückte, meist nur imaginäre Tauschwerthgröße Einfluß zu üben im Stande ist, vollständig Rechnung getragen hat. Und darin besteht meines Erachtens die hohe wissenschaftliche Bedeutung der Marx'schen Werththeorie.

Die älteren englischen Oekonomen sehen den Werth einer Waare in der zu ihrer Herstellung aufgewendeten Arbeit. Die plötzliche Entwerthung einer Menge, bisher mit der Hand hergestellten Waaren durch Einführung einer Maschine läßt diese Erklärung des Werthes als durchaus unzutreffend erscheinen; deshalb war es ein bedeutender Fortschritt, als der Amerikaner Carey den Werth dahin definirte, daß nicht die wirkliche, zur Herstellung der Waare aufgewendete Arbeit, sondern die zur Wiederherstellung aufzuwendende Arbeit die eigentliche Werthsubstanz bilde. Erst die Marx'sche Werthdefinition trägt der durch wechselnden gesellschaftlichen Bedarf eintretenden Werthsteigerung oder Entwerthung der Waare vollständig Rechnung, denn nicht die gesellschaftliche Durchschnittsarbeitszeit, sondern die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit bildet hiernach den Tauschwerth.

Das habe ich in meinen schon citirten Artikeln des Weiteren ausgeführt; dort freilich des Zusammenhangs wegen an einem nicht recht deutlichen Beispiel, welches die Verwechselung von Preis und Werth leicht herbeiführen kann; ich lasse die Stelle hier folgen, füge aber gleich danach die für Getreide besser zutreffende Erläuterung bei.

„Gesetzt, es haben sich doppelt so viel Weber an die Arbeit gemacht, als früher, es ist also auch doppelt so viel Leinwand da, als gebraucht wird; es sinkt ihr Werth, denn es war nur die Hälfte der Arbeit gesellschaftlich nothwendig und es haben daher in diesem Falle zwei Stunden nur so viel Werth, als sonst eine Stunde."

„Die Gesellschaft braucht eine bestimmte Quantität Weberarbeit; wird nun doppelt so viel geleistet, so ist die Hälfte überflüssig; man kann aber den einzelnen Ellen Leinwand nicht ansehen, welche von ihnen grade die überflüssig produzirten sind, daher sinkt der Werth jeder einzelnen Elle so gut, wie der Gesammtwerth der ganzen Leinwand."

Speziell auf den von Prof. Schäffle citirten Fall angewendet, lautet die Erläuterung:

Die Gesellschaft braucht ein bestimmtes Quantum Getreide; die zur Erzeugung desselben aufgewendete oder aufzuwendende allgemein menschliche, gesellschaftlich nothwendige Arbeit, gemessen nach Zeit, bildet den Tauschwerth alles Getreides. Ist mehr Getreide erzeugt worden, als gebraucht wird, so wurde auch mehr Arbeit darauf verwendet, als gesellschaftlich nothwendig war; ist also doppelt so viel Getreide gebaut worden, so steckt darin nur halb so viel Werth, nur halb so viel gesellschaftlich nothwendige Arbeit, als wirkliche Arbeit zur Getreidegewinnung aufgewendet worden ist.

Wäre dagegen der gesellschaftliche Bedarf nur zur Hälfte durch den Ernteertrag gedeckt, so ist eben nicht das genügende Quantum „gesellschaftlich nothwendige Arbeit" auf Getreidebau verwendet worden; das vorhandene Getreidequantum repräsentirt also einen doppelt so hohen Tauschwerth, als wirkliche gesellschaftliche Durchschnittsarbeit zur Produktion verwendet worden ist.

Nimmt man also auch an, daß Preis und Werth gleich hoch sein soll, so wird der Brodpreis bei einer reichlichen Ernte sinken, das Brod wird billiger werden, man wird mit dem Arbeitsertrag einer Stunde doppelt so viel kaufen können, als in gewöhnlichen Jahren. Ist dagegen nur halb so viel Getreide gewonnen worden, als zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs nothwendig ist, so wird der Brodpreis steigen, man wird für den Arbeitsertrag einer Stunde nur halb so viel Brod kaufen können als sonst.

Dient also die Marx'sche Werththeorie wirklich zur Bestimmung des Preises, so wird nach einer Mißernte der Brodpreis ebenso gut in die Höhe gehen, wie das jetzt — von den heute entstehenden Wucherpreisen abgesehen — der Fall ist. Dieser so gewichtig scheinende Einwand des Herrn Schäffle entbehrt also jeder Begründung und ist durchaus hinfällig.

Herr Professor Schäffle befindet sich aber überhaupt im Irrthum, wenn er annimmt, Marx plane oder beabsichtige eine Vertheilung der Güter nach Arbeitszeit-Einheiten. Ich für meinen Theil habe wenigstens von einem solchen Plane in dem „Kapital" keine Spur entdeckt, vielmehr das grade Gegentheil darin ausgesprochen gefunden.

Herr Schäffle schreibt in dieser Hinsicht Seite 17: „An einer Stelle äußert Marx, allerdings nur hypothetisch, dieses Programm ungefähr so: Ein Theil dieses Produktes dient im Kapitalersatz wieder als Produktionsmittel; er bleibt gesellschaftlich. Ein anderer Theil wird als Lebensmittel von den Gesellschaftsgliedern verzehrt, er muß daher unter sie vertheilt werden. Der Antheil jedes Produzenten wäre, so sie vorausgesetzt, bestimmt durch seine Arbeitszeit. Dann werde die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Antheils des Produzenten an der Gewinnarbeit und zugleich als das Maß für den Antheil am individuell verzehrbaren Gemeinprodukte dienen."

Diese Stelle ist aber nicht wörtlich citirt, und daher kommt denn auch der falsche Schluß, mit welchem Schäffle den Vorwurf der Undurchführbarkeit des Sozialismus begründet. Die Stelle im Kapital lautet wörtlich S. 371 1. Auflage:

„Setzen wir an die Stelle Robinson's (des vereinzelt lebenden Menschen) einen Verein freier Menschen, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinson's Arbeit wiederholen sich, nur gesellschaftlich, statt individuell. Ein wesentlicher Unterschied tritt jedoch ein. Alle Produkte Robinson's waren sein ausschließlich persönliches Produkt und daher unmittelbar Gebrauchsgegenstände für ihn. Das Gesammtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Theil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Theil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie vertheilt werden. **Die Art dieser Vertheilung wird wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwickelungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Waarenproduktion setzen wir voraus, der Antheil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit.** Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Vertheilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Antheils der Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Theil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten blieben hier durchsichtig einfach, in der Produktion sowohl als in der Distribution."

Aus dem Wortlaut, wie aus dem ganzen Zusammenhang geht doch unzweifelhaft hervor, daß Marx an diesem fingirten Gesellschaftszustand nur den Zusammenhang zwischen der Produktion und der Vertheilung der Güter, welcher in unseren heutigen Gesellschaftsverhältnissen dunkel und schwer entwirrbar erscheint, in einfacher und durchsichtiger Weise zeichnen, nicht aber einen sozialistischen Vertheilungsplan entwerfen wollte. Er sagt ja ausdrücklich: Die Art der Vertheilung wird wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwickelungshöhe der Produzenten. Damit ist doch unzweifelhaft die Ansicht ausgesprochen, daß es selbst nach vollständig eingeführtem Communismus an allen Produktionsmitteln je nach den Umständen verschiedene Maßstäbe zur Abmessung des den Einzelnen für ihre Arbeitsleistung zufallenden Antheils an den Produkten geben könne und geben müsse, nicht aber, wie Schäffle irrthümlicher Weise annimmt, daß die geleistete Arbeitszeit diesen Maßstab unter allen Umständen bilden solle.

Eine derartige Utopie ist einem so klaren Kopfe wie Marx sicherlich nicht zuzutrauen. Ja, wenn alle Menschen frei von Egoismus wären, wenn der von Fourier geträumte Trieb zur Arbeit in Allen gleichmäßig entwickelt wäre und zu Tage träte, möchte ein derartiger Vertheilungsmaßstab wohl möglich sein; so lange aber die Menschen eben noch Menschen bleiben, wird ein Antrieb zur Arbeit, und zwar zu der von der Gesellschaft gebrauchten Arbeit, noch von Nöthen sein. Deshalb wird auch der vernünftige Sozialismus „jeden Einzelnen mindestens so stark mit seinem Privatinteresse für die Gesammtleistung interessiren, als es bei der heutigen Produktionsweise geschieht; ja, noch viel mehr, weil die heutige Arbeitsleistung nur in seltenen Fällen einen mit dem Arbeitsertrage mitsteigenden Antheil daran erhält; er wird jede Einzelabtheilung für außerordentliche Collektivleistung prämiiren, für wirthschaftliche Nachlässigkeit büßen zu lassen wissen; er wird besonderen technischen Fortschritt und individuelles Verdienst um's Ganze materiell belohnen; er wird auch die Arbeitskräfte an die Stelle ihrer produktivsten Verwendung nicht nur durch obrigkeitliches Commando, sondern durch die Macht des Individual-Interesses zu dirigiren verstehen."

Daß das „Wie?" eines der schwerwiegendsten Probleme ist, an dem die besten Köpfe mitzuarbeiten haben werden, daß trotzdem noch viele Mängel und Fehler vorkommen werden, die sich erst bei der praktischen Durchführung herausstellen können, das ist ja nicht abzustreiten; die Möglichkeit einer derartigen Organisation kann doch aber vernünftiger Weise nicht bezweifelt werden. Sollte die Menschheit an der Lösung dieser höchsten Culturaufgabe verzweifeln, weil augenblicklich noch kein fertiger Plan für den Zukunftsstaat vorliegt? Hat denn etwa das Königthum, als es den Feudaladel zu stürzen begann, einen bis in die Details ausgearbeiteten Plan in der Tasche gehabt, nach welchem es den absoluten Staat einzurichten gedachte? Hat das Bürgerthum, als es das absolute Königthum über den Haufen warf, vorher eine fertige Staatsverfassung ausgearbeitet? Hat man bei Aufhebung der Sklaverei etwa ein klares Bild von der Produktion durch sogenannte freie Arbeiter und von der Vertheilung der Produkte durch den Arbeitslohn gehabt? Zeigt nicht vielmehr der wachsende Mammonismus und Pauperismus, daß der wirthschaftliche Liberalismus, von dem man die steigende Wohlfahrt Aller erwartete, sich gründlich getäuscht und die Folgen der vollständig freien und daher planlosen Produktion und Vertheilung nicht vorher geahnt hat?

Haben also die Menschen bei keiner der großen politischen und wirthschaftlichen Umwälzungen nach einer fertigen Schablone operirt, sondern immer nur den jeweiligen Umständen entsprechend nach dem im Großen erkannten Ziele hingearbeitet, weshalb sollte der Sozialismus in anderer Weise verfahren? Er darf, meiner Meinung nach, noch gar keinen fertigen Plan vorlegen, und man ist berechtigt, den von einzelnen unklaren Köpfen bis in das Detail hinein ausgemalten Bildern des einstigen Sozialstaates den Vorwurf der Utopie zu machen, weil eben Niemand den Gang der wirthschaftlichen Entwickelung vorauszusehen vermag.

Das schließt aber nicht aus, eingehende Studien über die Möglichkeit einer gerechten Vertheilung von Arbeitsleistung und Arbeitsertrag anzustellen, und dies zu thun ist so recht Aufgabe der Wissenschaft. Es ist erfreulich, daß Herr Professor Schäffle das voll und ganz anerkannt und sich bereit erklärt hat, an der Lösung dieser Aufgabe mitzuarbeiten

Nimmt erst die Wissenschaft in dieser Weise Partei für die sozialistischen Ideen, wie sie nach langem Zögern endlich Stellung genommen hat gegen das fadenscheinige Manchesterthum, welches sich bis dahin als alleinig berechtigter Vertreter der wissenschaftlichen Volkswirthschaft aufspielte, dann wird die Berechtigung des Sozialismus bald allgemein anerkannt sein, dann werden sich die Mittel und Wege zu seiner allmähligen Durchführung finden. Daß hochwissenschaftliche Männer dies für möglich halten, hat Rodbertus bewiesen, dem ja Prof. Schäffle selbst das Zeugniß gab, er sei einer der selbständigsten deutschen Denker; derselbe schrieb schon vor 25 Jahren die Worte:

„Ich glaube, daß zwar schon die Wissenschaft die staatswirthschaftlichen Funktionen des rentirenden Eigenthums zu ersetzen verstände, aber ich glaube nicht, daß der freie Wille der Gesellschaft heute stark genug ist, um auch den Zwang zur Arbeit, den jene Institution außerdem noch übt, schon unnöthig zu machen. Und Arbeit ist das Prinzip des gesellschaftlichen Fortschrittes, ist der Initialbuchstabe jeglichen Reichthums und jeglicher Civilisation. Ich glaube also, um mich kurz auszudrücken, nicht, daß die Gesellschaft den Weg durch die Wüste schon beendigt hat, daß ihre sittliche Kraft schon groß genug ist, um das gelobte Land der Erlösung vom Grund- und Kapitaleigenthum durch freie Arbeit erwerben und behaupten zu können."

Was aber die Wissenschaft in dieser Richtung zu leisten im Stande ist, das hat gerade Rodbertus, der meines Erachtens von sozialistischer Seite viel zu wenig gekannt und gewürdigt wird,*) durch seinen Aufsatz über die Einführung eines Normal-Werkgeldes bewiesen, welches im Stande wäre, selbst bei vorläufig bestehenbleibendem Privateigenthum am Kapital und Grund und Boden, das Lohngesetz zu durchbrechen und der Arbeit einen constant mitsteigenden Antheil am Gesammt-Arbeitsertrag zu gewähren.

Durch das vorstehend Gesagte ist auch die zweite Frage, „ob der Staat die enorme Spezialbuchhaltung bewältigen und ungleiche Arbeit auch richtig nach sozialen Arbeitszeit-Einheiten abzuschätzen vermöchte", eigentlich schon erledigt, da ich nachgewiesen habe, daß eine Vertheilung nach Arbeitszeit-Einheiten wenigstens von Marx nicht gefordert wird.

Denkt man sich aber die Sache in der Weise, daß für jede einzelne Produktionsbranche ein zeitlich genau bestimmter Arbeitstag festgesetzt wird, der, so verschieden auch seine Zeitdauer sein möchte, für Alle einen gleich hohen Lohnsatz repräsentirte; denkt man sich dann das heutige Stücklohnsystem, die Akkordarbeit in der Weise eingeführt, daß für jede Produktion die in einem Normalzeittage durchschnittlich zu leistende Arbeit festgestellt und der Lohn dann nach der in der festgesetzten Normalzeit geleisteten Arbeit gezahlt werde, so fallen die mit Recht gegen den Normalzeittag erhobenen Bedenken in sich zusammen. Es muß ja zugestanden werden, daß der fleißige und geschickte Arbeiter durch den Normalzeit-Arbeitstag bei gleichem Lohn gegen den faulen und ungeschickten Arbeiter zurückgesetzt, und daß das Streben nach größerer Arbeitsgeschicklichkeit und der Trieb zur erhöhten Anspannung der materiellen Kräfte durch einen materiellen Erfolg am sichersten und besten geweckt und erhalten wird.

Würde dann also ein tüchtiger Arbeiter im achtstündigen Normaltage so viel Werk fertig stellen, als durchschnittlich in zehn Stunden geliefert wird, so würde er auch trotz der nur achtstündigen Arbeitszeit den Lohn für 10 Stunden erhalten; wer in den 8 Stunden nur für 6 Stunden Werk fertig gemacht, erhielte auch nur für 6 Stunden Lohn.

Das würde jeden Einzelnen zu erhöhter Thätigkeit anspornen; für die Gesammtheit entstände wieder daraus der Vortheil, daß durch die so vermehrte Produktion der Werth und damit der Preis der Produkte fiele, so daß also Alle für den Lohn ihrer Arbeitsleistung mehr Waare kaufen könnten, als früher.

Man sieht also, daß selbst eine Vertheilung der Produkte nach Arbeitszeit-Einheiten vollständig gerecht und zweckmäßig wäre, sobald man nur auch dem einzelnen Arbeiter gegenüber die so viel angefeindete Marx'sche Werththeorie in Anwendung bringt, und den Lohn nicht nach der zur Herstellung des Produkts wirklich aufgewendeten, sondern auch bei, in den einzelnen Produktionszweigen nach lokalen und sonstigen Verhältnissen vorher festgestellten „gesellschaftlich nothwendigen Arbeitszeit" berechnet.

Die freilich nothwendig werdende, von Herrn Schäffle ihres kolossalen Umfangs halber für undurchführbar gehaltene Sozialbuchführung dürfte übrigens trotz ihres Umfangs noch bedeutend weniger Schreiber- und Buchhalterkräfte in Anspruch nehmen, als heutzutage in den bestehenden Geschäften gebraucht werden.

Ich glaube bewiesen zu haben, daß die Einwendungen des Herrn Schäffle gegen die Marx'sche Werththeorie der sachlichen Begründung entbehren und nur erhoben worden sind, weil Herr Schäffle die Bedeutung des Ausdrucks „gesellschaftlich nothwendige Arbeit" nicht richtig aufgefaßt hat; ich habe gezeigt, daß der dem Sozialismus imputirte Vertheilungsplan von Marx nicht aufgestellt worden ist; damit fallen die auf Grund eines ungenauen Citats gezogenen Schlüsse in sich zusammen. Es sind somit die wenigen, von Herrn Professor Schäffle noch gegen die Berechtigung und Durchführbarkeit des Sozialismus erhobenen Bedenken und Einwendungen als widerlegt anzusehen.

Wenn Herr Professor Schäffle also keine anderen Gründe gegen den Sozialismus beizubringen hat, wird er, wohl oder übel, im Geheimen oder vor der Oeffentlichkeit, die Berechtigung und Durchführbarkeit des Sozialismus anerkennen müssen.

*) Lassalle hat sich mehrfach auf Rodbertus bezogen. (Anm. d. R.)

Der sittliche Bankerott der Bourgeoisgesellschaft.

(Nr. 57 des „Vorwärts.)

Wenn wir dem Verfasser des wie vorstehend überschriebenen Artikels auch darin vollkommen Recht geben können, daß der betreffende Bericht der Petitionskommission eine volle Anerkennung der, in der modernen Gesellschaft in krasser Weise um sich greifenden Unsittlichkeit enthält, so können wir ihm doch nicht in gleicher Weise beistimmen, wenn er jene Petition der Schweriner Aerzte selbst ein Kennzeichen der Unsittlichkeit nennt und sie verwirft.*) — Wir Sozialdemokraten haben ja stets anerkannt, daß wir keiner auf dem Boden der heutigen Bourgeoisgesellschaft möglichen thatsächlichen Reform, wofern sie aus aufrichtigen Motiven hervorgegangen ist, unsre Zustimmung versagen dürfen. Die Errichtung resp. Wiedereinführung von öffentlichen, unter strenger polizeilicher Kontrole stehenden Häusern ist aber eine thatsächliche Verbesserung. — Die unüberwindlichen Anforderungen der menschlichen Natur kann und darf man nicht durch Zwangsmittel eindämmen wollen, das würde stets noch gröbere Ausschreitungen und unnatürliche Laster zur Folge haben. So lange unsere heutigen Eheverhältnisse andauern und die Schwierigkeiten, welche der Ehe und dem dazu nöthigen Erwerb entgegenstehen, wird eine Art von Prostitution nicht zu vermeiden sein; dieser Prostitution selbst aber vermag man sehr wohl durch Paralysirung einen Zaum anzulegen, und dazu könnten jene öffentlichen Häuser dienen, wenn sie unter strenger Aufsicht gehalten werden und wenn zu gleicher Zeit jede andere erwerbsmäßige Unzucht streng geahndet wird. Eine solche Maßregel dürfte außerdem auch dem allzuweiten Umsichgreifen syphilitischer Krankheiten entgegenarbeiten und daher doch nicht so ganz verwerflich erscheinen. — Diese Auffassung beeinträchtigt in Nichts die sozialdemokratische Anschauung, daß die Bourgeoisgesellschaft vor einem sittlichen Abgrunde steht und daß nur eine radikale Umgestaltung zu helfen vermag, sie weist vielmehr auf ein Mittel hin, in praktischer Weise einen Uebergang herbeizuführen, welcher der Unzucht, wenigstens der erwerbsmäßigen, einen Damm setzt. L., Neustrelitz.**)

*) Dazu sei bemerkt, daß der Verfasser des betreffenden Artikels nichts weiter gemeint und gesagt hat, als daß die Thatsache der Schweriner Petition bereits die tiefe Unsittlichkeit unserer Zustände beweist. In einer sittlichen Gesellschaft gehörten derartige Anforderungen an die Gesetzgebung eben einfach zu den Unmöglichkeiten, während sie bei uns mit Nothwendigkeit aus den Verhältnissen hervorgehen. R. d V.

**) Es versteht sich, daß die Redaktion des „Vorwärts", indem sie Obiges veröffentlichte, damit nicht die Verantwortlichkeit für den Inhalt übernommen hat. R. d. V.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Kein Zweifel, in gewissen Kreisen sucht man die öffentliche Meinung auf einen Krieg mit Frankreich vorzubereiten. Man lese nur nachstehende Auslassung der „Post", deren „Krieg-in-Sicht"-Artikel noch nicht vergessen sind, und der die Fama hartnäckig sehr nahe Beziehungen zum Fürsten-Reichskanzler zuschreibt: „Wir enthalten uns", heißt es dort, „jeder Vermuthung über den Ausgang betreffs der innern Lage Frankreichs, aber die Verschwörung, welche die Arbeit begonnen hat, ist nicht nur eine Verschwörung gegen die Republik, weit mehr noch gegen Deutschland. Dies ist das wahre Wort der Situation. Es wäre pflichtvergessen, das Wort nicht auszusprechen, es wäre aber auch übereilt, anzunehmen, daß die Verschwörung gelingen muß. Welches sind die Fäden, deren die Verschwörer sich glauben bemächtigen zu können? Die französischen Rüstungen sind auf den höchsten Stand gebracht, es ist nichts mehr zu thun übrig, als: die Maske abzuwerfen. Aber Frankreich will nicht allein in den Krieg gehen, es sei denn im höchsten Nothfalle. Dem klerikalen Staatsstreiche müßte ein eben solcher Streich in Wien und Rom folgen, um die Absicht der Verschwörung zu erfüllen. Daß man an solchen Streichen arbeitet, ist außer Zweifel; ob sie gelingen, ist sehr zweifelhaft. Man möchte das antiklerikale Ministerium zu Rom durch die Consorteria stürzen, der italienische Senat hat vorgearbeitet. Man möchte in Wien Andrassy stürzen, am liebsten mittels einer Unbesonnenheit seiner eigenen Landsleute, um ein klerikales Ministerium einzusetzen, aber nicht zum Kriege gegen Rußland. Rußland ist auf lange genug beschäftigt. Die deutsche Staatskunst hat zwar den Plan vereitelt, eine Coalition gegen Deutschland als Bundesgenossen Rußlands zusammenzubringen. Aber Deutschland steht doch allein, wenn es gelingt, den Hebel des Ultramontanismus überall da zur erfolgreichen Wirkung zu bringen, wo der Ultramontanismus im Stande ist, die Hebel einzusetzen. Wir glauben nicht, daß dies gelingen wird, finden also auch heute keinen „Krieg in Sicht". Aber was unsere Feinde wollen, ist allerdings Krieg gegen uns; sie arbeiten wieder einmal daran mit aller Rücksichtslosigkeit, die ihnen die Leidenschaft gebietet, deren Unbezähmbarkeit durch die scheinbare Gunst des Moments gesteigert wird. Es ist ein empörendes Schauspiel, das wir in Frankreich wieder einmal aufführen sehen, das Schauspiel, wie rücksichtsloser Parteifanatismus dem Vaterlande die schwersten Wunden schlägt. Immer mehr befestigt sich der Charakter der Gegensätze, den wir schon mehrfach betont; in Frankreich bedeutet die Republik fortan den Frieden, die Monarchie, die nur noch Dienerin des Klerikalismus sein kann, den Krieg, und zwar nur Einen Krieg.

Wir wissen nicht, ob die monarchisch-klerikalen Verschwörer die Monarchie vor dem Kriege oder während des Krieges einsetzen wollen; der Hauptzweck ist ihnen die Einsetzung des Papstes in die weltliche Herrschaft, der Weg zum Königthum des Papstes aber geht über das besiegte deutsche Reich. So bitterer Ernst es den Feinden der Geistescultur mit ihrem Vorhaben ist: der Plan ist allzu phantastisch, als daß er schwere Besorgniß einflößen könnte. Aber der Staatskunst, deren Händen Deutschlands Leitung anvertraut ist, haben wir mehr als je die Pflicht treu und fest zur Seite zu stehen."

Allerdings — sintemalen sie es ist, die uns in diese angenehme Lage gebracht.

Auf die Einzelnheiten des Artikels gehen wir nicht ein. Das unvorsichtige Geständniß, daß die Republik in Frankreich den Frieden bedeutet, denunziren wir den Leitern des Reptilienfonds, die für geschicktere Handlanger sorgen mögen; und was die übrigen Auslassungen betrifft, so enthalten sie eine solche Masse von Unsinn und Albernheiten, daß die Widerlegung uns mehr Zeit und Raum kosten würde, als uns zur Verfügung steht. Wer kann im Ernst glauben, Frankreich wolle jetzt Deutschland angreifen? Rußland, dessen Bundesgenossenschaft es zu diesem Zweck bedürfte, ist ja der thatsächliche oder vertragsmäßige Bundesgenosse Deutschlands. Kein Zweifel, die Möglichkeit liegt vor, daß Frankreich sich im Lauf der dem russisch-türkischen Krieg entspringenden Verwicklungen gegen Deutschland wird wenden müssen, allein nur in dem Fall, daß Preußisch-Deutschland offen für Rußland eintreten, und ein Rußland feindliches Einschreiten der vorläufig noch neutralen Mächte „auf den Knauf des Schwerts gestützt" im Namen der „Neutralität" verbieten sollte.

Dies ins Auge gefaßt, erscheint der Artikel der „Post" einfach als Hetzartikel und nichts weiter.

In ähnlichem Sinne, nur vorsichtiger in der Sprache, drückt sich die amtliche „Provinzialcorrespondenz" über die „merkwürdige Wendung in Frankreich", über die „Krisis" aus, deren „weiterer Entwicklung" sie zum mindesten höchst überflüssiger Weise „die ernste Betrachtung von allen Seiten" in Aussicht stellt. Natürlich kann die biedere „Norddeutsche Allg. Zeitung" bei einem so hübschen Zeitvertreibe nicht fehlen. Und das — Glück ist ihr günstig gewesen: sie hat eine wunderbar passende Mordgeschichte von zwei deutschen Offizieren aufgegabelt, die in Nancy von französischen Civilisten und Soldaten, unter moralischer Mitwirkung französischer Offiziere entsetzlich mißhandelt worden sind — oder sein sollen. Es wird ja wohl gelogen, oder doch stark übertrieben sein, aber seine Dienste thut's doch, und daß man in diesem Moment mit derartigen Mordgeschichten aufwartet, ist ein „Zeichen der Zeit".

Erwähnt sei noch, daß die europäische Börse, voran die Berliner, den jüngsten Abstecher des Fürsten Bismarck nach Berlin mit einer an Panik streifenden Baisse (allgemeinem Sinken der Werthpapiere) begrüßt hat. Es ist dies ein praktischer Commentar zu dem geflügelten Wort Bennigsen's von der „bewährten friedlichen Politik" des deutschen Reichskanzlers.

In Constantinopel herrscht große Aufregung. Die Softas sind wieder in Bewegung, um die Rückberufung Midhat Pascha's, des fähigsten und energischsten der türkischen Staatsmänner zu erwirken. Einer Depesche nach soll der Belagerungszustand in Constantinopel proklamirt sein — auf die Dauer wird aber die Bewegung durch derartige Gewaltmaßregeln nicht zurückzudrängen sein.

— Die deutschen Militärbehörden haben Anordnungen für

John Osawatomie Brown, der Negerheiland.

(Schluß.)

Der Distrikt Pottawattomie wird nun der Schauplatz der Handlung. Ein gewisser Wilkinson, vom Proslavereigouvernement als oberster Verwaltungsbeamter eingesetzt, beherrscht denselben. Dieser war nach Missouri gegangen, um Truppen zur gewaltsamen Austreibung der Familie Brown zu holen. John Brown ging als Feldmesser in's Lager der Invasionsarmee und erfuhr dort, daß es auf seine und seiner Angehörigen Ermordung abgesehen sei. Die auserlesenen Opfer beriethen in großer Versammlung, was zu thun sei, sie beschlossen, beim ersten Anzeichen des beabsichtigten Massenmordes die Anstifter aufzuheben und zu lynchen. So geschah es, doch waren weder Brown noch seine Söhne bei dem Akte der Lynchjustiz anwesend gewesen. Auf der anderen Seite gelang es den Missouriern, zwei Söhne Brown's in ihren Niederlassungen zu überraschen und gefangen zu nehmen; die jungen Männer wurden in Eisen geschlagen, John, der älteste Sohn, wurde bei der unmenschlichen Behandlung, die er zu erdulden hatte, wahnsinnig. Die Missourier eilte rasch das Strafgericht, bei Black-Jack holte Brown die Marodeure ein, welche sich in einer Wagenburg verschanzt hatten. Mit 24 Mann griff Brown die Gegner an, nach mehrstündigem Kampfe ergriffen dieselben die Flucht, 20 Gefangene fielen in die Hände Brown's, außerdem eine Menge gestohlener Pferde, eine Masse Gut und Geld, die Wagenkarawanen mit Feldgeräth, Munition, Fourage und Provision für sechszig Mann und siebzig Pferde.

Kansas wurde von den Missouriern, die nun alle Kraft aufboten, vollends unterjocht bis auf Topeka, das heldenmüthig vertheidigt wurde und John Brown stets als Stütze diente. Aber auch Topeka fiel und Brown mußte in seine Heimat bei Osawatomie zurückreisen. Es folgte eine Reihe glänzender Waffenthaten, darunter der siegreiche Kampf bei Osawatomie und die heldenmüthige Vertheidigung von Lawrence, das ihn bei seiner zufälligen Anwesenheit zum Vertheidiger wählt. Wir müssen es uns leider versagen, bei diesem spannenden Theile des Buches noch länger zu verweilen. Brown hat jetzt einen Wendepunkt in seinem Leben erreicht; bis dahin hatte er sich noch immer auf streng constitutionellem Boden bewegt, jetzt verließ er ihn und faßte den Entschluß, eine Erhebung der südstaatlichen Sklaven herbeizuführen. Sein Plan war folgender: Mit einer Truppe von hundert gut berittenen und bewaffneten Leuten sollte das Unternehmen ausgeführt werden, als nächstes Ziel war Harpers Ferry in Aussicht genommen, wo sich ein Unions-Arsenal befand. Dies sollte mit Hilfe der ersten befreiten Sklaven sofort in's Gebirge geschafft und sodann der Guerillakrieg in Scene gesetzt werden — die virginischen Alleghanys waren als Schauplatz desselben ausersehen worden. Der Krieg sollte langwierig und zäh geführt werden und Brown hoffte allmählig viele Hunderte, bald auch wohl Tausende von Sklaven in Virginien zur Flucht oder Empörung zu reizen. Anfangs müßte die Erhebung nur als ein vorübergehender, ganz lokal begrenzter Aufstandsversuch erscheinen, der nach kurzer Gegenwehr zu ersticken sein dürfte. Wenn aber nun selbst die betheiligten Pflanzer für sich allein nichts ausrichteten und dann auch die Miliz des Staates in ihren Versuchen zum Einfangen der entronnenen oder gewaltsam befreiten Sklaven eine mehrfache Reihe von Fehlschlägen würde erfahren haben, alsdann mußte sich sein Ruf als Befreier unzweifelhaft rasch durch alle südländischen Pflanzungen längs der Alleghany-Kette verbreiten und ein flüchtiger Sklavenschwarm nach dem andern und eine arbeiterentblößte Pflanzung nach der andern ihnen Schlag auf Schlag in die Hände fallen. Er rechnet weiter auf die Mitwirkung der kanadischen freien Neger, sie sollten ihm von den nordischen Freiheitsfreunden nachgesandt werden und binnen Monatsfrist ein Heer bilden. Der erste Schlag sollte, wie erwähnt, gegen Harpers-Ferry geführt werden. Als Zeitpunkt war das Frühjahr 1859 in Aussicht genommen. Sobald sich mehr Flüchtlingsschwärme zu ihnen fänden, hatte er Postenketten durch die ganzen Alleghanyschluchten bis Tenessee und in die Sümpfe von Süd-Karolina in Aussicht genommen, um überall Anhalt zu Banden- und Cadres-Formirungen zu geben. Die erste Bewaffnung sollte in Lanzen, alten Musketen und Sensen bestehen; die Offiziere sollten mit Sharper-Rifles (Büchsen) ausgerüstet werden. Endlich war eine provisorische Regierung in Aussicht genommen und Brown hoffte, daß die organisirte Insurrektion dem Süden die lähmende Angst einjagen würde, der gesammte Norden sei im Begriff sich über ihn herzustürzen, und andererseits erwartete er vom Norden, daß ihn entweder Scham oder Begeisterung zu energischem Eintreten für die Sache der Sklavenbefreiung hinreißen würde.

Brown's Auffassung war: „Gib einem Sklaven ein Bajonnet und er ist ein freier Mann", und in Betreff des Guerillakrieges stützte er sich sowohl auf seine eigenen Erfahrungen als auch auf das Faktum, daß Nat Turner, der Negerhäuptling, ganz Virginien fünf Wochen lang mit 90 Mann behauptet hatte. Ueber die zukünftige Stellung der befreiten Sklaven war, wie wir schon einmal erwähnten, seine Ansicht: „Das Land gehört dem Knecht, der es reich gemacht hat und der Früchte seiner Arbeit beraubt ist."

Harpes-Ferry ist ein wichtiger Knotenpunkt auf der Grenze dreier Staaten und nahe dem vierten (Ohio). Jene drei sind Maryland, Virginien und Pennsylvanien. Die Stadt selbst mit ungefähr 5000 Einwohnern gehört zur Grafschaft Jefferson in Virginien, sie liegt gerade da, wo die Ausläufer des Alleghany-Gebirges, die sog. „Blauen Berge" von den Flüssen Potomac und Shenandoah durchbrochen werden. Ihr Abhang ist hier noch immer 1200 Fuß hoch und ziemlich steil.

Wir übergehen alle die mühsamen und oft vereitelten Vorbereitungen, welche John Brown für sein kühnes Unternehmen traf. — Der Stein kam rascher in's Rollen, als er selbst vorausgesehen. Ein Neger, Jim, der mit Weib und 2 Kindern und einem andern Neger in ein oder zwei Tagen nach dem Süden verkauft werden sollte, bat um Hilfe und in zwei kleinen Abtheilungen, von denen eine Brown selbst, die andere sein Genosse Kaye führte, ging es nach Missouri. Die Sklaven wurden auf dem Gehöfte befreit, dann ein anderes Gehöft besucht und hier gleichfalls fünf Sklaven, aber auch zwei Weiße mitgenommen. Die andere Abtheilung befreite eine Sklavin und tödtete den Eigenthümer, der sich widersetzte. Von den Gütern wurde absichtlich Eigenthum genommen, das eines einfachen Einwohners aber, das sich darunter befand, sofort zurückerstattet. Das mitgenommene Gut wurde zur Entschädigung der Sklaven verwendet. Es waren im Ganzen 4 Familien befreit, eilf Köpfe stark. Die Folge des Einfalls zeigte sich sofort. Eine wilde Panik lief durch den Süden. Vor John Brown's Einfall zählten die Grafschaften Bates und Vernon 500 Sklaven, zwei Wochen

die Bewaffnung und Bekleidung des Landsturms getroffen. „Purer Zufall", sagen die Offiziösen, „das Landsturmgesetz ist schon seit einigen Jahren in Kraft und mußte doch einmal ausgeführt werden." Warum gerade jetzt? „Purer Zufall."

— Russische Humanität. „Am 12. Mai, schreibt man dem polnischen Blatt „Czas", ist auf der Warschauer Citadelle der Insurgentenführer aus dem Jahre 1863, Kryjinski, erschossen worden. Er kehrte mit seiner Frau aus dem Exil zurück und stellte sich auf Gnade und Ungnade der Regierung. Man internirte ihn in der Citadelle und verurtheilte ihn zum Aufenthalte in einer sibirischen Colonie. Ehe man ihn jedoch „verschickte", ertheilte ihm der Offizier du jour die Erlaubniß, in die Stadt zu gehen. Als er eines Abends nicht zurückkehrte, schickte man ihm eine Patrouille nach, welche ihn ergriff. In aller Schnelligkeit wurde er erschossen, während der Offizier du jour zum gemeinen Soldaten degradirt wurde. — Und dieses Rußland will „an der Spitze der Civilisation" marschiren!

— Ein fortschrittliches Manöver. In der Berliner Stadtverordnetensitzung vom 24. Mai beantragte der Stadtverordnete Keilpflug, bei den bevorstehenden Nachwahlen zum Reichstage die Wahlberechtigten von Seiten des Magistrats durch Karten einzuladen; der Stadtverordnete Ludwig Löwe, der zum Candidaten der vereinigten Liberalen und Reaktionäre am 23. Mai unter dem Vorsitze eben desselben Herrn Keilpflug in einer geschlossenen Versammlung nominirt war, unterstützte den Antrag. Keilpflug verwahrte sich von vornherein, ohne angegriffen zu sein, davor, daß durch derartige Einladungen eine Beeinflussung stattfinden solle — das böse Gewissen schlug dem edlen Fortschrittler. Die „Vossische Zeitung" brachte vor einigen Tagen einen Artikel, in welchem die Behauptung aufgestellt wurde, daß, wenn in Berlin 60 Prozent der Wähler sich bei der Neuwahl an der Wahl betheiligten, die Fortschrittspartei siegen würde. Diese Behauptung, die uns allerdings nicht einleuchtet, war dem Herrn Keilpflug zu Kopfe gestiegen; er weiß, daß mancher Wähler glaubt, wenn er vom Magistrat eine besondere Einladung zur Wahl bekommt, dem Magistrat durch sein Erscheinen eine Gefälligkeit zu thun — er geht dann zur Wahl; daß solche Wähler auch nach dem Herzen des Magistrats wählen, ist gleichfalls sicher. Hieraus sieht man, daß der Antrag ein Parteimanöver der perfidesten Sorte war, an dem sich der Candidat der Fortschrittspartei, Herr Löwe, zu betheiligen nicht schämte. Derlei Manöver werden übrigens am Wahltage durch die Sozialdemokratie zu Schanden gemacht werden. Uebrigens war die Stadtverordnetenversammlung selbst nicht erbaut von dem Keilpflug-Löwe'schen Antrage. Ein Redner nannte ihn mißlich — das läßt sich hören; ein anderer nannte ihn zwecklos — also doch ein Parteimanöver. Schließlich wurde der Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt. — Wahrscheinlich findet die Neuwahl im 5. und 6. Wahlkreis an einem und demselben Tage statt. Die rührigste und umfassendste Agitation thut deshalb noth. Die dazu nöthigen Geldmittel sind in der letzten Woche etwas spärlicher geflossen, als vorher, deshalb müssen die Parteigenossen in ganz Deutschland, die von der Wichtigkeit der Berliner Nachwahlen überzeugt sind, für dieselben thatkräftig eintreten. Geldsendungen sind zu richten an die Adresse: C. Anders in Berlin, Steglitzerstraße 53.

— Herr Eugen Richter hat in einem seiner berufs- und geschäftsmäßigen Waschzettel die Behauptung aufgestellt, die sozialdemokratischen Abgeordneten, weit entfernt durch Valentin in ihrer Redefreiheit beschränkt worden zu sein, hätten im Reichstag häufiger gesprochen, als ihnen ihrer Zahl nach eigentlich zukomme. Bekanntlich weist die — noch unvollständige — Wahlstatistik für 1877 der sozialistischen Partei eine größere Zahl von Stimmen zu als den Fortschrittlern, der Partei des Herrn Richter. Wohlan: aus der soeben veröffentlichten Redestatistik für die letzte Session ersehen wir, daß alle sozialdemokratischen Abgeordneten — die persönlichen Bemerkungen besonders gerechnet — zusammengenommen fünfunddreißig Mal geredet haben, der einzige Herr Eugen Richter aber fünfundsechzig Mal! Und das will uns Redelust und Mißbrauch des Rederechts vorwerfen!

— Zweifelhafte Wohlthätigkeit. In Holstein bestehen viele Vereine zur Unterstützung von Hilfsbedürftigen; unter anderen auch ein Verein zur Unterstützung hülfsbedürftiger verwaister Predigertöchter. Die „Itzehoer Nachrichten" machen auf die Generalversammlung, welche am 29. Mai stattfindet, besonders aufmerksam, indem sie die baldigste Einsendung der rückständigen Jahresbeiträge dringend empfehlen und außerdem betonen, daß den Mitgliedern Gelegenheit geboten würde zur persönlichen Begrüßung. — Wessen? Der Mitglieder oder der verwaisten Predigertöchter? Darüber schweigt die sonst so schwatzhafte Tante. Ist das letztere der Fall, so entpuppt sich der Hülfsverein als ein schlau angelegtes Heirathsbureau. Im Uebrigen aber fragen wir uns, wie man bei der allgemeinen Volksnoth solche Spielereien mit der Unterstützung treiben kann. Leiden die Töchter der Lohnarbeiter nicht noch größere Noth? Sie mögen arbeiten, klingt die rauhe Antwort. Sie würden gern arbeiten, wenn sie nur Arbeit hätten. Warum sollen aber die verwaisten Predigertöchter nicht arbeiten? Weshalb sollen sie von „milden Gaben" ihr Leben fristen. Merkt der Unterstützungsverein denn nicht, daß er die Predigertöchter mißkreditirt, daß er dieselben an den Pranger des Müßiggangs stellt?

— Unsere Gegner. Aus Reichenbach i. Schl. wird in Bourgeois-Zeitungen (z. B. „Leipziger Tageblatt" vom 25. d.) geschrieben: „Als Folge der sozialistischen Agitationen in Arbeiterkreisen ist es wohl anzusehen, daß die Unzufriedenheit mit der eigenen Lage mehr und mehr gesteigert und in bedenklichster Weise zum Haß gegen die Inhaber der Fabrik-Etablissements angefacht wird. Welche Nachtheile schließlich für die Arbeiter daraus erwachsen dürften, wenn sie die Fabrikbesitzer bedrohen, ergiebt sich aus einer Anzeige, die der Commerzienrath Geisler zu Peterswaldau veröffentlicht. Dieselbe lautet wie folgt:

„Am Sonntag, den 6. Mai c., erhielt ich de dato Poststempel Peterswaldau einen Brief, unterzeichnet „im Auftrage der Verbündung", in dessen Inhalt die frevelhaftesten Drohungen gegen mein Leben ausgesprochen sind. Dieser Brief legt mir auf und hat mich veranlaßt zu dem unabänderlichen Entschluß, den Betrieb meines Waaren-Fabrikationsgeschäftes hier nunmehr aufzugeben. Um jedoch keine Härte obwalten zu lassen, habe ich bestimmt, daß die Ausgabe von Garnen an die Handweber bis den 15. Juli fortgesetzt wird und die Einlieferung der Waaren noch bis den 1. August c. erfolgen könne, an welchem Tage das Geschäft hier unnachsichtlich für immer geschlossen wird. Geisler,

Firma: Friedrich Waagenknecht."

Wenn Herr Commerzienrath Geisler schwachnervig genug ist, sich durch den Drohbrief irgend eines namenlosen Lumpen in's Bockshorn jagen zu lassen, so kann man den Mann nur aufrichtig bedauern. Mit welchem Recht aber kommt der Schreiber obiger Correspondenz dazu, die Sozialdemokratie für diesen Drohbrief verantwortlich zu machen? Anonyme Drohbriefe schickt nur ein roher und in jedem Fall auch ein feiger Mensch. Rohheit und Feigheit liegen aber nicht im Wesen der Sozialdemokratie — deren Prinzip es überdies zuwiderläuft, einen einzelnen Menschen für die Schäden der bürgerlichen Gesellschaft verantwortlich zu machen. Und nun die Frage — wer ist „der bessere Mann": der Verfasser dieser anonymen Denunziation gegen unsere Partei, oder der Urheber des anonymen Drohbriefs an Herrn Geisler? Der Erstere gewiß nicht. —

— Die „Neue Zeit" in Chicago veröffentlicht Nachstehendes: „Pio und Geleff. Da in letzter Zeit über die Abreise der beiden Sozialistenführer Pio und Geleff nach Amerika vielfache Gerüchte, sowohl in der sozialistischen Parteipresse, wie auch in gegnerischen Blättern, in Umlauf gesetzt wurden, sahen wir uns veranlaßt, gestern einen Berichterstatter an die beiden Obengenannten, welche sich seit einigen Tagen hier aufhalten, abzuschicken. Herr Pio war nicht anwesend, wird aber in einigen Tagen von Kansas zurückerwartet. Von Herrn Geleff erfuhr unser Berichterstatter im Wesentlichen Folgendes:

„Pio, Geleff und Brix (Letzterer befindet sich im Gefängniß) waren die Eigenthümer der Zeitung, die ihnen die Partei vor einigen Jahren auf Lebenszeit übermacht hatte. Der „Sozial-Demokraten" war mit einer Schuld von 8000 Kronen belastet, dahingegen hatten die genannten Eigenthümer in letzterer Zeit eine Druckerei im Werthe von 10,000 Kronen angeschafft.

„Ueber die Ursache der eiligen Abreise äußerte sich Herr Geleff folgendermaßen: Er habe aus sicherer Quelle erfahren, daß sowohl er wie Pio in nächster Zeit von der Regierung verhaftet werden würden (?), und da sie schon einmal auf längere Zeit hinter Schloß und Riegel gesessen hätten, so wäre dies keine besonders angenehme Aussicht für sie gewesen. Doch hätte auch dieser Grund noch nicht maßgebend sein können, wenn nicht Neid und Gehässigkeit in der eigenen Partei sie schließlich bewogen hätten, die Flinte für eine Weile in's Korn zu werfen und Europa den Rücken zu kehren. Es habe sich eine starke Opposition innerhalb der Partei gebildet, mit der ausgesprochenen Absicht, bei dem nächsten Parteikongresse die bisherigen Leiter der Zeitung zu verdrängen, um andere Leute an deren Stelle zu setzen.

„Herr Geleff betonte besonders, daß ein gewisser Klein, der in Kopenhagen ein kleines Blättchen herausgiebt und dasselbe unentgeltlich vertheilen läßt, im Solde der Polizei stehe (?) und alles aufgeboten habe, um die Führer der dänischen Sozialdemokratie bei den Arbeitern in Mißkredit zu bringen. Da dieser Zweck erreicht worden sei, hätten sie es vorgezogen, freiwillig von ihrer öffentlichen Thätigkeit zurückzutreten, da ja doch der Fortschritt der sozialistischen Bewegung bekanntlich nicht von einzelnen Personen abhängt.

„Herr Geleff stellte entschieden in Abrede, daß er und Pio die Kassen vor ihrer Abreise ausgeleert haben sollten. Die Kasse wäre so ziemlich leer gewesen (wie dies bekanntlich bei den meisten sozialistischen Kassen der Fall ist), und wenn Pio nicht bei wohlhabenden Verwandten Geld bekommen hätte, so hätten sie nicht einmal die nöthigen Reisemittel gehabt.

„Die Correspondenz im „Vorwärts" erklärte Herr Geleff als erlogen und bezeichnete den genannten Klein als den wahrscheinlichen Verfasser derselben.

„Auf Befragen sagte Herr Geleff noch, daß sowohl er wie Pio ihre Frauen mitgebracht hätten und vor der Hand noch nicht wüßten, welchen Erwerbszweig sie ergreifen würden."

Nach dem Grundsatz des audiatur et altera pars — „man muß sie hören alle Beede" — hielten wir uns zur Wiedergabe des Obigen verpflichtet. Unser Urtheil kann dadurch nicht umgestoßen werden. Ohne uns auf Einzelheiten einzulassen, sei nur hervorgehoben, daß die Herren P[illegible] und Geleff nach ihrer eigenen Darstellung jämmerliche Ausreißer sind, Fahnenflüchtige in Mitten des Kampfs. Ob das Geld, welches sie zu ihrer Durchbrennerei benützt, gestohlen war oder nicht, darauf kommt wenig an; bei solcher Erbärmlichkeit fällt es nicht in's Gewicht.

Die betreffende Correspondenz im „Vorwärts" war übrigens nicht von Klein; und rührte von einem bewährten Parteigenossen her, der gleich jedem andern Menschen irren kann, aber unfähig ist, zu lügen.

Congreß der deutschen Sozialdemokratie.

Als Delegirte zum Congreß sind weiter noch angemeldet: Ottensen: Max Otto. Hamburg: G. W. Hartmann, A. Geib, Aug. Hörig. Hamburg (Landgebiet): Aug. Kapell. Forst und Berge: Otto Kapell. 15. sächsischer Wahlkreis: J. Vahlteich, R. Krecher. Fürth: Gabriel Löwenstein. Berlin: W. Hasenclever, F. W. Fritzsche, Joh. Most, Carl Finn, Otto Kapell und Paul Grottkau. Düsseldorf: A. Mackenzy.

Hamburg, den 25. Mai 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: J. Auer, Pferdemarkt 37.

Correspondenzen.

Bremerhaven, im Mai. (Situationsbericht.) Da unser Parteiorgan, die „Bremer Freie Zeitung", welche auch hierorts in ziemlicher Anzahl verbreitet ist und wöchentlich Berichte über örtliche und Parteiverhältnisse bringt, keine so weite Verbreitung wie unser Central-Organ der „Vorwärts" hat, so ist es Pflicht, den auswärtigen Genossen ein kurzes Gesammtbild von den hiesigen Verhältnissen zu geben. Selbstverständlich herrscht hier, wenn auch nicht in ganz so schroffer Weise wie fast überall in Deutschland die leidige Geschäftskrise, und hängt dieselbe wesentlich mit dem Verkehr zur See zusammen. Hunderte von einheimischen Arbeitern müssen feiern, während zu den Bauten am neuen (Kaiser-) Hafen Arbeiter aus Mecklenburg engagirt sind. Die industriellen Arbeiter strömen förmlich aus allen Theilen des Landes schaarenweise hierher, weil einige größtentheils nur kleinere Geschäftsleute zur Erzeugung von Gebrauchsgegenständen für die Seeleute noch immer Beschäftigung haben; die Arbeiter sehen sich aber genöthigt, bald wieder umzukehren. Mit der Schifffahrt ist es sehr schlecht bestellt. Seit Jahr und Tag liegen im alten Hafen 10—12 der größten Transport- und Auswanderer-Dampfer, zumeist der Norddeutschen Lloyd-Gesellschaft angehörig, unthätig vor Anker, und kaum annähernd befindet sich nur eine gleiche Anzahl im Cours. Abgesehen von den Millionen, welche diese nun zur Unthätigkeit verurtheilten eisernen Schiffsriesen gekostet haben, und nun als todtes Kapital brach liegen müssen, sind durch diese Stockung im Verkehr Hunderte hiesiger Arbeiter zum feiern verurtheilt. Laufen einmal ein paar Schiffe in den Hafen ein, so strömen die Arbeiter herzu um in kurzer Zeit, nachdem die Arbeit des Verladens beendet ist, wieder nach Hause zu gehen. Die Geschäftsleute am hiesigen Platze genießen nur einen geringen Vortheil von dem Seeverkehr, da kurz nach Ankunft eines Schiffes die Passagiere nach Bremen hinüber fahren. Aehnliches ist mit den Auswanderern der Fall, welche per Extrazug von Bremen anlangen und dann nolens volens auf das Schiff steigen um die Reise über See anzutreten. Auf diese Weise geht der Vortheil, den Bremerhaven als Seehafen und bedeutender Handelsplatz einnehmen sollte, fast gänzlich verloren. In Folge der enormen Communalsteuern, mit welchen die hiesigen Einwohner durch eine einseitige und kurzsichtige Verwaltung beglückt werden, ziehen viele wohlhabende Familien es vor, dem Freistaat (vulgo Bourgeois-Republik) den Rücken zu kehren und sich auf preußischem Gebiet niederzulassen. Selbstverständlich erfüllen sich auf diese Weise die großen Hoffnungen, welche viele Geschäftsleute und Gewerbtreibende bei ihrer Niederlassung am hiesigen Platze hegten, nicht; die hauptsächlichste Schuld daran aber trägt die unersättliche Habsucht der großen Schiffsreder Bremens, welche durch ihre Makler eine schamlose Ausbeutung betreiben lassen, und das mobile Kleinkapital auffaugen; geht dies noch eine Reihe von Jahren so fort, so wird Bremerhaven statt Seestadt — ein Dorf werden.

Wie schon oben bemerkt, werden Berichte über die hiesigen Parteiangelegenheiten in der täglich zu Bremen erscheinenden „Bremer Freien Zeitung" veröffentlicht. Diese Zeitung ist aber vorzugsweise Lokalblatt für Bremen und kann deshalb am hiesigen Platze den gewünschten Aufschwung schwerlich erreichen, da die sozialen Verhältnisse Bremens, welches, wenn auch nur scheinbar, ein sogenanntes Bürgerthum repräsentirt, wesentlich verschieden sind von denen Bremerhavens, wo dasselbe in rapider Weise schwindet. Hier existirt ein Arbeiterstand, dem nur noch eine feste und praktische Organisation fehlt. Der kleine Stamm der hiesigen Parteigenossen steht fest zum Prinzip! Die gewerkschaftliche Agitation ist ebenfalls eine ziemlich lebhafte, aber es fehlt leider an einem gemeinschaftlichen Bindemittel d. h. an einem Organ für die Arbeiter am hiesigen Platz und der Umgegend. Es ist beim besten Willen nicht möglich, gegenüber den hier bestehenden drei gegnerischen Organen der „Provinzial-"

---

später kaum 50! Brown brachte die Sklaven in's Innere von Kansas und von dort fanden sie bald den Weg zur völligen Freiheit. Brown's Hauptaugenmerk war nun darauf gerichtet, die freien kanadischen Neger für den Aufstand zu gewinnen. Die meisten erfüllte ein glühender Haß gegen ihre früheren Herren, gewiß 500 machten jährlich Exkursionen nach Florida, um von da aus, durch alle Südstaaten schleichend, Unglückgenossen zu retten und zu befreien. Sie hatten, so zu sagen, eine unterirdische Telegraphen- und Eisenbahnleitung in jeden Sklavenstaat geführt, ihre Freischaaren waren wohlgeübt und ganz militärisch einexerzirt, sie warteten nur auf das Zeichen einer neuen und größeren als der von Nat Turner angelegten Emancipationsbewegung, um sich auf die gehaßten Sklavenbarone zu stürzen. John Brown rechnete zuverlässig auf dieses Element. Im Mai 1869 berief er eine kleine Versammlung von Vertrauensmännern nach Catham; sie tagte in einer der Negerkirchen. Es wurde ein Verein gebildet, sein Präsident war der Neger-Prediger Monroe, sein Sekretär Brown's tapferer Genosse Kaye, ihn selbst erklärte die Versammlung einstimmig zum Oberbefehlshaber im Felde, zum Kriegs- und Staats-Sekretär. Die Mehrzahl der Anwesenden bestand aus Canadiern. Das Bundesgesetz wurde feierlich beschworen und unterzeichnet. — Schon vorher waren die Unternehmungen Brown's durch den Verrath eines Eingeweihten, Kapitän Forbes', unterbrochen worden. Forbes hatte dem Unionsgouvernement Brown's Absicht enthüllt, eine Insurgirung der Sklavenstaaten herbeizuführen. Dieser Verrath legte den Verschworenen große Vorsicht auf, und so sehr auch alle nach einer Entscheidung brannten, mußte der Aufschub des Losbruchs, der auf den Frühsommer anberaumt war, doch vertagt werden. Bis zum Oktober blieb Brown agitirend und rüstend thätig. Am 14. Oktober war er noch einmal auf der Rückkehr von seiner letzten Fahrt nach Norden in Marylands Hauptstadt Baltimore. Am 16. ging er unter irgend einem Vorwande nach Harpers-Ferry. Der Ankunft hierselbst folgte ein schreckenerregendes Telegramm, das durch alle Gebiete Amerikas flog und bald auch in Europa die größte Aufmerksamkeit hervorrief: „Harpers-Ferry, 17./10. 59. Furchtbarste aufregendste Nachricht! Negerempörung hierorts! Negerverschwörung durch ganz Virginien und Maryland! Erstürmung des Unionsarsenals durch die Aufständischen! Alle Waffen erbeutet und in's Innere weggeschickt! Die Eisenbahnbrücke über Potomac-Shenandoah-Zusammenfluß befestigt, verbarrikadirt und besetzt mit Kanonen! Züge beschossen und angehalten! Mehrere Todte! Telegraphendrähte durchschnitten! Bürger in Contribution gesetzt! Truppen aus Washington und Baltimore rücken gegen die Insurgenten an!" —

Leider entsprach der Inhalt des Telegramms nur theilweise der Wahrheit.

Auf bisher unerklärte Weise hatte Brown acht Tage zu früh losgeschlagen, die Erhebung sollte am 24. Oktober erfolgen. Mit 22 Mann hatte Brown Harpers-Ferry genommen und sich all der Positionen bemächtigt, deren das Telegramm erwähnt, aber von einem Negeraufstand war nirgends die Rede. Was Brown dazu veranlaßt, so früh vorzugehen, das ist nie ermittelt worden, man muthmaßt — und Herr Prowe schließt sich dem an — daß der schon einmal genannte Verräther Brown dazu gedrängt habe. Wahrscheinlich hoffte Brown, der den Ausführungstag verrathen sah, auf die Mitwirkung der Sklaven des überfallenen Bezirks. In dieser Hoffnung fand er sich getäuscht. Die Neger der Umgegend, auf einen späteren Termin vorbereitet, wußten nicht, ob dies der richtige Revolutions-Anfang war. Sie verhielten sich theilnahmslos. Ein Verzweiflungskampf gegen ein ganzes Heer von Feinden schloß das Drama. Brown fiel [mit einigen seiner Genossen lebend in die Hände seiner Feinde und erlitt den Tod durch Henkershand. Seine heroische Natur verläugnete sich auch im Tode nicht, er starb eines Helden würdig.

Wir wollen schließen. Man wird aus unserer flüchtigen Skizze ersehen, daß Prowe's „John Osawatomie Brown" ein Buch ist, das die weiteste Verbreitung verdient. Wir können es nur warm empfehlen. — Der Verfasser hat sich durch sein Buch Anspruch auf den Dank der Unterdrückten erworben. Wir sind überzeugt, daß für Herrn Prowe der beste Dank der wäre, daß wir sein Buch nach Kräften verbreiten helfen. Mag es nirgends fehlen und John Osawatomie Brown's Name sich bei uns einbürgern, als ob er zu uns gehörte. C. L.

„Nordd:e"- und „Bremerhavener-Zeitung", welche allein mehr als genügend sind, das geschäftstreibende Publikum mit Annoncen zu versorgen, den Abonnentenstand der „Bremer Freien Zeitung" höher empor zu heben.

Zur praktischen Agitation unter der hiesigen Arbeiterbevölkerung bedarf es eines populär geschriebenen Arbeiterblattes, welches 2—3 Mal wöchentlich erscheint, um namentlich im 18. und 19. hannöver'schen Wahlkreis lokale sowie die Parteiinteressen wirksam vertreten zu können. Der etwa sich bemerkbar machende Einwand eines das Gesammtinteresse der Partei schädigenden Einflusses durch ein solches Unternehmen wäre hinfällig, denn jeder in hiesiger Gegend wohnhafte Parteigenosse wird die Richtigkeit desselben anerkennen, und nach seinen Kräften dazu beitragen, dasselbe verwirklichen zu helfen. —l.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

Gotha, 27. Mai. Anstatt der sonst üblichen Vorversammlung zu den Congressen hat diesmal am Sonnabend vor dem Congreß hier eine Volksversammlung stattgefunden. Es referirten im Saale des „Thüringer Hofes" unter dem Vorsitz von Bock-Gotha der Abgeordnete A. Kapell-Hamburg und Neißer-Bremen über „Kleinbürgerthum und Sozialismus", während Auer-Hamburg über „die Thätigkeit des Reichstags" berichtete. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und verlief auf's Beste. Nach dem lebhaften Beifall, den sämmtliche Ausführungen fanden, ist abermals konstatirt, daß der Sozialismus hier ein gutes Verständniß und eine bleibende Stätte gefunden hat.

Der Congreß wurde um 11 Uhr Vormittags durch Auer Namens der Einberufer eröffnet, worauf sofort die Constituirung des Bureaus erfolgte.

Hasenclever und Geib präsidiren. Als Schriftführer fungiren: Wiemer-Chemnitz, Ullrich-Ulm, Lehmann-Pforzheim, Kaulitz-St. Johann, Oldenburg-Hamburg, Grottkau-Berlin, Schlesinger-Breslau, die Rednerlisten führen Klute-Erfurt und Kaiser-Dresden. Das Bureau ist per Akklamation einstimmig gewählt worden. Geib übernimmt den Vorsitz. Man stellte folgende Tagesordnung fest:

1) Bericht der Mandatsprüfungskommission.
2) Bericht über Gang und Stand der sozialistischen Agitation in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung der Wahlen vom 10. Januar 1877.
2a) Bericht der sozialistischen Reichstagsabgeordneten.
3) Die sozialistischen Organisationen in Deutschland.
4) Die Parteipresse.
5) Das Parteiprogramm.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt A. Schlesinger-Breslau: „Berichterstatter nichtsozialistischer Blätter sollen den Verhandlungen nicht beiwohnen dürfen." Der Antragsteller sowie mehrere Redner nach ihm begründen die Nothwendigkeit dieser Maßregel damit, daß nach seither gemachten Erfahrungen Berichterstatter gegnerischer Blätter über frühere Congresse die böswilligsten Schilderungen gebracht und die Sozialisten auf das Taktloseste verleumdet hätten.

Auer konstatirt, daß zu der von Schlesinger beantragten Maßregel um so weniger Veranlassung sei, als einestheils alle bisherigen gegnerischen Manöver die Wahrheit über die Sozialdemokratie nicht haben ersticken können, anderntheils sei der Congreß als ein öffentlicher einberufen und habe als solcher auch voll und ganz öffentlich zu tagen. Die Sozialisten rechnen es sich zur Ehre an, nicht nur öffentlich, sondern auch unter Assistenz eines königlich preußischen Polizeibeamten zu tagen, der speziell zu diesem Zweck an Ort und Stelle gekommen sei und trotz bei dem hiesigen Ministerium unsererseits erhobener Beschwerde bis jetzt noch nicht habe zurückgewiesen werden können.

Der Antrag Schlesinger wird hierauf durch den Beschluß auf „Uebergang zur Tagesordnung" erledigt. Ein Antrag von Just auf „Einsetzung einer Correspondenzkommission" Behufs Anfertigung einer autographirten Correspondenz über die Kongreßverhandlungen wird abgelehnt und darauf hingewiesen, daß die meisten größeren Parteiblätter direkt vertreten und die kleineren Lokalblätter stets rechtzeitig aus denselben zu schöpfen in der Lage seien. Der Vortheil einer autographirten Correspondenz für den Congreß stehe somit in keinem Verhältniß zu den Kosten und der erforderlichen Arbeit.

Zur Berichterstattung Namens der Mandatsprüfungskommission spricht Auer. Er beantragt sämmtliche Mandate für gültig zu erklären, da dieselben mit Ausnahme eneger weniger Formfehler, die als aufgeklärt zu erachten sind, in Ordnung befunden wurden. Soweit auf den Mandaten die Zahl der in den Delegirten-Wahl-Versammlungen Anwesenden verzeichnet zu finden ist, ergiebt sich folgendes Resultat: 31,255 Wähler sind als Mandatgeber verzeichnet. Vertreten sind 177 Orte durch 89 Delegirte, wovon 5 Mann je einen ganzen Wahlkreis vertreten. Die Wählerzahl dieser Wahlkreise ist nicht aufgezählt, wie denn überhaupt auf 28 Mandaten dies unterlassen wurde. Betreffs dreier Delegirten aus Württemberg liegt eine Zuschrift aus Stuttgart vor, worin begründet wurde, weshalb Stuttgart einen besonderen Delegirten sandte. Eine Differenz, welche zur Wahl eines zweiten Delegirten neben Hirsch führte, ist derart als erledigt zu erachten, daß beide Delegirte vom Kongreß anerkannt werden.

Hasselmann beantragt, der Congreß wolle das Bureau beauftragen, genau zu ermitteln, wie viel Stimmen auf die Delegirten an den Orten, die sie vertreten, überhaupt kommen, um ein für allemal allen gegnerischen Verdrehungen in Hinsicht der zu den Congressen jeweilig erwähnten Zahlen ein Ende zu machen. Es wird dem entgegen auf unsre Wahlerfolge und die hiermit gegebenen kompetenten Zahlenanhalte hingewiesen und die Anführung der oben erwähnten Zahlen ins Protokoll beschlossen, womit der Antrag Hasselmann als abgelehnt zu erachten ist.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung referirt Auer Namens des sozialistischen Central-Wahlcomite's über die Agitation und den Stand der sozialistischen Bewegung im Allgemeinen. Aus dem sehr ausführlichen Berichte, welcher nach Beschluß des Congresses in der nächsten Freitagsnummer des „Vorwärts" als Extrabeilage wörtlich gegeben werden soll, geben wir hier nur kurz folgende besonders bemerkenswerthe Zahlen: Es waren in 175 Wahlkreisen sozialistische Kandidaten aufgestellt, auf dieselben fielen, zuzüglich der bei den Stichwahlen abgegebenen Stimmen, 559,211 Stimmen. Am 10. Januar 1877 waren abgegeben 496,843 Stimmen. 1874 zählten wir einschließlich der bei Stichwahlen abgegebenen Stimmen 379,512 Stimmen; bei der Hauptwahl waren es 356,153 Stimmen. 1877 sind also in's Gesammt 179,699 Stimmen mehr gewonnen worden, als 1874. Das Stimmenmehr kommt wesentlich auf die großen Städte und besonders auf Sachsen. Die Hauptwahlkasse weist in dem Zeitraume vom 11. August 1876 bis 3. April 1877 eine Gesammteinnahme von Mark 54,217.60 auf, wovon zur Zeit M. 3582.04 noch in Kassa vorhanden sind. Die von den Einzelkreisen außerdem aufgebrachten Mittel sind hierbei nicht in Betracht gezogen und übersteigen die vorbenannte Summe in geradezu erstaunlicher Höhe. Altona z. B. hat für seine Wahlen allein 30,000 Mark aufbringen müssen. — Neben dem „Vorwärts" bestehen 41 Lokalblätter und 14 Gewerkschaftsorgane. Ein belletristisches Blatt („Neue Welt") zählt gegen 35,000 Abonnenten, der „Vorwärts" 12,000. Beschäftigt sind bei sozialistischen Blättern und Unternehmungen 44 Redakteure 2c. 2c., worunter 12 Literaten; also sind mehr als ⅔ aus Arbeiterkreisen unter den sogenannten Führern der Bewegung, entgegen der gegnerischen Behauptung, daß dieselbe ausschließlich ein Machwerk verbummelter „Nichtarbeiter" sei. Vertrieben wurden neben Tausenden anderer Schriften und Broschüren sozialistischen Inhalts: 3500 Protokolle des vorjährigen Congresses; 100,000 Exemplare der Broschüre: „Nieder mit den Sozialdemokraten"; 50,000 sozialistische Kalender.

Das Centralwahlkomité empfing binnen Jahresfrist 2208 Sendungen und expedirte 5724 Briefe. Der Kassirer verzeichnete 3200 Eingänge und 950 Ausgänge. Der Redner gedenkt schließlich noch speziell der Verhaftungen und Bestrafungen sozialistischer Redakteure und Agitatoren, sowie der andauernden, aber ebenso erfolglosen Vernichtungs-Arbeiten des Herrn Tessendorf, besonders auch des Umstandes, daß die sozialistische Partei seit Jahresfrist aufgelöst, dieser staatsanwaltliche Akt aber noch nicht in letzter Instanz entschieden sei. Jahresfrist werde wohl abermals darüber hinweggehen, ehe endgiltig entschieden sein werde. Daß gegen uns entschieden werde, sei kaum zu bezweifeln. Redner votirt einen speziellen Dank der segensreichen Thätigkeit des Herrn Tessendorf.

Eine weitere Debatte erfolgt nicht und der Congreß vertagt sich um 1½ Uhr bis 3 Uhr Mittags, um von da ab bis Abends 8 Uhr weiter zu tagen. Begrüßungsdepeschen und Glückwünsche aus Gera, Werschetz in Ungarn, Pest, Weißkirchen, Lindau werden zuvor noch verlesen. Die Stimmung ist eine vortreffliche. Die Arbeiten gehen mit Ernst und Energie von Statten. (Wir fügen gleich noch den Bericht der Beschwerdecommission bei, welcher nach Wiedereröffnung der Verhandlungen 3¼ Uhr Mittags erstattet wurde, nachdem Fritzsche-Berlin zu Punkt 2a der Tagesordnung gesprochen hatte.)

Namens der Beschwerdecommission erstattet Neißer-Bremen anerkennenden Bericht über die stattgehabte Prüfung der Geschäftsbelege des Centralwahlcomités, welche tadellos befunden worden sind. Speziell beantragt derselbe, Decharge unter Ausdruck des Dankes an das Centralwahlcomité zu ertheilen. Mit Rücksicht auf die Behauptung eines Blattes, es haben hinsichtlich der Thätigkeit des Centralkassirers Erörterungen stattgefunden, erklärt die Beschwerdecommission, daß dies eine böswillige Verdächtigung sei, da solche niemals stattgehabt; sämmtliche Kassabelege, Bücher 2c. sind in vollster Ordnung befunden worden, weshalb die Commission dem Kassirer Geib ganz besonders ihren Dank und ihre Anerkennung auszusprechen sich gedrungen fühlt. Der Congreß ertheilt Decharge und spricht den Vertrauensleuten seinen Dank für ihre Arbeiten aus.

(Fortsetzung folgt.)

Aufruf an sämmtliche Schlosser Deutschlands!

Nachdem die gegenwärtige geschäftliche Krisis schon so viele Ausschreitungen unserer Arbeitgeber zu Tage gefördert hat, und immer noch kein Aufhören derselben in Aussicht steht, und da besonders wir Eisenindustrie-Arbeiter am härtesten davon betroffen sind, so drängt sich Jedem von uns die Frage auf: wie können wir uns helfen?

Wenn nun auch Einzelne kämpfen und ringen um Recht und Ehre, so bleibt es eben nur ein Kampf, Erfolg kann nur erzielt werden, wenn vereinte Kräfte streiten. Dies ist aber nur möglich durch die Organisation, durch das Einstehen Aller für Einen und Eines für Alle. Durch die Gewerkschaften ist jedem Arbeiter Gelegenheit geboten, einzutreten in die Reihen der Kämpfer, welche auf ihre Fahne die Devise geschrieben haben: „Menschenrecht und Menschenwürde!" Leider lassen noch so Viele den Ruf unbeachtet, und besonders giebt es unter uns Schlossern noch so viele indifferente Elemente, welche, theils weil sie die Prinzipien der Gewerkschaften nicht kennen, theils aus bösem Willen, von denselben fern bleiben, oder sie über die Schulter ansehen. Nürnberg z. B. liefert einen schlagenden Beweis für diese Behauptung, da nur fünf Bauschlosser der Gewerkschaft angehörten. Wir faßten daher den Entschluß, einen Fachverein der Schlossergehilfen zu gründen, und siehe da, unser Streben war nicht erfolglos, bereits zählen wir an 50 Mann — immerhin ein bedeutender Erfolg seit dem 27. Januar 1877. Dazu kommt noch, daß die in einer größeren Fabrik beschäftigten Schlosser nicht aufgenommen werden können, weil wir zu der Ansicht gelangt sind, daß selbige weder für uns, noch wir für sie irgend welchen wesentlichen Einfluß auszuüben im Stande wären.

Es herrscht auch schon ein ganz anderer Geist unter uns, Jeder fühlt sich wie von einem Alp befreit, man kennt sich, man achtet sich, und es liegt die Zeit nicht fern, wo die noch fernstehenden Collegen uns freudig beitreten werden. Wir predigen ja nicht Haß und Verachtung, sondern wollen nur dahin wirken, daß die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf gegenseitiger Achtung gegründet sein sollen, und daß man uns das zukommen läßt, was uns gehört.

Es giebt nun freilich, wie allerorts, so auch hier Existenzen, welche sich so zu sagen für jede Schufterei gewinnen lassen, doch solchen Subjekten wird durch die Vereinigung eine enge Grenze gezogen, entweder müssen sie ehrlich Farbe bekennen, oder sie werden moralisch todt gemacht.

Wir richten nun an alle Collegen Deutschlands die Aufforderung, zusammenzutreten in Treue und Einigkeit. Scheut keine Mühen und Opfer, gehen nur Einzelne mit guten Beispielen voran, so folgt die Mehrzahl nach. Darum frisch daran. An die schon bestehenden Vereine richten wir die Bitte, uns ihre Statuten gefälligst zu übersenden.

Mit der Hoffnung, daß unsere Aufforderung nicht unberücksichtigt bleibt, zeichnet mit collegialischem Gruße für den Nürnberger Schlossergehilfen-Verein

Ernst Krug, Schriftführer.
Adresse: Nürnberg, vordere Badergasse 16.

NB. Wir ersuchen alle arbeiterfreundlichen Blätter um Aufnahme obigen Aufrufs.

Oeffentliche Quittung.

Für die Gemaßregelten (darunter auch die Genossen in Essen) erhielt ich seit dem 9. Mai aus:

Berg von Clausner 5,00; Achim d. Gottlieb Schwarze in 2 Raten 12,55; Edderitz d. Hobusch aus der Volksverf. vom 29. April 9,00; Groß-Auheim d. C. Bergmann 12,00; Hamm und Horn d. Koch v. Geburtstage bei W. 5,56; Harzburg d. Wellner v. A.-G. 10,00; Genf v. deutschen Verein d. G. Moll 40,32; Vorst d. B. 9,80; Barmen v. Arbeitern 24,00; Nürnberg d. Grillenberger 13,00; Fürth d. Zick 8,10; do. d. Ebersberger 0,50; Kleinkrotzenburg Liste 43 d. Köhler 3,00; Wittgensdorf d. F. A. Spindler 4,00; Uetersen Liste 95 d. Zilen 11,95; Gelenau d. F. A. Reuter 1,76; Fechenheim d. M. Krug 12,00; Kalk d. W. Eckert 21,80; Cottbus d. H. T. 1,10; Freiberg d. Schaller 3,45; Geringswalde d. W. Otto 1,60; Memel d. G. Grieberer 3,50; Leipzig Dr. Pauly 5,00; do. Adv. P. 5,00; Hildesheim Liste 37 v. Koch's Cig.-Fab. 2,25 und v. sonstigen Parteigenossen 2,10; Garding Liste 30 d. Krauswurm 7,05; Greiz v. Parteigenossen d. Blos 10,00; Hannover gesammelt im Sozialistenkeller bei G. Loges 1,50; Plagwitz d. C. Schröder 3,00; Döhrden Liste 97 d. Rathmann 7,60; Mylau d. F. E. Fischer 3,00; Harburg d. C. Mammlade von einer Geburtstagsfeier 2,10; Lüneburg d. B. 2,55; Rostock N. N. 7,95; Salzungen d. Eckardt v. Arb.-Bild.-Verein 6,00; Zwickau d. Jul. Seifert 2,15; Arnstadt d. Franz Pabst 4,00; Altona d. Riechert 3,00.

Aus Hamburg: Von M. Freigang Mittelstr. 0,50; v. den vereinigten Küpern 8,00; v. den Eisenarbeitern d. Justus u. Co. 12,65; v. der Unterstützungskasse der Hamburger Zimmerer d. Jalandt 100,00; v. mehreren Reepschlägern d. Hansen 5,40; v. der Pfingsttour d. Nagel 20,20; d. L. W. X. von anderen 3,35; v. E. N., Uhlenhorst, 0,50; aus Ludolphi's Werkstelle, Uhlenhorst, Liste 173 d. Kohsche 3,00; v. Sandbagger-Verein auf Liste 175 11,40 und auf Liste 176 10,90.

Für den Wahlfonds (auch Berliner Wahl) erhielt ich:

Hamburg d. E. N. 6,20; do. v. mehreren Reepschlägern d. Hansen 5,40; do. Tischlerwerkstelle Pusch u. Sohn 15,10; do. Ladage u. Oelke's Schneiderwerkstelle 30,00; do. v. Ungenannt 2,00; Altona v. Jacob Delmonte's Cig.-Fab. 6,00; do. v. Neuschwenders Cig.-Fab. 15,00; Berlin v. Fritzsche 2,98; do. d. Fritzsche 120,00; Eisenach d. C. Simon 2,00; Waldheim i. S. d. Wegener aus einer Volksverf. 3,00; Harburg d. Janutsch 12,00; Leipzig Storck's Schneiderwerkstelle 13,50; Stuttgart v. T. H. u. J. G. 2,00; Steinwärder v. den Parteigenossen d. Kerl 15,00; Lübeck Pfingsttour der Liedertafel „Brüderlichkeit" 9,11; Bremerhafen d. H. R. Kaht 28,00; Bremen d. J. Rohwer 43,95; Naumburg a. S. d. K. 7,70; Hannover Ueberschuß v. 18. März d. Schaars 25,00; Gelsenkirchen d. H. Tenhaef 10,00.

Ferner erhielt ich durch A. L. in Tübingen an Beiträgen 3,60.

Von K. J. in S. Geldsendung vom 19. Mai erhalten.

Hamburg, 25. Mai 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

Briefkasten

der Redaktion. M. in Bielau: Den Gemeinden ist völlig freie Hand gelassen in der Errichtung und Leitung von Fortbildungsschulen.

Quittung. J. Ptmnn Duisburg Ab. 5,00. Zhlnr Darmstadt Ab. u. Schr. 20,90. Kls Magdeburg Schr. 4,70. Fachverein E. u. Met.-Arb. Innsbruck Ab. 2,39. Kppl Schwarzbach Ab. 6,40. Mrbch hier Ab. 7,50, Schr. 8,60. E. Brggmr Seesen Ab. 16,00. Expedition der „Fackel" hier Ab. 6,00. Quntl Leer N. W. 8,00. Ed. Fkl Gotha Schr. 10,50. J. Bz Hamburg Schr. 10,00. Innschr Newyork Ab. 6,35, Schr. 0,95. Ver. d. Buchdr. u. Schrftg. Wien Ab. 5,00. Bz Weiden Schr 0,40. Lit.-Anst. Freiburg Schr. 0,65. Gns Hildesheim Ab. 1,00. Wndhs Gotha Schr. 3,19.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

„Per aspera ad astra" in Geldern 3,00.

Altona. Volksverein. **Mittwoch**, den 30. Mai, Abends 8 Uhr, in Heinsohn's Salon:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.
NB. Neue Mitglieder werden aufgenommen. [80
H. Walther.

Leipzig. Donnerstag, den 31. Mai, Abends ½9 Uhr, im Saale des Gosenthals:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Berichterstattung über den Sozialisten-Congreß in Gotha. Referent Nauert.
Der Agent. [70

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 2. Juni, Abends 8 Uhr, in Menzel's Restauration, am Täubchenweg: Versammlung. Tagesord.: Berichterstattung des Delegirten von der Generalversammlung zu Gotha.
Zahlreiches Erscheinen erwartet (2a) Der Bevollmächtigte. [50

Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

am Sonntag, den 1. Juli, Morgens um 10 Uhr, in Sander's Restaurant, Prinzenstr. 45d, oberer Saal, zu Berlin, stattfindet.

Laut § 21 der Statuten sind die Anträge zur Generalversammlung bis spätestens den 10. Juni bei dem Unterzeichneten einzureichen. Nur diejenigen Mitglieder, welche gemäß § 11 ihre Pflichten erfüllt haben, sind zur Stellung von Anträgen berechtigt.

Hamburg, den 24. Mai 1877.

Der Aufsichtsrath.
J. A.:
(2a) August Geib, Rödingsmarkt 12. [570

Stellegesuch.

Ein junger Kaufmann, gewandter Buchhalter, Correspondent und Rechner, der mehrere Jahre in großen Bankgeschäften thätig war und sich als eifriger Parteigenosse und Mitarbeiter an Parteiblättern ausweisen kann, sucht Beschäftigung, am liebsten an einem Parteiblatt oder an irgend einem sonstigen Parteiunternehmen. Briefe für ihn adressire man unter L. M. an die Expedition dieses Blattes. (F160) (3b) [300

Wir empfehlen:

Grundzüge der Nationalökonomie

von

C. A. Schramm.

76 Seiten Oktav, Einzelpreis 25 Pf., in Partien bezogen 20 Pf. pr. Expl.
Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von Tchernyschewsky.
33 Bogen stark. Preis 4 Mark.
Die Expedition des „Vorwärts".

Durch die Buchhandlung des „Vorwärts" ist zu beziehen:

„Das preußische Regiment" vor Gericht.

Rede, gehalten von Ludwig Pfau zu seiner Vertheidigung vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M.
Preis: 30 Pf.

Inhalt: Vorwort. — Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht. — Anklageschrift. — Gerichtsverhandlung. — Rede Ludwig Pfau's. — Urtheil.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
für Vereinsversammlungen pc. Petitzeile 10 Pf., für Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Heb, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 315 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 413 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 63. Freitag, 1. Juni. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** pc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** pc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** pc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Der heutigen Nummer ist eine Extra-Beilage, enthaltend den auf dem diesjährigen Congreß in Gotha erstatteten Bericht des Central-Wahlcomité's der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschland's, beigefügt. Bei etwaigem weiteren Bedarf wolle man sich an A. Geib, Hamburg, wenden.

Schlußlied.

Dem „Schluß"-Valentin gewidmet und eingesandt aus dem Gasthof zum „Sauren Apfel" von einem eingesperrten Sozialisten.

Adieu! geschlossen ist die „Bude"!
Bei „Muttern" weilen auf dem Gute,
Die ich so oft gehört mit Grau'n:
Der Held Eugen und „unser" Braun.
Wohl mir! Zu Ende das Geflunker!
Und Alle fort, nicht nur der Duncker!
Selbst Unruh sah mit Ruh' ich zieh'n,
Ich klage nur um — Valentin.

Ein solcher allgemeiner „Schluß"
War sicher auch dir Hochgenuß,
Mein Valentin! Auf grünen Matten
Zur Zeit verweilt dein holder Schatten;
Jetzt nur der Nachtmusik der Katzen
Und auf den Dächern kecken Spatzen
Rufst das gewohnte: „Schluß! Schluß! Schluß!"
Du vielerprobter Genius.

Auch Lerchen, die zum Himmel steigen,
Wird jetzt dein Formular erreichen,
Dein Schlußantrag wird jetzt ertödten
Im Busch der Nachtigallen Flöten.
Du magst nach solchem wackern Thun
In wohlverdienter Muße ruh'n.
Doch rost' nicht ein! denn deiner Thaten
Kann ich noch lange nicht entrathen.

Nur eines bitt' ich: In der Ferne
Das Schlußantragen nicht verlerne!
Sobald, geübt in Ränken, Listen,
Die schrecklichen Sozialisten,
Nicht achtend selbst der „schwachen Nerven"
Sich abermals auf's Rügen werfen,
Dann blick', wie stets, nach dir ich hin
Und Rettung naht — durch Valentin.

Würd' jeder Sozialist gehört,
Wie wär' die „beste Welt" gestört!
Wenn immer wetzten ihre Schnäbel,
Die Hasenclever, Möste, Bebel!
Wer schafft vor solchen Ketzern Ruh?
Mein Valentin! du! einzig du!
D'rum Valentinus! Trost im Leid!
Kehr' wieder zu der rechten Zeit!

Dann, einsam, bin ich nicht alleine.
Ersehnter Schlußmann! komm', erscheine!
Mein Retter, Held und Valentin —
Doch halt! wo führt mein Reden hin?
Es faßt mich Angst, schnell will ich schließen,
Es könnte Valentin verdrießen,
Er naht schon! hemmt der Rede Fluß,
Schreit aus der Ferne schon: „Schluß! Schluß!"

— **Culturkämpfer.** Man schreibt der „Kölnischen Zeitung" aus Zaandam in Holland: „Wohl kein Theil der Erdoberfläche hat sich durch Menschenarbeit im Laufe der letzten Jahrzehnte so sehr verändert, wie die niederländische Provinz Nordholland. Wer vor 30 Jahren die Eisenbahnlinie Haarlem-Amsterdam benutzte, gewahrte zu beiden Seiten eine unübersehbare Wasserfläche, auf der einen Seite das Y, auf der anderen das Haarlemer Meer, dessen abbröckelnde Thätigkeit sogar die Sicherheit von Amsterdam, Haarlem, Leyden und Utrecht zu bedrohen schien. Heute überblickt er dagegen nach beiden Richtungen ein fruchtbares Garten- und Weideland, denn die Trockenlegung des Haarlemer Meeres war schon im Jahre 1853 beendet und die des Y wird ebenfalls in wenigen Jahren vollendet sein. Alle diese Arbeiten stehen in einem gewissen Zusammenhang zu einander, sie bilden nur die Glieder eines einzigen großartigen Systems, welches bezweckt, die im 13. und 15. Jahrhundert von der See in den Länderbestand der nordholländischen Provinz begangenen Eingriffe auszumerzen und Amsterdam seine frühere Bedeutung als Welthandelsplatz wiederzugeben. Die Vollendung des im Jahre 1862 begonnenen Kanals von Holland op zijn smalst, die Ergänzung der von Amsterdam quer durch das Y über Zaandam nach Nordholland führenden Eisenbahnlinie, die Herstellung einer kürzeren Verbindung von Amsterdam mit dem Rhein durch Anlage des projektirten Kanals durch die Gelder'sche Vallei, sowie schließlich die binnen 10 Jahren zu beendende Austrocknung des südlichen Theils der Zuyderzee werden die bisherigen Arbeiten ergänzen und nach holländischer Ansicht ausreichen, um Amsterdam seine ehemalige Bedeutung im vollsten Maße wieder zu erstatten."

Hut ab vor diesen „phlegmatischen" Holländern! Und Achtung vor diesem „Culturkampf". Dabei kommt doch wenigstens etwas heraus, während wir mit unserem „Culturkampf" und unserer militärischen „Strammheit" nicht einmal Geld genug aufbringen können, um unsere Ströme zu reguliren! —

---

*) Die Redaktion des „Vorwärts" ist von demselben Streben geleitet, wie die Aufnahme obigen Briefes beweist. Dem Verfasser der vorigen Correspondenz, deren Richtigkeit übrigens nur in einem Punkte bestritten ist, wird diese Berichtigung zugestellt werden.
R. d. „V".

*) Neue Welt ohne „Gansfüßchen", d. h. Amerika. Die auf einem Schreib- oder Setzfehler beruhenden „Gansfüßchen" in letzter Nummer haben mehrere unserer Leser zu der sonderbaren Annahme verleitet, die Correspondenz sei aus dem Blatt „Neue Welt" abgedruckt.

Direktor bei der letzten Abiturientenentlassung, wobei stets eminent „feierliche" Reden vom Stapel gelassen werden, die Abgehenden inständigst bat und nachdrücklich ermahnte, sich doch ja nicht von den „Irrlehren" der Sozialdemokratie locken zu lassen; denn gleicher Besitz, den der Sozialismus anstrebe (sic!) sei unmöglich. Ferner hielt auch einer der Abgehenden, angehender Theologe, augenscheinlich nach vorheriger Abkartung, eine Rede des Inhalts, daß er seine Kameraden vor dem „Wurm" warnte, der „am deutschen Reiche zehre". — Und alles dies, weil ein Primaner eine sozialdemokratische Zeitung hielt. Kann irgend etwas besser die Angst vor der Sozialdemokratie kennzeichnen? — Und doch wird das den Gegnern alles nichts nützen; mit der Zeit wird auch unsere Jugend aus ihrer Schlaffheit sich aufraffen.

— Daß die direkte Gesetzgebung durch das Volk, welche vielfach für unausführbar erklärt worden ist, in der Praxis sich bewährt, dafür liefert die Schweiz hinlängliche Belege. Wenn z. B. den Bürgern der Schweiz ein von den eidgenössischen Gesetzgebern erlassenes Gesetz nicht paßt, und es werden 30,000 Stimmen für das Begehren aufgebracht, über das Gesetz das Volk abstimmen zu lassen, so muß dies geschehen. In einzelnen Kantonen hingegen haben alle kantonalen Gesetze, bevor sie Geltung erlangen, die Abstimmung durch das Volk zu passiren, die endgiltig über deren Schicksal entscheidet. Der Kanton Zürich geht noch weiter und läßt — natürlich immer in kantonalen Angelegenheiten — die Initiative (das Vorschlagsrecht) zu. Wenn z. B. eine Anzahl Bürger ein Gesetz wünschen, so arbeiten sie sich einfach ein solches aus. Erhalten sie für diesen Gesetzentwurf, wofür das häufig führt. Was mich aber am meisten mit Unwillen erfüllt hat, ist, daß man das frühere schöne echt demokratische Institut, bei den Eisenbahnen nur eine Wagenklasse für Arm und Reich, für Hoch oder Nieder zu haben, abgeschafft, und bei jedem Zuge außer den früher schon vorhandenen praktischen Schlafwagen nun auch zu der früher allein vorhandenen ersten Klasse auch noch eine zweite Klasse für weniger Bemittelte, und für Glücksritter sogenannte Palastwagen (Palace cars) hinzugefügt hat. „Ganz wie bei uns". Also auch hier mehr und mehr künstliche, nach der Anzahl von Dollars berechnete Erzeugung von Klassenunterschieden.

Diesen vielfachen Schattenseiten gegenüber ist es erfreulich, daß die Arbeiterpartei in dem Lande der Selbsthülfe par excellence (in hervorstechender Weise), also trotz Freiheit der Presse und der Versammlungen, auf einem schwierigeren Boden als in dem morschen monarchischen Europa, in ihrer Organisation freilich durch die schlechten Zeiten begünstigt, durch Gründung von Vereinen und Zeitungen nicht nur bei den Deutschen, sondern mehr und mehr auch bei den Amerikanern, Schweden, Dänen pc. Fortschritte macht

Ueber die Einzelnheiten ihrer Thätigkeit, die ich auf meiner Rundreise mit angesehen, kann ich mich nicht weiter verbreiten, da es mir am Vorabend meiner Abreise in der That an Zeit gebricht. Uebrigens seid Ihr ja regelmäßig durch den „Vorbote" von Chicago, durch Otto-Walster's „Arbeiterstimme" von New-York und durch Spezialcorrespondenten hinreichend unterrichtet. Von den letzteren lernte ich den Verfasser der im „Vorwärts" erschienenen kalifornischen Briefe, den jungen, äußerst strebsamen und talentvollen Parteigenossen Renz hier im Klauß'schen Hauptquartier kennen. Letzteres ist in der Pacificstraße eine Schneiderwerkstätte, deren Inhaber Klauß, ein älterer energischer Sozialdemokrat, jederzeit überzeugungstreue thätige Sozialisten wie Renz, Vogel, Ralphes, Zimmermann, Anton, Rotermund, Simon pc. zur Berathung für Agitation unter den hier den Ausschlag gebenden Amerikanern empfängt, da die hiesige kleine Sektion die Arbeit der Propaganda nicht zu bewältigen vermag. Als weitere Einzelheit will ich noch erwähnen, daß die Verbreiter sozialistischer Zeitungen und Schriften, welche ihre ganze Existenz der Sache widmen und von Morgens früh bis Abends spät von Werkstatt zu Werkstatt, von Wirthschaft zu Wirthschaft wandern, die Hauptförderer der Ausbreitung der Arbeiterpartei sind. Als solche aufopfernde, oft zu ihrem eigenen pekuniären Nachtheil arbeitende Sozialisten wurden mir Schumann in Cincinnati, Herminghaus in St. Louis und Enz hier in San Francisko näher bekannt.

Zum Schlusse nur noch die Bemerkung, daß ich, wie in Amerika, so auch in den übrigen von mir noch zu besuchenden Ländern für unsere Sache fortwirken und, nach Europa zurückgekehrt, in Schrift und Wort nähere Aufschlüsse über meine Reiseerfahrungen geben werde.

Auf Wiedersehen. **Amand Gögg.**

Correspondenzen.

Stuttgart. (Entgegnung.) Den fortgesetzten Verdrehungen von G. Baßler in Nr. 60 des „Vorwärts gegenüber constatire ich 1) daß das Comité für die Jacobyfeier zu freier Cooptation von Mitgliedern ermächtigt wurde, eventuell auch direkt von Vertretern der Volkspartei. Da wir das Lokal schließlich durch ein Parteimitglied erhalten konnten, so nahmen wir von Letzterem Abstand und begnügten uns mit der Einladung an die Volkspartei — in der einzig wir die Freunde Jacoby's zu suchen hatten — und mit der gemeinsamen Besprechung über die Redner und ein etwaiges Kostendefizit. Das ganze Arrangement blieb in unseren Händen. 2) Wir haben Nichts „auf Ansuchen" von der Volkspartei erhalten; sondern das Defizit wurde, wie verabredet, getheilt, wobei wir ca. 60 M. trugen, die Volkspartei ca. 90 M. übernahm und eine mittelgroße Photographie Jacoby's (ca. 20 M.) erhielt. Die Partei als solche hat über-

zum Beginn der Menschenschlächterei ertheilen — natürlich nur im Interesse der unterdrückten christlichen Brüder in der Türkei. Inzwischen ist es den Russen gelungen, einen zweiten türkischen Monitor in die Luft zu sprengen.

Vom asiatischen Kriegsschauplatz ist zu vermelden, daß der von den Türken gut gepflegte Aufstand gegen die Russen immer mehr an Ausdehnung gewinnt. Ein unterjochter Volksstamm nach dem andern greift zu den Waffen, um den russischen „Civilisatoren" die Wege zu weisen. Gekämpft wird an allen Ecken und Enden, und wenn man den von russischer Seite kolportirten Gerüchten Glauben schenken wollte, dann erringen die Russen die Siege nur so im Handumdrehen. Natürlich wissen auch die Türken, „wie's gemacht wird"; es darf daher nicht Wunder nehmen, wenn die Siege und Niederlagen, je nachdem es dem einen oder dem andern Theile gerade „in den Kram paßt", dem neugierigen Publikum feilgeboten werden wie Brombeeren.

— Fünf Mark Geldstrafe wurden dem Redakteur des Münchener „Zeitgeist", Rohleder, zuerkannt, weil er in einem Aufruf aufgefordert hatte, Sammlungen zu veranstalten zur Unterstützung der gemaßregelten Arbeiter in den Krupp'schen Werken. Die Absicht, jene Unglücklichen nicht verhungern zu lassen, wurde von dem betreffenden Staatsanwalt als ein „politischer" Zweck erkannt, und so wissen wir, daß auch die edelste menschliche Regung, das Mitleid, strafbar ist, sobald irgendwie „Reichsfeinde" mit in's Spiel kommen.

— Parteigenosse Eisengarten, Redakteur der „Glauchauer Nachrichten", hat am 24. Mai eine Haft von 6 Wochen angetreten, die ihm wegen Beleidigung eines Meeraner Geistlichen zuerkannt worden waren. — Am 25. Mai wurde Genosse Petzold, Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse", zu 170 Mark Geldstrafe event. 34 Tagen Haft verurtheilt, weil er seinen „liberalen" Collegen vom „Chemnitzer Tageblatt" beleidigt haben soll. — Am 26. Mai wurde der verantwortliche Redakteur des „Frankfurter Volksfreund", Schäfer, wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck durch die Presse zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt.

— In Kassel erscheint vom 1. Juli an ein neues sozialistisches Organ unter dem Titel: „Hessisches Volksblatt." Auch in Münster (Westfalen), dem Hauptquartier der „Schwarzen" für die Rheinlande, wird mit dem 1. Juli ein sozialistisches Blatt das Licht der Welt erblicken.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

(Fortsetzung.)

Zum vorigen Berichte ist noch nachzutragen, daß Auer bei Feststellung der Tagesordnung für den Congreß beantragt hat, eine Commission zur Prüfung der eingegangenen Organisationsvorlagen einzusetzen. Die Commission besteht aus den Genossen Auer, Derossi, Fritzsche, Hasselmann, A. Kapell, Kiefer, Tölcke, und wird dem Congreß über ihre Arbeiten berichten.

Die Sitzung wird nach 3 Uhr durch Hasenclever eröffnet und zwar mit Verlesung der Präsenzliste und einer Anzahl von Begrüßungstelegrammen. Sodann erstattet der Reichstagsabgeordnete Fritzsche (zu 2a der Tagesordnung) Bericht für die sozialistischen Reichstagsabgeordneten unter gespanntester Aufmerksamkeit der Delegirten. Wir haben im vorigen Berichte bereits der vortrefflichen Stimmung Erwähnung gethan, welche diesen Congreß charakterisirt. Die Entgegennahme des Fritzsche'schen Referats — der an Stelle des durch Familienverhältnisse verhinderten Liebknecht berichtet — bestätigt die Wahrhaftigkeit des Eindrucks, den auf uns der bisherige Verlauf der Verhandlungen gemacht hat. Der Geist der allseitig vollendeten prinzipiellen Uebereinstimmung drückt auch den formellen Streitfragen seinen wohlthuenden Stempel auf. Die Einigung ist voll und ganz zu Fleisch und Blut geworden.

Referent betont einleitend die großen Hoffnungen, die das gesammte Volk und auch ein Theil des Proletariats auf diesen Reichstag gesetzt habe und die darauf gefolgte allseitige Ernüchterung. Die eigene Unfähigkeit der Reichstagsmajorität habe diese Ernüchterung bewirkt, während man den Mangel jeder Initiative in brennenden politischen und wirthschaftlichen Fragen auf die Reichsregierung zu wälzen suche. Neben den Budgetvorlagen — zu deren wichtigeren Positionen, wie Ausgaben für Militärzwecke, Steuern ꝛc., der Reichstag durch das Septennat sich ja im Voraus schon die Hände gebunden und bei deren Berathung man sorgfältig vermieden hat, Sozialisten das Wort zu geben — waren es nur ganz wenig Vorlagen, die unser besonderes Interesse beanspruchten. Wir brachten das Arbeiterschutzgesetz ein in der Hoffnung, daß man einem Theil unsrer Wünsche nothgedrungen mehr oder weniger entsprechen werde. Die Sozialisten damit zu überzeugen, daß wir praktisch thätig sein können, hatten wir keine Ursache; wir wissen, daß hierüber bei den Parteigenossen kein Zweifel obwaltet. Wir wollten aber durch Einbringung der Vorlage den fernstehenden Arbeitern und Handwerkern zeigen, daß der Sozialismus schon jetzt, wenigstens vorübergehend, für ihre Interessen praktisch zu wirken bemüht ist. Die Erfolglosigkeit unsres Versuches ist bekannt. Die Majorität des Reichstags hat auch in der großen Politik der Welt ihre volle Unfähigkeit und Willenlosigkeit bekundet. Das sorgfältige Vermeiden jeder energischen Interpellation bezüglich der orientalischen Frage, die schnelle Schließung des Reichstags, sollte Europa Deutschlands Gleichgiltigkeit der Orientfrage gegenüber bekunden, um den Schein des höchsten Kraftbewußtseins desto lebhafter zum Ausdruck zu bringen. In der Kanzlerkrise habe der deutsche Parlamentarismus seine ganze Machtlosigkeit dokumentirt. Wir betrachten das Sitzen im Reichtag durchaus nicht als eine besondere Ehre, sondern unterziehen uns dieser Aufgabe im Dienste des Sozialismus, um ihn zu vertreten, soweit die Fesseln der Geschäftsordnung dieses zulassen. Redner beleuchtet das System der Valentinisirungen. Die Sozialisten haben einen Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung eingebracht, der durch Schließung der Session begraben wurde; dasselbe Schicksal traf den Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes zum Schutze der Wahlfreiheit. Redner schließt mit den Worten: Wir tragen alles dieses vor, um in steter Fühlung mit unseren Wählern zu bleiben, denn wir sind der Ansicht, daß wenn auch eine Mandatsentziehung durch die Wähler gesetzlich nicht zulässig ist, wir uns doch verpflichtet halten müssen, sofort unsre Mandate in die Hände unsrer Wähler zurückgeben, sobald wir inne werden, daß wir nicht in allen Theilen ihren Willen zur Geltung bringen, oder in prinzipiellem Widerspruch zu ihnen stehen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt zunächst, wie gestern mitgetheilt, der Bericht der Beschwerde-Commission. Dann folgt auf Antrag Kaiser's Eintritt in die Spezialdebatte über Punkt 2a.

Frohme-Frankfurt interpellirt die Abgeordneten darüber, weshalb sie zu ihrer Vorlage nicht früher die speziellen Wünsche der Wähler kennen zu lernen gesucht und die Vorlage nicht rechtzeitig durch die Presse veröffentlicht hätten. Er beantragt eine gründliche Prüfung der Arbeiterschutzgesetzvorlage und der gegnerischen Anträge zu demselben durch den Congreß, was abgelehnt wird.

Hierauf folgt eine Interpellation Frick's betreffs der Abstimmung unserer Abgeordneten in der Eisenschutzzollfrage, und Frohme schlägt vor, bei wichtigen Fragen sollen die Abgeordneten das Gutachten ihrer Wähler einholen. Es wird constatirt, daß die sozialistischen Abgeordneten dies bis jetzt prinzipiell, soweit es immer möglich war, gethan haben.

Ein Antrag Bremens, daß die sozialistischen Abgeordneten im Reichstag einheitlich stimmen sollen, wird vom Vorsitzenden mit zur Debatte gestellt.

Blos motivirt seine Abstimmung gegen den Eisenschutzzoll unter Hinweis auf den Umstand, daß die Regierungsvorlage durch die verschiedensten Zusatzanträge bis zur Unannehmbarkeit verstümmelt worden sei, so daß ein Theil der Antragsteller selbst dagegen stimmte.

Fritzsche erklärt, daß Demmler und Blos gegen den Schutzzoll gestimmt, die anderen anwesenden Sozialisten sich aber der Abstimmung enthalten hätten.

Frick beklagt diesen Umstand als einen sehr bedauerlichen Fehler.

Kaiser will die Abgeordneten nicht immer gezwungen wissen, geschlossen zu stimmen, ist aber von der Abstimmung Demmler's und Blos nicht befriedigt, da dieselbe den Freihändlern zu gute kam.

Hasselmann konstatirt, daß in vorletzter Reichstagssession die sozialistischen Abgeordneten geschlossen für Schutz der Eisenindustrie gestimmt hätten. Der Eindruck der diesmaligen Abstimmung war deshalb ein sehr peinlicher. Man hätte sozialistischerseits weitergehende Separatanträge stellen müssen.

Neisser erwähnt zum Bremer Antrag, daß die Bildung einer sozialistischen Fraktion unerläßlich sei, deren Beschlüssen sich jeder Abgeordnete zu unterwerfen habe.

Geib weist die in dieser Frage, zwischen dem Norden (spez. Hamburg, als Freihandelsplatz) und dem Süden (Rheinland ꝛc.) total auseinanderliegenden Interessenstandpunkte selbst der sozialistischen Arbeiterschaft nach und verliest die vom vorjährigen Congresse diesbezüglich gefaßten korrekten und für die sozialistischen Abgeordneten bindenden Beschlüsse. Demmler und Blos haben richtig gestimmt. Es soll trotzdem nach keiner Seite hin ein Vorwurf erhoben werden. Der Beschluß des vorjährigen Congresses lautet wörtlich: „Der Congreß erklärt, daß die Sozialisten Deutschlands dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüberstehen; daß die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Noth der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirthschaftlichen Zuständen wurzelt; daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen." Die Haltung der sozialistischen Abgeordneten bei Abstimmung über den Eisenschutzzoll ist also in allen Theilen korrekt gewesen, sowohl seitens der Abgeordneten, welche dagegen stimmten, als seitens derer, die sich der Abstimmung enthielten.

Hasselmann beantragt motivirte Tagesordnung unter Festhaltung der von ihm zuvor erwähnten Gesichtspunkte.

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen erklärt Fritzsche, daß dem Congreß anheimgestellt bleibe, ob er wünsche, daß die Sozialisten im Reichstage mit den bürgerlichen Demokraten zu einer Fraktion zusammentreten, um die zur Antragstellung erforderlichen 15 Unterschriften zu erlangen.

Frick versichert, daß er mit seinem Tadel kein Mißtrauen aussprechen, sondern Klarheit habe schaffen wollen.

Der Antrag Bremen's erledigt sich mit Annahme der motivirten Tagesordnung von Hasselmann.

Fritzsche beantwortet die Interpellation Frohme's: Die kurz bemessene Zeit zur Ausarbeitung der Schutzgesetzvorlage ist besonders den Vorarbeiten zur letzten Reichstagswahl und dieser selbst geschuldet. Alle Kräfte waren bis dahin überlastet und während der Session, die kurz nach der Wahl sofort begann, konnten nicht alle Abgeordneten regelmäßig an den Arbeiten in Berlin theilnehmen. Ueber die Wünsche der Wähler waren wir in der Hauptsache orientirt. Nach Bekanntgabe der Vorlage im „Vorwärts" hat auch ein lebhafter Verkehr zwischen Abgeordneten und Wählern in dieser Frage stattgefunden.

Hasselmann empfiehlt, da die neue Einbringung in Aussicht steht, den Entwurf in der Presse eingehend zu diskutiren.

Auer hält Frohme's Antrag nicht durchführbar, der Congreß ist überladen mit Arbeiten und hat Eile und könnte deshalb die Arbeiterschutzgesetzvorlage nicht so gründlich behandelt werden, wie sie es erheischt.

Nach weiteren anderseitigen Ausführungen mehr formeller Natur, beantragt Volmar bis zum 1. September eine revidirte Vorlage für den Reichstag vorzubereiten.

Es wird indeß vom Congreß motivirte Tagesordnung beschlossen. Sie lautet: Die Parteipresse möge das Arbeiterschutzgesetz eingehend besprechen und auffordern, alle bezüglichen Wünsche und Sendungen an Fritzsche zu richten, der bisher als Referent fungirt hat.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Betreffs der weiteren über die Agitation ꝛc. gepflogenen Debatten ist auf den erschöpfenden später erscheinenden Congreßbericht zu verweisen. Ueber die Verhandlungen selbst aber ist hervorzuheben, daß die sozialistische Bewegung sich nach allen Seiten hin verbreitet und vertieft. Daß die meisten die Agitation betreffenden Anträge speziell das Verlangen ausdrücken, rednerische und organisatorische Kräfte zu beschaffen, zeigt deutlich, wie groß zur Zeit das von uns erschlossene Arbeitsfeld geworden ist. Ueberall herrscht das Bestreben, sich aufzuraffen und Stellung zu nehmen zu den brennenden Tagesfragen. Kritik und Kontrole ergänzen sich, lösen sich ab. Bald schneidig klar, bald stürmisch, bald in geschäftsmäßiger Selbstverständlichkeit. Man lernt, man wird belehrt, man regt an, man wird angeregt. Man sichtet, ordnet und baut. Und was ist dies Anderes als das Zeichen dafür, daß der Sozialismus eine Macht geworden ist — trotz Tessendorff? — Ob es unsere Gegner begreifen werden?

(Schluß der Sitzung Abends 8½ Uhr.)

(Fortsetzung folgt.)

Auf der Reise nach dem Kaffernlande.

„Der Superkargo Mynheer van Kock
Sitzt rechnend in seiner Kajüte;
Er kalkuliert der Ladung Betrag
Und die probablen Profite."

Mit diesen Strophen beginnt ein längeres Gedicht Heine's, dessen Inhalt kurz folgender ist: Mynheer hat Sklaven an Bord, an denen er ein gutes Geschäftchen zu machen gedenkt, aber bedenklich nimmt die Sterblichkeit unter ihnen überhand. Der Schiffsdoktor referirt ihm:

„Ich inspicierte die Leichen genau;
Denn diese Schelme stellen
Sich manchmal todt, damit man sie
Hinabwirft in die Wellen."

Und als Mittel gegen die hohe Sterblichkeit räth er dem Mynheer an, die Sklaven zwangsweise tanzen zu lassen, „dieweil sie sich tödtlich langweilen." Es geschieht und Mynheer betet indessen:

„Verschone ihr Leben um Christi will'n,
Der für uns Alle gestorben!
Denn bleiben mir nicht dreihundert Stück,
So ist mein Geschäft verdorben."

Es ist noch nicht lange her, da wurde, wenn wir nicht irren, von einem Kreuzzeitungsritter durch die Presse den Großgrundbesitzern angerathen, ihren Arbeitssklaven Tanzvergnügungen ꝛc. zu veranstalten als Mittel gegen die Auswanderungssucht trotz des Milliardensegens der — Reichen. Heute haben wir es mit einem gewissen Herrn Dannenberg zu thun, der Schiffsdoktor und Mynheer in einer Person zu sein scheint. In Nr. 13 der „Gegenwart" von 1877 bringt derselbe einen längern Artikel mit der Ueberschrift: „Arbeitslosigkeit und Auswanderung". Der Artikel beginnt damit, daß Herr Dannenberg wacker auf die „Culturkämpfer" — unter diesen versteht er die Ultramontanen! — die „Conservativen, die Wirthschaftsreformer, die Agrarier, und wie alle die verschiedenen Nuancen einer und derselben Grundfarbe sich nennen mögen", schimpft, „die nicht müde werden, immer von Neuem zu behaupten, daß die durch das Aktiengesetz vom Juni 1870 eingeleitete wirthschaftliche Periode nothgedrungen zum Ruin des Privatkapitals, zur erschöpfenden Ausbeutung der ehrlichen Arbeit, zum Elend der handarbeitenden Massen habe führen müssen." Gewiß hat nun noch Niemand behauptet, daß das fragliche Gesetz zum Ruin des Privatkapitals führe. Aber wir wollen es mit Hrn. Dannenberg in diesem Punkte nicht zu streng nehmen, er wollte wohl sagen: Kleinkapital. Nachdem noch die Fortschrittspartei ihr Theil abbekommen, fährt Herr Dannenberg fort: „Von den Sozialdemokraten braucht man gar nicht erst zu reden." Die Hauptbetonung in diesem Sätzchen muß wohl auf dem Wörtchen „erst" liegen; denn jetzt geht es „erst" recht über die Sozialdemokraten her. Die gegenwärtige Geschäftsstockung, erzählt uns dann Herr Dannenberg, wird von den angeführten Parteien zu Parteizwecken ausgenützt, „und daher erklärt es sich wohl, daß man bis jetzt noch nirgends dasjenige Mittel erwähnt findet, welches bei vorhandenem Mangel an Beschäftigung fast allein rasch wirksame Abhilfe gewähren kann, allerdings aber auch keiner Parteitaktik irgend einer Art dienstbar zu machen ist: die Auswanderung." Allerdings — ein gescheidter Kerl darf kein Dummkopf sein, und das ist Herr Dannenberg. Nach Amerika räth er, nicht auszuwandern, dort gehen die Geschäfte auch schlecht, aber „Australien, Neu-Seeland, das Capland, die Plata-Länder, endlich Süd-Brasilien bieten dem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Auswanderer durchaus lohnende Aussichten". Herr Dannenberg wünscht also die deutschen Arbeiter dahin, wo der Pfeffer wächst; dieses Compliment geben wir ihm gern zurück. Ja, Herr D. meint, es wäre für sie vortheilhaft, „wenn sie dorthin ihre Schritte lenkten, um sich ein neues sorgenfreies Heimwesen zu gründen". „Wären wir in England (wie naiv!) so würden wir die Bildung von Comités vorschlagen, um den aus solchen Gründen Fortziehenden zu Hilfe zu kommen" u. s. w. „In Deutschland aber dürfte man mit einem solchen Vorschlage wohl noch nicht kommen" (man sieht's, der Artikelschreiber ist seiner Zeit voraus!) „denn hier gibt es noch zu viele Leute, die nicht zu begreifen vermögen" (ein gescheidter Kerl darf kein Dummkopf sein), „daß unter Umständen ein Landsmann über dem Meere dem Vaterland und seinem Volke nützlicher sein kann, als wenn er zu Hause geblieben wäre."

Wir denken, wir haben genug citirt! Nur ein ganz herzloser, ganz gefühlloser Mensch kann so einen Vorschlag machen, nur so ein — Dannenberg! Wir kennen die häuslichen Verhältnisse des Herrn nicht, aber angenommen, der Mann ist Vater von sieben Kindern, er kommt durch irgend ein Unglück an den Bettelstab, seine Schreibereien werden von den Redaktionen aus Ueberfluß an noch schlechteren Artikeln zurückgewiesen — fort mit ihm und seiner Familie nach Neu-Seeland! Denn, um doch noch einmal zu citiren: „Man nutzte sie aus, so gut es eben ging, stellte sie an, wo es paßte, und behielt sie, so lange man sie brauchte. Jetzt aber brauchte man sie nicht mehr."

Aber nein! es ist wahrlich nicht der Mühe werth, solch einer Klasse von Journalisten ernstlich gegenüber zu treten. Plötzlich ist dem Schreiber dieser Zeilen, als ob sich Dannenberg's Vorschlag verwirklicht hätte. Ich unternehme eine Reise zu meinen Landsleuten, die „nach England u. s. w. ihre Schritte lenkten, um sich ein neues sorgenfreies Heim zu gründen", „da ja unter Umständen ein Landsmann über dem Meere dem Vaterlande und seinem Volke nützlicher sein kann, als wenn er zu Hause geblieben wäre". In „Australien" traf ich einen Hamburger, der gerade damit beschäftigt war, Gold zu suchen. Nun, Bruder Hamburger, redete ich ihn an, Du suchst wohl Gold? Zu welchem Zweck? Ich brauche Geld, meinte er, um auf die „Gegenwart" abonniren zu können, die so ausgezeichnete Artikel aus der Feder Dannenberg's bringt, ich werde die Nummern unter die Eingebornen vertheilen, sie werden einen hohen Begriff von Deutschland bekommen, und, so denke ich „meinem Volke nützlicher zu sein, als wenn ich zu Hause geblieben wäre."

Von Australien ging ich auf Umwegen nach „Neu-Seeland", hier traf ich just ein Leipziger Kind, das allem Anschein nach damit beschäftigt war, seine Wohnung auf einem Baume aufzuschlagen. Nun, Landsmann, sagte ich zu ihm, Du scheinst einen erhöhten Standpunkt einnehmen zu wollen? Ei ja, sagte er, ich will mir ein „ein sorgenfreies Heim gründen", was auf ebener Erde wegen der Menschenfleischgelüste der Neu-Seeländer nicht möglich ist.

Von hier aus wollte ich noch einen Abstecher in's Capland, vulgo Kaffernland, machen, fürchtete aber, am Ende gar daselbst auf meinen Landsmann Dannenberg zu stoßen. — — —

„Da naht mein Weib, schön wie der Morgen,
Und küßt hinweg die deutschen Sorgen."

K. M.

Aus Rumänien.

Bukarest, 23. Mai.

In Folge Ihres Artikels „Aus Rumänien“ in Nr. 58 des „Vorwärts“, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen folgendes zur Richtigstellung mitzutheilen. Mit unwahren Mittheilungen ist meinen und Ihren Parteigenossen durchaus nicht gedient, und ich bin überzeugt, daß es durchaus nicht Ihr Wille ist, etwas zu veröffentlichen, was nicht die strengste Wahrheit ist; so wie mich alles empört, was das Gegentheil ist. — Wenn eine Horde Interviewers die öffentliche Meinung über Rumänien und den Krieg im Auslande mit Wissen irreführt, ja auf das gröblichste betrügt, so liegt das ja mehr oder weniger in der Natur der verschiedenen Parteiorgane, welche ohnehin sämmtlich der Bourgeoisie angehören; in einem sozialdemokratischen Blatte darf davon jedoch keine Rede sein. —

Ihre Correspondenz aus Rumänien beginnt z. B. mit folgenden notorischen Unwahrheiten. „Seit einigen Tagen hier ꝛc. beginne ich mit dem Wetter, das gegenwärtig hier eine bedeutende Rolle spielt; in einem fort, seit Wochen, regnet es in Strömen, die Straßen sind durchweicht und unwegsam, und das macht den russischen Truppen, die täglich in Massen hier durchpassiren, nicht wenig zu schaffen; die Bahnbeförderungsmittel sind nur in sehr beschränktem Maße vorhanden und die Truppen legen den Weg meist zu Fuß zurück, natürlich nicht, ohne bei jedem Transport eine respektable Anzahl von Maroden in den Spitälern zurück zu lassen.“

Unwahr, total falsch! Das Wetter ist ein ziemlich günstiges gewesen, bis zum 26. April alten Stils d. h. 8. Mai neuen Stils gab es schöne und regnerische Tage, wie es eben im Frühjahr nicht anders sein kann, jedoch im allgemeinen günstiges Wetter, am 9. Mai regnete es sehr stark, worauf am 10. u. s. w. sehr schöne Tage folgten mit einer Temperatur bis zu 23 Grad Celsius.

Am 18., 19. und 20. regnete es an verschiedenen Orten sehr heftig, so daß am 18. von einem wolkenbruchartigen Regen ein Durchlaß von 6m (keine Brücke, wie andere Zeitungen behaupten) zwischen Jasgot und Racaciune weggerissen wurde, welche Störung bis am 20. durch Umlegen der Schienen behoben ward

Am 20. riß das vom Gebirge kommende Hochwasser die Brücke (15m) über das alte Oltbett (Aluta, rumänisch Oltivoru) fort und stürzte leider ein leerer Wagenzug in der Nacht vom 20. zum 21. hinein, wobei 1 Maschinenführer, 2 Heizer, 1 Zugführer und 1 Bremser mit Maschine und Wagen in's Wasser rollten. Das ist das ganze schlechte Wetter — welches der Bahnverwaltung mehr Schaden als den Russen machte. — Am 19. war ich außerhalb Bukarest's, in der Nähe von Braila und sah Soldaten marschiren, wobei ich zugleich bemerkte, daß die Straßen schön trocken waren, wenngleich die sonstigen Feldwege kothig sind, weil letztere eben nicht beschüttet sind. — Das Bahnbeförderungsmaterial reicht vollständig aus, ja es wird nicht einmal alles benützt, was ich verbürgen kann. Es werden allerdings nicht alle Russen gefahren, was sehr richtig ist, da sie ganz gut einige Tagemärsche zu Fuß machen können und dann erst fahren. — Alles Material wird jedoch noch befördert. Auch bemerke ich, daß alle Personenzüge verkehren und auch Privatgüter expedirt werden.

Was sonst falsches sein mag, geht mich nichts an, und will ich nur erwähnen, daß die hiesige Regierung alles mögliche thut, sich Steuern zu beschaffen und daß sie einen ziemlichen Druck von Berlin aus zu erleiden scheint, also den Russen nicht alles in die Schuhe zu schieben sein dürfte. —

Gestern, am 22. Mai, am Jahrestage der Thronbesteigung von Carol I. proklamirte die Kammer und der Senat die Unabhängigkeit Rumäniens, wobei viel gefahnt und gefackelt ꝛc. wurde, Abends Gala-Vorstellung im Theater, welcher der Fürst Carol I. und Großfürst Nikolai von Plonesti beiwohnte. —

Soviel für heute, mit dem Ersuchen, meine Wahrheitsliebe nicht zu mißdeuten; denn als ein alter Parteigenosse erachte ich es für meine Pflicht, dazu beizutragen, daß unsere Parteipresse vor Allem der Wahrheit die Ehre gibt.*)

*) Die Redaktion des „Vorwärts“ ist von demselben Streben geleitet, wie die Aufnahme obigen Briefes beweist. Dem Verfasser der vorigen Correspondenz, deren Richtigkeit übrigens nur in einem Punkte bestritten ist, wird diese Berichtigung zugestellt werden.
R. d. „V“.

Aus der Neuen Welt.*)

(Schluß.)

Allerdings hat die Philadelphiaer Weltausstellung dem erstaunten monarchischen Europa gezeigt, was eine Republik und zudem erst eine hundertjährige bei voller freier Entfaltung aller geistigen und materiellen Kräfte des Volkes leisten kann und wie diese junge Republik im Ackerbau und Maschinenwesen und in praktischen Erfindungen die tausendjährigen Anstrengungen des alten Europa weitaus überflügelt und sich in den übrigen Industriezweigen von dem einfachen Messer bis zur Uhr und zum complizirtesten Seidengewebe in dem kurzen Zeitraum von nur 10 Jahren zum ebenbürtigen Rivalen der civilisirtesten Nationen hinaufgeschwungen hat.

Und trotzdem, wenn ich meine Blicke von dem herrlichen Fairmount-Park wegwandte, erschien mir die Lage des Volkes eine traurige. Handel und Wandel lagen, wenn auch nicht in so hohem Grade wie in dem von mir kurz zuvor verlassenen Deutschland, darnieder und Tausende und aber Tausende von Arbeitern waren in den Fabrikdistrikten und großen Städten brotlos und sind es heute noch, weil die Fabrikanten mit ihren verbesserten Maschinen in ihrer unersättlichen Sucht nach dem Erwerb großer Reichthümer bis zum Ausbruch der furchtbaren Finanzkrisis d. h. bis vor 3 Jahren zwei-, vielleicht dreimal mehr produzirten, als der Bedarf der Konsumenten gewesen, und dann die Hälfte der Fabriken schlossen und bei der andern Hälfte mit geringerem Personal und halbem Solde fortarbeiteten. Natürlich können die Fabrikanten in den weitaus meisten Fällen von dem aufgehäuften Profit der guten Zeiten fortfahren, wohl zu leben, und bessere Zeiten abwarten. Nur ein sehr kleiner Theil von ihnen verliert in Zeiten der Krisis durch Bankerott sein Vermögen. Aber der unbeschäftigte Arbeiter und zudem einer mit Frau und Kindern? Ein Beweis, daß die republikanische Staatsform das Glück des Volks nicht verbürgt, und daß auch in dieser Republik das bisher eingehaltene ökonomische System abgeändert werden muß. Wie? ist hier nicht am Platze zu erörtern. Ich habe dies des Oefteren in Rede und Schrift im Einklange mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei gethan.

Zur Handels- und Finanzkrisis gesellte sich noch die leidige Präsidentenwahl, die monatelang nicht zum Abschluß kommen wollte, in einen Bürgerkrieg auszuarten drohte, Millionen von unnützen Ausgaben verschlang und den Geschäftsverkehr nur noch mehr störte. Bei den eingetretenen schlechten Zeiten war es natürlich bei der Masse mit der früheren Gleichgültigkeit zu Ende und rief Alles am Vorabende der Wahl nach Reformen, die denn auch von den Präsidentschaftscandidaten und Wahlagitatoren der beiden Parteien, der demokratischen mit Tilden wie der republikanischen mit Hayes feierlich versprochen wurden. Ich will mich wegen Mangels an Raum nicht weiter über die Vorkommnisse während der Wahlkämpfe aussprechen und nur die Thatsache erwähnen, daß Tilden, der sich als Gouverneur des Staates New-York durch sein energisches Eingreifen gegen die Schwindeleien eigener Parteigenossen, eines Tweed, Hall und anderer Mitglieder des New-Yorker „Tammany Rings“ eine gewisse Popularität erworben hatte, von den Urwählern mit circa 300,000 Stimmen Majorität ernannt worden ist, weil unter dem Einfluß der Pfaffen die Irländer und deutschen Ultramontanen in Masse für ihn stimmten; daß aber Hayes mit Hülfe der parlamentarischen Wahlprüfungs-Commission, welche eine Stimme mehr zu Gunsten der republikanischen Partei hatte, auf den Präsidentenstuhl gesetzt wurde und, wie einst Fürst Schwarzenberg in Oesterreich gegenüber den Russen, die Welt mit seiner Undankbarkeit in Erstaunen setzte, indem er sich von den „Drahtziehern“ seiner republikanischen Partei unabhängig machte, zu Ministern und andern höheren Beamten auch theilweise Demokraten ernannte und in Louisiana und Süd-Carolina die von der demokratischen Partei ernannten Gouverneure Nichols und Hampton gegen Packard und Chamberlain, welche, von den Republikanern und Gouverneuren erwählt, Hayes zu seiner Präsidentschaft verholfen hatten, in ihrem Amte bestätigte. Es ist möglich, daß es Hayes gelingt, aus den Hauptelementen der Parteien, die bisher ihm feindlich gegenüber gestanden, eine Versöhnungspartei zu Stande zu bringen, Reformen in der Verwaltung einzuführen und darin von Schurz, der als Minister des Innern für einen Eingewanderten die höchstmögliche politische Stellung in diesem Lande erreicht hat, energisch unterstützt zu werden. Aber eine wirkliche durchgreifende Reform ist das doch nicht, und wird diese erst stattfinden, wenn im Congreß die Radikalen und Arbeiter die Majorität für Umänderung der Constitution im Allgemeinen und für Abschaffung der Präsidentschaft im Besondern nach dem Muster der Schweiz haben werden.

Auch auf dem religiösen Gebiete fand ich einen Rückgang zur Verhinderung der Aufklärung und des Fortschrittes. Die protestantischen Orthodoxen und die ultramontanen Katholiken haben ihre Preßorgane in den zwei Hauptsprachen, der englischen und der deutschen, seit 5 Jahren wenigstens verdreifacht und suchen die Communal-, Cantonal- und Nationalwahlen für ihre Zwecke zur Erlassung von Gesetzen zu beeinflussen. Das Schlimmste aber ist, daß man ihnen gestattet, sich durch ihre eigenen Confessionsschulen der Jugend zur Heranziehung im Aberglauben zu bemächtigen und durch Anhäufung von Gütern in todter Hand, die zudem merkwürdigerweise steuerfrei sind, auch materiellen Einfluß auf die Bürger und deren Geschäftsleben auszuüben. Ich sah Fälle, in welchen deutsche, unter vier Augen sich für Freidenker erklärende Geschäftsleute sich im Wirthshause ängstlich nach Spionen umsahen, als ich laut und vernehmlich auf das Gefährliche des Pfaffenwesens in dieser Republik hinwies. Es erinnert mich das an die ängstlichen Gesichter der Pariser Cafés in der traurigsten Zeit der Napoleonischen Herrschaft. Kaum glaublich, aber wahr.

Allerdings arbeiten dagegen die schon berührten confessionslosen, von der Regierung unterstützten Freischulen und die von Deutschen errichteten Schulen, sowie zahlreiche mehr oder minder freisinnige protestantische Secten und insbesondere die „Freidenker“, deren Zahl sich auch bei den Amerikanern nunmehr täglich mehrt. Das Hauptcontingent der Freidenker liefern natürlich die Deutschen, von deren Organe ich den von Doerflinger in Milwaukee herausgegebenen „Freidenker“, den von Heinzen in seiner bekannten (rüpelhaften. R. d. V.) Weise redigirten „Pionier“ und den hier in San Francisko erscheinenden „Wecker“ hervorhebe. Letzterer ist von Schuenemann-Pott, einem ausgezeichneten Redner und wissenschaftlich gebildeten, durch und durch radikalen Manne redigirt.

Das Programm der Freidenker genügt aber nach meiner Ansicht nicht. Der Staat muß seine confessionslosen unentgeltlichen Schulen zu obligatorischen machen, confessionellen Schulen und Pensionate geradezu verbieten und darf keine Erwerbung von Gütern in dritter Hand zulassen, sonst drohen der Republik trotz der bestehenden Trennung der Kirche vom Staate große Gefahren.

Was nun die moralische Seite des amerikanischen Lebens und Treibens betrifft, so könnten die sogenannten höheren Klassen der europäischen Hauptstädte auf den Luxus und Leichtsinn, welche in die hiesigen wohlhabenden Kreise eingedrungen sind, eifersüchtig sein. Selbst bei den „Ladies“ der mittleren bürgerlichen Kreise, wo die Mittel dazu fehlen, werden Luxus und Nichtsthun mehr und mehr zur Mode; und will oder kann der Mann oder Vater den Anforderungen nicht entsprechen, dann weiß man auch in Europa, wohin das häufig führt. Was mich aber am meisten mit Unwillen erfüllt hat, ist, daß man das frühere schöne echt demokratische Institut, bei den Eisenbahnen nur eine Wagenklasse für Arm und Reich, für Hoch oder Nieder zu haben, abgeschafft, und bei jedem Zuge außer den früher schon vorhandenen praktischen Schlafwagen nun auch zu der früher allein vorhandenen ersten Klasse auch noch eine zweite Klasse für weniger Bemittelte, und für Glücksritter sogenannte Palastwagen (Palace cars) hinzugefügt hat. „Ganz wie bei uns“. Also auch hier mehr und mehr künstliche, nach der Anzahl von Dollars berechnete Erzeugung von Klassenunterschieden.

Diesen vielfachen Schattenseiten gegenüber ist es erfreulich, daß die Arbeiterpartei in dem Lande der Selbsthülfe par excellence (in hervorstechender Weise), also trotz Freiheit der Presse und der Versammlungen, auf einem schwierigeren Boden als in dem morschen monarchischen Europa, in ihrer Organisation freilich durch die schlechten Zeiten begünstigt, durch Gründung von Vereinen und Zeitungen nicht nur bei den Deutschen, sondern mehr und mehr auch bei den Amerikanern, Schweden, Dänen ꝛc. Fortschritte macht

Ueber die Einzelnheiten ihrer Thätigkeit, die ich auf meiner Rundreise mit angesehen, kann ich mich nicht weiter verbreiten, da es mir am Vorabend meiner Abreise in der That an Zeit gebricht. Uebrigens seid Ihr ja regelmäßig durch den „Vorbote“ von Chicago, durch Otto-Walster's „Arbeiterstimme“ von New-York und durch Spezialcorrespondenten hinreichend unterrichtet. Von den letzteren lernte ich den Verfasser der im „Vorwärts“ erschienenen californischen Briefe, den jungen, äußerst strebsamen und talentvollen Parteigenossen Renz hier im Klauß'schen Hauptquartier kennen. Letzteres ist in der Pacificstraße eine Schneiderwerkstätte, deren Inhaber Klauß, ein älterer energischer Sozialdemokrat, jederzeit überzeugungstreue thätige Sozialisten wie Renz, Vogel, Ralphes, Zimmermann, Anton, Rotermund, Simon ꝛc. zur Berathung für Agitation unter den hier den Ausschlag gebenden Amerikanern empfängt, da die hiesige kleine Sektion die Arbeit der Propaganda nicht zu bewältigen vermag. Als weitere Einzelheit will ich noch erwähnen, daß die Verbreiter sozialistischer Zeitungen und Schriften, welche ihre ganze Existenz der Sache widmen und von Morgens früh bis Abends spät von Werkstatt zu Werkstatt, von Wirthschaft zu Wirthschaft wandern, die Hauptförderer der Ausbreitung der Arbeiterpartei sind. Als solche aufopfernde, oft zu ihrem eigenen pekuniären Nachtheil arbeitende Sozialisten wurden mir Schumann in Cincinnati, Herminghaus in St. Louis und Entz hier in San Francisko näher bekannt.

Zum Schlusse nur noch die Bemerkung, daß ich, wie in Amerika, so auch in den übrigen von mir noch zu besuchenden Ländern für unsere Sache fortwirken und, nach Europa zurückgekehrt, in Schrift und Wort nähere Aufschlüsse über meine Reiseerfahrungen geben werde.

Auf Wiedersehen.

Amand Gögg.

*) Neue Welt ohne „Gansfüßchen“, d. h. Amerika. Die auf einem Schreib- oder Setzfehler beruhenden „Gansfüßchen“ in letzter Nummer haben mehrere unserer Leser zu der sonderbaren Annahme verleitet, die Correspondenz sei aus dem Blatt „Neue Welt“ abgedruckt.

Schlußlied.

Dem „Schluß“-Valentin gewidmet und eingesandt aus dem Gasthof zum „Sauren Apfel“ von einem eingesperrten Sozialisten.

Adieu! geschlossen ist die „Bude“!
Bei „Muttern“ weilen auf dem Gute,
Die ich so oft gehört mit Grau'n:
Der Held Eugen und „unser“ Braun.
Wohl mir! Zu Ende das Geflunker!
Und Alle fort, nicht nur der Duncker!
Selbst Unruh sah mit Ruh' ich zieh'n,
Ich klage nur um — Valentin.

Ein solcher allgemeiner „Schluß“
War sicher auch dir Hochgenuß,
Mein Valentin! Auf grünen Matten
Zur Zeit verweilt dein holder Schatten;
Jetzt nur der Nachtmusik der Katzen
Und auf den Dächern kecken Spatzen
Ruft das gewohnte: „Schluß! Schluß! Schluß!“
Du vielerprobter Genius.

Auch Lerchen, die zum Himmel steigen,
Wird jetzt dein Formular erreichen,
Dein Schlußantrag wird jetzt ertödten
Im Busch der Nachtigallen Flöten.
Du magst nach solchem wackern Thun
In wohlverdienter Muße ruh'n.
Doch rost' nicht ein! denn deiner Thaten
Kann ich noch lange nicht entrathen.

Nur eines bitt' ich: In der Ferne
Das Schlußantragen nicht verlerne!
Sobald, geübt in Ränken, Listen,
Die schrecklichen Sozialisten,
Nicht achtend selbst der „schwachen Nerven“
Sich abermals auf's Rügen werfen,
Dann blick', wie stets, nach dir ich hin
Und Rettung naht — durch Valentin.

Würd' jeder Sozialist gehört,
Wie wär' die „beste Welt“ gestört!
Wenn immer wetzten ihre Schnäbel,
Die Hasenclever, Möste, Bebel!
Wer schafft vor solchen Ketzern Ruh?
Mein Valentin! du! einzig du!
D'rum Valentinus! Trost im Leid!
Kehr' wieder zu der rechten Zeit!

Dann, einsam, bin ich nicht alleine.
Ersehnter Schlußmann! komm', erscheine!
Mein Retter, Held und Valentin —
Doch halt! wo führt mein Reden hin?
Es faßt mich Angst, schnell will ich schließen,
Es könnte Valentin verdrießen,
Er naht schon! hemmt der Rede Fluß,
Schreit aus der Ferne schon: „Schluß! Schluß!“

— Culturkämpfer. Man schreibt der „Kölnischen Zeitung“ aus Zaandam in Holland: „Wohl kein Theil der Erdoberfläche hat sich durch Menschenarbeit im Laufe der letzten Jahrzehnte so sehr verändert, wie die niederländische Provinz Nordholland. Wer vor 30 Jahren die Eisenbahnlinie Haarlem-Amsterdam benutzte, gewahrte zu beiden Seiten eine unübersehbare Wasserfläche, auf der einen Seite das Y, auf der anderen das Haarlemer Meer, dessen abbröckelnde Thätigkeit sogar die Sicherheit von Amsterdam, Haarlem, Leyden und Utrecht zu bedrohen schien. Heute überblickt er dagegen nach beiden Richtungen ein fruchtbares Garten- und Weideland, denn die Trockenlegung des Haarlemer Meeres war schon im Jahre 1853 beendet und die des Y wird ebenfalls in wenigen Jahren vollendet sein. Alle diese Arbeiten stehen in einem gewissen Zusammenhang zu einander, sie bilden nur die Glieder eines einzigen großartigen Systems, welches bezweckt, die im 13. und 15. Jahrhundert von der See in den Länderbestand der nordholländischen Provinz begangenen Eingriffe auszumerzen und Amsterdam seine frühere Bedeutung als Welthandelsplatz wiederzugeben. Die Vollendung des im Jahre 1862 begonnenen Kanals von Holland op zijn smalst, die Ergänzung der von Amsterdam quer durch das Y über Zaandam nach Nordholland führenden Eisenbahnlinie, die Herstellung einer kürzeren Verbindung von Amsterdam mit dem Rhein durch Anlage des projektirten Kanals durch die Gelder'sche Vallei, sowie schließlich die binnen 10 Jahren zu beendende Austrocknung des südlichen Theils der Zuyderzee werden die bisherigen Arbeiten ergänzen und nach holländischer Ansicht ausreichen, um Amsterdam seine ehemalige Bedeutung im vollsten Maße wieder zu erstatten.“

Hut ab vor diesen „phlegmatischen“ Holländern! Und Achtung vor diesem „Culturkampf“. Dabei kommt doch wenigstens etwas heraus, während wir mit unserem „Culturkampf“ und unserer militärischen „Strammheit“ nicht einmal Geld genug aufbringen können, um unsere Ströme zu reguliren! —

Correspondenzen.

Stuttgart. (Entgegnung.) Den fortgesetzten Verdrehungen von G. Baßler in Nr. 60 des „Vorwärts gegenüber constatire ich 1) daß das Comité für die Jacobyfeier zu freier Cooptation von Mitgliedern ermächtigt wurde, eventuell auch direkt von Vertretern der Volkspartei. Da wir das Lokal schließlich durch ein Parteimitglied erhalten konnten, so nahmen wir von Letzterem Abstand und begnügten uns mit der Einladung an die Volkspartei — in der einzig wir die Freunde Jacoby's zu suchen hatten — und mit der gemeinsamen Besprechung über die Redner und ein etwaiges Kostendefizit. Das ganze Arrangement blieb in unseren Händen. 2) Wir haben Nichts „auf Ansuchen“ von der Volkspartei erhalten; sondern das Defizit wurde, wie verabredet, getheilt, wobei wir ca. 60 M. trugen, die Volkspartei ca. 90 M. übernahm und eine mittelgroße Photographie Jacoby's (ca. 20 M.) erhielt. Die Partei als solche hat über-

dies von jenen 60 M. nichts zu tragen gehabt, vielmehr die große Photographie Jacoby's zum Geschenk erhalten. Zu solchem Resultat hat Baßler nichts als Hinderungen und Gegenagitation geleistet. Es ist ein Ruin für die Partei, wenn Verdächtigungen, denen hier aufzutreten der Muth wie der Boden fehlt, auswärts zur Geltung gelangen können. A. Dulk.

(Mit Veröffentlichung obiger Entgegnung halten wir die streitige Angelegenheit für den „Vorwärts" für erledigt. Red. d. V.)

Erlangen, 19. Mai. Heute kam es auf den hiesigen Felsenkellern zwischen Universitätsstudenten und Arbeitern zu einer großartigen Schlägerei, welche sich bis in die Stadt fortpflanzte und immer größere Dimensionen annahm, da die Studenten aus allen Wirthschaften herausströmten und sich an der Schlägerei betheiligten. Als einer der exzedirenden Studenten verhaftet wurde, rottete sich ein Haufen Studirender vor dem Rathhause zusammen und verlangte ungestüm dessen Freilassung. Erst nachdem der Bürgermeister die Tumultuanten auf das Ungebührliche ihres Benehmens aufmerksam gemacht, zerstreuten sich dieselben. Im Gerause wurde ein Polizeisoldat durch einen Messerstich schwer verwundet. An der Rauferei waren die Studenten schuld, die ausdrücklich als die Exzedenten bezeichnet werden. — Man denke sich den Fall, daß Arbeiter sich vor dem Rathhause zusammengerottet hätten, um die Freigebung eines Gefangenen ungestüm zu verlangen. Dann hätte man sehen können, wie „die Flinte schießt und der Säbel haut". Vielleicht hätten auch einige Arbeiter in's Zuchthaus wandern können wegen Landfriedensbruchs. Was wird aber den Studenten geschehen? Vielleicht ein paar Tage Karzer tragen sie davon. Wir wollen darüber nicht schmählen; aber es soll Gerechtigkeit herrschen, und was bei den jungen „gebildeten Herren" als jugendlicher Uebermuth, Mangel an Maßhalten, Leichtsinn ꝛc. einigermaßen zu entschuldigen ist, das muß auch entschuldigt werden, wo es sich um junge Arbeiter handelt. Das fordert die Gerechtigkeit, und die Gerechtigkeit in dieser Hinsicht ist es, welche wir noch vermissen.

Aschersleben. Die Mitglieder des Vorstandes des hiesigen Arbeiter-Wahlvereins wurden wegen Verstoßes gegen § 2 des Vereinsgesetzes Jeder zu 22 Mark Geldstrafe incl. Kosten, eventuell zu zwei Tagen Haft verurtheilt, nachdem sie alle Rechtsmittel erschöpft hatten. Die Verurtheilung ist der Saumseligkeit des Vorsitzenden des Wahlvereins zu danken, der es unterlassen hatte, die Mitgliederliste bei der Polizei einzureichen. Zwei Mitglieder des Vorstandes, unter denen auch ich mich befand, konnten die Geldstrafe nicht bezahlen, und wir mußten wohl oder übel in's „Loch", um die zwei Tage Haft abzusitzen. Ueber das, was wir während der zwei Tage auszustehen hatten, will ich schweigen und nur so viel erwähnen, daß wir herzlich froh waren, als wir das Staatsquartier wieder im Rücken hatten. — Berichtigend will ich noch bemerken, daß es in der Aufforderung in Nr. 60 des „Vorwärts" heißen muß: Gottlieb und nicht Gottfried Oppermann, Gottfried Nielitz und nicht Stielitz.

Heide.

Essen, 23. Mai. Vor den Schranken der hiesigen Kriminal-Deputation stand heute Morgen der Parteigenosse Hermann Krupp von hier, angeklagt, bei Gelegenheit der vor einigen Monaten in Altendorf stattgehabten Gemeinderathswahl sich des Hausfriedensbruchs dadurch schuldig gemacht zu haben, daß er der wiederholten Aufforderung des die Wahl leitenden Bürgermeisters Kerkhoff, das Wahllokal zu verlassen, nicht nachgekommen sei. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten jedoch von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei und motivirte die Freisprechung damit, daß, selbst wenn die Angabe des Bürgermeisters Kerkhoff, der Angeklagte sei in betrunkenem Zustande gewesen, wirklich wahr sei (was durchaus nicht feststehe), keine Veranlassung vorliege, welche die Beschuldigung des Hausfriedensbruchs rechtfertige. Der Bürgermeister Kerkhoff habe in diesem Falle höchstens das Recht gehabt, den Angeklagten aus dem Lokale entfernen zu lassen, da die Wahlhandlung eine öffentliche sei, und jeder Wähler der Gemeinde, gleichviel ob er in dem betreffenden Wahllokale wähle oder nicht, das Recht habe, die Wahlhandlung zu kontroliren.

Naumburg a. d. S. Am 17. d. Mts. fand hier eine wie immer gutbesuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Klute über das Wesen der Zuchthausarbeit und deren schädliche Einwirkungen auf das Kleinhandwerk und den Arbeiterstand referirte. Der Vortrag fand im Allgemeinen guten Anklang und wurde ein Antrag angenommen, nach welchem eine Commission, in der möglichst viele Gewerke vertreten sein sollten, zu wählen ist. Diese Commission soll mit der Sammlung von Unterschriften zu einer dem Reichstage zu übermittelnden Petition wegen Abänderung der Zuchthausarbeit beauftragt werden. Die acht in die Commission gewählten Herren werden ihre Schuldigkeit thun, und wenn allerorts ähnlich vorgegangen wird, so kann sich die Regierung dieser gerechten Forderung nicht entgegenstemmen. Zum Schluß fand die Delegirtenwahl zum Congreß der Deutschen Sozialdemokratie statt und verpflichteten sich die meisten der Anwesenden durch Unterschrift die Kosten einer solchen Delegation zu tragen. T.

Apolda. Donnerstag, den 10. Mai, Nachmittags, fand hier eine Delegirten-Versammlung der Fortschrittspartei für Thüringen statt, an welche sich Abends eine öffentliche Parteiversammlung anschloß, in der die Fortschrittler Eugen Richter und Träger referirten. Parisius war auch erschienen, erklärte aber nicht sprechen zu wollen. Nach Constituirung des Bureaus wurde, da schon Frühmorgens in Apolda das Gerücht umging, Bebel sei da, um Abends mit den Herren Eugen Richter und Träger in eine Diskussion einzutreten, auf Antrag Parisius für die Gegner eine zehnminütige Redezeit festgestellt, während den Referenten unbeschränkte Redezeit gesichert wurde. Ebenso wurde festgestellt, wer von den Herren den Vorsitz übernehmen solle. Nachdem dies erledigt, erstatteten einzelne Delegirte aus ihren Wahlkreisen höchst klägliche Berichte, die alle dahinausliefen, daß man in einigen Städten wohl hie und da einige Anhänger habe, eine geschlossene Vereinigung oder Organisation bis jetzt aber noch nirgends bestehe. Es wurde demnach auch beschlossen, in den verschiedenen Städten fortschrittliche Vereine zu gründen, in denen, wie Herr Träger hervorhob, alle die Fragen, wie sie im Reichstag zur Sprache kämen, besprochen werden sollten, damit sich die Wahl auch als eine reife Frucht ergäbe. Dann stellte er seinen fortschrittlichen Genossen die Sozialdemokraten als Muster hin, das wären Leute, die als unerreichbare leuchtende Vorbilder in der Organisation sowohl als im Opfermuthe für ihre Partei daständen. Schließlich wurden folgende Anträge angenommen. 1) Den hiesigen Wahlverein zu beauftragen, für einen künftigen Parteitag unter Zuhilfenahme der Parlamentscommission des Reichstages eine Vermittelung zwischen den einzelnen Kreisen herzustellen und eine Organisation für Thüringen zu schaffen. 2) Den Genossen den Auftrag mit nach Hause zu geben, in ihren Wahlkreisen bestmöglichst für Bildung fortschrittlicher Wahlvereine zu sorgen, und wird hierauf Apolda zum Vorort bis zur nächsten Versammlung gewählt. Das war der ganze Zauber, den man in der Delegirten-Versammlung ausgeheckt hat. Viel Geschrei und keine Wolle!

Die öffentliche Parteiversammlung nahm 8 Uhr Abends ihren Anfang und wurde nach Eröffnung derselben sogleich mitgetheilt, daß heute Nachmittag beschlossen worden sei, den Vorsitz solle das Mitglied der Fortschrittspartei für Apolda, Herr Wiedemann führen. Hierauf wird von unserer Seite zur Geschäftsordnung das Wort verlangt und erklärt, daß es Sache jeder öffentlichen Versammlung sei, ihr Bureau aus ihrer Mitte zu wählen. Diese Worte konnten aber unter dem heftigsten Gebrüll der „gebildeten" Herren für alle kaum verständlich hervorgebracht werden. 'Naus, 'naus! brüllten sie und machten sich trotz ihrer Minorität so breit, daß der Herr Vorsitzende, den Tumult benutzend, sogleich dem Hrn. Eugen Richter das Wort ertheilte, welcher dann in stundenlanger gehässiger Rede ganz denselben Unsinn zu Tage förderte, den er schon 8 Tage zuvor im 6. Berliner Wahlkreise hinter verschlossenen Thüren dem fortschrittlichen Spießbürgerthum vorgetrommelt hatte. Ich halte es daher für überflüssig, den Lesern des „Vorwärts" zum zweiten Male denselben Richter'schen Unsinn aufzutischen. Daß Herr Richter mehrere Male hervorhob, die Sozialdemokraten hätten nur eine Rede, die brächten sie im Parlament und überall vor, kann uns bei seinen Verdrehungen nicht Wunder nehmen. Aus dem Verlangen nach der Bureauwahl hatte Herr Richter gesehen, wer die Majorität der Versammlung bildete, und begann er daher auch mit der Einleitung, daß er gekommen sei, um vor den Bürgern Apolda's und nicht vor Leuten, die gar nicht hierher gehörten, zu sprechen. Freilich nach seinem Begriffe sind die Arbeiter von Apolda, das Volk von Apolda, welches das Recht der Bureauwahl forderte, keine Bürger dieser Stadt, bei ihm sind nur die Bourgeois Bürger. Und doch besaßen diese „Leute" mehr Takt und Anstand, als die Spießbürger, welche jedesmal, sobald die Verdächtigungen Richter's und seine Unkenntniß auf ökonomischem Gebiete zu grell zu Tage traten, und dann unserseits nur ein „Aufgepaßt", wie dies ja auch in Parlamenten geschieht, in die Versammlung hineingerufen wurde, mit einem nichtenden wollenden 'naus! 'naus! beantworteten, so daß sich dies sogar der Herr Richter, dem es anfangs ganz gut gefiel, für die Dauer verbat, indem es nur den Verlauf der Versammlung störe. —

Die Parteidisziplin der Apoldaer Genossen hat sich an jenem Abend glänzend bewährt, denn selbst Verdächtigungen Lassalle's konnten nur eine unruhige aber keineswegs die Versammlung störende Bewegung hervorrufen. Richter hob unter anderem auch hier wieder hervor, die Sozialdemokratie wolle das Erbrecht und alles Eigenthum abschaffen, und außer dem Staate solle dann weiter kein Arbeitgeber existiren. Heut wäre es jedem Arbeitnehmer freigestellt, wenn es ihm bei einem Arbeitgeber nicht mehr gefalle, bei einem andern Arbeit zu suchen, dies aber würde ihm in einem sozialistischen Staate nicht mehr möglich sein, da falle jede Privatindustrie weg, da wäre er an den einen Arbeitgeber gebunden und müsse unbedingt thun, was ihm dieser vorschreibe. Dies wäre der echte Polizeistaat, wo Polizeidiener und Exekutor hinter dem Arbeiter stehen.

Herr Träger lobte die Gewerbeordnung und Freizügigkeit, die schon Herr Richter in ein günstiges Licht zu stellen nicht unterlassen hatte und sprach der Sozialdemokratie wenigstens eine gewisse Berechtigung nicht ab, sowie er überhaupt in seinem Vortrage nicht in gehässiger Weise, wie der „edle" Eugen, vorging. Zum Schluß hob Redner noch hervor, man möge ihnen die Ueberzeugung geben, daß sich die Versammlung mit ihnen im Einverständniß befinde, denn es gewähre eine große Beruhigung, sich im Einklang mit dem Volke zu wissen, und wenn man sie (die Redner) nicht richtig verstehe, so solle man wenigstens niemals an ihrem guten Willen und an ihrer Ehrlichkeit zweifeln! Gut! Sollen wir wirklich nicht an ihrer Ehrlichkeit zweifeln, so müssen wir ihnen doch entschieden jedes richtige Verständniß der Geschichte und die Kenntniß in volkswirthschaftlichen Dingen, ohne welche einem Volke mit allem guten Willen und aller Ehrlichkeit nicht geholfen werden kann, absprechen. Von unserer Seite trat als Sprecher Klute auf. Derselbe meinte, daß man in der Zeit von 10 Minuten nicht im Stande sei, stundenlange Reden, wie die eben gehaltenen, zu widerlegen und alle darin enthaltenen Beschuldigungen zurückzuweisen. Die Sozialdemokraten hielten es für eine Ehrensache, in ihren Versammlungen den Gegnern unbeschränkte Redezeit zu gestatten. Ferner empfahl er Hrn. Richter, da derselbe die Sozialdemokratie beschuldigt habe, daß sie das Eigenthum negire, das Werk eines ganz unparteiischen Mannes, eines Hrn. Seffners, in welchem derselbe ausführe, was eigentlich Eigenthum sei, zu lesen. Uebrigens werde mit dem Fortschritt der Fortschrittspartei zu viel Wesens getrieben. In seiner Replik verstieg sich Herr Richter zu der dreisten Behauptung, daß es in allen freieren Staaten, wie Amerika, Schweiz und England gar keine Sozialdemokratie gebe, denn, wo die Freiheit anfinge, hörte die Sozialdemokratie auf! In Frankreich (Redner stockt — dumpfes Gemurmel des Staunens) da, nun da giebt es die Kommune. — Das Wort kam offenbar schwer über seine Lippen, er hätte wohl gern darüber geschwiegen, aber das Wort Frankreich war nun einmal seinen Lippen entschlüpft und nun konnte er doch nicht anders als zuzugeben, daß es in Frankreich Sozialisten gebe. Ufert, der jetzt zu Worte kam, wies ebenfalls auf das Ungebührliche der Beschränkung der Redezeit für Gegner hin und sprach den Wunsch aus, daß es ihm später möglich werde, all den der Sozialdemokratie angedichteten Unsinn in einer anderen Versammlung widerlegen zu können. Nachdem nun Herr Richter wiederum längere Zeit gesprochen hatte, bekam Klute nochmals das Wort. Er wies den Vorwurf Richter's zurück, daß die Sozialdemokratie auf die Unternehmer schimpfe. Die Sozialdemokraten wüßten sehr wohl, daß die Unternehmer das Produkt ihrer Zeit seien, sie kämpfen daher nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen die herrschenden Zustände an. Wer ferner die Arbeiterbewegung kenne, würde auch wissen, daß dieselbe in allen Kulturstaaten bestände, daß aber in England die Sozialdemokratie nicht so an Boden gewinne wie in Deutschland, das käme von der politischen Freiheit Englands her. Die Versammlung verlief soweit ruhig, ob aber zu Gunsten der Fortschrittler, das ist eine andere Frage.

Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter.

Die in Nr. 57 d. Bl. (16. Mai) erlassene Bekanntmachung hat unter den Genossen einige Bedenken hervorgerufen, und sehen wir uns veranlaßt, um etwaigen Mißdeutungen vorzubeugen, folgendes zu erklären: Der Abgang unseres Hauptkassirers war dem Vorstande sowohl als der Controlcommission seit längerer Zeit bekannt. In Folge der sich mehrenden Geschäfte und bei seinem leidendem Gesundheitszustande ist derselbe, trotz seiner Leistungsfähigkeit und Gewissenhaftigkeit, nicht mehr in der Lage, all den an ihn gestellten Anforderungen nachkommen zu können. Dazu kommt noch, daß sich einzelne Individuen angelegen sein ließen, Verdächtigungen gegen den Hauptkassirer auszusperchen, in denen der gute Wille und die Redlichkeit des Kassirers (derselbe hatte 500 M. Caution gestellt) angezweifelt wird. Das bewog den Hauptkassirer, eher als er eigentlich wollte, seine Stellung aufzugeben. Gegenüber den Gerüchten, daß seitens des Vorsitzenden die Andeutung gemacht wurde, daß er, sobald die Statutenfrage erledigt und alle vorzunehmenden Maßregeln und Einrichtungen zur gedeihlichen Weiterentwickelung des Verbandes getroffen wären, seine Stellung aufgeben wolle, resp. aus geschäftlichen Rücksichten aufzugeben gezwungen sei, haben wir zu erklären: daß der Vorsitzende keineswegs gesonnen ist, seine Stellung eher aufzugeben, als bis die Bestätigung der Statuten erfolgt ist und dieselben an die Genossen verabfolgt sind. Zur Klärung dieser Angelegenheit sei noch bemerkt, daß der 1. Vorsitzende vom 1. Juli d. J. ein Geschäft (Restauration) auf eigene Rechnung zu betreiben gedenkt, und will derselbe, um gewissen Vorurtheilen, welche von den Mitgliedern sowohl als vom Publikum gehegt werden könnten, vorzubeugen, seine Stellung freiwillig aufgeben.

Wenn auch der Vorstand und die Controlcommission dem Vorsitzenden in seiner Existenzfrage nicht hinderlich sein können und hinderlich sein werden, so behalten sich der Vorstand und die Controlcommission das Recht vor, zunächst zu entscheiden, resp. durch eine Generalversammlung entscheiden zu lassen, ob der Vorsitzende seine Funktion aufgeben kann, bez. aufzugeben gezwungen sein könnte. Vorurtheile können nur Diejenigen hegen, welche von der Sachlage keine genaue Kenntniß haben. Solchen Vorurtheilen aber entgegenzutreten, wird jederzeit Pflicht der Verwaltungsbeamten sein.

Lugau-Niederwürschnitz, den 21. Mai.

Die Control-Commission.

Zwickau, den 27. Mai.

Der Gesammt-Vorstand.

Briefkasten

der Expedition. F. Uhlg Loschwitz: Senden Sie 65 Pfg. in Briefmarken ein und wir senden Ihnen das Gewünschte per Kreuzband franko zu.

Quittung. Expedition d. „Wahrheit" Breslau Ab. 1200,00. Eglr hier „N. W." 17,40. Grtr München Schr. 1,10. Gth Neustadt a. d. H. „N. W." 14,10. Gth Meiningen Schr. 5,60. Fürmann Bremerhaven „N. W." 37,00. Lndnr Hohenrauten Schr. 4,80. Fell Budapest Schr. 27,20. Ebrt Zwickau Ann. 3,60. Krth Limbach Schr. 0,45. Kfmnn Bludenz Schr. 15,00. Albrts Eßlingen „N. W." 12,00 Byr Bockenheim f. Hzn „N. W." 8,00. Wlf Arzberg „N. W." 2,15 Mrtn Schmoln „N. W." 3,60, Schr. 3,25. Hß Altona „N. W." 12,00 Schmdt Hannover Ab. 100,00. Engl Neudnitz Ab. 24,00. Mtr Gelenau „N. W." 17,60.

Anzeigen ꝛc.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 2. Juni, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11:

Geschlossene Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung und Verschiedenes. D. V. [60

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 2. Juni, Abends 8 Uhr, in Menzel's Restauration, am Täubchenweg: Versammlung. Tagesord.: Berichterstattung des Delegirten von der Generalversammlung zu Gotha. Zahlreiches Erscheinen erwartet (2b) Der Bevollmächtigte. [50

Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin

(Eingetragene Genossenschaft.)

den Mitgliedern zur Nachricht, daß die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

am Sonntag, den 1. Juli, Morgens um 10 Uhr, in Sander's Restaurant, Prinzenstr. 45d, oberer Saal, zu Berlin, stattfindet.

Laut § 21 der Statuten sind die Anträge zur Generalversammlung bis spätestens den 10. Juni bei dem Unterzeichneten einzureichen. Nur diejenigen Mitglieder, welche gemäß § 11 ihre Pflichten erfüllt haben, sind zur Stellung von Anträgen berechtigt.

Hamburg, den 24. Mai 1877.

Der Aufsichtsrath.
J. A.:
(26) August Geib, Rödingsmarkt 12. [570

Wir empfehlen:

Grundzüge der Nationalökonomie

von

C. A. Schramm.

76 Seiten Oktav, Einzelpreis 25 Pf., in Partien bezogen 20 Pf. pr. Expl

Die Expedition des „Vorwärts".

Soeben erschien im Verlag der Buchhandlung des „Zeitgeist" in München:

Juristisches Taschenlexikon!

von Dr. Lehn.

Unentbehrlicher Rathgeber in Prozeßsachen. Wichtig für Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Kaufleute ꝛc.

Das Werk ist zudem noch ein leichtfaßliches, übersichtliches Handbuch für Prüfungs-Candidaten. [3,00

7 Bg. 8. Preis 1 Mark. (3a)

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von Tchernyschewsky.

33 Bogen stark. Preis 4 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch die Buchhandlung des „Vorwärts" ist zu beziehen:

„Das preußische Regiment" vor Gericht.

Rede, gehalten von Ludwig Pfau zu seiner Vertheidigung vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M.

Preis: 30 Pf.

Inhalt: Vorwort. — Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht. — Anklageschrift. — Gerichtsverhandlung. — Rede Ludwig Pfau's. — Urtheil.

Durch uns ist zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts"

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Extra-Beilage zu Nr. 63 des „Vorwärts“.

Bericht des Central-Wahlcomité's.

Als im vorigen Jahre der Congreß der deutschen Sozialdemokraten seine Tagesordnung erschöpft hatte und zum Schluß der Verhandlungen gelangt war, wurde von Seiten des damaligen Vorsitzenden der Wunsch ausgesprochen, daß die Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse reiche Früchte tragen und daß besonders die bevorstehende Wahl dafür Zeugniß ablegen möge, daß unser Streben im Volke Verständniß finde und unser Einfluß in stetigem Wachsen begriffen sei. Heute nun sind wir in der Lage, darüber zu urtheilen, ob der damals ausgesprochene Wunsch sich erfüllt hat oder nicht. Als Mitglied des Central-Wahlcomités, das von dem vorjährigen Sozialistencongreß zu dem ausdrücklichen Zweck eingesetzt worden ist, die Wahl- und Parteiagitation zu leiten, erlaube ich mir im Auftrag des Central-Wahlcomités einen kurzen Ueberblick über die wesentlichen Vorkommnisse und vor allem über die unsererseits ergriffenen Maßnahmen vor, während und nach der Wahlcampagne zu geben.

Nachdem das Central-Wahlcomité sich constituirt hatte und dies in den Parteiorganen den Parteigenossen mitgetheilt war, wurden sofort Anstalten getroffen, um zunächst den Druck des Congreß-Protokolls möglichst schnell zu besorgen. Leider hatten die darauf gerichteten Bemühungen nicht den gewünschten Erfolg, da durch die Herstellung des Protokolls in Berlin viel Zeit durch Hin- und Hersenden von Manuscript, Correkturbogen u. s. w. verloren ging. Im Ganzen wurden 3500 Protokolle gedruckt, welche bis auf einen kleinen Rest verkauft sind.

In Bezug auf die Agitation knüpften wir an die bereits bestehenden Einrichtungen an. Unser Augenmerk war hauptsächlich darauf gerichtet, diejenigen Wahlkreise, welche laut Congreßbeschluß für „offizielle“ erklärt waren, zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck setzten wir uns mit den bereits bestehenden Central-Wahlcomités der einzelnen Kreise in Verbindung und sorgten auch dafür, daß, wo solche Comités noch nicht bestanden, dieselben in's Leben gerufen wurden. Unsere Hauptsorge ging dahin, sowohl die agitatorischen Kräfte als auch die vorhandenen und voraussichtlichen Geldmittel zweckentsprechend und möglichst gleichmäßig zu vertheilen. Als Agitationskräfte standen uns zunächst 6 ständige Agitatoren mit vollem Gehalte zur Verfügung. Dazu kamen weitere 18 Agitatoren mit monatlichen Zuschüssen, von denen indeß einzelne während der letzten 6 Wochen vor der Wahl und während der Stichwahlen vollbezahlt wurden, und außerdem wurde noch an 16 Wahlkreise 4 Monate lang und an 4 Wahlkreise 2 Monate vor der Wahl ein bestimmter Zuschuß bezahlt. Die Zuschüsse variirten in Beträgen von 15 bis 150 Mark pro Monat. Hierzu kommt noch, daß durchgehends alle Candidaten direkt in den Wahlkampf eingriffen und eine Reihe derselben auf Veranlassung des Central-Wahlcomités nicht nur in ihren Wahlkreisen wirkten, sondern sich auch gegenseitig unterstützten und aushalfen.

Außer den hier aufgeführten ständigen Agitatoren und mit Zuschuß bedachten Parteigenossen haben noch eine ganze Reihe anderer Parteigenossen und besonders die an der Lokalpresse angestellten Beamten sich in hervorragender Weise an dem Wahlkampf betheiligt, wodurch es denn auch möglich geworden war, daß in 175 Wahlkreisen sozialistische Candidaten aufgestellt und für dieselben gewirkt werden konnte. Auf dieselben fielen, wenn wir das bei den Stichwahlen abgegebene Resultat zählen, 559,211 Stimmen. Rechnet man aber das Ergebniß der Stichwahlen nicht hinzu, so verbleiben als am 10. Januar für Sozialisten abgegebene Stimmen 496,843. Ein Vergleich mit dem Wahlresultat vom Jahre 1874 zeigt uns, daß damals insgesammt, also bei der Hauptwahl und Stichwahl, 379,512 Stimmen, bei der Hauptwahl allein aber 356,153 Stimmen abgegeben wurden. Wir haben sonach bei der Hauptwahl 140,690 Stimmen mehr als im Jahre 1874 erhalten.

Als besonders interessante Erscheinungen bei der Wahl glauben wir Folgendes verzeichnen zu müssen: erstens die Thatsache, daß das Stimmenmehr wesentlich auf Conto der großen Städte und Sachsens zu setzen ist, zweitens die außergewöhnlich vielen Stichwahlen, an welchen wir betheiligt waren, drittens die Erscheinung, daß bei den letzten Wahlen die Vereinigung aller gegnerischen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie in einem viel höheren Maße der Fall war, als bei früheren ähnlichen Anläßen. Wir können deshalb mit vollem Recht sagen, daß die beinahe 600,000 Stimmen, welche bei der letzten Wahl auf Candidaten der Sozialdemokratie fielen, fast ausnahmslos von bewußten Anhängern der sozialistischen und demokratischen Grundsätze abgegeben wurden. Die geringen Ausnahmen, wo volksparteiliche Elemente und katholische Arbeiter bei Stichwahlen für unsere Candidaten stimmten, fallen gegenüber dem Gesammtresultat kaum in's Gewicht.

Zur Illustration der oben angeführten, besonders beachtenswerthen Erscheinungen sei hier auf die Wahlresultate in Berlin, Hamburg, Breslau, Altona, Magdeburg, Barmen-Elberfeld, Bremen, Braunschweig, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Nürnberg und Stuttgart hingewiesen. Ueberall in diesen Städten und in einer ganzen Reihe anderer, hier nicht genannter, hat eine ganz überraschende Steigerung der sozialistischen Stimmen stattgefunden — in einzelnen derselben, wie in Berlin, Magdeburg, Breslau, Nürnberg, hat sich die Stimmenzahl geradezu verdoppelt.

Besonders interessant ist auch, wie sich die Gegner der sozialistischen Bewegung mit dieser Thatsache abgefunden haben. Während sie nach den Wahlen vom Jahre 1874 mit vollen Backen in die Welt hinausposaunten, daß die Sozialdemokratie nur Anhang finde bei dem Fabrikproletariat und bei der „verkommenen“ ländlichen Industriebevölkerung, dagegen aber die Bevölkerung der großen Städte, welche damals als „Hort der Intelligenz und Bildung“ bezeichnet wurden, den „Irrlehren“ der sozialistischen Partei völlig unzugänglich geblieben sei, greifen sie jetzt zu der entgegengesetzten Ausflucht. Da die Thatsache sich nicht wegleugnen ließ, daß die meisten großen Städte überraschend günstig für die Sozialdemokratie gestimmt hatten, Berlin und Dresden sogar sozialistische Abgeordnete in den Reichstag gesendet hatten, in den meisten der übrigen Städte sich aber die Sozialdemokratie als die relativ stärkste Partei erwiesen hatte, deren Sieg nur durch die Verbindung aller gegnerischen Parteien und unter Preisgabe von deren Grundsätzen verhindert werden konnte, so wurden mit einemmale die vorher so hochgepriesenen Städte als „die Stätten für vaterlandsloses Gesindel“, der „Umsturzparteien“ und der „politischen Unreife“ bezeichnet. Dagegen gilt jetzt der Bauer als letzter Hort und Schirm der „Ordnung“, des „Friedens“ und des „Gesetzes“. „Der Landmann hat mit fester Hand die schwankende Wage in's Gleichgewicht gebracht und den rollenden Stein, der die bestehende Ordnung zu zertrümmern drohte, aufgehalten.“ Solche und ähnliche Phrasen sind jetzt an der Tagesordnung, um den gläubigen Lesern der Bourgeoisblätter die Thatsache des Rückgangs aller sozialistenfeindlichen Parteien in den Städten begreiflich zu machen.

Oben ist gesagt, daß das Mehr der Stimmen, außer auf die großen Städte, wesentlich mit auf Sachsen fällt. Die Richtigkeit dieser Behauptung ist am besten durch Zahlen zu beweisen. Während in Sachsen bei der Wahl am 10. Januar 1874 80,000 Stimmen abgegeben wurden, fielen am 10. Januar 1877 laut offizieller Angabe 127,000 Stimmen auf unsere Candidaten, d. h. 70,000 Stimmen mehr, als die zweitstärkste Partei, die conservative, Stimmen erhielt. Daß diese Stimmen aber nicht blos von der städtischen oder Industriebevölkerung abgegeben wurden, sondern daß auch die Landbevölkerung Sachsens der Sozialdemokratie Sympathien entgegenbringt, das beweist die Thatsache, daß Wahlkreise wie der 10., 11. und 14., welche wesentlich Landbevölkerung aufweisen, Tausende von Stimmen für unsere Candidaten abgaben, und daß der 13. Wahlkreis, trotz seiner Landbevölkerung, sogar einen Sozialdemokraten in den Reichstag sandte.

Dies und die Thatsache, daß mit Ausnahme des Herzogthums Anhalt und des 9. schleswig-holsteinischen Kreises nirgends ein Rückgang der Stimmen, auch in Landdistrikten nicht, zu verzeichnen ist, wohl aber da, wo eine energische und geschickte Agitation entfaltet wurde, wie z. B. im 1. Braunschweiger Wahlkreis, wesentliche Fortschritte gemacht wurden, zeigt hinlänglich, auf wie schwachen Füßen die Behauptung unserer Gegner steht, „der gesunde Sinn unserer Landbevölkerung weise die sozialistischen Lehren zurück“.

Was die Stichwahlen betrifft, so sei nur darauf hingewiesen, daß wir im Jahre 1874 deren nur 10 hatten, während sie im Jahre 1877 von 10 auf 20 stiegen.

Daß wir bei diesen 20 Stichwahlen nur in 3 Kreisen (Dresden-Altstadt, Reichenbach-Neurode i. Schl. und Solingen) als Sieger hervorgingen, ist insofern interessant, als sich bei diesen Anläßen besonders scharf hervorhob, wie alle zur Schau getragenen Parteiunterschiede der antisozialistischen Parteien einfach Heuchelei sind und wie die Gegner alle einig sind, sobald es gilt, einen Candidaten des arbeitenden Volkes zu bekämpfen. Fortschrittler und Nationalliberale, die sich vor den Wahlen gegenseitig Schauspieler titulirten und Verrath an den Kopf warfen, Conservative und Liberale, die sonst nur als von Gründern und Reaktionären von einander sprachen, ja selbst Ultramontane und „Kulturkämpfer“, wie uns die Stichwahl in Barmen zeigte — gingen vereint und versöhnt miteinander, nur um den bösen Sozialdemokraten nicht zum Siege gelangen zu lassen.

Trotz all' dieser unerhörten Anstrengungen aber und trotz all' der schamlosen und perfiden Verleumdungen, in welch letzterer Beziehung sich besonders das fortschrittliche Centralcomité, allen voran aber Eugen Richter auszeichnete, haben die Stichwahlen doch ein ebenso überraschendes als für die Sozialdemokraten erfreuliches Resultat ergeben, nämlich die Thatsache, daß in den 20 Kreisen, wo derartige Wahlen anstanden, 62,368 Stimmen mehr für die sozialistischen Candidaten abgegeben wurden, als bei der Hauptwahl am 10. Januar 1877. Halten wir dem gegenüber, daß bei den 10 Stichwahlen im Jahre 1874 nur 23,359 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl abgegeben wurden, so zeigt sich auch hier ein ganz gewaltiger Fortschritt. Für die Gegner aber war das Resultat bei den Nachwahlen besonders insoweit überraschend, als zu Tage trat, daß am 10. Januar die Sozialdemokratie durchaus noch nicht ihre letzten Reserven in's Treffen geführt hatte. Das sei uns ein Fingerzeig für zukünftige Wahlen.

Wenn bis jetzt nur von den Erfolgen und Fortschritten der Sozialdemokratie bei den Wahlen die Rede war, so geschah dies, weil wir mit vollem Recht auf diese Erfolge hinweisen konnten; damit soll aber freilich nicht gesagt sein, daß wir keine Niederlagen, ja theilweise sogar sehr empfindliche Niederlagen zu verzeichnen hätten. Hierher gehört zunächst der Verlust verschiedener Wahlkreise, die während der Legislaturperiode von 1874 bis 1876 von Sozialdemokraten vertreten wurden. Obwohl wir in der vorigen Periode nur 9 Abgeordnete hatten und diesmal deren 12 zählen, so haben wir doch von den früher besessenen Kreisen 5 verloren, und zwar sind dies Barmen-Elberfeld, der 8. und 9. schleswig-holsteinische, und der 9. und 15. sächsische Wahlkreis. Was die Ursachen dieser Niederlagen betrifft, so muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß sämmtliche verloren gegangenen Wahlkreise im Jahre 1874 der Sozialdemokratie zum Theil erst erobert, theils in früheren Wahlkämpfen verloren und damals erst wiedergewonnen worden waren, und daß in Folge dessen die Gegner ganz naturgemäß die energischsten Anstrengungen machten, diese Kreise zurück zu erobern. Dies gilt besonders von Barmen-Elberfeld, dem 15. sächsischen und dem 9. schleswig-holsteinischen Kreise. Der 9. sächsische Kreis wäre wohl nicht verloren gegangen, wenn der frühere Vertreter desselben auch diesmal dort wieder candidirt hätte, und der 8. schleswig-holsteinische Kreis (Altona), der ja bei der Hauptwahl behauptet worden war, ging erst verloren, als durch die Doppelwahl des früheren Vertreters des Kreises sich eine Nachwahl nothwendig machte, die dann in Folge unqualifizirbaren Verhaltens einiger sogenannter Auchsozialisten zur Stichwahl und bei dieser Gelegenheit in Folge unerhörter Manöver und Gewaltthätigkeiten der Gegner zur Niederlage für uns führte.

Wenn aber auch die Thatsache feststeht, daß wir fünf Wahlkreise verloren haben, so steht dem gegenüber die Eroberung von acht neuen Kreisen, und außerdem — und das ist das wesentlichste — haben die Stimmresultate in den verloren gegangenen Wahlkreisen durchaus keinen Rückgang, sondern im Gegentheil einen Zuwachs für uns ergeben. Niederlagen wie in Barmen-Elberfeld, Altona, im 9. und 15. sächsischen Kreis mit Minoritäten von 14, 13, 9 und 7000 Stimmen lassen sich ertragen und sind für eine Partei, wie die Sozialdemokratie, die, wie die Thatsachen beweisen, in ständigem Aufblühen begriffen ist, nur ein Sporn zu erneuter und noch energischerer Agitation und Organisation als bisher.

Diese Wahlkreise sind nicht verloren, sie sind nur vorübergehend in anderen Besitz gerathen. Daß der 9. schleswig-holsteinische Kreis eingebüßt wurde, konnte nicht überraschen. Wer die dortigen ganz außergewöhnlichen Verhältnisse kennt, in denen die Arbeiter leben, Verhältnisse, die sich von denen des Hörigen zu seinem Herrn wenig unterscheiden, der konnte wohl voraussehen, daß es dort so kommen würde, wie es gekommen ist. Die dortige ländliche Arbeiterbevölkerung lebt in vollständiger Abhängigkeit von den Grundbesitzern, und haben letztere denn auch bei der Wahl dieses Verhältniß in der rücksichtslosesten Weise ausgenützt. Wer sich erinnert, daß Hunderte von ländlichen Arbeitern, nachdem das Wahlresultat vom 10. Januar 1874 bekannt wurde, von ihrer Heimath und ihrem Besitzthum, an dem ihr und ihrer Voreltern Schweiß klebte, getrieben wurden, den kann es nicht nur nicht verwundern, daß dieser Kreis verloren ging, sondern der muß erstaunen darüber, wie sich unter solchen Verhältnissen immer noch 4823 Männer fanden, welche für den Candidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme abgaben.

Wenn einzelne Stimmen laut wurden und darauf hinwiesen, daß in Bezug auf die Auswahl der offiziellen Kreise Fehler gemacht wurden und mancher nichtoffizielle Wahlkreis ein günstigeres Resultat ergeben habe, als ein sogenannter offizieller, so ist letzteres zwar richtig, andererseits steht aber fest, daß die Bestimmungen betreffs der offiziellen Kreise von den Vertretern der Gesammtpartei auf dem vorjährigen Sozialisten-Congreß getroffen wurden, und dann muß auch beachtet werden, daß im Großen und Ganzen die gemachten Voraussetzungen als zutreffend sich erwiesen. Dabei muß aber auch auf eine Schattenseite des Wahlergebnisses hingewiesen werden, nämlich auf die Thatsache, daß es auch diesmal noch nicht gelungen ist, in dem industriell so hoch entwickelten Rheinland-Westphalen größere Eroberungen zu machen. Die Ursachen hiervon sind bekannt und liegen theils im „Kulturkampf“, theils aber in unseren eigenen inneren Parteiverhältnissen jener Gegenden, deren Gestaltung und Eigenart übrigens nicht Folge von Vorgängen aus den letzten Jahren ist. Indeß wenn sich auch nicht von großen Erfolgen aus jenen Gegenden sprechen läßt, so ist es doch unleugbar, daß auch dort wesentliche Fortschritte gemacht wurden, wofür die in fast allen Kreisen gegen 1874 vermehrten sozialistischen Stimmen und der Sieg in Solingen Zeugniß ablegen.

Wenn wir also auch zugestehen müssen, daß wir in mancher Beziehung Schlappen erlitten haben, und daß von mancher Gegend ein günstigeres Resultat hätte erwartet werden können, so überragen doch unsere Erfolge bei weitem unsere Erwartungen, und den Gegnern verursachten sie gradezu panischen Schrecken. Als ein ganz besonderer Erfolg unserer Agitation muß es aber bezeichnet werden, daß in den Kreisen des arbeitenden und leidenden Volkes und besonders auch, (und hier können wir uns auf das Zeugniß der Gegner berufen) bei dem unteren Beamtenstande unsere Grundsätze immer mehr Beachtung und Verständniß finden. Auch in diesen Kreisen greift die Ueberzeugung nunmehr Platz, daß nur durch die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im sozialistischen Sinne eine Besserung der Verhältnisse überhaupt möglich sei. Dieser Umwandlung der Gesinnung in den sogenannten unteren Schichten ist es denn auch zu danken, daß man nach oben mehr und mehr mit der eigentlichen Farbe herausrückt. Zu dem Säbel der haut, und der Flinte die schießt kam bei der letzten Wahl ein dritter Bundesgenosse — die Religion. Die liberale Partei, welche den „Kulturkampf“ kämpft und ausgesprochene Atheisten, wie Virchow u. s. w., als Führer an ihrer Spitze hat, sie wurde aus Angst vor der Sozialdemokratie gottesfürchtig und rief die Religion als Schutzmittel gegen uns an. Gleich Franz Moor in der Verzweiflungs-Scene ver-

suchte die Bourgeoisie im Wahlkampf zu beten und so die Schrecken des Sozialismus zu bannen. Diese vollständige Preisgabe aller Gesinnung und aller Prinzipien hat denn auch diesmal noch ausgereicht, um bei den meisten Stichwahlen die Sozialisten zu schlagen. Wie lange die Wähler aber politische Chamäleons wählen werden, ist freilich eine andere Frage. Eines aber ist heute schon sicher: die sozialistische Agitation ist heute schon stark genug, um die Bourgeoisie zur Verleugnung aller ihrer Grundsätze zu zwingen; die Bourgeoisie ist fromm geworden durch uns, und ihre Siege über uns tragen als richtige Signatur die Firma: Gottes Segen bei Cohn!

Zu den Erfolgen, welche wir zu verzeichnen haben, hat neben der mündlichen Agitation wesentlich unsere Presse mit beigetragen. Zunächst muß hier der auf Grund eines vorjährigen Congreß-Beschlusses erfolgten Verschmelzung der beiden früheren Centralorgane „Neuer Social-Demokrat" und „Volksstaat" Erwähnung gethan werden. Dieselbe vollzog sich ohne besondere Anstände und gelang es durch vereintes Zusammenwirken, den für Berlin entstandenen Ausfall zu decken und auszugleichen. Das neu ins Leben gerufene Centralblatt „Vorwärts" erfreute sich der besten Aufnahme, und konnte dasselbe kurz nach seinem Bestehen seinen Lesern die gewiß erfreuliche Mittheilung machen, daß die Zahl der Abonnenten über 12,000 betrage.

Neben dem „Vorwärts" bestehen in Deutschland noch 41 sozialistische Blätter, ein ebenfalls sozialistisch gehaltenes belletristisches: Blatt „Die Neue Welt" und 14 Gewerkschaftsorgane, welch letztere mehr oder minder ebenfalls im Geiste des Sozialismus gehalten sind. Von den 41 politischen Organen der deutschen Sozialdemokratie erscheinen 13 wöchentlich sechsmal, 14 wöchentlich dreimal, 3 wöchentlich zweimal, 11 wöchentlich einmal. 25 dieser Blätter werden in von Parteigenossen begründeten Druckereien hergestellt, deren derzeit vierzehn in Deutschland existiren. Ein Vergleich der sozialistischen Zeitungsliteratur mit dem Vorjahr zeigt uns eine Zunahme von 18 Blättern im Laufe der letzten 9 Monate. Der Aufschwung unserer Presse ist deshalb ein gradezu großartiger zu nennen, zumal dieselbe nicht blos in Bezug auf die Zahl der Blätter zugenommen, sondern sich, und das ist das wesentlichste, in Bezug auf Abonnenten mindestens verdoppelt hat. Wenn auf dem vorjährigen Congreß die Zahl der Abonnenten inclusive des Unterhaltungsblattes „Die Neue Welt" auf nahezu 100,000 angegeben werden konnte, so beläuft sich dieselbe jetzt nach den Wahlen ohne „Die Neue Welt" auf weit über 100,000, „Die Neue Welt" selbst aber hat einen Abonnentenstand von 35,000, der von Woche zu Woche steigt. Nicht ohne Interesse dürfte es sein, die Zahl der Redakteure unserer Blätter und deren frühere Beschäftigungsart kennen zu lernen. Nicht selten machen unsere Gegner den lächerlichen Einwand, daß die geistige Führung der Sozialdemokratie sich durchgehends in Händen von „verbummelten Genies" aus den sogenannten besseren Ständen befindet. Literaten die ihren Beruf verfehlt, davongejagte Offiziere, verbummelte Studenten sollen es gewöhnlich sein, welche bei uns das große Wort führen und unter deren geistiger Leitung die Partei steht. Sehen wir zu, ob diese Behauptung wahr ist. Bei den oben angeführten 41 politischen Organen und dem Unterhaltungsblatt sind im Ganzen 44 Redakteure angestellt. Die geringe Zahl von Redakteuren erklärt sich einestheils dadurch, daß mehrere Blätter nur Zweigblätter sind, andererseits durch die große Zahl von Mitarbeitern aus allen Ständen, deren sich eine ganze Reihe unserer Blätter erfreuen. Unter diesen 44 Redakteuren unserer Zeitungen befinden sich nach einer genauen Zusammenstellung: zwölf Literaten mit fast durchgehends akademischer Bildung, elf Schriftsetzer, vier Kaufleute, drei Schlosser, ein Maurer, ein Lohgerber, ein Riemendreher, ein Mechaniker, ein Cigarrenarbeiter, ein Zimmermann, ein Böttcher, ein Schuhmacher, ein Goldarbeiter, ein Buchhändler, zwei Schneider, ein Lehrer, ein Zeichner. — Thatsache also ist, daß über zwei Drittel unserer Preßvertreter direkt aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind und daß von jenen „unsauberen Elementen", welche unsere Gegner so stark in unseren Reihen vertreten glauben, oder doch wenigstens zu glauben vorgeben, keine Rede sein kann. Lumpe suchen ihren Vortheil nicht bei den Verfolgten, wohl aber bei den Verfolgern. Neben unseren Preßorganen mag der Vertrieb der Broschüren und des Kalenders „Armer Conrad" hier noch Erwähnung finden. Was den Vertrieb der Broschüren betrifft, so wächst derselbe von Monat zu Monat, und bringt die sozialistische Literatur heute in Kreise ein, wo man es vor 2—3 Jahren kaum zu hoffen wagte. Als Beispiel sei hier erwähnt, daß von der Bracke'schen Agitationsschrift „Nieder mit den Sozialdemokraten" während des Wahlkampfes allein nahezu 100,000 Stück vertrieben worden sind. Der Kalender ist in einer Auflage von 50,000 Exemplaren erschienen und verkauft.

So erfreulich nun auch die Ausbreitung und Vermehrung unserer Presse ist, so muß doch an dieser Stelle vor allen übereilten Schritten und besonders vor schlecht fundirten Unternehmungen gewarnt werden. Die Presse soll sein und ist unser bestes Agitations- und Kampfesmittel, aber damit es dieses sein kann, muß dieselbe möglichst selbstständig und sicher gestellt sein. Pflicht aller Parteigenossen ist es deshalb, bevor sie an die Neubegründung von Parteiorganen herantreten, sich genau zu überzeugen, ob die Möglichkeit der Existenz für das Blatt auch vorhanden, und vor allem, ob zu dessen Leitung auch die geeigneten geistigen und wirthschaftlichen Kräfte vorhanden sind. Besser kein Blatt als ein solches, das den gestellten Anforderungen nicht entspricht.

Neben der Thätigkeit, welche die Parteigenossen auf dem Gebiete der mündlichen und schriftlichen Agitation entfaltet haben, muß auch deren staunenswerther Opferwilligkeit gedacht werden. Daß Wahlkämpfe, wie die am 10. Januar und bei den Stichwahlen Geld kosten, versteht sich wohl von selbst und bedarf es darüber keiner langen Auseinandersetzungen, großartig aber ist, was die deutschen Arbeiter aufgebracht haben, um auf der politischen Arena unter der Fahne des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen. Die hier beigefügte Bilanz der Hauptwahlkasse umfaßt den Zeitraum vom 11. August 1876 bis 30. April 1877, also acht und einen halben Monat und weist dieselbe folgende Summen auf:

Bilanz (Abschluß).

Einnahme.	M.	Pf.
Regelmäßige Beiträge	6019	15
Agitationsfond	663	91
Unterstützungsfond	2558	91
Wahlfond	28327	55
Protokolle und Bücher	717	10
durch Hablich, Leipzig	5434	60
„ Geib, Wähler, erste Rate	4330	97
„ „ „ zweite „	6165	41
Sa.	54,217	60

Ausgabe.	M.	Pf.
Ständige Agitation	12856	45
Zeitweilige Agitation	1285	85
Wahlagitation	21734	77
Reichstag und Agitation	2521	50
Congreß 1876	500	43
Unterstützungen	5144	80
Verwaltung	6133	42
Defizit am 11. August 1876	458	34
Kassenbestand	3582	04
Sa.	54,217	60

Diese Summen sprechen für sich selbst. Außerdem kommt aber in Betracht, daß hier nicht der vierte Theil dessen aufgeführt ist, was seitens der deutschen sozialistischen Arbeiter beim Wahlkampf aufgebracht wurde. Wir verweisen hier auf die Abrechnungen der Centralwahlkomité's der einzelnen Kreise, welche theilweise in den Parteiorganen erschienen sind und welche zusammengezählt eine riesige Summe ergeben. Erwähnt sei hier nur der Abrechnung für den ersten schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Altona), welche eine Einnahme von 23,000 und eine Ausgabe von 30,000 M. aufweist.

Ueber die Thätigkeit des Centralwahlkomits's sei hier noch einiges erwähnt. Dasselbe hielt seit seiner Konstituirung 67 offizielle Sitzungen ab und wurden seitens des Sekretariats 2208 Sendungen empfangen und 5724 Briefe und sonstige Sendungen expedirt. Der Kassirer verzeichnet 3200 Eingänge und 950 Ausgänge. Differenzen zwischen der Revisions- und Beschwerdekommission einerseits und dem Centralwahlkomité andererseits sind nicht vorgekommen, sowie auch im Großen und Ganzen keine wesentlichen Widersprüche gegen die Anordnungen des Centralwahlkomits's erhoben wurden. Kleinere Differenzen und Meinungsverschiedenheiten natürlich ausgenommen.

Was die Organisation der Partei betrifft, so steht es in diesem Jahre noch genau so wie vor acht und einem halben Monat, als diese Angelegenheit auf dem Kongreß verhandelt und erörtert wurde. In Preußen ist der Prozeß gegen die Partei noch nicht entschieden, obwohl die VII. Deputation des berliner Stadtgerichts bereits ihr Urtheil gesprochen, das die Angeklagten verurtheilt und die Partei aufgelöst hat. Der Prozeß dortselbst schwebt jetzt bereits seit 30. März vorigen Jahres und wenn es in demselben Tempo wie bisher fortgeht, dann ist alle Aussicht vorhanden, daß der März noch zwei Mal ins Land geht, bis Tessendorf mit der Vernichtung des angeblich geheim fortgesetzten politischen Vereins, genannt „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands" fertig wird. In Bayern ist die Auflösung der Partei in erster Instanz nicht ausgesprochen worden und wurden die Angeklagten freigesprochen. Da der Staatsanwalt appellirte, bleibt abzuwarten, ob nicht die zweite Instanz oder vielleicht gar der oberste Gerichtshof findet, daß die Richter erster Instanz sich geirrt und die Partei dann doch aufgelöst wird. Daß trotz des Verbots unserer Organisation die Partei nicht nur nicht geschwächt ist, sondern überall neue Blüthen treibt und allerwärts Boden gewinnt, das hat die letzte Wahl glänzend bewiesen und Tessendorf, der ja ein ganz brauchbarer preußischer Staatsanwalt sein mag, hat sich als sehr schlechter Prophet erwiesen, als er bei Verurtheilung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" ausrief: Vernichten wir die sozialistische Organisation und es existirt keine sozialistische Partei mehr. Seit 4 Jahren zerstört Herr Tessendorff alle und jede sozialistische Organisation, und gerade seit dieser Zeit blüht die sozialistische Bewegung mehr auf als je zuvor. Möge Herr Tessendorff seine segensreiche Thätigkeit noch lange fortsetzen.

Zum Schluß gestatten Sie mir noch auf die Opfer hinzuweisen, welche der heutige reaktionäre Staat aus den Reihen der Sozialdemokratie gefordert hat. Die Zahl der Redner, welche in diesem Jahre verhaftet und mit mehr oder minder langen Haftstrafen bedacht wurden, ist verhältnißmäßig nicht größer als in den vorausgegangenen Jahren; besondere Erwähnung verdient indeß die Verurtheilung von Vahlteich zu ein und einem halben Jahre Gefängniß wegen einer unverfänglichen Aeußerung in einer Rede.

Wenn aber die Redner verhältnißmäßig glimpflich weggekommen sind, so wurde dagegen unsere Presse um so reichlicher bedacht. Erst vor wenigen Tagen veröffentlichte die „Chemnitzer freie Presse" eine Zusammenstellung der ihren Redakteuren im Laufe dieses Jahres zudiktirten Gefängnißstrafen, und stellte sich da heraus, daß diese Strafen, nur in einem Jahre „verdient", über 8 Jahre betragen. Aehnlich geht es allen übrigen Blättern. Die „Berliner freie Presse" hat zwei Redakteure im Gefängniß sitzen, zwei Redakteure der „Bergischen Volksstimme" haben erst das Gefängniß nach achtmonatlicher Haft verlassen und manch anderes Blatt kann Leidensgenossen dazu stellen. So wüthet die Reaktion: Alles sucht sie zu zerstören, was wir schaffen, aber ihr Wüthen ist, wie die Erfahrung lehrt, fruchtlos, denn wenn man glaubt, einen Kämpfer für das Proletariat beseitigt zu haben, erscheinen an dessen Stelle zwei und mehrere neue auf dem Kampfplatz. Die Sache der Sozialdemokratie ist die Sache des Volkes und deshalb unausrottbar, wie dieses selbst. Im Vertrauen auf diese Lebenskraft arbeiten und kämpfen wir weiter, und dieser Congreß wird, so hoffen wir, eine wichtige Etappe in diesem Streben nach vorwärts bilden.

Hamburg, den 28. Mai 1877.

Das Central-Wahlcomité.

J. A.:

Ignaz Auer.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 2. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: B. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lauffermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 64. Sonntag, 3. Juni. 1877.

Nothstandsjesuitismus.

Der gegenwärtige Nothstand bringt die eigenthümlichsten Anschauungen hervor.

Während — und mit Recht — ein großer Theil der Bevölkerung die Staatshilfe verlangt, wenn auch im gegebenen Moment nur in beschränkter Form, so erheben sich die meisten Stimmen für die Privatwohlthätigkeit.

Wir sind weit entfernt, der Wohlthätigkeit Schranken setzen zu wollen; wir finden es nicht mehr als billig, wenn diejenigen Leute, welche durch die Arbeitskraft des nothleidenden Volkes zu Ansehen und Vermögen gekommen sind, von diesem Vermögen wieder abgeben — sie thun ja einfach nur ihre Pflicht. Ob die Arbeitskraft von den Vorfahren benutzt und das Resultat der Arbeitskraft vererbt worden ist, oder ob dieselbe von den gegenwärtigen Besitzenden selbst ausgenutzt worden ist, das thut nichts zur Sache.

Wenn wir also die Privatwohlthätigkeit nicht bekämpfen, so wenden wir uns aber mit aller Energie gegen die Motive, welche ihr vielfach untergeschoben, und gegen die Folgen, welche ihr beigelegt worden.

So lesen wir in mehreren liberalen Blättern folgenden höchst bezeichnenden Satz:

„Die Privatwohlthätigkeit ist es, welche die Menschen hüben und drüben, die Gebenden und Empfangenden, erhebt und veredelt, sie einander nahe bringt, die Gegensätze zu vermitteln und zu versöhnen im Stande ist."

In diesem Satze liegt der ganze Jesuitismus der literarischen Vertreter der herrschenden Klasse.

Sie wissen, daß auf die Dauer die proletarische Bewegung mit Gewalt nicht aufzuhalten ist, daß sie nur zu verewigen. Seitens des Schweizerischen Arbeiterbundes soll zur Deckung der Agitationskosten ein Extrabeitrag von 50 Cts. eingezogen werden. Gleichzeitig mit der Agitation für das Fabrikgesetz soll auch dahin agitirt werden, daß das Haftpflichtgesetz auch auf die Arbeiter außerhalb der geschlossenen Räume Anwendung finde."

Der Congreß beschloß ferner, den allgemeinen Sozialisten-Congreß in Belgien durch einen Delegirten zu beschicken. Zum Delegirten wird Greulich und im Verhinderungsfalle als Ersatzmann Joh. Phil. Becker gewählt.

Der Congreß schickte dem vlämisch-belgischen Arbeiter-Congreß in Mecheln ein brüderliches Begrüßungs-Telegramm und erhielt eine ebenso brüderliche Antwort mit der Nachricht, daß die „Sozialistische Arbeiterpartei" gestiftet sei. Außerdem erhielt der Congreß eine große Zahl von Telegrammen und Zuschriften von Arbeiterbundes- und Grütlivereins-Sektionen, von einer Typographia-Sektion (Biel) und von Privaten. Das Interesse am Congreß war ein wahrhaft allgemeines und der Verlauf des Congresses hat die Hoffnungen und Erwartungen aller Gesinnungsgenossen erfüllt.

Erklärung.

In dem Congreßbericht der Berliner „Volkszeitung" heißt es:

„Liebknecht erklärt — er (Liebknecht) habe gegen die Geburtsfeier Lassalle's im „Vorwärts" gewirkt, weil es Lassalle's unwürdig sei, ihn bei jeder Gelegenheit zu feiern. Der „Vorwärts" habe sich dies für den Todestag Lassalle's vorbehalten."

Dazu bemerkt die Redaktion der „Berliner Volkszeitung" in einer Klammernotiz: „(Hasenclever und Liebknecht sind die Redakteure des „Vorwärts." Aus der Erklärung L.'s geht nun deutlich genug hervor, daß Hasenclever die Lassalle-Feier nicht

„Karl Marx: Das ‚Kapital' und der heutige Sozialismus."*)

Der Verfasser der oben genannten Schrift, Herr Dr. Georg M. Calberla, die sich dem Publikum als „Sozialwissenschaftliches, 1. Heft" vorstellt, erkennt an, daß der Sozialismus nicht mit Flintenkugeln, staatsanwaltlichen oder polizeilichen Verfolgungen bekämpft werden könne; es müsse vor allen Dingen eine wissenschaftliche Widerlegung seiner Fundamentalsätze geführt werden, weil die Sozialisten an diesen Sätzen wie an kirchlichen Dogmen blindgläubig festhielten. Die wissenschaftliche Widerlegung verspricht der Verfasser zu bringen.

Die Einleitung zu dem eigentlichen Inhalt, einer total mißglückten Entgegnung gegen einzelne der im Marx'schen Werke niedergelegten Grundgedanken, ist so klar, unparteiisch und sachlich gehalten, daß wohl jeder Leser mit erhöhtem Interesse dieser beabsichtigten Widerlegung entgegensieht; um so größer ist dann die Enttäuschung, wenn man statt irgendwelcher sachlichen Einwände und logischer Schlüsse nur einen Wust von Sophistereien, Widersprüchen und Verdrehungen vorfindet, und wenn der Herr Verfasser schließlich gar meint, damit „den sozialistischen Wahn gründlich zerstört zu haben"!

Man müßte ein dickes Buch in der Weise des Bastiat-Schulze schreiben, wollte man Herrn Dr. Calberla Punkt für Punkt auf seine Ausführungen antworten; die Reproduktion einzelner Stellen wird den Lesern schon genügend zeigen, mit welchen Waffen und mit welcher Logik die Marx'schen Sätze bekämpft werden.

„Der Vortheil beim Tausch ist offenbar der, daß für jeden der beiden Tauschenden der Gebrauchswerth der eingetauschten [illegible] finden. Die rapiden Fortschritte, welche die Sozialdemokratie in der jüngsten Zeit gemacht hat, und welche sie noch immer macht, fordern mit zwingender Nothwendigkeit, daß alle Kräfte in Aktion treten; das Staatmachen mit Reichstagsabgeordneten u. dgl. ist sogar prinzipwidrig und führt zum Personenkultus. Diese und ähnliche Gesichtspunkte werden von verschiedenen Rednern herausgekehrt und sodann nach Ablehnung mehrerer Anforderungen dem Antrage Kapell und Hörig gemäß beschlossen.

Ferner wurde der Antrag angenommen, eine kleine Agitationsschrift auszuarbeiten, welche besonders auf die Landbevölkerung berechnet sei; dieselbe muß in leichtfaßlicher Weise die Verhältnisse der Landbevölkerung behandeln.

Ohne Debatte wird der Vorschlag genehmigt: In Anbetracht der Maßregelungen des Fabrikanten Krupp in Essen, wodurch alle Agitation daselbst lahm gelegt ist, wird dem Centralwahlcomité anheimgegeben, 70—90 Mark pro Monat für eine Agitation in Essen aufzuwenden.

In der Nachmittagssitzung desselben Tages, die um 5 Uhr eröffnet wurde, kam ein Antrag der Hamburger Genossen zur Verhandlung, daß die Redakteure des Centralorgans der deutschen Sozialdemokratie mit auswärtigen Agitationen nicht belastet werden mögen; ausgenommen sollen nur Wahlagitationen sein, bei welchen die betreffenden Redakteure als Candidaten figuriren. Hörig begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Thatsache, daß Jemand, der bald hier-, bald dorthin reisen soll, nicht im Stande sein könne, ein Blatt gut zu redigiren.

Liebknecht und Hasenclever halten es für absolut nothwendig, daß die Redakteure der Parteiblätter von der Agitation so viel als möglich entlastet werden, da sie durch dieselbe geistig aufgerieben und leistungsunfähig gemacht werden. Der Antrag wird angenommen.

sie sind auch plötzlich — wenigstens nach Ansicht des Herrn Dr. Calberla — zu Waare geworden!

Aber die Bäume im Walde, welche vom Waldbesitzer an den Holzhändler, oder das Obst in den Alleen, welches von den Besitzern an die Obsthändler verkauft wird, sind nach Ansicht des Herrn Dr. Calberla nicht Waare, denn es hat ja weder am Holz noch am Obst eine Umgestaltung oder eine räumliche Versetzung stattgefunden. Und das nennt man wissenschaftliche Deduktion!

Herr Dr. Calberla bestreitet natürlich auch die Richtigkeit der Marx'schen Werththeorie, aber nicht etwa nur aus den von Schäffle und Anderen angeführten Gründen, er will auch etwas Besonderes einzuwenden haben und behauptet deshalb, es gäbe keine allgemein menschliche Durchschnittsarbeit, es lasse sich ein derartiger Durchschnitt nicht feststellen oder messen, und deshalb sei die ganze Werththeorie ein Unding.

Dabei begeht der Herr aber eine bisher wohl nur selten vorgekommene und daher nicht scharf genug zu tadelnde Ungehörigkeit, indem er den Schein erweckt, als gerathe Marx fortwährend mit seinen eigenen Deduktionen in Widerspruch.

Marx erkennt bekanntlich den Werth aus der zur Herstellung der Waare gesellschaftlich nothwendigen allgemein menschlichen Arbeit, gemessen nach Zeit, also aus der Durchschnittsarbeit. Er hebt dabei aber gleich auf den ersten Seiten seines Werkes, S. 4, besonders hervor: Die Maßeinheit der Arbeit selbst ist die einfache Durchschnittsarbeit, deren Charakter zwar in verschiedenen Ländern und Culturepochen wechselt, aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben ist. Complizirtere Arbeit gilt nur als potenzirte oder vielmehr als multiplizirte einfache Arbeit, so daß gleichviel! Grade die Erkämpfung des allgemeinen Stimmrechts soll der erste Schritt sein auf diesem neuen Wege, den wir betreten.

Schon hat sich in unserem gesetzgebenden Körper eine Stimme für die Proklamirung des allgemeinen Wahlrechts erhoben — die unseres Abgeordneten für Berg (Mons) Defuisseau.

Unser soeben in Brüssel von dem Kleinbürgerthum — der Arbeiter ist in Belgien nicht wahlberechtigt — erwählter sozialistischer Deputirte Janson wird nicht zögern, sich diesen Forderungen anzuschließen, wenigstens hat er sich seinen Wählern gegenüber dazu verpflichtet. Aber nicht allein in Bezug auf den Weg, den wir zu verfolgen haben, sind wir mit Euch völlig einverstanden, auch unsere sozialen Ideale sind dieselben. Auch wir sind der Ansicht, daß zur Befreiung der Arbeit die Verwandlung der Arbeits-Instrumente, des Kapitals und des Grund und Bodens in Gesammt-Eigenthum der Gesellschaft absolut nöthig ist.

Um dahin zu gelangen, halten wir die Intervention des Staates, der die Gesammtheit vertritt, sowie der einzelnen Gewerke, dieser vernunftgemäßen Organisation der Arbeiter, für nothwendig. Während das arbeitende Volk aber seine ökonomische Organisation, seine Gewerkschaften entwickelt, kämpft er auch auf politischem Gebiete für eine Reform der Gesetze und für die Aufrichtung des Volksstaats — ein Ziel, das den Vlämingen und Deutschen gleich theuer ist.

Eins mit Euch in unsern Ideen, unseren Zielen, wünschen wir Euch die besten Erfolge! — Muth, deutsche Brüder!! Ganz Europa — nein die ganze civilisirte Welt blickt erwartungsvoll auf Euch, denn Eure Sache ist die des Proletariats der ganzen Welt, ist die der Menschheit!! —

Im Auftrage der Brüsseler Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Belgiens:

Die provisorischen Sekretaire:

Eugène Steens. (Rue Frère-Orbon.) Dr. De Paepe. (Rue Bueren 18.)

II.

Deutsche Brüder! Die Arbeiterkammer, in welcher sämmtliche Arbeitervereine und Arbeiterorganisationen Brüssels vertreten sind, sendet den Delegirten des Gothaer Congresses ihre brüderlichen Grüße. Das alte Europa ist in Bewegung, die Bourgeoisparteien wissen nicht mehr, wie sie die Blicke des Volks von seinen wahren Zielen und auf sich selbst ziehen sollen. In diesem Augenblick befinden wir uns inmitten einer industriellen Krise, deren traurige Wirkungen sich in der ganzen Welt fühlbar machen.

Ein furchtbarer Krieg, dessen Folgen noch furchtbarer sein werden, hat soeben begonnen: wohin wir blicken herrscht Anarchie.

Es sind das die traurigen Früchte des Bourgeoisie-Regiments, der schlechten Einrichtungen, unter denen wir leiden.

Deutsche Brüder! Die Aufgabe des Proletariats aller Länder ist eine große. Arbeiten wir fortwährend und unentwegt an der Verbreitung unserer Ideen! Durch den düstern Schleier, welcher den Horizont bedeckt, fällt schon ein Lichtstrahl hindurch, der mehr und mehr Helle verbreitet. Die alte Welt, in ihren Grundfesten erschüttert, muß bald in Trümmer zerfallen.

Deutsche Brüder! Mit immer wachsender Befriedigung sehen wir Euch am Werke, unsere Blicke sind auf Euch gerichtet, wir sehen, wie Ihr trotz aller Verfolgungen nicht einen Moment aufhört, für das Wohl der Menschheit zu kämpfen.

Wir wünschen Eurem Congreß den besten Erfolg und senden Euch unsere brüderlichen Grüße.

Brüssel, 18. Mai 1877.

Für die Arbeiterkammer:
Louis Bertrand, Sekretair.

III

Gent, 26. Mai 1877.

Werthe Parteigenossen! Die Gent'schen Arbeiter senden Euch, Deutsche Brüder, im Congreß zu Gotha vereinigt, ihren Bruder-

das Großkapital und für den Großgrundbesitz aufgenommen, wobei aber zwischen ihm und von Wedemeyer von vornherein ausgemacht worden, daß jedes persönliche Interesse ausgeschlossen und deshalb auch kein Namen genannt werden dürfe, sondern nur ein „N." gesetzt werden könne, gleichsam als avis au lecteur für den, der sich getroffen fühle. Er gebe zu, daß er nach dem Erscheinen des Blanckenburg'schen Briefes darüber aufgeklärt war, daß von Wedemeyer sich in Bezug auf die Höhe der Betheiligung des Fürsten im Irrthum befand; er habe dabei die positive Ueberzeugung gehabt, daß etwas daran sei und habe dem Fürsten Bismarck einen Avis geben wollen, daß der Grundbesitz schwer geschädigt werde.

Der Staatsanwalt glaubt zugeben zu können, daß der Brief Blanckenburg's zu Mißverständnissen veranlassen könne; es liege aber gar kein Grund vor, ohne jede Recherche Behauptungen in die Welt zu setzen, die den ersten Diener des Staats in so grober Weise beleidigen. Wenn Herr v. Blanckenburg nach Auseinandersetzung des angeblichen Vorgangs mit den Aktien und der Kursverschiebung schließlich sagte: „Wo liegt da ein bedenklicher Gründergewinn?" so hätte der Angeklagte doch zunächst darauf verweisen sollen, daß die Richtigkeit der Darstellung vorausgesetzt, allerdings ein bedenklicher Gründergewinn vorliege.

Angeklagter. Das habe er allerdings Herrn v. Blanckenburg gegenüber gethan, und wenn sich beweisen ließe, daß der Fürst Aktien der Centralbodenkredit-Gesellschaft zum Kurse von 108 erhielt, so liege darin der Gründergewinn, denn thatsächlich seien die Aktien zu diesem Kurse niemals gehandelt worden.

Bei den weiteren formellen Feststellungen bittet u. A. der Angeklagte den Vorsitzenden, ihn gegen den vom Staatsanwalt mehrfach gebrauchten Vorwurf der Verläumdung zu schützen; er sei angeklagt auf Grund der §§ 185, 186 und resp. der § 187 spreche von verleumderischer Beleidigung.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er zu Rudolf Meyer gesagt habe, Fürst Bismarck habe bei der Gründung der Centralbodenkredit-Gesellschaft Trinkgelder im Betrage von einer halben Million erhalten, antwortete der Angeklagte, er habe mit Meyer in der Töpfer'schen Restauration im Hinterzimmer gesessen und im freundlichen Gespräche habe Meyer geäußert, er habe Briefe von Wedemeyer erhalten, wonach eine halbe Million Aktien bei der Gründung der Centralbodenkredit-Gesellschaft für den Fürsten reservirt worden seien. Er habe darauf geantwortet, ihm seien aus andrer Quelle ähnliche Nachrichten zugegangen, bestreite aber, den Ausdruck „Trinkgelder" gebraucht zu haben. Im übrigen sei ein so intimes Zwiegespräch zwischen zwei Leuten im Hinterzimmer keine öffentliche Beleidigung, wie selbst das Obertribunal kürzlich einen Professor in Kiel, der in einem Auditorium einen Studenten beleidigte, wegen öffentlicher Beleidigung freigesprochen habe. Gehlsen habe ihn wiederholt aufgesucht, einmal sei er auch mit ihm zusammengetroffen, und da habe Gehlsen von ihm direkt „Material" gefordert, was er unter ausdrücklichem Tadel der Gehlsen'schen Tendenzen ablehnte. Er verwahre sich deshalb ganz entschieden dagegen, daß man diesen Mann gegen ihn in's Gefecht führe und ihn gleichsam als Mitredakteur und Mitagitator der „Deutschen Reichsglocke" hinstelle. Die Märchen von dem angeblichen starken Verkehr zwischen ihm und Gehlsen seien direkte Lügen. Später hatte ihm Gehlsen mitgetheilt, daß „die Sachen" wahr seien, der Geh. Rath Wagener sei bei ihm gewesen und habe ihm für ferneres Schweigen 15,000 Thaler geboten. Angeklagter habe ihn aber abgewiesen.

Der Staatsanwalt spricht seine Verwunderung über diese Abweisung aus, da doch Briefe des Angeklagten in der Expedition der „Reichsglocke" gefunden seien, in denen er sich zustimmend zu der Haltung des Blattes ausspreche. Gleichzeitig müsse er auf das Gerücht zurückkommen, daß Gehlsen von dem Reichskanzler empfangen worden sei; er habe sich darüber informirt und könne erklären, daß Gehlsen zwar eine Audienz bei dem Kanzler nachsuchte, dieser aber anordnete, den Menschen ein für allemal von seiner Schwelle fernzuhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Wie steht es denn aber mit der Richtigkeit der Talberla'schen Behauptung, daß die verschiedene individuelle Arbeitskraft überhaupt nicht auf durchschnittliche Arbeitskraft reduzirt und nach Arbeitszeit gemessen werden könne, sobald die durchschnittliche Arbeitskraft nicht als etwas Festes, Bestimmtes, Greifbares existire?

Die wissenschaftliche Statistik beschäftigt sich fast ausschließlich mit dem Aufsuchen von Durchschnittszahlen, deren Werth um so größer und um so sicherer anzuwenden ist, je mehr Einzelbeobachtungen das Material zu diesen Durchschnittswerthen geliefert haben. Diese Durchschnitte sind auch nichts Festes, Bestimmtes, Greifbares, sondern nur etwas Abstraktes und Schwankendes und trotzdem beruht z. B. die so mathematisch sichere Wahrscheinlichkeitsrechnung der Lebens-, Pensions- und Renten-Versicherung einzig und allein auf diesen Durchschnittszahlen.

In der Technik wird die gewaltigste, in den Dienst des Menschen genommene Naturkraft, die Dampfkraft noch heutigen Tages nach Pferdekräften bemessen und dabei angenommen, daß ein Pferd im Stande sei, eine Last von 33,000 Pfund in einer Minute einen Fuß hoch zu heben. Herr Dr. Talberla wird nun wohl wissen, daß Race, Größe, Futterzustand und Alter von Einfluß auf die Kraft eines Pferdes sind, daß also von einem Festen, Greifbaren, Meßbaren hier ebenso wenig die Rede sein kann, wie bei der Durchschnittsarbeit des Menschen. Aber noch ist es Niemanden eingefallen, die seit Einführung der Dampfmaschinen übliche Reduktion der Dampfkraft auf Pferdekräfte als unmöglich oder unsinnig hinzustellen.

Vollzieht sich denn aber nicht auch die Reduktion der so verschiedenen menschlichen Arbeitskräfte auf einen gemeinsamen Maßstab täglich vor unseren Augen? Wird die höher qualifizirte Arbeit nicht durch höheren Lohn nur als eine Multiplikation einfacher Arbeit anerkannt? Gerade Herr Dr. Talberla, der einen Vortrag über „die Löhnung nach der Arbeitsleistung" im Druck hat erscheinen lassen, wird doch nicht bestreiten können, daß z. B. der Lehrer seiner Söhne nicht nur höher qualifizirte Arbeit verrichtet, als sein Schweinehirt, sondern daß auch der Unterschied beider Arbeiten in dem dafür gezahlten Lohn anerkannt, daß der Werth der Lehrerarbeit als multiplicirte einfache Arbeit durch die multiplizirte Lohnhöhe gekennzeichnet, die Lehrerarbeit also thatsächlich auf einfache Arbeit, wie hier des Schweinehirten, reduzirt ist.

So läßt sich an all und jedem Lohnverhältniß nachweisen, daß die Reduktion der verschiedenen menschlichen Arbeiten auf einfache Durchschnittsarbeit thatsächlich schon heute vor sich geht; und doch bestreitet Herr Talberla die Möglichkeit einer derartigen Reduktion, so lange die Durchschnittsarbeit nicht als etwas Bestimmtes zu messen, sondern nur annähernd zu schätzen sei.

Dies unbegreifliche Verfahren findet nun seine Erklärung in der unwahren Behauptung, Marx habe die allgemein menschliche Arbeit nur deshalb als Werthsubstanz hingestellt und nach ihrer Zeitdauer bemessen, weil er keinen andern Maßstab finden konnte und einen solchen in sein sozialistisches System zur Vertheilung des Sozial-Ertrages unbedingt brauche.

Die ganze weitläufige Deduktion hat also nur den Zweck, einen Vertheilungsmaßstab als unbrauchbar hinzustellen, den Herr Talberla Marx anzudichten versucht. Aber nirgends hat Marx die Arbeitszeit als Maßstab für die Vertheilung des Sozialertrages aufgestellt; im Gegentheil hat er ganz ausdrücklich hervorgehoben, daß der Maßstab der Vertheilung je nach dem Culturzustande und anderen Verhältnissen wechseln werde und wechseln müsse.

Schad't nichts! Der Jude wird verbrannt!

Bei einem Gegner, der mit solchen Waffen kämpft und einen so bodenlos unwissenden Leserkreis voraussetzt, kann es nicht Wunder nehmen, daß er auch an plötzlichen Preissteigerungen eine Tauschwerthvermehrung nachzuweisen und damit die Marx'sche Werththeorie zu widerlegen versucht. Dazu wählt Herr Dr. Talberla das bei Fieberkrankheiten so beliebte Medikament Chinin.

„Nehmen wir den Artikel Chinin", ruft er pathetisch. „Seine Herstellungskosten sind stetig, wenn auch im Steigen, der quantitativen und qualitativen Verschlechterung des Rohmaterials wegen. Sein Sozialwerth aber schwankt herauf und herunter und würde auch im Sozialistenstaat schwanken, je nach der Dringlichkeit und je nach dem Umfange des Bedarfs nach Chinin. Im Jahre 1875—76 wurde Chinin durch Extrabedarf für die holländische Armee in Atchin, für die englischen und russischen Regierungen und für die Fieberkranken in den zahlreichen Inundationsflächen Europas und Amerikas, ohne daß die Herstellungskosten, die in ihm fixirte Arbeit andere geworden seien, gesellschaftlich werthvoller und Chinin stieg daher im Preise. In noch ganz anderem Umfange treten aber Schwankungen des Chininpreises in Fiebergegenden selbst ein, wenn der Bedarf danach sich plötzlich ändert, ohne daß seine Herstellungskosten, sein Arbeitswerth ein anderer geworden ist. Hieraus geht hervor, daß der Sozialwerth, Tauschwerth nicht eine untrennbare Eigenschaft der Waare ist (Ist er etwa eine trennbare Eigenschaft der Waare? Bem. d. Setzers), dergestalt, daß er sich nur verändern könnte in dem Maße, wie die zu ihrer Herstellung nöthige Menge Arbeit sich verändert."

Der einfachste Arbeiter, der Lassalle's Bastiat-Schulze aufmerksam gelesen hat, wird Hrn. Dr. Talberla das Beispiel von der winzigen Semmel in der belagerten Stadt vorführen und ihm sagen, daß in dem citirten Fall ein Monopolpreis bezahlt wird, der mit dem gewöhnlichen Preis beliebig vermehrter Waaren nichts zu thun hat, noch viel weniger aber mit dem Werthe.

Herr Talberla, der so vornehm auf Ricardo, Marx und ihre Jünger herabsieht, sollte nur erst Ricardo und Marx gründlich studiren und sich Mühe geben, sie zu verstehen, dann würde er finden, daß Ricardo wie Marx die von ihm als Regel hingestellten Ausnahmefälle in ihrer Werththeorie schon vorgesehen und berücksichtigt haben.

Ricardo sagt ungefähr:

„Der Tauschwerth aller Güter wird bestimmt durch die Menge von Arbeit, welche nothwendig auf deren Hervorbringung von denjenigen verwendet wird, welche keine besondere Geschicklichkeit besitzen und mit der Hervorbringung derselben unter den ungünstigsten Umständen fortfahren. Man versteht unter diesen ungünstigsten Verhältnissen jene, unter welchen die nothwendige Menge der Erzeugnisse es gebietet, die Hervorbringungsarbeiten fortzusetzen."

Also: unter welchen die nothwendige Menge der Erzeugnisse es gebietet, d. h. also: bei allen nicht beliebig vermehrbaren Gütern, wie bei den allerunentbehrlichsten Lebensmitteln bestimmt der Gebrauchswerth zwar nicht direkt die Höhe des Tauschwerthes, wohl aber indirekt, indem es von dem in der Gesellschaft bestehenden Bedarf abhängt, ob auch minder produktive Arbeit noch als Tauschwerth erzeugend angesehen werden muß. Bei allen beliebig vermehrbaren Gütern wird aber immer diejenige Arbeit den Werth bestimmen, welche bei der Gütererzeugung am produktivsten gewesen ist; bei all diesen Gütern wird, einzelne kurze Perioden abgerechnet, immer das Angebot schwerer in die Wage fallen, als die Nachfrage.

Also auch Ricardo hat in seiner, wenn auch noch mangelhaften Werththeorie dem Gebrauchswerth gebührend Rechnung getragen.

Aber erst die Marx'sche Theorie, welche den Werth auf die „gesellschaftlich nothwendige Arbeit" zurückführt, paßt für alle Verhältnisse; sowohl für die beliebig vermehrbaren Waaren, wie auf jeden, im Preise ausgedrückten imaginären Werth und auf alle nicht durch Arbeit vermehrbaren Güter, sobald man nur das Wort nothwendig in Bezug auf den Bedarf betont.

Es nimmt sich in der That verwunderlich aus, daß ein Mann, der den Gebrauchswerth nicht vom Tauschwerth, den Tauschwerth nicht vom Preis zu unterscheiden vermag, der glaubt, ein Ding werde deshalb zur Waare, weil es durch die Arbeit verändert oder von seiner Stelle gerückt worden sei, daß ein solcher Mann den Muth besitzt, einem Lassalle nachzusagen: „er habe jene Marx'schen Grundirrthümer über die gleiche, unterschiedslose Arbeit als Werthsubstanz mit einem kindlichen Köhlerglauben nachgebetet, um die ihn die frömmsten Gläubigen irgend welcher Religion beneiden könnten."

Mag Herr Dr. Talberla behaupten: „daß das Bewußtsein, das Rechte gewollt zu haben, tausendmal mehr werth ist, als das Beifallsjohlen des großen, oder das Applaudissement des kleinen Haufens" — was ja gewiß richtig ist — so muß er sich doch aber auch selbst sagen, daß es bei wissenschaftlichen Erörterungen nicht auf den guten Willen, sondern auf positives Wissen und vor Allem auf klares Denken ankommt und daß es nicht heißt, das Rechte wollen, wenn man dem Gegner Behauptungen in den Mund legt, die derselbe nicht aufgestellt hat.

Wenn Herr Dr. Talberla sachliche Einwendungen gegen die sozialistische Werththeorie erheben kann, werden dieselben ihrer sachlichen Widerlegung sicherlich nicht entgehen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Erfolge der Türken im Kaukasus haben die Russen auf einmal zu der Ueberzeugung gebracht, daß es ein Frevel ist, die Unterthanen des Feindes zum Ungehorsam gegen den Souverän zu reizen und die Revolution zu entfesseln. Das Petersburger Kabinet hat eine Erklärung in diesem Sinne erlassen. Wenn die Russen Rumänien zum Abfall von der Pforte zwingen, Serbien, Montenegro, die Bewohner von Bosnien und der Herzegowina zum Aufstand treiben — ja Bauer, das ist ganz was anderes!

Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz, in Armenien, scheint ein entscheidender Zusammenstoß bevorzustehn. Die Nachrichten, mit welchen wir überschüttet werden, sind zu verwirrt, unzuverlässig und widerspruchsvoll, als daß wir ein Bild der Situation entwerfen könnten.

An der Donau hat die Hochfluth eine Pause in den militärischen Operationen nothwendig gemacht.

— Der Rubel auf Reisen. Das polnische Blatt „Gazeta Narodowa" bringt folgende interessante Mittheilung: „Um etliche Diplomaten und eine Anzahl von Zeitungen für werkthätige Unterstützung der russischen Orientpolitik zu gewinnen, hat das Cabinet von Petersburg die Summe von 1,800,000 Rubel zur Disposition gestellt. Die zu bestechenden und bereits bestochenen Zeitungen theilen sich in drei Kategorien: 1. in solche, welche bedingungslos Alles schreiben müssen, worüber man sie instruirt; 2. in solche, auf deren politische Haltung man nur insoweit einen Einfluß übt, als man von ihnen eine spezifisch anti-türkische Sprache begehrt; 3. in solche endlich, denen man durch von den Botschaftern designirte Agenten einzelne Artikel zur Aufnahme zustellt. Am Besten wird selbstverständlich die erste Kategorie bezahlt. Die Anzahl der gewonnenen Blätter aller drei Kategorien beträgt: in Frankreich 16, in England 4, in Deutschland 28, in Böhmen 7, in Oesterreich 14. Auf Italien, Ungarn, Serbien, Rumänien kommen 18 Blätter; auf Polen 2. Im Ganzen also stehen bisher 89 Zeitungen im russischen Solde. 900,000 Rubel stehen außerdem noch für weitere Acquisitionen in Bereitschaft. Alles natürlich für Humanität und „christliche" Zwecke!"

So weit das polnische Blatt. Im Wesentlichen sind die Mittheilungen gewiß richtig. Die Zahl der Blätter, bei denen „der Rubel auf Reisen" Einkehr gehalten hat, ist aber jedenfalls viel zu niedrig angegeben. Wenigstens in Deutschland ist sie bei weitem höher. Oder sollte der „Rubel" beim Gros unserer Kosackenblätter incognito einkehren — als heimischer und patriotischer „Reptilienthaler"?

— Fromme Wünsche. Durch gegnerische Blätter geht folgende Notiz:

„Auf dem vorjährigen Gothaer Sozialisten-Congreß war es bekanntlich der von den Herren Liebknecht und Bebel geleiteten (!) Fraktion der sozialdemokratischen Partei gelungen (!) sich das Uebergewicht (!) über den andern Flügel dieser Partei, der seinen Hauptsitz in Berlin hat und hauptsächlich von den Herren Hasselmann und Hasenclever repräsentirt wird, zu verschaffen und das wesentlichste Ergebniß dieses Erfolges war, daß der von Hasselmann redigirte Berliner „Sozialdemokrat" einging und der Leipziger „Volksstaat" unter dem neuen Titel „Vorwärts" zum Central-Preßorgan der deutschen Sozialdemokratie erklärt wurde. Die so mit großer Mühe hergestellte „Einigung" scheint aber neuerdings wieder ein Loch bekommen zu haben, denn in der letzten Versammlung der Berliner Sozialisten, in der man die dortigen Delegirten zu dem demnächst stattfindenden Congreß in Gotha wählte, sind Anträge gestellt und angenommen, bez. den Delegirten mitgegeben worden, welche ziemlich unverhüllt auf ein Mißtrauensvotum gegen die Leitung des „Vorwärts" hinauslaufen. Die Berliner Delegirten sind beauftragt worden, in Gotha dahin zu wirken, daß Artikel, wie der neuliche „Engels contra Dühring", nicht mehr im „Vorwärts" Aufnahme finden, und dann sollen sie ferner sich dafür bemühen, daß das Berliner Sozialistenblatt „Freie Presse" mehr und mehr die Stellung eines leitenden Centralorgans innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Partei erlange. Diese Stellung beansprucht jedoch auch der Leipziger „Vorwärts" und es scheint demnach die alte Eifersucht zwischen den Berliner und den Leipziger Sozialisten nicht erloschen zu sein."

Nun, der diesjährige Gothaer Congreß, der die vollständigste Harmonie zwischen „den Berliner und den Leipziger Sozialisten" zu Tag treten ließ, wird den Verfasser obiger Notiz und die ihm verwandten Seelen eines Anderen belehrt haben. Die in der Berliner Versammlung gefaßten Beschlüsse hatten durchaus keinen feindlichen Charakter gegen den „Vorwärts", wie schon durch die eine Thatsache zur Genüge bewiesen wird, daß in dieser Versammlung einer der Redakteure des „Vorwärts" mit an Stimmeneinhelligkeit grenzender Majorität zum Congreß-Delegirten erwählt wurde. Niemand dachte daran, durch die „Berliner Freie Presse" dem „Vorwärts" Conkurrenz machen zu wollen — dem Congreß sollte bloß die Verbreitung der „Berliner Freien Presse" an's Herz gelegt werden, damit dieses Blatt sich allmählich zum politischen Hauptorgan (nicht Centralorgan) unserer Partei entwickeln könne. Der betr. Antrag war von Hasenclever, einem der Redakteure des „Vorwärts", gestellt! Was den anderen Beschluß angeht, so zielte er einfach darauf hin, daß längere wissenschaftliche Artikel, die bisher im „Vorwärts" veröffentlicht werden mußten, weil kein anderes geeignetes Organ vorhanden, in Zukunft in einer neuzugründenden wissenschaftlichen Beilage des „Vorwärts", oder selbstständigen „Revue" veröffentlicht werden möchten. Eine Partei-

Prozeß Dieß-Daber.

Vor der dritten Kriminaldeputation des hiesigen Stadtgerichts fand am 25. Mai die Verhandlung gegen den Landrath a. D. Otto Karl Richard Heinrich von Dieß zu Daber wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck statt. Den Vorsitz des Gerichtshofes führte der Stadtgerichtsrath Martius, als Beisitzer fungirten die Herren Stadtgerichtsrath Bertram und Gerichts-Assessor Dr. Nickel. Als Staatsanwalt fungirte Tessendorf, als Vertheidiger des persönlich erschienenen Angeklagten der Rechtsanwalt Dr. Quenstedt. Das Auditorium bestand fast ausschließlich aus Zeitungs-Reportern, auch das Auswärtige Amt hatte drei Stenographen entsandt.

Die Anklage basirt auf der bekannten Broschüre des Angeklagten: „Der sittliche Boden im Staatsleben" mit dem Motto: „Mit Gott und ritterlichen Waffen", in welcher u. a. eine angebliche Aeußerung des verstorbenen Herrn v. Wedemeyer ausgeführt wurde. Die „Deutsche Reichsglocke" übernahm die Stelle in einem Leitartikel „Ein industriöser Staatsmann", setzte aber statt der Bezeichnung „M." den Namen Bismarck. Der Angeklagte soll gegen diese Substituirung zwar protestirt, aber doch anderweit erzählt haben, daß Bismarck bei der Uebernahme der Aktien der Centralbodenkreditbank betheiligt sei. Außerdem registrirt die Anklage noch mehrere andere Beleidigungen des Fürsten Reichskanzlers seitens des Angeklagten. So soll er dem Schriftsteller Dr. Rudolf Meyer im Töpfer'schen Restaurant mitgetheilt haben, daß der Fürst trotz alledem an der Uebernahme der Aktien betheiligt sei, und ähnliche Bemerkungen soll er im Julitz'schen Restaurant zu Joachim Gehlsen gemacht haben. Ferner soll der Angeklagte dem Gutsbesitzer Hammerstein in Stargard gesprächsweise versichert haben, er besitze das Material zum Beweise, daß Fürst Bismarck von seinem Bankier Bleichröder über eine Million Aktien erhalten und mit 20 Prozent Aufschlag verkauft habe, was er nicht für gentlemanlike (edelmännisch) halte. Das räumt der Angeklagte als richtig ein, will aber nicht den englischen Ausdruck gebraucht haben. Dem Grafen v. Borcke auf Cannenberg soll der Angeklagte ähnliche Bedenken gegen die Gründung der Centralbodenkreditbank mitgetheilt haben, und Ende Mai v. J. im Hotel de Prusse zu Stettin in großer Erregung sich über den Fürsten ausgesprochen und dabei u. a. geäußert haben: „Ich werde den Kaiser aus den Klauen dieses Mannes befreien." Diese Aeußerung bestreitet der Angeklagte. Endlich soll der Angeklagte im Herbst v. J. auf einer Jagd in Kanitz geäußert haben: er besitze jetzt Beweismaterial genug, jetzt müsse er heran, der Fürst Bismarck müsse noch einmal so klein werden, daß er das Brod aus der Hand eines preußischen Junkers essen soll."

Diese absolut unwahren Thatsachen — resumirte der Staatsanwalt die Anklage schließlich — enthalten schwere Beleidigungen des Fürsten Reichskanzlers in Bezug auf seinen Beruf, und seien geeignet, den Fürsten verächtlich zu machen. Alle die in früheren Prozessen vernommenen Personen nochmals zu vernehmen, sei wohl nicht nöthig; der Angeklagte habe den Beweis der Wahrheit für seine Behauptungen nicht erbracht, früher sei er auf den Staatssekretär v. Thile, v. Wedemeyer und v. Blanckenburg zurückgegangen, später sich auch noch auf briefliche Mittheilungen von Blanckenburg's bezogen, in denen jedoch nichts von „bedenklichen Gründergewinnen" stehe. Der Angeklagte habe später noch behauptet, daß nach ihm von Hrn. v. Savigny gemachten Mittheilungen bei dem Bankierhause Karl Meyer v. Rothschild eine Million Aktien der Centralbodenkreditbank deponirt werden, von denen eine halbe Million für den Fürsten Bismarck reservirt sei. Rothschild habe dies jedoch eidlich bestritten. Aus allen diesen Vorgängen sei der Angeklagte demnach angeklagt, in sechs verschiedenen Fällen den Fürsten Bismarck durch Verbreitung unwahrer Thatsachen in Bezug auf seinen Beruf beleidigt und verächtlich gemacht zu haben.

In dem Inquisitorium glaubt der Angeklagte, daß durch sein ganzes offenes Verfahren von vornherein die Absicht ausgeschlossen sei, angriffsweise den Fürsten Reichskanzler zu beleidigen oder zu kränken; er hat oft genug mit dem Fürsten stundenlange Gespräche geführt und der Fürst ihm wiederholt gesagt: „Dieß, wenn Sie mal etwas gegen mich haben, dann sprechen Sie es frank und frei aus!" In diese Lage sei er gekommen, als er von zuverlässigen Leuten allerlei Gerüchte hörte, und nun habe er wiederholt ehrlich und offen den Fürsten um Aufklärung gebeten, allein der Reichskanzler sei ihm immer ausgewichen, selbst als er ihn dringend um eine Unterredung ersuchte und ihm dabei sagte: „Sie werden vielleicht künftig noch einmal sagen, der Dieß ist doch noch ein ehrlicher, biederer Mann gewesen." Durch dieses offene Verfahren, in freundschaftlichem Sinne unternommen, habe er den Fürsten nicht beleidigen wollen, auch habe der Fürst damals keinen Strafantrag gegen ihn gestellt, und wenn in Privatgesprächen unter Freunden einzelnes gesagt worden sei, was jetzt als beleidigend aufgefaßt werden soll, so sei wohl Keiner von solchem Vergehen ganz frei. Er sei also nicht in beleidigender, sondern in wohlmeinender Absicht verfahren, wie zu dem Zwecke, den Reichskanzler zu warnen.

Der Staatsanwalt. Nach seinen amtlichen Instruktionen lägen die thatsächlichen Verhältnisse doch ganz anders, und behalte er sich vor, später darauf zurückzukommen.

Der Vorsitzende konstatirt, daß von den geladenen Zeugen nur der Redakteur Dr. Rudolf Meyer nicht erschienen ist. Es erfolgte sodann die Verlesung der Stelle aus der Broschüre „Der sittliche Moment im Staatsleben", welche von der Betheiligung des „M." und des „Ungenannten" bei der Gründung der Centralbodenkredit-Gesellschaft handelt und worin von Trinkgelderbetheiligung gesprochen wird. Der Angeklagte erklärte auf Befragen, daß unter dem „M." Hr. Miquel gemeint sei und dieser Name auch ursprünglich in den Aufzeichnungen v. Wedemeyer's gestanden habe.

Staatsanwalt. Es stehe wenigstens fest, daß der Angeklagte dem Meyer und dem Gehlsen gegenüber sich dahin geäußert habe, daß unter dem „Ungenannt" der Fürst Bismarck verstanden werden müsse.

Angeklagter. Die Broschüre habe allerdings die Tendenz gehabt, den Großgrundbesitz gegen das Großkapital zu schützen; veranlaßt von Herrn v. Wedemeyer, habe er diesen Kampf gegen

conferenz, in welcher die Redaktion des „Vorwärts“ vertreten war, hatte schon 14 Tage vorher einen Beschluß in diesem Sinne gefaßt, und der Congreß hat bekanntlich seine Sanktion ertheilt.

— Zur Frage der Untersuchungshaft. In Berlin wurde kürzlich ein 14jähriger Knabe aus 61tägiger Untersuchungshaft entlassen, da seine Unschuld constatirt wurde. — War der 14jährige Knabe fluchtverdächtig? Konnte durch ihn, den Unmündigen, der Thatbestand verdunkelt worden, wenn er auf freiem Fuße blieb? Das Berliner Gericht wird die Antwort schuldig bleiben.

— Zur Sittlichkeit der Liberalen. Gegen eine größere Anzahl Redakteure liberaler Zeitungen in Berlin ist die Untersuchung eingeleitet worden wegen Verbreitung unsittlicher Inserate. Ein Redaktionsmitglied der liberalen „Hamburger Reform“ wurde kürzlich wegen Verkaufs unsittlicher Schriften in Haft genommen. Derselbe war schon früher wegen solchen schmutzigen Handels bestraft worden, dennoch nahm ihn das liberale Blatt in die Redaktion. Nicht wahr, Herr v. Unruh, Sie liberaler Schäfer, der Liberalismus ist der Beschützer der Heiligkeit der Ehe?

— Die Harmonieflöte des Dr. Hirsch hat einen weiteren Riß bekommen; kaum, daß sein edler Compagnon Duncker in recht unharmonischer Weise vom Schauplatz der Oeffentlichkeit verschwunden ist, so sagt sich auch der Ortsverein der Berliner Maschinenbauer, dessen meiste Mitglieder im 6. Berliner Wahlkreise wohnen, vom braven Märchen los; das Centralrathsmitglied Andreak ist ausgeschieden. So folgt Schlag auf Schlag — doch der eitle Marx tröstet sich, er hat ja einen Reichstagssitz erjagt. Daß die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine keine Zukunft hatten, war vorauszusehen; wo sich die ganze Agitation um den materiellen Vortheil dreht, wo jede Begeisterung, jede höhere Anschauung fehlt, da kann eine Bewegung nicht aufblühen. Doch daß dies Alles so schnell kam, das hätten wir selbst kaum gedacht.

— Ueber die Verhandlungen des schweizerischen Arbeitercongresses in Neuenburg ist noch nachzutragen, daß in Betreff des Fabrikgesetzes, gegen welches die Fabrikanten zur Zeit eine eifrige Agitation in Scene gesetzt haben, folgender Antrag Vogelsanger's einstimmige Annahme fand. „Der Congreß stimmt der Resolution der Züricher Arbeiterlandsgemeinde bei und erklärt es als hohe Pflicht der organisirten Arbeiter, den Machenschaften der Fabrikanten, die sich nicht schämen, bei der Unterschriftensammlung einen Druck auf ihre Arbeiter auszuüben, mit aller Kraft entgegenzuwirken. Die beiden Centralausschüsse des Arbeiterbundes und des Grütlivereins sind beauftragt, eine planmäßige Agitation einzuleiten, an allen geeigneten Orten Versammlungen zu veranstalten, die durch tüchtige Redner beschickt werden, und eine Flugschrift zur Aufklärung über das Fabrikgesetz gratis unter das Volk zu vertheilen. Seitens des Schweizerischen Arbeiterbundes soll zur Deckung der Agitationskosten ein Extrabeitrag von 50 Cts. eingezogen werden. Gleichzeitig mit der Agitation für das Fabrikgesetz soll auch dahin agitirt werden, daß das Haftpflichtgesetz auch auf die Arbeiter außerhalb der geschlossenen Räume Anwendung finde.“

Der Congreß beschloß ferner, den allgemeinen Sozialisten-Congreß in Belgien durch einen Delegirten zu beschicken. Zum Delegirten wird Greulich und im Verhinderungsfalle als Ersatzmann Joh. Phil. Becker gewählt.

Der Congreß schickte dem vlämisch-belgischen Arbeiter-Congreß in Mecheln ein brüderliches Begrüßungs-Telegramm und erhielt eine ebenso brüderliche Antwort mit der Nachricht, daß die „Sozialistische Arbeiterpartei“ gestiftet sei. Außerdem erhielt der Congreß eine große Zahl von Telegrammen und Zuschriften von Arbeiterbundes- und Grütlivereins-Sektionen, von einer Typographia-Sektion (Biel) und von Privaten. Das Interesse am Congreß war ein wahrhaft allgemeines und der Verlauf des Congresses hat die Hoffnungen und Erwartungen aller Gesinnungsgenossen erfüllt.

Erklärung.

In dem Congreßbericht der Berliner „Volkszeitung“ heißt es: „Liebknecht erklärt — er (Liebknecht) habe gegen die Geburtsfeier Lassalle's im „Vorwärts“ gewirkt, weil es Lassalle's unwürdig sei, ihn bei jeder Gelegenheit zu feiern. Der „Vorwärts“ habe sich dies für den Todestag Lassalle's vorbehalten.“

Dazu bemerkt die Redaktion der „Berliner Volkszeitung“ in einer Klammernotiz: „(Hasenclever und Liebknecht sind die Redakteure des „Vorwärts.“ Aus der Erklärung L.'s geht nun deutlich genug hervor, daß Hasenclever die Lassalle-Feier nicht „vergessen,“ sondern daß Liebknecht ihm dieselbe gewissermaßen untersagt hat. Die Red.)“

Ich habe nicht gesagt, daß ich gegen die Geburtsfeier Lassalle's im „Vorwärts“ gewirkt habe. Ich habe gesagt, daß ich keinen Artikel zur Feier des Geburtstags Lassalle's gebracht, weil ich dies aus den von mir entwickelten Gründen nicht für zweckmäßig gehalten habe.

Ich habe weiter gesagt, daß wenn Hasenclever, der damals abwesend war, einen derartigen Artikel geschickt hätte, dieser selbstverständlich aufgenommen worden wäre; und ich habe hinzugefügt, daß während unseres Zusamn anwirkens in der Redaktion des „Vorwärts“ nie auch nur die leiseste Differenz zwischen Hasenclever und mir stattgehabt hat.

Ich bedauere, der Berliner „Volkszeitung“, der in der Person ihres Patrons Duncker so schweres Leid widerfahren ist, eine harmlose Freude verderben zu müssen.

Leipzig, den 31. Mai 1877.

W. Liebknecht.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

(Fortsetzung.)

Die Vormittagssitzung vom 28. Mai wurde um 8 Uhr früh von Hasenclever mit verschiedenen geschäftlichen Mittheilungen eröffnet. Dieser Sitzung wohnte auch der bekannte Polizeidirektor von Leipzig, Herr Rüder, auf der Zuhörertribüne bei. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ beantragte Blos anläßlich dessen „alle Nichtsozialisten vom Congreß auszuschließen“. Dem gegenüber beantragte Hasenclever: „alle freiwilligen, beziehentlich unfreiwilligen Agitatoren für die sozialistische Sache als willkommene Gäste zu begrüßen“. (Große Heiterkeit.) Dieser letztere Antrag gelangte ohne jede weitere Debatte zur Annahme. — Herr Rüder reiste Mittags wieder von Gotha ab, er hatte seine agitatorische Thätigkeit für den Sozialismus vorläufig erfüllt.

Es wurde zunächst eine Organisationskommission gewählt, der der Gegenstand der Tagesordnung: „Die sozialistischen Organisationen in Deutschland“ zur Vorberathung überwiesen wurde. Gewählt wurden in dieselbe: Auer, Derossi, A. Kapell, Tölcke, Fritzsche, Hasselmann und Kiefer.

Der Congreß trat dann in die Berathung derjenigen Anträge ein, welche sich auf die Agitation bezogen. Kapell und Hörig beantragen, daß alle derartigen Anträge dem Centralwahlcomité zur Berücksichtigung zu überweisen seien.

Es entspinnt sich eine lebhafte Diskussion, bei welcher einerseits Redner verlangt werden, andererseits die Unmöglichkeit, solche in gewünschter Menge zu beschaffen, konstatirt wird. So zahlreich die in den Reihen der Sozialdemokratie vorhandenen agitatorischen Kräfte sind, ebenso sehr sind dieselben beständig mit Arbeit überbürdet.

Ein Uebelstand ist es aber, daß man allenthalben sozialistische Reichstagsabgeordnete und sonstige „Zugreferenten“ verlangt, und daß die jüngeren Kräfte nicht genügende Verwendung finden. Die rapiden Fortschritte, welche die Sozialdemokratie in der jüngsten Zeit gemacht hat, und welche sie noch immer macht, fordern mit zwingender Nothwendigkeit, daß alle Kräfte in Aktion treten; das Staatmachen mit Reichstagsabgeordneten u. dgl. ist sogar prinzipwidrig und führt zum Personenkultus. Diese und ähnliche Gesichtspunkte werden von verschiedenen Rednern herausgekehrt und sodann nach Ablehnung mehrerer Anforderungen dem Antrage Kapell und Hörig gemäß beschlossen.

Ferner wurde der Antrag angenommen, eine kleine Agitationsschrift auszuarbeiten, welche besonders auf die Landbevölkerung berechnet sei; dieselbe muß in leichtfaßlicher Weise die Verhältnisse der Landbevölkerung behandeln.

Ohne Debatte wird der Vorschlag genehmigt: In Anbetracht der Maßregelungen des Fabrikannten Krupp in Essen, wodurch alle Agitation daselbst lahm gelegt ist, wird dem Centralwahlcomité anheimgegeben, 70—90 Mark pro Monat für eine Agitation in Essen aufzuwenden.

In der Nachmittagssitzung desselben Tages, die um 5 Uhr eröffnet wurde, kam ein Antrag der Hamburger Genossen zur Verhandlung, daß die Redakteure des Centralorgans der deutschen Sozialdemokratie mit auswärtigen Agitationen nicht belastet werden mögen; ausgenommen sollen nur Wahlagitationen sein, bei welchen die betreffenden Redakteure als Candidaten figuriren. Hörig begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Thatsache, daß Jemand, der bald hier-, bald dorthin reisen soll, nicht im Stande sein könne, ein Blatt gut zu redigiren.

Liebknecht und Hasenclever halten es für absolut nothwendig, daß die Redakteure der Parteiblätter von der Agitation so viel als möglich entlastet werden, da sie durch dieselbe geistig aufgerieben und leistungsunfähig gemacht werden. Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag auf Herausgabe einer Broschüre über das Parteiprogramm findet seine Erledigung durch die Erklärung Liebknecht's, daß er demnächst eine entsprechende Arbeit liefern werde.

Mehrere Genossen wünschen die Colportage-Verhältnisse einheitlich geregelt zu sehen. Gegenwärtig gewähren die verschiedenen Buchhandlungen, welche sozialistische Schriften im Verlag haben, Prozente in ungleicher Höhe, so daß sie einander oft förmlich Konkurrenz machen.

Es wird betont, daß den Colporteuren ein nicht unbeträchtlicher Rabatt gewährt werde müsse, da sonst kein Mensch beim Broschürenvertrieb bestehen könne. Andererseits heben mehrere Redner hervor, daß die Preise der Agitationsschriften sich ganz nach den Verhältnissen, unter welchen sie erscheinen, richten, und daß daher auch kein gleichmäßiger Rabatt gewährt werden könne. Durch Uebergang zur Tagesordnung wird auch dieser Antrag erledigt.

Mehrseitig wird nun bemängelt, daß viele sozialistische Broschüren zu theuer verkauft werden, ja daß sogar einige Colporteure sich Extraaufschläge erlauben. In letzterer Beziehung beantragt Rackow, daß den Colporteuren ein derartiges Vorgehen verboten werden möge. Bebel u. A. beantragen, daß stets der Verkaufspreis auf den Umschlägen der betr. Broschüren vermerkt werden soll. Beide Anträge werden angenommen.

(Schluß der Sitzung Abends 8 Uhr.)

In der nächsten Nummer bringen wir die Verhandlungen des letzten Tages. Wir wollen heute aber schon bemerken, daß der Congreß einen überaus günstigen Eindruck auf alle Theilnehmer gemacht hat. Geschlossen wurde derselbe Dienstag Nachts 1 Uhr mit einem Hoch auf die Sozialdemokraten aller Länder.

An den Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands sind eine Anzahl Zuschriften von Sozialisten des Auslands eingelaufen, die wir hiermit veröffentlichen:

I.

Brüssel, den 26. Mai 1877.

Bürger und Freunde! Im Namen der Sozialisten Belgiens senden wir Euch unsern brüderlichen Gruß. Auch wir wollen, wie Ihr, den Kampf gegen die soziale Ungleichheit auf politischem und ökonomischem Gebiete aufnehmen. — Seit den letzten Congressen, die in Belgien von Arbeiter-Delegirten des ganzen Landes in Gent und Mecheln abgehalten wurden, sind wir mehr als je mit den Zielen und Auffassungen unserer deutschen Brüder einverstanden.

Nachdem wir viele Jahre hindurch uns der Betheiligung an politischen Fragen enthalten, haben wir jetzt fast einstimmig erkannt, daß wir damit nur unsern Gegnern in die Hände gearbeitet haben; heute sind wir entschlossen, denselben Weg zu verfolgen, wie Ihr, und wollen gleichfalls in die politische Arena herabsteigen. Nur ist das für uns schwieriger als für Euch, denn wir haben noch kein direktes allgemeines Wahlrecht. Aber gleichviel! Grade die Erkämpfung des allgemeinen Stimmrechts soll der erste Schritt sein auf diesem neuen Wege, den wir betreten.

Schon hat sich in unserem gesetzgebenden Körper eine Stimme für die Proklamirung des allgemeinen Wahlrechts erhoben — die unseres Abgeordneten für Berg (Mons) Defuisseau.

Unser soeben in Brüssel von dem Kleinbürgerthum — der Arbeiter ist in Belgien nicht wahlberechtigt — erwählter sozialistischer Deputirte Janson wird nicht zögern, sich diesen Forderungen anzuschließen, wenigstens hat er sich seinen Wählern gegenüber dazu verpflichtet. Aber nicht allein in Bezug auf den Weg, den wir zu verfolgen haben, sind wir mit Euch völlig einverstanden, auch unsere sozialen Ideale sind dieselben. Auch wir sind der Ansicht, daß zur Befreiung der Arbeit die Verwandlung der Arbeits-Instrumente, des Kapitals und des Grund und Bodens in Gesammt-Eigenthum der Gesellschaft absolut nöthig ist.

Um dahin zu gelangen, halten wir die Intervention des Staates, der die Gesammtheit vertritt, sowie der einzelnen Gewerke, dieser vernunftgemäßen Organisation der Arbeiter, für nothwendig. Während das arbeitende Volk aber seine ökonomische Organisation, seine Gewerkschaften entwickelt, kämpft er auch auf politischem Gebiete für eine Reform der Gesetze und für die Aufrichtung des Volksstaats — ein Ziel, das den Blämingen und Deutschen gleich theuer ist.

Eins mit Euch in unsern Ideen, unseren Zielen, wünschen wir Euch die besten Erfolge! — Muth, deutsche Brüder!! Ganz Europa — nein die ganze civilisirte Welt blickt erwartungsvoll auf Euch, denn Eure Sache ist die des Proletariats der ganzen Welt, ist die der Menschheit!! —

Im Auftrage der Brüsseler Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Belgiens:

Die provisorischen Sekretaire:

Eugène Steens. (Rue Frère-Orbon.) Dr. De Paepe. (Rue Bueren 18.)

II.

Deutsche Brüder! Die Arbeiterkammer, in welcher sämmtliche Arbeitervereine und Arbeiterorganisationen Brüssels vertreten sind, sendet den Delegirten des Gothaer Congresses ihre brüderlichen Grüße. Das alte Europa ist in Bewegung, die Bourgeoisparteien wissen nicht mehr, wie sie die Blicke des Volks von seinen wahren Zielen und auf sich selbst ziehen sollen. In diesem Augenblick befinden wir uns inmitten einer industriellen Krise, deren traurige Wirkungen sich in der ganzen Welt fühlbar machen.

Ein furchtbarer Krieg, dessen Folgen noch furchtbarer sein werden, hat soeben begonnen: wohin wir blicken herrscht Anarchie.

Es sind das die traurigen Früchte des Bourgeoisie-Regiments, der schlechten Einrichtungen, unter denen wir leiden.

Deutsche Brüder! Die Aufgabe des Proletariats aller Länder ist eine große. Arbeiten wir fortwährend und unentwegt an der Verbreitung unserer Ideen! Durch den düstern Schleier, welcher den Horizont bedeckt, fällt schon ein Lichtstrahl hindurch, der mehr und mehr Helle verbreitet. Die alte Welt, in ihren Grundfesten erschüttert, muß bald in Trümmer zerfallen.

Deutsche Brüder! Mit immer wachsender Befriedigung sehen wir Euch am Werke, unsere Blicke sind auf Euch gerichtet, wir sehen, wie Ihr trotz aller Verfolgungen nicht einen Moment aufhört, für das Wohl der Menschheit zu kämpfen.

Wir wünschen Eurem Congreß den besten Erfolg und senden Euch unsere brüderlichen Grüße.

Brüssel, 18. Mai 1877.

Für die Arbeiterkammer:
Louis Bertrand, Sekretair.

III

Gent, 26. Mai 1877.

Werthe Parteigenossen! Die Gent'schen Arbeiter senden Euch, Deutsche Brüder, im Congreß zu Gotha vereinigt, ihren Bruder-

---

das Großkapital und für den Großgrundbesitz aufgenommen, wobei aber zwischen ihm und von Wedemeyer von vornherein ausgemacht worden, daß jedes persönliche Interesse ausgeschlossen und deshalb auch kein Namen genannt werden dürfe, sondern nur ein „N.“ gesetzt werden könne, gleichsam als avis au lecteur für den, der sich getroffen fühle. Er gebe zu, daß er nach dem Erscheinen des Blanckenburg'schen Briefes darüber aufgeklärt war, daß von Wedemeyer sich in Bezug auf die Höhe der Betheiligung des Fürsten im Irrthum befand; er habe dabei die positive Ueberzeugung gehabt, daß etwas daran sei und habe dem Fürsten Bismarck einen Avis geben wollen, daß der Grundbesitz schwer geschädigt werde.

Der Staatsanwalt glaubt zugeben zu können, daß der Brief Blanckenburg's zu Mißverständnissen veranlassen könne; es liege aber gar kein Grund vor, ohne jede Recherche Behauptungen in die Welt zu setzen, die den ersten Diener des Staats in so grober Weise beleidigen. Wenn Herr v. Blanckenburg nach Auseinandersetzung des angeblichen Vorgangs mit den Aktien und der Kursverschiebung schließlich sagte: „Wo liegt da ein bedenklicher Gründergewinn?“ so hätte der Angeklagte doch zunächst darauf verweisen sollen, daß die Richtigkeit der Darstellung vorausgesetzt, allerdings ein bedenklicher Gründergewinn vorliege.

Angeklagter. Das habe er allerdings Herrn v. Blanckenburg gegenüber gethan, und wenn sich beweisen ließe, daß der Fürst Aktien der Centralbodenkredit-Gesellschaft zum Kurse von 108 erhielt, so liege darin der Gründergewinn, denn thatsächlich seien die Aktien zu diesem Kurse niemals gehandelt worden.

Bei den weiteren formellen Feststellungen bittet u. A. der Angeklagte den Vorsitzenden, ihn gegen den vom Staatsanwalt mehrfach gebrauchten Vorwurf der Verläumdung zu schützen; er sei angeklagt auf Grund der §§ 185, 186 und 187 spreche von verleumderischer Beleidigung.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er zu Rudolf Meyer gesagt habe, Fürst Bismarck habe bei der Gründung der Centralbodenkredit-Gesellschaft Trinkgelder im Betrage von einer halben Million erhalten, antwortete der Angeklagte, er habe mit Meyer in der Töpfer'schen Restauration im Hinterzimmer gesessen und im freundlichen Gespräche habe Meyer geäußert, er habe Briefe von Wedemeyer erhalten, wonach eine halbe Million Aktien bei der Gründung der Centralbodenkredit-Gesellschaft für den Fürsten reservirt worden seien. Er habe darauf geantwortet, ihm seien aus andrer Quelle ähnliche Nachrichten zugegangen, bestreite aber, den Ausdruck „Trinkgelder“ gebraucht zu haben. Im übrigen sei ein so intimes Zwiegespräch zwischen zwei Leuten im Hinterzimmer keine öffentliche Beleidigung, wie selbst das Obertribunal kürzlich einen Professor in Kiel, der in einem Auditorium einen Studenten beleidigte, wegen öffentlicher Beleidigung freigesprochen habe. Gehlsen habe ihn wiederholt aufgesucht, einmal sei er auch mit ihm zusammengetroffen, und da habe Gehlsen von ihm direkt „Material“ gefordert, was er unter ausdrücklichem Tadel der Gehlsen'schen Tendenzen ablehnte. Er verwahre sich deshalb ganz entschieden dagegen, daß man diesen Mann gegen ihn in's Gefecht führe und ihn gleichsam als Mitredakteur und Mitagitator der „Deutschen Reichsglocke“ hinstelle. Die Märchen von dem angeblichen starken Verkehr zwischen ihm und Gehlsen seien direkte Lügen. Später hatte ihm Gehlsen mitgetheilt, daß „die Sachen“ wahr seien, der Geh. Rath Wagener sei bei ihm gewesen und habe ihm für ferneres Schweigen 15,000 Thaler geboten. Angeklagter habe ihn aber abgewiesen.

Der Staatsanwalt spricht seine Verwunderung über diese Abweisung aus, da doch Briefe des Angeklagten in der Expedition der „Reichsglocke“ gefunden seien, in denen er sich zustimmend zu der Haltung des Blattes ausspreche. Gleichzeitig müsse er auf das Gerücht zurückkommen, daß Gehlsen von dem Reichskanzler empfangen worden sei; er habe sich darüber informirt und könne erklären, daß Gehlsen zwar eine Audienz bei dem Kanzler nachsuchte, dieser aber anordnete, den Menschen ein für allemal von seiner Schwelle fernzuhalten.

(Fortsetzung folgt.)

gruß und hoffen, daß Eure Berathschlagungen für die sozialistische Idee vom besten Erfolg gekrönt sein werden. Zugleich berichten wir Euch, daß die „Vlämische sozialistische Arbeiterpartei" Sonntag, den 20. Mai, in Mecheln gegründet worden ist, und daß die vlämischen Arbeiter Alles, was möglich ist, thun werden, um sie kräftig und dauernd zu machen. Auch melden wir Euch, daß Sonntag, den 20. Mai, auf dem halbjährlichen Congreß der belgischen internationalen Arbeiter zu Jemappes beschlossen wurde, einen allgemeinen sozialistischen Welt-Congreß zu Gent abzuhalten. Wir hoffen, daß die deutsche Sozialdemokratie auf demselben in einer Weise vertreten sein wird, die ihrer Bedeutung entspricht. Die Gent'schen Sozialisten werden ihrerseits Alles thun, um den Abgeordneten der Männer, die mit uns leiden und kämpfen, einen würdigen Empfang zu bereiten. Das Circular, welches Ihr binnen wenigen Tagen erhalten werdet, wird Euch weiteren Aufschluß geben.

Möge inzwischen das beste Einvernehmen in Eurem Congreß herrschen, auf daß er gute Früchte trägt.

In der Hoffnung, Viele von Euch im September in unserer Mitte zu sehen, rufen wir Euch ein herzliches Glückauf! zu.

Im Namen der Gent'schen Abtheilung der Internationalen Arbeiter-Assoziation:
Edmond Vanbeveren. Edouard Anseele.

IV.

Genossen! Wir ergreifen die Gelegenheit, Euch im Namen der sozialistischen Partei Portugals zu dem schönen Ergebniß Eures letzten Wahlkampfs und der großartigen Entwickelung Eurer Partei zu beglückwünschen, welche ja auch die unsere, ja die aller Sozialisten der Welt ist. Obgleich die Arbeiter heute noch in dem Rahmen der Nationalität sich bewegen, so kennt doch ihr Denken, so kennt doch ihr Ziel keine Grenzen, ist überall dasselbe, — die Meinungsverschiedenheiten des Proletariats sind im Grunde nur einfache Formfragen, erzeugt durch die besonderen sozialen Verhältnisse oder durch zufällige Persönlichkeiten. Die Hauptsache, Freunde! ist: daß das gesammte Proletariat, so weit seine Vernunft nicht gefesselt, die gleichen Bedürfnisse, die gleichen Bestrebungen hat. Gerade das ist uns der beste Beweis für den unaufhaltsamen Sieg unserer Sache. Setzen wir kühn und entschlossen den Kampf fort! Ihr marschirt an der Spitze der Armee der Ausgestoßenen, der Opfer der Gesellschaft. Also Muth!

Den 15. Mai 1877.

Der Centralrath der Sozialisten-Partei Portugals.
Im Namen und Auftrag des Ausschusses
Azedo Guecco.
Agostinho Jose la Silva.
Antonio Joaquim de Oliveirez.
Antonio Lucio Fazenda.

Aus Rumänien.

— 26. Mai 1877.

Die Mission, die stammverwandten slavischen Brüder vom Türkenjoche zu erlösen, welche die vom „humanen" Eifer beseelten Russen übernommen haben, scheint vom Himmel wenig begünstigt zu sein, da er die ganze Zeit über Thränen weint und das ganze rumänische Operationsfeld durch fortwährenden Regen überschwemmt; es regnet seit Wochen fast ununterbrochen*), der Boden ist durchweicht, sodaß jede Fortbewegung fast zur Unmöglichkeit geworden ist. Der Aufmarsch der russischen Armee verzögert sich dadurch ungemein. Die Bahn, an vielen Stellen unterbrochen, muß beständig frisch in Stand gesetzt werden, da jede Reparatur durch neue Ueberschwemmungen zerstört wird. Die armen Soldaten sind daher meist nur auf Fußmärsche angewiesen, was bei der gegenwärtigen Beschaffenheit des Bodens nicht gerade angenehm sein muß. Die Leute sehen darum auch erbärmlich aus und ein großer Theil muß den Strapazen unterliegen.

Gestern, als ich am Bahnhof war, fand ich einen Offizier am Perron der Länge nach hingestreckt sich vergnüglich thun, das Publikum amüsirte sich an dem Anblick dieses braven Mannes, dagegen schien der eben eintreffende General darüber wenig erbaut und beorderte 2 Mann, ihren Vorgesetzten aufzurichten und in eine Droschke zu bringeu, um ihm ein passenderes Lager anzuweisen; der Offizier, damit nicht einverstanden, wollte durchaus seinen Platz behaupten und die dadurch entstandenen Differenzen fingen an sehr ungemüthlich zu werden. — Solche Szenen gehören jetzt hier nicht mehr zu den Seltenheiten.

Inzwischen sucht Rumänien seinem moskowitischen Verbündeten nachzueifern und für das angehäufte Kriegsmaterial geeignete Verwendung zu finden. Es hat sich von der Türkei für unabhängig erklärt, um als selbstständiger Staat mit seinem bisherigen Souzerän anbinden zu können. Die Rumänen sind aber nichts weniger als kriegslustig, sie verhehlen sich nicht, daß es eine riskante Sache ist, mit Schießgewehren und dergleichen gefährlichen Dingen umzugehen; sie bestreben sich möglichst, im Hintergrunde zu bleiben und den befreundeten Russen den Vorrang zu lassen. Die von der Regierung angeordnete Rekrutirung geht hier in der kürzesten und formlosesten Weise vor sich. Eine Commission, bestehend aus einigen Sergeanten und Communalbeamten, sucht die öffentlichen Straßen, Plätze, Gast- und Cafehäuser ab und nimmt jeden ihr in den Weg kommenden Mann, der halbwegs militärfähig zu sein scheint, mit sich, um ihn der Armee einzureihen.

Da sich hier sehr viele Ausländer stabil aufhalten, haben die fremden Consuln beständig zu thun, die Angehörigen ihres Staates zu reklamiren, wer aber nicht das Glück hat, durch Protektion oder sonstige Verwendung sich von der rumänischen Militärbehörde frei zu machen, der wird eingekleidet und in die Kaserne expedirt. — In der Stadt sowohl wie auf dem Lande werden Requisitionen vorgenommen. Doch geschieht das hier zu Lande ungeregelt, es herrscht dabei echt rumänische Willkür, und in der Regel wissen sich die Wohlhabenden von diesen Lasten zu befreien, theils durch Protektion, theils durch Privatabmachungen mit den amtirenden Organen. So sehr das Land durch den Kriegszustand zu leiden hat, und so sehr jeder Einzelne direkt und indirekt in seinen Verhältnissen geschädigt ist, ist die Stimmung der Bevölkerung doch eine ziemlich normale, so weit man dies aus den sich regelmäßig wiederholenden Judenprügeleien schließen darf. Der Rumäne kann es einmal nicht unterlassen, seine Tapferkeit an den wehrlosen Juden zu beweisen. Als Gegendienst haben die Judengemeinden einen Aufruf erlassen, in welchem zur Beschaffung von Charpie für die „tapfere rumänische Armee", „unsere braven Soldaten", aufgefordert wird, und in welche jüdische Familie man heute auch kommt, findet man das schöne Geschlecht eifrigst Charpie zupfen.

*) Vergleiche die Correspondenz: „Aus Rumänien" in voriger Nummer, in welcher das Gegentheil behauptet wird. Bemerken wollen wir, daß die Angaben des Verfassers der heutigen Correspondenz (und auch der in Nr. 58) insofern bestätigt werden, als von den niederen Donauländern große Ueberschwemmungen infolge starker Regengüsse signalisirt werden. R. d. R.

Bis jetzt verlautet noch nichts von einer eigentlichen Action, der Aufmarsch und die Concentrirung geben noch viel zu schaffen und man glaubt, daß Ende nächster Woche, wenn der Czar im Hauptquartier in Ploesti eingetroffen sein wird, der Uebergang über die Donau versucht werden wird; bei dem gegenwärtigen Wasserstand der Donau dürfte das keine leichte Aufgabe sein; man scheint sich darüber auch keiner Illusion hinzugeben. Sanitätswagen und Ambulancen mit dem rothen Kreutz werden massenhaft nach Galatz, Braila und Bukarest expedirt. —

Correspondenzen.

Wien, 26. Mai. Wenn man stets dasselbe Thema berührt, so wird das auf die Dauer langweilig, aber aus Oesterreich giebt's einmal nichts Anderes zu berichten, als über den Nothstand und die Verfolgungen der Partei. Unter den vielen Anzeichen des erstern mag nicht das Unwichtigste der Umstand sein, daß vom 1. Januar d. J. bis heute in ganz Wien 9 — sage neun — Neubauten begonnen wurden! So oft ein Bau begonnen wird, umdrängen den Bauplatz Schaaren von Menschen, die sich anbieten, um jeden Preis zu arbeiten.

Aber geschieht ihnen schon recht! Die Arbeiter sind schuld an den schlechten Zeiten, da sie während des wirthschaftlichen Aufschwunges nicht sparten. Wer es nicht glaubt, dem sagt es Graf Lamezan. „Hätte man es verstanden, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen, so würde man nicht gezwungen sein, zu klagen, daß die damalige Ausbeutung Ursache sei, daß heute die Geschäfte so flau gehen." Daß die Sozialisten nicht der Ausbeutung, sondern der Ueberproduktion das Hereinbrechen der Krisis zuschreiben, kümmert den edlen Grafen nichts, ebenso wenig der Umstand, daß der Staat flugs bei der Hand war, als es galt, den bedrängten Millionären, die doch auch hätten „sparen" können, ihre Milliönchen zu erhalten.

Die weiteren Begriffsverwirrungen „unseres Tessendorf", die er sich neuerdings bei der Schwurgerichtsverhandlung gegen das Buchdruckerorgan „Vorwärts" am 19. d. M. zu Schulden kommen ließ, will ich unerörtert lassen, an derlei sind wir schon gewöhnt. Werthvoll aber ist sein Geständniß bei dieser Gelegenheit, daß ein Fabrikant in Asch den Lohn von 1 Gulden auf 60 Kreuzer per Stück herabgesetzt habe. Entgegen den Lügentelegrammen der liberalen Blätter, die Arbeiter hätten eine Lohnerhöhung verlangt, ist dies deutlich genug. Einige gestanden allerdings verschämt eine Lohnreduzirung von 40 Kreuzern ein, aber man hätte auch glauben können, es sei dies ein Abzug vom Wochenlohn, und das wäre immer nicht so fürchterlich. Aber es ist eine Lohnherabsetzung von 40 Prozent! Und das von einem Lohne, der bisher kaum hinreichte, den Arbeiter vor dem schnellen Verhungern zu schützen.

Aber nicht allein das. Die Arbeiter verlangten in ihren Forderungen von dem Fabrikanten Geipel nicht nur Herstellung des bisherigen Lohnes, sondern auch das Versprechen, sie fernerhin nicht mehr mißhandeln und sie als Menschen betrachten zu wollen! Dies war also bis dahin nicht geschehen. Das Alles konnte wohl genug Grund zur Unzufriedenheit geben, aber Graf Lamezan meint, wenn ein Arbeiter sammt Familie mit 60 Kreuzern nicht leben kann, seien die sozialistischen Blätter daran schuld. Der durchschnittliche Wochenverdienst betrug in der Geipel'schen Fabrik 4 Gulden! Die 40 Prozent Lohnreduzirung hätten also den Lohn auf 2 Gulden 40 Kreuzer verringert! Aber da sind es die Blätter sozialistischer Tendenz, welche also die Arbeiter verblenden und aufreizen.

Das Gräflein ist übrigens wieder einmal 'reingefallen, der „Vorwärts" wurde von den Geschworenen freigesprochen. Da mit den Geschworenen nichts anzufangen ist, sucht man die Sozialisten vor Berufsrichter zu bringen; zu diesem Behuf hat man gegen sämmtliche in dem Gasthause bei der Gelegenheit Anwesende (Schapira wurde dabei ausgewiesen) die Anklage wegen Vergehens der Geheimbündelei erhoben. Es ist zu lächerlich! Die Berufsrichter müssen unsere Genossen ebenso freisprechen, wie den „Vorwärts" die Geschworenen, weil zu einer Verurtheilung doch wenigstens der Schein des Rechts gehört. Die Wiener Geschworenen sind auch nicht sozialistisch, aber sie mußten den „Vorwärts" freisprechen, wenn sie sich nicht blamiren wollten.

Die Grazer Geschworenen haben diese Gefahr zwar seiner Zeit nicht gescheut und Tauschinsky und Consorten schuldig gesprochen; aber die Grazer scheinen auch rare Leute zu sein. Nach einem Telegramm aus Graz vom 25. Mai wurde der Werksdirektor August Wittich in Schachner's Spiritusfabrik, obgleich er geständig war, einen renitenten Arbeiter in heftiger Zornesaufwallung mit einem Stück Holz todtgeschlagen zu haben, von den Geschworenen von der Todtschlags-Anklage einhellig freigesprochen.

Ein Proletarier, der nach Idealen strebt, wird mit mehrjähriger Kerkerhaft „bestraft", der geständige Mörder eines Arbeiters bleibt straflos! Wie viel fehlt noch, daß auch unsere Mastbürger, gleich jenen Römern, ihre Muränen mit Sklavenfleisch füttern? S.

Gotha, den 28. Mai. Generalversammlung der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei. Vertreten sind 47 Mitglieder. Es wird beschlossen, vom Reingewinn des Geschäftsjahres 1876 bis 1877 im Betrage von Mark 6114,57 zunächst laut Statut 10 pCt. dem Reservefond gut zu schreiben, weiter den Inhabern der Voll-Antheilscheine 6 pCt. Dividende zu gewähren, dann Mark 1939,00 verschiedenen Debitoren gutzuschreiben, weiter Mark 1500,00 dem Aufsichtsrath zur Verfügung zu stellen und den Rest dem Reservefond zu überweisen. Auf Antrag Fritzsche's wird dem Vorstande Decharge ertheilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: H. Ramm, Leipzig, 1. Vorsitzender, J. Motteler, Stellvertreter, Chr. Hablich, Kassirer.

Stollberg. (Abrechnung des Reichstags-Wahlcomités.) Einnahme der Centralkasse des 19. Wahlkreises. Im Septbr. aus Pfannenstiel M. 3,00, Hamburg 50,00; im Oktbr. ein Darlehn 12,00, Stollberg 5,00, Jahnsdorf (d. Thalheim) 2,00, Geyer 1,50, Schneeberg 1,75; im Dezbr. d. Liebknecht 49,70, do. 50,00, do. 200,00, aus Geyer 0,55, Bielau 5,11, Mülsen 1,00; im Jan. 1877 d. Liebknecht 20,00, aus Auerbach 5,00, Ursprung 3,00, Hamburg 50,00; im Febr. aus Schneeberg 24,00, Geyer 1,25, Hamburg 44,00, do. 75,00. Sa. aller Einnahmen 603,86.

Ausgabe des Centralwahlcomités im Auszug. An Porto, Schreibmaterial, Depeschen 2c. 58,62, Annoncen 8,01, das Lokalcomité Geyer 35,80, do. Stollberg 99,50, do. Lößnitz 30,00, do. Grünhain 23,60, do. Seifertsdorf 10,00, für Prozeßkosten 71,08, Agitation 139,60, Schriftführergehalt 70,65, zurückgezahltes Darlehn 12,00, sonstige Verwaltungsspesen 9,10. Sa. der Ausgaben 567,86.

Zusammenstellung.

Einnahme	M. 603,86
Ausgabe	„ 567,86
Kassenbestand	M. 36,00

Vorstehende Rechnung für richtig befunden:
Das Central-Wahlcomité:
C. Demmler, Vorsitzender. H. Reymund, 2. Vorsitzender.
F. August Stopp, Kassirer.

An sämmtliche Partei- und Gesinnungsgenossen im Wahlkreis Altenburg.

Das Ergebniß betreffs Herausgabe einer Zeitung für unseren Wahlkreis ist folgendes: Einer gewählten Preßcommission, der später eine Controlcommission beigegeben ist, wurde nach vielen Verhandlungen über Druck der Zeitung von dem Buchdruckereibesitzer Herrn Blücher abschlägiger Bescheid. Von der Crimmitschauer Genossenschaftsbuchdruckerei lief ebenfalls abschlägiger Bescheid ein. In unserer letzten Sitzung kam daher die Frage der Gründung einer Genossenschaftsbuchdruckerei auf's Tapet; allgemein wurde anerkannt, daß dies der einzige Ausweg sei. Ein Schriftsetzer, welcher der Sitzung beiwohnte, gab nähere Auskunft über die erforderlichen Mittel; sie werden sich genau berechnet auf 1500 Mark Anfangskapital belaufen, jedoch kann mit der Hälfte des Kapitals angefangen und bei Prosperität unserer Zeitung die andere Hälfte später abgezahlt we.den.

Wir wollen Euch Gesinnungsgenossen nicht die Schwierigkeiten des Unternehmens verhehlen, die nöthigen geistigen und technischen Kräfte sind wohl vorhanden, es fehlt aber das Geld. Die von uns ausgegebenen Schuldscheine sind nicht zur Genossenschaftsbuchdruckerei bestimmt, dies Geld soll ein fester Fonds sein, der für andere Zwecke bestimmt ist. Zu diesem Fonds sind erst 150 M. eingegangen, eine winzige Summe bei über 6000 Gesinnungsgenossen im Wahlkreis. Wir fordern die Genossen daher auf, für das projektirte Unternehmen besser als bisher zu agitiren. Beruft Versammlungen ein und sammelt bei jeder Gelegenheit Gelder für das Unternehmen. Ihr werdet einsehen, daß es unter solchen Umständen nicht möglich ist, die Zeitung z. 1. Juli d. J. erscheinen zu lassen. Eines jeden Gesinnungsgenossen Parole sei: „Vorwärts für unseren Wahlkreis zur Ehre der Partei".

Schuldscheine sind zu haben bei Herrn Nitsche, Nikolaikirchhof, Altenburg. Alle Gelder für das Zeitungsunternehmen sind an dieselbe Adresse zu senden.

Wir bitten die Gesinnungsgenossen, in den kommenden Versammlungen über diesen Gegenstand in Berathung zu treten und rege für die Sache zu wirken.

Die Zeitungs- und Control-Commission.

Die Redaktion des „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund" wird um Abdruck des Obigen gebeten.

Briefkasten

Quittung. Fke Hildesheim „R. W." 0,20. R. Luge Langensalza Schr. 9,28. Sglr hier „R. W." 12,20. J. Bst Mainz „R. W." 19,25, Ab. 31,50, Schr. 1,00. Rwe Altona Ab. 12,10. Arb.-Bild.-Verein Meran Ab. 12,65. Hbnr Mainz „R. W." 21,20. Expedition des „Volksbl." Altona „R. W." 500,00. Hlngl Nordhausen „R. W." 6,90, Ab. 9,00. Th Pitt St. Louis Ab. 7,90. Krzschmr Dortmund „R. W." 2,40. Schllr Rüdberg 0,30. A. Mrr Itzstein „R. W." 1,60. Fr. Birsky Berlin Schr. 0,75. B. Goltzw hier Ab. 0,60. Gld Elbing „R. W." 2,80. Ltschlgr Limbach „R. W." 7,25. Rdgr Halle „R. W." 21,00. Schreeb Jena Schr. 7,00. Innscher Newyork Ab. 30,00, Schr. 48,89 (in Nr. 68 irrig quittirt). R. Pnt Neuhaus „R. W." 3,05, Ab. 2,30, Schr. 0,95.

Agitationsfonds.

„Civis germanus Pseudo-Bourgeoix" 5,00. Dr. Ph. P. 5,00.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

Von Dr. A. 10,00. Dr. E. 5,00. Fabr. F. 30,00. Dr. C. 2,00. Cand. C. 10,00. Skatspiel 1,00 in W. Sa. 58,00.

Berliner Wahlfonds.

Von C. Leipzig 1,00. Dr. P. Rheinan 10,00.

Anzeigen 2c.

Leipzig. Montag, den 4. Juni, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof:

Oeffentliche Schneiderversammlung.

Tagesordnung: 1. Der Nachtheil für unser Gewerbe durch die industrielle Zuchthausarbeit. Referent Hr. Nauert. 2. Neuwahl der Arbeitsnachweis-Commission.

Die Wichtigkeit bedingt allseitiges Erscheinen. [9

Der Einberufer.

Soeben erschien im Verlag der Buchhandlung des „Zeitgeist" in München:

Juristisches Taschenlexikon!

von Dr. Lehn.

Unentbehrlicher Rathgeber in Prozeßsachen. Wichtig für Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Kaufleute 2c.

Das Werk ist zudem noch ein leichtfaßliches, übersichtliches Handbuch für Prüfungs-Candidaten. [8,0

7 Bg. 8. Preis 1 Mark. (8

Wir empfehlen:

Grundzüge der Nationalökonomie

von

C. A. Schramm.

76 Seiten Oktav, Einzelpreis 25 Pf., in Partien bezogen 20 Pf. pr. Expl

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von Tchernyschewsky.

33 Bogen stark. Preis 4 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch die Buchhandlung des „Vorwärts" ist zu beziehen:

„Das preußische Regiment" vor Gericht.

Rede, gehalten von Ludwig Pfau zu seiner Vertheidigung vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M.

Preis: 30 Pf.

Inhalt: Vorwort. — Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht. — Anklageschrift. — Gerichtsverhandlung. — Rede Ludwig Pfau's. — Urtheil.

Durch uns ist zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Zürberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
letzt. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., letzt. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchhandlung, 144 Elizabeth Str.
Philadelphia: P. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hepe, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 65. Mittwoch, 6. Juni. 1877.

Parteigenossen Berlin's!

Die Neuwahl im 6. Berliner Wahlkreise ist auf den 14. Juni angesetzt. Die vereinigten Gegner des arbeitenden Volkes werden Alles aufbieten, um uns den Sieg streitig zu machen — aber sie dürfen ihn nicht erringen!

Wenn alle Diejenigen, welche zur Erkenntniß gekommen, daß die heutigen Zustände verrottete sind, an deren Stelle bessere treten müssen, zusammenhalten, so wird das kleine Häuflein der „Zufriedenen", der „Satten" nicht im Stande sein, dem Volke den Sieg zu entreißen.

Freilich sind die Mittel Jener groß, um Beeinflussung auf einen Theil der Wähler auszuüben, und den anderen im Schlepptau zu halten; es muß deshalb jedes einzelnen Genossen Bestreben sein, durch energische und rastlose Agitation im Kreise seiner Bekannten und Kollegen Aufklärung über die Ziele der sozialistischen Partei zu schaffen. Nur dadurch, daß die Gegner diese Ziele in ihrer Presse in unverschämtester Weise entstellen und verdrehen, ist es ihnen bis jetzt noch immer gelungen, einen Theil des Volkes, besonders den Kleinmeisterstand, von der großen Bewegung zur Befreiung der Menschheit fernzuhalten, ja gegen diese Bewegung zu hetzen.

In den zehn Tagen muß jeder Genosse Agitator sein und nicht rasten noch ruhen, die noch bei Einzelnen herrschenden Vorurtheile zu entfernen, und diese Männer der Partei des Volkes zu gewinnen!

Wähler Berlin's! Die Genossen ganz Deutschland's blicken auf Euch und rechnen auf Euren Sieg! — Sie werden auch, so weit es in ihren Kräften liegt, hinter Euch stehen, wenn Eure Mittel nicht ausreichen, um Alles anwenden zu können, die Anstrengungen der Gegner zu nichte zu machen!

Also frisch auf in den Wahlkampf — der Sieg wird Euer sein!

Hamburg, 3. Juni 1877.

Das Central-Wahlkomité.

Auer. Brasch. Derossi. Geib. Hartmann.

Die Horatier und Curiatier.

Als die beiden Städte im alten Italien, die neuerbaute Roma und die ältere Stadt, Alba Longa, sich bekämpften und zwar um den Preis der Oberherrschaft, lagerten die beiden Heere unthätig wochenlang sich gegenüber.

Fehlte der Muth auf beiden Seiten, scheute man die Menschenleben, deren jene Staaten allerdings nicht so viele überflüssige hatten, als unsere modernen Staaten, — kurzum man kam nicht zum Kampfe.

Da machte der Dictator von Alba Longa den Vorschlag, aus jedem Heere drei Jünglinge zu wählen, die den Entscheidungskampf führen sollten.

Im römischen Heere dienten drei Brüder, die Horatier, und im albanischen Heere gleichfalls drei, die Curiatier; auf welche Seite sich der Sieg entschied, dessen Vaterstadt erhielt die Oberherrschaft über die Nebenbuhlerin.

Und wie nun die Geschichte weiter erzählt, gelang es dem einen noch unverwundeten Horatier, dessen Brüder schon gefallen waren, die drei schon verwundeten Curiatier zu überwinden.

Alba Longa erkannte Roms Oberherrschaft an.

Es waren nur fünf Todte auf dem Schlachtfelde geblieben, wo sonst in der allgemeinen Schlacht deren zehntausend gefallen wären.

Mag die ganze Erzählung auf Sage beruhen, so gibt dieselbe doch von der Anschauungsweise der antiken Völker Zeugniß, welche unbedingt davon überzeugt waren, daß wenn vor solchem Zweikampf Bedingungen von den Dictatoren oder Heerführern beschworen worden seien, diese auch gehalten würden. —

Auch im Mittelalter haben wir noch einzelne Beispiele, wo der Zweikampf über das Geschick ganzer Länderstrecken entschied.

Wenn wir nun auch die Ansicht haben, daß ebenso wie die Kriege, auch die Zweikämpfe auf unsittlicher Grundlage beruhen, so hat aber ein Zweikampf, der einen Krieg vermeidet, immerhin einen bedeutenden Vorzug vor dem Kriege selbst.

Wie anders stellen sich diese Anschauungen bei den modernen Völkern, die auf der Culturhöhe zu stehen meinen.

Die Zweikämpfe werden um lüderliche Dirnen oft genug geführt oder eines hastig gesprochenen Wortes halber.

Kriege auf Kriege entstehen aus dynastischen Interessen, welche die Männer und Jünglinge der Völker bis zur gegenseitigen Vernichtung und Verwüstung großer Länderstrecken ausfechten müssen.

Könnten sich die Dictatoren der modernen Welt nun bis zur Anschauungsweise der antiken Welt erheben, würden sie selbst mit ihren Nebenbuhlern den Zweikampf eingehen, wie leicht ließen sich da die Conflikte lösen.

Das ist jedoch eine recht curiose Weltanschauung.

Und welche prächtige Gelegenheit hätten jetzt die beiden „ersten Diener" zweier großen Völker, das „Väterchen an der Newa" und der „Nachfolger des Propheten" zu Stambul, ihre Bravour im Interesse ihrer Völker zu zeigen.

Es handelt sich ja nach des Czaren eigenem Ausspruch nicht um Ländererwerb, sondern um einige Reformen in der Türkei und um die Ehre. Nach modernen Begriffen wird ja letztere genügend gewahrt, wenn ein Zweikampf entscheidet.

Also Czar, also Sultan — heraus die Schwerter, es entscheide der Zweikampf!

„Väterchen" schüttelt lächelnd das Haupt und schlürft in aller Ruhe ein Gläschen Champagner oder Cognac, bis ihm die Augenlider niedersinken, während tausende seiner „Söhne" jetzt schon an Krankheiten und in den Gefechten umgekommen sind; der Sultan aber flüchtet sich, wenn er den Ruf hört, hinter die Unterröcke seiner Haremsdamen und vergißt bei solchen Freuden die großen Opfer, die die Gläubiger seinetwegen bringen müssen.

Und wenn ihr Herrscher selbst nicht kämpfen wollt oder könnt, so mögt ihr einige eurer Generäle schicken, die auch gewöhnlich dem Sprüchworte huldigen: „Weit davon ist gut vor dem Schuß" —, damit sie den Zweikampf ausfechten. —

Aber selbst wenn solche Zweikämpfe in unser modernes Leben eingeführt würden, sie könnten sich nicht bewähren. Wir hegen die gerechte Befürchtung, daß die Bedingungen, welche vor dem Zweikampf festgestellt worden wären, nachher von der doppelzüngigen Diplomatie wieder entstellt oder bestritten und dann nicht gehalten würden.

Aus demselben Grunde können wir uns auch nicht für ein europäisches Schieds- oder Friedensgericht begeistern, weil die Mächte dasselbe nur in soweit respektiren würden, als die Bedingungen, welche es stellte, ihnen convenirten.

Bei obigen Ausführungen leitete uns die Absicht, die Denkweise der Mächtigen in der antiken und in der modernen Welt zu zeigen; einen praktischen Vorschlag hatten wir selbstverständlich nicht im Auge.

Wir kennen, um die Kriege zu verhindern, auch nur einen einzigen. Und dieser lautet: Das Volk muß bestrebt sein, die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen, es muß eine allgemeine Rechtsgrundlage schaffen, auf welcher Freiheit und Gleichheit „Alles dessen, was Menschenantlitz trägt", blühen und gedeihen können. Mit einem Wort: die Culturvölker müssen die Fahne des Sozialismus ergreifen, sie ist die Fahne der Versöhnung, sie ist die Fahne des ewigen Friedens.

Je lauter der Donner der Schlachten brüllt, je schmerzhafter das Geächze der Verwundeten, das Jammern der Verlassenen tönt, je unheimlicher das Wimmern der Sterbenden klingt, desto fester muß in der Brust des freiheitsliebenden Mannes der Gedanke reifen, daß diesem menschenschänderischen Unfug ein Ende gemacht werden muß.

Also nochmals, angesichts des Krieges, der im Osten Europas toset, angesichts des entbrennenden Völkerkrieges — Männer der ~~Arbeit, Männer des Rechts, Männer des Gedankens~~, schaart Euch um die Fahne der Brüderlichkeit, um die rothe Fahne des Sozialismus!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Ohnmacht des Reichstags ist wieder einmal handgreiflich bewiesen worden: der Bundesrath hat das Lasker'sche Zeugenzwang-Nothgesetz in den Papierkorb spedirt. Makulatur war es von Haus aus, und Thränen werden dem verunglückten Machwerk nicht nachgeweint werden. Wie dem aber sei, die Reichstagsmajorität hat eine Ohrfeige bekommen. —

— Die Oeffentlichkeit der Wahlen betreffend hat der preußische Minister des Innern, nach der „Nordd. Allg. Ztg.", an die Regierungsbehörden in Bezug auf die Interpretation eines Punktes der Wahlvorschriften für den Reichstag im Einverständniß mit dem Reichskanzler ein Cirkular gerichtet. Darin wird zunächst die Frage, ob die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung nur bis präzise 6 Uhr Abends zu dauern habe, und ob der Wahlvorsteher berechtigt sei, von da ab zur Feststellung des Wahlresultats das Wahllokal zu räumen oder zu schließen, verneint. Die Ermittelung des Abstimmungsergebnisses in den einzelnen Wahlbezirken bildet einen wesentlichen Theil der Wahlhandlung. Diese Auffassung des Begriffs der Wahlhandlung findet ihre Bestätigung im § 18 Abs. 2 des Wahlreglements, wonach einer der Beisitzer die Stimmzettel bis zum Ende der Wahlhandlung aufzubewahren hat, und in Abs. 3, wonach die geführte Gegenliste beim Schluß der Wahlhandlung vom Wahlvorstande zu unterschreiben ist. Dem gegenüber kann es nicht in Betracht kommen, daß nach dem Wortlaut des § 9 des Reglements die Wahlhandlung um 6 Uhr geschlossen wird, da nach § 17 um 6 Uhr die Abstimmung für geschlossen erklärt wird. — Mit der Oeffentlichkeit der Wahlhandlung wären wir nun im Reinen — aber wie steht es denn mit der Wahlfreiheit? Darf jeder beliebige Beamte oder Fabrikant die Wahlen beeinflussen, oder ist eine Beschränkung der freien Wahlen ungesetzlich? Ein Circular wäre auch in diesem Falle sehr am Platze.

— Nieder mit der Großproduktion! Diesen Ruf schob man vielfach den Sozialdemokraten früher in die Schuhe und mancher Arbeiter glaubte, daß der Großbetrieb die Ursache alles Uebels sei. Die Erkenntniß ist aber jetzt bald überall hingedrungen, daß die Parole für die Gesammtheit nicht heißt: Nieder mit dem Kapital! sondern: Her mit dem Kapital zur gemeinschaftlichen Großproduktion! „Daß die kapitalistische Produktionsweise den Sozialismus vorbereitet, so schreibt unser Hamburger Parteiorgan, wird recht deutlich klar an der Zuckerfabrik in Wesselburen. Dieselbe hat in letzter Zeit durchschnittlich täglich 40 Morgen in die Saat gebracht. Das von ihr gesäete Sommerkorn steht, wie es bei der sorgfältigen Bearbeitung durch die besten landwirthschaftlichen Maschinen und bei der energisch betriebenen Drainage zu erwarten war, ganz vortrefflich. Die Ausdehnung des landwirthschaftlichen Betriebs der Fabrik ist aber von bedeutendem Einfluß auf den ganzen Habitus des Kirchspiels geworden. Statt der um diese Jahreszeit regen Bauthätigkeit der Landwirthe sieht man jetzt Arbeiter mit dem Niederreißen und Abbrechen von Wohn- und Wirthschaftsgebäuden beschäftigt; wo einst prachtvolle Bauernhöfe standen, zieht jetzt der Pflug seine Furchen. Eine große Anzahl von Gebäulichkeiten sind nämlich in Folge der von der Zuckerfabrik gemachten Ankäufe und Pachtungen überflüssig geworden. Auf diese Weise ebnet der Kapitalismus dem Sozialismus die Bahn und die Zeit wird bald kommen, daß der Bauer einsehen lernt, wie schnell er dem Proletariat verfällt. Das Schimpfen auf die Sozialisten ist darum eine fürchterliche Dummheit."

— Zum Kapitel der Leibeigenschaft. In unserem freien Deutschland können die „Knechte" und „Mägde" durch Haft wegen Widerspänstigkeit bestraft werden. So berichtet der „Graudenz. Ges.": „Der Kreisausschuß des Kreises Rotenberg in Westpreußen hatte sich mit der Frage beschäftigt, ob die Anwendung unmittelbaren Zwanges gegen widerspänstiges Gesinde angesichts der neueren Gesetzesbestimmungen noch zulässig sei, und hatte sich in dieser Sache an den Minister des Innern gewendet. Der letztere nimmt in seinem Bescheide Bezug auf eine von ihm in derselben Angelegenheit an die Stettiner Regierung erlassene Verfügung. In dieser Verfügung spricht der Minister seine Bedenken aus, die Frage, ob die von den Ortspolizeibehörden in Gesindestreitsachen erlassenen vorläufigen Entscheidungen noch jetzt ohne Rücksicht auf den erhobenen Widerspruch vollstreckbar seien, allgemein zu entscheiden, ohne daß spezielle Fälle zu einer solchen Entscheidung Anlaß geben. An und für sich sei das Reskript vom 17. April 1812 nicht aufgehoben. Das Reskript verordnet nun, daß in den Fällen, in welchen es sich um eine Weigerung des Gesindes, im Dienst zu bleiben, handelt, die Polizeibehörde die vorläufigen Bestimmungen zu erlassen und sie auch zu vollstrecken hat. Diejenigen Parteien, welche sich bei dieser Bestimmung nicht beruhigen wollen, können zwar versuchen, vor Gericht ein anderes Urtheil zu erstreiten, sie sind aber verpflichtet, bis zur Entscheidung des Richters den Bestimmungen der Polizei Folge zu leisten. Da nach § 38 des Competenzgesetzes die Anwendung unmittelbaren Zwanges zulässig erscheint, wenn die betr. Anordnung ohne einen solchen undurchführbar ist — hat der Kreisausschuß die Ansicht gewonnen, daß widerspänstiges Gesinde auch jetzt noch durch sofortige Vollstreckung mit Haftstrafe zum Verbleiben im Dienst gezwungen werden darf."

~~Also haben wir hier schon Gefängnißstrafe für den Contractbruch~~. Und wer bestimmt dieselbe? Die Polizei, die vielfach mit den Grundbesitzern liirt ist; sie urtheilt über die „Widerspänstigkeit", sie urtheilt, wer sie verursacht hat und wird höchst wahrscheinlich meist das Gesinde verurtheilen. Das sind Zustände, welche die Auswanderungslust der Arbeiter wahrlich nicht vermindern und die Gutsbesitzer mögen sich es selbst zuschreiben, wenn sie die Arbeitskraft immer theurer bezahlen müssen. Doch so müssen die Verhältnisse sich erst zuspitzen — dann kommt das Volk, wenn auch spät, zur Erkenntniß.

— Die Gleichheit vor dem Gesetz ist im Prinzip eine schöne Sache, aber noch schöner wäre es, wenn sie auch in Wirklichkeit bestünde, was aber, namentlich wenn Sozialdemokraten im Spiele sind, nicht immer der Fall ist. Parteigenosse Just in Breslau z. B. wurde entgiltig auch in letzter Instanz zu einer Geldstrafe verurtheilt, weil auf einem von ihm unterzeichneten Wahlflugblatt neben dem Wohnort nicht auch die Wohnung angegeben gewesen sei; und doch sind, wie die „Wahrheit" in Breslau berichtet, sämmtliche liberale Flugblätter, die durchweg namenlos und daher auch ohne Angabe des Wohnorts des Herausgebers erschienen sind, unverfolgt geblieben. — Heißt das auch Gleichheit vor dem Gesetz?

— Am 23. Mai wurden vom großherzoglichen Kreisgericht zu Weimar der bisherige Verleger der „Thür. Freien Presse", Buchhändler C. Kettel, sowie der Mitredakteur Herr Fr. Leuschke wegen verschiedener Beamtenbeleidigungen zu je 5 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

(Schluß.)

Die Sitzungen wurden am 29. Mai gegen 1/2 9 Uhr früh eröffnet. Nachdem eine Zuschrift aus Genf verlesen, referirte Tölke als Vertreter der Organisations-Commission. Er erklärte, die Commission sei zu der Erkenntniß gekommen, daß in Preußen eine Partei-Organisation unmöglich geworden, weil dort in Bezug auf Vereinswesen vollständige Rechtlosigkeit herrsche. Die Partei jedoch sei jetzt soweit erstarkt und so allgemein verbreitet, namentlich auch durch die Bemühungen Tessendorff's, daß sie keine bestimmte Organisation mehr brauche. Die Commission empfiehlt daher, alle auf Organisation bezüglichen Anträge abzulehnen und es ganz den Genossen an den einzelnen Orten zu überlassen, wie sie sich zusammenfinden und für die Partei thätig sein wollen. — Dies wurde einstimmig acceptirt. Es wurde vorgeschlagen, zur Wahrung der Interessen der Partei ein Central-Wahlcomité zu wählen, welches aus 5 Mann bestehen soll, aus zwei Vorsitzenden, zwei Sekretären und einem Beisitzer. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Ferner wurde bestimmt, einen Ort zu wählen, in welchem die Parteigenossen eine Commission zu ernennen haben, welche die Thätigkeit des Centralcomités zu unterstützen, resp. zu controliren hat.

Mehrere Anträge, welche nun zur Debatte gelangen, wollen für die Zukunft festgesetzt wissen, daß ein sozialistischer Candidat nur in einem offiziellen Wahlkreise aufgestellt werde. Diese Anträge wurden nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit angenommen. Anschließend daran wurde noch beschlossen, für den Fall, daß in Folge etwaiger Auflösung des Reichstages bereits im nächsten Jahre wieder eine Wahl stattfinde, dem Centralcomité im Einverständniß mit der Controlcommission die Be-

gruß und hoffen, daß Eure Berathschlagungen für die sozialistische Idee vom besten Erfolg gekrönt sein werden. Zugleich berichten wir Euch, daß die „Vlämische sozialistische Arbeiterpartei" Sonntag, den 20. Mai, in Mecheln gegründet worden ist, und daß die vlämischen Arbeiter Alles, was möglich ist, thun werden, um sie kräftig und dauernd zu machen. Auch melden wir Euch, daß Sonntag, den 20. Mai, auf dem halbjährlichen Congreß der belgischen internationalen Arbeiter zu Jemappes beschlossen wurde, einen allgemeinen sozialistischen Welt-Congreß zu Gent abzuhalten. Wir hoffen, daß die deutsche Sozialdemokratie auf demselben in einer Weise vertreten sein wird, die ihrer Bedeutung entspricht. Die Gent'schen Sozialisten werden ihrerseits Alles thun, um den Abgeordneten der Männer, die mit uns leiden und kämpfen, einen würdigen Empfang zu bereiten. Das Circular, welches Ihr binnen wenigen Tagen erhalten werdet, wird Euch weiteren Aufschluß geben.

Möge inzwischen das beste Einvernehmen in Eurem Congreß herrschen, auf daß er gute Früchte trägt.

In der Hoffnung, Viele von Euch im September in unserer Mitte zu sehen, rufen wir Euch ein herzliches Glückauf! zu.

Im Namen der Gent'schen Abtheilung der
Internationalen Arbeiter-Assoziation:
Edmond Vanbeveren. Edouard Anseele.

IV.

Genossen! Wir ergreifen die Gelegenheit, Euch im Namen der sozialistischen Partei Portugals zu dem schönen Ergebniß Eures letzten Wahlkampfs und der großartigen Entwickelung Eurer Partei zu beglückwünschen, welche ja auch die unsere, ja die aller Sozialisten der Welt ist. Obgleich die Arbeiter heute noch in dem Rahmen der Nationalität sich bewegen, so kennt doch ihr Denken, so kennt doch ihr Ziel keine Grenzen, ist überall dasselbe, — die Meinungsverschiedenheiten des Proletariats sind im Grunde nur einfache Formfragen, erzeugt durch die besonderen sozialen Verhältnisse oder durch zufällige Persönlichkeiten. Die Hauptsache, Freunde! ist: daß das gesammte Proletariat, so weit seine Vernunft nicht gefesselt, die gleichen Bedürfnisse, die gleichen Bestrebungen hat. Gerade das ist uns der beste Beweis für den unaufhaltsamen Sieg unserer Sache. Setzen wir kühn und entschlossen den Kampf fort! Ihr marschirt an der Spitze der Armee der Ausgestoßenen, der Opfer der Gesellschaft. Also Muth!

Den 15. Mai 1877.

Der Centralrath der Sozialisten-Partei Portugals.
Im Namen und Auftrag des Ausschusses
Azedo Guecco.
Agostinho Jose la Silva.
Antonio Joaquim de Oliveirez.
Antonio Lucio Fazenda.

Aus Rumänien.

— 26. Mai 1877.

Die Mission, die stammverwandten slavischen Brüder vom Türkenjoche zu erlösen, welche die vom „humanen" Eifer beseelten Russen übernommen haben, scheint vom Himmel wenig begünstigt zu sein, da er die ganze Zeit über Thränen weint und das ganze rumänische Operationsfeld durch fortwährenden Regen überschwemmt; es regnet seit Wochen fast ununterbrochen*), der Boden ist durchweicht, sodaß jede Fortbewegung fast zur Unmöglichkeit geworden ist. Der Aufmarsch der russischen Armee verzögert sich dadurch ungemein. Die Bahn, an vielen Stellen unterbrochen, muß beständig frisch in Stand gesetzt werden, da jede Reparatur durch neue Ueberschwemmungen zerstört wird. Die armen Soldaten sind daher meist nur auf Fußmärsche angewiesen, was bei der gegenwärtigen Beschaffenheit des Bodens nicht gerade angenehm sein muß. Die Leute sehen darum auch erbärmlich aus und ein großer Theil muß den Strapazen unterliegen.

Gestern, als ich am Bahnhof war, fand ich einen Offizier am Perron der Länge nach hingestreckt sich vergnüglich thun, das Publikum amüsirte sich an dem Anblick dieses braven Mannes, dagegen schien der eben eintreffende General darüber wenig erbaut und beorderte 2 Mann, ihren Vorgesetzten aufzurichten und in eine Droschke zu bringen, um ihm ein passenderes Lager anzuweisen; der Offizier, damit nicht einverstanden, wollte durchaus seinen Platz behaupten und die dadurch entstandenen Differenzen fingen an sehr ungemüthlich zu werden. — Solche Szenen gehören jetzt hier nicht mehr zu den Seltenheiten.

Inzwischen sucht Rumänien seinem moskowitischen Verbündeten nachzueifern und für das angehäufte Kriegsmaterial geeignete Verwendung zu finden. Es hat sich von der Türkei für unabhängig erklärt, um als selbstständiger Staat mit seinem bisherigen Souzerän anbinden zu können. Die Rumänen sind aber nichts weniger als kriegslustig, sie verhehlen sich nicht, daß es eine riskante Sache ist, mit Schießgewehren und dergleichen gefährlichen Dingen umzugehen; sie bestreben sich möglichst, im Hintergrunde zu bleiben und den befreundeten Russen den Vorrang zu lassen. Die von der Regierung angeordnete Rekrutirung geht hier in der kürzesten und formlosesten Weise vor sich. Eine Commission, bestehend aus einigen Sergeanten und Communalbeamten, sucht die öffentlichen Straßen, Plätze, Gast- und Cafehäuser ab und nimmt jeden ihr in den Weg kommenden Mann, der halbwegs militärfähig zu sein scheint, mit sich, um ihn der Armee einzureihen.

Da sich hier sehr viele Ausländer stabil aufhalten, haben die fremden Consuln beständig zu thun, die Angehörigen ihres Staates zu reklamiren, wer aber nicht das Glück hat, durch Protektion oder sonstige Verwendung sich von der rumänischen Militärbehörde frei zu machen, der wird eingekleidet und in die Kaserne expedirt. — In der Stadt sowohl wie auf dem Lande werden Requisitionen vorgenommen. Doch geschieht das hier zu Lande ungeregelt, es herrscht dabei echt rumänische Willkür, und in der Regel wissen sich die Wohlhabenden von diesen Lasten zu befreien, theils durch Protektion, theils durch Privatabmachungen mit den amtirenden Organen. So sehr das Land durch den Kriegszustand zu leiden hat, und so sehr jeder Einzelne direkt und indirekt in seinen Verhältnissen geschädigt ist, ist die Stimmung der Bevölkerung doch eine ziemlich normale, so weit man dies aus den sich regelmäßig wiederholenden Judenprügeleien schließen darf. Der Rumäne kann es einmal nicht unterlassen, seine Tapferkeit an den wehrlosen Juden zu beweisen. Als Gegendienst haben die Judengemeinden einen Aufruf erlassen, in welchem zur Beschaffung von Charpie für die „tapfere rumänische Armee", „unsere braven Soldaten", aufgefordert wird, und in welche jüdische Familie man heute auch kommt, findet man das schöne Geschlecht eifrigst Charpie zupfen.

*) Vergleiche die Correspondenz: „Aus Rumänien" in voriger Nummer, in welcher das Gegentheil behauptet wird. Bemerken wollen wir, daß die Angaben des Verfassers der heutigen Correspondenz (und auch der in Nr. 58) insofern bestätigt werden, als von den niederen Donauländern große Ueberschwemmungen infolge starker Regengüsse signalisirt werden. R. d. R.

Bis jetzt verlautet noch nichts von einer eigentlichen Action, der Aufmarsch und die Concentrirung geben noch viel zu schaffen und man glaubt, daß Ende nächster Woche, wenn der Czar im Hauptquartier in Ploesti eingetroffen sein wird, der Uebergang über die Donau versucht werden wird; bei dem gegenwärtigen Wasserstand der Donau dürfte das keine leichte Aufgabe sein; man scheint sich darüber auch keiner Illusion hinzugeben. Sanitätswagen und Ambulancen mit dem rothen Kreutz werden massenhaft nach Galatz, Braila und Bukarest expedirt. —

Correspondenzen.

Wien, 26. Mai. Wenn man stets dasselbe Thema berührt, so wird das auf die Dauer langweilig, aber aus Oesterreich giebt's einmal nichts Anderes zu berichten, als über den Nothstand und die Verfolgungen der Partei. Unter den vielen Anzeichen des erstern mag nicht das Unwichtigste der Umstand sein, daß vom 1. Januar d. J. bis heute in ganz Wien 9 — sage neun — Neubauten begonnen wurden! So oft ein Bau begonnen wird, umdrängen den Bauplatz Schaaren von Menschen, die sich anbieten, um jeden Preis zu arbeiten.

Aber geschieht ihnen schon recht! Die Arbeiter sind schuld an den schlechten Zeiten, da sie während des wirthschaftlichen Aufschwunges nicht sparten. Wer es nicht glaubt, dem sagt es Graf Lamezan. „Hätte man es verstanden, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen, so würde man nicht gezwungen sein, zu klagen, daß die damalige Ausbeutung Ursache sei, daß heute die Geschäfte so flau gehen." Daß die Sozialisten nicht der Ausbeutung, sondern der Ueberproduktion das Hereinbrechen der Krisis zuschreiben, kümmert den edlen Grafen nichts, ebenso wenig der Umstand, daß der Staat flugs bei der Hand war, als es galt, den bedrängten Millionären, die doch auch hätten „sparen" können, ihre Milliönchen zu erhalten.

Die weiteren Begriffsverwirrungen „unseres Tessendorf", die er sich neuerdings bei der Schwurgerichtsverhandlung gegen das Buchdruckerorgan „Vorwärts" am 19. d. M. zu Schulden kommen ließ, will ich unerörtert lassen, an derlei sind wir schon gewöhnt. Werthvoll aber ist sein Geständniß bei dieser Gelegenheit, daß ein Fabrikant in Asch den Lohn von 1 Gulden auf 60 Kreuzer per Stück herabgesetzt habe. Entgegen den Lügentelegrammen der liberalen Blätter, die Arbeiter hätten eine Lohnerhöhung verlangt, ist dies deutlich genug. Einige gestanden allerdings verschämt eine Lohnreduzirung von 40 Kreuzern ein, aber man hätte auch glauben können, es sei dies ein Abzug vom Wochenlohn, und das wäre immer nicht so fürchterlich. Aber es ist eine Lohnherabsetzung von 40 Prozent! Und das von einem Lohne, der bisher kaum hinreichte, den Arbeiter vor dem schnellen Verhungern zu schützen.

Aber nicht allein das. Die Arbeiter verlangten in ihren Forderungen von dem Fabrikanten Geipel nicht nur Herstellung des bisherigen Lohnes, sondern auch das Versprechen, sie fernerhin nicht mehr mißhandeln und sie als Menschen betrachten zu wollen! Dies war also bis dahin nicht geschehen. Das Alles konnte wohl genug Grund zur Unzufriedenheit geben, aber Graf Lamezan meint, wenn ein Arbeiter sammt Familie mit 60 Kreuzern nicht leben kann, seien die sozialistischen Blätter daran schuld. Der durchschnittliche Wochenverdienst betrug in der Geipel'schen Fabrik 4 Gulden! Die 40 Prozent Lohnreduzirung hätten also den Lohn auf 2 Gulden 40 Kreuzer verringert! Aber da sind es die Blätter sozialistischer Tendenz, welche also die Arbeiter verblenden und aufreizen.

Das Gräflein ist übrigens wieder einmal 'reingefallen, der „Vorwärts" wurde von den Geschworenen freigesprochen. Da mit den Geschworenen nichts anzufangen ist, sucht man die Sozialisten vor Berufsrichter zu bringen; zu diesem Behuf hat man gegen sämmtliche in dem Gasthause bei der Gelegenheit Anwesende (Schapira wurde dabei ausgewiesen) die Anklage wegen Vergehens der Geheimbündelei erhoben. Es ist zu lächerlich! Die Berufsrichter müssen unsere Genossen ebenso freisprechen, wie den „Vorwärts" die Geschworenen, weil zu einer Verurtheilung doch wenigstens der Schein des Rechts gehört. Die Wiener Geschworenen sind auch nicht sozialistisch, aber sie mußten den „Vorwärts" freisprechen, wenn sie sich nicht blamiren wollten.

Die Grazer Geschworenen haben diese Gefahr zwar seiner Zeit nicht gescheut und Tauschinsky und Consorten schuldig gesprochen; aber die Grazer scheinen auch rare Leute zu sein. Nach einem Telegramm aus Graz vom 25. Mai wurde der Werksdirektor August Wittich in Schachner's Spiritusfabrik, obgleich er geständig war, einen renitenten Arbeiter in heftiger Zornesaufwallung mit einem Stück Holz todtgeschlagen zu haben, von den Geschworenen von der Todtschlags-Anklage einhellig freigesprochen.

Ein Proletarier, der nach Idealen strebt, wird mit mehrjähriger Kerkerhaft „bestraft", der geständige Mörder eines Arbeiters bleibt straflos! Wie viel fehlt noch, daß auch unsere Mastbürger, gleich jenen Römern, ihre Muränen mit Sklavenfleisch füttern? S.

Gotha, den 28. Mai. Generalversammlung der Leipziger Genossenschafts-Buchdruckerei. Vertreten sind 47 Mitglieder. Es wird beschlossen, vom Reingewinn des Geschäftsjahres 1876 bis 1877 im Betrage von Mark 6114,57 zunächst laut Statut 10 pCt. dem Reservefond gut zu schreiben, weiter den Inhabern der Voll-Antheilscheine 6 pCt. Dividende zu gewähren, dann Mark 1939,00 verschiedenen Debitoren gutzuschreiben, weiter Mark 1500,00 dem Aufsichtsrath zur Verfügung zu stellen und den Rest dem Reservefond zu überweisen. Auf Antrag Fritzsche's wird dem Vorstande Decharge ertheilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: H. Ramm, Leipzig, 1. Vorsitzender, J. Motteler, Stellvertreter, Chr. Hadlich, Kassirer.

Stollberg. (Abrechnung des Reichstags-Wahlcomités.) Einnahme der Centralkasse des 19. Wahlkreises. Im Septbr. aus Pfannenstiel M. 3,00, Hamburg 50,00; im Oktbr. ein Darlehn 12,00, Stollberg 5,00, Jahnsdorf (d. Thalheim) 2,00, Geyer 1,50, Schneeberg 1,75; im Dezbr. d. Liebknecht 49,70, do. 50,00, do. 200,00, aus Geyer 0,55, Bielau 5,11, Mülsen 1,00; im Jan. 1877 d. Liebknecht 20,00, aus Auerbach 5,00, Ursprung 3,00, Hamburg 50,00; im Febr. aus Schneeberg 24,00, Geyer 1,25, Hamburg 44,00, do. 75,00. Sa. aller Einnahmen 603,86.

Ausgabe des Centralwahlcomités im Auszug. An Porto, Schreibmaterial, Depeschen 2c. 58,62, Annoncen 8,01, das Lokalcomité Geyer 35,80, do. Stollberg 99,50, do. Lößnitz 30,00, do. Grünhain 23,60, do. Seifertsdorf 10,00, für Prozeßkosten 71,08, Agitation 139,50, Schriftführergehalt 70,65, zurückgezahltes Darlehn 12,00, sonstige Verwaltungsspesen 9,10. Sa. der Ausgaben 567,86.

Zusammenstellung.

Einnahme	M. 603,86
Ausgabe	„ 567,86
Kassenbestand	M. 36,00

Vorstehende Rechnung für richtig befunden.
Das Central-Wahlcomité:
C. Demmler, Vorsitzender. H. Reymund, 2. Vorsitzender.
F. August Stopp, Kassirer.

An sämmtliche Partei- und Gesinnungsgenossen im Wahlkreis Altenburg.

Das Ergebniß betreffs Herausgabe einer Zeitung für unseren Wahlkreis ist folgendes: Einer gewählten Preßcommission, der später eine Controlcommission beigegeben ist, wurde nach vielen Verhandlungen über Druck der Zeitung von dem Buchdruckereibesitzer Herrn Blücher abschlägiger Bescheid. Von der Crimmitschauer Genossenschaftsbuchdruckerei lief ebenfalls abschlägiger Bescheid ein. In unserer letzten Sitzung kam daher die Frage der Gründung einer Genossenschaftsbuchdruckerei auf's Tapet; allgemein wurde anerkannt, daß dies der einzige Ausweg sei. Ein Schriftsetzer, welcher der Sitzung beiwohnte, gab nähere Auskunft über die erforderlichen Mittel; sie werden sich genau berechnet auf 1500 Mark Anfangskapital belaufen, jedoch kann mit der Hälfte des Kapitals angefangen und bei Prosperität unserer Zeitung die andere Hälfte später abgezahlt werden.

Wir wollen Euch Gesinnungsgenossen nicht die Schwierigkeiten des Unternehmens verhehlen, die nöthigen geistigen und technischen Kräfte sind wohl vorhanden, es fehlt aber das Geld. Die von uns ausgegebenen Schuldscheine sind nicht zur Genossenschaftsbuchdruckerei bestimmt, dies Geld soll ein fester Fonds sein, der für andere Zwecke bestimmt ist. Zu diesem Fonds sind erst 150 M. eingegangen, eine winzige Summe bei über 6000 Gesinnungsgenossen im Wahlkreis. Wir fordern die Genossen daher auf, für das projektirte Unternehmen besser als bisher zu agitiren. Beruft Versammlungen ein und sammelt bei jeder Gelegenheit Gelder für das Unternehmen. Ihr werdet einsehen, daß es unter solchen Umständen nicht möglich ist, die Zeitung am 1. Juli d. J. erscheinen zu lassen. Eines jeden Gesinnungsgenossen Parole sei: „Vorwärts für unseren Wahlkreis zur Ehre der Partei".

Schuldscheine sind zu haben bei Herrn Nitsche, Nikolaikirchhof, Altenburg. Alle Gelder für das Zeitungsunternehmen sind an dieselbe Adresse zu senden.

Wir bitten die Gesinnungsgenossen, in den kommenden Versammlungen über diesen Gegenstand in Berathung zu treten und rege für die Sache zu wirken.

Die Zeitungs- und Control-Commission.

Die Redaktion des „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund" wird um Abdruck des Obigen gebeten.

Briefkasten

Quittung. Fke Hildesheim „N. W." 0,20. R. Luge Langensalza Schr. 0,28. Eglr hier „N. W." 12,20. J. Bst Mainz „N. W." 19,25, Ab. 31,50, Schr. 1,00. Rwe Altona Ab. 12,10. Arb.-Bild.-Verein Meran Ab. 12,65. Hßnr Mainz „N. W." 21,20. Expedition des „Volksbl." Altona „N. W." 500,00. Hüngl Nordhausen „N. W." 6,90, Ab. 9,00. Th Klitt St. Louis Ab. 7,90. Krtzschmr Dortmund „N. W." 2,40. Schlr Rüdberg 0,80. A. Mrr Itzstein „N. W." 1,60. Fr. Birsky Berlin Schr. 0,75. B. Golzw hier Ab. 0,60. Gld Elbing „N. W." 2,80. Ltschlgr Limbach „N. W." 7,25. Rdgr Halle „N. W." 21,00. Schreeb Jena Schr. 7,00. Innscher Newyork Ab. 80,00, Schr. 48,89 (in Nr. 63 irrig quittirt). R. Pnk Neuhaus „N. W." 3,05, Ab. 2,30, Schr. 0,95.

Agitationsfonds.

„Civis germanus Pseudo-Bourgeoix" 5,00. Dr. Ph. P. 5,00.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

Von Dr. A. 10,00. Dr. E. 5,00. Fabr. F. 30,00. Dr. C. 2,00. Cand. E. 10,00. Skatspiel 1,00 in W. Sa. 58,00.

Berliner Wahlfonds.

Von C. Leipzig 1,00. Dr. P. Rheinan 10,00.

Anzeigen 2c.

Leipzig. Montag, den 4. Juni, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof:

Oeffentliche Schneiderversammlung.

Tagesordnung: 1. Der Nachtheil für unser Gewerbe durch die industrielle Zuchthausarbeit. Referent Hr. Rauert. 2. Neuwahl der Arbeitsnachweis-Commission.

Die Wichtigkeit bedingt allseitiges Erscheinen. [90

Der Einberufer.

Soeben erschien im Verlag der Buchhandlung des „Zeitgeist" in München:

Juristisches Taschenlexikon!

von Dr. Lehn.

Unentbehrlicher Rathgeber in Prozeßsachen. Wichtig für Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Kaufleute 2c.

Das Werk ist zudem noch ein leichtfaßliches, übersichtliches Handbuch für Prüfungs-Candidaten. [3,0

7 Bg. 8. Preis 1 Mark. (3[illegible]

Wir empfehlen:

Grundzüge der Nationalökonomie

von

C. A. Schramm.

76 Seiten Oktav, Einzelpreis 25 Pf., in Partien bezogen 20 Pf. pr. Expl

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von Tchernyschewsky.

33 Bogen stark. Preis 4 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Durch die Buchhandlung des „Vorwärts" ist zu beziehen:

„Das preußische Regiment" vor Gericht.

Rede, gehalten von Ludwig Pfau zu seiner Vertheidigung vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M.

Preis: 30 Pf.

Inhalt: Vorwort. — Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht — Anklageschrift. — Gerichtsverhandlung. — Rede Ludwig Pfau's. — Urtheil.

Durch uns ist zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 19/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen bei Ja- u. Auslande.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Elizabeth Str.
Philadelphia: P. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Zastermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hentze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 65. Mittwoch, 6. Juni. 1877.

Parteigenossen Berlin's!

Die Neuwahl im 6. Berliner Wahlkreise ist auf den 14. Juni angesetzt. Die vereinigten Gegner des arbeitenden Volkes werden Alles aufbieten, um uns den Sieg streitig zu machen — aber sie dürfen ihn nicht erringen!

Wenn alle Diejenigen, welche zur Erkenntniß gekommen, daß die heutigen Zustände verrottete sind, an deren Stelle bessere treten müssen, zusammenhalten, so wird das kleine Häuflein der „Zufriedenen", der „Satten" nicht im Stande sein, dem Volke den Sieg zu entreißen.

Freilich sind die Mittel Jener groß, um Beeinflussung auf einen Theil der Wähler auszuüben, und den anderen im Schlepptau zu halten; es muß deshalb jedes einzelnen Genossen Bestreben sein, durch energische und rastlose Agitation im Kreise seiner Bekannten und Kollegen Aufklärung über die Ziele der sozialistischen Partei zu schaffen. Nur dadurch, daß die Gegner diese Ziele in ihrer Presse in unverschämtester Weise entstellen und verdrehen, ist es ihnen bis jetzt noch immer gelungen, einen Theil des Volkes, besonders den Kleinmeisterstand, von der großen Bewegung zur Befreiung der Menschheit fernzuhalten, ja gegen diese Bewegung zu hetzen.

In den zehn Tagen muß jeder Genosse Agitator sein und nicht rasten noch ruhen, die noch bei Einzelnen herrschenden Vorurtheile zu entfernen, und diese Männer der Partei des Volkes zu gewinnen!

Wähler Berlin's! Die Genossen ganz Deutschland's blicken auf Euch und rechnen auf Euren Sieg! — Sie werden auch, so weit es in ihren Kräften liegt, hinter Euch stehen, wenn Eure Mittel nicht ausreichen, um Alles anwenden zu können, die Annoncen in der gegnerischen Presse, die „rothe Fahne" nach Beendigung der Wahlen eingehen zu lassen.

Von einer ganzen Reihe von Rednern, namentlich von Auer und Geib, Grottkau, Rackow und Fritzsche, wurde unter voller Zustimmung fast aller Delegirten bemerkt: daß allgemein die Annahme gewesen sei, Hasselmann würde die „Rothe Fahne" nach den Wahlen eingehen lassen. Dies habe Hasselmann dem Central-Wahlcomité und den Verlegern und Expedienten des damals noch in Berlin erscheinenden „Neuen Sozial-Demokrat" wiederholt versichert oder angedeutet, und nur in Folge dessen hätten sich Letztere bewogen gefühlt, die „Rothe Fahne" nicht gleich bei ihrem Entstehen zu bekämpfen, was unter den obwaltenden Umständen jedenfalls besser gewesen wäre. Herr Hasselmann habe jedoch sein verpfändetes Wort, das doch einem Ehrenwort gleichbedeutend sei, nicht nur nicht gehalten, sondern schlage auch in der „Rothen Fahne" einen Ton an, der unverkennbar darauf berechnet sei, eine Spaltung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands herbeizuführen. Mit Vorliebe schmeichele das bezeichnete Blatt der „schwieligen Arbeiterfaust" und hetze diese gegen die „sogenannten Intelligenzen". Dieses Vorgehen habe auch bereits einige Früchte gezeitigt, denn schon an mehreren Orten beginne sich, von einigen „unklaren Querköpfen" zusammengesetzt, eine Partei „Rothe Fahne" oder besser gesagt, eine „Fraktion Hasselmann" zu bilden. Bei den Bräuer'schen in Hamburg sei das Blatt sehr beliebt. Einem derartigen Treiben müsse bei Zeiten ein Ziel gesetzt werden.

Hasselmann stellte zunächst, im Widerspruch mit mehreren Zeugen, in Abrede, daß er versprochen, nach den Wahlen die diese Weise in die Debatte hineingezogen werden, und daß hier so große Begriffsverwirrungen oder Verleumdungen vorliegen. Das könne er alles beeidigen, denn er habe noch nie einer Fliege etwas Unrechtes gethan, viel weniger einem Menschen, bitte aber um seine Entlassung, da seine Kinder allein zu Hause seien.

Der Wirkliche Geh. Rath v. Thiele deponirte ungefähr Folgendes: Vor etwa 7 Jahren habe ihm Savigny mitgetheilt, er habe von Rothschild gehört, daß bei den Besprechungen über die Gründung der Central-Bodenkreditgesellschaft von der Reservirung einer Million Aktien die Rede gewesen, die Bleichröder auch successive ausgeführt habe, und zwar im Interesse des Fürsten Bismarck, wozu er sich als dessen Vermögensverwalter berechtigt gehalten. Unvorsichtigerweise habe er (Zeuge) das en famille auch Herrn v. Diest vertraulich erzählt. Auf die Bemerkung des Vertheidigers, der Zeuge v. Rothschild habe immer nur von einer „Betheiligung" gesprochen, was man im Sinne des Börsenausdrucks verstehen müsse, entgegnete der Vorsitzende, daß der Zeuge schon gesagt, es sei ihm nichts davon bekannt, daß Bismarck irgend etwas in dieser Sache erhalten habe.

Gutsbesitzer v. Simpson war bei der Gründung der Gesellschaft in keiner Weise betheiligt, und als Herr v. Wedemeyer ihn wegen der Reservirung der halben Million für den Reichskanzler befragte, habe er ihm geantwortet, er wisse nichts davon.

Gutsbesitzer v. Hammerstein resumirt den Inhalt des Gesprächs im Eisenbahncoupé dahin, daß v. Diest behauptete, es sei dem Reichskanzler aus den Differenzgeschäften bei den Aktien der Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft ein Vortheil von 200,000 Thalern erwachsen, welches Verfahren er als nicht gentlemanlike bezeichnete, selbst wenn der Fürst vorher nichts davon gewußt hätte. Herr v. Diest habe aber schon damals erklärt, es sei nicht seine Absicht, den Reichskanzler zu stürzen, sondern ihn dem Einflusse der Haute-Finance zu entziehen.

Der Gutsbesitzer v. Bergell versichert, daß er von der angeblichen Betheiligung des Fürsten schon lange vorher gehört, ehe er den Angeklagten kennen lernte, das sei allgemeines Gesellschaftsgespräch gewesen.

Graf v. Borcke sagt aus, der Angeklagte habe ihm auf der Jagd am 3. Januar v. J. mitgetheilt, er könne beweisen, daß der Reichskanzler bei der Gründung der Central-Bodenkredit-Gesellschaft Aktien ohne Einzahlung erhalten und Bleichröder dieselben zu bedeutend höheren Kursen verkauft habe. Er sei der Meinung, der Angeklagte habe diese Behauptung böswilligerweise aufgestellt.

Gutsbesitzer v. Bülow versichert, gehört zu haben, daß v. Diest gesagt habe: „Bismarck müsse jetzt 'ran!" und „er müsse noch so klein werden, daß er sein Brod aus der Hand eines ehrlichen pommerschen Junkers esse".

General-Landschaftsrath v. Blanckenburg bestätigte im Allgemeinen seine Aussagen vor dem Kreisgericht. Fürst Bismarck möge lange selber in dem Glauben gewesen sein, daß die Aktien für sein Conto zu 108 gekauft und später verkauft wurden, aber seine direkte Frage danach habe der Fürst mit großem Unwillen zurückgewiesen. Er habe deshalb an v. Diest geschrieben, die Gerüchte seien leere Phantasien, seine Gewährsmänner hätten ihn belogen. Daß er (Zeuge) s. Z. bei einem Ehrenhandel mit dem Angeklagten an den Vermittler v. Eysenhardt geschrieben, es solle zu 108 wirklich gekauft sein, beruhe auf einem Irrthum seinerseits. (Schluß folgt.)

Frankreichs Maienblüthe.

Gemordet habt ihr die Gemeine*)
Und sie verscharrt wie giftig Aas,
Dann wuscht ihr euch die Hande reine
Nicht wie Pilatus, nein im Scheine
Der ordre morale**) Caiphas'.

Die Republik, das sind die Winde,
Die ihr nun sätet vor der Welt.
Sturm ist die Ernte; und die Binde
Zerreißt; gewahrt ihr nun, ihr Blinde,
Daß ihr auf Nattern euch gestellt?

Die Pfaffen dienten gen die Flamme
Der Freiheit euch als ein Popanz!
Als Schächer hängt ihr jetzt am Stamme
Des Kreuzes, doch mit keinem Schwamme
Tränkt euch ecclesia militans.

*) Deutsch für Commune. **) „Moralische Ordnung" — Stichwort der Versailler Ordnungsbanditen.

Unterröcke seiner Haremsdamen und vergißt bei solchen Freuden die großen Opfer, die die Gläubiger seinetwegen bringen müssen.

Und wenn ihr Herrscher selbst nicht kämpfen wollt oder könnt, so mögt ihr einige eurer Generäle schicken, die auch gewöhnlich dem Sprüchworte huldigen: „Weit davon ist gut vor dem Schuß" —, damit sie den Zweikampf ausfechten. —

Aber selbst wenn solche Zweikämpfe in unser modernes Leben eingeführt würden, sie könnten sich nicht bewähren. Wir hegen die gerechte Befürchtung, daß die Bedingungen, welche vor dem Zweikampf festgestellt worden wären, nachher von der doppelzüngigen Diplomatie wieder entstellt oder bestritten und dann nicht gehalten würden.

Aus demselben Grunde können wir uns auch nicht für ein europäisches Schieds- oder Friedensgericht begeistern, weil die Mächte dasselbe nur in soweit respektiren würden, als die Bedingungen, welche es stellte, ihnen convenirten.

Bei obigen Ausführungen leitete uns die Absicht, die Denkweise der Mächtigen in der antiken und in der modernen Welt zu zeigen; einen praktischen Vorschlag hatten wir selbstverständlich nicht im Auge.

Wir kennen, um die Kriege zu verhindern, auch nur einen einzigen. Und dieser lautet: Das Volk muß bestrebt sein, die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen, es muß eine allgemeine Rechtsgrundlage schaffen, auf welcher Freiheit und Gleichheit „Alles dessen, was Menschenantlitz trägt", blühen und gedeihen können. Mit einem Wort: die Culturvölker müssen die Fahne des Sozialismus ergreifen, sie ist die Fahne der Versöhnung, sie ist die Fahne des ewigen Friedens.

Je lauter der Donner der Schlachten brüllt, je schmerzhafter das Mörder-Bajonnet „Ordnung" sowohl als auch die von ihm augenblicklich redigirte „Stettiner freie Zeitung" werden fortan nicht mehr als zur sozialdemokratischen Partei gehörig betrachtet."

Endlich wurde noch beschlossen: „Zu dem im Monat Juni d. J. zu Gent tagenden universellen sozialistischen Weltcongreß einen Delegirten zu entsenden und die diesbezügliche Personenfrage dem Central Wahlcomité anheimzugeben."

Liebknecht bemerkt: Er ersuche das Central-Wahlcomité, bei der Auswahl eines Delegirten sehr vorsichtig zu verfahren, denn er befürchte, daß auf dem zu beschickenden Congresse die bakunistisch-anarchistische Richtung, die gegenwärtig sich wieder stark in den Vordergrund dränge, daselbst dominiren werde. In diesem Falle könne der Congreß der gesammten Arbeiterbewegung nur Schaden verursachen.

Endlich wurde Bremen als Sitz der Beschwerde-Commission und Hamburg-Altona als Sitz des Central-Wahlcomité's und zwar die Genossen Auer, Braasch, Derossi, Geib, Hartmann wieder gewählt.

Schluß des Congresses gegen 1 Uhr Nachts mit einer kurzen Ansprache Geib's und einem Hoch auf die sozialistische Arbeiterbewegung aller Länder.

Correspondenzen.

Berlin, 29. Mai. Der „Löwe" hat endlich gebrüllt, daß er aber gut gebrüllt hätte, möchte ich nicht gerade behaupten. Am Mittwoch, den 23. Mai, tagte im großen Saale der Norddeutschen Brauerei eine liberale Wählerversammlung, einberufen vom ebnet der Kapitalismus dem Sozialismus die Bahn und die Zeit wird bald kommen, daß der Bauer einsehen lernt, wie schnell er dem Proletariat verfällt. Das Schimpfen auf die Sozialisten ist darum eine fürchterliche Dummheit."

— Zum Kapitel der Leibeigenschaft. In unserem freien Deutschland können die „Knechte" und „Mägde" durch Haft wegen Widerspänstigkeit bestraft werden. So berichtet der „Graudenz. Ges.": „Der Kreisausschuß des Kreises Rotenberg in Westpreußen hatte sich mit der Frage beschäftigt, ob die Anwendung unmittelbaren Zwanges gegen widerspänstiges Gesinde angesichts der neueren Gesetzesbestimmungen noch zulässig sei, und hatte sich in dieser Sache an den Minister des Innern gewendet. Der letztere nimmt in seinem Bescheide Bezug auf eine von ihm in derselben Angelegenheit an die Stettiner Regierung erlassene Verfügung. In dieser Verfügung spricht der Minister seine Bedenken aus, die Frage, ob die von den Ortspolizeibehörden in Gesindestreitsachen erlassenen vorläufigen Entscheidungen noch jetzt ohne Rücksicht auf den erhobenen Widerspruch vollstreckbar seien, allgemein zu entscheiden, ohne daß spezielle Fälle zu einer solchen Entscheidung Anlaß geben. An und für sich sei das Reskript vom 17. April 1812 nicht aufgehoben. Das Reskript verordnet nun, daß in den Fällen, in welchen es sich um eine Weigerung des Gesindes, im Dienst zu bleiben, handelt, die Polizeibehörde die vorläufigen Bestimmungen zu erlassen und sie auch zu vollstrecken hat. Diejenigen Parteien, welche sich bei dieser Bestimmung nicht beruhigen wollen, können zwar versuchen, vor Gericht ein anderes Urtheil zu erstreiten, sie sind aber verpflichtet, bis zur Entscheidung des Richters den Lohn gegeben zu haben, was, wie die „Berliner Freie Presse" erfährt, nicht wahr sein soll.

Im Verlauf der Interpellation erklärte übrigens der Vorsitzende, daß er Sozialdemokraten das Wort nicht geben werde. Auf das darauf folgende „Aha" der anwesenden Sozialisten, erscholl der Schreckensruf „Es sind Sozialdemokraten hier! Raus, raus!" Darauf furchtbarer Tumult, bei dem 75 Stühle zerbrochen sind.

Ein neben uns sitzender Mann sagte nachher zu seinem Nachbar, daß er einmal in einer sozialistischen Versammlung gewesen, wo es musterhaft zugegangen sei, und der Wirth des Lokals, dessen ich hier als eines sehr gerechten und uns gefälligen Mannes Erwähnung thun will, hat nachher den Herren gesagt, daß am nächsten Tage, wo die „rohen" Arbeiter Versammlung hätten, keine Stühle zerbrochen werden würden. So ist es denn auch gekommen.

Am folgenden Abend nämlich war in demselben Lokale von unserer Seite eine allgemeine Wählerversammlung veranstaltet, in der Herr Hasenclever über „Volksfreunde und Volksfeinde" sprach. Die Versammlung war noch besuchter, als die liberale. Eintrittskarten brauchten nicht gezeigt zu werden, Thürhüter waren auch nicht da, auch las Herr Hasenclever seinen Vortrag nicht ab. In demselben riß er dem Liberalismus die heuchlerische Maske der Volksfreundlichkeit vom Gesicht und zeigte dessen Vertreter in ihrer wahren Gestalt als Volksverräther und Volksfeinde. Der Vortrag wurde mit Enthusiasmus aufgenommen, und die Versammlung sprach sich zum Schluß einstimmig für die Wahl Hasenclever's aus.

Eugen Richter, wiederholt eingeladen, war auch jetzt nicht er-

Ich gönnt' den Funken euch, Barbaren,
Im Pulverfaß, worauf ihr steht,
Wüßt' ich es nicht seit langen Jahren,
Daß wenn Tyrannen sich zerfahren,
Das arme Volk in Trümmer geht.

Kurt Mool.

— Beitrag zur Unfall-Statistik. Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat April 1877 zur Anzeige: 6 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben, 5 Unfälle, in Folge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben, 23 Unfälle, welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 303 Unfälle, mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Sa. 337 Unfälle. Von den 6 Todesfällen treffen je einer auf ein Etablissement für Gas- und Wasseranlagen, eine Eisengießerei und Maschinenfabrik, Gerberei, Holzschneiderei, Chamottefabrik, Glockengießerei; von den 5 lebensgefährlichen Beschädigungen 2 auf Bierbrauereien, je eine auf eine Mahl- und Schneidemühle, Bleiweiß- und Firnißfabrik, Holzhandlung und Landwirthschaftsbetrieb; von den 23 Invaliditätsfällen 3 auf Zuckerfabriken, je 2 auf Papierfabriken, Baumwollspinnereien, Gasanstalten, Spiritusbrennereien mit Häckselmaschinenbetrieb, und je einer auf einen Landwirthschaftsbetrieb, Steinbruch, eine Mineralöl- und Paraffinfabrik, Kunstwollfabrik, Tuchscheererei und Spinnerei, Ziegelei, Spinnerei und Weberei, Röhren- und Nietenfabrik, Holzschneiderei, Malzfabrik, ein Baugewerbe und ein Puddel- und Walzwerk.

— Ditto. Im Monat Mai dieses Jahres wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungsbank in Leipzig 12 Todesfälle, 4 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten, 6 Unfälle, die ihrer Natur nach den Eintritt einer totalen oder theilweisen Invalidität der Verletzten erkennen lassen und 434 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt, zusammen 456 Unfälle angemeldet. Von den 12 Todesfällen ereigneten sich 4 in einer chemischen Fabrik durch Dampfkessel-Explosion, je 2 in Steinkohlenbergwerken und Baugeschäften und je 1 in einer Papierfabrik, einer Streichgarnspinnerei, einer Eisensteingrube und einem Steinbruche. Von den 4 lebensgefährlichen Beschädigungen entfallen je eine auf eine Eisengießerei, eine chemische Fabrik, eine Zwirnerei und Nähfadenfabrik und einen Kalksteinbruch, während von den 6 Invaliden je einer auf eine Eisengießerei, eine Papierfabrik, eine Buchdruckerei, eine Fabrik für Hufbeschlag-Material, eine Gußstahlfabrik und eine Brückenbauanstalt kommt.

stimmung zu überlassen, welche Wahlkreise als offizielle zu betrachten seien.

Liebknecht beantragt, den Verkauf der Photographien lebender Sozialisten zu verbieten und möglichst zu beschränken. Der Antragsteller erklärt, von aller Götzendienerei sei der Personencultus der gefährlichste und verwerflichste. Er tadelt namentlich in schärfster Weise den Cultus, welcher mit sozialistischen Reichstagsabgeordneten getrieben wird und bezeichnet denselben geradezu als Unfug. Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag, welcher fordert, die Partei möge in Zukunft von der Betheiligung an den Reichstagswahlen absehen, da der Reichstag ja doch machtlos sei, findet keine Unterstützung und fällt dadurch ohne Debatte.

Man kommt zum 3. Punkt der Tagesordnung, die Parteipresse.

Geib in Hamburg beantragt:

„Eine wissenschaftliche Revue in geeignetem Format vom 1. Oktober ab in Berlin monatlich 2 Mal herauszugeben und bis zu genanntem Termine dem „Vorwärts“ alle vierzehn Tage eine wissenschaftliche Beilage beizugeben, damit die wissenschaftliche Seite der Bewegung berücksichtigt werde.“

Der Antragsteller erläutert das Projekt und erklärt, daß die Partei in der glücklichen Lage sei, das Blatt unverhältnißmäßig billig herzustellen, da ein Parteigenosse zu diesem Zwecke jährlich eine namhafte Summe zur Verfügung stelle.

Ramm bekämpft den Antrag, weil die Mehrzahl der Parteigenossen das Abonnement auf den „Vorwärts“ schon schwer genug aufzubringen vermöchten und das neue Blatt nicht würden halten können. Der Redner wünscht, daß die vorhandenen Zuschüsse zu einer Erweiterung des „Vorwärts“ benutzt würden.

Grillenberger wünscht, die wissenschaftliche Revue dem „Vorwärts“ als Beilage beizugeben.

Neisser tritt für die Gründung der Revue ein, durch welche wissenschaftliche Klarheit verbreitet und dadurch das Parteiinteresse gefördert werde.

Meister erklärt sich gegen die Ansicht Grillenberger's, da ausführliche wissenschaftliche Polemiken (nach Art der jetzt erscheinenden Artikel gegen Dühring) für den „Vorwärts“ nicht unbedingt als geeignet zu bezeichnen seien.

Bebel macht gegen die Bedenken Ramm's geltend, daß ein Blatt, wie die projektirte Revue, durch Auslegen in Arbeiterlokalen ꝛc. den Parteigenossen leicht zugänglich gemacht werden könne. Es würde in der Revue mancher Artikel erscheinen, der sonst als Broschüre herausgegeben werden müsse.

Der Antrag Geib's wird angenommen.

Fritzsche wünscht die Entscheidung des Congresses darüber herbeizuführen, ob es den sozialistischen Abgeordneten freigestellt sein solle, sich im Reichstage aus praktischen Gründen eventuell mit den bürgerlichen Demokraten zu vereinigen.

Liebknecht: Verhandlungen hätten nicht stattgefunden, bloß kurze Besprechungen, und zwar nur mit Holthof, der die Sache angeregt, sich aber sehr bald überzeugt habe, daß er mit seinen Anschauungen allein stehe, indem seine Collegen Payer und Retter ihm erklärten, sie könnten sich einer Fraktion, wie er sie beabsichtige nicht anschließen. Von einer eigentlichen Fraktionsbildung hätte überhaupt nicht die Rede sein können, höchstens von einem geregelten, geschäftlichen Zusammengehen in gewissen Fragen. Indeß auch das sei ja überflüssig, da unsere Abgeordneten obgl ich nicht 15 Mann stark, doch in der Lage seien, für alle Anträge die nöthige Stimmenzahl zu erlangen, wenn nicht bei den Mitgliedern der Volkspartei. dann anderswo. Kurz, der Plan habe von Anfang an in der Luft gestanden, und es sei, nach dem Mitgetheilten, gar nicht daran zu denken, daß er sich verwirkliche. Daß die sozialistischen Abgeordneten sich in keine Compromisse einlassen würden, verstände sich von selbst.

Blos schließt sich dem an. Man geht unter Berücksichtigung dieser Erklärungen zur Tagesordnung über.

Es folgt eine Reihe von Anträgen, welche Wünsche in Bezug auf die Parteipresse und besonders auf den „Vorwärts“ enthalten. Dieselben fallen zum Theil wegen mangelnder Unterstützung.

Oldenburg erläutert die Nothwendigkeit eines kleineren, billigen Parteiorgans, durch welches die Parteigenossen, denen es nicht möglich ist, größere Blätter zu lesen, über die sozialistische Bewegung in Deutschland unterrichtet werden. Er schlägt vor, daß dasselbe monatlich ein Mal und zwar an einem Orte erscheinen solle, wo nicht zu fürchten ist, daß es dem dort etwa bestehenden Lokalblatt Concurrenz mache.

Meister beantragt, ein solches Unternehmen zu gründen und mit der Ausführung desselben Oldenburg zu beauftragen. Dasselbe solle pro Quartal 50, pro Monat 20 Pfg. kosten. Dieser Antrag wird angenommen.

Ferner wird beschlossen, daß zur besseren Organisation der Parteipresse eine sozialdemokratische Correspondenz geschaffen werde, welche insbesondere Berichte über die Reichstagsverhandlungen, sowie über die soziale Bewegung des In- und Auslandes für unsere Lokalpresse bringt. Die Kosten können durch von den Lokalblättern zu erhebende Abonnementsgebühren und eventuell durch einen Zuschuß der Partei aufgebracht werden. Als Ort, wo diese Correspondenz erscheinen soll, wurde Berlin bestimmt. Der Schluß der Vormittagssitzung erfolgte 12¾ Uhr.

Die Nachmittagssitzung wurde kurz nach 3 Uhr eröffnet. Man debattirte mehrere Anträge, die sich auf die Haltung resp. die Schreibweise des „Vorwärts“ bezogen. Im Allgemeinen wurde anerkannt, daß der „Vorwärts“ seine Aufgabe erfülle. Einige Einwände, welche dahin hinausliefen, der „Vorwärts“ enthalte zu wenig agitatorische Artikel, wurden zurückgewiesen, durch die Bemerkung, es handle sich nicht darum, nur aufzuregen, sondern vorzugsweise aufzuklären und dies geschehe ganz gewiß durch den „Vorwärts“. Hasselmann frägt an, weshalb der „Vorwärts“ zur Geburtstagsfeier Lassalle's keinen Leitartikel gebracht habe, obwohl Hasenclever ihm vorher gesagt, ein solcher werde geschrieben werden. Hasenclever bemerkt, daß er den 11. April noch auf der Reise gewesen sei und im Drange der Geschäfte vergessen habe, einen derartigen Leitartikel einzusenden. Er habe aber gleich nach seiner Ankunft in Leipzig einen Artikel: „Anstatt einer Briefkastennotiz“ gebracht, der gewiß auch dem glühendsten Lassalleverehrer Rechnung tragen mußte. Im Uebrigen bemerkte er Hasselmann, daß es sehr zweifelhaft sei, ob die Verehrung Lassalle's, die sich nicht in dem fortwährenden Anrufen seines Namens documentire, in der Redaktion des „Vorwärts“ oder in der Redaktion der „Bergischen Volksstimme“ größer sei. Im Uebrigen sei es genug, wenn jedes Jahr der Todestag Lassalle's gefeiert werde.

Liebknecht: Der „Vorwärts“ sei kein wesentlich agitatorisches Blatt, und könne es nicht sein. Das habe sich bei den Wahlen gezeigt, wo die Agitation von den Lokalblättern betrieben worden sei, während der „Vorwärts“ gerade wegen seines Charakters als allgemeines Parteiorgan sich nur allgemein an der Wahlbewegung habe betheiligen können. Darum habe er auch durch den Wahlkampf keinen Abonnentenzuwachs erlangen können, wie die Lokalblätter. Der „Vorwärts“ hat vor Allem die geistige Führung zu übernehmen, und zu diesem Zweck muß er belehrende, wissenschaftliche Artikel bringen; und mitunter auch solche, die auf die fortgeschritteneren Parteigenossen berechnet, durch welche ihr Inhalt dann doch in die Massen komme. „Populär“ sei ein sehr dehnbarer Begriff, die „Vorwärts“-Artikel seien mit geringen Ausnahmen durchaus populär — freilich nicht in dem Stil Hasselmann's, den er aber nicht kritisiren wolle. Warum schreibe Hasselmann nicht für den „Vorwärts“? Die Redaktion sei ihm angeboten gewesen — er habe sie abgelehnt; er habe ihm (Liebknecht) nach dem vorigen Congreß in Berlin versprochen, für den „Vorwärts“ schreiben zu wollen — er habe das nicht gethan, dagegen die „Rothe Fahne“ gegründet. Die „Rothe Fahne“ sei unzweifelhaft ein Concurrenzunternehmen gegen den „Vorwärts“ und betone den spezifischen Lassalleanismus in einer Weise, daß es den Anschein gewinnen könne, als solle eine Spaltung provozirt werden. Am Geburtstag Lassalle's sei Hasenclever nicht anwesend gewesen, er (Liebknecht) habe es nicht für nöthig gehalten, einen Artikel zur Feier des Geburtstages Lassalle's zu bringen, weil er glaube, daß diese Art des Personencultus nicht im Geist unserer Partei und jedenfalls auch nicht im Geiste Lassalle's sei. Dagegen sei die Redaktion der Ansicht, daß der Todestag Lassalle's, ähnlich wie früher der Todestag Blum's, als allgemeiner Gedenktag an unsere Märtyrer, als ein sozialistisches Todtenfest gefeiert werde. Er habe vor Jahresfrist diesen Gedanken in einer großen Parteiversammlung in Hamburg, wo Lassalle treue Anhänger habe, ausgesprochen, und der Gedanke habe allgemeinen Anklang gefunden; daß die deutschen Arbeiter Lassalle hochhalten, sei ganz in der Ordnung, aber allzuviel sei schädlich.

Hasenclever: Um jedes Mißverständniß zu vermeiden, frage er bei Liebknecht an, ob er, im Falle er (Hasenclever) einen Artikel eingesandt haben würde, diesem die Aufnahme versagt hätte. — Liebknecht verneint dies — selbstverständlich wäre der Artikel aufgenommen worden. (Diejenigen Blätter, welche auch eine Spaltung zwischen Liebknecht und Hasenclever bemerkt haben wollen, mögen sich den wahren Hergang der Debatte hinter die Ohren schreiben.)

Hasselmann erklärt, er habe nur Aufklärung in dieser Frage erhalten wollen. Im Uebrigen habe Keiner das Recht, ihn wegen der Herausgabe der „Rothen Fahne“ zu verdächtigen; die „Rothe Fahne“ habe er in's Leben gerufen, um dadurch seine Arbeitskraft den andern Parteiblättern im Rheinland unentgeldlich zur Verfügung stellen zu können. Die „Rothe Fahne“ brauche er nicht zu vertheidigen. Sie wirke für sich selbst. Im Rheinlande wird der Geburtstag Lassalle's alljahrlich gefeiert, deshalb sei den dortigen Arbeitern das Schweigen des „Vorwärts“ aufgefallen.

Liebknecht constatirt, daß Hasselmann in Hamburg vor fast leerem Hause eine Festrede zur Lassalle's Geburtstagsfeier gehalten habe. Was die „Rothe Fahne“ betrifft, so wirke sie allerdings für sich selbst, aber auch nach der „Bräuer'schen Seite hin“. Er wiederholt: Der „Vorwärts“ betrachte es als seine Hauptaufgabe, Aufklärung zu bringen.

Hasselmann bestreitet, daß das Fest in Hamburg so schlecht besucht gewesen sei und verwahrt sich gegen jegliche Identificirung mit den „Bräuer'schen“.

Haier vertheidigt den Antrag, daß der „Vorwärts“ mehr populäre Artikel anstatt der langen wissenschaftlichen, denen man einen andern Platz anweisen könne, bringen möge.

Es wurde beschlossen: „Der „Vorwärts“ möge mehr populäre Artikel bringen.“

Ein Antrag, den „Vorwärts“ nach Berlin zu verlegen, erlangte nur eine Unterstützung von 6 Stimmen.

Most und Genossen beantragen: „Da Artikel, wie die Polemik Engels contra Dühring für die große Mehrzahl der Leser des „Vorwärts“ interesselos sind, haben solche Artikel in Zukunft aus dem „Vorwärts“ fortzubleiben.“

Nachdem ein Antrag, dahingehend, die Angelegenheit rein formell und vom praktischen Gesichtspunkte aus zu behandeln, angenommen worden, beantragt Bebel, in Anbetracht der Länge dieser Artikel, in Anbetracht des Umstandes, daß dem Angegriffenen ein gleicher Raum zur Vertheidigung eingeräumt werden müßte und es sich nur um eine wissenschaftliche Streitfrage handle, die Artikel künftig in Form einer Broschüre herauszugeben.

Liebknecht meint, da der Most'sche Antrag nun zu einem Messer ohne Stiel und Klinge geworden sei, habe eine Debatte keinen Sinn mehr.

Most zieht seinen Antrag zu Gunsten des Bebel'schen zurück, der von Bebel auf rein sachliche Gründe zurückgeführt wird, unter ausdrücklicher Erklärung des Einverständnisses mit den Engels'schen Artikeln.

Vahlteich erklärt, daß er mit der Haltung des „Vorwärts“ im Allgemeinen stets zufrieden war und um so mehr werde die Redaktion ihm glauben dürfen, wenn er konstatire, daß die Aufnahme der Engels'schen Artikel ein Mißgriff gewesen sei, welcher dem Blatte und der Partei großen Schaden bringe. Die Art und Weise, wie Engels dozire, sei für die Mehrzahl der Parteigenossen unverdaulich. Marx und Engels haben der Sozialdemokratie viel genützt und werden ihr hoffentlich noch viel nützen, dasselbe gilt aber auch von Dühring, wir haben Alle im Interesse der Partei zu benützen, aber wenn sich die Professoren streiten, sei der „Vorwärts“ nicht das Forum, vor dem dieser Streit ausgefochten werden dürfe.

Liebknecht: Er begreife den ganzen Lärm nicht. Nachdem man beschlossen, in die eigentliche Streitfrage nicht einzugehen, und nachdem man weiter die Gründung einer wissenschaftlichen Beilage und „Revue“ beschlossen, sei die Debatte vollkommen sinnlos. Natürlich werden in Zukunft solche Artikel in dieser Beilage resp. „Revue“ veröffentlicht werden. Aber ehe dieselbe gegründet war, hatten wir kein anderes Blatt zur Veröffentlichung als den „Vorwärts“. Die Veröffentlichung war aber durch den vorjährigen Congreß beschlossen, und zwar auf Provokation von „Dühringianern“. Die Artikel erscheinen Manchem „zu lang„ — man konnte doch der Redaktion des „Vorwärts“ nicht zumuthen, einem Mann wie Engels, der an wissenschaftlicher Bedeutung nur mit Marx zu vergleichen, Vorschriften zu machen, wie lang oder kurz er schreiben solle. Lang mußten und müssen die Artikel sein, weil es sich darum handelt, die in dickleibigen Bänden gemachten Angriffe Dühring's auf der ganzen Linie zurückzuweisen, und sein ganzes System — philosophisch, naturwissenschafftlich und ökonomisch zu widerlegen. Engels habe dies glänzend gethan. Seit dem Erscheinen des Marx'schen „Kapital“ halte er (Liebknecht) diese „Dühringartikel“ für die bedeutendste wissenschaftliche Arbeit, die aus dem Schooß der Partei hervorgegangen. Und sie sei im Interesse der Partei nothwendig gewesen, denn Dühring habe durch seine Angriffe auf Lassalle und Marx, d. h. die Männer, denen wir vor Allen die wissenschaftliche Grundlage unserer Partei verdanken, die Partei selbst in ihrem innersten Wesen angegriffen; es galt den Boden zu vertheidigen, auf dem wir stehn. Das

Prozeß Diest-Daber.

(Fortsetzung.)

Der Angeklagte protestirte gegen die Unterstellung, als enthielten seine Briefe irgend eine Zustimmung zu der Haltung der „Reichsglocke“, er habe nur seine Zustimmung zu einem ganz bestimmten Artikel derselben: „Kirche und Staat“ erklärt. In Bezug auf die in Stargard gethane Aeußerung zu dem Gutsbesitzer Hammerstein und dem Rittergutsbesitzer v. Bergell, „er besitze Material genug, um zu beweisen, daß Fürst Bismarck durch Bleichröder über eine halbe Million Aktien der Central-Bodenkreditgesellschaft erhalten und mit 20 Proz. Avance verkauft, worin zwar nichts Strafbares liege, es sei aber auch nicht gentlemanlike“, erklärte der Angeklagte, er habe gesprächsweise im Coupé geäußert, er besitze ziemlich sichere Nachrichten von Blanckenburg über die Sache und etwas müsse daran sein. Uebrigens habe er sofort hinzugesetzt, es käme ihm nicht darauf an, den Fürsten Bismarck irgendwie zu schädigen, sondern ihn von unlauteren Quellen zu trennen, und das habe er für seine patriotische Pflicht gehalten.

Betreffend die Aeußerung zu dem Gutsbesitzer Grafen von Borcke: er habe Bedenken gegen die Verwaltung Bismarck's, welche leicht in Abhängigkeit von Bleichröder gerathen könne, der ihm aus Verlegenheiten geholfen, deponirte der Angeklagte, dieses Gespräch habe auf einer Jagd bei seinem Schwiegersohn stattgefunden, und sofort habe er hinzugefügt, es sei sehr wohl möglich, daß Bismarck's Name dabei gemißbraucht werde. Später habe ihm v. Borcke mitgetheilt, er sei bei einem Besuche in Varzin von dem Fürsten selber dahin bedeutet worden, er wisse von allen diesen Vorgängen nichts, er könne durch seine Bücher nachweisen, daß er Aktien der Central-Bodenkredit-Gesellschaft nicht besitze. Und wieder später habe v. Borcke ihm gesagt, er glaube jetzt auch, daß etwas daran sei, aber den Fürsten treffe keine Schuld, möglich jedoch, daß Bleichröder nicht ganz rein dastehe.

Ferner bestreitet der Angeklagte auf's bestimmteste den Gebrauch des Ausdrucks: „er werde den Kaiser aus den Klauen dieses Mannes befreien.“ Der Richter in Naugard habe ihm s. Z. die Aussage des Herrn v. Petersdorff vorgelesen, zu dem er die Aeußerung gethan haben solle, und da stehe ganz bestimmt, daß dergleichen Aeußerungen nicht gefallen seien. Gelegentlich eines Frühstücks im Hotel de Prusse zu Stettin sei die Frage aufgeworfen worden, ob der Kaiser wohl die „Reichsglocke“ lese, und da habe er die Bemerkung fallen lassen, er glaube, der Kronprinz lese das Blatt, ab und zu auch der Kaiser, dem das Blatt durch eine Dame bei Hofe, die aber nicht etwa die Kaiserin sein solle, angeblich ab und zu zugestellt werde, mehr habe er aber nicht gesagt.

Der letzte Punkt der Anklage betrifft die angebliche Aeußerung zu Herrn v. Bülow auf der Jagd bei Karnitz: er (der Angeklagte) besitze jetzt genügendes Material gegen den Fürsten, jetzt müsse er 'ran, er müsse noch so klein werden, daß er das Brod aus der Hand eines ehrlichen Junkers esse. Der Angeklagte bestritt eine derartige Aeußerung, will vielmehr nur gesagt haben, Fürst Bismarck habe keinen Respekt mehr vor Charakteren, er müsse erst wieder lernen, Respekt vor dem Charakter auch des einfachsten pommerschen Junkers zu haben.

Damit ist das Verhör des Angeklagten beendet und es beginnt das Zeugenverhör, zu welchem zwölf Personen geladen sind. Unter denselben wieder der Geheime Commerzienrath v. Bleichröder, dessen Körperzustand sich eher noch verschlimmert als verbessert hat; ferner der Chef des Frankfurter Bankhauses, Frhr. Meyer Karl v. Rothschild, der sehr schwerhörig ist, und der Staatssekretär a. D. v. Thiele, der zu dem Angeklagten in einem weiteren verwandtschaftlichen Verhältniß steht. Herr v. Rothschild beantwortete die Frage, ob ihm Jemand Geschenke oder Geld für eine bestimmte Aussage geboten, mit einem entrüsteten: „I behüte!“

Herr v. Bleichröder, über sein geschäftliches Verhältniß zu dem Fürsten Bismarck befragt, ließ sich wie in den früheren Prozessen dahin aus, daß weder durch ihn, noch durch sein Haus, noch durch irgend einen seiner Beauftragten ein Geschäft in Central-Bodenkreditaktien in Höhe von einer halben Million gemacht worden sei. Auf die Frage des Angeklagten, wie sich denn der Irrthum der Verwechselung der preußischen mit den russischen Bodenkreditaktien aufklärte, welche im Meyer'schen Prozesse erwähnt wurde, antwortet der Zeuge, er wisse nicht mehr genau, wann Fürst Bismarck an ihn die Frage stellte, ob er auch preußische Bodenkreditaktien für ihn gekauft habe, so viel sei ihm jedoch in Erfahrung gekommen, daß in Stammaktien niemals etwas gekauft worden, sondern daß die einzigen Umsätze die gemacht worden sind, preußische und russische Bodenkredit und Pfandbriefe betrafen.

Der Angeklagte behauptet ferner, der Irrthum sei dadurch aufgeklärt worden, daß Bleichröder damals nach Durchsicht seiner Bücher dem Fürsten erklärt habe, es stehe vor der Notiz ein „R.“ (russisch). Das sei aber nach seiner Ansicht ganz unmöglich, denn russische Bodenkredit-Pfandbriefe seien niemals über den Kurs von 92 hinausgegangen. Der Zeuge richtete sehr erregt an den Angeklagten die Frage, woher er denn eigentlich so genau über diese „R's“ in seinen Büchern unterrichtet sei, worauf Dieser antwortete, daß Bismarck's Bruder den Hergang so dargestellt habe.

Nachdem der Zeuge v. Bleichröder nochmals versichert, daß Geschäfte in Bodenkredit-Aktien niemals von seinem Hause für den Reichskanzler oder irgend ein Glied seiner Familie gemacht worden, verwies Rechtsanwalt Quenstedt auf den Umstand, daß der Zeuge früher nur den Kauf und Verkauf von russischen Bodenkredit-Pfandbriefen zugegeben, einen solchen aber von preußischen Pfandbriefen bestritten habe, während er diese Thatsache heute zugebe. Das Audienzprotokoll in dem Meyer'schen Prozesse habe auch ursprünglich „preußische“ Bodenkredit-Pfandbriefe aufgeführt, nachher sei aber dieses Wort ausgestrichen.

Der Gutsbesitzer v. Flemming stellt die Auslassung des Angeklagten in dem Stettiner Hotel wie folgt dar: Auf die zufällig aufgeworfene Frage, ob der Kaiser wohl die „Reichsglocke“ lese, habe der Angeklagte geantwortet: Nein, das leide Fürst Bismarck nicht, aber eine Dame bei Hofe stelle dem Kaiser das Blatt von Zeit zu Zeit zu. Ob Herr v. Diest den Ausdruck gebraucht, „er werde den Kaiser den Klauen des Ministers entreißen“, könne er nicht bestimmt behaupten, jedenfalls sei es eine drastische Redensart gewesen.

Frhr. Meyer Karl v. Rothschild: Es sei bei der betreffenden Gründung niemals von einer Consortialbetheiligung von einer ganzen oder einer halben Million oder auch nur von einem Pfennig oder von der Betheiligung eines Dritten oder Unbekannten die Rede gewesen; auch von einer Aeußerung an den verstorbenen v. Savigny über die Betheiligung Bismarck's wisse er nichts. Er bedaure überhaupt, daß die Verstorbenen auf

hat Engels gethan, und dafür sind wir ihm Dank schuldig. „Aber er hätte es feiner thun sollen.“ Nun, einen Gegner, mit dem es Ernst ist, packt man nicht mit Glacéhandschuhen an. Uebrigens hat Engels niemals „geschimpft“ — wo starke Ausdrücke vorkommen, sind sie stets durch den Sinn gerechtfertigt. Und er hat sich ja gleich zu Anfang den Spaß gemacht, einige Dühring'sche Kraftphrasen aufzuzählen. Jedenfalls haben die Anhänger der Herrn Dühring kein Recht, sich über zu derbe Sprache und über „Schimpfen“ zu beklagen, denn Niemand hat wohl je in diesem Punkt Größeres geleistet als Herr Dühring.

Nach kurzer Debatte wurde der Antrag Bebel's mit der von Liebknecht vorgeschlagenen Modifikation: derlei Artikel in der wissenschaftlichen Beilage des „Vorwärts“ oder in der wissenschaftlichen „Revue“, eventuell in Broschürenform, zu veröffentlichen, angenommen.

Bezüglich der „Neuen Welt“ wurde beschlossen, aus praktischen Gründen künftig den Jahrgang am 1. Oktober zu beginnen und am 30. September zu beenden.

Es folgte nun die auf allen Congressen übliche Debatte über die Lokal-Parteiblätter. Viel Neues kam dabei nicht zu Tage.

Hierauf tritt eine halbstündige Pause ein.

Nachdem die Verhandlungen wieder aufgenommen und mehrere Protokolle verlesen worden sind, werden einige Anträge auf Gründung von Blättern, darunter eines in dänischer und eines in polnischer Sprache, dem Centralcomité zur besondern Berücksichtigung empfohlen.

Geib bemerkte, daß bereits mehrere Broschüren in's Polnische übersetzt und an die unter deutscher Oberherrschaft stehenden Polen vertheilt worden seien. Es liegt auch eine Zustimmungsadresse aus dortiger Gegend vor.

Ein Antrag aus Ottensen verlangt: Die Verfasser der Wahlprogramme haben sich streng an das Parteiprogramm zu halten. Es wurde ein Fall angeführt, welcher einen Verstoß gegen das Programm bilden sollte. Eine heftige Debatte, an der sich unter Anderen Otto, Hartmann, Bebel, Most, Hasenclever, Geib, Frohme und Liebknecht betheiligten, förderte zu Tage, daß durchweg nach der Auffassung des vorjährigen Beschlusses die Wahlflugblätter den Verhältnissen der einzelnen Gegenden anzupassen, auch gehandelt sei, daß aber allerdings dabei verschiedene Verstöße gegen das Programm, wie auch gegen die praktische Agitation vorgekommen seien. Schließlich wurde der Antrag Ottensen angenommen.

Hierauf kam der Antrag zur Debatte, die Verbreitung von Broschüren einzustellen, welche Gehässigkeiten gegen einzelne Parteigenossen enthalten. Der Antrag richtet sich gegen B. Becker's Schrift: „Die Agitation Lassalle's.“ Fritzsche betonte, daß man sich mit Maßregelungen von Preßerzeugnissen nicht befassen könne und Lassalle zu hoch stehe, um von den gerügten Angriffen erreicht zu werden. Man geht unter der Bemerkung zur Tagesordnung über, daß das Central-Wahlcomité schon diesbezügliche Schritte gethan habe.

Hierauf entspann sich eine lange und heftige Debatte, veranlaßt durch die Frage, ob es wahr sei, daß Hasselmann sein Ehrenwort gegeben habe, die „Rothe Fahne“ nach Beendigung der Wahlen eingehen zu lassen.

Von einer ganzen Reihe von Rednern, namentlich von Auer und Geib, Grottkau, Rackow und Fritzsche, wurde unter voller Zustimmung fast aller Delegirten bemerkt: daß allgemein die Annahme gewesen sei, Hasselmann würde die „Rothe Fahne“ nach den Wahlen eingehen lassen. Dies habe Hasselmann dem Central-Wahlcomité und den Verlegern und Expedienten des damals noch in Berlin erscheinenden „Neuen Sozial-Demokrat“ wiederholt versichert oder angedeutet, und nur in Folge dessen hätten sich Letztere bewogen gefühlt, die „Rothe Fahne“ nicht gleich bei ihrem Entstehen zu bekämpfen, was unter den obwaltenden Umständen jedenfalls besser gewesen wäre. Herr Hasselmann habe jedoch sein verpfändetes Wort, das doch einem Ehrenwort gleichbedeutend sei, nicht nur nicht gehalten, sondern schlage auch in der „Rothen Fahne“ einen Ton an, der unverkennbar darauf berechnet sei, eine Spaltung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands herbeizuführen. Mit Vorliebe schmeichele das bezeichnete Blatt der „schwieligen Arbeiterfaust“ und hetze diese gegen die „sogenannten Intelligenzen“. Dieses Vorgehen habe auch bereits einige Früchte gezeitigt, denn schon an mehreren Orten beginne sich, von einigen „unklaren Querköpfen“ zusammengesetzt, eine Partei „Rothe Fahne“ oder besser gesagt, eine „Fraktion Hasselmann“ zu bilden. Bei den Bräuer'schen in Hamburg sei das Blatt sehr beliebt. Einem derartigen Treiben müsse bei Zeiten ein Ziel gesetzt werden.

Hasselmann stellte zunächst, im Widerspruch mit mehreren Zeugen, in Abrede, daß er versprochen, nach den Wahlen die „Rothe Fahne“ eingehen zu lassen. Daß er in der „Rothen Fahne“ die „schwielige Arbeiterfaust“ gegen die „sogenannten Intelligenzen“ gehetzt, sei unwahr. Alle seine Handlungen geschehen in vollem Interesse der Partei. Er könne absolut nicht einsehen, daß die „Rothe Fahne“, wenn auch für ganz Deutschland bestimmt, dem „Vorwärts“ Conkurrenz machen könne. Die „Rothe Fahne“ sei im eigentlichen Sinne des Wortes gar keine Zeitung, sondern eine, in bestimmten Zeiträumen erscheinende, laufende Broschüre und zur Herausgabe einer solchen bedürfe er doch nicht erst der Genehmigung der Parteibehörde. Deshalb, weil er Hasselmann heiße, könne man ihm solche literarische Unternehmungen ebenso wenig verbieten, als den Herren Most, Brake und Genossen. Ohne die „Rothe Fahne“ wäre die von ihm redigirte „Bergische Volksstimme“ in Barmen längst eingegangen und es falle ihm durchaus nicht ein, sich die Herausgabe der „Rothen Fahne“, die bis jetzt blos im Interesse der Partei gewirkt, von irgend Jemandem verbieten zu lassen.

Tölcke frägt an, was es für ein Bewenden habe mit der von Hasselmann projektirten Gründung einer illustrirten Wochenschrift, die doch geeignet sei, der „Neuen Welt“ Conkurrenz zu machen.

Hasselmann erklärt, daß die „Neue Welt“ als Beilage für die „Bergische Volksstimme“ zu theuer sei und deshalb ein solches billiges Unternehmen, welches der „Neuen Welt“ keine Conkurrenz mache, geplant sei.

Hasenclever bemerkt, daß die Anfrage Tölcke's entstanden sei, weil er demselben mitgetheilt habe, daß ihm (Hasenclever) in Duisburg gesagt worden sei, Hasselmann beabsichtige hinsichtlich dieses illustrirten Wochenblatts bei allen in Rheinland und Westfalen bestehenden Parteiblättern anzufragen, ob sie dasselbe als Beilage haben wollen.

Wenn nun von keiner eigentlichen Concurrenz der „Neuen Welt“ gegenüber die Rede sein könne, da die Mittel und Kräfte in Barmen dazu nicht vorhanden seien, so würde doch die Herausgabe der illustrirten Wochenschrift durch Hasselmann ebenso wie die Herausgabe der „Rothen Fahne“ mit oder ohne Willen Hasselmann's bei einer großen Anzahl von Parteigenossen den Verdacht erregten, daß Hasselmann eine Spaltung beabsichtige, und dieser Verdacht schon sei geeignet, die Partei in hohem Maße zu schädigen.

Auf Antrag Bebel's wurde schließlich fast einstimmig beschlossen: „Der Congreß verpflichtet Herrn Hasselmann, sobald die „Bergische Volksstimme“ ihre Unterhaltungskosten selbstständig zu decken im Stande ist, die „Rothe Fahne“ eingehen zu lassen.“

Eine große Anzahl Stettiner Sozialisten hatten sich in einem längeren Schreiben über das Gebahren des dortigen Agitators, Schuhmachers Zielowski, beschwert. Dieser hätte die Partei in ganz Pommern in gröbster Weise discreditirt und es schließlich soweit gebracht, daß eines Tages in Stettin zwei sozialdemokratische „Stettiner freie Zeitungen“ nebeneinander erschienen und sich gegenseitig in unerhörter Weise bekämpften. Nachdem mehrere Delegirte die vorgeführten Beschuldigungen bestätigt, wurde einstimmig beschlossen: „Zielowski sowohl als auch die von ihm augenblicklich redigirte „Stettiner freie Zeitung“ werden fortan nicht mehr als zur sozialdemokratischen Partei gehörig betrachtet.“

Endlich wurde noch beschlossen: „Zu dem im Monat Juni d. J. zu Gent tagenden universellen sozialistischen Weltcongreß einen Delegirten zu entsenden und die diesbezügliche Personenfrage dem Central Wahlcomité anheimzugeben.“

Liebknecht bemerkt: Er ersuche das Central-Wahlcomité, bei der Auswahl eines Delegirten sehr vorsichtig zu verfahren, denn er befürchte, daß auf dem zu beschickenden Congresse die bakunistisch-anarchistische Richtung, die gegenwärtig sich wieder stark in den Vordergrund dränge, daselbst dominiren werde. In diesem Falle könne der Congreß der gesammten Arbeiterbewegung nur Schaden verursachen.

Endlich wurde Bremen als Sitz der Beschwerde-Commission und Hamburg-Altona als Sitz des Central-Wahlcomité's und zwar die Genossen Auer, Braasch, Derossi, Geib, Hartmann wieder gewählt.

Schluß des Congresses gegen 1 Uhr Nachts mit einer kurzen Ansprache Geib's und einem Hoch auf die sozialistische Arbeiterbewegung aller Länder.

Correspondenzen.

Berlin, 29. Mai. Der „Löwe“ hat endlich gebrüllt, daß er aber gut gebrüllt hätte, möchte ich nicht gerade behaupten. Am Mittwoch, den 23. Mai, tagte im großen Saale der Norddeutschen Brauerei eine liberale Wählerversammlung, einberufen vom Vorstand des Wahlvereins der Fortschrittspartei und vom Vorstand des liberalen Wahlvereins. Auf den Einlaßkarten stand ausdrücklich: Sozialdemokraten sind ausgeschlossen. An sechs Cerberussen vorbei, deren jedem ich meine Einlaßkarte zeigen mußte und die jeden Eintretenden mit prüfenden Blicken musterten, gelangte ich in den Saal, wo ich indessen für überstandene Prüfungsangst auf's herrlichste belohnt wurde, indem ich von einem siebenten Thürsteher ein Exemplar der Richter'schen Brandrede gegen die Sozialdemokratie, über die ich schon zu berichten die Ehre hatte — gratis erhielt. Hocherfreut über den unfehlbaren „Sozialistentod“, den ich in der Hand hielt, begab ich mich an einen Tisch, von dem einige Parteigenossen mir verstohlen zunickten. Auf der Tribüne thronte rechts der Wahlvorstand der Fortschrittspartei, links der der Nationalliberalen, über dem ganzen schwebte der conservativ-reaktionäre Geist, und so war die Dreieinigkeit fertig, die den Kampf aufnehmen soll gegen die „Mächte der Finsterniß“. Bevor der Vorsitzende dem Candidaten Ludwig Löwe das Wort ertheilte, bat er, das Rauchen zu unterlassen. Herr Ludwig Löwe hielt dann seine Candidatenrede, ein so jämmerliches Stück Arbeit, daß ich die Genügsamkeit der Zuhörer nicht genug habe bewundern können. Er gestand selber, daß er nicht Zeit gehabt habe, sich seine Rede zu überlegen, und betonte zugleich — man sollte es kaum glauben — die großen Opfer, die er habe bringen müssen, um die Candidatur übernehmen zu können. Für Denjenigen, der zwischen den Zeilen lesen und zwischen den Worten hören konnte und wollte, ergab sich mit leichter Mühe die Unwissenheit und Aufgeblasenheit des Mannes. Aus der Rede selbst, die im allgemeinen der alte Brei war, will ich nur wenig anführen. Herr Löwe hängte sich zunächst das arbeiterfreundliche Mäntelchen um und besah sich darin von allen Seiten. Er gefiel sich augenscheinlich so gut in demselben, daß ihm die Erinnerung an die alten Zeiten, wo er noch zum allgemeinen Arbeiterverein gehörte, aufstieg und er sich in Phrasen erging, die hart an Sozialismus und Volksfreundlichkeit streiften und augenscheinlich wenig Beifall bei seinem Publikum fanden, noch weniger aber auch von nur einem Arbeiter geglaubt wurden. Er meinte dann wohl den begangenen Fehler wieder gut machen zu müssen und erzählte deshalb nachher, daß er zwar Freund von Lassalle gewesen, ihm aber nicht mehr gefolgt sei, als er aus verletzter Eitelkeit die Fortschrittspartei verlassen und die Sozialdemokratie begründet habe. Hier wurde nachher von einem Interpellanten behauptet, daß der Löwe gelogen habe, indem er noch nach Lassalle's Tode dem Allgemeinen Arbeiterverein angehört habe. Doch wurde der Interpellant zur Ruhe verwiesen, weil Herr Löwe nach Ende seiner Leseübung das Lokal schleunigst verlassen hatte. Der Hauptvorwurf, den der saubere Fortschritts-Löwe übrigens der Sozialdemokratie machte, war — ihre Vaterlandslosigkeit. Nachdem Hrn. Löwe seine Rede beendet hatte, wurde er über Gründungen, an denen er Theil genommen und über Zuchthausarbeit, die er hatte anfertigen lassen, interpellirt. In Betreff der Zuchthausarbeit behauptete Herr Löwe, den Sträflingen denselben Lohn gegeben zu haben, was, wie die „Berliner Freie Presse“ erfährt, nicht wahr sein soll.

Im Verlauf der Interpellation erklärte übrigens der Vorsitzende, daß er Sozialdemokraten das Wort nicht geben werde. Auf das darauf folgende „Aha“ der anwesenden Sozialisten, erscholl der Schreckensruf „Es sind Sozialdemokraten hier! Raus, raus!“ Darauf furchtbarer Tumult, bei dem 75 Stühle zerbrochen sind.

Ein neben uns sitzender Mann sagte nachher zu seinem Nachbar, daß er einmal in einer sozialistischen Versammlung gewesen, wo es musterhaft zugegangen sei, und der Wirth des Lokals, dessen ich hier als eines sehr gerechten und uns gefälligen Mannes Erwähnung thun will, hat nachher den Herren gesagt, daß am nächsten Tage, wo die „rohen“ Arbeiter Versammlung hätten, keine Stühle zerbrochen werden würden. So ist es denn auch gekommen.

Am folgenden Abend nämlich war in demselben Lokale von unserer Seite eine allgemeine Wählerversammlung veranstaltet, in der Herr Hasenclever über „Volksfreunde und Volksfeinde“ sprach. Die Versammlung war noch besuchter, als die liberale. Eintrittskarten brauchten nicht gezeigt zu werden, Thürhüter waren auch nicht da, auch las Herr Hasenclever seinen Vortrag nicht ab. In demselben riß er dem Liberalismus die heuchlerische Maske der Volksfreundlichkeit vom Gesicht und zeigte dessen Vertreter in ihrer wahren Gestalt als Volksverräther und Volksfeinde. Der Vortrag wurde mit Enthusiasmus aufgenommen, und die Versammlung sprach sich zum Schluß einstimmig für die Wahl Hasenclever's aus.

Eugen Richter, wiederholt eingeladen, war auch jetzt nicht er-

---

diese Weise in die Debatte hineingezogen werden, und daß hier so große Begriffsverwirrungen oder Verleumdungen vorliegen. Das könne er alles beeidigen, denn er habe noch nie einer Fliege etwas Unrechtes gethan, viel weniger einem Menschen, bitte aber um seine Entlassung, da seine Kinder allein zu Hause seien.

Der Wirkliche Geh. Rath v. Thiele deponirte ungefähr Folgendes: Vor etwa 7 Jahren habe ihm Savigny mitgetheilt, er habe von Rothschild gehört, daß bei den Besprechungen über die Gründung der Central-Bodenkreditgesellschaft von der Reservirung einer Million Aktien die Rede gewesen, die Bleichröder auch successive ausgeführt habe, und zwar im Interesse des Fürsten Bismarck, wozu er sich als dessen Vermögensverwalter berechtigt gehalten. Unvorsichtigerweise habe er (Zeuge) das en famille auch Herrn v. Diest vertraulich erzählt. Auf die Bemerkung des Vertheidigers, der Zeuge v. Rothschild habe immer nur von einer „Betheiligung“ gesprochen, was man im Sinne des Börsenausdrucks verstehen müsse, entgegnete der Vorsitzende, daß der Zeuge schon gesagt, es sei ihm nichts davon bekannt, daß Bismarck irgend etwas in dieser Sache erhalten habe.

Gutsbesitzer v. Simpson war bei der Gründung der Gesellschaft in keiner Weise betheiligt, und als Herr v. Wedemeyer ihn wegen der Reservirung der halben Million für den Reichskanzler befragte, habe er ihm geantwortet, er wisse nichts davon.

Gutsbesitzer v. Hammerstein resumirt den Inhalt des Gesprächs im Eisenbahncoupé dahin, daß v. Diest behauptete, es sei dem Reichskanzler aus den Differenzgeschäften bei den Aktien der Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft ein Vortheil von 200,000 Thalern erwachsen, welches Verfahren er als nicht gentlemanlike bezeichnete, selbst wenn der Fürst vorher nichts davon gewußt hätte. Herr v. Diest habe aber schon damals erklärt, es sei nicht seine Absicht, den Reichskanzler zu stürzen, sondern ihn dem Einflusse der Haute-Finance zu entziehen.

Der Gutsbesitzer v. Bergell versichert, daß er von der angeblichen Betheiligung des Fürsten schon lange vorher gehört, ehe er den Angeklagten kennen lernte, das sei allgemeines Gesellschaftsgespräch gewesen.

Graf v. Borcke sagt aus, der Angeklagte habe ihm auf der Jagd am 3. Januar v. J. mitgetheilt, er könne beweisen, daß der Reichskanzler bei der Gründung der Central-Bodenkredit-Gesellschaft Aktien ohne Einzahlung erhalten und Bleichröder dieselben zu bedeutend höheren Kursen verkauft habe. Er sei der Meinung, der Angeklagte habe diese Behauptung böswilligerweise aufgestellt.

Gutsbesitzer v. Bülow versichert, gehört zu haben, daß v. Diest gesagt habe: „Bismarck müsse jetzt 'ran!“ und „er müsse noch so klein werden, daß er sein Brod aus der Hand eines ehrlichen pommerschen Junkers esse“.

General-Landschaftsrath v. Blanckenburg bestätigte im Allgemeinen seine Aussagen vor dem Kreisgericht. Fürst Bismarck möge lange selber in dem Glauben gewesen sein, daß die Aktien für sein Conto zu 108 gekauft und später verkauft wurden, aber seine direkte Frage danach habe der Fürst mit großem Unwillen zurückgewiesen. Er habe deshalb an v. Diest geschrieben, die Gerüchte seien leere Phantasien, seine Gewährsmänner hätten ihn belogen. Daß er (Zeuge) s. Z. bei einem Ehrenhandel mit dem Angeklagten an den Vermittler v. Eysenhardt geschrieben, es solle zu 108 wirklich gekauft sein, beruhe auf einem Irrthum seinerseits. (Schluß folgt.)

Frankreichs Maienblüthe.

Gemordet habt ihr die Gemeine*)
Und sie verscharrt wie giftig Aas,
Dann wuscht ihr euch die Hande reine
Nicht wie Pilatus, nein im Scheine
Der ordre morale**) Caiphas'.

Die Republik, das sind die Winde,
Die ihr nun sätet vor der Welt.
Sturm ist die Ernte; und die Binde
Zerreißt; gewahrt ihr nun, ihr Blinde,
Daß ihr auf Nattern euch gestellt?

Die Pfaffen dienten gen die Flamme
Der Freiheit euch als ein Popanz!
Als Schächer hängt ihr jetzt am Stamme
Des Kreuzes, doch mit keinem Schwamme
Tränkt euch ecclesia militans.

*) Deutsch für Commune. **) „Moralische Ordnung“ — Stichwort der Versailler Ordnungsbanditen.

Ich gönnt' den Funken euch, Barbaren,
Im Pulverfaß, worauf ihr steht,
Wüßt' ich es nicht seit langen Jahren,
Daß wenn Tyrannen sich zerfahren,
Das arme Volk in Trümmer geht.

Kurt Mook.

— Beitrag zur Unfall-Statistik. Bei der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft — Abtheilung für Unfall-Versicherung — kamen im Monat April 1877 zur Anzeige: 6 Unfälle, welche den Tod der Betroffenen zur Folge gehabt haben, 5 Unfälle, in Folge deren die Beschädigten noch in Lebensgefahr schweben, 23 Unfälle, welche für die Verletzten voraussichtlich lebenslängliche, theils totale, theils partielle Invalidität zur Folge haben werden, 303 Unfälle, mit voraussichtlich nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Sa. 337 Unfälle. Von den 6 Todesfällen treffen je einer auf ein Etablissement für Gas- und Wasseranlagen, eine Eisengießerei und Maschinenfabrik, Gerberei, Holzschneiderei, Chamottefabrik, Glockengießerei; von den 5 lebensgefährlichen Beschädigungen 2 auf Bierbrauereien, je eine auf eine Mahl- und Schneidemühle, Bleiweiß- und Firnißfabrik, Holzhandlung und Landwirthschaftsbetrieb; von den 23 Invaliditätsfällen 8 auf Zuckerfabriken, je 2 auf Papierfabriken, Baumwollspinnereien, Gasanstalten, Spiritusbrennereien mit Häckselmaschinenbetrieb, und je einer auf einen Landwirthschaftsbetrieb, Steinbruch, eine Mineralöl- und Paraffinfabrik, Kunstwollfabrik, Tuchscheererei und Spinnerei, Ziegelei, Spinnerei und Weberei, Röhren- und Nietenfabrik, Holzschneiderei, Malzfabrik, ein Baugewerbe und ein Puddel- und Walzwerk.

— Ditto. Im Monat Mai dieses Jahres wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungsbank in Leipzig 12 Todesfälle, 4 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten, 6 Unfälle, die ihrer Natur nach den Eintritt einer totalen oder theilweisen Invalidität der Verletzten erkennen lassen und 434 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt, zusammen 456 Unfälle angemeldet. Von den 12 Todesfällen ereigneten sich 4 in einer chemischen Fabrik durch Dampfkessel-Explosion, je 2 in Steinkohlenbergwerken und Baugeschäften und je 1 in einer Papierfabrik, einer Streichgarnspinnerei, einer Eisensteingrube und einem Steinbruche. Von den 4 lebensgefährlichen Beschädigungen entfallen je eine auf eine Eisengießerei, eine chemische Fabrik, eine Zwirnerei und Nähfadenfabrik und einen Kalksteinbruch, während von den 6 Invaliden je einer auf eine Eisengießerei, eine Papierfabrik, eine Buchdruckerei, eine Fabrik für Hufbeschlag-Material, eine Gußstahlfabrik und eine Brückenbauanstalt kommt.

schienen. Herr Hasenclever widerlegte und kritisirte deshalb zum Schluß noch die lügenhaftesten Stellen seiner Rede, und die Versammlung erklärte das Benehmen Richter's für unwürdig und feige.

Seitdem hat sich die Fortschrittspartei wieder einmal in ihrem wahren Lichte gezeigt. Im hiesigen Norddistrikt, einem sogen. Bezirksverein, sollten nämlich am Mittwoch, den 30. Mai, sowohl Hasenclever als Löwe sprechen. Beide waren eingeladen, aber man hat es kurz vorher dahin zu bringen gewußt, daß die Versammlung nicht stattfand. Man sieht die blasse Furcht, die diese Leute vor der Wahrheit haben. Die Wahlvorbereitungen gehen indeß rüstig weiter, so daß wir das Beste hoffen dürfen.

Auch im 5. Wahlkreise fand am Dienstag, den 29. Mai, die erste Wählerversammlung statt, in der Herr Dr. Stamm einen Vortrag über den „Sozialismus und die Förderung des Gesammtwohles" hielt und zum Schluß die sehr gut besuchte Versammlung aufforderte, energisch für die Wahl Otto Kapell's einzutreten.

Die Stimmung der Versammlung war eine sehr gute. Hoffen wir auch hier das beste.

Dortmund, 29. Mai. Wie auf Verabredung werden auf den Zechen des hiesigen Kohlenreviers die sogenannten „Arbeitsordnungen" eingeführt. Daß mit diesen „Arbeitsordnungen" nur eine noch größere Knebelung der Arbeiter bezweckt wird, als sie seither geübt wurde, braucht kaum erwähnt zu werden. Nachdem auf den Zechen „Tremonia" und „Westfalia" mit den Knebelungsversuchen der Anfang gemacht worden war, konnte es nicht ausbleiben, daß das Beispiel bald Nachahmung finden würde. Den Reigen eröffnete neuerdings die Zeche „Margaretha" bei Sölde, wo gestern Morgen bekannt gemacht wurde, daß bei Denjenigen, die von jetzt an einfahren, angenommen werde, daß sie die seit März dort aushängende neue „Arbeitsordnung" unterschrieben hätten und zu den in derselben aufgestellten Bedingungen arbeiten würden. Man hatte bei diesem löblichen Vorhaben, wahrscheinlich aus Angst, daß die Arbeiter es sich nicht würden so ohne Weiteres gefallen lassen, die Polizeimacht in entsprechender Anzahl bei der Zeche postirt; aber es verlief alles ruhig, die Arbeiter nahmen mit stummer Resignation die Botschaft auf, denn sie wissen wohl, daß bei thätlichem Widerstand für sie Nichts herauskommt. Dagegen waren Alle darüber sich im Klaren, daß sie unter den ihnen aufgedrungenen Bedingungen nicht weiter arbeiten könnten, und ist in Folge dessen kein Einziger, weder Bergmann, noch Maschinenwärter, noch Schürer, wieder angefahren. Die alsdann erfolgende erste Maßregel, um die Arbeiter mürbe zu machen, war die liebenswürdige Aufforderung an die Bewohner der Zechenhäuser, ihre Wohnungen binnen drei Tagen zu räumen. Die Belegschaft von „Margaretha" beträgt 450 Mann. Als Beweis, daß die Arbeiter den „Herren" nicht zu viel von ihrem „Entbehrungslohn" abgenommen, mag erwähnt werden, daß von der Belegschaft nur ein Mann über 30 Thaler, etwa 30 Mann über 20 Thaler, alle Uebrigen aber unter 20 Thaler monatlich verdient haben. Eine Herabsetzung dieser Löhne würde die Familien der Arbeiter ohne Frage dem Hunger und Elend preisgeben. — Auch auf Zeche „Schürbank-Charlottenburg" bei Aplerbeck ist man an demselben Tage gegen die Arbeiter vorgegangen, indem man zuerst eine (man höre und staune!) **zehnstündige Arbeitsschicht** verlangte. Die Arbeiter gingen aber darauf nicht ein, verlangten vielmehr Beibehaltung der alten Sitte und Erhöhung der seit Februar herabgesetzten Löhne um 25 Prozent. Die „Herren" blieben aber unerbittlich, und die Arbeiter fuhren nicht wieder ein. Die Belegschaft dieser Zeche beträgt circa 400 Mann. Es müssen nun vor allem Bergarbeiterversammlungen anberaumt werden, um die weiteren Schritte in Betreff beider Zechen zu berathen. Hoffentlich werden die Bergarbeiter diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne einzusehen, was dringend noth thut — und das ist Organisation!

Bludenz, 27. Mai. (Gautag des Bodensee-Gauverbandes der deutschen und österreichischen Arbeiter-Bildungsvereine, abgehalten zu Lindau.) Anwesend sind Delegirte aus: Augsburg, Bregenz, Bludenz, Constanz, Dornbirn, Freiburg i. B., Feldkirch, Hardt, Radolfzell, Ueberlingen. Bureauwahl war laut den Statuten des Verbandes leider nicht gestattet. Bei Eröffnung der Versammlung stellten die Vorarlberger Abgeordneten den Antrag, man möge an den Arbeitercongreß in Gotha, resp. an das dortige Lokalcomité, ein Begrüßungs-Telegramm senden. Der Vorsitzende fragte jedoch kurz: „So, Sie wollen, daß wir als Anhänger von Schulze an Sozialisten ein Begrüßungs-Telegramm senden?" Die Antragsteller entgegneten darauf, daß sie nach Lindau gekommen seien, um als Delegirte über die Arbeiterinteressen zu berathen und wollten auch sofort das Lokal verlassen. Ein Vorarlberger Delegirte tadelte jedoch in ernsten Worten das Auftreten des Vorsitzenden und es gelang ihm auch, die entrüsteten Collegen zum Bleiben zu bestimmen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung: Rechenschaftsbericht des Gauverbandes, ergab, daß der frühere Gauverbands-Vorstand vom damaligen Vorort Constanz die Verbandskasse um 28 Mark betrogen hatte. Trotzdem laut Statuten die Vereinsleitung und der Vorort für die Cassagebahrung nicht verantwortlich ist, stellte der Vorsitzende den Antrag, es habe der frühere Vorort Constanz dies Defizit zu decken. Daß sich der Abgeordnete für Constanz dies ruhig gefallen ließ, ist mir insofern erklärlich, als er warmer Anhänger von Schulze ist, demnach zu Allem Ja und Amen sagen muß, was von „Oben" kommt. Abgehend von der Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden ein Antrag zur Debatte gestellt, dahingehend, im Interesse der Arbeiter beider Reiche gegenseitig auf eine Zeitung zu abonniren, um mit den verschiedenen Vereinen stets geistige Fühlung zu behalten und erklärten die Vorarlberger Delegirten einstimmig die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" erwählen zu wollen, wenn die Süddeutschen die „Gleichheit" in Wien acceptirten. Der Gedanke war gut, doch die Herren Schulzeaner erklärten ebenso einstimmig, daß es sich mit ihre Prinzipien nie vereinbaren ließe, eine Zeitung, welche die Aufschrift: Organ der Sozialdemokratie Oesterreichs trage, zu unterstützen. Eine solche Engherzigkeit und Aengstlichkeit hätte ich an dieser Stelle nicht erwartet. Der Vorsitzende, ein sehr beschränkter Kopf, soweit es sich um die Beurtheilung der Arbeiterfrage handelt, ließ später wieder von der Tagesordnung abgehen und kam hierbei eine Korrespondenz zwischen Lindau und Bregenz zur Verlesung, in der die Lindauer Vereinsleitung in puncto der Bildung in ein nicht grade günstiges Licht gestellt wurde. Der Schriftführer von Lindau glaubte nun seinem Aerger, indem der feine Umgangston auch seines Herrn Vorstandes bestens beleuchtet wurde, dadurch Luft machen zu müssen, daß er schnell eine vor ihm stehende Blumenvase ergriff, um diese dem Sprecher an den Kopf zu werfen. Der Herr wurde aber noch rechtzeitig beim Arme festgehalten. Nach wenigen Minuten saßen nur noch die Delegirten von Freiburg i. B., Constanz, Ueberlingen, Radolfzell und Carlsruhe bei den tapfern Streitern vom Bureau. Und trotz der traurigen Lage, hervorgerufen durch die Unfähigkeit des Vorsitzenden eine Versammlung zu leiten, wagten es doch einige Abgeordnete Voralbergs, nochmals das Lokal zu besuchen, um vielleicht doch noch etwas für das allgemeine Beste thun zu können und auch, um die Differenzen möglichst auszugleichen. Der Vorsitzende hieß die Eingetretenen jedoch das Lokal sofort verlassen und rief ihnen in seiner Beschränktheit mit Stentorstimme zum Fenster hinaus auf die Straße nach: „Da gehen die Sozialisten Vorarlbergs, das sind lauter Sozialdemokraten," als ob man seiner politischen Ansicht wegen nicht mehr über die Gasse gehen dürfte. Und um das Werk zu krönen, wurde die seit längerer Zeit schon bestehende gegenseitige Wanderunterstützung von 1 Mark gegenüber den österreichischen Arbeitern verworfen. Der Bodensee-Gauverband wurde aufgelöst und trat derselbe in den „Süddeutschen Verband" ein. Daß der Beschluß, die Wanderunterstützung betreffend, auch von den denkenden Arbeitern ebenso freudig, wie von den Delegirten acceptirt werden sollte, glaubte gewiß Niemand und würde es mich freuen, wenn die süddeutschen Mitglieder der Arbeiter-Bildungsvereine einstimmig gegen das Vorgehen ihrer Delegirten Protest erheben würden.

Kaufmann.

Treuen, 27. Mai. Am 16. d. M. starb nach längerem Leiden unser Genosse Gotthold **Stöckel** im 48. Lebensjahre. Wie seiner Familie als Ernährer, so ist er uns als wackerer Mitstreiter viel zu früh entrissen worden. Er war der Erste und auch fast der Einzige, der an unserem Orte, als 1869 die ersten Keime der freiheitlichen Bewegung sich zeigten, unsere Bevölkerung aus dem Schlafe rüttelte, mit Manneskraft und ganzer Hingebung unseren Ideen Eingang verschaffte und seitdem treu und tapfer bis kurz vor seinem Ende wirkte. In Folge seines rücksichtslos energischen Vorgehens erntete er bei den besitzenden Klassen stupide Verurtheilung, und leider fanden sich auch Arbeiter, welche ihn zu schädigen suchten. Am vergangenen ersten Pfingstfeiertag wurde Stöckel unter zahlreichem Geleit von Freund und Feind zur ewigen Ruhe bestattet. Mehrere Parteigenossen aus Reichenbach waren trotz des niederströmenden Regens herbeigeeilt, um dem verehrten Todten die letzte Ehre zu erweisen. Unter ihnen war unser tüchtiger Genosse Robert **Müller**, welcher einen Lorbeerkranz auf das Grab des Dahingeschiedenen niederlegte und dabei des Schaffens und Wirkens des theuren Kämpfers in kurzen Worten erwähnte. Wir gelobten uns, durch festes Zusammenstehen die verlorene Kraft ersetzen zu helfen.

Fr. Glaß.

An die verehrlichen Redaktionen der Gewerkschafts-, resp. Arbeiterorgane Deutschlands und an die verehrliche Redaktion des „Gewerkschafter" in Oesterreich.

Der Vorstand des „Bund der Glasarbeiter Deutschlands" macht hierdurch bekannt, daß für den „Bund" vom 30. Juni, resp. 1. Juli d. J. an ein Organ unter dem Namen: „Neue Glashütte", Organ für die Interessen der Glasarbeiter, wöchentlich 1mal erscheint, und ersuchen wir die geehrten Redaktionen derjenigen Arbeiter-Blätter, welche mit uns in ein Tauschverhältniß zu treten ein Interesse haben, dies unter genauer Angabe ihrer Adressen bis spätestens den 25. Juni d. J. an Unterzeichneten gefälligst zu berichten.

Achtungsvoll

Für den Vorstand und die Redaktion:
G. Horn.

Löbtau bei Dresden, im Juni 1877. Wilsdrufferstr. 50/I.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, Obiges in ihre Spalten aufnehmen zu wollen. D. O.

---

14. sächsischer Wahlkreis.

Gestern konstituirte sich das am 18. d. gewählte Kreiswahlcomité. Alle Briefe sind zu senden an **Karl Kluge**, Windmühlenstr., Gelder aber an **Gustav Reichelt**, Lindenplatz.

Groitzsch, 31. Mai.

Otto Germer, Vorsitzender, Frauengasse.

Briefkasten

der Expedition. Henze London: 4,59 haben wir Ihnen Conto Spencer gut gebracht.

Quittung. A. Brdm Gotha Ab. 11,00. Dmmlr Geyer Schr. 8,00. Mhlhrn Crimmitschau Schr. 2,00. Schn Stummsdorf Ab. 1,00. F. Entz San Francisco Ab. „N. W." 38,97, „Vorw." Ab. 40,00. Slbrhrn Eßlingen Ab. 14,27, Schr. 0,76. Tht hier Ab. 0,60. Dr. Rpp Rottweil Schr. 5,00. Lschk hier Ab. 0,55. Ntzschmnn Connewitz Ab. 2,20. Arb.-Bild.-Verein Maffersdorf Ab. 2,31. A. Lnsrmnn Chicago 399,97. R. Ebhrdt Liegnitz Schr. 2,50. Essnwn Barmen Schr. 1,65. Dbl Murg Schr. 5,00.

der Redaktion. A. A. in Göppingen: Aus taktischen Gründen können wir Ihre Polemik gegen die Haltung des Blattes nicht veröffentlichen. Wenden Sie sich an Diejenigen, denen die Leitung und Ueberwachung des Blattes zusteht. Dr. M. M. in W.: Der sicherste Weg ist die Einsendung des Betrags per Postanweisung: Das Abonnement nebst Porto beträgt bei wöchentlich dreimaliger Couvertsendung Mk. 10,00, bei einmaliger Sendung (3 Nummern) Mk. 4,80 pro Quartal. Für die Notiz besten Dank.

Offener Brief an Hrn. Dr. J. Gihr in Stuttgart.

Da sich der „Vorwärts" einer großen Verbreitung erfreut, so glaube ich Ihren edlen Bestrebungen zur Verbreitung des Smiles'schen Buches „Die Sparsamkeit", welche nach Ihnen ja mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie gleichbedeutend ist, förderlich zu sein, indem ich die Redaktion genannten Blattes bitte, Ihrem Circular einige Zeilen zu widmen.*)

Mit Paula **Erbswurst** von dem Gedanken beseelt, „nicht vorgreifen zu wollen", kann ich doch nicht umhin, beiläufig zu erwähnen, daß mich die „Sparsamkeit" bei Verausgabung von Geldern für altkatholische und sonstige Gihr'sche Schriften in den Stand gesetzt hat, 5 Mark für Zwecke der „Volksbildung" flüssig zu machen. Ich habe diesen Betrag dem Agitationsfonds der sozialistischen Partei Deutschlands heute unter der Bedingung zuweisen lassen, daß Ihnen in den entsprechenden Lassalle'schen Broschüren die **Anfangsgründe der Nationalökonomie** portofrei unter Kreuzband übermittelt werden. Zugleich möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß, so zeitgemäß die Mahnung zur „Sparsamkeit" dem allerorten herrschenden **Elend** gegenüber auch sein mag, dabei nicht stehen geblieben werden darf, wenn es sich um eine so erhabene Sache wie die der gegenwärtigen sozialen „Ordnung" handelt. Unter uns, lieber Herr Doktor, Sie könnten sich ein großes Verdienst erwerben und der „sozialdemokratischen Verführung" in nie dagewesener Art entgegenwirken, wenn Sie einen Theil Ihrer kostbaren Zeit (viel Mühe kann Ihnen das ja nicht kosten) auf die **Widerlegung** der **grundlegenden sozialistischen Bücher von Carl Marx**, Carl Friedrich **Lange**, **Schaeffle** u. s. w. verwenden wollten. Sollten die genannten Herren und deren Werke Ihnen nicht bekannt sein, so thut das nichts. „Widerlegen" können Sie dieselben ja doch! Möge der Gott der „liberalen Katholiken" Sie inspiriren! Der Genius der „Volksbildung" wird sich vergnügt die Flügel reiben und Ihnen danken. . . . . durch sein mitleidigstes Lächeln.

Civis germanus Pseudo-Bourgeois.

Nachschrift. Seien Sie nicht so unvorsichtig beim Adressenschreiben. Es wimmelt ja überall von „geistig und sittlich" Verwilderten.

Finis Gihri.
D. O.

*) Ist überflüssig! Zur Erheiterung unserer Leser bringen wir aber das kostbare Schriftstück nachstehend zum Abdruck:

„Stuttgart, Datum des Poststempels.

Tit.!

Bei der gegenwärtigen sozialistischen Agitation, welche so vielfach die Arbeitermassen von dem einzig sicheren Wege, auf dem eine gedeihliche Zukunft zu gewinnen ist, demjenigen des Fleißes und der Sparsamkeit ab- und einer sittlichen und geistigen Verwilderung entgegenführt, kann nicht eindringlich und laut genug auf jenen Weg hingewiesen und muß der sozialdemokratischen Verführung durch die Lehren der Vernunft, der Erfahrung, der Sitte und Religion entgegengewirkt werden.

Der unterzeichnete Herausgeber der „Flugschriften für Volksaufklärung (Verlag des Süddeutschen Sonntagsblatt in Stuttgart) hofft ein Scherflein zu dem angedeuteten Zwecke beizutragen, indem er die Grundgedanken des rühmlichst bekannten Werkes von Smiles: „Die Sparsamkeit", das seines Umfanges und seines Preises wegen den großen Massen nicht zugänglich ist, in Form einer Flugschrift in bekanntem Format und Preis (32 Seiten klein Oktav, à 10 Pf. das Exemplar) behufs Massenverbreitung in einfacher, allgemein-verständlicher Sprache für Jedermann zugänglich gemacht hat.

Vielleicht sind Sie so freundlich, ihn durch Bestellung von einer Anzahl von Exemplaren, die Sie in den Kreisen Ihrer Umgebung in geeigneter Weise verbreiten zu lassen in der Lage sind, in seinem Bestreben zu unterstützen. Es wird Ihnen ein Rabatt von 25 Prozent eingeräumt.

Ihrer gefälligen Entschließung entgegensehend,

zeichnet hochachtungsvollst Ihr
Dr. J. Gihr."

(Folgt Bestellzettel 2c.)

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

Von O. Sch. hier 1,50. C. F. 2,50.

In voriger Nr. ist irrthümlich Mk. 10,00 für Berliner Wahlfond quittirt.

Berliner Wahlfonds.

Von C. F. Reutlingen 2,50. Erbs Reutlingen 1,00.

Anzeigen 2c.

Volksverein.

Altona. **Mittwoch**, den 6. **Juni**, Abends 8½ Uhr, in **Bohm's Salon**, Breitestraße 32:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.

80] H. Walther, Wilhelmstr. 59, 3 Tr. r.

NB. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Hannover. Donnerstag, 7. Juni, Abends 8 Uhr, im Saale des Ballhofes: [90

Große Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Berichterstattung des Hrn. Meister vom Gothaer Congreß. (F. 163) H. Rudolph.

Leipzig. **Bund der Tischler u. verwandter Berufsgenossen.** Die Mitglieder werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, ihre alten Gewerkschaftsbücher in Ordnung zu bringen und die neuen Bundesbücher in Empfang zu nehmen.

Kranken-An- und Abmeldungen können nur bei unserm Kassirer **Nebel**, kl. Fleischergasse Nr. 15, Exped. der „Fackel" bewirkt werden.

90] Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 6. **Juni**, Abends ½9 Uhr, **Ausschußsitzung** im Arbeiterbildungsverein.

Leipzig. Donnerstag, den 7. Juni, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Diskussion über die Verhandlungen des Sozialisten-Congresses. Der Agent. [60

Arbeiterbildungsverein.

Leipzig. Sonntag, den 10. **Juni**:

Erstes Sommerfest

im **„Neuen Schützenhaus"**, bestehend in ununterbrochenem **Concert, Gesang, Belustigungen für Damen, Herren und Kinder,** und **Ball** von 6 Uhr an. Freunde und Gönner sind hiermit freundlichst eingeladen. Programms sind zu haben im Vereinslokal Ritterstr. 48/II. — Anfang Nachmittags 3 Uhr. D. V. [270

Osnabrück. Donnerstag, den 7. **Juni**, Abends 8½ Uhr im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Sozialisten-Congreß. 2. Rechnungsablage über die eingenommenen und verausgabten Gelder zu denselben.

Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht [90

P. Krowiarz.

Für ein größeres Parteiorgan wird ein **Mitarbeiter gesucht**, der selbständig arbeiten und sich über seine literarische Befähigung ausweisen kann. Offerten unter A. R. an die Exped. d. Bl. [90

Meuselwitzer Braunkohlen, Zwickauer Steinkohlen, Erfurter Landesprodukte, Nordhäuser Branntwein 2c. vermittelt in preiswerther Waare ein **gemaßregelter reeller Parteigenosse**, der gezwungen ist, sich ohne öffentliche Namensnennung als Agent den geschäftstreibenden Parteigenossen, Consumvereinen 2c. auf diesem Wege zu empfehlen. Briefe vermittelt zur Einleitung weiterer Verbindungen

Die Expedition des „Vorwärts".

Stellegesuch.

Ein **junger Kaufmann**, gewandter Buchhalter, Correspondent und Rechner, der mehrere Jahre in großen Bankgeschäften thätig war und sich als eifriger Parteigenosse und Mitarbeiter an Parteiblättern ausweisen kann, sucht **Beschäftigung**, am liebsten an einem Parteiblatt oder an irgend einem sonstigen Parteiunternehmen. Briefe für ihn adressire man unter L. M. an die Expedition dieses Blattes. (F160) (3c) [30

Soeben erschien im Verlag der **Buchhandlung des „Zeitgeist"** in **München**:

Juristisches Taschenlexikon!

von Dr. Lehn.

Unentbehrlicher Rathgeber in Prozeßsachen. Wichtig für Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Kaufleute 2c.

Das Werk ist zudem noch ein leichtfaßliches, übersichtliches Handbuch für Prüfungs-Candidaten. [3,00 (3c)

7 Bg. 8. **Preis 1 Mark.**

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 66. Freitag, 8. Juni. 1877.

Verbrechens- und Unterrichtsstatistik.

„Die Sozialdemokraten haben Schuld daran!" so lautet der Ruf der fanatisirten Gegner bei jeder Gelegenheit. Sie haben Schuld, wenn ein Mord verübt wird, sie haben Schuld, wenn ein Auflauf stattfindet, sie haben Schuld, wenn die Kälte zu groß und die Dürre zu anhaltend ist; Schuld haben sie, wenn der Blitz einschlägt oder wenn die Ströme aus ihren Betten treten und die Länder verwüsten.

Daß man den Sozialdemokraten nicht auch noch Schuld an den männermordenden Kriegen giebt, das ist Alles, aber sie haben dafür die Schuld an der „zunehmenden" Rohheit und an den vielen Verbrechen, Schuld an der Unwissenheit des Volkes.

Die „Irrlehren" der Sozialdemokraten sind „verbrecherische Thorheiten" und Noth und Elend, welche die gegenwärtige Krisis mit sich bringt, der Rückgang der Industrie ist ihre Hauptschuld — diese letzten Anklagen ertönten sogar aus dem Munde zweier leitenden Minister.

Verbrechen und Unwissenheit werden also durch die Sozialdemokraten genährt und verbreitet, so schreit die fanatisirte, gegen die Sozialdemokratie aufgehetzte Menge.

Nehmen wir nun die Statistik zur Hand und sehen zu, ob etwas Wahres an diesen Behauptungen ist. Die Statistik in Bezug auf die Verbrechen und den Unterricht ist allerdings in Deutschland noch sehr mangelhaft, doch liegt uns durch den Direktor des preußischen statistischen Buraus, Hrn. Dr. Engel, besonders im Hinblick auf das Königreich Preußen, genügendes Material vor, um die „verbrecherische Thorheit" des Sozialismus in das richtige Licht stellen zu können.

Nach Engel haben durchschnittlich im preußischen Staate in [illegible] diger und verurtheilte Dolinski zu 9 Monaten Gefängniß.

— Die „freie deutsche Arbeiterpartei", gegründet von dem unseren Lesern wohl noch in Erinnerung befindlichen Kutschbach, hat durch einen Congreß, der am Sonntag den 3. Juni in Kassel eröffnet wurde, das erste Lebenszeichen von sich gegeben. Die Hauptrolle auf dem Congreß scheint Herr Max Hirsch gespielt zu haben, da ein von ihm entworfenes Programm zur Vorlage und Annahme gelangte. Das Programm fordert die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes im Wege des Gesetzes und die vollständige Gleichberechtigung der Arbeiter mit allen anderen Staatsbürgern, unentgeltliche Volksbildung, gesetzlichen Schutz der Arbeiter, die obligatorische Einführung gewerblicher Schiedsgerichte, die gesetzliche Anerkennung der Gewerkvereine, die Abwehr einer neuen Beschränkung der Coalitionsfreiheit und die Beseitigung der die freie Arbeit unterdrückenden Conkurrenz. Für die Einzelnen und die Vereine wird empfohlen die Herstellung eines humanen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Förderung der Ausbildung von Lehrlingen, die Gründung und Förderung von Bildungsvereinen, wirthschaftlichen Genossenschaften und Hilfs- und Invalidenkassen, sowie die Bekämpfung aller auf Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen. — Wie man sieht, nimmt sich das Programm in einzelnen Punkten ziemlich radikal aus. Da aber bekanntlich zwischen dem Radikalismus auf dem Papier und dem Radikalismus im Handeln ein großer Unterschied besteht, so werden die fortschrittlich-liberalen Gründer der „freien deutschen Arbeiterpartei" mit ihrem radikalen Programm bei den deutschen Arbeitern wohl wenig Anklang finden. Die Zeiten der politischen Bauernfängerei liegen lange hinter uns, das,

in Rheinland, am Mittelrhein, am Oberrhein, in Thüringen und Westfalen, Hessen-Nassau gute Früchte getragen hat.

In den erstgenannten Gegenden steht die Bevölkerung aber auf einer bedeutend tieferen moralischen Stufe, als in den letzteren. —

Wir nehmen nun die Bildungsstatistik zur Hand und finden, daß es im Durchschnitt im preußischen Staat auf 10,89 Einwohner einen Analphabeten*) über 10 Jahre gab. Aber die Grenzen waren: 1 Analphabet zu 3,46 im Regierungs-Bezirk Bromberg, gegen 1 zu 81,27 im Reg.-Bez. Wiesbaden. Dieser Bezirk ist mit Kassel zur Provinz Hessen-Nassau verbunden, in letzterem zählt aber ein Analphabet auf 23,63 Einwohner, so daß die Provinz im Durchschnitt auf 1 zu 34,69 sinkt. Früher war die Provinz Sachsen mit 1 zu 36,09 Unterrichteten die erste, darin aber verhielten sich nach der letzten Volkszählung die Analphabeten zu den Unterrichteten im Reg.-Bez. Merseburg wie 1 zu 40,27, Reg.-Bez. Magdeburg 1 zu 36,39, Reg.-Bez. Erfurt 1 zu 28,23.

In den Rheinlanden betrug der Durchschnitt 1 zu 18,14, aber im Reg.-Bez. Coblenz 1 zu 36,80, Reg.-Bez. Aachen 1 zu 11,18. Das sind jedoch alles hohe Zahlen gegen die Provinz Preußen mit 1 zu 4,40, Posen 1 zu 3,77, Schlesien 1 zu 9,30, Pommern 1 zu 11,59.

Weiter besteht eine große Verschiedenheit in der Bildung nach den einzelnen Ortsgattungen. Im Durchschnitt des Staates kam in den Städten ein Analphabet auf 33,88 Einwohner, in den Landgemeinden 1 auf 10,87, in den Gutsbezirken 1 auf 5,15.

In Schleswig-Holstein kommt ein Analphabet auf 48,15.

Wir sehen also, daß der Bildungsgrad auf die Zahl der Verbrechen [illegible]

*) Verlag von Gebrüder Fey. Preis 20 Pfennig. (Siehe den Annoncentheil.)

---

die übrigen Verbreiter bereits erkannten Strafen und aus der hohen Stellung des Beleidigten, sowie aus der Schwere des Vorwurfs. Der Angeklagte fühle angeblich den Beruf, den Reichskanzler von falschen Wegen abzulenken, habe dazu aber jedenfalls falsche Mittel angewendet. Wenn einst die Geschichte unserer Zeit geschrieben und das Verdienst Bismarck's aufgezählt werde, dann würde die Nachwelt mit Erstaunen hören, wie der große Mann monatelang sich habe durch die Gerichte hinschleppen müssen, um zu beweisen, daß er ein ehrlicher Mann sei. (Allerdings sehr schlimm! Red. d. „V.") Unter den Namen der Angreifer werde dann aber auch der v. Diest genannt werden.

Demnächst nahm der Angeklagte nochmals das Wort, um abermals zu versichern, daß er nichts weiter beabsichtigt habe, als seinem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Er habe durchaus bona fide gehandelt und deshalb das, was er dem Reichskanzler avertirte, auch anderen Leuten offen und ehrlich mitgetheilt. Die Anklage mache sich die Sache leicht, indem sie Privatgespräche zusammentrage, allerlei Combinationen mit der „Reichsglocke", mit Rud. Meyer ꝛc. anstelle und daraus die Bezichtigung konstruire. Der Angeklagte bestreitet, daß Rud. Meyer ihm gegenüber als beweiskräftiger Zeuge auftreten könne, und noch weniger Glaubwürdigkeit besitze Gehlsen, und dem Zeugen v. Hammerstein im Coupé habe er nur den Wunsch ausgesprochen, den Fürsten von deu ihn umgebenden bösen Einflüssen zu befreien. Die Zeugenaussagen in Betreff der Vorgänge in Stettin und mit dem Herrn v. Borcke seien ganz verschwommen; im letzteren Falle handle es sich um ein Jagddiner, bei dem man nicht jedes Wort auf die Goldwage lege. Zu Herrn v. Bülow habe er nur gesagt, Bismarck müsse wieder Respekt vor Charakteren, und sei es der eines pommerschen Junkers, kriegen. Das seien die sechs Privatgespräche; wolle man ihn deshalb strafen, so werde er die Strafe zu tragen wissen und nicht derselben durch Entfernung außer Landes ausweichen. Aber das wisse er, daß er es ehrlich und gut mit seinem Vaterlande meine, und er hoffe, die Mit- und Nachwelt werde sagen, man habe dem Diest doch zu arg mitgespielt. Eventuell lägen mindestens mildernde Umstände vor.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Quenstedt, verwahrte zunächst den Grafen Arnim gegen die Unterstellung des Staatsanwalts, die „Gruppe Arnim" als Hintermänner der „Reichsglocke" zu bezeichnen. Begreiflich wäre ihm die Bestrafung wegen der Broschüre, eine Bestrafung wegen der Privatgespräche aber sehr bedauerlich. Dazu komme, daß die Dinge, die der Angeklagte angeblich verbreitet habe, in den betreffenden Kreisen längst bekannt waren und besprochen wurden. Eventuell sei nur der Fall mit Herrn v. Borcke zu bestrafen, und zwar bei der Unbescholtenheit des Angeklagten nur mit Geldstrafe.

Nach kurzer Replik und Duplik zwischen Staatsanwalt und Vertheidiger betonte der Angeklagte in seinem Schlußwort nochmals, daß die vielen Mittheilungen glaubhafter Personen ihn in den Glauben versetzt hätten, die Thatsachen seien richtig. Er habe nur die Interessen seines Standes wahren wollen, denn der Grundbesitz sei thatsächlich durch die Conzessionirung der Bank geschädigt worden, und wenn er das dem Fürsten Bismarck unterbreitete, so halte er das für kein Verbrechen, sondern für ein offnes Verfahren, wie er es jedem Gentleman gegenüber wieder einschlagen würde.

Nach dreiviertelstündiger Berathung verkündete der Gerichtshof das Urtheil. Dasselbe lautete auf Schuldig der wiederholten, zum Theil öffentlichen Beleidigung, bemaß die Strafe auf drei Monate Gefängniß und legte dem Fürsten Reichskanzler die Befugniß zur Publikation des Urtheils bei. Die beiden ersten Punkte der Anklage wurden als nicht erwiesen erachtet, dagegen in allen anderen Punkten die Beleidigung als vorliegend bejaht.

— Wenn Einer eine Reise thut, dann kann er was erzählen. Und da Herr Rüder von seiner Reise nach Gotha nichts erzählen kann, so hat er doch wenigstens „was" geschrieben, damit die Freunde heiterer Lektüre in dieser „schweren Zeit der Noth" und des Nothstands nicht ganz leer ausgehen. Nämlich Folgendes:

[illegible] suchung und Prüfung des feindlichen Arsenals für nothwendig befunden — oder gewagt?"

Dazu hat nun Dr. Calberla Muth; aber auch mehr Muth wie Talent.

Allen konfusen Sprüngen des Querkopfs zu folgen, auf und ab, vorwärts und rückwärts, das wäre der Ehre für ihn, der Qual für mich und meine Leser zu viel. Versuchen wir statt dessen eine kurze populäre Darstellung des Terrains, auf dem er purzelt, um darnach an wenigen seiner hervorragendsten Leistungen unseres Widersachers windige Lustigkeit zu kennzeichnen.

In unserer civilisirten Welt treibt man nicht nur Privat- und Hauswirthschaft, und nicht nur Nationalökonomie, sondern auch eine richtige internationale communistische Produktion. „Das Kapital" des theoretischen Communisten Marx fußt auf dem „Grundbegriff", daß unsere Bourgeois in ihrem wirthschaftlichen Treiben praktische Communisten sind. Marx „Kapital liefert ihnen die Theorie, liefert den Beweis, daß die „moderne Gesellschaft" eine wahre Commune ist, die von Rußland mit Roggen, Talg und Thran, von den Preußen mit „Fusel", vom La Plata mit rohen Häuten und so von allen Seiten mit dem nöthigen Material und Proviant versorgt wird. So irgend ein brasilianisches Haus eine Schiffsladung Kaffee seinem befreundeten Hause in Hamburg in Consignation giebt, so geschieht das nicht, des letzteren Privatdurst zu stillen, sondern der Dienst wird der großen bürgerlichen Gesellschaft geleistet, unter Beding eines Gegendienstes, mittels Gold oder Silber, von demselben „Werth".

Wenn in der heutigen Welt keine communistische Tendenz vorhanden wäre, wenn diese Tendenz nicht schon seit Jahrtau[illegible] [illegible] des Vaterlandes entgegensetzt, haben sie als eine Tugend angepriesen und belohnt, weil er ihnen nutzt, weil er ihre Herrschaft sicherte — — — Man handelt nur schön für das Vaterland, wenn es das Vaterland ist, für das man sich bemüht, nicht aber ein einzelner Mensch, ein Stand oder eine Interesse, die durch Ränke und Gewalt sich für das Vaterland geltend zu machen wußten."

Goldene Worte!

Correspondenzen.

Berlin, 1. Juni. Der deutsche Lehrerverein, so berichtet die „Berliner freie Presse" hielt vor einigen Tagen hier eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende berichtete, daß der Verein über 10,000 Mitglieder habe, also ein Verein von hoher Bedeutung sei. In der Berathung, welche über die Frage zum Unterricht gepflogen wurde, beantragte der Referent Baake: daß der Lehrplan der allgemeinen Volksschule mit dem der höheren Schulen in organische Verbindung zu bringen sei, und daß das Abgangszeugniß der Volksschule zum Eintritt in jede höhere Schule berechtige. Herr Dr. Beck stellte den Zusatzantrag, daß demgemäß eine Reorganisation der höheren Schulen nothwendig sei, insofern diese nicht zugleich auch Volks- und Elementarschulen seien, sondern die Schüler erst mit dem 14. Lebensjahre aufnehmen dürfen, wie es zum Theil schon in der Schweiz, in Schweden und Norwegen der Fall sei. Die Versammlung nahm den Antrag an, „daß das Zeugniß der Reife von der Volksschule zum Eintritt in jede höhere Schule berechtige." Es wurde hiernach die Frage, ob geprüfte Lehrer zur Errichtung einer Privatschule einer Konzession bedürfen, verneint. Das ist ein Urtheil von Fachmännern und daher wohl zu beherzigen und zu begrüßen. Anders hin-

---

„Bekanntmachung.

Aus den öffentlich gepflogenen Verhandlungen des jüngst in Gotha abgehaltenen, auch von hier aus beschickten Sozialisten-Congresses ist zu entnehmen gewesen, daß in öffentlichen Versammlungen, welche von Anhängern der sozialdemokratischen Richtung einberufen sind, Geldsammlungen vorgenommen werden, deren Ertrag zur Bezahlung und zum Theil auch festen Besoldung sozialdemokratischer Agitatoren eines Vereins verwendet werden.

Da ein solcher Verein seit der am 16. September 1868 erfolgten Auflösung des hiesigen allgemeinen deutschen Arbeitervereins hier nicht mehr besteht, so sehen wir uns veranlaßt, das weitere Veranstalten von Sammlungen in hier berufenen Versammlungen oder vor den Eingängen zu den Versammlungslokalen, falls sie ohne speziell ertheilte polizeiliche Genehmigung geschehen, bei Geldstrafe bis zu 100 Mark — oder Haftstrafe bis zu 4 Wochen zu verbieten.

Diese Strafe trifft zunächst Denjenigen, welcher die Versammlung angemeldet hat, kann aber auch gegen Diejenigen, welche die Leitung der Sammlung vorgenommen oder zur Leistung von Beiträgen für dieselbe aufgefordert haben, sowie gegen Spender zur Sammlung erkannt werden.

Leipzig, am 2. Juni 1877.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder."

Also zu lesen im „Leipziger Tageblatt", Nr. 154 vom Sonntag, dem 3. d., Seite 1, Zeile 19 ff. von oben. — Herrn Rüder hier noch die freundliche Notiz, daß auf dem Congreß ein Antrag, ihn zum Ehrenmitglied zu ernennen und in das sozialdemokratische Wahlcomité zu wählen, bereits eingebracht war und nur wegen seines (des Herrn Rüder) räthselhaften Verschwindens nicht zur Debatte gestellt werden konnte. Jammerschade! Der Antrag wäre einstimmig angerommen worden! Wir sind aber auf Wunsch gerne erbötig, das Versäumte nachzuholen. Wie wär's, Herr Rüder? Als Mitglied unseres Organisationsvorstandes würden Sie doch gewiß die beste Gelegenheit haben, den so schmerzlich vermißten „Verein" ausfindig zu machen.

stand des Kritikers zwieschlächtig, indem er sich als groben Un- oder Mißverstand darstellt.

Der Kohl, den diese Zwieschlacht in ihrer „Kritik“ zusammenstoft, ist zu ungenießbar, als daß ich dem Leser viel davon vorsetzen möchte. Dem philosophischen Doktor fehlt das Verständniß nicht nur für die Oekonomie, sondern auch für die elementarsten Dinge; und dabei ist er so dünkelhaft, ernstlich zu glauben, er habe die „wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus“, die Marx'sche Werththeorie widerlegt.

Bevor auf diesem Felde mit ihm irgend etwas anzufangen, soll er sich über die Gleichheit und zugleich Verschiedenheit überhaupt aller Dinge dieser Welt unterrichten lassen. Daß alle Dinge gleich sind in der Verschiedenheit und verschieden in der Gleichheit, ist ihm wohl unerhört: alle Zwiebelköpfe sind verschieden, absolut mannichfaltig; aber alle sind Zwiebelköpfe, darin sind sie absolut gleich.

Bei der Arbeit verhält es sich ganz so. Trotzdem alle Arbeiten verschiedene, mannichfaltige, individuelle Arbeiten sind, gehören doch alle zu derselben, zu gleicher Gattung, es ist „gleiche, unterschiedslose, abstrakt menschliche Arbeit“. Das will dem Herrn nicht in den Kopf. Er sagt und beweist zehnmal, daß die Arbeit nicht gleich, nicht unterschiedslos ist. Dann bringt er Anführungen, wo Marx sagt, daß alle Arbeit individuell, verschieden nach Gewerben, Ländern und Culturepochen ist; und wenn darnach dann von der unterschiedlosen, allgemeinen, gleichen Arbeit die Rede ist, meint Calberla einen besondern Trumpf gefunden zu haben, wenn er widersprechen kann: „Wir haben doch gesehen, die Arbeit ist nicht gleich.“

Was ist nun mit solchem Querkopf zu machen? Der Doktor soll heimgehen, in die Philosophie, und erst lernen, daß alle Dinge gleich und ungleich zugleich sind, ungleich als Individuen, gleich als Angehörige einer Gattung. — Ich sollte denken, er sei doch ein Mensch gleich wie die anderen, wenn auch ein ganz eigenthümlicher Mensch.

Noch eine Schlußprobe aus der Calberla'schen „Kritik“.

„Die allseitige Erfahrung in der kapitalistischen modernen Gesellschaft beweist, daß der Preis der Arbeit ... sich nicht nach ihrer Dauer, wohl aber ungefähr nach ihren Leistungen ... richtet.“ (Seite 41.)

Erstlich ist es niemals einem vernünftigen Wesen eingefallen, zu denken oder zu sagen: daß sich der Preis der Arbeit nach der Dauer richte; aber das Schönste ist, daß Calberla den wissenschaftlichen Werthausdruck „ungefähr“ entdeckt hat. Nun, denke ich, haben auch wir „ungefähr“ genug.

Allerdings ist die Werththeorie ein Cardinalpunkt, und sollte uns die Veranlassung ihrer eingehenden, ernsten Erörterung nur angenehm sein. Doch bedarf es dazu eines würdigeren Widersachers, und besitzen wir einen solchen in der „Quintessenz des Sozialismus“, auf welche ich gelegentlich zurückkommen werde.

J. Dietzgen.

Nachschrift: So eben trifft Nr. 61 und 62 des „Vorwärts“ ein, woraus ich ersehe, daß Freund Schramm schon mit der „Quintessenz“ in Unterhandlung getreten und mich hoffentlich des Weiteren überheben wird.

(Nachdem der Artikel: „Karl Marx: Das ‚Kapital‘ und der heutige Sozialismus“ in Nr. 64 zum Abdruck gelangt war, erhielten wir vom Genossen Dietzgen die vorstehende Zuschrift über denselben Gegenstand. — Wenngleich die Anschauungen in den beiden Artikeln auf gleicher Basis beruhen, so sind die Ausführungen doch verschieden und obiger Artikel ist so beschaffen, daß dessen Nichtabdruck ein Verlust für unsere Leser wäre.

Die Red. des „Vorwärts“.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Der Rubel auf Reisen“ entfaltet eine fieberhafte Thätigkeit. Das Fiasko der russischen Mobilmachung soll durch unverschämte Münchhausiaden in Vergessenheit gebracht werden. Thatsache ist: der „Aufmarsch“ der russischen Armee an der Donau vollzieht sich mit einer Langsamkeit, welche beweist, daß in der Militärorganisation sehr viel faul ist, und die ausposaunten „Erfolge“ in Asien wiegen zusammengenommen nicht die Besitzergreifung der Kaukasusküste durch die Türken auf. Man munkelt von Friedensunterhandlungen — es scheint fast, als wolle die russische Diplomatie sich einige „Siege“ zurechtlügen, um mit einigem Anstand aus der Patsche zu kommen. Indeß ist diesen Gerüchten vorläufig kein Werth beizulegen. —

— Die Bilanz der Mordskultur. Nach einer Berechnung des Londoner „Economist“ — im Finanz- und Zahlenwesen die erste Autorität der Welt — haben die in dem letzten Vierteljahrhundert, von 1852—1877, geführten Kriege gekostet:

1,948,000 Menschen, also beinahe zwei Millionen, in der Schlacht getödtet, an Wunden und Krankheiten gestorben.

2413 Millionen Pfund Sterling, das heißt acht- und vierzig Milliarden zwei hundert sechzig Millionen Mark an Geld — über zwölfmal so viel als die berühmten und berüchtigten „französischen Milliarden“.

Und diesem Ausgabekonto gegenüber das Einnahmekonto?

Allgemeine Verarmung.
Hungertyphus.
Corruption.
Knechtschaft.

Nicht Ein Mensch, außer den politischen und unpolitischen „Gründern“, der durch all diese Kriege an Wohlstand, nicht Ein Volk, das an Freiheit gewonnen hätte!

Unsere Gegner nennen das „Civilisation“ und die Gesellschaftsordnung, die solche Giftfrüchte erzeugt, „die beste der Welten“. Und wer mit gebührendem Nachdruck den Massenmord geißelt und die Ueberzeugung ausspricht, daß die Menschen zu etwas Anderem da sind, als einander die Gurgeln abzuschneiden, der wird in's Gefängniß geworfen. Wahrhaftig, es gehört eine Art geistiger und moralischer Krankheit dazu, um solche Zustände erträglich, ja „glorreich“ zu finden!

— Offiziöse Unverfrorenheit und Unvorsichtigkeit. Herr Virchow, mit dem wir sonst, auf politischem Gebiet wenigstens, nicht leicht übereinstimmen, hat neulich über die gegenwärtige Weltlage und die klägliche Rolle, die Deutschland dabei spielt, eine zum Theil recht vernünftige Rede gehalten. Dafür wird er nun in der halbamtlichen „Provinzialcorrespondenz“ des „politischen Dilettantismus“, d. h. der Unwissenheit in politischen Dingen beschuldigt, und ihm auch der Vorwurf gemacht, daß er sich wiederholt mit seinen Urtheilen und Auffassungen geirrt. Das ist ja unzweifelhaft wahr. Aber der „Provinzialcorrespondenz“ steht es schlecht an, mit derlei Vorwürfen zu kommen. Uns will bedünken, alle politischen Böcke, die Virchow geschossen — und es sind ihrer nicht wenig — schrumpfen zu nichts zusammen, verglichen mit dem kolossalen Bock (schon mehr ein Mammuth), den ein gewisser Staatsmann geschossen hat, welchen die „Provinzialcorrespondenz“ zu beweihräuchern pflegt und, komischer Weise, auch in der gegen Virchow gerichteten Expektoration mit Lobsprüchen ob seiner staatsmännischen Weisheit überschüttet. (Wir meinen den „genialen“ Entdecker des „Bischen Herzegowina.“ O si tacuisses!

— Schlimmer als in Feindesland! Die ganze Marpinger Wundergeschichte ist für uns von geringem Interesse, und wir haben ihr bis jetzt wenig Beachtung geschenkt, interessant ist jedoch ein jetzt in dieser Angelegenheit gegen den Professor Dr. Scheeben geführter Prozeß. Der Angeklagte hatte nämlich über die Haltung des Militärs in Marpingen in der „Kölner Volkszeitung“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem er behauptete, das Militär habe sich in Marpingen wie in Feindesland betragen. Darin war eine Beleidigung des Offizierkorps des 30. Regiments gefunden, jedoch war der Angeschuldigte in erster Instanz freigesprochen worden. Gegen dies Urtheil war Appellation eingelegt, bei deren Verhandlung die Entlastungszeugen des Dr. Scheeben eigenthümliche Sachen aussagten. Dieselben gaben unter Anderem an, daß der Ortsvorsteher, bei welchem man requirirte, bewacht wurde, damit er nicht fliehe; daß man mehr Betten verlangt habe, als Soldaten dagewesen; daß der Hauptmann den Sohn eines Wirthes mit der Hand an den Kopf geschlagen, als dieser ihn ersucht habe, nach Hause gehen zu dürfen. Weiter habe der Hauptmann einen Mann unter das Kinn geschlagen; ein Fuhrmann habe ausgesagt, er sei niedergeschlagen worden und habe dadurch einen lahmen Arm bekommen. (Dies bezeichnete der Gensdarm bei der Verhandlung unter dem Gelächter des Publikums als eine Lüge.) Bei einer Requisition endlich habe ein Soldat mit dem Säbel in der Hand gesagt: „Wenn wir Euch über den Haufen stechen, dann seid Ihr bezahlt!“ ꝛc. ꝛc.

Das Urtheil der Appellkammer lautete demgemäß auf Freisprechung, nachdem noch der Vertheidiger bei der Verhandlung ausgeführt hatte, daß man sogar über den Kriegsbrauch hinausgegangen sei. — Wir haben hier eine der schönsten Blüthen, die der Culturkampf je getrieben hat. Daß man auf solche Weise dem Ultramontanismus keinen Abbruch thut, kann doch wahrlich jedes Kind einsehen.

— Statistik. Der Direktor des preußischen statistischen Bureaus, Geh. Rath Engel, hat einen ausführlichen Plan für eine allgemeine Unterrichtsstatistik des preußischen Staates entworfen und zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Man kann ein solches Vorgehen nur mit Freuden begrüßen, da durch dasselbe am besten festgestellt wird, wo etwas faul ist im Unterrichtswesen. Die Erkenntniß vom Sitz des Uebels ist ja immer der erste Schritt zur Heilung. Uebrigens wird sich dabei von Neuem ergeben, daß das Schulegehen und der Schulbesuch dort am besten, daß die Bevölkerung dort am intelligentesten ist, wo der Sozialismus schon feste Wurzeln gefaßt hat.

— Strafgerichtliche Verfolgung eines Mitgliedes des österreichischen Herrenhauses. Die Prager Staatsanwaltschaft hat sich an das Präsidium des Herrenhauses gewendet um Bewilligung der strafgerichtlichen Verfolgung des Herrenhausmitgliedes Grafen Georg Buquoy wegen Verbrechens nach § 128 des Strafgesetzbuchs, begangen durch Schändung eines auf dem gräflichen Gute Gratzen in Böhmen als Kutscher bediensteten Bauernknaben. Die bereits seit längerer Zeit schwebende Voruntersuchung ergab in Folge der Vernehmung des Klägers und der von diesem namhaft gemachten Zeugen Daten, welche die Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage veranlaßte. Georg Heinrich de Longueval Graf Buquoy, geboren am 2. August 1814, ist Präsident des böhmischen Katholikenvereins und hat sich vor einigen Tagen als Mitglied der Deputation der Katholiken Böhmens zur Jubiläumsfeier des Papstes nach Rom begeben. — Und was wird dem Verbrecher geschehen? Auf viele Jahre würde er in's Zuchthaus gesperrt werden, wenn er ein „gewöhnliches Menschenkind“ wäre; der Herr Graf aber — nun, der hat einmal ein schwaches Stündchen gehabt. Und dann ist es ja auch nur ein simpler Bauernknabe, an dem der Herr Graf zum Verbrecher wurde. Die Sache ist also nicht so schlimm!

— Unsere Gegner. Die Bourgeois- und Reptilienblätter (zuerst, wenn wir nicht irren, die „Weserzeitung“) enthalten folgende Notiz:

„Die neueste Nummer des ‚Vorwärts‘ trägt an der Spitze des Blattes eine mit Trauerrand umgebene Gedächtnißtafel für die kommunistischen ‚Opfer‘ der Pariser blutigen Maiwoche vom 22. bis 28. Mai 1871: ‚.... hundertundelf Tausend Opfer, niedrig geschätzt, das ist die Bilanz der Rache der Bourgeoisie für die Revolution des 18. März‘, heißt es am Schlusse derselben. Sodann ist folgender drohender Avis des ‚Vorwärts‘ an die Bourgeoisie zu lesen: ‚Das Proletariat vergißt seine Märtyrer nicht. Es vergißt nicht die Verbrechen seiner Feinde. Und es kennt seine Pflicht.‘ Die ‚Opfer‘ der Commune Märtyrer der Sache, die das offizielle Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands zu vertreten hat! Hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern, an welchem die deutschen Arbeiter Abrechnung halten mit ihren publizistischen Maulhelden, die es wagen durften, sie mit den Scheusalen der Pariser Commune in einen Topf zu werfen, ja jene ihnen als Märtyrer der eigenen Sache zu oktroyiren.“

„Publizistische Maulhelden“, „Scheusale“ — nicht geschimpft! Doch lassen wir das. Also die Märtyrer der Commune, die nicht geraubt, nicht gestohlen, nicht gemordet, sondern sich des einzigen Fehlers schuldig gemacht haben, Bestien mit Menschen zu verwechseln, sind „Scheusale“, und wir sind „Maulhelden“ (!), weil wir diese „Scheusale“ verehren und bewundern. Ja, hätte jeder Communekämpfer sich zu dem Standpunkt aufzuschwingen verstanden, sich vier Mätressen zu halten, wie gewisse Leute; das Volk auszubeuten und seine Gläubiger zu betrügen, wie gewisse Leute; zu lügen, zu verleumden, zu plündern; zu morden, zu sengen und zu brennen, wie gewisse Leute —, dann wären die „Scheusale“ Vertheidiger des heiligen Eigenthums und der heiligen Familie, Retter der Gesellschaft Säulen der moralischen Ordnung, und wir „Maulhelden“, wir wären würdig, Hand in Hand mit der Berliner Dunderzeitung, dem Leipziger Post-Leonhardt-Blatt, dem Bremer Robolski-Braun-Organ und dem übrigen gleichbiederen Zeitungsgeschwister um das goldene Kalb der Bourgeoisie und die Milchkühe des Reptilienthalers und des Rubels auf Reisen herumzutanzen.

— Die jüngste „Heldenthat“ der italienischen Bakunisten (wir thaten den Herren Unrecht, als wir die Vaterschaft dieses — geistreichen Streichs auf andere Schultern wälzten) von der wir seinerzeit berichteten, hat zur Folge gehabt, daß eine Anzahl italienischer Arbeiterorganisationen, die mit den „anarchischen“ Bestrebungen der Bakunisten nicht das mindeste zu schaffen haben, aufgelöst worden sind. Die nichtanarchistischen und die der sogenannten „italienischen Föderation“ nichtangehörigen Föderationen: die sizilianische, die neapolitanische, die ligurische, die venezianische und die der Emilia waren in der besten Reorganisation begriffen, die oberitalienische Föderation zählte bereits allein mehr als 5000 Mitglieder, nachdem eine Arbeitergesellschaft in Mantua mit 3000 Mann ihren Beitritt erklärt

Prozeß Diest-Daber.

(Schluß.)

v. Eysenhardt behauptet, der Angeklagte habe ihm gegenüber noch nach dem Meyer'schen Prozesse schriftlich seine Behauptungen aufrecht erhalten.

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt fügt derselben noch die Bemerkung an, daß der Angeklagte in seinen Combinationen sich bis zu der Aeußerung verstiegen habe, der beste Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen liege darin, daß Fürst Bismarck am 10. Januar v. J. nach dem Erscheinen der Broschüre seinen Abschied verlangte, und daß es nur den fünfstündigen Anstrengungen des Grafen Moltke gelang, den Fürsten zur Zurücknahme seines Antrages zu bewegen. Die ganze Erzählung beruhe auf Unwahrheit.

Es beginnen demnächst die Plaidoyers.

Staatsanwalt Tessendorf. Die in den Prozessen gegen die „Reichsglocke“ gemachten Erfahrungen nöthigen ihn zu der Vorbemerkung, daß er die Vollständigkeit der Zeitungsreferate über seine Plaidoyers nach außen hin nicht übernehme, sondern in dieser Beziehng auf den stenographischen Bericht rekurrire. Bezüglich der Competenzfrage habe dieser Prozeß bereits seine Geschichte. Die Broschüre spreche nur von einem „Ungenannten“, biete also keine Möglichkeit zur Einleitung einer Beleidigungsklage, und als Gehlsen den Ungenannten in „Fürst Bismarck“ übersetzte, habe ihn Diest nur dahin berichtigt, daß diese Substitution „so ohne weiteres“ nicht gerechtfertigt sei. Dann kommen die Prozesse gegen Gehlsen's Sitzredakteure, und gegen Rudolf Meyer, welch' letzterer von Diest und v. Wedemeyer als seine Gewährsmänner nannte. Auf Wunsch desselben und da auch inzwischen Gehlsen in gleicher Weise gegen v. Diest aussagte, sei gegen den Gewährsmann vorgegangen worden. Es handle sich dabei durchaus nicht um harmlose Jagdgespräche, sondern um den Beweis, daß auch der Angeklagte zu Denjenigen gehörte, welche — vielleicht unbewußt — die niederträchtigsten Verleumdungen colportirten und deshalb zu verfolgen seien. Der Staatsanwalt erläuterte ferner die rechtlichen Begriffe der Beleidigung und der Verleumdung, mit denen in letzter Zeit großer Unfug getrieben werde, indem man aus der Thatsache, daß Fürst Bismarck nicht wegen Verleumdung, sondern wegen Beleidigung klage, zu folgern pflege, daß er die Thatsachen zugebe. Wegen Verleumdung könne das Verfahren nur in dem Falle eingeleitet werden, wenn dem Beleidiger von vornherein nachzuweisen ist, daß er wider besseres Wissen beleidigt habe. (?) Die Aeußerung, der Reichskanzler soll noch das Brot aus der Hand pommerscher Junker essen, sowie der Satz, er werde nicht eher ruhen, bis er Sr. Maj. aus den Händen dieses Mannes befreit habe, trage den Charakter der Beleidigung. Die Verleumdung sei in der Behauptung falscher Thatsachen zu finden, so z. B. in der unnobel bezeichneten Gründungsbetheiligung des Fürsten. Die Aeußerungen im Eisenbahncoupé mögen vielleicht nicht als öffentliche betrachtet werden, die in Stettin gethanen Beleidigungen seien aber zweifellos öffentlicher Natur. Auch die Mittheilungen des Angeklagten an Rudolph Meyer und Gehlsen mußten als Verleumdungen aufgefaßt werden, da der Angeklagte die Wahrheit dieser Thatsachen nicht nachweisen könne und der Gerichtshof keine Verpflichtung habe, die Unwahrheit aufzudecken; übrigens sei in dieser Beziehung durch die früheren Prozesse genug aufgeklärt, denn kein Zeuge habe auch nur einen Schein von Wahrheit für diese Behauptungen erbracht. Die Zeugen und Gewährsmänner des Angeklagten beweisen in dieser Beziehung auch nichts. v. Thiele habe seine Aeußerungen im engsten Familienkreise gemacht und Rothschild dieselben sofort als Unwahrheit bezeichnet. Wie die Gerüchte entstanden, sei nicht aufgeklärt; vielleicht hätten frühere Aeußerungen des Herrn v. Hansemann zu so groben Mißverständnissen Veranlassung gegeben. v. Wedemeyer sei todt, auch kein Jugendfreund des Kanzlers gewesen und was die Beziehungen des Angeklagten zu dem Fürsten anlange, so habe v. Diest früher in dessen Familie verkehrt und mehrere Briefe an den Reichskanzler geschrieben, die schließlich in reine Citirungen und Rechenschaftsforderungen ausarteten, so daß schließlich der Fürst auf die schriftliche Bemerkung des Angeklagten, er scheine auch schon vom Mammon angefressen zu sein, anordnete, daß alle seine Briefe uneröffnet zurückgeschickt werden sollen. Die Gewährsmänner des Hrn. v. Wedemeyer hätten ebenfalls kein Beweismaterial erbracht. Frage man nun aber nach dem Zweck dieser Verleumdungen, die schon seit sieben Jahren in Deutschland herumgeschleppt werden, so komme man dazu, daß der Fürst schon damals viele Feinde hatte. Der Krieg kreuzte die Pläne der Depositaire*) der sauberen Geschichte, sie wurde während der Gründerjahre ad depositum gelegt, und erst nach dem Krach, den man ja auch dem Reichskanzler zur Last legt, und nach dem Prozeß Arnim, der die Zahl der Feinde Bismarck's noch vermehrte, begann der Kampf von neuem durch die Aera-Artikel der „Kreuzzeitung“, und die Geschichte kam aus dem Depositorium wieder an's Tageslicht und durch die Vermittelung des Angeklagten an Gehlsen und damit an die große Glocke, nämlich an die „Reichsglocke“, das Organ aller Reichs- und Bismarckfeinde, der Hochconservativen, der Ultramontanen, der Sozialdemokraten**) und der Gruppe Arnim. Für dieses Blatt war die Geschichte ein gefundenes Futter. Die Artikel gingen aus der „Reichsglocke“ in andere***) sozialistische und ultramontane Blätter über, während die Presse im allgemeinen zu anständig war, um sie abzudrucken. Die Attake schlug fehl, große Betrübniß war die Folge, man drehte den Spieß um und entdeckte, daß Gehlsen schließlich nichts weiter als ein „Reptil“ sei und vom Staatsanwalt Tessendorff rechtzeitig den Wink erhalten habe, nach der Schweiz zu entkommen. Wegen dieser frechen Behauptung habe er einen Strafantrag gestellt. Als dann der Prozeß Meyer ein schlechtes Ende nahm, da waren die letzten Pfeile so gut wie verschossen. Sein Strafantrag gehe dahin, den Angeklagten zweier einfachen und vier qualifizirter Beleidigungen als schuldig zu erachten und denselben zu einem Jahre Gefängniß zu verurtheilen. Die Höhe der Strafe rechtfertige sich aus den gegen

*) Verwahrer; ad depositum legen, aufbewahren, in den Schrank legen.

**) Falsch! Herr Tessendorff. Red. d. „V.“

***) Oho! Herr Tessendorff. Red. d. „V.“

hatte — sie alle sind jetzt verboten worden. Der in Palermo erscheinende „Povero" wendet sich in scharfen Worten gegen die „Verrücktheiten" der Bakunisten und auch der „Mirabeau" in Verviers (Belgien) will von den albernen Putschen der Herren nichts wissen. Alles in Allem ist der Bakunismus in Italien in starkem Rückgange begriffen. Die Arbeiter sehen eben ein, daß nicht „lächerliche bewaffnete Spaziergänge", wie der „Povero" die bakunischen „Heldenthaten" nennt, sondern lange unverdrossene und ernste Arbeit erforderlich ist, um den Sozialismus zur gesellschaftlichen Geltung zu bringen.

— Vorläufige Abfertigung. Das „Bulletin" der Jurassier beweist seine brüderliche Gesinnung dadurch, daß es seit einigen Monaten fast in jeder Nummer alberne, zum Theil pöbelhafte Angriffe auf den „Vorwärts" bringt, weil wir uns für die Revolutionsmacherei unreifer Knaben (Kasankirchen-Krawall und die italienische Schießprügelpromenade) nicht zu begeistern im Stande sind. Die neueste Nummer des „Bulletin" ist so liebenswürdig, uns des Wortbruchs und der Lüge zu zeihen, weil wir den uns zugehenden Brief einiger Russen, betreffend die Kasankirchen-Affaire, dessen Veröffentlichung wir angezeigt, noch nicht zum Abdruck gebracht, und weil wir gesagt, Fräulein Barbina habe mit dem Kasankirchen-Krawall nichts zu thun. Wäre Letzteres falsch, was wir indeß nicht glauben, so wäre das ein Irrthum und nicht eine Lüge — das mögen die Herren des „Bulletin" sich merken. Und was den erwähnten Brief angeht, so ist derselbe im Drang ernsthafter Arbeiten einfach vergessen worden. Wir hoffen jedoch in den nächsten Tagen uns auf ein Halbstündchen mit dieser Kinderei beschäftigen zu können. Einstweilen sei den Herren Gerngroßen bemerkt, daß zur Zeit, wo in Deutschland die politische Bewegung noch den Lutschbeutel im Mund hatte, auch bei uns Streiche à la Kasankirchen-Krawall und italienische Schießprügelpromenade (nur nicht ganz so kindisch, vgl. z. B. den Sturm auf die Frankfurter Hauptwache) an der Tagesordnung waren, seit längerer Zeit aber zum großen Verdruß unserer lieben Polzei aus der Mode gekommen sind. Daß derartige Streiche für die Betheiligten mitunter sehr schlimme Folgen haben, nimmt der Kinderei nicht ihren kindischen Charakter. Und wohlgemerkt: wenn wir von Kindereien reden, so brauchen wir das mildeste Wort, welches uns ohne Verstoß gegen die Pflicht der Wahrheit erlaubt ist.

— Der frühere verantwortliche Redakteur der „Berliner Freien Presse", Dolinski, stand am 2. Juni vor Gericht, um sich wegen nicht weniger als 19 inkriminirten Artikeln, die theils in der „Berliner Freien Presse", theils im „Märkischen Volksfreund" erschienen waren, zu verantworten. Die Strafanträge für die einzelnen Fälle summirten sich auf 25 Monate 14 Tage Gefängniß. Da der Angeklagte aber, so meinte der Staatsanwalt v. Zastrow, noch nicht bestraft worden sei, komme ihm der § 74 des Strafgesetzbuchs sehr zu statten, und er glaube daher, Alles zusammenfassend, eine Gesammtstrafe von 15 Monaten fordern zu müssen. Der Gerichtshof aber war noch gnädiger und verurtheilte Dolinski zu 9 Monaten Gefängniß.

— Die „freie deutsche Arbeiterpartei", gegründet von dem unseren Lesern wohl noch in Erinnerung befindlichen Kutschbach, hat durch einen Congreß, der am Sonntag den 3. Juni in Kassel eröffnet wurde, das erste Lebenszeichen von sich gegeben. Die Hauptrolle auf dem Congreß scheint Herr Max Hirsch gespielt zu haben, da ein von ihm entworfenes Programm zur Vorlage und Annahme gelangte. Das Programm fordert die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes im Wege des Gesetzes und die vollständige Gleichberechtigung der Arbeiter mit allen anderen Staatsbürgern, unentgeltliche Volksbildung, gesetzlichen Schutz der Arbeiter, die obligatorische Einführung gewerblicher Schiedsgerichte, die gesetzliche Anerkennung der Gewerkvereine, die Abwehr einer neuen Beschränkung der Coalitionsfreiheit und die Beseitigung der die freie Arbeit unterdrückenden Conkurrenz. Für die Einzelnen und die Vereine wird empfohlen die Herstellung eines humanen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Förderung der Ausbildung von Lehrlingen, die Gründung und Förderung von Bildungsvereinen, wirthschaftlichen Genossenschaften und Hilfs- und Invalidenkassen, sowie die Bekämpfung aller auf Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen. — Wie man sieht, nimmt sich das Programm in einzelnen Punkten ziemlich radikal aus. Da aber bekanntlich zwischen dem Radikalismus auf dem Papier und dem Radikalismus im Handeln ein großer Unterschied besteht, so werden die fortschrittlich-liberalen Gründer der „freien deutschen Arbeiterpartei" mit ihrem radikalen Programm bei den deutschen Arbeitern wohl wenig Anklang finden. Die Zeiten der politischen Bauernfängerei liegen lange hinter uns, das, dächten wir, sollten die fortschrittlich-liberalen Bauernfänger nachgerade begriffen haben.

Aus der Türkei.

Constantinopel, 27. Mai.

Ich war längere Zeit abwesend, daher mein Stillschweigen! Ich gehe morgen wahrscheinlich wieder auf einige Wochen weg, und werde später wieder auf meine Berichte zurückkommen können. Heute will ich Sie bloß von den letzten Ereignissen, die hier stattgefunden haben, in Kenntniß setzen. Gestern Abend haben einige Tausend Softas vor dem Deputirtenhause eine Demonstration in Szene gesetzt, die einen sehr hübschen Anblick bot. In dichter Menge standen sie auf einem Haufen, von einigen alten Hodjes angeführt, die einen mit grünem, die andern mit weißem Turban auf dem Haupte, und aus vollem Halse wurde nach Achmed Cewfik Pascha (Präsident der Kammer) gerufen, der auch eine Deputation vor sich ließ, die ihm nunmehr erklärte, daß sie die Zurückberufung von Mithad Pascha, die Absetzung des Kriegsministers Redif Pascha und endlich die Entfernung Mahmud Pascha's, Daneah, Schwager des Sultan, und dessen Rathgeber verlangt. Letzterer ist beim Volke sehr verhaßt und scheint die ganze Demonstration auf ihn gemünzt gewesen zu sein. Achmed Cewfik Pascha versprach noch am selben Abend die Sache dem Sultan vorzutragen. Die Folgen davon blieben indessen nicht aus, um 10 Uhr in der Nacht erschien noch eine offizielle Bekanntmachung des Kriegsministeriums, die den Belagerungszustand über Constantinopel verhängt. — Damit ist es auch wahrscheinlich aus mit jeder weiteren Demonstration. —

Die Stimmung ist in den letzten Tagen eine sehr gedrückte. Der Fall von Ardahan ist den Turken sehr zu Gemüth gegangen und die erste Consequenz davon ist wohl die gestrige Demonstration; die Türken glauben, daß fähigere Männer die Russen auch besiegen würden, indessen wo sind die fähigen Männer? Mithad allein dürfte nicht Alles machen können, wenn er zurückkommen sollte! — Nächstens mehr.

Börne.

Im Augenblick wo wir zur Presse gehen, wird in Frankfurt a. M. ein Denkmal zum Gedächtniß Börne's enthüllt, die Festrede soll ein Jugendfreund Börne's: Dr. Reinganum halten.

Wir haben nicht die Zeit, und hier ist auch nicht der Ort, ein Lebensbild zu geben. Wer sich über den unsterblichen Verfasser der Pariser Briefe und „Menzels des Franzosenfressers" unterrichten will, dem empfehlen wir die in Frankfurt a. M. erschienene Gelegenheitsschrift „Erinnerung an Börne".*) „Der Stil ist der Mann" und der Inhalt erst recht. „Ich schreibe mit meinem Herzblut", sagte Börne einmal. Hören wir ein paar seiner Aussprüche.

Ueber die Todesstrafe:

„Vor einigen Tagen wurden hier (in Paris), zum ersten Male seit der Revolution, zwei Menschen hingerichtet. Da verlosch der letzte Strahl eines schönen Tages. Als damals das Volk über das Leben aller seiner Feinde gebot und es schonte, dachten einige edle Männer daran, die Tugend des Volkes, solange sie noch regierte, zum künftigen Gesetze zu erheben, damit, wenn die Macht wieder an jene käme, die nie geschont, sie ihren Rachedurst doch wenigstens nicht mit Blut sollten stillen dürfen. Sie trugen daher in der Kammer auf die Abschaffung der Todesstrafe an. Noch jene andere, die es genau berechneten, wie viel in dieser betrübten Zeit, da ihr Gewerbe ganz darniederlag, ihnen an Kapital und Zinsen verloren ginge, und daß sie das später alle wieder herbeischaffen müßten, es zum alten Schatze zu legen, erschraken über die Abschaffung der Todesstrafe. All' ihr Glück liegt in der Hoffnungslosigkeit des Unglücks — wie kann man regieren ohne Tod? — — — — Der eine Verurtheilte sagte am Fuße der Guillotine zum Henker: eilt Euch! eilt Euch! Aber sie haben ihn nicht verstanden, diesen Donner des Himmels. Eilt Euch! Eilt Euch! ruft es ihnen von oben herab. Kurz ist eure Zeit. Die heillos verblendeten Thoren! Als der edle Tracy in der Kammer auf Abschaffung der Todesstrafe angetragen, da hätten sie nicht ruhen und rasten, sie hätten ihre Kinder nicht wiedersehen, nicht eher essen, trinken und schlafen sollen, bis das rettende Gesetz angenommen und verkündigt worden." — — — —

Ueber die Deutschen:

„Ich erinnere mich aus meinen Schuljahren eines Declamations-Gedichtes, das fing so an: „Die alten Deutschen waren — nicht schmeidig wie der Aal — doch Löwen in Gefahren — und Lämmer beim Pokal". Geschmeidig sind wir noch heute nicht; Löwen sind wir noch in Gefahren, aber nur nicht in unseren eigenen, und Lämmer sind wir das ganze Jahr, nur nicht beim Pokal; da sind wir grob, und wenn das ganze deutsche Volk nur einmal vier Wochen hintereinander betrunken wäre, oder wenn es ebenso lange nichts zu essen hätte, da ließe sich vielleicht etwas mit ihm anfangen." —

Ueber Nationalität und Patriotismus:

„Keine Freiheit ist möglich, so lange es Nationen gibt. Was die Völker trennt, vereinigt die Fürsten; der wechselseitige Haß, der die Einen trennt und schwach läßt, verbindet die anderen zu wechselseitiger Liebe und macht sie stark. Die Könige werden Brüder bleiben und verbündet gegen die Völker, so lange ein thörichter Haß diese auseinander hält. Auch die Edelleute sind stark, weil sie kein Vaterland kennen. Deutsche! Franzosen! Ihr zumal, Schiedsrichter der Welt, laßt Euch nicht länger thöricht — — zum wahnsinnigen Patriotismus entflammen. Weil man eure Vereinigung fürchtet, soll wechselseitiges Mißtrauen euch ewig getrennt halten. Was sie als Vaterlandsliebe preisen, ist die Quelle eures Verderbens." — — — — — — — — — — — — — —

Paßt jetzt gerade vortrefflich!

Und über Vaterlandsliebe insbesoudere:

„Die Neigung, stete Bereitwilligkeit und der unerschütterliche Muth, für das Glück, die Ehre, den Ruhm, die Freiheit und Sicherheit seines Lebens thätig zu sein, nnd dabei kein Opfer, keine Anstrengungen zu scheuen, sich von keiner Gefahr abschrecken zu lassen: das ist es, was wir Liebe des Vaterlandes nennen. Das Glück, der Ruhm, die Freiheit und die Sicherheit eines Landes können von zwei Seiten bedroht werden, von außen und von innen. Die Uebel, die von außen kommen, sind seltener, es sind gewaltsame Verletzungen und sie gleichen den Verwundungen des menschlichen Körpers. Sie sind schmerzlich, aber nicht bösartig und können den stärksten und gesundesten Staat treffen. Die Uebel, die von innen kommen, gleichen den Krankheiten; sie sind häufiger und bösartiger, denn sie setzen verdorbene Säfte, eine fehlerhafte Constitution oder ungeregelte Lebensordnung voraus. Nun haben aber die Machthaber, welche die öffentliche Meinung, Moral und Erziehung nur zu ihrem eigenen Vortheil lenken, die Liebe zum Vaterland, die sich gegen die inneren Feinde hilfreich zeigt, nie als eine Tugend geltend zu machen sucht, sondern vielmehr als das größte Laster verdammt und unter dem Namen Landesverrätherei und Majestätsverbrechen durch ihre Gesetze mit den härtesten Strafen bedroht. Diejenigen Bürger haben sie für die besten Patrioten erklärt, die ihren unheilbringenden Gesetzen am meisten Ehrfurcht und Achtung bezeigten, indem sie nur für sich und ihre Familie Sorge trugen, sich aber um die Kränkungen, welche ihre Mitbürger und ihr Vaterland erlitten, nie bekümmerten. Nur denjenigen Patriotismus, der sich äußeren Feinden des Vaterlandes entgegensetzt, haben sie als eine Tugend angepriesen und belohnt, weil er ihnen nutzt, weil er ihre Herrschaft sicherte — — — Man handelt nur schön für das Vaterland, wenn es das Vaterland ist, für das man sich bemüht, nicht aber ein einzelner Mensch, ein Stand oder eine Interesse, die durch Ränke und Gewalt sich für das Vaterland geltend zu machen wußten."

Goldene Worte!

*) Verlag von Gebrüder Fey. Preis 20 Pfennig. (Siehe den Annoncentheil.)

Correspondenzen.

Berlin, 1. Juni. Der deutsche Lehrerverein, so berichtet die „Berliner freie Presse" hielt vor einigen Tagen hier eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende berichtete, daß der Verein über 10,000 Mitglieder habe, also ein Verein von hoher Bedeutung sei. In der Berathung, welche über die Frage zum Unterricht gepflogen wurde, beantragte der Referent Baake: daß der Lehrplan der allgemeinen Volksschule mit dem der höheren Schulen in organische Verbindung zu bringen sei, und daß das Abgangszeugniß der Volksschule zum Eintritt in jede höhere Schule berechtige. Herr Dr. Beck stellte den Zusatzantrag, daß demgemäß eine Reorganisation der höheren Schulen nothwendig sei, insofern diese nicht zugleich auch Volks- und Elementarschulen seien, sondern die Schüler erst mit dem 14. Lebensjahre aufnehmen dürfen, wie es zum Theil schon in der Schweiz, in Schweden und Norwegen der Fall sei. Die Versammlung nahm den Antrag an, „daß das Zeugniß der Reife von der Volksschule zum Eintritt in jede höhere Schule berechtige." Es wurde hiernach die Frage, ob geprüfte Lehrer zur Errichtung einer Privatschule einer Konzession bedürfen, verneint. Das ist ein Urtheil von Fachmännern und daher wohl zu beherzigen und zu begrüßen. Anders hin-

---

die übrigen Verbreiter bereits erkannten Strafen und aus der hohen Stellung des Beleidigten, sowie aus der Schwere des Vorwurfs. Der Angeklagte fühle angeblich den Beruf, den Reichskanzler von falschen Wegen abzulenken, habe dazu aber jedenfalls falsche Mittel angewendet. Wenn einst die Geschichte unserer Zeit geschrieben und das Verdienst Bismarck's aufgezählt werde, dann würde die Nachwelt mit Erstaunen hören, wie der große Mann monatelang sich habe durch die Gerichte hinschleppen müssen, um zu beweisen, daß er ein ehrlicher Mann sei. (Allerdings sehr schlimm! Red. d. „V.") Unter den Namen der Angreifer werde dann aber auch der v. Diest genannt werden.

Demnächst nahm der Angeklagte nochmals das Wort, um abermals zu versichern, daß er nichts weiter beabsichtigt habe, als seinem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Er habe durchaus bona fide gehandelt und deshalb das, was er dem Reichskanzler avertirte, auch anderen Leuten offen und ehrlich mitgetheilt. Die Anklage mache sich die Sache leicht, indem sie Privatgespräche zusammentrage, allerlei Combinationen mit der „Reichsglocke", mit Rud. Meyer ꝛc. anstelle und daraus die Bezichtigung konstruire. Der Angeklagte bestreitet, daß Rud. Meyer ihm gegenüber als beweiskräftiger Zeuge auftreten könne, und noch weniger Glaubwürdigkeit besitze Gehlsen, und dem Zeugen v. Hammerstein im Coupé habe er nur den Wunsch ausgesprochen, den Fürsten von deu ihn umgebenden bösen Einflüssen zu befreien. Die Zeugenaussagen in Betreff der Vorgänge in Stettin und mit dem Herrn v. Borcke seien ganz verschwommen; im letzteren Falle handle es sich um ein Jagddiner, bei dem man nicht jedes Wort auf die Goldwage lege. Zu Herrn v. Bülow habe er nur gesagt, Bismarck müsse wieder Respekt vor Charakteren, und sei es der eines pommerschen Junkers, kriegen. Das seien die sechs Privatgespräche; wolle man ihn deshalb strafen, so werde er die Strafe zu tragen wissen und nicht derselben durch Entfernung außer Landes ausweichen. Aber das wisse er, daß er es ehrlich und gut mit seinem Vaterlande meine, und er hoffe, die Mit- und Nachwelt werde sagen, man habe dem Diest doch zu arg mitgespielt. Eventuell lägen mindestens mildernde Umstände vor.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Quenstedt, verwahrte zunächst den Grafen Arnim gegen die Unterstellung des Staatsanwalts, die „Gruppe Arnim" als Hintermänner der „Reichsglocke" zu bezeichnen. Begreiflich wäre ihm die Bestrafung wegen der Broschüre, eine Bestrafung wegen der Privatgespräche aber sehr bedauerlich. Dazu komme, daß die Dinge, die der Angeklagte angeblich verbreitet habe, in den betreffenden Kreisen längst bekannt waren und besprochen wurden. Eventuell sei nur der Fall mit Herrn v. Borcke zu bestrafen, und zwar bei der Unbescholtenheit des Angeklagten nur mit Geldstrafe.

Nach kurzer Replik und Duplik zwischen Staatsanwalt und Vertheidiger betonte der Angeklagte in seinem Schlußwort nochmals, daß die vielen Mittheilungen glaubhafter Personen ihn in den Glauben versetzt hätten, die Thatsachen seien richtig. Er habe nur die Interessen seines Standes wahren wollen, denn der Grundbesitz sei thatsächlich durch die Conzessionirung der Bank geschädigt worden, und wenn er das dem Fürsten Bismarck unterbreitete, so halte er das für kein Verbrechen, sondern für ein offnes Verfahren, wie er es jedem Gentleman gegenüber wieder einschlagen würde.

Nach dreiviertelstündiger Berathung verkündete der Gerichtshof das Urtheil. Dasselbe lautete auf Schuldig der wiederholten, zum Theil öffentlichen Beleidigung, bemaß die Strafe auf drei Monate Gefängniß und legte dem Fürsten Reichskanzler die Befugniß zur Publikation des Urtheils bei. Die beiden ersten Punkte der Anklage wurden als nicht erwiesen erachtet, dagegen in allen anderen Punkten die Beleidigung als vorliegend bejaht.

— Wenn Einer eine Reise thut, dann kann er was erzählen. Und da Herr Rüder von seiner Reise nach Gotha nichts erzählen kann, so hat er doch wenigstens „was" geschrieben, damit die Freunde heiterer Lektüre in dieser „schweren Zeit der Noth" und des Nothstands nicht ganz leer ausgehen. Nämlich Folgendes:

„Bekanntmachung.

Aus den öffentlich gepflogenen Verhandlungen des jüngst in Gotha abgehaltenen, auch von hier aus beschickten Sozialisten-Congresses ist zu entnehmen gewesen, daß in öffentlichen Versammlungen, welche von Anhängern der sozialdemokratischen Richtung einberufen sind, Geldsammlungen vorgenommen werden, deren Ertrag zur Bezahlung und zum Theil auch festen Besoldung sozialdemokratischer Agitatoren eines Vereins verwendet werden.

Da ein solcher Verein seit der am 16. September 1868 erfolgten Auflösung des hiesigen allgemeinen deutschen Arbeitervereins hier nicht mehr besteht, so sehen wir uns veranlaßt, das weitere Veranstalten von Sammlungen in hier berufenen Versammlungen oder vor den Eingängen zu den Versammlungslokalen, falls sie ohne speziell ertheilte polizeiliche Genehmigung geschehen, bei Geldstrafe bis zu 100 Mark — oder Haftstrafe bis zu 4 Wochen zu verbieten.

Diese Strafe trifft zunächst Denjenigen, welcher die Versammlung angemeldet hat, kann aber auch gegen Diejenigen, welche die Leitung der Sammlung vorgenommen oder zur Leistung von Beiträgen für dieselbe aufgefordert haben, sowie gegen Spender zur Sammlung erkannt werden.

Leipzig, am 2. Juni 1877.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder."

Also zu lesen im „Leipziger Tageblatt", Nr. 154 vom Sonntag, dem 3. d., Seite 1, Zeile 19 ff. von oben. — Herrn Rüder hier noch die freundliche Notiz, daß auf dem Congreß ein Antrag, ihn zum Ehrenmitglied zu ernennen und in das sozialdemokratische Wahlcomité zu wählen, bereits eingebracht war und nur wegen seines (des Herrn Rüder) räthselhaften Verschwindens nicht zur Debatte gestellt werden konnte. Jammerschade! Der Antrag wäre einstimmig angenommen worden! Wir sind aber auf Wunsch gerne erbötig, das Versäumte nachzuholen. Wie wär's, Herr Rüder? Als Mitglied unseres Organisationsvorstandes würden Sie doch gewiß die beste Gelegenheit haben, den so schmerzlich vermißten „Verein" ausfindig zu machen.

gegen denken die Berliner Stadtväter über diese Sache. Der Direktor am sogenannten grauen Kloster (Berlinisches Gymnasium) hatte sich sehr energisch gegen die Errichtung einer besonderen Vorschule an seiner Anstalt ausgesprochen. In unserer Zeit, wo das Bedürfniß und Verständniß für die allgemeine Volksschule immer mehr in den Vordergrund tritt, läßt sich ein Beschluß der städtischen Behörden, der ganz direkt gegen das Urtheil der Fachmänner und gegen das allgemeine Bedürfniß nach gleich guten Schulen, gerichtet ist, am allerwenigsten rechtfertigen. Dieser Beschluß begünstigt die Standesschulen und läßt die Volksschulen immer mehr als Armenschulen erscheinen. Wir meinen, daß die Klassenunterschiede in unserem heutigen Schulwesen schon in Ueberfülle vorhanden sind und nicht noch erweitert und vermehrt werden brauchen.

Erfurt, 1. Juni. Die Correspondenz aus Apolda in Nr. 63 des „Vorwärts" legt mir in meiner Entgegnung auf die Richter'schen Auslassungen einige unrichtige Aeußerungen in den Mund. Ich habe Eugen Richter nicht das Werk eines Herrn Seffner — ein derartiger Name ist mir nicht bekannt —, sondern Dr. Schäffle's „Quintessenz des Sozialismus" zum Studium empfohlen. Ferner habe ich nicht gesagt, Richter könne daraus erfahren, was Eigenthum sei, sondern ich habe erklärt, daß durch die Verwirklichung des Sozialismus das Eigenthum an sich nicht negirt würde. — Endlich ist es unrichtig, daß ich die in England nicht so hoch entwickelte sozialistische Arbeiterbewegung auf Kosten der dort herrschenden politischen Freiheit gesetzt hätte. Richter war es, welcher sagte, nur in reaktionären Staaten könne der Sozialismus gedeihen. Die Gründe, welche ich angeführt — unter anderen die in England vorwiegende Gewerkschaftsbewegung 2c. — sind hier wegen Raummangels nicht aufzuführen.

F. Klute.

Königshütte, 31. Mai. Zur Kennzeichnung der Noth in hiesigen Arbeiterkreisen läßt sich jetzt sogar die „Schlesische Zeitung", gewiß kein arbeiterfreundliches Blatt, herbei, indem sie sich von hiesigem Orte folgendermaßen schreiben läßt:

„Gegenüber den mannigfachen Versuchen die Nothlage des Arbeiterstandes in unserem Oberschlesischen Industriebezirk in einem günstigeren Lichte erscheinen zu lassen, als es die Wahrheit erheischt, theile ich nachstehendes Schreiben mit, welches mir, ehe die Absendung desselben an die nachstehend bezeichnete Adresse erfolgte, zufällig in die Hand kam: „„Königshütte, den 27. Mai 1877. Bittgesuch des Werkarbeiter Rudolph Großer, in Arbeit bei Obermeister Herrn Barwig in der Räderfabrik. An die Hochwohllöbliche Hütten-Direction in Königshütte. Hochgeneigtest bitte ich unterzeichneter die Hochwohllöbliche Hütten-Direction ganz unterthänigst, wenn es möglich ist, um eine kleine Unterstützung. Ich bin Familienvater von 6 kleinen Kindern, wobei mich ein großes Unglück getroffen hat, durch sehr schwere Krankheiten. Im Monat März d. J. erkrankte mein Sohn im Alter von 14 Jahren an Flecktyphus und Nervenfieber, ich habe zwar den Arzt frei, indem ich Knappschaftlich bin, aber die Apotheke mußte ich doch aus meiner Tasche bezahlen. Ueber 4 Wochen lang hat mein Sohn im Krankenbette zugebracht, wobei er mir durch seine schwere Krankheit viel Geldkosten verursacht hat. Kaum hatte mein Sohn das Krankenlager verlassen, so erkrankte meine Frau nebst zwei Kinderchen, eben an Flecktyphus und Nervenfieber, 14 Tage haben bereits die Kranken bei mir zu Hause verweilt, da nun aber der Doctor Herr Borronov, gesehen hat, daß es mit den Kranken Tag zu Tag schlimmer wurde, hat der Doctor auf der hiesigen Polizei Anzeige gemacht, und sofort wurde dann meine Frau nebst zwei Kinderchen in das städtische Krankenhaus gefahren. Bereits 14 Tage sind die Kranken im Lazareth gewesen, und wie ich [illegible] daß das Fieber bei den Kranken nachließ, und [illegible] war, so habe ich meine Frau nebst Kinderchen wider zu Hause geholt, indem ich die Lazarethkosten bezahlen soll. Täglich pro Person 1 Mark das wäre pro Tag 3 Mark, wie ich dieselben noch bezahlen werde, weiß ich wirklich nicht; und bin deßhalb von der hiesigen Polizei schon mit Pfändung bedroht worden. Während der Zeit daß meine Frau und Kinder zu Hause, so wie im Lazareth krank gelegen haben, war ich nicht imstande in die Arbeit zu gehen, indem ich noch vier kleine Kinder zu Pflegen hatte, und dabei hatte ich auch schon Anfall von Typhus. Kaum hatte ich die Kranken aus dem Lazareth zurück geholt, so erkrankte ich auch an derselben Krankheit, Flecktyphus und Nervenfieber, und so habe ich 5 Wochen lang die Arbeit verlassen müßen, und habe sehr schwer Krank gelegen. Den 19. April c. erkrankte ich, und bin sogleich in das Lazareth gegangen, und den 25. Mai bin ich durch meinen Antrag und vieles bitten wieder entlassen worden. Wie ich nach Hause kam, was sah ich? wider zwei Mädchen lagen im Bett eben auch an Flecktyphus, ich bin so bald zum Doctor Borronov gelaufen welcher sofort kam, derselbe hat beantragt und die älteste Tochter von 12 Jahren ist so fort am 26. Mai in das städtische Krankenhaus gebracht worden, die jüngere kranke Tochter von 4 Jahren ist mir zu Hause gelassen worden, aus welchem Grunde weiß ich nicht. Sollte die Sache der Hochwohllöblichen Hütten-Direction unglaublich scheinen, so werde ich die Atteste von beiden Doctoren gefälligst einsenden, so wie vom Obermeister Herrn Barwig wo ich in Arbeit stehe, welcher sämmtliche Krankenscheine für uns alle geschrieben und ausgefertigt hat, der weiß es auch sehr gut wie es mir während dieser Zeit ergangen ist. Durch sehr große Noth bin ich gezwungen so schwach wie ich bin, wieder in die Arbeit zu gehen, um für meine noch sehr schwache Familie weiter zu sorgen. Ich weiß jetzt wirklich nicht mehr was ich aus Noth und Kummer ergreifen soll, und auf welche weise ich meine noch sehr schwache Familie den Hunger stillen soll. Ich wende mich daher nochmals ganz unterhänigst an die Hütten-Direction mit der Bitte, für meine 6 kleinen kranken Kinder, nebst Frau wenn es möglich ist, um eine kleine Unterstützung, damit sie sich wieder etwas erholen könnten. Dienstag haben wir Vorschuß und ich kann keinen erreichen, indem ich nur diesen Monat 3 Schichten habe, und den 11. Juni c. ist Lohnung, so werde ich mit abzug deß Knappschafftsbeitrag nicht mehr als 3 Mark erhalten, und so soll ich, und noch 7 Familien (=Glieder) 4 Wochen lang davon leben, und noch dazu wider alle Tage in die Arbeit gehen, damit es doch wider für die Zukunft mit uns besser gehen soll. Hochachtungsvoll zeichnet sich ganz unterthänigst Rudolph Großer in Arbeit bei Obermeister Herrn Barwig in der Räderfabrik."" Wir haben uns nach dem Erfolg, den dieses Bittgesuch bei der Hütten-Direction hervorgerufen, erkundigt und erfahren, daß dieselbe nach sorgfältiger Prüfung des Sachverhalts verfügt hat, es sollen an Großer, dessen Angaben — wie die amtlichen Erhebungen ergeben — durchweg auf Wahrheit beruhen (er ist seit dem 27. Januar 1875 in der Räderfabrik beschäftigt und ein recht ordentlicher Arbeiter) 30 Mark außerordentlichen Vorschuß, in fünf Monaten wieder einziehbar, gezahlt werden. Nebst dem Eingangs bezeichneten Zwecke, ein Bild des Elends, welches hier so manche Familie trifft, zu liefern, haben wir die Absicht, mitleidige Herzen zur thätigen Hülfe geneigt zu machen; denn es dürfte klar sein, daß, so dankenswerth auch die sofortige Hülfeleistung der Hütten-Direction zu nennen, der Noth der Großer'schen Familie nicht genügend abgeholfen ist. Vielleicht findet dieser Hinweis an mancher Stelle eine freundliche Beachtung!"

Daß die „Schles. Ztg." der Privatwohlthätigkeit das Wort redet, nimmt mich nicht Wunder, meinen doch die herrschenden Klassen, sie allein repräsentirten den Staat, was sie auch allein berechtigte, dessen Hülfsmittel für sich in Anspruch zu nehmen. Gestaltet sich die gesellschaftliche Lage der Arbeiter einmal zu einer öffentlichen Calamität, wie es gegenwärtig der Fall, so gestehen die herrschenden Klassen den Arbeitern wohl das Recht zu, die Mildthätigkeit der Reichen anzurufen, beileibe aber dürfen dieselben nicht den Staat für sich zu engagiren trachten. Nur weil es den Interessen der herrschenden Klassen zuwiderläuft, sollen die Arbeiter den Staat nicht um Hülfe angehen, sollen sie hungern, und sollen sie eventuell auch verhungern.

R. B. **Kopenhagen**, 30. Mai. Die heutige Nummer des „Vorwärts" enthält aus der „Neuen Zeit" in Chicago eine Vertheidigung von Seiten des Herrn Geleff, welche es mir zur Pflicht macht, die Sache wiederholt im „Vorwärts" zu besprechen. Zuerst muß ich vorausschicken, daß es gerade Geleff ist, der es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, und daß sein Herr College nicht viel besser ist, beweisen manche Auslassungen auf das Eclatanteste. Wie u. A. „Dagens Nyheder" hierselbst berichteten, hatte Geleff nach seiner Ankunft in Chicago dem dasigen skandinavischen Parteiblatt „Falkets Röst" unter der heiligsten Versicherung der Wahrheit mitgetheilt, daß er und Pio nicht heimlich von Kopenhagen verschwunden, sondern daß sie von ihren Freunden nach dem Schiffe begleitet worden seien. Nun ja, wie man's nimmt; so viel ist gewiß, daß der Polizei-Inspektor Herz bereits 4 Wochen vorher erzählte, daß Pio und Geleff im Monat April nach Amerika abreisen würden, und als „Dags-Telegrafen" ebenfalls kurz vorher dasselbe erzählte, erklärte Pio diese Nachricht für eine Lüge. Thatsache jedoch ist, daß weder das Redaktions- noch Expeditionspersonal von der Abreise der beiden Herren Etwas wußten (siehe die betr. Erklärungen im „Social-Demokraten"), und daß Pio noch am Tage der Abreise dem Expedienten hoch und theuer versicherte, er werde an diesem Tage nicht reisen, kein vernünftiger Mensch könne solchen Gerüchten Glauben schenken. Doch nun zur eigentlichen Sache. Wenn Herr Geleff sagt, daß die bevorstehende Verhaftung (welche beiläufig bemerkt nur im Gehirn beider Herren spukte) nicht der einzige Grund zur Abreise war, so hat er ganz Recht; wenn er aber sagt, die Opposition in der Partei habe ihn und Pio dazu getrieben, die Flinte in's Korn zu werfen, so muß ich mir doch erlauben, einen Zweifel darüber auszusprechen. Der eigentliche Grund war wohl der, daß sie zu viele Privatschulden hatten, zu deren Deckung keine Gelder aufzutreiben waren. Herr Geleff stellt entschieden in Abrede, daß er und Pio die Kassen vor ihrer Abreise geleert haben sollten — nun wohl, dies könnte ja für Geleff, aber nicht für Pio zutreffend sein, denn was ist es anders, als die Kassen leeren, wenn man hingeht zu Arbeiter-Vereinen mehrere Tausend Kronen zu leihen unter dem Vorgeben, das Blatt, oder vielmehr Pio's Privateigenthum, die „Centraldruckerei", vor dem Zusammenbrechen zu bewahren? oder wenn man aus der Expeditionskasse ungefähr 400 Kronen nimmt unter dem Vorgeben, damit sollte eine Strafe auf dem Gericht bezahlt werden? oder wenn man dem Vorstand des „Vereins zur Erbauung eines Vereins- und Versammlungshauses in der Hauptstadt eine Summe von 500 Kronen abjagt unter der Drohung, daß das Blatt am andern Tag nicht mehr erscheinen könnte, wenn kein Geld hergegeben würde? Möglich, daß Herr Geleff alles dieses läugnet und es als Lüge hinstellt, aber er wird doch nicht in Abrede stellen können, daß Pio auf eine gerade nicht sehr anständige Weise Privatpersonen schädigte, so z. B. die Mitarbeiterin am Blatt, Fräulein L.? Man entschuldige, wenn ich zu sehr auf die Details eingegangen bin, aber Geleff's Vertheidigung und sein Angriff auf meine Wahrheitsliebe erforderten dies.

Congreß der deutschen Maurer und Steinhauer.

Durch die schon mehrere Jahre lang anhaltende Krise in allen Industriezweigen ist auch das Baufach hart betroffen, und unsere Lage hat sich von Tag zu Tag verschlechtert, so daß Tausende von Maurern und Zimmerern arbeitslos sind und nicht wissen, auf welche Weise sie ihr Leben fristen sollen. Ein übermäßiges Angebot von Arbeitskräften war daher die Folge. Ueberall, wo man hinblickt, gehen die Arbeitgeber mit Lohnreducirung und Verlängerung der Arbeitszeit vor, um — wie nicht anders zu erwarten ist — unsere Lage zu verschlechtern. Um nicht gänzlich in Kummer und Elend unterzugehen, liegt es an den Maurern Deutschlands, gemeinschaftlich eine Besserung unserer traurigen Lage zu erstreben, was sich Jeder selbst, wie seiner Familie schuldig ist.

Auf dem Congreß, welcher am 9. Juli d. J. in Leipzig stattfindet, sollen Mittel und Wege berathen werden, auf welche Weise eine Besserung dieser elenden Verhältnisse herbeizuführen ist. Zu diesem Zwecke sind folgende Gegenstände zur Besprechung aufgestellt:

1) Welche Stellung haben die Maurer und Steinhauer Deutschlands dem Nothstande der Gegenwart gegenüber einzunehmen, und welche Mittel haben sie zu ergreifen, um die Calamität in Zukunft in unserm Berufszweig abzuwehren?

2) Die Nothwendigkeit des Haftpflichtgesetzes für die deutschen Bauhandwerker.

3) Gründung einer Central-Kranken-, Sterbe-, Invaliden- und Reise-Unterstützungskasse (benannter Berufszweige) nach dem Hilfskassengesetz.

Angesichts der traurigen Verhältnisse erwarten wir von den Maurern und Steinhauern Deutschlands, daß sie diesen Aufruf nicht unbeachtet lassen und den Congreß durch Delegirte beschicken. Ferner ersuchen wir alle Parteigenossen, bei den Maurern und Steinhauern ihres Ortes für die Beschickung des Congresses zu wirken.

Orte, welche Delegirte entsenden, haben dieselben bei Herrn H. Pfützner in Leipzig, Albertstraße 6, anzumelden.

Hamburg.

Mit Bruder-Gruß

Das Einberufungs-Comité.

Briefkasten

der Redaktion. P. G. in Annaberg: Lesen Sie die Verhandlungen des letzten Congresses. Der Abdruck kann im „Vorwärts" nicht erfolgen. Verfügen Sie über das Manuscript. — Pönitz in Constanz: Der zweite Artikel (Nr. 58) ist der Schlußartikel. — C. M. in London: Eine präcise Antwort auf Ihre Frage können wir nicht ertheilen, da Sie vergessen haben, uns mitzutheilen, welcher Art Ihr Vergehen ist. Vielleicht ist Ihnen aber mit dem Abdruck der einschlägigen Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuchs gedient:

„§ 67. Die Strafverfolgung von Verbrechen verjährt. wenn sie mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht sind, in zwanzig Jahren;

wenn sie im Höchstbetrage mit einer Freiheitsstrafe von einer längeren als zehnjährigen Dauer bedroht sind, in fünfzehn Jahren;

wenn sie mit einer geringeren Freiheitsstrafe bedroht sind, in zehn Jahren.

Die Strafverfolgung von Vergehen, die im Höchstbetrage mit einer längeren als dreimonatlichen Gefängnißstrafe bedroht sind, verjährt in fünf Jahren, von anderen Vergehen in drei Jahren.

Die Strafverfolgung von Uebertretungen verjährt in drei Monaten.

Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem die Handlung begangen ist, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des eingetretenen Erfolges.

§ 68. Jede Handlung des Richters, welche wegen der begangenen That gegen den Thäter gerichtet ist, unterbricht die Verjährung.

Die Unterbrechung findet nur rücksichtlich desjenigen Statt, auf welchen die Handlung sich bezieht.

Nach der Unterbrechung beginnt eine neue Verjährung."

Betreffs Ihrer Militärangelegenheiten möchten wir Ihnen doch rathen, sich mit einem Rechtsanwalt des betr. Bezirks in Verbindung zu setzen. —

der Expedition. G. Schmidt, Mölle: Ihre Reklamation haben wir der hiesigen Hauptpost übergeben. Es wird Ordnung werden.

Quittung. Erbstn Lindenau Ab. 6,00. Rdlf Hannover An. 0,90. Frnkl Budapest Ab. 32,21. Kchnrthr Hof Ab. 18,50. Hrm. Elberfeld Ab. 5,00. Drbg Gießen Ab. 4,00. Mttg Altona Ab. 20,00. Brkm Gotha Ab. 9,00. Wlthr Gera Schr. 3,00. Schlr Frohman Ab. 7,90. Schr. 0,90. Mllr Mannheim Ab. 16,00 und 20,60. Krwrz Osnabrück An. 9,00. M. Kitzsch Dresden Ab. 89,50. F. A. Schmdt Hannover Hannover Ab. 100,00. R. Wsnr Anina Ab. 15,97. Schr. 1,50. Lnd. Hamburg Ab. 100,00.

Agitationsfond.

Von einem 48 und 49er Kämpfer in Mannheim 2,00.

Fond für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterverein Plagwitz b. L. 1,00.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

Vom Arbeiterverein Thonberg M. 1,50.

Anzeigen 2c.

Nixdorf-Brietz. Sonntag, den 10. Juni, Vormittags 10 Uhr:

Volksversammlung

in Brietz bei Nixdorf im Hut'schen Lokale.

Tagesordnung: Berichterstattung des Delegirten vom Gothaer Congreß. — Die Genossen der andern Ortschaften werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen, da nach derselben eine Conferenz der Genossen des Teltower-Beskower-Storkower Wahlkreises stattfindet. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen unbedingt nothwendig. [1,00] H. Dietzmann. R. Mathes.

Für Hamburg-Altona-Wandsbeck.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.

Die in Hamburg und dessen einmeiligem Umkreise wohnhaften Mitglieder obiger Genossenschaft, werden ersucht, am Montag, den 11. Juni, Abends 9 Uhr, in der „Stadt Berlin" (bei Burmester), behufs Neuwahl des Aufsichtsrathes sich einzufinden.

J. A.: August Geib.

Leipzig. Bund der Tischler u. verwandter Berufsgenossen. Sonnabend, den 9. Juni, Abends 1/2 9 Uhr, im Saale des Hrn. Jacobi, Rosenthalgasse:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Zweck und Bedeutung der Gewerkschaften. Ref. Taute. 2. Die Arbeitstheilung. Ref. Seifert. 3. Die Bundesorganisation. [1,00

Das Erscheinen der Mitglieder sowie sämmtlicher Holzarbeiter von Leipzig erwartet Der Vorstand.

Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

am Sonntag, den 1. Juli, Morgens um 10 Uhr, in Sander's Restaurant, Prinzenstr. 45d, oberer Saal, zu Berlin, stattfindet.

Laut § 21 der Statuten sind die Anträge zur Generalversammlung bis spätestens den 10. Juni bei dem Unterzeichneten einzureichen. Nur diejenigen Mitglieder, welche gemäß § 11 ihre Pflichten erfüllt haben, sind zur Stellung von Anträgen berechtigt.

Hamburg, den 24. Mai 1877.

Der Aufsichtsrath.
J. A.:
August Geib, Rödingsmarkt 12.

Einem Mechaniker, welcher sich selbstständig zu machen gedenkt, ist Gelegenheit gegeben, sich zur Etablirung eines Nähmaschinengeschäftes, die nöthigen Maschinen, Werkzeuge, Schablonen 2c. nebst Lokalitäten zu miethen. Frankirte Offerten wolle man an C. Herdt in Darmstadt, Hochstraße 24 richten. (2a) [150

Im Verlage von Gebr. Fey in Frankfurt a/M. ist in 2. Auflage erschienen und durch uns zu beziehen:

Erinnerung an Börne.

Einzelpreis 20 Pfg. Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Im Verlage des Verlagsmagazin Zürich ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Theokratisches Kirchenthum

und

Autokratische Justiz

Ein Gotteslästerungs-Prozeß vor dem Schwurgerichte in Eßlingen.

Preis pr. Expl. 75 Pf. Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Bei der Volksbuchhandlung in Zürich ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der Staat

vom sozialdemokratischen Standpunkt aus.

Eine Auseinandersetzung mit den „Anarchisten".

Von Hermann Greulich, Redakteur der „Tagwacht".

2 1/2 Bogen groß Oktav. — Preis 25 Pf.

Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Durch uns ist zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen:

Die Quintessenz des Sozialismus.

68 Seiten Oktav. Preis M. 1,20.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: C. Haß, 630 North 3rd Street
J. Boll, 113a Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 67. Sonntag, 10. Juni. 1877.

Zum jüngsten Staatsstreich des Herrn Mac-Mahon.

Wir glauben Niemandem etwas Unerwartetes oder Neues zu sagen, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß die Republik diejenige Staatsform ist, in der allein sich der freiheitliche, der demokratische Gedanke voll und ganz durchführen läßt.

Aber einem solchen Exemplar von einer Republik, wie es Frankreich seit dem Sturze der Commune uns darbietet, möchten wir doch ohne Bedenken die absolute Monarchie von „Gottes Gnaden" gleichstellen, für die man uns sonst nicht gerade eine Schwärmerei nachsagen kann. Seit dem Mai 1871 haben in Frankreich Volksverrath und Freiheitsmord ununterbrochen sich breit gemacht, und wir haben das tieftraurige und doch wieder geradezu lächerliche Schauspiel gesehen, daß in einer Republik die monarchisch gesinnten Blätter laut für Bonapartismus, Orleanismus und Legitimismus Propaganda machen durften, während selbst gemäßigt-freiheitliche und republikanisch gesinnte Blätter auf jede Weise verfolgt und unterdrückt wurden; in den offiziellen Aktenstücken der Regierung einer Republik aber wurde der Name Republik vollständig vermieden.

Nach langem Zaudern ist jetzt endlich vor einigen Wochen der Staatsstreich fertig geworden; Mac Mahon, dieser Ritter von der traurigsten Gestalt, hat im Widerspruch mit dem ausgesprochenen Willen des Landes ein ultrareaktionäres Ministerium berufen, und von allen Seiten erhebt sich jetzt die reaktionäre Meute, die, wenn auch noch so zerspalten unter sich, wenn auch noch so verschieden in den Aeußerungen und Systemen ihres Wahnsinns, doch einig ist im Kampfe gegen die höchsten und heiligsten Güter der Menschheit.

Wie sehr die jetzige Regierung bestrebt ist, auch die geringsten Reste von Freiheit und freier Meinungsäußerung, die dem Lande noch geblieben waren, zu vernichten, das beweist das Rundschreiben, das der augenblickliche Ministerpräsident, Herzog von Broglie, an die Generalprokuratoren erlassen hat und das wir hier im Auszuge, aber in diesem auch wörtlich folgen lassen, da jede einfache Inhaltsangabe unmöglich die Schamlosigkeit kennzeichnen könnte, mit der diese Vertreter der „göttlichen Weltordnung" zu Werke gehen. Dasselbe lautet:

„Herr Generalprokurator! Der Präsident der Republik hat, indem er sich von seinem Ministerium trennte und eine neue politische Richtung einschlug, einen gesetzlichen Gebrauch von dem ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte gemacht ....

Wenn er in den politischen Gang der Dinge eingegriffen hat, so geschah es, um dem Umsichgreifen der radikalen Lehren Einhalt zu thun, welche in seinen Augen unter jeder Regierungsform mit dem gesellschaftlichen Frieden und der Größe Frankreichs unverträglich sind. Da also weder an den Verfassungsgesetzen, noch an irgend einem anderen Gesetz etwas geändert ist, so habe ich auch nichts an den Weisungen zu ändern, welche Sie über die denselben schuldige Achtung und den Geist, in dem sie zu handhaben sind, erhalten haben. Aber Sie fühlen wohl selbst, daß, je mehr sich die politischen Leidenschaften in Ihrem Amtskreise regen und durch die zum Austrag kommenden Fragen aufgereizt werden, Sie auch desto mehr Festigkeit und Wachsamkeit in der Erfüllung aller Ihrer Pflichten entwickeln müssen.

Unter den Gesetzen, deren Obhut Ihnen anvertraut ist, sind die heiligsten diejenigen, welche, auf Grundsätzen beruhend, die über allen politischen Verfassungen stehen, die Sittlichkeit, den Glauben, das Eigenthum und die wesentlichen Grundlagen jeder civilisirten Gesellschaft beschützen. Gerade diese sind täglich der Gegenstand der Angriffe einer Presse, deren grobe Schmähungen alle Grenzen übersteigen. Sie werden diese Presse durch nachdrückliche Ahndung zur Achtung vor sich selbst und vor ihren Lesern anhalten und damit nur der öffentlichen Entrüstung eine Genugthuung geben.

Noch einige andere Punkte verdienen in dieser Periode leidenschaftlicher Diskussionen Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit. Man hat in der letzten Zeit mehr als einmal in mehr oder weniger verhüllter Weise, sei es die Verherrlichung oder die Beschönigung des traurigen Bürgerkriegs unternommen, welcher Paris im Jahre 1871 heimgesucht hat. Einige Blätter haben zu diesem Behuf sogar, den positiven Vorschriften des Gesetzes zuwider, die Mitarbeiterschaft von Individuen in Anspruch genommen, welche wegen dieser gehässigen Vorgänge verurtheilt und verbannt sind. Sie dürfen keinen Versuch dieser Art gestatten. Es ist für die öffentliche Moral von Wichtigkeit, daß der heillose Abscheu, welchen diese unselige Zeit in dem Andenken der Bevölkerungen zurückgelassen hat, durch nichts abgeschwächt werde. Jede Beleidigung des Staatsoberhauptes müssen Sie mir pünktlich hinterbringen und durch Ihre Organe verfolgen lassen . . . . . .

Die von den Parteien mehr als je beobachtete Taktik, die öffentliche Meinung durch falsche Nachrichten zu beunruhigen, muß mit nicht geringerer Wachsamkeit bekämpft werden. Niemals ist dieser Kunstgriff mit mehr Keckheit und Erbitterung gebraucht worden, als jetzt. . . . . .

Man muß diese verleumderische Verschwörung, die sich ein Spiel daraus macht, die Geschäfte lahm zu legen und den Aufschwung des öffentlichen Wohlstandes zu hemmen, selbst auf die Gefahr hin, das Uebel, mit dem sie droht, durch eigenes Zuthun herbeizuführen, um jeden Preis entlarven. . . . . .

Der nicht aufgehobene Artikel 13 des Dekrets vom 17. Febr. 1853 ahndet die Verbreitung falscher Nachrichten mit Strafen, die sich noch härter gestalten, wenn das Vergehen in bösem Glauben begangen ist und die Störung der öffentlichen Ruhe zur Folge haben kann. Sie haben für die Durchführung dieses Artikels zu sorgen und dürfen dabei nicht vergessen lassen, daß nicht nur die durch die Presse verbreitete falsche Nachricht dem Gesetze verfällt, sondern die Lüge auch in jeder andern Form, sobald sie öffentlich auftritt, bestraft werden kann." . . . .

. . . . . .

Soweit das schamlose Aktenstück des Herzogs von Broglie.

Die Geschichte Europas in den letzten fünfzig Jahren hat die Männer, die den Sinn für Wahrheit und Recht besaßen, wahrlich nicht verwöhnt. Wir haben in diesen Jahren manchen Eid von Gewaltigen brechen, manche beschworene Verfassung vernichten, manchmal die Freiheit unterdrücken und die Schande triumphiren sehen, aber es ist uns selten ein Aktenstück vor die Augen gekommen, das dem vorstehenden an die Seite zu stellen wäre. Man kann sagen: jeder Satz desselben ist ein Widerspruch in sich und gegen den vorhergehenden, jede Zeile enthält eine Lüge, jedes Wort ist ein Dolch, der Wahrheit und dem Recht in den Rücken gestoßen.

Eine eingehende Beurtheilung des ministeriellen Machwerkes würde uns zu weit führen, wir glauben aber, daß jeder denkende Leser unser vorstehendes Urtheil nicht zu schroff finden wird.

Wir wollen nun noch die Frage aufwerfen: Wie war es möglich, daß es in Frankreich, dem Lande der Helden, der ersten Revolution, dem Lande der Julikämpfer und der Februarrevolution, wiederum so weit kommen konnte, daß alle Mächte der Finsterniß triumphirend das Haupt erheben?

Und darauf giebt es nur eine Antwoet. Es ist die ungeheure Erbärmlichkeit, die unsägliche Feigheit der Bourgeoisie einzig und allein, die dergleichen möglich macht. Der Beweis ist sehr leicht zu führen.

So lange die Bourgeoisie für ihre Freiheit, für die Freiheit des Kapitals, für ihre Gleichberechtigung mit der herrschenden Klasse kämpfte, war sie scheinbar begeistert für Freiheit und Recht, denn das Proletariat hatte sich noch nicht so entwickelt, noch viel weniger so organisirt, wie heute.

Als aber dann die unterdrückte Klasse, das Proletariat, auf den Plan trat und von der Bourgeoisie, die inzwischen in der ersten französischen Revolution zum Sieg gelangt war, dasselbe verlangte, was diese ihrerzeit von der Aristokratie gefordert hatte, da bemächtigte sich eine blasse Furcht der ganzen Gesellschaft, und man zögerte nicht, dem Proletariat alles zu versagen, was man für sich selber, für die Bourgeoisie, als Recht in Anspruch genommen hatte.

Oder ist etwa die Eigenthumsumwälzung, welche die Bourgeoisie gegenüber dem Feudalismus des Mittelalters zu Stande gebracht hat, nicht ähnlich einschneidend gewesen in alle Verhältnisse, wie diejenige Aenderung der Eigenthumsverhältnisse, die heute der Sozialismus erstrebt?

In ihrer namenlosen Furcht vor dem Proletariat und dessen Ansprüchen warf sich dann die Bourgeoisie in Frankreich jeder Reaktion in die Arme, von der sie nur Aufrechthaltung aller bestehenden Verhältnisse hoffen konnte. Sie hat dadurch naturgemäß alle Achtung vor sich selbst und vor Anderen verloren, sie kriecht nicht nur gezwungen, sondern freiwillig, wenn nur ihr Gott, der Geldsack, geschützt wird. Da ist es denn natürlich, daß keine Regierung vor einer solchen Gesellschaft Respekt hat, sondern daß sie sich ihr gegenüber jede Vergewaltigung erlaubt.

Und daß es in Frankreich nicht schon viel weiter gekommen ist, daran trägt nicht etwa die republikanisch gesinnte Bourgeoisie die Schuld, sondern nur die dreifache Spaltung im reaktionären Lager selbst.

Leider ist die Aussicht, daß es in Frankreich bald anders und besser — denn schlechter werden kann es nicht mehr — werden sollte, eine sehr geringe.

Ja, wenn die edelsten Söhne des Vaterlandes, die Kämpfer von 1848 und 1849, die Hunderttausend Gemordeten und Verbannten von 1871 noch lebten, keine Regierung in Frankreich würde es wagen, dem Volke dergleichen zu bieten, wie die jetzige.

Aber die Bourgeoisie, weit entfernt das einzusehen, hat den Mördern dieser Helden nicht nur zugejubelt, sondern hat sie sogar in der Person von Monsieur Thiers und Mac Mahon an die Spitze des Staates gestellt.

Jetzt erntet sie die Früchte ihrer Dummheit und Kurzsichtigkeit. Es geschieht ihr recht. Daß die Mörder des Proletariats einander in den Haaren liegen, darüber haben wir keine Ursache uns zu grämen.

Zur Militärfrage.

Von einem Soldaten.

Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung der Volkswehr an Stelle desselben, verlangt die Sozialdemokratie innerhalb des heutigen Staates. Selbstverständlich kann dies nicht auf einmal eingeführt, sondern muß Schritt für Schritt erobert werden.

Es wäre jedenfalls eine lohnende Aufgabe für unsere Reichstagsabgeordneten, vorläufig einen Antrag auf Einführung einjähriger Militärdienstzeit zu stellen.*) Ich werde sogleich beweisen, daß die einjährige Dienstzeit vollständig genügend ist, um den Soldaten auszubilden und kriegstüchtig zu machen.

Bis jetzt ist die Dienstzeit des Soldaten drei Jahre, doch wird ein Drittel der Mannschaft jedes Regiments nach Verlauf zweier Dienstjahre zur Disposition entlassen und meist nur das dritte Jahr auf einige Wochen zum Herbstmanöver eingezogen. Gewöhnlich wird gesagt, daß diejenigen, welche sich zwei Jahre gut geführt haben, wenig bestraft sind und auch im Schießen die erste Klasse erreicht haben, zur Disposition entlassen würden, doch kann der Feldwebel sehr viel thun, und Denjenigen, welche gut bei ihm stehen und die Mittel haben, hin und wieder „gefällig" zu sein, wird er sich auch wieder „gefällig" zeigen! Bei mehreren Compagnien gingen, wie mir bekannt wurde, voriges Jahr, vielbestrafte, dumme, miserabel schießende, schlechte Exerzirer, aber reicherer Leute Söhne zur Disposition, während mehrere noch ganz unbestrafte, stramme Exerzirer und mit der Schießauszeichnung belohnte Soldaten, aber arme Soldaten! das dritte Jahr „abschrauben" mußten. —

Daraus ist am Besten zu ersehen, daß das dritte Jahr ganz unnütz und schon zum Theile fallen gelassen ist.

Doch auch das zweite Jahr kann fallen! —

Wenn der Rekrut eintrifft, wird er ein Vierteljahr, oder auch länger, „ausgebildet". Nach der Rekrutenvorstellung wird er zur Compagnie gestellt und mit der alten Mannschaft einen Monat (oder länger) exerzirt; dann geht das Bataillons- hernach das Regimentsexerzieren los, während dessen geschossen wird. Nach dem Regimentsexerziren beginnt das Brigade-, dann zum Herbstmanöver das Divisions-, oder je nachdem das Armeekorps-Exerziren.

Betrachten wir vorstehende Eintheilung genauer. —

Erstens, was wird dem Rekruten in Zeit des ersten Vierteljahres gelehrt? Wenig, um nicht zu sagen nichts, was er als Soldat nöthig hat. Oder ist es vielleicht im Kriege nöthig, daß der Soldat so stramm stille steht? Wird der Feind leichter geschlagen, wenn die Griffe „Gewehr auf", „Achtung, präsentirt's Gewehr" u. s. w. recht peinlich exact ausgeführt werden? Oder werden im Kriege Parademärsche geübt und steht der Feind am Flügel und besichtigt die Glieder, ob sie ja schnurgerade sind? Nein, gewiß nicht! Und doch wird die meiste Zeit zu diesen Paradeübungen und Exerzierkünsten verwandt, und dabei der eigentliche Zweck des Soldaten hintangesetzt. Würde die Zeit nur angewendet, dem Rekruten Haltung und Tritt beizubringen und alle unnöthigen Manupalationen mit dem Gewehr und Richten beiseite gelassen, so würde die Rekrutenausbildung statt vier Monate, vier Wochen dauern und der Mann nicht zur Maschine werden.

Es bleibt noch sehr viel über die Rekrutenzeit zu sagen, doch wird das Angeführte genügen. Gehen wir weiter! Bei dem Compagnieexerziren wird auch noch viel zu viel auf die unnützen Griffe und Paraderichtungen u. s. w. gelegt, doch wird schon hin und wieder ein Uebungsmarsch veranstaltet, auch die Chargirungen, Schwenkungen u. s. w. geübt, im Zielschießen geht es vorwärts. Bei dem Bataillons- sowie Regiments-Exerziren ist am hauptsächlichsten der Felddienst, Feldmarsch, Schießen, Fechten und Turnen vorherrschend. Bei der Brigade werden die Bewegungen in größeren Truppenkolonnen und der Felddienst in kleinerem Maßstabe als in der Division geübt. Das Manöver ist allbekannt ein kleiner Krieg ohne Massenschlächterei, darüber will ich nicht sprechen.

Wenn der Soldat vom Tage seines Eintreffens bis zum Manöver dient, ist es voll auf genug; das zweite Jahr kann er nichts Neues mehr lernen, im Gegentheil, das Militärleben wird ihm immer widerwärtiger, er wird ganz gleichgiltig und vergißt das Gelernte noch, besonders wenn bei verminderter Mannschaft die Wachen sich mehren, und, wie es oft kommt, der Mann im Winter alle drei Tage auf Wache kommt. Ueber den Wegfall des dritten Jahres noch ein Wort zu verlieren wäre Raumverschwendung, denn dasselbe hat sich in der Praxis schon lange als unnöthig gezeigt und ist eigentlich nur eine Strafe. Aber für den Wegfall des zweiten Jahres kann noch Manches angeführt werden.

Wenn der Soldat als Soldat und nicht als Automat und lebendes Spielzeug abgerichtet wird, so kann ein Drittheil des Jahres erspart und für weitere nützlichere Ausbildung im Turnen, Felddienst u. s. w. benützt werden. Ebenfalls können die jetzt bestehenden drei Schießklassen in eine größere komplizirtere, welche denselben Dienst wie drei thut, zusammen gezogen werden, um in einem Jahre die Scheiben-Schießübungen zu Ende zu führen.

Als weiterer Grund ist das Einjährig-Freiwilligen-System hervor zu heben. Unwillkürlich frägt man sich, wie es kommt, daß die Bourgeoissöhnchen allein das Recht gepachtet haben, daß sie blos ein Jahr zu dienen haben und dann meist mit der Aussicht auf lohnendes Avancement entlassen werden? Haben dieselben, weil sie eine höhere Schule besucht, wirklich soviel Auffassungsgabe, daß sie den praktischen Dienst sogleich verstehen? Nein! Die Herren Freiwilligen mögen aus Büchern noch so gelehrt sein, in der Praxis sind sie, mit wenig Ausnahmen, ziemlich ungeschickt!*) Was für Reserveoffiziere aus den Freiwilligen werden, kann man sich denken. Frage ich nun: Wenn die Freiwilligen mit einem Jahre Dienstzeit genügend ausgebildet werden können, ist dasselbe nicht auch bei den andern Mannschaften möglich? Gewiß! Es ist thatsächlich jetzt schon so, daß der Mann in einem Jahre vollständig auslernt!

Es ist nichts so schwer für den Soldaten, als die Ungleichheit und Ungerechtigkeit, auf welche er bei jedem Schritte stößt!

Dadurch, daß jeder Mann blos ein Jahr zu dienen hätte, würde sich so eine bedeutende Masse stehendes Militär nicht mehr als nöthig, nicht mehr als möglich erweisen. Demnach blieben mehr bedürfnißhabende und werthschaffende frische Kräfte

*) Auf dem letzten Sozialistencongreß gab dieser Compromißvorschlag, über den wir uns hier jeden Urtheils enthalten, bekanntlich Anlaß zu lebhaften Debatten. Red. d. „V."

*) Es stand ein stärkerer Ausdruck da, den wir aber, weil entschieden ungerecht, abzumildern für nöthig hielten. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Proletarier-Soldaten den privilegirten Bourgeois-Soldaten nicht sehr „grün" sind. Red. d. „V."

im Lande. Der jetzige Aushebungsmodus müßte dann jedenfalls abgeändert werden, doch das ist Nebensache. Ich weiß wohl, daß das dreijährige Militärsystem eines der besten Agitationsmittel der Sozialdemokratie ist, doch ist nicht zu befürchten, daß dasselbe durch obigen Vorschlag geschwächt würde, im Gegentheil, durch den einjährigen Dienst wird dem Soldaten schon so viel Abneigung vor dem Militär eingeflößt, daß es für's ganze Leben genügend ist; die späteren Jahre verrohen den Menschen nur und machen ihn nur zu oft untauglich, eine großartige Idee zu verstehen. Ferner ist die Ungerechtigkeit, welche gleichsam das leitende Prinzip des Militärstaates ist, ganz besonders geeignet, das Gerechtigkeitsgefühl der jungen Männer zu beleidigen und ihnen die Augen zu öffnen. Denn die Unterordnung oft sehr Gebildeter unter den Willen irgend eines Ungebildeten mit gelber Tresse gibt zu Unzufriedenheit Anlaß, und das ist der Weg, der zum Sozialismus führt.

Ich hoffe mit Obigem die Forderung einjähriger Militärdienstzeit hinlänglich begründet zu haben und halte es für selbstverständlich, daß Arm und Reich ohne Unterschied gleich lange Zeit zu dienen verpflichtet wären. Mögen meine Ausführungen nicht ungehört und unverstanden verhallen, denn es ist nach jeder Seite nur von Nutzen und ganz besonders für uns Soldaten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der letzte Cogreß der deutschen Sozialisten hat unseren Gegnern wieder einmal Gelegenheit gegeben, ihre Rathlosigkeit, Ignoranz und — Anständigkeit an die große Glocke zu hängen. Anfangs waren sie verdutzt und faßten katzenjämmerlich gute Vorsätze. Nur „mit geistigen Waffen" sei der Sozilismus zu bekämpfen, und der „geistige Kampf" müsse nun ernsthaft geführt werden. So schrieb z. B. der „Hamburgische Correspondent" ganz zerknirscht (Nummer vom 31. Mai):

„Die Ausführlichkeit, mit welcher wir uns bei früherer Gelegenheit über den Einfluß der sozialistischen Presse und über die Zahl ihrer direkten und indirekten Abonnenten und Leser ausgelassen haben, läßt Betrachtungen über diesen Gegenstand ebenso entbehrlich erscheinen, wie Auseinandersetzungen darüber, daß eine Partei, die einen so großen Preß-Apparat in Bewegung setzt, in der Zunahme begriffen sein muß. Daß die in Preußen unternommenen Versuche, der sozialistischen Agitation und Vergesellschaftung durch gerichtliche Urtheile und Coalitionsverbote zu Leibe zu gehen, vollständig unwirksam geblieben sind, ist überdies seit den letzten Wahlen eine allgemein anerkannte, von dem Abg. Wehrenpfennig von der Tribüne des Reichstages unumwunden eingestandene Thatsache, für welche es der Erklärung natürlich nicht bedarf. Für ebenso ausgemacht kann angesehen werden, daß die von derselben Seite gegen die gewerksgenossenschaftlichen Vereine ergriffenen Maßregeln die erwartete Wirkung nicht gehabt, sondern im Gegentheil dazu beigetragen haben, diese zum Theil neutralen Verbindungen in das sozialdemokratische Lager hinüber zu drängen und der von den Führern verkündeten Lehre, „daß praktische Versuche zur Besserung der gegebenen Zustände noch nicht an der Zeit seien und bis zur großen Universal-Umwälzung vertagt werden müßten", Eingang zu verschaffen. Die von dem Berichterstatter Auer abgegebene Versicherung, „daß die Organisation trotz der von der VII. Criminal-Deputation des Berliner Stadtgerichts ausgesprochenen Auflösung für Preußen noch auf dem vorjährigen Standpunkte stehe", ist darum nicht als Uebertreibung anzusehen und wenigstens der Hauptsache nach (!) auf Wahrheit gegründet. — Der Versuche, welche hie und da gemacht gemacht werden, um der Sozialdemokratie durch eigens dazu geschaffene Vereine entgegen zu treten, geschieht in dem Jahresbericht der Partei keine Erwähnung, vielleicht weil diese Vereinigungen zu jung sind, als daß sie sich zu größerer Bemerkbarkeit hätten bringen können (!). Ausdrücklich wird dagegen anerkannt, daß in den katholischen Rheinlanden und in Westfalen die sozialistische Agitation „des Culturkampfes und der örtlichen Verhältnisse wegen" keine Fortschritte gemacht habe. Auf das „Warum"? ist Herr Auer nicht näher eingegangen und brauchen auch wir nicht einzugehen: die Herrschaft der Kirche läßt in jenen Gegenden die Herrschaft anderer Richtungen nicht zu. Es bestätigt das nur den alten Satz, daß geistige Bewegungen allein mit geistigen Waffen bekämpft werden können und daß unter diesen Waffen diejenigen des religiösen Glaubens die stärksten und schärfsten sind. Erhebend kann das von Herrn Auer gemachte Zugeständniß für uns Protestanten nicht genannt werden, von Wichtigkeit ist dasselbe aber für Alle, welche seine Zeugen sind. Daran, daß der Sozialismus nicht mit anderen als geistigen und sittlichen Waffen zu überwinden ist, kann nicht oft und nicht nachdrücklich genug erinnert werden, — einerlei ob wir diese Waffen schon gegenwärtig zur Hand haben oder nicht. Mindestens erspart diese Einsicht vergebliche Versuche, auf anderem Wege zum Ziel zu kommen. Das ist auch ein Gewinn, wenn zunächst auch nur ein bescheidener!"

Allerdings ein sehr bescheidener. Und der Gewinn schrumpft sogar auf Null zusammen, wenn der „Hamburgische Correspondent" an dem Trugschlusse festhält, daß „die geistigen Waffen des religiösen Glaubens die stärksten und schärfsten" seien. Sobald der Culturkampf eingestellt ist, wird sich zeigen, daß die „geistigen Waffen" des katholischen Glaubens ebenso unwirksam gegen den Sozialismus sind, wie die des protestantischen Glaubens.

In ähnlicher Weise sprechen sich andere liberale Blätter aus, indeß die vernünftige Stimmung hielt nicht lang vor, und jetzt giebt die gegnerische Presse sich alle erdenkliche Mühe, ihren Lesern einzureden, daß die sozialistische Bewegung in Deutschland lange nicht so bedeutend sei, als man im ersten Schrecken sich eingebildet; daß sie jeder ernsthaften Grundlage entbehre, an einem permanenten Defizit leide und von den unfähigen „Führern" blos noch künstlich aufrecht erhalten werde, bis es denselben gelungen, sich eine bessere Existenz zu verschaffen. Uebrigens seien die „Führer", denen es ja nur auf die „Arbeitergroschen" ankomme, bei Vertheilung der Beute einander bereits in die Haare gerathen, und wird dabei auf den Meinungsaustausch der „beiden Reichstagsabgeordneten Hasselmann und Liebknecht" hingewiesen, und auf den „erbitterten Kampf" (!), der zwischen „Vorwärts" und „Rothe Fahne" geführt werde; kurz die Spaltung und der Bankerott sei schon da; man brauche nur ein Bischen zu warten, so werde das ganze Gebäude in sich selbst zusammenfallen.

Wartet nur, Ihr Herren! Einen größeren Gefallen könnt Ihr uns nicht thun. Der geistreiche Geschäftspolitiker und strebsame Waschzettelfabrikant Richter, welcher in diesem wüsten Chorus den Vorsänger spielt, lernt vielleicht mit der Zeit, daß die öffentliche Erledigung von Differenzen bei Parteien ein Zeichen der Einheit und Stärke ist, wie umgekehrt das Vertuschen ein Zeichen der Zerfahrenheit und Schwäche, und daß es für einen Parteiführer, — der ja Herr Richter sein will — keinen größeren Fehler giebt, als den Gegner zu unterschätzen und sich und Andere über ihn anzulügen. Im Interesse der Fortschrittspartei und in seinem eigenen persönlichen Interesse — lebt er doch von der Fortschrittspartei — sollte Herr Richter diese sehr einfache Wahrheit begreifen und beherzigen.

Sobald der fortschrittlich-liberal-reaktionäre Schlammvulkan zur Ruhe gekommen ist, oder eine Pause macht, werden wir zur Ergötzung unserer Leser eine Sammlung Richter'scher und sonstiger, den Congreß betreffender Kraftphrasen veröffentlichen.

— O welche Lust, Soldat zu sein! Zu diesem tiefernsten Kapitel wird der „Neuen Badischen Landeszeitung" aus Mannheim unterm 5. Juni geschrieben: „Wir brachten gestern die Mittheilung, daß ein Unteroffizier der 10. Compagnie des hiesigen Infanterieregiments seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht habe. Aus den von uns inzwischen über diesen traurigen Fall eingezogenen Erkundigungen ergiebt sich zur Evidenz, daß der unselige Entschluß des betreffenden Unteroffiziers — Starek ist der Name desselben — hervorgerufen ist durch die unwürdige Behandlung, welche derselbe von seinem Compagniechef, Hauptmann Meyer, zu erfahren hatte. Starek hatte „du jour" gehabt und von seinem Feldwebel eine Stunde Urlaub erhalten. Als er, in die Kaserne zurückgekehrt, dem Hauptmann Meyer dies meldete, wurde er von demselben thätlich mißhandelt. Kurze Zeit nachher war er eine Leiche, mit seinem Dienstgewehr hatte er sich den Tod gegeben. In einem Briefe, welchen er noch vor der That an seine Kameraden gerichtet hatte, ist die ihm vom Hauptmann angethane Behandlung als das Motiv bezeichnet, welches ihn zum Selbstmorde getrieben habe. Das Bedauern und die Entrüstung, welches schon ein solcher einzelner Fall allenthalben hervorrufen muß, muß sich zum Entsetzen steigern, wenn man vernimmt, daß dieser Fall innerhalb eines Jahres der dritte Selbstmord bei derselben Compagnie ist." — Daß die militärischen Selbstmordtragödien erst mit der Beseitigung des Militarismus ihr Ende erreichen können, braucht kaum gesagt zu werden.

— Stephan contra Klinck. In dieser Sache, die wir vor einiger Zeit besprachen, schreibt man uns: „Am 30. Juni, Vormittags 10 Uhr findet in der famosen Disciplinaruntersuchungssache Stephan contra Klinck, (dessen Ehefrau — postwidrig — Schriftstellerin, aber keineswegs Post-Federbandit ist, wie es ein hoher Verwaltungsbeamter beispielsweise seit Jahren gewesen, sogar schon als Assistent in Köln war) vor der Leipziger Disciplinarkammer statt. Die Verhandlung verspricht hochinteressant zu werden; deswegen machen wir jeden vorurtheilsfreien, rechtlich denkenden Leipziger darauf aufmerksam. Man wird dort die beste Gelegenheit haben, sich ein Urtheil über das Verhältniß eines Beamten zur Presse und zu seinen Untergebenen zu bilden, nämlich des derzeitigen Generalpostmeister, Ehrendoctor von Halle, Schriftstellers und Sprachreinigers Heinrich Stephan, Ritter hoher Orden, Excellenz aus Stolp in Hinterpommern, sodann wird man vermuthlich gleichzeitig den Geheimen Oberpostrath, außerordentlichen Professor der Berliner Universität und Dr. jur. Dambach bewundern können; wenigstens fungirte dieser in derselben Sache wider Klinck als öffentlicher Ankläger bei dem Disciplinargerichtshof in Kiel, wo Klinck freigesprochen wurde. Die Verhandlungen der Disciplinarkammer sind öffentlich, also am 30. Juni, Vormittags 10 Uhr; alle Mann an Bord! —g."

— Zum Briefstil der Könige. „Border-Riß, 8. November 1859. Herrn H. Christ. Andersen! An einem sehr schönen Abend jüngst am Wallersee spazieren gehend, habe Ich Mich an Ihre prächtigen Mährchen und Dichtungen erinnert und den Entschluß gefaßt, die Bedenken, welche bisher erhoben wurden, weil Sie nicht ein Deutscher von Geburt, zu beseitigen und Mir das wahrhafte Vergnügen zu machen, Ihnen Meinen Maximilians-Orden zu verleihen, da Sie so sehr im deutschen Sinne gedichtet und Ihre Mährchen in Deutschland so populär sind. Noch im Mondlicht habe Ich Mir den Entschluß in die Schreibtafel notirt. Wollen Sie die Verleihung dieses Ordens als ein Zeichen betrachten, wie sehr Ich Sie schätze und mit welchem Vergnügen Ich Mich an Mein Zusammensein mit Ihnen zurückerinnere, der Ich mit wohlwollenden Gesinnungen bin Ihr wohlgeneigter Max."

Ein gewisser Jonas, wir bemerken ausdrücklich, daß es nicht derjenige ist, welcher seiner Zeit von einem Wallfisch verschluckt wurde, fühlt den unverbaulichen Beruf in sich, Briefe, die an den verstorbenen Märchenschreiber Andersen gerichtet sind, zu veröffentlichen. Wir erlaubten uns den Abdruck eines dieser Briefe aus zwei Gründen, einmal um den „Unterthanen" zu zeigen, welch geistreiche Briefe von Königen geschrieben werden — das „spazieren gehend" erinnert nebenbei sehr lebhaft an den „Dichterkönig" Ludwig — und dann weil aus diesem Briefe ersichtlich, daß es Andersen auf dem Wege der Menschwerdung nur bis zum Kriecher gebracht hat. Unter den veröffentlichten Briefen befindet sich auch einer vom König Frederik VII. von Dänemark; der König bedankt sich in demselben bei Andersen dafür, daß er ihm seine Märchen vorgelesen.

— Das schweizerische Fabrikgesetz, gegen welches die Fabrikanten Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um es durch eine Urabstimmung zu Falle zu bringen, hat an dem Nationalrath Klein einen warmen Fürsprecher gefunden. Klein, der selbst Mitglied der Fabrikgesetzkommission war, erschien nämlich am 25. vorigen Monats in einer Versammlung des Gewerbevereins zu Basel und ließ sich nach der „Frkf. Ztg." folgendermaßen vernehmen: „Die Herren Fabrikanten suchen sich bei ihrer Agitation gegen das Fabrikgesetz neuerdings hinter den Einwand zu stecken, daß die ganze Angelegenheit von vornherein auf einen falschen Boden gestellt worden sei, insofern die Industriellen nur durch einen Vertreter in der Kommission repräsentirt gewesen. Dies war allerdings in der ersten Frbrik-Kommission der Fall, in der zweiten aber haben vier Industrielle gesessen und sämmtlich erklärten sie, es werde unsere nationale Industrie auch nach Annahme des Fabrikgesetzes wohl fortbestehen können. Existirt doch die elfstündige und noch eine reduzirtere Arbeitszeit schon in manchen Fabrikstädten des benachbarten Elsaß, ohne daß die dortigen Fabrikanten im Mindesten über schlimme Folgen zu klagen hätten. Gegentheils sprechen sich dieselben offen dahin aus, daß nicht der ins Prokrustesbett gespannte Arbeitstag, sondern nnr die gute Behandlung der Arbeiter und der durch dieselbe ermöglichte Besitz von guten Arbeitern es sei, was die nationale Industrie konkurrenzfähig erhalte. — „Die Vorstudien seien zu ungenügend", lautet ein anderer Vorwurf der Fabrikanten, die deshalb eine gründliche Enquete verlangen. Die Fabrik-Kommisnon hat aber, nicht gerade in Basel, aber häufig genug anderswo die Erfahrung gemacht, daß sich bei ihrer Ankunft Fabrikanten und deren Agenten von Morgens früh bis Abends spät in ihren Kreis drängten, um zu vernehmen, welches ihre Marschroute sei und dgl., daß einmal in einer Fabrik sämmtliche dort angestellte Kinder, sechszig an der Zahl, vor Ankunft der Kommission nach Hause geschickt wurden, so daß nur ein noch als unentbehrlich zurückbleibender Heizerjunge das verdächtige Geheimniß ausplaudern konnte! Das ist der Werth jenes Enquete-Verlangens. Wenn im Ferneren gesagt wird, es werde die Annahme des Fabrikgesetzes die Auswanderung mancher Industrien zur Folge haben, so kann Redner auch diese Eventualität unter Umständen nur begrüßen, falls nämlich das Exil solche Industrien trifft, die mit dem größten und unveräußerlichsten Gute, das wir

---

Der Triumph der Ordnung.

Man schreibt uns aus London:

Seit einiger Zeit ist in der Kunstgallerie der Regent Street ein Gemälde ausgestellt, welches große Sensation hervorgerufen hat und über welches eine Mittheilung namentlich Ihre Leser interessiren dürfte. Das Bild, eine Leinwand von nicht weniger als drei Metern Länge und zwei Metern Höhe, ist betitelt: „Der Triumph der Ordnung" und stellt eine der grauenvollsten Szenen des Bürgerkrieges von 1871 dar. Der Schauplatz der Scene ist die nördliche Mauer des Kirchhofs „Père Lachaise", früher die „Mauer von Charonne", seit den blutigen Maitagen die „Mauer der Communards" genannt. Zur Zeit der Kommune ging noch jene Mauer entlang ein tiefer, breiter Graben, ein Hohlweg, der für die Fuhrwerke der Steinmetze, sowie zum Abfahren von Erde diente. Heute befinden sich an seiner Stelle breite Reihen wohlgepflegter Grabhügel, deren Kreuze sämmtlich erst aus den letzten vier bis fünf Jahren datirt sind. Der Künstler führt uns nun zurück an den Rand jenes jetzt zugeschütteten Hohlwegs, zurück in die Maiwoche, und zeigt uns, was dort geschah. Im Vordergrunde, im Graben, ein Gewühl von Männern, Frauen und Kindern in wirrem blutigem Haufen theils todt, theils sterbend, gefallen unter den Salven einer Mitrailleuse, die rechts von Soldaten unter dem Kommando zweier, gleichmüthig ihre Cigarette rauchenden Offiziere bedient wird. Einer der letzteren giebt einem Verwundeten, der heraufzuklettern versucht, den „Gnadenschuß" mit seinem Revolver. Auf der Seite der unversöhnlichen Sieger befindet sich ein Grabkreuz mit der Inschrift: „Liebet einander!" Links aber, auf der Böschung jenseits des Grabens, die Mauer entlang, steht wieder eine Gruppe von Männern, Frauen und Kindern, die eben das Todesloos erdulden, theils mit wilden, von der Leidenschaft des Kampfes verzerrten Zügen, theils in edler, selbstbewußter, erhabener Haltung, mit Mienen, die eher Mitleid mit den Siegern als Haß gegen dieselben auszudrücken scheinen. Einer hat mit seinem Blut an die Kirchhofmauer geschrieben: „Vive l'humanité!"*)

*) Es lebe die Menschheit! Und: es lebe die Menschlichkeit.

Weiterhin rechts gewahrt man noch zahlreiche Gruppen, die zusammengeschossen werden und durcheinander in die große Grube stürzen. Im Hintergrund, jenseits des Kirchhofs, Paris in bläulichen Dampf gehüllt.

Der Eindruck, den dieses Bild auf den Beschauer macht, ist ein großartiger, unbeschreiblicher, auch für Solche, die, sei es aus Unkenntniß der Thatsachen, sei es aus Interesse, Gegner der Communards sind. Alle Londoner Blätter, von dem radikalen „Reynold" und den fortschrittlichen „Daily News" bis zu dem conservativen „Standard" und der offiziösen „Post", haben mit der größten Anerkennung von dem künstlerischen Werth dieses in Composition, Zeichnung und Farbengebung gleich vortrefflichen Werkes gesprochen und dem Meister, der dasselbe geschaffen, hohes Lob gespendet.

Dieser Meister heißt Ernst Pichio und ist derselbe, der während des Kaiserreichs den Muth hatte, den Tod Baudin's zu malen, jenes Mannes, der 1851, am Tage nach dem Staatsstreich, dem Volke zeigte, „wie ein Volksvertreter für seine fünfundzwanzig Franken stirbt." Natürlich muß ein Maler, um sich auf derartige Kunstvorwürfe zu verlegen, Republikaner und Sozialist sein, was um so höher anzuschlagen ist, als die Existenz der meisten Künstler in der heutigen Gesellschaft von der Gunst der reichen Leute abhängt.

Pichio lebt und arbeitet in Paris und ist von den seit 1871 auf einander gefolgten Regierungen ohne Unterlaß den härtesten Verfolgungen ausgesetzt worden. Man suchte sogar seine Bilder zu vernichten. Glücklicherweise reichen die Arme der Versailler Polizei nicht bis nach England. Es wäre zu wünschen, daß auch dem deutschen kunstliebenden Publikum und insbesondere den Arbeitern Deutschlands der Genuß dieses bedeutenden Kunstwerkes auf die eine oder andere Art, sei es durch Ausstellung des Original-Bildes, sei es durch Vervielfältigung desselben auf dem Wege der Photographie oder des Holzschnittes, zugänglich gemacht würde.

Das Wort humanité hat beide Bedeutungen. Bekanntlich starb Millière mit diesem Ruf auf der Zunge. R. d. V.

Die „liberale" Gründerpresse.

(Ein offener Brief des Herrn Glagau.)

In Folge der von mir im Laufe des Jahres 1875 in der „Gartenlaube" veröffentlichten Artikel: „Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin", welche dann zu Anfang 1876 als Buch erschienen, begann in Deutschland das öffentliche Gewissen zu erwachen, begann sich der Unwille zu regen gegen die Gründer und Gründergenossen, welche das ganze Volk so schamlos ausgeplündert, dem Nationalwohlstand so schwere Wunden geschlagen haben. Diese meine Veröffentlichungen, in denen ich an der Hand aktenmäßigen Materials die Attentäter, so ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf die politische Parteistellung, bei Namen nannte, geschahen in dem verbreitetsten Blatte der "Welt" (?), geschahen in einem „liberalen" Familienblatte (in der Keil'schen „Gartenlaube". A. d. R.) und das erklärt die außerordentliche Wirkung, die sie fanden. War doch, wie es sich jetzt herausstellte, die übergroße Mehrzahl der Gründer und Schwindler „liberal"; waren doch die illustren Führer, die gefeiertsten Parlamentsredner der „Liberalen" an den blutigsten Gründungen betheiligt; war doch die „liberale" Presse bei dem großen Schwindel die Kupplerin, die Zutreiberin gewesen und dafür in jedem einzelnen Falle reichlich bezahlt worden. Die „liberale" Presse, nach wie vor im Solde der Börse, suchte jetzt die Bewegung gegen das Gründerthum als eine „reaktionäre" Strömung, als eine Feindseligkeit gegen „Kaiser und Reich" hinzustellen; die parlamentarischen Gründer benutzten die Tribüne, um ihre Ankläger einfach der „Lüge und Verleumdung" zu bezüchtigen, um sie in der gemeinsten Weise zu beschimpfen; ja sie reisten im Lande umher, und donnerten in zusammengetrommelten Versammlungen gegen die „gewerbsmäßigen Denunzianten" und „Delatoren", gegen das „literarische Gründerthum."

Aber auch unter der liberalen Presse fanden sich angesehene Organe, wie die „Schlesische", die „Magdeburgische", die „Augsburger Allgemeine Zeitung" und das „Frankfurter Journal", welche es offen aussprachen: ein Gründer dürfe nicht Volksvertreter sein. Auch innerhalb der liberalen Parteien standen muthig

haben, der Jugend, Schacher treiben, die sogar, wie es wirklich geschehen, Sklavenhändlern gleich, Fabrikkinder aus Italien rekrutiren. Uebrigens sei es durchaus nicht nöthig, daß ein Fabrikgesetz, wie das vorliegende, auf industrieller Basis beruhe, sondern daß es auf dem sanitärischen Standpunkt stehe. Und steht es einmal auf diesem, so kann man auch nicht mit dem Einwande kommen, daß es die persönliche Freiheit beschränke. Ein jedes Gesetz thue dies, und diese Beschränkung wäre nur dann eine tadelnswerthe, wenn es die individuelle Freiheit zu Gunsten Einzelner beschränke, nicht aber, wenn es dies zum Wohle des Allgemeinen thue. Hüte man sich, sagte der Redner zum Schlusse, durch eine einseitige Agitation gegen ein gewiß wohlwollendes Gesetz den sozialen Frieden in Frage zu stellen, der nur erhalten werden kann durch einen sozialen Fortschritt."

Zu bedauern ist dabei, daß das Gesetz nicht in allen schweizerischen Arbeiterkreisen diejenigen Sympathien findet, die es verdient. So z. B. war gerade die Versammlung, in der Nationalrath Klein obige Worte sprach, zumeist von Arbeitgebern besucht. Wenn die schweizerischen Arbeiter nicht insgesammt den Agitationen der Fabrikanten entgegenwirken, so kann es leicht dahin kommen, daß das Fabrikgesetz, welches den Arbeitern in vieler Hinsicht zu Gute kommen kann, durch die Urabstimmung verworfen wird. Aber dahin wird es hoffentlich nicht kommen, denn es hieße geradezu Selbstmord begehen, wenn die schweizerischen Arbeiter die Dinge gehen ließen, wie sie gehen.

— In Frankreich bereitet Mac Mahon seinen Staatsstreich vor, den die „Republikaner" durch „passiven Widerstand" abwehren wollen. Wenn die Republik auf keiner anderen Karte steht, ist sie natürlich verloren. Seitens der deutschen Reptilienpresse wird das Hetzgeschäft gegen Frankreich mit ungeschwächten Kräften und etwas größerer Vorsicht betrieben.

Die von der „Norddeutschen Allgemeinen" kolportirte grause Nancy'er Mordgeschichte hat sich natürlich als norddeutsche All-Gemeinheit herausgestellt.

„Väterchen" Alexander soll jetzt kriegslustig sein, wie der jüngste Gardelieutenant. Wir trauen's dem „friedliebenden" Czar zu, zumal seit Jahren sehr bedenkliche Gerüchte — es sind eigentlich schon nicht mehr Gerüchte — über dessen Geisteszustand umlaufen.

Vom Kriegsschauplatz „nichts Neues" als — Lügen.

— Die Berliner Nachwahlen zum Reichstag rücken näher und näher. Die Berliner Genossen thun zwar, was in ihren Kräften steht, um den Sieg an die Fahne des Sozialismus zu heften, nichtsdestoweniger ist es Pflicht der Parteigenossen Deutschlands, die Berliner in ihrem gewiß nicht leichten Kampfe durch Darbringung pekuniärer Opfer zu unterstützen. Man bedenke, daß Berlin der Hauptsitz aller gegnerischen Parteien ist, und daß alle diese Parteien sich gegen die Sozialdemokratie verbündet haben. Es verlautet zwar, daß sich die Ultramontanen der Abstimmung enthalten wollen; aber diese Nachricht ist mit der äußersten Vorsicht aufzunehmen, da sie, abgesehen von der Unberechenbarkeit der ultramontanen Taktik, ebensogut ein fortschrittliches Manöver sein kann, welches die Berliner Genossen in eine vorzeitige Siegesgewißheit einwiegen soll. Das wird nun zwar nicht gelingen, aber man sieht daraus, zu welchen Mitteln die Feinde der Sozialdemokratie greifen, wenn es gilt, dieselbe zu bekämpfen.

Mitzutheilen wäre noch, daß sich der fortschrittliche Kandidat für den 6. Berliner Wahlkreis, Löwe, entschlossen hat, mit dem sozialistischen Kandidaten Hasenclever in eine Disputation einzutreten, aber nur, und das ist das Blamable für Herrn Löwe, in einer von den Fortschrittlern einberufenen Versammlung, zu welcher die Sozialisten fünf, sage fünf ganze Einladungskarten erhalten haben. Hut ab vor dem Muth dieses — Löwen!

— Der Stuttgarter „Beobachter" bringt in seiner Nummer vom 3. d. folgende Erklärung der Reichstagsabgeordneten Payer und Retter:

„Der „Schwäbische Merkur", der aus sehr durchsichtigen Motiven die parlamentarische Thätigkeit der demokratischen Reichstagsabgeordneten bei jeder Gelegenheit in ein zweifelhaftes Licht zu stellen bemüht ist, läßt sich in seiner Nr. 127 aus Berlin schreiben:

„Interessant ist eine Mittheilung, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fritzsche auf dem Congreß gemacht: daß in der nächsten Session die sozialistischen Abgeordneten im Bunde mit den drei Volksparteilern (Payer und Retter aus Württemberg, und Holthof aus Frankfurt) eine selbstständige Fraktion bilden."

Wenn Herr Fritzsche das auf dem Sozialistencongreß erklärt hätte, so hätte er zu dieser Erklärung von uns keine Ermächtigung gehabt, da über Bildung einer derartigen selbstständigen Fraktion mit uns überhaupt keine Verhandlungen gepflogen wurden, wir auch einer solchen nicht beitreten würden, während wir nach wie vor alles mit unterstützen werden, was wir als für wirkliche Freiheit und für wirkliche Erleichterung der Lasten des Volkes dienlich erachten, möge es von sozialdemokratischer oder anderer Seite ausgehen.

Nach dem ausführlichen Bericht der „Frankf. Zeitung" hat aber auf dem Gothaer Congreß Herr Fritzsche nur „eine Entscheidung des Congresses darüber herbeizuführen gewünscht, ob es den sozialistischen Abgeordneten freigestellt sein solle, sich im Reichstage aus praktischen Gründen eventuell mit der bürgerlichen Demokratie zu einer Fraktion zu vereinigen." Herr Liebknecht hat dagegen betont, „daß zu einer solchen Fraktionsbildung keine Veranlassung vorliege und auch keinerlei Aussicht vorhanden sei." Unter Hinblick auf diese Erklärungen ging der Congreß zur Tagesordnung über.

Wir können demnach in der Berliner Correspondenz des „Merkur" nichts finden, als eine nicht mehr ungewöhnliche Verdrehung der Wahrheit, darauf berechnet, einen Theil unserer Wähler mit Mißtrauen gegen uns zu erfüllen, den Unterschied zwischen der bürgerlichen und der Sozialdemokratie scheinbar zu verwischen und hierauf in beliebter Manier die erste für alles verantwortlich zu machen, was über die letztere gelehrt und gelogen wird. Solchen Kunststücken entgegenzutreten aber halten wir uns jetzt schon für verpflichtet, im Uebrigen werden wir über unsere Thätigkeit in nächster Zeit unseren Wählern persönlich Rechenschaft geben.

Stuttgart, Ellwangen, 1. Juni 1877.

F. Payer. F. Retter."

Wir haben zu dieser Erklärung nichts zu bemerken; müssen aber mittheilen, was die „Frankfurter Zeitung" dazu sagt. Sie schreibt:

„Wir bemerken zu dieser Erklärung, daß es sich bei der in Rede stehenden Fraktionsbildung, wie das eigentlich auf den ersten Blick klar ist, nur um Herstellung einer geschlossenen Gruppe handelte, die es kleineren Parteivereinigungen möglich machen sollte, auf Grund der Geschäftsordnung und der über dieselbe hinaus wirksamen Einrichtungen eine selbstständige, von dem guten Willen anderer Fraktionen unabhängige Thätigkeit zu üben. Namentlich war es dabei auf Betheiligung an dem Seniorenconvente und Einwirkung auf die Commissionswahlen abgesehen. Daß Keinem derjenigen, welche bei der Fraktionsbildung in Frage kamen, die Zumuthung gestellt werden konnte, seinen besonderen politischen Standpunkt aufzugeben, ist so natürlich, daß es eigentlich keiner Erwähnung bedurfte. Indeß war bei den privaten Besprechungen, die über die lediglich auf faktische Dinge abzielende Fraktionsbildung stattgefunden haben, dieser Punkt zu allem Ueberfluß und zur Beruhigung ängstlicher Gemüther ausdrücklich vorbehalten worden. Offizielle Verhandlungen mit den Herren Payer und Retter haben nicht stattgefunden und nicht stattfinden können, weil sich aus den nichtoffiziellen Auslassungen derselben genau das ergab, was obige Erklärung vollauf bestätigt, daß sie nämlich einer solchen Vereinigung nimmer beitreten würden. Liebknecht's Darstellung ist völlig korrekt; nur möchten wir an ihn die Frage richten: Hat das Anerbieten der Ueberlassung eines Besprechungszimmers (faktisch ist ein solches nicht gegeben worden), hat die Offerte der Bestellung eines Fraktionsdieners (ein solcher hat nicht fungirt) irgend einen Werth, wenn man diejenigen, denen man so freundlich entgegenkommt, von jeder Betheiligung am Seniorenconvent, an den Commissionswahlen u. s. w. absolut ausschließt und sie außerdem, soweit dies überhaupt möglich ist, verhindert, zu Worte zu kommen. Man sollte doch einsehen, daß das divide et impera auch bei der Reichstagstaktik der Majoritätsparteien leitender Grundsatz ist."

Auf diese Frage hat Liebknecht — wie er glaubt in Uebereinstimmung mit allen seinen Collegen — zu antworten: Von dem Berathungszimmer und Fraktionsdiener, die den sozialistischen Abgeordneten allerdings zur Verfügung gestellt sind, sprach er bloß nebenbei, um zu zeigen, daß unsern Abgeordneten — was früher nicht der Fall war, jetzt die Möglichkeit gegeben ist, im Reichstagsgebäude selbst regelmäßige Conferenzen abzuhalten. Die Ausschließung vom Seniorenconvent (dem „Ring", welcher die Geschäfte des „Hauses" hinter den Coulissen abmacht) und den Commissionswahlen hat für unsere Abgeordneten unzweifelhaft Nachtheile, aber, abgesehen davon, daß sie sich niemals auf einen parlamentarischen „Kuddelmuddel" einlassen würden, sind sie vorläufig nicht in der Lage, diese Nachtheile ohne schwere Prinzipienopfer beseitigen zu können.

Von dem Fraktionsprojekt braucht nicht mehr geredet zu werden — es ist in's Wasser gefallen. Zur Erreichung der praktischen Zwecke, welche der Urheber desselben im Auge hatte, ist übrigens auch eine Fraktionsbildung gar nicht nöthig. Männer verschiedenen Strebeziels, die aber eine Strecke gemeinsamen Wegs haben, kommen viel besser mit einander aus, wenn sie die „Politik der freien Hand" befolgen, als wenn sie sich durch eine unnatürliche Allianz binden, die doch nicht gehalten wird.

— Die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei" hat mit ihrem Debut in Kassel ein klägliches Fiasko gemacht, das geben selbst Bourgeoiszeitungen zu, die sich doch gewiß verpflichtet fühlen müßten, diese politische Mißgeburt möglichst aufzuputzen. Die „Weser Zeitung" z. B. sagt: „Die sogenannte Neue freie deutsche Arbeiterpartei hatte für den 3. und 4. Juni einen ersten Congreß in Kassel anberaumt, um auf diesem die Berathung der Statuten, die Feststellung der Parteiorganisation, die Grundzüge und Normen der Agitation, die Wahl eines Parteiorgans, des Vorstandes und Vorortes sowie die Festsetzung des nächstjährigen Congreßortes zu berathen. Wider Erwarten war bei der heute stattgehabten Eröffnung des Congresses durch den Redakteur der „Dortmunder Zeitung", Hrn. Kutschbach, die Betheiligung eine so schwache — es waren kaum 30 Personen erschienen —, daß sofort ein Antrag des anwesenden Abg. Dr. Max Hirsch: den heutigen Congreß nur als eine Vorbesprechung für die eigentliche Parteigründung zu erklären, allgemeinen Anklang fand. Auch wurde eifrig dafür plaidirt, vorläufig nominell nicht eine neue „Partei", sondern nur eine „Vereinigung" anzustreben. Da die Benennung „Neue freie deutsche Arbeiterpartei" aber mehrfach vom Beitritt zurückgeschreckt habe, so wurde auch die Abänderung des Namens dieser Vereinigung und zwar in „Deutscher Arbeiter-Congreß" vorgeschlagen und acceptirt. Die Statutenberathung sollte einer Vorberathung durch fünf Commissionsmitglieder unterworfen werden, welche heute Nachmittag stattfindet. Die Verhandlungen, denen übrigens in üblicher Weise auch ein Polizeicommissär anwohnte, zeichneten sich bis jetzt durch große Unklarheit und Verworrenheit der Ansichten aus, sodaß es leider den zugegen gewesenen sozialdemokratischen Parteimitgliedern nicht an einer Handhabe fehlen wird, sich über die neuen Gegner in ihren Preßorganen lustig zu machen. Kam doch sogar in einer Rede der originelle Passus vor, „die Ausführungen des Herrn Vorredners hätten an Unklarheit manches zu wünschen übrig gelassen."

Die Leitung der „Partei", „Vereinigung", „Deutscher Arbeiter-Congreß", oder wie sich sonst noch der fortschrittlich-liberale Wechselbalg nennen mag, ist in die Hände Märchen's und Kutschbach's gelegt — Namen, die kein selbstbewußter Arbeiter nennen hören kann, ohne in heiteres Lachen auszubrechen.

— Zum „geistigen Kampf" gegen die Sozialdemokratie liefert unser Crimmitschauer Parteiorgan folgenden Beitrag: „Unser Redakteur Peukert ist mit einer neuen Klage beglückt, Nr. 9 der zur Zeit bei dem hiesigen kgl. Gerichtsamt anhängigen. Kläger ist der „berühmte" Professor Dr. Birnbaum in Leipzig. Er fühlt sich beleidigt durch eine in Nr. 56 des „Bgr. u. Bfrd." enthaltene Notiz aus Crimmitschau, in der der Professor „Durchfalls-Kandidat" und „gefallene Größe" genannt wird; es soll ihm in der Notiz ferner „hohe Begabung für Gründerei" vorgeworfen sein. Ferner fühlt sich der Herr Professor beleidigt durch die Frage: Warum er nicht „wage" öffentlich zu sprechen, desgleichen durch den Satz: „Er liebe es, hinter verschlossenen Thüren über die Sozialisten zu faseln". Der Herr Professor stellt deshalb durch seinen Advokaten wider den „sogenannten verantwortlichen Redakteur" Strafantrag und bittet um dessen nachdrückliche Bestrafung (wie freundlich!) wegen öffentlicher „Beleidigung"."

Weiter meldet die „Dresdner Volkszeitung", daß ihr Redakteur G. Vollmar wegen zweier Majestätsbeleidigungen vor den Untersuchungsrichter beschieden worden sei. Außerdem hätte Genosse Vollmar seitens der Staatsanwaltschaft noch eine Vorladung erhalten, um wegen der Verfasser einer Anzahl Artikel Auskunft zu ertheilen. — Und da wir nun einmal bei dem Prozeßthema sind, so wollen wir, um nicht falscher Bescheidenheit geziehen zu werden, hier gleich die Mittheilung anfügen, daß zwei Redakteure des „Vorwärts" das ansehnliche Bündel von 16 Prozessen auf dem Rücken haben.

Aus den La Plata-Staaten (Südamerika).

Buenos-Ayres, den 20. April 1877.

Soeben lese ich in zwei halboffiziellen hiesigen Zeitungen, daß der augenblicklich auf einer Reise nach Deutschland begriffene, bei der hiesigen Regierung das deutsche Reich vertretende Minister-Resident, Herr Holleben, beabsichtige, bei der deutschen Regierung eine Massenauswanderung deutscher Ackerbauer nach der Provinz Mendoza zu befürworten und zu empfehlen.

Wenn es auch kaum wahrscheinlich klingt, daß ein deutscher Gesandter sich zu einem Auswanderungs-Agenten hergeben sollte,

---

einzelne Männer auf und erklärten sich gegen die Wiederwahl solcher Abgeordneten, welche durch Gründungen belastet waren. Als es im vorigen Herbste zu den Neuwahlen ging, wandten sich etliche dieser Männer an mich und forderten von mir Auskunft über die gründerische Thätigkeit des in ihrem Wahlkreise aufgestellten Kandidaten. Unter Anderen that dies auch der Stadtverordnete Peters aus Duisburg, welcher gegen die Wiederwahl des von mir in der „Gartenlaube" als Gründer der so traurigen „Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft" genannten Dr. Friedrich Hammacher agitirte. Hammacher gehört, wie ich in meiner Antwort auseinandersetzte, zu den Gründern ersten Ranges und ist bei zahlreichen Gründungen betheiligt, und diese kosten dem Publikum Verluste, welche ich zusammen auf etwa 20 Millionen Thaler veranschlagte. Ohne mein Zuthun und ohne meine Einwilligung veröffentliche Herr Peters diesen Brief in dem (jetzt bereits eingeschlafenen — Anm. d. Red.) „Duisburger Tageblatt", worauf Herr Hammacher eine sehr matte Erwiderung folgen ließ. Thatsächlich konnte er die ihm vorgehaltenen langen Reihen von Gründungen nicht ableugnen, sondern suchte sie nur zu entschuldigen. Indessen erklärte eine Urwählerversammlung zu Mülheim an der Ruhr, daß Hammacher sich gegenüber allen „verleumderischen Angriffen" glänzend gerechtfertigt habe, und er erhielt denn auch wieder ein Mandat für das Abgeordnetenhaus.

Als leidenschaftliche Parteigängerin des vielfachen, aber angeblich tief gekränkten, weil ganz unschuldigen Gründers Hammacher, trat die in Duisburg erscheinende „Rhein- und Ruhrzeitung" auf, welche von einem gewissen Wilhelm Schroers redigirt wird, und nun, ohne eine sachliche Diskussion auch nur zu versuchen, über Herrn Peters und mich eine Fluth der übelsten Schmähungen ergoß. Dieser Schroers, auch als wüthiger „Kulturkämpfer" bekannt, der gewissermaßen den Bedienten Hammacher's machte, und sich überhaupt als begeisterter Anwalt der Gründer und Gründergenossen gerirt, ist, wie seine Schreibweise bekundet, ein Mensch von der untergeordnetsten Bildung, der seine Kenntnisse, je nach Bedarf, aus dem kleinen Brockhaus bezieht und sich stets in den ödesten abgedroschensten Phrasen bewegt. Er hat noch nie einen eigenen Gedanken gehabt, sondern er ernährt sich von den Einfällen und Redensarten, die ihm Hammacher und Genossen zuwerfen. Er kaut nur wieder, was die Gründer zu ihrer Rechtfertigung und zur „Brandmarkung" der „Verleumder" schon tausendmal gesagt haben, aber in seinem Munde nimmt dieses Gewäsch eine noch ekelhaftere Gestalt an, indem er es mit den wüstesten Schimpfereien vermischt und dazu fortwährend Eimer mit Spülicht ausgießt.

In dem jetzt erschienenen zweiten Theil meines Buches „Der Börsen- und Gründungsschwindel in Deuschland" habe ich auch die Mohrenwäsche der parlamentarischen Gründer, sowie die tiefe Korruption der Presse behandelt. Meine Schrift ist nur wenigen auserwählten Zeitungen zugegangen, Zeitungen der verschiedensten Parteirichtung, aber nur solchen, die von den Gründern unabhängig sind. Die eigentlichen Gründerblätter haben mein Buch gar nicht erhalten, weil mein Verleger mit diesen sehr üble Erfahrungen gemacht hat; nicht nur, daß sie den ersten Theil der Schrift völlig todtschwiegen: sie haben ihn häufig auch noch verkauft und damit einen einträglichen Handel getrieben. Der „Rhein- und Ruhrzeitung" ist mein Buch nicht eingesandt; trotzdem hat dieser Schroers ihm einen neuen langen Schmäh- und Schimpfartikel gewidmet. Er erzählt, wie es ihm von einem Sortimenter (wahrscheinlich nur zur Ansicht) zugeschickt; wie er es nur durchflogen (wahrscheinlich nur hineingeguckt, um es wieder zurückgeben zu können) — aber trotzdem bringt er lange Auszüge, bricht er über das ganze Buch den Stab und verurtheilt es zu Galgen und Rad. Er nennt es „vielleicht die blutigste Gründung", weil es „Hunderten von ehrenhaften und sehr angesehenen Männern (nämlich den Gründern und Gründergenossen) ihre Ehre und ihren guten Namen raubt"; es ist ihm „der moralische Massenmord, die Verleumdung und Ehrabschneidung en gros" (weil es nämlich die meistens tragische Geschichte der einzelnen Gründungen erzählt). Er ist empört, daß der erste Theil meines Buches so viele Auflagen erlebt hat, und er findet, daß dieser zweite Theil den „moralischen Massenmord in noch erschreckenderen Dimensionen" betreibt (weil er nämlich die in der Schwindelperiode entstandenen Aktiengesellschaften ziemlich vollständig vorführt). Er sieht mit Grimm und Schrecken, daß dieser zweite Theil auch die Hauptgründer Rheinlands und Westphalens enthält, darunter seine speziellen Freunde und Gönner, die „hochgeachteten" Verfasser und Aufsichtsräthe der famosen „Westphälischen Union" (Cours einst 112, jetzt 4 Bri f) und der noch famoseren Eisenindustrie- und Brückenbau-Gesellschaft vorm. Joh. Kaspar Harkort (Cours 0). Dies empört den biedern Schroers dermaßen, daß er sich zum Schlusse seines Artikels noch einmal erbricht, und dann bedenklich äußert: es sei doch etwas faul im Neuen Deutschen Reiche, und der „gesellschaftliche Untergrund" (was mag sich Schroers wohl dabei denken?) sei ein „tief kranker".

Ich wiederhole dies Alles nur, um zu zeigen, was ein Schroers seinen Lesern bieten darf. Ich weiß sehr wohl, daß ich dem Manne durch meine Entgegnung eine sehr unverdiente Ehre erweise, aber dieser Schroers ist der Repräsentant der „liberalen" Gründerpresse, und zugleich der Typus der „Kulturkämpfer", die ununterbrochen gegen „Pfaffen" und „Jesuiten" donnern, um dadurch die Aufmerksamkeit von den Gründern und Schwindlern und ihren verbrecherischen Unthaten abzulenken. Meine Bücher haben nichts mit dem Streite der Parteien zu thun, sie stehen über den Parteien; ich huldige nach wie vor in politischer wie in kirchlicher Hinsicht einer entschieden liberalen Richtung, aber ich verabscheue gleich sehr die Gründer wie die „Kulturkämpfer" und ich habe zuerst nachgewiesen, daß beide in der Regel identisch sind.

Berlin, den 16. Mai 1877. Otto Glagau.

— Nicht arbeitslos. Als ich die Skizze: „Auf der Reise in's Kaffernland" (Nr. 63) schrieb, wußte ich noch gar nicht einmal, daß Herr Dannenberg wirklich ein Bruder Hamburger und dabei eine Art sozialpolitisches Kirchenlicht sei. Nun las ich neulich in der „Frankfurter Zeitung", daß Herr Dannenberg-Hamburg, Sozialpolitiker (Katheder-sozialist) am 10. Oktober dieses Jahres in Berlin, woselbst die Katheder-sozialisten vom 8. bis 10. Oktober tagen werden, über das Thema „Die Reform der Gewerbeordnung, mit besonderer Rücksicht auf die im Reichstag eingebrachten Anträge" referiren wird.

Herr Dannenberg leidet also noch nicht an „Arbeitslosigkeit", da er voraussichtlich am 10. Oktober leeres Stroh dreschen wird. K. M.

o hat das Gerücht dennoch einen Schein von Möglichkeit insofern, als Hr. Holleben kürzlich, wenn auch nur in geschlossener Kutsche, durch die Republik gereist und auch in Mendoza gewesen ist, und daß auch in Mendoza augenblicklich ein reges Bestreben auf dem Felde der Kolonisation und Einwanderung sich bemerkbar macht.

Kann nun dem Auswanderungslustigen gerade dieses von besonderen Naturgaben strotzende, von höchst günstigen Klimaverhältnissen gesegnete Land als Ziel seiner Wanderlust nur empfohlen werden, so muß doch augenblicklich auf das Entschiedenste vor den Mendoza-Kolonisationsprojekten gewarnt werden.

Es gilt nämlich dabei einem Konsortium so gut wie total bankerotter Spekulateure in Mendoza auf die Beine zu helfen.

Im Staate Mendoza traten die reichen Gutsbesitzer vor einigen Jahren zusammen, und gründeten die Banco de Mendoza, emittirten ungeheure Mengen Papiergeld, ließen sich, da sie selbst die Regierenden sind, von der Regierung die schändlichsten und tollsten Privilegien verleihen, als da sind: Zwangscours auf viele Jahre, einziges Recht der Zettelausgabe, und andere Rechte, die auf die barbarischste, ungeheuerlichste Ausplünderung und Ausbeutelung des Volkes absahen. Indessen verlor außerhalb des Staates Mendoza die Bank allen Kredit, und die benachbarten Staaten weigern sich, die Zettel jener Bank anders als mit 95 pCt. Verlust courfiren zu lassen, d. h. die Zettel gelten gar nichts außerhalb Mendoza, während in Mendoza selbst gar kein anderes Geld gesehen wird.

Jenes Bankkonsortium der Regierenden besitzt nun ungeheure Ländereien im Süden von Mendoza, die mit dem Gebiete der wilden Ranqueles-Indianer zusammenstoßen. Dieses Gebiet ist außerordentlich geeignet zur Viehzucht, von niederem Gehölz, und herrlichem Weidegrunde besetzt, — aber gänzlich unbewohnt, — weil die Indianer eben hier Herren sind, und auf ihren Raubzügen von hier das Vieh wegstehlen, die Männer tödten, und Frauen und Kinder in die Gefangenschaft mitnehmen. Wilde Geschichten haben hier gespielt. So sind jene weiten Gebiete heute gänzlich werthlos.

Die Herrn von der Mendoza-Bank und der Regierung möchten nun aber, nachdem bei ihren Landsleuten eben nichts mehr, selbst durch den stärksten Druck nicht, auszupressen ist, neue Vögel in ihren Netzen fangen, und das ist der Grund des Kolonisationsprojektes.

Die Kolonisten sollen einmal die Indianer zurückhalten, und dann namentlich den Grund und Boden durch ihre Arbeit werthvoll machen, wofür ihnen die Mendoza-Bankzettel werden aufgezwungen werden, — und einmal dort, ist der Kolonist eben auf Gnade und Ungnade in Händen jener Großgrundbesitzer und Regierenden. 200 Meilen Einöde trennen ihn von der östlichen Küste, und die nur während 5 Monaten auf einzelnen Pässen schwierig zu passirenden ungeheuren Kordilleren machen einen Aufbruch nach der Westküste noch unmöglicher.

Dazu befindet sich jetzt hier augenblicklich das Land in einer furchtbaren Handelskrisis. Man hofft, daß ein russisch-türkischer Krieg die Landesprodukte Felle, Talg und Wolle, — im Preise steigern und dem allgemeinen Nothstande dadurch ein Ende machen wird.

Parteigenossen! wandert nicht aus! Hütet Euch namentlich vor solchen Mendoza-Kolonisationsprojekten, — jeder der Noth drüben Entfliehende möchte hier in eine weit schlimmere gerathen!

Der „Vorwärts“ ist ein Volksblatt im wahren Sinne des Wortes, darum wende ich mich an ihn. Laßt Euch nicht durch Auswandereragenten verführen, vor allen Dingen verpflichtet Euch nicht zu Leistungen, die Ihr hier zu erfüllen versprecht, es möchte Euch sehr reuen. Ausbeuter giebt es überall und hier nicht minder.

Hoch die Sozialdemokratie!

Correspondenzen.

Göppingen, im Juni. (Situationsbericht.) Ich halte es an der Zeit einige Worte über die hiesigen Verhältnisse zu verlieren. Die Geschäfte gehen durchschnittlich flau. Die seit einigen Jahren hier bestehende Hutfabrik, welche bis vor wenigen Monaten noch am besten ging, resp. ihre Arbeiter die volle Tageszeit beschäftigte, fabrizirt nur noch die Hälfte. Die Eisenindustrie, welche in dem hiesigen 10,000 Einwohner zählenden Städtchen noch vor Jahresfrist zwischen 3—400 Arbeiter beschäftigte, zählt kaum mehr über 120 Arbeiter. Bei dieser Gelegenheit will ich einen Umstand erwähnen, der nicht häufig genug besprochen werden kann: es sind die Fabrik-Krankenkassen und das Innebehalten vom Lohne. Im Herbst vorigen Jahres liquidirte die Maschinenfabrik von Friedrich Rapp hier. Nicht genug, daß von den vermeintlichen Tausenden, welche in den Fabrik-Krankenkasse enthalten sein sollten, rein nichts vorhanden war, kamen die Arbeiter auch noch um den 14tägigen Lohn und um die innebehaltene Summe, welche von den ersten 8 Tagen des Arbeitsantritts jedem dort beschäftigten Arbeiter „sorglich aufgehoben“ war, wie dies in vielen Fabriken hier Gebrauch ist. Es kam jeder Arbeiter durchschnittlich um 50—75 Mark dreiwöchentlichen Lohn, denn die fünfte Klasse hatte bei einer Forderung von ca. 20 Prozent an der Schuldenmasse nichts zu hoffen. Für die hiesigen Fabrikanten in ihrer Mehrheit wäre der Absatz 2 des § 119 des Arbeiterschutzgesetzes wohl angebracht, denn über das Innebehalten von Lohn könnte von hier sehr viel berichtet werden. — Die Weberei, die verhältnißmäßig zu den andern Branchen noch am besten geht, wird zu schlecht bezahlt, denn das eine Mal wird am Lohne reduzirt und einige Wochen darauf die Kette oder der Zettel verlängert; anfangs wird bei neuen Artikeln oft mittelmäßig bezahlt, bald aber mehr Schuß auf den Zoll verlangt, und damit die Sache möglichst geräuschlos vor sich geht, wird von Samstag auf Montag der Wechsel zum Nachtheil des Arbeiters verändert. — Seit 6—7 Monaten laufen eine Masse von Handwerksburschen herum, dieselben erhalten hier, wenn sie keine Schuhmacher sind, 20 Pfennig Stadtgeschenk und können dann sehen, wie sie mit diesem Heidengeld zurechtkommen. Hat aber einer das Glück, Schuhmacher zu sein, so bekommt er von dem von der Schuhmachergewerkschaft gegründeten Arbeitsnachweisbureau eine Karte, mit welcher er bei den Schuhmachermeistern umschauen darf. Darum, Arbeiter, tretet den Gewerkschaften bei oder gründet solche wo noch keine bestehen, damit das „Fechten“ nicht nothwendig ist. — Die Benützung unserer „Vereinigten Arbeiter-Herberge“ bei Restaurateur Rehm, welche seit Anfang dieses Jahres besteht, hat gezeigt, daß hierdurch einem wesentlichen Bedürfniß abgeholfen wurde. Zu wünschen wäre nur, daß die Arbeiter unserer Sache immer zahlreicher sich anschließen möchten, was mittelst Beitritt zur sozialistischen Arbeiterpartei, oder zu einer der bestehenden drei Gewerkschaften (Schuhmacher-, Metallarbeiter- und Manufakturarbeiter-Gewerkschaft) geschehen könnte. —r.

Teuchern. In Anbetracht der Verfügung, welche Polizeidirektor Rüder in Leipzig gegen das Sammeln von freiwilligen Geldspenden in öffentlichen Versammlungen erlassen hat, halte ich es für angezeigt, den sächsischen Parteigenossen bekannt zu geben, wie die Behörden hierzulande über die freiwilligen Sammlungen in gesetzlicher Hinsicht denken. In einer am 8. Januar d. J. hier abgehaltenen Versammlung wurde, wie das überall üblich ist, eine Tellersammlung zur Deckung der Kosten vorgenommen; hierin erblickte die Polizei einen Verstoß gegen das Gesetz und wurden die Veranstalter der Tellersammlung Jeder zu 15 Mark Geldstrafe verurtheilt. Auf Antrag der Verurtheilten wurde die Angelegenheit dem Kreisgericht zu Zeitz übergeben und dieses fällte am 25. Mai das nachfolgende Urtheil:

„In Erwägung, daß zwar auf Grund des unbedenklichen einmüthigen Zugeständnisses der beiden Angeklagten thatsächlich feststeht, daß am 8. Januar 1877 gelegentlich einer zu Teuchern in dem Jedermann zugänglichen Rathskellersaal zum Zwecke der Reichstagswahl berufenen Volksversammlung von den Theilnehmern an der Versammlung zur Deckung der Kosten der Beleuchtung und Heizung des Versammlungslokals freiwillige Geldbeiträge zu sammeln beschlossen worden ist, der Angeklagte Karl Friedrich August Otto als Vorsitzender der Versammlung in Ausführung dieses Beschlusses seinen Bruder, den Mitangeklagten Friedrich Heinrich Otto, mit der Einsammlung dieser Gelder beauftragt, und Letzterer in Gemäßheit dieses Auftrags die Sammlung vorgenommen und dabei 7,25 Mark erzielt hat, ohne irgend eine obrigkeitliche Erlaubniß zum Einsammeln gehabt zu haben, Karl Friedrich August Otto also als Veranstalter und Friedrich Heinrich Otto als Ausführer der ohne obrigkeitliche Genehmigung stattgehabten Geldsammlung zu betrachten ist;

„in Erwägung, daß indeß ein derartiges Sammeln, trotzdem daß es an einem öffentlichen Orte geschehen, schon nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche nicht als eine öffentliche Collekte, d. h. eine durch die öffentlichen Blätter oder durch einen Umlauf von Haus zu Haus erlassene Aufforderung zur Entrichtung freiwilliger Geldbeiträge aufzufassen ist, außerdem aber sich auch im Hinblick auf § 4 der Verordnung Königl. Regierung zu Merseburg vom 25. Mai 1867, wonach, um Täuschungen des Publikums zu verhüten, bei Einsammlung der genehmigten Collekten aller für den Umlauf bestimmten Collektenbücher und Subscriptionslisten eine Abschrift des Genehmigungserlasses, unter Genehmigung durch eine öffentliche Behörde, anzuheften ist, nicht unter den rechtlichen Begriff einer öffentlichen Collekte subsumiren läßt;

„in Erwägung, daß mithin durch die Handlungen der beiden Angeklagten der Thatbestand des § 1 l. c., welcher Jeden, der eine öffentliche Collekte, zu welcher die gesetzliche Genehmigung des Oberpräsidenten nicht ertheilt ist, veranstaltet, vermittelt oder ausführt ꝛc., mit einer Geldstrafe von 1—10 Thlr. belegt, nicht erfüllt worden ist, § 1 cit. also auf sie auch nicht zur Anwendung gelangen darf;

„in Erwägung, daß die Entscheidung des Kostenpunktes sich aus § 178 der Verordnung vom 3. Januar 1819 ergiebt,

die Angeklagten Karl Friedrich August Otto und Friedrich Heinrich Otto des unbefugten Collektirens nicht schuldig, und deshalb ein Jeder von ihnen von Strafe und Kosten freizusprechen.“

Man sieht an diesem Falle, daß die Polizei in der Auslegung von Gesetzesbestimmungen nicht unfehlbar ist, und auch die Leipziger Parteigenossen werden sich das Recht der Tellersammlung in öffentlichen Versammlungen, welches sie übrigens, wie ich weiß, schon seit langen Jahren ungestört ausgeübt haben, gewiß nicht so leicht entziehen lassen. W. Otto.

Meerane, 4. Juni. Gestern fand unter großer Theilnahme der hiesigen Gesinnungsgenossen die Beerdigung unseres Genossen Franz Rauschenbach statt. R. war ein treuer Anhänger und Verfechter der sozialistischen Prinzipien. Erst 38 Jahre alt und Vater von fünf Kindern, hatte R. noch kurz vor seinem Tode ein Aergerniß mit einem hiesigen Fabrikanten gehabt. R. sollte nämlich für ein Stück Webewaare, an dem er 14 Tage gearbeitet hatte, den Hungerlohn von 12 Mark erhalten, er bekam aber nur 6 Mark, weil ein kleiner Fehler in dem Stück vorgefunden wurde. R. hatte sich darüber so sehr alterirt, daß ihn nach kaum 8 Tagen ein Schlaganfall auf der linken Seite traf, und erst nach fünftägigem schwerem Leiden starb er. Am dritten Tage nach dem Vorfalle sandte der Herr Fabrikant die 6 Mark Abzug und auch noch ein Ueberbleibsel vom Mittagessen; wahrscheinlich glaubte der Herr Fabrikant hiermit einen Samariterdienst gethan zu haben. Auf diese und ähnliche Weise werden Tausende und Abertausende auf dem ökonomischen Schlachtfelde geopfert. Der Fabrikant lebt ohne Sorgen weiter und die arme Wittwe wird nicht wissen, was sie ihren Kindern zu essen geben soll. Das ist die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital! Und wie in ökonomischer, so auch in politischer Hinsicht; doch davon später. Ich meine, die Arbeiter von Meerane haben alle Ursache, sozialistisch zu sein und zu bleiben.

Friedberg in der Wetterau, 4. Juni. Nachdem seit einiger Zeit hierselbst eine Mitgliedschaft der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands entstanden und dieselbe bereits einige Scharmützel mit ihren Gegnern siegreich bestanden hatte, rückten gestern circa 25 tüchtige Sozialisten, in ihrer Mitte den Herrn Ulrich aus Offenbach, nach dem eine gute Stunde von hier entfernten Ober-Rosbach. Eine durch Herrn Berg einberufene Versammlung tagte bei Herrn Engel und der Herr Bürgermeister präsidirte derselben. Herr Ulrich widerlegte in seiner einstündigen Red: die Angriffe der „Liberalen“ und bewies unter allgemeinem Beifall der Anwesenden, daß nicht die Sozialisten, sondern deren Gegner die wirklichen Theiler seien. Die Theilnahme der andächtig lauschenden Bürger Ober-Rosbachs, sowie der wiederholte Beifall, der dem Redner gezollt wurde, berechtigen uns zu den schönsten Hoffnungen.

Duisburg, 29. Mai. (Ermordung eines Sozialisten.) Ein in der Mußfeldstraße wohnender Maurer hat gestern Abend gegen 11 Uhr seinen Zimmergenossen, einen Marmorpolirer, durch einen Pistolenschuß getödtet. Der Maurer hatte unlängst den sozialistisch gesinnten Marmorpolirer denunzirt, weil derselbe den Fürsten Bismarck beleidigt habe. Gestern war der Angeklagte dieserhalb verhört worden und war dann Abends kurz vor 11 Uhr nach Hause zurückgekehrt, als der Denunziant bereits im Bette lag. Gleich darauf wurde der Schuß gehört, nach welchem der Getroffene noch einige Schritte nach einem anderen Zimmer that und alsbald leblos zusammenbrach. Bei der vorgenommenen ärztlichen Untersuchung zeigte sich, daß die Kugel in die Brust gedrungen war. Der Denunziant und Thäter, der sich alsbald nach der That, nur mit dem Hemde bekleidet, auf das Dach geflüchtet hatte, angeblich aus Furcht vor der Rache des Getroffenen, den er nicht für todt hielt, kam auf den Ruf des inzwischen erschienenen Polizeibeamten herbei und gestand, daß er den Mord begangen habe. Er sei, bereits im Bette liegend, von dem heimkehrenden, wegen der Denunziation höchst aufgebrachten Marmorpolirer überfallen worden und habe sich desselben nicht anders zu erwehren gewußt, als dadurch, daß er nach dem Pistol gegriffen und den Schuß gegen denselben abgefeuert habe. Diese Ausrede klingt sehr unglaubwürdig, da der Thäter sich zuvor mit der Waffe versehen hat.

Quittung. Von J. Hrld. Nadworna Ab. 1,60. Brbm. Gotha Ab. 13,00. Sbrt. Kassel Ab. 13,40. Knk. Frankfurt Ab. 46,00. Frnkl. Pest Schrft. 34,09. Hrsch. Stuttgart Ab. 10,60. Zllr. Bubach Schr. 2,55. Grß. Mühlhausen Schr. 2,80. Hrbg. Würzburg Schr. 8,40. Rh. Darmstadt Ab. 10,10. Rchtr. Haindorf Ab. 2,80, Schr. 5,35. Mr. Callnberg Schr. 4,00. Sglr. hier Ab. 7,20. Dg. hier Ab. 3,20. Klz. Saarbrücken Ann. 1,00. Hfnr. Mainz Ab. 33,15. Arbeiterverein Burgdorf Ab. 2,60. Grlch. Frst. Ab. 6,00. Grde. Stötteritz Ann. 3,10, Ab. 13,20 u. 19,80. Grhl. Karberdtz Ab. 1,00. Hch. Frankfurt Ab. 20,80. Rttmnr. München Schr. 14,30. Pngr. Bremen Schr. 6,90. Orbg. Gießen Schr. 2,80. Grütliverein Sitten Ab. 5,00.

Berliner Wahlfonds.

Von Sch. und K. hier 1,80. Von Arbeitern der Cigarrenfabrik von Lotterbeck und Fiedler 2,75.

Fond für Gemaßregelte.

Von J. B. Berlin 34,30 Dividende.

Frankfurt a. M. u. Umgegend. Allen Genossen zur Nachricht, daß Abonnements auf alle sozialistischen Zeitungen („Vorwärts“, „Neue Welt“, „Rothe Fahne“, „Berliner Freie Presse“, „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ u. s. w.) zu jeder Tageszeit angenommen und pünktlich besorgt werden von **W. Knocke**, Kl. Eschenheimerstr. 45. [60

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein. Dienstag, den 12. Juni, Abends präzis ½9 Uhr, bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Fahnen-Angelegenheit. 2. Besprechung über ein Sommervergnügen.

Die Mitglieder werden ersucht zahlreich zu erscheinen. [90

C. Klaws.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Dienstag, den 12. ds. Mts., Abends 8 Uhr, Große Wallstraße 24:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.

Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden. D. V. [70

Saarbrücken-St. Johann. Sonntag, 10. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Hrn. Billig in St. Johann: (F. 180)

Volksversammlung.

Tagesordnung: Berichterstattung des Delegirten Hrn. Kaulitz über den Gothaer Congreß. 2. Die indirekten Steuern. Referent Hr. Hackenberger. Die Einberufer. [1,00

Von nachstehenden Schriften wurden die Preise wesentlich herabgesetzt und empfehlen wir dieselben zur weitesten Verbreitung:

Auerbach, Tagebuch aus Wien	Mark —. 70.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- u. Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874	—. 10.
Blos, W., Unsere Preßzustände	—. 10.
Bürgerkrieg in Frankreich	—. 15.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—. 10.
Die parlamentarische Thätigkeit von 1871—74	—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—. 10.
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals	—. 15.
Engels, F. Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—. 30.
— — Bakunisten an der Arbeit	—. 10.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	—. 20.
Hillmann, Praktische Emanzipationswinke	—. 10.
— — Die Organisation der Massen	—. 20
Hirsch, die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation	—. 10.
Liebknecht, Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.	—. 20.
— — Reichstagsrede 1874	—. 10.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	—. 05.
Volksstaat-Kalender für 1874	—. 20.
— — für 1875	—. 20.
Wohnungsfrage. Eine soziale Skizze	—. 10.
York, Die industrielle Arbeiterfrage	—. 10.

Die Filialexpeditionen werden um sofortige Mittheilung ihres Lagerbestandes ersucht, damit wir ihnen die Preisdifferenz gutschreiben können. Spätere Reklamationen können keine Berücksichtigung finden.

Leipzig, den 7. Juni 1877.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt“ Nr. 20, enthaltend:

Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatze.

Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt“.
Färberstr. 12. II.

Bei der Volksbuchhandlung in Zürich ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der Staat

vom sozialdemokratischen Standpunkt aus.

Eine Auseinandersetzung mit den „Anarchisten“.

Von Hermann Greulich, Redakteur der „Tagwacht“.

2½ Bogen groß Oktav. — Preis 25 Pf.

Die Buchhandlung des „Vorwärts“.

Durch uns ist zu beziehen:

Que Faire?

Französischer Roman von **Tschernyschewsky.**

33 Bogen stark. Preis 4 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Wir empfehlen:

Grundzüge der Nationalökonomie

von

C. A. Schramm.

76 Seiten Oktav, Einzelpreis 25 Pf., in Partien bezogen 20 Pf. pr. Expl

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hah, 630 North 3rd Street
J. Boll, 113w Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Senge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 68. Mittwoch, 13. Juni. 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf. pro Monat** für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße [illegible] wegen Majestätsbeleidigung schuldig.

— Parteigenosse Mehlhorn, welcher während der Wahlagitation für kurze Zeit als verantwortlicher Redakteur der „Glauchauer Nachrichten" fungirte, ist wegen Beleidigung der Casinogesellschaft in Glauchau zu 3 Tagen Gefängniß und Tragung der Kosten verurtheilt worden.

*) Auf Hospitäler mit Verwundeten scheinen es die russischen „Culturkämpfer" überhaupt abgesehen zu haben — bei der Beschießung von Widdin zielten sie wiederholt auf das Hospital.

Correspondenzen.

Berlin, 8. Juni. Wir stehen am Vorabend der Wahl. Die letzten Wochen sind in unausgesetzter Thätigkeit verstrichen. Die Wählerversammlungen haben ihren Fortgang genommen und waren alle sehr gut besucht. Zu einer dieser Versammlungen, die am Freitag, den 1. Juni in Moabit im 6. Wahlkreise abgehalten wurde, waren beide Kandidaten eingeladen. Es erschien jedoch nur Herr Hasenclever, der in seiner Rede unter anderem darauf hinwies, welche Achtung Herr Löwe durch sein Nichterscheinen den Wählern gezeigt habe. Herr Hasenclever versicherte, daß er, falls das liberale Wahlcomité ihn einladen sollte, ganz allein in die gegnerische Versammlung gehen würde, worauf der anwesende Vorsitzende ihn zum Freitag, den 8. Juni, zur Berliner Proletariat, jugendlicher Held, thue Deine Pflicht, thue sie zunächst am 14. Juni, am Tage der Wahlschlacht, thue sie für und für im muthigen Ringen um die höchsten Güter, um die Freiheit und Brüderlichkeit! Thue Deine Pflicht Proletariat aller Länder, thue sie mein Herkules, auf Deinen Schultern ruht die Welt! —

Berliner Proletariat, Berliner Parteigenossen! Nochmals klingt unser Ruf: Am 14. Juni blickt nicht nur ganz Deutschland auf Euch, nein, die Sozialisten aller Länder erwarten von Euch den Sieg!

Zum letzten Gothaer Sozialisten-Congreß

macht ein anständiger Gegner in der zu Görlitz erscheinenden „Niederschlesischen Zeitung" folgende „Bemerkungen":

„Theuer ist mir der Freund, doch auch der Feind kann mir nützen: zeigt mir der Freund, was ich kann, lehrt mich der Feind, was ich soll." — Von diesem Gesichtspunkt aus ist der im Laufe der verflossenen Woche in Gotha abgehaltene Congreß fast noch interessanter für uns, als er es für die Sozialisten sein mag, und Berliner offiziöse Blätter haben bereits, allerdings nicht ohne tendenziöse Absichten, die man merken und über die man verstimmt werden muß, darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorgänge auf dem Sozialisten-Congreß für das deutsche Bürgerthum ein „ernster Mahn- und Weckruf" sein sollten.

„Das Wachsthum der deutschen Sozialdemokratie mehr noch in der Richtung nach Innen wie in der nach Außen tritt uns aus den Verhandlungen des Congresses als eine imposante Thatsache entgegen, und erstaunt möchten wir was [illegible] mehr liche Nüchternheit. Die 50jährige Bischofsjubelfeier Pius IX. wurde hier in einer Weise begangen, wie wohl selten andernorts. Eingeleitet durch 13stündiges Gebet am Samstag, feierte man sie am Sonntag mit Prozessionen und Festessen, bei welcher Gelegenheit unter andern Rednern besonders v. Schorlemer-Alst, der Liebling der Münsteraner, glänzte. — Im Dekoriren und Flaggen war das Größtmöglichste geleistet, nur war die grandiose Illumination durch das Verbot der Regierung zu Wasser gemacht, doch dafür wurden alle „Gläubigen" am Montag durch das Gartenfest im Schützenhofe entschädigt, welches, offen gestanden, ungemein glänzend war. Wohl an 10,000 Besucher, alle „Ketzer" natürlich inbegriffen, drängten sich in den weiten Räumen und tummelten sich bei Illumination, Konzert, Gesang und Feuerwerk. Die kurze Festrede des Domkapitular Klein aus Paderborn war ganz geeignet, die „getreue Heerde" zum Kampfe gegen die Bedrücker aufzumuntern, und die rasenden Hochrufe der „getreuen Schafe" legten das beste Zeugniß ab, daß an ein Nachgeben Seitens der Ultramontanen im „Kulturkampf" nicht zu denken ist. — Die am Dienstag Nachmittag einberufene „Volksversammlung" war größtentheils von Pfaffen besucht und bezweckte die Besprechung der Schulfrage. — Bekanntlich liegt de „Kirche" mit dem „Kultusministerium" darüber im Streite, wer die Inspektion

*) Italienisch: Es lebe Pius der Neunte. Für unsere Leser, die in solchen Dingen nicht bekannt sind, die Notiz, daß der gegenwärtige Pabst, welcher den Titel Pius IX. führt, Anfang Juni 1827 zum Bischof gemacht wurde. R. d. V.

Congreß debattirt wurde, hat sich damit das Zeugniß unverwüstlicher Lebenskraft ausgestellt.

Wir entmannen uns nicht durch kindische Selbstbewunderung, sondern prüfen uns scharf, decken unnachsichtig jeden Schaden auf, „lernen wo wir können", und haben so viel Vertrauen in uns selbst und in unsrer Sache, daß wir das Tageslicht nicht scheuen. Wir haben nur zu gewinnen, wenn wir die Wahrheit sagen, alle anderen Parteien würden verlieren, ja zu Grunde gehen, wenn sie es thäten. Wer die Wahrheit zu seinem Leitstern gewählt hat, ist unbesiegbar, wer aber ihr nicht huldigt, dem wird sie verderblich.

Das darf sich auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hinter die Ohren schreiben. Ob das neue Vereins-Polizeigesetz, das sie in petto hat, zur Ausführung kommt oder nicht, ist uns sehr gleichgiltig. Der Plan bekundet den geistigen Bankrott seiner Urheber, und die Verwirklichung würde den Bankrott nur sichtbarer, eklatanter machen. Das neue Polizeigesetz wäre ein neues Polizeifiasko.

Enthüllung des Börne-Denkmals.

(Bericht der „Frankf. Ztg.")

Frankfurt, 6. Juni.

Heute Vormittag fand die Enthüllung des Börne-Denkmals in Gegenwart der Spitzen der Civil- und städtischen Behörden, verschiedener Ehrengäste und Vereine sowie eines zahlreichen Publikums statt. Vor dem Denkmal waren einige Bänke aufgestellt, auf welchen die hier lebenden Verwandten Börne's Platz genommen hatten. Die Feier wurde durch das Schyler'sche [illegible] [illegible] nicht verwehren wollen.

Plauen. Nach dem „V. A." ist gegen 1100 hiesige Einwohner wegen Steuerrückständen aus dem Jahre 1876 die gerichtliche Execution beantragt worden und kommt jetzt und in den nächsten Wochen zur Anwendung. Die Steuern, um deren Eintreibung es sich bei diesen Restanten handelt, sind die städtischen Anlagen und die Gewerbe- und Personalsteuer. Noch nicht inbegriffen sind also die Grundsteuer-, Hundesteuer-, Brandkassen- und Schulgeldrestanten. Die seit einer Reihe von Jahren fortwährend sich steigernde Zahl dieser säumigen Schuldner gibt zu denken. Dieselbe betrug im Jahre 1872 212, 1873 426, 1874 521, 1875 652, 1876 1100. Die Mehrzahl derselben gehört dem Stande der Handarbeiter, Fabrikarbeiter und Handwerksgehilfen an, zahlreich vertreten sind auch Sticker, Weber, Handelsleute, Dienstboten; weiter finden sich darunter mehrfach auch selbstständige Gewerbtreibende, Commis, Agenten, Colporteure, Restaurateure u. s. w, ja selbst Rentiers fehlen nicht. Diese Zahlen sprechen deutlicher als alle Actenstücke, die man über den in manchen reichsfreundlichen Köpfen immer noch fraglichen Nothstand abzufassen vermag und den man gar zu gern ableugnen und als Erfindung der Sozialdemokraten bezeichnen möchte. Wir sind überzeugt, von allen Industrie-Städten würde ein Gleiches gemeldet werden, wenn man es der Oeffentlichkeit preisgeben wollte.

Dresden. Sonnabend, den 2. und Sonntag, den 3. d. M. hatten wir hier zwei stark besuchte Wählerversammlungen, in denen Bebel, Reichstagsabgeordneter für Dresden, Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage erstattete. In beiden Versamm-

---

Der, um Länder zu erwerben, sie schickt aus in Kampf und Tod —
Um Mätressen zu bezahlen, sie verkauft für fremdes Geld —
Der sie preßt und der sie prügelt, wie es seiner Laun' gefällt —
Der sich nennt „von Gottes Gnaden", der selbst sagt: „ich bin der Staat",
„Alles ist um meinetwillen, so beschloß es Gottes Rath." — —
Ueberall war nun auf Erden lange, stille Grabesnacht;
Doch umsonst nicht hatten Wen'ge treulich stets des Rechts gedacht,
Hatten nicht umsonst gesprochen zu der Masse will'gem Ohr,
Denn urplötzlich und gewaltig brach des Volkes Grimm hervor.
Und sie traten, Recht zu fordern, kühn hin zu des Fürsten Thron,
Rissen ab den blut'gen Purpur, nahmen Scepter ihm und Kron'.
Waren mündig nun geworden, riefen jubelnd: „wir sind gleich,
Nieder Adel, nieder Pfaffen und das Gottesgnadenreich!"
Doch — die Reaktion, die starke, brach zu schnelle nur herein,
Und der feiste Bürger reichte bald die Hand zum Bund den Drei'n.
War ja selbst nun Herr geworden; Herr geworden aus 'nem Knecht,
Wandte treulos sich von Denen, die mit ihm gekämpft für Recht. —

So ist's heut! Noch immer Sklave, keucht der Bauer auf dem Feld,
Sä't und erntet — für den Gutsherrn, der ihm lohnt mit Hungergeld.
Und besitzt er selbst 'nen Acker, bleibt er doch ein armer Mann,
Weil er nicht, wie dort der Gutsherr, mit Maschinen schaffen kann.
„Wer schon hat, dem wird gegeben." Also heißt ein Bibelwort,
Das durch tausend Menschenalter wirkte sicher fort und fort.
„Und wer wenig hat, genommen wird das Letzt' ihm aus der Hand."
So verliert der arme Bauer auch das Letzte denn, sein Land;
Ausgepreßt, besiegt im Kampfe mit dem großen Kapital,
Bleibt ihm nichts, als zu vermehren der Lohnsklaven große Zahl.
Wohl zu viel zum raschen Sterben, doch zum Leben nicht genug,
Bringt ihm ein die harte Arbeit mit der Sense, mit dem Pflug;
Und umher rings, Feld und Wälder, Heerden, Dörfer, Berg' und See'n,
Alles, Alles, Meil' auf Meile, weiter als die Blicke sehn — —
Alles das gehört dem Gutsherrn, für ihn reift die grüne Saat,
Für ihn birgt der Wald die Beute, klappert dort das Mühlenrad.

Und in jenen kleinen Hütten wohnt sein armer Bauersmann,
Glücklich meist noch, wenn er immer für den Gutsherrn schaffen kann.

So ist's heut! Wie auf dem Lande, grad' so ist's auch in der Stadt,
Wo sich die enterbte Klasse massenhaft gesammelt hat.
Wie im frühen Mittelalter ragen heut auch Thürm' empor,
Doch aus ihnen, Alles schwärzend, steigt nur finst'rer Rauch hervor.
In den Häusern schwirren Räder, klappert's, pochen Hämmer wild;
Tausend schaffen gegen Lohn drin, Lohn, der kaum den Hunger stillt.
Wie ein Junker früh'rer Tage, haust darin der Fabrikant,
Dessen Geld mit Eisenbanden, Arbeiter wie Sklaven bannt.
Heuchelnd heißt's: „es seien Alle, Alle seien gleich und frei" — —
Doch der Hunger, unbarmherzig, ruft den Armen schon herbei;
Sperrt ihn ein in dumpfe Säle, schickt ihn in der Erde Schooß,
Kohlen, Erze, Gold gewinnend, doch der Arme — er bleibt bloß,
Baut Paläste und Museeen, Schienen, Straßen dem Verkehr,
Webt die Tücher — und doch friert er, schmückt die Häuser — sein's ist leer.
Selbst Familienglück und Ehe existirt nicht mehr für ihn,
Weib und Kinder müssen schaffen, müssen zur Fabrik hinziehn.
Und die zarten Kinderleben werden früh dort schon geknickt — —
Knospen, die der Sturm gebrochen, eh' ihr Wohlgeruch entzückt;
Ja! er ist enterbt von Allem, Nichts gehört dem armen Tropf,
Andern lohnet's, was er schaffte mit den Fäusten mit dem Kopf.
Andre sacken ein die Früchte, die sein Fleiß hervorgebracht —
Ja! der Arbeit Lohn noch immer ist des Elends trübe Nacht.
Aber Jene — die der Zufall an 'nen andern Platz gestellt,
Wären selbst es Idioten, sie gewinnen Glück und Geld.
All' das Herrliche, geschaffen durch die Wissenschaft und Kunst,
Alles, was das Herz entzücket — ihnen gab's der Zufalls Gunst —
Daß sie Söhne oder Erben jenes reichen Wuch'rers dort —
Oder Jenes — der gegründet und Bankrott macht fort und fort,
Oder Jener — die da rühmen laut ihr adeliges Blut,
Und als edle Ritter stehlen dem Plebejer Hab und Gut —
Oder Jener, welche hündisch-schmeichelnd lagen vor dem Thron,

Gleich ob drauf ein Nero sitzet, zahlt er nur gehör'gen Lohn —
Oder der modernen Junker, jener Junker von dem Schlot,
Die dem Armen Arbeit geben und als Lohn ein dürftig Brot —
Oder Jener — doch genug schon der Vampyre sind gezählt,
Für die, von der Wieg' zum Grabe, freudlos sich der Arme quält;
Jener, die der Menschheit stahlen das, was heute Reichthum heißt —
Denn die ganze Menschheit schuf ihn, früh und spät, mit Hand und Geist.
Alle haben sie gebauet, alle trugen Stein' herbei
Für den Tempel, der die Menschheit soll umfassen, gleich und frei.
Doch die Wenigen, sie stahlen in den Tempel sich hinein —
Und die Masse, hungernd, frierend, lagert immer noch im Frei'n.
Drinnen singt und jubilirt es, draußen herrscht Verzweiflung, Noth,
Und doch hat der Tempel reichlich für sie Alle Platz und Brot.
Schon so manchmal tönte Klopfen an die Pforte, leis und zart,
Doch auch manchmal, Einlaß heischend, klopften Fäuste drohend, hart —
Und auf zartes Klopfen immer war die Antwort Spott und Hohn;
Klopften Fäuste, blut'ge Antwort spendete dann die Kanon'. — —
Doch es mehren sich die Fäuste, immer stärker tönt der Schlag,
Und die Pforte muß sich öffnen, kommen muß der Siegestag!
Kommen muß der Tag, da Alle haben Platz und Brot und Licht,
Wo nicht Einer schwelgt, wofür dann Zehnen es an Brot gebricht —
Kommen muß der Tag, da jubelnd die Enterbten ziehen ein,
Und den Menschheitstempel endlich voll und ganz der Menschheit weih'n.
Ja! er kommt! Ich hör' es donnern und des Tempels Pforte kracht —
Seht dort hell die Morgenröthe! Endlich, endlich weicht die Nacht.
Menschheit, Menschheit, auf vom Schlafe! Schrecke aus dem Traum empor,
Dir — der ganzen — öffnet machtlos sich das schon geborst'ne Thor. —

Frankfurts Bürgerschaft zu allen Zeiten gelebt hat, und mit welchem die Bürgerschaft das Andenken an die berühmten Söhne dieser Stadt jederzeit lebendig erhalten hat. Möge hierin zu keiner Zeit Wandlung geschehen!" Bei diesen Worten fiel auf Aufforderung des Herrn Dr. Reinganum die Hülle. Das Comité, Herr Drill Namens des demokratischen Vereins, Herr Oberregisseur Vollmer in Vertretung des Theaters, legten Blumenkränze zu den Füßen des Denkmals, worauf das Quartett den Kreutzer'schen Chor „Abendruhe", zu welchem Herr Hörth einen angemessenen Text verfaßt hatte, anstimmte. Zum Schluß legte Hr. Frohme im Namen der Sozialdemokraten einen Kranz auf das Denkmal „des Streiters für Freiheit und Recht." Der Journalisten- und Schriftsteller-Verein ließ einen Kranz darbringen.

(Uns will bedünken, daß es ein großer Mißgriff war, die Rede zur Feier Börne's einem nationalliberalen Fortschrittler zu übertragen — mag derselbe hundertmal Freund Börne's gewesen sein. Heut wäre Börne sicherlich nicht sein Freund. R. d. „V".)

Auch die französische Demokratie wohnte im Geiste dem erhebenden Feste bei.

A. Naquet, das bekannte republikanische Mitglied der französischen Nationalversammlung, hat in seinem und seiner Freunde Namen an die Redakteure der „Frankf. Ztg." einen Brief gerichtet, in welchem er der Sympathie der französischen Demokraten mit der Feier des Andenkens von Ludwig Börne in beredter und herzlicher Weise Ausdruck giebt. Börne's Streben, so führt das Schreiben unter Citirung entsprechender Stellen aus den „Pariser Briefen" aus, war auf **eine Allianz des deutschen und französischen Volkes im Dienste der Sache der Menschheit, des Friedens und der Freiheit gerichtet; ein Denkmal Börne's ist ein energischer Protest gegen den verderblichen Gegensatz, in den die Ereignisse beide Nationen gebracht haben. An der Ausgleichung dieses Gegensatzes, an der Erfüllung der Idee zu arbeiten, die in Börne ihren tapfersten Vertreter fand, sei die Aufgabe der deutschen, wie der französischen Demokratie,** „und darum" — so schließt Naquet — „haben wir französischen Republikaner das Recht wie die Pflicht, uns mit Euch zu vereinigen in der Huldigung, die dem Andenken Börne's in seiner Vaterstadt gezollt wird."

Sozialpolitische Uebersicht.

— Blühender Unsinn. In dem Berliner Dunckerblatt verübt Bernstein, den wir bei dieser Gelegenheit an gewisse lebendige Leitartikel erinnern möchten, in welchen er seinen sehr starken Familiensinn zum praktischen Ausdruck gebracht hat, seit einiger Zeit eine Reihe von Leitartikeln gegen die „Sozialdemagogie", soll heißen Sozialdemokratie, die Alles in Schatten stellen, was Rabbi Bernstein bisher auf diesem Gebiete geleistet. Einem der letzten Artikel, betitelt: „Die Verwirklichung des demagogischen Phantoms", entnehmen wir nachstehende Kraftstellen:

„Das demagogische Verhalten der Herren, welche an der Spitze der sogenannten (!) Sozialdemokratie (Rabbi Bernstein vertritt wohl die ächte Sozialdemokratie?) stehen, enthebt uns jeder Verpflichtung, das System zu prüfen, welches sie als Weltbeglückung anempfehlen. Angenommen, Alles was die Herren erstreben, wäre edel, richtig und durchführbar, so würde dennoch die Art und Weise, wie sie den unwissendsten und den von der Noth des Lebens am meisten betroffenen Theil des Volkes mit schönen Aussichten an sich ziehen und ihnen Groschen-Beiträge zum Zweck der Agitation aus den Taschen locken, den Stab über sie brechen."

(Daß diese verkehrten „Sozialdemagogen" doch nicht bei Duncker gelernt haben, wie man dem Volk auf ehrliche Weise sein Geld aus der Tasche lockt!) — —

„Wie stets bei der Falschmünzerei auch etwas echtes Metall angewendet wird, um die Täuschung zu fördern, so wird zwar in das System, welches diese Demagogen vorspiegeln, auch manche richtige Idee (Oho! Also doch!) hineingewoben; aber nur um zu blenden und zu verführen und Unwissende und Schwachköpfe zu dem Wahn zu verleiten, daß sie edlen Aufgaben dienen, für welche man mit allen Mitteln kämpfen muß. Ja, dieser Wahn wird dermaßen gepflegt und unterhalten, daß man alle andern Parteien, welche ihn abweisen, für selbstsüchtig, geldgierig, böswillig und erkauft ausgiebt, die wissentlich das helle Licht der Weltverbesserung verfinstern und sich des Leidens der Menschheit freuen."

(Die armen verkannten Tugendhelden Hirsch, Duncker, Richter, Löwe, Bernstein und Consorten!) — — —

„Denken wir uns einmal das Phantom der Demagogie verwirklicht, so ist gerade die verheißene Gleichheit der Lebensgenüsse ein zwingendes Gebiet, welches jede Erhöhung der Lebensgenüsse unmöglich macht.

„Wenn die Herren Demagogen nicht das Kunststück verstehen, Caviar und Austern für Alle zu machen, so bleibt nichts anderes übrig, als den Genuß ganz und gar zu verbieten. Hintertiertel dürfen die Ochsen nicht haben, oder sie müssen, weil man nicht Jedem davon seine Mahlzeit bereiten kann, der Fäulniß übergeben werden. Alle größeren Häuser müssen niedergerissen werden, weil ja Niemand eine bessere Wohnung haben darf als der Andere, und man doch nicht Alle im ersten Stock wohnen lassen kann. Sammet und Seide muß vertilgt werden, da man sie doch unmöglich für Jeden herbeizuschaffen vermag. Equipagen und Reitpferde müssen verboten werden, falls man nicht von Staatswegen jedem Bürger den Genuß eines solchen Luxus darzubieten im Stande ist. Schließlich läuft das große Phantom von Weltbeglückung darauf hinaus, daß nur die allergewöhnlichsten Lebensbedürfnisse dem glückseligen Menschengeschlecht dargeboten werden sollen, die jetzt ein Jeder haben kann, der arbeitet, und die selbst dem Müßiggänger zu Theil werden, wenn er in das Arbeitshaus gebracht wird, das dem Ideal der Weltverbesserung ungemein ähnlich ist." — — U. s. w., u. s. w.

O Blödsinn, dein Name ist Bernstein!

— Ein Ketzergericht soll in der Hauptstadt des Intelligenzstaates bevorstehen. In akademischen Kreisen geht nämlich das Gerücht, es sei eine Beseitigung des Dr. Dühring aus dem Lehrkörper der Universität im Werke, und zwar verlautet, daß ein Verfahren dieserhalb aus der Initiative der philosophischen Fakultät eingeleitet sei. Inkriminirt sind zwei neuere Dühring'sche Bücher: das mit dem ersten Preise der Beneke-Stiftung gekrönte Werk: „Kritische Geschichte der allgemeinen Prinzipien der Mathematik", von dem im vorigen Jahre eine zweite Auflage erschienen ist, und außerdem die kleine Schrift: „Der Weg zur höheren Berufsbildung der Frauen und die Lehrweise der Universitäten." In der letzteren Schrift soll die allgemeine Kritik der Universitätszustände bei der philosophischen Fakultät ganz besonderen Anstoß erregt haben. In ersterer dagegen sollen bestimmte Aeußerungen über Professor Helmholtz inkriminirt sein. Letzterem gegenüber ist Dr. Dühring für den Arzt Mayer als Begründer und verdienstvollen Förderer der Wärmemechanik eingetreten, hat die Ansprüche des Professors Helmholtz in dieser Richtung nicht anerkannt und ihm überdies vorgeworfen, daß er „unklar ein wenig philosophele". Die philosophische Fakultät, deren Mitglied Professor Helmholtz ist, entscheidet selbstständig über ihren Conflikt mit Dr. Dühring, sobald sie bei dem Unterrichtsministerium auf die Remotion (Entfernung) anträgt. Da gerade die Beneke-Preisschrift inkriminirt ist, so sei daran erinnert, daß einst Beneke von der Berliner philosophischen Fakultät angeblich wegen Materialismus, in Wahrheit aber darum entfernt wurde, weil er selbstständig war und sich nicht zur Hegel'schen Philosophie bekannte.

Wir sind sehr begierig, wie die Sache auslaufen wird. Daß gegen Dühring etwas im Werk ist, steht fest. So hohe Vorstellungen wir aber auch von dem deutschen Universitätszopf und von dem sprichwörtlichen Professorenneid haben, so können wir doch nicht glauben, daß der saubere Plan zur Ausführung kommt. Wir sind sicherlich keinerlei Parteilichkeit für Dr. Dühring verdächtig, aber das erklären wir laut: seine Maßregelung wäre ein Attentat gegen die „freie Wissenschaft", eine Schmach für die Urheber und ein ewiger Schandfleck für die Universität Berlin!

— Zum Kapitel der wöchentlichen Lohnzahlung schreibt unser hiesiges Parteiorgan, die „Fackel": „Als vor Kurzem Parteigenosse Fritzsche im Reichstag erklärte, daß die Arbeiter sehr oft wochenlang darauf warten müßten, ehe ihnen der sauer verdiente Lohn ausgezahlt wird, — da erhob das „Tageblatt" ein großes Geschrei und versicherte, so etwas käme gar nicht vor. Nachstehende Zuschrift wird zeigen, daß noch viel Schlimmeres vorkommt. Ein Arbeiter schreibt uns: Am 19. März 1877 fing ich an zu arbeiten bei dem Schlosser Herrn Eduard Bergk (Ulrichsgasse) in Leipzig, Sonnabend den 24. März erhielt ich 15 Mark Lohn ausgezahlt mit den Worten: Ueber acht Tage wollen wir rechnen. Ich habe dann weiter gearbeitet, 5 Tage, mit einigen Ueberstunden. Sonnabend den 31. März erhielt ich keinen Lohn, sondern ich wurde bedeutet, denselben den 3. Feiertag zu holen. Ich ging an diesem Tage zu Herrn Bergk, und meine Rechnung, welche dieser Herr auf ein Stück Papier schrieb, machte 12 M. 50 Pf. Es war den 3. April früh 8 Uhr, ich erhielt nichts und wurde von Herrn Bergk ersucht, denselben Tag Abends wiederzukommen. Ich ging hin — wiederum wurde ich nicht bezahlt, sondern auf den folgenden Tag vertröstet, und so ist es fortgegangen bis Freitag den 6. April, wo ich mein Geld bestimmt erhalten sollte. Früh halb 8 Uhr bestellt, bekam ich nichts, Abends um 7 Uhr nochmals bestellt, sagte der sehr ehrenwerthe Herr Eduard Berg: „Sehen Sie, Fromm, ich will Ihnen wenigstens zeigen, daß ich Geld habe", worauf er drei Stück große Markscheine aus der Tasche nahm und mir zeigte, „aber Sie bekommen heute doch noch nichts." Ich fragte Herrn Bergk, wann ich endlich mein Geld bekommen sollte, und erhielt zur Antwort: ich könnte nach meinem Gelde kommen, so viel mal ich wollte. Ich erwiderte dem Ehrenmanne darauf: daß mir dann nichts weiter übrig bleibe, als zu klagen; die Antwort darauf war, ich sollte das nur thun. Die letzten Worte des Herrn Bergk waren: „Wenn es mir auch noch dreimal mehr kostet, ich bezahle Sie, wann ich Lust habe." Ich wünschte Herrn Berg hierauf eine gute Nacht und ging. — Herr Fromm hat alsdann, als er auf gütlichem Wege durchaus nicht zu seinem Gelde kommen konnte, den Herrn Bergk verklagt, dieser ist auch verurtheilt worden, Lohn und Kosten zu bezahlen, er hat jedoch nichts bezahlt. Auf nunmehr erfolgte Beschwerde bei dem Gerichtsamt wurde Fromm bedeutet, er könne zwar Herrn Berg auspfänden lassen, doch müsse er — wenn die Auspfändung fruchtlos ausfalle, was leicht möglich sei, indem das betreffende Geschäft der Frau des Herrn Bergk gehöre, — die Exekutionskosten bezahlen. So etwas kommt vor, und Sachsen bleibt doch ein — Rechtsstaat."

Hierzu sei beiläufig bemerkt, daß es in Leipzig eine ganze Anzahl von Fabrik-Etablissements giebt, in welchen die Arbeiter allwöchentlich ein sogenanntes „Kostgeld" als Abschlagszahlung auf ihren verdienten Lohn erhalten, während die eigentliche „Rechnung" vierteljährlich beglichen wird; so u. A. in der Hofpianoforte-Fabrik des Herrn Blüthner, Weststraße, in verschiedenen Maschinenfabriken, u. s. w. Obschon uns das seit Langem bekannt ist, so haben wir doch das „Tageblatt" seinerzeit ruhig schimpfen lassen, weil die Arbeiter selbst die Sache ganz gut kennen und weil es eben das „Tageblatt" war. Es lohnt nicht der Mühe, die sämmtlichen Dummheiten, welche dieses Blatt tagtäglich verübt, Knall und Fall in's rechte Licht zu stellen.

— Unsere Culturkämpfer haben recht wackere Bundesgenossen erhalten. Vor einigen Tagen haben in Prag Alt- und Jungczechen am Ziskaberge einen Scheiterhaufen errichtet und unter Absingung czechischer Lieder das Bild des Papstes und dessen gegen Rußland gerichtete Allokution verbrannt. Mehrere czechische Studenten, die sich auch an dieser Kinderei betheiligten, wurden verhaftet.

— Aus der Schweiz berichtet der „Pädagogische Beobachter" und nach ihm die „Tagwacht" folgende interessante Historie:

„Herr Wunderli- v. Muralt, ein Mitglied des züricherischen Schlotjunkerthums, auch Glocken-Wunderli genannt, weil er im Spenden der Kirchenglocken sehr freigebig ist, traf in einem Gasthof zu Ragatz mit einem höheren preußischen Offizier, Herrn v. Wedell, zusammen. Man sprach an der Tafel über Arbeiter und Sozialdemokraten 2c., da wendet sich der züricherische Schlotjunker an den preußischen Offizier mit den Worten:

„Lassen Sie einmal in Berlin 10,000 Arbeiter zusammenkartätschen, das wird unseren schweizerischen Arbeitern gut thun!"

Der preußische Junker, über eine solche Bestialität empört, dreht dem Herrn Wunderli- v. Muralt den Rücken zu und frägt einen Nachbarn: „Ist dieser Mann ein Schweizer?""

Die Frage des Offiziers war berechtigt, da er den Herrn Wunderli jedenfalls für einen Kannibalen halten mußte. Aber fragen wir, gibt es nicht eine große Anzahl solcher Wunderli's auch in Deutschland, welche ein frisches, fröhliches Sozialistenmassacre für die einzige Rettung halten? Haben die Versailler Ordnungsbanditen nicht in Paris so gehandelt, wie Herr Wunderli in Bezug auf Berlin es wünschte? Der Ausspruch enthielt also gerade nicht viel Neues.

— „Wenn ich das Unglück hätte, König zu sein" — an diese bedenkliche Satzwendung, mit der Rousseau einen Brief

---

Anti-Sklaverei

von Ferdinand Ehrhardt in Boston, Massachusetts.

Dichte Nebelwolken wallen, hindern unsern freien Blick,
Sehen wir zum Uranfang, zum ersten Lebenskeim zurück —
Denn bis dahin vorzudringen, fehlt's noch unserm Aug' an Kraft,
Doch von Tag zu Tag wird's stärker, stärker durch die Wissenschaft.
Schon sehn wir sich's seltsam regen, Leben kommt und Leben geht,
Durch Vererbung und Veränderung, langsam Art auf Art entsteht —
Und vollkommner stets die nächste, nur das Starke kann bestehn
Und das Unvollkommne, Schwache muß dafür zu Grunde gehn.

Unermeßne Zeiten gingen, bis dann jener Schritt gethan,
Der fortan dem einen Wesen gab den Platz hoch obenan.
Seit die Schranke aufgerichtet zwischen Jenen — — Mensch und Thier,
Herrscht' der Mensch, der Erde König, des Gewordnen schönste Zier —
Herrscht' und lebte frei von Sorgen, kein Bedürfniß kannte er
Außer Stillung seines Hungers, und das war nicht allzuschwer,
Denn stets volle Tafel fand er, ihm gedeckt von der Natur,
Thier' und Früchte, süßes Wasser gab ihm reichlich Wald und Flur.*)
Doch — dann mehrten sich die Menschen und die Nahrung ging dahin,
Früchte nicht genug sie fanden, nicht mehr gab die Jagd Gewinn.
Früher ringsum reiche Beute, jetzt versagt Natur das Brot,
Und der Mensch lernt Thiere züchten, Land bebauen nun durch Noth.
So gereift denn bis zur Arbeit, schritten sie auch rascher fort,
Gründeten sich feste Stätten, zogen nicht von Ort zu Ort —
Lernten Zeit und Werth bestimmen, schlossen sich einander an,
Nicht mehr lenkte sie der Zufall, sondern die Vernunft und Plan.
Doch je höher sie gestiegen zu dem Gipfel der Kultur,
Umsomehr Gewaltthat herrschte und es wuchs die Unnatur,
Denn zu bald nur kam ein Starker, der den Schwächeren bezwang,
Bis der Ueberwundne flehend zu des Siegers Füßen sank. —
Muß zum Sklavendienst sich beugen, für den Sieger Arbeit thun,
Der, zu neuen Heldenthaten, kann die faulen Glieder ruhn.
Und der Sklav' hat keinen Willen, seine Kinder sind nicht sein,
Denn sein Herr kann sie verkaufen und verspielen sie beim Wein;

*) Diese idyllische Schilderung des Urzustandes stimmt nicht mit den Ergebnissen der Wissenschaft. Red. d. „V".

Angstvoll sieht er seine Töchter prangen in der Schönheit Zier,
Denn wenn es dem Herrn gelüstet, sind sie Opfer seiner Gier.
Und — will murren er darüber — „Sklave, schweig! Du hast kein Recht,
Zwar trägst du ein menschlich Antlitz, aber doch bist du ein Knecht,
Und dein Herr kann frei dich tödten, wie er einen Hund erschlägt,
Dessen Zerren an der Kette seinen Aerger hat erregt."

So ist Macht denn Recht geworden, was es auch bis heut noch ist,
Und zur Macht gesellte dienend bald sich Lüge und die List — —
Denn bald waren's ihrer Tausend, die nur Einem unterthan,
Da erfand man, sie zu zügeln, jenen blinden Himmelswahn.
Und die Pfaffen jeden Glaubens lehrten mit demselben Ton:
„Wohl dem Menschen, der hier leidet, er erhält dort ew'gen Lohn,
Oben thronen gute Götter, sie nur wissen's was dir frommt,
Darum füge dich mit Demuth, ob es gut, ob böse kommt."
Und die Lüge hat gezogen, überall und jederzeit
Sahen hoffend sie zum Himmel, trugen still der Erde Leid.
Und brach durch das lange Dunkel zuckend hell der Wahrheit Licht,
So verstanden sie die Worte „Wissen, Freiheit, Gleichheit" nicht.
Schalten Den, der sie gesprochen einer Welt entgegen, kühn,
Schalten den als Volksverführer: „kreuzigt ihn, ja kreuzigt ihn!"

Völker kommen und verschwinden, ihre Götter, sie vergehn,
Deren Himmel stürzen nieder, Sklaverei, sie blieb bestehn.
Wohl sprach jener Nazarener, „alle Menschen, sie sind gleich" —
Wohl gewann der neue Glaube, sturmfluthähnlich, Reich für Reich —
Wohl bekannten sie, „wir glauben, was uns unser Herr gelehrt,
Und verflucht sei, wer nicht jedes seiner Worte hoch verehrt!"
Und verfluchet und gemordet haben Millionen sie,
Die nicht beugten vor dem Dogma sklavisch den Verstand, das Knie,
Doch die Worte jenes Christus „alle Menschen, sie sind gleich"
Haben sie, so scheint's, verwiesen in das große Fabelreich.
Denn noch gab es Herrn und Sklaven, nur mit Rücksicht auf die Zeit
Ward's nicht Sklaverei betitelt, sondern heuchelnd Hörigkeit.

Mitten unter seinen Hör'gen ragt des Ritters Burg hervor
Und inmitten frommer Schafe wohnt der feisten Mönche Chor.
Es besitzen Pfaff' und Ritter ringsumher den ganzen Grund
Und dem armen Sklav', dem Bauern, drücken sie die Schultern wund —

Denn jedwede schwere Arbeit that allein des Hör'gen Hand,
Für die Freien, für die Herren, ward' entehrend sie genannt.
Stöhnend sinkt der Bauer nieder unter seines Elends Last,
Während zechend und turnirend ihm der Herr das Gut verpraßt;
Hungern sieht er Weib und Kinder, höret bebend „Brot" sie schrei'n,
Doch — was ihm sein Herr gelassen, zog die Kirch' als Zehnten ein,
Gut und Blut und Leib und Seele — nichts gehört dem armen Sklav',
Selbst den Trost der ew'gen Ruhe stört der Pfaffen Höllenstraf.
Und da er es einst versuchte, unter Menschen Mensch zu sein
Und vom Joche seiner Herren mit Gewalt sich zu befrei'n — —
Waren Fürsten, Adel, Pfaffen auf das Tiefste drob empört,
Solch' Verlangen von den Bauern schien den Herren unerhört!
Selbst der „große Mann", der Luther, heiligte den Mörderbund,
Denn er rief zur Bauernhetze: „Schlagt sie todt wie tolle Hund'!"
Und durch Mord, Verrath nnd Folter zwangen sie den Bauersmann,
Daß er, sich verblutend, fügte wieder in den alten Bann.

Unterdessen wurden Fürsten immer mächt'ger ringsumher
Und es wuchsen rasch die Städte, aller Schwachen Schutz und Wehr,
Drin erblühten Kunst und Handwerk bald durch Bürgerfleiß empor —
Doch der Adel — lag buschkleppernd vor dem Wall und vor dem Thor,
Raubt dem Kaufmann seine Waare, wie dem Wand'rer Hab und Gut
Und verlacht Gesetz und Rechte hinter seiner Mauern Hut.
Da verband sich Fürst und Bürger und sie brachen manches Schloß
Und erschlugen rings den Adel und den räuberischen Troß — —
Bis der Adel kam und flehte um Erbarmen vor dem Thron
Und nun so Hofschranze wurde, dienend um des Fürsten Lohn.
Längst schon standen auch die Pfaffen dienend an des Fürsten Seit',
Und — nach seinem Wort zu lehren und zu handeln stets bereit.
So war denn in Eins verschmolzen Fürsten-, Adel-, Pfaffenmacht,
Was dem freien Bürgerthume bald den Untergang gebracht.
Nun gab's keinen Ort der Freiheit auf der weiten Erde mehr,
Hier, der Fürst mit Pfaff und Adel — dort, ein großes Sklavenheer.
Sklaven, die gehorsam folgen ihres Fürsten Machtgebot,

an Friedrich den „Großen“ (wenn wir nicht irren) begann — wurden wir lebhaft erinnert, als wir die Einzelheiten der Reise des „Väterchens“ nach dem Kriegsschauplatz erfuhren. Nur muß es statt „König“ Kaiser heißen, was ja im Grunde dasselbe. Man höre nur: „Am 6. Juni“, so schreibt man uns, „kam ‚Väterchen‘ in Ploesti („Plojeschti“) an. Die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln waren ergriffen, damit der Triumphator in spe keinen Schaden erleide. Zehn Minuten vor Seinem Zuge ging eine Courier-maschine, dann der Hofzug, — in dem Er aber nicht war! — zwanzig Minuten später ein Hilfszug mit Schlossern, Bau-arbeitern, Schwellen, Schienen, Werkzeugen aller Art; wieder 20 Minuten später ein Zug, in dem Er, versteckt zwischen Herren von der Suite (Gefolge), Kosaken und sonstigen Ver-tretern der heiligen Dreieinigkeit: Infanterie, Kavallerie und Artillerie, glücklich Sein Ziel erreichte. Der Güterverkehr war den ganzen Tag über vollständig eingestellt — den Kaiser selbst, der mit großem Geschick verborgen gehalten wurde, bekam Nie-mand zu sehen!“ Der arme Czar! Sein Handwerk wird ihm wahrhaftig sauer gemacht. Uebrigens wurden ihm unangenehme Scenen doch nicht erspart. Kurz nach Seiner Ankunft drängte sich, wie telegraphisch gemeldet wird, ein polnischer oder tscher-kessischer Offizier durch Sein Gefolge, brachte irgend ein Gesuch vor, das nicht gewährt ward, und erschoß sich vor Seinen Augen. Der Vorgang soll auf den bemitleidenswerthen Mann einen erschütternden Eindruck hervorgebracht haben — was sehr begreiflich —: der fragliche Offizier hätte ja sehr leicht — da-neben schießen können.

Inzwischen sitzt „Väterchen“ nach den neuesten Nachrichten in guter Ruh und sicher vor'm Schuß an der Donau und läßt seine gebrüllten Sklaven an sich vorüberziehen, die nächstens die Fluthen der Donau mit ihrem Blut färben sollen. „Hoch der Czar!“ brüllen die stumpfsinnigen, schnapstrunkenen Söldner — te Caesarem morituri salutant, die in den Tod Ziehenden grüßen Dich! So amüsirt sich ein Cäsar, und so amüsirt man die Völker!

Und das Alles für die „Humanität“, für die „Civilisation“· Damit Niemand daran zweifle, melden russische und englische Telegramme, daß die Montenegriner, des Czars Lieblinge, die auf dessen Geheiß ihre Raubzüge wieder begonnen, fünfhun-dert Türkenköpfe — Köpfe nicht blos getödteter, sondern auch gefangener und verwundeter Feinde, — abgeschnitten, und daß die russischen Truppen selbst in Ardaghan alle Häuser ge-plündert, das Hospital mit den Verwundeten verbrannt und die Weiber geschändet haben.*) Wahrlich, „Väterchens“ menschenfreundliches, friedliebendes Herz muß ihm im Leibe hüpfen vor Freude über so ruhmvolle Thaten seiner bewaffneten Apostel, welche die Cultur in den Orient tragen sollen!

Ach, er ist so menschenfreundlich, so friedliebend, der edle Czar! Und wer es nicht glaubt, der lese das letzte Manifest seines Petersburger Reptilienkabinets — da steht's schwarz auf weiß. Er will keine Eroberungen machen; er verabscheut das Blutvergießen, hat das Mitleid mit den unterdrückten Christen hat ihm das Schwert in die Hand gegeben — und wer's nicht glaubt, der zweifelt an des Kaisers Wort und macht sich einer Majestätsbeleidigung schuldig.

— Parteigenosse Mehlhorn, welcher während der Wahl-agitation für kurze Zeit als verantwortlicher Redakteur der „Glauchauer Nachrichten“ fungirte, ist wegen Beleidigung der Casinogesellschaft in Glauchau zu 3 Tagen Gefängniß und Tragung der Kosten verurtheilt worden.

---

*) Auf Hospitäler mit Verwundeten scheinen es die russischen „Cul-turkämpfer“ überhaupt abgesehen zu haben — bei der Beschießung von Widdin zielten sie wiederholt auf das Hospital.

Correspondenzen.

Berlin, 8. Juni. Wir stehen am Vorabend der Wahl. Die letzten Wochen sind in unausgesetzter Thätigkeit verstrichen. Die Wählerversammlungen haben ihren Fortgang genommen und waren alle sehr gut besucht. Zu einer dieser Versammlungen, die am Freitag, den 1. Juni in Moabit im 6. Wahlkreise abge-halten wurde, waren beide Kandidaten eingeladen. Es erschien jedoch nur Herr Hasenclever, der in seiner Rede unter anderem darauf hinwies, welche Achtung Herr Löwe durch sein Nicht-erscheinen den Wählern gezeigt habe. Herr Hasenclever ver-sicherte, daß er, falls das liberale Wahlcomité ihn einladen sollte, ganz allein in die gegnerische Versammlung gehen würde, worauf der anwesende Vorsitzende ihn zum Freitag, den 8. Juni, zur liberalen Versammlung einlud, bei der auch Hr. Löwe erscheinen werde.

— 9. Juni. Die am Freitag stattgehabte Disputation nahm einen für uns äußerst günstigen Verlauf. Trotzdem vom libe-ralen Wahlcomité nur fünf Karten für Sozialdemokraten be-willigt waren, wurde Hasenclever beim Betreten der Tribüne mit einem großen Beifallssturm empfangen. Derselbe wies dann Auge in Auge mit den Liberalen alle die Unwahrheiten nach, die in der Richter'schen Rede standen und die die liberale Partei zu den ihrigen gemacht hatte, indem sie die Rede in 50,000 Exem-plaren als Wahlflugblatt hatte vertheilen lassen. Vorwürfen gegenüber, die ihm gemacht waren, äußerte Herr Hasenclever am Schluß seiner Ausführungen — und ich führe das an, um Miß-deutungen vorzubeugen — daß er das Programm so gut unter-schreibe, wie jeder andere Parteigenosse, daß er aber darum über verschiedene Punkte in der zukünftigen Organisation anders denken könne, wie z. B. Bebel und Most und daß er für die von denselben in dieser Beziehung gethanen Aeußerungen nicht ver-antwortlich gemacht werden könne.

Darauf ergriff Herr Ludwig Löwe das Wort und begann furchtbar auf die Sozialdemokratie zu schimpfen — doch nein, nicht zu schimpfen, sondern dieselbe mit „geistigen Waffen“ zu bekämpfen. Wenn dabei in Gegenwart des Gastes Ausdrücke wie Frechheit, Unverschämtheit, „Leute, die auch nicht mehr werth, wie Hasenclever“ 2c. unterliefen, so erklärte Herr Löwe am Schluß seiner Rede doch ganz frech, er habe nicht beleidigen wollen. Dabei sprach er nur von sich selber, erklärte sich für den ehrlichsten Mann von ganz Berlin (sic!) und bezeichnete sich bereits mit Bestimmtheit als gewählt! Daß er zuerst Sozial-demokrat, dann Demokrat, dann Fortschrittler gewesen und jetzt Kandidat aller antisozialistischen Parteien sei, konnte er nicht leugnen, er behauptete aber doch, konsequent geblieben zu sein. — Darauf ergriff Max Hirsch das Wort und wetterte gegen die Sozialdemokratie und ihre sittliche Verwahrlosung auf seine bekannte Altweibermanier. Er versuchte es auch Kukuckseier 'zu legen, indem er behauptete, Hasenclever hätte durch die oben angeführte Schlußbemerkung gezeigt, daß er mit seinen Partei-genossen uneinig sei. Außerdem pries er den Mittelweg zwischen Manchesterthum und staatlicher Organisation der Arbeit.

Hasenclever erhielt dann das Wort zur Replik und wider-legte die Angriffe des Löwen und Hirsches dergestalt, daß Löwe nachher selber verschiedenes zurücknehmen mußte.

Schließlich ging die liberale Wählerversammlung auseinander, ohne ihren Löwen als Candidaten proklamirt zu haben (die Gegenprobe wäre nämlich sehr faul für ihn ausgefallen!) und nahm die moralische Niederlage mit nach Hause, daß unser Candidat in ihre geschlossene Versammlung zu kommen wagte, während die ihrigen nicht einmal in unsere öffentlichen Ver-sammlungen kommen mögen, wo jeder Liberale freien Zutritt hat. —

R. **Münster i. W.**, 7. Juni. Evviva Pio nono,*) das Feld-geschrei der Schwarzen während der drei Festtage ist verstummt und an Stelle des fanatischen Glaubenseifers tritt katzenjämmer-liche Nüchternheit. Die 50jährige Bischofsjubelfeier Pius IX. wurde hier in einer Weise begangen, wie wohl selten anderwärts. Eingeleitet durch 13stündiges Gebet am Samstag, feierte man sie am Sonntag mit Prozessionen und Festessen, bei welcher Gelegenheit unter andern Rednern besonders v. Schorlemer-Alst, der Liebling der Münsteraner, glänzte. — Im Dekoriren und Flaggen war das Größtmöglichste geleistet, nur war die grandiose Illumination durch das Verbot der Regierung zu Wasser ge-macht, doch dafür wurden alle „Gläubigen“ am Montag durch das Gartenfest im Schützenhofe entschädigt, welches, offen gestanden, ungemein glänzend war. Wohl an 10,000 Besucher, alle „Ketzer“ natürlich inbegriffen, drängten sich in den weiten Räumen und tummelten sich bei Illumination, Konzert, Gesang und Feuerwerk. Die kurze Festrede des Domkapitular Klein aus Paderborn war ganz geeignet, die „getreue Heerde“ zum Kampfe gegen die Be-drücker aufzumuntern, und die rasenden Hochrufe der „getreuen Schafe“ legten das beste Zeugniß ab, daß an ein Nachgeben Seitens der Ultramontanen im „Kulturkampf“ nicht zu denken ist. — Die am Dienstag Nachmittag einberufene „Volksversamm-lung“ war größtentheils von Pfaffen besucht und bezweckte die Besprechung der Schulfrage. — Bekanntlich liegt de „Kirche“ mit dem „Kultusministerium“ darüber im Streite, wer die Inspektion der katholischen Schulen auszuüben habe. Unter andern Rednern ging besonders ein Pfarrer Dr. Schulte dem Dr. Falk zu Leibe und wies natürlich nach, wie die „von Gott eingesetzte Kirche“ und als ihre Repräsentanten die „Seelen-hirten“ einzig und allein das Recht hätten, den Religionsunter-richt zu beaufsichtigen. In diesem Sinne gehaltene Resolutionen wurden angenommen und schließlich gab Herr v. Schorlemer-Alst den einzig vernünftigen Wunsch zu erkennen, daß andernfalls „der Religionsunterricht aus allen Schulen ausgeschieden werden müsse.“ Mit einem Hoch auf Pius und die verbannten Bischöfe schloß diese „Volksversammlung.“ Wann wird „das Volk“ in unserem Sinne hier Versammlungen halten? Leider kennen die hiesigen Proletarier nur das „Beten und arbeiten.“ — Die Nachricht in Nr. 63 des „Vorwärts“, wonach vom 1. Juli ab hier ein sozialistisches Blatt erscheinen soll, überraschte selbst uns. Nichtsdestoweniger begrüßen wir ein solches Unternehmen mit Freuden; mit ganzer Kraft werden wir uns der Agitation hin-geben, um das schlafende Volk aufzurütteln und zur baldigen Erkenntniß seiner Lage zu bringen. Ist einmal Bresche geschossen, dann wird auch hier der Erfolg nicht ausbleiben und in einigen Jahren haben wir kein „schwarzes“, sondern ein „rothes“ Münster!

Meerane, 4. Juni. (Wie die Fabrikanten dem Noth-stand abhelfen!) Die Arbeitslöhne der Weber sind durchweg reduzirt und in des Wortes ganzer Bedeutung „Hungerlöhne“. Dennoch differiren diese Löhne, da das eine Manufakturgeschäft immer noch ein wenig mehr „zu Gunsten der Arbeiter“ kalku-lirt, und darum ist es erklärlich, wenn die Leute in einer Fabrik lieber arbeiten als in der anderen, weil der Verdienst daselbst, wenn auch nur unbedeutend, doch immerhin etwas besser ist. Am traurigsten aber steht es mit dem Verdienst in der mecha-nischen Weberei von Heinrich Schmieder und Sohn. Die Ar-beiter verdienen meist kaum das trockene Brod, oft nicht das Salz zur Suppe. Wir kennen derer genug, die nicht mehr als 3, 4 und 5 Mark wöchentlichen Verdienst am Sonnabend trüb-selig nach Hause trugen. Das ist ebenso wenig und verhältniß-mäßig weniger als bei Geipel und Jäger in Asch. Es liegt das theils auch mit an dem ordinären Material u. s. w. Bei dem größten Arbeitsmangel hat es in H. Schmieder's Fabrik stets Arbeit gegeben, weil täglich Arbeiter davonlaufen. Aber flott geht es keineswegs in dieser Dampfweberei. Wer einen guten Stuhl und leidliche Arbeit hat, und es sich will angelegen sein lassen, um das Nöthige zu erschwingen, bei dem treten öfters Arbeits-pausen ein. Bald fehlt es an dem, bald wieder an jenem. Wir wollten deshalb unseren Ohren nicht trauen, als wir gestern hörten, daß Heinrich Schmieder und Sohn hier für ihre mecha-nische Weberei in einem Prager Blatte 200 Arbeiter suchen. Der erste von dort ist bereits zugereist und in Arbeit getreten, andere sollen nachfolgen. Werden diese böhmischen Arbeiter besser hungern können als die sächsischen? Und wenn das nicht der Fall ist, so fragen wir, was bezweckt die Firma Heinrich Schmieder und Sohn? Katastrophen wie in Asch kann sie doch nicht bezwecken wollen.

Plauen. Nach dem „V. A.“ ist gegen 1100 hiesige Ein-wohner wegen Steuerrückständen aus dem Jahre 1876 die ge-richtliche Execution beantragt worden und kommt jetzt und in den nächsten Wochen zur Anwendung. Die Steuern, um deren Eintreibung es sich bei diesen Restanten handelt, sind die städti-schen Anlagen und die Gewerbe- und Personalsteuer. Noch nicht inbegriffen sind also die Grundsteuer-, Hundesteuer-, Brandkassen- und Schulgeldrestanten. Die seit einer Reihe von Jahren fort-während sich steigernde Zahl dieser säumigen Schuldner gibt zu denken. Dieselbe betrug im Jahre 1872 212, 1873 426, 1874 521, 1875 652, 1876 1100. Die Mehrzahl derselben gehört dem Stande der Handarbeiter, Fabrikarbeiter und Handwerks-gehilfen an, zahlreich vertreten sind auch Sticker, Weber, Handels-leute, Dienstboten; weiter finden sich darunter mehrfach auch selbstständige Gewerbtreibende, Commis, Agenten, Colporteure, Restaurateure u. s. w, ja selbst Rentiers fehlen nicht. Diese Zahlen sprechen deutlicher als alle Actenstücke, die man über den in manchen reichsfreundlichen Köpfen immer noch fraglichen Nothstand abzufassen vermag und den man gar zu gern ableugnen und als Erfindung der Sozialdemokraten bezeichnen möchte. Wir sind überzeugt, von allen Industrie-Städten würde ein Gleiches gemeldet werden, wenn man es der Oeffentlichkeit preisgeben wollte.

Dresden. Sonnabend, den 2. und Sonntag, den 3. d. M. hatten wir hier zwei stark besuchte Wählerversammlungen, in denen Bebel, Reichstagsabgeordneter für Dresden, Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage erstattete. In beiden Versamm-

*) Italienisch: Es lebe Pius der Neunte. Für unsere Leser, die in solchen Dingen nicht bekannt sind, die Notiz, daß der gegenwärtige Pabst, welcher den Titel Pius IX. führt, Anfang Juni 1827 zum Bischof gemacht wurde. R. d. V.

Der, um Länder zu erwerben, sie schickt aus in Kampf und Tod —
Um Mätressen zu bezahlen, sie verkauft für fremdes Geld —
Der sie preßt und der sie prügelt, wie es seiner Laun' gefällt —
Der sich nennt „von Gottes Gnaden“, der selbst sagt: „ich bin der Staat“,
„Alles ist um meinetwillen, so beschloß es Gottes Rath.“ — —
Ueberall war nun auf Erden lange, stille Grabesnacht;
Doch umsonst nicht hatten Wen'ge treulich stets des Rechts gedacht,
Hatten nicht umsonst gesprochen zu der Masse will'gem Ohr,
Denn urplötzlich und gewaltig brach des Volkes Grimm hervor.
Und sie traten, Recht zu fordern, kühn hin zu des Fürsten Thron,
Rissen ab den blut'gen Purpur, nahmen Scepter ihm und Kron'.
Wareu mündig nun geworden, riefen jubelnd: „wir sind gleich,
Nieder Adel, nieder Pfaffen und das Gottesgnadenreich!“
Doch — die Reaktion, die starke, brach zu schnelle nur herein,
Und der feiste Bürger reichte bald die Hand zum Bund den Drei'n.
War ja selbst nun Herr geworden; Herr geworden aus 'nem Knecht,
Wandte treulos sich von Denen, die mit ihm gekämpft für Recht. —

So ist's heut! Noch immer Sklave, keucht der Bauer auf dem Feld,
Sä't und erntet — für den Gutsherrn, der ihm lohnt mit Hungergeld.
Und besitzt er selbst 'nen Acker, bleibt er doch ein armer Mann,
Weil er nicht, wie dort der Gutsherr, mit Maschinen schaffen kann.
„Wer schon hat, dem wird gegeben.“ Also heißt ein Bibelwort,
Das durch tausend Menschenalter wirkte sicher fort und fort.
„Und wer wenig hat, genommen wird das Letzt' ihm aus der Hand.“
So verliert der arme Bauer auch das Letzte denn, sein Land;
Ausgepreßt, besiegt im Kampfe mit dem großen Kapital,
Bleibt ihm nichts, als zu vermehren der Lohnsklaven große Zahl.
Wohl zu viel zum raschen Sterben, doch zum Leben nicht genug,
Bringt ihm ein die harte Arbeit mit der Sense, mit dem Pflug;
Und umher rings, Feld und Wälder, Heerden, Dörfer, Berg' und See'n,
Alles, Alles, Meil' auf Meile, weiter als die Blicke sehn — —
Alles das gehört dem Gutsherrn, für ihn reift die grüne Saat,
Für ihn birgt der Wald die Beute, klappert dort das Mühlenrad.

Und in jenen kleinen Hütten wohnt sein armer Bauersmann,
Glücklich meist noch, wenn er immer für den Gutsherrn schaffen kann.

So ist's heut! Wie auf dem Lande, grad' so ist's auch in der Stadt,
Wo sich die enterbte Klasse massenhaft gesammelt hat.
Wie im frühen Mittelalter ragen heut auch Thürm' empor,
Doch aus ihnen, Alles schwärzend, steigt nur finst'rer Rauch hervor.
In den Häusern schwirren Räder, klappert's, pochen Hämmer wild;
Tausend schaffen gegen Lohn drin, Lohn, der kaum den Hunger stillt.
Wie ein Junker früh'rer Tage, haust darin der Fabrikant,
Dessen Geld mit Eisenbanden, Arbeiter wie Sklaven bannt.
Heuchelnd heißt's: „es seien Alle, Alle seien gleich und frei“ — —
Doch der Hunger, unbarmherzig, ruft den Armen schon herbei;
Sperrt ihn ein in dumpfe Säle, schickt ihn in der Erde Schooß,
Kohlen, Erze, Gold gewinnend, doch der Arme — er bleibt bloß,
Baut Paläste und Museeen, Schienen, Straßen dem Verkehr,
Webt die Tücher — und doch friert er, schmückt die Häuser — sein's ist leer.
Selbst Familienglück und Ehe existirt nicht mehr für ihn,
Weib und Kinder müssen schaffen, müssen zur Fabrik hinziehn.
Und die zarten Kinderleben werden früh dort schon geknickt — —
Knospen, die der Sturm gebrochen, eh' ihr Wohlgeruch entzückt;
Ja! er ist enterbt von Allem, Nichts gehört dem armen Tropf,
Andern lohnet's, was er schaffte mit den Fäusten mit dem Kopf.
Andre sacken ein die Früchte, die sein Fleiß hervorgebracht —
Ja! der Arbeit Lohn noch immer ist des Elends trübe Nacht.
Aber Jene — die der Zufall an 'nen andern Platz gestellt,
Wären selbst es Idioten, sie gewinnen Glück und Geld.
All' das Herrliche, geschaffen durch die Wissenschaft und Kunst,
Alles, was das Herz entzücket — ihnen gab's der Zufalls Gunst —
Daß sie Söhne oder Erben jenes reichen Wuch'rers dort —
Oder Jenes — der gegründet und Bankrott macht fort und fort,
Oder Jener — die da rühmen laut ihr adeliges Blut,
Und als edle Ritter stehlen dem Plebejer Hab und Gut —
Oder Jener, welche hündisch-schmeichelnd lagen vor dem Thron,

Gleich ob drauf ein Nero sitzet, zahlt er nur gehör'gen Lohn —
Oder der modernen Junker, jener Junker von dem Schlot,
Die dem Armen Arbeit geben und als Lohn ein dürftig Brot —
Oder Jener — doch genug schon der Vampyre sind gezählt,
Für die, von der Wieg' zum Grabe, freudlos sich der Arme quält;
Jener, die der Menschheit stahlen das, was heute Reichthum heißt —
Denn die ganze Menschheit schuf ihn, früh und spät, mit Hand und Geist.
Alle haben sie gebauet, alle trugen Stein' herbei
Für den Tempel, der die Menschheit soll umfassen, gleich und frei.
Doch die Wenigen, sie stahlen in den Tempel sich hinein —
Und die Masse, hungernd, frierend, lagert immer noch im Frei'n.
Drinnen singt und jubilirt es, draußen herrscht Verzweiflung, Noth,
Und doch hat der Tempel reichlich für sie Alle Platz und Brot.
Schon so manchmal tönte Klopfen an die Pforte, leis und zart,
Doch auch manchmal, Einlaß heischend, klopften Fäuste drohend, hart —
Und auf zartes Klopfen immer war die Antwort Spott und Hohn;
Klopften Fäuste, blut'ge Antwort spendete dann die Kanon'. — —
Doch es mehren sich die Fäuste, immer stärker tönt der Schlag,
Und die Pforte muß sich öffnen, kommen muß der Siegestag!
Kommen muß der Tag, da Alle haben Platz und Brot und Licht,
Wo nicht Einer schwelgt, wofür dann Zehnen es an Brot gebricht —
Kommen muß der Tag, da jubelnd die Enterbten ziehen ein,
Und den Menschheitstempel endlich voll und ganz der Menschheit weih'n.
Ja! er kommt! Ich hör' es donnern und des Tempels Pforte kracht —
Seht dort hell die Morgenröthe! Endlich, endlich weicht die Nacht.
Menschheit, Menschheit, auf vom Schlafe! Schrecke aus dem Traum empor,
Dir — der ganzen — öffnet machtlos sich das schon geborst'ne Thor. —

lungen wurde Bebel lebhaft begrüßt und sein Vortrag mit großem Beifall aufgenommen. In der ersten Versammlung, die in der „Centralhalle" statthatte, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im Saale der Centralhalle versammelte Wählerschaft des Reichstagsabgeordneten August Bebel erklärt sich mit dessen Verhalten im Reichstage vollständig einverstanden und wünscht, daß derselbe im wohlverstandenen Interesse des Volkes, bez. seiner Wähler in der bisherigen Weise fortwirke." — Die Sonntagsversammlung, welche im Dianasaale tagte, bekundete ihre Uebereinstimmung mit der Thätigkeit Bebel's durch Annahme nachstehender Resolution: „Die heutige Versammlung der Wähler Bebels erklärt sich mit der Haltung ihres Reichstagsabgeordneten, welcher jederzeit muthig und entschieden für die Rechte des Volkes eingetreten ist, vollkommen einverstanden und beauftragt ihren Vertreter, auch künftig in gleicher Weise fortzuwirken."

Reutlingen. Von hier schreibt man der „Süddeutschen Volkszeitung": Vielen Ihrer Leser dürfte es interessant sein, zu erfahren, welch' verkehrte Begriffe von Ehre in unserer heutigen Gesellschaft, namentlich in militärischen Kreisen, herrschen. Ein allgemein geachteter und beliebter Offizier lebte schon seit Jahren in wilder Ehe mit einem braven Bürgersmädchen, welches ihn mit mehreren Kindern beschenkte; welche Hindernisse der gesetzlichen Vereinigung im Wege standen, wissen wir nicht, es gehört auch nicht zur Sache, Thatsache ist, daß die eheliche Verbindung vor Kurzem erfolgte. Der Offizier that also, was ein Ehrenmann in solchem Falle thun muß, und was jeder Ehrenmann für recht und billig halten wird, so sollte man wenigstens meinen; in Wirklichkeit ist die Sache aber ganz anders — eine solch Handlungsweise entspricht vielleicht den Begriffen, welche der „Plebs" von der Ehre hat, ein Offizier hat aber eine ganz andere Ehre. In Folge seiner Heirath mußte nämlich der Betreffende seine Entlassung nehmen, weil seine Kameraden erklärten, ihre „Standesehre" verbiete ihnen, ferner mit ihm zu dienen! Ein Offizier kann also unbeschadet seiner Standesehre eine oder auch mehrere Maitressen unterhalten, wenn er aber nach mehrjährigem Zusammenleben mit einem braven Mädchen, das aus Liebe ihm gefolgt ist, dasselbe heirathet, dann hat er seine Ehre verletzt und wird aus der „Genossenschaft der Ehrenmänner" ausgestoßen. Das ist auch „Moral" — aber was für eine!

Coburg, 6. Juni. Auf der Rückreise vom Gothaer Congreß wurde uns die Gelegenheit geboten, auf den 2. Juni eine Volksversammlung einzuberufen, in welcher Genosse Grillenberger referirte. Auf der Tagesordnung standen die „indirekten Steuern", um dem „Sprechsaal"-Redakteur Herrn Müller, welcher bekanntlich bei der letzten Reichstags-Wahlagitation die Mitglieder des hiesigen sozial. Wahlcomité's unrichtiger oder besser gesagt übertriebener Zahlenangaben betreffs der direkten und indirekten Steuern bezichtigt hatte, zu widerlegen. Zum Vorsitzenden wurde Heinrich Kempf und zum Schriftführer Unterzeichneter gewählt. Genosse Grillenberger bedauerte vor Allem den schwachen Besuch der Versammlnng und ermunterte die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß sich die Arbeiter Coburgs an unsern Bestrebungen mehr betheiligen möchten, überhaupt sei er das gar nicht gewöhnt, in einer so schlecht besuchten Versammlung über ein so wichtiges Thema zu sprechen und wolle er deshalb seinen Vortrag so kurz wie möglich halten. Aber trotzdem dauerte der ausgezeichnete Vortrag eine Stunde. Daß dieser Vortrag seine gute Wirkung gethan, bewies der dem Redner gespendete Beifall, und es wäre sehr wünschenswerth, ja sogar nöthig, daß uns alle vier Wochen ein fremder Redner besuchte, dann würde hier bald wieder ein besserer Geist unter den Arbeitern Platz greifen.

Noch muß ich berichten, daß an dem darauf folgenden Tag, Sonntag, den 3. Juni, eine Versammlung der Zimmerer abgehalten wurde, in welcher Genosse Otto Kapell aus Berlin referirte. Diese Versammlung war leider ebenfalls sehr schlecht besucht J. Heymann.

Schleswig, 6. Juni. Die Erwähnung der Pariser Kommune in Nr. 62 des „Vorwärts" hat auch unsere „Schleswiger Nachrichten" in Harnisch gebracht. Auch sie drucken den Waschzettel ab, der jetzt durch die gegnerischen Blätter die Runde macht, und vergessen natürlich nicht, den Schluß hinzuzufügen: „Hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern, an welchem die deutschen Arbeiter Abrechnung halten mit ihren publizistischen Maulhelden, die es wagen dürfen, sie mit den Scheusalen der Pariser Kommune in einen Topf zu werfen, ja jene ihnen als Märtyrer der eigenen Sache zu oktroyiren." Ich fühle mich verpflichtet, den „Schl. Nachr." zu erwidern, daß auch wir deutsche Arbeiter hoffen, uns einst mit einer Klasse von Menschen auseinandersetzen zu können, die auf das Prädikat „Scheusal" einen weit größeren Anspruch machen dürfte als die Pariser Communards, und daß wir entschlossen sind, die nationalliberale Sache uns nicht aufoktroyiren zu lassen. Was das Maulheldenthum der sozialistischen Redakteure anbetrifft, so verlohnt es der Mühe nicht, darüber ein Wort zu verlieren. Unsere „Schl. Nachr." haben es sich seit dem letzten Quartalwechsel ganz besonders angelegen sein lassen, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und zwar auf verschiedene Weise, bald indem sie die Partei, sowie ihre „Führer", und die Presse verunglimpfen, und eifrig, wenn auch vergeblich, bemüht sind, dieselben in den Koth zu ziehen, bald indem sie volkswirthschaftliche Artikel bringen, welche aber nichts weniger als wissenschaftlich sind, weil deren Schlüsse dermaßen aller Logik zuwiderlaufen, daß selbst unsere Spießbürger ungläubig die Köpfe darüber schütteln und dieselben einfach für dumme Schreiberei erklären. Wenn aber dies letztere Kampfesmittel unseren „Nachr." absolut ohne Wirkung bleibt, so erreichen sie durch das erstere vielfach ihren Zweck, sie machen deshalb auch fleißigen Gebrauch davon. Außer diesen beiden Kampfesmitteln bringen sie bei gegebener Veranlassung noch ein drittes in Anwendung, sie nehmen nämlich den Zaunpfahl zur Hand und winkten damit dem Staatsanwalt, und zu unserer Verwunderung brachten sie dies Mittelchen in voriger Woche auch gegenüber der konservativen „Neuen Zeitung", einem in unserer Nähe erscheinenden Blatte, in Anwendung. Doch hiermit genug von unserem Nachrichtenschreiber. Seine Partei, welche früher in unserem Kreise dominirte, hat bei der letzten Reichstagswahl einen argen Stoß erlitten, und ist jetzt so ziemlich „im Buddel". Jetzt haben wir es hauptsächlich mit den „Fortschrittlichen" zu thun; diese sind uns insoweit gefährlicher, als sie außer den schönen Eigenschaften der ihnen stammverwandten Nationalliberalen auch noch die der politischen Heuchelei im höchsten Grade besitzen, und ihr Bannerträger, Dr. Meier, hat es seiner Virtuosität hierin zu danken, daß er bei der letzten Reichstagswahl den Sieg errang. Anknüpfend hieran habe ich den Genossen unseres Kreises zu berichten, daß in letzterer Zeit ein fortschrittlicher Wahlverein hierorts gegründet ist, der auch bereits seine Fühlhörner auf das Landgebiet ausgestreckt hat; auch wird derselbe wahrscheinlich schon im nächsten Herbst den Bauernfang beginnen, wobei Herr Meier dann nicht ermangeln wird, über seine große Thätigkeit im Reichstage zu berichten. Er wird dabei auch jedenfalls bemüht sein, den Bauern plausibel zu machen, daß ihr Heil nur bei den Fortschrittlern zu finden ist. Unsere Genossen werden daher aufgefordert, jedenfalls diese Versammlungen zu besuchen (d. h. insofern dieselben nicht, wie sonst üblich, hinter verriegelten Thüren abgehalten werden); und obschon der Herr Meier genau die Taktik der nationalliberalen Stammverwandten befolgt: nämlich unbequeme Interpellanten durch die Polizei hinausexpediren zu lassen, so darf dieses die Genossen doch nicht abhalten, bei vorkommenden Gelegenheiten sich angelegentlichst bei dem Herrn Meier um sein Thun und Lassen im Reichstage zu erkundigen. J. Baustian.

Zürich, 4. Juni. Gestern tagte in dem freundlichen Baden, einem Städtchen von 5000 Einwohnern, meist katholisch, im Kanton Aargau, mit 4 bis 5 Fabriken, auch sehr beliebter Badeort, eine von ca. 400 Personen besuchte Volksversammlung zu Gunsten des schweizerischen Fabrikgesetzes. In dieser Versammlung traten Nationalrath Baldinger, Fabrikant Zuppinger, Dr. Wyler und Bezirksamtmann Bopp-Weiß warm für das Fabrikgesetz ein. Am bemerkenswerthesten ist das Votum des Fabrikanten Zuppinger. Redner ist für das Fabrikgesetz und theilt die Bedenken nicht, die manchen seiner Kollegen bewegen, gegen dasselbe aufzutreten. Wenn auch die ungünstigen Verhältnisse, denen die schweizerische Industrie momentan unterliegt, Besorgnisse erwecken, so glaubt er doch nicht, daß mit dem Erlaß des Fabrikgesetzes, resp. Einführung eines 11stündigen Normalarbeitstages unsere Industrie konkurrenzunfähig gemacht werde und der Ruin über dieselbe hereinbreche. Wenigstens haben sich anderorts in gleichen Fällen ausgesprochene Befürchtungen auch nicht erfüllt. Er findet darum auch keinen Grund, die herrschende Geschäftskrise zum Motiv einer Verwerfung des Gesetzes zu machen, da man nach seiner Ansicht bei günstigeren Zeiten, die ja auch wiederkommen müssen, bedeutend größere Opfer von den Fabrikanten verlangt hätte, d. h. es würde dann weit mehr am 10stündigen Normalarbeitstag festgehalten worden sein und vielleicht mit ziemlich sicherem Erfolg. Redner hätte es daher für einen ehrenden Akt von Patriotismus und Klugheit gehalten, wenn die schweizerischen Industriellen ihre heftige Opposition gegen die heutige Vorlage nicht erhoben haben würden, denn die daraus entstehende Erbitterung zeitige Früchte, die keinem Theil erwünscht seien und berge unter Umständen für die Industrie größere Gefahren. Im Ferneren glaubt Herr Zuppinger nicht, daß eine Reduktion der Arbeitslöhne infolge reduzirter Arbeitszeit eintreten werde oder für die Dauer durchführbar sei, hält dieselbe zum Mindesten für unedel und ungerechtfertigt, da der Fabrikant auch in günstigen Zeitläuften stets nur das Minimum bewillige. Die Bestimmungen über Beschränkung der Kinderarbeit hält Herr Zuppinger für die Perle des Gesetzes, denn das Kind gehöre dem elterlichen Hause, der Schule und der frischen Luft an; das mögen nicht nur gewinnsüchtige Fabrikanten, sondern auch kurzsichtige Eltern bedenken, denen die Kinder nicht früh genug verdienen können. So der Fabrikant Zuppinger. — Es thut einem ordentlich wohl, unter den Fabrikanten auch einmal einem Menschen zu begegnen, dessen Herz warm für seine Mitmenschen schlägt. Die deutschen Fabrikanten und deren Parteigänger dürften sich daran ein Beispiel nehmen, es würde dadurch sicher noch mehr ausgerichtet, als mit Maßregelungen von Arbeitern, Prozessen und unerhörten Verurtheilungen von sozialdemokratischen Rednern und Redakteuren. Denn was der Mensch säet, das wird er ernten! (Chemn. fr. Pr.)

An die Sozialisten in Baden!

Endlich sind wir in der Lage, einem längst gefühlten Bedürfniß abzuhelfen, nämlich die Agitation in Baden, besonders im badischen Oberland, kräftiger als bisher zu betreiben. Herr Dresbach wird nächstens Baden bereisen und die Agitation in Verbindung mit dem in Mannheim bestehenden Centralorganisations-Comité leiten. Parteigenossen in Baden! Wohl selten ist Euch eine solche günstige Gelegenheit geboten, für unsere, für Eure Sache zu wirken, als gerade jetzt. Wem es daher Ernst ist mit unseren Prinzipien, der beeile sich, schleunigst seine Adresse an Herrn Buttle, J. 5. 16 in Mannheim einzusenden, damit das Weitere veranlaßt werden kann. Wir thun unsere Pflicht, thut auch die Eure! Bleibe Keiner zurück! Ph. Koch.

NB. Die Sammellisten für den Preßfond des „Pfälzisch-Badischen Volksblattes" wolle man längstens bis Freitag, den 15. Juni, an den Kassirer Hrn. Königshausen, J. J. 23, nebst dem gezeichneten Betrag einsenden. D. O.

Briefkasten

der Redaktion: S. M.: Die Adresse von Marx ist: Maitland Park Road, N., London. Weder von den „Grundzügen der Nationalökonomie" noch von der „Grund- und Bodenfrage" ist bis jetzt der zweite Theil erschienen.

Es werden alle Diejenigen, welche hierorts noch mit Geldern für Abonnement, Schriften und Broschüren im Rückstande sind, ersucht, schleunigst ihren Verpflichtungen bei dem Unterzeichneten nachzukommen.
Kiel. Chr. Starck.

Quittung. F. Wf. Christophsgrund Ab. 21,20. Wbr. Wandsbeck An. 1,80. Rbl. Halle An. 0,50. Mnfy. Düsseldorf Ab. 18,60. Lnzlmn. Reutlingen Schr. 16,05. Gtz. Oelsnitz Ab. 5,20. Pngr. Bremen Ab. 80,00. Hcht. hier Schr. 2,64. Wlck. hier Ab. 2,70. Dhn. Volkmarsdorf An. 7 00. Arnldt. Königsberg An. 3,00. Oßmn. Erfurt Abon. 25,00. Gr. Osnabrück Ab. 9,10. Trst. Kl.-Zschocher Ab. 3,95.

Berliner Wahlfonds.

Von 3 Schlossern in Leipzig d. F. 6,80. B. einem Lehrer Ostpreußens 1,50. B. Bgt. Halberstadt 5,88. B. E. Rebentisch Tannenberg 0,50. Von Arbeitern der Cichorius'schen Cigarrenfabrik hier 8,55. B. E. F. Nonnenhorn 5,00. B. Arbeitern d. Brendel'schen Schneiderwerkstatt 6,50.

Anzeigen 2c.

Altona. Mitglieder-Versammlung des Volksvereins. Am Mittwoch, den 13. Juni, Abends 8½ Uhr in Bohm's Salon, Breitestr. 32. Tagesordnung: Vortrag. [0,50] H. Walther, Wilhelmstr. 59 III.
NB. Die Interimskarten können abgegeben werden.

Altona. Am Mittwoch, den 13. Juni, Abends präcise 9 Uhr in Heinsohn's Salon:
Oeffentliche Versammlung.
[0,80] Tagesordnung: Abrechnung des Arbeiter-Wahlkomité's.
A. Forschner.
NB. Die Herren Vorsitzenden oder Leiter der verschiedenen Gewerke werden ersucht zu erscheinen.

Bielefeld. Sonnabend, den 16. Juni, Abends 8½ Uhr, bei Kahl, Heeperstraße: [50
Allgemeine Sozialisten-Versammlung.
Tagesordnung: Berichterstattung über den Sozialistenkongreß in Gotha

Leipzig. Donnerstag, den 14. Juni, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:
Oeffentliche Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: Diskussion über die Verhandlungen des Sozialisten-Congresses. (Fortsetzung.) Der Agent. [60

Leipzig. Mittwoch, den 13. Juni, präcise Abends 9 Uhr, Versammlung im Lokale des Arbeiterbildungsvereins. Agitationscomité. D. V.

Leipzig. Bund der Tischler u. verwandter Berufsgenossen. Sonnabend, den 16. Juni, Abends ½9 Uhr im Saale von Michaeli:
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung: 1) Die Arbeitstheilung. 2) Die Statistik.
Zahlreiches Erscheinen erwartet [0,70] D. V.

Ottensen. Donnerstag, den 14. Juni, Abends 9 Uhr in Burmeister's Salon: [60
Volksversammlung.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Max Stöhr. F. Heerhold.

Wandsbeck. Zum schwarzen Bären. Donnerstag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr: Großer rhetorischer Vortrag von Hermann Weber-Gordon: „Franz von Sickingen." Histor. Tragödie v. Ferdinand Lassalle. Im Auftrage der Wandsbecker Sozialisten: W. Kluge. J. F. Heitmann.
Näheres die Tageszettel. Entrée 25 Pf. (F. 321) [180

Einem Mechaniker, welcher sich selbstständig zu machen gedenkt, ist Gelegenheit gegeben, sich zur Etablirung eines Nähmaschinengeschäftes, die nöthigen Maschinen, Werkzeuge, Schablonen 2c. nebst Lokalitäten zu miethen. Frankirte Offerten wolle man an C. Hardt in Darmstadt, Hochstraße 24 richten. (2b) [150

Vom 1. Oktober d. J. ab erscheint in Königsberg i. Pr. eine sozialdemokratische Zeitung, die
„Königsberger freie Presse."
Zur Verbreitung derselben werden Vertrauensmänner und Korrespondenten aus allen Orten der Provinz und über diese hinaus gesucht. Gef. Meldungen bittet man sub B. 171 an die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse (Braun u. Weber) in Königsberg i. Pr. schleunigst einzusenden. — Diskretion selbstverständlich. — Prospekte werden sofort gratis zugeschickt (F. 180.) [120
Alle sozialdemokratischen Blätter werden ersucht, dieser Annonce die weiteste Verbreitung zu verschaffen.

Von nachstehenden Schriften wurden die Preise wesentlich herabgesetzt und empfehlen wir dieselben zur weitesten Verbreitung:

Auerbach, Tagebuch aus Wien	Mark —. 70.
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- u. Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874	—. 10.
Blos, W., Unsere Preßzustände	—. 10.
Bürgerkrieg in Frankreich	—. 15.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—. 10.
Die parlamentarische Thätigkeit von 1871—74	—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—. 10.
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals	—. 15.
Engels, F. Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—. 30.
— — Bakunisten an der Arbeit	—. 10.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	—. 20.
Hillmann, Praktische Emanzipationswinke	—. 10.
— — Die Organisation der Massen	—. 20
Hirsch, die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation	—. 10.
Liebknecht, Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl.	—. 20.
— — Reichstagsrede 1874	—. 10.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	—. 05.
Volksstaat-Kalender für 1874	—. 20.
— — für 1875	—. 20.
Wohnungsfrage. Eine soziale Skizze	—. 10.
York, Die industrielle Arbeiterfrage	—. 10.

Die Filialexpeditionen werden um sofortige Mittheilung ihres Lagerbestandes ersucht, damit wir ihnen die Preisdifferenz gutschreiben können. Spätere Reklamationen können keine Berücksichtigung finden.
Leipzig, den 7. Juni 1877.
Die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt" Nr. 20, enthaltend:
Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatze.
Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.
Leipzig.
Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Bei der Volksbuchhandlung in Zürich ist erschienen und durch uns zu beziehen:
Der Staat
vom sozialdemokratischen Standpunkt aus.
Eine Auseinandersetzung mit den „Anarchisten".
Von Hermann Greulich, Redakteur der „Tagwacht".
2½ Bogen groß Oktav. — Preis 25 Pf.
Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Im Verlage von Gebr. Fey in Frankfurt a/M. ist in 2. Auflage erschienen und durch uns zu beziehen:
Erinnerung an Börne.
Einzelpreis 20 Pfg. Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Wir empfehlen:
Die Quintessenz des Sozialismus.
68 Seiten Oktav. Preis M. 1,20.
Durch die Buchhandlung des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Im Verlage des Verlagsmagazin Zürich ist erschienen und durch uns zu beziehen:
Theokratisches Kirchenthum
und
Autokratische Justiz
Ein Gotteslästerungs-Prozeß vor dem Schwurgerichte in Eßlingen.
Preis pr. Expl. 75 Pf. Die Buchhandlung des „Vorwärts".

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:
Waldverwüstung und Ueberschwemmung.
Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.
Von Georg Volkmar.
Preis pro Exemplar 15 Pfennig.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 184 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hah, 630 North 3rd Street
J. Boll, 113th Charlotte Str
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanftenberg, 74 Clybourne ave.
San Francisco: P. Sug, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hoyge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 69. Freitag, 15. Juni. 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, 54 Pf. pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter

---

— „Wegen Herbeiführung eines falschen Wahlergebnisses," so meldet die „Frankfurter Zeitung" unterm 7. Juni, „war der Bürgermeister A. Heilmann zu Großauheim vom Hanauer Kreisgerichte in eine vierzehntägige Gefängnißstrafe verurtheilt worden, gegen welches Erkenntniß er das Rechtsmittel der Berufung anzeigte. Derselbe hatte im vorigen Jahre bei der Wahl des Gemeindeausschusses vier Ortsbewohner sozialistischer Richtung, welche für die Candidaten ihrer Partei ihre Stimmen abgeben wollten, unter dem Vorgeben abgewiesen, daß die Wahl geschlossen sei, während er trotzdem an dem nämlichen und den folgenden Tagen Gegner der Sozialdemokraten noch in der Absicht abstimmen ließ, dadurch seiner Partei den Sieg zu verschaffen. Das Appellationsgericht, vor welchem diese Strafsache heute verhandelt wurde, ordnete keine neue Beweisaufnahme an, bestätigte vielmehr lediglich das erstinstanzliche Erkenntniß." — Die Strafe erscheint uns sehr gering. Die Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes wäre hier außerdem sehr am Platze gewesen.

— Die österreichische Polizei will in Lemberg weitverzweigten „sozialistischen Umtrieben" auf die Spur gekommen sein. Es wurden, wie ein Telegramm der Wiener „N. fr. Pr." mitzutheilen weiß, bei mehreren Privatpersonen, Vereinen und Zuthun die Rechte der Freizügigkeit, der Gewerbe- und Vereinsfreiheit in den Schooß geworfen haben?"

Zunächst ist es entschieden nicht Arbeiterfreundschaft, welche bestimmend wirkte bei gesetzlicher Feststellung der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, sondern ganz einfach der der Klasse der Gesetzgebenden zunächst in den Schooß fallende Nutzen. Von der Vereinsfreiheit sprechen wir am besten nicht, denn die, welche existirt, ist keine.

„Was heute," fährt Treitschke fort, „in den sozialdemokratischen Massen zum Durchbruch kommt, ist nicht das Bewußtsein einer höheren Bestimmung, sondern die gemeine Begierde (die gemeine Begierde, lieber Brot zu haben, als dem Hungertyphus zu erliegen!). Man mag viele Entschuldigungsgründe für diese unheimliche Erscheinung angeben: die ungeheure Begriffsverwirrung einer Zeit gewaltiger Umwälzungen, die noch immer unfeste Staatsgesinnung der gesammten Nation und manche Fehler der höheren Stände (also doch!); doch man soll den Hauptschuldigen nicht als schuldlos darstellen, sondern ehrlich eingestehen: ein großer Bruchtheil unseres Volkes hat in einer Zeit, da die Lage der arbeitenden Klassen sich nicht verschlechterte, sondern verbesserte, nicht genug sittliche Kraft (!), nicht genug Patriotismus (!) gezeigt, um dem Sinnenkitzel einer gewissenlosen Wühlerei (!) zu widerstehen."

Ferner fragt Treitschke: „Sollen wir aufrichtigen Freunde des Volks (?) unsere Sympathien erweisen in der Weise des Herrn Windthorst und mit väterlicher Salbung unser Erstaunen aussprechen über die Geringschätzung der Sozialdemokratie gegen die Religion — während wir doch leider aus langer Erfahrung wissen, daß die Verhöhnung alles Heiligen zum Wesen dieser Partei gehört (!), daß der jüngst in Gotha gestellte Antrag auf Straflosigkeit der Gotteslästerung nur eine nothwendige Folgerung ist, die aufrichtig sind, es nicht den Anschein hat, als ob irgend eine Macht danach zu handeln entschlossen wäre. Es ist kein Verlaß auf irgend einen vorhandenen Vertrag, jeder scheint ungestraft verletzt werden zu können. Das ist ein treues, aber trauriges Bild von dem Zustande Europas und das Resultat ist, daß das internationale Recht seine Kraft verloren hat und daß jeder Staat sich allein auf materielle Macht zur Vertheidigung seiner Interessen verläßt."

So der Londoner Berichterstatter des „Hamburgischen Correspondent". Daß solche Zustände nicht geeignet sind, die Zukunft in rosigem Licht erscheinen zu lassen, ist klar, und speziell das deutsche Volk wird es vielleicht noch einmal schwer zu empfinden haben, daß die die Pläne des „Erbfreunds" unterstützende „Blut- und Eisen-Politik" Bismarck's das Heft in die Hände bekam.

— Nach einer Mittheilung der Wiener „Gleichheit" hat das Landesgericht Wien auf Antrag der Staatsanwaltschaft erkannt, daß die in Nr. 58 des „Vorwärts" enthaltene Korrespondenz aus Wien ihrem ganzen Inhalte nach das Vergehen nach § 300 St.-G. und nach Art. III. des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 und das Vergehen nach § 302 St.-G. begründe, und hat das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen. — Wir kennen die österreichischen Gesetze nicht und sind daher auch außer Stande anzugeben, welcher Art die „Vergehen" sind. Hoffentlich giebt uns unser Korrespondent hierüber Aufklärung.

entwickelt ist, auch eben diese Heuchelei am vollendetsten und Systematischesten durchgeführt erscheint.

Mein erster Weg, nach meiner Ankunft in jenem Stadtungethüm, welches man London nennt, führte mich nach der City. Ich komme auf den berühmten Platz zwischen Mansion House (Stadthaus), Royal Exchange (Börse) und Bank of England (Bank). Ah — welch ein betäubendes Durcheinandergewoge von Menschen und von Wagen! Es ist das Großartigste, was man in dieser Art auf der Welt zu sehen bekommen kann. Kaum scheint es, ohne die dringenste Lebensgefahr, möglich, von der einen Seite der Platzes auf die andere zu gelangen. Und doch huscht das Alles in fieberndster Hast an einander vorüber. Sie haben's Alle so furchtbar eilig, diese Menschen, aus dem Gesichte jedes Einzelnen glaubt man das bekannte: Time is money (Zeit ist Geld) zu lesen. Und in der That — für diese Menschen ist Zeit Geld. Wir erinnern uns, daß wir uns hier inmitten des größten Handelsplatzes, speziell des größten Geldmarktes der Erde befinden. Hier steht der Haupttempel der weltregierenden Gottheit Kapital und alle diese Menschen sind ihre eifrigen Priester. Welche märchenhaften Summen Geldes hier umgehen, illustrirt u. A. die Thatsache, daß in dem bekannten Clearing-house (Klärungshaus), einer Art von gegenseitiger Abrechnungsanstalt für die Londoner Bankers (Bankiers), in welcher nur ein Theil, und wohl nur der kleinere, der Geschäfte zusammenfließt, vor nicht langer Zeit in einer einzigen Woche das Sümmchen von 920 Millionen Pfund Sterling = 14,400 Millionen Mark umgesetzt wurden! Studiren wir die Firmenschilder an den Häusern, so finden wir Namen an Namen, die den allerbesten Klang haben, so weit es nur Krämer und Wechsler gibt. Ein Geschäft führt uns in eines dieser „Welthäuser". Welch' ein Gewirr von Clerks (Commis), von Brokers noch in Schutz nähmen. Es wurden auch an manchen Orten Verhaftungen vorgenommen und zwar nahm man die vom Pöbel gehetzten und verfolgten Juden fest, die sich an vorübergehende Polizeibeamte wandten und um Schutz baten. Heute früh versuchte der Präfect die nöthigen Daten zu sammeln und die Schuldigen zu eruiren, aber da die Polizeiorgane in der Nacht den ganzen Spektakel ruhig mit angesehen, so nimmt kein Mensch diese Untersuchung ernst und die paar Studenten, die etwa nach dem Carcer wandern werden, werden sich dort gütlich thun und sich im Kreise der Comilitonen ihrer Heldenthaten rühmen.

So ist heute das Rumänien beschaffen, das der Herr Einsender in Schutz nehmen und gegen die Angriffe der Bourgeoispresse vertheidigen will; ein solches Land in einem sozialdemokratischen Blatte verherrlichen wollen, das ist etwas mehr als stark.

*) Zur Orientirung unsrer Leser werden wir von jetzt an die Berichte unsrer rumänischen Correspondenten mit Zeichen versehen.
Red. d. „V."

Zum Wahlkampf in Berlin.

Ausführlicher Bericht über die Disputation zwischen Löwe und Hasenclever.

Berlin, 11. Juni 1877.

Genau an fünf Sozialdemokraten wurde je eine Einlaßkarte zu der vom fortschrittlichen Wahlcomité nach der „Ahrens'schen

---

dieser Körper gehörte einem in sein Schicksal ergebenen Kranken an, einem tiefdenkenden und bescheidenen Schriftsteller, einem Märtyrer, bereit zu jeglichem Leid und jeglicher Duldung, und der sich den unglücklichsten Verhältnissen weihte; das Emblem der Tugend, die sein Talent ausmachte, malte sich in diesem unter Leiden lachenden Antlitz, in diesem satyrischen Ausdruck, den ein von der ausgesuchtesten Sensibilität entlehnter Blick belebte.

„Doch Ihre Literatur wird alle diese Dinge besser zu sagen wissen, als ich, und ich werde mich nicht so weit vergessen, das Gemälde vervollständigen zu wollen. Frankreich, in dessen Namen ich leider allein sprechen muß und das meinen Worten nicht widersprechen wird, Frankreich wird Börne Gerechtigkeit widerfahren lassen, die bei uns immer spät kommt, aber die niemals am Grabe ausbleibt. Börne ist weniger bei uns bekannt gewesen, weil man, um bei uns von sich reden zu machen, Genossen haben muß, und Börne hatte nur Bewunderer. Aber der Tod versöhnt das Genie mit dem undankbaren Ruf, und unsere Literatur wird, so hoff' ich, eine ihrer schönsten Kronen auf dieses Grab heften, welches die Natur mit den einfachen und natürlichen Blumen schmücken wird, mit denen sie stets am Grabe des Armen und an dem des Freundes der Armen so freigebig ist."

„Was mich betrifft, der ich hier nur den Tribut meines Schmerzes darbringe, so grüß' ich Dich, o Börne, nicht in dieser Gruft, die bald drei Fuß Erde decken werden, sondern in jenen lichten Räumen, wo unzählige Welten in unerforschter Harmonie über dieser kleinen Erde rollen, die wir unser Universum nennen; ich grüße Dich in jener großen Werkstatt der Intelligenz, wohin deine Seele emporstieg, wie zu ihrer Quelle. Du empfängst jetzt unsere Ehrenbezeigungen, nicht als leere Formen, sondern als den Tribut der Gerechtigkeit; Du würdigst jetzt Deine Schriften mit demselben Auge, mit welchem wir sie stets gewürdigt haben, Du hast Deine Bescheidenheit mit ins Grab gegeben, indem Du selbst in die Heimath der Wahrheit übertratst. Mögest Du selig sein, o Börne! Mögest Du Dich selbst erkennen! Und wenn zwischen den Todten und Ueberlebenden ein Gesetz geistiger Mittheilung von den Regionen herab, wo Du wandelst, besteht, so sende uns auf den Schwingen der Ahnung einige jener trostreichen Wahrheiten, die Du jetzt im offenen Buche liesest, für die Zukunft, die uns verborgen ist. Inmitten des Schauspiels so vieler systematischen Verderbniß, so vieler treulosen Freundschaft, das von Tag zu Tag mehr hervortritt, wird dieser Traum den Kummer mildern, der uns drückt, den Kummer, daß wir Dir noch nicht gefolgt sind, nach oben!"

— Zwei Sumpfpflanzen. Unser Breslauer Parteiorgan, die „Wahrheit" schreibt am 5. Juni: „Richter und Parisius, die beiden Schreckenskinder der Fortschrittspartei, denen aus der Reihe ihrer eigenen Freunde der Vorwurf der „Aufdringlichkeit", „Aufgeblasenheit", „Banksucht" u. s. w. aller Augenblicke entgegengeschleudert wird, werden mit Unrecht von den Liberalen angegriffen. Wenn wir auf liberalem Boden ständen, wir würden den beiden Fortschrittsgrößen goldene Brücken bauen, anstatt sie in solcher Weise zu schmähen. Es versteht sich Niemand so gut darauf, die rothen Reichsfeinde herunterzureißen und zu verdächtigen, als dieses edle Gespann am rückwärts führenden Wagen der Fortschrittspartei, wenigstens haben wir bis jetzt eine Kunstfertigkeit in dreinen Verdrehungen, die derjenigen, worüber das Paar Richter-Parisius verfügt, auch nur einigermaßen ähnlich wäre, noch bei Niemanden angetroffen. Beide gelten als die radikalsten Fortschrittler und senden ihre durchgeschriebenen Correspondenzen, die nach dem Grundsatze „billig und schlecht" in fabrikmäßiger Massenproduktion hergestellt werden, an Blätter aller Parteischattirungen. Nach Breslau arbeiten die Beiden für Zeitungen, deren Fortschrittlerthum vom rechten Flügel der Nationalliberalen sich gar nicht unterscheidet, Richter, „der hämische Abgeordnete", wie ihn ein namhaftes liberales Organ nannte, schreibt unter dem Zeichen des Paragraphen (§) für die seiner würdige „Breslauer Morgen-Zeitung", Parisius bedient als Dreieck (Δ) das Organ des Schlesischen Bankvereins, die „Breslauer Zeitung". Zwei Ableger dieser beiden fortschrittlichen Streithähne finden sich wieder in den Sonntagsnummern der genannten Blätter vor, und wird darin der Versuch gemacht, den Gothaer Congreß zu bekritteln. Das Dreieck spottet darüber, daß Hasselmann und Reimer bei der Wahl durchgefallen seien, daß es (das Dreieck) aber diesmal selbst seinen Reichstagssitz eingebüßt hat, vergißt es wohlweislich mitzutheilen. Der § erzählt den glaubigen Lesern, um den „Zwist" in unserem Lager zu beweisen, folgendes Märchen: „Die Berliner (Delegirten) greifen das Leipziger Blatt („Vorwärts") an möchten dagegen ihr Blatt zum Centralblatt erhoben wissen." Das ist natürlich, wie der § recht gut weiß, vollkommen unwahr, aber wozu braucht ein Lügen-§ die Wahrheit zu sagen! Das Dreieck schwatzt dagegen, um an unserer Partei innere Widersprüche zu entdecken. „Das (sozialistische) Centralcomité prahlt am 28. Mai, daß unter den 44 Redakteuren kein „Lump" sei und am 29 beschließt der Congreß einstimmig die Ausstoßung eines Stettiner Redakteurs, der vormals Schuhmacher war." Das Dreieck will sich offenbar vom § im unredlichen Kampfe nicht übertreffen lassen, sonst hätte es offenkundige Thatsachen nicht so verdreht. In dem Bericht des Centralcomités wurde bekanntlich mit Rücksicht auf einen Artikel der Wiener „Presse", welche behauptete, die sozialistischen Agitatoren seien durchweg heruntergekommene frühere Kellner, Bauernfänger, Kellerwechselfabrikanten, fortgejagte Offiziere, bankerotte Banquiers ꝛc., die Lebensstellung sämmtlicher bei der Partei angestellter Redakteure mitgetheilt, und daraus der Nachweis geführt, daß die meisten derselben Lohnarbeiter gewesen seien. Diesen Theil des Berichts läßt sich nun das Dreieck, nachdem es das wichtigste, den Zweck desselben fortgelassen, so um, daß es ihn zu seinem „geistreichen Witze" gebrauchen kann. Die armen Leser der „Breslauer Zeitung" und „Morgen-Zeitung" sowie Alle, die aus solcher Küche ihre geistige Speise beziehen, dauern uns herzlich."

— Von den Kriegs-Correspondenten auf dem türkisch-russischen Kriegsschauplatz entwirft einer vom Handwerk in der „Kölnischen Zeitung" ein ergötzliches Bild, bei dem die deutschen freilich am schlechtesten wegkommen: „Alle großen Nationen sind vertreten, am schwächsten erscheinen die Franzosen, während es von Engländern wimmelt. Es ist ein interessantes Studium, die Berichterstatter zu beobachten, wie sie nach verschiedenen Nationalitäten ihre Aufgabe in verschiedener Weise zu erfüllen suchen. Da sind zuerst die Engländer, bei denen die nationale Eigenthümlichkeit am offensten zu Tage tritt. In den Hotels sind sie gleichzeitig die Wonne und die Qual des Besitzers, denn ihre Ansprüche sind sehr bedeutend und gehen oft in's Kleine hinein; andererseits sind sie aber durchgehends mit großen Mitteln ausgestattet und bezahlen sehr gut. Sie machen von hier häufig Ausflüge nach wichtigen Punkten, und ich glaube man darf annehmen, daß ihre Spezialberichte durchschnittlich auf persönlicher Wahrnehmung beruhen. Ebenfalls mit großen Mitteln treten die Amerikaner auf; auch diese gehen bei ihren Berichten mit ganz besonderer Genauigkeit zu Werke. Sie halten sich jedoch sehr zurückgezogen und haben nur wenig Verkehr. Dasselbe kann man von den russischen Correspondenten sagen, von denen man wenig zu sehen bekommt und die wahrscheinlich ihre Nachrichten von russischen Offizieren erhalten. Deutsche Correspondenten sind zahlreich am Platz und wenigstens zum Theil auch recht rührig. Wünschenswerth wäre bei Manchen von ihnen, daß sie sich etwas mehr der Wahrheit befleißigten, denn manchmal werden Dinge in die Welt geschickt, die kaum zu verantworten sind. Leider giebt es eine Sorte von Correspondenten, die ihre Speisezettel von Neuigkeiten vom Kellner beziehen und denen dieser die erste und einzige Autorität ist." (Nun — ein Theil unserer deutschen Journalisten braucht nicht erst auf den Kriegsschauplatz zu gehn, um in dieser Weise zu glänzen.)

Kind, nichts mehr zu essen findet, oder haben ihn Mangel und Entbehrung krank und siech gemacht, dann legt er oder sie oder es sich eben einfach unter irgend eine Hausthür, oder unter irgend einen „dry arch“ (trockenen Brückenbogen, von Londons Heimatlosen vielfach benutzt) oder auf irgend ein Bündel faulen Strohes und — stirbt. Wie viel stilles, ungesehenes Märtyrerthum spielt sich da ab! Alles zur größern Ehre des Gottes Kapital.

Bei uns zu Hause hat das Mastbürgerthum auf die Frage, wie denn der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaft seine Lage verbessern könne, die stereotype Antwort: „Arbeitet, schafft Nationalreichthum, bereichert uns und ihr bereichert zugleich euch!“ Nun, Englands Volk hat gearbeitet und arbeitet noch wie kein anderes, unberechenbar sind die Schätze aller Art, die sein Fleiß geschaffen, und dabei ist es doch so elend wie kein anderes. An seinen Webstühlen hat es nur sein eigenes Hungertuch gewebt, in seinen Eisenhämmern nur seine eigenen Ketten geschmiedet, in seinen Gruben nur das Grab seines eigenen Menschenthums gegraben. Jene Rechnung muß also doch wohl nicht stimmen, Ihr Herren! Das Kapital ist der böse Geist, durch den selbst die Arbeit, die Segenspenderin, zum Fluche wird für ihre Kinder.

Werden die Dinge immer diesen unseligen Gang gehen in diesem Lande? Wird dieses Volk niemals sein gebieterisches Halt dazwischen rufen?

Hört man unsere Satten und Zufriedenen zu, so ist England, das Land der Ideale, für alle Ewigkeit gefeit gegen Alles, was Revolution heißt. Bald soll es der praktische Sinn des englischen Arbeiters sein, der lieber, mit den Thatsachen rechnend, Schritt für Schritt erringe, was wir Continentalen im Sturme nehmen wollen. Ist das mit dem „Schritt für Schritt vorwärts gehen“ aber nicht der frechste Hohn angesichts der schrecklichen Wirklichkeit, wie man sie hier kennen lernt, angesichts nur der einen statistisch erwiesenen Thatsache, daß die Conzentration des Kapitals, d. h. also die Verarmung der Massen, gerade in diesem Lande mit rasender Eile vor sich geht? Es ist wahr, der englische Arbeiter ist gar sehr verrannt in seine Trades-Unions. Aber ob er damit Recht hat? Ich habe es von alten Arbeitern, die der englischen Bewegung seit Jahren nahestehen, aussprechen hören und es ist Thatsache, daß diese Ansicht Verbreitung gewonnen hat: „The trades unions are our curse.“ (Die Gewerkschaften sind unser Fluch.) Ich kann ihnen nicht Unrecht geben. Denn wie armselig nehmen sich im Grunde diese ewigen Lohnstreitereien, die das A und O der Trades-Unions sind, aus im Vergleich zu jener großen, welthistorischen Aufgabe, welche dem Proletariat des 19. Jahrhunderts anvertraut ist und die man die Lösung der sozialen Frage nennt! Wie denkt sich der Trades-Unionist (Gewerkschaftler) eigentlich diese Lösung mittels seiner ewigen Strikes und Lock-Outs? Er denkt sie sich einfach gar nicht, er ist in seine Zänkereien um die paar Pence mehr oder weniger Lohn verrannt und alles Andere ist ihm gleichgiltig.

In der That haben die Trades-Unions etwas Zünftlerisch-Egoistisches. Nein, Ihr Herren, so wird nicht Weltgeschichte gemacht! Im besten Falle kann das immer nur ein armseliger Guerillakrieg bleiben, bei dem es niemals zu einer Entscheidung kommt, bei dem überdies die Erfolge des einen Tages, mit so schweren Opfern erkauft, am nächsten Tage meist wieder verloren gehen, während dessen das Proletariat nur immer mehr herunterkommt und — seine Zeit verliert, die es so viel, viel besser anwenden könnte! Ja fürwahr — erwägt man, wie der englische Arbeiter durch die Trades-Unions so ganz und gar von seinen Strike-Angelegenheiten in Anspruch genommen, so ganz und gar von dem ihm einzig ersprießlichen Boden, dem der radikalen Politik, abgelenkt wird, erwägt man ferner, wie glänzend es mit der englischen Arbeiterbewegung stehen müßte, wenn dieselben Summen von materiellen und geistigen Mitteln, von wirklich heldenhafter Energie, Thatkraft und Hingebung, wie sie — große Mittel für kleine Zwecke — auf all die Lohnstreitigkeiten vergeudet wurden, auf die politische Aktion verwendet worden wären — dann kommt man in der That so ziemlich bei der oben ausgesprochenen Ansicht heraus, dann sagt man sich wirklich, es wäre besser, die Trades-Unions wären nicht da. Ich weiß, daß diese Beurtheilung der Gewerkschaftsbewegung bei vielen Lesern heftigen Widerspruch finden wird. Aber erstens urtheilen sie eben nur nach unseren deutschen Verhältnissen, wo die Gewerkschaftsbewegung glücklicherweise nur die zweite Stelle einnimmt und nicht, wie hier, die politische ganz verdrängt hat, und zweitens scheint es mir auch bei uns sehr wohl einmal der Frage werth, ob denn nicht die Vortheile der Gewerkschaftsbewegung durch ihre Nachtheile zum Mindesten aufgewogen werden.

Es läßt sich doch nicht gut verkennen — und es entspricht das ja eigentlich nur durchaus unseren Ansichten — daß im Großen und Ganzen alle Anstrengungen des Arbeiters, dem Kapitalismus auf dessen eigenem Boden bessere Lebensbedingungen abzutrotzen, eine erstaunliche Aehnlichkeit mit der bekannten Arbeit des seligen Sisyphus haben. In Zeiten großer Arbeitsnachfrage geht ja das alles ganz leidlich; man kämpft, man striket und der Stein der Lohnsätze wird glücklich bergauf geschoben. Aber sowie nur diese Nachfrage nachläßt, die „Geschäfte“ stocken — Pardautz! dann geht es, trotz aller Gegenanstrengungen, bergab und bald liegt der Stein wieder am Fuße des Berges. So ist es jetzt bei uns, so ist es aber auch, trotz der gerühmten Organisation der Trades-Unions, jetzt hier in England.

Es entspricht das, wie gesagt, ja nur durchaus unseren Ansichten, die die bestehende Gesellschaft eben vollständig aufgegeben haben, und paßt uns deshalb eigentlich auch ganz vorzüglich in unseren politischen Kram. Dadurch aber, daß wir uns trotzdem doch mit der Strikerei befaßt haben, macht der Arbeiter, dem die besseren Löhne so rasch wieder durch die Finger geglitten sind, uns dafür verantwortlich und wird, nicht immer im Stande, zwischen beiden so grundverschiedenen Dingen zu unterscheiden, auch gegen unsere politischen Bestrebungen sehr — kühl. Haben sie mir nicht einmal die paar Groschen mehr Lohn erhalten können, sagt er sich, dann wird es mit dem übrigen Zeug wohl erst recht Wind sein. Daraus entsteht Gleichgiltigkeit und Apathie gegen die ganze Bewegung. Ich selbst habe diesen eigentlich sehr einfachen Gedankengang bei sehr vielen deutschen Arbeitern beobachten können. Angesichts solcher schwerwiegenden Ereignisse scheint es mir sehr wohl diskutirbar, ob es nicht besser wäre, wenn wir, unsere Ziele damit schärfer und klarer abgrenzend, unsere gesammten Kräfte auf die politische Aktion concentrirten, in welcher es keine Enttäuschungen giebt, einfach weil wir von der bestehenden Gesellschaft von vornherein nichts erwarten, und die ganze Gewerkerei und Strikerei, die übrigens ja jetzt thatsächlich so ziemlich auf Null herabgesunken ist, dem fortschrittlichen Gelichter überließen. Mögen sie den Arbeiter mit dem Kopf gegen die Mauern der kapitalistischen Gesellschaft anrennen lassen. Wenn er dann sehen wird, daß er sich dabei wohl seinen Kopf, aber nicht jene Mauern einrennt, dann wird er um so freudiger und überzeugter zu uns kommen, die wir mit ganz anderem Geschütz gegen diese Mauern anrücken.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das preußische Obertribunal hat mit seinen von Zeit zu Zeit aufgestellten „Rechts“grundsätzen der Sozialdemokratie schon manchen Stein auf den Weg gerollt, aber alles, was dieser oberste preußische Gerichtshof im sozialistenfeindlichen Sinne seither geleistet hat, scheint uns bei weitem übertroffen zu werden durch ein Erkenntniß, welches am 25. Mai d. J. in Beziehung auf die Handhabung des preußischen Vereinsgesetzes von ihm gefällt worden ist. Das Erkenntniß, welches in Preußen nunmehr Gesetzeskraft erlangt hat, und welches namentlich von unserem „besten Agitator“ Tessendorff freudigst begrüßt worden sein wird, nimmt sich also aus: „Wenn die Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vom 11. März 1850 im § 16, Abs. 2 Denjenigen mit Strafe bedroht, der sich bei einem auch nur vorläufig geschlossenen politischen Verein als Mitglied ferner betheiligt, so kann unter der ferneren Betheiligung als Mitglied nicht nur eine solche Betheiligung verstanden werden, welche sich durch Versammlungen und in denselben stattgefundene eingehende Erörterungen der Zwecke des geschlossenen Vereins kundgiebt, sondern auch vielfach durch andere Vereinsthätigkeit, insbesondere durch das Einberufen einer Versammlung, wenn auch diese thatsächlich nicht zu Stande kommt.“

Daß dieses Erkenntniß wiederum auf die Sozialdemokratie gemünzt ist, unterliegt keinem Zweifel. Aber wohin gelangen wir mit unsern Rechtszuständen, wenn unter Umständen schon der Einberufer einer Versammlung, die „thatsächlich nicht zu Stande kommt“, sich durch die bloße Einberufung eines gesetzwidrigen Vergehens schuldig machen kann? Man verfüge doch lieber rundweg, daß für die Sozialdemokratie das Vereinsgesetz aufgehoben, daß sie vogelfrei ist. Dann ist die Situation geklärt, und wir können dem arbeitenden Volke sagen, daß Gesetz und Recht nur Privilegium der herrschenden Klassen sind.

— Zahlen beweisen. Wie völlig ungerechtfertigt die arbeiterfeindlichen Bestrebungen eines großen Theiles der Kleingewerbtreibenden sind, haben wir schon zu wiederholtenmalen dargethan. Die nachfolgenden Ziffern beweisen auf's Neue, daß die Wurzel des Uebels, an welchem das Kleinhandwerk krankt, in ganz anderen Dingen zu suchen ist, als in den angeblich durch die jetzige Gewerbeordnung gelockerten Beziehungen der Arbeiter zu den Meistern, und es wäre nur sehr zu wünschen, daß die Letzteren mit mehr Objektivität, als es seither der Fall war, die Entwicklung der wirthschaftlichen Verhältnisse studirten und nach dem Ergebniß dieses Studiums ihre Bestrebungen feststellten. Einen solchen Anlaß zum Studium bietet ein Vergleich des früheren und gegenwärtigen Standes der Tuchmacherei und deren Nebenbranchen in Berlin über den folgendes gemeldet wird: In der zehnjährigen Periode 1830—40 brachten es 58, in der 1840—50 64 Tuchmacher zur Selbstständigkeit und Meisterschaft. Der Adreßkalender von 1876 führt aber überhaupt nur noch 58, der von 1877 nur noch 53 Meister auf. Die Zahl der selbstständigen Appreteure vermehrte sich 1830—50 um 23, 1876 existirten deren überhaupt noch 61. Von 1829—40 waren 72, von 1840—50 83 Raschmacher thätig, 1877 bezifferte sich ihre Zahl nur noch auf 75. Nicht völlig so schroff wie mit der Tuchmacherei geht es mit der Webindustrie bergab, was sich in Berlin und in den Großstädten am deutlichsten zeigt.

		1825 waren in Berlin	in ganz Preußen
Gehende Webstühle	zu Tüchern, Strümpfen und Zeugen aller Art . . .	5962	86,498
	Bandstühle, Zahl der Gänge	942	45,406
	als Nebenbeschäftigung . .	35	202,204

1849 waren noch für Wollen- und Halbwollenwaaren 2270 Webstühle und 396 Meister mit 2754 Gesellen thätig. Bis 1852 war die Zahl des Webstühle auf 2739, die Zahl der Fabriken in Tuch von 20 auf 27 gestiegen, während heute nur noch 23 vorhanden sind. In Berlin bezifferte sich 1867 die Zahl der selbstthätigen Arbeitgeber der Textilindustrie auf 1916, die der selbstständigen Arbeitnehmer auf 5782 Personen; da in dieser Branche die Angehörigen meist von früher Jugend an im Gewerbe mit thätig waren und sich auf 11,581 Personen bezifferten, so waren ca. 19,280 Personen in der Textilindustrie beschäftigt. Nach den amtlichen revidirten Gewerbetabellen der Volkszählung vom 1. Dezbr. 1875 waren dagegen überhaupt nur 13,430 Personen thätig, und die Zahl der Unternehmer in der Textilindustrie beziffert sich nur noch auf 2804.

Das die statistischen Daten. Sind an diesem Rückgang vielleicht die Arbeiter und speziell die bösen Sozialdemokraten schuld? Und wenn nicht — wer ist Euer Bedränger, Kleinmeister? Die Antwort gebt Euch selbst, sie ist mit Händen zu greifen.

— Unsere Gegner erörtern angelegentlichst die Frage, wie dem riesigen Wachsthum der Sozialdemokratie Einhalt geboten werden könne. Daß es dabei an wunderlichen Vorschlägen nicht fehlt, darf nicht verwundern, vermögen die Sozialistenfeinde doch immer noch nicht einzusehen, daß der Sozialismus das ureigenste Produkt der heutigen sozial-politischen Verhältnisse ist. So will man es zur Niederhaltung der Sozialdemokratie neuerdings mit sogenannten Arbeitskolonien versuchen, und soll namentlich Sachsen als Versuchsfeld für diese neue Art der Sozialistensperre herhalten. In einer sächsischen Correspondenz der „Vossischen Zeitung“ heißt es über das Projekt folgendermaßen:

„Die von der Sozialdemokratie drohenden Gefahren sind Anlaß geworden, daß neuerdings in der kleinen Presse wiederholt auf die Nothwendigkeit hingewiesen wird, Arbeitskolonien in's Leben zu rufen, welche die Bildung eines festen Arbeiterstandes begünstigen. Nun ist aber die gegenwärtige Zeit am wenigsten dazu angethan, Großindustriellen zur Nachahmung der in Mühlhausen, Essen, Saarbrücken ꝛc. geschaffenen Institutionen anzuregen und ebensowenig wird man vom Staate die Initiative erwarten können. Was man aber von dem Staate verlangen kann, das ist die baldige Aenderung des Dismembrationsgesetzes. Bereits in der vorigen Session unseres Landtags wurde von dem Abgeordneten Krause ein Antrag eingebracht, welcher die der freien Theilbarkeit des Grundeigenthums auf dem Lande entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen strebte, indeß scheiterte derselbe an dem Widerspruche des Ministeriums. Seitdem sind von genauen Kennern der landwirthschaftlichen Zustände, wie von Freunden der arbeitenden Klassen die schädlichen Wirkungen

Raspail am Grabe Börne's.

Den 13. Februar 1837 starb in Paris Ludwig Börne (geb. den 6. Mai 1786 zu Frankfurt a. M.). „Die Nachricht von Börne's Tod,“ schreibt Gutzkow in seiner Biographie des Verfassers der „Pariser Briefe“, „verbreitete Trauer unter Allen, die seine Freunde, Bestürzung unter Allen, die seine Feinde waren. Man kam und sah den Todten, wie der Heimgang ins Jenseits sein Antlitz verklärt und jeden Schmerzenszug aus ihm verwischt. Man verabredete eine Leichenfeier, die des herrlichen Mannes würdig war, einfach und doch von der Liebe und Verehrung zeugend, die ihm ins Grab folgte. Ein Trauerzug von mehr als hundert Deutschen geleitete den Sarg von der Rue Lafitte über den größten Theil des Boulevards langsam nach dem Gottesacker des Père Lachaise. Hier angelangt, trugen die nächsten Freunde des Dahingeschiedenen den Sarg zur Ruhestätte. Feierliche Stille, ein unbeschreiblicher Ernst bezeichnete den Augenblick, wo die Erde die Hülle des Vollendeten anfnahm.

Venedey und Berly, jener der bekannte Deutschthümler, der hier freilich schlecht am Platze war, dieser ein in Frankreich etablirter Kaufmann aus Frankfurt, sprachen am Grabe. Dann trat Raspail, der Gelehrte, Raspail der unerschütterliche Republikaner (der heute mit derselben Festigkeit an seinen Idealen festhält wie vor einem halben Jahrhundert) aus der Mitte der Leidtragenden hervor und sprach der französische Republikaner am Grabe des Deutschen:

„Ich glaubte nur Thränen auf dieses Grab weinen zu können, das Sie mit Blumen umkränzt haben. Aber die Freundschaft, welche über der unbelebten Hülle unseres großen Schriftstellers wacht, fordert mich auf, ihm einige Worte der Erinnerung mit in die Gruft zu geben; in diesem Augenblick einer so traurigen Feier hat die Freundschaft die Kraft eines letzten Willens: ich gehorche, meine Herren, und Sie werden meinem Beispiele folgen, indem Sie mir Ihre Nachsicht bewilligen; ich hatte mich nicht zu so großem Schmerze vorbereitet.

„Meine Herren, ich habe die Hälfte unseres Philosophen, die diese Erde binnen kurzem bedecken wird, nur wenig gekannt, und ich rechne dieses Mißgeschick zu meinen unglücklichen Ereignissen. Aber was die andere Hälfte betrifft, die uns bleibt, die tiefer als in Bronze gegraben ist, welche seine Feder geröthet hat, o! was diese unzerstörbare Hälfte betrifft, so habe auch ich sie genau gekannt, auch ich habe mich für würdig gehalten, sie zu lieben; und ich kann mit Ihnen sagen, ich habe nicht Alles verloren.

„Nicht, meine Herren, daß ich die Anmaßung hätte, Ihnen den Charakter des Genies Börne's zu enthüllen, Ihnen die magische Kunst dieses Styls zu analysiren, welche ihn zum populärsten Schriftsteller Deutschlands gemacht hat; die Macht dieses tiefen Gedankens zu schätzen, eines Gedankens, der unter dem tiefen Schleier der glücklichsten Einfachheit so viel zu jener friedlichen Umwälzung beigetragen hat, die Deuschland an seinem Busen erwärmt. Bei der ersten Zusammenkunft mit Ihnen würde ich Sie darum bitten, mich diese letzte Pflicht erfüllen zu lassen, wenn die mangelhafte Erziehung, die wir in Frankreich erhalten, es mir möglich machte, die Schönheiten einer Sprache zu empfinden, die so süß zum Ohre und zum Herzen tönt.

„Leset, leset! würde ich Ihnen zurufen, wie man an Molière's Grabe den „Misanthrop“ und „Tartüffe“ las, an Börne's Grabe einige jener auserwählten Stücke, die Deutschland in fünfzehn Bändchen gesammelt hat, anscheinend eine umfassende Sammlung und doch zu kurz für den Leser. Wie manche nächtige Lampe des im Lesen dieser Sammlung Vertieften erlosch erst beim Beginn des Tages! Wiederholet uns eine jener Allegorien, in welchen Börne mit jedem Federzug eine Wurzel des werdenden Despotismus abschnitt, wiederholet uns, zumal an diesem Orte, wo Thränen fließen, eine einzige jener tausend Seiten, in welchen Börne die Armen die Ergebung und die Reichen die Wohlthätigkeit, die Geächteten die Liebe zu einem Vaterlande lehrte, das sie zu vergessen schien; bewundernswürdige Werke, die man bei Ihnen in den Palästen, wie in der Hütte findet; denn sie zeichneten eine Zukunft, die keine andere Kategorie unter den Menschen gestatten wird, als die der guten Menschen unter einander, die sich gegenseitig hienieden unterstützen.“

„Aber, meine Herren, auch ohne Ihre Sprache zu verstehen wurde nur das Glück zu Theil, Börne zu lesen und zu begreifen, und ich besitze ihn ebensogut wie Sie. Er willigte eines Tages darein, in Frankreich die Sprache zu reden, durch welche er deutsche Herzen so tief bewegt hat, und er that Wunder; er wurde in Frankreich wie in seinem Vaterlande verstanden, er hatte sich selbst übersetzt, und sein seinem Debut hatte er in der ersten Reihe unserer Originalschriftsteller Platz genommen. Mißgönnen Sie mir nicht ein Gefühl, das aus Dankbarkeit sowohl, wie aus Eigenliebe fließt, es war in dem Reformateur, wo Börne sich als französischer Schriftsteller zeigte. Hätte ich geahnt, in Ihrer Mitte das Wort zu nehmen, ich würde jene kostbaren Fragmente mit mir hierher gebracht haben, deren Andenken meinen Kummer verdoppelt. In seinem Style fand man Béranger und Paul Louis Courier vereint; aber sein Gedanke war zehn Jahre jünger, und zehn Jahre sind in der Revolution, in der Feder von uns begriffen ist, ein Jahrhundert des Fortschritts. Sie haben bemerken müssen, daß seine Feder im Französischen diesen unbeschreiblichen Zauber bewahrt hatte, der sich in geistreicher, oft sarkastischer Weise angekündigt und mit einem tiefen Gedanken und einem hochherzigen Gefühle endet, gleich jenen ausländischen Früchten, die mit einem pikanten und fremdartigen Geschmack beginnen und sich in Wohlgeruch auflösen. Börne, Israelit von Geburt, war in seinen Schriften meiner, unserer Religion, der Religion der guten Menschen aller Länder; er glaubte an die allgemeine Verbrüderung, an die Gleichheit, die man annimmt und die man nicht auferlegt; der Krieg der Völker untereinander schien ihm ein Verbrechen, einzig und allein zum Vortheil Einzelner begangen; die Nationalität ein ärmlicher Gedanke. Die Natur hatte in seinen Augen der Geselligkeit keine Grenzen in schwarz oder roth gezogen: auf der Oberfläche einer Erdkugel waren die Säulen des Herkules eine Chimäre; er sah den Koloß des Fortschrittes beide Ufer des Flusses, der zwischen Frankreich und Deutschland fließt, überschreiten und den Völkern beider Ufer, indem er ihnen die Hand zur Versöhnung reichte, es ins Gedächtniß rufen, daß sie einem Geschlecht angehören und daß sie denselben Pflichten unterworfen sind. Und er sagte das Alles, ohne sich in einem Lande etwas zu vergeben, wo die Gastfreundschaft Ihnen nur unter stets beunruhigenden Bedingungen gewährt ist, und wo die wenige Sonne, um welche Sie uns bitten, mit einem Schleier verhüllt wird, dessen äußersten Saum zu lüften, Ihnen nicht gestattet ist, wollen Sie sich nicht einem Sturm aussetzen. Es bedarf eines großen Talentes, um einen Schein von Freiheit inmitten so vieler Hindernisse zu bewahren und große Dinge unter dem Degengeklirre so kleiner Geister in gehöriger Weise zu besprechen. Dieses Talent hat Börne in Frankreich zur höchsten Stufe der Vollendung getragen. In diesem durchsichtigen und ärmlichen Körper, der sich über die Erde wie über ein Vaterland schleppte, das ihm nicht angehörte, wohnte eine Seele, die für das Gute brannte, für das Schlechte lut, für die Vertheidigung der heiligen Sache des Volkes kämpfte;

des jetzigen Dismembrationsgeses vielfach nachgewiesen, doch ohne daß im Ministerium dadurch eine Aenderung der Anschauungen hervorgerufen ist. Es wird nun Pflicht der Liberalen im Landtage sein, auf eine Aenderung des Dismembrationsgesetzes zu dringen."

Wie man sieht, will der Correspondent der „Vossischen Ztg." von den „Arbeitskolonien" der „kleinen Presse" nichts wissen, und er thut sehr recht daran. Aber ebensowenig wie die „Arbeitskolonien" wird der Versuch einer Dismembration (Zerlegung, Zerstückelung) des fiskalischen Grund und Bodens — denn um Staatseigenthum kann es sich doch nur handeln — die sozialistenfeindlichen Absichten unsrer Gegner realisiren, die ganze wirthschaftliche Entwicklungsgeschichte der Menschheit spricht dagegen. Schaffe man heute Tausende von kleinen Grundeigenthümern, und morgen schon wird der kapitalistische Enteignungsprozeß an ihnen in Wirksamkeit treten. Der Große vernichtet den Kleinen, das ist kapitalistisches Gesetz, welches erst dann aufgehoben sein wird, wenn es weder Reich noch Arm, Hoch noch Niedrig giebt — wenn der Sozialismus verwirklicht ist. Wider den Sozialismus aber wie wider den Tod ist kein Kraut gewachsen — und der Sozialismus ist der Tod der heutigen kapitalistischen Gesellschaft.

— Der Sozialismus allüberall. Auch im Lande der Pharaonen (Egypten) hat der Sozialismus zum Schrecken der dortigen Machthaber drohend sein Haupt erhoben, und zwar sind es zumeist die in den europäischen Etablissements am Suezcanal, in Alexandrien, Port Said ꝛc. beschäftigten europäischen Arbeiter (hauptsächlich Italiener, Franzosen und Griechen), welche dem Sozialismus huldigen, und besteht in Alexandrien seit einem Jahre ein „internationaler Cirkel der sozialistischen Propaganda". Natürlich blieben auch die egyptischen Sozialisten nicht ohne Verfolgung. Die Regierung des Khedive, die ja alles, was aus Europa kommt, gewissenhaft nachäfft, wollte nicht schlechter sein, als ihre Colleginnen im alten Europa und schritt, sobald sie nur erst von dem Vorhandensein so „staatsgefährlicher" Menschen gehört, „energisch" gegen die „Missethäter" ein. Das sozialistische Organ „Il Lavoratore" (der Arbeiter) wurde unterdrückt, seine Druckerei geschlossen und sämmtliche Lettern und Maschinen auf Befehl des Ministers Sherif Pascha in Beschlag genommen. Die Alexandriner Genossen ließen sich aber durch diesen Gewaltact keineswegs einschüchtern und gründeten nicht nur sofort eine neue Zeitung, „Il Proletario", sondern beschlossen auch, im Vereine mit der Sektion der Internationale in Cairo und der Griechischen Föderation, resp. deren Vorort Patraß, den internationalen Sozialistencongreß zu Gent zu beschicken und demselben folgenden Antrag vorzulegen: „Es werde ein Bureau gegründet, welches die Propaganda in den Ländern des Orients zu leiten hat; dasselbe hat Schriften in italienischer, illyrischer, griechischer, türkischer und arabischer Sprache auszugeben. Die Kosten werden durch monatliche Beiträge der verschiedenen internationalen Gesellschaften Afrikas aufgebracht." Man sieht, der Sozialismus folgt dem Kapitalismus auf Schritt und Tritt; und er wird nicht ruhen noch rasten, bis er die Erbschaft dieses Todfeindes der barbenden und unterdrückten Menschheit angetreten und seinen edlen Prinzipien darf zur Geltung verhelfen hat.

— Ueber den Fortgang des russisch-türkischen Krieges liegen Nachrichten von Belang nicht vor. Der Donauübergang der Russen, mit welchem die eigentliche Blutarbeit erst beginnen kann, ist noch nicht erfolgt und wird wohl auch nicht so leicht erfolgen können, da außer den Schwierigkeiten, welche schon die ziemlich breite Donau selber dem Uebergange bietet, das ganze rechtseitige türkische Ufer mit zahlreichen Batterien zur Abwehr der Russen versehen ist.

In Asien dagegen wird dem Vorrücken der Russen wenig Widerstand entgegengestellt, und fast scheint es, als ob das beständige Zurückweichen der Türken auf einem Plane beruhte, der nicht ohne Zusammenhang mit dem in der Flanke und im Rücken der russischen Armee ausgebrochenen Tscherkessenaufstande sein dürfte.

Daß der russisch-türkische Krieg übrigens nicht ohne Einfluß ist auf die Beziehungen der westeuropäischen Mächte zu einander, unterliegt natürlich keinem Zweifel, und wir können einem Londoner Correspondenten des „Hamburgischen Correspondent" nur zustimmen, wenn er sich über dieses hochwichtige Thema also ausläßt:

„Obgleich die Oberfläche der politischen Verhältnisse Europas noch unbewegt erscheint, wenn man den Fortschritt der russischen Armeen in Asien und die erstaunliche Größe ihrer Vorbereitungen zur Invasion der europäischen Türkei außer Acht läßt, so möchte ich doch di Versicherung wagen, daß die Gemüther der Staatsmänner, soweit wir zurückdenken können, niemals tiefer durch Erwägungen des gegenwärtigen und durch Besorgnisse des zukünftigen Standes der Dinge erregt, verwirrt und beunruhigt waren. Ich könnte, wenn ich indiskret sein wollte, einige der größten und einflußreichsten politischen Lenker Europas als Autorität für die Meinung anführen, daß wir uns rasch einer jener großen historischen Krisen nähern, welche selten oder nie ohne solche Kämpfe vorübergehen, die große Opfer und Elend aller Art für die Generation mit sich bringen, welche sie erlebt. Wenn das der Fall ist, so wurde sicher niemals so wenig gethan, einer solchen Katastrophe zu begegnen oder sie abzuwenden, und es könnte geschehen, daß Alle wie unvorsichtige Reisende in einem wechselnden Klima vom Sturm überrascht werden. Rußland hat unzweifelhaft eine Politik, ein System und einen Plan. Es thut was ihm möglich ist, um ihn der Beobachtung Europas zu entziehen, aber seine Ausführung ist jetzt soweit vorgeschritten, daß Ableugnen nichts mehr hilft. Die Hauptstärke Rußlands liegt in der außergewöhnlichen Uneinigkeit Europas.

Es besteht keine Annäherung zu einem Bündniß oder Einvernehmen zwischen irgend zwei europäischen Staaten. Nicht das geringste Vertrauen zu einem von ihnen herrscht in ihren gegenseitigen Versicherungen oder Erklärungen, weil selbst, wenn die Aufgabe, die Kräftenherrschaft aufrecht zu erhalten. Erfüllt sie diese Aufgabe nicht, oder wirkt sie ihr gar entgegen, so hört sie einfach auf zu existiren. „Der Bien muß" also!

Obiges war bereits geschrieben, als uns die heitere Mähr überbracht wurde, daß auch der unglückliche Doktor und Professor Böhmert unter die „christlichen Arbeiterfreunde" gegangen ist oder doch gehen will. Genannter Herr, der sich seit einigen Monaten damit abquält, auch in Deutschland den (beiläufig höchst überflüssigen) Beweis zu liefern, daß Nationalökonomie und Gesellschaftswissenschaft ihm böhmische Dörfer sind (in Zukunft wird man sagen: Böhmert'sche Dörfer), hat soeben den lustigen Einfall gehabt, für die jetzt tagende Meißener Kirchenkonferenz eine Reihe von „Thesen" aufzustellen, betreffend „die Mitarbeit der Kirche an den sozialen Fragen der Gegenwart". Dieser Versuch im komischen Fach ist so gut gelungen, daß wir ein Verbrechen an unseren Lesern begehen würden, wenn wir die „Thesen" nicht vollständig abdruckten. Da sind sie. Ein paar Randglossen machen wir vielleicht einmal im Feuilleton. Also:

„1) Die sogenannte soziale Frage ist ein Inbegriff sehr vieler Fragen und Aufgaben, welche die Befreiung der Massen von Noth und Elend und ihre Emporhebung zu äußerer Wohlfahrt und innerer Zufriedenheit bezwecken.

„2) Der äußeren Noth, welche theils aus Mangel an Unterhaltungsmitteln, theils aus unwirthschaftlichem Verbrauch derselben entsteht, läßt sich nur durch gesteigerte Produktion, angemessene Vertheilung und weisen Verbrauch der Güter abhelfen. Der Versuch, mehr Lohn für weniger Arbeit zu erzwingen, muß zu einer Vertheuerung aller Dinge führen, welche natürlich auf den ärmsten Klassen am schwersten lastet. Ebenso wenig kann die Anfeindung des Fabrikbetriebes, der Maschinenbenutzung und Arbeitstheilung für die Gesammtheit des Volkes, den Handwerkerstand inbegriffen, von Nutzen sein. Es müssen vielmehr alle Arbeitskräfte und Kapitalmittel, welche in einzelnen Betriebszweigen überflüssig geworden sind, rasch für andere Zwecke verfügbar gemacht und der Uebergang zu anderen Erwerbsthätigkeiten, sowie die Aneignung der besten Betriebsmethoden Jedem erleichtert werden.

„3) Das Kapital ist ein Vorrath von nicht verzehrten Gütern, aus welchen die Löhne der Arbeiter bestritten und die zur weiteren Produktion unentbehrlichen Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Werkstätten ꝛc. beschafft werden; in dem Kapital haben wir daher den besten Bundesgenossen oder vielmehr die nothwendige Vorbedingung der Arbeit. Je rascher die Vermehrung des Kapitals fortschreitet, um so höher steigen die Arbeitslöhne. Diese pflegen in reichen Ländern am höchsten und in armen Ländern am tiefsten zu stehen. Hemmnisse der Arbeit und Kapitalbildung verhindern aber die Abnahme von Noth und Elend.

„4) Die Beziehungen der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern müssen als ein Verhältniß von Mitarbeitern aufgefaßt werden und auf gegenseitigem Vertrauen und Wohlwollen beruhen. Jede ehrliche Arbeit, mag sie hoch oder niedrig, beliebt oder unbeliebt sein, mag sie Kopf oder Hand in Anspruch nehmen, ist als sittliche Pflicht und Vorbedingung wahren Lebensglückes aufzufassen und in Ehren zu halten.

„5) Der soziale Fortschritt der Menschheit beruht jedoch nicht nur auf einer Milderung der äußeren Noth, sondern ebenso auf einer Bekämpfung der inneren Noth, welche aus dem Mangel an geistigen und sittlichen Gütern und an Frieden des Gemüths entsteht. Die „innere Arbeit" und Selbstbeherrschung im Genuß ist die wichtigste produktive Beschäftigung. Das Gemüth ist die Vorrathskammer der kostbarsten Reichthümer. Lebensglück ist Allen erreichbar, welche mit Dankbarkeit und Freude am Dasein auch Andere durch äußere und innere Gaben zu beglücken suchen.

„6) Die Kirche, als die Gemeinde aller heilsbedürftigen und nach Versöhnung ringenden Gemüther, hat in dem sozialen

---

in der Druckerei der „Gazeta Narodowa" Haussuchungen vorgenommen und mehrere Personen, darunter ein Mitarbeiter des genannten Blattes, verhaftet. — Mit den Sozialistenverfolgungen hat man in Oesterreich seither wenig Glück gehabt, und es ist tausend gegen eins zu wetten, daß eine ungeheure Blamage, nach der die österreichische Polizei übrigens förmlich zu lechzen scheint, das Ende der Affaire sein wird. Wohl bekomm's!

⊙ Aus Rumänien.

— 6. Juni 1877.

Sie bringen in Nr. 63 Ihres Blattes aus Bukarest eine Berichtigung resp. eine Richtigstellung meiner in Nr. 58*) desselben Blattes abgedruckten Correspondenz, dahin gehend, daß meine Schilderungen über das anhaltende schlechte Wetter, welches wir einige Wochen hindurch, und bis vor kurzem noch, hier zu verzeichnen hatten, auf Unwahrheit beruhe, und sagt der Einsender jener Berichtigung wörtlich: „Vom 8. Mai gab es schöne und regnerische Tage, am 9. regnete es sehr stark, am 18., 19. und 20. regnete es an verschiedenen Orten sehr heftig, so daß am 18. von einem wolkenbruchartiger Regen ein Durchlaß zwischen Racaciun und Jasgot weggerissen wurde, welche Störung bis 20. durch Umlegen von Schienen behoben ward."

„Am Zwanzigsten riß das vom Gebirge kommende Hochwasser die Brücke über das alte Atbett fort und stürzte einen leeren Waggonzug hinein, wobei ein Maschinenführer, 2 Heizer, 1 Zugführer, 1 Bremser mit Maschine und Waggons in's Wasser rollten. Das ist das ganze Wetter, welches der Bahnverwaltung mehr Schaden brachte als den Russen."

Und diese eingehende mit Daten belegte Bestätigung meiner Behauptungen soll eine Berichtigung sein? Darüber ein Wort zu verlieren, wäre mehr als überflüssig. Der Herr Einsender nennt sich Parteigenosse und sucht das Wort zu führen für die moskowitischen „Culturkämpfer", sucht die neuen Bundesgenossen derselben, die Herren Rumänier gegen die Angriffe, die dieselben von den verschiedensten Organen der öffentlichen Meinung zu erfahren haben, in Schutz zu nehmen. Wollte sich der Herr Einsender heute ein wenig hier in der Stadt umsehen und herumhören, was gestern Nacht zur Ehre der Durchreise des russischen Kaisers vorgefallen, so würde er wohl kaum noch den Muth finden, für das „vielverleumdete" rumänische Volk einzutreten. —

Die von der städtischen Behörde angeordnete Illumination wurde allgemein befolgt, die Stadt schwamm in einem Meer von Lichtern; der Monarch blieb jedoch am Bahnhof nur eine kurze Zeit und reiste, ohne von der Illumination Notiz zu nehmen, weiter nach Plojesti in's Hauptquartier. Da dem Mob, worunter gar viele den besten Ständen angehörige Studirende, der Spektakel dadurch verdorben ward, so suchte er sich auf eigene Faust ein solches zu bereiten und zertrümmerte in den meisten Häusern, wo er jüdische Bewohner vermuthete, die Fensterscheiben so gründlich, daß auch die Rahmen in Stücke flogen, in manchen Häusern wurden die Rahmen gewaltsam herausgerissen, wehrlose Frauen, Kinder, Kranke, Greise in ihrer Nachtruhe gestört und auf das Grausamste mißhandelt, in Wein- und Branntweinläden die Faßzapfen ausgestoßen und das flüssige Naß mit Streichhölzern angezündet, so daß an mehreren Orten bedeutende Feuer entstanden, und zu alledem verhielten sich die städtischen Sergeanten ruhig und machten nicht im geringsten Anstalt, dem wüsten Treiben zu steuern. Ein russischer Offizier empört darüber, zog den Säbel und wollte einen solchen Sergeanten in Stücke hauen, und Juden waren es, die den Mann unserer Gutsinnen und ihrer Agenten, die politische Freiheit sein, die das englische Volk so glücklich mache, daß es nach gar nichts Besserem verlange. Ah — geht mir mit dieser englischen Freiheit! Erlogen, wie alle ihre Ideale, ist auch dieses Ideal der Bourgeoisie von der „Freiheit wie in England." Diese Freiheit ist die Freiheit für die Herrschenden, Knechtung für die Beherrschten. Was es z. B. mit der hochgerühmten „Free Press" (freie Presse) auf sich hat, hatte man in diesen Tagen Gelegenheit zu erkennen. Der bekannte Bradlaugh hat eine Art von sozialpolitischer Broschüre geschrieben, in welcher er vom Malthusianischen Standpunkt aus die Beschränkung der Kinderzeugung als die einzig mögliche Lösung der sozialen Frage anempfiehlt und hiebei, nach der Art jenes miserablen Pfaffen, in Details über geschlechtliche Dinge eingeht — ein ganz elendes Machwerk also, das unsere Beherrscher gewiß nicht verfolgen, nein, höchst wahrscheinlich noch in Schutz nehmen würden, wie sie ja thatsächlich die gleichen widerlichen Geistesauswürfe der Katheder-sozialisten (Böhmert und Konsorten), uns gegenüber, unter ihre Fittige nehmen. Nun, die Regierung des freien Englands hat diese Broschüre, angeblich weil gegen die guten Sitten verstoßend (echt heuchelländisch), unter Anklage gestellt und ihre Verbreitung verboten, und wenn es Bradlaugh gut geht, kann er, wie man mir sagt, seine zwei Jährchen abbekommen. Daran nicht genug. Bradlaugh sandte neulich einige Exemplare seiner Broschüre per Post ab. Se. Herrlichkeit der Postmaster General for the United Kingdom (Generalpostmeister für das Vereinigte Königreich) Lord John Manners, schnüffelte den Inhalt der Packete heraus und — behielt sie einfach zurück, so das freie Verkehrsinstitut der Post in eine Abtheilung der geheimen Polizei verwandelnd und zugleich die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses im freien Albion aufs Treffendste illustrirend. Kann das Alles, frage ich nun, in unserm lieben Deutschland schöner gemacht werden? Unmöglich. Man versichert mich übrigens, daß für den Secret service (geheimen Polizeidienst) hier Summen verwendet werden, trotz Reptilienfonds und Petersburger 3. Abtheilung. Mit dem Versammlungsrechte des Volkes steht es ähnlich. Prohibitions (Verbote) von Volksmeetings sind durchaus nichts Seltenes. Dabei werden die abgeschmacktesten Schliche und Ränke nicht verschmäht, um jenes hochwichtige Recht illusorisch zu machen. So sagt man mir, daß neuerlich die Leichenbestattung an Sonntagen, unter dem Vorwande, daß das die Sabbathruhe beeinträchtige (wieder ein Stück Heuchelland) untersagt wurde, einfach um die politisch-demonstrativen funerals (Leichenbegängnisse), wie sie hier zu Lande schöner Brauch sind, an jenen Tagen, natürlich den einzig passenden zu vergleichen, unmöglich zu machen.

Oder diese „hochgerühmte persönliche Freiheit und Unverletzlichkeit" des britischen Staatsbürgers! Du mein grundgütiger Himmel! Man sehe sich nur um in Londons Straßen und man wird bald finden, wie es mit der Sache beschaffen ist. Der Mann im schlechten Rock ist hier dasselbe malträtirte, gestoßene, geschlagene Ding, nach dessen „Bürgerrechten" kein Hahn kräht, der „P'lice" (der von unsern liberalen Schwätzern so hoch gefeierte englische Konstabler, eigentlich: Policeman) ist genau dasselbe willen- und gedankenlose (nebenbei gesagt auch schlecht gelohnte) Werkzeug der herrschenden Klasse, und seinem „Diensteid" ist der Proletarier ebenso auf Gnade und Ungnade überliefert, wie — anderswo. Welches die Behandlung des letztern unter den Händen der von unsern parlamentarischen Komödianten in alle Himmel gehobenen englischen Justiz ist, das drücke ich deutlich genug aus, wenn ich an die berüchtigte cat-of-nine-tails (neungeschwänzte Katze) erinnere, die gar lustig geschwungen wird in Englands Kerkern. Und gehängt wird hier, rein wie zum Vergnügen. Für Den, den das Alles von seiner Gläubigkeit an die britische Freiheit noch nicht kuriren konnte, füge ich nur noch das eine Wort hinzu: Irland!

Nein, dieser Ruf der Freiheit, den England hat, er ist erheuchelt, „all' swindle", „sham" (Alles Schwindel und Trug),

Brauerei" zu Moabit einberufenen Wählerversammlung, in der Herr Ludwig Löwe unseren Parteigenossen Hasenclever todt machen sollte, verabfolgt. Aber o Schicksalstücke! das „sozialdemokratische Gift" greift immer mehr um sich, und der Verrath im Lager der Fortschrittspartei scheint unendlich groß zu sein, denn obwohl ohne Eintrittskarte grundsätzlich niemanden der Zutritt in den Saal gestattet wurde, so bestand dennoch die übergroße Hälfte der Versammlung aus Sozialdemokraten. Bereits um 8 Uhr Abends waren die weiten Versammlungsräume bis auf den letzten Platz gefüllt und in Folge der drückenden Hitze war die Atmosphäre im Saale eine unerträgliche, aber die Versammlung mußte sich dennoch bis nach 9 Uhr gedulden, ehe sie des Anblicks des Herrn Löwe theilhaftig wurde. Wie mir mitgetheilt wurde, hatte Herr Löwe noch am späten Abende mit dem Gründer, Herrn Paul Gravenstein, eine Conferenz, in welcher er diesen bat, ihn im Interesse der „heiligen Ordnung" öffentlich desavouiren zu dürfen. Nachdem Löwe von unserem deposseedirten „Freunde" Kalischer an die Rednertribüne geleitet worden, eröffnete Herr Fabrikbesitzer Goldacker die Versammlung und ertheilte zunächst dem eingeladenen Herrn Hasenclever das Wort. Dieser wurde mit unbeschreiblichem, nicht endenwollenden Jubel empfangen und widerlegte zunächst das von uns schon mehr als genug besprochene Machwerk des „edlen" Eugen, der allerdings immer noch nicht die gehoffte Wirkung, den Sozialismus in Berlin „geistig" zu tödten, hervorgebracht hat.

Hasenclever bemerkte insbesondere: Die Fortschrittspartei würde in ihrem eigenen Interesse gut thun, künftighin einen anständigen Mann, der etwas weniger von der Verleumdungs- und Lügensucht befallen sei, in's Feld zu führen. Richter beschäftigte sich zunächst fortwährend mit ihm (Hasenclever) und wie ein deus ex machina rufte er plötzlich aus: Liebknecht und Bebel haben sich 1870 bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges im Norddeutschen Reichstage der Abstimmung enthalten. Herr Richter habe bei dieser Gelegenheit absichtlich verschwiegen, daß er (Hasenclever) für die Anleihe gestimmt. Nach Sedan sei er allerdings gegen die Fortführung des Krieges gewesen. Jedenfalls besitzen Sozialdemokraten immer noch soviel Patriotismus als die Bourgeois, deren Patriotismus nur bis an aber nicht bis in die Tasche gehe. Bei der ersten deutschen Kriegsanleihe fanden sich die Zeichner nur sehr spärlich ein, während die im Monat Februar 1870 ausgeschriebene Anleihe, also zu einer Zeit, wo der Sieg zu Gunsten Deutschlands schon entschieden, binnen drei Tagen überzeichnet gewesen. Er (Hasenclever) sei auch niemals Kassirer, bezw. Sekretär des Hrn. Dr. v. Schweitzer, sondern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewesen. Herr Richter habe auch vorsätzlich bei seiner diesbezüglichen Bemerkung verschwiegen, daß er (Hasenclever) 4½ Jahr Präsident des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewesen. Herr Richter habe von verschiedenen verschwundenen Größen der Sozialdemokratie gesprochen; er (Redner) glaube, daß die Fortschrittspartei an solchen Leuten gerade keinen Mangel leide. Er erinnere nur an Banks, Duncker, den Unterstaats-Sekretär Michaelis. Letzterer habe früher genau dieselbe Rolle wie jetzt Herr Eugen Richter in der Fortschrittspartei gespielt. Redner ging nun auf die politische Chamäleon-Natur des Herrn Löwe über, dem man vielleicht seinen Anno-1860 und 64 bethätigten Sozialismus, bezw. Lassalleanismus, aber nicht seinen 1870 direkt und mit den heftigsten Angriffen gegen die Fortschrittspartei gerichteten Demokratismus als Jugendsünde anrechnen könnte. Jetzt sei der ehemalige Sozialdemokrat und nachherige bürgerliche Demokrat der Candidat aller liberalen Parteien mit Einschluß der conservativen. Seine Candidatenrede sei ja ziemlich radikal gewesen, allein Herr Löwe gehöre der Fortschrittspartei an und wolle er von dieser nicht exkludirt werden, so müsse er wohl oder übel für Aufrechterhaltung des heutigen ungerechten Gesellschaftszustandes, der die Ausbeutung der großen Mehrheit des Volkes durch wenige kapitalbesitzende Leute zum Zwecke habe, im Bunde mit seinen Parteigenossen wirken. Wolle Herr Löwe dies nicht, sondern im Sinne der Sozialdemokratie im Reichstage wirken, die da wolle, daß der Staat Einrichtungen schaffe, die den Einzelnen nicht bedingungslos der freien Concurrenz preisgeben, dann wolle er (Hasenclever) noch heute Abend seine Candidatur zurückziehen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Nunmehr erschien Herr Ludwig Löwe auf der Tribüne und gab eine so große Quantität von groben Redensarten zum Besten, daß es selbst dem dickelligsten Spießbürger etwas zu stark wurde. Herr Löwe gefiel sich aber so sehr in dieser seiner gebildeten Ausdrucksweise, und gab dieselbe, im Gegensatze zu seiner ersten Candidatenrede, mit einer derartigen Zungengewandtheit zum Besten, daß es mir schien, als sei diese Ausdrucksweise seine tägliche Umgangssprache: „Frechheit", „Feigheit", „Infamie", „Niederträchtigkeit", „unverschämt" — jedoch ich kann den Lesern dieses Blattes unmöglich zumuthen, den gesammten Sprachschatz des im gebildeten Fortschrittssinne gearteten imitirten Alberti in sich aufzunehmen. Herr Löwe bemerkte: Es sei eigentlich sein Grundsatz, nur hinter verschlossenen Thüren im Kreise der Seinigen zu sprechen, er sei jedoch heute Abend erschienen, um nicht als feige bezeichnet zu werden. Er werde nicht zur Sozialdemokratie übertreten, aber wenn Herr Hasenclever national sei und nicht, wie mehrere seiner Parteigenossen, aus dem Staate eine große allgemeine Zwangsarbeiter-Kaserne machen wolle, dann solle er (Hasenclever) zur Fortschrittspartei übertreten. Wenn Lassalle heute lebte, dann würde er mit seiner gewaltigen Stimme den heutigen sozialistischen Agitatoren den Garaus machen. Die Fortschrittspartei sei bemüht, das Menschenmögliche für die Arbeiter zu erreichen, er werde diesem Programme gemäß bemüht sein, im Reichstage zu wirken, ohne sich jedoch von der Fortschrittspartei die Hände binden zu lassen. Er würde, unbekümmert, von welcher Seite ein Antrag komme, wenn er gut, denselben unterstützen. Für die anständige Presse verlange er vollste Freiheit, für die mit „Sitz-Redakteuren" behaftete Revolverpresse jedoch den Galgen. (Gelächter.) Nachdem Herr Löwe noch den Sozialdemokraten Vaterlandslosigkeit und derlei schöne Dinge mehr vorgeworfen, und sich stark in die Hitze hineingeredet hatte, nahm er eine dreiviertelstündige Gründer-Reinigungs-Wäsche an sich vor. — Da die Richter'schen Medikamente wirkungslos geblieben, so veranlaßte Herr Kalischer Herrn Dr. Max Hirsch, seine Harmoniesalbe auszukramen. Der Herr „Anwalt" war denn auch in Begleitung der Herren Hugo Polke und Waldow erschienen. Herr Hirsch entschuldigte sich, daß er nicht sein volles Quartett mit sich führte; er erzählte: Herr Duncker wollte nicht kommen, er befürchte, seine Keuschheit könne bei näherer Berührung mit den Sozialdemokraten, den natürlichen Zerstörern der Ehe und Familie, Schaden leiden, und der Würgengel der Sozialdemokratie, Herr Nathan Schlesinger, könne in seinem nationalliberalen Sommerhabit, das er nur ganz zufällig billig erstanden, nicht gut in einer Fortschrittsversammlung erscheinen.

Dem Löwen folgte also der Hirsch, aber der gute Herr war leider heiser. Ich strengte meine Gehörsorgane nach Möglichkeit an, aber außer den Worten „Ehescheider", „Familienzerstörer" vermochte ich beim besten Willen nichts zu vernehmen. Dicht neben mir stand ein aufrichtiger, ehrsamer Fortschrittler, wenn ich nicht irre, gleichzeitig Mitglied des Gewerkvereins. Als Herr Hirsch die Tribüne betrat, glänzte sein Gesicht in voller Freude. „Es ist doch jammerschade um diese so gehaltvolle Rede des Herrn Anwalts; wenn ich doch etwas hören könnte, was spricht eigentlich der Herr Doktor?" fragte mich der gute Mann mit trauriger Miene. „Ich bedaure, ich verstehe keinen zusammenhängenden Satz, ich kann also die Weisheitssprüche nicht für die Nachwelt aufzeichnen," antwortete ich. — „Bitte, etwas lauter!" rief nun jetzt mein Nachbar. — „Raus, raus! dort hat ein Sozialdemokrat die Versammlung gestört; ich ersuche die Herren Controleure, den Mann aus dem Saale zu entfernen," rief der gestrenge Herr Vorsitzende. Nicht zwei Augenblicke vergingen und — mein gutmüthiger Nachbar ward an die frische Luft spedirt.

Während Herr Hirsch sprach, empfand Herr Polke gar heftige Redekneif-Schmerzen; aber auch Herr Waldow hatte sich ein paar Dutzend sehr wohlfeil erstandene sozialistentödterische Witze mitgebracht, die er noch an demselben Abend à tout prix an den Mann bringen wollte. Beide Herren meldeten sich denn auch rechtzeitig zum Worte, aber die Versammlnng wollte nicht mehr länger schwitzen. Welchen Schaden Herr Polke in Folge seiner Verkneifung genommen, weiß ich nicht; Waldow meinte: er hoffe dem Herrn Dr. Zimmermann, der nächstens seine Candidatenrede im fünften Wahlkreise vom Stapel lassen werde, seine Witze aufhalsen zu können. Sollte dieser nicht für die ganze Quantität Verwendung finden, so ist für den Rest „Bruder Miericke" ein sicherer Abnehmer.

Parteigenosse Hasenclever replizirte noch, daß die Hauptforderung der Sozialisten darin bestehe: gesunde Produktions- und staatliche Verhältnisse auf gesetzlichem Wege zu schaffen, wo die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen nicht mehr stattfinden könne und wo jedem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit gewährleistet werde. In diesem Cardinalpunkt stimmen alle Sozialisten überein, und wenn einzelne Sozialisten sich bereits in Zukunftsmalereien gefallen, kann man darüber verschiedener Meinung sein. Im Uebrigen habe Herr Löwe selbst geäußert: er werde selbst prüfen und sich nicht strikte zur Fortschrittspartei halten. Herr Löwe gestehe also selbst zu, daß man nicht in allen Dingen mit seinen Parteigenossen übereinstimmen könne.

Ein Arbeiter fragte noch Herrn Löwe: ob er das eherne ökonomische Lohngesetz anerkenne, und im bejahenden Falle, was er für dessen Beseitigung zu thun gedenke? Herr Löwe antwortete: die Zeit sei zu kurz, um diese Frage heute noch zu erörtern. — Damit war die Versammlung gegen 12 Uhr Nachts beendet.

Correspondenzen.

Großenhain. Am 2. Pfingstfeiertag fand in Seußlitz eine Konferenz der Sozialisten des siebenten sächsischen Wahlkreises über die Gründung eines Lokalblattes für diesen Kreis statt. Vertreten waren Genossen aus Großenhain, Meißen und Lommatzsch. Resultat: Die Versammlung empfahl den Genossen, allerorts Sammlungen für den in Großenhain bereits bestehenden Preßfond vorzunehmen. Mit der Gründung des Blattes soll zu geeigneterer Zeit vorgeschritten werden. — In der am 2. Juni hier abgehaltenen Sozialistenversammlung hielt Parteigenosse Geier einen Vortrag über: „Dr. Calberla und die Sozialdemokratie." Geier wies an der Hand von Marx' „Kapital" die Verdrehungen, welche Dr. Calberla in seiner Broschüre „Sozialwissenschaftliches" begangen, sowie die Richtigkeit der von Marx aufgestellten Theorien und das Nichtige der gegnerischen Einwürfe nach. Auf die weiteren Ausführungen Geier's leisten wir hier Verzicht, da dieselben in dem Sinne der nachträglich im „Vorwärts" über die C.'sche Schrift erschienenen Artikel gehalten waren. Zur Charakteristik eines Calberla, sowie zur rechten Würdigung seiner „Wissenschaftlichkeit" sei hier nur erwähnt, daß derselbe der Verfasser eines Aufrufes zur verflossenen Reichstagswahl ist, der an Entstellung unserer Prinzipien das Menschenmöglichste leistet. Nach diesem Aufrufe würde der sozialdemokratische Staat einem Zuchthause oder einer Kaserne gleichen, in dem Jedem vorgeschrieben werden könne, wie er sich kleiden, nähren solle 2c. 2c. Daß nach solchen Absurditäten unsere Partei im 7. Wahlkreise an Ansehen gewinnen muß, ist leicht erklärlich und gratuliren wir unsern Gegnern nur zu solchen — Größen.

Berlin. Gestern (12. ds.) standen Bebel und Liebknecht vor der VII. Deputation des Berliner Stadtgerichts. Bei Liebknecht („Flinte schießt" -Prozeß) wurde die Competenzfrage verneint — Tessendorf ist also abgeblitzt —; Bebel wurde (wegen der Schrift „Parlamentarische Thätigkeit") zu neunmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt, wogegen natürlich appellirt wird.

Deutsche Schiffszimmerer!

Von dem Vorsitzenden der Schiffszimmerer in Glasgow, Alex Wilkie wurde ich durch eine an mich gerichtete Depesche ersucht, in allen in Deuschland, sowie in Holland erscheinenden arbeiterfreundlichen Zeitungen zu veröffentlichen, daß die Schiffszimmerer in Partick-Glasgow sich gegenwärtig mit ihren Arbeitgebern im Kampfe befinden, und daß daher der Zuzug von deutschen, sowie holländischen Schiffszimmerern von Glasgow fernzuhalten sei. Selbstverständlich ist es die heiligste Pflicht der Schiffszimmerer aller civilisirten Länder, unsere mit der Kapitalmacht im Kampfe liegenden Kollegen in Glasgow zu unterstützen, und darf sich daher keiner durch Agenten oder Versprechungen irgend welcher Art verleiten lassen, nach Glasgow zu reisen um etwa daselbst Arbeit nehmen zu wollen. Sollten die Schiffszimmerer in Glasgow etwa mit der Bitte an uns herantreten, sie mit Geldmitteln zu unterstützen, dann werde ich alle deutschen Eisen- wie Holzschiffbauzimmerer davon in Kenntniß setzen, und hoffe ich, daß dann alle in Arbeit stehende Kollegen gegenüber ihren englischen Genossen ihre Pflicht erfüllen werden.

Hamburg. H. Groß.

NB. Alle Parteiblätter werden um sofortigen Abdruck dringend ersucht. D. O.

Allgemeiner Arbeiter-Sänger-Bund.

Die Sängerzeichen für die Mitglieder des Bundes kommen demnächst zur Versendung und werden à 65 Pfg. gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrags franco abgegeben.

Die Gesang-Vereine werden nochmals aufgefordert, die Adresse des Bevollmächtigten (§ 7 des Statuts) dem Unterzeichneten mitzutheilen, da auch Mitgliedskarten und Stempelmarken in der Kürze zur Versendung kommen.

Gotha, den 9. Juni 1877.

Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Expedition. Joh. Wegner Wohlau. Ihre Reklamation haben der hiesigen Hauptpost übergeben. Jesus v. N. und die Märtyrer kosten 70 Pf. incl. Porto. — M. Gthl. Schwdntz. Allerdings! Was er kostet weiß Ihre Polizeibehörde wo Sie anfragen wollen. — R. Mathies Brietz-Rixdorf: Die Annonce kostet 1 M. — Forschner und Walther Altona und Kuhlmann Bielefeld: Die Annoncen müssen Sie künftig früher senden, sonst können sie nicht mehr aufgenommen werden.

E. A., Hannover. Scheine erhalten, dieselben sollen sobald als möglich cedirt werden.

Quittung. Kl. hier An. 2,20, Schr. 0,55. Eglr. hier Ab. 11,35. Krtzschmr. Dortmund Schr. 2,30. Ltwnff. Paris Ab. 4,00. B. Grtr. Barmen Schr. 10,00. Hrbg. Würzburg Ab. 20,00. Uhrg. Lauenburg Ab. 2,60. Irmjg. Straßburg Schr. 2,20. Lchtmbrg. Solingen Ab. 3,30. Kdn. Chemnitz An. 1,00. Lgs. Hannover An. 2,80. Bsch. hier Ab. 0,50. Grbnstn. Lindenau Schr. 2,00. Mhrhnn. Barmen Ab. 150,00. Gst. hier Ab. 2,20. Hltmn. hier An. 2,00. Khlmn. Bielefeld Schr. 8,00. Frnk. Weida Schr. 2,00. Psr. Halbau Schr. 2,25. Dtmn. Dieburg Schr. 1,55. Etzld. Gößnitz Schr. 2,00.

Berliner Wahlfonds.

Durch C. W. Ernstthal 7,70. B. H. D. Hofgeismar 1,00. Parteigenossen in Gohlis bei Leipzig 10,00. H. P. daselbst 1,00. Kriff. Leipzig 0,25. Von Bielefelder Parteigenossen durch K. 32,62. Von B. Sch. Mainz-Gartenfeld 3,00.

Hannover. Sonnabend, den 16. Juni, Abends 8½ Uhr im Vereinslokale, Mittelstr. Nr. 11:

Oeffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Tagesordnung: Vortrag von Hrn. Kaiser über die indirekten Steuern.

80] (F. 163) **Der Vorstand.**

Hannover. Sonntag, den 17. Juni, findet auf dem Pferdethurm das

Verbrüderungsfest (F. 163) (150

der **Klempner u. Metallarbeiter** statt. Anf. 6 Uhr. **Das Comité.**

Allgemeine deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

am **Sonntag**, den **1. Juli**, Morgens um 10 Uhr, in **Sander's Restaurant**, Prinzenstr. 45d, oberer Saal, zu **Berlin**, stattfindet.

Tagesordnung:

1. Jahresabrechnung. Bericht des Vorstandes und Revisionsbericht des Aufsichtsrathes.
2. Festsetzung der Dividende und Bestimmung über den Geschäftsgewinn.
3. Feststellung eines Etats für das neue Geschäftsjahr.
4. Anträge von Rackow und Schramm betreffend Aenderung der Statuten wie folgt:
   a) zu § 11. Hinter Alinea 2, also hinter die Worte „die Einzahler" folgenden Satz einzuschalten: „Der Vorstand ist berechtigt, zeitweise in Verlegenheit sich befindenden Mitgliedern auf deren Ansuchen Zahlungsstundung zu bewilligen, dagegen aber auch verpflichtet, diejenigen Mitglieder, welchen eine derartige Stundung nicht bewilligt ist, und welche trotz wiederholter Mahnung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen auf Zahlung der rückständigen Beiträge zu verklagen";
   b) zu § 21. Das Alinea 1 dieses § zu streichen und dafür folgenden Satz einzuschalten: „Stimmberechtigt auf der Generalversammlung sind nur diejenigen Mitglieder, welche der Genossenschaft seit mindestens sechs Monaten angehören und mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind. Das Recht zur Stellung von Anträgen für die Generalversammlung hat jedes stimmberechtigte Mitglied, doch müssen solche Anträge spätestens drei Wochen vor der betr. Generalversammlung schriftlich beim Aufsichtsrath behufs Veröffentlichung der Tagesordnung eingereicht werden."
   c) Zu § 22. Hinter Punkt 11 einzuschalten: „12. Ernennung einer aus drei Personen bestehenden Control- und Revisions-Commission, welche den Geschäftsbetrieb zu revidiren und zu überwachen und von bemerkten Unregelmäßigkeiten dem Aufsichtsrath Anzeige zu machen hat."
5. Antrag von Schramm: „Der Vorstand wird hierdurch angewiesen, gegen alle säumigen Schuldner des Geschäftes nach Ablauf der denselben gewährten Zahlungsfrist sofort klagbar vorzugehen."
6. Wahl des Vorstandes.
7. Wahl des Aufsichtsrathes.

Hamburg, den 11. Juni 1877.

Der Aufsichtsrath.
J. A.:
August Geib, Rödingsmarkt 12.

Ein Parteigenosse (**Schriftsetzer**) sucht in einem Parteiorgan (vielleicht neu erscheinenden) sofort oder später **dauernde Stellung.** Näh. d. d. Chemnitzer Gen.-Buchdr., woh. m. Adr. u. A. L. 0.99. einzus. bittet. (F. 65) [90

Geschichte der franz. Arbeiterassociationen von S Engländer, 4 Bde., statt 15 M. nur 3 M. **Schillers** sämmtl. **Werke**, 4 Bde., eleg. geb. und **Göthe's Werke**, 16 Bde., eleg. geb., zus. nur M. 9,50. **Shakespeare's** sämmtl. **Werke**, eleg. geb. in 3 reich verz. Bänden nur 5 M., sowie **alle Parteischriften** u. Erscheinungen d. Buchhandels zu **herabgesetzten Baarpreisen.** Verzeichnisse gratis. [2,10

Berlin, Hagelsbergerstr. **Wortmann'sche Buchhandlung.**

Von nachstehenden **Schriften** wurden die **Preise** wesentlich **herabgesetzt** und empfehlen wir dieselben zur weitesten Verbreitung:

Auerbach, Tagebuch aus Wien . . . . . Mark	—. 70
Bergmanns Fluch. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- u. Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874 . .	—. 10.
Blos, W., Unsere Preßzustände	—. 10.
Bürgerkrieg in Frankreich	—. 15.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—. 10.
Die parlamentarische Thätigkeit von 1871—74	—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—. 10.
Eccarius, J. G., **Kampf** des großen und kleinen Kapitals .	—. 15.
Engels, F. Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—. 30.
— — Bakunisten an der Arbeit	—. 10.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	—. 20.
Hillmann, Praktische Emanzipationswinke	—. 10.
— — Die Organisation der Massen	—. 20
Hirsch, die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation .	—. 10.
Liebknecht, Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl. . .	—. 20.
— — Reichstagsrede 1874	—. 10.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	—. 05.
Volksstaat-Kalender für 1874	—. 20.
— — für 1875	—. 20.
Wohnungsfrage. Eine soziale Skizze	—. 10.
York, Die industrielle Arbeiterfrage	—. 10.

Die **Filialexpeditionen** werden um **sofortige Mittheilung** ihres **Lagerbestandes** ersucht, damit wir ihnen die Preisdifferenz gutschreiben können. **Spätere Reklamationen können keine Berücksichtigung** finden.

Leipzig, den 7. Juni 1877.

Die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen:

Die Quintessenz des Sozialismus.

68 Seiten Oktav. Preis M. 1,20.

Durch die Buchhandlung des „Vorwärts" ist zu beziehen:

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
kost. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., kost. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street
J. Bell, 113 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanserman n, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuse, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 70. Sonntag, 17. Juni. 1877.

Bei der am 14. ds. stattgefundenen Neuwahl in **Berlin** erhielt

Hasenclever 12,736 Stimmen
Löwe 11,653 „

Demnach ist Hasenclever mit glänzender Majorität wiedergewählt.

Am 10. Januar erhielt Hasenclever 9597, die Gegner zusammen 9525 Stimmen.

Ein donnerndes Hurrah den Berliner Parteigenossen! Glückauf zur Wahlschlacht im 5. Wahlkreis!

Christliche Arbeiterfreunde.

Mitte April dieses Jahres hielt der Hauptverein der innern Mission für das Königreich Sachsen zu Dresden seine Generalversammlung ab, in welcher der Geheime Legationsrath v. Watzdorf einen „mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Aufgaben der innern Mission" gegenüber der Verwendung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in Gewerbe und Industrie hielt. Er erörterte darin „die gegenwärtig die Geister in den Parlamenten wie in der Presse so überaus lebhaft beschäftigende soziale Frage" unter spezieller Berücksichtigung Sachsens. Das allzu frühe Arbeiten um Lohn, bemerkte der fromme Herr, wirke nachtheilig auf das Kindesgemüth und mache das weibliche Geschlecht für Putz, Vergnügen und Näschereien, nicht aber für die Pflichten der Hausfrau empfänglich. In den Arbeiterfamilien werde es erst dann wieder besser werden, wenn die Frauen vorher, statt Fabrikarbeiterinnen, Dienstmädchen (!) gewesen seien. Die Fabrik bringe der Arbeiterin viel sittliche Gefahren, und die Sucht nach Erwerb erstücke später ihr Mutter- und Dankgefühl ebenso, wie es ihr die Lust zum Nähen, Kochen und den tausenderlei Verrichtungen im Haushalte benehme. Redner gab eine Uebersicht der bez. Gesetzgebung in Nachbarländern und meinte, daß es niemals und nirgends gelingen werde, die Frauen- und Kinderarbeit ganz zu verbieten. (?) Würde dies aber stattfinden, so wäre die natürliche Folge, daß an die Stelle der Fabrikarbeit Hausindustrie träte (das wäre doch blos möglich, wenn die herrschenden Gesellschaftszustände erhalten blieben! Red. d. „Vorwärts"), und bei dieser befinde sich die arbeitende Bevölkerung noch schlechter als in den Fabriken, welch letzteren doch gewisse gesetzliche Grenzen gezogen seien. Bei der Hausindustrie dagegen führe die Habgier der Eltern (nicht der Herren Arbeitgeber? R. d. V.) die größtmögliche Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte herbei. In den Fabriken sei auch Ventilation, Heizung und Beleuchtung besser, als bei der Hausindustrie. Was die Verwendung von Frauen und Kindern zu Fabrikarbeit betrifft, so sind in ganz Deutschland die Verhältnisse am schlimmsten in Sachsen, wohl in Folge der starken Textilindustrie. Von allen über 16 Jahre alten Frauenzimmern sind in Sachsen 3 Prozent, in Preußen 1 Proz. in Fabriken thätig; bezüglich der Kinder stellt sich das Verhältniß noch ungünstiger, nämlich wie 6,5 : 1,8. Die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen in Sachsen beträgt im Sommer etwa 11 Stunden, im Winter etwas weniger; die Arbeitszeit in der in der Lausitz oder dem Erzgebirge betriebenen Hausindustrie ist jedoch viel höher. Redner betonte ferner die Nothwendigkeit der Sonntagsruhe gerade für die ihrem eigentlichen Wirkungskreise die ganze Woche lang entzogene Arbeiterfrau, während ihr und der ganzen Familie jetzt durch den materiellen Genuß jede Sonntagsheiligung verloren gehe. Gegenüber all den auf sozialem Gebiet bestehenden Mißständen — vor den krassesten Auswüchsen sei das deutsche Volk namentlich durch den Schulzwang glücklicherweise bewahrt geblieben — schlug Redner vor: die Organe der innern Mission mögen zur Verbesserung dieser Mißstände folgende Wege einschlagen: 1) Die Kreisvereine müssen ihr Augenmerk darauf richten, daß die bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu Gunsten der in Fabriken beschäftigten Frauen und Kinder befolgt und nicht umgangen werden (im Zwickauer Industriebezirk ist es vorgekommen, daß Kinder unter 10 Jahren Fabrikarbeit gethan haben und auf die Böden zwischen Waarenballen versteckt wurden, wenn Revision des Etablissements stattfand). Wenn die bestehenden Gesetze ausgeführt würden, so seien sie vollständig genügend. (!) 2) Mit den Arbeitgebern wie den Eltern, die ihre Kinder in der Hausindustrie verwenden, müssen Anknüpfungspunkte gesucht werden, um sie für die Zwecke der innern Mission zu gewinnen (wo die Arbeitgeber die väterlichen (?) Freunde ihrer Leute sind und mit ihren Beamten namentlich die Arbeiterinnen gegen unziemliche Forderungen und Annäherung schirmen, sieht es in den Arbeiterfamilien viel besser aus, als wo der umgekehrte Fall stattfindet), 3) Förderung der Kindergottesdienste, 4) Pflege der Jünglingsvereine und Erweiterung derselben zu Fortbildungscursen, 5) Unterrichtertheilung in weiblichen Handarbeiten an Arbeiterinnen, 6) Gründung von Heimstätten für Arbeiterinnen. („In Dresden besteht bereits durch die Munificenz J. Maj. der Königin Carola ein derartiges Arbeiterinnenheim zu 15 Betten, auch Leipzig besitzt eine ähnliche Anstalt"), und 7) Ausdehnung der weiblichen Diakonie auf die Industriebezirke. „Die an den Vortrag sich anschließende Debatte," so schließt der uns vorliegende Bericht, „dokumentirte nach jeder Richtung hin das volle Einverständniß aller Redner mit den Vorschlägen des Herrn v. Watzdorf und fand eine bez. Resolution einstimmig Annahme. Der Versammlung wohnten u. A. bei die Oberconsistorialräthe v. Berlepsch, Jentzsch und Dr. Zapff, ebenso Minister v. Falkenstein."

Man wird uns nicht verargen, daß wir die Verhandlungen der Missionsvereinler so ausführlich mitgetheilt haben. Das Volk muß auch diese Pappenheimer kennen. Nur durch das Christenthum, nur durch die Kirche ist die soziale Frage zu lösen — erklingt es in allen Tonarten aus dem Mund der „christlich-sozialen" Protestanten und Katholiken. Hier sehen wir nun, was für eine „Lösung" die Herren im Auge haben. Daß die weiblichen Arbeiterkinder — Dienstmädchen werden! Das Leben eines Dienstmädchens ist so veredelnd, die geistige und sittliche Atmosphäre, in der es sich bewegt, eine so reine, daß im „Dienst", d. h. in dem Stande der Unterdrückung und Demüthigung der einzige Quell wahren Familienlebens zu finden ist. Echt „christlich" das! Und der Haß gegen das Fabrikwesen einerseits, andererseits die Abneigung gegen Gesetze, welche den wohlerkannten Schäden des Fabrikwesens abhelfen, wiederum echt „christlich"! Der Plan, durch „Bekehrung" der Arbeitgeber eine humane, moralische Behandlung der Arbeiter zu erwirken, und durch „gnädig" gestiftete „munificente" Almosenanstalten „zu 15 Betten" die Arbeiterinnen zu verstittlichen — gleichfalls echt „christlich"! Auf die einzelnen Vorschläge einzugehen, haben wir nicht nöthig. Sie richten sich selbst. Genug, die frommen Missionsvereinler wissen genau, daß die heutigen Gesellschaftsverhältnisse durch und durch faul sind, sie winseln darüber, sie schlagen ein paar Palliativmittelchen vor, aber im Großen und Ganzen thun sie nichts zur Abhülfe, wollen nichts thun! Und können nichts thun — setzen wir hinzu. Denn die moderne Kirche, wenn sie auch hier und da mit dem Staat in Collision geräth, ist ein Stück des modernen Klassenstaats, sie gehört zur modernen Bourgeoisie-Gesellschaft und hat die Aufgabe, die Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten. Erfüllt sie diese Aufgabe nicht, oder wirkt sie ihr gar entgegen, so hört sie einfach auf zu existiren. „Der Bien muß" also!

Obiges war bereits geschrieben, als uns die heitere Mähr überbracht wurde, daß auch der unglückliche Doktor und Professor Böhmert unter die „christlichen Arbeiterfreunde" gegangen ist oder doch gehen will. Genannter Herr, der sich seit einigen Monaten damit abquält, auch in Deutschland den (beiläufig höchst überflüssigen) Beweis zu liefern, daß Nationalökonomie und Gesellschaftswissenschaft ihm böhmische Dörfer sind (in Zukunft wird man sagen: Böhmert'sche Dörfer), hat soeben den lustigen Einfall gehabt, für die jetzt tagende Meißener Kirchenkonferenz eine Reihe von „Thesen" aufzustellen, betreffend „die Mitarbeit der Kirche an den sozialen Fragen der Gegenwart". Dieser Versuch im komischen Fach ist so gut gelungen, daß wir ein Verbrechen an unseren Lesern begehen würden, wenn wir die „Thesen" nicht vollständig abdruckten. Da sind sie. Ein paar Randglossen machen wir vielleicht einmal im Feuilleton. Also:

„1) Die sogenannte soziale Frage ist ein Inbegriff sehr vieler Fragen und Aufgaben, welche die Befreiung der Massen von Noth und Elend und ihre Emporhebung zu äußerer Wohlfahrt und innerer Zufriedenheit bezwecken.

„2) Der äußeren Noth, welche theils aus Mangel an Unterhaltungsmitteln, theils aus unwirthschaftlichem Verbrauch derselben entsteht, läßt sich nur durch gesteigerte Produktion, angemessene Vertheilung und weisen Verbrauch der Güter abhelfen. Der Versuch, mehr Lohn für weniger Arbeit zu erzwingen, muß zu einer Vertheuerung aller Dinge führen, welche natürlich auf den ärmsten Klassen am schwersten lastet. Ebenso wenig kann die Anfeindung des Fabrikbetriebes, der Maschinenbenutzung und Arbeitstheilung für die Gesammtheit des Volkes, den Handwerkerstand inbegriffen, von Nutzen sein. Es müssen vielmehr alle Arbeitskräfte und Kapitalmittel, welche in einzelnen Betriebszweigen überflüssig geworden sind, rasch für andere Zwecke verfügbar gemacht und der Uebergang zu anderen Erwerbsthätigkeiten, sowie die Aneignung der besten Betriebsmethoden Jedem erleichtert werden.

„3) Das Kapital ist ein Vorrath von nicht verzehrten Gütern, aus welchen die Löhne der Arbeiter bestritten und die zur weiteren Produktion unentbehrlichen Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Werkstätten ꝛc. beschafft werden; in dem Kapital haben wir daher den besten Bundesgenossen oder vielmehr die nothwendige Vorbedingung der Arbeit. Je rascher die Vermehrung des Kapitals fortschreitet, um so höher steigen die Arbeitslöhne. Diese pflegen in reichen Ländern am höchsten und in armen Ländern am tiefsten zu stehen. Hemmnisse der Arbeit und Kapitalbildung verhindern aber die Abnahme von Noth und Elend.

„4) Die Beziehungen der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern müssen als ein Verhältniß von Mitarbeitern aufgefaßt werden und auf gegenseitigem Vertrauen und Wohlwollen beruhen. Jede ehrliche Arbeit, mag sie hoch oder niedrig, beliebt oder unbeliebt sein, mag sie Kopf oder Hand in Anspruch nehmen, ist als sittliche Pflicht und Vorbedingung wahren Lebensglückes aufzufassen und in Ehren zu halten.

„5) Der soziale Fortschritt der Menschheit beruht jedoch nicht nur auf einer Milderung der äußeren Noth, sondern ebenso auf einer Bekämpfung der inneren Noth, welche aus dem Mangel an geistigen und sittlichen Gütern und an Frieden des Gemüths entsteht. Die „innere Arbeit" und Selbstbeherrschung im Genuß ist die wichtigste produktive Beschäftigung. Das Gemüth ist die Vorrathskammer der kostbarsten Reichthümer. Lebensglück ist Allen erreichbar, welche mit Dankbarkeit und Freude am Dasein auch Andere durch äußere und innere Gaben zu beglücken suchen.

„6) Die Kirche, als die Gemeinde aller heilsbedürftigen und nach Versöhnung ringenden Gemüther, hat in dem sozialen Kampfe der Gegenwart unter allen Formen und Confessionen die Aufgabe, der äußeren und inneren Noth und den Predigten des Hasses und Neides mit Gedanken des Friedens, Worten der Verständigung und Werken der Liebe entgegenzutreten.

„7) Die Kirche hat bei Erfüllung ihrer Hauptaufgabe ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, bei ihren Gliedern auch die Erkenntniß der wirthschaftlichen Entwickelung zu pflegen und sowohl zur Verbreitung wirthschaftlicher Wahrheiten, als auch zur Förderung gemeinnütziger Bestrebungen für das Volkswohl nach Kräften beizutragen.

„8) Die Organe der Kirche sollten sich auch des Versammlungs- und Vereinswesens und der Lokalpresse als eines Hülfsmittels der Seelsorge und der Belehrung der Massen häufiger als bisher bedienen und die Wahrheit verbreiten helfen, daß die soziale Lage der Menschheit nicht durch irgend ein Universalmittel oder eine neue politische Zwangsorganisation, sondern nur auf dem Boden der Freiheit, Selbstthätigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Individiums, durch eine Verbindung persönlicher Anstrengungen und gemeinnütziger Einrichtungen von Familie und Familie, von Gemeinde und Gemeinde mit Weisheit und Geduld, Liebe und Entsagung allmählich verbessert werden kann.

Amen!

Aus Heuchelland.

Stille Beobachtungen eines Berliners in London.

(Schluß.)

So steht es, um auf unsere Hämmel zurückzukommen, mit den gepriesenen Trades unions, dem unfehlbaren Amulet gegen alle Anfechtungen des † † † Sozialismus.

Ein ander Mal wieder soll es, nach den Versicherungen unserer Gutsituirten und ihrer Agenten, die politische Freiheit sein, die das englische Volk so glücklich mache, daß es nach gar nichts Besserem verlange. Ah — geht mir mit dieser englischen Freiheit! Erlogen, wie alle ihre Ideale, ist auch dieses Ideal der Bourgeoisie von der „Freiheit wie in England." Diese Freiheit ist die Freiheit für die Herrschenden, Knechtung für die Beherrschten. Was es z. B. mit der hochgerühmten „Free Press" (freie Presse) auf sich hat, hatte man in diesen Tagen Gelegenheit zu erkennen. Der bekannte Bradlaugh hat eine Art von sozialpolitischer Broschüre geschrieben, in welcher er vom Malthusianischen Standpunkt aus die Beschränkung der Kinderzeugung als die einzig mögliche Lösung der sozialen Frage anempfiehlt und hiebei, nach der Art jenes miserablen Pfaffen, in Details über geschlechtliche Dinge eingeht — ein ganz elendes Machwerk also, das unsere Beherrscher gewiß nicht verfolgen, nein, höchst wahrscheinlich noch in Schutz nehmen würden, wie sie ja thatsächlich die gleichen widerlichen Geistesauswürfe der Katheder-sozialisten (Böhmert und Konsorten), uns gegenüber, unter ihre Fittige nehmen. Nun, die Regierung des freien Englands hat diese Broschüre, angeblich weil gegen die guten Sitten verstoßend (echt heuchelländisch), unter Anklage gestellt und ihre Verbreitung verboten, und wenn es Bradlaugh gut geht, kann er, wie man mir sagt, seine zwei Jährchen abbekommen. Daran nicht genug. Bradlaugh sandte neulich einige Exemplare seiner Broschüre per Post ab. Se. Herrlichkeit der Postmaster General for the United Kingdom (Generalpostmeister für das Vereinigte Königreich) Lord John Manners, schnüffelte den Inhalt der Packete heraus und — behielt sie einfach zurück, so das freie Verkehrsinstitut der Post in eine Abtheilung der geheimen Polizei verwandelnd und zugleich die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses im freien Albion aufs Treffendste illustrirend. Kann das Alles, frage ich nun, in unserm lieben Deutschland schöner gemacht werden? Unmöglich. Man versichert mich übrigens, daß für den Secret service (geheimen Polizeidienst) hier Summen verwendet werden, trotz Reptilienfonds und Petersburger 3. Abtheilung. Mit dem Versammlungsrechte des Volkes steht es ähnlich. Prohibitions (Verbote) von Volksmeetings sind durchaus nichts Seltenes. Dabei werden die abgeschmacktesten Schliche und Ränke nicht verschmäht, um jenes hochwichtige Recht illusorisch zu machen. So sagt man mir, daß neuerlich die Leichenbestattung an Sonntagen, unter dem Vorwande, daß das die Sabbathruhe beeinträchtige (wieder ein Stück Heuchelland) untersagt wurde, einfach um die politisch-demonstrativen funerals (Leichenbegängnisse), wie sie hier zu Lande schöner Brauch sind, an jenen Tagen, natürlich den einzig passenden zu dergleichen, unmöglich zu machen.

Oder diese „hochgerühmte persönliche Freiheit und Unverletzlichkeit" des britischen Staatsbürgers! Du mein grundgütiger Himmel! Man sehe sich nur um in Londons Straßen und man wird bald finden, wie es mit der Sache beschaffen ist. Der Mann im schlechten Rock ist hier dasselbe malträtirte, gestoßene, geschlagene Ding, nach dessen „Bürgerrechten" kein Hahn kräht, der „P'lice" (der von unsern liberalen Schwätzern so hoch gefeierte englische Konstabler, eigentlich: Policeman) ist genau dasselbe willen- und gedankenlose (nebenbei gesagt auch schlecht gelohnte) Werkzeug der herrschenden Klasse, und seinem „Diensteid" ist der Proletarier ebenso auf Gnade und Ungnade überliefert, wie — anderswo. Welches die Behandlung des letztern unter den Händen der von unsern parlamentarischen Komödianten in alle Himmel gehobenen englischen Justiz ist, das drücke ich deutlich genug aus, wenn ich an die berüchtigte cat-of-nine-tails (neungeschwänzte Katze) erinnere, die gar lustig geschwungen wird in Englands Kerkern. Und gehängt wird hier, rein wie zum Vergnügen. Für Den, den das Alles von seiner Gläubigkeit an die britische Freiheit noch nicht kuriren konnte, füge ich nur noch das eine Wort hinzu: Irland!

Nein, dieser Ruf der Freiheit, den England hat, er ist erheuchelt, „all' swindle", „sham" (Alles Schwindel und Trug),

wie der englische Arbeiter sagt, wenn man ihm von diesen Dingen spricht. Nebenbei gesagt wird man, und es ist ja das eine alte Bemerkung, im Verkehr mit dem englischen Arbeiter überrascht von der Schärfe seines natürlichen Verstandes und seines Urtheils. Der bekannte common sense (gesunde Menschenverstand) ist in der That nirgend mehr zu Hause als bei ihm. So antwortete mir neulich ein Arbeiter, nicht etwa ein sogenannter „politischer Kopf", nein, ein gewöhnlicher, einfacher, namenloser Arbeiter, auf meine Bemerkung, daß das englische Proletariat in so schauderhafter Unwissenheit erhalten werde. „Was wollen Sie," war seine Antwort, „our ignorance is their wealth" (Unsere Unwissenheit ist ihr Reichthum). Man wird mir zugeben, man kann unmöglich klarer denken. Ist doch in diesen fünf Worten unsere gesammte politisch-sozial-ökonomische Weltlage zusammengefaßt. Wir könnten dieselben als Motto für unsere ganze Bewegung annehmen.

So erweisen sich denn die wirthschaftlichen, wie politischen Verhältnisse Englands in Summa als genau dieselben, wie überall sonst, so erweisen sich denn all jene Behauptungen, die diesem Lande eine besondere Stellung anweisen, es als den Musterstaat, wie er sein soll, hinstellen, dessen glücklich fortschreitende Entwicklung die Reform überflüssig und unmöglich zugleich mache, als Lug und Trug. Und es läßt sich das ja auch schon rein deduktiv beweisen, es *kann* eben gar nicht anders sein. Der kapitalistische Gewaltstaat erzeugt mit unerbittlicher Nothwendigkeit immer und überall die gleichen Verhältnisse: Auf wirthschaftlichem Gebiete steigende Massenverarmung, auf politischem Gebiete Mißachtung des „great unwashed" (großen Ungewaschenen) und dabei aber doch die heilloseste Angst vor seinem Erwachen und, aus dieser resultirend, die albernsten und oft genug possirlichsten Bocksprünge der Willkür und der Chikane. Es *giebt* keine Ausnahme von dieser Regel und Alles, was man uns hiervon vorschwatzt, ist Lüge, Lüge, Lüge! Bisher hat das Himmelskind Freiheit noch keine Heimath gefunden auf unserer Erde!

Warum die Prinzipien der radikalen Umgestaltung in Staat und Gesellschaft trotzdem so wenig Anhänger haben in diesem Lande? Wie gering ihre Zahl ist, das hatte ich neulich selbst Gelegenheit zu sehen. Vor ca. 14 Tagen starb John Rogers, ein alter Chartist und, wie man mir sagte, trotz seiner nazarenerhaft-urchristelnden Mucken, an welchen ja bedauerlicherweise auch bei uns noch viele sonst ganz klare Köpfe leiden, ein ziemlich entschiedener Sozialdemokrat, zugleich auch „Präsident" der „Manhood Suffrage League" (Ligue zur Erkämpfung des Wahlrechts für jeden mündigen Staatsbürger). Seine Bestattung sollte eine politische Demonstration werden, man gab dieser Absicht durch Circulare ꝛc. die weiteste Verbreitung. Ich erwartete natürlich eine echt englische Monstre Demonstration zu Gesicht zu bekommen, bei der es unter 20—30,000 Menschen nicht gut abgeht. O wie ward ich enttäuscht! Ich glaube nicht, daß die Zahl der Versammelten das halbe Hundert erreichte. Und davon war noch ein sehr großer Theil — Ausländer! Es hatten sich mehrere Pariser Kommuneflüchtlinge und ihre Freunde, ich nenne die Herren Lissagaray, Seraillier, Theiß eingefunden; dann mehrere Mitglieder des deutschen kommunistischen Vereins, wie die Herren Kaufmann, Weber ꝛc. Auch Marx stand am Grabe, dem alten Gesinnungsgenossen die letzte Ehre zu erweisen. In dieser traurigen Trauerfeierlichkeit scheint sich mir die ganze gegenwärtige sozialistische Bewegung Englands abzuspiegeln. Kein erfreuliches Bild!

Ich habe — um die oben gestellte Frage wieder aufzunehmen — in meinem neulichen Briefe aus Holland einen großen Theil der Schuld an der geringen Theilnahme des englischen Volkes an der sozialistischen Bewegung seiner Befangenheit in den religiösen Wahnvorstellungen zugeschrieben. Besser unterrichtet, nehme ich diese Anschuldigung heute zurück. Es ist nicht wahr, daß das englische Volk, ich sage das Volk, jenen Phantasiegebilden mehr ergeben ist, als irgend ein anderes. Ich habe, um hier nur einen Beleg dafür zu liefern, Londons Kirchen in den verschiedensten Stadttheilen an Sonn- und Feiertagen fleißig durchstreift; ich sah wohl das Mastbürgerthum mit jener anekelnden Mischung von Heuchelei und Stupidität, die eben nur *sein* Geheimniß ist, wie besessen nach seinen churches und chapels (Kirchen und Kapellen) rennen, aber es ist mir kaum gelungen, darin einen Proletarier zu erblicken, kretinenhaft genug, um sich von einem dickwanstigen Pfaffen vorschwatzen zu lassen, hungern sei seliger denn Sattsein. Auch die von den Gutsituirten besoldeten „missioners", Missionäre die an Sonntagen in den Straßen der Proletarierquartiere bald ihre blödsinnigen Litaneien hinplärren, bald mit den Geberden, den Blicken und dem Geschrei von Tollhäuslern die Menge haranguiren, ihr die ewige Seligkeit anpreisen, finden an ihrer zerlumpten Zuhörerschaft von Müßigen — der Arbeiter stellt sich gar nicht erst hin — eben nur Neugierige, die sich zum Spaß den Rummel mit ansehen. Diese Leute warten lieber, bis nach der Service-time (Gottesdienstzeit) ihr geliebtes public-house (Wirthshaus) wieder aufgemacht wird, in welchem ihnen für ihre „To pence" (two pence — 2 Pence, etwa 18 Reichspfennige), wenn auch nicht die *ewige* Seligkeit, so doch die Seligkeit einiger Stunden, das selige Vergessen ihres Elends, verkauft wird. Nebenbei gesagt eine unselige Seligkeit, diese Seligkeit des Brandy (Franzbranntwein) und des Whisky (irischer und schottischer Kornbranntwein).

Im Ganzen ist es Thatsache und es wird mir allseitig nur bestätigt, daß der englische Proletarier gar nichts von Gott wissen will, der sich ja auch so wenig um ihn kümmert und es sich so wenig angelegen sein läßt, ihm gute Kost, schöne Kleider, propere Wohnung zu beschaffen, und ich glaube, jenes Arbeiterkind, welches nach den Berichten — irre ich nicht — einer parlamentarischen Untersuchungskommission über Arbeiterverhältnisse, die Herr Marx in seinem „Kapital" wiedergiebt, bei der Examination in seinem haarsträubenden Mangel an Religion den unbeabsichtigten Witz machte, God (Gott) mit Dog (Hund) zu verwechseln, dürfte so ziemlich ein richtiges Bild von dem Interesse geben, welches das englische Proletariat an den himmlischen Dingen nimmt.

Warum trotz alledem — frage ich nun nochmals — die sozialistischen Bestrebungen so wenig Fuß gefaßt haben in diesem Lande? Es giebt, meiner tiefsten Ueberzeugung nach, nur *eine* Antwort hierauf, dieselbe, die ich jüngsthin auf die gleiche Frage betreffs Hollands hatte. Deutsche Arbeiter! Wenn Euch so ein Miethling des Kapitals, wie sie das zu thun pflegen, auf den englischen Arbeiter hinweist, ihn als das Musterkind anpreist, weil er so schlau und so „praktisch" sei, von Sozialismus nichts wissen zu wollen, so antwortet ihm getrost: „Das lügst Du, Bursche! für die Gleichgültigkeit des englischen Arbeiters dem Sozialismus gegenüber giebt es nur *eine einzige* Ursache: *Seine Unkenntniß desselben!!!*"

Ja wahrhaftig! Nur weil für seine Ausbreitung so wenig geschehen, the want of propagation (der Mangel an Propaganda), wie die klarer sehenden Arbeiter hier selbst sagen, nur *das* ist die Ursache, warum es in England so schlecht steht mit dem Sozialismus. Auch die klarste, erhabenste Wahrheit muß *ausgesprochen* werden, wenn die Menschen sie erkennen sollen. Und es ist bisher nichts geschehen, nichts von wirklichem nachhaltigem Werth. Um das zu beweisen, braucht man sich nur die hier tonangebenden Persönlichkeiten anzusehen. Von den Trades-unions-„Führern", richtiger *Anführern*, den Burt und M'Donald ꝛc., spreche ich gar nicht erst, von ihnen ist für die Freiheit von vornherein nichts zu erwarten. Sie sind eben — trades-unionists und finden, ganz wie unsere Gewerkvereinsführer (Hirsch und Konsorten), offenbar besser ihre Rechnung dabei, mit der Bourgeoisie — auf guten Fuße zu stehen. Als Radikalster der Radikalen aber gilt hier der obengenannte Bradlaugh, heute der Mann des Tages und galt bis vor Kurzem mit ihm der jüngst verstorbene Geo. Odger (nicht etwa mit dem oben erwähnten John Rogers zu verwechseln). Nun, weß Geistes Kind Herr Bradlaugh ist, das wird der Leser nach dem oben mitgetheilten Pröbchen dieses Geistes zur Genüge erkannt haben. Wer will und kann es dem englischen Arbeiter übel nehmen, daß er sich für diese Schweinereien nicht sonderlich begeistern kann? Ich nicht! Sein politisches Ideal sieht Herr Bradlaugh in der verkommenen Gaunerrepublik am andern Ende des großen Wassers, steht also darin auf dem Standpunkte unserer Frankfurter Stockjobber. *Neben* dieser Karrikatur von Sozialismus giebt es aber nichts weiter, gar nichts von jenen Mitteln der Propaganda, wie wir sie in *Deutschland* haben, *keine* wirklich sozialistische Presse, *keine* wirklich sozialistische Organisation.

Laßt aber heute die rechten Männer aufstehen, Männer, die vor Allem selbst wissen, was sie wollen, die den Weg zum Bessern so klar und bestimmt erkannt haben, wie wir es in Deutschland haben, laßt sie mit kühnem Muth und reinem Sinn das *echte* Banner der Freiheit aufpflanzen auf diesem schönen Eiland — und gewiß, gewiß, Englands Volk wird sich freudig um sie schaaren!

Und die Zeit ist reif dafür! Der englische Arbeiter — ich habe das oben bereits angedeutet — sieht immer mehr ein, und gerade eine Zeit wie die jetzige mit ihren endlosen Lohnherabsetzungen muß es ihm besonders klar demonstriren, daß er mit seiner bisherigen Kampfweise trotz seines in der That bewundernswerthen Heroismus, aus dem circulus vitiosus (schlimmen Cirkel, Bann) der Lohnsklaverei nicht herauskommt und daß inzwischen die Wogen des sozialen Elends immer höher und höher um ihn steigen. Von den beiden corrupten politischen Parteien sieht er sich immer und immer wieder nur ausgenutzt und betrogen. So lebt er in dumpfer Unzufriedenheit. Das Alte erkennt er immer mehr als nichtig und das Neue hat er noch nicht gefunden. Es lagert wie ein Zauberbann auf diesem Volke, der es im Schlaf gefesselt hält. Es braucht nur das den Bann lösende Wort ausgesprochen zu werden und all diese Millionen erwachen — erwachen *zur That*! Und grandios, wie Alles in diesem Lande, wird dieses Erwachen sein und alles bisher Dagewesene tief in den Schatten stellen.

Sprach ich neulich für Holland den gleichen Wunsch aus, so ist es jetzt aus tiefster Seele, daß ich den gleichen Wunsch niederschreibe: Möchten die Tage des Erwachens bald, bald kommen für England! O könnten doch meine Worte hindringen zu den Männern, wie sie jenes große Werk braucht, Männern des Wortes und Männern der That zugleich, und sie begeistern zu so edlem und rühmlichem Thun!

Denn auf dieses Land, das erste Industrieland der Erde, wird gar viel ankommen in den künftigen Tagen. Wir können kaum hoffen, zu siegen, so lange dieses Volk dem Kampfe gleichgültig zusieht. Sind aber erst Britanniens ungezählte Proletarier-Legionen zu uns gestoßen, dann muß es rasch und unaufhaltsam zum Siege gehen!

Ein bekanntes Wort Lassalle's modifizirend und es damit zugleich, wie ich glaube, wahrer machend, sage ich:

Mit England wird die Bewegung unwiderstehlich!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Für Herrn Stephan! Man schreibt uns: Durch die jetzt plötzlich erfolgten *Gehaltszulagen der angestellten Postassistenten* werden wohl einige der Unzufriedenen beruhigt, aber wie viele bleibeu noch unbefriedigt! Daß vor allen Dingen die *Telegraphisten* klagen, ist selbstverständlich; einmal über zu anstrengenden Dienst und zweitens über Gehaltsschmälerungen. Warum müssen ihnen auch die Vergütungen für den Nachtdienst entzogen werden, warum wird nicht lieber dieselbe Einrichtung auch bei der Post eingeführt? Die im Eisenbahnfahrdienst beschäftigten Beamten und Unterbeamten erhalten als Entschädigung für den anstrengenden Dienst wenigstens die jetzt sehr mageren Kilometergelder; dürfte da eine Entschädigung für die Stunden des Nachtdienstes nicht ebenso am Platze sein? Wer jemals des Abends von 6 oder 7 Uhr bis 8 Uhr früh bei schlechtem Lampen- oder grellem Gaslichte in ungesunden Räumen, wie sie ja bei der Postverwaltung so häufig vorkommen, gearbeitet hat, wird wissen, in welcher Weise seine physischen und geistigen Kräfte absorbirt waren. Da wäre solch einem Beamten wohl eine kleine Vergütung für die Stunden dieser Pein zu wünschen.

Aber, wird der Herr General-Postmeister sagen, woher das Geld nehmen?

Darauf erlaube ich mir zwei Quellen namhaft zu machen: 1) Der Dispositionsfond. Die „*Vertrauensärzte*" sind ein Mißtrauensvotum für sämmtliche andere Aerzte — also weg mit ihnen! Und daß die *Weihnachtsgeschenke* stets böses Blut erzeugen, wird Niemand bestreiten können, zumal oft sehr willkürlich damit umgegangen wird. Dieses Geld verwende man zu dem vorerwähnten Zwecke. 2) Jedermann weiß, welch enorme Summen die vielen Versetzungen kosten, und es werden auch schon viele Beamte erfahren haben, wie schwer und mit welchen pekuniären Opfern ihrerseits eine Rückversetzung in die Heimath zu erlangen ist. Es heißt zwar, daß die Anstellung auf Wunsch in dem Oberpostdirektionsbezirk erfolgen soll, in welchem der Beamte eingetreten ist; in Wirklichkeit gestaltet sich das aber ganz anders. Wenn man endlich zur Anstellung bezeichnet wird, heißt es in der Regel: Wollen Sie hier angestellt werden, so stellen Sie die Caution; wollen Sie in Ihren Bezirk zurück, so müssen Sie noch warten.

Meiner Ansicht nach ist die Versetzung junger Beamter aus einem Bezirke in den anderen behufs ihrer Ausbildung überflüssig. Ich habe sehr tüchtige Beamte kennen gelernt, die nie in einem anderen Bezirke gewesen sind, unter anderen auch einen, der in Berlin, wo bekanntlich nur Lokalbestimmungen statt der Dienstanweisung gelten, eingetreten und nie herausgekommen ist. Die Summen, die durch diese unnützen Versetzungen erspart werden, könnten ebenfalls in der angegebenen Weise verwandt werden, so daß der Herr General-Postmeister nicht aufhören dürfte, der Dukatenmann des deutschen Reiches zu sein.

In Betreff der gerühmten vollberechtigten Eifersucht der Ressortchefs will ich ein Beispiel vorführen, dem sich gewiß bei näherer Nachforschung noch mehr anschließen werden: Ein mir bekannter junger Mann ging von der Prima eines Gymnasiums ab und trat in Berlin bei der kaiserlichen Ministerial-Bau-Commission als Supernumerar ein. Nachdem er dort 2 Jahre unentgeltlich gearbeitet, erhält er heute 1350 Mark jährlich.

Wie sieht es bei der Post aus?

Nachdem ein junger Mann das Abiturienten-Examen bestanden hat, tritt er als Eleve ein. Wählt er sich den Ort seiner Ausbildung selbst, so erhält er 1 bis 1½ Jahre hindurch auch nichts, dann eine Beihilfe und nach 2 Jahren 2 bis 2,50 M. täglich, also jährlich 730 bis 912,50 M. Glückt es ihm dann nach 3 Jahren, die Telegraphen- und Sekretär-Prüfung zu bestehen, so erhält er als Postpraktikant 3,50 M. täglich, macht auf das Jahr 1277,50 M. Um auf diesen enormen Gehaltssatz zu kommen, muß er bei der Post 3 Prüfungen bestehen, und neben sehr anstrengendem Dienste von täglich zehn Stunden noch lernen, während der Supernumerar nur von 8 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags Dienst, jeden Sonntag frei hat und *ohne* Prüfung schon nach 2 Jahren 1350 M., also 72,50 M. mehr erhält.

Ueber dem Grabe eines Russenfeindes.

In der vorletzten Maiwoche schied im lieblichen Nizza ein Mann vom Leben, dessen Namen in russisch-türkischen Angelegenheiten einst mehr genannt war als heute. Bei Beginn des Krimkrieges setzte er noch die politische und diplomatische Welt mit seinen Worten, Schreiben und Schriften in Bewegung, nach dem Pariser Frieden wendete er sich mit den Worten des alten Napoleon: „Euer altes Europa wird mir zu langweilig" mehr und mehr von den öffentlichen Angelegenheiten ab, und nun hat er im 72. Lebensjahre die bittere Erkenntniß mit in die Gruft nehmen müssen, daß er ein langes Leben voll Aufwand an physischen, geistigen und materiellen Kräften an eine verlorene Sache gesetzt, daß er tauben Ohren gepredigt hat und von den Zeitgenossen nicht begriffen wurde.

Wir sprechen von David Urquhart, dessen irdische Ueberreste nicht ohne den Kranz von der Oberfläche der Erde verschwinden sollten, welcher dem Fleiß der Forschung, der Treue der Ueberzeugung, dem Eifer ihrer Verbreitung drei- und mehrfach gebührt. Die Zahl der persönlichen Freunde Urquhart's hat wohl niemals den engen Kreis des wohlsituirten, geistig begabten und anregenden Mannes überschritten, er hat sich nie der herrschenden und regierenden Klasse Englands angeschlossen, die Zeit seines Dienstes im Auswärtigen Amte war kurz, Mitglied des Parlaments war der viel genannte Mann nur in *einer* Legislaturperiode, sein eigenartiges Wesen ließ ihn in keiner Clique warm werden, aber Achtung konnten ihm auch seine Gegner nicht versagen, und außer in seinem Vaterlande wurde er von einsichtsvollen Politikern aller Culturländer geehrt. Vor und bei dem Ausbruch des Krimkrieges war Urquhart noch in voller Kraft seiner Gegnerschaft Rußlands, ein Vierteljahrhundert seiner Bestrebungen schien gekrönt werden zu sollen, aber durch das Studium der Diplomatie und die Bethätigung in derselben blieb er von Mißtrauen gegen die heimische Politik so erfüllt, daß er gegen deren Interesse Schamyl damit ansteckte und wie eine Art von Vaterlandsverräther auf immer um seinen Sitz im Unterhause kam. Um jene Zeit trat ihm ein deutscher Flüchtling nahe, der ihm geistesverwandt war und dem er selbst zu einem Besuch der Türkei, der Wahl seiner Neigungen, verhalf. Wenn Lothar Bucher in seiner jetzigen zugeknöpften Geheimrathsstellung wollte und noch unbefangen genug wäre, um seinen damaligen Eindrücken aufrichtigen Ausdruck zu geben, so könnte er vielleicht am besten, wenigstens in Deutschland, dem Andenken Urquhart's gerecht werden. Wie wenig vor 1866 unsere Nation dem englischen Politiker mit dem unverwüstlichen Russenhaß auch Anhalt dazu gab, so stellte er sie doch zum Feinde seines Lebens in Gegensatz, er setzte Hoffnungen in sie, wäre es auch nur wegen der Handelsinteressen gewesen, welche Deutschland mit England bis in Mittelasien hinein verbanden. In der Furcht vor der russischen Gefahr und dem Suchen nach Verbündeten traf Urquhart noch einmal mit einem Deutschen zusammen, der ihm politisch verwandt war. Von ihm unterstützt unternahm 1859 hier Eduard Fischel anonym die Fortsetzung des „Portfolio" in einem „Neuen Portfolio", aber wie das Schicksal diesen bedeutenden Kopf nach langen Arbeiten in der sogenannten neuen Aera Preußens plötzlich aufgehen ließ, um ihn an deren Ende ebenso plötzlich unter die Räder*) zu werfen, so hatte auch das „Neue Portfolio" nur einen kurzen Bestand.

Das „Portfolio" war eine jetzt wenig mehr beachtete und nur noch in älteren Bibliotheken vorhandene Sammlung von älteren und neueren, zum Theil noch unbekannten Aktenstücken in Bezug auf die innere und äußere Geschichte Rußlands, welche 1836—37 bei August Campe in Hamburg in fünf Bänden eine Menge vereinzelter Publikationen aus England in französischer Ausgabe zusammenfaßte. Als dann die Kirchenstreitigkeiten in Jerusalem zwischen den Kaisern Nikolaus und Napoleon zum späteren Krimkriege zugespitzt wurden, kam eine erste Fortsetzung des „Portfolio" zu Paris in einem „Recueil des documents etc." (Sammlung von Aktenstücken u. s. w.) heraus, dem nach dem Pariser Frieden die erwähnte zweite folgte und obwohl keine dieser Sammlungen den Namen D. Urquhart trägt, war er doch ihrer aller Urheber.

Aber Urquhart war nicht blos diplomatischer Forscher und Sammler auf der Grundlage einer tüchtigen und erschöpfenden politischen Bildung und durch Reisen gewonnener Selbstanschauung in Europa, Vorderasien und Nordafrika, sondern er hat sich auch mit mehreren Werken in der Darstellung verschiedener politischer Themata geübt. Doch Rußland blieb sein Augenmerk vor Allem zugewendet, es hatte ihn fascinirt, und die Summe seiner antirussischen Politik beim Anbruch des vorigen orientalischen Krieges faßte er in dem Buche zusammen: „Progress of Russia in the West, North and South, by opening the success of opinion and appropriating the channels of wealth and power."*) Vom Beginn seiner publizistischen Thätigkeit 1830 bis zu deren Ende 1860 — wir schreiben aus dem Schatz einer Privatbibliothek und machen keinen Anspruch auf absolute Vollständigkeit, um wegen literarischer Forschungen nicht Gras über dem Grabe Urquhart's wachsen zu lassen — haben sich die handelnden Personen und die Weltlage so verändert, daß die Urquhart'schen Schriften jetzt mehr Wichtigkeit für den Geschichtsschreiber als den Journalisten (?) haben. Doch, um wenigstens eine äußerliche Marke für Urquhart's Kampf gegen Rußland zu setzen, und um seine von den Zeitgenossen so oft als Schwarzseherei verhöhnte Russenfurcht zu rechtfertigen, mag erwähnt sein, daß Rußland beim Tode Alexander's I., von

*) Er wurde in Paris von einem Omnibus überfahren und blieb auf der Stelle todt. R. d. „V."

*) Zu deutsch: „Die Fortschritte Rußlands nach Westen, Norden und Süden, erlangt durch Beherrschung der öffentlichen Meinung und durch Erwerbung der Kanäle des Reichthums und der Macht."

Wo bleibt da die vollberechtigte Eifersucht, mit der die Herren Ressortchefs wachen? Oder wachen diese Herren nur darüber, daß die Chefs der Ressorts und deren Ober-Chef nicht zu kurz kommen?

— Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt wurde vom Militärbezirksgericht Würzburg ein Vicefeldwebel zu einer zweimonatlichen Festungshaft verurtheilt. Es braucht wohl kaum erst erwähnt zu werden, daß der Mißbrauch der Dienstgewalt in der Mißhandlung eines untergebenen Soldaten bestand — ein Mißbrauch, der wie eine chronische Krankheit dem Militarismus anhaftet. Wenn wir den Hergang mittheilen, so geschieht das nur, um abermals zu zeigen, welcher unmenschlichen Behandlung die Söhne des Volks in ihrer Eigenschaft als „Vaterlandsvertheidiger" häufig ausgesetzt sind.

Es war am 13. April d. J., daß die 10. Compagnie des 1. bayrischen Infanterie-Regiments auf dem Place de force in Metz Exerzierübungen vorzunehmen hatte, wobei es sich ereignete, daß der Gemeine Valentin Kunz — sonst ein ausgezeichnet beleumundeter und dienstwilliger Mann — in Folge geringer vorgefallener Exerzierfehler eine lächelnde Miene zur Schau trug. Hierüber ergrimmte der die Uebungen leitende Vicefeldwebel L. Gruber derart, daß er den Soldaten am Ohr ergriff und demselben mit der geballten rechten Faust mehrere starke Schläge gegen die Stirne und Nase versetzte, welche einige Hautschürfungen und starkes Nasenbluten zur Folge hatten, dann aber — als die Compagnie eingerückt war — eine Gehirn-Erschütterung zu Tage treten ließen, welche zur Bewußtlosigkeit des mißhandelten Kunz führte und die Verbringung desselben in das Militärspital nothwendig machte. Es wurde zwar versucht, die Krankheitserscheinungen des Kunz als Simulation hinzustellen, doch mußte der visitirende preußische Arzt in seinem Berichte selbst zugeben, daß er den Kunz bewußtlos und in Krämpfen liegend gefunden habe; auch konnte Kunz erst nach zehn Tagen aus dem Spitale entlassen werden. In der heutigen Hauptverhandlung legte der Angeklagte ein unumwundenes Geständniß ab, worauf der Staatsanwalt die Anklage begründete, während die Vertheidigung darzulegen versuchte, daß zwischen jenen Schlägen und der Gehirnerschütterung kein Zusammenhang bestanden habe. Die Geschworenen bejahten indeß die an sie gerichtete Frage, worauf der Angeklagte zu der oben erwähnten Strafe verurtheilt wurde. — O welche Lust Soldat zu sein!

— Das Nürnberger Reptil, genannt „Fränkischer Kurier", leistet Folgendes:

„Unter dem Titel „Frankreichs Maienblüthe" verübt ein sozialdemokratischer Dichter, Herr Kurt Mook im „Vorwärts" ein Gedicht zum Preise der Pariser Commune, dessen erste Strophe lautet:

Gemordet habt ihr die Gemeine (!!)
Und sie verscharrt wie giftig Aas,
Dann wuscht ihr euch die Hände reine
Nicht wie Pilatus, nein im Scheine
Der ordre morale Caiphas'.

Wir hängen uns sonst nicht gern an Kleinigkeiten, [illegible]

erfocht, da jubelten die Herren Philister und fühlten sich von dem Banne, der auf ihnen bis dahin ruhte, erlöst.

Als nun die Wahl im 6. Berliner Wahlkreis, dem Industrieviertel Berlins, für ungültig erklärt wurde, schaarten sich die sogenannten Reichsfreunde, Fortschrittler, Nationalliberale, Conservative 2c. 2c. zusammen, um den Sozialisten gerade diesen Kreis wieder abzugewinnen.

~~Der wichtigste Kreis in Deutschland muß für die bürgerliche~~ Ordnung erhalten werden, so tönte der Ruf der vereinigten „liberalen" Parteien, die den früheren Sozialdemokraten und jetzigen Fortschrittler Ludwig Löwe auf den Schild erhoben. Es wurden die riesigsten Vorbereitungen getroffen, man ahmte nicht nur, nein man äffte die Organisation der Sozialdemokratie bis in die kleinsten Details nach, man überschwemmte den Wahlkreis mit Flugblättern, in welchen der Sozialismus auf das Aergste geschmäht und verleumdet wurde, man ließ die fortschrittlichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten in den Versammlungen auftreten, voran den „edlen" Eugen Richter, die dann ganze Kloaken gegen die Sozialdemokratie ausleerten; und diese Kloaken brachte man schließlich in Form von stenographischen Berichten in 50,000 Exemplaren den Bürgern ins Haus.

Und siegesfreudig schon vierzehn Tage vor der Wahl feierte das fortschrittlich-liberale Wahlcomité ein Siegesfest — es war allerdings zuerst nur ein sogenanntes Gartenfest, um Agitationsgelder für die fortschrittlichen Agitatoren Richter, Parisius, Hirsch, Knörke und Genossen herbeizuschaffen, doch im Laufe desselben, aufgeregt durch Bier und Branntwein, tritt ein Fortschrittsherr auf den Tisch und verkündet, daß man eigentlich doch schon berechtigt sei, das Siegesfest zu feiern, weil ja die Sozialdemokratie in Berlin jetzt schon zerschmettert zu den Füßen des Fortschritts liege.

„Und wie die Diener, so der Herr!" Der Candidat der Fortschrittspartei, Herr Ludwig Löwe, wurde von einem sozialistischen Arbeiter in der bekannten Moabiter Versammlnng gefragt, ob er das eherne ökonomische Lohngesetz anerkenne und wie er eventuell dasselbe beseitigen wolle. Huldvoll lächelnd meinte der große Ludewig, daß die Zeit schon zu weit vorgerückt sei, um die Frage noch zu beantworten, doch werde er nach seiner Wahl zum Reichstagsabgeordneten, für die er schon im Voraus seinen Dank ausspreche, die an ihn gestellte Frage beantworten. Das kann nun allerdings wohl noch sehr lange dauern!

Man sieht aber, daß nicht allein die liberalen Parteien Alles aufgeboten haben, den Sieg zu erringen, sondern daß sie auch in voller Siegeszuversicht lebten. Es standen denselben neben ihrer Organisation, von der sie selbst rühmten, daß sie besser sei als die der Sozialdemokraten, eine zahlreiche Presse und reichliche Geldmittel zu Gebote, denen die letzteren nur ein Blatt, die „Berliner Freie Presse", welche allerdings in hohem Maße ihre Schuldigkeit gethan hat, entgegensetzen konnten.

Von einer Ueberrumpelung am 14. Juni kann also nicht die Rede sein.

Für die Sozialisten aber fiel folgender Umstand sehr erschwerend ins Gewicht. Es wurde nach den zu den allgemeinen Wahlen gültigen Listen auch am 14. Juni gewählt; neu eingezogene Arbeiter konnten natürlich nicht wählen, während mindestens 2000 Wahlberechtigte, meist Arbeiter, nach stattgehabten Ermittelungen aus dem Kreise fortgezogen waren. Dann aber arbeiteten gleichfalls an 2000 Maurer, Zimmerer, Tagelöhner, welche in dem Wahlkreis ihren Wohnsitz haben, auf Plätzen, die über eine Stunde von ihrem Wahllokale gelegen sind, so daß dieselben gleichfalls von ihrem Wahlrecht nur in geringer Zahl Gebrauch machen konnten. Die Herren Liberalen hingegen holten mit Droschken und Equipagen die Säumigen des Nachmittags in großer Zahl aus den Häusern.

Der Kampf war ein gewaltiger — der Sieg unserer Partei deshalb aber auch ein entscheidender; während die Partei der „Ordnung" im Vergleich zur Wahl vom 10. Januar eben 2000 zug abgegangen ist. Die königl. Ostbahn befördert Liebesgaben an unsern „Erbfreund" unentgeltlich; in Berlin sollen Sammlungen speziell zu Gunsten der russischen Verwundeten in vielen Kreisen veranstaltet worden sein. Ob der dortige türkische Geschäftsträger viel Glück haben dürfte mit einem Aufruf, auch seinen Landsleuten gegenüber die internationale Pflicht, durch Liebesgaben die Uebel des Krieges zu mildern, zu erfüllen, das lassen wir dahingestellt. Auch das ottomanische Centralcomité der Vereine für Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger steht auf dem Boden der Genfer Convention. Ob diese Thatsache aber genügen wird, zu verhindern, daß man in dem Gegner unseres „Erbfreundes" nicht auch unseren Erbfeind sieht, das bleibt fraglich, besonders wenn man in Betracht zieht, welchen gegenwirkenden Einfluß die durch den „reisenden Rubel" bestochene und die unbestochene, aber von jener in die Irre geführte Presse in Deutschland ausüben durfte.

— Beamtenproletariat. Der zu Wiesbaden erscheinende „Rheinische Courier" schreibt in seiner Nummer vom 10. d. unter „Lokales":

„Kommenden Donnerstag Morgens findet die Verhandlung vor der Strafkammer hier gegen den wegen Unterschlagung im Amte verhafteten Gerichtsboten Großmann von Königstein statt. Derselbe hatte einen monatlichen Gehalt von nur circa 62 Mark und eine aus 4 Köpfen bestehende Familie, so daß ihn bittere Nahrungssorgen und Verzweiflung zu der in Rede stehenden Veruntreuung getrieben zu haben scheinen. Seit nicht einem Jahre sind mehrere ähnliche Fälle dieser Art zu verzeichnen; es ist recht traurig, daß man diese Beamtenklasse so gering salarirt."

Ja gewiß recht traurig. Aber ganz im Geiste der heutigen Gesellschaft. Je schwerer die Arbeit, desto schlechter der Lohn; je geringer die Arbeit, desto höher der Lohn — das ist die Regel der Bourgeoisie-Gesellschaft, und diese Regel hat sich der Staat seinen Beamten gegenüber zur Richtschnur genommen. Was hier aus Wiesbaden berichtet wird, kommt überall vor — die Lage der Postbeamten ist sprüchwörtlich; die Lage der unteren Gerichts- und Polizeibeamten, überhaupt der Subalternbeamten ist genau ebenso schlecht. „Aber" freilich, „die Leute sind ja billig zu haben. Zu jeder Stelle drängen sich viele Bewerber, die es zum Theil noch billiger thun würden." Gewiß! Und schlimm, daß es so ist. Aber wenn man die gutbezahlten höheren Aemter der Concurrenz öffnen würde, so würden sich auch Tausende finden, die bereit wären, die Arbeit für geringeren Lohn zu übernehmen. Wir selbst könnten z. B. verschiedene Persönlichkeiten namhaft machen, welche mindestens so tüchtig sind wie Herr Stephan, und mindestens das gleiche Pensum nützlicher Arbeit für einen weit geringeren Lohn leisten würden. Und gar die Stellen von Ministern, Staatsmännern und Diplomaten! Wie billig wären sie zu besetzen — ohne daß wir eine Verschlechterung der Arbeit zu befürchten hätten! Doch das nur nebenbei.

Genug: der Staat braucht die sogenannten Subalternbeamten mindestens so nöthig wie die sog. höheren Beamten, [illegible]

Sozialpolitische Uebersicht.

— Folgende Telegramme haben unsere Parteigenossen in Berlin in Folge des Wahlsieges am 14. Juni erhalten:

Parteigenossen Berlins! Ihr habt Euch gestern wacker gehalten. Die Arbeiter allerorts jubeln Eurem Siege zu. Ihr, die Kämpfer und Sieger vom 14. Juni, wardet Euch nicht minder tapfer am Montag, den 18. Juni, im fünften Wahlkreise schlagen. Hoch die Sache des arbeitenden Volkes!

Das sozialistische Central-Wahlcomité Deutschlands.
Auer. Brasch. Derossi. Geib. Hartmann.

Ottensen, 15. Juni. Für den größten Sieg des Proletariats im größten Wahlkreise Deutschlands herzlichsten Glückwunsch. Die Sozialisten Ottensens.
Stöhr.

Darmstadt, den 15. Juni. Den Berliner Parteigenossen ein Hoch! Die Darmstädter Sozialisten.

Budapest, 15. Juni. Hoch Eurem Wahlsiege! Unsere Achtung Euch Männern Berlins!

Die Arbeiter von Budapest.
Ihrlinger.

— Der Wahlkampf im 6. Berliner Wahlkreise wurde in den letzten Tagen mit großer Hartnäckigkeit geführt. „Am letzten Sonntag„Morgen besonders hat sich, — wie die „Berliner Freie Presse" mittheilt, — die Disziplin und Opferwilligkeit der Sozialisten wieder einmal glänzend bewährt. In Massen waren die Hilfsmänner erschienen, um Wahlaufrufe 2c. in Empfang zu nehmen und die weiteren Instruktionen zum Betrieb der Hausagitation zu hören. Das Wahlcomité hatte schon vorher Alles gehörig geordnet, so daß die Vertheilung von Drucksachen rasch von Statten ging; und die nöthigen Winke waren auch bald ertheilt. Hernach ging es in Sektionen hinaus in den 6. Wahlkreis; Straße für Straße und Haus um Haus wurde vorgenommen. Trotz der glühenden, verzehrenden Hitze eilten die wackeren Genossen Treppe auf, Treppe ab, von Stube zu Stube, überall etliche Worte der Aufmunterung oder Belehrung an die Wähler richtend. Und diese befanden sich im Großen und Ganzen in recht guter Stimmung und empfingen die Hilfsmänner in der freundschaftlichsten Weise. Man hat sie gespeist und getränkt; mancher verständnißinnige Händedruck wurde ausgetauscht, manches brüderliche Wort gewechselt, so daß man wohl sagen kann, dieser Sonntag hat die sozialistische Armee vollends mobilisirt und in schlagfertigen Zustand versetzt." Ehre den Berliner Genossen!

Interessant ist, wie sich die geschlagenen Gegner über ihre Niederlage zu trösten suchen. Die „Volkszeitung" meint: „Die liberale Wahlagitation hat unzweifelhaft ihre Schuldigkeit im vollsten Maße gethan; dasselbe kann man leider nicht von den liberalen Wählern sagen. Es haben nur ungefähr 60 Prozent gewählt." Der „Vossischen Zeitung" dagegen scheint der Schreck die Sprache geraubt zu haben, denn sie begnügt sich in ihrer Nummer vom 15. Juni mit der einfachen Mittheilung des Wahlresultats; wogegen die „Nationalzeitung" herausgedüftelt hat, daß die Niederlage wesentlich den „Schwierigkeiten" zu verdanken sei, „die dem Candidaten einer Coalition stets und überall begegnen." Es sind doch köstliche Käuze, diese Herren Gegner. Daß die Sozialdemokratie nur um deswillen den Sieg davongetragen hat, weil das Berliner Volk das heuchlerische Treiben der liberalen Parteien durchschaut hat, das kommt ihnen nicht in den Sinn.

— Einen recht zeitgemäßen Befehl, der auch an anderen Orten am Platze wäre, hat das Gouvernement der Stadt Berlin an die Truppentheile der Berliner Garnison erlassen. Der Befehl lautet Berliner Blättern zufolge also: „Es ist in letzter Zeit wiederholt von Seiten des Publikums bei dem Polizeipräsidium Beschwerde darüber geführt worden, daß Soldaten, welche Patrouillen führen, Arrestanten transportiren oder Wachen beziehen, sich nicht in strammer militärischer Haltung befinden, sondern sich in ihrer Haltung und Bewegung Nachlässigkeiten zu Schulden kommen lassen. Ich ersuche Sie, Ihre Leute darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich in solchen Fällen stets in strammer Haltung zu befinden haben, und daß sie, wenn sie Arrestanten transportiren, dieselben nicht in Gruppen, sondern in Reihen zu führen haben." Wir wollen hoffen, daß dieser Befehl auch in Berlin Beachtung findet.

— Der Verein „Neue Welt", welche als Sonntags-Beilage verschiedenen sozialdemokratischen Tageblättern, so auch der in Berlin erscheinenden „Berliner fr. Pr.", beigegeben wird, vor den Schranken der siebenten Kriminal-Deputation des Stadtgerichts unter der Anklage der Beleidigung des deutschen Kaisers. Der zur Verhandlung anstehende Fall hat den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage schon Veranlassung zur Besprechung und zu Angriffen gegen die hiesige Staatsanwaltschaft wie gegen das hiesige Stadtgericht wegen Anmaßung einer ihnen nicht zustehenden Kompetenz gegeben, und in der That ist der Ausgang auch für die Presse von der größten Bedeutung. Die Wochenschrift „Neue Welt" wird in Leipzig verlegt, expedirt und gedruckt und ist früher von dem Angeklagten redigirt worden. Wie aus dem Zeugniß des im Audienztermin vernommenen Expedienten der „Berliner fr. Pr." Hrn. Rackow hervorgeht, wird diesseits gegen einen nach der Höhe der gelieferten Exemplare der „N. W." berechneten Einzelpreis die Anzahl der gebrauchten Exemplare bezogen und sowohl der „B. fr. Pr." beigelegt, als auch als Einzelblätter verkauft. Die Polizei-Direktion in Leipzig hat ausgesagt, daß die „N. W." dort verlegt und ausgegeben, auch bei ihr am Erscheinungstage das Pflichtexemplar eingereicht werde. Außerdem ist durch Zeugniß und Statutenverlesung 2c. festgestellt worden, daß die Leipziger und die Berliner Associations-Buchdruckereien, wiewohl die gleichen Mitglieder als Aufsichtsrathsmitglieder fungiren, verschiedene und unter anderen Vorständen wirkende Gesellschaften seien. — Gegenstand der Anklage ist die Nr. 10 der „N. W.", resp. das in derselben enthaltene Gedicht „Die Flinte schießt, der Säbel haut", in welchem zunächst die hiesige Polizeibehörde, demnächst die Staatsanwaltschaft und die Anklagebehörde eine Beleidigung des deutschen Kaisers gefunden haben. Die betreffende in Leipzig bereits am 4. März pr. ausgegebene Nr. 10 der „N. W." war der Nr. vom 5. März pr. der hier erscheinenden „B. fr. Pr." beigelegt, und hat das hiesige Polizei-Präsidium auf Grund des Reichspreßgesetzes die Beschlagnahme dieser Beilage vorgenommen, auf welche nun auch die gegenwärtige Anklage gefolgt ist. Der Angeklagte, welcher nicht verantwortlich vernommen worden, hat rechtzeitig nach der ersten Vorladung zur mündlichen Audienz den Einwand der Incompetenz des hiesigen Gerichts erhoben und in der Audienz aufrecht erhalten. — Staatsanwalt Tessendorff führte zur Begründung der Kompetenz des Gerichts aus, daß er allerdings anerkenne, daß ein Preßerzeugniß nicht an jedem beliebigen Orte, wo es hinkomme, verfolgt werden dürfe. So aber liege der Fall hier nicht. Im äußersten Falle könne er zugeben, daß die Kompetenzfrage zweifelhaft sein könne, die Anklage nehme aber mit Recht das Forum des hiesigen Gerichts für begründet an. Zuvörderst werde er zum Nachweise dieser Auffassung einmal den Standpunkt der Behörden und des unbetheiligten Publikums einnehmen. Jede periodische Druckschrift, welche zweifellos da erscheint, wo sie ausgegeben werde, bestehe häufig aus mehreren Theilen, welche man Hauptblatt und Beilagen nennt. Nun werde der Laie doch ganz gewiß annehmen, daß die „B. fr. Pr." in allen ihren Theilen in Berlin erscheine, die Sonntags-Beilage sei aber ein integrirender Theil des Blattes, auf die man natur[illegible] aller antisozialdemokratischen Elemente zur Bekämpfung der Sozialdemokraten. Das positive Programm des Vereins in der Arbeiterfrage, wie es die Zeitungen mittheilen, entspricht durchweg den zu Ostern von der Fortschrittspartei neuformulirten Parteigrundsätzen, soweit sie auf die Arbeiterfrage Bezug nehmen, insbesondere dem von der Fortschrittspartei im Reichstag zur Gewerbereform eingebrachten Antrage." — Das Unterfangen der Fortschrittler, ohne Beistände der Nationalliberalen im Trüben fischen zu wollen, hat den beißendsten Hohn und Spott der Letzteren herausgefordert, wovon wir unseren Lesern bereits ein Pröbchen geliefert haben, und die Niederlage, welche der „Fortschritt" am 14. Juni im sechsten Berliner Wahlkreis davongetragen hat, dürfte die Nationalliberalen in Zukunft noch weniger geneigt machen, dem „feindlichen Bruder" beizustehen.

— Zur Warnung auch für die deutschen Arbeiter theilen wir nachstehendes Inserat mit, welches in Baseler Blättern dieser Tage zu lesen war: „Posamenter und Weberinnen verlangt nach Philadelphia. Gesicherte Arbeit mit Bezahlung per Stück, Verdienst Fr. 10 bis 12 per Tag. Zeit der Abreise Ende Juli. Die Reisekosten haben die Leute selbst zu bestreiten. Näheres zu erfragen bei der Auswanderungs-Agentur von A. Zwilchenbart, Nr. 12 Centralbahnplatz." — Nach allen Mittheilungen aus Nordamerika ist die Arbeitslosigkeit dort noch sehr groß. Hunderttausende sind noch ohne Arbeit und der anscheinend hohe Lohn wie die „gesicherte Arbeit" sind wohl nur Köder. Möglich ist auch, daß europäische Arbeiter gegen die amerikanischen Arbeitsgenossen in's Feld geführt werden sollen. Also Vorsicht!

— Das sächsische Ministerium des Innern veröffentlicht folgende Bekanntmachung die Reichstagswahlen betreffend:

„Der Reichstag hat in der Sitzung vom 19. April d. J. auf Grund des Berichtes seiner 1. Abtheilung über die bei Prüfung der Wahlverhandlungen wahrgenommenen Verstöße gegen das Wahlreglement vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt, S. 275) beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, daß in geeigneter Weise auf Abstellung der bei den Verhandlungen über die Wahlen der Abgeordneten vorkommenden Mängel hingewirkt werde. Nach Inhalt des gedachten Berichtes sind als häufig wiederkehrende Verletzungen gegen die einschlagenden Bestimmungen insbesondere folgende hervorgehoben: 1) Bei vielen Wählerlisten war die Bescheinigung des Gemeindevorstandes darüber, daß und wie lange die Auslegung geschehen, zu vermissen — § 2, Absatz 3 des Reglements. 2) Die Berichtigungen der Wählerlisten sind öfters nur durch Streichungen und Einschreibungen ohne Angabe der Gründe am Rande der Liste bewirkt worden. Einige Wählerlisten waren gar nicht abgeschlossen, bei andern war die für sie bestimmte Frist nicht innegehalten, hin und wieder sogar der Abschluß vor Beginn der Auslegung datirt. Das zweite Exemplar entbehrte oft auch der amtlichen Bescheinigung der Uebereinstimmung mit dem Hauptexemplar — § 4, Absatz 1 und 2, Anfuge A. 3) Sehr häufig entbehren die Wählerlisten und die Gegenlisten der Unterschriften des Wahlvorstandes, oder sie tragen nur die Unterschriften der Wahlvorsteher, nicht auch die der Protokollführer und Beisitzer — § 18, Absatz 3. 4) Ungültig erklärte Stimmzettel sind dem Protokolle nicht beigefügt, oder wenigstens nicht mit fortlaufenden Nummern versehen worden; auch hat man zuweilen unterlassen, die Gründe anzugeben, aus denen die Ungültigkeitserklärung erfolgt ist — § 20, Absatz 1. Auf Antrag des Herrn Reichskanzlers wird den betheiligten Behörden und Organen im diesseitigen Staatsgebiete solches mit der Veranlassung eröffnet, dafür Sorge zu tragen, daß bei künftighin vorkommenden Wahlhandlungen die wahrgenommenen Mängel vermieden und die maßgebenden Bestimmungen in korrekter Weise ausgeführt werden.

Dresden, 4. Juni 1877.

Ministerium des Innern.
v. Nostitz-Wallwitz. Forwerg."

vertheidigte in einer 1½stündigen Rede die von ihm verfaßte Broschüre, in welcher nur die eine inkriminirte Stelle in Betreff Bismarck's Betheiligung an der Gründung als Beleidigung aufgefaßt werden könnte. Für dieselbe sei aber in Berücksichtigung der Verhältnisse eine viel geringere Strafe am Platze. — Um 5 Uhr Nachmittags publizirte der Gerichtshof das Urtheil. In Betreff der Beleidigungen habe er sich der Auffassung des Staatsanwalts, aber nur insoweit, als er nicht materielle, sondern ideelle Concurrenz annahm, angeschlossen, nicht ganz so in Bezug auf das Vergehen gegen § 131 des R.-G.-B., das er nur in Betreff eines Punktes als festgestellt erachtete. Die schwerste Handlung ist die qualifizirte Beleidigung des Fürsten Bismarck und wegen dieser ist mit Rücksicht auf die übrigen Vergehen in der Broschüre und die Vorstrafen des Angeklagten auf eine neunmonatliche Gefängnißstrafe und Unbrauchbarmachung der inkriminirten Stellen, sowie auf Publikationsbefugniß für den beleidigten Reichskanzler, im „Reichs- und Staats-Anzeiger" und in der „Berliner Freien Presse" erkannt worden. — (Wir werden auf die, auch in juristischer Beziehung überaus wichtigen Prozeßverhandlungen zurückkommen. R. d. „V.")

Correspondenzen.

Dortmund. Anläßlich des im hiesigen Kohlenrevier ausgebrochenen Strikes ist ein Comité gebildet worden, welches die Organisation aller Bergarbeiter in Westfalen-Rheinland betreiben soll; gelingt es, diese zu bewerkstelligen, ehe die jetzige Bewegung ganz unterdrückt ist, so könnte ein Gesammtstrike auf allen in dem Dortmunder Revier gelegenen Werken die Arbeitgeber doch zuletzt zum Aufgeben ihres Planes zwingen. Daß nämlich als Quelle des ganzen traurigen Zwistes ein solcher auf Verabredung beruhender Plan in der That existirt, der Plan, unter Benutzung der gegenwärtigen drückenden Lohnverhältnisse den Kohlenarbeitern Vertragsbestimmungen aufzunöthigen, welche künftige Arbeitseinstellungen unmöglich machen sollen, wird jetzt gar nicht mehr von der dortigen Kapitalistenpresse geleugnet. Das ist wieder einmal „Harmonie". — Nach einem ultramontanen Blatte sind dieser Tage ungefähr 60 Zechen- und Fabrikarbeiter nach Rußland abgereist, um angeblich unter vortheilhaften Bedingungen in Arbeit zu treten. Ein Arbeiter von Steele, welcher jetzt in Rußland eine Beamtenstelle bekleidet, hat die Arbeiter nach dort zugeführt und soll beabsichtigen, eine weitere Anzahl im Laufe dieses Monats von Westfalen abzuholen. Vorsicht ist daher am Platze.

Petersburg, 9. Juni. Heute endete der Prozeß der Mitglieder des „Südrussischen Arbeiterbundes". Das Ziel dieses Bundes war die Propaganda der sozialistischen Idee. Vom Dezember 1875 bis Mai 1877 wurden ungefähr 60 Mann auf kürzere oder längere Zeit in Haft genommen, einige wurden wieder entlassen, andere in „administrativej Verbannung" geschickt, wieder andere wurden anfangs in Anklagestand versetzt, hernach aber zu Zeugen gemacht; ihre Zeugenaussagen wurden gegen die übrigen Angeklagten benutzt. Einen der Zeugen, Iwanow, konnte die Polizei (vielleicht mit Absicht) nicht finden, er wurde aber während der Voruntersuchung gar nicht verhört, sondern nur nach der Verhaftung von den Gensdarmen befragt. Nach den russischen Gesetzen konnte deshalb sein Zeugniß bei der Gerichtsverhandlung nicht verlesen werden; der Prokureur brauchte dasselbe aber nothwendig, und so wurde es denn vorgelesen. Was gilt das Gesetz den Männern der Willkür? Alle 15 Angeklagte waren Einwohner von Odessa; 11 von ihnen werden der Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft schuldig befunden, 8 von diesen 11 der Propaganda staatsgefährlicher Lehren; 1 wird des Verbrechens, daß er die Regierung nicht von der Errichtung des „Südrussischen Arbeiterbundes" in Kenntniß setzte (jeder Nichtspion ist also Verbrecher!), und die 3 anderen des Haltens verbotener Bücher schuldig erkannt. Das Urtheil lautet wegen Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft: gegen Saslawsky 10 Jahre, Ribitsky und Krawtschenke je 5 Jahre Zwangsarbeit, Naummow, Silenko und Liachowitsch je 5 Jahre Zwangsarbeit, aber da sie zum Bauernstande gehören, welcher selbstständig nicht ein solches Verbrechen begehen kann, so solle Se. Majestät der Czar gebeten werden, die Strafe umzuändern und die Verurtheilten in die Verbannung nach Sibirien für immer zu schicken, Sweri und Mratschkowsky Verbannung nach Sibirien in nicht sehr entfernte Gegenden, Lustschennko 2 Jahre, Karolenko und Kurgannsky je 1 Jahr Strafcompagnie; die drei ersten wurden als Stifter der geheimen Gesellschaft betrachtet, die acht ersten sind auch der Propaganda schuldig befunden. Wegen Halten von Büchern: Taranenko, Sokolow und Nabdatschin je 3 Monate Gefängniß und 3 Jahre Polizeiaufsicht. Wegen des Verbrechens, kein Spion und Denunziant zu sein: Wolostschuk 3 Monate Gefängniß und 3 Jahre Polizeiaufsicht. Alle Verurtheilten sind Arbeiter, mit Ausnahme Saslowsky's und Ribitsky's, die Edelleute sind.

Während des Krieges (da die öffentliche Meinung sich überhaupt nur für Türken und Slaven interessirt) verbannt die russische Regierung ohne Lärm die inneren „Reichsfeinde". Das Publikum läßt man gar nicht in den Gerichtssaal — bei diesem Prozesse waren nur 10 Personen: Verwandte und 2—3 Fremde zugelassen. Man giebt Einlaßkarten nur an Verwandte der Angeklagten und auch nicht an alle, z. B. der Onkel des Angeklagten Krawtschenko, welcher als Zeuge aus Odessa nach Petersburg gekommen war, nachdem alle Zeugen schon befragt worden, wurde in den Sitzungssaal nicht zugelassen. Das ist die „öffentliche, gnädige und rasche Justiz", welche die Inschrift auf dem Gerichtsgebäude in goldenen Buchstaben verheißt. Zur Charakteristik des Prozesses muß noch bemerkt werden, daß keine Stenographen zugelassen wurden, selbst nicht einmal Regierungs-Stenographen. Unsere „Liberalen" sagten von der türkischen Constitution, daß sie keine Constitution sei, weil die Türken keine Stenographen hätten, welche die Parlamentsreden dem Volke mittheilten. Nun — wir haben Stenographen, haben aber keine Constitution, und deswegen läßt man die Stenographen nicht dahin, wo sie nöthig sind. Da ich von Constitution rede: Die Türken führen die parlamentarische Regierung und die Constitution in Rußland ein! In Suchum-Kale ist sie vom Fasli Pascha eingeführt worden. Die Russen führen in Klein-Asien ihre Regierung mit den Stanowoy und Isprawnik. Die Türken, sagt man, bedrücken die Slaven, die Russen wollen sie befreien! O tempora, o mores! O homines, richtiger o bones! (O Zeiten, o Sitten! — O Menschen, richtiger o Ochsen!)

Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig.

Dem „Geschäftsbericht an die fünfte ordentliche Generalversammlung zu Gotha" entnehmen wir Folgendes:

Aus der nachstehenden Bilanz (s. Inserate) werden die Mitglieder ersehen, daß das verflossene Geschäftsjahr sich den Vorjahren in jeder Beziehung anschließt. Die Leistungen der Druckerei haben gleichen Schritt mit der Erweiterung der Betriebsmittel gehalten.

Der Geschäftsumsatz betrug ca. 90,000 M. (gegen ca. 62,000 im Vorjahr), und setzt sich diese Summe aus folgenden Posten zusammen: „Volksstaat", „Vorwärts", „Neue Welt" und Broschüren M. 67030.00 (einschließlich Papier für die „Neue Welt", Honorare, Holzschnitte und Galvanos); Schuhmacher-Gewerkschaft M. 4270.00, Hutmacher-Centralverein M. 1833.00, Allgemeiner deutscher Schneiderverein M. 1650.00, verschiedene Wahlcomités M. 3500.00, Verein der deutschen Steinmetzen M. 270.00, Böttcherbund M. 257,00 und ca. M. 11180.00, welche auf die Kundschaft außerhalb des Rahmens der Arbeiterbewegnng und auf kleinere Bestellungen entfallen.

Die Arbeitslöhne betrugen einschließlich der Dampfmiethe M. 26249.86; für Gehalte wurden M. 4410.00, für Honorare Mark 3414.00, für Spesen, Unfall- und Feuerversicherung M. 2929.46, für Papier M. 33718.61, für Druckfarbe M. 2373.00, für Darlehns- und Antheilszinsen M. 660,32 ausgegeben.

Der Geschäftsgewinn des Vorjahres, im Betrage von M. 5557.38, wurde laut Beschluß der Generalversammlung folgendermaßen vertheilt: M. 1135.07 für Zinsen auf die Genossenschafts-Antheile (6 Proz. für M. 18917,88); M. 553.73 Zuschlag zum Reservefond (§ 26, Absatz b des Statuts); M. 1597.55 für Begleichung der Conten „Auer u. Co. in Hamburg" und „Diverse Wahlcomités"; M. 1000.00 wurden dem Aufsichtsrath zur Verfügung gestellt und der Rest von M. 1269,03 dem Reservefond überwiesen, der nunmehr auf M. 7860.83 angewachsen ist.

Außer einer Stereotypie-Einrichtung und der nothwendigen Erneuerung resp. Vervollständigung des Typenmaterials im Werth von M. 4318.21, hat die Druckerei eine Erweiterung durch Aufstellung der vierten Schnellpresse erfahren, die jedoch erst Mitte April eingestellt wurde und daher in der Bilanz nicht erscheint. Das Geschäftspersonal ist im Ganzen das Nämliche wie im Vorjahr geblieben (10 Setzer, 2 Drucker, 1 Buchbinder, 2 Lehrlinge, 3 Falzerinnen, 3 Anlegerinnen, 2 Satinirer, ein Papierzähler und ein Arbeitsmann); außerdem der Vorsitzende und Kassirer. Insgesammt 27 Personen. Der Durchschnitts-Wochenlohn betrug ca. M. 480.00, ausschließlich des Gehaltes der beiden Letztgenannten.

Neueingetreten sind vom 1. April 1876 bis 31. März 1877 5 Personen, und beträgt die Mitgliederzahl jetzt 359 (gegen 371 im Vorjahr); ausgetreten sind resp. ihr Mitgliedsrecht übertrugen in derselben Zeit 15 Personen. — Gestorben sind im abgelaufenen Jahre folgende Genossen: A. Lischke-Leipzig, W. Wirth-Limbach und H. Rudolph-Erfurt.

Das durch Austritte und Todesfälle der Genossenschaft entzogene Kapital übersteigt um ca. 600 M. denjenigen Betrag, welcher ihr durch die Neueintretenden zufloß. Das Guthaben der Genossenschaftsmitglieder ist von M. 18918.88 im Vorjahr auf M. 18318.00 herabgegangen. Die herrschende Arbeitslosigkeit nöthigte Manchen, seinen Antheil dem Vorstande zur Verfügung zu stellen, und dieser ermöglichte in den meisten Fällen die Rückzahlung."

Bern. (An die Schreiner [Tischler] in der Schweiz und in Deutschland.) Es diene allen Collegen in der Schweiz wie auch auswärts hiermit zur Nachricht, daß unser Schreinerfachverein hierselbst ein **Arbeitsnachweisbureau** errichtet hat, welches seinen Sitz in unserem Versammlungslokal „Biergarten" Arbergasse hat. Wir ersuchen besonders alle Zureisenden dieses Institut in ihrem eigenen Interesse zu benutzen, da wir bestrebt sein werden, nicht nur die angemeldeten Arbeitsstellen zu vermitteln sondern den Collegen auch Auskunft über alle in das Fach unseres Gewerkes einschlagenden Verhältnisse geben wollen. Eine Gebühr für vermittelte Arbeit wird von uns nicht erhoben.

Namens des Schreinerfachvereins für Bern und Umgebung:
Der Präsident: Johann Fischer.

London. Da mit dem 1. Juli ein neues Quartal beginnt, so werden die hiesigen Leser des „Vorwärts" ersucht ihre Abonnements für das 3. Quartal sowohl rechtzeitig zu erneuern, als auch die Gelder dem Unterzeichneten pränumerando einzusenden, damit in der Zusendung des Blattes keine Unterbrechung eintritt. Die Preise für London stellen sich folgendermaßen:

1	Exemplar	1mal	wöchentlich	3	s.	— d.
1	„	3mal	„	4	„	2 „
2	„	„	„	6	„	— „
3	„	„	„	7	„	6 „
6	„	„	„	15	„	— „

Diejenigen, welche bisher ein Interesse daran hatten, die sozialistische Idee in immer weitere Kreise getragen zu sehen, sollten es sich zur Pflicht machen, ununterbrochen für eine fortwährende Steigerung der hiesigen Abonnentenzahl des „Vorwärts" zu wirken. Die letzten Monate haben gezeigt, daß bei einer ausdauernden Agitation das Centralorgan der deutschen Sozialdemokratie wohl geeignet ist, unter den hierorts wohnenden Deutschen Boden zu fassen, jeder Abonnent sollte daher bemüht sein, im Laufe des Quartals wiederum einen neuen Abonnenten zu gewinnen, auf diese Weise und indem man durch pünktliche Einsendung der Abonnementsgelder eine allseitig befriedigende Geschäftsführung ermöglicht, können nennenswerthe Erfolge erzielt werden.

C. Henze, Agent des „Vorwärts",
8 New Str. Golden Squ. W.

Briefkasten

der Redaktion: A. in Naumburg: Ihr Brief betr. d. „A. C." ist an Geib nach Hamburg geschickt worden, der die betr. Angelegenheit besorgt. — Stud. jur. et cam. X. dahier: Wir können Ihnen nur den Rath ertheilen, sich allmählich mit der gesammten sozialistischen Literatur bekannt zu machen; — daß „bei der sozialistischen (kollektiven) Produktionsweise die Vorzüge privater Konkurrenz, sowie der privaten Interessirtheit an guter Versorgung der Gesellschaft ersetzt resp. erhalten bleiben" (ja, daß sie wesentlich gesteigert werden), ist vielfach nachgewiesen, jedoch unseres Wissens noch nicht zum Gegenstand einer besonderen Schrift gemacht worden. In der Liebknecht'schen „Grund- und Bodenfrage" und in Most's „Lösung der sozialen Frage" ist die Sache ziemlich eingehend behandelt. Vielleicht bemühen Sie sich einmal auf die Redaktion? —

der Expedition. A. Arb.-Ver. Innsbruck: Geldsendg erhalten, Vorwärts-Abon. glatt bis Ende d. J. Ihr Guthaben ist M. 2,11, wofür Sie die gewünschten Kriegskarten erhalten werden.

Quittung. Arbeiterverein Innsbruck Ab. 11,35. Knk Frankfurt Ab. 42,00. Gßm Mülheim Ab. 20,00. Rb Cottbus Ab. 7,20. Rottmanner München Ab. 6,00. R. Grm Solothurn Ab. 1,85. A. Czrkn Steinamanger Ab. 1,62. Hrbg Würzburg Schr. 3,95. Hrdt Darmstadt An. 3,00.

Berliner Wahlfonds.

Von Strb Ballenstädt 3,00.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter.

Eidam Thonberg 6,00.

Leipzig. **Metallarbeiter-Gewerkschaft.** Sonnabend, den 16. Juni, Abends 8 Uhr, in Menzel's Restauration, am Täubchenweg: **Versammlung.** Tagesord.: 1) Rechenschaftsbericht. 2) Gewerkschaftliches. **D. Bevollm.**

NB. Montag, den 9. Juli: Generalversammlung. Nichtanwesende 25 Pf. Strafe. [0,60]

Für Zwenkau, Kotzschbar ꝛc. nimmt **Bestellungen** auf den „Vorwärts" und die „Fackel" entgegen

Karl Schulz, Zwenkau, Gattergasse.

Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig.

Fünfte Bilanz vom 1. April 1876 bis 31. März 1877.

Activa.

		Mark	Pf.
Inventar-Conto:			
Maschinen u. Typen (IV. Bilanz, I, A.)	M. 29662. 30.		
Ab: Abschreibung pro 1875/1876 (IV. Bilanz	„ 2505. 4.		
Verbleiben	M. 27157. 26.		
Hierzu neu: eine Trockenpresse (für Stereotypie), Typen, Holzutensilien und Holztypen	„ 4318. 21.	31475	47
Papier-Bestand am 31. März 1877		5710	—
Oel, Farbe etc.		300	—
Diverse Aussenstände incl. Depositum laut Hauptbuchauszug		39936	96
Kassabestand am 31. März 1877		186	48
Vorausbezahlte Miethe (1. April bis 30. Septbr. 1877)		900	—
	Summa	69568	91

Passiva.

	Mark	Pf.
Offene Buchschulden laut Auszug	19455	7
Antheile der Genossen (Vermögen laut Auszug)	18318	88
Darlehne (zinsbar mit 5%) laut Auszug	10434	85
Caution des Kassirers	600	—
Unerhobene Zinsen auf Antheile	1670	46
Reservefond-Conto:		
Stand in IV. Bilanz 1875/76 M. 6019. 60.		
Nachtrag per 1875/76 „ —. 47.		
Einschreibegelder 1873—75 „ 14. 50.		
Abschreibung (Zuschlag zum Reservefond laut Statut) „ 555. 73.		
Ueberschuss der IV. Bilanz 1875/76 „ 1269. 03.		
Einschreibegelder 1876/77 „ 1. 50.	7860	83
5% Zinsen auf den Bestand von M. 7860. 83	393	—
Abschreibung auf Maschinen und Typen pr. 1876/77 (15% von M. 31475.47)	4721	25
Saldo zum Ausgleich	6114	57
Summa	69568	91

Es verbleibt demnach ein Activ-Ueberschuss von M. 6114.57, wovon die Antheilzinsen pro 1876—1877 zu zahlen sind und nach Beschluss der Generalversammlung weiter zu verfahren ist.

Leipzig, den 30. April 1877.

Der Vorstand:
H. Ramm, Vorsitzender. O. Richter, Stellvertreter.
Chr. Hadlich, Kassirer.

Auf Grund der Geschäftsbücher revidirt und richtig befunden.
Der Beauftragte des Aufsichtsrathes: J. Motteler. **Der Revisor:** L. Auer.

Bekanntmachung.

Die von der Generalversammlung pro 1. April 1876 bis 31. März 1877 festgesetzte Dividende von **Sechs Prozent** für die volleingezahlten Genossenschafts-Antheile kann auf unserm Comptoir, Färberstrasse 12/II, erhoben werden. — Nichterhobene Dividenden werden den betr. Antheil-Inhabern gutgeschrieben.

Leipzig, 3. Juni 1877.

Der Vorstand der Genossenschafts-Buchdruckerei.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.

Die Wahl des Aufsichtsrathes, welche, gemäß Beschluß der diesjährigen Generalversammlung, zu Hamburg (am 28. Mai) stattfand, hatte folgendes Ergebniß:

Vorsitzender: **G. W. Hartmann,** Hamburg;
Stellvertreter desselben: **H. Brasch,** Altona;
Schriftführer: **C. Derossi,** Hamburg;
Beisitzer: **J. Auer,** Hamburg;
„ **A. Geib,** Hamburg.

Briefe für den Aufsichtsrath sind an **C. Derossi,** Hamburg, Pferdemarkt 37, III. zu richten.

Todes-Anzeige.

Allen meinen Verwandten, Freunden und Bekannten mache ich hierdurch nur auf diesem Wege die traurige Mittheilung, daß mein gestern Abend ½9 Uhr erfolgten unerwartet schnellen Hinscheiden meiner lieben Frau **Louise,** geb. **Goßert** und bitte ich bei diesem herben Verluste um stille Theilnahme.

Leipzig, den 15. Juni 1877. **H. Oehme,** Expedient.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag, früh 8 Uhr, von meiner Wohnung Lützowstraße. 20 b. [3,00]

Das Protokoll

des diesjährigen, zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

kommt im Laufe nächster Woche zur Versendung.

Der **Preis** ist **25 Pfg,** bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren **20 Pfg.**

Bestellungen sind zu machen bei **C. Derossi,** Hamburg, Pferdemarkt 37.

In unserem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie durch unseren Commissionär Hrn. **Siegismund u. Volkening** in Leipzig zu beziehen:

„Arbeiterkrankheiten"

1. Schädliche Gase
2. Schädliche Dämpfe

als Krankheitsquellen und die von ihnen heimgesuchten Fabrikationszweige.

Von F. A. Moralt.

Preis 10 Pfg. Bei Abnahme größerer Partieen bedeutender Rabatt.

Augsburg, im Juni 1877. (3a)

3,90] **Volksbuchhandlung** von **J. Endres,** G. Nr. 322.

Durch uns ist zu beziehen:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Wir empfehlen:

„Das preußische Regiment" vor Gericht.

Rede, gehalten von **Ludwig Pfau** zu seiner Vertheidigung vor dem Stadtgericht zu Frankfurt a. M.

Preis: 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
pro. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., pro. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten [illegible] handlungen des In- u. Au[illegible]

Filial-Expeditionen.
New-York: Co[illegible] schaftsbuchdruckerei, 15 [illegible]
Philadelphia [illegible]
J. Boll, 11[illegible]
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanserman, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heine, 8 New [illegible] Golden Square.

Nr. 71. Mittwoch, 20. Juni. 1877.

Sozialistisches Central-Wahlcomité.

Laut Beschluß des in Gotha stattgehabten Sozialisten-Congresses sind die Unterzeichneten als Central-Wahlcomité für die sozialistische Partei in Deutschland eingesetzt und haben dieses Amt übernommen.

Sämmtliche für das Comité bestimmten Briefe und sonstige Sendungen sind an C. Derossi oder J. Auer in Hamburg, Pferdemarkt 37 zu richten; Gelder an A. Geib, Rödingsmarkt 12, Hamburg.

Hamburg, im Juni 1877.

Mit sozialdemokratischem Gruß
W. Hartmann, H. Brasch, Vorsitzende.
C. Derossi, J. Auer, Sekretäre.
A. Geib, Kassirer.

3000 Stimmen mehr!

Als am 10. Januar die Kunde von den Wahlsiegen der Sozialdemokratie in der deutschen Hauptstadt die Welt durcheilte, sprachen die Berliner Philisterorgane von der Ueberrumpelung, der die Partei der „Ordnung" zum Opfer gefallen sei. Als nun bei der engeren und bei der folgenden Nachwahl im dritten Berliner Wahlkreis, wie allerdings vorauszusehen war, die Fortschrittspartei einen winzigen Sieg über die Sozialdemokratie [illegible] bis zum Fabriksgesetz von 1874 auf, erläutert und bestätigt die vorhandenen Verordnungen für Fabriken und Werkstätten und enthält mehrere Amendements. Es ist also doch Hoffnung vorhanden, daß sie diese Session noch zur Verhandlung kommt.

Der Jahresbericht der 12 Bezirksinspektoren für d. J. 1876 ist soeben veröffentlicht worden. Nach demselben beläuft sich die Gesammtmenge der im verflossenen Jahre im vereinigten Königreiche geförderten Kohle auf 134,125,166 Tonnen. Diese Masse wurde gebrochen und an den Aufzugsort befördert von zusammen 400,000 Arbeitern (etwa 100,000 sind außerhalb der Schachte beschäftigt), so daß auf den Mann etwas über 335 Tonnen pro Jahr kommen. Das sind Durchschnittszahlen für das Gesammtkohlengebiet. Das produktivste der Kohlenlager war das von South Durham, Westmoreland und North Yorkshire, in welchen durch 58380 Arbeiter 19,513,056 Tonnen zu Tage gefördert wurden. Das quantitativ nächstreiche Kohlenlager ist das von Yorkshire, aus welchem 15,129,506 Tonnen gefördert wurden. Jedoch erforderte diese Förderung 61,017 Arbeiter. Dann kommt Northumberland, Cumberland und North Durham mit 14,135,104 Tonnen, gehoben durch 48,754 Arbeitskräfte. Irland hat blos 125,195 Tonnen Kohlen geliefert. In Cleveland, wo ausschließlich Eisenstein gefördert wird, kommen auf den Arbeiter 667 Tonnen. In den anderen Distrikten, wo Kohle das Hauptprodukt ist, jedoch auch alle anderen Minerale mitgerechnet werden, stellen sich die Durchschnittszahlen folgendermaßen: South Durham 373 Tonnen, North Durham 298 Tonnen, North und East Lancashire 278 Tonnen, West Lancashire und North Wales 274 Tonnen, Yorkshire 255 Tonnen, Midlands 239 Tonnen, North Staffordshire 272 Tonnen, South Staffordshire 319 Tonnen, South Wales 259 Tonnen, Eastern Scotland 321 Tonnen, Stimmen Zuwachs erhielt, stimmten über 3000 Männer mehr als am 10. Januar für den Candidaten des arbeitenden Volkes, für Hasenclever, trotzdem die liberale Presse immer geschrieen hatte, daß bei der letzten Wahl die Sozialdemokraten schon ihre sämmtlichen Truppen mobil gemacht hätten.

Hochmuth kommt vor den Fall! Der Fortschritt mit seinen hochmüthigen Führern Eugen und Ludwig liegt zu den Füßen der triumphirenden Sozialdemokratie. Verdient hat er es — sein Gebahren, das Geschimpfe des Hrn. Richter und das Eigenlob des Herrn Löwe mußte bestraft werden. Das Volk hat den Richterspruch gethan.

Und es hat auch gerichtet über die Ungültigkeitserklärung der Wahl Hasenclever's im Reichstage, die aus formellen Gründen zwar gerechtfertigt werden konnte, aus materiellen aber nimmermehr erfolgen durfte.

Das Volk von Berlin aber hat auch gerichtet über alle Verfolger der Sozialdemokratie, insbesondere über den Herrn Tessendorf, der noch wenige Tage vorher unsern bewährten Parteigenossen Bebel hatte verurtheilen lassen.

Aus allen diesen Gründen gewinnt die Wiederwahl Hasenclevers am 14. Juni eine größere Bedeutung.

12,752 Stimmen gegen 11,652, die Ludwig Löwe erhielt. Dann haben sich circa 90 Stimmen für den Polizeipräsidenten Madei entschieden, Borsig und Tessendorf erhielten gleichfalls ein paar Stimmen.

Aber das Wichtigste bei der Wahl bleibt — 3000 Stimmen mehr als am 10. Januar trotz der verzweifelten Anstrengungen der Parteien der „Ordnung" — 3000 Männer des Volks sind aus ihrem Traum erwacht.

Möge dem glänzenden Siege im 6. Berliner Wahlkreis der Sieg im 5. Berliner Wahlkreise folgen!

[illegible] arbeiten" so gedenken die Herren Arbeitgeber noch mehr herüberkommen zu lassen. Dies zur Nachricht, nicht allein für die Holländer, sondern alle Arbeiter der in Betracht kommenden Branchen. Mögen sie sich nicht verlocken lassen! A. Sch.

Königsberg i. Pr. Die hiesige liberale wie auch die reaktionäre Bourgeois-Presse ist vollständig in den Händen der Geldprotzen, denen gesinnungslose Redakteure ihre servile Feder feilbieten. Herr Bebel charakterisirte die Thätigkeit dieser Kreaturen recht treffend, indem er sie „geistige Prostitution" nannte. Zum Vortheile der sozialdemokratischen Ideen konnte es nur gereichen, daß sowohl Bebel's als auch Most's durchschlagende Vorträge hierorts durch Auftischung der haarsträubendsten Lügen seitens der Königsberger Zeitungen vollständig entstellt wurden; den Zuhörern der genannten Herren wurden gerade bei dieser Gelegenheit die Augen geöffnet; sie mußten einsehen, zu welch unehrlichen Waffen die Gegner der Wahrheit im Gefühle ihrer ganzen Jämmerlichkeit greifen. Die Führer der fortschrittlichen, nationalliberalen und conservativen Partei sind hier nicht nur die „Macher" in der Stadtverordneten-Versammlung, sondern auch die „Gründer" der „Gesellschaft auf Aktien", welche Druck und Verlag der Zeitungen in Pacht genommen hat; daß daher nur deren Ansicht in ihren Leiborganen dem Publikum als öffentliche Meinung präsentirt wird, ist wohl selbstverständlich. Bei solchen miserabeln Preßzuständen haben namentlich die hiesigen Volksschullehrer, als Verbreiter sogenannter oberflächlicher Aufklärung, von den Dunkelmännern aller Schattirungen viel leiden müssen; strebten dieselben nach einer bessern materiellen Stellung, so bezeichneten hervorragende Mitglieder der Fortschrittspartei dieses als „Unverschämtheit und Unersättlichkeit"; verlangten sie Beseitigung des religiösen Ballastes aus der Schule und Einführung eines vernunftgemäßen, nach pädagogischen zeipräsidium Klage darüber geführt worden, daß von Truppen die Bürgersteige und Promenadenwege für Fußgänger zum Marschiren und namentlich auch zum Reiten benutzt worden sind. Nachdem das Gouvernement zu mehreren Malen darauf bezügliche Verbote erlassen und die polizeilichen Vorschriften in Erinnerung gebracht hat, wird es von jetzt ab gegen die Zuwiderhandelnden die gesetzlichen Strafen eintreten lassen. Abgesehen davon, daß die Truppen besonders verpflichtet sind, sich über polizeiliche Vorschriften nicht hinwegzusetzen, ist es für das Gouvernement doppelt geboten, die Beachtung dieser Vorschriften von der Garnison zu verlangen, als es gerade in letzter Zeit bei verschiedenen Fällen unnachsichtliche Bestrafung von Civilpersonen beantragt hat, welche gegen militärische Anordnungen verstoßen haben. Um deshalb etwaigen Uebertretungen von Seiten der Truppen vorzubeugen, sind dieselben von Zeit zu Zeit hiernach zu instruiren." —

Man kann sich ungefähr vorstellen, zu welchen Unzuträglichkeiten es bereits gekommen sein muß, wenn derartige Befehle erlassen werden; ob damit aber Wandel geschaffen wird, ist eine andere Frage.

— Die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei", diese so kläglich mißglückte sozialistenfeindliche Gründung, stellt sich jetzt als ein spezielles Machwerk der Fortschrittspartei heraus, das beweisen die nachfolgenden Zeilen der Berliner „Volkszeitung": „Der Congreß der ‚neuen freien deutschen Arbeiterpartei', welcher in Kassel stattfand, ist von einigen Redakteuren in Hamburg und Kassel eingeleitet worden, welche sich um Bekämpfung der Sozialdemokraten namentlich bei den letzten Wahlen Verdienste erworben haben. Die in Kassel entworfenen Statuten bezeichnen als Hauptaufgabe die [illegible] wurde. An der Debatte betheiligte sich Herr Direktor Niemeyer, der sich namentlich für die allmählige Entwicklung der Dinge aussprach. Auch Herr Hörig aus Hamburg war anwesend und sprach in gediegener Weise über die Tagesordnung.

Schmidt.

Dortmund, 10. Juni. Gestern Abend hatte ich die Freude, Parteigenossen Auer aus Hamburg in einer gutbesuchten Versammlung zu hören. Von meinem ursprünglichen Vorhaben, über diese Versammlung einen selbstverfaßten Bericht an den „Vorwärts" einzusenden, kann ich für diesesmal um so eher absehen, als die „Westfälische Zeitung" eine ziemlich ausführliche und objektiv gehaltene Darstellung des Auer'schen Gedankenganges bringt. Auch den Gegner muß man hören. Also die „Westfälische Zeitung" schreibt: „„Die Blut- und Eisen-Politik, vom sozialdemokratischen Standpunkte beurtheilt", lautete das Thema, über welches der Hauptredner des Abends, der Reichstagsabgeordnete für Reichenbach in Sachsen, Herr Auer aus Hamburg, sich in einem fast 1½stündigen Vortrage verbreitete. Daß diese Politik die europäische Diplomatie beherrsche, damit begann der Redner seine Auseinandersetzungen, sei klar, weil sonst unser Continent nicht in den letzten 20 Jahren 5 große Kriege hätte erleben können. Gegen diese Politik, soweit sie Deutschland betreffe, erhob Herr Auer den Vorwurf: 1) daß, ihr folgend, die preußische Krone, bezw. die preußische Regierung, statt die wiederholten Anläufe zur Sammlung der nationalen Kräfte, welche aus der Initiative des Volkes hervorgegangen, und welche insbesondere nach dem italienischen Kriege von 1859 in ganz Europa eine kräftige Neubelebung erfahren hätten, zur friedlichen Einigung Deutschlands auszunutzen, dieselben vielmehr mit Geringschätzung bei Seite geschoben und sich, um jene Einigung durch gewaltsame Mittel zu Stande zu bringen,

---

Was vermag gegen solche unheimliche Realität der kleinliche Zweifel des Historikers?

Herr Berkholz sagt, bis zum Jahre 1812 sei nie und nirgends von dem Testamente Peter's die Rede gewesen. Als Bonaparte sich zu dem russischen Feldzuge anschickte, habe er nach einem passenden Vorwande gesucht und sei auf den Gedanken verfallen, Rußland als den ewigen Ruhestörer im europäischen Concert, sich selbst aber als den Schirmvogt des Welttheils gegen die „asiatischen Horden" darzustellen. So sei das Werk Lesur's entstanden. Aber in letzterem habe sich doch das Gewissen des Geschichtsschreibers gegen diese Fälschung gesträubt, denn er schickte dem Resumé des Testamentes, das ihm der Kaiser in die Feder diktirt hatte, die einleitende Bemerkung voraus, „man versichere, daß in dem Privat-Archive der Czaren eigenhändig geschriebene Memoiren Peter's I. vorhanden seien." Damit wäre aber nach Berkholz bewiesen, daß Lesur sich zur resumirenden Ankündigung eines historischen Aktenstückes hergegeben habe, welches er selbst mit seinen Augen nicht gesehen hatte.

Bekanntlich wurde diese Lücke im Jahre 1836 durch den französischen Schriftsteller Gaillardet ausgefüllt. Derselbe erzählte nämlich in den von ihm veröffentlichten „Memoiren des Chevalier d'Eon", daß der Letztere, der als junger Mann etliche Jahre der französischen Gesandtschaft in Petersburg beigegeben war, durch seine intimen Beziehungen zur Czarin Elisabeth, zu welcher er täglich, als Vorleserin verkleidet, Einlaß erhielt, in den Stand gekommen wäre, das „Testament Peter's" zu copiren und die Copie Anno 1757 in die Hände des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten niederzulegen. Die Sache klingt wie ein Roman und ist es auch. Die Kunst, aus dem Resumé Lesur's vierzehn gesonderte Artikel in anscheinend getreuem Wortlaute zu fabriziren, war nicht allzu schwer. Aber Gaillardet ließ sich einen garstigen Schnitzer unterkommen, der seine ganze Darstellung erschüttert; er berichtete nämlich, das fragliche Dokument habe sich in den „Archiven des Schlosses Peterhof bei Petersburg" befunden, während in der That zu Peterhof ein Archiv niemals vorhanden gewesen ist. Zum Ueberflusse hat auch zwei Jahrzehnte nach Gaillardet's Publikation der Geschichtsforscher Loménie in seinem Buche über Beaumarchais der Schrift Gaillardet's alle Autorität abgesprochen, ihr Widersprüche und Irrungen aller Art und romanhafte Willkürlichkeiten in Menge nachgewiesen.

Die legitime Herkunft des Testamentes steht sonach allerdings auf schwachen Füßen, und Herr Berkholz hat, wofern es ihm nur um den Ruhm zu thun ist, als historischer Seminarist vortrefflichsten Ranges anerkannt zu werden, seinen Zweck vollständig erreicht. Der Nachweis, daß Bonaparte das Testament Peter's zu dem Zwecke erfunden habe, um es bekämpfen zu können, darf als gelungen erachtet werden, sintemal auch in den Souvenirs contemporains von Villemain ähnliche Ansichten wie die in dem Testamente niedergelegten als persönliche Aeußerungen Napoleon's aufgezeichnet sind.

Aber was erhellt schließlich aus alledem? Etwa, daß Peter diejenigen Wünsche und Meinungen nicht gehegt habe, welche in den vierzehn Artikeln des napoleonischen Machwerkes als fingirte Rathschläge an seine Nachkommen colportirt wurden? Oder daß die Letzteren anders gehandelt hätten, als ihr Vorfahr sie angeblich gelehrt habe? Mit nichten. Peter hat über Rußlands Zukunft allerdings gedacht, was Napoleon ihm nachträglich in den Mund legte, und seine Enkel und Urenkel handelten nach der Richtschnur seiner Absichten. Herr Berkholz hat also vor allen Dingen nichts gegen die historische Thatsache bewiesen, daß die Tradition der Romanoffs von Peter an mit allen Mitteln auf den Besitz der pontischen und baltischen Seeküste, sowie Konstantinopels gerichtet ist. Auf dem südlichen Stadtthore von Cherson steht zur Urkund dessen die von Katharina gestiftete Inschrift: „Hier führt der Weg nach Stambul", und es ist noch keinem Czar eingefallen, dieselbe, um etwaige Mißverständnisse zu vermeiden, beseitigen zu lassen.

Das Sophisma, daß ein Testament aufgeschrieben und beurkundet sein müsse, hat Herrn Berkholz verführt. Auch Colbert's „Memoire für seinen Sohn", wie dasjenige Vauban's über die Zukunft der französischen Ostfestungen sind angefochten und ihrer Authenticität entkleidet worden — hat deshalb die Welt den Maßstab für das finanzielle Genie des Einen oder für die militärischen Ansichten des Andern in den Winkel gestellt? Und gesetzt auch, es sei wirklich nicht die Gesinnungsart Peter's, der die vierzehn Artikel des napoleonischen Pseudo-Instrumentes entsprechen, so ist es diejenige Katharina's, der sie wie auf den Leib zugeschnitten sind, oder jene des ersten Alexander, welcher Konstantinopel den Schlüssel seines Hauses nannte. Für Europa kann es herzlich gleichgiltig sein, wann und in welchem Inhaber des Czarenthrones die Tendenz nach südlicher und südöstlicher Ausbreitung des Riesenreiches zum Vorschein gekommen sei; es ist genug, zu wissen, daß die Eroberung Konstantinopels und die Herrschaft über den indischen Handel Traditionen des Hauses Romanoff sind, vom Vater dem Sohne und von diesem dem Enkel vermacht und nicht unterbrochen durch die zahlreichen unfürstlichen Blutstropfen, welche in die Adern der Romanoff'schen Sprößlinge sich verirrten. Wie in langer Kette die Eimer zum Brunnen, so zieht die Sehnsucht der Czaren seit mehr als anderthalb Jahrhunderten zum Bosporus.

Sollte aber dennoch durch Herrn Berkholz etwas bewiesen worden sein, was nicht der außerlich pragmatischen, sondern der geistigen Auffassung der Geschichte dienlich ist, so beruht es darin, daß der wunderbare politische Instinkt Napoleon's neuerdings über allen Zweifel erhoben wurde. Gewiß das Letzte, was darzuthun der gelehrte Stadtbibliothekar von Riga sich vorgenommen. Von allen Inhabern des Czarenscepters war der erste Alexander der schmiegsamste, perfideste und unaktivste. Und gerade ihm hatte der einstmalige Artillerie-Lieutenant aus Corfica die geheimsten Pläne der russischen Politik von den weichlich-schönen Mienen gelesen. Der Generation von heute machen es die Lenker Rußlands leichter, die Petrinischen Ueberlieferungen zu enträthseln. W. G. („Wiener Freie Presse")

— Ueber den Nothstand in Sachsen wird im „Dresdner Journal“ ein amtlicher Rapport erstattet. Danach ist der Nothstand zwar nicht in dem Maße vorhanden, wie er durch etliche Zeitungen geschildert wird, immerhin „aber doch in gewissen Geschäftszweigen, namentlich in der Branche der Eisenfabrikation, der Handweberei und des Klöppelwesens.“ — — „Erfreulicher Weise“, heißt es in dem Rapport dann weiter, „ist es jedoch bis jetzt im Wesentlichen der örtlichen Armenpflege und der Privatwohlthätigkeit — wobei insbesondere der fürsorgenden Mitwirkung der obererzgebirgischen und voigtländischen Frauenvereine und des Albertsvereins mit großer Anerkennung zu gedenken ist — gelungen, da, wo Mangel und Noth eingetreten waren, in geeigneter Art zu helfen. (!!!) Die Regierung hat es aber auch ihrerseits für eine ernste Pflicht gehalten, dahin Vorkehrung zu treffen, daß, um einer großen Anzahl der unbeschäftigten Arbeiter einen lohnenden Erwerb zu verschaffen, die auf Grund der erfolgten ständischen Bewilligung auszuführenden Eisenbahn-, Straßen-, Wasser- und Hochbauten schon seit vielen Wochen lebhaft in Angriff genommen, beziehentlich fortgesetzt worden sind und zum Theil nächstens in Ausführung gelangen. Dahin gehören außer den Reparatur- und sonstigen Bauten, deren Herstellung bei jeder einzelnen den Betrag von 50,000 Mark nicht übersteigt. Bei diesen Bauten sind viele Tausende von Arbeitern beschäftigt. Im Uebrigen ist schon seit längerer Zeit darauf Bedacht genommen worden, daß bei allen Zweigen der Staatsverwaltung die nöthigen Bedürfnisse fast ohne Ausnahme in sächsischen Fabriken und bei sächsischen Handwerkern bestellt und gekauft werden, und so sind z. B. allein von Seiten der Militärverwaltung für die seit dem 1. Januar d. J. aus inländischen Bezugsquellen für die Bekleidung der Armee und für die Bedürfnisse der Garnison- und Lazareth-Verwaltungen bezogenen Gegenstände außer den Kosten für Fourage und Heizungsmaterial 2,209,570 Mark verausgabt worden. Da nun in der jetzigen Jahreszeit auch bei der Landwirthschaft Tausende von Arbeitern lohnende Beschäftigung finden, so ist zu hoffen, daß wenigstens in den nächsten Monaten und bis zum Winter ein Besorgniß erregender allgemeiner Nothstand nicht eintreten werde.“

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Nothstandsfrage ist bekannt: sie verlangt nicht nur die Anerkennung des Rechtes auf Arbeit von Seiten des Staates, sie will auch, daß der Staat Maßregeln treffe, die den wirthschaftlichen Kalamitäten ein für allemal ein Ende machen. Das heißt mit andern Worten: die Sozialdemokratie will nicht sowohl den Nothstand als Wirkung der heutigen Produktionsweise, sondern auch die heutige Produktionsweise als Ursache des Nothstandes beseitigt wissen. Und zu diesem Streben verlangt die Sozialdemokratie die Mitwirkung des Staates, dessen Aufgabe es ist, die Wohlfahrt Aller zu wahren und zu fördern.

— Parlamentarische Sitte. Wie es im deutschen Reichstag mitunter hergeht, wie die Stimme unliebsamer Redner durch Gelächter, Geschrei, Gebrüll übertönt wird, das ist unseren Lesern sattsam bekannt. Solches Gebahren scheint zum Parlamentarismus zu gehören. Es ist, als ob in der Parlamentsluft etwas eigenthümlich Corrumpirendes läge, welches allen nicht besonders charakterfesten Menschen das Gefühl des einfachsten Anstandes nimmt, so daß sie im öffentlichen Leben für erlaubt halten, was sie im Privatleben für ungezogen, ja für pöbelhaft halten und mit Abscheu von sich weisen würden. Der deutsche Reichstag, obgleich ihm auf diesem Gebiete die Palme gebührt, steht mit derartigen Leistungen (offiziell heißen sie: „Heiterkeit“ oder „Unruhe“) nicht allein. So war z. B. das englische Unterhaus, jene „auserlesenste Gesellschaft von Gentlemen“, vor einigen Tagen der Schauplatz folgender Scene. Am Mittwoch vor 8 Tagen — wir übersetzen aus englischen Blättern — erhob sich Herr Coustney, um eine Bill für Einführung des Frauenstimmrechts (d. h. des Stimmrechts der den Censusbedingungen genügenden selbstständigen Frauen — also durchaus keine demokratische Maßregel. R. d. V.) zu befürworten. Kaum war er aufgestanden, so erschallte von den conservativen Bänken der Ruf: Abstimmen! Herr Coustney verzichtete jedoch nicht auf sein Recht zu sprechen, und als die Conservativen dies bemerkten, fuhren sie fort: Abstimmen! Abstimmen! zu rufen, mit solchem Nachdruck, daß auch nicht ein Satz des Redners zu verstehen war. Nach einigen Minuten wurde es Jedem klar, daß der Redner, den man nicht reden lassen wollte, mit der Zuhörerschaft, die nicht zuhören wollte zu einer Kraftprobe entschlossen war. Um 20 Minuten nach 5 Uhr wurde Herrn Coustney ein Glas Wasser gebracht, das er mit höflicher Verbeugung annahm und unter betäubenden „Cheers“ (ausgesprochen „Tschirs“, Beifallsrufen) austrank. Wieder erfrischt, setzte er nun den Kampf mit verdoppeltem Eifer fort, allein nur dann und wann brach sich ein abgerissener Laut durch den Lärm Bahn. Wenn er sich einmal bückte, um auf seine Notizen zu blicken, so wurde statt „Abstimmen!“ zur Abwechselung: „Lesen! Lesen!“ gerufen. Hielt er einen Moment ein, um sich zu erholen, so schrie man ihm zu: „Weiter! Weiter!“ Und wenn er seine Stimme auf's äußerste steigerte, um wenigstens einen Satz über das Chaos emporsteigen zu lassen, dann begrüßte ihn ein ironisches „Lauter! Lauter!“ Um halb 6 Uhr brachte man ihm ein zweites Glas Wasser und ermunterte ihn durch erneute Cheers zu erneuten Anstrengungen. Das Ringen dauerte noch eine volle Viertelstunde, und als um drei Viertel auf 6 Uhr der „Speaker“ („Sprecher“ — Präsident) sich erhob und ankündigte, daß nach den Regeln des Hauses die Debatte vertagt sei (in den Mittwochssitzungen, wo — entsprechend unseren „Schwerinstagen“ — Privatanträge vorkommen; an den anderen Tagen hat das Unterhaus meist Nachtsitzungen, die sich oft bis spät in den Morgen erstrecken), da brach die siegreiche Majorität in ein donnerndes Schluß-Cheeren aus, und Herr Courtney, der zuletzt die gewaltigsten Kraftanstrengungen gemacht hatte, setzte sich erschöpft nieder. Unter den Zuschauern auf der Gallerie befand sich Midhat Pascha, welcher dem Vorgang mit vieler Aufmerksamkeit folgte. Was der fein gebildete Türke wohl von der „auserlesensten Gesellschaft von Gentlemen“ gedacht haben mag, wie sie sich selbst zu nennen beliebt hat? — Wohl so etwas wie „untertürkisch“.

— Aus Frankreich. Wie weit die Frechheit der vereinigten Bonapartisten und Jesuiten geht, das möge folgende Ansprache des „Petit Parisien“, dem bonapartistischen Minister Fourtou gewidmet, zeigen:

„Freunde! Eifer und Wachsamkeit. Die Republik liegt im Todeskampf: Die Probe ist gemacht; es giebt keinen aufrichtigen Patrioten, welcher dieses infame Regierungssystem nicht verurtheilt, das 1793 Ströme Blutes vergoß, daß unsere Milliarden und unsere Provinzen dem Feind überlieferte, das die blutigen Missethaten der Commune vollbrachte, das endlich durch seine Unbeständigkeit und seine steten Unruhen Frankreich zum Untergang und zur Zerstückelung führen muß. Das Kaiserreich, welches uns die Ordnung, den Ruhm, einen unerhörten Wohlstand gegeben hat und das, wäre nicht die Opposition in verbrecherischer Mitschuld mit Preußen gewesen, uns die Rheingrenze verschafft haben würde, — das Kaiserreich allein kann uns retten. Es steht heute wieder auf; morgen wird es von Rechts wegen bestehen. Der junge Erbe seiner Politik und seiner Tradition ist bereit, seine Rechte wieder aufzunehmen. Das dritte Kaiserreich wird die Militärdienstzeit auf drei Jahre herabsetzen; die indirekten Steuern und den Octroi abschaffen; den Preis des Lohnes erhöhen, dem heiligen Stuhl seine Unabhängigkeit und dem Vaterland seine verlorenen Provinzen zurückgeben. Seine erste Sorge wird sein, die Irregeleiteten zu amnestiren und das Land ein für alle Mal von den republikanischen und übrigen Agitatoren zu reinigen. Freunde! Der Tag naht heran: Mac Mahon, die Armee, die Beamten sind für uns; helfen wir ihnen. Geben wir Frankreich Frieden, Ruhm, Ordnung und Freiheit zurück. Am 1. Juli! . . . Es lebe der Kaiser! Es lebe Mac Mahon!“

Wie groß aber auch die Ohnmacht der Bourgeoisrepublikaner, der Mörder des Pariser Proletariats, ist, das geht gleichfalls aus solchem Schriftstück hervor. Den französischen Bourgeoisrepublikanern gebührt aber nichts anderes, als die Reitpeitsche des Napoleon IV., genannt Lulu.

— O welches Glück — Czar zu sein. Wenn „Väterchen“ Alexander in Tiefsinn verfallen ist, so hat das seine guten Gründe. So schlecht der Geschichtsunterricht gewesen sein mag, den Leute dieses Standes zu genießen pflegen, die Thatsache wird ihm sicherlich nicht verborgen geblieben sein, daß das Wort des Franzosen Custine: „das russische Staatssystem ist durch Meuchelmord gemilderter Despotismus“ auf striktester Wahrheit beruht. Von den Czaren, die seit 1517, wo der Titel zuerst aufkam, über das Moskowiterreich regiert haben, sind nur die wenigsten eines natürlichen Todes gestorben — Gift und „zu enge Halsbinden“ haben die meisten „vor ihrer Zeit“ von der Bürde der Lebens- und der Tyrannensorgen befreit. Und zwar grassiren diese zwei Krankheiten in neuerer Zeit fast noch bedenklicher als früher. Die drei Vorgänger des jetzigen Alexander waren: Paul, Alexander I. und Nikolaus — wohlan Paul wurde mit seiner Halsbinde erdrosselt, während sein hoffnungsvoller Sohn und Nachfolger, der von „Frömmigkeit“ und „Humanität“ triefende spätere Stifter der „heiligen Allianz“ in einem Nebenzimmer auf den Knieen lag und andächtig — lauschte; Alexander, der auf die eben beschriebene Manier Czar ward, starb auf einer Reise nach Südrußland an Gift, und Nikolaus, der Vater des noch nicht verflossenen Väterchens starb in Folge der Niederlagen im letzten Türkenkrieg entweder an Gift oder an zurückgetretener Galle. Woran wird Alexander II. sterben?

— Rußland läßt seine Pläne immer deutlicher durchschimmern. Es handelt sich, wie wir schon längst sagten, um nichts weniger als um die Eroberung der Türkei; inwieweit England und Oesterreich sich zur Hilfe aufraffen, bleibt dahingestellt, doch ist diese Hilfe noch nicht so sehr nöthig, da die augenblickliche Lage auf dem Kriegsschauplatze für die Türken günstig ist. Die aufständischen Montenegriner sind energisch zurückgeworfen worden; die russischen Torpedos haben auf der Donau ihre Wirksamkeit verloren, so daß der Donauübergang noch äußerst harte Kämpfe kosten wird, wenn er überhaupt gelingt; im russischen Kaukasien lodert der Aufstand hell auf und die Vormärsche der Russen scheinen vorläufig bei Kars ein Ende genommen zu haben.

— Zur Arbeiterbewegung in Nordamerika. Die Sozialdemokraten im Staate Wisconsin (Hauptstadt Milwaukee) haben folgendes Wahlprogramm aufgestellt:

„Die Sozialdemokraten von Wisconsin betrachten sich als einen Theil der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten und stellen folgendes Wahlprogramm für den Staat Wisconsin auf:

1. Alle Repräsentanten, welche sich auf eine Platform verpflichten, sind rückberufbar, wenn sie gegen dieselbe handeln.
2. Den Gemeinden steht das Recht zu, ihre lokalen Angelegenheiten selbstständig zu ordnen.
3. Eine Revision der Steuergesetze ist unverzüglich in Angriff zu nehmen. Wir verlangen eine progressive Einkommensteuer und die Besteuerung alles Privateigenthums bis auf einen Minimalsatz an beweglichem Eigenthum.
4. Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahre.
5. Untheilbarkeit des Schulfonds.
6. Kostenfreie Lieferung confessionsloser und einheitlicher Schulbücher an die Schulkinder seitens des Staates.
7. Errichtung eines statistischen Arbeitsbureaus für den Staat Wisconsin.
8. Ein strenges Lohneintreibungsgesetz, laut welchem der Arbeiter kostenfrei zu seinem Rechte gelangt und der Arbeitgeber mit seinem ganzen Grund- und beweglichen Eigenthum für die Lohnforderung haftet.
9. Ein Verbot der Ausnutzung der Gefangenarbeit durch Privatunternehmer.
10. Fabrikgesetze zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter, vor allen Dingen ein Haftpflichtgesetz, und Auszahlung der Löhne in gangbarem Gelde.“

Die „Tagwacht“ fragt verwundert, und nicht mit Unrecht, warum die Parteigenossen in den Vereinigten Staaten gegenüber der bodenlosen Corruption der Vertretungskörper sich nicht auf eine gewiß zeitgemäße Agitation zur Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk werfen, ja daß diese Frage in der Arbeiterpresse Amerikas fast gar nicht besprochen wird?

— Am 15. ds. Mts. hat der Redakteur des „Vorwärts“, Liebknecht, im Leipziger Bezirksgerichtsgefängniß eine Haft von zwei Monaten angetreten, die ihm vom Kieler Gericht wegen Beleidigung des stehenden Heeres, begangen in einer Rede, die Liebknecht in einer Versammlung in Neustadt gehalten hatte, zuerkannt worden waren.

— Ein braver Parteigenosse, August Bandt, Weber in Ernsdorf bei Reichenbach in Schlesien, ist gestorben. Die „Wahrheit“ enthält einen Nachruf, aus dem wir Folgendes hervorheben:

„In dem Verstorbenen verliert die Sozialdemokratie des Kreises Reichenbach ihren wärmsten, treuesten Freund. Von dem ersten Augenblick an, als Lassalle im Jahre 1863 das Banner der Arbeiterbewegung entrollte, trat Bandt in die Reihen der Mitkämpfer und war vom Jahre 1864 an Bevollmächtigter des von ihm mitbegründeten Allg. deutschen Arbeitervereins. Seit jener Zeit hat er treu und unerschüttert zur Fahne gehalten und hatte noch kurz vor seinem Tode die Genugthuung, daß die von ihm vertretene Partei immer mächtiger und mächtiger wurde, bis sie schließlich den Wahlkreis seines Wohnortes eroberte.

An die Parteigenossen in Stettin.

Auf dem zu Gotha stattgehabten Sozialisten-Congresse wurde beschlossen, daß G. Zielowsky wegen seines die Partei schädigenden Auftretens nicht mehr als Parteigenosse zu betrachten sei, und die von ihm herausgegebene „Stettiner Freie Zeitung“ nicht als Parteiunternehmen anerkannt werde. Zugleich wurde angeordnet, daß von diesem Beschlusse im „Vorwärts“ den Stettiner Genossen Kenntniß gegeben werde, um dieselben zu veranlassen, so weit sie sich bis jetzt nicht über Zielowsky entscheiden konnten, gegen dessen Gebahren Stellung zu nehmen und durch einmüthiges Zusammenstehen die sozialistische Be-

Das Testament Peter's des Großen*).

Ein russisch-deutscher Gelehrter, Namens Berkholz, müht sich seit anderthalb Jahrzehnten im Schweiße seines Angesichtes, zu beweisen, daß das vielberufene Testament Peters des Großen eine urkundliche Fälschung sei. Da es Herrn Berkholz, welcher Stadtbibliothekar in Riga ist, an Methodik und kritischem Scharfsinne nicht gebricht, so kann es nicht fehlen, daß sein Beweisverfahren zu überzeugenden Ergebnissen gelangt; eine andere Frage aber ist es, ob er nicht gegen Windmühlen ficht und mit allem Aufwande seiner Gelehrsamkeit gerade diejenige Seite seines Gegenstandes klarstellt, an deren Aufhellung am wenigsten gelegen ist. Denn nicht daran haftet das Interesse, ob das Dokument, welches als Memoire oder letzter Wille Peter's durch die Weltgeschichte geht, an der Newa oder Seine entstanden sei, ob es der besagte Czar eigenhändig geschrieben oder einer Vertrauensperson diktirt oder endlich in Gegenwart berufener Würdenträger seines Reiches verkündet habe, sondern daran, daß es den Geist der Petrinischen Politik wie ein Spiegel widerstrahlt, der Petrinischen und aller nachczarischen bis zu dem heutigen Tage. Das oströmische Phantasma Katharina's, welche namentlich um die Größe eines Enkels sorgte, der hinterher gar nicht den Czarenthron bestieg, die Theilung Polens und der Friede von Kutschuk-Kainardschi, die heilige Allianz und der Krimkrieg — das Alles läßt sich ohne künstliche Interpretation aus jenem „Testamente“ heraus-, beziehungsweise in dasselbe hineinlesen. Es repräsentirt sozusagen die Staatsraison der Czaren.

Ein Testament muß ja nicht durchaus geschrieben und von herzugerufenen Notaren legalisirt sein; man braucht das fremde Wort blos in das gut deutsche „Vermächtniß“ zu verwandeln, um sofort einen weiteren Gesichtspunkt zu gewinnen. Traditionen und Instinkte, ja Empfindungen und Gedanken können Vermächtnisse von Jahrhunderte überdauernder Wirkung darstellen. Ein Vermächtniß, welches Oktavian aufnahm und verwirklichte, war der Kaisertraum Julius Cäsar's; ein Vermächtniß, an dem die Hohenstaufen zu Grunde gingen, war die Italien-Sehnsucht der deutschen Ottonen; ein Vermächtniß endlich das „Ich hab's gewagt“ Ulrich's von Hutten, dessen die deutsche Nation nach vollbrachter Einigung aus dreihundertjähriger Zeitenferne sich erinnerte.

Und so ist auch der Pontus-Drang Peter's ein ganz materielles Vermächtniß, sollte er gleich niemals sich der todten Buchstaben bedient haben, um „gesagt und geschrieben“ der Nachwelt aufbewahrt zu bleiben. Er lebte als Tradition fort, bald geräuschvoller und bald schüchterner, je nachdem die Macht Rußlands im Auf- oder Niedersteigen begriffen war, beseelte die Rathgeber der Czarin Anna und flackerte gewaltthätig in Katharina's ehrgeizigem Herzen, schlich diplomatisch durch die Gedanken des ersten Alexander und reckte sich brutal in dem Hirne des Czars Nikolaus, bis er eines Tages zu den Massen hinabglitt, die Paragraphe des panslavistischen Programms zu riesengroßen Illusionen anschwellte und, aus der Tiefe wie Odem aus frisch gefurchtem Erdreich wieder emporsteigend, das ursprünglich weiche Gemüth des zweiten Alexander berauschte, aus dem Gleichgewichte hob, verhärtete.

Der exakte Historiker mag hundertmal beweisen, daß die Urkunde, welche man das Testament Peter's des Großen heißt, ein geschicktes Falsifikat Napoleon Bonaparte's sei; wenn er nicht mit gewichtigen Gründen die Thatsache widerlegen kann, daß besagtes Machwerk mit dem unbestrittenen Scheine der Authenticität durch ein halbes Jahrhundert schritt, von Niemandem bezweifelt und nirgends als eine Fälschung verdächtigt wurde, so hat er seine Arbeit vergebens gethan. Die Welt glaubte an das Testament, weil sein Inhalt dem Charakter des angeblichen Erblassers und seiner gekrönten Nachfahren getreulich entsprach, wie die Römer an das angebliche Testament Julius Cäsar's glaubten, das Antonius an der Leiche des Ermordeten ihnen vorlas; ob es geschrieben und bezeugt sei und wo es deponirt worden, darum kümmerten sie sich nicht, und zwar mit Recht. Im bürgerlichen Leben, vor dem Richter über Mein und Dein gilt der Buchstabe als Beweis; in der Geschichte entscheidet der Geist.

Wenn Napoleon das „Testament Peter's“ wirklich ersonnen und dem Attaché Lesur in seinem Auswärtigen Amte zur Veröffentlichung in dessen 1812 erschienenen Werke „Des progrès de la puissance russe depuis son origine jusqu'au commencement du XIX Siècle“ übergeben hat, so steht zum mindesten das Eine fest, daß er die Ueberlieferungen und den Charakter der Romanoff'schen Dynastie wie kein zweiter Sterblicher begriff. Hat Peter nicht gesprochen, was seinen Manen der Korse soufflirte, so hat er es doch sicherlich gedacht. Man geht die vierzehn Artikel der streitigen Urkunde nicht durch, ohne sich bei der Lektüre verdutzt an die Stirne zu greifen; es ist ein Seher, dessen Voraussagungen man zu vernehmen meint. Ein paar Proben mögen zur Bestätigung dienen. Art. III. ermahnt, „sich mit allen möglichen Mitteln nordwärts längs der baltischen Küste auszudehnen, wie gleicherweise südwärts längs des Schwarzen Meeres“; Art. V., „das Haus Oesterreich dafür zu interessiren, daß es den Türken aus Europa verjage, unter dem nämlichen Vorwande ein stehendes Heer zu unterhalten, an dem Strande des Schwarzen Meeres Straßen zu errichten und in stetem Vorrücken sich bis Konstantinopel auszudehnen“; Art. VIII. endlich „sich mit der Wahrheit zu durchdringen, daß der indische Handel der Welthandel sei und derjenige, welcher ihn beherrscht, der wahre Souverän Europas ist.“

Hundertzweiundfünfzig Jahre nach dem Tode desjenigen, der diese Maximen angeblich niederschrieb, und fünfundsechzig Jahre nach dem Momente, in welchem sie wirklich sollen erdacht worden sein, bestätigt dröhnend der Kanonendonner an der unteren Donau und der Karawanenstraße nach Persien, daß sie nicht Ausgeburten einer verschwenderischen Phantasie sind, sondern ein zähes geschichtliches Leben gehabt haben, vergebens in Anwendung gebracht von den Einen, furchtsam verhehlt von den Anderen, bis sie am Ende doch zum Durchbruche gelangten, um vielleicht eine ganze Welt in Brand zu stecken.

*) G. Berkholz: „Das Testament Peter's des Großen, eine Erfindung Napoleon's I.“ Petersburg, Schmittdorff 1877.

wegung in Stettin, besonders durch Verbreitung des dortigen Parteiblattes, zu fördern.

Hamburg, 12. Juni 1877.

Das Central-Wahlcomité.
W. Hartmann. H. Brasch. C. Deroffi.
J. Auer. A. Geib.

Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Edinburg, 10. Juni. Die gesetzmacherische Thätigkeit des britischen Parlaments ist, wie wohl vorauszusehen war, in dieser Session der orientalischen Krisis, noch tief unter den herkömmlichen Nullpunkt gesunken und die Auserwählten der Nation sind noch immer nicht über die Grenzen des Resolutionirens und Interpellirens hinausgekommen. Ein wahres Glück, daß auch der Antrag auf Einführung eines offiziellen stenographischen Parlamentsprotokolls sich nicht die Gunst der Majorität zu erringen vermachte. Genug, daß diese Redeübungen der unschuldigen Nachwelt auszugsweise überliefert werden. Die Note Lord Derby's an Rußland und die Türkei bezüglich des Freihaltens des Suezkanals wird von liberaler Seite wieder einer eingehenden Kritik unterworfen werden. Es ist allerdings richtig, daß der Kanal nicht Eigenthum Englands ist und England allein den Kanal nicht wird für immer frei halten können, was ein internationales Uebereinkommen wohl vermöchte, allein der gegenwärtige Augenblick ist nicht geeignet zur Abschließung solcher Verträge, die nicht mehr werth sind als das Papier, worauf sie geschriebeu stehen, so lange die darin stipulirten Rechte den herrschenden Machtverhältnissen nicht entsprechen. Wenn daher Lord Derby Rußland rund heraus erklärt: „Sobald du den Suezkanal blokiren willst hast du's mit mir zu thun," kann man sich wenigstens nicht über Verschrobenheit und Zweideutigkeit der diplomatischen Sprache beklagen. Zum Verständniß dieser deutlichen Ausdrucksweise diene übrigens, zu wissen, daß England bis jetzt 176,000 Aktien des Kanals und 10 Stimmen im Direktionsrathe erworben hat. Es ist somit eminent „britisches Interesse", das auf dem Spiele steht und die Regierung darf dafür ins Zeug gehen ohne den Verdacht der Türkenfreundlichkeit zu riskiren.

Die Fabriksgesetzgebung ist nicht die erste in der Reihe auf der langen Bank des so sehr mit auswärtiger Politik beschäftigten Parlaments. Der im vorigen Jahre erstattete Bericht der Kommission zur Untersuchung des Wirkens der Fabriksgesetze wurde bekanntlich in der letzten Session beiseite gelegt, „um der Nation Gelegenheit zum Studium der in demselben niedergelegten Thatsachen und Vorschläge zu geben, bevor sich die Gesetzgebung mit denselben beschäftige." Heuer hätten die Gesetzverbesserungs-Vorschläge der Regierung eine der ersten Vorlagen sein sollen. Sie wurden aber bis nach den Osterferien vertagt. Aber auch die Whitsuntide-Ferien gingen vorüber, ohne daß die versprochene Gesetzvorlage gemacht worden wäre. Jetzt aber scheint Herr Minister Croß doch Ernst machen zu wollen, denn seine auf die Vorschläge der vorgenannten Kommission gegründete Bill ist bereits an die Parlaments-Mitglieder verheilt worden. Sie hebt circa 16 Parlamentsakte verschiedener Natur vom 42. George's III. bis zum Fabriksgesetz von 1874 auf, erläutert und bestätigt die vorhandenen Verordnungen für Fabriken und Werkstätten und enthält mehrere Amendements. Es ist also doch Hoffnung vorhanden, daß sie diese Session noch zur Verhandlung kommt.

Der Jahresbericht der 12 Berwerksinspektoren für d. J. 1876 ist soeben veröffentlicht worden. Nach demselben beläuft sich die Gesammtmenge der im verflossenen Jahre im vereinigten Königreiche geförderten Kohle auf 134,125,166 Tonnen. Diese Masse wurde gebrochen und an den Aufzugsort befördert von zusammen 400,000 Arbeitern (etwa 100,000 sind außerhalb der Schachte beschäftigt), so daß auf den Mann etwas über 335 Tonnen pro Jahr kommen. Das sind Durchschnittszahlen für das Gesammtkohlengebiet. Das produktivste der Kohlenlager war das von South Durham, Westmoreland und North Yorkshire, in welchen durch 58380 Arbeiter 19,513,056 Tonnen zu Tage gefördert wurden. Das quantitativ nächstreiche Kohlenlager ist das von Yorkshire, aus welchem 15,129,506 Tonnen gefördert wurden. Jedoch erforderte diese Förderung 61,017 Arbeiter. Dann kommt Northumberland, Cumberland und North Durham mit 14,135,104 Tonnen, gehoben durch 48,754 Arbeitskräfte. Irland hat blos 125,195 Tonnen Kohlen geliefert. In Cleveland, wo ausschließlich Eisenstein gefördert wird, kommen auf den Arbeiter 667 Tonnen. In den anderen Distrikten, wo Kohle das Hauptprodukt ist, jedoch auch alle anderen Minerale mitgerechnet werden, stellen sich die Durchschnittszahlen folgendermaßen: South Durham 373 Tonnen, North Durham 298 Tonnen, North und East Lancashire 278 Tonnen, West Lancashire und North Wales 274 Tonnen, Yorkshire 255 Tonnen, Midlards 239 Tonnen, North Staffordshire 272 Tonnen, South Staffordshire 319 Tonnen, South Wales 259 Tonnen, Eastern Scotland 321 Tonnen, Western Scotland 310 Tonnen, Irland 94 Tonnen pro Arbeitskraft und Jahr.

Diese Durchschnittszahlen könnten jedoch nur dann ein gutes Bild von der Leistungsfähigkeit der betreffenden Arbeitskräfte oder der Ergiebigkeit der Kohlenlager geben, wenn man wüßte, wie viele Arbeitstage in den verschiedenen Bezirken durch Striks, Aussperrungen und elementare Hindernisse während des Jahres verloren wurden, oder noch besser, wie viel Arbeitslohn auf die Tonne entfällt; falls der offizielle Bericht eine solche Statistik enthält (die vorstehenden Daten sind dem „Scotsmann" entnommen) werde ich sie nachtragen.

Während der Zutageschaffung der 150 Millionen Tonnen Kohlen ereigneten sich 839 Unglücksfälle, denen 933 Menschenleben zum Opfer fielen. Ohne nun die eines natürlichen Todes gestorbenen Kohlengräber in Betracht zu ziehen, dividirt der „Scotsman" (die leitende liberale Zeitung Schottlands) die Zahl der Getödteten durch 500 und ruft aus: „Eine Sterblichkeit von weniger als 2 pro Tausend ist doch gewiß nicht viel!" Diese „Sterblichkeit" ist schon mehr eine Tödtlichkeit. In West Lancashire allein sind im verflossenen Jahre nicht weniger als elf Explosionen schlagender Wetter vorgekommen. Aus dem Berichte geht übrigens hervor — wie selbst das liberale Blatt zugestehen muß — daß die Quantität der geförderten Kohle pro Arbeiter größer ist als sie in 1875 war, daß also die Produktivkraft der Kohlengräber gestiegen ist.

Die Anerkennung dieser Thatsache durch die Bourgeoisie sehen wir ausgedrückt in den Massenaussperrungen der Arbeiter, welche sich die fortwährenden Lohnreduktionen nicht gefallen lassen wollen. In Northumberland sind an 12,000 ausgesperrt und in West Lancashire werden am 15. d. M. aller Wahrscheinlichkeit nach 20,000 Männer die Arbeit niederlegen gegen eine Lohnreduktion von 10 zu 15 pCt. Die ausgesperrten 6000 Kohlengräber in Fife und Clarkmannan sind neuerdings mit den Arbeitgebern in Unterhandlung getreten. Um mit den großen Kohlenvorräthen etwas aufzuräumen und Lohnreduktionen vorzubeugen haben die Kohlengräber von Motherwell, Larkhall Hamilton und Wishaw (Schottland) beschlossen, jede Woche einen Tag extra zu feiern und vergangene Woche bereits den Anfang gemacht. Ueber 100 Gruben standen leer. Ein der Kohlengräber-Konferenz in Durham vorgelegter Antrag der West Yorkshire-Assoziation, in sämmtlichen Kohlengruben des Königreichs die Arbeit für einen Monat oder sechs Wochen niederzulegen, ist übrigens abgelehnt worden und dürfte einer allgemeinen Bewegung für kürzere Arbeitszeit Platz machen.

Die Aussperrung der Schiffsbauhandwerker an der Clyde ist ziemlich in demselber Stadium wie am Beginne derselben, ungeachtet der Vermittlungs-Anstrengungen, welche von Seite der in ihrem Erwerbe geschädigten Kleinkrämer gemacht werden. In Greenock (Mündung der Clyde) haben übrigens die Forderungen der Zimmerer erfüllt werden müssen, da einige angefangene Schiffe von Seiten der Besteller dringend verlangt wurden. In einem Bauhofe an der Clyde, wo für eine holländische Gesellschaft ein Schiff im Baue war, sind 30 holländische Zimmerleute angelangt um das Schiff fertig zu machen. Sollten sie „gut arbeiten" so gedenken die Herren Arbeitgeber noch mehr herüberkommen zu lassen. Dies zur Nachricht, nicht allein für die Holländer, sondern alle Arbeiter der in Betracht kommenden Branchen. Mögen sie sich nicht verlocken lassen! A. Sch.

Königsberg i. Pr. Die hiesige liberale wie auch die reaktionäre Bourgeois-Presse ist vollständig in den Händen der Geldprotzen, denen gesinnungslose Redakteure ihre servile Feder feilbieten. Herr Bebel charakterisirte die Thätigkeit dieser Kreaturen recht treffend, indem er sie „geistige Prostitution" nannte. Zum Vortheile der sozialdemokratischen Ideen konnte es nur gereichen, daß sowohl Bebel's als auch Most's durchschlagende Vorträge hierorts durch Auftischung der haarsträubendsten Lügen seitens der Königsberger Zeitungen vollständig entstellt wurden; den Zuhörern der genannten Herren wurden gerade bei dieser Gelegenheit die Augen geöffnet; sie mußten einsehen, zu welch unehrlichen Waffen die Gegner der Wahrheit im Gefühle ihrer ganzen Jämmerlichkeit greifen. Die Führer der fortschrittlichen, nationalliberalen und conservativen Partei sind hier nicht nur die „Macher" in der Stadtverordneten-Versammlung, sondern auch die „Gründer" der „Gesellschaft auf Aktien", welche Druck und Verlag der Zeitungen in Pacht genommen hat; daß daher nur deren Ansicht in ihren Leiborganen dem Publikum als öffentliche Meinung präsentirt wird, ist wohl selbstverständlich. Bei solchen miserabeln Preßzuständen haben namentlich die hiesigen Volksschullehrer, als Verbreiter sogenannter oberflächlicher Aufklärung, von den Dunkelmännern aller Schattirungen viel leiden müssen; strebten dieselben nach einer bessern materiellen Stellung, so bezeichneten hervorragende Mitglieder der Fortschrittspartei dieses als „Unverschämtheit und Unersättlichkeit"; verlangten sie Beseitigung des religiösen Ballastes aus der Schule und Einführung eines vernunftgemäßen, nach pädagogischen Grundsätzen gearbeiteten Lehrplanes, so wurden sie „destruktiver Tendenzen" beschuldigt und in anderer Weise geradezu beschimpft. Für die Lehrer höherer Schulen (wo die Söhne behäbiger Bourgeois unterrichtet werden) wurde eine Serviszulage gewährt, weil dieselben „Freudigkeit in ihrem Berufe brauchen und der Stadt tüchtige Bürger erziehen", die Lehrer der Kinder des armen Volkes bedürfen einer solchen Freudigkeit nicht, da dieselben „schon mehr Einkommen haben als mancher Bürger." (???) Als die Volksschullehrer diese Logik in der Presse beleuchten wollten, wies sie der damalige Redakteur der fortschrittlichen Zeitung zurück, weil er von seinen „politischen Freunden (id est Gründern) manche Vorwürfe habe hören müssen," daß er Vertheidigungen der Lehrer gegen ungerechtfertigte Angriffe im Annoncentheil gegen Bezahlung zum Abdruck gebracht habe; „übrigens schlagen die Lehrer ja stets einen polemischen Ton an, der sich für eine politische Zeitung nicht schickt." Da die Volksschule und deren Lehrer hier nur als nothwendiges, daher geduldetes Uebel angesehen werden, so ist die erste vollständig noch unter der Beaufsichtigung der Pfaffen, und jeder freiern Regung der Lehrer wird als einer „maßlosen Ueberhebung und gänzlichen Verkennung der untergeordneten Stellung" (Inhalt einer Regierungs-Verf.) entgegen getreten. Suchen sie in der liberalen Presse Schutz, so fügt ihnen auch diese noch offenbares Unrecht zu, was beispielsweise folgender Fall lehrt. Vor einigen Wochen fordert ein Geistlicher unter der Firma „Gemeinde-Kirchenrath" die ihm unterstellten Lehrer zur Mitwirkung bei einem kirchlichen Gesange auf. Den schriftlichen Befehl sendet er während der Schulzeit durch Schulkinder an die verlangten Sänger; die letztern wundern sich darüber, daß zu rein kirchlichen Zwecken Schüler während der Schulstunden als Laufburschen benutzt werden und machen auf diese pflichtwidrige Handlung ihres sogenannten Vorgesetzten in der Presse aufmerksam. Hochehrwürden halten dem Redakteur der liberalen Zeitung eine Strafpredigt, die Redaktion sagt pater peccavi und findet hierin durchaus keine „hierarchischen Uebergriffe", sondern nur „allzugroße Empfindlichkeit" der Lehrer. Eine thatsächliche Berichtigung, welche dem Blatte von einer Seite zugesandt worden, ist bis heute nicht zum Abdruck gelangt. Durch solche Rechts- oder vielmehr Unrechts-Zustände werden natürlich die Lehrer nach und nach in die Sozialdemokratie hineingedrängt; einzelne derselben erschrecken zwar noch etwas vor dem Namen, weil der Herr Pfarrer gesagt hat, ein Sozialdemokrat sei nichts als der wahre „Gott-sei-bei-uns" in leibhaftiger Gestalt; aber die Vernünftigen schließen lieber mit diesem Teufel einen Pakt, als daß sie im Jenseits wie die Sterne immer und ewig leuchten sollen. —r.

Hannover. Auch wir wollten vom Sozialistencongreß einen praktischen Vortheil ziehen und beriefen zu diesem Zweck eine Volksversammlung ein, zu welcher Herr Reichstagsabgeordneter August Kapell gelegentlich seiner Durchreise uns einen Vortrag über „Krieg und Frieden" zugesagt hatte. Die Versammlung war sehr gut besucht, und wurde Herr Kapell bei seinem Erscheinen herzlichst begrüßt. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß der Vortrag Kapell's mit großem Beifall aufgenommen wurde. An der Debatte betheiligte sich Herr Direktor Niemeyer, der sich namentlich für die allmählige Entwicklung der Dinge aussprach. Auch Herr Hörig aus Hamburg war anwesend und sprach in gediegener Weise über die Tagesordnung.
Schmidt.

Dortmund, 10. Juni. Gestern Abend hatte ich die Freude, Parteigenossen Auer aus Hamburg in einer gutbesuchten Versammlung zu hören. Von meinem ursprünglichen Vorhaben, über diese Versammlung einen selbstverfaßten Bericht an den „Vorwärts" einzusenden, kann ich für diesesmal um so eher absehen, als die „Westfälische Zeitung" eine ziemlich ausführliche und objektiv gehaltene Darstellung des Auer'schen Gedankenganges bringt. Auch den Gegner muß man hören. Also die „Westfälische Zeitung" schreibt: „„Die Blut- und Eisen-Politik, vom sozialdemokratischen Standpunkte beurtheilt", lautete das Thema, über welches der Hauptredner des Abends, der Reichstagsabgeordnete für Reichenbach in Sachsen, Herr Auer aus Hamburg, sich in einem fast 1½stündigen Vortrage verbreitete. Daß diese Politik die europäische Diplomatie beherrsche, damit begann der Redner seine Auseinandersetzungen, sei klar, weil sonst unser Continent nicht in den letzten 20 Jahren 5 große Kriege hätte erleben können. Gegen diese Politik, soweit sie Deutschland betreffe, erhob Herr Auer den Vorwurf: 1) daß, ihr folgend, die preußische Krone, bezw. die preußische Regierung, statt die wiederholten Anläufe zur Sammlung der nationalen Kräfte, welche aus der Initiative des Volkes hervorgegangen, und welche insbesondere nach dem italienischen Kriege von 1859 in ganz Europa eine kräftige Neubelebung erfahren hätten, zur friedlichen Einigung Deutschlands auszunutzen, dieselben vielmehr mit Geringschätzung bei Seite geschoben und sich, um jene Einigung durch gewaltsame Mittel zu Stande zu bringen,

---

Was vermag gegen solche unheimliche Realität der kleinliche Zweifel des Historikers?

Herr Berkholz sagt, bis zum Jahre 1812 sei nie und nirgends von dem Testamente Peter's die Rede gewesen. Als Bonaparte sich zu dem russischen Feldzuge anschickte, habe er nach einem passenden Vorwande gesucht und sei auf den Gedanken verfallen, Rußland als den ewigen Ruhestörer im europäischen Concert, sich selbst aber als den Schirmvogt des Welttheils gegen die „asiatischen Horden" darzustellen. So sei das Werk Lesur's entstanden. Aber in letzterem habe sich doch das Gewissen des Geschichtsschreibers gegen diese Fälschung gesträubt, denn er schickte dem Resumé des Testamentes, das ihm der Kaiser in die Feder diktirt hatte, die einleitende Bemerkung voraus, „man versichere, daß in dem Privat-Archive der Czaren eigenhändig geschriebene Memoiren Peter's I. vorhanden seien." Damit wäre aber nach Berkholz bewiesen, daß Lesur sich zur resumirenden Ankündigung eines historischen Aktenstückes hergegeben habe, welches er selbst mit seinen Augen nicht gesehen hatte.

Bekanntlich wurde diese Lücke im Jahre 1836 durch den französischen Schriftsteller Gaillardet ausgefüllt. Derselbe erzählte nämlich in den von ihm veröffentlichten „Memoiren des Chevalier d'Eon", daß der Letztere, der als junger Mann etliche Jahre der französischen Gesandtschaft in Petersburg beigegeben war, durch seine intimen Beziehungen zur Czarin Elisabeth, zu welcher er täglich, als Vorleserin verkleidet, Einlaß erhielt, in den Stand gekommen wäre, das „Testament Peter's" zu copiren und die Copie Anno 1757 in die Hände des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten niederzulegen. Die Sache klingt wie ein Roman und ist es auch. Die Kunst, aus dem Resumé Lesur's vierzehn gesonderte Artikel in anscheinend getreuem Wortlaute zu fabriziren, war nicht allzu schwer. Aber Gaillardet ließ sich einen garstigen Schnitzer unterkommen, der seine ganze Darstellung erschüttert; er berichtete nämlich, das fragliche Dokument habe sich in den „Archiven des Schlosses Peterhof bei Petersburg" befunden, während in der That zu Peterhof ein Archiv niemals vorhanden gewesen ist. Zum Ueberfluße hat auch zwei Jahrzehnte nach Gaillardet's Publikation der Geschichtsforscher Loménie in seinem Buche über Beaumarchais der Schrift Gaillardet's alle Autorität abgesprochen, ihr Widersprüche und Irrungen aller Art und romanhafte Willkürlichkeiten in Menge nachgewiesen.

Die legitime Herkunft des Testamentes steht sonach allerdings auf schwachen Füßen, und Herr Berkholz hat, wofern es ihm nur um den Ruhm zu thun ist, als historischer Seminarist vortrefflichsten Ranges anerkannt zu werden, seinen Zweck vollständig erreicht. Der Nachweis, daß Bonaparte das Testament Peter's zu dem Zwecke erfunden habe, um es bekämpfen zu können, darf als gelungen erachtet werden, sintemal auch in den Souvenirs contemporains von Villemain ähnliche Ansichten wie die in dem Testamente niedergelegten als persönliche Aeußerungen Napoleon's aufgezeichnet sind.

Aber was erhellt schließlich aus alledem? Etwa, daß Peter diejenigen Wünsche und Meinungen nicht gehegt habe, welche in den vierzehn Artikeln des napoleonischen Machwerkes als fingirte Rathschläge an seine Nachkommen colportirt wurden? Oder daß die Letzteren anders gehandelt hätten, als ihr Vorfahr sie angeblich gelehrt habe? Mit nichten. Peter hat über Rußlands Zukunft allerdings gedacht, was Napoleon ihm nachträglich in den Mund legte, und seine Enkel und Urenkel handelten nach der Richtschnur seiner Absichten. Herr Berkholz hat also vor allen Dingen nichts gegen die historische Thatsache bewiesen, daß die Tradition der Romanoffs von Peter an mit allen Mitteln auf den Besitz der pontischen und baltischen Seeküste, sowie Konstantinopels gerichtet ist. Auf dem südlichen Stadtthore von Cherson steht zur Urkund dessen die von Katharina gestiftete Inschrift: „Hier führt der Weg nach Stambul", und es ist noch keinem Czar eingefallen, dieselbe, um etwaige Mißverständnisse zu vermeiden, beseitigen zu lassen.

Das Sophisma, daß ein Testament aufgeschrieben und beurkundet sein müsse, hat Herrn Berkholz verführt. Auch Colbert's „Memoire für seinen Sohn", wie dasjenige Vauban's über die Zukunft der französischen Ostfestungen sind angefochten und ihrer Authenticität entkleidet worden — hat deshalb die Welt den Maßstab für das finanzielle Genie des Einen oder für die militärischen Ansichten des Andern in den Winkel gestellt? Und gesetzt auch, es sei wirklich nicht die Gesinnungsart Peter's, der die vierzehn Artikel des napoleonischen Pseudo-Instrumentes entsprechen, so ist es diejenige Katharina's, der sie wie auf den Leib zugeschnitten sind, oder jene des ersten Alexander, welcher Konstantinopel den Schlüssel seines Hauses nannte. Für Europa kann es herzlich gleichgiltig sein, wann und in welchem Inhaber des Czarenthrones die Tendenz nach südlicher und südöstlicher Ausbreitung des Riesenreiches zum Vorschein gekommen sei; es ist genug, zu wissen, daß die Eroberung Konstantinopels und die Herrschaft über den indischen Handel Traditionen des Hauses Romanoff sind, vom Vater dem Sohne und von diesem dem Enkel vermacht und nicht unterbrochen durch die zahlreichen unfürstlichen Blutstropfen, welche in die Adern der Romanoff'schen Sprößlinge sich verirrten. Wie in langer Kette die Eimer zum Brunnen, so zieht die Sehnsucht der Czaren seit mehr als anderthalb Jahrhunderten zum Bosporus.

Sollte aber dennoch durch Herrn Berkholz etwas bewiesen worden sein, was nicht der äußerlich pragmatischen, sondern der geistigen Auffassung der Geschichte dienlich ist, so beruht es darin, daß der wunderbare politische Instinkt Napoleon's neuerdings über allen Zweifel erhoben wurde. Gewiß das Letzte, was darzuthun der gelehrte Stadtbibliothekar von Riga sich vorgenommen. Von allen Inhabern des Czarenscepters war der erste Alexander der schmiegsamste, perfideste und unaktivste. Und gerade ihm hatte der einstmalige Artillerie-Lieutenant aus Corsica die geheimsten Pläne der russischen Politik von den weichlich-schönen Mienen gelesen. Der Generation von heute machen es die Lenker Rußlands leichter, die Petrinischen Ueberlieferungen zu enträthseln. W. G. („Wiener Freie Presse")

die Ausbildung eines Militärstaats habe angelegen sein lassen, dessen riesige Entwickelung den vor dem Haß seines eigenen Volkes auf dem Thron zitternden Nachbar zuerst mit Furcht erfüllt und dann zu einer frivolen Kriegserklärung verleitet habe; 2) daß Deutschland nach der Schlacht bei Sedan, als der eigentliche Anlaß zum Kriege in Napoleon III., den der König von Preußen selbst als den wahren Gegner im Gegensatze zum französischen Volke bezeichnet hatte, beseitigt war, der Kampf nun doch noch gegen dieses Volk fortgesetzt, daß jetzt plötzlich der Ruf nach Elsaß-Lothringen erhoben und dieses Land dann in der That annektirt worden sei. Die Folgen hiervon seien gewesen: erstens, daß Deutschland im Herzen Europas für alle benachbarten Nationen eine beständige, wenn auch nicht wahre, so doch jedenfalls eingebildete Gefahr geworden, weil man fürchte, daß es die Gründe für die Annexion von Elsaß-Lothringen auch in Bezug auf viele andere Länder deutscher Zunge anwenden könnte; durch die Rivalität zwischen den einzelnen Staaten, welche so in Betreff ihrer Kriegstüchtigkeit hervorgerufen, sei ganz Europa in einen großen Waffenplatz verwandelt worden, dessen Unterhaltung von den Einkünften der Staaten weitaus den größten Theil eines bloßen Gespenstes wegen der Verwerthung für Culturzwecke entziehe. Eine andere sehr traurige, ja vielleicht die traurigste Folge der Blut- und Eisen-Politik des Fürsten Bismarck sei, daß durch die kaum wieder zu beseitigende tiefe Verfeindung zwischen den ersten Culturvölkern der Gegenwart, den Franzosen und den Deutschen, auf Dezennien hinaus Rußland zum entscheidenden Faktor in allen internationalen Fragen gemacht worden sei; der Schwerpunkt Europas sei aus der Mitte der drei großen westeuropäischen Staaten, welche die Träger und den Ursprung aller modernen Civilisation bildeten, nach Osten, an die Newa, verlegt und so die Geschicke der Welt in die Hände einer halb barbarischen Nation gelegt. Daß die Kabinetspolitik, entgegen den Interessen der Völker, eine solche Wendung der Dinge habe herbeiführen können, habe seine Ursache darin, daß die Gesellschaft sich auf Grund ihrer kapitalistischen Organisation in Millionen Bedürftiger und wenige Reiche getrennt habe: ein Zustand, der nothwendig Neid und Haß auf der einen und Verachtung und Uebermuth auf der anderen Seite erzeuge. So nur hätte es geschehen können, daß ein verwegener Mensch, wie Napoleon III., die bevorzugte Klasse für seine Absichten gewann, indem er zu ihr sagte: „Ihr seid zu Viele zum Regieren. Gebt mir die Zügel in die Hand; ich will euch schalten und walten lassen, wenn Ihr mich schalten und walten laßt.“ Die Beseitigung der Blut- und Eisen-Politik könne daher nur herbeigeführt werden durch die Beseitigung des Kapitalismus, d. h. durch den Sozialismus. — Die Versammlung. die diesen Auseinandersetzungen mit sichtlicher Befriedigung lauschte, mochte etwa 400 Köpfe zählen.“

Auf ein paar Köpfe mehr oder weniger scheint es der „Westfälischen Zeitung“ nicht anzukommen, denn die Versammlung war von weit über 400 Menschen besucht. Doch darüber wollen wir uns weiter nicht groß den Kopf zerbrechen. Es möge genügen, anzuerkennen, daß die „Westfälische Zeitung“ diesmal anständig zu Werke gegangen ist.

Breslau. Das hiesige Parteiorgan „Wahrheit“ bringt in seiner Nummer vom 9. Juni einen für die betheiligten Arbeiterkreise sehr lehrreichen Beitrag zur Handhabung des Haftpflichtgesetzes. Der ganze Vorfall beweist, daß oft schon die geringfügigsten Zufälle hinreichen, den im Dienste des Kapitals verunglückten Arbeiter um allen Schadenersatz zu bringen. Doch hören wir, was die „Wahrheit“ hierüber zu berichten weiß: „Der bei der Schlesischen Gebirgsbahn, welche von der Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrieben wird, angestellt gewesene Wagenschieber T. war im Februar 1873 beim Rangiren von Eisenbahnwagen mittelst einer Lokomotive dadurch getödtet worden, daß er, auf dem Trittbrette der fahrenden Lokomotive stehend, gegen die Ladebühne des Güterbodens gedrückt worden war. Die Hinterbliebenen des T., eine Wittwe und 2 Töchter, beanspruchten auf Grund des Reichshaftpflichtgesetzes von der Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Schadenersatz, der ihnen jedoch verweigert wurde, weil T. durch eignes Verschulden beim Rangiren verunglückt wäre. Das Stadtgericht zu Berlin erachtete diesen Einwand der verklagten Direktion für begründet und wies demzufolge die Klage der Wittwe T. ab. Dagegen verurtheilte das Kammergericht zu Berlin die Direktion zum Schadenersatz. Auf die Revisionsbeschwerde der Eisenbahndirektion stellte das Reichsoberhandelsgericht, 1. Senat, durch Erkenntniß vom 13. März das Erkenntniß des Stadtgerichts wieder her, indem es in seinem Erkenntniß folgende allgemein interessirende Sätze aussprach: 1) Das Rangiren der Eisenbahnwagen gehört zu den Vorbereitungs- bez. Ausführungshandlungen des Betriebes, und ein dabei sich ereignender Unfall ist in Beziehung auf die Schadenersatzansprüche des Verunglückten oder seiner Angehörigen nach den Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes zu behandeln. 2) Die regelmäßige, unter Duldung eines Aufsichtsbeamten geschehene Uebertretung eines Verbots, welches die Eisenbahndirektion zur Sicherheit der Bahnbeamten erlassen, seitens der Bahnarbeiter entschuldigt Letztere nicht, falls sie dabei sich verletzt haben oder verunglückt sind. „Jedenfalls“, bemerkt schließlich das Erkenntniß des Reichsoberhandelsgerichts, „muß ein grobes Verschulden des T. darin gefunden werden, daß er den Tritt der Lokomotive bestieg und darauf stehen blieb, als diese in der Nähe des Güterbodens sich befand und im Begriffe war, der Ladebühne entlang zu fahren, während er sich nicht verschweigen konnte, daß er an dieser Stelle an die Güterbodenbühne angedrückt werden mußte. Zweifellos waren ihm dadurch seine längere Beschäftigung, zumal er früher gerade im Rangirdienst verwendet worden war, die örtlichen Verhältnisse des Bahnhofes und der geringe Raum zwischen der Ladebühne und dem Tritte einer vorbeifahrenden Lokomotive genau bekannt. Ob die diese besondere Gefährlichkeit jener Stelle bedingenden Lokalverhältnisse normale oder außergewöhnliche waren, ist für die Verschuldungsfrage unerheblich. Nur darauf kommt es an, ob — wie hier bei Lage der conkreten Umstände anzunehmen — diese Verhältnisse augenfällig waren, also wie allen Bahnarbeitern, so auch dem ꝛc. T. bekannt sein mußten. Den bekannten, ihn umgebenden Gefahren muß jeder verständige Mensch bei seinen Handlungen Rechnung tragen. Hiernach kann es nicht einmal von Einfluß sein, ob bei der Anlage der Ladebühne beziehentlich des vorbeiführenden Schienenstranges das gesetzliche Normalprofil eingehalten war.“

„Von Rechts wegen“ also ist die Verwaltung der Schlesischen Gebirgsbahn von jeder Verbindlichkeit gegen die Hinterbliebenen des in Diensten der Bahn getodteten Arbeiters entlastet, ob damit aber auch die moralische Verbindlichkeit in Wegfall kommt, das freilich ist eine Frage, die einem simplen Arbeiter gegenüber nicht in Betracht kommt.

Forst (N.-L.). Parteigenossen! Das kräftige Emporblühen der sozialdemokratischen Partei hat in letzter Zeit alle unsere vereinigten Gegner aus dem Häuschen gelockt. Die gegnerische Presse leistet in maßlosen Angriffen und Verleumdungen das Menschenmöglichste und trachtet uns in den Augen des gesammten Volkes herabzuwürdigen und unsere erhabene Idee in den Koth zu zerren. Es ist daher die heiligste Pflicht eines jeden Parteigenossen, bei dem bevorstehenden Quartalswechsel mit aller Entschiedenheit für die weiteste Verbreitung unseres Central-Organs „Vorwärts“ einzutreten. Nicht genug, daß Jeder sein Abonnement auf genanntes Blatt erneuert, er muß auch trachten, neue Abonnenten zu gewinnen.

Parteigenossen! Rührt Euch allerorts, damit der „Vorwärts“ neue Abonnenten gewinnt und das Geschrei der Gegner von unserer Unzufriedenheit gegen den „Vorwärts“ in die gebührenden Schranken zurückgewiesen wird. Wo der einzelne Genosse den Betrag von 1,60 Mark pro Quartal für den „Vorwärts“ nicht aufbringen kann, da müssen sich mehrere zusammen vereinigen, denn es gilt nicht nur allein durch die Zahl der Abonnenten unsere Gegner zu schlagen — wir müssen auch trachten, die Aufklärung über unsere Bestrebungen in die weitesten Kreise zu verbreiten.

Außer dem „Vorwärts“ gilt es noch, der „Neuen Welt“ einen größeren Leserkreis zu erwerben, damit sich dieselbe in den Familienkreisen eine dauernde Stätte schafft.

Also auf, Parteigenossen! Nehmt die Werbetrommel zur Hand und ruhet nicht früher, bis wir einziehen in die heiligen Hallen des Sieges. Der 1. Juli muß uns zu einem Freudentage werden, wenn Jeder auf seinem Posten steht. Ohne Kampf kein Sieg! — Trotz Geschäftskrisis und Lohnreduktionen wollen wir treu und fest zur Fahne der Sozialdemokratie stehen und keine Opfer sollen uns zu schwer fallen. Mit der größten Begeisterung blicken die Genossen der ganzen Welt auf unsere Fortschritte und trachten uns nachzueifern. Es ist daher um so mehr unsere Pflicht, ununterbrochen auf der einmal betretenen Bahn vorwärts zu schreiten.

Es ist nichts Neues, was ich in diesen Zeilen sage, aber trotzdem kann es nicht oft genug gesagt werden. In jeder Werkstatt, bei jedem geselligen Zusammensein, überhaupt bei jeder Gelegenheit müssen wir uns immer anspornen zu erneuter Thätigkeit.

Hugo Schmidt.

Meerane, 12. Juni. Im Nachstehenden übergeben wir der Oeffentlichkeit eine Lohnstatistik, die auch den Blödesten klar machen muß, daß ein wirklicher Nothstand selbst da vorhanden ist, wo noch fast ohne Unterbrechung gearbeitet wird. Denn mit solchen Löhnen läßt sich nicht leben, nur vegetiren. Die Statistik wird zeigen, daß die Faktore als Vermittler die Löhne nicht allein schmälern, sondern daß diese schon aus erster Hand von den Fabrikanten direkt schmal genug für breite und lange Stücke ausbezahlt werden; zugleich wird sich aus der Statistik die Differenz der Löhne in den einzelnen Fabriken erkennen lassen.

Rechnet man die hohe Miethe, die enormen Steuern, welche sich von Jahr zu Jahr erhöhen, und die theuren Lebensmittel, so muß man fragen: Wie können die Leute existiren mit ihren Familien, die 4, 5 Köpfe und noch mehr durchgängig zählen? Es sind uns zu diesem Zwecke von der in vorletzter öffentlichen Sozialistenversammlung gewählten Commission folgende Belege eingehändigt worden:

1) Die Fabrikanten Gebrüder Schlaitz in Meerane geben an Material für 1 Stück Doppelköper, 8 Gang 4fadig, 61 Cent. oder 26 Leipz. Zoll breit, 53 Meter oder 94 Leipz. Ellen lang, 38 Schuß auf 1 Leipz. Zoll (der Schuß wird durchaus doppelirt mit 1 Fd. Zwirn und 1 Fd. Weft), 4 u. 4 carrirt, 174 Zahlen Schuß (104 Zahlen Weft und 70 Zahlen Zwirn), 225 Zahlen Kette, $^{30}/_{40}$er Zwirn. Lohn 8 Mark. In Abzug kommt für Treiberlohn 0.86, Spulerlohn 1.30, Scheererlohn 0.46, Andreherlohn 0,25. Sa. 2.81. Bleiben für den Arbeiter 5 M. 19 Pf. Das Material in Schuß ist so gering, daß man erst den Schuß einfach aufspulen muß, um ihn dann zu doppeliren. Ein tüchtiger Arbeiter braucht 5 Tage, ein solches Stück zu fertigen, und kann man im Durchschnitt mehr als die Woche 1 Stück nicht rechnen.

2) Fabrikant Schumann zahlt für 1 Doppelstück Tartan (9 Gang 2fadig) 96 Ell. lang, à $25^1/_2$ Zoll breit, 52 Schuß pro Zoll, 14 Mark Lohn. Davon geht ab für Treiben von 244 Zahlen 1.10, für Spulen von 306 Zahlen 1,30, für Scheeren 0.60. Sa. 2.23. Bleibt Arbeitslohn 10.17.

3) Dreißel u. Milkner hier zahlen für das Doppelstück Tartan 93 Ellen 48 Schuß 13 M. 50 Pf. Lohn. Kette 210 Z. Schuß 300 Z. Treiberlohn 0.94, Spulerlohn 1.50, Scheererlohn 0.60, Andreherlohn 0.50. Sa. 3.54., bleibt für den Weber eigentlicher Arbeitslohn 9 Mark 96 Pf. Darüber muß derselbe aber länger als eine Woche zubringen. Noch im März waren die Stücke 88 Ellen, jetzt aber 93 Ellen lang, 5 Ellen Waare muß ein solcher Weber seither mehr machen, ohne etwas dafür zu haben.

4) Gebrüder Schmieder. (12 Gang 2fadig), à Stück 63 Ell. lang, 72 Schuß per Zoll, $^3/_4$ breit. Lohn 14 Mark. Geht ab Spulerlohn 1.35, Treiberlohn 0.95, Scheerer- und Andreherlohn 1.30. Sa. 3.60. Bleibt 10 M. 40 Pf. Das ist der Lohn für 1 Woche Arbeitszeit.

5) Fabrikant W. Fanghänel zahlt für ein Stück Plaids 61 Ellen lang, 9 Gang à Viertel, $46^1/_2$ Zoll breit, 9 Mark Arbeitslohn. Davon muß der Weber wieder abrechnen die Nebenausgaben für 142 Z. Kette, 40r u. 20r Zwirn, $207^1/_2$ Z. Schuß, Weft ꝛc.

6) Fabrikant Schumann hier zahlt für ein 96 Ellen langes Doppelstück Diagonales, 51 Zoll (à $25^1/_2$ Zoll) breit, 240 Zahlen Kettengarn, 232 Zahlen Schußgarn, einen Lohn von 16 Mark.

7) Fabrikant F. W. Orzschig hier zahlt Lohn gleichfalls 16 Mark für ein Doppelstück Lama, à Viertel 9 Gang 4fadig eingestellt, 405 Z. Kette, 225 Z. Schuß (Weft) 2 u. 2 abgeschossen. Arbeitszeit länger als eine Woche.

8) Fabrikant Langlotz, Taffet, 12 Mark Lohn. 105 Ell. Waare (112 Ell. lang zu scheeren, 9 Ell. zum Einarbeiten), 12 Gang 2fadig auf's Viertel breit eingestellt, 328 Z. 60r Zwirn als Kettengarn und 280 Z. ordinären Schuß als Einschußgarn (2 Spuler sind hierzu nöthig); da läßt sich ein wöchentlicher Verdienst des Webers auch nicht einmal annähernd bezeichnen.

9) Straff u. Söhne. zahlen dem Hausweber für ein schmales Stück (doppelt wird diese Waare nicht gemacht) 9 Gang à Viertel 8schäftig, 90 Ellen lang, 2 und 1 abgeschossen, 120 Z. Garn zur Kette, 168 Z. Garn zum Schuß, die Hälfte davon muß doppelt gespult werden: 12 Mark Arbeitslohn.

Wir brauchen nichts weiter beizufügen, jedes Auge, nicht nur das des Fachmannes, wird hieraus die Hungerlöhne erkennen und die traurige Lage der Weber, zumal wenn noch Arbeitspausen eintreten, ermessen können.

Bremerhaven, 13. Juni. Resolution. Die am 11. Juni cr. stattgehabte Parteiversammlung erklärt hiermit, daß sie mit dem im „Vorwärts“ angeregten Projekt betreffs Gründung eines lokalen Parteiblattes für Bremerhaven und Umgegend nicht einverstanden ist und daß die ganze Kraft für thunlichste Verbreitung der „Bremer Freien Zeitung“ und des „Vorwärts“ eingesetzt werden soll. Das ganze Unternehmen ist bis auf spätere Zeiten vertagt.

H. R. Kahte, Agent.

Briefkasten.

Theodor Daschner wird gebeten, Liebknecht seine Adresse mitzutheilen; es gilt die Abgabe einer gerichtlichen Zeugenerklärung vor dem hessischen Landgericht in Groß-Umstadt.

Quittung. B. Rittmann München Ab. 81,00. Kfld Buda-Pest Ab. 10 00. Arbeiterver. Hardt Ab. 7,29. Rchbrn Kallnberg An. 4,80. Ldng Flensburg Ab. 30,00. Dr. Wgk Königsberg Ab. 10,10. Exped. der „Fackel“ hier Ab. 6,00. Nemz Wien Ab. 10,00. Mff hier Ann. 2,25. Wßlr hier Ab. 0,60. Lnd d. A. Gb Hamburg Ab. 100,00. L. Ugrne Ab. 4,84. M. Frnkl Buda-Pest Schr. 32,00. Prß Breslau Schr. 1,80. Mrtn Danzig Schr. 1,50.

Ch. Gls Hochfeld b. Duisburg: Div. betr. für 2 Scheine 8,48 wird Ihrem Wunsche gemäß verwendet werden.

Fond für Gemaßregelte.

Von O. R. hier 3,00.

Berliner Wahlfonds.

D. Mngrm d. F. Gohlis 1,35. Ueberschuß v. Extrablatt d. F. hier 5,00. B. Steindruckern d. G. W. 1,65. Dr. K. M. 5,00.

Anzeigen ꝛc.

Altona. Volksverein. Mittwoch, den 20. Juni, Abends 8½ Uhr, in Meier's Ballhaus, gr. Bergstraße:

Versammlung.

Tagesordnung: Diskussion und Fragekasten.
Aufnahme neuer Mitglieder findet statt. [80

E. Brückmann.

Leipzig. Donnerstag, den 21. Juni, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent Wittich.
60] Der Agent.

Lichtenstein. Sonntag, den 24. Juni, in den Lokalitäten des Hotels zum „Goldenen Helm“:

Central-Arbeiter-Fest
des 17. Wahlkreises.

Wir laden hierdurch alle Freunde und Gesinnungsgenossen zu recht zahlreicher Betheiligung freundlichst ein. (2a) (F. 65) [2,40
Das Comité.

Ein Parteigenosse — bekannter Feuilletonist — sucht Stelle als Mitarbeiter eines größeren Parteiblattes oder als Redakteur. Näheres Auskunft ertheilt die Redaktion der „Neuen Welt“ auf frankirte Anfragen unter Chiffre K. 44.

Geübte [2,70

Cigarren- u. Wickelmacher

sowie ein tüchtiger Sortirer oder Sortirerin, finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. (F. 218) (M. 5347)
Offerten unter B. Nr. 1383 an Rudolf Mosse in München.

Das Protokoll
des diesjährigen, zu Gotha stattgehabten
Sozialisten-Congresses
ist heute erschienen.

Preis pro Stück 25 Pfg, bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg.

Bestellungen, denen der Betrag nebst 10 Pfg Porto für je 5 Exemplare beizufügen ist, sind zu richten an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Nur gegen baar oder Postvorschuß wird expedirt.

Sozialist. Rundschau.

Dieses Blatt, dessen Herausgabe vom Sozialisten-Congreß in Gotha beschlossen wurde, erscheint monatlich einmal unter Redaktion von H. Oldenburg in Hamburg zum Preise von 20 Pfg.; durch die Post bezogen vierteljährlich (excl. Bestellgeld) 60 Pfg.

Dasselbe wird einen Ueberblick über die sozialistische Propaganda jedes verflossenen Monats, sowie Berichte über interessante, auf die sozialistische Partei bezügliche Vorkommnisse bringen, und so Jedem Gelegenheit bieten, sich über die Parteiverhältnisse zu unterrichten.

Die erste Nummer gelangt Ende dieses Monats zur Versendung. Bestellungen sind zu richten

An den
Verlag der „Sozialistischen Rundschau“
Hamburg.
Amelungstraße 5.

Verlag von A. Erlecke in London.

Sechs Monate in einem preußischen Centralgefängnisse. Aus den Folgen eines modernen Justizmordes nebst einer Einleitung: Auszug aus den Prozeßakten. Von einem Verbannten. gr. 8. Elegant ausgestattet Preis 1 Mark 50 Pfg. [2,10
Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

In unserem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie durch unseren Commissionär Hrn. Siegismund u. Volkening in Leipzig zu beziehen:

„Arbeiterkrankheiten“
1. Schädliche Gase
2. Schädliche Dämpfe
als Krankheitsquellen und die von ihnen heimgesuchten Fabrikationszweige.
Von F. A. Moralt.

Preis 10 Pfg. Bei Abnahme größerer Partieen bedeutender Rabatt. Augsburg, im Juni 1877. (36)
3,90] Volksbuchhandlung von J. Endres, G. Nr. 322.

Zahlungs-Aufforderung.

Folgende Annoncenreste sind ungesäumt zu zahlen: Altona, Bau-Land- und Erdarbeiter-Gewerkschaft M. 0,90, Metallarbeitergewerkschaft M. 0,60. Berlin, Zimmererkrankenkasse Rest M. 1,20. Cöln, Arbeiter-Liedertafel Rest M. 0,90, Wahlverein M. 1,80. Leipzig, Gewerkschaftsvorstand Ludwig M. 1,00, Neukirchner M. 0,90. Mühlheim a. Rh. Wahlverein M. 0,60. St. Gallen, Allg. Arb.-Verein M. 1,20.

Zahlungen in Briefmarken erbeten.

Leipzig, den 14. Juni 1877.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enz, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 72. Freitag, 22. Juni. 1877.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts" im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter [illegible] und [illegible].

— Die „Gleichheit" ist wieder einmal am 14. Juni in Wiener-Neustadt confiscirt worden und zwar wegen des Leitartikels: „Das Lohnsystem". In Oesterreich darf man bekanntlich über Geld und Lohn gar nicht reden. Douai's Artikel über das Geld wurden, wie unsere Leser wissen, auch confiscirt und dann ist der Dank (Lohn) des Hauses Habsburg ebenso sprüchwörtlich, wie die Geldklemme, in welcher sich der von diesem Hause regierte Staat befindet. — Bei solchem Bedrückungssystem ist es erklärlich, daß es in Wien eine Anzahl von Sozialisten giebt, welche den Sieg Rußlands über die Türkei, die dann bedingte Aktion Oesterreichs und dadurch möglicherweise hervorgerufene Annexion Deutsch-Oesterreichs an Deutschland wünschen. Die österreichische Regierung mag sich dies merken und ihre elende Verfolgungswuth mäßigen.

— In Milwaukee erscheint seit einigen Wochen ein neues

da, wo die Bevölkerung schon an und für sich auf einer höheren Stufe der Sittlichkeit steht, die Sozialdemokratie leicht Eingang findet; daß in einer sittlichen Bevölkerung nur ein sittliches Element Boden fassen kann, dies ist ganz bestimmt wahr. Je weniger Sittlichkeit aber in einer Gegend herrscht, desto schwieriger ist es, das Banner der aufklärenden und erlösenden Idee des Sozialismus dort aufzupflanzen. Langjährige Erfahrungen machen diese Behauptung zur Wahrheit."

Dann sagten wir in jenem Artikel in Bezug auf die Schulbildung noch:

„Wir sehen also, daß der Bildungsgrad auf die Zahl der Verbrechen mit einwirkt und daß auch ferner der Sozialismus seine Heimstätte dort am leichtesten findet, wo die größere Bildung herrscht — er wird eben als ein neues Bildungselement von der gebildeten Bevölkerung gern aufgenommen."

Man sieht also, daß wir dem Direktor Engels nichts angedichtet haben, und daß wir ferner auch nicht für die Sozialdemokratie in Anspruch nehmen, daß sie die günstigen Verhältnisse in Bezug auf Verbrechen und Schulbesuch eingeführt habe, sondern daß sie dort, wo Bildung und Moralität schon herrschen, gern als ein neues Bildungs- und Sittlichkeitselement aufgenommen werde. Das aber beweiset die Engel'sche Statistik zur Evidenz.

Die „Vossische Zeitung" erklärte schon seiner Zeit, daß die neue Arbeitsform, die „menschenbefreiende Industrie", den sittlichenden Einfluß ausübe und exemplificirte auf das Rheinland im Gegensatze zu Ost- und Westpreußen. Wir sagten damals, daß dies nicht zuträfe und nahmen als Beispiel Schleswig-Holstein und Oberschlesien an. Was wir der „Vossischen Zeitung" in Bezug auf die Verbrechensstatistik antworteten, gilt dem Berliner Preßbüreau in Bezug auf den Unterricht. Auch hier

„Der gestrige Tag ist somit ein höchst ominöser für die Fortschrittspartei gewesen, und die Niederlage, welche diese Partei gestern betroffen hat, ist eine Schlappe, die weit empfindlicher ist, als die des 10. Januar, da der damalige Ausgang der Wahlen in der Reichshauptstadt vielfach als eine Ueberrumpelung aufgefaßt wurde. Das gestrige Wahlergebniß in unserem nördlichen Bezirk dagegen bedeutet den Ausgang eines Kampfes, bei dem beide Theile in der Lage waren, mit gleichen Waffen zu kämpfen. Daß die Fortschrittspartei, trotzdem es Niemand derselben unbewußt sein konnte, daß der Wahlkampf die Anspannung aller Kräfte erforderte, den Sieg an ihre Fahnen nicht zu fesseln vermochte, ist ein harter Schlag. Bisher war, wie zugestanden werden muß, in allen liberalen Kreisen die Ueberzeugung wie ein Dogma verbreitet, daß die Reichshauptstadt die unbeschränkte Domäne des Fortschritts sei, und daß das Ergebniß der Wahlen des 10. Januar nie hätte zu Stande kommen können, wenn der Gegner nicht unterschätzt worden wäre. Hatten doch in früheren Jahren die anderen Parteien es kaum gewagt, einen Candidaten aufzustellen, in der Voraussicht, daß dies ein fruchtloses Bemühen sein würde. Nachdem jetzt das Menetekel, welches der 10. Januar dem Fortschritt an die Wand gemalt hat, nicht verhindern konnte, daß derselbe, als er gestern im 6. Wahlkreise gewogen wurde, zu leicht befunden worden ist, muß der Nimbus dieser Partei nothwendigerweise eine Einbuße erfahren, welche für die Zukunft derselben verhängnißvoll werden kann. Der Ausgang der gestrigen

Da außerdem der Beschluß gefaßt wurde, dieser Congreß solle in Belgien stattfinden, so wählte der am 20. Mai zu Jemappes abgehaltene Belgische Regional- (Landes-) Congreß die Stadt Gent zum Congreßort und trug den Genter Sozialisten auf, die nöthigen Vorbereitungen für diesen Weltcongreß zu treffen.

Mit Freuden haben die Sozialisten Gents den ehrenvollen Auftrag übernommen und arbeiten um die Wette, von dem Wunsche beseelt, das Gelingen des großen Werkes zu sichern.

Parteigenossen aller Länder! Mehr als je thut es Noth, daß wir unsere Ideen und Grundsätze entwickeln; mehr als je fühlt die Menschheit das Bedürfniß der sozialistischen Propaganda, der Einigkeit und des Zusammenwirkens aller ihrer Vorkämpfer. Der Geist der Zeit und die kapitalistische Corruption führen so mächtige Schläge gegen unsere wurmstichige Gesellschaft, daß sie jeden Augenblick zusammenzubrechen droht. Das Elend der arbeitenden Klassen nimmt beständig zu; immer unerträglicher werden die Mißbräuche unserer abgenutzten Gesellschaft; in den düstersten Farben zeigt sich der Horizont der Bourgeois-Oekonomie.

Der Genius des Sozialismus ist berufen, Licht in die Finsterniß zu bringen und die Menschheit aus dem Strudel zu retten, in welche das Priesterthum und das Kapital sie gestürzt haben. Ueberall sehnt sich das arbeitende Volk nach einem besseren Loos; überall hört man seinen Hilferuf; überall fühlt es seine Erniedrigung und blickt, fieberhaft erregt, durch die Risse seines Gefängnisses, ob nicht der Erlöser sich naht.

Sozialisten aller Orte und Länder, Mitglieder der verschiedenen Fraktionen, laßt uns in diesem Momente vergessen, was uns trennt, worin wir von einander abweichen! Gehen wir muthig ans Werk, suchen wir uns ehrlich zu verständigen und

Breslau. Wie die „Wahrheit" berichtet, wird für die gewiß nicht leichte und angenehme Arbeit bei den hiesigen Kanalisationsbauten der Hungerlohn von ganzen 75 Pfennig für den Tag bezahlt. Wer auch nur oberflächlich mit den hiesigen Verhältnissen vertraut ist, wird zugestehen, daß kein Mensch, welcher schwer arbeiten, d. h. Kraft verausgaben muß, mit 75 Pfg. täglich durchkommen, ja daß er sich nicht einmal satt essen kann. Wie der Mann weiterhin Wohnungsmiethe bezahlen und sich Kleider beschaffen, wovon er am Sonntage leben, wie er, falls er verheirathet ist, seine Familie ernähren soll, wird gleichfalls Jedem unverständlich bleiben. Und doch ist einer der Herren Unternehmer, der die Kanalisationsarbeiten in der Löschstraße ausführt, so — menschenfreundlich gewesen, seinen Arbeitern 75 Pf. täglich als Lohn zu zahlen. In Folge dessen drohten, wie wir bereits vor einiger Zeit mittheilten, die armen Leute die Arbeit niederzulegen, wenn man ihnen nicht 1 Mk. 20 Pfg. täglich gebe, gewiß der denkbar niedrigste Satz, das geringste Maß dessen, was zur Existenz erforderlich ist. Daß der Herr Unternehmer auf diese gerechte Forderung einging, beweist unseres Erachtens, daß er zur Zahlung des früheren niedrigen Lohnsatzes keineswegs durch die Verhältnisse gezwungen war.

Hirschberg, 18. Juni. Nachdem am 17. Mai d. J. hierselbst ein Arbeiter-Wahlverein gegründet worden ist, fand am 16. d. M. die erste öffentliche Versammlung statt, in welcher Hr. Maximilian Schlesinger aus Breslau über „die Stellung des Arbeiter- und Handwerkerstandes in unsrer heutigen Gesellschaft und die Mittel zu ihrer Verbesserung" sprach. Die zahl-

---

es war scherzhaft das verwunderte Gesicht des anwesenden Polizeilieutenants zu beobachten, als jeder einzelne auf den Ruf antwortete und nebst seinen Hilfsmännern nach dem ihm bestimmten Wahlbezirk abmarschirte.

Bei Beginn des Wahlaktes um 10 Uhr war Jeder ohne Ausnahme auf seinem Posten, in jedem Wahllokal saß der Vertrauensmann mit seiner Wählerliste, vor jeder Thür standen mehrere Parteigenossen mit Stimmzetteln. Boten gingen regelmäßig vom Hauptwahlbureau und von den Centralbureaux der entlegenen Theile des Wahlkreises (wie Moabit, Gesundbrunnen) in die einzelnen Wahlbezirke, um zu revidiren, ob alles in Ordnung sei, um die Hilfsmänner nach dem Platze zu schicken, wo sie am nöthigsten waren, und um einzelne abzulösen. Doch fand sich selten Jemand, der abgelöst sein wollte; die meisten standen von Beginn bis zu Ende des Wahlaktes ohne inzwischen Zeit zu haben, etwas zu essen.

Wo eine Unregelmäßigkeit vorkam — und es sind wiederum in einzelnen Bezirken unsere Vertrauensmänner aus dem Wahllokal gewiesen — wurden sofort Boten an das Centralbureau gesandt, und alsbald war Hilfe da, um dergleichen Vorkommnisse zu rügen und rückgängig zu machen. Die Dickbäuche, Spießer und sonstige Reaktionäre kamen gleich zu Beginn der Wahl, und die Sache hatte somit anfänglich für uns kein günstiges Aussehen; schon triumphirten die Feinde. Aber bereits um Mittag trat eine Wendung zum besseren ein, indem da erst die Arbeiter und andere Männer aus dem Volke Zeit fanden zu wählen.

In allen Straßen des Wahlkreises herrschte während des ganzen Tages eine große Regsamkeit. Hier standen Gruppen von Fortschrittlern und betrachteten höhnisch und im sichern Gefühl des Sieges (Berlin ist ja für sie noch immer die feste Burg der Fortschrittspartei) unsere Parteigenossen, die eifrig ihrer Pflicht nachgingen; dort sah man ganze Gruppen von Wählern der Urne zueilen, von beiden Parteien mit ungewissen Blicken betrachtet, ob sie wohl Löwe oder Hasenclever wählen würden; dort wieder sah man unsere Parteigenossen zusammen stehen und eifrig berathen, was noch zu thun sei.

Von drei Uhr Nachmittags begann eine neue Phase des Kampfes. Beide Parteien hatten aus ihren Listen die säumigen Genossen aufgezeichnet und sandten Boten in die Wohnungen, um sie an ihre Pflicht zu mahnen. Sehr viele von unseren Parteigenossen fanden erst gegen sechs Uhr Zeit, ihrer Wahlpflicht zu genügen und viele wurden zurückgewiesen, weil sie erst kommen konnten, als die Wahlhandlung schon geschlossen war. Rechnet man dazu, daß tausende von Arbeitern (nicht übertrieben!) gar nicht wählen konnten, weil sie theils in entlegenen Stadttheilen Berlins, theils sogar außerhalb in Arbeit standen, so kann man sich die Majorität denken, die wir erzielt haben würden, wenn die Wahl an einem Sonntag gewesen wäre.

Nach Schluß der Wahlhandlung bewährte sich unsere Organisation wiederum vortrefflich.

Sofort nach Feststellung des Resultates in den einzelnen Bezirken eilten die Vertrauensmänner in ihre Centralbureaux oder auch direkt in das Hauptbureau in der Norddeutschen Brauerei, wohin dann auch mit äußerster Geschwindigkeit die zusammengezogenen Resultate aus den einzelnen Unterabtheilungen gebracht wurden. Den im Hauptbureau Ankommenden bot sich ein äußerst lebendiges Bild dar. Der große Saal der Norddeutschen Brauerei war angefüllt mit 4—5000 Menschen, und eine noch größere Anzahl stand im Garten, so daß die anwesende Menge sich wenigstens auf 10,000 Mann belief. Nachricht um Nachricht lief ein, in äußerster Spannung verharrten die Anwesenden, bis endlich kaum zwei Stunden nach Schluß der Wahl der Sieg unter unbeschreiblichem Jubel verkündet wurde. Darauf bestieg der wiedergewählte Abgeordnete Hasenclever die Tribüne und hielt, von rauschendem Beifall empfangen, eine kurze Ansprache, worin er den Wählern seinen Dank aussprach und zu thatkräftigem Eintreten für die Wahl im fünften Wahlkreise aufforderte. Zum Schluß wurde mit allgemeiner Begeisterung die Arbeitermarseillaise angestimmt und erst spät und nach wiederholten Hochrufen auf Hasenclever und die Sozialdemokratie trennte sich die Menge.

K.

— Eine wahre Geschichte. Unser Berliner Parteiorgan schreibt: Einen alten, behäbigen Spießer — prägnanter Berliner Typus — dem die durch ihre Blödsinnigkeit denkwürdige Rede „Eugen, des edlen Ritters", nicht vom Familientisch gekommen, der wochenlang von Petroleum, großem Zuchthausstaat, Theilen und Demagogie geträumt, sahen wir am Morgen nach der Wahl im 6. Wahlkreise in der Brunnenstraße an einer Litfaßsäule

stehen. Mutter hatte ihm eben vielleicht die haarsträubenden Resultate der Wahl in Bezirken zusammengestellt, aus der Jedermanns-Zeitung vorgelesen und suchte er nun in der frischen Natur seiner bedrängten Brust Luft zu schaffen. Hatte er doch noch gestern um halb 6 Uhr gerettet mit dem Stimmzettel des großen Polizei-Kneesen Madai. Lieber die Russen, als die Sozialdemokraten — und nun . . . Alles verloren! Richter und die Rede, Levy und die Wahl. Va banque! Wie ein Mühlenrad ging's ihm im Kopf herum. Man wird keine neuen Geschäfte mehr übernehmen, man wird zum Juli im großen Maßstabe die Wohnungen kündigen, die Wohnungen werden leer stehen, keinen neuen Handel wird man entriren, kein Haus mehr bauen, abgebrannt die Stätte . . . ihm schwindelte . . . seine Hypotheken . . . Da las er: „Hohenzollern-Park. Sozialisten-Abend". Nein, das war zu viel! Hohenzollern . . . auch Du, Brutus? Fort stürzte er nach Hause. Wir grüßten ihn, er hörte, er sah nichts. Erst seinem Sohne soll es am späten Nachmittage gelungen sein, seinem alten, so schwer bedrängten Vater die beruhigende Versicherung gebracht zu haben, daß er sich am Morgen unbedingt versehen haben müsse. Da stände es ja deutlich — Soliſten-Abend.

— Der Musterdichter, -Literaturgeschichtsschreiber und -Theaterkritiker („Wortschwall-" Gottschall spricht im „Leipziger Tageblatt" vom 15. d. von dem „theatralischen mixed-pickle des Abends" („— mit welchem [Stück] das theatralische mixed-pickle des Abends abschloß"). Wenn Herr Gottschall kein englisch versteht, dann soll er keine englischen Ausdrücke gebrauchen. Die Engländer kennen wohl mixed pickles (in der Mehrzahl) — das heißt wörtlich vermischte Pöckelsachen: ein Gemisch von Gürkchen, Bohnen, Stücken Blumenkohl u. s. w. in scharfgepfefferter Sauce; aber ein mixed pickle (in der Einzahl) kennen sie nicht, und zwar aus dem einfachen Grund, weil es ein nonsens ist. Ein einzelnes pickle kann unmöglich mixed sein, das wird Herr Gottschall hoffentlich begreifen, und wenn nicht, so möge er sich das Verschen des Gassenhauers zu Gemüth führen:

„Es müssen ihrer Zweie sein."

Zum Mindesten zwei, Herr Hofrath! Und daß wir Ihnen die Kleinigkeit „aufgestochen" — Sie erinnern sich doch der „Tageblatt"-Notiz über den „Sprachfehler" im französischen „Vorwärts"-Telegramm, der kein Sprachfehler war?

11. Juni in der Norddeutschen Brauerei in Berlin abgehalten wurde und in welcher Liebknecht sprach, stattgefunden hat. Ein junger Fortschrittler meldete sich dreimal zum Wort, sprach auch dreimal, aber in ganz konfuser, vielfach unverständlicher und oft äußerst beleidigender Weise — der junge Mensch kann kaum in einer kleinen Gesellschaft die gewünschten Worte finden, geschweige denn in einer großen Versammlung. Ueber die Unbescheidenheit des Herrn, der die Versammlung im höchsten Maße langweilte oder attakirte, wurde letztere manchmal etwas unruhig — Liebknecht gab dem jungen Mann in der höflichsten Weise die Gründe hierfür an. Trotzdem fand der jugendliche Streber das Benehmen der Versammlung für taktlos. — Ein anderer Gegner der Sozialdemokraten, der nationalliberale Gymnasial-Oberlehrer Merkel, trat nun auf, wurde von der Versammlung sehr ruhig angehört und sagte dabei: „Geradezu bewunderungswerth hat sich die Versammlung den Angriffen des jungen Fortschrittsherrn gegenüber gezeigt.“ — Hasenclever übernahm die Erwiderung gegen die anderen Aeußerungen des Oberlehrers Merkel, und wird sich derselbe nicht beklagen können, daß er unmotivirt und hart angefaßt worden sei. Dies den Fortschrittlern noch als Antwort auf ihre ewigen Angriffe auf den ungebildeten Pöbel — mögen sie in ihren Reihen doch zunächst aufräumen.

— Zu den fortschrittlichen Candidaturen. In ihrer Klage über den Ausfall der Wahl im 6. Berliner Wahlkreise sagt die „Vossische Zeitung: „Besser ist es, wo eine Candidatur sich nicht gegen persönliche Angriffe in makelloser Reinheit erhalten läßt, davon abzusehen und das Augenmerk auf vielleicht minder begabte, aber unantastbare Persönlichkeiten zu richten.“ — Ein betrübenderes Zeugniß konnte die fortschrittliche Zeitung ihrer eigenen Partei wohl nicht ausstellen; es klingt aus dieser Bemerkung deutlich genug die Anklage heraus, daß in der Fortschrittspartei die anrüchigen Charaktere die Mehrzahl bilden. Hier hat Herr Eugen Richter eine überaus treffliche Antwort auf seine „politische Null“. — Die „Frankfurter Zeitung“ ist erfreut, daß der fortschrittliche Hochmuth, dann die Fahnenflucht und der Gesinnungswechsel des Herrn Ludwig Löwe durch die eklatante Niederlage zugleich bestraft worden seien. — Die liberalen Zeitungen gestehen übrigens jetzt nach der Niederlage mehr oder weniger unverblümt selbst ein, daß Hasenclever in der Moabiter Versammlung über die Herren Löwe und Hirsch einen glänzenden Sieg erfochten habe; er sei anständig, dabei aber doch schneidig und entschieden aufgetreten, seine Gegner aber hätten mit stumpfen Waffen gekämpft und tüchtig geschimpft.

— Ueber den letzten Gothaer Sozialistencongreß äußert sich der „altkatholische“ (d. h. katholisch-nationalliberale) „Deutsche Merkur“:

„Die Referate über Einnahmen, Abonnentenzahl der Blätter und sonstige Agitationsresultate ergaben ein glänzendes Resultat. Wenn sich die Presse mehr mit dem Papstjubiläum als mit jenem beschäftigt, so bezeugt sie dadurch, daß sie die Situation nicht erkennt. Das Papstjubiläum ist nur, gleich den übrigen römischen Manifestationen, ein Aufleuchten der allmälig versinkenden Vergangenheit, die Sozialdemokratie aber ist eine Weissagung der Zukunft. Wir fürchten, daß gar manche von den sozialdemokratischen Ideen, die jetzt als leere Phantasien verspottet werden, im Laufe der Zeit Gestalt und Wirklichkeit gewinnen werden.“

Die „Befürchtung“ des „Deutschen Merkur“ wird sich unzweifelhaft erfüllen. Apropos: ob Herr Eugen Richter jetzt noch an unseren bevorstehenden Bankrout glaubt, jetzt nach unserem Berliner Wahlsieg, zu dessen Erkämpfung er (Herr Eugen Richter) durch seine „geistigen Waffen“ so wesentlich beigetragen hat? —

— Wenn zwei sich zanken, hat der Dritte den Vortheil. Die Schutzzöllner und Freihändler liegen sich bekanntlich jetzt recht grimmig in den Haaren. Am 16. Juni war eine Versammlung deutscher Großindustrieller (Schutzzöllner) in Frankfurt a. M., welche über die gegenwärtigen Zustände das Verdammungsurtheil sprach und natürlich der liberalen Oekonomie und Handels- und Finanzgesetzgebung die Calamität in die Schuhe schob. Ein Redner Kollmann aus Oberschlesien rief pathetisch aus: „Unter dem Banner des national-sozialen Interesses muß der Kampf in die politische Arena übertragen werden. Als Bundesgenossen stehen den Streitern der Hunger, die Noth und das Elend des Arbeiters zur Seite!“ (Lebhafter stürmischer Beifall.) Die Versammlung Großindustrieller acceptirte also jene Worte und bedachte wohl nicht, daß es vorzugsweise die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital ist, welche Elend, Hunger und Noth bei den Arbeitern erzeugt. Den Vortheil von solchen Aeußerungen aber haben wir, weil dieselben geeignet sind, bei jedem Denkenden die Berechtigung des Sozialismus immer mehr zu begründen.

— Die Bilanz der Mordscultur. Anläßlich unserer so betitelten Notiz in Nr. 66 haben wir folgende Zuschrift erhalten:

„In Ihrem Blatte vom 8. ds. erwähnen Sie in Ihrer Aufstellung über den Menschenverlust der letzten Kriege, daß nicht ein Mensch, außer den politischen und unpolitischen „Gründern“ durch diese Kriege an Wohlstand, nicht ein Volk, an Freiheit gewonnen hätte! Vergessen Sie denn ganz die durch den nordamerikanischen Bürgerkrieg befreiten hunderttausende von Sklaven? Eine Berichtigung des bewußten Artikels wäre deshalb wohl am Platze.“

Die Berichtigung ist hiermit erfolgt. Wir hatten bei unserer Schlußfolgerung nur die in Europa geführten Kriege in's Auge gefaßt. Der amerikanische Sklavenbefreiungskrieg, welcher der Unionsregierung durch die südstaatlichen Junker aufgezwungen ward, bildet allerdings eine glorreiche Ausnahme, und sollte, wenn die sozialen und politischen Mißstände in den Vereinigten Staaten zur Sprache kommen, nie außer Acht und Erwägung gelassen werden. Er bildet ein Gewicht in der Wagschaale des Guten, wie kein anderer Staat, Frankreich allein ausgenommen, es auch nur annähernd aufzuweisen hat.

— Der „Gewerkverein“ des braven Märchen Hirsch giebt selbst zu, daß die Gründung einer antisozialistischen Arbeiterpartei auf dem „Congreß“ zu Cassel in's Wasser gefallen sei. Das Blatt schreibt: „Schon vor längerer Zeit hatte sich in Hamburg ein Comité gebildet, das sich als Hauptaufgabe „die Bekämpfung der Sozialdemokratie“ stellte. Zugleich wurde dort als offizielles Organ dieser Bestrebungen ein Blatt, „Der Volksfreund“, gegründet. Die fernere Ausführung nahmen die Herren Redakteure Kutschbach (früher in Kassel, jetzt in Dortmund) und Krüger (Hamburg) in die Hand. Eine in Kassel im Dezember abgehaltene Besprechung führte zur Feststellung eines Programms nebst Statut, auf Grund deren sich in Kassel ein Verein gründete, der jetzt bereits gegen 100 Mitglieder zählt. In Verbindung mit diesem Verein war ein „Congreß“ zum 3. und 4. Juni einberufen worden, jedoch wurde die Einladung nicht mit dem nöthigen Nachdruck verbreitet, demzufolge nur aus Berlin, Kassel, Chemnitz, Dortmund, Gotha, Greiz und Hamburg auswärtige Vertreter erschienen waren, unter welchen die Delegirten des Generalraths allerdings eine große Zahl Städte und Orte in allen Theilen Deutschlands repräsentirten. Der Kasseler Verein war durch ungefähr 30 Mitglieder vertreten.“ — Die auswärtigen 30 Kasseler Vertreter in Kassel machen sich allerdings höchst possirlich. Märchen braucht aber Repräsentation — deshalb wird Kassel außerhalb Kassels verlegt. Im Uebrigen sei erwähnt, daß jetzt nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Liberalen selbst nicht auf derartigen liberalen Schwindel hineinfallen. Alle vernünftigen liberalen Blätter, deren es allerdings nur sehr wenige giebt, sagen sich los von der Max-Duncker'schen Harmonielehre.

— Bitter, aber wahr. Der „Gewerkverein“ schreibt: „Wenn das geflügelte Wort Reuleaux', „billig und schlecht“ irgendwo zutrifft, so ist dies der Fall bei der Holzbildhauerei. Dieses Gewerbe wurde früher eine „freie Kunst“ genannt, gehört aber heute zu den schlechtesten Handwerken, sowohl was die Leistung des Gewerbes im Allgemeinen, als auch den Verdienst der Arbeiter anbelangt. Das Publikum kann die Verhältnisse der Holzbildhauerei gar nicht beurtheilen, weil ihm der Einblick in dieselben verwehrt ist. Schon die Bezeichnung „Bildhauer“ läßt Niemand ahnen, was hinter diesem wohlklingenden Namen steckt; zudem veranlaßt ein falscher „Künstlerstolz“ die meisten Zugehörigen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse glänzend darzustellen, obwohl diese höchst trauriger Natur sind. Wie oft ist es mir passirt, daß Gehilfen erklärten, daß sie auf dieser oder jener Arbeit 18—36 Mark verdient hätten; daß das aber der Verdienst von zwei Wochen war, wurde selbstverständlich verschwiegen.“ — Soweit der „Gewerkverein“. Der Verfasser, selbst ein Bildhauer, redet nun seinen Collegen in's Gewissen, vergißt nur das Eine dabei, daß gerade die Max Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und Ortsvereine es sind, die bei den Arbeitern derartigen Künstler- und Bettlerstolz erzeugen; die Bildhauer gehören, weil sie eben vielfach kindisch eitel sind, diesen „feineren“ Arbeitervereinigungen, eben den Ortsvereinen an. Würden sie sich der Sozialdemokratie anschließen, so würde der „Gewerkverein“ nicht mehr über derartige Bildhauer-Eigenthümlichkeiten zu klagen haben.

— Die Verfälschung der Lebensmittel nimmt mit der wachsenden Konkurrenz immer mehr zu. So lesen wir jetzt in den Zeitungen eines Tages, daß in Mainz mehrere Fleischer wegen Verfälschung von Wurst endgültig verurtheilt worden sind; daß dieser Tage in Darmstadt eine Konferenz von Aufkäufern der „Sumpfpflanze“ (mit Verlaub des edlen Schimpf-Eugen!) Herbstzeitlose statthatte, die, obgleich eins der schädlichsten Gifte, als Ersatz für Hopfen in der Bierproduktion gebraucht wird; daß bei einer polizeilichen Untersuchung von Colonial-Spezereiwaaren in Berlin in beinahe allen Geschäften verfälschte Waaren gefunden wurden; daß in den meisten größeren Städten die Milch in geradezu das Leben gefährdendem Zustande auf den Markt kommt (in Berlin ist, hauptsächlich in Folge der schlechten Qualität der Milch, die Sterblichkeit unter den Kindern gegenwärtig selbst für Berlin, wo die Kindersterblichkeit so hoch ist, wahrhaft erschreckend); daß an vielen Orten Schwerspath und andere gesundheitswidrige Stoffe im Mehl gefunden worden sind, u. s. w. u. s. w. Da wir gerade beim Thema sind, sei erwähnt, daß man soeben einer raffinirten Verfälschung des Kleesamens (Klee gehört ja doch auch, wenigstens indirekt, zu den menschlichen Lebensmitteln) auf die Spur gekommen ist. Man mengt nämlich dem echten Kleesamen eigens zubereitete und gefärbte Quarzstückchen bei, welche so täuschend nachgemacht sind, daß selbst gute Samenkenner den Betrug nicht mit unbewaffnetem Auge entdecken können. Die saubere Waare wird in einer besondern Fabrik bei Prag angefertigt und bildet, unter dem Namen „Kleekies“, zu 9 Mark à 100 Kilo einen sehr gangbaren Handelsartikel. Das ist die Moral, das sind die Früchte der heutigen Gesellschaft. Der junge Alexander Dumas hat bekanntlich einmal auf die Frage: Wohin führt die herrschende Ordnung? die Antwort gegeben: zur allgemeinen Prostitution. Ganz recht. Und fügen wir hinzu: zur allgemeinen Vergiftung. — Von welchem Gesichtspunkt aus wir unsere Gesellschaftszustände betrachten, ihre Unverträglichkeit mit den Interessen der Menschen tritt augenfällig zu Tage, und nur wer mit Blindheit geschlagen ist, oder von der Mißwirthschaft auf Kosten seiner Mitmenschen profitirt, kann das Streben nach einer vernünftigen und darum gründlichen Umgestaltung mißbilligen und bekämpfen.

— Zur Heuchelei in der liberalen Presse. Im „Hannoverschen Unterhaltungsblatt“, Beilage zum „Hannoverschen Unterhaltungsblatt“, beschäftigt sich ein Priester in frömmelnder Weise mit der sozialen Frage in längeren Artikeln: „Die Arbeiterfrage und die Armenpflege“, während zu gleicher Zeit der Annoncentheil des „Hannoverschen Tageblattes“ folgende Anzeigen enthält:

„Literarische Anzeigen. (Umtausch bei Nichtconvenienz. Katalog piquanter Sachen gratis.) !! Angola, oder: Wovon die jungen Mädchen träumen, von Crebillon. Höchst piquant und umfangreich, nur 3 Mark. — Von demselben Verfasser: Das Sopha!!! ff. nur 3 Mark. — Der Schaumlöffel!! nur 3 Mark. — Das illustrirte Frauenzimmer mit 39 Illustrationen!!!! nur 2 Mark. — Hannchens Hin- und Herzüge! 4 Mark. Zollfrei! diskret. Diese 5 Werke zusammen 12 Mark — sendet gegen Nachnahme oder Einsendung des Betrags in ungebrauchten Brief- oder Wechselmarken R. Wiering, Buchhandlung, Hamburg.“

Für die Redaktion des sauberen Blattes ist ein Herr Schlüter verantwortlich. — Die Staatsanwaltschaft, welche doch so rührig ist, wenn ein Sozialdemokrat einen Fehltritt macht, würde jedenfalls keinen Fehlgriff thun, wenn sie derartige angezeigte Bücher in Augenschein nähme und mit Energie solche schmutzige Anzeigen verfolgte. Im Uebrigen ist diese Schmutzanzeige eine treffliche Illustration der Heiligkeit der Ehe und der Familie in der heutigen liberalen Gesellschaft.

— Tollheit. Der alte tschechische Nationalitäts-Simpel Rieger ließ vor Kurzem eine Adresse an die Russen vom Stapel, in der er sie zu ihrer slaven- und weltbefreienden Mission (vermittelst Kantschu und Knute) in den überschwänglichsten Ausdrücken beglückwünscht. Auf dieses verrückte Machwerk hat der russische Nationalitäts-Simpel Aksakow in einem noch verrückteren geantwortet. „Der von den Slaven langersehnte Tag“, heißt es darin, „der große historische Tag bricht an, schon hört man das Getöse des neuen historischen Lebens (!).

Der Wahltag im sechsten Berliner Wahlkreis.

Wir erhalten über den Kampf am 14. Juni in Berlin nachfolgende Correspondenzen:

Berlin, 15. Juni.

„Meine Herren! Die vorgerückte Zeit verhindert mich, die mir gestellte Frage heute noch zu beantworten, ich bin aber bereit, Ihnen die Antwort zugleich mit meinem Dank für meine Wahl nach dem 14. Juni zu geben.“ So schloß am 8. d. M. in Moabit Herr Ludwig Löwe — der moderne Junker Prahlhans — seine Rede. Und nun? Hören wir, was sich am gestrigen Tage ereignete. Schon am frühen Morgen waren Hunderte unserer Genossen auf den Straßen thätig und vertheilten Flugblätter an die ihren Fabriken oder Bauten zueilenden Arbeiter, welche durch ihre freudigen Zurufe unsere Siegeshoffnung nicht wenig erhöhten. Der Tag verlief in gewohnter Weise und nur Nachmittags gingen die Hülfsmänner aus, um diejenigen, welche noch nicht gewählt hatten, zur Ausübung ihres Wahlrechts zu ermahnen. Nach Verkündigung des Wahlresultats in den einzelnen Bezirken eilten die mit der Listenführung Betrauten nach der Norddeutschen Brauerei, woselbst unser Wahlbüreau sich etablirt hatte. Mittlerweile strömten unsere Parteigenossen, die auf 8 Uhr berufen waren, um das Endresultat zu vernehmen, in großen Schaaren herbei. In dem geräumigen Saal standen, Kopf an Kopf gedrängt, wohl 5000 Personen, eine ebenso große Menge wogte in dem anstoßenden Garten auf und nieder. Da endlich um 8½ Uhr erschienen Hasenclever und Ecks auf der Tribüne, die mit unendlichem Jubel empfangen wurden. Auf ein Zeichen des Vorsitzenden trat eine fast athemlose Stille in dem weiten Raume ein. Ecks leitete seine Mittheilung ein, indem er den Anwesenden, in der festen Zuversicht, daß sie alle bei der Montag stattfindenden Wahl im 5. Wahlkreise wiederum auf den Posten sein würden, eine erfreuliche Botschaft versprach. Als er dann aber schloß „bei der heutigen Wahl hat Hasenclever bei fast 25,000 abgegebenen Stimmen mit 1100 Stimmen Majorität gesiegt,“ da durchbrauste ein Beifallssturm den Saal, der die Grundvesten des Baues zu erschüttern drohte. Man wirft den Arbeitern so häufig vor, daß sie nur Sinn für materielle Genüsse hätten, nun — und doch dieser Jubel über eine so ideelle Sache wie einen Wahlsieg? Von all den Tausenden, die versammelt waren, war wohl jeder Einzelne überzeugt, daß durch den erkämpften Sieg seine materielle Lage zunächst um keinen Deut gebessert wurde, aber auf aller Gesichter spiegelte sich das stolze Bewußtsein, wiederum eine Station auf dem Wege zur Besserung zurückgelegt zu haben, die voll dereinst den nachkommenden Geschlechtern zu Gute kommen soll. — Nachdem noch Hasenclever einige begrüßende Worte an die Versammlung gerichtet und der anwesende Candidat für den 5. Wahlkreis, O. Kapell, dieselbe nochmals zu reger Mithülfe am Montag ermahnt hatte, leerte sich allmählig der Saal. Draußen im Garten aber füllte sich bald jeder Tisch mit fröhlichen Parteigenossen, die, zum Theil in Begleitung ihrer Familien, noch einige Stunden gemüthlich verbrachten.

Größer noch als bei uns die Freude, ist im anderen Lager der Aerger. Wie sehr die „Liberalen“ auf einen Sieg gerechnet hatten, geht am Besten daraus hervor, daß sie eine großartige Siegesfeier projektirt hatten. Mir ist aus authentischer Quelle bekannt, daß von dem Wahlcomité sowohl ein Musikcorps als auch ein großes Feuerwerk bestellt waren. Man munkelt sogar von einem Lorbeerkranz für Löwe. Nun der Lorbeer ist ja auch als Speisewürze nicht zu verachten, und das Feuerwerk ist auch bereits an zwei große Vergnügungsetablissements verkauft — bleiben nur die Musikanten, deren Aufenthaltsort wir an jenem Abend recht gern gewußt hätten. — Es ist recht ergötzlich, die heutigen Zeitungen zu lesen, welche jetzt wieder alle Schuld an dem Mißerfolge dem Indifferentismus der nicht an der Urne erschienenen 16,000 Wähler, von denen doch „sicherlich keiner mehr sozialistisch gesinnt sei,“ in die Schuhe schieben möchten. Diese Ausrede fängt aber nachgerade an albern zu werden. Es ist seit dem 10. Januar keine Stichwahl vergangen, bei der wir nicht Tausende von Stimmen mehr als bei der Hauptwahl aufgebracht hätten. Daß wir am 14. Juni nicht noch eine imposantere Majorität für unsern Candidaten hatten, hat seine sehr nahe liegenden Gründe. Erstens ist ein sehr großer Theil der Berliner Arbeiter außerhalb beschäftigt. Diese Leute, die sonst nur am Sonnabend zu ihrer Familie heimkehren, würden durch die Wahl zwei Tage Arbeitslohn verlieren, was man heute doch wahrlich einem armen Arbeiter nicht zumuthen kann. Dann giebt es eine große Menge Parteigenossen, die zwar in Berlin arbeiten, aber Wochen lang ohne Arbeit gewesen sind und Gefahr laufen würden, ihre Stellen aufs Neue zu verlieren, wollten sie — vielleicht wenige Tage nach dem Arbeitsantritt — wieder austreten. Und drittens konnte am 14. Juni eine ganze Berufsklasse, deren Mitglieder unserer Partei angehören, nicht wählen. Es ist dies die Klasse der Omnibus- und Tramway-Kutscher und -Conducteure. Diese Männer sind von Morgens 6 Uhr bis Abends 11 Uhr mit einer nur viertelstündigen Mittagspause beschäftigt. Da sie indeß auch während dieser Pause den Wagen nicht verlassen können, ist für sie das Wahlrecht doch völlig illusorisch. — Dagegen dürfte es feststehen, daß von Seiten der Gegner Alles, was auch nur entfernt reaktionär war, zur Urne geschleppt ist. Als Beleg hierfür diene Ihnen beispielsweise das Faktum, daß Herr Geh. Rath Borsig — der übrigens wieder in Moabit Wahlvorsteher war — mit seiner Equipage einen unglücklichen Krüppel herbeiholen ließ, der durch vier Arbeiter des genannten Herrn aus und wieder in den Wagen getragen werden mußte. Scheute man sich also nicht, die Siechen und Elenden aus den Krankenstuben zu holen, so wird man auch die Gesunden sicher nicht verschont haben. Angesichts der vorerzählten Thatsachen gehört die ganze Geschmacklosigkeit des Herru Fritz Dernburg — des schwarz-rothen Schlangentödters seligen Angedenkens — dazu, um aufs Neue das Märchen von der „eigentlichen nicht sozialistischen Mehrheit“ aufzutischen. — Selbstredend hat der großartige Sieg unserer Sache elektrisirend auf die Genossen im 5. Wahlkreise gewirkt. Hoffentlich bin ich im Stande, Ihnen am Montag einen bedeutenden Fortschritt unserer Sache auch in diesem Kreise zu melden. D.

— 16. Juni.

Ein glänzender Sieg ist uns nach einem energischen Kampfe mit den Gegnern zu Theil geworden, ein Sieg, den wir ganz besonders der trefflichen Organisation und der aller Beschreibung spottenden Opferwilligkeit und Anstrengung unserer Parteigenossen am Wahltage verdanken.

Schon bald nach vier Uhr des Morgens versammelten sich die Vertrauensmänner, einige Hundert an der Zahl, im Saale der Norddeutschen Brauerei, wo das Centralwahlcomité für den Wahltag seinen Sitz hatte und wo am Abend nach der Wahl auch das Resultat verkündet werden sollte. Um fünf Uhr erfolgte der Namensaufruf der einzelnen Vertrauensmänner, und

Nicht zum erstenmal zieht Rußland sein Schwert für die Befreiung der stammverwandten Völker, nicht zum erstenmal sattelt der Kosak sein Pferd, um diese heilige Mission zu erfüllen. Einst war diese Aufgabe das Monopol der Regierung, heute ist sie in den Händen des russischen Volkes, welches nicht liebt, Recht und Gerechtigkeit bei Anderen zu erflehen. Das Schicksal der slavischen Stämme war, wie die Geschichte lehrt, ein ausnahmsweise hartes, alle slavischen Stämme haben mehr oder weniger die Bitterkeit der fremden Herrschaft erfahren, mehr süßer und angenehmer wird ihnen die Freiheit und die Selbstständigkeit sein. Auch Rußland befand sich einst in ähnlichem Zustande, wie jetzt die Slaven am Balkan, aber die Macht der Freiheitsliebe brach die Ketten, und wie ein von Stapel gelassenes Schiff unter Kanonendonner und Axtschlag erschien Rußland frei und groß. Die göttliche Vorsehung gewährte ihm außerdem die hohe Freude, mit seinem Schwerte die Ketten anderer unterdrückter Slaven zu sprengen. — —"

Zum Beispiel der Polen! Schade nur, daß das „russische Volk", welches jetzt „die Regierung in Händen hat", nicht dafür sorgt, daß es ein kleines Bruchtheilchen der Freiheit bekommt, deren sich die von den Türken unterdrückten Slaven erfreuen. Und was wird Herr Aksakow thun, wenn „Väterchen" sagt: „Gut gebrüllt, auf Commando! Aber nun ist's genug. Kusch! Oder — marsch nach Sibirien!" Ach, Herr Aksakow ist, gleich seinen Nationalitäts-Mitsimpeln anderer Nationen, ein gar zahmer Geselle der hohen Obrigkeit gegenüber — er wird kuschen.

— Das schweizerische Fabrikgesetz wird die Feuerprobe der Urabstimmung zu bestehen haben, wenn anders eine Mittheilung, welche der „Kölnischen Zeitung" aus Bern zugeht, und nach welcher die Sammlung von Unterschriften für das Begehren der Urabstimmung die verfassungsmäßige Zahl von 30,000 Unterschriften bereits um 30,000 überschritten hat, auf Wahrheit beruht. Der Kampf der schweizerischen Arbeiter gegen die Bourgeoisie ist ein schwerer und harter; aber so schwer und hart der Kampf auch sein mag, die schweizerischen Arbeiter, deß sind wir überzeugt, werden sich nicht so leicht aus dem Felde schlagen lassen, gilt es doch, das Privilegium der Ausbeutung, der schamlosen Ausbeutung, zu beschränken.

— Hessisches Volksblatt. Unter diesem Titel erscheint ein neues Parteiorgan in Kassel unter der Redaktion von W. Frick in Bremen und W. Pfannkuch in Cassel; gedruckt wird dasselbe in der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Bremen. — Der Reichstagswahlkreis Kassel ist ein für die Sozialdemokratie günstiger; wir wünschen dem neuen Blatte gutes Gedeihen — 1880 werden die Früchte nicht ausbleiben.

— Sozialistenverfolgungen in Oesterreich. Wir theilten schon mit, daß die österreichische Regierung „großartigen Umtrieben" der Sozialisten auf die Spur gekommen sei, und daß in Folge dessen in Lemberg zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen worden seien. Es scheint, wie jetzt schon verlautet, diese Fragen eine noch größere Bedeutung erlangen würden.

Man geht nämlich in Regierungskreisen — und Herr v. Bismarck soll der Urheber sein — mit dem Gedanken um, für das deutsche Reich eine „Steuerreform" vorzuschlagen und zwar in dem Maße, daß alle Matrikularbeiträge der Einzelstaaten aufgehoben und daß sämmtliche Reichsbedürfnisse durch indirekte Steuern gedeckt werden sollen.

Daß diese Maßregel für das gegenwärtige deutsche Reich, für die „Einheit" desselben eine günstige sein würde, wer möchte das bezweifeln — wir hätten dann eine Reichssteuer, und die Reichsregierung würde dann von den Wünschen und Klagen der Einzelregierungen in Bezug auf die Steuern gänzlich verschont bleiben.

Eine schöne Reichssteuer hätten wir dann; wäre diese Reichssteuer aber auch eine günstige Volkssteuer?

Gewiß nicht! Das arbeitende Volk würde durch dieselbe noch mehr belastet, als es jetzt schon belastet ist.

Dieser geplanten Steuerreform entgegen müssen die Volksabgeordneten im deutschen Reichstage eine einzige progressive direkte Einkommensteuer für das Reich vorschlagen resp. beantragen, durch welche diejenigen Personen, welche von dem heutigen Reiche den größten Vortheil haben, auch die größesten und im Verhältniß zu ihrem Einkommen gerechte Leistungen zu tragen haben.

An der Spitze dieser Herren würde Krupp marschiren, ihm folgten Rothschild, Borsig, Bleichröder, dann vielleicht Bismarck, der „Steuerreformator", der, im Falle die progressive Einkommensteuer eingeführt würde, zehnmal so viel von seinem ihm dotirten Riesenvermögen zu zahlen haben würde, als jetzt — der aber bei den indirekten Steuern nicht viel mehr zahlt, als ein einfacher Handwerksmann.

Deshalb keine „Steuerreform" für das Reich im „reichsfreundlichen" Sinne, Steuerreform, progressive Einkommensteuer, im „volksfreundlichen" Sinne, so muß die Parole des Volkes lauten.

Beitrag zum Windmühlenkampf.

Daß in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Don-Quixoterie in bedenklicher Weise auftritt, ist eine längst bekannte Thatsache. Es wird die alte Rosinante, das Schulze'sche Spar- und Versicherungssystem, bestiegen, und flott sprengt man gegen die Sozialdemokratie an, bis man von den Flügeln der neuen Zeit derb berührt wird und kläglich zu Boden stürzt.

Auch die „Deutsche Schulzeitung", vor der wir sonst große Achtung besitzen, läßt sich von einem sogenannten „Ordnungsfreunde" allerlei Kindereien vorplaudern, durch welche die Sozialdemokratie besiegt werden könne.

Der Verfasser führt nämlich aus, daß eins der vorzüglichsten, wenn nicht das vorzüglichste Mittel überhaupt zu diesem Zweck, die neuerdings vielseitig in Anregung gebrachte und vielseitig auch schon ausgeführte Lebens- oder Rentenversicherung der Arbeiter durch ihre Arbeitgeber ist, indem der Arbeitgeber seinen Arbeiter in bestimmter Höhe in eine Lebensversicherung einkauft, und zwar so, daß die versicherte Summe bei einem früheren Ableben des Versicherten dessen Erben, bei Erreichung eines bestimmten Lebensalters jedoch ihm selbst ausbezahlt, oder daß zu Gunsten des Arbeiters eine, von einem bestimmten Lebensalter ab an denselben zu zahlende Rente versichert wird.

Nun empfiehlt unser Don Quixote das fünfundsechszigste Lebensjahr als letzten Fälligkeitstermin und glaubt dabei wirklich einen vernünftigen Arbeiter ködern zu können.

Und zwar wirft er den Köder in folgender Weise aus:

„Der Arbeiter hat, wo er sich so für die Zukunft gesichert weiß, keine Veranlassung mehr, in die sozialdemokratische Agitation einzutreten, und wird, wenn er sich bereits in dieselbe verstrickt hat, sich leichter wieder daraus lösen können."

Wie naiv! Als ob der Arbeiter, der sich in die sozialdemokratische Agitation verstrickt hat, nicht wüßte, daß er, wenn er sich wieder daraus löst, seine Lebensversicherung verliert, daß er, wenn er sich wieder daraus löst, seine Rente verliert

reich besuchte Versammlung folgte gespannt den Worten des Redners; einige nach beendetem Vortrage von Seiten der Gegner gemachten Angriffe wurden glänzend zurückgeschlagen und schließlich folgende Resolution mit großer Majorität angenommen: „Die heutige Volksversammlung ist mit den Ausführungen des Redners einverstanden und verspricht mit aller Energie für Ausbreitung der Sozialdemokratie zu wirken." Unsere Partei wächst von Tag zu Tag. Demuth.

Saarbrücken-St. Johann, 15. Juni. Sonntag, den 10. d. M. hielten wir eine Volksversammlung ab, die trotz der heißen Temperatur gut besucht war. Genosse Kaulitz erstattete zuerst Bericht über den Gothaer Congreß. Der allgemeine Beifall, den Redner erntete, bekundete deutlich die Zustimmung der Versammelten zu den in Gotha gefaßten Beschlüssen und dem Vorgehen der Sozialdemokratie. Herr Hackenberger referirte hierauf über die „indirekten Steuern" und forderte die Anwesenden auf, bei kommenden Reichstagswahlen nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, die auf Seiten des arbeitenden Volkes stehen und bestrebt sind, diese, den Allerärmsten am meisten bedrückende Steuer, abzuschaffen und an ndere Stelle eine einzige progressive direkte Steuer einzuführen. Pabst.

Friedberg in der Wetterau, 10. Juni. So ist denn nun auch hier in Friedberg mit der öffentlichen Agitation für die Sache des arbeitenden Volkes begonnen worden! Gestern Nachmittag fand hierselbst eine aus allen Kreisen der Bevölkerung sehr gut besuchte öffentliche Sozialisten-Versammlung statt, zu welcher die Genossen Pfannkuch aus Cassel und Frohme aus Frankfurt erschienen waren, um zu referiren über das Thema; „Die capitalistische Produktionsweise und die Stellung des kleinen Handwerker- und Bauernstandes zu derselben." Wir müssen es dabei bewenden lassen, zu constatiren, daß die Vorträge der beiden Redner von allen denen, die noch nicht verlernt haben, Wahrheit von Unwahrheit und Recht von Unrecht zu unterscheiden, mit großem Beifall aufgenommen wurden, und diese bildeten, mit großer Genugthuung können wir das erklären — die Majorität der Versammlung. Frohme wurde verschiedene Male von den Liberalen in einer Weise unterbrochen, die sich mit den Begriffen, welche wir von Anstand haben, durchaus nicht verträgt. Ehe noch der Redner mitunter einen Satz zur Hälfte ausgesprochen, schrie wohl schon Einer: „Ist nicht wahr," — keiner der anständigen Schreier war jedoch im Stande, der Aufforderung Frohme's, derartige Vorwürfe zu rechtfertigen, nachzukommen. — Alsbald entspann sich denn auch eine hitzige Debatte, an welcher von liberaler Seite sich betheiligten die Herren Buchhändler Scriba, Schulinspektor Schmidt, ein Hofgerichtsadvokat. Sie vermochten nichts weiter vorzubringen, wie die alten abgedroschenen Phrasen über Aufhebung der Ehe, des Eigenthums ꝛc., wie über die Vaterlandslosigkeit der Sozialisten. Es wurde den Gegnern von Pfannkuch und Frohme gebührend geantwortet. Schließlich zogen die liberalen Herren ab mit der Erklärung, daß ja doch aus den Sozialisten nichts herauszubringen sei, was man wissen wolle. (!?!) „Die Trauben sind mir zu sauer" sagt der Fuchs — und zieht voller Ingrimm ab. — Den Vorsitz führte Genosse Berg in sehr guter Weise. Er war unablässig bemüht, die von den Liberalen unausgesetzt gestörte Ordnung wiederherzustellen resp. aufrecht zu erhalten. In demselben Grade, wie die Gegner unanständig waren, beobachteten die Sozialisten den Anstand.

Leisnig, 10. Juni. Nicht immer von derselben Seite ist allen Menschen beizukommen, um sie für unsre großen menschheitserlösenden Ideen zu gewinnen. So ist bei uns, denen das großindustrielle Leben eigentlich mangelt, anfänglich wenig Interesse für volkswirthschaftliche Fragen zu finden gewesen, wohl aber war unser Publikum für die Diskussion religiöser Fragen zu gewinnen, bis wir endlich von Stufe zu Stufe heute eben so gute Sozialisten geworden sind, wie nur irgendwo zu finden sein mögen. Ein großer Theil des Verdienstes um die Aufklärung in hiesiger Gegend gebührt zweifellos Herrn Klemich aus Dresden. Grade dieser verstand es, unserm Volke ins Herz zu reden. Schon die Umwandlung, welche durch ihn veranlaßt, mit der „freireligiösen Gemeinde" in einen „Verein für geistigen Fortschritt" vor sich ging, war ein entschiedener Fortschritt, und heute ist der Sozialismus hier selbst in sogenannte bessere Kreise gedrungen. Freilich fehlt es auch nicht an Anfeindungen. So hat besonders das Projekt, unserm verstorbenen Ludwig Würkert ein Denkmal zu setzen, seine Gegner. Es hatten sich nämlich Leute aus dem gegnerischen Lager der Sammlung bemächtigt, obwohl unser Vorsteher mit zu dem Comité gehörte. Da letzterer nun gestorben war, beschlossen wir, die Sache wieder selbst in die Hand zu nehmen und veröffentlichten unsern Beschluß in den „Blättern für geistigen Fortschritt" mit der Bitte um Nachdruck. Die freireligiösen Blätter haben jedoch den Nachdruck unterlassen. Hingegen versprach der Advokat Fickert uns die gesammelten Gelder auszuliefern und that dies auch, sandte sie aber an Dr. Aug. Specht in Gotha als Redakteur der „Freien Glocken". Dieser nun verweigert uns die Auslieferung, die er zuerst schriftlich zusagte, überschüttet uns mit Vorwürfen, daß wir sozialistische Tendenzen angenommen hätten; Würkert sei niemals Sozialist gewesen, und auch er (Specht) bekenne sich nicht zur Sozialdemokratie. Nun, wir kennen unsern alten Würkert besser, denn wir verkehrten bei Lebzeiten viel mit ihm, und war er auch nicht prononcirter Parteigenosse, so waren seine gerechten Zornesausbrüche über das menschliche Elend, wo es ihm auch begegnete. und seine Prophezeihungen, daß es durch eine totale wirthschaftliche Umgestaltung in Verbindung mit der Befreiung vom Glauben allein besser werden könne und müsse, doch wahrlich seinem sozialistischen Geiste entsprungen. Und was Herrn Dr. Specht betrifft, so wissen wir ebenfalls, daß er noch im vorigen Jahre Sozialdemokrat war und lediglich aus Opportunitätsgründen zurückgetreten ist. Zum Glück für unsre Bewegung haben wir einen recht schwarzen Gottesgelehrten am Orte, der jüngst erst von der Kanzel in Bezug auf eine Grabrede, die Klemich aus Dresden unserm verstorbenen Genossen Richter gehalten hatte, Vergleiche zog zwischen Dieben und Freidenkern, vor denen man sich gleicherweise schützen müsse. Als daher heute Klemich aus Dresden unsern Wunsch erfüllte und uns wieder einen Vortrag hielt, da drangen unsre Ideen, welche zwar von einer radikalen aber durch den Geist der Toleranz veredelten Tendenz zeugen, tief in die Massen, die sich trotz der Sonnenglut Vormittags 11 Uhr zahlreich in Bad Mildenstein eingefunden hatten. „Ist die Religion dem Menschen Bedürfniß?" so lautete das Thema, nach dessen wirkungsvoller Abhandlung der Redner ganz besonders die Unhaltbarkeit der auf Gnadenakte und Willkür hinauslaufenden christlichen Lehre von der Nächsten- und Feindesliebe nachwies und erklärte, wie die neue Religion, welche Sozialismus heiße, nicht auf das Mitleid, auf die Liebe und willkürlich ausgetheilte Gnade, welche Knechtschaft voraussetzt, reflektirt, sondern auf die Gerechtigkeit! und zwar auf die Gerechtigkeit für Alle. Begeisterter Beifall lohnte den Redner, der durch diesen Vortrag abermals so manches verrostete Herzblut mit neuer Wärme erfüllte, so manchen Gleichgültigen aus seinem Schlaf aufrüttelte. Leider konnte die Debatte nicht nach Wunsch ausgedehnt werden, weil der Referent bereits um 4 Uhr in Meißen Vortrag zu halten hatte, also rechtzeitig abreisen mußte. R.

Staßfurt, 18. Juni. Unser Parteigenosse Heinrich Niehoff, in Werningerode geboren, seit circa 15 Jahren hier wohnhaft, ist am 16. d. M., Nachts 12 Uhr, im Alter von 59 Jahren in Folge eines Schlaganfalls gestorben. Niehoff war ein treuer Kämpfer für Wahrheit und Recht und hat im Jahre 1848—49 in Folge seiner politischen Gesinnungen viele Verfolgungen erdulden müssen. Trotzdem Niehoff ein fleißiger und ruhiger Arbeiter war, ward er dennoch am Vorabend seines Todes von seinem Arbeitgeber, dem er 12 Jahre seine ganzen Kräfte geopfert hatte, gekündigt, weil er Sozialist war. Ehre dem Braven.

Die Staßfurter Parteigenossen.
J. A.: H. Gunkel.

Reichenbach i. V. Seit längerer Zeit haben wir nichts von uns hören lassen, um den „Vorwärts" nicht in unnöthiger Weise in Anspruch zu nehmen. Deshalb heute einen kurzen Bericht über den Stand der Partei am hiesigen Platze. Der Wahlsieg setzte die liberalen Gegner in Harnisch, Maßregelungen der verschiedensten Art regnete es, und dazu war ja die Arbeitsstockung herrlich zu verwerthen. Große Geister regten sich in beiden Lokalblättern, um den Sozialdemokraten alles Weltunheil zuzuschreiben, selbst der Consumverein mußte mit herhalten als Schuldbeweis für die Geschäftskrisis; den Reichstagsabgeordneten wurde der Text gelesen und schließlich schrieb ein Angstmeier: „Wer soll sich noch hierher wenden oder eine Fabrik bauen, wenn solche Zustände fortdauern?" Dergleichen Geistesfabrikate kamen unter „Eingesandt" in die Blätter und wurden in einer Weise von unserer Seite erwidert, daß selbst die Gegner damit zufrieden waren, indem seit längerer Zeit „unter allen Wipfeln Ruhe ist". Anzuerkennen ist, daß sich die beiden Redakteure bei solchen Streitfragen mehr einen unparteiischen Anstrich geben, wodurch die Sache mehr sachlich behandelt werden kann, während z. B. in Greiz und Plauen die Redakteure den tiefsten persönlichen Haß gegen uns hegen. — Ueber den Nothstand im Voigtlande ist schon Vieles geschrieben worden, und haben es sich viele Blätter und Behörden angelegen sein lassen, den Nothstand abzuleugnen. Einen Nothstand im strengen Sinne des Wortes giebt es allerdings noch nicht, aber die Arbeitspausen, Lohnkürzungen und dergl. haben stark gehaust, wie die zunehmende Bettelei, die stärkere Armenunterstützung und die gerichtlichen Exekutionen, die manchem braven Manne das Dasein verbittert haben, beweisen. Wer Noth sehen will, braucht keine scharfe Brille und zu alledem wird Reichenbach noch von den Nachbarorten wegen der vielseitigen Erwerbsmöglichkeit beneidet. Bei dem Ueberfluß an Händen geriren sich nicht wenige der Herren Arbeitgeber in „geziemender" Weise durch rohe Behandlung, ungesetzliches Entlassen u. dgl. mehr, so daß es Prozesse nur so regnet. — Die vor mehreren Jahren geschaffene löbliche Einrichtung, wonach Kinder unbemittelter Eltern ohne Erhöhung des Schulgeldes die erste Bürgerschule besuchen konnten und von 400 Kindern benutzt wurde, ist neuerdings beschränkt worden, indem nur befähigte Arme zugelassen werden, jedenfalls eine Folge der einseitigen Zusammensetzung der Gemeindevertretung, in der nur Kleinbürger und Bourgeois sitzen. Der Parteistand ist hier ein guter und selbst den Gegnern Achtung gebietender. Weniger aus jungen Elementen und kleinen Besitzern als aus thatkräftigen Männern bestehend, pflegen und fördern die Parteigenossen die Bildung des Geistes in jeder Hinsicht durch fleißige Abhaltung von Versammlungen, in welchen über Naturwissenschaft, Politik und Nationalökonomie debattirt und Grund zur Ueberzeugungstreue und Aufopferungsfähigkeit gelegt wird. — Versuchen es dann und wann gelehrthuende Kapitalverehrer, ihre Weisheit auszupacken und die Sozialdemokratie zu beschimpfen, so wird ihnen mit Leichtigkeit dies Handwerk gelegt.
R. Müller.

Dessau. (An die Töpfergesellen Deutschlands.) Die hiesigen Töpfergesellen sind von der Arbeit ausgeschlossen worden, weil sie sich eine Lohnreduktion von 1,50 (bei einem Lohnsatze von 15,00) und die Erhöhung der Arbeitszeit um 1 Stunde nicht gefallen lassen wollten. Wir ersuchen die Collegen allerorts, den Zuzug von Dessau nach Möglichkeit fernzuhalten. Unterstützungen werden angenommen und alle sonstigen Angelegenheiten erledigt durch Julius Böhme, Dessau, Zerbsterstr. 5.

Das Comité:
E. Lange, Altgeselle. O. Sobieski. A. Spelling.
J. Dreßler. A. Löwigt.

Sämmtliche Arbeiterblätter werden um Aufnahme des Obigen ersucht.

Altona. (Zur Beachtung für Reepschläger und Seiler.) Da die Harburger Reepschläger- und Seilergesellen die Arbeit wegen Maßregelung niedergelegt haben, ersuchen wir die auswärtigen Collegen den Zuzug von dort fern zu halten, und sprechen zugleich die Erwartung aus, daß die auswärtigen Reepschläger- und Seilergesellen die Harburger Collegen thatkräftig unterstützen werden. Unterstützungsgelder sind zu senden an Conrad Herwig, Norderstraße 69, Altona.

Dresden. (Verein der Sattler und Berufsgenossen.) Allen Bevollmächtigten und Mitgliedern werden hiermit folgende Beschlüsse der Generalversammlung, welche vom 1. Juli ab in Kraft treten, zur Kenntniß gebracht. Die „Allgemeine Tapezierer-Zeitung" ist zum offiziellen Vereinsorgan ernannt worden, und werden vom 1. Juli an alle Beschlüsse und Verordnungen des Vorstandes in derselben veröffentlicht werden. Das Quittiren der Monatsbeiträge geschieht nur durch Stempelmarken. Reisende Mitglieder haben ebenfalls den vollen Monatsbeitrag (60 Pf.) zu entrichten, und nur Mitglieder, welche an Orten arbeiten, wo keine Mitgliedschaften bestehen, zahlen 30 Pf. pro Monat. § 5 des Statuts wird gestrichen, und haben demnach sämmtliche Beamte ihre Beitrage zu entrichten. Von jedem Monatsbeitrag sind 25 Pf. der Centralkasse zu verrechnen. Anrecht auf Reiseunterstützung hat nur dasjenige Mitglied, welches 6 Monate dem Verein angehört. Im Uebrigen verweiser wir auf das Protokoll der Generalversammlung, welches demnächst im Vereinsorgan veröffentlicht wird.

Im Auftrage des Vorstandes
zeichnet mit collegialischem Gruß
Ernst Enghardt.
Humboldstraße 6, 4. Etg.

Briefkasten

der Redaktion. Ember in J.: Daß ich die betr. „Handgreiflichkeiten" auf's Entschiedenste mißbillige, brauche ich nicht erst zu erklären. Sie waren aber provozirt, was jedoch nur als mildernder Umstand in's Gewicht fallen kann. Wenn Sie mir Ihre Adresse geben, dann mehr brieflich. x. — P. C. in Landwüst bei Markneukirchen: Die Nummer 59 des „Vorwärts" enthält das Verzeichniß der sozialistischen Schriften; die Auswahl ist zu groß, als daß wir Ihnen Einzelheiten empfehlen konnten. — L. B. in Gera: Walster ist in New-York. Es ist derselbe Donat. — G—s. und Grammaticus: Sie haben in Ihren Bemerkungen über unsre Notiz betr. den „Ehrenkourier" in Nr. 70 insofern recht, als das e in morale unzweifelhaft zu viel war; wir geben zu, daß wir diesen einfachen Druckfehler*) überlesen haben und die Notiz des „Kourier" blos gegen das weibliche Geschlechtswort (der) gerichtet

*) Beiläufig waren wir durch im Reich „der Gottesfurcht und frommen Sitte" nicht ungewohnliche Zufalle verhindert, die Correktur des Mook'schen Gedichts, sowie der Notiz in Nr. 70 des „V." zu lesen.

glaubten. Jedenfalls wäre es unpassend gewesen zu sagen: des ordre moral und das wollten wir dem schulmeisternden „Kourier" sagen. Uebrigens sind wir bereit, es vor berufenen Richtern auf ein französisches Rede-, Lese- und Schreibtournier mit der Redaktion des „Fränkischen Kourier" ..d unseretwegen mit sämmtlichen ihr gesinnungsverwandten deutschen Zeitungsredaktionen ankommen zu lassen. Vielleicht arrangiren unsere zwei freundlichen Correspondenten die Sache? — A. W. in München: In dem eingeschriebenen Briefe waren 25,00 enthalten und nicht 15,00, wie Sie angegeben haben. Siehe die Quittung.

Quittung. Brggmr Seesen Ab. 20,90. Schuhm.-Gewerkschaft hier An. 0,80. Glls Hochfeld Ab. 8,48. A. Wnk Niemes Ab. 8,74. Smt Goldap Schr. 17,05. Ochsnfrth Eikendorf Schr. 4,80. P. Hß Philadelphia Ab. 134,77. Lgs Hannover An. 0,70. Hdrch Leipzig Ab. 0,60. Arb.-Bild.-Ver. Leipzig An. 4,30. F. Ettl Brüsau Ab. 15,65. Hßnr Mainz Ab. 25,00. Brnds Göttingen Schr. 2,90. Mhrs Hanau Ab. 26,50. F. Zhtmr Darmstadt Ab. 23,90. C. Schrmr Lübeck Ab. 11,60. Krn Brandenburg Schr. 1,65. Zndr Bürgel Ab. 7,09. A. Fnr Leutkirch Schr. 4,47.

A. Z. Forste: Ist besorgt!

Berliner Wahlfonds.

Club „Einigkeit" Leipzig 2,50. A. F. Leutkirch 2,00. Hoch! den 12736 Männern des 14. Juni von A. W. München 25,00.

Anzeigen ꝛc.

Altona. Am **Montag,** den **25. Juni,** im **Schützenhof** (Altona):

Großes Sängerfest

verb. mit Familienfest und Kindervergnügen.

Anfang der Kindervergnügen 3½ Uhr, des Concerts präs. 7 Uhr. Das Sängerfest wird ausgeführt von 27 Liedertafeln mit 375 Sängern unter Leitung des Herrn Joh. Schulz. — Kassenöffnung 3 Uhr, Anfang 3½ Uhr. Herrenkarten im voraus 40 Pf. (gültig für 1 Herrn nebst Dame), Karten an der Kasse 50 Pf., Damen ohne Herrenbegleitung zahlen an der Kasse 20 Pf. Karten sind im voraus zu haben bei sämmtlichen Colporteuren des „Hamburg-Altonaer Volksblatts".

(2a) Das Comité. [390

Altona. **Sonnabend,** den **23. Juni,** Abends 8½ Uhr, in **Kopelmann's Salon:**

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. A. Kapell. [60

E. Brückmann.

Hannover. Sonnabend, den 23. Juni, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Wietgrefe, Mittelstr. 11:

Oeffentliche Versammlung

des sozialdem. Wahlvereins.

Tagesordnung: Vortrag von Hrn. Kaiser: „Welches sind die Grundprinzipien der Lehre Ferd. Lassalle's." (F163) D. Vorsitz. [70

Harburg. **Sonnabend,** den **30. Juni,** Abends 8½ Uhr im Lokal des Herrn **Geisler:**

Generalversammlung des Arbeiter-Wahlvereins.

Tagesordnung: Beamtenwahl. [80

Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. Zimmermann.

Leipzig. **Metallarbeiter-Gewerkschaft.**

Sonnabend, den 23. Juni, Abends 8 Uhr, in Menzel's Restauration, am Täubchenweg: **Versammlung.** Tagesord.: Krankenkassenangelegenheiten. D. Bevollm.

NB. Montag, den 9. Juli: Generalversammlung in obigem Lokal. [60

Leipzig. **Arbeiterbildungsverein.**

Sonntag, den **24. Juni:**

Partie nach Lindhardt.

Zusammenkunft **Dresdener Bahnhof 12 Uhr;** per Bahn bis Beucha (Tagesbillet 80 Pfg.), von da zu Fuß. [1,80

Zu zahlreicher Theilnahme ladet ein Der Vorstand.

Lichtenstein. **Sonntag,** den **24. Juni,** in den Lokalitäten des **Hotels zum „Goldenen Helm":**

Central-Arbeiter-Fest

des 17. Wahlkreises.

Wir laden hierdurch alle Freunde und Gesinnungsgenossen zu recht zahlreicher Betheiligung freundlichst ein. (2b) (F. 65) [2,40

Das Comité.

Das Protokoll

des diesjährigen, zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist heute erschienen.

Preis pro Stück **25 Pfg.,** bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren **20 Pfg.**

Bestellungen, denen der Betrag nebst 10 Pfg Porto für je 5 Exemplare beizufügen ist, sind zu richten an **C. Derossi,** Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Nur gegen baar oder Postvorschuß wird expedirt.

La Feuille d'Olivier pour les peuples

par **E. Potonié.**

Imprim. Dreyer, 17 Unter den Linden, Berlin.

En envoyant 1 Timbre (de 10 Pfg., 15 c., 1 d. selon le pays) on recevra un No. d'essai.

Alle Postanstalten nehmen Abonnements zum Preis von 1 Mk. 50 Pf. für 12 Nummern entgegen, unter dem Vermerk: „Wird aufgenommen werden im 8. Nachtrage Nr. 252a a. Französisch, II. Abtheilung, Zeitungspreisliste für 1877." — Probenummern gegen Franco-Einsendung einer 10-Pfennig-Postmarke.

Sozialist. Rundschau.

Dieses Blatt, dessen Herausgabe vom **Sozialisten-Congreß** in **Gotha** beschlossen wurde, erscheint monatlich einmal unter Redaktion von **H. Oldenburg** in **Hamburg** zum Preise von 20 Pfg.; durch die Post bezogen vierteljährlich (excl. Bestellgeld) 60 Pfg.

Dasselbe wird einen Ueberblick über die sozialistische Propaganda jedes verflossenen Monats, sowie Berichte über interessante, auf die sozialistische Partei bezügliche Vorkommnisse bringen, und so Jedem Gelegenheit bieten, sich über die Parteiverhältnisse zu unterrichten.

Die erste Nummer gelangt Ende dieses Monats zur Versendung. Bestellungen sind zu richten

An den
Verlag der „Sozialistischen Rundschau"
Hamburg.
Amelungstraße 5.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen: im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Ens, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 73. Sonntag, 24. Juni. 1877.

Reichssteuer — Volkssteuer.

Reich und Volk, Staat und Volk, Staatswohl und Volkswohl sie müssen in einem geordneten Gemeinwesen immer zusammenfallen, sie müssen sich decken.

Danach streben die Volksfreunde und angeblich streben auch danach die deutschen „Reichsfreunde".

Daß im Wesentlichen zum Staatswohl und zum Volkswohl ein gutes Steuersystem und eine gerechte Steuervertheilung beitragen, das wird Niemand leugnen.

Ob wir aber in Deutschland ein gutes Steuersystem und eine gerechte Vertheilung der Steuern haben, das allerdings ist eine andere Frage. Wir besitzen in allen deutschen Einzelstaaten und auch im deutschen Reich das sogenannte gemischte Steuersystem; die Steuern werden auf direkte und indirekte Weise erhoben.

Die direkte Steuer bemißt sich nach dem Einkommen ohne progressiv zu sein, das geringe Einkommen wird ebenso hoch im Verhältniß besteuert, als das größere Einkommen — ob diese Art der Besteuerung gerecht genannt werden kann, die den kleinen Mann mehr drückt, als den Großkapitalisten, das überlassen wir dem Urtheil der Leser.

Aber erst recht überlassen wir es diesem Urtheil, ob die indirekte Steuer, welche wie eine Kopfsteuer gleichmäßig wirkt und die meist auf derartige Verbrauchsgegenstände gelegt ist, welche die große Masse des Volks vorzugsweise consumirt, eine gerechte genannt werden kann.

Ueber diese Fragen ist in den sozialistischen Kreisen, in Versammlungen, in Zeitungen, in Broschüren und besonders in hervorragender und unübertrefflicher Weise von Lassalle schon verhandelt worden, daß wir sie hier gar nicht aufgeworfen hätten, wenn nicht für [illegible] ich, der ich Euch, Bürger, von Bern aus schreibe, mit bei jener Abtheilung war. Das Absurde grenzt hier ans Groteske, man muß wahrlich lachen.

Was thut nun der „Plebe"? Er spricht von „Positivismus" und vom „Experimentalismus". Er hat weder eigene Gedanken, noch Grundsätze, noch Gefühle; er war schon mit uns, war schon mit Marx, er ist mit Jedermann. Bei diesen Ereignissen in Italien hat er sich immer in einer bequemen „goldenen Mitte" zu halten gesucht. Das ist, was Euer Correspondent „das wichtigste sozialistische Blatt von Italien" nennt, es, welches jetzt (nach demselben Correspondenten) das Organ einer neuen Gruppe: der „Propagandisten" ist.

Es wäre zu lang, Bürger, wenn ich alle die Irrthümer, Ungenauigkeiten und Lügen Eures Correspondenten widerlegen wollte; ich bringe daher nur einige Zahlen.

Nach Eurem Correspondent bestände die italienische Föderation aus einigen Sektionen in der Romagna und in Florenz und kratischen Klagen über das herrschende Aussaugungs- und Auspressungssystem einzustimmen, da er sieht, wie sein Brodherr für ihn sorgt. Der Arbeitgeber aber kann sicher sein, durch die Versicherung einen festen Stamm zuverlässiger, treuer Arbeiter sich geschaffen zu haben, die schon um ihres eigensten Interesses, um der für sie geschlossenen Lebens- und Altersversorgungsversicherung willen ihren Dienst so leicht nicht verlassen oder verscherzen, und sie außerdem bestimmt, ihrem Brodherrn, der das Opfer der Versicherungsprämie für sie bringt, auch ihrerseits eine gewisse Dankbarkeit entgegenzubringen."

Ja, wie sein Brodherr für ihn sorgt!?

Doch hören wir den „Ordnungsfreund" bis zum Schlusse an: „Unseres Erachtens wird der Mehrwerth, den ein solcher alter, eingelernter, zuverlässiger Arbeiter gegenüber den immer wechselnden, unzuverlässigen Zuzüglern hat, für den Arbeitgeber die Ausgabe der Versicherungsprämie nahezu ausgleichen. Für den Fall, daß einer seiner versicherten Arbeiter trotzdem aus seinem Dienste tritt, kann er sich ja immer ein Anrecht auf die ganze zu dessen Gunsten lautende Police oder auf einen Theil derselben wahren, kann sie ganz oder theilweise der betreffenden Gesellschaft wieder zurückverkaufen oder zur Versicherung eines etwa bei ihm neu Eintretenden verwenden. Ist aber der Arbeitgeber selbst nicht geneigt oder nicht in der Lage, für seine Arbeiter das Ganze ihrer Lebens-, resp. Renten-Versicherungsprämie zu zahlen, so könnte und sollte er das doch mindestens zur Hälfte oder zu einem größeren Theile thun, den von dem versicherten Arbeiter selbst zu entrichtenden Antheil aber für denselben, da eine Versicherungsgesellschaft sich doch nicht gut auf wöchentliche Prämienzahlung einlassen kann, bei der jedesmaligen Fälligkeit zunächst verauslagen und dann in entsprechenden Raten von dem Wochenlohne wieder abziehen. Auf diese Weise würde Italiens sprechen, aber mein Brief ist schon zu lang. Mit Eurer Erlaubniß werde ich auf dies Thema einmal zurückkommen.

Für das Wohl unserer Sache aber beschwöre ich Euch: hütet Euch vor den Correspondenten und besonders vor denen, die nicht Italiener sind und die von Italien nichts verstehen oder nichts verstehen wollen.

Ich hoffe, daß Ihr keinen Grund habt, an der Wahrheit meiner Worte zu zweifeln.

Mit sozialistischem Gruß
Andreas Costa, Redakteur des „Martello".

Um nach allen Seiten gerecht zu sein, haben wir dem Wunsch des Einsenders entsprochen und obigen Brief zum Abdruck gebracht, obgleich er sich wesentlich nur gegen Mittheilungen unseres Belgischen Parteiorgans richtet. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob die Angaben über die Stärke der „revolutionären" und der „friedlichen" Sozialisten Italiens auf Wahrheit beruhen, 5. Berliner Bezirk beträgt der gestern constatirte Zuwachs der sozialistischen Stimmen etwa 1200 (3217 gegen 2032), während die Parteien der bürgerlichen Ordnung gegen 1100 neue Wähler mustern konnten. Die Vereinigten haben zwar mit der bedeutenden Majorität von 3000 Stimmen gesiegt, aber das Mene Tekel, das die rapide Progression sozialistischer Wähler für das Jahr 1880 an die Wand schreibt, muß der Siegesfreude einen starken Dämpfer aufsetzen."

Soweit die „Frankfurter Zeitung". — Daß der Sozialdemokratie die „letzten Mannen" nur dann ausgehen werden, wenn sämmtliche Menschen Sozialisten sind, das müssen die Herren Gegner nun bald wohl einsehen, auch wenn sie es nicht zugeben. Es fällt so schwer, sich selbst zu verurtheilen, deshalb überläßt man das Urtheil den Zeitereignissen, die es denn auch mit unerbittlicher Wahrheit aussprechen. Und in diesem Falle wird es lauten: „Die herrschende Gesellschaft hat abgewirthschaftet, sie muß neuem Leben, neuem Streben Platz machen!"

— Daß das Rechtsbewußtsein im Volke von den liberalen Zeitungen untergraben wird, davon gibt die „National-Zeitung" wieder ein treffendes Beispiel. Die türkischen Generale haben nämlich Ordre erhalten, die völkerrechtliche Kriegsmanier nicht auf die rumänischen Soldaten auszudehnen — sie werden eben einfach, weil sie ihren Oberherrn den Sultan verlassen und sich dem Czar angeschlossen haben, als Rebellen betrachtet — und nach den jetzt herrschenden Kriegsanschauungen mit Recht. Wir erklären uns gegen jeden Krieg, als gegen eine Barbarei, aber die „National-Zeitung" steht auf dem Standpunkte der herrschenden Gesellschaft und hat zum Beispiel auch die Handlungsweise der Versailler, daß den Kämpfern der Commune kein Pardon gewährt wurde, seiner Zeit gut geheißen. Da nun [illegible] waren ebenfalls durchnäßt. War nun Verrath im Spiel oder nicht — genug die Truppen kommen und wir werden zu Gefangenen gemacht, ohne daß wir auch nur einen Schuß abgefeuert hatten." Die verwünschte Nässe! Unsere „Spaziergänger" hatten wohl — Steinschloßflinten? Und die Regenschirme vergessen? Doch lassen wir mitleidig den Schleier fallen. Zum Schluß einen guten Rath: Der „Geschichtsschreiber" des „Spazierganges" bemerkt seufzend, um das Fiasko zu entschuldigen: „Wir hatten nicht die Zeit, unsere Organisation zu vollenden." Hört! Hört! Nun — vollendet Eure Organisation! Verbreitet unsere Ideen! Sammelt Kräfte! Organisirt! Geht ernstlich an die Arbeit, eine Macht zu schaffen! Und — spielet nicht mit Schießgewehren!

Correspondenzen.

St. Louis (Nordamerika), 31. Mai. In meinem Bericht in Nr. 53 des „Vorwärts" über die Communefeier, welche hier

---

Klasse zugute gekommen, wie Freizügigkeit, Gewerbefreiheit und dergleichen, antasten solle. Er sei in der Lage (O Viktor!), an der Hand der Statistik jeder Zeit (O Viktor!) nachweisen zu können, wie durch diese Fortschritte in der Gesetzgebung sich zum Beispiel die unehelichen Geburten vermindert, wie ferner der Consum in den unteren Klassen, namentlich der Fleischverbrauch sich gesteigert habe[10] 2c. Ebenso wenig dürfe das Kapital als nothwendigstes Arbeitsmittel angegriffen werden.

Die Debatte eröffnete Herr Consistorialrath Dr. Dibelius aus Dresden, welcher sich mit den Darlegungen des Referenten im Ganzen einverstanden erklärte und folgende Punkte als die bestimmten Aufgaben bezeichnete, welche seitens der Diener der Kirche im praktischen Leben in's Auge gefaßt werden müssen: 1) Man sehe sich um nach den Armen und den Vereinigungen der Arbeiter[11]. 2) Die Sorge um das geistige Wohl muß mit der Sorge für das leibliche Wohl Hand in Hand gehen[12]. 3) Man nehme in der Predigt im Besonderen Rücksicht auf die Verhältnisse der Arbeiter. 4) Man suche durch die Lokalpresse Aufklärung zu verbreiten. (Nur zu!) 5) Es muß darauf hingewirkt werden, daß dem Volke seine Sonntagsruhe (und in der Woche?) werde.

Superintendent Dr. Kunze aus Meißen fand die Aufgabe sehr schwierig (Das glauben wir gern!), daß die Geistlichen, wie es der Referent gewünscht, praktische und theoretische Beweise für die Richtigkeit der volkswirthschaftlichen Grundsätze beibringen sollen, da der Geistliche das Studium der Volkswirthschaft sich ja nicht zum Beruf mache. Es werde in der Hauptsache wohl nur auf die Gesinnung ankommen, das Herangehen der Geistlichen an die Leute (Nur „heran"!) werde die Hauptsache sein. — Herr Regierungsrath Dr. Böhmert erklärte zu dieser Auffassung sein Einverständniß.

Herr Diakonus Hartung aus Leipzig legte das Schwergewicht auf das Wirken in der Presse, wozu allerdings nothwendig sei, daß die Geistlichkeit sich mehr mit Nationalökonomie befasse. (Gilt auch von Nichtgeistlichen, Herr Hartung!) Wenn man, vornehmlich in den großen Städten, einen tieferen Einblick in die unteren Volksschichten thue, so empfange man den traurigen Eindruck, daß sich dieselben kaum noch einen Schimmer von Idealismus bewahrt haben. Der Geistliche möge danach trachten, sich vorerst wieder die Thüren zu dem Volke zu öffnen und ihm näher zu treten.

Herr Superintendent Dr. Wilisch aus Wurzen wünschte nähere Aufklärungen über die hier und da in industriellen Etablissements eingeführte Produktionsweise, welche den erzielten Gewinn gleichmäßig zwischen dem Prinzipal und den Arbeitern vertheilt. — Herr Dr. Böhmert entspricht diesem Wunsche und bemerkt, in den gedachten Fällen sei in der erfreulichsten Weise ein Emporheben der Arbeiter erzielt worden[13]. Die wichtigste Seite des gedachten Prinzips sei, daß alle Betheiligten sparen müssen, da der erzielte Gewinn nur zur Hälfte zur Vertheilung komme, zur andern Hälfte aber nutzbar angelegt werde. (Der glückliche Entdecker!)

Herr Pfarrer Harich aus Dornreichenbach bemerkte, nach seiner Auffassung gebe es gar nicht so viele Sozialdemokraten, als in der Regel behauptet werde. Ein rechter Sozialdemokrat müsse auch mit der Kirche vollständig brechen, wie fortwährend im „Vorwärts" stehe. Er habe nun aber eine recht seltsame Erfahrung gemacht. Bei der letzten Reichstagswahl sei in seiner Gemeinde weit über die Hälfte der Stimmen auf den sozialistischen Candidaten gefallen. Er habe nun solche Leute, von denen er gewußt (Woher? Die Wahl ist doch geheim, Herr Pastor!) daß sie sozialdemokratisch gewählt, in Betreff deren er aber auch nicht im Zweifel war, daß sie keine Feindschaft gegen die Kirche hegten, sondern dieselbe fleißig besuchten, gefragt, wie sie das mit ihrer Abstimmung in Einklang bringen könnten, und die Leute wären über diesen Vorhalt in hohen Grade erstaunt (Mit vollem Recht!) gewesen. Sie hätten versichert, von ihrer Kirche nicht lassen zu wollen.

Herr Pastor Rietschel aus Zittau hatte dieselbe Erfahrung in seinem früheren Wirkungskreise gemacht und bezeichnete es als nothwendig, daß man sich von dem Inhalt der sozialistischen Preßerzeugnisse genügend unterrichte, um denselben wirkungsvoll entgegenzutreten. Er habe aus diesem Studium einen großen Nutzen gezogen. In einer Volksversammlung (wo? Herr Pastor!) sei seinerseits der sozialistische Agitator darauf hingewiesen worden, wie von Seiten der Leiter der sozialdemokratischen Bewegung ganz Anderes angestrebt werde, als jener Agitator den Leuten verkündete. Dieser habe darauf erklärt, das sei nicht wahr, er habe aber sofort an der Hand des „Volksstaat" den Beweis der Wahrheit zu führen vermocht und die Folge sei ein gründlicher Abfall des sozialistischen Agitators (Wie heißt er?) und ein Rückgang der Sozialdemokratie („Rückgang der Sozialdemokratie". Wer lacht da?) in dem gedachten Ort überhaupt gewesen, wie die nächste Reichstagswahl gezeigt habe. Man werde gut thun, mit den Agitatoren dieser Partei sich in keine große Debatte einzulassen (Klug und weise!), sondern sie einfach vor die Alternative zu stellen, ob sie noch an einen lebendigen Gott im Himmel glauben. (Schreckliche „Alternative"!) Die höhnische, wegwerfende Behandlung der Religion bringe auch in der heutigen Zeit im Volke einen ungünstigen Eindruck hervor.

Herr Diakonus Dr. Peter aus Dresden wünschte, es möge die geordnete Armenpflege in den Gemeinden dazu benutzt werden, um an die Leute heran zu kommen. (Nur „heran"!)

Die Debatte wurde hierauf geschlossen. Eine Abstimmung über die Sätze 1—5 fand nicht statt, ebenso wenig über Nr. 8, dagegen wurden die Sätze 6 und 7, letztere mit dem Zusatze der Forderung der Sonntagsruhe, einstimmig genehmigt. Der Vorsitzende, Herr Prof. Dr. Fricke, verkündete hierauf, mit dem Ausdruck der Freude über den Verlauf der Berathungen, den Schluß der Versammlung."

Und damit wären wir mit dem Bericht fertig und mit Herrn Böhmert. Unsere Leser werden uns zugeben, daß sie noch kein amüsanteres Feuilleton gelesen haben.

Anmerkungen.

1 Das Fragezeichen ist das Fragezeichen des „Leipziger Tageblatt"! Sind Ihnen die Backen nicht geschwollen, Herr Böhmert, von dieser Ohrfeige, die Ihnen — Hüttner ertheilt?

2 Wir hatten immer gedacht, die Krise sei eine Folge der nichtvorhandenen „Ordnung" auf wirthschaftlichem Gebiet. Nun erfahren wir, daß sie die Rückkehr der Ordnung bedeutet. Neu, Herr Böhmert. Und vielleicht auch nicht so ganz unrichtig, insofern die zu Tage tretenden Früchte der herrschenden Unordnung den Menschen die Augen öffnen und zur Reaktion gegen dieselbe drängen. Doch das meinten Sie nicht, Herr Böhmert.

3 Wer glaubt das? Der gute Viktor verwechselt Arbeit und Arbeitszeit — was einem nicht „geborenen" Volkswirth freilich verziehen werden muß.

4 Geistliche und Weltwirthschaft! Viktor wird witzig oder — anzüglich.

5 Als „geborene Volkswirthe".

6 Geistreich! Da die „Gebildeten", d. h. Besitzenden die Einzigen sind, die sparen können, so findet das Wunder allerdings eine sehr natürliche Erklärung.

7 Der Schalk von Zettelschreiber!

8 Und die famosen Bibelsprüche von den „Lilien auf dem Felde" und den „Vögeln unter dem Himmel, die nicht säen und nicht ernten", „und der himmlische Vater kleidet und nährt sie doch"? Ob keiner der „geborenen Volkswirthe" unseren Viktor an diese biblischen Volkswirthschaftslehren erinnert hat?

9 Erst das Vergnügen und dann das Geschäft, denkt Viktor, das Sprüchlein umdrehend. Bisher war der Vortrag Vergnügen, jetzt wird er Geschäft. Unterstützt meine Sozialkorrespondenz, die den Sozialismus tödten, die Gesellschaft retten wird, wenn — sie mitleidige Seelen findet, die darauf abonniren und sie verbreiten. Wenn das Geld im Kasten klingt, die arme (Gesellschafts-) Seele in den Himmel springt. — Erbarmt sich Niemand des modernen Tetzel?

10 Unter den schlesischen und sächsischen Webern zum Beispiel. Her mit Ihrer Statistik, die Sie ja an den Fingernägeln haben! Sie sind gewiß im Stand, uns zu beweisen, daß der Hungertyphus eitel Verstellung ist und daß die Racker von schlesischen Webern nicht an Nahrungsmangel, sondern an Nahrungsüberfluß, an zu viel Fleisch sterben!

11 Vom „Umsehen" der „geborenen Volkswirthe" wird's natürlich besser, und die Noth der Zeit wird im Umsehen geheilt.

12 Wie gnädig!

13 Der bekannte Partnership-Schwindel ist gemeint. Das bedeutendste Geschäft in Deutschland — Borchardt in Berlin —, das es mit diesem „System" probirt, hat den Versuch wieder aufgegeben, weil sich die Sache als vollkommen unpraktisch erwies. Doch, Herr Böhmert hat ja seine eigene „Statistik" — schade nur, daß er sie für sich behält.

bei Hilfeleistungen finden, die grauen Schwestern daselbst aber wissen nicht auszukommen in der Pflege, wegen Mangel an Dingen, welche sie bei Kriegslazarethen im Ueberfluß sahen. Hätten sie nur Mittel, den kranken Magen zu stärken, so brauchten sie keine Medizin. Man erbarme sich und sende Hilfe."

O des Jammers! O der Schmach! „And that calls itself a civilised country!" Und das nennt man Civilisation, oder gar an der Spitze der Civilisation wandeln! Der Ueberfluß in den Militärlazarethen neben dem Mangel in den Privatkrankenzimmern — das vervollständigt das Gemälde. —

— Ein recht nettes Denunciatiönchen befindet sich in der letzten Nummer (19 und 20) der Böhmert'schen „Socialcorrespondenz". Gegenstand ist der „Vorwärts" und Anlaß der neulich von uns veröffentlichte Artikel über einjährige Dienstzeit. „Fast jede Nummer des „Vorwärts", wettert die „Socialcorrespondenz" unter der vielversprechenden Ueberschrift: „Sozialdemagogie" gegen uns, beschäftigt sich mit „Unseren Brüdern in der Armee". Das dies Blatt Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung der Volkswehr verlangt, rechnen wir ihm nicht zum Vorwurf an. Die Motive dieses Verlangens sind freilich nicht verborgen. Die Sozialdemokratie fühlt, daß das Heer eine der Hauptsäulen der bestehenden Gesellschaftsordnung ist und daß diese ultima ratio alle Pläne der Feinde des Eigenthums zu Schanden machen muß, sollte es wirklich, was wir nicht befürchten, zur Ergreifung der äußersten Mittel bei Niederhaltung der Freunde des Umsturzes kommen. Der Einsturz dieses Pfeilers würde daher unsern Gegern selbstverständlich willkommener als alles Andere sein. Aber dies Verlangen trägt doch so sehr den Charakter eines frommen Wunsches, ist so aussichtslos, und Diejenigen, welche Erfüllung desselben verheißen, machen sich so grenzenlos lächerlich, daß wir dieser Seite sozialdemokratischer Politik mit Achselzucken begegnen können. (Aber warum dann so viel davon reden? R. d. „V.")

Schlimmer ist es schon, daß die Freunde der Armee es sich angelegen sein lassen, im Schooße derselben Mitarbeiter für ihre eigene Agitation zu werben. Soldaten sind gern gesehene Correspondenten sozialdemokratischer Blätter. Sie benutzen die Spalten unserer Gegner zur Lästerung unserer Heereseinrichtungen, zur Herabziehung der im Interesse der Disziplin nothwendig befundenen Uebungen, zur Erregung des Neides gegen die einjährig Freiwilligen (die „Bourgeois-Söhnchen") u. s. w. u. s. w. Spricht doch ein Soldat im „Vorwärts" vom 10. Juni von der „Ungerechtigkeit, welche gleichsam das leitende Prinzip des Militärstaates" sei! — Indem die sozialdemokratischen Zeitungen zu solchen Kundgebungen aus militärischen Kreisen ermuthigen, begehen sie einen Frevel, der nicht genug gebrandmarkt werden kann und sehr bedauernswerthe Früchte zeitigen dürfte. Kommt der Name des Soldaten, der die Einrichtungen des Feldherrn, dem er den Eid der Treue geleistet hat, in so schamloser Weise verräth, zu Ohren der Vorgesetzten, so sind dieselben zur Anwendung äußerst strenger Strafen verpflichtet. Der „Vorwärts" kann sich dann rühmen, seine Mitarbeiter ruinirt zu haben."

Herr Böhmert (oder Freund Schulze? Ex-Mainzer? He?) mag sich trösten, durch uns wird kein Soldat „ruinirt" werden — selbst wenn das Denunciatiönchen die praktische Folge haben sollte, daß ein Prozeß nebst obligater Haussuchung gegen uns eingeleitet würde — was Hrn. Böhmert (Schulze) natürlich sehr unangenehm wäre.

Die Denunciation ist noch lange nicht zu Ende. Noch eine ganze Spalte hindurch — und das oben Abgedruckte war nicht der Anfang — wurden unsere „Todsünden" den Civil- und Militärbehörden vorgehalten, von denen sich die eine oder andere hoffentlich des unglücklichen Viktor erbarmen wird. Viktor, Viktor, da es auf anderem Wege, selbst bei den Pfaffen nicht glücken will, auf diesem kannst Du's vielleicht zu etwas bringen. Frage Freund Schulze.

— O, welche Lust, Soldat zu sein. Am 1. Juni wurde ein ehemaliger hessischer Dragoner Namens Kühn aus Bensheim in das Mainzer Gefängniß eingeliefert, welcher sich als Soldat in einem Zeitraum von 3¼ Jahren nicht weniger als 42½ Jahre Freiheitsstrafen zugezogen hatte. Dieselben hatten alle ihren Grund in thätlicher Widersetzung gegen Vorgesetzte. Derselbe erhielt im Januar 1874 2½ Jahre Festung, im Juni 1875 8 Jahre, im Dezember desselben Jahres 12 Jahre und neuerdings 22 Jahre Gefängniß.

Ein ander Bild. Der „Neuen Badischen Landeszeitung" wird unter'm 13. Juni aus Mannheim geschrieben: „Gestern Abend gegen 7 Uhr hörten auf Entfernung eines halben Stadtquadrates einige Bewohner in der Nähe der Dragonerkaserne den Schall mittelst eines Rohrstocks ausgeführter Hiebe, worauf die sich in der Nähe Befindenden ihre Aufmerksamkeit nach dem Platze der Mißhandlung dem Dragoner-Kasernen-Hofe hinwendeten und mit tiefer, sittlicher Entrüstung wahrnahmen, wie ein Unteroffizier auf einen Dragoner, welcher bei dem Kartoffelschälen beschäftigt war, mit einem Rohrstock gerade den letzten Hieb mit aller Kraft quer über das Gesicht schlug. Darauf flüchtete sich der Mißhandelte mit zugehaltenem Auge unter Stöhnen und Jammern nach der Kasernenthüre, der Rohrstockheld setzte hinterher. Nach kurzer Zeit sprang der Mißhandelte zu einer andern Thür heraus, von seinem Traktanten noch immer verfolgt, woselbst der Unteroffizier einen andern Dragoner commandirte, den Flüchtling einzufangen. Der Mißhandelte sprang nun über die Straße in ein in der Nähe befindliches Privathaus, worauf der commandirte Soldat denselben festnahm und wurde wohl auf Einschreitung einiger Zuschauer der Gemarterte auf freien Fuß gesetzt."

Kann der Militarismus besser gekennzeichnet werden als durch obige Thatsachen. Der Mißhandlung der Untergebenen Seitens der Vorgesetzten ist wegen der Geringfügigkeit der Strafe, die auf solche Vergehen gesetzt ist, Thür und Thor geöffnet; vergreift sich aber ein in seiner Menschenwürde angetasteter Untergebener an seinem Vorgesetzten — grausam wird er dann bestraft. Und das alles im Namen der vielgepriesenen Disciplin.

— Fabriken im Sinne der Gewerbeordnung. Das Polizeipräsidium von Berlin hat einen beachtenswerthen Entscheid getroffen. Hinsichtlich der Buchdruckereien waren darüber Zweifel entstanden, ob dieselben als Fabriken im Sinne der Gewerbeordnung angesehen werden müßten und ob demnach auf die in denselben beschäftigten jungen Leute und Lehrlinge die Vorschriften der Reichs-Gewerbeordnung über Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken zur Anwendung zu bringen seien. Mit Rücksicht darauf, daß in den Buchdruckereien eine fabrikmäßige Vertheilung der Arbeit stattfindet, hat, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hört, das Polizeipräsidium sich dahin entschieden, daß die Buchdruckereien für Fabriken zu erachten seien. Diese Entscheidung stimmt mit den bisher bekannt gewordenen Ansichten der Gerichtshöfe überein.

— Der Redakteur der „Frankfurter Zeitung", Dr. Holthoff, wurde am 19. d. Mts. als Zeuge vor das Frankfurter Gericht geladen. Die Vernehmung erfolgte auf Requisition der Staatsanwaltschaft in Saarlouis. Herr Dr. Holthoff lehnte unter Hinweis darauf, daß der fragliche Artikel unter seiner verantwortlichen Redaktion erschienen sei, jede weitere Auskunft ab.

— An den Schandpfahl. Das Gerücht, daß der berühmte ungarische Dichter Petöfi, der 1849 in dem großen ungarischen Befreiungskrieg gegen Oesterreich-Rußland mitkämpfte, und von da an vermißt wurde, von den russischen Henkern gefangen gehalten werde, gewinnt mehr und mehr an Glaubwürdigkeit. Bestätigt sich dasselbe, bestätigt es sich, daß allem Völkerrecht zuwider, die russischen „Culturkämpfer" hier wieder einen ganz infamen Geistesmord verübt haben, so gehören nicht nur die russischen Henker, sondern noch mehr alle diejenigen Deutschen, welche die russischen „Humanitätsbestrebungen" unterstützen, an den Schandpfahl.

— Ueber die Frechheit und über die Aussichten Rußlands äußert sich die „Kölnische Zeitung" in folgender Weise: „Der „Golos" hält eine Rundschau über die Mächte Europas und meint, die Aeußerung der preußischen „Provinzial-Correspondenz" sei ein Wink für England sich an den freiwilligen Versicherungen Rußlands genügen zu lassen. Die Stimme Deutschlands gäbe hier den Ausschlag, und auch das Wiener Cabinet werde den Bestrebungen der englischen Regierung keine Aufmerksamkeit schenken. Das russische Blatt schließt mit folgendem Trumpf: „Wir haben diesen Umstand nicht deshalb so eingehend besprochen, weil uns das Urtheil Europas über die Handlungsweise Rußlands so unumgänglich wichtig erscheint. Was auch die Meinung Europas sein möge, die Westmächte sind nicht im Stande, so wie die Sachen jetzt liegen, in den Gang der Ereignisse einzugreifen." Einer so hochfahrenden Sprache entsprechen die russischen Erfolge bis jetzt sehr wenig. Die Nachrichten aus Asien lauten für die Russen neuerdings nicht günstig, und in Europa stehen sie jetzt fast zwei Monate nach der Kriegserklärung noch immer müßig an der Donau. Nachgerade fällt diese Unthätigkeit auf, und wenn man die Verzögerung russischerseits auch dadurch erklärt, daß die russische Heeresleitung gründlich zu Werke gehen wolle, so ist auf der anderen Seite nicht zu vergessen, daß die Zeit für die Russen sehr kostbar ist. Die Balkanpässe fangen schon im Oktober an, unwegsam zu werden, und die Russen haben nur einen kurzen Sommerfeldzug vor sich, um den Donau-Uebergang zu bewerkstelligen, eine ganze Anzahl türkischer Festungen zu erobern oder doch einzuschließen und die ganze Bulgarei zu besetzen. Da ist keine Zeit zu verlieren. Dabei erfährt man von Augenzeugen, daß die Krankheiten, namentlich Ruhr und Sumpffieber, angefangen haben, im russischen Heere um sich zu greifen." — Wir fügen noch hinzu, daß die Montenegriner entscheidend von den Türken geschlagen worden sind und daß diese Niederlage auf den südslavischen Enthusiasmus in Serbien bedeutend niederschlagend einwirken wird. — Die Türken scheinen sich in letzter Zeit ermannt zu haben und so möchte es denselben vielleicht allein gelingen, die russische „Humanität" dauernd zurückzuhalten.

— Parteigenosse Friedrich Voigt, Redakteur der „Halberstädter Freien Presse", ist wegen verschiedener Preßvergehen zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

— Sonnabend, den 16. ds., wurde von der Appellkammer zu Naumburg das in der Untersuchungssache wider Parteigenosse Klute in Erfurt wegen Majestäts- und Bismarck-Beleidigung am 5. März c. gefällte Erkenntniß in der Höhe von 8 Monaten nach längerer Verhandlung bestätigt. Klute gedenkt nun noch das Obertribunal in Berlin anzurufen.

Eine kleine Auseinandersetzung.

An die Redaktion des „Vorwärts"!

Zürich, 13. Juni 1877.

Unterzeichneter ersucht Sie um Aufnahme des beifolgenden Briefes in Ihr werthes Blatt. Derselbe erschien in Nr. 411 des „Mirabeau" und wurde mit Genehmigung des Verfassers ins Deutsche übersetzt, um ihn Ihnen zuzusenden. Da dieser Brief über die jetzigen Verhältnisse in Italien Aufschluß giebt, und da auch der „Vorwärts" diesbezügliche Bemerkungen brachte, so hoffe ich, Sie werden um so weniger Anstand nehmen, ihn in Ihr Blatt aufzunehmen.

Mit parteigenössischem Gruß
K. Kachelhofer.

Bern, 22. Mai 1877.

Bürger Redakteure!

Wir sind so gewohnt an die Erfindungen aller Art und an die gegen uns gerichteten Verleumdungen, daß eine mehr oder eine weniger nicht viel sagen will. Jedoch, wenn nicht für uns, so gestattet mir doch, Bürger Redakteure, die man so unverantwortlich täuscht, für die Andern und vor Allem für Euch zu antworten auf eine in Nr. 409 erschienene Correspondenz aus Italien.

Ich werde nicht mit Schimpfereien antworten, denn ich habe

Ein weltlicher „Volkswirth" unter geistlichen „Volkswirthen".

(Viktor Böhmert's Neuestes.)

Am 13. (eine ominöse Zahl!) Juni dieses Jahres fand unser guter Freund Viktor Böhmert, der heitere Sozialistentödter, sich pünktlich in der Meißener Missionär-Conferenz ein, um seine famosen Thesen (siehe Nummer 70) zu begründen. Er that dies, dem uns vorliegenden Bericht des „Leipziger Tageblatts" gemäß, in folgender Weise:

„Die soziale Frage verlange ernstlich, daß man sich mit ihr beschäftige, da die sozialdemokratische Bewegung eine derartige Ausdehnung erlangt und mit solchen Mitteln arbeite, daß, wenn nicht von anderer Seite Widerstand geleistet werde, der zeitweilige Sieg der sozialistischen Umsturzpartei leicht möglich sei. (Entsetzlich! Wir hätten die Gänsehaut sehen mögen, die bei dieser Unglücksprophezeiung des „gelehrten" Herrn die frommen Versammelten überlaufen hat.) Referent betonte, er sage ausdrücklich „zeitweilig", weil dem Sozialismus ja ganz unmöglich (Herr Böhmert weiß natürlich genau, was möglich ist und was unmöglich. Ein Tausendsassa, das. Der Napoleonische Satz: Ich kenne kein „unmöglich", existirt für ihn nicht) auf die Dauer das Uebergewicht zufallen könne. Man habe bekanntlich vorübergehend in der Welt schon manchen Unsinn erlebt, z. B. während der französischen Revolution die Absetzung Gottes und die Erhebung der Göttin „Vernunft" (Für Herrn Böhmert und Consorten wäre es freilich sehr schlimm, wenn die Göttin Vernunft zur Herrschaft käme) an seine Stelle. Indem man nun aber der sozialen Frage näher trete, müsse man sich immer das Eine vor Augen halten, daß man den wirklichen Grund der vorhandenen Unzufriedenheit in sich selbst (Dunkel ist der Rede Sinn. Also in sich selbst haben Böhmert und Consorten den Grund der Unzufriedenheit zu suchen. Mit anderen Worten, sie sind selbst an der Unzufriedenheit schuld — ein schönes Geständniß!) zu suchen, daß man Selbsterkenntniß (Nur zu, Herr Böhmert! Erkennen Sie sich nur selbst! Das wäre sehr gut für Sie. Macht es Ihnen Schwierigkeiten, so nehmen Sie die Broschüre unseres Genossen Franz zur Hand!) zu üben habe.

Referent ging in Folge eines an ihn gerichteten Wunsches sofort zu den Sätzen 6—8 über, welche sich mit dem Verhältniß der Kirche zur sozialen Frage im Besondern befassen. Es sei dringend zu wünschen, daß die Geistlichen den wirthschaftlichen Dingen etwas näher treten, da sie gewissermaßen, wie ein bedeutender deutscher Nationalökonom richtig hervorgehoben, neben ihrem hauptsächlichen Berufe geborene Volkswirthe (Hahaha! Geborene Volkswirthe! Der Ausdruck ist gut. Und die Geistlichen! Wohl in Bezug auf die praktische Bevölkerungslehre? Siehe den Landprediger von Wakefield. Jedenfalls rechnet Herr Böhmert sich selbst nicht zu den geborenen Volkswirthen. Und darin hat er Recht. Aber zu den erzogenen? Armer Viktor!) seien. Früher, als die Geistlichen durchgängig noch im Besitze von Pfarrgütern waren, leuchteten sie in der Regel den Angehörigen ihrer Gemeinden in der Bewirthschaftung von Grund und Boden voran und es lag das ja in ihrem eigenen Interesse; heute ist das nun freilich anders geworden, die meisten Geistlichen sind nicht mehr im Besitz solcher Güter. Sie sind ferner der Schulaufsicht enthoben und haben somit viel Zeit gewonnen, sich in sozialer Beziehung mit den Erwachsenen und Halberwachsenen zu beschäftigen.

Die Geistlichen, welche in sehr vielen Fällen die Meistgebildeten in den Gemeinden sind, können so recht aus dem praktischen Leben herausschöpfen. Worin bestehe eigentlich die Krisis unserer Zeit? (Jetzt kommt's! Das Räthsel der Sphynx wird von Oedipus Böhmert gelöst.) Wir haben uns von der Ordnung im Erwerbsleben entfernt, es ist in allen Kreisen mehr consumirt als produzirt worden (?)[1], wir haben uns für reicher gehalten, als wir eigentlich sind. Wir haben Eisenbahnen, Fabriken, Häuser in Hülle und Fülle gebaut, Häuser aber mehr nur für die reicheren Klassen; der Landwirthschaft sind durch Auswanderung in die großen Städte die Arbeitskräfte verloren gegangen. Die Krisis nun, die wir gegenwärtig durchzumachen haben, soll uns die verlorene Ordnung[2] wiederbringen. Die Thatsache, daß der Mensch sich nur durch Arbeit und Mühen zu einer günstigeren Lage hindurchzuringen vermag, beruht auf alter göttlicher Weltordnung. (Schauerlich!) Ausnahmen kommen hierbei nicht in Betracht. (Was kümmern „Ausnahmen" einen so großen Geist?) Welche geringe Kenntniß von der Volkswirthschaftslehre verräth die leider unter vielen Tausenden verbreitete Anschauung, daß man durch weniger Arbeit mehr Lohn erhalten könne[3].

Es könne nicht allzuschwer sein, daß die Geistlichen in das Volk treten und dasselbe über wirthschaftliche Fragen zu unterrichten versuchen. Der Geistliche als akademisch gebildeter Mann sei in der Lage, die Weltwirthschaft[4] übersehen zu können, während der kleine Mann sich von dieser in der Regel kein Bild zu entwerfen verstehe. In den unteren Kreisen sei leider noch so gut wie kein Verständniß von den Grundsätzen der Volkswirthschaft vorhanden, und dieses Verständniß herbeizuführen, dazu erscheine der Diener der Kirche in vieler Beziehung[5] geeignet. So sei es charakteristisch, daß die Tugend der Sparsamkeit, welche an die Zukunft denke, in der Hauptsache nur bei den Gebildeten angetroffen werde[6].

Der Berichterstatter bemerkte, daß er in dieser Beziehung einen recht bezeichnenden Vorfall mittheilen könne. Er habe einst in einem Arbeiterbildungsverein einen Vortrag gehalten und dabei auf die Nothwendigkeit des Sparens und der Sorge für die Zukunft hingewiesen. Als nach beendigtem Vortrage der Fragekasten geöffnet worden, fand sich ein Zettel mit der Bemerkung vor, wie sich die Worte des Vortragenden mit dem Satz in der Bibel „Sorget nicht für den andern Tag, jeder Tag hat seine Sorge" zusammenreimten[7]. Diese letzteren Worte seien nun aber, wie jeder nur einigermaßen Nachdenkende und Gebildete von selbst herausfinde, nicht rein wörtlich zu nehmen, sondern sie könnten nur den Sinn haben, daß man nicht allzuängstlich an den nächsten Tag denken, daß man vertrauensvoll in die Zukunft blicken solle[8]. Jene Anfrage aber bewies, welche Begriffsverwirrung über wirthschaftliche Grundsätze sich hier und da vorfinde.

Herr Dr. Böhmert gedachte, um zu beweisen, in welchem Grade die Geistlichen an den volkswirthschaftlichen Dingen mitarbeiten können, seines Vaters, der Geistlicher gewesen. Dieser gab in seiner Gemeinde die Anregung zur Gründung von Kranken- und Versicherungskassen, er gründete einen Gewerbeverein, eine Volksbibliothek und erlangte dadurch erst recht Eingang in die Seelen seiner Gemeinde. (Also ein kleiner Schulze-Delitzsch!) Sehr nützlich könnten die Geistlichen insbesondere wirken, indem sie das Publikum mit dem großen Nutzen des Versicherungswesens, namentlich der Feuerversicherung (gegen Hunger und Nothstand) bekannt machen und dadurch der leider so üblich gewordenen Brandbettelei entgegenwirken. Der Geistliche sei ferner in der Lage, einen sehr wohlthätigen Einfluß bei Rathertheilung in Betreff der Berufswahl ausüben zu können.

Der Berichterstatter betonte im Weiteren, man habe darauf hinzuwirken, daß die Arbeit als solche als Lebensberuf und Lebensfreude aufgefaßt werde, denn jede Arbeit verdiene Ehre. (Wie gnädig!) Um aber nach allen diesen Richtungen hin mit Erfolg thätig sein zu können, bedürfe es der Einigung und Zusammenfassung der Kräfte, denn der Einzelne zersplittere seine Bemühungen. Zweckmäßig werde es sein, wenn die Vertreter der Kirche mit ihren Gemeinden sich mit dem seit einer langen Reihe von Jahren bestehenden Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen (Aha!) in Verbindung setzen würden. Dieser Verein gebe seit einiger Zeit die bekannte Sozialcorrespondenz heraus, welche von der Presse vielfach verwendet werde. Die Presse sei nun einmal in der heutigen Zeit eine Macht, ein wichtiges Erziehungsmittel geworden, und man solle sich dieses Mittels bedienen, nicht Andere und vielleicht weniger oder nicht Berufene darin ungehindert schalten und walten zu lassen. In der Hand der Geistlichen liege es, sowohl Mitarbeiter an der Sozialcorrespondenz, als namentlich auch an der Lokalpresse ihrer Gemeinden zu werden.

Referent hob am Schlusse seines Vortrags noch hervor, daß man den Dingen klar und ohne Vorurtheil (O Viktor!) in's Auge sehen, daß man vor allem nicht die modernen Errungenschaften, die vorzüglich der sogenannten (O Viktor!) arbeitenden

solches nicht nöthig, sondern mit Thatsachen, die Euer Correspondent nicht wird ableugnen können.

Vor Allem ein wenig Geschichte.

Man hatte in Italien eine Zeitung nöthig, welche die revolutionären Prinzipien, denen die Internationale in unserm Lande stets anhing, vertheidigte; und dieses Ziel setzte sich der „Mortello". Er erklärte nicht nur unsre Grundsätze und unsre Ziele, sondern er bekämpfte auch zugleich den „Plebe" und die gesetzlichen und friedlichen Ziele des Blattes „Povero" von Palermo, dessen Redakteur Ingegneros sein soll, das aber von allen denen redigirt wird, die das Glück haben, Freunde dieses Bürgers zu sein, der in seinem Blatte nur die „Lokalchronik", d. h. Notizen über Theater ꝛc. schreibt und der wohl kaum jemals behauptet hat, aus dem „Povero" das Organ der fizilianischen Föderation zu machen, wie Euer Correspondent dies behauptet, denn eine fizilianische Föderation existirt gar nicht, und zwar großentheils eben wegen dieses Ingegneros und seines „Povero", wie wir nach dem Geständnisse desselben Casano wissen, den man jetzt gegen uns citirt, und der es in einem Briefe an unsern unglücklichen Freund Malatesta schrieb.

Wenn es ein Volk giebt, das durch seinen Instinkt und durch seine ökonomische und soziale Lage zur Revolution getrieben wird, so ist es gewiß das Volk von Sizilien. Sceusa von Trapani, der sich nie definitiv weder für noch gegen den revolutionären Sozialismus ausgesprochen hat, schrieb einem seiner Correspondenten, daß die Organisation in Sizilien unmöglich und unnütz sei. Warum? Weil das fizilianische Volk und die Bauern im Allgemeinen sich nicht viel um die Verbreitung der Ideen kümmerten, wohl aber ganz bereit zum Handeln wären. Nehmt noch dazu die eigenthümlichen Verhältnisse Siziliens (Verfolgungen, Elend), so seht Ihr von selber, wie sehr eine durch ein früher sozialistisches und revolutionäres Blatt gemachte friedliche Propaganda lächerlich sein mußte.

Im „Mortello" über die Lage Siziliens sprechend, schlossen wir so: „Und dennoch fährt der „Povero" fort, sich mit der friedlichen, und nur mit der friedlichen, Verbreitung der Ideen zu beschäftigen." Das ist doch keine Beleidigung, oder? Ihr macht friedliche Propaganda und wir constatiren es; also keine Beleidigung. Hatten wir solches nie zuvor gesagt? Der „Povero" antwortet mit einem Haufen von Schimpfwörtern und Verleumdungen nicht gegen die Redaktion des „Martello", sondern gegen die armen jungen Männer, denen der sogenannte „Spaziergang" von Imola nach Bologna 2 Jahre Kerker gekostet hat. Darauf erwiderten wir: Ihr seid Erbärmliche. Nun intervenirt Bürger Malon (Mitglied der Commune), hält den Artikel des „Povero" aufrecht, indem er jedoch abzuschwächen sucht, und nach den Schimpfereien verlangt er Erklärungen über die Ereignisse von 1874 (den damaligen Putschversuch). Wir antworten: „Denen, die uns beschimpfen, giebt man nicht Erklärungen, sondern Ohrfeigen." Was thut nun der „Povero"? Er greift uns in einer so gemeinen Sprache an, daß es unser unwürdig war, darauf zu antworten. Wir antworteten also nicht.

Inzwischen kommt die Bewegung von Benevent zum Ausbruch, und der „Povero" wirft sich, sobald unsre Freunde verhaftet sind, kein nicht nur auf sie, sondern erfindet auch, daß

Die Zeiten sind schlecht, das ist wahr. Aber wer allein den „Vorwärts" nicht halten kann, der thue es mit zwei, drei Genossen vereinigt. Jedenfalls muß Euch allen der „Vorwärts" höher stehen, als die Lokalblätter — sollte dies nicht der Fall sein, dann hieße das Verzicht leisten auf das Kennenlernen der gesammten Arbeiterbewegung, die sich in keinem Blatte so vollendet abspiegelt als im „Vorwärts!"

Parteigenossen! Ueberall in Nord und Süd, Ost und West, tretet ein für die Verbreitung des „Vorwärts", tretet jetzt ein, gerade der Quartalswechsel macht Euch die Agitation für das Centralorgan der Partei leicht. Thue jeder seine Schuldigkeit — ohne Agitation kein Erfolg.

Das Central-Wahlcomité Deutschlands.

Auer. Brasch. Derossi. Geib. Hartmann.

Man soll das Staatsoberhaupt nicht in die Debatte ziehen

— so heißt es in den Parlamenten der constitutionellen Staaten, und wenn wir auch weniger prüde sind, so bringen wir die Fürsten constitutioneller Staaten doch nur selten in unsere Besprechungen politischer Dinge hinein, 1) weil wir wissen, daß die Fürsten selbst nicht so großes Gewicht haben bei den politischen Ereignissen und 2) weil mit den „großen Herren" des Strafgesetzbuchs halber schlecht Kirschen essen ist.

Wir rühmen uns dieser „Feigheit" (die Bakunisten werden es so nennen, besonders die, welche dem Czaren so auffällig aus dem Wege gehen) hier öffentlich, weil wir dieselbe für Klugheit halten und weil wir in den bedeutenderen politischen Fragen ganz bestimmt mit Energie zu schreiben und zu handeln wissen.

Daß wir trotzdem heute der Person des deutschen Kaisers hier Erwähnung thun, das hat seinen Grund darin, weil die preußische ministerielle „Provinzial-Correspondenz" in ihrer letzten Nummer erklärt, der Kaiser habe vor seiner Abreise nach Ems die Minister um sich versammelt, um denselben in ernst bewegter Weise seine Besorgnisse wegen der auflösenden Bestrebungen auf dem kirchlichen und sozialen Gebiete auszusprechen und sie vertrauensvoll zu festem gemeinsamen Wirken bei den sich daraus ergebenden Aufgaben aufzufordern.

Um die „auflösenden Bestrebungen" auf kirchlichem Gebiete wollen wir uns nicht besonders kümmern, ihnen stehen die liberalen „Kulturkämpfer" viel näher. Wir danken diesen Herren vorläufig für eins: Sie haben den einen großen Pfeiler, der das „Gottesgnadenthum" stützt, die „Kirche" durch ihre „Kulturbestrebungen" sehr wacklig gemacht — daß dieselben uns immerwährend die atheistischen „nivellirenden und demoralisirenden" Tendenzen in die Schuhe schieben, das kümmert uns nicht; wir sind im Stande, alle Consequenzen unserer Bestrebungen gern und freudig zu tragen, wir sind auch klug genug, diejenigen Bestrebungen feindlicher Elemente, sofern sie unseren Anschauungen dienlich sind, zu befördern und auszunützen.

Wollen jene Herren aber in letzter Stunde noch vor der römischen Kirche und vor der protestantischen Orthodoxie zu Kreuze kriechen, so haben wir nichts dagegen — ihre destruktiven Gesetze haben nachhaltig gewirkt und den auflösenden Tendenzen auf kirchlichem Gebiete den weltlichen Segen ertheilt. Daß der deutsche Kaiser, als er die betreffenden Gesetze unterschrieb, dies nicht annahm, vielleicht auch nicht annehmen konnte, wollen wir gern zugestehen, aber es steht fest, daß gegenwärtig in den dem Kaiser näher stehenden Kreisen eine entschiedene Umkehr in kirchenpolitischen Dingen vorgeschlagen wird, und daß darauf hin die bezüglichen Worte des Kaisers wahrscheinlich hinzielen.

aus höchstens einigen Hundert Mitgliedern. In Wirklichkeit umfaßte die italienische Föderation in dieser letzten Zeit:

1) Die Föderation der Provinzen Romagna und Emilia, bestehend aus den Verbänden von Bologna (100 Mitglieder), Imola (200), Forli und Umgebung (250), Ravenna und Umgebung (400), Cesena und Umgebung (80), Rimini (50), und aus den Sektionen von Forlimpopoli (70), Faenza (30), Melvola, Sankt Arcangelo, Reggio und aus einigen andern kleinen Sektionen, deren Namen mir entfallen sind.

2) Die Föderation der toskanischen Provinzen, zu der der zahlreiche „toskanische Arbeiterbund" gehörte, und die aus den Verbänden und Sektionen von Florenz (150), Pisa (200), Prato (200), Livorno (150), Proto (80), Carrara, Siena, Pontassieva, Poggitonsi, Lucia und aus noch vielen andern bestand, von denen ich weder Namen noch Mitgliederzahl kenne.

3) Die Föderation der Marken und von Umbrien, welche, neben den Verbänden von Jesi (150 Mann) und Macerato (200), die Sektionen von Perugia, Ankona, Foliguo, Osimo, Camerata, Spoleto, Terni, Narni, Ascoli, Rotella, Massiguano, Loretto, Fabriano, Fermo, Citta di Castello ꝛc. umfaßte.

4) Die Sektionen von Pavia und Caorsa (Lombardei), Marselika (Venetien) und Genua (Ligurien).

5) Den Arbeitercirkel von Rom, die neapolitanische Föderation und viele andere sozialistische Organisationen der Abruzzen und der andern südlichen Theile von Italien.

Die Vereine von Sizilien hatten alle dem in Florenz abgehaltenen Congreß der italienischen Föderation zugestimmt, mit Ausnahme des Vereins von Palermo, der aus Ingegneros und etwa 2—3 Arbeitern bestand!

Das, Bürger, sind die „paar Hundert Mann" und die „paar Sektionen der Romagna und von Florenz" Eures Correspondenten.

Habe ich noch anderes hinzuzufügen nöthig? Ja. Nämlich das, daß diese „paar Hundert Leute" klare und bestimmte Ideen und Programme hatten und noch haben, während ihre „oberitalienische Föderation" sich zur Anarchie bekennt und sich zur Internationale erklärt und zugleich die Anarchisten bekämpft und die Internationale zerstören will, und sich ihrer Armseligkeit so bewußt ist, daß sie in ihren Schooß Vereine aufnimmt, die von Bourgeois geleitet sind. Wirklich sind im Verein von Mantua, der 3000 Mitglieder haben soll, Parlamentsdeputirte enthalten. Und diese Deputirten haben mit größter Kaltblütigkeit die Schmach weggewischt (?), die der Minister des Innern (Nikotera) den italienischen Sozialisten anthat, während er die deutschen Sozialisten mit Lob überhäufte.

Die Lobreden eines Ministers sollen genügen, um Euch zu zeigen, wie jämmerlich eine legale Bewegung in Italien sein würde, wenn überhaupt eine solche existirte.

Was ihre sogenannte „fizilianische Föderation" betrifft, so existirt dieselbe also nicht, und in einigen Tagen werden sie nicht mehr davon sprechen, so wie sie schon jetzt nicht mehr sprechen von ihren vorgeschwindelten Föderationen von Ligurien, Venetien und Piemont. Und sie thun wahrlich gut, nicht davon zu sprechen, das würde Steine zum Lachen bringen.

Bürger! ich könnte Euch noch eingehender von der Lage gehörigen, die Arbeiter, ohne einmal den Versuch zur Hülfe gemacht zu haben, in grenzenloser Noth zu Grunde gehen lassen? Soll der Staat gar nichts thun, um solche Kalamitäten, wie sie jetzt hereingebrochen sind, für die Dauer zu beseitigen? Soll der Staat zusehen, daß Millionen elender und einige Tausend übermäßig reicher Leute ihm zur Last fallen, die einen durch Verbrechen aus Noth, die Andern durch Verbrechen aus Uebermuth hervorgerufen, oder die Einen durch ihre Armuth, die Andern durch ihre Faullenzerei?

Auf alle solche Fragen erhalten wir von der herrschenden Gesellschaft und von den maßgebenden Berathern des Staates ungenügende Antworten — — —

Unsere Antwort aber darauf, die Antwort des Volkes, lautet:

„Wenn die heutige herrschende Gesellschaft, wenn der heutige Staat die elenden gesellschaftlichen Zustände nicht aus der Welt schaffen will oder schaffen kann, dann muß eine andere Macht auf dem Kampfplatz erscheinen und die Geschicke der Menschheit zum Guten lenken — diese Macht ist der Sozialismus, sein Bannerträger ist die Wissenschaft, sein Schild ist das Recht."

Der deutsche Kaiser aber wird, wenn er die eine Thatsache ins Auge faßt, daß auch in „seinem" Reiche, wie in allen Kulturstaaten, gerade die gegenwärtigen sozialen Machtverhältnisse und die gegenwärtigen Gesetze die „auflösenden Bestrebungen auf sozialem Gebiete" sind, einsehen müssen, daß neue Machtverhältnisse, neue Gesetze, welche das Volk, das arbeitende Volk, welche der Sozialismus hervorrufen wird, den „auflösenden Bestrebungen auf sozialem Gebiete" einen Damm entgegensetzen und Ruhe und Frieden, Volkswohl und Bruderliebe auch in Deutschland herstellen müssen.

Krupp in England.

Die Kapuzinaden des Kanonenkönigs gegen den Sozialismus und die deutschen Arbeiter sind von dem „Bund der englischen Arbeitgeber" in's Englische übersetzt worden und haben ihre Wirkung gethan. Die „Industrial Review", unter welchem Titel seit einiger Zeit das Hauptorgan der englischen Gewerkschaften, der „Beehive" erscheint, macht sich in seiner Nummer vom 9. d. das grausame Vergnügen, die Ergüsse des „schwatzhaften Mannes, der, gleich den meisten mit übergroßer Redseligkeit behafteten Leuten von Dingen zu sprechen liebt, von denen er nichts versteht", in einem besonderen Artikel kritisch zu behandeln.

„Wir kennen die Masse der deutschen Arbeiter nicht genügend" sagt das englische Gewerkschaftsorgan, „um wissen zu können, ob der Sozialismus, welcher in dem Briefe des Baron Krupp beschrieben wird, irgend ausgedehnte Verbreitung unter ihnen hat. Wir hoffen nicht, denn dieser Sozialismus ist höchst albern und unsinnig. Wenn die preußischen Sozialisten ihren Mitbürgern das Eigenthum rauben wollen, so ist das sehr frevelhaft. Wenn sie ungeschickte, unerfahrene Arbeit an die Stelle geschickter und erfahrener Arbeit setzen wollen, so sind sie größere Narren, als unserer Ansicht nach irgendwo, selbst nicht im dunkelsten Winkel der Erde existiren können. Wenn diese verrückten, hirnlosen Menschen, wie unser guter deutscher Kanonenmacher (our good german gunmaker) uns vorredet, „alles Eigenthum, das Erbrecht, jeden Thron, jede staatliche Ordnung vernichten, abschaffen," und wenn „Viele von ihnen sogar offen oder indirekt die Religion und die Ehe abzuschaffen beabsichtigen", dann haben wir einfach zu erklären: das Krupp'sche Etablissement ist eine Pesthöhle von gemeingefährlichen Tollhäuslern, die vor die Mündungen der Riesenkanonen, die sie jetzt zu machen haben, gebunden und in Atome „geblasen" werden sollten."*)

*) Eine in Indien gebräuchliche Hinrichtungsart, die von den philanthropischen Engländern während des letzten Sipoy-Aufstandes mit gusto an Tausenden von Rebellen ausgeübt wurde.

ob die Ideen und Prinzipien der „revolutionären" Sozialisten wirklich „klar und bestimmt" sind; wir wollen uns auch eines Urtheils über die Angriffe enthalten, mit welchen Herr Costa die italienischen Sozialisten überhäuft, die nicht mit ihm in Bezug auf den Weg zum Ziel übereinstimmen; auch die alberne Verdächtigung der deutschen Sozialisten durch tendenziöses Hervorheben des von dem elenden Nicotera ihnen angeblich gespendeten „Lobs" wollen wir nicht zum Gegenstand einer überflüssigen Polemik machen; — allein gegen Eins müssen wir uns ausdrücklich verwahren, damit es uns nicht ergeht wie dem „Mirabeau" (S. die redaktionelle Note in Nr. 23 des Jurasser „Bulletin"), nämlich gegen die Schlußfolgerung, daß die Aufnahme des Costa'schen Briefes das Eingeständniß eines begangenen Unrechts (tort) bedeutete. Wir erklären formell, daß unsere Ansichten über die sozialistische Bewegung in Italien, insbesondere über die „revolutionären", die „anarchistischen" Sozialisten und deren neueste Leistung, den bewaffneten „Spaziergang" von Imola nach Bologna durch diesen Brief nicht geändert worden sind. Wer die heutigen Mißstände beseitigen, eine staatliche und gesellschaftliche Umgestaltung bewerkstelligen will, hat die dem Zweck entsprechenden Mittel zu wählen, dafür zu sorgen, daß der herrschenden Macht eine ihr gewachsene, ihr überlegene Macht entgegengesetzt wird. Mit unzureichenden Mitteln die Umgestaltung, oder gar den gewaltsamen Umsturz versuchen, ist eine Dummheit, die nur dem Feind nützen kann, die Macht stärkt, welche man brechen will. Der „bewaffnete Spaziergang" einiger vereinzelten italienischen Heißsporne (von den Massen, welche uns im Brief des Herrn Costa aufgezählt sind, war beiläufig nichts zu bemerken — was sich allerdings auf verschiedene Weise erklären läßt) hat dies recht deulich gezeigt: er goß Wasser auf die Mühle des Herrn Nicotera und gab ihm den erwünschten Anlaß zur Vernichtung des letzten Restes von Vereinsrecht und zur Auflösung aller vorhandenen Arbeiterorganisationen. Die französische und andere Regierungen haben es sich schon viel Geld kosten lassen, solche Anlässe zu schaffen. Dank den „bewaffneten Spaziergängern" hat die italienische Regierung das nicht nöthig gehabt. Und der „Spaziergang" selbst! Wäre noch etwas Ritterliches, Heldenhaftes dabei gewesen! Hätten die Theilnehmer sich wenigstens in ernstliche Gefahr begeben, ihre Haut zu Markt getragen, den Opfertod riskirt, wozu man in solchen Fällen verpflichtet ist! Aber nein! Der Bericht, den Einer der „Spaziergänger" im „Bulletin" der Juraſſer vom 10. d. M. veröffentlicht, und in dem die Blamage nach Möglichkeit vertuscht wird, läßt die ganze Affaire in einem wahrhaft kläglichen Lichte erscheinen: — — „Mehrmals waren wir den Soldaten auf Schußweite nah, aber sie wagten nicht uns anzugreifen." Warum griffen denn die „Spaziergänger" nicht an? Wenn man Staat und Gesellschaft gewaltsam umstürzen will, muß man deren „Stützen" — und das sind doch die Soldaten — auf den Leib gehn; zumal, wenn man sich dazu extra mit Flinten versehen hat. Die bösen Flinten! Endlich „wagten" die Truppen es, unsere „Spaziergänger" anzugreifen: „Wir suchten, ganz durchnäßt, in einer Schäferhütte Obdach. Unsere Gewehre und Munitionsgurte wild folly as this?) Im Jahre 1849, ehe die Trades-Unions Zeit gehabt hatten, ihre „schlimmsten Wirkungen" hervorzubringen, belief sich die Ausfuhr Englands an Dampfmaschinen und allen andern Sorten von Maschinen auf 700,000 Pfd. Sterling in Gold. — — Wohlan, im Jahre 1875 betrug die englische Maschinenausfuhr neun Millionen Pfund Sterling in Gold. Wir sind so gründlich „ruinirt" worden, daß wir statt für 700,000 blos noch für 9,000,000 ausführen! Und dieses „entsetzliche Unglück" verdanken wir dem Umstand, daß die englischen Arbeiter Gewerkschaften haben und nach höheren Löhnen streben. Scherz bei Seite! Wir glauben nicht, daß „Baron" Krupp wissentlich eine Unwahrheit sagt. Er sprach wahrscheinlich aus Unkenntniß."

Und mit diesem mitleidigen Trost entläßt das Organ der Trades-Unions den unglücklichen „Baron" Krupp, um sich gegen das Fabrikantenblatt „Capital and Labour" zu wenden, das den mildernden Umstand der Unwissenheit nicht beanspruchen könne.

Armer „Baron" Krupp!

Zur Lage der kleinen Geschäftsleute.

Die „Duisburger Volkszeitung" bringt eine kleine Episode aus dem Geschäftsleben, die auch für unsere Leser von Interesse sein dürfte. Nachdem ihr Gewährsmann erzählt, daß er bei einem Freunde, einem kleinen Ladeninhaber, zum Besuch gewesen sei, heißt es folgendermaßen:

„Kaum waren wir eingetreten, als ein Junge, bettelnd, eintrat und kurz darauf mit einer Schnitte Brod entlassen wurde. Nach Verlauf von einigen Minuten trat ein Handwerksbursche ein, um sich einen Zehrpfennig zu holen. Ein sehr ärmlich gekleidetes Mädchen holte hierauf ein halbes Pfund Mehl, das Kind hatte einen Pfennig zu wenig und wurde entlassen mit der Weisung, den Pfennig später mitzubringen. Ein älterer Arbeiter trat ein mit Thränen in den Augen (der Mann hatte offenbar niemals gebettelt) und während er mit halb erstickter Stimme seine Bitte um ein Almosen vorbrachte, rieselten die Tropfen hell über seine Wangen herab. Dem Manne folgten zwei Frauen, welche etwa für 50 Pfg. Waaren holten und dieselben bezahlten. Ihnen folgte eine Frau, welche für 1 Sgr. Brödchen holte mit der Bemerkung, sie wolle sie „nachher bezahlen". Ein Junge kaufte eine Freimarke für 10 Pfg. und ein anderer ließ einen Thaler wechseln. Dann wurden zwei Kindern für 5 Pfg. Bonbons verabreicht, ein anderes Kind nach ihnen holte für 1 Pfg. Stecknadeln. Der Steuerdiener bringt die Steuerzettel, und mein armer Freund kratzt sich hinter den Ohren, weil die Communalsteuer schon wieder gestiegen ist. Es treten jetzt mehrere Kunden ein, die à Person für einige Groschen holen, mit ihnen der Briefträger, der ein Circular bringt, welches unsern Geschäftsmann benachrichtigt, daß die vereinigten Kaufleute von B. beschlossen haben, den Kredit von drei auf zwei Monate herabzusetzen."

Nachdem der Einsender nun versichert hat, daß diese Schilderung völlig auf Wahrheit beruhe, schließt er:

„Arbeiter, Beamter, der du vielleicht noch ein etwas erträgliches Einkommen hast, du hast wahrlich keine Ursache, diesen Mann zu beneiden, weil er etwa in Rock und Pantoffeln geht, er ist heute oft ärmer daran wie du, er lebt in glänzendem Elende."

Wir stimmen dem ganz bei, daß der Arbeiter, welcher jetzt ein erträgliches Einkommen hat, viel zufriedener sein kann, als der oben geschilderte Geschäftsmann. Aber hat denn der Einsender der „Duisburger Volkszeitung" gar keine Ahnung, weshalb es seinem Freunde so schlecht geht? Wir wollen es ihm sagen: Weil die Lohnarbeiter sämmtlich entweder gar kein „Einkommen" oder doch kein erträgliches haben. Hätten sie ein solches, so würde der kleine Geschäftsmann ebenfalls ein gutes Einkommen haben. Daraus erhellt aber, daß derselbe es mit den Arbeitern in guten und bösen Lebenslagen halten

am 18. März stattfand, hat sich insofern ein Fehler eingeschlichen, als in demselben von einer irischen und dänischen Sektion der Internationale die Rede ist, die aber gar nicht existiren. Die deutsche Sektion ist hier in vier Zweigvereine getheilt und findet jede Woche eine Versammlung statt. Außerdem existirt hier noch eine französische, böhmische und englische Sektion, letztere besteht aus Amerikanern, Engländern und Iren. J. H.

Budapest. Von einem serbischen Sozialisten, der sich, da ihm eine zehnjährige Kerkerhaft in Aussicht stand, aus Serbien flüchtete, wurde der Pester „Wochenchronik" folgendes interessante Schreiben mitgetheilt, das auch wir zum Abdruck bringen wollen. Dasselbe lautet:

„Lieber Freund! Ich habe Dir schon lange gar nichts geschrieben, da ich mich bis jetzt fortwährend in der Bewegung befand. Als ich aus Serbien flüchtete und in Neusatz ankam, konnte ich nicht einmal ausruhen, denn es ist mir ein kategorischer (unbedingter) Befehl zugekommen, Neusatz sofort zu verlassen. Kaum hatte ich meine Sachen gepackt, um weiter zu gehen, da kam vom Ministerium an die hiesige Behörde die Verordnung, mich in's Verhör zu nehmen. Warum man mich zuerst aus Neusatz vertreiben wollte und dann wieder bleiben hieß — das wird der Neusatzer Stadthauptmann und vielleicht auch — Herr Tißa wissen.

„Jetzt befinde ich mich in Semlin, ich weiß indessen nicht, wie lange man mich hier dulden wird; ich zweifle, daß es lange dauert. Vor einigen Tagen hat die hiesige Behörde Michael Niketics, der ebenfalls ein serbischer Flüchtling ist, von hier ausgewiesen; Niketics ist nach Pancsova übersiedelt und hat sich seinem Schicksale geduldig ergeben. Doch was mich anbelangt, ich kann es nicht lange aushalten, — ich muß zurück nach Serbien, denn dort befindet sich das Feld meiner Thätigkeit und ein paar Jahre Kerker dürfen einen Sozialisten nicht zurückschrecken.

„Aus Serbien kommen mir sehr unerfreuliche Nachrichten zu. Die Morawa ist ausgetreten und die Provinzen, in welchen im vorigen Jahre der Krieg wüthete, sind jetzt gänzlich überschwemmt. In diesen Provinzen sterben jetzt die Leute faktisch am Hunger; in anderen Gegenden Serbiens herrschen dagegen die Blattern und der Typhus. Die Saaten sind in vielen Orten zum Theil auch durch den Frost zu Grunde gegangen. Das Hornvieh ist durch den Krieg nahezu vernichtet; die Armuth ist grenzenlos. Das arme Volk! . . . Die serbische Regierung dagegen ist die schwärzeste Reaktion selbst und da in Folge des zu Anfang des Krieges proklamirten Belagerungszustandes das ordentliche Gemeindegesetz suspendirt worden ist, so sind überall im Lande die vom Volke gewählten Munizipalausschüsse vom Amte enthoben und ihre Stelle haben die von der Polzei ernannten Ausschußmänner eingenommen. Mit Hilfe dieser Polizeimänner sammelt die serbische Regierung Unterschriften für eine Petition an die Skupschtina (Nationalversammlung), in welcher begehrt wird, die Gemeinde-Autonomie wieder abzuschaffen und die Stockprügel einzuführen.

„Das Volk in Serbien ist noch wenig aufgeklärt; wir Sozialisten sind aber jetzt an Händen und Füßen gebunden. Ich fürchte sehr, daß die Reaktion siegt und die geringe Freiheit, die wir mit schwerer Mühe eroberten, mit einem Schlage vernichtet.

„Doch auch die Regierung hat kein leichtes Spiel. Die Staatssäckel sind leer, das Ministerium hat sich in Alt- und Jungliberale gespalten und die finanziellen Verwickelungen und der Mangel an Geld sind so groß, daß das ganze bureaukratische System wackelt. Ich hoffe, daß die Reaktion unterliegen wird, obwohl meine Hoffnung sehr schwach ist, und ich sehe schon mein armes Vaterland mit der Knute und den sibirischen Bergwerken wetteifern. Armes Serbien! Aber einmal muß dennoch die wahre Demokratie, die communistische Partei siegen; unsere Pflicht ist es aber, diesen Sieg der Menschheit über den modernen Barbarismus je eher je besser herbeizuführen. Muth und Ausdauer — und wir müssen unser Ziel erlangen.

„Die von Dir erwähnte Anklageschrift gegen die russischen Sozialisten beider Geschlechter habe ich erhalten; die Photographien der verurtheilten Sozialistinnen gleichfalls. Dieselben sind mir alle persönlich bekannt und ich bedaure sehr diese armen Opfer der russischen Despotie. Doch es wird einmal auch am Winterpalaste des Czaren die siegreiche rothe Fahne der Sozialdemokratie wehen, und dann werden auch die heutigen „Verbrecherinnen" vollkommen gerächt."

Dieses Schreiben beweist zugleich, wie sehr wir Recht hatten, als wir unsere serbischen Genossen vor den „freiheitlichen" Bestrebungen Milan's, ebenso wie vor dem „Väterchen", dem Beschützer der unterdrückten „christlichen" Brüder warnten.

Altona. Auch hier ist der Fortschritt am Rückschreiten. Am letzten Sonnabend (16. d.) fand eine Versammlung des Vereins der Fortschrittspartei statt, zu welcher sich etwa 40 bis 50 Mitglieder eingefunden hatten. — Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Sozialismus zu tödten; er steht aber, wie wir sehen, selbst schon auf dem Aussterbeetat.

Frankfurt, 20. Juni. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: Von unserem in Strafhaft in Ziegenhain befindlichen Collegen Eduard Sack erhalten wir ein Schreiben, das wir, da es die Censur der Anstalts-Direktion passirt hat, wörtlich mitzutheilen keinen Anstand nehmen. Dagegen enthalten wir uns jedes Commentars zu demselben; auch das stärkste Wort könnte den Eindruck nicht verstärken, den die schlichten Worte unseres Collegen weithin machen müssen. Das Schreiben lautet:

(Bidi-Vermerk des Anstalts-Direktors.) Ziegenhain, 17. Juni 1877.

Werthe Collegen!

Gestern (Samstag) war Regierungsrath v. Stark, der Dezernent (Beauftragte) der Kasseler Regierung in Sachen des Gefängnißwesens, hier. Mit strengem Gesicht und strengen Worten kündigte er mir an, daß ich nun auch von Seiten der Anstalt „beschäftigt" werden müsse. Ueberhaupt, meinte er, würde ich hier viel zu „liberal" behandelt; er hätte andere Gefängnisse besucht und ähnlichen „Liberalismus" nirgends gefunden. Auch unterließ der Herr es nicht, mich zu erinnern, daß die Selbstverköstigung nur eine „Vergünstigung" sei, folglich mir jederzeit entzogen werden könne.

Ich beeile mich, Ihnen von dieser neuesten Situation Mittheilung zu machen. Wenn es sich zunächst auch nur um mich handelt, so ist sie doch — wie ich meine — auch für Sie, namentlich für denjenigen Collegen, der mir nachfolgen wird, von einigem Interesse, abgesehen noch von der großen Frage der Strafvollstreckung überhaupt.

Wie ich die Zwangsbeschäftigung aushalten soll, ist mir ein Räthsel. Wenn es sich nur um die gegenwärtigen vier Wochen handelte, würde ich kein Wort darüber verlieren.

Ueberhaupt ist die vergangene Woche eine wahre Marterwoche für mich gewesen. Zweimal steigerte sich die Aufregung bis zum vollen Fieber. Glücklicher Weise hat sich's wieder gezeigt, daß die alten Nerven noch nicht durchmorscht sind.

Mit bestem Gruße

Ihr Eduard Sack.

P. S. Von heute ab darf ich täglich nur zwei Cigarren rauchen — auch auf spezielle Anordnung des Regierungsraths. Jeden Morgen werden sie mir durch den Hausvater zugetheilt. Mein letzter — sehr geringer Vorrath — wurde mir fortgenommen.

Frankfurt a. M. Das hiesige Apellationsgericht hat in der im „Vorwärts" bereits erwähnten Privatklage des Schriftstellers Mehring in Berlin wider den Herausgeber der „Frankfurter Zeitung", Sonnemann, wegen der Bezichtigung, daß der Letztere dem Ersteren Verleumdung und Erpressungsversuch vorgeworfen habe, unter theilweiser Abänderug der Motive, die in der ersten Instanz ausgesprochene Freisprechung Sonnemann's bestätigt. Die seitens Mehring's beantragte Wiederaufnahme des Beweisverfahrens wurde abgelehnt und Mehring in die Kosten verurtheilt.

Aschaffenburg, 16. Juni. Die hiesige gut nationalliberale Zeitung berichtet Folgendes: „Gestern Abend wurden die zwei hier zu Uebungen einberufenen Landwehrcompagnien entlassen. Leider nehmen die Mannschaften nicht die beste Erinnerung mit sich nach Hause. Wie das Gerücht in der Stadt geht — und allenthalben wird darüber mit gerechter Entrüstung gesprochen — hat der inspizirende General die Mannschaften in durchaus unwürdiger Weise behandelt, Mannschaften, welche fast sämmtlich den Feldzug mit Ehren mitgemacht, von denen sogar einige sich das eiserne Kreuz erworben hatten. Es sollen Ausdrücke gefallen sein wie: „die Kerle sind nur gut zum Kanonenfutter", „was sind das für Jammergestalten", „Händeabhacken" und andere mehr, die gerade nicht dazu beitragen, die Landwehrmänner, welche ihrer Wehrpflicht genügen und im Geschäft und zu Hause durch ihre Einziehung in Friedenszeiten schwer vermißt werden, zu sonderlicher Anstrengung anzueifern. Der inspizirende General soll v. Treuberg gewesen sein, derselbe, von dem die bayerische Presse schon Allerlei berichtet hat, was seinen Untergebenen das Soldatenleben nicht besonders angenehm machte. Wir haben indeß noch nicht vernommen, daß dem General etwas dafür geschehen sei. Unter diesen Umständen ist es doppelte Pflicht der gesammten Presse, die vorgekommenen Ungehörigkeiten wenigstens durch möglichst große Verbreitnng und scharfen Tadel an den Pranger zu stellen, um dem öffentlichen Gewissen und Anstand mindestens einigermaßen Genugthuung zu verschaffen. — Ob's was nützen wird, ist freilich sehr die Frage.

Ratibor, 9. Juni. Der „Oberschlesische Anzeiger" enthält eine Zuschrift, aus welcher zu ersehen ist, daß die Noth der Arbeiterbevölkerung in Oberschlesien immer mehr um sich greift. Unbegreiflich bleibt es nur, daß man das „Bitten um Arbeit" mit Krawall bezeichnet. Man ersieht hieraus wieder einmal, mit welcher Voreingenommenheit Alles, was von Arbeitern gethan wird, beurtheilt wird. Hätten die Leute sich nicht um Arbeit beworben, so mußten sie zu irgend einem Vergehen schreiten, wenn sie nicht auf öffentlicher Straße verhungern wollten. Da sie es darauf nicht ankommen lassen, sondern lieber arbeiten wollen, so werden sie zu Tumultuanten gestempelt. Das Blatt schreibt folgendermaßen: „Ueber einen Arbeiterkrawall in Groß-Strehlitz wird uns folgende Mittheilung gemacht: Am 26. und 28. v. M. war ich Augenzeuge eines Arbeiterkrawalls in Groß-Strehlitz. Die Arbeiter waren theilweise von den dortigen Bahnarbeitern, theilweise von dem nächstliegenden Hüttenwerke Zawadzki entlassen worden, rotteten sich in der Zahl von 300 bis 400 Mann vor dem Hause des Landrathes zusammen und schrieen: „Wir wollen Arbeit und bitten um Arbeit!" Der Herr Landrath telegraphirte sofort an die Bahnverwaltung nach Oppeln, um die Leute auf der Strecke, welche gegenwärtig von Strehlitz bis Tost gebaut wird, zu beschäftigen. Am 26. wurde eine Rotte von 100 Mann angenommen; am 28. ebenfalls ein kleiner Theil; die Uebrigen wurden durch die Polizei besänftigt und verloren sich langsam."

An die Maler, Lackirer und Vergolder Deutschlands.

Collegen! Der hier während der Pfingstfeiertage stattgehabte Congreß hat die Begründung eines Verbandes der deutschen Maler, Lackirer und Vergolder beschlossen. Einzelne Exemplare der Statuten, wie dieselben vom Congreß beschlossen und auch von den bis jetzt bereits sich an unserer Organisationsfrage betheiligten Collegen gutgeheißen wurden, sind an bekannte Adressen in den verschiedensten Städten Deutschlands versandt worden. Sobald seitens der hiesigen Behörde dem Statut Sanktion ertheilt worden ist, wird die Verbandsleitung dies genügend bekannt machen und denen, welche ihre Mitgliedschaft bereits zugesagt haben, das nöthige Material, wie: Karten, Statuten, Marken u. s. w. zustellen. Die Collegen aber an Orten, welche bisher unserer Sache fern standen, möchten wir doch bitten, uns umgehend Adressen zugehen zu lassen, damit eine Verständigung erzielt werden kann.

Wir wissen wohl, daß man uns von verschiedenen Seiten entgegenhalten wird: „das nützt ja doch nichts", „wir können es auch nicht ändern" und wie die Ausflüchte alle heißen mögen. So spricht hier Einer und da Einer, bis es zehn, hundert sagen und schließlich der größte Theil den opferwilligen Bestrebungen Weniger indifferent gegenübersteht.

Collegen! Blickt auf die Organisationen der Buchdrucker und so verschiedener anderer Berufsarten und prüft die Erfolge, welche dort durch ein gemeinschaftliches Handeln Vieler erzielt worden sind. Oder ist etwa in unserem Gewerbe eine Verbesserung überflüssig? Können wir etwa von „dem goldenen Boden" des Handwerks reden? Mit nichten! Kein Gewerbe ist so heruntergekommen, in keinem hat die Concurrenz so schädlich gewirkt wie in dem unserigen. Schüttelt den alten Künstler- und Kastenstolz ab und betheiligt Euch zahlreich an dem Verband. Leset die §§ 1 und 2 des entworfenen Statuts und Ihr werdet finden, daß die Bestrebungen des Verbandes durchaus berechtigte, nothwendige sind.

„Die geistige und materielle Wohlfahrt seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern", das ist der Zweck, welchen der Verband verfolgt. Kann es eine schönere Aufgabe geben? Unsere Gegner aus Interesse werden freilich, wie sie es bereits gethan, auch noch künftig sagen: daß das Strikemachen unser einziges Prinzip sei. Nur böser Wille oder Unkenntniß des wahren Sachverhalts kann eine derartige Meinung hervorrufen. Haben die Prinzipale nicht durch ihre Beschlüsse auf dem vorjährigen Malertag zu Köln zugegeben, daß „Etwas faul ist"! Nun was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig; wenn die Herren Prinzipale ihre Lage verbessern wollen, so wollen auch wir dem guten Beispiele folgen. Dies kann aber nur geschehen, wenn wir uns fest aneinander anschließen, uns organisiren und in stetem geistigen Verkehr die Schäden unseres Gewerbes aufdecken. Letzteres wird nur dann gut möglich sein, wenn wir in den Stand gesetzt werden, die vom Congreß beschlossene Fachzeitung in's Leben rufen zu können.

Tretet deshalb zahlreich dem Verbande bei; je größer die Betheiligung, desto kleiner die Opfer, welche der Einzelne zu bringen hat, desto eher die Verwirklichung unserer Bestrebungen.

Das Protokoll ist dieser Tage erschienen und bitten wir Diejenigen, welche sich Aufklärungen über die Verhandlungen des Congresses verschaffen wollen, sich an Unterzeichneten, an welchen auch alle sonstigen Briefe ꝛc. zu richten sind, zu wenden. Der Preis des Protokolls beträgt 15 Pf., bei Entnahme von mindestens 12 Stück wird dasselbe portofrei übersandt.

Mit collegialischem Gruß

Friedr. Nauert, Leipzig, Frankfurter Str. 31/IV.

NB. Alle Arbeiterblätter werden freundlichst ersucht, Obiges aufzunehmen. D. O.

Druckfehler-Berichtigung.

In Nr. 70 d. Bl., letzte Seite, 3. Spalte, 15. Zeile von oben soll es heißen: „Diverse Außenstände incl. Depositum laut Hauptbuch M. 30,936,96" anstatt 39,936,96. Die 9 wurde bei der Correktur wegen matten Druckes für eine 0 gelesen.

Die Expedition des „Vorwärts".

Briefkasten

der Redaktion. Th. L. in Großenhain: Der Rückkehr der betr. Frau nach Großenhain steht unserer Meinung nach nichts im Wege. — — J. M. in Erfurt: Die Angelegenheit ist zu verwickelt, als daß wir Ihnen Rath ertheilen könnten, wir haben uns aber brieflich an einen hiesigen Rechtsanwalt gewandt, vielleicht daß dieser Ihnen Auskunft geben kann. — H. W. in Wohlau: Auf Ihre drei Fragen diene zur Antwort: ad 1) das Gericht hat das Recht, in diesem Falle die Exekution zu vollstrecken; ad 2) wenn die Sachen nachweislich dem Sohne gehören, so dürfen sie nicht gepfändet werden; ad 3) Sie sind verpflichtet, die Miethe zu bezahlen. — J. P. in Constanz: Die Bekanntmachung ist strafbaren Inhalts, da sie Hrn. Bl. der Angabe unwahrer Dinge bezichtigt; Ihnen kann man aber strafrechtlich nichts anhaben, weil die Bekanntmachung in dem betr. Blatte nicht zur Aufnahme, also auch nicht an die Oeffentlichkeit gelangte.

der Expedition. Der Bekannte Rchnbrg: Die Karten kosten incl. Porto 60 Pf., wollen Sie diesen Betrag einsenden oder Schpfr dort veranlassen, daß er seinen hiesigen Commissionar zur Einlösung beauftragt.

Quittung. B. Hrmnn Haardt Schr. 0,95. Stll Ihlienworth Schr. 2,68. Hrbg Würzburg Ab. 4,00, Schr. 9,00. Klbflch Dortmund An. 2,85. Klz St. Johann Ab. 18,40. Wf Christophsgrund Ab. 10,00. Gnthr Hannover Ab. 3,00. Nrchnr hier An. 0,90. Grlnbrgr Nürnberg Ab. 300,00. Mknfy Düsseldorf Ab. 9,60. Mrtn Schmölln Ab. 3,60, Schr. 0,95. Sbrt Cassel Ab. 6,60. Drp Berden Ab. 16,00. Krn Brandenburg Ab. 2,00. Dck Danzig Ab. 3,20. Nrchnr hier Schr. 1,40. Gsr hier Schr. 1,20.

Altona. Am **Montag,** den **25. Juni,** im **Schützenhof** (Altona):

Großes Sängerfest

verb. mit Familienfest und Kindervergnügen.

Anfang der Kindervergnügen 3½ Uhr, des Concerts präs. 7 Uhr. Das Sängerfest wird ausgeführt von 27 Liedertafeln mit 375 Sängern unter Leitung des Herrn Joh. Schulz. — Kassenöffnung 8 Uhr, Anfang 3½ Uhr. Herrenkarten im voraus 40 Pf. (gültig für 1 Herrn nebst Dame), Karten an der Kasse 50 Pf., Damen ohne Herrenbegleitung zahlen an der Kasse 20 Pf. Karten sind im voraus zu haben bei sämmtlichen Colporteuren des „Hamburg-Altonaer Volksblatts".

(2b) Das Comité. [390

Halle a. S. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Dienstag, den 26. d. Mts., Abends 8 Uhr, Große Wallstraße 24:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Jeder am Platze. Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden. (F166) D. V. [70

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein. Dienstag, den 26. Juni, Abends 8½ Uhr, bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 8 Tr.:

Geschlossene Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1) Wahl der Lokalbeamten. 2) Bericht des Vergnügungs-Comités und Verschiedenes. [80

Es ersucht zahlreich zu erscheinen **G. Klaws.**

Dortmund. Generalversammlung der Mitglieder der Westfälischen Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G., Sonntag, den 22. Juli, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Nellensmann, auf dem Berge. Tagesordnung: Innere Geschäftsangelegenheiten. (F. 80) D. V. [150

London. Der Communistische Arbeiterbildungsverein hält seine regelmäßigen Sitzungen jeden Sonnabend und Montag Abends 9 Uhr 38 Marschall St. Golden Square W. [40

J. Boß, 79 Charlotte Street, Fitzroy Square London W.

Osnabrück. Arbeiter-Wahlverein. Donnerstag, den 28. Juni, Abends 8½ Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemünze 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Vortrag. 2) Aufnahme neuer Mitglieder. 3) Verschiedenes.

Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht [90

Der Vorstand.

Es wird uns mitgetheilt, daß die Annonce in Nr. 71 des „Vorwärts", durch welche „geübte Cigarren- und Wickelmacher bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht werden, von einem Fabrikanten herrührt, der mit seinen Arbeitern in Differenzen steht. Wir warnen deshalb, auf die Offerte einzugehen.

Mehrere Cigarrenarbeiter.

Für Zürich und Umgebung

befindet sich vom 1. Juli ab eine

Filiale des „Vorwärts"

bei J. Franz & Cs., Buchhandlung, Rosengasse 6, woselbst schon jetzt Abonnements gerne angenommen werden und auch einzelne Nummern zu haben sind.

Abonnementspreise (jede Nummer sobald erschienen zu haben und zwar im Laden, Rosengasse 6, abgeholt): pr. Quartal fr. 2. 80 pr. Monat fr. 1. —; in beiden Fällen vorauszahlbar.

In unserem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie durch unseren Commissionär Hrn. Siegismund u. Volkening in Leipzig zu beziehen:

„Arbeiterkrankheiten"

1. Schädliche Gase
2. Schädliche Dämpfe

als Krankheitsquellen und die von ihnen heimgesuchten Fabrikationszweige.

Von F. A. Moralt.

Preis 10 Pfg. Bei Abnahme größerer Partieen bedeutender Rabatt.

Augsburg, im Juni 1877. (3b)

3,90] Volksbuchhandlung von J. Endres, G. Nr. 322.

Das Protokoll

des diesjährigen, zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist heute erschienen.

Preis pro Stück 25 Pfg, bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg.

Bestellungen, denen der Betrag nebst 10 Pfg Porto für je 5 Exemplare beizufügen ist, sind zu richten an C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Nur gegen baar oder Postvorschuß wird expedirt.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heyze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 74. Mittwoch, 27. Juni. 1877.

Parteigenossen!

Schnell eilt die Zeit — wiederum naht ein Quartal seinem Ende, ein neues beginnt, und an seiner Schwelle nun erinnern wir Euch daran, Eure Pflichten gegen die Partei, gegen Euch selbst als Parteigenossen zu erfüllen.

Ihr habt uns berufen, die Interessen der Partei zu fördern, über sie zu wachen; allein Ihr habt dies keineswegs gethan, um Euch dadurch auf den Beweis der Existenz einer Arbeiterpartei zu beschränken, sondern um in das Parteileben eine bestimmte Willensrichtung zu bringen, um anzuerkennen, daß die Parteibewegung einen einheitlichen Charakter haben solle.

Angesichts der Hindernisse nun, welche einer festgeschlossenen, formellen Partei-Organisation in Deutschland im Wege stehen, kann die Einheit der Partei nur gewahrt werden, wenn fort und fort das bewußte Streben nach einem Ziele uns Alle leitet, wenn wir uns einen geistigen Brennpunkt schaffen, der Jeden unter uns befähigt, ohne besondere Winke, zur Noth ohne formelle Vereinigungen, für die gute Sache des arbeitenden Volkes in Uebereinstimmung mit den übrigen Parteigenossen zu wirken. Dieser Brennpunkt ist vorhanden. Das Centralorgan der Partei, der „Vorwärts", ist längst von der Partei als solcher bezeichnet und gewürdigt worden. Was aber von der Gesammtheit proklamirt worden, das soll auch von jedem Einzelnen beachtet werden. Jeder Einzelne von Euch, Parteigenossen, hat die Pflicht, das Centralorgan selbst zu lesen und zu verbreiten. Nur durch die Erfüllung dieser Pflicht kann ein Anrecht auf die direkte Zugehörigkeit zur Partei begründet werden.

[illegible] daß die Lage Rumäniens schlimmer würde, als die von Serbien. — Der rumänischen Regierung gönnen wir ihrer Perfidie halber diese unerquickliche Situation, dem rumänischen armen Volke natürlich nicht.

— Man schreibt uns aus Bukarest:

Am 9. Juni kam „Väterchen" nach Bukarest, woselbst er von 12—2 Uhr verbli[illegible]. — Der Bahnhof war für alle, außer die Dienst habenden und Empfänger, durch einen riesigen Aufwand von Polizei geschlossen, die Straßen waren offiziell beflaggt und durch zwei unvollendet gebliebene Triumpfbögen geschmückt (?!). Unter der Menge vertheilt befanden sich bezahlte Buben, welche Hurrah rufen mußten. Uebrigens ist nicht viel interessantes zu sehen gewesen. — Den 16. Juni kam Milan, König in spe, von Belgrad hier an. „Väterchen" kam Abends ebenfalls nach Bukarest, aber nicht in die Stadt, sondern er blieb bis 11 Uhr Nachts bei einem wahrscheinlich recht frugalen Abendmahl mit Milan und Carl in Cotrotrochin (Lustschloß des letzteren bei Bukarest). Samstag Morgens reiste Milan nach Ploesti ins Hauptquartier. Ob er noch Gelüste nach der Königskrone trägt, weiß ich nicht. Tritt Serbien in Aktion, dann dürfte auch Oesterreich ꝛc. dazu beitragen helfen, die Schlächterei in Europa allgemeiner zu machen. — Ein Tscherkessenkapitän stieß sich in Jassy vor den Augen „Väterchens" den Dolch in die Brust als er von ihm keinen Pardon erhielt. Der Kapitän war einer der Anführer jener 300, welche in Giurgewo die Kugeln von den Patronen genommen haben sollen und welche von dort entfernt wurden. — Hier in Bukarest hat alles Vergnügen an Sammlungen und

Wir haben die Ueberzeugung und freuen uns auch dessen, daß es nun zu spät ist.

Sollte auch eine scheinbare Verständigung der omnipotenten Kirche mit dem omnipotenten Staate stattfinden, sollten die protestantisch-orthodoxen Priester auch für diese Verständigung mit der römischen Kirche aus naheliegenden Gründen voll und ganz eintreten, so hat doch das Volk — ob es katholischer, protestantischer oder atheistischer Anschauung ist — aus dem langen Streite die rechte Lehre gezogen: Staat und Kirche verbinden sich immer, wenn es gilt der Freiheit an den Kragen zu gehen, sie entzweien sich nur, wenn es gilt, die der Freiheit geraubten Güter zu theilen.

Und das Volk hat ein gutes Gedächtniß!

Daß auch der zweite Pfeiler des „Gottesgnadenthums", der privilegirte Grundbesitz, von eben denselben guten Berathern des Königthums durch die wirthschaftliche Gesetzgebung in Deutschland, welche den Finanzbaronen und Schornsteinrittern das Heft in die Hände gespielt hat, endgültig vernichtet worden ist, freut uns wiederum — wir haben an solchen „destruktiven Arbeiten" selbstverständlich unser Vergnügen, daß aber jene „Umstürzler" keinen anderen Pfeiler, die Liebe des Volkes, errichtet haben, ist natürlich ihre Sache.

Der Kaiser soll in Bezug auf die auflösenden Bestrebungen auf sozialem Gebiete auf das jüngste Wahlresultat im 6. Berliner Wahlkreis hingewiesen haben — auch darüber freuen wir uns.

Können sich aber auch alle diejenigen freuen, welche veranlaßt haben, daß offiziell der Nothstand in diesem Theile Berlins, resp. in Berlin überhaupt, abgeleugnet wurde!?

Ist denn von Staatswegen bis jetzt irgend etwas für das nothleidende Volk geschehen? Soll der Staat seine besten Anhänger solchen Umständen ist die Apathie wohl erklärlich, die im türkischen Volke herrscht; die Furcht hält Alles zurück und nur durch wiederholte Niederlagen am Kriegsschauplatze dürfte die gegenwärtige Regierung von ihren Feinden etwas Arges zu befürchten haben.

Durch den Krieg sind wir beinahe von der ganzen Welt abgeschlossen, denn wir empfangen nur alle acht Tage einmal Nachrichten von Europa; von Deutschland mit dem Triester und von England und Frankreich gewöhnlich mit dem Marseiller Dampfer. Mit dem Durchlassen der Depeschen ist die Regierung sehr strenge; die Depeschen harmlosesten Inhalts werden manchmal am Telegraphenamt nicht angenommen. Die Regierung veröffentlicht wohl ziemlich regelmäßige offizielle Nachrichten vom Kriegsschauplatz, allein mit der Wahrhaftigkeit derselben sieht es sehr traurig aus; so sind wir tagelang mit der Wiedereinnahme von Ardahan gefüttert worden, die sich schließlich, wie man es hier in eingeweihten Kreisen im Voraus wußte, nicht bestätigt hat.

Von dem asiatischen Kriegsschauplatze haben wir bereits seit verschiedenen Tagen in offizieller Weise nichts zu hören bekommen, indessen wird dieser Ausfall zur Genüge durch Nachrichten aus Montenegro gut gemacht, die alle von verschiedenen den türkischen Waffen günstigen Gefechten zu erzählen wissen. Weitere Berichte hierüber will ich nicht machen, denn die Relationen der Regierung sind ziemlich widersprechender Natur, so daß man besser thut, noch Weiteres abzuwarten, bis man an Vortheile in Montenegro glaubt, die ohnehin ohne Wichtigkeit sind.

Bis zur Stunde verlautet nichts Offizielles über einen Donau-

Nach dieser ironischen Einleitung beschäftigt das englische Gewerkschaftsorgan sich mit einigen volkswirthschaftlichen Weisheitssprüchen des „guten Kanonenmachers", und kommt dann, nachdem es dessen „Zustand geistiger Verwirrtheit" (condition of mental confusion) constatirt hat, zu den Aussprüchen des Essener Pabst-Kaisers über die englischen Arbeiter und Arbeiterverhältnisse.

„England wurde groß und mächtig durch seine Industrie", schreibt Herr Krupp. „Da bildeten die englischen Arbeiter Trades unions und machten Strikes, um von ihren Arbeitgebern höhere Löhne zu ertrotzen. Dies hat zur Folge gehabt, daß viele Arbeit in's Ausland geschickt wurde, und die deutsche Industrie hat aus dieser verkehrten Taktik der englischen Arbeiter Vortheil gezogen. Das sei Euch (den deutschen Arbeitern) eine Warnung! Wenn Ihr das schlechte Beispiel der englischen Arbeiter befolgt, so wird auch unsere Arbeit in's Ausland getrieben." Ei! Ei! Herr Krupp ist offenbar durch die Heulmeiereien des Organs unseres Arbeitgeberbundes, des „Capital and Labour" (Kapital und Arbeit" — der Titel des englischen Fabrikantenblättchens) genasführt worden. Also einst war England ein reiches, prosperirendes Land. Aber die englischen Arbeiter geriethen auf Irrwege und warfen sich in die Tradesunion-Bewegung — das war ungefähr um das Jahr 1825, wo die Gesetze gegen die Arbeiterverbindungen (Coalitionen — die sogenannte combination-laws) widerrufen wurden. Und seitdem ist England von seiner Höhe gesunken und die unvernünftige Thorheit der englischen Arbeiter ist Deutschland zu Gute gekommen. „Ist das Hundstags-Tollheit (midsummer madness), oder verkehrt gelesene Geschichte, wie man Hexensprüche rückwärts liest? Was bezweckt „Baron" Krupp mit solch tollem Blödsinn? (What does Baron Krupp mean by utterly [illegible]

bestraft. Nicht besser geht's dem, der sich gegen § 302 versündigt. Dieser Paragraph behandelt die Aufreizung, Aneiferung und Verleitung zu Feindseligkeiten wider die verschiedenen Nationalitäten, Religions- und anderen Gesellschaften, einzelne Klassen der bürgerlichen Gesellschaft ꝛc. Mit Hilfe dieser Kautschuckparagraphen ist es natürlich möglich, eine jede Opposition mundtodt zu machen. Selbst die Erzählung wahrer Thatsachen, auch in objektivster Form, wird nach diesem Paragraphen zum „Vergehen", sobald diese Thatsachen die Regierung oder die herrschenden Klassen in ein schiefes Licht setzen. Die Behörden lassen sich daher ungenirt die gröbsten Ungesetzlichkeiten zu Schulden kommen, jeder Bericht über dieselben wird nach § 300 des Str.-G. confiszirt. Es wäre ein blaues Wunder, wenn Graf Lamezan und seine Collegen diese Paragraphen nicht weidlich ausbeuteten. Abgesehen von den schamlosen Confiskationen der „Gleichheit" beginnt man jetzt auch wieder durch Prozesse die Partei zu verfolgen. Genosse Dunnstätter sitzt in Untersuchungshaft, weil er in einer öffentlichen Versammlung erklärt haben soll, er erkenne die Verfassung nicht an. Unsere Verfassung ist ein solches Unding, ein so systemloses zusammengeläppertes Gebäude aus Altem und Neuem, Gutem und Schlechtem, voller Confusion, Widersprüche und voll Ungerechtigkeit gegen die Besitzlosen, daß keine Opposition diese Verfassung anerkennen darf und kann, da sie nur zu dem Zwecke fabrizirt wurde, jede Opposition unmöglich zu machen. Keine der oppositionellen Parteien erkennt die Verfassung an, oft genug wurde das ausgesprochen — aber eingesperrt werden nur die Arbeiter, welche so reden. Natürlich, die Pfäffleins und Gräfleins, welche der Verfassung ein Schnippchen schlagen, die sind unantastbar

---

„Neuen Sozialdemokrat" zu jener Zeit schon das „deutsche Mac Mahonnat" genannt wurde. — Nichts für ungut, liebe „Tribüne"!

— Schöne Gesellschaft. Deutsche Blätter veröffentlichen eine Londoner Correspondenz, in welcher erzählt wird, daß der englische „Cobdenclub", der dieser Tage unter dem Vorsitz des Lord Hartington ein „Festmahl" abhalten wird, drei Deutsche zu Ehrenmitgliedern hat: Hrn. Karl Blind (der die betr. Correspondenz geschrieben hat), Hrn. Karl Schurz und Hrn. Schultze-Delitzsch. Vaterland, freue Dich!

— Schwindel. Eine obskure Mainzer Buchhändler-Firma, die sich „Export-Buchhandlung Mainz" zeichnet, hat die Unverfrorenheit, einen ihrer neuesten Schundromane (die höchst wahrscheinlich aus einem Reptilienfonds ihr schandvolles Dasein fristen): „Das rothe Gespenst, oder: Bekenntnisse eines Sozialdemokraten; großer politisch-sozialistischer Zeitroman" dadurch zu empfehlen, daß ein Gottfried Bebel als Verfasser desselben figurirt. Der Sozialist Bebel heißt aber August; einen Gottfried dieses Namens gibt es zur Zeit nicht unter den Parteigenossen. Nun hat es die noble Firma jedoch auf doppelte Täuschung abgesehen. Einmal, um durch den Namen Bebel glauben zu machen, der Inhalt des Machwerkes sei einer sozialistischen Feder entflossen, das andere Mal, um durch Aussicht auf Prämien (die man zum vollen Werth bezahlen muß) leichtgläubige Gemüther zu ködern. — Um eine Probe davon zu geben, weß Geistes Kind dieser Gottfried Bebel ist, theilen wir die folgende Stelle aus dem Prospekte des in Rede stehenden Schundromans wortgetreu mit — daß aber Keiner lache!: „Alle die Anschläge, welche die Grundfesten des Staates zu erschüttern unternehmen, alle die Thaten, die von der geschlossenen Verbindung ausgehen, welche sich die Sozialdemokratie nennt — alle die Pläne, die im Verborgenen ausgeheckt werden und dann plötzlich in grauenvollen Wirkungen sich äußern, sie geben ein sprechendes Zeugniß für das Dasein des rothen Gespenstes." — Unsere Leser werden dafür sorgen, daß Niemand, den sie kennen und mit dem sie verkehren, auf den Leim gehe.

— Auch eine nette Pflanze. Durch die Zeitungen liefen vor einigen Wochen mehrere Artikel, welche den Leipziger „Grenzboten" entnommen, ein gewisses Aufsehen erregten, da sie das Demissionsgesuch des Kanzlers mit den Bestrebungen einer „hohen Dame", die angeblich gegen des Kanzlers Politik gerichtet seien, sowie mit Friktionen mit dem Finanzminister in Zusammenhang brachten. Die Freunde der betreffenden und betroffenen „hohen Dame" machten Miene, die Sache krumm zu nehmen, worüber der Redakteur der „Grenzboten" in solchen Schreck gerieth, daß er klein beigab und den Artikeln eigenhändig die Spitze abbrach. Fürst Bismarck, dem von seinen Gegnern natürlich die moralische Urheberschaft zugeschoben ward, mußte sich durch die ungeschickten Artikel auf's ärgste compromittirt fühlen. Nunmehr theilt die „Berliner Westend-Zeitung" einen Passus aus einem Schreiben mit, das die Ansichten des Fürsten Bismarck über den erwähnten Artikel und Hrn. Hans Blum wiedergiebt. In diesem Schreiben, dessen Verfasser nicht näher bezeichnet wird, heißt es: „Ich hätte es nicht gedacht . . . . Aber circa zwanzig und einige Minuten habe ich dem Fürsten doch abgerungen. Fünf davon kamen auf das Befinden, auf Friedrichsruh, auf Kissingen . . . . Endlich hatte ich die Unterhaltung so gewandt, daß ich die Grenzboten-Artikel auf's Tapet bringen konnte. Der Fürst verzog das Gesicht. „Ich will nichts davon hören", sagte er. „Ich will von dem Blum nichts wissen. Wie, habe ich Ihnen nie erzählt, was der mir schon einmal für einen Streich gespielt? Es war im April 1869, als ich einen ersten Versuch mit einer parlamentarischen Soiree machte. Ich sage: Versuch. Denn an eine regelmäßige Wiederkehr solcher Gesellschaftsabende hatte ich anfangs nicht gedacht, und in der That hätte sie Hans Blum mir fast verleidet. Gleich den ersten Abend konnte ich ihm keinen Augenblick entgehen, er war immer hinter und vor mir, fing jedes Wort auf, ja, ich sah ihn zuweilen den Bleistift gebrauchen. Ich ärgerte mich, machte jedes Mal auf den Absätzen Kehrt, wenn er mich anreden wollte, faßte den Grafen Bethusy-Huc oder sonstwen unter den Arm, ließ mich mit ihm in ein tiefes Gespräch über die Dressur der Jagdhunde ein, nachdem ich ihm zugeflüstert: „Lassen sie mich nicht los, bis der Blum fort ist", aber er wich und wankte nicht, verfolgte mich mit den Augen und die Hundedressur war nahezu erschöpft. Ich erblickte plötzlich Lasker, mit dem ich ohnehin ein Hühnchen zu rupfen hatte, und operirte so geschickt, daß es mir gelang, Lasker in einen Winkel zu ziehen, wo ich durch andere Abgeordnete gegen meinen Verfolger gesichert schien. In demselben Augenblicke war dieser an meinen Fersen und wollte mich anreden. „Erlauben Sie einen Augenblick, Herr Blum, eine Angelegenheit von der höchsten Wichtigkeit . . ." Das half, aber auch nur für einige Minuten. Am nächsten Morgen bin ich im Reichstage, studire auf meinem Platze ein großes Aktenstück, das mir eben aus Paris zugegangen. Da bringt ein Parlamentsdiener einen mit Bleistift geschriebenen Zettel von Hans Blum. Darauf steht: „Erlauben Sie, daß ich über die gestrige Soiree, die überall einen so herrlichen Eindruck hinterlassen hat, ein Feuilleton für die „Gartenlaube" — oder war es das „Daheim"? — schreibe?" Was sollte ich machen? Ich schrieb ärgerlich darüber: Meinetwegen. Nach acht oder vierzehn Tagen mußte ich dann lesen, daß bei mir auf der Soiree Witze erzählt worden wären, wie sie — wörtlich! — der Buchhändler nur versiegelt zu verschicken pflege! Seitdem fürchte ich die Reporter. Seien Sie überzeugt, ich ging anfangs ernstlich mit dem Gedanken um, Journalisten zu meinen Soireen hinzuzuziehen, aber Hans Blum hat mir das verleidet. Früher las ich die „Grenzboten". Seit Herr Blum sie redigirt, habe ich sie abgeschafft. Ich habe immer Angst, es könnte mal ein Artikel darin stehen, wie der von 1869 in der „Gartenlaube". Ich traue dem Blum Alles zu . . . Jetzt haben wir die Bescheerung . . ." — Auf den Inhalt des Artikels ging der Kanzler nicht ein, obwohl ich noch wiederholt davon anfing . . .

— „Seht mich an! Ich bin der Bismarck." „ER" ist wieder in Kissingen — trotz Kullmann-Reminiszenzen — und die Anekdotenfabrikanten haben wieder zu thun. Das Neueste (bis auf Weiteres) liest sich also: „Auf einer Promenade, die der Fürst Bismarck gewöhnlich des Nachmittags in das sogenannte Moswäldchen macht, begegneten ihm am Sonntag, den 3. d., zwei Landmädchen, deren eigenthümliche Tracht und Flügelhüte ihm auffielen. „Ihr seid wohl nicht aus Kissingen", fragte der Fürst. „Ich habe solche Tracht und solche Hüte hier noch nicht gesehen." „O nein!" antworteten Jene. „Wir sind aus dem Grabenfelder Gau. Wir sind mit dem Vergnügungszuge, der aus Meiningen gekommen ist, herübergefahren und möchten gern den Bismarck sehen." „Dann braucht Ihr nicht weit zu gehen," sagte der Fürst lachend, „seht mich an, ich bin der Bismarck." Ein Ausruf des Erstaunens entfuhr den Lippen der beiden Mädchen. „Ihr seid also der Herr Bismarck?" sagte die Eine schüchtern. „Ja, der bin ich," bestätigte der Fürst. „Nun könnt Ihr zu Hause erzählen, daß Ihr den Bismarck gesehen habt. Reist mit Gott und grüßt mir den ganzen Grabfelder Gau.""

Schade, daß ER den Mädchen kein Andenken mitgegeben hat. Nicht einmal ein Stück Hutfutter!

— Zu Tode gearbeitet. Am 11. Juni erhielt auf der Ringofen-Ziegelei bei Bochum ein trotz der glühenden Hitze arbeitender Ziegelbrenner einen Sonnenstich und fiel um. Als man nun denselben in's Krankenhaus bringen wollte, verschied er schon auf dem Wege dorthin.

Notiz. Durch ein Versehen ist ein Theil der Zwischenbemerkungen zu dem letzten Feuilleton-Artikel statt an der durch Ziffern bezeichneten Stelle im Text an den Schluß des Artikels gesetzt worden, wodurch ihre Wirksamkeit natürlich stark beeinträchtigt wird.

muß; daß er nicht, wie es jetzt fast immer noch geschieht, im öffentlichen Leben die Kapitalbesitzer unterstützen darf.

In Berlin sind vielfach die kleinen Geschäftsleute aus ihrem Dusel erwacht, das haben die letzten Wahlen bewiesen — sie halten jetzt treu zur Sozialdemokratie.

In den Provinzen haben diese kleinen Geschäftsleute übrigens noch mehr Ursache, in ihrem eigenen Interesse Freunde der Arbeiterbestrebungen zu sein, und zwar abgesehen von den oben angeführten Gründen, weil die Reichen und Vornehmen der kleinen Städte ihre Waaren und Bedürfnisse selten von den Geschäftsleuten der Stadt, in welcher sie wohnen, beziehen, sondern ihre Einkäufe bei den Engroshandlungen machen, da sie dort dieselben billiger erhalten. Paris und Berlin liefern den Herren die Kleider, Schuhe und Möbel, Hamburg die Colonialwaaren, und so haben Schneider, Schuster, Tischler und Krämer das Nachsehen — sie würden verhungern oder müßten ein anderes Handwerk ergreifen, wenn die Lohnarbeiter ihnen nicht zur Seite ständen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Aus der „besten der Welten". Die letzte vom statistischen Bureau der Stadt Berlin veröffentlichte Wochenstatistik beginnt wie folgt:

„In der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni wurden lebend geboren 816, todtgeboren 30, es starben 569. Zugezogen sind 1537, fortgezogen (1325 + 189) Personen. Es sind demnach mehr geboren als gestorben 247, mehr zu- als fortgezogen 23, mithin hat sich die Bevölkerung vermehrt um 270. Unter den Lebendgeborenen waren 98, unter den Todtgeborenen 10 außereheliche Kinder."

Das klingt so alltäglich, daß den Meisten, die es lesen, nichts dabei auffällt. Und doch steckt in dem letzten Satz eine furchtbare Summe sozialen Elends, enhüllt sich in ihm eine der „Nachtseiten" unserer Gesellschaft. Vergleichen wir die Zahl der lebend- und todtgebornen außerehelichen Kinder mit der Gesammtzahl der (lebend und todt) geborenen Kinder, so kommen wir zu dem Ergebniß, daß ein Drittel sämmtlicher todtgeborenen Kinder außerehelich geboren sind, während die Gesammtzahl der außerehelichen Geburten weniger als ein Siebentel aller Geburten ausmacht, mit anderen Worten, daß die Zahl der todtgeborenen außerehelichen Kinder verhältnißmäßig um weit mehr als das doppelte (etwa 5 zu 2) die Zahl der todtgeborenen ehelichen Kinder übersteigt. Es ist das beiläufig „eine alte Geschichte". In welchen Abgrund des Elends und Verbrechens lassen uns aber diese Ziffern hineinblicken? Und wer, für den Menschlichkeit nicht ein leeres Wort ist, muß nicht mit all seiner Energie auf die Beseitigung von Gesellschaftszuständen hinwirken, welche dieses Elend und diese Verbrechen erzeugen?

— Das Wahlgesetz verordnet, daß wenn eine Wahl vom Reichstage für nichtig erklärt wird, die Neuwahl sofort anzuordnen sei. Im 6. Berliner Wahlkreise ließ das „Sofort" drei Monate lang auf sich warten; weshalb, erfahren wir jetzt aus sicherer Quelle. Die „Vossische Zeitung" kündigte seinerzeit den Wahltermin für Dienstag vor Pfingsten an. Sofort begab sich eine Deputation der Fortschrittspartei zum Oberpräsidenten Herrn v. Jagow nach Potsdam und erwirkte von demselben eine Hinausschiebung des Termins, bis der Candidat der Fortschrittspartei Ludwig Löwe aus Italien zurückgekehrt sei. Herr Löwe genoß also schon von vornherein die Protektion der Regierung, und es wäre gar nicht nöthig gewesen, daß sich die Polizei am Wahltage zu seinen Gunsten verwendete, wie es bekanntlich der Fall war; man kannte die Katze ohnehin schon an den Pfoten. — So erzählt die „Berliner Freie Presse".

— „Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser", so schreit Märchen's Seele nach Anerkennung seiner Reden und Thaten durch die liberale und fortschrittliche Presse, die ihm diese so beharrlich verweigert. In Nr. 25 des „Gewerkverein" lieset man nämlich einen Leitartikel: „Die Lehre des 14. Juni" unterzeichnet **M. H.** (Max Hirsch), in welchem sich in Bezug auf die bekannte Moabiter Versammlung folgender Jammerruf befindet: „Während jeder einzelne persönliche Hieb und Gegenhieb (von den liberalen Blättern) wohlgefällig berichtet wurde, fertigte man die grundsätzliche Widerlegung seitens eines geladenen Reichstagsabgeordneten (Max Hirsch) mit Stillschweigen ab." — Armer Max! Während du glaubst, daß du die Sozialdemokratie grundsätzlich widerlegt hast, glauben die liberalen Zeitungen und selbst die dir befreundete „Volkszeitung", daß du Unsinn geschwatzt hast und schweigen, blos um dich zu schonen, diesen Unsinn todt. Armes verkanntes Genie!

— Die Corruption der liberalen Presse. Ueber die „Kölnische Zeitung", das große rheinische Bourgeoisblatt, schreibt Otto Glagau, der sich selbst zur nationalliberalen Partei bekennt, Folgendes: „Selbst die „Frankfurter Zeitung" durfte der „Kölnischen Zeitung" vorwerfen, daß diese um einen Thaler pro Zeile die „höhere Bauernfängerei" getrieben, daß sie nie ein Wort der Warnung gegen den verbrecherischen Schwindel gehabt habe. Gegen die großen Gründerprozesse am Rhein brachte sie anfänglich entweder gar nichts, oder sie schlüpfte darüber möglichst kurz hinweg. In Sachen der spitzbübischen „Rheinischen Effektenbank" brachte sie die Ausführungen des Anklägers und der Civilpartei verstümmelt, dagegen die Plaidoyers der Vertheidiger vollständig. Ihre Parlamentsberichte enthalten oft geradezu Fälschungen." — Wenn dieses Urtheil bei der „Kölnischen Zeitung" zutrifft, die doch noch ein anständiges Organ ist, wie würde sich dann erst das Urtheil gestalten, wenn Herr Glagau sich herabwürdigte, ein solches beispielsweise über die Berliner „Volkszeitung" oder das „Leipziger Tageblatt" zu fällen.

— Zum Arbeiter-Risiko. Nach dem „Rh.-W. Volksfreund" belief sich zufolge einer amtlichen Registrirung im Jahre 1876 die Zahl der Unfälle in dem größten Fabriketablissement Essens (Krupp) auf nicht weniger als 1033 bei einer Arbeiterzahl von 8000, d. h. es verunglückten mehr als ein Achtel oder 13 Prozent der Beschäftigten. Die Zahl der Unfälle im Jahre 1877 dürfte im Verhältniß zu 400 Unfällen, welche das Etablissement bereits im ersten Vierteljahr zu verzeichnen haben soll, eine noch höhere Ziffer und einen noch bedenklicheren Prozentsatz erreichen. Zu den registrirten Unfällen gehören nicht die leichten Verletzungen, sondern nur die erheblichen Verwundungen, welche ärztliche Behandlung erfordern und eine längere oder kürzere Arbeitsunfähigkeit nach sich ziehen. Mit Recht sieht der „Volksfreund" die Ursache jener übergroßen Zahl der Unfälle nicht in der Unerfahrenheit und Unachtsamkeit der Arbeiter oder in ungewöhnlichen Ereignissen, sondern vielmehr in der Verminderung der Arbeitskräfte unter Festhaltung derselben Anforderungen an Arbeitsleistung, ebenso in der Verlängerung der Arbeitszeit, vor Allem aber in der Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen an den Maschinen und einer unzureichenden Leitung und Ueberwachung. — Daß ein Schutzgesetz für die Arbeiter, daß ein strengeres und gerechteres Haftpflichtgesetz nothwendig ist, wird kein anständiger Mann, außer vielleicht dem Herrn Eugen Richter, bezweifeln.

— Verurtheilungen. Herr Eduard Sack, Redakteur der „Frankfurter Zeitung", wurde am 22. Juni wegen Verächtlichmachung des Preßgesetzes in zweiter Instanz zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die erste Instanz hatte auf Freisprechung erkannt. — Das Berliner Kammergericht hat das stadtgerichtliche Urtheil, welches Herrn Guido Weiß, Redakteur der „Wage", wegen Majestätsbeleidigung durch einen Artikel über den Dreikaiserbund zu einer dreimonatlichen Festungshaft verurtheilte, bestätigt.

Parteigenosse Götze in Chemnitz ist wegen Beleidigung des Reichsheeres in zweiter Instanz zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Es steht ihm also nichts mehr im Wege, in dem bekannten rothen Thurm sein Quartier aufzuschlagen.

— Etwas, was wir längst wußten. Die „Germania" bringt in ihrer letzten Sonntagsnummer (17. Juni) eine Betrachtung über die Stellung der christlichen Fürsten im Gegensatze zum Papste. Ohne Gnade und Barmherzigkeit will sie die Ersteren unter Letzteren gestellt wissen, „denn — argumentirt sie ganz richtig — durch die Lossagung von dieser Autorität (der Autorität des Papstes) haben die Fürsten nur verloren. Die tief erschütterte fürstliche Autorität wird nicht eher wieder auf festem Grunde stehen, als bis sie sich der höheren päpstlichen Autorität unterwirft und dadurch wieder aller der Vortheile theilhaftig wird, welche einst die Kaiser des heiligen römischen Reiches besaßen." So weit die „Germania". — Mögen die Herren Liberalen und ihre Haupthähne auch noch so laut schreien: „Wir gehn nicht nach Kanossa!" sie werden doch nothgedrungen hingehen müssen, wenn sie wollen, daß die Kirche wieder alle Hebel in Bewegung setze, um das Volk zu verdummen, damit es in tiefehrfurchtsvollem Respekt vor dem Vorrechte der Geburt und des Geldsacks ersterbe. In Sachen des Kulturkampfes werden also die Herrn wohl nachgeben. Ob diese Nachgiebigkeit aber noch etwas nützen wird, und ob das Volk ihnen und ihren schwarzen Complicen nicht schon zu viel in die Karte gesehen hat — das ist freilich eine andere Frage. Es müßte aber auch blind sein das Volk, wenn es bei eintretender Wiedervereinigung zwischen den reaktionären Gewalten in „Kirche und Staat" nicht einsehen sollte, daß diese Wiedervereinigung nichts weiter ist, als eine Verschwörung zu seiner ferneren Unterdrückung, zu seiner systematischen Verdummung und Ausbeutung. Man sei deshalb auf der Wacht und halte die Augen offen! Sch.

— Aus Belgien. Am 3. und 5. Juni tagte in Brüssel ein Arbeiter-Congreß, über dessen Verlauf einige Notizen aus dem „Mirabeau" hier Platz finden mögen.

„Eine große Masse von Arbeitern bereitete den Delegirten und den namentlich aus den vlämischen Landestheilen in großer Zahl eintreffenden Besuchern einen begeisterten Empfang. In einem großen Zuge begab man sich nach dem Versammlungslokal, wo ein Meeting abgehalten und ein energischer Protest gegen das Verfahren beim großen Kohlengräber-Strike von Seraing erlassen wurde. Am Abend war ein Volksconcert arrangirt, bei dem Dr. De Paepe einen Vortrag über „die Vorläufer des modernen Sozialismus in Belgien" hielt, der großen Beifall fand.

Am Congreß waren durch 88 Delegirte folgende Städte vertreten: Antwerpen, Brüssel, Gent, Mecheln, Verviers, Huy, Charleroi, Jolimont, Haine St. Pierre, Haine St. Paul, Jayt und Jemappe. Das Büreau des Congresses wurde beauftragt, an die Repräsentantenkammer einen Protest gegen die Einmischung der Behörden von Seraing und Lüttich gelegentlich des Strikes von Seraing einzusenden.

Die Hauptfrage des Congresses war die Feststellung der Statuten des „Sozialistischen belgischen Arbeiterbundes". Die vlämischen Delegirten beantragten durch ihren Sprecher Coenen von Antwerpen (Redakteur des „Wecker") Anschluß an die auf dem Congreß zu Mecheln gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei Belgiens. Dieser Antrag veranlaßte eine lange Diskussion, welche zur Annahme des folgenden von Bertrand (Brüssel) beantragten Beschlusses führte:

„„Der belgische Arbeitercongreß, versammelt am 3. und 4. Juni 1877, billigt die Idee, nur eine Organisation der Arbeiterkräfte Belgiens zu schaffen und zwar eine gleichzeitig politische und ökonomische Organisation. Er verbleibt bei dem Grundsatz der freiwilligen politischen Agitation, wie es am Congreß zu Gent beschlossen wurde. Die Arbeitskammer (Gewerkschaftsverband) von Brüssel ist beauftragt, einen Gegenentwurf zu den von Gent unterbreiteten Statuten auszuarbeiten. Dieser Gesetzentwurf wird allen Arbeitergesellschaften des Landes zugesandt, diejenigen, welche mit Zweck und Haltung einverstanden sind, sollen ihren Beitritt anmelden und ein definitiver Congreß soll noch vor Ende des Jahres stattfinden. Oeffentliche Versammlungen zur Verbreitung dieser Idee sollen in allen Gegenden des Landes veranstaltet werden."

— Die Auflösung der französischen Deputirtenkammer ist auf Antrag des Präsidenten Mac Mahon vom Senat mit 150 gegen 130 Stimmen beschlossen worden. Bei den Neuwahlen, die im September stattfinden, wird es sich zeigen, ob die reaktionäre (monarchistisch-imperialistische) oder die liberale (bourgeois-republikanische) Partei den größten Anhang in Frankreich hat, wenn bis dahin nicht schon durch einen Gewaltakt Lulu, „das Kind Frankreichs" zum Herrn Frankreichs gemacht worden ist. Die Bourgeoisrepublikaner sind zwar tapfere Helden auf der Parlamentstribüne, ob sie aber auch dem Säbel Widerstand leisten, das ist eine andere Frage — es fehlen ihnen hierzu die von ihnen hingemordeten Kämpfer der Kommune. Die Versailler „Ordnungsmänner" (Thiers, Gambetta ꝛc. ꝛc.) erhalten jetzt vielleicht schon ihren Lohn, sie sollen von den kaiserlichen „Ordnungsmännern" zur Ordnung zurückgeführt werden — und das Volk von Paris wird die Mörder seiner Söhne und Brüder nicht schützen.

— Die Aussperrung der Schiffsbauhandwerker in Clyde (Schottland) ist nach den Mittheilungen der „Industrial Review" (ehemals „Beehive") in ein für die Arbeiter ziemlich günstiges Stadium getreten. Daß ein Theil der Arbeitgeber (in Greenock) die Arbeit wieder aufnehmen mußte, haben wir bereits mitgetheilt. Wie das englische Gewerkschaftsorgan meint, wäre Aussicht vorhanden, daß auch die übrigen Arbeitgeber zu baldiger Aufhebung der „Sperre" genöthigt würden. Uns scheint der Stand des Geschäfts diese Hoffnung kaum zu rechtfertigen. — Der Strike und Lockout der schottischen Kohlengräber von Fiefe und Clackmannan, dessen wir wiederholt erwähnten, dauert fort. Auf einen Vermittelungsvorschlag der Arbeiter, der vorige Woche erfolgte, ist von den „Meistern" noch keine Antwort eingelaufen. In Südwales, Menmouthshire und Süd-Yorkshire

Russische Greuel.

Es liegt eine ganze Reihe von Nachrichten vor, welche darin übereinstimmen, daß die russischen Truppen im Kaukasus wie die Kannibalen hausen und alle Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen treten. So telegraphirt der Berichterstatter des „Daily Telegraph" aus Suchum-Kale:

„Seit meiner Ankunft sind mir täglich Berichte von russischen Grausamkeiten zu Ohren gekommen, und obwohl ich moralisch überzeugt war, daß die Berichte wahr seien, enthielt ich mich, dieselben zu telegraphiren, bis ich im Stande sein würde, persönlich das Innere dieses „russischen Bulgarien" zu besuchen. Dies habe ich nun gethan, und ich bin im Stande, zu erklären, daß Dörfer geplündert, Moscheen entweiht, Muselmanen mit dem Bajonnet gezwungen wurden, den moskowitischen orthodoxen Glauben anzunehmen, daß Männer massenweise nach Sibirien transportirt und Frauen fürchterlich mißhandelt wurden. Die mir erzählten Geschichten lassen, gepaart mit dem, was ich gesehen habe, keinen Zweifel über die Strenge dieser Unterdrückungsmaßregeln."

Am folgenden Tage meldet derselbe Correspondent: „Ich habe soeben Flüchtlinge aus drei Dörfern im Otocpsi-Thale gesehen, die von den Russen niedergebrannt wurden. Sie erklären, daß fünfzig ihrer angesehensten Männer gefesselt weggeführt und andere Einwohner übel behandelt wurden."

Aus Konstantinopel berichtet ein anderer Correspondent desselben Blattes: „Eine seltsame Geschichte wird mir von bester Quelle aus Ardahan mitgetheilt. In den amtlichen russischen Berichten über die Einnahme von Ardahan heißt es, daß, als der russische General in die Stadt einrückte, er 800 getödtete Türken vorfand. Ich werde nun aus einer äußerst zuverlässigen Quelle benachrichtigt, daß diese 800 Türken Männer, Frauen und Kinder waren; daß die Ursache ihres Todes ein Versuch auf Seiten der Einwohner war, gegen die Härte der Kosaken zu rebelliren; daß nach der Einnahme von Ardahan die Kosaken erbarmungslos Jedermann massakrirten, und daß bei der Ankunft des russischen Generals das Gemetzel entdeckt wurde."

Natürlich geschieht das stets im Namen der „Humanität". Die ekelhafte Heuchelei, die in der russischen Politik herrscht, waltet auch in seiner Kriegführung. Man wacht mit Sorgfalt darüber, daß kein Kosak eine Platzkugel in sein Gewehr ladet, erlaubt ihm aber, an Wehrlosen alle bestialischen Neigungen zu befriedigen.

Räder in Gotha.

(Nach Goethe.)

Kennst du die Stadt, wo die Congresse blüh'n,
Im grünen Laub die rothen Fahnen glüh'n?
Der brave Bürger steht und schaut sich um:
Mein Kind, riechst du noch kein Petroleum?
Kennst du die Stadt? Dahin, dahin
Sah man im Mai den Leipz'ger Rüder zieh'n.

Kennst du das Haus mit seinem weiten Saal
Und hörtest dort die Reden ohne Zahl?
Da drinnen haust der Sozialisten Brut;
Verfalle nicht, o Bürger, ihrer Wuth!
Kennst du das Haus? Dahin, dahin
Sah man gespitzten Ohr's Herrn Rüder zieh'n!

Kennst heimlich hinten du der Treppe Steg?
Wer sucht zurück verstohlen seinen Weg?
Wer flieht von dannen trüben Angesichts?
Der außer Spott erlauschen konnte Nichts?
Kennst du ihn wohl? Dahin, dahin
Wird er im nächsten Mai nicht wieder zieh'n.

(H.-A. B.)

— Ein Pflästerchen auf die Wunde. Das fortschrittliche „Wahlcomité" im 6. Berl. Reichstagswahlkreise hat an seinen Candidaten, Hrn. Ludwig Löwe, folgende Adresse gerichtet: „Geehrter Herr! Wir erachten es für eine Ehrenpflicht, Ihnen hierdurch auch öffentlich Dank und Anerkennung auszusprechen für den lebendigen Eifer, die große Hingebung und das Geschick, mit welchem Sie Ihre ganze Kraft eingesetzt haben, um unsern Wahlkreis der Sache der bürgerlichen Ordnung wieder zu gewinnen. Wir und mit uns die vielen Tausende unserer Mitwähler sind uns bewußt, daß, wenn irgend eine Candidatur geeignet gewesen wäre unseren Wahlkreis nach dessen langjähriger Desorganisation wieder zu gewinnen, dies nur durch die Ihrige möglich gewesen wäre. Die Einmüthigkeit aller Parteien und die große Betheiligung an der Wahl bezeugen schlagend, daß der selbstdenkende und freiheitliebende Theil unserer Bevölkerung zu Ihrem bewährten Charakter volles Vertrauen besitzt. Lassen Sie sich deshalb weder durch die unlauteren Angriffe, noch durch den Mißerfolg beirren, zwei Faktoren haben über unsere Macht hinaus zum Mißerfolge hauptsächlich beigetragen: Der momentane Nothstand hat Tausende in die Reihen der Gegner getrieben und ein Theil der liberalen Presse hat uns in unserer schweren Arbeit nicht in genügender Weise unterstützt. Wir sind geschlagen, aber nicht entmuthigt! Die Zukunft wird zeigen, daß wir nicht vergeblich gearbeitet haben." — Herr Löwe als guter Geschäftsmann wird, als er obigen Schreibebrief erhalten hat, ausgerufen haben: „Was ich mir dafür kaufe!"

— Die Perfidie der Fortschrittspartei wird von der „Frankfurter Zeitung" in folgender Weise sehr treffend geschildert:

„Jedem das Seine" — darum heute der freiconservativen „Post" die Anerkennung, daß sie einmal richtig prophezeit hat. Nach der Wahl im sechsten Berliner Bezirk am 15. Juni schrieb das Blatt: „Die Fortschrittsblätter von heute Morgen meldeten ihre Niederlage allerdings mit der rührenden Heuchelei, daß die vereinigten liberalen Parteien betroffen seien. Es ist dies aber nur ein Kunstgriff der gewöhnlichsten Art; denn wenn der Candidat der Fortschrittspartei gewählt worden wäre, so würde von dem liberalen Anhang mit keinem Worte gesprochen worden sein; alles Verdienst wäre der Größe und Herrlichkeit der Fortschrittspartei auf Conto geschrieben worden." Wirklich hieß es in der „Voss. Ztg." am 15. Juni: „Der Candidat der vereinigten liberalen Parteien, Herr Löwe, erhielt ꝛc.", jetzt aber nach der Wahl im fünften Bezirk schreibt daffelbe Blatt: „Bei der Reichstagswahl im fünften Berliner Bezirk hat der Candidat der Fortschrittspartei, Dr. Zimmermann, mit großer Majorität gesiegt." Womit allerdings die Nationalliberalen den ihnen von der „Post" vorhergesagten Fußtritt richtig erhalten haben.

— Mac Mahonnat. Die Berliner „Tribüne" erzählt ihren Lesern, daß bei Gelegenheit der neuen Staatsstreichsaffaire in Frankreich das Septennat Mac Mahons — Mac Mahonnat genannt werde und fügt hinzu, daß dies die neueste Bezeichnung des französischen Septennats sei. Ohne für die Sozialdemokraten ein besonderes Verdienst in Anspruch nehmen zu wollen, bemerken wir, daß der siebenjährige Militärcompromiß, welcher von den Liberalen im Jahre 1874 mit der deutschen Reichsregierung geschlossen wurde, von dem

bereiten sich neue Conflikte zwischen den Kohlengräbern und Grubenbesitzern vor, da letztere nicht blos die Löhne immer mehr drücken, sondern auch — worüber das volkswirthschaftliche Licht Eugen Richter nachdenken möge — die Arbeitszeit verlängern wollen.

— Der Rubel auf Reisen ist thätig. Ein Gelehrter der reptilisirten und nun auch rubilisirten „Weserzeitung" hat entdeckt, daß die Russen gerade in Folge ihrer niederen Kultur besonders geeignet seien, die Türkei zu kultiviren; hätten sie eine „überlegene" Kultur, so wäre der Abstand zu groß und der Einfluß auf die Bevölkerung entsprechend gering. Daß Rußland es mit seinen Humanitätsphrasen nicht ernst meine, sei gleichgültig, denn „für die Menschheit komme nichts darauf an, ob die Arbeiten, deren ihre Entwicklung bedarf, von dem Arbeiter mit Bewußtsein vollbracht werden." — Warum denn nicht sämmtliche Zuchthäuser und Preßbureaus leeren und den Inhalt als „Civilisationsschlemme" über die Türkei ausschütten? Ueberflüssige Moralität wäre da nicht zu befürchten. Und auch keine zu „überlegene Kultur". Sollte man aber doch in Bezug auf letzteren Punkt einige Bedenken haben, so könnte man ja eine Beimischung von Päscheräh's, Kalmücken et caetera geben. — Probatum. Beiläufig stehts mit den russischen Kriegsthaten so eigenthümlich, daß selbst die rubelgetränktesten Knutenanbeter verdutzt sind, und zugeben müssen, daß nicht Alles in Ordnung ist. Wenn man bedenkt, daß die russischen Truppen schon vor 6 Monaten am Pruth conzentrirt wurden, und schon vor länger als 2 Monaten den Pruth überschritten haben, so muß die Stärke der an der Donau „aufmarschirten" Armee wahrhaft lächerlich klein erscheinen, namentlich verglichen mit den militärischen Leistungen Deutschlands im Sommer 1870. Was über das Mißlingen der russischen Armeereorganisation gesagt wurde, hat sich also bis jetzt vollständig bestätigt. Dazu kommt die, nach allen Berichten, erbärmliche Verpflegung, die, an sich schlecht, durch colossale Unterschleife noch viel schlechter gemacht ist. — Die pomphaft gemeldeten „glänzenden Erfolge" in Asien haben sich, mit Ausnahme der Eroberung Ardahan's, deren Bedeutung aber colossal übertrieben ward, als ebenso viele Aufschneidereien erwiesen. Dagegen hat sich die Lage der Türken, besonders durch den immer mächtiger aufflammenden Aufstand im Kaukasus entschieden gebessert.

— Trübe Aussichten für Rumänien. In Bukarest sieht man dem Beginne der Aktion mit Sorge entgegen. Man glaubt nämlich, daß die Verluste der Russen um so größer sein müssen, als es nachgerade feststeht, daß die Infanteriegewehre die Türken viel weiter tragen als die der Russen, so daß letztere schon in Entfernungen Verluste zu erleiden haben, aus welchen sie das Feuer der Türken noch gar nicht erwidern können. Für die Bevölkerung von Rumänien wäre es ein entsetzliches Unglück, wenn die Russen an der Donau eine Niederlage erleiden und ihnen der Uebergang nicht glücken sollte. Sie würden in einem solchen Fall die ganze ungeheure Armee für längere Zeit im Lande behalten, welche alsdann höchst wahrscheinlich jede Rücksicht auf die Konvention aus dem Jahre [illegible] für die Charpiezupfen für Verwundete gefunden, auch eine Art, Humanität zu üben! — Soviel für heute, wenn ich einmal Zeit habe, will ich Ihnen ausführlicher schreiben.

P. S. Hiesige Blätter bringen keine Telegramme mehr über Kriegsereignisse, deshalb muß man, um etwas zu erfahren, nur ausländische Blätter lesen.

— Unser Glauchauer Parteiorgan schreibt unterm 20. Juni: „Heute Vormittag ½10 Uhr überraschte uns ein Bote der Gerechtigkeit mit seinem Besuch, eine gerichtliche Ordre vorzeigend, in welcher er zur sofortigen zwangsweisen Vorführung zweier Setzer und des Maschinenmeisters beauftragt war. Zur Beruhigung können wir unseren Interessenten mittheilen, daß es sich hierbei nicht um einen Hochverraths- oder Majestäts-Beleidigungsprozeß handelt, sondern um einen Wahlaufruf, in welchem sich Herr Professor Birnbaum in Leipzig beleidigt fühlt."

Wir wollen dabei nicht unerwähnt lassen, daß Herr Birnbaum erst seit seiner Niederlage im 17. sächsischen Reichstagswahlkreise ein so äußerst zart besaitetes Ehrgefühl zur Schau trägt. Ob aus Aerger über die Niederlage? wer kann das wissen.

Aus der Türkei.

√ Constantinopel, 15. Juni.

Meine in letztem Bericht ausgesprochene Meinung, daß die Demonstrationen der Softas im Sande verlaufen würden, hat sich bewahrheitet. Der Belagerungszustand hat seine Wirkung gethan, und die auf Anregung einiger höheren Staatsbeamten, die seitdem theilweise verbannt wurden, heißgewordenen Softas haben sich wieder abkühlen lassen. Im Uebrigen war die ganze Bewegung orientalisch ruhig gehalten, und die Berichte, die man darüber nach allen Weltgegenden ausgestreut hat, waren alle stark mit Uebertreibungen geschmückt. Das einzig Richtige bei dieser Demonstration dürfte blos der Umstand sein, daß man dahinter eine kleine Intrigue von dem verbannten Midhat Pascha zu wittern glaubt, der hier unter den gebildeten Türken einen gewissen Anhang zählt, welcher von dem gegenwärtigen Rathgeber des Sultans, Mahmud Pascha Damat, nichts wissen will. Indessen zu weiteren Ausschreitungen der Softas dürfte es kaum kommen, denn die Regierung bewacht dieselben mit Argusaugen, und die leiseste Bewegung wird schon im Keime unterdrückt. Den Türken ist das Politisiren aufs strengste verboten; ein Schwarm von Spionen ist über Constantinopel verbreitet, und wehe dem Türken, der ein Wort der Mißbilligung gegen die Regierung fallen läßt: er wird sofort arretirt, muß sodann längere Zeit im Gefängniß sitzen, oder wenn er der höheren Gesellschaft angehört, wird er exportirt. Die Polizeibeamten benützen übrigens auch diese Gelegenheiten, um von den Bestraften Geld zu erpressen. So kommt es z. B. vor, daß ein Angeklagter einen, zwei Monate sitzt, nie zum Verhör kommt und endlich entlassen wird, nachdem an ihm nichts mehr zu rupfen bleibt.

An einer anderen Stelle heißt es:

„Die französische Regierung und einzelne Städte, wie Paris, Lyon, Marseille haben auf ihre Kosten in diesem Jahre (1876) eine große Anzahl Arbeiter zur Ausstellung nach Philadelphia geschickt. Die sozialistisch gesinnten Arbeiter sind sehr niedergeschlagen zurückgekehrt. Ihr Wortführer erklärte bei einem Bankett in Paris, daß in dem freien Amerika dieselben Zustände herrschen, wie bei uns, an Einführung sozialdemokratischer Organisation sei dort nicht zu denken, obgleich ein stehendes Heer so gut wie gar nicht vorhanden ist und die Majorität überall entscheidet. Sehr natürlich, sozialdemokratische Organisation widerspricht der menschlichen Natur wie dem gesunden Menschenverstande. Der Pariser Berichterstatter erwähnt, die von deutschen Ankömmlingen angestellten sozialistischen Versuche haben ergeben, daß der Sozialismus blos auf dem Papiere und im Munde arbeitscheuer Schwindler bestehen kann."

Am Schluß des genannten Buches sagt der Verfasser:

„Wer von Euch einen solchen Staat schaffen helfen, wer dem Grundeigenthümer sein Land, dem Fabrikanten seine Fabrik, dem Besitzer von Werthpapieren sein Vermögen und seine Ersparnisse fortnehmen, wer sein Weib verstoßen oder ihm gestatten will, ihm zu entlaufen, wer seiner Tochter gestatten will, sich heute an Diesen, morgen an Jenen angeblich zu „verheirathen", wer Kaiser und König aus dem Lande treiben und einen Sozialdemokratenführer zum Präsidenten der Republik machen will, der wähle einen Sozialdemokraten in den Reichstag. Wer aber dies Alles oder Einzelnes davon nicht will, der kann keinem Sozialdemokraten seine Stimme geben."

„Nun, Ihr sozialdemokratischen Wähler aus dem Bauernstande, wenn es wirklich deren gegeben hat, wie gefällt Euch dies?

„Darum: Trau, schau, wem!" — —

Das der Artikel.

Ja, wie gefällt Euch dies? fragen nun wir.

Hand auf's Herz! Hat jemals ein sozialdemokratischer Redner, hat jemals ein sozialdemokratisches Flugblatt, Zeitungsblatt oder Buch ähnlichen Blödsinn vorgebracht, als uns hier untergeschoben wird? Ihr sagt einstimmig: Nein! und müßt es sagen, denn andernfalls würdet Ihr die Unwahrheit sagen.

Wißt Ihr, wer die „Schrift" angefertigt hat, auf die der Herr „Oekonomierath" sich bezieht? Herr Eugen Richter, derselbe Herr Eugen Richter, der soeben im 6. Berliner Wahlkreis sein Wesen getrieben und durch sein maßloses Geschimpfe auf die Sozialdemokratie und durch seine unanständige, unehrliche Kampfweise die Wähler der Reichshauptstadt mit solchem Ekel erfüllt hat, daß sie mit überwältigender Majorität fur die Sozialdemokratie ihre Stimme abgaben. Die in jener Schrift vorgebrachten Lügen und Verleumdungen, welche von Herrn Eugen Richter im letzten Berliner Wahlkampf wieder aufgetischt wurden, sind am 14. d. M. in der Reichshauptstadt von der größten Wählerschaft Deutschlands*) gerichtet und verurtheilt worden.

Ja, Lügen und Verleumdungen! Und was die Sache noch schlimmer macht, die Gemeinheiten und Verbrechen, deren der Mann uns anklagt, es sind die Gemeinheiten und Verbrechen seiner eigenen Freunde, seiner eigenen Klasse! Wer treibt jetzt die Vielweiberei? Fragt Herrn Duncker, den Intimus des Richter. Wer raubt dem Bauer sein Gütchen? wer ruinirt den kleinen Handwerker? wer stiehlt dem hilflosen Alter die sauren Ersparnisse, den Wittwen und Waisen das karge Gut? Fragt die Herren Gründer, Schwindler und Großkapitalisten: die Miquel, Strousberg, Krupp — die Klassengenossen des Herrn Richter, die nur im Geist des von ihm vertretenen Systems gehandelt haben und handeln.

*) Der 6. Berliner Wahlkreis hat 42,000 Wahlberechtigte.

Die Sozialdemokraten und der Bauernstand.

Mit dieser Ueberschrift bringt der, als Fachblatt unzweifelhaft recht gut redigirte „Fränkische Landwirth, Organ des landwirthschaftlichen Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg", in der Nummer vom 25. Februar d. J. nachstehenden Artikel aus der Feder des „Oekonomieraths Dr. Löll", mit dem Motto: „Trau, schau, wem!":

„Unser Vereinsblatt befaßt sich nicht mit Politik. Der Sozialismus aber ist, wie die beabsichtigte Steuerrevision, ein volkswirthschaftlicher Gegenstand und als solcher gehört auch der Sozialismus vor unser Forum. Seither hat zwar unser Blatt keine Notiz von demselben genommen, weil wir der Meinung waren, daß der Bauernstand die Ideen und Ziele der Sozialdemokratie aus den politischen Tagesblättern hinreichend kennen lernen würde. Mehr als diese Kenntniß ist aber dem Grundbesitzer, also dem Bauernstande, nicht nöthig, um sofort zu wissen, wie er sich den Sozialisten gegenüber zu verhalten hat.

„Nachdem aber behauptet wird, daß bei der letzten Reichstagswahl auch grundbesitzende Bauern mit den Sozialdemokraten stimmten, würde das Vereinsblatt seine Pflicht und Schuldigkeit nicht thun, wenn es die Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins, insoweit dies etwa noch nothwendig erscheint, nicht darüber aufklären wollte, was die Sozialdemokraten von dem Grundbesitz denken, und was sie mit demselben vorhaben.

„Die Sozialdemokraten halten von Zeit zu Zeit große Versammlungen, sogenannte Congresse ab, auf denen sie Beschlüsse fassen, welche sie unter dem Namen Resolutionen öffentlich bekannt geben. Die erste dieser Resolutionen lautet gewöhnlich:

„Das Grundeigenthum ist ein Unglück für die menschliche Gesellschaft; der Congreß erklärt daher: die Gesellschaft ist berechtigt, das Privateigenthum am Grund und Boden abzuschaffen."

„Was heißt dies? Es heißt: Wenn wir Sozialdemokraten zur Herrschaft gelangen — und sie glauben fest, daß dies geschieht — so hört der Privatgrundbesitz auf, wir nehmen alsdann den Grundbesitzern, also auch den Bauern, ihre Aecker, Wiesen und Weinberge ohne jede Entschädigung ganz einfach in der Weise hinweg, daß wir allen Grund und Boden für gemeinsames, d. h. für Staatseigenthum erklären; dazu ist der sozialdemokratische Staat nicht nur berechtigt, sondern weil das Privateigenthum am Grund und Boden ein Unglück für die Gesellschaft ist, auch verpflichtet.

„Das, wie die Sozialdemokraten sagen, „expropriirte", aber, weil ohne Entschädigung mit Gewalt hinweggenommene, in Wirklichkeit den Bauern geraubte Land soll alsdann, wie die Einen wollen, gemeinschaftlich von Markgenossenschaften bestellt und abgeerntet werden, oder, wie die Anderen wollen, es soll vom Staate an die Bauern, die früheren Eigenthümer, wieder verpachtet werden, und der Pacht soll natürlich in den sozialdemokratischen Staatssäckel fließen. Voraussichtlich würde dieser Pacht in Bayern etwa einhundert und dreißig Millionen Mark betragen, welche also die Bauern, die jetzigen Grundeigenthümer, zu zahlen hätten.

„Nun, wie gefällt Euch dies? Ihr Bauern, die Ihr Euch vielleicht mit dem Gedanken getragen habt, sozialdemokratisch zu wählen, wie gefällt Euch dies? Ihr Bauern, die Ihr Euch vielleicht habt verleiten lassen, sozialdemokratisch zu wählen, wie gefällt Euch dies? Ihr Bauern, die Ihr Euch vielleicht habt verführen lassen, sozialdemokratisch zu wählen, wie gefällt Euch dies? Ihr Bauern, die Ihr Euch vielleicht habt bethören

muß; daß er nicht, wie es jetzt fast immer noch geschieht, im öffentlichen Leben die Kapitalbesitzer unterstützen darf.

In Berlin sind vielfach die kleinen Geschäftsleute aus ihrem Dusel erwacht, das haben die letzten Wahlen bewiesen — sie halten jetzt treu zur Sozialdemokratie.

In den Provinzen haben diese kleinen Geschäftsleute übrigens noch mehr Ursache, in ihrem eigenen Interesse Freunde der Arbeiterbestrebungen zu sein, und zwar abgesehen von den oben angeführten Gründen, weil die Reichen und Vornehmen der kleinen Städte ihre Waaren und Bedürfnisse selten von den Geschäftsleuten der Stadt, in welcher sie wohnen, beziehen, sondern ihre Einkäufe bei den Engroshandlungen machen, da sie dort dieselben billiger erhalten. Paris und Berlin liefern den Herren die Kleider, Schuhe und Möbel, Hamburg die Colonialwaaren, und so haben Schneider, Schuster, Tischler und Krämer das Nachsehen — sie würden verhungern oder müßten ein anderes Handwerk ergreifen, wenn die Lohnarbeiter ihnen nicht zur Seite ständen.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Aus der „besten der Welten". Die letzte vom statistischen Bureau der Stadt Berlin veröffentlichte Wochenstatistik beginnt wie folgt:

„In der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni wurden lebend geboren 816, todtgeboren 30, es starben 569. Zugezogen sind 1537, fortgezogen (1325 + 189) Personen. Es sind demnach mehr geboren als gestorben 247, mehr zu- als fortgezogen 23, mithin hat sich die Bevölkerung vermehrt um 270. Unter den Lebendgeborenen waren 98, unter den Todtgeborenen 10 außereheliche Kinder."

Das klingt so alltäglich, daß den Meisten, die es lesen, nichts dabei auffällt. Und doch steckt in dem letzten Satz eine furchtbare Summe sozialen Elends, enthüllt sich in ihm eine der „Nachtseiten" unserer Gesellschaft. Vergleichen wir die Zahl der lebend- und todtgebornen außerehelichen Kinder mit der Gesammtzahl der (lebend und todt) geborenen Kinder, so kommen wir zu dem Ergebniß, daß ein Drittel sämmtlicher todtgeborenen Kinder außerehelich geboren sind, während die Gesammtzahl der außerehelichen Geburten weniger als ein Siebentel aller Geburten ausmacht, mit anderen Worten, daß die Zahl der todtgeborenen außerehelichen Kinder verhältnißmäßig um weit mehr als das doppelte (etwa 5 zu 2) die Zahl der todtgeborenen ehelichen Kinder übersteigt. Es ist das beiläufig „eine alte Geschichte". In welchen Abgrund des Elends und Verbrechens lassen uns aber diese Ziffern hineinblicken? Und wer, für den Menschlichkeit nicht ein leeres Wort ist, muß nicht mit all seiner Energie auf die Beseitigung von Gesellschaftszuständen hinwirken, welche dieses Elend und diese Verbrechen erzeugen?

— Das Wahlgesetz verordnet, daß wenn eine Wahl vom Reichstage für nichtig erklärt wird, die Neuwahl sofort anzuordnen sei. Im 6. Berliner Wahlkreise ließ das „Sofort" drei Monate lang auf sich warten; weshalb, erfahren wir jetzt aus sicherer Quelle. Die „Vossische Zeitung" kündigte seinerzeit den Wahltermin für Dienstag vor Pfingsten an. Sofort begab sich eine Deputation der Fortschrittspartei zum Oberpräsidenten Herrn v. Jagow nach Potsdam und erwirkte von demselben eine Hinausschiebung des Termins, bis der Candidat der Fortschrittspartei Ludwig Löwe aus Italien zurückgekehrt sei. Herr Löwe genoß also schon von vornherein die Protektion der Regierung, und es wäre gar nicht nöthig gewesen, daß sich die Polizei am Wahltage zu seinen Gunsten verwendete, wie es bekanntlich der Fall war; man kannte die Katze ohnehin schon an den Pfoten. — So erzählt die „Berliner Freie Presse".

— „Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser", so schreit Märchen's Seele nach Anerkennung seiner Reden und Thaten durch die liberale und fortschrittliche Presse, die ihm diese so beharrlich verweigert. In Nr. 25 des „Gewerkverein" lieset man nämlich einen Leitartikel: „Die Lehre des 14. Juni" unterzeichnet M. H. (Max Hirsch), in welchem sich in Bezug auf die bekannte Moabiter Versammlung folgender Jammerruf befindet: „Während jeder einzelne persönliche Hieb und Gegenhieb (von den liberalen Blättern) wohlgefällig berichtet wurde, fertigte man die grundsätzliche Widerlegung seitens eines geladenen Reichstagsabgeordneten (Max Hirsch) mit Stillschweigen ab." — Armer Max! Während du glaubst, daß du die Sozialdemokratie grundsätzlich widerlegt hast, glauben die liberalen Zeitungen und selbst die dir befreundete „Volkszeitung", daß du Unsinn geschwatzt hast und schweigen, blos um dich zu schonen, diesen Unsinn todt. Armes verkanntes Genie!

— Die Corruption der liberalen Presse. Ueber die „Kölnische Zeitung", das große rheinische Bourgeoisblatt, schreibt Otto Glagau, der sich selbst zur nationalliberalen Partei bekennt, Folgendes: „Selbst die „Frankfurter Zeitung" durfte der „Kölnischen Zeitung" vorwerfen, daß diese um einen Thaler pro Zeile die „höhere Bauernfängerei" getrieben, daß sie nie ein Wort der Warnung gegen den verbrecherischen Schwindel gehabt habe. Gegen die großen Gründerprozesse am Rhein brachte sie anfänglich entweder gar nichts, oder sie schlüpfte darüber möglichst kurz hinweg. In Sachen der spitzbübischen „Rheinischen Effektenbank" brachte sie die Ausführungen des Anklägers und der Civilpartei verstümmelt, dagegen die Plaidoyers der Vertheidiger vollständig. Ihre Parlamentsberichte enthalten oft geradezu Fälschungen." — Wenn dieses Urtheil bei der „Kölnischen Zeitung" zutrifft, die doch noch ein anständiges Organ ist, wie würde sich dann erst das Urtheil gestalten, wenn Herr Glagau sich herabwürdigte, ein solches beispielsweise über die Berliner „Volkszeitung" oder das „Leipziger Tageblatt" zu fällen.

— Zum Arbeiter-Risiko. Nach dem „Rh.-W. Volksfreund" belief sich zufolge einer amtlichen Registrirung im Jahre 1876 die Zahl der Unfälle in dem größten Fabriketablissement Essens (Krupp) auf nicht weniger als 1033 bei einer Arbeiterzahl von 8000, d. h. es verunglückten mehr als ein Achtel oder 13 Prozent der Beschäftigten. Die Zahl der Unfälle im Jahre 1877 dürfte im Verhältniß zu 400 Unfällen, welche das Etablissement bereits im ersten Vierteljahr zu verzeichnen haben soll, eine noch höhere Ziffer und einen noch bedenklicheren Prozentsatz erreichen. Zu den registrirten Unfällen gehören nicht die leichten Verletzungen, sondern nur die erheblichen Verwundungen, welche ärztliche Behandlung erfordern und eine längere oder kürzere Arbeitsunfähigkeit nach sich ziehen. Mit Recht sieht der „Volksfreund" die Ursache jener übergroßen Zahl der Unfälle nicht in der Unerfahrenheit und Unachtsamkeit der Arbeiter oder in ungewöhnlichen Ereignissen, sondern vielmehr in der Verminderung der Arbeitskräfte unter Festhaltung derselben Anforderungen an Arbeitsleistung, ebenso in der Verlängerung der Arbeitszeit, vor Allem aber in der Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen an den Maschinen und einer unzureichenden Leitung und Ueberwachung. — Daß ein Schutzgesetz für die Arbeiter, daß ein strengeres und gerechteres Haftpflichtgesetz nothwendig ist, wird kein anständiger Mann, außer vielleicht dem Herrn Eugen Richter, bezweifeln.

— Verurtheilungen. Herr Eduard Sack, Redakteur der „Frankfurter Zeitung", wurde am 22. Juni wegen Verächtlichmachung des Preßgesetzes in zweiter Instanz zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die erste Instanz hatte auf Freisprechung erkannt. — Das Berliner Kammergericht hat das stadtgerichtliche Urtheil, welches Herrn Guido Weiß, Redakteur der „Wage", wegen Majestätsbeleidigung durch einen Artikel über den Dreikaiserbund zu einer dreimonatlichen Festungshaft verurtheilte, bestätigt.

Parteigenosse Götze in Chemnitz ist wegen Beleidigung des Reichsheeres in zweiter Instanz zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Es steht ihm also nichts mehr im Wege, in dem bekannten rothen Thurm sein Quartier aufzuschlagen.

— Etwas, was wir längst wußten. Die „Germania" bringt in ihrer letzten Sonntagsnummer (17. Juni) eine Betrachtung über die Stellung der christlichen Fürsten im Gegensatze zum Papste. Ohne Gnade und Barmherzigkeit will sie die Ersteren unter Letzteren gestellt wissen, „denn — argumentirt sie ganz richtig — durch die Lossagung von dieser Autorität (der Autorität des Papstes) haben die Fürsten nur verloren. Die tief erschütterte fürstliche Autorität wird nicht eher wieder auf festem Grunde stehen, als bis sie sich der höheren päpstlichen Autorität unterwirft und dadurch wieder aller der Vortheile theilhaftig wird, welche einst die Kaiser des heiligen römischen Reiches besaßen." So weit die „Germania". — Mögen die Herren Liberalen und ihre Haupthähne auch noch so laut schreien: „Wir gehn nicht nach Kanossa!" sie werden doch nothgedrungen hingehen müssen, wenn sie wollen, daß die Kirche wieder alle Hebel in Bewegung setze, um das Volk zu verdummen, damit es in tiefehrfurchtsvollem Respekt vor dem Vorrechte der Geburt und des Geldsacks ersterbe. In Sachen des Kulturkampfes werden also die Herrn wohl nachgeben. Ob diese Nachgiebigkeit aber noch etwas nützen wird, und ob das Volk ihnen und ihren schwarzen Complicen nicht schon zu viel in die Karte gesehen hat — das ist freilich eine andere Frage. Es müßte aber auch blind sein das Volk, wenn es bei eintretender Wiedervereinigung zwischen den reaktionären Gewalten in „Kirche und Staat" nicht einsehen sollte, daß diese Wiedervereinigung nichts weiter ist, als eine Verschwörung zu seiner ferneren Unterdrückung, zu seiner systematischen Verdummung und Ausbeutung. Man sei deshalb auf der Wacht und halte die Augen offen! Sch.

— Aus Belgien. Am 3. und 5. Juni tagte in Brüssel ein Arbeiter-Congreß, über dessen Verlauf einige Notizen aus dem „Mirabeau" hier Platz finden mögen.

„Eine große Masse von Arbeitern bereitete den Delegirten und den namentlich aus den vlämischen Landestheilen in großer Zahl eintreffenden Besuchern einen begeisterten Empfang. In einem großen Zuge begab man sich nach dem Versammlungslokal, wo ein Meeting abgehalten und ein energischer Protest gegen das Verfahren beim großen Kohlengräber-Strike von Seraing erlassen wurde. Am Abend war ein Volksconcert arrangirt, bei dem Dr. De Paepe einen Vortrag über „die Vorläufer des modernen Sozialismus in Belgien" hielt, der großen Beifall fand.

Am Congreß waren durch 88 Delegirte folgende Städte vertreten: Antwerpen, Brüssel, Gent, Mecheln, Verviers, Huy, Charleroi, Jolimont, Haine St. Pierre, Haine St. Paul, Jemt und Jemappe. Das Büreau des Congresses wurde beauftragt, an die Repräsentantenkammer einen Protest gegen die Einmischung der Behörden von Seraing und Lüttich gelegentlich des Strikes von Seraing einzusenden.

Die Hauptfrage des Congresses war die Feststellung der Statuten des „Sozialistischen belgischen Arbeiterbundes". Die vlämischen Delegirten beantragten durch ihren Sprecher Coenen von Antwerpen (Redakteur des „Wecker") Anschluß an die auf dem Congreß zu Mecheln gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei Belgiens. Dieser Antrag veranlaßte eine lange Diskussion, welche zur Annahme des folgenden von Bertrand (Brüssel) beantragten Beschlusses führte:

„„Der belgische Arbeitercongreß, versammelt am 3. und 4. Juni 1877, billigt die Idee, nur eine Organisation der Arbeiterkräfte Belgiens zu schaffen und zwar eine gleichzeitig politische und ökonomische Organisation. Er verbleibt bei dem Grundsatz der freiwilligen politischen Agitation, wie es am Congreß zu Gent beschlossen wurde. Die Arbeitskammer (Gewerkschaftsverband) von Brüssel ist beauftragt, einen Gegenentwurf zu den von Gent unterbreiteten Statuten auszuarbeiten. Dieser Gesetzentwurf wird allen Arbeitergesellschaften des Landes zugesandt, diejenigen, welche mit Zweck und Haltung einverstanden sind, sollen ihren Beitritt anmelden und ein definitiver Congreß soll noch vor Ende des Jahres stattfinden. Oeffentliche Versammlungen zur Verbreitung dieser Idee sollen in allen Gegenden des Landes veranstaltet werden."

— Die Auflösung der französischen Deputirtenkammer ist auf Antrag des Präsidenten Mac Mahon vom Senat mit 150 gegen 130 Stimmen beschlossen worden. Bei den Neuwahlen, die im September stattfinden, wird es sich zeigen, ob die reaktionäre (monarchistisch-imperialistische) oder die liberale (bourgeois-republikanische) Partei den größten Anhang in Frankreich hat, wenn bis dahin nicht schon durch einen Gewaltakt Lulu, „das Kind Frankreichs" zum Herrn Frankreichs gemacht worden ist. Die Bourgeoisrepublikaner sind zwar tapfere Helden auf der Parlamentstribüne, ob sie aber auch dem Säbel Widerstand leisten, das ist eine andere Frage — es fehlen ihnen hierzu die von ihnen hingemordeten Kämpfer der Kommune. Die Versailler „Ordnungsmänner" (Thiers, Gambetta 2c. 2c.) erhalten jetzt vielleicht schon ihren Lohn, sie sollen von den kaiserlichen „Ordnungsmännern" zur Ordnung zurückgeführt werden — und das Volk von Paris wird die Mörder seiner Söhne und Brüder nicht schützen.

— Die Aussperrung der Schiffsbauhandwerker in Clyde (Schottland) ist nach den Mittheilungen der „Industrial Review" (ehemals „Beehive") in ein für die Arbeiter ziemlich günstiges Stadium getreten. Daß ein Theil der Arbeitgeber (in Greenock) die Arbeit wieder aufnehmen mußte, haben wir bereits mitgetheilt. Wie das englische Gewerkschaftsorgan meint, wäre Aussicht vorhanden, daß auch die übrigen Arbeitgeber zu baldiger Aufhebung der „Sperre" genöthigt würden. Uns scheint der Stand des Geschäfts diese Hoffnung kaum zu rechtfertigen. — Der Strike und Lockout der schottischen Kohlengräber von Fife und Clackmannan, dessen wir wiederholt erwähnten, dauert fort. Auf einen Vermittelungsvorschlag der Arbeiter, der vorige Woche erfolgte, ist von den „Meistern" noch keine Antwort eingelaufen. In Südwales, Menmouthshire und Süd-Yorkshire

Russische Greuel.

Es liegt eine ganze Reihe von Nachrichten vor, welche darin übereinstimmen, daß die russischen Truppen im Kaukasus wie die Kannibalen hausen und alle Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen treten. So telegraphirt der Berichterstatter des „Daily Telegraph" aus Suchum-Kale:

„Seit meiner Ankunft sind mir täglich Berichte von russischen Grausamkeiten zu Ohren gekommen, und obwohl ich moralisch überzeugt war, daß die Berichte wahr seien, enthielt ich mich, dieselben zu telegraphiren, bis ich im Stande sein würde, persönlich das Innere dieses „russischen Bulgarien" zu besuchen. Dies habe ich nun gethan, und ich bin im Stande, zu erklären, daß Dörfer geplündert, Moscheen entweiht, Muselmanen mit dem Bajonnet gezwungen wurden, den moskowitischen orthodoxen Glauben anzunehmen, daß Männer massenweise nach Sibirien transportirt und Frauen fürchterlich mißhandelt wurden. Die mir erzählten Geschichten lassen, gepaart mit dem, was ich gesehen habe, keinen Zweifel über die Strenge dieser Unterdrückungsmaßregeln."

Am folgenden Tage meldet derselbe Correspondent: „Ich habe soeben Flüchtlinge aus drei Dörfern im Otocpsi-Thale gesehen, die von den Russen niedergebrannt wurden. Sie erklären, daß fünfzig ihrer angesehensten Männer gefesselt weggeführt und andere Einwohner übel behandelt wurden."

Aus Konstantinopel berichtet ein anderer Correspondent desselben Blattes: „Eine seltsame Geschichte wird mir von bester Quelle aus Ardahan mitgetheilt. In den amtlichen russischen Berichten über die Einnahme von Ardahan heißt es, daß, als der russische General in die Stadt einrückte, er 800 getödtete Türken vorfand. Ich werde nun aus einer äußerst zuverlässigen Quelle benachrichtigt, daß diese 800 Türken Männer, Frauen und Kinder waren; daß die Ursache ihres Todes ein Versuch auf Seiten der Einwohner war, gegen die Härte der Kosaken zu rebelliren; daß nach der Einnahme von Ardahan die Kosaken erbarmungslos Jedermann massakrirten, und daß bei der Ankunft des russischen Generals das Gemetzel entdeckt wurde."

Natürlich geschieht das stets im Namen der „Humanität". Die ekelhafte Heuchelei, die in der russischen Politik herrscht, waltet auch in seiner Kriegführung. Man wacht mit Sorgfalt darüber, daß kein Kosak eine Platzkugel in sein Gewehr ladet, erlaubt ihm aber, an Wehrlosen alle bestialischen Neigungen zu befriedigen.

Räder in Gotha.

(Nach Goethe.)

Kennst du die Stadt, wo die Congresse blüh'n,
Im grünen Laub die rothen Fahnen glüh'n?
Der brave Bürger steht und schaut sich um:
Mein Kind, riechst du noch kein Petroleum?
Kennst du die Stadt? Dahin, dahin
Sah man im Mai den Leipz'ger Rüder zieh'n.

Kennst du das Haus mit seinem weiten Saal
Und hörtest dort die Reden ohne Zahl?
Da drinnen haust der Sozialisten Brut;
Verfalle nicht, o Bürger, ihrer Wuth!
Kennst du das Haus? Dahin, dahin
Sah man gespitzten Ohr's Herrn Rüder zieh'n!

Kennst heimlich hinten du der Treppe Steg?
Wer sucht zurück verstohlen seinen Weg?
Wer flieht von dannen trüben Angesichts?
Der außer Spott erlauschen konnte Nichts?
Kennst du ihn wohl? Dahin, dahin
Wird er im nächsten Mai nicht wieder zieh'n.

(H.-A. B.)

— Ein Pflästerchen auf die Wunde. Das fortschrittliche „Wahlcomité" im 6. Berl. Reichstagswahlkreise hat an seinen Candidaten, Hrn. Ludwig Löwe, folgende Adresse gerichtet: „Geehrter Herr! Wir erachten es für eine Ehrenpflicht, Ihnen hierdurch auch öffentlich Dank und Anerkennung auszusprechen für den lebendigen Eifer, die große Hingebung und das Geschick, mit welchem Sie Ihre ganze Kraft eingesetzt haben, um unsern Wahlkreis der Sache der bürgerlichen Ordnung wieder zu gewinnen. Wir und mit uns die vielen Tausende unserer Mitwähler sind uns bewußt, daß, wenn irgend eine Candidatur geeignet gewesen wäre unseren Wahlkreis nach dessen langjähriger Desorganisation wieder zu gewinnen, dies nur durch die Ihrige möglich gewesen wäre. Die Einmüthigkeit aller Parteien und die große Betheiligung an der Wahl bezeugen schlagend, daß der selbstdenkende und freiheitliebende Theil unserer Bevölkerung zu Ihrem bewährten Charakter volles Vertrauen besitzt. Lassen Sie sich deshalb weder durch die malauteren Angriffe, noch durch den Mißerfolg beirren, zwei Faktoren haben über unsere Macht hinaus zum Mißerfolge hauptsächlich beigetragen: Der momentane Nothstand hat Tausende in die Reihen der Gegner getrieben und ein Theil der liberalen Presse hat uns in unserer schweren Arbeit nicht in genügender Weise unterstützt. Wir sind geschlagen, aber nicht entmuthigt! Die Zukunft wird zeigen, daß wir nicht vergeblich gearbeitet haben." — Herr Löwe als guter Geschäftsmann wird, als er obigen Schreibebrief erhalten hat, ausgerufen haben: „Was ich mir dafür kaufe!"

— Die Perfidie der Fortschrittspartei wird von der „Frankfurter Zeitung" in folgender Weise sehr treffend geschildert:

„Jedem das Seine" — darum heute der freiconservativen „Post" die Anerkennung, daß sie einmal richtig prophezeit hat. Nach der Wahl im sechsten Berliner Bezirk am 15. Juni schrieb das Blatt: „Die Fortschrittsblätter von heute Morgen meldeten ihre Niederlage allerdings mit der rührenden Heuchelei, daß die vereinigten liberalen Parteien betroffen seien. Es ist dies aber nur ein Kunstgriff der gewöhnlichsten Art; denn wenn der Candidat der Fortschrittspartei gewählt worden wäre, so würde von dem liberalen Anhang mit keinem Worte gesprochen worden sein; alles Verdienst wäre der Größe und Herrlichkeit der Fortschrittspartei auf Conto geschrieben worden." Wirklich hieß es in der „Voss. Ztg." am 15. Juni: „Der Candidat der vereinigten liberalen Parteien, Herr Löwe, erhielt 2c.", jetzt aber nach der Wahl im fünften Bezirk schreibt dasselbe Blatt: „Bei der Reichstagswahl im fünften Berliner Bezirk hat der Candidat der Fortschrittspartei, Dr. Zimmermann, mit großer Majorität gesiegt." Womit allerdings die Nationalliberalen den ihnen von der „Post" vorhergesagten Fußtritt richtig erhalten haben.

— Mac Mahonnat. Die Berliner „Tribüne" erzählt ihren Lesern, daß bei Gelegenheit der neuen Staatsstreichsaffaire in Frankreich das Septennat Mac Mahons — Mac Mahonnat genannt werde und fügt hinzu, daß dies die neueste Bezeichnung des französischen Septennats sei. Ohne für die Sozialdemokraten ein besonderes Ehrendienst in Anspruch nehmen zu wollen, bemerken wir, daß der siebenjährige Militärcompromiß, welcher von den Liberalen im Jahre 1874 mit der deutschen Reichsregierung geschlossen wurde, von den

bereiten sich neue Conflikte zwischen den Kohlengräbern und Grubenbesitzern vor, da letztere nicht blos die Löhne immer mehr drücken, sondern auch — worüber das volkswirthschaftliche Licht Eugen Richter nachdenken möge — die Arbeitszeit verlängern wollen.

— Der Rubel auf Reisen ist thätig. Ein Gelehrter der reptilisirten und nun auch rubilisirten „Weserzeitung" hat entdeckt, daß die Russen gerade in Folge ihrer niederen Kultur besonders geeignet seien, die Türkei zu kultiviren; hätten sie eine „überlegene" Kultur, so wäre der Abstand zu groß und der Einfluß auf die Bevölkerung entsprechend gering. Daß Rußland es mit seinen Humanitätsphrasen nicht ernst meine, sei gleichgültig, denn „für die Menschheit komme nichts darauf an, ob die Arbeiten, deren ihre Entwicklung bedarf, von dem Arbeiter mit Bewußtsein vollbracht werden." — Warum denn nicht sämmtliche Zuchthäuser und Preßbureaus leeren und den Inhalt als „Civilisationsschlemme" über die Türkei ausschütten? Ueberflüssige Moralität wäre da nicht zu befürchten. Und auch keine zu „überlegene Kultur". Sollte man aber doch in Bezug auf letzteren Punkt einige Bedenken haben, so könnte man ja eine Beimischung von Päscheräh's, Kalmücken et caetera geben. — Probatum. Beiläufig stehts mit den russischen Kriegsthaten so eigenthümlich, daß selbst die rubelgetränktesten Knutenanbeter verdutzt sind, und zugeben müssen, daß nicht Alles in Ordnung ist. Wenn man bedenkt, daß die russischen Truppen schon vor 6 Monaten am Pruth conzentrirt wurden, und schon vor länger als 2 Monaten den Pruth überschritten haben, so muß die Stärke der an der Donau „aufmarschirten" Armee wahrhaft lächerlich klein erscheinen, namentlich verglichen mit den militärischen Leistungen Deutschlands im Sommer 1870. Was über das Mißlingen der russischen Armeereorganisation gesagt wurde, hat sich also bis jetzt vollständig bestätigt. Dazu kommt die, nach allen Berichten, erbärmliche Verpflegung, die, an sich schlecht, durch colossale Unterschleife noch viel schlechter gemacht ist. — Die pomphaft gemeldeten „glänzenden Erfolge" in Asien haben sich, mit Ausnahme der Eroberung Ardahan's, deren Bedeutung aber colossal übertrieben ward, als ebenso viele Aufschneidereien erwiesen. Dagegen hat sich die Lage der Türken, besonders durch den immer mächtiger aufflammenden Aufstand im Kaukasus entschieden gebessert.

— Trübe Aussichten für Rumänien. In Bukarest sieht man dem Beginne der Aktion mit Sorge entgegen. Man glaubt nämlich, daß die Verluste der Russen um so größer sein müssen, als es nachgerade feststeht, daß die Infanteriegewehre die Türken viel weiter tragen als die der Russen, so daß letztere schon in Entfernungen Verluste zu erleiden haben, aus welchen sie das Feuer der Türken noch gar nicht erwidern können. Für die Bevölkerung von Rumänien wäre es ein entsetzliches Unglück, wenn die Russen an der Donau eine Niederlage erleiden und ihnen der Uebergang nicht glücken sollte. Sie würden in einem solchen Fall die ganze ungeheure Armee für längere Zeit im Lande behalten, welche alsdann höchst wahrscheinlich jede Rücksicht auf die Convention aus dem Auge verlöre, so daß die Lage Rumäniens schlimmer würde, als die von Serbien. — Der rumänischen Regierung gönnen wir ihrer Perfidie halber diese unerquickliche Situation, dem rumänischen armen Volke natürlich nicht.

— Man schreibt uns aus Bukarest:

Am 9. Juni kam „Väterchen" nach Bukarest, woselbst er von 12—2 Uhr verblieb. — Der Bahnhof war für alle, außer die Dienst habenden und Empfänger, durch einen riesigen Aufwand von Polizei geschlossen, die Straßen waren offiziell beflaggt und durch zwei unvollendet gebliebene Triumpfbögen geschmückt (?!). Unter der Menge vertheilt befanden sich bezahlte Buben, welche Hurrah rufen mußten. Uebrigens ist nicht viel interessantes zu sehen gewesen. — Den 16. Juni kam Milan, König in spe, von Belgrad hier an. „Väterchen" kam Abends ebenfalls nach Bukarest, aber nicht in die Stadt, sondern er blieb bis 11 Uhr Nachts bei einem wahrscheinlich recht frugalen Abendmahl mit Milan und Carl in Cotrotrochin (Lustschloß des letzteren bei Bukarest). Samstag Morgens reiste Milan nach Ploesti ins Hauptquartier. Ob er noch Gelüste nach der Königskrone trägt, weiß ich nicht. Tritt Serbien in Aktion, dann dürfte auch Oesterreich 2c. dazu beitragen helfen, die Schlächterei in Europa allgemeiner zu machen. — Ein Tscherkessenkapitän stieß sich in Jassy vor den Augen „Väterchens" den Dolch in die Brust als er von ihm keinen Pardon erhielt. Der Kapitän war einer der Anführer jener 300, welche in Giurgewo die Kugeln von den Patronen genommen haben sollen und welche von dort entfernt wurden. — Hier in Bukarest hat alles Vergnügen an Sammlungen und Charpiezupfen für Verwundete gefunden, auch eine Art, Humanität zu üben! — Soviel für heute, wenn ich einmal Zeit habe, will ich Ihnen ausführlicher schreiben.

P. S. Hiesige Blätter bringen keine Telegramme mehr über Kriegsereignisse, deshalb muß man, um etwas zu erfahren, nur ausländische Blätter lesen.

— Unser Glauchauer Parteiorgan schreibt unterm 20. Juni: „Heute Vormittag ½10 Uhr überraschte uns ein Bote der Gerechtigkeit mit seinem Besuch, eine gerichtliche Ordre vorzeigend, in welcher er zur sofortigen zwangsweisen Vorführung zweier Setzer und des Maschinenmeisters beauftragt war. Zur Beruhigung können wir unseren Interessenten mittheilen, daß es sich hierbei nicht um einen Hochverraths- oder Majestäts-Beleidigungsprozeß handelt, sondern um einen Wahlaufruf, in welchem sich Herr Professor Birnbaum in Leipzig beleidigt fühlt."

Wir wollen dabei nicht unerwähnt lassen, daß Herr Birnbaum erst seit seiner Niederlage im 17. sächsischen Reichstagswahlkreise ein so äußerst zart besaitetes Ehrgefühl zur Schau trägt. Ob aus Aerger über die Niederlage? wer kann das wissen.

Aus der Türkei.

v Constantinopel, 15. Juni.

Meine in letztem Bericht ausgesprochene Meinung, daß die Demonstrationen der Softas im Sande verlaufen würden, hat sich bewahrheitet. Der Belagerungszustand hat seine Wirkung gethan, und die auf Anregung einiger höheren Staatsbeamten, die seitdem theilweise verbannt wurden, heißgewordenen Softas haben sich wieder abkühlen lassen. Im Uebrigen war die ganze Bewegung orientalisch ruhig gehalten, und die Berichte, die man darüber nach allen Weltgegenden ausgestreut hat, waren alle stark mit Uebertreibungen geschmückt. Das einzig Richtige bei dieser Demonstration dürfte blos der Umstand sein, daß man dahinter eine kleine Intrigue von dem verbannten Midhat Pascha zu wittern glaubt, der hier unter den gebildeten Türken einen gewissen Anhang zählt, welcher von dem gegenwärtigen Rathgeber des Sultans, Mahmud Pascha Damat, nichts wissen will. Indessen zu weiteren Ausschreitungen der Softas dürfte es kaum kommen, denn die Regierung bewacht dieselben mit Argusaugen, und die leiseste Bewegung wird schon im Keime unterdrückt. Den Türken ist das Politisiren auf's strengste verboten; ein Schwarm von Spionen ist über Constantinopel verbreitet, und wehe dem Türken, der ein Wort der Mißbilligung gegen die Regierung fallen läßt: er wird sofort arretirt, muß sodann längere Zeit im Gefängniß sitzen, oder wenn er der höheren Gesellschaft angehört, wird er exportirt. Die Polizeibeamten benützen übrigens auch diese Gelegenheiten, um von den Bestraften Geld zu erpressen. So kommt es z. B. vor, daß ein Angeklagter einen, zwei Monate sitzt, nie zum Verhör kommt und endlich entlassen wird, nachdem an ihm nichts mehr zu rupfen bleibt. Unter solchen Umständen ist die Apathie wohl erklärlich, die im türkischen Volke herrscht; die Furcht hält Alles zurück und nur durch wiederholte Niederlagen am Kriegsschauplatze dürfte die gegenwärtige Regierung von ihren Feinden etwas Arges zu befürchten haben.

Durch den Krieg sind wir beinahe von der ganzen Welt abgeschlossen, denn wir empfangen nur alle acht Tage einmal Nachrichten von Europa; von Deutschland mit dem Triester und von England und Frankreich gewöhnlich mit dem Marseiller Dampfer. Mit dem Durchlassen der Depeschen ist die Regierung sehr strenge; die Depeschen harmlosesten Inhalts werden manchmal am Telegraphenamt nicht angenommen. Die Regierung veröffentlicht wohl ziemlich regelmäßige offizielle Nachrichten vom Kriegsschauplatz, allein mit der Wahrhaftigkeit derselben sieht es sehr traurig aus; so sind wir tagelang mit der Wiedereinnahme von Ardahan gefüttert worden, die sich schließlich, wie man es hier in eingeweihten Kreisen im Voraus wußte, nicht bestätigt hat.

Von dem asiatischen Kriegsschauplatze haben wir bereits seit verschiedenen Tagen in offizieller Weise nichts zu hören bekommen, indessen wird dieser Ausfall zur Genüge durch Nachrichten aus Montenegro gut gemacht, die alle von verschiedenen den türkischen Waffen günstigen Gefechten zu erzählen wissen. Weitere Berichte hierüber will ich nicht machen, denn die Relationen der Regierung sind ziemlich widersprechender Natur, so daß man besser thut, noch Weiteres abzuwarten, bis man an Vortheile in Montenegro glaubt, die ohnehin ohne Wichtigkeit sind.

Bis zur Stunde verlautet nichts Offizielles über einen Donauübergang der Russen, der nach hier sich verbreitenden und an Consistenz gewinnenden Gerüchten bereits stattgefunden haben soll. Ich meinerseits glaube aber nicht daran, da nach eingelangten Berichten das Wasser der Donau noch immer zu hoch steht, um den Uebergang jetzt schon möglich zu machen.

Sie denken sich wahrscheinlich dort, daß seit Verhängung des Belagerungszustandes unsere Stadt bereits die Physiognomie angenommen haben dürfte, die die Städte in Europa gewöhnlich unter solchen Umständen anzunehmen pflegen; dem ist aber nicht so. Wir Europäer leben hier gerade so wie früher, können zu jeder Stunde in der Nacht ausgehen und werden von Niemandem behelligt. Diese günstigen Umstände verdanken wir den Capitulationen, die auch während des Belagerungszustandes aufrecht erhalten bleiben sollen. Die Pforte soll bereits einige Versuche gemacht haben, um die Europäer während der Dauer des Belagerungszustandes ebenfalls unter das militärische Regime zu stellen, allein die hiesigen Vertreter der Mächte sollen dagegen opponirt haben, daher ist Alles noch beim Alten. Diese hier verbreitete Version scheint mir aber nicht recht glaubhaft, ich bin vielmehr der Meinung, daß die Türken mit dem Belagerungszustand ebenso langsam zu Werke gehen, wie mit allen anderen Sachen. Die Sache wird langsam in's Werk gesetzt und der Krieg wird vielleicht vorüber sein, ohne daß wirkliche Belagerungszustände in Constantinopel eingetreten sind.

Die Langsamkeit, mit der hier Alles vorangeht, ist unbezahlbar und in keinem andern Lande wieder zu finden. Diese Langsamkeit findet man auch am Kriegsschauplatz, wo etwaige Vortheile in den seltensten Fällen ausgebeutet werden. Man darf sich deshalb auch nicht beklagen, wenn der Fortschritt in der Türkei nur ganz langsame Schritte thut, Alles ist dem lieben Yarasch (Langsam) zuzuschreiben, mit dem der Türke ißt, trinkt und schläft und mit dem er sein Tagewerk beginnt, um wenigst möglich den ganzen Tag zu thun, da es schon wieder Abend wird, bis er sich zur Arbeit entschlossen hat!

Correspondenzen.

Wien, 19. Juni. Der „Vorwärts" erfreut sich einer sehr liebevollen Aufmerksamkeit seitens der löblichen österreichischen Behörden, welche von Zeit zu Zeit sich bemühen, ihn auch in solchen Kreisen bekannt zu machen, die bisher von seinem Bestande nichts ahnten. Anlaß zu dem letzten Einschreiten „unseres Tessendorff" gegen den „Vorwärts" gab eine Correspondenz aus Wien, welche die Vergehen nach § 300 und § 302 des Strafgesetzes enthalten soll. Diese Paragraphen sind die berüchtigten und genugsam gebrandmarkten Haß- und Verachtungsparagraphen. § 300 beschäftigt sich mit Herabwürdigung der Behörden resp. Aufreizung zum Hasse, zur Verachtung oder grundlosen Beschwerdeführung gegen Staats- oder Gemeindebehörden oder gegen einzelne Organe der Regierung, gegen Zeugen und Sachverständige vor Gericht, bewirkt durch Schmähungen, Verspottungen, unwahre Angaben und Entstellungen. Der Ruchlose, der eine dieser Schandthaten begeht, macht sich des Vergehens der Aufwiegelung schuldig und wird mit 1—6monatlichem Kerker bestraft. Nicht besser geht's dem, der sich gegen § 302 versündigt. Dieser Paragraph behandelt die Aufreizung, Aneiferung und Verleitung zu Feindseligkeiten wider die verschiedenen Nationalitäten, Religions- und anderen Gesellschaften, einzelne Klassen der bürgerlichen Gesellschaft 2c. Mit Hilfe dieser Kautschuckparagraphen ist es natürlich möglich, eine jede Opposition mundtodt zu machen. Selbst die Erzählung wahrer Thatsachen, auch in objektivster Form, wird nach diesem Paragraphen zum „Vergehen", sobald diese Thatsachen die Regierung oder die herrschenden Klassen in ein schiefes Licht setzen. Die Behörden lassen sich daher ungenirt die gröbsten Ungesetzlichkeiten zu Schulden kommen, jeder Bericht über dieselben wird nach § 300 des Str.-G. confiszirt. Es wäre ein blaues Wunder, wenn Graf Lamezan und seine Collegen diese Paragraphen nicht weidlich ausbeuteten. Abgesehen von den schamlosen Confiskationen der „Gleichheit" beginnt man jetzt auch wieder durch Prozesse die Partei zu verfolgen. Genosse Dunnstätter sitzt in Untersuchungshaft, weil er in einer öffentlichen Versammlung erklärt haben soll, er erkenne die Verfassung nicht an. Unsere Verfassung ist ein solches Unding, ein so systemloses zusammengeläppertes Gebäude aus Altem und Neuem, Gutem und Schlechtem, voller Confusion, Widersprüche und voll Ungerechtigkeit gegen die Besitzlosen, daß keine Opposition diese Verfassung anerkennen darf und kann, da sie nur zu dem Zwecke fabrizirt wurde, jede Opposition unmöglich zu machen. Keine der oppositionellen Parteien erkennt die Verfassung an, oft genug wurde das ausgesprochen — aber eingesperrt werden nur die Arbeiter, welche so reden. Natürlich, die Pfäfflein und Gräfleins, welche der Verfassung ein Schnippchen schlagen, die sind unantastbar!

„Neuen Sozialdemokrat" zu jener Zeit schon das „deutsche Mac Mahonnat" genannt wurde. — Nichts für ungut, liebe „Tribüne"!

— Schöne Gesellschaft. Deutsche Blätter veröffentlichen eine Londoner Correspondenz, in welcher erzählt wird, daß der englische „Cobdenclub", der dieser Tage unter dem Vorsitz des Lord Hartington ein „Festmahl" abhalten wird, drei Deutsche zu Ehrenmitgliedern hat: Hrn. Karl Blind (der die betr. Correspondenz geschrieben hat), Hrn. Karl Schurz und Hrn. Schultze-Delitzsch. Vaterland, freue Dich!

— Schwindel. Eine obskure Mainzer Buchhändler-Firma, die sich „Export-Buchhandlung Mainz" zeichnet, hat die Unverfrorenheit, einen ihrer neuesten Schundromane (die höchst wahrscheinlich aus einem Reptilienfonds ihr schandvolles Dasein fristen): „Das rothe Gespenst, oder: Bekenntnisse eines Sozialdemokraten; großer politisch-sozialistischer Zeitroman" dadurch zu empfehlen, daß ein Gottfried Bebel als Verfasser desselben figurirt. Der Sozialist Bebel heißt aber August; einen Gottfried dieses Namens gibt es zur Zeit nicht unter den Parteigenossen. Nun hat es die noble Firma jedoch auf doppelte Täuschung abgesehen. Einmal, um durch den Namen Bebel glauben zu machen, der Inhalt des Machwerkes sei einer sozialistischen Feder entflossen, das andere Mal, um durch Aussicht auf Prämien (die man zum vollen Werth bezahlen muß) leichtgläubige Gemüther zu ködern. — Um eine Probe davon zu geben, weß Geistes Kind dieser Gottfried Bebel ist, theilen wir die folgende Stelle aus dem Prospekte des in Rede stehenden Schundromans wortgetreu mit — daß aber Keiner lache!: „Alle die Anschläge, welche die Grundfesten des Staates zu erschüttern unternehmen, alle die Thaten, die von der geschlossenen Verbindung ausgehen, welche sich die Sozialdemokratie nennt — alle die Pläne, die im Verborgenen ausgeheckt werden und dann plötzlich in grauenvollen Wirkungen sich äußern, sie geben ein sprechendes Zeugniß für das Dasein des rothen Gespenstes." — Unsere Leser werden dafür sorgen, daß Niemand, den sie kennen und mit dem sie verkehren, auf den Leim gehe.

— Auch eine nette Pflanze. Durch die Zeitungen liefen vor einigen Wochen mehrere Artikel, welche den Leipziger „Grenzboten" entnommen, ein gewisses Aufsehen erregten, da sie das Demissionsgesuch des Kanzlers mit den Bestrebungen einer „hohen Dame", die angeblich gegen des Kanzlers Politik gerichtet seien, sowie mit Friktionen mit dem Finanzminister in Zusammenhang brachten. Die Freunde der betreffenden und betroffenen „hohen Dame" machten Miene, die Sache krumm zu nehmen, worüber der Redakteur der „Grenzboten" in solchen Schreck gerieth, daß er klein beigab und den Artikeln eigenhändig die Spitze abbrach. Fürst Bismarck, dem von seinen Gegnern natürlich die moralische Urheberschaft zugeschoben ward, mußte sich durch die ungeschickten Artikel auf's ärgste compromittirt fühlen. Nunmehr theilt die „Berliner Westend-Zeitung" einen Passus aus einem Schreiben mit, das die Ansichten des Fürsten Bismarck über den erwähnten Artikel und Hrn. Hans Blum wiedergiebt. In diesem Schreiben, dessen Verfasser nicht näher bezeichnet wird, heißt es: „Ich hätte es nicht gedacht .... Aber circa zwanzig und einige Minuten habe ich dem Fürsten doch abgerungen. Fünf davon kamen auf das Befinden, auf Friedrichsruh, auf Kissingen .... Endlich hatte ich die Unterhaltung so gewandt, daß ich die Grenzboten-Artikel auf's Tapet bringen konnte. Der Fürst verzog das Gesicht. „Ich will nichts davon hören", sagte er. „Ich will von dem Blum nichts wissen. Wie, habe ich Ihnen nie erzählt, was der mir schon einmal für einen Streich gespielt? Es war im April 1869, als ich einen ersten Versuch mit einer parlamentarischen Soiree machte. Ich sage: Versuch. Denn an eine regelmäßige Wiederkehr solcher Gesellschaftsabende hatte ich anfangs nicht gedacht, und in der That hätte sie Hans Blum mir fast verleidet. Gleich den ersten Abend konnte ich ihm keinen Augenblick entgehen, er war immer hinter und vor mir, fing jedes Wort auf, ja, ich sah ihn zuweilen den Bleistift gebrauchen. Ich ärgerte mich, machte jedes Mal auf den Absätzen Kehrt, wenn er mich anreden wollte, faßte den Grafen Bethusy-Huc oder sonstwen unter den Arm, ließ mich mit ihm in ein tiefes Gespräch über die Dressur der Jagdhunde ein, nachdem ich ihm zugeflüstert: „Lassen sie mich nicht los, bis der Blum fort ist", aber er wich und wankte nicht, verfolgte mich mit den Augen und die Hundedressur war nahezu erschöpft. Ich erblickte plötzlich Lasker, mit dem ich ohnehin ein Hühnchen zu rupfen hatte, und operirte so geschickt, daß es mir gelang, Lasker in einen Winkel zu ziehen, wo ich durch andere Abgeordnete gegen meinen Verfolger gesichert schien. In demselben Augenblicke war dieser an meinen Fersen und wollte mich anreden. „Erlauben Sie einen Augenblick, Herr Blum, eine Angelegenheit von der höchsten Wichtigkeit . . ." Das half, aber auch nur für einige Minuten. Am nächsten Morgen bin ich im Reichstage, studire auf meinem Platze ein großes Aktenstück, das mir eben aus Paris zugegangen. Da bringt ein Parlamentsdiener einen mit Bleistift geschriebenen Zettel von Hans Blum. Darauf steht: „Erlauben Sie, daß ich über die gestrige Soiree, die überall einen so herrlichen Eindruck hinterlassen hat, ein Feuilleton für die „Gartenlaube" — oder war es das „Daheim"? — schreibe?" Was sollte ich machen? Ich schrieb ärgerlich darüber: Meinetwegen. Nach acht oder vierzehn Tagen mußte ich dann lesen, daß bei mir auf der Soiree Witze erzählt worden wären, wie sie — wörtlich! — der Buchhändler nur versiegelt zu verschicken pflege! Seitdem fürchte ich die Reporter. Seien Sie überzeugt, ich ging anfangs ernstlich mit dem Gedanken um, Journalisten zu meinen Soireen hinzuzuziehen, aber Hans Blum hat mir das verleidet. Früher las ich die „Grenzboten". Seit Herr Blum sie redigirt, habe ich sie abgeschafft. Ich habe immer Angst, es könnte mal ein Artikel darin stehen, wie der von 1869 in der „Gartenlaube". Ich traue dem Blum Alles zu . . . Jetzt haben wir die Bescheerung . . ." — Auf den Inhalt des Artikels ging der Kanzler nicht ein, obwohl ich noch wiederholt davon anfing . . .

— „Seht mich an! Ich bin der Bismarck." „ER" ist wieder in Kissingen — trotz Kullmann-Reminiszenzen — und die Anekdotenfabrikanten haben wieder zu thun. Das Neueste (bis auf Weiteres) liest sich also: „Auf einer Promenade, die der Fürst Bismarck gewöhnlich des Nachmittags in das sogenannte Moswäldchen macht, begegneten ihm am Sonntag, den 8. d., zwei Landmädchen, deren eigenthümliche Tracht und Flügelhüte ihm auffielen. „Ihr seid wohl nicht aus Kissingen", fragte der Fürst. „Ich habe solche Tracht und solche Hüte hier noch nicht gesehen." „O nein!" antworteten Jene. „Wir sind aus dem Grabenfelder Gau. Wir sind mit dem Vergnügungszuge, der aus Meiningen gekommen ist, herübergefahren und möchten gern den Bismarck sehen." „Dann braucht Ihr nicht weit zu gehen," sagte der Fürst lachend, „seht mich an, ich bin der Bismarck." Ein Ausruf des Erstaunens entfuhr den Lippen der beiden Mädchen. „Ihr seid also der Herr Bismarck?" sagte die Eine schüchtern. „Ja, der bin ich," bestätigte der Fürst. „Nun könnt Ihr zu Hause erzählen, daß Ihr den Bismarck gesehen habt. Reist mit Gott und grüßt mir den ganzen Grabfelder Gau.""

Schade, daß ER den Mädchen kein Andenken mitgegeben hat. Nicht einmal ein Stück Hufutter!

— Zu Tode gearbeitet. Am 11. Juni erhielt auf der Ringofen-Ziegelei bei Bochum ein trotz der glühenden Hitze arbeitender Ziegelbrenner einen Sonnenstich und fiel um. Als man nun denselben in's Krankenhaus bringen wollte, verschied er schon auf dem Wege dorthin.

Notiz. Durch ein Versehen ist ein Theil der Zwischenbemerkungen zu dem letzten Feuilleton-Artikel statt an der durch Ziffern bezeichneten Stelle im Text an den Schluß des Artikels gesetzt worden, wodurch ihre Wirksamkeit natürlich stark beeinträchtigt wird.

Gleiches Recht für Alle! — Unter den weiteren in Schwebe befindlichen Prozessen wäre noch hervorzuheben die Anklage Reinthals und die Entdeckung einer sozialistischen „Verschwörung“ in Galizien. Was an dieser Geschichte wahr ist, gelang mir noch nicht zu erforschen, denn die heilige Hermandad bewahrt ein unverbrüchliches Stillschweigen. Wahrscheinlich weiß sie noch selbst nichts und wäre in Verlegenheit, wenn sie das Stillschweigen brechen sollte. Mit den hiesigen Parteigenossen standen die „Verschwörer“ nicht in Verbindung, sollte daher ein Körnchen Wahrheit in der ganzen Geheimbundsgeschichte enthalten sein, so dürfte man am ehesten annehmen, daß es bakunistische Elemente waren, welche die Sache in Fluß brachten. Aber nach den gemachten Erfahrungen thut man am Besten, daran festzuhalten, daß die Verschwörung von der Polizei, und nicht von Sozialisten „gemacht“ wurde. Sucht man doch begierig nach Material, um die Partei noch mehr zu schwächen. Alle Anzeichen deuten auch darauf hin, daß die jetzt vorgenommenen Aktionen der Polizei nur die Einleitung zu einer größeren sind, welche nach dem Parteitage in Scene gesetzt werden soll. Kommt dieser wirklich zu Stande, dann ist das Ende vom Liede eine lustige Sauhatz auf die Sozialdemokraten Oesterreichs.

Essen, 18. Juni. (Freisprechung.) Wie schon früher mitgetheilt, hatte sich der Redakteur der „Essener Freien Zeitung“, Herr Strumpen, gestern vor der Criminal-Deputation des hiesigen Kreisgerichts wegen eines Lokalberichts, in welchem er den Polizei-Wachtmeister Wiggers von Altendorf den Vorwurf des Meineides gemacht haben sollte, zu verantworten. Der Angeklagte bestritt die von der Königl. Staatsanwaltschaft aufgestellte Behauptung, daß er durch diese Notiz dem pp. Wiggers den Vorwurf des Meineides gemacht habe, indem er hervorhob, daß die Bemerkung, Wiggers habe Sachen angegeben und auf seinen Diensteid genommen, die nicht wahr seien, durchaus nicht den Vorwnrf des Meineides enthalte. Wollte man das als einen Vorwurf des Meineides verstehen, so stände fest, daß in jeder Prozeßsache Meineide geleistet würden. Dafür, daß Wiggers Sachen angegeben und auf seinen Diensteid genommen, die nicht wahr seien, hatte Angeklagter den Beweis der Wahrheit angetreten und ergab die Beweisaufnahme die Richtigkeit des in jenem Lokalbericht dem Wachtmeister gemachten Vorwurfs. Die Königl. Staatsanwaltschaft suchte in einem längeren Vortrage den Gerichtshof zu überzeugen, daß der Beweis der Wahrheit nicht erbracht sei und beantragte 6 Wochen Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte nach einer halbstündigen Berathung dem Antrage des Angeklagten gemäß auf Freisprechung.

Paterson (New-Jersey), den 6. Juni 1877. Werthe Parteigenossen! Wir fühlen uns verpflichtet, Euch folgende Aufklärung über die hiesige Seiden-Industrie zu geben. Paterson, N.-J., ist der Hauptsitz der Seidenindustrie von Amerika (Bandweber befinden sich hier ohngefähr zwischen 6—700, Seidenstoffweber 8—900), welche in fortwährender Ausbreitung sich befindet. Diese Industrie ist geschützt durch einen 60prozentigen Einfuhrzoll, aber trotzdem ist die Lage der Seidenarbeiter eine sehr schlechte: Lohnabzüge über Lohnabzüge haben die letzte Zeit stattgefunden, wodurch die Gegensätze zwischen Arbeiter und Arbeitnehmer besonders verschärft worden sind. Letztere suchen sich nun der Arbeiter und besonders der aufgeklärten, durch Maschinen-, Frauen- und Kinderarbeit und Zuzug von Arbeitern aus Europa ganz zu entledigen. Der Lohn ist bis zum Hungerlohn herabgedrückt, dazu kommt noch, daß die Wenigsten anhaltende Beschäftigung haben, viele kaum die Hälfte Zeit. Der dritte Theil aber ist ganz ohne Beschäftigung. Die Lage ist deshalb eine ganz miserable. Wir warnen deshalb hiermit jeden Parteigenossen, wie überhaupt alle Weber, nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika auszuwandern. Unversucht aber wollen wir nichts lassen, über die Ursache dieser Misere unsere Mitarbeiter aufzuklären, um so die Reihen zur Abhülfe derselben zu verstärken. Mit sozialdemokratischem Gruß

Im Auftrag der Weber von Paterson (N J.)
H. W. Morawetz.

Die Parteiblätter in Schlesien und besonders am Rheine werden um Abdruck gebeten.

Königswalde, 20. Juni. Am 18. Juni Abends tagte hier eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und der jetzige Nothstand“, in welcher Parteigenosse Wiemer aus Chemnitz referirte. Die Versammlung war gut besucht, jedoch hatten sich auch einige ungebildete Gegner eingefunden, welche die Versammlung durch Störungen zu sprengen suchten, was ihnen aber nicht gelang. Eine Tellersammlung durfte laut Verbots des hiesigen wohllöblichen Gemeindevorstandes nicht stattfinden, und wurden freiwillige Beiträge gegeben, welche sich auf 5 Mark 38 Pfg. beliefen. Die Versammlung nahm, abgesehen von den erwähnten Störungen, einen günstigen Verlauf. Auch wir haben jetzt gesehen, mit welchen Mitteln unsere Gegner zu Werke gehen, um der Sozialdemokratie zu schaden. Wir werden aber zeigen, daß die Gegner der Sozialdemokratie gegenüber machtlos sind. Nothwendig ist aber, daß auch in den Nachbarorten Volksversammlungen abgehalten werden, denn nur dadurch kann die Sozialdemokratie an Ausbreitung gewinnen. G. M.

Göppingen, 20. Juni. (Situationsbericht.) Neben Constatirung der für den Arbeiter so überaus schlechten materiellen Verhältnisse in hiesiger Stadt in einer der letzten Nummern des „Vorwärts“ dürfte es für die denselben lesenden Parteigenossen doch auch von Interesse sein, etwas über den Stand unserer Sache hier zu erfahren. Leider ist der Bericht, der hiervon zu geben ist, kein besonders erfreulicher. Trotzdem, daß dem hiesigen Proletariat das Wasser bis an den Hals geht, begreift der bei weitem größte Theil desselben nicht, daß nur in felsenfester Vereinigung und Hingebung der Arbeiter an die gemeinsame Sache die Beseitigung der Leiden des vierten Standes zu erwarten ist. Man giebt sich der kühnsten Hoffnung hin, daß die nächste Zukunft in ihrem Schooße bessere Tage bringen werde, und hat es doch vor Augen, daß es von Tag zu Tag schlimmer wird. Solche Elemente müssen durch Schaden klug werden! Die Zahl der hiesigen Parteigenossen wäre nicht so klein, leider aber beweist nur der dritte Theil seinen Patriotismus auch mit Geldbeiträgen. In letzter Zeit hat sich hier ein Agitationscomité constituirt, das sich die Aufgabe stellt, mit allen nach Gesetz und Recht erlaubten Mitteln für unsere Sache zu wirken. Zunächst wurde an einem der letzten Sonntage eine Volksversammlung zum Zweck der Widerlegung der aus dem schmutzigen Stuttgarter Preßbüreau stammenden Angriffe im hiesigen „Amts- und Intelligenzblatt“ abgehalten, welche ziemlich stark besucht war und in der Genosse Bronnenmayer unter dem Beifall der Anwesenden den Waschzettel Punkt für Punkt widerlegte. Die Gegner machten sich natürlich nur durch ihre Abwesenheit bemerkbar. — Eine Reihe von Vorträgen, gehalten von Mitgliedern des Agitationscomités, hat begonnen und es ist zu hoffen, daß sich bei einiger Energie noch Manches besser gestalten wird. Freudige Erregung in hiesigen Parteikreisen, wie wohl überall, brachte die Wahl Hasenclever's. Braves Berliner Proletariat! Wie stolz sind wir auf dich. Die Zweifel sind zerstört, auf's Neue ist der Arm gestählt. Ehre sei dir! — Ich habe die Ueberzeugung, in nächster Bälde erfreulichere Nachricht über den Stand unserer Sache an hiesigem Orte bringen zu können. A. A.

Gera, 16. Juni. Sonnabend den 9. d. M. fand hier in Straube's Lokal eine gutbesuchte Volksversammlung statt, in welcher Parteigenosse K. Brätter über nachfolgende Tagesordnung sprach: „1) Die wirklichen Ursachen der Zunahme des Verbrecherthums im Gegensatz zu dem Vortrage des Kreisgerichtsdirektor Hirt. 2) Bericht des Delegirten vom Gothaer Sozialisten-Congreß.“ — Herr Kreisgerichtsdirektor Hirt hat in einer der letzten Versammlungen des Gewerbevereins einen Vortrag über „Die Zeichen einer vorschreitenden Verwilderung im Bezirk Gera“ gehalten und sich dabei ungefähr folgendermaßen geäußert: „Die Grundursache der Zunahme der Verbrechen hier müsse in dem allenthalben zu Tage tretenden Materialismus, den „Irrlehren“ sozialistischer Agitatoren, die den Menschen Dinge predigen und verheißen, welche unerreichbar sind, die ihnen ein bequemes Leben vorspiegeln, ohne es ihnen gewähren zu können, gesucht werden.“ Parteigenosse Brätter wies in der obenerwähnten Volksversammlung die Beschuldigung gegen die Sozialdemokratie scharf und entschieden zurück. Er betonte, daß nicht die Sozialdemokratie für die Ueberhandnahme der Verbrechen verantwortlich gemacht werden könne, sondern daß dieselben in den unseligen sozialen Zuständen der Gegenwart wurzelten. Diese solle man dafür verantwortlich machen. Die Meinung des Herrn Hirt, daß die Zunahme der Verbrechen seit Anfang der 70er Jahre datire, hält auch Herr Brätter für richtig, aber daran sei nicht die Sozialdemokratie schuld, sondern der demoralisirende Einfluß der Kriege, deren Deutschland in zwölf Jahren allein drei geführt habe. Wenn in den Schulen bei Sedanfesten der Krieg als eine heilige Handlung dargestellt würde, da brauche man sich über die Verwilderung der Jugend nicht zu wundern. Woraus folgere überhaupt Herr Kreisgerichtsdirektor Hirt, daß die Sozialdemokratie für die Verbrechen verantwortlich zu machen sei? wo habe er die Beweise dafür? so fragte Brätter. So lange er diese nicht erbringe, erkläre er (Brätter) den Vorwurf für eine der stärksten Verleumdungen, der Sozialdemokratie, und müsse er diese durch nichts begründete Beschuldigung auf das entschiedenste zurückweisen. — Die Ausführungen des Redners fanden den vollsten Beifall der Versammelten, von denen schließlich nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die heutige Volksversammlung protestirt gegen die in dem Vortrage des Herrn Kreisgerichtsdirektor Hirt enthaltenen Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie, die dieselbe der Mitschuld an der Zunahme der Verbrechen bezichtigen, und weist solche als vollständig unbegründet zurück.“

Hierauf erstattete Parteigenosse Brätter als Delegirter zum Gothaer Sozialistenkongreß in gedrängter Kürze einen Bericht über dessen Thätigkeit und den gegenwärtigen Stand der sozialistischen Partei. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß Herr Kreisgerichtsdirektor Hirt seinen Vortrag auf Ansuchen des Gewerbevereins in Druck erscheinen lassen will. Nur immer zu, Schaden wird uns das nicht bringen. — Unser Lokalblatt, das „Ostthüringische Volksblatt“, erscheint vom 1. Juli an dreimal wöchentlich. Auch ein „Rückgang“!

14. sächsischer Wahlkreis.

Die Parteigenossen werden hiermit für **Sonntag**, den **7. Juli**, Vormittags 11 Uhr zu einer Conferenz nach **Geithain** eingeladen. Die Theilnehmer wollen sich bei dem Genossen **G. Stahl** daselbst anmelden.

Groitzsch-Pegau, den 25. Juni.

Das Kreis-Agitations-Comité.

Briefkasten

der Expedition. H. Weber-Gordon, Barmbeck: Die Annonce kam für die Sonntagsnummer zu spät.

Protokoll-Sendungen. Die eingegangenen Bestellungen auf Congreßprotokolle konnten vorige Woche nicht nach Wunsch erledigt werden, weil die Letzteren nicht in genügender Zahl und Sonnabend eine Partie erst kurz vor Postschluß geliefert wurden. Derossi.

Quittung. Wbr Grdn Barmbeck An. 3,00. Arbeiterverein Halle An. 0,90. Hrdrf Cöln An. 1,50. Erlck London An. 2,10. Grnzg Neustrelitz Ab. 3,00. Kls Magdeburg Ab. 120,00. Arbeiter-Bild.-Ver. Münzzuschlag Ab. 3,22. Rsch Hajos Ab. 9,65. Ottnbch Stuttgart Ab. 6,80. Zchrds Herrmannstadt Ab. 11,75. Bttchr hier Ab. 4,40. A. Krtschmr Dortmund Ab. 4,10. Bstr London Ab. 4,00, Schr. 1,00. Frnkl Budapest Ab. 22,40. Frtn Beauvais Ab. 4,00. Flr Schwb. Gmünd Ab. 15,00. Frnff Sachsenhausen Ab. 31,60. Thm hier Ab. 0,80. Red. d. „Mecklenburger Arbeiterfreund“ Ann. 1,20. Hnzl Kiel Ann. 1,50.

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Leipzig. Freitag, den 30. Juni, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Oeffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die politischen Parteien Deutschlands und die Organisation der Arbeiterpartei. Referent W. Hasenclever.

70] **Der Agent.**

!! Aufgepaßt !!

Im Laufe des Monates finden rhetorische Vorträge zum Besten der Parlamentswahlkasse in folgenden Orten statt: **Hamburg, Altona, Barmbeck, Ottensen, Hamm, Kiel.**

Zum Vortrage gelangt:

Franz von Sickingen von Ferd. Lassalle

unter Leitung und persönl. Mitwirkung von **Hermann Weber-Gordon.**

Näheres die Lokalblätter und Zettel.

Anträge der Parteiagenten zu ähnlichen Vorträgen sind zu senden: **H. Weber-Gordon, Barmbeck postlagernd.** (F 40) [300

Als Verwalter oder Disponent größerer Anwesen oder Etablissements empfiehlt sich ein selbstständig gewesener Techniker reiferen Alters. (3a) [1,00

Näheres R. P. durch die Expedition.

Verlag von A. Erlecke in London.

Sechs Monate in einem preußischen Centralgefängnisse. Aus den Folgen eines modernen Justizmordes nebst einer Einleitung: Auszug aus den Prozeßakten. **Von einem Verbannten.** gr. 8. Elegant ausgestattet Preis **1 Mark 50 Pfg.**

Ein gewandter Schriftsetzer — jetzt Redakteur eines Parteiblattes — sucht zu sofort Stellung. (F. 260) [1,20

Offerten unter R. M. durch die Exped. ds. Bl.

Den Partei- und Gewerksgenossen zur Nachricht, daß wir hier einen Central-Fremdenverkehr sämmtlicher Gewerke, verbunden mit unentgeltlichem Arbeitsnachweis, errichtet haben, und ersuchen wir deshalb alle hier zureisenden Genossen nur dort zu verkehren. Der Fremdenverkehr befindet sich in der Bierbrauerei von H. Rauschen, Rothenberg 9, in der Nähe der Schiffsbrücke.

Cöln a. Rh., im Juni.

NB. Alle Parteiblätter werden um Abdruck obiger Notiz gebeten.

Billigste Tageszeitung Berlins!

„Berliner Freie Presse“

mit der Illustrirten Sonntags-Gratis-Beilage **„Die Neue Welt“** erscheint sechsmal wöchentlich in Berlin und nehmen alle Postanstalten Deutschlands, sowie die unterzeichnete Expedition Abonnements entgegen.

Abonnements-Preis:

Beim Abholen von der Post: 4 M., — frei in's Haus: 4 M. 40 Pf per Quartal.

Inserate: pr. 4gesp. Borgis-Zeile 25 Pf., — Arbeitsmarkt nur 10 Pf.

Die „Berliner Freie Presse“ ist in der Zeitungs-Preisliste für 1877 unter Nr. 540 eingetragen.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse“.

Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Das Protokoll

des diesjährigen, zu Gotha stattgehabten

Sozialisten-Congresses

ist heute erschienen.

Preis pro Stück **25 Pfg.**, bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren **20 Pfg.**

Bestellungen, denen der Betrag nebst 10 Pfg Porto für je 5 Exemplare beizufügen ist, sind zu richten an **C. Derossi, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.**

Nur gegen baar oder Postvorschuß wird expedirt.

Die Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda.

Dieses Blatt erscheint **monatlich ein Mal** und kostet durch die Post bezogen 60 Pf. pro Quartal excl. Bringegeld. Direkt von der Expedition bezogen kostet eine einzelne Nr. 20 Pf. Bei größeren Bestellungen Rabatt nach Uebereinkunft.

Versendung der ersten Nummer Ende dieses Monats.

Verlag der „Rundschau“
Hamburg, Amelungstraße 5.

Bei der Volksbuchhandlung in **Zürich** ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der Staat

vom sozialdemokratischen Standpunkt aus.

Eine Auseinandersetzung mit den „Anarchisten“.

Von **Hermann Greulich**, Redakteur der „Tagwacht“.

2½ Bogen groß Oktav. — Preis 25 Pf.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1877 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt **1 Mark 60 Pf.** pro Quartal, **54 Pf.** pro Monat für ganz Deutschland.

Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per **Kreuzband** beziehen, wird dasselbe bei wöchentlich dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland, Helgoland und Luxemburg 3 Mark per Quartal;

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika 4 Mark;

Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebietes incl. Oesterreich-Ungarn, Luxemburg und Helgoland wöchentl. 3mal 10 Mark pr. Quartal, wöchentl. 1mal 4,80 Mark pr. Quartal.

Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzusenden.

In dem Zeitungskatalog steht der „Vorwärts“ im Nachtrag XI, unter Nr. 3770a, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonnirt bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/II, unserem Colporteur Moritz Ulrich, Südstraße 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkstatt am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für **Connewitz** ꝛc. Hackert, Kurze Str. 10 part.; für **Kleinzschocher und Umgegend** bei F. Trost Hauptstr. 10 l; für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II dahier; für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 l; für **Hohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthalerstr. 7; für **Stötteritz** bei E. Grube, An der Papiermühle; für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Grebenstein, Aurelienstraße 3.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 1. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 630 North 3rd Street.
J. Boll, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Sandermann, 74 Clybourne ave.
San Francisco: F. Enß, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Heuge, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 75. Freitag, 29. Juni. 1877.

Parteigenossen!

Schnell eilt die Zeit — wiederum naht ein Quartal seinem Ende, ein neues beginnt, und an seiner Schwelle nun erinnern wir Euch daran, Eure Pflichten gegen die Partei, gegen Euch selbst als Parteigenossen zu erfüllen.

Ihr habt uns berufen, die Interessen der Partei zu fördern, über sie zu wachen; allein Ihr habt dies keineswegs gethan, um Euch dadurch auf den Beweis der Existenz einer Arbeiter-Partei zu beschränken, sondern um in das Parteileben eine bestimmte Willensrichtung zu bringen, um anzuerkennen, daß die Parteibewegung einen einheitlichen Charakter haben solle.

Angesichts der Hindernisse nun, welche einer festgeschlossenen, formellen Partei-Organisation in Deutschland im Wege stehen, kann die Einheit der Partei nur gewahrt werden, wenn fort und fort das bewußte Streben nach einem Ziele uns Alle leitet, wenn wir uns einen geistigen Brennpunkt schaffen, der Jeden unter uns befähigt, ohne besondere Winke, zur Noth ohne formelle Vereinigungen, für die gute Sache des arbeitenden Volkes in Uebereinstimmung mit den übrigen Parteigenossen zu wirken. Dieser Brennpunkt ist vorhanden. Das Centralorgan der Partei, der „Vorwärts", ist längst von der Partei als solcher bezeichnet und gewürdigt worden. Was aber von der Gesammtheit proklamirt worden, das soll auch von jedem Einzelnen beachtet werden. **Jeder Einzelne von Euch, Parteigenossen, hat die Pflicht, das Centralorgan selbst zu lesen und zu verbreiten. Nur durch die Erfüllung dieser Pflicht kann ein Anrecht auf die direkte Zugehörigkeit zur Partei begründet werden.**

Die Zeiten sind schlecht, das ist wahr. Aber wer allein den „Vorwärts" nicht halten kann, der thue es mit zwei, drei Genossen vereinigt. Jedenfalls muß Euch allen der „Vorwärts" erhalten werden. Ferner muß Euch allen der „Vorwärts" aufrecht zu erhaltende Entscheidung des Kammergerichts die Nichtigkeitsbeschwerde einlegen. Es ist dies übrigens meine zweite Verurtheilung wegen formeller Beleidigung der Gründer; eine thatsächliche Unrichtigkeit dagegen hat mir noch nicht nachgewiesen werden können. Wie die Staatsanwaltschaft mir mittheilt, ruht das Strafverfahren wegen wissentlich falscher Denunciation gegen Albert Meyer bis zum rechtskräftigen Abschluß des gegenwärtigen Injurienprozesses.

Berlin, 21. Juni 1877. Otto Glagau."

Aus Ostpreußen.

Nachdem ich das neue deutsche Reich bereist habe, ergriff mich das Verlangen, den ersten Ansatz desselben, die erste Zelle in unserem heutigen germanischen Staatengewebe etwas genauer zu analysiren, seine kleineren Theile genauer kennen zu lernen. Ich hatte stets für diese Geburtsstätte unseres Preußen-Deutschlands gar besondere Neigungen, ohne mir erklären zu können, was diese Neigungen in mir hervorgerufen hat. Ich weiß nicht, ob die Marienburger Ritterburg oder die alte Krönungsstätte der Hohenzollern mich so mächtig anzog; bin ich doch weder dem Christenthum noch dem Cäsarenthume mit besonderer Liebe zugethan. Aber merkwürdig ist es, daß weder die Stätte, wo unsere Ritterorden uns die heilige Religion und sich die allererdenklichsten Erdengüter erkämpft haben, noch die Stätte, wo

„Da die Herren Sozialdemokraten sehr bald finden würden, daß bei der gemeinschaftlichen Bewirthschaftung nichts herauskommt, weil hierbei genau so fleißig gearbeitet werden würde, wie bei den jetzigen Gemeindefrohnden, so wird ohne Zweifel, wenn die Herren an's Regiment kommen, zur Verpachtung des den Bauern geraubten Landes geschritten werden; denn 130,000,000 Ländereipacht, oder, wie es die Sozialdemokraten nennen, „Bodenrente" allein in Bayern, ist ein gar zu schönes Wort.

„Mehr braucht wohl kein Grundbesitzer, kein Bauer von den Ideen und Absichten der Sozialdemokratie zu wissen. Wer aber mehr wissen möchte, dem empfehlen wir die kleine, in jeder Buchhandlung vorräthige, nur 60 Pfennige kostende Schrift: „Die Sozialdemokraten, was sie den Wählern versprechen und was sie wollen." Berlin, Verlag von Julius Springer. 1876.

„Nach Darlegung der sozialistischen Lehren und ihrer Widersinnigkeit ist unter Anderem in dieser Schrift gesagt:

„Eine große Menge Arbeiter kann durch Vorspiegelung eines behaglichen, sorgenfreien Lebens für einige Zeit verführt werden. Wenn dem Arbeiter aber die eigentlichen Ziele der Sozialdemokraten klar werden, wenn der Familienvater hört, daß künftig seine Tochter in 8 Tagen 7 Männer heirathen kann, wenn er endlich die religiösen Anschauungen der sozialdemokratischen Führer, ihr Prahlen mit Atheismus (Gottesleugnung), ihre Ableugnung der Unsterblichkeit, der Strafe und Belohnung kennen lernt, so wird er sich mit Ekel und Verachtung von den **Verführern, die bis dahin von seinem Schweiße gelebt haben**, abwenden. Es genügt vollkommen, dem tüchtigen Arbeiter aus den **eigenen Erklärungen** der Sozialdemokraten deutlich zu machen, was sie eigentlich wollen, um **ihn zum entschiedenen Gegner**

[illegible] die Kanalröhren massenhaft aufgespeichert zu sehen. Auf die Nothwendigkeit von Bedürfniß-Anstalten in den belebtesten Centren der Stadt sind die Stadtväter erst jetzt gekommen, denn seit ein paar Wochen wird an deren Herstellung gearbeitet. Solche Dinge werden von einem jeden empfunden, mag er die Neigung haben, seine Vorgesetzten zu kritisiren oder nicht. Sie werden empfunden, obwohl die servile Presse, und eine andere giebt es leider da nicht, sich die größte Mühe giebt, die Sachen einfach todtzuschweigen. Der unselbständige Handwerkerstand und die sogenannten Tagelöhner, die haben, Dank der Jugenderziehung Ostpreußens, auch dazu nicht den Muth, ja vielleicht gar nicht die nöthige Erkenntniß der Mißwirthschaft. Diese sind größtentheils vom Lande und den Provinzialstädten nach den Haupt- und Handelsstädten herübergekommen, um ihre Arbeitskraft schneller verkaufen zu können. Der Lohn ist im Allgemeinen sehr karg abgemessen, dazu noch die Unbeständigkeit der Arbeit.

Daß die Sachen anders werden müssen und auch anders werden können, wenn das Volk nur den nöthigen Willen dazu haben wird mit eigener Hand seine Lage zu verbessern — auf diesen Gedanken können die lange Unterdrückten selber nicht kommen. Hätten wir hier nur mehr Männer, die das Evangelium des Sozialismus zu verkünden im Stande und gewillt wären. Aus den untersten Schichten haben bis jetzt nur Wenige sich irgendwie hervorgethan. In manchen Köpfen der von den höheren Schichten stammenden Demokraten geht es noch bunt

Der „französische Arbeiter", welcher erklärt hat, „daß der Sozialismus blos auf dem Papier oder im Mund arbeitsscheuer Schwindler bestehen kann", ist eine **Erfindung** des Herrn Richter. Herr Richter, der sich mit der ihm eigenen Vielseitigkeit in den Zeitungen bald als reichstreuer Fortschrittler und Nationalliberaler, bald als reichsfeindlicher Demokrat und Partikularist produzirt, hat sich hier zur Abwechselung einmal in eine französische Arbeiterblouse versteckt.

Das ist die Autorität des Herrn „Oekonomieraths Dr. Löll".

Und was sagt Herr Löll selbst? Zunächst eine Unwahrheit. Ein Congreßbeschluß wie der, welchen er mittheilt, und zwar mit dem Bemerken, daß er „gewöhnlich" als erste „Resolution" auf allen sozialdemokratischen Congressen gefaßt werde, ist **einfach niemals gefaßt worden**. Wenn der Herr Oekonomierath uns nachweisen kann, daß ein solcher Beschluß je auf einem sozialdemokratischen (oder internationalen) Congreß gefaßt worden ist, so erklären wir von vornherein alle seine Angriffe auf die Sozialdemokratie für berechtigt. Wenn er es aber nicht nachweisen kann, welchen Namen verdient dann der Herr „Oekonomierath"?

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Grund- und Bodenfrage ist in der Liebknecht'schen Schrift über diesen Gegenstand zur Genüge und ohne jeglichen Rückhalt präzisirt und klargelegt. Und — sehr bezeichnend — während des ganzen Verlaufs der letzten Wahlcampagne ist niemals und nirgends auch nur eine Zeile aus dieser Schrift gegen uns citirt worden. Warum? Einfach, weil man nicht **konnte**! Weil die Ziele, welche wir **wirklich** verfolgen, die Gründe, die wir entwickeln, jedem Denkfähigen und Unbefangenen einleuchten. Darum muß man uns **falsche Ziele und falsche Gründe andichten**.

Nie, das sei hier noch erwähnt, ist es einem Sozialdemokraten eingefallen, das Prinzip des Privatbesitzes überhaupt abschaffen Kriege gefallen sind, in Wahrheit aber dienen solche Kundgebungen nur zur Verherrlichung des Krieges. Ich glaube Ihren Lesern damit nicht viel zu nützen, wenn ich ihnen die Feierlichkeit schildern sollte und somit genüge diese kurze Notiz. R—z.

Correspondenzen.

Hamburg, 21. Juni. Durch die liberale Presse geht folgende Notiz: „Der durch den Arnim'schen Prozeß bekannt gewordene Rechtsanwalt **Munckel** aus Berlin fungirte gestern vor dem hiesigen Strafgericht als Vertheidiger des Sohnes des verstorbenen Besitzers der „Reform", **Eugen Richter**. Es handelte sich wieder einmal um einen Injurienprozeß seines Schwagers Dr. Banks, der jetzt Besitzer des genannten Blattes ist, wie um eine Anklage gegen die hiesige „Tribüne", welche eine beleidigende Annonce gegen **Banks** aufgenommen hatte. Die Sache kam jedoch nicht zur vollständigen Verhandlung, da die nach Berlin gesandten Akten nicht zurückgesandt worden waren. Wann werden endlich diese widerwärtigen Familienprozesse aufhören?" — Auf diese Frage können **wir** den liberalen Blättern Antwort ertheilen: Die „widerwärtigen Familienprozesse" werden aufhören, wenn in der herrschenden Gesellschaft die Ausbeutung, die Unterdrückung und das frevelhafte Conkurrenzspiel um das Mein und Dein aufhört — in einer sozialistischen Gesellschaft gehören solche „widerwärtige Prozesse" zu den Un-

---

kannte hierauf nach längerer Berathung, dem Antrage und der Ausführung der Oberstaatsanwaltschaft gemäß, ebenfalls auf das erste Strafmaß von 3 Monaten Festungshaft. In den Motiven hieß es: Es könne dahin gestellt bleiben, ob ein Bündniß der drei Kaiser existirte, jedenfalls aber existirte eine Vereinigung zu politischen Zwecken; diese habe der Angeklagte und damit auch deren Mitglieder beleidigt. Demgegenüber erscheine das Strafmaß von 3 Monaten nicht zu hoch.

Eine „merkwürdige Geschichte".

Nachfolgende Feuilleton-Notiz wollten wir zuerst ohne weitere Bemerkung zum Ergötzen unserer Leser bringen:

— **Berliner Spitzbubenhumor.** In einer der letzten Nächte wurden, wie die „Tribüne" erzählt, in der Voßstraße von mehreren Häusern die Klopfer, metallenen Knöpfe und sonstiger Zierrath an den Thorwegen gestohlen. Nachdem sich das allseitige Erstaunen der betreffenden Hausbesitzer darüber gelegt hatte, erhielt Tags darauf ein davon ebenfalls betroffener Banquier ein Postpacket unfrankirt mit etwa folgendem Anschreiben auf der Postpacket-Adresse: „Ich sende Ihnen anbei das Zeug wieder zurück, es ist ja ganz gemein und will mir Niemand dafür etwas geben. Seien Sie so gut und geben Sie den Anderen auch das Ihrige wieder. Eins aber möchte ich Ihnen sagen, daß Sie an Ihren Häusern, als der Finanz-Aristokratie gehörig, doch feinere und werthvollere Sachen an den Thorwegen haben könnten. Sollten Sie nicht wissen, wo Derartiges zu beziehen, so kann ich Ihnen die Firma des Klempnermeisters *** in der ***straße empfehlen. Mit brüderlichem Gruß und Kuß Ihr —" (folgt der **Name eines sozialdemokratischen Abgeordneten.**) Das Packet und die Postpacket-Adresse ist der Polizei übergeben worden.

Als diese Notiz schon gesetzt war, erhielt **Hasenclever** nachfolgenden Brief:

„Berlin, 17. Juni 1877.

Verehrter Herr!

Nachdem vor ungefähr drei Tagen an verschiedenen Häusern der Voßstraße, darunter auch an **unserem**, die Thürknöpfe, Schilder des Vereins gegen Verarmung und Bettelei u. dgl. abgebrochen worden waren, erhalten wir heute Morgen eine an H. Leising, Voßstraße 17, adressirte Cigarrenschachtel a. D., welche die abgebrochenen Sachen enthält. Dieselbe trägt auf ihrem Deckel die folgende schöne Bleistiftinschrift:

„„Wählt Hasenclever! Nicht lachen und kein dummes Gesicht machen!""

Der Begleitschein enthält folgende noch schönere Inschrift:

„„Absender: Hasenclever, Reichstagsabgeordneter, Elsasserstr. 14. Hier bekommt Ihr die Geschichte zurück. Seid doch aber vernünftig und bringt solidere Sachen an, geht nach Fritz, Klempner, Linkstr. 13. Was nicht convenirt, bitte weiter zu schicken, z. B. Voßstraße 15, 16, 8 u. s. w. und irgendwo. Mit bestem Gruß und brüderlichem Kuß (nicht ganz wörtlich, da die Kiste gleich weiter geschickt werden mußte).""

Da es nun nicht ganz klar ist, in **welchem Zusammenhang Ihr Reichstagsmandat mit der Zurücksendung abgebrochener Thürknöpfe und unabgebrochener, als Beigabe mitgeschickter Wurstreste u. dgl. stehen soll**, bitten wir Sie, uns **umgehend zu erklären, ob etwa wenigstens Ihre Person damit in irgend welcher Verbindung steht** oder ob es sich in der Angabe: Absender: Hasenclever, Reichstagsabgeordneter nicht vielmehr um einen Mißbrauch Ihres in letzter Zeit so oft gemißbrauchten Namens handelt.

In der Hoffnung, daß Sie uns baldmöglichst, wie es ja in Ihrem wie in unserem **Interesse** liegt, durch Ihre Antwort diese **merkwürdige Geschichte** aufklären werden

(folgt der Name)."

Merkwürdig ist übrigens an der Geschichte nichts weiter, als obiger Brief, der von Hasenclever Aufklärung über „diese merkwürdige Geschichte" verlangt. Hasenclever, der zuerst im Zweifel war, ob er überhaupt Antwort geben sollte, hat an den Briefschreiber nun folgenden Brief gesandt:

„Leipzig, 25. Juni 1877.

Geehrter Herr!

Mit großer Verwunderung habe ich Ihr Schreiben gelesen, welches mir von Berlin nach Leipzig, woselbst ich meinen Wohnsitz habe, nachgesandt worden ist. Ich kann nicht wissen, welche Motive Sie bei Absendung des Schreibens geleitet haben, deshalb halte ich auch mit meinen Bemerkungen zurück. Daß ich Ihr Schreiben aber im „Vorwärts" zum Abdruck bringe, das können Sie mir nicht verdenken, da dasselbe einen höchst **merkwürdigen** Beitrag zu dem Urtheil der besitzenden Kreise über die bekannten Persönlichkeiten in der sozialistischen Bewegung bildet. Daß ein solches Urtheil aber nothwendig in diesen Kreisen sich festsetzen muß, daran ist hauptsächlich die herrschende Presse schuld; dann aber auch tragen die brutalen Auslassungen der verschiedensten Sozialistenverfolger dazu bei. Mit der Versicherung, daß ich **nur** Verwunderung und keinerlei Aerger bei dem Lesen Ihres Briefes gehabt habe, zeichne ich achtungsvoll

Wilh. Hasenclever."

Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt", welches auch die obige Notiz: „Berliner Spitzbubenhumor" den liberalen Zeitungen nachgedruckt hat, macht dazu folgende Bemerkungen:

„Man weiß nun, daß die Leute, welche bei Nacht die Klopfer abreißen, die Aushängeschilder der Geschäfte wegnehmen und die Laternen einwerfen, durchaus keine gewerbsmäßigen Diebe sind. Bekanntlich übt sich die gebildete Jugend in solchem „Ulk" und pflegt sich solche „Witze" zu erlauben, die auch von den „anständigen" Leuten stillschweigend gebilligt, ja sogar als „burschikose" Streiche bewundert werden. Es wird wohl irgend eine angeheiterte Bande von Liberalen oder Fortschrittlern gewesen sein, die das Ganze arrangirt hat, um nur den Namen eines Sozialisten auf das Packet setzen zu können. Der „Humor" ist zwar recht traurig, aber ganz richtig von der liberalen Presse bezeichnet als — Spitzbuben-Humor."

Wenn der Briefschreiber diesen Artikel gelesen haben wird, so wird er gewiß noch immer den Kopf schütteln und sagen: „Merkwürdige Geschichte" — doch immer bleibt das Merkwürdigste an der Geschichte: der Brief dieses Herrn.

— **Wahlanekdote.** Die „Germania" erzählt: Am Donnerstag, dem Wahltage Hasenclever's, hatte sich Abends das Gerücht verbreitet, Löwe habe über Hasenclever gesiegt. Ein Restaurateur in der Invalidenstraße gab seiner Genugthuung über dieses vermeintliche Ergebniß durch folgenden, an seine Lokalthür gemalten Rebus Ausdruck: Er malte einen Hasen neben drei Kleeblätter; über beides sprang mit kühnem Satz ein Löwe hinweg. Die Herrlichkeit dauerte bis gegen 10 Uhr. Als dann das offizielle Resultat diese Rebusschrift desavouirte, nahm der Herr Wirth einen Lappen und wischte unter dem Gelächter der Gäste, darunter einige sozialistische Abgeordnete und, irren wir nicht, auch Hasenclever selbst, sein schönes Bild wieder weg.

— **Die Unverschämtheit des „Leipziger Tageblatts"** geht doch über die Hutschnur. Das Klatschblatt schreibt nämlich: „Nach einer uns vorläufig zugegangenen Mittheilung hat die Versammlung in Glauchau am vorigen Sonnabend, in welcher sich die Herren Most und Hasenclever auf der einen Seite, Herr Prof. Dr. Birnbaum auf der andern Seite als Redner gegenüberstehen sollten, unter überaus starker Betheiligung der dortigen Bevölkerung stattgefunden. Von den Genannten waren nur Most und Professor Birnbaum anwesend, **Hasenclever hatte es vorgezogen**, nicht zu erscheinen." Diese Unverfrorenheit, den Lesern **direkte Lügen** aufzutischen, ist allerdings groß. **Hasenclever** hat zu obiger Versammlung weder eine Einladung erhalten, noch wußte er überhaupt etwas von dieser Versammlung, ehe ihm Mittheilung gemacht wurde, das „**Leipziger Tageblatt**" ließe **ihn in Glauchau reden.** — Die „**Deutsche Allgemeine Zeitung**" druckt dem „Tageblatt" die Lügen ruhig nach — wir meinen, daß diese im Allgemeinen anständige Zeitung nun auch ein Dementi erfolgen lassen müßte, wenn sie sich nicht mit dem „Tageblatt" auf eine Stufe stellen will.

über denselben gefällten Urtheile noch härter lauten, als diejenigen der sozialdemokratischen Presse. Mit der abgestandenen Redensart, daß Jedermann das Recht habe, sich durch Fleiß und Intelligenz aus der besitzlosen in die besitzende Klasse hinauf-zu arbeiten, hat man das Verlangen nach Besserung der Lage der besitzlosen Klasse, — mit Anpreisungen der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine den Ruf nach „Organisation der Arbeit" beantworten zu können gemeint und in einer zu drei Viertheilen von „Bourgeois" zusammengesetzten, noch nicht hundertköpfigen Versammlung hochtönende Resolutionen über die Aussichtslosigkeit einer Bewegung gefaßt, deren Führer und Agitatoren allein nach Tausenden zählen. Unternehmungen solcher Art sind einfach als Ausgeburten absoluter Unbekanntschaft mit dem Wesen des Sozialismus oder (um es kurz zu sagen) der Unwissenheit anzusehen und leisten der sozialdemokratischen Agitation größeren Vorschub, als Dutzende langweiliger Arbeitermeetings und bis zum Ueberdruß vernommener Berufsredner. An einen Wandel wird erst zu denken sein, wenn Diejenigen, die gegen den Sozialismus vorgehen, denselben mindestens so genau kennen gelernt haben, wie die Hasenclever, Bebel nnd Liebknecht die alte Gesellschaft kennen. Wo es sich nur darum handelt, ob vorgeschrittene Demokraten oder Sozialisten die Wählerschaften der großen Städte repräsentiren, werden die letzteren regelmäßig die Chancen des Sieges für sich haben, weil sie die consequenteren sind."

Diesen Ausführungen wollen wir nur hinzufügen, daß der „Hamburgische Correspondent" schon damals, als er noch die Kelhaften, von Unwissenheit strotzenden Berliner W-Correspondenzen (Waldow) mit Behagen aufnahm, begreifen mußte, daß man mit solchen Waffen keinen Gegner bekämpfen darf. Im Uebrigen freut es uns, daß der „Hamburgische Correspondent", sonst ein sehr anständiges und geachtetes Blatt, obiges Urtheil fällt. —

— In Bezug auf die Beschränkung der Wucherfreiheit, nach welcher jetzt vielfach verlangt wird, macht Dr. Perrot in der „Dresdener Correspondenz" den Vorschlag, zuerst mit der Beschränkung des Börsenwuchers, des Agiotagen- und Dividendenwuchers zu beginnen. Er erkenne die verheerenden Wirkungen des kleinen Wuchers in Stadt und Land allerdings an, wie er von Schacherern, wucherischen Vieh- und Produktenhändlern, den Pfandlei- und Rückkaufsgeschäften betrieben wird, er meint dann aber: „Dies ist immer nur erst der kleine Wucher. Schlimmer noch, als dieser kleine Wucher, ist der große, welcher an Börsen und in unseren Bankschaften vor sich geht. Was ist die „Agiotage" Anderes, als ein im größten Maßstabe betriebener Courswucher? Wird von den Aktiengesellschaften nicht ein gefährlicher Dividendenwucher betrieben? Schildert nicht Strouß-berg selbst, der es doch wissen muß, das ganze moderne Bankgeschäft als hauptsächlich vom Wucher lebend? Hat doch eines der ersten Berliner Bankhäuser dem Herrn Stroußberg, wie dieser selbst erzählt, 20 Prozent monatlich abgenommen?" Dazu bemerkt der „Reichsbote": „Wir haben neulich, als wir die Wucherfreiheit ausführlicher besprachen, schon hervorgehoben, daß man durch Wuchergesetze freilich den Wucher eben so wenig ganz aus der Welt schaffen wird, als durch andere Gesetze den Diebstahl, den Mord oder irgend ein anderes Vergehen und Verbrechen.*) Aber der Wucher muß durch Gesetze eben so verboten und strafbar sein, wie jedes andere Vergehen und Verbrechen, das erfordert die Gerechtigkeit, die sittliche Weltordnung und das sittliche Bewußtsein des Volkes. Es wird sich dann zeigen, daß, wenn auch nicht aller, so doch sehr viel Wucher verhindert werden kann — das Volk hat dann doch einen Schutz gegen die raffinirte Spitzbüberei der zudringlichen Schacherer, deren List der gemeine Mann oft beim besten Willen und bei größter Vorsicht nicht entgehen kann, und der Richter wird dann nicht genöthigt, dem Buchstaben des Gesetzes nach Urtheile zu sprechen, gegen die sich sein eigenes Gewissen empört, in welchen er den Wucherern Recht geben muß gegenüber ihren armen, ausgeplünderten, und vielleicht um Haus und Hof gebrachten Opfern. Sagt man, die Wuchergesetze seien störend für den Handel, so ist zu entgegnen: für den redlichen Handel sind sie es nicht, und es wäre gut, wenn endlich die Schacherer aufhören müßten, Handels- und Kaufleute zu heißen. Schließlich ist aber der Mensch nicht des Handels wegen da, und das Volk nicht als melkende Kuh für die Händler zu betrachten."

Ueber derartige Auslassungen freuen wir uns; zeigen sie doch so recht, daß die liberale Volkswirthschaft in den weitesten Kreisen Verdammung findet. Aber Erfolg von Agitationen gegen die Wucherfreiheit kann man sich nicht versprechen. Läuft doch das ganze wirthschaftliche Getriebe der heutigen Gesellschaft auf Wucher hinaus! Uebrigens wird das vom Wucher gekrönte Gebäude schon sehr wacklich und keine 3 Generationen mehr überdauern.

*) Bismarck und Teffendorff sind bekanntlich anderer Meinung.

— Dr. Dühring hat von Berliner Studenten eine Adresse erhalten, in welcher es heißt:

„Es hat sich das Gerücht eines gegen Ihre Lehrthätigkeit gerichteten Vorgehens der philosophischen Fakultät hiesiger Universität verbreitet. Hierdurch sehen sich die Unterzeichneten veranlaßt, zu erklären, daß sie sich wohl bewußt sind, welche Achtung sie einem Manne schulden, der, fern von allen eigennützigen Absichten, unter den schwierigsten Verhältnissen stets muthig seine Meinung geäußert und vertheidigt hat und im Kampfe für das, was er für richtig halten mußte, auch vor keinem Hinderniße zurückschreckte. Es möge dies beweisen, daß auch unter der hiesigen Studentenschaft Gefühl für Gerechtigkeit und Freiheit vorhanden ist und Achtung vor jeder auf innerster Ueberzeugung gegründeten Meinung."

— Aus höheren Kreisen. Graf Leo Ferd. Lamezan Dr. jur. und Bruder des Wiener Staatsanwaltes und bekannten Sozialistenfressers gleichen Namens wurde wegen Bettelns und Trunksucht aus Bukarest ausgewiesen und über die Grenze geschafft. Derselbe machte vergangene Woche mittelst Zwangspasses die unfreiwillige Reise nach Wien und zwar in sehr heabgekommenem Zustande. Hoffentlich wird der Herr Staatsanwalt Graf Lamezan künftighin nicht mehr die sozialistischen Agitatoren für Vagabunden und die Sozialdemokraten für arbeitsscheue Menschen erklären, weil er in der Furcht leben wird, daß man ihm seinen verbummelten und versoffenen Bruder Graf Leo Ferdinand Lamezan entgegenhalten könnte. — Wie uns ferner mitgetheilt wurde, ist vor einiger Zeit in Stettin ein Weinhändler Namens Tessendorff wegen Weinfälschung zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden — ob der Herr ein Verwandter des bekannten Sozialistenverfolgers in Berlin ist, konnten wir nicht erfahren.

— Verhaftung eines russischen Agenten. Vor einigen Tagen reiste der russische General und Departementschef des Ministeriums des Innern, Baron von Osten-Sacken, mit einem großen Koffer voll Rubel in Galizien umher, um die slavische Bewegung anzufachen. Er wurde aber von den österreichischen Behörden ertappt und eingesteckt. Zuerst hieß es, daß der Grund seiner Verhaftung in sozialistischen Umtrieben zu suchen sei. Es ist wohl möglich, daß dieser saubere russische Agent der Lemberger Jugend allerlei Versprechungen in Bezug auf Freiheit und Volkswohl gemacht hat, wenn sich die Galizier der panslavistischen Bewegung anschlössen. Daß sich am Ende auch noch einige Arglose haben fangen lassen, welche die russische Knute für Volkswohl ansahen, ist auch wohl möglich. Gut war's, daß die österreichische Regierung hinter diese Schliche kam. Um den Eclat zu vermeiden, wurde der russische General und Departementschef nach zweitägiger Haft in Folge einer von Wien angelangten Weisung am 23. Juni wieder entlassen. Daß solche Agenten mit dem Rubelsack auch in Deutschland umherreisen und die Presse zu rubilisiren suchen, ist bekannt; auch sollen dieselben sich an die in Deutschland studirenden Polen, Russen, Czechen und Ungarn heranmachen, theils um zu spioniren, theils um die slavische Jugend für Rußland zu fanatisiren.

— Den zweiten September hat Mac Mahon als Wahltag für die Wahlen zur Nationalversammlung bestimmt. Der Jahrestag der Schlacht bei Sedan, in welcher Mac Mahon so glücklich und rechtzeitig verwundet wurde, so daß nicht er, sondern ein ganz Unschuldiger, der Tags zuvor aus Algier angelangte General Wimpfen, die Folgen der Schlacht zu tragen hatte, flößt dem Herrn Präsidenten wohl großen Muth für seine „gute" Sache, für die Sache der „Ordnung" ein. Uns kümmern die Wahlen nicht viel — ob Mac Mahon, Thiers oder Gambetta oder Lulu Staatsoberhaupt wird, kann uns gleichgiltig sein — die ersten Drei haben sich in Bürgerblut gebadet und der Letztere trägt einen zu bezeichnenden Namen, um vor solchem Bade zurückzuschrecken. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir eines devoten Briefes erwähnen, den Mac Mahon, der von Thiers designirte Besieger der Commune, nach dem Einzuge der Versailler Truppen in Paris 1871 an Letzteren geschrieben hat. Derselbe lautet:

„Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, in Ihre Hände meinen Schwur der Dankbarkeit und Treue abzulegen. Ich war besiegt, gefangen, gedemüthigt. Sie gaben mir mit meiner Ehre meine militärische Carrière wieder. Sie legten mir einen neuen Degen um und gestatteten mir, an der Spitze einer Armee in die Hauptstadt meines Landes zurückzukehren. Das sind Dienste, die man sein Lebtag durch Ergebenheit nicht hinlänglich zahlen kann. Marschall von Mac Mahon,

Herzog von Magenta."

Eine nette Gesellschaft das! Wie sie vor der Macht kriechen und wenn sie die Macht selbst haben, wie brutal sie dann auftreten! Es ist übrigens sehr gut, daß „einer dieser L..... von dem andern abgethan" wird.

— „Idiot" und „Feigling" — so soll Herr Bonnet-Duverdier, Vorsitzender des Munizipalraths von Paris, den berüchtigten Marschall Mac Mahon genannt haben. Er erhielt deshalb 15 Monate Gefängniß — dadurch ist übrigens die Wahrheit jener Worte nicht widerlegt worden.

— In Betreff der Aussperrung der Schiffsbau-Arbeiter am Clyde (Schottland) scheinen unsere Befürchtungen nicht grundlos gewesen zu sein. Die Nachrichten, welche die „Industrial Review" vom 23. Juni bringt, lauten den Arbeitern nicht günstig und lassen kaum mehr auf einen Sieg hoffen; jedenfalls nicht auf einen vollständigen. — Der Strike der Kohlengräber in West-Lancashire, die sich einer Lohnreduktion von 10 pCt. widersetzen, ist insofern in ein neues Stadium getreten, als die Grubenbesitzer das von den Arbeitern vorgeschlagene Schiedsgericht abgelehnt haben. Diese neue Bethätigung der Harmonielehre hat indeß die Arbeiter nicht verhindert, den Vorschlag zu widerholen. Wird er abermals von den Grubenbesitzern abgelehnt, so steht ein sehr hartnäckiger Konflikt bevor, weil die Strikenden, die selber gut organisirt sind, von den übrigen Gewerkschaften Unterstützung erhalten werden. Die „Industrial Review" enthält bereits einen dahinzielenden Aufruf. — Auch unter den Kohlengräbern von Südwales, deren gewaltige Kämpfe in frischem Gedächtniß sind, gährt es wieder heftig; die Grubenbesitzer haben den mit ihren „Händen" vereinbarten Tarif-Vertrag gebrochen, und die Arbeiter, welche sich dem nimmersatten, die gegenwärtige Krisis mit grausamer Rücksichtslosigkeit ausbeutenden Kapital nicht auf Gnade oder Ungnade überliefern wollen, sind zum Aeußersten entschlossen. Noch werden Versuche gemacht, einen friedlichen Ausgleich zu erwirken, allein sie sind ziemlich aussichtslos. — Der Dutzende kleinere Strikes, die außerdem im Gang sind oder bevorstehen, erwähnen wir hier nicht. Genug, der Klassengegensatz tritt in England immer schärfer hervor, die Geschäftskrisis hat die breite Kluft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern erweitert und mehr und mehr bricht sich unter den Arbeitern die Erkenntniß Bahn, daß nur eine radikale Reform des herrschenden Produktionssystems helfen kann.

— Der Donauübergang ist von den Russen erzwungen, zwar nur in die unwegsame Dobrutscha, doch hätten die Türken sich auch dort besser wehren müssen. Die Verlängerung der strategischen Donaulinie ist übrigens der sogenannte Trajanswall mit den beiden Endfestungen Kustendsche und Tschernawoda, und nicht derjenige Theil der Donau, welcher nach Norden scharf abbiegt, bei Hirsowa und Matschin vorbeifließt und die Nordwestgrenze der Dobrutscha bildet und von den Russen überschritten ist. Diesen Uebergang für einen besonderen Triumph der russischen Waffen auszusprengen, ist also mindestens verfrüht. — In Asien sind die Türken entschieden im Vortheil; in zwei größeren Gefechten sind die Russen zurückgeworfen worden. Der Aufstand der Bergvölker im Kaukasus nimmt immer größere Dimensionen an, so daß den seitherigen Erfolgen der russischen Waffen völlig die Spitze geboten zu sein scheint. — Montenegro ist durch Suleiman Pascha, einem talentvollen General, fast vollständig niedergeworfen worden, so daß sich bald der Hauptheil der Armee Suleiman Pascha's gegen die Russen wenden kann. — Oesterreich macht zwei Armeekorps mobil; gegen wen? — Das weiß das österreichische Kriegsministerium selbst wohl noch nicht.

— Aus Wien. Am 22. Juni wurde Parteigenosse Reinthal vom Schwurgericht zu sechs Monaten strengen Arrestes verurtheilt.

Majestätsbeleidigungsprozeß gegen Dr. Guido Weiß.

Die 2. Abtheilung des Kriminalsenats des Kammergerichts (Vorsitzender Kammergerichtsrath Steinhausen) in Berlin verhandelte heute in der Appellationsinstanz den bekannten Majestäts-Beleidigungsprozeß gegen den Schriftsteller Dr. Guido Weiß, einen Prozeß, der durch die dabei in Betracht gekommenen politischen Gesichtspunkte und durch die Art und Weise seiner Aburtheilung, welch letztere die gefahrdrohendsten Konsequenzen für die gesammte deutsche Presse, ja sogar für jede reinwissenschaftliche oder geschichtliche Kritik in sich birgt, das weitgehendste Interesse für sich in Anspruch nehmen dürfte. — Der Thatbestand ist in Kürze folgender. Die Nr. 43 der vom Angeklagten herausgegebenen „Waage" vom 5. November 1876 enthielt einen „Der Waffenstillstand" betitelten Aufsatz, worin unter Darstellung des serbisch-türkischen Konflikts das russische Intriguenspiel hierbei beleuchtet wird. Während Rußland dem Sultan Friedens- und Freundschaftsversicherungen heuchele, stachele es anderseits dessen Unterthanen notorisch zur Empörung an. Dieses frivole Doppelspiel finde allem Völkerrecht zum Trotz, zur Verhöhnung von Treu und Glauben unter der Aegide des Drei-Kaiserbundes, dieser großartigsten Offenbarung des 19. Jahrhunderts, statt. Zu seiner Ehre mußte man annehmen, daß dieser Drei-Kaiserbund wirklich nicht existirt ꝛc. — Der erste Richter — das hiesige Stadtgericht (Deputation Reich) — erachtete in diesen Aeußerungen eine Beleidigung des qu. Bundes und sonach auch unseres Kaisers, als eines Mitglieds des Bundes, für vorliegend und erkannte deswegen gegen den Angeklagten auf 3 Monate Festungshaft. — Hiergegen führte Rechtsanwalt Frosch als Vertheidiger des appellirenden Angeklagten im heutigen Audienztermin vor dem Kammergericht aus, daß das qu. Bündniß schon um deswillen gar nicht beleidigt werden könne, weil es einfach überhaupt nie existirt habe. Der beste Beweis dafür seien die Worte des Fürsten Reichskanzlers, die er an die von Herrn Kochhann geführte Deputation des Magistrats richtete, welche ihm unmittelbar nach der Drei-Kaiserzusammenkunft den Ehrenbürgerbrief der Stadt Berlin überbrachte. „Meine Herren", so äußerte sich damals der Kanzler, „alle Welt sagt bezüglich der Drei-Kaiserzusammenkunft, daß ein Bündniß oder gar ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Preußen, Oesterreich und Rußland abgeschlossen sei. Nun ist aber Eines so falsch, wie das Andere. Ich bitte, meine Herren, sagen Sie allen, die es hören wollen: von einem Bündniß kann gar nicht die Rede sein; die Bedeutung der Entrevue liegt einzig darin, daß es gelang, die drei Monarchen zusammenzubringen; das bedeutet gutes Einvernehmen, freundschaftliche Beziehungen, wohlwollendes Entgegenkommen, aber weiter nichts, sie verpflichten sich untereinander zu nichts, sie binden sich nicht, sie haben nur den Wunsch, Europa womöglich den Frieden zu erhalten und das ist viel werth. Die Erreichung des letztgedachten Zieles — Erhaltung des Friedens — soll durch gemeinsame Besprechungen von Fall zu Fall erfolgen." Hiernach sei die Annahme der Notorität des Dreikaiserbündnisses nichtig. Inwieweit die russische Diplomatie durch den Artikel beleidigt sei, komme hier nicht in Betracht, sondern lediglich, ob der Kaiser durch die Worte: — das frivole russische Doppelspiel geschehe unter der Aegide des Dreikaiserbundes — beleidigt sei. Eine direkte Beleidigung habe selbst der erste Richter nicht angenommen, aber auch eine indirekte liege nicht vor, da man unter dem Ausdruck „unter der Aegide" doch nur verstehen könne, daß das Drei-Kaiserbündniß russischerseits als Deckmantel für Intriguen benutzt werde. Keinesfalls aber könne man dem Angeklagten den Dolus für die Beleidigung oder nur das Bewußtsein, daß er objektiv eine solche begangen, imputiren. Das wäre wohl zur Zeit der heiligen Allianz möglich gewesen, wo drei absolute Monarchen aus eigener Entschließung einen Vertrag schlossen, aber nicht jetzt, in der Zeit des konstitutionellen Regiments und der verantwortlichen Ministerien bei Besprechung eines angeblichen Bundes, dessen Existenz nicht nur von Reichskanzler Fürsten Bismarck, sondern auch in Oesterreich von den doch jedenfalls auch genügend informirten leitenden Ministern, so namentlich von Andrassy und neuerdings von Tisza bei Gelegenheit zahlreicher Interpellationen aufs Entschiedenste geleugnet worden sei. Der Vertheidiger schloß mit dem Antrage auf Freisprechung eventuell nochmalige Vernehmung des Fürsten Bismarck und des Herrn Kochhann, und hob namentlich noch hervor, daß derselbe Artikel, welchen die „Deutsche Volkszeitung" in Hannover der „Wage" entnommen, auch dort zu einer Anklage Veranlassung gegeben, daß aber das Obergericht in Hannover, welches lediglich eine wissenschaftliche erlaubte Kritik darin fand, auf Freisprechung erkannt habe. Dem gegenüber hielt die Oberstaatsanwaltschaft (Staatsanwalt Groschuff) die Anklage aufrecht, einerseits anerkennend, daß allerdings, wenn man eine Beleidigung des Drei-Kaiserbündnisses annehmen wolle, die Existenz desselben nachgewiesen werden müßte, andererseits aber darauf hinweisend, daß doch Fürst Bismarck selbst anerkannt habe, daß sich die drei Kaiser über die Lösung politischer Fragen geeinigt hätten; allerdings sei ein Zurücktreten gestattet gewesen, allein so lange dies nicht geschehen, existirte die Vereinigung. Wenn deren Existenz nun anerkannt werden müsse, so müsse auch anerkannt werden, daß sie beleidigt werden könne. Dies sei hier geschehen, und der Artikel beleidige, obwohl seine Spitze gegen Rußland gerichtet sei, die drei Kaiser, als Mitglieder jener Vereinigung. Der fernere offenbar Spott und Hohn enthaltende Passus, „Das Drei-Kaiserbündniß sei die großartigste Offenbarung des Jahrhunderts" vervollständige den Charakter der Beleidigung. Es rechtfertige sich deshalb Bestätigung der ersten Sentenz. — Hierauf führte Dr. Guido Weiß noch selbst Folgendes aus: Er hätte nie an das Bündniß geglaubt, sondern nur gewünscht, daß den Offiziösen, die stets mit jenem Bündniß paradirten, auf die Finger geklopft würde. So lange diese das Bündniß betonten, so lange müßte man Oesterreich und das deutsche Reich dafür verantwortlich machen. Ferner, wenn man von „Regierung" spreche, so könne in einem konstitutionellen Staate darunter nur das Ministerium verstanden werden. Selbst der Kaiser sage bei Kundgebung von Regierungsakten „Mein Ministerium wird das oder das thun". Nun stehe fest, daß der Kaiser auch in der auswärtigen Politik an das Ministerium gebunden sei. Fürst Bismarck habe dies selbst oft anerkannt. Wohin solle es kommen, wenn sich der Begriff der indirekten Majestätsbeleidigung einschliche? Man könne dann bei Gelegenheit der Kritik der alltäglichsten Thatsache, wenn es z. B. heißt: Sr. Majestät haben geruht, den und den zu ernennen, zu versetzen ꝛc. das Gespenst der Majestätsbeleidigung hinter sich auftauchen sehen. Wenn solche Gesichtspunkte, wie sie die Anklage entwickele, maßgebend werden sollten, so bedürfe es keines Beweises, daß dann für die gesammte Presse und wissenschaftliche und historische Forschung die Unmöglichkeit einer Kritik gegeben sei. In diesem Sinne hätte sich auch ein berühmter Jurist und Staatsrechtslehrer zu Heidelberg in der „Augsburger Allg. Ztg." ausgespeochen. — Redner erinnert schließlich ebenfalls an die „heilige Allianz", die von den größten Geschichtsschreibern straflos angegriffen wurde, trotz des Pietätsparagraphen und bittet um Freisprechung. Der Gerichtshof er-

Den Genossen zur Nachricht.

Die Beschwerde-Commission ist folgendermaßen zusammengesetzt:

Franz Holz, erster Vorsitzender,
Reinhold Friedrichs, zweiter Vorsitzender,
W. Frick, erster Schriftführer,
Conrad Holle, zweiter Schriftführer,
Max Neißer,
Wilhelm Röhling, } Beisitzer.
Max Kaschke,

Alle an die Beschwerde-Commission gerichteten Briefe 2c. sind an die Adresse des ersten Schriftführers W. Frick, Bremen, Neuenstraße 45, zu richten.

Mit sozialdemokratischem Gruß W. Frick.

Wir erhalten folgende Zuschrift, der wir um so lieber Raum gewähren, da wir die Verdienste des Hrn. Glagau in Bezug auf Gründerentlarvung anerkennen. — Lasker hat bekanntlich nur die Gründer in den conservativen Reihen angegriffen, Glagau faßt sie, wo er sie vorfindet. Wir werden in nächster Nummer im Feuilleton einen interessanten Artikel Glagau's über „Volkswirthe und Gründer im Parlament" bringen.

Die oben erwähnte Zuschrift lautet:

„Geehrte Redaktion! Gestatten Sie mir, ein so eben durch die Zeitungen laufendes Referat über eine mich betreffende Gerichtsverhandlung folgendermaßen richtig zu stellen, resp. zu ergänzen.

Kaufmann Albert Meyer hierselbst, in meinem Buche: „Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin" als Mitbegründer der „Aktiengesellschaft für Möbeltransport" genannt, beantragte deshalb mich wegen „Verleumdung" zur Untersuchung zu ziehen, wurde von der Staatsanwaltschaft abgewiesen und strengte dann die Privatklage an. Ich trat den Beweis der Wahrheit an, aber der Injurienrichter des hiesigen Stadtgerichts lehnte denselben als unerheblich ab und verurtheilte mich zu 150 Mark Geldbuße eventuell 14 Tage Gefängniß. Der „Berliner Börsen-Courier" meldete damals, das Urtheil laute auf 1000 Mark, und andere Blätter hatten die Freundlichkeit, mir mehrere Wochen Haft unter Ausschluß der Geldbuße zuzuerkennen. Ich stellte nun gegen Meyer den Strafantrag wegen wissentlich falscher Denunciation, und in der Appellationsinstanz wurde durch Vorlegung der Untersuchungsakten erwiesen, daß Meyer thatsächlich Mitgründer der obengenannten Gesellschaft ist und daß ich von ihm nur geschrieben habe, was aktenmäßig ist. Trotzdem fand das hiesige Kammergericht wegen gewisser, ganz allgemeiner Bemerkungen über den Charakter und die Manipulationen der Gründer mich der Beleidigung schuldig und verurtheilte mich zu 30 Mark Geldbuße eventuell 3 Tagen Haft. Wenn etliche Zeitungen, darunter wieder der „Börsen-Courier", berichten, ich habe meine Kritik der Gründungen als eine „humoristische" (!!) zu entschuldigen versucht, so beruht dies auf einem „humoristischen" Miß- oder eigentlich Nichtverständniß meiner Ausführungen. Selbstverständlich werde ich gegen die, wie mir scheint, hochbefremdliche und auch wohl schwerlich aufrecht zu erhaltende Entscheidung des Kammergerichts die Nichtigkeitsbeschwerde einlegen. Es ist dies übrigens meine zweite Verurtheilung wegen formeller Beleidigung der Gründer; eine thatsächliche Unrichtigkeit dagegen hat mir noch nicht nachgewiesen werden können. Wie die Staatsanwaltschaft mir mittheilt, ruht das Strafverfahren wegen wissentlich falscher Denunciation gegen Albert Meyer bis zum rechtskräftigen Abschluß des gegenwärtigen Injurienprozesses.

Berlin, 21. Juni 1877. Otto Glagau."

Aus Ostpreußen.

Nachdem ich das neue deutsche Reich bereist habe, ergriff mich das Verlangen, den ersten Ansatz desselben, die erste Zelle in unserem heutigen germanischen Staatengewebe etwas genauer zu analysiren, seine kleineren Theile genauer kennen zu lernen. Ich hatte stets für diese Geburtsstätte unseres Preußen-Deutschlands gar besondere Neigungen, ohne mir erklären zu können, was diese Neigungen in mir hervorgerufen hat. Ich weiß nicht, ob die Marienburger Ritterburg oder die alte Krönungsstätte der Hohenzollern mich so mächtig anzog; bin ich doch weder dem Christenthum noch dem Cäsarenthume mit besonderer Liebe zugethan. Aber merkwürdig ist es, daß weder die Stätte, wo unsere Ritterorden uns die heilige Religion und sich die allererdenklichsten Erdengüter erkämpft haben, noch die Stätte, wo Friedrich Wilhelm I. seine besondere Wirksamkeit entfaltete, irgend welche Spuren geistiger Geweckheit aufzuweisen hat. Die Volksbildung der Marienburger und Braunsburger Umgegend liegt sehr darnieder. Der einseitige Erziehungsmodus der Schule und der ultramontane Geist der Presse machen das Aufkeimen eines freien Gedankens zur Unmöglichkeit; denn was sich aus der Gewalt des Ersteren befreit hat wird von Letzterem schonungslos niedergerissen. Es thut einem wahrhaft das Herz weh beim Anblicke dieser guten arbeitsamen ermländischen Bevölkerung. Es kennt nichts anderes als den Pflug und das Gesang- oder Gebetbüchlein, Schenke und Kirche. Von einem selbstständigen Denken, von einem Auffassen der eigenen unverschuldeten und unerträglichen Lage kann keine Rede sein, und so lebt man nur in den Tag hinein. Aber auch mit den „lithauischen Kindern", die dem „Vater Lithauens", Friedrich Wilhelm I., dem Gründer der straffen Ordnung des Heeres und der Finanzen in Preußen, vor dem Regierungsgebäude in Gumbinnen ein Denkmal errichteten, auch mit ihnen stehts nicht besser als mit ihren erwähnten Nachbaren. Altpreußen, Masurien und Lithauen sind mit ihrer Entwickelung einige Dezennien zurückgeblieben. Von Natur und Klima nur auf den Ackerbau angewiesen, steht die einheimische Industrie auf einem sehr niedrigen Entwickelungsstadium, keine bedeutenden Fabriken und infolgedessen keine Ansammlung von Arbeitern auf bestimmten Plätzen, die Bevölkerung ist auf dem Lande und in den Provinzialstädten vertheilt und zerstreut; die Schulen sind selten, die vorhandenen mit wenigen Kräften versehen, denn die Gemeinden sind arm, und die Regierung braucht das Geld für nützlichere Zwecke als da sind Volksbildung und Jugenderziehung.

In dem ganzen ostpreußischen Gebiete machen nur zwei Städte, Königsberg und Memel, in Bezug auf die Concentration der Arbeiterbevölkerung eine glückliche Ausnahme. Erstere unweit der Pregelmündung in dem „frischen Haff", letztere unweit des Zusammenflusses des „kurischen Haff" mit der Ostsee, dazu die Nähe Polens, der Kornkammer des russischen Reiches, sind die größten Handelsstädte der Provinz. Die kaufmännische Bevölkerung lebt zu jeder Zeit in guten Verhältnissen. Bald ist dieser bald jener Geschäftszweig in blühendem Zustande. Wie von einem Insektenschwarm wird er von jenen belagert und bis auf den letzten Tropfen ausgesaugt. Der kleinere Beamten- und Handwerkerstand, soweit letzterer aus selbstständigen Meistern besteht, ist schon mehr den Wechselfällen der Zeitumstände ausgesetzt. Aber trotzdem pocht man noch auf die eigene Selbstständigkeit, koquetirt mit der Bourgeoisie, und scheint auf den Namen „Preuße" sehr stolz zu sein. Von einem Auffassen des politischen und sozialen Elends, selbst von einem ernsten Nachdenken über dasselbe kann keine Rede sein, geschweige denn von einem Nachdenken über die Mittel zur Beseitigung desselben. Der Königsberger Bourgeois hat höchstens den Muth, hinterm Ofen seinen Unmuth über die Wirthschaft seiner Stadtväter auszusprechen, sich über seine schlechte Kanalisationseinrichtung bei seiner Frau zu beklagen: denn in der That mußte er für jeden Schluck reinen Wassers sein sauer und mühsam erworbenes Geld im Voraus abgeben. Dafür hat er aber das Recht auf dem Damm der „Neuen Dammgasse" die Kanalröhren massenhaft aufgespeichert zu sehen. Auf die Nothwendigkeit von Bedürfniß-Anstalten in den belebtesten Centren der Stadt sind die Stadtväter erst jetzt gekommen, denn seit ein paar Wochen wird an deren Herstellung gearbeitet. Solche Dinge werden von einem jeden empfunden, mag er die Neigung haben, seine Vorgesetzten zu kritisiren oder nicht. Sie werden empfunden, obwohl die servile Presse, und eine andere giebt es leider da nicht, sich die größte Mühe giebt, die Sachen einfach todtzuschweigen. Der unselbständige Handwerkerstand und die sogenannten Tagelöhner, die haben, Dank der Jugenderziehung Ostpreußens, auch dazu nicht den Muth, ja vielleicht gar nicht die nöthige Erkenntniß der Mißwirthschaft. Diese sind größtentheils vom Lande und den Provinzialstädten nach den Haupt- und Handelsstädten herübergekommen, um ihre Arbeitskraft schneller verkaufen zu können. Der Lohn ist im Allgemeinen sehr karg abgemessen, dazu noch die Unbeständigkeit der Arbeit.

Daß die Sachen anders werden müssen und auch anders werden können, wenn das Volk nur den nöthigen Willen dazu haben wird mit eigener Hand seine Lage zu verbessern — auf diesen Gedanken können die lange Unterdrückten selber nicht kommen. Hätten wir hier nur mehr Männer, die das Evangelium des Sozialismus zu verkünden im Stande und gewillt wären. Aus den untersten Schichten haben bis jetzt nur Wenige sich irgendwie hervorgethan. In manchen Köpfen der von den höheren Schichten stammenden Demokraten geht es noch bunt durcheinander. Zu einer klaren Auffassung des Sozialismus sind sie auch noch nicht gekommen. Ueberhaupt fehlt hier das zündende Wort der Agitation, die freie unabhängige Presse, und das gesellige Zusammenkommen der Genossen. Durch eine „Königsberger freie Presse", wie ich in Königsberg erfahren habe, soll einem der genannten Uebel abgeholfea werden. Welche Persönlichkeit die Redaktion des Blattes übernehmen wird ist mir unbekannt, aber es wäre als ein Glück für den Sozialismus zu betrachten, wenn der Redakteur die agitatorische und organisatorische Fähigkeit besitzen würde. Ja, wie es mir scheint, kann das Unternehmen, in K. ein sozialistisches Blatt zu gründen, nur dann gelingen, und für die Partei wie für die Provinz segensreich wirken, wenn das agitatorische Wort in der Versammlung dem Volke die Unentbehrlichkeit einer freien Volkspresse nachweist. Auf die inneren Kräfte ist nicht zu rechnen — das hat die Erfahrung gelehrt, und welche Wirkungen die Vorträge von Bebel, Most, Rackow und Kräcker hervorbrachten, kann derjenige schätzen, welcher das Königsberg von vor einem Jahre mit dem heutigen vergleicht, und die große Minorität betrachtet, welche bei der Wahl für Herrn Bebel nach zwei Volksversammlungen gewonnen wurden. Der „Vorwärts", die „Neue Welt" und die „Berliner freie Presse" werden fleißig gelesen, aber einstweilen nur in Familien oder in der Conditorei des Herrn Kallman, in den übrigen Wirthslokalen hingegen sind unsere Blätter noch nicht zu finden. Diesem Uebel kann nur eine stetig anhaltende Agitation abhelfen. Hauptsächlich muß die Agitation unter den selbstständigeren Kleinmeistern kräftig betrieben werden, sie dem Wahne, sie werden stets ihre Freiheit dem Kapital gegenüber behaupten können, und daß nur die jetzige Geschäftskrisis ihr augenblickliches Elend verschuldet hat, zu entreißen, denn nur dieser Stand giebt in hiesiger Gegend den Ausschlag. Daß ich mit diesen Worten nicht sagen will, daß auf den bereits abhängigen Arbeiterstand und die Tagelöhner weniger zu wirken sei, ist wohl selbstverständlich. Nur ist dort eine verstärkte und doppelte Anstrengung erforderlich, weil viele Vorurtheile zu überwinden sind, weil man den Leuten zuerst das Bewußtsein ihrer Ohnmacht dem Kapital gegenüber beibringen, sie aus dem hundertjährigen Schlafe erst aufwecken muß, um ihnen die umsichgreifende Gefahr ihrer Existenz zu zeigen, während wir bei den eigentlichen Proletariern, Dank den Ausbeutern aller Art, diese Mühe ersparen. Hat ja die Königsberger Arbeiterschaft — wenn ich nicht irre war es vor zwei Jahren — eines Tages den Versuch gemacht, sich ihr Stückchen Brot zu erkämpfen. Daß diese Revolte dasselbe Ende nahm wie die zur selben Zeit in Königshütte in Oberschlesien, nämlich die noch größere Unterdrückung des Proletariats ist bei den heutigen Zuständen ganz natürlich. Daß die Arbeiter Königsbergs wie die aus Königshütte die bösen Folgen ihrer That nicht voraussahen, kommt daher, weil sie keine Sozialisten sind. Diesen Umstand sollte sich ganz besonders die Bourgeoispresse merken, die gewöhnt ist, jeden Straßentumult der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben.

Am Montag, den 18., gerade am selbigen Tage, wo unsere Berliner Genossen auf dem Wahl-Schlachtfelde muthig gekämpft haben, enthüllte die Königsberger Bourgeoisie ein Kriegerdenkmal, angeblich zum Andenken an die Söhne des Proletariats, die im Kriege gefallen sind, in Wahrheit aber dienen solche Kundgebungen nur zur Verherrlichung des Krieges. Ich glaube Ihren Lesern damit nicht viel zu nützen, wenn ich ihnen die Feierlichkeit schildern sollte und somit genüge diese kurze Notiz. R—z.

Correspondenzen.

Hamburg, 21. Juni. Durch die liberale Presse geht folgende Notiz: „Der durch den Arnim'schen Prozeß bekannt gewordene Rechtsanwalt Munckel aus Berlin fungirte gestern vor dem hiesigen Strafgericht als Vertheidiger des Sohnes des verstorbenen Besitzers der „Reform", Eugen Richter. Es handelte sich wieder einmal um einen Injurienprozeß seines Schwagers Dr. Banks, der jetzt Besitzer des genannten Blattes ist, wie um eine Anklage gegen die hiesige „Tribüne", welche eine beleidigende Annonce gegen Banks aufgenommen hatte. Die Sache kam jedoch nicht zur vollständigen Verhandlung, da die nach Berlin gesandten Akten nicht zurückgesandt worden waren. Wann werden endlich diese widerwärtigen Familienprozesse aufhören?" — Auf diese Frage können wir den liberalen Blättern Antwort ertheilen: Die „widerwärtigen Familienprozesse" werden aufhören, wenn in der herrschenden Gesellschaft die Ausbeutung, die Unterdrückung und das frevelhafte Conkurrenzlpiel um das Mein und Dein aufhört — in einer sozialistischen Gesellschaft gehören solche „widerwärtige Prozesse" zu den Unkannte hierauf nach längerer Berathung, dem Antrage und der Ausführung der Oberstaatsanwaltschaft gemäß, ebenfalls auf das erste Strafmaß von 3 Monaten Festungshaft. In den Motiven hieß es: Es könne dahin gestellt bleiben, ob ein Bündniß der drei Kaiser existirte, jedenfalls aber existirte eine Vereinigung zu politischen Zwecken; diese habe der Angeklagte und damit auch deren Mitglieder beleidigt. Demgegenüber erscheine das Strafmaß von 3 Monaten nicht zu hoch.

Eine „merkwürdige Geschichte".

Nachfolgende Feuilleton-Notiz wollten wir zuerst ohne weitere Bemerkung zum Ergötzen unserer Leser bringen:

— Berliner Spitzbubenhumor. In einer der letzten Nächte wurden, wie die „Tribüne" erzählt, in der Boßstraße von mehreren Häusern die Klopfer, metallenen Knöpfe und sonstiger Zierrath an den Thorwegen gestohlen. Nachdem sich das allseitige Erstaunen der betreffenden Hausbesitzer darüber gelegt hatte, erhielt Tags darauf ein davon ebenfalls betroffener Banquier ein Postpacket unfrankirt mit etwa folgendem Anschreiben auf der Postpacket-Adresse: „Ich sende Ihnen anbei das Zeug wieder zurück, es ist ja ganz gemein und will mir Niemand dafür etwas geben. Seien Sie so gut und geben Sie den Anderen auch das Ihrige wieder. Eins aber möchte ich Ihnen sagen, daß Sie an Ihren Häusern, als der Finanz-Aristokratie gehörig, doch feinere und werthvollere Sachen an den Thorwegen haben könnten. Sollten Sie nicht wissen, wo Derartiges zu beziehen, so kann ich Ihnen die Firma des Klempnermeisters *** in der ***straße empfehlen. Mit brüderlichem Gruß und Kuß Ihr —" (folgt der Name eines sozialdemokratischen Abgeordneten.) Das Packet und die Postpacket-Adresse ist der Polizei übergeben worden.

Als diese Notiz schon gesetzt war, erhielt Hasenclever nachfolgenden Brief:

„Berlin, 17. Juni 1877.

Verehrter Herr!

Nachdem vor ungefähr drei Tagen an verschiedenen Häusern der Boßstraße, darunter auch an unserem, die Thürknöpfe, Schilder des Vereins gegen Verarmung und Bettelei u. dgl. abgebrochen worden waren, erhalten wir heute Morgen eine an H. Lessing, Boßstraße 17, adressirte Cigarrenschachtel a. D., welche die abgebrochenen Sachen enthält. Dieselbe trägt auf ihrem Deckel die folgende schöne Bleistiftinschrift:

„„Wählt Hasenclever! Nicht lachen und kein dummes Gesicht machen!""

Der Begleitschein enthält folgende noch schönere Inschrift:

„„Absender: Hasenclever, Reichstagsabgeordneter, Elsasserstr. 14. Hier bekommt Ihr die Geschichte zurück. Seid doch aber vernünftig und bringt solidere Sachen an, geht nach Fritz, Klempner, Linkstr. 13. Was nicht convenirt, bitte weiter zu schicken, z. B. Boßstraße 15, 16, 8 u. s. w. und irgendwo. Mit bestem Gruß und brüderlichem Kuß (nicht ganz wörtlich, da die Kiste gleich weiter geschickt werden mußte).""

Da es nun nicht ganz klar ist, in welchem Zusammenhang Ihr Reichstagsmandat mit der Zurücksendung abgebrochener Thürknöpfe und unabgebrochener, als Beigabe mitgeschickter Wurstreste u. dgl. stehen soll, bitten wir Sie, uns umgehend zu erklären, ob etwa wenigstens Ihre Person damit in irgend welcher Verbindung steht oder ob es sich in der Angabe: Absender: Hasenclever, Reichstagsabgeordneter nicht vielmehr um einen Mißbrauch Ihres in letzter Zeit so oft gemißbrauchten Namens handelt.

In der Hoffnung, daß Sie uns baldmöglichst, wie es ja in Ihrem wie in unserem Interesse liegt, durch Ihre Antwort diese merkwürdige Geschichte aufklären werden

(folgt der Name)."

Merkwürdig ist übrigens an der Geschichte nichts weiter, als obiger Brief, der von Hasenclever Aufklärung über „diese merkwürdige Geschichte" verlangt. Hasenclever, der zuerst im Zweifel war, ob er überhaupt Antwort geben sollte, hat an den Briefschreiber nun folgenden Brief gesandt:

„Leipzig, 25. Juni 1877.

Geehrter Herr!

Mit großer Verwunderung habe ich Ihr Schreiben gelesen, welches mir von Berlin nach Leipzig, woselbst ich meinen Wohnsitz habe, nachgesandt worden ist. Ich kann nicht wissen, welche Motive Sie bei Absendung des Schreibens geleitet haben, deshalb halte ich auch mit meinen Bemerkungen zurück. Daß ich Ihr Schreiben aber im „Vorwärts" zum Abdruck bringe, das können Sie mir nicht verdenken, da dasselbe einen höchst merkwürdigen Beitrag zu dem Urtheil der besitzenden Kreise über die bekannten Persönlichkeiten in der sozialistischen Bewegung bildet. Daß ein solches Urtheil aber nothwendig in diesen Kreisen sich festsetzen muß, daran ist hauptsächlich die herrschende Presse schuld; dann aber auch tragen die brutalen Auslassungen der verschiedensten Sozialistenverfolger dazu bei. Mit der Versicherung, daß ich nur Verwunderung und keinerlei Aerger bei dem Lesen Ihres Briefes gehabt habe, zeichne ich achtungsvoll

Wilh. Hasenclever."

Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt", welches auch die obige Notiz: „Berliner Spitzbubenhumor" den liberalen Zeitungen nachgedruckt hat, macht dazu folgende Bemerkungen:

„Man weiß nun, daß die Leute, welche bei Nacht die Klopfer abreißen, die Aushängeschilder der Geschäfte wegnehmen und die Laternen einwerfen, durchaus keine gewerbsmäßigen Diebe sind. Bekanntlich übt sich die gebildete Jugend in solchem „Ulk" und pflegt sich solche „Witze" zu erlauben, die auch von den „anständigen" Leuten stillschweigend gebilligt, ja sogar als „burschikose" Streiche bewundert werden. Es wird wohl irgend eine angeheiterte Bande von Liberalen oder Fortschrittlern gewesen sein, die das Ganze arrangirt hat, um nur den Namen eines Sozialisten auf das Packet setzen zu können. Der „Humor" ist zwar recht traurig, aber ganz richtig von der liberalen Presse bezeichnet als — Spitzbuben-Humor."

Wenn der Briefschreiber diesen Artikel gelesen haben wird, so wird er gewiß noch immer den Kopf schütteln und sagen: „Merkwürdige Geschichte" — doch immer bleibt das Merkwürdigste an der Geschichte: der Brief dieses Herrn.

— Wahlanekdote. Die „Germania" erzählt: Am Donnerstag, dem Wahltage Hasenclever's, hatte sich Abends das Gerücht verbreitet, Löwe habe über Hasenclever gesiegt. Ein Restaurateur in der Invalidenstraße gab seiner Genugthuung über dieses vermeintliche Ergebniß durch folgenden, an seine Lokalthür gemalten Rebus Ausdruck: Er malte einen Hasen neben drei Kleeblätter; über beides sprang mit kühnem Satz ein Löwe hinweg. Die Herrlichkeit dauerte bis gegen 10 Uhr. Als dann das offizielle Resultat diese Rebusschrift desavouirte, nahm der Herr Wirth einen Lappen und wischte unter dem Gelächter der Gäste, darunter einige sozialistische Abgeordnete und, irren wir nicht, auch Hasenclever selbst, sein schönes Bild wieder weg.

— Die Unverschämtheit des „Leipziger Tageblatts" geht doch über die Hutschnur. Das Klatschblatt schreibt nämlich: „Nach einer uns vorläufig zugegangenen Mittheilung hat die Versammlung in Glauchau am vorigen Sonnabend, in welcher sich die Herren Most und Hasenclever auf der einen Seite, Herr Prof. Dr. Birnbaum auf der andern Seite als Redner gegenüberstehen sollten, unter überaus starker Betheiligung der dortigen Bevölkerung stattgefunden. Von den Genannten waren nur Most und Professor Birnbaum anwesend, Hasenclever hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen." Diese Unverfrorenheit, den Lesern direkte Lügen aufzutischen, ist allerdings groß. Hasenclever hat zu obiger Versammlung weder eine Einladung erhalten, noch wußte er überhaupt etwas von dieser Versammlung, ehe ihm Mittheilung gemacht wurde, das „Leipziger Tageblatt" ließe ihn in Glauchau reden. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" druckt dem „Tageblatt" die Lügen ruhig nach — wir meinen, daß diese im Allgemeinen anständige Zeitung nun auch ein Dementi erfolgen lassen müßte, wenn sie sich nicht mit dem „Tageblatt" auf eine Stufe stellen will.

möglichkeiten. — In unserer Stadt will man den Weinfälschern auf der Spur sein — den Champagner macht man hier nämlich aus Rhabarberpulver. — Der liberale Wahlverein, der angeblich 10,000 Mitglieder zählt, hat sich hier vor einigen Tagen constituirt — in die Versammlungen desselben kommen einige 100 Personen, binnen Jahresfrist werden die 10,000 auf zehn Mitglieder „heruntergekommen" sein. Es wird eben viel Geschrei gemacht und es ist wenig Wolle da.

Kray, Kreis Essen. So lange es eine sozialistische Bewegung giebt, ist hier keine Versammlung abgehalten worden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir kein Versammlungslokal erhalten konnten. Endlich aber hat die schlechte Zeit, in Gemeinschaft mit den sehr erhöhten Steuern, die Herzen der Gastwirthe erweicht, so daß wir am 10. Juni eine Versammlung abhalten konnten, in welcher Genosse Strumpen unter großem Beifall der zahlreich besuchten Versammlung als Referent auftrat. Der Bürgermeister unseres Ortes wollte anfänglich zwar allerlei Einwendungen gegen die Abhaltung der Versammlung machen, aber ich wich nicht von der Stelle, bis ich die bewußte Bescheinigung in der Tasche hatte. Und so wäre denn auch hier der erste Schritt zur Einführung des Sozialismus gethan; möge nur recht bald ein weiterer Redner eintreffen, damit auch für die Dauer etwas geschaffen wird.

J. Schröter.

Annaberg-Buchholz, 21. Juni. Endlich ist der Bann gelöst, der auf unserem Orte lastete. Was noch im vorigen Jahre für unmöglich gehalten wurde, das ist am vergangenen Sonnabend in Buchholz geschehen. Daselbst tagte eine zahlreich besuchte Volksversammlung, die ohne alle Störung verlief. Und wer hat dies zu Wege gebracht? Die öffentliche Meinung ist es gewesen. Wer sich an die Vorgänge im verflossenen Jahre erinnern kann, wird wissen, daß eine Anzahl unserer Versammlungen stets gesprengt wurden, daß in Buchholz die erste Versammlung durch Pfeifen, Brüllen u. s. w. unmöglich gemacht worden ist. Woher dieser Umschwung der Gesinnung? Die Verachtung, welche die Skandalmacher fühlen mußten, war derart, daß, sobald einer der bekannten Ruhestörer sich irgendwo blicken ließ, er unter dem Urtheil der öffentlichen Meinung zu leiden hatte. Wollte ein solcher Knüppelgardist irgendwo ein Glas Bier trinken und nahm an einer Wirthstafel Platz, so erhoben sich die Anwesenden und ließen den Ruhestörer allein. Die kritischen Bemerkungen, welche der einsame Zecher zu hören bekam, veranlaßten diesen, bald das Weite zu suchen. Es dauerte nicht lange, so war den Hauptkrakehlern alle Lust genommen, sich im Kreise froher Menschen zu bewegen. Die Arbeiter der Adler'schen Fabrik wurden durch ihre unserer Sache ergebenen Collegen bestimmt, sich nicht mehr zum Sprengen der Versammlungen gebrauchen zu lassen. Wie ich erfahren, hatte der Lithograph Kleine die Absicht gehabt, der Versammlung zur schnellen Schließung zu verhelfen. Aber alle Arbeiter der Adler'schen Fabrik, an die er sich, um Unterstützung seines Vorhabens wandte, lehnten dies ab. Das Urtheil der öffentlichen Meinung galt ihnen mehr, als der Wille ihres Vorgesetzten. Dies trat am deutlichsten in der Versammlung vom Sonnabend hervor. Bei der Bureauwahl stimmten selbst die Liberalen und Conservativen für unsere Candidaten, um von vornherein zu dokumentiren, daß sie mit Kleine und seinen Freunden nichts zu thun haben wollten. So brachte bei der Gegenprobe trotz ermunternder Zurufe Herr Kleine es auf ganze drei Stimmen. Wiemer konnte ungestört in zweistündiger Rede sein Thema entwickeln und der allseitige Beifall bewies, daß bei den Bewohnern von Buchholz, die ohnedies am 10. Januar durch 178 Stimmen für Wiemer ihr Einverständniß mit der Sozialdemokratie bekundeten, die Lehre derselben volle Anerkennung fand. Da ergriff Herr Kleine das Wort und stürmisches Gelächter belohnte den Tapfern für seine Leistungen. Noch einmal versuchte Herr Kleine Wiemer zu entgegnen, aber — es erfüllte sich, was Herr Kleine in einer Versammlung der Adler'schen Arbeiter gesagt: „Daß, wenn er Rednern wie Vahlteich und Wiemer entgegentreten solle, seine Kehle wie zugeschnürt sei." — Das Versammlungsprengen ist allerdings leichter. Wiemer hatte leichte Mühe, Herrn Kleine zu beweisen, daß der geistige Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht von ihm (Kleine) geführt werden könne. Wiemer verbat sich ausdrücklich von Herrn Kleine, jenen Agitatoren unter dem Regiment eines Mende, z. B. Lasch, gleichgestellt zu werden, die vor 8—9 Jahren durch ihr taktloses Auftreten der Sache der Sozialdemokratie stets geschadet haben. Die Hoffnungen der Gegner, „daß die Bevölkerung des oberen Erzgebirges allen Arbeiteraposteln die Wege weise", ist zu Schanden geworden. Das mag sich auch Herr Sparig in Leipzig gesagt sein lassen, dessen Hetzereien es mit zuzuschreiben war, daß hier Scandalscenen vorkommen konnten, wie sie wohl an keinem zweiten Ort in Deutschland passirt sind.

An die Schneider Deutschlands!

Der unterzeichnete Vorstand der Mitglieder des Allgem. deutschen Schneidervereins zu Hamburg erlaubt sich, allen Collegen, besonders den reisenden, bekannt zu machen, daß von der Mitgliedschaft zu Hamburg ein Arbeitsnachweisbureau, verbunden mit Fremdenverkehr, errichtet ist. Dasselbe befindet sich bei Herrn Peterschelka, Werftstr. 17. Indem wir dieses veröffentlichen, möchten wir jedem nach Hamburg reisenden Collegen empfehlen, nirgend anders wohin zuerst seine Schritte zu lenken, als nach obigem Lokale.

Wie in jeder größeren Stadt der Fremde oft der Gefahr ausgesetzt ist, seine etwaigen Ersparnisse an Gauner einzubüßen, welche ihm vorschwindeln, ihm Arbeit zu verschaffen, so auch hier. Es giebt hier Leute, welche, so lange ein Fremder noch Geld besitzt, dieselben mit der Arbeit warten lassen, bis das Geld verzehrt ist. Hat dann der Fremde kein Geld mehr, dann ist es dem sogenannten Arbeitverschaffer egal, wo der Arbeiter bleibt. Der Fremde mag dann sein Glück selbst versuchen. Im günstigsten Falle erhält der Gerupfte eine Werkstelle, in welcher kein Hiesiger arbeiten mag.

Viele Collegen leben noch in dem Wahne, auf den sogenannten „Christlichen Herbergen" billiger und besser als anderswo zu logiren und glauben dort auch leichter Arbeit zu erhalten. Wir bemerken dazu, daß 1) die Preise, welche jeder Fremde auf unserem Verkehr für Logis, Speisen und Getränke bezahlt, nicht höher sind, als auf obigen „frommen" Verkehrsanstalten. Daß 2) die Arbeitgeber Hamburgs so wenig „fromm" sind, daß sie ihre Arbeiter lieber von unserem Arbeitsnachweisbureau holen, trotzdem daß viele dort verkehrenden Collegen in dem Geruche stehen, Sozialdemokraten zu sein. Jeder College erhält auf unserem Verkehr freundliche Aufnahme und unentgeltlich Arbeit (soweit solche da ist) nachgewiesen, auch wird jede Auskunft bereitwilligst ertheilt.

Mit collegialischem Gruß
Der Vorstand
der hiesigen Mitgliedschaft des Allg. deutschen Schneidervereins.
Hamburg. J. A.: O. Matthaey.

NB. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, Obiges abzudrucken.

Aufruf!

Die Kleingewerbtreibenden und Arbeiter Deutschlands, welche sich für die Abschaffung der Zuchthausarbeit interessiren und für eine Petition in diesem Sinne Unterschriften sammeln wollen, werden ersucht, soweit dies bisher nicht geschehen ist, ihre Adressen an Unterzeichneten einzusenden, damit ihnen die über diesen Gegenstand ausgearbeitete Denkschrift, sowie Sammellisten zugestellt werden können. Zugleich werden die Betreffenden ersucht, nach Empfang der in Rede stehenden Sachen die etwa schon gesammelten Beiträge zu den bisher entstandenen Unkosten für Druck u. s. w. hier einzusenden. Alle Zuschriften in dieser Angelegenheit, sowie die Rücksendung der ausgefüllten Sammellisten erbittet

Berlin, 23. Juni 1877.

Die Commission:
Aug. Scharlibbe, Vorsitzender, Kastanien-Allee 54, Hof 2 Tr., bei Winnen. Bernh. Breul, Kassirer, Koppenstraße 35, Hof 2 Treppen.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Den Parteigenossen empfehlen wir die nachstehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter zum Abonnement:

„Augsburger Volkswille", erscheint dreimal wöchentlich in Augsburg. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Berliner Freie Presse". Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags, Sonntags mit der illustrirten Gratisbeilage die „Neue Welt", in Berlin. Preis viertelj. 4 M.

„Braunschweiger Volksfreund", erscheint die Woche 6 Mal. Preis pr. Quartal 2 M.

„Bremer Freie Presse". Erscheint wöchentlich sechsmal. Preis viertelj. 2 M. 50 Pf.

„Bergische Volksstimme", erscheint wöchentlich sechsmal in Elberfeld. Preis pr. Quartal 2 M. 25 Pf.

„Chemnitzer Freie Presse", erscheint wöchentlich sechsmal, kostet pr. Quartal 1 M. 80 Pf.

„Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund", erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Cölner Freie Presse", erscheint wöchentlich 1 Mal. Preis pr. Quartal 1 M. 15 Pf.

„Dresdner Volkszeitung", erscheint wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Die Wahrheit". Erscheint täglich in Breslau. Preis pr. Quartal 3 M.

„Die Fackel", erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.

„Die Neue Welt". Illustrirtes Unterhaltungsblatt für das Volk. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis vierteljährlich 1 M. 20 Pf., in Heften (3 Nummern) à 30 Pf.

„Die Wacht", Organ des arbeitenden Volks für den Wahlkreis Hanau, Bockenheim, Orb und Gelnhausen. Erscheint wöchentlich einmal in Hanau. Preis pr. Quartal 1 M.

„Die Wage", Wochenblatt für Politik und Literatur. Herausgegeben von Dr. Guido Weiß. Erscheint wöchentlich einmal in Berlin. Preis viertelj. 4 M. 50 Pf.

„Duisburger Freie Zeitung", erscheint wöchentlich dreimal. Preis viertelj. 1 M. 75 Pf.

„Frankfurter Volksfreund", erscheint wöchentlich dreimal in Frankfurt a. M. Preis pr. Quartal 2 M.

„Glauchauer Nachrichten", Volksblatt für Stadt und Land. Erscheint wöchentlich sechsmal in Glauchau. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.

„Hagener Volksfreund", erscheint wöchentlich dreimal in Hagen.

„Hamburg-Altonaer Volksblatt", erscheint in Hamburg. Preis pr. Quartal 2 M. 40 Pf.

„Halberstädter Freie Presse", erscheint wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 75 Pf.

„Magdeburger Freie Presse", erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 2 M. 50 Pf.

„Märkische Volksfreund", erscheint wöchentlich dreimal in Berlin. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Mecklenburgischer Arbeiterfreund", erscheint in Rostock wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat", erscheint in Nürnberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.

„Neue Offenbacher Zeitung", erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage in Offenbach. Preis vierteljährlich 2 M. 50 Pf.

„Neue Wormser Zeitung", erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quart. 1.40.

„Ostthüringisches Volksblatt", erscheint wöchentlich einmal in Gera. Preis pr. Quartal 1 M.

„Stettiner freie Zeitung", erscheint wöchentlich dreimal.

„Süddeutsche Volkszeitung", erscheint wöchentlich zweimal in Stuttgart. Preis pr. Quartal 1 M. 10 Pf.

„Rothe Fahne", erscheint wöchentlich einmal in Barmen. Preis pr. Quartal 50 Pf.

„Thüringer Freie Presse", Organ des arbeitenden Volks in Thüringen. Erscheint an jedem Sonntag in Apolda. Preis viertelj. 75 Pf.

„Volksfreund", erscheint in Callnberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M.

„Westfälische Freie Presse", erscheint in Dortmund. Preis pr. Quartal 1 M. 25 Pf.

„Würzburger Volksfreund", erscheint wöchentlich zweimal. Preis viertelj. 1 M.

„Zeitgeist", erscheint in München wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.

„Arbeiterstimme", Organ und Eigenthum der soz.-demokr. Arbeiterpartei Nordamerikas, erscheint wöchentlich einmal in Newyork. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.

„Arbeiterfreund", erscheint am 2. und 4. Sonnabend eines jeden Monats in Reichenberg. Preis 50 kr. östr. = 1 M.

„Arbeiter-Wochenchronik", Organ der ungarischen Arbeiter, erscheint in deutscher Sprache in Buda-Pest. Preis pr. Quartal 60 kr. östr. = 1 M. 20 Pf.

„Der Arbeiter in Ohio", erscheint in Cincinnati (Amerika).

„Der Socialist", erscheint täglich in Milwaukee in Amerika. Preis pr. Jahr 5 Doll.

„Die Tagwacht", Organ des schweizerischen Arbeiterbundes; erscheint wöchentlich zweimal in Zürich. Preis pr. Quartal 1 M. 40 Pf.

„Volkszeitung", erscheint täglich in Chicago (Amerika).

„Gleichheit", Organ der Arbeiterpartei in Oesterreich, erscheint wöchentlich einmal in Wiener-Neustadt. Preis pr. Quartal 75 kr. östr. = 1 M. 50 Pf.

„Vorbote", Organ der Arbeiterpartei für Stadt und Land, erscheint jeden Sonnabend in Chicago (Nordamerika). Preis pr. Jahr 2 Doll.

„Allgemeine Buchbinderzeitung", Organ des Verbandes für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis viertelj. 1 M.

„Allgemeine Tapezirerzeitung", Organ der Tapezirer und Fachgenossen. Erscheint alle 14 Tage in Berlin. Preis pr. Quartal 50 Pf.

„Correspondent", Organ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis viertelj. 1 M. 25 Pf.

„Der Botschafter", Organ für die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeitervereins. Erscheint alle 8 Tage in Berlin und kostet viertelj. 50 Pf.

„Der Bund", Organ der Tischler und verwandten Berufsgenossen. Erscheint wöchentlich einmal in Hamburg. Preis pr. Quartal 1 M.

„Der Fortschritt", Organ des Allgem. deutschen Schneidervereins, erscheint jeden Sonnabend in Leipzig. Preis pr. Quartal 50 Pf.

„Der Genossenschafter", Organ des Gewerkvereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Gewerke, erscheint wöchentlich einmal in Schw.-Gmünd. Preis pr. Quartal 1 M.

„Der Gewerkschafter", Organ für die wirthschaftlichen Interessen der Arbeiter Oesterreichs. Erscheint monatlich zweimal in Wien. Preis pr. Quartal 90 Pf.

„Der Wecker", Organ für die Schuhmacher Deutschlands, erscheint jeden Sonnabend in Gotha. Preis viertelj. 50 Pf.

„Das Panier", Organ der deutschen Metallarbeiter, erscheint wöchentlich einmal in Braunschweig und kostet pr. Quartal 50 Pf.

„Der Correspondent", Organ der Hutmacher, erscheint in Leipzig dreimal monatlich und kostet pr. Quartal 60 Pf.

„Grundstein", Organ der deutschen Bauhandwerker, erscheint monatlich zweimal in Hamburg. Preis viertelj. 45 Pf.

„Pionier", Organ für die deutschen Zimmerleute und für die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungs-Verbandes. Erscheint monatlich zweimal in Hamburg. Preis viertelj. 1 M. 20 Pf.

Briefkasten

der Redaktion. „Böhmert's Herzensfreund": Wir sehen Ihren Einsendungen mit Vergnügen entgegen. — R — z in K.: Ihr Artikel befindet sich in der heutigen Nummer; weitere Artikel erwünscht. — „Peter Simpel" in H.: Wir lesen Ihre Briefe gern; findet sich etwas in denselben, so verwerthen wir es für den „Vorwärts". — G. E. in B.: Ihr Vorschlag ist ja ganz gut — nur nicht ausführbar. Sie scheinen nicht zu wissen, daß in Preußen alle politischen (auch sozialen) Vereine verboten werden, welche sich mit andern zu gleichen Zwecken in Verbindung setzen. Sind diese „andern Vereine" noch dazu ausländische, so trifft dieses Verbot auch auf das übrige Deutschland zu. In Frankreich aber ist die Sache noch schlimmer. Broglie und Leonhardt (Tessendorf) würden den Versuch mit Freuden begrüßen. —

der Expedition. Korbmacherbund Hamburg: Mit heutiger Annonce schulden Sie 60 Pfg.

Quittung. F. Rmz Wien Ab. 10,00. Brsk Drohobjez Ab. 4,04. Hrms Elberfeld Ab. 5,00. J. Schmdt München Ab. 6,00. Kchnrthr Hof Ab. 16,80 Br. Bockenheim Ab. 7,40. Pchlr Göttingen Schr. 7,98. Hrsch Stuttgart Ab. 5,00. Kppl Schwarzenbach Ab. 6,40. Mtig Altona Ab. 20,00. Hch Frankfurt Ab. 8,60. Ullrch hier Ab. 25,00. Lgs Hannover Ann. 0,70. Aschr Berlin Ab. 1,25. Bund der Tischler Hannover Ann. 2,10. W. Arnstadt 2,70. Tlk Neidenburg Schr. 10,00. Kpp La Sagne Ab. 2,10. Hffmnn Altstedt Ab. 1,80. Gew.-Ver. der Holzarb. Graz Ab. 3,21. Kndrth Regen Ab. 1,61. E. Schmdt Römerstadt Ab. 24,10. Hchr Connewitz Ab. 27,50, Schr. 2,60. Br Drohobjetz Ab. 4,80. Brbm Gotha Ab. 8,60, Schr. 0,25. Ordg Gießen Ab. 4,00, Schr. 3,31. F. Wß N.-Ulm Ab. 2,80.

Meine Adresse ist jetzt Barmbeck, Stöckersstraße 11. Bis zum 1. September bin ich geneigt, rhetorische Vorträge zum Besten der Parlamentswahlkasse zu halten. H. Weber-Gordon.

Otto Sobieki in Dessau Friedhof-Str. wünscht die Adresse des Vorsitzenden des deutschen Töpfervereins in Hamburg zu wissen.

Agitationsfonds.

B. St. Bollmarsdorf 1,00.

Fond für Gemaßregelte.

B. St. Bollmarsdorf 1,00. Versammlung der Steinmetzen 4,63. B. Lehrer K. 1,00. Dr. med. G. 10,00. Scatspiel 2,14 t. W. F. R. 3,00.

Cöln. Die Abonnenten des „Vorwärts" und der „Neuen Welt" in Cöln und Deutz werden ersucht, bei Beginn des neuen Quartals bei der Post zu abonniren, da wir die Filialexpedition genannter Blätter mit dem 1. Juli d. J. aufgeben.

Expedition
(F 65) der „Cölner Freien Presse". [60

Cöln und Deutz zur Nachricht!

Fortwährende hohe Rückstände für Abonnements und Schriftenlieferungen nach Cöln haben uns bestimmt, darauf zu bestehen, daß unsere Blätter vom 3. Quartale an pränumerirt werden. Da obige Expedition sich außer Standes erklärt, die Pränumeration nach unserm Verlangen zu vermitteln, so fordern wir im Interesse der Parteipresse auf, es möge ein Vertrauensmann der dortigen Abonnenten, unterstützt durch eine von den Abonnenten einzusetzende Commission, die „Vorwärts"-Abonnements bei der dortigen Post eingeben und die „Neue Welt" direkt von uns hier besorgen.

Wir gewähren und vergüten den Mittelspersonen gegen Einsendung der Postabonnements-Bescheinigung die üblichen 5% „Vorwärts"-Freiexemplare am Ende jedes Quartals in Baarem und berechnen 33⅓% Preisermäßigung auf die „Neue Welt" bei Lieferung gegen bbar.

Näheres brieflich. Bisheriger Cölner Abonnentenstand des „Vorwärts" 150, der „Neuen Welt" 60.

Leipzig, den 22. Juni 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt" und des „Vorwärts".

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 30. Juni, Abends 8 Uhr im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: (F. 163) [70

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag von Hrn. Kaiser über die Geschäftskrisis und die Lage des Arbeiterstandes. Der Vorstand.

Hannover. Sonntag, den 1. Juli, Abends 5 Uhr, in Winklers Hotel (Misburgerdamm) und arrangirt von den Mitgliedern des „Bundes der Tischler u. verw. Berufsgenossen":

Abendunterhaltung und Tanzvergnügen.

Freunde unserer Sache u. Collegen werden freundlichst eingeladen und können durch Mitglieder eingeführt werden. Herrenkarte 30 Pfg., Damenkarte 15 Pfg. (F. 160) Das Comité. [2,10

Hamburg. Mitglieder-Versammlung des Korbmacher-Bundes für Hamburg, Altona und Ottensen Sonnabend, den 30. Juni, Abends 8½ Uhr, im Salon zum Roland, Jakobstraße 19. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Lohnfrage. 3. Wichtige Vereinsangelegenheit. F. Wirckeling.

Leipzig. Bund der Tischler u. verw. Berufsgenossen.
Sonnabend, den 30. Juni, Abends ½9 Uhr im Saale des Herrn Michael, gr. Windmühlenstraße 7:

Versammlung.

Tagesordnung: 1) Urabstimmung über die Verschmelzung der Organe „Bund" und „Pionier". 2) Bundesangelegenheiten. [80

Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Gegen genügende Sicherheit wünscht ein langjähriger Parteigenosse von irgend einem Genossen 100 Mk. zu leihen. Näheres durch die Expedition der „Neuen Offenbacher Zeitung". (F. 240) [90

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

YX 000 012 379

DATE DUE

GAYLORD

PRINTED IN U.S.A.

YX 000 012 379

DATE DUE